



ANNEX
LIBRARY

C

026687

THE LIBRARY
OF THE
NEW YORK STATE SCHOOL
OF
INDUSTRIAL AND LABOR
RELATIONS



AT
CORNELL UNIVERSITY



Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Herausgeber:

Prof. Dr. Ernst Brande

in Berlin.



XX. Jahrgang.

Oktober 1910 bis September 1911.

-

Mit Sach- und Verfasserverzeichnis.

PROPERTY OF LIBRARY
NEW YORK STATE SCHOOL
INDUSTRIAL AND LABOR RELATIONS
CORNELL UNIVERSITY.

Leipzig 1911.

Verlag von Duncker & Humblot.

Inhaltsverzeichnis.

I. Sachinhalt.

Innerhalb der einzelnen Gruppen sind verwandte Beiträge aneinandergereiht; im übrigen ist die Reihenfolge regelmäßig chronologisch. Auf das Ausland bezügliche Beiträge folgen den Anfangsbuchstaben der Einzelländer entsprechend, den auf das Deutsche Reich bezüglichen, gesondert nach. * bedeutet „Aussatz“.

II.

Abgeordnetenhaus s. Landtage.
Abstinenz s. Alkoholkämpfung.
Achtstundentag s. Arbeitszeit.
Achtuhrlandenschluß s. Arbeitszeit.
Akademiker s. Volksbildung.
Akkordarbeit s. Löhnungsmethoden.

Alkoholkämpfung.

Branntweinsteuer und Mäßigkeit 94.
* *Die Ausübung der Schulhygiene* 186.
* *Die Alkoholfrage* 414.
Versicherung eines in einer Trinkerheilstätte untergebrachten Trinkers gegen Unfall 470.
Gewerkschaftsbewegung und Alkohol 753.
Krankentassen und Alkohol 860.
Eine starke Abnahme des Alkoholgenußes in Deutschland 980.
Alkoholgenuß und Arbeitsleistung 1197, 1229.
Wohlfahrtsanstaltungen für die badischen Eisenbahner 1292.
Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1819.
* *Rechtsauskunftsstellen und Trinkerfürsorge* 1409.
Gegen Branntweingenuß von Kindern 1530.
Ein Bierverbot auf den Kruppischen Stahlwerken 1077.
Der Milchgeschäft in Werkstätten und Fabriken 1452.
Über ungesetzmäßige Werkonsumanstalten in Lothringen 1501.
Kellnerinnenschutz durch Gemeindeverordnung in Worms 371.
Der Kampf gegen die Animierkneipen in Worms 994.
Die Alkoholwohlfahrtspflege in Königsberg i. Pr. 414.
Gegen eine Milchverteuerung in München 541.
Der 7. Deutsche Abstinenztag 94.
Die 2. Konferenz für Trinkerfürsorgestellen 286.
Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus 894.
Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus 1822.

Ausland.

Die Abnahme des Alkoholismus in Großbritannien 157.
Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich 444.

Internationales.

Die Internationale Vereinigung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke 29.
Die Internationale Anstellung gegen den Alkoholismus 1261.

Altersfürsorge

vergl. Gemeindebeamte, Handlungsgehilfen, Privatbeamte, Staatsbeamte, Wohlfahrtsanstaltungen.
Altersversicherung in Deutschland s. Invalidenversicherung.

Eine Verbindung von Sparkasse und Altersversicherung in Hamburg 944.
Verringerung von Altersrenten durch Anrechnung von Krankheitswochen 945.
Eine Alters- und Invalidenversicherung der Hebammen in Bremen 1298.

Ausland.

Die Empfänger der englischen Altersrenten 86.
Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.
Die Altersversicherung der Arbeiter in Frankreich 822.
Eine französische Gewerkschaftskonferenz 1284.
Die Alters- und Invalidenversicherung in der Schweiz 55.
Der Plan einer kantonalen Alters- und Invalidenversicherung in Zürich 1884.

Internationales.

* *Die Invaliden- und Altersversicherung in der Schifffahrt auf internationalen Strömen.* Von Dr. Gustav Stein, Duisburg 408.
Arbeitsgericht s. Rechtspflege, Strafrecht.
Angestellte s. Artisten, Gemeindebeamte, Handlungsgehilfen, Kellner, Privatbeamte, Techniker.
vergl. *Arbeiterausschüsse, Arbeitszeit, Erfinderecht, Ferien, Koalitionsrecht, Konkurrenzklauel, Privatbeamtenversicherung, Sonntagsruhe, Wohlfahrtsanstaltungen.*

Anfiedlungsweisen

s. Bodenpolitik, Landarbeiter.
Anwaltsgehilfen s. Privatbeamte.
Apotheken s. Krankenfürsorge, Krankenversicherung.
Apothekergehilfen s. Privatbeamte.
Arbeiteransiedlungen s. Bodenpolitik, Wohnungsweisen.

Arbeiterausschüsse.

Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse 1437.
* *Die Denkschrift der deutschen Gewerksvereine über das Versicherungsamt* 372.
Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung 650.
Arbeitervertreter in der Verteilungsstelle der Kalkindustrie 688.
Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage 711.
Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.
Beamtenausschüsse in Staatsbetrieben 1060.
Arbeitervertretung in preussischen Staatsbetrieben 590.
Eine Erweiterung der Eisenbahnarbeiter-Ausschüsse in Preußen 859.
Arbeiter im badischen Eisenbahnrat 689.
* *Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zechenverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen* 341.
* *Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. Ein Beitrag zur Forderung des Reichseinigungsamts* 1300.

Die *Arbeiterauskunftswahlen* im oberbayerischen Bergwerksgebiet 591.
Die hamburgische Gewerbeinspektion 1910 1252.

Ausland.

Die Vertretung der Arbeiterinteressen auf den britischen Staatswerken 1437.

Arbeiterbewegung.

Die *Volksbildungsbewegungen der Sozialdemokratie* 24.
Gewerkschaftsbewegung und Alkohol 753.
Eine starke Abnahme des Alkoholgenußes in Deutschland 980.
Die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend im preussischen Abgeordnetenhaus 779.
* *Massen und Führer* 879.
* *Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.* Von Dr. L. Heyde, Berlin 1244.
* *Der Buchdruckertarif und die Krise in der Gehilfenschaft* 1837.
* *Buecks sozialpolitisches Testament.* Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.
* *Die Arbeitskammern im Reichstag.* (2. Sitzung, 5.—7. Dezember.) Von Prof. Dr. C. Francke, Berlin 327.
Der Reichskanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 332.
* *Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitages* 1592.
* *Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis.* Von Dr. Felix Claus, Berlin 69.
Die Eisenbahndirektion Hannover und die Konsumvereine 411.
Die ländliche Pflichtfortbildungsschule in Preußen 890.
* *Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe* 460.
Lob der deutschen Sozialpolitik im Seemannsbureau 651.
Aus dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften für 1910 817.
Der Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine 1031.
* *Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkstreife im Jahre 1909* 810.
* *Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkstreife im preussischen Abgeordnetenhaus* 789.
* *Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate.* Von Rat Dr. Link, Lübeck 1217.

Ausland.

* *Sozialistischer Gesehentwurf zum Schutz der Heimarbeiter in Belgien* 436.
* *Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschaftskrisis.* Von Dr. Frhr. v. Waddey, München 65.

- * Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien 161.
- I. Das Gewerlams-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles W. Dilke, Mitgl. d. Unterhauses, London.
 - II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine stilkliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.
- Der 11. Jahrestag der englischen Arbeiterpartei 628.
- * Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung. Von Prof. Dr. Georg Broditz, Halle a. S. 847.
- Die sogenannte Osborne-Bill 1128.
- Arbeiterheime in Deutsch-Osterreich 658.
- * Arbeiterobstruktion gegen die staatliche Altersversicherung in Frankreich 1066.
- Eine französische Gewerkschaftskonferenz 1284.
- * Der nationale Separatismus in den Gewerkschaften Österreichs 931.
- Internationales.**
2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 164.
- Arbeiterbildung f. politische Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Volksbildung, Volksbibliotheken.
- Arbeiterbudget f. Lebenshaltung.
- Arbeiterferien f. Ferien.
- Arbeiterfragen f. Arbeiterbewegung, Arbeitervereine, Gewerkschaften, Landarbeiter, Sozialpolitik.
- Arbeitergärten f. Wohnungswesen.
- Arbeiterhaushalt f. Lebenshaltung.
- Arbeiterinnen f. Arbeiterschutz, Frauenarbeit, Gewerbeordnung, Heimarbeit.
- Arbeiterkammern, f. Arbeitskammern.
- Arbeiterkolonien f. Arbeitslosigkeit, Armenwesen.
- Arbeiterkunst f. Volksbildung.
- Arbeiterkurse f. Kurse, Volksbildung.
- Arbeiterschutz.**
- * Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
- * Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform Von Prof. Dr. Franke, Berlin 426.
- * Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform (Berlin, 11. bis 13. Mai) 1017.
- * Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1278.
- Arbeiterschutzfragen im Reichstag 1003.
- Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 145.
- * Sozialpolitik im Reichstag 776.
- Sicherheitsmänner im Eisenbahnbetrieb 1419.
- * Die neue Gewerbeordnung. Von Gewerberat Fr. Löffler, Darmstadt 851.
- Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfaht der Zentralfelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern 688.
- Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt 346.
- Zur Verhütung von Förderungsläden 347.
- Das Samariter- und Rettungswesen im Bergbau 640.
- Die neue Bergpolizeiverordnung für die Steinkohlenbergwerke im Obergewerksbezirk Dortmund 788.
- Ein Hamburger Berggesetz ohne Arbeiterschutz 1154.
- Die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen 1344.
- Arbeiterschutz in der Chemischen Industrie 1215.
- Arbeitsordnungen in Gast- und Schankwirtschaften 467.
- * Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.
- * Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffeehausgewerbe 641.
- Arbeiterschutzforderungen für die Glasindustrie 1253.
- * Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.

- Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen 937.
- Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen 1841.
- Reichsunterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter 887.
- Vorbereitung für ein deutsches Reichstheatergesetz 170.
- Arbeiterschutz im Tiefbau 1571.
- Arbeiterschutz gegen Milzbrandgefahren 467.
- Die Milzbrandgefahr in den Gerbereien 1513.
- Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse 1437.
- * Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht 595.
- Verpflichtung des Unternehmers für die Innehaltung der Arbeiterschutzbestimmungen 527.
- Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften als Arbeiterschutzbestimmungen 720.
- Die Geltung der gewerbegerichtlichen Schutzbestimmungen für die privaten Erwerbsbetriebe 1418.
- Bestrafung wegen Nichtgewährung der Mittagspause 397.
- Früher Arbeitschluß am Sonnabend 937.
- Die Deutschen Gewerbevereine (S.-D.) 340.
- * Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter. Von Arbeitersekretär A. Fette, Stuttgart 402.
- Bauarbeiterchutz.**
- Bauarbeiterchutz 239.
- Bauarbeiterchutzgesetz in Hessen 692.
- * Bauarbeiterchutz in Hessen 1001.
- Eine württembergische Ausstellung für Unfallverhütung im Baugewerbe 1685.
- Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 1188.
- Hüttenarbeiterchutz.**
- Eine Eingabe für Hüttenarbeiterchutz 535.
- Der Arbeiterschutz in der Großeisenindustrie 886.
- * Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie Preußens im Jahre 1910. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 1496.
- Ausland.**
- Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 359.
- Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 1431.
- Ein internationaler Heimarbeitskongreß in Brüssel 50.
- Ein neues Vergesetz für Belgien 1345.
- Die Reulodifizierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1845.
- Rettungsvorrichtungen in englischen Bergwerken 468.
- Der Umfang der Heimarbeit in England 749.
- Verstärkung des Bergarbeiterchutzes in England 853.
- Das englische Gesetz zum Schutz der Handelsangestellten 887.
- Erweiterung des Kinder- und Jugendlichenchutzes in London 1513.
- Die Frauennachtarbeit in Finnland 1845.
- Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in Frankreich 371.
- Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer für die Handlungsgehilfen in Frankreich 536.
- Der Schutz der Handelsangestellten in Frankreich 720.
- Erweiterung des Arbeiterschutzes in Holland 144.
- Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Holland 887.
- Ein Steinhauerschutzgesetz in Holland 1155.
- Arbeiterschutz in Indien 887.
- Der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in Italien 1034.
- Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Japan 246.
- Arbeiterschutz in Japan 1127.
- Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich 444.
- * Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Österreich 673.
- * Eine Arbeiterschutz-Novelle zur Gewerbeordnung in Österreich 755.
- * Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates 870.

- Die österreichische Sektion der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 1181.
- Zur Förderung des Bauarbeiterchutzes in Wien 1215.
- * Arbeiterschutzvorschriften für die Zuckersfabrikation und die polygraphischen Gewerbe in Österreich 1537.
- Handlungsgehilfenchutz in Rußland. Von Joseph Voujanski, Petersburg 48.
- Schutz der Zinkhüttenarbeiter in Rußland 347.
- Die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des Internationalen Arbeiterschutzes 1237.
- Ein spanisches Bergarbeiterchutzgesetz 1101.
- Gegen den weißen Phosphor in den Vereinigten Staaten 787.
- Gegen die Phosphorzündhölzer in den Vereinigten Staaten von Amerika 1382.
- Nachtarbeitverbot für jugendliche Ausländer in Newyork 586.
- Ein sozialer Schutzamt für eingewanderte Industriearbeiter in Newyork 713.
- * Arbeiterschutzgesetz in Uruguay 1570.
- Phosphorverbot in Vittoria 437.
- Berner Konvention.**
- a) internationaler Arbeiterschutz.
- Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 359.
- * Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 426.
- Internationales Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen 1251.
- Internationales Übereinkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzindustrie 1252.
- Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeiterinnenchutz 1180.
- Die Nachtarbeit der Frauen in Belgien 371.
- Das Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Belgien 854.
- Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden 144.
- Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Fabrikarbeiterinnen in Österreich 586.
- Verbot der Frauennachtarbeit in Portugal 1514.
- Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben Ungarns 597.
- Internationale Arbeiterschutzverträge 499.
- Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze 1237.
- * Die Gewerbeaufsicht in Europa 1379.
- Internationaler Malermeisterkongreß 1504.
- Arbeitersekretariate.**
- vergl. Rechtsauskunft, gemeinnützige.
- Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate. Von Rat Dr. Link, Lübeck 1217.
- Das Central-Arbeitersekretariat im Jahre 1910 1220.
- Die vaterländischen Arbeitervereine 1842.
- Die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen der freien Gewerkschaften 1910 1412.
3. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretäre 1414.
- Das städtische Wohnungsamt in Breslau 123.
- * Die Arbeitskammern im Reichstag. (2. Lesung, 5.—7. Dezember.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 827.
- Arbeitervereine**
- vergl. Arbeiterbewegung, gelbe Gewerkschaften, Gewerkschaften.
- * Freiwillige Volksbildungsarbeit in Deutschland 1606.
- Der Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine 1031.
- Sozialer Kursus für Evangelische Arbeitervereine 699.
- Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschland 1152.
- Gründung eines Süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine 270.
- Der 14. Verbandsterrertag der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin.) 1152.

Der 8. Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands 1190.
Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine 1406.
Kartellverband katholischer Arbeitervereine 1508.

Ausland.

Ein österreichischer Arbeiterverein für Kinderpflege 188.
Arbeiterunterrichtskurse f. Kurse, Volksbildung.
Arbeiterversicherung f. Altersfürsorge, Invalidenversicherung, Krankenversicherung, Reichsversicherungsordnung, Sozialversicherung, Unfallfürsorge und -versicherung.
Arbeitervertretung f. Arbeiterausschüsse, Arbeitskammern, Koalitionsrecht.

Arbeiterwanderungen

vergl. Ausländische Arbeiter.
Zur Abwehr der gelben Einwanderung in Kalifornien 18.
Beschränkung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten 334
Arbeiterwohlfahrt f. Gewerbehygiene, Volkswohlfahrt, Wohlfahrts Einrichtungen von Arbeitgebern.
Arbeiterwohnungen f. Bodenpolitik, Genossenschaftswesen, Wohlfahrts Einrichtungen, Wohnungswesen.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände

vergl. Arbeitsfreistellungen, Arbeitsstarifverträge, Arbeitsvermittlung, Koalitionsrecht, Konkurrenzklause, Schwarze Listen, Berufs-erklärungen, Wohlfahrts Einrichtungen von Arbeitgebern.
* Die Organisation der Arbeitgeber in Deutschland 41.
* Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.
Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 174.
15. Generalversammlung des Bundes der Industriellen 1565.
Der Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden 1566.
Arbeitgeberverbände und Arbeitseinstellungsentscheidungen 1910 878.
Die Ungültigkeit der Vertragsstrafabreden in den Arbeitgeberverbänden 753.
Das Rechtsverhältnis der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden 1807.
* Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen 386.
* Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 293.
* Die Stellung der Arbeitgeber zu dem Entwurf eines Versicherungsgegesetzes für Angestellte. Von F. Reif, Vorsitzendem des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, Leipzig. (Zur Privatangestellten-Versicherung. XII.) 803.
* Stimmen zur Konkurrenzklause 304.
Stellungnahme von Arbeitgeberverbänden zum Hausarbeitsgesetz 530.
Keine Heimarbeiterausstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 651.
* Lehren aus dem Kampfe im Baugewerbe 141.
12. Deutscher Handwerks- und Gewerbe-kammertag 1503.
Die alsbaldige Neugründung von Betriebskrankenkassen 1544.

Einzelne Arbeitgeberverbände.

Eine Vereinigung zur Bekämpfung des Schmiergelberwesens in Handel und Gewerbe 339.
Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände 1277.
Ein neues Anstellungsstatut zwischen Bankfirmen 172.
Das Ende des Berliner Bäckerstreiks 1153.
Die Genehmigung der Ortstarifverträge für das Baugewerbe durch die Hauptvorstände 204.

Ein Wehrschuß für die Arbeitgeber des Baugewerbes 338.
Der Deutsche Polierbund 433.

Ein Reichstarifvertrag für Bautischleren 172.
Die endgültige Entscheidung über die frühere Verurteilung des Bacherverbandes 1335.
* Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik 1398.

Der Arbeitgeberverband im Bezirke der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 205.
Ein Arbeitgeberverband für das deutsche Fleischerhandwerk 1308.

Der 4. Verbandstag der Hoteliers und Restaurateure deutscher Bäder und Kurorte und die Forderungen der Gastwirtsgehilfen 204.

Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 345.

Städtische Gastwirtschaften und städtischer Arbeitsnachweis 407.

* Der paritätische Facharbeitsnachweis für das Berliner Gastwirts- und Kellnerhandwerk 725.
Lohnbewegung der Holzglaschleifer in der Oberpfalz 435.
Die Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter 1124

Arbeitsnachweis und Arbeitgeberverbände in der Holzindustrie 1448.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe 267.

Paritätischer Arbeitsnachweis und Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe 1479.

Der 6. Allgemeine Deutsche Malertag 1504.

Die Aussperrung in der Edel- und Unedelmetallindustrie Pforzheims 303.

Die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie 344.

Der Kampf in Pforzheim 401.

Vorbereitung für ein deutsches Reichstheatergesetz 170.

Ein neuer Streikversicherungsverband 879.
Deutscher Industrieschutzverband 1277.

* Aus der Praxis der Streitschlichtungs-gesellschaften 1339.

Begünstigung der Arbeiterorganisation durch einen Arbeitgeberverband 141.

Die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen 463.

Das Verhältnis der Arbeitsordnung zu den Tarifverträgen 877.

Der Abschluß der Arbeitskämpfe in der sächsischen Metallindustrie 1601.

Ablehnung eines thüringischen Arbeitsnachweisverbandes durch den Verband Thüringischer Industrieller 696.

Eine Erklärung kaufmännischer Arbeitgeber zur Pensionsversicherung der Privatangestellten 20.

* Entschliessungen von Unternehmerverbänden zur Privatangestellten-Versicherung. (Zur Angestellten-Versicherung.) 1034.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft 282.

Ausland.

Die Berufsvereine der Arbeiter und der Arbeitgeber in Frankreich zu Anfang des Jahres 1910 462.

Internationale Arbeitgeberorganisation.

* Internationaler Zusammenschluß der Arbeitgeber 1307.

Ablehnung des deutsch-französischen Arbeitgeberkartells im Baugewerbe 753.

Gegenseitigkeitsverträge zwischen deutschen und österreichischen Arbeitgeberverbänden 879.

Eine internationale Verständigung der Arbeitgeber in der Stahlindustrie 1278.

Internationaler Malermeisterkongress 1504.

Arbeitsamt, internationales f. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Arbeitsämter f. Arbeitskammern, Arbeitsvermittlung.

Arbeitsgesetzgebung

vergl. Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Gewerbeordnung, Konkurrenzklause, Sozialpolitik, Verbandstage der Freien Gewerkschaften, Kongresse, Koalitionsrecht, Streikrecht, Reichstag.

* Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. 1233.

* Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht 1238.

* Zur Reform des Arbeitsrechts. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1361.

Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen 685.

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen 264.

* Die Arbeiterverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten 1463.

Ausland.

* Die gesetzliche Regelung der Tarifvertragsrechte im Ausland 1457.

Die britische Gesellschaft für Arbeitergesetzgebung 1305.

Die Reutobisifizierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1345.

Ein Arbeitsvermittlungsgesetz in Finnland 1385.

* Der Schweizerische Arbeiterbund 965.

Internationales.

Schriften des Internationalen Arbeitsamts 992.

Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 1305.

Arbeitskammern.

* Arbeitskammern. Von Lic. Reinhard Mumm, Berlin 1622.

* Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 226.

Das Arbeitskammergesetz 296.

* Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.

* Die Arbeitskammern im Reichstag. (2. Lesung, 5. - 7. Dezember.) Von Prof. Dr. E. Franke, 327.

* Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen 386.

Der „Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände“ 366.

Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung 650.

Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten 934.

12. Deutscher Handwerks- und Gewerbe-kammertag 1503.

Ausland.

Arbeitskämpfe f. Arbeitsfreistellungen.
Arbeitslohn f. Arbeitsverhältnisse, Bergbau, Heimarbeiter, Löhnungsmethoden.

Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung
vergl. Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung, Armenwesen, Gemeinden, Gewerkschaften, Kongresse.

Das Einzelrisiko als Maßstab für Prämie der Arbeitslosenversicherung 88.

Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften 244.

* Versicherung gegen Stellenlosigkeit für Handlungsgehilfen. Von Jos. Irwahn, Hamburg 276.

Die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 822.

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1155.

12. Deutscher Handwerks- und Gewerbe-kammertag 1503.

Reichsunterstützung für arbeitslose Tabatarbeiter 337.

Ende der Unterstützung von Tabatarbeitern 1500.

Deutsche Einzelstaaten.

Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosenversicherung 375.

Arbeitslosenversicherung in Württemberg 912.
*Die heftigste Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1218.

Die Arbeitslosenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der derzeitigen bayerischen Verhältnisse 1574.

Deutsche Gemeinden.

Arbeitslosenversicherung und Deutscher Städte- tag 761.

*Die Stellung des deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürger- meister Dominicus, Schöneberg 1585.

Die Einführung der kommunalen Arbeitslosen- versicherung für die Stadt Berlin 540.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 1591.

*Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg 760.

*Die Arbeitslosenversicherung in Köln. Von Dr. F. Rademacher, Köln a. Rh. 1426.

Ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Ar- beitslosigkeit in Darmstadt 245.

Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Elberfeld 245.

Die Arbeitslosenfürsorge in Erlangen im Jahre 1910 912.

*Die Arbeitslosennotstandsaktion in Frank- furt a. M. im Winter 1908/09 211.

Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Frei- burg i. Br. 488.

Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 288.

Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Halle a. S. 215.

*Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln im Winter 1909/10 589.

Die Arbeitslosenfürsorge in Mainz im Winter 1909/10 376.

Die Arbeitslosenversicherung in Mannheim 822.

Die Arbeitslosenversicherungsfrage im Mün- chener Gemeindefollektum 215.

Die Arbeitslosenzählung in Nürnberg am 11. und 12. Januar 1911 1166.

*Die Ordnung der Stadtgemeinde Schöne- berg über die Forderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit 471.

Arbeitslosenversicherung in Schwab.-Gmünd 1849.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Stettin 1156.

Ausland.

Aus den ausländischen Sektionen der Inter- nationalen Vereinigung für geistlichen Ar- beiterbeschäftigung 1481.

*Die Arbeitslosenversicherung in Belgien 1847.

Die dänische Arbeitslosenversicherung im Jahre 1909 912.

Die dänische Arbeitslosenversicherung im Ge- schäftsjahre 1909/10 1849.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in England 216.

*Der Ausbau der staatlichen Arbeiterverfiche- rung in England durch Arbeitslosen- und Invalidenversicherung 586.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.

*Das englische Arbeitslosen-Versicherungsge- setz. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schö- neberg 1187.

Eine Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende in Österreich 1449.

*Basler Arbeitslosenfürsorge 244.

Arbeitslosenversicherung in Groß-Rätzsch 438.

Internationales.

*Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 86.

*Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 487.

Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1574.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt.

vergl. Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsvermitt- lung, Ausländische Arbeiter, Gewerkschaften.

Zur Frage der Arbeitslosenzählung 88.

*Auskunftsstelle für die Berufswahl 712.

*Konjunktur und Arbeiterentlassungen. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 1805.

Der deutsche Arbeitsmarkt vom September 1910 bis August 1911 188, 265, 396, 555, 695, 823, 970, 1098, 1228, 1884, 1516, 1640.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Jahre 1910 601.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im 1. Halb- jahr 1911 1448.

Die Organisation des Arbeitsmarktes zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn 149.

Eine amtliche Arbeitslosenzählung in Sachsen 215.

Die Arbeitslosenzählung in Bremen am 1. De- zember 1910 761.

Die Düsseldorf Arbeitsnachweisstatistik 1850.

Die Arbeitslosenfürsorge in Erlangen im Jahre 1910 912.

Eine Arbeitslosenzählung in Heidelberg 245.

Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 174.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften 149, 624.

3. Verbandstag der christlichen Textilarbeiter 18.

5. Verbandstag der christlichen Nahrungs- und Genußmittel-Arbeiter 18.

5. Verbandstag der Buch- und Steindruckerei- hilfsarbeiter 18.

Bom „Markt der ausländischen Arbeiter“ 1840.

Ausländische Arbeiter in Deutschland 1910 1885.

Die Häufigkeit des Stellenwechsels der weib- lichen Diensthboten. Von Dr. Arthur Grün- span, Magdeburg 1517.

*Die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 506.

Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosen- versicherung 875.

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeits- losigkeit 1155.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der deut- schen Rechtsanwaltsangeestellten 1624.

Arbeitsnachweis f. Arbeitsvermittlung.

Arbeitsordnung f. Arbeitsgesetzgebung, Arbeits- verhältnisse, Gemeindebeamte, Staatsbeamte.

Arbeitsstatistik.

vergl. Arbeitslosigkeit, Arbeitsfreitigkeiten, Arbeitsverhältnisse, Statistik.

*Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 86.

Zur Frage der Arbeitslosenzählung 88.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften 149.

*Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker 170.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Jahre 1910 601.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften 624.

Statistik der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1909 688.

Zur sozialen Lage der kaufmännischen Stellen- bewerber 697.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der deut- schen Rechtsanwaltsangeestellten 1624.

Die Arbeitslosenzählung in Nürnberg am 11. und 12. Januar 1911 1156.

*Konjunktur und Arbeiterentlassungen. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 1805.

Die Düsseldorf Arbeitsnachweisstatistik 1850.

Ausland.

*Basler Arbeitslosenfürsorge 244.

Die erste Statistik der Tarifverträge in Groß- britannien 171.

Die Tätigkeit der staatlichen Arbeitsnachweise in Großbritannien im Jahre 1910 1851.

Der Umfang der Heimarbeit in England 749.

Das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums 1529.

Die ungarischen Gewerkschaften 754.

Arbeitsfreitigkeiten.

vergl. Arbeitsarbeitsverträge, Koalitionsrecht, Streikrecht, Berufsverhältnisse.

Fünfter Bundesstag des Bundes technisch- industrieller Beamten 140.

*Lehren aus dem Kampf im Baugewerbe 141.

Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 174.

*Bueds sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmer- mann, Berlin 821.

*Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulmann, Bremen 886.

Die Stellungnahme des städtischen Arbeits- nachweises in Offenbach bei Arbeitsfreitig- keiten 824.

Eine Schadenersatzklage wegen Arbeitsnieder- legung abgewiesen 845.

Reichseinkunftsamt. Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch 802.

Arbeitgeberverbände und Arbeitsentlohnungs- entschädigungen 1910 878.

Ein neuer Streikversicherungsverband 879.

Fortsetzung der freiwilligen Rassenmitglied- schaft 889.

Amtliche Statistik über Streiks und Aus- sperrungen in Deutschland 1910 885.

*Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zim- mermann, Berlin 1118.

Deutscher Industrie- und Gewerbeverband 1277.

*Aus der Praxis der Streikentschädigungs- gesellschaften 1889.

Einzelne Arbeitsfreitigkeiten in Deutschland.

*Zum Kapitel „Terrorismus in Arbeits- kämpfen“ 468.

*Das Urteil von Moabit 491.

Arbeitskampf und Schadenersatzklage 559.

Eine Rundgebung zu den Arbeitskämpfen 1585.

Streik der Arbeitgeberbeisitzer am Kaufmanns- gericht 1166.

Aussperrungen wegen der Raiffeisen 1000.

Eine Tarifbewegung im deutschen Bäderei- gewerbe 999, 1082, 1098, 1123, 1153, 1191, 1213, 1285.

Ein Wehrschuß für die Arbeitgeber des Bau- gewerbes 888.

Bergbau.

Streik auf der Zeche Lufas 302.

Die Lohnbewegung im oberbayerischen Kohlen- gebiet 303, 402.

*Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zechenverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen 841.

Von der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier 867, 668, 435, 465, 496.

Arbeiterbewegung im Bergbau 985, 968, 1082, 1191.

Eine Tarifbewegung der Bergarbeiter im Oberlausitzer Braunkohlengbiet 752, 1476.

*Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. Ein Bei- trag zur Forderung des Reichseinkunfts- amts 1800.

*Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhand- lungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik 1898.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlen- gebiet 1445.

Tarifbewegungen im deutschen Braugewerbe 298.

Eine erste Verletzung des Buchdrucker- tarifs in Berlin 1186.

*Nachklänge zum Tarifvertragsbruch im Ber- liner Zeitungsdruckgewerbe 1208.

Arbeitsentlohnung in der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen 1408, 1445, 1476.

Ein Fensterputzerstreik in Berlin 582, 561, 1080.

Ein Düsseldorf Fuhrleuteastreik 1688.

*Kollektivvertrag im südwestdeutschen Gips- gewerbe festgelegt durch das Karlsruher Zentralschiedsgericht. Von Stadtrichter Dr. Gerlich, Karlsruhe 45.

Lohnbewegung der Glasbläser in der Ober- pfalz 435, 532, 590.

Verhütung einer großen Glasarbeiteraus- sperrung durch verbandswise Einigungs- verhandlungen 1877.

Eine Tarifbewegung im Hafengebiet Mann- heim-Ludwigshafen 886, 909, 1000.

Holzindustrie.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe 296, 686, 761, 784, 850, 1629.
Die Rüden der Tarifvereinbarungen im Holzgewerbe 1029.
Der Kampf im Holzgewerbe 1099, 1124, 1284.
Die Wiedereröffnung des paritätischen Arbeitsnachweises im Hamburger Holzgewerbe 1546.
Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie 845, 1000.

* Der Streik der Kaffeehauskellner in Hamburg 47, 77.
Ein Kellnerstreik in einem großen Berliner Restaurant 1476.
Ein Streik in der Kinderwagenindustrie von Jena 986.
Eine Aussperrung in der Breslauer Konfektion 1848, 1476.
Eine Aussperrung der Kürschner in Leipzig 561, 910.
Ein Streik der Feldarbeiterinnen 1818.

Metallindustrie.

Die drohende Aussperrung in der deutschen Metallindustrie 15.
* Friede in der deutschen Metall- und Schiffbauindustrie. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 89.
Lohnbewegung in der deutschen Edelmetallindustrie 111, 175, 289, 1688.
Die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie 247, 803, 844, 401, 484.
Tarifvertrag für die Berliner Metallschraubindustrie 298.
Ein Tarifkampf in der Chemnitzer Metallindustrie 787, 819, 850, 986, 967.
Der Streik bei der Waffensabrik Kaiser & Co. in Solingen 787.
Fortbildungsschule und Streik im Klempnergewerbe in Stuttgart 1061.
Ein Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben Berlins 1124, 1213.
Eine Massenandigung der Berliner Eisenkonstruktoren 1445, 1476.
Ein Formerkrieg in Pommern 1285, 1814.
Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie 1407, 1444, 1474.
Die Arbeitskämpfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie 1511, 1684, 1570.
Abbruch der Arbeitskämpfe in der sächsischen Metallindustrie 1601.
Ein Streik der Berliner Elektromonteur 1512, 1585, 1602.
Ein Lohnkampf in der Solinger Stahlwarenindustrie 1535.

Schuhindustrie.

Spannungen in der Schuhindustrie 29.
Der Friedensschluß in der Pirmaiser Schuhindustrie 271.
Ein Kampf um den Reumthundentag in der Weißenfelder Schuhindustrie 659, 691, 719.
Ein allgemeiner Expeditionsarbeiterstreik in Nürnberg 1570.
Eine Tarifbewegung städtischer Arbeiter in Kolberg 715.
Ein Koalitionsverbot für die städtischen Arbeiter Kolbergs 967.
Arbeiterbewegung im deutschen Lithographen- und Steindruckgewerbe 1688.
Lohnbewegung der Steinarbeiter 868, 659.

Straßenbahnangestellte.

Straßenbahnerstreik in Rühlhausen im Elsaß 47.
— in Bremen 111, 144.
— in Waldburg 1125.
— in Strahburg 1848.
Eine Lohnbewegung der Magdeburger Straßenbahnangestellten 598.
Straßenbahnerbewegung in Berlin 1511.
Straßenbahnerstreik 1082.
Eine Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter am Niederrhein 1476, 1802.

Textilindustrie.

Ein Streik der Maschinenflicker in Plauen i. B. 176, 272.
Eine Textilarbeiteraussperrung in Hof 886.
Eine große Textilarbeiteraussperrung im Münsterlande 1124.
Birtschäftliche Kämpfe von Bühnengehörigen 845.
Ein siegreicher Chorsängerstreik in Rühlhausen i. El. 851.
Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie 400.

Werken.

Nachwehen des Werftarbeiterstreiks 78.
Der Werftarbeiterstreik bei der Hamburg-Amerika-Linie 110.
Ein Streik bei der Danziger Schiffsbauwerft 910, 1124, 1512.
Die Streikdrohungen der Marineelektriker auf der Kaiserlichen Werft 1251.
Die über die technischen Betriebe der Marineverwaltung in Kiel und Wilhelmshaven verhängte Sperre 1284.
Marineelektriker und Reichsmarineamt 1407.

Ein Kampf um die Koalitionsfreiheit in der Eilenburger Zellulose- und Strohindustrie 909.

Eingelne Arbeitskämpfe im Auslande.

Große Arbeitskämpfe im Baugewerbe des Auslandes 1814, 1844, 1513.
Arbeiterbewegungen in den Verkehrsbetrieben des Auslandes 476.
Ein großer Bergarbeiterstreik in Belgien 466, 497, 584, 561.
Der dänische Gewerkschaftslosgang 998.
Eine große Aussperrung in Dänemark vermieden 968, 1061.
Ein Streik der finnischen Druckerarbeiter 625, 986.
Eisenbahnerausstand in Frankreich 79.
Birtschäftliche und politische Nachwirkungen des französischen Eisenbahnerstreiks 207, 985.
Neue Aufgaben der Käuferorganisationen 431.
Schadensersatzklage gegen boykottierende Arbeiter in Frankreich 787.
Forderungen der Pariser Röche 626.
* Die Arbeitszeit in Großbritannien 14, 208, 288.
Das Ende der Aussperrung in den Baumwollspinnereien von Lancashire 47.
Der britische Kohlenarbeiterstreik in Südwales 176, 272, 787, 1062.
Die Lohnbewegung in der Ketten schmiederei in Cradley-Heath 111.
Die Aussperrung in der britischen Schiffbauindustrie 110, 869.
Ein Arbeitskampf im britischen Buchdruckgewerbe 592, 626, 691.
Ein Seemannsstreik in Southampton 1158.
* Der Streik der Seeleute in England 1249.
Der Seemannsstreik in England und Holland 1286, 1848, 1878.
Dokarbeiterstreik in London 1408.
* Ausstände der Verkehrsarbeiter in England 1442.
* Die Arbeitskämpfe in England und ihre Beilegung 1472.
* Nachwehen und Lehren der Arbeitskämpfe in England 1508.
Nach den großen Arbeitskämpfen in England 1586.
* Obligatorische Einigungsämter für Arbeitskämpfe in England 1528.
Plan eines Reichseinigungsamtes 1629.
Eisenbahnerstreik in Irland 1684.
Holländischer Seemannsstreik. Das Ende des Ausstandes in Amsterdam 1445.
Das Ende des Rotterdamer Seemannsstreiks 1586.
Eine Aussperrung italienischer Glasarbeiter 1586.
Eine Massenaussperrung in Norwegen 1814, 1844, 1877, 1445, 1512, 1529.

* Das Verhalten von Staat, Parlament und Gemeinden in dem Massenarbeitskampf der norwegischen Industrie 1877.
Eine Ehrung sozialer Friedensvermittler 1529.
Passive Resistenz auf der österreichischen Südbahn 48.
Passive Resistenz der Triester Staatsbeamten 659, 691.
Ein Streik der Seeleute in Triest 819.
Schneiderstreik in Wien 466, 497, 588, 561.
Schneiderstreik und Heimarbeit in Wien 497.
Ein Streik der Wiener Kaffeehauskellner 467, 584.
Birtschäftliche Kämpfe von Bühnengehörigen in Wien 845.
Ein Streik Wiener Theaterarbeiter 560.
Die Eisenbahnerbewegung in Portugal 498, 585.
Die Streiklage in Spanien 1688.
Generalstreik in Bilbao 1602.
Schwedische Bauarbeiteraussperrung 1814, 1844, 1518.
Ein schwerer Zwist in der Schweizer Uhrenindustrie 210.
Streikausbreitungen in Zürich 1082.
Das Ende des Zürcher Bauarbeiterstreiks 1125.
Arbeitskämpfe in der Türkei 969.
Passiver Widerstand bei den Angestellten der ungarischen Postpartassenzentrale 584.
Die ungarischen Gewerkschaften 754.
Ein Hafenarbeiter- und Seemannsstreik in Kuma 1125.
Arbeitskämpfe in den Vereinigten Staaten von Nordamerika: Ein Gepächträgerstreik in New-York 176, 210.
Der Kuchnerstreik in New York 272.
Ein großer Schneiderstreik in Chicago 808.
* Drei Ausstände in der amerikanischen Kleiderkonfektion und Bekleidungsindustrie 717.
Ein Streik der Knopfabriker in Amerika 18, 78.

Internationales.

Rein internationaler Seemannsstreik 561.
Eine Konferenz des internationalen Verbandes der Seeleute 786.
Der internationale Seemannsstreik 1190, 1218, 1249, 1286.

Arbeitslag f. Arbeitszeit.

Arbeitsstärkverträge
vergl. Arbeitskämpfe, Einigungsweisen, Rechtspflege, Reichstag.
* Sozialpolitik im Reichstag 776.
Resolution des Reichstags für die Arbeitsstärkverträge 846.
* Reichseinigungsamt. Von Staatsminister Dr. Behn. v. Berlepsch 788, 770, 802.
* Eine Reichsstelle für Arbeitsstärkverträge. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1617.
Die Anpassung der Krankenkassen an die Reichsversicherungsordnung 1815.
Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Arbeitgeber 76.
Der Arbeitgeberverband im Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 205.
* Bueds sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann 821.
Ein Normal-Arbeitsstärk für Innungen 716.
* Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. gegen Tarifverträge. Von Arbeitersekretär Johannes Heiden, Frankfurt a. M. 905.
Fünfter Bundestag des Bundes technischer Industrieller Beamten 140.
Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften 189.
Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.
Gewerkschaftsfragen vor den Zentralverbandsvorständen 1812.
* Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr. Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. 1. 1202.
Stempelsteuerfreiheit der Arbeitsstärkverträge 267.

*Die Stempelpflichtigkeit der Tarifverträge in Preußen 816.

Zur Stempelpflichtigkeit der Tarifverträge 1871.

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker — ein nichtrechtlichfähiger Verein 817. Das Verhältnis der Arbeitsordnung zu den Tarifverträgen 877.

Die Gültigkeit von Tarifverträgen 1565. Heimarbeiterinnen und Tarifvertrag 1097.

Arbeitsarbeitsverträge in einzelnen Gewerben.

Tagungen christlicher Gewerkschaften 189.

Die Tarifvertragsklausel in den Lieferungs- aufträgen des Stuttgarter Gemeinderats 751.

*Das Gewerbegericht München als Einigungs- amt 622.

Die Entwicklung der Arbeitsarbeitsverträge in den deutschen Gewerben 1907—1909 654.

Bäckereigewerbe.

Der Reichstarifvertrag zwischen dem Zentral- verband deutscher Konsumvereine und der Bäckerverband 172.

Ein Bäckertarifvertrag mit Nachtarbeitverbot 655.

215 Arbeitsarbeitsverträge im deutschen Bäder- und Konditorgewerbe 688.

Eine Tarifbewegung im deutschen Bäckerei- gewerbe 999, 1032, 1218.

Baugewerbe.

*Lehren aus dem Kampf im Baugewerbe 141. Die Genehmigung der Ortstarifverträge für das Baugewerbe durch die Hauptvorstände 204.

Ein Beiratsrat für die Arbeitgeber des Bau- gewerbes 888.

Tarifverträge im Baugewerbe von Großberlin 964.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe 400, 460, 715, 1502.

Ein Reichstarifvertrag für Bautischlereien 172. Der Arbeitsarbeitsvertrag für das Dachdecker- gewerbe im Vergischen Bezirk 907.

Tarifbewegungen in der Binnenschifffahrt 997. Tarifbewegungen im deutschen Braugewerbe 298.

Erneuerung des Tarifvertrags für die ver- einigten Brauereien Hamburgs 688.

Buchbinderei.

*Tarifvertragsverhandlungen im deutschen Buchbindergewerbe 995.

*Der Dreifachtarif im Buchbindergewerbe 1275.

Der neue Buchbindertarif in kombinierten Buchdruckerbetrieben 1871.

Buchdruckergewerbe.

*Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker 170. *Eine ernste Verlegung des Buchdruckerarbeits im Berliner Zeitungsgewerbe 1186.

*Nachklänge zum Tarifvertragsbruch im Ber- liner Zeitungsgewerbe 1208.

Das Urteil der Gewerkschaften über den Tarif- bruch in den Berliner Zeitungsgewerkschaften 1276.

*Der Buchdruckerarbeits und die Krise in der Gewerkschaft 1887.

*Eine ernste Mahnung! (Aus dem Geschäfts- bericht des Tarifamts der Deutschen Buch- drucker an die Kreisvertreter für 1910/1911) 1492.

Tarifrevision im Buchdruckgewerbe 1581.

5. Verbandstag der Buch- und Steindrucker- tüßsarbeiter 18.

Die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Che- migraphen und Kupferdrucker 204.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen im Lichtdruck- gewerbe 267.

Reichstarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe 655.

Tarifvertrag der Lithographen in Bittau 1508.

Kein Tarifvertrag im Berliner Fensterputzer- gewerbe 1080.

Eine Tarifbewegung in der Gärtnerei 908.

Gastwirtschaftsgewerbe.

*Die Lohnfrage im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 334.

Ein Tarifabschluß im Gastwirtschaftsgewerbe in Nürnberg 580.

Weitere Tarifverträge im Gastwirtschaftsgewerbe 589.

Ein neuer Tarifvertrag im Gastwirtschaftsgewerbe (Nürnberg) 847.

Ein Tarifvertrag im Berliner Kaffeehaus- gewerbe 1508.

*Kollektivvertrag im südwestdeutschen Gips- gewerbe festgesetzt durch das Karlsruher Zentralschiedsgericht. Von Stadtrichter Dr. Hertrich, Karlsruhe 45.

Tarifabschluß in der Hohlglaschleiferei der Oberpfalz 784.

Holzindustrie.

Arbeitsarbeitsbewegung in der Holzindustrie 296, 686, 751, 784, 850, 1029, 1099, 1124, 1284, 1546.

Ein besonders schwerer Fall von Tarifuntreue 46.

Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie 845, 1000.

Konfektion.

Ein neuer Tarifvertrag für die süddeutsche Konfektionsindustrie 461.

Die Einführung von Tarif-Lohnbüchern im Schneidergewerbe 817.

Eine Aussperrung der Kürschner in Leipzig 561.

*Friede in der deutschen Metall- und Schiff- bauindustrie. Von Privatdozent Dr. Wal- demar Zimmermann, Berlin 39.

Tarifvertrag für die Berliner Metallschrauben- industrie 298.

Tarifbindung im Portefeulles- und Reise- artikelgewerbe 785.

*Neuer Tarifabschluß in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeiter 1240.

Reichs-, Staats- und städtischer Betrieb.

Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung 650.

Arbeiterfragen bei der Reichspost 747.

Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage 711.

Eine Tarifbewegung städtischer Arbeiter in Kolberg 715, 967.

Der Friedensschluß in der Pirnaisener Schuh- industrie 271.

Lohnbewegung der Steinarbeiter 368.

Textilindustrie.

Ein Streik der Maschinenstricker in Plauen i. B. 176, 272.

Ein Korporativvertrag zum Schutze christlicher Arbeit im Berliner Stickerergewerbe 267.

Der Tarifvertrag für die bergische Seiden- bandindustrie 846.

Die Koalitionsfreiheit der Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ 625.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heim- arbeiterinnen der Vieleselder Wäscheindustrie 400.

Der Werftarbeiterstreik bei der Hamburg- Amerika-Linie 110.

Ausland.

*Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags- rechts im Auslande. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1457.

Weitere Tarifverträge im Gastwirtschaftsgewerbe (Dänemark) 589.

Der dänische Gewerkschaftskongress 998.

Eine große Aussperrung in Dänemark ver- mieden 968, 1061.

Der nationale Tarifvertrag für die dänische Maschinenbauindustrie 1096.

Das Ende des Arbeitskampfes im graphischen Gewerbe Jannlands 936.

Ein Bäckertarifvertrag mit Nachtarbeitverbot in Frankreich 655.

Verbot von bezahlter Privatarbeit im Tarif- verträge 1889.

Die erste Statistik der Tarifverträge in Groß- britannien 171.

Die Lohnbewegung in der Ketten schmiederei in Cradley-Heath 111.

Der erste nationale Tarifvertrag im britischen Buchdruckgewerbe 1080.

Eine Mindestlohnbewegung der britischen Handlungsgehilfen in den Ladengeschäften 1097.

Verlängerung des römischen Buchdruckerarbeits um 6 Jahre (Italien) 785.

Die Ausgestaltung des Tarifvertrags im Wiener Chemigraphengewerbe (Österreich) 752.

Zwischen zwei Tarifverträgen 1565.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags- rechts in Spanien 1080.

Ein achtjähriger Tarifvertrag im graphischen Gewerbe Ungarns 717.

Der Kürschnerstreik in New York (Vereinigte Staaten) 272.

Der erste Tarifvertrag für Arbeiter der Flug- zeugindustrie 1889.

Ein amerikanisches Gegenstück zum Tarifbruch- zwist im Berliner Druckgewerbe 1872.

Arbeitsverhältnisse

vergl. Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Bergbau, Gemeindebeamte und -arbeiter, Gewerbe- hygiene, Kongresse, Lebenshaltung, Staats- beamte und -arbeiter, Verbandstage freier Gewerkschaften.

Klagen über das Sicherheitsmännerwesen in Oberschlesiens Bergbau 590.

*Die Arbeitszeit in der Großseidenindustrie Preußens im Jahre 1910. Von Professor Dr. E. Brande, Berlin 1496.

*Die Arbeitsordnung im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 111.

Arbeitsverhältnisse der Kellner auf Staats- bahnhöfen 482.

*Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.

*Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffee- hausgewerbe 681.

*Die Kellneraffäre im Reichstag. Von Dr. Siegfried Hedscher, M. d. R., Hamburg 929.

Das Trinkgeld im Gastwirtschaftsgewerbe 1869.

Lohnbewegung der Glaschleifer in der Ober- pfalz 485.

Überzeitarbeit im Haarschneidergewerbe und Rundschaffsitten 266.

Die Dienstverhältnisse der Krankenkassen- beamten 1415.

*Beiträge zu den Gehaltsverhältnissen der Krankenpflegerinnen. Von Charlotte Reichel 1400.

Die soziale Lage des Musikerstandes 1342.

Die deutschen Musiklehrerinnen 1189.

Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen 929, 1624.

Eine freiwillige Verbesserung der Lage der Seeleute 749.

Ein Korporativvertrag zum Schutze christlicher Arbeit im Berliner Stickerergewerbe 267.

*Zum Untergange der Handweberei in Schlesien. Von Wittgen, Gewerbeassessor, Stralsberg i. Schl. 1867.

Ende der Unterstützung von Tabakarbeitern 1500.

Die Anstellungsverhältnisse bei der „Victoria“ zu Berlin 1485.

*Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910 1183.

*Pflanztagungen Deutscher Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) 1187.

*Hauptversammlungen freier Gewerkschaften 1813.

*Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbe- aufsichtsbeamten für 1910 1602.

Ademischer Stellennachweis 149.

Zurückbehaltung von Lohnbeträgen 493.

Zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Preußen 1419.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Telegraphenarbeiter 431.
 * Die Arbeiterverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten 1468.
 * Britische und deutsche Arbeitslöhne. Von Anton Erkelenz, Berlin 1594.

Ausland.

Die Arbeitsverhältnisse in französischen und deutschen Kolonien 1098.
 * Fabrikindustrie und Fabrikarbeiter im Gouvernement Moskau. Von Dr. phil. Elisabeth Gornitz, Moskau 1092.
 Die Errichtung von Lohnämtern in Großbritannien 76.
 * Industrielle Arbeiter und Arbeitslöhne in Japan 1272.
 Ein Entwurf zu einer neuen Dienstbotenordnung für Niederösterreich 75.

Arbeitsvermittlung.

vergl. Arbeitslosigkeit, Gemeinwesen.
 * Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 86.
 * Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskonferenz 178.
 Die 2. Konferenz für Trinterfurgestellten 286.
 * Der VIII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1278.
 Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.
 Der Zentralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin im Jahre 1909 246.
 Ein Taschenbuch deutscher Arbeitsnachweise 150.
 Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften 189.
 * Pfingsttagungen Deutscher Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) 1187.
 * Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise. Von Dr. Rede 186.
 * Versicherung gegen Stellenlosigkeit für Handlungsgehilfen. Von Jos. Irwahn, Hamburg 276.
 Die Verpflichtung nichtöffentlicher Arbeitsnachweise zur Einzeichnung von Statistiken 488.
 Die Streiklauselfrage bei der Stellenvermittlung 569.
 * Was leidet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit? Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Fleich-Frankfurt a. M. 1113.
 Die Fahrpreisermäßigung für Arbeitsvermittlung durch öffentlichen Arbeitsnachweise 246.
 Die preussischen kommunalen und mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweistellen 1192.
 Der erste Versuch eines staatlichen Facharbeitsnachweises in Deutschland 1198.
 * Die heftigste Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1218.
 Städtische Einrichtungen zur Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen 1627.
 Die Tätigkeit des Arbeitsamts der Stadt Straßburg i. E. 508.
 * Die Stellung des deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg 1586.
 Die Stellungnahme des städtischen Arbeitsnachweises in Offenbach bei Arbeitslosigkeit 824.
 Der Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Dresden und die Dresdener Stadtverordneten 1449.

Arbeitsnachweisverbände.

Ein Taschenbuch deutscher Arbeitsnachweise 150, 406.
 Die preussischen Arbeitsnachweisverbände 1223.
 Die staatliche Unterstützung der Arbeitsnachweisverbände in Preußen 1605.
 Verband der gemeinnützigen Arbeitsnachweise in Hannover 246.
 Der Rheinische Arbeitsnachweisverband 696, 915.
 Die Tätigkeit des Verbandes Westfälischer Arbeitsnachweise 1910 1480.
 Die Gründung eines Verbandes der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen 601.

Verband badischer Arbeitsnachweise 247.
 Ablehnung eines thüringischen Arbeitsnachweisverbandes durch den Verband Thüringischer Industrieller 696.
 Ein thüringischer Arbeitsnachweisverband 1194.
 Erholungsurlaub für Arbeiter 897.

Arbeitsnachweise von Arbeitgebern.

* Lohnforderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier 299.
 * Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zechenverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen 341.

Gewerbsmäßige Stellenvermittlung.

Ein Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 15, 77, 175, 846.
 * Die Lohnfrage im Gastwirtsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 884.
 * Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise. Von Dr. Rede 186.
 Der deutsche Arbeitsmarkt im August 1640.
 Die Organisation des Arbeitsmarkts zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn 149.
 Die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der privaten Arbeitsbeschaffung 1640.
 * Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskonferenz 178.
 Der Kampf der Stellenvermittler gegen das neue Stellenvermittlergesetz 407.
 Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 488.
 Der Bund deutscher Stellenvermittler 1448.

Deutsches Stellenvermittlergesetz von 1910.

* Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise. Von Dr. Rede 186.
 Der Kampf der Stellenvermittler gegen das neue Stellenvermittlergesetz 407.
 Die Auslagen der gewerbsmäßigen Stellenvermittler 1606.
 Die Wirkungen des neuen Stellenvermittlergesetzes 489.
 Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 488.
 Streikfragen aus dem Stellenvermittlergesetz 726.
 Ein „Kaufmännischer und Technischer Hilfsverein“ zur Umgehung des Stellenvermittlergesetzes 915.
 Der Bund deutscher Stellenvermittler 1448.

Einzelne Arbeitsnachweise.

Ademischer Stellennachweis 149.
 Vom „Markt der ausländischen Arbeiter“ 1849.
 Der Zuzug der ausländischen Arbeiter im Juli 1479.
 * Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals 1057, 1206, 1883.
 Zur Arbeitsnachweisfrage im Baugewerbe 975.
 Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier 658.
 * Die organisierte Lehrstellenvermittlung für die Rorschheimer Bijouterieindustrie. Von Kooperator B. Jauch-Freiburg 913.
 * Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker 170.
 Paritätische Facharbeitsnachweise für das Gastwirtsgewerbe 489, 1850.
 * Die zweite Arbeitsnachweiskonferenz für das Gastwirtsgewerbe. Von Dr. Gerhard Keffler, Berlin 665.
 Gemeinsamer Arbeitsnachweis und Bürgschaftsleistung für Auswärtigen im Gastwirtsgewerbe 823.
 Die deutschen Gastwirte für den paritätischen Arbeitsnachweis 1198.
 Der Deutsche Kellnerverband Union für paritätische Arbeitsnachweise 975.
 * Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in Gast- und Schankwirtschaften (Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform an die Stadtverwaltungen) 648.
 Städtische Gastwirtschaften und städtischer Arbeitsnachweis 407.

* Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffeehausgewerbe 681.
 * Der paritätische Facharbeitsnachweis für das Berliner Gastwirtsgewerbe 725.
 Ein gemeinsamer Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe in Groß-Berlin 915.
 Ein städtischer Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe in Götting 150.
 * Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 15, 77, 175, 345.
 Das Unterstützungs- und Stellenvermittlungswesen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) 288.
 Die Stellenvermittlung des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig 569.
 Zur sozialen Lage der kaufmännischen Stellenhelfer 697.
 Der Kampf im Holzgewerbe 1099, 1284.
 Arbeitsnachweis und Arbeitgeberverbände in der Holzindustrie 1448.
 Die Wiedereröffnung des paritätischen Arbeitsnachweises im Hamburger Holzgewerbe 1546.
 Ein paritätischer Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Güterbeamte im Königreich Sachsen 697.
 Paritätischer Arbeitsnachweis und Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe 1479.
 Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband 657.
 Lehrstellenvermittlung im Regierungsbezirk Düsseldorf 247.
 Die Errichtung von 31 öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in Ostpreußen 601.
 Der Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden 1224.
 Die Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Baden 1517.
 Der Verwaltungstag der elsass-lothringischen Arbeitsämter 1446.
 Die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Berlin 569.
 Der 5. Jahresbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweistelle in Düsseldorf 407.
 Die Düsseldorf'scher Arbeitsnachweistatt 1850.
 Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 288.
 * Die Ordnung der Stadtgemeinde Schöneberg über die Forderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit 471.
 Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. 583, 840.
 Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg 153.
 Der Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.
 * Auskunftsstelle für die Berufswahl 712.

Ausland.

Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 1431.
 Ein Arbeitsvermittlungsgeß in Finnland 1385.
 Die städtischen Arbeitsnachweise in Frankreich 508.
 Die Tätigkeit der staatlichen Arbeitsnachweise in Großbritannien im Jahre 1910 1851.
 * Die Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England 1483.
 Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende in Österreich 1194.
 Ergebnisse der Arbeitsvermittlung in Österreich im Jahre 1909 1885.
 Ein Streik Wiener Theaterarbeiter 560.
 * Die öffentliche Arbeitsnachweisbewegung in der Schweiz 1086.
 Ein Zentralarbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften in der Schweiz 1851.
 Der Käuferbund in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und der staatliche Arbeiterschutz 81.
 Die Streiklauselfrage bei der Stellenvermittlung im Staate Massachusetts 824.
 Die Aufhebung des italienischen Arbeitsamts in Newyork 975.
 Der gemeinnützige Arbeitsnachweis in Newyork 1547.

Die Stellenvermittlung für Gastwirtsange-
stellte in Chicago 1072.

Arbeits- und Dienstvertrag.

* Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von
Prof. Dr. E. Franke, Berlin 226.

* Zur Reform des Arbeitsrechts 1861.

* Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und
die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr.
Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frank-
furt a. M. 1202, 1233.

* Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht
1288.

* Rechtsprobleme der Arbeitsverfassung. Von
Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düssel-
dorf 1554.

Gesellschaft für Soziale Reform 295.

Das Bulletin des Internationalen Arbeits-
amts 359.

Arbeitsvertrag und gute Sitten 232.

* Stimmen zur Konkurrenzklause 304.

Das Ehrenwort in der Konkurrenzklause 814,
1096.

Familienlöhne 1434.

Unzulässigkeit des Abzugs von für die Ur-
laubszeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem
Austritt 653.

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen 264.

* Der Unterschuß der Gesellschaft für
Soziale Reform für Privatangestellten-
fragen 293.

Das Kartell deutscher Reichs- und Staats-
arbeiterverbände 174.

Die Aussperrung in Pforzheim 868.

Ausland.

Vortrag in der Ortsgruppe Königsberg der
Gesellschaft für Soziale Reform über In-
dustrieconstitutionalismus in Australien 1066.

* Das niederösterreichische Hausbesorgerfür-
sorgengesetz vom 9. Oktober 1909. Von
Dr. Paul Kompert 455.

* Handlungsgehilfenschutz in Rußland. Von
Joseph Boujanskij, Petersburg 48.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags-
rechts in Spanien 1030.

* Die toskanische Mezzadria. Von Otto
Kahn, Mailand 872.

**Arbeitswillige, Arbeitsfreigekommenen f. Gelbe Ge-
werkschaften, Koalitionsrecht, Rechtsprechung,
Streikrecht.**

Arbeitszeit
vergl. Arbeiterschutz (Berner Konvention),
Ferien, Frauenarbeit, Gewerbeaufsicht,
Ladenschluß, Sonntagsruhe.

* Die Unfallgefahr bei der Nachtarbeit 80.

Bestrafung wegen Nichtiggewährung der Mittags-
pause 397.

Verpflichtung des Unternehmers für die Inne-
haltung der Arbeiterschutzbestimmungen 527.

* Die neue Gewerbeordnung. Von Gewerbe-
rat Fr. Löffler, Darmstadt 851.

Gewerbeordnungs-Novelle 853.

* Die badische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910
1082.

* Die elsass-lothringische Gewerbeaufsicht im
Jahre 1910 1635.

* Die württembergische Gewerbeaufsicht im
Jahre 1910 1126.

* Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbe-
aufsichtsbeamten für 1910 1602.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform
358.

Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag in
Bäckerien 281.

Die Bäckerarbeiterbewegung 1213.

Tariffbewegungen im deutschen Braugewerbe
298.

Erneuerung des Tarifvertrags für die ver-
einigten Brauereien Hamburgs 688.

Vorschläge des Betrags für Arbeiterstatistik zur
Regelung der Arbeitszeit in der Binnen-
schifffahrt 846.

Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhand-
lungsgehilfen 1284.

Wirtschaftliche Kämpfe von Bühnengehörigen
845.

Der Normalarbeitstag für die staatlichen
Bureaubeamten Badens 338.

Regelung der Arbeitszeit in den Rechts-
anwaltsbüros in Berlin 397, 1624.

Sozialpolitische Anstandsspflichten der Kund-
schaft im Verkehr mit Rechtsanwaltsbüros
652.

Ein fleißiger Chorsängerfreier in Mülhausen
i. Elz. 851.

Arbeitszeitverkürzung in der chemischen In-
dustrie in Ludwigshafen 371.

Reunionsentag in der chemischen Großindustrie
527.

Die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemi-
graphen und Kupferdrucker 204.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen im Lichtdruck-
gewerbe 267.

* Die Trümpelberfrage in den deutschen Bahn-
hofswirtschaften. Von M. Richter, Schrift-
führer des Verbandes deutscher Köche 25.

* Die Lohnfrage im Gastwirts-gewerbe. Von
Adolf Schaar, Hannover 334.

Lohnbewegung der Glaschleifer in der Ober-
pfalz 435.

* Die Arbeitszeit in der Grobisenindustrie
Preußens im Jahre 1910. Von Professor
Dr. E. Franke, Berlin 1496.

Überzeitarbeit im Haarschneidergewerbe und
Kundschaffsitten 266.

Die Arbeitszeiten in der deutschen Gutindustrie
44.

* Die Regelung der Arbeitszeit für das Kranken-
pflegepersonal 272.

Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen 937.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im badischen
Sägereigewerbe 44.

* Friede in der deutschen Metall- und Schiff-
bauindustrie. Von Privatdozent Dr. Wal-
demar Zimmermann, Berlin 39.

Der Friedensschluß in der Pirmasenser Schuh-
industrie 271.

Ein Kampf um den Reunionsentag in der
Weißenseiler Schuhindustrie 659.

Der Achtstundentag im Steinmetzgewerbe 338.

Straßenbahnerstreik in Mülhausen im Elz 47.

Die Bewilligung des Zehnstundentags für die
Laufger Tuchindustrie 753.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und
Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäsche-
industrie 400.

Nachtarbeit in Bäckerien.

Arbeiterschutz und soziale Käuferverbände 748.

Die Abschaffung der Nachtarbeit in der Kon-
sumvereinsbäckerei in Pforzheim 788.

Die Tariffbewegung im Bäckergewerbe 1098,
1128.

Die Mißstände im Bäckereigewerbe 1148.

Die Zustände im Bäckergewerbe Englands 756.

Der gesetzliche Arbeiterschutz in Bäckerien in
Finnland 626.

Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckerien
in Frankreich 371.

Für das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in
den Bäckerien Frankreichs 660.

Ein Bäckertarifvertrag mit Nachtarbeitverbot
655.

Der niederländische Gesetzentwurf zur Unter-
drückung der Nachtarbeit in den Bäckerien
660.

* Der Schweizerische Arbeiterbund 965.

Sonnabend Nachmittag.

Früherer Arbeitschluß am Sonnabend 937.

Der frühere Arbeitschluß für städtische Ar-
beiter an den Vorabenden von Sonn- und
Festtagen 994.

Ausland.

Die Nachtarbeit der Frauen in Belgien 371,
854.

Verbot der Frauen-Nachtarbeit in Belgien
1604.

Ein Friedensvertrag im Lütticher Kohlen-
gebiet 534.

Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den briti-
schen Konsumgenossenschaften 408.

Ein Arbeitskampf im britischen Buchdruck-
gewerbe 592.

Der Kampf der Londoner Buchdrucker 691.

Die Zustände im Bäckergewerbe Englands 756.

Der gesetzliche Arbeiterschutz in Bäckerien in
Finnland 626.

Der Achtstundentag im französischen Bergbau
275.

Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer für die
Handlungsgehilfen in Frankreich 536, 720.

Die Nachtarbeit der Kinder in Frankreich 561.

Ein Bäckertarifvertrag mit Nachtarbeitverbot
655.

Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckerien
Frankreichs 371, 660.

Eine französische Gewerkschaftskonferenz 1284.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in Holland
144.

Der holländische Gesetzentwurf zur Unter-
drückung der Nachtarbeit in den Bäckerien
660.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Holland 887.

Arbeiterschutz in Indien 887.

Ein Entwurf zu einer neuen Dienstboten-
ordnung für Niederösterreich 75.

Die Verlegung des Nachtarbeitverbots für
die Arbeiterinnen in Österreich 499.

Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Fabrik-
arbeiterinnen in Österreich 536, 626.

* Eine Arbeiterschutz-Novelle zur Gewerbe-
ordnung in Österreich 755.

Die Arbeitszeit in Eisenhütten und Walz-
werken Österreichs 1624.

Verbot der Frauenarbeit in Portugal 1514.

* Handlungsgehilfenschutz in Rußland. Von
Joseph Boujanskij, Petersburg 48.

Die Arbeitszeit im Handel in der Schweiz
1027.

Der Bergarbeiterstreik in Bilbao (Spanien) 16.

Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in ge-
werblichen Betrieben Ungarns 597.

Ein Kampf um Arbeitszeitverkürzung in den
Bereinigten Staaten: Der Kustnerstreik in
Neuyork 272.

Nachtarbeitverbot für jugendliche Austräger
in Neuyork 536.

Der gesetzliche Achtstundentag für die Frauen
in Kalifornien 1084.

Internationales

* Sechste Generalversammlung der Internati-
onalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeit-
schutz (Lugano, 25.—28. September. 1910.)
Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

Internationale Arbeiterschutzverträge 499.

Internationales Abkommen über das
Verbot der industriellen Nachtarbeit der
Frauen 1251.

Architekten f. Privatbeamte.

Armenwesen und Waisenfürsorge.
vergl. Rechtsauskunft, Schulspflege, Wohl-
tätigkeit.

Emil Münsterberg † 555.

* Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und
Erholungsstätten. Von † Stadtrat Dr.
E. Münsterberg 641.

Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale
Hilfsarbeit“ 88.

Vom Verein für Sozialpolitik 527.

Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätig-
keit 1104.

* Straflosigkeit des Bettelns „aus Not“? Von
Pastor Mörchen, Geschäftsführer des
Deutschen Herbergsvereins, Bethel b. Biele-
feld 551.

* Betteln aus Not und Strafprozessreform 619.

Der Vorentwurf zum deutschen Reichsstraf-
gesetzbuch und die Armenpflege 1623.

* Die Reform der bayerischen Heimat- und
Armenpflegegesetzgebung. Von Regierungsrat
Karl Schreiber, München 1049.

Die Überlassung von Land an städtische Arme
234.

Die Zunahme der Armenpflegekosten in den
großen Städten 1207.

* Die sozialpolitische Entartung der öffent-
lichen Leihhäuser. Von Professor Dr. Robert
Schachner, Jena 1297.

Ausland.

Die zahlenmäßige Abnahme der Armen in
England und Wales 106.

* Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien 161.
I. Das Gewerlams-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles W. Dille, Mitglied des Unterhauses, London.

II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine stilkche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.

Schülerversorgung in der Schweiz (Basel) 608.

* Rechtsauskunftsstellen in den Vereinigten Staaten 818.

Wanderarmenfürsorge.

* Die Wanderarbeitsstätten in Württemberg. Von Arbeitersekretär S. Matkutat, Landtagsabgeordneter, Stuttgart 780.

* Legehallen für Landstreicher. Von Hugo Otto Zimmer, Hamburg 1105.
Die katholischen Caritasvereine 151.

Ärzte

vergl. Reichsversicherungsordnung.

Die Ärzte in Deutschland 1911 448.

* Deutscher Arztetag 1227.

* Tagung des deutschen Medizinalbeamten-Vereins 1609.

Der Verband deutscher Zahnärzte 157.

Berufliche Solidarität und der Beleidigungsparagraph 1467.

Arztelkonflikt in Halle 874.

* Ärzte und Krankenkassen in Groß-Stuttgart und Umgegend 1286.

Die Bewährung der freien Arztwahl bei den Düsseldorf Krankenkassen 1545.

* Ein Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. med. Strauß-Krefeld 97.

* Die Rente für die „dauernd invalide“ Witwe. Von Professor Dr. Friedr. Albin Hoffmann, Wirtl. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat, Leipzig 166.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 758.

* Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.

Der Einfluß der Ausdehnung der Krankenversicherung auf bestehende Verträge mit Ärzten 1445.

Ein allgemeiner Friedens- und Schiedsvertrag zwischen dem Reichsverbande Deutscher Ärzte und dem Verbande zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen 529.

Bekämpfung der Schwindelkassen durch die Ärzte in Württemberg 564.

Der 11. Deutsche Fortbildungsschultag 91.
Ein Medizinalrat in Charlottenburg 399.
Anstellung von Schulärzten im Hauptamt in Schöneberg 413.

Die gesetzliche Regelung der Schularztfrage in Württemberg 604.
Das Seminar für soziale Medizin in Berlin 830.

Ausland.

Die ärztliche Untersuchung in den englischen Schulen 414.

Ärztlicher Dienst in den Bleibetrieben Frankreichs 1100.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden 144.

Die erste Ärztin in den österreichischen Tabakfabriken 1610.

Internationales.

* Der 8. internationale Kongreß für Säuglingschutz 1607.

Ausländische Arbeiter

vergl. Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Landarbeiter.

* Die Deutsche Feldarbeiterzentrale 1070.
Ausländische Arbeiter in Deutschland 1910 1385.

Vom Markt der ausländischen Arbeiter 1349.
Der Zugang der ausländischen Arbeiter im Juli 1479.

Die Bewegung der ausländischen Arbeiter in Deutschland während des Monats August 1605.

* Deutsche und fremde Arbeitskräfte am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals 1057.

* Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Eine Erwiderung von Dipl.-Ing. E. Bernhardt, Berlin 1206.

* Nochmals die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Von Landesversicherungsrat Hansen, Kiel 1888.

Ausweisarten ausländischer Arbeiter in Preußen 1448.

Die Überwachung ausländischer Arbeiter im Königreich Sachsen 556.

Legitimationszwang für ausländische Arbeiter im Großherzogtum Hessen 1026.

* Der Verwaltungsrat der elsass-lothringischen Arbeitsämter 1446.

* Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongreß 178.

* Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz 1605.

Die Organisation des Arbeitsmarkts zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn 149.

Der Umfang der italienischen Wanderarbeit im Auslande 106.

Ausland.

* Der Schweizerische Arbeiterbund 965.
Beschränkung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten 884.

Zur Abwehr der gelben Einwanderung in Kalifornien 18.

Ein großer Schneiderstreik in Chicago 308.
Ein soziales Schutzamt für eingewanderte Industriearbeiter in Newyork 718.

Die Aufhebung des italienischen Arbeitsamts in Newyork 975.
Die Lohnämter in Vitoria 757.

Aussparungen f. Arbeitslosigkeit.
Ausstellungen f. Gewerbehygiene, Volksbildung, Volkswohlfahrt.

B.

Beamtenausschüsse f. Arbeiterausschüsse, Gemeindebeamte, Staatsbeamte.

Beamte f. Gemeinde-, Privat-, Staatsbeamte.
Baugenossenschaften f. Bodenpolitik, Genossenschaften, Wohnungsweisen.

Bauarbeiterschutz f. Arbeiterschutz.
Bäckereiarbeiter f. Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsverträge.

Bergbau
vergl. Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Arbeitsverträge, Arbeitszeit, Gewerkschaften.

Das Samariter- und Rettungsweisen im Bergbau 540.

Die Hauptstelle für das Grubenrettungsweisen 1844.

Die Barmutkrankheit der Bergleute 448, 1014.
Augenleiden der Bergleute 860.

Arbeiter- und Beamtenfragen auf den staatlichen Bergwerken Preußens 1092.

Die neue Bergpolizeiverordnung für die Steinkohlenbergwerke im Oberbergwerksbezirk Dortmund 788.

Ein Hamburger Verggeseß ohne Arbeiterschutzes 1154.

Klagen über das Sicherheitsmännerwesen in Oberschlesien 590.

Arbeitervertreterwahlen im preussischen Bergbau 284.

Die Arbeiterauswahlwahlen im oberbayerischen Bergwerksgebiet 591.

* Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. (Lugano, 25.—28. September 1910.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

* Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 859.

Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds in den deutschen Aktiengesellschaften 472.

Die endgültige Entscheidung über die frühere Berufspraxis des Zechenverbandes 1885.

Aus den Kreisen der mittleren Grubenbeamten 997.

Die Rechtsschutzfähigkeit des Gewerkschaftsmitgliedlicher Bergarbeiter 1910 942.

Gewerkschaftsfragen vor dem Forum der Zentralverbandsvorstände 1811.

Der 28. Internationale Bergarbeiterkongreß 1408.

Die Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier im 3. Vierteljahr 1910 896.

Die Bergarbeiterlohnstatistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund für das 4. Viertel 1910 748.

Bergarbeiterlöhne in Preußen 1910 818.

Bergarbeiterlöhne in Deutschland im 2. Vierteljahr 1911 1562.

Bergarbeiterbewegungen im Unterharz und in Oberbayern 271, 308.

* Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zechenverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen 841, 867, 485, 496, 658.

Die Tarifbewegung der Bergarbeiter im Oberlausitzer Braunkohlengbiet 752, 1476.

Arbeiterbewegung im Bergbau 935, 1082.

* Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. Ein Beitrag zur Forderung des Reichseinigungsamts 1300.

* Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik 1898.

Knappschafswesen.

Die Verpflichtung der Werkbesitzer zur Zahlung von Knappschafsbeträgen für die Grubenbeamten 55.

Der Verwaltungsbericht der Knappschafsbewegung f. 1909 148.

* Beitragsleistungen zum allgemeinen Knappschafsbewegung in Bochum während des Urlaubs 948.

Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschafsbewegung in Bochum während des Urlaubs 1255.

Der Allgemeine Knappschafsbewegung zu Bochum 1910 1478.

Ausland.

Ein neues Verggeseß für Belgien 1845.

Rettungsvorrichtungen in englischen Bergwerken 468.

Verstärkung des Bergarbeiterschutzes in England 858.

Britische Gewerkschaftsführer als Ministerialräte 296.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales 787, 1062.

Der Achtstundentag im französischen Bergbau 275.

Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911) 1181.

Ein spanisches Bergarbeiterschutzes 1101.

Der Bergarbeiterstreik in Bilbao (Spanien) 16.

Berggesetzgebung f. Bergbau.
Berufsgenossenschaften f. Unfallfürsorge.
Berufsvereine f. Arbeitgeberverbände, Gelbe Gewerkschaften, Gemeindebeamte und -arbeiter, Gewerkschaften, Handlungsgeschäften, Kellner, Privatbeamte, Staatsbeamte und -arbeiter, Techniker.
Berufsvormundschaft f. Vormundschaft.
Beschäftigungsgrad f. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt.
Betriebskrankenkassen, Betriebspensionskassen f. Krankenversicherung bezw. Wohlfahrts-einrichtungen.
Betriebsunfälle f. Unfallfürsorge.
Bibliotheken f. Volksbibliotheken.
Bildungsweisen f. Fachbildung, Fortbildungsschule, Kurse, Schulwesen, Volksbildung.

Bleivergiftung

vergl. Gewerbehygiene.

- * Eingaben betreffend Bleifarben 370.
- * Regierungserklärungen über die Bleifarbenfrage in Deutschland 692.
- Gegen die Verwendung von Bleifarben 1261.
- * Gewerbehygiene für Techniker 249.
- Ein Bleimerkblatt für Hüttenarbeiter 442.
- * Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens 699.
- * Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Erbsenkrantasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 1042, 1074.
- Bleierkrankungen in Leipzig 1458.
- Die Antimonvergiftung der Seher 418.

Ausland.

- Die Bleivergiftung bei englischen Malergehilfen 781.
- Ärztlicher Dienst in den Bleibetrieben Frankreichs 1100.
- * Arbeiterchutsvorschriften für die Zuckerraffination und die polygraphischen Gewerbe in Österreich 1537.
- Schlag der Zinkhüttenarbeiter in Rußland 347.

Internationales.

- * Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. (Lugano, 25.—28. September 1910.) Von Prof. Dr. C. Franke, Berlin 1.
- * Eingabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, betreffend Bekämpfung der Bleivergiftung in Druckerei, Schriftgießerei- und keramischen Betrieben, sowie zur Bekämpfung der Gaissonkrankheit 827.
- III. Internationaler Kongreß für Gewerbekrankheiten Wien 1914 219.
- Internationaler Malermeisterkongreß 1504.

Bodenpolitik, Bodenreform

vergl. Gartenstadtbewegung, Genossenschaftswesen, Kongresse, Wohnungswesen.

- * Der 20. Bundesstag deutscher Bodenreformer 189.
- Die 21. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer 1163.
- Ein sozialer Ferienkursus des Bundes deutscher Bodenreformer über Reduktion, Volkswirtschaft und staatsbürgerliche Fortbildung 699.
- * Der 2. deutsche Wohnungskongreß. Von Dr. Gerhard Reiffner, Berlin 1173.
- Eine Umfrage über das Wohnungswesen 61.
- Ein Preisanschreiben für soziale Innentotalisation 995.
- Spezialkommissionen für Bebauungsreform 1109.
- Druckgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168.
- Vereinigung für Soziale Reform, Schwerin i. M. 454.
- Die Einrichtung der Arbeiterwohnungen 445.
- * Ausstellungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterhausgerät 1107.
- * Pfingsttagungen Deutscher Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) 1187.
- Die Bestallung eines Landeswohnungsinspektors für Baden 445.
- * Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten 59.
- Die deutsche Gartenstadtbewegung 1888.
- Die Überlassung von Land an städtische Arme 234.
- Siedelungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Rieffelsfeldern 238.
- Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin 494.
- * Das Tempelhofer Feld. Von Dr. Karl von Mangoldt 634.
- Der Grundstücksbesitz der Stadt Breslau 45.
- Zur Behebung des Kleinwohnungsmanuels und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Dresden 796.
- Der Stand der gesamten gemeinnützigen Bautätigkeit in Frankfurt a. M. 1580.
- Eine auf neue erbbauliche Grundstücke gegründete Gartenstadt bei Freiberg in Sachsen 949.
- Städtische Schrebergärten in Göttingen 495.

Gartenstadtbegründung in Hagen i. B. 797.
Die Wohnungsnot in München 445.

Ausland.

- Die Arbeiterwohnungen in Ziegeleien und auf offenen Arbeitsplätzen in Belgien 445.
- Eine Millionenanleihe für Arbeiterwohnungs-zwecke in Norwegen 446.
- Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich 444.
- * Die toscanische Mezzadria. Von Otto Kahn, Mailand 872.
- Die Zürcher Grundstücke über die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften 123.
- Städtische Wohnungsfürsorge in Zürich 446.
- Das Enteignungsgesetz der Stadt Newyork 1611.
- Boykott f. Arbeitsfreitigkeiten, Berufserklärung. Bühnengehörige f. Schauspieler.
- Bürgerkunde f. Fortbildungsschule, Kurse.
- Bureauangestellte f. Privatbeamte.

D.

Dienstboten

vergl. Arbeitsvermittlung.

- Die Gründung eines „Hausdienstausschusses“ für Groß-Berlin 994.
- Die Regelung der Rechtsverhältnisse der häuslichen Dienstboten 1148.
- Die Häufigkeit des Stellenwechsels der weiblichen Dienstboten. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 1517.
- Der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen 308.

Ausland.

- Ein Entwurf zu einer neuen Dienstbotenordnung für Nieder-Österreich 75.
- * Das niederösterreichische Hausbesorgerfürsorgegesetz vom 9. Oktober 1909. Von Dr. Paul Kompert 455.

E.

Ehrenämter f. Bergbau, Gewerkschaften, Rechtspflege.

Einigungswesen, öffentliches

vergl. Arbeitsfreitigkeiten, Arbeitslarisverträge, Gesellschaft für Soziale Reform, Gewerbegericht.

- * Reichseinigungsamt. Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch 788, 770, 802.
- Eine Reichsstelle für Arbeitslarisverträge. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1617.
- Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 747.
- Geheimrat Dr. Wedefeldt und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner 964.
- * Bundes sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.
- * Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen 884.
- * Das Gewerbegericht München als Einigungsamt 622.
- Die Bayerische Kaufmannsgerichtsstatistik 1910 1485.
- Neue Aufgaben der Käuferorganisationen 481.
- * Pfingsttagungen Deutscher Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) 1187.
- Einen besonders schweren Fall von Tarifuntreue 46.
- * Lehren aus dem Kampf im Baugewerbe 141.
- Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe 400, 460, 715, 1502.
- * Vom Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe. Von Magistratsrat P. Böbling, Berlin 925.
- Bergarbeiterbewegungen im Unterharz und in Ober-Bayern 271.
- Streit auf der Zeche Lukas 302.
- * Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. Ein Beitrag zur Förderung des Reichseinigungsamts 1300.

* Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik 1398.

- Die Lohnbewegung der Glasbleiser in der Oberpfalz 582.
- Der Kampf im Holzgewerbe 1099, 1124.
- Ein Formerstreik in Pommern 1285.
- Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie 845.
- Die Aussperrung in der Pforzheimer Metallindustrie 844, 868, 401.
- Die Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie 1474.
- Strassenbahnerstreik in Mülhausen im Elsaß 47.
- Ein Einigungsamt für Mietstreitigkeiten 1421.
- * Vom Einigungsamte für Mietstreitigkeiten in Solingen. Von Dr. Karl Reßler, Solingen 1462.

Ausland.

- Reichseinigungsamt. Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. (Angaben über ausländisches Einigungswesen) 802.
- Die erfolgreiche Vergleichstätigkeit der Gewerbegerichte in Belgien 1486.
- * Die Arbeitszwänge in England 14.
- Frieden in der englischen Schiffbauindustrie 869.
- Das Ende der Aussperrung in den Baumwollspinnereien Lancashire 74.
- Die einigungsamtliche Tätigkeit des Ministeriums für Handel und Gewerbe in England 965.
- Ausstände der Verkehrsarbeiter in England 1442.
- * Die Arbeitskämpfe in England und ihre Beilegung 1472.
- Königliche Ehrengabe der Vermittler in britischen Arbeitskämpfen 1629.
- * Nachwehen und Lehren der Arbeitskämpfe in England 1508.
- Plan eines Reichseinigungsamtes für Arbeitsfreitigkeiten in England 1629.
- * Obligatorische Einigungsämter für Arbeitsfreitigkeiten in England 1528.
- * Regierung und Syndikate in Frankreich. Von Dr. Frhr. von Madau, München 289.
- * Gesetzliche Streitverhütung auf den französischen Eisenbahnen. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 890.
- * Das Verhalten von Staat, Parlament und Gemeinden in dem Massenarbeitskampf der norwegischen Industrie 1877.
- Der Arbeitskampf in Norwegen 1445.
- Eine Ehrengabe sozialer Friedensvermittler in Norwegen 1529.
- Die Tätigkeit der Gewerbegerichte in Österreich 14-5.
- Eisenbahnbeamte und -arbeiter f. Staatsbeamte und -arbeiter.

Erfinderrecht.

Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 293.

Erziehung f. Fachbildung, Fortbildungsschule, Fürsorgeerziehung, Schulwesen, Volksbildung.

F.

Fabrikbau f. Arbeiterschutz.

Fabrikinspektion f. Gewerbeaufsicht.

Fachbildung und Fachschulwesen

vergl. Arbeitsvermittlung, Gewerksmäßige Stellenvermittlung, Fortbildungsschule, Gewerkschaften, Haushaltungsunterricht, Kongresse, Lehrlinge.

- Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen 826.
- Der Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.
- Der Verband konditionierender Apotheker 77.
- * Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen 268.

*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Seyde, Berlin 1282.

Ein Kursus in Maschinenbehandlung für Holzarbeiter 699.
Landwirtschaftlicher Unterricht für Soldaten 667.

Die soziale Lage des Arbeiterstandes 1848.
Hilfe für das Handwerk 295.

*Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 18.—21. Juni, Elberfeld. Von Dr. Altenrath, Berlin 1265.

Der Einfluß der freien Hochschulen auf die Höher 475.

Ein Seminar für Genossenschaftswesen 570.
Die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens im Königreich Sachsen 571.

Ein Normallehrplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen 1288.

Ausland.

Die Fachbildung des gewerblichen Nachwuchses in Frankreich 411.

Ferien.

Erholungsurlaub für Arbeiter 897.

Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.

Urlaub und Gehaltszahlung 107.
Ungültigkeit des Abzugs von für die Urlaubszeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt 653, 686, 715.

Erholungsurlaub für Bahnunterhaltungsarbeiter in Preußen 688.

Die Bäckereiarbeiterbewegung 1213.

Erneuerung des Tarifvertrags für die vereinigten Brauereien Hamburgs 638.

*Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum während des Urlaubs 943, 1255.

Ein Ferienheim für weibliche Angestellte in Dann (Eifel) 1225.

Ausland.

*Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich 439.

Internationalis.

*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter. (Lugano, 25.—28. September 1910.) Von Prof. Dr. E. Grande 1.

Fortbildungsschule.

vergl. Fachbildung, Haushaltungsunterricht, Jugendliche Arbeiter, Kurse.

*Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Prof. Dr. E. Grande, Berlin 226.

*Jugendpflege und Fortbildungsschule in Preußen 489.

*Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen 761.

*Der preussische Gesetzentwurf über das Fortbildungsschulwesen. Von Dr. Kühn, Landesgewerbeamt, Berlin 834.

*Ein außerordentlicher Preussischer Fortbildungsschultag 837.

*Die 6. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11.—18. Mai.) 1017.

Bürger- und Lebenskunde in den ländlichen Fortbildungsschulen Preußens 442.

Ländliche Fortbildungsschulen in Preußen 825, 890.

Der Gesetzentwurf betreffend Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen 1181.

Der preussische Gesetzentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen 1180.

Die Forderungen der Frauen zum Preussischen Fortbildungsschulgesetz 891.

Das preussische Fortbildungsschulgesetz 1183, 1256.

*Die Fortbildungsschule in Preußen 1830.

Ein Normallehrplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen 1288.

Das Fortbildungsschulgesetz für das Land Koburg 1195.

Die Reichstagskommission für die G.D.-Novelle 597.

Gewerbeordnungs-Novelle 858.

Der 11. Deutsche Fortbildungsschultag 91.

*Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 18.—21. Juni, Elberfeld. Von Dr. Altenrath, Berlin 1265.

Der 12. deutsche Handlungsgehilfentag 1212.
Der Verein für Handlungscommiss von 1858 1471.

Fortbildungskurse für Anwaltsangestellte in Potsdam 442.

Hilfe für das Handwerk 295.

Die soziale Lage des Arbeiterstandes 1842.

Die Neuordnung der Mädchen-Fortbildungsschulen in Berlin 58.

Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen 826.

Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen 1158.

Fragen des gewerblichen Unterrichtswesens 122.

Die Unterrichtsverteilung an nicht mehr schulpflichtige Jugendliche 216.

Die Zucht in der Fortbildungsschule 761.

8 Uhr-Abend-Schluß der Fortbildungsschule in Preußen 1607.

Die Erteilung von Unterricht an fortbildungsschulpflichtige Jugendliche durch Arbeiterturnvereine 45.

Lehrerbildung für die ländlichen Fortbildungsschulen 1195.

Die Beziehungen der Jugendfürsorge und der ländlichen Fortbildungsschule 475.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft 282.

Frauenarbeit- und -schutz.

Die ökonomische Bedeutung der gewerblichen Frauenarbeit für den Arbeiterhaushalt 812.

*Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise. Von Dr. Aede 186.

*Die Jugendpflege für die weibliche Jugend. Von Else Lüders, Berlin 697.

*Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform (Berlin, 11. bis 18. Mai) 1017.

Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform 522.

*Der zweite deutsche Jugendgerichtstag (München, 29. September bis 1. Oktober 1910). Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 129.

Der achte Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.

*Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentag in Mainz 1432.

*Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitags 1592.

Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht 1288.

*Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenliste für Leipzig und Umgebung. Von Dr. Agnes Bluhm, Berlin 1074.

*Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910 1183.

Die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen beiderlei Geschlechts und erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 864.

Das städtische Wohnungswesen in Breslau 128.

Das Münchener Jugendgericht im Jahre 1910 567.

*Die neue Gewerbeordnung. Von Gewerbeamt Fr. Löfner, Darmstadt 851.

*Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 969.

*Die badiische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1082.

Die elsaß-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1635.

*Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1125.

*Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 1602.

Die hamburgische Gewerbeinspektion 1910 1262.

Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.

Ein Institut für soziale Arbeit in München 1822.

Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus 1822.

Die Neuordnung der Mädchen-Fortbildungsschulen in Berlin 58.

Gewerbeordnungs-Novelle 858.

Die ländliche Pflichtfortbildungsschule in Preußen 890.

Die Forderungen der Frauen zum Preussischen Fortbildungsschulgesetz 891.

Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen 1158.

Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen 826.

*Die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten und die weiblichen Angestellten. Von Johanna Baescher, Kassel 888.

Die Gültigkeit einer Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiterinnen 814.

Die Regelung des weiblichen Lehrlingswesens in Baden 1159.

Der Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.

Die Stellung der Frau im Handwerk 1434.

*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Seyde, Berlin 1278.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengestaltiger 841.

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.

Kellnerinnen-schutz durch Gemeindeverordnung in Worms 871.

Der Kampf gegen die Animmiertheiben in Worms 994.

Ungültiges Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen 557.

Der Zentralverband der Gastwirtschaftsgehilfinnen Deutschlands 849, 998.

Lohnbewegung der Glaschleifer in der Oberpfalz 485.

Der 12. deutsche Handlungsgehilfentag 1212.

Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte 1098.

Die Verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte 1441.

Der Verein für Handlungscommiss von 1858 1471.

Die Gründung eines „Hausdienstausschusses“ für Groß-Berlin 994.

Entlohnung von Rangleiarbeiterinnen durch eine Gemeindeverwaltung 899.

Arbeiterinnen-schutz in der Konfektion 208.

*Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.

Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen 987.

*Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“. Von Dr. Rosa Kempf, München 92.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie 400.

Heimarbeiterinnen und Tarifvertrag 1097.

Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 137 a G.D. 1486, 1626.

Sozialhygienische Frauenforderungen 1291.

Ein Ferienheim für weibliche Angestellte in Dann (Eifel) 1225.

Rechtsauskunftsstellen und Frauen-Rechtschulstellen 1418.

*Nochmals: Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtschulstellen. Von Margarethe Bennewitz, Vorsitzende des Rechtschulverbandes für Frauen und Anna Bohm-Engelhardt 1542.

Ausland.

vergl. Arbeiterschutz, Armenwesen, Gemeinwesen, Gewerbeaufsicht, Gewerbeamt, Kellner, Mutter-schutz, Schulwesen, Wohnungsaufsicht.

Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter-schutz 1431.

Die Nachtarbeit der Frauen in Belgien 871, 854.

Verbot der Frauen-Nachtarbeit in Belgien 1604.

Ein neues Berggesetz für Belgien 1345.

Eine Erweiterung der weiblichen Gewerbeaufsicht in Dänemark 347.

Die Heimarbeit in Dänemark 106.

Die Neuordnung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1345.

* Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien.

I. Das Gewerkschafts-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles B. Dille, Mitglied des Unterhauses, London.

II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham 161.

Die Lohnregelung durch das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie 871.

Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den britischen Konsumgenossenschaften 408.

Ein städtisches Ledigenheim für Frauen in Manchester 124.

Die Frauennachtarbeit in Finnland 1345.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in Holland 144.

Die Arbeiterschutzesgesetzgebung in Holland 887.

Der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in Italien 1034.

Arbeiterschutz in Japan 1127.

Bereinsrecht und soziales Wahlrecht der Frauen in Österreich 748.

Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten in Österreich 861.

Die Verletzung des Nachtarbeitsverbots für die Arbeiterinnen in Österreich 499.

Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Fabrikarbeiterinnen in Österreich 536, 626.

Die österreichische Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger 591.

Verbot der Frauennachtarbeit in Portugal 1514.

* Die neue schweizerische Gesetzesvorlage betreffend Kranken- und Unfallversicherung. Von Dr. Gottfried Peer, Säckingen (Kanton Glarus) 955.

Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben Ungarns 597.

Der gesetzliche Achtundentag für die Frauen in Kalifornien (Vereinigte Staaten) 1034.

Internationales.

* Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25. bis 28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke 1.

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 359, 1561.

Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeitertinnenschuß 1180.

Internationales Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen 1251.

Freizügigkeit

vergl. Ausländische Arbeiter, Landarbeiter, Berufsverklärungen.

Ein neues Anstellungsvertrag zwischen Bankfirmen 172.

Die Beschränkung der Freizügigkeit der Bankbeamten 299.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber für die Ausdehnung des Jugendschutzes in der Industrie 274.

Fürsorgeerziehung

vergl. Jugendfürsorge, Jugendgerichte.

Die Erfolge der Fürsorgeerziehung in Preußen 857.

Der Gegensatz zwischen Kammergericht und Obergericht in Sachen der Fürsorgeerziehung 410.

Die Strafvollstreckung gegen Fürsorge- und andere Anstaltszöglinge 282.

Unfallfürsorge für Fürsorgezöglinge 505.

Ausland.

* Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.

G.

Gartenstadtbewegung

vergl. Genossenschaftswesen, Wohnungswesen.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168.

Die deutsche Gartenstadtbewegung 1388.

Ein Ledigenheim in der Gartenstadt Hellerau 606.

Gartenstadtgründung in Hagen i. B. 797.

Eine auf neue erbbauliche Grundsätze gegründete Gartenstadt 949.

Austauschreisen zum Studium neuzeitlichen Städtebaues in England und Deutschland 733.

Gärtner f. Gewerbeordnung.

Gastwirtschaftenverordn. f. Arbeitsvermittlung, Gesellschaft für Soziale Reform, Kellner.

Gelbe Gewerkschaften.

* Die Sammlung der Gelben 107.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse 77.

Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ 366.

Der Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine 1031.

Die vaterländischen Arbeitervereine 1342, 1630.

Der Bund der Werkvereine 1533.

Ein Reichsverband deutscher Bühnenmitglieder 935.

Gelbe Gewerkschaften im Ruhrbezirk 625.

Aus der „Gelben“ Arbeiterbewegung im Essener Gebiet 908.

Firmengeschenke an gelbe Werkvereinskassen — keine steuerfreie „sittliche Pflichtleistung“ 815.

Die drohende Aussperrung in der deutschen Metallindustrie 15.

Eine Tarifbewegung im deutschen Bäckereigewerbe 999.

Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 345.

Ein Tarifvertrag im Berliner Kaffeehausgewerbe 1503.

* Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909 310.

Ausland.

* Die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England. Von Dr. Fr. Glaser, London 689.

Gemeindebeamte und -arbeiter

vergl. Gemeindefürsorge, Lohnungsmethoden.

Eine Reichsorganisation der deutschen Gemeindebeamten 1288.

Der frühere Arbeitschuß für städtische Arbeiter an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen 994.

Familienlöhne 1434.

Erster Sozialer Kurzus für öffentliche Beamte 667.

Ein Medizinalstadtrat in Charlottenburg 399.

Unfallfürsorge für Gemeindebeamte und -arbeiter in Frankfurt a. M. 399.

Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe 894.

Eine Tarifbewegung städtischer Arbeiter in Kolberg 715.

Ein Koalitionsverbot für die städtischen Arbeiter Kolbergs 967.

Ablehr vom gemeindlichen Eigenbetriebe in Königsberg i. Pr. 44.

Die Einführung von „Hauslandzulagen“ für die Gemeindebeamten in Kottbus 399.

Heranziehung der Angestellten zur Vervollständigung der städtischen Betriebsorganisation in Leipzig 399.

Kein Koalitionsrecht für die Straßenbahner in Lübeck 185.

Ein siegreicher Chorsängerstreik in Mülhausen i. Elz. 851.

Die Dienststellung der rheinischen Gemeindebeamten 233.

Zur Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg 1014.

* Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten 59.

Gemeindefürsorge

vergl. Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung, Armenwesen, Bodenpolitik, Fortbildungsschule, Gemeindebeamte und -arbeiter, Gewerbegebiete, Krankenfürsorge, Rechtsauskunft, Schulwesen, Sonntagsruhe, Statistik, Tuberkulose, Volksbildung, Volkswohlfahrt, Wohnungsaufsicht, Wohnungswesen.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 617.

Emil Münsterberg † 555.

Der Verwaltungstag der elsaß-lothringischen Arbeitsämter 1446.

Die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes in Düren 494, 916.

Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 233.

Das städtische Arbeitsamt in Nürnberg 1037.

Die Tarifvertragsklausel in den Lieferungsverträgen des Stuttgarter Gemeinderats 751.

* Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. gegen Tarifverträge. Von Arbeitersekretär Johannes Heiden, Frankfurt a. M. 905.

Eine kommunale Mutterkassette 668.

Eine Stadt ohne Schulbibliothek 217.

5000 „A“ für den Ankauf von guten Jugendschriften für Hamburger Schüler und Schülerinnen 573.

Städtische Zuschüsse für Arbeiterbildungsbestrebungen in Frankfurt a. M. 765.

Kommunale Handwerksförderung 1627.

Der Kampf gegen die Anmietneuten in Worms 994.

Die Erteilung von Unterricht an fortbildungsschulpflichtige Jugendliche durch Arbeiterturnvereine 45.

Die Zunahme der Armenpflegelosten in den großen Städten 1207.

* Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.

Ein städtisches Fürsorgeamt für entlassene Gefängnisstrafe in Berlin 1105.

Die Auflösung von Pfändern mit Hilfe von Sparmarken 399.

Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Hildesheim 1415.

Eine von der Zentralstelle des deutschen Städtebundes veranstaltete Erhebung über Waldschulen 603.

* Die Schulpflicht in Karlsruhe. Von Sonja Kronstein, Karlsruhe i. B. 1181.

* Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten. Von † Stadtrat Dr. E. Münsterberg 641.

Der Erfolg der Schöneberger Ferienspiele 1453.

Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholskandal 1822.

Rauch und Ruß in deutschen Großstädten 1184.

* Die Bekämpfung der Kinder-(Säuglings-)sterblichkeit in Freiburg i. Br. Von Dr. Jos. Ehrlert, Freiburg 1290.

Die pachtfreie Überlassung eines Landstückes zur Beschäftigung genesender Schwindlichtiger in Halberstadt 542.

Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 1260.

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe 178.

Die Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe 660.

Ablehr vom gemeindlichen Eigenbetriebe in Königsberg i. Pr. 44.

* Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitag 1592.

Die Errichtung einer städtischen Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf 1403.

Der frühere Arbeitschuß für städtische Arbeiter an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen 994.

Familienlöhne 1434.

Entlohnung von Kanzleiarbeiterinnen durch eine Gemeindeverwaltung 399.

Städtischer Medizinalrat in Berlin 980.

Ein Medizinalstadtrat in Charlottenburg 899.
Unfallfürsorge für Gemeindefürsorge und -arbeiter in Frankfurt a. M. 899.
Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe 894.
Heranziehung der Angestellten zur Vervollständigung der städtischen Betriebsorganisation in Leipzig 899.
Zur Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg 1014.
*Der 20. Bundestag deutscher Bodenreformer 189.
*Der 2. deutsche Wohnungslongreg. Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin 1178.
*Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten 59.
Die Überlassung von Land an städtische Arme 284.
Städtische Wohnungsfürsorge durch Herleihen der zweiten Hypothek 797.
Kommunale Wohnungsfürsorge in Bayern 782.
Arbeitslosenversicherung in Württemberg 912.
Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin 494.
Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 1591.
Wohnungsweisen und Zweckverband Groß-Berlin 1358.
Siedlungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Kleefeldern 288.
Der Grundstücksbesitz der Stadt Breslau 45.
Das städtische Wohnungsamt in Breslau 128.
Das Charlottenburger Wohnungsamt 782.
Zur Befhebung des Kleinwohnungsmangels und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Dresden 796.
Mietzuschüsse für städtische Arbeiter in Dresden 1627.
Der Stand der gesamten gemeinnützigen Bautätigkeit in Frankfurt a. M. 1580.
Städtischer Wohnungsnachweis in Freiburg im Breisgau 1582.
Städtische Schrebergärten in Göttingen 495.
Gartenstadtgründung in Hagen i. W. 797.
Die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse in München 252.
Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in München 797, 1581.
Wohnungsfürsorge in Stuttgart 1165.
*Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis kurzzeit? Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M. 1118.
Städtische Einrichtungen zur Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen 1627.
*Auskunftsstelle für die Berufswahl 712.
Städtische Gastwirtschaften und städtischer Arbeitsnachweis 407.
Die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Berlin 569.
Der Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Dresden und die Dresdener Stadtverordneten 1449.
Ein städtischer Arbeitsnachweis für das Gastwirtschaftsgewerbe in Götting 150.
Die Stellungnahme des städtischen Arbeitsnachweises in Offenbach bei Arbeitslosigkeit 824.
Arbeitslosenversicherung und Deutscher Stadtag 761.
*Die Stellung des Deutschen Stadtags zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg 1585.
Die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für die Stadt Berlin 540.
Die Arbeitslosenzählung in Bremen am 1. Dezember 1910 761.
*Die Arbeitslosenversicherung in Köln. Von Dr. F. Ademater, Köln a. Rh. 1426.
*Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln im Winter 1909/10 589.
Ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Darmstadt 245.
Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Elberfeld 245.
*Die Arbeitslosennotstandsaktion in Frankfurt a. M. im Winter 1908/09 211.
Arbeitslosenversicherung in Schwab.-Gmünd 1849.

Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Halle a. S. 215.
Eine Arbeitslosenzählung in Heidelberg 245.
Die Arbeitslosenversicherungsfrage im Münchener Gemeindefolkium 215.

Ausland.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Amsterdam 784.
*Basler Arbeitslosenversicherung 244.
Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinde in Budapest 252.
Städtische Betriebe in Italien 898.
Ein städtisches Ledigenheim für Frauen in Manchester 124.
Das Enteignungsgesetz der Stadt New York 1611.
Ein Jugendheim bei der Wiener Polizei 218.
Die Zürcher Grundsätze über die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften 123.
*Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich 489.
Unentgeltliche Geburtshilfe in der Stadt Zürich 980.

Gemeinnützige Rechtsauskunft f. Rechtsauskunft.

Genossenschaftswesen

vergl. Bodenpolitik, Gartenstadtbewegung, Gemeinwesen, Konsumvereine.
Der 8. Internationale Genossenschaftstag 57.
52. allgemeiner Genossenschaftstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 1449.
Das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1909 278.
Der Verband rheinischer Baugenossenschaften 221.
Siedlungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Kleefeldern 288.
Baugenossenschaft Dresden-Land 1420.
Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.
Die Grobkauaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 1038.
Der Reichstatarvertrag zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und der Väterverband 172.
*Der Steuerkampf der Konsumvereine in Hamburg 1417.
Genossenschaftsbewegung und Wohlfahrtspflege auf dem Lande 1851.
Die Ernährung auf dem Lande und die Kolonialgenossenschaften 1452.
Genossenschaftlicher Zusammenschluß der Heimarbeitern zur Auskultung des Zwischenmeisterstehens 408.
*Genossenschaftsbildung in Blindengewerben. Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau 55.
Ein Seminar für Genossenschaftswesen 570.
Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe 178.

Ausland.

Eine amtliche Erhebung über das belgische Genossenschaftswesen für das letzte Menschenalter 1089.
Der britische Baugenossenschaftsverband „Co-partnership Tenants Ltd“ 58.
Die britische Genossenschaftsbewegung 1226.
Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den britischen Konsumgenossenschaften 408.
Die „redlichen Pioniere von Rochdale“ 570.
Der dänische Gewerkschaftslongreg 998.
Die schweizer Konsumvereinsbewegung 1418.
Eine Konsumgenossenschaftliche Bank in der Schweiz 1450.
Die Zürcher Grundsätze über die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften 123.
Gesellenprüfung f. Fachbildung.

Geschworene und Schöffen.

Gesellschaft für Soziale Reform

vergl. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterklub.
*Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Von Prof. Dr. C. Francke, Berlin 425.
Die V. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform 295.

*Gesellschaft für Soziale Reform. Einladung zur fünften Generalversammlung am 11. bis 13. Mai in Berlin 897, 958.
*Die „Jugendlichen“. Vorwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11.—13. Mai, Berlin. Von Prof. Dr. C. Francke, Berlin 986.
*Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11.—13. Mai) 1017.
Die Verhandlungen der 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform 1056.
Vorstandsitzungen der Gesellschaft für Soziale Reform 268, 296, 649, 746.
*Der Gesamtausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform 649, 746.
*Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 298.
Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform, die Privatangestelltenversicherung betreffend 859.
Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für die Arbeitsverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe 522.
*Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.
Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform 858, 889, 991.
Professor Dr. Kaups Forderungen zur Erleichterung der Jugend 840.
Dr. C. Geibel † 169.
Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25. - 28. September 1910). Von Prof. Dr. C. Francke, Berlin 1.
Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze 1287.
*Reichsvereinigungsamt. Von Staatsminister Dr. Frhrn. v. Berlepsch 788, 770.
*Zur Reform des Arbeitsrechts 1861.
Keine Heimarbeiterausstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 651.
*Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg 417.
*Privatbeamte als Arbeitgeber. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R. 104.

Ortsgruppen.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168, 488, 617, 747, 959, 1591.
Die Ortsgruppe Bremen der Gesellschaft für Soziale Reform 454.
Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform 522, 649, 928, 1055.
Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform 263, 522, 811.
Vereinigung für Soziale Reform, Schwerin i. M. 359, 454, 583, 776, 840, 1055.
Arbeitsnachweis (Schwerin) 588, 840.
Artisten (Berlin) 488.
Berufsvormundschaft (Schwerin) 1055.
Einigungswesen (Berlin) 747, 738, 770, 802.
Gartenstadtbewegung (Berlin) 168.
Gewerksmäßige Stellenvermittlung (Berlin) 488.
Heimarbeit (Leipzig, Königsberg) 263, 1055.
Industrielleninstitutionalismus, australischer (Königsberg) 1055.
Jugendfürsorge (Schwerin) 454, 583, 776, 1055.
Käuferspflichten (Bremen) 454.
Kellnerinnenfrage (Königsberg) 522.
Krankenfürsorge (Schwerin) 1055.
Lebensversicherung Minderbemittelter (Königsberg) 928.
Lohnämter (Leipzig) 263.
Lohnkommissionen (Königsberg) 1055.
Privatangestelltenversicherung (Königsberg, Berlin) 649, 1591.
Reichsvereinigungsamt (Berlin) 738, 747, 770, 802.
Schulwesen (Leipzig) 811.
Sozialpolitik im Berliner Verkehr (Berlin) 617.

Steuerfragen (Schwerin) 1055.
Stellenvermittler (Berlin) 488.
Versicherungsweisen, privates (Königsberg) 928.
Wohnungsamt, Charlottenburger (Berlin) 959.
Wohnungsreform (Schwerin) 1055.
Wohnungsweisen (Berlin) 959, 1591.
Zweckverband Groß-Berlin 1591.

Gesinde f. Diensthöten, Landarbeiter.

Gesundheitswesen f. Alkoholbekämpfung, Arbeitererschutz, Ärzte, Frauenarbeit, Gewerbehygiene, Jugendliche Arbeiter, Kinderarbeit, Kongresse, Krankenfürsorge, Lebenshaltung, Säuglingsfürsorge, Schulgesundheitswesen, Sozialmedizin, Tuberkulose, Wohnungswesen.

Gewerbeaufsicht
vergl. Arbeiterschutz, Frauenarbeit, Jugendliche Arbeiter, Kinderarbeit.

Die Entwicklung des Preussischen Gewerbeaufsichtsdienstes von 1890 bis 1911 499.
Erweiterung der Gewerbeaufsicht im Großherzogtum Meiningen 788.

* Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht 595.
Die unvollkommene Durchführung des Kinderschutzgesetzes in gewerblichen Betrieben 118.

* Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 646.
Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie 400.

Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten.

* Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 969.

* Die bayrische Gewerbeaufsicht 1910 1099.
Die elsaß-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1685.

* Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1125.

* Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 1602.

Die badische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1082.

* Die heftische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1218.

Die hamburgische Gewerbeaufsicht 1910 1252.

* Die bremische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1158.

* Die Arbeitszeit in der Großseidenindustrie Preußens im Jahre 1910. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 1496.

* Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910 1183.

Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse 1437.

Ausland.

* Die Gewerbeaufsicht in Europa 1879.
Eine Erweiterung der weiblichen Gewerbeaufsicht in Dänemark 847.

Gesetzliche Lohnregelung der Heimarbeit in der französischen Bekleidungsindustrie 480.
Zur Förderung des Bauarbeiterschutzes in Wien 1215.

Internationales.

Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze 1287.

Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte
vergl. Einigungsweisen, Handlungsgehilfen, Rechtsprechung.

* Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1909 124.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910 1612.

Die Tätigkeit im Gewerbegericht in Preußen 1910 1422.

Die Bayerische Gewerbegerichtsstatistik 1910 1166.

Die Bayerische Kaufmannsgerichtsstatistik 1910 1485.

* Das Gewerbegericht München als Einigungsamt 622.

Die Berliner Jugendgerichtshilfe 715.
Keine Berufungsfähigkeit eines Gewerbegerichtsurteils 1151.

Die Zulässigkeit einer Feststellungsfrage beim Kaufmannsgericht 1626.

Streik der Arbeitgeberbeisitzer am Kaufmannsgericht 1166.

Arbeitsvertrag und gute Sitten 282.

Die Einführung von Formvorschriften für Aufstellungsvertrag und Kündigung 558.
Langsame Arbeiten als Entlassungsgrund 528.

* Die Frage der kaufmännischen Konkurrenzklause 709.

Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer anderen Angestellten zur Krankenkasse 653.
Schadensersatzpflicht bei mangelhafter Lehrlingsausbildung 528.

Die Geltung der gewerbegerichtlichen Schutzbefimmungen für die privaten Erwerbsbetriebe 1418.

Einen besonders schweren Fall von Tarifuntreue 46.

Urlaub und Gehaltszahlung 107.

Unzulässigkeit des Abzugs von für die Urlaubszeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt 653, 715.

Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen 685.

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen 264.
Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtschaften 528.

Das Trinkgeldwesen im Gastwirtschaftsgewerbe und die guten Sitten 714.

Kellner und gesetzliche Kündigungsfrist 750.
Der „Unkostenbeitrag“ eines auf Trinkgelde angewiesenen Kellners 876.

Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Hausgewerbetreibende 861.

Bergarbeiterbewegungen im Unterhartz und in Oberbayern 271.

Die Auspierung in der Pforzheimer Metallindustrie 868.

Ein Formerstreik in Pommern 1285.
Die Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie 1474.

Der Straßenbahnerstreik in Bremen 144.

Ausland.

Das belgische Gesetz über die Gewerbegerichte 125.

Die erfolgreiche Vergleichstätigkeit der Gewerbegerichte in Belgien 1486.

Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten in Österreich 748, 861.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte in Österreich 1485.

Gewerbehygiene

vergl. Arbeiterschutz, Bleivergiftung, Heimarbeit, Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, Sozialmedizin, Tuberkulose.

Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. 780, 1825.

Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr 247.

Das Seminar für soziale Medizin in Berlin 830.

Eine neue Professur für soziale Hygiene 1162.
Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 1322.

* Die Tätigkeit des bayerischen Landesgewerbearztes 1910 1196.

Erkrankungsstatistik und Gewerbehygiene 187.
Einen Kurlus für Unfallheilung und Gewerbekrankheiten 1162.

Sozialhygienische Frauenforderungen 1291.
Die Luft in den Fabrikräumen 669.

Erste Hilfe bei Betriebsunfällen 541.
Der Milchausverkauf in Werftstätten und Fabriken 1452.

Erblindung durch Heben einer schweren Last 860.

Die Ursachen der Invalidität 432, 729.

* Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung 892.

* Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 1042.

Die unvollkommene Durchführung des Kinderschutzgesetzes in gewerblichen Betrieben 118.

Die gewerblichen Vergiftungen mit Benzol 1579.

Eingabe betr. Bleifarben 870.

* Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens 699.

* Regierungserklärungen über die Bleifarbenfrage in Deutschland 692.

Ein Bleimerblatt für Güttenarbeiter 442.

Gegen die Verwendung von Bleifarben 1261.
Die Nideltträge 1610.

* Lebensalter der pensionierten Vergleute. Von Bergassessor Dr. Herbig, Saarbrücken 200.

Das Samariter- und Rettungswesen im Bergbau 540.

Augenlittern der Vergleute 860.

Aufhören der Barmfrankheit der Vergleute 443.

Die Barmfrankheit der Vergleute 1014.

Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschiffahrt 346.

Die Gesundheitschädlichkeit des Bronzierens 605.

* Die Berufsfrankheiten der Bürstenmacher. Von Dr. med. B. Hannauer, Frankfurt a. M. 1159.

Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie in Ludwigshafen 871.

Fürsorge für die Verpflegung des Eisenbahnpersonals in Preußen 28.

Die Milzbrandgefahr in den Gerbereien 1513.

Arbeiterschutz gegen Milzbrandgefahren 467.

Die Milzbrandkrankungen in gewerblichen Betrieben 1641.

Eine Berufsfrankheit bei Verfertigung von Glühlampen 1387.

Hautkrankheiten von Holzarbeitern 1357.

* Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“. Von Rosa Kempf, München 92.

Zur Hygiene in metallverarbeitenden Betrieben 1887.

Die Antimonvergiftung der Seher 413.

Der Achtstundentag im Steinmetzgewerbe 838.

* Gewerbehygiene für Techniker 249.

Die Schwindsucht im Wäschereigewerbe 251.

Ausland.

* Sozialistischer Gesetzesentwurf zum Schutze der Heimarbeiter in Belgien 486.

Rettungsvorrichtungen in englischen Bergwerken 468.

Verstärkung des Bergarbeiter-schutzes in England 853.

Der Umfang der Heimarbeit in England 749.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden 144.

Die erste Ärztin in den österreichischen Tabakfabriken 1610.

Schutz der Hinkütttenarbeiter in Russland 847.

Das gesetzliche Weißphosphorverbot in Ungarn 240.

Gegen den weißen Phosphor in den Vereinigten Staaten 787.

* Rechtsauskunftstellen in den Vereinigten Staaten 818.

Phosphorverbot in Vitoria 487.

Internationales.

* Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

* Eingabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, betreffend Bekämpfung der Bleivergiftung in Druckerei, Schriftgießerei, und keramischen Betrieben, sowie zur Bekämpfung der Gassonkrankheit 824.

Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 1561.

Internationale Arbeiterschutzverträge 499.
Internationales Übereinkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzindustrie 1262.

Internationaler Malermeisterkongress 1504.

*Der 2. Internationale Kongress für Gewerkerkrankheiten 29.

III. Internationaler Kongress für Gewerkerkrankheiten Wien 1914 219.

*Internationale Hygieneausstellung in Dresden 880.

Keine Heimarbeiterausstellung auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden 651.

Die 2. internationale Konferenz für Sozialversicherung. (Dresden, 15. u. 16. September 1911) 1637.

*Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M. 1823, 1854.

Gewerbeordnung

vergl. Arbeiterschutz, Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Frauenarbeit, Gewerbegericht, Handwerkerfragen, Jugendliche Arbeiter, Kinderarbeit, Koalitionsrecht, Konkurrenzlaufs, Sonntagsruhe, Streikrecht, Techniker.

*Sozialpolitik und Soziale Praxis. Von Professor Dr. Franke, Berlin, 228.

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 859.

*Die neue Gewerbeordnung. Von Gewerbeamt Fr. Löfner, Darmstadt 851.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags 562, 597, 626, 660, 692, 863.

*Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen 761.

Die unvollkommene Durchführung des Kinderschutzgesetzes in gewerblichen Betrieben 113. Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Hamburg 153.

Die Erteilung von Unterricht an fortbildungspflichtige Jugendliche durch Arbeiterturnvereine 46.

Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 137 a G.D. 1436, 1626.

Lohnbücher und Arbeitszettel 585.

Das Verhältnis der Arbeitsordnung zu den Tarifverträgen 877.

*Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 821.

*Zum Kapitel „Terrorismus in Arbeitskämpfen“ 468.

Das Rechtsverhältnis der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden 1807.

Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118.

Eine Anwendung des § 152 G.D. 1529.

Die Ungültigkeit der Vertragsstrafabreden in den Arbeitgeberverbänden 753.

Zur Reichspräsidentenwahl aus § 153 R.D. 1530, 1626.

Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung 389, 432.

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen 264.

Arbeitsordnungen in Gast- und Schankwirtschaften 467.

Ungültiges Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen 557.

*Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.

Kellner und gekochte Kündigungsfrist 760.

Die Mittagspause der Handlungsgehilfen 897, 1436.

Arbeiterinnenschutz in der Konfektion 203.

Das Koalitionsrecht der Straßenbahnangeestellten 185, 884.

Erweiterung der Tätigkeit des Verbandes der Rechtsanwaltsstellen 1216.

Ausland.

*Eine Arbeiterkassennovelle zur Gewerbeordnung in Österreich 765.

Gewerkschaften

vergl. Arbeiterbewegung, Arbeitervereine, Arbeitslosenfürsorge, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktvorgänge, Dienstboten, Gelbe Gewerkschaften, Kinderarbeit, Koalitionsrecht, Landarbeiter, Techniker, Berufsberatung, Volksbildung.

Eine gemischte Bergbeamtenorganisation 1876.

Die polnische Berufsvereinsung 1212.

Allgemeine Vereinigung deutscher Handlungsgehilfen 1284.

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger 841.

Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung (Eingabe der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger) 178.

Ein Reichsverband deutscher Bühnenmitglieder 985.

Das Kartell der Verbände sächsischer und süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamten 1292.

Der Zentralverband der Gas- und Wasserwerkstätten Deutschlands 849.

Eine Reichsorganisation der deutschen Gemeindebeamten 1288.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen 1441.

Die verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte 1441.

Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte 1098.

Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und Pflegerinnen 1841.

Die soziale Lage des Müllerhandes 1842.

Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.

Das Reichskartell der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten 185.

Der Bund technisch-industrieller Beamten 109.

Der Deutsche Technikerverband 1842.

Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband 657.

Die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ 532.

*Die Sammlung der Selben 107.

*Lehren aus dem Kampf im Baugewerbe 141.

*Das Zentralkriegsgericht im Baugewerbe 460.

Arbeitervertreterwahlen im preussischen Bergbau 234.

Von der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier 367.

Der Streik der Kaffeehauskellner in Hamburg 175.

*Friede in der deutschen Metall- und Schiffbauindustrie. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 89.

Die Aussperrung in der Edel- und Unedelmetallindustrie Pforzheims 803.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im badischen Sägereigewerbe 44.

*Die Organisation der Arbeitgeber in Deutschland 41.

*Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 821.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studenten-schaft 282.

Ein Wehrschuß für die Arbeitgeber des Baugewerbes 338.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Arbeitgeber 76.

Begünstigung der Arbeiterorganisation durch einen Arbeitgeberverband 141.

Die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen 468.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften 149, 624.

*Massen und Führer 879.

Gewerkschaftsbewegung und Alkohol 758.

Die gewerkschaftlichen Jahrbücher 205.

*Verbandskalender für 1911 365.

*Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen 268.

*Ausstellungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterhausgerät 1107.

Ein vergleichendes Urteil über die deutsche und die belgische Gewerkschaftsbewegung 785.

*Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Von Dr. Felix Claus, Berlin 69.

*Polizei und Reichsvereinsgesetz 1556.

Arbeitskammern. Von Reinhard Rumm, Berlin, 1622.

Das Arbeitskammergesetz 296.

*Das Schicksal der Arbeitskammerverordnungen. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen 386.

*Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg 417.

Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosenversicherung 376.

Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Freiburg i. Br. 438.

Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr 247.

*Deutscher Heimarbeitertag. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 449.

Heimarbeitertinnen und Tarifvertrag 1097.

*Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909 310.

Das städtische Wohnungsamt in Breslau 123.

Besuch Bremer Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung. 170.

Freie Gewerkschaften.

*Die freien Gewerkschaften im Jahre 1910 1469.

Der 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands 885.

*Der VIII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. F. Seyde, Berlin 1244, 1278.

8. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretäre 1414.

Gewerkschaftsfragen vor den Zentralverbandsvorständen 1312.

Der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1910 908.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 1188.

Das Zentral-Arbeitersekretariat im Jahre 1910 1220.

Die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen der freien Gewerkschaften 1910 1412.

*Gewerkschaftliche Rückblicke und Ausblicke 495.

*Massen und Führer 879.

Die Berliner Arbeiterbüchereien 1257.

Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften 244.

*Die Stellung des Deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg 1685.

Bergarbeiterbewegungen im Unterharg und in Oberbayern 271.

*Lohnforderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier 299.

*Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zentralschlichterorgans auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen 341.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier 465.

*Der Buchdruckertarif und die Krise in der Gehilfenschaft 1337.

Das Urteil der Gewerkschaften über den Tarifbruch in den Berliner Zeitungsdruckereien 1276.

Arbeiterkassensforderungen für die Glasindustrie 1253.

Das „Fachblatt der Holzarbeiter“ 764.

Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie 845.

Ein sozialpolitisches Programm für das Krankenpflegepersonal 1532, 1669.

Der Landarbeiterverband 1818.

500 000 Mitglieder im Deutschen Metallarbeiterverband 1123.

Die drohende Aussperrung in der deutschen Metallindustrie 15.

Die Aussperrung in der Pforzheimer Metallindustrie 271, 401.

Das Koalitionsrecht der Straßenbahnangeestellten 884.

Straßenbahnstreik in München im Elsaß 47.

— in Bremen 111.

— in Strassburg 1843.

Eine Verschmelzung von Arbeiterorganisationen in der Tabakindustrie 786, 1600.
Erhebungen über Prämienysteme und Wohlfahrts-Einrichtungen in den Textilbetrieben 265.

Verbandsstage der freien Gewerkschaften.

- Der 8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 299, 885.
* Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. Ludwig Heyde, Berlin 1244, 1278.
19. Verbandstag der Vergarbeiter 1121.
4. Verbandstag der Blumen- und Blätterarbeiter 1121.
12. Verbandstag der Böttcher und Böttchereihilfsarbeiter 1532.
7. Verbandstag der Buchdrucker 1121.
5. Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter 13.
3. Verbandstag der Gasarbeiter 1582.
10. Verbandstag der Glasarbeiter 1121, 1258.
2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften 1440.
8. Verbandstag der Stukkateure, Gipser, Pfisterer und verwandten Berufsgenossen 1440.
2. Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals 1582, 1569.
12. Verbandstag der Lagerhalter und Lagerhalterinnen 1818.
14. Verbandstag der Lederarbeiter 1121.
18. Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder 1121.
10. Verbandstag der Metallarbeiter 1818.
Verbandstag der Porzellanarbeiter 1582.
12. Verbandstag der Schiffszimmerer 1121.
Außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zigarrensortierer 1600.
19. Verbandstag der Zimmerer 1121.

S.-D. Gewerkschaften.

- Die Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) 340.
Die Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) im Jahre 1910 1098.
Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910 942.
* Die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften über das Versicherungsamt 872.
Der Bericht des Direktors der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) am Reichsversicherungsamt für 1910 1543.
Der Austritt des Vereins deutscher Kaufleute aus dem Verbands der Gewerkschaften (S.-D.) 1098.
* Vereinbarungen zwischen dem Gewerkschaftsbund der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands 1599.
* Lohnforderungen der Vergarbeiter im Ruhrrevier 299, 841.
Die drohende Aussperrung in der deutschen Metallindustrie 15.
10. Verbandstag der Vergarbeiter 1507.
11. Verbandstag der Fabrik- und Handarbeiter 1188.
4. Verbandstag der Frauen und Mädchen 1080.
6. Verbandstag der Gemeindeglieder 1507.
13. Verbandstag der Holzarbeiter 1188.
Verbandstag der Kaufleute 1098.
15. Verbandstag der Maschinenbauer und Metallarbeiter 1188.
12. Verbandstag der Schneider und verwandten Berufsgenossenschaften 1587.
Verbandstag der Schuhmacher und Lederarbeiter 1188.
14. Verbandstag der Textilarbeiter 1080.

Christliche Gewerkschaften.

- * Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 1309.
Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften 139, 817.
* Aus den christlichen Gewerkschaften 656.
* Vereinbarungen zwischen dem Gewerkschaftsbund der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands 1599.

* Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staats- und Unternehmertum 285.
* Gewerkschaftliche Rückblicke und Ausblicke 495.

- Die Rechtskämpftätigkeit des Gewerkschaftsbundes christlicher Vergarbeiter 1910 942.
Vergarbeiterbewegungen im Unterhartz und in Oberbayern 271, 299, 341, 465, 658.
* Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.
Eine Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter am Niederrhein 1476, 1602.
Eine große Textilarbeiteraussperrung im Münsterlande 1124.
13. Verbandstag der Vergarbeiter 1811.
Verbandstag des graphischen Zentralverbandes (Papierbranche und graphische Gewerbe) 139.
5. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Kellnerlokale 1030.
6. Verbandstag der Lederarbeiter 1601.
Verbandstag der Maler 139.
5. Verbandstag der Nahrungs- und Genussmittel-Arbeiter 13.
Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen 139.
4. Verbandstag der Tabak- und Zigarrenarbeiter 1507.
3. Verbandstag der Textilarbeiter 13.

Ausländische Gewerkschaften.

- Der dänische Gewerkschaftskongreß 998.
Gerichtliche Aufhebung des Ausschlusses aus Arbeiterfachvereinen in Dänemark 1151.
Die Gewerkschaften in England 1910 1508.
* Der 44. Kongreß der englischen Gewerkschaften 1567.
Die britische General Federation of Trade Unions 1340.
Der 11. Jahrestag der englischen Arbeiterpartei 628.
* Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschaftsströmung. Von Dr. Freiherr v. Raday, München 65.
* Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung. Von Prof. Georg Prodnitz, Halle a. S. 847.
* Die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England. Von Dr. Fr. Glaser, London 689.
Die sogenannte Osborne-Bill 754, 1128.
Eine weitere Beschränkung des Gewerkschaftsrechts in Großbritannien 999.
Britische Gewerkschaftsführer als Ministerialräte 296.
* Die englischen Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Organisation. Von Gertrud Dyrenfurth, Berlin 281.
Die Aussperrung in der britischen Schiffbauindustrie 110.
Die Vertretung der Arbeiterinteressen auf den britischen Staatsversammlungen 1487.
* Ausstände der Verkehrsarbeiter in England 1442.
Die Berufsvereine der Arbeiter und der Arbeitgeber in Frankreich zu Anfang des Jahres 1910 462.
* Regierung und Syndikate in Frankreich. Von Dr. Frhr. v. Raday, München 289.
* Der moderne französische Syndikalismus. Von Dr. Ant. Achi, Zena 1630.
Eine eindringliche Charakteristik der Confédération Générale du Travail in Frankreich 531.
Eine französische Gewerkschaftskonferenz 1284.
Ausbildung und Zusammenfassung der Gewerkschaften in den Niederlanden 270.
6. Österreichischer Gewerkschaftskongreß 141.
* Der nationale Separatismus in den Gewerkschaften Österreichs 981.
Die österreichische Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger 591.
Eine neue Zentralorganisation im Wiener Gastwirtsgewerbe 850.
Passive Resistenz auf der österreichischen Südbahn 48.
Ein Reichsverband der kaufmännischen Angestelltenvereine Schwabens 1031.
Ein Zentralarbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften in der Schweiz 1351

Die ungarischen Gewerkschaften 754.
Fünfter ungarischer Gewerkschaftskongreß 1534.
Ein Kartell sämtlicher organisierten Eisenbahner der Vereinigten Staaten 413.

Internationales.

- Die Gewerkschaftsinternationale 1909 1373, 1401, 1438.
* Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz 1505.
2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 154.
Gewerkschaften f. Gewerkschaften.
Gewinnbeteiligung.
vergl. Lohnungsmethoden.
Lohnnachzahlung im Zeiswert 397.
Gewinnbeteiligung in englischen Landwirtschaftsbetrieben 1563.
Gifte f. Arbeiter, Meivergiftung, Gewerkehygiene, Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiter, Volkswohlfahrt.
Großstädte f. Arbeitslosenfürsorge, Bodenpolitik, Gartenstadtbewegung, Gemeindefürsorge, Gemeindefürsorge, Kongresse, Statistik, Volkswohlfahrt, Wohnungswesen.

S.

Handelsschule f. Fachbildung, Fortbildungsschule.

Handlungsgehilfen.

- vergl. Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Ferien, Konkurrenzklause, Ladenschluß, Privatbeamte (=Versicherung), Sonntagsruhe, Wohlfahrts-Einrichtungen.
Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Jahre 1910 601.
Der kaufmännische Arbeitsmarkt im 1. Halbjahr 1911 1448.
Zur sozialen Lage der kaufmännischen Stellenbewerber 697.
Militärwärter als Handlungsgehilfen 813.
Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen 1284.
2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften 1440.
Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 849, 1471.
Die Stellung der Prinzipalsmitglieder im Verein für Handlungs-Commis von 1858 1031.
Der 12. deutsche Handlungsgehilfentag 1212.
Das Unterhaltungs- und Stellenvermittlungswesen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) 288, 569.
Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig 1411.
Verein der deutschen Kaufleute 1031.
Der Austritt des Vereins deutscher Kaufleute aus dem Verbands der Gewerkschaften (S.-D.) 1098.
Bund der Kaufmännischen Angestellten 1376.
Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine 1153.
12. Verbandstag der Lagerhalter 1313.
Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte 1098.
Die Verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte 1441.
Ein „Kaufmännischer und Technischer Hilfsverein“ zur Umgehung des Stellenvermittlungsgesetzes 915.
Kaufmännische Mittelstands- und Angestelltenfragen 1385.
Die Einführung von Formvorschriften für Anstellungsvertrag und Kündigung 558.
Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer anderen Angestellten zur Krankenkasse 653.
Unzulässigkeit des Abzugs von für die Urlaubzeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt 686, 715.
Dienstvertrag und militärische Pflichten der Handelsangestellten 710.
Die Mittagspause der Handlungsgehilfen 1486.
Die Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe 660, 1571.

- * Stimmen zur Konkurrenzklause 804.
- * Die Frage der kaufmännischen Konkurrenzklause 709.
- * Versicherung gegen Stellenlosigkeit für Handlungsgesellen. Von Jos. Frwahn, Hamburg 276.
- Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern 688.
- * Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 293.
- Der Deutsche Käuferbund 842.
- Käuferpflichten in der Reisezeit 1195.
- Angestelltenausschüsse in Warenhäusern 284.
- Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime 1157.
- Kaufmanns-Erholungsheime 569, 915, 1157, 1822.

Ausland.

- Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer für die Handlungsgesellen in Frankreich 536.
- Der Schutz der Handelsangestellten in Frankreich 720.
- Das englische Gesetz zum Schutz der Handelsangestellten 887.
- Eine Mindestlohnregelung der englischen Handlungsgesellen in den Ladengeschäften 1097.
- * Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates 870.
- Die Arbeitszeit im Handel in der Schweiz 1027.
- Volksabstimmung gegen Sonntagsruhe in Solothurn 563.
- Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung 1189, 1211.
- Ein Reichsverband der kaufmännischen Angestelltenvereine Schwedens 1031.

Handwerkerfragen

- vergl. Fachbildung, Fortbildungsschule, Genossenschaftswesen, Kongresse, Konsumvereine, Lehrlinge.
- Die Entwicklung des Handwerks in Deutschland 480.
- 12. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag 1508.
- Hilfe für das Handwerk 295.
- Kommunale Handwerksförderung 1627.
- * Handwerks- und Kleinhandelsfragen 553.
- Einschränkung der Gefängnisarbeit 896, 885.
- Die Handwerkerkonferenz 905.
- * Der Verwaltungstag der elsaß-lothringischen Arbeitsämter 1446.
- Der Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.
- Die Stellung der Frau im Handwerk 1484.
- Der 11. Deutsche Fortbildungsschultag 91.
- * Aus welchen Gründen wird die Fabriklehre der Handwerkslehre vorgezogen? Von Dr. A. Grünspan, Magdeburg 1009.
- * Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 18.—21. Juni, Elberfeld. Von Dr. Altenrath, Berlin 1265.
- Ein Normal-Arbeitsstärker für Innungen 716.
- * Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. gegen Tarifverträge. Von Arbeitersekretär Johannes Heiden, Frankfurt a. M. 905.
- * Handwerker-Versicherung. Von Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf 1476.
- * Genossenschaftsbildung in Blindengewerben. Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau 55.
- Erholungsheim für Handwerker 1483.

Hausangestellte f. Diensthoten.

Hausbesitzer f. Wohnungswesen.

Hausgewerbe f. Heimarbeit.

Haushaltsrechnungen f. Lebenshaltung.

Haushaltungsunterricht

- vergl. Fortbildungsschule, Frauenarbeit.
- Zur Errichtung von Wanderhaushaltungsschulen in Preußen 59.
- Eine hauswirtschaftliche Zentrale für Bayern 1225.
- Ein internationaler Kongreß für häusliche Erziehung 59.

Heilverfahren f. Invalidenversicherung, Krankenfürsorge, Krankenversicherung, Unfallfürsorge.

Heimarbeit.

- * Deutscher Heimarbeitertag. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 883, 449, 481.
- * Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 226.
- Druckgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform 268.
- * Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham 164.
- Heimarbeitfragen 563.
- Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 187a G.D. 1626.
- Der ortsbliche Tagelohn in den Lohnlisten für die Heimarbeit 264.
- Die Zuständigkeit der Gewerbeämter für Hausgewerbetreibende 861.
- Heimarbeiterrinnen und Tarifvertrag 1097.
- * Neuer Tarifabschluß in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeit 1240.
- Eine Stiftung für Heimarbeiter-Interessen 570.
- * Die neue Gewerbeordnung. Von Gewerberat R. Löffler, Darmstadt 851.
- * Die heftigste Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1218.
- Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden 1255.
- Stellungnahme von Arbeitgeberverbänden zum Hausarbeitsgesetz 580.
- Zehn Jahre Heimarbeiterrinnenbewegung 207.
- Tagungen christlicher Gewerkschaften 139.
- Die Deutschen Gewerbevereine (H.-D.) 840.
- Die vaterländischen Arbeitervereine 1630.
- Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ 866.
- Die freie kirchlich-soziale Konferenz 905.
- * Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1244, 1278.
- * Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz 1505.

Ausland.

- Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz 1431.
- * Sozialistischer Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter in Belgien 446.
- Die Heimarbeit in Dänemark 106.
- Der dänische Gewerkschaftskongreß 998.
- Die Realisierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1845.
- Der Umfang der Heimarbeit in England 749.
- * Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien 161.
- I. Das Gewerkschafts-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles W. Dille, Mitglied des Unterhauses, London.
- II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.
- * Die englischen Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Organisation. Von Gertrud Dyrenfurth, Berlin 281.
- Aus der Tätigkeit der englischen Gewerkschaften 1635.
- * Die Aussichten der englischen Gewerkschaften. Von G. H. Aslwith, Generalkontrollleur im Handelsministerium London 496.
- Gesetzliche Lohnregelung der Heimarbeit in der französischen Bekleidungsindustrie 480.
- Ein allgemeiner französischer Heimarbeiterskongreß 749.
- * Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Österreich 678.
- Schneiderstreik und Heimarbeit in Wien 466, 497.
- Schwedischer Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit 145.
- Der Käuferbund in den Vereinigten Staaten und der staatliche Arbeiterschutz 81.

Heimarbeitersstellungen.

Keine Heimarbeitersstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 651.

Heimarbeitersöhne.

- * Deutscher Heimarbeitertag. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 449.
- Die Druckgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform 1035.
- Stellungnahme von Arbeitgeberverbänden zum Hausarbeitsgesetz 580.
- Gegen die Errichtung von Lohnämtern für Heimarbeit 752.
- Zur Verhütung der unlauteren Konkurrenz bei der Verdichtung gewerblicher Arbeiten in Sachsen 586.
- Arbeiterschutz und soziale Käuferverbände 748.
- Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie 845.
- Ein Arbeitskämpf unter den Fabrik- und Heimarbeiterrinnen der Bielefelder Wäscheindustrie 400.
- Lohnbewegung der Glaschleifer in der Oberpfalz 485.

Heimarbeitersöhne, Ausland.

- Die Heimarbeit in Dänemark 106.
- * Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien 161.
- I. Das Gewerkschafts-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles W. Dille, Mitglied des Unterhauses, London.
- II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.
- * Die englischen Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Organisation. Von Gertrud Dyrenfurth, Berlin.
- Das Gewerksamt für die englische Spitzenindustrie 586.
- Die Lohnregelung durch das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie 871.
- Strafverfolgung auf Grund des englischen Gewerksamtergesetzes 1531.
- Die Frage gesetzlicher Mindestlohnregelung für die Heimarbeiter in Frankreich 239.
- Gesetzliche Lohnregelung der Heimarbeit in der französischen Bekleidungsindustrie 480.
- Gesetzliche Lohnregelung für Heimarbeit in Frankreich 1571.
- Genossenschaftlicher Zusammenschluß der Heimarbeiterrinnen zur Aufrechterhaltung des Zwischenmeisterstufens in Paris 408.
- * Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Österreich 678.

Internationales.

- * Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
- Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 1805.
- Ein internationaler Heimarbeiterskongreß 50.
- Heimstättengesetzgebung f. Bodenpolitik.
- Herbergen f. Armenwesen, Ferien, Gewerkschaften.
- Hilfskassen f. Krankenversicherung.
- Hinterbliebenenversicherung f. Privatbeamtenversicherung, Reichsversicherungsordnung.

3.

Innungen f. Arbeitgeberverbände, Handwerkerfragen.

Internationale Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz.

- * Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
- Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 776, 1805, 1561.
- Schriften der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz 454.
- Schriften des Internationalen Arbeitsamts 992.
- * Eingabe der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz, betreffend Ac-

Kämpfung der Bleivergiftung in Druckerei-, Schriftgießerei- und keramischen Betrieben, sowie zur Bekämpfung der Caissonkrankheit 827.

*Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 425.

Gesellschaft für Soziale Reform 359.

*Der Gesamtausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform 746.

Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 1431.

Die britische Gesellschaft für Arbeitergesetzgebung 1305.

Eine soziale Zentralfstelle für Finland 1529.

Die Österreichische Landessektion der Internationalen Vereinigung 927, 1181.

Die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des Internationalen Arbeiterschutzes 1287.

*Sozialpolitik und sozialpolitische Fragen 904.

Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeiterinnenenschutz 1180.

Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze 1237.

Schwedischer Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit 145.

Invalidenversicherung

vergl. Altersfürsorge, Reichsversicherungsordnung, Sozialversicherung.

Die Ursachen der Invalidität 482, 729.

*25 Jahre Sozialversicherung! Von Dr. Felix Claus, Berlin 9.

*Die unständigen Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung (§§ 469—486). Von Sophie Susmann, Berlin 82.

Die R.V.D. in der Kommission 84, 145, 275.

*Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf 176.

*Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg 417, 609.

*Widerung einer Fälschung der Reichsversicherungsordnung. Von Regierungsrat Dr. Schmidt, Vorsitzender des Schiedsgerichts für die Arbeiterversicherung 910.

*Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.

*Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1909. Von Geh. Reg.-Rat Düttmann, Oldenburg 16.

Lohnentwicklung und Versicherungsmarktabsatz 12.

„Die Reichsgesetzliche Renten-Versicherung“, Blätter für Aufklärung 119.

*Die Rente für die „bauernd invalide“ Witwe. Von Prof. Dr. Friedr. Albin Hoffmann, Wirtl. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat, Leipzig 166.

Die freiwillige Weiterversicherung bei der Invalidenversicherung 243.

Petition von Privatangestellten für ein einheitliches Versicherungsrecht 276.

Gutachten „zur Neuordnung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung“ von Dr. Hirsch und Ing. Enneke, Aachen 848.

*Die Denkschrift der deutschen Gewerbevereine über das Versicherungsamt 372.

Die Qualifikation der Invalidenversicherungsbeamten 398.

Verringerung von Invalidenrenten durch Anrechnung von Beitragswochen 470.

Die reichsgesetzliche Rentenversicherung 505.

Freiwillige Sozialversicherung 534.

Beitrags hinterziehungen in der Kranken- und Invalidenversicherung 564.

*Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung 892.

Nachversicherung von Angestellten des bremischen Staates zur Invalidenversicherung 856.

Eine Alters- und Invalidenversicherung der Hebammen in Bremen 1288.

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1319.

Handwerkerversicherung. Von Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf 1476.

über das Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit im Sinne des ZVG. 1546.

Ausland.

*Der Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung in England durch Arbeitslosen- und Invalidenversicherung 586.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.

Die Alters- und Invalidenversicherung in der Schweiz 55.

Der Plan einer kantonalen Alters- und Invalidenversicherung in Zürich 1384.

Journalisten f. Privatbeamte.

Jugendfürsorge.

*Die „Jugendlichen“. Vorwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11.—18. Mai, Berlin. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 986.

*Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11. bis 18. Mai.) 1017.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform 839.

Sozialhygienische Vorschläge zur Errichtung unserer Jugendblinden 980.

Vereinigung für Soziale Reform, Schwerin i. M. 454, 583, 1055.

Die Aufnahme einer Statistik im Interesse der Jugendfürsorge 1010.

*Beiträge zur Jugendblindenfrage 1352.

Erhebungen über die Jugendpflege 1354.

*Die planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege in Preußen 601.

Die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend im preussischen Abgeordnetenhaus 779.

*Die Jugendpflege für die weibliche Jugend. Von Elise Lüders, Berlin 697.

Die Gefährdung und der Schutz der Jugend in den Entwicklungsjahren 184.

Die körperliche Ausbildung der Jugend in Bayern 765.

Medizinalbeamten und Jugendfürsorge 1010.

Zur Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg 1014.

Schulbildung in Deutschland und Frankreich 1576.

*Die Ausübung der Schulhygiene 186.

Die Unterrichtsbereitstellung an nicht mehr schulpflichtige Jugendliche 216.

*Die Erziehung der aus der Volksschule entlassenen männlichen Jugend 408.

*Jugendpflege und Fortbildungsschule in Preußen 489.

*Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen 761.

Der preussische Gesetzentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen 1130.

Der Gesetzentwurf betreffend Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen 1181.

Die Beziehungen der Jugendfürsorge und der ländlichen Fortbildungsschule 475.

*Die Fortbildungsschule in Preußen 1830.

Die Fucht in der Fortbildungsschule 761.

Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen 826.

Ein Normalschulplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen 1288.

Die Erteilung von Unterricht an fortbildungsschulpflichtige Jugendliche durch Arbeiterturnvereine 45.

Die Strafvollstreckung gegen Fürsorge- und andere Anstaltsjünglinge 232.

Die Erfolge der Fürsorgeerziehung in Preußen 857.

Der Kinderschuttparagraph im Reichstag 490.

*Die Jugendlichen in der Strafprozeßordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission 864.

Die Behandlung der Jugendlichen im neuen Strafgesetzbuch 1028.

Die Strafverfolgung noch nicht 14 Jahre alter Jugendlichen 685.

Die 5. Tagung deutscher Berufsvoormünder 150.

Die Stellung des Vormundschaftsrichters zur allgemeinen Jugendfürsorge 856.

Die finanziellen Ergebnisse der Berufsvoormundschaft 1041.

Ungültiges Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen 557.

*Die Schundliteratur und ihre Bekämpfung 945.

Die Gefahren der Kinematographentheater für die Jugend 128.

Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Hamburg 153.

Eine Stadt ohne Schundliteratur 217.

Die Frauenvereine im Kampf gegen Schmutz und Schund in Bort und Bild 282.

Die Wanderausstellung gegen die Schundliteratur 666.

Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur durch reichsgesetzliche Maßnahmen 858.

Praktische Bekämpfung der Schundliteratur in Stettin 1041.

*Die Organisation der Jugendfürsorge 877.

Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg 153.

Der Verein Kinderschutz und Jugendwohlfahrt in Hamburg 916.

Der erste Verbandstag der Deutschen Kinderschutz- und Jugendfürsorgevereine 1256.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (G. B.) 1910 1289.

Der 12. Kongreß für Volks- und Jugendspiele 1289.

Die 12. Konferenz der deutschen Rettungshausverbände und Erziehungsverbände 1010.

Ein neues Arbeiterjugendheim in Breslau 442.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig 1441.

Das Stuttgarter Jugendsekretariat 1485.

Das Volksheim Hamburg 1481.

Der 2. Instruktionskurs für moderne evangelische Jugendarbeit 1040.

Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter 1196.

Die katholischen Caritasvereine 151.

*Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentage in Mainz 1482.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt 848.

Der 8. Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.

Die 3. Volkshochschule des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung. Von Burger 152.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat über den Jugendschutz 666.

Ausland.

Die Beratung Jugendlicher bei der Berufswahl in England 442, 1488.

*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen von Dr. Büchel, Bochum 89.

Erweiterung des Kinder- und Jugendblinden-schutzes in London 1518.

Ein Jugendheim bei der Wiener Polizei 218.

Internationales.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 154.

*Zur Jugendfürsorge auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden. Von Landrichter Ernel-Dihmarßen (Altona) 1548, 1575.

Jugendgerichte

vergl. Fürsorgeerziehung, Jugendfürsorge, Strafrecht.

*Der zweite deutsche Jugendgerichtstag. (München, 29. September bis 1. Oktober 1910.) Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 129.

*Die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte im Jahre 1910 1094.

Das Münchener Jugendgericht im Jahre 1910 557.

Über den Stand der Jugendgerichtshilfen in Deutschland 92.

Die Berliner Jugendgerichtshilfe 716.

Die Jugendgerichtshilfe in Hannover 1095.
*Die Jugendlichen in der Strafprozessordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission 364.

Ein Erlass des württembergischen Justizministers zum Strafverfahren gegen Jugendliche 714.

Die Mitwirkung der Schule bei der Jugendstrafrechtsplege in Bayern 1095.

Der Strafvollzug an den Jugendlichen 1185.
Der erste Verbandstag der Deutschen Kinderschutz- und Jugendfürsorgereine 1256.

Internationales.

Ein internationaler Kongress für Jugendgerichte in Paris 815.

*Kongress der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Von Dr. Hugo Einzheimer, Frankfurt a. M. 960.

*Vom 1. Internationalen Jugendgerichtskongress. Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 1894.

Jugendliche Arbeiter, Arbeiterschutz, jugendlicher
vergl. Arbeiterschutz, Gewerbeaufsicht, Jugendfürsorge, Kinderarbeit.

*Die „Jugendlichen“. Vorwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11. bis 13. Mai, Berlin. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 986.

Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11. bis 13. Mai) 295, 1017.

*Der Gesamtausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform 746.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform 358, 839.

Die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen beiderlei Geschlechts und erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 864.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber für die Ausdehnung des Jugendschutzes in der Industrie 274.

Die Einstellung jugendlicher Arbeiter bei der Reichseisenbahn 412.

Die Erkrankungshäufigkeit jugendlicher Arbeiter 860.

Ein Sozialsekretär in den Farbwerken von Levertufen 89.

Kellnerinnenchutz durch Gemeindevorordnung in Worms 371.

Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfaht der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern 688.

Ausland.

Die Reutodifizierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1845.

*Reiseindrücke aus der englischen Jugendarbeit 478.

Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England 859.

Arbeiterschutz in Japan 1127.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden 144.

*Handlungsgehilfenschutz in Russland. Von Joseph Boujanski, Petersburg 48.

Der Käuferbund in den Vereinigten Staaten und der staatliche Arbeiterschutz 81.

Nacharbeitverbot für jugendliche Austräger in Newyork 536.

Internationales.

*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25. bis 28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 359.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 154.

Ein französisch-italienisches Übereinkommen über den Jugendschutzeschutz 50.

R.

Kartelle.

Ein neues Anstellungsartell zwischen Vantfirmen 172.

Ein Streik der finnischen Druckereiarbeiter 625.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 1188.

Kartellverband katholischer Arbeitervereine 1508.

Die soziale Lage des Rüstlerstandes 1342.

Ein Mindesttarif aller gewerblichen Rüstler Leipzig 461.

Unfittliche Mietverträge 621.

Kassenärzte s. Ärzte.

Käuferbund
vergl. Handlungsgehilfen, Sonntagsruhe.

*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. (Lugano, 25.—28. September 1910.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.

Die Ortsgruppe Bremen der Gesellschaft für Soziale Reform 464.

Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform 288.

Der Deutsche Käuferbund 842.

Kauf nicht am Sonntag! 60.

Käuferpflichten in der Reisezeit 1195.

Sozialpolitische Anstandsregeln der Rundschau im Verkehr mit Rechtsanwaltsbüreau 652.

Arbeiterschutz und soziale Käuferverbände 748.

Konturrenzkaufel und Käuferbund 408.

Neue Aufgaben der Käuferorganisationen 481.

Der Käuferbund in Amerika und der staatliche Arbeiterschutz 81.

Kaufmannsgerichte s. Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte.

Kaufmannskammern s. Arbeitskammern.

Kellner und Gasthausangehörige.
Gesellschaft für Soziale Reform 649.

Der Gesamtausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform 746.

Der Unterausschuss der Gesellschaft für Soziale Reform für die Arbeitsverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe 522.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 488.

Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform 522.

*Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 645.

Arbeitsordnungen in Gast- und Schankwirtschaften 467.

*Die Arbeitsordnungen im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 111.

*Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffeehausgewerbe 681.

Arbeitsverhältnisse der Kellner auf Staatsbahnhöfen 482.

*Die Kellneraffäre im Reichstag. Von Dr. Siegfried Hefcher, M. d. R., Hamburg 929.

*Die Lohnfrage im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 834.

*Die Schäden der Trinkgelber im Hotel- und Restaurationsgewerbe 841.

Trinkgeldbeschaffung im Gasthausgewerbe 18.

Das Trinkgeld im Gastwirtschaftsgewerbe 1869.

*Die Trinkgelberfrage in den deutschen Bahnhofsverwaltungen. Von M. Richter, Schriftführer des Verbandes deutscher Köche 25.

Das Trinkgeldunwesen im Gastwirtschaftsgewerbe und die guten Sitten 714.

Der „Unkostenbeitrag“ eines auf Trinkgelber angewiesenen Kellners 875.

Kellner und gesetzliche Kündigungsfrist 750.

Regelmäßig tagweise beschäftigte Lohnkellner sind krankenversicherungspflichtig 589.

Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtschaften 528.

Ungültiges Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen 557.

Kellnerinnenchutz durch Gemeindevorordnung in Worms 371.

Der Kampf gegen die Animierteipen in Worms 994.

Der 4. Verbandstag der Hoteliers und Restaurateure deutscher Bäder und Kurorte und die Forderungen der Gastwirtschaftsgehilfen 204.

Der 5. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Kellnerkolonialvereine 1030.

Der Zentralverband der Gastwirtschaftsgehilfen Deutschlands 849, 998.

Ein Kellnerstreik in einem großen Berliner Restaurant 1476.

Ein Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 15, 47, 175, 845.

Tarifverträge im Gastwirtschaftsgewerbe 530, 589, 847, 1503.

Der paritätische Facharbeitsnachweis für das Berliner Gastwirtschaftsgewerbe 725, 915.

Ein städtischer Arbeitsnachweis für das Gastwirtschaftsgewerbe in Götting 150.

*Die zweite Arbeitsnachweis-Konferenz für das Gastwirtschaftsgewerbe. Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin 565.

Die deutschen Gastwirte für den paritätischen Arbeitsnachweis 1198.

Der Deutsche Kellnerverband Union für paritätische Arbeitsnachweise 975.

Paritätische Facharbeitsnachweise für das Gastwirtschaftsgewerbe 439, 1350.

Gemeinsamer Arbeitsnachweis und Bürgerschaftsleistung für Ausflüsse im Gastwirtschaftsgewerbe 828.

Städtische Gastwirtschaften und städtischer Arbeitsnachweis 407.

Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 288.

*Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1126.

*Die hessische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1213.

*Die elsaß-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1685.

Ausland.

Trinkgeldverbot in Kanada 750.

Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben Ungarns 597.

Forderungen der Pariser Köche 628.

Lohnbewegung der Wiener Kaffeehausangehörigen 467, 534.

Eine neue Zentralorganisation im Wiener Gastwirtschaftsgewerbe 850.

Kinderarbeit und -schutz
vergl. Jugendliche Arbeiter, Kinderfürsorge.

Die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen beiderlei Geschlechts und erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 864.

Die unvollkommene Durchführung des Kinderschutzes in gewerblichen Betrieben 118.

Durchführung des Kinderschutzes im Fürstentum Neuch 81.

Die Überwachung der gewerblichen Beschäftigung von Schulkindern in Preußen 1854.

Der Kinderschutz in der Glasindustrie 371.

*Die Beschäftigung von Schulkindern an und bei Drehmaschinen. Von Gewerberat Dr. Müller, Worms 719.

Der erste Verbandstag der Deutschen Kinderschutz- und Jugendfürsorgereine 1256.

*Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitagess 1592.

*Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1126.

*Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 1602.

*Die hessische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1218.

*Die elsaß-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1685.

Die hamburgische Gewerbeinspektion 1910 1252.

Die Arbeitsverhältnisse in den deutschen Kolonien 1093.

Ausland.

Die Reutodifizierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark 1845.

Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel in England 240.

Verstärkung des Bergarbeiterschutzes in England 853.

Die Lohnregelung durch das englische Gewerkeamt für die Schachtelindustrie 871.

Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzes in London 1513.

Die Nacharbeit der Kinder in Frankreich 561.

Die Arbeitsverhältnisse in französischen Kolonien 1093.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung in Holland 144, 887.
Arbeiterschutz in Indien 887.
Der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in Italien 1034.
Arbeiterschutz in Japan 1127.
*Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911) 1181.

Internationales.

*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 359.

Kinderfürsorge.

Der gesundheitliche Schutz von Mutter und Kind 251.
Der Kinderschutzparagraph im Reichstag 490.
*Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten. Von † Stadtrat Dr. E. Münsterberg 641.
*Die Bekämpfung der Kinder-(Säuglings-) Sterblichkeit in Freiburg i. Br. Von Dr. Jol. Ehrlert, Freiburg 1290.
Eine Heilstätte für kranken Kinder 157.
Die Ernährung auf dem Lande und die Mollereigenossenchaften 1452.
Gegen Brandstiftungen von Kindern 1530.
*Die Ausübung der Schulhygiene 186.
Die amtliche Stellung der Schularzte 1825.
Die Schulzahnpflege nach Duisburger System 1450.
*Die Schulpflicht in Mannheim. Von Helene Simon, Berlin 280.
*Die Schulpflicht in Karlsruhe. Von Sonja Kronstein, Karlsruhe i. B. 1181.
Eine Unfallversicherung für Schulkinder in Spandau 211.
Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen 892.
Der Erfolg der Schöneberger Ferienspiele 1453.
Die Münchener Versuchsschule 1288.
Kinderbibliotheken und -Lesezimmer 1195.
Eine Stadt ohne Schundliteratur 217.
Die „Mädchen-“ und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.
Der Verein Kinderschutz und Jugendwohlfahrt in Hamburg 916.
Die erste deutsche Kinderhortkonferenz 1852.
*Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftstellen. Von Sekretär Gößmann, Pforzheim 1062.

Ausland.

vergl. Fürsorgeerziehung, Jugendfürsorge, Kinderarbeit, Mutterschutz, Säuglingsfürsorge, Schulwesen, Vormundschaft.
Die Kindersterblichkeit in England 542.
*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.
*Die Schulpflicht in London und Bradford. Von Helene Simon, Berlin 578.
Ein österreichischer Arbeiterverein für Kinderpflege 188.
Eine Berufsvormundschaft in Wien 185.
*Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich (Schweiz) 439.
*Kinderelend und Kinderfürsorge in der Türkei. Von Gustav Herlt, Konstantinopel 42.
*Aus der sozialen Gesetzgebung der Vereinigten Staaten (Jahr 1911) 1181.
Kleinsiedlungswesen f. Bodenpolitik, Wohnungswesen.
Kleinwohnungswesen f. Bodenpolitik, Gemeindefragen, Wohnungswesen.
Knappschaftswesen f. Bergbau.

Koalitionsrecht

vergl. Gemeindebeamte und -arbeiter, Gewerbeordnung, Landarbeiter, Staatsbeamte und -arbeiter, Streikrecht.
*Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118.
Das freie deutsche Koalitionsrecht! 1369, 1467, 1564.

Eine Anwendung des § 152 G.D. 1529.
Der Tatbestand des § 153 G.D. 1568.
*Buedes sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.
Der Bund der technisch-industriellen Beamten 591.
Der Deutsche Technikerverband 1342.
Der deutsche Werkmästerverband 998.
*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Heyde, Berlin 1278.
*Hauptversammlungen freier Gewerkschaften 1818.
*Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 77.
Eine Aussperrung der Kürschner in Leipzig 561, 910.
Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände 1277.
Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.
Ein Koalitionsverbot für die städtischen Arbeiter Kolbergs 967.
Kein Koalitionsrecht für die Straßenbahner in Lübeck 185.
Eine Lohnbewegung der Magdeburger Straßenbahnangestellten 593.
Das Koalitionsrecht der Straßenbahnangestellten 884.
Ein schwerer Zwist in der Schweizer Uhrenindustrie 210.
Die Koalitionsfreiheit der Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ 625.
Ein Kampf um die Koalitionsfreiheit in der Gelsenburger Zellsulolindustrie 909.

Ausland.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.
Die sogenannte Osborne-Bill 1128.
Eine eindringliche Charakteristik der Confédération Générale du Travail in Frankreich 581.

Köche f. Kellner.

Kolonien.

*Die Arbeiterverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten 1463.
Die Arbeitsverhältnisse in französischen und deutschen Kolonien 1093.

Kongresse

vergl. Arbeitervereine, Gewerkschaften, Handlungsgehilfen, Kellner, Privatangestellte, Schauspieler, Techniker.
Der 7. deutsche Abstinenztag 94.
Alkohol und Arbeitsfähigkeit 1229.
8. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretariate 1414.
Der Arbeitgeberverband im Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 205.
*Der Verwaltungstag der eisen- und stahlgewerblichen Arbeitsämter 1446.
*Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongreß 178.
*Deutscher Arztag 1227.
Der Deutsche Bankbeamtenverein 1212.
Der 25. ordentliche Berufsingenieurtag 1222.
Die 5. Tagung deutscher Berufsbeamten 150.
*Der 20. Bundestag deutscher Bodenreformer 188.
Die 21. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer 1163.
Die katholischen Caritasvereine 151.
Der Evangelisch-Soziale Kongreß 1056, 1142.
*Soziale Sorgen im Licht des Evangeliums. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1142.
*Ein außerordentlicher Preussischer Fortbildungsschulrat 387.
Der Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.
Die deutschen Gastwirte für den paritätischen Arbeitsnachweis 1193.
52. allgemeiner Genossenschaftstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsingenieurvereine 1449.

*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 1244, 1278.
Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig 1441.
Die Stellung der Prinzipalsmitglieder im Vereine für Handlungs-Commis von 1858 1081.
Der 12. deutsche Handlungsgehilfenstag 1212.
*Handwerks- und Kleinhandelsfragen 558.
Kommunale Handwerksförderung 1627.
12. Deutscher Handwerks- und Gewerbelammetag 1508.
Hausbesitzer- und Mieterrechte im bürgerlichen Recht 1857.
Deutscher Heimarbeitertag 353, 467, 499.
Der 4. Verbandstag der Hoteliers und Restaureure deutscher Bäder und Kurorte und die Forderungen der Gastwirtsgehilfen 204.
*Der zweite deutsche Jugendgerichtstag (München, 29. September bis 1. Oktober 1910). Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 129.
Der Strafvollzug an den Jugendlichen 1185.
Der Deutsche Juristentag 1912 1185.
*Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentag in Mainz 1432.
Der 14. Verbandsvertretertag der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) 1152.
Der 8. Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands 1190.
Der Deutsche Käuferbund 842.
Die freie kirchlich-soziale Konferenz 905.
Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.
6. Allgemeiner Krankenkassen-Kongreß 890.
Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen 1841.
15. Generalversammlung des Bundes der Industriellen 1565.
*Kongreß der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Von Dr. Hugo Einzhaimer, Frankfurt a. M. 960.
8. Tagung des deutschen Medizinalbeamtenvereins 1609.
Der 6. Allgemeine Deutsche Malertag 1504.
Ein Reichsmilchgesetz 1610.
Die soziale Lage des Arztfürstandes 1842.
Die deutschen Musiklehrerinnen 1189.
Mutterschutz und Rassenhygiene 1162.
*Die Anpassung der Diszidenten an die Reichsversicherungsordnung 1815.
Die polnische Berufsvereinigung 1212.
XXI. Verbandstag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten 1601.
Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten 588.
*Hauptversammlung des Verbandes der Rechtsauskunftstellen 1215, 1539.
Die 12. Konferenz der deutschen Rettungshausverbände und Erziehungsbünde 1010.
Verband technischer Schiffsoffiziere, Sitz Hamburg 966.
Schulgesundheitspflege und Schularzte 1161.
*Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitags 1592.
Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform (Berlin, 11.—18. Mai) 897, *1017, 1055.
*Die Stellung des Deutschen Städtetags zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg 1585.
5. Generalversammlung des Sieigerverbandes 1582.
Der Bund deutscher Stellenvermittler 1448.
Der Deutsche Technikerverband 1342.
Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten 834.
Der 7. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten 1569.
Die 2. Konferenz für Winterfürsorgestellen 286.
Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 1260.
Der Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine 1031.
Erste Reichskonferenz der Versicherungsangestellten Deutschlands 966.

*Freiwillige Volksbildungsarbeit in Deutschland 1606.

Die fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt 1056.

Der Bund der Werkvereine 1533.

Der 2. deutsche Wohnungskongreß 221, 606.

*Der 2. deutsche Wohnungskongreß. Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin 1173.

*Sozialpolitik und Wohnungskongreß. Von Dr. R. v. Mangoldt, Frankfurt a. M. 1053.

Ausland.

Der dänische Gewerkschaftskongreß 998.

Der 11. Jahrestag der englischen Arbeiterpartei 623.

*Der 44. Kongreß der englischen Gewerkschaften 1567.

Die britische General Federation of Trade Unions 1340.

Die britische Genossenschaftsbewegung 1226.

Ein allgemeiner französischer Heimarbeiterskongreß 749.

Die nordischen Arbeiterversicherungskongresse 1192.

Der erste österreichische Tuberkulosekongreß 1077.

6. Österreichischer Gewerkschaftskongreß 141.

Die österreichische Genossenschaft deutscher Bühnengedächtnis 691.

*Der Schweizerische Arbeiterbund 965.

Fünfter ungarischer Gewerkschaftskongreß 1534.

Internationale Kongresse.

*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschuß (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke 1.

*Internationaler Zusammenschluß der Arbeitgeber 1307.

Der 23. Internationale Bergarbeiterkongreß 1403.

Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeiterinnenkongreß 1180.

III. Internationaler Kongreß für Gewerbetrankeheiten Wien 1914 219.

Internationale aus der Gewerkschaftsbewegung 1139, 1211.

*Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz 1505.

Ein internationaler Heimarbeiterskongreß 50.

Ein internationaler Kongreß für Jugendgerichte in Paris 815.

*Vom Internationalen Jugendgerichtskongreß. Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 1394.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 154.

Internationaler Malermeisterkongreß 1504.

*Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht 1238.

Der 3. internationale Kongreß für Säuglingsschuß 1607.

Eine Konferenz des internationalen Verbandes der Seeleute 786.

Die IX. internationale Tuberkulose-Kongferenz 187.

Konkurrenzklause.

*Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangelegenheiten-Fragen 293.

Technikerrecht, Reichstag und Regierung 491.

Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern 688.

*Stimmen zur Konkurrenzklause 304.

*Die Frage der kaufmännischen Konkurrenzklause 709.

*Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter. Von Arbeitersekretär R. Fette, Stuttgart 402.

Konkurrenzklause und Käuferbund 403.

Das Reichsgericht über das Ehrenwort in der Konkurrenzklause 814.

Die Gültigkeit einer Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiterinnen 814.

Die Bayerische Kaufmannsgerichtsstatisit 1910 1485.

Der 12. deutsche Handlungsgehilfsentag 1212.

Ein neues Anstellungsvertrag zwischen Bankefirmen 172.

Die Beschränkung der Freizügigkeit der Bankefirmen 299.

Eine geheime Konkurrenzklause in fünf Breslauer Putzwarenhandlungen 1563.

Konsumvereine

vergl. Genossenschaftswesen.

52. allgemeiner Genossenschaftstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 1449.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1909 278.

Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 1038, 1074.

Der Umzug der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine 1910 890.

Konsumgenossenschaftswesen in Hamburg 279.

Der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg 890.

*Zur Besteuerung der Konsumvereine. Von Dr. E. Cassau, Hamburg 976.

*Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine 1073.

*Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine in Hamburg 1417.

Die Abschaffung der Nacharbeit in der Konsumvereinsbäckerei in Pforzheim 788.

Der Reichsstatutvertrag zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Bäckerverband 172.

*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Heyde, Berlin 1244.

8. Verbandstag der christlichen Textilarbeiter 13.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinhandels-Geschäfte und der Konsumvereine 278.

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe 173.

Kaufmännische Mittelstands- und Angestellten-Fragen 1335.

Die Eisenbahndirektion Hannover und die Konsumvereine 411.

Ein Seminar für Genossenschaftswesen 570.

Ausland.

Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den britischen Konsumgenossenschaften 408.

Die „redlichen Pioniere von Rochdale“ 576.

Die britische Genossenschaftsbewegung 1226.

Die Schweizer Konsumvereinsbewegung 1418.

Eine konsumgenossenschaftliche Bank in der Schweiz 1450.

Staatsliche Konsumvereinsförderung in Ungarn 1039.

Internationales.

Der 8. Internationale Genossenschaftstag 57.

Die 2. internationale Konferenz für Sozialversicherung (Dresden, 15.—16. September 1911) 1637.

Kontraktbruch f. Arbeitsvertrag, Arbeitsstarifvertrag.

Kost- und Logiszwang f. Arbeitsverhältnisse, Arbeitsstreitigkeiten, Kellner.

Krankenfürsorge

vergl. Gewerbehygiene, Krankenversicherung, Säuglingsfürsorge, Tuberkulose.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 1591.

*Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.

Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen 937.

*Beiträge zu den Gehaltsverhältnissen der Krankenpflegerinnen. Von Charlotte Reichel 1400.

Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -Pflegerinnen 1341.

Ein sozialpolitisches Programm für das Krankenpflegepersonal 1532, 1569.

Reform der Krankenpflege in den bayerischen Kreisremanstalten 218.

*Gesekentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe 283.

Eine Heilstätte für lungenkranke Kinder 157.

Ein städtisches Fürsorgeamt für entlassene Geistesranke in Berlin 1105.

Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsversicherung 730.

Das Zusammenwirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe 1104.

Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.

Der 7. Deutsche Abstinenzentag 94.

Die 2. Konferenz für Ernterfürsorgestellen 286.

*Genossenschaftsbildung in Blindengewerben. Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau 55.

Gegen eine Milchversicherung in München 541.

Die Gründung eines Krankenpflegetheims 726.

Neue Vorschriften für Anlage von Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten 1641.

Ausland.

*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volkschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.

Ein chemisch-mikroskopisches Krankentasseninstitut in Wien 414.

Unentgeltliche Geburtshilfe in Zürich 30.

Krankenfürsorge f. Krankenfürsorge.

Krankenversicherung.

*Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangelegenheiten-Fragen 293.

*25 Jahre Sozialversicherung! Von Dr. Felix Glauß, Berlin 9.

Die Krankenversicherung im Jahre 1909 1347.

6. Allgemeiner Krankentassen-Kongreß 890.

Krankentassen und Alkohol 860.

*Die Leipziger Ortskrankentasse 1514.

*Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankentasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 978, 1011, 1042, 1074.

*Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission. Von Geh. Reg.-Rat Düttmann, Oldenburg 194.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 118, 145, 347, 374, 504, 537, 563, 723, 758.

*Die unfähigen Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung (§§ 469—486). Von Sophie Susmann, Berlin 82.

*Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf 176.

Rundgebung der Landesversicherungsanstalten zur Reichsversicherungsordnung 665.

*Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.

*Die Anpassung der Ortskrankentassen an die Reichsversicherungsordnung 1315.

*Die Kassenbeamten und das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung. Von Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn 899.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfsstättengesetzes 618, 1008.

Die Entwicklung der eingeschriebenen Hilfskassen 1104.

Beitragshinterziehungen in der Kranken- und Invalidenversicherung 564.

Die Erhöhung der Angehörigenunterstützung für in Heilanstalten untergebrachte Versicherte 600.

Fortsetzung der freiwilligen Kassenmitgliederschaft 889.

Verringerung von Altersrenten durch Anrechnung von Krankheitswochen 945.

Heilbehandlung bei Tollwutverdacht — Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes 76.

Krankengeld von Lehrlingen 203.

Unterstützungspflicht der Krankentassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche 275, 855.

Einstellung des Heilverfahrens vor seinem Abschluß durch die Berufsgenossenschaften 398.

Regelmäßig tagweise beschäftigte Lohnkellner sind Krankenversicherungspflichtig 589.

Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer anderen Angestellten zur Krankentasse 653.

Die Unterstützungspflicht für die wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankentasse ausscheidenden Mitglieder 931.

Die rechtliche Zulässigkeit von schwarzen Listen der mit den Krankentassenbeiträgen rückständigen Arbeitgeber 1129.

Die Krankenversicherungspflicht von Zeitungsausdrägerinnen bei geringen Lohnverhältnissen 1192.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden 1255.

Ein Bund deutscher Krankentassenbeamten 299. Die Dienstverhältnisse der Krankentassenbeamten 1415.

* Ein Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. med. Strauß, Krefeld 97.

Der Verband deutscher Zahnärzte 157.

Ärztelonsitt in Halle 374.

Ein allgemeiner Friedens- und Schiedsvertrag zwischen dem Reichsverbande Deutscher Ärzte und dem Verbands zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen 529.

Bekämpfung der Schwindelkassen durch die Ärzte in Württemberg 564.

* Ärzte und Krankentassen in Groß-Stuttgart und Umgebung 1286.

Der Einfluß der Ausdehnung der Krankenversicherung auf bestehende Verträge mit Ärzten 1445.

Die Bewahrung der freien Arztwahl bei den Düsseldorf Krankentassen 1545.

Der Betriebskrankentassenverband 276.

Der Verband zur Hebung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen 1256.

Der Verband zur Hebung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen 1256.

Die alsbaldige Neugründung von Betriebskrankentassen 1544, 1573.

* Der Reichstanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 332.

* Die Unsicherheit des Arbeitsrechts 586.

* Ungewißheit. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 921.

* Konjunktur und Arbeiterentlassungen. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 1305.

Das Unterstützungs- und Stellenvermittlungswesen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) 238.

Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ 366.

XXI. Verbandstag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten 1601.

Ausland.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.

* Zur Kritik der englischen Arbeiterversicherungspläne 1253.

Ein Gesegentwurf zur staatlichen Krankenversicherung in Holland 565.

Sozialreform für die italienischen Eisenbahner 869.

* Die Unfall- und Krankenversicherung der Seeleute in Österreich 680.

Ein chemisch-mikroskopisches Krankentasseninstitut in Wien 414.

* Die neue schweizerische Gesetzesvorlage betreffend Kranken- und Unfallversicherung. Von Dr. Gottfried Heer, Säckingen (Kanton Glarus) 955.

Der gesetzliche Abschluß der schweizer Kranken- und Unfallversicherung 1222.

Krisen f. Arbeitslosigkeit.

Kräftigkeitsfürsorge f. Krankenfürsorge.

Kunst f. Volksbildung.

Kurse, soziale und wirtschaftliche.

Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus 894.

Sozialer Kursus für Evangelische Arbeitervereine 699.

Einen Kursus für Unfallheilung und Gewerbetkrankheiten 1162.

* Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Heyde, Berlin 1244.

Die Stellung der Frau im Handwerk 1434.

Eine hauswirtschaftliche Zentrale für Bayern 1225.

Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter 1196.

* Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentage in Mainz 1432.

Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.

Der erste Unterrichtszug für Ärzte in der Lungentuberkulose 1197.

Der 6. Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen 789.

Rechtsauskunftsstellen und Reichsversicherungsordnung 1216.

Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen 1409.

Ein sozialer Ferienkursus des Bundes deutscher Bodenreformer über Redekunst, Volkswirtschaft und staatsbürgerliche Fortbildung 699.

Ein Institut für soziale Arbeit in München 1322.

Soziale Ausbildungskurse der kirchlich-sozialen Konferenz 578.

Erster Sozialer Kursus für öffentliche Beamte 667.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft 282.

Die Errichtung einer städtischen Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf 1403.

Frankfurter Fortbildungskurse für höhere Verwaltungsbeamte 765, 1577.

Der 10. Volkswirtschaftliche Kursus 827.

Ein Kursus über wirtschaftliche Fragen in Dresden 1550.

Volkstümliche Vorlesungen in Schweden 765.

L.

Ladenschluß

vergl. Arbeitszeit, Sonntagsruhe.

Der Deutsche Käuferbund 842.

Kauft nicht am Sonntag! 50.

Überzeitarbeit im Haarschneidegewerbe und Kundschäftsitten 266.

Ausland.

Das englische Gesetz zum Schutz der Handelsangestellten 887.

Handlungsgehilfenschuß in Rußland. Von Joseph Boujansky, Petersburg 48.

Landarbeiter

vergl. Arbeitsvermittlung, Ausländische Arbeiter, Freizügigkeit.

Ein Landarbeiterprogramm 1056.

Eine Landarbeitersammlung 1184.

Mängel in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Bayerns 1014.

Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter in Bayern 1610.

Die Beziehungen der Jugendfürsorge und der ländlichen Fortbildungsschule 475.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber für die Ausdehnung des Jugendschutzes in der Industrie 274.

Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände 1277.

Der Landarbeiterverband 1313.

Ein Streik der Feldarbeiterinnen 1313.

* Soziale Sorgen im Licht des Evangeliums. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1142.

* Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongreß 178.

* Die Deutsche Feldarbeiterzentrale 1070.

Vom „Markt der ausländischen Arbeiter“ 1849.

Der Zuzug der ausländischen Arbeiter im Juli 1479.

Die Bewegung der ausländischen Arbeiter in Deutschland während des Monats August 1605.

Ausland.

Die Arbeitsverhältnisse in französischen und deutschen Kolonien 1093.

Die Löhne der Landarbeiter in Großbritannien 1150.

Gewinnbeteiligung in englischen Landwirtschaftsbetrieben 1663.

Die Arbeiterjugendgesetzgebung in Holland 887.

* Die toskanische Mezzadria. Von Otto Kuhn, Mailand 872.

Landesversicherungsanstalten f. Invalidenversicherung.

Landkrankenpflege f. Krankenfürsorge.

Ländliche Bodenpolitik f. Bodenpolitik.

Landstreicherei f. Armenwesen.

Landtage

vergl. Fortbildungsschulwesen, Rechtsauskunft, Vereinsrecht.

Aus den Kreisen der mittleren Grubenbeamten 997.

Arbeiter- und Beamtenfragen auf den staatlichen Bergwerken Preußens 1092.

Der preussische Gesegentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen 1180.

Der Gesegentwurf betreffend Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen 1181.

Das preussische Fortbildungsschulgesetz 1183.

Ein Hamburger Berggesetz ohne Arbeiterchuß 1154.

Lebenshaltung

vergl. Arbeitsverhältnisse, Säuglingsfürsorge, Schulpflicht, Tuberkulose, Volkswirtschaft, Wohnungswesen.

Ademischer Stellennachweis 149.

* Die Lohnfrage im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 334.

Eine Zentralstelle für ländliche Wohlfahrtspflege in Elßaß-Lothringen 349.

Beethovens Neunte Symphonie vor Arbeitern 1107.

* Die sozialpolitische Entartung der öffentlichen Leihhäuser. Von Professor Dr. Robert Schacher, Jena 1297.

Zur Abwehr der gelben Einwanderung in Kalifornien 18.

Lebigenheime

vergl. Wohnungswesen.

Herbergen zur Heimat 1225.

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1819.

Ein Lebigenheim in der Gartenstadt Selterau 606.

Das Lebigenheim in Stuttgart 1358.

Ein städtisches Lebigenheim für Frauen in Manchester 124.

Lehrlinge.

* Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswirtschaft. 18. bis 21. Juni, Elberfeld. Von Dr. Altenrath, Berlin 1265.

* Aus welchen Gründen wird die Fabriklehre der Handwerkslehre vorgezogen? Von Dr. A. Grünspan, Magdeburg 1009.

* Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongreß 178.

* Handels- und Kleinhandelsfragen 553.

Die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens im Königreich Sachsen 571.

Schadensersatzpflicht bei mangelhafter Lehrlingsausbildung 528.

Krankengeld von Lehrlingen 208.

* Die organisierte Lehrstellenvermittlung für die Porzbeimer Bijouterieindustrie. Von Kooperator B. Zauch, Freiburg 918.

Der Verband für handwerkemäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau 947.

Die Regelung des weiblichen Lehrlingswesens in Baden 1159.

Die Stellung der Frau im Handwerk 1434.

Die Dienststellung der rheinischen Gemeindebeamten 233.

Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.

Die soziale Lage des Rufstufandes 1842.

Der Verwaltungstag der elßaß-lothringischen Arbeitsämter 1446.

Das Stuttgarter Jugendsekretariat 1485.

Bekämpfung der Schundliteratur und Musterbüchereien für Lehrlingsheime 1577.

Ausland.

Die Lohnregelung durch das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie 871.

Ärztliche Untersuchung der Lehrlinge im Wiener Kaufmannstand 1579.

Tuberkulosebekämpfung in Nordamerika 1580.

Lehrlingsheime s. Lehrlinge.
Leschallen s. Volksbildung.
Lohnmänner s. Heimarbeit (Löhne).

Lohnbeschlagnahme und Pfändung.

Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen 493, 685, 750.

* Zur Reform des Lohnbeschlagnahmegesetzes. Von Dr. jur. Rud. Hüttner, Essen (Ruhr) 888.

Die Berechnung des pfändungsfreien Lohn-einkommens 1886.

Der Deutsche Bankbeamtenverein 1212.

Lohnungsmethoden

vergl. Gewinnbeteiligung, Heimarbeit.
Eine Art Gewinnbeteiligung beim Theaterbetrieb 726.

Lohnnachzahlung im Zeitwerk 397.

Löhne der Eisenbahnarbeiter in Baden 28.

Arbeitervertretung in preussischen Staatsbetrieben 590.

Arbeitervertreter in der Verteilungsstelle der Kallindustrie 688.

Die Einführung von Hausstandsulagen für die Gemeindebeamten in Cottbus 284, 399.
Familienlöhne 1484.

Trinkgeldabschaffung im Gasthausgewerbe 18.

* Die Trinkgeldderfrage in den deutschen Bahnhofsverwaltungen. Von M. Richter, Schriftführer des Verbandes deutscher Köche 25.

* Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner 77.

* Die Arbeitsordnung im Gastwirts-gewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 111.

Der 4. Verbandstag der Hoteliers und Restaurateure deutscher Bäder und Kurorte und die Forderungen der Gastwirtsgehilfen 204.

Kellnerinnenschutz durch Gemeindeverordnung in Worms 371.

* Die Lohnfrage im Gastwirts-gewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 884.

Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtsbetrieben 528.

* Die Schäden der Trinkgelber im Hotel- und Restaurations-gewerbe 841.

Der „Unkostenbeitrag“ eines auf Trinkgelber angewiesenen Kellners 875.

Das Trinkgeld im Gastwirts-gewerbe 1369.

* Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht 1238.

Ademischer Stellennachweis 149.

Fünfter Bundestag des Bundes technischer industrieller Beamten 140.

Die Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) 340.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie 400.

Ausland.

Die Frage eines allgemeinen Minimallohns in England 994.

Die Gewinnbeteiligung in Großbritannien 813.

Der gesetzliche Arbeiterschutz in Bädereien in Finnland 626.

Trinkgeldverbot in Kanada 750.

* Die toskanische Mezzadria. Von Otto Kahn, Mailand 872.

M.

Massenfeier

vergl. politische Arbeiterbewegung, Gewerkschaften, Kongresse.

Aussperrungen wegen der Massenfeier 1000.

Die Ausgestaltung des Tarifvertrags im Wiener Chemigraphengewerbe 762.

Massenregelungen s. Arbeitsfreistellungen, Koalitionsrecht.

Mieten s. Kongresse, Wohnungswesen.

Mindestlöhne s. Arbeitsstarifverträge, Heimarbeit, Lohnungsmethode.

Mutterschaftskassen s. Mutterschutz.

Milzbrand s. Gewerbehygiene.

Mutterschutz

vergl. Arbeiterschutz, Frauenarbeit, Reichsversicherungsordnung, Säuglingsfürsorge.

Der gesundheitliche Schutz von Mutter und Kind 251.

Mutterschutz und Kasernenhygiene 1162.

* Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitagess 1592.

* Der 8. internationale Kongress für Säuglingschutz 1607.

Eine kommunale Mutterschaftskasse 668.

* Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 114.

* Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftsstellen. Von Sekretär Gößmann, Pforzheim 1062.

Die Rechte der unehelichen Mutter. Von Rat Dr. Link, Lübeck 791.

* Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Driskrankenkasse für Leipzig und Umgebung. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 1074.

Ausland.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Österreich 781.

Unentgeltliche Geburtshilfe in der Stadt Zürich 980.

N.

Nacharbeit s. Arbeiterschutz, Arbeitszeit, Frauenarbeit, jugendliche Arbeiter.

O.

Öffentliche Beamte s. Gemeindebeamte, Staatsbeamte.

Organisationen s. Arbeitervereine, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Privatbeamte.

P.

Pensionswesen s. Altersfürsorge, Invalidenversicherung.

Phosphor s. Arbeiterschutz.

Portiers s. Arbeitsverhältnisse.

Presse s. Privatbeamte.

Präfixarbeiten.

* Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25. bis 28. September 1910). Von Prof. Dr. G. Franke, Berlin 1.

Privatbeamte

vergl. Handlungsgehilfen, Privatbeamtenversicherung, Reichsversicherungsordnung, Techniker.

Gesellschaft für Soziale Reform 295.

Einheitliches Angestelltenrecht 200.

* Das Werden des einheitlichen Privatbeamtenrechts. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R. 1023.

* Unabhängigkeit im Privatbeamtenverhältnis. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R. 1399.

Technikerrecht, Reichstag und Regierung 491.

Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung 432.

* Stimmen zur Konkurrenz-klausel 304.

* Die Frage der kaufmännischen Konkurrenz-klausel 709.

Das Ehrenwort in der Konkurrenz-klausel 814, 1096.

Ein neues Anstellungskartell zwischen Bankfirmen 172.

Die Beschränkung der Freizügigkeit der Bankbeamten 299.

Die Dienstverhältnisse der Krankenkassenbeamten 1415.

* Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal 272.

Regelung der Arbeitszeit in den Rechtsanwaltsbüros in Berlin 397.

Fortbildungskurse für Anwaltsangestellte in Potsdam 442.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Rechtsanwaltsangestellten 1624.

Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen 929.

Sozialpolitische Anstands-pflichten der Rundschau im Verkehr mit Rechtsanwaltsbüros 652.

Vorbereitung für ein deutsches Reichstheater-gesetz 170.

Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung 178.

Die Anstellungsverhältnisse bei der Berliner „Victoria“ — Dienstgeheimnis 1027, 1435.

Die Verpflichtung der Bertbesitzer zur Zahlung von Knappschaftsbeiträgen für die Gruben-beamten 55.

Schadensersatzanspruch eines Angestellten wegen ungerechtfertigter Kündigung 107.

Urlaub und Gehaltszahlung 107.

Hinausweisen eines Angestellten ist einer sofortigen Entlassung gleichzuachten 203.

Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds in den deutschen Alttingesellschaften 472.

* Privatbeamte als Arbeitgeber. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R. 104.

Der Deutsche Bankbeamtenverein 1212.

Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen 1284.

* Der VIII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. E. Heyde, Berlin 1278.

Die Stellung der Prinzipalsmitglieder im Vereine für Handlungs-Commiss von 1858 1031.

Verein der deutschen Kaufleute 1031.

Ein Reichsverband der kaufmännischen Angestelltenvereine Schwedens 1031.

Die Verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte 1441.

Ein Bund deutscher Krankenkassenbeamten 299.

Der Deutsche Polierbund 438.

Die zentrale Berufsorganisation für die deutsche Pressewelt 269.

5. Generalversammlung des Steigerverbandes 1532.

Der Deutsche Technikerverband 1342.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten 109, 591, 849.

Fünfter Bundestag des Bundes technischer industrieller Beamten 140.

Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten 934.

Der 7. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten 1569.

Verband technischer Schiffs-offiziere Sitz Hamburg 966.

Erste Reichskonferenz der Versicherungsangestellten Deutschlands 966.

Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband 657.

Der Deutsche Werksmeisterverband 998.

Verharmelungsversuche zwischen Privatbeamtenverbänden 110, 175.

Sperre gegen Vereinsbuchhandlungen von Angestelltenverbänden 209.

Die gewerkschaftlichen Jahrbücher 205.

* Verbandskalender für 1911 865.

* Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909 310.

Handlungsgehilfenschutz in Russland. Von Joseph Boujansky, Petersburg 48.

Privatbeamtenversicherung

vergl. Invalidenversicherung, Reichsversicherungsordnung, Sozialversicherung.

* Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Prof. Dr. G. Franke, Berlin 226.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 1591.

Ortsgruppe Königsberg i. Pr. der Gesellschaft für Soziale Reform 649.

Eine Erklärung kaufmännischer Arbeitgeber zur Pensionsversicherung der Privatangestellten 20.

Die Arbeitszentrale für Privatbeamtenversicherung 1637.

Der Verband konditionierender Apotheker 77.

Privatbeamtenversicherung 119.

Die Pensionsversicherung der Privatangestellten 199, 283, 263, 538.

Die Arbeitszentrale für Privatbeamtenversicherung 1637.

Die Rheinische Arbeitszentrale für Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage 242.

Petition von Privatangestellten für ein einheitliches Versicherungsrecht 276.

- * Kann der Reichstag das Pensionsgesetz für die Privatangestellten noch erleidigen? Von Dr. Heinz Potthoff, W. d. R., Düsseldorf 333.
- * Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 514, 1086.
- * Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.
 - I. Von Alfred Roth, Hamburg 550.
 - II. Von Dr. Heinz Potthoff, W. d. R., Berlin 550.
- * Die Angestellten-Versicherung III. 593.
- * Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.
 - IV. Von Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bundes der techn. industri. Beamten, Berlin 615.
 - V. Der Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft 660.
 - VI. Der dritte Privatangestelltenstag 662.
 - VII. Die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten 664.
- * VIII. Von Privatdozent Dr. A. Günther, Berlin 693.
- * Die Stellungnahme der Siebener-Kommission zum Entwurf der Angestelltenversicherung.
- IX. Von Felix Marquart, Leipzig 721.
- * Der Kreis der Versicherungspflichtigen nach dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.
- X. Von Dr. Georg Jahn, Leipzig 757.
- * Die Ersparnisse-Versicherung in der Angestelltenversicherung.
- XI. Von Christian Tischendörfer, Berlin. (Zur Privatangestelltenversicherung.) 792.
- * Die Stellung der Arbeitgeber zu dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.
- XII. Von J. Reif, Vorsitzendem des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, Leipzig. (Zur Privatangestelltenversicherung.) 808.
- * Beamten- und staatliche Versicherung.
- XIII. Von Willy Brachvogel, Friedenau b. Berlin. (Zur Angestelltenversicherung.) 854.
- * Die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten und der weiblichen Angestellten.
- XIV. Von Johanna Baescher, Kassel. (Zur Angestelltenversicherung.) 883.
- * Entschliessungen von Unternehmerverbänden zur Privatangestelltenversicherung.
- XV. (Zur Angestelltenversicherung.) 1034.
- Zur Privatangestelltenversicherung 619, 660, 1222, 1255.
- Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten 934.
- Die Schaffung einer Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung 974, 1346.
- Gehaltsgrenze und Versicherungsträger 1008.
- Der 12. deutsche Handlungsgehilfenstag 1212.
- * Zur Ersparnissefrage in der Privatangestelltenversicherung. Von Siegfried Lampe, Versicherungsbeamter in Magdeburg 1221.
- * Deutscher Ärztetag 1227.
- Die Verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte 1441.
- Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen 1284.
- Der Verein für Handlungs-kommis von 1858 1471.
- * Handwerkerversicherung. Von Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf 1476.
- Der 7. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten 1569.
- Abzugsfähige Versicherungsbeiträge 1437.
- * Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Heinz Potthoff, W. d. R., Düsseldorf 176.
- Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 275.
- Gutachten „zur Neuordnung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung“ von Dr. Girsh und Ing. Gunesch,achen 348.

Ausland.

- * Die österreichische Pensionsversicherung der Privatangestellten 51.
- * Die österreichische Pensionsanstalt für Angestellte 1882.
- Produktionsgenossenschaften s. Genossenschaftswesen.

R.

- Rechtsanwaltsangestellte s. Privatbeamte.
- Rechtsauskunft, Gemeinnützige
 - vergl. Arbeitersekretariate, Rechtspflege.
 - Der erste Jahrgang der „Gemeinnützigen Rechtsauskunft“ 872.
 - * Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkstreife im Jahre 1909 310.
 - Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910 1064, 1218, 1410, 1541.
 - * Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 114.
 - * Haftpflichtversicherung der Rechtsauskunftsstellen 113.
 - Urteil eines Richters über die Rechtsauskunftsbewegung 117.
 - Die Beschäftigung von preussischen Referendaren in Rechtsauskunftsstellen 791, 940, 1409, 1542.
 - Der preussische Staatsbeitrag für die Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerung 503.
 - Preussischer Ministerialerlass über die Aufbringung der Kosten für gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen 629.
 - * Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkstreife im preussischen Abgeordnetenhaus 789.
 - Der 6. Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen 789.
 - Die erste deutsche Rechtsauskunftsstelle 792.
 - * Gebührenfreiheit für Auskünfte der preussischen Meldeämter an gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen 941.
 - * Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftsstellen. Von Sekretär Gößmann, Borsheim 1062.
 - Rechtsauskunftsstellen und Reichsversicherungsordnung 1216.
 - * Richterliche Rechtsbefehle. Von Rechtsanwalt Jacobsohn, Lübeck 1216.
 - Die Berichterstattung des Reichsarbeitsblatts über gemeinnützige Rechtsberatung 1218.
 - * Rechtsauskunftsstellen und Erntefürsorge 1409.
 - Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Hildesheim 1415.
 - Der achte Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.
 - Die Rechte der unehelichen Mutter. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 791.
 - * Die Gründung von Rechtsschutzstellen für Frauen unter katholischer Leitung 372.
 - Rechtsauskunftsstellen und Frauen-Rechtsschutzstellen 1413.
 - * Nochmals: Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtsschutzstellen. Von Margarethe Penneholz, Vorsitzende des Rechtsschutzverbandes für Frauen, und Anna Bohn-Engelhardt 1542.
 - * Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 1217.
 - Das Central-Arbeitersekretariat im Jahre 1910 1220.
 - Die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen der freien Gewerkschaften 1910 1412.
 - 8. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretäre 1414.
 - Die Rechtsschutzstätigkeit des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter 1910 942.
 - Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsverbände der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910 942.
 - Der Bericht des Vertreters der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) am Reichsversicherungsamt für 1910 1543.

- Verband der deutschen gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.
- * Der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen 308.
- * Hauptversammlung des Verbandes der Rechtsauskunftsstellen 1215.
- * Das Programm der dritten Hauptversammlung des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen 1539.
- Die Kassengeschäfte des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen 500.
- Neue Verbandsmitglieder 309, 789.
- Erweiterung der Tätigkeit des Verbandes 1216.
- * Welche Anforderungen sind an den Leiter einer gemeinnützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstelle zu stellen? Von Dr. Karl Vogel, Bremen 627.
- Richtlinien für die gemeinnützige Rechtsauskunft 1065.
- * Die Gewährung von Rechtshilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 1540.
- Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen 1409.
- * Haftpflichtversicherung der Rechtsauskunftsstellen 113.
- * Die Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 500.
- Die Rechtsauskunftsstellen in Deutschland und England 1414.
- Fortbildung der Juristen und Rechtsauskunftsstellen 1539.
- Zum Kampfe gegen Schwindelfirmen 500.
- Eine Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. April 1911, betreffend die Verfolgung von Ansprüchen auf Entschädigung für Unfallsfolgen 1062.
- Einzelne Rechtsauskunftsstellen.
- Die öffentliche Unterstützung der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen in Hamburg 814.
- Die unentgeltliche Rechtsauskunft für Unbemittelte in Rastau 503.
- Eine gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in Reutlingen 118.
- Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Weissenfels 504.
- Rechtsauskunft. Ausland.
- Der Bund der technisch-industriellen Beamten 591.
- Das Gebaren einzelner sogenannter Musikhäuser 629.
- Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände 1277.
- * Die Rechtshilfe der Studenten-Vereinigung in Kopenhagen. Ein Rückblick auf 25 Jahre gemeinnütziger Tätigkeit. Von Landesversicherungsrat Hansen in Kiel 987.
- Die Rechtsauskunftsstellen in Deutschland und England 1414.
- * Rechtsauskunftsstellen in den Vereinigten Staaten 313.
- Eine von Anwälten geschaffene gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in St. Louis 630.
- Rechtspflege
 - vergl. Arbeiterrecht, Arbeitsvertrag, Frauenarbeit, Gewerbegericht, Gewerbeordnung, Handlungsgehilfen, Jugendgericht, Koalitionsrecht, Konkurrenzklause, Strafrecht, Streikrecht.
 - * Freie Rechtssprechung und Sozialpolitik. Von Professor Dr. Carl Roehne, Berlin 257.
 - * Das Recht der Gegenwart 679.
 - Recht und Wirtschaft 845, 1150.
 - * Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Von Dr. Felix Claus, Berlin 69.
 - * Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. Von Rat Dr. F. Lind, Lübeck 114.
 - Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen 1409.
 - Fortbildung der Juristen und Rechtsauskunftsstellen 1539.

Die Bedeutung einer richtigen Kriminalstatistik 980.

* Kongreß der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Von Dr. Hugo Einzhaimer, Frankfurt a. M. 960.

Keine Berufungsfähigkeit eines Gewerbegerichts 1151.

Die Treuhänder deutscher Rechtsanwälte und Notare, Gesellschaft mit beschränkter Haftung 1274.

Unstiftliche Mietverträge 621, 1028.

Das Gebaren einzelner sogenannter Musikhäuser 629.

Gegen Brandtweingenuß von Kindern 1580.

Ein Lehrstuhl für soziales Recht 981.

* Die Unsicherheit des Arbeitsrechts 586.

* Zur Reform des Arbeitsrechts 1861.

Die Strafbarkeit des blauen Montags in Bayern 1386.

Zur Beurteilung der sogenannten Kündigungstrantheit 1564.

Schadenersatzanspruch eines Angestellten wegen ungerechtfertigter Kündigung 107.

Hinausweisen eines Angestellten ist einer sofortigen Entlassung gleichzusetzen 208.

Langsames Arbeiten als Entlassungsgrund 528.

Kellner und gewöhnliche Kündigungsfrist 750.

Urlaub und Gehaltszahlung 107, 658, 686, 715.

* Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter. Von Arbeiterssekretär R. Fette, Stuttgart 402.

Das Reichsgericht über das Ehrenwort in der Konkurrenzklause 814.

Die Gültigkeit einer Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiterinnen 814.

Die Geheimhaltungspflicht des Angestellten nach seiner Entlassung 876.

Die „Auslagen“ der gewerbsmäßigen Stellenvermittler 1606.

Zurückbehaltung von Lohnbeiträgen 498, 685, 1150.

Die Berechnung des pfändungsfreien Lohnentkommens 1386.

Arbeiterinnenkassens in der Konfektion 208.

Verpflichtung des Unternehmers für die Innehaltung der Arbeiterschutzbestimmungen 527.

Die Bedeutung der Unfallversicherungsvorschriften als Arbeiterschutzbestimmungen 720.

Die Mittagspause der Handlungsgehilfen 1486.

* Der zweite deutsche Jugendgerichtstag. (München, 29. September bis 1. Oktober 1910.) Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 129.

* Vom 1. Internationalen Jugendgerichtskongreß. Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg. 1394.

Die Strafverfolgung noch nicht 14 Jahre alter Jugendlicher 685.

Die Behandlung der Jugendlichen im neuen Strafgesetzbuch 1028.

Ein Erlaß des württembergischen Justizministers zum Strafverfahren gegen Jugendliche 714.

Das Münchener Jugendgericht im Jahre 1910. 557.

Die Zucht in der Fortbildungsschule 751.

Schadenersatzpflicht bei mangelhafter Lehrlingsausbildung 528.

Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 187 a G.D. 1486; 1626.

Ungültiges Polzeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen 557.

Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtschaften 528.

Das Trinkgeldwesen im Gastwirtschaftsgewerbe und die guten Sitten 714.

Der „Inkostenbeitrag“ eines auf Trinkgelder angewiesenen Kellners 875.

* Die rechtsprechende Tätigkeit des Reichs-Versicherungsamts. Von Assessor F. Lange, Ritzdorf, Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen beim Reichs-Versicherungsamte 865.

Die Ausnahmebestellung der Streikbrecher im sozialen Versicherungsrecht 498.

* Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabfindung von Inländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren. Von Dr. jur. F. Röbke, Berlin 546.

Abzugsfähige Versicherungsbeiträge 1487.

Ein dreieinhalbjähriger Kampf um die Hinterbliebenenrente 558.

Die Qualifikation der Invalidenversicherungsbeamten 898.

Heilbehandlung bei Tollwutverdacht — Krankheit im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes 76.

Krankengeld von Lehrlingen 208.

Regelmäßig tageweise beschäftigte Lohnkellner sind krantenversicherungspflichtig 589.

Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer anderen Angestellten zur Krankenkasse 658.

Unterstützungspflicht der Krankenkassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche 855.

Fortsetzung der freiwilligen Rassenmitgliedschaft 889.

Die Unterstützungspflicht für die wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse ausscheidenden Mitglieder 981.

Die rechtliche Zulässigkeit von schwarzen Listen der mit den Krankenkassenbeiträgen rückständigen Arbeitgeber 1129.

* Die Gewöhnung als wesentliche Veränderung im Sinne des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Von Assessor Lange, Gr.-Lichterfelde-Df 468.

Versicherung eines in einer Trinkerheilstätte untergebrachten Trinkers gegen Unfall 470.

Betriebsunfall auf dem notwendigen Wege von der Arbeitsstätte 119.

Die Zulässigkeit einer Nebenintervention im Unfallstreitverfahren 529.

Unfall beim Aufspringen auf den elektrischen Straßenbahnwagen — Betriebsunfall 558.

Betriebsunfall eines Fischers durch eine abtretende Angel 589.

Teilweise verbliebene Arbeitsfähigkeit eines im Eisenbahnbetriebe Verunglückten 654.

Erblindung durch Heben einer schweren Last 860.

Der Umfang der versicherungspflichtigen Tätigkeit nach dem GlBG. 1108.

Über den Umfang der Stellungskosten bei Betriebsunfällen 1320.

Betriebsunfall bei Beschäftigung eines Lustschiffes. Von Assessor Lange, Ritzdorf 1402.

* Betriebsunfall durch Blitz und Stichtag. Von Assessor Lange, Ritzdorf 1572.

* Das Reichsgericht und die Besteuerung sozialer Einnahmen. Von Dr. R. Säßle, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Leipzig. „Recht und Wirtschaft“ 848.

Firmengeschenke an gelbe Wertvereinstaffeln — keine steuerfreie „Stille Pflanzung“ 815, 1028.

* Die Kruppische Pensionskasse vor dem Oberlandesgericht 961.

Über ungeschlichtete Werkskonsumanstalten in Lothringen 1501.

* Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118.

* Das freie deutsche Koalitionsrecht 1869.

* Das Urteil von Roabit 491.

Eine Schadenersatzklage wegen Arbeitsniederlegung abgewiesen 845.

Eine Anwendung des § 152 G.D. 1529.

Die Ungültigkeit der Vertragsstrafabreden in den Arbeitgeberverbänden 758.

Der Tatbestand des § 158 G.D. 1568; 1626.

Zur Rechtsprechung aus § 158 R.G. 1580.

Streitposten und Straßenordnung 1502.

Streitunterstützungen und steuerpflichtiges Einkommen 528.

Beruf von Streitenden und Arbeitswilligen ist zweierlei 288.

Bäderfreizins 1285.

Die endgültige Entscheidung über die frühere Berufspraxis des Zeichenverbandes 1835.

Die Zulassung des Boykotts als wirtschaftliches Kampfmittel 1466.

* Die Stempelobligatheit der Tarifverträge in Preußen 815.

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker — ein nichtrechtsfähiger Verein 817.

* Die Fleischereinigung in Frankfurt a. M. gegen Tarifverträge. Von Arbeiterssekretär Johannes Feiden, Frankfurt a. M. 906.

Ausland.

Gerichtliche Aufhebung des Ausschlusses aus Arbeiterfachvereinen in Dänemark 1151.

* Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschaftskrisis. Von Dr. Freiherrn v. Macay, München 65.

Der 11. Jahrestag der englischen Arbeiterpartei 628.

Die sogenannte Osborne-Bill 754, 1128.

Eine weitere Beschränkung des Gewerbetreibendenrechts in Großbritannien 999.

Schadenersatzklage gegen boykottierende Arbeiter in Frankreich 787.

Reichstag

vergl. Arbeiterschutz, Arbeitskammern, Arbeitsstatistik, Gewerbeordnung, Kellner, Privatbeamtenversicherung, Reichsversicherungsordnung, Staatsarbeiter, Techniker, Vereinsrecht.

* Der Reichsminister über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 882.

* Ungewißheit. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 921.

* Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission. Von Geh. Reg.-Rat Dittmann, Oldenburg 88, 194.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 18, 58, 84, 118, 145, 210, 241, 275, 314, 347, 374, 504, 587, 593, 600, 682, 664, 695, 728, 758, 820.

Die Berichte der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung 974.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung 1007, 1086, 1067, 1102.

Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung 1128.

* Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.

Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung 584, 1008, 1127.

— in der Kommission 1068, 1103.

* Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Reg.-Rat Dittmann, Oldenburg 417, 605.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes 618.

Die Hinausschiebung der Hinterbliebenenversicherung 822.

Wann kommt die Pensionsversicherung der Privatangestellten? 263.

* Kann der Reichstag das Pensionsgesetz für die Privatangestellten noch erledigen? Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf 338.

Zur Privatangestelltenversicherung 619.

* Das Werden des einheitlichen Privatbeamtenrechts. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R. 1023.

* Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 1086.

Freiwillige Sozialversicherung 538.

Das Arbeitskammerngesetz 296.

* Die Arbeitskammern im Reichstag. (2. Lesung, 5.—7. Dezember.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 827.

* Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Rulmann, Bremen 886.

Lohnbücher und Arbeitszettel 535.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstags 562, 597, 626, 660, 692.

Reichsversicherungsamt f. Gewerkschaften, Sozialversicherung.

* Die Kellneraffäre im Reichstag. Von Dr. Siegfried Hecker, M. d. R., Hamburg 929.

* Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Von Dr. Felix Claus, Berlin 69.

Arbeiterfragen bei der Reichspost 747.
Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstag 711.

Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung 660.

Der Wohnungsfürsorgefonds des Reichs 318.
Hilfe für das Handwerk 295.

Resolution des Reichstags für die Arbeitstarifverträge 846.

*Stimmen zur Konkurrenzklause 304.

Technikerrecht, Reichstag und Regierung 491.
Weitere Entschädigung für arbeitslose Tabakarbeiter 848.

Eine Eingabe für Hüttenarbeiterschutz 535.
Der Arbeiterschutz in der Großindustrie 886.

*Betteln aus Not und Strafprozeßreform 619.

*Straßlosigkeit des Bettelns „aus Not“? Von Pastor Wörchen, Geschäftsführer des Deutschen Herbergsvereins, Wehl 5. Welefeld 581.

Der Kinderschutzparagraph im Reichstag 490.

*Die Jugendlichen in der Strafprozeßordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission 364.

*Sozialpolitik im Reichstag 776.
Gewerbeordnungsnovelle 853.

*Eine Reichsstelle für Arbeitstarifverträge. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1617.

Arbeitskammern von Lic. Richard Rumm, Berlin 1622.

Reichsversicherungsordnung

vergl. Reichstag.

*Der Unteranspruch der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 293.

*Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission. Von Geh. Reg.-Rat Düttmann, Oldenburg 33, 194.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 18, 53, 84, 118, 145, 210, 241, 275, 314, 347, 374, 504, 537, 563, 600, 632, 664, 695, 723, 758, 820.

Die Berichte der Reichstagskommission für die RVO. 974.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung 1007, 1036, 1067, 1102.

Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung 1128.

*Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.

Über das Inkrafttreten der Reichsversicherung 1191.

Ämliche Veröffentlichung der RVO. 1215.

Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung *584, 1008, 1127.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung in der Kommission 1068, 1103.

Einführungsgesetz zur RVO. und Hilfsklassengesetz 199.

*Die unständigen Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung (§§ 469—486). Von Sophie Susmann, Berlin 82.

*Ein Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. med. Strauß 97.

Die vaterländischen Arbeitervereine 1680.

Tagungen christlicher Gewerkschaften 139.

Der Verband deutscher Zahnärzte 157.

*Die Rente für die „dauernd invalide“ Witwe. Von Professor Dr. Friedr. Albin Hoffmann, Wirkl. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat, Leipzig 166.

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe 173.

*Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf 176.

Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung 178.

Petition von Privatangestellten für ein einheitliches Versicherungsrecht 276.

*Der Reichstanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 332.

Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“ 866.

*Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg 417, 609.

Rundgebung der Landesversicherungsanstalten zur Reichsversicherungsordnung 665.

Die Hinausschiebung der Hinterbliebenenversicherung 822.

*Die Kassenbeamten und das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung. Von Professor Dr. Stier-Somlo, Bonn 899.

*Milderung einer Härte der Reichsversicherungsordnung. Von Regierungsrat Dr. Schmidt, Vorsitzender des Schiedsgerichts für die Arbeiterversicherung 910.

*Ungewißheit. Von Prof. Dr. E. Francke, Berlin 921.

Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten 934.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsburas der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1910 942.

Rundgebungen gegen die Reichsversicherungsordnung 972.

*Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Invalidität und Berufsunfähigkeit. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Berlin 1101.

Rechtsauskunftsstellen und Reichsversicherungsordnung 1216.

*Deutscher Arztetat 1227.

*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1278.

*Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Reichsversicherungsordnung 1815.

Gemeinverständlicher Führer durch die Deutsche Arbeiterversicherung nach der Reichsversicherungsordnung 1820.

Betriebsunfall infolge einer „Gefahr des täglichen Lebens“. Von Professor Lange, Rixdorf 1320.

Der Deutsche Technikerverband 1342.

Belehrende Vorträge über die Reichsversicherungsordnung 1416.

Die Amtsbauer der gegenwärtigen nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten 1446.

*Handwerker-Versicherung. Von Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf 1476.

*Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitags 1592.

E.

Säuglingsfürsorge.

Der gesundheitliche Schutz von Mutter und Kind 251.

Der Umfang der praktischen Säuglingsfürsorge in Deutschland 1386.

Der Geburten-Rückgang in Deutschland 1386.

Der Einfluß der Hitze auf die Säuglingssterblichkeit 1452.

Die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit 1643.

Der Einfluß der Durchlüftung der Wohnungen auf die Sterblichkeitsverhältnisse 251.

*Die Bekämpfung der Kinder- (Säuglings-) sterblichkeit in Freiburg i. Br. Von Dr. Jos. Ehrler, Freiburg 1290.

Gegen eine Milchverteuerung in München 541.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Nürnberg 1077.

*Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung 155.

Die Ernährung auf dem Lande und die Molkereigenossenschaften 1452.

Die 5. Tagung deutscher Berufsvormünder 150.

Ausland.

Die Kindersterblichkeit in England 542.

Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich 444.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Österreich 731.

Internationales.

*Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Francke, Frankfurt a. M. 1323.

Der 8. internationale Kongreß für Säuglings-schutz 1134, 1607.

Schauspieler

i. Arbeitsfreitigkeiten, Gewerkschaften, Kongresse, Privatbeamte, Stellenvermittlergesetz.

Schmiergelber.

Eine Vereinigung zur Bekämpfung des Schmiergelberwesens in Handel und Gewerbe 339.

Schulgeseundheitswesen

vergl. Fortbildungsschule, Kinderfürsorge, Jugendfürsorge, Schulpfegung, Schulwesen. Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. 583.

*Die Ausübung der Schulhygiene 186.

Schulgeseundheitspflege und Schularzte 1161.

Die amtliche Stellung der Schularzte 1325.

Die Verbreitung der Zahnkrankheiten 218.

Die gesetzliche Regelung der Schularztfrage in Württemberg 604.

Die Schulzahnpflege nach Duisburger System 1450.

Eine städtische Poliklinik für Volksschüler in Jürth (Bayern) 605.

Die Feststellung des Körpergewichts und der Körperlänge von Schulkindern in Hannover 414.

Eine städtische Schulzahnklinik in Nürnberg 668.

Anstellung von Schularzten im Hauptamt in Schöneberg 413.

Eine Unfallversicherung für Schulkinder in Spandau 211.

Eine von der Zentralstelle des deutschen Städte-tages veranstaltete Erhebung über Wald-schulen 603.

Ausland.

*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.

Schulzahnkliniken in Österreich 861.

Der Schularztendienst an die Fortbildungsschulen in Wien 1453.

Die ärztliche Untersuchung in den englischen Schulen 414.

Internationales.

Die IX. internationale Tuberkulose-Konferenz 187.

*Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Francke, Frankfurt a. M. 1323.

Schulpfegung.

Gesellschaft für Soziale Reform 649.

*Der Gesamtauschuß der Gesellschaft für Soziale Reform 746.

*Schulpfegung. Von Helene Simon, Berlin 1258.

Schulpfegung in Preußen 1578.

Die Schulpfegung in Groß-Berlin 379.

*Die Schulpfegung in Karlsruhe. Von Sonja Kronstein, Karlsruhe i. B. 1181.

*Die Schulpfegung in Mannheim. Von Helene Simon, Berlin 280.

Ausland.

Attiengeellschaft für Kinderpfegung in Dänemark 727.

Schulpfegung in England 1354.

Schulpfegung während der Ferien in England 1010.

*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.

*Die Schulpfegung in London und Bradford. Von Helene Simon, Berlin 578.

Schülerverporgung in Basel 603.

*Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich 439.

Schulwesen

vergl. Fachbildung, Fortbildungsschule, Jugendfürsorge, Kinderfürsorge, Kurse, Lehr-linge, Schulgeseundheitswesen, Schulpfegung, Volksbildung.

*Prof. Prodingers „Schulgemeinde“ 665.

Die ökonomische Bedeutung der gewerblichen Frauenarbeit für den Arbeiterhaushalt 812.

- * Soziale Sorgen im Licht des Evangeliums. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1142.
- * Die Erziehung der aus der Volksschule entlassenen männlichen Jugend 408.
- Überweisung von Rentnern an Schulen 880.
- Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen 1158.
- Die preussischen Fortbildungsschulvorlagen 890, 891, 1183, 1256, 1330.
- Zur Errichtung von Wanderhaushaltungsschulen in Preußen 59.
- Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen 892, 1159.
- Die Mitwirkung der Schule bei der Jugendstrafrechtsplege in Bayern 1095.
- Ein Normalschulplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen 1288.
- Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Sachsen 58.
- Die Neuordnung der Mädchen-Fortbildungsschulen in Berlin 58.
- Die Blumenpflege der Volksschüler in Hamburg 217.
- 5000 M für den Ankauf von guten Jugendschriften für Hamburger Schüler und Schülerinnen 578.
- Eltern-Vereinigung München (G. B.) 25.
- Die Münchener Versuchsschule 1288.
- * Die organisierte Lehrstellenermittlung für die Porzheimer Bijouterieindustrie. Von Kooperator B. Jauch, Freiburg 918.
- Die dritte Volksakademie des Rhein-Ramischen Verbandes für Volksbildung. Von Burger. 152.
- Ausland.**
- * Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.
- Schulreform in Wien 282.
- Internationales.**
- Ein internationaler Kongress für häusliche Erziehung 59.
- Schundliteratur** f. Jugendfürsorge, Volksbildung. **Sicherheitsmänner** f. Bergbau.
- Sonntagsruhe**
- vergl. Arbeitszeit, Handlungsgehilfen.
- Der Deutsche Käuferbund 842.
- Kauft nicht am Sonntag! 50.
- Förderung der kaufmännischen Sonntagsruhe durch die Konsumenten 1563.
- Eine Tarifbewegung im deutschen Bäckereigewerbe 999.
- Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Bekleidungs- und Schneidergewerbe 1033.
- Bergarbeiterbewegungen im Unterharz und in Oberbayern 271.
- Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen 1284.
- Die Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe 660.
- Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Groß-Berlin 1571.
- Ausland.**
- Böllige Sonntagsruhe in den belgischen Militärlasernen 1208.
- Der gesetzliche Arbeiterschutz in Bädereien in Finnland 626.
- Der Schutz der Handelsangestellten in Frankreich 720.
- Die Arbeitszeit in Eisenhütten und Walzwerken Österreichs 1625.
- * Handlungsgehilfenschutz in Russland. Von Joseph Boujanski, Petersburg 48.
- Volksabstimmung gegen Sonntagsruhe in Solothurn 563.
- Sozialdemokratie** f. politische Arbeiterbewegung. **Soziale Zustände** f. Arbeitsverhältnisse, Lebenshaltung.
- Sozialismus** f. politische Arbeiterbewegung.
- Sozialmedizin**
- vergl. Alkoholbekämpfung, Arbeiterschutz, Ärzte, Bleivergiftung, Frauenarbeit, Gemeinwesen, Gewerbehygiene, jugendliche Arbeiter, Kinderarbeit, Krankenfürsorge, Lebenshaltung, Säuglingsfürsorge, Schulgesundheitswesen, Tuberkulose, Wohnungsverhältnisse.

- Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168.
- Ein Medizinalrathrat in Charlottenburg 899.
- Eine neue Professur für soziale Hygiene 1162.
- Sozialpolitik**
- vergl. Arbeiterschutz, Arbeiterstatistik, Arbeitsverhältnisse, Arbeitsvermittlung, Arbeitszeit, Bodenpolitik, Gewerbeordnung, Heimarbeit, Konkurrenzkauf, Reichsversicherungsordnung, Sozialversicherung, Wohnungsverhältnisse.
- * Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 226.
- Schriften des Internationalen Arbeitsamts 992.
- * Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 425.
- Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 617.
- Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168.
- Dr. C. Geibel † 169.
- * Zu Bischof von Kettlers Gedächtnis 1865.
- * Der Reichskanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 382.
- * Sozialpolitik im Reichstag 776.
- Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlstand der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern 689.
- Ein Lehrstuhl für soziales Recht 931.
- * Buecks sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 321.
- * Der Bureaokratismus unserer Industrie. Von Magistratsrat Paul Böbling, Berlin 1489.
- Ein Sozialsekretär in den Farbwerken von Levertusen 89.
- Das Amt eines Sozialsekretärs 248.
- Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds in den deutschen Altengemeinschaften 472.
- * Sozialpolitik und sozialpolitische Lasten 904.
- * Freie Rechtssprechung und Sozialpolitik. Von Professor Dr. Carl Rechner, Berlin 257.
- * Das Recht der Gegenwart 679.
- * Zur Reform des Arbeitsrechts 1861.
- * Kongress der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Von Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M. 960.
- Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. 1233.
- * 25 Jahre Sozialversicherung! Von Dr. Felix Claus, Berlin 9.
- * Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabfindung von Zählern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren. Von Dr. jur. H. Köhler, Berlin 516.
- Statistik der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1909 633.
- * Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen 384.
- * Stimmen zur Konkurrenzkauf 304.
- * Deutscher Heimarbeitertag. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 449.
- * Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit? Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. 1113.
- Die Fahrpreisermäßigung für Arbeiter bei Arbeitsvermittlung durch öffentliche Arbeitsnachweise 246.
- Adaptiver Stellennachweis 149.
- Die Binnenwanderungen der Arbeiter in Deutschland 431.
- Die ökonomische Bedeutung der gewerblichen Frauenarbeit für den Arbeiterhaushalt 812.
- Familienlöhne 1434.
- Arbeitervertreter in der Verteilungsstelle der Kaliindustrie 688.
- Arbeiter im badiischen Eisenbahnrat 689.
- Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage 710.
- Löhne der Eisenbahnarbeiter in Baden 28.
- Sicherheitsmänner im Eisenbahnbetrieb 1419.
- * Reise badiischer Arbeiter nach Brüssel 120.

- * Brüsseler Ausstellungseindrücke badiischer Arbeiter. Von Prof. Dr. Hertner, Charlottenburg 706.
- * Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Großindustrie 859, 522.
- * Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens 699.
- Erholungsheim für Handwerker 1481.
- Das Samariter- und Rettungsweisen im Bergbau 540.
- * Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffeehausgewerbe 681.
- * Die Trinkgelberfrage in den deutschen Bahnhofswirtschaften. Von R. Richter, Schriftführer des Verbandes deutscher Köche 25.
- Die wirtschaftlichen Verhältnisse im badiischen Sägereigewerbe 44.
- Lob der deutschen Sozialpolitik im Seemannsberufe 650.
- Ein Stichzähler für Musterzeichner in Stidereien 556.
- Vorbereitung für ein deutsches Reichstheatergesetz 170.
- * Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M. 1828.
- Das Zweckerbandsgefäß für Groß-Berlin 494.
- * Das Tempelhofer Feld. Von Dr. Karl von Mangoldt 634.
- * Sozialpolitik und Wohnungskongress. Von Dr. R. v. Mangoldt, Frankfurt a. M. 1053.
- * Miete und Einkommen 219.
- Zur Frage der Zinshöhe für Darlehen der Landesversicherungsanstalten für Arbeiterwohnungs-zwecke 243.
- Die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland. G. B. 1061.
- * Soziale Sorgen im Licht des Evangeliums. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1142.
- * Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentag in Mainz 1432.
- Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr 247.
- Ein Institut für soziale Arbeit in München 1322.
- Die freie kirchlich-soziale Konferenz 905.
- Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.
- Aus dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften für 1910 817.
- Die vaterländischen Arbeitervereine 1632.
- * Die Sammlung der Gelben 107.
- Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 283.
- Eine Untersuchung über die soziale Tätigkeit der Sparkasten 86.
- * Die sozialpolitische Entartung der öffentlichen Leihhäuser. Von Professor Dr. Robert Schachner, Jena 1297.
- Die Ernährung auf dem Lande 667.
- Die bessere Ausnutzung des Tageslichts 1307, 1501.
- * Die Witwen Münchens. Von Dr. B. Klose, München 1560.
- Ausland.**
- * Sozialpolitik und sozialpolitische Lasten 904.
- Schriften des Internationalen Arbeitsamts 992.
- Sozialpolitik-Archiv 779.
- * Die Veruche zu einer staatssozialistischen Wirtschaftsregelung von Bundes wegen in Australien 992.
- Die bessere Ausnutzung des Tageslichts in England 202, 1060.
- Die Errichtung von Wohnämtern in Großbritannien 76.
- Eine soziale Zentralstelle für Finnland 1529.
- * Gesetzliche Streitverhütung auf den französischen Eisenbahnen. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 390.
- * Das französische Arbeitsgesetzbuch. Von Hans V. Rudloff, Genf 519.
- Arbeiterschutz in Japan 1127.
- Sozialreform für die italienischen Eisenbahner 859.

*Das niederösterreichische Hausbesorgerfürsorgegesetz vom 9. Oktober 1909. Von Dr. Paul Kompert 455.
Die Vertagung des Nachtarbeitsverbots für die Arbeiterinnen in Österreich 499.
Arbeiterheime in Deutsch-Österreich 658.
*Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrats 870.
*Die sozialpolitische Lage in der Schweiz. Von Dr. Eugen Großmann, Zürich 1523.
*Rechtsauskunftsstellen in den Vereinigten Staaten 813.
*Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911) 1181.
Phosphorverbot in Victoria 437.
Die Lohnämter in Victoria 757.
Sozialversicherung
vergl. Invalidenversicherung, Krankenversicherung, Rechtspflege, Reichstag, Reichsversicherungsordnung, Unfallfürsorge.
*Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. (Lugano, 25. bis 28. September 1910.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
*Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 226.
*Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen 293.
Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 1591.
*Der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1910. Von Stadtrat H. von Frankenberg, Braunschweig 743, 774.
*Die rechtspredende Tätigkeit des Reichs-Versicherungsamts. Von Professor F. Lange, Hildorf, Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen beim Reichs-Versicherungsamt 865.
*Die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften über das Versicherungsamt 372.
Die Amtsbauer der gegenwärtigen nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten 1446.
Das Central-Arbeitersekretariat im Jahre 1910 1220.
*25 Jahre Sozialversicherung! Von Dr. Felix Clauss, Berlin 9.
Lohnentwicklung und Versicherungsmarkentabell 12.
Die Ausnahmebestellung der Streikbrecher im sozialen Versicherungsrecht 493.
Staatsverträge über Arbeiterversicherung 1055.
*Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1081.
*Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Invalidität und Berufsunfähigkeit. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Berlin 1101.
Gemeinverständlicher Führer durch die Deutsche Arbeiterversicherung nach der Reichsversicherungsordnung 1320.
*Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 1086.
Die Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung 1346.
Die Behandlung von Rentenansprüchen nach dem Erlass des preussischen Handelsministers vom 15. November 1908 406.
Die reichsgerichtliche Rentenversicherung 505.
*Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabschreibung von Zinländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren. Von Dr. jur. H. Köhne, Berlin 546.
Ein dreieinhalbjähriger Kampf um die Hinterbliebenenrente 558.
Hinauschiebung der Hinterbliebenenversicherung 760, 822.
*Nachlese zur Hinterbliebenenversicherung. Von Sophie Susmann, Berlin 1003.
*Die Arbeitslosenversicherung in Köln. Von Dr. F. Mademacher, Köln a. Rh. 1426.
Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum während des Urlands 1255.

Die Berechnung des pfändungsfreien Lohn-einkommens 1336.
*Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M. 1323.
*Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. Von Rat Dr. H. Lind, Lübeck 114.
Ausland.
Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts 1561.
Freiwillige Sozialversicherung 538.
*Der Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung in England durch Arbeitslosen- und Invalidenversicherung 536.
Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England 619.
*Die staatliche Arbeiterversicherung in England 988.
*Das englische Arbeitslosen-Versicherungsgesetz. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg 1137.
*Zur Kritik der englischen Arbeiterversicherungspläne 1253.
Die englische Arbeiterversicherungsvorlage 1416.
*Arbeiterobstruktion gegen die staatliche Altersversicherung in Frankreich 1066.
Eine französische Gewerkschaftskonferenz 1284.
Die nordischen Arbeiterversicherungs-Kongresse 1192.
*Die österreichische Pensionsversicherung der Privatangestellten 51.
Eine Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende in Österreich 1449.
*Die österreichische Pensionsanstalt für Angestellte 1382.
*Fabrikindustrie und Fabrikarbeiter im Gouvernement Moskau. Von Dr. phil. Elisabeth Gornitz, Moskau 1092.
Der gesetzliche Abschluß der schweizer Kranken- und Unfallversicherung 1222.
Eine starke Protestbewegung gegen die Arbeiterversicherung in der Schweiz 1346.
*Die sozialpolitische Lage in der Schweiz. Von Dr. Eugen Großmann, Zürich 1523.
Referendumsbegehren gegen die Versicherungs-gesetze in der Schweiz 1574.
*Sozialversicherung in den Vereinigten Staaten. Von Prof. Dr. Alfred Mannes, Berlin 1169.
*Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911) 1181.
Die 2. internationale Konferenz für Sozialversicherung 1637.
Sparwesen und Leihhäuser
vergl. Genossenschaftswesen, Konsumvereine.
Eine Unternehmung über die soziale Tätigkeit der Sparkassen 86.
Eine Verbindung von Sparkasse und Altersversicherung 944.
Steuerzahlung auf Sparkassenguthaben 1070.
Geschenksparkassenbücher in Merseburg 1070.
Das Spar-Prämien-System bei der sächsischen Sparkasse in Posen 1069.
Die Erfolge der Heimsparbüchsen und Sparautomaten in Wilmsdorf 211.
Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosenversicherung 375.
*Die sozialpolitische Entartung der öffentlichen Leihhäuser. Von Professor Dr. Robert Schachner, Jena 1297.
Die Auslösung von Pfändern mit Hilfe von Sparmarken 399.
Staatsbeamte und -arbeiter
vergl. Arbeiterausschüsse, Arbeits- und Dienstvertrag, Ferien, Koalitionsrecht, Lösungsmethoden, Streikrecht.
Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände 174.
*Verbandsatender für 1911 365.
Erster Sozialer Kursum für öffentliche Beamte 667.
Arbeitskammern. Von Lic. Reinhard Mumm, Berlin 1622.
XXI. Verbandstag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten 1601.
Arbeiterfragen bei der Reichspost 747.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Telegraphenarbeiter 431.
Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung 650.
Die Streikdrohungen der Marinetechniker auf der Kaiserlichen Werft 1251, 1284.
Die Einstellung jugendlicher Arbeiter bei der Reichseisenbahn 42.
Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage 711.
Beamtenausschüsse in Staatsbetrieben 1060.
Arbeitervertretung in preussischen Staatsbetrieben 590.
Sicherheitsmänner im Eisenbahnbetrieb 1419.
Die Eisenbahndirektion Hannover und die Konsumvereine 411.
Landpachtung für Eisenbahner in Preußen 633.
Erholungsurlaub für Bahnunterhaltungsarbeiter in Preußen 633.
Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung 633.
Die Zweckmäßigkeit der Dienstteilungen im preussischen Eisenbahnbetrieb 859.
Eine Erweiterung der Eisenbahnarbeiter-Ausschüsse in Preußen 859.
Zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Preußen 1419.
Das Reichskartell der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten 185.
Arbeiter- und Beamtenfragen auf den staatlichen Bergwerken Preußens 1092.
Arbeiterbewegung im Bergbau 935.
„Schwarze Listen“ in der preussischen Bauverwaltung 263.
Die „schwarzen Listen“ in der preussischen Staatsverwaltung 400, 496.
Das Kartell der Verbände sächsischer und süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamten 1292.
Eisenbahnerforderungen in Mecklenburg 413.
Ausland.
Eine neue Arbeits- und Lohnordnung für die staatlichen Eisenbahner in den Niederlanden 634.
Passive Resistenz der Triester Staatsbeamten. 659, 691.
Staatsbürgerliche Erziehung f. Fortbildungsschule, Volksbildung.
Staatsbürgerrechte der Angestellten und Arbeiter f. Arbeitsvertrag, Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Städte, Städtebau f. Bodenpolitik, Gemeinwesen, Wohnungswesen.
Statistik
vergl. Arbeitslosigkeit und -markt, Arbeitsstatistik.
Der 7. Deutsche Abstinenztag 94.
*Industrielle Arbeiter und Arbeitslöhne in Japan 1272.
Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiter-schutzgesetze 1237.
Arbeiterwohnungen in Breslau 316.
*Die Organisation der Arbeitgeber in Deutschland 41.
Die Verpflichtung nichtöffentlicher Arbeitsnachweise zur Einreichung von Statistiken 438.
Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit? Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. 1113.
Die Entwicklung der Arbeitsarbeitsverträge in den deutschen Gewerben 1907—1909 654.
Die Bergarbeiterlohnstatistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund für das 4. Viertel 1910 748.
*Lebensalter der pensionierten Bergleute. Von Bergassessor Dr. Herbig, Saarbrücken 200.
Die Bevölkerungsvorgänge in Deutschland 218.
Das Central-Arbeitersekretariat im Jahre 1910 1220.
*Die Lohnfrage im Gastwirts-gewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover 334.
Der Geburten-Rückgang in Deutschland 1386.
Die Entwicklung des Preussischen Gewerbeaufsichtsdienstes von 1890 bis 1911 499.

*Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1909 124.
Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe-gerichten in Österreich 861.
Die Bayerische Gewerbegerichtsstatistik 1910 1166.
Erkrankungsstatistik und Gewerbehygiene 187
Eine neue Gewerbe-Unfallstatistik 86.
*Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 1809.
Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 1188.
Die gewerkschaftlichen Jahrbücher 205.
Der Grundstücksbesitz der Stadt Breslau 45.
Die Deutschen Gewerbevereine (G.-V.) im Jahre 1910 1098.
Die Entwicklung des Handwerks in Deutschland 480.
Eine hauswirtschaftliche Zentrale für Bayern 1225.
Die Entwicklung der eingeführten Hilfs-laffen 1104.
Die Ausnahme einer Statistik im Interesse der Jugendfürsorge 1010.
*Die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte im Jahre 1910 1094.
Die Bayerische Kaufmannsgerichtsstatistik 1910 1485.
Der Verwaltungsbericht der Knappschafts-berufsgenossenschaft für 1909 148.
*Konjunktur und Arbeiterentlassungen. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg 1805.
*Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Driskrankenkasse für Leipzig und Um-gegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 978, 1011, 1042, 1074.
Die Bedeutung einer richtigen Kriminalstatistik 980.
*Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“. Von Dr. Rosa Kempf, München 92.
Lohnentwicklung und Versicherungsmarken-absatz 12.
*Der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechts-anstaltsstellen 808.
*Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909 810.
Die Verichterhaltung des „Reichs-Arbeits-blatts“ über gemeinnützige Rechtsberatung 1218.
Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Nürnberg 1077.
Amtliche Statistik über Streiks und Aus-sperrungen in Deutschland 1910 885.
Gegenwärtiger Stand der Tuberkulose-bekämpfung 541.
Die Anstellungsverhältnisse bei der „Viktoria“ zu Berlin 1485.
Eine von der Zentralstelle des deutschen Städte-tages veranstaltete Erhebung über Waldschulen 608.
*Die Witwen Münchens. Von Dr. B. Klose, München 1560.
Wohnungselend in Berlin 221.
Eine Umfrage über das Wohnungswesen 61.

Ausland.

Eine amtliche Erhebung über das belgische Genossenschaftswesen für das letzte Menschen-alter 1089.
Die zahlenmäßige Abnahme der Armen in England und Wales 106.
Die Abnahme des Alkoholismus in Groß-britannien 157.
Die erste Statistik der Tarifverträge in Groß-britannien 171.
*Fabrikindustrie und Fabrikarbeiter im Gou-vernement Moskau. Von Dr. phil. Elisa-beth Gownitz, Moskau 1092.

Steiger f. Bergbau, Privatbeamte.

Stellenvermittler f. Arbeitsvermittlung.

Steuernwesen

vergl. Bodenpolitik, Konsumvereine.

*Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine 1073.

*Zur Besteuerung der Konsumvereine. Von Dr. Th. Cassau, Hamburg 978.
*Der Steuerkampf der Konsumvereine in Hamburg 1417.
Steuerzahlung auf Sparlaffenguthaben 1070.
Stempelsteuerfreiheit der Arbeitslarifverträge 267.
Zur Stempelspflichtigkeit der Larifverträge 1871.
Streihunterstützungen und steuerpflichtiges Ein-kommen 528.
Reichshunterstützung für arbeitslose Labat-arbeiter 887, 848, 1500.
*Der 20. Bundestag deutscher Bodenreformer 188.
*Vom Einigungsamte für Mietsfreitigkeiten in Solingen. Von Dr. Karl Reßler, Solingen 1462.
Brantweinsteuer und Mähigkeit 94.
Die Abnahme des Alkoholismus in Groß-britannien 157.

Stillprümien f. Säuglingsfürsorge.

Strafrecht und -prozeß

vergl. Gewerbeordnung, Jugendgerichte, Koalitionsrecht, Streikrecht, Berufserklärung.
Der Reichstangler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie 882.
*Freie Rechtsprechung und Sozialpolitik. Von Professor Dr. Carl Roehne, Berlin 257.
*Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118.
Das Verhältnis des § 158 StD. zum allge-meinen Strafrecht 1626.
*Dueds sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 821.
*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1278.
Die 5. Tagung deutscher Berufsverbände 150.
Der Vorentwurf zum deutschen Reichsstraf-gesetzbuch und die Armenpflege 1628.
*Bettein aus Not und Strafprozeßreform 619.
*Der zweite deutsche Jugendgerichtstag. (München, 29. September bis 1. Oktober 1910.) Von Dr. Wilhelm Bloch, Char-lottenburg 129.
*Die Jugendlichen in der Strafprozeßordnung nach den Beschläffen der Reichstagskommission 864.
Die Behandlung der Jugendlichen im neuen Strafgesetzbuch 1028.
Der Strafvollzug an den Jugendlichen 1185.
*Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heil-gewerbe 283.
*Deutscher Ärztetag 1227.
Die Strafbarkeit des blauen Montags in Bayern 1886.
Der 7. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten 1569.

Ausland.

Strafverfolgung auf Grund des englischen Gewerksamtergesetzes 1581.
*Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volkskassen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.
*Regierung und Syndikate in Frankreich. Von Dr. Frhr. von Maday, München 289.
*Gesetzliche Streitverhütung auf den französi-schen Eisenbahnen. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 890.

Internationales.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen 154.
*Kongreß der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Von Dr. Hugo Einzheimer, Frankfurt a. M. 960.
*Vom ersten internationalen Jugendgerichtstis-kongreß, Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg 1894.

Streik f. Arbeitsfreitigkeiten, Koalitionsrecht, Streikrecht.

Streikrecht

vergl. Koalitionsrecht, Berufserklärung.

*Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 226.
*Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118.
*Dueds sozialpolitisches Testament. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 821.
*Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutsch-lands. Von Dr. L. Heyde, Berlin 1278.
Der „verleende Streik“ 498.
Die Streiklauselfrag i der Stellenvermitt-lung 569.
Arbeitskampf und Schadenserfahlage 559, 845.
Berufliche Solidarität und der Beleidigungs-pagraph 1467.
Zur Rechtsprechung aus § 158 StD. 1580.
Das Verhältnis des § 158 StD. zum allge-meinen Strafrecht 1626.
Streitposten und Strafenordnung 1502.
Beruf von Streitenden und Arbeitswilligen ist zweierlei 283.
*Das Urteil von Roabit 491.
Ein Fensterputzerstreik in Berlin 582.
Die Hafenarbeitersperrung in Mannheim-Ludwigshafen 909.
Die Metallarbeitersperrung in Pforzheim 868.
Der Weissenfelder Schuhmacherkampf 691.
Das Koalitionsrecht der Straßenbahnange-stellten 884.
Der Streik bei der Waffensfabrik Kaiser & Co. in Solingen 787.
*Die Sammlung der Selben 107.
Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterver-bände“ 866.
Der Deutsche Werkmeisterverband 998.

Ausland.

England: Der Streik im Londoner Buchdruck-gewerbe 626, 691.
Eisenbahnerausstand in Frankreich 79.
*Gesetzliche Streitverhütung auf den französi-schen Eisenbahnen. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 890.
Die französische Regierung und die Eisenbahn-geellschaften 967.
Die Eisenbahnermaßregelung in Frankreich 1298.
Schadenserfahlage gegen boylottierende Ar-beiter in Frankreich 787.
*Regierung und Syndikate in Frankreich. Von Dr. Frhr. von Maday, München 289.
Streikausfchreitungen in der Schweiz 1082.
Der Bergarbeiterstreik in Bilbao (Spanien) 16.
Die Streiklauselfrage bei der Stellenvermitt-lung im Staate Massachusetts (Vereinigte Staaten) 824.

Streikversicherung f. Arbeitgeberverbände, Ar-beitsfreitigkeiten.

Studenten f. Arbeitgeberverbände, Volksbildung.

Submissionen

Hilfe für das Handwerk 295.

Zur Verhütung der unlauteren Konkurrenz bei der Verbindung gewerblicher Arbeiten in Sachsen 586.

*Genossenschaftsbildung in Blindengewerben. Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau 55.

Z.

Tabaksteuer f. Arbeitslosigkeit, Steuernwesen.

Tarifgemeinschaften, Tarifverträge f. Arbeits-tarifverträge.

Techniker

vergl. Arbeitsvertrag, Erfinderrecht, Ferien, Gemeindebeamte, Konkurrenzklausei, Privat-beamte (n-Verficherung), Sonntagsruhe, Staatsbeamte, Wohlfahrtseinrichtungen.

*Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangeestellten-Fragen 298.
Technikerrecht, Reichstag und Regierung 491.

Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung 889, 432.
 Marineingenieur und Reichsmarineamt 1251, 1284, 1407.
 „Schwarze Listen“ in der preussischen Bauverwaltung 263, 496.
 *Gewerbehygiene für Techniker 249.
 Titel statt Lohn 1625.
 Das Reichsgericht über das Ehrenwort in der Konkurrenzklause 814.
 Ein „Kaufmännischer und Technischer Hilfsverein“ zur Umgehung des Stellenvermittlergesetzes 915.
 Der Deutsche Technikerverband 1342.
 Der Bund technisch-industrieller Beamten 109, 591, 849.
 5. und 6. Bundestag des Bundes technisch-industrieller Beamten 140, 934.
 Verband technischer Schiffsoffiziere, Sitz Hamburg 966.
 Verschmelzungsversuche zwischen Privatbeamtenverbänden 110, 175.
 *Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Von Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Berlin 615.
 *Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Von Privatdozent Dr. A. Günther, Berlin 693.
 Die Gehälter der Techniker im Berliner Eisenkonstruktionsgewerbe 652.
 Teuerung f. Lebenshaltung.
 Theater f. Artisten, Schauspieler.
 Trinkerfürsorge f. Alkoholkämpfung, Krankenfürsorge.
 Trinkgeld f. Kellner, Löhnungsmethoden.
Tuberkulose
 vergl. Gewerbehygiene, Krankenfürsorge, Volkswohlfahrt.
 Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 168.
 Gegenwärtiger Stand der Tuberkulosebekämpfung 541.
 Rückgang der Tuberkulose in Deutschland 860.
 *Die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit 1643.
 Die pachtfreie Überlassung eines Landstückes zur Beschäftigung genesender Schwindlichter in Halberstadt 542.
 Die Übertragungsgefahr der Tuberkulose durch Milchkenn 1386.
 Die Schwindlicht im Wäschereigewerbe 251.
 Eine Heilstätte für lungenkranke Kinder 157.
 *Die Ausübung der Schulhygiene 186.
 *Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten. Von Stadtrat Dr. E. Münsterberg 641.
 *Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Dristkrankenliste für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blum, Berlin 1042.
 *Die Heilbehandlung in der Invaliderversicherung 892.
 Über den Umfang der Heilungskosten bei Betriebsunfällen 1320.
 Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 1260.
 Der erste Unterrichtszusatz für Ärzte in der Lungentuberkulose 1197.
Ausland.
 Der erste österreichische Tuberkulosekongress 1077.
 Tuberkulosebekämpfung in den Vereinigten Staaten 1580.
Internationales.
 Die IX. internationale Tuberkulose-Konferenz 187.
II.
 Überarbeit, Überstunden f. Arbeitszeit.
 Uneheliche Kinder f. Kinderfürsorge, Mutter-schutz, Rechtsauskunft.
Unfallfürsorge und Unfallverhütung
 vergl. Arbeiterschutz, Bergbau, Gewerbeaufsicht, Gewerbehygiene, Reichsversicherungsordnung, Sozialversicherung.
 Eine neue Gewerbe-Unfallstatistik 85.

*Die Unfallgefahr bei der Nacharbeit 80.
 Massenuntersuchungen von Unfallverletzten 211.
 Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsverhütung 780.
 Berufswechsel Unfallverletzter 1846.
 Unfallfürsorge für Fürsorgezöglinge 505.
 Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften als Arbeiterschutzbestimmungen 720.
 Eine württembergische Ausstellung für Unfallverhütung im Baugewerbe 1636.
 Zur Verhütung von Förderungsläden 347.
 Unfallfürsorge für Gemeindebeamte und Arbeiter in Frankfurt a. M. 399.
 *Die Beschäftigung von Schulfürdern an und bei Drehmaschinen. Von Gewerberat Dr. Müller, Worms 719.
 Das Heilverfahren bei Unfallverletzten 1609.
 Das Zusammenwirken der gewerblichen Berufs-genossenschaften mit dem roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe 1104.
 *25 Jahre Sozialversicherung. Von Dr. Felix Claus, Berlin 9.
 *Die repräsentative Tätigkeit des Reichsversicherungsamts. Von Assessor F. Lange, Ritzdorf, Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Reichsauskunftstellen beim Reichsversicherungsamt 865.
 *Die Denkschrift der deutschen Gewerksvereine über das Versicherungsamt 372.
 Die Zusammenstellung der Jahresberichte der gewerblichen Berufs-genossenschaften 1446.
 Der 25. ordentliche Berufs-genossenschaftstag 1222.
 Der Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für 1909 148.
 Unterstützungspflicht der Krankentassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche 275, 855.
 Die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs in Unfallversicherungssachen 348.
 *Die Gewöhnung als wesentliche Veränderung im Sinne des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Von Assessor Lange, Gr.-Vichtersfelde-Pl. 468.
 Die Zulässigkeit einer Nebenintervention im Unfallstreitverfahren 529.
 *Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabfindung von Zähländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren. Von Dr. jur. H. Böck, Berlin 546.
 Ein dreieinhalbjähriger Kampf um die Hinterbliebenenrente 558.
 Eine Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. April 1911, betreffend die Befolgung von Ansprüchen auf Entschädigung für Unfallfolgen 1062.
 Der Umfang der versicherungspflichtigen Tätigkeit nach dem GlWG. 1103.
 Über den Umfang der Heilungskosten bei Betriebsunfällen 1320.
 Eine Unfallversicherung für Schulfürder in Spandau 211.
 Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung 178.
 Versicherung eines in einer Trinkerheilstätte untergebrachten Trinkers gegen Unfall 470.
 *Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf 176.
 Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission 118, 210, 241, 275, 347.
 *Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! 1031.
 Betriebsunfall auf dem notwendigen Wege von der Arbeitsstätte 119.
 Unfall beim Aufspringen aus den elektrischen Straßenbahnwagen — Betriebsunfall 558.
 Betriebsunfall eines Fischers durch eine abirrende Kugel 589.
 Teilweise verbliebene Arbeitsfähigkeit eines im Eisenbahnbetriebe Verunglückten 654.
 Erblindung durch Heben einer schweren Last 860.
 Betriebsunfall infolge einer „Gefahr des täglichen Lebens“. Von Assessor Lange, Ritzdorf 1320.

Betriebsunfall bei Beschäftigung eines Lustschiffes. Von Assessor Lange, Ritzdorf 1402.
 *Betriebsunfall durch Blitz und Stöckschlag. Von Assessor Lange, Ritzdorf 1572.
 Ein bei einem Gefälligkeitsdienst erlittener Unfall — Betriebsunfall 1573.
Ausland.
 Eine Unfallversicherung für die Landwirtschaft in Italien 1180.
 *Die Unfall- und Krankenversicherung der Seeleute in Österreich 630.
 *Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates 870.
 *Die neue schweizerische Gesetzesvorlage betreffend Kranken- und Unfallversicherung. Von Dr. Gottfried Heer, Säckingen (Kanton Glarus) 955.
 Der gesetzliche Abschluß der Schweizer Kranken- und Unfallversicherung 1222.
 Unfallversicherung in den Vereinigten Staaten von Amerika 1384.
 *Amerikanische Sozialversicherung. Von Prof. Dr. Alfred Mannes, Berlin 1169.
 *Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911) 1181.
Internationales.
 *Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz (Lugano, 25. 28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1.
 *Die 2. Internationale Konferenz für Sozialversicherung (Dresden, 15. und 16. September) 1637.
 *Die Invaliden- und Altersversicherung in der Schiffsahrt auf internationalen Strömen. Von Dr. Gustav Stein, Duisburg 408.
 Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien über die Unfallversicherung 265.
 Unterstützungswohnsitz f. Armenwesen.
 Urlaub f. Ferien, Wohlfahrts-einrichtungen.
B.
 Verbrechen f. Alkoholkämpfung, Fürsorge-erziehung, Strafrecht.
Bereits- und Versammlungsrecht
 vergl. Koalitionsrecht.
 *Sozialpolitik im Reichstag 776.
 *Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Von Dr. Felix Claus, Berlin 69.
 *Polizei und Reichsvereinsgesetz 1556.
 Vereinsrecht und soziales Wahlrecht der Frauen in Österreich 748.
Verhältnismäßig
 Die Arbeiterauswahlwahlen im oberbayerischen Bergwerksgebiet 591.
Ausland.
 Eine eindringliche Charakteristik der Confédération Générale du Travail in Frankreich 531.
 Die Verhältnismäßig in der Schweiz 170.
Berufserklärung
 vergl. Arbeitsstreitigkeiten, Koalitionsrecht.
 Die „schwarzen Listen“ in der Staatsverwaltung 263, 400.
 Die Beschränkung der Freizügigkeit der Beamten 299.
 Die endgültige Entscheidung über die frühere Berufspraxis des Zechenverbandes 1385.
 Beruf von Streikenden und Arbeitswilligen ist zweierlei 233.
 Die Arbeitskämpfe im Bäckereigewerbe 1123, 1191, 1285.
 Ein Fensterputzerstreik in Berlin 532.
 Der Straßenbahnerstreik in Waldenburg 1125.
 Die rechtliche Zulässigkeit von schwarzen Listen der mit den Krankentassenbeiträgen rückständigen Arbeitgeber 1129.
 Die Zulässigkeit des Bonitäts als wirtschaftliches Kampfmittel 1466.
Versicherungswesen, privates.
 vergl. Wohlfahrts-einrichtungen.
 *Kaspienversicherung der Rechtsauskunftstellen 113.

Die Anstellungsverhältnisse bei der Berliner „Victoria“ — Dienstgeheimnis 1024, 1485.
 Erste Reichskonferenz der Versicherungsangehörigen Deutschlands 966.
 Eine gelbe Zentralunterstützungsstelle 77.
 Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1226.
 *Der VIII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Dr. Ludwig Heyde, Berlin 1244.
 Gewerkschaftsfragen vor den Zentralverbandsvorständen 1812.
 Das Seminar für soziale Medizin in Berlin 880.
 Der achte Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.
 Vertragsbruch f. Arbeitsvertrag.
 Vertragsstrafen f. Arbeitgeberverbände, Arbeitsstreitigkeiten.
 Verwaltung, staatliche f. Koalitionsrecht, Vereinsrecht; gemeindliche f. Gemeindefragen.
Bolsbibliotheken
 vergl. Bolsbildung.
 *Freiwillige Bolsbildungsarbeit in Deutschland 1606.
 Die Bolsbildungsbestrebungen der Sozialdemokratie 24.
 Die Ausstellung gegen die Schundliteratur 474.
 Die Berliner Arbeiterbüchereien 1257.
 *Lehrgänge für Landknechte. Von Hugo Otto Zimmer-Hamburg 1105.
 *Staatlich organisiertes Bolsbildungsweesen in Posen 1194.
 Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Sachsen 58.
 Fünf Jahre Bolsbildungsarbeit in Südbayern 1484.
Bolsbildung
 vergl. Arbeiterbewegung, Fortbildungsschule, Kurse, Schulwesen, Bolsbibliotheken, Bolswohlfaht.
 Die Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform 811.
 *Die planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege in Preußen 601.
 *Staatlich organisiertes Bolsbildungsweesen in Posen 1194.
 Städtische Zuschüsse für Arbeiterbildungsbestrebungen in Frankfurt a. M. 765.
 Landwirtschaftlicher Unterricht für Soldaten 667.
 Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1819.
 *Lehrgänge für Landknechte. Von Hugo Otto Zimmer-Hamburg 1105.
 Fünf Jahre Bolsbildungsarbeit in Südbayern 1484.
 *Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentag in Mainz 1482.
 Zur Veredlung der Bolsgefelligkeit und der Bolsunterhaltungsveranstaltungen 184.
 Die Einrichtung der Arbeiterwohnungen 445.
 Beethovens Neunte Symphonie vor Arbeitern 1107.
 Die Schaffung von Städtebündentheatern auf gemeinnütziger Grundlage 1484.
 Das freie Bolsbildungsweesen in Deutschland 858, 1606.
 Die Gesellschaft für Verbreitung von Bolsbildung 122, 879, 826.
 Zentralstelle für Bolswohlfaht 848.
 Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg 153.
 Der Deutsche Landwirtschaftsrat über den Jugendschutz 666.
 Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahts- und Heimpflege 726.
 Eine Zentralstelle für ländliche Wohlfahtspflege in Elß-Lothringen 849.
 Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholisismus 894.
 Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (G. V.) 1910 1289.
 Ein Institut für soziale Arbeit in München 1822.

Der Freie Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim 1257.
 Der 12. Kongress für Volks- und Jugendspiele 1289.
 Das Volksheim Hamburg 1481.
 Die katholischen Caritasvereine 151.
 Die Bolsbildungsbestrebungen der Sozialdemokratie 24.
 Ein neues Arbeiterjugendheim in Breslau 442.
 Das Stuttgarter Jugendsekretariat 1185.
 Die deutschen Gewerkschaftsartelle im Jahre 1910 1188.
 *Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen 268.
 Die Berliner Arbeiterbüchereien 1257.
 Das Arbeitsprogramm der Vereinnigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes für 1911 572.
 Praktische Staatsbürgerkunde 608.
 Studentische Bolsbildungsarbeit 948.
 Studentische Arbeiterunterrichtskurse in Kiel 879.
 Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft 282.
 Die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung 1157.
 Fortbildungskurse für Anwaltsangestellte in Potsdam 442.
 Sozialer Kursus für Evangelische Arbeitervereine 699.
 Ein Kursus in Maschinenbehandlung für Holzarbeiter 699.
 Der 2. Instruktionkursus für moderne evangelische Jugendarbeit 1040.
 Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter 1196.
 Soziale Ausbildungskurse der kirchlich-sozialen Konferenz 578.
 Ein sozialer Ferienkursus des Bundes deutscher Bodenreformer über Redekunst, Bolswirtschaft und staatsbürgerliche Fortbildung 699.
 Der XIII. Fortbildungskursus für höhere Verwaltungsbeamte in Frankfurt a. M. 765.
 Der 10. Bolswirtschaftliche Kursus 827.
 Erster Sozialer Kursus für öffentliche Beamte 667.
 Die dritte Bolsakademie des Rhein-Mainischen Verbandes für Bolsbildung. Von Burger 152.
 Eine Bolschulchule in Bremen 188.
 Der Einfluß der freien Hochschulen auf die Höher 475.
 *Reise badischer Arbeiter nach Brüssel 120.
 *Brüsseler Ausstellungseindrücke badischer Arbeiter. Von Prof. Dr. Hertner, Charlottenburg 706.
 Besuch Bremer Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung 170.
 *Zur Jugendfürsorge auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden. Von Landrichter Ermel-Dithmarschen (Altona) 1575.
 *Die Schundliteratur und ihre Bekämpfung 945.
 Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur durch reichsgefehlte Maßnahmen 858.
 Die Bekämpfung der Schundliteratur in Bayern 571.
 — in Sachsen 58.
 — in Hamburg 153.
 5000 M für den Ankauf von guten Jugendschriften für Hamburger Schüler und Schülerinnen 578.
 Bekämpfung der Schundliteratur und Musterbüchereien für Lehrzingsheime 1577.
 Die Ausstellung gegen die Schundliteratur 474, 666.
 Die Frauenvereine im Kampf gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild 282.
 Eine Stadt ohne Schundliteratur 217.
 Die Gefahren der Kinematographentheater für die Jugend 123.
 Eine Konferenz über die Kugbarmachung des Kinematographen für Bildungszwecke 824.

Schulbildung in Deutschland und Frankreich 1576.
 Die deutsche Unterrichtsausstellung 128.
 Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen 572, 1159.
 Die Münchener Versuchsschule 1288.
 Die Blumenpflege der Bolschüler in Hamburg 217.
 Die Unterrichtserteilung an nicht mehr schulpflichtige Jugendliche 216.
 *Die Erziehung der aus der Bolschule entlassenen männlichen Jugend 408.
 *Die Jugendpflege für die weibliche Jugend. Von Else Lüders, Berlin 697.
 Fragen des gewerblichen Unterrichtswesens 122.
 *Jugendpflege und Fortbildungsschule in Preußen 489.
 *Ein außerordentlicher Preussischer Fortbildungsschulrat 887.
 *Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen 761.
 Der preussische Gesetzentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen 1180.
 Der Gesetzentwurf betreffend Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen 1181.
 Bürger- und Lebenskunde in den ländlichen Fortbildungsschulen Preußens 442.
 Die Beziehungen der Jugendfürsorge und der ländlichen Fortbildungsschule 475.
 Die preussischen Fortbildungsschulvorlagen 1256.
 Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen 1158.
 Die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens im Königreich Sachsen 571.
 Ein Normalschulplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen 1288.
Ausland.
 *Das Bolsbildungsweesen des Auslandes auf der Brüsseler Weltausstellung. Von Dr. Ernst Schulke, Hamburg-Großborstel 20.
 Gegen die englischen Arbeiterstudienreisen 266.
 Die Beratung Jugendlicher bei der Berufswahl in England 442.
 Bolsbildung in Holland 578.
 Eine „soziale Woche“ des katholischen Volksbundes in Österreich 1159.
 Ein Wiener Bolsbildungshaus 578.
 Bolsständige Vorlesungen in Schweden 765.
 *Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich 489.
Volksernährung f. Lebenshaltung, Bolswohlfaht.
Volkszerziehung f. Fortbildungsschule, Schulwesen, Bolsbildung.
 „Volksfürsorge“ f. Gewerkschaften, Kongresse, Konsumvereine.
Volkskrankheiten f. Alkoholkämpfung, Arbeiter-schutz, Gewerbehygiene, Sozialmedizin, Tuberkulose.
Volkschule f. Schulgesundheitswesen, Schulspeisung, Schulwesen.
Volksversicherung f. Gewerkschaften, Kongresse, Konsumvereine, Sozialversicherung, (privates) Versicherungsweesen.
Bolswohlfaht
 vergl. Alkoholkämpfung, Jugendfürsorge, Kinderfürsorge, Bolsbildung, Wohnungsweesen.
 *Soziale Arbeit in Studententreiben. Von Dr. Otto Maresch, M. Gladbach 727.
 *Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege 1641.
 *Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe 288.
 8. Tagung des deutschen Medizinbeamtenvereins 1609.
 Die Bevölkerungsvorgänge in Deutschland 218.
 Der Geburtenrückgang in Deutschland 1886.
 Eine kommunale Mutterchaftskasse 668.
 Mutterchutz und Massenhygiene 1162.
 Die gesetzliche Regelung des Hebammenwesens in Bayern 413.
 Die Verbreitung der Zahnkrankheiten 218.
 Wanderbadehäuser 1197.

Zunahme der Nervenkrankheiten in Deutschland 1579.
 Rauch und Ruß in deutschen Großstädten 1184.
 Ein städtisches Fürsorgeamt für entlassene Geistesranke in Berlin 1105.
 Städtischer Medizinalrat in Berlin 980.
 Ein Medizinalstadtrat in Charlottenburg 899.
 Die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes in Düren 494, 916.
 Die Gründung eines Wohlfahrtsverbandes für die Stadt Essen 1225.
 Ein Museum für Volkshygiene in Köln a. Rh. 781.
 * Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung 155.
 Die Ernährung auf dem Lande 667.
 Genossenschaftsbewegung und Wohlfahrtspflege auf dem Lande 1851.
 Die Ernährung auf dem Lande und die Volkereigenossenschaften 1452.
 Mängel in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Bayerns 1014.
 Rückgang der Tuberkulose in Deutschland 860.
 Die Übertragungsgefahr der Tuberkulose durch Milchgenuß 1886.
 Eine Heilstätte für lungenkranke Kinder 157.
 Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 1280.
 Der erste Unterrichtszug für Ärzte in der Lungentuberkulose 1197.
 Sozialhygienische Frauenforderungen 1291.
 Die Bewegung für die bessere Ausnützung des Tageslichts 1501.
 Erkrankungsstatistik und Gewerbehygiene 187.
 * Die Tätigkeit des bayerischen Landesgewerbearztes 1910 1196.
 Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. 780, 1825.
 Einen Kursus für Unfallheilung und Gewerbekrankheiten 1162.
 Die Luft in den Fabrikräumen 669.
 Die Ursachen der Invaliddität 729.
 Erste Hilfe bei Betriebsunfällen 541.
 Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsverhütung 780.
 Die gewerblichen Vergiftungen mit Benzol 1579.
 * Regierungserklärungen über die Bleifarbenfrage in Deutschland 692.
 * Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens 699.
 Bleierkrankungen in Leipzig 1458.
 * Lebensalter der pensionierten Bergleute. Von Bergassessor Dr. Herbig, Saarbrücken 200.
 Das Samariter- und Rettungswesen im Bergbau 540.
 Die Barmherzigkeit der Bergleute 448, 1014.
 Die Gesundheitschädlichkeit des Bronzierens 605.
 Eine Berufskrankheit bei Verfertigung von Glühlampen 1387.
 Hautkrankheiten von Holzarbeitern 1857.
 Ein Bleimerkblatt für Gürtelarbeiter 442.
 Zur Hygiene in metallverarbeitenden Betrieben 1887.
 Die Antimonvergiftung der Sezer 418.
 Die Schwindsucht im Wäldereigewerbe 251.
 * Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin 978, 1011, 1042.
 Spalierobst an Fabrikmauern 727.
 Das Zusammenwirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe 1104.
 Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1819.
 * Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung 892.
 Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege 916.
 Das Amt eines Sozialsekretärs 248.
 Zur Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg 1014.
 Wohlfahrtsvereinigungen für die badischen Eisenbahnen 1292.
 Erholungsurlaub für Bahnunterhaltungsarbeiter in Preußen 688.

Erholungsheim für Handwerker 1488.
 Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime 1157.
 Kaufmanns-Erholungsheime 589, 915, 1822.
 Ein Ferienheim für weibliche Angestellte in Dann (Eifel) 1225.
 Eine Fahrpreismäßigung für Besucher von Walderholungsstätten 570.
 * Bauberatungsgesellschaften. Eine Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Von Dr. Altenrath, Berlin 854.
 Die Bestellung eines Landeswohnungsinspektors für Baden 445.
 Das Ledigenheim in Stuttgart 1858.
 Hausbesitzer und Mieterrechte im bürgerlichen Recht 1857.
 Ausstellung für Kleinwohnungsbau und Einrichtung 61.
 Musterpläne für Wohnungsbauten 62.
 Die deutsche Gartenstadtbewegung 1888.
 Baugenossenschaft Dresden-Land 1420.
 Herberge zur Heimat 849, 1225.
 Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung 688.
 Der Berliner Hauspflegerverein 1157.
 Der Einfluß der Durchlüftung der Wohnungen auf die Sterblichkeitsverhältnisse 251.
 Künstlerischer Schmuck für Arbeiterwohnungen 217.
 Die Einrichtung der Arbeiterwohnungen 445.
 Branntweinsteuer und Mäßigkeit 94.
 Alkoholgenuß und Arbeitsleistung 1197.
 Eine starke Abnahme des Alkoholgenusses in Deutschland 980.
 Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus 894.
 Der Kampf gegen die Animierte Kneipen in Worms 994.
 Die Alkoholwohlfahrtspflege in Königsberg i. Pr. 414.
 Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe 894.
 Der Milchsäuerer in Werkstätten und Fabriken 1452.
 Gegen eine Milchverfälschung in München 541.
 Zur Frage der Milchversorgung der Städte 1577.
 Ein Reichsmilchgesetz 1610.
 Versicherung eines in einer Trinkerheilstätte untergebrachten Trinkers gegen Unfall 470.
 Der 7. Deutsche Abstinenztag 94.
 Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus 1822.
 * Die Ausübung der Schulhygiene 186.
 Mangelnde Nachtruhe der Schulkinder 418.
 Der Erfolg der Schöneberger Ferienspiele 1458.
 Die amtliche Stellung der Schulärzte 1825.
 Die gesetzliche Regelung der Schularzfrage in Württemberg 604.
 Anstellung von Schulärzten im Hauptamt in Schöneberg 418.
 Eine städtische Poliklinik für Volksschüler in Zürich (Bayern) 605.
 Die Schulzahnpflege nach Duisburger System 1450.
 Eine städtische Schulzahnklinik in Nürnberg 668.
 * Schulspeisung. Von Helene Simon, Berlin 1258.
 Die Schulspeisung in Groß-Berlin 379.
 Speisung der Schulkinder in Preußen 1578.
 Zur Durchführung des Mädchenturnens in Preußen 1578.
 Der Verkauf von Speiseeis an Schulkinder 1577.
 Eine von der Zentralstelle des deutschen Städtebundes veranstaltete Erhebung über Waldschulen 608.
 Die Errichtung von Schifferkinderhorten 1107.
 Die erste deutsche Kinderhortkonferenz 1852.
 Kinderbibliotheken und -Lesezimmer 1195.
 * Die Bekämpfung der Kinder- (Säuglings-) sterblichkeit in Freiburg i. Br. Von Dr. Josef Ehrler, Freiburg 1290.
 Der Umfang der praktischen Säuglingsfürsorge in Deutschland 1886.

Der Einfluß der Hitze auf die Säuglingssterblichkeit 1452.
 Die 5. Tagung deutscher Berufsvoormünder 150.
 * Die „Jugendlichen“. Vornwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11. - 18. Mai, Berlin. Von Prof. Dr. G. Franke, Berlin 986.
 * Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform 295, 897, 953, *1017, 1055.
 Die Gefährdung und der Schutz der Jugend in den Entwicklungsjahren 184.
 Die Gefahren der Kinematographentheater für die Jugend 128.
 Die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend im preussischen Abgeordnetenhaus 779.
 * Die Jugendpflege für die weibliche Jugend. Von Eise Lüders, Berlin 697.
 Die körperliche Ausbildung der Jugend in Bayern 765.
 Sozialhygienische Vorschläge zur Erhaltung unserer Jugendkinder 980.
 Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg 153.
 Der 2. Instruktionsturnus für moderne evangelische Jugendarbeit 1040.
 Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter 1196.
 Die 12. Konferenz der deutschen Rettungshausverbände und Erziehungsverbände 1010.
 Ein Deutscher Zentralverband für Rettungswesen 1014.
 Die Erfolge der Fürsorgeerziehung in Preußen 857.
 Zur Vereinfachung der Volksgeelligkeit und der Volkunterhaltungsveranstaltungen 184.
 Beethovens Neunte Symphonie vor Arbeitern 1107.
 Die Schaffung von Städtebündentheatern auf gemeinnütziger Grundlage 1484.
 * Die Schundliteratur und ihre Bekämpfung 945.
 Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur durch reichsgesetzliche Maßnahmen 858.
 Die Bekämpfung der Schundliteratur in Bayern 571.
 — in Stettin 1041.
 Die Ausstellung gegen die Schundliteratur 474.
 * Die sozialpolitische Entartung der öffentlichen Leihhäuser. Von Professor Dr. Robert Schachner, Jena 1297.
 Zentralstelle für Volkswohlfahrt 848, 1821.
 Die fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt 1056, *1265.
 Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr 247.
 Der 8. Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.
 Ein Institut für soziale Arbeit in München 1822.
 Der Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege 1156.
 Eine Zentralstelle für ländliche Wohlfahrtspflege in Elßaß-Lothringen 849.
 Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege 726.
 * Die Wohlfahrtszentrale der Berliner Kaufmannschaft. Von Adele Berensson, Berlin 794.
 Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit 1104.
 Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 1822.
 Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ 88.
 Die katholischen Caritasvereine 151.
 Gemeinnütziger Bezirksverein Pirna 1105.
 Das Volksheim Hamburg 1481.
 Urteil eines Richters über die Rechtsauskunftsbewegung 117.

Rußland.

- Altiengefellchaft für Kindererpeifung in Dänemark 727.
 * Die Rechthilfe der Studentenvereinigung in Kopenhagen. Ein Rückblick auf 20 Jahre gemeinnütziger Tätigkeit. Von Landesversicherungsrat Hansen in Kiel 937.
 Die Kindererlichkeit in England 542.
 * Ein Feldzug gegen die Landstreichler in England. Von Dr. Ernst Schulze, Hamburg 1025.
 * Der Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England 1488.
 * Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum 89.
 * Die Schulpflicht in London und Bradford. Von Helene Simon, Berlin 578.
 Einheitsliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich 444.
 Arbeiterheime in Deutsch Österreich 658.
 Schulzahnkliniken in Österreich 861.
 Der erste österreichische Zuberkufoletag 1077.
 Die erste Ärztin in den österreichischen Tabakfabriken 1810.
 Ein chemisch-mikroskopisches Krankentasseninstitut in Wien 414.
 Die Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumstiftung für Volkshäuser und Wohlfahrtsvereine in Wien 1889.
 Der Schulärztendienst an die Fortbildungsschulen in Wien 1458.
 Ärztliche Untersuchung der Lehrlinge im Wiener Kaufmannsstand 1679.
 Unentgeltliche Geburtshilfe in Zürich 30, 980.

Internationales.

- * Der 2. Internationale Kongreß für Gewerbetranckheiten 29.
 Internationales Abkommen über das Verbot der Verwendung von weifem (gelbem) Phosphor in der Säuholzindustrie 1252.
 Die Internationale Vereinigung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke 29.
 Die IX. internationale Zuberkufoletkonferenz 187.
 * Der 8. internationale Kongreß für Säuglingschutz 1607.
 * Internationale Hygieneausstellung in Dresden 880.
 * Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M. 1828, 1854.
 Keine Heimarbeiterausstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 651.
 * Zur Jugendfürsorge auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden. Von Landrichter Ernel-Dihmarfchen (Altona) 1675.

Vormundfchaft

- vergl. Armenwesen, Fürsorgeerziehung, Jugendfürsorge.
 Die 5. Tagung deutscher Berufsvormünder 150.
 Die finanziellen Ergebnisse der Berufsvormundfchaft 1041.
 Die Stellung des Vormundfchaftsrichters zur allgemeinen Jugendfürsorge 856.
 * Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftsstellen. Von Sekretär Gößmann, Pforzheim 1062.
 Die Ausbreitung der Berufsvormundfchaft in Österreich 827.

W.

- Waisenfürsorge f. Armenwesen, Vormundfchaft.
 Wälderholungsstätten f. Krankenfürsorge, Volkswohlfahrt.
 Waldschutz f. Bodenpolitik.
 Wanderbettel, Wanderunterstützungen f. Armenwesen.
 Weissphosphor f. Arbeiterschutz, Gewerbehygiene.
 Wertzuwachsteuer f. Bodenpolitik.
 Witwen- und Waisenersorgung f. Privatbeamtenversicherung, Reichsversicherungsordnung.

Wöchnerinnenfürsorge f. Frauenarbeit, Mutterfchutz, Säuglingsfürsorge.

Wohlfahrts-einrichtungen von Arbeitgeberern

- vergl. Gelbe Gewerkschaften, Volkswohlfahrt.
 Fürsorge für die Verpflegung des Eisenbahnpersonals in Preußen 28.
 Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe 894.
 Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds in den deutschen Altiengefellschaften 472.
 Fabrikwohnungswefen in Deutschland 1164.
 * Die Sammlung der Gelben 107.
 Das Amt eines Sozialsekretärs 248.
 Über ungelückliche Wertkonsumanstalten in Lothringen 1501.
 Bergarbeiterbewegungen im Unterharz und in Oberbayern 271.
 Ein Verbot auf den Kruppschen Stahlwerken 1077.
 Erhebungen über Prämiensysteme und Wohlfahrts-einrichtungen in den Textilbetrieben 266.
 Der Lohnkampf auf der Danziger Schichauwerft 1124.
 Lohnnachzahlung im Zeißwerk 897.
 * Das Reichsgericht und die Besteuerung sozialer Stiftungen. Von Dr. A. Säpffe, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Leipzig 848.
 * Die Kruppsche Pensionskasse vor dem Oberlandesgericht 961.

Wohltätigkeit

- vergl. Armenwesen.
 * Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft. Von Adele Beerensson, Berlin 794.
 Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit 1104.
 Der Deutsche Käuferbund 842.
 Eine Stiftung für Heimarbeiter-Interessen 570.

Wohnungsaufsicht

- vergl. Wohnungswesen.
 * Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten 59.
 Eine Wohnungsinfpektion in Bochum 606.
 Das Charlottenburger Wohnungsamt 782.
 Eine städtische Wohnungsinfpektion in Halle 783.
 Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 959.

Wohnungsnachweis.

- vergl. Wohnungswesen.
 Das Charlottenburger Wohnungsamt 782.
 Städtischer Wohnungsnachweis in Freiburg im Breisgau 1582.
 Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln 288.

Wohnungswesen

- vergl. Bodenpolitik, Gartenstadtbewegung, Genossenschaften, Ledigenheime, Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis.
 Eine Umfrage über das Wohnungswesen 61.
 Miete und Einkommen 219.
 * Die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Zuberkufole und Säuglingserlichkeit 1643.
 Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung 1819.
 Unstille Mietverträge 621.
 Hausbesitzer- und Mieterrechte im bürgerlichen Recht 1857.
 Fortschritte der Mieterbewegung 1581.
 Ein Einigungsamt für Mietsstreitigkeiten 1421.
 * Vom Einigungsamt für Mietsstreitigkeiten in Solingen. Von Dr. Karl Keffler, Solingen 1462.
 Fabrikwohnungswefen in Deutschland 1164.
 * Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 112b.
 * Die hamburgische Gewerbeaufsicht 1910 1252.
 * Die elsaß-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910 1685.
 Die Lohnbewegung im oberbayerischen Kohlengebiet 803.
 Die Wohnungsverhältnisse der Hausverwalter 1889.

- * Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910 1188.
 Der Wohnungsfürsorgefonds des Reichs 318.
 Staatlicher Wohnungskredit in Preußen 606.
 Zur Frage der Zinshöhe für Darlehen der Landesversicherungsanstalten für Arbeiterwohnungswefe 248.
 Preussischer Ministerialerlaß über Wohnbauten auf dem Lande 782.
 Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung 638.
 Anfechtung landwirtschaftlicher Arbeiter in Bayern 1610.
 Eine Zentralstelle für Wohnungswefen in Sachsen 1858.
 * Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten 59.
 Städtische Wohnungsfürsorge durch Herleihen der zweiten Hypothek 797.
 Kommunale Wohnungsfürsorge in Bayern 782.
 Wohnungswesen in Berlin 221.
 Wohnungswesen und Zweckverband Groß-Berlin 1858.
 Siedelungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Kleinfeldern 2333.
 Das städtische Wohnungsamt in Breslau 128.
 Arbeiterwohnungen in Breslau 316.
 Das Charlottenburger Wohnungsamt 782.
 Zur Behebung des Kleinwohnungsmanegels und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Dresden 796.
 Baugenossenschaft Dresden-Land 1420.
 Mietszuschüsse für städtische Arbeiter in Dresden 1629.
 Der Stand der gesamten gemeinnützigen Bautätigkeit in Frankfurt a. M. 1580.
 Die Wohnungsverhältnisse in Königsberg i. Pr. 1421.
 Die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse in München 252.
 Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in München 797.
 Eine neue Kleinwohnungsanlage in München 1581.
 Wohnungsfürsorge in Stuttgart 1165.
 Der Verband rheinischer Baugenossenschaften 221.
 Die Förderung des Kleinwohnungsbaues 1421.
 Ausstellung für Kleinwohnungsbaun und Einrichtung 61.
 * Ausstellungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterhausgerät 1107.
 Musterpläne für Wohnungsbauten 62.
 Spezialkommissionen für Bebauungsreform 1109.
 * Bauberatungsstellen. Eine Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Von Dr. Altenrath, Berlin 354.
 Bauberatungsstellen für Stadt und Land 252.
 Austauschreisen zum Studium neuerzeitlichen Städtebaus in England und Deutschland 788.
 Künstlerischer Schmuck für Arbeiterwohnungen 217.
 Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen 1064.
 Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft 606.
 Eine auf neue erbbauliche Grundstücke gegründete Gartenstadt 949.
 Die deutsche Gartenstadtbewegung 1888.
 Der 2. Deutsche Wohnungskongreß 221, 606.
 * Sozialpolitik und Wohnungskongreß. Von Dr. K. v. Mangoldt, Frankfurt a. M. 1053.
 * Der 2. deutsche Wohnungskongreß. Von Dr. Gerhard Keffler, Berlin 1178.
 Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform 959.
 Der achte Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. 1481.
 Ein Landeswohnungsverein für Baden 949.
 Hessischer Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen 797.
 Fünf Jahre Volksbildungsarbeit in Südbayern 1484.

Die Wirksamkeit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt 1821.

Ausland.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Amsterdam 784.

Der englische Baugenossenschaftsverband „Co-partnership Tenants Ltd.“ 58.

Ein städtisches Ledigenheim für Frauen in Manchester 124.

Wohnungsfürsorgefonds in Österreich 318.

Arbeiterheime in Deutsch-Österreich 668.

Die Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in Österreich 733.

*Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates 870.

Die Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtsrichtungen in Wien 1389.

Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinde in Budapest 252.

Die Zürcher Grundsätze über die Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften 128.

Internationales.

Der 8. Internationale Genossenschaftstag 57.
Ein internationaler Kongreß zur Förderung von Arbeitergärten 124.

3.

Zelluloidarbeiter f. Arbeiterschutz.

Ziehkinder f. Kinderfürsorge.

Zivilrecht f. Rechtspredung, Sozialpolitik.

Zustände, soziale, f. Arbeitsverhältnisse, Lebenshaltung.

II. Verfasserverzeichnis.

Acht, Dr. Anton, Jena. Der moderne französische Syndikalismus 1680.

Altenrath, Dr. F., Berlin. Bauberatungstellen. Eine Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt 354.

— Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 18.—21. Juni, Eibersfeld 1265.

Astwith, G. A., Generalkontrollleur der Arbeitsabteilung im Handelsministerium, London. Die Aussichten der englischen Gewerksamter 486.

Beerenfson, Adele, Berlin. Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft 794
v Berlepsh, Frhr. Dr., Staatsminister. Reichseintigungsamt 738, 770, 802.

Bernhard, Dipl.-Ing. E., Berlin. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Eine Erwidernng 1206.

Bloch, Dr. Wilhelm, Charlottenburg. Der zweite deutsche Jugendgerichtstag (München, 29. September bis 1. Oktober 1910) 129.

— Vom 1. Internationalen Jugendgerichtskongreß. Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. 1394.

Bluhm, Dr. Agnes, Berlin. Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Driskrankenasse für Leipzig und Umgegend 978, 1011, 1042, 1074.

Borofskit, Victor, Chicago. Drei Ausstände in der amerikanischen Kleidertonsektion und Bekleidungsindustrie 717.

Boujarsky, Joseph, Petersburg. Handlungsgesellschaft in Russland 48.

Brachvogel, Willy, Friedenau b. Berlin. Banbeamten- und staatliche Versicherung 854.

Bradnik, Prof. Georg, Halle a. S. Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung 817.

Büchel, Dr., Bochum. Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen 89.

Burger, A., Nieder-Ingelheim a. Rh. Die 3. Volksakademie des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung 152.

Cassau, Dr. H., Hamburg. Zur Besteuerung der Konsumvereine 976.

Clauß, Dr. Felix, Berlin. 25 Jahre Sozialversicherung 9.

— Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis 65.

— Die Unsicherheit des Arbeitsrechts 586.

— Die Angestellten-Versicherung 660.

— Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im preußischen Abgeordnetenhaus 789.

— Die 5 Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform 1017.

— Die Reichsversicherungsordnung angenommen! 1081.

— Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 1086.

Clauß, Dr. Felix, Berlin. Polizei und Reichsvereinsgesetz 1556.

Dille, Sir Charles B., Mitglied des Unterhauses, London. Das Gewerkschaftsgesetz und die Parteien in England. Ein Brief 161.

Dominicus, Oberbürgermeister, Schöneberg. Das englische Arbeitslosen-Versicherungsgesetz 1137.

— Die Stellung des Deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung 1585.

Düttmann, Geh. Reg.-Rat, Oldenburg. Leistungen der Invalidenversicherung 16, 83, 194.

— Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? 417, 609.

Durenfurth, Gertrud, Berlin. Die englischen Gewerksamter und die gewerkschaftliche Organisation 231.

Ehrler, Dr. Jof., Freiburg. Die Bekämpfung der Kinder-(Säuglings-)Herblichkeit in Freiburg i. Br. 1290.

Erkelenz, Anton, Arbeitersekretär. Britische und deutsche Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitagges 1594.

Ermel, Landrichter, Othmarschen (Altona). Zur Jugendfürsorge auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden 1548, 1575.

Fette, A., Arbeitersekretär, Stuttgart. Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter 402.

Fleisch, Stadtrat Dr., Frankfurt a. M. Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit 1113.

Frände, Prof. Dr. E., Berlin. Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Lugano, 25.—28. September 1910) 1.

— Sozialpolitik und „Soziale Praxis“ 226.

— Die Arbeitskammern im Reichstag (2. Lesung, 5.—7. Dezember) 827.

— Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform 425.

— Deutscher Feimarbeiterertrag 449, 481.

— Sozialpolitik im Reichstag 776.

— Ungewissheit 921.

— Die „Jugendlichen“. Bormort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11.—18. Mai, Berlin 986.

— Zu Bischof von Reiters Gedächtnis 1865.

— Die Arbeitskämpfe in England und ihre Beilegung 1472.

— Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie Preußens im Jahre 1910 1496.

Frände, Dr. Erich, Frankfurt a. M. Die Internationale Hygieneausstellung, Dresden 1911 1323, 1354.

von Frankenberg, S., Stadtrat, Braunschweig. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1910 743, 774.

Gittermann, M., Zürich. Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich 439.

Glaser, Dr. Fr., London. Die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England 689.

Göbmann, Sekretär, Pforzheim. Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftstellen 1062.

Großmann, Dr. Eugen. Die sozialpolitische Lage in der Schweiz 1523.

Grünspan, Dr. Arthur, Magdeburg. Die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe 506.

— Aus welchen Gründen wird die Fabriklehre der Handwerkerlehre vorgezogen? 1009.

— Konjunktur und Arbeiterentlassungen 1305.

— Die Häufigkeit des Stellenwechsels der weiblichen Diensthöten 1516.

Günther, Dr. A., Privatdozent. Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 693.

Hanauer, Dr. med. B., Frankfurt a. M. Die Berufskrankheiten der Bürstenmacher 1159.

Hansen, Landesversicherungsrat, Kiel. Ein Rückblick auf 25 Jahre gemeinnützige Tätigkeit 937.

— Nochmals die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals 1333.

Hedischer, Dr. Siegfried, M. d. R., Hamburg. Die Kellneraffäre im Reichstag 929.

Heer, Dr. Gottfried, Höttingen (Anton Clarus). Die neue schweizerische Gesetzesvorlage betreffend Kranken- und Unfallversicherung 955.

Heiden, Johannes, Arbeitersekretär. Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. 905.

Herbig, Bergassessor Dr., Saarbrücken. Lebensalter der pensionierten Bergleute 200.

Herkner, Prof. Dr., Charlottenburg. Brüsseler Ausstellungseindrücke badischer Arbeiter 706.

Herkt, Gustav, Konstantinopel. Kinderelend und Kinderfürsorge in der Türkei 42.

Hertrich, Stadtratsrat, Karlsruhe. Kollektivvertrag im südwestdeutschen Gipsergewerbe, festgelegt durch das Karlsruher Zentralschiedsgericht 45.

Hende, Dr. L., Berlin. Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 1244, 1278.

Hoffmann, Dr. Friedr. Albin, Birk. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat, Leipzig. Die Rente für die „dauerndinvaliden“ Witwe 166.

Hüttner, Dr. iur. Pub., Essen (Ruhr). Zur Reform des Lohnbeschlagnahmegesetzes 834.

Jacobson, Rechtsanwalt, Lübeck. Richterliche Rechtsbelehrung 1216.

Jahn, Dr. Georg, Leipzig. Der Kreis der Versicherungspflichtigen nach dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte 757.

Jauch, Dr. B., Kooperator. Die organisierte Lehrstellenvermittlung für die Pforzheimer Bijouterieindustrie 913.

Jrwahn, Jof., Hamburg. Versicherung gegen Stellenlosigkeit 276.

Kahn, Otto, Mailand. Die toskanische Mezzadria 872.

- Remppf, Dr. Rosa, München. Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“ 92.
- Reßler, Dr. G., Berlin. Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongreß 178.
- Die zweite Arbeitsnachweis-Konferenz für das Gastwirts-gewerbe 565.
- Der 2. deutsche Wohnungskongreß 1173.
- Reßler, Dr. Karl, Solingen. Vom Einigungs-amte für Mietsstreitigkeiten 1462.
- Röse, Dr. W., München. Die Witwen Münchens 1560.
- Röble, Dr. iur. H., Berlin. Das Rentenbezugs-recht und die Kapitalabfindung von In-ländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deut-schen Reiche aus staatsrechtlichen Gründen verlieren 546.
- Roehne, Dr. Carl, Prof., Berlin. Freie Rech-tspruchung und Sozialpolitik 257.
- Rompert, Dr. Paul. Das niederösterreichische Hausbesorgergesetz vom 9. Oktober 1909 455.
- Rronstein, Sonja, Karlsruhe i. B. Die Schulpeinung in Karlsruhe 1181.
- Rühne, Dr., Landesgewerberat, Berlin. Der preußische Gesetzesentwurf über das Fort-bildungsschulwesen 834.
- Rulemann, Landgerichtsrat, Bremen. Das Schicksal der Arbeitskammervorlage 886.
- Lampe, Siegfried, Versicherungsbeamter, Magde-burg. Zur Erbschaftenfrage in der Privat-angestelltenversicherung 1221.
- Lange, Assessor, F., Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen beim Reichs-Versiche-rungsamt, Niddorf. Die Gewöhnung als wesentliche Veränderung im Sinne des § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 468.
- Die rechtsprechende Tätigkeit des Reichs-Versicherungsamts 865.
- Betriebsunfall infolge einer „Gefahr des täglichen Lebens“ 1820.
- Betriebsunfall bei Beschäftigung eines Lust-schiffes 1402.
- Betriebsunfall durch Blitz und Hitzschlag 1572.
- Lint, Dr. H., Rat, Lübeck. Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen 114.
- Die Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft 500.
- Die Rechte der unehelichen Mutter 791.
- Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate 1217.
- Die Gewährung von Rechtshilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen 1540.
- Löffler, Fr., Gewerberat, Darmstadt. Die neue Gewerbeordnung 851.
- Lademann, Hermann, Berlin. Zum Entwurf eines Versicherungs-gesetzes für Angestellte 615.
- Lüders, Elise, Berlin. Die Jugendpflege für die weibliche Jugend 697.
- Maday, Frhr. Dr. v., München. Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschafts-krisis 65.
- Regierung und Syndikate in Frankreich 289.
- Manes, Prof. Dr. Alfred, Berlin. Amerika-nische Sozialversicherung 1169.
- von Mangoldt, Dr. Karl, Frankfurt a. M. Das Kempelhofer Feld 684.
- Sozialpolitik und Wohnungskongreß 1049.
- Mareß, Dr. Otto, M.-Gladbach. Soziale Arbeit in Studentenkreisen 727.
- Marquardt, Felix, Leipzig. Die Stellung-nahme der Siebener-Kommission zum Ent-wurfe der Angestelltenversicherung 721.
- Mattutat, H., Landtagsabgeordneter, Stutt-gart. Die Wanderarbeitsstätten in Württem-berg 780.
- Meyer, Dr. E. H., Karlshof b. Danzig. Die öffentliche Arbeitsnachweisbewegung in der Schweiz 1036.
- Mösch, Pastor, Belhel b. Bielefeld. Straf-loßigkeit des Bettelns „aus Not“? 581.
- Müller, Gewerberat Dr., Worms. Die Be-schäftigung von Schulkindern an und bei Dreschmaschinen 719.
- Mumm, Lic. Reinhard, Berlin. Arbeitskammern 622.
- + Münsterberg, Stadtrat Dr. E., Berlin. Für-sorge für Kinder in Heil-, Heim- und Er-holungsstätten 641.
- Notthoff, Dr. Heinz, M. d. R., Düsseldorf. Privatbeamte als Arbeitgeber 104.
- Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungs-ordnung 176.
- Kann der Reichstag das Pensionsgesetz für die Privatangestellten noch erledigen? 833.
- Der Entwurf eines Versicherungs-gesetzes für Angestellte 552.
- Das Werden des einheitlichen Privatbeamten-rechts 1023.
- Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, In-validität und Berufsunfähigkeit 1101.
- Noch einmal: Erbschaften in der Angestellten-versicherung 1288.
- Unabhängigkeit im Privatbeamtenverhältnis 1399.
- Rechtsprobleme der Arbeitsverfassung 1554.
- Nademater, Dr. F., Köln a. Rh. Die Arbeits-loosenversicherung in Köln 1426.
- Nedde, Dr., Berlin. Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Ar-beitsnachweise 186.
- Neißel, Charlotte, Berlin. Beiträge zu den Gehaltsverhältnissen der Krankenpflegerinnen 1400.
- Neiß, J., Vorsitzender des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Pri-vatangestellten, Leipzig. Die Stellung der Arbeitgeber zu dem Entwurf eines Versiche-rungsgesetzes für Angestellte 808.
- Noth, Alfred, Hamburg. Der Entwurf eines Versicherungs-gesetzes für Angestellte 550.
- Nubloff, Hans, L., Genf. Das französische Arbeitsgesetzbuch 519.
- Schaar, Adolf, Hannover. Die Arbeitsordnung im Gastwirts-gewerbe 111.
- Die Lohnfrage im Gastwirts-gewerbe 334.
- Schachner, Prof. Dr., Robert, Jena. Die so-zialpolitische Entartung der öffentlichen Leih-häuser 1297.
- Schappacher, Dr. Alfred, Düsseldorf. Hand-werker-Versicherung 1476.
- Schreiber, Rolf, Regierungsrat, München. Die Reform der bayerischen Heimat- und Armen-gesetzgebung 1049.
- Schulze, Dr. Ernst, Hamburg-Großbottfel. Das Volksbildungswesen des Auslandes auf der Brüsseler Weltausstellung 20.
- Ein Feldzug gegen die Landstreicher in Eng-land 1025.
- Simon, Helene, Berlin. Die Schulpeinung in Mannheim 280.
- Die Schulpeinung in London und Bradford 578.
- Schulpeinung 1258.
- Sinzheimer, Dr. Hugo, Frankfurt a. M. Kon-greß der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung 960.
- Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre 1202, 1233.
- Smidt, Reg. Rat, Dr., Vorsitzender des Schieds-gerichts für die Arbeiterversicherung 910.
- Stier-Somla, Professor, Dr., Bonn. Die Kassenbeamten und das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung 899.
- Süßfle, Dr. R., Rechtsanwalt beim Reichs-gericht, Leipzig. Das Reichsgericht und die Besteuerung sozialer Stiftungen 843.
- Susmann, Sophie, Berlin. Die unständigen Arbeiter in der Reichsversicherungsordnung (§§ 469—486) 82.
- Nachlese zur Hinterbliebenenversicherung 1003.
- Stein, Dr. Gustav, Duisburg. Die Invaliden- und Altersversicherung in der Schifffahrt auf internationalen Strömen 403.
- Strauß, Dr. med., Krefeld. Ein Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in der Reichs-versicherungsordnung 92.
- Vogel, Dr. Karl, Bremen. Welche Anforde-rungen sind an den Leiter einer gemein-nützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstelle zu stellen 627.
- Waeßcher, Johanna, Kassel. Die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten und die weiblichen Angestellten 888.
- Wittgen, Gewerbeassessor, Strichberg i. Schl. Zum Untergange der Handweberei in Schle-sien 1367.
- Wölbling, Paul, Magistratsrat, Berlin. Vom Zentral-schiedsgericht für das Baugewerbe 925.
- Der Bureautratismus unserer Industrie 1489.
- Zimmer, Hugo, Otto, Hamburg. Lesehallen für Landstreicher 1105.
- Zimmermann, Dr. Waldemar, Privatdozent, Berlin. Friede in der deutschen Schiffbau-industrie 39.
- Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen 268.
- Buecks sozialpolitisches Testament 321.
- Gesehliche Streikverhütung auf den französi-schen Eisenbahnen 390.
- Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine 1075.
- Soziale Sorgen im Lichte des Evangeliums 1142.
- Reaktion und Reform im Koalitionsrecht 1118.
- Arbeiterobstruktion gegen die staatliche Alters-versicherung in Frankreich 1066.
- Eine ernste Verlesung des Buchdrucker-tarifs im Berliner Zeitungsgewerbe 1186.
- Nachklänge zum Tarifvertragsbruch im Ber-liner Zeitungsgewerbe 1208.
- Die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags-rechts im Auslande 1457.
- Eine Reichsstelle für Arbeitstarifverträge 1617.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Nollendorfsstr. 29/30
Anspruch: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Lugano, 25.—28. September 1910). Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 1

Allgemeine Sozialpolitik 9
25 Jahre Sozialversicherung. Von Dr. Felix Claus, Berlin.

Soziale Zustände 12
Lohnentwicklung und Versicherungs-
markenabfall.
Erntegeldabschaffung im Gasthaus-
gewerbe.
Zur Abwehr der gelben Einwanderung
in Kalifornien.

**Organisationen der Arbeiter, Schiffs-
Angestellten und Beamten** . . . 13
5. Verbandstag der Buch- und Stein-
drucker-Gesellschaften.
3. Verbandstag der christlichen Textil-
arbeiter.
5. Verbandstag der christlichen Nah-
rungs- und Genussmittel-Arbeiter.

Streik und Ausperrungen . . . 14
Die Arbeitskämpfe in Groß-
britannien.
Die drohende Ausperrung in der
deutschen Metallindustrie.
Ein Streik der Hamburger Kaffee-
hauskellner.
Der Bergarbeiterstreik in Bilbao.

Dieser Nummer liegen Titel und Inhaltsverzeichnis für den Jahr-
gang XIX (1909/1910) der Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für
Volkswohlfahrt“ bei.

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur
mit voller Quellenangabe.

Sechste Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Lugano, 25. bis 28. September 1910.

Die Tagung in Lugano wird in der Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes einen rühmlichen Platz einnehmen. Keine der Generalversammlungen war so stark besucht, kaum eine hat die Arbeit so stark gefördert und eine solche Einmütigkeit der Grundsätze und Gesinnungen bezeugt wie diese. Einundzwanzig Staatsregierungen Europas und Amerikas hatten Vertreter entsandt oder angemeldet. Neben den Vertretern der deutschen Reichsregierung, denen Abgesandte Preußens, Bayerns, Sachsens, Badens an die Seite traten, Österreichs, Ungarns, Belgiens, Dänemarks, Spaniens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, Schwedens, Hollands, der Schweiz, die auch die früheren Kongresse schon besichtigt hatten, erschienen zum erstenmal, mit besonderer Freude begrüßt,

Arbeiterversicherung. Sparkasten. 16
Leistungen der Invalidenver-
sicherung im Jahre 1909. Von
Geh. Reg.-Rat Dittmann, Olden-
burg.

Die Reichsversicherungsordnung in der
Kommission.

Eine Erklärung kaufmännischer Ar-
beitgeber zur Pensionsversicherung
der Privatangestellten.

Vollversicherung 20
Das Volksbildungswesen des
Auslandes auf der Brüsseler
Weltausstellung. Von Dr. Ernst
Schulze, Hamburg-Großborsfel.
Die Volksbildungsbestrebungen der
Sozialdemokratie.

Eltern-Vereinigung München (E.V.).

Sozialpolitik im Verkehrswesen . . 25
Die Erntegeldfrage in den
deutschen Bahnhofs- und
Werkstätten. Von M. Richter, Schrift-
führer des Verbandes deutscher Räder.
Löhne der Eisenbahnarbeiter in Baden.
Fürsorge für die Verpflegung des
Eisenbahnpersonals in Preußen.

Volksgeundheit 29
Der 2. Internationale Kongreß
für Gewerkschaften.
Die Internationale Vereinigung gegen
den Mißbrauch geistiger Getränke.
Unentgeltliche Geburtshilfe in Bärth.
Literarische Mitteilungen 30

Delegierte der britischen Regierung, der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas; auch der Heilige Stuhl hatte wieder einen amtlichen Vertreter entsandt. Zu dieser Schar von Regierungsdelegierten gesellten sich dann die Vertreter von fünfzehn Landessektionen, so daß insgesamt 117 Delegierte sich an den Beratungen beteiligten. Und zwar mit einem Eifer und in allen entscheidenden Punkten mit einer grundsätzlichen Übereinstimmung, die auch einen raschen und erfolgreichen Abschluß der Arbeiten ermöglicht hat.

Das Hauptergebnis ist, um dies vorweg zu nehmen, der Beschluß, den schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, die Regierungen der Industrieländer abermals zu einer Konferenz einzuladen, damit, nach dem Vorgang der Berner Konvention von 1906 über Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben und der Verwendung des Weißphosphors in der Zündholzindustrie, nunmehr das Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter sowie die Einführung des Zehntundentages für Frauen und Jugendliche durch Staatsverträge in allen industriellen Kulturländern beschlossen werde. Daneben sind den Landessektionen wichtige Aufgaben auf den Gebieten der Arbeiterversicherung, des Schutzes gegen gewerbliche Gifte, der Regelung der Heimarbeit (Wohnämter!), der Begrenzung der Arbeitszeit der erwachsenen Männer gestellt und als neues Problem vor allem die Regelung der Kinderarbeit aufgenommen worden.

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat in diesem Jahre ihren zehnten Geburtstag begangen. In Paris Ende Juli 1900 von Männern wie Frhrn. v. Berlepsch, Scherrer, Millerand, v. Philippovich, Mahaim, Luzzatti, Talma begründet, hat sie die Zahl ihrer Landessektionen jetzt auf 15 erweitert; in Europa fehlen nur Portugal, die Balkanstaaten und Rußland, wo staatsrechtliche Schwierigkeiten einer Beteiligung entgegenstehen. Ganz besonders erstarbt ist neuerdings die nordamerikanische Sektion unter Leitung von Prof. Farnam, und als jüngstes Glied ist eingetreten die Sektion Argentinien, die hoffentlich die übrigen Industriestaaten Südamerikas nach sich zieht. Auch in den großen Kolonien Englands, in Kanada, Ostindien, Südafrika, Australien ist die Bewegung für den Anschluß an die Vereinigung im Gange; die türkische Regierung zeigt lebhaftes Interesse, und es ist anzunehmen, daß auch Japan nicht dauernd abseits stehen wird. In absehbarer Zeit wird, so dürfen wir hoffen, der Ring der Industriestaaten der ganzen Welt geschlossen werden, in dem Regierungen und Landessektionen gemeinsam den Abschluß von Staatsverträgen zum Schutze der Arbeiter betreiben, um einen internationalen Ausgleich herzustellen und damit zugleich den Fortschritt der nationalen Sozialreform zu fördern. Die Vereinigung arbeitet für die Arbeiter, ihre Tätigkeit wird erleichtert und gestärkt werden, wenn sie überall auch die Unterstützung der Arbeiter fände!

Aus der Delegiertenliste heben wir folgende Namen hervor:

Deutsches Reich (vollständige Liste): Vertreter der Reichsregierung Geh. Oberregierungsrat Koch und Geheimrat Dr. Leymann, des preuß. Handelsministeriums Geh. Oberregierungsrat Friedl, der bayer. Regierung Geh. Legationsrat Dr. Rohmer, der sächs. Regierung Geh. Regierungsrat Schlippe, der badischen Regierung Oberregierungsrat Dr. Dittmann; Delegierte der Ges. f. Soz. Reform: Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, Ingenieur Bernhard, Direktor Dr. Brauns, Prof. Dr. Franke, Verbandsvors. R. Goldschmidt (S.-D. Gewerbevereine), Prof. Hahn, Gewerbeberater Prof. Stein, Verbandssekretär Tischendorfer; endlich als Experten Syndikus Dr. Dietrich, Gewerbeinspektor Dr. Fischer,

Dozent Dr. Kaup, Gewerbeinspektor Matthiolini, Prof. Sommerfeld, Gewerbeinspektor Bauer.

Amerika: Regierungsvertreter Neill vom Arbeitsministerium; Prof. Farnam, Dr. Andrews, Fr. Dr. Sumner.

Österreich: Sektionschef Dr. Rataja; Dr. Sawella, Gewerbeinspektor Taus, Bergat Rott, Fr. Dr. Cronbach, Abg. Dr. Dregel, Dr. v. Fürth, Prof. Wiskler, Abg. Smitta, Dr. Telety.

Belgien: Generaldirektor des Arbeitsamts Dubois; Prof. Brants, Prof. Mahaim.

Dänemark: Bureauchef Bedel.

Spanien: Prof. Gascon und Prof. Palacios.

Frankreich: Staatsrat Fontaine; die Beamten des Arbeitsamts Fagnot und Picquard, die Professoren Jay, Capitain, Alfassa, Renard, Fabritant Strohl, v. Seilhac.

Großbritannien: M. Delevigne vom Home Office, der Oberfabrikinspektor Whitelegge und David Schloß vom Board of Trade; Prof. Sir Th. Oliver, Fabritant Croxfield, Fr. Sanger, Fr. Smith, Fr. Ludwell.

Kanada: Arbeitsminister Macenzie King.

Ungarn: Ministerialrat v. Gaal; Geheimrat Szterenyi, Sektionsrat Pap, Dr. Heller, Dr. Gieswein, Dr. Maday.

Italien: Direktor des Arbeitsamts Montemartini; Abg. Marquis Cambiano, Prof. Corfi.

Luxemburg: Steuerdirektor Rauffmann.

Norwegen: Ministerialsekretär Prof. Nygg, Fabritant Schlytter.

Niederlande: Abg. Prof. Rolens, Generalarbeitsdirektor van Zijffsteyn; Dr. Hingst, Gewerbe-Oberinspektor van Thienen, Gewerbeinspektor de Boog.

Heiliger Stuhl: Prof. Nezzara.

Schweden: Generaldirektor von Lagerheim, Dr. Marcus.

Schweiz: Regierungsrat Dr. Kaufmann; Landammann Scherrer, Ständerat Lachenal, Abbé Blanchard, Dr. Feigenwinter, Nationalrat Gobat, Arbeitersekretär Greulich, Prof. Reichesberg, Fabritant Auf-Suchard, Großrat Scherz.

* * *

Nach einer Vorbesprechung des Bureau mit den Präsidenten und Sekretären der Landessektionen am 25. September abends wurden die Verhandlungen der Generalversammlung am 26. September vormittags mit einer Plenarsitzung im Rathause der Stadt Lugano, die ihrerseits alles getan, um ihre Gäste freundlich und feilich zu begrüßen, durch den Präsidenten Scherrer eröffnet. In seiner Begrüßungsrede warf er einen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der Internationalen Vereinigung, gedachte ihrer Ausbreitung und Erhaltung, wies auf die durch ihre Vorarbeiten erreichten ersten Staatsverträge über internationalen Arbeiterschutz hin und gab der Hoffnung auf weitere Erfolge Ausdruck, damit auf der Grundlage der internationalen Staatsverträge der nationale Arbeiterschutz sich immer höher aufbauen könne. Nach Begrüßung durch ein Mitglied des Stadtrats von Lugano, Feststellung der Präsenzliste und des Stimmrechts (jede im Komitee vertretene Regierung hat 1, jede Sektion 6 Stimmen, nur Deutschland, Frankreich und die Schweiz haben je 10 Stimmen), wurde auf Antrag des Frh. v. Verlepsh als „Ausdruck des Dankes und des Vertrauens“ durch Zuzug die Wiederwahl des Bureau (Präsident Scherrer, Vizepräsident Lachenal, Generalsekretär Prof. Bauer, Schatzmeister Regierungsrat Wullschlegel) beschlossen und die Verteilung der Arbeiten an die Kommissionen vorgenommen. Es wurden folgende 5 Ausschüsse bestellt:

Kommission I. Arbeitsamt und seine Aufgaben; Bulletin; finanzielle Lage des Amtes und der Vereinigung; Genehmigung der Statuten der neuen Sektionen; gegenwärtiger Stand der internationalen Arbeiterschutz- und Versicherungsverträge; Programm der Vereinigung.

Kommission II. Bleifrage (Maler, keramische, polygraphische Industrie); Giftliste; Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911; Caïssonarbeit.

Kommission III. Heimarbeit und Schwiksystem.

Kommission IV. Nacharbeit der Jugendlichen; Vollzug der Arbeiterschutzgesetze; Arbeiterurlaube.

Kommission V. Maximalarbeitstag: a) Frauen, b) Männer in der Textilindustrie; c) Ununterbrochene Betriebe, insb. Hütten- und Walzwerke, Glashütten; d) Jugendliche Arbeiter; e) Allgemeiner Maximalarbeitstag; f) Kohlenbergbau unter Tage.

Diese Ausschüsse gingen sofort an ihre Arbeiten und förderten sie in langdauernden Sitzungen, so, daß dem Plenum bereits am 27. September nachmittags die Ergebnisse der 1. und 3. Kommission, am 28. September dann die Vorschläge der 2., 4. und 5. Kommission vorgelegt werden konnten. Da die Beschlüsse in manchen Punkten noch der redaktionellen Feststellung bedürfen, teilen wir sie hier vorläufig nur ihrem Inhalt nach mit, indem wir uns vorbehalten, später ihren Wortlaut nachzutragen.

Den Bericht der 1. Kommission (Vorsitzender Frh. v. Verlepsh) erstatteten Prof. Grande, Prof. Mahaim und Fr. Sophy

Sanger. Eine Revisionskommission hatte zuvor in Basel eine Prüfung des Internationalen Arbeitsamts vorgenommen; ihr Bericht, daß sie alles in Ordnung vorgefunden, wurde mit Befriedigung angehört und dem Bureau, dem Schatzmeister und den Beamten des Arbeitsamts der Dank ausgesprochen. Nach Erteilung der Decharge wurde das Budget für 1910 und 1911 genehmigt. Obwohl strengste Sparsamkeit angezeigt, ist die finanzielle Lage der Vereinigung gesund; das Budget für 1909 hat mit 75 394 Frs. abgeschlossen; die Voranschläge für 1910 und 1911 belaufen sich auf 81 550 bzw. 77 050 Frs. Mit besonderem Dank wurde es begrüßt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beitrag auf 5000 Frs. bemessen hat. Das Bulletin des Arbeitsamts erscheint jetzt in beschleunigter Folge. Bei Ablauf der Verlagsverträge für die deutsche und französische Ausgabe soll auf tunliche Verringerung der Druckkosten Bedacht genommen werden. Die englische Ausgabe wird nach wie vor von der englischen Sektion besorgt, die dafür von der Vereinigung einen Jahresbeitrag von höchstens 6000 Frs. erhält. Da diese Summe aber die Herstellungskosten nicht deckt und die Opferwilligkeit der englischen und amerikanischen Sektionen dauernd in Anspruch genommen wird, so beauftragte die Versammlung das Bureau, „der Kgl. britischen Regierung ihren wärmsten Dank für die Entsendung von Delegierten auszusprechen und ihr gleichzeitig durch diese Delegierten ein Gefühls zu überreichen, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, die britische Regierung möge gleich allen Industrieländern Europas und gleich den Vereinigten Staaten einen Beitrag zu den Kosten des Internationalen Arbeitsamts leisten. In dem Gefühls soll betont werden, daß dieser Beitrag wesentlich zur Verbreitung der in England übersetzten und gedruckten englischen Ausgabe des Bulletins verwendet werden wird. Falls die britische Regierung einen Beitrag zu den Kosten des Internationalen Arbeitsamts leisten sollte, wird das Bureau ermächtigt, nach seinem Gutdünken zu den Kosten der englischen Ausgabe eine Summe beizutragen, die die von der britischen Regierung jährlich erhaltene Summe nicht überschreiten soll.“ Ein Vertreter der englischen Regierung erklärte hierauf, daß er diese Entschließung der Versammlung seinem Minister mit einer sympathischen Empfehlung überreichen werde.

Das Bureau der Internationalen Vereinigung erhielt weiter den Auftrag, den Regierungen von Dänemark und Spanien Gesuche um baldige Ratifikation der Berner Konvention über das Verbot der Frauen-Nacharbeit einzureichen und geeignete Schritte zu unternehmen, um den Beitritt Norwegens, Rußlands mit Finnland, der Türkei, Ostindiens, der australischen und kanadischen Kolonien und Südafrikas zu den Arbeiterschutzverträgen zu erwirken. Ferner ersucht die Vereinigung die amerikanische Sektion, bei den Regierungen der Einzelstaaten der Union ihre Bemühungen fortzusetzen, daß durch Erlass geeigneter Kranken- und Unfallversicherungsgeetze auch für nicht eingeborene Arbeiter die Grundzüge der Gleichberechtigung mit den eingeborenen Arbeitern nach den Genfer und Luzerner Beschlüssen der Vereinigung zur Ausführung gelangen. Weiter sollen die Fragen der internationalen Unfallverhütung und des Schutzes der Eisenbahn- und sonstigen Verkehrsarbeiter einer Untersuchung unterzogen werden, wobei namentlich die Sektionen bei ihren Landesregierungen um die Einführung selbsttätiger Ruppelungsvorrichtungen petitionieren mögen. Endlich wurde das Bureau ermächtigt, mit anderen internationalen Vereinigungen, die ähnliche Ziele verfolgen, in Verbindung zu treten, um über finanzielle oder sachliche Punkte, die gemeinschaftliche Interessen berühren, ein Einvernehmen herbeizuführen. Die Feststellung des Arbeitsprogramms der Vereinigung für Arbeiterschutz, die gleichfalls der I. Kommission überwiesen war, wurde späterer Beschlussnahme nach dem Ergebnisse der Verhandlungen vorbehalten.

* * *

Die Vorschläge der Kommission III für Heimarbeit (Berichterhatter Prof. Jay, Abg. Smitta, Fr. Smith), die nur zur Beratung gestellt wurden, führten zu außerordentlich lebhaften Debatten, in denen die verschiedenen Sprachen ebenso wie die Meinungen lebhaft durcheinanderschirrten; so einig die Versammlung auch in ihrer grundsätzlichen Auffassung war, so nötigten doch die Schwierigkeiten der aufgeworfenen Probleme ebenso wie die Bemühungen um gegenseitige Verständigung zu eingehenden und weit ausgeprochenen Erörterungen. Ein deutscher Delegierter brachte Grüße vom Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen, deren Vorsitzende leider durch Berufspflichten am Erscheinen verhindert war, und übergab in ihrem Namen eine Bitte um internationale Regelung der Verhältnisse in der Handspitzen-Hausindustrie dem Bureau; er wies

zugleich auf die bevorstehende Entscheidung in Deutschland über das Heimarbeitgesetz hin, wobei die Frage der Lohnämter eine große Rolle spielte. Von belgischen, französischen, ungarischen, Schweizer Delegierten wurden insbesondere die Punkte: Maßnahmen gegen Wucherlöhne, Mindestlöhne und Tarifverträge, Befugnisse der Lohnämter, Strafvorschriften diskutiert; ein österreichischer Delegierter warnte vor einem Einmischen der Vereinigung in die Beziehungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter. Es kam zu verschiedenen Abstimmungen, bei denen die Entscheidung nur mit wenigen Stimmen fiel, und wir wollen nicht verhehlen, daß uns selbst einige Beschlüsse keineswegs völlig klar und präzise erscheinen, daß manche Bestimmungen schwerlich spruchreif sind. Aber es ist andererseits doch zu beachten, daß alle Differenzen in der Versammlung nur Einzelheiten betrafen, daß in der Grundanschauung und in der Tendenz völlige Übereinstimmung herrschte und daß es jeder Landessektion selbstverständlich überlassen bleiben muß, nach den Verhältnissen und Bedürfnissen ihres Landes in Ausführung der Beschlüsse zu handeln. Das Hauptergebnis der langen Debatten ist das einmütige Bekenntnis zur Notwendigkeit der Lohnregelung in der Heimarbeit durch Lohnämter nach dem Vorgang Englands, dessen Regierung der Vereinigung eine offizielle Denkschrift über die Einrichtung und Tätigkeit der Trade Boards überreicht hatte. Die Versammlung faßte folgende Beschlüsse:

Die 6. Delegiertenversammlung wiederholt ihre frühere Erklärung, daß die schlechten Verhältnisse in der Heimarbeit hauptsächlich von den ungenügenden Löhnen herrühren und daß in erster Linie Mittel zur Erhöhung der Löhne gefunden werden müssen. Zu diesem Zwecke werden empfohlen: Gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter und Abschluß von Tarifverträgen, für die das freie Koalitionsrecht die Grundlage bildet und deren gesetzliche Anerkennung sie fordert; und zwar so, daß die rechtliche Wirksamkeit der Tarifverträge sichergestellt und sie, wenn nötig, auf die Heimarbeiter derselben Beschäftigung ausgedehnt werden, die beim Abschluß des Vertrages nicht beteiligt waren. Die Landessektionen werden aufgefordert, mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter zur Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen Fühlung zu gewinnen. Weiter empfiehlt die Delegiertenversammlung die Annahme des Grundsatzes der Richtigkeit von ungenügenden und wucherischen Löhnen in die Gesetzgebung und eventuell die strafgesetzliche Ahndung wucherischer Löhne. Da sie sich aber der Schwierigkeiten bewußt ist, die sich der Anwendung dieses Grundsatzes in der Praxis entgegenstellen, so ist gegenwärtig das wirksamste Mittel gegen die Mißbräuche bei der Heimarbeit in der Errichtung von Lohnämtern gegeben, wie sie das britische Gesetz vorsieht. Diese Lohnämter sollen folgende Aufgaben erfüllen: Festsetzung von Mindestlöhnen für die Heimarbeiter bestimmter Gegenden und Berufe; Ausdehnung von Tarifverträgen auf andere Heimarbeiter gleicher Beschäftigung, die nicht am Vertrage beteiligt, und auf andere Gegenden, die nicht vom Tarif erfaßt sind. Ferner sollen folgende Normen maßgebend sein: Der Tagesverdienst der Werkstatt- und Fabrikarbeiter, welche dieselben Artikel herstellen, soll nicht niedriger sein als der für Heimarbeiter; es müssen, um die Vorschriften über Mindestlöhne wirksam zu machen, Strafbestimmungen festgesetzt werden; mit der Überwachung der Ausführung der Tarife sind Inspektoren zu betrauen; die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter sind zu den Rechtshandlungen ermächtigt, die sich aus diesen gesetzlichen Vorschriften ergeben. Die Versammlung bestätigt die früher empfohlenen Maßnahmen (Registerzwang, Bekanntgabe der Löhne, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, der Sozialversicherung und der sanitären Regelung, Förderung der Berufsvereine, der Käuferligen usw.). Die Sektionen sollen alljährlich über alle diese Maßnahmen Berichte einliefern. Endlich wurde der englischen Regierung und dem Parlament der Glückwunsch und der Dank der Vereinigung für ihr Vorgehen in Sachen der Lohnämter ausgesprochen, und es war ein eindrucksvoller Moment, als der Vertreter des britischen Handelsamts hierauf mit der Aufforderung antwortete, den gleichen Weg zu betreten, die gesetzliche Regelung der Mindestlöhne aber nicht nur auf die Heimarbeit, sondern auf jede Art des Schwißsystems als wirksamste Bekämpfung auszu dehnen. Damit schloß die zweite Plenarsitzung.

* * *

Die dritte Plenarsitzung begann mit der Behandlung eines Sondergebiets der Hausindustrie, der Schiffschinderei, für die bereits in Luzern 1908 eine internationale Begrenzung der Arbeitszeit vorgeschlagen war. Die Referenten eines Unterausschusses

(Dr. Dietrich, Inspektor Boulain) brachten folgende Resolution ein: Es ist wünschenswert, daß die Arbeitszeit in der hausindustriellen Schiffschinderei in allen beteiligten Ländern gleichmäßig gesetzlich geregelt werde. Das Bureau wird beauftragt, unter Vermittlung der Sektionen mit den Interessenten Fühlung zu nehmen und wömmöglich innerhalb Jahresfrist eine Spezialkommission, in erster Linie der Länder Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und der Schweiz, einzuberufen, der die Aufgabe zufällt, der nächsten Delegiertenversammlung entsprechende Vorschläge, einschließlich solcher für Übergangsbestimmungen, zu machen. Die beteiligten Sektionen werden eingeladen, innerhalb ihrer Arbeitsgebiete auf eine einheitliche Regelung hinzuwirken und dabei zugleich Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der Stidereichsindustrie, insbesondere durch Errichtung oder Beitritt zu sogenannten Krisenkapfen, beispielsweise durch entsprechende Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Vorarlberger Stidereichgebiete, zu fördern. Sollte die Spezialkommission schon zu einheitlichen Anträgen gelangen, so ist es dem Ermessen des Bureaus zu überlassen, diese den Regierungen zu unterbreiten. Nach kurzer Debatte, in der nur von einem Vertreter Österreichs auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen wurde, beschloß die Versammlung einstimmig in diesem Sinne.

* * *

Eine außerordentlich schwierige Aufgabe hatte die II. Kommission für die gewerblichen Gifte und die Arbeiten unter Druckluft (Referenten Prof. Alfassa und Prof. Jahn) zu bewältigen, sowohl was den Umfang ihrer Arbeit als auch die Strittigkeit der Fragen in Wissenschaft und Praxis betrafen. Aber auch sie gelangte fast in allen Punkten zu bestimmten Vorschlägen. Bei dem Phosphor-Verbot wurde den Regierungen Frankreichs, Englands und Hollands für den Beitritt ihrer Kolonien zum Berner Verträge sowie der australischen Bundesregierung für das Verbot des Phosphors in der Zündholzfabrikation der Dank ausgesprochen, ebenso der amerikanischen Sektion für ihre Bemühungen und dem ungarischen Handelsminister für seine Erklärung zugunsten der Einführung des Phosphorverbots. In der Bleifrage wurden drei Beschlüsse gefaßt: Der Zeitpunkt ist gekommen, wo das Verbot des Innenantrichs mit Bleifarben und die Deklarationspflicht für Bleifarben zu erlassen ist. Die Landessektionen sollen in diesem Sinne Eingaben bei ihren Staatsregierungen machen. Zur Regelung der hygienischen Verhältnisse in der keramischen Industrie sollen gleichfalls Petitionen bei den Regierungen eingereicht werden, für die bestimmte Grundbläse von der Kommission ausgearbeitet worden sind. Dasselbe ist der Fall für die polygraphischen Industrien. Maßgebend sind u. a. dabei die Einführung bestimmter hygienischer Maßnahmen, die periodische ärztliche Untersuchung der Arbeiter und der Ausschluß der Frauen aus allen Bleibetrieben, wegen der besonderen Gefährdung des weiblichen Organismus durch Blei. Nur im Schriftseziergewerbe kann auf die ärztliche Untersuchung verzichtet werden. Die Forderung aber des Ausschlusses von Frauen auch aus diesem Berufe stieß auf mehrfachen Widerspruch, und schließlich fand ein französischer Antrag auf erneute Prüfung dieser Detailfrage mit geringer Mehrheit Annahme.

Seit Jahren bemüht sich die Vereinigung um die Aufstellung einer Liste der gewerblichen Gifte. Sie ist nunmehr zu folgendem Beschluß gelangt:

Die Delegiertenversammlung nimmt die von Prof. Sommerfeld entworfene, von Dr. Fischer und der Kommission auf Grund praktischer Erfahrungen abgeänderte Liste der gewerblichen Gifte unter dem Ausdruck der größten Anerkennung für die beiden genannten Autoren zur Kenntnis, hält es aber für ausgeschlossen, eine vollständige, den Ansprüchen aller Länder sowie dem jeweiligen Stande der Industrie entsprechende Liste ohne die Mitwirkung der einzelnen Landessektionen aufzustellen und ersucht deshalb das Bureau, die Liste den einzelnen Landessektionen sowie dem hygienischen Beirat auszuhändigen, die mit Unterstützung der Regierungen eine Durchsicht und Vervollständigung der Liste bis spätestens 1. April 1911 zu bewerkstelligen hätten. Erst dann soll die Liste nach endgültiger Redaktion und nach Genehmigung durch den hygienischen Beirat durch das Bureau der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Von holländischer Seite war das Problem der Caissnarbeit und später von französischer Seite das der Taucherarbeit in der Vereinigung vorgelegt worden. Man einigte sich hier auf folgende Beschlüsse:

Da der Schutz der Caissnarbeiter nicht als direkt unter dem Einflusse internationaler Konkurrenz stehend erachtet werden kann,

bildet dieser Schutz keinen Gegenstand des Abschlusses internationaler Verträge. Es erscheint aber angezeigt, daß die Internationale Vereinigung bei den verschiedenen Regierungen darauf dringe, daß die Aufstellung gesetzlicher Schutzmaßnahmen für Caïssonarbeiter nach dem Beispiele Frankreichs und der Niederlande in Angriff genommen wird, wofür die von der Kommission entworfenen Grundzüge als Unterlage dienen sollen.

Da die Taucher, besonders die auf Rettungsschiffen beschäftigten, zur Arbeit in fremden Gewässern herangezogen werden können oder auch auf Schiffen anderer Nationen ihren Beruf ausüben müssen, erscheint es erwünscht, daß ein internationales Regulativ zustande komme. Die Mitglieder des ständigen hygienischen Beirats sollen in jedem Lande die Regulative und auch die offiziellen und privaten Vorschriften und Instruktionen hinsichtlich Taucherarbeit sammeln. Das Arbeitsamt in Basel wird hierauf Abschriften dieser Regulative usw. den Mitgliedern der Spezialkommission zustellen, welche ihrerseits einen Bericht für die nächstfolgende Versammlung ausarbeiten wird.

Für die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden soll es dem Bureau überlassen bleiben, in welchem Umfang es durch Karten und Druckwerke, namentlich bisher im Buchhandel nicht erschienene, an dieser Ausstellung teilnehmen will; die gleiche Beteiligung soll jedenfalls auch bei der Hygiene-Ausstellung in Rom stattfinden. Endlich wurde beschlossen, den Giftschutz in der Hausindustrie auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Damit waren die Aufgaben der II. Kommission erledigt.

* * *

Von besonderer Bedeutung sind die Beschlüsse zu den Anträgen der Kommissionen IV und V, da sie auf eine neue internationale Regierungskonferenz hinführen sollen; sie decken sich im wesentlichen mit Anträgen der Kommission I, und es ist ein bemerkenswertes Zeichen für die in der Vereinigung herrschende Einmütigkeit, daß drei Kommissionen, völlig unabhängig voneinander, zu denselben Anträgen kamen, die dann einstimmig von der Plenarversammlung zu Beschlüssen erhoben worden sind. Die Kommission IV (Vorsitzender Professor Reichesberg, Berichterstatter Fagnot und Goldschmidt) hatte sich mit der Nachtarbeit der Jugendlichen zu beschäftigen. Nach ihrem Antrag wurde beschlossen: „Die Delegiertenversammlung ist der Überzeugung, daß die Beschlüsse von Luzern eine genügende Unterlage für den Antrag auf internationales Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen bieten, beauftragt das Bureau, den schweizerischen Bundesrat zu bitten, die Regierungen zu einer internationalen Konferenz zwecks Regelung der Nachtarbeit der Jugendlichen einzuladen.“ Dabei soll weiter untersucht werden, ob nicht die in Luzern vorläufig zugelassenen Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen eine weitere Einschränkung zugunsten der in Glashütten und Walzwerken beschäftigten Jugendlichen erfahren können; Übergangsbestimmungen für diese beiden Kategorien, die etwa in einem internationalen Staatsvertrag festgesetzt werden sollten, dürfen nicht länger als 5 Jahre dauern. Was die Nachtarbeit der Jugendlichen in Gast- und Schankwirtschaften, Läden, Kontoren, Bureauis betrifft, so liegt zurzeit noch nicht genügendes Material zu Beratungen vor; die Erhebungen der Landessektionen sollen fortgesetzt werden. Ein österreichischer und ein belgischer Delegierter wünschten hier eine entschiedenere Fassung, aber von französischer und deutscher Seite wurde die große Schwierigkeit der Beschaffung zuverlässigen und ausreichenden Materials betont.

Das Arbeitsamt hatte der Versammlung den Entwurf einer Übersicht der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze in den Industriestaaten Europas vorgelegt. Dieser Probedruck soll nun den Sektionen zur Korrektur und Vervollständigung zugehen. Das Bureau soll dazu zum Zweck der Vergleichbarkeit der Anwendung der Schutzgesetze in den einzelnen Ländern die Regierungen ersuchen, mindestens über folgende Punkte genaue Angaben zu liefern: 1. Art und Zahl der der Gewerbeaufsicht unterworfenen Betriebe und Arbeiter; 2. Zahl der inspezierten Betriebe und Arbeiter; 3. Zahl der Besuche der Aufsichtsbeamten unter Hervorhebung der Nachbesuche; 4. Zahl der Anzeigen wegen Übertretung der Schutzgesetze und der gerichtlich bestraften Fälle. Dazu kam als Nr. 5 noch ein französischer Antrag, Mitteilung zu machen über a) Form und Ergebnis der Beteiligung von Beamten aus dem Arbeiterstande an der Gewerbeaufsicht, b) Beziehungen der Aufsichtsbeamten zu den organisierten und den übrigen Arbeitern, c) Klageverfahren der Arbeiterorganisationen. In dieser Fassung wurden alle fünf Punkte angenommen.

Die Kommission IV beantragte endlich, die Frage der Urlaube für Arbeiter und Angestellte auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen. Das Bureau soll eine

Übersicht geben über die in den verschiedenen Ländern hierzu bestehenden Gesetze und eine Statistik darüber anfertigen, in wieviel Betrieben und für wieviel Angestellte und Arbeiter der Urlaub eingeführt ist. Auch hiermit erklärte sich die Versammlung einverstanden, wenn man sich auch die Schwierigkeit einer solchen Statistik nicht verhehle.

* * *

Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben betraf der erste Antrag der Kommission V (Vors. v. Lagerheim, Berichterstatter Tischenböcker und Capitant), und es wurde beschlossen: Die Delegiertenversammlung hält die durchgehend noch übliche 12stündige Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben für gesundheitsschädlich; insbesondere sind Arbeitszeiten (Wechselshiften) von 18, 24, ja 36 Stunden zu verwerfen. Eine Spezialkommission soll hierüber Material beschaffen und Reformvorschlüsse für die nächste Versammlung machen. Ein Wunsch, nicht ein Beschluß, wurde dahin geäußert, das Bureau möge die Frage der Beschränkung des Arbeitstages der erwachsenen männlichen Arbeiter in den besonders gefährlichen und ungesunden Industrien auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung setzen, namentlich mit Berücksichtigung der bestehenden Verordnungen über einen hygienischen Maximalarbeitstag und der Forderung, daß in allen Staaten die Regierung die Befugnis zu solchen Verordnungen erhalte. Zu einem endgültigen Beschluß kam man dann nach den Anträgen der Kommissionen I und V in Sachen des Maximalarbeitstags für Frauen: „Die Delegiertenversammlung hält angesichts der Tatsache, daß verschiedene Staaten den 10stündigen Arbeitstag für die Frauen eingeführt haben, den Augenblick für gekommen, durch einen internationalen Vertrag diesen 10stündigen Arbeitstag auf alle Staaten auszudehnen, mindestens auf alle Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern. Das Bureau wird beauftragt, die zur Herbeiführung eines derartigen Vertrages nötigen Schritte zu unternehmen und zu diesem Zwecke eine Denkschrift auszuarbeiten, die baldmöglichst einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Spezialkommission zu unterbreiten ist.“ Dagegen wurde es für überflüssig erachtet, die Frage der Beschränkung des Arbeitstags für Männer in der Textilindustrie wieder aufzunehmen, da von verschwindenden Ausnahmen abgesehen hier durch die Regelung der Arbeitszeit für Frauen auch das Gleiche für Männer erfolgt. Der Forderung des Zehnstundentags für Frauen wurde die gleiche Forderung für Jugendliche auf Antrag der Kommissionen I und V beigelegt: „Die Delegiertenversammlung hält angesichts der Tatsache, daß die nationale Gesetzgebung verschiedener Staaten die zehnstündige Maximalarbeitszeit für Jugendliche eingeführt hat, den Augenblick für gekommen, um sie durch internationalen Vertrag auf alle Staaten auszudehnen. Das Bureau wird beauftragt, die zur Herbeiführung eines derartigen Vertrags nötigen Schritte zu unternehmen und zu diesem Zwecke eine Denkschrift auszuarbeiten, die auch besonderen Verhältnissen einzelner Staaten Rechnung trägt und eventuell notwendige Ausnahmebestimmungen genau umgrenzt. Diese Denkschrift ist der Spezialkommission des Maximalarbeitstags der Frauen baldmöglichst zu unterbreiten.“ Hierzu wurde noch ein französischer Antrag angenommen, wonach die Sektionen über den Stand der Gesetzgebung betr. die Arbeitszeit der Jugendlichen in ihren Ländern berichten sollen.

Eine Spezialkommission war mit der Frage der Achtkunden-schicht im Kohlenbergbau betraut worden; sie hatte Direktor Dr. Brauns zum Berichterstatter bestellt, und einstimmig sprach sich nach seinem Antrag die Versammlung dahin aus, daß als Schicht zu gelten hat: „die Zeit vom Beginn der Einfahrt des ersten Mannes bis zur Beendigung der Einfahrt des ersten Mannes einer Belegschaft.“ Das Bureau wird beauftragt, den einzelnen Staaten zu empfehlen, bei der Regelung der Schichtdauer diesen Begriff der Gesetzesformulierung zugrunde zu legen. Unter Anwendung obigen Begriffes der „Schicht“ erneuert der 6. Delegiertenlag ferner den Luzerner Beschluß vom Jahre 1908, wonach für sämtliche in Kohlenbergwerken unter Tag beschäftigten Arbeiter eine höchstens achtkündige Schichtdauer gesetzlich einzuführen ist.

Damit war die Tagesordnung erledigt bis auf das Arbeitsprogramm der Internationalen Vereinigung, das aus dem Bericht der I. Kommission jetzt am Schluß der Verhandlungen noch nachzutragen war (Berichterstatter: Mahaim, Francke, Fräulein Sanger). Und auch hiervon war über den wichtigsten Punkt bereits Beschluß gefaßt: Antrag auf Einberufung einer Regierungskonferenz, die sich beschäftigen soll mit dem Verbot der Nacht-

arbeit der Jugendlichen und dem Zehnstundentag für Frauen und Jugendliche. Da die Vereinigung durch die Beendigung ihrer Beteiligungen auf diesen Gebieten die Hand für andere Aufgaben frei erhält, so wurde auf besondere Befürwortung durch deutsche, ungarische, französische, schweizerische und amerikanische Delegierte beschlossen, zwei Spezialkommissionen einzusetzen, von denen die eine den Auftrag erhält, die Mittel und Wege zu suchen, wie die Gleichbehandlung der inländischen und ausländischen Arbeiter nicht nur bei der Versicherung gegen Betriebsunfälle, sondern auch auf anderen Gebieten der Sozialversicherung gewährleistet werden kann, und hierüber der nächsten Delegiertenversammlung Bericht zu erstatten, während die andere Spezialkommission die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern untersuchen und eine zusammenfassende Darstellung der von den Sektionen auf Grund der Luzerner Beschlüsse angestellten Untersuchungen liefern soll. In beiden Fällen greift die Vereinigung nur auf Untersuchungen zurück, die sie schon früher grundsätzlich beschlossen hat: die Versicherungsfrage 1901 auf Antrag Feigenwinter in Basel, die Kinderarbeit 1902 in Köln auf Antrag Kaufmann. Vielleicht gelingt es, diesen letzteren Punkt, der auch in Luzern 1908 berührt wurde, schon auf dem nächsten Kongress, der im Herbst 1912 in Zürich stattfinden soll, zu einem Abschluß zu bringen und so die Regelung der Kinderarbeit, die eng mit der Jugendlichenfrage zusammenhängt, ebenfalls noch in das Programm einer Regierungskonferenz für internationale Arbeiterschutzverträge einzubeziehen.

* * *

Seines Fleißes darf sich jeder freuen! Und an Fleiß hat es die Internationale Vereinigung wahrlich nicht fehlen lassen. Die Umsicht und Tatkraft ihrer beiden Präsidenten Scherrer und Lachenal, die mit straffer Hand die Verhandlungen leiteten, die Arbeit des Direktors und der Beamten des Arbeitsamts, die Beratungen der Kommissionen, ihrer Vorsitzenden, Gutachter und Referenten, deren sorgfältige Vorbereitung dem Plenum zumeist eine glatte Arbeit erleichterten, und endlich der Fleiß der Vollversammlungen selbst, die nur einen spärlichen Genuß der wundervollen Natur Luganos gestatteten — all dies bezeugt, wie ernst und eifrig die Vereinigung ihre Aufgabe nimmt. Die bereits gewonnenen Erfolge, die doch erheblich bedeutsamer sind, als manche Skeptiker meinen, ermutigen zu der Hoffnung auf neue Früchte der Arbeit, in der sich Vertreter der Regierungen und der Landessektionen die Hand reichen. Jeder Fortschritt des internationalen Arbeiterschutzes bahnt uns den Weg zum Fortschritt im nationalen Arbeiterschutz, wie dieser wieder den Anstoß zu neuen Bemühungen um internationale Vereinbarungen bilden muß. Die deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung, die Gesellschaft für Soziale Reform, will auf beiden Gebieten in der ersten Linie marschieren.

Lugano.

Prof. Dr. E. Francke.

Allgemeine Sozialpolitik.

25 Jahre Sozialversicherung.

Am 1. Oktober 1885 begannen die ersten Berufsgenossenschaften ihre Tätigkeit, und so hat man sich, wenn auch das Krankenversicherungsgezet schon einige Jahre früher in Kraft getreten war und das Invalidenversicherungsgezet erst später folgte, mit Recht dahin geeinigt, diesen Tag als den Jubiläumstag der staatlichen Arbeiterversicherung festlich zu begehen. Neben den Versicherungsträgern, voran den Berufsgenossenschaften, erscheint als Jubilär auch das Reichsversicherungsamt, das sein eigentliches Jubiläum bereits im Juli 1909 hätte feiern können. Das Reichsversicherungsamt hat einen sehr großen Anteil daran, wenn wir heute in Deutschland mit hoher Befriedigung auf die ersten 25 Jahre unserer Sozialversicherung blicken dürfen und wenn das gesamte Ausland uns nicht nur um dieses Monumentalwerk moderner Kultur beneidet, sondern es auch nachzuziehen und weiterzubilden sucht.

Die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 hatte die Überzeugung ausgesprochen, „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“, und diese positive Förderung des Wohles der Arbeiter sollte erfolgen durch die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, gegen Betriebsunfall und gegen Erwerbsunfähigkeit infolge von Alter oder Invalidität.

Diese positive Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen ist denn auch in weitem Maße geglückt. Wir dürfen es heute als eine unwiderlegbare volkswirtschaftliche Erkenntnis betrachten, daß unsere soziale Versicherungsgesetzgebung den deutschen Arbeiter nicht nur vor dem wirtschaftlichen und damit auch kulturellen Niedergang bewahrt, sondern ihn kulturell in solcher Weise gehoben hat, wie es bei ihrer Schöpfung kaum voraussehen war, und daß unsere Unternehmerschaft mit Hilfe des kulturell immer höher steigenden Arbeiterstandes wirtschaftlich bis dahin für unmöglich gehaltene Erfolge erringt! — zugleich ein Beweis dafür, daß der Arbeitgeber für die ihm durch die Sozialversicherung auferlegten Lasten durch die quantitativ und qualitativ verbesserten Leistungen des Arbeitnehmers reichlich entschädigt wird.

Und wie jeder weltbewegende Gedanke von weiter reichender Bedeutung wird, als es sein Schöpfer zunächst ahnt, so ist es auch mit der deutschen sozialen Versicherung gegangen: Sicherstellung beim plötzlichen Eintreten einer Krankheit, eines Unfalls, beim Eintritt der Erwerbsunfähigkeit infolge von Alter und Invalidität — das wollte unsere Sozialversicherung in ihren ersten Anfängen. Heute aber sehen wir, daß sie weit über diese Ziele hinaus ein Kulturfaktor geworden ist, dem wir, abgesehen von der Volksschulpflicht — diesen Begriff natürlich im weitesten Sinne gefaßt —, feinen andern ebenbürtig an die Seite stellen können. Gegenüber dem Zustande, daß der durch Krankheit oder Alter erwerbsunfähig gewordene Arbeiter nicht mehr der Armenbehörde zur Last zu fallen brauchte, erschien der rechtlich begründete Anspruch auf Krankenhilfe oder auf Rente als ein außerordentlich großer Fortschritt, ebenso daß der im Betrieb verunglückte Arbeiter nicht mehr um seine Rente einen oft langwierigen und verzweifelten Kampf durchsetzen mußte. Und heute? Trotz der Riesensummen, die unsere einzelnen Versicherungsweige in Form von Renten jährlich leisten, tritt in der Beurteilung der Sozialversicherung als Kulturfaktor die Rentenzahlung zurück gegenüber der Verhütung von Krankheit, Unfall und Invalidität und gegenüber dem rechtzeitigen Eingriff des Heilverfahrens. Vorbeugen ist besser als heilen. Und auf dieser Erkenntnis beruhen alle die mit Hilfe der Sozialversicherung durchgeführten großen Fortschritte in der Gewerbehygiene, in der Unfallheilkunde, in der Bekämpfung der Volkskrankheiten, voran der Tuberkulose, ebenso aber auch die Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der handarbeitenden Bevölkerung. Wem hier die Palme gebührt, ist schwer zu entscheiden, denn alle die, die berufen waren, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten, haben mit gleichem Eifer, mit gleicher Freude und auch mit fast gleichem Erfolge mitgewirkt. Wenn die Berufsgenossenschaften sich so, wie es geschehen ist, entwickeln konnten, so ist dies außer der Umsicht und der Tatkraft der führenden Männer vor allem dem Umstande zu danken, daß die Errichtung von Berufsgenossenschaften von vornherein durch die beteiligten Kreise erfolgen konnte und nötigenfalls erfolgen mußte, ohne daß kleinliche im Geleite selbst festgelegte Gesichtspunkte hier hindernd eingegriffen hätten — ein Beispiel, das man bei der Errichtung der Arbeitskammern nachahmen sollte. Und der weitere Dank gebührt hier dem Reichsversicherungsamt und seinen Präsidenten, deren umfassende Tätigkeit insbesondere auf diesem Gebiete von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmäßig anerkannt wird, ein Vorzug, den die Versicherungsträger bekanntlich nicht allenthalben haben. Das Reichsversicherungsamt hat in dem rechtzeitig zum jetzigen Jubiläum erschienenen dritten Bande des Handbuchs der Unfallversicherung als Anhang eine „Geschichte und Wirkungskreis des Reichsversicherungsamts“ gegeben, und diese altentworfene Darstellung zeigt am besten, was das Versicherungsamt in diesen 25 Jahren geleistet hat sowohl in seiner organisatorischen Tätigkeit und auf dem Gebiete der Verwaltung als auch auf dem Gebiete der Normenbildung und der Rechtsprechung (Spruchfähigkeit). Die „Soziale Praxis“ wird an anderer Stelle auf das groß angelegte und glänzend durchgeführte Standardwerk des Reichsversicherungsamts näher eingehen; hier genüge, festzustellen, daß das Reichsversicherungsamt damit seiner Tätigkeit ein Denkmal gesetzt hat, wie es großartiger nicht gedacht werden kann.

25 Jahre Sozialversicherung! Ein kleiner Zeitraum im Leben eines Volkes. Und doch für die innere Entwicklung des deutschen Volkes eine bedeutungsvollere Spanne als weit größere Zeiträume in früheren Jahrhunderten: ist doch die soziale Versicherung der vollkommenste Ausdruck der Anerkennung für die Forderungen, die die wirtschaftlichen Veränderungen des vergangenen Jahrhunderts an den modernen Staat stellen. Die Entsehung des Großbetriebs und die Gefährdung des Mittelstandes durch die schnelle und leichte Bildung von Kapital und die Vervollkommenheit der Technik, als

Folge hiervon die Loslösung einer ungeheuer großen Zahl von Menschen von der Scholle und damit die Ausschaltung jeglicher Naturalwirtschaft für diese Kreise, und als weitere Folge hiervon die Spaltung der Bevölkerung in Klassen, die sich mit ihrem Denken und Fühlen, ihren Ansprüchen und Lebensgewohnheiten nicht mehr verstanden — diese Signatur des letzten Drittels des vorigen Jahrhunderts hat die soziale Versicherung zu mildern gesucht. Ist auch eine volle Lösung dieser Aufgabe ausgeschlossen, so ist doch immerhin und nicht zuletzt durch das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in der Selbstverwaltung der Versicherungskörper Großes erreicht. Die neuen Ziele, die sich die Sozialversicherung in Deutschland gerade jetzt gestellt hat, geben uns gute Gewähr, daß an ein Ausruhen auf den bisher gepflückten Vorbeeren nirgends gedacht wird. Deutschland fühlt die sittliche Pflicht und die sachliche Notwendigkeit, auf dem begonnenen Wege führend fortzuschreiten. Wir können dem kommenden Vierteljahrhundert getroßt entgegensehen! Felix Clauß.

* * *

Bei den Festfeiern im Reichsversicherungsamt, wo am 30. September ein Denkmal für Tonio Boebler, den ersten Präsidenten dieses Amtes und bahnbrechenden Förderer der sozialen Versicherungspraxis, eingeweiht wurde, und am Tage darauf im Reichstagsgebäude wurde von den Vertretern der Regierungen, der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten manch gutes Wort über das deutsche Arbeiterversicherungswesen, über seine sittliche und wirtschaftliche Bedeutung gesprochen. Wir heben aus der Fülle der Neben folgende Stellen hervor:

Der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück sagte zu den Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Versicherungsanstalten und der Arbeiter gewandt:

Sie alle können heute mit Genugtuung sagen, daß Sie das Vertrauen des großen Kaisers und der beteiligten Kreise des Volkes gerechtfertigt haben. Unter Ihrer Mitwirkung hat sich unsere Arbeiterversicherung zu einer lebens- und kraftvollen nationalen Einrichtung entwickelt, die dem deutschen Arbeiter unendlichen Segen gebracht, ein neues Band der Einheit um die deutschen Stämme geschlungen und Kraft und Ansehen des Reiches nach innen und nach außen gemehrt hat. Sie alle, es gilt das von den Arbeitgebern wie von den Arbeitnehmern, haben ihre Aufgabe in einem Sinne erfüllt, der dem Willen des Gesetzgebers entspricht. . . . Zudem Sie so an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Arbeiterstandes mitgearbeitet haben, haben Sie dem Vaterlande unvergängliche Dienste geleistet. Denn die wirtschaftliche und politische Kraft eines Staates wächst mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Möchte es den Selbstverwaltungsorganen, die zur Durchführung dieser Gesetzgebung berufen sind, nie an Männern fehlen, die es den Mitarbeitern der ersten 25 Jahre an Opferwilligkeit gleich tun. Allen denen, die zu diesem Ziele mitgearbeitet haben, gebührt Dank und Anerkennung.

Später, beim Festmahl, nahm der Staatssekretär Gelegenheit, zu betonen, wie Wirtschaftsentwicklung und Sozialversicherung in Deutschland sich nicht gegenseitig gehemmt, sondern Hand in Hand miteinander geradezu glänzende Fortschritte gemacht haben.

Wir stehen in einer dreißigjährigen Entwicklung unserer Industrie, einer Entwicklung von einer beispiellosen Schnelligkeit und beispiellosen Größe, aber auch einer Entwicklung, die große soziale Umwälzungen im deutschen Vaterlande gebracht hat. Und wenn sich diese Entwicklung äußerlich in friedlichen Formen gezeigt hat, so sind die Umwälzungen doch zu groß, als daß ihre Erschütterungen nicht unser ganzes Volksleben durchgerüttelt hätten. Zu den Dingen, über die wir uns freuen können, gehört der Entwicklungsgang, den unsere Sozialpolitik genommen hat. Wie groß diese Erfolgsgeschichte, sieht man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwer die Hindernisse waren, die überwunden werden mußten. Kein moderner Staat kann sich heute mehr der Fürsorge für seine Arbeiter entziehen. Aber kein Staat kann auf die Dauer erfolgreiche Sozialpolitik treiben, der sich nicht guter Finanzen erfreut; deshalb hat auch Fürst Bismarck den Entschluß zu einer Arbeiterversicherung erst gefaßt, nachdem er unsere wirtschaftliche Entwicklung in die richtigen Bahnen geleitet hatte. Das jetzige Jubiläum lehrt uns, daß der große Staatsmann Bismarck, der nicht nur das Deutsche Reich gegründet, sondern ihm auch die Entwicklung gegeben hat, auch in bezug auf die Sozialpolitik und ihre Beziehungen zu unserer Wirtschaftspolitik uns die richtigen Wege gewiesen hat, die weiter zu gehen uns eine heilige Pflicht sein sollte.

Aus der gedankenreichen, von hohen Gesichtspunkten ausgehenden Rede des Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, seien nachstehende Sätze festgehalten:

Die Arbeiterversicherung, die so vielen ein neues Recht gibt, ist in Wahrheit eine sozialpolitische Schule für die ganze Nation geworden. Auch die Arbeiter waren in der Verwaltung und Rechtsprechung der Unfall- und Invalidenversicherung im Verein mit den Unternehmern eifrig tätig. Durch diese amtlichen Beziehungen sind sie den Unter-

nehmern und den im Dienste des sozialen Wertes stehenden Beamten auch menschlich näher gerückt. Sie haben sich überzeugen können, wie die ganze Versicherung von wohlwollendem Geiste erfüllt ist und mit dem redlichen Bemühen durchgeführt wird, die arbeiterfreundliche Absicht des Gesetzgebers zu verwirklichen. Alles dieses mußte versöhnend wirken. . . .

Vor 100 Jahren, in ernster trüber Zeit, wiesen patriotische Männer vertrauensvoll auf den „Ewigkeitsberuf“ des deutschen Volkes hin, das Menschheitsideal zu erfüllen und auf den „Obelisten der Zeiten“ den Schlussstein zu setzen. In der Arbeiterversicherung hat Deutschland ein Werk geschaffen, das auch für fernste Zeiten ein deutliches deutsches Kraft und deutscher idealer Gesinnung bleiben wird.

Möchten die hochragenden Gedanken und die Mahnungen des sittlichen Idealismus, die in diesen sozialen Feiertagen ertönt, allzeit lebendigen, tatenzeugenden Widerhall finden draußen in der Alltagsarbeit der Versicherungspraxis und bei der Lösung der großen ernsten Aufgaben, die Deutschland gerade jetzt in diesen Jubiläumstagen durch den Ausbau der Reichsversicherung gestellt sind!

Soziale Zustände.

Lohnentwicklung und Versicherungsmarktenabsatz. In der vom Reichs-Postamt herausgegebenen „Statistik der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung“ erscheinen alljährlich auch Angaben über den Absatz an Versicherungsmarken, die von Reichs-Postanstalten für Rechnung der beteiligten Versicherungsanstalten verkauft worden sind. Die Angaben, die auf fortlaufenden Aufzeichnungen beruhen, also Wirklichkeitsergebnisse sind, lassen nicht nur ersehen, wie groß der Bedarf an Ein-, Zwei- und Dreizehnwochenmarken im jedesmaligen Berichtsjahre gewesen ist, sondern auch wie diese 3 Markenforten sich auf die verschiedenen Lohnklassen verteilen, so daß aus ihnen wertvolle Rückschlüsse über die Gestaltung der Lohnverhältnisse gezogen werden können. Bekanntlich bestimmt das Invalidenversicherungsgesetz, daß bei einem jährlichen Einkommen aus Arbeitslohn

bis 850 M (Lohnklasse I)	Beitragsmarken zu 14 M
von 850—550 - (II)	20 -
550—850 - (III)	24 -
850—1150 - (IV)	30 - und
mehr als 1150 - (V)	86 -

für jede Woche verrechnet werden müssen. Eine Gegenüberstellung der Verbrauchszahlen für die Jahre 1905 und 1908 (die Statistik für 1909 liegt noch nicht vor) ergibt nun folgendes Bild: Es sind verkauft worden — die Zweiwochenmarken doppelt, die Vierteljahrsmarken 13fach gezählt — Versicherungsmarken

	1905 Stück	1908 Stück	also 1908 Stück
der Lohnklasse I . . .	74 066 884	68 932 651	— 5 134 188
II . . .	158 209 185	145 842 942	— 12 866 248
III . . .	134 856 923	188 101 723	+ 3 744 800
IV . . .	97 659 746	105 720 751	+ 8 061 005
V . . .	74 187 886	120 846 958	+ 46 209 067
zusammen	588 480 574	578 945 020	+ 40 514 446

Der gesamte Mehrverbrauch von rund 40½ Millionen Versicherungsmarken, den das Jahr 1908 gegenüber 1905 aufweist, ist also ausschließlich den 3 höchsten Lohnklassen zugute gekommen, in Wirklichkeit hat die Zunahme des Markenverbrauchs in diesen 3 Klassen sogar 58 Millionen Stück betragen, da in den 2 untersten Lohnklassen trotz der erheblichen Steigerung des Gesamtverbrauchs infolge Erhöhung der Löhne 17½ Millionen Marken weniger als 1905 abgesetzt worden sind. Besonders erfreulich ist, daß von diesen 58 Millionen nicht weniger als 46,2 Millionen auf die höchste Lohnklasse (mit mehr als 1150 M jährlichem Arbeitslohn) entfallen, was einer Zunahme von 62,8 % entspricht, während bei den Lohnklassen III und IV eine Steigerung des Absatzes an Versicherungsmarken um 2,8 bzw. 8,3 %, bei den beiden untersten Lohnklassen dagegen eine Verminderung um 6,9 bzw. 7,8 % zu verzeichnen und der Gesamtabsatz um 7,5 % gestiegen ist.

Von je 100 verklebten Beitragsmarken waren nach der Statistik folgende

	1905 Stück	1908 Stück	mithin 1908 Stück
der Lohnklasse I . . .	18,8	11,9	— 1,9
II . . .	29,4	25,2	— 4,2
III . . .	24,9	28,8	— 1,1
IV . . .	18,1	18,3	+ 0,2
V . . .	18,8	20,8	+ 7
zusammen	100,0	100,0	—

Der Gesamtwert der von Reichs-Postanstalten verkauften Versicherungsmarken hat sich von 1905—1908 von 130¼ Millionen

Markt auf 147 Millionen Mark oder um 12,9 % gehoben. Die größte Einnahmesteigerung — mit 5,1 % — hatte das Jahr 1906 aufzuweisen; 1905 hat die Vermehrung 4,9 %, 1907 4,7 % und in dem Krisenjahre 1908 immerhin noch 2,5 % betragen. — 2 —

Erntegeldabschaffung im Gasthausgewerbe. Auf der Tagung des Verbandes schleswig-holsteinisch-lauenburgischer Bäcker und Sommerfrischen in Westerland auf Sylt erörterte Freiherr v. Moltke-Kiel das Erntegeldwesen. Er empfahl als Ausweg, einen gewissen Prozentsatz dem Gast für Bedienung mit auf die Rechnung zu setzen. Die Stadt oder der Landesteil, die das Erntegeldgeben abschafften, würden damit eine Riesenerkennung für sich machen und auf einen größeren Fremdenzufluß rechnen können, weil viele Badegäste der Erntegeldwirtschaft immer überdrüssiger werden. Diese Erklärung auf einer einflußreichen Prinzipalstagung des Hotelgewerbes wird hoffentlich nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sollte man in den städtischen Ratskellern einmal einen Versuch mit der Erntegeldablösung machen.

Zur Abwehr der gelben Einwanderung von Kalifornien beschloß das Gewerkschaftsamt von Dalland die Einführung einer Strafe von 25 Dollar für jeden Gewerkschafter, der asiatische Arbeiter begünstigt. Der Beschluß erklärt sich durch das immer stärker werdende Eindringen von Asiaten in die kalifornischen Industriebetriebe, nachdem sie ursprünglich nur als Saisonarbeiter für die Obstplantagen eingeführt worden waren.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

5. Verbandstag der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter (Bremen, 12. bis 16. September). Der Verband, eine freie Gewerkschaft, hat die Krise sehr gut überwunden. 1908 verlor er 660 Mitglieder, gewann aber seitdem wieder 2200. Am 1. April 1910 wurden 15 789 Mitglieder gezählt, darunter 9040 Frauen. 5000 Mitglieder kommen aus Berlin. Das Verbandsvermögen betrug Mitte 1900 120 000 M., der Verband zählte in den letzten 2 Jahren 95 000 M. Arbeitslosenunterstützung, 55 000 M. für Kranke, 6000 M. für Wöchnerinnen, 24 000 M. für Arbeitskämpfe. Der Verbandstag erhöhte die Beiträge der 2. Klasse (9 bis 12 M. Wochenlohn) von 25 auf 80 M., die Beiträge der 3. höheren Klassen (über 12 M. Wochenlohn) um je 10 M. auf 40 bis 60 M. Nicht ebenso stark wurden die Unterstützungen erhöht: die höheren Beiträge sollen vor allem das Verbandsvermögen vergrößern. Neu geschaffen wurde eine Reiseunterstützung. Bemerkenswert ist, daß in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgezahlt werden soll, wenn „ein Mitglied freiwillig ohne genügenden Grund eine tarifliche oder nach dem örtlichen Verhältnis entlohnte Stellung verläßt oder wenn es sich weigert, eine tariflich oder nach örtlichem Vertrag entlohnte Stellung anzunehmen.“ Hier liegt also ein Versuch vor, den Begriff der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ eng einzugrenzen. — Der Verbandstag erhöhte gegen den Willen einer starken Minderheit die Gehälter der Verbandsbeamten. Die jährlichen Steigerungen betragen jetzt 100 statt 80 M., das Höchstgehalt wurde um 300 M. heraufgesetzt. Der Verbandstag sprach sich für Gründung eines graphischen Industrieverbandes aus, den der Buchdruckerverband aber entschieden ablehnt. Vorläufig sollen graphische Einzelstellen und möglichst auch ein Hauptamt der graphischen Verbände angestrebt werden. Der Verband erklärte sich für Ausbau der bestehenden Tarifgemeinschaft. Für die Tarifrevision werden statistische Unterlagen beschafft werden. Von den Buchdruckern wurde gefordert, sie sollten bei der Tarifverneuerung die Solidaritätsklausel dahin erweitern, „daß bei Tarifbewegungen des Hilfspersonals, die unter Beachtung der Satzungen und Kündigungsfristen erfolgen, den tariffreien Gehilfen nicht zugemutet werden darf, weder mit geübten noch ungeübten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen zu arbeiten.“

3. Verbandstag der christlichen Textilarbeiter (Machen, 11. — 15. September). Der Verband hatte in der Krise der letzten Jahre 6580 Mitglieder verloren, ist seit Anfang 1910 aber wieder um 2500 gewachsen. Am 1. Juli 1910 umfaßte er 28 800 männliche und 9400 weibliche Mitglieder, davon 75 % in Rheinland und Westfalen. Das Verbandsvermögen wuchs von 1908 bis 1910 um rund 200 000 M. auf 647 000 M. Der Verband zählte in 2 Jahren 186 000 M. für Lohnkämpfe, 147 000 M. für Kranke, 18 000 M. für Arbeitslose, 17 000 M. für Gemeindegeld. Die Arbeitslosenunterstützung besteht seit dem 1. April 1909 und kam im ersten Jahre 3129 Mitgliedern zu gute. Der Verbandstag beschloß eine verstärkte Land- und Jugendagitation. Neben dem Hauptvorstand wurde ein ständiger Berufungsausschuß von sieben Mitgliedern gestellt, der alle zwei Jahre neu gewählt wird. Die Beiträge der Ortsgruppen zum Zentralverband wurden erhöht. Der Verbandstag nahm auch Entschuldigungen auf Förderung der Konsumgenossenschaften und auf Förderung der Woll- und Baumwollherzeugung in den deutschen Kolonien an.

5. Verbandstag der christlichen Nahrungs- und Genussmittel-Arbeiter (Dortmund, 4. und 5. September). Der Verband ist durch Umbildung des christlichen Bäckerverbandes 1908 unter dem heutigen Namen begründet worden. Der Mitgliederbestand wuchs in den letzten zwei Jahren von 792 auf 1573; darunter sind 182 Frauen. Das Verbandsvermögen beträgt 5800 M. Der Verband beschloß für die Beitrags-

klassen von 50 und 60 Pfennigen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Der Sitz des Verbandes ist vom 1. Oktober ab Düsseldorf, Helmholzstr. 9.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe in Großbritannien

haben nach ungemeinem Auf- und Niedergang der Hoffnungen auf eine schnelle, friedliche Beilegung nunmehr einen höchst bedrohlichen Charakter angenommen, zum Teil ist offener Krieg auf der ganzen Linie entbrannt (vergl. XIX 1466). So in der Baumwollspinnindustrie von Lancashire, wo seit Montag, den 3. Oktober, 700 Betriebe, die sonst 150 000 Arbeiter beschäftigten, auf Geheiß der Federation of Master Cotton Spinners ihre Tore geschlossen halten. Noch bis zur letzten Stunde, bis zum 30. September, hatte man den Kampf zu vermeiden gehofft. Der bewährte Vermittlungsbeamte des Board of Trade, Askwith, hatte an diesem Tage noch eine gemeinsame Besprechung der Arbeitgeber- und Arbeitervertreter zustande gebracht. Aber keine Partei wollte von den einmal festgelegten Einigungsbedingungen, die nicht wirtschaftlicher, sondern grundsätzlicher Art waren, abgehen. Um die Person des auf der Fern-Mill entlassenen Krempelarbeiters George Howe, der nach Ansicht der Arbeiterschaft zu unrecht gemahregelt worden ist, drehten sich die Gegensätze. Die Arbeitgeber hatten vorgeschlagen, die Arbeit ungestört weiter laufen zu lassen, ohne Howe zunächst wieder einzustellen. Ein Schiedsgericht sollte entscheiden, ob die Ablehnung einer bestimmten Arbeitsverrichtung durch Howe oder die darauf erfolgte Entlassung Howes eine Verletzung des Brooklands Agreement darstelle. Im letzteren Falle wollten die Arbeitgeber Howe für den entgangenen Lohn für die ganze Zwischenzeit entschädigen. Erision aber, der Vorsitzende der Cardroom Workers Almalagation, erklärte, daß ohne Howe die Streikenden auf der Fern-Mill die Arbeit nicht vor Fällung des Schiedsspruches aufnehmen könnten. Damit waren die Versöhnungsversuche gescheitert. Dem Zwist liegen natürlich außer dem Fern-Mill-Streit noch tiefere Ursachen zugrunde. Die Arbeitgeber erblicken in dem Verhalten der Arbeiterschaft den Versuch, die Disziplin in den Betrieben zu untergraben, die Arbeiter klagen, daß die Unternehmer die Arbeitsleistungen gewisser Gruppen immer schärfer anspannen, ohne Mehrvergütungen zu gewähren, wie es dem Sinne des Übereinkommens zwischen den Parteien entspräche. Wenn sich Askwiths Hoffnung, doch noch in den nächsten Tagen eine Einigung zustande zu bringen, nicht erfüllt, so würde ein unabsehbarer Kampf entbrennen, da eine Aussperrung der Krempelarbeiter zur Stilllegung der Vorspinnerei führen und somit auch die Arbeit der eigentlichen Spinnerei lahmlegen müßte. Die Lebenshaltung von 2 Millionen Männern, Frauen und Kindern wäre dann bedroht.

Im Schiffbaugewerbe, in dem die Kesselschmiede nun schon die fünfte Woche ausgesperrt sind, ist die Lage auch nicht hoffnungsvoll. In der Besprechung zwischen den beiderseitigen Verbandsleitungen am 22. September haben sich die Gegensätze infolge einer neuen Forderung der Arbeitgeber eher verschärft als gelindert. Die Arbeiterschaft war bereit, den Unternehmern die gewünschten Sicherheiten für die Vertragskreue zu geben in Form folgender Vorschläge: Die Satzungsbestimmungen des Kesselschmiedeverbandes, wonach dieser Strafen für Zuwiderhandlung seinen Mitgliedern auferlegen kann, sollen streng durchgeführt werden. Rötigenfalls sollen einzelne Mitglieder zeitweilig oder für immer ausgeschlossen werden. Dafür sollen aber auch die Unternehmer solche ausgeschlossenen Mitglieder nicht beschäftigen, ehe sie die Gewerkschaft nicht wieder anerkannt hat. Endlich sollen sich die Unternehmer verpflichten, alle örtlichen Betriebsstilllegungen binnen einem Monat zu regeln. Auf diese Arbeitervorschläge hatten die Arbeitgeber mit folgender Forderung geantwortet: Die Kesselschmiedegewerkschaft soll unbolmäßigen Mitgliedern eine Strafe von 60 M. für den ersten Fall des Vertragsbruchs und 100 M. für den zweiten Fall auferlegen. Ist das Mitglied selbst zur Zahlung nicht imstande, so soll die Gewerkschaft an seiner Statt zahlen; der Betrag soll an eine Wohlfahrtsanstalt abgeführt, der Gewerkschaft aber nach Ablauf von 6 Monaten durch den Unternehmerverband wieder erstattet werden. Auf diesen Vorschlag der Arbeitgeber glaubte der Gewerkschaftsvorstand nicht ohne Rücksprache mit sämtlichen Gau- und Ortsvereinsvertretern eingehen zu können. So wurden denn die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und auf Anfang Oktober verlagert, bis die Vertrauensmännerberatung in Newcaslle stattgefunden hat. Inzwischen aber

scheint die Stimmung auf beiden Seiten an Reizbarkeit zugenommen zu haben.

Im südmallischen Bergbau hat die Abstimmung der Bergarbeiter am 28. September zwar keine Reizung für den Gesamtstreik ergeben; doch ist die Unterstützung der auf den Cambrian-Gruben ordnungswidrig Streikenden beschlossen worden. Da 7000 Mann bereits seit Wochen streiken, 20 000 Mann aber auf Grund ihrer Kündigungen jetzt zum 1. Oktober in den Ausstand treten sollten und weitere 9000 ihre Kündigung zum 31. Oktober eingereicht haben, so ist ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen, wenngleich neuerdings infolge Abstellung mancher Mißstände die Verhältnisse sich zu klären scheinen.

Im Eisenbahnbetriebe der Great Northern ist durch das schiedsrichterliche Eingreifen von Lord Mac Donnell über die Hauptfragen der Pausen, der Sonderbezahlung des sich in den Sonntag hinein erstreckenden Dienstes und der Dienststellenzuschläge eine Einigung im allgemeinen erzielt; über Nebenpunkte finden noch Verhandlungen statt. Dafür droht aber auf der Great Eastern eine allgemeine Auflehnung gegen das ganze Einigungsverfahren von 1907; die Eisenbahnergewerkschaft wirft der Betriebsleitung vor, sie befolge weder Geist noch Buchstaben des Arbeitsabkommens genügend.

Die drohende Aussperrung in der deutschen Metallindustrie (vergl. XIX. Jahrg. Sp. 1499) wirft bereits beunruhigende Schatten voraus. Auf beiden Seiten wird emsig gerüstet, obgleich die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der seit dem 26. September in Berlin laufenden, jetzt nach Hamburg verlegten Verhandlungen noch nicht fallen gelassen zu werden braucht; vielmehr scheinen nach dem, was über die vertraulichen Bepredungen bekannt geworden ist, versöhnliche Reigungen bei den verantwortlichen Führern beiderseits hervortreten. Dessen ungeachtet sind die Aussperrungsankündigungen in fast allen Gebieten der deutschen Metall- und Maschinenbauindustrie mit teilweiser Ausnahme Rheinlands und Westfalens bereits den Arbeitern übermittelt worden. Der Aussperrungsbeginn ist meist auf den 8., seltener auf den 15. Oktober angesetzt. In Groß-Berlin hing der Aussperrungsantrag am 1. Oktober in 117 Betrieben aus, die 90 982 Personen beschäftigen. Die Berliner Gewerkschaften wollen sich am 6. Oktober darüber schlüssig werden, welche Haltung die 40 % nicht ausgesperrten Arbeiter während der Aussperrung ihrer 55 000 Kameraden beobachten sollen. Im allgemeinen nehmen die Ortsvereine des Metallarbeiterverbandes, soweit Nachrichten aus dem Reiche vorliegen, eine abwartende Stellung ein; nur vereinzelt ist die Verantwortung der Aussperrung durch Streiks beschlossen. Jedenfalls aber soll überall die Leistung von Überstunden durch die stehengebliebenen Arbeiter verweigert werden. Auch ist der Verhandlungsstand aufgefördert worden, erhebliche Sonderbeiträge von den weiterbeschäftigten Mitgliedern zur Unterstützung der Ausgesperrten zu erheben. Bei dem Hirsch-Dunderschen Maschinenbauverein herrscht in einzelnen Ortsgruppen lebhaft Kampf Stimmung und Opferbereitschaft, wenn auch die Zentralleitung nach wie vor auf einen raschen Friedensschluß hinarbeiten sucht. Finanzielle Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten werden von den Hirsch-Dunderschen ebenso wie von den christlichen Metallarbeitern auf alle Fälle bereit gestellt. Wie es den „Gelben“ bei der Aussperrung ergehen werde, ist noch unklar. In Augsburg sollen sie gespart werden, bei Siemens-Schuckert in Nürnberg hingegen, so meldet ein Arbeiterblatt, würde die Solidariatspflicht die Arbeitgeber zwingen, wenigstens einen Teil der Gelben auch der Aussperrung zu überantworten.

Ein Streik der Hamburger Kaffeehauskellner wegen der Stellenvermittlung hat vom 25. bis zum 28. September einiges Aufsehen in der Hansestadt erregt. Am Sonntag, abends 10 Uhr, legten 168 Kellner und 16 Kaffeeköche die Arbeit plötzlich in 19 Kaffeehäusern nieder, weil die Arbeitgeber hier den vorgelegten Verpflichtungsschein nicht unterschreiben wollten, wonach sie in Zukunft ihre Kellner nur noch durch den kostenlosen Angestelltenarbeitsnachweis beziehen sollen. Die Hamburger Kaffeehausbesitzer hatten kurz zuvor beschlossen, diesen gemeinnützig betriebenen Nachweis des Angestelltenvereins wegen einer scharfen Preßfehde seines Blattes gegen den Cafetierverband zu boykottieren und die Angestellten nur noch durch gewerksmäßige Stellenvermittler zu beziehen. Um die drohende Belastung durch die hohen Gebühren dieser Vermittler zu verhüten, war das einheitliche Vorgehen der Kellner beschlossen worden. 14 Betriebe mit 99 Kellnern und 15 Kaffeeköchen bewilligten die Forderungen der Angestellten sofort. In den übrigen 19 Betrieben kam es, wie gesagt, zum Streik.

Trotz aller Gegenbemühungen der allerdings gewerkschaftlich noch schwach organisierten Kaffeehauskellner gelang es den Inhabern dieser Betriebe durch ihre Verbindung mit dem Polischen Cafetierverbande und dessen Generalsekretär Sommer, den von diesem abhängigen Stellenvermittlungsverein „Schwimmender Sarg“ in Berlin zu mobilisieren, so daß binnen wenigen Tagen die nötige Anzahl Streikbrecher in Hamburg zur Befehung der freigewordenen Kellnerstellen eingeliefert wurde. Das Kaffeehauspublikum, das vom Stellenvermittlungsabend in Kellnerkreisen natürlich nichts zu wissen braucht, nahm gedankenlos gegen die streikenden Kellner Partei und übernahm zum Teil die Bedienung solange selbst, bis Ersatz herangeschafft war. Dieser Hamburger Streik scheint nur der Auftakt zu sein zu einer größeren Bewegung der „Sklaven im Grad“, die sich allmählich auf ihre gemeinsamen Standesinteressen zu befinnen beginnen.

Der Bergarbeiterstreik in Bilbao ist durch das Eingreifen des Militärgouverneurs der Provinz, Generallieutenant Aquibar, nach neunwöchiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Aquibar hat den Betriebsleitern der von englischen, französischen und belgischen Gesellschaften ausgebeuteten Gruben, die sich hinter ihren ausländischen Herren zu verschänzen suchten, mit energischer Eindringlichkeit folgenden Vorschlag zur Annahme empfohlen: Vom Dezember ab tritt der von den Arbeitern geforderte Reunionsdientag in Geltung; im November erhalten die Arbeiter für eine halbe Überstunde über den Reunionsdientag hinaus eine Entschädigung von 10 Peseten. Die Regierung bereitet eine gesetzliche Regelung der Bergarbeit vor. Der langwierige und opferreiche Kampf, der 128 000 Peseten Streikunterstützung erforderte und 140 Personen wegen Streikvergehen mit Polizei und Gericht in Verührung brachte — allerdings verwendet sich Generallieutenant Aquibar für ihre Freilassung — hat also die nordspanische Bergarbeiterchaft, die bisher von der gewerkschaftlichen Organisation nicht viel hielt, ein gut Stück vorwärts gebracht. — In Barcelona haben sich inzwischen in der Metallindustrie leidenschaftliche Arbeitskämpfe entwickelt, bei denen die Abwesenheit der ausländischen Kapitalisten eine rasche Verständigung ebenso wie in Bilbao erschwert.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1909.

Von Geh. Reg.-Rat Düttmann-Odenburg.

Es sind gezahlt worden

	Invalidentrenten	Krankentrenten	Alterrenten	zusammen
1909 . . .	189 845 692	8 461 006	15 559 865	158 866 062
1908 . . .	188 020 118	8 408 101	16 864 089	152 792 252

Unterschied + 6 825 579 + 52 905 — 804 674 + 5 573 810

Geringer war die Zunahme der Rentenzahlungen nur in den Jahren 1892, 1907 und 1908 mit 5,55, 4,82 und 5,1 Mill. Mark, größer insbesondere in den Jahren 1902 und 1903 mit 12,9 und 13,3 Mill. Mark.

Von den Rentenzahlungen entfielen 1909 die größten Beträge auf die Landesversicherungsanstalten

Rheinprovinz . . .	14,4 Mill. Mark (1908: 14,0 Mill. Mark)
Schlesien . . .	13,1 „ „ (1908: 13,4 „ „)
Königr. Sachsen . . .	11,8 „ „ (1908: 10,8 „ „)

Die Beitragseinnahme betrug 1909: 188 465 844 M., 1908: 184 244 340 M., ist also um 4 221 504 M. gestiegen, mithin um 1,55 Mill. Mark weniger als die Rentenleistungen.

An Beitragserstattungen sind gezahlt 9 472 573 M. gegen 9 289 903 M. im Jahre vorher, also 182 670 M. mehr.

Die Renten setzen sich bekanntlich zusammen aus dem Reichszuschuß von 50 M. zu jeder Rente, einem von allen Versicherungsträgern gemeinschaftlich zu tragenden Teile (Gemeinlast) und dem Teile, der den Versicherungsträger belastet, an den die Beiträge für den Versicherten geleistet wurden (Sonderlast).

Die hiernach vorzunehmende Rentenverteilung hatte das Ergebnis, daß von der gesamten Rentensumme zu tragen sind

	vom Reiche	vom Gemeinvermögen	von den Sondervermögen
1909	51 500 436	74 197 547	32 587 681
1908	50 521 618	71 995 202	30 174 657
1909 mehr . . .	978 818	2 202 345	2 398 024

Die Belastung der Sondervermögen vermehrt sich um den Betrag der Beitragserstattungen und betrug 1909 im ganzen 42 140 399 M., 1908: 39 565 117 M., ist somit um 2 575 282 M. gestiegen, die Steigerung ist nicht unerheblich stärker wie beim Gemeinvermögen. Das Anwachsen der das Reich treffenden Be-

lastung erreicht ebenso wie in den beiden vorhergehenden Jahren nicht einmal 1 Mill. Mark, während es 1903 über 4 Mill. Mark betragen hatte.

Zur Darlegung der Wirkungen der Rentenverteilung ist es von Interesse, für eine Reihe von Anstalten die auf deren Anweisung gezahlten Rentensummen mit den Beträgen, die sie selbst von der Rentenlast zu tragen hatten, die dem Reiche und der Gesamtheit der übrigen Versicherungsträger zur Last fielen, und endlich mit der Einnahme aus Beiträgen zusammenzustellen, weil daraus ersichtlich ist, wie verschiedenartig die Bestimmungen über die Tragung der Rentenlast in den einzelnen Gegenden des Reiches wirken.

	angewiesene Zahlungen	eigene Belastung	Reichsanteil	Beteiligung der übrigen Ver- sicherungsträger*)	Beitrags- einnahme
Östpreußen . . .	6618422	2550247	2470958	+ 1587222	8841027
Westpreußen . . .	4115284	1827877	1462824	+ 725088	2792049
Pommern . . .	4699571	2816277	1625588	+ 757756	3595595
Posen . . .	4324178	2048202	1559870	+ 716603	3814868
Niederbayern . . .	1991652	814492	706085	+ 470775	1248724
Mecklenburg . . .	2198857	1226094	748819	+ 224444	2009475
Berlin . . .	5599066	5266017	1645260	— 1812211	10066425
Westfalen . . .	5698341	4994217	1796705	— 1097581	9467564
Rheinprovinz . . .	14440635	11421607	4893660	— 1874682	20888861
Königl. Sachsen . . .	11626511	9254874	8708989	— 1836852	17119886
Hansestädte . . .	2700490	8087669	782969	— 1120188	5882891
Böhm. Knappschafts- Berein . . .	8090172	8264741	790948	— 965517	6166046

Gewählt sind für die vorstehende Zusammenstellung 6 Anstalten, in deren Bezirken die Landwirtschaft vorherrscht, und andererseits 6 Versicherungsträger, deren Versicherte überwiegend im Handel und Gewerbe tätig sind. Bei ersteren sind die Rentenzahlungen beträchtlich höher als die Beitragseinnahmen und von ersteren fällt ein erheblicher Teil den übrigen Versicherungsträgern zur Last, zum Teil ein so hoher, daß er mit Einschluß des Reichsanteils an der Rentenlast der Beitragseinnahme der Anstalt nahe kommt, ja bei der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen diese sogar übersteigt. Dieser Anstalt fließt also vom Reich und den übrigen Versicherungsträgern mehr zu, als sie ihrerseits an Beiträgen erhoben hat. Bei den letzten 6 Versicherungsträgern bleiben die Rentenzahlungen dagegen ganz bedeutend gegen die Beitragseinnahme zurück, erreichen bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte nicht einmal die Hälfte der letzteren. Die Zuschüsse, welche diese Versicherungsträger ausnahmslos zu den von anderen angewiesenen Renten zu zahlen haben, sind sehr beträchtlich, bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte und dem Böhmischen Knappschaftsverein sogar größer als der Beitrag, den diese vom Reiche zu ihren eigenen Rentenzahlungen erhalten.

Die Invalidenversicherung bewirkt mithin in sehr weitgehendem Umfang einen Ausgleich zwischen den vorzugsweise Landwirtschaft treibenden Teilen des Reiches, welche einen großen Teil der in der Industrie tätigen Arbeitskräfte groß ziehen, und den Gegenden mit industrieller Bevölkerung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser jährlich sich wiederholende Zufluß ansehnlicher Summen die wirtschaftliche Lage jener Gegenden bedeutend heben muß. In dieser Verteilung der Rentenlast liegt also ein sehr wirksames Mittel zur Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, welche den Landesteilen aus der Abgabe zahlreicher rüstiger Arbeitskräfte erwachsen.

Es liegt die Frage nahe, wie sich nach Einführung der Hinterbliebenenversicherung die Rentenlast verteilen wird. Die Kosten der neuen Versicherung sollen ganz vom Gemeinvermögen getragen werden, werden also im wesentlichen nach dem Verhältnis der Beitragseinnahme auf die Versicherungsträger verteilt. Man wird im allgemeinen annehmen dürfen, daß die Zahl der Todesfälle unter Hinterlassung von Waisen in den vorwiegend industriellen Gegenden größer sein wird, in den mehr Landwirtschaft treibenden Teilen des Reiches aber die Zahl der in einem vorgerückten Lebensalter stehenden und daher vermutlich zum großen Teile invaliden Witwen und die Durchschnittszahl der im einzelnen Falle hinterbleibenden Waisen. Demgemäß wird voraussichtlich eine sehr weitgehende Verschiebung nicht stattfinden, aber doch immerhin damit zu rechnen

sein, daß die Versicherungsträger, deren Versicherte vorzugsweise in der Industrie tätig sind, die größere Zahl der rentenberechtigten Hinterbliebenen stellen werden.

Auf der anderen Seite wird die vorgeschlagene Beitragserhöhung um 2, 4, 6, 8, 10 % ganz verschieden wirken, da sie in den vorwiegend Landwirtschaft treibenden Bezirken mit ihren niedrigeren Lohnklassen verhältnismäßig gering, in den überwiegend industriellen Bezirken mit den höheren Lohnklassen weit erheblicher ist. Da diese verschiedene Erhöhung der Beitragseinnahmen die Verteilung der Gemeinlast stark beeinflusst, außerdem aber ein weiterer Teil der Altersrenten und der auf militärische Dienstleistungen entfallende Teil der Rentenlast vom Gemeinvermögen getragen werden sollen, so muß damit gerechnet werden, daß die Verschiebungen, d. h. die Entlastung der einen und die Belastung der anderen Anstalten nach Einführung der im Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagenen Änderungen noch größer sein werden als gegenwärtig.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Sitzung vom 27. September bot um deswillen besonderes Interesse, weil der Staatssekretär des Innern in derselben gelegentlich der Beratung über die Reservefonds der Berufsgenossenschaften ausführte, daß nach seiner Meinung an Vereinfachungen in der Sozialversicherung nur dann mit Erfolg gegangen werden könne, wenn die ganze Sozialgesetzgebung zum Abschluß gelangt wäre. Er erklärte hierzu weiter:

Hinsichtlich der Tragung der Lasten und ihrer Verteilung könnten bessere Vorschläge gemacht werden, wenn im Reiche übereinstimmende Steuererlässe beständen. Da dies nicht der Fall sei, fehlten die Vorbedingungen zu einer grundlegenden Reform der Sozialgesetzgebung. Die Reichsversicherungsordnung bedeute jedoch einen Schritt vorwärts. Sie bringe die Ausdehnung der Krankenversicherung und die Hinterbliebenenversicherung. Das Verfahren werde verbessert, und der erste Schritt zur Vereinheitlichung werde getan. Mit dem müsse man sich vorerst befassen, da kaum mehr zu erreichen sei. Das Gesetz sei dennoch so wichtig und so wertvoll, daß die Regierungen den größten Wert darauf legten, daß es noch in dieser Session zustande komme, und zwar nicht nur einzelne Teile, sondern das ganze Gesetz. Er sei der Ansicht, daß dieses Ziel sehr wohl erreicht werden könne. Wenn er auch im Hinblick auf die durch die kommende Reichstagsession anwachsenden Arbeiten nicht mehr mit der Regelmäßigkeit an den Sitzungen teilnehmen könne wie bisher, so dürfe man daraus nicht schließen, daß sein Interesse am Zustandekommen des Gesetzes geringer geworden sei.

Die Beratungen selbst betrafen noch die Unfallversicherung. Bei dem Kapitel: Genossenschaftsorgane wurde § 700 folgendermaßen gefaßt:

„In den Vorstand oder als Vertrauensmann der Genossenschaft oder als Vertreter in der Genossenschaftsversammlung kann gewählt werden, wer der Genossenschaft als Mitglied angehört oder den Mitgliedern gleichsteht.“

Weiter wurde diesem Paragraphen ein neuer Absatz angefügt, wonach zu Mitgliedern des Vorstandes auch solche Mitglieder des Aufsichtsrats einer der Genossenschaft zugehörigen Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder G. m. b. H. gewählt werden können, die mindestens fünf Jahre lang Unternehmer oder bevollmächtigte Betriebsleiter eines der Genossenschaft zugehörigen Betriebes gewesen sind. Von verschiedenen Seiten wurde hierbei darauf hingewiesen, daß man dem zustimme im Hinblick auf das Arbeitskammergesetz, damit dort auch den Arbeitnehmervertretern das Vertretungsrecht gewährt werde. § 721, der dem Reichsversicherungsamt die Befugnis erteilen will, die Art und Form der Rechnungsführung bei der Vermögensverwaltung zu regeln, wurde getrichen; ebenso die §§ 723—725, die sich auf die Landesversicherungskämter beziehen. In § 737 wurde hinzugefügt, daß die Satzung auch bestimmen kann, daß der Vorstand berechnigt sein soll, von einzelnen Mitgliedern Vorschüsse einzufordern, falls solche mit der Zahlung von Beiträgen wiederholt im Verzug gewesen sind. Bei § 749 wurde trotz der Bedenken, die von Regierungsseite dagegen erhoben wurden, die Bestimmung aufgenommen, daß der Lohnnachweis statt der einzelnen Versicherten und des Entgeltes, das jeder von ihnen verdient hat, die Zahl der Versicherten und die Gesamtsumme des Entgeltes für das ganze Geschäftsjahr oder für kleinere Zeitabschnitte enthalten kann. (Summarischer Lohnnachweis.) § 747 wurde ein neuer § 747a eingeschoben, der die Revision der Bestimmungen über die Rücklagen im Jahre 1921 festsetzt, nachdem die Bestimmungen über die Bildung eines Reservefonds (Bildung von

*) Mit + sind die Summen bezeichnet, welche die übrigen Versicherungsträger zu den von der genannten Anstalt angewiesenen Renten beizutragen hatten, um welche diese Anstalt also bei der Rentenverteilung entlastet wurde, mit — die Summen, welche die genannte Anstalt zu den von anderen Versicherungsträgern angewiesenen Renten beizutragen mußte, mit denen die angeführte Anstalt also zugunsten der übrigen belastet wurde.

Rücklagen durch Zuschläge zu den Entschädigungsbeiträgen, wie bisher) angenommen worden waren. Bei § 835, der von den Zweiganstalten für Hallen von Reitieren und Fahrzeugen handelt, wurde der seinerzeit zurückgestellte § 643, wonach diese Zweiganstalten den Genossenschaften der Unternehmer gewerbmäßiger Fuhrwerks- und Binnenschiffahrtsbetriebe angegliedert werden können, angenommen mit dem Zusatz:

„Der Bundesrat kann die Zweiganstalten anderen Berufsgenossenschaften angliedern, auch an Stelle der Zweiganstalten Versicherungsgenossenschaften als selbständige Versicherungsträger errichten.“

In § 842, wonach die Berufsgenossenschaften eine Versicherung gegen Haftpflicht für die Unternehmer und die ihnen in der Haftpflicht Gleichstehenden einrichten können, wurde der Zusatz, daß Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung höchstens mit zwei Dritteln gedeckt werden dürfen, gestrichen. Hinter § 854 wurde folgender § 854a eingeschaltet:

„Alljährlich nimmt der Vorstand unter Zugziehung der Vertreter der Versicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung und regt Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen.“

§ 855 (Wahl der Versichertenvertreter zu Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften) erhielt folgende Fassung:

„Die Vertreter der Versicherten werden von den Versicherungsvertretern der Versicherungsämter gewählt, in deren Bezirk die Genossenschaft oder die Sektion Mitglieder hat. Wahlberechtigt sind jedoch nur solche Versicherungsvertreter der Oberversicherungsämter, welche als Vertreter der Versicherten berufen sind und nicht dem Bereich der landwirtschaftlichen und See-Unfallversicherung zugehören. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft kann durch die Satzung bestimmen, daß die Vertreter der Versicherten Knappschaftsälteste sein müssen. Wird diese Bestimmung getroffen, so werden die Vertreter der Versicherten von den Knappschaftsältesten der beteiligten Knappschaftsvereine und Knappschaftskasse gewählt. Die Vertreter der Versicherten werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Wahlordnung kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränken.“

Bei § 873, der bestimmt, daß zur Überwachung von den Genossenschaften technische Aufsichtsbeamte angestellt werden dürfen, wurde die Bestimmung eingefügt, daß unter den „technischen Beamten“ auch frühere Arbeiter als Aufsichtsorgane fungieren dürfen. § 877, nach dem die Unternehmer verpflichtet sind, den Mitgliedern der Genossenschaftsorgane und den Beamten des Reichsversicherungsamtes zum Zweck der Überwachung den Zutritt zu den Betriebsstätten zu gestatten und die Bücher und Listen zur Einsicht vorzulegen, wurde gestrichen. In § 905 (Haftung von Unternehmern und Angestellten) wurde die Verjährungsfrist der Ansprüche auf 18 Monate festgesetzt von dem Tage an gerechnet, an dem das strafgerichtliche Urteil rechtskräftig geworden ist. Ist kein strafgerichtliches Urteil erforderlich, so verjähren sie in einem Jahre nach der ersten rechtskräftigen Festsetzung der Entschädigungspflicht, spätestens aber in fünf Jahren nach dem Unfall. Bei den „Strafbestimmungen“ (§§ 906—912) wurde nur geändert, daß Geldstrafen, die ein Genossenschaftsvorstand erkannt hat, in die Kasse der Berufsgenossenschaft fließen, im übrigen wurden sie unverändert angenommen. Damit war die erste Beratung der Gewerbeunfallversicherung abgeschlossen. Die Kommission trat darauf in die Beratung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ein. § 915 wurde dahin geändert, daß als landwirtschaftlicher Betrieb nicht nur „auch die Gärtnerei“ gelte, sondern „auch der Friedhofsbetrieb, die Gärtnerei, die Park- und Gartenpflege“. In § 918, der den Personenkreis umschreibt, der der landwirtschaftlichen Versicherung unterliegen soll, wurde festgesetzt, daß als Facharbeiter insbesondere die Arbeiter zu gelten haben, die eine bestimmte Ausbildungs- und Lehrzeit hinter sich haben. Wer außerdem noch als Betriebsbeamter oder Facharbeiter zu gelten hat, stellt die Satzung fest. § 921 wurde dahin erweitert, daß die Versicherung der Unternehmer auch auf Tätigkeiten sich erstrecken soll, zu denen sie öffentlich-rechtlich verpflichtet sind. In § 927 wurde bestimmt, daß bei der Berechnung der Unfallrente für bereits teilweise Erwerbsunfähige mindestens der tatsächlich verdiente Entgelt zugrunde zu legen ist. Im § 930 wurde ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokraten bestimmt, daß das Oberversicherungsamt den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst nicht nur für Männer und Frauen getrennt festzustellen hat, sondern auch „für Versicherte über und unter 16 Jahren, für solche von 16 bis 21 Jahren und für die, die über 21 Jahre alt sind“. Vor Abgabe des Gutachtens hat das Versicherungsamt die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigten Versicherungsvertreter anzuhören. — Die Paragraphen bis § 966 wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Die Beratungen über § 964 (Inhalt der Satzung der Berufsgenossen-

schaften) wurden vorläufig ausgesetzt. Die nächste Beratung findet am 4. Oktober statt.

Eine Erklärung kaufmännischer Arbeitgeber zur Pensionsversicherung der Privatangestellten. Der Verband deutscher Detailgeschäfte hat am 23. September 1910 in Berlin in einer Versammlung, in der nach einer Meldung 52 Verbände mit 200 000 Mitgliedern, nach anderen Meldungen 15 Verbände mit 100 000 Mitgliedern vertreten waren, zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten folgenden Beschluß einstimmig angenommen:

Dem Plane einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten steht — trotz der dadurch bedingten erheblichen Steigerung der schon heute vielfach als drückend empfundenen Versicherungslast — auch die selbständige Kaufmannschaft grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Abzulehnen ist jedoch zunächst die Forderung der Erstreckung der Versicherungspflicht auf alle Privatbeamten, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens. Mit der Gekämpfung dieses Anspruchs würde die Sozialversicherung eine schiefe Bahn betreten, auf der es kein Halten mehr gibt, und die notwendigerweise auch zu gleichen Ansprüchen anderer Berufsgruppen, insbesondere des häufig ungünstiger als die Privatbeamten gestellten kleineren Unternehmers, an die staatliche Fürsorgetätigkeit führen muß. Die Lösung der Aufgabe ist auf dem Wege eines maßvollen, den Bedürfnissen der Privatbeamten angepaßten Ausbaues der bestehenden Invalidenversicherung — unter Aufrechterhaltung ihrer Grundlagen — und unter Angliederung der geplanten Witwen- und Waisenversicherung zu versuchen. Vor allem ist jedoch dringend zu fordern, daß vor Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage die bisher fehlenden amtlichen Erhebungen ange stellt werden über die wirtschaftliche Lage der an der Versicherung zu beteiligenden Gruppen, über die Tragfähigkeit des an der Aufbringung der Beiträge zu beteiligenden kleinen und mittleren Arbeitgebertums sowie endlich darüber, ob nicht bereits heute die mechanische Handhabung der Begriffe „Selbständige und Unselbständige“ auf dem Gebiete der Sozialversicherung zu sozialen Ungerechtigkeiten und Härten führt, deren weitere Verschärfung ernsthafte wirtschaftliche Gefahren bedeutet.

Ferner beschloß die Versammlung die Einsetzung eines Ausschusses, der die Interessen der Prinzipalität bei den Vorarbeiten zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, insbesondere durch Unterrichtung der Regierung und durch Aufklärung der öffentlichen Meinung wahren soll.

Volkserziehung.

Das Volksbildungswesen des Auslandes auf der Brüsseler Weltausstellung.

Von Dr. Ernst Schulke-Großborstel.

Weltausstellungen können, wenn sie zweckmäßig organisiert, rechtzeitig vorbereitet und ernsthaft besichtigt werden, einen vortrefflichen Überblick darüber geben, was die Völker des Erdballs auf den einzelnen Gebieten der Kultur leisten. Wer z. B. die Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 besucht hat, wird davon einen unvergeßlichen Eindruck mitgenommen haben. Zuerst zwar wurde man von der Fülle des Gebotenen überwältigt, gewissermaßen des Atems beraubt — nahm man sich aber die Zeit, einzelne Abteilungen genau zu besichtigen, so konnte man eine Unzahl von Kenntnissen und Anregungen daraus mitnehmen.

Die Anordnung war damals nicht nach Ländern, sondern nach Kulturgebieten getroffen. In Brüssel hat man sich an dieses Vorbild nicht gehalten. Hier finden wir die einzelnen Länder in geschlossenen Ausstellungen vertreten. Das hat den Vorteil, einen ausgezeichneten Überblick über die Leistungen derjenigen Völker zu gewähren, die sich die Mühe genommen haben, wirklich ihr ganzes Kulturleben zur Darstellung zu bringen. Es hat aber den Nachteil, daß jemand, der ein bestimmtes Fach zu studieren wünscht, durch die ganze Ausstellung hin- und herlaufen muß und vielfach doch nicht einmal sicher ist, das zu finden, was er sucht.

Haben doch die verschiedenen Völker ganz ungleichmäßig ausgestellt: Deutschland ist ganz vorzüglich vertreten, Belgien bietet eine Fülle von Dingen, und Englands und Frankreichs Ausstellungen sind ebenfalls recht lehrreich. Manche andere Länder dagegen haben sich die Sache allzu leicht gemacht, falls sie nicht überhaupt (wie z. B. die Vereinigten Staaten) von der Beteiligung fast ganz abgesehen haben.

Durchwandert man die Brüsseler Ausstellung, um das Volksbildungswesen der heutigen Kulturvölker kennen zu lernen, so wird man mancher bitteren Enttäuschung zum Opfer fallen. Es ist aus dem schon angedeuteten Grunde überaus mühsam, sich in der Ausstellung jedes Volkes zunächst überhaupt erst herauszufinden, wo

das Volksbildungswesen untergebracht sein könnte — und dann wird man bei den meisten Ländern finden, daß es überhaupt nicht vertreten ist.

Daß alles, was dem Jahrmarktstreiben oder den mannigfaltigen Vergnügungen dienen soll, schon in den ersten Wochen nach der Eröffnung der Ausstellung fertig war, ist fast selbstverständlich. Der lebhaft ausgebildete Erwerbsinn der Belgier hat auch innerhalb ihrer eigenen Ausstellung vielfach für nicht allzu verspätete Fertigstellung gesorgt.

Dagegen war leider von dem Volksbildungswesen der Belgier noch Anfang Juni nichts zu sehen — die Eröffnung dieser Unterabteilung hatte noch nicht stattgefunden. Vielleicht legt die belgische Regierung (infolge der allzu großen Zahl der Alphabeten, die das Land aufweist) kein besonderes Gewicht darauf. So war man für Belgien auf die Ausstellung einzelner Städte und gemeinnütziger Gesellschaften angewiesen.

Unter den Ausstellungen der belgischen Städte bietet Antwerpen z. B. die interessante Ausstellung der Fédération des Institutions philanthropiques, der 15 Einzelvereine angeschlossen sind, ebenso die des Bureau de Bienfaisance, das namentlich eine Reihe von Einrichtungen für Findelkinder unterhält. Brüssel zeigt u. a. eine Darstellung seiner Ferienkolonien.

In ihnen fanden im Jahre 1896 erst 4,5% der Schulkinder Erholung, 1909 dagegen 17,5%. Merkwürdig ist, daß die Gesamtzahl der Schulkinder für das Jahr 1896 auf 14 199, für das Jahr 1909 auf nur 13 748 angegeben wird. Offenbar wird auch hier der Schulzwang, wie so vielfach in Belgien, nicht energisch durchgeführt. Die Zahl der Analphabeten in Belgien, auf die in der Ausstellung nicht hingewiesen wird, ist, wie schon erwähnt, recht groß. Die Brüsseler Ferienkolonien scheinen sehr zerplittert zu sein: mehr als die Hälfte der von ihnen versorgten Kinder entfielen 1909 auf das Unternehmen des Grand Air (9,5% unter insgesamt 17,5%), während die Stadt Brüssel selbst ein Drittel der Ferienkolonisten versorgte und drei kleinere Ferienkolonie-Unternehmungen für den Rest auftraten.

Eine umfassende Organisation scheint die 1903 begründete „Ligue nationale belge pour la protection de l'enfance du premier âge“ (Brüssel, Place de Martyrs 18) ausgebildet zu haben, die unter dem Protektorat der Königin steht. Sie sieht ihre Aufgabe zum großen Teil offenbar darin, Müttern Unterricht in der Kinderpflege zu geben. Dieser wird in der sogenannten Ecole de puériculture erteilt.

Tabellen des Normalgewichtes der Kinder von der Geburt an bis zu 2 Jahren sind dort für jeden einzelnen Monat aufgeschängt, ebenso die Milchmengen, die jedes Kind täglich erhalten muß. Auch Kindergärten und Spielplätze werden unterhalten, von denen einige im Walde liegen. Unter den einzelnen Veranstaltungen des genannten Vereins ist zu genauer Darstellung gelangt z. B. die Gröche Marie Baroqué, deren Ausgaben jährlich etwa 16 000 Francs betragen.

Auch in einzelnen Städten gibt es ähnliche Vereine, ferner Kindererschuttsvereine, wie z. B. die Société Protectrice des enfants martyrs in Antwerpen und einen Verein desselben Namens in Brüssel. Eine Anzahl von belgischen Wohltätigkeitsanstalten hat sich zusammengetan, um über ihre Tätigkeit in den Jahren 1900 bis 1909 in einer Gesamtausstellung zu berichten.

Unter ihnen befindet sich auch der „Schillerverein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher“ in Brüssel. Noch ein anderer deutscher Verein in Belgien hat ausgestellt: die „Union, deutsches Komitee zur Mitbewegung von Ferien- und Sanitätskolonien“, 1896 in Brüssel begründet. Zwei andere Vereine, die sich die Kleidung und Ernährung armer Schulkinder zur Aufgabe stellen, sind in unmittelbarer Nähe zu finden: La Soupe scolaire und Le Vêtement scolaire. „La Soupe scolaire“ wurde 1896 gegründet, verfügt über ein Jahresbudget von etwa 11 000 Fr. und verteilt jährlich etwa 240 000 Suppen. „Le Vêtement scolaire“ wurde 2 Jahre später (1898) ins Leben gerufen, verfügt nur über die unbedeutende Summe von jährlich 8000 Frs. und bringt jährlich etwa 4500 Kleidungsstücke zur Verteilung.

Wichtiger ist wohl das „Comité de défense des enfants traduits en justice“, das eine Darstellung für die Jahre 1905 bis 1909 gibt. Vor die Schranken der Gerichte wurden in diesen Jahren 176 Kinder gezogen. Von diesen wurden 1368 wieder entlassen, 233 wurden verurteilt und 261 à la disposition du gouvernement (d. h. also wohl: unter Strafaufsicht) gestellt. Das Komitee gab neben seiner praktischen Tätigkeit für Jugendschutz einige Schriften heraus, in denen eine Lanze für die Einführung von Jugendgerichten gebrochen wird: so z. B. das „Manuel de la défense de l'enfant traduit en justice“ und „Tribunaux pour enfants et conseils de tutelle“.

Von anderen Wohltätigkeits- und Erziehungsanstalten ist mir die interessante Ausstellung der Taubstummenanstalt Berchem-St. Agathe aufgefallen. Außer vielen Bildern ihrer Tätigkeit hat sie für mehrere Klassen je 1 Gesamtbild von 12 Schülern ausgestellt, das durch das

Übereinanderdrucken von 12 Einzelbildern entstanden ist. Man kennt dieses System, um den Durchschnittstypus einer größeren Menschenmenge hervortreten zu lassen und festzustellen. Im vorliegenden Falle z. B. verschwindet das Schielen eines Kindes in dem Gesamtbild völlig; wenn mehrere Kinder schielen, so nehmen die Augen des Gesamtbildes einen eigentümlichen Ausdruck an. Ebenso prägt sich in den Gesichtszügen nur das aus, was einer größeren Anzahl von Kindern gemeinsam ist. Besonders interessant wird jedes dieser Gesamtbilder dadurch, daß es von den 12 Einzelbildern umrahmt wird.

Einen recht guten Eindruck gewinnt man von der Ausstellung zahlreicher belgischer Fachschulen. Dagegen ist die Ausstellung der Anti-Alkoholgesellschaft nur geeignet, Widerwillen zu erwecken — nicht in erster Reihe gegen den Alkohol, als vielmehr gegen die furchtbare Geschmacklosigkeit der Darstellung. Es sollte heute andere Mittel geben, die Massen von der Schädlichkeit übertriebenen Alkoholgenußes zu überzeugen, als diese rohen, unglaublich geschmacklosen und übertriebenen Bilder, die den Süßer doch nicht von seiner Leidenschaft heilen und die auf denjenigen, der sich dem Alkohol erst zu ergeben beginnt, ebenfalls nicht die gewünschte Wirkung ausüben können.

Durch diese schrecklichen Anti-Alkoholbilder leidet bedauerlicherweise die unmittelbar daneben angebrachte Ausstellung des „Foyer intellectuel, Université populaire de St. Gilles“, obwohl sie an jenen Bildern unschuldig ist. Diese Volksuniversität ist nach dem Muster der zuerst in Paris entstandenen organisiert und hat, wie es scheint, recht gute Erfolge erzielt. Ein Beispiel mehr patriarchalischer Volksbildungspflege bietet die Ausstellung des „Comité de patronage des oeuvres d'éducation sociale de Marchienne-Doche“.

In dem kleinen Saale des französischen Volksbildungswesens stellt sich am interessantesten die Ausstellung der Schülerarbeiten dar, die das Ministère du commerce et de l'industrie für die Écoles nationales professionnelles ausgestellt hat. Dagegen ist die Lehramtsausstellung für Volksschulen, die vom Unterrichtsministerium ausgeht, nicht entfernt so gut, wie die vom Deutschen Reich ausgestellte. Einmal ist sie bei weitem nicht so reichhaltig, außerdem scheint auch der Geist, der in ihr walte, nicht so frisch zu sein, wie dies jetzt glücklicherweise in Deutschland der Fall ist. Endlich sind auch die Wandbilder der französischen Unterrichtsausstellung sehr viel unkünstlerischer, undeutlicher und ungeeigneter, als die von deutschen Firmen ausgestellten. Auch die französischen Schülerzeichnungen zeigen merkwürdigerweise nichts, was sich mit den deutschen Schülerzeichnungen auf der Brüsseler Volksausstellung vergleichen ließe. Nur die Handarbeiten von Volksschülerinnen und Schülerinnen der höheren Mädchenschulen sowie der Seminare bieten viel Liebliches, zum Teil auch geradezu Schönes dar.

Die französischen Mittelschulen für Mädchen (Lycées et Collèges) haben eine Anzahl von Photographien und Modellen ausgestellt. Die besten darunter sind ungewisslich auch hier die sehr schönen Schülerinnenarbeiten: Stidereien, Fächer, Sonnenschirme, Kaminvorleger, Kleider, Rissen, Häubchen usw. In einem Wandfries oben ist von einem Dekorationsmaler, der an sich selbst offenbar nur sehr bescheidene Ansprüche stellt, ein Bild des Kochunterrichts gegeben. In der Ausstellung unten ist leider nichts zu finden, was darauf hindeutete, obwohl doch die hauswirtschaftliche Unterweisung der weiblichen Jugend eine Aufgabe ist, die in allen Kulturstaaten größte Bedeutung gewonnen hat. In der Ausstellung der höheren Knabenschulen in Frankfurt wird bessere Zeichnungen vertreten, als man sie sonst in der französischen Ausstellung findet. Ebenso sind einige Bildhauerarbeiten aus Gips zu loben, die nach Vorlagen ausgeführt sind; ferner Nachbildungen physikalischer Apparate mit einfachen Mitteln. Indessen sind hier wohl schon Fachschulen mit eingeschlossen: so findet man z. B. darunter Metallarbeiten des Collège de Châlons sur Marne, ferner des Lycée Janson de Sailly, des Lycée de Marseille usw.

In der Nähe der französischen Mittelschulen findet sich eine kleine Ausstellung von Universitäten, gelehrten Gesellschaften und Missionen — alle in einer kleinen Saalabteilung untergebracht, welche die stolze Bezeichnung „Salon des Universités“ führt. Eine kleine Ausstellung des Musée de l'enseignement public erinnert uns Deutsche daran, daß wir leider ein Unterrichtsmuseum noch nicht besitzen. Gerade die hervorragende Vertretung Deutschlands in der Unterrichtsausstellung in Brüssel würde es fast als unverantwortlich erscheinen lassen, wenn diese prächtige Ausstellung — bei weitem die schönste und interessanteste Unterrichtsausstellung, die irgend ein Volk in Brüssel zeigt!) — wieder in alle Winde zer-

!) Es fehlt hier leider an Raum, die sehr reichhaltige und ganz vortreffliche deutsche Unterrichts-Ausstellung gebührend zu würdigen.

streut würde oder ganz unterginge. Sie müßte dauernd vereinigt bleiben, um in Deutschland eingehende Studien daran zu gestalten und uns damit derselben Vorteile teilhaftig zu machen, die das Musée de l'enseignement public den Franzosen bietet. Ebenso ist sehr nachahmenswürdig das Verfahren der Zentralverwaltung des französischen Schulwesens, Reproduktionen von Gemälden des Louvre in Kupferstich (Chalcographie) an die Schulen zu verteilen. Die künstlerische Erziehung des Volkes wird dadurch mit verhältnismäßig billigen Mitteln wesentlich gefördert.

Die französische „Société nationale de l'art à l'école“ hat bemerkenswerte Photographien aller und daneben neuer Schulgebäude ausgestellt, die uns einen großen Fortschritt auf diesem Gebiete zeigen. Ferner hat sie Muster von Wandmalereien in den Aulen oder in den Korridoren, auch in einzelnen Klassen von Schulen zur Darstellung gebracht; namentlich schöne Girlandenmalereien springen hier in die Augen. Interessant ist, aus der Ausstellung dieser Gesellschaft zu ersehen, welche schönen Schulgebäude man in Algier errichtet hat.

Übrigens ist das Volkswbildungswesen in Algier auch in einer besonderen Ausstellung zur Schilderung gelangt. Wir finden da Photographien von Volksschulgebäuden, von Lehrerinnen-Seminaren und manches andere. Das Beste wird auch in dieser Ausstellung von den schönen Schülerarbeiten geboten: einige der prachtvollen ausgestellten Stücke zeigen, mit welcher glücklichen Geschick die Schulverwaltung die Traditionen orientalisches-arabischer Technik und Kunstübung benutzt und gepflegt hat.

Für den nicht mit dem französischen Volkswbildungswesen Vertrauten ist es schwer, aus der statistischen Darstellung der „Mutualités scolaires“ Näheres zu entnehmen. 1906 sollen sie 703 864, 1909 814 165 Teilnehmer besessen haben. Die Jahre der Zwischenzeit sollen für besonders eifrige Propaganda benutzt worden sein. Die Steigerung ist unter Berücksichtigung dieser Tatsache gewiß nicht groß. Immerhin werden die Mutualités scolaires vielleicht schon an der Grenze ihrer überhaupt möglichen Entwicklung angekommen sein. Da sich aus der Brüsseler Ausstellung nichts näheres über diese Entwicklung und über den Zweck der Einrichtung ergibt, sei hier kurz angeführt, daß die Mutualités scolaires im Jahre 1881 begründet wurden und sich besonders seit 1895 verbreitet haben. Um das Jahr 1905 besaßen sie 675 000 Teilnehmer, die sich in 2726 Vereinen über ganz Frankreich verteilen. Ihr Zweck ist, die Kinder sowohl zur Sparsamkeit wie zur Gemeinnützigkeit zu erziehen. Jedes Kind, das als Teilnehmer in die Listen der Mutualités scolaires eingetragen ist, bringt vom dritten Schuljahr an jeden Montag 2 Sous (8 $\frac{1}{2}$) mit. Die Hälfte dieser Einzahlung wird als Grundlage eines persönlichen Hilfskapitals betrachtet, die andere Hälfte dem allgemeinen Interesse zum Opfer gebracht: sie dient nämlich zur Bezahlung von Krankengeldern und Unterstützungen. Kleine Beiträge, die über diese Abgaben hinausgehen, werden zu einer Kasse für Todesfälle verwendet, sowie zur Bildung eines „Zukunftsfonds“, um später die Teilnahme am Fachunterricht einer Fortbildungsschule zu ermöglichen. Die Kinder sollen durch die Mutualités scolaires dazu erzogen werden, nach dem Grundsatz „Alle für einen, einer für alle“ zu leben.²⁾

Die Kolonien der Franzosen (außer Algier) und der übrigen Völker sind auf der Ausstellung wenig oder gar nicht vertreten. Eine Ausnahme machen nur die niederländischen Kolonien, von denen einige Schulbücher, einige Photographien von Gebäuden und Schülergruppen und einige Beispiele des Handfertigkeitsunterrichtes ausgestellt sind. Eine Statistik des Schulwesens der niederländischen Kolonien wird dagegen nicht gegeben. Viel Staat würde die Regierung auch nicht damit machen können. Denn entgegen den oft ausgesprochenen Witten der Eingeborenen wird dort für das Schulwesen nicht genügend gesorgt — ganz ebenso, wie dies von manchen Seiten auch den Engländern für Indien zum Vorwurf gemacht wird.

Für die Niederlande selbst ist eine Statistik des Schulwesens ebenfalls nicht gegeben. Vielleicht gilt dafür ein ähnlicher Grund, wie er oben für Belgien angedeutet wurde. — Dagegen ist in der landwirtschaftlichen Abteilung der niederländischen Ausstellung eine Statistik der Reichs-Landbau-Winterschulen gegeben. Ferner finden sich im 2. Stock des Gebäudes der Niederlande schöne Schülerarbeiten der Industrie- und Handarbeitsschulen, für die jedoch andererseits eine Statistik nicht gegeben wird. Am meisten muten unter den für die Niederlande ausgestellten Unterrichts-

gegenständen die Kindergartenarbeiten und die schönen Garnituren von Kinderpielzeug an.

Mit Ausnahme der hier genannten Länder (Belgien, Frankreich, Niederlande) und mit Ausnahme von Deutschland, dessen Unterrichtsausstellung alles hier Geschilderte bei weitem in den Schatten stellt, hat leider kein anderes Volk sein Volkswbildungswesen zur Ausstellung gebracht. Dies ist sehr zu bedauern; denn Staaten wie z. B. England und die nordamerikanische Union hätten recht interessante Dinge zeigen können. Auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 z. B. war allein schon die Ausstellung der amerikanischen Volkswbildungswesen ungemein lehrreich und sehenswert. In Brüssel ist davon nicht das geringste zu sehen. Auch England hat sein Bibliothekswesen, seine University-Extension-Bewegung, seine Volks- und Fachschulen nicht zur Ausstellung gebracht.

Es wäre dringend erwünscht, daß das Volkswbildungswesen und seine einzelnen Teile — namentlich die Volkswbildungswesen und die übrigen Bestrebungen zur Verbreitung guter Literatur — in zukünftigen Weltausstellungen eine besondere Abteilung bildeten und daß diese wirklich von allen Völkern besichtigt würde, die auf diesem Gebiete etwas leisten oder doch wenigstens etwas leisten möchten.

Die Volkswbildungsbestrebungen der Sozialdemokratie. In dem Bericht des Parteivorstandes an den diesjährigen Parteitag verdient der 4. Jahresbericht des Bildungsausschusses Beachtung, der seine Aufgabe darin sieht, als anregende, beratende und helfende Körperschaft der organisierten Arbeiterkraft bei allen Bildungsangelegenheiten zur Seite zu stehen. Der Bildungsausschuß berichtet diesmal nicht nur über seine eigene Tätigkeit, sondern auch über die Bildungsarbeit der verschiedenen örtlichen Organisationen, die mit dem Hauptausschuß in Verbindung stehen. Die Berichtserstattung erfolgte auf Grund eines Fragebogens. Es wurden 362 Fragebogen an 341 Orte verschickt, jedoch nur 249 Fragebogen aus 240 Orten sind ausgefüllt zurückgekommen. Der Hauptausschuß empfiehlt stets, zum Träger der örtlichen Bildungsbestrebungen nur Bildungsausschüsse ins Leben zu rufen, gebildet aus Mitgliedern der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, dagegen von der Gründung gesonderter Bildungsvereine abzusehen, weil dies nur eine Erschwerung der Verwaltungsarbeiten bedeuten würde. Solche Bildungsausschüsse sind bisher in 187 Orten eingesetzt worden. Die Aufwendungen dieser Bildungsausschüsse werden von den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gedeckt; soweit darüber Angaben vorlagen, waren den Bildungsausschüssen 64 393,85 \mathcal{M} . zugewendet worden. Diese Zahlen beweisen in erfreulicher Weise den Bildungseifer der Arbeiterkraft und auch die Vereinskasskraft, Gelbdaufwendungen für Bildungszwecke zu machen.

In 189 Orten wurden Vortragskurse abgehalten, und zwar insgesamt 272; Unterrichtskurse wurden verhältnismäßig selten eingerichtet, weil sie teuer sind; aus 12 Orten wird über insgesamt 18 Unterrichtskurse berichtet. Wissenschaftliche Einzelsvorträge fanden in 182 Orten 562 statt.

Eine besondere Einrichtung des Hauptausschusses sind die wissenschaftlichen Wanderkurse, für die dem Ausschuß 4 Redner zur Verfügung stehen.

In 84 Orten haben 36 dieser Kurse stattgefunden, und zwar über Nationalökonomie (4 Kurse mit 691 Teilnehmern), Wirtschaftsgeschichte (5 Kurse mit 382 Teilnehmern), Sozialismus (2 Kurse mit 98 Teilnehmern), Erfurter Programm (18 Kurse mit 1554 Teilnehmern), Bürgerliche Parteien (1 Kursus mit 178 Teilnehmern), Naturwissenschaft (5 Kurse mit 1103 Teilnehmern).

Die statistische Erhebung des Hauptausschusses erstreckt sich auch auf die künstlerischen Veranstaltungen, obwohl hierüber nur schwer zuverlässige Zahlen zu erlangen sind.

Im ganzen haben 174 Orte über 532 künstlerische Veranstaltungen berichtet, die sich nach folgenden Hauptarten gruppieren lassen: 97 Dichterabende, 135 musikalische Veranstaltungen, 180 Rezitations- und Kunstabende mit verschiedenartigem Programm, 12 Märchenabende für Kinder, 42 besondere Feiern in künstlerischem Rahmen, 59 Lichtbildervorträge.

Über die Volkswvorstellungen stellte der Fragebogen eine besondere Frage. In 118 Orten wurden 727 Vorstellungen veranstaltet, und zwar zumeist durch Vereinbarung mit einem festen örtlichen Theater. Eine freie Volkswbühne größeren Stils gibt es nur in Berlin; sie ist an den obengenannten Vorstellungen mit 183 beteiligt.

In 106 Orten wurden Ausstellungen von Jugendschriften und Wandschmuck veranstaltet.

²⁾ Näheres siehe in dem Aufsatz von Professor Paul Crouzet „Das Volkswbildungswesen in Frankreich“ (Archiv für das Volkswbildungswesen aller Kultur-Völker, 1. Band. Hamburg: Gutenberg-Verlag, 1907. S. 86 bis 108, besonders S. 92.)

In 200 Orten befinden sich Zentralbibliotheken, in 58 Orten 377 Einzelbibliotheken.

So anerkanntenswert der Parteibericht die oben geschilderten Leistungen auf dem Gebiet der Bildungsfrage auch findet, so verschweigt er doch nicht die häufigen Klagen über mangelhafte Beteiligung an den Veranstaltungen der örtlichen Bildungsausschüsse, über Mangel an Geld und nicht zuletzt auch über den Mangel an Persönlichkeiten, die gewillt und befähigt sind, die Organisierung der Bildungsarbeit in die Hand zu nehmen.

Eltern-Vereinigung München (E. V.). Diese Vereinigung bezweckt nach ihren Satzungen in gleichzeitiger Wahrnehmung der Interessen der Eltern, Schüler und Schülerinnen sowie der Lehrerschaft und der Schule die Anbahnung eines gesunden Zusammenarbeitens von Elternhaus und Schule, zugleich aber auch die Bekämpfung gewisser im bayerischen Schulwesen hervorgetretener Mißstände. Als besondere Aufgabe faßt die Vereinigung, die sich von Politik sowie von jeder religiösen Stellungnahme fernhält, ins Auge:

- a) die Schaffung einer gesetzlich anerkannten Vertretung der Eltern und deren Stellvertreter für die Aufstellung und Abänderung der Schulordnung und Satzungen;
- b) Aufklärung der Eltern über bestehende Bestimmungen und ihnen zustehende Rechte;
- c) zeitgemäße Abänderung der geltenden Disziplinarsatzungen;
- d) Stellungnahme gegen zu weitgehende Eingriffe der Schule in das Erziehungsrecht der Eltern;
- e) Stellungnahme gegen den Kirchengzwang, soweit er von der Schule geübt wird;
- f) Vertretung berechtigter Beschwerden der Eltern oder deren Stellvertreter.

In der Flugschrift „Elternvereinigungen, ihre Ziele und Wege“ (Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München) teilt Erich Bebel das Wichtigste über die Aufgaben und Arbeiten dieser Vereinigung mit. Es heißt da:

Gerade wenn sie sich zusammenschließen, können sie mancher Schwermigkeit Herr werden, denen der einzelne machtlos gegenübersteht. Gewinnen die Elternvereinigungen an Umfang und Einfluß, dann können sie auch daran gehen, auf raschere Anpassung unzureichender Einrichtungen an die hygienischen Forderungen unserer Zeit hinzuwirken, Spiel- und Erholungsplätze für die Jugend zu schaffen, die jetzt in der Großstadt so oft fehlen, für eine entsprechende Aufsicht dort zu sorgen, die nicht durch gesetzliche Haftpflicht und ähnliche Opfer beschwert sein würde, aber auch statistische Erhebungen und wissenschaftliche Untersuchungen über Fragen unseres Erziehungswesens zu fördern, die weiterem Fortschritte die Wege zu bahnen berufen sind.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Die Trinkgelberfrage in den deutschen Bahnhofswirtschaften.

Von R. Richter, Schriftführer des Verbandes deutscher Köche.

Es war in den Spalten dieses Blattes schon mehrfach die Rede von einer Eingabe, welche das Nationale Kartell der deutschen Gasthausangestellten an die Ministerien und zuständigen Generaldirektionen der deutschen Eisenbahnverwaltungen gerichtet hat, um eine Beseitigung der Trinkgeldentlohnung in den Bahnhofswirtschaften herbeizuführen. Nachdem sich jetzt das Ergebnis dieser Eingabe übersehen läßt, seien ihm einige Betrachtungen gewidmet, die zeigen sollen, wie notwendig eine weitere und eingehendere Beschäftigung mit diesen Dingen für die Beteiligten sowohl als auch für die Sozialpolitiker und das Publikum sein muß. Nehmen wir die Antworten der betreffenden Ressorts auf die Eingabe vorweg. Der Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen schreibt:

„Auf die Eingabe wird erwidert, daß die zuständigen königlichen Eisenbahndirektionen nach den bestehenden Vorschriften den Bedingungen, unter denen die Bediensteten der Bahnwirtschaften beschäftigt werden, schon jetzt ihre Aufmerksamkeit widmen und nötigenfalls auf Verbesserung der Bedingungen, insbesondere auch hinsichtlich der Löhnung, hinwirken. Dem Antrage, den Bahnwirten bei Neuverpflichtungen durch Vertrag die Verpflichtung aufzuerlegen, ihr Personal so zu entlohnen, daß es auf Trinkgeldeinnahme nicht angewiesen ist, vermag ich nicht zu entsprechen.“

Die Generaldirektion der Rgl. Württ. Staatsbahnen antwortet:

„Nach unseren Pachtbedingungen für Bahnhofswirtschaften ist der Pächter verpflichtet, sein Personal ausreichend zu entlohnen; das Personal darf keineswegs nur auf den Bezug von Trinkgeldern angewiesen sein.“

Ähnlich die Rgl. Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen:

„In den für die Verpachtung unserer Bahnhofswirtschaften geltenden allgemeinen Bedingungen ist ausdrücklich bestimmt, daß der Pächter seine Leute ausreichend zu entlohnen hat und das Personal keineswegs

nur auf den Bezug von Trinkgeldern angewiesen sein darf. Wir können hiernach nicht annehmen, daß die von Ihnen gerügten Mißstände in vollem Umfange in unseren Bahnhofswirtschaften bestehen; auch sind uns bisher keine Fälle bekannt geworden, wo entgegen den vertraglichen Verpflichtungen sächsische Bahnhofswirte ihren Angestellten nicht nur keinen Lohn gewährt, sondern sie sogar noch zur Tragung von Geschäftskosten herangezogen hätten.“

Damit wollen wir natürlich nicht bestreiten, daß auch in den unserer Aufsicht unterstehenden Betrieben die Kellner einen oft wesentlichen Teil ihrer Einnahmen aus Trinkgeldern beziehen. So wenig erwünscht uns dieser Zustand erscheint, so wenig vermögen wir in dem von Ihnen vorgeschlagenen Wege ein geeignetes Mittel zur durchgreifenden Abhilfe auf dem Gebiete des Trinkgelberwesens zu erblicken. Einmal ist zu berücksichtigen, daß die Bahnhofswirtschaften einen nur verschwindend geringen Bruchteil der überhaupt vorhandenen Wirtschaftsbetriebe ausmachen, so daß eine sich lediglich auf sie beziehende Regelung den allgemeinen Zustand nur unwesentlich beeinflussen würde. Vor allem aber wird eine gründliche Beseitigung der in Rede stehenden Mißstände unseres Erachtens nur dann möglich sein, wenn das Publikum selbst die Angelegenheit in die Hand nimmt und die Zahlung von Trinkgeldern durchgängig verweigert. Bisher sind alle in dieser Richtung gemachten Versuche daran gescheitert, daß das Publikum nicht davon abzubringen war, die ihm geleisteten Dienste dem Angestellten besonders zu vergüten; selbst in den von Ihnen erwähnten christlichen Hospizen werden Trinkgelber noch heute vielfach angeboten und angenommen. Wenn wir Ihrem Antrage entsprechend auf die Pächter der Bahnhofswirtschaften einwirken wollten, so müßte, sollte damit der erstrebte Erfolg erzielt werden, den dort beschäftigten Kellnern die Annahme von Trinkgeldern direkt verboten werden; ein solches Verbot ist aber unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen nicht durchführbar. Dazu kommt, daß die Trinkgelber zum Teil, namentlich in den größeren Bahnhofswirtschaften, eine derartige Höhe erreichen, daß es dem Wirt ganz unmöglich sein würde, das betreffende Personal für ihren Wegfall aus eigenen Mitteln entsprechend zu entschädigen. Die Folge wäre sein, daß die in ihrem Einkommen geschädigten Angestellten in Privatbetriebe übergängen, wo die Annahme von Trinkgeldern zulässig ist, und die Bahnhofswirte somit gerade ihre tüchtigsten Hilfskräfte verlieren. Wir bedauern unter diesen Umständen, in der Angelegenheit zurzeit nichts verfügen zu können.“

Die Kaiserliche Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen schreibt:

„Wir haben von dem Inhalt Ihrer Eingabe Kenntnis genommen, glauben aber, die darin enthaltenen beachtenswerten Anregungen kaum wesentlich fördern zu können. Solange das Trinkgelbgeben als eine weit verbreitete Sitte besteht, würde auch die ausreichende Entlohnung der Angestellten in einzelnen wenigen Wirtschaftsbetrieben an der Sitte kaum etwas zu ändern vermögen. Es würde voraussichtlich nur der Erfolg herbeigeführt, daß das Trinkgelbgeben und -nehmen fortbesteht, während der Ertrag der Bahnhofswirtschaften vermindert wird.“

Die zuständigen Stellen in Baden, Bayern, Oldenburg und Schwertin haben bisher ihre Stellung zur Eingabe noch nicht bekannt gegeben. Wir sehen, daß die Petenten auf wenig Entgegenkommen und vorläufig auf gar keinen Erfolg zu rechnen haben, wenn auch das, was zur Ablehnung der Eingabe gesagt wird, nicht unwidersprochen bleiben kann.

In Preußen haben also die Eisenbahndirektionen die Pflicht, den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen ihre Aufmerksamkeit zu widmen und nötigenfalls auf Verbesserung der Löhne hinzuwirken. In Sachkreisen ist ganz bestimmt noch kein Fall bekannt geworden, in dem ein solches Einschreiten erfolgt wäre. Andererseits aber wird nicht widerlegt werden können, daß z. B. auf dem Staatsbahnhofe in Bonn die Kellner überhaupt kein Gehalt erhalten und daß dieses Gehalt auf dem Bahnhofe Warnemünde z. B. ganze 6 M monatlich beträgt. In Welsenkirchen aber gibt es, wie die „Hotel-Revue“ kürzlich mitteilte, nicht nur kein Gehalt, sondern die Kellner müssen monatlich auch noch 30 M Bruchgelb aufbringen. Und wenn an anderen Stellen wirklich Gehalt gezahlt wird, so ist es in wohl allen Fällen bestimmt vom Begriff „ausreichend“ sehr weit entfernt. Das führt uns auf die wichtige Frage: Welches Gehalt soll denn aber den Kellnern künftig zugestanden werden? Antwort: ein Gehalt, das ihren Leistungen nach vorausgegangener ordnungsgemäßer Lehrzeit und bei einer täglichen Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden entspricht. Es wird nicht zu viel verlangt sein, wenn ein erwachsener Kellner, der auf der Höhe der Leistungsfähigkeit ist, ein Monatsgehalt von 200 bis 250 M fordert, und die Umfrage über die Entlohnung, die vom Nationalen Kartell der Gasthausangestellten augenblicklich noch bearbeitet wird, erbringt den Beweis, daß die Forderung der Angestellten in sehr vielen Fällen weit niedriger ist. Dabei war die Frage mit wünschenswerter Deutlichkeit so gestellt: Wollen Sie ein ausreichendes Gehalt, bei welchem das Trinkgelb verboten werden könnte? und die Unterfrage: wie hoch müßte dieses Gehalt sein, damit Sie sich in Zukunft nicht schlechter stehen?

Denn das soll und muß jedem Wirt irgendwelcher Art ohne Einschränkung zugestanden werden: wenn er eine „ausreichende“ feste Entlohnung seines Bedienungspersonals einführt, muß ihm wie jedem anderen Geschäftsmann das Recht zustehen, diesem Personal die Annahme von Trinkgeld zu verbieten und das Publikum in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß sein Personal ordnungsgemäß entlohnt wird. Dieses Zugeständnis seitens der Gehilfenschaft ist selbstverständlich und zweifellos; ebenso selbstverständlich aber ist, daß die Gehilfenschaft sich einem Trinkgeldverbot nicht unterwerfen könnte, wenn gleichzeitig eine Mindestentlohnung von 30 bis 40 M monatlich eingeführt würde. Im Hinblick auf die erwähnte „ausreichende“ Entlohnung hat übrigens das Kartell den einzig richtigen Weg beschritten — es hat (zunächst bei der Generaldirektion in Württemberg) nunmehr den Antrag gestellt, amtlich festzustellen, wie hoch die Gehälter des Bedienungspersonals in den württembergischen Bahnhofswirtschaften sind, und für den Fall, daß diese Gehälter unter den ortsüblichen Tageslöhnen bleiben, Vorkehrungen zu treffen, daß die „ausreichende“ Entlohnung Wirklichkeit werde.

Übrigens scheint die Überzeugung der Bahnhofswirte von ihrer Verpflichtung zur Zahlung ausreichender Entlohnung nicht sehr fest zu sitzen, denn in ihrem offiziellen Organ „Die Bahnhofswirtschaft“ sagt z. B. ein Einsender in der Nummer vom 25. Juni 1910 wörtlich:

„daß die Bahnhofswirte ihr Personal durchweg gut entlohnen, auch den Kellnern durchweg neben der freien Station einen kleinen Lohn zahlen, trotzdem sie das letzte gar nicht nötig hätten!“

Wenn die Königlich Sächsische Generaldirektion ihre Bahnhofswirte mit der Beseitigung der Trinkgelber nicht den Anfang machen lassen will, so können die Gründe hierfür als durchschlagend nicht angesehen werden. Auch hier sollten die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein, und gerade hier können sie es, weil sie keine unmittelbare Konkurrenz haben (denn daß die Bestimmungen auch auf die Speisewagen-Gesellschaften auszudehnen wären, ist doch selbstverständlich). Das Publikum, das wird man auch in der sächsischen Generaldirektion wissen, ergreift nie die Initiative, um einen Schlenker zu beseitigen. Aber das Publikum fügt sich, besonders im Eisenbahnbetriebe. Es wird auch gern die Vorteile der Trinkgeldabschaffung einsehen und dann schon eher für die Abschaffung auch in den freien Betrieben sorgen. Aber nicht umgekehrt sollte die Bahnverwaltung warten, bis sie auf diesem Gebiete von den freien Konkurrenten gedrängt wird. Die Bahnverwaltung ist mächtiger, denn sie verfügt über den Zwang. Nütze sie ihn also im sozialen Sinne aus! Es soll ohne weiteres zugestanden werden, daß mancher Bahnhofswirt dank der wilden Überbietungspraxis bei Pachtabgeboten nicht instande sein wird, ohne weiteres sein Personal zu entlohnen, daß es durch den Ausfall der Trinkgelber keinen Schaden erleidet. Aber einerseits ist gar nicht nötig, daß Bahnhofskellner, wie es ja auch nur ganz vereinzelt vorkommt, 500 oder mehr Mark monatlich verdienen, denn ihre wirklichen Leistungen stehen zu solchem Einkommen auch dann in keinem rechten Verhältnis, wenn sie sehr tüchtig sind. Und zum andern ist es selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung bei der Einführung einer ausreichenden festen Entlohnung ihren Wirten behilflich ist — im Notfalle durch einen Pachtnachschuß, richtiger aber durch die Bewilligung einer kleinen Erhöhung auf die Speisen- und sonstigen Verkaufspreise. Damit hätte natürlich die entsprechende Aufklärung des reisenden Publikums Hand in Hand zu gehen.

Ganz ohne Beweis wird vermutet, daß das bessere Personal sich von den trinkgeldfreien Bahnhofswirtschaften ab und in die üppigeren Gefilde der freien Gastwirtschaften begeben würde. Das Gegenteil dürfte eintreffen. Es wächst gerade unter den anständigen, soliden Elementen der gastwirtschaftlichen Gehilfenschaft die Erbitterung gegen den Trinkgelbbettel in einem der Außenwelt ganz ungelannten Maße, und mancher wird gern etwas weniger, aber anständiger verdienen. Und ziehen denn die zuständigen Stellen die Konsequenz ihres ablehnenden Verhaltens? Sie wissen, daß der Bahnhofskellner auf die Trinkgelbeinnahme angewiesen ist. Was werden sie tun, wenn einmal ein solcher Kellner einem glatt bezahlenden Gast in höflicher, aber bestimmter Form ein Trinkgeld abfordert und dann des Reisenden Beschwerde zu erledigen ist? Zweifellos wird eine solche Sache mit der Entlassung des Kellners enden. Ist aber das ein Ausgang, den eine staatliche Verwaltung in ihren Betrieben dulden darf?

Es wäre bedauerlich, wenn in dieser Angelegenheit von den Eisenbahnverwaltungen schon das letzte Wort gesprochen wäre. Jedenfalls aber wird das Rationale Kartell nichts unverjucht

lassen, um auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen, und es glaubt, dabei auf die Mitarbeit aller wahrhaft sozial gesinnten Männer rechnen zu dürfen — gilt es doch der Beseitigung eines Übels, für dessen Verurteilung namhafte Leute aller Parteien die härtesten Worte gefunden haben.

Löhne der Eisenbahnarbeiter in Baden. Man schreibt uns: Dem badischen Landtag sind auch in der letzten Session wieder Petitionen von den beiden bestehenden großen Eisenbahnarbeiterverbänden zugegangen. Dem zu diesen Petitionen erstatteten Bericht der Budgetkommission der II. Kammer ist über die Entwicklung der Arbeitslöhne bei den badischen Staatseisenbahnen in den Jahren 1903 bis 1908 folgendes zu entnehmen: Das durchschnittliche Jahreslohneinkommen ist in diesem Zeitraum gestiegen:

- a) bei den Arbeitern des Verwaltung- und Betriebsdienstes . . . von 894 M auf 1298 M, d. i. um 45,2 %
- b) bei den Arbeitern der Bahn- u. Telegraphenunterhaltung . . . 868 - - 1058 - , - 21,9 %
- c) bei den Werkstättenarbeitern . . . 1128 - - 1485 - , - 27,9 %
- d) bei allen Arbeitern zusammen . . . 942 - - 1275 - , - 35,2 %

Bei Würdigung dieser Zahlen ist zu beachten, daß die Arbeiter unter a sich der Eisenbahnverwaltung ständig, also auch an Sonn- und Feiertagen, zur Verfügung stellen müssen und nur (wie die Beamten) bestimmte freie Tage erhalten; sie werden für 865 Tage im Jahr bezahlt. Die Arbeiter unter b und c werden dagegen im allgemeinen nur an den Werktagen beschäftigt und nur für die Arbeitstage (allgemein 806 Tage im Jahr) ausgelohnt. Bei einer auf dieser Basis vorgenommenen Umrechnung des durchschnittlichen Jahreslohneinkommens auf den Verdienst für den Arbeitstag ergibt sich, daß dieser in dem Zeitraum von 1903 bis 1908 gestiegen ist bei den Arbeitern unter

- a) von 2,45 M auf 3,55 M
- b) - 2,83 - - 3,45 -
- c) - 3,67 - - 4,69 -

In alle vorangeführten Verdienste ist, soweit es sich um Arbeiter handelt, die ganz oder teilweise im Akkordlohn (Stücklohn) arbeiten — es sind dies die Werkstätten- und ein Teil der Magazinarbeiter — der Akkordverdienst jeweils mit eingerechnet.

Der Gesamtaufwand an Löhnen bei der badischen Staatsbahn stieg in dem mehrerwähnten Zeitraum von 13 596 000 M im Jahre 1903 auf 22 169 000 M im Jahre 1908, d. i. um 63,0 %, die Gesamtzahl der Arbeiter von 14 437 in 1903 auf 17 381 in 1908, d. i. um 20,4 %. Wären die im Jahre 1908 gezahlten Durchschnittslöhne schon im Jahre 1903 bezahlt worden, so würde für die im Jahre 1903 vorhanden gewesen Arbeiter der Mehraufwand 5 052 000 M betragen haben. Dies ist der Betrag, den die badische Staatsbahn ohne Einrechnung der Vermehrung der Arbeiterzahl in den 5 Jahren 1904 bis 1908 für Aufbesserung der Arbeiterlöhne verwendet hat, d. i. jedes Jahr durchschnittlich 1 Million Mark mehr.

Eine auf Grund der Tabelle 25 der Reichsstatistik über die Eisenbahnen aufgestellte Vergleichung des durchschnittlichen Gesamtjahreseinkommens der Arbeiter bei den größeren deutschen Staatseisenbahnverwaltungen ergibt folgendes Bild:

Staatseisenbahnen in	Verwaltungsdienst	Bahnunterhaltung und Bewachung	Bahnhofsbetrieb und Zugbegleitungs-dienst	Zugförderungs- und Werkstätten-dienst	Insgesamt
	M	M	M	M	M
Baden	1510,36	1076,10	1894,06	1467,19	1885
Preußen-Gesell. . .	1070,89	845,30	1171,36	1275,77	1094
Saß-Lothringen . .	1209,09	886,43	1176,79	1886,56	1111
Württemberg . . .	1219,84	946,85	1282,35	1480,36	1206
Bayern	1676,88	897,80	1286,46	1871,46	1176
Sachsen	1250,37	884,78	1161,39	1447,65	1158

Darnach hätte von den größeren deutschen Staaten mit Eisenbahnbesitz Baden zurzeit weitaus den größten Aufwand an Löhnen und anderen persönlichen Ausgaben für Arbeiter, gemessen an der Kopfzahl der Arbeiter.

Fürsorge für die Verpflegung des Eisenbahnpersonals in Preußen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Eisenbahndirektionen eine Zusammenstellung der Erlasse zugesandt, durch welche die Eisenbahndirektionen angewiesen sind, geeignete Einrichtungen für die Verpflegung des Personals zu treffen, das während

des Dienstes außerhalb der Familie Mahlzeiten einzunehmen gezwungen ist. Bei der hohen Bedeutung, die diese Einrichtungen nicht nur für die Gesundheit des Personals, sondern auch für die Sicherheit des Betriebes haben, erwartet der Minister von neuem, daß die Eisenbahndirektionen dieser Fürsorge fortgesetzt ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden und, soweit Einrichtungen noch fehlen oder den berechtigten Anforderungen noch nicht entsprechen, das Erforderliche veranlassen werden.

Volksgeundheit.

Der 2. Internationale Kongreß für Gewerbekrankheiten,

der vom 10. bis 14. September in Brüssel als 56. der während der Weltausstellung veranstalteten Kongresse tagte, vereinigte Vertreter aller Kulturnationen. Wenn auch die Überzahl der Besucher aus Belgien und Frankreich stammte, so war Deutschland doch tatächlich vertreten. Das Reichsamt des Innern hatte Geheimrat Benmann, das Reich. Gesundheitsamt Regierungsrat Buchholz entsandt, vom bayerischen Ministerium des Innern waren Oberregierungsrat Priem und Landesgewerbearzt Koelsch erschienen. Neben einer Anzahl von Vertretern der Wissenschaft und praktischen Ärzten nahmen am Kongreß zum erstenmal auch einige Ärzte der chemischen Großindustrie teil, ein erfreulicher Beweis für das Interesse der großen Werke an den Fortschritten der Gewerbehygiene einerseits, andererseits eine wesentliche Bereicherung der Arbeiten des Kongresses durch Vorträge, die auf praktische Erfahrungen gegründet waren. Verhandelt wurden folgende sechs Themata: 1. Ist eine Unterscheidung zwischen Gewerbekrankheiten und Unfällen nötig? Zu dieser theoretisch schwer zu lösenden Frage ist hervorzuheben, daß nicht nur von Deutschland, sondern auch von nichtdeutscher Seite anerkannt wurde, daß die Gleichstellung der Gewerbekrankheiten mit den Unfällen in Deutschland von geringerer praktischer Bedeutung sei als in den meisten anderen Ländern, da die Krankenversicherung in Verbindung mit der Invalidenversicherung zunächst in allen Fällen eintrete. 2. Die ärztliche Ausrüstung in Berg- und Hüttenwerken, Fabriken usw. Hier trat ein gewisser Gegensatz hervor zwischen Vertretern der Wissenschaft und Praktikern, insofern letztere die von den ersteren empfohlenen Mittel in vielen Fällen seit langer Zeit durch neuere und bessere ersetzt haben. Als Kuriosum sei erwähnt, daß ein deutscher Redner vorbrachte: „Es sollen seit kurzem manche Werke der chemischen Industrie eigene Ärzte haben“; demgegenüber ist festzustellen, daß alle großen chemischen Fabriken seit geraumer Zeit mindestens einen Werkarzt haben, manche seit 18 Jahren! 3. Der gegenwärtige Stand des Kampfes gegen die Wurmkrankheit. In Deutschland ist man gegenwärtig in der Erkennung (durch Gesamtuntersuchung der Leute) und Prophylaxe soweit vorgeschritten, daß die Frage der Verhütung der Wurmkrankheit praktisch gelöst sein dürfte. Die Fragen 4 und 5: Gewerbliche Augenkrankheiten und Luftröhrenkrankheit interessierten mehr Spezialisten, dagegen erweckte das letzte Thema: Die gewerblichen Vergiftungen wieder das allgemeinste Interesse. Hier wurden zahlreiche, zum Teil äußerst wertvolle Arbeiten vorgetragen über Blei, Arsen, Nickel und Quecksilber. Wir nennen von den Rednern nur Teleky-Wien, Ramboulet-Prag, Sternberg-Wien, Pieracini und Crisafulli-Italien, Scherwin-Höchst, Gurschmann-Bitterfeld, Vegge-England. Einige Spezialvorträge mit Demonstrationen schlossen sich an, so von Devoto-Mailand über die erste Arbeiterklinik in Mailand und von Hahn-München über den von ihm erfundenen Apparat zur Verhütung des Gas- und Staubeinhaltes der Luft. Sämtliche Vorträge sind im Druck erschienen. Dr. F.

Die Internationale Vereinigung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hielt unter Beteiligung verschiedener Landesvereine und Regierungen unter dem Vorhinein von Senatspräsident Dr. v. Strauß und Tornay vom 9. bis 11. September ihre erste selbstständige Tagung in Scheveningen. Nach einem Vortrage des Großkaufmanns J. R. Bietor, Bremen, über „Alkohol und Kulturvölker“ wurde einstimmig beschlossen, die Kolonialmächte zu ersuchen, die Einfuhr und den Ausschank von geistigen Getränken in den Kolonien nur unter verschärften Zoll- und Lizenzbestimmungen zu gestatten. Ferner fand ein von katholischer Seite gestellter Antrag Annahme, den Anstalten, in denen die Missionare für die Heidenmissionen vorgebildet werden, Lehrstoffe über den Alkoholismus in den Kolonien und die Mittel zu seiner Bekämpfung zur

Verfügung zu stellen. Weitere Vorträge wurden gehalten von Graf Starzynski (St. Petersburg) über die alkoholischen und antialkoholischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Dr. Kunz (Haag) über Trinkerfürsorge. Zum Schluß fand eine vertrauliche Besprechung statt über den Ausbau der Organisation der Internationalen Vereinigung und ihre Aufgaben in der nächsten Zukunft. Die nächste Tagung findet voraussichtlich während der Hygieneausstellung in Dresden statt.

Unentgeltliche Geburtshilfe in Zürich. Der kleine Stadtrat (Majistrat) hat dem Großen Stadtrat (Stadtverordnetenversammlung) den Antrag unterbreitet, alle Wöchnerinnen, die seit mindestens einem Jahre in Zürich wohnen und auf ein Einkommen von nicht mehr als 2000 Fr. angewiesen sind, zum unentgeltlichen Besuch der kantonalen (staatlichen) Frauenklinik oder zum Bezug der staatlichen Hebammengebühr, falls die Entbindung im Hause erfolgt, zu berechtigen. Zu den Kosten der Erweiterung der Frauenklinik soll ein Beitrag von 440 000 Fr. aus der Stadtkasse geleistet werden. — Die vorgeschlagene Maßnahme bedeutet noch nicht die völlige Einführung unentgeltlicher Wochenhilfe, da dazu für schwere Fälle im Hause auch Arzt und Krankenpflege nötig wären, aber es ist ein sehr wichtiger Schritt, da immer mehr Frauen ihre Entbindung in Anstalten abmachen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Zur Entwicklungsgeschichte des Sozialismus. Von Dr. Otto Barschauer, Prof. d. Staatswissenschaften, Berlin. Berlin. Verlag von Franz Vahlen. 408 S.

Die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, gleichviel wie man sich zu den sozialistischen Lehren stellt, gehört nach Ansicht des Verfassers zur allgemeinen Kulturgeschichte, und bei dem entscheidenden Einfluß, den die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert gewonnen hat, wird auch der Historiker mehr und mehr diese Bewegung als wichtigen Bestandteil des geschichtlichen Geschehens anerkennen müssen. Das vorliegende Werk bietet wertvolle Grundlagen für eine gerechte Beurteilung der sozialistischen Bewegung, indem es in die Gedankenwelt derjenigen Männer einführt, die als Vorläufer des Sozialismus der Gegenwart gelten können. Drei Gestalten werden als Träger sozialistischer Ideen und Systeme in lebensvoller Schilderung vor die Augen gestellt: Saint-Simon, Fourier und Louis Blanc. Es werden nicht nur die Lehren dieser Männer und ihrer hervorragenden Schüler dargestellt, sondern es werden auch Bilder entrollt von dem politisch bewegten Schicksal Frankreichs in der Zeit von der französischen Revolution bis zum Kriege von 1870. Jetzt, wo man auf die Wirksamkeit dieser Vorläufer des Sozialismus bereits wie aus der Vogelperspektive zurückschaut, läßt sich erkennen, wie viel von ihren Utopien unerfüllt geblieben mußte. Andererseits aber ist es auch besonders lehrreich zu erkennen, wie manche Gedanken das tragische Schicksal der ersten Denker überdauern und in abgeschwächter oder den veränderten Verhältnissen angepaßter Form später wiederkehren und z. T. verwirklicht werden. So bieten manche vorbildliche industrielle Werke, die eine Gemeinbeteiligung und gute Wohlfahrts-einrichtungen für ihre Arbeiter eingeführt haben, trotz aller Verschiedenheit verwandte Züge mit der uns jetzt fast kindlich anmutenden „Phalange“ des Fourier. Der Blanc'sche Gedanke von der Organisation der Arbeit, um die Schäden der „freien Konkurrenz“ zu bekämpfen, findet wiederum eine teilweise Anerkennung in der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung, die dem „freien Spiel der Kräfte“ zum Schutze des Schwachen entgegentritt. Aber auch ohne diese Beziehungen zur Gegenwart, verdienen Barschauers Lebensbilder hervorragender Persönlichkeiten und seine Schilderung einer an Gedankenkämpfen ebenso wie an politischen Kämpfen reichsten Zeitperiode Beachtung als wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte.

Struktur und Durchschnittslöhne der Pforzheimer Schmutzwaren-Industrie i. J. 1906. Für die süddeutsche Edel- und Uedelmetall-Berufsgenossenschaft, Sektion III, dargestellt von Dr. L. Raefemacher, Syndikus der Handelskammer Pforzheim. Pforzheim 1910. Selbstverlag der Berufsgenossenschaft.

Auf Grund der Lohnlisten der Genossenschaft sind über die Lohnhöhe und ihre Schwankungen sehr eingehende Studien gemacht und eine Reihe von Tabellen aufgestellt. Das rein statistische Material überwiegt, doch fallen auch Streiflichter auf einige soziale Seiten des Gewerbes, so auf die erfreulichen Lohnerhöhungen, aber auch auf den bedauerlichen Mangel an geschultem Nachwuchs.

Gesundheits-Kalender 1911, von Dr. Körner, mit Beiträgen von Professor Dr. Rieter und Professor Dr. Lehmann, 96 S., mit 60 Abbildungen und Farben-Tafeln. 50 Pf. Wilhelm Ditt, Würzburg.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Hollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission. Von Geh. Reg.-Rat Düttmann, Oldenburg	33
Friede in der deutschen Metall- und Schiffbauindustrie. Von Privatdozent Dr. Waldeemar Zimmermann, Berlin	39
Soziale Zustände	42
Kindereisen und Kinderfürsorge in der Türkei. Von Suhaib Herli, Konstantinopel. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im badienischen Sägereigewerbe. Die Arbeitszeiten in der deutschen Textilindustrie.	
Kommunale Sozialpolitik	44
Abkehr vom gemeindlichen Eigenbetriebe in Königsberg i. Pr. Die Erteilung von Unterricht an fortbildungspflichtige Jugendkinder durch Arbeitervereine. Der Grundstücksbesitz der Stadt Berlin.	
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern	45
Kollektivvertrag im südwestdeutschen Gipsergewerbe, festgestellt durch das Karlsruher Bezirksarbeitsgericht. Von Stadtratsrat Dr. Hertlich, Karlsruhe.	
Einen besonders schweren Fall von Tarifunterbrechung.	
Streiks und Aussperrungen	47
Der Streik der Kaffeehauskellner in Hamburg. Straßenbahnstreik in Mülhausen im Elsaß. Das Ende der Aussperrung in den Baumwollspinnereien Danzigs. Positive Resultate auf der österreichischen Südbahn.	
Arbeiterfrage	48
Handlungsgehilfenfrage in Rußland. Von Joseph Boujansky, Petersburg. Kauft nicht am Sonntag! Ein internationaler Heimarbeitkongress. Ein französisch-italienisches Übereinkommen über den Jugendkinderbeschäftigung.	
Arbeiterversicherung. Spartassen	15
Die österreichische Pensionsversicherung der Privatangehörigen. Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Verpflichtung der Werkstätten zur Zahlung von Knappschaftsbeiträgen für die Grubenbeamten. Die Alters- und Invalidenversicherung in der Schweiz.	
Genossenschaftswesen	55
Genossenschaftsbildung in Blindengewerben. Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau. Der 8. Internationale Genossenschaftstag. Der britische Bauerngenossenschaftsverband „Co-partnership Tenants Ltd“.	
Vollverziehung	58
Die Neuordnung der Mädchen-Fortbildungsschulen in Berlin. Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Sachsen. Zur Errichtung von Wanderhaustaltungsschulen in Preußen. Ein internationaler Kongress für häusliche Erziehung.	
Wohnungswesen	59
Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten. Eine Umfrage über das Wohnungswesen. Ausstellung für Kleinwohnungsbaun und Einrichtung. Musterpläne für Wohnungsbauten. Literarische Mitteilungen	62

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission.

Von Geh. Reg.-Rat Düttmann-Oldenburg.

I.

Sieben Wochen angestrengter Arbeit hat die Kommission, die jüngst mit der Beratung der die Unfallversicherung umfassenden Bestimmungen des dritten Buches ihre Arbeiten wieder aufgenommen

hat, bis Mitte Juli ihrer Aufgabe gewidmet. Aber ob das Ergebnis der aufgewandten Mühe entspricht, kann füglich bezweifelt werden. Wohl ist nicht durch uferlose Generaldebatten die Zeit ohne praktischen Gewinn gekürzt, vielmehr manche Zweifelsfrage, die zu langen Erörterungen hätte führen können, überraschend schnell erledigt worden. Auch darf es nicht Wunder nehmen, daß erst zwei von den fünf Büchern des Gesetzesentwurfs durchberaten sind, während man angeblich zunächst daran gedacht hatte, bis zur Vertagung mit der ganzen ersten Lesung fertig zu werden. Im Gegenteil könnte man eher von einem zu raschen als von einem zu langsamen Fortgang der Beratung sprechen.

Was ein wenig günstiges Urteil über das Ergebnis der Kommissionsarbeit nahe legen muß, das ist der Umstand, daß von manchen Beschlüssen schon jetzt feststeht, daß sie nicht aufrecht erhalten werden sollen, weil man sich inzwischen von der Notwendigkeit einer anderen Lösung überzeugt hat. Noch schlimmer aber für das Schicksal des Gesetzesentwurfs ist es, daß einstweilen noch gar nicht abzusehen ist, wie er eine solche Fassung erlangen kann, daß sich eine zu seiner Annahme geneigte Mehrheit im Reichstage findet.

Es darf dies nicht so verstanden werden, als wenn es nach dem Verlauf der Kommissionsverhandlungen bei den Parteien an dem guten Willen fehlte, zum Zustandekommen des Gesetzes beizutragen. Das möchte für die fortschrittliche Volkspartei vielleicht eine Zeit lang zutreffen, die bei der ersten Lesung im Plenum noch gespalten zu sein schien, bei der Kommissionsberatung zunächst immer geschlossener gegen die Vorlage Stellung nahm und schließlich durch ihren Wortführer Dr. Mugdan erklären ließ, daß es Sache des „konservativ-liberalen Kartells“ sei, eine Mehrheit für das Gesetz zu bilden, also sich selbst ausschaltete, nachträglich aber doch den Willen zu positiver Mitarbeit bekundete. Alle anderen Parteien scheinen auf die Verabschiedung des Gesetzes mehr oder weniger großes Gewicht zu legen. Selbst die Haltung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, die mit anerkanntem Fleiße manchen Baustein herbeigeschafft haben, der von der Kommission dem Bauwerk eingefügt wurde, ist keineswegs eine im allgemeinen ablehnende, wie man das nach den zahlreichen Beschlüssen sozialdemokratischer Versammlungen glauben könnte. Ob sie schließlich bei der Abstimmung über den gesamten Entwurf ihn annehmen werden, ist allerdings wohl noch recht zweifelhaft.

Die konservativen Parteien, die Rationalliberalen und das Zentrum sind zwar ernstlich bemüht, das Gesetz zustande zu bringen. Aber sie gehen nicht nur zum Teil weit voneinander abweichende Wege, sondern in manchen wichtigen Fragen zeigten sich auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern derselben Partei, so daß noch keineswegs sicher zu übersehen ist, wie die Stellungnahme der Parteien bei der zweiten Lesung und bei den späteren Beratungen im Plenum sein wird.

Allerdings hat die Kommission auch mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese liegen nicht so sehr in dem ungewöhnlich großen Umfange des Stoffes als darin, daß es zur vollständigen Beherrschung des letzteren einer Summe von Detailkenntnissen bedarf, die günstigstenfalls ganz wenigen Mitgliedern der Kommission beizumohnt.

Schon aus diesem Grunde war es wenig glücklich und für ein positives Ergebnis nicht förderlich, daß man nicht mit den materiellen Bestimmungen der Bücher 2 bis 5 begann, um sich in die für einen großen, wenn nicht den größten Teil der Kommissionsmitglieder ziemlich unbekannte Materie allmählich hineinzuarbeiten,

sondern sich mit den organisatorischen Fragen des ersten Buches befaßte, bevor man sich darüber schlüssig gemacht hatte, welche Aufgaben den zu schaffenden neuen Stellen übertragen werden sollten. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn, soweit die freilich vielfach lüdenhaften und einander widersprechenden Berichte über die Kommissionsverhandlungen ein Urteil gestatten, gerade hier die nicht in allen Teilen von rein sachlichen Erwägungen ausgehenden Beschlüsse von Interessenverletzungen und sonstigen Meinungsäußerungen, die im Laufe des letzten Jahres veröffentlicht wurden, einen recht großen Einfluß auf die Abstimmung eines Teils der Kommissionsmitglieder ausgeübt haben und bei der zweiten Lesung auf Grund des bei den weiteren Beratungen gewonnenen eigenen Urteils vermutlich manche Stimme anders fallen wird.

Diese nicht ausreichende Beherrschung der Gesetzesmaterie auf der einen Seite und die Isolierung der Kommissionsmitglieder, die keine Gelegenheit zur Rücksprache mit ihren Parteien hatten, auf der anderen Seite, bildete wohl auch den Hauptgrund, weshalb es bislang sowohl innerhalb der einzelnen Parteien als zwischen den Parteien untereinander nicht in weiterem Umfange zu einer Verständigung kam. Es fehlen eben bis jetzt noch genügend sichere Unterlagen für eine solche. In der Kommission herrscht offenbar das Bestreben, zunächst einmal den ganzen Entwurf durchzuberaten und erst dann Vorkehrungen zu treffen, daß es mit dem Gesetze nicht so geht, wie mit dem die Errichtung von Betriebskrankenkassen behandelnden § 257, der mit wechselnden Mehrheiten zunächst abgeändert und dann abgelehnt wurde. Man wird daher kaum fehl gehen in der Annahme, daß erst nach der ersten Lesung und nach dem Zusammentritt des Plenums des Reichstags nach dieser Richtung hin eine durchgreifende Änderung eintreten wird.

Daraus folgt allerdings, daß das endgültige Schicksal des Gesetzentwurfs noch lange in der Schwebe bleiben wird, und weiter, daß möglicherweise nach der zweiten Lesung noch eine dritte sich als notwendig erweisen wird, um dem ganzen Entwurf wieder eine einheitliche Fassung zu geben.

Wenn Graf Kosakowsky seinerzeit für die Reform der Arbeiterversicherung die Befugnisse eines Diktators gefordert hatte, so hatte das mindestens insoweit seine Berechtigung, als die Vornahme erheblicher Änderungen während der Beratungen die Gefahr mit sich bringt, daß die Einheitlichkeit des Gesetzgebungswerks verloren geht. Die Reichstagskommission hat sich durch dies Bedenken nicht im geringsten beeinflussen lassen, sondern an so vielen Stellen und in so wichtigen Punkten geändert, daß es völlig unmöglich ist, während der Beratungen selbst die Folgerungen, die sich aus diesen Beschlüssen ergeben, mit Sicherheit für das ganze Gesetz zu übersehen. Das gilt namentlich für den Fall, daß an späterer Stelle Änderungen beschlossen werden, die auf bereits erlebte Teile des Gesetzes zurückwirken.

Es erscheint daher nahezu ausgeschlossen, auf jeden Fall aber keineswegs wünschenswert, daß die Kommission ihre Beratungen vor dem Zusammentritt des Plenums im November zum Abschluß bringt. Eine solche Beschleunigung würde nur auf Kosten der Sache möglich sein. Das gilt auch dann, wenn das umfangreiche dritte Buch, das die Unfallversicherung behandelt, in wenigen Sitzungen erledigt und bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von durchgreifenden Änderungen, ohne die freilich eine zufriedenstellende Entwicklung dieser Versicherungszweige dauernd ausgeschlossen sein würde, abgesehen wird. Denn die im sechsten Buche befindlichen Bestimmungen über das Verfahren werden zweifellos zu zeitraubenden Erörterungen führen. Insbesondere aber wird die zweite Lesung, wenn sie dem Entwurf eine Fassung geben soll, welche seine Annahme wahrscheinlich macht, für viele Teile des Entwurfs eine weit längere Zeit erfordern, als die erste Lesung, es sei denn, daß in der Pause zwischen der ersten und zweiten Lesung eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien, die das Gesetz zu Stande bringen wollen, erfolgt.

Es sollte daher schon jetzt der Gedanke aufgegeben werden, daß man dahin streben müsse, den Gesetzentwurf so frühzeitig dem Plenum des Reichstags vorzulegen, daß die Beratungen noch vor den Etatsberatungen zum Abschluß gebracht und die neuen Bestimmungen, wenigstens soweit sie die Hinterbliebenenversicherung betreffen, am 1. April 1911 in Kraft gesetzt werden können. Das wäre vielleicht möglich gewesen, wenn Kommission und Plenum mit geringfügigen Änderungen den Regierungsentwurf hätten annehmen wollen, und hätte vorausgesetzt, daß auf Seiten der Regierung eine Persönlichkeit mit den Neigungen und der Entschiedenheit eines Diktators für den Entwurf eingetreten wäre. Da dies nicht der Fall war, so kann nur dem Wunsche Ausdruck

gegeben werden, daß man nicht in dem Streben nach einem nicht mehr erreichbaren Ziele die Beratungen überstürze, sondern bereits jetzt mit einem späteren Inkrafttreten des Gesetzes rechne.

II.

Das erste Buch des Gesetzentwurfs umfaßt unter der Überschrift „Gemeinsame Bestimmungen“ neben anderen für alle Versicherungszweige geltenden Vorschriften die Bestimmungen über die Versicherungsbehörden: Versicherungsamt, Oberversicherungsamt, Reichs-, Landesversicherungsamt.

Nach den Nachrichten in der Tagespresse mußte man annehmen, daß die Kommission hier die erste grundlegende Änderung an dem Entwurf vorgenommen und die vorgeschlagenen Versicherungsämter, gegen die von so vielen Seiten Sturm gelaufen ist, abgelehnt hätte. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die umfangreichen Änderungen des Entwurfs, welche die Kommission beschlossen hat, abgesehen von den später zu erörternden Bestimmungen über die Vornahme der Wahlen, nur in bezug auf zwei Punkte praktisch von weittragender Bedeutung sein werden, nämlich die anderweite Regelung der Kostenfrage und die Beseitigung der Sonderversicherungsämter.

Was im übrigen geändert ist, betrifft nur Nebensächliches, so daß es richtiger wäre zu sagen, daß die Kommission die Vorschläge des Regierungsentwurfs über die Organisation der Versicherungsämter in der Hauptsache angenommen hat.

Weggefallen ist allerdings die Befugnis der obersten Landesbehörde, das Versicherungsamt als eine selbständige Behörde zu errichten. Tatsächlich würde von dieser Befugnis wenigstens zunächst, wenn überhaupt, dann jedenfalls nur in sehr geringem Umfange Gebrauch gemacht worden sein. Durch den Wegfall der Befugnis wird die Bewegungsfreiheit der obersten Landesbehörde aber kaum in nennenswertem Umfange eingeschränkt. Diese kann für die Bezirke mehrerer unteren Verwaltungsbehörden bei einer derselben ein Versicherungsamt einrichten, die Verbindung mit der Behörde auf ein so geringes Maß einschränken, daß sie praktisch kaum in die Erscheinung tritt, und so tatsächlich fast dasselbe erreichen, was die Errichtung einer selbständigen Behörde bringen würde.

So würde z. B. in Preußen das Ministerium für eine Großstadt und den Bezirk des in dieser bestehenden Landratsamts bei letzterem ein gemeinschaftliches Versicherungsamt einrichten können, bei dem selbstverständlich der Landrat als geborener Vorsitzender so gut wie gar nicht in Tätigkeit treten, vielmehr alles seinem Stellvertreter überlassen würde.¹⁾

Daß ein Stellvertreter für den Vorsitzenden des Versicherungsamts nach dem Entwurf bestellt werden muß, nach den Kommissionsbeschlüssen bestellt werden kann, ist ebenso unerheblich wie die Beseitigung des Titels Versicherungsamtmann und die Streichung der Bestimmung, daß in der Regel nur zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt befähigte Personen zu Versicherungsamtmännern bestellt werden sollen. Den genannten Titel können die obersten Verwaltungsbehörden, wenn sie es für angezeigt halten, jederzeit ihrerseits einführen, und als „durch Vorbildung geeignet“ brauchen sie andere als die bezeichneten Personen nicht anzuführen.

Es ist also insoweit im Grunde wenig am Entwurf geändert. Aber auf der andern Seite ändert der Entwurf eigentlich auch an den Bestimmungen des geltenden Rechts weiter nichts, als daß die bislang nur auf dem Gebiete der Invalidenversicherung eingeführten Besitzer der unteren Verwaltungsbehörde demnächst auch auf den Gebieten der Kranken- und Unfallversicherung in Tätigkeit treten sollen; in welchem Umfange? — das wird allerdings erst durch die später zu fassenden Beschlüsse bestimmt werden.

Von erheblichem Einfluß ist aber zweifellos die vom Ausschusse beschlossene Änderung der Kostenfrage. Nach dem Gesetzentwurf sollten Staat oder Gemeinde die Bezüge des Versicherungsamtmanns und seiner Vertreter tragen, je nachdem das Versicherungsamt an eine staatliche oder gemeindliche Behörde angegliedert war, und ebenso die Kosten für die Geschäftsräume, soweit nicht besondere Geschäftsräume für das Amt beschafft werden. Alle anderen Kosten aber sollten von den Versicherungsträgern erstattet werden ohne Rücksicht darauf, ob es sich um die Erfüllung von Aufgaben handelt, die bereits jetzt von staatlichen oder gemeindlichen Behörden kostenfrei

¹⁾ Wenn es bei der von der Kommission beschlossenen Regelung der Kostenfrage bleiben sollte, so wird es fast notwendig zu dieser Art der Organisation kommen. Denn wenn der Staat nun einmal die sämtlichen Kosten tragen soll, so wird er auch lieber selbst die Organisation treffen, als sie den Gemeindeverbänden überlassen und damit das Bestimmungsrecht über die von ihm zu leistenden Zahlungen aus der Hand geben.

wahrgenommen werden müssen, oder um neue Aufgaben, die ihnen jetzt erst übertragen werden sollten.

Abgesehen davon, daß zu einem Zeitpunkte, wo die Einführung der Hinterbliebenenversicherung, wie die Begründung des Gesehtentwurfs selbst anerkennt, eine Heranziehung der durch die Erleichterung der Armenlast entlasteten Gemeinden zu den Kosten der Arbeiterversicherung durchaus rechtfertigt, die Abwälzung der Kosten der Versicherungsämter auf die Versicherungsträger am wenigsten berechtigt gewesen wäre, mußte die im Entwurf vorgeschlagene Regelung einerseits zu häufigen der Sache schädlichen Reibungen zwischen den die Kosten tragenden Versicherungsträgern und den über die Kosten bestimmenden Stellen führen, andererseits zu unwirtschaftlichen und sogar die Einrichtung schädigenden Maßregeln geradezu herausfordern.²⁾

Diese Gefahr hat die Kommission durch den zu § 69 gefaßten Beschluß, daß der Bundesstaat die sämtlichen Kosten des Versicherungsamts zu tragen hat, zwar beseitigt. Denn der Staat kann, wie bereits oben erwähnt, von einer Angliederung der Versicherungsämter an gemeindliche Behörden absehen. Er behält dann selbst die Zügel in der Hand und kann dafür sorgen, daß sparsam gewirtschaftet wird, vielleicht auch zu sparsam, so daß darunter die Arbeiten leiden und die vom Gesehtentwurf angestrebte Besserung nicht erreicht wird.

Eine befriedigende Lösung ist in dem erwähnten Beschlusse gleichwohl nicht zu erblicken. Mit den allgemeinen Kosten sollten Staat und Gemeinde belastet werden, welche das Versicherungsamt errichten, in Streitfällen dagegen die besonderen Kosten des einzelnen Falles und daneben vielleicht eine geringe Bauschgebühr der unterliegenden Partei auferlegt werden, also nicht nur dem Versicherungsträger, sondern auch dem Versicherten oder anderen Beteiligten. Die für diese kostenfreie Rechtsverfolgung, die bislang auf den Gebieten der Unfall- und Hinterbliebenenversicherung, aber nicht auf dem der Krankenversicherung bestand, hat wohl doch im ganzen genommen größere Nachteile als Vorteile im Gefolge. Wenn jetzt einheitliche Bestimmungen für das ganze Gebiet der Arbeiterversicherung geschaffen werden sollen, empfiehlt sich die mittlere Linie einer Kostenpflichtigkeit in mäßigem Umfange. Die große Zahl der völlig unbegründeten Rechtsmittelinlegungen, von der auch Arbeiterssekretariate und Volksbureaus, gewiß unverdächtige Zeugen, häufig in ihren Geschäftsberichten sprechen, würde jedenfalls abnehmen, wenn nicht mehr völlige Kostenfreiheit dazu reizt, bis in die höchste Instanz zu gehen, mag auch keinerlei Aussicht auf Erfolg vorliegen. Eine große Summe von Arbeit und Kosten würde erspart werden. Was aber mehr wert ist: die abgewiesenen Rentenbewerber würden sich rascher beruhigen, als wenn ihre Sache nicht selten weit über Jahresfrist in Schwebe bleibt und Gesundheit und Tatkraft darunter leiden. Allerdings würde der Weizen der Winkeladvokaten nicht mehr so sehr blühen, die jetzt mit dem Hinweis: „Es kostet ja nichts!“ manchen Zweifelnden zur Einlegung des Rechtsmittels bewegen und ihm gewiß weit größere Beträge abnehmen, als an Gebühren für das Verfahren in Frage kommen würden. Den wirklich begründeten Beschwerden würde eine bessere Beachtung gesichert sein, wenn sie nicht mehr unter der wachsenden Zahl der unbegründeten zu leiden haben, und man brauchte nicht mehr zu dem immerhin unerwünschten Mittel einer Verkürzung des Instanzenzuges zu greifen, wenn auf diesem Wege der von Jahr zu Jahr eintretenden Zunahme der Berufungen, Rekurse und Revisionen Einhalt geboten würde.

Sehr gründlich, ja vielleicht zu gründlich, hat die Kommission aufgeräumt mit den Ausnahmebestimmungen des Gesehtentwurfs, auf Grund deren Sonderversicherungsämter und besondere Oberversicherungsämter vor allem für Reichs- und Staatsbetriebe und die zugelassenen Kasseneinrichtungen, die Sonderanstalten des Entwurfs, nach dem Ermessen der Landesregierungen sollten errichtet werden können, und durch die andererseits die Zuständigkeit der Landesversicherungsämter in erheblichem Umfange ausgedehnt wurde.

²⁾ Beschaffung besonderer Räume für die Versicherungsämter und Zuweisung eines ungeeigneten Beamtenpersonals an diese wären die fast notwendigen Folgen der Kostenregelung des Entwurfs gewesen. Daß die 6 bis 7 Millionen Mark Kosten, die nach der Begründung des Entwurfs zu erwarten sein sollten, dann um ein Vielfaches überschritten wären, ist zweifellos, wenn auch die unsinnigen Schätzungen bis auf jährlich 120 Millionen nicht annähernd zutreffend geworden wären. Bei zweifelsprechender Organisation und Abgrenzung der Aufgaben nach den Bestimmungen des Entwurfs wird man mit schätzungsweise 15 bis 18 Millionen Mark jährlicher Kosten zu rechnen haben, die sich vielleicht zur Hälfte als neue Kosten darstellen.

Nichtiger wäre es wohl gewesen, an Stelle der einfachen Streichung zu bestimmen, daß für die in Frage stehenden Versicherungseinrichtungen besondere Vertreter gewählt werden, die bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern wenigstens in der Regel zuzuziehen sein würden, wenn Angelegenheiten jener Versicherungseinrichtungen, die zum Teil ihre besonderen Seiten haben — man denke nur an das Knappschaftswesen — zur Entscheidung stehen.

Was sodann die Landesversicherungsämter betrifft, so mußte jedenfalls die zum Zwecke der Entlastung des Reichsversicherungsamts vorgeschlagene erhebliche Erweiterung der Zuständigkeit im Interesse der Sicherung der Rechtseinheit beseitigt werden. Auch ist die Befugnis kleiner Bundesstaaten, die vielleicht nur ein einziges Versicherungsamt besitzen, ein Landesversicherungsamt zu errichten und dadurch eine einheitliche Durchführung der Gesetzgebung zu gefährden, gewiß unhaltbar. Ja, man wird weiter sagen müssen, daß auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, auf dem wenigstens auf lange Zeit hinaus noch der größte Teil der Lasten in Gestalt des Reichszuschusses und der Gemeinlast von der Gesamtheit getragen wird und nur ein einstweilen noch recht beschränkter Teil als Sonderlast von dem die Entscheidung treffenden Versicherungsträger aus eigenen Mitteln zu bestreiten ist, sogar der jetzige Zustand eine gleichmäßige Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen keineswegs so sichert, wie die erwähnte Tragung der Lasten dies verlangt. Die Ausschaltung der Aufsichtstätigkeit des Reichsversicherungsamts für das Gebiet der Staaten, die ein Landesversicherungsamt errichtet haben, und für die Kasseneinrichtungen — Sonderanstalten, die ausschließlich der Aufsicht der Landesregierungen unterstehen, ist nur statthaft, wenn dafür in anderer Weise Ersatz geschaffen wird. Geseht das — etwa in einer an die Einrichtung der Reichsbevollmächtigten auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens sich anschließenden Form — so sollten Landesversicherungsämter in den Staaten zugelassen werden, für deren Gebiet eine Mehrzahl von Oberversicherungsämtern und Berufsgenossenschaften errichtet und so eine hinreichende Gewähr für die Vermeidung von Einseitigkeiten gegeben ist.

Wichtiger vielleicht als alle bisher besprochenen Änderungen sind die Beschlüsse der Kommission über die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Organen der Versicherungsträger und bei den Versicherungsbehörden.

Zunächst hat die Kommission die Verhältniswahl, die der Entwurf nur für die Wahlen zum Ausschuß, der jetzigen Generalversammlung, der Krankenkassen vorgeschlagen hatte, für alle Wahlen zu den Organen der Versicherungsträger beschlossen und, wie man aus den Verhandlungen folgern muß, auch für die Wahl der Beisitzer der Versicherungsbehörden (Versicherungsamt usw.) einführen wollen. Das ist zweifellos folgerichtig, während der Gesehtentwurf auf halbem Wege stehen blieb und somit auch nur eine Halbheit schaffte. Auch muß zugegeben werden, daß die Frage, wie die Grundsätze der Verhältniswahl bei Ablehnung der aus den Kreisen der Versicherten vielfach geforderten Einführung direkter Wahlen für alle Vertreter zur Anwendung zu bringen seien, insofern in geschickter Weise gelöst ist, als da, wo die Vorstände der Krankenkassen zu wählen haben, auf das einzelne Vorstandsmitglied ein der Zahl der Vorstandsmitglieder entsprechender Teil der der Klasse zustehenden Stimmen entfallen soll und in ähnlicher Weise auch bei den weiteren Wahlen bestimmt ist. Es darf also erwartet werden, daß nicht nur in den Organen der Krankenkassen, sondern auch unter den Versicherungsvertretern beim Versicherungsamt und den Beisitzern der Oberversicherungsämter und der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts sowie, wenn der Grundsatz auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung zur Geltung gebracht wird, ebenso in den Ausschüssen und Vorständen der Invalidenversicherungsanstalten größere Minderheiten vertreten sein werden, während die Bestimmungen des Entwurfs die Gefahr einer einseitigen Zusammensetzung aus den Vertretern einer vielleicht nur geringen Mehrheit mit sich brachten.

Dagegen ist es verfehlt, wenn bei den Wahlen der Versicherungsvertreter beim Versicherungsamt die Zahl der sämtlichen Kassenmitglieder im Bezirk des Versicherungsamts (§ 50), bei den Wahlen der Beisitzer des Oberversicherungsamts und der unständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts dagegen die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Krankenkassen für die Bemessung des Stimmgewichts maßgebend sein soll (§§ 85, 103). Die Ermittlung der stimmberechtigten Mitglieder hat erhebliche Weiterungen und eine nicht geringe Unsicherheit im Gefolge, erscheint keineswegs geboten und muß daher in Wegfall kommen.

Recht fraglich ist es sodann, ob die auf den ersten Blick bestehend einfach erscheinende Regelung des Wahlrechts, daß die Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern die Beisitzer bei den Oberversicherungsämtern (die Arbeitgebervertreter die Arbeitgeberbeisitzer, die Versichertenvertreter die Versichertenbeisitzer) und diese die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts zu wählen haben, tatsächlich eine Verbesserung der Vorschläge des Entwurfs bedeutet. Dieser gab das Wahlrecht bezüglich der Beisitzer der Oberversicherungsämter aus den Arbeitgebern zur Hälfte den Arbeitgebervertretern im Ausschuß der zuständigen Versicherungsanstalt, zur andern Hälfte den Vorständen der Berufsgenossenschaften, wogegen die Beisitzer aus den Versicherten, wie auch von der Kommission beschlossen ist, von den Versichertenvertretern bei den Versicherungsämtern gewählt werden sollten. Und in ähnlicher Weise sollten die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts (ebenso die der durch Kommissionsbeschluß beseitigten Landesversicherungsämter) je zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten von deren Vertretern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, die andere Hälfte von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Versichertenbeisitzern der Oberversicherungsämter gewählt werden, wobei eine Verteilung der Mitglieder auf die drei Zweige der Unfallversicherung vorgesehen war.

Abgesehen von dem Vorteil, daß die Wahlberechtigten zum Teil auf Grund mündlicher Verständigung gelegentlich der Versammlungen die Wahlen hätten vornehmen können, während jetzt nur Wahlberechtigte, die nie zu gemeinsamen Beratungen berufen sind, zu wählen haben, hatte diese Regelung den weiteren Vorzug, daß bei den Wahlen für einen Teil der Wähler mehr der Gesichtspunkt der Rechtsprechung, für den andern Teil auch der Gesichtspunkt der Verwaltung der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten für die Auswahl maßgebend gewesen und so eine unerwünschte Einseitigkeit vermieden wäre, die jetzt leicht eintreten kann, wenn nur Wahlberechtigte, die unmittelbar oder mittelbar von den Vorständen der Krankenkassen gewählt und wenn nicht ausschließlich, so doch ganz überwiegend auf dem Gebiete der Rechtsprechung tätig sind, in Frage kommen.

Auf der andern Seite drängen die von der Kommission beschlossenen Bestimmungen noch mehr als die des Entwurfs auf eine Organisation hin. Denn der einzelne Wahlberechtigte kann sein Stimmrecht nur auf Grund einer Verständigung mit andern wirksam geltend machen. Das kann Vorteile im Gefolge haben, aber nicht minder auch Nachteile, wenn nicht Leistungen und Fähigkeiten auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, sondern etwa Verdienste um die Partei oder andere Rücksichten für die Auswahl der Kandidaten ausschlaggebend sein werden.

Friede in der deutschen Metall- und Schiffbauindustrie.

Die Erwartungen auf einen erfolgreichen friedlichen Ausgang der Einigungsverhandlungen, die mit auffallender Ausdauer und Geduld zwischen der Vertrauenskommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, nämlich den Herren v. Borfig-Berlin, Garvens-Hannover und Rippert-Nürnberg, und den Vertretern der 8 beteiligten freigewerkschaftlichen Zentralverbände, der Firch-Dunderschen und christlichen Metallarbeiterorganisationen seit dem 26. September geführt worden sind, haben nicht getäuscht. Am Mittag des 6. Oktobers ist eine Verständigung über die künftigen Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie zunächst zwischen den Verhandlungsführern zustande gekommen, und am Abend des 6. Oktobers lag auch außer der Anerkennung der Gruppe deutscher Seeschiffswerften die Zustimmung einer Delegiertenversammlung der Werftarbeiter samt der gleichzeitigen Verpflichtung vor, für die Annahme der Einigungsvorschläge in den Massenversammlungen der Werftarbeiter an den einzelnen Orten mit allem Nachdruck einzutreten. Die Einigungsbedingungen lauteten:

Die tägliche Arbeitszeit wird vom 1. Januar 1911 in Hamburg auf 55 Stunden und in den übrigen Werftorten auf 56 Stunden die Woche verkürzt. (Bisher dauerte die Arbeitszeit in Hamburg 56 und in den anderen Orten mit wenigen Ausnahmen 57 Stunden wöchentlich.) Der Ausgleich dieser Zeitverkürzung erfolgt durch eine Zulage von einem Pfennig auf den Stundenlohn. An den Tagen vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Neujahr ist zwei Stunden früher Feierabend.

Die Einstellungslohn bei den Hamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften werden bei der Wiederaufnahme der Arbeit

um 2 $\frac{1}{2}$ die Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 $\frac{1}{2}$ die Stunde beträgt. Außer dieser Gewährleistung erhöhter Einstellungslohn wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 $\frac{1}{2}$ die Stunde bewilligt. Dieselben Zugeständnisse machen die nichthamburgischen Werften der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

Am 1. Januar 1911 wird überall die wöchentliche Lohnzahlung und zwar am Freitag eingeführt. (In Stettin war bisher 14 tägige Lohnzahlung üblich; auf den übrigen Werften war die wöchentliche Lohnzahlung zwar durchgeführt, erfolgte jedoch Sonnabends.) Mit der Hamburg-Amerika-Linie soll besonders verhandelt werden, da dieselbe die allgemeinen Bedingungen nicht anerkannt hat. Es wurde aber beiderseits anerkannt, daß der allgemeine Friedensschluß an dem Verhalten der Hamburg-Amerika-Linie nicht scheitern kann.

Grundsätzlich werden die Akkordlohnsätze auf allen Werften so gestellt, daß der Arbeiter bei fleißiger Arbeit einen feinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann. Akkordlohnsätze, die bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der auf die Ausführung der Arbeiten verwendeten Zeit keinen den Lohnsatz übersteigenden Verdienst belassen, sollen von den Werften richtiggestellt werden. — Bei Entlassungen oder freiwilligem Austritt aus der Arbeit ist dem Arbeiter der etwaige Akkordüberschuß unverzüglich auszuzahlen, wenn das Ausscheiden des Arbeiters stattfindet aus einer Akkordarbeit, die er sechs Wochen oder länger vor seinem Austritt begonnen hat. Die Auszahlung des Akkordlohnüberschusses erfolgt bei kurzen Akkorden nach Fertigstellung bei der nächsten Lohnzahlung. Die länger andauernden Akkorde sollen möglichst verkürzt werden.

Für Überstunden soll ein Zuschlag von 25 v. H. für Nacht-, Sonntags- und Festtagsarbeit 50 v. H. Zuschlag zu dem Stundenlohn bezahlt werden. Als Überstunden gelten die ersten beiden sich an die regelmäßige Arbeitszeit anschließenden Stunden und das Arbeiten in den Pausen. Wird über diese ersten beiden Stunden hinaus noch länger gearbeitet, so sind sämtliche Überstunden, auch die beiden ersten, als Nachstunden zu entschädigen. Bei Beschäftigung bleibt es bei dem bisherigen Zuschlag. (Bisher wurden 50 v. H. Zuschlag bezahlt.) Der Arbeiter darf nicht länger als zwei für die betreffende Werft übliche Arbeitszeiten beschäftigt werden.

Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Widersprechende Bestimmungen der Arbeitsordnungen müssen mit den Vereinbarungen in Einklang gebracht werden. Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden.

Als Vermittlungsstelle zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft des Betriebes wird ein ständiger Arbeiterausschuß nach den Bestimmungen des § 184 k Abs. 4 der Gewerbeordnung gewählt; die Neuwahl erfolgt nach Ablauf eines Kalenderjahres und soll in der Verhältniswahl stattfinden. Wiedermal ist zulässig.

Schließlich sagte der Verhandlungsausschuß der Arbeitgeber den Arbeitervertretern zu, daß die Einstellung aller Streikenden und Ausgeperrten ohne den Unternehmerarbeitsnachweis und unter Sicherung der Ansprüche auf die Überschüsse aus den durch den Streik unterbrochenen Akkorden erfolgen solle.

Schon der Wortlaut an sich dieser Einigungsbedingungen betundet, welche große Zugeständnisse die Arbeitgeber den Vertretern der Gewerkschaften gemacht, welche statliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse die Werftarbeiter errungen haben. Die Friedensbedingungen gewinnen aber noch an Bedeutung, wenn man sie mit den ursprünglichen Forderungen der Werftarbeiter (XIX. 1249) vergleicht, die nicht bloß das dringlich Notwendige, sondern auch manches nur Wünschenswerte zum Ausdruck gebracht hatten: Bis auf die weitergehenden Punkte der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung — es sind nur 1 bis 2 statt 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung und nur etwa 6 % statt 10 % Lohnverbesserung bewilligt — sind alle Forderungen der recht umfassenden Liste fast vollständig von dem Arbeitgeberverband anerkannt worden. Und dies alles, nachdem der Verein der Seeschiffswerften zuerst am 26. Juli in der Antwort auf das Gesuch der Werftarbeiter und dann noch mehrfach in der Presse erklärt hatte, daß die Rücksicht auf die Konjunktur des Schiffbaus und sonstige Gründe es unmöglich machten, auf die Arbeiterforderungen überhaupt einzugehen. Auch zu Anfang des Oktobers standen die schließlich mit den Arbeitern aufgenommenen Verhandlungen noch so, daß beinahe die gesamte deutsche Presse ein Scheitern ankündigte. Und heute können die Arbeiterblätter von einem „Sieg“ der Werftarbeiter reden, wenn auch die Massenversammlungen an den Werftplätzen große Unzufriedenheit mit dem erreichten Abschlusse bekunden zu sollen meinen.

In Hamburg stimmten (nur streikende Werftarbeiter wurden zur Abstimmung zugelassen, um den beunruhigenden Einfluß der Nichtstreikenden auszuschalten) bloß 2752 für, 2178 aber gegen die Friedensbedingungen, die die Unterhändler und Vertrauensleute voll beifällig hatten. Für die Reparaturwerftstätten der Hamburg-Amerika-Linie und

der Börmann-Linie lehnten die Werftarbeiter sogar nachdrücklich die Wiederaufnahme der Arbeit ab, ehe nicht die beiden Betriebe, von denen der erstere bisher eine 60tägige Arbeitswoche hatte, die neuen Bedingungen voll anerkannt hätten. Auf zwei Bremer Werften haben die Werftarbeiter sogar sich überwiegend ablehnend gegen die Einigungsvorschläge gezeigt, so daß hier die Arbeit noch nicht wie an den anderen Schiffbauplätzen am Montag, den 10. Oktober, wieder eröffnet werden konnte. Doch sind alle diese örtlichen Trugversuche nicht tragisch zu nehmen.

Wie erklärt sich diese günstige Wendung in dem großen Ringen zwischen der organisierten Arbeiterschaft und dem Metallindustriellenverbände? Das sachliche Gewicht der von den Werftarbeitern aufgestellten Forderungen und das allem Anschein nach außerordentliche Unterhändlergeschick der Arbeitervertreter, vor allem Alexander Schlichtes vom Metallarbeiterverbande, mögen viel zu dem Entgegenkommen der Unternehmer beigetragen haben, nachdem durch anfängliche taktische Ungeschicklichkeiten beiderseits der Weg zur raschen Verständigung ein wenig verschüttet worden war. Aber zur Erklärung der sympathisch nachgiebigen Haltung der Metallindustriellen reichen diese Gründe allein nicht aus; denn die Tatsache bleibt bestehen, daß die deutsche Schiffbauindustrie sich zurzeit noch immer in keiner rofigen Lage befindet und jede vermeintliche weitere Verschärfung der Produktionskosten nicht ohne Bedenken hinnehmen kann. Freilich standen nicht bloß die Interessen der immerhin begrenzten Schiffbauindustrie auf dem Spiele, sondern die unübersehbar reichen Interessen der gesamten deutschen Metallindustrien. Und diese Rücksichten dürften schon erheblicher zugunsten eines raschen Vergleiches mit der organisierten Arbeiterschaft gesprochen haben. Mögen auch die Finanzen der beteiligten Gewerkschaften im Verhältnis zu ihren Mitgliederziffern nicht durchweg glänzend sein, die energische Kampf- und Opferbereitschaft der Arbeiterschaft, die während der ersten 14 Tage der Aussperrung auf jegliche Unterstützung aus den Gewerkschaftskassen freiwillig zu verzichten beschloßen hatte und große Sonderbeiträge aufzubringen begann, so daß mit einer Stilllegung der gesamten Metallindustrie für mindestens einen Monat zu rechnen war, hat auf die Börsen- und Bankwelt, die von der Metallindustrie nach längeren Jahren der Enttäuschung einen guten Aufstieg für die kommende Zeit sich versprochen, einen starken Eindruck gemacht und einer nüchternen Berechnung des geschäftlichen Für und Wider der angebotenen Niesenausperrung zur Geltung verholfen. Diese Rechnung mußte natürlich gegen den Klassenkampf, folglich für die Notwendigkeit einer Verständigung in der Wertengruppe entscheiden. Auch ist wohl eine Niesenausperrung an Stelle einer bloßen solidarischen Selbstunterstützung der bekämpften Werftkollegen in der gegenwärtigen Zeit sozialer Spannung und Verbitterung nicht politisch opportun erschienen; es wäre neues Wasser auf die Mühlen des Kapitalismus gewesen, und die Spuren des letzten Wundes Reichstagsnachwahlen schreckten wohl die besonnenen Führer in den Arbeitgeberverbandsreihen, und zwar um so mehr, je toller sich gewisse Scharfmachergruppen gerade in diesen Wochen wieder gebärden und aus den Ausschreitungen des Noabiter Janhagel Kapital zu schlagen suchen.

Gegenüber dem allerdings recht durchsichtigen Geschrei der Scharfmacher, die durch eine Niesenausperrung mit ihren fast unvermeidlichen Begleitererscheinungen wohl nicht ungern Material für eine neue Zuchthausvorlage beigebracht hätten, berührt es um so wohlthuender, daß der kaufmännisch rechnende Verstand und politisch-nationalwirtschaftliche Rücksichten im Lager der Metallindustriellen die Oberhand gewonnen und schließlich kurzerhand die Hemmnisse der Verständigung aus dem Wege geräumt haben.

Der Außenstehende vermag bei dem geheimen Verlaufe der Verhandlungen nicht zu sagen, ob die wuterfüllte Klage der „Hamburger Nachrichten“ richtig ist: „Schon stellen sich wieder die Sozialpolitiker ein, die auf eine Einigung hinaus wollen. Es sind das zum Teil gerade die großen Arbeitgeber, die von der Sozialdemokratie immer wieder unter Kennung ihres Namens als Scharfmacher und Tyrannen verunglimpft werden. Gerade sie reichen immer wieder die Hand hinüber; und sollten doch allmählich erkannt haben, daß eine grundsätzliche Einigung eine Utopie ist.“ Der Außenstehende kann die eigentlichen spiritus rectoris der Verständigung nur vermuten. Immerhin ist soviel sicher, daß nur großzügig denkende Persönlichkeiten diesen Friedensvertrag zustande bringen konnten, weilblickende Unternehmer, die durch langjährige Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit der organisierten Arbeiterschaft sich von dem überlebten Grundsatz des Nichtverhandelns, von der Tarifvertragsfeindschaft freigemacht und die Bedeutung des Organisationsmoments nicht nur für die vollkommene Regelung der leblosen Betriebselemente, sondern

auch für die glatte Abwicklung der Beziehungen zu den selbstbewußten Arbeitern erfaßt haben.

Das aber erscheint gerade als das wichtigste Ergebnis des Werftarbeiterkampfes und seines jetzigen Auslaufes: es beginnen sich in der ältesten und größten Arbeitgeberorganisation, in dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der in vielen Punkten in der bisherigen Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände vorbildlich wirkte, Tendenzen die Bahn zu brechen, die zu den alten, „scharfmacherisch“ gerichteten Überlieferungen dieses Verbandes in deutlichem Gegensatz stehen. Die Technik der Aussperrungspraxis hatte früher im Metallindustriellen-Verbande ihre eifrigsten Befürworter und Förderer und ist in großen Kämpfen von ihm bis in die letzten Jahre hinein energisch erprobt worden. Mit der Entfaltung der Streitversicherungsanstalten des Metallindustriellen-Verbandes, die die finanzielle Solidarität der Mitglieder und die finanzielle Verantwortlichkeit des Verbandes für seine Kampfbeschlüsse in einer oft unbequemen Form verwirklichte und zugleich den „Herrn im Hause“ zu einer historischen Figur verwandeln halfen, wurde die Kampfpraxis bedächtiger, wenn auch im einzelnen Ernstfalle oft viel schärfer und konzentrierter als sonst.

Schlichtungsanstalten zur Verhütung von Arbeitszwistigkeiten fingen an, sich hier und da zu regen, wenngleich auch zunächst mehr theoretisch und unfruchtbar verzwickelt: so in Berlin bei den Metallwarenfabrikanten, dann bei den bayerischen Metallindustriellen. In dem Schiffbauzweige aber verdichteten sie sich im Jahre 1907 bereits praktisch zu einem umfassenden Arbeitsnormenübereinkommen für die Werften, das von dem Grundsatze beherrscht wurde: bei allen Zwistigkeiten durch friedliche Aussprache einen raschen Ausgleich anzustreben. So unbefriedigend die Fassung und die Bestimmungen des Abkommens von 1907 waren, so bedeutsam war es doch als Markstein auf dem Wege zur kollektiven Arbeitsregelung für die Schiffbauindustrie. Inzwischen hat sich der Tarifvertrag in anderen Zweigen der Metallindustrie, wenn auch noch wenig in dem eigentlichen Großmaschinenbau, ein breites Feld erobert; und nunmehr ist unter nachdrücklicher Mitwirkung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller eine Arbeitsnormierung für die gesamte Schiffbauindustrie, die auf Mindesteinstellungsloöhnen sich aufbaut, mit geordneter Schlichtungsinstanz eingerichtet worden, — kollektive Vertragsbeziehung, wie sie in diesem Umfange noch wenig andere deutsche Großindustrien besitzen.

Betrachtet man die gegenwärtigen Geschehnisse in der deutschen Metallindustrie und ihren Arbeitgeberorganisationen in diesem geschichtlichen Zusammenhange und erinnert sich zugleich der Tatsache, daß die Aussperrung der Hagen-Schweimer Metallindustrie in diesem Sommer ebenfalls durch den Verzicht des Industriellenverbandes auf die selbstherrliche Handhabung des Arbeitsnachweises und durch das Zugeständnis einer Überwachungsinstanz ihr Ende fand, so scheint es, als wenn eine gewisse innere Entwicklungsnotwendigkeit, die vom eigenbrödlischen Perrenntum zur demokratischen Arbeitsverfassung und zur tariflichen Kartellierung der Arbeitsbedingungen allmählich überleitet, auch auf diesem wichtigsten Felde deutscher Arbeit und Intelligenz, allen psychischen und technischen Schwierigkeiten zum Trotz, sich durchsetzen will. Weil wir nun in dieser neu sich andeutenden Arbeitsverfassung nach den in anderen Industrien und Ländern gemachten Erfahrungen die zur Zeit beste, wenn auch leider nicht vollkommene Friedensgewähr erblicken, so begrüßen wir es vom Standpunkte gesunder sozialer Ordnung und Interessenausgleichung lebhaft, daß die Metallindustriellenorganisation durch die sympathische Beilegung des Werftarbeiterstreits kurz vor dem Tage der Katastrophe wiederum sichtlich eine Abkehr von den alten absolutistischen Machtentzügen vollzogen hat. Der deutschen Metallindustrie und der deutschen Volkswirtschaft kann solche Wandlung, falls sie andauert und durch das Verhalten der organisierten Arbeiterschaft verständnisvoll erleichtert wird, nur Nutzen bringen.

Berlin.

Waldemar Zimmermann.

Soziale Zustände.

Kinderelend und Kinderfürsorge in der Türkei.

Von Gustav Herlt (Konstantinopel).

In einem Lande, dessen Volk so wenig unterrichtet ist, wie in der Türkei, fehlen natürlich auch alle Kenntnisse über den gesunden und kranken Menschen. Nirgends scheint daher mehr gegen die natürliche Lebensweise gesündigt zu werden als hier; daß unter dieser Unkenntnis u. a. die Kinder zu leiden haben, ist selbst-

verständlich. Zwar werden auch in den europäischen Staaten bei der Kindererziehung schwere Fehler gemacht, wenigstens ist aber guter Wille und Liebe zum Kinde vorhanden. Beides fehlt hier diesen Müttern, die Kinder sind ihnen eine Last, die sie so bald als möglich von sich abzuschütteln versuchen.

Die kleinen Kinder haben nichts als Entbehrung. Eingewickelt in Lumpen werden sie den ganzen Tag auf dem Rücken oder unter dem Arm der Mutter oder einer Bettlerin in den Straßen herumgeschleppt.

Sind die Kinder ein bißchen größer geworden, dann werden sie einem der älteren Geschwister auf den Rücken gebunden. Oft können sie das Köpfchen noch gar nicht halten, das nach allen Seiten hinunterfällt, und unten schauen aus der zerlumpten Hülle die erfrorenen Füßchen heraus. In dieser Lage muß der arme Wurm den ganzen Tag aushalten und alle Bewegungen seines Trägers mitmachen. Wenn's vor Hunger schreit, bekommt's eine Brotkrinde oder ein Blatt Salat ins Händchen.

Wenn die Kinder laufen können, müssen sie schon allein betteln. Es gibt nichts Elenderes auf der Welt als diese habgierige, verbrecherische Ausbeutung der Kinder. Kräftige Eltern, die arbeiten könnten, schicken ihre Kinder betteln, und wehe ihnen, wenn sie abends nicht genug nach Hause bringen; harte Schläge sind dann der Lohn für ihre Entbehrungen, während der Vater den Tag mit Nichtstun totgeschlagen hat. Arme Eltern vermieten auch ihre Kinder an einen Unternehmer, der sie über die ganze Stadt zum Betteln verteilt. Sehr gesucht sind blinde oder verküppelte Kinder, weil die mehr geschenkt erhalten. Nicht selten werden Kinder auch absichtlich verstümmelt. Die große Brücke war ehemals der Sammelplatz dieser kleinen Bettler. Im glühenden Sonnenbrand, verschmachtend vor Hitze und Durst, und im eisigen Nordwind, klappernd vor Kälte, saßen sie da reihenweise, die Vorübergehenden um eine Gabe ansehend.

Im Hafen sieht man oft Auswandererfamilien, die auf ihre Reisegelegenheit warten. Stumpfsinnig starren die Männer und Frauen vor sich hin, während sich die Kinder im Kot oder Staub herumwälzen oder auf den Ballen und Kisten halsbrecherische Kletterübungen vornehmen. Niemand kümmert sich um sie, die Mütter lassen sie ruhig schreien. Sind diese armen Leute von Natur aus so stumpfsinnig oder hat sie nur die grenzenlose Not geistig so weit heruntergebracht?

Wie können die Kinder ein solches Leben ertragen, fragt man sich erstaunt? Sehr viele gehen auch drauf, die aber ihre ersten Kinderjahre überleben, sind abgehärtet gegen Wetter und Entbehrungen und geben, wenn sie nicht aus Mangel an Überwachung in einen Brunnen oder aus dem Fenster fallen, oder sich durch den Genuß ungeeigneter Speisen eine tödliche Krankheit zuziehen, ein gesundes, kräftiges Volk. Im Hamidie-Kinderspital liegen zahlreiche Kinder, die sich durch den Genuß von rohem, ungewaschenem Salat und Radices (Röwenzahn usw.) langwierige Leiden geholt haben. Die im Orient so häufige Blindheit ist in den meisten Fällen durch Unreinlichkeit und Mißhandlung der Augen verschuldet.

In Persien lieben es die Mütter, ihren Kindern nachts Opiumpillen zu geben, damit sie ruhig schlafen. Die armen Opfer dieser Unsitte werden blaß und mager und viele von ihnen sterben. Nach Angaben aus persischer Quelle sterben $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ aller Kinder an den Folgen der ererblichen Unwissenheit.

Sehr beliebt ist im Morgenlande die Kinderaussetzung. Man legt sie auf die Schwelle einer Kirche oder Moschee, gewöhnlich mit einem Zettel, daß das Kind christlicher oder muhammedanischer Religion sei. Auch im Eisenbahnzug hat man schon Kinder gefunden. Auch der Kniff wird häufig angewandt, daß Mütter, die ihr Kind aussetzen wollen, es an eine Landestelle der Dampfer oder in einer Eisenbahnstation einer anderen Frau zum Halten geben unter dem Vorwande, eine Fahrkarte lösen zu wollen, und dann verschwinden.

Die Fürsorge für die armen und elenden Kinder ist gering. Der Türke als Mensch ist ein großer Kinderfreund, aber der türkische Staat hat sich bisher wenig um Kinderfürsorge gekümmert. In letzter Zeit versucht die Polizei zwar, dem Kinderbettel Einhalt zu tun, aber sie vertreibt die kleinen Bettler nur aus den Haupt- in die Nebenstraßen. Gewonnen wird dadurch nicht viel. Was an Kinderfürsorge in der Türkei geleistet wird, ist private Arbeit; hervorragende Verdienste um die Erziehung ausgelegter und verwaister Kinder erwerben sich die katholischen Orden, die Findelanstalten, Waisenhäuser, Armenschulen usw. unterhalten und leiten.

Was der gesamten Bevölkerung not tut, nicht allein der armen, sondern auch der wohlhabenderen, ist Belehrung. Auch

Eltern, die ihre Kinder wirklich lieb haben, mißhandeln sie aus Unkenntnis. Liegt schon die allgemeine Volksbildung noch ganz im argen, so ist die Unterweisung in gesundheitlichen Dingen natürlich vollständig unbekannt. Jetzt erst soll in den Volksschulen damit begonnen werden. Der in türkischen Diensten als Sanitätsinspektor stehende österreichisch-ungarische Arzt Dr. Welisch hat hierfür einen passenden Leitfaden ausgearbeitet, der über das ganze osmanische Reich verbreitet werden soll. Für die Zwecke des Unterrichts haben die Türken leider nicht viel Geld übrig.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im badiſchen Sägereigewerbe. Wie schon in früheren Jahren über andere Beschäftigungsgruppen, so hat die badiſche Fabrikinspektion im letzten Berichtsjahr Erhebungen über die Lage der Arbeiter des Sägereigewerbes veranstaltet und von den in Baden vorhandenen 945 Betrieben dieser Gruppe 316 befragt. Unter diesen sind alle Arten von Betrieben vorhanden, von den einfachen, rüchständigen Betrieben hoch im Schwarzwald bis zu Großbetrieben mit über 100 Arbeitern, die mit allen Errungenschaften der Technik ausgerüstet sind. Die Arbeitszeiten sind sehr verschieden, am kürzesten in den Großbetrieben, am längsten in den kleinen, in abgelegenen Tälern gelegenen Sägewerken. In Industriestädten liegt die Arbeitszeit zwischen 9 bis 11 Stunden täglich, in den rüchständigen Kleinbetrieben beträgt sie 16 bis 17 Stunden. Die Arbeiter der Großbetriebe sind auch meist gewerkschaftlich organisiert, die im Kleinbetrieb beschäftigten Arbeiter gehören noch ganz zur ländlichen Bevölkerung und haben etwas Viehzucht und Ackerbau neben der Sägearbeit. Die Löhne schwanken gleichfalls, nicht nur nach der Art der Arbeit, sondern auch nach der Art der Betriebe. Auf den beigefügten statistischen Lohnstabellen kommt als niedrigster ein Wochenlohn von 12 \mathcal{M} vor, als höchster ein Wochenlohn von 81 \mathcal{M} . Der Durchschnittsverdienst sämtlicher Arbeiter für das ganze Land ist 19,00 \mathcal{M} , die kleinen städtischen sowie große und kleine Betriebe auf dem Lande bleiben unter diesem Durchschnitt, während der Durchschnittsverdienst in den größeren städtischen Betrieben etwa 16 % über dem Durchschnitt steht.

Die Arbeitszeiten in der deutschen Hutindustrie sind, nach der Erhebung des Hutmacherverbandes unter seinen 7000 Mitgliedern zu urteilen, teilweise noch recht lang. Von 14 242 Arbeitern und Arbeiterinnen, für die die Arbeitszeiten festgestellt wurden, waren 4200 11 bis 12 Stunden und 863 10 bis 11 Stunden beschäftigt. 2293 Personen arbeiteten täglich 8 bis 9 Stunden und die große Masse — 11 581 Personen — über 9 bis 10 Stunden. Unter den am längsten Beschäftigten befinden sich gerade die Frauen. Etwa 3000 arbeiten in der Saison 11 bis 12 Stunden täglich in dem Stroh- und Filzhutgeschäft. Die Überstundenarbeit hat hier eine breite Ausdehnung, da für Überstunden meist kein Lohnzuschlag gezahlt wird.

Kommunale Sozialpolitik.

Abkehr vom gemeindlichen Eigenbetriebe in Königsberg i. Pr. Die Stadt Königsberg i. Pr. hat ihre Elektrizitätswerke und ihre Straßenbahnen auf 30 Jahre, bis zum 30. September 1940, an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin verpachtet. Andere Großstädte wünschen immer noch, die Straßenbahnen in eigene Hände zu bekommen und hier geschieht das Umgekehrte. Wie ist dieser Umschwung in den kommunalpolitischen Anschauungen der Königsberger städtischen Körperschaften gekommen? Den Anstoß zu der Verpachtung der städtischen elektrischen Werke gaben die großen Elektrizitätsgesellschaften, zunächst Siemens-Schuckert, dann die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Beide hatten die Absicht, in Ostpreußen große Überlandzentralen zu errichten und bedurften dazu eines Stützpunktes, als der ihnen die Königsberger Werke am geeignetsten erschienen. Während mit Siemens-Schuckert die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, ließ die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft nicht locker und erreichte schließlich, was sie wollte. Freilich hauptsächlich deshalb, weil die städtische Straßenbahn bisher ein Schmerzenskind der Stadt war und weil unter diesen Umständen der Kommune ein fester Pachtbetrag sicherer erschien, als ein auch in Zukunft zweifelhafter Gewinn. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft leistet im ganzen eine Pachtsumme von 1 350 000 \mathcal{M} , die der Stadt, gegenüber dem jetzigen Ertrage der städtischen Werke, rund 600 000 \mathcal{M} mehr bringt. Da die Straßenbahn in den letzten Jahren fortwährend Zuschüsse erforderte, war es nicht zu verwundern, daß der Magistrat schließlich zugriff und daß sich auch die Stadtverordnetenversammlung mit der Verpachtung einverstanden erklärte. Freilich ging es dabei nicht ohne lange Debatten ab, die sich am zweiten Beratungstage bis in die ersten Morgenstunden ausdehnten. Grundsätzliche Gegner waren ja natürlich die Sozialdemokraten; aber auch in den Reihen der bürgerlichen Stadtverordneten fanden sich Stimmen, die sich nicht gerade begeistert über die Verpachtung aus-

sprachen. Sie befürchteten Prozesse und Schwierigkeiten bei der Rückgabe der städtischen Werke. Für den Sozialpolitiker ist es von Interesse, daß sowohl vom Magistrat, als auch aus der Stadtverordnetenversammlung darauf hingewiesen wurde, daß nicht zuletzt die Arbeiter mit ihren fortwährenden Petitionen, Beschwerden und Resolutionen den Städten allmählich die Freude am eigenen Betriebe verleiden und daß auch deshalb die Verpachtung zu empfehlen sei. Mit großer Mehrheit sprach sich die Stadtverordnetenversammlung dahin aus, daß den Beamten und Arbeitern im Pachtvertrage ausdrücklich dieselben Löhne, Gehälter, Pensionen und sonstigen Bedingungen (Urlaubsgewährung, Zahlung des Lohnes für Feiertage in der Woche usw.) zugestanden werden, wie sie ihnen die Stadt gewährt hat. Die Angestellten werden also durch die Verpachtung in ihren Bezügen auch in Zukunft nicht schlechter stehen, als bei der Stadt. — Wie man sich auch zu der Verpachtung stellen mag, das ist wohl sicher, daß mit der Verpachtung in Königsberg ein neuer Abschnitt in der Geschichte im Kommunalbetriebe begonnen hat; die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft wird ihre Fühler bald weiter austrecken und es bei der einen Pachtung nicht bewenden lassen.

Ges.

Die Erteilung von Unterricht an fortbildungspflichtige Jugendliche durch Arbeitervereine darf nach einer Reichsgerichtsentscheidung vom 28. Juni 1910, die wir in XIX, 1112 mitgeteilt haben, nicht von einer vorgängigen Erlaubnis abhängig gemacht werden, da über das schulpflichtige Alter hinaus für die Erteilung von Unterricht die Bestimmungen der G. O. maßgebend sind. Der Berliner Magistrat, der früher auf Grund eines Erlasses des Kultusministers sich auf den gegenständlichen Standpunkt gestellt und dem sozialdemokratischen Turnverein „Fichte“ die Benutzung einer städtischen Turnhalle verweigert hatte, hat nach einer in der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September 1910 abgegebenen Erklärung beschloffen, entsprechend dem Reichsgerichts-urteil den Turnverein „Fichte“ bezüglich der Benutzung der städtischen Turnhallen nicht anders als sonstige Vereine zu behandeln.

Der Grundstücksbesitz der Stadt Breslau ist nach einer Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Breslau im „Breslauer Gemeindeblatt“ in den letzten 29 Jahren derart vermehrt worden, daß die Stadt von dem über 40 Quadratkilometer umfassenden Reichsbild rund 10 Quadratkilometer besitzt. Im ganzen hat die Stadt in dieser Zeit die Summe von 30 Millionen Mark für Grunderwerb ausgegeben und zwar:

	Zur Straßen- freilegung	Für sonstige bestimmte Zwecke	Auf Vorrat oder Wiederverkauf	Summe M.
1880—84	560 138	492 810	116 100	1 159 048
1885—89	808 010	1 298 889	458 385	2 555 284
1890—94	1 687 402	2 789 048	808 260	4 684 705
1895—99	1 142 652	8 102 602	711 808	4 956 562
1900—04	2 141 472	5 794 708	2 898 591	10 834 771
1905—08	1 865 948	2 409 494	2 811 914	6 587 856
Zusammen	8 140 622	15 887 496	6 299 558	80 277 676

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Kollektivvertrag im südwestdeutschen Gipsergewerbe, festgesetzt durch das Karlsruher Zentralschiedsgericht.

Von Stadtratsrat Dr. Gertrich, Karlsruhe.

Das deutsche Gipsergewerbe entbehrt bislang jeder zentralen Regelung für ein größeres Gebiet. Dieser Umstand hatte seit Frühjahr 1910 in den meisten Städten in Südwestdeutschland zur Arbeitsniederlegung geführt teils infolge Streits, teils infolge von Aussperrungen. Auf der einen Seite verlangten die Arbeitgeber, die für Baden, Württemberg, Rheinspalz und Elsaß-Lothringen, in dem Zentralverband der Gipser-, Stuckateur- und Verputzmeister Deutschlands, E. V. mit Sitz in Karlsruhe, organisiert sind, den Abschluß eines einzigen Zentralvertrags für das ganze Gebiet mit weitgehender Freiheit für die Meister im einzelnen, während die drei beteiligten Zentralverbände der Arbeiter alles auf örtlicher Regelung mit entgegengesetzten Bedingungen aufgebaut wissen wollten. Nach mehr als viermonatigem Kampfe wurde auf Vermittlung des Karlsruher Oberbürgermeisters unter dem Vorsitz des Verfassers dieser Zeilen mit je zwei Beisitzern der Parteien ein Zentralschiedsgericht eingesetzt, dessen Spruch vom 20. Juli 1910 alle Beteiligten nach Abstimmung ihrer Organisationen annahmen.

Der sich an die baugewerbliche Zweiteilung anschließende Schiedspruch unterteilt sich von jenem schon äußerlich durch die strengere Scheidung der in den Hauptvertrag der Zentralverbände und der in den Ortsvertrag der Filialen gehörigen Bestimmungen; jede des Hauptvertrags wird nämlich durch eine entsprechende

im Ortsvertrage ergänzt. Ferner ist mit dem System der protokolllarischen Zusätze hier endgültig gebrochen, da nachgerade jedem Vertrag ein förmlicher Kommentar anhängt. Dann ist aber vor allem hier die zentrale Regelung bedeutend weiter fortgeschritten als im Baugewerbe. Aus den allgemeinen Bestimmungen sei hervorgehoben das Verbot des Genußes geistiger Getränke sowie des Rauchens während der Arbeitszeit (außerhalb der Pausen), jedoch mit der Maßgabe, daß eine Entlassung wegen geringfügiger Übertretung nur bei wiederholten Verstößen und nach vorheriger Verwarnung stattfinden darf, ferner eine Ausnahme vom Verbot des Zutritts unbeschäftigter Personen beim Bau für Mitglieder der Tarifkommission und Vorstände der örtlichen sowie der diesen übergeordneten Organisationen.

Von der großen Anzahl der zentral geregelten Einzelbestimmungen sei hier nur noch gedacht der Notwendigkeit der schriftlichen Form für Akkordverträge, dann der zur Sicherung pünktlicher Lohnzahlung aufgenommenen Vorschrift, daß jede über 1/4 Stunde hinausgehende Wartezeit wie tatsächliche Arbeit vergütet werden muß und hierbei jede angefangene Stunde voll gerechnet wird. Zur Entscheidung grundsätzlicher, den Inhalt des Hauptvertrags betreffenden Streitigkeiten ist unter Ausschluß des Rechtsweges ein Zentralschiedsgericht eingesetzt, dessen Vorsitzender erforderlichenfalls vom Oberbürgermeister in Karlsruhe bestimmt wird. Diesem Zentralschiedsgericht ist auch die besondere Aufgabe zugewiesen, einen neuen Vertragsabschluß anzubahnen, wenn zwei Monate vor Vertragsablauf die Verhandlungen der Organisationen zu keinem Ergebnis geführt haben.

Für den Ortsvertrag gilt als Zwangsvorschrift u. a. die Aufstellung eines Maßstabs für die Gegenleistung sowie einer Norm für Vergütung des notwendigen Mehraufwands bei auswärtiger Arbeit. Auf Grund dieses Vertragsmusters vom 20. Juli 1910 ergingen sodann jeweils unter einem unparteiischen Vorsitzenden örtliche Schiedssprüche für Strahburg, Rülhausen, Kolmar, ferner Birmasens, Kaiserslautern, Heidelberg, Mannheim-Ludwigs-hafen, Freiburg, Vahr, Vörrach und Stuttgart, die, abgesehen von Vahr, alle mit der aus Zentralschiedsgericht innerhalb zwei Tagen zugelassenen Berufung von beiden Seiten angefochten wurden. Der daraufhin erforderliche Zentralschiedspruch vom 9. März 1910 für jene Lohnbezirke bringt u. a. für alle Städte über 100 000 Einwohner mit Wirkung vom 1. April 1912 die 9 1/2 stündige Maximalarbeitszeit anstatt der bisherigen 10 stündigen. Aus den einzelnen kleineren Abänderungen der örtlichen Schiedssprüche durch das Zentralschiedsgericht sei wegen der sozialpolitischen Bedeutung noch hervorgehoben, daß bei Bemessung der Zuschläge für auswärtige Arbeiten, bei denen im Übernachtungsfall bekanntlich der Verheiratete in der Regel besser gestellt ist als der Ledige, die dem Verheirateten zugebachte Erhöhung auch jeweils auf denjenigen Arbeiter ausgedehnt wurde, der alimentationsberechtigten Verwandte unterstützt.

Die in kurzen Zügen geschilderte Tarifregelung brachte in einem von beiden Seiten mit großer Energie und schweren finanziellen Opfern während 18 Wochen geführten Kampf im südwestdeutschen Gipser- und Stuckateurgewerbe einen Frieden, den keiner der Beteiligten als Sieg oder als Niederlage betrachten kann und der daher am besten geeignet erscheint, bis zum Vertragsende — 31. März 1913 — auch wirklich gehalten zu werden.

Einen besonders schweren Fall von Tarifuntreue berichtet die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 34 (vom 2. August 1910). Ein am 9. Juli 1909 mit dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Tischlerinnung abgeschlossener Tarifvertrag sah u. a. eine am 1. August 1909 eintretende Lohnerhöhung von 1 1/2 % die Stunde für sämtliche Arbeiter vor. Da einigen Arbeitern einer Selsenkirchener Firma diese Lohnerhöhung nicht gewährt wurde, riefen die Betroffenen den Schlichtungsausschuß an, der die Sache an das im Vertrage vorgesehene Einigungsamt in Essen verwies. Dieses entschied am 28. Februar 1910,

„... daß die Gesellen, welche bei Inkrafttreten des Reddinghauser Schreinervertrags bei einem Reddinghauser Arbeitgeber in Stellung waren, auf den bis dahin bezogenen Stundenlohn eine Zulage von 1 1/2 % zu beanspruchen hätten, ohne daß es dazu einer besonderen Vereinbarung bedurft hätte.“

Trotz dieses Spruches verweigerte die Firma den Arbeitern auch weiter den schuldigen Lohnanteil. Das darauf von einem Arbeiter angerufene Gewerbegericht verurteilt die beklagte Firma nun zur Zahlung des Lohnzuschlags für die Zeit vom 1. bis 15. August (der 15. August war der erste Zahlungstag nach dem In-

kräftigsten der Lohnerhöhung), für die fernere Zeit sei sie hierzu nicht verpflichtet, denn der Kläger, der es unterlassen hatte, sich sofort an die Firma zu wenden, habe sich dadurch mit der niedrigeren Normierung des Lohnes einverstanden erklärt. Dem Umstand, daß der Arbeiter sofort den Schlichtungsausschuß angerufen, maß das Gewerbegericht keine Bedeutung bei. Es stellte sich auf den Standpunkt, der Unternehmer sei berechtigt, mit seinen Arbeitern jederzeit eine neue Vereinbarung über die Lohnhöhe zu treffen, wenn er sich nur innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Grenzen des Lohnes halte. Der vorliegende Vertrag bestimmt nämlich einen Durchschnittslohn und schreibt vor, daß die unterste Lohngrenze 10 % niedriger sei.

Kunmehr beschäftigte sich das Einigungsamt nochmals mit dem Falle und erklärte, daß es an seiner Entscheidung vom 28. Februar 1910 festhalte:

„Es müsse unter allen Umständen darauf gehalten werden, daß die Entscheidungen des Einigungsamts, auch bei etwa in Einzelfällen entgegenstehenden Entscheidungen von Gewerbegerichten, zur Durchführung kämen.“

Darauf klagte ein zweiter Arbeiter derselben Firma beim Gewerbegericht auf Lohnnachzahlung, und es wurde auch auf seinen Antrag ein Gutachten des Beigeordneten Rath in Essen, der seinerzeit die Vertragsverhandlungen in Essen geleitet hatte, eingeholt, und dieser entschied sich für den Standpunkt des Einigungsamts. Das Gewerbegericht hielt jedoch trotzdem an seiner früheren Auffassung fest.

Der vorliegende Fall zeigt so recht, wohin die Lehre von der Abdingbarkeit der Tarife führen muß. Wenn die Anschauung des Gewerbegerichts richtig wäre, daß der Tarifvertrag zunächst nur einmal, soweit Lohnerhöhungen in Betracht kommen, durch Sondervereinbarungen ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden können, so hätte, wie der vorliegende Fall schlagend beweist, der ganze Tarifvertrag überhaupt keinen Zweck. Glaubt das königliche Gewerbegericht, das hier gesprochen, wirklich, daß sich die vertragsschließenden Parteien eine so unenbliche Mühe gegeben, daß sie geeilt und verhandelt haben, bloß um eine Lohnerhöhung auf 14 Tage zustande zu bringen?! Aber selbst wenn der Gewerbeschlichter aus seiner juristischen Haut nicht herauskam und den vorliegenden Fall aus juristischen Gründen so, wie geschehen, entscheiden mußte — die Schuld, daß es in diesem Falle überhaupt zu einem Prozesse gekommen ist, trifft unzweifelhaft den Arbeitgeber, der sich die Unklarheiten des Tarifvertragsrechts in selbstlicher Weise zunutze gemacht hat, und das trotz der mehrmaligen unzweideutigen Entscheidungen des Einigungsamts. Es wäre Sache der tariftreuen Arbeitgeber, diesen tarifbrüchigen Kollegen zur Einhaltung des Tarifs zu zwingen.

Streiks und Aussperrungen.

Der Streit der Kaffeehauskellner in Hamburg dauert noch an. Ein Teil der Arbeitswilligen hat sich den Streitenden angeschlossen, ferner haben dort, wo die bereits gegebene Unterchrift zurückgezogen wurde, neue Arbeitsniederlegungen stattgefunden. Der Verein der Hamburger Kaffeehauskellner hat einstimmig seinen Anschluß an den Verband der Gastwirtsgehilfen (freie Gewerkschaft) beschlossen, der nun mit seinen Mitteln hinter den Streikenden steht. Eine weitere Folge des Anschlusses wird die Boykottierung der bestreikten Kaffeehäuser durch das Gewerkschaftskartell sein. Der Deutsche Kellnerbund und der Genfer Verband unterstützen den Kampf ebenfalls und wollen insbesondere Mitglieder, die als Arbeitswillige gehen, ausschließen.

Straßenbahnstreik in Mülhausen i. E. Am 22. September traten die Angestellten der Mülhauser Straßenbahn, die einer privaten Gesellschaft gehört, in den Streik. Da der Betrieb völlig ruhte und das Publikum gegen die Gesellschaft Stellung nahm, ging diese, obwohl sie es vorher abgelehnt hatte, auf Verhandlungen unter Vorherrschaft des Bürgermeisters ein. Sie gestand nicht nur Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu, sondern gestattete jetzt ausdrücklich die Mitgliedschaft ihrer Angestellten im Transportarbeiterverband, die sie bisher — freilich erfolglos — verboten hatte.

Das Ende der Aussperrung in den Baumwollspinnereien von Lancashire ist dank den fortgesetzten Bemühungen des amtlichen Vermittlers Astworth bereits am 6. Oktober zwischen den Parteien vereinbart worden, so daß am Montag den 10. Oktober in allen 700 Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Der Arbeiter Georg Howe, um den sich der ganze Kampf schließlich drehte, ist von der Fern Mill, wo er gemahregelt worden

war, gegen einen Arbeiter von einer benachbarten Spinnerei ausgetauscht worden. Kunmehr werden Arbeitgeber- und Arbeiterausschuß unter Astworths Vorsitz scheidlich-friedlich beraten, ob und auf welcher Seite eine Verletzung des Brooklands Agreement in dem Fern Mill-Falle vorgekommen ist. Der Friedensschluß ist überall mit Genugtuung begrüßt worden, da im Falle eines länger andauernden Ausstandes die Webereifirmen nicht imstande gewesen wären, ihre Abschlüsse fertig zu stellen, und großes Elend über den ganzen Bezirk Lancashire gekommen wäre.

Passive Resistenz auf der österreichischen Südbahn. Das Personal der Südbahn beschwerte sich seit längerer Zeit, daß die bei der letzten Bewegung von der Direktion gegebenen Versprechen nicht eingehalten würden. Die alte „Koalition“, der die Gewerkschaft, der Lokomotivführerverein, der Kondukteurverein und der Bahnmeisterverein angehören, und eine neugebildete Gruppe von Vereinen, die in der Hauptsache Beamte vertrat, standen sich während der ganzen Bewegung in offener Fehde gegenüber. Die neue Koalition proklamierte passive Resistenz, die alte erklärte, sie nehme nicht teil. Trotzdem gelang es, Erfolge zu erzielen. Für eine Reihe von Angestelltengruppen wurden Borrückungsrufen und Wartezeit verkürzt und die Quartiergeldbeträge auf die bei der Staatsbahn übliche Höhe gebracht. Über einige Streitpunkte von untergeordneter Bedeutung soll noch verhandelt werden.

Arbeiterschutz.

Handlungsgehilfenschutz in Rußland.

Von Joseph Boujansky in Petersburg.

Als während des Revolutionsjahres 1905 die russischen Arbeiter ihre mannigfachen sozialpolitischen Forderungen aufstellten, hatten auch die Handlungsgehilfen ihre Stimme hören lassen. In Versammlungen und in verschiedenen, dem Ministerium unterbreiteten Petitionen schilderten sie ihre traurige Lage und forderten gesetzliche Schutzbestimmungen. Bis dahin waren für diese Berufs-schicht so gut wie keine Schutzvorschriften erlassen. Während in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Reihe von Arbeiterschutzgesetzen erschien, stammte die ganze Handlungsgehilfenschutzgebung noch aus dem 18. Jahrhundert. Natürlich war sie den neueren Verhältnissen gar nicht angepaßt und bedurfte einer gründlichen Erweiterung. Das dem Ministerium vorgelegte Tatsachenmaterial wies auf die elendesten Zustände hin. Willkürliche Bestimmungen über die Arbeitszeit seitens der Ladeninhaber führten als Regel zu einem 16 bis 20stündigen Arbeitstage; einen gesetzlichen Ruhetag und familiäre Schutzvorschriften gab es nicht.

Den vorgebrachten Klagen wurde seitens der Regierung Gehör geschenkt und noch im selben Jahre vom Ministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Hauptforderungen der Angestellten entgegenkam und einen Höchstarbeitstag wie auch obligatorische Sonntagsruhe feststellte. Dieser Gesetzentwurf sollte der ersten Reichsduma vorgelegt werden, doch geschah dies nicht, da die erste Duma bald aufgelöst wurde. Dennoch kam das neue Gesetz noch vor dem Zusammentritt der zweiten Duma zustande. In der Hoffnung, bei den Neuwahlen die Stimmen der Handlungsgehilfen für regierungsfreundliche Parteien zu gewinnen, veröffentlichte die Regierung den Gesetzentwurf als Ausnahmegesetz: Am 15. November 1906 erschienen die „Regeln, betreffend normale Ruhezeit der Angestellten in Handelsgeschäften, Kontoren und Lagerräumen“. 1) Doch wurde auch die zweite Duma aufgelöst, ehe es zu einer Beratung des Gesetzes kam, und erst die dritte Duma gelangte dazu, sich mit dem neuen Gesetz zu befassen. Im Januar 1908 wurde der Gesetzentwurf der Kommission für Arbeiterfragen übergeben und dort — über ein Jahr! — beraten. Ende April dieses Jahres wurde er dem Plenum vorgelegt und kurz vor Antritt der Sommerferien in erster Lesung angenommen. Seine Fassung ist noch nicht endgültig und Verschlechterungen seitens des Reichsrats sind leicht möglich. Doch können die Hauptbestimmungen des Gesetzes bereits als Grundlage angesehen werden.

Das Gesetz, betitelt „Gesetz, betreffend Arbeitsdauer und Arbeitseinteilung in Handelsgeschäften, Kontoren und Lagerräumen“ findet Anwendung auf staatliche, gemeindliche und private Handelsgeschäfte, Hauptidehandel, Kontore

1) Laut § 87 der Grundgesetze können, während die Duma geschlossen ist, Gesetze erlassen werden, die in der nächsten Session der Duma vorgelegt werden müssen. Dieselbe hat sie entweder zu genehmigen oder abzulehnen.

und Lagerräume. Es bezieht sich nicht auf Handlungen und Restaurants in Eisenbahnhöfen, auf Eisenbahn- und Dampfbuffets, auf Hotels und Apotheken. In allen dem Gesetz unterstellten Betrieben wird ein Höchsttagsarbeitszeit von 12 Stunden festgesetzt, und zwar gilt derselbe nicht nur als Arbeitszeit der Angestellten, sondern auch als Betriebszeit der Geschäfte. Das heißt, daß es gesetzlich verboten ist, länger als 12 Stunden täglich die Handlungen und Bureaus offen zu halten. Doch werden folgende Ausnahmen von dieser Regel zugelassen. 1. In „dringenden“ Fällen können die Angestellten nach Schluß der 12-stündigen Arbeitszeit zu verschiedenen Arbeiten herangezogen werden. 2. An 40 Tagen im Jahre können die Geschäfte 2 Stunden länger (also 14 Stunden) offen sein. 3. Für gewisse Handlungen — Fleisch-, Brot- und Gemüsehandlungen, Restaurationen, Badeanstalten, u. a. — ist ein Höchsttagsarbeitszeit von 15 Stunden festgesetzt.

Diese wichtigste Bestimmung des Gesetzes, betreffend die Arbeitszeit, führte in der Duma zu lebhaften Erörterungen, weil sie den einen zu weit ging, die andern aber den Achtstundentag für den Handel einführen wollten, doch stimmte die Duma schließlich dem Gesetz nach der Fassung der Regierungsvorlage zu. Dabei wurde zugleich bestimmt, daß Überarbeit in den zugelassenen Grenzen besonders zu bezahlen sei. Die Arbeitspausen werden folgendermaßen geregelt: bei 10stündiger und längerer Arbeitszeit haben die Pausen 2 Stunden zu betragen, bei über 8 bis 10stündiger Arbeitszeit 1 Stunde und bei 8stündiger $1\frac{1}{2}$ Stunde.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Sonntagsruhe. Die frühere Gesetzgebung ermächtigte die Ortsverwaltungen, die Sonntagsruhe zu regeln, d. h. einen kürzeren Arbeitstag als an Wochentagen festzustellen. Sie durften jedoch nicht den Handel an Sonn- und Feiertagen ganz verbieten. Einige Ortsräte, welche die volle Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aufstellen wollten, wurden als ungesetzlich vom obersten Verwaltungsgericht aufgehoben. In der Duma wurde vor allem die Frage lebhaft erörtert, ob das Gesetz selbst — mit gewissen Ausnahmen — volle Sonntagsruhe einführen sollte oder ob dies den Lokalverwaltungen (Selbstverwaltungskörpern) zu überlassen sei. Schließlich wurde das Gesetz in der Form angenommen, daß als Regel die Sonntagsarbeit gesetzlich verboten sein soll, daß aber die Selbstverwaltungskörper ermächtigt sind, durch Ortsräte den Sonntagshandel für gewisse Zweige (Nahrungsmittel, Konditoreien u. a.) zu genehmigen mit der Bedingung, daß derselbe fünf Stunden nicht überschreiten dürfe. Außerdem findet die Sonntagsruhe in folgenden Betrieben keine Anwendung: Transportanstalten (in denen aber nicht länger gearbeitet werden darf, als während der Zeit, in der die Eisenbahn- und Dampfschiffstationen zur Beförderung des Gepäcks offen sind), Jahrmärkte, Festehallen und Bibliotheken, Wohltätigkeitsbazar, Vergnügungsanstalten, Badehäuser, Restaurants (letzte dürfen nicht vor 12 Uhr mittags geöffnet werden).

Die Arbeit der Minderjährigen soll in einem besonderen Gesetz „über den Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen“ geregelt werden. In dem von der Duma angenommenen Gesetz wird vorläufig nur bestimmt, daß Minderjährige unter 17 Jahren außer den festgesetzten Pausen täglich noch 3 Stunden zum Schulbesuch frei haben sollen. Ein Antrag, der die „Sitzgelegenheit“ regeln wollte, wurde mit dem Hinweis darauf, daß die Frage in ein anderes Gesetz gehöre, abgelehnt. Die Selbstverwaltungskörper haben durch Ortsräte verschiedene Einzelheiten zu regeln. Durch Ortsräte soll die tägliche Zeitdauer, während der die Geschäfte offen sein können, genauer festgestellt werden. Doch darf diese Zeitdauer, einschließlich Pausen, nicht unter 9 Stunden betragen. Durch Ortsräte ist auch die Zulässigkeit von Überstunden festzustellen, die Sonntagsarbeit — in den obenangegebenen Grenzen — zu regeln und die Freizeit der Minderjährigen zu bestimmen. Zur Ausarbeitung der Ortsräte werden Sachausschüsse aus Vertretern der örtlichen Selbstverwaltung, Geschäftsinhaber und Handlungsgehilfen gebildet. Die Gemeindeverwaltungen wie auch die Polizei haben die Durchführung des Gesetzes zu überwachen.

Aus dieser Wiedergabe der Hauptbestimmungen des neuen Gesetzes ist zu ersehen, daß es für die Handlungsgehilfen einen nicht unbedeutenden Schritt vorwärts bedeutet. Die „Handlungsgehilfenfrage“ ist aber damit natürlich noch lange nicht erledigt. Wichtige Fragen des Arbeitsvertrages der Handlungsgehilfen — wie Kündigungsfrist, Schutzalter, Schutz gegen gesundheitliche Gefahren, Urlaub u. a. — bleiben noch unregelt. Mit allen diesen Fragen befaßt sich ein neuer Gesetzentwurf „über den Arbeitsvertrag der Handelsangestellten“, der wahrscheinlich in Kürze der Reichsduma vorgelegt werden wird.

Kauft nicht am Sonntag! Der Deutsche Käuferbund (Geschäftsstelle Friedenau, Rubensstraße 22) hat an die Gemeinden Groß-Berlins die Bitte gerichtet, sich für die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu entscheiden. Von den Gegnern der Sonntagsruhe wird aber immer auf die großen Einnahmen an den Sonntagen hingewiesen, also trägt der Käufer die Schuld! Deshalb richtet der Deutsche Käuferbund an das tausende Publikum, vor allem an die Frauen, die Wohnung; keine Einkäufe an den Sonntagen zu machen und dadurch zu zeigen, daß es gern dazu beitragen will, Geschäftsinhabern und Angestellten einen ununterbrochenen Ruhetag zu ermöglichen.

Ein internationaler Heimarbeitkongress hat zum erstenmal in Brüssel stattgefunden, einberufen von den Veranstalter der belgischen Heimarbeitausstellung (vergl. Soz. Pr. XIX. 1295). Leider war die Vorbereitung dieses Kongresses etwas übereilt und unvollkommen, so daß eine planmäßige Besichtigung durch die an der Frage am meisten beteiligten Kreise nicht erfolgen konnte. Trotzdem waren Vertreter von 9 verschiedenen Nationen anwesend, ferner ließen sich die Regierungen von Frankreich und Italien amtlich vertreten. Die Verhandlungen wurden geleitet durch den Professor der Sozialwissenschaften an der Universität Löwen, Dr. Brants. Die Beschlüsse des Kongresses wurden in 4 Ausschüssen vorbereitet, die sich aus Vertretern verschiedener Staaten und Richtungen zusammensetzten. Der erste Ausschuss bereitete den Teil der zur Annahme gelangten Entschlüsse vor, der sich auf die überall hervorgetretenen Mängel der Heimarbeit für den Heimarbeiter selbst bezieht, der zweite Ausschuss beschäftigte sich mit den gesundheitlichen Gefahren der Heimarbeit für die Käufer. Die Beschlüsse des dritten Ausschusses (gewerkschaftliche Organisation) und des vierten (gesetzliche Regelung) greifen vielfach ineinander über. Man wünschte, daß die Fabrikarbeiterschaft sich der Organisation der heimarbeitenden Kollegen annähme, und bei den Forderungen an die Gesetzgebung steht die Lohnregelung an erster Stelle. Der Kongress stellte daher folgende einheitliche Richtlinien auf:

1. Die Unternehmer, Großhändler oder Zwischenhändler sollen durch die Gesetzgebung zu einer genauen Buchführung verpflichtet werden, in der sie die Art der Arbeit, die sie außer Haus geben, sowie den dafür zu zahlenden Lohn eintragen; der Arbeiter soll ein entsprechendes Buch erhalten. Der Gewerbeaufsichtsbeamte soll das Recht haben, die Zuverlässigkeit dieser Buchhaltung jederzeit zu prüfen. 2. Für die Feststellung der Mindestlöhne sind gemischte Ausschüsse zu bilden. Die Löhne werden jeweils für bestimmte Fristen festgesetzt. Die Entscheidungen dieser Ausschüsse sind unter den Schutz der Gesetze gestellt. Es ist eine Berufung an eine höhere Instanz vorzusehen. 3. Alle in der Heimarbeit ausgeübten Berufe sind in eine Reihe zu bringen, die nach ihrer Gesundheitsgefährlichkeit zu ordnen ist. Auf Grund dieser Aufstellung ist dann später zu entscheiden, welche Gattungen gesetzlich geregelt und welche verboten werden sollen.

Auf den Vorschlag des russischen Staatsrates v. Reinde wurde ein dauernder Ausschuss für die Kongresse der Heimarbeit mit dem Sitz in Brüssel eingesetzt, der die Vorbereitungen des nächsten internationalen Heimarbeitkongresses zeitiger und gründlicher treffen soll. Als Zeitpunkt wurde das Jahr 1912 ins Auge gefaßt; der Ort dürfte wohl Paris sein, wo die Vorarbeiten für eine französische Heimarbeitausstellung bereits im Gange sind.

Mit dem Kongress war nicht nur eine Besichtigung der auf dem Gelände der Weltausstellung errichteten Heimarbeitausstellung verbunden, die ja den Anlaß zur Einberufung des Kongresses gegeben hatte, sondern es wurde auch ein Ausflug an einige Orte der belgischen Heimarbeit unternommen und zwar nach Zele, wo man hauptsächlich Hasenfelle zupft und Zute spinnst, ferner nach Hamme, einem Mittelpunkt der Spitzenklöppelei und Seilereie. Dieser Ausflug bewies, daß auf der Heimarbeitausstellung in Brüssel durchaus nicht zu schwarz gemalt worden sei, sondern daß im Gegenteil die Zustände in Hamme und Zele noch schlimmer sind, als man sich denken konnte.

Ein französisch-italienisches Übereinkommen über den Jugendschutz. Im Juni 1910 ist zwischen den Regierungen von Italien und Frankreich ein Abkommen geschlossen worden über die wechselseitige Behandlung jugendlicher italienischer Arbeiter in Frankreich und junger Franzosen in Italien. Die Grundlage bilden das französische Gesetz mit Bestimmungen über den Schutz der Jugendlichen vom 2. November 1892 und das italienische Gesetz vom 10. November 1907. Die Hauptvorschriften des Übereinkommens beziehen sich darauf, daß die jugendlichen Arbeiter der fremden Nation, die in dem anderen Lande Arbeit suchen, Arbeitsbücher haben müssen, die von den betreffenden Konsuln ausgestellt werden, nachdem die Schulabgangszeugnisse und die anderen

Legitimationspapiere geprüft sind. Alle Schutzgesetze, die in Frankreich oder Italien für jugendliche Arbeiter erlassen sind, haben Geltung auch für die Jugendlichen der anderen Nation. Da aber die Altersgrenzen über Zulassung zur Arbeit oder besondere Schutzbestimmungen in den Gesetzen der beiden Nationen nicht immer gleichmäßig geregelt sind, so soll diese Altersfrage durch gegenseitiges Übereinkommen in besonderen Verordnungen geregelt werden. Die beiden Regierungen versprechen überhaupt in dem vorliegenden Übereinkommen, daß sie nach Kräften darauf hinwirken werden, über die Altersgrenzen zu einer internationalen Verständigung zu gelangen. Schließlich wird noch bestimmt, daß die Regierungen in den Hauptindustriestätten ihrer Länder die Bildung von Schutzkomitees anstreben werden, denen vor allem ein Vertreter der Gemeinde, ein Gewerbeaufsichtsbeamter sowie der Konful des andern Landes angehören müssen. Die Aufgabe der Schutzkommissionen wird es sein, sich der jugendlichen fremdländischen Arbeiter mit Rat und Tat anzunehmen, die Legitimationspapiere zu prüfen, Verstöße gegen die Schutzbestimmungen aufzudecken und zu verfolgen. Das französisch-italienische Übereinkommen ist zunächst auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die österreichische Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Der Prager Universitätsprofessor Hofrat Dr. S. Rauchberg hat vor einiger Zeit in der Industriellen Vereinigung in Wien die Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten eingehend beleuchtet. Da der Vortrag, der inzwischen in erweiterter Form unter dem Titel „Die Pensionsversicherung der Privatangestellten als Maßnahme der Mittelstandspolitik“ in der Manz'schen Hof-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung in Wien erschienen ist, den Kern der Frage zu treffen scheint, sei sein hauptsächlichster Inhalt hier kurz mitgeteilt. Daß die Pensionsversicherung der Privatangestellten in erster Linie eine Maßnahme der Mittelstandspolitik und daß sie deshalb für den Mittelstand von äußerster Wichtigkeit ist, ist eine uns so geläufige Anschauung, daß wir diese Ausführungen übergehen können. Dasselbe gilt von der Nützlichkeit der Versicherung für die Dienstgeber. Von besonderer Bedeutung sind jedoch die Ausführungen Rauchbergs über die Notwendigkeit einer Sonderversicherung der Angestellten. Österreich ist im Begriff, eine allgemeine Sozialversicherung einzuführen. Daß man in Österreich die Privatangestellten in diese nicht mit einbezogen, sondern ihnen in der „Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte“ eine besondere Versicherungsorganisation geschaffen hat, rechtfertigt sich nach Rauchberg dadurch, daß die Versicherungsbedürfnisse der Angestellten quantitativ und qualitativ andere sind, wie die der übrigen Sozialversicherten: die allgemeine Sozialversicherung beschränkt sich auf das Existenzminimum, die Angestelltenversicherung gewährt das standesgemäße Existenzminimum, wie es den höheren Leistungen, dem höheren Bildungsgrade und den Lebensverhältnissen des Mittelstandes entspricht; die Pensionsversicherung beruht ferner auf der Berufsinvalidität; auch sollen die Witwenrenten und Erziehungsbeiträge die Hinterbliebenen wenigstens einigermaßen sicherstellen. Daß diesen höheren Leistungen höhere Prämien entsprechen müssen, ist selbstverständlich, ebenso, daß die versicherungstechnischen Grundlagen hier andere sein müssen. Daraus folgt aber die Notwendigkeit einer von der Arbeiterschaft vollkommen getrennten Versicherungsgemeinschaft der Pensionsversicherten und mithin auch eine selbständige Organisation derselben.

Woher kommt es nun, daß die österreichische Pensionsversicherung der Privatangestellten bisher ein so vollständiges Fiasko gemacht hat und daß Freunde und Feinde der Pensionsversicherung gleichmäßig auf eine Änderung des erst so kurze Zeit bestehenden Gesetzes hindrängen? Rauchberg ist hier in der glücklichen Lage, die Frage nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch beurteilen zu können, da er Obmann der deutsch-böhmischen Landesstelle der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte ist. Der Hauptfehler liegt, wie Rauchberg überzeugend darlegt, in der unglücklichen Definition des Begriffes Privatangestellte, wie er in den langen parlamentarischen Verhandlungen, im Gesetz und durch die Auslegungsfälle der Gerichte und Verwaltungsbehörden mit der Zeit geprägt worden ist. Weber der „Beamtencharakter“ noch die „ausschließlich oder doch vorwiegend geistigen Dienstleistungen“ sind geeignet, den Privatangestellten als solchen zu charakterisieren, und die von der Regierung später gegebene Direktive, „der Versicherungspflicht nur die mit einem Aufsichts- oder Verfügungsrecht

belleideten Angestellten, das konzeptive Bureaupersonal und die mit der Buchführung und dem Kassendienst betrauten kaufmännischen Angestellten zu unterwerfen“ (richtige Formel), hat erst recht Verwirrung geschaffen, da die kaufmännischen Angestellten, die nicht zu den vorstehend genannten besonderen Gruppen gehören, hierdurch von der Versicherung einfach ausgeschlossen sind.

Die Folge dieser Unklarheiten zeigt sich darin, daß längst nicht einmal die Hälfte aller Versicherungspflichtigen tatsächlich in die Versicherung einbezogen ist, in gewissen Kreisen der Geschäftswelt ist die Umgehung der Versicherung geradezu zu einem Sport ausgeartet; sowie darin, daß am Schlusse des Jahres 1909 40 % der fälligen Prämien rückständig waren. Daß hier radikale Abhilfe not tut, ist ohne weiteres einleuchtend. Rauchberg sieht sie vor allem in einer klaren Umschreibung der Versicherungspflicht, die jedoch nur negativ gefaßt werden könne; d. h. es seien als versicherungspflichtig zu erklären: „alle in Privatdienst Angestellte, deren Entlohnung in festen Zeitabschnitten üblich ist, soweit sie nicht als landwirtschaftliche oder gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Knechte, Mägde, Fabrikarbeiter usw.) oder als Tagelöhner tätig sind oder Gehilfenbedienste verrichten.“ Rauchberg zeigt dann, daß die vor allem von den sozialdemokratischen Handelsangestellten gegen eine weitere Fassung der Versicherungspflicht angeführten Argumente (Geringfügigkeit der Versicherungsleistungen, Höhe der Verwaltungskosten usw.) absolut nicht stichhaltig sind; es sind genau die gleichen Argumente, mit denen die deutsche Sozialdemokratie in früheren Jahren krebse gegangen ist. Denn daß die überwiegende Mehrzahl der Angestellten versichert sein will, ist jetzt selbstverständlich. Es könne sich also nicht darum handeln, möglichst weite Kreise der Privatangestellten aus der Versicherung herauszudrängen, sondern im Gegenteil, den Kreis derselben, soweit angängig, auszudehnen. Hierzu würde weiter gehören eine Änderung des bisherigen Anmeldeverfahrens, den Versicherungsprämien müßte öffentlicher Charakter beigelegt werden, die Rechtsmittel dürften keine aufschiebende Wirkung haben — alles Mittel, die uns Reichsdeutschen als die selbstverständlichen Dinge der Welt erscheinen.

Eine besondere Rolle spielt bei der Revision des Gesetzes naturgemäß die — auch für uns noch nicht entschiedene — Frage der Zulassung von Ersatzinstituten und Ersatzverträgen, und hier können wir von den österreichischen Fehlern sehr viel lernen. In Österreich sind bereits jetzt neben der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte, abgesehen von den zahllosen Ersatzverträgen, gegen 500 Ersatzeinrichtungen von der Regierung anerkannt worden, denen rund 40 % aller Versicherten angehören. Die Schäden der Ersatzeinrichtungen sieht Rauchberg, abgesehen von nationalen Gesichtspunkten, die ja für Deutschland nicht in Frage kommen, in der unwirtschaftlichen Zersplitterung der Versicherung, in den unzulänglichen versicherungstechnischen Grundlagen, der Erleichterung von Hinterziehungen und damit Gefährdung der Versicherungsträger sowie in einer tatsächlichen Beeinträchtigung der Freizügigkeit der Privatangestellten. Daß der Allgemeinen Pensionsanstalt eine Vorzugsstellung eingeräumt wird, daß insbesondere die gleichzeitig mit der allgemeinen Sozialversicherung zu gewärtigende Einführung des Staatszuschusses bloß den Rentnern der Allgemeinen Pensionsanstalt zugute kommen dürfe, sei selbstverständlich, da der Staat nicht das leiseste Interesse daran habe, Zuschüsse zu den Renten von Ersatzeinrichtungen zu leisten, welche die amtliche Versicherungsorganisation beeinträchtigen. Nur wenn die Ersatzeinrichtungen zur Allgemeinen Pensionsanstalt in ein Rückversicherungsverhältnis träten und dadurch zu bloßen Zuschußklassen würden, wäre ihren Rentnern der Staatszuschuß zuzuerkennen.

Die Rauchbergschen Vorschläge sind nicht nur äußerst einfach und durchsichtig, sondern auch so völlig überzeugend, daß wir uns seiner Meinung anschließen möchten, daß auf anderem Wege die österreichische Pensionsversicherung kaum gefunden dürfte.

Zwischen hat die „Allgemeine Pensionsanstalt für Angestellte“ in Wien ihren Bericht über die I. Berichtsperiode (1. Januar bis 31. Dezember 1909) erstattet, und dieser Bericht bestätigt durchweg die von Professor Rauchberg erhobenen und im vorstehenden wiedergegebenen Klagen über das ganze System und seine Handhabung. In dem Bericht heißt es wörtlich:

Die dem Pensionsversicherungsgesetze anhaftenden Lücken und Mängel wurden, je weiter das Jahr fortschritt und praktische Erfahrungen gewonnen werden konnten, um so fühlbarer. In zahlreichen Fällen machte der unklare Wortlaut des Gesetzes dessen Auslegung kontrovers; manche Bestimmungen erwiesen sich als unweidmässig, es fehlt nicht an Härten und an solchen Bestimmungen, die als kaum anwendbar bezeichnet werden müssen.

Auch die von Rauchberg hervorgehobenen Einzelheiten (Umgehung der Versicherungspflicht, Häufigkeit der Einsprüche usw.) werden samt und sonders bestätigt. Daß der Vorstand der Anstalt hierdurch gezwungen ist, bei der Aufstellung des Voranschlags für 1910 mit äußerster Sparsamkeit vorzugehen, erscheint nur allzu berechtigt. Der Bericht konstatiert hierbei mit besonderer Genugtuung, daß alles dafür spreche, daß der für die Zentrale und die Landesstellen veranschlagte Betrag von 942 000 R. kaum wesentlich überschritten werden dürfe. Bei allen Landesstellen zeige sich das redliche Bemühen, mit den vom Vorstände bewilligten knappen Mitteln das Auslangen zu finden. -- Daß an einer solchen Privatbeamtenversicherung niemand eine wirkliche Freude hat, ist wohl zu glauben.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. In der Weiterberatung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wurde bei der Festsetzung des Maßstabes für die Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in einem neuen § 1001a bestimmt, daß durch die Sägun die Verteilung der Lasten ein anderer als der Grundsteuermaßstab bestimmt werden kann, welcher einen Anhalt für den Arbeitsaufwand gibt, z. B. die Fläche in Verbindung mit der Grundsteuer, die Kulturart. Der früher ausgelegte § 964, betreffend die Sägun, und die §§ 968 bis 976 und 980 bis 996 wurden unverändert angenommen, die §§ 977 bis 979 (Aussicht) auf Grund früherer Beschlüsse gestrichen. Zu § 967 wurde ein Zusatz angenommen, nach dem das Reichsversicherungsamt nicht berechtigt ist, an Stelle der Genossenschaften Unfallversicherungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen. Bei § 1012 wurde folgende Bestimmung angefügt:

Bestimmt die Sägun, daß die freiwillige Versicherung außer Kraft tritt, wenn der Beitrag nicht rechtzeitig bezahlt worden ist, und daß eine Neuanmeldung solange unwirksam bleibt, bis der rückständige Beitrag entrichtet worden ist, so ist in dem Auszug oder der Zustellung darauf hinzuweisen.

Bei § 1021 wurde ausdrücklich festgesetzt, daß für die landwirtschaftliche Unfallversicherung und Überwachung die Verpflichtung zur Anstellung technischer Aufsichtsbeamten nicht besteht, und weiter bestimmt, daß die Vertreter der Versicherten von den Versicherungsämtern gewählt werden und daß diese der landwirtschaftlichen Unfallversicherung angehören müssen. Die übrigen Bestimmungen über die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurden nach den Vorschlägen des Entwurfs angenommen. -- Bei der See-Unfallversicherung wurde in § 1036 der Kreis der Versicherten dahin erweitert, daß neben den auf deutschen Seefahrzeugen in inländischen Häfen beschäftigten Personen auch diejenigen der Seeunfallversicherung unterliegen, die auf den Seefahrzeugen auf Kanälen und Flüssen beschäftigt sind. In § 1041, nach dem die Seeunfallversicherung nicht für solche Seeschiffahrts- und gleichgestellte Betriebe gilt, die als wesentliche Bestandteile anderer Betriebe der Unfallversicherung unterliegen, wurde die Bestimmung angefügt: „sofern diese Bestandteile nicht über den örtlichen Verkehr hinausgreifen.“ In § 1044 wurde hinzugefügt, daß der Flaggenwechsel dem Versicherten mitzuteilen ist. Hinter § 1061 wurde ein neuer § 1061a eingeschaltet, nach dem für die in Schlepp- und Reichterbetrieben beschäftigten Personen die §§ 584 bis 591 gelten. In den §§ 1075 und 1076 wurde das Wort Krankenpflege durch Krankenhilfe ersetzt. In § 1078, nach dem die Zweiganstalt das Heilverfahren selbst übernehmen kann, wurde hinzugefügt:

„Den hierdurch bedingten Aufwand hat die Gemeinde oder der auf Grund des § 1076 Ziffer 1 zur Gewährung von Krankenpflege Verpflichtete der Zweiganstalt zu ersetzen. Als Ersatz gilt die Hälfte des Betrages, der für Heilanstaltspflege aufzuwenden wäre.“

Die Bestimmungen über die Ausländer wurden denen bei der Gewerbeunfallversicherung angepaßt. Hiernach (§ 1086a) haben die Hinterbliebenen eines Ausländers, die nicht im Inland oder an Bord eines deutschen Schiffes ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, keinen Anspruch auf Rente. Der Bundesrat soll unter Umständen diese Bestimmung jedoch außer Kraft setzen können. Ferner können Ausländer mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abgefunden werden. In § 1087 (Strafbestimmungen) wurde hinzugefügt, daß die Verurteilung eines Versicherten nicht erfolgt, wenn er in Ausführung eines Befehls seines Vorgesetzten den Vorschriften zuwidergehandelt hat. Die übrigen Bestimmungen über die Seeunfallversicherung wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. --

Die Beratungen wandten sich dann dem vierten Buche: Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu. In § 1212 wurden bei der Bestimmung über die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker die Worte „sowie andere Angestellte,

die mit einer ähnlich gehobenen Tätigkeit berufsmäßig beschäftigt werden“ durch die Fassung ersetzt: „sowie andere in gehobener Stellung befindliche Angestellte sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet“. In einer Resolution wurde der Bundesrat aufgefordert, von seinem Rechte, die Versicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende auszudehnen, mehr als bisher Gebrauch zu machen. Nach § 1215 erstreckt sich diese Befugnis des Bundesrats, abgesehen von den Hausgewerbetreibenden (ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer hausgewerblich Beschäftigten), auf Gewerbetreibende oder andere Betriebsunternehmer, die regelmäßig keine und höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Dies wurde durch Annahme eines konservativen Antrags dahin eingeschränkt, daß bei regelmäßiger Beschäftigung von mehr als einem Versicherungspflichtigen die Versicherungspflicht des Betriebsunternehmers fortfällt und auch der eine, der die Versicherungspflicht begründet, muß regelmäßig „in dem Betriebe“ beschäftigt sein. Die gleiche Einschränkung wurde bei § 1228 beschlossen, in dem von den Voraussetzungen für die freiwillige Selbstversicherung die Rede ist. Ein neuer § 1223a wurde eingefügt, der besagt:

„Auf ihren Antrag werden Diplomingenieure und Personen mit Hochschulbildung von der Versicherungspflicht befreit.“

Die Beratung der §§ 1228 Abs. 2, 1236 und 1237 wurde vorläufig ansgesetzt. In § 1238, nach dem länger als auf ein Jahr rückwärts, vom Eingang des Antrags gerechnet keine Rente gezahlt wird, wurde hinzugefügt: „sofern nicht der Berechtigte durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens liegen, den Antrag rechtzeitig zu stellen.“ In § 1239 (Verweigerung der Rente bei vorsätzlich herbeigeführter oder beim Begehen eines Verbrechens eingetretener Invalidity) wurde hinzugefügt, daß die Übertretung bergpolizeilicher Verordnungen nicht die ganze oder teilweise Entziehung der Rente zur Folge haben kann. § 1340 Abs. 3 erhielt trotz des Widerspruchs des Regierungsvertreters folgende Fassung:

„Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen arbeitsunfähig gewesen ist, oder nach Fortfall des Krankengeldes arbeitsunfähig bleibt, für die weitere Dauer der Invalidität (Krankenrente).“

Die grundlegenden Bestimmungen über die Witwen- und Waisenversicherung wurden nach längerer Debatte unverändert nach dem Entwurf angenommen, nachdem ein konservativer Redner erklärt hatte,

seine Freunde hielten die Witwen- und Waisenversicherung für weitaus wichtiger als die Mehrleistungen auf anderen Gebieten, namentlich der Krankenversicherung, die von der Kommission über die Regierungsvorlage hinaus beschlossen seien. Da andererseits die in der Vorlage vorgesehene Mehrbelastung der erwerbenden Stände unter keinen Umständen überschritten werden dürfe, so müßten seine Freunde voraussetzen, daß die Kommission die Mehrbelastung auf anderen Gebieten rückgängig machen werde, damit die viel wichtigere Hinterbliebenenversicherung nicht gefährdet werde.

Das von diesem Redner an die verbündeten Regierungen gerichtete Ersuchen um eine Äußerung, ob auch sie daran festhielten, daß die Belastung der erwerbenden Stände nicht über die Regierungsvorlage hinaus gesteigert werden dürfe, wurde vom Staatssekretär des Innern dahin beantwortet, daß auch bei den verbündeten Regierungen Bedenken gegen eine jede erhebliche Mehrbelastung beständen. In § 1245 (Gewährung von Waisen- und Witwenrente beim Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Mannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat) wurden die Worte „so lange sie bedürftig sind“ gestrichen. Der Antrag, für die Hinterbliebenenrente rückwirkende Kraft auf den 1. Januar 1910 festzulegen, wurde zurückgestellt bis zum Einführungsgefeß. Bei dem Abschnitt „Heilverfahren“ wurde lediglich, entsprechend einer Vorchrift bei der Krankenversicherung, die Bestimmung eingefügt, wonach es bei einem verheirateten Versicherten der Zustimmung zur Unterbringung in einer Anstalt nur dann bedarf, wenn er mit seiner Familie zusammenlebt. In §§ 1258 ff., die unter gewissen Voraussetzungen die Ersetzung der Rente bis zu zwei Dritteln durch Sachleistungen vorsehen, wurde bestimmt, daß hierzu die Zustimmung des Rentenempfängers erforderlich sein soll. § 1266, der bestimmt, daß die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Kalenderjahre weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind, wurde dahin geändert, daß statt „Kalenderjahre“ gesagt wurde: „Jahre nach dem auf der Eintrittskarte verzeichneten Ausstellungstage“. In § 1204 (Umtausch der Invalidenkarte betr.), der alsdann vorweg beraten wurde, wurde die Bestimmung angefügt,

daß, wenn die Karte im Besitze des Arbeitgebers ist, dieser sie mindestens eine Woche vor Ablauf der Umtauschfrist entweder dem Versicherten zurückzugeben oder sie umzutauschen und dem Versicherten sofort die Bescheinigung auszuhändigen hat.

Die Verpflichtung der Werkbesitzer zur Zahlung von Knappschaftsbeiträgen für die Grubenbeamten erörterte Landtagsabgeordneter Brust-Vogum in Nr. 16 des „Technischen Grubenbeamten“ (22. August) anlässlich der Tatsache, daß große leistungsfähige Werke ihren Beamten die Vorteile vorenthalten, die ihnen das Statut vom 1. Juli 1908 in Aussicht stellte, indem sie nur für die beiden untersten Beamtenabteilungen die Hälfte der Beiträge zahlen oder es gar bei den Beiträgen für die Arbeiterabteilung bewenden lassen.

Brust weist an Hand der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nach, daß für Grubenbeamte, die als Arbeiter oder auch wegen geringeren Gehalts schon früher beitragspflichtige Mitglieder der Knappschaft waren und diese Mitgliedschaft in dem Augenblicke nicht verloren hatten, als sie über 2000 M Jahresgehalt bezogen, nach wie vor die Werkbesitzer Beiträge zahlen müssen. Dagegen könnten als nichtbeitragspflichtige Mitglieder der Knappschaft im Sinne des § 171 Abs. 3 und § 174 Abs. 2 des preussischen Knappschaftsgesetzes nur solche Grubenbeamte (Direktoren, Rechnungsführer und sonstige höhere Beamten) und Verwaltungsbeamte der Knappschaften verstanden werden, die vor dem Bezuge eines Jahresgehalts von über 2000 M noch keine beitragspflichtigen Mitglieder der Knappschaft waren und letzterer gar nicht angehörten. Für solche nichtbeitragspflichtige, aber wohl beitragsberechtigten Mitglieder brauchen die Werkbesitzer auf Grund des Abs. 2 des § 174 keine Beiträge zu zahlen.

Brust fordert die betreffenden Grubenbeamten auf, bei den zuständigen Amtsgerichten gegen die Werkbesitzer wegen unrechtmäßiger Einbehaltung von Gehaltsbeträgen Klage zu erheben.

Die Alters- und Invalidenversicherung in der Schweiz. Während die Kranken- und Unfallversicherung Sache der Eidgenossenschaft, allerdings auch noch nicht völlig verwirklicht ist, bleibt die Alters- und Invalidenversicherung Aufgabe der Kantone, von denen einzelne an die Lösung dieser Aufgabe herantreten, nachdem die Kantone Waadt und Neuenburg bereits eine staatliche Alters- und Invalidenversicherung eingerichtet haben. So stellt im Züricher Kanton, wo seit einigen Jahren bereits aus den Staatsrechnungsbüchern ein Fond für die Alters- und Invalidenversicherung aufgesammelt worden ist, ein vom Regierungsrat jetzt vorgelegter Gesetzentwurf das Bestehen dieses Fonds fest und sieht vor, daß ihm der Kantonsrat auch aus künftigen Staatsrechnungsbüchern Beträge zuweisen könne. Außerdem rechnet das Gesetz mit Legaten und Geschenken an den Versicherungsfonds. Die Organisation der Versicherung selbst bleibt einem spätern Gesetz überlassen, mit dessen Ausarbeitung die zuständigen Organe bereits beschäftigt sind. Ebenso haben St. Gallen, Baselstadt und Glarus die Vorarbeiten für eine Alters- und Invalidenversicherung begonnen, während in Genf ein erster Entwurf hierfür kürzlich vom Volke abgelehnt worden ist.

Genossenschaftswesen.

Genossenschaftsbildung in Blindengewerben.

Von Dr. Ludwig Cohn, Breslau.

Noch liegt die Zeit nicht weit zurück, da der Blinde, man kann sagen, ausnahmslos bei uns in Deutschland in den Reihen der unproduktiven Bevölkerung stand, während er im Auslande, so schon seit unendlichen Zeiten in Japan als Masseur, in beschränktem Maße erwerbstätig war. Die produktiven Kräfte des Blinden können nur durch eine eigene, seiner physischen Verfassung Rechnung tragende Ausbildung gehoben und gefördert werden, und da in Deutschland mit einer geregelten geistigen und technischen Bildung und Ausbildung Blinden erst seit reichlich 100 Jahren begonnen wurde, ist noch bis heute vieles in der Entwicklung begriffen. Besonders bleibt die Erwerbstätigkeit der Blinden in ihrem Erfolge weit hinter den Lebensbedürfnissen zurück, selbst wenn diese auf ein Minimum herabgedrückt werden. Abstrahiert man von den freien Berufen in Kunst (Musik) und Wissenschaft, so bleiben für die Berufswahl des Blinden nur einige Handwerke, die zum größten Teile heute durch den maschinellen Betrieb überholt sind, wie die Seilerei, Bürstenbinderei und Korbmacherei. Ihren ursprünglichen Rugertrag hat allein die Stuhlflechterei behalten, der indes zu gering ist, als daß er zur vollen Deckung des Lebensunterhalts ausreichen könnte. Bei einer, allerdings mangelhaft beantworteten

Rundfrage, deren Ergebnis aber trotzdem, wie spätere anderweitige Stichproben ergaben, die zutreffenden Typen für die in Frage stehende Materie gezeigt hat, erhielt ich folgende Durchschnittssätze: Das Jahreseinkommen betrug von weiblichen Blinden, welche sich durch Handarbeiten und die Übertragung von Druckschrift in Blindenschrift beschäftigen, 75 bis 180 M, von Stuhlflechtern 200 bis 300 M, von Bürstenmachern (weibliche) 150 bis 350 M, (männliche) 375 bis 600 M, von Seilern 650 bis 800 M, von Korbmachern 250 bis 550 M, von Masseuren 600 bis 1000 M, von Klavierstimmern und Musikern 500 bis 1600 M.

Somit ergibt sich der Beruf als Klavierstimmer und Gesellschaftsmusiker als die erfolgreichste Erwerbstätigkeit, weil hier von einer Verdrängung durch mechanische Kräfte kaum die Rede sein kann. An der Untergrenze wirtschaftlichen Erfolges stehen die Handarbeitenden Mädchen, die ohne Unterstützung in Barmitteln oder ohne einen Rückhalt durch das kostenlose Leben in einem Blindenheim zu existieren nicht imstande wären. Dasselbe gilt von denjenigen, die ausschließlich als Stuhlflechter tätig sind, deren Zahl aber nur gering ist. Der Seiler muß auf das platte Land gehen, möglichst in stark landwirtschaftliche Gegenden, wo er immer genügend Beschäftigung findet. Es bleibt der Korb- und Bürstenmacher, der als alleinstehender Handwerker sein Durchkommen unmöglich finden kann. Wenn auch ein großer Teil der Blindenanstalten und einige Blindenfürsorgevereine Rohmaterial und Arbeitsaufträge an einzelne Handwerker abgeben, so entbehrt doch diese sicherlich sehr zweckmäßige Gepflogenheit einer großzügig geregelten Grundlage. Da ist denn in jüngster Zeit unter den blinden Handwerkern selbst der Gedanke des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erwacht, und, gestützt auf eine von Wiener Berufscollegen gemachte Erfahrung, will man versuchen, die Genossenschaftsbildung zu dieser großzügigen Grundlage besserer Erwerbsverhältnisse auszugestalten. Die seit 1907 in Wien gegründete Produktivgenossenschaft blinder Korbmacher und Bürstenmacher zählt heute 42 Mitglieder mit 72 Anteilen zu 50 Kronen. Die Haftung jedes Mitgliedes erstreckt sich auf noch weitere 50 Kr. Von den 42 Genossenschaftlern sind 16 blinde Handwerker, welche in den Räumen der Genossenschaft ihre Werkstätten haben. Der Geschäftsführer und die Meister sind ebenfalls blind, während das Direktorium aus drei sehenden und der Aufsichtsrat aus 3 blinden und 4 sehenden Mitgliedern besteht. Nach der letzten Bilanz hatte die Genossenschaft 72 Einlagen zu 50 Kr., welche sie mit 5 % verzinst; vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und einer Stiftung „zur Förderung des Kleingewerbes“ zwei Darlehen zu 3000 Kr. zu 3 %; vom niederösterreichischen Blindenfürsorgeverein eine Jahressubvention von 500 Kr. und vom niederösterreichischen Landesauschuß eine solche von 600 Kr., welche letztere als Wohnungsbeihilfe für die blinden Genossenschaftler verwandt wird. Das Lager fertiger Korb- und Bürstenwaren repräsentierte einen Wert von 7000 Kr., das des Arbeitsmaterials 5000 Kr., das Inventar 2000 Kr. Der Umsatz betrug 32 000 Kr. Eine Dividendenzahlung erfolgt nicht, vielmehr wird von dem Verdienst ein Teil in den Reservefond abgeführt, welcher 1909 die Höhe von 900 Kr. erreichte, und der andere Teil kommt in Gestalt eines 15 %igen Lohnzuschlages den Arbeitern zugute, deren Wochenverdienst im Minimum 14 Kr. beträgt. Ihre Beiträge zur Krankenkasse werden zur Hälfte von der Genossenschaft getragen, die Straßenbahn gewährt den blinden Genossenschaftlern Freifahrt.

Vergleicht man die Lage dieser Genossenschaftler mit der der selbständigen blinden Handwerker, so ergibt sich ein großes Plus zugunsten der ersteren; denn von den oben mitgeteilten Einkommenssätzen gehen noch beträchtliche Posten für Rohmaterial, Anschaffung oder Amortisierung der Werkzeuge, für Reklame, Transport der Waren und Miete ab, so daß die Sache in Wahrheit so liegt, daß von den rund 4000 erwerbstätigen Blinden des deutschen Reiches (es gab nach der Zählung von 1905 29 000 erwachsene, also erwerbsfähige Blinde) als selbständige Handwerker nur einige wenige ohne weitere Barunterstützung leben können.

Der Blinde muß jetzt, gleich dem sehenden Berufsgenossen, nach der vorgeschriebenen Lehrzeit eine Gesellenprüfung vor der Zunft ablegen, aber dann, wenn er seine Qualifikation zur Ausübung seines Handwerks erbracht hat, fehlt es an der erforderlichen Arbeitsmöglichkeit, weil sehende Meister blinde Gesellen kaum einstellen, der selbständige blinde Handwerker aber, wie oben dargelegt, kaum zu existieren vermag. Daher erscheint der eben skizzierte Wiener Versuch die einzig richtige Form für das Blindenhandwerk zu sein, weil so die pekuniäre Belastung des einzelnen auf ein Minimum herabgedrückt, während die Arbeitsmöglichkeit auf die breiteste Basis gesetzt wird. Die Wiener Produktivgenossenschaft ist

das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt und wird, sobald sie ihre Arbeitsräume vergrößert hat, noch eine Anzahl Arbeiter einstellen. Sie tritt bei Submissionsausreibungen mit in Konkurrenz und ermöglicht so dem einzelnen eine Beteiligung an Arbeiten, an die er als alleinstehender Handwerker nicht herankommen kann.

Der 8. Internationale Genossenschaftstag (Hamburg, 5. bis 7. September), die erste Tagung des 1895 gegründeten Internationalen Genossenschaftsbundes auf deutschem Boden, war von etwa 500 Vertretern aus 18 Ländern besetzt. Der Bund umfasste am 30. Juni 1910 neben 39 Einzelmitgliedern 827 Genossenschaften, darunter 668 Konsumvereine, 38 Konsumvereinsverbände, 15 Großverkaufsgesellschaften, 60 Produktivgenossenschaften und Produktivgenossenschaftsverbände; der geringe Rest verteilt sich auf alle übrigen Genossenschaftsarten. Unter den Mitgliedern führt Großbritannien (373 Genossenschaften); es folgen Deutschland (141) und Österreich-Ungarn (140); Großbritannien und Deutschland bringen auch über die Hälfte der jährlichen Beiträge zu dem Genossenschaftsbunde auf. Die Konsumentenorganisationen haben im Bunde die unbestrittene Führung.

Der Genossenschaftstag gab dem Bunde neue Satzungen, nach denen die persönlichen Mitglieder nunmehr hinter den angeschlossenen Genossenschaften an Bedeutung nach Gebühr zurücktreten. Der Bund nur auf die genossenschaftlichen Landesverbände aufzubauen, ist zurzeit noch nicht möglich, bleibt aber das Ziel der Entwicklung. Zu den Organen des Bundes tritt neu hinzu der Generalsekretär. Die Vertretung im Hauptvorstand wird einheitlich nach der Höhe der Beitragsleistungen geregelt. Unter den Aufgaben des Bundes ist die Ausbildung und Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Statistik praktisch am wichtigsten. Ein Jahrbuch des Bundes ist in diesem Jahre zum ersten Male neben dem monatlich in drei Sprachen erscheinenden „Bulletin“ veröffentlicht worden.

Der Tagung wurden Berichte über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Dänemark und in Irland sowie über das Baugenossenschaftswesen in Deutschland und England erstattet. Über das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen in Deutschland berichtete Direktor Rothaus vom Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften (Berlin). Das Hauptinteresse der Tagung lag aber bei den Konsumentengenossenschaften, über deren Zukunft Dr. F. Müller-Zürich sprach; er empfahl politische Neutralität, aber nicht politische Abstinenz für diese Gruppe. In seinem Sinne begrüßte man die genossenschaftsfreundliche Entschließung des Internationalen Sozialistentages als „eine wesentliche Stärkung der Genossenschaftsbewegung“, ohne aber damit „auf irgendwelche Fragen der Politik Bezug zu nehmen“. Eine sehr umfangreiche Entschließung des Genossenschaftstages, die sich mit Wert und Aufgaben aller Genossenschaftsformen beschäftigt, enthält als wichtigste Abschnitte folgende Grundsätze für die Konsumgenossenschaften:

Die Konsumvereine bezwecken, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Übervorteilung dadurch zu schützen: a) daß sie ihnen die Güter in guten, realen Qualitäten liefern, b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkauf bringt, nach Möglichkeit eliminieren.

Die Voraussetzung für die Erreichung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfange von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße, als die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfang auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen. . . .

Durch die Entwicklung ihrer kommerziellen und produktiven Betriebe gelangen die Genossenschaften aller Art dazu, in wachsendem Umfang Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es ist ihre Pflicht, den Angestellten und Arbeitern, die in ihren Diensten stehen, vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren sowie deren Koalitionsrecht rückhaltlos anzuerkennen. Insbesondere ist ihnen der Abschluß von besonderen Tarifverträgen mit den Gewerkschaften zu empfehlen, soweit nicht allgemeine Tarife zwischen diesen Gewerkschaften und den Unternehmern vorliegen. Wo solche allgemeinen Tarife vorhanden sind, sind sie von den Genossenschaften anzuerkennen und die Durchführung derselben ist zu unterstützen.

Die Genossenschaften erwarten andererseits, daß die von ihnen geschaffenen vorbildlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch eine gleichwertige Arbeitsleistung und mußergültige Pflichterfüllung gerechtfertigt werden.

Zur Förderung der Wohnungsreform auf genossenschaftlichem Wege forderte eine besondere von deutscher und britischer Seite befürwortete Entschließung auf. Die Tagung erklärte dann einstimmig, daß

die Wohnungsreform nur dann richtig und wirksam sein kann, wenn sie auf dem Gemeinbesitz von Grund und Boden der Häuser beruht. Der Kongreß erachtet, daß nicht nur die Wohnungsgenossenschaft hier arbeiten sollte, sondern empfiehlt auch, daß die Großverkaufsgenossenschaften und Konsumvereine die Erstellung von Häusern in die Hand nehmen und den Wohnungsgenossenschaften beistehen.

Als deutsche Vertreter im Hauptvorstand des Bundes wurden die vier Konsumgenossenschafter Lorenz, Kaufmann, Kadeßtock und v. Elm gewählt. Die nächste Tagung soll 1913 in Glasgow stattfinden.

Der britische Baugenossenschaftsverband „Copartnership Tenants Ltd.“ zählte, wie die „Konsumgenoss. Rundschau“ berichtet, Ende 1909 11 angeschlossene Baugenossenschaften, welche auf 340 Acres Land 3457 Häuser erstellt hatten und deren Grundstücke und Häuser einen Wert von 10 649 000 £ hatten. Der Verband bemüht sich in erster Linie, den ihm angeschlossenen Baugenossenschaften die nötigen Gelder zu beschaffen. Seine Betriebsmittel sind im Jahre 1909 um 1516 Anteilscheine zu 20 £ und um eine vierprozentige Anleihe zusammen um 1 083 400 £ auf 2 041 300 £ gestiegen. Außer diesem Betrage hat der Verband noch für 305 000 £ Anteilscheine und Anleihen sowie für 1 781 980 £ Hypotheken unmittelbar seinen Mitgliedern verschafft. Im ganzen hat also der Verband während des Jahres 1909 über 3 Millionen Mark zur Förderung der Baugenossenschaftsbewegung aufgebracht. Außer der Beschaffung der Mittel kauft der Verband für die Baugenossenschaften Baustoffe usw. gemeinschaftlich ein. Er setzte hierin 1909 1 350 260 £ oder 289 320 £ mehr als im Vorjahre um. Der überschüssig belief sich auf 38 820 £. Nach Abzug der Zinsen und der Vergütung an die Angestellten und den Vorstand bleiben 21 660 £ verfügbar, wovon 20 000 £ zurückgelegt und der Rest auf neue Rechnung vorgetragen wurden.

Volks-erziehung.

Die Neuordnung der Mädchen-Fortbildungsschulen in Berlin bepricht die Vorsteherin des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte in Berlin, Fräulein Agnes Hermann, in der „Deutschen Handelschul-Lehrer-Zeitung“ (Juli 1910).

Bisher besteht der Fortbildungsschulzwang nur für männliche Personen, obwohl diese Maßregel nach Ansicht der Verfasserin dieses Aufsatzes gerade den etwa 50 000 weiblichen Geschäftsfachangestellten Berlins außerordentlich notwendig wäre. Da jedoch mit Ausdehnung des § 120 O.D. bestimmt zu rechnen sei, so werde Berlin dann schon aus technischen Gründen nicht bloß die Handlungsgehilfinnen, sondern auch die Handwerkerinnen und Arbeiterinnen der Fortbildungsschulpflicht unterwerfen müssen. Mit Rücksicht darauf, daß etwa 9 Millionen Frauen (gegenüber 4 1/2 Mill. im Jahre 1882), d. i. ungefähr die Hälfte aller im erwerbsfähigen Alter stehenden Frauen, sich ihr Brot selbst verdienen (8 1/2 Mill. als Arbeitnehmer oder mithelfende Familienangehörige, etwa 1 Mill. als selbständige Unternehmer; 2 1/2 Mill. arbeiten in Handel und Industrie), so müsse die Mädchen-Fortbildungsschule, diesen Tatsachen folgend, 4 große Schülerinnengruppen mit getrennten Bedürfnissen unterscheiden, nämlich 1. Mädchen, die auch heute noch im Hause der Eltern bleiben, 2. Mädchen, die in einen Erwerbsberuf eintreten wollen, zuvor aber eine berufliche Ausbildung suchen, 3. Mädchen, die bereits berufstätig sind und Lücken in ihren Fachkenntnissen ausfüllen wollen, 4. Mädchen, die am Ende ihrer Berufszeit stehen, im Begriff sind zu heiraten und eine Auffrischung hauswirtschaftlicher Kenntnisse brauchen.

Die Aufgaben jeder dieser Gruppe werden dann im einzelnen dargestellt. Zum Schluß sagt Agnes Hermann:

Die Fortbildungsschulpflicht kann sich nach geltendem Recht in Preußen nur auf berufstätige Mädchen erstrecken, es würden sich also nur die unter 2 und 3 stizierten Kurse auf diese Maßregel einzurichten haben. Die kaufmännischen und gewerblichen Vorbereitungskurse (2 für Mädchen, die in einen Erwerbsberuf eintreten wollen, zuvor aber berufliche Ausbildung suchen) würden in der hier vorgeschlagenen Ausgestaltung ohne weiteres die Anerkennung als dispensierende Anstalten erhalten, ihre Schülerinninnen würden also von der Fortbildungsschulpflicht befreit sein. Diese Tatsache würde dem Zustrom von Schülerinninnen außerordentlich verstärken und ein erfreuliches Aufblühen der Anstalten veranlassen. Die unter 3 behandelten kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungskurse für Berufstätige würden in ihrem innersten Kern zu Pflichtkursen werden, sie hätten aber gleichzeitig den über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsbedürfnissen zu genügen.

Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Sachsen. Das Ministerium des Innern hat gegen die Verbreitung der Schmutz- und Schundliteratur in den Kreisen der Jugend eine Verordnung erlassen, in der es heißt:

Die Verbreitung der sogenannten Schmutz- und Schundliteratur namentlich unter der Jugend hat schon wiederholt zu ernststen Bedenken

Anlaß gegeben und den Wunsch nach einer energischen Abwehr der Übelstände an allen Orten und insbesondere auch im letzten Landtage nachgerufen. Wenn nun auch das Vorgehen der Behörden gegen die Urheber und Verbreiter dieser Literatur durch die Reichsgesetzgebung bestimmt und beschränkt wird, welche diese Materie in der Hauptlage erschöpfend ergreifen und der Landesgesetzgebung wie den Verwaltungsbehörden zu einer eigenen Betätigung nur wenig Raum gelassen hat, so finden sich doch auch noch andere Mittel und Wege, um dem Übel wenigstens einigermaßen entgegenzutreten. Unter anderem hat eine Amtshauptmannschaft durch die Ortsbehörde auf diejenigen stehenden Geschäfte einzuwirken gesucht, die ihr als Verbreiter von Schundliteratur bezeichnet waren; diese Einwirkung ist denn auch nicht ohne Erfolg geblieben. Ein größerer Wert wird aber in dem Kampfe gegen die Schundliteratur der umfassenden Förderung der guten Volksliteratur, namentlich durch Schul- und Volksbibliotheken, beizumessen sein. Hieran wird also ganz besonders hinzuwirken und dabei namentlich, auch darauf zu nehmen sein, daß die Benutzung dieser Bibliotheken z. B. durch Errichtung von Lesestuben und dergleichen auf jede Weise erleichtert und gefördert wird. Nicht minder aber wird die Aufmerksamkeit der Behörden auch dem Kolportagebuchhandel zu widmen und insbesondere auf eine strenge Durchführung der einschlägenden Vorschriften der Gewerbeordnung Bedacht zu nehmen sein, wie denn auch eine verständigende Einwirkung auf die Kolportage zur Verhinderung des Betriebes schlechter Bücher sich empfehlen wird. Von einer Amtshauptmannschaft ist andererseits unter Mithilfe des Bürgerbundes ein Verzeichnis von Volkschriften aufgestellt worden, die sich zum Vertrieb auf Jahrmärkten, Volksfesten usw. eignen. Das Ministerium des Innern will nicht verfehlen, die Verwaltungsbehörden auf vorstehendes aufmerksam zu machen, und möchte ihnen nahelegen, mit allen Kräften innerhalb der ihnen zustehenden Befugnisse gegen den Vertrieb der Schundliteratur vorzugehen.

Zur Errichtung von Wanderhaushaltungsschulen in Preußen werden voraussichtlich im nächsten preussischen Etat Mittel eingestellt werden. Die Aufgabe dieser Wanderhaushaltungsschulen, die nicht an einem bestimmten Ort ihren Sitz haben, sondern von Ort zu Ort zur Ausübung ihrer Tätigkeit herumziehen, besteht darin, den heranwachsenden Töchtern der kleineren und mittleren Landwirte sowie kleineren Gewerbetreibenden auf möglichst billige Weise Unterricht in den wichtigsten häuslichen Arbeiten zu erteilen. In nennenswertem Umfang bestehen gegenwärtig solche Schulen, abgesehen von anderen Bundesstaaten, nur in der Rheinprovinz, wo die Kreis kommunalverbände sie errichtet haben. Die Absicht der Regierung dürfte dahin gehen, nach und nach für jeden Kreis eine solche Wanderschule einzurichten. Die Dauer der Kurse beträgt im allgemeinen acht Wochen. Am Schlusse jeden Lehrganges findet eine Prüfung statt.

Ein internationaler Kongreß für häusliche Erziehung fand Ende August in Brüssel statt, der zahlreich besucht und auch von den meisten Regierungen besichtigt war. In der Begrüßungsrede betonte Justizminister De Lantsheere unter Hinweis auf die wachsenden Zahlen jugendlicher Verbrecher die Notwendigkeit, die häusliche Erziehung wieder mehr zu einer Pflanzstätte der Kultur zu machen. Die geschäftlichen Verhandlungen des Kongresses erfolgten in verschiedenen Sektionen und behandelten die Erziehung des Kindes vor dem Eintritt in die Schule, die Kindergärten, die häusliche Erziehung nach dem Verlassen der Schule und die Erziehung der abnormen Kinder. Zur Frage der Erziehung in der ersten Kindheit wurde betont, daß die Mütter in Haushaltungs- und Kinderpflege-Kursen auf ihren Beruf vorgebildet werden sollten, daß Lehrer und Lehrerinnen sich mit den Hilfsmitteln der experimentellen Psychologie vertraut machen sollten, um den Schularzt bei gewissen psychologischen Messungen sachgemäß zu unterstützen. Doch waren über diesen Punkt die Meinungen sehr geteilt, ebenso konnte man über die Frage der Einteilung der abnormen Kinder in Kategorien zu keinem abschließenden Urteil kommen. Die Bildung von Elternvereinigungen als beratende Körperchaften an jeder Schule wurde als wünschenswert bezeichnet. In der Gruppe, welche sich mit der sozialen Gesetzgebung beschäftigte, wurde eine weitgehende Entschliebung vorgelegt, die zwar zum Teil lebhaften Widerspruch hervorrief, dann aber doch durch die Mehrheit zur Annahme gebracht wurde. Es wird hierin gefordert, die soziale Gesetzgebung auszubauen, um 1. jedem Haushalt ein ausreichendes Familieneinkommen zu gewährleisten, 2. um die Arbeit der Männer und Frauen in der Weise zu beschränken, daß es ihnen ermöglicht werde, etwas für die Vervollständigung ihrer Bildung zu tun und sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen, 3. um den Volksschul- und Fortbildungsunterricht bis zum 14. Lebensjahre obligatorisch zu machen und bis zur Ermöglichung der ersten und der zweiten Forderung die für einen erzieherischen Besuch der Volksschule unbedingt notwendige Nahrung und Kleidung zu liefern.

Wohnungswesen.

Die Wohnungsfürsorge in deutschen Städten.

Bereits im Jahre 1903, dann erneut im Jahre 1909 hat sich das Kaiserliche Statistische Amt an eine Reihe deutscher Städte gewandt, um Material über die kommunale Wohnungsfürsorge zu

erhalten. Die Ergebnisse sind jetzt in einem starken Band der Öffentlichkeit übergeben.¹⁾ Zur Bearbeitung gelangte das Material von 106 Städten. Es sind zunächst sämtliche Städte herangezogen, die nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 über 50 000 Einwohner hatten, ferner noch eine Reihe von Städten, die nach einer oder der anderen Richtung hin bemerkenswerte Schritte auf dem Gebiete des Wohnungswesens unternommen haben. Die Bearbeitung gliedert sich in zwei Hauptteile. Zunächst wird die rechtliche Seite der Wohnungsfürsorge behandelt, d. h. eine ausführliche Sammlung der in den Städten geltenden Bauordnungen, Regeln für das Schlafstellenwesen, zonenmäßig abgestufte Vorschriften über Höhe der Gebäude, Geschoszahl, Dach- und Kellerräume usw. Für den Sozialpolitiker wichtig ist der zweite Teil, der die eigentliche Förderung des Wohnungswesens durch die Städte mit tatsächlichen Maßnahmen behandelt, d. h. Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis, Bau von Kleinwohnungen durch die Städte oder Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit.

Eine ständige Wohnungsaufsicht, über die alljährlich in einem eigenen Bericht oder in dem allgemeinen Verwaltungsbericht Mitteilungen gebracht werden, findet sich in den Städten Breslau, Erfurt, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Elberfeld, Barmen, M. Gladbach, Köln, Bonn, München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen, Fürth, Regensburg, Chemnitz, Stuttgart, Mainz, Worms, Braunschweig, Straßburg i. E., Homburg. — Einen städtischen Wohnungsnachweis haben bisher 13 preussische Städte, 2 württembergische, 2 badische, 2 hessische Städte und 3 in Elsaß-Lothringen eingerichtet; in Charlottenburg und Breslau, ferner in Chemnitz, Kaiserslautern, Pforzheim und Freiburg i. B. ist ein solcher geplant. Der städtische Wohnungsnachweis ist öfters mit der Arbeitsnachweistelle im selben Verwaltungsgebäude untergebracht.

Die Frage, ob eine Bereitstellung von Wohnungen durch die Städte für die eigenen Arbeiter erfolgt, haben 42 Städte mit ja beantwortet. Es handelt sich dann meist nicht nur um Arbeiter, sondern auch um die unteren Angestellten der Städte. Die Mieten sind durchweg etwas billiger, als sie sonst in der Gegend für gleich große Wohnungen üblich wären, aber die Mietsverträge, namentlich die Bestimmungen über Mietszahlung und Kündigung, entsprechen dem allgemeinen Brauch. Nach den Zahlen der zur Verfügung gestellten Wohnungen stehen Frankfurt a. M., Essen, Köln, Kiel und Düsseldorf an der Spitze.

Neben den 42 Städten, die nur für die eigenen Arbeiter und Angestellten Wohnungen bereitstellen, kämen noch 15 Städte in Betracht, die für die minderbemittelte Bevölkerung im allgemeinen den Bau von Kleinwohnungen betreiben. Auf diesem Gebiet haben namentlich Freiburg i. Br., Mühlhausen i. E., Düsseldorf, Straßburg, Essen eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Von noch größerer Bedeutung als das Selbstbauen durch die Städte ist die Förderung des Kleinwohnungsbaus durch Gewährung von Darlehen aus städtischen Mitteln, Leistung von Bürgschaften, Vergabe von billigem Baugrund usw. Von den deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern haben 26 die Frage nach Vergabe von städtischen Darlehen bejaht, dazu kommen noch 7 der herangezogenen Städte unter dieser Größe. Von diesen 33 Städten entfallen 17 auf Preußen, und davon 8 allein auf die Rheinprovinz. 19 Städte fördern den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau durch Übernahme von Bürgschaften, darunter wiederum 12 Städte aus der Rheinprovinz. 23 Städte geben Baugelände zu billigem Preis ab; 24, davon 9 in der Rheinprovinz, gewähren dem gemeinnützigen Wohnungsbau besondere Vorteile durch Erlass oder Ermäßigung der Straßenbaukosten oder der Steuern.

Die Form des Erbbaurechts bei der Vergebung von städtischem Gelände kommt bereits in 20 Städten zur Anwendung, doch nur in 6 Städten (Frankfurt a. M., Aachen, Essen, Leipzig, Ulm, Mannheim) kommt diese Form dem Bau von Arbeiter-Familienwohnungen zugute. Im übrigen wurde diese Form auch gewählt für Bauten von Kirchen, Geschäftshäusern, Verwaltungsgebäuden für gemeinnützige Bestrebungen, Bibliotheken, Lebighäuser. In den meisten Erbbauverträgen ist die Bestimmung vorgesehen, daß Grund und Boden mit den darauf befindlichen Gebäuden nach einer bestimmten Spanne Zeit in das Eigentum der Stadt übergeht, teils mit entsprechender Entschädigung, teils ohne weiteres. Dem Erbbaurecht verwandt ist die Form des Wiederkaufsrechts, das die Stadt Ulm anwendet; sie behält sich das Recht vor, das Grundstück und das Gebäude zum ursprünglichen Preise

¹⁾ Wohnungsfürsorge in deutschen Städten. Beiträge zur Arbeiterstatistik Nr. 11. Berlin, Heymann. 1910. 685 S.

wieherzuverwerben, so oft der Eigentümer wechselt oder den beim Kauf übernommenen Pflichten nicht nachkommt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in Preußen die Städte der Rheinprovinz die regste Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten der Wohnungsfürsorge entfalten. Neben ihnen sind noch Erfurt und Kiel zu nennen. Von den bayerischen Städten kommen in erster Linie München, Augsburg und Fürth in Betracht. In Württemberg haben außer Eßlingen alle Städte, die von der Erhebung erfaßt wurden, Maßnahmen der Wohnungsfürsorge getroffen. In Baden sind es namentlich Freiburg und Mannheim, im Elsaß Straßburg, die auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge hervorrangen.

Eine Umfrage über das Wohnungswesen wird der deutsche Juristentag gemäß den Danziger Beschlüssen (Soz. Pr. XIX 1455) veranstalten, um die Frage zu klären, wie weit die bestehenden Rechteinrichtungen mit den heutigen städtischen Wohnungszuständen in Wechselwirkung stehen und was etwa zur Verbesserung dieser Verhältnisse durch Gesetz und Recht geschehen könne. Die Ständige Deputation des Juristentages (Schriftführer Justizrat Dr. Hugo Reumann, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 118) hat einen umfangreichen Fragebogen ausgearbeitet und an die bekannten zuständigen Stellen und Sachleute versandt. Doch sind auch Äußerungen nicht aufgeforderten Personen dem Juristentage willkommen. Fragebogen stehen auf Wunsch zur Verfügung. Die Antworten werden bis Ende 1910 erbeten. Vor allem ist es der Deputation um Erlangung von Tatsachenstoff zu tun, der zur Vertiefung der Erkenntnis des Wohnungsproblems und seines Zusammenhanges mit der Rechtsordnung dienen kann; in zweiter Linie um die Ermittlung der Meinungen in denjenigen Kreisen, die sich zufolge ihres Berufes oder ihrer Interessen besonders eindringlich mit dem Wohnungswesen beschäftigen, über den Einfluß, den die Rechteinrichtungen auf die Wohnverhältnisse ausüben, und über etwa neu einzuschlagende Wege. Solche aus der Erfahrung geschöpften Vorschläge werden für die weitere Behandlung der juristischen Seite der Wohnungsfrage ebenso nützlich sein wie etwa die Ablehnung einzelner in den Fragepunkten aufgenommenen Vorschläge, falls nach Meinung der Sachmänner unausführbare Gedanken und Pläne darin enthalten sein sollten. Der Fragebogen umfaßt 9 Gruppen, die sich auf die gemeindliche Bodenpolitik, das Erbbaurecht, das Hypothekenrecht, den Hypothekenverkehr der Banken, die Belehnung zweiter Hypotheken, das Mietrecht, das Erbrecht (an Familienhäusern), die Zwangsvollstreckung und auf etwaige Änderungen des geltenden Privatrechts beziehen. Die Fragen für Bodenpolitik betreffen vor allem das Recht der Enteignung, die Schaffung eines Obereigentums und die Regelung des Wiederverkaufsrechts. Beim Erbbaurecht sollen die etwaige Beschränkung auf Korporationen, das Verhältnis der Erbbauberechtigten zum Grundeigentümer und die Belastungsmöglichkeit erörtert werden. Das Hypothekenrecht ist hauptsächlich auf die Zulässigkeit getrennter Belehnung von Boden und Bauwerk, auf die Möglichkeit einer Verschuldungsgrenze, auf die Verbesserung des Schätzungswesens und die rechtliche Güntigerstellung der zweiten Hypotheken zu untersuchen. Eine ganze Reihe von Fragen, an denen unsere Wohnungs- und Bodenreformpolitik bisher vielfach achlos vorbeigegangen ist, weil es an genügender Sachkenntnis mangelte, werden durch diese Umfrage des Juristentages eine helle Beleuchtung erfahren, wenn die Mieter- und Hausbesitzervereine oder ihre Syndici einmal ihre Äußerungen lassen.

Ausstellung für Kleinwohnungsbau- und Einrichtung. Im Sommer 1911 veranstaltet die Berliner Baugenossenschaft auf einem ihrer Vorortgelände eine öffentliche Ausstellung der verschiedensten Typen kleiner Wohnhäuser für ein bis drei Familien. Die Häuser werden schlüsselfertig hergestellt, zur Innenausstattung werden hervorragende Möbelfabriken aufgefordert, auch die dazu gehörigen Gärten sollen fertig angelegt werden. Die Berliner Baugenossenschaft weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sie seit 24 Jahren an dem Problem arbeitet, Kinderheimstätten gesunde und möglichst billige Wohnungen zu beschaffen. Sie hat rund um Berlin, so in Lichterfelde, Mariendorf, Treptow, Adlershof, Mahlsdorf, Kaulsdorf, Borsigwalde und Hermannsdorf Kolonien geschaffen, wobei die Anforderungen der Hygiene besonders berücksichtigt wurden. Die Berliner Baugenossenschaft errichtet „Kleinhäuser im Garten“, allerdings mit dem Unterschiede den Gartenstadtsiedlungen gegenüber, daß die Häuser nicht bloß zur Miete, sondern auch einschließlich des Grund und Bodens zum Eigentumserwerb an die Mitglieder abgegeben werden, und zwar zum Selbstkostenpreise. Bis jetzt hat die Genossenschaft gegen 350 Häuser errichtet und an die Mitglieder vergeben.

Musterpläne für Wohnungsbauten hat die Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich seit 2 Jahren gesammelt. Diese Sammlung ist nunmehr endgültig geordnet; sie enthält über 1000 Beispiele für die verschiedenen Arten der Wohngebäude: Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser, Gebäude für 2 und mehrere Wohnungen mit getrennten oder gemeinsamen Eingängen, freistehend, an- oder eingebaut, ferner Ledigenheime und Bauungspläne für Kolonien, Gartenstädte usw. Aus dieser Sammlung sind bereits 2 Auszüge im Druck erschienen und von der Zentralstelle (Preis je 2 Kr.) zu beziehen. Einfachnahme in die Sammlung und fachtechnische Auskünfte (Wien I. Stubenring Nr. 8) werden zweimal in der Woche geboten.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung. Von Georg Kerschensteiner. B. G. Teubner, Leipzig 1910. 1 M.

Der Vortrag, den der hervorragende Pädagoge auf der Tagung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge im Herbst 1909 in Berlin gehalten hat, liegt jetzt in etwas erweiterter Form im Druck vor. Die Grundgedanken des Vortrages, daß die Jugend durch die Arbeitsgemeinschaft in der Schule zu staatsbürgerlichem Denken, d. h. zum Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Gemeinschaft hingelenkt werden müsse, sind in dem Bericht über die damalige Tagung (Soz. Pr. XIX Sp. 129) eingehend gewürdigt worden. Es ist sehr erfreulich, daß die warmherzigen, auf praktischer Erfahrung aufgebauten Gedanken Kerschensteiners durch die Drucklegung weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.

Die Regierung Englands. Von Sidney Low. Übersetzt von Johannes Hoops. Mit einer Einleitung von Georg Jellinek. Tübingen, J. C. B. 1908. 309 S.

Britische Verfassung und Verwaltung. Von Frederik Wicks. Aus dem Englischen der 6. Auflage von Rudolf G. Binding. Leipzig, J. B. Fischerfeld 1909. 171 S.

Die beiden vorliegenden Werke ergänzen einander. Das Werk von Low behandelt die englischen Verfassungsfragen mehr von allgemeinen und geschichtlichen Gesichtspunkten aus, während in dem zweiten Werk die eigenartige Verfassung und die zum Teil überlieferten parlamentarischen Gebräuche des Inselreichs bis ins Einzelne genau in einfach berichtender Weise dargestellt werden. Low legt teilweise auch die kritische Sonde an. Er hat es nicht als Aufgabe betrachtet, „die Verfassung mit der rückhaltlosen Schmeichelei zu behandeln, die ihr mitunter gespendet wird, als ob sie die Vollendung menschlicher Reife und vorherrschender Absicht wäre“, aber es kommt doch in der Darstellung zum Ausdruck, wie sehr die englische Verfassung gerade dadurch, daß sie nicht verknöchert, sondern anpassungsfähig ist, bei sozialer und politischer Erschütterung ausgleichend wirkt. — Für den Ausländer sind beide Werke von großem Nutzen, da sie das Verständnis für die politischen Vorgänge der Gegenwart in England erleichtern.

Regierung und Parlament in Deutschland. Geschichtliche Entwicklung ihres Verhältnisses. Von Prof. Georg Jellinek. — Staat und Stadt. Von Prof. Hugo Preuß. — Die Beteiligung der Laien an der Strafrechtspflege. Von Landgerichtsrat Kulemann. — Das Vereinswesen und seine Bedeutung. Von Prof. Leist. — Die Lage und das Schicksal der unehelichen Kinder. Von Prof. Spann. — Reichsfinanzen und Landesfinanzen. Von Prof. Böttke. Bd. 1 der Vorträge der Gehe-Stiftung in Dresden 1909. B. G. Teubner, Leipzig. Pr. 4,80 M.

Die Gehe-Stiftung gibt hier die im Winter 1909 gehaltenen Vorträge in einem Bande vereinigt heraus, die entsprechend der Vereinigung, von der sie ausgehen, von hoher wissenschaftlicher Warte aus die verschiedenen Fragen behandeln.

Die Mutter- und Säuglingsfürsorge. Kurzgefaßtes Handbuch. Von Dr. Gustav Tugendreich. Mit Beiträgen von J. F. Landsberg, Vormundschaftsrichter, und Dr. med. W. Weinberg. Stuttgart, Ferd. Enke. 2. Hälfte, Teil 1 u. 2. Preis 3,00 und 5,20 M.

Das Handbuch liegt jetzt in 2 Hauptteilen und 8 Bänden abgeschlossen vor. Bei dem starken Anschwellen der Literatur über Säuglingsfürsorge und bei den zunehmenden, verschiedenartigen Einrichtungen auf diesem Gebiet ist es dankenswert, eine Übersicht des gesamten Materials zu gewinnen, wie sie das vorliegende Handbuch bietet. Das Werk gliedert sich in 18 Kapitel, die die wichtigsten irgendwie mit der Säuglingsfürsorge in Verbindung stehenden Fragen, z. B. auch die Hebammenfrage, den rechtlichen Schutz der Mütter und Säuglinge, die Milchversorgung und ähnliches mehr behandeln. Es ist in den einzelnen Abschnitten sowohl der praktischen in Deutschland bereits bestehenden Einrichtungen gedacht, die als Muster gelten können, auch wird bei jedem Abschnitt ein reicher Literaturnachweis geboten, so daß eine weitere Vertiefung in Einzelfragen ermöglicht ist.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Im Verlage der Hey'schen Buchhandlung, Mühlhausen i. Th., erschien soeben:

Liebig: Über die marxistisch-sozialdemokratische Gedankenwelt und die Grenze des Sozialismus.

Broschiert 2,— Mark, elegant gebunden 2,50 Mark.

In obigem Werke handelt es sich bei einer gemeinverständlichen Schreibweise um den Versuch einer neuen Darstellungsmethode dieser Materie, und zwar auf Grund der Erfahrung, nicht als Resultat reiner Denkopoperationen, denn der Verfasser, der hinreichend Gelegenheit hatte, alle Vorgänge im wirtschaftlichen Leben, den Produktionsprozeß wirtschaftlicher Güter an der Quelle zu studieren, hat in dem Werke versucht, das Grundlegende des Marxismus mit den wirklichen Vorgängen des praktischen Lebens zu vergleichen, um es auf seine reale Bedeutung hin zu untersuchen. Für jeden Staatsbürger, der Interesse an den Geschehnissen im öffentlichen Leben hat, unentbehrlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag der Hey'schen Buchhandlung, Mühlhausen i. Th.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das russische Bankwesen.

Von Rudolf Claus.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 131.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Vorwort. Literatur. I. Die staatlichen Kreditanstalten. — Die Kreditanstalten bis zur Bankreform. — Die Staatsbank. — Die Bauern-Agrarbank. — Die Adels-Agrarbank. — Sparcassen und Leihkassen. — Stadt-gemeindebanken und städtische Leihhäuser. — II. Gegenseitige Kredit-anstalten. — Land-Hypothekenbanken auf Gegenseitigkeit. — Städtische Kredit-gesellschaften (Hypothekenbanken). — Gegenseitige Kreditgesellschaften (Handels-banken). — III. Aktienbanken und Bankers. — Aktienhandelsbanken. — Aktien-Hypothekenbanken. — Leihhäuser auf Aktien. — Bankers. — IV. Klein-kreditanstalten. — Organisation und Gesetzgebung. — V. Die Arbeits-teilung im russischen Bankwesen. — Kreditbilletts, Depositionen, Konto-forrentguthaben. — Wechselbank, Lombard, Spezial-Kontokorrent, Emissions-gesellschaft. — Der kurzfristige ländliche Kredit. — Der Hypotheken- und Faust-pfandkredit. — Schluß.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 5. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber: Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen

und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von

Theodor Vogelstein.

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Wirtschaftsstudien aus Südamerika speziell über Chile.

Von Dr. Rudolf Dunker.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark 20 Pfennig.

Inhalt. Einleitung. Das überseeische Geschäft und seine Risiken. — Erster Teil. Die Republik Chile. — I. Lage, Umfang, Bewohner, Geschichte und Verfassung. — II. Staatsfinanzen. — Geldverfassung. — Budgets. — III. Privatwirtschaft. 1. Bodenprodukte. 2. Industrie. 3. Handel und Verkehr. — IV. Kritische Schilderung der Ereignisse und Zustände im chilenischen Wirtschaftsleben seit Ende 1904. 1. Papieremissionen und Boom-Jahre 1905—1907. 2. Chilenische Banken und deren Verquickung mit Staatsinteressen. 3. Staatsverschwendungen, Gründungsfeber, Überimport und Valuta-Entwertung. Die daraus entspringende

Krisis in der Staats- und Privatwirtschaft. — Verschuldung an das Ausland und Verwendung der letztjährigen Anleiheerlöse. — Die ständigen Bauprojekte der Regierung. — Kurse der Staatsanleihen und die finanzielle Kraft von Chile. — Die Stellungnahme der Regierung, des Kongresses und sonstiger Interessenten zur „Situacion Economica“. — Der chilenische Wechselkurs und seine Aussichten. — Zweiter Teil. Kurzer geschichtlicher Abriss der Papiergeldwirtschaft in den übrigen südamerikanischen Republiken. — Argentinien. Brasilien. Peru. Bolivien. Uruguay. Paraguay. Columbia. Ecuador und Venezuela. — Schlusskapitel. Valuta, Kredit und Kapital.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post, 4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, volkstümlich gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, sodas der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Mauerstr. 43. 44

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Recht und Macht.

Sechs Vorträge von

Dr. Friedrich Freiherrn von Wieser,

Professor der Staatswissenschaften in Wien.

Preis gebunden 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: I. Äußere und innere Mächte. — II. Der Ursprung der gesellschaftlichen Mächte. — III. Die Bewegungskontingenzen der Geschichte. — IV. Recht. — Eukurs. Unser Verfassungsrecht. — V. Die materialistische Geschichtsauffassung. — VI. Freiheit.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 6 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendammstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschaftskrise. Von Dr. Frhr. v. Radab, München 65

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Von Dr. Felix Claus, Berlin 69

Allgemeine Sozialpolitik 75

Ein Entwurf zu einer neuen Dienstbotenordnung für Nieder-Österreich.

Die Errichtung von Lohnämtern in Großbritannien.

Rechtspflege 76

Heilbehandlung bei Tollwutverdacht — Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgegesetzes.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . . 76

Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Arbeitgeber.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse.

Der Verband konditionierender Apotheker.

Streik und Ausperrungen . . . 77

Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner.

Nachweis des Werftarbeiterstreiks.

Eisenbahnerausstand in Frankreich.

Arbeiterschutz 80

Die Unfallgefahr bei der Nachtarbeit.

Der Frauenbund in Amerika und der staatliche Arbeiterschutz.

Die Durchführung des Kinderschutzgesetzes im Fürstentum Ruß.

Arbeiterversicherung, Sparkasten . 82

Die unabhängigen Arbeiter in der Reichs-Versicherungsordnung (§§ 469—486). Von Sophie Susmann, Berlin.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Eine neue Gewerbe-Unfallstatistik.

Die Empfänger der englischen Altersrenten.

Eine Untersuchung über die soziale Tätigkeit der Sparkasten.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 86

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Frage der Arbeitslosenstatistik.

Das Einzelrisiko als Maßstab für die Prämie der Arbeitslosenversicherung.

Wohlfahrteinrichtungen 88

Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“.

Ein Sozialsekretär in den Farbwerken von Leberhausen.

Volksbildung 89

Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Von Dr. Büchel, Bochum.

Der 11. Deutsche Fortbildungsschultag.

Über den Stand der Jugendgerichtshilfen in Deutschland.

Volksgeundheit 92

Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“. Von Rosa Kempf, München.

Brauntweinsteuer und Mäßigkeit.

Der 7. Deutsche Abstinenzentag.

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Physiognomie und Charakter der englischen Gewerkschaftskrise.

„Der Guerillakrieg der Gewerkschaften gegen den einzelnen Unternehmer weicht den Massenkämpfen, die ganze Industrielphären betreffen und, wenn sie die lebenswichtigsten Teile der durch die Arbeitsteilung aufeinander angewiesenen Produktion ergreifen, die gesamte gesellschaftliche Produktion mit Stillsetzung bedrohen. Der gewerkschaftliche Kampf wächst damit über seine eigenen Sphären hinaus und wird aus der Angelegenheit der unmittelbar betroffenen Unternehmer und Arbeiter zu einer allgemeinen Angelegenheit der Gesellschaft, d. h. zu einem politischen Ereignis.“

In diesen Worten Hilferdings ist scharf die Profilinie des Gefühls gezeichnet, das die gegenwärtige Gewerkschaftskrise in

England zur Schau trägt. Langsam, aber stetig, wie einem un-
beugsamen Naturgesetz folgend, sind die Arbeiterverbände Groß-
britanniens seit 1893, dem Jahre der Gründung der Independent
Labour Party, von der früher wie ein unveräußerliches Lebens-
prinzip verteidigten Norm der politischen Neutralität abgedrängt
worden. Das Ziel der Unabhängigen war, die politische Zer-
klüftung des vierten Standes hintanzuhalten, die notwendigerweise
entstehen mußte, wenn die gewerkschaftliche Arbeiteraristokratie in
ihrer glänzenden Vereinsamung abseits der rauhen Kämpfe des
Tages verharrte, während von unten das nichtorganisierte „Frei-
volk“ sich heftiger und heftiger gegen die Staatsordnung aufbäumte
und von der Social Democratic Federation dem Umstürzertum
zugetrieben wurde. Dieser Diplomatie schien ein voller Erfolg be-
schieden sein zu sollen. Die sozialdemokratische Föderation trat ins
Zeichen abnehmenden Lichts, während der Einfluß der Unabhängigen
ständig zunahm. Aus ihrem Schoß ging die Sozialistische Partei
hervor, die alsbald im Parlament zu unerwartet hohem Ansehen
aufstieg. Die Gewerkschaften hatten jetzt zwar große finanzielle
Lasten zur Unterstützung der Abgeordneten und für die Wahl-
agitation zu tragen, dafür verdoppelte sich aber ihr Ansehen sowohl
gegenüber dem Unternehmertum wie gegenüber den Genossen. Ein
billiges Urteil muß anerkennen, daß sie, abgesehen von einzelnen Ver-
suchen terroristischer Gewalttätigkeit, diese Macht nicht mißbraucht
haben. Wie ihre Vertreter im Unterhause sich durchaus auf den
verfassungsmäßigen Boden stellten, so kämpften sie gegen die Unter-
nehmerverbände durchaus mit den traditionellen gesetzlichen Mitteln;
das Hauptgewicht legten sie auf den Ausbau des Tarifvertrag-
systems und sie haben auf diese Weise erfolgreich auf die Ver-
besserung und Stabilisierung der Arbeitsbedingungen hingewirkt.

Die glückhafte Entwicklung wurde zum erstenmal erschüttert
durch die Entscheidung im Taff Vale-Prozeß. Die Gewerk-
schaften sollten die Verantwortlichkeit tragen für alle Schädigungen,
die den Unternehmern durch ihre Mitglieder in den Kämpfen auf
dem Arbeitsmarkt zugefügt würden. Das hätte den finanziellen
Ruin oder die taktische Vahmlegung der Arbeiterverbände bedeutet.
Aber die Gewerkschaften bestanden die Feuerprobe der politischen
Durchschlagskraft, auf die sie durch diese Bedrohung gestellt wurden,
glänzend. Der gewaltige Wahlerfolg, den die Arbeiter 1906 er-
rangen, war in der Hauptsache eine Rückwirkung des Unmuts der
Arbeiter über die Taff Vale-Entscheidung und des explosio sich
äußernden Dranges, der Fesseln dieses Urteils ledig zu werden.
Und dieser Wille hat bekanntlich sein Ziel gegenüber der liberalen
Regierung sehr schnell erreicht. Kaum aber war diese äußere Ge-
fahr beseitigt, als es im Innern des gewerkschaftlichen Gefüges zu
kriseln begann. In der Sozialistischen Partei gewann die radikale
Richtung immer mehr an Boden. Bei den Unabhängigen war es
nicht anders: Anfangs 1909 sahen sich die Begründer und ver-
dienten Führer der Partei, Keir Hardie, Mac Donald, Snowden,
Glasier, plötzlich veranlaßt, ihr Amt niederzulegen nach einem Miß-
trauensvotum zugunsten des jugendlichen Draufgängers Grafton,
der im Parlament ziemlich willkürlich Szenen herbeigeführt hatte,
die seinen zeitweiligen Ausschluß bewirkten. Verstein kritisierte da-
mals die Lage sehr zutreffend mit den Worten: „Die Situation ist
eine ähnliche, wie sie 1890 bis 1891 in der deutschen Sozialdemo-
kratie bestand . . . Eine radikale Opposition, die die Partei in
der Gefahr parlamentarischer oder sonstiger Versumpfung glaubt,
denunziert diese Gefahr und lähmt dadurch die Parteileitung in
der Durchführung der von der Mehrheit gutgeheißenen Politik.“

In demselben Jahre noch erfolgte das vielberedete Osborne-Urteil, das für die Gewerkschaften eine noch viel größere Gefahr als die Taff-Bale-Entscheidung bedeutete. Als oberste Instanz und kraft seiner Befugnis des „judge made law“, das heißt der Ergänzung des Gesetzes, erkannte das Fünfmänner-Justizkollegium des Oberhauses, die Vermendung von Geldern aus den Gewerkschaftsfonds für politische Zwecke sei ungesetzlich. Die Unternehmer zögerten nicht, die Entscheidung sich zunutze zu machen; gegen mehr als ein Duzend der größten Arbeiterverbände haben sie bereits Einhaltsbefehle im Sinne des Osborne-Urteils erwirkt, was nichts anderes bedeutet als die Abtötung des politischen Nervs des gewerkschaftlichen Organismus. Und nun zeigt sich in diesem Jahre plötzlich in grellem Lichte die Wirkung der doppelten Unterminierung des Turms der Arbeiterverbände von beiden Seiten des Unternehmertums und der eigenen Genossen. Die Lage hat sich wie über Nacht völlig umgedreht. Die Autorität der Gewerkschaftsführer ist gänzlich zusammengebrochen. Sämtliche großen Streiks der letzten Zeit — der der Werftarbeiter, der Bergleute von Süd-Wales, der Angestellten der Nordseebahn, sind gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen in Szene gesetzt worden. Die „Alle Garde“ kann nicht einmal verhindern, daß die widergesetzliche Jungmannschaft sich mutwillig über die bestehenden Verträge hinwegsetzt. Der Geist der Unbotmäßigkeit herrscht allüberall. Als in Süd-Wales die Streikleitung anordnete, die Arbeit solle wenigstens bis zum Zusammentritt der Vertreter aller Kohlenbergwerke aufrecht erhalten werden, stürmte ein Trupp von 2000 Högern kurzweg das Lokal des Ausschusses in Cardiff. Der jüngste Bericht des englischen Arbeitsamtes stellt mit Genugtuung fest, daß die Arbeitseinstellungen sich auf abwärts geneigter Kurve bewegen; 1909 betrug die Dauer aller Arbeitsstreikzeiten 2,75 Millionen Arbeitstage, eine Summe, die weit unter dem Durchschnitt des Jahrzehnts 1899—1908 bleibt. Wer aber daraus schließen wollte, die Verhältnisse auf dem industriellen Kampfbereich hätten sich allgemein befriedet, würde, wie so oft, durch die Statistik, die eben nur die Schale, nicht den Kern der Probleme zeigte, arg getäuscht werden. Im Gegenteil! Ein wahres Streikfieber hat die englische Arbeiterschaft erfaßt. Planlos, unüberlegt, mit überraschender Plötzlichkeit wird das Feuer von großen und mehr noch von kleinen, in der breiten Öffentlichkeit kaum bemerkten Streiks angefaßt, das dann, wenn die Ausfischlosigkeit des Unternehmens offenbar geworden, ebenso schnell zusammenbricht. Gleich früher der Arbeitsmarkt einem Meer, dessen Wassermassen nach bestimmten kosmischen Gesetzen aufstauen und wieder verebben, so ähnelt er jetzt einem Katarakt, dessen Fluten regellos, durcheinander quirlend und sich gegenseitig stoßend und verdrängend, in ewigem Wandel abstürzen. Den Schaden hat natürlich das Gewerkschaftswesen in seiner Gesamtheit wie als individueller Vertreter der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern. Seine Mitgliederzahl nimmt kaum noch zu, seine Rassen verbluten für nutzlose Kämpfe, während das früher uneinige Unternehmertum in geschlossener Front dem Widerstand gegenübersteht und sein Übergewicht von Tag zu Tag vermehrt.

Frägt man nach den psychologischen Motiven des jähren Umschwungs, so zeigt sich zunächst auch hier die Wirkksamkeit des Lebensgesetzes: La légalité tue. Die alte Schule behauptet sich noch immer insofern, als die Gewerkschaftsführer die reinen Arbeitsfragen von der Politik zu trennen suchen und so friedliche Ausgleiche durch schiedsgerichtliche Verhandlungen mit Hilfe juristischer Berater und unter Zuziehung von Vertretern des Handelsministeriums bevorzugen. Aber gerade diese „Grünetschpolitik“ ist heute den Massen der Arbeiterschaft durchaus verhaßt; sie haben, oft wohl nicht ganz mit Unrecht, das Gefühl, daß ihre Vertreter dabei von den stark ausgebauten Unternehmerverbänden in die Enge getrieben und matt gesetzt werden. Als die Gewerkschaften sich entklossen, in die politische Arena einzutreten, setzte das Proletariat große Hoffnungen auf die Stoßkraft dieser Triarierphalanx. Heute ist es ebenso enttäuscht; wie in den skandinavischen Industriestaaten, so wird in England eifrig die Frage nach den Grenzen der Gewerkschaftsmacht erörtert, über die hinaus ihre Kräfte zur Wahrnehmung der Interessen des Arbeiterstands nicht genügen. Und wie allenthalben bewegen sich die Ansichten in zwei Extremen. Die eine draufgängerische Partei sozialdemokratischer Gewandung erhofft alles von dem Druck der Massen, der die kapitalistische Welt in einem Ansturm zu zertrümmern fähig sein soll, die andere nachdenklichere Partei hält es mit dem Anarchosozialismus und ist der Überzeugung, daß die Errichtung des sozialistischen Zukunftsstaats nur einer Arbeiterklasse von geschulten Kampfesqualitäten gelingen kann; sie bleibt daher dem Glauben an die Allmacht der Gewer-

schaften treu, vorausgesetzt, daß es gelingt, sie für das revolutionäre Programm zu gewinnen, sie revolutionär aufzubauen und ihnen ein revolutionäres Wesen zu geben. Die Aussichten auf eine solche Umwandlung des Charakters der Gewerkschaften sind nun aber offenbar gerade in England zunächst gering. Von den 15,6 Millionen Lohnarbeitern des Vereinigten Königreichs sind nur 9,5 v. H. organisiert, und von dieser Truppe gehört wieder mehr als die Hälfte wenigen großen und reichen Verbänden durchaus konservativer Tendenz an. Manche unter ihnen, wie die Northern Miners, wählen noch heute stets liberal, andere haben sogar torgetische Reigungen. Die Auflehnung der Massen dagegen, daß diese Aristokratie sich als alleinige Vertreterin der Arbeiterschaft in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht aufspielt, ist also recht begreiflich. Es kommt hinzu, daß die viel gerühmte nüchterne, praktische und zielbewußte Denkart des britischen Arbeiters wiederum nur einer kleinen Auslese eignet. An politischer Schulung steht der englische Arbeiter im allgemeinen zweifellos hinter der des deutschen zurück, mag immer man über die Art von dessen Erziehung denken wie man will. Selbst in den Köpfen der englischen Arbeiterintelligenz, der „Akademiker“, sieht es oft wunderlich genug aus; wer die sozialdemokratische „Justice“ liest, wird sehr bald des Wirkens des insularen britischen Geistes gewahr, der mit marxistischen Schlagworten um sich wirft, ohne auch nur die Grundzüge vom philosophischen und sozialen System des deutschen Arbeiterapostels zu beherrschen. Die Folge ist, daß sich heute in England eine Art sentimental-romantischen und radikalen Sozialismus breit machen kann, der das wunderliche, aber auch wohl verberblickte Gebilde der modernen proletarischen Bewegung ist. Sein Organ ist der „Clarion“, sein Hauptvertreter ist Blatchford, der bekanntlich sich bisweilen bemüht, das Streikroß der hohen Politik zu besteigen und als Ritter ziemlich trauriger Gestalt Angriffe zugunsten der Deutschenhege zu reiten. Seine Stilübungen im „Clarion“ entsprechen diesem phantastischen Chauvinismus; die Tarifverträge werden „blödsinniger Schwindel“ genannt, die Gewerkschaftsführer als „Klaven der Einigungs-idee, denen das Wort Streit kalte Schweiß und Trösteln verursacht“, die Gewerkschaftler selbst als „gedrückte Diener“ bezeichnet. Er ist der Begründer einer Schule von gernegroßen Phantasten, die aus dem Wort einen Fetisch machen, denen die Form alles, der Inhalt nichts ist und die jenseits aller Logik und Kritik im Dramatisieren und in demagogischen Klopfschereien ihr Heil suchen. Und diese Leute sind es, denen heute die Menge zujubelt, gleich als wolle sie den Beweis erbringen, wie leicht der common sense der Briten durch Nabelstift zu narzotisieren ist.

Der Ende September in Sheffield abgehaltene Kongreß der Gewerkschaften war ein Spiegelbild der so in den Reihen der Arbeiterarmee angerichteten Verwirrung. Charakteristischerweise stand an erster Stelle des Programms die Frage des Generalstreiks. Nach ziemlich oberflächlichen Wortgefechten wurde mit der ansehnlichen Mehrheit von 1 055 000 gegen 445 000 Stimmen der Antrag Den Tillsits angenommen, wonach der organisatorische Ausschuss beauftragt wird, eine „Nationale Föderation aller Gewerbe“ anzubahnen, hauptsächlich zu dem Zweck, den Ablauf sämtlicher Tarifverträge und sonstigen Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf denselben Termin zu bringen. Der erste offizielle vorbereitende Schritt zum Generalstreik ist also damit geschehen. Den breitesten Raum in den weiteren Verhandlungen nahm das Osborne-Urteil ein. Die Erinnerung an den Sieg im Taff-Bale-Kampf legte natürlich die Hoffnung nahe, es werde leicht gelingen, auch diese Oberhausentscheidung durch ein Gesetz zu zunichte zu machen. Über den Weg, auf dem dies Ziel erreicht werden soll, gingen allerdings die Meinungen sehr auseinander. Eine schwache Minderheit der Alten wollte sich auf den gewohnten verfassungsmäßigen Kampf beschränken. Von der Mehrheit der Jungen rief ein Teil zur Nachahmung des Beispiels der brennenden Ladies-Suffragettes, während andere auch hier den Generalstreik als Allheilmittel priesen. Die Erfahrung lehrt nun allerdings, daß die reale Bedeutung der Kundgebungen auf den Gewerkschaftskongressen ziemlich leicht wiegt; unendlich viele Beschlüsse dieser Versammlungen haben in der Praxis niemals Geltung erlangt. Dennoch ist nicht zu verkennen, wie schärfer und schärfer auch im britischen Gewerkschaftswesen jene Krisen und Zersekungsprozesse wirken, von denen eingangs gesprochen wurde. Die Vertreter des Prinzips der politischen Neutralität sind gänzlich über den Haufen gerannt. Sogleich drängt der Radikalismus, dieser Fesseln ledig, weiter zum Antiparlamentarismus. Die Mittel der verfassungsmäßigen Kampfesmethoden genügen der jungen Generation nicht mehr; sie will den Terrorismus, die „direkte Aktion“. Die-

selben Entwicklungstendenzen zeigen sich auf dem engeren Gebiet der Lohnkämpfe. Der Tarifvertrag wird als unbrauchbar gewordener großväterlicher Hausrat beiseite geschoben. Auch der nach konventionellen Gesetzen geführte Einzelstreik gilt nichts mehr. Aller Augen werden von dem Idol des Generalstreiks geblendet.

Der umstürzlerische Sozialismus mit anarchistischem Einschlag rückt auf der ganzen Linie vor. Dadurch wird unabwieslich zugleich auch das Verhältnis der Arbeiterpartei zum Liberalismus und der Regierung aus der bisherigen Gleichgewichtslage gedrängt. Die Wahlen von 1906 haben deutlich gezeigt, wie sehr die liberale Partei auf das Wohlwollen ihrer Gefolgschaft vom äußersten linken Flügel angewiesen ist. Bei den in Aussicht stehenden neuen Wahlen dürfte dieses Abhängigkeitsverhältnis eher noch stärker als schwächer in Erscheinung treten; denn das Osborne-Urteil wird zweifellos eine gleiche stimulierende Einwirkung auf die Arbeiterwählerschaft zur Einsetzung aller ihrer Kräfte haben wie seiner Zeit die Taff-Bale-Entscheidung. Auf der anderen Seite freilich ist durch dieses Urteil die Arbeiterpartei dem Liberalismus, der bisher mit den Gewerkschaften die Kosten der Wahlagitatio teilte, finanziell auf Gnade oder Ungnade überantwortet, und es scheint, als ob die Regierung auf diesen Trumpf ganz vertraue und durch ihn die Sozialisten in Schach zu halten hoffe. Denn bisher hat sie zwar die Wünsche der Arbeiter nach Einführung von Abgeordneten-diäten zu unterstützen versprochen, im übrigen aber allen Forderungen, die auf Umstößung des Osborne-Urteils ziehen, nicht einmal platonisches Wohlwollen entgegengebracht. So ist wohl anzunehmen, daß die wechselseitigen Abhängigkeiten einstweilen den Block des Liberalismus und Sozialismus zusammenhalten werden. In dem Maß aber, wie in diesem nach scheinbar unaufhaltsamen Entwicklungsgesetz der Revolutionarismus herrschend wird, müssen in jenem die gegenwärtigen konservativ-bürgerlichen Energien sich vordrängen, bis die Spannungen das künftliche Parteigefüge sprengen und damit dem gefeierten Zweiparteiensystem die Grabesglocken erklingen.

München.

Dr. Freiherr von Raßay.

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis.

Schon mehrfach haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen und müssen es jetzt wieder tun, daß von der vom jetzigen Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Innern zugesagten „lokalen“ Handhabung des Reichsvereinsgesetzes in der Praxis sehr häufig nichts zu spüren ist, daß im Gegenteil in bestimmten Kreisen, vor allem Preußens, die polizeiliche Drangsalierung politisch unbeliebter Parteien trotz des Reichsvereinsgesetzes nach wie vor in voller Blüte steht und daß die Tadelscheinigkeit polizeilicher Gründe sich noch um nichts gebessert hat. Daß das Obergerverwaltungsgericht vielfach die Verfügungen der Verwaltungsbehörden außer Kraft setzt, ist nur ein schlechter Trost. Denn tatsächlich sind in allen solchen Fällen die Staatsbürger gerade in dem Moment, in dem sie ein berechtigtes Interesse daran hatten, um ihre politischen Rechte gebracht worden, ganz abgesehen davon, daß dadurch den Kreisen, die man bekämpfen will, immer aufs neue ein vorzügliches Agitationsmaterial geliefert wird. Leider liegt schon wieder eine solche Fülle zweifellos ungesetzlichen Handhabungen des Reichsvereinsgesetzes vor, daß wir uns mit dem Hinweis auf ein paar besonders eklatante Fälle beschränken müssen.

Vor allem ist es die Verfassung der öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, die ein äußerst bedenkliches System enthüllen. So hat der „Vorwärts“ kürzlich die Korrespondenz veröffentlicht, die Anfang August zwischen dem Amtsvorsteher in Sieversdorf und einem Fürstenwalder Stadtverordneten, der die Erlaubnis zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel in Briefen nachgesucht hatte, geführt worden ist. Nachdem der Einberufener zunächst die Zahl der voraussichtlich an der Versammlung teilnehmenden Personen hatte angeben müssen, verlangte der Amtsvorsteher die Errichtung von Aborten für Männer und Frauen, ferner sollte ihm mitgeteilt werden, ob und wieviel Gespanne zum Wasserfahren bestellt seien, falls nicht beabsichtigt werde, zur Regelung der Wasserfrage eine Pumpe zu bauen (!) Dies Schreiben schließt mit den Worten: Die Genehmigung zur Abhaltung kann nicht eher erteilt werden, bevor nicht mitgeteilt ist, daß obige Bedingungen erfüllt sind. Nachdem dem Amtsvorsteher, der seiner eigenen Erklärung zufolge das Grundstück persönlich in Augenschein genommen hatte, mitgeteilt worden war, daß auf dem Grundstück zwei Aborte und auf dem

Gehöft ein Brunnen vorhanden seien, wurde die Versammlung mit folgender Begründung versagt:

1. Da die Versammlung an einem Sonntag stattfindet, ist die Befürchtung, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann, keine so entfernte, daß sie nicht von der Polizeiverwaltung berücksichtigt werden dürfte.

2. Zu dem Grundstück, wo die Versammlung abgehalten werden soll, führt kein öffentlicher Weg.

Gleichartige Fälle werden aus einer großen Anzahl von anderen Orten gemeldet. Der Amtsvorsteher für Rogen (Kreis Zeltow) scheint den Kampf gegen die Versammlungen unter freiem Himmel mit ganz besonderen Waffen zu führen, wie die folgende Antwort vom 5. August d. Js. ergibt:

„Den Antrag vom 5. d. Mts. auf Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel in Rogen muß ich ohne weitere Prüfung zurückweisen, da aus dem Gesuch nicht hervorgeht, zu welchem Zwecke die Versammlung veranstaltet wird, an wen ich die Einladung richten soll und wer als Veranstalter oder Leiter anzusehen ist.“

Daß in diesem Orte zwei Genbarne in einer Versammlung, die nach dem Garten verlegt werden sollte, erklärten, sie würden alsdann die Versammlung auflösen, braucht nicht wunderzunehmen, ebensowenig, daß diese beiden Beamten erklärten, sie hätten ausdrückliche Anweisung, so zu verfahren, obwohl ihnen nachgewiesen worden war — an Hand eines Kommentars, daß der Staatssekretär des Innern bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes als seine persönliche Auffassung ausdrücklich erklärt hat (Rom. Bericht S. 71):

„Als Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel im eigentlichen Sinne werde man es nicht betrachten können, wenn eine Versammlung, die in einen geschlossenen Räume berufen und dort zusammengetreten sei, ihre Verhandlungen in einen anschließenden dazu gehörenden Hof oder Garten verlege, wenn dieser nach außen abgeschlossen sei.“

Auch der Landrat in Sykin hatte den Gewerkschaften in Leeste (Regierungsbezirk Hannover) die Genehmigung zur Abhaltung eines Festzugs und einer Versammlung unter freiem Himmel unter der üblichen Begründung versagt und Regierungspräsident und Oberpräsident hatten diese Entscheidung bestätigt, während das (preussische) Obergerverwaltungsgericht (am 17. Juni) das Verbot für unberechtigt erklärte, weil tatsächliche Voraussetzungen, welche geeignet wären, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit anzunehmen, nicht festzustellen gewesen wären. Mit Recht hat in dieser Verhandlung vor dem Obergerverwaltungsgericht der Anwalt des klagenden Beschwerdeführers darauf hingewiesen, man habe in diesem wie in anderen Fällen den Eindruck, daß die Verfassung der Genehmigung nach einem bestimmten, sei es vorgeschriebenen, sei es zur Gewohnheit gewordenen Schema erfolge, sowie daß die Worte: „Es wäre aus der Erregung der Bevölkerung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten“ reine Formsache seien, um die willkürliche Verfassung der Genehmigung zu beschönigen. Merkwürdig sei es, daß in Preußen in allen Orten, sobald Sozialdemokraten oder solche Leute, die dafür gehalten würden, eine Versammlung unter freiem Himmel veranstalten wollen, überall mit denselben Worten die Behauptung aufgestellt werde, die nichtsozialdemokratischen Kreise der Bevölkerung würden in ihrer Erregung über die Sozialdemokratie sich zu Gewalttätigkeiten und zu Störungen hinreißen lassen.

Den Vogel aber schießt hier neben dem Amtsvorsteher von Seifersdorf (Schlesien), der eine Versammlung nicht genehmigte, „da der Genbarmerie-Wachtmeister Hochzeit hat usw.“, der Landrat des Kreises Falkenberg D/S. v. Jastrow ab mit einem Schreiben vom 6. Oktober 1910, in dem es heißt, die Verfassung der Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel sei von der Ortsbehörde mit seinem Einverständnis aus folgenden Gründen erfolgt und das dann fortfährt:

„In hiesiger Gegend ist es nicht Sitte, politische Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Eine solche Versammlung würde daher großes Aufsehen erregen. Die hiesige Bevölkerung, welche solche Versammlungen nicht wünscht, würde sich zu Ausschreitungen gegen die Veranstalter hinreißen lassen, um die Versammlung zu stören.“

Außerdem ist das Pachtgrundstück des R. W. zu klein, um auch nur eine kleine Versammlung aufzunehmen. Der Zugang zu ihm ist nur auf einem schmalen Fußwege und einer Bohlenbrettbrücke mit einseitigem Geländer möglich. Die Versammlung würde daher ein massenhaftes unbefugtes Betreten fremder Grundstücke mit sich gebracht haben.

Diese Momente ließen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit befürchten.“

Kommentar überflüssig!

Daß die Polizeistunde im Kampfe gegen ungern gesehene Versammlungen als treffliches Hilfsmittel angesehen wird, wird nach diesen Proben polizeilicher Auslegungskunst niemanden mehr überraschen. So heißt es in einem Schreiben eines Regierungspräsidenten, das dem Beschwerdeführer als Antwort auf eine Beschwerde zuzug, es sei zutreffend, „daß die Polizeistunde auch für öffentliche Versammlungen in Schantotalen gilt. Die Teilnehmer an der Versammlung haben sich daher bei Eintritt der Polizeistunde auf Aufforderung des Wirtes, seines Vertreters oder eines Polizeibeamten aus den Schantäumen zu entfernen. Zuwiderhandelnde unterliegen der Bestrafung gemäß § 365 des Reichsstrafgesetzbuches. Der überwachende Polizeibeamte ist deshalb befugt, gegen ein längeres, unberechtigtes Verweilen in den Schantäumen einzuschreiten. Eine formelle Auflösung der Versammlung im Sinne des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 kann allerdings wegen Eintritt der Polizeistunde für das Lokal, in dem die Versammlung abgehalten wird, nicht ausgesprochen werden. Eine solche Auflösung ist nur aus den in § 14 des Reichsvereinsgesetzes aufgeführten Gründen zulässig. Die Polizeiorgane des Kreises sind nach obigen Gesichtspunkten belehrt worden.“

Neben der Ablehnung der Versammlungen unter freiem Himmel spielt die Frage, welche Vereine als „politische Vereine“ anzusehen sind, die Hauptrolle, und diese Frage wird dadurch zu einer besonders aktuellen, daß jetzt entgegengesetzte Gerichtsentscheidungen, auch solche von Obergerichten, vorliegen, und daß sich die offiziöse „Nordb. Allg. Ztg.“ den Standpunkt gerade desjenigen Urteils angeeignet hat, das am allerwenigsten mit den Erklärungen Bethmann Hollwegs bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes in Einklang zu bringen ist. Selbstverständlich handelt es sich bei allen hier in Frage stehenden Fällen um Gewerkschaften. Auch hier können wir nur einzelne besonders markante Urteile aus der letzten Zeit wiedergeben, wobei wir uns auf die Mitteilungen der Tageszeitungen stützen.

Das Gleiwitzer Schöffengericht hat unter ausführlicher Begründung den Gewertverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-V.) als nicht zu den politischen Vereinen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes gehörig bezeichnet. Das Düsseldorf Oberlandesgericht hat eine vom Bergarbeiterverband veranstaltete Versammlung, deren ausgesprochener Zweck es war, Mitglieder für den Bergarbeiterverband zu gewinnen, nicht für anmeldspflichtig erklärt, da dieser Zweck ein rein wirtschaftlicher sei, nämlich den Sinn der Arbeiter für ihre wirtschaftlichen Interessen zu wecken. In der Versammlung sei nichts erörtert worden, was auf Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung hätte schließen lassen. Was der Bergarbeiterverband neben Wahrung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder noch außerdem für Ziele habe und Zwecke verfolge, sei für den vorliegenden Fall gleichgültig, da jedenfalls in der Versammlung andere Fragen als wirtschaftliche nicht erörtert worden seien.

Auf den gleichen Standpunkt stellte sich das Landgericht Stendal als Berufungsgericht, das eine vom Landarbeiterverband veranstaltete Versammlung nicht für anmeldspflichtig erklärte, da Arbeitsverträge, als der freien Vereinbarung der Vertragsschließenden unterliegend, lediglich ein Gegenstand des Privatrechts und nicht der Politik seien. Auch das Landgericht Ansbach erklärte eine Versammlung, zu der mittels Zettels die staatlichen Waldarbeiter eingeladen worden waren, als nicht anmeldspflichtig; die Versammlung sei auch dadurch nicht zu einer politischen geworden, daß zum Anschluß an den Waldarbeiterverband aufgefordert worden sei. Dies wäre nur der Fall, wenn dieser Verband ein politischer Verein wäre, was er nach seinem für die Entscheidung dieser Frage in erster Linie maßgebenden Statute nicht sei. Und ebenso urteilte das Landgericht Ettlin als Berufungsgericht hinsichtlich einer Landarbeiterversammlung, in der ebenfalls zum Anschluß an den Landarbeiterverband aufgefordert worden war. In diesem Urteil heißt es ausdrücklich:

Die Versammlung ist nicht dadurch zu einer politischen geworden, daß auch das politische Gebiet, z. B. Gefindeordnung, Gewerbegebiete im Zusammenhang mit den rein wirtschaftlichen Fragen der Verbesserung der Lebensstellung und der Organisation nebenbei gestreift und berührt ist, auch wenn dies, wie anzunehmen, von vornherein beabsichtigt gewesen ist. Ein derartiges kurzes Streifen wird sich bei einem Vortrag nicht vermeiden lassen und kann als ein Erörtern nicht angesehen werden. Die fragliche Landarbeiterversammlung sei daher als eine nichtpolitische anzusehen, für die nach § 5 HZG. keine Anmeldepflicht bestand.

Demgegenüber hat die Strafkammer in Beuthen eine Versammlung mit der Tagesordnung „Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien und wie bekämpfen wir diese?“ für anmeldspflichtig erklärt, weil der Einberufener, wie er selbst zugegeben habe, in der Ver-

sammlung Mitglieder für den Fabrikarbeiterverband haben werben wollen. Dadurch sei die Versammlung eine politische geworden. Die Überzeugung, daß der Fabrikarbeiterverband ein politischer Verein sei, gewann das Gericht dadurch, daß es erwiesen annahm, daß der Vorsitzende des Verbandes ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ist, daß die vom Verband an einzelne Mitglieder gelieferte Zeitschrift „Die Gleichheit“ in einem sozialdemokratischen Verlage erscheint und daß das Statut des Verbandes die Meisler regelt.

Das Schöffengericht in Neumünster hat es als gerichtsnotorisch bezeichnet, daß die Gewerkschaften sozialdemokratische Organisationen seien, und da in der in Frage stehenden Versammlung für den Anschluß der Eisenbahner an den Handels- und Transportarbeiterverband agitiert worden sei, seien damit auch politische Angelegenheiten erörtert worden. Das Kieler Landgericht, das sich mit derselben Versammlung in der Berufungsinstanz zu befassen hatte — das Thema zu der Versammlung, zu der die Eisenbahnarbeiter mittels Flugblättern eingeladen worden waren, hatte gelautet: Landesorganisation oder wirtschaftliche Interessenvertretung? — nahm ebenfalls an, daß die Versammlung einen öffentlichen Charakter getragen und zur Erörterung politischer Angelegenheiten gedient habe.

Ganz abgesehen davon, in welchem Verhältnis die Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei stehen, gehe das Gericht davon aus, daß die Eisenbahnarbeiter sich dem Handels- und Transportarbeiterverband anschließen sollten, womit die Eisenbahnverwaltung nicht einverstanden sei. Hierbei seien dann auch selbstverständlich die Verhältnisse der Verwaltung zu den Arbeitern und somit (!) politische Dinge erörtert worden.

Die Strafkammer in Sorau hat den Arbeiter-Radsahrverein „Frisch auf“ für einen politischen Verein erklärt. Der politische Charakter des Vereins wurde daraus festgestellt, daß der Verein zum Bunde „Solidarität“ gehört und daß die Mitglieder nach Auskunft des Amtsvorstehers zumeist Sozialdemokraten seien, sich an einem „Demonstrationszug“ anderer sozialdemokratischer Vereine beteiligt hätten und daß Diskutierabende stattfänden, in denen doch wohl nicht über radsahrtechnische Fragen diskutiert werde. Die Revision wurde auf Grund der tatsächlichen Feststellungen des Vorrichters zurückgewiesen.

Und nun das Urteil, das das Schöffengericht in Golltesberg, diesem am höchsten gelegenen Städtchen in der preussischen Monarchie, gefällt hat und das um deswillen ganz besondere Beachtung verdient, weil es nach seiner Bestätigung durch die Waldburger Strafkammer und das Breslauer Oberlandesgericht nicht nur von der „Kreuzzeitung“, sondern auch von der „Nordb. Allg. Ztg.“ unter ausdrücklichen Zustimmungserklärungen abgedruckt worden ist. In dem Urteil wird der Einwand des Angeklagten, des Vertrauensmannes der dortigen Zählstelle des Bergarbeiterverbandes, daß sein Verband auch Nichtsozialdemokraten zu seinen Mitgliedern zähle, einfach als nicht den Tatsachen entsprechend erklärt, und es wird hierzu weiter ausgeführt:

Bei der bekannten Unzulässigkeit der sozialdemokratischen Elemente erscheine es unglaublich, daß sich Nichtsozialdemokraten würden aufnehmen lassen; solche Personen würden eben bald entweder Mitglieder der Partei oder aber hinausgedrängt werden. Halte man aber für erwiesen, daß nur Sozialdemokraten Mitglieder des Verbandes seien, so müsse dieser unbedingt als ein politischer angesehen werden. Die sozialdemokratische Partei unterscheide sich von den Arbeiterorganisationen anderer Staaten, insbesondere von den englischen, durch ihre politischen Bestrebungen. Sie glaube — und das sei das Charakteristische an ihr — ihre wirtschaftlichen Ziele nur durch eine Veränderung des jetzigen Staatswesens erreichen zu können. Wohl verwende sie auch die Mittel des wirtschaftlichen Kampfes, endgültigen Erfolg verspreche sie sich jedoch nur von einer politischen Umwälzung. Diese Eigenart der Sozialdemokratie sei von den Kennern der Bewegung, wie z. B. Werner Sombart, längst festgelegt und werde auch von ihr selbst zugestanden. Danach sei aber eine Trennung der wirtschaftlichen Bestrebungen von den politischen unmöglich, beide würden stets ineinandergreifen. Nach den überall gemachten Erfahrungen würden ja die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch zur politischen Bearbeitung ihrer Mitglieder benutzt. Daß im Statut und durch das Rundschreiben vom Oktober 1908 die Behandlung politischer Fragen in den Mitgliederversammlungen verboten werde, sei ganz gleichgültig. Was außerhalb zu geschehen habe, sei nirgends gesagt, und da die sozialdemokratische Partei wie wenig andere für den strengen Zusammenschluß ihrer Mitglieder Sorge, so würden die ausgesprochenen Zwecke des Verbandes auch außerhalb der Versammlungen die beabsichtigte Berücksichtigung finden.

Eine bequemere Methode, sämtliche freien Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, läßt sich wohl kaum ausdenken. Das ist aber zweifellos mit dem Reichsvereinsgesetz nicht bezweckt worden.

Die hier wiedergegebenen Urteile zeigen deutlich, zu welchen einander widersprechenden Anschauungen in bezug auf das Reichsvereinsgesetz eine Reihe deutscher Gerichte bereits gekommen ist und wohin wir steuern, wenn das so weiter geht. Daß die mitgeteilten Fälle der Versagung von Versammlungen unter freiem Himmel mit einer „lokalen“ Handhabung des Reichsvereinsgesetzes nicht zu vereinbaren sind, bedarf einer weiteren Ausführung nicht — wir nehmen an, daß der preußische Ministerpräsident, sobald er von diesen Vorgängen erfährt, den neuen preußischen Minister des Innern veranlassen wird, auf diesem Gebiete endlich Remedur zu schaffen. Bedenklicher erscheint die Stellungnahme der „Nord. Allg. Ztg.“ zu dem Gottesberger Urteil. Wir haben deshalb noch einmal alle die beruhigenden Erklärungen, die Herr v. Bethmann Hollweg bei den Beratungen über das Reichsvereinsgesetz offiziell abgegeben hat, gesammelt, und geben die hauptsächlichsten hier wieder.

Abgesehen von der generellen Erklärung in der Reichstags-Sitzung vom 9. Dezember 1909, daß es sich bei der Vorlage um Beseitigung aller entbehrlichen polizeilichen Beschränkungen handle — Verzicht auf die Werkzeuge aus der Rüstammer des alten Polizeistaates — daß lediglich Garantien geschaffen werden müßten, daß trotz weitgehender Versammlungs- und Vereinsfreiheit Sicherheit und Ordnung im Staate aufrecht erhalten werden, hat er in derselben Sitzung ausdrücklich betont, er sei sich wohlbewußt, daß auf manchen Seiten gewichtige Bedenken dagegen bestehen, daß nunmehr auch solche Versammlungen, welche einen großen Teil von Teilnehmern umfassen, doch nicht anmeldepflichtig seien und nicht überwacht werden sollen, sofern sie nicht der Art der öffentlichen beizuzählen sind, diese Bedenken seien aber geringer, als wenn man auch die privaten Versammlungen dem Gesetze unterstellen wollte. Weiter: Wenn in der Begründung unter Bezugnahme auf das (bekannte) Reichsgerichtsurteil gesagt sei, daß eine äußerlich in den Formen einer Vereinsversammlung sich abspielende Versammlung dennoch eine öffentliche sein könne, so habe damit die Polizei keineswegs darauf hingewiesen werden sollen, daß sie auf Umwegen Vereinsversammlungen den von dem Entwurfe für öffentliche Versammlungen gegebenen Vorschriften unterstelle. Es werde damit in Anlehnung an höchstgerichtliche Entscheidungen nur gesagt, daß Fälle möglich seien, in denen eine als Vereinsversammlung veranstaltete Versammlung zu einer öffentlichen werden könne. Und später (Rom. Ver. S. 63) ist der Staatssekretär nochmals hierauf zurückgekommen und hat wiederum „versichert“, daß die Motive, insbesondere zu dieser Stelle, keine Handhabe für Polizeipraxis geben wollen, sondern nur mit den Entscheidungen rechnen, die von Verwaltungsgerichten und ordentlichen Gerichten zur Auslegung der Vereinsgesetze der Bundesstaaten ergangen seien. An mehreren Stellen (z. B. Rom. Ver. S. 14, S. 18, S. 61, S. 71) hat er ferner direkt ausgesprochen, das Gesetz böte keine Handhabe zu Schikanen, jeder schikanöse Eingriff gegenüber Vereinen und Versammlungen solle vermieden werden, die Beseitigung aller dehnbaren und nicht durchaus gebotenen Beschränkungen werde mit der Vorlage erstrebt, und es bestche der feste Wille der Regierung, allen Versuchen einer kleinlichen Auslegung oder Ausführung der Vorschriften entgegenzutreten. Bei der Forderung der Anmeldepflicht ist man weit davon entfernt gewesen, die Möglichkeit einer Fernhaltung politisch mißliebiger Personen zu schaffen, ebensowenig wie irgend eine andere Bestimmung des Gesetzes sich diese Vorschrift bestimmt gewesen, „Schikanen“ zu ermöglichen.

Zur Frage, was ein „politischer“ Verein sei, hat er erklärt (Rom. Ver. S. 42), daß die bloße tatsächliche Einwirkung auf einzelne öffentliche Angelegenheiten keineswegs hierzu genüge, Erfordernis sei, daß der Verein die Einwirkung „bezwecke“; ferner hat er es ausdrücklich ausgesprochen, man verfolge gewiß nicht den Zweck, politische Vereine zu maßregeln.

Wenn naturgemäß auch unsere Gerichte in der Auslegung des Reichsvereinsgesetzes vollständig selbständig sind, so wäre es doch dringend wünschenswert, wenn sich auch unsere Richter in den Streit vertiefen würden, aus dem heraus das Reichsvereinsgesetz geboren worden ist, und das Recht mit starker Hand dort schützen, wo sich unsere Polizeibehörden noch immer nicht an die nunmehr offiziell gültige Auffassung von Vereins- und Versammlungs-freiheit gewöhnen wollen. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes auch einmal gesagt hat (Rom. Ver. S. 35), die Vorschriften für Vereine seien so formuliert, daß weder von einer Beschränkung der Vereine überhaupt noch von der Möglichkeit einer verschiedenartigen Auslegung dieser Vorschriften gesprochen werden könne, so zeigen die oben mit-

geteilten Urteile, daß sich der Optimismus des damaligen Staatssekretärs in dieser Beziehung jedenfalls nicht bewährt hat.

Nun ist in neuester Zeit ein Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts ergangen, das bis in die Kreise der höchsten Juristen lebhaftes Befremden erregt. Das Oberverwaltungsgericht hat in einem bestimmt vorliegenden Falle zwar die Auflage einer Polizeiverwaltung, die die Vervollständigung einer eingereichten schriftlichen Satzung eines Vereins durch genauere Angabe des Vereinszwecks verlangte, für unberechtigt erklärt, da das Gesetz dem Vereinsvorstande kein Mittel gäbe, die Mitglieder des Vereins zur Ergänzung der einmal beschlossenen Satzung zu zwingen; es verpflichte ihn lediglich, binnen einer bestimmten Frist nach Gründung des Vereins die Satzung und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen, und dem habe der Vorstand im vorliegenden Falle genügt. Das Gericht hat aber dann weiter ausgeführt, daß es trotzdem der Polizei nicht an einer Handhabe fehle, über die Vereine das zu erfahren, was sie wissen müsse, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Wenn auch die Vorschrift des früheren preußischen Rechts, wonach die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, nicht nur verpflichtet waren, der Polizei die Statuten und das Mitgliederverzeichnis einzureichen, sondern ihr auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen hatten, in das Reichsvereinsgesetz nicht aufgenommen sei, so bestche doch das allgemeine Recht der Polizei, dann von den Vereinen Auskunftserteilung zu verlangen, wenn dies zur sachgemäßen Ausübung der Polizeigewalt erforderlich sei, und zwar ohne Einschränkung, also auch für die Fälle, in denen sie die Auskunft zu Zwecken der Vereins- oder Versammlungspolizei brauche. (Siehe bei Lindenberg (S. 19) vertretene Meinung, die Auskunftspflicht der Vereine sei auf die Fälle zu beschränken, in denen die Polizei die Auskunft nicht zu den Zwecken der Vereins- oder Versammlungspolizei, sondern zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf anderen Rechtsgebieten brauche, finde in dem Gesetze keine Stütze. Es fehle sonach der Polizei auch in dem Falle, daß ihr eine unvollständige Vereinsatzung eingebracht wird, nicht an einem Mittel, in Erfahrung zu bringen, welchen Zweck der Verein verfolgt; sie sei berechtigt, dieserhalb von dem Vereinsvorstand Auskunft zu verlangen, sofern sie einer solchen Auskunft zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfe.)

Senatspräsident Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. Schulzenstein-Berlin, der dies Urteil in der „Deutschen Juristenzeitung“ (Nr. 16/17 vom 1. September 1910) veröffentlicht, bemerkt zu diesem zweiten Teil des Urteils, daß das Oberverwaltungsgericht in der Annahme eines allgemeinen Rechtes der Polizei auf Auskunft, ohne welches die „Handhabe“ selbstverständlich nicht bestehen könnte, allerdings sehr weit gehe, und zwar nicht unbefristet, weil ein solches allgemeines Recht nur als Ausfluß eines allgemeinen polizeilichen Überaufsichtsrechts denkbar, dieses aber im modernen Staate nicht mehr anzuerkennen sei. Er fährt dann fort:

Indessen auch bei jener Annahme, und auch wenn man ferner das allgemeine Recht auf Auskunftserteilung unbeschränkt gegenüber Vereinen gelten läßt, sind wegen des besonderen Gegenstandes der Auskunft Bedenken nicht von der Hand zu weisen. Vereinszweck ist das, was als solcher in der Satzung bezeichnet ist oder sich sonst aus der Vereinstätigkeit ergibt. Eine Auskunft über den Vereinszweck kann sich nur in der letzteren Richtung bewegen. Die Tätigkeit des Vereins ist weder die des Vorstandes, noch hängt sie von diesem ab, und es dürfte auch nicht als unter den Rahmen der Obliegenheiten des Vereinsvorstandes fallend anzusehen sein, sich über die Vereinstätigkeit zu äußern; man denke hierbei nur etwa an die Schwierigkeiten, die im Falle einer verschiedenen Auffassung der mehreren Mitglieder des Vorstandes eintreten können. Von dem Vereinsvorstand als solchem kann aber nicht etwas verlangt werden, was außerhalb seiner Obliegenheiten liegt, ähnlich wie nicht von einer Behörde etwas, wofür ihr die Zuständigkeit fehlt.

Treffender kann die Unhaltbarkeit dieses obergerichtlichen Urteils kaum festgenagelt werden, als dies hier von einem hohen richterlichen Beamten geschehen ist, und zwar nicht nur, soweit der einzelne vorliegende Fall in Betracht kommt, sondern auch, soweit es sich um den Polizeigeist handelt, der in den Anschauungen dieses Urteils zum Ausdruck kommt. Nachdem das höchste preußische Verwaltungsgericht es hier mit dürren Worten ausgesprochen hat, daß die polizeiliche Willkür neben dem Reichsvereinsgesetz genau wie bisher ihre Tätigkeit ausüben darf — denn die „sachgemäße Ausübung der Polizeigewalt“ führt, wie die Geschichte aller Völker zeigt, mit Notwendigkeit zur Polizeiwilckür, wenn ihr nicht durch weitgehende Gesetze und durch parlamentarische Kontrolle ein Gegenpart geboten wird, wird es nun allerdings zur Notwendigkeit, daß sich der Reichstag erneut mit dem Reichsvereinsgesetz beschäftigt.

Denn nach der in diesem Obergerichtsurteil niedergelegten Anschauung kann keine Rede mehr davon sein, daß das Reichsvereinsgesetz alle entbehrlichen polizeilichen Beschränkungen tatsächlich ausgeschaltet hat. Wir sind genau so weit wie früher. Der Reichstag wird deshalb nicht um die Beantwortung der Frage herumkommen, welche Garantien geschaffen werden müssen, daß das Reichsvereinsgesetz tatsächlich einen Schritt vorwärts bedeutet auf dem Wege vom Polizeistaat zum Verfassungsstaat.

„Freiheit Recht Staat, keins ohne das andere zu verwirklichen“ hat der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg beim Berliner Universitätsjubiläum in das Juristen-Stammbuch eingetragen.

Berlin.

Felix Claus.

Allgemeine Sozialpolitik.

Ein Entwurf zu einer neuen Dienstbotenordnung für Nieder-Osterreich liegt dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß des nieder-österreichischen Landtages zur Beratung vor. Er ist von christlich-sozialer Seite eingebracht. Die Vorschriften des Gesetzesentwurfs sollen keine Anwendung finden auf gewerbliche Einrichtungen, auf solche Dienstverhältnisse, die keine ununterbrochene Dienstleistung zum Gegenstand haben, auf Dienstleistungen, die eine höhere Ausbildung erfordern. Dagegen finden sie auch auf Ammen Anwendung. Als Kündigungsfrist soll in der Regel die vierzehntägige Frist gelten, doch kann sie bis auf 3 Tage verkürzt werden. Sie muß aber immer für beide Teile gleich sein. Der „Dienstherr“, wie es in dem Entwurf heißt, kann innerhalb 48 Stunden vom Vertragsschluß zurücktreten, muß aber dann dem Dienstboten den vierten Teil des Monatslohnes und eine Entschädigung für Obdach und Kost auf 7 Tage geben. Der Dienstbote kann innerhalb 24 Stunden zurücktreten, weigert er sich nach Ablauf dieser Frist, ohne gesetzmäßigen Grund den Dienst anzutreten, so ist er auf Verlangen des Dienstherrn zum Dienstantritt zwangsweise anzuhalten. — In einem besonders ausführlichen Paragraphen sind die Pflichten des Dienstboten aufgezählt, u. a. hat er vom „Dienstherrn“ Schaden nach Kräften abzuwenden, sich aller Zänkereien, Klagsereien und üblen Nachreden zu enthalten, sich der Hausordnung zu fügen usw. Auch der zu bestimmten Arbeiten aufgenommene Dienstbote muß auf Verlangen die Verrichtung eines anderen Dienstboten übernehmen, doch dürfen ihm nicht schwerere Arbeiten aufgebürdet werden, als er nach seinen Kräften zu leisten vermag. Auch über die Arbeitszeit enthält der Entwurf einige Bestimmungen, die allerdings sehr unbestimmt und dehnbar gehalten sind. So heißt es u. a., daß die Arbeitszeit nicht zum Nachteil der Gesundheit des Dienstboten über das seinem Lebensalter entsprechende Ausmaß verlängert werden darf. An Sonn- und Feiertagen müssen die gewöhnlichen sowie überhaupt alle Arbeiten, die ohne Gefahr nicht verschoben werden können, geleistet werden. Dagegen soll dem Besuch des Gottesdienstes kein Abbruch geschehen. Der Dienstherr hat dem Dienstboten eine freie Zeit zu seiner Erholung und zur Beforgung seiner eigenen Angelegenheiten zu bewilligen, doch ist nichts gesagt über die Dauer dieser Freizeit. Nur für das männliche Dienstpersonal ist bestimmt, daß ihm nach vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre jede Woche ein halber freier Tag zusteht. Der Dienstbote kann jederzeit ohne Grund entlassen werden, doch steht ihm dann gesetzlich der doppelte Lohn bis zur regelrecht abgelauten Kündigungsfrist zu. Außerdem sind eine Reihe von Gründen aufgeführt, nach denen der Dienstbote sofort und ohne weitere Entschädigung entlassen werden kann. Ebenso hat auch der Dienstbote eine Reihe von Gründen, nach denen er sofort den Dienst verlassen kann. In einigen dieser Fälle steht ihm eine Entschädigung bis zum Ablauf dieser Kündigungsfrist zu. In anderen Fällen hat er nur Anspruch auf Lohn bis zum Tage, wo er den Dienst verläßt. Auffallend nachteilig für den Dienstboten ist es, daß er auch dann nur Lohn bis zum Dienstaustritt zu fordern hat, wenn er dem Dienst ohne Schaden für seine Gesundheit nicht weiter vorzustehen vermag, wenn er ohne Gefährdung seiner Ehre im Dienstverhältnis nicht verbleiben kann, wenn er mißvernehmlich die Verpflegung zur Sättigung nicht hinreichend oder das Obdach gesundheitsgefährlich oder anstandsverleidend ist! Dienstboten, die ohne gesetzmäßigen Grund den Dienst verlassen, sind auf Verlangen des Dienstherrn zwangsweise zur Rückkehr in den Dienst anzuhalten und sind außerdem zum Schadenersatz verpflichtet. Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis gehören vor Ablauf von dreißig Tagen vor die Polizei, nach dreißig Tagen vor die Gerichte.

Die Errichtung von Lohnämtern in Großbritannien ist durch das Lohnämtergesetz von 1909 zunächst für 4 Industriezweige vorgesehen, in denen besonders schlechte Lohnverhältnisse bestehen. (Soz. Nr. XIX Sp. 145.) Als erstes Lohnamt war Anfang 1910 das Lohnamt für die Kettenstimmerei von Cradley Heath errichtet worden, im Laufe des Juli und August sind durch Verfügung des Handelsministeriums die Lohnämter für drei weitere Gewerbezweige, die Konfektionsstimmerei, die Herstellung von Papp- und Spannschachteln, die maschinelle Herstellung von Spigen und Kettstüpferei, errichtet worden. Die ersten Sitzungen dieser Körperschaften haben im Laufe des Augusts und Septembers stattgefunden. Da das Lohnämtergesetz vorschreibt, daß überall dort, wo ein wesentlicher Teil der Lohnregelung unterstellten Industrien in Irland betrieben wird, ein eigenes Lohnamt für Irland geschaffen werden muß, so sind für zwei Zweige, die Konfektion und die Schachtelherstellung, besondere Lohnämter für Irland errichtet worden.

Rechtspflege.

Heilbehandlung bei Tollwutverdacht — Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes. Ein Fleischergehilfe, der eine Wunde an der Hand gehabt hatte, hatte zwei von einem toten Hund gebissene Schweine geschlachtet. Der Bezirksarzt erklärte die sofortige Schutzimpfung im Berliner Institut für Infektionskrankheiten für unbedingt nötig. Die Verpflegskosten, das Fahrgehl und die Unterstützung an seine Familie während seines Berliner Aufenthaltes bestritt der zuständige Ortsarmenverband, forderte aber Ersatz von der Ortskrankenkasse, deren Mitglied der Fleischer war. Die Kasse lehnte Zahlung ab, so daß in letzter Instanz das sächsische Obergericht zu sprechen hatte. Es bestätigte das die Krankenkasse zur Zahlung verurteilende Verwaltungsgerichtsurteil und zwar mit folgender Begründung:

Als „krank“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes ist jeder anzusehen, der erwerbsunfähig ist oder der ärztlichen Hilfe bedarf. Letzteres war bei dem Fleischergehilfen der Fall; denn es haben der von ihm angerufene Arzt und der Bezirksarzt die sofortige ärztliche Behandlung für geboten und unbedingt notwendig erklärt. Da nun diese lediglich im genannten Berliner Institut erfolgen konnte und der Fall zu den dringlichen gehörte, war der Geselle berechtigt, auch ohne vorherige Genehmigung der Kasse sich zu dem angegebenen Zwecke nach Berlin zu begeben. Er erlangte auch einen Anspruch auf Erstattung der durch die Anstaltsbehandlung ihm erwachsenden Kosten und auf Familienunterstützung, der im Wege der Armenfürsorge nach § 57 Abs. 2 RVO. auf den Armenverband überging. Wenn die Kasse hiergegen in erster Linie geltend gemacht hat, daß er nicht wegen einer Krankheit, sondern aus vorsorglichen Gründen der Schutzimpfung unterzogen worden sei, daß es sich also nur um eine prophylaktische Maßregel gehandelt habe, so übersieht sie hierbei, daß die nach den ärztlichen Ausprüchen im vorliegenden Falle erforderliche Heilbehandlung eben lediglich in einer Schutzimpfung bestehen konnte und daß an ihrer die ärztliche Hilfe bringenden Eigenschaft dadurch nichts geändert wurde, daß sie vorbeugender Art war. Ob die Gefahr der Erkrankung bei demjenigen, der von einem toten Hund gebissen worden ist, größer und drohender ist, als bei demjenigen, der mit einer offenen Wunde an der Hand ein von einem toten Hund gebissenes Tier schlachtet, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls besteht auch im letzteren Falle die dringende Gefahr, daß das Gift des wutkranken Hundes durch Vermittlung des von ihm gebissenen Tieres in den menschlichen Körper gelangt. Auch der Einwand der Kasse, die Folge des angefochtenen Urteils werde sein, daß bei allgemeiner Seuchengefahr jede Schutzimpfung als Krankheitsbehandlung betrachtet werde, erscheint nicht beachtlich. Denn die Voraussetzung der Annahme einer „Krankheit“ in Fällen der vorliegenden Art wird immer die Tatsache bilden, daß ein wutkrankes oder wenigstens der Wutkrankheit dringend verdächtiges Tier von jemand geschlachtet worden ist, der eine offene Wunde an der Hand hatte.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch Arbeitgeber. Auf dem im Sommer 1910 abgehaltenen internationalen Brauerkongreß in Brüssel wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften in einem Vortrage über den deutschen Bierboykott von Rudolf Junke, Direktor der Schultzeibrauerei in Berlin, folgendermaßen beurteilt.

„Die Organisationen auf Seiten der Arbeitnehmer sind ihrem ganzen Wesen und ihrer ganzen Zweckbestimmung nach Kampforganisationen. Damit soll nicht etwa ein Vorwurf ausgesprochen, sondern nur eine aus

dem Gegensatz der Klassen sich ergebende Tatsache festgestellt werden. Stehen diese Körperschaften unter dem Zeichen der ständigen planmäßigen und nachdrücklichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnarbeiter, so wird zur Erreichung dieses Zieles am letzten Ende von ihnen immer der gewerbliche Kampf ins Auge gefaßt werden müssen. Aber es würde ungerade sein, wollte man nicht anerkennen, daß die Koalitionen der Arbeiter in der Verhandlung der das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen auch viel Gutes bewirkt haben. Im allgemeinen ist es sogar vom Standpunkte des Arbeitgebers zu begrüßen, daß an die Stelle des Individualismus der Kollektivismus getreten ist. Mit der fortschreitenden Ausgestaltung der Arbeiterorganisationen hören die kleinen, gehässigen Konflikte mit der Gegenseite auf. Je mehr der Einfluß intelligenter Führer zunimmt, um so mehr werden aus den Verhandlungen Streitpunkte verschwinden, denen ein offensichtliches Unrecht zugrunde liegt. Dasselbe gilt natürlich von den Verbänden der Arbeitgeber. So kann man allgemein sagen, daß in den organisierten Gewerben nur noch über grundlegende Fragen gestritten wird, daß dagegen die fortgesetzten lokalen und individuellen Zwiste und Zankereien aufhören, weil alle Handel nicht mehr durch die unmittelbar Beteiligten ausgefochten, sondern durch die Verbandsorgane entschieden und damit aus dem Banne stark beeinflusster Anschauung und persönlicher Gefühlsregung in die Sphäre vorurteilsfreier Beurteilung gerückt werden."

Vor wenigen Jahren standen die sozialpolitischen Theoretiker, die ähnliche Ansichten äußerten, allein, und sie wurden wegen solcher Urteile der Weltfremdheit geziehen.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse, deren Gründung schon auf der Kieler Tagung Ostern 1908 geplant worden war, geht jetzt in Augsburg unter tätiger Mitwirkung des Prokuristen Pfeiffer von der Maschinenfabrik Augsburg, eines Vorstandsmitgliedes des bayerischen Metallindustriellenverbandes, ihrer Verwirklichung entgegen. Nach den Ausführungen Pfeiffers in einer Versammlung der Gelben ist zunächst eine Gründungssumme von 35 000 bis 40 000 M. für erforderlich erachtet worden, um die Genehmigung der Unterstützungskasse durch das Kaiserliche Aufsichtsamt für das private Versicherungswesen zu erhalten. Das außerordentliche Entgegenkommen des Aufsichtsamts, seine wertvollen Ratschläge und die gewährten Vergünstigungen ermöglichten es aber schließlich, ohne versicherungstechnisches Gutachten und ohne erheblichen Gründungsbetrag den Geschäftsbetrieb zu eröffnen.

Der Verband konditionierender Apotheker hielt am 18. und 19. September in Stuttgart seine 7. Hauptversammlung ab. Der Verband forderte eine reichsrechtliche Regelung des Apothekenwesens mit Personalkonzession und Niederlassungsfreiheit, ferner sollen die amtlichen Standsvertretungen aufgefordert werden, Fortbildungskurse für Apotheker einzurichten. Hier wünscht man eine Regelung anzubahnen, durch welche die Stellung der Apotheker der Stellung von Beamten angenähert wird. Die Zahlung des Gehalts soll nicht an den einzelnen angestellten Apotheker erfolgen, sondern an eine gemeinsame Kasse, aus der dann die angestellten Apotheker besoldet werden. Durch diese Art Einzahlung der Gehälter in eine Kasse werde es ermöglicht, die jungen Apotheker mit niederen Gehältern beginnen zu lassen und die Gehälter der älteren entsprechend zu steigern. Eine derartige Regelung der Gehaltsfrage eigne sich allerdings nur für die besonderen Verhältnisse der Apotheker. In der Frage der Pensionsversicherung steht der Vorstand auf dem Standpunkte, daß zunächst die Unterbringung in einer Privatangestelltenversicherung angestrebt sei. Weitere Anträge, die dem Vorstand zur Erledigung überwiesen wurden, betrafen Eingaben an die Regierungen, die Nachtagen nicht nur bis 6 Uhr morgens, sondern bis 7 Uhr gelten zu lassen, ferner soll der Vorstand Maßnahmen ergreifen, um gegen die ungesetzmäßige Beschäftigung nichtpharmazeutischen Personals in den Apotheken vorzugehen. Der Name des Verbandes soll künftig umgewandelt werden in „Verband deutscher Apotheker“.

Streiks und Aussperrungen.

Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner.

Man schreibt uns aus Hamburg:

Der Streik, der nun bereits über drei Wochen dauert, scheint, gemessen an den Nisienausständen, mit denen heute im allgemeinen in der Industrie zu rechnen ist, von geringer Bedeutung. Es sind an diesem etwa 400 Personen beteiligt. Ursprünglich traten nur 270 Kellner und Kaffeehölzer in den Streik, die übrigen haben sich nachträglich angeschlossen; es sind zumeist solche, die erst als „Arbeitswillige“ nach Hamburg gebracht worden waren. Die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung schroff ab, selbst der von einigen Herren der „Patriotischen Gesellschaft“ unternommene Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, ist von ihnen abgewiesen worden. Der Ausstand beansprucht aber trotzdem das größte

Interesse aller sozialempfindenden Bürger. Handelt es sich doch hier um einen Beruf, dessen Angehörige erst noch um die Anerkennung ihrer Organisation zu kämpfen haben. Gerade in den Kreisen der gastwirtschaftlichen Angestellten ist es ja ungeheuer schwierig, eine feste Organisation zu schaffen, ohne die ein Aufstieg zu besseren Arbeitsbedingungen nicht möglich ist. Sie verdienen auch darum das Interesse und die Unterstützung des großen Publikums, weil dieses in gewissem Sinne mit unter den schlechten Lohnverhältnissen des Bedienungspersonals zu leiden hat.

Die Trinkgelbplage bildet ein ständiges Thema in den Blättern aller Parteien, sie ist in der Tat geeignet, manchem das Reisen, den Verkehr in den Gasthäusern oft recht sehr zu verleiden. Bei dem Hamburger Kaffeehausstreik handelt es sich zwar nicht um eine Forderung, die dahin ginge, unter Beseitigung des Trinkgelbes feste Entlohnung zu erhalten, sondern die Veranlassung gab, wie schon mitgeteilt, der Beschluß der Kaffeehausbesitzer, in Zukunft nicht mehr den kostenlosen Arbeitsnachweis der vereinigten Gehilfenvereine von Hamburg zu benutzen, sondern sich der gewerksmäßigen Stellenvermittler zu bedienen. Im Grunde genommen sollte es ein Schlag sein gegen die verhältnismäßig gute Organisation der Hamburger Kaffeehauskellner. Ohne Organisation aber kein Fortschritt, keine Möglichkeit, ernstlich an die im Gastwirtschaftsgewerbe so notwendige Lohnfrage heranzutreten.

Alle diese Bestrebungen der gastwirtschaftlichen Angestellten sollten also von dem großen Publikum unterstützt werden. Das geschieht aber in Hamburg ganz und gar nicht. Wie der von der Arbeiterkassette mittlerweile ausgesprochene Boykott wirken wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Auf eine Anzahl der größeren Kaffeehäuser wird er wahrscheinlich wirkungslos bleiben, wenn nicht auch die einsichtigen Elemente des Bürgertums ihm folgen. Bis jetzt lassen sich die in den Kaffeehäusern verkehrenden Gäste, wie es scheint, nur von den scharfmacherischen Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ leiten und nehmen eher gegen, als für die streitenden Kellner Stellung. Er wäre zu wünschen, daß auch das Bürgertum in einem solchen Kampf nicht gleichgültig beiseite steht, sondern daß es Stellung nimmt zugunsten der Unterdrückten. Die kleinen Unannehmlichkeiten sollte man gern auf sich nehmen. In vielen Fällen würde es schon genügen, wenn eine Anzahl von Gästen den Inhabern dieser Kaffeehäuser begreiflich machen würde, daß es derartige Unterdrückungsmaßnahmen nicht für richtig hält. Vor allem könnten die Kaffeehausbesitzer sehr wohl darauf hingewiesen werden, daß es eine äußerst harte Maßnahme ist, zu beschließen, die Leute, die zum Teil in ihren Diensten alt und grau geworden sind, erst nach 6 Monaten wieder einzustellen, und daß sie sich zu den von den Gehilfen gewünschten Unterhandlungen bereit finden sollten.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe sind äußerst traurig, und es ist im Interesse eines endlichen Aufstieges auch dieser zurückgebliebenen Arbeiterschicht dringend zu wünschen, daß dieser erste größere Versuch, sich eines Unrechts zu erwehren, nicht mit einem Mißerfolg für sie endet.

Nachwehen des Werftarbeiterstreiks. Wie neulich schon berichtet wurde, hat sich die Wiederaufnahme der Arbeit auf den einzelnen Werften nicht glatt vollzogen, weil betriebstechnische Umstände die gleichzeitige Einstellung aller früher Beschäftigten nicht ohne weiteres gestatteten oder weil die Arbeiter die Rückkehr zur Arbeit solange ablehnten, als die Durchführung der neuen Vertragsbestimmungen nicht voll gewährleistet war. Namentlich wegen der Nachzahlung der Lohnüberschüsse aus den durch den Kampf abgetroffenen Akkordarbeiten erhoben sich fast allenthalben neue Zwistigkeiten, da die Arbeiter nach dem Verlaufe der Friedensverhandlungen und den Berichten über die Vereinbarungen zwischen dem Metallindustriellenausschuß und den Gewerkschaftsvertretern auf diese Akkordanteile klaren Anspruch zu haben meinten. Im Grunde handelt es sich hier um gar keine kollektive Interessensstreitigkeit, sondern um eine rein private Rechtsfrage, die allerdings mangels eines ausreichenden Akkordvertragsrechts bisher bei den Gewerbegelehrten je nach der Art des Leistungsverzuges des Arbeiters verschieden beurteilt worden ist. Die Werftinhaber sträubten sich überwiegend, die anfänglichen Lohnüberschüsse aus den abgetroffenen Akkorden, die sie zum Teil mit Schaden während des Streiks durch Arbeitswillige hatten fertigstellen lassen, an die zurückkehrenden Arbeiter nachzuzahlen, da in der öffentlichen Niederschrift der Friedensvereinbarungen die Zusage der Akkordüberschüsse nicht enthalten ist. Umgekehrt betonten die Arbeiter die mündlichen Zusagen der Metallindustriellenunterhändler auf die ausdrückliche

Anfrage der Arbeitervertreter und deuteten das Schweigen des Protokolls in diesem Punkte demgemäß zu ihren Gunsten. Ein Wiederauflauern der Streikbewegungen drohte an verschiedenen Schiffshäupten infolge dieser rechtlichen Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht rechtzeitig die Unterhändler der Parteien sich über die richtige Auslegung der Vereinbarungen verständigt hätten. Am 12. und 13. Oktober wurde in Hamburg neu beraten und aus dem ursprünglichen Verhandlungsbericht das Recht der Arbeiter, den Akkordnachschuß zu fordern, festgestellt, andererseits die zurückhaltende Stellungnahme der Werften in dieser Frage insofern gerechtfertigt, als in der öffentlichen Ausfertigung der Vereinbarungen der Nachschuß als ein zwischen den beiderseitigen Unterhändlern gar nicht strittiger Punkt weggelassen war, während die Nachzahlung den Werfteinhabern keineswegs selbstverständlich erscheinen wollte. Durch die Schlussbesprechung der Parteivertreter am 15. Oktober ist nun wohl der Stein des Anstoßes endgültig beseitigt und der friedliche Ausgang des Werftenstreiks völlig gesichert, mögen auch in Bremen wegen der Einstellung der Streikenden noch Reibungen vorkommen. Die zwischen Garvens, als Vertreter der Metallindustriellen, und Schilde, als Arbeitervertreter, vereinbarten Bestimmungen lauten:

Die Wiederaufnahme aller an dem Streik und der Aussperrung beteiligten Arbeiter erfolgt an einem noch festzusetzenden Tage. Den auswärtig befindlichen Arbeitern soll es gestattet sein, sich innerhalb einer Woche von dem noch festzusetzenden Tage an durch mündliche oder schriftliche Meldung zur Wiedernahme vormerken zu lassen. Wer sich innerhalb dieser Zeit nicht gemeldet hat, geht der direkten Annahme durch seinen früheren Arbeitgeber verlustig und hat sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden auf ihren früheren Arbeitsstellen, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises bis Ende Oktober sämtlich wieder eingestellt, und zwar beabsichtigen die Werften, das in drei bis vier Tagen von dem noch festzusetzenden Tage an auszuführen.

Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden die Werften ohne irgend welches Präjudiz (einmalige Ausnahme für diesen Fall) in die alten Akkorde eintreten lassen und ihnen die in Frage stehenden Akkordüberschüsse nach Fertigstellung der betreffenden Akkorde auszahlen. Falls angelangene Akkorde in der Zwischenzeit durch andere Arbeitskräfte fertiggestellt sein sollten, soll den wieder aufgenommenen Arbeitern der sich ergebende Überdienst nach Maßgabe derjenigen Zeit ausbezahlt werden, während welcher sie an diesen Akkorden tätig gewesen sind. Das gleiche Recht sollen diejenigen Arbeiter erhalten, welche bei Wiedereröffnung der Betriebe in Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse in ihre frühere Arbeitsstelle nicht wieder eingestellt werden können.

Solange als eine Werft ihre streikenden oder ausgesperrten Arbeiter noch nicht in allen Kategorien sämtlich wieder eingestellt hat, wird sie bei einer Kategorie, in welcher noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt sind, nicht andere Arbeiter durch den Arbeitsnachweis einstellen. Diese Zusage erlischt mit dem 15. November 1910.

Bei Wiederannahme der Arbeiter wollen die Werften sich mit einer dazu von den Arbeitern gewählten Kommission in Verbindung setzen zwecks leichter Durchführung der Wiederaufnahme der Arbeit durch die verschiedenen Arbeiter.

Eisenbahneraustand in Frankreich. Die französischen Eisenbahner befanden sich seit Monaten in einer Lohnbewegung (vergl. „Soz. Pr.“ XIX. 1024, 1120, 1218, 1307). Die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Angestellten und der Regierung führten zu keinem rechten Ergebnis. Der Generalstreik wurde mehrfach angedroht. Man glaubte jedoch allgemein, daß es vor Zusammenritt des Parlaments zu einem Kampf nicht kommen würde. Am 8. Oktober traten nun jedoch eine Anzahl Arbeiter der Nordbahn, die einer Privatgesellschaft gehört, in den Streik. Die Regierung stellte zum Ersatz der Streikenden Soldaten zur Verfügung, worauf in der Nacht vom 10. zum 11. das gesamte Personal der Nordbahn ausständig wurde. Es forderte 1. allgemeine Lohnerhöhung, 2. rückwirkende Kraft für das Pensionsgesetz vom 11. Juli 1909, 3. bessere Arbeitseinteilung, 4. einen wöchentlichen Ruhetag, 5. feste Anstellung mit einem Mindestjahresgehalt von 1850 Fr. statt des Tagelohns. Der Streik muß im geheimen von langer Hand gut vorbereitet gewesen sein. Ohne Benutzung des Telegraphen oder des Telefons wurde durch Automobil oder Personal, das zu seinem Heimatsort fuhr, überallhin der Streikbefehl überbracht, und binnen kurzem lag der Verkehr auf dem Reg. der Nordbahn still. Damit war Paris von Belgien und England abgeschnitten. Ebenso war der direkte Verkehr mit Norddeutschland unmöglich, da die Züge Paris—Köln auf der Nordbahn laufen. Die Beförderung der Post wurde durch Automobildienst notdürftig aufrechterhalten. Wie die Regierung bereits früher angedroht hatte, leitete sie sofort die Einberufung aller militärpflichtigen Eisenbahner zu den Fahnen ein. Diese hätten dann ihren Dienst weiter versehen müssen, und zwar unter

den militärischen Zuchtgesetzen. Das Syndikat der Eisenbahner beantwortete diesen Schritt der Regierung mit der Proklamierung des Generalstreiks sämtlicher Eisenbahner. Gleichzeitig forderte es die zu den Fahnen Einberufenen auf, der Einberufung erst, wie es das Gesetz in Friedenszeiten angeblich gestattet, nach Ablauf von 14 Tagen Folge zu leisten. Daraufhin wurden eine Anzahl der Führer verhaftet, sie sollen wegen Aufreizung von Militärpersonen zur Gehorsamsverweigerung angeklagt werden. Erfolg scheint die Aufforderung übrigens nur an einzelnen Orten gehabt zu haben. Ebenso hat die Verkündung des Generalstreiks nur auf der staatlichen Westbahn den Verkehr zeitweilig erheblich gestört. Vorübergehend lag jedoch der Verkehr auch auf den Pariser Vorortbahnen völlig still, so daß der durch den Streik angerichtete Schaden immerhin recht erheblich ist. Am 16. Oktober war die Bewegung bereits stark abgeflaut, am folgenden Tage erließ die Streikleitung einen Aufruf, in dem sie aufforderte, am 18. den Dienst wieder aufzunehmen. Der Verkehr kann jedoch noch nicht im vollen Maße aufgenommen werden, da die Telegraphenleitungen vielfach — allem Anschein nach durch Sabotage — zerstört sind, so daß geregelter Signaldienst unmöglich ist. Die Verhandlungen, die bereits bei Ausbruch des Kampfes schwebten, sind wieder aufgenommen und werden nun wohl bald zu einem Abschluß gebracht werden. Die Energie, die Ministerpräsident Briand, der ehemalige Sozialist und Generalstreikapostel, gegenüber dieser „revolutionären Bewegung“ der Eisenbahner, die nach seiner Ansicht über den Rahmen und Charakter eines gewerkschaftlichen Streiks weit hinausgeht, entfaltete, um die Sicherheit des nationalen Wirtschaftsbetriebes aufrechtzuerhalten, hat bei den Streikenden sichtlich Eindruck gemacht.

Arbeiterschutz.

Die Unfallgefahr bei der Nacharbeit.

Den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten war im Berichtsjahre 1909 aufgegeben worden, eine Reihe von Fragen: die Nacharbeit Jugendlicher (Soz. Pr. XIX. Sp. 1385 u. 1417), die Durchführung des Arbeiterschutzes in der Großeisenindustrie (XIX, 1457), die Frühstücks- und Trinkwasservorsorge (XIX, 811) sowie die Unfälle bei der Nacharbeit gesondert und eingehender zu behandeln. Aus der Mehrzahl der Bezirke kommt die Mitteilung, daß entweder die Nacharbeit an sich in der betreffenden Gegend nicht umfangreich genug ist, oder daß die Unfälle in der Nacht unerheblich waren und keine besondere Eigenart aufweisen, so daß sich keinerlei Schlüsse auf einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und Nacharbeit ziehen lassen. Aber auch aus denjenigen Bezirken, welche die Frage eingehender behandeln und z. T. vergleichende Tabellen über die Unfälle in der Tag- oder Nachtschicht bringen, ergaben sich doch nur Einzelbilder, die nicht ohne weiteres zu festen Schlüssen benutzt werden können.

Im allgemeinen scheint, daß sich in der Nacht, der Zahl nach genommen, bedeutend weniger und auch leichtere Unfälle ereignen als am Tage. Dies ist jedoch nicht etwa als besonderer Vorzug der Nacharbeit aufzufassen, sondern kommt daher, daß in der Nacht manche Gefahrenquellen nicht bestehen, die bei der Tagarbeit vorhanden sind. So fallen meistens nachts alle Transportarbeiten fort; die Jugendlichen fehlen nachts, die durch Unvorsichtigkeit manche Unfälle verschulden; es kann in der Nacht meist unge störter gearbeitet werden als am Tage, wo zerstreute Einflüsse von außen kommen. Eine besondere Gefahrenquelle der Nacharbeit, die Dunkelheit, die in manchen Bezirken auch als Unfallursache angegeben ist, wird mehr und mehr mit Einführung des elektrischen Lichts für Arbeitsstätten, Treppen und Korridore überwunden.

Bei dem Versuche, die Unfallhäufigkeit bei Nacht im Verhältnis zur Zahl der bei Tage oder Nacht beschäftigten Personen zu erfassen, gelangen die Berichterstatter von Lüneburg und Köln zu dem Ergebnis, daß die Unfallhäufigkeit nachts geringer sei. Nach den vergleichenden Tabellen für Lüneburg fallen auf 1000 Arbeiter in Tagsschicht 36,7 Unfälle, in der Nachtschicht auf 1000 Arbeiter 28,7 Unfälle. Der Beamte für den Bezirk Köln kommt nach seinen Berechnungen zu dem Schluß, daß die Unfallhäufigkeit in der Nacht sogar wesentlich geringer sei als bei Tage; sie verhalte sich zu dieser wie 1 zu 2,2. Der Beamte sucht die Erklärung hierfür außer in den schon weiter oben angegebenen Ursachen, den fehlenden Gefahrenquellen, auch darin, daß die Menschen aus physiologischen Gründen nachts weniger energisch und weniger schnell arbeiten; es sei eine vielfach bestätigte Erfahrung, daß der Produktionsumfang während der Nachtschichten erheblich hinter den Tagesleistungen zurückbleibt.

Den obigen Zahlen stehen aber wieder Berechnungen aus anderen Bezirken gegenüber, daß trotz der verminderten Gefahquellen die Unfallhäufigkeit nachts größer ist. Im Bezirk Merleburg fallen allerdings im Durchschnitt aller Berufe nur 2,5 Unfälle auf 100 Nachtarbeiter gegenüber 4,4 Unfällen auf 100 Tagarbeiter. Unterlucht man jedoch die Unfälle in den einzelnen Berufen, so ergeben sich für einige derselben, die überhaupt höhere Unfallziffern als den Durchschnitt aufweisen, besonders hohe Zahlen für die Nacht. Die chemischen Fabriken von Bitterfeld weisen auf 100 Nachtarbeiter 9,3 Unfälle auf, das sind 2,2 mehr als am Tage; in den Gas- und Elektrizitätswerken betrug die Zahl der Nachtunfälle 7 auf 100 Arbeiter. — Im Bezirk Hildesheim wurde berechnet, daß durchschnittlich auf jeden 20. Tagarbeiter, aber schon auf jeden 18. Nachtarbeiter ein Unfall trifft. Noch ungünstiger sind die Zahlen von 2 Werken der Großeisenindustrie in diesem Bezirke. Dort entfällt auf jeden 12. Tagarbeiter, aber schon auf jeden 8. Nachtarbeiter ein Unfall. Auch in dem Bezirke für den Bezirk Düsseldorf wird die erhöhte nächtliche Unfallgefahr in der Großeisenindustrie betont; die Unfallhäufigkeit steigt von 18,8 % in der Tagsschicht auf 21,7 % in der Nachtschicht. Eine beachtenswerte Untersuchung liegt in den für den Bezirk Hannover mitgeteilten Tabellen vor. Es ließ sich danach nicht feststellen, ob die Tag- oder Nachtschicht einen besonderen Einfluß auf die Unfälle hat, wohl aber ist der Einfluß der Ermüdung auf die Unfallhäufigkeit ersichtlich. In einer Tafel sind die Unfälle nach der Arbeitsstunde unter Berücksichtigung der Pausen zusammengestellt. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß sowohl in der Tagsschicht als auch in der Nachtschicht die Unfälle in der Zeit zwischen der ersten kleinen Pause und der großen Pause in der Mitte der Arbeitschicht sich erheblich mehren; nach der großen Pause nimmt die Zahl der Unfälle stark ab, erhöht sich dann aber wieder gegen Schluß der Arbeitszeit.

So wertvoll manche dieser Untersuchungen in den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten auch sind, so können sie doch zunächst nur als Rohmaterial gelten, an das tiefergehende Untersuchungen anzuknüpfen hätten. Will man zu einer richtigen Vergleichung der Unfallhäufigkeit bei Tage oder Nacht gelangen, so müßte man nicht nur genau die Zahlen der bei Tage oder bei Nacht beschäftigten Personen feststellen, sondern zugleich auch genaue Vergleiche ziehen können über die Art der Verrichtungen, die in der Nacht vorgenommen werden. Den ersten Weg, Vergleichung der Zahl der Tag- und Nachtarbeiter, haben mehrere der Gewerbeaufsichtsbeamten in den vorliegenden Untersuchungen beschritten. Der zweite Weg, d. h. ein Vergleich der verschiedenen Schwierigkeitsgrade, dürfte eingehende Einzeluntersuchungen notwendig machen, wie sie in den vorliegenden Berichten noch nicht geboten werden konnten.

Der Käuferbund in Amerika und der staatliche Arbeiterschutz. Die „Konsumentenliga“ der Vereinigten Staaten erklärte es auf ihrer letzten Hauptversammlung als einen der wichtigsten Erfolge ihrer aufklärenden Tätigkeit, daß sowohl im Staate Oregon wie Illinois durch den obersten Gerichtshof Entscheidungen gefällt sind, wonach die Arbeiterinnenschutzgesetze zu Recht bestehen, während sonst der Erlaß solcher Gesetze in den Vereinigten Staaten häufig als nicht der Verfassung entsprechend bekämpft wurde. (Vergl. Arbeiterinnenschutz und Bundesregierung in den Vereinigten Staaten. Soz. Prag. XIX Sp. 534). Die „Konsumentenliga“ kann allerdings für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie als eine der ersten bedeutenderen Organisationen auf die Gefahren des in Amerika noch vielfach geltenden Grundsatzes des *laissez faire, laissez aller* hingewiesen hat. Ebenso führt die Liga gemeinsam mit dem nationalen Kinderschutzausschuß den Kampf gegen die Ausbeutung kindlicher und jugendlicher Arbeitskräfte und hat es z. B. erreicht, daß in Kentucky und Ohio der Nachtdienst der jugendlichen Telegraphenboten untersagt wurde. Beachtenswert ist die Stellung der Liga zur Frage der staatlichen Lohnregelung als Kampfmittel gegen die Schwitzindustrien. Während noch auf der Internationalen Konferenz der sozialen Käuferverbände in Genf 1908, wo diese Frage zur Erörterung stand, die amerikanischen Vertreter eine ablehnende Haltung einnahmen, weil sie keine „Regelung“, sondern Abschaffung der Heimarbeit forderten, hat der amerikanische Käuferbund sich jetzt doch von der Notwendigkeit gesetzlicher Lohnregelung überzeugt und diese Forderung in seine Richtlinien aufgenommen. Ein anderes Arbeitsgebiet, das einzelne örtliche Vereine neu aufgenommen haben, ist der Stellennachweis für jugendliche Arbeiter. Teils versucht man durch den Stellennachweis darauf hinzuwirken, daß die Jugendlichen nur an Plätze kommen,

für die sie geeignet sind, teils gewinnt man durch die Stellenvermittlung Einblick in die Zustände der Arbeitsstätten und kann je nachdem die betreffenden Firmen auf die „weiße Liste“ setzen und empfehlen oder vor ihnen warnen. Die amerikanische Konsumenten-Liga zählt jetzt 54 Ortsvereine in 16 Staaten der Union, ferner sind in einer Reihe anderer Vereinigungen, namentlich in Vereinen der studierenden Jugend, besondere Ausschüsse gebildet worden, welche den Gedanken der sittlichen Käuferpflichten verbreiten.

Die Durchführung des Kinderschutzes im Fürstentum Neuchâtel soll künftig mit Hilfe der Lehrerschaft besser beachtet werden. Das Ministerium hat einen Erlaß an die Schulvorstände gerichtet, eine Übersicht über die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben aufzustellen. In der Begründung wird betont, daß Schulkinder mit gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiten, namentlich vor Beginn des Vormittagsunterrichts, beschäftigt werden, so daß sie infolge Abspannung und Ermattung dem Unterricht nicht zu folgen vermögen. Die Schulvorstände werden daher veranlaßt, darüber zu wachen und dafür zu sorgen, daß Kinder in der Landwirtschaft nicht vor Beginn des Vormittagsunterrichts und in gewerblichen Betrieben nur innerhalb der im Reichsgesetze gezogenen Grenzen beschäftigt werden. Werden Mißstände wahrgenommen und bleiben die Bemühungen der Schule auf Beseitigung dieser Mißstände ohne Erfolg, so soll an die vorgesetzte Behörde berichtet werden.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die unständigen Arbeiter in der Reichs-Versicherungsordnung (§§ 469–486).

Von Sophie Susmann, Berlin.

Die Krankenversicherung der unständigen Arbeiter befriedigend zu gestalten, ist keine leichte Aufgabe. Die Lage der Arbeitergruppen, die unter diesem Ausdruck zusammengefaßt werden, ist außerordentlich verschieden. Man findet unter ihnen die Armen der Armen, so den ungelerten Gelegenheitsarbeiter in Stadt und Land, die elende Ausbesserin u. a., daneben aber auch hoch gelohnte Arbeiter, z. B. die Hafenarbeiter, und unter den weiblichen die gesuchte Schneiderin, die zu den Kunden ins Haus geht, die Wäsch- und Scheuerfrau in der Großstadt u. a. Allen gemeinsam aber ist die Unsicherheit der Existenz. Sie arbeiten gegen Tagelohn und mit jedem Tage kann die Einnahmequelle versiegen. Ist das Einkommen nicht hoch genug, um Erparnisse zu machen, oder hatten sie dies aus Sorglosigkeit unterlassen, so sind sie sofort dem größten Elend preisgegeben, umsomehr natürlich, wenn Krankheit die Ursache der Arbeitslosigkeit ist. Wenn dem unständigen Arbeiter trotzdem die Wohltat der Krankenversicherung bisher versagt war, so liegt das an den sehr großen Schwierigkeiten, die ihr gerade bei den eigentümlichen Verhältnissen dieses Standes entgegenstehen. In mehreren deutschen Staaten ist allerdings eine statutarische Krankenversicherung für sie seit einiger Zeit eingeführt. Auf eine Umfrage der Reichsregierung, wie sie sich bewährt habe, lauteten die Antworten sehr verschieden: an einigen Stellen wurde geklagt, daß sich Schwierigkeiten herausgestellt hätten, von anderen wurde dies verneint. Mit Recht aber heißt es in der Begründung, daß wenn sie nicht bemerkt worden sind, dies wohl auf einem Mangel an Kontrolle beruhe. Soll die Krankenversicherung der unständig Beschäftigten nicht nur auf dem Papier stehen, so muß ein ganz neuer Weg beschritten werden, und daß der Gesetzgeber einen solchen mit Ernst und wir dürfen sagen, meist mit Glück zu finden sucht, ist mit großem Dank anzuerkennen.

Das Haupthindernis erfolgreicher Versicherung dieser Gruppen ist das Fehlen des verantwortlichen Arbeitgebers, der für die pünktliche Anmeldung und die Zahlung der Beiträge haftet, denn der unständige Arbeiter arbeitet ja bald hier, bald dort. Die Bestimmung des Invalidenversicherungsgesetzes, nach dem der Arbeitgeber zur Beitragsleistung herangezogen wird, bei dem der Arbeiter zum ersten Male in der Woche arbeitet, auf die Krankenversicherung zu übertragen, wäre nicht praktisch. Dieses System hat, wie die Erfahrung gezeigt hat, große Schattenseiten. In nicht wenigen Fällen wird das „Kleben“ veräußert und, wenn die Invalidität eintritt, ist ein Recht auf Rente nicht vorhanden. Ein anderes Mal ist sie sehr gering, weil die Beiträge nicht regelmäßig geleistet wurden. Manche von denen, die Unständigen beschäftigt, sind selbst in keiner guten Lage, sie müssen mit dem Großen rechnen und würden sich sträuben, wenn der Arbeiter vielleicht

einen Tag in der Woche bei ihnen arbeitet, ihn stets am Montag zu beschäftigen, weil sie dann immer den Beitrag zahlen müßten.

Hat der Arbeiter die ersten Wochentage keine Arbeit gehabt und verlangt etwa am Donnerstag, da er zum ersten Male beschäftigt ist, den Beitrag, so regen sich bei manchen Arbeitgebern Zweifel, ob er wirklich bis dahin arbeitslos war oder seine ersten Arbeitgeber nur aus irgend welchen Gründen schonen wollte. Nicht immer wird sich die Beitragsfrage so befriedigend lösen lassen, wie eine Hausnählerin sie regelte: „um gerecht gegen ihre Kundinnen zu sein“, von denen jede sie einmal wöchentlich beschäftigte, zog sie jede Woche eine andere zur Beitragsleistung heran. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen wagen überhaupt nicht an den Beitrag zu mahnen, einige gut bezahlte und vorsorgliche tragen wohl die ganzen Kosten selbst und werden so zu Unrecht belastet. Mit viel größerer Schärfe würde die Mangelhaftigkeit wie das Fehlen der Beitragsleistung bei der Krankenversicherung fühlbar werden als bei der Invalidenversicherung, da letztere einen weiteren Spielraum bietet, während bei ersterer schwer etwas nachgeholt werden kann. Bei dem jetzt üblichen Verfahren würde der unständige Arbeiter, wenn er erkrankt, trotz der Versicherung, oft hilflos dastehen und die Kasse vielfach geschädigt werden. Sie könnte schwer bestehen, da sie sich für die Erstattungspflicht nicht an einen bestimmten Arbeitgeber halten kann. Die Lösung, die im Entwurf vorgeschlagen wird, ist außerordentlich glücklich: von einem Heranziehen des einzelnen Arbeitgebers wird ganz abgesehen, an seiner Stelle soll der Gemeindeverband die Beiträge leisten und kann sie auf alle Gemeindeglieder umlegen. Einwohner des Bezirkes, die unständige Arbeiter in größerer Zahl zu beschäftigen pflegen, können zu erhöhten Leistungen herangezogen werden. Aus dieser „Kann“-vorschrift hat die Reichstagskommission bei ihrer ersten Fassung eine „Soll“-vorschrift gemacht, und es wäre nur gerecht, wenn sie Gesetz würde. Daß die Arbeitgeber der Unständigen an der Verwaltung der Kassen keinen Teil haben, ist selbstverständlich. Der hier eingeschlagene Weg ist unbedingt richtig und wenn er sich, wie zu hoffen, bewährt, sollte er auch für die Invalidenversicherung beschritten und auch hier statt des einzelnen Arbeitgebers die Gemeinde zur Beitragszahlung verpflichtet werden.

Mit der Beitragspflicht fällt natürlich die Anmeldepflicht des Arbeitgebers, der Arbeiter muß sich selbst bei der Kasse zur Eintragung melden. Damit aber möglichst alle unständigen Arbeiter von der Versicherung erfasst werden, bestimmt das Gesetz sehr richtig, daß neben ihnen Versicherungsamt, Gemeinde und Polizeibehörde zur Anmeldung verpflichtet sind, wenn sie erfahren, daß in ihrem Bezirk ein Unständiger noch nicht Mitglied der Kasse ist. Zur Feststellung seiner Versicherungspflicht kann er dann durch die Krankenkasse oder die Polizei geladen und, wenn er der Ladung nicht folgt, in eine Geldstrafe bis zu 10 M. genommen werden. Diese Bestimmung ist zu scharf. Grundsätzlich wird man zustimmen müssen, daß streng vorgegangen wird; die Mehrzahl der Menschen hat ja starken Hang zur Lässigkeit, und hier handelt es sich zum großen Teil um Personen, die nicht gewohnt sind, über den Tag hinaus zu denken und zu handeln. Sie müssen zu eigenem Besten für ihre neuen Pflichten erzogen werden, und das kann ihrer Gesamtentwicklung nur fördernd sein. Aber ein Strafgehalt von 10 M. ist zu hoch. Die Hälfte wäre oft noch zu viel. Man darf nicht vergessen, welche ärmliche Existenzen sich gerade in dieser Arbeiterklasse finden. Empfehlenswert wäre, die Summe im Verhältnis zur Höhe der zu zahlenden Beiträge festzusetzen und sie entsprechend abzustufen.

Sehr richtig ist auch die Bestimmung, daß die Mitgliedschaft nicht erst mit dem Eintritt in die Beschäftigung beginnt, sondern sofort nach Eintragung in das Register erfolgen und auch während der Zeit fort dauern soll, in der vorübergehend eine Beschäftigung gegen Entgelt nicht stattfindet. Gerade in dieser Gruppe ist zeitweise Arbeitslosigkeit besonders groß, und der Wohltat, die ihr die Krankenversicherung bringen soll, wäre die Spitze abgebrochen, wenn die Kassenmitgliedschaft nur erworben werden kann, wenn der unständige Arbeiter beschäftigt ist. Soll aber diese Bestimmung in vielen Fällen nicht nur auf dem Papiere stehen, so muß § 479 gestrichen werden. Denn nach diesem Paragraphen kann die Satzung bestimmen, daß das Recht auf Unterstützung für die unständig Beschäftigten erst 6 Wochen nach Eintragung in das Register beginnt. Freilich soll die Zeit einer früheren Mitgliedschaft angerechnet werden, wenn sie nicht länger als 26 Wochen zurückliegt. Durch diese Vorschrift können solche, die neu in die Versicherung eintreten, sehr schwer betroffen werden und ferner diejenigen, die sie nach langer Krankheit und darauf folgender Erwerbslosigkeit wieder aufnehmen, also die Allerärmsten! Es ist wohl Besorgnis um den

Bestand mancher Kassen, die den Gesetzgeber zu dieser Konzession veranlaßt, aber wenn auch Vorsicht ihre große Berechtigung hat, diese Bestimmung sollte doch in keinem Falle Gesetz werden, selbst um den Preis etwas höherer Beiträge. Man kann es öfter von Arbeitern hören, daß sie lieber einen größeren Beitrag zahlen wollen, um höhere Leistungen beanspruchen zu können. Daher ist es sehr bedauerlich, daß auch für die unständigen Arbeiter bei Berechnung der Beiträge und Leistungen der Ortslohn zugrunde gelegt werden soll, statt des meist höheren abgestuften Tagelohnes. Hier hat die Reichsversicherungskommission wenigstens die Möglichkeit einer Verbesserung in die Wege geleitet; zu § 478 wurde hinzugefügt: „die Satzung kann für einzelne Gruppen der unständig Beschäftigten den Betrag des Ortslohnes durch anteilige Zusätze erhöhen“. Es wäre sehr zu wünschen, daß diese Vorschrift nicht nur Gesetz, sondern auch zu einer Pflicht-Vorschrift würde. Bei der Berechnung nach dem Ortslohn würden viele unständige Beschäftigte benachteiligt werden, z. B. der Möbeltransporter, die hoch bezahlte Schneiderin u. a. Sie würden im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu niedrige Beiträge zahlen und müßten sich dann mit dürftigem Krankengelde begnügen. Und da den Unständigen, ob sie den Orts- oder Landtrantkassen angehören, die Mehrleistungen der Versicherung nur zuteil werden sollen, wenn die Satzung dies ausdrücklich bestimmt, so werden sie wohl meist auf sie verzichten müssen, wenn der Zusatz der Kommission nicht Gesetz wird. Denn schwerlich werden die Kassen ihnen die freiwilligen Leistungen gewähren, wenn ihre Beiträge geringe sind. Und wie unentbehrlich ist oft Krankenhauseinweisung, wie viele sind unter ihnen, die kein Heim haben, in dem sie gesunden können!

Sehr zu bedauern ist, daß die Kommission § 483 nicht beiseite gelassen hat, wonach die Satzung mit Genehmigung des Oberversicherungsamts und der Landesregierung bestimmen kann, daß unständige Arbeiter von der Beitragspflicht befreit werden können. Denn mit der Befreiung fällt auch das Krankengeld und die Wochenhilfe, sie erhalten dann nur freie ärztliche Behandlung, Medizin und kleine Heilmittel und das Sterbegeld darf nicht mehr als 30 M. betragen. Diese Leistungen bedeuten für Mittellose so gut wie gar nichts. Was nützt der Arzt, was nützen Medizin, Bandagen usw., wenn es an Nahrung und Heizung fehlt, die ohne Krankengeld nicht beschafft werden können! Fast immer würde die Armenverwaltung eingreifen müssen, während es doch Aufgabe der Versicherung ist, den Arbeiter von der demütigenden Notwendigkeit zu befreien, daß er Unterstützung aus öffentlichen Mitteln annehmen muß.

Dagegen ist es durchaus billig, daß die unständig Versicherten auf Krankengeld usw. verzichten müssen, wenn sie 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Bestimmung tritt nicht in Kraft, wenn sie an den beiden letzten Zahlungslagen vor ihrer Erkrankung wieder Beiträge entrichtet haben. Eine mildere Vorschrift ist kaum möglich, da die Versicherungsanstalt bei den Unständigen ja nicht, wie bei den anderen Arbeitern, die Arbeitgeber für die Entrichtung der Beiträge, die auf ihren Anteil fallen, verantwortlich machen kann, sondern sich an die Arbeiter selbst halten muß.

An den Einzelbestimmungen des Gesetzes werden wir manches geändert und gebessert wünschen, im großen und ganzen aber dankbar anerkennen, daß das schwierige Problem, unregelmäßig Arbeitende in Zeiten der Krankheit sicherzustellen, mit Glück gelöst zu sein scheint. So dürfen wir hoffen, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die unständigen Arbeiter für sie in der Tat Befreiung von wirtschaftlichem Druck bedeuten und die Gesundheit der Bevölkerung heben wird.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Verhandlungen betreffen noch die Leistungen der Invalidenversicherung. Der früher zurückgestellte zweite Absatz von § 1228 wurde in folgender Fassung angenommen:

„Die Berechtigten können die Selbstversicherung beim Ausscheiden aus dem Verhältnis, das die Berechtigung begründet hat, fortsetzen oder erneuern (1269).“

§ 1269 erhielt folgende Fassung (der zweite und der dritte Satz wurden neu angefügt):

Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und danach eine Wartezeit von zweihundert Beitragswochen zurücklegt. Hat der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vorher mindestens tausend Beitragsmarken verwendet hatte. Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung nur auf, wenn er vorher min-

bestens 500 Beitragsmarken verwendet hat und danach eine Wartezeit von 500 Beitragswochen zurücklegt.

Hinter § 1275 wurde gegen die Stimmen der Deutschkonserativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen und trotz des Widerpruchs der Regierungsvertreter ein neuer § 1275a eingefügt, der die sog. Kinderzuschussrente einführt. Er lautet:

„Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes Kind um ein Zehntel bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage.“

Die §§ 1282 bis 1284, die, um eine zu große Belastung durch die Invalidenversicherung zu vermeiden, eine verschiedene Behandlung der freiwilligen und der Pflichtbeiträge bei der Berechnung der Hinterbliebenenrente einführen wollen, wurden gestrichen. In § 1290 wurde die Bestimmung eingefügt, daß, wenn beim Tode des Empfängers die fällige Rente noch nicht abgehoben ist, nach dem Ehegatten, den Kindern und den Eltern auch die Geschwister bezugsberechtigt sind, wenn sie mit ihm in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. § 1292 wurde dahin geändert, daß die Invalidenrente entzogen werden kann, wenn der Empfänger infolge einer wesentlichen Veränderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalide im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen ist. In § 1294 wurde die Bestimmung eingefügt, daß die Rente auch dann entzogen werden kann, wenn sich der Rentenempfänger ohne Grund einer Nachuntersuchung oder Beobachtung in einem Krankenhause entzieht. In § 1307 wurde die Bestimmung eingefügt, daß sich das Recht der Fabrik- und ähnlicher Kassen, die nach der Vorlage die Renten, die sie ihren reichsgefährlich versicherten Mitgliedern gewähren, um den Wert der reichsgefährlichen Bezüge ermäßigen dürfen, nicht auf den Reichszuschuß bezieht, dieser muß vielmehr den Versicherten zugute kommen. In § 1315 wurde die Bestimmung, wonach Mitglieder einer Betriebskrankenkasse auf Antrag des Arbeitgebers dort versichert werden müssen, gestrichen. In § 1332 wurde eine Bestimmung eingefügt, nach der die Beamten einer Versicherungsanstalt im Vorstände nicht mehr als die Hälfte der Stimmen haben können. § 1342, der bestimmt, daß die Versicherungsanstalt mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reichs oder der Bundesstaaten anlegen muß, wurde angenommen. In § 1357 wurde die gleiche Bestimmung auch auf die Sonderanstalten ausgedehnt trotz des Widerspruchs der Regierung. In § 1378 wurde hinzugefügt, daß auch durch Schwangerschaft verursachte Arbeitsunfähigkeit einer anrechnungspflichtigen Krankheit gleichzuachten ist. Dem § 1412 wurde folgender Satz angefügt: „Wenn eine Lohnzahlung nicht stattfindet, sind die Marken bei Beendigung der Beschäftigung einzulösen.“ Der fast gleichlautende Satz in § 1413 wurde gestrichen. Als neue Bestimmung wurde ein § 1412a angefügt, wonach für Versicherte, die mindestens ein Vierteljahr beim Arbeitgeber durch Vertrag verpflichtet sind, die Marken zu anderer Zeit, bei Ablauf der Beschäftigung, spätestens in der letzten Woche jedes Vierteljahrs eingelöst werden können. In § 1414 wurde eingefügt: „Als Tag der Entwertung soll der letzte Tag desjenigen Zeitraums angegeben werden, für welchen die Marken gelten.“ In § 1424 (Unwirksamkeit der Pflichtbeiträge) wurde als dritter Absatz die Bestimmung angefügt, daß ein Verschulden des Versicherten nicht vorliegt, wenn der Arbeitgeber die Quittungskarte aufbewahrt und sie nicht zur richtigen Zeit umgetauscht hat. In § 1427 wurde eine Bestimmung angefügt, daß nach Ablauf von vier Jahren seit Aufrechnung der Quittungskarte die rechtsgültige Verwendung der in der Aufrechnung bescheinigten Marken nicht mehr angefochten werden kann. In § 1428 wurde die Frist, innerhalb der der Versicherte die von ihm in der irrthümlichen Annahme seiner Versicherungsverpflichtung geleisteten Beiträge nach der Entrichtung zurückfordern kann, falls ihm nicht schon eine Rente rechtskräftig zugewilligt worden ist, von 4 auf 10 Jahre erweitert. In § 1441 wurde hinzugefügt, daß die Versicherungs- und Überversicherungsämter bei den Entscheidungen über die Beitragsleistung, soweit der Streit nicht bei der Rentensatzsetzung hervortritt, an die grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts gebunden sein sollen. — Die Kommission hofft, bis Ende dieser Woche die erste Lesung beenden zu können, und will dann nach einer Pause von etwa 10 Tagen die zweite Lesung beginnen.

Eine neue Gewerbe-Unfallstatistik, die sich auf alle Unfälle in den bei der Gewerbe-, Bau- oder See-Unfallversicherung versicherten Betrieben erstreckt, ist vom Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1907 herausgegeben worden. 81 248 Unfallzählkarten wurden im Reichs-Versicherungsamt bearbeitet. Der erste Teil, dem 72 Karten über die Unfallhäufigkeit im Deutschen Reich beigegeben sind, enthält Angaben über versicherte Betriebe, versicherte Personen, Vollarbeiter, entschädigte Unfälle und Verletzte. Diese

Angaben sind nach Versicherungsträgern, für die Berufsgenossenschaften zum ersten Male auch nach den wichtigsten Betriebsgruppen, sodann nach Reichsgebietsteilen (Bundesstaaten und Verwaltungsbezirken) aufgestellt. Ferner wird in diesem Teile die Unfallhäufigkeit auf Grund der Zahlen der Vollarbeiter zum ersten Male auch nach Alter (jugendliche, d. h. unter 16 Jahren alt, und erwachsene Personen) und Geschlecht geschildert. Weitere Abschnitte dieses Teiles betreffen die Zeit der entschädigten Unfälle, die Art der Verletzungen und die verletzten Körperteile und die verletzten und getöleten Personen nach der Dauer ihrer Beschäftigungsart vor dem Unfall, die ebenfalls zum ersten Male ermittelt ist. Der zweite Teil der Statistik behandelt die Betriebseinrichtungen und Vorgänge, bei welchen sich die Unfälle ereigneten, unter eingehender tierlicher Beschreibung des Hergangs der Unfälle und der Schuldfrage. Der dritte Teil enthält die Ergebnisse der Statistik der Unfallfolgen. Hier werden auch die Vorjahre von 1896 ab, für welche gleichmäßige Nachweise vorlagen, mitgeteilt und die Ergebnisse auch für 22 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften veröffentlicht.

Die Empfänger der englischen Altersrenten. Die Verwaltung der englischen Altersrenten ist der Behörde für die Gewerbe- und Verbrauchssteuern übergeben. In dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht dieser Behörde wird die folgende Aufstellung über die Zahl der Rentenempfänger am 31. März 1910 gegeben:

Es erhalten die Woche

	in England	Wales	Schottland	Irland
5 Schilling	370 117	24 826	72 675	170 529
4 -	16 675	965	1 594	8 686
3 -	15 728	921	1 604	3 986
2 -	7 510	421	637	1 968
1 -	4 078	248	379	855
	414 108	27 881	76 889	180 974

Im ganzen waren also in dem Vereinigten Königreich am 31. März 699 352 Rentenempfänger vorhanden. Im Laufe des Berichtsjahres waren 63 852 Renten durch den Tod des Empfängers erloschen.

Eine Untersuchung über die soziale Tätigkeit der Sparkassen will der Deutsche Sparkassen-Verband in die Wege leiten. Es werden deshalb alle Sparkassenverwaltungen um Mitteilung über nachfolgende Einrichtungen und deren Umfang ersucht: Einlagenzinsfuß; Annahmestellen oder Nebenstellen; Abholung der Sparbeiträge; Heimsparbüchern; Prämien für beharrliche Sparer; Alterssparkassen; Anschluß von Schulsparkassen und Fabriksparkassen; Gewährung von unbedingtem Personalkredit; Baufredit für Arbeiterwohnungen mit Vorzugszins; Ankauf von Baugeböden; Herstellung von Arbeiterhäusern; Unterstützung von gemeinnützigen Baugeellschaften; Tilgungshypotheken mit Vorzugszins. — Die „Soz. Rorr.“ empfiehlt, noch folgende Punkte hinzuzufügen: Zahl der gesparten Sparbücher für Konfirmationsbeträge und für Altersversorgung; Ausgabe von Marken (Heimsparsparbüchern); Schenkung von Sparkassenbüchern mit Einlagen an Tauslinge, als Schulprämien oder als Arbeits- und Jubiläumsprämien seitens Arbeitgeber.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Anfang Oktober 1906 hatte in Mailand auf Veranlassung der Societä Umanitaria die erste Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Soz. Prag. XVI, 145) stattgefunden. Man sprach damals über die Ursachen der Arbeitslosigkeit, über die Mittel zur Verhinderung und über die Mittel zur Vinderung. Die Meinungen gingen freilich außerordentlich auseinander, immerhin hatte man sich auf einen Beschluß geeinigt, der regelmäßige statistische Erhebungen, Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise, Schaffung von freiwilligen oder Zwangsversicherungsanstalten, Unterstützung der Hilfsklassen für Arbeitslose durch Staat, Provinz und Gemeinde forderte. Um die damals angeknüpften Beziehungen zu befestigen und womöglich dauernde Einrichtungen zu schaffen, trat im vorigen Jahre ein französisch-belgischer Ausschuß zusammen (Soz. Pr. XVIII, 1077). Seinen Bemühungen gelang es, die jetzige zweite Konferenz zustande zu bringen. Sie tagte unter Vorsitz von Léon Bourgeois vom 19. bis 21. September in Paris. Es waren 300 Vertreter aus 21 Ländern anwesend, 18 Regierungen hatten amtlich Vertreter gesandt.

Einige Duzend Berichte und Vorträge aus den verschiedenen Ländern zu den auf der Tagesordnung stehenden Punkten Arbeitslosenstatistik, Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung dienten zur Vorbereitung der Verhandlungen.

Von reichsdeutscher Seite lagen Berichte von Regierungsrat Dr. Feig über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen im Deutschen Reich, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, vom Verband deutscher Arbeitsnachweise über Organisation und Tätigkeit der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise in Deutschland, von Dr. Most, Direktor des statistischen Amtes in Düsseldorf, über die Handhabung der Kontrolle in den Arbeitslosenversicherungseinrichtungen Deutschlands und endlich Vorschläge der Delegierten der Generalkommission der Gewerkschaften zur Regelung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung vor. Über die Statistik sprach Prof. Westergaard-Kopenhagen: Einmalige Erhebungen sind der Ausgangspunkt. Sie kommen jedoch nur für Krisenzeiten in Betracht. Außerdem weisen diese Erhebungen stets gewisse Fehlerquellen auf. Sie müssen ergänzt werden durch fortlaufende Zählungen. Hier kommt vor allem die Befragung der Unternehmer und der Gewerkschaften in Frage, dann sind die Zahlen der Krankenkassen wichtig. Die Angaben der Arbeitsnachweise kommen nach Westergaard erst in zweiter Linie. In der Aussprache wurde mehrfach Meldepflicht als Grundlage der Statistik gefordert. Andererseits wurde betont, daß die Zahlung von Unterstützung die beste Sicherung sei, da dann jede Unterlassung der Meldung mit Nachteilen verknüpft sei. Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Eilbergkeit, hob besonders hervor, wie schwer es sei, den Begriff Arbeitslosigkeit zu umgrenzen. Die von ihm vorgeschlagene Einengung des Begriffes, wonach Personen, die ihre Stelle freiwillig aufgeben, nicht als arbeitslos zu betrachten sind, gibt freilich zu sehr erheblichen Bedenken Anlaß.

Den Bericht über die Arbeitsvermittlung hatte Dr. Schiavi-Mailand übernommen. Er sprach sich für gleichbesetzte Arbeitsnachweise aus, die unentgeltlich arbeiten und mit den Arbeitslosen engen Fühlung halten. Die Kosten sollten Gemeinde und Provinz mit Hilfe staatlicher Zuschüsse decken. Die Verdrängung der privaten durch die öffentlichen Nachweise würde von selbst eintreten. In der sehr ausgedehnten Erörterung machte sich eine interessante Meinungsverschiedenheit zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften bemerkbar. Während Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, der mit Umbreit die freien Gewerkschaften vertrat, — die Gewertvereine Hirsch-Dunder waren durch Goldschmidt vertreten —, sich in ähnlichem Sinne wie Dr. Schiavi aussprach, stellte sich der Vertreter der französischen Gewerkschaften Keuffer auf den Standpunkt, den die deutschen Gewerkschaften bereits vor mehr als zehn Jahren verlassen haben, und fürchtete von gleichbesetzten Nachweisen eine Schädigung der Streiks.

Über den letzten Punkt der Tagesordnung: die Arbeitslosenversicherung, sprach Dr. Falkenburg-Amsterdam. Die Aussprache drehte sich naturgemäß um die Frage: obligatorische Zwangsversicherung oder Unterstützung freiwilliger Einrichtungen. Eine Reihe von Rednern stand wie der Berichterstatter auf dem Boden des Genter Systems. Nur ein Redner, Dr. Most, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, machte dagegen politische Gesichtspunkte geltend, während Stadtrat Fischbeck-Berlin ausführte, das Genter System dränge die Frage auf das Gebiet der Wohltätigkeit. Geheimrat Dr. Zacher-Berlin betonte die Notwendigkeit einer vorbeugenden Wirtschafts- und Sozialpolitik, die überhaupt wenig Arbeitslosigkeit aufkommen lassen dürfe.

Den Abschluß der Verhandlungen bildete die Gründung der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vereinigung soll zunächst ein Sekretariat einrichten, das das gesamte Material sammelt, bearbeitet und die Ergebnisse veröffentlicht. Ferner soll das Sekretariat bemüht sein, die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenstatistik zu fördern. Mit der internationalen Vereinigung für gezielten Arbeiterschutz und mit dem internationalen Komitee für Arbeiterversicherung wird die neugegründete Vereinigung in Verbindung treten und Fühlung unterhalten.

Während auf der Mailänder Tagung noch mehr als nötig über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit ihrer Beseitigung gesprochen wurde, hat man sich in Paris von vornherein erfreulicherweise entschieden auf den Standpunkt gestellt, es gelte jetzt lediglich festzustellen, was ist, und Mittel und Wege zu finden, um die Not zu lindern. Einigkeit über diese Mittel war natürlich nicht zu erwarten, dennoch zeigte die Konferenz eine erfreuliche Übereinstimmung in der Anerkennung der Wichtigkeit der Berufsorganisationen für jeden Schritt in dieser Richtung, so daß Bourgeois in seiner Schlußrede betonen konnte, die Konferenz habe gezeigt, daß jede Tätigkeit auf diesem Gebiete die Berufe und

die berufliche Organisation der Arbeiter zur Grundlage haben müsse.

Die Konferenz ist ein erfreuliches Zeichen, wie weite Kreise bereits von der Überzeugung durchdrungen sind, daß etwas geschehen muß, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Der Umstand, daß vorurteilsfrei Gewerkschaftsführer und Arbeitgebervertreter sich mit praktischen Verwaltungsbeamten und Männern der Wissenschaft trotz aller Gegensätze zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben, läßt hoffen, daß die neue Vereinigung eine ersprießliche Tätigkeit entfalten wird. Die Unvergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse und die politischen Widerstände, die Vorurteile, die gerade hier die praktische Arbeit so sehr erschweren, geben ihr reichlich Gelegenheit zu wissenschaftlicher und agitatorischer Tätigkeit.

Zur Frage der Arbeitslosenstatistik. In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik erörtert Direktor Dr. D. Most (Düsseldorf) die Frage, ob und weshalb unsere Arbeitslosenstatistik auf einem falschen Wege sei. Er vertritt den Standpunkt, daß die Arbeitslosenzählung nur dann Wert hat, wenn sie gleichzeitig mit einer Zählung der Beschäftigten verbunden ist, und stellt folgende Forderungen auf.

Jede Volks- und Berufszählung muß zugleich Arbeitslosenzählung werden. Ergänzungen dazu sollen die Bearbeitungen des Materials bringen, das bei städtischen Kommunalarbeiten von den mit ihnen Beschäftigten zu erlangen ist. Die besonderen praktischen Zwecke der Gemeindeverwaltungen können nicht durch zweifelhafte Stichproben, sondern nur durch sorgfältige laufende Beobachtung des Arbeitsmarkts, in erster Linie also durch den Ausbau der Arbeitsnachweistätigkeit erfüllt werden. Bei seiner Kritik der Arbeitslosenstatistik bezeichnet Most die Auscheidung der Arbeitslosen als ganz unmöglich, hier liege ein natürlicher Mangel der Arbeitslosenstatistik vor, der schlechthin unüberwindbar und besonders dazu geeignet sei, vor der Überschätzung ihres Wertes zu warnen.

Die Klärung dieser Fragen ist Vorbedingung einer Arbeitslosenversicherung, die immer mehr in den Vordergrund des Interesses tritt.

Das Einzelrisiko als Maßstab für die Prämie der Arbeitslosenversicherung (vergl. Soz. Pr. XIX. Sp. 937 u. 1372) ist, wie uns geschrieben wird, bereits im Jahre 1908 von Professor Landsberg in seiner Schrift: „Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung“ (Mitteilungen Nr. 19 des statistischen Amtes der Stadt Magdeburg) erwogen worden: Es heißt dort auf Seite 23:

Es wäre an sich durchaus nicht unmöglich, ebenso wie bei den anderen Versicherungsarten, eine Klassifizierung und demgemäß eine Auslese der Risiken vorzunehmen. Als geeigneter Gesichtspunkt könnte z. B. die Dauer der Beschäftigung in einem gewissen vorangegangenen Zeitabschnitt (z. B. einem Jahre) gewählt werden, die im Zeitalter der Sozialversicherung sehr leicht festzustellen ist (zum Beispiel aus der Invalidenkarte), oder auch die Dauer der Beschäftigung bei dem gleichen Arbeitgeber, die durch dessen Zeugnis leicht ermittelt werden kann, dienen. Jedoch würde eine strenge Auslese eben die Zahl der Versicherungsandidaten noch mehr vermindern, und eine solche Versicherung dürfte leicht zwar keine schlechten Risiken haben, wohl aber gar keine.

Also auch hier wird dieser Gedanke nicht für durchführbar gehalten.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ versenden ihren Jahresbericht für das verflossene Jahr und ihr Arbeitsprogramm für den kommenden Winter. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 970, von denen die meisten in den verschiedenen Berliner Wohlfahrtsvereinen und Anstalten als freiwillige soziale Helferinnen tätig sind. Im letzten Jahre wurden allein 180 freiwillige Helferinnen den Wohlfahrtseinrichtungen (für Armen- und Blindenpflege, Kinder-, Kranken- und Arbeiterinnenfürsorge) überwiesen. Die theoretische Ausbildung der Helferinnen wurde von der „Sozialen Frauenschule“ geleistet, die auch im zweiten Jahre ihres Bestehens einen guten Besuch aufwies. Als neue Einrichtung treten neben den schulmäßigen Tagesunterricht der Frauenschule jetzt noch Ergänzungscurse in den Abendstunden, um denjenigen Gelegenheit zur Fortbildung zu geben, die tagsüber bereits beruflich tätig sind, und zwar handelt es sich meist um Frauen, die bereits in irgend einem Zweige sozialer Berufsarbeit stehen, ihre Arbeit aber durch wissenschaftliche Studien zu vertiefen wünschen. — Eine wichtige Einrichtung der Mädchen- und Frauengruppen ist die Stellenvermittlung für soziale Berufe. Da dieser Zweig der Tätigkeit aber noch neu und wenig bekannt ist, sind die

Ergebnisse leider noch bescheiden. Nur 16 Stellen wurden vermittelt. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß fast jede soziale Stellung besondere Kenntnisse eigener Art erfordert, während andererseits auch die sozialen Berufsarbeiterinnen meist ausgesprochene Wünsche für die Übernahme von Stellen haben und in der sozialen Arbeit weniger auf den Gewinn sehen, als darauf, eine Stellung zu finden, die ihnen auch innerlich Befriedigung gibt. — Alle sozial arbeitenden Vereine, die Berufsarbeiterinnen gebrauchen, seien bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß auch in diesem Jahre einige Persönlichkeiten zur Verfügung stehen, die in der „Sozialen Frauenschule“ eine gute Ausbildung erhalten haben.

Ein Sozialsekretär in den Farbwerken von Levertaufen. Die Bayerischen Farbwerke haben im August 1910 für ihre Levertaufener Werke einen promovierten Nationalökonom als Sozialsekretär angestellt; der Beamte führt die Geschäfte des Ausschusses für Arbeiterangelegenheiten, leitet die Aushunftsstelle, schlichtet Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Betriebsbeamten und soll außerdem besonders den jugendlichen Arbeitern ratend zur Seite stehen.

Volkserschulung.

Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen.

Die Londoner Volksschulen sind für die Entwicklung des englischen Volkes, in gewissem Sinne vielleicht der Menschheit, wichtig, nicht nur weil sie als Schulen einer Weltstadt von 4,5 Millionen Einwohnern selbst 700 000 Schüler und 17 000 Lehrpersonen zählen, sondern weil sie auch auf die Entwicklung der Schulen von Great London (mit 6,6 Millionen Einwohnern) und des dichtbesiedelten Mittel-Englands, vielleicht auch des ganzen Reiches, zurückwirken.

Das Londoner Schulwesen ist in seiner allgemeinen, alle Schichten des Volkes erfassenden Form ein Werk des 1870 eingerichteten London School Board, der durch die Education (London) Act von 1903 aufgehoben wurde; seine Befugnisse wurden in diesem Jahre dem London County Council — dem L. C. C. — und von diesem in der Hauptsache dem Education Committee übertragen. Der Geschäftsbetrieb ist seitdem bürokratischer und zentralisiert gegen früher und umfaßt übrigens auch die Schulen der City of London, die selbst nicht zu dem London County gehört, sondern ein eigenes County mit jetzt nur noch 17 000 Einwohnern bildet.

In der kurzen Zeit unter dem Education Committee ist die Entwicklung des Volksschulwesens besonders energisch gewesen und strebt einer vorbildlichen Höhe zu, und zwar nicht allein als Lern- oder genauer Arbeitsschule — denn Handarbeit ist ein wichtiger Zweig des englischen Elementarunterrichts — sondern auch als Fürsorgeanstalt im großartigsten Maßstabe und im weitesten Sinne, die alle Seiten des Kindeslebens erfassen und dieses fördern und pflegen will. Die Fürsorge erstreckt sich auf die körperliche Entwicklung im allgemeinen und auf die körperlich, geistig oder sittlich irgendwie Gefährdeten oder Gebrechlichen. Für die Kinder einer Weltstadt ist es selbstverständlich schon von der allergrößten Bedeutung, wo sie während der geistlich neunjährigen Volksschulzeit — vom 5. bis 14. Lebensjahre — die wöchentlich bis zu 28 Unterrichtsstunden verbringen. Das neue Londoner Volksschulhaus ist musterhaft mit Klassenzimmern bis höchstens 40 Plätzen — das Gesetz gestattet eine Höchst-Klassenstärke von 60 Schülern, in London soll aber diese Ziffer nach dem County Council nur 40 betragen — die Schulhöfe sind groß und alles sehr sauber, wie überhaupt der ganze Schulbetrieb gut arbeitet, was vielleicht mit eine Folge davon ist, daß der Headmaster oder die Headmistress keinen Unterricht geben, sondern daß ihnen nur die Leitung der Schule obliegt, die noch dazu, an unfern großstädtischen Verhältnissen gemessen, wenig Schüler zählt. Überdies läßt sich in der englischen Volksschule der gesamte Betrieb leicht übersehen. Die Räume sind nämlich in jedem Stock um eine große Halle gruppiert, von ihr nur durch Glasfenster getrennt. Diese Hallen sind die wichtigsten Teile der englischen Schule. Die älteren Gebäude mit großen Klassenräumen und zum Teil ohne Hallen werden den neuen Forderungen angepaßt durch Teilung der Räume und Erbauung der Halle.

Für die körperliche Entwicklung der Schüler sind auch der systematisch betriebene Unterricht im Freien, Turnen und organisierte Spiele wichtig. Auf die letzteren beiden Fächer sowie auf die Erholungspausen entfallen ein Viertel der gesamten Schulzeit, wozu 2 1/2 oder 3 Stunden Werkstattarbeit für die drei obersten Klassen kommen.

Die Fürsorge für die Mittellosen und Hungrigen bestand seit jeher, aber in freiwilliger Form. Durch Gesetz von 1906 können aber 1/2 Penny vom Pfund Steuerpflichtigen Wertes für die Beschaffung von Essen für Schüler verausgabt werden. Von den 700 000 Londoner Kindern sind 60 000 im Winter der Unterstützung bedürftig; für sie wird Essen — meist eine Mahlzeit täglich, zuweilen auch mehr — beschafft, was jährlich 60 000 £ Kosten verursacht. Im Voranschlag von 1910/11 sind insgesamt 7 702 506 Mahlzeiten vorgesehen, gegen 1908/09 4 546 771. Für die Gesundheitspflege sind angestellt 2 Ärzte und 64 Pflegerinnen im Hauptamt und 66 Ärzte im Nebenamt. Die Untersuchungen werden sehr genau vorgenommen. Die häufigsten Krankheiten und Fehler betreffen die Augen, nämlich 26 000 Fälle, dazu kommen 3000 Hauterkrankungen, 15 000 Erkrankungen von Ohren, Nasen oder Hals. Eine Pflege der Zähne ist in der letzten Zeit gefördert worden und soll umfassend organisiert werden, was dem Kenner Englands als besonders wichtig erscheinen wird, da kaum irgendwo so viel schlechte Zähne in den breiten Schichten des Volkes anzutreffen sind wie hier. Der Leiter des Londoner Schulwesens, Blair, hat in einem Bericht auch auf die Einrichtungen zur Kinderzahnpflege in Deutschland, namentlich in Straßburg i. E., hingewiesen.

Schulliniken sind nicht errichtet, aber das County Council hat mit 8 öffentlichen Krankenhäusern Vereinbarungen getroffen zur Verpflegung von im Jahre 1910/11 monatlich 3000 kranken Schülern, was die verhältnismäßig niedrige Ausgabe von 7000 £ verursacht; viele Londoner Krankenhäuser — in diesem Falle 5 von den erwähnten 8 — sind überhaupt unentgeltlich. Jährlich kommen außerdem 20 000 Fälle von Kindern vor, die von Schmutz und Ungeziefer in öffentlichen Anstalten gereinigt werden müssen, was zwangsweise geschehen kann. Eltern, die ihre Kinder andauernd vernachlässigen, werden strafrechtlich verfolgt.

Die Pflege irgendwie bedürftiger Kinder und die freiwillige Mitarbeit der Bürger ist organisiert in den Care Committees, von denen eins als besonderer Ausschuss des Education Committees und eins für jede Schule besteht, von denen die letzteren wieder distriktweise zusammengegeschlossen sind und außer den Mitteln aus öffentlichen Kassen noch freiwillige Beiträge aufbringen. Diesen Ausschüssen, an denen namentlich die Frauen beteiligt sind, liegt insbesondere die Speisung bedürftiger Schulkinder ob.

Die sittlich gefährdeten Kinder waren bisher besonders von der gänzlich rückständigen Strafrechtspflege bedroht. Die ziemlich lange Reihe von Strafen: Peitschen, Fängen usw. konnte bis 1909 auch auf Kinder angewendet werden, wenn sie mit dem Gericht in Verührung kamen. Nach dem englischen Rechte war das Kind nur unter 7 Jahren von jeder gerichtlichen Verfolgung befreit, vom 7. bis 14. gilt es im allgemeinen als nicht verantwortungsfähig, wenn aber der Jury bewiesen werden konnte, daß es sich der Unrechtmäßigkeit seiner Handlungsweise bewußt war, konnte es nach den Strafgesetzen, die zum Teil in das graue Mittelalter zurückreichen, bestraft werden. Die englische Rechtsgeschichte kennt Fälle von einem neunjährigen Kinde, das wegen Brandstiftung hingerichtet, von einem dreizehnjährigen Mädchen, das gehängt wurde, weil es jemand getötet hatte. Über 14 Jahren gilt das Kind als strafmündig; nur wird es jetzt nach der Children Act von 1908, in Kraft seit April 1909, wenn es noch nicht 16 Jahre alt ist, nie ins Gefängnis, sondern in eine Reformatory oder, wenn es unter 12 Jahren alt ist, in eine Industrieschule geschickt. Die Einsperrung in die erstere Art von Besserungsanstalt kann bis zum 19., in die zweite bis zum 18. Jahre geschehen. Die in Betracht kommenden Elemente ziehen das Gefängnis diesen Schulen im allgemeinen vor, vielleicht wegen der kürzeren Dauer der Einsperrung in jenen. Die aus diesen Besserungsanstalten zu Entlassenden werden als Arbeiter, Handwerker, im Meer oder der Marine, die Mädchen als Diensthöten untergebracht. Im Jahre 1908/09 wurden 2190 Kinder angeklagt; gegen früher war eine Abnahme zu verzeichnen. Bestraft wurden 788. Die verschiedenen Gerichte zeigten den jugendlichen Übeltätern gegenüber einen sehr verschiedenen Grad von Strenge, einzelne verurteilten 60, andere nur 21 % aller Angeklagten. Die meisten Straftaten betrafen Betteln, Stehlen, Herumstreifen; 59 Mädchen und 45 Knaben lebten „in überbürdeten Häusern“. Von den Dieben wurden etwa 7/8, von den Bettlern 4/5, von den Vagabunden 1/3 freigesprochen. Von den 788 Verurteilten waren 200 zwischen 12 und 14, die übrigen unter 12 Jahren, von 3 Jahren beginnend. Das eine dreijährige Kind war eine Vagabundin! Das County Council hat in seinen eigenen Industrieschulen etwa 1400 Schüler und in fremden 2860. Die letzteren liegen meist auf dem Lande. Nach der Statistik sollen

von 474 in den Jahren 1905 bis 1907 aus den Council-Industrieschulen entlassenen Schülern 416 regelmäßig, 25 gelegentlich arbeiten, 16 wegen Verbrechens bestraft und 17 verstorben sein. Ein noch etwas besseres Verhältnis besteht bei den anderen Industrieschulen auf dem Lande.

Eigene Reformatory Schools hat das Council nicht; es unterhielt 1908/09 533 Zwangszöglinge — 484 Knaben und 59 Mädchen — in fremden, auf dem Lande befindlichen Schulen. Für diese Besserungsanstalten gab das Council insgesamt aus netto 75 716 £. Wenn diese Fürsorge für die sittlich gefährdeten Kinder, die durch die oben erwähnte Children Act von 1909 erst umfassend organisiert worden ist, einen sozialen, kriminalistischen Erfolg hat, so wird er sich jedenfalls erst nach einigen Jahren feststellen oder wenigstens vermuten lassen.

Von großer Bedeutung für die Kriminalistik ist auch die rechtzeitige Fürsorge für die geistig Schwachen in Hilfschulen. Es gibt solcher Schüler über 7000, also 1 % der Gesamtschülerzahl, dazu über 200 Epileptiker und über 700 Blöde, also $\frac{1}{1000}$ der Gesamtschülerzahl, die vom Schulunterricht ausgeschlossen werden müssen. Für diese 900 Schüler sind vom County Council Einrichtungen endgültig noch nicht getroffen. Man hat zunächst Versuche mit privaten Anstalten gemacht.

Außer den Hilfschulen für Blinde ist eine Klasse für hervorragend Kurzsichtige bemerkenswert, mit besonderem Unterricht.

Für 2544 Krüppel ufm. bestehen 31 besondere Schulen mit 43 Ambulanzen und 30 Omnibussen, die die Kinder von und zur Schule bringen. Die Ambulanzen sind jede mit 2 Betten und 14 Sitzen für Kinder und einem für die Pflegerin versehen. Der Ambulanzendienst kostete jährlich (1909) 10 287 £; es wurden täglich 2030 Kinder befördert.

Für jede Art von geistig oder körperlich schwachen Schülern ist ein besonderer Fürsorge-Ausschuß vorhanden; die Speisung geschieht bei diesen Schulen in besonders großer Zahl, weil die meisten Kinder mittags nicht nach Hause gehen können.

Zur Unterstützung ehemaliger Zöglinge der Hilfschulen sind zwei Care Committees vorhanden. Nach durchschnittlichen Löhnsiffern, aufgestellt 3 Jahre nach Verlassen der Schule, scheint das Loos der geistig und der physisch schwachen Schüler am schlechtesten zu sein, ungefähr gleich dem der Blinden und Tauben. Es scheint für jeden dieser Schwachen und Hilfsbedürftigen, der arbeiten kann und nicht etwa von Angehörigen erhalten wird, ein Einkommen beschafft zu werden; allerdings reicht das Einkommen der geistig und der physisch Schwachen durchschnittlich nicht zum notdürftigsten Unterhalt, bei den Tauben und Blinden mit 12 sh wöchentlich annähernd aus.

Die Fürsorge-Einrichtungen der L. C. C.-Volkschulen bilden in ihrer Art das größte einheitlich geleitete System in der Welt; die Siffern sind gewaltig, nicht allein wegen der Größe der Stadt, sondern auch wegen der Größe des sozialen Horizontes, der Höhe des Standpunktes der Schulverwaltung von London. Die Lasten sind natürlich nicht gering; nicht nur ist der gesamte Elementarunterricht mit allen Lehrmitteln unentgeltlich, auch die Einrichtungen für moralisch, geistig und körperlich Hilfsbedürftige sind fast ganz aus öffentlichen Kassen zu bestreiten. Zahlungsfähige Eltern werden zu den Beiträgen herangezogen; der Beitrag ist aber nur ganz unbedeutend. Nur 241 Eltern der 2544 Krüppel waren z. B. 1909 imstande, einen wöchentlichen Beitrag von durchschnittlich 1 sh 5 d zu zahlen. Die Gesamtausgaben für das Elementarschulwesen Londons betragen übrigens nach dem Voranschlag für 1910/11 4 748 433 £, also nahezu 97 Millionen M., auf den Kopf der Bevölkerung mithin 20 M. rund. Das ist zunächst eine Anlage in idealen Werten, die aber doch vielleicht volkswirtschaftlich und kulturell in die Erscheinung treten in einer größeren Leistungsfähigkeit des heranwachsenden Geschlechts. Eine wirtschaftliche Kapitalsanlage wird, wie man hoffen kann, insbesondere die Aufgabe für die Erziehung der Minderwertigen oder moralisch Gefährdeten sein, wenn es gelingt, einen großen Teil dieser Unglücklichen so weit zu heben, daß sie auf eigenen Füßen stehen können und nicht mehr Gefängnisse und Armenhäuser belasten.

Bochum.

Dr. Büchel.

Der 11. Deutsche Fortbildungsschultag trat am 8. Oktober unter Beteiligung von Vertretern staatlicher und kommunaler Behörden in Breslau zusammen. Mit ihm ist zugleich die 14. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Vereins für das Fortbildungsschulwesen verbunden. Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete die Frage der Fortbildung schulentlassener Mädchen, über die Stadtschulrat Franke-Magdeburg und Frl. Henschke-Berlin

sprachen. Einig sind beide Redner, ebenso wie der gesamte Fortbildungsschultag in der Forderung, daß der Reichstag so schnell als möglich den § 120 Abs. 3 der G.D. so erweitern möge, daß die gesetzliche Grundlage gegeben ist, durch Ortsräte die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen einzuführen. Während aber der erste Redner den Satz vertrat: „die Fortbildung der aus der Volksschule entlassenen Mädchen hat sich in erster Linie auf die Aufgaben der Frau in der Familie zu erstrecken“, betonte Frl. Henschke, daß die Fortbildung der Mädchen nach zwei Richtungen hin erfolgen müsse: Vorbildung für die Pflichten des Familienlebens und Vorbildung für das Erwerbsleben. Angesichts dieser auch in Fachkreisen noch nicht geklärten Auffassung, ob die hauswirtschaftliche oder die Berufsbildung im Vordergrund stehen müsse, drückt die zum Schluß angenommene Entschließung nur allgemein den Wunsch nach Einführung der Mädchen-Pflichtfortbildungsschule aus, ohne aber bestimmte Richtlinien für die Lehrpläne dieser Schulen aufzustellen, da hierbei der Ortsräte unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse Spielraum gelassen werden müsse. Als zweiter Hauptgegenstand wurde die „sexuelle Belehrung in der Pflichtfortbildungsschule“ durch Prof. Dr. Hartung-Breslau behandelt. Derselbe empfahl Vorträge durch einen Arzt im letzten Kursus; neben dem medizinischen Standpunkt sollte die sittliche Seite hervorgehoben werden und auf die Bedeutung von Sport und Arbeit zur Ablenkung von geschlechtlichen Gefahren hingewiesen werden. Schließlich sprach Handwerksyndikus Wilden-Düsseldorf über die Forderungen der Handwerker an die Fortbildungsschule und gelangte hierbei zu folgenden Vorschlägen: Als Lehrer kämen für die Fortbildungsschule praktisch angelegte Berufslehrer und pädagogisch begabte Praktiker (Techniker, Handwerker, Architekten) in Betracht. Die Fortbildungsschule sei als eine Ergänzung der Meisterlehre anzusehen zur Vermittlung theoretischer Allgemein- und Fachkenntnisse. Um dem Handwerk den ihm zustehenden Einfluß auf die Fortbildungsschule, besonders auf die Bestellung der Lehrer und die Gestaltung des Lehrplanes und des Lehrzieles zu verschaffen, sei ihm eine angemessene Vertretung in dem Kuratorium der Schule einzuräumen. — Im weiteren Verlauf der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, die — im Gegensatz zu den Bestrebungen, die Fortbildungsschule dem Kultusministerium zu unterstellen — den jetzigen Zustand in Preußen für richtig hält, d. h. bei dem engen Zusammenhang des Fortbildungsschulwesens mit den allgemeinen Bestrebungen zur Gewerbeförderung sei die Unterstellung unter das Handelsministerium notwendig.

Über den Stand der Jugendgerichtshilfen in Deutschland finden sich in Heft 9 der Zeitschrift für Jugendwohlfahrt folgende Mitteilungen:

In Preußen bestehen zurzeit Jugendgerichtshilfen in 52 Städten. In sechs Orten: Bochum, Köln, Krefeld, Duisburg, Gelsenkirchen und Stettin wird die Jugendgerichtshilfe in der Hauptsache von Behörden unter Mitwirkung von freiwilligen Kräften geleitet. In Charlottenburg hat die Stadt zwei besoldete Kräfte angestellt und gewährt einen bedeutenden pecuniären Zuschuß. In den übrigen Städten liegt die Jugendgerichtshilfe in den Händen der freiwilligen Liebes tätigkeit.

In Tilsit-Land erstreckt sich die Organisation über den ganzen Amtsgerichtsbezirk und umfaßt sieben Kirchspiele.

Eine ähnliche Einrichtung findet sich in Sachsen in der Amtshauptmannschaft Flöha. Im ganzen besitzt Sachsen 12 Jugendgerichtshilfen.

Für Bayern, wo im Anschluß an die jetzt durchgeführte Gründung von Kreisverbänden, die kürzlich in einem Landesverband für Jugendfürsorge zusammengefaßt worden sind, eine weitgehende und einheitliche Ausbildung der Jugendgerichtshilfe erwartet werden kann, war nicht zu ermitteln, ob die den Kreisverbänden angeschlossenen Jugendfürsorgevereine bereits alle in der Jugendgerichtshilfe tätig sind. Die Orte, die den Sitz der Kreisverbände bilden, üben die Jugendgerichtshilfe bereits in ausgedehntem Maße aus. Die Vereine erhalten zum Teil beträchtliche Zuschüsse aus staatlichen und kommunalen Mitteln.

Baden besitzt zwei Jugendgerichtshilfen, Württemberg, Hamburg, Hessen, Elsaß-Lothringen, Bremen, Lübeck je eine. In Hamburg wird die Jugendgerichtshilfe vornehmlich von der öffentlichen Behörde für Jugendfürsorge ausgeübt, in Lübeck vom Rat mit Unterstützung von Privatvereinen. In Bremen hat der Jugendstaatsanwalt 800 freiwillige Helfer für die Arbeit gewonnen, die eine lose Vereinigung bilden.

Volksgesundheit.

Zur Frage: „Männer- und Frauenarbeit im Lehrberuf“

hatte die „Soz. Praxis“ (XIX. Nr. 49) die Ergebnisse einiger Erhebungen von Lehrervereinen mitgeteilt, die eine doppelt bis dreifach so ungünstige Beeinflussung des Gesundheitsstandes bei den Lehre-

rinnen durch die Berufsarbeit ergaben als bei den Lehrern. Dazu geht uns aus Lehrerinnenreisen folgende beachtliche Auseinandersetzung zu:

Die angestellten Erhebungen können wohl ein Bild davon liefern, wie sich der Gesundheitszustand des gegenwärtigen männlichen und weiblichen Personals stellt; sie können aber zu keinem Urteil darüber führen, ob der weibliche Organismus den Anforderungen des Lehrberufs ebenso gewachsen ist wie der männliche. Denn zu einem so weittragenden Urteil berechnen nur Beobachtungsreihen, die unter völlig gleichen Bedingungen ablaufen; diese Voraussetzung ist aber für männliches und weibliches Lehrpersonal gegenwärtig noch nirgends gegeben. Ich will nur einige dieser Unterschiede anführen.

Schon nach ihrer Abstammung treten die Lehrer mit besserer Gesundheit ausgerüstet in den Beruf ein als die Lehrerinnen. Denn die Lehrer gehen aus vielerlei Gründen — einer ist die Lage der Lehrerbildungsanstalten — ungefähr aus der gleichen sozialen Schicht hervor wie die katholischen Geistlichen, die wegen ihrer hohen Lebensdauer und guten Gesundheit in der Statistik bekannt sind. Beide Stände rekrutieren sich aus jenen Volkskreisen, welche der „Jungbrunnen der Nation“ genannt werden. Die Lehrerinnen aber sind größtenteils Städterinnen, ja meist Großstädterinnen, und ihr Organismus trägt selbstverständlich die Spuren dieser Abstammung. Wenn man die Ziffern der Militärtauglichkeit bei den Absolventen 9klassiger Mittelschulen, den Söhnen ungefähr der gleichen sozialen Schicht, vergleicht mit dem Gesundheitszustand der Lehrerinnen, so ergibt sich ein für den „weiblichen Organismus“ immerhin nicht allzuungünstiger Vergleich.

Weiter bedeutet die Ableistung der Militärpflicht gerade in den Jahren zwischen Studium und Berufstätigkeit oder in den ersten Jahren der Berufstätigkeit, wenn der Organismus am schwersten mit der Anpassung an den neuen Dienst zu kämpfen hat, eine Erhöhung der Kraft und Gesundheit des männlichen Lehrpersonals, an welcher der Volksschullehrerstand infolge seines körperlich kräftigen Nachwuchses reichlich teilhat. Hierfür besitzt der Lehrerinnenstand keinerlei Ersatz. Denn ohne Zwang von Seite des Staates vermindert bei der wirtschaftlichen Lage der betreffenden Volksschichten niemand in annähernd ähnlicher Weise Zeit und Kosten auf körperliche Kräftigung.

Von nicht zu unterschätzender Wirkung ist ferner die Stellung vieler Ärzte zur Berufstätigkeit der Frau überhaupt, namentlich aber junger, noch heiratfähiger Frauen. Jene, welche zu dieser sozialen Erscheinung eine ähnliche Stellung einnehmen wie der Münchener Hygieniker Professor Max v. Gruber, und welche die jungen Mädchen statt zu Arbeit und Studium „auf die Weide“ schicken möchten, gehören noch nicht zu den Seltenheiten. Sie werden bei Störungen des Befindens, wo man einem Manne das Arbeiten noch lange nicht verbieten würde, weil man bei ihm das Moment der Gesundung anerkennt, das aus dem Kraftgefühl erfüllter Pflicht entspringt, weiblichen Berufstätigen auf das entschiedenste von jeder außerhäuslichen Arbeit abraten, da ihnen dieselbe schon für gesunde Tage als schädlich erscheint. Die vielen Krankheitsstage gerade bei den jüngsten Altersklassen zeigen die Wirkung dieses psychologischen Faktors. Erst eine größere Reihe von Arbeitsjahren in einem Berufe gibt dem einzelnen Menschen selbst die Möglichkeit zu beurteilen, in welchem Umfange man Schädlichkeiten auch neben der Berufsarbeit begegnen kann.

Einer der maßgebendsten Gründe für die verschiedene Ausdauer der beiden Geschlechter dürfte in der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit im Lehrberufe und zwar insbesondere in den beiden ersten Jahrzehnten der Berufsarbeit zu suchen sein. Man kann einen größeren Bedarf des Vaters, der dem Staate Kinder erzieht, anerkennen und kann vielleicht fordern, daß der Vater von Kindern höher bezahlt werde als kinderlose Leute. Aber bis zu den Jahren der Kindererziehung — es ist fast das erste Jahrzehnt der Berufstätigkeit — ist der Bedarf des männlichen und weiblichen Personals unbedingt gleich; der oft bedeutend geringere Gehalt der Lehrerinnen bedeutet daher für sie weniger gute Pflege, d. h. weniger gute Ernährung und weniger Ruhe und Gemütsruhe in ihrem Heim, folglich geringere körperliche Leistungsfähigkeit. Das Gesetz über das Verhältnis von Arbeitslohn zur Arbeitsleistung gilt eben überall, nicht nur bei Fabrikarbeit. Bleibt sich bei geringerer Bezahlung die Qualität der Arbeit gleich — dies wird den Lehrerinnen von den Behörden in der Regel ausdrücklich zugestanden — so muß eben die Quantität sich verringern, d. h. die Festtage nehmen zu, so daß ein wirtschaftlicher Ausgleich gegenüber den oft bedeutend höheren Ge-

halten des männlichen Personals entsteht. Es wäre aber auch sehr schlimm für die Männerarbeit, wenn dieses Gesetz auf das Verhältnis von Männer- und Frauenarbeit nicht anwendbar wäre, d. h. wenn Frauen um billigeren Lohn qualitativ und quantitativ das Gleiche zu leisten vermöchten wie Männer bei höherem Lohn. Eine Verdrängung der Männerarbeit in ungeheurem Umfange wäre die Folge einer solchen wirtschaftlichen Möglichkeit, zunächst in allen Privatstellungen, überall dort aber, wo der Staat nicht aus politischen Gründen die Männer bevorzugt behandeln muß, auch bei öffentlichen Stellungen.

Darum fehlt es auch Statistiken wie jener der Lehrervereinigungen über die Krankheitsverhältnisse der Lehrerinnen an innerer Beweisraft. Sie zeigen eben, daß die schlechter bezahlte Frau quantitativ weniger leistet als der besser bezahlte Mann, also eine sehr selbstverständliche Tatsache. Da aber bei der Arbeit des Lehrers und Erziehers in der Volksschule nicht die Quantität, sondern die Qualität der Arbeit das Wichtigste ist und da die weibliche Jugend ebenso zahlreich zu sein pflegt wie die männliche, dürfte eine Verminderung der weiblichen Lehrkräfte selbst dann nicht vorgenommen werden, wenn diese teurer wären als die männlichen. Ein Vergleich über die „Leistungsfähigkeit des männlichen und weiblichen Organismus“ im Schuldienste kann aber erst nach einer Periode gleicher Bezahlung und gleicher sozialer Rekrutierung des männlichen und weiblichen Lehrstandes exakt geführt werden. Je mehr dann Mann und Frau unter gleichen Bedingungen konkurrieren können, desto mehr wird sich die Konkurrenz der Geschlechter auf die einzige eines kulturell so wichtigen Standes würdige Form beschränken: auf edlen Wettstreit in der Qualität der Arbeitsleistung.

München.

Rosa Kempf.

Brauntweinsteiner und Mäßigkeit. Soeben sind vom Statistischen Amt die Ziffern für die Brauntweinsteinerzeugung im September 1910 veröffentlicht worden, und damit ist nun ein Überblick über die gesamte Brennkampagne seit dem Inkrafttreten der neuen Steuergesetzgebung, also für die Zeit vom 1. Oktober 1909 bis zum 30. September 1910, im Vergleich zu den Brennkampagnen früherer Jahre möglich (in hl).

	1909/10	1908/09	1907/08	1906/07
Erzeugung	8 649 670	4 265 231	4 018 642	3 836 614
Trinkverbrauch	1 800 422	2 602 121	2 870 560	2 439 720
Gewerblicher Verbrauch	1 888 128	1 485 145	1 598 226	1 840 225
Ausfuhr	10 232	10 640	17 868	215 719
Bestand am 30. September	484 660	578 665	480 148	509 654

Der Rückgang des Brauntweintrinkens von 2,6 auf 1,8 Mill. hl, also um fast 30%, nach beinahe regelmäßiger Steigerung des Verbrauchs in früheren Jahren ist ein recht bemerkenswertes Zeichen für das Fortschreiten der freiwilligen und unfreiwilligen Mäßigkeitsbewegung, und zum Teil wohl auch ein Erfolg des Schnapsboykotts der Sozialdemokratie, mag auch durch die Vorauferkennung der Verbraucher ein gut Teil des Minderverbrauchs seit der Steuererhöhung nur auf dem Papier bestehen.

Der 7. Deutsche Abstinenztag unternahm es heuer, mitten im Bierlande Bayern, in Augsburg, zu tagen, da auch hier neuerdings — ein Fortschritt des Mäßigkeitsgedankens — eine erhebliche Abnahme des Bierverbrauchs auf den Kopf der Bevölkerung zu spüren ist. Bei den Verhandlungen empfahl Kervenoarzt Dr. Stegmann die Vermehrung besonderer Heilanstalten für Alkoholtränke. Eine Verbindung des Antialkoholismus mit der Reform des Strafrechts regte Amtsrichter Dr. Bauer an, der über die „bedingte Verurteilung“ von Verbrechern, die im trunkenen Zustande gehandelt haben, sprach. Folgende Entschliebung wurde angenommen: 1. Bei der bedingten Strafaussetzung ist Schulaufsicht einzuführen. 2. Dem § 89 des Barentwurfs ist ein § 89a folgenden Inhalts anzufügen: „Ist eine strafbare Handlung auf Trunkenheit zurückzuführen, so ist die Strafaussetzung an die Bedingung zu knüpfen, daß der Verurteilte sich dem Gerichte gegenüber zur Enthaltung vom Genuß geistiger Getränke verpflichtet. Wird ein solches Versprechen gebrochen, so ordnet das Gericht die Vollstreckung der Strafe an. Wird Trunksucht nach dem Urteil festgestellt, so sind die Vorschriften des § 43 über Unterbringung in eine Heilstätte für Alkoholtränke noch nachträglich anwendbar.“ Dr. Kraut sprach über das Gemeindebestimmungsrecht, für dessen Einführung in Deutschland die Abstinenzvereine eintreten; ferner wurde die Kellnerinnenfrage, die Bedeutung der Gartenstadtbewegung für die Bekämpfung des Alkoholismus, die Alkoholfrage in den Kolonien behandelt. In einer Reihe von Nebenversammlungen erlebten die verschiedenen Sondergruppen, wie die Vereine abstinenten Philosophen, abstinenten Ärzte, abstinenten Studenten ihre Angelegenheiten. Der Bund abstinenten Frauen und der Verein abstinenten Lehrerinnen veranstalteten einen eindrucksvollen Elternabend.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettizeile.

Fachschule des Vereins der Bankbeamten in Berlin.

Die Vorlesungen und Unterrichtskurse haben begonnen am
Montag den 17. Oktober
abends 8–10 Uhr
in der

IX. Städtischen Pflicht-Fortbildungsschule Friedrichstr. 126 (gegenüber der Dramenburgerstr.).

Von hervorragenden Dozenten werden Vorlesungen gehalten u. a. über alle Fragen der **Bank- und Börsenwissenschaft, Volkswirtschaft, Sozialpolitik, über Bürgerkunde, Rechtsfragen, Familien- und Erbrecht, Zivilprozeß.** Außerdem Unterrichtskurse in der **Bankbuchhaltung, englischen und französischen Sprache wie Stenographie.**

An den Vorlesungen können außer Bankbeamten auch Angehörige anderer Berufe teilnehmen; Damen werden zu einzelnen Kursen auch zugelassen.

Gebühr für 4 Stunden 1 M., für 6–9 Stunden 2 M. usw.

Programm wie Hörerkarten jederzeit im **Büro, Französische Straße 57/58**, erhältlich.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland von 1895 bis 1908.

Von **Dr. Hermann Albert.**

Preis: 5 Mark 50 Pfennig.

Aus dem Inhalt: Erster Teil: **Die theoretische Entwicklung des Zinsfußes:** I. Die Leihe und der Zinsfuß. II. Das Kapital und der Zinsfuß. III. Das Geld und der Zinsfuß. — Zweiter Teil: **Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes:** Vorgeschichte: Die Entwicklung des Zinsfußes von 1815 bis 1895. — Hauptgeschichte: Die Entwicklung des Zinsfußes während der Periode 1895 bis 1908. Erster Abschnitt: Die Statistik des Zinsfußes. — Der Zinsfuß für kurzfristigen Kredit. — Der Zinsfuß für langfristigen Kredit. — Zweiter Abschnitt: Die Ursachen dieser Entwicklung. — Erstes Kapitel: Der inländische Kapitalmarkt. — Die Gewinnquotengestaltung. — Die Staats- und Kommunalanleihen. — Zweites Kapitel: Die ausländischen Kapitalmärkte. — Die ausländischen langfristigen Leihmärkte. — Die ausländischen kurzfristigen Leihmärkte. — I. Die Gestaltung der internationalen Diskontsätze. II. Die theoretischen Beziehungen zwischen Diskontsatz und Wechselkurs. III. Die tatsächlichen Beziehungen zwischen Diskontsatz und Wechselkurs. IV. Der gesamte tatsächliche Einfluß der ausländischen Diskontsätze auf den deutschen. — Drittes Kapitel: Die Elastizität des Geldumlaufs. Giro- und Checkverkehr. — Verfassung und Verwaltungspolitik der Notenbanken. I. Das Deckungsverhältnis der Verbindlichkeiten der Reichsbank. II. Das Deckungsverhältnis und der Reichsbankdiskontsatz. III. Die Diskontpolitik der Reichsbank und der Marktdiskontsatz. — Schluß. — Literaturverzeichnis.

Statistik

der

Streiks und Aussperrungen im In- und Auslande.

Von
Dr. Maximilian Meyer.

Preis: 5 Mark 60 Pfg.

Inhaltsangabe:

Einleitung. — I. Umfang und Methode der Streikstatistik in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Italien, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — II. Statistische Darstellung der Streiks und Aussperrungen in den einzelnen Ländern. — Erstes Kapitel. **Deutschland.** Enquete des Deutschen Handelstages. Die Reichsstatistik für das Jahr 1889. Die preussische Statistik für die Jahre 1889–1897. Die gewerkschaftliche Statistik für die Jahre 1890–1897. Die Reichsstatistik für die Jahre 1899–1905. a) Streiks. b) Aussperrungen. — Zweites Kapitel. **Oesterreich.** Die amtliche Statistik der Jahre 1891–1893. Die Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1894 bis 1904. a) Streiks. b) Aussperrungen. — Drittes Kapitel. **Frankreich.** Die Streikstatistik vom Jahre 1885. Die Streikstatistik der Jahre 1886–1889. Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1890 bis 1904. — Viertes Kapitel. **Belgien.** Die Streiks in den Jahren 1896–1900. Die Streiks in den Jahren 1901–1904. Fünftes Kapitel. **Italien.** Die industriellen Streiks in den Jahren 1870–1903. Die Streiks in der Landwirtschaft 1881–1903. Die Aussperrungen in den Jahren 1879–1903. — Sechstes Kapitel. **England.** Die Streiks in den Jahren 1870–1879. Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1888–1904. — Siebentes Kapitel. **Vereinigte Staaten von Nordamerika.** Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1870–1880. Die Streiks in den Jahren 1881–1900. Die Aussperrungen in den Jahren 1881–1900. — III. Vergleichende Darstellung. — IV. Diagrammatische Darstellung. Tafel 1. Die Streiks und Aussperrungen in den einzelnen Ländern. Tafel 2. Die Streikenden und Ausgesperrten in den einzelnen Ländern.

Wie kann die Börse mehr der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden?

Von einem Praktiker.

Preis: 60 Pf.

Der Verfasser stellt dar, wie die Bildung der Kurse, die auf Angebot und Nachfrage beruhen soll, dadurch eine Störung erleidet, daß die Banken einen großen Teil der ihnen übertragenen Märie und Verkäufe in sich selbst zur Erledigung und nur einen geringen Teil an die Börse und hiervon einen noch geringeren an die Kursmakler bringen. Er schlägt vor, diesem Mißstande dadurch abzuhelfen, daß die durch die Kursmakler vermittelten Geschäfte und diejenigen zwischen den Banken und ihren Auftraggebern geschlossenen Geschäfte, die solchen Kursmaklergeschäften vorausgehen, im Verhältnis zu den anderen niedriger besteuert und die Kursmakler zu einer unter Staatsaufsicht tätigen Korporation vereinigt werden. Hieron erhofft er außer einer der direkten Einwirkung von Angebot und Nachfrage entsprechenden Kursentwicklung an den Börsen, wie auch an den Produktenbörsen in mehrfacher Hinsicht Vorteile für die Volkswirtschaft, namentlich auch eine größere Konkurrenzfähigkeit der mittleren und kleineren Banken und einzelnen Bankiers sowohl am Börsenplatz als auch in der Provinz und für den Staat die Möglichkeit, seinen Einfluß auf das nationale Wirtschaftsleben zu stärken, ohne der Konzentration der Banken und überhaupt den Konzentrationen, soweit sie innerlich berechtigt sind, hindernd in den Weg zu treten.

Neue Probleme des modernen Kulturlebens.

(Der „Staatswissenschaftlichen Abhandlungen“ zweite Reihe.)

Von

Karl Theodor von Inama-Sternegg.

Preis: 6 M., geb. 7,20 M.

Inhalt. Vorwort. — Apophorismen zur gegenwärtigen ökonomischen Weltpolitik. — Die gegenwärtigen Zustände der weltwirtschaftlichen Entwicklung. — Japan und Mexiko. Eine Parallele. — Die asiatische Welt. — Schaffens Soziologie. — Schmollers Volkswirtschaftslehre. — Stadt und Land. — Vom Nationalreichtum. — Wie man am besten sein Vermögen anlegt. — Technik als Kulturmacht. — Evidente Bodenpolitik. — Internationale Agrarpolitik. — Der Zweck statistischer Zahlungen. — Statistik und Welthandel. — Reiseverkehr und Zahlungsbilanz. — Zur Kritik der Moralstatistik.

Einbanddecken

zu Jahrg. XIX der
„Sozialen Praxis“

(in brauner Ganzleinwand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum

Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Die Städtepolitik

im Gebiete des deutsch-polnischen
Nationalitätenkampfes.

Von **Ludwig Bernhard.**

(Sonderabdruck aus: „Preussische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes“. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 119, Teil I.)

Preis: 1 Mark.

Inhalt: Vorbemerkung. — Selbstverwaltung und Nationalitätenkampf. — Die Abwanderung der Juden. — Die Ausschaltung der Polen. — Die Vorherrschaft der Beamten. — Die Beseitigung des Steuerprivilegs. — Die sogen. „Gemeindeautonomie“. — Die „Einkreisung der Städte“. — Probleme.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar - Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. **Das Kuratorium.**

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Mauerstr. 43. 44.

In dieser Nummer befinden sich Verlagsanzeigen von: **Gustav Fischer, Jena, über Wörterbuch der Volkswirtschaft und Dr. Walther Rothschild, Berlin-Wilmersdorf über Weigert, Die Handlungsgeldfrage.**

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Ein Vorschlag zur Lösung der
Arztfrage in der Reichs-
versicherungsordnung. Von
Dr. med. Strauß, Krefeld . . . 97

Privatbeamte als Arbeitgeber.
Von Dr. Heinz Potthoff, W. d. R.
Düsseldorf 104

Soziale Zustände 106

Die zahlenmäßige Abnahme der Armen
in England und Wales.
Der Umfang der italienischen Wander-
arbeit im Auslande.
Die Heimarbeit in Dänemark.

Rechtspflege 107

Schadensersatzanspruch eines Ange-
stellten wegen ungerechtfertigter Kün-
digung.
Urlaub und Gehaltszahlung.

**Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten** . . . 107

Die Sammlung der Gelben.
Der Bund technisch-industrieller
Beamten.
Verschmelzungsversuche zwischen Pri-
vatbeamtenverbänden.

Streiks und Aussperrungen . . 110

Die Aussperrung in der britischen
Schiffbauindustrie.
Der Werftarbeiterstreik bei der Ham-
burg-Amerika-Linie.
Ein Straßenbahnerstreik in Bremen.
Lohnbewegung in der deutschen Edel-
metallindustrie.
Die Lohnbewegung in der Ketten-
schmiederei in Cradley Heath.

Arbeiterfrage 111

Die Arbeitsordnung im Gast-
wirtschaftsgewerbe. Von Adolf
Schaar, Hannover.
Die unvollkommene Durchführung
des Kinderzuschusses in gewerb-
lichen Betrieben.

Gemeinnützige Rechtsauskunft . 113

Organ des Verbandes der deutschen
gemeinnützigen und unparteiischen
Rechtsauskunftstellen.

Gastpflichtversicherung der
Rechtsauskunftstellen.
Aus der Praxis der öffent-
lichen Rechtsauskunftstellen.
Von Rat Dr. G. Linz, Lübeck.
Urteil eines Richters über die Rechts-
auskunftsbewegung.
Eine gemeindliche Rechtsauskunft-
stelle in Reutlingen.

Arbeiterversicherung, Sparkassen . 118

Die Reichsversicherungsordnung in der
Kommission.
Privatbeamtenversicherung.
Betriebsunfall auf dem notwendigen
Wege von der Arbeitsstätte.
„Die Reichsgefehlige Renten-Ver-
sicherung“, Blätter für Aufklärung.

Volksverziehung 120

Reise badischer Arbeiter nach
Brüssel.
Fragen des gewerblichen Unterrichts-
wesens.
Die Gesellschaft für Verbreitung von
Volksbildung.
Die deutsche Unterrichtsausstellung.
Die Gefahren der Kinetographen-
theater für die Jugend.

Wohnungswesen 123

Die Züricher Grundzüge für die
Unterstützung gemeinnütziger Bau-
genossenschaften.
Das städtische Wohnungsamt in Breslau.
Ein internationaler Kongress zur
Förderung von Arbeitergärten.
Ein städtisches Wohnheim für Frauen
in Manchester.

**Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte,
Einigungsämter** 124

Die Tätigkeit der Gewerbe-
und Kaufmannsgerichte im
Jahre 1909.
Das belgische Gesetz über die Ge-
werbegerichte.

Literarische Mitteilungen . . . 125

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur
mit voller Quellenangabe.

Ein Vorschlag zur Lösung der Arztfrage in der Reichs-Versicherungsordnung.

Von Dr. med. Strauß, Krefeld.

Wenige Wochen trennen uns noch von der zweiten Lesung der
Reichs-Versicherungsordnung in der Reichstagskommission, zu deren
heftigsten Aufgaben nach den Vorgängen bei der ersten Lesung die
Lösung der Arztfrage gehört. Mit gespannter Erwartung sehen

Ärzte und Krankenkassen, sehen alle für das große Werk der Reichs-
Versicherungsordnung interessierten Persönlichkeiten den Verhand-
lungen entgegen. Der folgende Vorschlag könnte vielleicht die
Grundlage bilden, um zu einer für alle Teile annehmbaren
Schlichtung des Streites zu kommen und damit einen Zwist zu be-
seitigen, der der sozialen Krankenversicherung verhängnisvoll zu
werden droht.

Was mir den Mut gibt, an die schwierige Materie heranzu-
gehen, ist die Tatsache, daß ich einmal selbst seit 10 Jahren als
Kassenarzt tätig bin und die Verhältnisse ziemlich genau
zu kennen glaube, andererseits aber als mehrjähriger Obmann der
Abrechnungs- und der Krankenkassen-Kommission des Krefelder
Ärztevereins Gelegenheit hatte, die Licht- und Schattenseiten der
verschiedenen Arztsysteme bewerten zu lernen. Ich halte es für
wichtig zu betonen, daß diese Arbeit als eine rein private zu be-
trachten ist, wenn ich auch einige wesentliche Punkte gelegentlichen
Anregungen und Besprechungen von Vereinskollegen verdanke.
Ich möchte den Verein aber in keiner Weise damit auf irgend
etwas festgelegt haben. Dabei möchte ich noch darauf hinweisen,
daß Krefeld vielleicht die älteste Hochburg der freien Arztwahl ist.
Von hier aus stellte der frühverstorbenen Sanitätsrat Dr. Busch,
der verdienstvolle Vorsitzende vieler deutscher Ärztsysteme, zuerst die
Forderung der freien Arztwahl in der Arbeiterkrankenversicherung.
Die hiesige, jetzt mehr als 10 000 Mitglieder umfassende Orts-
krankenliste für Fabrikbetriebe konnte in diesem Jahre ihr 25 jähriges
Bestehen gleichzeitig mit dem 25 jährigen Bestehen der freien Arzt-
wahl vermelden und in einem Bericht größeren Umfangs nach-
weisen, wie glänzend eine Krankenkasse mit guter Verwaltung unter
der freien Arztwahl prosperiert, wenn Ärzteorganisation und
Kassenverwaltung Hand in Hand gehen. Bei verschiedenen anderen
Ortskrankenlisten und einer ganzen Reihe von größeren und kleineren
Innungs- und Betriebskrankenlisten in Krefeld sind die gleichen
Erfahrungen gemacht worden, zum Teil in ebenfalls annähernd
25 jährigem Zeitraum. Man wird es daher für begreiflich, ja selbst-
verständlich halten, daß mein Vorschlag auf der organisierten freien
Arztwahl beruht.

Für das Gebiet eines jeden Versicherungsamtes (untere Ver-
waltungsbehörde, Abteilung für Arbeiterversicherung) bildet der Vor-
sitzende dieser Stelle (Versicherungsamtmann?) zwei Zweckverbände, den
einen als Verband der sämtlichen Krankenkassen, den anderen Zweck-
verband als Vereinigung sämtlicher im Bezirke wohnender Ärzte.
Zum Verband der Kassen gehört eventuell auch die zu bildende Lokal-
abteilung der Eisenbahnkassen und etwaiger anderer staatlichen, über
das Reich verzweigten Betriebskrankenlisten. Zweckverbände sollen
nur gebildet werden für ein Gebiet, das mindestens 30 Ärzte ent-
hält; kleinere Bezirke müssen entsprechend zusammengelegt werden.
Der Versicherungsamtmann — im Falle der Verschmelzung
mehrerer Bezirke ein vom Regierungspräsidenten zu ernennender
Versicherungsamtmann — ist Vorsitzender beider Zweckverbände.
Unter seiner Leitung wählen diese je 3 Mitglieder und 3 Stellver-
treter zu einer „Kommission für ärztliche Angelegenheiten“
(kurzweg Kommission A). Den Vorsitz in der Kommission führt
— im Nebenamt — ein festangestellter, älterer Richter. Kommt
eine Wahl der ärztlichen Vertreter in einer bestimmten Frist nicht
zustande, so ernannt der Regierungspräsident solche aus den Ärzten
des Bezirkes. Ist die Kommission gebildet, so wird dies öffentlich
bekannt gemacht, ebenso wenn die Neuwahl derselben stattgefunden

hat. Die Amtsdauer soll 5 Jahre betragen. In gleicher Weise wird für das Gebiet eines jeden Obergerichtsbezirks eine „Oberkommission für ärztliche Angelegenheiten“ (Oberkommission kurzweg) gebildet. Je 3 Mitglieder derselben und ihre Stellvertreter wählen die Zweckverbände der Krankenkassen; die ärztlichen Mitglieder und deren Stellvertreter wählt die zuständige Ärztekammer. Den Vorsitz führt wiederum ein festangestellter, älterer (höherer) Richter.

Die Aufgaben der Kommission A sind folgende:

1. Sie bewirkt die Zulassung der sich zur Kassenpraxis für den Bezirk oder einen Teil desselben (für die einzelnen Gemeinden) meldenden Ärzte. Bei sämtlichen in der Gemeinde (Dorf, Stadt usw.) vorhandenen Krankenkassen, also allen Orts-, Betriebs-, Innungs-, freien Hilfs-, Knappschafts-, kommunalen und staatlichen Betriebskrankenkassen, haben die Versicherten freie Wahl unter den Ärzten der Gemeinde oder des Bezirkes, die sich zur Kassenpraxis bereit erklären. Diese freie Arztwahl ist für gewöhnlich zu beschränken auf die Ärzte desselben Gemeinwesens; Ausnahmen hiervon kann auf Antrag der Kassen wie der Ärzte die Kommission A zulassen. Jeder Arzt, der sich an der Kassenpraxis beteiligen will, hat dies dem Vorsitzenden der Kommission mitzuteilen, dieser gibt die Meldung innerhalb etwa 8 Tagen an die sämtlichen in Betracht kommenden Kassen und an alle bereits zugelassenen Ärzte weiter. In einer Frist von 14 Tagen hat jede Kasse und jeder Kassenarzt des Bezirkes das Recht, gegen die Zulassung unter Vorlegung einer schriftlichen mit Beweismaterial ausgestatteten Begründung beim Vorsitzenden der Kommission A Einspruch zu erheben. Die Kommission hat alsdann zu entscheiden. Erfolgt kein Widerspruch, so ist die Zulassung ohne weiteres auszusprechen. Die Entscheidung der Kommission ist spätestens 6 Wochen nach erfolgter Meldung dem Ärzte bekannt zu geben. Im Falle der Nichtzulassung hat er das Recht, binnen 4 Wochen bei der Oberkommission Berufung einzulegen. Die Nichtzulassung darf nur im ärztlichen Verhalten des Kandidaten begründet sein; Privatleben, politische, künstlerische, religiöse Ansichten sollen nicht maßgebend sein.

2. Sie urteilt über Beschwerden der Krankenkassen und der Ärzte wegen der kassenärztlichen Tätigkeit des einzelnen zugelassenen Arztes und über Beschwerden der Ärzte wegen Übergriffe der Krankenkassenorgane (Nendanten, Angestellte) in ihrer amtlichen Tätigkeit. Die Strafen sind: Verweis, Geldstrafe von 10 bis 1000 M., zeitweiliger oder dauernder Ausschluss aus der Kassenpraxis in dem betreffenden Bezirke. Nur die kassenärztliche Tätigkeit unterliegt der Beurteilung. Die Kommission A kann die Prüfung der Rezepte und die Nachuntersuchung von für arbeitsunfähig erklärten Kassenmitgliedern einer von den Kassenärzten zu wählenden Kommission (Krankenkassenkommission) oder einem Ärzteverein übertragen. Die Resultate der Nachprüfungen sind der Kommission A mitzuteilen, gegebenenfalls mit den Anträgen auf Bestrafung.

3. Die Kommission dient als Einigungsinstanz zur Vermittlung von Verträgen zwischen den Krankenkassen des Bezirkes und den zugelassenen Ärzten. Die Verträge werden abgeschlossen zwischen den einzelnen Kassen oder dem Kassenverband und dem Zweckverband der Ärzte. Will eine Kasse einen Vertrag schließen, oder erneuern oder abändern, so hat sie das dem Zweckverband der Ärzte rechtzeitig mitzuteilen. Kommt ein Vertrag durch freie Vereinbarung nicht zustande, so haben beide Teile die Pflicht, die Kommission als Schiedsinstanz anzurufen. Vermag diese durch vermittelnde Tätigkeit den Vertrag nicht zustande zu bringen, so fällt sie einen Schiedspruch, der beiden Parteien mitgeteilt wird, aber nicht verbindlich für dieselben ist. Der Vorsitzende teilt den Schiedspruch unverzüglich auch dem Vorsitzenden der Oberkommission mit. Kommt nach Bekanntgebung des Schiedspruchs nicht innerhalb 14 Tagen ein freier Vertrag zustande, so setzt die Oberkommission alsdann nach Anhörung beider Parteien einen Zwangsvertrag fest für die Dauer eines Jahres.

4. Die Kommission A übernimmt die Verteilung des kassenärztlichen Honorars an die einzelnen Kassenärzte. Es werden ihr alle Honorare für kassenärztliche Tätigkeit von den Krankenkassen überwiesen, mag nun Pauschalbezahlung vereinbart sein oder Bezahlung nach Einzelleistungen. Die Bezahlung der Ärzte erfolgt nach folgendem Modus: Jeder Kassenarzt, der 3 Jahre als solcher tätig war, erhält ein Grundgehalt (Fixum) von 300 M. pro Jahr, welches jährlich sich um den gleichen Betrag erhöht, bis nach 7 Jahren ein Fixum von 2100 M. erreicht ist. Von dem Reste der Kassengelder wird ein Teil zur Bezahlung der Sonderleistungen verwendet, der andere nach der Anzahl der Quartalscheine verteilt, wobei eine Staffelung in der Weise eintritt, daß der Betrag für den Quartalschein sinkt mit der Anzahl der Quartalscheine. Ärzte,

die bei Erlass des Gesetzes bereits als Kassenärzte tätig sind, erhalten ihre diesbezüglichen Dienstjahre für das Fixum angerechnet. Die Abrechnung und Auszahlung der Gelder erfolgt vierteljährlich.

Die Oberkommission gilt als einzige Berufungsinstanz für die vorher bezeichneten Aufgaben der Kommission A. Bezüglich der Zulassung zur Kassenpraxis hat nur der nicht zugelassene Arzt das Recht der Berufung, nicht aber im Falle der Zulassung die Kassen und Ärzte, die Einspruch erhoben haben.

Gegen die rechtskräftigen Entscheidungen beider Kommissionen ist die Anrufung der Zivilgerichte nicht zulässig.

Begründung und Erklärung.

Es wird die Reibeflächen entschieden vermindern, wenn die Verträge nach Möglichkeit nicht zwischen den einzelnen Kassen und den einzelnen Ärzten oder lokalen Ärztevereinen abgeschlossen werden, sondern zwischen den Kassen oder den Kassenverbänden und einem größeren Ärzteverband; es können dann persönliche Momente viel leichter ausgeschaltet und Übergriffe viel unparteiischer beurteilt und abgestellt werden. Deshalb sollen auch die Zweckverbände gebildet werden für ein Gebiet mit mindestens 30 Ärzten.

Den Vorsitz in der Kommission A soll ein älterer Richter führen. Dieser verbürgt am ehesten völlige Objektivität. Der Bürgermeister, Amtmann oder Landrat als Träger der unteren Verwaltungsbehörde (Versicherungsamtmann) ist mit Krankenkassenangelegenheiten amtlich häufig befaßt, ist auch nicht selten an der Gemeindebetriebskrankenkasse und dergleichen persönlich amtlich interessiert. Das gleiche gilt bezüglich der Oberkommission vom Vorsitzenden des Obergerichtsbezirks oder seinem Stellvertreter. Ob der Richter als Vorsitzender der Kommission ehrenamtlich oder gegen Besoldung anzustellen wäre, ist nicht von großem Belang. Die geringen Kosten könnten durch Auflage auf die beiden Zweckverbände aufgebracht werden. Die Mitglieder der Kommissionen fungieren ehrenamtlich. Der Grundgedanke des ganzen Systems beruht auf der freien Arztwahl; d. h. alle Versicherten haben das Recht, sich ihren Arzt unter denen des Bezirkes auszuwählen, die sich zur kassenärztlichen Tätigkeit bereit erklärt haben. Auch andere Ärzte zur Kassenpraxis zu zwingen (Kurierzwang), geht nicht an: gute ärztliche Leistungen können nur freiwillig erfolgen. Dem Begriff der freien Arztwahl tut es ferner keinen Abbruch, daß diese Wahl beschränkt ist auf die Ärzte des Domizils des Versicherten resp. des Domizils der Krankenkassen oder (in sehr großen Städten) auf die Ärzte eines bestimmten größeren Stadtteils, endlich nicht, daß der Befehl des einmal gewählten Arztes im Verlaufe derselben Erkrankung oder innerhalb eines gewissen Zeitraums nur bedingungsweise gestaltet ist. Die freie Arztwahl dient unbestritten am besten den Interessen der Versicherten; jeder Mensch, der Arme so gut wie der Reiche, hat das Recht der Verfügung über seinen Körper; er ist daher nach Möglichkeit zu schützen vor dem Zwang, einen Arzt aufsuchen zu müssen, zu dem er kein Vertrauen hat. Dieser wichtige Grundsatz muß vom Gesetzgeber unbedingt anerkannt werden und ihm ist in erster Linie gerecht zu werden.

Des weiteren müssen berücksichtigt werden die Lebensinteressen des Arztestandes. Nach dem Vorschlag der KVD. sollen demnächst 20 Millionen Deutsche versichert werden. Run hat naturgemäß der Kassenarzt meist nicht nur das einzelne erkrankte Kassenmitglied zu behandeln; in vielen Städten ist bei den meisten Kassen die Familie mit versichert. Aber auch, wo keine Familienversicherung eingeführt ist, wird dem zugelassenen Kassenarzt auch die Behandlung der Familie zufallen. Rechnet man nun auf jedes versicherte Kassenmitglied nur 1,5 Familienmitglieder (und das ist sicher nicht zu hoch gegriffen), so ergibt sich, daß mindestens 50 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches von den irgendwo zugelassenen Kassenärzten versorgt werden. Sollte, entsprechend dem Beschlusse der ersten Lesung, die Einkommensgrenze von 2000 M. auf 2500 M. erhöht werden, so würde diese Zahl sich meiner Schätzung nach um 6 bis 8 Millionen erhöhen. Von dem Reste sind sicher 2 bis 3 Millionen notorisch zahlungsunfähige Ortsarme, Manifestanten, Arztschwindler u. dgl., von denen ein Honorar nicht zu erhalten ist, so daß für die freie Privatpraxis kaum 4 bis 8 Millionen Einwohner, das sind 6 bis 12% der Gesamtbevölkerung übrig bleiben. Sind also Ärzte nicht zur Kassenpraxis zugelassen, so bedeutet das in manchen Gegenden für sie einfach die Unmöglichkeit einer Existenzgründung. Die gesetzlich garantierte Freizügigkeit wird den Ärzten durch den Ausschluss aus der Kassenpraxis genommen. Der Staat hat aber zweifellos ein sehr großes Interesse an einem gesunden, freien, leistungsfähigen und arbeitstreibigen Arztestand. Der Staat hat aber auch ein sehr großes

Interesse an der richtigen Verteilung der Ärzte über das ganze Land, daß nicht in einzelnen Gegenden und Städten ein Überfluß an Ärzten vorhanden ist, in anderen ein direkter Mangel. Dieser Zustand ist aber durch die Fixierung der Kassenärzte in manchen Gegenden künstlich herbeigeführt. Es ist nachgewiesen (Brinzing, Rebizinalstatistik), daß in gewissen Gegenden der schweren Industrie, also den hauptsächlichsten Stützen der fixierten Kassenärzte, auf je 1000 Einwohner eine weit geringere Zahl von Ärzten vorhanden ist, als in den meisten Gegenden und Städten, die jetzt bereits freie Arztwahl haben. Und dabei haben jene Zentren der schweren Industrie besonders hohe Morbiditäts- und Mortalitätszahlen, besonders häufige und heftige Epidemien (Diphtherie, Scharlach, Typhus, Trachom, epidem. Genickstarre, epidem. Kinderlähmung!). Es ist mir nicht fraglich, daß durch den von Knappschäften und Eisenindustriellen herbeigeführten lokalen Ärztemangel die genannten Schäden an der Gesundheit des Volkes und am Rationalwohlstande zum mindesten nicht verringert werden. Wo die Bevölkerung die größte Zahl von Ärzten zur Verfügung haben müßte, zur sachgemäßen und ausreichenden Überwachung und Hilfe, findet man relativ die wenigsten Ärzte! Hat da nicht der Staat viel Versäumtes nachzuholen? Es kann doch nicht seine Sache sein, den persönlichen Viehhabereien und den Geldinteressen der großen Kohlen- und Eisenbetriebe soweit entgegenzukommen, daß die sanitäre Versorgung der Bevölkerung Not leidet oder von dem Gutdünken einzelner Personen und Erwerbsinstitute abhängig wird!

Nun hat man vielfach behauptet, die Ärzte proklamieren das Recht auf Arbeit, dieses werde aber auch keinem anderen Stande, auch nicht dem viel bedürftigeren Arbeiterstande zugebilligt. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Ob ein Arzt bei freier Arztwahl, wenn er zur Kassenpraxis wirklich zugelassen wird, Arbeit findet und in welchem Umfange, das hängt von den Patienten ab, von seiner persönlichen Art, seinen Kenntnissen, manchmal von seinem Glaubensbekenntnis u. s. f. Die Ärzte proklamieren nicht das Recht auf Arbeit, sie verlangen und können verlangen, im Besitze einer staatlichen Approbation von der Arbeitsmöglichkeit nicht dauernd ausgeschlossen zu werden.

Die Interessen der Versicherten sind also die gleichen wie die der Ärzte. Widerstrebend verhalten sich vielfach jedoch die Krankenkassenverwaltungen. Da spielen nun mancherlei Beweggründe mit, zum Teil rein persönliche, Antipathie gegen die einzelnen Ärzte oder den ganzen Stand, Herrschsucht einzelner Krankenkassenführer, Verleumdung ihrer Stellung als Beauftragte für die Interessen der Versicherten, schlecht angebrachter Fiskalismus, persönlicher Ehrgeiz, mit recht hohen Reservesfonds, möglichst niedrigen prozentualen Beiträgen usw. stolzieren zu können, und so fort. Bei vielen Betriebskrankenkassen kommt hinzu das Bestreben, durch unbedingte Beherrschung der Existenz des Kassenarztes Einfluß auf die Arbeiter zu haben, Herr im Hause zu sein, und auch, nicht zuletzt, der Wunsch, die Kosten für die soziale Einrichtung zu verkleinern. Am Doktor kann man es sparen! Nun sind aber die Krankenkassenverwaltungen und ihre Angestellten doch nur die Beauftragten der Versicherten, sie haben für sich keinerlei Selbstzweck, sie sind nur Mittel zum Zweck und können eine besondere Berücksichtigung vom Gesetzgeber nicht verlangen. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Versicherten gar keinen Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen haben kann; die Kassenangestellten sind vielfach nur die Vertrauensleute eines Teiles der Versicherten. Wenn die Krankenkassenverwaltung neben ihren sonstigen vom Gesetze vorgeschriebenen Obliegenheiten die Kassengelder gut verwaltet und die Beiträge auf einer für Versicherte und Arbeitgeber erträglichen Höhe hält — es ist nirgends gesagt, daß sie möglichst niedrig sein müssen — so ist ihre Aufgabe erfüllt. Arbeitsbege zu treiben gehört nicht zu ihrer Obliegenheit, ist auch nicht das Kennzeichen der Selbstverwaltung. Ich behaupte aber ferner, daß die Versicherten durchaus nicht den Wunsch haben, auf Kosten der Arbeitsfreudigkeit und Vertrauenswürdigkeit ihrer Ärzte, denen sie ihr höchstes Gut, ihre Gesundheit, anvertrauen, im Jahre einige Mark zu ersparen (oder für Kinderlähmung auszugeben). Ein Arbeiter mit einem Durchschnittswochenlohn von 25 M. würde sich selbst eine Beitragserhöhung um 1 %, das macht bei $\frac{2}{3}$ Beitrag 16 M., bei Halbierung 12½ M., im Jahre also 6 bis 8 M., gerne gefallen lassen, wenn er dafür „seinen“ Arzt zu Rate ziehen kann und nicht einen vielfach mit Mißtrauen betrachteten Angestellten des Arbeitgebers oder der Krankenkassenverwaltung. Man hat dem Arbeiter Lebensmittel und Kleidung, Tabak und Bier versteuert, am Doktor will er nicht sparen. Erträgt er die Steuerung durch Zölle, Steuern und Parteibeiträge — letztere machen viel mehr aus, als der Kassen-

beitrag — dann wird er auch die freie Wahl seines Hausarztes gern etwas höher bezahlen, wo es überhaupt erforderlich ist. Aber die freie Arztwahl ist in Wirklichkeit durchaus nicht teurer, wenn Ärzte und Krankenkassenverwaltung vernünftig miteinander arbeiten. Das beweist neuerdings der Jahresbericht der Leipziger Ortskrankenkasse, der größten in Deutschland, das beweist die Zufriedenheit mit den Verhältnissen bei freier Arztwahl in vielen großen und kleinen Städten sowie in ganz Württemberg. Statistik will ich hier nicht geben, wen's interessiert, der mag die vorzüglich bearbeiteten Statistiken von Dr. Magen im Ärztlichen Vereinsblatt der letzten Jahrgänge nachlesen, da ist vielfach der Beweis geliefert, daß freie Arztwahl niemals teurer ist als fixiertes System. Wir sehen also, die freie Arztwahl ist notwendig im Interesse der Versicherten und Ärzte, sie ist möglich auch unter Wahrung der Aufgaben der Kassenverwaltungen, wenn diese nur den guten Willen haben; wo er fehlt, wird das Gesetz ihn erzwingen können. Ein Selbstverwaltungsrecht wird der Krankenkasse doch nicht damit genommen, daß sie den Versicherten die Wahl unter den Ortsärzten freistellen muß.

Wird nun die freie Arztwahl im Sinne meines Vorschlags eingerichtet, so ist weder die Krankenkassenverwaltung allein bei der Anstellung der Ärzte maßgebend, noch können die Ärzte einfach jener ihren Willen diktieren: beide Teile haben gleiche Rechte; der unparteiische Vorsitz des Richters wird dafür sorgen, daß keinerlei unsachliche, persönliche Momente ausschlaggebend werden. Die Kommission A sorgt aber auch dafür, daß die Kassen vor Schädigungen durch die einzelnen Ärzte bewahrt werden. Da aber die Gesamtheit der Kassenärzte des Bezirkes ein ebenso großes Interesse an der ordnungsmäßigen Ausübung der kassenärztlichen Tätigkeit durch den einzelnen Arzt hat, sollen sie oder die Ärztevereine ebenso wie die Kassen das Recht haben, bei der Kommission A gegen den Arzt klagbar vorzugehen, der in der Absicht, sich Zulauf zu verschaffen, in leichtfertiger Weise durch Rezeptur und Attestierung von Arbeitsunfähigkeit usw. die Krankenkasse schädigt. Andererseits sollen die Ärzte gegen Übergriffe der Kassenangestellten oder Beauftragten durch Androhung von Geldstrafen sichergestellt werden.

Im Abschluß von Beiträgen sollen die Kassen und Ärztevereinigungen — bei der freien Arztwahl können Beiträge für gewöhnlich nur mit einer Vielzahl von Ärzten geschlossen werden, nach meiner Absicht mit den Beauftragten des Zweckverbandes der Ärzte — freie Hand haben. Durch die Tätigkeit der Kommission A als Einigungs- und Schiedsinstanz und später der Oberkommission wird jedoch die ärztliche Versorgung der Versicherten unter allen Umständen sichergestellt.

Voraussetzung ist dabei allerdings, daß diese Versorgung nur durch die ansässigen Ärzte erfolgt. Das Heranziehen von sogenannten „Streifbrechern“ oder „Gelben“, die weder die Bevölkerung, noch ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen kennen, ist unmöglich. Daß unter ihnen sich sehr viele moralisch und geistig defekte Persönlichkeiten befinden, macht sie ja nicht sympathischer und als Kassenärzte brauchbarer. Die Ärzte werden sich, falls auch durch die Bemühungen der Kommission A und nach ihrem Schiedsspruch ein Vertrag nicht zustande kommt, damit abzufinden haben, daß ein solcher dann von der Oberkommission für sie verbindlich auf 1 Jahr abgeschlossen wird. Da dabei 3 Mitglieder der Ärztekammer mitwirken, die als die besonderen Vertrauensmänner der Ärzteschaft gelten, werden sie sich, des bin ich sicher, dem Spruch auch gerne fügen und ihm passiven Widerstand auch nicht entgegensetzen. Der Zwang, der ihnen da auferlegt wird, ist aufzufassen als eine Art Versicherungsprämie für die unbedingte Sicherstellung ihres Arbeitsgebiets. Ebenso kann es andererseits das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen nicht berühren, wenn sie sich einem Urteil fügen müssen, das zuerst für die ausreichende ärztliche Versorgung der Versicherten sorgt; denn das ist ja Hauptzweck einer Krankenkasse, nicht die Wahrung der Selbstverwaltung. Übrigens müssen die Krankenkassen es sich auch sonst vielfach gefallen lassen, daß die Aufsichtsbehörden in ihre Verwaltung eingreifen.

Der Kommission A ist endlich viertens die Aufgabe zugewiesen, die Regelung der Arzthonorare zu übernehmen. Die Ärzte werden dadurch zum Nutzen der Versicherten in ihrem Geldbezüge von den einzelnen Krankenkassen unabhängig; zum Nutzen auch für den Arbeiterstand, wenn Kassenangestellte nicht mehr in die Lage kommen, sich als Brotgeber des studierten Mannes aufzuspielen. Die sämtlichen Arzthonorare der Krankenkassen des Bezirkes sollen in eine gemeinsame Kasse fließen, die von der Kommission A verwaltet wird. Es soll aus dieser Kasse den Kassenärzten zunächst ein Fixum gezahlt werden, nachdem sie drei Jahre an demselben Orte kassen-

ärztlich tätig waren. Diese drei Jahre ohne Fixum (Karenzzeit) wird vorwiegend von der jüngeren, heranwachsenden Ärztegeneration zu tragen sein als Ersatz für die Aufgabe der Monopolstellungen seitens der älteren Ärzte und Entgelt für die Möglichkeit, überall sich niederlassen zu können, ohne bei Kassenvorständen antichambrieren oder „Beziehungen“ herstellen zu müssen. Es soll damit aber auch ausgedrückt sein, daß die Tätigkeit des jungen, neugeborenen Kassenarztes noch nicht vollwertig ist, daß er sich erst die praktische Kenntnis der Versicherungsmedizin aneignen und lernen muß, mit den Mitteln der Krankenkassen hausärztlich umzugehen. Diese drei Jahre ohne Fixum müssen aber auch die älteren Kassenärzte tragen, wenn sie von einem Orte zum andern ziehen, hier als Gegenwert für die garantierte Freizügigkeit. Die Karenzzeit in diesem Sinne ist aber auch notwendig, um einem übermäßigen Zusammenströmen der Ärzte vom Lande in die großen Städte vorzubeugen. Das einmal erlangte Fixum wird man so leicht nicht im Stiche lassen. Hat aber der Kassenarzt einmal sein Fixum, so soll ihm der Bezug garantiert sein, so lange er in der Lage ist, am selben Orte als Kassenarzt tätig zu sein. Die Kommission A wird dafür Sorge tragen müssen, daß das Fixum nicht als Einkure betrachtet wird. Diese Garantie des Fixums bis ins hohe Alter soll aber auch den jetzigen Inhabern der immerhin unsicheren Monopolstellungen einen ausreichenden Ersatz liefern. Es wird nicht zu befürchten sein, daß ein nach 10 Jahren zu erlangendes Fixum von 2100 M eine Überfüllung des Arztestandes herbeiführen könnte. Für den so gefährdeten Leipziger Verband, der nach der gesetzlichen Festlegung der freien Arztwahl seine vorwiegende Kampfstellung aufgeben muß, wäre Veranlassung geboten, durch Errichtung einer Pensionskasse mit Rechtscharakter für die alten Ärzte einzutreten, die ihr Fixum als nicht mehr befähigt zur Kassenpraxis aufgeben müßten. Überhaupt würde alsdann, sehr zur Beruhigung der „öffentlichen Meinung“, die Betätigung des Leipziger Verbandes eine friedlich-charitative werden.

Der Rest des Arzthonorars nach Abzug des Fixums soll verwandelt werden zu einem Teil, vielleicht zu 15–20%, zur Bezahlung von sogenannten Sonderleistungen, Kilometergeldern, Nachtbesuchen, Operationen usw., nach einem in jedem Bezirk aufzustellenden Tarif. Der andere Teil des Restes soll an die Kassenärzte nach Maßgabe der von ihnen abgeteilten Quartalskrankenscheine verteilt werden. Diese Verteilung des Honorars hat den Vorzug, daß er dem verschiedenartigen Charakter der kassenärztlichen Tätigkeit gerecht wird. Die mehr operativ tätigen Spezialärzte und Ärzte erhalten hierfür ein angemessenes Entgelt, die Landärzte Kilometergelder usw. Dann ist ein Teil des kassenärztlichen Einkommens ein fest bestimmter und dadurch wird die Betriebsamkeit einzelner Ärzte (der Patientenfang), mit unklarer Mitteln und auf Kosten der Kasse sich Zulauf zu verschaffen, weniger gewinnbringend, als wenn das ganze Honorar nach Arztscheinen oder nach dem Pointensystem verteilt wird. Dabei empfiehlt es sich ferner, das Honorar für die Quartalscheine zu staffeln; je mehr Scheine, desto weniger für den Schein. Auch dadurch wird der Patientenfang gemindert, zum Nutzen der Kassen. Die Staffellung findet ihre weitere Begründung darin, daß sie einen Ausgleich schafft in der Praxis der sehr stark beschäftigten und der mittleren und kleinen Kassenärzte. Je größer die Praxis, desto mehr Scheine können von dem einen Quartal in das andere hinübergenommen werden. Je größer die Kassenpraxis, desto leichter aber auch. Der größte Teil spielt sich in der Sprechstunde ab; es kommen unzählige Patienten, die nicht eigentlich krank sind, sondern nur wegen irgend einer Beschwerde irgend eine Kleinigkeit verschrieben haben wollen und naturgemäß sehr schnell abgefertigt werden. Je mehr diese leichten Fälle in der großen Kassenpraxis überwiegen, desto günstiger wird die Durchschnittsbezahlung mit Rücksicht auf die wirklich Kranken und Besuchsfälle gegenüber dem mittleren und kleineren Kassenarzt. Die Staffellung schafft also einen gerechten Ausgleich. Die Berechnung beruht auf folgendem Modus: Man setzt fest, daß für die ersten 500 Fälle auf einen noch zu verrechnenden Durchschnitt (x) jeweils ein Zuschlag von 10–20% gegeben wird:

$$\left(x + \frac{x}{10}\right) \text{ oder } \left(x + \frac{x}{5}\right), \text{ für die nächsten 500 Fälle das Durchschnitts-} x \text{ abzüglich (10–20\%): } \left(x - \frac{x}{10}\right) \text{ oder } \left(x - \frac{x}{5}\right), \text{ für die}$$

nächsten 500 ein weiterer Abzug und so fort. Durch Aufstellung einer Gleichung, in der das x die einzige Unbekannte und die rechte Seite der Gleichung die für die Quartalsfälle zu verteilende Summe ist, ist das x leicht zu ermitteln und dann festzustellen,

wie viel jeder für seine Fälle erhält. Mit dieser Staffellung, die auf meine Veranlassung eingeführt wurde, haben wir in Krefeld seit 5–6 Jahren zur allseitigen Zufriedenheit gearbeitet und es vermieden, durch Vornahme von Streichungen bei dem betroffenen Arzt persönlicher Mißstimmung zu erregen. Die Korrektur für Überarbeiten erledigt sich eben automatisch. Aus alledem ersieht man aber, daß es auch für die Krankenkassen nicht gleichgültig ist, nach welchem Modus die Honorarverteilung stattfindet. Der ganze hier vorgeschlagene Abrechnungsmodus stellt ein Mittelglied dar zwischen Fixierung, Bezahlung nach Einzelleistungen und Bezahlung nach Krankenscheinen. Er wird es daher allen Teilen, den Krankenkassen, die Anhänger der freien Arztwahl, und denen, die Freunde des fixierten Systems sind, ferner den Ärzten als Anhängern freien Arztwahl und den Monopolärzten möglich machen, sich mit der dem hier beschriebenen System der freien Arztwahl anzufreunden.

Möge nun mein Vorschlag seinen Zweck erfüllen, dazu beizutragen, daß endlich Friede wird zwischen Krankenkassen und Ärzten, ein ehrenvoller Friede, ohne Sieger und Besiegte; und mögen sich die deutschen Ärzte zurückziehen können von einem Kampfe, der ihnen durchaus unsympathisch war, damit sie ihre Zeit und ihre Kraft nur dem Wohle ihrer erkrankten Mitmenschen widmen können!

Privatbeamte als Arbeitgeber.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R., Düsseldorf.

Eine Reihe von Berufsverbänden der Privatangestellten hat (teilweise mit dankenswerter Unterstützung der Gesellschaft für Soziale Reform und des Bureaus für Sozialpolitik) in neuester Zeit umfangreiche Erhebungen über die Lage ihrer Mitglieder durchgeführt und in einer oft vortrefflichen Statistik nachgemessen, daß die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder wenig befriedigend sind, daß ein großer Teil von ihnen in Verhältnissen steht, die unseren Anschauungen vom Mindestmaße sozialer Kultur nicht entsprechen. In allen diesen Veröffentlichungen vermißt ich etwas, was ihren Darlegungen wohl größeres Gewicht verleihen könnte: einen Anhang mit der Schilderung der Bedingungen, unter denen der betreffende Verband seine eigenen Beamten anstellt. Auch diese Verbände sind ja in erheblichem Umfange Arbeitgeber; einzelne von ihnen beschäftigen Hunderte von Angestellten; die Gesamtzahl geht sicher in die Tausende. Auch diese Verbandsbeamten sind Privatangestellte, meist Handlungsgehilfen oder Bureaubeamte oder auch als Mitglieder des Vereins Angehörige anderer Gruppen. Es wäre nahelegend, wenn die Verbände, welche sich über die schlechten Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder beklagen, nun das Gegenstück lieferten und durch Schilderung ihrer eigenen Bedingungen zeigten, wie ein sozialer Musterbetrieb aussieht.

Vielleicht nimmt ein Ausschuß oder ein Bureaubeamtenverein die Sache einmal in die Hand und veranstaltet eine genaue Erhebung über die Anstellungsverhältnisse der Beamten von Angestelltenverbänden! — Unter den Angestellten von Arbeiterorganisationen sind solche Erhebungen durchgeführt worden, und sie haben ein nicht durchaus befriedigendes Ergebnis gehabt. Bekannt sind die Streitigkeiten, die der Verband der Lagerhalter mit der Leitung der Konsumvereine usw. hatte. Es ist im Reichstag und in der Presse eine Art von Sport geworden, den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften nachzuweisen, daß sie als Arbeitgeber durchaus nicht die Forderungen erfüllen, die sie als Arbeiter an die anderen Arbeitgeber stellten. So wenig beweiskräftig an sich jeder Einzelfall für die Gesamtheit ist, so peinlich berührt er. Denn es gibt zweifellos kein einfacheres und besseres Mittel, die Forderungen einer Arbeitnehmergruppe ad absurdum zu führen, als den Nachweis, daß sie selbst sie nicht durchführt da, wo sie die Macht dazu hat.

Den Privatbeamtenverbänden gegenüber sind solche Angriffe bisher von der Unternehmenseite noch kaum gekommen. Wohl weil die Forderungen der Angestellten sich in sehr bescheidenem Rahmen gehalten haben; weil ihre Erfüllung in bescheidenem Maße verwirklicht ist und den Arbeitgebern noch keine großen Opfer auferlegt hat; weil man bisher nur die harmlosere Gesetzesmacherei propagiert hat, an die gewerkschaftliche Selbsthilfe gegen das Unternehmertum kaum herangetreten ist; weil man vor allem das wichtigste Problem, das den Unternehmern unangenehmste, das in der Arbeiterbewegung die Hauptrolle spielt, das Lohnproblem, kaum und nur ganz zaghaft angefnitten hat. Aber unter einander haben Konkurrenzverbände, namentlich der Handlungsgehilfen (die ja in dem Kräfteverbrauch zur gegenseitigen Herab-

würdigung und Bekämpfung ein nicht schönes Beispiel geben), sich verschiedenlich schwere Vorwürfe unsozialen Verhaltens an den Kopf geworfen. Sonntagsarbeit, Überstunden, mangelhafte Befolgung, schlechte Behandlung der Beamten usw. usw. Es gibt schlechterdings kaum einen schlimmeren Vorwurf für einen Verein als solche groben Verstöße gegen das eigene „Soziale Programm“.

Gerade gegenwärtig stehen zwei Fragen im Vordergrund des Interesses, die den Verbandsleitern Veranlassung geben müßten, ihre Haltung als Arbeitgeber einer aufmerksamen Prüfung zu unterziehen.

Die Gesamtheit der organisierten Angestellten aller Berufe tritt für eine staatliche Pensionsversicherung ein. Mag über Umfang und Methode der Versorgung Streit bestehen, darin sind alle einig, daß der Staat die Gesamtheit der Arbeitgeber zwingen soll, alle ihre Angestellten zu versichern und erhebliche Beiträge dafür zu leisten. Nach dem Programm des Hauptausschusses, dem die große Mehrheit der Verbände angeschlossen ist, sollen die Leistungen der gesamten Pensions- und Hinterbliebenenversorgung auf Prämien von 10% des Gehalts zugeschnitten werden und die Arbeitgeber die Hälfte dieser Prämien zahlen. Man ist nicht müde geworden, zu versichern und zu beweisen, daß diese 5% von den Unternehmern gut geleistet werden könnten, daß die Forderung bescheiden sei, daß die Leistung nicht nur eine sittliche Pflicht, sondern auch ein eigener Vorteil der Arbeitgeber sei, da sie sich gut bezahlt machen würde in der erhöhten Berufstreue und Leistungsfähigkeit der Angestellten. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser von mir selbst hundertmal gemacht'n Ausführungen durchaus nicht; aber ich frage: Haben die Angestelltenverbände den besten Beweis dafür geführt, indem sie selbst allen ihren Angestellten gewährten, was das Gesetz den anderen Arbeitgebern vorschreiben soll? Wie viele unter den an der Pensionsbewegung beteiligten 60 Verbänden haben ihren sämtlichen Angestellten eine Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung gesichert, die mindestens dem erhofften Gesetz entspricht? Wie viele von ihnen bezahlen nicht nur 5%, sondern 10% des (an sich hoffentlich über dem Durchschnitt stehenden) Gehalts an Prämien? — Die Frage könnte den Angestellten vor der endgültigen Erledigung des Pensionsgesetzes gestellt und ihnen vielleicht unbequem werden. Ich will nicht aus der Schule plaudern und keine Namen nennen. Aber wenn der Gesetzgeber davon ausginge, ein Gesetz dürfe als Mindestmaß nur die Hälfte von dem garantieren, was soziale Arbeitgeber von sich aus schon gewähren, dürfte man ohne Gefährdung der Pensionshoffnungen nicht die Privatbeamtenverbände als das Muster sozialer Unternehmer hinstellen — sie stehen den deutschen Banken zweifellos nach.

In diesem Jahre war die Bewegung für einen Sommerurlaub besonders stark. Das Vorgehen Österreichs hat auch in Deutschland den Wunsch nach gesetzlicher Festlegung eines Urlaubsanspruchs für jeden Angestellten verstärkt. Ich unterstütze natürlich diese Bewegung gern, halte den regelmäßigen Urlaub für das billigste, rationellste Mittel, um den Arbeiter bei voller Leistung, Frische und Lebensfreudigkeit zu erhalten, sehe also im Urlaub kein Opfer, sondern einen Vorteil jedes Unternehmers, der Wert auf dauernde, tüchtige Kräfte legt. Aber ich frage wieder: Wenn das Gesetz als Mindestmaß die Hälfte dessen verbürgen sollte, was die sozialen Arbeitgeber schon gewähren, dürfte man die Angestelltenverbände als soziale Muster hinstellen? Das österreichische Gesetz gewährt jedem Angestellten einen jährlichen Sommerurlaub von 10—20 Tagen, je nach der Dauer des Dienstverhältnisses. Können die deutschen Organisationen die gleiche Forderung vertreten mit der Begründung, daß bei ihren Tausenden von Angestellten ein regelmäßiger Urlaub von 2—4 Wochen allgemein üblich sei und sich ganz vortrefflich bewähre?

Das ist doch das vernünftige Ideal: Wenn die Reichsgesetzgebung alle Forderungen aller sozialen Programme aller Angestelltenverbände verwirklichte, so dürfte das auf die Arbeitsbedingungen der Verbandsbeamten nicht den geringsten Einfluß üben. An ihnen müßten die sozialen Angestelltenforderungen längst in erhöhtem Maße erfüllt sein. — Zweifellos liegen die Dinge bei den Privatbeamtenverbänden heute nicht so. Und diese haben ein bringendes Interesse daran, es dahin zu bringen. Denn nichts könnte der Angestelltenbewegung schädlicher werden, als wenn Gegner einer fortschrittlichen Angestelltenpolitik diese mit den Waffen bekämpften, die gewisse Feinde der Arbeiterbewegung mit einiger Virtuosität ausgebildet haben.

Soziale Zustände.

Die zahlenmäßige Abnahme der Armen in England und Wales befanden die letzten statistischen Zusammenstellungen des Local Government Board.

In den Jahren 1872—1877 kamen auf 1000 Einwohner 85,1 Arme,
 1878—1884 „ „ „ 81,1 „
 1885—1892 „ „ „ 28,6 „
 1893—1901 „ „ „ 26,6 „
 1902—1910 „ „ „ 21,5 „

Allerdings ist der Rückgang der Armenbevölkerung nur ein verhältnismäßiger, während die Gesamtzahlen der Armen auch in dem letzten Jahrzehnt durchschnittlich noch langsam gestiegen sind. Nur im letzten Jahre, vom 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1910, war ein Rückgang von 959 848 auf 942 837 Köpfe zu verzeichnen, der besonders auf die Abnahme der Almosenbezieher im Londoner Stadtbezirk zurückzuführen ist. Bemerkenswert ist bei diesen Verschiebungen, daß der Rückgang besonders stark bei den sogenannten outdoor paupers, den außerhalb der Asyle und Arbeitshäuser unterhüteten, in ihren eigenen Wohnungen lebenden Armen sich vollzieht, hingegen die indoor paupers, die Anstaltsinsassen, nicht bloß im ganzen, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung noch immer zunehmen; seit 1872 hat sich ihre Zahl beinahe verdoppelt. Außerhalb Londons ist die Zunahme der Anstaltsarmen allerdings verhältnismäßig gering gewesen: der Verhältnisatz zur Gesamtbevölkerung bewegte sich im letzten Menschenalter regelmäßig zwischen 6 und 7 1/2 aufs Tausend; in London aber ist der Verhältnisatz in der gleichen Zeit von 12 auf 16 1/2 vom Tausend emporgerückt. Die Londoner Gesamtziffer der Anstaltsarmen stellt sich heute auf rund 80 000 gegenüber 40 000 in den 1870er Jahren, während umgekehrt die Masse der in offener Armenpflege Versorgten gleichzeitig von rund 120 000 auf 40 000 zusammengeschrumpft ist.

Der Umfang der italienischen Wanderarbeit im Auslande wird durch die Statistik über die im Ausland weilenden Italiener mittelbar gekennzeichnet. Über 5 Millionen Männer, Frauen und Kinder italienischer Geburt bevölkern die Welt außerhalb der apenninischen Halbinsel, deren Gesamtbevölkerung sich bei der letzten Zählung von 1901 auf 82 1/2 Millionen Köpfe stellte. Von diesen 5 Millionen sitzen etwa 1 1/2 Millionen in Argentinien, das in den Jahren 1907 und 1908 über je 90 000 Einwanderer aus Italien bezogen hat, und etwa ebensoviel kommen auf die Vereinigten Staaten, wo die italienische Einwanderung in den Jahren 1907, 1908 und 1909 von 128 500 auf 183 210 und 210 800 Köpfe angestiegen war. Brasilien soll 1 1/2 Millionen Italienern Zuflucht geboten haben, die Zuwanderung wurde 1907 und 1908 amtlich allerdings nur noch auf durchschnittlich 16 000 geschätzt; einige weitere Hunderttausende haufen in den übrigen Südamerikastaaten. Der gesamte kolombische Erdteil dürfte also etwa 4 1/2 Millionen Italienern als Wohn- und Arbeitsstätte dienen. Europa birgt außerhalb Italiens mindestens 1/2 Million Italiener, nämlich 300 000 in Frankreich und etwa je 100 000 in Deutschland und der Schweiz. Die Auswanderung von Italienern nach den Europaländern wurde im Jahre 1909 auf 219 623 Köpfe berechnet; jedoch ist nur die auf dem Seewege erfolgte Auswanderung einigermaßen genau erfasst. In Afrika mögen etwa 80 000 Italiener in Tunis, 48 000 in Alger und 40 000 in Ägypten ihr Brot finden. Nimmt man für die übrigen bisher nicht genannten Gebiete der Erde eine Verbreitung von nur 100 000 Italienern an, so ergibt sich die obige Schätzungsziffer von mehr als 5 Millionen italienischen Auswanderern. Ein sehr großer Teil kehrt allerdings in regelmäßiger Folge immer wieder in die Heimat zurück und soll also bleiben in inniger Verbindung mit dem Mutterlande, dessen Sparkassen sie ihre Verdiensterüberschüsse zuweisen. Amerikanische und schweizer Behörden haben erstaunlich hohe Schätzungen darüber veröffentlicht, wie viel Geld jährlich die italienischen „Welt-Sachseugänger“ aus dem Arbeitslande forttragen in die Heimat. Auch die Staatsangehörigkeit erhalten die italienischen Auswanderer fast durchweg aufrecht, sofern nicht beschwerliche militärische Verpflichtungen ihnen daraus erwachsen.

Die Heimarbeit in Dänemark. Nach der Zählung vom Juni 1901 wurden in Dänemark 14 081 Hausgewerbetreibende und 1069 Hilfskräfte solcher Hausgewerbetreibenden gezählt. Diese Kräfte zusammen machen 7,3% der gesamten Industriearbeiterschaft aus. Es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß die Zählung in der letzten Saison erfolgt war, so daß sich die Zahl der Hausgewerbetreibenden in der arbeitsreichen Zeit etwa um 8000 höher stellen würde. Von den Hausgewerbetreibenden sind die Mehrzahl, d. h. 82,7%, in der Bekleidungsindustrie und 18,7% in der Textilbranche beschäftigt. Unter den 15 100 Hausgewerbetreibenden sind 2830 Männer (d. h. 2% der gesamten männlichen Arbeiterschaft) und 11 201 Frauen (d. h. 25% der gesamten weiblichen Arbeiterschaft). Der Hauptstich der Heimarbeit ist Kopenhagen, denn von den 15 000 Heimarbeitern kommen auf Kopenhagen allein über 10 000. Das dänische Statistische Amt hat daher die Verhältnisse in der Kopenhagener Heimarbeit noch einer gesonderten Untersuchung unterzogen, von der 3589 Heimarbeiter, darunter 2975 in der

Konfektion beschäftigte, erfasst wurden. Von diesen wiederum arbeiteten 1865 als einzelne Heimarbeiter für sich, die übrigen als Gehilfen in kleinen Familienbetrieben. Bei den männlichen Arbeitern rechnet man auf 6 Monate lebhafter Saison, 6 Monate stillerer Zeit und 1 Monat Arbeitslosigkeit. Die männlichen Arbeiter sind in der Mehrzahl organisiert und werden nach Löhnen entlohnt. Bei den Frauen mangelt es noch an der beruflichen Organisation. Sie haben im Durchschnitt 3 Monate Arbeitslosigkeit im Jahr durchzumachen. Ihre Stundenlöhne liegen im Durchschnitt zwischen 18 bis 26 *M.*, ihr Jahreseinkommen zwischen 422 bis 608 *M.*

Rechtspflege.

Schadensersatzanspruch eines Angestellten wegen ungerechtfertigter Kündigung. Nach einem Urteile des Reichsgerichts vom 7. Juni 1910 (III. Zivilsenat) kann der Dienstverpflichtete, dem unberechtigterweise aus § 626 BGB. gekündigt worden ist, Ersatz des ihm durch die unberechtigte Kündigung entstehenden Schadens auch für die Zeit nach Beendigung des Dienstvertrags verlangen, falls den Dienstherrn für die unberechtigte Kündigung ein Verschulden trifft und der Dienstverpflichtete infolgedessen — nicht infolge anderer Ereignisse — in seinem späteren Fortkommen nach Maßgabe der §§ 249 ff. BGB. Schaden erlitten hat.

In den Gründen wird ausgeführt, daß ebenso wie der, der durch sein vertragswidriges Verhalten dem Gegner einen Grund zur Aufhebung des Vertrages gibt, Schadensersatzpflichtig sei, es auch der sei, der unter schuldhafter Verletzung auf § 626 BGB. die ungerechtfertigte Kündigung ausspricht und dadurch dem Gegner Schaden zufügt. Der Dienstverpflichtete habe ja auch bei ungerechtfertigter Kündigung aus § 626 BGB. durch den Dienstherrn seinerseits einen wichtigen Grund zur Kündigung aus § 626 BGB. und demgemäß bei dessen Geltendmachung seinerseits Schadensersatz nach § 628 Abs. 2 BGB. zu fordern. Zudem könne aber auch gemäß § 326 BGB. (vergl. Entsch. Bd. 70 Nr. 87) die Annahme der Leistung im Falle des Verzuges des anderen Teils abgelehnt und Schadensersatz wegen Nichterfüllung gefordert werden, wobei eine Fristsetzung im Falle einer ernstlichen Erfüllungshinwendung nicht nötig sei (Entsch. Bd. 61 Nr. 81). Eine Beschränkung des Schadensersatzes auf die Zeit der Vertragsdauer sei aber im BGB., insbesondere §§ 249 ff., nicht ausgesprochen, in den Motiven Bd. 2 S. 470 vielmehr eine solche Beschränkung des Schadensersatzes bei einem auf Zeit geschlossenen Vertrage für die Zeit bis zu einer stattfindenden Beendigung des Vertragsverhältnisses ausdrücklich abgelehnt worden. Auch in Entsch. Bd. 64 Nr. 98 sei (allerdings nicht für den Fall des Dienstvertrages, sondern für den des Mietvertrages) angenommen worden, daß Schadensersatzansprüche auch dann geltend gemacht werden können, wenn nur die sie begründenden Ereignisse in die Zeit des bestehenden Vertrages fallen, während die den Betrag und Umfang des Schadens bestimmenden Tatsachen erst in der Zeit nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hervortreten. Es sei daher der Umstand, daß der dermalen freitragende Schadensersatz erst die Zeit nach Ablauf der Vertragsdauer betrifft, nicht geeignet, diesen Anspruchsanspruch als unbegründet erscheinen zu lassen.

Urlaub und Gehaltszahlung. Einer wegen angeblich schlechter Bedienung einer Kundin „zur Disposition gestellten“ Verkäuferin verweigerte der Geschäftsherr die Zahlung des Restgehalts unter Bezugnahme auf die in seinem Geschäft gültige, auch von der Verkäuferin unterschriebene Geschäftsordnung, in der es heißt: „Es wird vom Gehalte der Urlaub abgezogen, sobald der Angestellte im laufenden Jahre kündigt oder zur Kündigung Anlaß gibt.“ Vor dem Berliner Kaufmannsgericht, bei dem die Verkäuferin ihr Recht suchte, führte der Beklagte aus, der Urlaub werde erteilt, damit das Personal in der dem Urlaub folgenden Saison den Anstrengungen gewachsen ist. Der fragliche Passus diene dazu, daß auch der gedachte Zweck erfüllt werde. Eine ganze Anzahl anderer Firmen hätte auch diese Bestimmung in ihrer Arbeitsordnung. Die Klägerin erklärte, daß sie seinerzeit die Geschäftsordnung unterschrieben habe, weil man ihr sagte, der fragliche Passus habe doch keine Gültigkeit. Das Kaufmannsgericht trat mit einer am 19. Oktober 1910 gefällten Entscheidung dieser Ansicht bei. Die Klausel in der Geschäftsordnung sei ungültig, denn sie verstoße gegen die guten Sitten. Ähnlich der Weihnachtsgarantisation sei auch die Urlaubsgewährung eine Zuwendung für bereits geleistete treue Dienste, nicht für zukünftige.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Sammlung der Selben.

Die angekündigte Verständigungskonferenz der mannigfachen Vereinigungen, die unter verschiedenen Namen, als da sind „vaterländische“, „reichstreue“, „nationale“, und „gelbe“ Arbeiter-

vereine oder Werkvereine, Hand in Hand mit der Arbeitgeber-schaft, die Bekämpfung der selbständigen Arbeitergewerkschaften sich zum gemeinsamen Ziele gesetzt haben, hat am 16. und 17. Oktober in Magdeburg stattgefunden. Der Tagung der 200 Vertreter dieser Vereine mit ihren „100 000 Mitgliedern“ wäre nach dem sachlichen Gehalt der Verhandlungen keine große Bedeutung beizumessen, wenn sie nicht mittelbar zweierlei deutlich gezeigt hätte: einmal, daß doch noch in weiten Schichten der deutschen Industriearbeiterschaft das patriarchalische Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Arbeitgeber sich gegen die Erkenntnis der sozialen Klassengegenätze und die Notwendigkeit unabhängiger Arbeiterinteressenvertretung auflehnt, also die Formel vom Klassenkampf bewußten modernen Proletariat über den Bereich des gewerkschaftlichen Zweimillionenheeres hinaus nur beschränkte Geltung hat; und zum andern, daß die Vertreter der Behörden und des gebildeten Bürgertums, wie ihr Verhalten auf der Magdeburger Konferenz im Gegensatz zu dem auf unabhängigen Gewerkschaftstagen verrät, in der gelben Bewegung der Arbeiter ein „staatsfeindliches“ Unternehmen zu erblicken meinen, das zur „Überwindung“ der „staatsfeindlichen“ Gewerkschaften gute Dienste leisten wird. Die Verständnislosigkeit gegenüber sozialwirtschaftlichen Entwicklungsnotwendigkeiten der Arbeitswelt, deren Gesetzmäßigkeit sich seit Jahrhunderten verfolgen läßt und deren Gegenstand auf der Unternehmenseite bei denselben Gebildeten gleichzeitig offene Bewunderung für das „rückfällige geschäftliche Genie der Organisatoren“ weckt, ist zwar kein erfreuliches Zeichen staatsbürgerlicher Kultur, aber es ist von Wert, sich über diesen Mangel sozialer Einsicht bei Leuten, die es allem Anschein nach gut mit den Arbeitern meinen, immer wieder klar zu werden; man weiß dann um so besser, daß die sozialpolitische Aufklärungsarbeit weniger denn je ruhen darf.

Nebenher hat der Verlauf der Magdeburger Verständigungskonferenz wohl auch denen, die die „organisatorischen Kräfte“ der gelben Gründungen nicht bereits genauer kannten, gezeigt, welches Getriebe persönlicher Interessen in diesen für soviel schöne Ideale sechenden Vereinsgruppen sich breit macht. Gerade darum verhalten sich auch diejenigen Sozialpolitiker, die in Theorie und Praxis stets für eine Verständigung zwischen organisierten Arbeitgebern und Arbeitern auf der Grundlage gegenseitiger Achtung eintreten, ablehnend gegen diese neuen Vereinschöpfungen, die nicht urmühsig aus dem eigenen Bedürfnis der Arbeiter erwachsen, sondern im Schatten hoher Gönnerschaft aus Unternehmerkreisen von geschäftsklugen Leuten gemacht worden sind. Gewiß haben monopolistischer Machtmißbrauch der freien Gewerkschaften, Unbuddsamkeit und Agitationsübergriffe ihrer Anhänger in die persönliche Rechtssphäre der Unorganisierten hier und da einen fruchtbaren Untergrund für die Abwehrgründungen geboten — so z. B. bei den Siemensvereinen — aber die negative Lösung: Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter unter fremder Einwirkung, auf die gelben und vaterländischen Vereinigungen letzten Endes in der Praxis hinauslaufen, kann auf die Dauer nicht zum Besten der Arbeiterschaft dienen. Wie weit sich die Vorkämpfer dieser Arbeitervereine in ihrer Feindschaft, selbst gegen die grundlegenden Gewerkschaftserfordernisse, treiben lassen, dafür gibt die Magdeburger Tagung auch Belege.

Den eigentlichen Verhandlungen der Magdeburger Verständigungskonferenz ging ein Empfangsabend voraus, an dem der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Magdeburger Polizeipräsident, verschiedene Juristen und ein Pastor Begrüßungsansprachen hielten und die „nationale Arbeiterbewegung“ ihrer Unterstützung versicherten. Der Regierungspräsident ergänzte am folgenden Tage diese Sympathieumgebung durch den Ausdruck, daß die Arbeiten der Konferenz „ein vorbildliches und Gott wohlgefälliges Werk“ seien. Die Verhandlungen selbst eröffnete am 16. Oktober der Vorsitzende Siemss vom Evangelischen Arbeiterverein Magdeburg, der indes nicht zum Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine gehört; den Vorsitz führte Hofmeister vom Arbeiterverein der H. Wolffschen Werke in Magdeburg. Der Vortrag des Schlossers Warnede vom Arbeiterverein des Krupp-Gruson-Werks über die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele sollte die Zusammenfassung aller nationalen Arbeitervereine auf folgender Grundlage anbahnen:

Alle nationalen Werk- und Arbeitervereine schließen sich in den größeren Städten oder Bezirken zu Ausschüssen zusammen. Diese Ausschüsse unterstehen der Leitung eines Hauptauschusses. Jeder Verband usw. kann auf je 5000 Mitglieder ein Vorstandsmitglied in den Hauptauschuß beordern. Die Aufgaben dieser Haupt- und Unter-

ausschüsse sind: 1. Statistiken über die gesamte nationale Arbeiterbewegung aufzunehmen; 2. Stellung zu nehmen zu allen Arbeiterschutzgesetzen, Streiks, Aussperrungen und Arbeiterwahlen; 3. durch Zusammenschluß die nationalen Arbeiter gegen gewerkschaftlichen Terror zu schützen; 4. die Interessen der Arbeiter zu vertreten in den Gemeinderäten, in den einzelnen Landtagen, im Reichstage; 5. zu diesem Zwecke bei allen Wahlen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn diese mit den von den Ausschüssen aufgestellten Zielen einverstanden sind; 6. im anderen Falle besondere Kandidaten aufzustellen; 7. Mitteilungen herauszugeben.

Die weit gespannte Aussprache, in der die freien Gewerkschaften und nicht minder die H.-D. Gewerksvereine und die Christlichen Gewerkschaften scharf bekämpft wurden, ergab jedoch, daß die Vorschläge Warnedes den Vertretern der gelben Vereine von den Siemens-Schuckert-Werken für Berlin zu weitgehend erschienen („das können und dürfen wir heute noch nicht in Berlin tun!“) und daß nicht nur in den Reihen der gelben Vereine selbst, wie der Streit zwischen den Zeitungen „Bund“, „Wehr“ und „Deutsche Treue“ bezeugt, Meinungen bestehen, sondern auch zwischen den „Wertvereinen“ und den „Vaterländischen Vereinen“ Gegensätze teils wirtschaftlicher, teils politischer Natur klaffen, die eine rasche Einigung unmöglich machten. Besonders die Tatsache, daß bereits am Tage zuvor in Regensburg die 100 Vertreter der Wertvereine von ganz Deutschland, misamt den meistertreuen Bädergesellen, die alle zusammen etwa 60 000 Mitglieder umfassen, die Gründung eines Sonderbundes beschlossen hatten, wirkte neben dem persönlichen Streit um die Führerstellung so verstimmend, daß auch ein rasch eingeleiteter Unterausschuß zur Beratung der Einigungsfrage keinen Erfolg hatte.

Der Bund der Wertvereine und der Bund vaterländischer Arbeitervereine werden also vorläufig, da Herrn Ermert und seinen „Vaterländischen“ nicht die Führung zuerkannt wurde, getrennt marschieren. Doch wurde ein Rettungsvorschlag Hillwigs auf Errichtung eines Hauptausschusses, der von beiden Bündnissen zur Lösung der gemeinschaftlichen Fragen eingesetzt werden soll, im letzten Augenblick noch durchgebrocht. Einig aber erwies sich die Konferenz — und das ist wichtiger — in einigen anderen Punkten. Wünschenswert vom Bädergesellenbund und Hoyer-Berlin, die über das Koalitionsrecht und den Schutz der Arbeitswilligen sprachen, erwirkten die einstimmige Annahme folgender Entschlieung:

„Die Konferenz aller nationalen Arbeitervereine Deutschlands, die über 100 000 Arbeiter vertritt, protestiert aufs schärfste gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Boykottumwelen der Kampforganisationen der deutschen Arbeiterkraft, durch welche die Willensfreiheit des deutschen Staatsbürgers in unerträglicher Weise beeinträchtigt wird. Sie verlangt daher geeignete gesetzgeberische Maßregeln für den Schutz der Arbeitswilligen und insbesondere das Verbot des Streikpostensiehens.“

Daß das Verbot des Streikpostensiehens eine schwere Unterbindung des Streikrechts überhaupt bedeutet, machte diese Arbeiterversammlung an ihrem inhaltsreichen Beschlusse nicht im geringsten irre. Nach einer Rede von Rupp (Böblingen) über die staatliche und private soziale Fürsorge, die sich vornehmlich gegen die Kritik an den Fabrikwohlfahrtsanstalten wandte, klang die Tagung mit einer Kundgebung für Arbeiterwohlfahrt und nationale Machtentfaltung, die Baron v. Reibnitz-Berlin vorgelegt hatte, aus.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten veröffentlicht einen Leitfaden für die innere Verwaltung (60 S. 1 M.), der in höchst interessanter Weise zeigt, wie sich überall in den Arbeitnehmerverbänden dieselben Organisationsformen durchsetzen. Der Bund hat zwar von Anfang an sich entschieden auf gewerkschaftlichen Boden gestellt und daher auch gewerkschaftliche Formen zum Muster genommen. Jetzt, nach sechsjährigem Bestehen, spielt das Muster jedoch nur noch eine untergeordnete Rolle. Jetzt entscheidet die Praxis und die Erfahrung, und doch ähnelt der Leitfaden durchaus den Handbüchern der Gewerkschaften. Wie die Werkstätte die Zelle der Gewerkschaft bildet, so baut sich der Bund auf den Betriebsgruppen auf. In jedem Betrieb wählen die dort beschäftigten Bundesmitglieder einen Vertrauensmann, der ähnlich dem Werkstattvertrauensmann die Interessen seiner Kollegen dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen hat, aber auch gleichzeitig die Gesamt- und Bundesinteressen gegenüber den Kollegen wahrnehmen muß. Die nächsthöhere Organisationseinheit ist die Zählstelle oder die Ortsgruppe. Sind mehr als 15 Mitglieder an einem Orte, so können diese eine Ortsgruppe gründen, die ein selbständiges Leben führt. Bei geringerer Mitgliederzahl wird nur ein Vertrauensmann bestimmt, der dann das einzige Organ der Zählstelle bildet. Zwischen Ortsgruppen und Zentralverwaltung ist die Gauorganisation eingeschaltet. Der Gau, deren es 10 gibt, besitzt als Organ den Gauausschuß. Die Geschäftsführung erfolgt zunächst durch besoldete Gaubeamte. Ihnen liegt in der Hauptsache die Agitation ob. Zentralorgane sind der aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern bestehende Vorstand und der

Bundestag, dem insbesondere Wahl des Vorstandes und Bestimmung des Statuts vorbehalten sind. Der Leitfaden bietet außer der eingehenden Anweisung für sämtliche Funktionäre eine interessante Darstellung der Buchhaltung, die der in den Gewerkschaften üblichen Buchhaltung außerordentlich ähnelt.

Verschmelzungsversuche zwischen Privatbeamtenverbänden
sind in letzter Zeit sowohl im Bankfach wie im Technikerberuf hervorgetreten, jedoch ohne den gewünschten Ausgang. Im Gegenteil sind die Einigungsverhandlungen zwischen dem Deutschen Bankbeamtenverein und dem „Berein Berliner Bankbeamten“ nicht nur mißglückt, sondern haben auch recht scharfe persönliche Auseinandersetzungen im Gefolge gehabt, die ein friedliches Zusammenarbeiten der beiden feindlichen Brüderverbände in Zukunft nicht erleichtern. Die Versuche einer Verschmelzung der Technikerorganisationen sind einseitig vom „Bund der technisch-industriellen Beamten“ ausgegangen, der den Deutschen Technikerverband zur Bildung einer Einheitsorganisation unter Ausschluß der im Technikerverbande noch verbliebenen Arbeitgebermitglieder und der ihm angeschlossenen öffentlichen technischen Beamten in zahlreichen Versammlungen aufgefordert hat, um in geschlossener Stellung die Interessen der Industriebeamten gegenüber der immer schärfer sich konzentrierenden Unternehmermacht zu verteidigen. Der Verlauf der Stuttgarter Tagung des Deutschen Technikerverbandes und dessen praktische Haltung in sozialen Fragen bezeugen nach Ansicht des Bundes, daß die Unterschiede der beiden Organisationen nicht so grundsätzlicher Art seien, um ein längeres Fortbestehen der Doppelorganisation zu rechtfertigen. Die „Deutsche Technikerztg.“ jedoch beantwortete diese Einigungsversuche mit der Erklärung, daß sie in dem schönen Plan der Verschmelzung gewiß ein Ideal erblicke, aber ohne eine tiefe Erschütterung des Technikerstandes sei eine Verschmelzung in der vom Bunde vorgeschlagenen Form zurzeit nicht zu vollziehen.

Streiks und Aussperrungen.

Die Aussperrung in der britischen Schiffbauindustrie, die Mitte Oktober ihrem Ende zuzuneigen schien, ist durch den Widerspruch der Gewerkschaftsmitglieder gegen die von ihren Führern empfohlenen Einigungsbedingungen ins Unabsehbare verlängert worden. Die Unterhändler des Kesselschmiedegewerksvereins hatten die vom Arbeitgeberverbande geforderten Sicherheiten für die Befolgung des Tarifabkommens durch die Gewerkschaftsmitglieder zugestanden und die von den Unternehmern entworfene Bußgelberordnung samt der Bedingung angenommen, daß diese Gelder in abgesonderte Wohlfahrtskassen der Gewerkschaft fließen sollen. Andererseits hatten die Arbeitgeber eine nach Ansicht der Gewerkschaftsführer befriedigende Regelung der Akkordlohnfrage bei Veränderung der Werkstücke und des Arbeitsverfahrens zugesagt. Falls nämlich hierbei eine Lohnneuordnung, die den bisherigen Verdienst der Arbeiter bedrohte, geplant würde, so sollten die bisherigen Durchschnittslöhne so lange weitergezahlt werden, bis eine friedliche Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die neuen Lohnung erreicht sei. Endlich war das Einigungsverfahren zur Erörterung von Forderungen und Beschwerden neu geordnet worden. Bei rein örtlichen Fragen sollte die Gewerkschaft der Kesselschmiede einen Arbeitgeber als Obmann der Schlichtungsverhandlungen erwählen, der im Falle der Nichtverständigung einen endgültigen Schiedsspruch zu fällen hätte. Obgleich die Gewerkschaftsführer sich für die Annahme dieser Einigungsbedingungen verbürgt hatten, sind diese bei der geheimen Abstimmung der Gewerkschaftsmitglieder am 19. Oktober mit 10 079 gegen 8760 Stimmen verworfen worden, trotzdem der Kassenbestand des Gewerksvereins einem erfolgreichen dauernden Widerstand gegen die Aussperrung nicht mehr verspricht. In den Werftbezirken, wo die Not der Arbeiter und der von ihnen lebenden Kleinhändler schon groß ist, herrscht lebhafteste Bestürzung über das Abstimmungsergebnis, das nur durch den Widerspruch der Gewerksvereinsleute gegen eine Einmischung der Unternehmer in die Kassenverhältnisse des Vereins, gegen das sogenannte „earmarking of trade union funds“ zu erklären ist. Die Gewerksvereine haben bisher stets auf vollständig freie Verfügungsgewalt über alle ihre Kassen Wert gelegt und eine Sonderbehandlung bestimmter Summen für ausschließliche Unterstützungszwecke abgelehnt.

Der Werftarbeiterstreik bei der Hamburg-Amerika-Linie, deren Reparaturwerkstätte eine Sonderstellung abseits der eigentlichen Schiffbaubetriebe und ihres Übereinkommens von 1907 von jeher eingenommen und auch bei den jüngsten Einigungsverhandlungen beobachtet hat, ist

nach längeren Erörterungen zwischen der Direktion und einem Arbeiterausschuß unter Einziehung eines Gewerkschaftsvertreters am 21. Oktober ebenfalls, wie die Ausstände auf den anderen Werftbetrieben, beigelegt worden. Zwar hat die Hamburg-Amerika-Linie an der hergebrachten zehnstündigen Arbeitszeit festgehalten, in den übrigen Punkten aber Entgegenkommen gezeigt: So bewilligt sie Mindesteinstellungs-löhne von 40 M für volljährige ungelernte Hilfsarbeiter, erhöht alle Löhne um 2 M die Stunde, verbessert die Akkordlohnsätze entsprechend, regelt die Überarbeitenschädigungen und schafft einen Arbeiterausschuß, wie ihn die Werften anerkannt haben. Einige weitere Einzelheiten wurden geordnet und die Meldung zur Arbeit auf den 22. Oktober vereinbart. — Auch auf den Werftplätzen des „Nordb. Lloyd“ ist eine Einigung erzielt.

Ein Straßenbahnerstreik ist in Bremen am 15. Oktober ausgebrochen. Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Straßenbahner hatten Lohnforderungen gestellt. Die Direktion lehnte ein Verhandeln unter Zugziehung von Vertretern des Verbandes, worauf die Arbeiter bestanden, unbedingt ab. Trotz Heranziehung von Arbeitswilligen ruht der Verkehr völlig. Verhandlungen vor dem Gewerbegericht sind noch vor Beginn gescheitert, da die Streikenden sie von der Bewilligung folgender drei Bedingungen abhängig machten:

1. die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiterverbande wird dem Personal gestattet,
2. bei etwaiger Entlassung eines der unter 3 genannten Funktionäre ist dem Ausschuss sofort Mitteilung zu machen,
3. Maßregelungen, besonders wegen der Lohnbewegung, dürfen nicht stattfinden; insbesondere haben die Ausschussmitglieder und Vertrauensleute des Verbandes wegen ihrer Tätigkeit keinerlei Nachteile zu erwarten.

Die Direktion erklärte jedoch bereits die erste Bedingung für unannehmbar. Beim Transport der Arbeitswilligen vom Bahnhof ins Depot ist es leider mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Volkshäufen gekommen.

Lohnbewegungen in der deutschen Edelmetallindustrie. In Hanau ist eine Lohnbewegung friedlich beigelegt worden. Es wurde ein Vertrag geschlossen, der bis 18. Juni 1912 läuft und den Arbeitern für das Ende dieses Monats eine Erhöhung des Stundenlohnes um mindestens 2 M , für das dritte Quartal 1911 eine weitere Erhöhung um mindestens 1 M bringt. In Pforzheim scheint die Lohnbewegung zum Streik zu führen. Eine vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufene Versammlung beschloß, daß die männlichen Arbeiter kündigen, jede Überarbeit ablehnen und bei Akkordarbeit passive Resistenz üben sollen. In Oberstein sollen ebenfalls Lohnforderungen gestellt werden.

Die Lohnbewegung in der Ketten schmiederei von Cradley Heath, die infolge des englischen Gewerksamtergesetzes*) entstanden war (Soz. Pr. XIX Sp. 1400), ist zugunsten der streikenden und ausgeschlossenen Frauen beendet worden. Der Kampf drehte sich bekanntlich darum, daß die weiblichen Ketten schmiede bereits in der Übergangszeit, d. h. in den 6 Monaten, wo die durch das Lohnamt festgesetzten Löhne zwar schon veröffentlicht, aber noch nicht rechtsverbindlich sind, diese erhöhten Löhne beanspruchten und daß sie sich weigerten, in diesen 6 Monaten Überarbeit zu den niedrigeren Löhnen zu leisten, die nachher bei gegenseitigem Inkrafttreten der erhöhten Löhne zu Arbeitslosigkeit geführt hätte. Nur dadurch, daß dem Streikfonds für die über 600 Streikenden, die nur zum Teil gewerkschaftlich organisiert waren, aus den unbeteiligten Kreisen aller sozial Gesinnten reichlich Mittel gewährt wurden, waren die Frauen dieser Glendindustrie in der Lage, den Kampf durchzuhalten. Dem Fonds sind über 8000 Pfund, also 60 000 M zugeflossen. In einer Versammlung am 19. September erfolgte der Friedensschluß, nachdem die große Mehrzahl der beteiligten Fabrikanten, Zwischenmeister und Kaufleute sich bereit erklärt hatte, sofort die höheren Löhne zu zahlen. Auch verpflichteten sich die Fabrikanten, nicht an Kaufleute zu liefern, welche die Preise nicht einhalten, und umgekehrt sollen die Kaufleute keine unterbezahlten Fabrikate erwerben.

Arbeiterschutz.

Die Arbeitsordnung im Gastwirts-gewerbe.

Die Gewerbeordnung enthält bekanntlich auch einige neue Bestimmungen über die Arbeitsordnung, welche am 1. Januar 1910 Gesetzeskraft erlangt haben. Das Gesetz schreibt vor, daß in allen solchen Betrieben, die in der Regel — auch zu gewissen Jahreszeiten — 20 oder mehr Arbeiter beschäftigen, Arbeitsordnungen vorhanden sein müssen. Der Betriebsinhaber muß, wenn er eine Arbeitsordnung neu erlassen will, in bezug auf die Festlegung der einzelnen Bestimmungen seine großjährigen Angestellten hören und deren etwaige Bedenken entgegennehmen.

Die Arbeitsordnung wird in solchen Gewerbeorten, in denen die Arbeits- und Lohnverhältnisse ungeregelt sind, eine bedeutsame

*) „Gewerksamter“ ist die amtliche Übersetzung der englischen Trade Boards, wie sie das neue Gesetz errichtet.

Rolle spielen. Das wird insbesondere für das Gastwirts-gewerbe zu gelten haben. Man darf wohl der berechtigten Anschauung Ausdruck geben, daß Gesetze nicht nur deshalb gemacht werden, um einer gewissen Willkürlichkeit des einzelnen vorzubeugen, sondern daß sie auch deshalb gemacht werden, um Wirkung und Stöckkraft in der Praxis zu erlangen.

Der Verfasser hat festgestellt, daß z. B. in drei Großstädten mit je über 200 000 Einwohnern, in denen etwa 15 gastwirtschaftliche Betriebe zu verzeichnen sind, die in der Regel mehr als 20 Arbeiter beschäftigen — eine einzige Arbeitsordnung auf Grund der neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung vom 1. Januar 1910 existiert. Eine derartige Mißachtung unserer Gesetzgebung ist dazu angetan, das größte Bedenken hervorzurufen. Und man kann es verstehen, wenn in beteiligten Kreisen wegen der lagen Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen Vorwürfe gegen die in Betracht kommenden Behörden erhoben werden.

Wohl haben zahlreiche gastwirtschaftliche Betriebe eine Unmenge sogenannte „Arbeits-, Haus-, Geschäfts- und Betriebsordnungen“ erlassen, die aber alle eine durchweg diktatorische Eigenschaft besitzen. Man kann es begreifen, daß der wirtschaftlich Abhängige und Schwächere bei seiner Anstellung einer solchen einseitigen Vertragsvorschrift durch Unterschrift Anerkennung zollt. Diese einseitigen Arbeitsordnungen, wie wir sie im Gastwirts-gewerbe finden, sehen oft Geld- und andere Strafen vor, welche das Maß des gesetzlich Erlaubten erheblich überschreiten.

So macht durch die Verbandszeitungen der dem „Nationalen Kartell der Deutschen Gasthausangehörigen“ angeschlossenen Verbände eine sogenannte Arbeitsordnung die Bekanntheit der Öffentlichkeit, deren Inhalt selbst in jedem Unbeteiligten ein bestrebliches Gefühl erwecken muß und klar den Beweis erbringt, daß ein großer Teil der Geschäftsunkosten auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird. Derartige Auswüchse sind aber bedauerlicherweise im Gastwirts-gewerbe an der Tagesordnung.

Die schlimmsten Bestimmungen dieser „Arbeitsordnung“ eines gastwirtschaftlichen Betriebs in Brandenburg (die am 15. Juni 1910, also ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassen ist) seien hier wiedergegeben:

§ 4. Das Personal ist zu nachstehenden besonderen Leistungen verpflichtet:

a) das Kellnerpersonal: 1. Ersatz aller im Dienstbereiche der Kellner verloren gegangenen Gegenstände, als Wäsche, Silber und sonstiger Betriebsgegenstände; 2. Ersatz für alles im Dienstbereiche der Kellner und für alles durch diese selbst auch anderswo zerbrochene Geschirr; 3. 2 % vom Tagesumsatz; 4. Bezugs-geld für familiäre Zeitungen, Beschaffung aller Schreibmaterialien, Zahntoilette, Zündhölzer, Bug-utenilien; 5. Ersatz der Auslagen für Silberwäscher, Zuträger, Lokal-reiniger;

b) das Küchenpersonal: 1. Ersatz alles dessen, was durch Schuld des Betreffenden zerbrochen, verdorben, ungenießbar geworden oder abhanden gekommen ist; 2. Lohner-satz für Aushilfspersonal zur persönlichen Vertretung;

c) des Portiers: 1. 10 % von seiner Trinkgeldeinnahme; 2. Bezahlung etwaiger Vertretung sowie des ständigen Nachtportiers; 3. Anschaffung der Kuts- und Reisehandbücher;

d) der erste Hausdiener: 1. Bezahlung aller übrigen Hausdiener; 2. Bezahlung des gesamten Reinigungsmaterials zur Reinigung der Kleider und des Schuhzeuges der Reisenden und der Familie des Arbeitgebers, sowie zur Reinigung der Straße, der Höfe usw.; 3. Ersatz für alle wegen ungenügender Reinigung der Straße und der Höfe verhängten Strafen.

§ 5. Die Kündigungsfristen sind folgende: für Kellner dreitägig, für Köche und Küchenmamsells vierzehntägig, für Dienstmädchen vierzehntägig, aber nur zum 1. und 15. des Monats, für alles sonstige Personal jederzeitige Entlassung ohne Kündigungsfrist.

Die Kellner also haben 2 % vom Tagesumsatz, der Portier sogar 10 % an den Betriebsinhaber abzuführen. Diese beiden Kategorien tragen also einen erheblichen Teil der allgemeinen Betriebsunkosten. Außerdem müssen die Kellner sämtliche Zeitungen, Schreibmaterialien, Zahntoilette usw. aus ihrer eigenen Tasche bezahlen. Der Wirt befindet sich also in der beneidenswerten Lage, alles auf Kosten seiner Angestellten nach seinem eigenen Ermessen zu bestellen. Beachtenswert ist der Punkt 5 im Absatz a. Der erste Hausdiener hat die Bezahlung aller übrigen Hausdiener zu übernehmen und muß sogar noch die Kosten des Reinigungsmaterials zur Reinigung der Sachen der Familie des Arbeitgebers aus seiner eigenen Tasche tragen. Wahrlich, das sind Zustände, die eines modernen Kulturstaates unwürdig sind.

Es soll hier nicht ermessen werden, wie die allgemeinen Arbeits- und Lohnverhältnisse für den Stand der gastwirtschaftlichen Arbeiter günstig zu gestalten sind; das ist Sache und Angelegen-

heit der Interessentengruppen. Jedenfalls aber bietet das Gesetz Handhaben, daß solchen, den allgemein herrschenden sozialen Anschauungen hohen sprechenden Arbeitsbedingungen durch die Arbeitsordnung auf Grund der Gewerbeordnung von 1910 Abbruch getan wird. Denn auch die oben erwähnte Arbeitsordnung ist natürlich durch den Unternehmer diktatorisch vorgeschrieben. Ist es aber nicht der Wille unserer sozialen Gesetzgebung, den wirtschaftlich Schwächeren zu schützen? Darum ist es auch ein billiges Verlangen, wenn man von den mit der Durchführung solcher gesetzlichen Bestimmungen beauftragten Organen erwartet, daß sie ihre Pflicht erfüllen und die nötige Beaufsichtigung ausüben. Das scheint aber in bezug auf die Befolgung der Arbeitsordnung, die auch für das Gastwirts-gewerbe gilt, nach den bislang gemachten Erfahrungen nicht der Fall zu sein.

Hannover.

Adolf Schaar.

Die unvollkommene Durchführung des Kinderzuschlaggesetzes in gewerblichen Betrieben gibt dem preussischen Kultusminister erneut Anlaß, auf eine tätige Mitwirkung der Schule bei der Handhabung der Schulaufsicht über die gewerbliche Kinderarbeit hinzuweisen. Der Minister hat daher genehmigt, daß die Feststellung der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben künftig unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen erfolge. Damit diese aber nicht die Freude an der Mitwirkung verlieren, soll die Listenführung über die mit Arbeitsarten versehenen Kinder möglichst einfach gestaltet werden, auch dürfen den Lehrern keinerlei eingehendere Erhebungen zugemutet werden, die sie zu aufwändigen Nachforschungen zwingen würden. Die Listen sollen etwa zweimal im Jahre den Gewerbeinspektoren übermittelt werden.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Haftpflichtversicherung der Rechtsauskunftsstellen.

Zwischen dem Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen und der Schweizerischen Unfallversicherungs-Aktiengesellschaft in Winterthur (vertreten durch deren Filiale in Berlin SW. 68, Charlottenstr. 77) ist ein am 1. November 1910 in Kraft tretender Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die genannte Versicherungsgesellschaft den Mitgliedern des Verbandes auf Antrag Haftpflichtversicherung gegen Körperverletzung und Vermögensschäden Dritter gewährt. Die Gesellschaft berechnet folgende Prämien:

Garantie-summe	Für Auskunftsstellen	
	mit mehr als 8000 Fällen im Jahre:	mit weniger als 8000 Fällen im Jahre:
5 000 M.	80,00	15,00
10 000 "	45,00	25,00
15 000 "	52,50	30,00
20 000 "	56,25	32,50
25 000 "	60,00	35,00

Eine Selbstversicherung der Rechtsauskunftsstellen ist nicht vorgesehen. Die Gesellschaft bezahlt den Schaden vielmehr ohne jeden Abzug. Bei Vereinbarung einer Selbstversicherung von 10 % werden auf die vorstehenden Prämien 25 % Rabatt gewährt. Die Prämien verstehen sich für 1—9 jährige Versicherungen. Bei Abschluß auf 10 Jahre gewährt die Gesellschaft einen Rabatt von 10 %. Die persönliche Haftpflicht der Angestellten und Mitarbeiter der Rechtsauskunftsstellen ist ohne weiteres mitversichert, ebenso ist die Unfallversicherung prämienfrei eingeschlossen.

Etwaige Streitigkeiten unterliegen einem Schiedsgericht. Die den Verbandsmitgliedern eingeräumten Vergünstigungen behalten auch nach Ablauf des Vertrages sowie beim Ausscheiden des Versicherten aus dem Verband weitere Gültigkeit bis zum Ablauf der Versicherung. Die Gesellschaft behält sich das Kündigungsrecht im Schadensfälle ausdrücklich vor. Ist die Gesellschaft genötigt, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, so bleiben die gefürhten Versicherungen solange in Kraft, bis die betr. Rechtsauskunftsstelle bei einer anderen Gesellschaft Deckung gefunden hat, höchstens jedoch vom Kündigungstage ab gerechnet auf die Dauer eines Jahres.

Der Vorstand des Verbandes hat sich demgegenüber verpflichtet: 1. den Verbandsmitgliedern vom Abschluß und Inhalt des Vertrages Kenntnis zu geben und sie zur Versicherungsnahme bei der Versicherungsgesellschaft tunlichst zu veranlassen; 2. während

der Dauer dieses Vertrages mit keiner anderen Gesellschaft einen Haftpflichtversicherungsvertrag abzuschließen, auch keine eigene Haftpflichtversicherungsgesellschaft zu gründen und sich auch nicht an der Gründung einer solchen zu beteiligen; 3. der Versicherungsgesellschaft alljährlich ein Verzeichnis der Mitglieder kostenfrei einzusenden. Der Vertrag gilt vorläufig auf die Dauer von 10 Jahren und verlängert sich stillschweigend um dieselbe Zeit, wenn er nicht von einer Seite gekündigt wird.

Es ist äußerst dankenswert, daß der Verbandsvorstand diesen Vertrag zuwegegebracht hat, der es auch den kleinsten Rechtsauskunftsstellen ermöglicht, sich gegen etwaige Haftschäden zu versichern und damit vielfachen Bedenken gegen die Errichtung von gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen zu begegnen, und es ist dringend zu wünschen, daß nun auch möglichst viele Rechtsauskunftsstellen von dieser Versicherungsmöglichkeit Gebrauch machen. — Die Verbandsleitung ersucht die Mitglieder, Versicherungsanträge unter Angabe der Zahl der im letzten Jahre erteilten Auskünfte und der gewünschten Garantiesumme an die Geschäftsstelle des Verbandes zu richten.

Aus der Praxis der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen.

Von Rat Dr. Link, Lübeck.

(Vertretung vor den Gewerbe-gerichten und Schieds-gerichten für Arbeiterversicherung. — Auslagenerstattung bei den öffentlichen Rechtsauskunftsstellen. — Rechtsauskunftsstellen und Alimentenbeitreibung.)

1. Die Vertretung vor den Gewerbe-gerichten und vor den Schieds-gerichten für Arbeiterversicherung.

Die oft beklagten Schwierigkeiten, die auch die Vertreter gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen beim Auftreten vor den Gewerbe-gerichten finden, bestehen, wie eine früher von mir veranstaltete Rundfrage ergeben hat, an vielen Orten. Diese Schwierigkeiten sind durchaus unnötig und finden in dem Gesetze jedenfalls dann keine Begründung, wenn die Rechtsauskunftsstelle sich auf die ausnahmsweise Vertretung von Parteien beschränkt, die, durch Krankheit oder Ortsabwesenheit verhindert, ihre Termine selbst wahrzunehmen, einen Vertreter selbst stellen können und vom Gericht keinen Vertreter bestellt erhalten. Tragen die Gewerbe-gerichte selbst für eine geeignete Vertretung Sorge (z. B. in der „Soz. Pr.“ XIX Sp. 1473 mitgeteilten Weise), liegt für die Rechtsauskunftsstelle ein Anlaß zur Übernahme von Vertretungen nicht vor. Erachtet es aber das Gewerbegericht nicht als seine Aufgabe, in Fällen der angebotenen Art für Vertretung der verhinderten Partei zu sorgen und weist gleichwohl die Vertreter der Rechtsauskunftsstelle zurück, dann ist ein Mißstand gegeben, dem abzuweichen im Interesse des Rechtsschutzes der Minderbemittelten dringend geboten ist. Brenner führt in seinem jüngst erschienenen Kommentar zum Gesetz betr. Kaufmannsgerichte zu diesem Punkte aus:

„Solange sich diese Personen (Angestellte der Berufsverbände und der Rechtsauskunftsstellen) darauf beschränken, ohne Vorliegen einer förmlichen gegenseitigen Verpflichtung und Berechtigung bei besonderer Verhinderung einer Partei infolge Krankheit, Abwesenheit u. dergl. ohne Entgelt vor Gericht gelegentlich aufzutreten, kann nicht davon gesprochen werden, daß sie das Verhandeln vor Gericht zu einem Teil ihrer Lebens- oder Berufstätigkeit machen. Eine gegenseitige Auffassung kommt vielfach einer Rechtsverweigerung gleich und trägt in starrem Festhalten an dem Wortlaut des Gesetzes den sozialen Anforderungen des praktischen Lebens keine Rechnung und dient auch nicht dem Hauptzweck des Gesetzes, d. i. Ausschaltung der kostspieligen Rechtsanwaltschaft und der sog. Winkeladvokaten.“

Die Praxis mancher Gewerbe-gerichte kommt in der Tat einer Rechtsverweigerung gleich und steht dem Zwecke des Gewerbe-gerichtsgesetzes, für die gerichtliche Durchführung gewerblicher Streit-sachen einfachere und leichtere Formen festzusetzen, entgegen. Ist ein Hinweis hierauf beim Gewerbegericht ohne Erfolg, so ist es geraten, sich auf Grund bestimmter Einzelfälle, die den Mißstand praktisch hervortreten lassen, an die staatliche Aufsichtsbehörde zu wenden. Die Aufsichtsbehörden können sich der Aufgabe, jenen Fällen der Rechtsverweigerung auf die eine oder andere Weise abzuwehren, nicht entziehen. In welcher Weise alsdann für Abhilfe gesorgt wird, ist nebensächlich. Das Hauptziel bei der Bekämpfung jenes Mißstandes ist jedenfalls nicht, die Zulassung von Vertretern der Rechtsauskunftsstelle für die bezeichneten Ausnahmefälle zu erreichen, sondern, im Interesse des Rechtsschutzes der Minderbemittelten, jenem einer Rechtsverweigerung gleichkommenden Verfahren abzuwehren.

Erfreulicherweise begegnet die Zulassung von Vertretern der Rechtsauskunftsstellen vor den Schiedsgerichten für Arbeiterver-

sicherung nur ausnahmsweise Schwierigkeiten. Dagegen bringt hier das Verfahren im einzelnen mancherlei Schwierigkeiten mit sich. Bei manchen Schiedsgerichten ist das Verfahren überaus langwierig; kommt es doch vor, daß allein von der Einreichung der Berufungsschrift bis zum ersten Verhandlungstermin Zeiträume von drei und vier Monaten verstreichen, obwohl in dieser Zeit nichts veranlaßt ist als die Einforderung der Akten. Häufiger noch wird über summarisches Verfahren in den Schiedsgerichtskammern geklagt. Wenn in einem Termin von wenigen Stunden 18, 20 und mehr Berufungssachen zu verhandeln sind, dann ist die Gefahr einer nicht hinreichend sorgfältigen Behandlung der einzelnen Sachen gewiß nicht zu leugnen. Wo ein solches Verfahren vorkommt, ist eine Vertretung der Beteiligten in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht doppelt geboten, und der Vertreter wird besonders auf Beschaffung alles sachdienlichen Materials bedacht sein müssen. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, daß die Rechtsauskunftsstelle (am besten schon vor der Einlegung der Berufung, um unnötige Verurteilungen zu vermeiden) die in Betracht kommenden Zeugen hört, namentlich sich in geeigneten Fällen die Wahrnehmungen der Arbeitgeber, Werkmeister usw. mitteilen läßt und die von ihr hierzu aufgenommenen, von den Zeugen zu unterschreibenden Protokolle oder die schriftlichen Auskünfte zu den Akten des Schiedsgerichts überreicht.

Wenn ein Schiedsgericht Bedenken tragen sollte, derartige private Erhebungen ohne weiteres den behördlichen oder gerichtlichen gleichzustellen, so liegt doch stets die Parteibehauptung vor, daß die angeführten Zeugen in der aus den Briefen oder Protokollen ersichtlichen Weise bei ihrer gerichtlichen Vernehmung aussagen werden, und das Schiedsgericht kann nicht umhin, die Zeugen seinerseits zu vernehmen, wenn die von ihnen beendeten Tatsachen erheblich sind. Sehr wertvoll ist auch die Beifügung ärztlicher Zeugnisse. Der Rechtsauskunftsstelle teilen die Ärzte in der Regel bereitwillig und, auch bei schriftlicher Niederlegung kostenlos, ihre Wahrnehmungen mit. Selbstverständlich handelt es sich hierbei stets nur um kurze Äußerungen, die bei Erheblichkeit das Gericht zur Einholung eines eingehend begründeten ärztlichen Gutachtens veranlassen werden. In komplizierten Fällen ist ein derartiges Verfahren nicht möglich; dann bleibt nichts übrig, als eine besondere Untersuchung durch einen Arzt herbeizuführen. Hierzu sind die Akten unentbehrlich; sofern sie der Rechtsauskunftsstelle, mit Rücksicht auf ihre Parteirolle, nicht überlassen werden sollten, werden sowohl die Berufungsanwaltschaft wie auch das Schiedsgericht keinen Anstand nehmen, ihre Akten den Ärzten zu überlassen, von denen der Versicherte ein Gutachten erbittet. Stehen dem Sachverständigen aber die Akten zur Verfügung, wird er auch die Erstattung eines in diesem Falle selbstverständlich zu honorierenden Gutachtens in der Regel nicht ablehnen.

Für solche besonderen Fälle aber, in denen die Einholung eines ärztlichen Gutachtens ratsam erscheint — die Regel wird natürlich stets die Einholung des Gutachtens durch das Schiedsgericht bleiben müssen, der Versicherte jedoch die Kosten nicht tragen kann, muß der Fonds der Rechtsauskunftsstelle helfen. Jeder Leiter einer Rechtsauskunftsstelle sollte darauf bedacht sein, einen solchen Fonds zu erhalten, um in besonderen Fällen einmal eingreifen zu können. Ein solcher Fonds, in aller Stille gesammelt und verwaltet, ist unentbehrlich. Bei der Versendung des Jahresberichts bietet sich Gelegenheit, von bemittelten Freunden der Rechtsauskunftsstelle Beiträge für den Fonds zu erbitten. Es ist ja nur wenig erforderlich. Kosten, die für ein ärztliches Gutachten aufgewendet werden, sind außerdem zu ersetzen, wenn auf Grund eines Gutachtens eine ganz oder teilweise obliegende Entscheidung erzielt wird.

2. Die Auslagenerstattung bei den öffentlichen Rechtsauskunftsstellen.

Die große Mehrzahl der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen steht in ihren Bestimmungen die Erstattung der Schreib- und Porto-Auslagen bei Gewährung praktischen Rechtshülfes vor, eine Maßnahme, die keineswegs die Annahme einer entgeltlichen Tätigkeit rechtfertigt und vom Standpunkte der gemeinnützigen Rechtsauskunft durchaus unbedenklich ist. Im einzelnen wird indessen die Auslagenerstattung verschieden gehandhabt. Je einheitlicher aber das Verfahren der Rechtsauskunftsstellen in dieser Beziehung ist, desto weniger Schwierigkeiten bietet die praktische Durchführung. — Zweckmäßig erscheint es, grundsätzlich Auslagenerstattung zu verlangen. Die Auskunftsuchenden haben selbst häufig den Wunsch, die Auslagen zu ersetzen (oft freilich in der irrigen Annahme, daß der Auskunfterteilende, dem sie ohnehin schon für sein Interesse dankbar sind, die Kosten aus eigener Tasche zu tragen

hat); es handelt sich zumeist um kleine Beträge, die unschwer getragen werden können, die aber insgesamt für die Rechtsauskunftsstelle einen nennenswerten Beitrag zur Deckung der Unkosten ergeben; kein Auskunftsuchender wird durch die Vorschrift der Auslagenerstattung von der Inanspruchnahme der Rechtsauskunftsstelle zurückgehalten werden. Endlich werden auch für den Rat suchenden durch die Rechtschupflichkeit der Rechtsauskunftsstelle oftmals wirtschaftliche Vorteile herbeigeführt, die ebenfalls die Erstattung der Schreib- und Porto-Auslagen leicht ermöglichen.

Selbstverständlich muß es dem Leiter der Rechtsauskunftsstelle überlassen bleiben, in besonderen Fällen von der Auslagenerstattung abzusehen oder die zu ersetzende Summe nur zum Teil zu verlangen. Mit dieser Maßgabe ist es aber völlig unbedenklich, die zu erstattenden Schreibkosten, dem Vorgehen der neueren Justizgesetzgebung entsprechend, auf 20 Pfg. für die Schreibseite festzusetzen. In voller Höhe wird dieser Betrag, neben den Portoauslagen, namentlich von den bemittelten Gegnern der Auskunftsuchenden zu fordern sein. Zieht die Rechtsauskunftsstelle Forderungen ein, so ist in geeigneten Fällen vom Gegner neben der Hauptsumme zugleich der Betrag der Auslagen zu verlangen. Wird auf Grund längerer Vergleichsverhandlungen eine Verständigung der Streitenden herbeigeführt, so wird sich ebenfalls unschwer Gelegenheit bieten, nach Lage der Sache von dem einen oder anderen Teile oder von beiden je zur Hälfte die Auslagen ersetzen zu lassen. Übernimmt die Rechtsauskunftsstelle bei auswärtigen Gerichten die Anfertigung des Armenrechtsgesuches, in Amtssachen auch die Einreichung der Klage und hernach die Korrespondenz mit dem Armenanwalt, die Anfertigung von Schriftsätzen usw., so sind die Auslagen als zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung gehörig vom unterliegenden Gegner zu ersetzen und auf Antrag bei der Kostenfestsetzung mit zu berücksichtigen. Auch im Schiedsgerichtsverfahren begegnet der Anspruch auf Auslagenerstattung keinen Schwierigkeiten, namentlich wenn sich die Rechtsauskunftsstelle durch Anhörung von Zeugen und Befragung von Arbeitgebern oder Ärzten an der Aufklärung des Sachverhalts beteiligt. Auf diese Weise wird sich bei einer Rechtsauskunftsstelle mit umfangreicher Rechtshupflichkeit, auch wenn die Auslagenerstattung den Unbemittelten im weitesten Umfange erlassen wird, leicht ein erheblicher Betrag ergeben, der, wenn er nicht zur Deckung der Unkosten erforderlich ist, zum weiteren Ausbau der Einrichtung jedenfalls sehr erwünscht sein wird.

3. Rechtsauskunftsstellen und Altmutterbeitreibung.

Die Berufsvormundschaft hat sich im letzten Jahrzehnt überraschend schnell durchgesetzt; aber noch sind wir weit davon entfernt, daß die Berufsvormundschaft auch nur für den größeren Teil des Reiches durchgeführt ist, noch haben wir zahlreiche Einzelvorfälle unehelicher Kinder, die den Aufgaben ihres Amtes, soweit es sich um die Beitreibung des Unterhalts ihrer Wunden handelt, nicht im entferntesten gewachsen sind; noch haben wir eine Riesenschar von unehelichen Kindern, deren knapp bemessene Rechte durch die mangelnde Fürsorge für die Wahrnehmung ihrer Interessen verkümmert werden. Soweit aber die Berufsvormundschaft trotz ihrer Notwendigkeit — und diese ist bei Schwierigkeiten in der Altmutterbeitreibung stets gegeben — in der üblichen Form noch nicht durchgeführt ist, bietet sich den öffentlichen Rechtsauskunftsstellen Gelegenheit, helfend einzugreifen, den Ärmsten unter den Armen bei der Verwirklichung ihrer Rechte behilflich zu sein. Tatsächlich entfalten auch die Rechtsauskunftsstellen an Orten, an denen die Berufsvormundschaft noch fehlt, vielfach eine umfangreiche Tätigkeit in Alimentsachen; in Vollmacht der Vormünder suchen sie den Unterhalt der Kinder beizutreiben im Wege gütlicher Vereinbarung oder, wenn dies nicht zum Ziele führt, durch zwangsweises Vorgehen. Dieses Verfahren leidet aber an einem wesentlichen Mangel. Die Rechtsauskunftsstelle wird mit derartigen Sachen in der Regel erst befaßt, wenn kostbare Zeit verstrichen ist und der Kindesvater sich bereits so sehr seinen Verpflichtungen zu entziehen gewußt hat, daß ein erfolgreiches Vorgehen außerordentlich erschwert oder gar unmöglich geworden ist. Diese Wahrnehmung hat die öffentliche Rechtsauskunftsstelle zu Lübeck zu einer Ausgestaltung ihrer Tätigkeit in Alimentsachen geführt, die sich bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens ausgezeichnet bewährt hat. Auf Grund einer auf Anregung der Rechtsauskunftsstelle zwischen dem Vormundschaftsgericht und der Rechtsauskunftsstelle getroffenen Abrede wird seit dem 1. April dieses Jahres der Leiter der Rechtsauskunftsstelle den unehelichen Kindern neben dem Großvater des Kindes oder einer sonst berufenen oder geeignet erscheinenden Persönlichkeit zum Vormunde bestellt mit der Aufgabe, den Unterhalt des Kindes von

dessen Vater beizutreiben. Dieses Verfahren stützt sich auf § 1797 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Bestellung vollzieht sich in der Weise, daß das Vormundschaftsgericht dem Leiter der Rechtsauskunftsstelle eine Bestellung, nach Abschluß eines Unterhaltsvertrags, auch eine vollstreckbare Ausfertigung dieses Vertrags, übersendet; wenn aber ein Unterhaltsvertrag beim Amtsgericht nicht zustande gekommen ist, ihm die Gerichtsakten zur Kenntnis bringt, um ihm auf Grund der vom Gericht getroffenen Feststellungen ein weiteres Vorgehen zu ermöglichen.

Alsdann, also zumeist schon sehr kurze Zeit nach der Geburt des Kindes, setzt die Tätigkeit des Witvormundes ein. Dem Vater des Kindes werden in eindringlicher Weise seine Pflichten vorgehalten, ihm wird bedeutet, daß er trotz etwa noch weitergehender Verpflichtungen nur seinen Kräften entsprechend zur Zahlung angehalten werden soll und daß er Entgegenkommen zu erwarten habe, solange er nur selbst zur Erfüllung seiner Verpflichtungen tue, was zu tun er imstande sei; für den Fall, daß er sich seinen Verpflichtungen zu entziehen suchen sollte, werden ihm gleich zu Anfang alle die Maßnahmen, die das Gesetz solchenfalls gegen ihn bietet, deutlich vor Augen gehalten. Bei einer derartigen Einleitung der Sache ist weit eher denn sonst darauf zu rechnen, daß die Väter ihren Verpflichtungen nach Kräften gerecht zu werden suchen und alle die entlofen Weiterungen vermieden werden, die die wirtschaftliche Existenz des Erzeugers zerstören, dem Kinde aber nur verhältnismäßig wenig einbringen. Das Bedenken, das früher einmal gegen eine solche Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle erhoben worden ist, hat die Erfahrung nicht bestätigt. Man hat gemeint, die Rechtsauskunftsstelle könne das Vertrauen, wenigstens eines Teiles der minderbemittelten Bevölkerung durch ein aggressives Vorgehen gegen die Erzeuger verlieren. Das ist aber bei richtigem Vorgehen nicht der Fall. Man muß eben dem Vater des Kindes klar machen, daß man auf Grund der Verpflichtung seines Amtes als Witvormund handelt, daß es sich um sein, des Vaters, Kind handelt und daß dieses in der Regel nichts weiter auf der Welt hat als das Recht auf Unterhalt. Das weiß ein verständiger Kindesvater stets zu würdigen. Er versteht es, daß der Witvormund energisch auf die Wahrnehmung der Rechte des Kindes bedacht ist, er erkennt eine verständnisvolle Berücksichtigung seines Verhältnisses dankbar an und wird sich bei aggressivem Vorgehen, das infolge seiner Weigerung notwendig wird, über den Grund und die Berechtigung des Vorgehens nicht im unklaren sein. Wie sehr andererseits das geschilderte Verfahren den unehelichen Kindern und damit auch der Armenkasse zum Vorteil gereicht, braucht nicht auseinandergelegt zu werden. — Dieses Verfahren der Rechtsauskunftsstelle wird selbstverständlich dann sein Ende finden, wenn die volle Berufsvormundschaft eingeführt wird. Dies Verfahren wird aber gar leicht an einem Orte die Einführung der Berufsvormundschaft anbahnen und erheblich erleichtern. Ob alsdann bei Einführung der Berufsvormundschaft diese, wie bisher vielfach, der Armenanstalt oder aber der Rechtsauskunftsstelle angegliedert werden soll, ist eine Frage, die eine besondere Erörterung erfordert.

Das in Lübeck geübte Verfahren wird sich namentlich an kleinen Orten ohne Berufsvormundschaft empfehlen. Kleine Gemeinden leiden in der Regel in besonderem Maße an der Unzulänglichkeit der Einzelvormundschaft und der dadurch bewirkten unzulänglichen Wahrung der Rechte der unehelichen Kinder. Ein Hinweis auf die Erleichterung der Armenlasten, die die Wahrnehmung der Rechte der unehelichen Kinder durch die Rechtsauskunftsstelle mit sich bringt, wird das Interesse der Gemeinden an der Rechtsauskunftsstelle erheblich erhöhen, die Gemeinden auch geneigter machen, zu den Kosten der Rechtsauskunftsstelle beizutragen bzw. die Gründung und Unterhaltung der Rechtsauskunftsstelle selbst zu übernehmen. Auch ist jenes Verfahren vorzüglich geeignet, die Rechtsauskunftsstelle zu denjenigen Kreisen in Beziehung zu bringen, denen zu helfen sie bestimmt ist, und ihr so namentlich über anfängliche Schwierigkeiten leichter hinwegzuhelfen.

Urteil eines Richters über die Rechtsauskunftsstellebewegung. In einem in Nr. 15 der „Deutschen Juristen-Ztg.“ vom 1. August 1910 veröffentlichten Artikel „Die deutsche Rechtsentwicklung im Jahre 1909“ sagt Oberlandesgerichtsrat Geh. Justizrat Schneider-Stettin, eine der interessantesten Erscheinungen in unserer Rechtsentwicklung sei das kräftige Ausblühen der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, für die, gewiß in besonders anzuerkennender Weise, zum Teil selbst die Rechtsanwaltschaft ihre Kräfte zur Verfügung stelle:

„Hier wird.“ heißt es dann weiter, „auf rechtlichem Gebiete etwas wahrhaft Rühmliches getan und ein verständiges Gegengewicht gegen die unvermeidliche Verwilderung unserer Rechtsvorschriften geschaffen, der

schließlich kaum noch der Mann von Beruf gewachsen bleibt, es sei denn, daß ihm die gefällige Arbeit der Kommentare und Präjudizien-sammlungen die Nähe eigenen Erinnerens und Nachdenkens nach Kräften abnimmt. Jene Auskunftsstellen kommen offenbar einem wahren und tief empfundenen Bedürfnis in unserem Volksleben entgegen. Das zeigt allein schon ihre starke Benutzung und große räumliche Verbreitung. Sie tun auch wohl bis zu einem gewissen Maße dem kostspieligen Unfuge der Winkelschreiber und -ratgeber und mancher überflüssigen Prozeßführung im Armenrechte wirksamen Abbruch. Sie sind ein Erzeugnis aufrichtigen Wohlwollens gegen das Volk, besonders gegen die große Zahl der schwächsten, verschämten und ungewandten Personen in ihm; für die Rechtskundigen, die für sie arbeiten, zugleich eine Fülle der Belehrung über volkstümliches Rechtsempfinden, Rechtsverständnis und Rechtsbedürfnis — eine Schulung, nach den Zielen der römischen Kautelarjurisprudenz den künftigen Rechtsstreitigkeiten und den mancherlei Klippen und Kniffen, die darin dem guten Rechte gefährlich werden können, rechtzeitig vorzubeugen. Es ist deshalb außerordentlich dankbar zu begrüßen, wenn, wie dies z. B. in Sachsen geschieht, jüngere Juristen zu ihrer weiteren Ausbildung diesen „Rechtskliniken“ überwiesen werden. Möchte denn durch die Beschäftigung mit dieser wichtigen neuen Einrichtung unseres Rechtslebens vor allem die Erkenntnis mehr und mehr heranreifen, daß unser Volk auch von den Gerichtsbehörden eine allerdings streng unparteiische Förderung bei der Verfolgung der Rechtsinteressen erwarten darf und daß die Beteiligten im Streitfalle nicht hilflos nach der Schulregel der Verhandlungsmaxime und ähnlicher Erfindungen sich selbst überlassen werden. In der Hinüberneigung zu solcher Behandlung der Streitfachen erblicke ich denn auch einen der Hauptvorteile der jetzigen Zivilprozeßnovelle.“

Eine gemeinbildliche Rechtsauskunftsstelle in Reutlingen ist am 1. Oktober 1910 in Tätigkeit getreten. Der Staat leistet einen Beitrag in Höhe von 45 % des für den anzustellenden Beamten ausgelegten Gehalts. Der Kreis, für den das Auskunftsamt in Betracht kommt, umfaßt die Oberämter Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Wümmingen, Urach, Herrenberg und Nürtingen. Eine Gebühr wird für die Auskunfterteilung nicht erhoben, telefonische Auskunft soll nicht erteilt werden. Mit dem Reutlinger Amt bestehen nunmehr drei gemeinschaftliche Auskunftsstellen in Württemberg die vom Staate einen Unterhaltungszuschuß erhalten, nämlich außer Reutlingen noch Heilbronn und Ulm.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Bestimmungen des fünften Buches „Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten“ wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. In § 1485, der besagt, daß von den Berufsgenossenschaften für Krankenpflege drei Achtel des Grundlohns, nach welchem sich das Krankengeld des Berechtigten bestimmt, zu erlegen sind, wurde angefügt: „sofern nicht höhere Aufwendungen zu machen sind“. In § 1489 wurde die Frist, nach welcher der Anspruch der Krankentassen an die Träger der Unfallversicherung ausgeschlossen sein soll, auf drei Monate, statt sechs im Entwurf, wie bisher festgesetzt und die Bestimmung hinzugefügt: „Wenn diese Frist ohne Verschulden der Krankentasse verläuft ist, so kann der Anspruch noch eine Woche später geltend gemacht werden.“ — Die Beratungen des sechsten Buches „Verfahren“ begannen mit einer nochmaligen Generaldiskussion über die Versicherungsämter und die Entlastung des Reichsversicherungsamts, die jedoch zunächst einen greifbaren Erfolg nicht hatte. Bei der Einzelberatung wurde die Verjährungsfrist für die Geltendmachung der Unfallrente erweitert (§ 1530). Die Entscheidung über § 1534 (Leistungen der Krankentasse) wurde ausgesetzt bis zur Entscheidung über die Formen und Zuständigkeit des Verfahrens, d. h. ob die Versicherungsämter als erste Instanz gelten sollen. Zu § 1542 wurde folgender vierte Absatz hinzugefügt:

„Der Verletzte oder ein Hinterbliebener kann beim Versicherungsamt den Antrag auf polizeiliche Untersuchung auch unter den Voraussetzungen des Abs. 3 (falls voraussichtlich keine Entschädigung zu leisten ist) stellen. Das Versicherungsamt kann die Ortspolizeibehörde um die Untersuchung ersuchen. Wird die Untersuchung abgelehnt, so kann das Versicherungsamt die Untersuchung selbst vornehmen.“

Im § 1547 (Unfallversicherung) wurde hinzugefügt, daß Sachverständige auch auf Antrag des Verletzten zugezogen werden können. In § 1548 (Feststellung der Untersuchungsergebnisse) wurde hinzugefügt, daß das Reichsversicherungsamt nähere Vorschriften für die Niederschrift der Untersuchungsverhandlungen erlassen kann. § 1549, nach dem die Ortspolizeibehörde ein ärztliches Gutachten einzuholen hat, wenn der Unfall voraussichtlich entschädigungspflichtig ist, wurde gestrichen. § 1551, nach dem die obere Verwaltungsbehörde bestimmen kann, daß

statt der Polizeibehörde das Versicherungsamt die Untersuchung vornehmen kann, wurde trotz Befürwortung durch den Staatssekretär gestrichen. § 1552, wonach die Leistungen der Unfallversicherung durch den Sektionsvorstand bzw. durch den Genossenschaftsvorstand festgestellt werden, wurde angenommen, ein Antrag, diese Aufgabe dem Versicherungsamt zuzuweisen, wurde abgelehnt. § 1555 erhielt folgende Fassung:

„Gält der Versicherungsträger die Sache nicht für genügend aufgeklärt, so kann er weitere Ermittlungen anstellen. Sollen Zeugen oder Sachverständige im Wege der Rechtshilfe eிடlich vernommen werden, so soll das Versicherungsamt darum ersucht werden. Unterliegt die Beweisaufnahme erheblichen Schwierigkeiten oder ist Gefahr im Verzuge, so können auch andere Behörden ersucht werden.“

Die Bestimmungen über die Verweigerung der Aussage oder Eidesleistung von Zeugen und Sachverständigen erhielten folgende Fassung (§ 1557 Abs. 2):

„Ob die Aussage oder die Eidesleistung verweigert werden darf, entscheidet, wenn das Ersuchen durch das Versicherungsamt ergangen ist, dieses, wenn es durch den Versicherungsträger unmittelbar gestellt ist, der ersuchte Richter. Gegen die Entscheidung des Versicherungsamts ist binnen einer Woche Beschwerde an das Oberversicherungsamt zulässig. Es entscheidet endgültig. Für die Beschwerde gegen den um die Entscheidung ersuchten Richter gelten die Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend.“

Die beiden ersten Absätze von § 1562 wurden, wie folgt, abgeändert:

„Verweigert der Unternehmer dem Versicherungsträger die Einnahme des Augenscheins, so entscheidet das Versicherungsamt, ob und in welcher Weise der Augenschein stattfinden soll. Das Versicherungsamt kann die Einnahme des Augenscheins selber vornehmen und sich dabei der Mitwirkung der Ortspolizeibehörde bedienen oder diese selbst darum ersuchen. Die Beschwerde bewirkt Aufschub.“

In § 1563 wurde in Ergänzung der früher beschlossenen Zulässigkeit des summarischen Lohnnachweises die Bestimmung eingefügt, daß der Unternehmer zum Zwecke der Lohnnachweisung Aufzeichnungen über die von den einzelnen Arbeitern und Beamten verdienten Löhne zu machen hat. — Die Kommission wird in diesen Tagen die erste Lesung des Entwurfs beenden, läßt dann eine kleine Pause eintreten und hofft bestimmt, nach Wiederaufnahme der Beratungen ihre Arbeiten so zu fördern, daß der Entwurf in der Kommissionsfassung zu Beginn des neuen Jahres dem Plenum zur 2. Lesung vorgelegt werden kann.

Privatbeamtenversicherung. Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Privatangestellte ist nunmehr im Reichsamt des Innern fertiggestellt; er wird nun mit Vertretern der beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts beraten. Sobald das preussische Staatsministerium sich schlüssig gemacht hat, wird der Entwurf veröffentlicht werden. Der Bundesrat soll ihn noch vor Jahreschluß erledigen, so daß der Entwurf Anfang Januar an den Reichstag käme. — In Hamburg ist unter Führung von zehn großen Handelszentralverbänden des Reichs ein Zentralausschuß der Prinzipalverbände gegründet worden, der die Wahrung der Interessen der Arbeitgeber bei den Vorarbeiten zur Pensionsversicherung der Privatangestellten bezweckt.

Betriebsunfall auf dem notwendigen Wege von der Arbeitsstätte. Die Frau eines Schuldieners war bei der Rückkehr von der Arbeit auf einem Kartoffelfelde, auf dem sie landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet hatte, in der Nähe einer Gasanstalt von einem Gewitterregen überrascht worden und hatte vor demselben Schutz gesucht, indem sie sich in dem Hofe der Gasanstalt, dessen unbefestigtes Betreten verboten war, hinter eine Mauer stellte. Dort war sie von einer in die Mauer eingeschlossenen Welle eines Frierades erfasst und erheblich verletzt worden. Die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hatte den Unfall als Betriebsunfall anerkannt, ihrerseits aber gegen die Gasanstalt Regressansprüche erhoben. Die Gasanstalt wurde in allen Instanzen verurteilt, und es wurde in allen Instanzen, zuletzt vom Reichsgericht mittels Urteils vom 26. September 1910, anerkannt, daß hier ein Betriebsunfall vorlag, da der Unfall mit der Berufstätigkeit in örtlichem, zeitlichem und ursächlichem Zusammenhange gestanden habe.

„Die Reichsgesetzliche Renten-Versicherung“, Blätter zur Aufklärung über Wirkung und Nutzen dieser Versicherung. Herausgegeben im Selbstverlag von Wilh. Mergler, Invalidenversicherungsstelle, Mainz a. Rh. Bereits beim Erscheinen der ersten dieser zwanglos erscheinenden Blätter in diesem Frühjahr — Soz. Pr. XIX Sp. 802 — hatten wir darauf hingewiesen, daß den Bestrebungen des Verfassers, eine umfassende Aufklärung unserer Bevölkerung über die Wichtigkeit und den Nutzen der Invalidenversicherung in die Wege zu leiten, der beste Erfolg zu wünschen sei und daß an sich der Inhalt des ersten Blattes

hierzu auch geeignet sei; hatten aber mit unseren Bedenken nicht zurückgehalten, daß bei der Fülle des Materials diejenigen, für die die Blätter bestimmt seien, sie höchstwahrscheinlich nicht lesen würden. Und dieselbe Anerkennung, aber auch dieselben Bedenken gelten für das jetzt erschienene zweite Blatt. Ein wirklicher Erfolg dürfte diesen Bestrebungen nur beschieden sein, wenn sich große Organisationen der Sache annehmen würden. Dazu wäre eben unseres Erachtens nötig, daß die Blätter mit einer gewissen Regelmäßigkeit erscheinen — etwa vierteljährlich, daß die Fülle des auf einmal Gebotenen geringer wäre und auch der Preis der Blätter niedriger angelegt würde.

Volkszerziehung.

Reise badischer Arbeiter nach Brüssel.

An der in der „Sozialen Praxis“ vor einiger Zeit angekündigten Reise zum Besuche der Brüsseler Weltausstellung nahmen 126 Arbeiter teil, davon 17 auf Kosten der Handelskammer, des Fabrikantenvereins Mannheim und einiger Mannheimer Arbeitgeber; ferner 6 Arbeiter der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, und endlich auf Kosten des der Fabrikinspektion zur Verfügung stehenden Fonds 103 Arbeiter. Die Gesamtzahl verteilte sich auf 47 Orte aus dem ganzen Lande. Vertreten waren folgende Berufe:

Bierbrauer, Bijoutiers, Bildhauer, Blechner, Bohrer, Buchbinder, Dreher, Emailmalers, Eisarbeiter, Former, Härtler, Gärtner, Gerber, Glaser, Graveure, Gipser, Installateure, Instrumentenmacher, Kartonnager, Kettenmacher, Küfer, Kunstglaser, Kunstschlosser, Kupferschmiede, Lithographen, Maler, Maschinenfeger, Maschinenstecher, Maurer, Mechaniker, Monteure, Musikwerkmacher, Roßhaarspinner, Sattler, Säger, Schlosser, Schmiede, Schreiner, Schneider, Schriftsetzer, Silber schmiede, Stereotypen, Tapeziere, Textilarbeiter, Uhrenmacher, Wagner, Zigarrenmacher, Zimmerleute, Ziselure.

Die aus dem Fonds der Fabrikinspektion beteiligten Arbeiter waren vom Vorstand zum Teil aus den Vorschlagslisten der Gewerkschaften und Arbeitervereine, zum Teil aus der Zahl der sich unmittelbar Bewerbenden ausgesucht. In freien Gewerkschaften waren organisiert 52, einer Christlichen Gewerkschaft oder einem katholischen Arbeiterverein gehörten an 28, einem Christ-Underschen Gewerksverein 4 Teilnehmer; die evangelischen Arbeitervereine waren vertreten durch 8, die badischen Arbeiterbildungsvereine durch 8 Mitglieder. Die Zahl der Nichtorganisierten, d. i. einer Fachvereinigung nicht angehörenden Arbeiter, betrug 36. Der durchschnittliche Tagesarbeitsverdienst betrug 5,30 M.

Die Reisegesellschaft versammelte sich am 10. Oktober, vormittags, in einem Restaurant zu Strassburg. Hier begrüßte die Anwesenden der Vorstand der Fabrikinspektion, Oberregierungsrat Dr. Büttmann, der mit Unterstützung des Regierungsrats Dr. Föhlisch und der technischen Assistenten Haas und Altfeld das Unternehmen leitete, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reise gut von statten gehen, den Teilnehmern Belehrung und Genuß bereiten, die Ausstellung ihnen die Bedeutung der Industrie Deutschlands und der mit ihm in Wettbewerb stehenden Länder zeigen möge. Zugleich sprach er den Wunsch aus, daß während der Reise gar nicht oder nur freundschaftlich politisiert werde, daß die Teilnehmer ohne Rücksicht auf Stellung im Betriebe, politische Richtung und Angehörigkeit zu einer Organisation gute und verträgliche Kameraden sein möchten und daß ein jeder als deutscher Arbeiter im fremden Lande Ehre einzulegen bedacht sein werde. Es war Vorsorge getroffen, daß jeder beteiligte Arbeiter bei seiner Rückkehr vollen Ersatz des während der Reisetage entgangenen Arbeitsverdienstes aus dem Fonds zu Hause vorfinde. Nach ihren Berufsinteressen wurde die Reisegesellschaft in zwei Abteilungen von je 3 Gruppen geteilt und jeder Gruppe ein Obmann zugewiesen.

Mittags ging dann der Zug ab, der über Metz, Luxemburg, Namur nach Brüssel führte. Unterwegs nahm der Leiter der Reise Gelegenheit, sich mit jedem einzelnen Teilnehmer zu unterhalten. Nach der Ankunft in Brüssel 8 Uhr abends wurde das Quartier aufgesucht, ein großes Privathaus, das einem niedergelegten Häuserviertel gegenüberliegende Hotel Bias mit weiten hohen Räumen, das von den Hotelleries-Dortoirs durch Aufstellung von Betten für Massenunterkommen eingerichtet war; hier blieb die Gesellschaft während der Dauer des Aufenthalts alleinige Bewohnerin. Schon morgens 1/25 Uhr wurden andern Tages die Schläfer wach. Ein strahlender Himmel befestigte die frohe erwartungsvolle Stimmung. Bald ging es zur Maison du Peuple, dem Gewerkschaftshaus der freiorганиisierten Arbeiter Brüssels, zum Kaffee. Dann folgte eine Besichtigung des grandiosen Justizpalastes; der frische Morgen gewährte eine prächtige Rundschau von der Höhe herab. Nach einer Fahrt mit bestellten Wagen des Tramway Bruxellois traf die Gesellschaft pünktlich 10 Uhr im „Deutschen Haus“ der Ausstellung ein und wurde dort im Fest-

saal vom Reichskommissar, Geheimen Regierungsrat Albert, und dem Präsidenten des Deutschen Ausstellungs Komitees, Geheimen Kommerzienrat Ravens, begrüßt. Der Leiter der Expedition stellte die Gesellschaft vor, erläuterte den Zweck der Reise und sprach dem Reichskommissar den Dank dafür aus, daß er der Expedition zu einem erfolgreichen Besuch der Ausstellung die Wege geebnet habe. In seiner Erwiderung hob der Reichskommissar hervor, daß die rechtzeitige Fertigstellung und die gute Ausführung der deutschen Ausstellung dem Umstand mit zu verdanken sei, daß man deutsche Arbeiter verwendet habe; man sei veranlaßt gewesen, die Verwendung belgischer Arbeiter völlig aufzugeben. Deshalb sei er besonders stolz auf deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter und spreche den Vertretern der badischen Arbeiterschaft hierfür seinen besonderen Dank aus, zugleich aber auch der badischen Regierung, die eine so große Anzahl badischer Arbeiter zur Ausstellung entsandt habe. Die deutsche Industrie, darunter auch die badische, sei auf der Ausstellung in hervorragender Weise vertreten; aber auch die Darbietungen der fremden Länder zeigten, welch ungeheure Fortschritte überall gemacht worden seien; es sei daher nötig, daß ein jeder an seinem Platz seine Pflicht tue, damit die deutsche Industrie im Wettbewerb der Völker ihre hervorragende Stellung behalte, denn mit dem Blühen der Industrie hänge auch das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft eng zusammen.

Nach dem Frühstück begann ein gemeinsamer Rundgang durch die Ausstellung. An diesem ersten Tage wurde vor allem die deutsche Ausstellung flüchtig durchgegangen zur allgemeinen Orientierung, bei der ein jeder Gelegenheit nehmen sollte, sich diejenigen Abteilungen zu merken, denen er am folgenden Tage ein eingehenderes fachliches Interesse zuzuwenden habe. Mit diesem Rundgang begannen vier Tage voll ungewohnter Anstrengung. Bis zur letzten Stunde des Aufenthalts nahmen es die Arbeiter mit ihren Pflichten sehr ernst, unermüdlich gingen sie von Abteilung zu Abteilung, immer die Augen offen, eifrig fragend und diskutierend, emsig den Bleistift in Bewegung setzend. Mit voller Frische des Körpers und des Geistes hielten sie den Strapazen stand, die ihnen auferlegt wurden. Erst lange und kaum unterbrochene Arbeitsstunden in der Ausstellung, und dann wollte man doch abends und nachts etwas vom großstädtischen Leben sehen und genießen. So kam die Nachtruhe sehr zu kurz. Trotzdem fiel nicht ein einziger ab. Dieses erfreuliche Resultat kann im wesentlichen auf die außerordentliche Mäßigkeit zurückgeführt werden, deren sich die Teilnehmer durchweg befleißigten. Nirgends entstand der geringste Mißton; niemals der kleinste Zwist, niemals wurde ein Eingreifen nötig; jeder war bemüht, den Ton der Kameradschaftlichkeit zu wahren.

Am zweiten Tag fanden die Besichtigungen in Fachgruppen statt, während der dritte und vierte Tag mehr Dingen von allgemeinem Interesse gewidmet wurden; so studierten die Teilnehmer die Arbeiterhäuser der verschiedenen Nationen, die Heimarbeitsausstellung, die Bildungseinrichtungen verschiedener Staaten aufs eingehendste. Besonders förderlich war hierbei, daß sich der Vorsitzende des Deutschen Arbeitervereins zu Brüssel, E. Verneisen, für die Besuchstage als Führer und Dolmetscher zur Verfügung stellte. Die Plaine des attractions wurde an einem einzigen Abend nach Schluß der Hallen und nur für kurze Zeit, die Brüsseler Kermesse überhaupt nur von wenigen Arbeitern besucht. Dagegen legten die Teilnehmer Wert darauf, in den Morgenstunden die Stadt, ihre öffentlichen Gebäude und Anlagen, die Museen usw., auch ein Arbeiterviertel kennen zu lernen. Jeden Abend versammelten sich die Arbeiter vollständig im Vortragsaal des Deutschen Hauses zur Berichterstattung der Gruppenführer, zu einer allgemeinen Aussprache über das Gesehene und Erlebte und zur näheren Feststellung des Programms für den nächsten Tag. So blieben die Arbeiter unter sich und mit ihren Führern in steter Verührung.

Einen Höhepunkt in den Erlebnissen bildete der vom Reichskommissar und dem Präsidenten des deutschen Ausstellungs Komitees den badischen Arbeitern im Festsaal des Deutschen Hauses gegebene Bierabend. Anziehend und humorvoll schilderte in seiner Begrüßungsrede Geheimrat Ravens, wie die Ausstellung entstanden, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, welch große Arbeit bewältigt werden mußte, bis endlich der Tag der Eröffnung kam, den er als einen der schönsten seines Lebens bezeichnete. „Das ist erstaunlich!“ habe der König der Belgier bei der eingehenden Besichtigung der deutschen Abteilung öfters wiederholt. Die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft habe mit dieser Ausstellung einen Beweis großer Leistungsfähigkeit geliefert. Im Namen der badischen Regierung sprach der Führer der Expedition den Gastgebern den Dank für die herzliche Aufnahme aus

und stellte in Aussicht, daß die Teilnehmer ihrem Dank noch besonderen Ausdruck verleihen würden durch Berichte, die zusammengefaßt und im Drucke herausgegeben werden sollten. Auch aus der Mitte der Arbeiter kam der Dank zu lebhaftem Ausdruck.

Am 15. Oktober hieß es aus der schönen Metropole scheiden und nach Hause zur Arbeit zurückkehren. Vor 7 Uhr morgens fand sich die Gesellschaft im Hotel Cosmopolite zusammen, wo an kleinen Tischen der Kaffee aufgetragen wurde. Hier war die Gesellschaft zum letzten Mal vollständig vereinigt und ganz unter sich. Der Leiter der Expedition warf einen Rückblick auf das ganze wohlgelungene Unternehmen, empfahl den Teilnehmern, ihre Arbeitgeber auf die etwaigen Neuerungen, die sie auf der Ausstellung bemerkt und deren Einführung sie für geeignet hielten, aufmerksam zu machen, aber nicht voreilig auf die Einführung von Neuerungen zudrängen; bat sie, von dem Erlebten und Gesehenen im Kreise ihrer Kollegen bei jeder gegebenen Gelegenheit Mitteilung zu machen, damit allen badischen Arbeitern etwas von der Reise zu gut komme. Redakteur A. Weismann-Karlsruhe (Volkshaus) sprach hierauf allen denen, die diese Expedition ermöglicht, vorbereitet und geführt und so einer großen Anzahl von Arbeitern Gelegenheit gegeben hätten, ihre Anschauungen zu erweitern, ihre Kenntnisse zu bereichern und unvergängliche Eindrücke aller Art in sich aufzunehmen, mit berebten Worten den Dank der Arbeiterschaft aus. Die Heimfahrt ging glücklich von statten.

Fragen des gewerblichen Unterrichtswesens wurden vom ständigen Beirat des preussischen Handelsministeriums für das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung, der durch eine Anzahl weiterer Sachverständiger verstärkt worden war, unter Vorsitz des Handelsministers Anfang Oktober 1910 beraten. Der Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes wurde in seinen Grundgedanken — Einführung der Verpflichtung zur Errichtung gewerblicher und kaufmännischer Fortbildungsschulen für alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und Ersetzung der statistischen Schulpflicht durch die gesetzliche in diesen Gemeinden — einstimmig gebilligt, während zu einer Reihe Einzelbestimmungen Abänderungsvorschläge gemacht und angenommen wurden. Gegenüber der nach Zeitungsnachrichten beabsichtigten Ablösung des Fortbildungsschulwesens vom Handelsministerium wurden die von der Handels- und Gewerbeverwaltung erzielten Erfolge allseitig anerkannt und die Beibehaltung des bisherigen Systems der auf fachlicher Grundlage aufbauenden Erziehung der Fortbildungsschule gefordert. Eine Resolution, die sich dementsprechend für die Beibehaltung der bestehenden Zuständigkeit des Handelsministeriums aussprach, fand ungeleitete Zustimmung, ebenso die Mitteilung des Ministers, daß auch die königliche Staatsregierung sich im Sinne der Resolution schlüssig gemacht habe. Weiter wurden die Bestimmungen über die Einrichtung und die Lehrpläne der gewerblichen und der kaufmännischen Fortbildungsschulen genehmigt. Der schon beim Fortbildungsschulgesetz vorgebrachte und dort abgelehnte Antrag einiger Mitglieder, den obligatorischen Religionsunterricht in den Lehrplan der Pflichtfortbildungsschule aufzunehmen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zu dem für die Ausbildung hauptamtlicher Fortbildungsschullehrer vorgelegten Vorschlag, den Bedürfnissen der Bewerber aus dem Lehrstande wie denen aus der gewerblichen Praxis in gleichem Maße gerecht zu werden und die gewerbliche Ausbildung mit der theoretischen und methodischen Schulung in einem besonderen Seminar zu verbinden, erkannte der Beirat an, daß eine alle Zweifel ausschließende Lösung der Aufgabe zurzeit nicht zu finden sei und daß ein Versuch nach dem Vorschlage des Landesgewerbeamts die besten Aussichten auf Erfolg verspreche.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, die Anfang Oktober in Lübeck tagte, hat wieder reiche Arbeit geleistet, dafür sprechen folgende Zahlen: die Gesellschaft hat seit dem 1. Januar 1910 41 000 Bände an Volksbibliotheken abgegeben, den Wanderbibliotheken wurden 64 000 Bände zur Verfügung gestellt. Die Ausgaben in den letzten neun Monaten beliefen sich auf 302 000 M. Die Verhandlungen brachten drei eng miteinander in Verbindung stehende Vorträge: Dr. Sebald Schwarz sprach über Wissenschaft und Anschauung, Dr. Alfred Köppen über Kunst und Anschauung, Z. Lügen über Vorträge mit Anschauungsmitteln. Es wurde die Unterstützung und Belebung der Vorträge oder Vortragskurse durch Vorführung von Zeichnungen, Lichtbildern, Besuch öffentlicher Sammlungen, Museen, Fabriken, gewerblicher Anlagen usw. empfohlen. Auch der Kinematograph mußte viel mehr als bisher den Zwecken der Volksbildung nutzbar

gemacht werden. — Ein Vortrag von Pfarrer Büllinger behandelte Heimatkunde und Heimatgeschichte und wies nach, wie durch Erziehung zum geschichtlichen Sinn und Achtung vor der Eigentümlichkeit jedes Ortes auch landschaftlich arme Gegenden ihren Reiz gewinnen. Den Schluß bildete ein Vortrag von Dr. Emil Geiger über die Wandertheater im Rheinland und in der Mark, über deren günstige Entwicklung schon mehrfach in der „Soz. Pr.“ berichtet wurde.

Die deutsche Unterrichtsausstellung, die einen Teil der deutschen Abteilung auf der Brüsseler Weltausstellung bildete und viel Beachtung fand, soll vor dem Schicksal der Auflösung bewahrt bleiben. Sowohl in schulärztlichen wie in Lehrerkreisen tritt man lebhaft für die Erhaltung dieser Ausstellung als Grundstock zu einem künftigen Schulmuseum ein. Im preussischen Kultusministerium steht man dem Plane wohlwollend gegenüber. Der Berliner Gymnasiallehrerverein hat eine Kommission eingesetzt, die dafür tätig sein soll, daß die deutsche Unterrichtsausstellung, so wie sie ist, nach Berlin übergeführt werde.

Die Gefahren der Kinematographentheater für die Jugend werden auch von den sozialdemokratischen Jugendorganisationen erkannt. In Köln hat die „Freie Jugendorganisation“ eine Entschlüsselung zu dieser Frage angenommen, in der es u. a. heißt: „Die in diesen Theatern gebotenen Vorstellungen haben gleich der Schmutz- und Schundliteratur meist nur den Erfolg, bei der leicht erregbaren Phantasie der Jugendlichen ungesunde und schädliche Empfindungen zu wecken, ja durch manche Darbietungen direkte Anleitung zum Verbrechen zu geben. Die Hauptursache des starken Besuches der Kinematographentheater durch die Arbeiterjugend erblickt die Versammlung einerseits in der mangelhaften Volksschulbildung und andererseits in der für die Arbeiterjugend geringen Möglichkeit, in der freien Zeit billige und gute bildende Veranstaltungen zu besuchen. Von polizeilichen Verböten allein, wie sie vor kurzem von Lehrervereinigungen usw. verlangt wurden, kann sich die Versammlung keinen durchgreifenden Erfolg versprechen. Bünschenswert wäre dagegen, daß mehr als bisher der Arbeiterjugend Gelegenheit zu kostenlosem Besuch künstlerischer und bildender Veranstaltungen geboten würde.“

Wohnungswesen.

Die Zürcher Grundsätze über die Unterstützung gemeinnütziger Bauseinsparungskassen, die der Große Stadtrat am 27. August 1910 aufgestellt hat, besagen im wesentlichen folgendes:

Die nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und nach Bedürfnis erfolgende Unterstützung geschieht durch Verkauf von Baugelände, durch Gewährung von Darlehen, durch Übernahme von Genossenschaftsanteilen. Der Verkauf von Baugelände erfolgt unter dinglicher Sicherung des Rückkaufsrechts für den Fall der Wiederveräußerung oder einer vertragswidrigen Verwendung. — Die Gewährung von Darlehen erfolgt auf zweite Hypothek bis zu je 90 % des Kaufpreises und der effektiven Baukosten zu einem mäßigen Zinsfuß, der jedoch nicht weniger betragen darf, als der durchschnittliche Zins für die städtischen Anleihen. Die Pläne für die zu erstellenden Gebäude unterliegen der Genehmigung durch die Gemeindebehörde, namentlich mit Bezug auf Solidität, Zweckmäßigkeit und Gefälligkeit. Das Darlehen ist in erster Linie zur Zahlung der Baurechnungen zu verwenden. — Die mit Hilfe der Gemeinde erstellten Häuser sind unverkäuflich. Eine Abweichung vom Grundsatz der Unverkäuflichkeit ist unter zu vereinbarenden, die Erzielung jeglichen Spekulationsgewinnes ausschließenden Bedingungen nur für Einfamilienhäuser zulässig. Die Genossenschaft hat sich dabei das Vorkaufsrecht und für den Fall ihrer Auflösung der Gemeinde das Eintrittsrecht dinglich zu sichern, das bei jeder Eigentumsübertragung wirksam wird. — Die Genossenschaften, welche auf städtische Beihilfe Anspruch erheben, haben ihre Statuten dem Stadtrate zur Genehmigung vorzulegen und dem letzteren, auch wenn eine Beteiligung durch Genossenschaftsanteile nicht stattfindet, eine angemessene Vertretung im Vorstande und in der Kontrollstelle einzuräumen. Statutenänderungen grundsätzlicher Natur treten erst nach Genehmigung durch den Stadtrat in Kraft. Für den Inhalt der Statuten sind eine Anzahl von Richtlinien festgelegt, insbesondere, daß die Dividende $4\frac{1}{2}$ % nicht übersteigen darf und daß die Mietpreise nach den approximativen Selbstkosten festzusetzen sind und Mietermiete nur mit Genehmigung des Vorstandes zu gestatten ist.

Das städtische Wohnungsamt in Breslau kann in seinem Tätigkeitsbericht über das Jahr 1909 feststellen, daß das in den ersten Jahren der neuen Einrichtung entgegengebrachte Mißtrauen mehr und mehr schwindet. Sowohl Vermieter wie Mieter wenden sich am Rat an das Amt, und namentlich kann es als wesentlicher Fortschritt bezeichnet werden, daß das Wohnungsamt durch Vereinsvorstände, die irgendwie mit Wohnungstragen zu tun haben, in planmäßiger Weise in seiner Arbeit unterstützt wird, indem es auf Schäden in Wohnräumen aufmerksam gemacht wird. Namentlich von der Bauarbeitersektionskommission, der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe, dem Verbands der Orts-

und Fabrikkrankenassen und dem Arbeitersekretariat wurden eine Reihe Anzeigen an das Wohnungsamt übermittelt. Auch die Armenverwaltung und das königliche Polizeipräsidium nehmen die Vermittlung des Wohnungsamts in Anspruch. Durch die Armenverwaltung ist die Verteilung von Merkblättern mit „Ratschlägen für gesundes Bohnen“ gefördert worden. Durch den Wohnungsausschuß, der die Beschäftigungstätigkeit ausübt, sind im Berichtsjahr 8475 Wohnungen in 501 Häusern geprüft worden, davon in 292 Fällen auf besonderen Antrag, die übrigen von Amts wegen. Es wäre jedoch zu wünschen, daß die Zahl der Beamten vermehrt würde, namentlich auch durch die Zuziehung von Frauen, um die Überwachungstätigkeit noch verstärken zu können.

Ein internationaler Kongreß zur Förderung von Arbeitergärten verdient unter den zahlreichen Kongressen, die während der Weltausstellung in Brüssel abgehalten wurden, noch kurz Erwähnung. Der Kongreß wurde am 15. September durch den Staatsminister Deernaert eröffnet. Die anwesenden Vertreter verschiedener Nationen erstatteten Bericht über den Stand der Frage in ihren Ländern, auch einige schriftliche Berichte waren eingereicht. Aus Belgien wurde mitgeteilt, daß der die Sache betreibende Verein 250 ha für Arbeitergärten zur Verfügung gestellt hat und 2020 Familien mit 12 230 Personen dadurch ihr Gärten haben. Über eine sehr günstige Entwicklung konnte aus Frankreich berichtet werden. Dort gab es 1903 6453 solcher Gärten, 1906 16 270. Jetzt wird von 267 Stellen aus die Sache betrieben, und es sind an 208 verschiedenen Orten 17 000 Gärten zur Verfügung gestellt worden von insgesamt 500 ha Umfang. Etwa 100 000 Personen können sich auf diese Weise in frischer Luft und am Gartenbau erfreuen, und es ist berechnet worden, daß aus diesen Schrebergärten etwa 1 500 000 Frk. Ertrag herausgewirtschaftet worden ist.

Ein städtisches Ledigenheim für Frauen in Manchester. Auf Betreiben der Frauenvereinigung für Förderung örtlicher Angelegenheiten ist kürzlich in Manchester das erste von der Stadt erbaute und verwaltete Ledigenheim für Frauen eröffnet worden. Das Haus enthält Einzel- und Doppelzimmer für 222 Frauen, dazu gemeinsame Wohnzimmer, Waschküche und Baderäume, Küche und Waschküche usw. Der Preis für einen Schlafraum schwankt zwischen 4 und 6 Pence täglich. Das Ledigenheim führt den Namen Nishton-House zu Ehren des ersten weiblichen Stadtverordneten der Stadt, Margaret Nishton, die vor etwa 3 Jahren gewählt wurde, aber sich schon vorher in freier Vereinstätigkeit besondere Verdienste auf kommunalpolitischem Gebiet erworben hatte.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1909.

Nach der Statistik im „Reichs-Arbeitsblatt“ im September 1910 bestanden am Schluß des Jahres 1909 im Deutschen Reich 462 auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes errichtete Gewerbegerichte gegenüber 448 im Vorjahre; außerdem 422 (1908: 422) Innungschiedsgerichte und 21 (21) auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und Waldeck besaßen noch immer kein Gewerbegericht. Die Gesamtzahl der bei sämtlichen Gewerbegerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten betrug 109 180 (112 281), von denen 8187 (8805) aus dem Vorjahre stammten, jedoch erst im Berichtsjahre erledigt wurden. Von diesen Streitigkeiten waren Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber 102 518 (106 269), Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeiter 6249 (5672), während 368 (340) Klagen von Arbeitern gegen Arbeiter desselben Arbeitgebers waren. Von den anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden beendet durch Vergleich 45 658 gegenüber 47 595 im Jahre 1908, davon 965 aus dem Vorjahre stammende Sachen, durch Verzicht im Sinne des § 806 ZPO. 2546 (2799), durch Anerkennung 1388 (1541), durch Versäumnisurteil 10 984 (11 374), durch andere Endurteile 17 050 (18 221), davon 762 aus dem Vorjahre stammend. Bei den Versäumnisurteilen fehlt noch immer — wir weisen schon seit mehreren Jahren vergeblich hierauf hin — die sehr wünschenswerte Angabe, wieviel von ihnen gegen den Kläger — auf Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — ergangen sind. Von den nach kontraktlicher Verhandlung durch Endurteil beendeten Sachen dauerten weniger als 1 Woche 5147 (5472), 1 Woche bis (auschl.) 2 Wochen 5469 (5427), 2 Wochen bis (auschl.) 1 Monat 4438 (4887), 1 Monat bis (auschl.) 3 Monate 1751 (2167) und 3 Monate und mehr 245 (267). Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 47 853 (48 584) Fällen bis 20 M einschließlich, in 32 662 (34 616) Fällen 20 bis 50 M, in 16 452 (16 954) Fällen zwischen 50 und 100 M und in 8618 (8574) Fällen überstieg der Wert des Streitgegenstandes die Verurteilungssumme. In 502 (587) Fällen wurde Verurteilung eingelegt.

Als Einigungsamt fungierten die Gewerbegerichte in insgesamt 293 Fällen gegenüber 821 im Vorjahre, 889 im Jahre 1907, 498 im Jahre 1906 und 850 im Jahre 1905, und zwar auf Anrufung von beiden Teilen in 154 (181; 180; 253; 166), auf Anrufung nur seitens der Arbeitgeber in 9 (6; 9; 6; 10) und auf Anrufung nur

seitens der Arbeitnehmer in 130 (134; 150; 284; 175) Fällen. In 121 Fällen (1908: 151; 1907: 135; 1906: 195; 1905: 128; 1904: 80; 1903: 54) kam eine Vereinbarung zustande, in 29 (in den beiden Vorjahren 35; 51) ein Schiedsspruch, den sich in 20 (26; 40) Fällen beide Teile, in 7 (6; 7) nur die Arbeitgeber und in 1 (3; 2) nur die Arbeitnehmer unterwarfen, während in 1 (3; 3) Fälle sich beide Teile dem Schiedsspruch nicht unterwarfen. In 52 (76) Fällen trat das Gewerbegericht als Einigungsamt zusammen, ohne daß jedoch eine Vereinbarung oder ein Schiedsspruch erzielt werden konnte. Die Berggewerbe gerichte — solche existieren nur in Preußen und Bayern — wurden zweimal (im Obergbergamtsbezirk Bonn) anrufen und zwar von beiden Teilen. Beide Male kam auch eine Vereinbarung zustande. Die von den Gewerbe gerichten abgegebenen Gutachten beliefen sich auf 20 (33), Anträge gemäß § 75 GGG. wurden 16 (48) von ihnen gestellt.

Die Zahl der Kaufmannsgerichte betrug am Schlusse des Jahres 1909 267 (262), von denen 217 bereits bestehenden Gewerbe gerichten angegliedert sind. Redenburg-Streitig, die beiden Schwarzburgschen, die beiden Lippeschen Rentkämmer und Waldeck haben keine Kaufmannsgerichte. Bei den vorhandenen Kaufmannsgerichten waren insgesamt anhängig 28 145 (22 116) Klagen, von denen 1026 (1296) aus dem Vorjahre stammten. Von diesen waren 1489 (1418) von Kaufleuten gegen ihre Handlungsgehilfen und Lehrlinge und 21 656 (20 703) von Gehilfen und Lehrlingen gegen ihre Prinzipale erhoben worden. Es wurden erledigt durch Vergleich 9627 (9375), durch Verzicht im Sinne des § 306 ZPO. 272 (170), durch Anerkenntnis 209 (197), durch Zurücknahme der Klage 3811 (3715), während 1813 (1720) Verurteilungsurteile und 4002 (3968) andere Endurteile erlassen wurden. 2110 (1948) Sachen wurden auf andere Art erledigt und 1801 (1028) Sachen blieben unerledigt. Von den nach kontradiktorischer Verhandlung durch Endurteil beendeten Sachen dauerten 675 (724) weniger als 1 Woche, 1078 (1171) 1 Woche bis (ausschließlich) 2 Wochen, 1809 (1180) 2 Wochen bis (ausschließlich) 1 Monat, 801 (764) 1 Monat bis (ausschließlich) 3 Monate und 144 (129) 3 Monate und mehr. Die schon früher ausgesprochene Beobachtung, daß die Dauer des Verfahrens im allgemeinen länger ist als bei den gewerbegerichtlichen Klagen, tritt bei der Statistik für 1909 in verstärktem Maße in die Erscheinung.

Die weitest größte Zahl der Klagen, nämlich 14 852 (13 913), betraf wie in den früheren Jahren Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnissen, in 4572 (4749) Fällen handelte es sich um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nichtgehörtiger Erfüllung der Vertragspflichten oder um gesetzwidrige oder unrichtige Eintragungen in Zeugnisse, Krankentafelbücher oder Dankschreiben der Invalidenversicherung, in 2986 (2589) Fällen um Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses oder um Ausbändigung oder Inhalt des Zeugnisses, in 537 Fällen um Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren usw., in 25 (27) Fällen um die Berechnung und Anrechnung der von den Gehilfen oder Lehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgebühren. 222 (282) mal wurden Ansprüche aus der Konkurrenz-Klausel geltend gemacht. In 1681 (1543) Fällen betrug der Wert des Streitgegenstandes bis 20 M. einschließlich, in 2978 (2937) Fällen 20 bis 50 M., in 4423 (4206) Fällen 50 bis 100 M., in 8255 (7756) Fällen 100 bis 300 M., in 4437 (4275) Fällen wurde die Berufungssumme (300 M.) überschritten, während in 1871 (1899) Fällen der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt worden ist. In 502 (440) Fällen wurde gegen das Urteil Berufung eingelegt. Als Einigungsamt wurde das Kaufmannsgericht 1 mal von beiden Teilen, in 2 Fällen nur von den Lehrlingen oder Gehilfen angerufen; in 1 Falle kam eine Vereinbarung zustande. Die Zahl der von den Kaufmannsgerichten gemäß § 18 RGG. abgegebenen Gutachten betrug 35 (49), die Zahl der gestellten Anträge 51 (83).

Das belgische Gesetz über die Gewerbe gerichte — loi organique des conseils de prud'hommes vom 15. Mai 1910 — ist in Heft 13 der Revue du Travail (15. Juli) im Wortlaut veröffentlicht. Die einzelnen Abschnitte des Gesetzes, das 40 Druckseiten lang ist, behandeln: Zweck und Einrichtung der Gewerbe gerichte; Zusammensetzung (Weisiger, Vorsitzende, rechtskundiger beamteter Beirat, Gerichtsschreiber); Sitzungen; Zuständigkeit und Verfahren; Verschiedenes (Stempelfreiheit, Tagelöhner, Verwaltungskosten); Berufungsgericht; Wahlen: Listenaufstellung, Wahlverfahren (Vermeidung der Wahlvorsteher in französischer oder flämischer oder deutscher Sprache); Verhältniswahl; Übergangsbestimmungen; Ergänzungsbestimmungen für Groß-Brüssel.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Legalisches Handbuch der Krankenversicherung. Von Rudolf Wed. Rassenbamer. Verlag der Arbeiter-Versorgung. A. Troedel. Gr.-Lichterfelde 1908. Preis 4 M.

Da über viele Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, namentlich über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen immer

noch Unklarheiten bestehen und wohl auch stets bestehen bleiben werden, so dürfte ein solches Nachschlagebuch in legalistischer Form sich in vielen Fällen als sehr nützlich erweisen, um über irgend einen strittigen Punkt schnelle Klarheit zu bekommen. Gerade bei solchen strittigen Punkten werden wichtige Gerichtsentscheidungen aus dem Gebiet aller drei deutschen staatlichen Versicherungszweige herangezogen. Das Werk ist aus der Praxis heraus für die Praxis geschrieben und wird deshalb Krankenkassenverwaltungen, Arbeitersekretariaten, Behörden, wie auch dem einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gute Dienste leisten.

Baurat Max Beeg: Kleinwohnungshäuser. Praktische Anleitung und Musterbeispiele für den Bau billiger Ein- und Mehrfamilienhäuser. Mit einer Anleitung zur Gründung gemeinsamer Bauvereine. Von Landeswohnungsinспектор Greßel. Wiesbaden 1910. Westdeutsche Verlagsgesellschaft. Pr. 1,50 M.

Das Buch dient vorwiegend praktischen Zwecken. Neben den leicht verständlichen allgemeinen Einführungen enthält es 50 Seiten Abbildungen von Entwürfen zu Kleinwohnungshäusern. Die Entwürfe berücksichtigen sowohl die praktische Seite wie auch die gute äußere Form, auch sind nicht nur die eigentlichen Arbeiterwohnungen, sondern auch Wohnungen mit etwas größerer Zimmerzahl vorhanden. Der Verlag hat mit den Architekten der veröffentlichten Entwürfe das Abkommen getroffen, daß sie ihre Pläne gegen mäßige Vergütung abgeben oder auch den Verhältnissen angepasste Änderungen daran vornehmen.

Schaffen und Schauen. Ein Führer ins Leben. 1. Band: Von deutscher Art und Arbeit. 2. Band: Des Menschen Sein und Werden. Verlag B. G. Teubner. Berlin 1909. Preis jedes Bandes 5 M.

Das vorliegende Werk ist der deutschen Jugend gewidmet; es soll ihre verständnisvolle Anteilnahme wecken am Schaffen und Schauen unserer Zeit. In einer Reihe ausgezeichneten Abhandlungen, die zum Teil von Autoritäten des betreffenden Gebietes geschrieben sind, werden im 1. Bande die Hauptgruppen: das Deutsche Reich; die deutsche Volkswirtschaft; Staat und Staatsbürger im Beruf, in mannigfachen Unterabteilungen behandelt, während der 2. Band: des Menschen Leib und Seele; die Wissenschaft; Philosophie, Kunst, Religion; Lebensführung gleichfalls in vielen Unterabteilungen enthält. Die angewandte Darstellungsweise sucht in das innere Wesen der Dinge hineinzuführen, schildert vor allem dessen geschichtliches Werden und geschichtliches Bedingtheiten. Eine ausführliche Darstellung der äußeren Verhältnisse mußte — schon aus Raum-mangel — unterbleiben, auch sollen die hier gebotenen Darlegungen nur eine erste Einführung sein. Ein Literaturverzeichnis am Ende jeden Abschnittes will denen, die in einzelne Gebiete tiefer eindringen wollen, einen Anhalt dazu geben. Die Idee, die dem Werte zugrunde liegt, die Jugend zu verständnisvollen Staats- und Weltbürgern zu erziehen, ist sicherlich gut. Nur fürchten wir, daß das Zuviel des Gebotenen die Sache beeinträchtigt. Für den gedachten Zweck würde uns auch der erste Band, allein geboten, geeigneter erscheinen, weil er konkrete Fragen behandelt. Die im 2. Band behandelten mehr abstrakten Themen sind einerseits für die Jugend teilweise zu schwierig; andererseits aber, wenn erst in den jungen Leuten der Sinn für diese Probleme erwacht, sind sie auch schon reifer, so daß sie selbst nicht nur nach einer „Einführung“, sondern nach gründlicher wissenschaftlicher Behandlung verlangen werden.

Fortschritte der Schulhygiene. Nach den Vorfürhrungen auf der Deutschen Unterrichtsausstellung zu Brüssel 1910. Von Prof. Dr. med. R. Fischer. Verlag für Schulhygiene, P. J. Müller, Charlottenburg 1910.

Das vorliegende Buch ist eine Erweiterung des Kataloges der Unterrichtsausstellung, die von Deutschland aus auf die Brüsseler Weltausstellung geschickt worden war. Diese Ausstellung berücksichtigte sowohl das höhere wie das niedere Schulwesen, sie versuchte, wie es in dem Führer heißt: „das zur Anschauung und zum Verständnis zu bringen, was für den heutigen Stand unseres Schullebens und für die Richtungen, in denen es sich zurzeit fortentwickelt, charakteristisch ist.“ Die Ausstellung umfaßt alle Arten schulärztlicher Instrumente, Darstellungstafeln der Organisation und Ausdehnung des schulärztlichen Dienstes in Deutschland, Messungsapparate, Methoden zur Erforschung der Ermüdungserscheinungen durch geistige Arbeit, muster-gültige Schulzimmer-einrichtungen u. ähnl. mehr. Auch der Laie gewinnt durch die erläuternden Ausführungen einen guten Einblick in Wesen und Ziel der Schulhygiene.

Das deutsche Unterrichtswesen der Gegenwart. Von Dr. Karl Knabe, Direktor der Oberrealschule zu Marburg. B. G. Teubner. Leipzig 1910. 1 M.

Die kleine Schrift, die das 299. Bändchen der bekannten Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ bildet, gibt einen guten Überblick über die verschiedenen Schularten, von den Volks- und Bürgerschulen an bis zum Hochschulwesen. Es sind die neuesten statistischen Angaben über den Stand der verschiedenen Schularten benutzt, ferner auch die verschiedenen in jüngster Zeit erschienenen Erlässe über neue Lehrpläne usw. berücksichtigt. Auch die für verschiedene Schulgattungen bestehenden „Richtungen“ sowie die verschiedenen Strömungen zur Schulreform werden kurz und objektiv dargestellt.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Pettigelle.

Im Verlage der Hey'schen Buchhandlung, Mülhausen i. Th., erschien soeben:

Liebig: Über die marxistisch-sozialdemokratische Gedankenwelt und die Grenze des Sozialismus.

Broschiert 2,— Mark, elegant gebunden 2,50 Mark.

In obigem Werke handelt es sich bei einer gemeinverständlichen Schreibweise um den Versuch einer neuen Darstellungsmethode dieser Materie, und zwar auf Grund der Erfahrung, nicht als Resultat reiner Denkopoperationen, denn der Verfasser, der hinreichend Gelegenheit hatte, alle Vorgänge im wirtschaftlichen Leben, den Produktionsprozeß wirtschaftlicher Güter an der Quelle zu studieren, hat in dem Werke versucht, das Grundlegende des Marxismus mit den wirklichen Vorgängen des praktischen Lebens zu vergleichen, um es auf seine reale Bedeutung hin zu untersuchen. Für jeden Staatsbürger, der Interesse an den Geschehnissen im öffentlichen Leben hat, unentbehrlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag der

Hey'schen Buchhandlung, Mülhausen i. Th.

Im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig ist soeben erschienen:

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von

Werner Neumeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Montanregion für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Nachhaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbecken Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzverjüngung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Anfang September erschien:

Lexikon des Arbeitsrechts.

In Verbindung mit

Dr. Felix Clauss,
Mitglied des Bureaus für Sozialpolitik in Berlin

Dr. Herm. Hog,
Magistratsassessor in Frankfurt a. M.

Dr. Herm. Luppe,
Stadtrat in Frankfurt a. M.

herausgegeben von

Dr. Alexander Elster, Jena.

Preis: 3 Mark 60 Pf., geb. 4 Mark 50 Pf.

Dem Fachwissenschaftler, der im Gewerbe- und Kaufmannsgericht oder als Rechtsanwalt tätig ist, bietet dieses Werk eine Ergänzung der sonst vorhandenen Nachschlage-, Hand- und Lehrbücher und dem im Arbeitsverhältnis Stehenden gibt es in allen Rechtsfragen Auskunft.

In Kontoren, in Werkstätten, im Arbeitersekretariat und in den Bureaus der Gewerkschaften und anderen Berufsorganisationen, auf dem Tisch des Arbeitgebers wie des Handlungsgehilfen und des Arbeiters wird das „Lexikon des Arbeitsrechts“ daher gute Dienste tun, ebenso wie die Rechtsauskunftsstellen und die Arbeitsnachweise es nicht werden entbehren können.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben erschienen:

Die Organisation der Jugendfürsorge.

Bericht,
erstattet von

Bürgermeister Dr. Georg Schmidt,
Beigeordneter der Stadt Mainz.

(Schriften d. Vereins f. Armenpflege u. Wohltätigkeit. 92. Heft.)

Preis: 5 M. 20 Pf.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. — Erster Abschnitt. Die Aufgabe: „Die Organisation der Jugendfürsorge“ und die Grundlagen zu ihrer Lösung. — Zweiter Abschnitt. Die Säug- und Erziehungsfürsorge für Kinder und Jugendliche. Fürsorge für armenrechtlich hilfsbedürftige Jugendliche. Fürsorge für Säuglinge; Kinder unterhalb des schulpflichtigen Alters. a) Säuglinge, b) Kleinkinder, c) Kleinkinder, d) die städtische Säuglingsfürsorge in Magdeburg für Kleinkinder, armenrechtlich unterhaltene und uneheliche Kinder, e) Auffachslöse Kinder im vor- und schulpflichtigen Alter. Fürsorge für das schulpflichtige Alter. Fürsorge für die schulpflichtige Jugend. Fürsorge für arbeitende Kinder und Jugendliche. Fürsorge für Berufswahlende. Fürsorge für straffällige Jugendliche. — Dritter Abschnitt. Die städtische Zentrale für Jugendfürsorge. Bedürfnis, Abgrenzung gegen die öffentliche Armenpflege. Aufgaben der Zentrale. — Vierter Abschnitt. Berufsvormundschaft und Gemeindefürsorge in ihrer Bedeutung für die städtische Zentrale für Jugendfürsorge. Das Nebeneinander von Berufsvormundschaft und Gemeindefürsorge in der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. Der Gemeindefürsorge außerhalb der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Fünfter Abschnitt. Die Einrichtung der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. Anhang (mit besonderem Inhaltsverzeichnis).

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben sind erschienen:

Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 151.) Preis: 5 Mark.

Inhaltsverzeichnis. I. Art, Umfang und Grad der allgemeinen Schulbildung in Deutschland und in Amerika als Grundlage für die gewerblichen und kaufmännische Ausbildung. — II. Geschichtlicher Rückblick auf die Anfänge der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland in den vier Jahrhunderten. — III. Gewerbliche und kaufmännische Fortbildungs- und Fachschulen in den Vereinigten Staaten. — IV. Vereinerung der Fortbildungsschulen für Knaben und Aufbringung der Mittel. — V. Mädchen-Fortbildungsschulen. — VI. Fachschulen. — VII. Innere Einrichtungen. — VIII. Die Zentrale. — IX. Kurze Geschichte des amerikanischen Fortbildungs- und Gewerbeunterrichts. — X. Aus Zerstörungen hervorgegangene Schulen. — XI. Schulen mit häuslichen und häuslichen Zuhilfen. — XII. Schulen der Wohlfahrtsvereine und Kirchengemeinden. — XIII. Die Schulen der Young Men's Christian Association. — XIV. Die Schulen der Young Women's Christian Association. — XV. Private Gewerbe- und Fachschulen. — XVI. Aus Zerstörungen hervorgegangene Schulen. — XVII. Übergang zu den öffentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen. — XVIII. Die wirtschaftliche Bedeutung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in beiden Ländern. — XIX. Der ersiehliche Einfluß der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland und Amerika.

Eigenwirtschaft der Gemeinden und Individualrechte der Steuerzahler.

Studien zum französischen Gemeinderichte.

Von

Dr. Leo Wittmayer.

(Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen. VIII. 1.) Preis: 7 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Widmung. — Vorwort. Erster Teil. Grundriß des französischen Gemeinderichts. 1. Die Zentralisationsbewegung als Ausgangspunkt des geltenden Gemeinderichts. — 2. Legislative Grundlagen und Quellen des französischen Gemeinderichts. — 3. Grundzüge der französischen Gemeindeverwaltung. A. Allgemeine Bestimmungen. Gemeindeorgane. Rechtsverhältnisse der Gemeinde. B. Zusammenfassung. Wahl und Auflösung der Gemeindevertretung. C. Geschäftsbereich. Funktion des conseil municipal. D. Allgemeiner Wirkungsbereich der Gemeindeverwaltung. E. Vom Gemeindevorsteher. F. Bestimmungen zur laufenden Gemeindeverwaltung. G. Die Befreiung der Hauptstadt. Zweiter Teil. Der wirtschaftliche Wirkungsbereich der Gemeinde (Kompetenz der Gemeindevertretung und Individualrechte der Steuerzahler). 1. Die individuellen Ausgangspunkte (Minoritätenschutz) der Gemeindeverwaltung. — 2. Die Parteirechte gegen Gemeindevertretungsbeschlüsse (Anfechtungsverfahren). — 3. Das Interesse als Grundlage der Klagelegitimation. — 4. Die prozeduralistische Substanz des Staatsrats (Anfechtung von Gemeindevertretungsbeschlüssen mit finanziellen Effekten). Fortlaufende Ergebnisse. — „Popularklage“ der Steuerzahler zur Anfechtung von Gemeindebeschlüssen. — 5. Der wirtschaftliche Wirkungsbereich der Gemeinde in der Substanz des Staatsrats (Abgrenzung der kommunalen oder individuellen Eigenwirtschaft). — Analoge dieser wirtschaftlichen Substanz. — A. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Gemeindeaufgaben. B. Inhalt und Tragweite der Klageentzision (bei Anfechtung von Gemeindebeschlüssen mit finanziellen Effekten). C. Eigenwirtschaft und Rechtsgemeinde. Dritter Teil. Rückwirkung der gemeinderrechtlichen Substanz auf den Recours pour excès de pouvoir. 1. Grundlagen, Voraussetzungen und bisherige Entwicklung des Recoursverfahrens. — 2. Entwicklung des gemeinderrechtlichen Recours und jüngste Entwicklung (Zuerdung der Erweiterung der Klagelegitimation, Ausbau der Rechtsgemeinde). — 3. Rechtsvergleichende Schlussbetrachtung. (Analogien im österreichischen und deutschen Recht). — Alphabetisches Sachregister. — Verzeichnisse.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VL 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Der zweite deutsche Jugendgerichtstag. (München, 29. September bis 1. Oktober 1910.) Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg. 129

Soziale Zustände 136
Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise. Von Dr. Recke, Berlin.
Der deutsche Arbeitsmarkt im September 1910.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . . 139
Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.
Tagungen christlicher Gewerkschaften.
Häufiger Bundestag des Bundes technisch-industrieller Beamten.
6. Österreichischer Gewerkschaftskongress.
Begünstigung der Arbeiterorganisation durch einen Arbeitgeberverband.

Streik und Ausperrungen . . . 141
Rehren aus dem Kampf im Baugewerbe.

Der Straßenbahnstreik in Bremen.

Arbeiterschutz 144
Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden.

Schwedischer Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit.

Arbeiterversicherung. Spezialien. 145
Die Reichsversicherungsbildung in der Kommission.

Der Verwaltungsbericht der Knappschäfersberufsgenossenschaft für 1909.

Arbeitsnachweis 149
Die Organisation des Arbeitsmarktes zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften.

Akademischer Stellennachweis.
Ein städtischer Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe in Gdrlsh.
Ein Taschenbuch deutscher Arbeitsnachweise.

Wohlfahrtsvereine 150
Die 5. Tagung deutscher Berufsverbände.
Die katholischen Caritasvereine.

Volkserziehung 152
Die 3. Volkshochschule des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung. Von H. Burger.

Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg.

Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Hamburg.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

Volksgeundheit 155
Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung.
Der Verband deutscher Bahndiäte.

Eine Heilstätte für lungentranke Kinder.

Die Abnahme des Alkoholismus in Großbritannien.

Literarische Mitteilungen . . . 157

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Der zweite deutsche Jugendgerichtstag.

(München, 29. September bis 1. Oktober 1910.)

Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg.

Dem Rufe, der von der bayerischen Hauptstadt ergangen war, scheinen mehr Teilnehmer gefolgt zu sein, als vor anberst Jahren, zur ersten Tagung in Charlottenburg. Wiederum ging die Veranstaltung von der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge aus, die Stadtgemeinde München war unser freundlicher Gastgeber. Man durfte gespannt darauf sein, wie die Festigung, die die Jugendgerichte zweifellos inzwischen erlangt haben — damals waren sie doch noch sehr jung — zum Ausdruck kommen würde. Man kann darüber indessen kein Urteil abgeben, die ganzen Verhandlungen standen — und sollten auch stehen — unter dem Bestreben, für die kommende Gesetzgebung das Bestmögliche vorzuschlagen und zu erreichen. Es war daher weniger Rückschau als Vorschau. Zurzeit liegt dem Reichstag der Entwurf einer

neuen Strafprozeßordnung vor, die erste Lesung in der Kommission ist beendet, und außerdem ist der bedeutungsvolle Vorentwurf zu einem Strafgesetzbuch veröffentlicht worden. Nun gilt's, diese an sich sehr gut aufgenommenen Vorlagen noch nach Kräften zu verbessern!

Den Anfang bildeten vier Berichte über den Stand der Jugendgerichtsbewegung. Über Deutschland sprach der verdiente Vorsitzende der Versammlung, Amtsgerichtsrat Köhne-Berlin, der die Zahl der Jugendgerichte auf mehr als 200, die der Jugendgerichtshilfen auf etwa 100 schätzte und ihre verschiedenartige Organisation in den einzelnen deutschen Gauen darlegte unter besonderer Betonung, daß das wesentlichste die Vereinigung von Straf- und Vormundschaftsrichter sei. Die Jugendgerichte werden von dem Vertrauen aller Kreise getragen, aber doch finden sich Zweifler und Gegner. Man kann sie treffen unter Juristen und Pädagogen, auch unter Parlamentariern. Diese Gegner befürchten, daß der Ernst der Strafe unter dem Einfluß des Jugendgerichts leide, daß der Vergeltungsgedanke nicht zu seinem Rechte komme. Köhne weist diese Bedenken treffend zurück, erinnert auch an die stets sich wiederholende Erfahrung, daß Fürsorgeerziehung, eine vormundschaftsrichterliche Maßnahme, mehr gefürchtet wird als die Strafe, etwa gar eine kurzzeitige Freiheitsstrafe. Er betont den gemeinsamen Boden, auf dem die Anhänger verschiedener Weltanschauungen und Strafrechtstheorien in dieser Frage stehen und stehen müssen. Sie alle wollen die Rechtsordnung und den Staat schützen und seine Kulturzwecke fördern. Eine Warnung vor der „modernen“ Richtung sei absolut nicht angebracht. Die neuen deutschen Gesetzentwürfe bringen zu unserer Befriedigung in höherem Maße das, was wir brauchen: daß Strafe und Erziehung in die Hand der Richter gegeben werden.

Eine dankenswerte Erweiterung unseres Gesichtskreises wurde uns durch die Referate über ausländische Verhältnisse zuteil. An erster Stelle sprach Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Warhanet-Wien über Österreich. Aus seinen Darlegungen wie aus späteren seiner Landsleute gewann man den Eindruck, daß die Österreicher auf dem Gebiete der Jugendfürsorge schon weit vorgeschritten sind, in manchen Punkten uns in den letzten Jahren sicher überholt haben. Eine ausschlaggebende Rolle scheint dabei der Kinderschutzkongress in Wien vom Jahre 1907 gespielt zu haben. Auch in Österreich unterliegen zurzeit mehrere einschlägige Gesetzentwürfe der parlamentarischen Beratung. Der erste betrifft Änderungen des Vormundschaftswesens im allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, der zweite die Fürsorgeerziehung und der dritte die „strafrechtliche Behandlung und den Schutz der Jugendlichen“. Dieser letzte hat bereits die dritte Lesung in der Herrenhauskommission passiert, so daß Warhanet glaubt, er werde keinerlei parlamentarische Schwierigkeiten mehr zu überwinden haben. Interessant war für uns, die wir ja auch stets als das beste ein einheitliches Jugendschutzsondergesetz erstreben, die Mitteilung, daß die Herrenhauskommission beschlossen hat, diesen Entwurf nicht in Strafgesetz oder Strafprozeß hineinzuarbeiten, sondern als Einzelgesetz, als Sonderrecht in Kraft treten zu lassen.

Ein ganz anderes Bild führte uns Professor Haster-Zürich vor Augen. Die kleine Schweiz besitzt bisher kein einheitliches Strafgesetzbuch. Alle 25 Kantone haben ihre eigene Gesetzgebung. Das bedeutet natürlich eine Schwierigkeit. Von solcher Bedeutung wie bei uns ist die ganze Frage dort nicht, da die Zahl der jugendlichen Rechtsbrecher in der Schweiz überhaupt gering ist

Dennoch beschäftigt man sich jetzt auch dort lebhaft mit der Jugendgerichtsbewegung. Häufig berichtete interessante Einzelheiten über die der Schweiz eigentümliche Kinder- und Schulgerichtsbarkeit, soweit es sich um schulpflichtige Rechtsbrecher handelt. In der Frage der eigentlichen Jugendgerichte — Beurteilung schulentlassener jugendlicher Rechtsbrecher — treten in der schweizerischen Literatur vornehmlich zwei Meinungen hervor: Die eine Auffassung betrachtet auch den künftigen Jugendrichter als einen Strafrichter, den Jugendgerichtsprozeß als einen Strafprozeß. Dabei sollen aber Zuständigkeit und Organisation dieser Gerichtsbarkeit und das Prozeßverfahren einer besonderen Regelung entgegengeführt werden. Die andere Richtung will dagegen bei jugendlichen Strafrecht und Strafverfahren durch eine Behandlung mit vorwiegend erzieherischem, vormundtschaftlich fürsorgendem Charakter bestehen. In den an die Stelle der Strafgerichte tretenden Jugendhülfskommissionen (Jugendfürsorgeamt, Patronatsbehörde) sollen Juristen, Mediziner, Pädagogen, auch Frauen sitzen. Vorläufiges Endziel der gesetzgeberischen Entwicklung müsse ein eidgenössisches Sondergesetz sein, das zusammenfassend vor allem Strafrecht, Strafprozeß und Fürsorgeamt der Jugendlichen regelt.

Amtsgerichtsrat Friedeburg-Weissensee schilderte die Ergebnisse seiner Studienreise nach England. Jugendgerichte bestehen dort erst seit dem Januar 1910, aber die anderen wichtigen Maßnahmen, insbesondere das Bewährungssystem mit seiner Schutzaufsicht sind schon älteren Datums. Hauptsächlich kommt die bekannte children act vom Jahre 1908 in Betracht, die ja vielfach in Deutschland besprochen ist, auch dankenswerterweise ins Deutsche überführt wurde. Viel angeführt wird daraus die Bestimmung, daß Jedermann einen Jugendlichen, den er auch nur für unter 16 Jahren alt hält, auf der Straße festnehmen lassen kann, wenn er ihn rauchend antrifft. Redner schilderte den Gang der Gerichtsverhandlung und die verschiedenartige Weiterbehandlung der Fälle. Als Nutzenanwendung seiner Erfahrung wünscht er bei uns die Einführung oder verstärkte Einführung besoldeter Helfer, für die die Kosten aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden müßten. Auch er fordert, im Hinblick auf das englische Vorbild, die Krönung unserer Arbeit an den Jugendlichen durch ein einheitliches deutsches Jugendgesetz.

An diese vier Berichte schloß sich keine Debatte an.

Über Organisation und Zuständigkeit der Jugendgerichte nach bestehendem Recht und den Gesetzesentwürfen sprach an erster Stelle Amtsgerichtspräsident Beder-Dresden. Er erklärte sich, wie ja auch alle anderen Redner, im großen und ganzen mit den neuen Entwürfen — Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz — einverstanden. Seine Abänderungswünsche betrafen gewisse Bestimmungen über die Stellung des Vormundschaftsrichters, des Strafrichters und des Staatsanwalts. Er tritt entschieden für die Schaffung von Jugendstrammern ein, empfiehlt jedoch eine erweiterte Zulassung der Überweisung von Strafkammersachen an das Jugendgericht (Amtsgericht).

Richterstatthalter zum gleichen Thema war Universitätsprofessor Rißinger-München. Er fordert gesetzliche Garantien nach drei Richtungen: 1. Es müssen Jugendgerichte in erforderlichem Umfang bestehen. Die bloß fakultative Einrichtung des Entwurfs genügt ihm nicht. Eine obligatorische hätte andererseits auch keinen Sinn, z. B. nicht bei kleinen Amtsgerichten, wo sie gar nicht lebensfähig sein würden. Deshalb will er sie bei allen Amtsgerichten eingeführt wissen, bei denen mehr als ein Schöffengericht besteht. Bei den Landgerichten wünscht er fakultative Einrichtung von Jugendstrammern. 2. Die Jugendgerichte müssen sachgemäß organisiert werden. Man hat die Frage nach besonderen Spezialschöffen aufgeworfen, vergleichbar etwa den ständigen Handelsrichtern. Rißinger lehnt das ab. Dadurch würden die Jugendgerichte ihre Volkstümlichkeit verlieren; es fragt sich, ob man überhaupt genug Leute finden würde. Auch der Vorschlag des Entwurfs, daß die Schöffen besondere Erfahrung auf dem Gebiete der Jugendberziehung besitzen, erscheint ihm nicht glücklich. Es gibt keine Leute, die hierin ein Monopol besitzen, das sind ganz persönliche Eigenschaften. Zudem hat man bisher mit den Gemeindefürsorge durchwegs gute Erfahrungen gemacht. Die „Fürsorger“, an die man besonders gedacht hat, werden zu anderen Dingen viel nötiger gebraucht. Bei der Besprechung der Jugendgerichtshilfe wandte sich der Redner gegen eine gesetzliche Regelung der Jugendfürsorge. Sie soll sich selbständig entwickeln, nicht etwa abhängig vom Jugendgericht werden. Auch hat sie viel weitergesteckte Aufgaben. Man soll nicht die Gefahr heraufbeschwören, daß es dahin kommt, daß man einem Jugendlichen den Rat geben muß: „Stiehl erst, damit sich die Jugendhilfe deiner

annimmt“. 3. Es sollen die geeigneten Fälle vor das Jugendgericht kommen. Der Redner nahm hier einen schon vielfach geäußerten Vorschlag auf, daß vor die Jugendgerichte außer den Straftaten der Jugendlichen auch die Straftaten gegen die Jugendlichen, insbesondere seitens der Eltern, Vormünder usw. kommen sollen.

Die Diskussion war an allen drei Tagen aus Zeitmangel ziemlich kurz. Am ersten Tage beschränkte sie sich lediglich auf die Frage der Schöffen. Ich verkenne gar nicht die Bedeutung dieser Angelegenheit, glaube aber, daß sie doch nicht so sehr den Kernpunkt unseres Verfahrens bildet, daß sie immer wieder alle anderen Fragen bei öffentlichen Diskussionen ausschleitet. Diesmal ging es ziemlich lebhaft zu, weil Amtsrichter Herz-Hamburg sich entschieden für ständige Spezialschöffen aussprach. Die Gegnerschaft dagegen war groß, besonders kam sie zu Wort durch den temperamentvollen Frankfurter Jugendrichter Amtsgerichtsrat Allmenröder. Arbeiterssekretär Wiffel-Berlin wies darauf hin, daß man bei Durchführung des Herzischen Antrags auf die Mitarbeit der Arbeiterkreise sicherlich gänzlich verzichten müsse und daß dadurch der Sache schwerer Schaden erwachsen würde. Fräulein Goodthicker-München befürwortete die Zulassung von Frauen zum Schöffenamte. Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß am gleichen Tage in der Reichstagskommission zu Berlin ein dahingehender Antrag abgelehnt wurde.

Eine Abstimmung über einzelne Leitfäden oder Anträge erwies sich als untunlich. Der Vorsitzende faßte deshalb das Ergebnis des Tages folgendermaßen zusammen: Einstimmigkeit herrscht in drei Punkten: 1. Die Einrichtung von Jugendgerichten soll nicht in das Belieben der Landesjustizverwaltung gestellt, sondern gesetzlich geregelt werden. 2. Jugendgerichte sollen nicht auf die Schöffengerichte beschränkt bleiben, sondern auch bei den Strafkammern am Landgericht gebildet werden. 3. Die Anklageerhebung soll nicht in das Belieben des Staatsanwalts gestellt, sondern es sollen dafür gesetzliche Normen aufgestellt werden. Strittig bleiben die Fragen nach der Hinzuziehung von Spezial- oder Gemein-schöffen und der Frauen und der gesetzlich herbeizuführenden Personalunion von Vormundschafts- und Strafrichter. Es wurde beschlossen, das ganze Material der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge zu überweisen mit dem Auftrag, es zusammenzustellen und möglichst schnell der Reichstagskommission zu überweisen.

Mit einem sehr lebhaften Referate des Regierungsrats Lindenu vom Berliner Polizeipräsidium begann der zweite Tag. Er sprach über die Jugendgerichte im Vorverfahren. Er erkennt die Schwierigkeiten an, die in der Tätigkeit der Polizei im Ermittlungsverfahren liegen. Gewiß sollen die Jugendlichen nur mit solchen Personen zusammenkommen, die Verständnis für ihre Eigenart besitzen. Aber eine Ausschaltung der Polizei ist aus einer Menge von technischen und sachlichen Gründen ganz unmöglich. Von der Hand weisen will Lindenu aber wenigstens für größere Städte nicht den Gedanken besonderer Jugend-Polizisten, die ausschließlich mit den Jugendlichen zu tun hätten und genau mit den Intentionen der Jugendrichter und den ganzen modernen Ideen, von denen das heutige und zukünftige Jugendgerichtsverfahren durchzogen ist, vertraut sind. Im übrigen verweist Redner darauf, welche guten Erfahrungen man bisher mit den Schuppleuten gemacht hat und daß man sie zu Unrecht als Gefahr für die Jugendlichen bezeichne. Die Ausschaltung der Polizei ist auch deshalb unmöglich, weil „mit den Jugendgerichten ein frischer moderner Zug in unsere Gerichtssäle und Polizeiwachstuben eingebracht ist. Die Zukunft drängt dahin, daß nicht bloß den Jugendlichen, sondern jedem Verbrecher eine Behandlung zuteil wird, die von sozialem Geiste getragen ist und seiner Eigenart Rechnung trägt.“ Erforderlich ist eine möglichste Abkürzung des Verfahrens. Die lange Zeit bis zur Hauptverhandlung, die womöglich noch mit Freisprechung endet, steht in gar keinem Verhältnis zur Dauer der Hauptverhandlung selbst. Wieviel Angst und Qual steht der Angeklagte schon bis dahin aus! Jede Sache muß möglichst schnell vor den Jugendrichter kommen, bei dem auch die verantwortliche Bernehmung stattfinden soll, damit es alsbald zur Hauptverhandlung kommt. Schwierigkeiten des Vorverfahrens liegen darin, daß es sich jeder formalen Vorschrift entzieht. Und wieviel Personen wirken nicht bei dem Ermittlungsverfahren mit! Publikum, Polizei, Staatsanwalt, Richter, Schule und Kirche! — Das Beste ist gewiß, dem jugendlichen Rechtsbrecher das Hauptverfahren ganz zu ersparen. Und dabei kann das Publikum schon jetzt erheblich mit-helfen; denn es läßt sich nicht leugnen: „wir denunzieren zu viel“. Hinterher, wenn es den Leuten leid tut, geht das Schicksal schon

feinen unerbittlichen Gang. Oft würde wirklich die Zucht des Elternhauses oder der Schule gleiche oder viel bessere Dienste tun.

Der Mitberichterstatter Staatsanwalt Rupprecht-München hatte sich besonders mit der Frage der Bettler und Prostituierten befaßt. Dabei zog er besonders die ihm genau bekannten Verhältnisse Münchens in Betracht. Dort ist der Staatsanwalt zugleich Amtsanwalt beim Schöffengericht, so daß eine besonders günstige Personalunion vorliegt. Sie ermöglicht auch nahe Beziehungen zur organisierten Jugendgerichtshilfe.

Die Debatte über beide Vorträge drehte sich im wesentlichen um die Frage nach der Brauchbarkeit der Polizei. Dabei fiel es mir auf, daß sie fast nur Lobredner fand. Nur vereinzelt hörte man, daß die Beamten für diese Arbeit nicht genügend qualifiziert seien, und ein Herr berichtete aus Berlin etwas über falsche oder erzwungene Geständnisse und barsches Verfahren auf der Polizei. Auch bei uns in Charlottenburg haben die Jugendlichen schon mehrfach vor dem Richter dahingehende Äußerungen getan.

Als Ergebnis stellte der Vorsitzende fest: 1. Soweit im Vorverfahren der Richter in Tätigkeit tritt, soll es der Jugendrichter sein. 2. Auch bei der Staatsanwaltschaft ist eine Spezialisierung wie in München wünschenswert: ein Jugend-Staatsanwalt für alle Vergehen Jugendlicher. 3. Soweit Polizeibeamte nötig sind, sollen sie bei größeren Behörden eine spezielle Ausbildung erhalten. 4. Die Unteruchungshaft soll auf die schwersten Fälle beschränkt werden. 5. Schutzheime, erzieherisch ausgestaltet, sind in möglichst großer Zahl erforderlich. Sie sollen mit gewissen Modifikationen auch als Beobachtungsheime dienen können. 6. Bei vorgeführten Jugendlichen, Prostituierten, Vagabunden hat die Fürsorge frühzeitig einzusetzen.

In seinem Vortrage über Besonderheiten der Hauptverhandlung gegen Jugendliche wies Amtsrichter Dr. Herz-Hamburg auf eine wesentliche Verschlechterung des Entwurfs hin, die die Reichstagskommission beschlossen hat. Während sonst als „Jugendliche“ Personen zwischen 12 und 18 Jahren gelten — und wenn erst einmal das neue Strafgesetzbuch mit der späteren Strafmündigkeit in Kraft ist, von 14 bis 18 Jahren — soll der § 365 nur für Jugendliche unter 16 Jahren gelten. Er ist aber geradezu grundlegend, denn er betrifft die Frage, daß die Staatsanwaltschaft von der Klageerhebung absehen kann, wenn Erziehungs- und Besserungsmassregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Dr. Herz betrachtete die Hauptverhandlung unter dem Gesichtspunkt: Wie wird dabei Erziehungswidrigkeit vermieden? Er will die Öffentlichkeit noch mehr, als vom Entwurf vorgeschlagen, ausgeschlossen wissen. Sein Gedanke, die Anwesenheit der Staatsanwaltschaft bei gewissen Sachen fakultativ zuzulassen, begegnete allgemeinem Widerspruch. Von den Erziehungsmitteln, auf die das Gericht nach § 373 erkennen kann, hält er die Überweisung an die Zucht des gesetzlichen Vertreters oder der Schulbehörde zu einem so späten Zeitpunkt — nach erfolgloser Hauptverhandlung — für untunlich. Die Erziehungsmaßnahmen, die er in gleicher Weise dem Strafgericht wie der Vormundschaftsbehörde anvertrauen will, sollen sein: 1. Wahrung, 2. Erziehungsaufsicht bis zu einem Jahre, 3. Fürsorge-(Zwangs-)Erziehung. Viel erörtert worden ist in den letzten Jahren die Entfernung des Angeklagten aus der Hauptverhandlung. Der Entwurf kommt diesen Wünschen — auch für Erwachsende — entgegen. Die Reichstagskommission hat noch eine Bestimmung hinzugefügt, nach der die zeitweise Entfernung eines Jugendlichen zulässig ist, wenn es in erzieherischem Interesse wünschenswert ist und sein Vertreter oder Beistand zustimmt. — Der Vortragende will auch Berichte von Helfern, richterlichen Notizen und psychiatrischen Gutachten für verlesbar erklären. Dagegen möchte ich mich, wenigstens was die Ersteren betrifft, die ich ja einigermaßen zu beurteilen weiß, ganz entschieden wenden. Das würde zunächst zu einer nicht im Interesse der Sache liegenden Zurückhaltung bei der Abfassung der Berichte führen, und sodann könnte dadurch leicht das gewonnene oder zu gewinnende Vertrauen des Angeklagten zum Helfer erschüttert werden. Die Vorschriften über Beistandschaft will Herz teils geändert, teils erweitert sehen. Vor allem möchte er die Aufgaben der Beistandschaft genau Mitgeleitet wissen. Er ist für eine sehr starke Heranziehung von Fürsorgeorganisationen zu dieser Aufgabe.

Der Korreferent Staatsanwalt Elwert-Stuttgart machte den Eindruck eines scharfen Draufgängers. Er geht meiner Meinung nach in seiner Sucht, alles Erziehungswidrige zu vermeiden, zu weit. Um die Schäden der Hauptverhandlung gar nicht aufkommen zu lassen, will er kommissarische Vernehmung jugendlicher Zeugen zulassen. Eine Entfernung des Angeklagten aus dem Saale soll zugelassen werden, „wenn es im erzieherischen Interesse für ge-

boten erscheint“. Ich selbst bin schon für Entfernung des Angeklagten eingetreten bei der Abgabe von psychiatrischen Gutachten, aber eine so weitgehende Ausdehnung scheint mir doch den Grundlagen unseres Prozeßverfahrens zu widersprechen. Da Elwert natürlich auch für völligen Ausschluß der Öffentlichkeit ist (mit den selbstverständlichen Ausnahmen), auch die Presse davon nicht ausnimmt, so konnte ein Diskussionsredner wenig darauf hinweisen, daß nach den verschiedenen geäußerten Wünschen schließlich der Richter ganz allein im Zimmer bleiben würde. Den Paragraphen, die den Kernpunkt des neuen Verfahrens bilden (§§ 373, 374) will Elwert folgende Fassung geben:

„Erachtet das Gericht den Jugendlichen für schuldig, aber nach der Beschaffenheit der Tat, dem Charakter und der bisherigen Führung des Jugendlichen für ausreichend, daß an Stelle einer Strafe Erziehungs- und Besserungsmassregeln treten, so hat das Gericht durch Beschluß das Verfahren vorläufig einzustellen.“

In dem Beschluß hat das Gericht entweder den Jugendlichen der Vormundschaftsbehörde zu überweisen oder die Fürsorgeerziehung anzuordnen.

Wird der Jugendliche der Vormundschaftsbehörde überwiesen, so hat diese von dem in § 866 vorgesehenen Maßnahmen die geeignet erscheinenden zur Anwendung zu bringen.

Erweisen sich die angeordneten Erziehungsmaßnahmen als erfolglos oder macht sich der Jugendliche einer neuen Straftat schuldig, so kann von der Staatsanwaltschaft die Aufhebung des Einstellungsbeschlusses und die Anberaumung eines neuen Verhandlungstermines beantragt werden, wenn nicht Verjährung eingetreten ist.“

Durch diese „vorläufige Einstellung“ will Elwert zu einer Art bedingter Freisprechung gelangen und so vielleicht später zur bedingten Verurteilung. Diese gehört ja aber eigentlich ins Strafgesetzbuch. Die Bewährungsfrist könne man ruhig etwas lang nehmen, etwa drei oder gar fünf Jahre. Mit Recht halte Elwert übrigens darauf hingewiesen, was zwar in der Literatur auch schon hervorgehoben ist, aber auf dem Kongress noch nicht gesagt war, daß ja in Zukunft die Fälle, in denen es überhaupt zur Hauptverhandlung kommen würde, relativ selten wären. Es würde sich dann aber naturgemäß meist um schwerere Delikte handeln.

In der Diskussion schilderte Landgerichtsdirektor Warrnatz-Berlin das Verfahren seiner Jugendstrafkammer. Bei aller Ähnlichkeit mit dem Jugendgericht vermisse er nur eins, die Personalunion von Straf- und Vormundschaftsrichter. Durch die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, nach der derselbe Richter Amts- und Landrichter sein könne, würde auch dieser Mangel beseitigt werden.

Als Ergebnis stellte Köhne fest: 1. Allgemein wird eine Beschränkung der Öffentlichkeit gewünscht. 2. Die Stellung des Beistandes muß näher klargestellt werden. 3. Die Bewährung (Probation) soll eingeführt werden (eventuell bedingte Verurteilung). 4. Eine verschiebenartige Behandlung der Jugendlichen über und unter 16 Jahren ist abzulehnen. Schließlich scheint die Mehrheit der Versammlung dafür zu sein, daß der Angeklagte bei Erziehungswidrigkeit aus dem Saale entfernt werde.

Der dritte Tag brachte zunächst den Vortrag des Oberamtsrichters Pernerl-München über Strafe und Erziehungsmaßnahmen sowie deren Abgrenzung. Der Redner ging dabei auch auf die Wünsche zum neuen Strafgesetzbuch ein, wobei er an Stelle der berückichtigten Einsichtsklausel eine andere setzen wollte, die sich an den österreichischen Entwurf anlehnt. Er fand dabei aber wenig Gegenliebe in der Versammlung. Die völlige Abschaffung der Klausel bleibt zu erstreben, wie sie der Borentwurf vorsieht. Auch Pernerl will, daß Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen statt Strafe da eintreten, wo es noch Erfolg verspricht. Es soll aber nicht vergessen werden, daß auch die Strafe erzieherisch wirken kann und soll. Wenn die Verfehlung auf geistige Minderwertigkeit, Verwahrlosung, mangelhafte Erziehung oder Hilfsbedürftigkeit zurückzuführen ist, so soll die Vormundschaftsbehörde den Jugendlichen auf bestimmte Frist unter Aufsicht eines Fürsorgers stellen, wenn sein gesetzlicher Vertreter keine Gewähr für geeignete Erziehung bietet.

Aber das gleiche Thema sprach Staatsanwalt Dr. Wulffen-Dresden. Mit den Entwürfen will er sich, wenigstens als Abschlagszahlung, zunächst begnügen. Sie stellen ihm den Vergeltungsgedanken noch zu stark in den Vordergrund gegenüber dem Gedanken der Sicherung der Gesellschaft und der Verhütung des Verbrechens. Die Richter bedürfen noch sehr des Eindringens in die schwierige Materie der Psychologie des Kindes. Stark vermindert zurechnungsfähige Jugendliche solle man überhaupt nicht strafen. Bei den Erziehungsmaßnahmen müsse das sehr wesentliche Institut des Fürsorgers viel stärker ausgebildet werden, als

vorgehen. Insbesondere für die Fälle müsse er — gerichtlich — bestellt werden, bei denen es sich um Vermeidung der Fürsorgeerziehung handelt. Besondere Berufsfürsorger werden erforderlich sein. Wenn der Gedanke der Erziehung dem Grundfah der Strafe vorgehen soll, so steht die Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis damit im Widerspruch. Unter mehreren Hinweisen auf den schweizerischen Borentwurf schlägt Wulffen als Höchststrafe 1 bis 3 Jahre vor. „Jugendgericht und Jugendgerichtsverfahren sind nur gezielte Formen, in denen sich ein neuer sittlicher Gehalt betätigen soll.“ Dahinter muß stehen das Pflichtbewußtsein des Staates und der Gesellschaft, der Jugend eine bessere Erziehung zu gewähren. Dabei muß zunächst die Volksschule in ihren Ergebnissen gebessert werden. Staat und Gemeinde müssen entsprechende Erziehungseinrichtungen mit ihren Mitteln schaffen.

Den letzten Vortrag hielt Rechtsrat Grieser-München über das Zusammenwirken der Jugendgerichte mit anderen Behörden, Vereinen und freiwilligen Helfern. Er knüpfte an ein Köhnesches Wort an, nach dem Jugendgericht und Jugendgerichtshilfe als Mann und Frau zu betrachten sind, die sich um den verlorenen Sohn bemühen. Aus seinen Ausführungen, die sich auf den Bericht des Bürgermeisters Dr. Schmidt-Mainz auf dem eben abgehaltenen Armenpflegetag in Königsberg bezogen, ergab sich, daß die Formen der Organisation der Jugendgerichtshilfe noch immer zahllos sind und bleiben werden. Interessantes Material darüber brachte in der Diskussion Referendar Dlenndorf-Breslau vor, der eine umfangreiche Enquete veranstaltet hat. Man darf der Veröffentlichung der Ergebnisse mit Interesse entgegensehen. Grieser schilderte naturgemäß eingehend das Münchener Verfahren, bei dem sich ein erfreuliches Zusammenarbeiten aller Faktoren ergibt. Die oberste Leitung scheint bei dem Jugendstaatsanwalt zu liegen. Hervorzuheben ist die starke Betonung der Beteiligung des Gemeindevorstandes. Bekanntlich arbeitet dieser in Berlin und Charlottenburg weniger mit. Wenig zweckmäßig erscheint mir, daß allwöchentlich eine Sitzung von etwa 20 bis 30 Personen stattfindet, in der der Richter die Fälle der kommenden Woche bespricht und in der die zu ergreifenden Maßnahmen beschlossen werden, so daß sie gleich nach der Verhandlung ins Werk gesetzt werden können. An dieser Vorbesprechung beteiligen sich der Richter, der Staatsanwalt, Mitglieder des Fürsorgeausschusses, ein Vertreter der Stadt, ein Zwangs-erziehungsbeamter, der Leiter der städtischen Anstaltsstelle für Armenpflege und Vertreter von verschiedenen Vereinen. Für ganz Bayern bestehen seit kurzem ein Landesauschuß, außerdem in den einzelnen Kreisen Jugendfürsorgeverbände. — Für die Fälle, die bekanntlich überall das meiste Kopfzerbrechen machen, bei denen sofortige Unterbringung erforderlich ist, bestehen in München Anstalten beider Konfessionen. Grieser schilderte ausführlich das ihm nahestehende katholische Knabenheim, das wir am Tage vorher mit Interesse gesehen hatten und das offenbar zweckentsprechend eingerichtet ist und verwaltet wird.

Bei der Frage der Kostentragung der Jugendgerichtshilfe zitierte Grieser Äußerungen von Fräulein Dr. Duenfing und anderer vom ersten Jugendgerichtstage, nach denen die Kosten der Staat und die Gesellschaft tragen müßten. Zu diesem Punkte stellte Amtsgerichtsrat Friedeberg-Weissensee einen Antrag, nach dem die Landesregierung Ausführungsgefeze zur neuen Strafprozeßordnung vorlegen soll, „durch welche die Deckung der für die Jugendgerichtshilfe erforderlichen Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln vorgehen wird“. Dem wurde von anderer Seite entgegengestellt, daß in solchem Falle der Staat auch Rechenschaft über jeden verauslagten Pfennig verlangen würde, daß dadurch viele Kreise die Freude an der Mitarbeit verlieren würden und daß das der Todesstoß für die Jugendgerichtshilfearbeit sein würde.

Aus dem Bericht, den die Leiterin der Berliner Jugendgerichtshilfe, Fräulein Donndorf, gab, ging hervor, daß man auch in Berlin jetzt besoldete Berufspfleger anstellen will, aber selbstverständlich sollen die freiwilligen Mitarbeiter weiterhin die Hauptträger der Arbeit sein. Schon jetzt bestehen in Berlin über 2200 Schutzaufsichten. Es war auch ein Berliner, der Lehrer Frauen dienft, der mit warmen und klugen Worten für das Recht des Zöglings eintrat und der an einigen guten Beispielen zeigte, wie man das Vertrauen der Kinder gewinnt, z. B. indem man ihnen ein verantwortliches Amt zu verwalten gibt.

Als Ergebnis des Tages — es war über alle drei Vorträge gemeinsam debattiert worden — stellte der Vorsitzende Köhne fest: Heraufhebung der Strafmündigkeitsgrenze von 12 auf 14 Jahre, Beseitigung der Prüfung der Einsichtsähigkeit, möglichste Besserung des erzieherischen Standpunktes bei allen Maßnahmen gegen die Jugend-

lichen. Die Schutzaufsicht und Fürsorge des Entwurfs ist nützlich und gut, muß aber ausgebaut werden, indem man dem Fürsorger eine rechtlich klare Stellung (Zwangsmittel) gibt. Öffentliche Mittel (gleichviel ob von Staat oder Gemeinde) sind mobil zu machen. Die freiwilligen Fürsorger, die nicht in die zweite Linie gedrängt werden dürfen, bedürfen einer Ergänzung durch bezahlte Kräfte.

Inzwischen ist, den Beschlüssen des Kongresses gemäß, das gesamte Material der zuständigen Stelle übermittelt worden.

Ob ein dritter Jugendgerichtstag im Herbst 1911 in Dresden stattfinden wird, wird später entschieden werden. Es hängt das von dem Gange der parlamentarischen Beratungen ab.

Der Verlauf der Tagung war überaus interessant, lehrreich und, wie man hoffen darf, erfolgreich. Empfehlen dürfte es sich für die Zukunft, die gedruckten Leitfäden früher als geschehen in die Hände der Teilnehmer gelangen zu lassen. Die Verteilung unmittelbar vor dem betreffenden Vortrag hindert an einer genügenden Vorbereitung, auch hindert sie an dem aufmerksamen Zuhören, da man während des Vortrages mit der Lektüre und der Durcharbeitung der Hefen beschäftigt ist. Mindestens bei Beginn der Tagung hätten alle Leitfäden und Anträge verteilt werden sollen. Sehr zu beklagen war das ungemein späte Erscheinen der Teilnehmerliste, die doch vor allem den Zweck hat, auf die Anwesenheit von Personen aufmerksam zu machen, die man gern sprechen würde, die einem aber von Angesicht noch unbekannt sind und von deren Anwesenheit man anders keine Kenntnis erlangen kann.

Soziale Zustände.

Zur Frage der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte durch private Arbeitsnachweise.

Auf einen Auswuchs der privaten Stellenvermittlung muß mit Nachdruck hingewiesen werden, da die Gefahr besteht, daß auch das neue Stellenvermittlergefez hier nur sehr schwer wird Wandel schaffen können: das sind die nur der Arbeitsvermittlung dienenden sogenannten (Wohnungs-)Reinigungsinstitute, deren es in Berlin wohl an zwei Duzend gibt. Die Bezeichnung führt leicht zur Annahme, daß es sich durchweg um Institute handelt, denen man die Reinigung einer ganzen Wohnung, etwa bei Umzügen, festlichen Gelegenheiten usw. gegen eine bestimmte Gebühr überträgt. Das trifft nur für einen kleineren Teil von Instituten zu, die unterchiedslos unter derselben Bezeichnung an die Öffentlichkeit treten (vergl. Berliner Fernsprechverzeichnis, April 1910, S. 656); diese betonen ausdrücklich: „eigenes Personal“¹⁾. In der großen Mehrzahl sind es aber Stellenvermittlungsinstitute oder genauer Arbeitsnachweise. Nach den Ankündigungen im Fernsprechverzeichnis und nach den mir vorliegenden Tarifen solcher Institute werden dort nachgewiesen: Waschkfrauen, Reinmachefrauen, Plätterinnen, Ausbesserinnen, Aushilfsmädchen, Aushilfsschöninnen (perfekt lohnende), Kochfrauen, Serviererrinnen, Teppichklopper, Fachleute und Frauen für Stubenbohnen. Abgesehen davon, daß es sich in der Mehrzahl der Fälle also um Personal für häusliche Dienste handelt — nur 3 Kategorien fallen unter den engeren Begriff des Wohnungsreinigungspersonals (Reinmachefrauen, Teppichklopper, Bohner) — übernehmen die hier zur Erörterung gestellten Institute nicht die Reinigung der Wohnung oder das Bohnen der Fußböden oder das Waschen der Wäsche, Aufträge, die sie mit eigenem Personal auf eigenes Risiko auszuführen hätten, wie das ja die oben erwähnten „reinen“ Reinigungsinstitute tun. Vielmehr weisen sie nur die entsprechende Arbeitskraft nach, mit der die Hausfrau dann selbst den Dienstvertrag für einen oder mehrere Tage abschließt. Ob die betreffende Person tüchtig ist oder nicht, ob sie ihre Arbeit entsprechend der Bestellung ausführt, dafür übernimmt das Vermittlungsinstitut keinerlei Verantwortung. Doch das nur nebenbei zur allgemeinen Charakteristik.

Die Hauptsache ist die Gebührenfrage. Hier hatten sich im stillen ungeheuerliche Auswüchse entwickelt. Die Hausfrau, die sich zur Bestellung wohl meist des Fernsprechers oder einer Postkarte bediente, jedenfalls das Institut nicht persönlich aufzusuchen brauchte, zahlte keine Gebühr, dafür mußte aber die betreffende Stellensuchende — meist sind es ja Frauen — gehörig bluten. Von

¹⁾ Diesen Instituten mit festangestelltem Personal dürfte zu empfehlen sein, sich in ihrer Firma noch deutlicher von den reinen Nachweisen zu unterscheiden, damit sie nicht mit diesen in einen Topf geworfen werden.

jeder Tageseinnahme hatte sie nämlich bisher 40 bis 50 (fünfzig!) Pfennig an das Vermittlungsinstitut abzugeben. Dieses Verfahren kann man füglich nur als wucherisch bezeichnen, denn es handelte sich hier um eine Art Ausbeutung einer Notlage, wie wir unten noch näher sehen werden. Als Gegenleistung für die vom Institut geleistete Mühe usw. konnte doch die Gebühr unmöglich angesprochen werden, denn letzteres hatte ja, wie oben ausgeführt, keinerlei geschäftliches Mißto; es schloß gar nicht den Dienst- oder Werkvertrag selbst ab und betonte auf dem Überweisungsschein ausdrücklich, daß es für den von der Arbeiterin etwa angerichteten Schaden in keiner Weise aufkäme. Es hat auch, abgesehen von Miete für ein paar Geschäftsräume, Fernsprechgebühr, Porto und Drucksachen, keine großen Ausgaben²⁾, denn es braucht nicht, wie z. B. die an Zahl geringeren eigentlichen Reinigungsinstitute, ständig Personal in Bereitschaft zu halten und zu bezahlen, ganz gleich ob es daselbst beschäftigen kann oder nicht. Hat es für die Frauen keine Arbeit, nun, dann können diese wieder gehen; einen Anspruch auf Beschäftigung oder gar auf irgend eine Bezahlung haben sie in dem Falle aber nicht.

Dazu kam aber noch eine schwerwiegende Beschränkung und Belastung der Stelleruchenden: Diese durften nämlich — und die Herrschaften lesen das gedruckt auf den Scheinen — Arbeit nur durch das Institut, d. h. gegen jedesmalige Zahlung der Gebühr, annehmen. Bestellte die Herrschaft sie trotzdem direkt, dann mußten sie nachträglich die Gebühr an das Institut abführen, auch wenn letzteres weder durch ein Telefongespräch noch durch eine schriftliche Benachrichtigung für die Vermittlung in Aktion getreten war. Es kommt natürlich öfter vor, daß diese Meldung nicht erfolgt und die Arbeiterin die Gebühr für sich behält; jeder billig Denkende wird sie ihr sicher gern zusprechen, auch wenn dadurch leider die Unehrlichkeit gefördert wird. In den meisten Fällen nehmen aber — angesichts des großen Angebots dieser weiblichen Arbeitskräfte — die Frauen, die isoliert diesen Instituten gegenüber völlig machtlos sind, diese moderne Sklaverei auf sich und entrichten die Gebühr, um nur ja nicht aus dem Brote zu kommen.

Hier könnte das neue Stellenvermittlergesetz bei richtiger Handhabung zunächst einhalten. Die polizeilich festgesetzte Tage beträgt für Berlin 30 \mathcal{M} , es hat also schon eine wesentliche Herabsetzung der Gebühr stattgefunden. Außerdem schreibt aber § 5 des Gesetzes vor, daß diese von Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragen ist, wenn beide Teile den Stellenvermittler in Anspruch genommen haben. Damit wäre die Belastung der Stelleruchenden auf 15 \mathcal{M} herabgesetzt, da in Fällen der vorliegenden Art immer beide Teile den Vermittler in Anspruch genommen haben. Freilich gilt es nun auch dafür zu sorgen, daß diese Ertrungenschaft nicht auf dem Papiere stehen bleibt und daß nicht wieder Mittel und Wege gefunden werden, den die Arbeitgeber treffenden Teil auf die Arbeitnehmer abzumwälzen. Die Schwierigkeit einer Kontrolle geht schon daraus hervor, daß in Berlin täglich mindestens 4000 derartige Stellen vermittelt werden. Und die große Konkurrenz, die auf diesem Gebiete herrscht, erschwert die Kontrolle natürlich noch mehr.

Einen erheblichen Vorteil dürfte bei richtiger Auslegung auch der § 4 des neuen Gesetzes den Frauen bringen; darnach sind nämlich Verträge, durch die sich ein Arbeitnehmer verpflichtet hat, sich auch in späteren Fällen der Mitwirkung eines bestimmten Stellenvermittlers zu bedienen, nichtig. Somit dürfte auch keine Gebühr für die Vermittlungen verlangt werden können, die ohne Mitwirkung des Vermittlers zu Stande gekommen sind, insbesondere also in den Fällen, in denen eine Frau beispielsweise einen Tag bei einem Arbeitgeber gearbeitet hat und von diesem zu einem bestimmten anderen Tage wiederbestellt wird.

Zum Schluß noch die sehr wichtige Frage: Wie kommt es, daß unsere gemeinnützigen Arbeitsnachweise hier so ganz versagen und diese Schmutzkonkurrenz nicht aus dem Felde schlagen können, obwohl sie von den Stelleruchenden nur eine Einschreibgebühr von 20 \mathcal{M} für fünfmalige Vermittlung, also jedesmal nur 4 \mathcal{M} (statt 15 \mathcal{M} oben) verlangen?! In Kassel z. B. ist die Situation so, daß man solche Frauen nur von der vorzüglich arbeitenden städtischen Stellenvermittlung Kasseler Frauenvereine (Vorl.: Frä. Rode) bezieht und dafür jedesmal 20 \mathcal{M} zahlt. Gewiß liegen die Verhältnisse in Groß-Berlin viel, viel schwieriger³⁾, aber es wäre doch

eine dankbare Aufgabe für die gemeinnützigen Anstalten, hier gründlich Wandel zu schaffen.

Es ist uns wohl bekannt, daß die städtischen Nachweise in Charlottenburg und Schöneberg sowie der Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin sich lebhaft Mühe geben, dieses Terrain zu erobern. Aber sie können nur langsam festen Fuß fassen. Um eine Besserung zu erzielen, müssen alle Faktoren zusammenwirken. Wie weit sie selbst die Arbeitsuchenden noch mehr an sich heranziehen können, ist eine Frage technisch-organisatorischer Art, die natürlich hier nicht ausführlich erörtert werden kann; es kommt da manchmal auf einen „Trick“, im besten Sinne des Wortes, an, der imstande ist, ihnen diese von jeder Organisation unberührten Frauen und Mädchen zuzuführen. Da müssen alle Mittel versucht werden: Zettelverteilung, nötigenfalls sogar vor den Türen jener Institute, Plakate, Inserate, Preknotizen, ferner Vorträge in Vereinen jeder Art usw. Denn es ist wohl klar, daß der öffentliche Nachweis möglichst viele dieser Arbeitskräfte ständig an der Hand haben muß, um auch in der Lage zu sein, die an ihn herantretenden Wünsche der Herrschaften zu erfüllen, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Anfragenden sich wieder an private Institute wenden, wenn sie bei den öffentlichen Nachweisen nicht nach Wunsch bedient worden sind. Vorläufig dürfte allerdings diese Gefahr nicht sehr groß sein, denn ein Hauptteil der Schuld an dieser Entwicklung liegt wohl bei den Herrschaften. Sie sind erfahrungsgemäß schwer dahin zu bringen, die öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen zu benutzen. Manche haben eine instinktive Abneigung gegen den Armeileutegeruch, der diesen Wohlfahrtsanstalten nach ihrer Meinung anhaftet. Die meisten handeln aus Unkenntnis, und hier ist immer und immer wieder an die öffentlichen Institute der Appell zu richten, ihren Betrieb etwas beweglicher zu gestalten, mehr Reklame zu machen, nicht zu warten, bis die Leute an sie herankommen, sondern umgekehrt, sich den Leuten bei jeder Gelegenheit bekannt machen: auch hier wieder Presse und immer wieder Presse! Sie hilft ja hier sehr gern. Aber nicht nur die Tageszeitungen, sondern auch die unterhaltenden und belehrenden Frauenblätter müssen mit regelmäßigen, entsprechend geschriebenen Notizen versorgt werden. Es könnte aber auch bei Umzügen jeder Herrschaft eine Karte zugesandt werden, wodurch sie auf den öffentlichen Nachweis am Orte aufmerksam gemacht wird. Jede Arbeitsfrau, die durch den Nachweis ins Haus kommt, müßte gleich einige Bestellkarten mitbringen usw. Geld wird das alles freilich kosten, aber das schadet nichts. Hat man die Feslung — wenn auch mit Opfern — einmal genommen, dann sitzt man drin und wird so leicht nicht wieder daraus verdrängt.

Dr. Redé.

Der deutsche Arbeitsmarkt im September 1910. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt im September hat sich, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 10 (vom 26. Oktober) feststellt, im Vergleich zum Vormonate nicht unerheblich gebessert. Ganz besonders trifft dies für das Bekleidungs-gewerbe zu, in dem die mit dem September einsetzende Herbstsaison stets größere Beschäftigung bringt. Auf dem Ruhrkohlenmarkt blieb die Lage im wesentlichen unverändert. Im Saarreviere ließ der Absatz immer noch sehr zu wünschen übrig; im ober-schleisischen Kohlenbergbau ging die Beschäftigung sogar zurück. Im Braunkohlenbergbau brachte der September im allgemeinen eine weitere Besserung. In der Metall- und Maschinenindustrie hielt die Besserung an. In der Textilindustrie gestaltete sich für die Spinnereten der Geschäftsgang etwas günstiger, für die übrigen Zweige kann von einer Änderung kaum gesprochen werden. Die Beschäftigung im Baugewerbe ließ etwas nach. In der Bekleidungsindustrie gab es reichlich zu tun. Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Laufe des Septembers weiter wesentlich gehoben. Es ergab sich am 1. Oktober gegenüber dem 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken um 61 834 (+ 30 856 männliche, + 30 978 weibliche). Im September 1909 ergab sich eine Zunahme von 38 168 Mitgliedern (+ 14 090 männliche, + 20 078 weibliche). Gegenüber dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrads der männlichen Personen 9 v. H., der weiblichen 5 v. H. Die Arbeitslosenziffern der Fachverbände im dritten Vierteljahr 1910 zeigen eine Verbesserung gegen das gleiche Vierteljahr des Vorjahrs. Sie betragen für Ende Juli 1,9 v. H., für Ende August 1,7 v. H. und für Ende September 1,8 v. H., gegen 2,5 v. H. bezw. 2,3 v. H. bezw. 2,1 v. H. im Vorjahre. Nach den Arbeitsnachweisziffern hat sich im Vergleich zum Vormonate wie besonders zum Vorjahre für die Männer die Lage nicht unwesentlich gebessert. Für die Frauen traten im Vergleich mit denselben Zeiträumen kaum Unterschiede hervor. Bei

²⁾ Dabei ist zu beachten, daß das Institut in der Regel sich um die Frauen nicht zu bemühen braucht, denn diese müssen, wenn sie Arbeit haben wollen, sich abends im Institut einfinden, für diesen Weg — notabene oft nach schwerem Tagewerk bis 8 Uhr abends — noch Zeit und meist auch Fahrgeld opfern, also eine weitere Belastung!

³⁾ Nur diese find hier zugrunde gelegt; es wäre interessant zu erfahren, ob in anderen Großstädten ähnliche Mißstände vorhanden sind.

der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im September 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 145, bei den weiblichen 87 Arbeitsgelegenheiten gegen 154 bzw. 87 im August 1910 und 168 bzw. 91 im September 1909.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften gab auf seiner Kölner Herbsttagung (Ende September) Rechenschaft von den Bestrebungen des letzten Jahres, die Stimmung der Öffentlichkeit, die durch die Angriffe der katholischen Fachabteiler vielfach in Verwirrung geraten war, wieder günstig für die christlichen Gewerkschaften zu gestalten. Dadurch, daß die katholischen Arbeitervereine, „Eich Berlin“, ihre Mitglieder neuerdings zwingen, Fachabteiler zu werden, ist den christlichen Gewerkschaften die Werbearbeit erschwert worden. Die Aufklärungsversuche der christlichen Gewerkschaften haben bereits den großen Erfolg gehabt, daß die Presse beim Bauarbeiterkampf eine korrekte Haltung einnahm. Als die nächsten Aufgaben des Gesamtverbandes und der einzelnen Verbände in der Agitation bezeichnete Stögerwald in eindringlicher Rede die Erziehung zum Idealismus im Gegensatz zu dem krankhaften Materialismus, die Schulung des Wirtschaftssinns gegenüber den billigen Verlockungen eines verantwortungslosen Demagogentums. Die sozialistischen Klassenkampfbroschüren, die der Kompliziertheit des Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus nicht Rechnung tragen und ohne sittliche Willensbildung und Pflichtbewußtsein die Welt verbessern zu können meinen, müßten durch verstärkte Aufklärungsarbeit der christlichen Gewerkschaften bekämpft werden. Dazu empfehle sich der Ausbau des Generalsekretariats nach drei Richtungen: Förderung des Preßwesens durch Herausgabe einer Gewerkschaftskorrespondenz; Pflege der Jugendbewegung im Anschluß an den Beruf; Bearbeitung der Organisationsfragen, des Rechtsschutzes, der sozialen Wahlen und der Heranbildung der Vertreter in der sozialen Vertretung. Die Bezirkssekretariate müßten erweitert, das Zentralrechtsschutzbureau in Berlin ausgebaut werden. Deshalb sind die Beiträge zum Gesamtverbande vom 1. Januar ab auf 80 \mathcal{M} und 15 \mathcal{M} (für weibliche Mitglieder) zu erhöhen. Vor allem ist aber auf sorgfältigste Auswahl der Verbandsbeamten, auf ihre unausgesetzte Weiterbildung durch neue Kurse und ihre Entlastung vom Kleinkram Bedacht zu nehmen. Die regelmäßige Wiederkehr von zwei- bis dreitägigen Kursen für die Beamten eines Bezirks sei zu erwägen. Auf dem Gebiete der Tarifverträge in den bereits vorgeschrittenen Gewerben ergeben sich nach den anschließenden Ausführungen Kurtzweils ebenfalls neue Aufgaben. Die überstürzte Entwicklung der Tarifverträge — Ende 1909 waren die christlichen Gewerkschaften an 785 von den gezählten 6578 Verträgen beteiligt — erfordert Vervollkommen der Sachkenntnis und der Taktik bei den Unterhändlern, namentlich angesichts des Strebens der Arbeitgeberverbände nach Reichstarifen mit einheitlicher Ablaufszeit. Alle Lohn- und Tarifbewegungen müssen sorgsam vorbeachtet werden; Verlegungen der Industrie unter dem Drucke von Lohnbewegungen muß vorgebeugt werden, um Arbeitslosigkeit zu verhüten. Die Statistik ist bis ins Kleinste auszubauen. Die Faltung der gegnerischen Organisationen ist genau zu überwachen. Betriebsüberblicken müssen von den Zahlstellen gesammelt und studiert werden. Bei den Arbeitsnachweisen ist eine Schädigung der christlichen Gewerkschaften als Minderheitsorganisation zu verhüten. Gemeindliche, nicht obligatorische Arbeitsnachweise liegen oft mehr im Interesse der christlichen Gewerkschaften als paritätische. Reichstarifverträge sind nur dann zu schließen, wenn die Verhältnisse wirklich dafür reif sind; sonst gefährden sie die Arbeiterorganisationen.

Tagungen christlicher Gewerkschaften. Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands, der vor 10 Jahren mit wenigen hundert Mitgliedern gegründet wurde, blühte an der heurigen Tagung (14.—16. August in München) auf 122 Zahlstellen mit fast 4000 Mitgliedern. Er ist an 101 Tarifverträgen beteiligt und besaß Ende 1909 80000 \mathcal{M} Vermögen. Neben dem Ausbau der Tarifvertragspolitik behandelte die Münchener Tagung „Heimarbeiterschutz und Reichsversicherungsordnung“ und das immer wichtiger werdende Lehrlingswesen; der erheblichen Beeinflussung und Gewinnung des gewerblichen Nachwuchses wenden die christlichen Gewerkschaften allgemein steigende Sorgfalt zu, je mehr die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie durch besondere Organisationsformen die Jugend, in der die Zukunft heranreift, in ihre Gefolgschaft zu bekommen suchen. Am Beitrags- und Unterstützungsweisen des Schneiderverbandes hatte die Tagung nichts wesentliches zu ändern. Schwarzmann-Köln wurde zum Hauptvorsitzenden wiedergewählt.

Der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche, ein erst 1904 gegründeter Verein, der unter der schlechten Geschäftslage der letzten zwei Jahre in seiner Werbearbeit zu leiden hatte, berichtete auf der Tagung in Münster (Mitte August) über einen Bestand von 1452 Mitgliedern und 16728 \mathcal{M} Vermögen. 17821 \mathcal{M} gab er allein in der zweijährigen Berichtszeit an Unterstützungen aus und 5551 \mathcal{M} für sein Blatt

„Graphische Stimmen“. Auch diese Tagung erörterte vornehmlich die Jugendorganisation. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter sollen nach den neu ausgearbeiteten Satzungen gegen 10 \mathcal{M} Wochenbeitrag Aufnahme in den Verband finden und dafür neben dem Verbandsblatte nach einjähriger Mitgliedschaft je 30 \mathcal{M} Krankengeldzuschuß für 30 Tage, nach zwei Jahren je 40 \mathcal{M} für 40 Tage erhalten. Bei freiwilligem Wochenbeitrag von 35 \mathcal{M} erhöhen sich die Leistungen. Der Name des Vereins wurde in „Graphischer Zentralverband“ verbessert. Mit den christlichen Buchbinderorganisationen Österreichs soll ein Gegenseitigkeitsvertrag geschlossen werden. Hornbach wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt. Ein zweiter Beamter wird demnächst angestellt.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter blühte am 1. Oktober auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Von anfangs 600 Mitgliedern ist sein Bestand auf fast 4000 gewachsen. Der Wochenbeitrag ist von 10 \mathcal{M} auf 50—65 \mathcal{M} gestiegen. In 200 Lohnbewegungen, darunter 65 Streiks und Ausperrungen, hat der Verband auch nach außen für die Interessen seiner Mitglieder gekämpft, und zwar mit viel Erfolg, wie die Beteiligung an 34 Tarifverträgen mit 1500 Mitgliedern beweist.

Der Zentralverband der christlichen Maler und verwandten Berufe Deutschlands, der am 18.—20. September in Frankfurt a/M. tagte, hat trotz der schlechten Geschäftslage in der zweijährigen Berichtszeit seinen Mitgliedsbestand um 218 auf 3664 Köpfe gesteigert und sich auch innerlich gut gestiegt. Das Vermögen wuchs von 17134 \mathcal{M} auf 27289 \mathcal{M} . An der Reichstarifbewegung beteiligten sich 2704 Verbandsmitglieder in 57 Lohngeboten und erwarfen selbständige Interessenvertretungen neben den freien Gewerkschaften in den Tarifstellen bis zum Haupttarifamt hinauf. Der Ausbau dieser auch wirtschaftlich recht erfolgreichen Tarifvertragspolitik wurde vom Verbandstage lebhaft besprochen. Um die tarifliche Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz zu sichern, will der Verband den dabei sich opfernden Kollegen vollen Tariflohn als Unterstützung zahlen. Auch das übrige Unterstützungsweisen wurde erweitert, Militärunterstützung und Sterbegeld für Kinder neu eingeführt und eine freiwillige Arbeitslosenversicherung gegen Sonderbeiträge beschlossen. Der allgemeine Sommerwochenbeitrag wurde um 5 \mathcal{M} erhöht. Reichsversicherungsordnung und Arbeiterschutz beschäftigten die Tagung ebenfalls eingehend. Kontrolleure aus dem Arbeiterstande mit besonderer Anleitung in staatlichen Kursen seien anzustellen, Arbeitszwang für alle Bleierkrankungen zu fordern, alle bleihaltigen Farben deutlich zu kennzeichnen und für Innenarbeiten völlig zu verbieten. Reichsunterstützungen über Erbschaften für Bleifarben seien vorzunehmen. Breuer-Düsseldorf wurde zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt.

5. Bundestag des Bundes technisch-industrieller Beamten (Berlin, 24. Oktober). Die wichtige Frage der Mindestgehälter, die die Allgemeine Vereinigung der Buchhandlungsgehilfen theoretisch zuerst in Fluß gebracht hat, stand in den Erörterungen obenan. Tiefen-Berlin vertrat die schon vom 4. Bundestag aufgestellte Forderung auf 150 \mathcal{M} Mindestgehalt unter scharfer Ablehnung eines Vermittlungsantrages des Bundes Mitteldeutschland, der sich mit 120 \mathcal{M} begnügen wollte. Kritische Zusätze zur Ergänzung des Mindestgehaltes müßten von den Ortsverwaltungen erlassen werden. Voraussetzung für die Durchführung dieser Mindestlohnnormen sei die Schaffung einer eingehenden Gehaltsstatistik an den einzelnen Orten, die Förderung der Bundesauskunft und des Stellennachweises, die der Unterbietung Einhalt tun könnten. Dazu komme der Ausbau der Stellenlosenunterstützung und der sog. „Solidaritätsunterstützung“ für Gemeinregel, die mit einem den Stellenlosenatz um die Hälfte überragenden Betrage entlastet werden sollen. Der gewerkschaftliche Charakter des Bundes müsse angesichts der amerikanischen arbeitsteiligen Betriebsorganisation auch für die geistige Arbeit deutlich betont werden. Die Frage aber, wie weit die gewerkschaftliche Betätigung der Mitglieder in der Praxis zu gehen habe, entfiel eine lebhafteste Aussprache. Das Mittel des Streiks wurde fast allgemein abgelehnt, die Anknüpfung von Bundesverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden über das Mindestgehalt als verfrüht zurückgestellt, der Abschluß von Tarifverträgen über angemessene Bezahlung aber als ein erstrebenswertes Endziel nachdrücklich anerkannt. Bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten soll die Festlegung ausländiger Gehaltsätze für die ausführenden Techniker erwirkt werden. Die Beschlussfassung des Bundestages bewegte sich auf diesen Richtlinien. — Die Schäden der ständig weiter greifenden Spezialisierung in der Technikausbildung, die ihre beruflichen Anstellungsmöglichkeiten auf ein immer schmäleres Feld einengen, während den der beruflichen Fachbildung baren, universell-formal geschulten Juristen in Deutschland jede leitende Stellung offen stehe, kritisierte Dipl.-Ing. Stiel-Berlin und machte dafür die starke Züchtung von Hochschulproletariern verantwortlich, die über ihrer technischen Zeichenpraxis ihre staatswissenschaftliche Allgemeinbildung vernachlässigten. Eine genauere Erörterung dieser Gedankengänge befehlt sich der Bundestag für das kommende Jahr vor. Für dieses Mal begnügte er sich mit Kundgebungen für eine Reform des Technikerrechts, für die Sicherung des Koalitionsrechts, für das Verbot der offenen und heimlichen Konkurrenzklaukeln und einer Abweisung der in der Reichsversicherungskommission des Reichstags geduldeten Anfechtungen über die Grundsätze für die Pensionsversicherung der Privatbeamten. Zur Verhinderung der Technikerverbände wurde beschlossen, künftig keine neuen Verbandsgründungsvorschläge mehr dem Deutschen Technikerverbände zu unterbreiten, sondern dessen gewerkschaftliche Umbildung abzuwarten. Die Regelung der Gehälter für die Bundesangestellten soll künftig derart geschehen, daß sie von

3000 M um je 240 M, später um je 300 M bis 4500 M innerhalb von 12 Jahren aufsteigen. Auf dem Grundgehalt sollen sich Stellenzulagen von 600 M für die Gaubeamten, 1500 M für die Zentralbeamten und 2400 M für den Geschäftsführer aufbauen. Für Hilfsangestellte sollen besondere Besoldungsbestimmungen getroffen werden. Der Bund besitzt gegenwärtig 17 000 Mitglieder.

6. Österreichischer Gewerkschaftskongress (Wien, 17. bis 28. Oktober). Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die tschechischen Sonderbündeleien. Seit einigen Jahren haben die Tschechen für fast sämtliche Berufe eigene Verbände gegründet, angeblich, weil die bestehenden Zentralverbände zu Germanisierungsbestrebungen mißbraucht würden. Auf dem Kongress wurde jedoch festgestellt, daß einer der neuen Verbände seinen deutschen Mitgliedern bereits deutsche Schriften liefert. Bei den Neugründungen war man, wie gerade von Tschechen auf dem Kongress mitgeteilt wurde, eifrig bemüht, die Geldmittel der bestehenden Verbände zu bekommen. Treu geblieben sind die Tschechen in der Hauptsache nur einem Verbande, dem der Gewerkschaftsangehörigen. Infolge all dieser Vorgänge herrschte auf dem Kongress eine außerordentliche Erbitterung gegen die Sonderbündler, die noch dadurch gesteigert wurde, daß einer von deren Führern, der Obmann einer Krankenkasse ist, einem bei dieser Kasse angestellten Delegierten den Urlaub zur Teilnahme an der Tagung verweigert hatte. Während die Führer zum Frieden rieten und eine entsprechende Resolution einbrachten, stand ein der Zentralorganisation treugebliebener Tscheche nach dem andern auf und forderte eine Verschärfung der Resolution, die auch einstimmig beschlossen wurde. Die Gewerkschaftskommission ist beauftragt, mit der tschechischen Kommission zu verhandeln, doch ist als Grundlage für jede Einigung festgelegt, daß sowohl die Gewerkschaftsorganisation als die Führung der Kämpfe einheitlich sein müsse. Einstimmig wurden weiter die Erhöhung der Beiträge sowohl für die Gewerkschaftskommission als für den Solidaritätsfonds angenommen. Im weiteren Verlauf des Kongresses wurde über die Lebensmittelsteuerung, den neuen Strafgesetzentwurf, Sozialpolitik im österreichischen Parlament und Streiks verhandelt. Bei der Wahl der Gewerkschaftskommission kam es auch zu einem interessanten Zwischenfall. Obwohl die Kommission eine Vertretung der Berufsgruppen ist, verlangten die Tschechen unmittelbar vor der Wahlhandlung die Aufnahme eines neuen tschechischen Mitgliedes, das in Wien wohnt. Die schon bisher vorhandene Mitgliedschaft eines tschechischen Gewerkschafters aus Brünn genügte ihnen nicht mehr. Nach längerer Verhandlung wurde auch ein den tschechischen Wünschen entsprechender neuer Vorschlag angenommen.

Begünstigung der Arbeiterorganisation durch einen Arbeitgeberverband. Die Ortsgruppe Worms des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe hat, wie der „Gewerkverein“ mitteilt, den Gehilfen folgendes Rundschreiben zugestellt:

„An die Herren Gehilfen!

Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur ein einmütiges Zusammenarbeiten von Meistern und Gehilfen, die naturgemäß auf einander angewiesen sind, die wirksame Durchführung unseres neuen Reichstarifvertrages ermöglicht und daß nur eine straffe Organisation beider Vertragsparteien eine sichere Garantie hierfür bietet. Die Ansichten über den Wert einer Organisation haben sich seit Einführung des Reichstarifvertrages wesentlich geändert und der Anschluß an eine solche hat sich für beide Teile als notwendig erwiesen.

Die überwiegende Mehrzahl der hiesigen Meister ist bereits organisiert und wünscht nun, daß ihre Herren Gehilfen sich ebenfalls einer der bestehenden Organisationen anschließen möchten.

In unserer am 12. August l. Zs. stattgehabten außerordentlichen Hauptversammlung wurde deshalb der einstimmige Beschluß gefaßt, vom 1. Januar 1911, von wo ab wir wiederum einen Fernitz Wohnzuschlag pro Stunde zu zahlen haben, nur noch organisierte Gehilfen einzustellen.

Wir ersuchen Sie deshalb freundlichst, sich darauf vorzubereiten, und geben Ihnen in nachstehendem die diesbezüglichen Adressen bekannt, um sich nach Belieben zwecks Auskunft über die Bedingungen der Aufnahme usw. mit einem oder dem anderen der betr. Herren baldmöglichst in Verbindung setzen zu können.

Worms, 1. Oktober 1910.

Der Vorstand.

Dem Rundschreiben sind Namen und Wohnung der Bezirksleiter der drei in Frage kommenden Arbeiterorganisationen und ihrer örtlichen Vertretung angefügt.

Warum wohl die Arbeitgeber des Malergewerbes solchen Wert auf die Organisationszugehörigkeit ihrer Gehilfen bei einer unabhängigen Arbeiterorganisation (nicht bei einem gelben Verein!) legen?

Streiks und Aussperrungen.

Lehren aus dem Kampf im Baugewerbe.

August Winnig, der Redakteur des Fachblattes des Maurerverbandes, „Der Grundstein“, hat Mitte Oktober eine Reihe von Aufsätzen über den Kampf im deutschen Baugewerbe in dem „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften mit kritischen „Schluß-

bemerkungen“ abgeschlossen, die mit sicherem Blicke einige wichtige gewerkschaftliche und tarifvertragliche Probleme aus der Fülle der Ereignisse klar herausheben und vom Standpunkt des erfahrenen Taktikers und Organisationsführers aus beleuchten. Man wird von einem anderen Standpunkt aus wohl bei den Fragen, die Winnig aufwirft, hier und da zu einer abweichenden Beurteilung gelangen. Aber was Winnig über die zentralen Tarifverträge und die zentralen Arbeitskämpfe, über Tarifsystematismus und Einigungs-bureaukratie, über gewerkschaftliche Kampffinanzen und Organisationsformen ausführt, ist so scharf gesehen und durchdacht, daß es ernsthafte Beachtung bei Arbeitgeberern und Arbeitern verdient. Winnig schreibt:

In der Vorbemerkung deuteten wir bereits an, daß man in der Extrahierung bestimmter Lehren für die Allgemeinheit aus den Kämpfen einzelner Berufe sehr vorsichtig sein müsse und die in einem Einzelfalle gemachten Erfahrungen nicht schematisch auf allgemeine Verhältnisse übertragen dürfe. Während des Kampfes und kurz nach seiner Beendigung konnte man in der Arbeiterpresse sehr häufig die Ansicht finden, daß diese großen zentralen Kämpfe die Kampfform der Zukunft überhaupt seien, daß früher oder später jedes Gewerbe in die Strudel dieser Kämpfe um den zentralen Tarifvertrag kommen müsse. Dazu erschienen einige Bemerkungen angebracht.

Es trifft zu, daß mehrere Gewerbe ähnliche Bahnen durchmessen müssen. In der Holzindustrie steht man mitten in einer ähnlichen Entwicklung und im Malergewerbe ebenfalls. Einige weitere Gewerbe werden voraussichtlich folgen. Aber damit ist nicht gesagt, daß die Entwicklung der Tarifverträge und der um sie geführten Kämpfe allgemein so verlaufen müsse. Diese Entwicklung wird doch schließlich sehr stark von der ökonomischen Struktur der Gewerbe beeinflusst, und wo diese die Zusammenfassung zu großen Tarifgebieten nicht zuläßt, wo sie weiter nicht eine Interessensolidarität unter den Unternehmern oder stark bindende Abhängigkeitsverhältnisse der Unternehmergruppen untereinander schafft, da erscheint auch die oben bezeichnete Entwicklung nicht wahrscheinlich. Ohne näher zu untersuchen, bei welchen Gewerben dies zutrifft oder nicht, wollen wir hier nur betonen, daß eine einfache Übertragung der Entwicklung im Baugewerbe auf andere Gewerbe nicht angebracht ist. Selbst im Baugewerbe, das neben dem graphischen Gewerbe wohl am meisten für eine zentrale Regelung des Tarifwesens disponiert ist, stößt sie auf erhebliche Schwierigkeiten, über deren Natur man aber erst nach einer längeren Erfahrung urteilen kann.

Zudem — und darüber wird in den Gewerkschaften kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen — haben wir, die Arbeiter, gar keine ersichtliche Ursache, zentrale Tarifverträge anzustreben. Man braucht dabei nicht nur an die mit zentralen Verträgen notwendig verbundenen zentralen Kämpfe zu denken; auch die bei dieser Methode unvermeidbare schematische Behandlung sämtlicher Orte bringt viele Ungerechtigkeiten und Schwierigkeiten mit sich, daß schon dies allein ein Grund für uns sein muß, so lange wie möglich an örtlichen Verträgen festzuhalten. Nur darüber sollten wir uns nicht täuschen: wo die Entwicklung zum zentralen Vertragswesen durch die Struktur des Gewerbes gestützt wird, wo sie — wie im Baugewerbe — aus den Kämpfen selbst emporkommt, da werden wir sie auch nicht verhindern können. Wir haben im Baugewerbe die Zusammenfassung vieler örtlicher Verträge zu großen Bezirksverträgen durch große Kämpfe bekommen, die uns die Unternehmer durch Aussperrungen aufdrängten. Wurde in diesen Kämpfen Frieden geschlossen, so geschah es einheitlich, und das Ergebnis des Kampfes wurde in einem einheitlichen Vertrage festgelegt. Das war eine ganz natürliche Entwicklung, die wir Jahr für Jahr sich vollziehen sahen. Kein Mensch konnte sie aufhalten oder wird sie in Zukunft aufhalten können.

Aber ein anderes. Man soll nicht glauben, daß die zentralen Kämpfe nur durch die zentralen Tarifverträge möglich geworden seien. Umgekehrt kommt man der Wahrheit näher. Man denke sich einmal alle Verträge fort — wären dann die das ganze Gewerbe umfassenden Kämpfe nicht auch möglich? Gewiß; sie wären möglich, sobald starke, ausgebildete Unternehmerorganisationen da wären. Nicht das Tarifwesen hat die großen Kämpfe geboren, sondern die fortschreitende Organisation der Unternehmern, die wiederum ohne das Wachstum der Gewerkschaften nicht möglich gewesen wäre. Die großen umfassenden Kämpfe sind also die Konsequenz des Organisationsgedankens. Das muß gegenüber den Stimmen betont werden, die angesichts der Entwicklung der Arbeitskämpfe eine Revision unserer Stellung zu den Tarifverträgen verlangen; selbst wenn wir vermöchten das ganze Tarifwesen abzustreifen, so wäre damit nichts gewonnen, die gewaltigen Kämpfe blieben uns trotzdem nicht erspart, sie sind die Konsequenz des ganzen gewerkschaftlichen Kampfes.

Aber diese großen Kämpfe sind auch nicht, was man immer in ihnen sieht: das Grab der gewerkschaftlichen Erfolge. Man darf nicht glauben, daß sie nur von uns höhere Opfer verlangten. Auch dem Unternehmertum schlagen sie schwere Wunden, die Allgemeinheit leidet hart unter ihnen, es liegt also schon in ihrer größeren Wirkung eine gewisse Garantie dafür, daß sich die Gewerkschaften auch in ihnen behaupten können. Gewiß verlangen sie von uns größere Opfer. Der sonst in Einzelgefechten aufgelöste Kampf für bessere Arbeitsbedingungen verdichtet sich zu einem gewaltigen Zusammenstoß auf der ganzen Linie, der volle Hingabe, außerordentliche Opfer und eiserne Disziplin ver-

langt. Darauf müssen wir uns vorbereiten, in diesem Sinne müssen wir die Mitglieder schulen; sind die Massen in einem solchen Kampfe auf der Höhe aller gewerkschaftlichen Anforderungen und berücksichtigt man im übrigen alle die Momente, von denen der Ausgang der Lohnkämpfe abhängt, so brauchen wir auch die größte Nachsichtsfaltung des Unternehmertums nicht zu fürchten. Eine ungünstige Wirkung haben diese zentralen Kämpfe, das ist die schon erwähnte schematische Behandlung aller Drie. Die Schwierigkeiten, die wir im Baugewerbe bei der Beendigung des Kampfes hatten, entsprangen besonders dieser Erscheinung, die Unzufriedenheit unserer Kollegen in den Großstädten hatte darin ihre Ursache. Es war ja so außerordentlich charakteristisch, daß es bei den Arbeitern die großen Städte mit den alten Organisationen, bei den Unternehmern die kleinen und mittleren Städte mit jungen und schwachen Organisationen waren, die gegen den Schiedspruch demonstrierten; die schematische Behandlung hatte auf beiden Seiten Interessen verletzen müssen, in den kleinen Orten die der Unternehmer, in den Großstädten die der Arbeiter. Man muß darum versuchen, diesen Schematismus zurückzudrängen, und dazu müssen auch die Unternehmer die Hand bieten; denn hiervon hängt es zum guten Teil ab, ob man die Schwierigkeiten der zentralen Regelung überwinden wird oder nicht.

Diese Frage führt uns zu dem Einigungswesen unter Mitwirkung Unparteiischer. Es ist zuzugeben, daß wir solcher Mitwirkung nicht dauernd entzagen können. Bei den Verhandlungen über das Vertragsmuster hat sich gezeigt, wie schwer eine auf freier Entschiedenheit der verhandelnden Parteien beruhende Einigung zu erzielen ist. Das ist psychologisch leicht erklärlich: dem Gegner direkt, sozusagen ins Gesicht zu sagen, daß man dies oder jenes Zugeständnis mache, erfordert viel mehr Überwindung, als dasselbe Zugeständnis auf dem Umwege der Zustimmung zu einem Schiedspruch Unparteiischer zu gewähren. Je größer und wertvoller dabei die Objekte sind, um so schwerer wird die freie Einigung möglich sein, weil man vorher seinen Standpunkt mit einer der Wichtigkeit des Objekts entsprechenden Festigkeit vertreten hat. So wird also die Mitwirkung Unparteiischer recht oft nötig werden. Aber trotzdem möchten wir gerade auf Grund der Erfahrungen im Baugewerbe betonen, daß die Gewerkschaften gut tun, sich gegenüber den neuerdings aufgetauchten Plänen über eine gesetzliche Regelung des Einigungswesens mit allem Mißtrauen zu wappnen. Aus einer solchen Regelung könnte nichts anderes als ein bürokratischer Apparat hervorgehen, und das wäre schlimmer als jeder andere Zustand. Der Schematismus, der sich jetzt schon so breit macht, würde dann einfach alles überwuchern. Außerdem aber — und darin sind unsere schwersten Bedenken begründet — müßte ein solcher behördlicher Apparat die Bewegungsfreiheit der Organisationen und damit die Ausnutzungsmöglichkeit günstiger Umstände einschränken — sicher zum Schaden der Gewerkschaften. So wertvoll die auf den einzelnen speziellen Fall abzielende Mitwirkung Unparteiischer sein kann, so schädlich müßte eine behördliche, aus Beamten bestehende Einigungsinstanz sein. Bisher haben wir bei den großen Kämpfen noch niemals unter dem Mangel an der Mitwirkung Unparteiischer gelitten, man möge die Dinge darum ruhig so weitergehen lassen, die goldene Praxis wird da schon den richtigen Weg finden.

Dieser Kampf hat auch eine Frage in den Vordergrund der Diskussion gestellt, die schon mehrfach die Gewerkschaftskongresse ufm. beschäftigt hat, nämlich die der finanziellen Unterstützung großer Kämpfe durch die Allgemeinheit der Organisationen. Wer sich das Ergebnis der öffentlichen Sammlung näher bezieht — es sind etwa 1 200 000 M eingegangen — wird zugeben müssen, daß dies System der Geldeinbringung bei solchen Kämpfen unzulänglich ist; man muß dabei bedenken, daß die Sammlungen zehn Wochen hindurch betrieben worden sind. Da wir wissen, daß wir mit Kämpfen von solchem Umfang mehr und mehr zu rechnen haben, so sollten wir prüfen, ob man nicht die Unterstützung solcher Kämpfe, zu denen die Kraft der einzelnen Organisation nicht ausreicht, auf eine festere Grundlage stellen kann, als es die öffentlichen Sammlungen freiwilliger Beiträge sind.

Zum Schluß noch ein Wort darüber, welche Fingerzeige diese Bewegung für die Organisationsform geben kann. Vereinzelt ist die Ansicht laut geworden, der Kampf im Baugewerbe hätte die Vorzüge der Branchenorganisation so recht hervortreten lassen. Darüber ist man in den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter vorwiegend anderer Meinung, nämlich der, daß die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der bestehenden Branchenorganisationen durch diesen Kampf sehr nachdrücklich demonstriert worden ist. Auf der Seite der Gegner stand eine Organisation, in der zwar zu unserem Vorteil mancherlei abweichende Meinungen vorhanden waren und wirkten, die aber doch tatsächlich ein einheitlicher Körper war und es immer mehr werden wird. Bei uns mußten vier Organisationen zusammenarbeiten, und ein einheitliches Handeln war immer erst möglich, wenn sich alle vier dazu geeinigt hatten. Das ist zwar in den großen Fragen, die der Kampf stellte, immer geschehen, aber es entspricht doch nicht der Logik, daraus auf Vorzüge der Branchenorganisation zu folgern. Im übrigen aber soll man nicht nur die Ereignisse während des Kampfes, sondern auch die Abwicklung der sonstigen mit dem gemeinsamen Vertrag verbundenen Geschäfte berücksichtigen, wenn man nach dieser Richtung hin Schlüsse ziehen will. Doch wir betonen, daß wir diese Frage hier nicht er-

mähnt hätten, wenn sie nicht schon in der Gewerkschaftspresse aufgetaucht wäre. Sie gehört eben zu jenen, die nicht durch Artikel und Reden, sondern nur durch den Zwang der Tatsachen zu lösen sind.

Der Straßenbahnerstreik in Bremen hat mit einem Erfolg der Streikenden geendet. Nach Abbruch der Verhandlungen vor dem Gewerbegericht übernahmen zwei sozialdemokratische Bürgerchaftsmitglieder die Vermittlung. Sie brachten ein Abkommen zustande, für dessen Innehaltung sich die Aufsichtsbehörde verbürgt. Der Lohn steigt für Fahrer, Schaffner und Depotarbeiter sofort um 10 bzw. 15 M monatlich. Für Fahrer tritt am 1. Januar eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich ein. Maßregelungen wegen des Streiks oder wegen Verbandszugehörigkeit dürfen nicht stattfinden. Ferner wird ein Angestelltenausschuß gebildet, dem die Direktion jede Entlassung unter Angabe des Grundes mitteilt. — Warum ließ die Direktion es erst wegen der Nichtanerkennung des freien Koalitionsrechts der Arbeiter zu so erbittertem Kampfe kommen?

Arbeiterschutz.

Erweiterung des Arbeiterschutzes in den Niederlanden. Die Niederlande waren durch einen Gesetzesbeschluß vom 11. Juli 1908 dem Berner Übereinkommen über das Verbot der Frauen-Nachtarbeit beigetreten. Infolge dieses Beschlusses hat die Regierung im Frühjahr 1910 dem Parlament einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der einerseits das bisher geltende Arbeitsgesetz mit seinen im Lauf der Jahre dazu gekommenen Novellen zusammenfaßt und neu redigiert, andererseits als Neuheit eine Reihe von Bestimmungen über den Arbeiterinnen- und Jugendlichen-Schutz enthält, welche über das Berner Übereinkommen noch hinausgehen. Die Frauen-Nachtarbeit wird für alle Betriebe verboten, ohne eine Grenze zu ziehen für die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter. (In Deutschland tritt das Verbot der Frauen-Nachtarbeit erst bei Betrieben mit mehr als 10 beschäftigten Personen ein). Das Schutzalter der Jugendlichen soll nach dem Entwurf von 16 auf 17 Jahre erhöht werden. Die tägliche Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche wird von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt, für verheiratete Frauen muß außerdem der Arbeitsanfang an den Sonntagen um 4 Uhr nachmittags stattfinden. Für die Übergangszeit werden gewisse Erleichterungen zugestanden. Auch die Pausen für Frauen und Jugendliche werden durch den Entwurf geregelt. Nach je 4 1/2 Stunden Arbeitszeit hat eine mindestens halbtägige Pause einzutreten. Beträgt aber die Arbeitszeit mehr als 6 Stunden und endet sie vor 6 Uhr abends, so muß sie von einer einstündigen Pause unterbrochen sein; ist die Arbeitszeit länger und endet sie nach 6 Uhr, muß sie von einer 1 1/2 stündigen Pause unterbrochen sein. — Schulpflichtigen Kindern unter 13 Jahren ist die Arbeit in Fabriken überhaupt verboten. Die Arbeitskarten, die bisher nur für Jugendliche vorgeschrieben waren, sollen künftig auch für erwachsene Arbeiterinnen ausgestellt werden. Ebenso sollen die schon gegenwärtig zu führenden Verzeichnisse der beschäftigten Jugendlichen und Frauen (mit genauen Angaben über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie des wöchentlichen Ruhetages) künftig für alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter geführt werden. In jedem Betrieb ist künftig ein besonderes Arbeiterregister zu führen, oder als Ersatz dafür müssen die Lohnlisten so ausgestaltet werden, daß sie genau die Namen der Arbeiter sowie alle Angaben über Beginn und Ende der Arbeitszeit enthalten. Auch wenn Arbeiter mit Rücksicht auf ihre Konfession einen anderen wöchentlichen Ruhetag als den Sonntag erhalten, muß dies vermerkt werden. Auch die Gewerbehygiene wird durch das neue Gesetz eine Förderung erfahren. Die Ärzte werden verpflichtet, alle Berufskrankheiten anzuzeigen; im Verordnungswege wird als Ergänzung zu dem vorliegenden Gesetz ein Verzeichnis der anzeigepflichtigen Berufskrankheiten aufgestellt werden.

Durch ein besonderes Schutzgesetz soll ferner die Arbeit der Steinschneider in den Niederlanden geregelt werden. Ein Entwurf dazu liegt bereits seit 1909 vor. Hiernach sollen zu Steinschneiderarbeiten nur Arbeiter über 14 Jahren und auch diese nur nach ärztlicher Untersuchung zugelassen werden und bis zum Alter von 17 1/2 Jahren müssen sie sich alljährlich einer neuen Untersuchung unterziehen. Die Arbeiter dürfen ununterbrochen höchstens 8 Stunden arbeiten; die tägliche Arbeitszeit darf für Erwachsene 9 Stunden, für Jugendliche unter 17 Jahren 7 1/2 Stunden nicht überschreiten; Nachtarbeit ist verboten. Durch eine allgemeine Verordnung sowie durch weitergehende Spezialverordnungen von seiten der Gewerbeinspektoren soll die hygienische Beschaffenheit der Werkstätten, namentlich die Staubabsaugung gefördert werden. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß bei den Steinschneidern die Sterblichkeit unter 50 Jahren sehr groß ist.

Die frühe Sterblichkeit wird sowohl durch den Staub wie auch durch Erschütterungen des Brustkorbs bei dem Hantieren mit dem Hammer verursacht.

Schwedischer Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit. Die Schwedische Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat als Beitrag zur Tagung in Lugano einen deutschen Auszug aus dem zurzeit in Schweden vorliegenden Entwurf zur Revision der Arbeiterschutzgesetze geliefert, und zwar die Vorschriften über die Hausarbeit. Die Bestimmungen haben manche Ähnlichkeit mit dem deutschen Hausarbeit-Gesetzentwurf und setzen als Hauptpunkte folgendes fest:

Unter „heimindustrieller Arbeit“ wird alle diejenige Arbeit verstanden und durch das Gesetz betroffen, die seitens eines Verlegers oder sonstigen Arbeitgebers für die Zwecke seines Gewerbebetriebes einem Arbeiter übertragen wird zur Verrichtung in der Wohnung desselben oder an einem anderen Orte, wo die Überwachung der Anordnung der Arbeit dem Arbeitgeber nicht obliegt.

Durch den Gesetzentwurf wird die allgemeine Registrierpflicht eingeführt; der Arbeitgeber und die an der Vergabe der Arbeiten beteiligten Zwischenpersonen sind für richtige Führung des Verzeichnisses verantwortlich; bei Jugendlichen unter 18 Jahren muß im Verzeichnis auch Geburtsjahr und -tag angegeben sein. Jeder Arbeiter, der für heimindustrielle Arbeit verwendet wird, erhält ein Lohnbuch, in dem genaue Eintragungen der Art der Arbeit sowie der Vereinbarungen über Lohn und Lieferungsfristen enthalten sein müssen. Auch die für den Arbeiter wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen über die heimindustrielle Arbeit sollen im Lohnbuch abgedruckt sein.

Ähnlich wie im deutschen Entwurf eine größere Veröffentlichung der Löhne durch das Aushängen der Lohnlisten angesetzt wird, so enthält auch der schwedische Entwurf eine Bestimmung, wonach durch Erlaß der Regierung für geeignete Industriezweige bestimmt werden kann, daß ein Verzeichnis der Mindestlohnsätze an geeigneter, den Arbeitern zugänglicher Stelle ausgehängt wird.

Tritt in einer heimindustriellen Arbeitsstätte eine ansteckende Krankheit auf, so ist dies der Gemeindebehörde zu melden und diese kann die Lieferung von weiterem Arbeitsmaterial an diese Arbeitsstätte verbieten; Unternehmer und Zwischenmeister sind verpflichtet, diesem Verbot Folge zu leisten. Die Aufsicht über die Durchführung des neuen Gesetzes soll hauptsächlich den Gewerbeaufsichtsbeamten zustehen, doch werden auch die Gesundheits- und Gemeindebehörden zur Mitwirkung herangezogen. Diese Behörden sollen namentlich darauf achten, daß die heimindustrielle Arbeit nicht in einer für die Gesundheit der Arbeiter schädlichen Weise ausgeübt werde, daß namentlich auch dort, wo Jugendliche arbeiten, diese nicht über ihre Kräfte angestrengt oder an ihrer Körperentwicklung geschädigt werden. Die Gesundheitsbehörde kann alle Befugnisse, die ihr nach den Gesundheitsvorschriften für das Reich zustehen, anwenden, um gesundheitlichen Schäden, die ihr bei der heimindustriellen Arbeit bekannt werden, entgegenzuwirken.

Mit Geldstrafen von 5–200 Kronen werden Arbeitgeber und Zwischenmeister bestraft, die den Bestimmungen des Gesetzes zuwiderhandeln; wissentlich falsche Angaben in den Registern oder in Lohnbüchern können sogar mit Geldstrafen bis zu 500 Kronen bestraft werden.

Auch der schwedische Entwurf sucht wie der deutsche zwar auf mehr Klarheit in der Lohnfrage hinzuwirken durch die Vorschriften über die Lohnbücher und das Aushängen der Lohnlisten, er sieht aber gleichfalls ab von einer Einwirkung auf die Lohnhöhe. Die schwedische Sektion gibt in ihrem Bericht an das Internationale Arbeitsamt auch eine kurze Mitteilung aus den Kommissionsverhandlungen über diesen Punkt. Es war in den Verhandlungen auch angeregt worden, „gesetzlich bestimmte oder durch gesetzliche Vertretungen fixierte Mindestlohnsätze zu beschließen“. Die Kommission hat diesen Weg jedoch nicht empfehlen wollen, weil die Kenntnis des Umfanges und der Bedingungen der heimindustriellen Arbeit in Schweden noch zu ungenügend sei, um daraufhin eine so neuartige Gesetzgebung aufzubauen, und man hofft, eine gewisse Regelung der Arbeitslöhne auch schon durch die Vorschriften über Lohnbücher und Lohnlisten zu erzielen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Bei der Weiterberatung des Versicherungssatzes für die Feststellung der Unfallrente wurde der im Entwurf ausgemerkte Vorbescheid wieder eingeführt, zwischen Vorbescheid und Feststellungsbescheid aber die Möglichkeit einer mündlichen Vernehmung des Versicherten vor einem Organe der Genossenschaft oder nach Wahl des Versicherten vor dem Versicherungsamt eingeschoben. An Stelle der §§ 1565 bis 1567 wurden folgende Bestimmungen gesetzt:

§ 1564a.

Soll eine Entschädigung gewährt oder abgelehnt werden, so ist durch die zur Feststellung berufene Stelle (§§ 1562, 1568) oder, sofern

dies die Satzung bestimmt, durch den Vorsitzenden dieser Stelle ein schriftlicher Vorbescheid zu erteilen. — Der Vorbescheid ist zu begründen und zu unterschreiben. Die Unterschrift des Vorsitzenden genügt. — Kann der Versicherungsträger nach Ablauf von drei Monaten den Vorbescheid noch nicht erteilen, so hat er dem Berechtigten durch einfaches Schreiben die Gründe mitzuteilen. Die Frist läuft von dem Tage an, an dem der Versicherungsträger vom Unfall, im Falle des später eintretenden Todes vom Tode amtlich Kenntnis erhalten hat. Bei Hinterbliebenen eines Versicherten, der auf einem untergegangenen oder versunkenen Schiffe gefahren ist, wird die Frist von dem Tage an gerechnet, an dem nach § 1087 der Anspruch auf Rente entstanden ist.

§ 1564b.

Soll eine Entschädigung gewährt werden, so muß der Vorbescheid ihre Höhe und die Art der Berechnung erkennen lassen. Bei Entschädigungen an Verletzte, denen eine Rente gewährt wird, ist insbesondere anzugeben, welcher Grad der Erwerbsunfähigkeit angenommen wird.

§ 1564c.

Gegen den Vorbescheid findet der Einspruch statt. Er ist binnen einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung bei dem Versicherungsträger schriftlich zu erheben. — Der Einspruch kann von den Berechtigten rechtswirksam bei dem zuständigen Versicherungsamt erhoben werden, welches ihn dann unverzüglich an den Versicherungsträger weiterzugeben hat. — Die rechtzeitige Erhebung des Einspruchs begründet das Recht des Berechtigten oder seiner Hinterbliebenen auf persönlichen Gehör. Die Vernehmung kann nach Bestimmung der für den Erlaß des Vorbescheids zuständigen Stelle vor einer der in §§ 1562, 1568, 1564 bezeichneten Stellen oder vor dem für den Wohnsitz des Berechtigten zuständigen Versicherungsamt erfolgen. — Der Berechtigte kann verlangen, daß seine Vernehmung vor dem zuständigen Versicherungsamt erfolgt. — Ist nicht schon durch den Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Berechtigten und nach Anhörung des Versicherungsträgers das Versicherungsamt das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes einzuholen. Wenn der Berechtigte die Kosten im voraus entrichtet, so steht ihm die Bestimmung des zu hörenden Arztes zu. Die Kosten sind von dem Versicherungsträger zu erstatten, wenn bei der endgültigen Feststellung auf Grund des neuen Gutachtens eine Entschädigung, deren Ablehnung im Vorbescheid angeknüpft war, gewährt oder eine ihm in Aussicht gestellte Teilrente erhöht wird. — Lehnt der vom Versicherungsamt oder Berechtigten bestimmte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob von einem anderweitigen Arzte und von welchem ein Gutachten einzuholen ist. — Das Versicherungsamt entscheidet, ob und inwieweit dem neuen Gutachter die vorhandenen ärztlichen Gutachten und übrigen Vorverhandlungen mitzuteilen sind. — Auch unabhängig von der Voraussetzung des vorstehenden Absatzes kann der Verletzte die Einholung eines Gutachtens eines von ihm bestimmten Arztes verlangen, wenn er die Kosten vorlegt. — Der Vorbescheid muß einen Hinweis auf das Einspruchsrecht und seine Wirkungen sowie auf die Berechtigung des Abs. 5 und 7 enthalten und die Einspruchsfrist genau bezeichnen.

§ 1564d.

Der um die Vernehmung ersuchten Stelle sind die Verhandlungen über die vom Versicherungsträger angestellten Ermittlungen zu übergeben.

§ 1564e.

Erscheint der Vorgeladene in dem für seine Vernehmung angelegten Termine nicht, ohne daß für das Ausbleiben triftige Gründe angegeben werden, so gilt der Einspruch als erledigt, und es sind die Verhandlungen mit entsprechender Mitteilung der für die Feststellung zuständigen Stelle unverzüglich zurückzugeben.

§ 1564f.

Erscheint der Vorgeladene, so wird über seine Äußerungen eine Niederschrift aufgenommen. Hierbei hat die zur Vernehmung berufene Stelle auf tunlichst genaue und vollständige Aufzählung der für die Feststellung erheblichen Tatsachen und auf Angabe von Beweismitteln hinzuwirken. — Die Niederschrift ist mit den Vorverhandlungen an die für die Feststellung zuständige Stelle unverzüglich weiterzugeben. — Die zur Vernehmung zuständige Stelle kann der Niederschrift auch Vorschläge über den Grad der Erwerbsunfähigkeit des Verletzten hinzufügen oder, sofern die Entschädigungspflicht strittig ist, auch darüber sich äußern.

§ 1565.

Den Endbescheid erteilt die nach §§ 1562, 1568 zur Feststellung berufene Stelle, und zwar: sofern der Berechtigte sich mit dem Inhalt des Vorbescheids ausdrücklich einverstanden erklärt hat, nach Eingang der Erklärung des Einverständnisses; sofern eine solche Erklärung nicht eingegangen, aber auch kein Einspruch erhoben ist, nach Ablauf der im § 1564c bezeichneten Frist, sofern Einspruch erhoben ist, nach Eingang der Niederschrift über die Äußerungen des Berechtigten (§ 1564f) oder der Mitteilung über sein Nichterscheinen in der Vernehmungstermine (§ 1564e). — Hat der Berechtigte sich auf den Vorbescheid geäußert, so können über seine Ausführungen vor Erlaß des Endbescheids noch weitere Ermittlungen angestellt werden.

§ 1566.

Für den Endbescheid gelten der § 1564a Abs. 2 und § 1564b entsprechend. — Der Endbescheid muß den Vermerk enthalten, daß er endgültig wird, wenn der Berechtigte nicht binnen einem Monat nach Aufstellung die Berufung bei dem Obergerichtsamt einlegt. — Für Seelente, die sich außerhalb Europas aufhalten, gilt § 141 Abs. 2 entsprechend.

§ 1567.

Ist durch den Vorbescheid die Gewährung einer Rente in Aussicht gestellt worden, so darf ohne vorgängigen Erlaß eines neuen Vorbescheids durch den Endbescheid die Entschädigung nicht abgelehnt oder eine geringere als die in Aussicht gestellte Entschädigung gewährt werden.

In den §§ 1570—1572 wurde das Wort „Bescheid“ durch „Endbescheid“ ersetzt. Weiter wurde folgender § 1569a eingefügt: „Die Gewährung, Ablehnung, Herabsetzung oder Entziehung der Unfallentschädigung für solche Verletzte oder deren Hinterbliebene, die zur Zeit der Feststellung im Auslande sich befinden, kann ohne vorgängigen Bescheid durch Endbescheid erfolgen.“

Auch wurde die im bisherigen Gesetz vorhandene, im Entwurf aber nicht aufgenommene Bestimmung wiederhergestellt, daß eine anderweitige Feststellung der Unfallrente nach Ablauf von fünf Jahren von der Rechtskraft der ersten Entscheidung ab nur auf Antrag und zwar durch Entscheidung des Obergerichtsamts erfolgt, falls nicht zwischen dem Versicherungsträger und dem Empfangsberechtigten ein ausdrückliches Einverständnis über die anderweite Feststellung der Rente erfolgt.

§ 1578 (Vorbereitung von Invalidensachen durch das Versicherungsamt) erhielt den Zusatz:

„Auf Antrag des Versicherten ist das Gutachten eines von dem Berechtigten bezeichneten Arztes einzuholen, wenn er dieses bezahlt.“

In § 1585, der die Fälle bestimmt, in denen eine mündliche Verhandlung im Invalidenrentenverfahren nicht stattfindet, wurde trotz des Widerspruchs der Regierung hinzugefügt der Fall, daß Versicherungsträger und Versicherte einig sind. § 1592 erhielt den Zusatz:

„Wird der Anspruch abgelehnt, so sind von den Gutachten und Unterlagen auf Verlangen des Berechtigten Abschriften beizugeben, falls er die Kosten dafür trägt.“

In § 1597 (Zuständigkeit des Versicherungsamts) wurde an Stelle der Worte „Kranken- und Unfallversicherung“ gesetzt „Krankenversicherung“, da durch die §§ 1564a ff. das Versicherungsamt als unterste Spruchbehörde in Unfallsachen ausgeschaltet worden ist. Die §§ 1601, 1611—1614 wurden infolge der früher gefassten Beschlüsse gestrichen, § 1607 wurde dahin abgeändert, daß im Falle der Ablehnung des Vorbescheids das Obergerichtsamt — nicht der Spruchauschuß — entscheidet, daß es aber einer Entscheidung überhaupt nicht bedarf, wenn der Abgelehnte das Ablehnungsgesuch für begründet hält. Durch Einfügung der neuen §§ 1619a—d wurde auch in dem Verfahren vor dem Versicherungsamt das Vorbescheidsverfahren eingeführt. Diese Bestimmungen lauten:

§ 1619a. „Der Vorsitzende entscheidet über Leistungen der Krankenversicherung, wenn es sich handelt um 1. lediglich rechnerische Feststellung der Dauer und Höhe der Krankenhilfe, 2. Gewährung der Krankenhausepflege an Stelle der Krankenpflege, 3. Sterbegeld, 4. Leistungen im Gesamtwert von weniger als 50 M.“ — § 1619b: „Der Vorsitzende kann die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung durch Vorbescheid treffen; die gleiche Befugnis hat der Spruchauschuß.“ — § 1619c: „Gegen den Vorbescheid kann entweder dasjenige Rechtsmittel, welches gegen das Urteil zulässig wäre, eingelegt oder binnen der gleichen Frist der Antrag auf mündliche Verhandlung gestellt werden. Der Vorbescheid muß unter Benennung des Rechtsbehelfs und der Frist darauf hinweisen.“ — § 1619d: „Ist von beiden Rechtsbehelfen Gebrauch gemacht, so findet die mündliche Verhandlung statt.“

Absatz 2 in § 1619 wurde gestrichen. In § 1622 (Zurückweisung von Bevollmächtigten und Beiständen) wurde folgende Bestimmung hinzugefügt:

„Es sollen auch solche Personen, die von den Spruchbehörden zugelassen sind, von der Vertretung nicht zurückgewiesen werden können. Über deren Zulassung soll das Obergerichtsamt entscheiden. Aus politischen oder religiösen Gründen darf diese nicht verweigert werden. Bei Abweisung ist Beschwerde bei der obersten Verwaltungsbehörde möglich.“

Die §§ 1627, 1629—1631 wurden infolge der früher gefassten Beschlüsse gestrichen. Im § 1638 wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Obergerichtsamt die erstinstanzliche Spruchbehörde in Sachen der Unfallversicherung sei. Dementsprechend wurde auch § 1639 abgeändert. In § 1640 (Verfahren vor dem Obergerichtsamt) wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß die gutachtliche Anhörung eines bestimmten Arztes, die von dem Ver-

sicherten gewünscht wird, auf Kosten des Antragstellers zu erfolgen hat, wenn das Obergerichtsamt dem Antrag überhaupt stattgibt und diese Bedingung stellt. Die Kosten müssen auf Wunsch des Obergerichtsamts vorher erlegt werden. In § 1642 wurde festgesetzt, daß die Berufung auch dann aufschiebende Wirkung haben soll, wenn es sich um Wiederaufnahme des Heilverfahrens, Kapitalabfindung und Erbschaftsprüfung handelt. In § 1646 wurde trotz der Bedenken, die von Regierungsseite geäußert wurden, die Bestimmung eingefügt, daß Ärzte, die beim Obergerichtsamt als Sachverständige Gutachten abgeben, auch nicht vorübergehend in einem Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft oder zur Versicherungsanstalt stehen dürfen. Durch einen neuen § 1648a wurde auch für das Verfahren vor den Obergerichtsämtern dem Vorsitzenden oder der Spruchkammer die Möglichkeit, einen Vorbescheid zu erlassen, gegeben. Bei den Bestimmungen über das Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt wurde § 1651 wie folgt abgeändert:

„Gegen die Urteile der Spruchkammern ist in Sachen der Unfallversicherung Rekurs, im übrigen Revision zulässig.“

§ 1652 erhielt folgende Fassung:

„Die Revision ist ausgeschlossen, wenn es sich handelt um die Höhe des Kranken-, Haus- und Sterbegeldes, um Unterstützungsfälle, in denen der Kranke nicht oder weniger als acht Wochen arbeitsunfähig war, um Wochenhilfe, Familienhilfe, Kosten des Verfahrens und Abfindung.“

Folgender neue § 1662a wurde eingefügt:

„Handelt es sich um Herabsetzung oder Entziehung der Entschädigung nach Änderung der Verhältnisse und beträgt die hierbei in Frage kommende Rente ein Drittel der Vollrente oder weniger, so kann der Vorsitzende des Senats den Rekurs ohne mündliche Verhandlung verwerfen, wenn er mit dem Berichterstatter einig ist, daß das Rechtsmittel offenbar ungerechtfertigt ist.“

Ein neuer § 1664a gibt den Vorsitzenden der Senate im Reichsversicherungsamt ebenfalls das Recht, Vorbescheide zu erlassen. Die weiteren Änderungen in den Schlussabschnitten waren unwesentlicher Art. — Damit hat die Kommission am 28. Oktober die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung beendet. Die zweite Lesung beginnt am 10. November. Zunächst soll das dritte Buch, die Unfallversicherung, beraten werden; dann das vierte Buch, die Invalidenversicherung, und dann erst die Krankenversicherung, die im zweiten Buch behandelt wird. Nach dem fünften Buch über die Beziehungen der Versicherten zueinander und zu den Gemeinden und Armenverbänden folgen dann zum Schluß das erste und das letzte Buch mit den gemeinsamen Vorschriften und den Bestimmungen über das Verfahren.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat in der Kommission folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichszentralrat ist zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß auf allen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin errichtet werden, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeiterkassengesetzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Ärzten erwachsenden Aufgaben vertraut zu machen.“

Diese sowie eine gleichartige Resolution des Zentrums, die eine etwas allgemeinere Fassung hat, wurden angenommen.

Der Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für 1909 — am 1. Oktober 1910 konnte die Knappschaftsberufsgenossenschaft bekanntlich ebenso wie 56 andere Berufsgenossenschaften auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken — bringt zunächst einen Überblick über die im Jahre 1881 beginnende Entstehung der Unfallversicherungsgesetze sowie über die Bildung der Knappschaftsberufsgenossenschaft. Die Zahl der versicherten Personen betrug im Jahre 1909 818 089, 20 611 mehr als im Vorjahre, die von den Versicherten verdiente Lohnsumme betrug 1084 Millionen Mark, das ergibt auf einen Versicherten 1323,77 M gegen 1899,36 M im Vorjahre. Die von den Bergwerksunternehmern aufzubringende Umlage belief sich auf 82 Millionen Mark, davon erhielten die Verletzten 24 1/4 Millionen Mark; nahezu 4 1/2 Millionen Mark mußten dem Reservefonds, der nun die Höhe von 58 3/4 Millionen Mark erreicht hat, zugeführt werden, und über 8 Millionen Mark flossen dem Betriebsfonds zu, aus dem die Vorschußzahlungen an die Post geleistet werden. Die freiwilligen Leistungen der Fürsorge für Verletzte innerhalb der Wartezeit beliefen sich auf rund 210 000 M. Die Verwaltungskosten berechneten sich auf 2,7 %/o, die Kosten der Unfallunterstützungen, die Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten usw. auf 3,4 %/o der Jahresumlage. Angemeldet wurden 109 489 Unfälle, von denen 15,1 auf 1000 Versicherte entschädigungspflichtig waren. Tödtlich verunglückten 1748 Personen gegen 2051 im Vorjahre. Durch die Gefährlichkeit des Betriebes an sich entfielen 66,70 %/o der Unfälle, durch Mängel des Betriebes 1,07 %/o, der Schuld der Mitarbeiter fielen 3,54 %/o und der Schuld der Verletzten selbst 28,79 %/o der Unfälle zur Last. Der Dienstag und Samstag weisen die meisten Unfälle auf, sie stehen sich in der

Zahl fast gleich, die geringste Zahl von Unfällen entfällt auf den Montag, an dem eine große Zahl von Personen nicht arbeitet, oder durch die Sonntagsruhe erfrischt die Arbeit verrichtet. Von den 2474 Mehrrentscheidungen des Reichsversicherungsamts fielen 2001 oder 80,9% zugunsten der Berufsgenossenschaft und 473 oder 19,07% zugunsten der Verletzten aus.

Arbeitsnachweis.

Die Organisation des Arbeitsmarkts zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn. Auf der Konferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Budapest, auf der diese Frage erörtert wurde, wurde ein Einverständnis mit den Delegationen dieser drei Staaten die Erklärung abgegeben,

„daß es sich empfehle, in jedem der mitteleuropäischen Staaten eine Zentralstelle zu errichten mit der Aufgabe, sich einen Überblick über die tatsächliche Lage des Arbeitsmarkts in jedem Lande zu verschaffen und sich mit den ähnlichen Zentralstellen der anderen mitteleuropäischen Staaten zwecks Kontrolle des Arbeitsmarkts in Verbindung zu setzen“.

Weiter wurde auf der Konferenz nach einer offiziellen Mitteilung für diejenigen mitteleuropäischen Staaten, in denen ein Auswanderungsbeirat nicht besteht, die Errichtung eines solchen empfohlen. In der Frage des Verbots gewerbmäßiger Arbeitsvermittlung für Auswanderer wurde auf Verreiben der deutschen Delegierten beschlossen, vorerst einmal gegen Mißstände und Auswüchse der gewerbmäßigen Vermittlung von Saison-Auswanderern vorzugehen. Der Vorschlag „Einrichtungen für billige und sichere Heimsendung von Geld der Wanderarbeiter ins Heimatland zu schaffen“, wurde angenommen. Die Behandlung der ausländischen Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Versicherung soll mit Rücksicht auf die Mehrleistungen der deutschen Sozialversicherung durch Staatsverträge geordnet werden. Zur Vermeidung der Vertragsbrüche der Parteien wurde die Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen der betreffenden Staaten empfohlen. Die beteiligten Regierungen wurden ferner gebeten, Vorzüge gegen die bei der Auswanderung sich ergebenden gesundheitlichen Schäden und Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten der Arbeiter im Auslande (Einrichtung für Schutzimpfung usw.) zu treffen. Bei der Frage der eigentlichen (nicht Saison-) Auswanderung von Arbeitern wurde den mitteleuropäischen Staaten empfohlen, im Hinblick auf die überseeische Auswanderung Verträge des Inhalts abzuschließen, daß die Auswanderungs- und Einwanderungs-, sowie auch die Durchführstaaten die in den Auswanderungs- und Einwanderungsländern bestehenden Sperr- und Schutzmaßnahmen gegenseitig beachten und durch ihre amtlichen Organe ausführen lassen.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften. Im Oktoberheft des Reichsarbeitsblattes wird über die Arbeitslosigkeit von 1 1/2 Millionen organisierter Arbeiter berichtet. An den drei Stichtagen des dritten Vierteljahres waren 1,9, 1,7, 1,8 % arbeitslos. Die Verhältnisse lagen günstiger als 1908 und 1909. Der Stand von 1907 ist allerdings noch nicht wieder erreicht worden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 1,8 Millionen. Recht günstig stellt sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit, sie betrug 13 Tage. Ebenfalls recht günstig lautet der Prozentfuß der Arbeitslosentage bezogen auf Mitgliederstage. Von 100 Mitglieder Tagen waren im verfloßenen Vierteljahr 1,8 Arbeitslosentage gegenüber 1,8 im gleichen Viertel des Vorjahres und 1,4 im zweiten Vierteljahr 1910. Die gesamte Unterstützungsleistung im Vierteljahr betrug 1,7 Millionen Mark.

Für einige größere freigewerkschaftliche Verbände ergaben sich folgende Zahlen. An den drei Stichtagen waren arbeitslos im Deutschen Metallarbeiterverband 1,9, 1,4, 1,8 % im Deutschen Holzarbeiterverband dagegen 2,9, 2,1, 2,5 %, im Verband der Buchdrucker 8,0, 8,7, 8,8 %. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug in denselben Verbänden 13, 5 und 28 Tage.

Akademischer Stellennachweis. Zur Ergänzung unserer Mitteilung (XIX, 47) über die „Freistudentische Zentrale für Hauslehrerstellen“ schreibt uns das Generalsekretariat der Deutschen Freien Studentenschaft (Leipzig): Bereits im Jahre 1901 wurde von der Wildenschaft der Technischen Hochschule Charlottenburg der erste gemeinnützige Arbeitsnachweis für Studierende ins Leben gerufen, der bald an den meisten Hochschulen Nachahmung fand. Diese sogenannten „Arbeitsämter“, die von Studierenden ehrenamtlich verwaltet werden und allen Kommilitonen, auch Verbindungsstudenten, ohne Unterschied zugänglich sind, verfolgen den Zweck, den Studierenden geistige Arbeit aller Art (Privatstunden, Übersetzungen, literarische Tätigkeit, Hauslehrer- und Volontärstellen) nachzuweisen und auf eine der Vorbildung und dem Stande des Akademikers würdige Honorierung hinarbeiten. Leider liegen die Verhältnisse in dieser Hinsicht sehr traurig. Nach den neuesten

statistischen Erhebungen schwankt das Stundenhonorar in deutschen Universitätsstädten zwischen 30 (!) M und 5 M; ein Entgelt (oder richtiger Trinkgeld) von 75 oder gar 50 M für die Stunde (von dem oft zeitraubenden Hin- und Rückweg ganz abgesehen) ist nichts Seltenes; ja man kehrt sogar mitunter zu der zwar etwas alttümlichen, für den Arbeitgeber aber anscheinend oft recht vorteilhaften Einrichtung des Tauschhandels mit Naturalien zurück (zwei Butterbrote mit Wurst = eine Stunde Honorar mit grammatischen Erläuterungen), und statt daß die Studierenden sich weigern, auf derartige Bedingungen einzugehen, scheuen sie sich oft genug nicht einmal vor gegenseitiger Preisunterbietung. Wie sind diese Mißstände zu erklären? Aus dem mangelnden Standesbewußtsein des Studenten, aus dem sozialen Elend, das in vielen Akademikerkreisen mehr herrscht, als mancher denkt und in recht grellem Gegensatz steht zu der so viel gepriesenen „Romantik“ des Studentenlebens, und aus der besonders in Großstädten geradezu erdrückenden Konkurrenz. Für die an den 18 Universitäten bestehenden Arbeitsämter liegen seit 2 Semestern Statistiken vor. Danach haben im verfloßenen Sommersemester Unterricht zu erteilen gewünscht 576 Studierende (gegen 500 im Wintersemester 1909/10), davon allein in Berlin und Leipzig zusammen 254 (210); von den durch Arbeitgeber angebotenen 224 (300) Stellen konnten 161 (150) besetzt werden, davon 65 (66) in Berlin und Leipzig; also über 2/3 der Stellungsuchenden mußten leer ausgehen. Die vorstehenden Zahlen betreffen nur den örtlichen Nachweis; hinzukommen die vielen Hunderte von Studierenden, die sich bereits bei der Hauslehrerstellenzentrale trotz der wenigen Monate ihres Bestehens um dauernde Stellen beworben haben. — Das Grundübel liegt in dem Überandrang zum akademischen Studium; solange nicht eine vernünftige Auslese stattfindet, die außer dem Abiturientenexamen und dem Drang nach der „Staatskrippe“ auch wirkliche Begabung und ausreichende Mittel verlangt, solange wird, wenn auch Behörden und Presse in dankenswerter Weise unsere gemeinnützigen Ämter unterstützen, auf eine wesentliche Besserung nicht zu hoffen sein.

Ein städtischer Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe in Götting. ist errichtet worden. Die Stadt trägt die sachlichen Kosten, während die Organisationen der Arbeiter und Unternehmer im Gastwirts-gewerbe sich bereit erklärt haben, die übrigen Kosten zu tragen. In der Stadtverordnetenversammlung suchte ein Teil der Stadtverordneten, die, wie die „Gastronom. Zeitschrift“ hervorhebt, sonst unbesehten Tausende von Mark bewilligen, wenn es sich um festliche Veranstaltungen handelt, die Errichtung des Arbeitsnachweises zu verhindern mit Berufung auf die Kosten, die der Stadt daraus erwachsen. Bei der Abstimmung über den Magistratsantrag war Stimmengleichheit zu verzeichnen, und nur dadurch, daß sich auch der Vorsitzende für den Antrag entschied, gelangte er zur Annahme. Götting ist die erste Stadt im Osten Deutschlands, die einen solchen Arbeitsnachweis einrichtet.

Ein Taschenbuch deutscher Arbeitsnachweise ist vom Verbands der deutschen Arbeitsnachweise herausgegeben worden unter dem Titel „Taschenbuch 1911/12“. Neben dem üblichen Kalendarium enthält es ein Verzeichnis der deutschen Arbeitsnachweisverbände, der kommunalen und kommunalunterstützten Arbeitsnachweise, der Arbeitsämter der Landwirtschaftskammern und der ausländischen Arbeitsnachweisverbände je unter Angabe der genauen Adressen, der Fernsprechanrufnummern, der Namen der Vorsitzenden und Geschäftsführer, der Angabe des Verbandsgebietes und der Geschäftsfunktionen. Ferner sind die Bestimmungen über den öffentlichen Arbeitsnachweis und die gewerbmäßige Stellenvermittlung im Reich und in den Bundesstaaten, soweit sie beim Abschluß des Jahrbuchs vorlagen, abgedruckt, ebenso die Verordnungen über ausländische Arbeiter in Preußen. Den Beschluß bilden ein alphabetisches Verzeichnis aller deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise unter Angabe, für welche Branchen Spezialkataloge vorhanden sind, und unter Angabe der Vermittlungstätigkeit für 1909, ein Verzeichnis des Archivs und der Wappen für Zeitungsausschnitte und eine Tabelle über die Arbeitsnachweistätigkeit der Herbergen zur Heimat bzw. der Naturalversorgungsstationen 1909/10. Alle zwei Jahre soll das Büchlein neu erscheinen, dessen Herausgabe jedenfalls von allen Freunden des gleichseitigen Arbeitsnachweises freudig begrüßt werden wird.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Die 5. Tagung deutscher Berufsvormünder, die am 24. und 25. Oktober in Berlin stattfand, erörterte die Beziehungen der Berufsvormundschaft zu verschiedenen Zweigen der Kinder- und Jugendfürsorge. Die Tagung war einberufen von der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“ und dem „Archiv deutscher Berufsvormünder“, das eine Sammelstelle zur Förderung der Einführung

der Berufsvormundschäften darstellt. Zunächst sprachen Stadtrat Dr. Köhler-Leipzig und Prof. Dr. Keller, Direktor des Auguste-Viktoria-Hauses, über „Berufsvormundschaft und Säuglingssterblichkeit“. Während der erste Redner, der die Leipziger Berufsvormundschaft für uneheliche Kinder leitet, die Notwendigkeit der gesetzlich festgelegten Generalvormundschaft für alle unehelichen Kinder betonte, vertrat Prof. Keller mehr die ärztliche Seite der Säuglingsfürsorge; die Berufsvormundschaft lasse es an dem engen Zusammenarbeiten mit den ärztlichen Bestrebungen öfter fehlen. In der Diskussion wurde auf das Unzulängliche der nur von freiwilligen Kräften geübten Säuglingsüberwachung hingewiesen, die gerade im Hochsommer, wo die Säuglinge am meisten gefährdet sind, oft versage. Die Aufsicht durch besoldete Pflegerinnen sei daher notwendig. — Als ein weiteres Gebiet, wo die Berufsvormundschaft einzusetzen habe, besprach Dr. Poligkeit-Frankfurt a. M. die Trinkerfürsorge. Eine gut durchgeführte Berufsvormundschaft über entmündigte Trinker sei eine wichtige Bervollkommnung der Trinkerfürsorge, auch könne dadurch zugleich Sehung des Familienlebens der Trinker ausgeübt werden. — Bei den Verhandlungen über Berufsvormundschaft und Fürsorgeerziehung wurden die Enttäuschungen besprochen, die man mit der Fürsorgeerziehung erlebt, sowie die mancherlei Unstimmigkeiten, die auch zwischen den verschiedenen Behörden entstehen können, die alle an der Fürsorgeerziehung beteiligt sind. Als Mittel dagegen wurde eine größere Vereinheitlichung empfohlen. Professor Klumker, Frankfurt a. M., nannte es einen Krebskader, daß die Durchführung der Fürsorgeerziehung nicht derselben Behörde zustehe wie ihre Vorbereitung. Nötig sei auch, die gesamte öffentliche Erziehung in eine Form zu bringen, dann erst würde von der Fürsorgeerziehung der Mafel genommen, der ihr heute noch anhafte. — Die weiteren Verhandlungen brachten Berichte über Wirksamkeit der Kinderschutämter in Österreich, sowie über die Erfahrungen mit den durch Vereine ausgeübten Sammelvormundschaften. Außerdem hatte im engeren Kreise eine Erörterung von Einzelfragen aus der Praxis der Berufsvormünder stattgefunden. Auf Grund der dort gegebenen Anregungen soll dahin gewirkt werden, daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, monach eheliche Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen, bestraft werden können, auch auf uneheliche Väter Anwendung finden. Ferner will man auf die Arbeitgeber einwirken, bei denen Arbeiter angestellt sind, deren Lohn teilweise für Alimenter beschlagnahmt wird, diese Arbeiter nicht zu entlassen, wie es heute vielfach seitens der Arbeitgeber geschieht, um Schwierigkeiten bei der Lohnzahlung zu entgehen. Es sei vielmehr nach Möglichkeit auf ein Einvernehmen zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und Berufsvormund hinzuwirken, um auf diese Weise den Arbeiter nicht brotlos zu machen und dem Kinde seinen Unterhalt nicht zu entziehen.

In einer öffentlichen Abendversammlung schließlich sprach Prof. Spann-Brünn über „Berufsvormundschaft, eine neue Aufgabe der Sozialpolitik“. Er forderte die berufsmäßig ausgebildete Vormundschaft durch tüchtig dafür geschulte Persönlichkeiten, denn nur solche könnten bei den immer schwieriger und vielseitiger werdenden Aufgaben der Jugendfürsorge erfolgreich wirken. Die Berufsvormundschaft könne aber zugleich, indem sie alle Hilfsinstitutionen für die Familie zusammenfasse, geradezu ein Sammelpunkt für alle auf die Familie gerichtete Sozialpolitik werden.

Die katholischen Caritasvereine hielten ihren 3. Verbandstag vom 11. bis 12. Oktober in Essen ab. Auf der Tagesordnung stand neben organisatorischen und religiösen Themen u. a. auch die Frage der Fürsorge für Wanderarme und Obdachlose, die Landesrat Dr. Gortion behandelte. Er wandte sich gegen das urteilslose Almosengeben, es sei vielmehr in erster Linie Arbeit zu beschaffen, entweder auf den Wanderarbeitsstätten, die aber nur vorübergehend Arbeit geben, oder in Arbeiterkolonien, die den Wanderarmen für länger aufnehmen. Nach Ansicht des Redners müsse in den Arbeiterkolonien auch eine religiöse Beeinflussung und zwar auf konfessioneller Grundlage erfolgen; die Wanderarbeitsstätten könnten interkonfessionell sein, doch müsse neben der evangelischen Inneren Mission sich auch die katholische Caritas der Leitung von Wanderarbeitsstätten widmen. — Aus den übrigen Verhandlungen sei erwähnt der Vortrag von Prof. Dr. Thielemann über „die katholische Krankenpflege in den Krankenhäusern des 20. Jahrhunderts“. Ganz besonders wandte sich der Vortragende gegen den Vorwurf, daß der katholische Volksteil, namentlich die Genossenschaften, hinsichtlich der modernen Krankenpflege, insbesondere des Pflegepersonals, nicht auf der Höhe ständen. Im Anschluß hieran entwickelte Redner den Plan einiger Neuordnungen für die katholischen Krankenpflegegenossenschaften. Den letzten Vortrag hielt Frau Ruhhaus-Dortmund über „moderne Fragen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge“. Sie betonte die Notwendigkeit der Jugendfürsorge nach

der körperlichen, wirtschaftlichen, religiös-sittlichen Seite hin, beschränkte sich in ihren Ausführungen aber auf die religiös-sittliche Beeinflussung und die Rettungsarbeit, die zu erfolgen hat durch Auffuchen der Gefährdeten in verwahrlosten Familien, beim Jugendgericht, bei der Sittenpolizei, in den Hospitälern und Gefängnissen.

Holkerziehung.

Die dritte Volksakademie des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung (Frankfurt a. M.) tagte vom 25. September bis zum 5. Oktober in Wehlar. Es ist dies eine eigentümliche, von sozialem Geiste getragene Veranstaltung, die ihr Entstehen und ihre kräftige Weiterentwicklung der unermüdblichen Tätigkeit des Geschäftsführers jenes Verbandes, Georg Volk, verdankt. Der Name „Volksakademie“ mag etwas unglücklich gewählt sein, denn alles liegt der Tagung ferner, wie das „akademische“. Eine kleine Schar ideal gesinnter Frauen und Männer, vornehmlich aus dem Rhein-Main-Gebiet, lebten in der alten Reichsstadt Wehlar, geschichtlich geheiligt durch den einstigen Aufenthalt Goethes, zusammen in täglichem ununterbrochenen Verkehr. Sie traten sich nicht nur persönlich näher, lernten sich einander in ihren oft ganz verschiedenen politischen und religiösen Ansichten kennen und schätzen, sondern sprachen sich auch eingehend über das aus, was sie doch eigentlich zusammenführte und einte: über die Mittel und Wege der Volkserziehungsarbeit. Nicht das war das Ziel, daß der einzelne für eine andere Meinung gewonnen werden sollte, als die, die er mitgebracht: nein, nur kennen lernen sollte er die Anschauungen der anderen und sie würdigen, falls sie aus innerster Überzeugung kamen. Über allen Gegensätzen stand dann als Einiges das Bewußtsein der allen gemeinsamen Begeisterung für die Pflege echter geistiger Kultur in allen Volkskreisen.

Die Teilnehmer, es waren nahezu 60 ständige und eine große Zahl Passanten, lebten in Hausgemeinschaft bei eigener Küche, Quartier hatten die Bürger von Wehlar in reicher Zahl gewährt.¹⁾ Es waren anstrengende Tage, große Anforderungen wurden an die geistige Leistungsfähigkeit der einzelnen gestellt. Und wenn man bedenkt, daß eine ganze Anzahl Arbeiter unermüdblich den Vorträgen folgte und in oft recht scharfsinniger Weise in die Debatten eingriff, dann muß man aufrichtig das reiche geistige Leben bewundern, das sich da entfaltete.

Das Programm der 3. Volksakademie zeigte eine feine Gliederung — alle wichtigen Teile der Volksbildungsarbeit wurden in Vorträgen behandelt. Den Hauptlehrgang über Pestalozzi's Stellung zur Volkserziehung hatte Herr Prof. Ratorp-Marburg übernommen. Diese Vorträge, die, wie es verschiedentlich aus den Kreisen der Zuhörer geäußert wurde, vielen zu einem „Erlebnis“ wurden, zeigten nicht nur, was Pestalozzi über die Volkserziehung sich ausgedacht, sondern auch wie Ratorp einen durch gehobene Volksbildung ausgezeichneten „Zukunftsaufbau“ sich denkt.

Neben diesen die Theorie der Volksbildungsarbeit in großen, klaren Achslinien zeichnenden Vorträgen, gingen eine große Zahl anderer einher, die mehr praktischen Fragen gewidmet waren. Wir führen einiges an, um zu zeigen, wie reichhaltig das Programm war und welche hohe Anforderungen an die geistige Aufnahmefähigkeit der Zuhörer gestellt wurden: „Das heutige Volksleben als Grundlage der Volkserziehungsarbeit“, „Schule und Volkserziehung in der Gegenwart“, „Unsere Jugendarbeit“, „Das volkstümliche Vortragswesen“, „Heimat und Volksbildung“, „Organisationsgrundsätze der Volksbildungsarbeit und besondere Schwierigkeiten darin“ usw. usw. An alle schlossen sich lebhaftige Aussprachen an, die, meist am Abend fortgesetzt, oft bis Mitternacht dauerten. Diese Vorträge mit den nachfolgenden, aus der täglichen Erfahrung geschöpften Aussprachen, stellten den so überaus notwendigen Konnex mit der Praxis her. Sie gaben gewissermaßen, wie Prof. Ratorp in der Abschiedsfeier sich ausdrückte, die Möglichkeit, eine Probe darauf zu machen, ob das, was man sich am Studiertisch ausgedacht hat, auch wirklich stimmt. „Solche Proben sind notwendig, sonst klappt es hier nicht und da nicht.“

Daß die Volksakademie von großem Wert für das Innenleben der Teilnehmer ist, das beweisen die Ansprüche, die oft in recht überflüssiglicher Weise aus ihren Reihen herauskamen. Die Einblicke, die in die Herzen so verschiedener Menschen, verschieden nach

¹⁾ Wer sich eingehender über die Organisation der Volksakademien unterrichten will, der sei auf die Schrift: Die Rhein-Mainische Volksakademie von Alexander Burger, Leipzig 1907, Quelle & Meyer verwiesen. Ebendort wird auch der Tagungsbericht der 3. Volksakademie erscheinen.

sozialer Stellung, nach Alter, Besitz, Bildung usw. getan werden konnten, werden manchem nicht nur eine neue Welt erschlossen, sondern ihm auch sichere Wege gewiesen haben, auf denen er dem Ziele der Volksbildungsbefreiungen näher kommen kann. Das ist der reinste Gewinn der Volksakademien, daß sie den Menschen als Menschen zeigen, daß sie in sich Persönlichkeiten vereinigt, die als solche die gegebenen „Volkszerzieher“ sind. Dadurch daß die Arbeit des Rhein-Mainischen Verbandes und seiner Volksakademie auf einen landschaftlich begrenzten Teil Deutschlands beschränkt bleibt, ist es möglich, die speziellen Eigentümlichkeiten der Bewohner dieses Gebietes für die Volksbildungsarbeit nutzbar zu machen. Nur dadurch aber war es auch möglich, denn in jedem Gau muß die Arbeit anders aufgefakt werden, jene innige Verbindung mit den praktischen Fragen herbeizuführen, die von größter Bedeutung für die doch in der Praxis stehenden Teilnehmer wurde. Das zeigte sich in den privaten politischen Diskursen, wie in den Auseinandersetzungen über soziale Fragen, die selbstverständlich innerhalb und außerhalb der offiziellen Veranstaltungen einen breiten Raum einnahmen. Dieses Anpassen in der Volkserziehungsarbeit an das „Heimatlische“, d. h. an Art und Wesen von Land und der Leute, die wir als Objekte der Arbeit ansehen, wird das Zeichen sein müssen, unter dem die gesamte Erziehungsarbeit am erwachsenen Menschen steht. Darum der große Raum, den Vorträge über dieses Thema in den Verhandlungen einnehmen.

A. Bürger.

Ein Zusammenschluß aller an der Jugendpflege beteiligten Organisationen in Charlottenburg ist mit Hilfe der Zentralstelle für Volkswohlfahrt ins Leben gerufen worden. Neben den Leitern sämtlicher bekannter Jugendvereine und Jugendabteilungen der Stadt waren der Leiter der Fortbildungsschule, der Stadtschulrat, ein Vertreter des Magistrats, die Leiterin der Mädchenfortbildungsschule und die Vertreter der Jugendpflege für schulentlassene Mädchen zu einer Vorbesprechung zusammengetreten, die einen „Hauptausschuß für Jugendpflege in Charlottenburg“ und einen „Arbeitsausschuß“ aus ihrer Mitte wählten. Die erste größere gemeinsame zu lösende Aufgabe soll die Organisation der Berufswahlhilfe und der Lehrstellenvermittlung sein. Als weitere Aufgaben werden folgende angesehen:

1. Vermittlung der persönlichen Bekanntschaft aller auf dem Gebiete der Jugendpflege tätigen Personen und Vereine.
2. Gegenseitige Hilfe mit Rat und Tat durch Erörterung aller die Jugendlichen angehenden Fragen; Beratung über Wünsche, Vorschläge und Anregungen der einzelnen Organisationen.
3. Vermittlung von Vorträgen; Austausch von Rednern, Führung durch Museen, Fabriken usw.
4. Förderung der theoretischen und praktischen Weiterbildung der Leiter durch Vorträge und Kurse über Fragen der Psychologie der Jugendlichen, der Pädagogik, der Organisation und der Spezialgebiete der Jugendarbeit sowie durch gemeinsamen Besuch Berliner und auswärtiger Jugendvereine, Jugendabteilungen usw.
5. Regelmäßige Mitteilungen an alle Mitglieder des Hauptausschusses über alle wichtigen Begebenheiten und literarischen Ereignisse auf dem Gebiete der Jugendpflege in Deutschland und dem Auslande.
6. Einarbeiten auf ein Jugendsekretariat in Charlottenburg als gemeinsame Verwaltungs- und Geschäftsstelle des Hauptausschusses.
7. Aufnahme mit den anderen Jugendverbänden in Groß-Berlin; Anregung zu gemeinsamen Veranstaltungen aller oder mehrerer der vertretenen Organisationen, insbesondere zu Turnen, Spielen, Wandern, Kriegsspiel, Schachturnier usw.
8. Veranstalten von öffentlichen ausstrahlenden oder werbenden Vorträgen.
9. Herausgabe gemeinsamer Druckschriften (Flugblätter usw.).
10. Bedienung der Presse.

Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur in Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft hat sich wiederholt mit der Frage der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur beschäftigt und nach langen Erörterungen in Ausschuß und Plenum hat man den Senat ersucht, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß zum Zwecke eines besseren Schutzes der Jugend die Bestimmungen der §§ 184 und 184a und b des Strafgesetzbuchs und der §§ 56, 12 und 42a der Reichsgewerbeordnung ergänzt und erweitert werden^{*)}. Der Senat hat den Vorschlägen der Bürgerschaft zugestimmt; er ist an zuständiger Stelle, d. h. im Bundesrat, zunächst dafür eingetreten, daß in den von dem stehenden Gewerbebetrieb handelnden Titel II der G.D. Bestimmungen aufgenommen werden, welche die Säuberung der Schaufenster und Schaukasten von der sogenannten Schundliteratur, insbesondere von solchen literarischen Erzeugnissen

ermöglichen, die durch die Art der Schilderung verbrecherischer Vorgänge die Begeisterung für die verbrecherische Handlung wachzurufen oder zur Nachahmung des Verbrechertums anzureizen geeignet sind. Weitere Anträge hat sich der Senat für die Verhandlungen über den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs vorbehalten. Der Hamburger Senat will aber die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur auch durch Förderung der guten Literatur betreiben. Er hat der Bürgerschaft Anträge unterbreitet, daß 1. zur Ermöglichung der Verteilung von 38 000 Hefen der deutschen Jugendbücherei unter die Schüler und Schülerinnen der städtischen Volksschulen (Oberklassen), der Landschulen sowie der Gewerbe- und Fortbildungsschulen 228 M. aufgewendet werden; 2. zum Erwerb von Jugendchriften und anderen guten Büchern, welche Schülern und Schülerinnen der städtischen Volksschulen und der Landschulen zu Eigentum überwiesen werden sollen, zunächst für drei Jahre je 5000 M. bewilligt werden. Am 26. Oktober hat die Bürgerschaft zugestimmt. Auch die Vereinstätigkeit führt in Hamburg einen lebhaften Kampf gegen die Schundliteratur. Die Deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung, Sitz Hamburg-Groß-Borsfel, veranstaltete im Oktober in Hamburg eine Ausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur. Die Ausstellung zerfiel in 2 Hauptgruppen: maßgebliche Beispiele der Schundliteratur und Gegenbeispiele guter volkstümlicher Literatur in billigen Ausgaben. Die Gruppe Schundliteratur veranschaulichte in zahlreichen Proben die beiden Hauptformen, unter denen heute die Schundliteratur auftritt: Kolportageromane in Fortsetzungen und die Sammlungen äußerlich in sich abgeschlossener 10- und 20-Pfennighefte, die man nach der größten und verbreitetsten Sammlung als *Red-Carter-Hefte* zu bezeichnen pflegt. Die Folgen der Schundliteratur waren in der Ausstellung durch zahlreiche Zeitungsberichte über die Verbrechen, vor allem jugendlicher Personen, veranschaulicht, die aus der Schundliteratur den Antrieb zum verbrecherischen Tun erhielten. Der Kampf gegen die Schundliteratur durch Behörden, Schulen und private Organisationen war gleichfalls in Zeitungsnachrichten zusammengestellt. Den weitaus größten Raum nahm jedoch die Ausstellung der positiven Gegenmittel gegen die Schundliteratur ein, in denen alle empfehlenswerten Sammlungen guter, volkstümlicher Literatur vertreten sind. Die Ausstellung erfreute sich lebhaften Besuches und verheißte ihre Wirkung nicht, die Schäden der Schundliteratur deutlich vor Augen zu führen. Die Ausstellung wird von der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung als Wanderausstellung unter gewissen Bedingungen auch nach außerhalb vergeben. Aus 19 Städten sind bisher Bewerbungen darum eingelaufen.

2. Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen (Kopenhagen, 4. und 5. September). Vertreten sind die Jugendorganisationen aus Belgien, Österreich, Böhmen, Dänemark, Schweden, Norwegen, Rumänien, Schweiz, Finnland, Bulgarien, England, Niederlande und Ungarn. Außerdem sind aus Deutschland als Gäste anwesend Mitglieder der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands und Vertreter einiger Jugendausschüsse. Im ganzen sind dem Internationalen Sekretariat gegenwärtig 20 Jugendorganisationen angeschlossen. Aufgenommen wird jede Jugendorganisation, die formell oder wenigstens ideell mit der dem Internationalen Bureau in Brüssel angegliederten Partei ihres Landes in Verbindung steht. Zur Frage: Bildungsarbeit bestätigte die Konferenz mit Nachdruck die bereits von der Stuttgarter Konferenz angenommenen Thesen über die sozialistische Erziehung der Jugend. Der Antrag der britischen sozialistischen Sonntagschulen, der auf die Wichtigkeit der Bildung von Unterrichtsklassen zur Erziehung der Kinder zum Sozialismus hinweist und die Einrichtung solcher Schulen fordert, wurde den einzelnen Organisationen zur Berücksichtigung überwiesen. Zum Punkt: Verhältnis der Jugendbewegung zu Partei und Gewerkschaft wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß die Arbeiterjugend, da sie durch die Jugendbewegung für den Klassenkampf erzogen werden solle, in jedem Lande in stetem Einvernehmen mit der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften arbeiten müsse. Sie solle den Rat und die Hilfe der sozialistischen Partei in Anspruch nehmen und im Einverständnis mit der Partei und Gewerkschaft ihren Wirkungsbereich einrichten. Dies solle aber nicht die selbständige Betätigung der Jugendlichen verhindern, die aus erzieherischen Gründen eine notwendige Voraussetzung für die geistliche Entwicklung der Jugendbewegung sei. Für den Jugendschutz wurde ebenfalls die vom Stuttgarter Kongress f. 3. gefasste Resolution bestätigt. In derselben wird vom „Gegenwartigstaat“ als Schutzmaßregeln für die arbeitende Jugend gefordert: 1. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahr, unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter, 2. sechsständiger Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren; für dieselben 3. Verbot der Nacharbeit, 4. 36stündige ununterbrochene Sonntagsruhe, 5. Verbot des Koff- und Logiszwanges, 6. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts mit Tagesunterricht, 7. Abschaffung des Zuchtungsrechts, 8. Anstellung besonderer Inspektoren, 9. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die

^{*)} Die Gefährdung der Jugend durch Schrift- und Bildwerke („Schmutz und Schund“). Ausschußbericht und Verhandlungen der Bürgerschaft in Hamburg am 1., 15., 22. und 29. Dezember 1909. Nach den amtlichen Stenogrammen. Hamburg 1910. Heroldsche Buchhandlung.

Handwerksbetriebe und die Hausindustrie, 10. Beschränkung der Lehrzeit auf zwei Jahre, 11. Verbot der Lehrlingsverwendung zu häuslichen und überhaupt außergewerblichen Zwecken, 12. leichtere Löslichkeit des Lehrverhältnisses, 13. Erhöhung der Strafen für die Arbeitgeber, die die Bestimmungen zum Schutz der Jugendlichen überschreiten. In dieser Resolution wird weiter ausgesprochen, daß die Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen nach Möglichkeit auf die Erfüllung dieser Forderungen dringen und die Jugendorganisationen selbst Schutzkommissionen für die jugendlichen Arbeiter schaffen sollen, welche die Aufgabe haben, darauf zu achten, daß die Schutzvorschriften erfüllt werden, und die auch den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen könnten. Endlich wurden noch eine Anzahl Liebkeitscher Thesen gegen den „Militarismus“ angenommen.

Volksgeundheit.

Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung.

Angeregt durch die von verschiedenen Seiten gemachten Beobachtungen, daß die Ernährungsverhältnisse der ländlichen Bevölkerung durch den zu starken Verkauf von Milch und Erzeugnissen des Bodens ungünstig beeinflusst werden, hatte im Jahre 1907 die Zentralstelle für Volkswohlfahrt gemeinsam mit dem Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrt- und Heimatpflege eine Eingabe an alle Staatsregierungen gerichtet, durch besondere Erhebungen zur Klärung dieser Frage beizutragen. (Vergl. Soz. Pr. XVII. Sp. 334 und 1148; XVIII. Sp. 643 und 1171; XIX. Sp. 909 und 1003.) Besonders die Regierungen von Preußen und einiger thüringischer Staaten haben sich dieser Eingabe gegenüber sehr entgegenkommend gezeigt; ferner haben sich in Württemberg und Bayern eine Anzahl für das Volkswohl tätiger Persönlichkeiten um die Beschaffung des Materials bemüht. Dies Tatsachenmaterial, das zum größten Teil aus den besonderen Erhebungen der jüngsten Zeit genommen ist, aber auch vergleichende Statistiken über längere Zeitepochen heranzieht, ist durch Dr. med. J. Raup im Auftrage der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in einem stattlichen Bande verarbeitet worden, dessen Schlußabschnitte einige Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse bilden.¹⁾ Die beiden Organisationen, auf deren Eingabe hin die Ermittlungen stattgefunden haben, beabsichtigen, diese Vorschläge in einer besonderen Konferenz von Sachverständigen einer Beratung zu unterziehen und deren Beschlüsse dann den Staatsregierungen als Wegweiser für Maßnahmen zur Besserung zu überreichen.

Aus dem Abschnitt „Allgemeine Betrachtungen“, die sich stützen auf Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen, auf Sterblichkeitstafeln, auf die Aushebungsergebnisse beim Militär u. a. verdient eine Tabelle besondere Beachtung über die Sterblichkeit der Stadt- und Landbevölkerung in den Jahren 1849 bis 1908. In der Zeitepoche 1849 bis 1855 betrug die Sterblichkeit in der Stadt 31,5 auf 1000 Lebende, auf dem Lande 29,8 auf 1000. Sowohl in der Stadt wie auf dem Lande ist in den folgenden Jahren die Sterblichkeitsziffer fast ständig gesunken, aber sie sinkt in der Stadt mehr als auf dem Lande, so daß sie 1906/08 in der Stadt 17,8 auf 1000, dagegen auf dem Lande 18,2 auf 1000 beträgt. Auch aus einer Tabelle über die Säuglingssterblichkeit in Preußen aus den Jahren 1876 bis 1908 geht hervor, daß die Säuglingssterblichkeit, die früher auf dem Lande geringer war, jetzt auf dem Lande etwas höher ist. Es starben 1876 bis 1880: in den Städten 21,1 auf Hundert eheliche und 40,3 uneheliche Säuglinge; auf dem Lande waren die entsprechenden Zahlen 18,3 und 31,2. 1908 dagegen betrug die Säuglingssterblichkeit in den Städten für eheliche 15,7, für uneheliche 29,1; auf dem Lande 16,6 und 30,7. Wenn man bedenkt, daß die städtische Bevölkerung unter viel gesundheitswidrigen Bedingungen zu leben gezwungen ist als die Landbevölkerung, so sollten diese Zahlen allein schon ein Beweis sein, daß das Land in irgend einer Weise in gesundheitlichen Fragen hinter der städtischen Entwicklung zurückgeblieben ist.

Die vielen Einzelberichte, die für sämtliche preussischen Provinzen, ebenso für Bayern und Württemberg und einige thüringische Staaten vorliegen, bringen meist statistische Mitteilungen über die Sterblichkeitsverhältnisse, die Militärauglichkeit, die eheliche Fruchtbarkeit in dem betreffenden Bezirk; ferner sind Lehrer, Geistliche, Landwirtschaftskammern, Ärzte befragt worden. Bei diesen einzelnen Auskünften spielen natürlich die persönlichen Auffassungen der Berichterstatter mit hinein; die einen sehen bereits

eine Unterernährung oder eine falsche Ernährung dort, wo andere die Verhältnisse noch für durchaus gesund und richtig halten. So steht z. B. für Schweswig-Holstein das sehr pessimistische Gutachten der Ärztekammer dem Gutachten der Landwirtschaftskammer gegenüber, die da meint, die ländliche Nahrung habe sich zwar gegen früher geändert, sei aber mannigfaltiger geworden und ausreichend an Nährwert geblieben. Manche der erstatteten Gutachten geben nicht nur Auskunft über die Ernährungsverhältnisse, sondern es werden zugleich auch andere, tiefgreifende soziale Fragen mit aufgerollt, wie die Überlastung und Unwissenheit der Hausfrauen, der schädliche Einfluß des Alkohols, die Notwendigkeit einer planmäßigen Jugendfürsorge u. a. m.

Als feststehende Tatsache kann gelten, daß sich eine einschneidende Veränderung in der Ernährungsweise der ländlichen Bevölkerung vollzogen hat, die hauptsächlich darin liegt, daß Milch in großen Mengen an die Großmolkereien verkauft wird, von dort als Butter oder Trinkmilch an die Städte geliefert wird, während die ländlichen Familien ihren Milch- und Butterverbrauch aufs äußerste einschränken. Trotzdem die ländlichen Familien durch den starken Milchverkauf zwar mehr Bargeld ins Haus bekommen, erweist sich diese Wirtschaftsführung dennoch auch in rein ökonomischer Hinsicht als unzuverlässig, weil die Familie nun um so mehr für den Rückkauf von Butter oder auch Margarine aufwenden muß, es steigen auch ihre Aufwendungen beim Kaufmann für Kolonialwaren, ebenso leider oft die Aufwendungen für Alkohol. Aber noch größer und in Zahlen gar nicht auszudrücken ist der gesundheitliche Schaden, den namentlich die Kinder durch den Mangel von Milch und Butter in ihrer Ernährungsweise erleiden. Während das Normale wäre, daß etwa 60 % der gesamten Milchproduktion von der ländlichen Bevölkerung selbst verbraucht und 40 % verkauft werden, ist jetzt nach ungefähre Schätzung das umgekehrte der Fall und nur 40 % der Milchproduktion bleibt auf dem Lande.

Die schlechten Folgen der Unterernährung oder falschen Ernährung treten namentlich für die Jugend stark hervor und zwar vom Säuglingsalter bis zur Militärzeit. Wegen ungenügender Ernährung der Frauen während der Schwangerschaft kommen viele Kinder schwächlich und lebensunfähig zur Welt; es werden zwar noch die Mehrzahl der Kinder auf dem Lande von den Müttern selbst gestillt, aber oft nur zu kurze Zeit, da die Mütter selbst nicht genügend ernährt sind. Besonders fühlbar macht sich der Milchmangel dann ferner für die vorchulpflichtige und schulpflichtige Jugend, ja die Ernährungsverhältnisse der Schulkinder sind auf dem Lande oft noch bedeutend schlechter als in der Stadt. Noch viel mehr Kinder auf dem Lande als in der Stadt müssen ein warmes Mittagessen entbehren. Tabak- und Alkoholkonsum gefährden dann die Schulentlassenen. Die Wirkungen der schlechten Ernährung zeigen sich bei den Militäraushebungen: bei gleichem Heeresbedarfe, gleichen Untersuchungsverfahren, gleichen Ansprüchen ein ständiger Rückgang der körperlichen Tauglichkeit auch der ländlichen Jugend und in manchen Corpsbezirken sogar nur der ländlichen Jugend, während die Verhältnisse der Stadtjugend gleich bleiben oder sich sogar bessern.

Die Ursachen für diese bedrohliche Erscheinung liegen außer in den Ernährungsverhältnissen auch darin, daß die hygienische Kultur auf dem Lande noch in den Kinderschuhen steckt. Es heißt darüber:

„Der Landbewohner wird jetzt vielfach erst durch den Städter auf die hygienischen Vorzüge des Landlebens aufmerksam gemacht. Er selbst ist einstweilen nur von einem schrankenlosen Erwerbsdrange beherrscht, der die Fürsorge für die nächsten Angehörigen niedriger einschätzt als die Verbesserung des Körnerhauses, die Hebung seines lieben Rindviehs.“

Die bayerische Regierung hat bereits Maßnahmen ergriffen, um der erkannten Gefahr entgegenzuwirken. Sie sucht hygienisches Verständnis auf dem Lande zu verbreiten durch Vorträge in landwirtschaftlichen Vereinen, durch Gründung von Wanderhaushaltsschulen, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, sozialhygienische Betätigung der Bezirksärzte. Alle diese Maßnahmen liegen sich auch in anderen Gegenden Deutschlands durchführen. Dazu aber muß vor allen Dingen eine Änderung der Milch- und Butterversorgung eintreten. Es geht natürlich nicht an, den Milchverbrauch in den Städten wieder einzuschränken, sondern es ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß der Milchverbrauch in den Städten wächst. Also muß die Milchproduktion gesteigert werden durch Hebung der Zucht von Milchkühen und auch Ziegen, Erleichterung der Verkehrsmittel für den Milchtransport, Beaufsichtigung des Milchhandels und vor allem Aufklärung der Bevölkerung. Da mehr Milch als

¹⁾ Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung, Heft 6 der Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin, Carl Heymanns Verlag 1910. 576 S.

Trinkmilch für Stadt und Land verbraucht werden soll, so wird ferner vorgeschlagen, daß der Butterbedarf in höherem Maße vom Ausland zu decken wäre durch vermehrte Einfuhr aus Rußland, den Niederlanden, Schweden, Norwegen. Die vorliegenden Erhebungen werden hoffentlich den Anlaß dazu geben, daß den angeregten Fragen mehr und mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, denn nicht nur die Ernährungsverhältnisse bedürfen einer Verbesserung, sondern damit Hand in Hand gehend ist auf dem Lande noch viel Aufklärungsarbeit notwendig über manche anderen, eng damit in Verbindung stehenden sozialen Erscheinungen.

Der Verband deutscher Zahnärzte nahm in einer am 18. Oktober in Berlin abgehaltenen Versammlung, zu der sich etwa 700 Personen eingefunden hatten, einstimmig einen Antrag an, der für den § 136 der Reichsversicherungsordnung folgende Fassung verlangt:

„Bei Zahnkrankheiten kann, sofern im Bezirk eines Versicherungs-trägers nicht genügend Ärzte und Zahnärzte vorhanden sind, die die Behandlung übernehmen, widerruflich auch durch Zahntechniker die selbständige Behandlung erfolgen. Wer als Zahntechniker im Sinne des Gesetzes widerruflich zugelassen ist, wird durch Verordnung der obersten Verwaltungsbehörde bestimmt. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, unter welchen Voraussetzungen auch Heilbediener und Heilgehilfen bei Zahnkrankheiten selbständige Hilfe leisten können.“

Eine Heilstätte für lungenkranke Kinder, die erste ihrer Art in Deutschland, ist Mitte Oktober in Apratz eröffnet worden. Die Gründung ist auf die Anregung des Vergiftungs Vereins für Gemeinwohl zurückzuführen, der sich bereits 1906 mit der Frage der Bekämpfung der Kinder-Tuberkulose beschäftigte. Diese Bestrebungen führten zur Bildung eines gesonderten Vereins „Vergiftige Heilstätten für lungenkranke Kinder“. Durch größere Mitgliedsbeiträge wohlhabender Kreise brachte dieser Verein die Mittel zur Errichtung der ersten Kinderheilstätte auf, die Raum hat für 100 Kinder. Die Pflegefälle für Kinder von 6 bis 9 Jahren sind 2,50 M. täglich, für ältere Kinder 8 M. Die Heilstätte liegt in gesunder, ozeanreicher Gegend und ist mit den besten hygienischen Einrichtungen versehen.

Die Abnahme des Alkoholkonsums in Großbritannien, die bereits durch ein amtliches Blaubuch festgestellt war (Soz. Pr. XIX 1446) wird auch bestätigt durch den Jahresbericht 1909/10 der Behörde für die Gewerbe- und Verbrauchssteuern in besonderen Tabellen über den Verbrauch alkoholischer Getränke. Im Jahre 1901 kam auf den Kopf der Bevölkerung in England 8 Pints*) Schnaps, in Schottland 14,88 Pints, in Irland 8,73 Pints; 1909 waren diese Zahlen auf 6,08 Pints, 12,16 Pints, 7,59 Pints gesunken. Der Bierverbrauch wurde für die Vereinigten Königreiche gemeinsam berechnet. Während im Jahre 1901 auf den Kopf der Bevölkerung 81,48 Gallons Bier kamen, sank diese Zahl auf 26,47 im Jahre 1908. — Es ist für die Zukunft vorgeesehen, daß die Ämter für die Gewerbe- und Verbrauchssteuern eine jährliche Geldbeihilfe an die drei staatlichen Trinkerbesserungshäuser geben werden.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die wichtigsten Aufgaben für die erste Behandlung der versicherten Verletzten. Vorträge und Referate, erlattet in der Frühjahrsversammlung 1909 des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft von Geh. Reg.-Rat Dr. Klein, Prof. Dr. Klapp, Dr. med. Forster, Prof. Dr. Schütz und Dr. med. Feilchenfeld. Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Ranes. Heft XVII (Ausgegeben Oktober 1909). Berlin 1909. Mittler und Sohn.

In dem Heft sind folgende Vorträge vereinigt: „Die wichtigsten Aufgaben der Unfallversicherungsträger für die erste Behandlung der Verletzten, insbesondere die frühzeitige Übernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften“ vom Senatsvorstehenden im Reichsversicherungsamt Geh. Reg.-Rat Dr. Klein, „Über frühe chirurgische Behandlung Unfallverletzter“ von Prof. Dr. Klapp, erstem Assistenten an der Agl. chirurgischen Klinik zu Berlin, „Die psychische Behandlung der Verletzten“ von Dr. Forster, erstem Assistenten an der psychiatrischen und Nervenklinik der Agl. Charité, „Die ärztlichen Gründe für die frühzeitige Übernahme des Heilverfahrens durch die Berufsgenossenschaften“ von Sanitätsrat Prof. Dr. Schütz, dirigierendem Arzt des Berliner medicomechanischen Instituts, „Die ärztliche Versorgung der Frischverletzten in Krankenanstalten“ von Dr. Leop. Feilchenfeld. Die sämtlichen Vorträge, die ein äußerst reichhaltiges Material zu den immer dringender werdenden Fragen einer möglichst frühzeitigen und durchgreifenden Behandlung

versicherter Verletzter beibringen, vertreten den Standpunkt, daß eine möglichst frühzeitige sachgemäße ärztliche Behandlung der Unfallverletzten notwendig sei und zwar im Interesse aller Beteiligten.

Frauenleben im badischen Eisenbahndienst 1878—1908. Erlebtes im Phantasegewand von Marie Wild. Karlsruhe, Fr. Gutsch. 1910. 8 M.

Es ist an sich kein schlechter Gedanke, in Form einer Erzählung Einblick in die verschiedenen Stufen und Entwicklungen zu bieten, welche die Arbeit der Frauen als Staatsbeamtinnen bisher genommen hat. Die Verfasserin hat diesen Versuch unternommen. Leider aber ist die Form der Erzählung dermaßen unfürsorglich, daß man sich nur schwer hindurchlesen kann, um das wirklich Tatsächliche über die Beamtenaufbahn der Frau herauszufinden. Eine kurze Broschüre wäre mehr gewesen als der umfangreiche Roman.

Die Frauenbewegung. Von Ellen Key. Bd. 28/29 der Sammlung sozialpsychologischer Monographien. Herausgegeben von Martin Duber, Frankfurt a. M. Literarische Anstalt Kuttin und Voening. Pr. 8 M.

Der Verfasserin war die Aufgabe gestellt worden, „die Seelenbeziehungen und Seelenwechselwirkungen nachzuweisen, welche die Frauenbewegung hervorgerufen hat“. Ellen Key, die aus manchen früheren Schriften als seine Psychologin bekannt ist, die stellenweise eine Art Pfadfinderin ist, die in die verborgenen Regungen und Schwüngen des Seelenlebens hineinzuleuchten versteht, erfüllt auch teilweise die ihr gestellte Aufgabe in ausgezeichnete Weise. Aber man kann auch die feinsten seelischen Probleme, die durch die Frauenbewegung entstehen, nicht richtig beurteilen, wenn man die wirtschaftlichen Seiten der Frauenfrage nicht mit in Betracht zieht. Jedoch der Mangel an genügender Kenntnis und Wertung der volkswirtschaftlichen Fragen, der fast in allen Arbeiten von Ellen Key zu Tage tritt, zeigt sich auch in der vorliegenden Schrift. Es läßt sich z. B. sehr leicht in wunderbaren Worten die Forderung vertreten, daß die Mutter der Familie und den Kindern zurückgegeben werden muß, wenn man ohne weiteres eine allgemeine Jahre hindurch gehende Staatsrente, die jeder Mutter für die Leistung der Mutterpflicht zustehen soll, als gegeben ansieht! Ein anderer Mangel des Buches liegt darin, daß die Verfasserin zu sehr nach den Verhältnissen der skandinavischen Frauenbewegung urteilt und die deutsche Bewegung sowie den deutschen Frauencharakter im allgemeinen nicht genügend zu kennen scheint. So mag z. B. die Befürchtung, die Frauenbewegung fördere die „amaternellen“, d. h. unmütterlichen Naturen, vielleicht für andere Länder zutreffen, auf die deutsche Bewegung, in der ein starker Zug der Mütterlichkeit sogar vorherrschend ist, paßt ein solcher Vorwurf entschieden nicht.

Doch abgesehen von diesen Einwänden, kann das vorliegende Werk wohl als eine Bereicherung der Literatur zur Frauenfrage gelten, gerade weil es den Nachdruck auf Fragen der inneren Menschenkultur legt, die über den schwierigen äußeren Verhältnissen oft in den Hintergrund treten müssen.

Handbuch der Unfallversicherung. In 8 Bänden. Die Reichs-Unfallversicherungs-Gesetze, dargestellt von Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts. Nach den Älten dieser Behörde. 8. nach den Gesetzen vom 30. Juni 1900 neu bearbeitete Auflage. 8. Band. Leipzig, Breitkopf & Härtel. 1910.

Mit dem umfangreichen über 1000 Seiten starken Band ist die 8. Auflage des wertvollen Wertes zum Abschluß gebracht. Da sich die Veröffentlichung dieses Bandes wegen der Fälle des zu verarbeitenden Materials verzögerte, so konnten alle Mitteilungen über Gerichtsentscheidungen, Verhandlungen oder sonstige Vorgänge auf dem Gebiete der Unfallversicherung bis auf den Stand vom 1. Januar 1910 gebracht werden. Manche besonders wichtigen Entscheidungen sind bis zum Mai 1910 berücksichtigt worden. Auch die beiden im Vorjahre veröffentlichten Bände sind durch Nachträge bis zum selben Zeitpunkt ergänzt worden. Der vorliegende Band enthält zunächst eine genaue Angabe, zu welcher der bestehenden Berufs-genossenschaften die mannigfachen Berufs-zweige mit ihren zahlreichen Unterabteilungen zu rechnen sind, ferner werden einige Musterfassungen für Berufs-genossenschaften nebst Erläuterungen mitgeteilt. Eine ganz besonders wertvolle Gabe, die nicht nur für die an der Unfallversicherung beteiligten Fachkreise, sondern weit darüber hinaus Beachtung verdient, ist in diesem dritten Bande enthalten: eine ausführliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und des wachsenden Aufgabenspektrums des Reichs-Versicherungsamts. Gerade jetzt, wo das Reichs-Versicherungsamt auf das erste Vierteljahrhundert seines Bestehens zurückblicken kann und für die Zukunft durch die Reform der Arbeiterversicherung ihm neue wichtige Aufgaben entstehen, ist diese zusammenfassende Übersicht besonders dankenswert. Mit dem vorliegenden Handbuch, dessen 1. und 2. Band bereits in der „Soz. Pr.“ gewürdigt worden sind, ist ein Werk geschaffen, das dem im Vorwort zur 1. Auflage dargelegten Zweck immer besser entspricht und sowohl den Behörden, wie allen an der Arbeiterversicherung beteiligten Kreisen ein wertvolles Hilfsmittel bei der Handhabung dieser Gesetze werden dürfte.

Was haben wir am Hansabund? Volksvereinsverlag. M.-Glabach. 1910. 53 S. 25 Pf.

Die Flugchrift will nachweisen, daß der Hansabund für Mittelstand und Privatbeamte keine geeignete Organisation sei.

*) 1 Pint = 0,57 l. 1 Gallon = 4,543 l.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeile.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 5. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber: Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig ist soeben erschienen:

Zur Geschichte des guts herrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen

von der Gründung des Ordensstaates bis zur
Steinschen Reform.

Von

Gustav Aubin.

Preis: 4 Mark 50 Pfennig.

Inhalt. Vorwort. Die ersten Anfänge des Ordensstaates. — Die Kolonisationspolitik des Ordens. Die soziale Gliederung im Lande. — Besitzverteilung, Betriebsgrößen und Arbeitsverfassung um die Wende des 14. Jahrhunderts. — Die Entwicklung eines Getreideexportes aus dem Ordenslande. Die kapitalistische Tendenz der Guts herrschaften in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. — Die Entwicklung des guts herrlich-bäuerlichen Verhältnisses im Zeitraum von 1410—1454. — Die Zeit von 1454 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. — Die Zeit von 1700—1806.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. Das Kuratorium.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,
4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatszeitschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weitest möglicher Weise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, sodas der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Einbanddecken

zu Jahrg. XIX der

„Sozialen Praxis“

(in brauner Ganzleinwand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum

Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Erstattung von öffentlichen Unterstützungen durch die Unterstützten und durch ihre Angehörigen.

Von

Stadttrat Rosenstock-Königsberg i. Pr.

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit. 93. Heft.)

Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstützung durch den Unterstützten. 1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstützung als Vorzug. — b) Anspruch im Anlehnung an C. G. z. B. G. B. Art. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlass. — Die Erstattung der Unterstützung durch die Angehörigen des Unterstützten. — Zusammenreffen mehrerer Armenverbände. — Statutenkollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstützten. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterhaltspflichtigen. — Schlußbetrachtungen. Anhang.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Rauerstr. 43. 44

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich

dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superfeichen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Bandarleben. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurecht.

Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich.

Von **Dr. Leopold Caro,**

Landes- und Gerichtsadvokat in Krakau.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Band 131.)

Preis: 6 Mark 40 Pfg.

Inhalt: Vorbemerkung. — Zur Einführung. — Statistik der Auswanderung in Österreich. — Lage der überseeischen Auswanderer. — Ihre Anwerbung und Reise. — Einwanderungspolitik in den Vereinigten Staaten, Kanada, Brasilien und Argentinien. — Lage der kontinentalen Auswanderer. — Österreichisches Recht und Versuche gesetzlicher Regelung der Auswandererfürsorge. — Gesichtspunkte und Aufgaben einer österreichischen Auswanderungspolitik. — Internationale Regelung. — Beilagen.

Die

Handelspolitik Bulgariens.

Von **Dr. Christo Abadjeff.**

(Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen. Heft 143.)

Preis: 4 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. Geschichtliches. — Die türkischen Kapitulationen. — Erster Abschnitt. Die Entwicklung der bulgarischen Handelspolitik seit 1879 bis zur Gegenwart. Der handels- und zollpolitische Zustand von 1879—1897. Die Handelsverträge von 1896/97. Die Handelsverträge von 1905. — Zweiter Abschnitt. Die Rückwirkungen der Handelspolitik auf die Volkswirtschaft. Die Gestaltung des Handelsverkehrs mit dem Ausland. — Die Landwirtschaft. — Die Industrie.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Mollendörffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien 161
- I. Das Gewerlkamts-Gesetz und die Parteien in England. Ein Brief von Sir Charles B. Dilke, Mitglied des Unterhauses, London.
- II. Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht. Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.
- Die Rente für die „dauernd invalide“ Witwe. Von Professor Dr. Friedr. Albin Hoffmann, Mittl. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat Leipzig 166
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftliche Arbeiterbewegung 168
- Preisgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.
- Soziale Jährhefte 169
- Dr. C. Geibel †.
- Vorbereitung für ein deutsches Reichstheatergesetz.
- Besuch Bremer Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung.
- Die Verhältniswahl in der Schweiz.
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 170
- Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
- Die erste Statistik der Tarifverträge in Großbritannien.
- Ein Reichstafelvertrag für Bau- und Holzereien.
- Der Reichstafelvertrag zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Bäckerverband.
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände 172
- Ein neues Anstellungsstatut zwischen Baufirmen.
- Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe.
- Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände.
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 174
- Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände.
- Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.
- Verschmelzungsversuche zwischen Privatbeamtenverbänden.
- Streik und Ausperrungen 175
- Die Lohnbewegung in der Edelmetallindustrie.
- Der Streik der Kaffeehauskellner in Hamburg.
- Ein Streik der Maschinenstricker in Plauen i. V.
- Der britische Kohlenarbeiterstreik in Südwales.
- Ein Gepäckträgerstreik in New-York.
- Arbeiterversicherung. Sparassien. 176
- Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsbewegung.
- Von Dr. Heinz Potthoff, Dr. d. R. Düsseldorf.
- Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung.
- Arbeitsnachweis 178
- Sechster Deutscher Arbeitsnachweiskongress. Von Dr. G. Keffler, Berlin.
- Volkserziehung 183
- Eine Volkshochschule in Bremen.
- Die Gefährdung und der Schutz der Jugend in den Entwicklungsjahren.
- Nur Vereinfachung der Volksgeselligkeit und der Volkserhaltungsbewusstseinsanstaltungen.
- Eine Berufsvormundtschaft in Wien.
- Sozialpolitik im Verkehrswesen 185
- Das Reichstafel der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsankalten.
- Rein Koalitionsrecht für die Straßenbahner in Lübeck.
- Volksgesundheit 186
- Die Ausübung der Schulhygiene.
- Erkrankungsstatistik und Gewerbehygiene.
- Die 9. internationale Tuberkulose-Konferenz.
- Ein österreichischer Arbeiterverein für Kinderpflege.
- Wohnungswesen 188
- Der 20. Bundestag deutscher Bodenreformer.
- Literarische Mitteilungen 190

arbeit an wichtiger Stelle. Fast über alle Bestimmungen ist in der Kommission zwischen Regierung und Parteien ein Einverständnis erzielt worden. Nur in einer bedeutsamen Frage besteht eine ernste Differenz, nämlich in der Frage, ob in Hausindustrien mit besonders schlechten Löhnen ein staatlicher Eingriff oder, besser gesagt, die Staatshilfe zu einer Verbesserung der Löhne unter Festlegung einer unteren Lohngrenze mit rechtsverbindlicher Wirkung geboten sei. Die Gegner einer solchen Maßregel perhorreszieren das Prinzip; in die Lohnregelung dürfe sich der Staat, der doch sonst auf alle übrigen Gebiete des Arbeitsverhältnisses Einfluß genommen hat, nun und nimmer einmischen. Die Freunde dagegen erklären, alle Maßnahmen zur Regelung der Hausarbeit, so notwendig sie aus Rücksicht auf die Gesundung der Verhältnisse seien, würden in den eigentlichen Glendindustrien fruchtlos bleiben, ja eine Last für die Heimarbeiter werden, wenn man nicht an die Wurzel aller Übel, die Hungerlöhne, herantrete. Dabei verweisen sie auf den Vorgang Englands mit der Einführung von Gewerlkämtern (trade boards) für einige unter schärfstem Lohndruck stehende Gewerbebezweige. Ihre Gründe werden unterstützt durch zwei uns freundlichst zur Verfügung gestellte Briefe zweier hochangesehenen Politiker, von denen man den einen, das Unterhausmitglied Sir Charles Dilke, als Vater des Gewerlkamtsgesetzes bezeichnen kann, während der Bischof von Birmingham im Oberhaus aufs eifrigste für die Annahme des Gesetzes gewirkt hat. Die Briefe lauten:

I.

Das Gewerlkamts-Gesetz*) und die Parteien in England.

Ein Brief von Sir Charles B. Dilke, Mitglied des Unterhauses, London.**)

Als Sie kürzlich hier waren, erzählten Sie mir, daß einige bedeutende Männer in Deutschland der Ansicht sind, unser neues Gesetz für Errichtung von Gewerlkämtern sei eine Parteimaßnahme, die unserm Lande vielleicht durch einen rein parlamentarischen oder wahlkämpfischen Druck von einigen Extremen aufgenötigt worden sei. Sie fragten mich, ob ich in kurzen Worten feststellen könne, woher das Vorbild kam und was das Ziel war für die wirklichen Urheber des Antrags.

In der „Morning Post“ vom 15. April ds. Js. finden Sie den vollständigen Bericht über ein mir am Abend vorher gegebenes Bankett zur Feier der endgültigen Annahme des Gewerlkamts-Gesetzes. Die Liste der Veranstalter und der Gäste dieses Festes zeigte eine bemerkenswerte Vereinigung aller Parteien und Richtungen. Im Komitee befanden sich mehrere sehr bekannte konservative und unionistische Mitglieder des Oberhauses, ein führendes Mitglied des früheren konservativen Ministeriums und der Vizepräsident des Unterhauses, während unter den Gästen Vertreter des liberalen Kabinetts und eine Schar von Abgeordneten war, darunter der Führer der Arbeiterpartei sowie die bekanntesten konservativen

Stimmen aus England über die staatliche Lohnregelung in den Glendindustrien.

Unter den ersten sozialpolitischen Aufgaben, die, aus früheren Tagungen stammend, nunmehr vom Reichstag zu Ende geführt werden müssen, steht bekanntlich das Gesetz zur Regelung der Haus-

*) Das englische Gesetz, von dem hier die Rede ist, setzt trade boards (Gewerlkämter) zur Regelung von Lohnfragen in besonders bedrückten Gewerben ein. Nach diesen trade boards führt es auch den Namen, während die früheren Parteianträge andere Bezeichnungen trugen (Anti-Sweating Bill, Wages Boards Bill). Die Red.

**) Wir lassen aus dem Schreiben an eine deutsche Dame, die im letzten Sommer England besucht hat, nur einige für den Hauptzweck des Briefes weniger bedeutsame Einzelheiten fort. Die Red.

Schutzöllner und liberalen Freihändler des Unterhauses. Die Chefredakteure der entschiedensten liberalen Zeitung und des radikalsten schutzöllnerischen Vorklattes von London hatten sich vereint, um die Verammlung zustande zu bringen, und beide waren bei dem Festmahl unter den Gästen zugegen. Den Vorsitz führte der Bischof von Birmingham, als Vertreter der christlich-sozialen Bewegung in der englischen Kirche, und seine Rede gibt eine klare Antwort auf die irtümliche Annahme, die nach Ihren Worten in Deutschland noch immer vorhanden ist.

Der Gewerksämter-Vorlage der Regierung ging lange voraus ein Antrag, der für viele Jahre meiner Objorge anvertraut gewesen war. Nach einer in der Guildhall der City von London abgehaltenen und vom Lord Mayor eröffneten Verammlung erhielt dieser Antrag, der ursprünglich den Namen „Wages Boards Bill“ geführt hatte, die Bezeichnung: „The Sweated Industries Bill“ und wurde von der Arbeiterpartei übernommen, unter Zustimmung seiner früheren konservativen und liberalen Befürworter, die fortwährend, ihm im Parlament die Wege zu ebneten.

Als nach der grundsätzlichen Zustimmung der Regierung dieser Antrag aus dem Hause zur zweiten Lesung kam, ereignete sich der noch nicht dagewesene Vorgang, daß an einem für Initiationen festgesetzten Tage, um die Mittagsstunde, die Führer der Opposition, Herr Balfour, der Leiter der Konservativen, sowie Herr A. Chamberlain und Herr Alfred Lyttelton zugegen waren. Die Tories und Unionisten waren zu dem ausgesprochenen Zweck erschienen, um durch ein ganz ungewöhnliches Verhalten ihre warme und eifrige Unterstützung einer von einem Radikalen vorgeschlagenen, von einer liberalen Regierung begünstigten und von der Arbeiterpartei eingebrachten gesetzgeberischen Maßnahme zu bezeugen. Herr Lyttelton, früher konservativer Minister, hielt eine ausgezeichnete Rede zugunsten sowohl des Prinzips wie auch der Einzelheiten des Antrags, denen er sogar den Vorzug vor gewissen Vorschlägen der Regierung gab, — die übrigens im wesentlichen mit jenen übereinstimmen.

Die Kolonie Victoria, jetzt ein Glied des Bundesstaates Australien, hat zuerst Lohnämter eingeführt. Herr Deakin, der bekannteste unter den Staatsmännern, die das Amt des Premierministers jenes Gemeinwesens geführt haben, der jetzige Führer der Opposition gegen das mächtige Arbeiterministerium in Australien, war der erste, der dem Gedanken, Schutzmaßnahmen gegen wucherischen Lohndruck in die Gesetzgebung von Victoria einzuführen, greifbare Gestalt gab. Seine wiederholten Reisen nach England zu den „Kolonial-“ und „Reichskonferenzen“ führten zu Besprechungen zwischen ihm und den Vertretern ähnlicher Ideen in der englischen „Liga der Frauengewerksvereine“ und der „Christlich-Sozialen Vereinigung“ und damit schließlich zu dem Entwurfe meines Antrags.

Die Arbeiterpartei in England hatte bisher niemals Neigung für solche allgemeine gesetzliche Lohnregelung gezeigt, wie solche seit langem in Neuseeland gilt und jetzt für Australien allgemein zu werden verspricht. In England haben die Gewerkschaften, namentlich die großen Organisationen der Kohlenbergleute und der Textilarbeiter der Baumwollindustrie von Lancashire, im großen und ganzen dem Wunsche einer starken Minderheit auf den Gewerkschaftskongressen Widerstand geleistet gegen jede Art von zwangsweisem Schiedsgerichtsverfahren. Aber von Anfang an haben der damalige Präsident des Vergarbeiter-Bundes von Großbritannien und unter den Vertretern der Baumwollarbeiter der Abg. Shackleton, trotzdem sie ein allgemeines Eingreifen des Staates in Lohnfragen verwerfen, auf das Lebhafteste den begrenzten Vorschlag unterstützt, durch gesetzliche Einrichtungen versuchsweise in lohndrückenden Gewerben eine Regelung herbeizuführen, wo alle Bemühungen wirksamer gewerkschaftlicher Organisation fehlgeschlagen sind und wo die Arbeiterschaft hauptsächlich aus Heimarbeitern und armen Frauen besteht.

Das im Regierungsentwurf enthaltene Verzeichnis enthielt etwa so viel zu regelnde Gewerbe wie die in der Guildhall-Verammlung aufgestellte und in unsern Antrag bei der 2. Lesung im Unterhaus aufgenommene Liste. Aber die von der Regierung vorgeschlagenen Gewerkszweige waren nicht die gleichen wie die unsern und die Regierungsliste wurde später in der Auschubberatung abgeändert.

Seit Sie England verlassen haben, ist die Gesamtheit der Ausführungsbestimmungen für die im Verzeichnis des Gesetzes vorgesehenen Gewerksämter herausgekommen. Die Konfektion fertiger Kleider en gros, die Anfertigung von Papier- und Pappschachteln, die Maschinenspienindustrie und die Ketten schmiederei (diese war nicht in der Regierungsliste enthalten, wurde aber vom

Unterhaus einstimmig, auf Wunsch der Meister und Arbeiter dieses Gewerbes hinzugefügt) sind die vier Gewerkszweige, um die es sich handelt. Ein Gesuch des Messing-Gewerbes, das Unternehmer und Arbeiter gestellt hatten, wurde nach Erhebung und durch Verordnung abgelehnt, da dieses Gewerbe nicht so augenscheinlich unter Lohndruck leidet wie einige andere und weil man der Ansicht ist, daß das Experiment versucht und die Schwierigkeiten geprüft und beseitigt sein sollten, ehe man an eine Ausdehnung des Gesetzes geht.

Sie teilen mir auch mit, daß in Deutschland von der Regierung Bedenken gegen die Vertretung der Gewerkschaften in den Gewerksämtern erhoben worden sind. Ich empfehle allen Deutschen, die sich für diese Frage interessieren, sich auf dem Wege des Buchhandels oder durch unser Handelsamt außer dem Gesetzestext noch die kurzen und einfachen, aber zahlreichen Ausführungsbestimmungen dazu zu beschaffen. . . Niemals wurde während der ganzen Erörterung über unser Gesetz die Frage aufgeworfen, ob Gewerkschaftsbeamte zuzulassen oder auszuschließen seien. Das Gesetz schreibt nur gewisse Rücksichten vor, die das Handelsamt bei der Ernennung oder der Vornahme von Wahlen der Arbeitervertreter zu nehmen hat. Dabei ist keine Beschränkung für die Ernennung von Vertretern organisierter Arbeiter des Gewerbes vorgesehen. Aber das Handelsamt hat die gesetzliche Pflicht, auf die Vertretung von Heimarbeitern Bedacht zu nehmen, d. h. zu verhüten, daß Unternehmer und Gewerkschaften irgendwelche andere Richtung unter den Arbeitern von der Geltendmachung ihres Standpunktes ausschließen. Der allgemein vom Handelsamt eingeschlagene Weg ist der, daß die Arbeiter aufgefordert werden, Namen anzugeben, aus denen dann die Vertreter ernannt werden.

Mit besonderem Vergnügen habe ich diese Gelegenheit ergriffen, um die Einmütigkeit aller Parteien im Vereinigten Königreich bei dieser neuen und notwendigen Gesetzgebung zur Bekämpfung des Schwitzsystems zu betonen.

Ihr aufrichtig ergebener

London.

Charles W. Dilke.

II.

Die Lohnregelung in den Glendindustrien eine sittliche und wirtschaftliche Pflicht.

Ein Schreiben des Bischofs von Birmingham.

„Warum soll die christliche Kirche den Gewerksämtern Beachtung schenken? Warum soll es ein Geistlicher für seine Aufgabe ansehen, auf ihre Errichtung hinzuwirken?“ Diese Frage soll ich beantworten — und die Antwort ist nicht schwer zu finden. In der Bibel ist sehr viel von Löhnen die Rede. Soweit das Gesetz und die Propheten Fragen des nationalen Gewerbes berühren, heißt es, daß es ehrlich sein solle und daß dem Arbeiter ein genügender Lohn zustehende. Wer den Schwachen ausbeutet, wer „das Antlitz der Armen zermalmt“, soll unter den Zorn Gottes fallen. „Weil denn die Glenden verstorben werden und die Armen seufzen, will ich auf, spricht der Herr.“¹⁾ Wenn wir die sittliche Ansicht der Propheten in einen wirtschaftlichen Grundsatz übersetzen, so können wir sagen, daß die angemessene Entschädigung des Arbeiters das erste Gebot für jede Industrie sein soll.

Ich glaube, daß das Studium wirtschaftlicher Fragen dahin führt, diesen Grundsatz in steigendem Maße zu rechtfertigen: d. h. es bringt die Bestätigung dafür, daß unterbezahlte Arbeit, durch welche die Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Angehörigen verelendet, diejenige Arbeit ist, welche einem Volke am teuersten zu stehen kommt, seinen Gesamtwohlstand am meisten herabdrückt. Aber die Propheten gelangten zu diesem Grundsatz vom Standpunkte der Moral aus, und dieser Standpunkt kommt noch schärfer im neuen Testament zum Ausdruck. Hier wird der Gedanke vertieft von dem unendlichen Wert jeder menschlichen Seele, für die Christus starb. Hier wird uns noch eindringlicher gelehrt, den Gedanken zu hassen, daß wir irgend einen Mann oder ein Weib nur als Werkzeug für unsere eigene Bequemlichkeit oder für unsern Vorteil gebrauchen sollten. Hier wird uns gelehrt, daß die Schwächung irgend eines Gliedes des Körpers eine Schwächung der Gesamtheit bedeutet. Hier wird die Warnung ausgesprochen: „Es wäre dem Menschen nützer, daß man einen Mühlstein an seinen Hals hänge und würfe ihn ins Meer, denn daß er dieser Kleinen einen ärgere.“²⁾ Wenn man es vernachlässigt, einem von Christi Brüdern zu helfen, so vernachlässigt man Christus selbst.

¹⁾ Psalm 12, 6.

²⁾ Lukas 17, 2.

Wie sollte nicht die Kirche, die auf solchem Geiste sich aufbaute, tiefe soziale Wandlungen hervorbringen? Niemand hat mit sichererem Blick und tieferer Kenntnis gezeigt, wie das Christentum auf die Gesellschaft gewirkt und eine neue soziale Ordnung herbeigeführt hat als Professor Adolf Harnack. Ein Engländer muß sich scheuen, sich auf ein Feld zu wagen, das Harnack zu seinem Eigentum gemacht hat. Es genüge daher zu sagen, daß allein schon das Christentum durch seine sittlichen Grundbegriffe dazu beitrug, die Gedanken über Arbeit und Lohn und über soziale Pflichten umzuwandeln, allein schon durch seine Lehren der Brüderlichkeit aller Menschen, des menschlichen Werts, der menschlichen Pflicht.

Aber diese große Überlegenheit des christlichen Bekenntnisses ist in unserm modernen christlichen Europa fast aufgegeben worden. Die Kirche sah ein industrielles Bauwerk sich erheben, das sich auf einen Grund stützte, ganz entgegengesetzt dem oben beschriebenen wirtschaftlichen Grundgedanken aus der Morallehre der Propheten, daß nämlich die erste Verpflichtung einer Industrie die ausreichende Bezahlung der Arbeiter sein sollte. Die Grundlage unserer industriellen Entwicklung ist im Gegenteil der Gedanke gewesen, daß das Kapital in eine industrielle Unternehmung gesteckt wird, um eine möglichst hohe Verzinsung zu erlangen. Daher muß, um die Herstellungskosten zu verbilligen, Arbeit zu so billigem Preis wie möglich erlangt werden. Und um nicht zu verhungern, verkaufen die Arbeiter ihre Arbeitskraft wahrlich billig! So entstanden über ganz Europa die „Schwindsindustrien“. Und die christliche Kirche hat wenig oder gar keinen Widerstand geleistet. Sie hat sich damit begnügt, Samariterdienste zu leisten, und nicht einmal immer durchgreifend, indem sie die Kranken und Verwundeten vom Schlachtfeld der Industrie sammelte. Aber die Kirche hat keine hervorragende Stelle in den Reihen der großen für Gerechtigkeit kämpfenden Armee eingenommen.

Doch jetzt bietet sich wieder eine neue Gelegenheit. Die Wirtschaftswissenschaft hat eingesehen, wie unheilvoll die unterbezahlte, ungelernete Arbeit und die unterernährten Arbeiter für das gesamte Volksleben, ja, für die Industrie selbst sind. Die Wirtschaftswissenschaft hat sich so gewandt, daß sie jetzt auf Seite der Moral steht. Die Erfahrung hat uns ferner die Unzulänglichkeit der nur individuell ausgeübten „Nächstenliebe“ — d. h. Armenfürsorge — gelehrt, die in hohem Maße die einzige soziale Betätigung der Kirche gewesen ist. Nun sind wir erweckt worden aus unserm langen Vergessen. Wir haben uns wieder an die Bibel gewandt. Wir sehen, daß unsere Religion sich sowohl mit den äußeren Lebensfragen wie mit den inneren Grundsätzen beschäftigt, mit der Brüderlichkeit sowohl wie mit der eigenen innern Umwandlung, mit einem Worte: mit den göttlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Gnade.

Als ein großes Werkzeug, um unter den Arbeitern Hoffnung und Kraft wieder ausleben zu lassen, haben sich die Organisationen erwiesen — die Gewerkschaften. Welche Fehler sie auch gemacht haben mögen, ihnen mehr als irgend etwas anderem ist die Hoffnung zu danken, daß die Arbeit wieder ihre rechtmäßige Stellung erlangen wird. Laßt uns Christen und christliche Geistliche alles tun, was wir können, um die Organisation der Arbeit zu fördern. Es ist mir persönlich eine große Genugtuung gewesen, daß sich im Laufe dieses Jahres zweimal Arbeiter an mich wandten, die unter schlechten Arbeitsbedingungen litten, einmal waren es die Metallarbeiter, einmal die Bäcker von Birmingham. In dem einen Falle führte die Aussprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dazu, daß ein neues Einigungsamt gebildet wurde, in beiden Fällen wurde eine Verbesserung in der Regelung der Arbeit und die Aufstellung eines angemessenen Lohnes erzielt. Ich bin gewiß, meine Pflicht als ein Diener Christi zu tun, wenn ich auf ein solches Übereinkommen mit hinarbeite. Ich wollte, daß die christliche Kirche ihr bestes täte, um das Zustandekommen freiwilliger Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit und die Aufstellung eines Lohnstandards durch Übereinkommen zu fördern. Was auch die Regierung unternehmen wird, um die Arbeitslosigkeit, die Unterbeschäftigung, die Schwiarbeit zu verhindern, möge es in solcher Weise geschehen, daß es die freiwillige Regelung der Industrie nicht hindert, sondern im Gegenteil dahin wirkt, die großen Gewerkschaften zu stärken, denen wir zum größten Teil den Fortschritt der letzten 50 Jahre verdanken.

Aber es besteht keine Hoffnung, die schwächste Art der Arbeit und insbesondere die Frauenarbeit in den „Schwindsindustrien“ durch nur freiwillige Übereinkommen zu regeln. Der Staat muß eingreifen. Doch sollten unter allen Umständen diejenigen, die in den Gewerkschaften Erfahrungen gesammelt haben, eine wichtige Stelle in den Gewerkschaften einnehmen. Der Staat muß bei den Schwinds-

industrien eingreifen, indem er vorsichtig in Anpassung an jedes Gewerbe vorgeht, durch Festsetzung eines rechtsgültigen Mindestlohnes, der vereinbart wird durch ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetztes Amt, in dem die Regierung vertreten ist. So nur können wir unsere neuzeitliche Industrie wieder aufrichten auf einer gesunden anstatt auf einer morschen Grundlage — auf der Grundlage des moralischen Gebots, das zugleich ein wirtschaftliches Gebot ist: daß die erste Bedingung für eine Industrie die angemessene Befoldung der Arbeiter sein muß.

Davon bin ich so durchdrungen, daß ich ganz sicher bin, ein Diener der Kirche erfüllt nur seine Pflicht, wenn er alle politischen und alle anderen gesetzlichen Mittel anwendet, um die Errichtung von Gewerkschaften zu betreiben, damit die freiwillige Regelung der Arbeit gefördert und vervollständigt wird, er erfüllt seine Pflicht damit wirkungsvoller, als wenn er sich nur — wie es in England oft geschieht — für die wirkungslose und demoralisierende Verteilung von Almosen hergibt.

Die Rente für die „dauernd invalide“ Witwe.

Von Professor Dr. Friedr. Albin Hoffmann-Leipzig,
Bürl. Staatsrat, Geh. Mediz.-Rat.

In der Reichsversicherungskommission ist der die Witwenrente betreffende § 1243 in 1. Lesung angenommen worden. Danach hat Anspruch auf Rente die dauernd invalide Witwe nach dem Tode ihres versicherten Mannes. Als invalid gilt dabei die Witwe, die nicht imstande ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und bisherigen Lebensstellung zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Mit Recht wurde in der Diskussion von fortschrittlicher Seite betont, daß diese Definition in der Praxis zu Ungeheuerlichkeiten führen müsse. Ich habe als Arzt genugsam Gelegenheit gehabt, bei der Invalidenrente Bekanntschaft mit diesen Ungeheuerlichkeiten zu machen. Daß die Regierung, durch die dort gemachten Erfahrungen nicht belehrt, sich wieder entschlossen hat, ein Gesetz einzubringen, welches anerkannten Umständen immer weiter Tür und Tor öffnet, ist mir völlig unverständlich. Welch ein ungeheures Schreiwert ist durch die Invalidenrente heraufbeschworen worden und, was das Schlimmste ist, welche Prozesse!

Schon durch die Unfallversicherung wird die Prozessiermut gezüchtet, jetzt wird wieder eine große Zahl von bedürftigen Menschen zu langwierigen Prozessen genötigt werden. Denn über jede einzelne Witwe müssen doch nun die allerumständlichsten Erhebungen gemacht werden, und diese Erhebungen sind in ihren Resultaten mit so großen Fehlerquellen behaftet, daß von irgend- einer Gerechtigkeit im Erfolge nie die Rede sein kann. Diese Entscheidungen werden also anfechtbar sein, und wie anfechtbar! Man denke doch nur, was es heißen will zu beurteilen, ob eine Tätigkeit den Kräften und Fähigkeiten einer Person entspricht! Wer wird das entscheiden? Schließlich ein Beamter, der die Frau kaum gesehen hat. Dann die billige Berücksichtigung der Ausbildung und bisherigen Lebensstellung! Was kann da alles gefragt werden, wo hört die Billigkeit auf, wo fängt die Gerechtigkeit und wo die Unbilligkeit an? Schließlich, ein „Drittel dessen zu erwerben“ — diese beliebte Frage wird so gern an die Ärzte gestellt, zu deren Berzweiflung! Denn auch sie sind rein auf Gutdünken angewiesen, wo es sich nicht um ganz ausgesprochene Krankheiten handelt. Es wird wieder eine große Zahl von hysterischen künstlich gezüchtet werden, und der Segen des Wohlwollens verkehrt sich in den Fluch der Unwissenheit und Lüge.

Als von diesem Gesetz die Rede war, atmete ich auf: endlich doch ein praktisches Gesetz! Was eine Witwe ist, weiß man, wie viel Kinder sie hat, weiß man, welches Vermögen sie etwa versteuert, kann man auch feststellen. Man könnte also mit leichter Mühe nachweisen, welchen Witwen eine Rente gebührt und wie groß sie sein muß. Ich möchte sagen, man könnte eine Tabelle aufstellen, aus der jede Frau sich selbst berechnen kann, ob sie etwas bekommt und wie viel es sein muß. Das Schreiwert wird auf ein Minimum reduziert, die für die Invaliditätsversicherung eingerichteten Behörden können diese Geschäfte fast im Nebenamt mit besorgen. Wie leicht wäre es hier, ein solches Gesetz zu machen, welches keinen Zweifel erlaubt und zu keinen Streitigkeiten führt.

Und nun dieser Kommissionsbeschluß, an dessen Möglichkeit man nicht glauben sollte! Wieder werden unzählige Prozesse heraufbeschworen, wieder werden zahllose Hintertüren der Protektion und kritikloser Gutmütigkeit eröffnet, wieder wird eine Prämie auf geschicktes Lügen und Trügen gesetzt! Mögen das doch die Volksvertreter, möge das doch die Regierung bedenken! Mögen sie sich doch fragen, warum bisher mit unserer sozialen Fürsorge so viel Wohlwollen zu so viel Haß, Streit, Erbitterung geführt hat. Mögen wir in letzter Stunde vor einem solchen Gesetz bewahrt werden, welches die alten Fehler wiederholt, verschlimmert und damit am Ende doch nur der Sozialdemokratie nützt. Möchte doch die Kommission hier, wo alle Parteien einig sind, etwas Gutes schaffen zu wollen, der Stimme des gesunden Menschenverstandes und einer wahren edlen Gerechtigkeit Gehör geben! Denn Gerechtigkeit allein erzieht das Volk zu Tätigkeit und Kraft. Aber ein Gesetz wie dieses ist schlimmer als ein Almosen für die Witwen, für die Steuerzahler des Reichs wieder eine neue unberechenbare Belastung mit Beamtschreibwerk, Prozeß- und Gutachtenkosten, für den Freund des Vaterlandes eine neue Enttäuschung, für das Gedeihen des Deutschen Reichs ein neues Geschwür, an dem es krankt wird, zu den vielen, die es schon zu tragen hat.

Man hat sich nicht entschließen wollen, allen Witwen die Pension zu gewähren, offenbar weil man fürchtete, die Ausgaben würden zu groß werden. Jetzt hat man diese „dauernd invaliden Witwen“ konstruiert, welche ein Übel sind. Ich kann nur die Einwendungen machen, welche sich vom medizinischen Standpunkt aufdrängen. Diejenigen, welche der Jurist machen muß, die, welche der gesunde Menschenverstand jedem aufdrängt, lasse ich hier auf sich beruhen.

Die Behauptung, daß eine Witwe dauernd invalide im Sinne dieses Gesetzes sei, wird sich in erster Linie auf ein ärztliches Gutachten stützen müssen, und es gibt eine große Menge von Krankheiten, welche den Arzt dazu berechtigen werden, dies auszusprechen. Sehen wir von den Fällen ab, wo sie sich darin irren, denn solche gibt es natürlich auch genug, so bleiben zahlreiche andere Krankheiten übrig, wo die Frauen bald mehr, bald weniger leistungsfähig sind: wochenlang können sie nichts erwerben, monatelang etwas und, wenn sie in günstige Verhältnisse kommen, auch reichlich. Die Behauptung, daß jemand dauernd invalid sei, ist in vielen Fällen äußerst präkar, es sind ja auch zahllose Beispiele da. Wie viele sind nicht schon für dauernd invalide erklärt worden, die nach zwei Jahren kaum noch für krank gehalten werden konnten! Will man eine fortwährende Überwachung einführen? Sollen die Ärzte Jahr für Jahr eine solche Witwe beobachten und untersuchen? Jedenfalls, wenn man nicht zu so schreienden Ungerechtigkeiten kommen will, daß die Erbitterung darüber alle Zurückgewiesenen, ja sogar Unbeteiligte ergreift und weite Kreise zieht. Und mit all dieser Aufsicht und Mühe ist doch nur etwas ganz Unvollkommenes geleistet! Die Kosten aber dieser Aufsicht werden so groß werden, daß die scheinbaren Ersparnisse durch die Einführung des Begriffs „dauernd invalid“ auf der anderen Seite völlig verloren gehen. Und wenn man herausrechnet, daß man etwas erspart, so ist es auf dem Papier ausgerechnet. Eine in ihren Grundlagen so schlechte Einrichtung kann nichts ersparen, muß immer weiter fressen und kosten, das ist ein so allgemeines Gesetz, daß dagegen alle statistischen Schätzungen hinfällig werden.

Aber man kann nicht nur nicht in gerechter und ehrlicher Weise feststellen, wer im Sinne dieses Gesetzes „dauernd invalid“ ist, man züchtet außerdem 1. die Lüge und den Betrug, 2. die Hysterie. Was nun den ersten Punkt anlangt, so wird der Gesetzgeber sagen: vor Lüge und Betrug bin ich bei keinem Gesetz sicher. Aber wer sieht nicht ein, wie wenig eine so allgemeine Behauptung hier angebracht ist. Es gibt Fälle, wo man Lüge und Betrug auf leichte Weise entdecken kann, und wieder solche, wo es außerordentlich schwer ist. Nun ist diese Bestimmung des Gesetzes darauf angelegt, solche Lüge zu erzeugen, die zu entdecken außerordentlich schwer ist. Die Simulantenriecherei ist eine der undankbarsten und widerwärtigsten Beschäftigungen für den Arzt. Ehe ein Arzt jemanden für einen Simulanten erklärt, muß er schon ganz überwältigende Beweise haben, hier aber werden die Beweise sehr schwer zu erbringen sein. Soll man eine solche Witwe 3 bis 6 Wochen in eine Krankenanstalt zur Beobachtung schicken, um festzustellen, was von ihren Angaben wahr ist? Das bedeutet, für ihre Untersuchung so viel ausgeben, wie ihre Pension im Jahre beträgt! Und sicher wird man dazu genötigt sein, wenn man gerecht verfahren will. Während der Zeit wird man sie von ihren Kindern fortnehmen und aus ihrer Häuslichkeit. Was wird die Folge davon sein? Solche Gedanken macht sich auch der Arzt,

ehe er von Simulation spricht, also es wird in der Regel gar nicht von Simulation gesprochen, die Kranke wird für hysterisch erklärt.

Und nun eine Hysterische! Ist sie dauernd invalid im Sinne des Gesetzes? Diese unberechenbare Krankheit, die von den leichtesten bis zu den schwersten Fällen in unbegreiflicher Weise wechselnd verläuft, wie will man der gegenüber verfahren? Alle solchen Hysterischen werden für dauernd invalid erklärt werden müssen. Lehnt man heute einen Anspruch ab, weil die Hysterie nur eine leichte sei, so wird sie morgen eine schwerere sein. Eine Frau, welche überzeugt ist, daß sie auf eine Rente Anspruch hat, wird schon dadurch hysterisch, daß man sie abweist, eine Frau, welche heute noch nicht überzeugt ist, der kann es morgen schon von Freunden und Nachbarn so eingeredet sein, daß sie wieder hysterisch wird. Kurz, man hat die Frau, welche noch eine Stütze ihrer Familie war, direkt oder indirekt durch Gesetz zu einer elenden Krankheit verdammt, welche schon jetzt nur zu sehr am Marke unseres Volkes frißt. Soll ich hier erzählen, was Rentenhysterie ist und wie sie im Deutschen Reich grassiert? Die Spalten pfeifen davon auf allen Dächern! Und wenn man all das Unglück und den angrichtenden Schaden bedenkt, dann magt man es noch, diesen Begriff der dauernd invaliden Witwen in das Gesetz einzuführen?

Ich muß ganz ehrlich sagen, ich bin überzeugt, gegenüber diesem Gesetz würden die meisten Ärzte jede Witwe, über die sie befragt werden, im Sinne des Gesetzes für dauernd invalid erklären. Einige werden es sogar ganz offen sagen. Viele werden so denken und es für sich behalten, die meisten werden ehrlich anfangen, im Sinne des Gesetzgebers zu arbeiten, und werden endlich verzweifelt auf denselben Standpunkt kommen. Der Regierung bleibt zuletzt das Odium, sich die strengsten und unnachlässigsten Ärzte oder die gefügigsten auszusuchen, damit der Begriff „dauernd invalid“ nicht ganz lächerlich wird. Die Sozialdemokraten haben allein das wirklich richtige getroffen, als sie dafür stimmten, das „dauernd invalid“ zu streichen. Ich kann es nur tief bedauern, daß die Kommission ihnen nicht gefolgt ist.

Aber man will die Pension nicht allen Witwen geben. Es könnten doch zu viele sein, welche (durch diese dürftige Unterstützung!) zu Unordnung und Leichtsinne verführt würden. Meint man das wirklich? Aber das jetzige Gesetz gibt diese Unterstützung auch einer Witwe, welche von anderer Seite z. B. ein Gut oder ein Haus erbt. Will man die Pension nicht allen Witwen geben, so kann man sie den „bedürftigen“ Witwen geben. Man kann den Begriff der Bedürftigkeit in das Gesetz bringen. Der Herr Ministerialdirektor sagt, man bringe dann das Gesetz dem Charakter der Armenpflege näher, der mit dem Gedanken der Versicherung nicht harmoniere. Man kann eine solche Auffassung sehr wohl verstehen. Die Fürsorge soll eintreten, damit die Leute nicht bedürftig im Sinne des Regierungsvertreters werden, damit sie nicht der Armenpflege verfallen. Aber wenn man das nicht will, so gebe man doch ehrlich zu, daß jede Witwe eines Mannes, der versicherungspflichtig war, wenn sie nachgewiesenermaßen kein eigenes Vermögen von einem gewissen Betrage hat, in dieser Gefahr sich befindet. Sie braucht ja nur 4 Wochen bettlägerig zu werden, so ist das Glend da. Man will das Gesetz nicht für die Armen und Bedürftigen machen, aber es ist das doch eine eitle Wortklauberei. Für den, der es nicht nötig hat, ein solches Versicherungsgebot machen, wäre ja das schlimmste, was man tun kann. Das führt ja wieder dazu, allen Fleiß, alle Tatkraft, alle Arbeitsamkeit, allen Sparsinn zu untergraben und den Leichtsinne zu prämiieren. Will das unsere soziale Fürsorge? Das Gesetz soll jedenfalls denen helfen, die es nötig haben. Wenn das Wort bedürftig zu sehr nach Armenpflege riecht, so kann man es ja weglassen.

Anspruch auf Witwenrente sollte man jeder Witwe eines versicherten Mannes gewähren, die nicht nachgewiesenermaßen ein Vermögen von einer bestimmten Höhe besitzt. Oder sagt man vielleicht besser „ein gesichertes Einkommen von bestimmter Höhe besitzt?“ Das mögen die Sachkundigen entscheiden. Sicher werden aber bei solcher Fassung nur wenige die Rente bekommen, die sie nicht nötig haben, und vor allen Dingen alle, die sie nötig haben, werden sie zu Recht bekommen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform. Den Stand der Gartenstadtbewegung von Groß-Berlin behandelte die Ortsgruppe auf ihrem ersten Erörterungsabend in diesem Winter am 4. November. Der zweite Vorsitzende der deutschen Gartenstadtgese-

schafft, Adolf Otto, gab in seinem Vortrage zunächst eine Definition des Begriffs Gartenstadt, wie er von der Bewegung, die die deutsche Gartenstadtgesellschaft vertritt, geprägt worden ist. Darnach ist unter einer Gartenstadt nicht eine beliebige Stadt mit ein paar Gärten in ihren Mauern zu verstehen, sondern eine planmäßig gestaltete Siedlung auf wohlfeilem Gelände, das dauernd im Obereigentume der Gemeinschaft erhalten wird, derart, daß jede Spekulation mit dem Grund und Boden dauernd unmöglich ist. Dieser Hinweis erscheint um so notwendiger, da in der Umgebung von Berlin und auch in der Nähe anderer Großstädte neuerdings sog. Gartenstädte in großer Zahl ins Leben gerufen werden, die jedoch nichts anderes sind als ganz gewöhnliche Terrainspekulationen, während die eigentliche Gartenstadtbewegung ein rein soziales Unternehmen darstellt: sie ist geboren aus der Wohnungsnot, dem Wohnungselend der breiten Massen in den Großstädten. Hierfür brachte der erste Vortragende ein umfassendes Zahlenmaterial bei, das in seiner Gesamtheit immer nur wieder die antisoziale Tatsache bestätigt, daß die Wohnungen um so überfüllter sind, je kleiner sie sind und daß die kleinsten Wohnungen auch nicht nur die unhygienischsten, sondern auch die weitaus teuersten sind. Der Hauptteil unserer Berliner Bevölkerung haust in ein- und zweiräumigen Wohnungen. Hier setzt die Gartenstadtbewegung ein, und sie hofft auch, demnächst ihre Pläne verwirklichen zu können, zunächst freilich nur in bescheidenem Umfange; sie will zunächst auch davon absehen, Einfamilienhäuser zu schaffen, sondern kleine Reihenhäuser bauen, weil dies leichter ausführbar erscheint, als wenn die Gesellschaft gleich von vornherein sich zu weite Ziele steckt. Sie ist sich auch der sonstigen Schwierigkeiten bewußt, mit denen sie zu kämpfen hat: außer der Aufbringung der Mittel ist es vor allem die Frage der Belebung, die einer Reihe von Hindernissen begegnet; ferner ist zum Bau von Reihenhäusern der baupolizeiliche Dispersus nötig, und vor allem verkennt sie nicht die große Belastung des Gartenstadtbewohners und seiner etwa auch erwerbstätigen Familienangehörigen durch die Benutzung der Bahnen, ganz abgesehen von der Frage, wie es mit dem Schulbesuche der Kinder werden wird. Und trotzdem hofft sie auf ein Gelingen ihrer Pläne, eine Verwirklichung ihrer Ziele, gerade weil sie nüttern und rechnend an ihre große Aufgabe herantritt. Die außerordentlich große Bedeutung der Gartenstadtbewegung vom sozialethischen Standpunkt aus besprach in fesselnder Weise der zweite Berichterstatter Dr. Franz Oppenheimer. Er zeigte, wie die schwersten sozialethischen und sozialhygienischen Schäden mit der steigenden Grundrente, die in die Taschen der Spekulanten fließt, verbunden sind: die Tuberkulosesterblichkeit, die bei uns doppelt so groß ist wie in England, das Gefühl der Heimlosigkeit, das die Mietskassernenbewohner in die Kneipen treibt; ferner das Schlafgängerwesen, ein großer Teil der Prostitution, die Unmöglichkeit, Spielplätze zu schaffen, und wie dadurch die Kinder genötigt sind, sich auf den Straßen herumzutreiben, wodurch wieder das moderne Apagethum gezüchtet wird, und als Folge davon die fortgesetzte Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen, während die Zahl der schweren Verbrechen bei den erwachsenen Personen sinkt. Oppenheimer zeigte dann weiter, wie die Einwanderung in die großen Städte, die mit absoluter Regelmäßigkeit sich vollzieht, die Grundstückspekulation möglich macht und wie hier allein eine großzügige Bodenpolitik, wie sie die Gartenstadtbewegung zunächst einmal für einen kleinen abgegrenzten Kreis zu verwirklichen sucht, helfen kann. — Eine Aussprache schloß sich an die beiden mit großem Beifall aufgenommenen Vorträge nicht an. Doch wies Herr Dr. Guradze vom Wilmersdorfer Statistischen Amt daraufhin, daß mit der bevorstehenden Volkszählung eine Wohnungsaufnahme verbunden sei und daß im Interesse einer besseren Erkenntnis der Wohnungsfrage die möglichst gewissenhafte Ausfüllung der Fragebogen dringend erwünscht sei.

Soziale Zustände.

Dr. C. Geibel †. Mit aufrichtigem Schmerz teilen wir unsern Lesern mit, daß Herr Dr. jur. Carl Geibel, der Seniorchef der Firma Dunder & Humblot in Leipzig, Sonnabend, 5. November abends an einem Herzschlag im 69. Lebensjahre verstorben ist. Während er weitesten literarischen und wissenschaftlichen Kreisen als Leiter der berühmten Verlagsbuchhandlung bekannt war, die er in rastloser Arbeit mit genialer Hand 45 Jahre lang geführt hat, betrauern wir in ihm einen treuen Freund der sozialpolitischen Bestrebungen, denen er mit vollster Überzeugung zugehört war. Er war Mitbegründer der G. m. b. H. Soziale Praxis und mehr als 13 Jahre lang Verleger dieser Zeitschrift, der sich ihrer Interessen aufs wärmste annahm; auch an der Errichtung und Unterhaltung des Bureau für Sozialpolitik war er beteiligt und den leitenden Persönlichkeiten der Gesellschaft für Soziale Reform stand er nahe. Als 1. Schriftführer des Vereins für Sozialpolitik und Verleger von dessen Schriften sowie als Förderer aller wissenschaftlichen Arbeiten auf den Gebieten der Sozialpolitik, Nationalökonomie, Staatswissenschaft und Geschichte hat er sich die größten Verdienste erworben; die juristische Fakultät der Universität Leipzig hat dies durch Verleihung des Ehrendoktors öffentlich bezeugt. Ein Mann voll Geistesstärke und Herzensgüte ist mit ihm geschieden. Sein Andenken wird unter uns in hohen Ehren bleiben!

Vorbereitung für ein deutsches Reichstheatergesetz. Die Kommission zur Vorbereitung eines Reichstheatergesetzes wird, nach der „Köln. Volksztg.“, in diesem Monat im Reichsamt des Innern zusammentreten. Vom Bühnenverein, als der Organisation der Arbeitgeber, werden zu diesen Beratungen entsandt Baron v. Püllitz, der Intendant des Stuttgarter Hoftheaters, Oscar Lange, Direktor des Stadttheaters in Hildesheim, und Direktor Gregor, von der Bühnengenossenschaft als Arbeitnehmerorganisation die Herren Rissen, Riedel und Kirsch.

Besuch Bremer Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung. Senat und Bürgerchaft Bremens bewilligten 6000 M. Beihilfen zu Besuchsreisen Bremer Gewerbetreibender, Beamten und Arbeiter nach Brüssel. Die Hälfte der zwölf beteiligten Arbeiter war von den Arbeiterbeisitzern des Gewerbegerichts und dem Bremer Gewerkschaftsrat vorgeschlagen worden.

Die Verhältnismahl in der Schweiz erfreut sich einer immer rascher wachsenden Anhängerzahl. Das hat der Ausfall der jüngsten Volksabstimmung über die Einführung des „Proporz“ für den Nationalrat gezeigt, obwohl das Gesamtergebnis noch ablehnend ausgefallen ist. Aber die Summe von 238 100 Stimmen für die Verhältnismahl bei nur 262 500 gegnerischen Stimmen bedeutet eine starke Verschiebung zugunsten des Verhältnismahlgedankens gegenüber den Abstimmungsziffern von 1900, wo die abweichende Mehrheit noch 76 000 Stimmen umfaßte. In den einzelnen Kantonen hat übrigens die Verhältnismahl schon vielfach festen Fuß gefaßt, so in Tessin, Solothurn, Genf und Baselstadt und weiterhin bei einer Anzahl von Städten. Im Kanton Zürich steht die Einführung bevor.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Das Tarisamt der Deutschen Buchdrucker

hat seinen Bericht für das Geschäftsjahr 1909/10 veröffentlicht. Die bevorstehende Tarifierneuerung wirft ihre Strahlen bereits voraus; denn der Bericht weist auf die Sonderberatungen der Parteien und ihre bisher allerdings vertraulich gehaltenen Pläne für die Änderung der Tarifbestimmungen hin. Doch betont er gleichzeitig, daß allen Wühlereien der Tarifgegner zum Trotz die führenden Personen beiderseits sich nach wie vor über die Zweckmäßigkeit der Tarifgemeinschaft einig sind und an ihr festhalten wollen. Die Entscheidungen werden in der ersten Hälfte des Jahres 1911 fallen. Gleichwohl verkennt das Tarisamt nicht die mannigfachen Schwierigkeiten einer neuen Verständigung, die auch der gemeinschaftlichen Hebung des Buchdruckgewerbes durch Prinzipale und Gehilfen dienen soll. Mit Genugtuung verzeichnet der Geschäftsbericht die allgemeine Verbreitung des Tarifvertragsgedankens auch in solchen Gewerben, die früher ihn ablehnten zu sollen meinten. Die Ziffern der amtlichen Tarifvertragsstatistik begrüßt der Bericht mit dem Ausruf:

„Welch beträchtlicher Schaden ist der deutschen Industrie und einem großen Teile der gewerbetreibenden Bevölkerung durch die dadurch verhinderten gewerblichen Kämpfe erspart geblieben! Gerade die Vorgänge in diesem Jahre haben bewiesen, daß die Angehörigen weit größerer Gewerbe, als des unseren, sich zu der Erkenntnis aufgeschwungen haben, daß eine tarifliche Ordnung mit ihrem auf bestimmte Zeit verbürgten gewerblichen Frieden einem fortwährenden Kriegszustande vorzuziehen ist.“

Die Tarifgemeinschaft ist im letzten Geschäftsjahr um 360 Firmen mit 2275 Gehilfen an 68 Orten gewachsen, während 53 Firmen und 4 Gehilfen ausgeschloffen wurden. Ihr Bestand betrug April 1910: 7331 tariftreue Firmen und 61 627 Gehilfen an 2093 Orten. (1905: 5134 Firmen, 45 868 Gehilfen an 1552 Orten — 1900: 3115 Firmen, 30 630 Gehilfen an 1002 Orten). Von den 7404 versicherungspflichtigen Betrieben der Buchdruckerei-Verufsgenossenschaft gehören, da seit April 1910 weitere 279 Firmen als tariftreu anerkannt wurden, so gut wie alle der Tarifgemeinschaft an.

Diese Erfolge kosten Arbeit. Und davon gibt der Geschäftsbericht ein vielseitiges Bild. Die Bekämpfung der Schlenkerkonkurrenz beschäftigte die Tarif-Ehrengerichte in 51 Klagenfällen, abgesehen von den zahlreichen Fällen, die von den kollegialen Ehren- und Schiedsgerichten des Deutschen Buchdruckervereins erledigt wurden. Die Unterbietungen gegen den Druckpreistarif bewegten sich zwischen 10 und 69%. 25 Fälle wurden durch Verständigung mit den beklagten Firmen erledigt. In 13 Fällen erteilte das Tarisamt eine Warnung, eine Firma wurde zur Aufhebung des Vertrags verpflichtet, 3 Firmen zahlten frei-

willig Buße, 5 Firmen wurden ausgestoßen. Im übrigen erkennt der Bericht an, daß der Druckpreislarif noch heftig umstritten und in manchen Punkten verbesserungsbedürftig ist. Die Rechtsprechung der Tariffchiedsgerichte erforderte die aufopfernde ehrenamtliche Tätigkeit von Hunderten von Männern bei 55 von den bestehenden 65 Gerichten, obwohl die Zahl der Klagen seit dem Vorjahre um 23,4% zurückgegangen ist.

	Einigung in Fällen	Die Kläger			Summe der Klagen
		erhielten Recht	Unrecht	wurden abge- wiesen aus Gewerbe- gericht verwiesen	
Prinzipalsklagen . . .	6	54	15	11	87
Gehilfenklagen . . .	48	226	189	76	501

Demnach befanden sich die Gehilfen mit ihren Klagen in 45 % der Fälle im Recht, in 28 % im Unrecht. In 9,6 % kam es zur Einigung, 15,2 % wurden abgewiesen und 2,4 % an die Gewerbegerichte verwiesen. Die Prinzipale erhielten Recht bei 62,2 % ihrer Klagen, Unrecht bei 17,2 %, 6,0 % führten zur Einigung, 12,6 % wurden abgewiesen und 1,1 % an die Gewerbegerichte verwiesen.

Das Tarifamt hatte als Berufungsinstanz in 52 Gehilfenklagen und acht Prinzipalsklagen zu entscheiden. Den Berufungen der Prinzipale wurde sämtlich stattgegeben, die Gehilfen erhielten in 15 Fällen Recht, in 81 Fällen Unrecht, in einigen Fällen kam es in der Berufungsinstanz zur Einigung, und eine Klage wurde an das Gewerbegericht verwiesen.

Das Tarifamt hatte ferner viel Arbeit mit der Beschaffung der Statistik zur Vorbereitung der Tarifrevision.

Die Arbeitsnachweise der Tarifgemeinschaft vermittelten im Geschäftsjahre 13 835 Stellen für Seher, 3771 für Drucker, 173 für Maschinenmeister, 61 für Korrektoren, 456 für Schweizerdegen und 311 Stellen für Stereotypenre. Seit dem Bestehen der tariflichen Arbeitsnachweise (1901) wurden durch diese insgesamt 116 346 Gehilfen vermittelt.

Durch freie Annahme, also ohne Benutzung der Arbeitsnachweise, wurden im letzten Geschäftsjahre 7265 Gehilfen eingestellt gegenüber etwa 18 600, die die Arbeitsnachweise vermittelten.

Der Bericht des Tarifamts schließt mit folgenden beherzigenswerten Worten:

Die Verpflichtung zu gegenseitiger Tariftreue ist auch im verflossenen Geschäftsjahre in der Tarifgemeinschaft ehrlich erfüllt worden. Im Interesse aller Berufsgenossen wünschen wir aufrichtigst, daß man sich dieser gegenseitigen Bürgschaft für Erhaltung des gewerblichen Friedens auch zu einer Zeit entsinnt, in der man gegenseitig die geistigen Waffen scharft, um sich auf parlamentarischen Boden ebenbürtig gegenüber zu stehen. Hoffen wir, daß es bei einem Kreuzen der Ringe zwei gleich starker Gegner sein Bewenden haben mag und daß der Ausgang dieses zweifellos sehr heißen parlamentarischen Kampfes nicht in dem Abbruch der natürlichen gegenseitigen Beziehungen zweier Heerlager bestehen wird, sondern daß sich beide Parteien am Schlusse der Beratungen die Hände reichen können in dem Bewußtsein, durch gegenseitiges Sichversichern von neuem eine kulturelle Tat verrichtet zu haben! Daß das Buchdruckgewerbe seines bisherigen Aufes: ein Förderer des sozialen Friedens zu sein, sich würdig erweisen möge, dazu rufen wir schon heute alle diejenigen Männer unseres Berufes auf den Plan, die aus Überzeugung für den Fortbestand unsrer tariflichen Ordnung auch fernerhin einzustehen gewillt sind: Beide Parteien werden im kommenden Jahre Männer brauchen, die ruhig und besonnen ihr Ziel verfolgen und den Mut haben, für ihre Überzeugung auch einzustehen. Dann wird es in beiden Parteien auch nicht an der nötigen Gefolgschaft fehlen, und es wird eine Verständigung darüber stattfinden, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen der Buchdruckerprinzipale und -gehilfen im Deutschen Reich auch für die Zukunft allgemein als gerecht und billig zu gelten hat. In diesem Sinne zu arbeiten, wird für das kommende Jahr unsere erste und höchste Aufgabe sein!

Wöchentlich solche Klänge auch aus anderen Gewerbelagern öfter ertönen!

Die erste Statistik der Tarifverträge in Großbritannien ist von der Arbeiterabteilung des Board of Trade veröffentlicht worden. Zwar hatte das Amt bereits von jeher die Sammlung von „Collective agreements between employers and workpeople“ betrieben und neben dem Inhalt besonders wichtiger Verträge auch gelegentlich abdruckartige Listen von neuabgeschlossenen Verträgen mitgeteilt, aber eine systematisch geordnete ziffernmäßige Übersicht über die Verbreitung und den Geltungsbereich der Tarifverträge innerhalb der einzelnen Industrien fehlte in Großbritannien bisher ebenso wie in Frankreich. Man konnte nur Schätzungen auf Grund des vorliegenden ungeordneten Berichtsstoffes vornehmen. Nunmehr aber enthüllt uns das Board of Trade folgendes deutliche Bild:

Es bestehen in	Tarifverträge	für Arbeiter
Bergbau und Steingruben	56	900 000
Verkehrsgewerben	92	500 000
Textilindustrien	113	460 000
Metall-, Maschinenbau- und Schiffbau- industrien	163	230 000
Baugewerben	803	200 000
Bekleidungsgewerben	303	50 000
Druckgewerben	79	40 000
anderen Gewerben	87	20 000
Insgesamt 1696		2 400 000.

Außer den unmittelbar der Tarifvertragsstellung unterstehenden Arbeiterheeren genießen noch große unorganisierte Arbeiterscharen die Regelung ihrer Arbeitslöhne, Zeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen nach tarifvertraglichen Normen. Als mit, der Comptroller der Arbeiterabteilung des Handelsamts, bemerkt in der Vorrede zu dem Bericht, daß die weitreichende Geltung der Tarifverträge einen bedeutenden Einfluß auf die industrielle Arbeitsverfassung überhaupt ausüben muß; denn wenn der Lohnpegel die tägliche Arbeitsdauer und andere Hauptpunkte des Arbeitsverhältnisses für gewisse längere oder kürzere Zeitschnitte durch klare bestimmte Verträge geregelt habe, so seien die beteiligten Arbeitgeber in den Stand gesetzt, genau den Teil der Produktionskosten, der durch die menschliche Arbeitskraft dargestellt wird, zu berechnen. Ein weiterer Vorteil sei die wesentliche Herabminderung der Gefahr, durch Konkurrenten unterboten zu werden.

Die „Soz. Praxis“ wird auf die Einzelheiten dieser Statistik aus dem klassischen Tarifvertragslande eingehen, sobald der Bericht im Vortrags vorliegt. Heute sei nur auf die bemerkenswerte Tatsache verwiesen, daß diejenigen Industrien, die in Deutschland als unzugänglich für Tarifverträge ausgegeben werden, in Großbritannien gerade an der Spitze der Entwicklung stehen und die Verträge mit dem größten räumlichen Geltungsbereich aufweisen, während die Handwerksgerwerbe, die man in Deutschland an der Hand einer fünfjährigen (!) Entwicklung als die eigentlichen und ausschließlichen Anwendungsgebiete des Tarifvertrages geflissentlich hinzustellen sucht, in Großbritannien nicht bloß untenanstehen, sondern auch eine auffällige Zersplitterung der kollektiven Arbeitsregelung, ja zahlreiche Tarifverträge mit nur beschränktem Geltungsbereich zeigen. Vielleicht überzeugen diese bisher fehlenden handgreiflichen Zahlenbilder manche deutsche Tarifvertrags „fachverständige“ in großindustriellen Kreisen, daß die „sozialbiologischen Tarifvertragsfanatiker“ mit ihren Theorien der Tatsachenpraxis doch nicht ganz fern stehen.

Ein Reichstarifvertrag für Bantischlereien wird vom Arbeitgeberverband für die Deutsche Holzindustrie, insbesondere von seiner Untergruppe „Zentralverband der Bantischlermeister Berlins“ eifrig erörtert. Nach der bisherigen Entwicklung des Lohnwesens in der Bantischlerei scheint den Arbeitgebern dieses Faches die Zeit gekommen, um einen sehr eingehend gegliederten und übersichtlichen Akkordlohnstarif mit etwa 1500 Tarifpunkten für alle erdenklichen Bantischlerarbeiten im ganzen Reich zur Einführung zu bringen. Die Holzarbeiterschaft sieht diesem Plane eines neuen Reichstarifvertrages zunächst abwartend gegenüber, wie denn jetzt auch in anderen Gewerben das Drängen zu Reichstarifen mehr von den zentralorganisierten Arbeitgebern als von den Arbeitern ausgeht.

Der Reichstarifvertrag zwischen dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine und dem Bäckerverband, der 1909 abgeschlossen wurde, ist seitdem in 142 Konsumvereinen mit Bäckereibetrieben eingeführt. Beschäftigt sind 1589 Bäcker und 112 Badmeister. Nach der Zusammenstellung im Jahrbuch 1909 gehören zum Zentralverband 193 Konsumvereine und Genossenschaften mit Bäckereibetrieben, darunter eine Zuckermwarenfabrik. Außerhalb des Verbandes bestehen 49 Vereine mit Bäckereibetrieben. Hinzu kommen 7 Vereine mit neu errichteten Bäckereien und 58 Beschäftigten, so daß gegenwärtig in 249 Konsum- und Genossenschaftsbetrieben rund 2400 Bäcker und Konditoren beschäftigt sind. Als solche Vereine, welche den Tarif nicht anerkannt haben und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angehören, sind jetzt noch 65 Vereine mit 194 Beschäftigten zu verzeichnen. Von den übrigen Vereinen sind 7 tarifreu und 42 haben den Tarif nicht anerkannt.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Ein neues Aufstellungsartell zwischen Bankfirmen ist wieder einmal enthüllt worden, nachdem seit der Aufhebung des D-Bankenartells in Berlin einige Jahre hindurch — abweichend von an-

deren Gewerbebezügen — keine „geheime Konkurrenzklause“ im Bankfach bekannt geworden war. Die „Bankbeamten - Ztg.“ (Nr. 21) teilt unter der Überschrift „Eine schwere Beschränkung der Freizügigkeit“ mit:

„Die Mitteldeutsche Privatbank und der Magdeburger Bankverein in Magdeburg sowie der Halle'sche Bankverein von Kulisch, Raempf u. Co. in Halle a. S. haben ein Übereinkommen getroffen, nach dem die Direktionen Beamte dieser Firmen ohne Zustimmung der betreffenden Dienstgeberin nicht anstellen! Was das bedeutet, kommt einem dann besonders zum Bewußtsein, wenn man festgestellt hat, daß die Mitteldeutsche Privatbank an 60 Orten, der Magdeburger Bankverein an 11 Plätzen und der Halle'sche Bankverein in 4 Städten Niederlassungen hat.“

Was der Arbeitgeberstellennachweis für die Industriearbeiter bedeutet, das bewirkt die geheime Konkurrenzklause für die Privatbeamten: sie kann dem Arbeitnehmer die neue Arbeitsmöglichkeit abschneiden, wenn der frühere Arbeitgeber aus irgend einem öffentlich nicht nachprüfbar Grund mit dem Vorgehen des Stellenjuchenden nicht einverstanden ist. Alle Bedenken, die gegen den einseitigen Arbeitgeberstellennachweis in der Industrie sprechen, gelten doppelt gegenüber dem geheimen Anstellungsartikell für Privatbeamte, die an sich nicht über die freie Beweglichkeit auf dem Stellenmarkt verfügen wie die Arbeiter und mangels einer gewerkschaftlichen Organisation allein auf die Einsicht und das Wohlwollen ihres Vorgesetzten angewiesen sind, wenn sie bei derselben Firma im Gehalt aufsteigen und ihre allgemeinen Dienstvertragsbedingungen verbessern wollen. Als einzig wirksame Unterstützung ihres Strebens nach befriedigendem Vordrängen kommt der Entschluß, „sich zu verändern“, sich bei einer anderen Firma um eine besser bezahlte Stellung zu bewerben, in Betracht. Diese Stellenauswahl ist bereits durch den großartigen Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe und durch die Fusionen und Interessengemeinschaftsbildungen früher selbständiger, gegen einander konkurrierender Firmen in den letzten Jahren außerordentlich eingeschränkt worden. Wo der Bankbeamte vormals fünf verschiedene Häuser um eine neue Stellung angehen konnte, sieht er sich heute oft einer einzigen großen Firma gegenüber, die die vier anderen Privatbankiers aufgeschluckt hat. Der Bankbeamte kann sich immer weniger „verändern“, weil die Zahl der Betriebe geringer geworden ist; und wieviel Personalerparnisse sind obendrein mit den Betriebsvereinigungen der vormals selbständigen Firmen Hand in Hand gegangen! Wenn jetzt die verschiedenen selbständigen großen Bankfirmen gar noch durch Geheimvertrag untereinander die verbliebene spärliche „Veränderungsmöglichkeit“ den Bankbeamten beschneiden, dann werden diese, abgesehen von den Tüchtigsten und Wagemutigsten, dem „angestammten“ Bankhause schollenpflichtig; und die goldene Scholle des Finanztempels, dem sie lebenslanglich verschrieben, verspricht ihrem Dasein keineswegs größeren Glanz als ehemals zu spenden, sondern — gemäß den Machtverhältnissen zwischen Banktölpel und Bankbeamten — eher das Gegenteil.

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, die 313 Vereine und 49 Verbände umfaßt, behandelte auf ihrer Berliner Jahresversammlung am 24. Oktober eine Reihe sozialpolitischer Fragen. Sie kritisierte die geplante Pensionsversicherung der Privatbeamten, die einen Teil der Unselbständigen ungerecht bevorzugen werde, wenn man sie nicht als Ausbau der Invalidenversicherung behandle, und die dem Kleinergewerbe und Handel neue Lasten zumute. Gegen die Reichsversicherungsordnung machte die Versammlung ähnliche Befürchtungen geltend; eine Fällstellung der Beiträge sei deshalb abzulehnen und erhöhte Invaliditätsbeiträge nur zur Versicherung erwerbsunfähiger Witwen zuzugestehen. Arbeitskammern und Handlungsgehilfenkammern stießen ebenfalls auf allgemeinen Widerspruch. Um so mehr Schutz und Fürsorge des Staates verlangte die Tagung für die Kleinhändler durch Verschleißbestimmungen, Sondersteuern auf Wanderhändler und Konsumvereine. Letztere Frage wurde auf der anschließenden Tagung der Vereinigungen der Kleinhändler und Kleinergewerbetreibenden besonders ergiebig behandelt. Generalsekretär Bergmann (Berlin) ging drastisch der Konkurrenz der Beamtenkonsumvereine zu Leibe, die die Beamten während ihrer Dienststunden zu Handelsgeschäften verleiten. Vom nächsten Redner wurden die Genossenschaften überhaupt als staatsgefährlich hingestellt, weil sie die Kleinhändler und -gewerbetreibenden erstickten und deshalb den staatsgefährlichen Mittelstand dezimierten. Obendrein dienten die Konsumvereine nur zur Unterbringung der sozialdemokratischen Agitatoren. Auch die Landwirtschaft sollte bei ihrer Genossenschaftspflege daran denken, daß sie die königstreuen Leute des Mittelstandes nicht durch überflüssige Konkurrenz in die Arme der Partei der Unzufriedenen treibe. Der Direktor des Verbandes der kaufmännischen Genossenschaften Dr. Biller (Berlin) beklagte sich wieder über den direkten heimlichen Handel der Fabrikanten und Großhändler mit den Konsumenten; denn dem Zwischenhändler entgehen so die ihm gebührenden Durchgangsgeldern. Zur allgemeinen Abhilfe schlugen die weiteren Redner den Ausbau der Berufsvereinigungen der Kleinhändler,

die politische Vertretung der Standesinteressen in allen Körperschaften und energische Einwirkung auf die Gesetzgebung vor, damit sie die Beamtenkonsumvereine verbiete und gegen die „sozialdemokratischen Konsumvereine“ scharf vorgehe; auf der andern Seite müßten die Kleinhändler und -gewerbetreibenden sich durch kreditgenossenschaftlichen Zusammenschluß eine günstige Stellung auf dem Geldmarkt sichern.

Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hielt am 28. Oktober in Berlin eine Ausschuß- und Vorstandssitzung ab, die zu den großen Arbeitskämpfen dieses Jahres Stellung nehmen und die Lehren für die künftige Gewerkschaftspolitik der Hauptstelle daraus ableiten sollte. Diese Arbeitskämpfe sind nicht allenthalben zur Zufriedenheit der Hauptstelle abgelaufen, ja, es wurde übereinstimmend der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß besonders der Ausgang des Kampfes auf den deutschen Seeschiffswerften nicht geeignet sei, diesen und der übrigen Metallindustrie den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Dieser Ausgang im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Aussperrung im Baugewerbe lege der deutschen Unternehmerschaft erneut die ernste Sorge um den weiteren Ausbau der Arbeitgeberorganisationen nahe. Die Vorschläge der Berichterstatter, über deren Inhalt bisher nichts weiter verlautet, fanden die Zustimmung der Versammlung. Der Syndikus der Hauptstelle, Dr. Tänzler, berichtete sodann über seine Reise zum Studium der Arbeitsvermittlung in Großbritannien. Der Berichterstatter trat der Auffassung entgegen, als ob das englische Arbeitsnachweisgesetz einen Fortschritt gegenüber den Verhältnissen in Deutschland bedeute, in England handele es sich vielmehr um den ersten Schritt, an die Stelle der regellosen Arbeitsvermittlung eine geregelte, organisierte zu setzen. In Deutschland drehe es sich nicht mehr um die Frage, ob Arbeitsnachweise überhaupt einzurichten seien, sondern welche Arbeitsnachweise der Volkswohlfahrt am besten entsprächen. Zur Beantwortung dieser Frage biete aber das englische Gesetz nicht den geringsten Anhalt. Gerade in den Arbeitsmarktverhältnissen beständen recht bedeutende Unterschiede zwischen Deutschland und England, die vor allem in der erheblich größeren Arbeitslosigkeit Englands lägen. Der gewaltige Vorteil, den die reichlichere deutsche Arbeitsmöglichkeit biete, könne nicht entfernt ausgeglichen werden durch eine Einrichtung, die keine Arbeit schaffen könne, sondern nur die vorhandene geringere Arbeitsmöglichkeit regeln solle. Die übrigen Punkte betrafen Angelegenheiten der inneren Verwaltung, Abnahme der Jahresrechnung, Festsetzung des Haushaltsplanes usw. Außerdem wurden mehrere neue Arbeitgeberverbände als Mitglieder aufgenommen, und es wurden an zwei Arbeitgeberverbände zur Durchführung der ihnen aufgedrungenen Kämpfe namhafte Beihilfen aus der Kasse der Hauptstelle bewilligt. Die Verbandsversammlung findet am 17. Dezember statt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände, das Ostern 1910 in Berlin von dem Bund deutscher Telegraphenarbeiter (Berlin), dem Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (Bonn), dem Deutschen Militärarbeiterverband (München) und dem Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter (Berlin, früherer Trier) mit einem Mitgliederstand von 78 000 Arbeitern begründet worden ist, um auf mittlerer Grundlage, in vaterländischem Geiste, die soziale Lage der Staatsarbeiter zu fördern, hatte am Sonntag, den 30. Oktober, nach Berlin unter Vorherrschaft des Eisenbahners Severin eine große Versammlung einberufen, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schlechte Entlohnung der Reichs- und Staatsarbeiter angesichts der schweren Teuerungsverhältnisse lenken sollte. Verbandsyndikus Feißner legte dar, daß die Durchschnittsentlohnung von 3,50 „hinter den Sägen der Privatindustrie zurückbleibe und zum Unterhalt einer Familie in den Städten nicht ausreiche und keine anständige Erziehung der Kinder ermögliche. Telegraphenarbeiter Ballenthin (Spandau) forderte außer einer der Teuerung entsprechenden Lohn-erhöhung die rechtliche Anerkennung der Arbeiterausschüsse, die Schaffung einer Instanz ähnlich dem Gewerbegericht und den Arbeitskammern, Berücksichtigung der Staats- und Reichsarbeiter bei der Reichsversicherungsordnung, Gewährung und Sicherung des Koalitionsrechts nach den gesetzlichen Bestimmungen. Militärarbeiter Hüfner-Spandau betonte die Sicherstellung der Ausschußmitglieder gegen Entlassung. Die Anerkennung dieser Forderungen dürften die Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe, so wurde mehrfach aus der Versammlung erklärt, um so mehr erwarten, als die Staatsbetriebe nach einem Kaiserwort Musterbetriebe sein sollten und es sich hier um nationalgesinnte Arbeitergruppen handle, die durchaus auf die soziale Einsicht und Gerechtigkeit der Behörden bauten und Streik und Gewalt aus den öffentlichen Betrieben fern halten wollen. Weitere Wünsche der Versammlung bezogen sich auf die Gewerbeaufsicht in den Staatsbetrieben, auf die Verbesserung der Arbeitslohnung, auf die Gewährung von Sommerurlaub und auf die Annäherung des Arbeitsvertragsverhältnisses an die Rechtsstellung der Beamten. Die Abgeordneten Pauli (Konst.) und Dr. Runge (lib.) versicherten die Kartellversammlung ihrer Unterstützung bei der Verfolgung der Hauptforderungen. Der Generalsekretär des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, Scheba, wies mit parteipolitischen Ausführungen den Widerspruch der Versammlung. Die

Rundgebung der 4000 Köpfigen Kartellversammlung, hinter der 100 000 organisierte Reichs- und Staatsarbeiter stehen, wird hoffentlich freundschaftlichen Widerhall bei den Behörden finden. (Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei erwähnt, daß das Reichskartell der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, das verwandte Ziele, jedoch unter Beschränkung auf die Verkehrsunternehmungen verfolgt, eine selbständige Gründung des Gesamtverbandes christlich-nationaler Gewerkschaften bildet — siehe Sp. 185.)

Verschmelzungsversuche zwischen Privatbeamtenverbänden. Zu der Mitteilung auf Sp. 110 schreibt uns der „Deutsche Techniker-Verband“: Laut eigener Mitteilung des Bundes technisch-industrieller Beamten ist die Verschmelzungssaktion auf Grund von Äußerungen Dr. Günthers (vom Techniker-Verband) in der Berliner Versammlung vom 22. September 1910 erfolgt. Wenn auch diese Äußerungen durch ein von Bundesseite gefallenes Wort hervorgerufen waren, so belegen sie doch jedenfalls, daß die Versuche einer Verständigung zwischen beiden Verbänden nicht einseitig vom Bunde der technisch-industriellen Beamten ausgegangen sind. Wenn der Techniker-Verband an seiner Forderung, auch die öffentlichen technischen Beamten in einer Einheitsorganisation mit einzuschließen, festhält, so leitet ihn dabei die sachliche Überzeugung, daß die Interessen der beiden Gruppen in vielen Beziehungen gemeinsam, daß sie jedenfalls nicht entgegengesetzter Natur sind und daß eine weitere Zerküftung der Angestelltenenschaft weder im Interesse der Beamten noch der Privatangestellten liegt. Im übrigen hat sich der Vorstand des Techniker-Verbandes bereit erklärt, auf gewerkschaftlicher Grundlage eine Einheitsorganisation anzustreben. Er geht einer Auseinandersetzung in öffentlichen Versammlungen über die Verschmelzung keineswegs aus dem Wege, erachtet aber eine vorherige Verständigung der Organisationsleitungen, möglichst unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen, zunächst für den aussichtsreichsten Weg.

Streiks und Aussperrungen.

Die Lohnbewegungen in der Edelmetallindustrie drohen nunmehr im Pforzheimer Bezirke zu einem allgemeinen Kampfe zu führen, nachdem 920 von den 2000 Kettenmachern bereits in der letzten Oktoberwoche wegen der Ablehnung des Lohntariffs durch die Kettenfabrikanten ihre Kündigung eingereicht hatten. Die Entlassung eines im Betriebe agitierenden Arbeiters beschleunigte den Abbruch der Beziehungen zwischen den Fabrikanten und dem Metallarbeiterverbande, der immer noch auf Verhandlungen gehofft hatte, denn 70 Arbeitskameraden des „Gewahregelten“ legten sofort die Arbeit nieder, und diesen Streik beantwortete der Arbeitgeberverband alsbald mit folgendem Beschlusse: Falls in einem Betriebe eine allgemeine Kündigung (nicht nur der Kettenmacher und Kettenmacherinnen) erfolgen sollte, wollen am 5. November sämtliche Kettenfabriken, am 12. November d. Z. sämtliche übrigen Bijouteriefabriken der im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitnehmererschaft kündigen. Die Arbeitswilligen werden nach wie vor geschützt und die Betriebe aufrechterhalten. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes erklären sich solbärsich und verpflichten sich, bis zur Aufhebung dieses Beschlusses Arbeiter und Arbeiterinnen irgend welcher Art nicht anzunehmen und den gegenwärtigen Besitzstand strengstens zu respektieren. Es wird ein Streikabwehrfonds in Höhe von 1 % der im letzten Jahre gezahlten Löhne gebildet und die Hälfte sofort eingezogen. — Die Kündigungen sind am 4. und 5. November in großem Umfang erfolgt.

Auch in Österreich bewirkt die Bewegung der Edelmetallarbeiter, die vor Pforzheim bereits Schwäbisch-Gmünd, Hanau und Dörflein ergriffen hatte, stürmische Wellen. In Wien haben die Juweliere und Goldschmiede den Ablauf des Tarifvertrags benutzt, um Forderungen auf Lohnerhöhung zu stellen. Da erfolglos verhandelt wurde, so haben die Meister, gedeckt durch den österreichischen Arbeitgeberhauptverband, am 29. Oktober die Aussperrung beschlossen. Gleichzeitig werden die „meistfreundlichen“ und unorganisierten Gehilfen zu sammeln gesucht.

Der Streik der Kaffeehauskellner in Hamburg dauert fort, allerdings überwiegend in der Gestalt eines Boykotts der nicht bewilligenden Kaffeehäuser durch die Arbeiterschaft und die ihre Sache unterstützenden bürgerlichen Schichten. Allerdings sind letztere sehr dünn, obgleich es sich um einen grundsätzlichen Rechtskampf handelt, in dem die freigewerkschaftlich organisierten und die auf dem Boden des nationalen „Reichsverbandes“ stehenden Kellner zusammenstehen gegen die gewerkschaftsmäßige Stellenvermittlung im Gastwirtschaftsgewerbe. Der „Verein der Cafetiers von Hamburg-Altona und Umgegend“ erklärte trotzdem in einem Schreiben an das Gewerbegericht, in dem er dessen Vermittlung ablehnt, daß es sich gar nicht um sachliche Forderungen drehe, sondern um die Gewinnung der Kellner für die „klassenbewußte Gewerkschaft“, die auch den „weniger arbeitsfähigen und arbeitsfreudigen Kellnern“ gegen Zahlung des Mitgliederbeitrags (an Stelle der Vermittlungsgebühr) eintägliche Stellen verschaffen wolle. — In Altona haben sämtliche Kaffeehausbesitzer sich mit der Gehilfenorganisation geeinigt. Der Düsseldorf und Hannoverische Kellnerverein vom Reichsverbande haben Wochenonderbeiträge von 10 \mathcal{M} während der Dauer des Hamburger Streiks erhoben, um ihre Gemeinbürgerschaft mit den Hamburger Kameraden zu bekräftigen.

Ein Streik der Maschinensticker in Plauen i. V. ist wegen Nichterneuerung eines Teiles der abgelaufenen Tarifverträge am 1. November eingetreten. Von 167 im Vorjahr abgeschlossenen Verträgen sind 87 gekündigt worden, so daß 107 Verträge weiterlaufen. Die größeren Betriebe mit mehr als 1000 Maschinen haben nicht gekündigt. Hier läuft der Betrieb weiter. Die Sticker, welche unter tariflichen Bedingungen weiterarbeiten, haben sich verpflichtet, während der Dauer des Streiks wöchentliche Sonderbeiträge zu zahlen. Die Zahl der organisierten Sticker hat sich im Laufe des letzten Jahres ziemlich verdreifacht. Von den 415 in den Ausstand getretenen Stickern haben etwa 100 die Arbeit nach am selben Tage wieder aufnehmen können, da die Maschinenbesitzer die Kündigung des Tariffs zurückzogen, als sie ihr zurzeit gängiges Geschäft durch die Arbeitsstellung ernstlich bedroht sahen. An 100 Maschinen wird bereits zu Tariflöhnen gearbeitet.

Der britische Kohlenarbeiterstreik in Südwales, der seit September auf verschiedenen Zechen glimmte und dessen helles Auslodern am 1. Oktober durch Zwischenverhandlungen nur teilweise vermindert worden war, hat am 1. November nunmehr auch auf die Cambriangruben übergegriffen. 9000 Bergarbeiter verlassen samt ihrem Gezüge die Schächte, so daß jetzt insgesamt 30 000 Arbeiter auf 11 Grubenbezirken in Südwales streiken. Das ist die größte Kampfbewegung in Südwales seit 1898, und in weiteren Zechenältern gärt es ernsthaft, so daß eine Niesenausdehnung des Streiks befürchtet werden muß. Doch bedenklicher als die Ausdehnung des Kampfes ist die Stimmung, in der die Arbeiterschaft den Kampf führt. Und dieser Umstand, der auf die beginnende Zerfegung mancher alten friedlichen Gewerksvereine ein Licht wirft, verleiht dem Kampfe eine besondere Bedeutung. Die Zucht und Gefolgshaftstrenge der organisierten Bergarbeiter gegenüber ihren Führern wankt ähnlich, wie es bei den Resselknechten im Schiffbauertampfe sich zeigte. Der letzte Gewerkschaftskongreß schon hatte sich dringlich mit der offenen Auslieferung der Bergarbeiter in Preston gegen ihre Führer zu beschäftigen. In Südwales sind die Bergarbeiter mit der allzu vorsichtigen Haltung ihrer Führer, zumal mit deren Vorschlag, über die Streikfortführung noch eine zweite Mitgliederabstimmung vorzunehmen, derart unzufrieden, daß sie mit der Gründung einer neuen Gewerkschaft, unabhängig von der Miners' Federation, drohen. Eine große Gewerkschaftstagung der Bergarbeiter soll sich in London am 9. November mit den Fragen der Organisation und des Gesamtstreiks der Bergarbeiter für ganz Südwales befassen. Was weiter diesem Kampfe ein besonderes Gewicht gibt, ist das gewalttätige Benehmen einer Streikergruppe in Aberdare Valley, wo Hügel von Kohlenarbeitern, die mit den Streikenden nicht gemeinsame Sache machen wollten, und die Wohnungen der Zechenbeamten angegriffen werden. Bei dem bekannten religiösen Sinn der wallisischen Arbeiterschaft sind diese Ereignisse doppelt auffällig. Ein Lichtblick in dieser unruhigen Entwicklung ist der Friedensschluß auf der Maesteggrube und im Swanseathal, wo 7500 Mann dank dem „besonders menschenfreundlichen“ Entgegenkommen des Betriebsdirektors, das der Miners' agent des Bezirks geradezu feierte, am 7. November zur Arbeit zurückgeführt sind.

Ein Gepädträgerstreik in New-York, an dem sich gegen 12 000 Arbeiter beteiligten, brachte die Stadt am 1. November in derartige Unruhe, daß Tausende von Schutzleuten zur Bedeckung der Arbeitswilligen aufgeboten wurden. Dadurch ist aber das Feuer nur noch geschürt worden, und die organisierte Verkehrsarbeiterschaft drohte mit einem Massenstreik. Eine entsprechende Rundgebung des Vorsitzenden des Verbandes der Postkutscher, daß der Sympathiestreik der Postkutscher aus Anlaß des Ausstandes der Angestellten der Expresskompanie nur vermieden werden könne, wenn der Bürgermeister Gannor die Polizei zurückziehe, veranlaßte diesen, der bei der Expressgesellschaft vergeblich Einigungsversuche angestellt hatte, ohne die geforderte Anerkennung der Gewerkschaft zu erwirken, zur Aufhebung des Polizeigewalts der Expresswagen, um die Arbeiterschaft zu beruhigen. Der Erfolg entsprach den Erwartungen. Der Gesamtstreik ist verhütet, doch haben sich zahlreiche Drohkentkutscher dem Ausstande der Gepädträger angeschlossen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Gehaltsgrenze in der Reichsversicherungsordnung.

Von Dr. Heinz Potthoff, R. d. N., Düsseldorf.

Bekanntlich umfaßt der Zwang der sozialen Versicherung nur die Arbeiter allgemein, ohne Rücksicht auf ihre Einkommensverhältnisse, die kaufmännischen, technischen und sonstigen Angestellten dagegen nur bis zu einer bestimmten Gehaltsgrenze. Man war von dem Grundsatz ausgegangen, daß man nur die wirtschaftlich Schwachen einem Versicherungszwange unterwerfen dürfe, daß man Leuten mit einem gewissen Einkommen die Sorge für sich und ihre Familie selbst überlassen dürfe und müsse, daß für sie keine „Staatsfürsorge“ eintreten könne. Wie schwankend der Begriff der „wirtschaftlichen Schwäche“ den Gesetzgebern von vornherein war, geht am besten daraus hervor, daß er in jedem Gesetze anders bestimmt ist: Die Krankenversicherung beschränkt sich ausschließlich auf die Versorgung der Angestellten mit höchstens 2000 \mathcal{M} Jahresgehalt. Die Invalidenversicherung erlaubt den Gehaltsempfängern bis zu 3000 \mathcal{M}

die freiwillige Selbstversicherung. Die Unfallversicherung dehnt den Versicherungsanspruch bis zu 3000 *M* aus und gestattet den Berufsgenossenschaften, darüber hinauszugehen.

Daß 2000 *M* nicht die richtige Grenze ist, bedarf in der heutigen Zeit der Feuerung keines Nachweises. Die Beschränkung muß von den Angestellten um so härter empfunden werden, als es sicher mehr Arbeiter als Angestellte mit einem Einkommen über 2000 *M* in Deutschland gibt. Warum soll ein Arbeiter mit 200 *M* Monatsverdienst versichert sein, ein Handlungsgehilfe oder Techniker mit 180 *M* Monatsgehalt aber nicht? An diesen stellt das Leben viel größere Anforderungen. Man denke an Wohnung, Kleidung, Kindererziehung: wenn die Arbeiterkinder anfangen zu verdienen, kosten den Privatbeamten seine Kinder am meisten.

Deswegen war der dringendste Wunsch, den die Gesamtheit der Privatangestellten gegenüber der Reichsversicherung hatte, die Befreiung oder wenigstens die Erhöhung der Gehaltsgrenze. Diesem berechtigten Wunsche hat der Regierungsentwurf leider gar nicht Rechnung getragen, und die Reichstagskommission hat in 1. Lesung diesen schweren Fehler kaum gemildert.

Bei der Krankenversicherung ist ein ernsthafter Versuch dazu gemacht worden. Leider waren die Stimmen fortschrittlicher Vertreter ausschlaggebend dafür, daß die Versicherungspflicht nur bis zu 2500 *M* ausgedehnt wurde. Es ist aber zu erwarten, daß die Fraktion nur zum Teil diese Haltung billigen wird und daß mindestens eine Heraushebung auf 3000 *M* im Plenum durchgeht. Wenn der Regierungsvertreter dagegen die Bedenken der Ärzte geltend macht, so ist bei aller Anerkennung der ärztlichen Bestrebungen und Bedürfnisse doch zu sagen, daß die Rücksicht darauf nicht so weit gehen darf, Schichten unversichert zu lassen, deren Versicherung im allgemeinen Interesse liegt. Das ist aber hier der Fall, denn Familienväter mit 2 bis 3000 *M* Einkommen sind nicht so gestellt, daß sie ohne Krankenkasse stets rechtzeitig den Arzt zu Rate ziehen und alles Nötige zur dauernden Erhaltung ihrer Arbeitskraft tun werden.

In der Unfallversicherung liegt der einfachste Beweis für die Unrichtigkeit der Gehaltsgrenze darin, daß von 56 gewerblichen Berufsgenossenschaften nicht weniger als 44 und sogar von 48 landwirtschaftlichen 15 durch Statut die Versicherungspflicht oder die Versicherungsmöglichkeit, und zwar zum Teil ganz erheblich, ausgedehnt haben. Trotzdem ist bisher in der Reichstagskommission leider keine Änderung an der gegenwärtigen 3000 *M*-Grenze beschlossen worden.

Das Gleiche gilt von der Invalidenversicherung, wo man auch nicht einmal einen kräftigen Vorstoß gegen die 2000 *M*-Grenze gemacht hat. Hier konnte man wohl geltendmachen, daß man nicht Bürgern mit mehr als 2000 *M* Einkommen Renten auf Staatskosten zahlen solle. Aber der Reichszuschuß zur Invaliden- und Altersrente ist doch nur der kleinste Teil der Versorgung: der weitaus größte fließt aus den Beiträgen der Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Und soweit ist die Invalidenversorgung keine Staatsfürsorge, sondern genau das Gegenteil: der Zwang für Millionen, für ihre Zukunft und Familie selbst zu sorgen, damit nicht einmal die Staatsfürsorge eingreifen muß. Zwangssparkasse für die Angestellten und Amortisationszwang auf Menschenleben für die Arbeitgeber zur Entlastung der Armenpflege, das ist soziale Versicherung. Und es ist geradezu sinnlos, die Ärmsten zu zwingen, von ihrem Lohne einen Teil für schlechte Zeiten zurückzulegen, den Zwang aber da aufheben zu lassen, wo er wegen besseren Einkommens leichter durchführbar und noch gerechter ist.

Der Hinweis auf die in Aussicht stehende Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten ist kein Argument gegen die Ausdehnung der allgemeinen Invalidenversicherung, sondern dafür. Denn da beide Dinge in engem, organischem Zusammenhange bleiben sollen — und bleiben müssen, da die besondere Versicherung der Angestellten als ergänzende Zuschußkasse zur allgemeinen Versicherung kommen soll, so ist es gerade mit Rücksicht darauf notwendig, daß auch die Grundlage für alle Angestellten einheitlich ist. Sonst erhalten wir ein Durcheinander von freiwilliger und Zwangsversicherung in zwei, einer oder keiner Klasse, das auf die Dauer nicht haltbar ist, und wir laufen Gefahr, daß die Angestellten die Arbeiterversicherung ruinieren — mit der freiwilligen Selbst- und Weiterversicherung, die bekanntlich mit einem Viertel der Prämien eines Zwangsversicherten durchgeführt werden kann. Daß heute ein schwerer Mann, der irgend wann einmal Angestellter mit weniger als 3000 *M* Gehalt war, nicht nur aus dem allgemeinen Steuerfädel jährliche Unterstützung von 50 *M* bekommen, sondern auch Renten beziehen kann, die zur Hälfte aus den Beiträgen der Arbeiter und

gering besoldeten Angestellten bezahlt werden, ist ein Unfug, der nicht gebuldet werden sollte und der nicht gebuldet werden kann, sobald die Hunderttausende, die davon Gebrauch machen können, es täten. Darauf dürfen wir nicht warten, und da eine Verschlechterung der Versicherung nicht eintreten darf, so bleibt nur der eine Weg, den größten Teil derer, die sich heute freiwillig versichern können, in die Zwangsversicherung einzubeziehen.

Also im Interesse des Bestehens unserer Arbeiterversicherung, im Interesse der Privatangestellten mittleren Einkommens, im Interesse der Gesamtheit: weg mit der Gehaltsgrenze! Oder wenigstens weitgehende hinausschiebung in allen drei Versicherungszweigen! Die Angestellten werden sicherlich dem Reichstag diesen Wunsch noch einmal dringend ans Herz legen. Es ist zu wünschen, daß dieser ihm nachkommt.

Die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Unfallversicherung wird in einer Eingabe der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger als Ergänzung des § 560 des vorliegenden Entwurfs der RVD. gefordert. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Unfallgefährlichkeit im Bühnenbetriebe besonders groß ist, namentlich seitdem die moderne Technik dort immer mehr Eingang gefunden hat. Dazu kommt die Gefährdung durch Unfälle beim Spiel selbst, wie Abgleiten von Galerien, Treppen oder Unfälle bei Scheinkämpfen. In der Zeitschrift der Genossenschaft „Der neue Weg“ war in Heft 28 eine Zusammenstellung der mannigfachen Unfälle gegeben, die im Laufe kurzer Zeit der Genossenschaft gemeldet worden waren. Die bestehende Gefährdung reicht nicht aus, dem Schauspieler Schadenersatz zu verschaffen, da bei Haftpflichtklagen vor den bürgerlichen Gerichten der Bühnenleiter meist wird nachweisen können, daß ihn ein Verschulden nicht trifft und daß er auch bei Auswahl des Personals (Theatermeister, Inspektor) die schuldige Sorgfalt angewandt habe. — Bisher waren Theaterunternehmungen nur insoweit versicherungspflichtig, als in ihnen Dampfkessel oder durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen. Dann aber waren auch nur in dem Motorenbetriebe beschäftigte Arbeiter oder Betriebsbeamte der Versicherung unterstellt, das gesamte Bühnen- und Orchesterpersonal, ebenso wie die Choränger stehen bis jetzt außerhalb jeder Versicherung. Nachdem der Entwurf der RVD. vorsieht, diese Kreise, sofern ihr Einkommen unter 2000 *M* jährlich bleibt, der Kranken- sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung zu unterstellen, wäre es dringend zu wünschen, daß derselbe Personenkreis, der tatsächlich in hohem Maße der Unfallgefahr in seinem Berufe ausgesetzt ist, auch in die Unfallversicherung einbezogen würde.

Arbeitsnachweis.

Sechster Deutscher Arbeitsnachweisungskongress.

(Breslau, 27. und 28. Oktober.)

Die sechste Tagung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise war, wie üblich, von Vertretern zahlreicher Staats- und Stadtbehörden besucht, erhielt aber gegenüber früheren Tagungen ihre Eigenart durch die Beteiligung namhafter Persönlichkeiten aus der organisierten Arbeiterschaft und aus allen deutschen Gewerkschaftslagern; auch die Landwirtschaft war gut vertreten. Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise, zurzeit in 12 Unterverbände gegliedert, davon 5 in Süddeutschland und 2 östlich der Elbe, umfaßt gegenwärtig 180 öffentliche Nachweise und 12 Arbeitsämter von Landwirtschaftskammern. Zu der ersten Zahl gehören auch die angeschlossenen Nachweise des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Vereins für Handelskommiss von 1858 und des Internationalen Hotelbesitzervereins. Weit über die Hälfte dieser Nachweise war auf der Tagung vertreten.

Der erste Verhandlungstag, vom Verbandsvorsitzenden Dr. Freund-Berlin ausgezeichnet geleitet, gehörte vier verschiedenen Gegenständen, die freilich nur zum Teil eine eingehende Erörterung erforderten. Regierungsrat Dominicus-Strasburg besprach die Entwicklung des Arbeitsnachweises im Auslande.

Die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung in Deutschland wurde das Muster für die Schweiz, Luxemburg, die nordischen Länder, Böhmen; in Ungarn, Finnland, Belgien liegen entsprechende Entwürfe vor. In Frankreich sind die von den Gemeinden unterstüzten „Arbeitsbüros“ der Syndikate bedeutungslos geblieben, und die gemeindliche Ablösung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung (Gesetz von 1904) ist mißglückt. Nunmehr empfiehlt ein Erlass des Arbeitsministers vom 14. März 1910 den Gemeinden die Nachbildung des deutschen Arbeitsnachweises und verspricht dafür staatliche Geldunterstützungen;

das Ergebnis ist bei der Schwäche der gemeindlichen Selbstverwaltung in Frankreich aber noch keineswegs gesichert. Großbritannien hat nach dem Gesetz von 1909 bereits 114 von den geplanten 250 einheitlich organisierten öffentlichen Nachweisen eingerichtet. Im Unterschied von Deutschland sind diese Nachweise auf den Staat, nicht auf die Gemeinde aufgebaut.

Über Lehrlingsvermittlung berichteten Landesversicherungsrat Hansen-Kiel und Dr. Alkenrath von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin.

Die Lehrlingsvermittlung, einst eine Aufgabe der Zünfte, ist seit 1908 unter dem Druck der Verhältnisse im Handwerk von den öffentlichen Arbeitsnachweisen übernommen worden; heute betreiben sie 60 Nachweise, darunter 40 süddeutsche. Es werden fast nur gewerbliche, selten auch kaufmännische Lehrlinge vermittelt; Fabrik und Handel finden ihren Nachwuchs gegenwärtig leicht, nur das Handwerk hat Schwierigkeiten. Neuerdings wächst der Widerspruch und Widerstand der Innungen und Handwerkskammern gegen die Lehrlingsvermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise; bisher wurde oft Hand in Hand gearbeitet. Auch mit der Schule, mit der Gewerbeaufsicht und mit den Jugendfürsorgevereinen sollte die Lehrstellenvermittlung stets Fühlung haben, vielleicht durch Schaffung von Orts- oder Bezirksausschüssen. Die Unterbringung möglichst vieler schulentlassener Kinder in gute Lehrstellen ist nicht nur eine Stellenvermittlung und eine gewerbliche Angelegenheit, sondern eine der wichtigsten Volkserziehungsaufgaben. Sie darf daher unter keinen Umständen den gewerbmäßigen Stellenvermittlern oder einseitigen Interessentenvereinen in die Hände fallen. Die besten Erfolge hatte die Lehrstellenvermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise bisher in Süddeutschland; Pforsheim vermittelte 1909 über 1000 Stellen. Aus dem Rheinland wurde empfohlen, die Lehrlingsvermittlung nicht durch einzelne Ortsnachweise zu betreiben, sondern für größere Bezirke nach einheitlichen Grundsätzen mit möglicher Heranziehung der Handwerks- und Handelskammern.

Über den Arbeitsnachweis und die Frauen machte Fräulein Klausner vom Berliner Zentralverein für Arbeitsnachweis inhaltsreiche, aber wenig erfreuliche Mitteilungen:

Die deutschen Frauenvorgänge, auch die sozialpolitischen Tagungen, haben die Fragen der Arbeitsvermittlung bisher nie erörtert. Die Arbeitsvermittlung karitativer Frauenvereine, die heute bedeutungslos geworden ist, hat sich um die Arbeitsbedingungen der nachgewiesenen Stellen nie gekümmert und hat damit oft verhängnisvoll gewirkt. Die Arbeitsnachweise der Hausfrauenvereine sind nur vereinzelt (Kassel, Hamburg) von größerer Bedeutung, meist aber leisten sie nicht mehr als kleinere gewerbmäßige Stellenvermittler, haben nicht einmal ein Telefon, führen keine Statistik, erschweren also nur die Übersicht über den Arbeitsmarkt. Von 156 öffentlichen Arbeitsnachweisen wurden 1909 382 000 Stellen an Frauen vermittelt, davon 171 000 Haushaltsstellen, 79 000 Dienstbotenstellen, 42 000 Stellen in Fabriken, 38 000 in Restaurants und Hotels, 3800 in der Landwirtschaft, 2400 in Handel und Verkehr, 1400 in höheren Berufen, 600 Lehrstellen. Brandenburg weist 49 933 Vermittlungen für Frauen auf, Westpreußen 187! Die Vermittlungstätigkeit ist also noch sehr gering und ungleichmäßig; Bühnen- und Krankenpflegepersonal geht überhaupt noch nicht durch den öffentlichen Arbeitsnachweis. In Berlin sollen die 800 gewerbmäßigen Vermittler jährlich 180 000 Abschlüsse erzielen; der öffentliche Nachweis vermittelte in ganz Brandenburg einschließlich Berlin noch nicht 8000 Dienstbotenstellen im Jahre! Von großer Bedeutung für den Ausbau des Arbeitsnachweises für Frauen ist die Anstellung gut vorgebildeter weiblicher Beamten. Auf die genannten 156 öffentlichen Nachweise kommen nur 116 Beamtinnen; gebildete und gründlich geschulte Frauen sind unter ihnen viel seltener als in England. Durch Aufsuchung der Arbeitgeber gelang es der Postener Beamtin, die monatliche Vermittlungsziffer von 150 auf 1000 zu heben; solche Besuche sind anderswo leider infolge zu starker Belastung der Beamtinnen nicht möglich, wären aber ein vorzügliches Mittel, nicht nur die gewerbmäßige Vermittlung, sondern auch die planlose Umschau und die zersplitternde Tätigkeit der kleinen Vereine zu beseitigen. Nur 6 Nachweise sind mit kleinen Arbeiterinnen-Herbergen verbunden; Frankfurt a. M. hat 24, Berlin 4 Betten. Alle diese Zahlen zeigen, welch weites, unbeschäftetes Feld die öffentlichen Nachweise hier noch vor sich haben.

Der wichtigste Gegenstand des ersten Verhandlungstages waren die einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, über die Dr. Kessler-Berlin und Regierungsrat Dominicus-Strasbourg berichteten. Dr. Kessler gab eine allgemeine Übersicht über Entwicklung und Tätigkeit dieser Nachweise, Regierungsrat Dominicus besprach im besonderen den Nachweis des rheinisch-westfälischen Zechenverbandes. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Nachweise ist in den letzten 10 Jahren ebenso stark gestiegen wie die der Arbeitgebernachweise gestiegen.

Alle Gewerkschaftsrichtungen verfechten heute grundsätzlich den Gedanken der paritätischen Arbeitsvermittlung. Ihre Nachweise haben fast durchweg nur die Bedeutung bescheidener örtlicher Wohlfahrts-einrichtungen für die Mitgliedschaft und dienen keineswegs dem wirtschaftlichen Kampfe; in klauen Zeiten haben sie genug Mühe damit, die Arbeitslosen hier und da gelegentlich unterzubringen, in guten Zeiten aber stehen den Gewerkschaften weit gangbarere und kürzere Wege zu

wirtschaftlichen Verbesserungen zu Gebote als der Umweg über den Arbeitsnachweis. Von größerer Bedeutung ist diese Arbeitsvermittlung nur für das Gastwirts-gewerbe, auf das die Hälfte sämtlicher Vermittlungen durch Arbeiterverbände entfällt. Hier bildet die Vermittlung oft das Rückgrat, manchmal den gesamten Inhalt der Organisation; sie richtet sich aber nie gegen die Arbeitgeber, vielmehr stets gegen die gewerbmäßige Stellenvermittlung. Leider herrscht eine starke Organisationszersplitterung und Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes, und manche Winkelvereine sind nur Deckmäntel für gewerbmäßige Vermittler. Anzustreben ist Beseitigung der kleinen Vereinsnachweise, die meist in Aneignen anlässlich sind, Übernahme der örtlichen Vermittlung durch die öffentlichen Nachweise, Schaffung einiger großer, paritätisch unterhaltener und sachmännlich geleiteter Stellen für die Vermittlung nach Provinz- und Saisonorten.

Die Nachweise der Arbeitgeberverbände, die im letzten Jahre die Öffentlichkeit besonders lebhaft beschäftigten (Mannheim, Ruhrrevier, Baugewerbe, Hagen, Leipzig), sind heute bei stets wachsender Zahl und Bedeutung immerhin durchaus nicht einheitlich über alle Gewerbe und Landesteile verbreitet. Von den 66 Nachweisen des Baugewerbes liegen z. B. nur 5 in den 6 Provinzen Preußens, nur 2 in Süddeutschland, keiner in Hessen-Nassau. Von einer Zentralisierung, ja nur einer regelmäßigen Verständigung zwischen den einzelnen Nachweisen des Metall-, des Bau-, des Verlehrs-gewerbes ist keine Rede. Viele Nachweise werden nur gelegentlich von den Arbeitgebern benutzt, manchmal trotz entgegengesetzter Satzungs-vorschriften. Andererseits haben einzelne großstädtische Nachweise erstaunlich hohe Vermittlungszahlen.

Die Vermittlung ist überall für die Arbeitslosen kostenfrei. Meist wird der Arbeitsuchende im Arbeitsnachweis unmittelbar an eine bestimmte Firma gewiesen, die ihn dann in der Regel auch einstellt. Bloße Kontrolle und Erteilung eines „Nachweisscheines“ ohne direkte Zurechnung (das sog. „Berliner System“) ist heute selten geworden und wird von den Nachweisverwaltungen bekämpft. Sachmännische Leitung, auf die man in Hamburg viel Gewicht legt, hat nur eine Minderheit von Nachweisen.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß die ganze Einrichtung nicht in erster Linie, oder doch nicht allein, der Arbeitsvermittlung dient. Doch haben sich Aufgaben und Handhabung im Laufe der Jahre wesentlich entwickelt. Sollte man anfangs mit den Nachweisen die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die Streiks niederzwingen, so spricht man heute nur von Ausschaltung ungeeigneter Elemente, wie rückfälliger Diebe, Standalbmacher, Vertragsbrüchiger und dergleichen. War früher die Kontrolle in Streikzeiten die Hauptsache, so überwiegt heute tatsächlich überall die wirkliche Vermittlung von Arbeit in Friedenszeiten. Gegen die Ausschließung Streikender von der Einstellung in weiterarbeitenden Betrieben ist übrigens nichts einzumenden; auch der öffentliche Arbeitsnachweis würde seine Neutralität nicht gefährden, wenn er neben den Arbeitern auch die Arbeitgeber über bestehende Streiks unterrichtete. Die schwersten Bedenken aber bestehen gegen die Ausschließung einzelner mißliebiger Arbeiter von der Arbeitsvermittlung. Es werden Notizen gemacht, hie und da wohl auch förmliche schwarze Listen geführt, langdauernde Strafen verhängt und Sperren vollzogen, ohne daß Vertreter der Arbeiterschaft diese Maßnahmen nachprüfen können, oft ohne daß der Arbeiter sein Schicksal deutlich erfährt, fast stets, ohne daß er einen paritätischen Beschwerdeauschuß anrufen kann. Diese Einseitigkeit und Heimlichkeit der Arbeitgeber-nachweise hat dazu geführt, daß sie, statt Streiks zu verhüten oder zu kürzen, deren Zahl vermehrt haben und die Gegensätze in der Industrie merklich verschärft. Auch wenn der Nachweis in 95 von 100 Fällen einwandfrei und gut arbeitet, bleibt doch stets ein Rest, der Mißtrauen und Verbitterung dauernd wachhält. Ansätze zu erfreulicher Weiterbildung fehlen nicht: Die Zugeständnisse des Zechenverbandes an den Handelsminister, das schriftliche Versprechen unparteiischer Handhabung, das die hayerischen Metallindustriellen dem Metallarbeiterverband gaben, die Beschwerdeauschüsse in Hagen und im Hamburger Baugewerbe gehören hierher. Wenn aber solche Verbesserungen oder eine paritätische Umgestaltung (Karlsruher Baugewerbe) oder Eingemeindung des Nachweises (Bromberg) nicht allgemein zu erreichen sind, müßte schließlich der Gesetzgeber einen paritätischen Aufsichts- und Beschwerdeauschuß allen Nachweisen verbindlich auferlegen und für die Sperren eine Höchst-dauer unbedingt vorschreiben.

Der zweite Berichterstatter ergänzte und beleuchtete die Ausführungen des ersten durch Mitteilungen über den Arbeitsnachweis der Ruhrzechen. Dieser Arbeitsnachweis wollte nicht die Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit, wohl aber den Vertragsbruch bekämpfen, außerdem auch die Übersicht über den Arbeitsmarkt erleichtern. Er hat in den Monaten Januar bis August 95 800 Einstellungen vermittelt und besitzt 530 000 Personalkarten über seine Belegschaften.

Den Vertragsbruch hat er trotz der bekannten 14tägigen Sperre kaum gemindert: es kamen in 8 Monaten 7800 unberechtigte Aus-
tritte und 6000 Fälle unberechtigten Fernbleibens von über-
nommener Arbeit vor. Die Handhabung der Vermittlung ist in
der Form entgegenkommend und führt selten zu Beschwerden;
dennoch besteht beständig die Gefahr eines Streits, ständig Ursache
zu Verdacht und Mißtrauen, ständig auch für die Arbeitgeber die
Versuchung, den gewaltigen Apparat zu mißbrauchen. Beteiligung
der Arbeiter an der Aufsicht und Beschwerdenprüfung könnte dem
mit einem Schlage ein Ende machen. — Für die öffentlichen
Arbeitsnachweise bedeutet das Erstarken der Arbeitgebernachweise
(die wohl noch nicht ihren höchsten Punkt erreicht haben), eine
dringende Mahnung, zur Vermittlung noch mehr Sachleute, zur
Verwaltung noch mehr Interessenten aus Industrie und Handwerk
heranzuziehen, die Geschäftsführung kaufmännischer zu gestalten,
den Vermittlungsbeamten mehr unmittelbare Fühlung mit den
Arbeitgebern zu ermöglichen und auch die Stellung bei Streits
noch schärfer unparteiisch und paritätisch zu gestalten: das Straß-
burger Arbeitsamt macht bereits seit Jahren die Arbeitgeber genau
wie die Arbeiter auf das Bestehen von Arbeitskämpfen aufmerksam.

Die Erörterung, die den beiden Vorträgen folgte, brachte
einige außerordentlich bemerkenswerte Erklärungen von Arbeit-
geberseite. Dr. Gleichner vom Verband der Industriellen
Pommerns stellte mit Nachdruck fest, die Ausschließung von
Arbeitsnachweis erstreckt sich heute — natürlich von der Streik-
kontrolle abgesehen — „nur auf wirtschaftlich untaugliche Elemente“. Dr. Rose vom Verband Berliner Metallindustrieller lehnte eine
Gleichsetzung der Arbeitsnachweise der Metallindustrie mit dem
Mannheimer Nachweise entschieden ab, wollte das Mannheimer
Verfahren keineswegs vertreten und erklärte, der von ihm geleitete
Nachweis habe die Öffentlichkeit in keiner Hinsicht zu scheuen; auch
den paritätischen Beschwerdeauschuß und die zeitliche Beschränkung
der Sperre wolle er nicht abweisen und fürchte er nicht. Eine
Mitteilung Dr. Sagers vom Hamburger Hafen-Betriebsverein,
daß sich im dortigen Arbeitsnachweis der seit 1906 bestehende
paritätische Beschwerdeauschuß schlecht bewährt habe und daß „mit
der Parität unmöglich auszukommen sei“, vermochte den bedeutenden
Eindruck der Erklärung Dr. Roses kaum zu erschüttern. Auch
Rechtsanwalt Wendorf vom Verband der Dresdener Metall-
industriellen bestritt übrigens, daß die Vorkommnisse von Leipzig
und Mannheim für die Arbeitgebernachweise typisch seien, und lud
alle Interessenten zur Beschichtigung seines Nachweises ein, in dem
noch nie eine „unzulässige Maßregelung“ vorgekommen sei. Auf
der anderen Seite wurde von Gewerkschaftsvertretern betont, daß
nur die drohende scharfe Kritik der öffentlichen Meinung z. B. viele
Arbeitgeber nachweise zu loyaler Handhabung ihrer Nachmittels
veranlasse; solange es an staatlicher Aufsicht oder paritätischer
Prüfung fehle, werde das Mißtrauen nie schwinden, würden Miß-
bräuche immer wieder vorkommen, sei vor allem nach einem von
der Arbeiterschaft verlorenen Kampfe eine verderbliche Ausnutzung
der einseitigen Nachweise dringend zu befürchten. Abg. Dr. Gleich-
ner wies darauf hin, daß selbst bei durchaus einwandfreier Hand-
habung der Arbeitgebernachweise heute geheim sei und damit zu
den öffentlichen Nachweisen in grundsätzlicher Gegensätze stehe.

Auch auf Handhabung und Leistungen der öffentlichen Arbeits-
nachweise ging die Erörterung vielfach ein. Daß diese Nachweis-
form voll auf imstande ist, der Industrie ausgewählt tüchtige
Arbeiter zu stellen, ließ sich durch den Arbeitsnachweis von Kiel,
der seit Jahren den gesamten Arbeiterbedarf der dortigen kaiserlichen
Werft liefert, einwandfrei darthun. Arbeitsmarktsatistiken haben die
öffentlichen Arbeitsnachweise bereits betrieben, bevor von Seiten
der Arbeitgeber nachweise darauf Gewicht gelegt wurde. In Streik-
fällen will der öffentliche Arbeitsnachweis mit voller Ehrlichkeit
„gerecht und unparteiisch“ sein; die Frage, wie auch die Arbeit-
geber über bestehende Streits zu unterrichten sind, wird den Aus-
schuß des Verbands Deutscher Arbeitsnachweise demnächst beschäftigen.
Von gewerkschaftlicher Seite wurde hierzu allerdings lebhaft ge-
fordert, ja nicht aus „Hyperparität“ etwa den öffentlichen Arbeits-
nachweis zum Verbreiter von Streiklisten zu machen; dann werde
das Interesse der Gewerkschaften am paritätischen Arbeitsnachweise
sofort verlöschen. Andererseits wurde vom öffentlichen Arbeitsnach-
weis auch mehr Parität gegen die verschiedenen Richtungen der
Arbeiterschaft verlangt und ein schwerer Mißbrauch in dieser Hin-
sicht durch den Vorstößen der gelben Vädergesellen Wißniewski
behaupet. Eine Äußerung von Arbeitgeberseite, daß der öffentliche
Arbeitsnachweis die Reizung habe, ein Mittel zur Durchsetzung
gewerkschaftlicher Forderungen und damit eine Vorstufe zum
Sozialistenstaate zu werden, fand natürlich die gebührende Antwort.

Die Verhandlungen des zweiten Tages leitete Vordr. Dr. Raumann ein durch einen Bericht über die landwirtschaft-
liche Arbeitsvermittlung in den öffentlichen Arbeitsnachweisen
der Städte.

Es wurden hier 1901: 17 000, 1905: 27 000, 1909: 62 000 Stellen
vermittelt. Einige Nachweise weisen überraschend hohe Zahlen auf
(München 5800, Kiel 5100, Friedberg i. S. 3800) und beweisen, wie
stark ein gut geleiteter Arbeitsnachweis die Rückwanderung aufs Land
beeinflussen kann. Es bedarf nur einer geordneten Verständigung mit
den ländlichen Arbeitgebern durch ein Reg. örtlicher Vertrauensmänner.

Den Hauptgegenstand des zweiten Tages bildete die Frage
der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland.
Geheimrat Professor Dr. Stieda-Leipzig besprach als erster Ver-
richterstatter Wesen, Gründe, wirtschaftliche und soziale Ergebnisse
der Arbeiterwanderungen. Er schied die volkswirtschaftlich unde-
nkllichen, durch den öffentlichen Arbeitsnachweis möglichst zu
regelnden inneren Wanderungen von den Massenbewegungen der
Auslandsarbeiter, die heute für Deutschland eine volkswirtschaftliche
Gefahr geworden sind: 1909 arbeiteten allein in Preußen 764 000
ausländische Arbeiter! Man behauptet die Unentbehrlichkeit solcher
Arbeiter z. B. für Kanal-, Schiffs- und Bahnbauten und will
gar den Volkscharakter zur Erklärung gewisser beruflicher Geschick-
lichkeiten (so bei italienischen Bauarbeitern, deutschen Kellnern usw.)
heranziehen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Es ist den
Unternehmern nur vielfach privatwirtschaftlich bequemer und billiger,
sich ausländische Arbeiter zu verschreiben, als sich nach Inländern
umzuwenden. Die Tätigkeit der Stellenvermittler und der Feld-
arbeiterzentrale nach dieser Richtung ist für unser Gemeinwohl
verhängnisvoll. Im Inland wächst unter solchen Umständen die
Arbeitslosigkeit, die soziale Verbitterung, der Streit in der Arbeiter-
schaft, es werden die Löhne gedrückt, der Kulturstand bedroht, das
Volkseinkommen vermindert; und Deutschland sollte doch, solange
es noch Hunderttausende von unbefähigten Händen hat, zuerst
den Deutschen gehören!

Dr. von Stojentin von der Stettiner Landwirtschaftskammer
besprach alsdann insbesondere die Frage der ausländischen
Landarbeiter, Dr. Bonikowsky-Kattowitz die der ausländi-
schen Industriearbeiter. Beide Redner betrachteten die Ange-
legenheit im allgemeinen vom Standpunkt der Unternehmerschaft;
sie waren sich auch von hieraus darin einig, daß die Ausländer-
beschäftigung ein Übel sei, freilich z. B. ein notwendiges Übel.

Auf dem Lande ist der Arbeitermangel eine Folge der Einführung
intensiverer Wirtschaftsweisen (Gardfruchtbau) und der Abwanderung nach
Amerika und in die aufblühende deutsche Industrie. Pommern verlor
von 1895 bis 1905: 155 000 Menschen durch solche Abwanderung; hier
fehlen jetzt etwa 40 000 Arbeiter, die durch Ausländer wenig befriedigend
ersetzt werden müssen. 1906 brauchte Preußen 286 000, 1909: 318 000
ausländische Landarbeiter. Den russischen Polen der 80er Jahre folgten
in den 90er Jahren die Galizier, seit 1900 die Ruthenen. Die An-
werbung erfolgte anfangs nur durch Agenten, seit etwa 15 Jahren
auch durch die Nachweise der Landwirtschaftskammern, heute zu etwa
20 % (70 000 Personen) durch die 1902 gegründete, 1907 von den
Landwirtschaftskammern übernommene Feldarbeiterzentrale. Diese Zent-
rale hat 40 Ortsämter, darunter 80 an der Ostgrenze, 422 ständige
und 58 nicht ständige Beamte, davon 216 in Berlin. Die Löhne der
Ausländer stehen denen der Inländer heute fast gleich, die Vermittlungs-
gebühren haben 1907 einmal die Höhe von 83 „ auf den Kopf er-
reicht. Vertragsbrüche der Ausländer sind häufig, 1907 allein in
Pommern über 4000. Die Nachteile der Ausländerbeschäftigung über-
steigen die Vorteile „in geradzuhängiger Weise“, und wenn auch
ein plötzliches Verbot unmöglich wäre, so darf der heutige Zustand
keinesfalls dauernd bleiben. Durch mehr Wohlfahrtspflege auf dem
Lande, Wohnungsverbesserungen, Arbeiteranstellung, Förderung der
Rückwanderung von Auslandsdeutschen, Ausbau des Arbeitsnachweises
könnte man der „Leutenot“ wohl allmählich Herr werden, dagegen
könnte eine Arbeitslosenversicherung in den Städten sie verschlimmern.

In der Industrie waren 1907: 440 000 ausländische Arbeiter
(5,13 %) beschäftigt, davon 220 000 in Preußen (4,44 %). Im Prozent-
satz der Arbeiterschaft führte Elsaß-Lothringen mit 13,91 %, während
die Provinz Sachsen nur 1,30 % verzeichnete. An der Spitze stehen
stets die Grenzgebiete. 53 % der Ausländer stammten 1900 aus
Österreich-Ungarn. 28 % waren 1907 Bauarbeiter (darunter die Zie-
bauarbeiter allein 17 %), 17 % Berg- und Hüttenarbeiter, 16 % in
der Industrie der Steine und Erden; diese drei Gewerbe hatten auch
die größte ausländische Verhältniszahl in ihrer Arbeiterschaft. Der
Zugzug erfolgt systemlos; am willkommenen sind die Arbeiter, die sich
selbst melden; eine Zentralisierung des Arbeitsnachweises wäre hier viel
schwerer als für die Landwirtschaft. Arbeiten unter Tage, in heißen
Temperaturen, im Alford meidet der Ausländer nach Möglichkeit;
Krankheiten, Unfälle, Stellenwechsel und Vertragsbruch sind bei ihm
häufiger als beim Inländer; aus allen diesen Gründen erfolgt seine
Beschäftigung nur notgedrungen, meist in „ungelehrter“ Arbeit. Für
die Verwertung ausländischer Polen bestehen noch besondere Schwierig-

keiten durch die bekannte Karenzzeit im Winter. Der Berichterstatter glaubte auch mehrere Vorteile nachweisen zu können, die den deutschen Arbeitern aus der Beschäftigung der Ausländer erwachsen; an der großstädtischen Arbeitslosigkeit sei die Beschäftigung der Ausländer nicht mitschuldig, da der großstädtische Arbeiter sich fast durchweg geweigert habe, die heute von Ausländern versehenen Arbeiten zu übernehmen.

Die Erörterung ergab eine große Zahl von Berichtigungen und Ergänzungen zu den beiden letzten Vorträgen. Von gewerkschaftlicher Seite wurde betont, daß die Leutenot auf dem Lande im tiefsten Grunde durch die Not der Leute auf dem Lande zu erklären sei. Das ländliche Wohnungselend, der Mangel an Koalitionsfreiheit, die veralteten Gefindeordnungen, die künstlich niedrig gehaltenen „ortsüblichen Tagelöhne“ und damit zusammenhängend die Dürftigkeit der ländlichen Invalidenrenten haben an der Massenflucht vom Lande ein gut Teil Schuld; die kümmerlichen Landkrankenstellen, die die Reichsversicherungsordnung schaffen will, werden die Bewegung nur vergrößern. Neben der Behebung solcher sozialen Mißstände wird aber wohl auch eine Änderung der landwirtschaftlichen Betriebsweise, eine Beschränkung des Pachtbaus zugunsten des Futterbaus und der Weidewirtschaft, nicht zu umgehen sein; Professor Waterstradt-Breslau legte Ertrags- und Rentabilitätsstabellen zu dieser Frage vor. In der Industrie der Steine und Erden würde die Beschäftigung deutscher Arbeiter voraussichtlich zunehmen, wenn der Akkordvertrag gesetzlich geregelt würde. Auch die städtische Arbeitslosenversicherung könnte der Landwirtschaft und der ländlichen Industrie Arbeiter zuführen, wenn sie mit der Verpflichtung, angemessene Arbeit auch außerhalb, auch auf dem Lande anzunehmen, allgemein verknüpft würde.

Sehr scharfer Widerspruch erhob sich gegen die deutsche Feldarbeiterzentrale, die sich übrigens vergeblich um Aufnahme in den Verband Deutscher Arbeitsnachweise beworben hat. Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie auch unaufgefordert der Industrie ausländische Arbeiter anbiete und insbesondere zur Lieferung von Streikbrechern gern zu haben sei. Der ausländische Streikbrecher und Lohnbrüder bleibe übrigens im Inlande stets unbehelligt, während organisierte Ausländer oft ausgewiesen werden. Von Hirsch-Dunckercher und christlicher Gewerkschaftsseite wurden gewisse Schranken gegen die Einfuhr von Ausländern gefordert, vielleicht einige Anforderungen an die Schulbildung, den Gesundheitszustand oder ähnliches. Heute sei das deutsche Vieh vor der Einschleppung ausländischer Seuchen sicherer als der deutsche Arbeiter. Landesversicherungsrat Hansen wünschte die für die Polen eingeführte Karenzzeit auch auf die Ruthenen ausgedehnt zu sehen. Wo die Ausländer einmal auftauchen, pflegt die Flucht der deutschen Arbeiter nur noch zu wachsen; das gilt von der Landwirtschaft wie vom Bergbau. Bei allen Submissionen sollte die Verwendung deutscher Arbeiter Bedingung werden. Die öffentlichen Arbeitsnachweise aber müssen die Vermittlung von Ort zu Ort und aufs Land hinaus nach dem Muster von München und Kiel weit mehr ausbauen und gegen die Feldarbeiterzentrale in offenen Kampf treten. Wenn auch nicht alle städtischen Arbeitslosen auf diese Weise untergebracht werden können, so wird damit doch ein großer Teil der ausländischen Arbeiter in kurzer Zeit entbehrlieh werden.

Berlin.

Dr. Gerhard Kessle.

Volks-erziehung.

Eine Volkshochschule in Bremen beabsichtigt der örtliche Bürgerliche Volksverein im Winter 1910/11 ins Leben zu rufen. Die zu diesem Zweck gebildete besondere Vereinigung hat sich als Zweck gesetzt: „Veranstaltung von Vorlesungen auf wissenschaftlicher Grundlage, die der geistigen Anregung und Fortbildung dienen sollen. Das Dargebotene soll alle Gebiete des menschlichen Wissens umfassen, mit besonderer Berücksichtigung der bremischen Verhältnisse und der Interessen des bremischen Handels.“ Der Bürgerliche Volksverein in Bremen hat dem jetzt verfolgten Zweck in den letzten Jahren bereits systematisch vorgearbeitet. Sein Vortragswesen zeigt, wie Dr. Karl Vogel in einem Aufsatz „Die Aufgaben einer Volkshochschule“ in Nr. 250 der „Bremer Nachrichten“ (11. September 1910) ausführt, die typische Entwicklung vom Einzelvortrag zum Kursus und dann zu ganzen Vortragsreihen.

Die in den ersten Jahren seines Bestehens gehaltenen Einzelvorträge, die sich auf alle Gebiete des Wissens bezogen, hatten zunächst den Zweck, den Verein in Bremen bekannt zu machen und Mitglieder heranzuziehen, wenn auch das Überangebot an Vorträgen, wie es in Bremen einmal herrscht, dadurch noch erhöht wurde. Der Verein ging dann sehr bald von diesen Einzelvorträgen ab, zumal er in seiner ganzen Tätigkeit praktisch sein und eine Lücke ausfüllen will. Er be-

schränkte sich mehr und mehr auf solche Gebiete, die seiner Tätigkeit am nächsten liegen oder wie sie ihm die Rechtsauskunftstelle zeigt. Mit Kursen über Arbeiterversicherung wurde der Anfang gemacht. Es folgten nach dem Kurse über: Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Gesundheitslehre, Volkswirtschaftspolitik, Entwicklungslehre, das Finanzwesen des bremischen Staates, Arbeitsvertrag, die Zuständigkeit der Gerichte und das gerichtliche Verfahren, Soziale Bestrebungen in Bremen, einige der wichtigsten und häufigsten Erkrankungen und ihre Verhütung, die wichtigsten Tatsachen der astronomischen Erdkunde, Kursus über Jugendwohl und Jugendrecht in vier Abteilungen, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Kunstzierherischer Kursus. Außerdem fanden in jedem Jahre Führungskurse durch das Gewerbeuseum, durch das Schulmuseum, durch das Historische Museum statt, welche sehr zahlreich besucht waren.

Der Ausbau dieser Kurse zu einer ständigen Volkshochschule soll nunmehr erfolgen.

Zunächst wird ein Kursus über Allgemeine Staatsbürgerkunde gegeben, und zwar in zwei Abteilungen: ein Unterkursus, der die einfachsten Grundlagen des Staates und seine hauptsächlichsten Institutionen behandelt, und ein Oberkursus, der neben den Grundzügen der Soziologie die komplizierteren Tätigkeitsgebiete des Staates betrachtet. Ebenfalls in einem Unter- und einem Oberkursus wird die Volkswirtschaftslehre vertreten sein. Während der erstere die Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre bringt, beschäftigt sich der zweite mit den Grundzügen und Zielen der Volkswirtschaftspolitik. Neben diesen Kursen wird noch ein Ausbildungskursus für soziale Hilfsarbeit abgehalten, der den Zweck hat, solchen Personen, die sich gern sozial betätigen wollen, an Hand praktischer Bremer Beispiele einen Überblick über die ganze praktische Sozialpolitik zu bieten.

Zur Unterstützung des gesprochenen Wortes soll den Hörern, soweit es angebracht ist und es sich pekuniär ermöglichen läßt, ein gedruckter Leitfaden in die Hand gegeben werden.

Die Gefährdung und der Schutz der Jugend in den Entwicklungsjahren kam auf der 82. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Königsberg i. Pr. in zwei Vorträgen zur Sprache. Prof. Cramer-Göttingen sprach über Pubertät und Schule, Dr. A. Röder-Berlin teilte die von ihm gemachten Beobachtungen über Wachstum und Pubertät mit. Prof. Cramer wies auf die mancherlei psychologischen Eigentümlichkeiten hin, die sich in der Zeit vom 13. bis 20. Jahre sowohl bei den jungen Männern wie auch bei den sog. „Badsichen“ zeigen, die leicht etwas Krankhaftes annehmen können. So seien die meisten Schülersebstmorde auf psychopathische Anlagen oder erbliche Belastung zurückzuführen. Allerdings spielt für die Entwicklung der Jugend auch die Umgebung eine bedeutende Rolle, und da eine große Anzahl der Jugendlichen nach dem Verlassen der Schule ohne jede Zucht und Aufsicht bleibt, so könne nicht dringend genug eine gesetzliche Fürsorge für diese Jugendlichen gefordert werden. Nur so lasse sich die zunehmende Kriminalität bekämpfen. Als praktisches Ergebnis seiner Ausführungen empfahl der Redner: nicht allzuviel Milde gegenüber der heranwachsenden Jugend, sondern stramme Schulzucht; wohl aber ergebe sich für alle Jugenderzieher die Aufgabe, sich mit den Erscheinungen im Pubertätsalter vertraut zu machen, um schwachsinnige und psychopathische und beim weiblichen Geschlecht namentlich auch hysterische Kinder zu berücksichtigen und, wo dies erforderlich, aus dem gemeinschaftlichen Unterrichte zu entfernen. Einen Weg, wie Kinder leichter über die schwierigen Entwicklungsjahre fortkommen, zeigten die an anderer Stelle des Kongresses mitgeteilten Beobachtungen Dr. Röders. Der Vortragende hat 200 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren vor und nach mehrtägigen Wanderungen mit täglichen Marschleistungen von 15 bis 30 Kilometer untersucht. Durch den Wechsel der Umgebung, durch die Bewegung in freier Natur und unter der Nachwirkung der mit der Wanderung verbundenen Muskelarbeit zeigte sich eine erhebliche Steigerung von Gewichts- und Längenwachstum, bei den Mädchen noch mehr als bei den Knaben; die Hebung des Allgemeinbefindens trug wesentlich dazu bei, die Kinder auch über seelische und körperliche Beschwerden der Entwicklungszeit fortzubringen. — Diese Beobachtungen sollten eine Anregung sein, nicht nur in den Ferien, sondern gerade auch während der Schulzeit das Wandern der Kinder planmäßig zu fördern.

Zur Vereblung der Volksgeselligkeit und der Volksunterhaltungsveranstaltungen hat Wehr-Stadt a. Rh. auf einer Versammlung des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung eine Anzahl Leitfäden entwickelt, die in der Hauptsache folgendes befragen (Septemberheft der „Gemeinnützigen Blätter für Posen und Rastau“):

Die Hebung des Geschmacks der Erholung und Vergnügen suchen den Menge und eine darauf fußende Vereblung der Volksgeselligkeit wird als notwendige Vorarbeit für die Erziehung des Volks zur Kunst

betrachtet. Ein Haupterfordernis für die Hebung des guten Geschmacks ist die künstlerische Selbstbetätigung möglichst vieler Dilettanten (tätige Mitwirkung aller oder möglichst vieler Teilnehmer). Alle Versuche, alte Formen der Volksunterhaltung und Volksgeselligkeit künstlich wieder zu beleben, bedeuten Kraftvergeudung. Neue Formen werden sich mit zunehmender Geschmackshebung von selbst finden. Hierfür ist das Beispiel von Gebildeten von größtem Werte. Sie sind zunächst zur Veredlung und Verinnerlichung der Unterhaltung und Geselligkeit in Familie, Gesellschaft und Verein aufzurufen. Wichtige Arbeitsstätten für die Hebung des Geschmacks und für Vorbilder geselliger Unterhaltung sind Schulen aller Art und Militär. Außerdem haben besondere Volksunterhaltungsveranstaltungen (Unterhaltungsabende, Konzerte, Leseabende, dramatische Aufführungen, Kunstausstellungen, Führungen und Wanderungen) die Aufgabe, den Geschmack zu bilden und Kunstgenuss zum Bedürfnis zu machen. (Für diese Veranstaltungen werden dann einzelne Grundzüge aufgeführt.) Auf die Vereine aller Art und andere Faktoren, die Volksunterhaltungsabende veranstalten, müsse im Sinne der aufgestellten Grundzüge auf alle mögliche Art, namentlich auch durch Vermittlung der einschlägigen guten Literatur (Stoffnachweisen, Musterprogramme), durch Beschaffung guter künstlerischer Kräfte und durch Beispielveranstaltungen eingewirkt werden. Der Zusammenhang all dieser Bemühungen mit dem Ganzen der Volksbildungsarbeit ergebe sich daraus, daß nur eine allgemeine Erhöhung der Geistesbildung unseres Volkes die Grundlage bilden könne für Hebung des Geschmacks, Veredlung der Geselligkeit und letzten Endes für die Erziehung zur Kunst.

Eine Berufsvormundschaft in Wien. Der Wiener Stadtrat beschäftigte sich kürzlich mit einem Bericht über die Einführung der Berufsvormundschaft und nahm zu dieser Frage die folgenden Beschlüsse an: 1. Zum Zwecke des Rechtsschutzes und der Fürsorge hilfs- und schutzbedürftiger Kinder wird die Errichtung eines Kinderschutzes der Stadt Wien, welchem in erster Linie für jene Kinder, für welche kein geeigneter Individualvormund ausfindig gemacht werden kann, die Versorgung der einem Vormund obliegenden Geschäfte zukommt, im Prinzip genehmigt. 2. Zur Beratung der Organisationsbestimmungen und Festsetzung des Wirkungsbereiches dieses Amtes wird ein Komitee, bestehend aus dem Bürgermeister, den drei Vizebürgermeistern, drei Mitgliedern des Stadtrates, dem Magistratsreferenten oder dessen Stellvertreter eingesetzt. 3. Die Vorarbeiten sind derart zu beschleunigen, daß das Kinderschutzesamt der Stadt Wien am 1. Januar 1911 seine Wirksamkeit beginnen kann. 4. Die auf Grund der festzusetzenden Organisation sich ergebenden voraussichtlichen Kosten des Amtes sind im Voranschlag des Jahres 1911 sicherzustellen. — d.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Das „Reichskartell der Verbände der Unterbeamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten“, das bereits durch eine Bepfändung der christlich-nationalen Staatsangestellten und Arbeiterverbände in Frankfurt a/M. am 1. Mai in die Wege geleitet war, ist unter Führung des Elberfelder Verbandes der Eisenbahner auf einer Tagung in Köln am 29. September endgültig beschlossen worden. Es befaßt sich auf die staatlichen Verkehrsunternehmen und wird umfassen: 1. den bayerischen Eisenbahnerverband (München) mit 29 000 Mitgliedern, 2. den Verband der württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunterbeamten und Arbeiter (Stuttgart) mit 2400 Mitgliedern, 3. den Verband der Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (Bonn), 4. den Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker- und Arbeiter (Elberfeld) mit 16 000 Mitgliedern (einschließlich der Landessektion der 7000 Oberbauarbeiter). Geschäftsführer des Kartells ist Wilh. Gutsche (Elberfeld). Zwischen den beiden letztgenannten Organisationen 3 und 4 und den im Staats- und Gemeindearbeiterverbände (München) organisierten Militärarbeitern soll ein loses Nebenkartell begründet werden, um auch die Interessen der christlich-nationalen Staatsarbeiter in den nicht dem Verkehre dienenden preussischen Staatsunternehmen wahrzunehmen.

Rein Koalitionsrecht für die Straßenbahner in Lübeck. In der Lübecker Bürgerschaft wurde kürzlich zur Sprache gebracht, daß die Arbeiter und Angestellten der städtischen Straßenbahn einen Vertrag unterschreiben mußten, der den Satz enthält: Die Zugehörigkeit zu einem Handels- und Transportarbeiterverband oder einem sonstigen Arbeiterverband ist verboten. Die Unterschrift wurde den Arbeitern unter Androhung sofortiger Entlassung abgenötigt. Ein Senator begründete diese Maßnahme, die in der Bürgerschaft teilweise scharf angegriffen wurde, mit dem nichtsagenden Hinweis auf die Gewerbeordnung, die in § 6 die Eisenbahnunternehmen aus ihrem Geltungsbereich ausschließt. Deshalb käme auch das Verbot der Koalitionsbeschränkungen in § 152 G.D. den Eisenbahnern nicht zugute. — Man mag die Unterdrückung der Eisenbahnkoalition mit vielen Gründen rechtfertigen, nur nicht mit

dem Hinweis auf die Gewerbeordnung; denn § 152 G.D. hebt doch nur veraltete Ausnahmegesetze auf, während das Koalitionsrecht ein verfassungsmäßiges Grundrecht jedes Staatsbürgers ist.

Volksgeundheit.

Die Ausübung der Schulhygiene in deutschen Volksschulen.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat im Sommer 1908 bei allen deutschen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern eine Umfrage veranstaltet, um eine Feststellung derjenigen Maßregeln und Einrichtungen zu erzielen, die in den deutschen Volksschulen für die Gesundheit der Schulkinder getroffen sind. Die Ergebnisse der Umfrage sind durch den Schularzt Dr. A. Lewandowski-Berlin bearbeitet worden*). Von den 524 in Betracht kommenden Gemeinden standen 468 ordnungsgemäß ausgefüllte Fragebogen, also fast 90%, zur Bearbeitung zur Verfügung. In 266 dieser Orte waren für 3427 Schulen Schularzte angestellt, sie fehlten mithin noch an 202 Orten mit 1280 Schulen.

Der Fragebogen war in 11 Unterabteilungen gegliedert. Als die wichtigsten Ergebnisse für diese 11 Abteilungen ergibt sich folgendes: 1. Gymnastik und Reinlichkeit. An 193 Orten wurden in den Pausen gymnastische Übungen eingeführt. 22 Orte hatten für Rüdgratverkrümmte orthopädischen Turnunterricht eingeführt. Gelegenheit zu Schwimmbädern war durch die Schulverwaltung in 205 Orten geboten, Brausebäder in den neueren Schulgebäuden sind für 216 Orte nachgewiesen. — Bei der Erholungsfrage kommt hauptsächlich die Veranstaltung von Turnfahrten (163 Orte), Spielen im Freien (357 Orte), Spaziergänge (382 Orte), Spielnachmittage (226 Orte) unter Leitung der Lehrer in Betracht. Das Schlittschuhlaufen wird in 173 Orten seitens der Schulverwaltung gefördert. Als Ferienerholung für schwächliche Kinder wird vorwiegend die Entsendung in Ferienkolonien gewählt, wozu in 196 Orten die Gemeinden in irgendeiner Form Zuschüsse oder Förderung gewähren. In 33 Orten bestehen Wald-erholungsstätten für schwächliche Kinder, in 3 Waldheime, in 8 Waldschulen, in 3 Waldsanatorien. — Die Ernährungsfrage ist in dieser Umfrage der Zentralfstelle für Jugendfürsorge nicht eingehender behandelt, da dies Gebiet durch die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt bearbeitet ist. — Über die Alkoholfrage werden in 318 Orten Merkblätter verteilt, in 443 Orten findet im Unterricht eine Belehrung über die Gefahren des Alkohols statt, in 85 Orten untersagt die Schulverwaltung jeden Alkoholgenuß bei Schulausflügen. — Der Zustand der Zähne und des Zahnfleisches wird in 163 Orten regelmäßig untersucht, eine Behandlung zahnkranker Kinder findet indessen nur in 53 Orten statt. An 20 Orten bestehen Schulzahnkliniken, 13 sind außerdem geplant. — Die Augen der Kinder werden in 274 Orten schulärztlich untersucht und überwacht, 215 Orte liefern Brillen auf Gemeindefkosten, eine Überweisung in Blindenanstalten in schweren Fällen erfolgt seitens 291 Orte. In 152 Orten werden außerdem die Kinder beim Abgang von der Schule in bezug auf ihre Berufswahl unter Berücksichtigung der verminderten Sehschärfe beraten. — Eine Hörprüfung sämtlicher Kinder findet in 211 Orten statt; die Möglichkeit ohrenärztlicher Behandlung unter Mitwirkung der Schule ist in 131 Orten geboten, es fehlt jedoch noch an Maßnahmen, um den Unterricht für hochgradig Schwerhörige geistlich zu gestalten. — Sprachheilkurse für Kinder mit Sprechfehlern sind an 196 Orten vorhanden.

Über die Maßnahmen zur Schonung nervöser Kinder sind die Meinungen noch wenig geklärt. Einige Schulen führen Kurzstunden dazu ein; 130 Orte haben Handfertigkeitsunterricht eingeführt, während andere dies für eine verfehlte Maßnahme erklären; 127 Orte haben den Nachmittagsunterricht beseitigt, in einem anderen Orte dagegen erhalten die nervenschwachen Kinder gerade den „weniger anstrengenden“ Nachmittagsunterricht. — Für die Schwachbegabten wird in 133 Orten Nachhilfsunterricht erteilt, 103 Orte haben Hilfsklassen, 146 Orte Hilfschulen eingerichtet, in denen vereinzelt auch der Handfertigkeitsunterricht besonders gepflegt wird. Eine Anzahl von Gemeinden sorgen durch Fortbildungsschulunterricht, Unterbringung in Handwerkslehre oder sonstigen besonderen Stellennachweis für Schwachbegabte für das Fortkommen nach Abgang von der Schule. — Die Tuberkulosefürsorge durch schulärztliche Feststellungen erfolgt in 238 Orten. Die weiteren Maßnahmen richten sich in 109 Orten auf den Ausschluß der

*) Erschienen im Verlag von B. G. Teubner, Leipzig 1910. Preis 0,50 M.

Kranken vom Klassenunterricht, in 5 Orten werden die tuberkulösen Kinder auf Gemeindefkosten ärztlich behandelt, in 139 Orten erfolgt ihre Überweisung in geeignete Anstalten. Außerdem findet in einer Reihe von Orten eine besondere Fürsorge für sie statt, indem sie auf Gemeindefkosten aufs Land, in Erholungsstätten, Seehospize, Solbäder usw. geschickt werden. Auch Milchturen kommen zur Anwendung oder die Stadt gibt sie in besondere Obhut der Gemeindefschwwestern.

Der Wert der Umfrage der Zentrale für Jugendfürsorge besteht jedoch nicht nur darin, daß die bestehenden Einrichtungen und Maßnahmen festgestellt wurden, sondern in der wertvollen Anregung, die an die befragten Gemeinden dadurch vermittelt wurde. Wie der Bearbeiter der Erhebung mitteilen kann, haben die meisten Gemeinden nicht nur bereitwillig Auskunft gegeben, sondern es spricht auch aus den Antworten und Randbemerkungen vielfach ein erfreulicher Eifer, die Schulhygiene auszubauen, oder es kommt auch das Bedauern zum Ausdruck, daß die Geldlage des Ortes manche als segensreich erkannten Einrichtungen nicht gestalte. Mit den Fragebogen zugleich wurden die von der Zentrale für Jugendfürsorge aufgestellten Leitfäden geschickt, in denen alle Maßnahmen zusammengestellt sind, die vom Standpunkt der Schulhygiene aus erstrebenswert sind. Mehrfach wurden diese Leitfäden von den Stadtverwaltungen nachgefordert, um weiter an Schularzte, die Schuldeputationen, Direktoren u. a. verteilt zu werden — ein Beweis dafür, daß man die Anregungen der Zentrale als nachahmenswert erkennt.

Erkrankungsstatistik und Gewerbehygiene. Für bestimmte Berufsgruppen kann die Tuberkulose als Berufskrankheit angesehen werden. Bei der Leipziger Ortskrankenkasse wurde 1897—1905 eine Tuberkulosesterblichkeit von 2,3 auf 1000 gefunden, in den Jahren 1905—1908 schwankte die Zahl zwischen 2,5 und 2,6. Dr. Kaup, Charlottenburg, verglich diese Zahlen mit denen anderer Krankenkassen, so zeigten die Dresdener, Pforzheimer und Straßburger Kassen eine Schwindluchtssterblichkeit von 3,0, 3,8 und 4,1 auf 1000 der Versicherten. Die Häufigkeit der Schwindlucht ist davon abhängig, ob in einer Kasse mehr oder weniger Mitglieder vorhanden sind, die in Staubberufen beschäftigt sind. So waren in Leipzig bei den Maschinisten und Heizern 1,0 auf 1000 an Schwindlucht gestorben, 1,1 bei den Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft und der chemischen Industrie, dagegen 5,8 bei der Gruppe der Steinbearbeitung, 4,6 bei Schriftsetzern und Instrumentenmachern, 5,7 bei Schneidern; bei den weiblichen Versicherungsmitgliedern in der Land- und Forstwirtschaft 0,8, beim Bureau-, Kontor- und Ladenpersonal 1,0, hingegen für Laufmädchen, Sortiererinnen und Packerinnen 7,4, ebensoviel für das Hilsgewerbe des Handels, für die Buchmacherinnen 5,9 und für die chemische Industrie 6,8. Wie Kaup mitteilt, zeigen die Glaschleifer des Aufschichtbezirks Graz für die Altersgrenze von 30—40 Lebensjahre eine Tuberkulosesterblichkeit von 7—38 pro mille.

Für die deutschen Verhältnisse sind auch durch die Invalidenversicherung Anhaltspunkte für die Ermittlung der Berufsinvalidität gegeben. Für die Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs konnte Dr. Kaup nachweisen, daß die bleigefährdeten Hüttenarbeiter um rund zwei Jahre früher invalide wurden und ihr Lebensalter gegenüber den Bergarbeitern um mehr als 5 Jahre verkürzt erscheint. Einige Invalidenversicherungsanstalten, wie z. B. die Berliner, haben im Jahre 1901 angegeben, daß das Invaliditätsalter der Rentner von 52 Jahren im Jahre 1892 auf 49,8 Jahre im Jahre 1900 gesunken ist, und seitdem trat noch ein weiterer Rückgang ein. Die einzelnen Berufsgruppen beteiligen sich an diesem Rückgang in sehr verschiedenem Maße; es gibt Berufe, die eine Zunahme des Invaliditätsalters aufweisen, die Mehrzahl verzeichnet jedoch einen Rückgang.

Dr. Kaup beklagt es, daß bei der ungeheuren Bedeutung einer Verlängerung der produktiven Lebensperiode größerer Berufsgruppen man für den Ausbau der beruflichen Gesundheitsstatistik nicht größere Aufwendungen gemacht hat. Nur dadurch sind wertvolle Anhaltspunkte über die Gesundheit bestimmter Arbeitergruppen zu gewinnen, die für notwendige Maßnahmen den Aufsichtsbehörden gute Unterlagen bieten. Gerade die Betriebsleitungen gesundheitslich gefährdeter Betriebe, wie z. B. der chemischen Industrie, der Bleibetriebe, der Gußeisenindustrie und des Bergbaues sind an der Erniedrigung der Krankheitsziffer schon aus ökonomischen Gründen sehr interessiert. Denn bei einem Rückgang der Erkrankungsprozente der Mitglieder der Betriebskrankenkassen von etwa 50 auf 36—37 würde sich schon eine Ersparnis von 44 Millionen im Jahre ergeben. Dr. med. F.

Die 9. internationale Tuberkulose-Konferenz ist in diesem Jahre Anfang Oktober in Brüssel abgehalten worden. Die Verhand-

lungen erstreckten sich auf folgende Gebiete: 1. Klinische und experimentelle Studien; 2. Schutz der Kinder gegen Tuberkulose; 3. Tuberkulose und Schule; 4. Die Tuberkulose-Bekämpfung und die Frauen. Zu allen Fragen waren außer den mündlichen Vorträgen auch zahlreiche schriftliche Gutachten erstattet. Der erste Teil der Verhandlungen betraf vorwiegend ärztliche Fachfragen. Bei dem zweiten Teile standen sich verschiedene Auffassungen gegenüber, wie weit man etwa zum Schutze der Kinder, die schon selbst tuberkulös sind oder in tuberkulöser Umgebung leben, Zwangsmaßnahmen durchführen könne, d. h. zwangsweise Unterbringung offenkundig tuberkulöser Familienmitglieder in Heilanstalten. Von verschiedenen Seiten wurde die Ermartung ausgesprochen, daß die gesetzmäßige Versicherung der Arbeiter als indirekte Zwangsmaßregel wirken könne, indem man tuberkulösen Arbeitern, falls sie ihre Unterbringung in einer Heilanstalt verweigern, die Rente vorzuenthalten könne. Ferner wurde die Errichtung von besonderen Kinderheimen für Kinder aus Familien, wo offene Tuberkulose vorhanden, empfohlen, auch sei ein Hauptaugenmerk neben sachgemäßer Ernährung (Milch) auf Erziehung zur Reinlichkeit und sorgfältiger Hauspflege zu legen.

Bei dem nächsten, nahe verwandten Verhandlungsgegenstand, Tuberkulose und Schule, wurde die Übereinstimmung aller Bestrebungen zur Förderung der Schulhygiene mit den Bestrebungen zur Tuberkulosebekämpfung hervorgehoben. Es empfehle sich die Mitwirkung der Lehrer sowohl für die allgemeine Hygiene als für die Bekämpfung der Tuberkulose und besonders die Verbenutzung von Schulschwwestern zur Erforschung der häuslichen Verhältnisse, um Eltern und Geschwister tuberkulöser Kinder an die örtlichen Schutzvereine bekannt zu geben, damit rechtzeitig durch die Hebung der häuslichen sozialen Verhältnisse nicht nur die Tuberkulose des Kindes, sondern auch die familiäre Tuberkulose bekämpft werde.

Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung wurden Berichte erstattet über die privaten oder in Vereinen organisierten Bestrebungen von Frauen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Aus Deutschland wurden rühmend die Arbeiten der Vereine vom Roten Kreuz hervorgehoben, aus Rußland die Verdienste der weiblichen Ärzte im Kampfe gegen die Volkskrankheiten und im Dienste der hygienischen Aufklärung der untersten Volksschichten besonders gewürdigt.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Int. Verein jetzt 25 Staaten (gegen 22 im Vorjahr) angeschlossen sind und daß die Bekämpfung der Tuberkulose in allen Ländern, wo man dies ernstlich betreibt, gute Fortschritte gemacht hat. Der nächste Kongreß wird 1911 in Rom stattfinden.

Ein österreichischer Arbeiterverein für Kinderpflege besteht seit längerer Zeit in Graz. Der Verein der Kinderfreunde, wie er sich nennt, hat sich vor einigen Jahren überwiegend aus Arbeitern gebildet, die gemeinsam an den Sonn- und Feiertagen, in den Ferien zweimal bis dreimal in der Woche, Wanderungen, ferner an allen freien Nachmittagen Spiele veranstalten. In den letzten Ferien wurde mit 50 Kindern eine neuntägige Wanderung nach Kärnten unternommen, für schwächliche eine Ferienkolonie eingerichtet, die von zusammen 60 Kindern besucht wurde. An den Sonntagen werden drei Wanderpartien gebildet. Am Sonntag nach Ostern zählte man 540 Kinder, 70 Jugendliche, 90 Erwachsene.

Wohnungswesen.

Der 20. Bundestag deutscher Bodenreformer.

Der Anfang Oktober in Gotha unter außerordentlich starker Beteiligung von Vertretern der Wissenschaft und Politik, der Behörden und Berufsvereine stattfand, befandete deutlich, daß die Bodenreformbewegung zu einer Macht im öffentlichen Leben Deutschlands geworden ist, wenn auch ihr Einfluß dem der britischen Bodenreformer, die die neue Landtax kürzlich durchgesetzt haben, noch nicht gleichkommt. Immerhin beweist ja der Kampf um die Reichswertzuwachssteuer in Deutschland, welchen breiten Raum die Bodenreformer unter dem Drucke der Reichsfinanznot zu erobern verstanden haben. Der Bund zählt heute 542 körperschaftliche Mitglieder mit fast $\frac{3}{4}$ Millionen Anhängern, abgesehen von den angeschlossenen Gemeinden, den Behörden, dazu viele Tausende von Einzelmitgliedern. Allein im letzten Jahre ist die Mitgliederzahl um 1400 gestiegen. 60 000 Kampfschriften und 520 000 Flugblätter hat der Bund in dieser Zeit zur Förderung der Wertzuwachssteuerpolitik verbreitet. Sämtliche Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern mit einziger Ausnahme von Halle a. S. haben bereits die Steuer nach gemeinem Wert eingeführt, und in 470 Gemeinden ist die Wertzuwachssteuer in Geltung. Mit freudiger Genugtuung

konnte der Vorsitzende Damaschke, dessen persönliches Verdienst ein großer Teil dieser Erfolge des Bodenreformgedankens ist, in seinem Geschäftsberichte diese Tatsache anführen. Nur ein Vermultropfen verdarb die Stimmung: der Verkauf des Tempelhofer Feldes. Eine scharfe Rundgebung schweren Bedauerns und die Bitte an den Reichstag, dem Abkommen des Militärischus die Genehmigung zu versagen, brachte zum Ausdruck, was die Teilnehmer der Gothaer Tagung so tief beunruhigte.

Die eigentlichen Verhandlungen galt naturgemäß hauptsächlich der Reichszuwachsststeuer, die durch ein Aufgebot von acht Rednern von allen Seiten beleuchtet und befürwortet wurde. Prof. Köpcke-Marburg erörterte die Stellung der Finanzwissenschaft, die bekanntlich gegenüber der Reichszuwachsststeuer nicht einheitlich ist, obgleich der bedeutendste Finanztheoretiker, Prof. Adolf Wagner, der sich selbst nach Gotha bemüht hatte und nach Köpcke das Wort ergriff, aus allgemeinen nationalwirtschaftlichen Erwägungen die Unerlässlichkeit der Reichszuwachsststeuer immer wieder vertritt und auch auf der Gothaer Tagung aufs neue in hinreichender Rede verfocht; übrigens in Übereinstimmung mit dem gleichfalls erschienenen alten Prof. Emminghaus, der vor 48 Jahren in Gotha auf dem Kongress deutscher Volkswirte als Gegner Adolfs Wagners die deutsche Freihandelschule hatte begründen helfen. Vom Standpunkt der Gemeinden trat Stadtrat Dr. Volbt-Dortmund, der ein vielverbreitetes Buch über die Wertzuwachsststeuer verfaßt hat, für eine sehr energische Ausgestaltung der Reichsststeuer ein, weil in vielen Gemeinden die Grundstücksinteressenten eine vernünftige gemeindliche Besteuerung verhindern. Victor-Bremen wies als Großkaufmann darauf hin, daß durch die monopolistische Bodenheerrschaft Weniger die Vielen ohne Land übers Wasser nach Amerika vertrieben worden sind und uns nun von dort aus scharfen Wettbewerb machen, während unsere Industriellen daheim unter den schweren Bodenrenten sich nur mühsam wehren können. Rittergutsbesitzer v. Schwerin glaubte behaupten zu können, daß der Wertzuwachs des städtischen Bodens allein der zunehmenden ländlichen Bevölkerung zu danken ist, daher die Städte größere Zuwachsststeuerlasten tragen müßten als das Land. Marfeld, der Vorsitzende des Uhrmacherverbandes, legte die Interessen des Mittelstandes, Flügel-Berlin die der festbesoldeten Beamten an der Reichszuwachsststeuer dar. Heinrich Frese, der Besitzer der konstitutionellen Fabrik, suchte zu widerlegen, daß die geplante Steuer das Baugewerbe schädigen würde, wenn man nur die richtige Trennung von Grund- und Gebäudewert vornehme. Die Anrechnung von Zinsen auf 15 Jahre für ertragslos gebliebene Baustellen sei eine Liebesgabe für die Terraingesellschaften. Reichstagsabgeordneter Behrens vertrat den Arbeiterstandpunkt bei der Zuwachsststeuer. In der Aussprache nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer Gelegenheit, mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß es bei der Wertzuwachsststeuer weit mehr als auf das Prinzip, das wohl allen Menschen sympathisch oder doch annehmbar erscheint, auf die praktische Ausgestaltung der Steuerveranlagung und Erhebung ankommt, wenn sie nicht mehr wirtschaftlichen und politischen Schaden als Nutzen anrichten soll.

Den Verhandlungen über die Reichszuwachsststeuer war eine längere Sonderberatung der Bürgermeister vorangegangen über die Frage: „Welche Rechtsformen gewähren eine soziale Verwendung des Gemeindegrundeigentums und welche Reformen sind auf diesem Gebiete zu erstreben?“ Oberbürgermeister v. Wagner führte die bekannte Bodenpolitik der Stadt Ulm, die $\frac{1}{4}$ des Reichsbildlandes ihr eigen nennt und diesen Boden nur gegen Vorbehalt eines 100jährigen Wiederkaufsrechts zum Uffsprungspreise verkauft, aber bis zu 90% beleih, als Muster vor. Oberbürgermeister Dr. Wilms-Posen berichtete über die in der „Soz. Pr.“ früher geschilderten Versuche Posen und anderer Städte, die Armen mit Land statt Geld zu unterstützen. Bürgermeister Stosberg-Vennep teilte an der Hand einer Mobellausstellung seine Erfahrungen mit kleinen Rentengütern mit.

In dem Ansiedlungsgezet ist festgesetzt, daß das Rentengut sich selbst rentieren soll. Das ist in Lempe besonders durchgeführt. Dort wohnen 18 v. H. der Bevölkerung in Rentengütern, meistens von 4 Zimmern. Der finanzielle Aufwand des Besitzers beträgt im Jahre 300 M., wobei 2 v. H. Tilgungssumme ist. Der Rentengutbesitzer zahlt $\frac{1}{8}$ an, $\frac{3}{4}$ gibt die Rentenbank als Hypothek, das fehlende Achtel gibt der Bauverein. Das Haus kostet durchschnittlich 6500 M. Die Eigentümer sind nur Arbeiter, wobei nach Religion und Politik nicht gefragt wird. Von den 300 M. verdienen die Leute 75 M. durch Viehhaltung und durch Bewahrung des Gartens. Der Redner meint, daß trotz mancher Schwierigkeiten dem Arbeiterrentengute keine ernste Bedenken entgegengestellt werden können und daß das Gemeindegut in der Ver-

wendung von Rentengütern eine segensreiche Tätigkeit ausübt. Durch die Rentengüter kann eine bodenständige Arbeiterschaft gewonnen werden. Die Schaffung des Einfamilienhauses müsse mit allen Kräften gefördert werden. Die Ausdehnung der in Preußen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über Rentengüter auf die Errichtung von Arbeiterrentengütern mit nur $12\frac{1}{2}$ Ar Garten- und Ackerland ist zur Bämpfung der Wohnungsnot und der Landflucht sowie im Interesse der Sehaftmachung von kleinen Leuten freudig zu begrüßen, und es ist dringend zu wünschen, daß ähnliche Bestimmungen in anderen deutschen Bundesstaaten erlassen werden. Die der Errichtung solcher Arbeiterrentengüter noch entgegenstehenden Schwierigkeiten sind durch Eingreifen der Landesversicherungsanstalten sowie durch staatliche Maßnahmen zu beseitigen. Wo die Verhältnisse irgendwie dazu angebracht sind, ist das Gemeindegut der Errichtung von Arbeiterrentengütern dienstbar zu machen. Das schließt nicht aus, daß die Vergabe der Rentengüter in erster Linie den gemeinnützigen Bauvereinen nahe zu legen ist. Wo sie aber nicht vorhanden sind oder versagen, sollen die kommunalen Körperschaften an ihre Stelle treten. Auch die Großgrundbesitzer und Industriellen mögen auf dem Wege der Rentengutbildung für gute Wohngelegenheiten für ihre Arbeiter und Angestellten sorgen, weil in dieser Art der Wohnungsfürsorge am ehesten die Gewähr geboten wird, daß sie nicht auf Eigengewinn begründet ist.

Bürgermeister Schüttmeyer-Rheine erörterte die Anwendungsformen und -möglichkeiten des Erbbaurechts.

Er ging von dem Vorgehen Frankfurts aus, in dem jetzt 150 Hektar dem Erbbaurecht erschlossen und darauf 124 Bauplätze vergeben sind, und zwar sowohl an Arbeiter wie an Beamte, städtische Lehrer und Private. Die Gemeinden sichern sich durch das Erbbaurecht den während der Erbbauperiode entstehenden Wertzuwachs, haben aber auch finanzielle Vorteile gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung. Vor allem aber sind es soziale Gesichtspunkte, die die Gemeinden veranlassen müssen, ihren Grundbesitz in Erbbau zu vergeben. Das Bauland wird dadurch billiger, die Mieten werden niedriger und es steht einer größeren Anzahl von Personen die Möglichkeit offen, sich auf lange Jahre eine dem Eigenheim heinabe gleichkommende Wohnung zu verschaffen. Die bisher abgeschlossenen Erbbauverträge bestimmen, daß nur Ein-, Zwei- oder Dreifamilienhäuser gebaut werden sollen, daß Untervermietungen ausgeschlossen sind, daß der Mietspreis nur mit Genehmigung der Gemeinden festgesetzt werden darf. Wesentlich ist auch, daß die vom Erbbauberechtigten aufgenommenen Hypotheken wegen der Befristung des Vertrags Amortisationshypotheken sein müssen; damit wird die in Deutschland überhand nehmende Bodenverschuldung eingeschränkt. Eine Reihe von Bedenken, die von Gegnern des Erbbaurechts vorgebracht werden, sind unbegründet, so der Vorwurf, der Erbbauberechtigte werde das Erbbauhaus zum Schlusse der Bauperiode verfallen lassen, da er kein Interesse an der Erhaltung habe. Dem kann dadurch vorgebeugt werden, daß der Eigentümer das Gebäude gegen eine Entschädigung übernimmt. Die Schwierigkeiten, die dem Erbbaurecht erwachsen, liegen in der Beleihbarkeit desselben. Bisher haben meistens die Gemeinden selbst das Baugeld hergegeben; das Privatkapital hat sich noch ferngehalten. Das hat seinen Grund in der Lüdenhaftigkeit der gesetzlichen Bestimmungen. Alles Wesentliche muß im Erbbauvertrage geregelt werden. Dadurch wird die Wertermittlung erschwert. Ferner ist das Erbbaurecht nicht mündelsicher. Daher beleihen es die Landesversicherungsanstalten nur gegen Bürgschaftsübernahme der Gemeinden. Zurückgehalten haben sich bisher auch die Sparkassen, die in erster Linie für Beleihung des Erbbaurechts mit in Frage kommen. Eine wesentliche Förderung wird dem Erbbaurechte dadurch zuteil werden, daß eine Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere auch hinsichtlich der Mündelsicherheit erfolgt. Man ist damit zurzeit im Reichsamte des Innern beschäftigt.

Durch diese sachmännische Erörterung praktischer Einzelfragen aus dem großen Felde der Bodenbesitzreform macht sich die deutsche Bodenreformbewegung nicht minder verdient als durch die Ausrüttelung des öffentlichen Gewissens gegenüber dem gesetzlich geregelten und durch das gegenwärtige Bodenbeleihungsrecht künstlich geförderten Spekulationspiel in Grundstücken.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Johann Sassenbach: Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Berlin 1910. Verlag der Generalkommission. 218 S. 60 H.

Die neueste Auflage dieses verdienstvollen Büchleins, das überdies zu einem ganz außerordentlich billigen Preise verkauft wird, zeigt wiederum eine starke Vermehrung des Inhalts und damit der Seitenzahl. Nahezu 80 Zeitschriften sind bearbeitet, die selbständigen Publikationen sind selbstverständlich aufgenommen, so daß das Buch für das gesamte Gebiet der Sozialpolitik ein wertvolles Nachschlagemittel ist. Inhaltsverzeichnis und Sachregister würden übrigens die Benutzung sehr erleichtern.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeile.

Fräulein. das im Wiener „Settlement“ tätig war, sucht für Wien soziale Arbeit (Kinderbeschäftigung ausgeschlossen) mit Honorar. Zuschriften zu richten an: **Franekl**, Wien XIII, St. Petig. 22.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit.

Gesammelte Vorträge

von

Georg Friedrich Knapp.

Zweite, vermehrte Aufl. Preis: 2 M. 40 Pf.

Inhalt: Der Ursprung der Sklaverei in den Kolonien. — Die bäuerliche Leibeigenschaft im Osten. — Die Erbsuntertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft. — Die Landarbeiter bei der Stein- und Gartenberglischen Gesetzgebung. — Landarbeiter und innere Kolonisation. — Anmerkungen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Der Einfluß

der

Bank- und Geldverfassung auf die Diskontopolitik

im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Preis: 3 Mark.

Von **Georg Schmidt.**

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Literatur. — Einleitung. — I. Begriff und Wesen des Diskonts. Der Wechsel. Die Wechseldiskonture: Börse und Banken. Bankdiskont und Marktdiskont. — II. Die Notenbanken und ihre Diskontpolitik. Die Banknoten. Die gesetzlichen Vorschriften über die Notenbanken. — Ausführung. — Erster Teil: Die Geld- und Notenbankgesetzgebung und die bankpolitischen Grundsätze der Zentralnotenbanken, soweit sie auf die Diskontbewegung einen Einfluß ausüben, in den einzelnen Ländern. England. Deutschland. Frankreich. Österreich-Ungarn. Niederlande. Belgien. — Zweiter Teil: Zusammenfassende Vergleichung der Gründe der Diskontbewegung, welche in der Geld- und Notenbankverfassung liegen. A. Vergleichung der Diskontbewegung in den sechs Ländern. B. Die Gründe der Diskontbewegung. Die Diskontpolitik und ihre beiden Hauptziele. Verschiedenes Verhalten der einzelnen Zentralbanken in der Verfolgung dieser beiden Ziele. Die Regulierung des Standes der Devisenkurse. Die Anpassung der Kreditnachfrage an die verfügbaren Kreditmittel der Banken. a) Die Kreditmittel und ihre Bedingungen. a) Die Bedingungen. b) Vergleichung der Kreditmittel. b) Die Inanspruchnahme des Kredits der sechs Banken im Vergleich. — Schlußbetrachtung. — Nachtrag: Das Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. Juni 1909 und seine voraussichtlichen Einwirkungen auf die Bank- und Geldverfassung Deutschlands, auf die Diskontopolitik der Reichsbank und auf die Bewegung des Bankdiskontes.

Die russische Goldwährung.

Von

W. Fajans.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 141.)

Preis: 4 Mark 50 Pfennige.

Aus dem Inhalt: Einleitung. Grundzüge zur Geschichte der russischen Papierwährung. — Die Währungsverhältnisse Russlands seit der Durchführung der Geldreform bis auf die Gegenwart. — Die Frage des Währungsmetalls. — Die Fixierung des Rubelkurses und die Devaluation. — Die gesetzliche Regelung der Deckungsfrage und ihre Würdigung. — Die inländische Goldgewinnung. — Die Politik der Goldansammlung. — Die Politik Wittes. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Abschluss der Geldreform. — Allgemeine Würdigung der Währungsreform. — Die Wandlungen des Geldverkehrs seit dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges. — Der Geldverkehr und der Krieg. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Friedensabschluss. — Die währungspolitische Bedeutung der Vergrößerung der Staatsschuld seit 1904. — Zweiter Abschnitt. Die Gestaltungstendenzen der russischen Handelsbilanz. — Die Zukunft der Getreideaufuhr. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideaufuhr durch Extensivierung des Getreidebaus. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideaufuhr auf Kosten der Volksernährung. — Die Ausfuhr der übrigen wichtigen Exportartikel und die Aussichten auf eine Einschränkung des Exports. — Die Holz-, Flachs-, Eier-, Butter- und Naphtaaufuhr. — Die Aussichten auf eine Einschränkung des Imports. — Die Aussichten auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Goldindustrie. — Literaturverzeichnis. — Schlussbetrachtung.

Das russische Bankwesen.

Von

Rudolf Claus.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 131.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Vorwort. Literatur. I. Die staatlichen Kreditanstalten. — Die Kreditanstalten bis zur Bankreform. — Die Staatsbank. — Die Bauern-Agrarbank. — Die Adels-Agrarbank. — Sparkassen und Leihkassen. — Stadtgemeindebanken und städtische Leihhäuser. — II. Gegenseitige Kreditanstalten. — Land-Hypothekenbanken auf Gegenseitigkeit. — Städtische Kreditgesellschaften (Hypothekenbanken). — Gegenseitige Kreditgesellschaften (Handelsbanken). — III. Aktienbanken und Bankers. — Aktienhandelsbanken. — Aktien-Hypothekenbanken. — Leihhäuser auf Aktien. — Bankers. — IV. Kleinkreditanstalten. — Organisation und Gesetzgebung. — V. Die Arbeitsteilung im russischen Bankwesen. — Kreditbilletts, Depositen, Kontokorrentguthaben. — Wechseldiskont, Lombard, Spezial-Kontokorrent, Emissionsgeschäft. — Der kurzfristige ländliche Kredit. — Der Hypotheken- und Kaufpfandkredit. — Schluß.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von

Theodor Vogelstein.

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Handbuch

der

Löhnungsmethoden.

Eine Bearbeitung von **David F. Schloß**
„Methods of Industrial Remuneration“.

Von

Dr. Ludwig Bernhard.

Preis: Geheftet 7 Mark 60 Pfg., gebunden 8 Mark 60 Pfg.

Inhalt: Einführung. I. Die Verwendungen mathematischer Ausdrucksformen in der Rationalökonomie. II. Die Theorie der Löhnungsmethoden. — Erstes Kapitel. Die verschiedenen Arten der Löhne. — Zweites Kapitel. Die gemeinsamen Grundlagen aller Lohnformen. — Drittes Kapitel. Der Zeitlohn. — Viertes Kapitel. Der Werklohn. — Fünftes Kapitel. Der Stücklohn. — Sechstes Kapitel. Die Einwände der Arbeiter gegen die Stückerarbeit (mit einem Zusatz über die Wirkung der Stücklohn auf Arbeitsleistung und Arbeitslohn). — Siebentes Kapitel. Die progressiven Löhne (Prämienysteme). — Achtes Kapitel. Der Gruppen-Werklohn. — Neuntes Kapitel. Der Gruppen-Stücklohn. — Zehntes Kapitel. Die progressiven Gruppenlöhne (Gruppen-Prämienysteme). — Elftes Kapitel. Die Kontraktarbeit (Affordmeistersystem). — Zwölftes Kapitel. Die genossenschaftliche Arbeit. — Dreizehntes Kapitel. Die Stücklohnung der Werführer. — Vierzehntes Kapitel. Das Zwischenmeistersystem. — Fünfzehntes Kapitel. Einwände gegen das Zwischenmeistersystem; das „Schwachscheitersystem“. — Sechzehntes Kapitel. Zusammenfassende Betrachtung über die hauptsächlichsten Lohnsysteme (mit 4 Tafeln). — Siebzehntes Kapitel. Die Zukunft der Löhnungsmethoden.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W., Mauerstr. 48. 44.

Dieser Nummer ist eine Verlagsanzeige von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, über „Die Kultur der Gegenwart“ beigelegt.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Mollendörffstr. 29/30
Fernsprecher: VL 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Reichsversicherungsordnung
in der Reichstagskommission.
Von Geh. Reg.-Rat Düttmann,
Oldenburg. III. 194Allgemeine Sozialpolitik 199
Einführungsgesetz zur RVO. und
Hilfsleistungsgesetz.Die Pensionsversicherung der Privat-
angestellten.
Einseitiges Angestelltenrecht.Soziale Zustände 200
Lebensalter der pensionierten
Bergleute. Von Bergassessor
Dr. Herbig, Saarbrücken.
Die bessere Ausnutzung des Tages-
lichts in England.Rechtspflege 203
Arbeiterinnenbeschäftigung in der Konfektion.
Hinausweisen eines Angestellten ist
einer sofortigen Entlassung gleich-
zusetzen.
Krankengeld von Beihilfen.Tarifvereinbarungen zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitern 204
Die Tarifgemeinschaft für Deutsch-
lands Chemigraphen und Kupfer-
drucker.Die Genehmigung der Ortsarbeitsver-
träge für das Baugewerbe durch die
Hauptvorstände.Arbeitgeber- und Unternehmerver-
bände 204Der 4. Verbandstag der Hoteliers
und Restaurateure deutscher Bäder
und Kurorte und die Forderungen
der Gastwirtschaftlichen.Der Arbeitgeberverband im Bezirk der
nordwestlichen Gruppe des Vereins
deutscher Eisen- und Stahlindu-
strieller.Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten .. 205Die gewerkschaftlichen Jahr-
bücher.Beim Jahre Heimarbeiterrinnen-
bewegung.

Streiks und Aufstörungen .. 207

Wirtschaftliche und politische Nach-
wirkungen des französischen Eisen-
bahnerstreiks.

Die Arbeitskämpfe in Großbritannien.

Sperrung gegen Vereinsbuchhandlungen
von Angestelltenverbänden.
Spannungen in der deutschen Schuh-
industrie.Ein schwerer Fall in der Schweizer
Uhrenindustrie.
Der Gepäckträgerstreik in Neuport.

Arbeiterversicherung. Spezialien. 210

Die Reichsversicherungsordnung in der
Kommission.
Massenuntersuchungen von Unfall-
verletzten.Eine Unfallversicherung für Schul-
kinder in Spanien.
Die Erfolge der Heimsparrbüchsen und
Sparautomaten in Wilmersdorf.Arbeitslosigkeit und ihre Be-
kämpfung 211Die Arbeitslosennotstands-
aktion in Frankfurt a. M. im
Winter 1908/09.Eine amtliche Arbeitslosenabzählung in
Sachsen.
Abrechnung der Arbeitslosenversicherung
in Halle a. S.Die Arbeitslosenversicherungsforderung im
Münchener Gemeindefollektum.
Die Versicherung gegen Arbeitslosig-
keit in England.

Volkserziehung 216

Die Unterrichtsverteilung an nicht mehr
schulpflichtige Jugendliche.
Eine Stadt ohne Schulbibliothek.Die Blumenpflege der Volksschüler
in Hamburg.
Künstlerischer Schmutz für Arbeiter-
wohnungen.

Ein Jugendheim bei der Wiener Polizei.

Volksgesundheit 218

Die Bevölkerungsvergänge in Deutsch-
land.
Die Verbreitung der Zahnkrankheiten.Reform der Krankenpflege in den
bayerischen Kreisirrenanstalten.
3. Internationaler Kongress für
Gewerbekrankheiten Wien 1914.

Wohnungswesen 219

Miete und Einkommen.
Wohnungswesen in Berlin.
Der 2. Deutsche Wohnungskongress.Der Verband rheinischer Baugenossen-
schaften.
Literarische Mitteilungen 222Die Reichsversicherungsordnung in der Reichstags-
kommission.

Von Geh. Reg.-Rat Düttmann-Oldenburg.

III.)

Die Vorschläge des Entwurfs im 2. Buche — Kranken-
versicherung — haben mehr noch als die organisatorischen Be-
stimmungen des 1. Buches die Öffentlichkeit beschäftigt und ins-
besondere, soweit es sich um die Fälschung der Rechte und Beiträge,
die Bestimmungen über Betriebs-, Innungs- und Landkrankenassen
und um die Regelung der Arztfrage handelt, sehr scharfen Wider-
spruch gefunden. Die Kommission hat denn auch zum Teil ein-
schneidende Änderungen vorgenommen, von denen aber manche
voraussichtlich wieder rückgängig gemacht oder doch nochmals ge-
ändert werden, ganz abgesehen davon, daß hier wie in den andern
Teilen des Entwurfs einer großen Zahl von Beschlüssen eine andere
Fassung gegeben werden muß, wenn sich nachher nicht große
Unzuträglichkeiten herausstellen sollen.

Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf
landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthofen, Hausgewerbetreibende,
unständige Arbeiter, in Wandergewerbebetrieben Beschäftigte ist
nach den Vorschlägen des Entwurfs angenommen, und für Betriebs-
beamte, Handlungsgehilfen usw. ist die Grenze der Versicherungspflicht
von 2000 M. auf 2500 M. Jahresverdienst hinaufgerückt, obwohl
dies von seiten der Ärzte auf das heftigste bekämpft wird, freilich
meistens mit unzutreffenden Behauptungen über die Zahl der damit
der Versicherung neu unterstellten Personen.¹⁾ Mit dieser Erhöhung
der Verdienstgrenze ist die Verschiebung, die durch die Erhöhung
der Löhne und Gehälter seit 1883 eingetreten ist, noch nicht aus-
geglichen, so daß hier tatsächlich eine Erweiterung des Kreises der
Versicherungspflichtigen gegenüber der durch das erste Kranken-
versicherungsgesetz gezogenen Grenze nicht in Frage kommt.

Abgelehnt ist jede Ausdehnung der Versicherungspflicht auf
Selbständige, sei es durch Gesetz (ein Antrag wollte die Selbst-
ständigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 1200 M. der
Versicherungspflicht unterstellen sehen), sei es durch Bundesrats-
beschluss (§ 180 des Entwurfs). Regierungsseitig wurde jede Er-
weiterung des Kreises der Zwangsversicherten bekämpft mit dem
Hinweise, daß sie eine entsprechende Ausdehnung der Invaliden-
versicherung bedingen werde, hier aber die Mittel für die Deckung
fehlen. Tatsächlich hat die Kommission es aber später unterlassen,
diese berechnete Konsequenz zu ziehen, indem sie eine Ausdehnung
der Invalidenversicherungspflicht über die Bestimmungen des Ent-
wurfs hinaus abgelehnt hat.

Die Erhöhung des Tagesentgelts, nach dem Beiträge und
Krankengeld im Höchstbetrage bemessen werden dürfen, von 4 und 5
auf 5 und 6 M. wird für eine alljährlich steigende Zahl von

¹⁾ Vergl. Nr. 2 Sp. 88.²⁾ Ärztlicherseits wird vielfach behauptet, daß bei Ausdehnung der
Versicherungspflicht bis auf 8000 M. Jahreseinkommen 92 % der ge-
samten Bevölkerung krankenversicherungspflichtig seien und auf jeden
Arzt durchschnittlich nur noch 36 Familien für die freie ärztliche Praxis
verbleiben würden. Dabei wird übersehen, daß es sich bei der Aus-
dehnung der Versicherungspflicht in der Hauptsache nur um die Privat-
angestellten mit einem Jahreseinkommen zwischen 2000 und 8000 M.
handelt, insbesondere also alle Selbständigen ausgeschlossen bleiben.

Besicherten eine Steigerung der Leistungen zur Folge haben, aber andererseits die Klassen leistungsfähiger machen.

Eine viel bedeutendere Erhöhung der Klassenleistungen haben die Versicherer einer weitgehenden Mutterchaftsversicherung erreicht durch die gegen den Widerspruch der Regierung gefaßten Kommissionsbeschlüsse, daß

1. versicherungspflichtigen Ehefrauen und den versicherungsfreien Ehefrauen von Versicherten im Falle der Niederkunft die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt werden müssen, unehelich Schwangeren auf Grund der Säkung gewährt werden können;
2. versicherte Wöchnerinnen an Stelle des Wochengeldes Aufnahme in einem Wöchnerinnenheim oder unter Kurzung des Wochengeldes Hauspflege gewährt werden kann;
3. ein Stützgeld auch den versicherungsfreien Ehefrauen der Versicherten gewährt werden kann.

Über die ohne Zweifel sehr erheblichen Kosten, welche den Klassen aus den gemäß Ziffer 1 ihnen auferlegten Zwangsleistungen erwachsen werden, wurde genaueres Zahlenmaterial nicht vorgelegt. Beachtenswert ist auch, daß hier zum ersten Male eine Zwangsleistung zugunsten von Familienangehörigen der Versicherten eingeführt wird. Es fragt sich, ob diese an sich gewiß höchst münchenswerte Ausdehnung der Klassenleistungen und beschränkt aufrechterhalten werden kann, solange die Erreichung anderer dringlicherer Ziele unmöglich ist. Jedenfalls ist es nicht angängig, daß die Leistung sogar den Ehefrauen freiwilliger Klassenmitglieder ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft zugute kommen soll, ja sogar den im Auslande niederkommenden Wöchnerinnen würde gewährt werden müssen, ohne daß die Klasse auch nur zur Abfindung berechtigt wäre.

Im Anschluß hieran sei bemerkt, daß die Ansprüche der im Auslande sich aufhaltenden Berechtigten auch in andern Teilen abweichend von den Vorschlägen des Entwurfs, aber nicht zweckentsprechend geregelt sind. Hier ist eine Lücke auszufüllen, die sich um so mehr geltend machen wird, je mehr die Zahl der in Deutschland beschäftigten Ausländer anwächst.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte zuerst die Frage, welche Arten von Krankenkassen zugelassen seien. Von sozialdemokratischer und polnischer Seite wurde eine einzige Klasse für den ganzen Bezirk des Versicherungsamts gefordert, von fortschrittlicher gegen Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen Einspruch erhoben, regierungseitig aber die Streichung dieser Klassen als unannehmbar bezeichnet und von konservativer Seite die Zulassung von Landkrankenkassen mit 100 Mitgliedern gefordert. Die Mehrheit entschied sich dahin, daß entsprechend dem Entwurf alle vier Klassenarten beizubehalten, Orts- und Landkrankenkassen aber für nicht zu große Bezirke zu bilden seien, und beschloß deshalb u. a., daß diese Klassen in der Regel nicht „für den Bezirk“, sondern „innerhalb des Bezirks“ eines Versicherungsamts zu bilden seien.

Während nach dem Entwurf der Landesregierung das Recht zustehe sollte, von der Errichtung von Landkrankenkassen für das ganze Gebiet des Bundesstaats oder für Teile desselben abzusehen, beschloß die Kommission, daß dies nur im Wege der Landesgesetzgebung einheitlich für das ganze Staatsgebiet statthaft sein solle. Das ist mindestens insofern ungewöhnlich, als für Staaten mit so großen Unterschieden, wie sie z. B. in Preußen bestehen, und allgemein für Stadt und Land eine verschiedene Regelung empfehlenswert sein kann und deshalb nicht von vornherein unmöglich gemacht werden sollte.

Bei der Beratung des die Errichtung von Betriebskrankenkassen regelnden § 257 traten die großen Meinungsverschiedenheiten besonders stark hervor. Auf der einen Seite das Bestreben, die Begründung von Betriebskrankenkassen weit über die Vorschläge des Entwurfs hinaus zu begünstigen (Herabsetzung der Mindestmitgliedszahl von 500 auf 50, die in Saisonbetrieben auch nur während zweier Monate im Jahre vorhanden zu sein brauchen, gemeinschaftliche Klassen für gleichartige Betriebe mehrerer Unternehmer), auf der anderen Seite Anträge, welche auf die völlige Beseitigung der Betriebskrankenkassen gerichtet waren oder deren Zulassung von dem Einverständnis mit der Mehrheit des ständigen Arbeiterausschusses oder, wo ein solcher fehlt, der Mehrheit der beteiligten Versicherungspflichtigen abhängig machen wollten. Für den letzterwähnten vom Zentrum gestellten Antrag fand sich eine Mehrheit und eine anders zusammengesetzte Mehrheit für einen von derselben Seite gestellten Antrag, der die Mindestmitgliedszahl auf 100 herabsetzte, für den so geänderten § 257 aber keine Mehrheit. Die Erklärung der Regierung, daß sie bei Ablehnung der Betriebskrankenkassen auf die Weiterberatung des Entwurfs verzichte, veranlaßte die Kommission dann doch, die nachfolgenden

Bestimmungen über die Organisation der Betriebskrankenkassen so zu beraten, als wenn der grundlegende § 257 angenommen wäre.

Der Vorgang ist charakteristisch für die Arbeit der Kommission. Mit wechselnden Mehrheiten sind Beschlüsse angenommen worden, die vielleicht keiner einzigen Partei die Annahme des Entwurfs in der Gestalt, die er nach den Kommissionsbeschlüssen gewonnen hat, möglich erscheinen lassen, jedenfalls aber nicht ihm eine Mehrheit in der Kommission und im Plenum verschaffen werden. Wenn gleichwohl die Beratungen fortgesetzt werden, so ist das ein weiterer Beleg dafür, daß in der Kommission mit einer Verständigung über einen Ausgleich der einseitigen noch tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten gerechnet wird.

Gemäß einem konservativen Antrage wurden erhebliche Erleichterungen der freiwilligen Versicherung beschlossen, obwohl die Bearbeitung des Materials der Leipziger Ortskrankenkasse durch das Statistische Amt des Deutschen Reiches kürzlich noch wieder bestätigt hat, in welch großem Umfange die Krankenkassen durch die freiwilligen Mitglieder überlastet werden. Man darf auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung nicht vergessen, daß die Wohlthaten, die man den freiwillig Versicherten erweist, auf Kosten der Zwangsversicherten gehen, denen die Einrichtung doch in erster Linie gilt.

Es wurden dann die die Selbstverwaltung der Landkrankenkassen einschränkende Sonderbestimmungen gestrichen, so daß ein wesentlicher Unterschied zwischen Orts- und Landkrankenkassen hinsichtlich der Organisation nicht mehr bestehen würde. Ob es dabei bleiben wird, ist wohl zweifelhaft.

Daran schloß sich die Beratung über die Hauptstreitfrage, welche durch den Gesetzentwurf aufgeworfen war, die sog. Hälftelung, die gleiche Verteilung einerseits der Beiträge, andererseits der Rechte in der Klassenverwaltung auf Versicherte und Arbeitgeber. Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler waren gegen jede Einschränkung des bisherigen Übergewichts der Versicherten in der Klassenverwaltung, Konservative, Reichspartei und Nationalliberale grundsätzlich für die Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Versicherten, das Zentrum gegen die Hälftelung wegen der Kürzung der den Arbeitgebern nun einmal eingeräumten Rechte und der zu großen Belastung der kleinen Arbeitgeber, aber doch für eine Einschränkung des Übergewichts der Versicherten nach bestimmten Richtungen hin. So wurde denn auf Antrag des Zentrums die Hälftelung der Beiträge und des Stimmrechts abgelehnt, so daß nach wie vor die Versicherten zwei Drittel der Beiträge zahlen, dafür aber auch zwei Drittel der Vertreter im Ausschuss oder Vorstand stellen werden. Das Erfordernis der Zustimmung der Mehrheit sowohl der Arbeitgeber- als der Versichertenvertreter wurde dann für die Wahl des Vorstehenden angenommen, dagegen für die Wahl der Beamten bei den Ortskrankenkassen gestrichen, obwohl im Anschluß an die Mitteilung einer Entscheidung des preussischen Obergerichtes sehr erregte Verhandlungen stattfanden über den Mustervertrag, der zwischen dem Zentralverbande der Ortskrankenkassen und dem den freien Gewerkschaften angegliederten Verbands der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen vereinbart war.

Ob mit diesem Kommissionsbeschlusse die Frage der Hälftelung endgültig abgetan ist, ist wohl zweifelhaft. Eine endgültige Entscheidung kann eigentlich erst erfolgen, wenn feststeht, ob den Versicherten ein Entschluß auf die Hälftelung der Unfallentschädigungen eingeräumt werden soll. Wenn auch die Regierungsvorteiler nicht mit gleichem Nachdruck wie bei der Frage der Beibehaltung der Betriebs- und Innungskrankenkassen die ausdrückliche Erklärung abgegeben haben, daß bei Ablehnung der Hälftelung der Gesetzentwurf fallen werde, so verlaute doch früher, daß eine Reihe von Landesregierungen, darunter insbesondere auch Preußen, nur unter der Voraussetzung dem Entwurf zugestimmt hätten, daß die Hälftelung zur Einführung gelange. Wenn das zutreffend ist, so ist kaum anzunehmen, daß der Verlauf der Kommissionsverhandlungen, insbesondere die Beurteilung der ablehnenden Haltung, diese Regierungen bewegen könnten, nunmehr von ihrer früheren Ansicht abzugehen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Hälftelung eine der vielen Klippen bleiben wird, an denen das Schiff scheitern kann.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, daß die Kommission es im § 499 bei der Bestimmung des Entwurfs uelassen hat, daß die Zuschüsse der Auftraggeber die Hälfte der Lasten decken, die aus der Versicherung der hausgewerblichen Versicherungspflichtigen erwachsen. Hier ist also die Drittelung nicht eingeführt, ob bewußterweise oder nur versehentlich, lassen die in den Zeitungen veröffentlichten Berichte nicht erkennen.

Die das Beamtenrecht regelnden Bestimmungen haben einige bemerkenswerte Änderungen erfahren. Vor dem Erlaß der Dienstordnung sollen die Angestellten gehört werden. Sie soll auch regeln die Fortzahlung des Gehalts bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung, die Gewährung von Dienstalterszulagen, die Voraussetzungen für Beförderungen, die Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge. Nach fünfjähriger Beschäftigung sind Kündigung und Entlassung nur aus einem wichtigen Grunde statthaft, und es ist der Rechtsweg dafür zulässig. Die Rechtslage der Kassenangestellten ist somit erheblich besser gesichert als gegenwärtig. Die Befugnis der obersten Landesbehörde, über die Beschäftigung der Kassen- und Rechnungsbeamten Bestimmung zu treffen, hat die Kommission gestrichen. Nach den Erörterungen über die Verhältnisse der Beamten bei den Berufsgenossenschaften ist damit zu rechnen, daß an den vorstehend erwähnten Beschlüssen noch wieder geändert wird.

Hervorgehoben sei, daß all diese Vorschriften auf das Personal der Betriebskrankenkassen keine Anwendung finden. Es steht lediglich im Privatvertrage zum Betriebsunternehmer mit der Einschränkung, daß es von der Aufsichtsbehörde seiner Stellung entzogen werden kann, wenn Tatsachen bekannt werden, die seine Vertrauenswürdigkeit für die Kassenführung ausschließen.

Von großer Bedeutung für die Volksgesundheit kann die von der Kommission beschlossene Bestimmung werden, daß Kassenmittel auch für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung verwendet werden dürfen. Die bekanntlich häufig zu Meinungsverschiedenheiten führende Frage, wie weit Aufwendungen für den Besuch von Versammlungen stattfinden dürfen, soll, wie der Entwurf vorschlug, von der obersten Verwaltungsbehörde geregelt werden. Eine größere Bewegungsfreiheit ist den Krankenkassen, wie in diesem Zusammenhange hervorgehoben sei, gewährt durch den Beschluß der Kommission, daß außer den in der Regel auf den Bezirk eines Versicherungsamts beschränkten und nur ausnahmsweise mit Genehmigung des Oberversicherungsamts für andere Bezirke zugelassenen Kassenverbänden, die schon das jetzige Gesetz kennt, auch die Bildung von „Kassenvereinigungen“, die den allgemeinen Zwecken und Zielen der Krankenhilfe dienen“, ohne irgendwelche einschränkende Bestimmungen zulässig ist. Daß solche Vereinigungen für größere, aber doch nicht zu umfangreiche Bezirke, etwa Regierungsbezirke oder Bezirke von Versicherungsanstalten, Ersprießliches leisten können, ist nicht zu bezweifeln.

Über die Regelung der Arztfrage darf hier kurz hinweggegangen werden. Die Kommission hatte es im wesentlichen bei den Vorschlägen des Entwurfs belassen, aber zum Schluß die Überzeugung gewonnen, daß sie nicht aufrecht zu erhalten seien, also eigentlich alles der zweiten Lesung überlassen. Abgesehen von dem im Leipziger Verbands zusammengefügten Ärzten ist sich wohl fast alles darüber einig, daß die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl unmöglich ist und daß den Kassen auch im übrigen die notwendige Bewegungsfreiheit gelassen werden muß, um sich zuweilen gehender Forderungen des genannten Verbandes und seiner Mitglieder erwehren zu können. Insbesondere muß es deshalb dabei verbleiben, daß den Kassen unter der notwendigen Überwachung das Recht zusteht, eine Barunterstützung an Stelle der ärztlichen Behandlung treten zu lassen, wenn sie diese nicht gewähren können.

Im übrigen dürfte es sich empfehlen, von dem Versuche einer einzelnen gehenden Regelung abzusehen und nur einen im Wege der Verhältnismahl von Kassen und Ärzten gewählten paritätisch zusammengesetzten Ausschuß zu bilden, der die Verträge vorzubereiten und in Streitfällen deren Schlichtung anzustreben hat. Weil aber zu erwarten ist, daß in diesem Ausschusse häufig, zumal in der ersten Zeit, solange die Gegensätze noch nicht mehr ausgeglichen sind, die beiden Parteien geschlossen einander gegenüberstehen werden, die Verhandlungen also ergebnislos sein würden, wäre zu bestimmen, daß in solchen Fällen eine nochmalige Verhandlung stattzufinden hat unter Leitung des Vorsitzenden oder eines an dessen Stelle tretenden Mitglieds des Oberversicherungsamts, nachdem der Ausschuß durch den Zutritt von zwei etwa von der höheren Verwaltungsbehörde bezeichneten Personen, die unbeteiligt sein müssen, ergänzt worden ist. Zweckmäßig könnte dieser erweiterte Ausschuß auch von vornherein in Tätigkeit treten, wenn eine der beiden Parteien dies beantragte. Denn ein fruchtloser Versuch, mit dem nur aus Beileigten zusammengesetzten Ausschusse zum Ziele zu gelangen, vermindert natürlich auch die Aussichten auf ein erfolgreiches Eingreifen des erweiterten Ausschusses. Anscheinend hat man sich auch auf ärztlicher Seite inzwischen davon überzeugt, daß es nicht angängig ist, nur die Zuweisung von

Rechten zu verlangen, gegen jede Bindung aber Einspruch zu erheben, und wird jetzt eher geneigt sein, sich mit jener Regelung im ange deuteten Sinne abzufinden.

Die im Entwurfe vorgesehenen Ausnahmebestimmungen für landwirtschaftliche Arbeiter haben nach mehreren Richtungen hin Einschränkungen erfahren, die zum Teil durchaus berechtigt, zum Teil aber geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der Landkrankenkassen in hohem Grade zu gefährden. Diese ist ohnehin schon dadurch stark beeinträchtigt, daß man den Landkrankenkassen die Hausgewerbetreibenden zugewiesen hat, die wenigstens da, wo die Hausindustrie den Hauptberuf bildet und nicht als Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft tätiger Personen auftritt, richtiger den Ortskrankenkassen überwiesen worden wären. Weiter kommt in Betracht, daß die Gewährung ärztlicher Hilfe auf dem Lande der weiteren Entfernungen wegen weit mehr Kosten verursacht als in der Stadt, daß die Überwachung der Kranken mit erheblich größeren Schwierigkeiten verbunden ist und während der geringere und minderlohnende Arbeitsgelegenheit bietenden Wintermonate für den landwirtschaftlichen Arbeiter die Versuchung, die Krankenkasse über Gebühr in Anspruch zu nehmen, außerordentlich groß ist. Bleibt es bei den Kommissionsbeschlüssen, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Gemeinden ziemlich häufig für nicht leistungsfähige Landkrankenkassen werden eintreten müssen. Die von der Kommission an die Regierung gerichtete Forderung, Vorschläge zu machen nach der Richtung, wie verfahren werden solle, wenn auch die Gemeinden nicht leistungsfähig seien, war deshalb sehr berechtigt.

Die Möglichkeit, durch Bestimmung der Säkung Versicherten, die eine Dauerrente beziehen, bei entsprechender Ermäßigung der Beiträge das Krankengeld zu versagen, ist durch die Kommission von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß die Rente nicht, wie der Entwurf wollte, den 150fachen, sondern wenigstens den 300fachen Betrag des Krankengeldes erreiche. Empfohlen hätte es sich, allen Kassen die der Rente entsprechende Kürzung des Krankengeldes freizustellen, sobald die Dauerrente den 150fachen Betrag des Krankengeldes erreicht, ohne sie zu einer entsprechenden Herabsetzung der Beiträge zu zwingen. Denn solche Rentenempfänger belasten die Kassen in der Regel außerordentlich stark, so daß gegenwärtig manche Kassen oder doch deren Beamte zu sehr bedenklichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, um sich dieser Mitglieder zu entledigen. Man könnte diesen das Recht zugestehen, auch ohne Zustimmung des Armenverbandes die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht zu verlangen, wenn sie sich durch die Kürzung des Krankengeldes zu sehr geschädigt glauben.

Die überall hervortretende Abneigung der Kommission gegen Ausnahmebestimmungen zeigte sich auch in der Streichung der vom Entwurf den Landesregierungen vorbehaltenen Befugnis, die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Dienstboten außer Kraft zu setzen, wenn eine gewissen Voraussetzungen entsprechende landesgesetzliche Regelung der Fürsorge für erkrankte Dienstboten besteht.

Weber bezüglich der unständigen und der in Wander-gewerbebetrieben beschäftigten Arbeiter noch bezüglich der Hausgewerbetreibenden hat die Kommission an den Vorschlägen des Gesetzentwurfs, die zweifellos zu manchen Bedenken Anlaß geben, Änderungen von grundsätzlicher Bedeutung vorgenommen. Es sind auch keine Versuche nach der Richtung hin gemacht, die für die Entrichtung der Krankenkassenbeiträge geltenden Bestimmungen so zu treffen, daß sie gleichzeitig für die Beitragsentrichtung zur Invalidenversicherung verwendbar sind. Nachträglich ist übrigens zu § 1437 ein hierauf hinielender Beschluß bezüglich der Beiträge für unständige Arbeiterschaft erfolgt.

Für die Knappschaftsversicherung hat die Kommission die geheime Wahl der Vertreter der Versicherten in der Generalversammlung (Knappschaftsälteste) und im Vorstände vorgeschrieben und die Einführung der Verhältnismahl gestattet.

Den unter dem Namen Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit auftretenden eingeschriebenen Hilfskassen, die als Ersatzkassen, d. h. als Kassen, deren Mitgliedschaft die Befreiung von der Zugehörigkeit zu der Zwangskasse begründen kann, fungieren, hat die Kommission die allzu ungünstigen Lebensbedingungen, die der Entwurf vorgesehen hatte, wesentlich verbessert. Auch Kassen, die bisher nicht zugelassen waren, sollen danach in Zukunft als Ersatzkassen zugelassen werden, und zugelassene Kassen sollen ihren Mitgliederkreis auf weitere Bezirke oder Berufsgruppen ausdehnen können, was der Entwurf ausgeschlossen hatte. Die oberste Verwaltungsbehörde am Sitz der Kasse kann die Mindestmitgliederzahl von 1000 auf 250 ermäßigen. Die Zulassung darf nur verlagert werden,

wenn der Verein den gesetzlichen Vorschriften nicht genügt. Den Schwindelunternehmungen, die so manchen Schaden anrichten, wird also auf Grund der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht beizukommen sein, sondern nur auf Grund einer Änderung des Hilfskassengesetzes.

Die Bestimmung des Gesetzentwurfs, daß der Arbeitgeberanteil des Kassenbeitrags, der für den einer Ersafkasse angehörenden Versicherten zu zahlen sein würde, an die Zwangskasse zu zahlen ist, hat die Kommission dahin geändert, daß die Zahlung auch an die Hilfskasse erfolgen darf. Darin liegt unzweifelhaft eine schwere Schädigung der Zwangskassen, denen durch die Hilfskassen gerade die besten Risiken entzogen werden, während die fränklichen Versicherten, soweit sie überhaupt Aufnahme in einer Hilfskasse finden, diese wohl überwiegend als Zuschußkassen benutzen werden, also die Krankenunterstützung von der Zwangskasse in Anspruch nehmen.

Als Endergebnis der Erörterung muß also auch bei dem zweiten Vuche der Reichsversicherungsordnung hingestellt werden, daß die erste Lesung in der Kommission gerade in den am meisten umstrittenen Punkten eine Lösung, welche ein Zustandekommen des Gesetzes wahrscheinlich macht, noch nicht gebracht hat und daß bei manchen anderen Fragen eine andere als die einstweilen von der Kommission beschlossene Regelung wünschenswert erscheint.³⁾

Allgemeine Sozialpolitik.

Einführungsgesetz zur RVO. und Hilfskassengesetz. Der Bundesrat hat Anfang November den Gesetzentwurf für ein Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dieses Gesetz wird, wie man dem „N. Pol. Tsgb.“ schreibt, alle diejenigen rechtlichen Grundlagen für den Übergang aus dem bestehenden Zustand in die neuen Verhältnisse enthalten, die nur vorübergehender Natur sind und daher zweckmäßigerweise in die Reichsversicherungsordnung selbst nicht aufzunehmen waren. Solche Übergangsbestimmungen werden notwendig beispielsweise bei der Krankenversicherung durch die Auflösung oder Zusammenlegung einzelner Kassen und die sich hieraus ergebenden vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen. Auch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird gesetzliche Ausführungsbestimmungen erfordern. Schließlich soll durch das Einführungsgesetz auch die Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes bewirkt werden, indem festgesetzt wird, daß an seine Stelle die Reichsversicherungsordnung mit ihren festen Beiträgen zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung tritt.

Gleichzeitig mit dieser wird auch der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes im Reichstage eingebracht werden, der vom Bundesrat schon im Frühjahr erledigt worden ist. Ein ähnlicher Gesetzentwurf ist bereits zweimal, im Jahre 1905 und 1907, im Reichstag eingebracht, aber nicht verabschiedet. Die neue Vorlage hat gegen ihre beiden Vorgänger eine Umgestaltung erfahren. Denn der Teil des Entwurfs, der das Verhältnis der Hilfskassen zu den Krankenkassen regelte, ist in die Reichsversicherungsordnung übergegangen. Dort werden auch die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Versicherungsvereine als Ersafkassen zugelassen werden dürfen. Es bleiben daher nur noch die allgemeinen Verhältnisse der Hilfskassen einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Gefordert wird in Zukunft für die Hilfskassen eine Mindestzahl von 1000 Mitgliedern. Der Beitritt soll Versicherungspflichtigen nicht verweigert werden dürfen, wenn er an sich nach den Satzungen zulässig ist, insbesondere soll der Beitritt nicht vom Lebensalter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig gemacht werden. An Leistungen sind mindestens die Regelleistungen der Krankenkassen nach dem Grundlohne zu gewähren, der bei der Krankenkasse maßgebend ist.

Die Pensionsversicherung der Privatangestellten wird, dem Versprechen der Reichsregierung und dem einmütigen Willen des Reichstags gemäß, rasch dem Abschluß im Bundesrat zugeführt, sobald die kommissarischen Beratungen innerhalb der Regierungen ihr Ende erreicht haben. Allerdings wird auch die Beratung in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats einige Zeit erfordern, so daß der Gesetzentwurf etwa Mitte oder Ende Januar dem

Reichstag zugehen wird. Nach Mitteilungen aus angeblich offizieller Quelle soll die Vorlage auf dem Grundsatze der Versicherungspflicht für alle männlichen und weiblichen Privatangestellten beruhen:

Diese Versicherungspflicht wird sich daher erstrecken auf alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge einschließlich der in den Apotheken beschäftigten, auf Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker einschließlich der Betriebsleiter und der in leitender Stellung stehenden Angestellten, ferner auf alle Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Erzieherinnen, soweit sie nicht an öffentlichen Schulen beschäftigt sind, ferner auf die Beamten der Landwirtschaft und auf alle sonstigen Angestellten, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, und schließlich auf die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und von Fahrzeugen der Binnen-Schifffahrt. Die Versicherungspflicht wird nicht an einen Mindestbetrag des Einkommens gebunden werden; auch an eine obere Gehaltsgrenze wird die Versicherungspflicht nicht gebunden werden. Aber mit Rücksicht auf die finanzielle Sicherheit wird es nötig sein, daß der Gehaltsatz, nach dem die Beiträge und Leistungen bemessen werden, einen bestimmten Höchstsatz nicht überschreitet. Es werde aber, so wird weiter behauptet, nötig sein, den Kreis der zum Eintritt in die Privatangestelltenversicherung verpflichteten Personen in bezug auf die höheren Altersgrenzen einzuschränken. Dabei sei zu prüfen, ob die in die Pflichtversicherung eintretenden älteren Personen mit Rücksicht auf die notwendige Karenzzeit tatsächlich noch einen Anspruch erwerben können, der mit ihrer Beitragsleistung auch im Einklang steht. Werde neben den Hinterbliebenenbezügen die Pension vom Eintritt der Erwerbsunfähigkeit an nach zehnjähriger Wartezeit gewährt, ohne daß es nach vollendetem 65. Lebensjahre noch des Nachweises der Invalidität bedarf, so reiche die Prämie für die im Alter von 59 Jahren in die Versicherung eintretenden Angestellten aus. Es werde sich daher empfehlen, diejenigen Privatangestellten, die beim Inkrafttreten des kommenden Gesetzes das 60. Lebensjahr bereits vollendet haben, von der Versicherungspflicht zu befreien.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß in den gegenwärtigen Beratungen versucht werde, grundsätzlich die Zulassung von Ersafinstituten aufrecht zu erhalten, dieses Entgegenkommen gegen die bestehenden Privatversicherungsanstalten aber mit den Interessen der staatlichen Zwangsversicherung in Einklang zu bringen. Man denke an eine Verbindung der Ersafinstitute mit der staatlichen Kasse durch eine Rückversicherung der einzelnen Mitglieder der Ersafinstitute bei der staatlichen Anstalt. Vom Hauptausschuß für staatliche Pensionsversicherung wird im Hinblick auf die ungünstigen Ergebnisse in Österreich erklärt, daß dort die Verhältnisse völlig anders geartet seien: „Alle österreichischen Erfahrungen werden bei uns berücksichtigt werden, und es besteht nicht der geringste Grund, wegen der deutschen Privatangestelltenversicherung Bedenken aus den österreichischen Verhältnissen abzuleiten.“

Einheitliches Angestelltenrecht. Der Ausschuß der Privatangestelltenvereine von Düsseldorf und Umgebung verhandelte kürzlich darüber und stimmte im Grunde dem Beschluß des Deutschen Juristentages in Danzig zu, der ein einheitliches Privatangestelltenrecht fordert. Der Ausschuß erkennt die Notwendigkeit in vollem Umfange und ohne jede Einschränkung an, für alle Privatangestellten gleiche soziale Schutzvorschriften zu schaffen, betont aber ausdrücklich, daß nicht nur ein einheitliches Arbeitsrecht der Privatangestellten notwendig ist, sondern auch eine besondere einheitliche Regelung des Arbeitsvertrages aller anderen Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Art der Stellung und der Beschäftigung. Er richtet deshalb die Bitte an den Reichstag und die Regierung, die einwandfreie Lösung dieser Frage, die in Österreich schon zum Teil durch das österreichische Handlungsgehilfengesetz erfolgte, als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben des Reiches zu betrachten.

Soziale Zustände.

Lebensalter der pensionierten Bergleute.

In Arn. 43 und 44/1908 der „Sozialen Praxis“ teilte ich in einer Abhandlung gleichen Titels eine Statistik der mittleren Lebensdauer (des durchschnittlichen Todesalters) der Saarbrücker Bergleute mit. Der dort gegebenen Berechnung, nach der die Lebensdauer des Saarbergmanns seit 1899 (Ausgangspunkt der Statistik) ein deutliches starkes Steigen erkennen läßt, ist meines Wissens von keiner Seite widersprochen worden. Wenn dies schon als eine Bestätigung des günstigen Ergebnisses der damaligen Berechnung angesehen werden darf, so sprechen im gleichen Sinne auch die jetzt vorliegenden Ziffern der Jahre 1908 und 1909. Die Tabelle in Spalte 1158/1908 sei hier wiederholt und ergänzt:

³⁾ Was der § 580 Satz 2 bedeuten soll, nachdem die Kommission ihm den Hinweis auf den § 223 Abs. 3 angefügt hat, ist recht zweifelhaft.

Jahr	Gesamtbelegschaft	Pensionierungsalter	Mittlere Lebensdauer (durchschnittliches Todesalter)				
			der pensionierten Vergleute	der aktiven Vergleute		der aktiven und pensionierten Vergleute	
				ohne	einschließl.	ohne	einschließl.
1	2	3	4	5	6	7	8
1892	29 828	45,69	57,39	—	—	—	—
1893	27 586	49,00	58,85	—	—	—	—
1894	30 070	46,94	56,81	—	—	—	—
1895	30 531	46,67	58,71	—	—	—	—
1896	32 396	46,81	58,98	—	—	—	—
1897	34 248	46,96	58,11	—	—	—	—
1898	35 856	47,69	56,43	—	—	—	—
1899	38 049	47,61	59,41	33,95	33,75	52,69	50,35
1900	40 308	48,98	59,60	33,85	33,39	51,76	49,74
1901	41 923	47,43	60,98	31,00	31,35	52,33	50,29
1902	42 086	47,39	59,05	33,33	33,05	52,73	50,49
1903	43 811	47,19	60,54	34,50	32,44	53,60	50,60
1904	44 949	44,98	59,49	32,67	32,40	53,08	51,93
1905	45 787	46,74	59,12	30,99	31,00	51,58	49,87
1906	47 891	44,49	61,99	33,75	32,33	53,83	51,51
1907	48 895	49,11	60,39	32,43	29,45	53,50	46,29
1908	49 998	47,73	61,16	30,94	30,53	54,48	52,00
1909	50 150	47,33	61,47	34,08	32,96	54,53	52,43

Neben der Gesamtbelegschaft ist zunächst das Pensionierungsalter angegeben. Das Pensionierungsalter darf nicht als Maßstab des Gesundheitszustandes einer Belegschaft benutzt werden. Ein Sinken dieser Ziffer beweist nicht, wie dies oft in einseitiger Weise behauptet wird, ein früheres Aufbrauchen der Arbeitskraft des Bergmanns, sondern ein stärker, statistisch genau nachweisbarer Grund für das Sinken des Pensionierungsalters liegt in der Erhöhung der Pensionsätze, die es dem Bergmann ermöglichen, sich früher pensionieren zu lassen, besonders da auch nach seinem Tode für die Witwen und Waisen durch die knappschaftliche Versicherung gesorgt ist. Schon 1908 erkannte man die Folgen der am 1. März 1907 in Kraft getretenen Erhöhung der Pensionsätze in ähnlicher Weise wie diejenigen der Erhöhung vom 1. Januar 1891. Vorher (1906) fällt das Pensionierungsalter von 46,74 auf 44,49 Jahre, weil die lediglich durch zunehmendes Altersbeschwerden veranlaßten Pensionierungen bis zum Eintritt der höheren Pensionsätze hinausgeschoben werden. Wie dadurch das durchschnittliche Pensionierungsalter vor der Satzungsänderung weit hinter der normalen Ziffer zurückbleibt, so muß es unmittelbar nachher stark in die Höhe gehen (1907: 49,11 Jahre), weil jetzt die hinausgeschobenen Pensionierungen wegen vorgeschrittenen Alters den Durchschnitt nach oben verschieben. Schon 1908 konnte ich sagen: „Man braucht kein großer Prophet zu sein, um für das nächste Jahr (1908) einen ebenso schroffen Fall dieser Ziffer zu voraussagen und ein noch weiteres Herabgehen unter den früheren Durchschnitt.“ Tatsächlich ist denn auch das Pensionierungsalter von der übernormalen Höhe von 49,11 Jahren auf 47,73 Jahre in 1908 und 47,33 Jahre in 1909 heruntergegangen. Unter den Normalstand vor der Satzungsänderung ist das Pensionierungsalter bisher jedoch nicht gesunken.

Insofern ist meine Erwartung bisher nicht in Erfüllung gegangen. Sollte auch in den nächsten Jahren ein weiteres Sinken des Pensionierungsalters nicht eintreten, so darf man wohl annehmen, daß das Pensionierungsalter einen tiefsten Punkt erreicht hat. Das würde bedeuten: Der Bergmann läßt sich pensionieren, sobald seine Kräfte nachlassen; eine frühere Pensionierung ist ihm nicht erstrebenswert, da bei körperlicher Rüstigkeit auch der geringer gewordene Unterschied zwischen Arbeitsverdienst und Pension immer noch für das Arbeiten und gegen die Pensionierung spricht. Unbedingt würde dieses Stehenbleiben (oder gar Steigen) des Pensionierungsalters bei höher werdenden Pensionsätzen den Beweis dafür in sich schließen, daß von einer zuweilen agitatorisch behaupteten fortschreitenden Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte keine Rede sein kann. In dieser Hinsicht sind die Zahlen für 1908 und 1909 günstiger, als ich vor zwei Jahren erwartete.

Nach einem nur zweijährigen Zeitraum kann man natürlich keine endgültigen Schlüsse ziehen; man muß vielmehr abwarten, ob die Statistik der nächsten Jahre die bedingungsweise aufgestellte Annahme rechtfertigt. Denn es ist auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die in den letzten Jahren eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung im entgegengegesetzten

Sinne wirkt wie die Erhöhung der Pensionsätze, nämlich als Ansporn, länger im Dienste zu bleiben.

Die Einflüsse auf das Pensionierungsalter sind, wie man sieht, so vielseitig, daß man als Maßstab für den Gesundheitszustand einer Belegschaft einen sichereren Maßstab suchen muß. Als solchen findet man oft das durchschnittliche Todesalter der pensionierten Vergleute angezogen. Spalte 4 der Tabelle zeigt diese Ziffer in einer bei kleinen Schwankungen doch deutlich steigenden Linie. Der Einfluß des Pensionierungsalters auf das Todesalter der Pensionierten ist deutlich erkennbar. Sinkt das Pensionierungsalter, so verjüngt sich der Bestand der Pensionierten und die auf die jüngeren Altersklassen der Pensionierten entfallenden Todesfälle drücken das durchschnittliche Todesalter herab, vergl. 1893—1894, 1903—1904. Die gleichen Leute aber, deren frühere Pensionierung das durchschnittliche Lebensalter und das durchschnittliche Todesalter der pensionierten Vergleute sinken läßt, gehören zu den älteren Jahrgängen der aktiven Vergleute. Indem sie aus deren Bestand ausscheiden, drücken sie auch deren durchschnittliches Lebensalter und ihr durchschnittliches Todesalter herab, vergl. Spalte 5 1903—1904. Ein Herabgehen des Pensionierungsalters veranlaßt also bei sonst ganz gleichbleibenden Verhältnissen ein Sinken des durchschnittlichen Todesalters sowohl bei den pensionierten als auch bei den aktiven Vergleuten. Das Pensionierungsalter, das durchaus nicht nur von dem Gesundheitszustand abhängig ist, bringt daher mit seinen Schwankungen eine Unsicherheit in die Spalten 4 und 5. Man kann diese deshalb ebenfalls nicht als Maßstab des Gesundheitszustandes benutzen, sondern aus ihnen nur folgende Schlüsse ziehen: Wenn bei sinkendem oder gleichbleibendem Pensionierungsalter und bei steigender oder gleichbleibender Belegschaftsziffer das Todesalter der Pensionierten oder der Aktiven oder von beiden steigt, so ist dies ein Beweis dafür, daß eine Besserung eingetreten ist. Diese Besserung ist höher zu bewerten, als sie sich zahlenmäßig darstellt; denn ein Teil von ihr wird zahlenmäßig absorbiert durch den statistisch entgegengesetzt wirkenden Einfluß des sinkenden Pensionierungsalters und der wachsenden Belegschaftsziffer. Das Gesamtbild der Tabelle läßt deutlich ein Sinken des Pensionierungsalters (Spalte 3), ein Steigen der Belegschaftsziffer (Spalte 2), ein Steigen des Todesalters der Pensionierten (Spalte 4) und ein Stehenbleiben des Todesalters der Aktiven (Spalte 5) erkennen; es ist demnach eine ganz erhebliche Besserung eingetreten.

Dieser Besserung können wir zahlenmäßig näherkommen, wenn wir den irritierenden Einfluß des Pensionierungsalters ausschalten. Die Saarbrücker Bergarbeiterchaft ist eine bodenständige, durch Ab- oder Zuwanderung kaum sich ändernde, homogene Bevölkerungsschicht, der der Bergmann, auch als Pensionär, bis zu seinem Tod angehört. Man ist deshalb berechtigt, die aktiven und pensionierten Vergleute zusammenzufassen, wenn man die Wirkungen der Bergarbeit auf gesundheitlichem Gebiet in einem Gesamtergebnis zu erkennen versucht. Dies ist in Spalte 7 geschehen. In welcher Weise die irreführenden Wirkungen des Pensionierungsalters ausgeschaltet werden, zeigt deutlich das Jahr 1904. Das Todesalter der Pensionierten sank von 1903 auf 1904 um 1,05 Jahre; das der Aktiven um 1,83 Jahre; das Todesalter der zusammengefaßten aktiven und pensionierten Belegschaft jedoch sank nur um 0,44 Jahre; die höheren Ziffern für die Pensionierten (einzeln) und die Aktiven (einzeln) sind lediglich auf das Sinken des Pensionierungsalters von 47,19 auf 44,98 Jahre zurückzuführen, bedeuten also ein nur rechnerisches, kein tatsächliches Sinken der Lebensdauer.

Spalte 7 bestätigt unsere günstige Annahme voll und ganz. Die Lebensdauer wächst in einer schönen, kaum unterbrochenen Linie. Vergleicht man die erste Hälfte der 11 Jahre mit der zweiten, das Jahr 1904 auf beiden Seiten mitzählend, so ergibt sich eine Zunahme der Lebensdauer von 52,66 auf 53,49 Jahre um 0,83 Jahr = rund 9 Monate. Bei einem Vergleich der 4 ersten und der 4 letzten Jahre gelangt man sogar zu einer Zunahme um 1,72 Jahre. Berücksichtigt man, daß gleichzeitig eine erhebliche Belegschaftsvermehrung stattgefunden hat, die die jüngeren Altersklassen stärkt, die auf diese entfallenden Todesfälle vermehrt und dadurch bei gleichbleibenden Gesundheitsverhältnissen ein statistisches Sinken des durchschnittlichen Todesalters veranlaßt, so stellen sich die ermittelten Zunahmeziffern als Mindestwerte dar, über die die tatsächliche Besserung noch wesentlich hinausgeht.

Die bessere Ausnutzung des Tageslichts in England. Der Gedanke, durch einen Gelehtwurf eine allmähliche Umstellung sämtlicher Uhren im Lande einmal im Frühjahr und einmal im

Herbst vorzunehmen, um damit im Sommer eine bessere Ausnutzung des Tageslichts zu verbinden („Soz. Praxis“ XVII, 1267 und XVIII, 714), wurde zuerst gar nicht ernst genommen, findet aber allmählich immer mehr Anklang. Für die Annahme eines dahin zielenden, von Abgeordneten eingebrachten Entwurfes sind bereits über 200 Abgeordnete gewonnen, ferner haben sich 200 Stadtverwaltungen dafür ausgesprochen, 165 Stadtkreise, der Rat der Londoner City, die Vereinigung der Stadtverwaltungen von Schottland, zu welcher die Vertreter von nicht weniger als 139 schottischen Städten gehören, dann die meisten Handelskammern und über 50 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von über 250 000. Auch alle großen englischen und schottischen Eisenbahngesellschaften, die ja bei den zweimaligen Übergängen im Jahr einige Schwierigkeiten mit den Fahrplänen zu regeln hätten, haben trotzdem erklärt, daß sie mit der Einführung eines solchen Gesetzes sehr zufrieden sein würden. Nur zwei oder drei dieser Gesellschaften zögern noch mit der Zustimmung.

Rechtspflege.

Arbeiterinnenschutz in der Konfektion. Ein Ladengeschäftsinhaber, der fertige, von ihm anderwärts bezogene Damenkonfektion feilbietet, beschäftigt in einem zum Geschäft gehörenden Raum zwei Mädchen, die nichtpassende Sachen sofort abändern und zwar unter Benutzung von Nähmaschinen. Wegen Übertretung der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1897/17. Februar 1904, die die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung (§§ 135 ff.) auf die Werkstätten der Wäsche- und Kleiderkonfektion ausdehnt („Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderkleidung [Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen] im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder bearbeitet wird“), wurde er bestraft, da er Sonnabends noch nach 5½ Uhr die Mädchen beschäftigt hatte, ohne daß die Zeit als Überzeit auf der Tafel vermerkt war. Das Landgericht Berlin sprach ihn frei, weil es die Bundesratsverordnung hier nicht für anwendbar hielt. Eine Anfertigung oder Bearbeitung im großen liege zweifellos nicht vor; aber auch eine Bearbeitung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller könne nicht angenommen werden, da es sich nur um Abänderung gekaufter Sachen handle. Das Kammergericht hat die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen:

Die Anfertigung oder Bearbeitung im großen scheide hier nach den Feststellungen allerdings aus. Es frage sich aber, ob es sich hier nicht handle um eine Werkstatt, wo entsprechende Kleidung „auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller bearbeitet“ werde. In der Beziehung irre das Landgericht. Denn nach Meinung des Kammergerichts könnte die Abänderung auf Bestellung für das persönliche Bedürfnis des Käufers als eine derartige Bearbeitung angesehen werden.

Hinanzweisen eines Angestellten ist einer sofortigen Entlassung gleichzuachten. Das Reichsgericht hat zu dieser Frage ausgeführt, es könne dahingestellt bleiben, ob der Angestellte, wenn er ohne rechtlichen Grund entlassen ist, überhaupt seine Dienste nochmals nach § 295 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Verfügung stellen muß, um nach § 615 die vereinbarte Vergütung verlangen zu können, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Denn jedenfalls bestünde eine solche Verpflichtung nicht, wenn die Entlassung in der Form erfolgt ist, daß der Prinzipal den Angestellten aus dem Hause gewiesen hat, wo er seine Dienste zu leisten hatte. Denn darin sei zugleich ein Verbot enthalten, das Haus zum Zwecke der Leistung der Dienste wieder zu betreten. Dem Verpflichteten sei dadurch eine fernere Dienstleistung überhaupt unmöglich gemacht.

Krankengeld von Lehrlingen. Ein erkrankter 17 Jahre alter Lehrling nahm wegen Erwerbsunfähigkeit Krankengeld in Anspruch. Das Kassenstatut unterschied für die Höhe des Krankengeldes 3 Dienstklassen und außerdem Arbeiter unter 16 Jahren; für diese sollte das tägliche Krankengeld 50 Pf. betragen. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof (III. Sen. 192/09 vom 29. März 1910) entschied, wie wir der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Nr. 21 vom 1. November 1910 entnehmen, daß dem Lehrlinge nur ein Krankengeld von 50 Pf. täglich zustehe. Nach § 8 Abs. 2 letzter Satz des RVO. habe für Lehrlinge hinsichtlich der Bemessung des ortsüblichen wie auch des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 20 Abs. 1 Ziff. 1) die für junge Leute (von 14—16 Jahren) getroffene Festsetzung zu gelten; das gelte auch dann, wenn im konkreten Fall der Lehrling das 16. Lebensjahr schon überschritten habe.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker wird durch eine Statistik beleuchtet, die im zweiten Jahre der laufenden Tarifperiode aufgenommen worden ist, um für eine etwaige Abänderung der Lehrlingskala von 1908 Unterlagen zu gewinnen. Die Zahl der in der Tarifgemeinschaft vereinigten Firmen beträgt im Jahre 1910 134 in 33 Orten. Ihnen stehen nur 18 nichttariftreue gegenüber. Die Zahl der tariftreuen Gehilfen bezieht sich auf 2249, die der nichttariftreuen auf 138. Die Gehilfen verteilen sich auf zehn verschiedene Berufe: 275 sind Photographen, 318 Positivretuschierer, 117 Zinkretuschierer, 257 Farbenräger, 669 Schwarzräger, 179 Nachschneider, 112 Kopierer, 164 Drucker, 111 Monteure und 167 Kupferdrucker. Außerdem wurden zu tarifmäßigem Lohn in tariftreuen Firmen 16 weibliche Gehilfen beschäftigt, in nichttariftreuen 7, deren Entlohnung nicht zu erfahren war. Von den Firmen sind 134 oder 88,2 % organisiert und von den Gehilfen 2212 oder 92,7 %. Die Ermittlungen über die wöchentliche Arbeitszeit ergaben, daß 2134 Gehilfen oder 89,4 % die 48stündige Arbeitszeit haben; 34 arbeiteten weniger als 48 Stunden und 198 länger. Die Höhe des Lohns war im Jahre 1903 für 12,7 % der Gehilfen noch unter dem Mindestsatz, heute dagegen nur noch für 0,5 %. Zum Mindestlohn arbeiteten im Jahre 1903 4,9 %, heute 8,9 %; mehr als den Mindestlohn erhalten heute 90,6 % der Gehilfen, während im Jahre 1907 nur 82,4 % so gestellt waren. An Lehrlingen, um deren Zahl es sich, wie gesagt, bei dieser statistischen Erhebung besonders handelte, wurden in sieben Zweigen 507 gezählt, die zur Gesamtzahl der Gehilfen sich wie 25,3 : 100 stellten. Im Jahre 1903 wurden 253 Lehrlinge auf 801 Gehilfen ausgebildet; das Verhältnis war also damals höher, nämlich 31,6 %. Während die Zahl der Lehrlinge sich in den letzten 7 Jahren gerade nur verdoppelt hat (+ 103,9 %), ist die Schar der Gefellen um 137,3 % angewachsen.

Die Genehmigung der Ortstarifverträge für das Baugewerbe durch die Hauptvorstände des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der am Vertragschluß beteiligten Gewerkschaften, die durch das Einigungsabkommen im Frühjahr vorgeschrieben wurde, ist im Oktober 1910 für die erste Gruppe, nämlich für 285 Tarifverträge in 241 Vertragsgebieten, vollzogen worden. In 107 Fällen gelten die Verträge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam, in 76 Fällen nur für Maurer und Zimmerer, in 20 Fällen nur für Maurer und Bauhilfsarbeiter, in 39 Fällen für Maurer allein, in 29 Fällen für Zimmerer allein und in 12 Fällen für Bauhilfsarbeiter allein. In 2 Fällen (Hannover und Nürnberg) sind besondere Tarifverträge für Fliesenleger abgeschlossen. An dem Abschluß der Verträge sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 229 Fällen, der Zentralverband der Zimmerer in 194 Fällen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 132 Fällen und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in 57 Fällen.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Der 4. Verbandstag der Hoteliers und Restaurateure deutscher Bäder und Kurorte und die Forderungen der Gastwirtschaftsgehilfen. Der Verbandstag war nach längerer Aussprache der Meinung, daß man sich den Verbänden der Angestellten gegenüber nicht ablehnend oder feindlich stellen solle. Vielmehr soll der Verband mit den Angestelltenverbänden in Verbindung treten, da beide Stände aufeinander angewiesen sind und einander brauchen und einseitige Maßnahmen beide Gruppen gleichzeitig schädigen würden. Die Trinkgeldderfrage führte weiterhin zu eingehendem Meinungsaustausch.

Gerade in den Hotels der Badeorte bietet diese Frage nach Ansicht der Medner besondere Schwierigkeiten, indem eine etwaige Ablösung der Trinkgeldder die Lohnfrage in vollständig andere Bahnen als bisher lenken würde. Es ginge zum Beispiel nicht an, etwa einem Hausknecht, der täglich 20 Paar Stiefel zu 20 Pf. muß, ferner noch täglich 1,00 M. Trinkgeld für das Folen von Möbfern bekomme, sich also monatlich, abgesehen von freier Kost und Wohnung auf 175 M. stelle, nun 175 M. Gehalt zu geben, während kaufmännische Angestellte im Hotel, die weit höhere Bildung haben und mehr Stunden arbeiten müssen, vielleicht nur 100 M. Gehalt haben. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß die Trinkgeldderfrage sehr schwer zu lösen sei, da man den Gästen nicht verbieten könne, Trinkgelder zu geben, während über die Verweigerung der Annahme durch die Angestellten eine Aufsicht schwer zu führen sei. Beschlüsse wurden zu dieser Frage nicht gefaßt.

Zu diesen Verhandlungen bemerkt das Gehilfenblatt „Gastronomische Zeitschrift“:

„Es ist im gewissen Sinne verwunderlich, daß gerade die Vertreter des ausgesprochenen Großkapitals im Gastwirtsgerwerbe (auch der Internationale Hotelbäuerverein) mehr sozialpolitisches Verständnis zeigen wie das Kleinkapital. Wir meinen hier z. B. den Deutschen Gastwirtsverband, welcher sich auf seinem Verbandstag in Danzig in hilfloser Weise mit dem Nationalen Kartell befaßte. Dort ließen die Beschlüsse dahin aus: Nur keine Verhandlungen mit unseren Angestellten! Also der kräftigste Herr-im-Hause-Standpunkt. Über die Anstichten, die in der Generalversammlung der „Hoteliers und Restaurateurs D. u. R.“ geäußert worden sind, wollen wir uns hier nicht äußern. Wir sind da eben anderer Meinung. Zu begrüßen aber ist es, daß man sich dort grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hat, die Organisationen der Angestellten als verhandlungsberechtigte Faktoren anzuerkennen.“

Der Arbeitgeberverband im Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller beklagte auf seiner Tagung (8. November, Düsseldorf) die ungleiche Verteilung der Arbeitskräfte im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Während auf vielen Werken häufig geradezu Arbeitermangel herrschte, veranstalteten die Gewerkschaften in rheinischen Städten Arbeitslosendemonstrationen und gab Köln Hunderttausende für Notstandsarbeiten aus. Der Geschäftsführer Dr. Hoff kritisierte ferner die Tarifvertragsentwicklung, ihre Rechtsmängel und die Enttäuschungen, die sie mit sich bringe. Auch habe der Tarifvertrag nur (?) in handwerksmäßigen Betrieben Verbreitung gefunden. Von dem jüngsten Kammergerichtsurteil gegen einen Streikposten, der einer Aufforderung des Aufsichtsbeamten zum Weitergehen nicht unbedingt Folge geleistet hatte und in allen Instanzen verurteilt worden ist, erwartet Dr. Hoff eine Verminderung der öffentlichen Belästigungen Arbeitswilliger; denn das Kammergericht habe ausdrücklich den Standpunkt, daß das Streikpostenstehen reichsgefällig gewährleistet sei, als einen „alten Trugschluß“ bezeichnet und erklärt, daß das Reichsgericht nicht allgemein das Streikpostenstehen für erlaubt ansehe, sondern die Frage nur offen gelassen habe, ob nicht den Streikposten in anderer Weise entgegengetreten werden müsse als mit einem mechanischen Verbot. Dr. Hoff sprach zum Schluß aber die Befürchtung aus, daß nach Beseitigung der öffentlichen Streikposten nur „der schlimmste heimliche Terror“ der Gewerkschafter einsetzen werde. Sehr häufig gelingt es nämlich nach Dr. Hoff's Bericht den Streikenden, ganze Scharen neuengestellter Arbeiter zu „zwingen, ihre Abkehr zu nehmen“, oft schon am ersten Arbeitstage. Gleichzeitig betonte aber derselbe Berichtshatter, daß „fortgesetzt noch großer Arbeiterwechsel“ herrsche, also auch in Friedenszeiten auf nichtbestreitenden Werken.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die gewerkschaftlichen Jahrbücher.

Im 19. Jahrgang der „Soz. Praxis“ wurde (Sp. 86) ausgeführt, wie die gewerkschaftlichen Hauptvorstände bei ihrer Berichterstattung allmählich vom Bericht an den Verbandstag übergehen zu regelmäßigen Jahresberichten und Jahrbüchern. Bisher hat freilich erst ein Teil der Vorstände diesen Schritt getan. So liegen wiederum eine Reihe von Geschäftsberichten vor, die zweijährige Perioden umfassen.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgruppen veröffentlicht seine Jahresberichte für 1907 und 1908 zusammen mit den Ergebnissen der statistischen Erhebungen (1902 S., Verlag des Verbandes). Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands veröffentlicht seinen Bericht für 1908 und 1909 nebst Protokoll des sechsten Verbandstages (Köln 1910, Verlag des Verbandes). Der Bericht behandelt Mitgliederbewegung, Kassenverhältnisse, Unterstützungsweisen, Lohnbewegungen usw. Den Schluß des Berichtes bilden die Berichte der Bezirksbeamten. Dem Bande sind auch 120 Seiten Auszüge aus den Arbitratarifverträgen beigegeben. Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter gibt seinen Bericht für 1907 und 1908 ebenfalls mit dem Protokoll des Verbandstages zusammen heraus (Rees a. Rhein 1909, 16 S.). Er wird eingeleitet mit einem interessanten Rückblick auf die Geschichte des Verbandes. Der Zentralverband christlicher Maler berichtet für Juli 1908 bis Juli 1910 (Düsseldorf 1910, 38 S.) zum Verbandstag.

Von den Jahrbüchern sei zuerst das wie stets vorzüglich ausgestattete des Holzarbeiterverbandes genannt (Berlin 1910, Verlaganstalt des Holzarbeiterverbandes, 415 S. 2.). Nach einem Nachruf für den verstorbenen Redakteur der Holzarbeiterzeitung, C. Deinhardt, beginnt das Jahrbuch wie üblich mit den Lohnbewegungen. Es seien hier nur einige interessante Angaben herausgegriffen. Die durchschnittliche Dauer der erfolgreichen Angriffsstreiks betrug 21 Tage, die der erfolglosen dagegen 35 Tage, noch größer ist das Mißverhältnis bei den Abwehrbewegungen. Hier dauerten die erfolgreichen Bewegungen nur 15 Tage, die erfolglosen dagegen 49. Die Gruppierung der Streiks nach der Zahl der Streikenden zeigt, daß es sich hauptsächlich um Be-

wegungen von weniger als 50 Leuten handelte. Sehr interessante Angaben macht das Jahrbuch über die Arbeitswilligen. Bei den Angriffsstreiks kamen auf 100 Streikende 20 Arbeitswillige, bei den Abwehrstreiks dagegen 32. Konnten von den Angriffsbewegungen noch 40% ohne Arbeitswillige geführt werden, so bei den Abwehrbewegungen nur 26%, immerhin wurden auch hier nur 2% der Streikenden abtrünnig. Recht interessant sind auch die Angaben über die Streiklosten auf S. 22. Sie wurden zu zwei Dritteln aus der Hauptkasse getragen, den Rest bestritten fast ausschließlich die Vorkassen, während Gewerkschaftskartelle usw. knapp 2000 M. zu gaben. Von den 840 000 M., die für Streiks ausgegeben wurden, entfielen 799 000 M. auf Unterstützungszahlung am Orte, 9500 M. auf Zahlung von Reiseunterstützung, 3000 M. erforderte der Rechtsschutz und 29 000 M. die Verwaltung. Die Tarifbewegungen und der Bestand an Arbeitsarbeitsverträgen haben wieder eine eingehende Darlegung gefunden. Besonders eingehend behandelt das Jahrbuch in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit. Wie früher gibt es eine Übersicht über die Arbeitslosigkeit in 50 größeren Orten. Hier fällt wiederum die ganz außerordentlich große geographische Verschiedenheit der Arbeitslosigkeit auf, über die das Reichs-Arbeitsblatt leider noch immer keinen Aufschluß gibt. Diese Tabelle (S. 186) sei besonderer Beachtung empfohlen. Hier sei nur ein allerdings krasser Gegensatz mitgeteilt. An den Stichtagen hatte Danzig 1,92, 0,33, 1,67, 0,32, Lübeck 15,83, 8,13, 5,09, 6,10% Arbeitslose. Dementsprechend sind, und diese Angaben sind neu, die Ausgaben für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung für ein Mitglied außerordentlich verschieden. In Lübeck und Hamburg entfielen auf das Mitglied rund 33 M., in Preußen 22 M., in Baden 14 M., Sachsen 13 M., Württemberg 10 M. Noch größer sind die Differenzen zwischen den Städten. Chemnitz, Danzig, Essen, Stuttgart, Bochum kommen mit 10–12 M. pro Mitglied aus. Dagegen zahlten Breslau, Berlin, Rixdorf, Hannover, Hamburg, Kiel, Wiesbaden 30–40 M. und mehr. In der Abteilung Prozesse ist das wichtige Reichsgerichtsurteil in der Hamburger Schadenstempelklage auf 11 Seiten vollständig abgedruckt.

Das Jahrbuch des Metallarbeiterverbandes (Stuttgart 1910 Verlag des Verbandes, 164 S.) zeigt die bisherige Anordnung des Stoffes. Interessant ist eine Tabelle auf S. 59, die den prozentualen Anteil der einzelnen Unterstützungsarten an den Reineinnahmen aus Beiträgen darstellt. Der Anteil von Reise-, Umzugs- und Notfallunterstützung sinkt benähtig, dagegen nimmt der Anteil der Arbeitslosenunterstützung stark zu. 1901 und 1902 betrug er 31%, 1908 dagegen 36,6 und 1909 39,5%. Die Krankenunterstützung wurde erst 1906 eingeführt, sie beanspruchte 1907: 30%, 1909: 37,5%. Die Streikunterstützung belief sich 1903 auf 67%, 1904: 32,5, 1905 wieder 56,9%. Dann sank sie langsam auf 7,1% 1909. Bei der Festlegung der Beiträge geht man vom vermutlichen Bedarf der einzelnen Ausgabenzweige aus. Der Metallarbeiterverband prüft nun in seinem Jahrbuch alljährlich nach, ob die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben für die einzelnen Unterstützungsarten in Einklang stehen. Bei dieser Berechnung erwies sich für die Erwerbslosenunterstützung bereits 1908 ein Fehlbetrag von 2,12 Millionen Mark, der 1909 auf 2,17 Millionen Mark gestiegen ist. Im Vorjahr konnte das Fehlende noch aus Ersparnissen früherer Jahre gedeckt werden. Im Berichtsjahr mußte jedoch der Kampffonds mit 1,5 Millionen Mark in Anspruch genommen werden. Trotzdem sank das Vermögen der Hauptkasse nur um 100 000 M., während das Gesamtvermögen auf 6,25 Millionen Mark stieg. Geschäftsstellen unterhielt der Verband Ende 1909 an 109 Orten, die Gesamtzahl der Beamten betrug 409. Von ihnen sind 47 in der Zentrale tätig, 23 in den Bezirksleitungen und 339 in Geschäftsstellen, davon 97 als angestellte Einkassierer. Von ihnen erhielten:

unter 1600 bis 2000 M.		von 2000 bis 2400 M.	
21 Beamte*) bis	1600 M.	68 Beamte	2000 bis 2200 M.
37 „	1600 bis 1800 „	100 „	2200 „ 2400 „
59 „	1800 „ 2000 „		
von 2400 bis 2800 M.		über 2800 M.	
85 Beamte	2400 bis 2600 M.	22 Beamte	2800 bis 3000 M.
15 „	2600 „ 2800 „	7 „	mehr als 3000 „

Für die im Deutschen Metallarbeiterverband befolgt oder ehrenamtlich tätigen Mitglieder ist auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages zu Hamburg ein besonderer Unterstützungsverein geschaffen worden, dessen Satzung nebst Begründung auf S. 169–191 abgedruckt ist. Er soll an Mitglieder, die bei Ausübung ihrer Verbandstätigkeit einen Unfall erleiden eine Rente zahlen, bei

*) Darunter 9 weibliche.

Todesfällen den Hinterbliebenen Hilfe gewähren und invaliden Verbandsbeamten ein Ruhegehalt gewähren. Die ehrenamtlichen Funktionäre des Verbandes sind mit Beginn ihrer Tätigkeit beitragsfreie Mitglieder der Kasse.

Der Verband der Bäder berichtet in seinem Jahrbuch über Lohnbewegung, Mitgliederstand, Unterstützungs- und Kassenwesen. Die Abteilung Statistik enthält nur Angaben über die Arbeitszeit der Lehrlinge. Eine Übersicht über das Gewerbe wird erst wieder der nächste Band bringen. Ausführlich werden die Organisationen der Unternehmer sowie die gegnerischen Arbeiterverbände behandelt. Der „Deutsche Buchbinderverband im Jahre 1909“ nennt sich wiederum das ausgezeichnete Jahrbuch dieses Verbandes (Berlin 1910, 124 S.). Es mag hier nur hingewiesen werden auf die interessanten Darlegungen über die Behandlung der Frauenarbeit im Arbeitsarbeitsvertrag der Buchbinder (S. 84 f.). Eine wichtige Neuerung hat der Verband der Maurer getroffen (Jahrbuch 1909, Hamburg 1910, 259 S.). Während es bisher üblich ist, die Berichte der Gauvorsteher als Anhang dem Jahrbuch beizugeben, hat der Maurerverband sie in diesem Jahre in den allgemeinen Bericht mit hereingenommen. Unter Arbeiterschutz, Lohnbewegungen usw. findet man kurze Charakterisierungen der Zustände und Vorgänge in den einzelnen Gauen. Die Übersichtlichkeit und Wertbarkeit der Berichte wird dadurch wesentlich gefördert. Zum Schluß sei noch der Neuchâtel-Bericht des Verbandes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1909 genannt (Berlin 1910, 20 S.).

Zehn Jahre Heimarbeiterinnenbewegung. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands konnte am 2. Oktober auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß werden in der Novembernummer der Zeitschrift „Die Heimarbeiterin“ einige Daten aus der Entwicklung des Vereins mitgeteilt. Die junge Organisation zählte am Jahreschluß 1900 150 Mitglieder, sie hatte 1909 einen Mitgliederbestand von 6476 erreicht, der Mitte 1910 allerdings etwas gesunken war, weil eine Erhöhung der Beiträge mit einer wirtschaftlichen Krise zusammentraf, doch ist jetzt schon wieder ein Aufstieg bemerkbar. Der Gewerbeverein hatte in den zehn Jahren insgesamt 128 741,50 M. Einnahmen und 96 859,70 M. Ausgaben, so daß ein Vermögen von 26 881,80 M. vorhanden ist. Unter den Ausgaben sind beinahe 20 000 M. Krankengeldzuschuß, gegen 8000 M. Wöchnerinnenbeihilfe und 8000 M. zur Einrichtung von Lehrkursen zur sachlichen Weiterbildung. Dem Gewerbeverein gelang es, in verschiedenen Städten zu selbständigen Tarifabschlüssen zu kommen oder er war beteiligt an den gemeinsamen Tarifabschlüssen zwischen Arbeitgebern mit den Organisationen aller Richtungen. Der Gewerbeverein hat damit den Beweis erbracht, daß auch für die wirtschaftlich Schwächsten, die Heimarbeiterinnen, der Weg der Selbsthilfe möglich ist. Allerdings betonte gerade der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen von Anfang an die Notwendigkeit des Eingreifens der Staatshilfe für die Heimarbeit. Er hat dafür seit 1902 ein gut ausgearbeitetes Programm aufgestellt. Die jetzt dem Reichstag vorliegenden Entwürfe des Hausarbeitsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung enthalten die wenigstens teilweise Erfüllung mehrerer Programmpunkte.

Streiks und Aussperrungen.

Wirtschaftliche und politische Nachwirkungen des französischen Eisenbahnerstreiks. Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine ziffernmäßige Schätzung der durch den Streik herbeigeführten wirtschaftlichen Schäden. In der ersten Streikwoche betrug die Mindereinnahme der sechs großen Bahnnetze gegenüber der entsprechenden Woche des vorigen Jahres 3 379 000 Frank. Noch größer war der Ausfall in der zweiten Streikwoche. Die Mindereinnahme betrug bei der

	Frank	Prozent
Verstaatlichten Westbahn . . .	1 130 000	26,5
Nordbahn . . .	2 002 000	35,7
Mittelmeerbahn . . .	670 000	5,5
Ostbahn . . .	620 000	12,6
Orleans . . .	877 000	9,8
Südbahn . . .	468 000	18,2
Staatsbahnen . . .	88 500	6,9

Im ganzen haben also die Eisenbahnen 5 550 500 Frank eingebracht. Die Verluste der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Landwirte sowie der am Reisen behinderten Privatleute lassen sich nicht schätzen. Die Verluste der Eisenbahner lassen sich nach der wirtschaftlichen Seite ebenfalls wenig übersehen. Jedoch bedeutet die Strafenentlassung von mehr als 3000 Eisenbahnern jedenfalls einen sehr schweren wirtschaftlichen und moralischen Schlag für den ganzen Berufsstand, zumal da sich unter den Entlassenen Leute mit 15, 20 und mehr Dienstjahren befinden, die zum Teil eine größere Familie zu versorgen haben.

Die wichtige Frage, wie in Zukunft der Wiederkehr derartiger volkswirtschaftlichen Schädigungen vorgebeugt werden könne, hat zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten Briand und seinen Ministern Millerand und Viviani geführt, die eine Neubildung des Kabinetts unter Briands Vorstoß zur Folge hatten. Dieses neue Kabinett ist mit folgendem Plane zur Verhütung ähnlicher Arbeitskämpfe am 8. November vor die Kammer getreten:

Die Arbeiter dürfen einzig vom Geseze, nicht aber von Unordnung und Gewalttat ihre wirtschaftliche Befreiung erwarten. Es wird sich empfehlen, den gesetzlichen Maßnahmen zur Vermeidung der unerträglichen Fälle von Sabotage und Anarchie, wie sie beim Eisenbahnerausstande zutage getreten sind, dadurch größeren Nachdruck zu verleihen, daß man durch sie die Urheber solcher Handlungen und die, die zu ihnen aufreizen, trifft. Die Freiheiten der Syndikate werden dadurch nicht berührt, sie sind unverkündet wie die Freiheit der Arbeit. Die Erklärung Briands weist ferner auf die Notwendigkeit hin, die Berufsstände in ihren nützlichen Bestrebungen zu fördern und die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn unter den bereits angegebenen Bedingungen zu sichern. Die Regierung werde aber nicht dulden, daß die Syndikate eine gesellschaftsfeindliche politische Aktion organisieren. Es werde auch notwendig sein, die Syndikatsverbände derart auszugestalten, daß sie eine richtige Vertretung der Arbeiter darstellen, und die Frage des Ausstandes der Angestellten der öffentlichen Betriebe unabweisend zu regeln. Ein Schiedsgericht sei zwar ein vorzügliches Vorbeugungsmittel, könnte aber unwirksam sein. Es wäre unzulässig, daß Angestellte, die Sondervorteile genießen, durch Lähmung des öffentlichen Lebens das Vaterland in Gefahr brächten. Die Regierung werde eine Abstimmung über die Maßregeln fordern, die nötig seien, um den öffentlichen Dienst im Falle eines Ausstandes der Angestellten der öffentlichen Betriebe sicherzustellen. Die Interessen der Arbeiter und Angestellten der Industrien, die im Dienste dieser Betriebe stehen, würden darum in nicht weniger wirksamer Weise geschützt. Diese Arbeiter und Angestellten sollten, wie die Beamten, ein Gesetz erhalten, das ihnen wünschenswerte Bürgerschaft bieten wird. So werde die Republik in Ruhe und Sicherheit ihr Recht des Fortschritts verfolgen können.

Briands Erklärung ist von den Sozialisten der Kammer mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen worden.

Jaurès warf dem Regierungsprogramme Vergewaltigung und Zweideutigkeit vor, weil es 500 000 Arbeitern der öffentlichen Betriebe das Streikrecht zu entziehen drohe und doch nur dunkel die Wege dazu und das, was als Ersatz dienen solle, andeute. Die militärische Einberufung der Arbeiter sei ein bedenkliches System, das den Antipatriotismus fördere, die strafweise Entziehung der Pensionsrechte widerspreche dem erst verwirklichten Geseze, das die Beschlagnahme der Pensionen verbiete. Das Schiedsgerichtsverfahren aber biete dem Arbeiter keine genügenden Bürgschaften. Wie wolle man die Gewerkschaften zwingen, sich ihm zu fügen? Von einem obligatorischen Schiedsgerichte wollten die Gesellschaften selbst nichts wissen und deshalb setze auch die Regierung diese Frage ins Dunkle.

Daß Jaurès und seine sozialistischen Anhänger mit ihrer unklaren Haltung gegenüber den revolutionären Eisenbahnerstreiks in den eigentlichen Gewerkschaftskreisen wenig Zustimmung finden, bekunden die Ausführungen des Gewerkschaftsführers Grifflhes im „Matin“, der den „revolutionären Sozialisten“ die Schuld an der Entfaltung und an dem Scheitern des Eisenbahnerstreiks auch auf Linien, wo die Angestellten keine Streiklust zeigten, vorwirft. Ein erfolgreicher Generalstreik wäre möglich gewesen, wenn sich die sozialistischen „Politikmacher“ nicht in die Geschäfte der Gewerkschaften störend einmischten.

Die Arbeitskämpfe in Großbritannien haben sowohl im Bergbau von Südwales wie in der Schiffbauindustrie einen bösen Fortgang genommen. In dem ersteren der beiden südwallisischen Streikgebiete, Rhondda Valley und Aberdare Valley, wo etwa gleichmäßig je 12 000 Mann streikten, haben sich die Unruhen der Bergarbeiter und ihres Anhangs zu offenem Aufruhr verdichtet. Aus Feindseligkeit gegen die Arbeitswilligen und gegen einzelne Grubenbeamte ließen sich die Streikenden zu förmlichen Sturmangriffen auf die Zechenanlagen über Tage und die Wasserhaltungsmaschinen hinreißen. Die machtlosen Polizisten der Gegend mußten durch ein großes Aufgebot aus London verstärkt werden, und schließlich wurden sogar mehrere Fusaren- und Infanterieabteilungen zum Abmarsch in die Aufruhrgebiete befohlen. Zuvor aber suchte der Minister des Innern, Winston Churchill, die Bergarbeiter durch Übersendung folgenden Briefes zu beruhigen:

„Ihre besten Freunde sind aber die ausgedehnten Aufruhrstörungen höchlichst betrübt und wollen ihr Bestes tun, um Ihnen zu gerechter Behandlung zu verhelfen. Aber der Aufruhr muß sofort aufhören, so daß der Ruf des Rhonddatales nicht geschädigt wird. Im Vertrauen auf den guten Sinn der Cambrianvereinigung halten wir vorläufig die Soldaten zurück und senden statt deren Polizei.“

Diese gutherzige Mahnung drang indes nur langsam durch, denn die Erregung der Massen, die überdies der Hunger quälte,

war so groß, daß vor Erscheinen des in Cardiff in Reserve gehaltenen Militärs auf dem Kampffeldplatz noch mancherlei gewalttätige Übergriffe gegen Privatbesitzungen und Plünderungen von Wägen erfolgten. Am 10. November aber war der Aufruhr, ehe noch das Militär irgendwo eingegriffen hatte, wie mit einem Schläge beendet. Die Ruhe ist soweit wiederhergestellt, daß die zwei beauftragten Vertreter der Bergwerksbesitzer bereits neuen Einigungsverhandlungen im Board of Trade zugestimmt haben.

Von tieferer Bedeutung für die britische Gewerkschaftsbewegung als dieser plötzliche Wutausbruch einer isolierten Arbeitergruppe ist der Verlauf der Kesselschmiedeaussperrung auf den Werften. Auch die zweite Mitgliederabstimmung über die von den Werksfirmen vorgeschlagenen Einigungsbedingungen, deren Annahme die Gewerkschaftsführer dringend befürwortet haben, ist ungünstig ausgefallen. Ja, die das „York Agreement“ ablehnende Mehrheit hat sich von 1158 Stimmen bei der ersten Abstimmung auf 9913 Stimmen (5650 dafür, 15 563 dagegen) gesteigert. Damit ist ein Zustand innerer Zerrung offenbar geworden in einer Gewerkschaft, die noch vor 10 Jahren als eine der bestverwalteten innerhalb der britischen Arbeiterwelt galt und auch bei den Unternehmern Ansehen und Sympathie genoß. Und dieser Vorgang ist, wie wir durch Mitteilungen aus anderen Industrieorganisationen belegt haben, auch andernwärts zu beobachten. Die Mitgliedermassen machen sich los von dem straffen Gängelband, an dem die Führer sie bisher vermöge alter Tradition gehalten hatten. Ist die Ursache dazu in dem Bureautraktismus der Führer zu suchen, der den lebendigen neuen Strömungen in der britischen Arbeiterwelt nicht zu folgen vermag, oder liegt sie tiefer in dem Gesinnungswandel begründet, der zweifellos in einzelnen Gruppen der britischen Arbeiterschaft sich deutlich anbahnt? Ist der Geist der Arbeiter so flauenbewußt geworden, daß er die unbeschränkten harten Bedingungen des „York Agreement“, die einen Eingriff in die Verfügungs-freiheit der Arbeiterorganisation enthalten, nicht mehr verwinden kann, wie es ehemals die geschäftliche Klugheit den Arbeitern nahegelegt hätte? Die gewerkschaftliche Machtorganisation der Arbeiter ist derjenigen der Unternehmer im britischen Maschinen- und Schiffbau zurzeit unterlegen. Das wissen die Arbeiter und dennoch geben sie nicht nach! Hier tauchen Fragen auf, die für die Entwicklungsgeschichte der britischen Arbeiterbewegung Bedeutung erlangen werden.

Sperre gegen Vereinsbuchhandlungen von Angestelltenverbänden. Ein Boykott über eine Reihe Vereinsbuchhandlungen großer Angestelltenverbände hat der Börsenverein der deutschen Buchhändler verhängt. Zurzeit gibt es etwa 80 Vereinsbuchhandlungen, unter denen bereits eine lose Vereinigung besteht, die aber nun zum festeren Zusammenschlusse veranlaßt wurden. Fast alle Privatangestelltenverbände haben sich mit den Vereinsbuchhandlungen solidarisch erklärt. Der Beschluß des Börsenvereins hat große Erregung hervorgerufen. Es läßt sich hoffentlich ein Weg zur gütlichen Vermittelung finden.

Spannungen in der Schuhindustrie sind in Dresden und vor allem am Hauptstake der Schuhmacherei in Pirmasens zwischen Arbeitgeber und Arbeitern eingetreten. In Dresden streikten seit Mitte Oktober die in den drei Gewerkschaften organisierten Arbeiter von zehn Schuhfabriken um Lohnserhöhung. Die Fabriken, ebenfalls organisiert, setzten sich mit ihrem „Verbande der deutschen Schuhwaren- und Schäftfabrikanten“ in Verbindung und eine Gesamtaussperrung der organisierten Schuhmachergehilfen in ganz Deutschland war nahegerückt, zumal da auch in Pirmasens die Lage immer kritischer wurde und an anderen Plätzen Teilstreiks die Unternehmer beunruhigten. Immerhin konnte man, da die Leitung des Fabrikantenverbandes in den Händen des sozialfortschrittlichen Kommerzienrats Ranz-Damberg liegt, erwarten, daß kein Mittel zur friedlichen Verständigung unverzagt gelassen werden würde. Auch ließen die Machtverhältnisse der beiden Organisationslager eine Kraftprobe besonders unerwünscht erscheinen. Der Fabrikantenverband zählt 369 Mitgliedsfirmen mit kaum 30 000 Arbeitern, während die größeren deutschen Schuhfabriken insgesamt die doppelte Arbeiterzahl beschäftigen; und auf der Arbeiterseite sind 86 000 Mann im freigewerkschaftlichen Verband und etwa 10 000 in den kirchlich- und christlichen Lederarbeitergewerkschaften organisiert, die allerdings nicht bloß Schuhmachergehilfen aufnehmen. In den Beratungen der Vertreter der Dresdener Schuhfabrikanten mit dem Vorstande des Fabrikantenverbandes in Bamberg am 5. November, zu dem auch Vertreter der organisierten Arbeiterschaft zugezogen waren, gelang es dem Vorstande, durch Einwilligung einiger Zugeständnisse in der Lohnfrage und in der Ordnung der Arbeitseraushüsse eine vorläufige Einigung zwischen den Dresdener Arbeitgeber und den Arbeiterführern herbeizuführen. Jedoch fanden diese Zugeständnisse in Dresden selbst, obwohl der freigewerkschaftliche Gauleiter die Annahme empfahl, bei der überwiegenden Mehrheit der Schuharbeiter zunächst keinen Beifall. Die Entscheidung wurde indes von den Versammlungsleitern auf den folgenden Tag verschoben, und da gelang es glücklich, die Annahme der Unternehmerbedingungen durchzusetzen. Der Streik in Dresden ist damit beendet und die Gefahr einer Gesamtaussperrung ist beschworen, wenn nicht von Pirmasens

aus ein neuer Brand ausgeht. Hier wollen die freigewerkschaftlich organisierten Schuhmachergehilfen den Reunionsentag erlangen, wogegen die Fabrikanten sich sträuben und Abwehrmaßnahmen ins Auge fassen. Immerhin waren sie auf Vermittlung des Gewerberatss Rößinger zu Verhandlungen mit dem Arbeiterverband bereit. Noch aber ist alles in ungewisser Schwebel. Die Fabrikanten rüsten energisch und der Zentralverband der Gehilfen wirbt eifrig neue Mitglieder an; 1500 Mitglieder soll er in den letzten Woche gewonnen haben. Auch der christliche Zentralverband hat die Mitgliederzahl seiner Verwaltungsstelle Pirmasens auf 1000 gesteigert.

Ein schwerer Wißt in der schweizer Uhrenindustrie, der um des Koalitionsrechts willen entbrannt war und schließlich eine Gesamtaussperrung von 10 000 Arbeitern der Schweiz nach sich zu ziehen drohte, ist glücklich in letzter Stunde, als bereits mit der Aussperrung von 8000 Arbeitern in den eigentlichen Uhrenfabriken Neuenburgs und des Berner Juras begonnen war, durch das vermittelnde Eingreifen der Behörden niedergeschlagen worden. Der Ausgangspunkt des Wißtes war die Einstellung von 8 Spezialarbeitern in St. Imier, die der Gewerkschaft nicht beitreten wollten, obwohl zwischen dem Fabrikantenverband und dem Uhrmachergehilfenverband Verträge mit der Organisationszwangsklausel abgeschlossen waren. Die Arbeiter von St. Imier suchten durch Streik den Anschluß der 8 neuen Kameraden an ihren Verband zu erzwingen. Der Verein der Uhrenfabrikanten aber wollte das individuelle Recht des Arbeiters, sich über den Eintritt in die Gewerkschaft frei zu entscheiden, verfechten. Die Dinge spitzten sich so zu, daß bereits für den 28. Oktober die Aussperrung in 42 Uhrenfabriken zu erwarten war. Durch Einigungsverhandlungen unter dem Vorstoß des Präsidenten der Kantonalassamblée wurde der Ausbruch des offenen Kampfes aber bis zum 5. November hingezogen. Am 8. November haben die Arbeiter nachgegeben und auf die Entlassung der nichtorganisierten Spezialarbeiter verzichtet.

Der Gepäcksstreik in Neuport, der infolge des teilweisen Anschlusses der Droschkentischer zu neuen Ausschreitungen und Störungen im öffentlichen Verkehr geführt hatte, ist dank den Vermittelungs-bemühungen des Bürgermeisters Gannor bei den Expreßgesellschaften am 10. November beigelegt worden. Alle Expreßkutschen werden wieder eingestellt, auch wenn sie Mitglieder des Gewerkevereins sind, den die Gesellschaft niederzupressen wollte. — Inzwischen droht in Chicago und westwärts davon ein neuer Verkehrsstreik, und zwar im Eisenbahnbetriebe, da die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Lokomotivführer und 61 Eisenbahngesellschaften über Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Maschinisten erfolglos verlaufen sind.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Kommission hat ihre Beratungen am 10. November wieder aufgenommen und die zweite Lesung des Entwurfs mit dem 3. Buche: Unfallversicherung begonnen. In den Kreis der versicherungspflichtigen Gewerbe wurden einbezogen die Gerberei- und Kleinzerkleinerungsbetriebe, das Dekorateurgewerbe, das in die Gruppe des Baugewerbes, und das Spektationsgewerbe, das in die Gruppe des Fuhrwerksbetriebs eingereiht wurde. Abgelehnt wurde die Versicherungspflicht der Apotheken- und Bühnenbetriebe (mit 13 gegen 12 Stimmen), die Versicherungspflicht der Dienstleistungen zur Rettung von Personen und Sachen aus Feuersgefahr sowie der Gast- und Schankwirtschaften mit mehr als zehn Beschäftigten. Die Versicherungspflicht des Binnenschiffahrts-, Flößerei-, Brahm-, Treibeleis-, Baggererei und Binnenschiffereibetriebes wurde, wenn diese Betriebe nicht gewerbsmäßig betrieben werden, festgestellt und die Fischzucht und Teichwirtschaft sowie die gewerbsmäßige Giszgewinnung hinzugefügt. § 560 hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Der Versicherung unterliegen: 1. Baugewerbe, Salinen, Ausbrennungsanlagen, Steinbrüche, Gräberien (Gruben) und Gerbereibetriebe; 2. Fabriken, Werften, Hüttenwerke, gewerbliche Brauereien; 3. Bauhöfe, Gewerkebetriebe, in denen Bau-, Dekorateur-, Steinbauer-, Schlosser-, Schmiede- oder Brunnenarbeiten ausgeführt werden, ferner Kleinzerkleinerungsbetriebe, sowie Bauarbeiten außerhalb eines gewerbsmäßigen Baubetriebs; 4. das Schornsteinfeger-, das Fensterputzer-, das Kleidergewerbe und der Betrieb von Badeanstalten; 5. der gesamte Betrieb der Eisenbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltungen sowie die Betriebe der Marine- und Seeverkehrsverwaltungen; 6. der Binnenschiffahrt, der Flößerei, der Brahmerei, der Fährbetriebe, die Binnenschifferei, die Fischzucht, Teichwirtschaft und die Giszgewinnung, letztere, wenn sie gewerbsmäßig betrieben wird, der Gewerbebetrieb des Schiffziehens (Treibeleis) und der Baggeretrieb; 7. der Fuhrwerksbetrieb, der Spektationsbetrieb, der Reittier- und der Stallhaltungsbetrieb, wenn sie gewerbsmäßig betrieben werden, das Halten von Reittieren und von solchen Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden; 8. der Speicher-, der Lager- und der Stellereibetrieb, wenn sie gewerbsmäßig betrieben werden; 9. der Gewerbebetrieb der Güterpachter, Güterlader, Schaffer, Brader, Wäger, Messer, Schauer,

Steuer; 10. Betriebe zur Beförderung von Personen oder Gütern oder zur Behandlung und Handhabung der Ware, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebs hinausgeht, sowie unter der gleichen Voraussetzung Holzfällungsbetriebe. Das Reichsversicherungsamt bestimmt, welche kaufmännischen Unternehmen als Kleinbetriebe der Unfallversicherung nicht unterliegen.

Massenuntersuchungen von Unfallverletzten. Ein im Februar 1910 von der Zuderberufsgenossenschaft an eine Reihe von Ärzten gerichtetes Zirkularschreiben teilt die Absicht der Berufsgenossenschaft mit, die Verletzten nicht mehr einzeln, sondern in größerer Anzahl an bestimmten Orten in Gegenwart eines Beamten der Verwaltung untersuchen zu lassen und zwar nicht nur Rentenempfänger, sondern auch Verletzte mit frischen Schäden, um mit dem Arzt beurteilen zu können, ob besondere Maßnahmen innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall zu treffen sind. Hieran wird die Anfrage geknüpft, ob der Arzt diesen Massenbetrieb gegen eine Bezahlung von 3 M für jede Untersuchung einschließlich einer daraufhin auszustellenden Formularbescheinigung mitmachen wolle, und es wird hinzugefügt:

Ebgleich Sie jetzt in der Regel für eine Begutachtung 10 M berechnen, würden Sie an Ihrer Gesamteinnahme voraussichtlich keinen Schaden haben, weil wir Ihnen eine größere Anzahl von Verletzten zuführen würden. Außerdem würde das in Aussicht genommene Verfahren für Sie insofern eine Erleichterung bedeuten, als die Vorladungen der Verletzten von hier aus erfolgen und auch die Rücksendung der Akten und Gutachten Ihnen nicht mehr obliegen würde.

In ähnlicher Weise sollen auch andere Berufsgenossenschaften vorgegangen sein. Es wäre erwünscht, wenn bekannt würde, welchen Erfolg einmal dieses Rundschreiben gehabt hat — bekanntlich sieht die ärztliche Gebührenordnung für Untersuchung und Gutachten eine weit höhere Minimalsumme vor — dann aber auch, welche Folgen dieses Massenuntersuchungsverfahren für die Unfallverletzten selbst gehabt hat.

Eine Unfallversicherung für Schulkinder in Spandau wird für die dortige höhere Mädchenschule geplant. In einem Schreiben des Schuldirektors an die Eltern der Schülerinnen heißt es, die Entwicklung des Schulwesens bringe es mit sich, daß den Schülerinnen während des Unterrichts größere oder kleinere Unfälle zustoßen. Die ganze Art des modernen Unterrichts und der damit verbundenen Körperpflege durch Spielen, Turnen und sportliche Übungen habe oft trotz sorgfältigster Aufsicht Verletzungen zur Folge gehabt. Dadurch seien den Eltern vielfach hohe Kosten außer den teuren Erziehungskosten entstanden. Die Unfallversicherung soll umfassen Unfälle, die auf dem Schulgrundstück vorkommen, also im Schulgebäude und auf dem Schulhof beim Unterricht, Turnen und Spielen, ferner Unfälle, die sich bei den von der Schule veranstalteten Festlichkeiten und sonstigen Vorführungen ereignen. (Spielfeste, Ausflüge, Ruderpartien, Beschäftigungen und auch Unfälle, die auf dem Wege von und nach der Schule entstehen.) Die Versicherung eines Schulkindes wird berechnet auf jährlich 1,50 M, wofür im Falle des Todes 3000 M und für den Fall der Invalidität je nach dem Grade bis zu 6000 M gezahlt werden; Arzt- und Apothekerkosten werden gleichfalls von der Versicherung getragen.

Die Erfolge der Heimsparbüchsen und Sparautomaten in Wilmersdorf sind als sehr günstig zu bezeichnen. Bis Ende 1909 waren 1286 Sparbüchsen ausgegeben worden, in denen im Jahre 1909 15 845 M gesammelt wurden. Der in der Gemeindeschule IV aufgestellte 10 7/8 Sparautomat veranlagte bis Ende des Jahres 1908 25 345 Sparmarken, im Jahre 1909 43 716 Sparmarken, in zwei Jahren wurden also 6906 M durch die Automaten eingenommen. Ein im Februar 1909 in Benutzung genommener zweiter Sparautomat, der sich anfangs im Straßenbahnhof Halensee befand, später aber in der V. Gemeindeschule aufgestellt wurde, veranlagte bis Ende des Jahres 1909 6460 Sparmarken. Von dem seit Februar 1909 auf dem Straßenbahnhof Halensee aufgestellten 50 7/8 Sparautomaten kamen 305 M ein.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Arbeitslosennotstandsaktion in Frankfurt a. M. im Winter 1908/09.

Die Anfang 1908 einsetzende wirtschaftliche Krise und die infolgebehalten für den Winter 1908/09 befürchtete umfangreiche Arbeitslosigkeit bewogen das Soziale Museum und die Zentrale für private Fürsorge, eine umfassende Hilfsaktion für Frankfurt a. M. einzuleiten mit dem Ziele, neue Arbeits Gelegenheit zu erschließen und, wo dies nicht möglich sei, bedürftige Arbeitslose, die durch die Krisis arbeitslos geworden wären, finanziell zu unterstützen, da die Organisationen der privaten Fürsorge zu einer Massenunterstützungsaktion weder finanziell noch organisatorisch geeignet erschienen und man die ohne eigenes Verschulden arbeitslos Gewordenen von der In-

anspruchnahme der öffentlichen Armenpflege und auch vor einer Berührung mit den Organen der Armenpflege bewahren wollte, um ihnen das drückende Gefühl des Almosenempfangs möglichst fernzuhalten. Eine große Anzahl von Vereinen schloß sich mit dem Sozialen Museum und der Zentrale für private Fürsorge zu einem Ausschusse zusammen, dem es gelang, die Berufsorganisationen der Angestellten und Arbeiter und zwar sämtlicher Richtungen zur Mitarbeit heranzuziehen. Besondere Kommissionen wurden gebildet zur Fürsorge für jugendliche Arbeitslose, zur Beschaffung von Arbeits Gelegenheit und zur Unterstützung erwerbsfähiger erwachsener Arbeitsloser, sowie ein geschäftsführender Ausschuss. Der Hauptvorstoß wurde in die Hände von Professor Dr. Heinrich Köhler gelegt.

Die Beschaffung neuer Arbeits Gelegenheit sollte durch Unterstützung der Werkstätte der Hausratsammelstelle und durch Zurverfügungstellung von Mitteln zur Einrichtung einer Kolportage guter, billiger Schriften seitens des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung geschehen, der Ausbau der Arbeitsvermittlung des mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes sollte gefördert und öffentlich zur Vergebung von Arbeitsaufträgen aller Art (Reparatur- und Anstreicharbeiten) aufgefördert werden. Daneben sollte möglichst eine Unterbringung Arbeitsloser bei den von der Stadt Frankfurt a. M. geschaffenen besonderen Arbeits Gelegenheiten (Notstandsarbeiten, an Privatunternehmer vergebenen Arbeiten) versucht werden.

Für die Gewährung von Barunterstützungen wurde eine Reihe von Grundfragen aufgestellt, deren Ergänzung sich jedoch sehr bald als notwendig erwies. Da diese Grundfragen einen vollständigen Überblick über die ganze Art und Weise, wie die Unterstützungs-tätigkeit gehandhabt wurde, geben und voraussichtlich gleichartigen Notstandsaktionen in anderen Städten manch wertvollen Fingerzeig bieten können, geben wir sie in nachstehendem vollständig wieder:

1. Unterstützt werden nur solche Personen, die gegenwärtig im Bezirk der Stadt Frankfurt ihren Wohnsitz haben. — 2. Unterstützt werden Personen, die hier keinen Unterstützungswohnsitz haben (ausgenommen Bayern, die bereits seit mehr als 2 Jahren hier ununterbrochen wohnen), nur dann, wenn sie verheiratet sind oder als ledige Personen Familienangehörige zu unterstützen haben und die Voraussetzungen von Ziffer 3 vorliegen. In sonstigen Fällen werden Personen, die keinen Unterstützungswohnsitz hier haben, nur dann unterstützt, wenn ganz besonders dringliche Fälle vorliegen. — 3. Unterstützt werden nur Personen, die bereits seit längerer Zeit als sechs Monaten hier wohnen. — 4. Barunterstützungen erhalten organisierte und nichtorganisierte Arbeitslose. Organisierte erhalten, von besonderen Notfällen abgesehen, Unterstützung nur für die Zeiten der Arbeitslosigkeit, für die sie von ihrer Gewerkschaft keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. — 5. Die Barunterstützung soll frühestens eine Woche nach Eintritt der Arbeitslosigkeit und für höchstens 8 Wochen gewährt werden. — 6. Für ledige Arbeitslose wird eine Karenzzeit von 14 Tagen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit festgesetzt, es sei denn, daß ledige für Familienangehörige zu sorgen haben, in welchen Fällen die sieben-tägige Karenzzeit Platz greift. — 7. Die Höhe der Unterstützung beträgt bei verheirateten männlichen Arbeitslosen 1 M, bei ledigen männlichen und weiblichen Arbeitslosen 80 Pf für den Arbeitstag. Verheiratete oder verwitwete weibliche Arbeitslose, die Angehörige zu unterhalten haben, sollen den männlichen verheirateten Arbeitslosen gleichgestellt sein. — 8. Krankenversicherungsbeiträge werden an Arbeitslose zum Zwecke der Weiterversicherung ohne Rücksicht auf die Karenzzeit oder daneben gewährte gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bewilligt. — 9. Die in Ziffer 7 aufgestellten Normalsätze dürfen bei besonderer Not überschritten werden. — 10. Unterstützt werden Personen, die keine Arbeit ablehnen, die ihnen zugemutet werden kann. — 11. Beschränkt Erwerbsfähige sind nur dann von Unterstützung ausgenommen, wenn sie infolge körperlicher Leiden schon seit längerer Zeit oder dauernd arbeitslos sind. — 12. Die Gewährung von Mietzuschüssen soll im allgemeinen nicht direkt von dem Ausschuss bewilligt werden, vielmehr soll versucht werden, eine Gewährung der beantragten Mietzuschüsse durch den Armenverein durchzusetzen. Dabei soll in einzelnen Fällen die Gewährung eines Teiles des beantragten Mietzuschusses durch den Ausschuss nicht ausgeschlossen sein. — 13. Unterstützung wird nur für Zeiten der Arbeitslosigkeit, die nicht vor dem 1. Januar 1909 liegen, ausbezahlt. — 14. Eine grundsätzliche Ausschließung von Personen die bereits seit vielen Monaten arbeitslos sind, wird nicht beliebt; doch soll bei den Arbeitslosen, die bereits seit längerer Zeit als 1. Oktober 1908 arbeitslos sind, bei der Zentrale für private Fürsorge und beim Armenverein nachgefragt werden, ob dieselben bereits von diesen Organisationen unterstützt werden. Eventuell sollen besondere Fälle, die in den Wirkungskreis dieser beiden Organisationen gehören, denselben zur weiteren Behandlung überwiesen werden. — 15. Arbeitslose, die in betrügerischer Absicht sich bei verschiedenen Stellen um Arbeitslosenunterstützung bewerben, werden von der Unterstützung ausgeschlossen. — 16. Die Gesuche um Unterstützung sind nicht unmittelbar an den Ausschuss, sondern an die Berufsorganisationen der Arbeiter und an die gemeinnützigen Vereine (Zunere Mission, Katholischer Caritasver-

band) zu richten, denen die Vorprüfung der Bedürftigkeit und Arbeitswilligkeit der Gesuchsteller überlassen sein soll. Hierbei haben organisierte Arbeiter nur Anträge bei ihrer Berufsorganisation, nichtorganisierte Arbeiter Anträge bei der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle und nichtorganisierte Bäcker bei der Arbeitsvermittlungsstelle der Bäckerzwanagsinnung,^{*)} nichtorganisierte Arbeiter überhaupt Anträge bei dem katholischen Caritasverband oder beim Evangelischen Verein für Innere Mission zu stellen. Dem christlichen Gewerkschaftsartell ist gestattet, auch die Anträge arbeitsloser Mitglieder des Evangelischen Arbeitervereins und des katholischen Arbeitervereins entgegenzunehmen. — Am Donnerstag jeder Woche tritt ein Komitee, bestehend aus Vertretern des Sozialen Museums, der Zentrale für private Fürsorge, der Berufsorganisationen und der gemeinnützigen Vereine zur Beratung zusammen, wobei die Vertreter der Berufsorganisationen und gemeinnützigen Vereine die Unterstützungsgefuche an Hand eines vom Sozialen Museum und der Zentrale für private Fürsorge entworfenen Fragebogens vortragen und das Komitee über die Unterstützungsgefuche entscheidet. — 17. Die Auszahlung der bewilligten Gesamtsummen erfolgt an die Berufsorganisationen und gemeinnützigen Vereine unmittelbar nach der Bewilligung; die Berufsorganisationen und gemeinnützigen Vereine sind ermächtigt, unmittelbar nach der Bewilligung die Auszahlung der Unterstützungen zu Lasten des Ausschusses vorzunehmen. — 18. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, den Gesamtbetrag der den Arbeitslosen einer einzelnen Gewerkschaft zugewiesenen Krankenversicherungsbeiträge unmittelbar an die Krankenkasse oder die sonst in Betracht kommenden Krankenkassen abzuliefern.

Besonders hervorzuheben ist, daß die Durchführung des ganzen Unterstützungswerks in enger Fühlung mit den Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten stattfand und daß die Untersuchung der Bedürftigkeit und Würdigkeit des einzelnen Unterstützten nicht durch den Ausschuss oder ein von ihm eingesetztes besonderes Komitee geschah, sondern durch die dem Ausschuss angehörenden gemeinnützigen Vereine, Anstalten und Berufsorganisationen, durch deren Vermittlung allein die Unterstützungsanträge gestellt werden konnten.

„Die enge Verbindung mit den Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten wurde,“ wie in dem kürzlich erschienenen, von Dr. Ernst Cahn erstatteten Rechenschaftsbericht hervorgehoben wird, „gewählt, einerseits um die Unterstützungsaktion der Kontrolle und Mitwirkung der Vertrauensleute der Unterstützungsbedürftigen zu unterstellen und dadurch ihr Vertrauen zu der Tätigkeit des Ausschusses zu stärken, andererseits um dem Unterstützungswert bei den Betroffenen den Charakter der Mithätigkeit möglichst zu nehmen, sie von dem peinlichen Eindruck des Unterstütztwerdens möglichst zu bewahren. Man folgte damit lediglich Tendenzen, die in den letzten Jahrzehnten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege mehr und mehr Verbreitung gefunden hatten. . . . Mit einer Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung war auch dem Gedanken Rechnung getragen, daß es sich bei den materiellen Leistungen der besitzenden Schichten der Gesellschaft gegenüber den nichtbesitzenden nicht um gnadeweise Darbietungen, sondern um Erfüllung einer sittlichen Pflicht handelt, auf die die nichtbesitzenden Teile der Gesellschaft einen wohlbegründeten, moralischen Anspruch haben. In einem Falle, wie dem unseren, wo die Unterstützungsbedürftigkeit der Betroffenen nahezu ausnahmslos durch außerhalb ihres Willens liegende Umstände, ohne eigenes Verschulden, entstanden war, war das Abstandnehmen von den üblichen Formen der Armenpflege zudem doppelt am Platz.“

Der Bericht sagt weiter, daß die Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft an der Durchführung des Unterstützungswerks von den besten Folgen begleitet war. Etwaige Wünsche der unterstützten Arbeitslosen konnten jederzeit in geordneter Weise vorgebracht werden. Von einer Unzufriedenheit mit der Durchführung des Unterstützungswerks sei denn auch so gut wie nichts bekannt geworden, und dabei handelte es sich um die Unterstützung von 600 bis 1000 Personen wöchentlich. Aus der Fülle des in dem Cahn'schen Berichte niedergelegten äußerst wertvollen Materials sei hier nur noch mitgeteilt, daß in einem Falle, wo auswärts Arbeitsplätze zu besetzen waren, die durch einen noch fortdauernden Streik frei geworden waren, organisierten Arbeitslosen nicht zugemutet wurde, die durch Streik frei gewordenen Arbeitsstellen anzunehmen.

Auf die zahlenmäßigen Ergebnisse der Notstandsaktion können wir mit Rücksicht auf den vorhandenen Raum nur mit wenigen Worten hinweisen:

Die Zahl der Unterstützungswochen für die Barunterstützungen belief sich auf 7934; die Gesamtausgaben des Ausschusses betrugen 64 467,32 M., die Gesamteinnahmen abzüglich der Erhebungslohnkosten 66 319,13 M. Allein für Barunterstützungen wurden 4 447,8 M. und für Krankenversicherungsbeiträge 2038,13 M. verausgabt. Aus einer früheren Sammlung standen 10 200 M. zur Verfügung, der Magistrat

steuerete 10 000 M. bei, alle übrigen Gelder wurden durch Sammlungen bei 48 wohlhabenden Bürgern aufgebracht, von denen einer 7500 M. zeichnete.

Unterstützt wurden 2107 Personen und zwar wurde die Unterstützung beantragt von den freien Gewerkschaften für 1055 Personen (rund 50 %), von den christlichen Gewerkschaften für 191 (rund 10 %), von der Bäckerzwanagsinnung für 26, von dem evangelischen Verein Armendienst für 142 (rund 7 %), vom katholischen Caritasverband für 9, von der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle für 628 (rund 30 %), von verschiedenen Stellen (darunter ein Antrag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften) für 56 Personen. Das starke Überwiegen der Anträge der freien Gewerkschaften rührt davon her, daß unter rund 38 300 in Frankfurt a. M. Ende 1908 organisierten Arbeitern und Gehilfen in Industrie, Handel und Verkehr (von rund 80 000 Arbeitern und Gehilfen in Industrie, Handel und Verkehr in Frankfurt a. M. überhaupt) etwa 32 000 freigewerkschaftlich Organisierte (gegenüber 1310 christlich-gewerkschaftlich Organisierten) waren. Die insgesamt berücksichtigten 7900 Unterstützungsanträge zeigen ähnliche Ziffern. Ein Vergleich der Prozentätze der unterstützten Einzelpersonen und der bewilligten Unterstützungsanträge bei den einzelnen Arten von Organisationen ergibt, daß der Prozentatz der bewilligten Unterstützungsanträge bei den auf Antrag von freien Gewerkschaften und von christlichen Gewerkschaften unterstützten Personen wesentlich höher war, als der der unterstützten Einzelpersonen, während das Verhältnis umgekehrt war bei den auf Antrag der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle unterstützten Personen. Das hatte, wie der Bericht ausführt, seinen Grund darin, daß die Berufsorganisationen vermöge des ihnen eigentümlichen Apparats und ihrer starken Geschlossenheit gleich zu Beginn der Unterstützungsaktion ihre arbeitslosen Mitglieder auf die Tätigkeit des Ausschusses aufmerksam machen konnten und ihnen damit sofort deren Vorteile zuzuführen in der Lage waren, während die unorganisierten Arbeitslosen erst ganz allmählich von der Tätigkeit des Ausschusses Kenntnis erhielten.

Die weiteren Tabellen zeigen, daß es sich bei den unterstützten organisierten Arbeitern durchweg um jüngere Elemente handelt als bei den nichtorganisierten und daß die verheirateten Elemente fast überwiegen; daß ein allmähliches Ansteigen der Unterstützungsaktivität stattgefunden hat als Folge davon, daß das Dasein der Unterstützungsaktion erst ganz allmählich den nichtorganisierten Arbeitern bekannt wurde; daß mehr als $\frac{2}{3}$ aller Unterstützten höchstens 4 Wochen, mehr als $\frac{1}{2}$ derselben höchstens 6 Wochen unterstützt wurden, während bei nur 168 Unterstützten (= 8 %) die Unterstützungsdauer mehr als 8 Wochen betrug, was darauf schließen läßt, daß der größte Teil der Arbeitslosen nach nicht zu langer Zeit wieder Arbeit fand. Endlich zeigen die Tabellen auch, daß etwa $\frac{1}{2}$ aller Unterstützten höchstens 2 Wochen, etwa die Hälfte aller Unterstützten höchstens 4 Wochen, etwa $\frac{2}{3}$ der Unterstützten höchstens 6 Wochen arbeitslos waren, als sie an den Ausschuss herantraten, während nur etwa $\frac{1}{6}$ aller Unterstützten zur Zeit der Antragstellung bereits mehr als 2 Monate ohne Arbeit war.

Mitunterstützungsanträge wurden 822 gestellt. Hierfür wurden 5118 M. verausgabt. Unter den Antragstellern, die einen bestimmten Betrag verlangten, machten diejenigen die Hauptmasse aus, die den Betrag von ungefähr $\frac{1}{2}$ —1 Monatsmiete (15—30 M.) erbaten, woraus geschlossen werden dürfte, daß zahlreiche Arbeitslose mit dem Betrage von etwa einer Monatsmiete im Rückstande waren.

Der Ausschuss für jugendliche Arbeitslose bestimmte, daß als „jugendliche Arbeitslose“ angesehen werden sollten Personen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren. Als ortsansässig sollten gelten diejenigen, die in Frankfurt a. M. längere Zeit in einem festen Arbeitsverhältnis gestanden haben oder deren Familie hier ansässig ist. Zwecks Arbeitsvermittlung an Jugendliche wurde eine zentrale Auskunftsstelle geschaffen, von der aus sie an die für sie in Betracht kommenden Arbeitsvermittlungsstellen (städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Verein „Jugendwohl“, Kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter, Kaufmännischer Verein, Gewerkschaftssekretariat) verwiesen wurden. Insbesondere wurde eine Verbindung mit dem Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband zur Unterbringung der jugendlichen Arbeitslosen in auswärtigen Arbeitsstellen erstrebt. Eine Beschaffung von Arbeit sollte erst eintreten, wenn die Bemühungen bei den verschiedenen Arbeitsvermittlungsstellen vergeblich verlaufen waren. Außerdem wurden für jugendliche Arbeitslose Lehrprämien zur Erlernung eines gelernten Berufs und Beihilfen zu weiterer fachlicher Ausbildung durch Besuch der Gewerkschule während der Dauer der Arbeitslosigkeit geschaffen. Die Zentralauskunftsstelle für ortsansässige jugendliche Arbeitslose wurde dem Verein „Jugendfürsorge“ übertragen. Außerdem wurde noch eine Zentralauskunftsstelle für zuwandernde jugendliche Arbeitslose geschaffen und deren Geschäftsführung dem Verein „Kindereruch“ übertragen. Beide Vereine erhielten hierfür entsprechende Vergütungen.

Der Bericht kommt zu folgendem Endergebnis, das wir im Auszug wiedergeben:

Unbestreitbar ist durch die Tätigkeit des Ausschusses eine Summe von Not und Elend, die sonst im Gefolge von Arbeitslosigkeit auftreten, gemildert worden. . . . Sind auch die gewährten Unterstützungen nur

^{*)} Dies erklärt sich dadurch, daß der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle noch keine Abteilung für die Arbeitsvermittlung im Bäcker-gewerbe angegliedert ist.

von geringer Höhe gewesen und ermöglichten sie nur eine kargliche Lebenshaltung, so haben sie doch die Betroffenen vor Hunger und Kälte bewahrt, ihnen das Durchhalten bis zu den Jahreszeiten mit günstigerer Erwerbsgelegenheit ermöglicht. Die Unterstützungen haben aber weiter die Beteiligten vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege bewahrt. Damit sind diese Personen . . . auch davon abgehalten worden, mit der öffentlichen Wohltätigkeit und deren Organen in Berührung zu kommen und so langsam, fast unmerklich, sich auf das Almosennehmen, auf die Hilfe reicher Wohltäter zu verlassen.

. . . Die Unterstützten erhielten zum größten Teile die ihnen gewährte Unterstützung auf Antrag und durch Vermittlung der Männer ihres Vertrauens (der Beamten ihrer Berufsorganisationen), an die sie sich allein zu wenden hatten. Dadurch wurde ihnen in weitem Maße das Gefühl genommen, daß die ihnen gewährten Beträge aus freiwilligen Spenden humaner Philanthropen kamen.

Aber noch eine andere günstige Wirkung hatte dieses Zusammenwirken der Berufsorganisationen und anderer Organisationen bei Durchführung des Unterstützungswerkes. Es fand eine Zusammenarbeit von Kreisen verschiedenster politischer und sozialer Auffassung zu dem gleichen Ziele statt, die in einer Zeit scharfer Gegensätze und großer Interessenkämpfe eine versöhnende und ausgleichende Wirkung hat. Menschen kamen miteinander in Berührung, die sonst auf ganz verschiedenen Gebieten arbeiten, und fanden vielleicht dadurch Gelegenheit zu öfterer gemeinsamer Arbeit. Man braucht davon nicht überschwänglich zu denken und kann doch diesem Moment eine gewisse Bedeutung beilegen. Weiter ist das Zusammenwirken verschiedenster Kreise und die damit einsetzende Möglichkeit allseitiger Kontrolle geeignet, das Vertrauen aller Unterstützten in die zweckentsprechende und gerechte Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen. Endlich mußte die Heranziehung der Berufsorganisationen der Arbeiter zur Unterstützungsbaktion bei den Unterstützten ein Gefühl dafür hervorbringen, daß bei der Durchführung des Unterstützungswerkes die politische und soziale Betätigung der Unterstützten keine Rolle spiele, daß alle Unterstützungsbedürftigen gleich behandelt würden und daß man auch auf die Anschauungen der Unterstützten keinerlei Einfluß üben wolle.

Im übrigen brachte die ganze Aktion manche wertvolle Erfahrung über die Organisation von Unterstützungsunternehmungen bei weit verbreiteten, mehr oder minder plötzlich eintretenden Notständen. So wünschenswert an sich eine individualisierende Behandlung aller Unterstützungsfälle ist, so zeigt sich doch bei derartigen Fällen, daß der vorhandene Bestand an geschulten Kräften in der privaten Armenpflege für eine derartige individualisierende Behandlung des Einzelfalles bei der Masse der zu erledigenden Fälle nicht zureicht. So bleibt nur der Ausweg, in diesen Fällen die Unterstützung nach schematischen Maßstäben zu gewähren, im übrigen aber diejenigen Organisationen, die den zu Unterstützten persönlich nahe stehen und die deren Verhältnisse einigermaßen überblicken, zur Mitarbeit heranzuziehen und die Unterstützung unwürdiger und ungeeigneter Elemente hintanzuhalten. . .

Eine amtliche Arbeitslosenzählung in Sachsen. Am 12. Oktober 1910 ist auf Grund einer Ministerialverordnung in den sächsischen Gemeinden mit Hilfe der zum Zwecke der Steuereinschätzung von allen Hausbesitzern auszufüllenden sogenannten Hauslisten (es sind hier alle Einwohner mit eigenem Einkommen einzutragen) vorgenommen worden. Die Aufarbeitung des Materials erfolgt in der Weise, daß von der Gemeindebehörde aus den Hauslisten alle Personen herausgeschrieben werden, die sich in der Hausliste als arbeitslos bezeichnen oder die keinen Arbeitgeber angegeben haben. Name und Wohnung jeder dieser Personen sollen sodann auf je eine besondere Zählkarte geschrieben werden; nachdem werden diese Personen über die in Frage kommenden Verhältnisse besonders befragt. Zur Deckung der Kosten gewährt das Ministerium für jede ausgeschriebene Karte 3 M., während der Aufwand für die besonderen Erörterungen von den Gemeinden selbst zu decken ist.

Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Halle a. S. Der zur Beratung der Arbeitslosenversicherungsfrage eingesetzte städtische Ausschuß beschloß, die Einführung dieser Versicherung abzulehnen, weil noch zu wenig Erfahrungen vorliegen; dagegen solle die Gründung eines zentralisierten Arbeitsnachweises in die Wege geleitet werden.

Die Arbeitslosenversicherungsfrage im Münchener Gemeindefollegium. Der sozialdemokratische Antrag, in den Etat für 1911 den Betrag von 75 000 M. zur Errichtung eines Arbeitslosenunterstützungsfonds einzustellen, veranlaßte am 27. Oktober 1910 abermals eine Debatte über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenversicherung, in der neue Momente jedoch nicht beigebracht wurden — die einzelnen Meinungen scheinen sich nach wie vor unüberbrückbar einander gegenüber. Das Gemeindefollegium stimmte dem Mehrheitsantrage des Finanzausschusses, den Antrag der Sozialdemokraten dem Magistrat zur Instruktion hinübergzugeben, zu, lehnte jedoch den weiteren Vorschlag, den Magistrat zu ersuchen, durch die Staatskommission prüfen zu lassen, ob und in welcher Höhe nötigenfalls in dem Etat ein Betrag eingesetzt werden könne, um in außerordentlichen Vorfällen Unterstützung gewähren zu können, ab. Die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung war bereits vom Finanzausschuß abgelehnt worden.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in England behandelte Sir Clewelyn Smith auf der diesjährigen Septemberversammlung der British Association in Sheffield. Er ist der Überzeugung, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur durchführbar ist, sondern in gewissen Grenzen auch wirksam sein werde. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit teilt er ein in periodische Schwankungen des Marktes, örtliche und industrielle Verschiebungen und persönliche Ursachen. Von letzteren will er nur die Arbeitslosigkeit infolge Alters als Gegenstand einer Versicherung gelten lassen, für die jedoch durch eine besondere Regelung gesorgt werden müsse.

Ausdrücklich ausgeschlossen soll von dem zu erstrebenden Schutz Faulenzerei und schlechte Führung sein. Die Gefahr, durch schlechte Leistung, unpünktliche Anwesenheit oder Trunksucht beschäftigungslos zu werden, müsse der einzelne Arbeiter auf sich nehmen. Eine Gewähr für die Beschäftigung aller ohne Rücksicht auf persönliches Streben oder Leistung würde notwendig die Leistungsfähigkeit der Nation und die Güte ihrer Darbietungen herabsetzen. Also kein „Recht auf Arbeit“ in der Art, wie es die Sozialisten neuerdings wieder aufstreiben, kein System, das die moralischen Faktoren und die persönliche Verantwortung außer acht läßt. Streng genommen sei die Arbeitslosigkeit bei jemand, der wegen schlechter Führung entlassen wird, nicht eigentlich Arbeitslosigkeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern eher eine Ablehnung der Arbeit, ähnlich dem Faulenzen bei einem Auslande. Es handele sich da also nicht um das, was man in England kurz als trade risk bezeichnet, nicht um die einem Gewerbegebiet innewohnenden Fährlichkeiten, sondern um solche, die, wenn sie einen bestimmten Zweig trafen, jegliches Versicherungssystem mit beruflicher Grundlage unmöglich machen würden.

Clewelyn Smith gibt zu, daß die Untersuchung zwischen wirtschaftlichen und persönlichen Ursachen schwierig sein werde. Wenn die Arbeitslosigkeit immer aus der einen oder anderen wohl umschriebenen Ursache entstünde, würde es verhältnismäßig leicht sein, die Grundsätze aufzustellen, nach denen in den einzelnen Fällen zu verfahren ist; allein die Ursachen gingen im wirklichen Leben oft durch- und nebeneinander. Immerhin glaubt er, daß sich ein System finden lasse, wonach die notwendige Unterscheidung selbsttätig in Wirksamkeit tritt. Dieses System müßte auf dem Zwangsbeitritt und den Zwangsbeiträgen aufgebaut werden, mit Entschädigungen, die im Verhältnis zu den Beiträgen im höchsten Maße merklich unter den üblichen Lohnsätzen bleiben würden. Die Gliederung müßte beruflich sein, jedoch mit großen Einheiten, und Unternehmer und Arbeiter bei gemeinsamen Beiträgen und gemeinsamer Verwaltung umfassen. Ein staatlicher Zuschuß, müßte auch ein Anteil an der Verwaltung für den Staat, wäre notwendig. Die Einrichtung müßte dahin streben, den ständigen Unternehmer und den ständigen Arbeiter zusammen wirken zu lassen und freiwillige Vereinigungen nicht zu verdrängen, sondern zur Mitarbeit heranzuziehen.

Volkszerziehung.

Die Unterrichtsverteilung an nicht mehr schulpflichtige Jugendliche. Der Dirigent eines Arbeitergefängnisses in Zabrze, dem auch eine Anzahl jugendlicher Arbeiter angehören — selbstverständlich keine schulpflichtigen Kinder mehr — erhielt im Januar 1910 zwei Strafmandate über zusammen 600 M. mit der Androhung, sofort seine Tätigkeit beim Arbeitergefängnisverein, die sich als unerlaubte Unterrichtsverteilung darstelle, einzustellen, widrigenfalls im Falle der Zahlungsunfähigkeit eine Haft von 50 Tagen vollstreckt würde. Nachdem alle Beschwerden hiergegen abgewiesen worden waren, wurde er am 8. Mai verhaftet. Nach seiner Entlassung aus der Haft nahm er seine Tätigkeit wieder auf und erhielt daraufhin folgende neue Verfügung der kgl. Regierung zu Oppeln, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen:

Sie haben trotz des in unserer Verfügung vom 7. Dezember 09 II G. S. 2466 ausgesprochenen Verbots am 14. August dieses Jahres in dem Saale des Gastwirts Freund in Zabrze an jugendliche Personen Gefangenenunterricht erteilt. Es wird daher für diesen Fall der Zuwiderhandlung die Ihnen durch die vorerwähnte Verfügung angeordnete Geldstrafe von 300 M., an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 12 M. ein Tag Haft tritt, hiermit festgesetzt. Mit der Einziehung der Strafe haben wir den dortigen Magistrat beauftragt, an den die Geldstrafe bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung 2 Wochen vom Tage der Zustellung an gerechnet, abzuführen ist.

Diese Verfügung ist vom 17. September 1910 datiert, also mehr als zwei Monate nach der Vb. XIX Sp. 1112 mitgeteilten Reichsgerichtsentscheidung, nach der über das schulpflichtige Alter hinaus für die Erteilung von Unterricht die Bestimmungen der Gewerbeordnung treten und die Anordnung eines Ministerialerlasses, auch die Erteilung dieses Unterrichts von einer vor

herigen Erlaubnis abhängig zu machen, der gesetzlichen Grundlage entbehre. Eine solche offenbare Auflehnung gegen eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofs paßt vortrefflich zu der Art, wie in Preußen das Reichsvereinsgesetz vielfach gehandhabt wird.

Eine Stadt ohne Schundliteratur. Den vereinigten Bemühungen des Tilsiter Magistrats und der Zentralfstelle für Jugendschutz ist es zu verdanken, daß in Tilsit der Vertrieb von sogenannter Schund- und Schmutzliteratur eingestellt ist. Sämtliche dortigen Buch- und Papierhandlungen, selbst die kleinsten in unscheinbaren Winkelgassen, haben in anerkennenswerter Weise nicht nur erklärt, daß sie weiter keine derartige Literatur verkaufen werden, sondern sie haben tatsächlich auch alle Schundliteratur aus ihren Schaufenstern entfernt und lehnen den Verkauf dieser Sachen ab. Dafür vertreiben sie mit besonderer Mühseligkeit die guten Volkschriften einzelner Verleger, die es sich angelegen sein lassen, ältere tüchtige Werke anerkannter Dichter und Schriftsteller zu Spottpreisen neu herauszugeben. So sollten die anständigen Käufergruppen auch anderswo ihre Macht gegenüber dem Ungelesenen geltend machen!

Die Blumenpflege der Volksschüler in Hamburg fördert die Patriotische Gesellschaft in besonders umfangreicher Weise. Die den Kindern im Vorjahre überwiesenen Pflanzenstrecklinge werden von ersteren in der Wohnung gepflegt, um alsdann im Herbst, in öffentlicher Ausstellung, beurteilt zu werden. Auch in diesem Jahre sind von der genannten Gesellschaft 12 000 kleine Blumen verteilt worden, nämlich Mimosen, Feliotrop, Fleißiges Lieschen, Coleus, Pelargonien, Begonien, Zimmerlinden u. a. Die Ausstellung mußte in 2 Abteilungen stattfinden. Am Sonnabend, den 3. September, nachmittags, brachte, nach einem Bericht der „Hbg.achr.“, die erste Abteilung ihre Blumen nach dem großen Saal des Patriotischen Gebäudes, im ganzen etwa 1000 Topfpflanzen. Am Sonntag fand die Ausstellung statt, die von den Eltern der Schüler und anderen Besuchern zahlreich besucht wurde. Als die Schüler mit ihren Pflänzchen antraten, merkte man den Kindern den Stolz auf das durch ihre Sorgfalt Erzielte deutlich an. Bei einem Rundgange durch die Ausstellung erhielt man die Bestätigung, daß die Kinder Grund zur Befriedigung haben. Wer die unscheinbaren Pflänzchen gesehen hatte, als die Kinder sie bekamen, der mußte anerkennen, daß die Blumenpfleger Tüchtiges geleistet haben. Unter den 1000 ausgestellten Pflanzen befand sich kaum eine, bei der nicht hoher Wuchs, frische Farbe und volle Blüten zu beobachten waren. Die Preisrichter konnten denn auch 400 Preise zuerkennen. Das Preisgericht bestand aus Mitgliedern der Kommission zur Förderung der Blumenpflege in den Häusern (Vorsitzender Dr. S. Knauer), mehreren Gärtnern und einem Übergärtner. Als Preise standen zur Verfügung verschiedene Topfpflanzen, wie Edelkannen, Gummibäume, Alpenveilchen usw., ferner 60 Bücher: Schulz, „Hausliche Blumenpflege“. Die weiteren Ausstellungen fanden an den folgenden Sonntagen statt. Schließlich wurden auch die von verschiedenen Schülern ausgestellten hübschen Blumenzeichnungen prämiert, die mit ausgelegt waren. Unter den Zeichnungen, die mit Bleistift, Kohle oder Wasserfarben ausgeführt sind, befanden sich viele hervorragende Leistungen.

Künstlerischer Schmuck für Arbeiterwohnungen. Man schreibt uns aus Regensburg: Die akademisch-soziale Ferienvereinigung, gegründet vor Jahresfrist von Dr. Sonnenheim-M. Gladbach, hat im vergangenen Monat in Regensburg einen begrüßenswerten Versuch unternommen mit einer Ausstellung, der sie den Namen „Kunst im Heim“ gab, die zeigen sollte, daß man auch mit verhältnismäßig geringem Aufwand sein Heim mit künstlerischem Wandschmuck versehen kann. Die Vorarbeiten zu dieser Ausstellung fanden statt unter Mitwirkung der zunächst interessierten Kreise, der Arbeiterschaft. Der katholische Gesellenverein, dessen Mitglieder durch einen Vortrag über den Zweck der Ausstellung für die Veranstaltung angeregt wurden, stellte die für die Einrichtung des Ausstellungslokales nötigen Arbeitskräfte, Schreiner, Tapezierer usw. am Abend nach Schluß der Arbeit zur Verfügung. Herr Kunsthistoriker Johann Schuhmacher-Wonn, der auch die Sonderausstellung für christliche Kunst auf der Oberpfälzischen Kreisausstellung veranstaltet hatte, leitete in dankenswerter Weise die ganze Einrichtung. Die Ausstellungsgegenstände waren, da es sich zunächst um Wandschmuck handelte, hauptsächlich Bilder und Kunsttöpfereien, bezogen wurden die Bilder von den Firmen Voigtländer und Teubner, Leipzig, und von der Gesellschaft für christliche Kunst in München. Um wirkliche Kunstergiehung zu leisten, wurden an den zwei Sonntagen mehrmals Führungen vorgenommen, desgleichen auch mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft zweimal nach Feierabend zwischen 7 und 9 Uhr. Die ausgestellten Gegenstände wurden zum Schluß der Ausstellung durch eine Verlosung unter der Arbeiterschaft verteilt. Da ein geringes Eintrittsgeld genommen war und die Verwaltungs- und Aufsichtsarbeit ehrenamtlich

von den Studierenden geleistet wurde, so ist durch die Ausstellung ein Überschuß erzielt worden, der als Grundstein für weitere ähnliche Veranstaltungen gelten soll.

Ein Jugendheim bei der Wiener Polizei ist vor kurzem eröffnet worden. Es soll dazu dienen, aufgetriebenen verwahrlosten Kindern die erste zeitweilige Unterkunft zu bieten an einer Stelle, wo sie zwar auch unter ständiger Aufsicht sind, aber wo doch völlig der Anstrich von Arrest und Strafe fortfällt. Die Kinder bleiben im Jugendheim, bis in anderer Weise für ihre Unterkunft gesorgt werden kann, sei es, daß sie ihrer Familie zurückgebracht oder andern Jugendschutzeinrichtungen überwiesen werden können. Das Heim enthält ein Zimmer für Knaben, eins für Mädchen und ein Familienzimmer, außerdem ein gemeinsames Speisezimmer und das Zimmer der Wiener Polizeiaufsehtin, welche dort ständige Wohnung genommen hat. Ferner sind Küche und ein Bade- und Badzimmer vorhanden. Die bisherigen Gäste des Jugendheims waren meistens ältere Knaben, die aus Abenteuerlust oder auch, um Stellung zu suchen, ohne genügende Geldmittel nach Wien gekommen waren und leicht auf eine schiefe Bahn geraten wären, wenn sie nicht im Jugendheim Unterschlupf gefunden hätten.

Volksgeundheit.

Die Bevölkerungsvorgänge in Deutschland 1909 werden dem Kaiserlichen Gesundheitsamte aus 349 Ortschaften des Deutschen Reichs mit insgesamt 22 889 705 Einwohnern in monatlichen Ausweisen nach einheitlichem Schema regelmäßig berichtet. Die Ausweise gestatten ein maßgebliches Urteil über die Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse der gesamten Reichsbevölkerung. Bei den Ergebnissen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß in jenen Orten die Zahl der im Jahre 1909 Lebendgeborenen um 11 005 (d. i. um 1,67 %) geringer gewesen ist als im Jahre 1908, obgleich die Gesamtbevölkerungszahl nach üblicher Schätzung von 22 368 928 auf 22 874 536, d. i. um 2,26 % gestiegen ist. Die Geburtenabnahme ist also noch nicht zum Stillstand gekommen. Hinsichtlich der Zahl der Todesfälle sind die Ergebnisse des Jahres 1909 wesentlich günstiger als die des Vorjahres, da trotz der mutmaßlichen Zunahme der mittleren Bevölkerung 14 246 Personen weniger als während des Vorjahres (d. i. um 3,73 % weniger) in den Berichtsorten gestorben sind. Dies ist besonders der geringeren Säuglingssterblichkeit zu verdanken. Im Jahre 1908 starben von 100 Lebendgeborenen 17,5 im 1. Lebensjahr, im Jahre 1909 nur 16,2. Was die Todesursachen aus dem Jahre 1909 betrifft, so sind erheblich häufiger als im Vorjahr 1908 nur die Selbstmorde gewesen, denn deren Zahl hat um 208, d. i. um 3,5 % zugenommen. Unerheblich hat außerdem nur die Zahl der durch Scharlach und der durch Masern verursachten Sterbefälle zugenommen, nämlich zusammen um 49 oder 0,6 %. Alle anderen bezeichneten Krankheiten, auch Verunglückungen (einschließlich Mord und Totschlag), haben seltener als im Jahre 1908 zum Tode geführt. Besonders beachtenswert ist die Abnahme der Todesfälle an Tuberkulose um 1258 oder 2,9 %, ferner der an Keuchhusten um 826 oder 17,3 %, auch der durch sonstige Krankheiten der Atmungsorgane herbeigeführten Todesfälle um 2939 oder 5,4 %, endlich der Sterbefälle von Säuglingen infolge von Magen- und Darmkatarrh um 6055 oder 14,8 %.

Die Verbreitung der Zahnkrankheiten. Nach Erhebungen der internationalen Zentrale für Zahn- und Mundhygiene, die der schweizer Zahnarzt Brodbeck vor kurzem auf der Generalversammlung der Thurgauischen gemeinnützigen Gesellschaft machte, ist die schlechte Beschaffenheit der Zähne die am meisten verbreitete Volkskrankheit. Am schlimmsten seien die Zustände in der Ostschweiz, dort seien 100 %, also sämtliche Kinder, zahnkrank. Die Hauptschuld trage das heutige Ernährungssystem: die möglichst weiche Zubereitung der Nahrung, die das Kauen überflüssig macht. Die Folgen seien zur direkten Gefahr für die Volksgeundheit geworden. Notwendig sei Belehrung in Schulen und Vereinen, daneben ernsthafteste Behandlung, die nur von approbierten Zahnärzten in gut eingerichteten Schulzahnkliniken geschehen sollte.

Reform der Krankenpflege in den bayerischen Kreisirrenanstalten. Nachdem im bayerischen Landtage der den christlichen Gewerkschaften nahestehende Abg. Waltersbach auf die Mißstände hingewiesen, die in einigen bayerischen Kreisirrenanstalten für das Pflegepersonal bestehen, ist jetzt ein Erlaß des Staatsministeriums an die 8 bayerischen Kreisregierungen ergangen, der auf eine Besserung dieser Verhältnisse hinzielt. Wie wir der Zeitschrift „Der Krankenpfleger“ entnehmen, stützt sich der Erlaß auf eine amtliche Zusammenstellung über die Verhältnisse in den bayerischen Kreisirrenanstalten, aus welcher hervorgeht, daß nicht nur in den

Gehalts-, sondern auch in den sonstigen Dienstverhältnissen des Pflegepersonals zwischen den Anstalten der einzelnen Kreise sehr große Unterschiede bestehen. Diese Unterschiede finden nach Ansicht des Staatsministeriums in den verschiedenen Betriebsformen der Anstalten oder in den Unterschieden, die einzelne Kreise in bezug auf die allgemeinen Wohn- und Arbeitsverhältnisse aufweisen, keine ausreichende Begründung. Es müsse vielmehr angenommen werden, daß einzelne Regierungen und Landräte die große Bedeutung, die ein williges, verlässiges und ständiges Pflegepersonal für einen ordnungsgemäßen Betrieb von Irrenanstalten besitzt, noch nicht in entsprechender Weise würdigen.

Das Staatsministerium sieht zunächst davon ab, feste, einheitliche Mindestforderungen aufzustellen, aber es empfiehlt den Kreisregierungen, gemeinsam mit den Direktoren und Oberärzten zu prüfen, nach welcher Richtung eine Besserung einsetzen müsse.

Hierbei sei „außer einer angemessenen Besoldung und einer nach Menge und Zubereitung einwandfreien Verpflegung des Pflegepersonals insbesondere eine entsprechende Fürsorge für den Fall der Krankheit und dauernder Dienstunfähigkeit, Gewährung von Ruhezeiten während des Dienstes, ein entsprechender Wechsel der Beschäftigung, die Gewährung von dienstfreien halben und ganzen Tagen in angemessenen Zwischenräumen, die Bewilligung einer Entschädigung für die nicht verabreichte Kost während der dienstfreien Tage des Urlaubs, die Bereitstellung von Erholungsräumen für das vom Dienst befreite Personal, die Bereitstellung besonderer Schlafäle für das Personal und von Wohnungen für das verheiratete Personal durch den Bau von Pflegerhäusern anzustreben.“

In den Kostenvoranschlägen der Kreisgemeinden für 1911 soll in gesonderten Berichten mitgeteilt werden, welche Maßnahmen auf diesem Gebiet in Aussicht genommen sind. Diese Verbesserungen dürfen, wo sonst Schwierigkeiten entstehen, schrittweise erfolgen und auf mehrere Jahre verteilt werden; doch ist von vornherein ein Plan über die in mehreren Jahren durchzuführenden Verbesserungen aufzustellen.

3. Internationaler Kongreß für Gewerbekrankheiten Wien 1914. Man schreibt uns: Am 21. Oktober 1910 hat sich in Wien der Ausschuß für den 3. Internationalen Kongreß für Gewerbekrankheiten, der nach Beschluß der „Permanenten internationalen Kommission zum Studium der Gewerbekrankheiten“ im Herbst 1914 in Wien stattfinden wird, konstituiert. Dem Ausschuß gehören die Vertreter der beteiligten Behörden sowie eine große Zahl von Fachmännern an; Präsidenten sind: Hofrat Franz N. v. Haberler, Sanitätsreferent im Ministerium des Innern, Professor A. Schottenfroh, Professor der Hygiene an der Universität Wien. Sekretäre sind die österreichischen Mitglieder der internationalen permanenten Kommission Dr. H. v. Schrötter, Privatdozent Dr. L. Teleky. Die Tagesordnung für den Kongreß 1914 ist, wie folgt, festgelegt:

1. Ermüdung: Physiologie und Pathologie mit Hinblick auf die gewerbliche Arbeit. Wirkung der Berufsarbeit auf das Nervensystem. Nacharbeit.
2. Arbeit in heißer und feuchter Luft.
3. Milbrand.
4. Pneumokoniosen.
5. Schädigungen durch Elektrizität.
6. Gewerbliche Gifte — besonders Arsen, Quecksilber, Blei.

Mit Rücksicht auf Umfang und Beschaffenheit der Tagesordnung sowie im besonderen ihres Hauptthemas „Ermüdung“ wird schon jetzt mit den Vorarbeiten begonnen und an Fachgelehrte und Institute mit dem Ersuchen herangetreten, diesem Thema sowie den übrigen Punkten der Tagesordnung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit dem Kongreß 1914 ein möglichst umfangreiches und neues Material vorliege. (Anfragen sind an Dozent Dr. L. Teleky Wien, IX. Türkenstraße 23 zu richten.)

Mohnungswesen.

Miete und Einkommen.

Auf der Städtebau-Ausstellung im Frühjahr d. J. in Berlin hatte das Statistische Amt der Stadt Schöneberg das Verhältnis von Einkommen und Miete für einige deutsche Städte in graphischen Darstellungen veranschaulicht. Eine Ergänzung dieser graphischen Darstellungen wird jetzt in den Vierteljahresberichten des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg*) veröffentlicht, und zwar werden nun sämtliche amtlichen Untersuchungen, die in

deutschen Städten je über das Verhältnis von Einkommen und Miete gemacht worden sind, herangezogen und die Methoden der Untersuchung, sowie die wichtigsten Ergebnisse mitteilt. Die verschiedenen angewandten Methoden zielen vor allem darauf hin, nur solche Wohnungen in die Untersuchung mit aufzunehmen, die auch wirklich nur zu Wohnzwecken verwandt wurden, so daß also keine Miete für gewerbliche Betriebe mit darin lag. Verschiedenartig sind dann auch die Methoden, wie man die Einkommensverhältnisse zu erfassen und bei der Berechnung einzuteilen suchte. Auf diese verschiedenen Einzelheiten sei hier nicht eingegangen, sondern es seien nur einige besonders kennzeichnende Ergebnisse mitgeteilt.

Die früheste Untersuchung über das Verhältnis von Einkommen und Miete war im Jahre 1867 durch den Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Schwabe, veranstaltet. Schwabe deckte in diesen Untersuchungen zum ersten Mal eine Tatsache auf, die nach ihm später das „Schwabe'sche Gesetz“ genannt wurde, daß nämlich ein um so höherer Satz verhältnismäßig auf die Miete verwandt werden muß, je kleiner das Einkommen ist. Nach den Schwabe'schen Untersuchungen für 1865 z. B. wurde bei den Einkommen der 1. Steuerstufe 27,5 % des Einkommens auf die Miete verwandt und dieser Satz sinkt ganz regelmäßig bis auf 11,5 % bei der 13. Steuerstufe. Bei den noch höheren Steuerstufen, wo es sich allerdings nur um Einzelfälle handelt, sinkt die Verhältniszahl sogar bis auf 1 bis 3 %.

Das Vorgehen Schwabes in Berlin wurde 1867/68 in Hamburg nachgemacht. Hamburg hat aber diese vergleichenden Statistiken noch mehrfach wiederholt, und diese verschiedenen Ergebnisse sind in einer lehrreichen Tabelle zusammengestellt. Danach mußte bei den Einkommen zwischen 900 bis 1200 M. bei den Zählungen 1867/68 = 19,8 %, 1873/74 = 20,9 %, 1881/82 = 21,9 %, 1890/91 = 24,1 %, 1900/01 = 24,7 % des Einkommens für die die Miete aufgewendet werden. Diese Sätze sinken bei den höheren Einkommen ganz regelmäßig; bei den höchsten Einkommen von über 60 000 M. brauchten zu den verschiedenen Erhebungszeiten nur noch 3 bis 3,9 % für Miete ausgegeben werden.

Aus Leipzig liegen vergleichende Zählungen für 1875, 1885 und 1900 vor. Die Verhältniszahlen sinken 1875 von 38,7 % (bei Einkommen von unter 500 M.) bis auf 0,3 % bei Einkommen über 500 000 M.; 1885 sinken sie von 33,8 % auf 1,4 %; 1900 von 31,9 % auf 0,7 %.

Für Dresden liegen Untersuchungen aus dem Jahre 1880 vor. Bei Einkommen unter 300 M. mußten 41,7 % auf die Miete verwandt werden; die Sätze sinken dann in regelmäßiger Folge bis auf 7 % bei der 35. Steuerklasse für Einkommen zwischen 30 000 und 33 000 M. Bei den noch höheren Einkommen ergeben sich noch geringere Verhältniszahlen, doch sind hier die Kurven unregelmäßiger, da es sich immer nur um vereinzelte Fälle bei den verschiedenen Steuerstufen handelt.

Sehr sorgfältige Durcharbeitungen des statistischen Materials liegen aus Breslau vor aus den Jahren 1880 und 1900. Bei den niedrigen Einkommen mußten 1880: 28,9 % und 1900: 31,8 % des Einkommens für die Miete ausgegeben werden, bei den höchsten Einkommen 3,1 % oder 2 %.

In Magdeburg wurden 1886 Unterschiede von 40,8 % bis 4,3 % ermittelt. Eine besonders umfangreiche Erhebung wurde am 1. Dezember 1905 in Sachsen unternommen, als man in 27 Städten mit der Volkszählung eine Wohnungszählung verband. Für 16 dieser Städte ist dann später das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete untersucht worden, und zwar ist hier getrennt behandelt das Einkommen ohne Einrechnung des Einkommens der Familienangehörigen und das Einkommen unter Zuzählung der Verdienste der Familienmitglieder. Im ersten Falle ergeben sich für die 16 Städte die Durchschnittszahlen von 31,9 % sinkend bis auf 5 %, im andern Falle 17,1 % bis herab auf 4,9 %, ein Zeichen, wie beträchtlich bei den kleineren Einkommen die Angehörigen mitverdienen müssen, während bei den höheren Einkommen dies die Verhältniszahlen nur sehr wenig beeinflusst.

In Schöneberg sind die Steuerlisten und Hauslisten für 1906 daraufhin verarbeitet worden, wie sich Einkommen und Miete zu einander verhalten. Bei den Einkommen zwischen 900 bis 1050 M. mußten 3/4 der Wohnungsinhaber mehr als 27,1 % für Miete aufwenden, die Hälfte mehr als 32,3 %, 1/4 mehr als 43,2 %. Bei den größten Einkommen sind die Zahlen auf 2,3 %, 3,0 % und 3,7 % gesunken.

In einem zusammenfassenden Schlußabsatz meint der Bearbeiter, daß die Versuchung nahe läge, aus den gewonnenen Materialien in den verschiedenen Städten nun allgemeine vergleichende Zahlen zu ziehen, doch müsse dem dringend widersprochen

*) 3. Jahrgang, 2. Heft. Bearbeitet von Dr. R. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg.

werden, da eben vorläufig noch die angewandten Methoden der Statistik zu sehr voneinander abweichen. Aber wenn auch bei den Berechnungen des Verhältnisses zwischen Einkommen und Miete mannigfache Fehlerquellen mit in Betracht zu ziehen sind, die bei der einen Zählung vielleicht sorgfältiger ausgemerzt sind als bei der anderen, so ergibt sich doch eine volle Übereinstimmung mit dem Satz, den bereits Schwabe bei den ersten Berliner Ermittlungen 1867 gefunden hatte: Je niedriger das Einkommen, desto höher ist verhältnismäßig die Miete. Aus denjenigen Städten aber, für die Zählungen aus verschiedenen Zeiten vorliegen, ist noch eine andere Entwicklungslinie deutlich erkennbar, daß die Verhältniszahl bei den kleinen Einkommen gestiegen ist, bei den großen Einkommen dagegen sinkt. Die Erkenntnis dieses Zustandes sollte eine ernste Mahnung sein, den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau auf alle Weise zu fördern, denn es ist ein wirtschaftlich und sozial geradezu bedrohlicher Zustand, daß von den kleinen Einkommen ein so überaus großer Teil für die Miete aufgewendet werden muß.

Wohnungsleiden in Berlin. Nach den neuesten Aufstellungen der Berliner Wohnungen, nach Größenverhältnissen geordnet, wie sie sich in den Amtlichen Statistischen Monatsheften von Groß-Berlin findet, ergeben sich für das eigentliche Berlin, ohne Vororte, wahrhaft erschreckende Zustände. Es wurden insgesamt 524 441 Wohnungen gezählt. Davon bestehen 189 247 Wohnungen aus einem heizbaren Zimmer mit Küche, 34 444 aus Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer ohne Küche, 25 766 Wohnungen bestehen überhaupt nur aus irgend einem Raum ohne Küche und 7975 Wohnungen nur aus einer Küche. Ferner sind 145 326 Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern und Küche vorhanden und 13 793 Wohnungen mit 2 Zimmern ohne Küche. Es ergibt sich also, daß von den rund 525 000 Wohnungen über 416 000 Wohnungen kleiner sind als Zweizimmer-Wohnungen, davon ist sogar der überwiegende Teil nur Einzimmer-Wohnungen. Die Bebauungsziffer ist gerade in den Einzimmer-Wohnungen am höchsten, aber auch die Zweizimmer-Wohnungen weisen sehr hohe Belegziffern auf, weil bei dieser Art Wohnungen das Schlafstellenwesen blüht. Es folgen dann 50 686 Wohnungen mit 3 heizbaren Zimmern und Küche und 8344 Wohnungen von 3 Zimmern ohne Küche; ferner 22 563 Wohnungen von 4 Zimmern. Nur eine verschwindend kleine Zahl von Wohnungen, nämlich 26 297, das ist etwa der 20 Teil aller in Berlin vorhandenen Wohnungen, weist mehr als 5 Zimmer auf. Der Vollständigkeit wegen sei mitgeteilt, daß es 11 732 Wohnungen mit 5 Zimmern gibt, 6394 mit 6, 3443 mit 7, 19 125 mit 8, 1003 mit 9 Zimmern. Die Ziffern der Wohnungen mit mehr als 10 Zimmern fallen dann sehr schnell ab, doch gibt es noch über 100 Wohnungen mit mehr als 20 Zimmern.

Die obigen Zahlen müssen die schwersten Bedenken erwecken. Etwa die Hälfte aller Berliner Wohnungen sind also Einzimmer- oder Ein-Raum-Wohnungen und $\frac{1}{5}$ aller Wohnungen bleiben unter der Zweizimmer-Grenze: in diesen Räumen hausen nun 1,9 Millionen von den 2,1 Millionen Bewohnern Berlins, das heißt über 90 % der Gesamtbevölkerung. Alle Bestrebungen auf Hebung der Volksgefundheit, ebenso alle Jugendfürsorge- und Sittlichkeitsbestrebungen werden vergeblich bleiben, solange ein solches Wohnungsleiden herrscht.

Der 2. Deutsche Wohnungskongreß, dessen Vorsitz Graf Posadowsky übernommen hat, soll Mitte Juni 1911, kurz nach Pfingsten, in Leipzig stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Die öffentlichen Körperschaften als Behörden und als Terrainunternehmer in der Bodenfrage; 2. Die Finanzierung der Bautätigkeit in großen und kleinen Orten, ihre Mängel und ihre Reform unter besonderer Berücksichtigung der Beschaffung der zweiten Hypothek; 3. Die Beleihung des Erbbaurechts und wirtschaftlich verwandter Formen gebundenen Grundbesitzes.

Der Verband rheinischer Baugenossenschaften tagte Anfang November zum erstenmal als selbständiger Revisionsverband in Düsseldorf. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten „brennende Tagesfragen der Wohnungsreform“, und zwar wurde hierbei die Geldbeschaffung für den Kleinwohnungsbau sowie die Reichswertzuwachssteuer behandelt. Zu der letzten Frage wurde ein Bericht zugunsten dieser Steuer gehalten und ein Bericht dagegen. Von entscheidender Stellungnahme wurde abgesehen. Mehr Einheitlichkeit herrschte dagegen in der Frage der Geldbeschaffung. Man stimmte dem Berichterstatter, Beigeordneten Rath-Essen,

bei, der als Geldgeber für den Kleinwohnungsbau hauptsächlich folgende Quellen vorschlug: a) Die Landesversicherungsanstalten: Erleichterung der Anleihebedingungen, Erschließung weiterer Geldquellen durch mögliche Beschränkung auf die Beleihung jenseits der mündelsicheren Grenzen unter weitgehendster Überlassung der ersten Stellen an die zur mündelsicheren Anlegung reichlich vorhandenen Privatkapitalien. b) Gemeinden und Kreise: Stärkere Heranziehung der Sparkassenbestände unter weiterer Hinausschiebung der Mündelsicherheitsgrenze. Begründung gemeindlicher Hypothekenämter zur Befriedigung des Bedürfnisses nach zweiten Hypotheken unter Bildung von Garantiefonds. Mitwirkung von Gemeindebaubeamten (Wohnungsinspektion, Wohnungsamt) bei Gewährung der von den Sparkassen und Hypothekenämtern auszuliehenden Hypotheken.

Literarische Mitteilungen.

Quellenmaterial zur Alkoholfrage. Beiträge aus dem Reichs-Arbeitsblatt. Dritte, vermehrte Auflage. Von Wein, Bier, Branntwein. 1910. Berlin W. 15. Rähgigleitsverlag. 131 S. 1 M.

Die Schrift enthält Nachdrucke von Aufsätzen des Reichs-Arbeitsblatts über den Alkoholverbrauch und seine Bedeutung für den Arbeiterhaushalt, für Staat und Gemeinde, über die Geschichte der Antialkoholbewegung und -gesetzgebung aus den Jahren 1906—1910.

Comment diminuer la misère. Études sur la Belgique. Par B. Seebom Rowatree. Aus dem Englischen ins Französische überf. von Potermans. Verlag Ghard et Brière. Paris, rue Soufflet 16. Preis 15 Frs.

Der Titel ist etwas irreführend; man erwartet danach irgend ein neues grundlegendes System zur Bekämpfung des Elends und findet nur eine Schilderung bestehender Zustände in Belgien. Diese umfangreichen Untersuchungen sind freilich lehrreich und wertvoll. Es wird die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung Belgiens dargelegt, ferner werden genaue Untersuchungen über die Grund- und Bodenverteilung, den Stand der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Fachschulwesens, der Sterblichkeitsverhältnisse usw. in Belgien geboten. Jedoch der Schlussabschnitt, in dem man nun die Antwort auf die im Titel liegende Frage erwarten sollte, muß enttäuschen. Dieser Schlussabschnitt ist lediglich eine Vergleichung der englischen Zustände mit den belgischen. Auf Grund der vorliegenden Untersuchungen vertritt der Verfasser die Ansicht, daß zur Besserung der sozialen Zustände in einigen Fragen — namentlich auf dem Gebiet des geistlichen Arbeiterchums — Belgien von England zu lernen hätte, daß aber in der Frage der Grund- und Bodenverteilung Belgien mit dem vielen Kleinbesitz wirtschaftlich im Vorteil ist.

Esquisses d'une Sociologie par E. Waxweiler. Brüssel, Mijs & Thron. Travaux de l'Institut de Sociologie. Notes et Mémoires. Fascicule 2.

Der Verfasser will in der vorliegenden Studie eine Soziologie auf positiver, experimenteller Grundlage, eine Physiologie oder genauer „Soziale Ethologie“ geben. Das bedeutet insofern eine Einseitigkeit, als nur eine biologische und naturalistische Soziologie des Natürlichen, ohne Berücksichtigung und Hervorhebung des Menschlichen und Teleologischen gegeben wird. Das Buch selbst gliedert sich in zwei Teile, in „Die Soziologie“ und „Die soziologische Analyse“. Im ersten Teile wird in drei Kapiteln von der Anpassung der Organismen an das Milieu, von dem lebenden und dem sozialen Milieu und den sozialen Erscheinungen in der vergleichenden Soziologie gehandelt. „Die soziologische Analyse“ enthält die Kapitel IV—VIII über „Die Quellen und die Methode“, „Die soziale Formation“, die Kapitel über „Die sozialen Fähigkeiten“, „Die sozialen Wirksamkeiten (activités)“ und über „Die sozialen Synergien“.

Dr. J.

Jugendfürsorge und Jugendvereine. Ein Handbuch, herausgegeben unter Mitwirkung von Vereinspräsidenten von Dr. August Pieper. M.-Gladbach 1910. 4.—10. Tausend. Preis 8 M.

Die seit einem Jahre vergriffene 1. Auflage erscheint in vermehrter und teilweise umgearbeiteter Form. Das Werk bringt in seinem ersten Teil eine Übersicht sowohl der konfessionellen wie neutralen Jugendfürsorge, d. h. Einrichtungen, die vom Staate, von den Gemeinden oder Vereinen getroffen sind. Der 2.—4. Teil sind ausschließlich der Behandlung der katholischen Jugendfürsorge gewidmet. Sowohl theoretisch wie durch Erfahrungen aus der Praxis heraus werden die mannigfachen Bestrebungen katholischer Jugendvereine geschildert. Wird hierbei naturgemäß auch die religiöse Beeinflussung der Jugend in den Vordergrund gestellt, so finden doch auch die wirtschaftlichen Seiten Berücksichtigung und namentlich wird das Streben der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihrer sozialen Lage als berechtigt anerkannt. Auch der Freude und Erholung soll in den katholischen Jugendvereinen Raum gegeben werden, wie aus den Anleitungen zur Ausgestaltung des Vereinslebens hervorgeht. Auch nicht-katholische Kreise werden das Buch als Wegweiser und Leitfaden schätzen.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreigespaltene Zeile.

Für mehrere weiter auszubauende Landesgeschäftsstellen unseres heute über 100 000 Mitglieder umfassenden Vereins und seiner Wohlfahrts-Einrichtungen suchen wir
drei bis vier leitende Beamte.

Bewerber müssen rednerisch und journalistisch befähigt, arbeitsfreudig und mit reichen Kenntnissen der Sozialpolitik, besonders der kaufmännischen Standesbewegung, ausgerüstet sein, Alter nicht über 40 Jahre. Herren, welche dem kaufmännischen Gehilfenstande entstammen, aber auch andere Privatbeamte, sowie sozialpolitische Praktiker wollen sich melden. Angebote ohne den Nachweis rednerischer Begabung sind in jedem Falle zwecklos. Zuschriften mit Zeugnissen, Referenzen und Gehaltsansprüchen erbittet der

Verein für Handlungs-Commis von 1858
(Kaufmännischer Verein) in Hamburg.
Die Verwaltung.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig

Soeben ist erschienen:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von

Gustav Schmoller.

XXXIV. Jahrg. 4. Heft. Preis: 13 Mark.

Inhalt: I. Aufsätze. Die ständischen Elemente in der ungarischen Politik. Von Max Carr. — Tunesien, seine heutige Verfassung und Verwaltung. Von Bernhard Rathgen-Strahburg i. G. — Montesquieu als Staatsmann. (Nach einer bisher unbekannten Denkschrift an den Herzog von Orleans.) Von Fritz Karl Mann. — Sinn und Wert des Marxismus. II. Von Georg Jäger. — Der Streit um die Steuerhinterziehungen in Preußen. Von Friedrich Behnauer. — Verweise. I. Von Paul Dehn. — Der Organisationsvertrag im deutschen Buchdruckgewerbe. Von Hans Finke. — Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1900. Von Walter Rothkegel. — Die wirtschaftliche Bedeutung des modernen Pflanzenbaues. Von B. Rydzinski. — Das bauerliche Erbrecht des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches. Von Hans R. Rudloff. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Mosellanalisierung. II. Von Hermann Schumacher. — Zum Problem gesetzlicher Aufnahme der Barzahlungen in Österreich, Ungarn. I. Ein Schlusswort gegenüber Walter Federn. Von Ludwig v. Mises. II. Gesetzliche Barzahlung und Kriegsfall. Von Otto Neurath.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die

Handelspolitik Bulgariens.

Von **Dr. Christo Abadjeff.**

(Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen. Heft 143.)

Preis: 4 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. Geschichtliches. — Die türkischen Kapitulationen. — Erster Abschnitt. Die Entwicklung der bulgarischen Handelspolitik seit 1878 bis zur Gegenwart. Der handels- und zollpolitische Zustand von 1878–1897. Die Handelsverträge von 1896/97. — Die Handelsverträge von 1905. — Zweiter Abschnitt. Die Rückwirkungen der Handelspolitik auf die Volkswirtschaft. Die Gestaltung des Handelsverkehrs mit dem Ausland. — Die Landwirtschaft. — Die Industrie.

Verband Niedersächsischer Arbeitsnachweise.

Für den am 31. Oktober ds. Js. zur Förderung des gemeinnützigen Arbeitsnachweises im Gebiete der Provinz Hannover, des Herzogtums Oldenburg, des Herzogtums Braunschweig und des Fürstentums Schaumburg-Lippe gegründeten Verband wird ein

Geschäftsführer

gesucht, dessen Hauptaufgabe darin bestehen wird, die Geschäftsführung in Hannover unter Leitung des Unterfertigten zu verwalten, die Tätigkeit der vorhandenen Nachweistellen zu beleben, die Errichtung neuer Nachweistellen zu fördern und den Verkehr mit den benachbarten Verbänden zu führen.

Die Besoldung ist für das erste Jahr auf 8600 Mark festgesetzt. Alsdann findet eine Erhöhung auf 4200 Mark statt, welche Besoldung von drei zu drei Jahren um 600 Mark bis zum Höchstbetrage von 7200 Mark steigt.

Bewerbungen, die Angaben über entsprechende Vorbildung, sowie Organisationsbefähigung enthalten müssen, sind nebst Lebenslauf und Zeugnissen bis zum 1. Dezember ds. Js. bei dem Unterfertigten Vorstehenden des Verbandes einzureichen.

Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung erbeten.

Hannover, den 2. November 1910.

Schiffgraben Nr. 6.

Der Vorstand des Verbandes Niedersächsischer Arbeitsnachweise.

Der Vorsitzende.

v. Campe,
Schagrat.

Verlag von Duncker & Humblot
in Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Die deutschen gewerblich. und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten
:: Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

1910. Preis: 5 Mark.

Für die innere (besonders: Finanz-) Verwaltung eines großen

Privatangestelltenverbandes

wird eine tüchtige, auf diesem Gebiet erfahrene und

organisatorisch befähigte Kraft in leitende Stellung

zu baldigem Antritt gesucht. Bewerber belieben Angebote mit Gehaltsansprüchen und Nachweis ihrer bisherigen Tätigkeit unter **F. B. W. 524** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** einzusenden.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit,

ihre personalen und technisch-fachlichen Voraussetzungen.

Von **Ernst Bernhard.**

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 138.)

Preis: 2 Mark 50 Pf.

Inhaltsangabe. Einleitendes. — I. Teil. Die Aufgaben höherer Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit. — II. Teil. Die technisch-organisatorischen Bedingungen höherer Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit. — III. Teil. Die Eigenart der technisch-organisatorischen Faktoren und die Schranken einer Verdichtung der Produktionsprozesse. — IV. Teil. Die persönlichen Ursachen höherer Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit. — V. Teil. Kürzere Arbeitszeit — ein technisches Postulat. — VI. Teil. Die ethischen Voraussetzungen kurzer Arbeitszeit.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Eittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W., Mauerstr. 43. 44.

Beigelegt ist dieser Nummer eine Verlagsanzeige von F. C. W. Vogel in Leipzig über „Archiv für Soziale Hygiene“.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 12 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Sozialpolitik und „Soziale Praxis“. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin 226

Allgemeine Sozialpolitik 231
Die englischen Gewerklämter und die gewerkschaftliche Organisation. Von Gertrud Dyrenfurth, Berlin.Rechtspflege 232
Die Strafvollstreckung gegen Fälscher- und andere Anstaltsdelinquente. Arbeitsvertrag und gute Sitten. Verursachung von Streikenden und Arbeitswilligen ist zweierlei.
Die Pension Privatangestellter.Kommunale Sozialpolitik 233
Siedelungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Riefelfeldern. Die Dienststellung der rheinischen Gemeindevorstände.
Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln.
Die Überlassung von Land an städtische Arme.

Die Einführung von Hauskassenzulagen für die Gemeindebeamten in Kottbus.

Arbeiter- und Unternehmervereinigungen 234
Arbeitervertreterwahlen im preussischen Bergbau.
Angestelltenansprüche in Warenhäusern.Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 235
Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat und Unternehmertum.
Das Unterstützungs- und Stellenvermittlungswesen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig). Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag in Bädereien.Streik und Ausperrungen 238
Die Arbeitskämpfe in Großbritannien. Die Arbeitskämpfe in der Edelmetallindustrie.Arbeiterschutz 239
Bauarbeiterschutz.
Die Frage gesetzlicher Mindestlohnregelung für die Seimarbeiter in Frankreich.
Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel in England.
Das gesetzliche Weisphosphorverbot in Ungarn.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Japan.

Arbeiterversicherung. Sparkasten. 241
Die Reichsversicherungsvorschriften in der Kommission.Die Rheinische Arbeitszentrale für Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage. Die freiwillige Weiterversicherung bei der Invalidenversicherung.
Zur Frage der Rindhöhe bei Darlehen der Landesversicherungsanstalten für Arbeiterwohnungswecke.Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 244
Basler Arbeitslosenfürsorge. Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften.
Ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Darmstadt. Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Elberfeld.
Eine Arbeitslosenzählung in Heidelberg.Arbeitsnachweise 246
Die Fahrpreismäßigung für Arbeiter bei Arbeitsvermittlung durch öffentliche Arbeitsnachweise.
Der Zentralverein für Arbeitsnachweise zu Berlin im Jahre 1909. Verband der gemeinnützigen Arbeitsnachweise in Hannover.
Lehrstellenvermittlung im Regierungsbezirk Düsseldorf.
Verband badischer Arbeitsnachweise.Wohlfahrtsanstalten 247
Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a. M. über das 14. Geschäftsjahr.
Das Amt eines Sozialsekretärs.Volksgeundheit 249
Gewerbehygiene für Techniker. Der gesundheitliche Schutz von Mutter und Kind.
Die Schwindsucht im Wäschereigewerbe.
Der Einfluß der Durchlüftung der Wohnungen auf die Sterblichkeitsverhältnisse.Wohnungsweisen 251
Bauberatungsstellen für Stadt und Land.
Die Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse in München.
Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinde in Budapest.

Literarische Mitteilungen 253

Sozialpolitik und „Soziale Praxis“.

In die neue Tagung, die am 22. November begonnen hat und die voraussichtlich die letzte vor den Neuwahlen im Herbst nächsten Jahres ist, tritt der Reichstag mit einer schweren Belastung sozialpolitischer Aufgaben ein. Unmittelbar fertig für die zweite Lesung im Plenum ist der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes, über dessen Beratung in der Kommission bereits Ende April ein Bericht vorlag. Für die Hausarbeitsvorlage, die der Ausschuss ebenfalls schon im Frühjahr durchberaten hatte, ist nur noch der Bericht an den Reichstag festzustellen. Die „Kleine“ Novelle zur Gewerbeordnung, die die Fortbildungspflicht auch auf Arbeiterinnen ausdehnt und das Lohnbuch (§ 114a) ausgestaltet, hat zwar noch keine Kommissionsberatung erfahren, doch hatten sich Regierung und Reichstag bereits 1909 über die Hauptforderungen geeinigt. Das Riesenwerk der Reichsversicherungsordnung wird so rüstig gefördert, daß voraussichtlich Ende Januar die Ausschussbeschlüsse an das Plenum gelangen können. Dazu treten nun noch die gegenwärtig im Bundesrat liegenden Entwürfe des Ausführungsgesetzes zur RVO. und des Hilfskassengesetzes, das in anderer Fassung den Reichstag schon wiederholt beschäftigt hat. Dem Abschluß nahe ist die Vorlage für die Privatbeamten-Versicherung. Und schon bereitet man den Entwurf eines Reichstheatergesetzes vor.

Das ist eine lange Reihe sozialpolitischer Vorlagen für den Reichstag, der ohnehin mit andern dringenden Aufgaben, wie Etat, Schiffsabgaben, Strafprozeß- und Strafgesetznovelle, Wertzuwachssteuer, Militärforderungen, reichsländische Verfassungsfrage, stark belastet ist. Es ist aber doch zu bedenken, daß ein Teil dieser sozialpolitischen Regierungsvorlagen Reste aus früheren Tagungen sind, so die Arbeitskammer-, die Hausarbeit-, die GD.-Novellen, die Hilfskassen-Entwürfe, die sich durch 3—4 Jahre in verschiedenen Fassungen durchgeschleppt haben, und daß der andere Teil aus bestimmten, meist sogar einstimmig beschlossenen Forderungen des Reichstags beruht, wie die Sozialversicherungsreform, die Privatbeamtenversicherung, das Reichstheatergesetz. Wenn im Laufe einer Legislaturperiode Vorlagen der Regierung und Wünsche des Reichstags von einer Session zur andern verschoben werden, so darf man sich nicht beklagen, wenn sie sich am Schluß zu Bergen aufstauen. Überdies ist es ein gewisser Trost, daß über mehrere dieser Gesetzentwürfe in der Kommission eine große Einmütigkeit entweder bereits erzielt worden ist oder voraussichtlich erzielt werden wird; das wird die Arbeit im Plenum erheblich abfragen. Nichtsdestoweniger wiederholen wir die zu Beginn jeder Tagung an dieser Stelle ausgesprochene Warnung diesmal mit besonderer Eindringlichkeit: die Fraktionen mögen sich in ihrem Antrag- und Resolutions-Eifer eine starke und weise Beschränkung auferlegen! Duzendweise in letzter Stunde gefaßte sozialpolitische Beschlüsse des Reichstags, von denen jedermann weiß, daß sie zu den Akten des Bundesrats wandern, haben nicht mal mehr eine merkbare Bedeutung innerhalb der Massen. Sie sind für das ohnehin durch Klippen und Untiefen gefährdete Schiff unserer Sozialpolitik eine Überfracht, die den Lauf zum glücklichen Endziel nur erschwert. Denn es wird dadurch nur eine der fruchtbaren Arbeit schädliche Beunruhigung erzeugt und damit der Widerstand gegen positive Leistungen vermehrt.

Wird doch ohnehin schon jetzt mit größtem Nachdruck von Führern der Industrie erklärt, die Bürde der öffentlichen Lasten sei unerträglich. Jede neue Auflage bedrohe ihre Lebensfähigkeit, damit aber werde für Reich und Volk die weitaus ergiebigste Arbeits- und Einnahmequelle verstopft. Bereits betrüge die Summe der öffentlichen Lasten in den verschiedenen Industriezweigen 50 bis 80% des Reingewinns. Gewiß sei dieser Ertrag im Laufe der Jahrzehnte gestiegen, aber in ungleich höherem Maße die Abgabe an Reich, Staat, Kreis, Gemeinde. Kein anderer Staat belaste Industrie, Gewerbe, Handel so schwer wie Deutschland; darunter leide unser Wettbewerb auf dem Weltmarkt, und schließlich müsse, wenn es so weiter gehe, die Industrie zusammenbrechen. Das alte Wort vom Schlachten der Henne, die die goldenen Eier legt, habe auch heute noch seine volle Gültigkeit. Diese Beschwerden kurzweg von der Hand zu weisen, wäre sehr töricht. Es gäbe in der Tat kaum ein größeres Unglück als eine Katastrophe in der Industrie; schon jede Störung, jede Krise verfehlt Staat und Volk in schweren Zuckungen. Eine Steuer- und Sozialpolitik, die den Gewerbestreben, die Unternehmungslust und die Arbeitsfreude töten, wäre ein Verbrechen gegen die Nation. Nur solche Industrien, die allein durch erbarmungslose Ausbeutung ihrer Arbeiter ihr Dasein fristen oder Gewinn erzielen können, sind Schädlinge, die nicht zu leben verdienen; denn wie Schmarotzer entziehen sie dem Organismus die Kraft. Aber daß die ehrliche, schaffende Industrie blühe und gedeihe, muß jedes Sozialreformers und Volkswirts Wunsch und Streben sein.

Daß die deutsche Industrie schwere Lasten trägt, ist eine Tatsache, die unbedingt anzuerkennen ist. Und zwar haben sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter ihre Bürde: die einen in Steuern, Abgaben, Beiträgen, die andern durch Verteuerung des Wohnens, der Kleidung, der Nahrungsmittel. Um so größer ist das nationale Verdienst, daß trotz dieser großen Lasten in den letzten Jahrzehnten die deutsche Industrie zu einer Entfaltung und Blüte gelangt ist wie nie zuvor. Es ist, als ob der Druck erst recht alle Kräfte gestählt, neue Quellen erschlossen, ungeahnte Gaben gewendet habe: unbefreitbar ist doch die gewaltige Ausbreitung und Erstarkung der Industrie im Zusammenhang mit der Vermehrung der Volkszahl, des Einkommens und des Reichtums. In den letzten 25 Jahren ist die Bevölkerung Deutschlands von 46 $\frac{3}{4}$ auf 65 Millionen gestiegen; davon standen zu Beginn dieses Zeitraums erst etwa 48, jetzt gegen 60 vom Hundert als Berufsangehörige in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr; die Zahl der Arbeitnehmer allein, Angestellte und Arbeiter, hat sich von 5 Millionen auf mehr als 11 Millionen gehoben. Der Wert unseres auswärtigen Handels hat sich mehr als verdoppelt, er stieg von 7 auf 15 Milliarden. Wahrscheinlich noch beträchtlich größer ist die Steigerung des Gesamtumsatzes auf dem inneren Markt. Die Löhne haben Steigerungen von 40—60% erfahren. Die Ergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften betrugen für das eingezahlte Kapital in den beiden letzten Jahren, die zum Teil unter geschäftlichem Druck standen, 10 und 8 $\frac{1}{2}$ %, und das laufende Jahr wird sicher eine Besserung aufweisen; man lese nur die Berichte von ausreichender Beschäftigung, gutem Verdienst und steigender Dividende. Die Einnahmen in öffentlichen Sparkassen, die um die Mitte der 1880er Jahre noch keine 3 Milliarden betrugen, haben sich jetzt vervielfacht. Das Veranlagungsloß der Einkommensteuer in Preußen ist in 20 Jahren von 70 auf fast 290 Millionen gestiegen. Jährlich wächst in Preußen allein das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen um 3 Milliarden. Nach einer Schätzung aus den Kreisen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller soll das Nationalvermögen 350 Milliarden Wert haben; andere Rechnungen bewegen sich um die Ziffer 300.

Es wäre ein Leichtes, diese Zahlen aus andern Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zu ergänzen;* aber sie genügen wohl, um darzutun, daß trotz mancher dunklen Schatten die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes vorwärts und aufwärts gegangen ist. Und das ist in allererster Linie das Verdienst von Industrie und Handel, deren Unternehmer mit Tatkraft, Weiblichkeit und Organisationskraft im Verein mit geschickten, leistungsfähigen, disziplinierten Angestellten und Arbeitern Deutschland als wirtschaftliche Weltmacht siegreich durchgesetzt haben — trotz aller drückenden öffentlicher Lasten! Wieviel übrigens von diesen Lasten gerade auf die Sozialpolitik kommen, ist eine andere Frage. In den Bilanzveröffentlichungen werden Steuern

und sozialpolitische Aufwendungen meist ohne Scheidung in einer Summe aufgeführt; wo sie getrennt erscheinen, sind die letzteren gewöhnlich nur ein Bruchteil der ersteren. Auch ein kundiger, mitten in der Industrie stehender Schriftsteller hat erst jüngst betont, daß das Schwerkraft auf den Steuern und Abgaben für die Gemeinden, dann für Staat und Reich liege. Wie groß die Summe der speziell sozialpolitischen Lasten ist, ist im allgemeinen schwer zu sagen. „Sie (die sozialen Versicherungslasten) sind“, so bemerkt noch unlängst die Zeitschrift „Export“ an der Hand mannigfacher Belege, „sogar nur ein kleiner Bruchteil der gesamten Abgaben, unter denen die für das Reich die letzte Stelle einnehmen.“ Man darf eben nicht einfach die Gesamtbeträge für die Arbeiterversicherung, die jetzt ausschließlich des Reichszuschusses, rund 750 Millionen jährlich betragen, den Arbeitgebern aufrechnen. Die Arbeiter zahlen davon fast die Hälfte. Das mag in den Löhnen ihnen wieder zurückfließen. Aber sicher ist anderseits, daß die Beiträge für Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherung längst ein ständiger Produktionsfaktor geworden sind, der in den Preisen zum vollen Ausdruck kommt, so daß die Konsumenten ohne Ausnahme diese sozialpolitischen Lasten mittragen. Sorgfältige Berechnungen haben früher für die Versicherungsbeiträge 4—5% der Löhne ergeben; heute mögen sie vielleicht 6—7% betragen. Was macht diese sozialpolitische Quote aus gegen die Preissteigerungen für Rohstoffe und Halbfabrikate, für Kraft- und Arbeitsmaschinen, für Lebensbedürfnisse, gegen Lohn-erhöhungen, öffentliche Steuern und Abgaben!

Überdies ist es in hohem Grade fraglich, ob die Unternehmer in anderen Ländern an sozialpolitischen Lasten jetzt weniger zu tragen haben, wie man früher allgemein sagte. Prof. Walld hat unlängst in der „Tägl. Rundschau“ (Nr. 512) dargetan, daß die Belastung in England (ohne Krankenversicherung) um 1—2% auf den Kopf der Bevölkerung höher ist als in Deutschland; zu ähnlichen Ergebnissen kommt für die Staatsbudgets der französische Senator Gervais in der „Revue politique“ für England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweiz. Wir möchten aber heute dies Gebiet nur streifen. Die Hauptsache ist doch, daß trotz der schweren Belastung die deutsche Industrie lebenskräftig und leistungsfähig ist und daß von dieser Belastung nur ein verhältnismäßig kleiner Teil auf die Sozialpolitik kommt. Und sind diese Opfer, wenn das Wort überhaupt gebraucht werden darf, von der Industrie denn umsonst gebracht? Darauf möge die Antwort ein so maßvolles Blatt wie der „Schwäbische Merkur“ geben, der vor wenigen Wochen ausgeführt hat:

Zum mindesten war die Krankenversicherung insofern von unermeßlichem sozialen und industriellen Segen, als sie den Gesundheitszustand der ganzen Nation gewaltig hob und damit auch der Industrie eine kräftige, leistungsfähige und ausdauernde Arbeiterkraft schuf, wie sie eine solche nie besaß und wie sie den außerordentlichen industriellen Aufschwung Deutschlands jedenfalls mit ermöglichte. Dasselbe liege sich von der Unfallversicherung sagen, bei der außerdem von Opfer nicht geredet werden könne, weil auch die moralische Gastbarkeit des Arbeitgebers für die in seinem Betriebe entstandenen Körperverletzungen nicht wohl bestreitbar sei. Andererseits müsse berücksichtigt werden, daß die Industrie die Opfer für die Kranken- und Invalidenversicherung ja nicht allein trägt. . . . Man wird überhaupt, sobald man die Lasten der Sozialgesetzgebung nicht unter dem Gesichtspunkt der Verdrängung der Sozialdemokratie, sondern von der höheren ethischen Werte einer gesellschaftlichen unbedingten Gemeinverpflichtung betrachtet, zu einer andern Auffassung dieser Dinge kommen.

Die führenden Männer der Industrie haben sich stets gerühmt, daß das große Werk der Sozialversicherung ihrer Anregung, ihrer Mitarbeit sein Dasein verdanke; mit Recht können sie auf diesem Gebiete dem Führer v. Stumm ein hohes Verdienst zuschreiben. Und erst jetzt haben sie sich, wenigstens zum Teil, erboten, außer den Lasten, die sonst die Reichsversicherungsordnung bringen wird, noch 60 Millionen mehr an weiteren Aufwendungen zu tragen, wenn die Ordnung des Krankenkassenwesens ihren Wünschen entspricht. Vermutlich sind es auch viel weniger die finanziellen Lasten, deren Druck sie beklagen, als die staatlichen Eingriffe des Arbeiterschutzes und die wachsenden Ansprüche der Arbeiterchaft. Nun sind aber gerade auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes in den letzten Jahren wenig neue Maßnahmen getroffen worden. Tugenden von Anträgen und Beschlüssen des Reichstags sind der Nichtbeachtung verfallen, und eigentlich sind nur zwei Vorschriften von Bedeutung in Kraft getreten: die Verordnung für die Großeisenindustrie und der Zehnstundentag für Arbeiterinnen. Wie behutsam jene Verordnung die Verhältnisse in der Großeisenindustrie ansatz, ist erst vor kurzem in diesen Blättern auf Grund der Gewerbeaufsichtsberichte dargetan worden; schließlich ist es doch wahrlich keine unbillige Forderung, daß der Arbeiter eine 8stündige Mindestruhe nach seiner langen

*) Weitere Angaben im „Statist. Jahrbuch“ „Nauticus 1910“, S. 23 ff. und in einem ausgezeichneten Aufsatz von Prof. Dr. Hise „Soziale Kultur“, 1910 S. 449 ff.

Schicht genieße. Und das Zehnstundentagesgesetz hat im großen und ganzen nur bestehende Verhältnisse ratifiziert; höchstens daß die Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen hier und da Unbequemlichkeiten im gewohnten Betriebe verursacht hat, die aber in 1—2 Jahren vergessen sein werden. Gern bekennen wir jedoch, daß wir gar keine Fanatiker der staatlichen Reglementierung sind. Der gesetzliche Schutz ist unbedingt da am Platze, wo eine schwache, unorganisierte Arbeiterschaft im Interesse des Gemeinwohls vor schädlichem Druck bewahrt werden muß und wo ein unlauterer Wettbewerb, der Raubbau mit der Volkskraft treibt, humane und einsichtige Unternehmer bedroht. Im übrigen geben wir der freien Regelung des Arbeitsvertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeiter weit aus den Vorzug vor einer doch immerhin starren Schablone, wie sie Gesetz und Verordnung auflegen.

Aber gerade diese freie Regelung des Arbeitsvertrags und damit die Ordnung aller Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses durch Vereinbarung der Parteien lehnt die Großindustrie zumeist grundsätzlich ab. Sie will die Bedingungen allein, autoritativ festsetzen. Die organisierte Arbeiterschaft fordert das Recht der Mitbestimmung für ihre Lebensinteressen. Aus diesem Zwiespalt erwachsen immer neue Konflikte, von wachsendem Umfang und größter Schärfe, mit wechselndem Ausgange. Bald sind es Streiks, bald Aussperrungen. Den Riesenausstand der Bergleute 1905 im Ruhrrevier hat noch übertroffen die Aussperrung im Baugewerbe 1910. Und vielleicht drohen in der Zukunft noch größere Kämpfe, wie sie kürzlich die glücklich in letzter Stunde vermiedene Aussperrung im Metallgewerbe ankündigte. Diese gewerblichen Streitigkeiten sind gewiß aufs tiefste zu beklagen; sie schädigen das nationale Wirtschaftsleben, noch schlimmer ist die damit verbundene Erregung und Verbitterung. Dem schroffen Verlagen auf der einen Seite steht ungestümes Begehren auf der andern gegenüber. Die Macht entscheidet, wenn nicht die gütliche Beilegung gelingt. Aber trotz allen häßlichen und gefährlichen Begleiterscheinungen liegt in diesen Kämpfen doch eine gesunde Kraft: der Arbeitgeber will nichts von seinen aus früheren Zeiten stammenden Rechten fahren lassen — der Arbeitnehmer will sich die Gleichberechtigung erobern, auf die er — nach einem Kaiserwort — einen Anspruch hat. Schlachtgerüßet wie feindliche Heere stehen sich die Organisationen gegenüber. Ist es nicht denkbar, muß man nicht hoffen, daß beide Parteien zu der Überzeugung kommen, daß Vertragen besser als Schlagen ist? Und sollten Reich, Staat und Gemeinde, als Nächstebeteiligte, nicht mit Eifer und Freude die Hände bieten, hier zu vermitteln und zu versöhnen? Damit ein Friede mit Verträgen zustande komme, der dem Unternehmer sein Recht ebenso verbürge wie dem Arbeiter. Nicht in der „konstitutionellen Fabrik“, wie das Schlagwort lautet, das, wie die meisten seiner Art, schief ist und irreführt. Der Arbeitgeber hat unbestritten die Organisation und die Leitung des Unternehmens sowie die Verfügung über dessen Erzeugnisse; hier muß er unbeschränkt seinen Willen zur Tat machen. Nur im Bereiche des Arbeitsvertrags haben Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Rechte, die sie gemeinsam selbst oder durch ihre Vertreter festsetzen, um damit die Arbeitsbedingungen durch eigene Beschlüsse innerhalb der gesetzlichen Schranken zu regeln. Und nur soweit sie vom Arbeitsvertrag erfasst wird, steht auch die Persönlichkeit des Arbeiters unter der Verfügungsgewalt des Unternehmers, in allen übrigen Stücken ist sie so frei und selbstherrlich wie die Persönlichkeit eines jeden andern Staatsbürgers, der nur dem Gesetz, der Sitte und seinem Gewissen untertan ist.

Dies Ziel der Entwicklung, dem auch die Arbeitskämpfe dienen müssen, wird gegenwärtig durch kein Hindernis mehr in die Ferne geschoben, als durch die Verschmelzung der mächtigsten Strömung in der Arbeiterbewegung mit der sozialdemokratischen Partei. Wir wollen die Fehler der Regierung und des Bürgertums hier nicht aufzählen, die Millionen deutscher Arbeiter in die weitgeöffneten Arme der Sozialdemokratie getrieben haben. Fürst Bismarck hat wiederholt erklärt, erst auf das Drängen der Sozialdemokratie hätten Reich und Staat mit der Sozialreform, mit der Fehung der Massen begonnen. Das bleibt wahr. Aber jetzt hängt, wie wir das in diesen Blättern oft genug gesagt haben, ein großer Teil der Sozialdemokratie fleigewichte an den sozialpolitischen Fortschritt. Indem er verblendet Haß und Verachtung gegen alles, was das Bürgertum an nationalen und idealen Gütern heilig hält, in die Arbeiterschaft hineinträgt und der großen Kulturbewegung für eine wirtschaftliche und geistige Befreiung der Arbeitermassen den Stempel gewalttätiger Drohungen und der Klassenherrschaft aufdrückt, zwingt er Staatsgewalt und Bürgertum zur Abwehr und Selbsterhaltung auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung.

Frankreich hat dies erst jüngst im Eisenbahnerkampf erlebt. Und dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie führt dann auch zur Abweisung gerechter Forderungen für die Arbeiterschaft; mit den der sozialdemokratischen Fahne folgenden Scharen leiden unter solcher Weigerung auch die Arbeitermassen, die im Rahmen der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung eine Verbesserung ihres Loses erstreben. Schon erhebt sich aufs neue der Ruf nach gewaltsamer Unterdrückung der Sozialdemokratie, wobei die Freunde solcher Maßnahmen im stillen hoffen, daß damit auch die ganze Arbeiterbewegung in Fesseln geschlagen werden möge und die Autorität des Staates den Arbeiter unter die Macht des Unternehmers zwingt.

Keinwegs, in keinem Lande, am allerwenigsten in Deutschland, wird die Gewalt von Ausnahmegeetzen der Sozialdemokratie das Rückgrat brechen. Der Staat hat in der bestehenden Gesetzgebung und Verwaltungen Machtmittel genug zur Hand, um Ausschreitungen, Unruhen und Rohheiten zu ahnden, die Ordnung herzustellen und den inneren Frieden zu sichern. Das ist seine Pflicht. Ein Krieg aber gegen Volksgenossen ist nur das Gegenstück zu einer Revolution, und auf Bajonetten kann man nicht sitzen. Auch mit dem Verbot der Streikposten und einer Erneuerung der Zuchthausvorlage ist nichts geholfen; das wären Bären Dienste, die man der Arbeiterbewegung leistete. Man sollte nicht mit dem Gedanken spielen, der Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer könne schließlich nur durch die Gewalt beendet werden. Von der Eingliederung der Arbeiterbewegung in den Staatsorganismus hat der jetzige Reichskanzler vor Jahren, da er eifrig sozialen Problemen nachging, als einer der größten Aufgaben der Gegenwart gesprochen. Dies Ziel ist nicht mit drafonischen Gesetzen und Strafen zu erreichen. So wenig Verheißung er gegenwärtig bietet — es bleibt doch kein anderer Weg übrig als der der sozialen Reformen, der Beseitigung von Mißständen, der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Erziehung, der Vermittlung, der Verschönerung im Sinne der Gerechtigkeit, zum Nutzen des Gemeinwohls.

Dabei werden stets Meinungsverschiedenheiten über Maß und Gang der sozialen Maßnahmen unausbleiblich sein. Daß die „Soziale Praxis“ und ihre Freunde alles Gewicht auf ein Fortschreiten der Reform legen, ist ihr Programm. Unser Blatt ist eine Fachzeitschrift für Sozialpolitik, nur hier liegt seine Aufgabe und sein Daseinszweck; es gehört keiner politischen Partei, keiner Berufsgruppe oder Organisation an; es bemüht sich — und nicht ohne Erfolg — die ehrlichen Freunde einer gesunden Sozialpolitik aus allen Lagern zu sammeln und zu gemeinsamer Arbeit auf diesem einen Gebiete zu vereinen — auf dem Boden der Kaiserlichen Verfassungen von 1881 und 1890. Daß wir bei solchem Bestreben den einen als radikal, den anderen als reaktionär erscheinen, können wir nicht ändern. Wir sind auch unempfindlich sowohl gegen die Anklage der Feindschaft gegen das Unternehmertum und der Unterstützung der Sozialdemokratie wie auch gegen den Vorwurf, Handlanger der Kapitalistenherrschaft und Verräter der Arbeiterschaft zu sein. Beide Anschuldigungen heben sich gegenseitig auf, und daß solche Angriffe von rechts und links kommen, beweist uns, daß wir den richtigen Weg gehen. Förderer der Sozialdemokratie ist noch jede Partei, jeder Staatsmann genannt worden; selbst Fürst Bismarck ist davon nicht verschont geblieben. Nur Blindheit oder Liebedienerei aber kann behaupten, daß die Sozialreformer Gegner der Unternehmer seien; gerade von ihnen ist die überragende Bedeutung der Persönlichkeit und der Funktion des Unternehmers für das Wirtschaftsleben einer Nation stets ins Licht gestellt und gepriesen worden. Sie sind es vor allem, die sich in den internationalen Organisationen für Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz redlich bemühen, die sozialpolitischen Lasten auszugleichen, die rückständigen Länder heranzuziehen. Aber allerdings eine Wissenschaft der Unternehmer und eine Sozialreform der Arbeitgeber machen wir nicht mit. Ebenfowenig wie eine solche der Sozialdemokratie oder der Arbeiter allein. Eine Sozialpolitik nur für Handarbeiter gibt es schon längst nicht mehr. Ihre Kreise haben sich viel weiter ausgedehnt und umfassen immer neue Gebiete: die Privatbeamten, den Mittelstand, die geistige und die künstlerische Arbeit; daneben die Stiefkinder des Erwerbslebens und der Gesellschaft. Und was besagen diese bescheidenen Gaben der Sozialpolitik für die Schwachen gegen die Staatshilfe durch Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft?

Wir treiben Sozialpolitik nicht als Interessenten; äußere Ehren, Macht und Reichtümer sind unserer Lebensarbeit im allgemeinen nicht beschieden. Wir treten für soziale Reformen ein, weil das Gemeinwohl sie nach unserer unerlöschlichen Überzeugung erheischt, weil sie eine Staatsnotwendigkeit sind, um eine

gesunde Entwicklung zu sichern, neue Kräfte zu organisieren, die Nation zu höheren Stufen der Macht, der Gerechtigkeit, des Wissens und Könnens zu führen. Dabei haben wir niemals vergessen, daß solche Aufwärtsbewegung nur möglich ist, wenn das Reich mit starker Hand Land und Volk behütet, und es ist uns stets selbstverständlich erschienen, in den Kämpfen für die Wehrmacht und die Finanzen des Reichs in vorderster Reihe zu marschieren. Was man uns Ideologen und Schwärmer nennen: immer noch haben schließlich in der Weltgeschichte die großen, von reiner Begeisterung getragenen Ideen den Sieg über die Sorgen und Interessen des Alltags behalten.

Berlin.

E. Franke.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die englischen Gewerkämter und die gewerkschaftliche Organisation.

Von denen, welche in England den Anti-Sweating-Kampf führen, ist stets betont worden, daß sich durch die gesetzlichen Tarifämter für die Schweißindustrien auch die freiwillige Organisation der Arbeiterschaft entwickeln würde, die bisher in diesen Gewerben so ganz versagt hatte. Diese Annahme scheint sich überraschend schnell zu verwirklichen! In den vier Industrien, die bisher der Lohnregulierung unterworfen worden sind, ist die Gewerkschaftsbewegung plötzlich zu Leben erwacht. Organisationen, die bisher nur eine Scheinexistenz führten, haben jetzt überfüllte Versammlungen und gewinnen monatlich hunderte von Mitgliedern. Sie waren gegründet in der Hoffnung, daß auch hier eine Gewerkschaft die Schäden der freien Konkurrenz zu überwinden vermöchte, hatten aber von den Kräften der Arbeiterschaft nicht getragen werden und darum ihre Aufgabe nicht erfüllen können. Jetzt kann von dort eine neue Hoffnung verkündigt werden. Die Instanzen zum Verhandeln mit den Arbeitgebern, die man aus eigener Kraft nicht erringen konnte, sind geschaffen worden, und sie sind verpflichtet, ein Ergebnis herbeizuführen. Nun gilt es, dies Ergebnis durch sachkundige Vertretung möglichst zugunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Das kann nur die Berufsvereinigung, die Wünsche zu formulieren und einen einheitlichen Willen zur Geltung zu bringen weiß.

So drängt sich wieder alles zu der Gewerkschaft hin, und sie bekommt das Gewicht der Masse, das ihr bisher fehlte. Sie wird aber hinfort die Masse auch halten können, weil sie den Arbeiterforderungen Nachdruck verleihen kann. Nicht nur bei den allgemeinen Tariffestsetzungen, sondern vor allem auch bei Auslegung der Lohnsatzung durch die ständigen Distriktsausschüsse und durch die Einbringung von Klagen im einzelnen Falle. Höchst lehrreich ist darin das Beispiel von Cradleigh Heath. Die dortige Organisation hatte, obgleich es sich in der Kettenindustrie um ein ganz lokalisiertes Gewerbe handelte, weder Zusammenschluß noch Vereinbarung erreichen können. Seitdem das „Gewerkamt“ besteht, ist die „Union“ der lebendige Mittelpunkt der Arbeiterinteressen geworden. Die Arbeiterbelegierten empfangen von hier Informationen und Belege und geben ihrerseits die Richtlinien für das taktische Verhalten der Arbeiterschaft. Aber allerdings ist die Voraussetzung hierfür, daß man diejenigen in das Trade-Board berufen hat, die Leute des Vertrauens der Arbeiterschaft sind, weil sie sich schon bisher als geeignete Führer erprobt haben.

Es liegt klar zutage, daß ohne die wachsame Politik von Miss Mac Arthur, der Sekretärin der Frauengewerkschaftsliga, welche vom Handelsamt in dieses Amt berufen wurde, die Mindestlöhne weniger vorteilhaft für die Arbeiterinnen festgesetzt worden wären und daß diese 6 Monate länger die bisherigen Schweißlöhne erhalten hätten. Denn sie wurden von den Arbeitgebern veranlaßt, Privatabmachungen einzugehen, welche die Mindestlöhne für ein halbes Jahr ausschließen, bis man ihren Widerstand organisierte und durch einen erfolgreich durchgeführten Streik verhinderte, daß das Vorgehen der Unternehmer von Cradleigh in den anderen, unter der Trade-Board Act stehenden Industrien als Muster aufgenommen wird. Die gesamten Kettenarbeiterinnen sind jetzt bis auf einen kleinen Bruchteil organisiert; sie stehen den Arbeitgebern nunmehr als verhandlungsfähige Partei gegenüber, und die Lage im Gewerbe ist vollständig geklärt.

Noch maßgeblicher für unsere Frage aber scheint die Entwicklung in der Herrenkonfektion, dem großen über das ganze Land verzweigten Gewerbe. Hier haben die Meister jetzt Führung mit einander genommen, um durch ihre Vertreter mit dem Handelsministerium zu konflieren; sie haben, während sie sich bisher isoliert

gegenüber standen, das Gefühl der Interessensolidarität bekommen und eine feste Vereinigung gebildet. Die Arbeiter aber strömen in die „National Union of Clothiers' Operatives“. In den Mittelpunkt der Bekleidungsindustrie, in Leeds, Glasgow, Bristol, Manchester, verzeichnen die Filialen der Organisation einen noch nicht dagewesenen Mitgliederzuwachs, und es scheint, als ob sich auch die Organisation der Frauen hier ganz im großen vollziehen würde.

So sieht man, daß auch auf diesem bisher so hoffnungslosen Gebiete der Impuls für die Organisation kommt, sobald das Gesetz die Garantien gibt, daß die Gewerkschaftszwecke auch erreicht werden können. Es bereitet seinerseits den Boden für die Arbeiterorganisation und diese trägt wiederum Leben in den gesetzlichen Apparat. Ja, es läßt sich annehmen, daß der Zwangscharakter der Trade-Boards umso mehr zurücktreten wird, je mehr die beiden Parteien, aus denen sie sich zusammensetzen, erstarken und die Kraft gewinnen, ihre Interessen selbständig zu vertreten. Der autoritäre Zwang aber ist fürs erste das unentbehrliche Erziehungsmittel, um der Schwäche aufzuhelfen und die Regellostigkeit in diesen Industrien in Ordnung zu verwandeln.

Berlin.

Gertrud Dyhrenfurth.

Rechtspflege.

Die Strafvollstreckung gegen Fürsorge- und andere Anstaltszöglinge betrifft eine Verfügung des preussischen Justizministers vom 1. November 1910, die unter Aufhebung der bisher in dieser Frage ergangenen Anordnungen bestimmt:

I. Wenn gegen Minderjährige, die sich in Fürsorgeerziehung oder aus anderer Veranlassung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt befinden, Freiheitsstrafen zu vollstrecken sind, so haben die Vollstreckungsbehörden in jedem Falle sorgfältig zu prüfen, ob es sich empfiehlt, den Strafvollzug zur Vermeidung einer Störung des Erziehungswerkes auszusetzen, oder ob nach der Persönlichkeit des Verurteilten und der Art der Straftat sofortige Vollstreckung geboten erscheint. Vor Entscheidung hierüber haben sich die Vollstreckungsbehörden unverzüglich mit dem Vorstande des zur Fürsorgeerziehung verpflichteten Kommunalverbandes, in anderen Fällen mit dem Vorstande der Erziehungs- oder Besserungsanstalt in Verbindung zu setzen. Ergibt sich hierbei Einverständnis, daß die Voraussetzungen der bedingten Strafaussetzung nach dem Hunderlasse vom 12. April 1906, insbesondere auch mit Rücksicht auf den von der Fürsorge- oder sonstigen Erziehung zu erwartenden günstigen Erfolg vorliegen, so ist das Weitere demgemäß zu veranlassen, sofern dies nicht schon auf Anregung des erkennenden Gerichts (§§ 7, 8, 11 dieses Hunderlasses) zu geschehen hat. Auf das Einverständnis der für die Erziehung zuständigen Stelle ist bei Befürwortung der bedingten Strafaussetzung Bezug zu nehmen. Wird ein Einverständnis dagegen nicht erzielt, so ist vor Einleitung der Vollstreckung an den Justizminister zu berichten.

II. Entsprechend ist zu verfahren, wenn der Verurteilte sich zwar noch nicht in Fürsorgeerziehung oder aus anderer Veranlassung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt befindet, diese Maßregeln jedoch bereits rechtskräftig beschlossen sind, oder wenn seine vorläufige Unterbringung (§ 5 des Fürsorgeerziehungsgesetzes) angeordnet ist. Ist die Fürsorgeerziehung beschlossen, so hat die Strafvollstreckungsbehörde gleichfalls mit dem Vorstande des zuständigen Kommunalverbandes, in den übrigen Fällen jedoch mit dem zuständigen Vormundschaftsgericht in Verbindung zu treten.

III. Bestimmungen für den Fall, daß der Strafvollzug bereits eingeleitet ist.

Arbeitsvertrag und gute Sitten. Eine Kannstatter Firma verpflichtete ihre ungelerten Arbeiterinnen bei ihrem Eintritt schriftlich, nach ihrem etwaigen Weggange von der Firma ein Jahr lang bei keiner Konkurrenzfirma innerhalb Groß-Stuttgarts einzutreten. Als eine Arbeiterin diese Abmachung übertreten hatte, klagte die erstgenannte Firma gegen ihre bisherige Arbeiterin mit dem Anspruch, daß sie ihre neue Arbeitsstätte zu verlassen hätte. Sie führte hierzu aus, sie lerne ihre Arbeiterinnen an, was Geld, Mühe und Zeit koste. Die beklagte Arbeiterin führte dagegen aus, daß die Arbeiterinnen, solange sie lernten, nur zwei Drittel von dem leisteten, was sie später im Afford leisten, und daß die Bezahlung beim Afford auch gerade nur ein Drittel höher sei als beim Anlernen; es sei demnach unzutreffend, daß die klagende Firma bei der Ausbildung der Arbeiterinnen als Stangerinnen tatsächlich Unkosten habe. Das Gewerbegericht Stuttgart wies mittels Urteils vom 9. November 1910 die Klägerin ab mit der Begründung, daß ein derartiger Vertrag, wie ihn die klagende Firma mit ihren Arbeiterinnen abschließe, gegen die guten Sitten verstoße.

Beruf von Streikenden und Arbeitswilligen ist zweierlei. Vor dem Schöffengericht zu Solingen, so berichtet das Blatt des christlichen Holzarbeiterverbandes, hatte sich Ende September der Redakteur des dortigen sozialdemokratischen Blattes wegen Nötigungsversuch und Berufserklärung im Sinne des § 153 StGB zu verantworten. Das Vergehen wurde darin gefunden, daß der Redakteur in seinem Blatte die Namen derjenigen Arbeiter veröffentlichte, die während des Streikes bei der Firma H. L. im Betriebe als Arbeitswillige verblieben. Der Angeklagte wurde zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Redakteur hatte, als die Anklage gegen ihn erhoben wurde, auch Strafantrag gegen den Arbeitgeberverband wegen des gleichen Vergehens erhoben, weil dieser durch „schwarze Listen“ die Streikenden ebenfalls in Beruf erklärt und sie „genötigt“ habe. Die Staatsanwaltschaft stellte aber das Verfahren ein, weil eine strafbare Handlung nicht vorliege.

Die Pensionen Privatangestellter, die ihnen bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst bewilligt werden, ohne daß sie einen Anspruch auf Pension haben, sind nach einem in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ (Nr. 20 vom 15. Oktober 1910) mitgeteilten Urteil des Preussischen Obergerverwaltungsgerichts (VI. Sen. XIII b 114/09 Rep. 101/09 vom 13. Januar 1910) als Schenkung im Sinne der §§ 516 ff. StGB anzusehen. Ein klagbares Recht auf den Bezug der Pension erhält der Bedachte nur dann, wenn ihm die Pension gerichtlich oder notariell zugesichert ist. Hat dagegen der Bedachte nur eine formlose Mitteilung von der Pensionsbewilligung erhalten, so ist diese wegen Nichtbeachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Form nichtig. Der Bedachte hat dann keinen klagbaren Anspruch auf die einzelnen Pensionsbezüge; diese dürfen ihm deshalb auch nicht als Einkommen angerechnet werden.

Kommunale Sozialpolitik.

Siedelungspolitik der Berliner Stadtverwaltung auf den Kieselbergen. Nach einer Mitteilung des Nachrichtenamts der Stadt Berlin begünstigt die hier zuständige Kanalisationsverwaltung das Siedhaftwerden einer ackerbaureisenden Bevölkerung um Berlin, indem sie selbst auf die eigene Bewirtschaftung größerer Landstrecken verzichtet. So sind im Süden von Berlin zwei Güter an Kleinpächter vergeben und auch die Gutshöfe nebst Stallungen usw. selbst unter die Pächter aufgeteilt worden. Damit hofft die Verwaltung auch für die Gemüseversorgung Berlins neue Arbeitskräfte zu gewinnen. Daneben verfolgt sie den Zweck, die recht rentablen Kleinpachtstellen älteren Gutsarbeitern zuzuwenden und dadurch die Arbeiten auf den städtischen Gütern erhaltenswerter erscheinen zu lassen. Während sie jüngere, unverheiratete Gutsarbeiter durch das Angebot von Wohnung in den zu erbauenden Gemeinschaftshäusern anziehen will, sollen ihnen, wenn sie heiraten, Gutswohnungen und eine Stelle für Verheiratete auf einem städtischen Gute geboten werden. Haben sie einige Mittel erspart und sind die Kinder so weit erwachsen, daß sie für die Bewirtschaftung einer Kleinpachtstelle in Betracht kommen, so sollen sie bei der Vergabe von solchen bevorzugt werden. Auch soll ihnen der Übergang zur Selbstständigkeit dadurch erleichtert werden, daß ihnen Geplanter und Ackergerät möglichst preiswert überlassen werden.

Die Dienststellung der rheinischen Gemeindebeamten. Nach einer Statistik, die der Vorsitzende des Verbandes der Gemeindebeamten der Rheinprovinz, Oberstadtssekretär Prof. Dr. Mülheim a. Rh., auf einer Verbandssammlung am 17. Juli 1910 in Trier mitteilte, sind kaum ein Drittel der Personen, die im mittleren Verwaltungsdienste von 442 rheinischen Gemeinden beschäftigt sind, Gemeindebeamte im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes. 1759 = 32 %, also ein weiteres Drittel, stehen im Privatdienstverhältnis, werden mithin von den Errungenschaften des Kommunalbeamtengesetzes gar nicht berührt und sind genau so rechtlos wie vor Erlass des Gesetzes. 1600 = 29 % oder fast wieder ein Drittel sind Anwärter und Lehrlinge, also ebenfalls eine rechtlose, sich von Jahr zu Jahr vergrößernde Menge. — Das sind allerdings Ziffern, besonders die Zahl der Lehrlinge und Anwärter, die zu den schwersten Bedenken Anlaß geben müssen, da naturgemäß nur ein sehr kleiner Teil dieser letzten Gruppe in dauernde Stellen aufrücken kann.

Ein Gebäude für soziale Zwecke in Köln, wohl das erste seiner Art, ist am 19. November 1910 seiner Bestimmung übergeben worden. Vorläufig sind hier untergebracht worden: 1. Allgemeine Arbeitsnachweisanstalt; 2. Abteilung für weibliches Hauspersonal für Private und das Gastwirtschaftsgewerbe; 3. Stadtkölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter; 4. Wohnungsnachweis; 5. Stellennachweis und Schreibstube für kaufmännische Angestellte; 6. Partitularischer Stellennachweis für das Gastwirtschaftsgewerbe. Doch ist eine Erweiterung des Baues beim Wachsen der Geschäfte vorgesehen. Oberbürgermeister Wallraf führte bei der Einweihungsfeier aus, daß wer hilfesuchend in das Haus eintrete, sich allezeit bewußt bleiben möge, daß auch in unserer Zeit warmen sozialen Empfindens der alte Spruch zu Recht

bestehe: „Selbst ist der Mann“, daß auch das größte und opferfreudigste Mitgefühl eigene Sorge und Regsamkeit nicht zu ersetzen vermöge. Viele Türen führten in dieses Haus, und Männer der verschiedensten Lebensauffassung würden hier Einkehr halten. Möchten sie sich kennen und verstehen lernen. Dann erst werde die gemeinsame Arbeit gedeihen und ins Werk setzen helfen, was die Stadt mit dem Baue dieses Hauses gewollt und erstrebt: einen Schritt nach dem Ziel des sozialen Friedens. Der Vertreter der Staatsregierung hob vor allem die große Bedeutung der Arbeitslosenfürsorge, die in diesem Hause ihren Sitz finden soll, hervor.

Die Überlassung von Land an städtische Arme soll demnächst auch in Spandau versuchsweise eingeführt werden. Die „Kreuzzeitung“ teilt zu der Frage, ob diese Art sozialer Fürsorge auch für Berlin möglich sei, mit, daß die Berliner Armendirektion diesen Versuch schon einmal vor einem halben Jahrhundert gemacht habe. Jede Familie — bevorzugt wurden die Kinderreichen — erhielt 30 Gerdertmeter. Ein Ausseher hatte für Ordnung zu sorgen und Rat für die Bearbeitung zu geben; er selbst mußte Musterfelder anlegen. Daß die Sache sich bewährte, geht daraus hervor, daß im Jahre 1851 951 Berliner Armenfamilien 152 1/2 Morgen städtische Kartoffeläcker, im Jahre 1858 schon 1868 Familien 230 Morgen bewirtschafteten. Auch die Privatwohltätigkeit ging damals ganz ähnliche Wege. So gab es einen Verein, der den Anbau von Mais zu verbreiten suchte. Zeitweilig war es allerdings schon damals schwer, das nötige Kartoffelland aufzutreiben; im Jahre 1856 konnte die Armendirektion trotz aller Mühe nur 189 Morgen erhalten. Die Armendirektion erhob von den einzelnen so Bedachten den Betrag von 2 1/2 Taler jährlich, ein Beweis, daß die Tätigkeit eine lohnende war. Nach einer vollkommenen Mizernte im Jahre 1857 verließen auf einmal 145 Familien die städtischen Kartoffelfelder. — Dieser damalige Mizerfolg braucht selbstverständlich die heutige Generation nicht abzuschrecken, einen neuen gleichartigen Versuch zu machen, da durch die heutige Art der Gartenwirtschaft derartige vollkommene Mizernten nicht mehr zu erwarten sind.

Die Einführung von „Hausstandszulagen“ für die Gemeindebeamten in Kottbus ist durch einen Nachtrag zur dortigen Besoldungsordnung beschlossen worden, der besagt:

„Verheiratete Beamte mit eigenem Hausstande — verwitwete, geschiedene oder von der Ehefrau getrennt lebende Beamte nur, wenn und solange sie Kinder unter 18 Jahren unterhalten — beziehen folgende ruhegehaltsberechtigte Hausstandszulagen: Beamte der Klasse I 300 M., Klasse II 250 M., Klasse III 200 M., Klasse IV und V 150 M.“

Auf die Anzahl der Kinder ist demnach bei diesen „Hausstandszulagen“ keine Rücksicht genommen worden.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Arbeitervertreterwahlen im preussischen Bergbau. Über den Ausfall der Sicherheitsmänner- und Arbeiterausschuwahlen, die im letzten Sommer im Oberbergamtsbezirk Dortmund erfolgten, hat der Bergbauische Verein in Essen nach den Angaben der Zechenverwaltungen eine zusammenfassende Statistik veröffentlicht, die von den früher (XIX 1397) mitgeteilten Ziffern der beteiligten Bergarbeiterverbände etwas abweicht. Insgesamt wurden 1529 Sicherheitsmänner und 1075 Arbeiterausschußmitglieder gewählt. Von diesen gehörten 1041 Sicherheitsmänner (68 %) und 601 Arbeiterausschußleute (55,9 %) dem alten Verbande an. 303 Sicherheitsmänner (19,8 %) und 167 Ausschußleute (24,8 %) gehörten dem christlichen Gewerkeverein an und 105 Sicherheitsmänner (6,9 %) und 62 Ausschußleute (5,8 %) entfielen auf die polnische Berufsvereinigung. Der S.-D. Gewerkeverein erhielt 11 Sicherheitsmänner (0,7 %) und 17 Ausschußmitglieder (1,6 %). Darnach beherrscht der „alte Verband“ über die Hälfte der Bergarbeitervertretungen im Ruhrbezirk. — In Niederschlesien haben die am 13. November 1910 abgehaltenen Knappschaftswahlen ebenfalls einen bemerkenswerten Erfolg der vom alten Verband aufgestellten Ältesten ergeben. Der alte Verband erhielt etwa 12 000 Stimmen gegen 3400 Stimmen, die auf die vereinigten reichstreuen Bergleute und katholischen Facharbeiter entfielen. Diese Verbindung unter dem Protektorat des Gelbenführers Ermerl hat also allem Anschein nach der unabhängigen Bergarbeiterbewegung keinen Einhalt getan. Dem alten Verband fallen von den 47 Eigen mindestens 42 zu.

Angestelltenausschüsse in Warenhäusern, die bei der Ordnung der eigenen Personalangelegenheiten wie auch der sozialen Einrichtungen mitzuwirken haben, finden in den Großbetrieben des Verschleißhandels mehr und mehr Anklang, da sie, wie der „Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser“ uns schreibt, tatsächlich im beiderseitigen Interesse liegen. „Denn sie heben das Vertrauen des Personals und führen zu einer Annäherung der Wünsche und Anschauungen beider Teile, wodurch nicht nur ein ungehörtes und

erfolgreiches Zusammenarbeiten, sondern auch eine größere Fürsorge für die Angestellten gewährleistet wird. Vor etwa Jahresfrist legte der Ausschuss des Warenhäuserverbandes die Grundlinien für ein solches gewissermaßen konstitutionelles System fest, und auf Grund dieser gab der durch seine sozialpolitische Betätigung bekannte Warenhausbesitzer Willy Cohn, Halberstadt, auf der letzten Hauptversammlung des Verbandes ausführliche Vorschläge für die Einrichtung solcher Angestelltenausschüsse, die sich auf die Erfahrungen in seinem eigenen Betriebe und auf die Mitteilungen anderer mit gleichen Einrichtungen arbeitenden Firmen gründeten. Diese Berichtsammlung wird demnächst veröffentlicht werden und wird zweifellos manchen Unternehmern veranlassen, auch in seinem Betriebe solchen Angestelltenausschuss einzuführen. Er wird damit nur die besten Erfahrungen machen. Wir werden auf die hier angekündigte Berichtsammlung seinerzeit näher eingehen.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat und Unternehmertum.

Die treue und energische Vertretung der Arbeiterinteressen auf dem Arbeitsmarkt wie in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften hat die christlichen Gewerkschaften, die bei diesem Ringen vielfach durch den Zwang der Tatsachen Schulter an Schulter mit den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gedrängt wurden, in den letzten Jahren in den Verdacht gebracht, als wollten sie nicht nur in Einzelfällen, sondern auf der ganzen Linie praktisch „gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie“ machen. Besonders von den Gegnern aller Arbeiterbewegung, die überhaupt nichts von unabhängigen Gewerkschaften wissen wollen und deshalb gar zu gern jedes kollektive Aufwärtsbegehren der Arbeiterschaft vor dem Spießbürgertum als sozialdemokratische Maske brandmarken möchten, ist die Behauptung mit Eifer verbreitet worden, daß die christlichen Gewerkschaften unter der Maske väterländisch-sittlicher Gebärde die gleichen schädlichen Ziele wie die sozialdemokratischen Klassenkampfheere verfolgten. Von Kirdorfs Ausspruch auf der Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik bis zu den auffällig scharfen Äußerungen der „D. Arbeitgeber-Zeitung“ in den jüngsten Wochen hat diese Verdächtigungstaktik gegenüber den christlichen Gewerkschaften nur selten geruht und vielfach auch die öffentliche Meinung wirksam zu ihren Ungunsten beeinflusst; ausgenommen in den Zeiten, wo das Bürgertum aus wahlpolitischen Gründen um die Stimmen der christlich-organisierten Arbeiterschaft warb. So ist es wesentlich aus der politischen Konjunktur heraus zu erklären, wenn die christlichen Gewerkschaften auf ihrem Breslauer Kongreß von Vertretern der Behörden und des gebildeten Bürgertums noch glänzender gefeiert wurden, als es mit den Gelben aus ihrer Magdeburger Tagung im Oktober dieses Jahres geschah.

Und auch die Sympathien, die die Öffentlichkeit dem zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongreß, auf dem die Christlichen dominierten, freudig spendeten, sind ähnlich zu beurteilen. Aus einem tieferen Verständnis für das Wesen der christlichen Gewerkschaftsfrage waren diese Sympathien allem Anschein nach nicht geboren, sonst hätten sie nicht im Handumdrehen wieder verlöschen und den alten Anzweiflungen und Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften weichen können. Gerade während die christlichen Gewerkschaften in ihrem Klärungs- und Konsolidierungsprozeß innerlich erfreulich fortschritten, wandte sich die Stimmung des Bürgertums, beeinflusst durch die allgemeinen Klagen der Industrie während der beiden schlechten Konjunkturjahre, wieder kurzfristig von den christlichen Gewerkschaften und den auf gleichem nationalen Boden stehenden Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen ab, und man beschuldigte sie, daß sie verständnislos für die Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung, Hand in Hand mit den Sozialdemokraten, Industrie und Unternehmertum in ihrem Schaffen lähmten, ja in ihrer Existenz bedrohten.

Ein neuer kritischer Vorstoß der „Kreuztg.“ (Oktober 1910 Nr. 509) gegen den Geist und das Wirken der christlichen Gewerkschaften gibt deren Gesamtverband Anlaß, im „Zentralblatt“ (Nr. 23 vom 14. November 1910) wieder einmal deutlich seine Stellung zu Staat und Unternehmertum zu kennzeichnen, um damit die falschen Nachreden gegen die christlichen Gewerkschaften zu widerlegen.

Die „Kreuzzeitung“ hatte die Notwendigkeit eines „Kartells aller revolutionsfeindlichen (Arbeiter-)Organisationen“ betont, angesichts

der schlimmen Zeiten in Portugal, Frankreich, Moabit, Bremen usw., über die das Berliner Blatt der katholischen Facharbeiter bewegliche Klage erhoben hatte und die katholischen Arbeiter aufgefordert, sämtlich in den christlichen Gewerkschaften ihren Einfluß geltend zu machen, um die Durchführung des Programmpunktes „Ablehnung des Klassenkampfes und des Klassenhasses“ zu erzwingen. Daran schlossen sich folgende gewerkschaftspolitischen Darlegungen der „Kreuzzeitung“:

„Daß aber der Gewerkschaftsreiz nur auf wirtschaftlichem Gebiete liege, soll man doch lieber nicht behaupten. Die christlichen Gewerkschaften sind als eine politische Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, und ihre Führer haben bisher freundschaftliche Beziehungen zu monarchisch gesinnten Parteien unterhalten. In der Entwicklung der letzten Jahre zeigen sie freilich eine immer bedenklicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften — Hinneigung ist schon zu wenig gesagt, sie sind faktisch unter die Führerschaft der früheren Gegner geraten, da sie sich im Wettbewerb um die Gunst der Arbeiter mindestens so radikal benehmen zu müssen glauben wie die sozialdemokratische Konkurrenz. . . . Der Tag rückt immer näher, an dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften sagen können: „Nun haben wir euch, wo wir euch haben wollten. Seien wir Freunde.“ . . .

Die „Kreuzzeitung“ hält es freilich „nicht für aussichtslos, die christlichen Gewerkschaften aus ihrer gegenwärtig so elatant gewordenen Umklammerung durch die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften zu erretten“, und sie glaubt, daß ihnen die Arbeitgeberverbände dabei hilfreiche Hand leisten könnten. . . .

„Denn der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie kann gar nicht mehr bestritten werden, und christliche Gewerkschaften, die ihren Namen nicht nur zum Schein führen wollen, können ihren Gegensatz gegen diese revolutionäre Bewegung gar nicht mehr verleugnen — sie stehen vor der letzten Entscheidung. Die Arbeitgeberverbände müssen sich freilich ebenfalls des christlichen Grundsatzes erinnern. . . . Der Sozialdemokratie gegenüber haben die Arbeitgeberverbände die ihnen noch gar nicht allgemein zum Bewußtsein gekommene Pflicht der entschlossensten Abwehr. Arbeitnehmerverbände aber, die den Klassenkampf verwerfen, dürfen von den Arbeitgebern nicht als Feinde, sondern müssen mit dem freundlichen Entgegenkommen behandelt werden, das die Religion, der bürgerliche Gemeinssinn und die nationale Zusammengehörigkeit zur Pflicht machen. . . . Der Entscheidungskampf der Arbeitgeberverbände und der sozialdemokratischen Gewerkschaften kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Er wird ohne Frage mit Unruhen revolutionären Charakters verbunden sein. Wir alle wünschen, daß die antisozialdemokratischen Gewerkschaften mit gutem Gewissen gegenüber der gesamten Arbeiterschaft diesem Kampfe fern bleiben können. Halten sie zusammen, so bilden sie eine Macht, die auch den Arbeitgebern die Wahrheit des Satzes summum ius summa injuria sehr nachdrücklich nahelegen und sie zwingen kann, den Standpunkt krasser „Gerechtigkeit“ nur gegen die Kommunisten und Republikaner, ihre geschnorenen Gegner, geltend zu machen. Wir sollten meinen, solche Gedanken brauchten gar nicht erst öffentlich ausgesprochen zu werden, da sie sich aus der Situation von selber ergeben. Wie es scheint, fehlt es nur an einem Führer, der Autorität genug hat, um nicht in den Verdacht eines Verrats an der Arbeiterschaft zu kommen. Ganz sicher aber fehlt es bei den Arbeitgebern an einem Führer; die liberale Gesellschaft ist überhaupt führerlos. Zur Regierung dagegen haben wir volles Vertrauen, daß sie eine Entwicklung fördern und schaffen würde, wenn sie auch natürlich nicht die Anregung geben kann.“

In der Antwort, die das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften darauf erteilt, weist es zuvörderst die Behauptung „immer bedenklicher werdender Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften“ zurück und beruft sich auf den Programm-Aussatz in dem soeben erschienenen Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911, wo es unter der Überschrift „Christliche Arbeiterbewegung und Staat“ (§. 91 ff.) also heißt:

Das Verhältnis der christlichen Arbeiter zum Staate wird dadurch charakterisiert, daß sie die Hebung der Arbeiterklasse auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erstreben. . . . Die christliche Arbeiterschaft betrachtet sich denn auch als einen Teil des Volkes, mit dessen übrigen Schichten sie Interessen höchsten Ranges verbinden. . . . Darum ist auch die Art und Weise, wie sie ihre besonderen Interessen, die sie als Arbeiter haben, geltend machen, wesentlich verschieden von jener, der sich die Sozialdemokratie bedient. Letztere, der Gemeinschaftsinteressen fremd sind und die nur Klasseninteressen kennt, will diese zum Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Lebens machen. Die christlichen Arbeiter dagegen reifen nicht, wie die Anhänger der Sozialdemokratie, um der angeblichen internationalen Einheit der Arbeiterklasseninteressen willen die nationalen Schranken von Volk zu Volk völlig nieder. Nach ihrer Überzeugung ist für den Aufstieg der Lohnarbeiterschaft die dem Volke gemeinsame nationale Kultur und Volkswirtschaft der einzig geeignete Boden. Nur in und mit dieser Kultur und Volkswirtschaft steigt auch der Arbeiterstand zugleich mit allen anderen Volksschichten.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Unternehmertum ist von deren Führern so oft schon gekennzeichnet worden, daß das Zentralblatt nur einige Ausführungen des Generalsekretärs bei der Gedächtnisfeier zum zehnjährigen Bestehen der christlichen Gewerkschaften und auf dem letzten Textilarbeiterkongress zu wiederholen braucht. Da legte Stegerwald u. a. dar:

Die christliche Gewerkschaftsbewegung sieht in den Unternehmern nicht bloß die Ausbeuter und Scharfmacher; sie erkennt deren großes Verdienst um die deutsche Volkswirtschaft an. Es ist nicht Zufall, daß die deutsche Industrie, wie die Industrie keines anderen Landes in Europa, den schnellen, ungeahnten und vom Auslande beneideten Aufschwung in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Der Unternehmer hat wichtige Funktionen in der Volkswirtschaft auszuüben. Die Ausnutzung und Verwertung der Rohprodukte ist ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die Tätigkeit des Unternehmers. Im Bergbau sind in den letzten Jahren geradezu fabelhafte Erfindungen gemacht worden, alle Rohmaterialien zu nutzbringenden Werten zu verarbeiten, so daß heute kein Stäubchen mehr unverwertbar bleibt; selbst die letzten Reste werden wieder zu Steinen gebrannt, überall wird nachspekuliert, wie man mehr aus den Rohprodukten herausholen kann. Der Unternehmer hat außerordentlich wichtige Funktionen auszuüben in der Auslandschaffung der Absatzgebiete, ferner dadurch, daß er immer spekuliert auf die Vervollkommenheit der Technik. Er übt auch eine außerordentlich wichtige Funktion dadurch aus, daß er systematisch disponiert. Kein Mensch werde behaupten wollen, daß in der sozialistischen Wirtschaftsordnung, bei der die freie Konkurrenz fehlt, der heutige große Stand der Technik erreicht worden wäre.

Weiter weist das „Zentralblatt“ auf die bemerkenswerten Unterschiede in der Haltung der christlichen und der freien Gewerkschaften gegenüber den Tarifverträgen hin:

Letztere betrachten die Tarifverträge nur als Ruhepunkte zur Stärkung der Organisation und sprechen heute schon offen aus, daß sie, wenn sich ihre Gewerkschaftsorganisationen stark genug fühlen, die Gebundenheit, die durch die Tarifverträge entsteht, ablehnen würden. Die christlichen Gewerkschaften hingegen suchen in den Tarifverträgen geeignete Mittel, die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglichen. Die christlichen Gewerkschaften haben es stets abgelehnt, ihre Kämpfe um die gegensätzlichen Interessen im Arbeitsverhältnis — daß solche vorhanden sind, kann nur ein Blinder leugnen — um die Verteilung des Ertrags im Produktionsprozeß als Klassenkampf stempeln zu lassen. Sie sehen in ihrem Streben nicht wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Etappe zum sozialistischen Endziel, sondern bezwecken damit eine angemessene Hebung der Lage des Arbeiterstandes, mit dem Ziele, dadurch an einer Überbrückung der Klassengegensätze, an einer größeren Klassenversöhnung mitzuwirken.

Da man im christlichen Gewerkschaftslager, so fährt das Zentralblatt fort, stets bestrebt war, diese Grundsätze auch praktisch zu verwirklichen und tiefer durchzuarbeiten, so ist also auch der Vorwurf der Kreuztg. verfehlt, daß es den christlichen Gewerkschaften an überzeugungsmutigen Führern fehle, die ohne Scheu vor der Sozialdemokratie diese Grundsätze öffentlich verfechten. Auch haben die christlichen Führer bei den Mitgliedermaßen Verständnis dafür gefunden.

Recht aber hat nach Meinung des „Zentralblatts“ die „Kreuzzeitung“ mit dem Hinweis, daß es in Unternehmerkreisen mit dem Verständnis für eine antirevolutionäre christlich-nationale Arbeiterbewegung außerordentlich schlecht bestellt sei. „Heute ist die Zahl der Unternehmer, die ihre christlichen Gewerkschaften für schlimmer als die sozialdemokratischen halten, mindestens ebenso groß wie der Kreis derer, die in den christlichen Gewerkschaften schließlich das „kleinere Übel“ erblicken.“ . . . Zahlreiche Unternehmer mühten sich der christlichen Gewerkschaften nur zu erinnern, wenn sie sich von sozialdemokratischen Gewerkschaften bedrängt fühlten. Dann suche man die christlichen Gewerkschaften mitunter zu den unwürdigen Experimenten zu verleiten, wozu sich die christlichen Gewerkschaften natürlich nicht mißbrauchen ließen. Sobald man aber in Unternehmerkreisen allseitig sich auf ein vernünftiges Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen einlasse, in dem Arbeiter den Menschen sehe, der das Recht und die Pflicht habe, seine Arbeitsbedingungen so erträglich als möglich zu gestalten, werde sich herausstellen, daß die christlichen Gewerkschaften weder von dem einzelnen Unternehmer, noch von einer Industrie, noch von der Gesetzgebung Unmögliches forderten:

„Die christlichen Gewerkschaften räumen also grundsätzlich den Unternehmern wichtige Funktionen und eine angemessene Stellung in der Volkswirtschaft ein; sie sind allerdings nicht so naiv anzunehmen, daß alle differierenden Fragen zwischen Unternehmern und Arbeitern durch bloße Aussprache behoben werden könnten. Zeitweise werden auch größere Differenzpunkte durch Anwendung von Nachmitteln zum Austrag gebracht werden müssen. Das hat aber keineswegs zur notwendigen Konsequenz, daß sich Unternehmer und Arbeiter unausgesetzt und

dauernd als zwei feindliche Heerlager gegenüberstehen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, der extremen Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie entschieden entgegenzuarbeiten; Sache der Arbeitgeber aber muß es andererseits sein, diese Tätigkeit den christlichen Gewerkschaften nicht zu erschweren.“

Welches Echo wird dieser auf unabhängiger christlich-nationaler Arbeiterorganisationen im Arbeitgeberlager werden?

Das Unterstützungs- und Stellenvermittlungswesen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) stellt sich nach der jüngsten Statistik folgendermaßen dar: Die Krankenkasse umfaßt 45 000 Mitglieder und weist jährliche Versicherungsleistungen in einer Höhe von fast 1¼ Million Mark auf. Die Krankenkasse dürfte zu den größten kaufmännischen Hilfskassen gehören. Sie hat seit ihrer Gründung im Jahre 1881 fast 12 Millionen Mark an Krankenunterstützung und Begräbnisgeldern ausgegeben. Die Stellenvermittlungseinrichtungen besorgten im letzten Jahr fünf 21 500 Besetzungen. Insgesamt hat der Verband seit seinem Bestehen etwa 800 000 M für Stellenvermittlungszwecke ausgegeben. Von den in den letzten zehn Jahren 151 000 offenen Stellen kamen auf das Jahr 1910 19 000, denen 13 000 Bewerbungen gegenüberstanden. Die Stellenlosenkasse des Leipziger Verbandes hat vom 1. Januar 1909 über 1000 Stellenlose mit reichlich 50 000 M unterstützt.

Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag in Bäckereien und Konditoreien wird vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren jetzt beim Wiedezusammentritt des Deutschen Reichstages wieder aufgenommen. In der Woche vom 20. bis 27. November werden über ganz Deutschland in allen Orten, wo sich eine Anzahl Mitglieder des Verbandes befinden, öffentliche Versammlungen veranstaltet, die in einer Resolution an den Reichstag das Ersuchen richten, dem § 105 b St. eine Bestimmung anzufügen, die auch den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetag von 86 Stunden gewährt. Bekanntlich streben die Bäckergehilfen schon seit mehr als 5 Jahren die gesetzliche Regelung ihres Ruhetages an. Als ihre Petition an den Bundesrat ohne Erfolg blieb, wandten sie sich im Frühjahr d. J. direkt an den Reichstag. Auf Veranlassung der Bundesleitung gaben eine Anzahl Autoritäten der Medizin und Hygiene sowie Vertreter der Sozialpolitik ein Gutachten dahingehend ab, daß es für die Arbeiter im Bäckergewerbe, die durchschnittlich noch an 7 Tagen in der Woche je 12 Stunden, noch dazu während der Nachtzeit und in heißen ungesunden Räumen arbeiten müssen, im Interesse ihrer eigenen sowie der Gesundheit des konsumierenden Publikums dringend notwendig sei, daß ihre übermäßig lange Arbeitszeit durch eine längere wöchentliche Pause unterbrochen wird. Diese Petition konnte bis jetzt im Reichstag nicht zur Verhandlung kommen und soll deshalb jetzt, beim Wiedezusammentritt, dem Reichstag erneut unterbreitet werden.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe in Großbritannien. Die Verhütung der Bergarbeiter in Südwales ist trotz vereinzelter Ausnahmefälle von Dauer, obgleich tiefe Unzufriedenheit noch an vielen Stellen besteht und ein erfolgreicher Abschluß der seit dem 12. November unter Asmitz's Vorherrschaft gepflogenen Einigungsverhandlungen noch nicht gelungen ist. Auf dem Einigungsamt in Cardiff ist zwar in der Lohnfrage, in der die Arbeitgeber Zulagen von 1¼ % bewilligten, eine Verständigung angebahnt, aber über die weiteren Streitfragen und die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen, daß vor deren Erörterung die Bergarbeiter in Aberbeern die unrechtmäßig verlassene Arbeit wieder aufnehmen und ihr Minors' agent, Stanton, der in diesem Kampf eine beunruhigende Rolle gespielt hat, bei dem Grubenleiter sich entschuldigen solle, wurden von der betreffenden Bergleute mit fast allen von den 10 000 Stimmen verworfen. Ja, die Aberbeernleute wollen sogar durch einen Ausbruch mit dem Cambrian-Gewerkschaftsverbande darüber beraten, ob nicht der Ausbruch auf den ganzen Kohlenbezirk von Südwales ausgedehnt werden solle. Unter den Kindern der ausständigen Grubenarbeiter herrscht grenzenloses Elend. Infolgedessen sind mitleidige Gesellschaften am Werke, den mitleidenden Kindern Nahrungsmittel zu verabfolgen, um wenigstens das ärgste Elend einigermaßen zu mildern. Das Verhalten der Polizei gegenüber den Streikenden ist von Keir Hardie, Barnes und anderen Abgeordneten im Parlament scharf getadelt worden. Die Polizei hätte das gesetzlich gewährleistete Streikpostenrecht und die friedliche Überredung der Arbeitswilligen gebührend und die sonst ruhige Bevölkerung zu verzweifelter Abwehr herausgefordert. Der Minister des Innern, Churchill, betonte, daß es das gute Recht der Streikenden sei, Posten zu stellen und auf die Arbeitswilligen friedlich einzureden, ging aber auf die Beschwerden der Arbeiterabgeordneten nicht gründlich ein. Ein Teil der aus London zur Verhütung gesandten Polizei ist am 18. November zurückgezogen worden. — In der Schiffbaueraussperrung bemühte sich der

Arbeitsausschuß des Verbandes der Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der Kesselschmiede und der 18 außerdem bedrohten Fachvereine um Beilegung des Kampfes. Allerdings ist die Einigkeit unter den verschiedenen Vereinen nicht groß. Man hofft immerhin durch energische Einwirkung auf die Kesselschmiede, die zwar in voriger Woche noch eine letzte Unterföhrung aus der Gewerkschaftskasse erhielten und nunmehr die anderen Gewerkschaften um Anleihen angehen, ihre Unnachgiebigkeit zu brechen und gleichzeitig von den Arbeitgebern angeht, die sich häufenden Schiffbauaufträge Zugeständnisse zu erwirken. Den Arbeitgebern aber kommt es — das geht aus der am 17. November erteilten Antwort auf die Eingabe des Gewerkschaftsausschusses hervor — vor allem darauf an, sich gegen künftige plötzliche Arbeitseinstellungen zu sichern. Das Board of Trade beginnt seine Vermittlungsversuche in dieser Woche von neuem, und verschiedene Gehörliche Stellen sind von den Arbeitern gebeten worden, die Arbeitgeber zur Aufhebung der Aussperrung zu bewegen.

Die Arbeitskämpfe in der Edelmetallindustrie haben in Pforzheim ernste Gestalt angenommen, da die am 5. und am 12. November erfolgten Kündigungen der Kettenarbeiter und vor allem der im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kettenarbeiter am 19. November Wirkung erlangt haben. Außer den 800 streikenden Kettenmachern sind nunmehr 1200 ausgesperrt. In acht Tagen droht die Aussperrung auf alle überhaupt organisierten Edelmetallarbeiter Pforzheims überzugreifen. Die Fabrikanten Pforzheims haben bis auf einen kleinen Rest die Mitgliedschaft des Arbeitgeberverbandes erworben.

Die gleichartige Bewegung in der Wiener Edelmetallindustrie hat bereits Mitte November ihren friedlichen Abschluß in einem neuen Tarifvertrage zwischen dem Verbande österreichischer Metallwarenproduzenten als Vertreter der Silberwarenerzeuger und dem österreichischen Metallarbeiterverband als Vertreter der in den Wiener Fabriken beschäftigten Arbeiter gefunden. Die Arbeitgeber haben ihre Forderung der Arbeitszeitverlängerung fallen gelassen und zum ersten Male Mindestlöhne zugestanden, die sich nach den Fachgruppen und dem Dienstalter stellen. (Für gelernte Silberbeschmiede 20 Kr. im ersten Junggesellenjahre, 24 im zweiten Jahre, 26 Kr. im dritten Jahre.) Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 51 1/2 Stunden vereinbart. Hergebrachte bessere Verhältnisse bleiben für die zurzeit beschäftigten Arbeiter bestehen. Die gelernten Arbeiter werden allgemein um 7 Heller, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um je 2 Heller die Stunde aufgebessert. In den Juwelierbetrieben bleibt der Achtsundentag erhalten. Die gelernten Gehilfen werden mit Ausnahme der Kettenarbeiter, die 4 Heller Zulage erhalten, um 5 Heller aufgebessert, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um 2 Heller die Stunde. Der Tarifvertrag, der 1200 Silberbeschmiede und nur 2000 Juweliere und Goldschmiedehilfen zu gute kommt, gilt bis 30. Juni 1913. — Kurz zuvor, im Oktober 1910 war zwischen denselben Vertragsparteien ein neuer Tarifvertrag für 14 Wiener Bijouterie-, Stuckgriff- und Kettenfirmen und ihre 481 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen worden, der Mindestlöhne für 11 Fachgruppen und für 3 bis 6 Dienstaltersstufen festsetzt, 54stündige Arbeitszeit vorschreibt, Arbeitslohnung und Überzeitarbeit regelt und das Schlichtungswesen ordnet.

Arbeiterschutz.

Bauarbeiterschutz. In einem an die Provinzialbehörden gerichteten Erlasse hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten darauf hingewiesen, daß die im Arbeiterschutzinteresse von den Polizeibehörden ausübende Baukontrolle nicht allein den Hochbauten, sondern in gleichem Umfange auch den Tiefbauten und dem Abbrüche von Baulichkeiten zu gelten hat. Die Polizeibehörden sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, dafür sorgen, daß die mit der Baukontrolle besetzten Organe auch diesen Arbeiten ihre Aufmerksamkeit zuwenden, damit die bestehende Unfallgefahr nach Möglichkeit herabgemindert wird.

Die Frage gesetzlicher Mindestlohnregelung für die Heimarbeiter in Frankreich beschäftigt gegenwärtig wieder den Oberen Arbeitsrat. Auf seinen Novemberbesitzungen im Arbeitsministerium steht zur Beratung der Bericht des ständigen Ausschusses über die Festsetzung von Mindestlöhnen für Heimarbeiter, den das Ausschußmitglied Honoré erstattet. Schon im Januar 1910 hatte der Arbeitsminister dem ständigen Ausschusse des Oberen Arbeitsrats einen Vorentwurf für die Mindestlohnregelung in der Heimarbeit unterbreitet, der die Ausgestaltung der durch das Gesetz vom 17. Juli 1902 geschaffenen Arbeitsräte zu Lohnregelungsstellen beabsichtigte. Dieser Vorentwurf beschränkte sich nicht streng auf die Heimarbeit und bezog sich sowohl auf männliche wie auf weibliche Arbeiter. Da nun aber die Arbeitsräte noch nicht in Wirksamkeit getreten sind, so legte Honoré persönlich Anfang März dem ständigen Ausschusse einen neuen Entwurf vor, der den Anschlag der Lohnsätze verlangte, damit Frauen, die daheim arbeiten, nicht mit einem geringeren Lohn, als er für die Durchschnittsarbeiterinnen des Bezirks üblich ist, abgeseift werden könnten. Beschwerden und Streitigkeiten in diesem Punkte sollten bei den Gewerbegerichten vorgebracht werden. Infolge einer Erhebung bei einer Anzahl von Beteiligten in dem Kleidungsgewerbe und von

sachverständigen Kennern der Heimarbeitsfrage änderte der ständige Ausschuss den neuen Entwurf Honorés ein wenig ab und beauftragte den Verfasser darauf, eine Denkschrift über die ganze Frage im Namen des Ausschusses dem Oberen Arbeitsrat zu überreichen. Von dieser Denkschrift werden, wie eingangs berichtet, die gegenwärtigen Beratungen des Arbeitsrats ihren Ausgang nehmen.

Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel in England. Im Juli 1909 wurde in England ein Ausschuss eingesetzt, welcher die Wirksamkeit des Kinderarbeitsgesetzes von 1903 nachprüfen und zugleich ermitteln sollte, ob eine weitere Gesetzgebung zur Beschränkung der Beschäftigung von Kindern im Straßenhandel notwendig sei. In England ist die Verwendung von Knaben und Mädchen unter 11 Jahren im Straßenhandel verboten, ferner sollen Knaben unter 14 und Mädchen unter 16 Jahren nicht zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens Straßenhandel betreiben. Für Kinder zwischen 11—16 Jahren kann der Straßenhandel allerdings auch während der Tagesstunden durch die Lokalbehörden verboten werden. Solche Bestimmungen sind in England und Wales für fast alle Industriezentren erlassen, doch wird die Durchführung nicht genügend streng beachtet. Wie der Bericht des Untersuchungsausschusses hervorhebt, war es nicht möglich, die Zahl der beschäftigten Kinder genau zu erfassen, weil in vielen Städten eine Bewilligung zur Ausübung dieses Gewerbes nicht notwendig ist und weil auch viele Kinder ohne Bewilligung die Beschäftigung ausüben und so der Zählung der Behörden entgehen. In England und Wales (außer London) wurden 1908 an 19 249 Knaben und 2945 Mädchen Bewilligungen zum Straßenhandel ausgegeben, doch ist die wirkliche Zahl der Kinder im Straßenhandel noch größer. In London waren 1909 13 873 Knaben und schätzungsweise 1000 Mädchen im Straßenhandel beschäftigt. Die Arbeit der Kinder im Straßenhandel besteht meist im Zeitungsverkauf, ein kleinerer Teil ist beim Verkauf von Obst, Blumen, Zündhölzchen tätig. Das früher vielfach von Kindern in den Straßen geübte Schuhputzen nimmt ab. Der Ausschuss kam nach seinen Untersuchungen zu dem Schluß, daß der Straßenhandel zerstörend auf die Moral der Kinder wirkt, die Knaben zum Betel und Spiel verführt, die Mädchen zu noch ärgeren Lasten. Für die Gesundheitschädlichkeit kommt die Einwirkung der rauen Witterung in Betracht. Der Ausschuss schlägt daher vor, daß als Regel der Straßenhandel für Knaben bis zum 17. Jahre, für Mädchen bis zum 18. Jahre zu verbieten sei, doch soll das Austragen von Zeitungen und Waren an regelmäßige Kunden nicht unter den Begriff „Straßenhandel“ fallen. Die Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes soll den Unterrichtsbehörden zustehen. Den übrigen Lokalbehörden sollen gleichfalls einige Machtbefugnisse eingeräumt werden, um eine ständige Aufsicht über den Straßenhandel durch besondere Beamte ausführen zu lassen.

Das gesetzliche Weißphosphorverbot in Ungarn wird jetzt dort nach dem Vorgehen vieler anderer Länder, die sich schon vorher dem internationalen Übereinkommen von 1906 angeschlossen hatten, durchgeführt werden. Der Handelsminister hat dem Abgeordnetenhaus bei seinem Wiederzusammentreten Ende Oktober einen „Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung von Weißphosphor“ vorgelegt. Nach diesem Entwurfe wird es vom 1. Juli 1912 an verboten sein, weißen oder gelben Phosphor zur Herstellung von Zündwaren zu verwenden oder mit solchem Phosphor hergestellte Zündwaren in Ungarn einzuführen; vom 1. Januar 1913 an, also ein halbjahr später, wird es dann auch verboten sein, solche Zündwaren auf Lager zu halten oder zu verkaufen oder sonstwie in Verkehr zu bringen. Die Genehmigung zur Errichtung neuer Betriebe oder zur Erweiterung bestehender Betriebe darf sofort nach Erlass des Gesetzes nicht mehr erteilt werden. Der Handelsminister wird ermächtigt, auch die Verwendung noch anderer gesundheitschädlicher Stoffe bei der Zündholzfabrikation zu unterlagen. Die Kontrolle über die Durchführung des Gesetzes steht der ungarischen Gewerbeinspektion zu. Für Verstöße bei der Fabrikation sind recht strenge Strafen von 2000 bis 4000 Kronen vorgesehen, im Rückfalle auch Haft bis zu zwei Monaten und Entziehung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb; Verstöße gegen das Einfuhr- und Handelsverbot werden mit 20 bis 600 Kronen, im Rückfalle mit 100 bis 1200 Kronen bestraft. Die Zündholzindustrie, die von dem Verbot betroffen wird, zählte nach der letzten ungarischen Betriebsstatistik von 1906 16 Zündholzfabriken mit 1762 Arbeitern, darunter 969 weiblichen.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Japan steht noch immer im Stadium der Entwürfe. Anstatt des ersten, Anfang dieses Jahres wieder zurückgezogenen Entwurfs eines Fabrikgesetzes will

die japanische Regierung laut Bericht des niederländischen Gesandten an das Zentralbureau für Statistik in Amsterdam einen verbesserten Gesetzentwurf noch in diesem Jahre vorlegen. Ferner hat der Vorsteher des Gesundheitswesens im japanischen Ministerium des Innern ein Gesetz beantragt, das die Nachtarbeit der Frauen in den Spinnereien verbietet. Duzende von Frauen werden Tag und Nacht in sehr ungünstigen gesundheitlichen Verhältnissen beschäftigt, so daß die meisten nach 2 oder 3 Jahren die Arbeit aufgeben müssen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Der Antrag auf Errichtung territorialer Berufsgenossenschaften im Interesse des Kleingewerbes wurde einer Unterkommission überwiesen, von dieser jedoch abgelehnt, und diese Ablehnung wurde auch von dem Kommissionsplenum bestätigt. Dafür wurden zwei neue §§ 645a und 645 eingefügt. Danach können mit Zustimmung des Oberversicherungsamts verschiedenartige Betriebe einer Berufs-genossenschaft zugeteilt werden. Gehören einer Genossenschaft Betriebe an, die ihrer Natur nach in eine andere Genossenschaft gehörten, so sind für diese entsprechende Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. Außerdem wurde in § 700 eine Bestimmung eingefügt, wonach die Kleingewerbetreibenden mehr als bisher im Vorstande der Berufsgenossenschaften vertreten sein sollen. In § 561 wurde bestimmt, daß Betriebe, die elektrische Kraft erzeugen oder weitergeben, ebenfalls als „Fabriken“ anzusehen sind. In § 563 wurde festgesetzt, daß der Bundesrat die Entscheidung trifft, wenn sich die beteiligten Berufsgenossenschaften über die Zugehörigkeit oder das Ausscheiden eines landwirtschaftlichen Nebenbetriebes nicht einigen können. Gelegentlich des Antrags, Betriebsbeamte bis zum Jahresarbeitsverdienst von 5000 M (statt 3000 M) der Unfallversicherung zu unterwerfen, wurde beschlossen, bei allen Anträgen, die von finanzieller Bedeutung sind, die Abstimmung vorläufig auszusetzen. Es sollen die Kostenrechnungen der Regierung und die Stellungnahme der Fraktionen abgewartet werden, um dann endgültig über solche Anträge zu entscheiden. In § 566 wurde hinzugefügt: „Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalls nicht aus.“ Ein neuer § 568a, nach welchem durch Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden kann, wurde trotz des Bedenkens des Regierungsvertreters eingefügt. Die Beschlußfassung über den Antrag, den Jahresarbeitsverdienst bei Feststellung der Rente bis 1800 M, statt bisher 1500 M, voll anzurechnen (§ 584), wurde ebenfalls ausgesetzt. Im § 599 wurde die Bestimmung eingefügt, daß der Unternehmer, falls die Berufs-genossenschaft die Leistungen des Unternehmers ganz oder teilweise übernimmt, ihr insoweit Ersatz zu leisten hat, als der Verletzte von ihm Krankenhilfe beanspruchen könnte und die Genossenschaft dann nicht selbst ersatzpflichtig wäre. Dabei gelten als Ersatz für Krankenpflege drei Achtel des Grundlohnes, nach welchem sich das Krankengeld des Berechtigten bestimmt. Der in der ersten Fassung gescheiterte Anspruch der unehelichen Kinder auf die Unfallhinterbliebenenrente (§ 607) wurde wieder gestrichen. § 626, der bestimmt, daß nach Ablauf von zwei Jahren, nach dem die Entschädigung endgültig festgestellt worden ist, eine neue Feststellung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre erfolgen kann, erhielt eine Fassung, durch die der Verletzte während dieses Jahres in dem ungestörten Bezug der Rente auch für den Fall gesichert wird, daß in dieser Zeit ein neues Heilverfahren eingeleitet wird. Neu eingefügt wurde folgender § 628a:

„Nach Ablauf der ersten fünf Jahre von der Rechtskraft des Bescheides oder des Urteils ab, durch das die Entschädigung zuerst endgültig festgestellt worden ist, darf die neue Feststellung einer Rente nur für die Zeit nach Zustellung des Antrages gefordert werden. (§ 1569 Abs. 3, § 1570.) Im übrigen setzt das Urteil des Oberversicherungsamts den Zeitpunkt fest, von dem an die Herabsetzung, Entziehung, Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente in Kraft treten soll.“

In § 632 wurde bestimmt, daß die in der ersten Fassung neu geschaffenen Bestimmungen über das Ruhen der Rente, solange der berechnigte Ausländer nicht im Inlande seinen persönlichen Aufenthalt hat, dann keine Geltung haben sollen, wenn der Gesundheitszustand den Aufenthalt im Auslande erforderlich macht. Dagegen ruht die Rente, wenn der Ausländer wegen strafrechtlicher Verurteilung ausgewiesen ist. Bei § 634 wurde die gesamte Ausländerfrage einer Unterkommission überwiesen.

Die folgenden Abschnitte wurden einschließlich der Paragraphen über die zeitweilig zurückgestellten Bestimmungen über die Bildung

der Rücklagen ohne wesentliche Änderungen angenommen. Nur die Bestimmungen über die Genossenschaftsbeamten erhielten einige erhebliche Abänderungen:

Hiernach sind vor Erlass der Dienstordnung, durch die die Genossenschaftsversammlung die Rechtsverhältnisse und die allgemeinen Anstellungsbedingungen der Genossenschaftsbeamten angemessen zu regeln hat, die letzteren, soweit sie nicht auf Probe oder vorübergehend beschäftigt werden, zu hören. Für die Dienstordnung sind Grundsätze vorgeschrieben, wonach die Anstellung durch schriftlichen Vertrag zu erfolgen hat. Über die Kündigung und Entlassung hat der Gesamtverband zu beschließen, die Kündigungsfristen dürfen nicht länger bemessen werden, als die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Kündigt werden darf nur auf den Schluß eines Kalendervierteljahres. Eine Entlassung ohne Kündigung darf nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen. Organisationsfragen und Einschränkung des Betriebs gelten als wichtiger Grund für Entlassung oder Kündigung. Das Gleiche gilt nach fünfjähriger Dienstzeit für die Kündigung. Die Grundsätze für das Aufsteigen in den Gehaltsstufen sind festzulegen. Die Ausübung des Vereinigungsrechts und die religiöse und politische Betätigung darf nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder sofortigen Entlassung. Wird Pension gewährt, so müssen die Fälle, in denen dieses Recht entzogen werden kann, festgelegt werden. Die Dienstordnung bedarf der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts, ebenso ihre Änderung. In Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis entscheidet das Reichs-Versicherungsamt (Beschlußkammer).

Neu eingefügt wurde folgender § 887a:

„Die Unternehmer sind verpflichtet, den vom Reichs-Versicherungsamt beauftragten ständigen Mitgliedern während der Betriebszeit den Zutritt zu ihren Betriebsstätten zu gestatten, um die Durchführung und Wirkung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften festzustellen. Zur Erfüllung dieser Pflicht kann sie das Versicherungsamt durch Geldstrafen bis zu 300 M anhalten.“

In § 911, nach dem der Unternehmer die Pflichten, die ihm auf Grund dieses Gesetzes obliegen, Betriebsleitern und, soweit es sich nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt, auch Aufsichtspersonen oder auch anderen Angestellten seines Betriebs übertragen darf, wurde bestimmt, daß die Betriebsleiter in höherem Maße als bisher für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften haftbar gemacht werden sollen, daß aber der Betriebsunternehmer solidarisch haftbar bleibt. — Nach Beendigung der gewerblichen Unfallversicherung wurde die landwirtschaftliche Unfallversicherung beraten und auch zu Ende geführt. Hier wurde der Friedhofsbetrieb als versicherungspflichtiger Betrieb erklärt. Der grundlegende § 915 erhielt folgende Fassung:

„Als landwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 918 Abs. 1 gilt auch die Gärtneret, die Park- und Gartenpflege, sowie der Friedhofsbetrieb, soweit er nicht der gewerblichen Unfallversicherung unterliegt. Kleine Haus- und Ziergärten, die nicht regelmäßig und in erheblichem Umfang mit besonderen Arbeitskräften bewirtschaftet werden und deren Erzeugnisse hauptsächlich dem eigenen Haushalt dienen, gelten nicht als landwirtschaftliche Betriebe.“

Ferner wurden folgende zwei neuen Paragraphen eingefügt:

§ 917a. Binnenverkehrs- und Flößereibetriebe oder -tätigkeiten fallen nur dann in die Versicherung des landwirtschaftlichen Hauptbetriebs, wenn sie nicht über den örtlichen Verkehr hinausgreifen.

§ 917b. Tätigkeiten, die ihrer Art nach der Versicherung bei einer Zweiganstalt unterliegen, sind bei der landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaft, welcher der Unternehmer mit Betriebsbetätigten derselben Art angehört, versichert, wenn diese die anderen Tätigkeiten überwiegen.

In § 918 wurde der Begriff „Facharbeiter“ durch eine neue Definition der hier in Betracht kommenden Personen ersetzt. In § 968 wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß die Genossenschaftsversammlung jährlich mindestens einmal zu berufen ist. Die nächste Sitzung soll am 24. November stattfinden.

Die Rheinische Arbeitszentrale für Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage veranstaltete am 30. Oktober in Köln eine Versammlung, in der Ingenieur Ennefeld Bericht erstattete über seine Studienreise nach Österreich, um sich an Ort und Stelle durch Besprechung mit den maßgebenden Persönlichkeiten und durch eingehendes Studium des vorhandenen Materials ein Urteil über das österreichische Pensionsgesetz für Privatbeamte zu bilden.

Die Schwierigkeiten in der Durchführung der österreichischen Privatbeamtenversicherung liegen nach Ansicht des Berichterstatters außer in der Sprachenfrage — für jedes der 9 Sprachgebiete mußten gesonderte Verwaltungsstellen geschaffen werden — in der nachträglichen Beschränkung des Begriffs „Privatbeamte“ auf einen ganz kleinen Kreis von Angestellten — Verkäufer und Verkäuferinnen, Stigassierinnen, Magaziniere usw. gelten dort bekanntlich nicht als Privatbeamte — so daß an Stelle der ursprünglich in Aussicht ge-

nommenen 207 000 Versicherten nur etwa 94 000 Angestellte bei der Allgemeinen Pensionsanstalt versichert sind. — Die Versammlung nahm alsdann zunächst Stellung gegen einen Beschluß des Detaillisten-Bandes, Sitz Varmen, der die Privatpensions-Versicherung für die im Kleinhandel beschäftigten weiblichen Angestellten als unzumutbar bezeichnet und darauf hingewiesen hatte, daß die Versicherung Handel und Industrie in einer untragbaren Weise belaste, wovon besonders stark der Detailhandel betroffen werden würde. Die Versammlung erklärte, sie werde mit aller Energie die Einbeziehung der männlichen und weiblichen Angestellten des Detailhandels zur Privatpensions-Versicherung weiter fordern und sich jeder Gegnerschaft mit größter Wehr entgegensetzen, nachdem sich bei Studium des österreichischen Gesetzes die Ausschaltung des Verkaufspersonals, der Magaziniere und Lagerverwalter als ein bedauerlicher Mißstand erwiesen habe. Weiter nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie der Reichsregierung das Vertrauen in der Pensionsversicherungsfrage ausspricht und an die Regierung die Bitte richtet, die in letzter Zeit in Erscheinung getretene Gegenaktion gegen die Privatbeamtenversicherung mit der möglichst umgehenden Veröffentlichung des fertiggestellten Gesetzentwurfes zu beantworten, und sie wiederholt ihre früher bereits geäußerte Bitte, den Gesetzentwurf gleich nach Erscheinen einer Sachverständigen-Kommission zur Prüfung zu unterbreiten, welche sich aus Vertretern der Reichsregierung, des Parlamentes, der Arbeitgeber und Angestellten und sonstiger führenden Persönlichkeiten zusammensetzen würde.

Die freiwillige Weiterversicherung bei der Invalidenversicherung. Auf Anregung des bekannten französischen Sozialpolitikers Dr. Fuster-Paris hat die Thüringische Versicherungsanstalt, wie sie in ihrem Geschäftsbericht für 1909 mitteilt, bei 40 größeren und mittleren Krankenkassen, die die Einziehung der Invalidenbeiträge besorgen, Erhebungen darüber angestellt, wieviel freiwillig Versicherte durch Leistung höherer Beiträge sich eine höhere Rente zu sichern bestrebt sind, und von 30 Kassen vollständige Auskunft erhalten:

Diese 30 Krankenkassen haben 64 920 Zwangsversicherte. Sie weisen nach 185 Personen, die in die Versicherung freiwillig eingetreten sind, 4406 Personen, die die Versicherung freiwillig fortsetzen. Von diesen verwenden 2226 Personen Marken einer höheren Lohnklasse, 2310 Personen Marken in größerer als der gesetzlichen Mindestzahl. Außerdem berichten ohne Zahlenangabe 4 Krankenkassen: „Die größte Zahl derer, die aus der Versicherungspflicht auscheiden, setzen die Versicherung freiwillig fort“ (die betr. Ortskrankenkasse hat 9112 Zwangsversicherte). „Die freiwilligen Beitragszahler steuerten größtenteils in der früheren Beitragsklasse fort“ (die betr. Ortskrankenkasse hat 11 633 Zwangsversicherte, 556 Weiterversicherte). „221 Versicherte erklärten bei Ausübung der Einnichtungsarten die Absicht, sich freiwillig weiter zu versichern“ (die betr. Betriebskrankenkasse hat 8047 Mitglieder). „Marken in größerer als der gesetzlichen Mindestzahl verwenden alle mit verschwindenden Ausnahmen“ (die betr. Ortskrankenkasse hat 1468 Zwangsversicherte, 88 Weiterversicherte).

Der Bericht bemerkt hierzu, so erfreulich die Tatsache sei, daß die Einsicht in das Wesen der Versicherung und das Verständnis für die durch regelmäßige und zureichende Beitragsleistung erlangbaren Vorteile offensichtlich wächst, so energisch müsse dem immer wiederkehrenden Bestreben gesteuert werden, im vorgerückten Lebensalter oder im Zustand nahe bevorstehender Invalidität ein Versicherungsverhältnis zu konstruieren, das nicht auf rechtlicher Grundlage beruht. Die im Berichtsjahr eingeleiteten Untersuchungen hatten das Ergebnis, daß in 39 Fällen (24,5 %) die Beitragsleistung als rechtswirksam nicht angesehen werden konnte, während in 113 Fällen (71,1 %) Bedenken bezüglich der Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung nicht zu erheben waren und 7 Fälle (4,1 %) sich auf andere Weise (Tod usw.) erledigten.

Zur Frage der Zinshöhe bei Darlehen der Landesversicherungsanstalten für Arbeiterwohnzwecke sagt der Geschäftsbericht des Vorstandes der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar für 1909:

Die Gewährung eines Darlehens gegen geringere als landesübliche Verzinsung bedeutet die Gewährung eines Zuschusses zu den Wohnungskosten, der den Beitrag eines Versicherten erheblich übersteigt und dessen Aufwendung nur berechtigt erscheint, wenn damit gleichzeitig die auf Besserung der hygienischen Verhältnisse gerichteten Bestrebungen der Versicherungsanstalt gefördert werden. Die Bedingungen der Versicherungsanstalt haben inzwischen eine Umarbeitung erfahren. In seiner Sitzung vom 30. Mai 1910 gab der Ausschuß ihnen einhellig seine Zustimmung.

Die Thüringische Landesversicherungsanstalt hat bisher insgesamt für Arbeiterwohnhäuser reichlich 5 Mill. Mark ausgeliehen. Dazu ist im Jahre 1908 erstmalig der Betrag von 20 000 M. für Schrebergärten als Hypothekendarlehen zum ermäßigten Zinssatz von 3 1/2 % bei 1 % Tilgung an eine Weberei-Firma in Greiz gegeben worden, welche für 32 ihrer Arbeiter Schrebergärten eingerichtet hat.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Basler Arbeitslosenfürsorge.

Basel gehört zu den Städten, die sich verhältnismäßig früh mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßt und solche auch praktisch durchgeführt haben. Schon seit 1895 bestehen Hilfsaktionen für die Arbeitslosen durch besondere Kommissionen. Der ständige Wechsel dieser Kommissionen beeinflusste aber die Organisation sowie eine feste Praxis der Arbeitslosenfürsorge ungünstig, deshalb wurde im Winter 1902/03 eine ständige Kommission geschaffen von 21 Mitgliedern aus verschiedenen Interessentenkreisen mit einem ständigen Bureau. Entsprechend der doppelten Aufgabe, nämlich einerseits der praktischen Durchführung der vorerst möglichen laufenden Fürsorgemaßregeln, andererseits des Studiums der Frage der künftigen gesetzgeberischen Regelung der Arbeitslosenfürsorge, gliederte sich die Kommission in 3 Unterkommissionen, von denen die erste (I) die laufenden Arbeiten besorgt, die beiden anderen (II und III) Studienzwecke verfolgen. Das Jahr 1910 hat in der Arbeitslosenfürsorge eine Wendung gebracht durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Fürsorge wurde abgelöst durch die Versicherung.

Kürzlich ist der letzte Tätigkeitsbericht obiger Kommission (der Unterkommission I) erschienen. Er enthält in seiner Einleitung einen kurzen Überblick über die Geschichte der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Basel. Der Bericht läßt sich dann des weiteren aus über die Organisation der Arbeitslosenfürsorge, die Einschreibung und Unterstützung der Arbeitslosen. Aus dem Inhalt des Berichts sei kurz hervorgehoben: In der Organisation haben in zwei Punkten Veränderungen stattgefunden. Früher erhielten die eingeschriebenen Arbeitslosen Gutscheine für Milch, Brot und Heizungsmaterial, in der Berichtsperiode wurden diese Scheine auch auf den Bezug von Speisereien ausgedehnt. Sodann wurden erstmals Damen des Frauenvereins zugezogen, die mit einer eigens dazu gewählten Spezialkommission die Erledigung der dringenden Fälle und der Hauszinsgesuche übernahmen. Die Damen besuchten die Familien und stellten dann in der Kommission ihre Anträge. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt.

Die Zahl der Einschreibungen ist von 1868 im Winter 1908/09 auf 959 im Berichtsjahr gesunken. Davon waren 49 % Schweizer, 51 % Ausländer und von diesen 24,5 % Deutsche und 26,5 % Italiener.

Sehr viele junge Arbeiter werden schon von der Arbeitslosigkeit befallen, 12,6 % unter 20 Jahren. Auch sogenannte Stammgäste erwähnt der Bericht. So waren 11 zum neunten Male eingeschrieben, 147 Mann oder 15,3 % waren regelmäßige Besucher.

Der Winter 1909/10 brachte 33 375 Gesamttage der Arbeitslosigkeit mit 2856 davon betroffenen Personen, worunter 1208 Kinder unter 15 Jahren. Der Lohnausfall wird auf 133 500 Fr. berechnet, der wirkliche dürfte noch weit höher sein.

Diesem Ausfall stehen an geleisteten Unterstützungen entgegen rund 15 000 Fr., etwa 1/3 des Lohnausfalles, so daß der ungedeckte Teil immer noch empfindlich groß ist. Beklagt wird über den großen Mangel an Arbeitsaufträgen im letzten Winter (99 gegen 201 im Jahre 1909, 364 im Jahre 1908 und 751 im Jahre 1907).

Interessant sind die Ausführungen über den Grund der Arbeitslosigkeit. Meist ist es Mangel an Arbeit, der dazu führte. Doch kommt auch Leichtsinn und Trunkenheit vor, dann fällt die Unterstützung entweder aus oder beschränkt sich auf Naturalunterstützung in reduzierten Maße. Es wurde mit Unterstützungen überhaupt etwas zurückgehalten, wie es scheint zur Vorbereitung auf die nun an Stelle der Unterstützungsperiode tretende Arbeitslosenversicherung. Möge dieser eine ersprießliche Zukunft beschieden sein. K.

Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften hat der Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Denkschrift unterbreitet, die in Nr. 37 des „Korrespondenzblattes“ abgedruckt ist. Es wird in der Denkschrift zunächst ausgeführt, daß die Möglichkeit, zur Zeit der Arbeitslosigkeit Arbeit zu beschaffen, nur eine sehr beschränkte ist. Die in Not geratenen Leute dürfe man nicht der Armenpflege mit ihren entsetzenden Folgen überlassen, da es sich um Erwerbsfähige handelt, die arbeiten wollen. Die Selbsthilfe der Arbeiter — gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung — bleibe stets zum mindesten unzureichend und sei z. B. ohne öffentliche Hilfe unmöglich. Diese öffentliche Hilfe solle bestehen in der

Vertragspflicht von Arbeitgebern, Gemeinde, Staat und Reich. Die Denkschrift hält nun weder eine kommunale noch eine staatliche obligatorische Arbeitslosenversicherung für erfolgreich und tritt daher für das Genter-System ein. Die Gewerkschaften erzeugen die Arbeiter zur Selbsthilfe und könnten am ehesten alle Schwierigkeiten der Kontrolle überwinden. Gegenüber dem Einwande, die Gewerkschaften umfaßten erst einen Teil der Arbeiterschaft, wird angeführt, daß bereits etwa $4\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitnehmer Berufsvereinen angeschlossen sind und daß von ihnen etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslosenklassen angehören. Diese Zahlen zeigen es gewiß, daß man die Selbsthilfeeinrichtungen schon ruhig fördern könne. Es wird der Erlaß eines Reichsgesetzes empfohlen. Da die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften in Deutschland stets zentralistisch war, empfehle sich auch ein Vorgehen von Reich wegen und nicht eine einzelstaatliche Gesetzgebung. Die Nichtgewährung der Zuschüsse für Streikende und Aussperrte ist für die Denkschrift selbstverständlich. Dagegen empfiehlt sie, kleine Mindestleistungen zu fordern, ebenso auf den Unterschied von freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu verzichten. Ebenso erscheint ihr der Verzicht auf die Vorbedingung einer gewissen Dauer örtlicher Anwesenheit bei reichsgesetzlicher Regelung geboten. Vorgeschlagen wird die Gewährung eines festen Prozentsatzes der gewerkschaftlichen Unterstützung als Zuschuß. Die Entschlagnahme der Beamten in die Bücher und Rechnungsabschlüsse wird ebenfalls als selbstverständlich angesehen. Dagegen wird die Forderung getrennter Kassenverwaltung unbedingt abgelehnt, ebenso die Bedingung der juristischen Person und des Aufnahmezwanges. Zum Schluß wird sehr entschieden betont, daß die Gewerkschaften die staatliche Unterstützung nicht verlangen, weil sie sich in einer Kollage befinden, sondern weil sie die Fürsorge für die Arbeitslosen für eine Pflicht des Staates halten und ihre Kassen das bisher einzig lebensfähige sind. Sie erwarten auch keineswegs eine Förderung ihrer Bewegung von staatlichen und anderen Zuschüssen zur Arbeitslosenunterstützung. Es wird betont, daß die Zuschüsse durchaus nicht allein den Freiorganisierten zugute kommen würden. Mit der Ergänzung der Zuschüsse durch kommunale Versicherungseinrichtungen ist die Denkschrift einverstanden, sie endet jedoch mit einer nochmaligen unbedingten Ablehnung einer obligatorischen, bürokratischen Arbeitslosenversicherung.

Ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Darmstadt. Die Stadt Darmstadt beabsichtigt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Zentralstelle für Arbeitslosenfürsorge einzurichten. Da die bisherigen Maßnahmen der Notstandsarbeiten und des Arbeitsnachweises nur einer vorübergehenden, nicht sehr umfangreichen Arbeitslosigkeit und ihren Folgen annähernd haben steuern können, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit dagegen versagen, soll die neue Stelle neue Arbeitsgelegenheiten beschaffen, zur Selbsthilfe aneignen und als freiwillige Helferin ordentliche Arbeiter vor der Notwendigkeit bewahren, öffentliche Armenunterstützungsmittel anfordern zu müssen. Die Zentralstelle soll privaten Charakter haben, sie soll alle nach den Verhältnissen zur Mitwirkung Berufenen und freiwillige Helfer in sich vereinigen und so ein erfolgreiches Arbeiten nach einheitlichen Gesichtspunkten ermöglichen. In der Begründung heißt es:

Die Errichtung einer solchen Stelle werde nicht als alleinige Aufgabe des Staates oder der öffentlichen Selbstverwaltungsverbände, der Selbsthilfeorganisationen oder privater Wohlfahrtsvereine angesehen, sie sei vielmehr aus der Natur der Dinge heraus eine gemeinsame Aufgabe aller. Handel, Industrie und Gewerbe, aus deren Wertpapierten die Arbeitslosen hervorgehen, müßten sich mit den zuerst Genannten im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen verbinden. Die schon am Werke befindlichen Kräfte müßten zusammengefaßt, noch schlummernde Kräfte zur Mithilfe ausgelöst werden.

Dieser neue Versuch, dem Arbeitslosenproblem beizukommen, verdient jedenfalls allseitige Beachtung.

Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Elberfeld. Während die von der Stadtverordnetenversammlung zum Studium der Arbeitslosenversicherung eingesetzte Kommission die Einführung des sog. Genter Systems in Verbindung mit einer Versicherungskasse für nicht organisierte Arbeiter empfohlen hatte, hat die Gemeindefiskalkommission der Städte Elberfeld und Barmen sich auf den grundsätzlichen Standpunkt gestellt, daß dieses Problem nur auf gesetzlichem Wege gelöst werden könne und das Vorgehen einzelner Gemeinden ausichtslos und bedenklich erscheine. Auf Wunsch der Kommission beschäftigte sich dann auch noch die Handelskammer mit der Frage. Sie kam zu dem Ergebnis, daß für Elberfeld kein dringendes Bedürfnis nach Einführung der Arbeitslosenversicherung anerkannt werden könne und daß Versuchen damit in Elberfeld entschieden widerraten werden müsse.

Eine Arbeitslosenzählung in Heidelberg wird am 2. Dezember gleichzeitig mit der Volkszählung stattfinden, und zwar durch eine

Zählung von Haus zu Haus. Da dieser Weg einer Verbindung von Volkszählung und Arbeitslosenzählung in anderen Ländern für durchführbar erklärt worden ist, so hat Minister v. Bodman den großen Städten des Großherzogtums Baden empfohlen, dem Vorbild von Heidelberg zu folgen und am 1. Dezember jeder Haushaltungsliste eine Zählliste für die etwa vorhandenen Arbeitslosen beizufügen.

Arbeitsnachweis.

Die Fahrpreisermäßigung für Arbeiter bei Arbeitsvermittlung durch öffentliche Arbeitsnachweise. Nach der Ausführungsbestimmung C VII zu § 12 der Eisenbahn-Verkehrsordnung wird die Ermäßigung gewährt, sofern durch die Arbeitsnachweisanstalt der Beweis erbracht ist, daß dem Inhaber der Legitimation eine Arbeitsstelle vermittelt worden ist. Auf eine Anfrage des Verbandes der Deutschen Arbeitsnachweise bei der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen, wie weit der Begriff der Vermittlung zu verstehen ist, ob dazu der Nachweis einer auswärtigen Stelle durch die Anstalt genügt oder ob der Inhaber der Ausweis-karte die Stelle tatsächlich erhalten haben muß, ging diesem folgendes Antwortschreiben zu:

„Auf das gefällige Schreiben vom 10. September dieses Jahres erwidern wir ergebenst, daß die im Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Zl. 1, § 12 C Ziff. VII vorgegebene Fahrpreisermäßigung nur Arbeitern gewährt werden darf, denen durch eine dem Verbands Deutschen Arbeitsnachweise angehörende, von den Eisenbahnen anerkannte öffentliche oder gemeinnützige Arbeitsnachweisanstalt eine auswärtige Arbeitsstelle vermittelt worden ist. Der bloße Nachweis der Gelegenheit zur Erlangung einer Stelle genügt für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung also nicht. Bei der Erteilung des Ausweises zur Erlangung der Vergünstigung muß daher die Vermittlung entsprechend der im Ausweis zu erteilenden Bescheinigung soweit gebiessen sein, daß dem Inhaber die Stelle übertragen ist.“

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise bemerkt hierzu in seinem Verbandsorgan zutreffend, daß sich dieser Gedanke in der Praxis kaum durchführen lassen werde, denn nur in den seltensten Fällen werde der Beamte von vornherein wissen, ob dem Inhaber die Stelle übertragen wird. Oft werde erst der dritte oder vierte zugewiesene Arbeiter den Ansprüchen des Unternehmers vollauf genügen, so daß er die offene Stelle erhält. Mit anderen Worten: Die ganze Einrichtung der Fahrpreisermäßigung würde dadurch illusorisch. Es heißt dann dort noch weiter:

Die erhaltene Auskunft entspricht auch nicht der geltenden Rechtsanschauung, wonach der Begriff der Vermittlung einer Stelle ebenfalls den Nachweis zur Erlangung derselben umschließt, ganz gleichgültig, ob die Stelle wirklich dem Arbeitsuchenden übertragen worden ist oder nicht. Die Fahrpreisermäßigung kann nur Wert haben, wenn sie allen Arbeitern eingeräumt wird, denen von der Arbeitsnachweisanstalt eine auswärtige Stelle nachgewiesen (!) worden ist. Der Nachweis einer Stelle und die Übertragung derselben sind eben zwei Begriffe, oft so grundverschieden wie das Wollen und Vollbringen!

Der Zentralverein für Arbeitsnachweise zu Berlin im Jahre 1909. Die im Berichtsjahre steigende Konjunktur zeigt sich deutlich in den statistischen Mitteilungen des Verichts. Die Zahl der offenen Stellen stieg von 102 304 im Vorjahre auf 119 702, die der besetzten Stellen von 84 245 auf 96 950, die Zahl der Arbeitsgesuche von 151 960 auf 167 241. Der Facharbeitsnachweis der Glaser ist ausgeschieden. Die Verhandlungen wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Gastwirtschaftsgewerbe sind gescheitert — vornehmlich an der Haltung der Arbeitgeber, welche die Leistung von Beiträgen vielfach abgelehnt haben. Die beiden Abteilungen für den Dienstbotennachweis leben sich von Jahr zu Jahr bei den Berliner Dienstherrschaften und Dienstboten mehr ein. In der Abteilung Linienstraßen ist eine Unterabteilung für Vermittlung besserer Hauspersonals, wie Stützen, Bonnen u. dgl., eingerichtet worden. In beiden Abteilungen übersteigt die Nachfrage das Angebot um fast das Dreifache. Der Lehrstellennachweis hat sich bei den Handwerksmeistern gut eingeführt. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bestrebungen, den Lehrstellennachweis im Verein mit dem Jugendfürsorgeverband der Berliner Lehrerschaft weiter auszubauen, im laufenden Geschäftsjahre (1910) zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Die interlokale Vermittlung hat sich in engen Grenzen gehalten trotz einer mit den Landwirtschaftskammern der Provinzen Pommern und Ostpreußen geschaffenen besonderen Organisation für die Vermittlung landwirtschaftlichen Arbeiterpersonals. Die meisten Verhandlungen scheiterten an der Höhe der Lohnforderungen. Die Beschaffung von Personal für eine auswärtige Güterabfertigungsstelle der Königl. Preuß. Eisenbahnen scheiterte einerseits an der geringen Höhe des in Aussicht gestellten Lohnes, andererseits an der Weigerung der Bahnbehörde, das Reisegeld zu ersetzen. (!)

Verband der gemeinnützigen Arbeitsnachweise in Hannover. Ein Verband der gemeinnützigen Arbeitsnachweise, der außer der Provinz Hannover auch Braunschweig, Oldenburg und die Lippscheen Fürstent-

tümer umfaßt, ist unter der Mitwirkung des Oberpräsidenten von Hannover Anfang November 1910 gegründet worden.

Lehrstellenvermittlung im Regierungsbezirk Düsseldorf. Auf einer vom Verbands zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf im September 1910 einberufenen Konferenz, die die Frage der Lehrstellenvermittlung behandelte, wurde von dem Vertreter der öffentlichen Arbeitsnachweise eine einheitliche, örtlich zentralisierte Lehrstellenvermittlung für gewerbliche, industrielle und kaufmännische Lehrlinge als dringend notwendig bezeichnet und weiter erklärt, daß als deren Trägerin allein der öffentliche Arbeitsnachweis in Betracht kommen könne, der allerdings hierbei der Mitarbeit der Interessatenverbände bedürfe. Demgegenüber wollten die Vertreter des Handwerks wenigstens die Vermittlung der gewerblichen Lehrlinge den Körperschaften des Handwerks, insbesondere den Innungsausschüssen, vorbehalten wissen, da diese am besten den Verhältnissen Rechnung tragen könnten, während die Vertreter des Handels und der Industrie teils das Bedürfnis einheitlicher Regelung überhaupt verneinten, teils und zwar für größere Städte die Interessatenverbände, für kleinere Orte dagegen den öffentlichen Arbeitsnachweis als geeignete Stellenvermittler bezeichneten. Zum Schluß einigte man sich auf folgenden Mittelweg: Das Handwerk beharrt zwar auf seiner eigenen Lehrstellenvermittlung, will jedoch zu dem Zwecke örtliche Ausschüsse bilden, worin neben den Vertretern der Innungen einem solchen des öffentlichen Arbeitsnachweises eine Mitwirkung eingeräumt wird.

Verband badischer Arbeitsnachweise (Karlsruhe, 24. September 1910). Aus dem Jahresberichte ist zu erwähnen, daß bei den 17 badischen Arbeitsnachweisen im Berichtsjahr 148 771 offene Stellen angemeldet waren, denen 311 952 Stellensuchende gegenüberstanden; erfolgreiche Einstellungen waren 86 865 zu verzeichnen; an diesen Zahlen nehmen die weiblichen Abteilungen mit 54 540 offenen Stellen, 54 440 Stellensuchenden und 24 344 Einstellungen teil. Zu lebhaften Auseinandersetzungen gaben die Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammer Anlaß. Daß das landwirtschaftliche Vermittlungswesen in Baden reformbedürftig sei, wurde allgemein anerkannt. Eine Umfrage des Verbandes badischer Arbeitsnachweise bei den 1590 Gemeinden des Landes aus dem Jahre 1908 hat ergeben, daß in 978 Gemeinden der landwirtschaftliche Arbeiterbedarf durch einheimische Arbeitskräfte gedeckt werden kann, während 597 Gemeinden über Leutenangel klagten, insgesamt fehlten ihnen 4815 Arbeitskräfte. 15 Gemeinden hatten die Fragebogen nicht beantwortet. Die bisherigen Abhilfeversuche: stärkere Heranziehung von Frauen und Kindern zur Feldarbeit, Einführung weiterer landwirtschaftlicher Maschinen, gegenseitige Aushilfe, Heranziehung von Militär und ausländischen Arbeitern haben häufig vollständig versagt. Die badische Landwirtschaftskammer will nun einen landwirtschaftlichen Arbeitsnachweis errichten und hierbei mit dem Verband badischer Arbeitsnachweise bergesamt zusammenarbeiten, daß sie unter gleichzeitigem Eintritt in den Verband badischer Arbeitsnachweise die gesamte landwirtschaftliche Stellenvermittlung gleichsam in ihren Händen zentralisiert, als Dezentralisationsorgane zum Austausch von Angebot und Nachfrage sowie zur teilweisen Annahme und zum teilweisen Vollzug der von seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus allen Landesteilen einlaufenden Vermittlungsaufträge sich jedoch der badischen Arbeitsnachweise und jener der Nachbarländer bedient. Da bei den badischen Arbeitsämtern im Jahre 1909 4875 offenen Stellen in der Landwirtschaft 9191 Stellensuchende gegenüberstanden — in Elsaß-Lothringen war in dieser Zeit die Lage des Arbeitsmarktes auf dem Gebiete der Landwirtschaft ähnlich, auch hier kamen auf 3992 offene Stellen 4772 Stellensuchende — aus den statistischen Feststellungen der Arbeitsämter sich also ein nennenswerter Überschuss an Stellensuchenden ergibt, so hofft man, daß durch die beabsichtigte Organisation des landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises die Klage über die Leutenot bald verstummen wird. — Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen die Lehrlingsvermittlung und die Einrichtung einer regelmäßigen Propaganda bei den Schiffsbrüden zwischen Baden und Elsaß-Lothringen.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Der Bericht des Instituts für Gemeinwohl zu Frankfurt a/M. über das 14. Geschäftsjahr (1909/10) führt aus, daß das Berichtsjahr eine Periode ruhiger und stetiger Entwicklung des Instituts und seiner Abteilungen gewesen ist und daß sich die persönlichen und sachlichen Beziehungen zu den gleichstrebenden Körperschaften Deutschlands wie des Auslandes weiter ausgebreitet haben. Demgemäß sind auch besonders bemerkenswerte Tatsachen nur wenige hervorzuheben. Über das Soziale Museum und die von ihm veranstalteten Unternehmungen haben wir gesondert berichtet (XIX. Sp. 1505, 1469), ebenso

über die großangelegte Arbeitslosennotstandsaktion (XX. Sp. 211). Die Zentrale für private Fürsorge entfaltet ihre Haupttätigkeit jetzt bei den Jugendgerichtshöfen und bei der Übernahme von Pflegschaften im Fürsorgeerziehungsverfahren. Die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung wird die Anstellung von Stipendiaten, nachdem eine hinreichende Erfahrungssreihe über die Möglichkeit wie den Nutzen eines solchen Experiments, wirtschaftswissenschaftliche Bildung unter Ingenieuren, Technikern, Chemikern und Juristen zu verbreiten, vorliegt, fürderhin einschränken. Angesichts des Mangels an sachlich wie allgemein ausgebildeten Dozenten für Handelswissenschaften sollen jedoch für diesen Beruf geeignete Personen besonders berücksichtigt werden. Der Bericht bemerkt hierzu:

Bei den übrigen Stipendiaten zeigte es sich, von so großem Wert auch die Studienzeit in Frankfurt fast für alle war und so viele tüchtige Leistungen von einzelnen der Stipendiaten geliefert wurden, daß die Auswahl durch zahlreiche Schwierigkeiten von vornherein beschränkt war. Die Industrie gewährte in weit geringerem Umfang, wie erwartet werden konnte, geeigneten Herren auf ein Jahr Urlaub zu wirtschaftswissenschaftlichen Studien.

Das Bureau für Sozialpolitik in Berlin, das, wie bisher, neben der Redaktion der „Sozialen Praxis“ die Geschäfte der Gesellschaft für Soziale Reform und des Gemeinnützigen Vereins für Rechtsauskunft in Groß-Berlin führt, hat, da bisher die Veröffentlichungen der deutschen Gewerkschaften vollständig an keiner allgemein zugänglichen Stelle zu finden sind, die königliche Bibliothek in Berlin ersucht, die gewerkschaftliche Literatur mit möglichster Vollständigkeit zu sammeln. Weiter hat es an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, die Materialien für die amtliche deutsche Streikstatistik nicht wie bisher durch die Polizeibehörden zu sammeln, sondern entsprechend dem auch sonst üblichen Verfahren von den beteiligten Organisationen unmittelbar einzuholen. Das Institut für Gewerbehygiene, das an der Hand des seinerzeit vom Großen Rat genehmigten Arbeitsprogramms über seine bisherige Tätigkeit berichtet, hebt hervor, daß bis jetzt nur wenigen industriellen Werken zum Bewußtsein gekommen ist, welche Dienste das Institut der Industrie zu leisten vermöge und von welcher großem Nutzen gewerbehygienisch zweckmäßige Einrichtungen auch wirtschaftlich für die Industrie seien. Die Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen, die nach Überhebung in ihr neues Zentralgebäude eine eigene Bäckerei eingerichtet und in ihr versuchsweise die Nachtarbeit aufgehoben hat, berichtet darüber:

Die Wirkung des Versuchs auf den Konsum hat sich noch nicht zweifelsfrei ermitteln lassen. Der Wegfall der Nachtarbeit hat aber an sich die Vorteile der Verringerung der Betriebskosten durch bessere Überwachung des Betriebs und eine Verringerung der Arbeitsstunden durch günstigere Arbeitseinteilung und höhere Arbeitsleistung gebracht.

Bei der Gründung einer Gesellschaft für Rheinland-Westfalen zwecks Übernahme der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet errichteten Volksküchen hat sich die Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen mit 30 000 M. beteiligt. Der Bericht, der außer den bereits genannten Zweigen die Akademie, die Volksbildung und Lehrtätigkeit aufführt, zeigt wiederum, welche Fülle von gemeinnütziger Tätigkeit vom Institute für Gemeinwohl auch im Berichtsjahre ausgegangen ist.

Das Amt eines Sozialsekretärs richtet die Direktion der Farbenfabriken Beyer & Co. in Leverkusen ein. Nach der Mitteilung, die hierüber in der für die Arbeiter des Betriebes herausgegebenen Zeitschrift erschienen ist, soll der Sozialsekretär bei etwaigen Differenzen zwischen Arbeitern und Betriebsbeamten eine vermittelnde Tätigkeit ausüben. Er soll außerdem auch in allen persönlichen Angelegenheiten sämtlichen Arbeitern, und besonders den jugendlichen, ratend und helfend zur Seite stehen. — Die Novembernummer der von dem Werk herausgegebenen Zeitschrift „Die Erholung“ ist als Jubiläumsnummer erschienen aus Anlaß einer Feier, die zu Ehren derjenigen Beamten und Arbeiter veranstaltet war, die seit 25 Jahren in dem Betriebe tätig sind. Die verschiedenen in der Zeitschrift abgedruckten Ansprachen geben Einblick in das gute Verhältnis, das zwischen der Betriebsleitung und den Beamten und Arbeitern besteht. Lehrsreich ist ferner der Einblick, den die verschiedenen Mitteilungen in die Wohlfahrtseinrichtungen der Firma bieten. So werden besonders empfehlenswerte Aufsätze aus den in der Lesehalle ausliegenden Schriften angeführt, das Winterprogramm des Jugendvereins sowie die Vorträge und Unterhaltungsabende der Erwachsenen werden angezeigt, ferner die Sprechstunden der mannigfachen Auskunft- und Fürsorgestellen wie die Poliklinik, die Fürsorgestellen für Lungentranke, Wöchnerinnenheime, Mütterberatungsstellen usw.

Volksgesundheit.

Gewerbehygiene für Techniker.

Im letzten Jahresberichte des Regierungs- und Gewerberates für Wiesbaden finden sich folgende Ausführungen:¹)

„Von den Beamten wurden wieder gelegentlich der Beschäftigungen zahlreiche Anregungen zu Verbesserungen der Betriebseinrichtungen bezu- hauptet. Verhütung von Gesundheitsschädigungen gegeben. Dabei zeigt es sich aber immer wieder, wie schwer die Durchführung der zum Schutze der Arbeiter angeordneten Maßnahmen ist, wenn der verantwortliche Betriebsführer dafür kein Verständnis hat oder sie gar verhindern will. Die Herstellung bestimmter Einrichtungen kann nötigenfalls erzwungen werden; dagegen ist es schon schwieriger, ihre sachgemäße Benutzung zu erzwingen, und noch viel schwerer ist es, die Beachtung bestimmter, zum Schutz der Arbeiter erlassener Vorschriften — wie z. B. die regelmäßige sorgfältige Reinigung der Hände, des Gesichts oder des ganzen Körpers — zu erreichen, sobald der Betriebsleiter dabei nicht mitwirkt oder ihrer Durchführung gar passiven oder aktiven Widerstand entgegen- setzt. In jedem Betriebe, in dem mit gesundheitsschädlichen Stoffen, wie Blei, Anilin usw. gearbeitet wird, sind alle Einrichtungen zwecklos, wenn nicht für größte Sauberkeit, besonders bei den Arbeitern selbst, gesorgt wird. Das kann aber nur der Betriebsleiter erreichen. Wenn dieser sich darum nicht kümmert, so sind alle Bemühungen der Aufsichts- beamten vergeblich. Im Interesse des Arbeiterschutzes wäre es daher zu wünschen, daß den zuständigen Behörden für gewisse Industrie- zweige, deren Gesundheitsschädlichkeit unzweifelhaft feststeht, die Be- fugnis beigelegt wird, solche Betriebsleiter, welche sich als ungeeignet oder unfähig zur Durchführung der erlassenen Vorschriften erweisen, zu enternen oder einen solchen Betrieb so lange zu schließen, bis seine Leitung einer von ihnen als geeignet anerkannten Persönlichkeit über- tragen ist.“

Die zuletzt ausgesprochene Forderung ist eine Angelegenheit der Verwaltung oder Gesetzgebung; Sache des Gewerbehygienikers ist es aber, zu untersuchen, wie den geschilderten Mißständen vor- gebeugt werden kann. Denn über die Richtigkeit obiger Behauptungen viel zu sagen, erscheint unnötig: Jeder Fachmann wird sie ohne weiteres zugeben. Wer würde einem Seemann das Kapitänzeugnis für große Fahrt ausstellen, wenn der Bemerker nicht den Nachweis er- brächte, für das Leben seiner Passagiere und Untergebenen sorgen zu können? Aber jährlich bekommen Hunderte und Tausende junger Tech- niker und Chemiker das Zeugnis als „Dipl.-Ing.“, gehen hinaus in die Praxis des Betriebs und haben von dessen Gefahren für das Leben der ihnen unterstellten Arbeiter in fast allen Fällen keine Ahnung. Daß auch die Leiter industrieller Werke auf gewerbehygienische Vorbildung ihrer Ingenieure keinen Wert legen, hat seinen Grund darin, daß gewerbehygienische Bestrebungen in der großen Mehr- zahl der Fälle in das verhasste Gebiet der „Humanitätsduselei“ und Gewerbehygieniker zu den Leuten gerechnet werden, die einseitig auf das Wohl der Arbeitnehmer besorgt sind. Und doch ist nichts falscher als das! Läßt sich doch in vielen Fällen der Nutzen ge- werbehygienischer Einrichtungen mit Leichtigkeit zahlenmäßig be- rechnen! Welcher Blinderöster würde heutzutage seine schweißige Säure ungenutzt entweichen lassen, zum Schaden seiner Arbeiter und Anwohner, zum Ruin der Umgebung seiner Hütte! Gewerbe- hygienische Forderungen waren es, die zur Unschädlichmachung des Schwefeldioxyds zwangen; und die zuerst zwangsweise fabrizierte Schwefelsäure rettet heute die Bilanz mancher Zinkhütte. Solche Bei- spiele sind leicht in Menge anzuführen; man denke an Wiedergewin- nung des Staubes teurer Farben, kostbarer Drogen u. a. m. Und ent- lastet man durch Verhütung von gewerblichen Erkrankungen nicht auch seine Betriebskrankenkasse und spart dadurch? Ist es schließ- lich kein Nutzen, wenn man durch Gesunderhaltung seiner Arbeiter die gelernt und geübten Kräfte behält und den immer schädlichen Arbeiterwechsel vermeidet? Diejenigen, denen die Gefahr gewerb- licher Erkrankungen am nächsten war, haben das auch rechtzeitig eingesehen: Nicht nur aus Arbeiterfreundlichkeit hat die chemische Großindustrie musterhafte Betriebseinrichtungen, wohlgeingerichtete Badeanstalten, eigene Werkzeuge u. dgl. Der eigene Vorteil zwang sie, oft weit über das gesetzliche Minimum hinauszugehen in ihren zum großen Teil musterhaften und vorbildlichen Einrichtungen.

Doch was helfen alle diese, wenn nicht der Leiter des einzel- nen Betriebes von ihrer Unentbehrlichkeit überzeugt ist, wenn er gar ihre Benutzung für überflüssig hält oder verhindert. Ein Beispiel: Mit ganz einfachen Einrichtungen konnte H. Müller, der verdienstvolle Verfasser der „Belämpfung der Bleigefahr in Blei- hütten“, erreichen, daß in langen Jahren keine einzige Bleierkrank- ung auf der von ihm geleiteten Hütte vorkam. Ursache dieses Er-

folges ist die stete Aufmerksamkeit Müllers auf gewerbehygienische Dinge, die Erziehung seiner Leute zur Sauberkeit und unnachlässig- liche Befragung von Verstößen gegen die Hüttenordnung. Seinem Buch²) hat er als Motto vorgelegt: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Zur Bildung des Willens ist aber das Verständnis, in diesem Fall für gewerbehygienische Fragen, erforderlich. Und das unseren Ingenieuren beizubringen, veräumen unsere Hoch- schulen leider noch meistens.

Wohl wird auf den meisten von ihnen „Gewerbehygiene“ ge- lesen, zum Teil sogar von hervorragenden Fachleuten. Aber der Besuch dieser Vorlesungen ist gering; einerseits fehlt das Inter- esse, andererseits ist die Zeit des Studierenden an technischen Hoch- schulen gerade genug besetzt.

Aber wie Abhilfe schaffen? Nach dem alten Rezept: geht der Berg nicht zum Propheten, so muß der Prophet zum Berg gehen. Gehen die Techniker nicht in die gewerbehygienischen Vorträge, so muß man eben Gewerbehygiene im weitesten Sinne samt der Unfallversicherung in den technischen Vorlesungen bringen. Wie wir uns das denken, sollen Beispiele zeigen: Der Lehrer der Hüttenkunde wird bei Besprechung der Blei- und Zink- hütten die Gefahr der Bleivergiftung erwähnen und ganz kurz einige Gegenmaßregeln angeben; der Eisenhüttenmann macht auf die Schädlichkeit der Gichtgase aufmerksam; der Maschinenbauer gibt die nötigen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen an, u. s. f. Also keine eingehende Betrachtung, sondern nur ein Auf- merksammachen der Studierenden, ein Hinweisen auf eventuelle Gefahren; aber Hinweise, die alle dann hören müssen. Daß diese Forderung sich nicht erfüllen läßt, will uns nicht einleuchten. Viel Zeit wird dafür nicht zu verwenden sein, die nötigen Kennt- nisse hat jeder Fachlehrer oder sollte sie wenigstens haben. Und wenn diese gewerbehygienischen Anregungen auch nicht bei allen Zuhörern den gewünschten Erfolg haben, etwas haften bleibt immer, und gar manches Studierenden Interesse wird dadurch so stark werden, daß er die gewerbehygienische Spezialvorlesung hören wird. So dürfte es auch für diese eine Mehrung der Hörerschaft bedeuten, wenn es sich auch zuerst wie eine Minderung ausnimmt.

Das ist aber nur der erste Schritt zur Besserung der jetzigen Zustände. Der Durchschnittstudent treibt nur das ernsthaft, worin er geprüft wird. Deshalb wird man sich entschließen müssen, Ge- werbehygiene im Examen zu verlangen. Zuerst in der Prüfung der technischen Fächer. Dann wird man aber wohl auch dazu übergehen müssen, Gewerbehygiene als Pflichtfach beim Diplom- examen einzuführen, wobei das Fach des Kandidaten besonders zu berücksichtigen ist; so würde sich z. B. die Prüfung des späteren Textilfachmannes auf die allgemeine Gewerbehygiene und daneben auf die besondere Gewerbehygiene der Textilindustrie erstrecken, während sich Fragen über die hygienischen Gefahren der chemischen Großindustrie in diesem Fall erübrigen.

Die Forderung der Prüfung erscheint auf den ersten Blick weit- gehend. Man denke aber immer daran, daß von dem gewerbe- hygienischen Verständnis eines Einzigen oft Gesundheit und Leben vieler Hunderte abhängt. Wie stark ist die Entrüstung, wenn beim Reißen eines Förderseiles ein Arbeiter sein Leben verliert. Wenn aber durch Nachlässigkeit oder auch nur Unverstand des Leiters eines Bleibetriebes hundert bleikrank werden, so hört man keinen Ton davon. Heute! Denn die Anzeigepflicht für gewerb- liche Vergiftungen muß kommen, wie sie z. B. in England für eine Reihe von gewerblichen Vergiftungen schon besteht. Für den, der die Folgen der hygienischen Unwissenheit eines Einzigen ge- sehen, ist unsere Forderung nicht rigoros, sondern selbstverständlich. Wir müssen aber noch weiter gehen. Es muß auch die Mög- lichkeit bestehen, mit einer gewerbehygienischen Arbeit promovieren zu können. Dadurch beläme man experimentelle Untersuchungen, an denen jetzt wahrlich kein Überfluß herrscht. Doch die Erreichung dieses Zieles ist vorläufig noch *cura posterior*.

Als Endziel schwebt uns vor: Kein Chemiker oder Techniker, in dessen Fach gewerbliche Erkrankungen oder Unfälle vorkommen können — und das sind wohl alle — kann ohne gewerbehygie- nische Kenntnisse einen akademischen Grad und damit auch eine leitende Stellung in der Industrie erreichen. Fehlt seiner Ausbil- dung Gewerbehygiene, so soll sie als lückenhaft, als unvollkommen gelten. Und stellen sich der Erreichung dieses Zieles auch viele Hindernisse entgegen, nun, „wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Und dieser Weg führt zu einem „Ziele, aufs innigste zu wünschen!“

Dr. Fr.

¹) Jahresberichte der preussischen Regierungs- und Gewerberäte 1909 S. 392.

²) Verlag Gustav Fischer, Jena 1908.

Den gesundheitlichen Schutz von Mutter und Kind durch die reichsgelehrte Mutterschafts- und Familienversicherung behandelte Geh. Regierungsrat Prof. Mayet am 19. November in einem Vortrag in der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht. Der Redner betonte namentlich die Notwendigkeit des Selbststillens der Mütter und zeigte an zahlreichem wissenschaftlichen Material die traurigen Folgen, welche der mangelnde Schutz der Mütter vor und nach der Entbindung sowie die unrichtige Ernährung der Säuglinge für die Volksgesundheit haben. Durch eine staatliche Mutterschaftsversicherung sei den Müttern der Lohnausfall vor und nach der Entbindung zu decken, damit sie in dieser Zeit ihre und des Kindes Gesundheit nicht durch Überanstrengung in der Erwerbsarbeit gefährden brauchen. Die deutsche Krankenversicherung enthält bereits die Ansätze zu einer staatlichen Mutterschaftsversicherung und namentlich sind die Erweiterungen der Wöchnerinnenfürsorge zu begrüßen, die in dem neuen Entwurfe der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind. Nur wünschte der Redner, daß die Zeitdauer der Zahlung der Wochenhilfe auf 12 Wochen verlängert und das Wochenlohn die Höhe des vollen Lohnes betragen müßte. Außerdem aber sei alles, was in dem Entwurf als fakultative Leistungen der Krankenkassen an Wochenhilfe vorgesehen ist, unter die Regelleistungen aufzunehmen. Mit einer Erhöhung von $\frac{1}{2}$ % des Lohnes ließen sich nach den Berechnungen des Redners diese Mehrleistungen für die weiblichen Versicherten durchführen. Aber auch die Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten, die in dem Entwurfe gleichfalls als fakultative Leistung vorgesehen ist, wünscht Prof. Mayet als Regelleistungen. Dieser Zweig der Familienversicherung würde nach Prof. Mayets Berechnungen eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um $\frac{1}{6}$ % des Lohnes erfordern. Die Mutterschaftsfürsorge für die weiblichen Versicherten und für die Ehefrauen der männlichen Versicherten zusammen würde also eine Erhöhung der Beiträge um $\frac{1}{12}$ % des Lohnes notwendig machen. Da aber jetzt bereits Klassen mit bedeutenden freiwilligen Mehrleistungen nur 3 oder $\frac{3}{2}$ % des Lohnes als Beiträge fordern, so genügt also die Erhöhung auf $\frac{4}{12}$ bis $\frac{5}{12}$ % um den ausgehehrenten Wöchnerinnenschutz zu ermöglichen. In der neuen Reichsversicherungsordnung ist aber bereits vorgesehen, daß bis zu $\frac{6}{10}$ der Löhne für Krankenkassenbeiträge erhoben werden kann.

Die Schwindsucht im Wäschereigewerbe hat der italienische Arzt Dr. Gotti näher untersucht. Die Wäscher und Wäscherinnen in Mailand werden nach Gottis Beobachtungen selten von der Tuberkulose befallen (6 % der Männer und 6,5 % der Frauen), während sie in Paris außerordentlich häufig dieser Krankheit erliegen (75 %). Den Grund dieses Unterschiedes erklärt Gotti darin: Die Wäscherinnen in Mailand berühren die Wäsche nicht eher, als bis der sie enthaltende Sack gekocht ist; dann erst wird er geöffnet und geleert, während dies in Paris nicht geschieht. Mit Hilfe dieser einfachen Maßnahme wird vielen Menschen das Leben erhalten.

Der Einfluß der Durchlüftbarkeit der Wohnungen auf die Sterblichkeitsverhältnisse ist in einer wertvollen Untersuchung dargelegt, die Dr. Darr-Mair im Auftrage des Local Government Board ausgeführt hat.¹⁾ Es galt, die vergleichenden Zahlen über die Sterblichkeit zu finden zwischen Häusern, die so gebaut sind, daß ein Durchzug der Luft stattfindet (through houses), und Häusern (back-to back houses), bei deren Bauart dies nicht möglich ist. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 13 Industriestädte in Yorkshires. Man wählte nur Häuser, die auf gesundem Grund und Boden standen und eine sonst einwandfreie Bauart aufwiesen, um andere Einflußquellen für die Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse möglichst auszuschalten, da nur die mehr oder weniger gute Durchlüftbarkeit das unterscheidende Merkmal sein sollte. Schließlich wurden, um Zufälligkeiten möglichst zu vermeiden, die Sterblichkeitsverhältnisse der zur Untersuchung kommenden Häuser für einen Zeitraum von 10 Jahren (1898—1907) aufgenommen. Da es sich um bestimmte, hauptsächlich von der Industrieart beeinflusst bewohnte Gegenden handelte, so waren die zur Untersuchung gelangten Häuser ungefähr von der gleichen Klasse Personen mit ähnlichen Einkommensverhältnissen bewohnt. Allerdings stellt sich die Durchschnittsmiete in den durchlüftbaren Häusern um etwa 1 sh pro Woche höher, so daß die wirtschaftliche Lage der Bewohner im ganzen wohl als besser anzusehen ist als der Bewohner der Häuser anderer Bauart. Aber dieser Unterschied ist zu unbedeutend, um die Ergebnisse wesentlich beeinflussen zu können.

Auf Grund des nach allen Seiten hin vorsichtig gewählten Materials hat sich ergeben, daß die Sterblichkeit in den Wand-an-Wand-Häusern um 15 % höher ist als in den zu durchlüftenden Häusern. Ja, der Unterschied steigt bis auf 20 %, wenn die Wand-an-Wand-Häuser in lang fortlaufenden Straßenzügen, ohne Unterbrechungen durch Nebenstraßen stehen. Günstiger dagegen stellt sich die Bauart in Blocks von vier aneinander stoßenden Häusern. Bei dieser Bauart ist wenigstens eine feilliche Durchlüftung möglich, und bei dieser Bauart zeigen sich dieselben Sterblichkeitsverhältnisse wie bei den gerade durchlüftbaren Häusern.

Die Sterblichkeitsverhältnisse sind auch auf die Ursachen und auf die Altersstufen hin untersucht worden. So war z. B. die Sterblichkeit um 40 % höher bei allen Krankheiten der Atmungsorgane und bei der Sterblichkeit der Säuglinge, dagegen nur um 10 % bei ansteckenden Krankheiten und um 5 % bei Magen-erkrankungen. Bei der Vergleichung nach Altersstufen ergab sich, daß gerade die Kinder unter 15 Jahren in den Wohnungen ohne Durchlüftung besonders gefährdet sind, ebenso dann wieder das Alter über 65 Jahre.

Diese für England ermittelten Zahlen sollten auch für Deutschland zu denken geben, denn gerade in den Großstädten hat sich ja der schädliche Typ der Mietskasernen mit den hohen, nicht zu durchlüftenden Hinterhäusern breit gemacht. In England ist übrigens durch eine Vorschrift des Haus- und Städtebau-Gesetzes von 1909 für die Zukunft die Errichtung von Wohnungen nach diesem ungesunden Wand-an-Wand-Typus verboten worden.

Wohnungswesen.

Bauberatungsstellen in Stadt und Land zur Beeinflussung der Bauweise sowohl in künstlerischer wie in gesundheitlicher Hinsicht sind in letzter Zeit mehrfach entstanden. Neben den Anregungen, wie sie auf Tagungen von Baugenossenschaften, Mietervereinen usw. gegeben wurden, bot den Anlaß zur Gründung solcher Stellen auch ein Erlass der preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern vom 10. Januar 1908, worin die Bildung von Kommissionen aus sachverständigen Männern zum Zwecke einer Beeinflussung der Bauweise in Stadt und Land empfohlen wird. Im Westen Deutschlands sind in Anlehnung an die Kreisbauämter, die städtischen Baupolizeiamter oder Hochbauämter, an Wohnungsreformvereine oder Heimatschutzvereine solche Bauberatungsstellen ins Leben gerufen worden. Um diese Bestrebungen nach Kräften zu fördern und auf die Einrichtung von Bauberatungsstellen in weitem Umfang hinzuwirken, ist jetzt die Zentralstelle für Volkswohlfahrt auf Anregung des Deutschen Werkbundes der Frage nähergetreten. Sie wird eine Schrift über Organisation und Erfolge der bestehenden Bauberatungsstellen herausgeben und in einer Konferenz am 6. Dezember in Berlin im Landeshause der Provinz Brandenburg das Thema zur Erörterung stellen.

Die Erhebungen über die Wohnverhältnisse in München in den Jahren 1904—1907 sind jetzt zum Abschluß gelangt. Nachdem die Verhältnisse aus 5 verschiedenen Stadtteilen gesondert behandelt worden sind, wird im 6. Teil der Erhebungen das Gesamtergebnis zusammenfassend mitgeteilt.¹⁾ Von der Statistik wurden 139 194 Wohnungen erfaßt. Eine für München eigentümliche Erscheinung, deren bedauerlich großer Umfang durch die Erhebung bestätigt wurde, sind die sog. „Teilwohnungen“, d. h. Wohnungen, die aus ursprünglich abgeschlossenen ganzen Wohnungen durch Teilung entstanden sind und vom Hausbesitzer getrennt vermietet werden. Da diese Wohnungen nur meist nur einen Abort und einen gemeinschaftlichen Korridor haben, so sind mit dieser Art Wohnungen recht schwere Mißstände verbunden. Unter allen ermittelten Wohnungen waren 25,1 % solche Teilwohnungen. Rechnet man zu den Teilwohnungen auch noch diejenigen hinzu, in denen Mieter oder Schlafleute wohnen, so sind nur 67,1 % reine Familienwohnungen, bei den übrigen 42,9 % kommen die Bewohner mit Familienfremden in enge Berührung, sei dies nun durch die Teilwohnungen oder durch Mieter. Nur 50,8 % der erhobenen Wohnungen hatten eigenen Vorraum und Abort.

Von den gezählten Wohnungen waren 95,5 % besetzt, und nur der sehr geringe Satz von 4,5 % stand leer. Überfüllte Wohnungen, d. h. wenn man als Mindestluftraum nur 10 cbm pro Person rechnet, waren 850 mit 5264 Personen vorhanden. Nimmt man als Mindestluftraum 15 cbm an, so stieg die Zahl auf 6124 (4,8 %) Wohnungen mit 34 483 (6,7 %) Personen.

Wohnungsfürsorge durch Staat und Gemeinde in Budapest. Das in Budapest durch einwandfreie Untersuchungen festgestellte Wohnungs-

¹⁾ Wyman and Sons, London, Fetter Lane. Preis 3 d.

¹⁾ Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt München. Bd. XX Heft 1. Teil VI.

elend hat Staat und Gemeindeverwaltung bewogen, die Wohnungserstellung in eigene Hand zu nehmen. Bei einer Untersuchung 1908 wurden als überfüllt (d. h. mit drei oder mehr Personen auf einen Raum) rund 18 000 Wohnungen mit 117 800 Personen ermittelt. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen sank von 2620 im Jahre 1902 auf 242 in 1908. Entsprechend ergab sich eine bedeutende Steigerung der Mieten. Um dieser Wohnungssknappheit vorzubeugen, beantragte im Jahre 1908 der Ministerpräsident Bekerle die Bewilligung von 14 Millionen Kronen an Staatsmitteln, die zur Erbauung von 1500 Häusern mit 6000 Wohnungen in Rispeß, nahe Pest, dienen sollten. Später sollten weitere 4000 Wohnungen hinzukommen. Ein Teil der Wohnungen wird für Eisenbahn- und sonstige Staatsarbeiter verwandt, der größere Teil der allgemeinen Benutzung überlassen. Der Mietpreis für zwei Zimmer und Küche ist auf 150 Kronen angesetzt. In diesem Jahre wurde mit dem Bau begonnen, und die ersten Wohnungen werden in Kürze bereitstehen. Weitere Arbeiterstädte sind vorgesehen.

In noch umfassenderer Weise wollte die Gemeinde Budapest auf Betreiben ihres Bürgermeisters Dr. Barczy den Wohnungsbau in die Hand nehmen. Es waren 95 Millionen Kronen für Bauwerke aller Art: Baracken für die erste Abhilfe, zwei Volkshäuser, Gebäude mit 9800 Wohnungen und 90 Schulen und Kinderbewahranstalten vorgesehen. Die städtischen Angestellten und Arbeiter sollen beim Mieten ein Vorrecht haben. Die Regierung, der die Bewilligung zusteht, gab den Posten: 10 Millionen für Erbauung von 500 Wohnungen für den Mittelstand zur nochmaligen Beratung zurück; die Gelder für die Erbauung von 8800 kleinen Wohnungen sind endgültig bewilligt. Die ganze Summe soll in fünf Jahren verwandt werden. Bereits im nächsten Jahre sollen 2000 Wohnungen beziehbar sein. Die Vermietung wird, wie bei den staatlichen Wohnungen, unmittelbar durch die Verwaltung erfolgen. Ein städtisches Wohnungsamt soll sämtliche Wohngebäude verwalten, zugleich durch sorgfältige Beobachtung des Wohnungsmarktes für den Fall weiteren Bedarfs rechtzeitige Vorkehrungen ermöglichen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Land- und Gartenfiedelungen. Herausgegeben von Billy Lange. Mit Beiträgen hervorragender Fachleute. Eingeleitet von Birkel Geh. Rat Ministerialdirektor Dr. F. Thiel. Buchschmuck von Paul Engelhardt. Mit 218 Abbildungen und 16 Seiten farbiger Tafeln. In Originalleinenband 10 M. Leipzig 1910. Verlag von F. J. Weber.

Das vorliegende Werk ist angeregt worden durch ein Preisausschreiben von A. Thynen jr. in Radersdorf bei Berlin zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für eine Landfiedelung bei Berlin. Die eingegangenen Pläne und Zeichnungen sind mit vermerkt worden, dazu aber noch zahlreiche andere Abbildungen nach Entwürfen von Architekten oder Malern in den Text aufgenommen, um durch Beispiel und Gegenbeispiel den Sinn zu schärfen für die künstlerischen Gesichtspunkte, die bei Land- und Gartenfiedelungen zu beachten sind. Es überwiegen in dem vorzüglich ausgestatteten Werk die Aufsätze, welche die künstlerische Seite der Anfielungsfrage betreffen, doch sind auch Männer wie Altenrath, Damaskus, Söhren, Siebold aus Vöthel u. a. zur Mitarbeit herangezogen, die in ihren Beiträgen hauptsächlich die soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung der Anfielungsfrage darstellen. Ebenso behandelt Ministerialdirektor Dr. F. Thiel in seiner Einleitung „Die Bedeutung der Landfiedelung für den Staat“ die Fragen von großen, allgemeinen Gesichtspunkten aus.

Enquête sur le travail à domicile chez les bijoutiers du Canton de Genève. Von Dr. André und Mme. Marthe de Maday, unter Mitwirkung von 22 Studierenden der Genfer Universität. Genf 1910. Fr. 2 Frs.

Die gesetzgebenden Körperschaften des Kantons Genf und die Universität Genf haben in jüngster Zeit eine besondere Abteilung für die Sozialwissenschaft und ein Seminar für die Bearbeitung sozialwissenschaftlicher Fragen eingerichtet. Die erste Frucht dieses Seminars ist die vorliegende Studie. Außer einer allgemeinen Darlegung der Zustände in der Heimarbeit und einer geschichtlichen Übersicht der Entwicklung des untersuchten Industriezweiges folgen Einzelbilder aus dem Heimarbeitersleben. Die Untersuchungen sind mit großer Sorgfalt von den Studierenden ausgeführt nach dem Muster der eingehenden Untersuchung der Heimarbeit im Schwarzwald durch die badische Fabrikinspektion. — Die Arbeit des Genfer Seminars ist zugleich gedacht als Beitrag an das Internationale Arbeitsamt in Basel über die Heimarbeit und enthält einige Vorschläge internationaler Regelung, für die nach Ansicht der Verfasser manche Industriezweige reif sind.

Die Wertzuwachssteuer in Baden. Von Friedrich Carl Freudenberg, Karlsruhe. 1908. L. G. Braun. Fr. 1,40 M.

Der Verfasser untersucht in unparteiischer Weise die Gründe, die für oder gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer sprechen. Er macht auf Grund seiner Studien über die Werterhöhungen des Bodens in einigen badischen Städten Vorschläge, wie ein Gesetzentwurf etwa

ausgestaltet wäre, damit die finanziellen Vorteile der Wertzuwachssteuer nicht etwa durch Einschränkung der Bautätigkeit aufgehoben werden.

Fortbildungsschulzwang für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Von Agnes Herrmann. Schrift Nr. 3 des Kaufm. Verbandes für weibliche Angestellte. Berlin 1910. Fr. 0,50 M.

Die klare, gut orientierende Schrift erscheint in dritter, vollständig umgearbeiteter Auflage. Es konnten dadurch die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 mit verwertet werden, auch legt sich die Verfasserin mit den verschiedenen Einwänden auseinander, die von einigen der Frauenarbeit feindlichen Kreisen aus gegen die Pflichtfortbildungsschule für das weibliche Geschlecht erhoben werden.

La protection de la santé des travailleurs du commerce. Par Louis Delpérier. Paris, Verlag Rousseau, 1910.

Das Buch gibt zunächst eine gute Zusammenstellung dessen, was an gesundheitlichem Schutz für die Angestellten in offenen Läden und Kontoren in Frankreich vorhanden ist, und schildert dann einige der Mängel, unter denen die Angestellten infolge des ungenügenden gesundheitlichen Schutzes, aber auch infolge ihrer ungenügenden zersplitterten Berufsorganisationen leiden. Den Schluß bilden Vorschläge zur Besserung dieser Mißstände durch Erweiterung des gesundheitlichen Schutzes, wobei in erster Linie die Regelung der Arbeitszeit steht. Ferner wird eine Vermehrung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten verlangt. In Frankreich unterliegen die Läden zwar der Gewerbeaufsicht, doch ist die Aufsicht wegen der zu geringen Beamtenzahl nicht ausreichend. Von den im Jahre 1908 vorhandenen Läden oder kaufmännischen Büreaus gelangte nach den Berichten der Aufsichtsbeamten nur etwa der fünfte Teil zur Revision.

Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag? Material zur Beitragsfrage im Deutschen Holzarbeiterverbande. Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. 52 S.

Das kleine Schriftchen, das die Frage erörtert, ob sich die Einführung der Klassenbeiträge für den Holzarbeiterverband empfiehlt, gibt eine Übersicht über die in den freien Gewerkschaften bestehenden Klassenbeiträge. Es bildet eine wertvolle Ergänzung der Literatur über gewerkschaftliches Verwaltungsweisen.

Protokoll über die Verhandlungen der ersten Konferenz sächsischer Gewerkschaftsvertreter. Dresden 28.—29. September 1909. Verlag: Gewerkschaftsvertreter Dresden. 67 S. 25 Pf.

Die Konferenz verhandelte über Dienstboten- und Landarbeiterorganisation, Arbeiterschutz, Agitation, Arbeitsnachweis und Vereinsrecht. Protokoll der Tarifverhandlungen im Malergewerbe vom 6.—15. November 1909 und vom 4.—8. Januar 1910 zu Berlin und der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. bis 22. Februar 1910 zu Dresden. Hamburg 1910. Verlag des Verbandes der Maler. 464 S.

Der statliche Band enthält die ausführlichen Berichte über die Einigungsverhandlungen und über den zur Entscheidung über den Vertrag einberufenen Verbandstag. Der Bericht über die Einigungsverhandlungen umfaßt allein 318 Seiten und gibt einen ausgezeichneten Einblick in das Getriebe bei großen Lohnbewegungen.

Jahresbericht der Bezirksverwaltung Berlin des Deutschen Transportarbeiterverbandes für 1909. Berlin 1910. Verlag des Verbandes. 150 S.

Die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind über die verschiedensten Industrien und über die verschiedensten Berufe verteilt. Dadurch gewinnt dieser Jahresbericht größeres Interesse. Er zeigt nicht nur die innere Organisation der Gewerkschaft bei diesen besonders schwierigen Verhältnissen, sondern macht den Leser auch mit den Arbeitsbedingungen einer Reihe großstädtischer Spezialberufe bekannt, deren Existenz kaum allgemein bekannt ist.

Protokoll der Siebenten Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Hamburg 1910. 52 S. 30 Pf.

Protokoll des 7. (außerordentlichen) Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und des gemeinsamen Verbandstages der Verbände der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter. Berlin 1910. Verlagsanstalt „Courier“. 122 u. 29 S.

Protokoll der 2. Internationalen Konferenz von Vertretern der Buchbinder-Verbände. Erfurt 20. und 21. Juni 1910. Berlin 1910. Verlag des Internationalen Buchbindersekretariats. 32 S.

Protokoll der Verhandlungen des 8. Verbandstages der Steinseher. Berlin 1910. Verlag des Verbandes der Steinseher Deutschlands. 173 S. 1 M.

Protokoll des 11. Verbandstages des Deutschen Buchbinderverbandes. Erfurt 13.—18. Juni 1910. Berlin 1910. Verlag des Verbandes. 344 S.

Protokoll des 8. Verbandstages des Deutschen Holzarbeiterverbandes. München 19.—25. Juni 1910. Berlin 1910. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes. 296 Seiten.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Sieben ist erschienen:

Die Anstaltsfürsorge in Deutschland.

Eine Nachweisung derjenigen deutschen Erziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten, die sich in der Aufnahme von Pflege-lingen nicht auf einen engeren örtlichen Bezirk beschränken.

Im Auftrage
des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit
herausgegeben von

Stadttrat Dr. E. Münsterberg,

bearbeitet von

Hedwig Riesche und Dorothea Hirschfeld.

Preis: 5 Mark.

Aus dem Inhalte: Einleitung. — Fingerzeige für die Benutzung des Buches. — Zeichenerklärung. — Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche. — Zufluchts Häuser. — Anstalten für Kranke und Erholungsbedürftige. — Anstalten für körperlich und geistig Gebrechliche. — Altersheime und Stifte. — Anhang. — Sachregister. — Alphabetisches Ortsverzeichnis mit kurzer Angabe der Anstaltsnamen.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von

Werner Neumeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Nachhaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlen. — Die Erzverföhrung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Kürzlich erschienen:

Wirtschaftsstudien aus Südamerika speziell über Chile.

Von

Dr. Rudolf Dunker.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark 20 Pfennig.

Inhalt. Einleitung. Das überseeische Geschäft und seine Risiken. — Erster Teil. Die Republik Chile. — I. Lage, Umfang, Bewohner, Geschichte und Verfassung. — II. Staatsfinanzen. — Geldverfassung. — Budgets. — III. Privatwirtschaft. 1. Bodenprodukte. 2. Industrie. 3. Handel und Verkehr. — IV. Kritische Schilderung der Ereignisse und Zustände im chilenischen Wirtschaftsleben seit Ende 1904. 1. Papieremissionen und Boom-Jahre 1905—1907. 2. Chilenische Banken und deren Verquickung mit Staatsinteressen. 3. Staatsverschwendungen, Gründungsfieber, Überimport und Valuta-Entwertung. Die daraus entspringende Krisis in der Staats- und Privatwirtschaft. — Verschuldung an das Ausland und Verwendung der letztjährigen Anleiheerlöse. — Die ständigen Bauprojekte der Regierung. — Kurse der Staatsanleihen und die finanzielle Kraft von Chile. — Die Stellungnahme der Regierung, des Kongresses und sonstiger Interessenten zur „Situacion Economica“. — Der chilenische Wechselkurs und seine Aussichten. — Zweiter Teil. Kurzer geschichtlicher Abriss der Papiergeldwirtschaft in den übrigen südamerikanischen Republiken. — Argentinien. Brasilien. Peru. Bolivien. Uruguay. Paraguay u. Columbien. Ecuador und Venezuela. — Schlusskapitel. Valuta, Kredit und Kapital.

Die Organisation der Jugendfürsorge.

Bericht

erstattet von

Bürgermeister Dr. Georg Schmidt,

Beigeordneter der Stadt Mainz.

(Schriften d. Vereins f. Armenpflege u. Wohltätigkeit. 92. Heft.) Preis: 5 M. 20 Pf. Inhaltsverzeichnis. Einleitung. — Erster Abschnitt. Die Aufgabe: „Die Organisation der Jugendfürsorge“ und die Grundlagen zu ihrer Lösung. — Zweiter Abschnitt. Die Schutz- und Erziehungsfürsorge für Kinder und Jugendliche. Fürsorge für armenrechtlich hilfsbedürftige Jugendliche, Fürsorge für Säuglinge; Kinder unterhalb des schulpflichtigen Alters, a) Säuglinge, b) Kleinkinder, c) Unrechtmäßig unterhaltene und uneheliche Kinder, d) Auffuchtskinder im vorpupillaren Alter. Fürsorge für das schulpflichtige Alter. Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Fürsorge für arbeitende Kinder und Jugendliche. Fürsorge für Verwaistete. Fürsorge für straffällige Jugendliche. — Dritter Abschnitt. Die städtische Zentrale für Jugendfürsorge, Bedürfnis. Abgrenzung gegen die öffentliche Armenpflege. Aufgaben der Zentrale. — Vierter Abschnitt. Berufsvormundschaft und Gemeinbewahnsrat in ihrer Bedeutung für die städtische Zentrale für Jugendfürsorge. Das Nebeneinander von Berufsvormundschaft und Gemeinbewahnsrat außerhalb der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Fünfter Abschnitt. Die Einrichtung der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Anhang (mit besonderem Inhaltsverzeichnis).

Buchbinder. 87 Jhr. alt, v. h., la Zeugn., sucht baldmöggl. dauernde Stelle in städt. Bibliothek od. als Altenhefter b. Behörde. Off. erbeten u. „Cassell“ an Duncker & Humblot in Leipzig.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre.

Von

Adolph von Wenckstern.

Preis: 5 Mark.

Unternehmertum oder Gemeinbetriebe?

Von

Emil Schiff.

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pf.

Der Einfluß

der

Bank- und Geldverfassung auf die Diskontopolitik

im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Preis: 3 Mark.

Von Georg Schmidt.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Literatur. — Einleitung. — I. Begriff und Wesen des Diskonts. Der Wechsel. Die Wechseldiskontkurrenz: Börse und Banken. Bankdiskont und Marktdiskont. — II. Die Notenbanken und ihre Diskontopolitik. Die Banknoten. Die gesetzlichen Vorschriften über die Notenbanken. — Ausführung. — Erster Teil: Die Geld- und Notenbankgesetzgebung und die bankpolitischen Grundsätze der Zentralnotenbanken, soweit sie auf die Diskontbewegung einen Einfluß ausüben, in den einzelnen Ländern. England. Deutschland. Frankreich. Österreich-Ungarn. Niederlande. Belgien. — Zweiter Teil: Zusammenfassende Vergleichung der Gründe der Diskontbewegung, welche in der Geld- und Notenbankverfassung liegen. A. Vergleichung der Diskontbewegung in den sechs Ländern. B. Die Gründe der Diskontbewegung. Die Diskontopolitik und ihre beiden Hauptziele. Verschiedenes Verhalten der einzelnen Zentralbanken in der Verfolgung dieser beiden Ziele. Die Regulierung des Standes der Devisenkurse. Die Anpassung der Kreditnachfrage an die verfügbaren Kreditmittel der Banken. a) Die Kreditmittel und ihre Bedingungen. a) Die Bedingungen. b) Vergleichung der Kreditmittel. b) Die Inanspruchnahme des Kredits der sechs Banken im Vergleich. — Schlußbetrachtung. — Nachtrag: Das Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. Juni 1909 und seine voraussichtlichen Einwirkungen auf die Bank- und Geldverfassung Deutschlands, auf die Diskontopolitik der Reichsbank und auf die Bewegung des Bankdiskonts.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich

dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superfiarischen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Baudarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurechtsvertrag.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 6 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Freie Rechtsprechung und Sozialpolitik. Von Professor Dr. Carl Roehne, Berlin. 257

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitererschutz. 368

Gesellschaft für Soziale Reform. Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform.

Allgemeine Sozialpolitik. 263 Wann kommt die Pensionsversicherung der Privatangestellten?

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen. Der ortsübliche Tagelohn in den Lohnlisten für die Heimarbeit.

Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien über die Unfallversicherung.

Soziale Zustände. 265 Der deutsche Arbeitsmarkt im Ostsee. Erhebungen über Prämienysteme und Wohlfahrtsanstaltungen in den Textilbetrieben.

Überzeitarbeit im Haarschnebergewerbe und Kundschafsfitten.

Gegen die britischen Arbeiterstudienreisen.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 267 Stempelsteuerfreiheit der Arbeitslarifverträge.

Ein Korporationsvertrag zum Schutze ehelicher Arbeit im Berliner Stickerieergewerbe.

Erfolgreiche Tarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten. 268 Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen.

Die zentrale Berufsorganisation für die deutsche Pressewelt.

Gründung eines Ostdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine. Ausbreitung und Zusammenfassung der Gewerkschaften in den Niederlanden.

Streiks und Ausperrungen. 271 Der Friedensschluß in der Pirmauer Schußindustrie.

Die Ausperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie.

Bergarbeiterbewegungen im Unterharg und in Oberbayern.

Der Stickerstreik in Blauen. Der Bergarbeiterstreik in Südwales. Der Ruffhewerstreik in Newyork.

Arbeitererschutz. 272 Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegerpersonal.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber für die Ausdehnung des Jugendschutzes in der Industrie.

Der Achtstundentag im französischen Bergbau.

Arbeiterversicherung. Sparkasten. 275 Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Unterstützungspflicht der Krankenkassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche.

Eingabe von Privatangestellten für ein einheitliches Versicherungsrecht. Der Betriebskrankenkassenverband.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. 276 Versicherung gegen Stellenlosigkeit für Handlungsgehilfen. Von Jos. F. Wahn, Hamburg.

Genossenschaftswesen. 278 Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinhandelsgeschäfte und der Konsumvereine.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1909.

Konsumgenossenschaftswesen im Hamburg.

Volkserziehung. 280 Die Schulpflicht in Mannheim. Von Helene Simon, Berlin.

Die Frauenvereine im Kampf gegen Schmutz und Schand in Wort und Bild.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft.

Schulreform in Wien.

Volksgesundheit. 283 Gesehentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe.

Die 2. Konferenz für Trinkwasserfragestellen.

Literarische Mitteilungen. 286

Freie Rechtsprechung und Sozialpolitik.

Von Professor Dr. Carl Roehne, Berlin.

Seit einigen Jahren treten zahlreiche juristische Schriften für eine neue Richtung ein, welche sich selbst als „Freirechtswegung“ bezeichnet.¹⁾ Die „Freirechtsschule“ verlangt vor allem²⁾ größere Freiheit des Richters gegenüber der bestehenden Rechtsordnung, insbesondere gegenüber dem Gesetz. Die Rechtsprechung soll, weniger als zurzeit abhängig von den Worten des Gesetzes und dem Willen der gesetzgebenden Organe, der Beschaffenheit des einzelnen Falls nach freiem Ermessen Rechnung tragen, also das Hauptgewicht auf die „Interessenabwägung“ und die im einzelnen Falle hervortretenden „teleologischen“ oder „soziologischen“ Momente legen.

Bei dem großen Einfluß, den die Rechtsprechung auf die gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen Bevölkerungsklassen und auf die Gesinnungen dieser Klassen gegenüber dem Träger der Gerichtsgewalt, dem Staate, übt, verdient die neue Richtung der Rechtswissenschaft, die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker in hohem Grade. Die von der Freirechtsschule gestellte Forderung an dieser Stelle zu betrachten, dürfte aber um so mehr angebracht sein, als in den wissenschaftlichen Zeitschriften, welche speziell der Sozialpolitik gewidmet sind, von der Freirechtswegung bisher nur sehr wenig die Rede war. Dies Wenige aber verkannte meines Erachtens völlig die Wirkungen, welche die verlangten Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung für die Arbeiterfrage haben würden.

So hat im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik³⁾ ein Vertreter der Freirechtswegung, Rabbbruch, sich dafür ausgesprochen, daß das Gesetz nur Anhaltspunkt für den Richter sein soll, indem dieser nicht das Gesetz ausulegen, sondern selbst Recht zu schaffen habe. In der „Sozialen Praxis“⁴⁾ aber hat Fuß bei Gelegenheit der Besprechung einer Schrift eines der radikalsten Führer der neuen Richtung, Ernst Fuchs, dessen Forderungen als berechtigt anerkannt, indem er den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der von Fuchs verlangten „soziologischen“ und der „sozialen“ Rechtsprechung völlig verkannte, für die er selbst eintritt.

Bei der Tagung des ersten „Kongresses für Rechts- und Wirtschaftsfilosophie“ samt den Gesetzgebungsfragen am 17.—20. Mai 1910, der sich eingehend mit der Freirechtswegung beschäftigte,⁵⁾

¹⁾ Vgl. insbes. Gnaeus Flavius (Privatdozent Dr. Kantorowicz in Freiburg), Der Kampf um die Rechtswissenschaft. Heidelberg 1906, die Schriften von Ernst Fuchs, Schreiberstift u. Richteramtung Leipzig 1907, Recht u. Wahrheit in der heutigen Jurispr. Berlin 1908, Die Gemeinshaftlichkeit der konstruktiven Jurisprudenz. Karlsruhe 1909 und die übrigen von Gareis in Seufferts Blättern f. Rechtsanw. 75 (1910) S. 8 Note 2 und von Runderstein im Arch. f. bürgerl. Recht 84 (1910) S. 1—40 genannten Arbeiten.

²⁾ Andere Forderungen der „Freirechtsschreiber“, die unter sich recht verschiedenartige und zum Teil auch durchaus anerkenntnismwerte Bestrebungen umfassen (vgl. Gareis S. 8 u. Mitteis in D. Jur.-Ztg. XIV 1909 S. 1038, 1039), haben mit den Zielen, denen die Soz. Frag. gewidmet ist, wenig zu tun.

³⁾ Bd. 22 (1906) S. 855—870.

⁴⁾ XVIII (1908) S. 605, 606.

⁵⁾ Vgl. Brie im Arch. f. Rechts- u. Wirtschaftsp. III (1910) S. 530, 531, Reichel a. a. D. 535, Riß 545—550, Garstfeld a. a. D. S. 584.

ist durchaus zutreffend hervorgehoben worden, daß in dem, was uns heute als Kampf um das „Freirecht“ entgegentritt, in erster Linie der alte Gegensatz zwischen strengem Recht, welches ausdrücklich und bestimmt sagt, was in einer Reihe von Fällen geschehen soll, und der Beurteilung nach Billigkeit wieder lebendig geworden ist, bei der der Richter bezüglich bestimmter Fragen lediglich nach seiner Ansicht über die Beschaffenheit des einzelnen Falles urteilt. Bekanntlich ist eine derartige Berücksichtigung der Billigkeit in unserm geltenden Recht für mancherlei Fälle vorgesehen.⁶⁾ Es sei hier nur an die allgemeine Beurteilung der Verträge nach dem, was Treu und Glauben unter Rücksicht auf die Verkehrssitte fordern, an die zahlreichen Verweigungen unserer Gesetze auf „richterliches Ermessen“ und an die dem Richter überlassene Feststellung der Strafen innerhalb gesetzlich bestimmter Höchst- und Mindestgrenzen erinnert. Die gemäßigten Anhänger der Freirechtsidee wollen, daß die Gesetzgebung derartige Rechtsätze, welche dem Ermessen des Richters Spielraum gewähren, möglichst vermehre, der Richter aber überall, wo Lücken des Gesetzes beständen, diese durch Entscheidung nach Billigkeit ausfülle.⁷⁾ Viel weiter geht der extreme Flügel in der Freirechtsbewegung. Er fordert, daß der Richter von der Entscheidung „nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes“ dann „absehen dürfe und solle, wenn es, seiner freien und gewissenhaften Überzeugung nach, nicht wahrscheinlich“ sei, „daß die zur Zeit der Entscheidung bestehende Staatsgewalt die Entscheidung so getroffen haben würde, wie es das Gesetz verlangt.“ Sowohl dann wie auch, „sobald dem Richter das Gesetz eine zweifelloste Entscheidung nicht zu bieten scheint“, solle „er die Entscheidung treffen, die, seiner Überzeugung nach, die gegenwärtige Staatsgewalt getroffen haben würde, falls der einzelne Fall ihr vorgeschmeckt hätte. Vermag er sich eine solche Überzeugung nicht herzustellen, so“ solle „er nach freiem Recht entscheiden. Endlich in verzweifeltsten verwickelten, oder nur quantitativ fraglichen Fällen, wie Schadensersatz für immateriellen Schaden“, solle — und müsse der Richter — „nach Willkür entscheiden.“⁸⁾

Zweifellos hat die Einräumung größerer Freiheit für den Richter bei der Entscheidung des einzelnen Falles den Vorteil, daß man einen höheren Grad von Wahrscheinlichkeit schafft, daß jedesmal das am meisten der Sachlage entsprechende Urteil gefällt wird. Indessen ist die Rechtsprechung so wenig unfehlbar wie die Gesetzgebung. Wie diese bei Aufstellung einer allgemeinen Regel übersehen kann, daß sie auf einige Fälle nicht paßt, so kann auch der Richter bei der Beurteilung des Einzelfalles irgehen. Dagegen haben Rechtsätze, welche den Richter schlechthin binden, den Vorteil der Rechtssicherheit und der Vorhersagbarkeit der Urteile. Dieser Vorteil ist aber besonders da von Wert — deshalb hat eben die vorliegende Frage der Gesetzgebung und Rechtsprechung auch für den Sozialpolitiker hohes Interesse — wo die Gesetzgebung soziale Zwecke verfolgt. Unzweifelhaft erreichen strenge Rechtsätze ihren Zweck besser als elastische. Sie sind daher namentlich überall notwendig, wo im Interesse der Allgemeinheit die schwächeren Klassen gegen Übervorteilung geschützt werden sollen. Namentlich müssen privatrechtliche Vereinbarungen, welche Mitglieder jener Klassen schädigen, schlechthin für ungültig erklärt werden. Unter allen Umständen muß der Richter sie als nicht geschehen zu betrachten verpflichtet sein, auch wo im Einzelfalle die Billigkeit dagegen spricht. Denn nur so kann erreicht werden, daß derartiger Vertragsinhalt überhaupt außer Übung kommt.

Außer diesem Vorzug fällt aber noch sehr ins Gewicht, daß strenges Recht weniger Zweifeln über den Ausgang von Rechtsstreitigkeiten Raum läßt und daher mindernd auf deren Zahl wirkt. Gerade wo das Recht einen Ausgleich zwischen entgegengesetzten Interessen verschiedener Volksklassen schaffen will, ist behufs Förderung des sozialen Friedens oder wenigstens behufs Verhütung der Ansammlung neuen Zündstoffes auf den Gedanken besonderer Wert zu legen, den Kohler⁹⁾ in folgenden Worten kennzeichnet: „Wenn das Recht so geeigenchaftet ist, daß hundert Streitigkeiten vermieden werden können, so ist dies eine Wohltat, und ein Recht, das nach dieser Seite hin neigt, ist besser als ein

feingegliedertes Recht, das jeden Augenblick die Menschen in Zant und Fader verwickelt.“

Sch will hier nicht auf die historische Entwicklung eingehen, bei welcher — wie längst festgestellt ist¹⁰⁾ — da, wo sich verschiedene Völkerstämme oder auch Volksklassen schroff gegenüberstehen, strenges Recht herrscht, und erst wo eine gewisse Verschmelzung der Bevölkerungsklassen eintritt, die Stellung des Richters freier wird. So ist es z. B. kein Zufall, daß bei den Römern erst, als der Gegensatz zwischen Patriziern und Plebejern an Bedeutung verloren hatte, die Strenge des Rechts gemildert wurde. Im romanisch-germanischen Rechtskreise aber ist die freie Interpretation der Verträge zuerst im Handelsrecht aufgetaucht. Bei diesem und wo sonst noch in der Regel materiell und intellektuell gleich starke Personen einander gegenüberzustehen pflegen, wird mancherlei für eine Gesetzgebung sprechen, welche im Sinne der gemäßigten Freirechtsbewegung dem richterlichen Ermessen weiten Spielraum läßt.^{10a)}

Daß eine solche bei dem soziale Zwecke verfolgenden Privatrecht aus den schon angeführten Gründen nicht am Platze ist, dafür läßt sich auch darauf verweisen, daß die meisten Privatrechtslehrer dazu neigen, Rechtsätze, die im Interesse der unteren Klassen erlassen sind,¹¹⁾ oder Bestimmungen „gesetzgebungspolitischen Charakters“ überhaupt¹²⁾ in der Regel als nach dem Willen des Gesetzgebers zwingendes Recht enthaltend aufzufassen. Bei Beurteilung einschlägiger Rechtsstreitigkeiten hat also der Richter nicht einmal abweichende Parteivereinbarungen zu beachten, viel weniger eine Interessenabwägung vorzunehmen.

Recht bezeichnend ist auch, daß man bei Schadensersatzforderungen aus Betriebsunfällen die „Herrscher Gewalt des Richters“ nicht erweitert, sondern eingeschränkt hat. Die Untersuchung der schwierigen Schuldfragen, welche der Streit um die Anerkennung eines solchen Anspruchs bei dem Hauptpflichtgebot nötig macht, hat die Unfallversicherungs Gesetzgebung bekanntlich dadurch beseitigt, daß die Anspruch auf Unfallrente in der Regel nur noch dann fortfällt, wenn der Verletzte selbst den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat.

Der Vorteil dieser Entwicklung zu strengem Recht besteht, wie schon erwähnt, namentlich darin, daß auf dem einschlägigen Gebiete Prozesse besonders nachteilig sind, weil sie die schon vorhandenen sozialen Gegensätze verschärfen. Dazu kommt aber noch, daß in diesen Fällen bei Beurteilung nach freiem Ermessen in der unterliegenden Partei besonders leicht Zweifel an der Unparteilichkeit des Richters entstehen können. Deshalb sollten, soweit als möglich, sämtliche Gesetzesbestimmungen, welche für Entscheidungen von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage von Bedeutung sind, ganz im Gegensatz zu dem, was die Freirechtsschule wünscht, dem Richter bestimmt vorschreiben, was er als Tatbestand festzustellen und wie er diesen zu beurteilen hat. In entsprechender Weise sollte sowohl bei der Frage, ob ein Tatbestand unter die Vorschriften fällt, welche dem Arbeitgeber im allgemeinen Interesse Verpflichtungen unter Strafandrohung auferlegen, wie bei der Strafzumessung über Verletzung solcher Arbeiterschutzgesetze die Entscheidungsfreiheit des Richters in möglichst enge Grenzen gebannt werden. Bekanntlich klagen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten vielfach darüber, daß derartige Verletzungen der Unternehmer seitens der Gerichte sehr oft zu milde beurteilt werden. Gewiß muß auf die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers, der zu einer Geldstrafe verurteilt wird, auf die Zahl der Arbeiter, die er z. B. einer Gefahr ausgesetzt hat, und auf ähnliches bei der Bestrafung Rücksicht genommen werden. Allein es ist sicher weit besser, daß die gesetzlichen Strafvorschriften selbst jenen Gesichtspunkten entsprechend ausgestaltet werden, als daß der Richter innerhalb weit auseinanderliegender Höchst- und Mindestmaße der Strafen jenen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen hat.

¹⁰⁾ Vgl. namentl. Huvelin, L'histoire du droit commercial (Paris 1904) p. 8—25.

^{10a)} Bei derartigen Bestimmungen werden die von Kohler im Arch. f. d. zivil. Prag. 96 (1905) S. 373—375 besprochenen „elastischen Rechtsbegriffe“ vorwiegend günstig wirken, die „dem Zuge der Zeit dienen können und Rechtsgedanken verwirklichen helfen, welche zur Zeit des Gesetzes erst im Keim vorhanden sind.“ Vgl. auch Bozi, Die Weltanschauung der Jurisprudenz. Hannover (1907) S. 222, 223.

¹¹⁾ Vgl. Dernburg, Das bürgerl. R. des D. Reichs u. Preuß. I (8) 1906 S. 58, Kohler, Lehrb. d. Bürg. Rechts I (1906) S. 19, Endemann, Lehrb. d. Bürg. Rechts I (1903) S. 42, 43.

¹²⁾ Vergl. Crome, System des deutschen bürg. Rechts I (1900) S. 70 u. 848, Sternmann, Bürgerl. Recht I (1903) S. 89, 90.

⁶⁾ Beispiele bei Brie S. 529—531, Vertmann, Gesetzeszwang und Billigkeit, Erlanger Prorektorsrede 1908, Leipzig 1909 S. 10, 11 und vor allem Stier-Somlo in Staatsrechtl. Abhandl. Fests. für Laband II (1908) S. 466—481.

⁷⁾ Vgl. die von Reichel a. a. D. u. Vertmann S. 4 wiedergegebenen Ausführungen, auch Schmölder, Die Billigkeit als Grundlage des bürgerlichen Rechts (Hamm 1907) bes. S. 189, 196, 197.

⁸⁾ Flavius S. 41. Vgl. auch Fuchs, Gemeinrechtl. S. 14, 15.

⁹⁾ Lehrb. d. Rechtsphilosophie 1909 S. 58.

Auch hier läßt sich erkennen, daß die Entwicklung schon heute solchen Ermäßigungen entspricht. Ist doch z. B. durch die neueste Novelle zur Gewerbeordnung die schwierige und nur durch Werturteile zu lösende Frage des Vorliegens von Fabrik oder Werkstatt im einzelnen Falle dadurch beseitigt worden, daß lediglich die Zahl der in einem gewerblichen Unternehmen beschäftigten Arbeiter für die weitergehenden Arbeiterschutzvorschriften maßgebend sein soll, die früher nur den Fabriken und ihnen ausdrücklich gleichgestellten Unternehmungen oblagen! So wird man auch das äußerlich leicht erkennbare Merkmal der Zahl der in einem Unternehmen beschäftigten Arbeiter als Anzeichen dafür benutzen müssen, wie schwer die Geldstrafen den Arbeitgeber treffen.

Im Zivil- und Strafprozeß sollte eben schon durch die Gesetzgebung das Aufkommen des Gedankens möglichst verhütet werden, daß ein mehr den Arbeitgebern und ein mehr den Arbeitern geneigter Richter verschieden urteilen können. Gewiß sind die meisten Klagen über „Klassenjustiz“ unbegründet. Doch hat gerade in dieser Zeitschrift¹³⁾ ein Richter ausgeführt, man könne „bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit“ unserer Gerichte „leider nicht von der Mehrheit sagen, daß sie, hoch über den Ereignissen stehend und unbeirrt ihres hohen Amtes waltend, sich gewissen Zeitströmungen mit der nötigen Wucht entgegen gestellt und gewisse Anforderungen von vornherein abgewehrt habe.“ Ähnliche Klagen wurden auch im Reichstage am 18. Februar 1908 von dem nationalliberalen Landgerichtsdirektor Heinze erhoben¹⁴⁾ und am folgenden Tage von seinem dem Zentrum angehörenden Standesgenossen Gröber im allgemeinen als zutreffend behandelt.¹⁵⁾ Heinze erklärte geradezu die Tatsache, daß „die moderne Arbeiterbewegung sich von vornherein weitgehend mit den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie verquidelt hat“, als eine der Ursachen dafür, daß mancher Richter sich Interessen und Ausführungen von Arbeitern gegenüber „mißtrauisch und zurückhaltend“ zeigt. Ebenso dürfe auch nicht „verkannt werden, daß unsere Juristenwelt sich aus sozialen Schichten zusammensetzt, denen es nicht immer leicht fällt, sich in die Denk- und Anschauungsweise der Arbeiterschichten zu versetzen und aus diesen Anschauungen heraus den einzelnen Fall richtig zu beurteilen.“ Dadurch würden die schiefen Urteile über Erpressungen und über die Vorschriften der Gewerbeordnung „erklärlich“, welche die Koalitionsfreiheit und ihren Mißbrauch betreffen.

Sicher würde derartige Beeinflussung der Richter durch Standesvorurteile auch durch bessere Kenntnis der sozialwissenschaftlichen Fächer nicht völlig beseitigt werden, so wünschenswert diese auch wäre. Wenn ein Anhänger der neuen Schule, Stampe,¹⁶⁾ aber einräumt, daß die Erfüllung ihrer Forderungen, bis die nötigen Änderungen in der Universitätsausbildung der Juristen eingetreten sind, „manchen unserer Richter zu sozialem Dilettieren verführen wird“, so ist doch wahrlich die Rechtsprechung in sozialpolitisch wichtigen Angelegenheiten zu derartigen Experimenten ganz ungeeignet. Zweifellos ist sehr bemerksenswert, daß nach Ansicht jenes Vorkämpfers der freien Rechtsschule nicht einmal die Berufsrichter zurzeit für die Einführung der neuen Art der Rechtsprechung genügend reif sind, die er dennoch schon jetzt als maßgebend erachtet wissen will. Ganz besonders unangebracht wären indessen jene Grundzüge für die juristisch gar nicht vorgebildeten Teilnehmer an der Rechtsprechung, die ihr Amt durch Wahlen erhalten, namentlich für die Beisitzer bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten und diejenigen bei den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung. Selbstverständlich würden diese Laienrichter, wenn die Berufsrichter gegen den ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes oder wenigstens, wo sie Lücken annehmen zu können glauben, nach Billigkeit oder gar nach „Willkür“ urteilen dürften, daselbe Recht beanspruchen. Dann würde, da die politischen Parteien auf die Wahl der Arbeitervertreter meist, auf die der Vertreter der Arbeitgeber nicht selten Einfluß üben, der Rücksichtnahme auf die politische Parteizugehörigkeit des Klägers und Beklagten Tür und Tor geöffnet sein!

So würde bei denjenigen Rechtsvorschriften, welche für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer als solche in Betracht kommen, jede Ausdehnung der Richter Gewalt über die Grenzen großen Schaden bringen, die ihr heute durch § 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes („Die richterliche Gewalt wird durch . . . dem Gesetze unterworfenen Gerichte ausgeübt“) und die strenges Recht enthaltenden Bestimmungen des Zivil- und Strafrechts gesteckt sind. Ebenso-

wenig kann in bezug auf Arbeitsvertrags- und Arbeiterschutzrecht auch eine andere Hauptforderung der neuen Schule als nützlich angesehen werden, nämlich die, daß bei der Auslegung der Gesetze nicht wie bisher der Wille des Gesetzgebers, der aus der Vorgeschichte des Gesetzes, insbesondere aus den Motiven, erkennbar ist, und der „Geist des Gesetzes“, der durch juristische Konstruktion gefunden werden muß, maßgebend sein soll, sondern daß lediglich auf „die Billigkeit“, das „allgemeine Wohl“, die „soziale Gerechtigkeit“ und auf „Überlegungen rechtspolitischen Inhalts“¹⁷⁾ gesehen werden solle. Auf die Bedenken, die gegen die Anwendung dieser Theorien in sämtlichen Rechtsgebieten gleichmäßig geltend gemacht werden müssen, kann ich selbstverständlich in dieser Zeitschrift nicht eingehen.¹⁸⁾ Dagegen verdient hier besondere Erwähnung, daß gerade bei den Rechtsstreitigkeiten, die den Sozialpolitiker in erster Linie interessieren, die Entscheidung aus dem Geiste des einzelnen Gesetzes in zweifelhaften Fällen weit öfter zu übereinstimmenden Ergebnissen führen wird, als „Überlegungen rechtspolitischen Inhalts“, also Überlegungen des Richters, was er selbst als Gesetzgeber feststellen würde. Müßte nicht z. B. ein Anhänger der neulantianischen rechtsphilosophischen Theorien Stammlers, die als „soziales Ideal des richtigen Rechts“ die „Gemeinschaft frei wollender Menschen“ betrachten, und ein solcher der neuhegelianischen Rechtsphilosophie Kohlers, der das Recht als „Kulturercheinung“ auffaßt, zu ganz entgegengesetzten Ansichten über die Einschränkungen kommen, welche der Staat einem hervorragenden Unternehmer im Interesse seiner Arbeiter auferlegen darf?¹⁹⁾

Zum Schluß sei noch speziell gegen die oben angeführte Forderung eines der Hauptführer der Freirechtsbewegung¹⁹⁾ Einspruch erhoben, daß der Richter von dem klaren Wortlaute des Gesetzes dann abweichen müsse, „wenn es nicht wahrscheinlich sei, daß die zur Zeit der Entscheidung bestehende Staatsgewalt die Entscheidung so getroffen haben würde, wie es das Gesetz verlangt“; dann solle er „die Entscheidung treffen, die, seiner Überzeugung nach, die gegenwärtige Staatsgewalt getroffen haben würde, falls der einzelne Fall ihr vorgeschwebt hätte“. Derartiges wäre kaum Gesetzen gegenüber berechtigt, die vor mehreren Jahrhunderten erlassen sind. Denn die Untersuchung darüber, welche Entscheidung die gegenwärtige Staatsgewalt bei gesetzgeberischer Behandlung der betreffenden Frage getroffen hätte, läßt, wie Dertmann²⁰⁾ mit Recht bemerkt, „an Unsicherheit und Dehnbarkeit nichts zu wünschen übrig“. Immerhin wird bei Gesetzen, die aus Zeiten stammen, deren wirtschaftliche Verhältnisse und sittliche Anschauungen von den gegenwärtigen erheblich abweichen, die Beobachtung von Gewohnheitsrecht und Gerichtsgebrauch sehr häufig zu ähnlichen Ergebnissen wie die Rücksicht darauf führen, was der heutige Gesetzgeber in der betreffenden Angelegenheit bestimmen würde. Bei den Rechtsquellen, welche für die Verhältnisse der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter in Betracht kommen, handelt es sich aber bei uns so gut wie ausschließlich um Vorschriften aus den letzten dreißig Jahren. Dennoch wird man nicht selten überzeugt sein, daß eine Bestimmung zu der Zeit, wo sie einem Urteil zu Grunde gelegt werden soll, nicht mehr von den Organen der Gesetzgebung erlassen werden könnte. Soll der Richter sie deshalb nicht anwenden? Sicher gilt auch für die sozialpolitische Gesetzgebung dem Grundsatze entsprechend, den Fürst Bismarck für die allgemeine Staatsleitung aufgestellt hat: „Zu Zeiten muß konservativ, zu Zeiten liberal regiert werden.“ Es wäre indessen für die sozialpolitischen Zustände unsagbar schädlich, wenn die Rechtsprechung einen sozialpolitischen Rückwärtschritt mitmachen wollte.

So hat denn die „soziologische Methode der Rechtsprechung“,

¹³⁾ Unsere Rechts- und Begriffsbildung, Greifswald 1907 S. 18.

¹⁴⁾ So Stampe a. a. D. S. 1.

¹⁵⁾ Es muß genügen, auf die trefflichen Ausführungen des Reichsgerichtsrats Düringer in der Zschr. Das Recht XII (1908) 262 u. in seiner Schrift „Richter u. Rechtsprechung“ (Leipzig 1909) S. 22–24 und des früheren österr. Justizministers Franz Klein in der Allgem. österr. Gerichtsztg. S. 266, sowie auf Dertmann a. a. D. S. 29 u. Kleinfellers im Arch. f. Rs. u. Wirtschaftspol. I (1907/1908) S. 199–209 zu verweisen.

¹⁶⁾ Daß auch, soweit „freies Ermessen“ bei Fällung eines Urteils in Betracht kommt, dieses auf Grundlage der Anschauungen der Gesamtheit (des „sozialen Instituts“ oder der „Gerechtigkeit“), nicht der subjektiven Anschauungen des Richters gefunden werden muß, ist mehrfach treffend nachgewiesen worden. Vergl. namentlich Greif in der Zeitschrift für die juristische Fakultät in Gießen (Gießen 1907) S. 205, 306 u. Brütt, Die Kunst der Rechtsanwendung (Berlin 1907) S. 102–104.

¹⁷⁾ Glavins S. 41, vergl. die Ausführungen im Text zu Note 8.

²⁰⁾ S. 57 Note 50.

¹³⁾ XVII (19. März 1908) 649–652.

¹⁴⁾ XII. Leg.-Per. 1. Sess. S. 8288.

¹⁵⁾ a. a. D. S. 8266.

welche die neue Richtung verlangt, mit der „sozialen Jurisprudenz“ gar nichts zu tun, nämlich mit einer Rechtswissenschaft, die von sozialen Ideen erfüllt ist.²¹⁾ Diese soziale Jurisprudenz wird vor allem eine Gesetzgebung vorzubereiten suchen, welche die modernen Lebenserscheinungen im Sinne möglicher Förderung des Gemeinschaftslebens unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der Lage und der Interessen der einzelnen Volksklassen regelt; außerdem wird sie auch die bestehenden Vorschriften auf Grund jener Absichten des Gesetzgebers erläutern und dadurch eine wichtige Vorarbeit für zweckmäßige Rechtsprechung liefern. Der Richter aber muß, mit jenen Absichten des Gesetzgebers vertraut, „den ganzen Komplex unserer Rechtseinrichtung überschauend“ nach dem Gesetz das Urteil fällen und, wo in der Rechtsordnung Lücken vorhanden sind, „den tiefsten Beweggründen und Tendenzen“ des betreffenden „Gesetzes“ und der Rechtsordnung überhaupt nachgehend, in deren „Sinne“ solche Lücken „auszufüllen bestrebt“ sein.²²⁾

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Gesellschaft für soziale Reform. Der Vorstand tritt am 2. Dezember in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der nächsten Generalversammlung, den künftigen Aufgaben der Gesellschaft und den Arbeiten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beschäftigt wird. — Der Unterarsch für die Privatangestellten (Vorsitzender Abg. Trimborn) wird ebenfalls am 2. Dezember nachmittags (im Reichstagsgebäude) eine Besprechung abhalten; auf der Tagesordnung stehen: Konkurrenzklauel, Reichsversicherungsordnung, Erfinderrecht, Privatbeamtenrecht, Mitteilungen und Anträge; auch die Pensionsversicherung der Privatbeamten wird zur Erörterung gebracht werden.

Ortsgruppe Leipzig der Ges. f. Soz. Reform. In einer zahlreich besuchten Versammlung, zu der außer den Mitgliedern auch eingeladene Gäste sich eingestellt hatten, sprach am 29. Nov. unter Vorsitz des Fabrikdirektors Bassenge Prof. Dr. E. Franke-Berlin über die Hausarbeit und ihre gesetzliche Regelung. Nach einem kurzen Überblick über den jetzigen Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung für die Hausindustrie, die Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung bisher kaum gestreift haben, legte der Vortragende die Wandlung in den Verhältnissen der Heimarbeit dar: den Rückgang auf dem Lande, das Anwachsen in den Städten, die Verminderung der Männerarbeit, das Steigen der Frauenarbeit und betonte die Bedeutung der Anregungen, die vom Heimarbeiterschutzkongress und der Heimarbeit-Ausstellung 1906 ausgegangen sind. Schon kurz vorher habe das Kinderchutzgesetz mit dem Grundsatz gebrochen, daß die Familienarbeit nicht geregelt werden dürfe. Nun setze eine systematische Gesetzgebung für die Hausindustrie ein: Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause, Reform der Lohnbücher, zwangsweise Krankenversicherung, Arbeitsamtergesetz (Tarifverträge und Lohnregelung), Hausarbeitsgesetz mit Registrierzwang, Gewerbeaufsicht, Ausübung von Lohnaufsicht, Lohnbüchern, sanitären Vorschriften und Jugendschutz. Nur an die Wurzel des Übels in der Heimarbeit, an das Lohnproblem, für das England seine Lohnämter geschaffen, wolle man nicht heran. Und ohne eine gesetzliche Institution zur Vereinbarung rechtsverbindlicher Mindestlöhne werde man dem Elend der Heimarbeit nicht abhelfen. In der Debatte, die sich sehr rege gestaltete, wurde gerade diese Forderung mehrfach lebhaft unterstützt. Von anderer Seite wurde auf die Schwierigkeit von Lohnfestsetzungen hingewiesen. Einbringlich wurde auf die Bedeutung des Käuferpublikums, (Kundenmoral, Käuferbund) für die Verbesserung der Lage der Heimarbeit hingewiesen. Die unlautere „Damentourenz“, die in Leipzig stark grassieren soll, wurde wiederholt beklagt. Auch die Wichtigkeit der Selbsthilfe (Organisation, Tarifverträge, Ausbildung, Arbeitsnachweis) wurde hervorgehoben. Die Versammlung war von Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen und Berufe besucht.

Allgemeine Sozialpolitik.

Wann kommt die Pensionsversicherung der Privatangestellten? Diese Frage ist in den letzten Wochen vielfach aufgeworfen worden. Bekanntlich hatte der Staatssekretär des Innern vor Jahresfrist nach einer anfänglichen dilatorischen Antwort unter dem

²¹⁾ Vergl. über sie den Erfinder des Wortes Menger in der Wiener Rektoratsrede vom 24. Okt. 1895, Geller im Österr. Centralbl. f. die jur. Praxis 25 (Wien 1908) u. Spiegel in Zt. f. priv. u. öff. Recht 36 (1909) S. 24 Note 22.

²²⁾ Vergl. die vorzügliche Charakteristik wünschenswerter Reform der Rechtswissenschaft, Gesetzgebung und Rechtsprechung bei Eiter-Somlo S. 490, der die als Zitat gegebenen Ausdrücke entnommen sind.

Druck einer einmütigen Aufforderung aus dem Hause die feste Zusicherung gegeben, daß mit künftiger Beschleunigung ein Gesetzentwurf auf Grund der zweiten Denkschrift ausgearbeitet werden solle. Das ist denn auch im Reichsamt des Innern in gründlicher Arbeit geschehen: im Herbst war der Entwurf fertig, wurde mit Vertretern der anderen zuständigen Ressorts einer Beratung unterzogen und wanderte dann an das preussische Staatsministerium. Nun aber traten plötzlich an verschiedenen Stellen in der Presse auffällige Warnungen hervor, bei denen man nicht recht wußte, ob sie offiziellen Ursprungs seien oder aus Unternehmerrreisen stammten: Man möge sich doch vor Übereilung hüten, die schwierige Frage sei noch lange nicht geklärt, in den Reihen der Arbeitgeber, deren größte Organisationen sich bisher für die Versicherung ausgesprochen, müßten neuerdings die Bedenken, auch unter den Privatangestellten selbst herrsche keine Einigkeit über den besten Weg zum Ziel; daher sei es fraglich, ob der Bundesrat sich jetzt schon schließung machen könne, aber selbst wenn dies geschähe, empfehle es sich, daß der Reichstag in seiner Endsession auf eine Lösung des Problems verzichte und diese Aufgabe seinem Nachfolger überlasse. All diese Andeutungen und Mahnungen haben unter den Privatangestellten eine große Unruhe erzeugt und auch im Reichstag angesichts der früheren sehr bestimmten Zusagen der Regierung bestreudet. Deshalb stellte die Fortschrittliche Volkspartei in einer Interpellation am 26. November die Anträge, wie es mit der Vorlage stehe? Der Staatssekretär des Innern stellte fest, daß sie im preussischen Staatsministerium liege, wann dieses aber seine Entschließung fassen werde, könne er — obwohl Mitglied des Ministeriums — nicht sagen. Sobald das preussische Staatsministerium sich entschieden habe, werde der Entwurf veröffentlicht und zugleich dem Bundesrat vorgelegt. Wie lange Zeit dann aber vergehen werde, bis der Reichstag sich damit befassen könne, vermöge er wiederum nicht zu sagen. Doch werde er sich jedenfalls bemühen, die Angelegenheit tunklichst zu fördern. Von den Fraktionsrednern betonte der Konservative, daß seine Partei die erste Anregung zu der Pensionsversicherung gegeben habe und nach wie vor die schnellste Erlebigung, unabhängig von der Reichsversicherungsordnung, wünsche. Das Zentrum fordert Fertigstellung noch in dieser Session: die Privatbeamten hätten lange genug gewartet, seit 1904 beschästigte sich der Reichstag damit; hoffentlich werde der Entwurf noch vor Weihnachten veröffentlicht. Auch von den Nationalliberalen, der Reichspartei, den Polen, der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde dem Wunsche und der Zuversicht Ausdruck gegeben, die Pensionsversicherung noch in dieser Tagung zu erledigen. Diese Erklärung gaben auch die Sozialdemokraten ab, aber sie sprachen auch den Zweifel aus, ob die Regierung wirklich die Vorlage einbringen würde; es scheine vielmehr, als ob der Staatssekretär sich völlig freie Hand vorbehalten wolle. Um diesen Verdacht zu zerstören, braucht der Staatssekretär des Innern nur seinen maßgebenden Einfluß im preussischen Staatsministerium und im Bundesrat einzusetzen, dann wird der Gesetzentwurf sehr rasch an die Öffentlichkeit und den Reichstag kommen. Geschieht das nicht, so fällt das Odium dafür auf den Staatssekretär des Innern.

Rechtsstellung der Gärtnergehilfen. Der Senat von Hamburg hat am 14. September „zur Ergänzung des Anfangs zum Gesetz über die Gewerbekammern vom 4. Oktober 1907“ auf Vorschlag der Gewerbekammer beschlossen, daß in dem Anhangsverzeichnis der Handwerker in Gruppe 10 die Gewerbe „Kunst- und Handelsgärtnerei sowie Baumschulen“ aufgenommen werden. Damit ist nun auch in Hamburg die Gärtnerei in fast allen Zweigen — nur die Stellung der Landschaftsgärtnerei ist noch zweifelhaft — als ein gewerbliches Unternehmen anerkannt, und die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für die Gärtnergehilfen ebenso wie im Königreich Sachsen anerkannt worden. In anderen Bundesstaaten aber gelten die Gärtnergehilfen, soweit über ihre Rechtsstellung überhaupt eine klare Entscheidung versucht worden ist, vielfach noch als landwirtschaftliche Arbeiter oder auch als ländliches Gefinde. Für einen einheitlichen Rechtsstaat wäre es, abgesehen von der Rücksicht auf die sozialen Interessen der Gehilfen, eine einfache Pflicht, diesen Rechtswidersprüchen gesetzlich ein Ende zu machen. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat bereits im Jahre 1902 die Beseitigung dieser Unzuträglichkeiten gefordert (vergl. Heft 6 ihrer Schriften, Jena, Gustav Fischer).

Der ortsübliche Tagelohn in den Lohnlisten für die Heimarbeit. Im Anschluß an einen Vortrag, den Professor Franke Ende November in der Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform über die gesetzliche Regelung der Heimarbeit hielt, geht uns von dort eine wertvolle Anregung zur Besserung der Lohn-

frage in der Heimarbeit zu. Es war in dem Vortrag und in der Aussprache darauf hingewiesen worden, welchen Widerstand eine gesetzliche Regelung der Lohnhöhe heute in Deutschland noch begegne, daß dagegen bereits in dem Regierungsentwurf durch den vorgeschriebenen Aushang von Lohnlisten (im Gesetzentwurf Lohnlisten genannt) wenigstens eine größere Klarheit über die Lohnfrage angestrebt würde. Hierzu wird uns folgendes geschrieben:

„Ein gewisser Druck auf die Lohnhöhe dürfte sich meines Erachtens ausüben lassen, wenn jeder Arbeitgeber verpflichtet würde, den Kopf der Lohnliste durch etwa die Worte zu ergänzen: „Der ortsübliche Tagelohn beträgt . . .“ Auch wenn die Lohnliste nur Affordräge enthielte, könnte die Erinnerung an diesen von den öffentlichen Körperschaften festgesetzten Mindestlohn für ungelernete Arbeit eine stille Mahnung für den Arbeitgeber werden und vielleicht eine in Anspruchlosigkeit versinkende Arbeiterklasse an ihre Rechte und Pflichten gegenüber ihrer Familie erinnern.“

Die obige beachtenswerte Anregung ließe sich auch auf die Vorschläge über die Lohnbücher ausdehnen (§ 114a und 114b der G.D.-Novelle), die gleichfalls zurzeit dem Reichstag vorliegt. § 114a schreibt bereits genau die Eintragungen vor über Art und Umfang der Arbeit, Versicherungsbedingungen, Lohnzahlung usw. Hier ließe sich sehr leicht noch die Bestimmung einfügen, daß in jedem Lohnbuch auch der ortsübliche Tagelohn eingetragen sein muß.

Der Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien über die Unfallversicherung, der im Juli 1910 abgeschlossen wurde, ist nunmehr in Kraft getreten. Er regelt das Rechtsverhältnis der aus einem in den anderen Staat abgewanderten Arbeiter, die in der Fremde verunglücken, auf Grund eines Ausgleichs zwischen den Unfallversicherungsgesetzen beider Länder.

Soziale Zustände.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Oktober. Die schon im September beobachtete günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes hat, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ (Nr. 11, erschienen am 24. November) betont, im Berichtsmonat im allgemeinen weiter angehalten. Im Baugewerbe allerdings ließ die Beschäftigung nach. Auf dem Ruhrkohlenmarkt belebte sich das Geschäft. Im Saarreviere wurden größere Mengen Kohle im Vergleich zum Vormonat gefördert; im ober-schlesischen Kohlenbergbau blieb beinahe alles beim alten. Im Braunkohlenbergbau trat eine merkliche Verschlechterung gegen den Vormonat ein. In der Metall- und Maschinenindustrie entwickelte sich das Geschäft weiter günstig. In der Textilindustrie scheint sich eine Aufwärtsbewegung zu vollziehen. Das Bekleidungsgewerbe war nicht mehr so reichlich wie im Vormonat beschäftigt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Laufe des Oktobers weiter gehoben. Es ergab sich am 1. November gegenüber dem 1. Oktober eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken um 48 718 (+ 18 964 männliche, + 29 759 weibliche). Im Oktober 1909 hatte sich eine Zunahme von 35 764 Mitgliedern (+ 4691 männliche, + 31 063 weibliche) ergeben. Gegenüber dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrads der männlichen Personen 9 v. H., der weiblichen 7 v. H.

An den Arbeitsnachweisziffern ist im Vergleich zum Vormonat eine Verschlechterung, im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung des Arbeitsmarktes wahrzunehmen. Bei der Gesamtkahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Oktober 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 163, bei den weiblichen 104 Arbeitsgesuche gegen 145 bzw. 87 im September 1910 und 178 bzw. 106 im Oktober 1909.

Erhebungen über Prämienysteme und Wohlfahrtsseinrichtungen in den Textilbetrieben will der Verband deutscher Textilarbeiter fortan jedes halbe Jahr veranstalten, um über diese für die Arbeiter nicht immer vorteilhaft gehandhabten Betriebsmaßnahmen ständig auf dem Laufenden zu sein. In den Sammelbogen, der den Ortsverwaltungen zur Ausfüllung zugegangen ist, sind folgende Fragen enthalten:

Sind im letzten Halbjahr sogenannte Wohlfahrtsseinrichtungen in Textilbetrieben des Ortes errichtet worden?

Wurden bestehende Wohlfahrtsseinrichtungen in Textilbetrieben des Ortes geändert und wie?

Wurden im letzten Halbjahr in Textilbetrieben des Ortes neue Prämienysteme eingeführt?

Wurden bestehende Prämienysteme geändert und wie?

Eingehende Schilderung der Wohlfahrtsseinrichtung oder des Prämiensystems:

Satzungen aller Art, Aufstellungen von Prämienystemen und ähnliches sind den Antworten beizufügen.

Gleichzeitig fordert der Textilarbeiterverband Bericht von sämtlichen Ortsverwaltungen auf ähnlichen Sammelbogen über Mißhandlungen und Strafen der Arbeiter in den Textilbetrieben. Nach der Ansicht des Verbandsblattes herrscht in den Textilbetrieben vielfach eine „skandalöse Behandlung“ der Arbeiter, namentlich auch in sittlicher Hinsicht, und eine willkürliche Handhabung des Strafgesetzbuches. Dieser „unwürdigen Behandlung“ und den „rigorosen Geldstrafen“ ein Ende zu machen, soll der Zweck der Taschensammlung sein, die der Verband dann sozialpolitisch verwerten wird. Jedoch sollen nur grobe Fälle gemeldet werden und zwar nach folgenden Gesichtspunkten:

Ist Ihnen ein Fall von Beleidigung, schlechter Behandlung oder Mißhandlung eines Arbeiters durch Vorgesetzte oder den Chef Ihres Betriebes bekannt geworden?

Sind Sie am letzten Tagtag bestraft worden, und wie hoch war die Strafe?

Ist Ihnen ein Lohnabzug gemacht worden als Entschädigung für größere Fehler in der Ware, für Maschinendefekte, Reparaturen usw., und wie hoch war der Abzug?

Eingehende Schilderung des Falles der schlechten Behandlung, der Geldstrafe oder der sonstigen Lohnabzüge.

Überzeitarbeit im Haarschneidergewerbe und Rundschaftsfiten. Der Gehilfenverband der Friseur- und Haarpfleger richtet an die Arbeiterchaft — er kann sich mit demselben Rechte an das gesamte Bürgerium wenden — die dringende Bitte, rechtzeitig die Barbiergehäfte aufzusuchen, nicht nach 8 Uhr abends und Sonntags nur bis 12 Uhr mittags. — Die infolge des häufigen Kost- und Wohnungsmangels im Meisterhaufe noch schwach organisierten Haarpflegergehilfen sollten in ihrem verständigen Bemühen, die unsinnig lange Arbeitszeit herabzuziehen, von dem Publikum wirksam unterstützt werden. Freilich hemmt auch bei den Haarschneidern gerade wie bei den Kellnern ein Umstand jeden sozialen Fortschritt, zumal hinsichtlich der Arbeitszeit: immer schlimmer greift im Haarpflegergewerbe das Tringelberufwesen um sich. Der Gehilfe aber, der nicht mehr auf seinen ehrlichen Arbeitslohn gestellt ist, sondern auf Spendenridel spekulieren muß, wird dadurch angetrieben, auch nach Feierabend möglichst noch ein paar Kunden ein Tringelgeld abzuschmeicheln. Darum stemmen sich die kurzfristigen Gehilfen, die nicht ahnen, daß durch diese Tringelberufwirtschaft ihr gesunder Lohnstand rettungslos untergraben wird, indem der Meister, statt festen Lohn zu zahlen, sie immer mehr auf das Tringelgeld verweist, oft verblendet der Arbeitszeitbeschränkung entgegen. Hier sollten die Kunden zur Reform beitragen.

Gegen die britischen Arbeiterstudienreisen, das heißt natürlich nur gegen die mißbräuchliche Veranstaltung und Ausnutzung solcher Arbeiterreisen zu bestimmten unsachlichen Zwecken, wendet sich eine Vereinbarung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der britischen General Federation of Trade Unions. Danach sollen in Deutschland künftig nur noch solche englische Arbeiterabordnungen amtlich von der Generalkommission empfangen werden, die ein Einführungsschreiben der britischen General Federation mitbringen. Dieses Übereinkommen begründen die beteiligten Parteien mit der Art und Weise, wie verschiedene Deputationen, die von englischen Unternehmern nach Deutschland gesandt werden, ihre Studien betreiben oder — besser gesagt — unter Führung des von Unternehmenseite gestellten sprachkundigen Führers betreiben müssen. — So wünschenswert solche Studienreisen bei richtiger Anordnung an sich sind, zumal für die britischen Arbeiter, die über Deutschland im Durchschnitt viel schlechter unterrichtet sind als die deutschen Arbeiter über Großbritannien, so ist es doch gut, daß einmal eine zuständige Stelle offen dem Unfug, der mit solchen Studienreisen bewußt getrieben ist, entgegentritt. In Großbritannien sind diese „Studienreisen“ bereits derart zum politischen Sport ausgeartet, daß um ihre Veranstaltung und Ergebnisse Wetten gemacht werden. So hat dieser Tage ein Herr Hoffnung-Goldschmid von der Tarifreformliga dem liberalen Politiker Dr. Macnamara vorgeschlagen, eine neue Arbeiterabordnung nach Deutschland zu entsenden und die Frage der Kostendeckung zwischen ihnen beiden so zu regeln: Wenn die Mehrheit der Abordnung mit der Überzeugung heimkehrt, daß Großbritannien sich größerer wirtschaftlicher Gesundheit erfreut als Deutschland, so wolle er, Hoffnung-Goldschmid, zahlen, im entgegengesetzten Falle aber solle Macnamara für die Kosten aufkommen. — Nun fehlt eigentlich nur noch, daß die „tarif-trippers“ für ihre „Forscherausagen“, die — je nachdem — günstig oder ungünstig lauten müssen, direkt mit Geld bestochen werden!

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Stempelsteuerfreiheit der Arbeitstarifverträge. Hierüber hat das preussische Finanzministerium eine merkwürdige Entscheidung getroffen. Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe hatte nämlich je ein Muster des „Hauptvertrags“ und eines örtlichen „Vertrags“ dem Ministerium vorgelegt, um in der Frage der Stempelung sicher zu gehen. Das Finanzministerium hat nunmehr erklärt, daß der „Hauptvertrag“ der Steuer nicht unterliege, weil ihm die „protokollarische Erklärung“ zu § 5 angefügt ist: „Mit dem Ausschluß des Rechtsweges soll nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien auch die Geltendmachung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sein.“ Dagegen unterliege der „Vertrag“ allein, da er diese oder eine ähnliche Bestimmung nicht enthält, auf Grund seines Wortlauts dem allgemeinen Vertragsstempel von 3 M., nach Tarifstelle 71² des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909. An dieser Entscheidung fällt zunächst die Trennung der beiden organisch durchaus zusammengehörigen Vertrags Elemente auf, von denen der Ortsvertrag die allgemeinen Bestimmungen des Hauptvertrags doch nur nach bestimmten Richtungen hin ergänzt. Alles, was der Hauptvertrag enthält, ist also gewissermaßen das grundsätzliche Wortwort zum Ortsvertrage, der deshalb auch die Vereinbarung, daß vermögensrechtliche Ansprüche von den Vertragsparteien gegenseitig nicht geltend gemacht werden sollen, nicht mehr zu wiederholen braucht. Denn das steht ja schon im Hauptvertrag, der das Allgemeine regelt. Es widerspricht also dem Sinne des formalen Tarifvertragsgefüges, den Untervertrag aus einem Gesichtspunkte für steuerpflichtig zu erklären, aus welchem der Hauptvertrag für stempelfrei erklärt worden ist. Von Bedeutung ist der Standpunkt des Finanzministeriums, daß ein Tarifvertrag dann steuerfrei ist, wenn die Vertragsparteien aus ihm keine vermögensrechtlichen Ansprüche geltend machen können. Die „Soziale Praxis“ hat sich zur Frage der Steuerpflicht der Tarifverträge vor 1½ Jahren (XVIII. 848) ausführlich geäußert und ist für ihre Stempelfreiheit eingetreten, da die Stempelsteuertabelle überhaupt nichts von Tarifverträgen weiß. Die Begründung für die Stempelfreiheit hingegen, die aus der angeblich mangelnden Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge abgeleitet wird, ist damals wie heute entschieden zurückzuweisen; denn Tarifverträge sind rechtsverbindlich, wenn die Parteien nicht ausdrücklich das Gegenteil vereinbaren. Den Gegnern der Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge ist es natürlich sehr mißkommen, wenn sie unter Hinweis auf die Vermeidbarkeit der Stempelsteuern dem Tarifvertragspartner, der die Tragweite der Anrechnung im Augenblicke nicht überblickt, vorschlagen können, die Unverbindlichkeitsklausel in den Tarifvertrag aufzunehmen. Was von der allgemeinen Rechtsverbindlichkeit gilt, bezieht sich aber auch auf die vermögensrechtliche Haftung, die den Verbindlichkeiten und Rechten aus dem Tarifvertrage erst eine materielle Greifbarkeit gibt. Entweder soll man alle Tarifverträge für steuerpflichtig erklären, mittels eines Nachtrags zum Stempelsteuergesetz, oder aber es bei der bisherigen Steuerfreiheit lassen. Eine Ausnahmebehandlung zugunsten der Tarifvertragsparteien, die für das, was sie vereinbaren, nicht mit ihrer vollen Verantwortung eintreten wollen, ist sehr bedenklich.

Ein Korporativvertrag zum Schutze ehrlicher Arbeit im Berliner Stickerergewerbe ist zwischen dem Verbands deutscher Damen- und Mädchen-Mantelfabrikanten (G. B.) und dem Verband selbständiger Sticker Berlins vor einiger Zeit beraten und am 20. November von dem erstgenannten Verbands genehmigt worden. Das Abkommen bezweckt, den Stickern die Aufträge auf die von ihnen entworfenen Muster zu sichern, solange sie die Muster in der vorgeschriebenen Menge, der vorgeschriebenen Zeit und zu den gewöhnlichen (?) Preisen zu liefern vermögen. Zur Erledigung von Streitigkeiten, die aus diesem Abkommen entspringen sollten, ist zugleich ein Schiedsgericht vorgesehen. Da der Verband der Mantelfabrikanten bereits seit 3 Jahren eine feste Konvention unter seinen Mitgliedern besitzt, die auch von den Lieferern und den Abnehmern immer mehr anerkannt wird, so ist der Boden für eine wirkliche Durchführung des neuen Arbeitsabkommens mit den Stickern gut bereitet.

Erfolgslose Tarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe sind zwischen den Vertretern des Bundes deutscher Lichtdruckanstalten und der Gehilfenschaft unlängst gepflogen worden. Es galt den alten Tarifvertrag, der am 1. Januar 1911 abläuft, zu erneuern.

Dabei forderten die Gehilfen den Achtlundentag, die Arbeitgeber den Neuntundentag einschließlich je einer Viertelstunde zum Frühstück und Vespern. Auch in der Lehrlingsfrage bestanden Gegensätze. Obendrein bestritten die Gehilfen dem schwachen Bunde der Lichtdruckanstalten die Vertragsfähigkeit für einen Tarifabschluß über ganz Deutschland. Die Verhandlungen wurden schließlich abgebrochen. Die Arbeitgeber sind dabei, sich eine strammere gewerkschaftliche Organisation, als sie ihr „Bund“ bisher verkörpert, zu schaffen.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Pflege der technischen Fachbildung in den deutschen Arbeiterorganisationen

gewinnt erfreulich an Boden. Es wächst die Zahl der Gewerkschaften, die ihrem Verbandsblatt eine fachtechnische Beilage geben oder sogar ein besonderes Fachblatt erscheinen lassen, in dem die Fragen der handwerklichen und maschinellen Technik des Gewerbes, die Arbeitsweise und die wirtschaftliche Berechnung der Geschäftsführung, die Natur und die Behandlung der Rohstoffe und Zutaten und schließlich auch die ästhetische und kunstgewerbliche Seite der Fachzeugnisse von erfahrenen Arbeitern, von Fachlehrern und Fachschriftstellern unter Beifügung von Zeichnungen und Bildern in allgemeinverständlicher Sprache sachlich behandelt werden. Obenan unter diesen Zeitschriften steht das vornehm ausgestattete und inhaltsreiche „Fachblatt für Holzarbeiter“, das Klinger vom Holzarbeiterverband unter ständiger Mitwirkung kunstgewerblicher Schriftsteller redigiert. Seit 5 Jahren monatlich erscheinend, berücksichtigt es die Fortschritte des Gewerbes sorgfältig und berichtet über musterhafte oder neue Bahnen weisende Leistungen der Wohnungsausstattung, des Möbelbaus und der Holzverwertung überhaupt. Die Arbeiter der graphischen Gewerbe besitzen seit langem in der „Graphischen Rundschau“, die 14tägig als Beilage der Graphischen Presse erscheint, ein gediegenes Fachbildungsorgan. Die freigewerkschaftliche Sattler- und Portefeuilierorganisation und der Allgemeine Deutsche Gärtnerverband bieten ihren Lesern jeden Monat ein technisches Blatt neben der Gewerkschaftszeitung, nämlich „Die Fachtechnische Rundschau“ (für Sattler) und das „Gärtnererei-Fachblatt“. Die christliche Gärtnerorganisation widmet der Gartenbaukunst in ihrem Gewerkschaftsblatt eingehende Aufsätze. Ähnlich suchen sich die übrigen Berufsvereine sozialdemokratischer wie christlicher und Hirsch-Dunderscher Richtung, die die Bedeutung der Fachbildung für ihre Mitglieder zu würdigen wissen, mit der Aufgabe abzufinden, gewerbetchnische Kenntnisse und Fortschritte ihren Anhängern zu vermitteln. Sie pflegen mehr oder minder eifrig das sogenannte „Fachtechnische Feuilleton“, häufig unter Beigabe von Zeichnungen und Abbildungen. Besonders leistet in diesem Rahmen die „Schmiede-Zeitung“. Auf Grund des letzten Verbandstagsbeschlusses ist soeben auch der Verband der Steinseger, Pfisterer und verwandten Berufsgenossen dazu geschritten, die Fachtechnik in geschlossener Darstellung systematisch zu behandeln.

Es geschieht dies durch Herausgabe einer besonderen Beilage zum Verbandsblatt, die den Namen „Die Straße“ führt. Im November ist diese Fachbeilage der Steinseger zum ersten Male erschienen. Die Beilage umfaßt 16 Spalten und macht nach Ausgestaltung und Text einen guten Eindruck. Zur Charakteristik des Inhalts eines derartigen Fachblatts sei auf den Leitartikel hingewiesen, in dem zwei mechanische Rammen besprochen werden, die nach der Meinung des Verfassers geeignet sind, im Steinsegergewerbe große Umwandlungen hervorzurufen. Während nämlich frühere Versuche, mechanische Rammen herzustellen, gescheitert sind, wurden jetzt gleich zwei mechanische Rammen erfunden, die wirklich geeignet erscheinen, die Handarbeit des Rammens wesentlich einzuschränken. Diese mechanischen Rammen haben sich als so brauchbar erwiesen, daß die Berliner Steinsegermeister beschloßen haben, zwei solche Maschinen, von denen eine 3000 M. kostet, zum gemeinschaftlichen Betrieb anzuschaffen.

Obwohl also, wie das neue Beispiel des Steinsegerblattes zeigt, Verständnis und Neigung zu fachgewerblicher Weiterbildung durch Verbandsinstitutionen fortzuschreiten, stehen doch noch Duzende deutscher Gewerkschaften aller Richtungen stumm abseits und veröfönen den technischen Fachangelegenheiten ihres Gewerbes keinen Raum in ihren Blättern. Vielfach freilich mag der dringliche Raumangel in den kleinen Blättern, die nicht einmal für die Behandlung der gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ausreichen, zu dieser Zurücksetzung der Fachtechnik beitragen; häufig fehlt es auch — so bei den ungelerten Arbeitern — an einem

eigentlichen Fachinteresse, oder die technischen Interessen der zahlreichen „Branchen“ oder „Sektionen“ in den großen Industrie-Verbänden sind so verschiedenartig, daß sie nur schwer gleichmäßig, ohne kränkende Vernachlässigung mancher Gruppen, in einer „fachtechnischen Beilage“ zu befriedigen wären. Solche Beilagen kosten außerdem wegen der Abbildungen, die meist besseres Papier zu ihrer Wiedergabe verlangen, und wegen der Mitarbeiterhonorare viel Geld, und manche besonders gesinnungstüchtigen Gewerkschaftsmitglieder erklären es sogar für falsch, die Kassenbestände des Vereins für technische Fachschulung des Arbeiters, anstatt zu gewerkschaftlicher Agitation, Unterstützung und Kampfführung zu verwenden.

Aus diesen verschiedenen Gründen ist bisher die Zahl der Gewerkschaftsblätter, die der Fachtechnik in irgend einer Form ständig Raum geben, soweit unsere Kenntnis der Gewerkschaftspresse aller Richtungen reicht, auf etwa 3 Dutzend beschränkt geblieben, während die Gesamtziffer der Arbeiterberufsvereinsblätter 100 übersteigt. Eine besondere Stellung unter den Fortbildungsblättern der Gewerkschaften nimmt die vornehm auftretende Zeitschrift des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ ein, die unter dem Namen „Zeitgeist“ hauptsächlich die Kenntnis politisch-geschichtlicher und soziologischer Fragen verbreiten will und fachgewerbliche Darstellungen nur nebenbei bringt.

Anders als bei der gewerblichen Handarbeiterschaft steht es durchschnittlich mit den Zeitschriften der Privatangestelltenverbände sowie der Verkehrsangestellten einschließlich der Gasthausgehilfen. In ihren Blättern nimmt der fachtechnische Teil gewöhnlich einen breiten Raum ein, und einzelne Verbände, wie z. B. der Röch, geben besondere fachtechnische Monatschriften neben ihren Organen zur Pflege der Standesinteressen heraus. Im allgemeinen gewinnt man bei der Durchsicht der Presse der Privatbeamten- und Verkehrsangestellten den Eindruck, daß die fachtechnischen Darstellungen in den Blättern um so mehr zurücktreten, je mehr die Haltung der Berufsorganisation gewerkschaftlichen Charakter annimmt. Die Energie der sozialen Interessenvertretung fordert in solchen Vereinen eine so lebhafteste Erörterung aller schwebenden sozialpolitischen Fragen, daß es für die Fachtechnik in den Blättern an Platz fehlt. Auch hat in der Redaktion solcher gewerkschaftlich gerichteten Verbandsblätter vielfach nicht mehr der technische Fachmann des Berufs, sondern der sozialpolitische Synthesist oder der Organisationsstatiker das Szepter in der Hand, so daß aus diesem Grunde, abgesehen von der Konkurrenz reiner Fachzeitschriften, die der Kopfarbeiter ja ungleich stärker als der Handarbeiter braucht, die Pflege der Fachtechnik in den Hintergrund rücken muß.

W. Z.

Die zentrale Berufsorganisation für die deutsche Pressewelt, die seit langem vorbereitet wurde, ist Sonntag, den 20. November, in Berlin ins Leben getreten. Sie will alle bei der deutschen Presse Deutschlands, Österreichs und der Schweiz tätigen geistigen Arbeiter, Redakteure, Journalisten und Berichterstatter zu einer oberen Einheit zusammenfassen, unter Wahrung der Interessen der bestehenden Vereinigungen.

Die neue Organisation ist, wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, hervorgegangen aus dem Bunde deutscher Redakteure und dem Verbands deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine, welche letzterer sich auch auf Österreich und die Schweiz erstreckt. Dieser Verband, dem auch der Verein Berliner Presse und damit die meisten Redakteure der Berliner Zeitungen angehören, war eine lose und ziemlich wirkungslose Vereinigung zahlreicher örtlicher Journalisten- und Schriftstellervereine, deren Mitgliederkreis sich zusammensetzte aus Redakteuren und Journalisten im Hauptberuf, aber auch aus Dilettanten und Personen, die mit dem Journalismus oder der Schriftstellerei nichts zu tun hatten. Im Gegensatz hierzu hatte der Bund deutscher Redakteure und vor ihm vor allem der Verband der rheinisch-westfälischen Presse von Anfang an darauf gedrungen, daß eine wirkungsvolle Organisation der deutschen Presse auf streng beruflicher Grundlage beruhen müsse und daß ihr nur solche Mitglieder angehören dürften, die im Hauptberuf als Redakteure und Mitarbeiter bei der Presse tätig seien.

Auf diesen Boden hat sich endlich dann auch der Verband der Journalisten- und Schriftstellervereine gestellt und in einer außerordentlichen Vertreterversammlung am 20. November, die im Reichstag unter dem Vorsitz des Chefredakteurs Marx, des Vorsitzenden des Vereins Berliner Presse, stattfand, dem Antrage zugestimmt, einen Reichsverband der Presse auf der Grundlage der strengen Berufsunterordnung zu begründen. Diesem Reichsverband können nur diejenigen seiner Mitglieder beitreten, die

jener Anforderung entsprechen, nicht also die Buchschriftsteller und die zahlreichen Dilettanten, Lehrer, Rechtsanwälte, Künstler, die dem Verbands deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine angehören. Gleichzeitig tagte unter dem Vorsitz des Chefredakteurs Ministerialdirektor a. D. Dr. Hermes eine außerordentliche Vertreterversammlung des Bundes deutscher Redakteure und beriet den gleichen Satzungsentwurf. Man nahm diesen Entwurf nach langer und lebhafter Erörterung auch hier mit allen gegen wenige Stimmen an, verlangte aber einige Zusätze, durch welche die Förderung und Wahrung der Standesinteressen und der Berufs- und Standesethik stärker betont wurden.

Als man soweit einander näher gekommen war, traten am Abend, nachdem die Beratungen etwa sieben Stunden gedauert hatten, beide Versammlungen zur konstituierenden Versammlung des Reichsverbandes zusammen. Die Satzungen wurden mit den vom Bunde beantragten Änderungen fast ohne Erörterung angenommen. Ein vorläufiger Vorstand wurde gewählt; er umfaßt die Herren: Marx (Verein Berliner Presse), Stoffers (Rheinisch-Westfälische Presse), Ministerialdirektor a. D. Dr. Hermes (Berlin) und Chefredakteur Dr. Mohr (München). Die übrigen Vorstandsämter wurden so verteilt, daß möglichst alle Landesteile und auch alle Parteien zu ihrem Rechte kamen: [Dr. Ost (Hamburg), Giesen (Frankfurt), ten Brink (Berlin), v. Puttkamer (Dresden), Georg Bernhard (Berlin)]. Es gehören ihm außerdem die Vorsitzenden der angeschlossenen Einzelverbände an. Die „Köln. Volksztg.“ fügt ihrem Bericht folgende Worte zur Würdigung der neuen Verbandschöpfung an:

„So ist denn eine umfassende Organisation der deutschen Journalisten aus der Taufe gehoben worden, die von den einsichtigen Köpfen im Beruf seit langen Jahren als eine dringende Notwendigkeit angestrebt wurde. Allen anderen Berufen hat die Presse zur Organisation geraten und verholfen; nur für die eigenen Berufsinteressen hatte sie keine Zeit und keinen Raum, und doch sind diese wahrlich nicht minder wichtig, als die irgend eines anderen Berufes. . . . Kein Beruf arbeitet mehr, kein Beruf denkt mehr und kein Beruf ist größeren Versuchungen ausgesetzt, als der Journalist. Da ist eine Organisation, die darüber wacht, daß das Ansehen des Berufes und des deutschen Zeitungswesens geschützt und gehoben werde, daß kein Unwürdiger den Beruf ergreife oder darin verbleibe; daß die materiellen und höheren Interessen und zwar diejenigen des Ganzen wie des einzelnen geschützt werden; daß die Berufstreue erhalten und im Falle der Not die Sorge von der Familie ferngehalten werde, eine absolute Notwendigkeit. Den Begründern dieser Organisation hat als Ziel vor Augen gestanden: die Bezeichnung „Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse“ hinter seinem Namen muß innerhalb weniger Jahre der Stolz, aber auch der Ehrenschild jedes deutschen Zeitungsschreibers, ob in hoher oder bescheidener Stellung, sein. Der Reichsverband muß lüdenlos alle umfassen, die den Beruf nobel und ehrenhaft ausüben, und er muß ein Schrecken werden für diejenigen, die das Ansehen des deutschen Zeitungswesens durch die Art, wie sie ihr Handwerk betreiben, in Unehr und Mißkredit bringen.“

Gründung eines Ostdeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine. Man schreibt uns: Im Osten Deutschlands bestehen seit Jahren drei große Bezirksverbände katholischer Arbeitervereine (Danzig, Königsberg und Posen), die aus prinzipiellen Gründen (Stellung in der Gewerkschaftsfrage) nicht dem im Osten verbreiteten Verbande „Eich Berlin“ angehören. Der Reisser Bezirk umfaßt 60 Vereine mit etwa 7000 Mitgliedern, der Danziger Bezirk 25 Vereine mit gleichfalls rund 7000 Mitgliedern und der Königer Bezirk zählt 10 Vereine und ungefähr 2000 bis 2500 Mitglieder. Außer dem gemeinsamen Organ, der „Ostdeutschen Arbeiterzeitung“, bestand eine engere Verbindung zwischen diesen drei Bezirken nicht. Der am 13. November in Danzig abgehaltene Vertretertag des Bezirksverbandes Danzig, der von 66 Abgeordneten besucht war, nahm zur Gründung eines Ostdeutschen Verbandes Stellung und beschloß einstimmig, vorbehaltlich der Zustimmung des Reisser und Königer Bezirke, diese Gründung vorzunehmen. Eine Entschließung, die die Satzungen des neuen Verbandes enthält und nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen wurde, besagt: „Zweck des Ostdeutschen Verbandes ist der Zusammenschluß aller derjenigen katholischen Arbeitervereine des Ostens, die nicht dem „Berliner“ Verbande angehören. Die Verbindung wird hergestellt durch das gemeinschaftliche Vereinsorgan, die „Ostdeutsche Arbeiterzeitung“ in Reisse. Generalpräses des Verbandes ist bis auf weiteres der jedesmalige Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine der Diöcese Kulm. In allen übrigen Angelegenheiten wird den einzelnen Vereinen und Verbänden möglichst Freiheit gelassen.“

Ansbreitung und Zusammenfassung der Gewerkschaften in den Niederlanden. Das Zentralbureau für Statistik hat kürzlich eine ziffermäßige Übersicht über das Wachstum und die eigenartige Gliederung der Arbeiterberufsvereine des Landes veröffentlicht. Darnach betragen die Zahlen der gewerkschaftlichen Mitglieder zu Anfang des Jahres:

	1907	1908	1909
Protestantische Gewerkschaften	2 526	5 478	6 707
Römisch-katholische G.	12 110	19 446	19 885
Andere auf religiöser Basis stehende G.	272	2 172	2 761
Sonstige G.	52 804	95 622	98 450
Zusammen	67 712	122 718	127 808

Die Zunahme der Mitglieder in den 4 Gruppen betrug im Laufe der letzten zwei Jahre also fast 100 v. H.; am bedeutendsten war sie bei den religiös neutralen Organisationen (Sozialdemokraten, sogenannte Anarchisten und einige unabhängige Vereinigungen). Die der internationalen Organisation angeschlossene Landeszentrale der niederländischen Gewerkschaften umfaßte Anfang 1909 27 Organisationen mit 36 822 Mitgliedern.

Streiks und Aussperrungen.

Der Friedensschluß in der Pirmasener Schuhindustrie ist in den Verhandlungen zwischen dem Fabrikantenverein und den Vertretern der organisierten Arbeiter sehr rasch erzielt worden. Am 24. November wurde folgendes Abkommen getroffen: Die Arbeitszeit, die jetzt 60, teilweise 59 Stunden die Woche beträgt, soll vom 1. Juli 1911 ab auf 57 und vom 1. Juli 1912 ab auf 54 Stunden ermäßigt werden; von diesem Tage an tritt also der neunstündentag voll in Kraft. Der Wochenverdienst der im Stundenlohn stehenden Arbeiter ist auch bei der verkürzten Arbeitszeit derselbe, die Akkordsätze bleiben unverändert. Überstunden, bis zu 40 Stunden im Jahr sind zu den Sätzen des Tagelohns zu leisten. Was über 40 Stunden hinausgeht, ist mit 10 Pfg. für die Überstunden besonders zu vergüten. Die Abmachungen gelten bis 1. Juli 1912. Die Beschlüsse haben die Zustimmung der Hauptversammlung des Fabrikantenvereins und des Zentralverbandes der Schuhmacher alsbald in den nächstfolgenden Tagen erhalten. Damit ist die Aussperrung der Tausende von Schuharbeitern, die am 26. November in Kraft treten sollte (Sp. 210), verhütet.

Die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie (Sp. 239) hat am 26. November auch die übrige Masse der organisierten Arbeiterschaft erfaßt, so daß nunmehr etwa 8000 Mann außer Arbeit sind. Der Arbeitgeberverband erwägt die Möglichkeit, mit nichtorganisierten Arbeitern die Betriebe notdürftig weiterzuführen. Obgleich auch die christlich organisierten Arbeiter in den Kampf hineingezogen sind, scheint zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Organisierten keine Einigkeit zu bestehen. Die unschöne Lösung, die die Verwaltungsstelle Pforzheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes ausgegeben hat, die Mitglieder sollten bei Anfragen der Unternehmer ihre Organisationszugehörigkeit verleugnen, hat zuerst den Eindruck erweckt, als ob die Arbeiterschaft sich dieser Aussperrung nicht recht gemacht fühlt; ist es doch der erste große Arbeitskampf in der Pforzheimer Industrie. Aber die Aussperrung ist auf der Arbeiterseite sogar durch Streiks der unorganisierten Arbeiter hier und da beantwortet worden, so daß einige 60 Betriebe bereits völlig stillliegen. Die Arbeitswilligen haben vereinzelt förmlich Wohnung in den Fabriken genommen.

Bergarbeiterbewegungen im Unterhartz und in Oberbayern. Die christlich organisierten Berg- und Hüttenleute des Roemelsbergs bei Goslar und der Hütten zu Oker, Mifeld und Langelsheim haben ihren vorgesetzten Behörden Lohnforderungen in Höhe von 10 % Zuschlag überreicht, da der Lebensunterhalt in den letzten drei Jahren sich um 10 bis 20 % verteuert habe, wie die Verwaltung des Konsumvereins der Berg- und Hüttenleute in Goslar genau nachweist. Da die Lohnzahlung nicht nach der Leistung, sondern nach dem Alter erfolgt, so entsteht hieraus leicht Unzufriedenheit bei einzelnen jüngeren Arbeitergruppen. Auch der Mangel voller Sonntagsruhe, ohne daß eine Mehrvergütung für Sonntagsarbeit gezahlt wird, mißfällt der Arbeiterschaft. — In Oberbayern hat ebenfalls die Lebensmittelsteuer den Anstoß zu einer Bergarbeiterbewegung gegeben, da auf den Schächtern der Oberbayerischen Aktiengesellschaft neben geringen Schichtlöhnen von 3 und 4 M. noch starke Verdienstausschläge infolge zahlreicher Feiertagschichten vorliefen, die die Betriebsleitung im letzten Jahre einlegte. Durch die Einführung des „Konsumgeldes“ (Wochmarken) sind manche Bergleute in eine starke Schuldbhängigkeit vom Werte und seiner Konsumanstalt geraten. Die Arbeiter forderten 5 M. Gedingegrundlohn, auch für Zimmerlinge; 4 M. Grundlohn für Schlepper; Aufbesserung aller Lohnarbeiter um 30 % für die Schicht und achtschündige Arbeitszeit für Schacht-, Seil-, Förderungsarbeiter und Fuhrleute. Die Betriebsleitung lehnte jedes Verhandeln mit den Organisationsvertretern ab. Die Forderung von Lohnzulagen wurde als aussichtslos bezeichnet. Ein Teil der Arbeiter, nämlich die freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter, Heizer, Maschinisten und die Sortierinnen wollten darauf ihre Kündigung einreichen. Die christlich organisierten Arbeiter waren jedoch mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, und da der Führer des katho-

lischen Arbeitervereins direkt gegen den Streik arbeitete, so haben die Freiorganisierten von der Kündigung und dem Streik zurzeit noch abgesehen. Das Berggewerbegericht München erkannte, von den Arbeitern als Einigungsamt angerufen, an, daß wenigstens eine Gleichstellung der Löhne auf den beiden Gruben erfolgen sollte.

Der Stickerstreik in Plauen ist am 19. November von den Arbeitern abgebrochen worden; angeblich weil er seinen Zweck erreicht und der von der Organisation vorgelegte Tarif von den meisten Stickmaschinenbesitzern anerkannt worden ist und es sich nicht lohnt, wegen der „paar noch Ausständigen“ den Streik weiter zu führen. Tatsächlich ist eine gewisse Ordnung der Löhne nach den im Tarif aufgestellten Normen erzielt, aber eine vertragliche Anerkennung des Tarifs ist keineswegs überall erzielt worden. Auch die Plauener Sticker haben nur einen bescheidenen Erfolg erzielt, da eine Lohnprämie von 1 % auf 1000 Stiche nur für die in der Woche 170 000 Stiche übersteigenden Leistungen oder der Tarif nur von vereinzelten Firmen bewilligt worden ist.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales droht sich zu erweitern statt sich zu legen, denn trotz des Glends, das in den Familien der Streikenden hier und da schon herrscht und durch Schneefälle und Kälte verschärft wird, haben die örtlichen Streikleitungen der 25 000 Ausständigen der Cambrian- und Aberdaregruben es in einer langen vertraulichen Besprechung mit der Hauptleitung der Miners' Federation abgelehnt, auf die durch Astwith angebotenen Vermittlungsvorschläge einzugehen. Lieber wollen sie zu einem Gesamtstreik im ganzen Kohlenbezirk von Südwales streiten. Auch weigerte sich die örtliche Streikleitung, auf ihre Sonderberatungen über einen etwaigen Gesamtstreik zu verzichten und die Beratungen und Entschlüsse darüber der „Exekutive“, d. h. dem Verwaltungsrat des Hauptverbandes, zu überlassen. Die Haltung der Streikenden ist im übrigen ruhig. Gegen die Auerbergischen, die von einzelnen Sensationsblättern immer wieder über die Streikenden veröffentlicht werden, protestieren die Geistlichen der 4 Kirchen in Tonymandy: es handele sich um Ausbreitungen einer kleinen halb-betrunknen Bande verantwortungsloser Menschen, die größtenteils von auswärts in das Streikgebiet gekommen sind. Die Handelskammer von Penngraig hat eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der sie die Schuld an einem der letzten Zusammenstöße der Polizei vorwirft, die durch ungerechtes, grausames Vorgehen gegen Männer, Frauen und Kinder die Menge erregt habe.

Der Kupferstreik in Neuport und Jersey City, der Anfang November leidlich günstig für die Arbeiter der Kupfergesellschaft stand, da die Bürgermeisterei es ablehnte, einseitig zugunsten der Gesellschaften einzugreifen, ist am 18. November infolge des geringen Zusammenhalts der Neuporter Transportarbeiter, die, soweit organisiert, in 12 verschiedene Gewerkschaften zerplüßert sind, mit einem vom Mayor Gaynor vermittelten Tarifvertrage abgeschlossen worden, der die bisherigen Arbeitsbedingungen wenig verbessert. Die Anerkennung des Organisationsrechts der Kupfer- und Hilfsarbeiter ist zwar errungen worden, aber der allmähliche Ersatz von Organisierten durch unorganisierte Arbeiter erscheint nicht ausgeschlossen. Die Arbeitsverhältnisse vor allem bleiben nach wie vor schlecht; die Fuhrleute werden wie bisher 85 bis 45 Dollars Monatslohn bei täglich 14 bis 16 stündiger Arbeitszeit beziehen; ihr Verlangen nach 50 bis 80 Dollar Monatslohn und 11 stündiger Arbeitszeit ist gänzlich unerfüllt geblieben, obwohl die vier monopolistischen Kupfergesellschaften, die die Einführung einer öffentlichen Paketpost in Neuport stets zu hintertreiben verstanden, außerordentliche Gewinne machen. Die Kraftwagenführer in Neuport streiken zum Teil weiter.

Arbeiterschutz.

Die Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal.

Unter den Klagen über die mannigfachen Mißstände im Krankenpflegeberuf wird am häufigsten die überlange Arbeitszeit hervorgehoben. In der Tat dürfte gerade hier die Hauptursache zu finden sein, daß die Kräfte der Pflegenden so schnell verbraucht werden; waren doch nach einer Statistik der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen von 1050 Schwestern 95 % bereits nach 10 Dienstjahren überanstrengt. Für die Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals besteht noch keinerlei gesetzliche Regelung, im Gegenteil ist im § 154 Abs. 3 GO, kraft der Novelle von 1908, ausdrücklich vermerkt, daß die §§ 133 g bis 139 a, die auch die Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit der Jugendlichen und Frauen enthalten (§ 136 und § 137), auf „Heilanstalten und Gesehungsheime“ keine Anwendung finden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß eine Übertragung der Vorschriften der Gewerbeordnung auf das Krankenpflegepersonal nicht ohne weiteres möglich ist. § 137 z. B. enthält das Verbot der Nacharbeit der Frauen, — wie könnte man aber ohne Nachtwachen der Pflegerinnen auskommen! Daß jedoch eine Regelung der Arbeitszeit für das Krankenpflegepersonal dringend notwendig ist, darüber sind sich die verschiedenen Berufsverbände, welche die Forderungen der Pfleger und Pflegerinnen vertreten, völlig einig. Nur die Frage, in welcher gesetzlichen Form diese Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen wäre, erscheint noch wenig geklärt.

In einem kürzlich erschienenen Werke von Georg Streiter, dem Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaft des Krankenpflegepersonals,* über die Verhältnisse im Krankenpflegeberuf werden in dem Abschnitt über die „Arbeitszeit“ zwei Wege angegeben, wie zu einer gesetzlichen Regelung zu kommen wäre. Der Verfasser schlägt vor, an den § 120 e Abs. 3 der Gewerbeordnung anzuknüpfen, der bekanntlich lautet:

„Durch Beschluß des Bundesrats können für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden.“

Auf Grund des § 120 e Abs. 3 hat der Bundesrat u. a. für den Betrieb von Bäckereien, Gast- und Schankwirtschaften, Steinbrüchen und Steinhauereien Verordnungen erlassen. Der Verfasser hat sicherlich Recht mit seinem Hinweis darauf, daß auch in der Krankenpflege „durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet“ wird.

Der zweite Vorschlag geht dahin, an den § 30 G.D. anzuknüpfen, der von der Konzessionserteilung an Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten handelt. Die Konzession kann aus bestimmten, im Gesetz angeführten Gründen verweigert werden. Die Gründe sind teils baulicher Art, die örtliche Lage soll für die Anwohner keine Gefahren hervorrufen, auch muß der Unternehmer gewisse Garantien für seine Leistungsfähigkeit bieten. Es wird nun vorgeschlagen, an diesen § 30 einen neuen Absatz anzufügen, daß die Konzession nur dann zu gewähren sei, wenn auch die Gewähr ausreichender Fürsorge für das Personal geboten ist. So hat z. B. der Bund deutscher Frauenvereine vor einigen Jahren beantragt: „Der Staat möchte nur solche Krankenhäuser konzessionieren, die die Gewähr ausreichender Fürsorge für ihr Pflegepersonal bieten und zwar durch Einschränkung der Arbeitszeit auf nicht mehr als 11 Stunden.“ — Nimmt man den Gedanken, durch die Konzessionsvorschriften auf die Arbeitsverhältnisse einzuwirken, überhaupt einmal auf, so brauchte sich diese Forderung nicht allein auf die Arbeitszeit zu beschränken, sondern man könnte dann noch andere Fragen berücksichtigen, namentlich die Fürsorge für das Personal bei Krankheit, Unfall und Invalidität.

Beide Wege aber, sowohl der Vorschlag, an den § 120 e Abs. 3 anzuknüpfen, wie der Vorschlag, durch die Konzessionserteilung auf die Arbeitsverhältnisse einzuwirken, stoßen auf eine Einschränkung. Im § 30 ist ausdrücklich nur von Privat-Anstalten die Rede, und auch der § 120 e Abs. 3 ist nur auf Gewerbebetriebe anwendbar; die öffentlichen Heilanstalten aller Art aber fallen gesetzlich nicht unter den Begriff der Gewerbebetriebe. Obwohl es ja schon ein Fortschritt wäre, wenn das Personal in den Privatanstalten eine geregelte Arbeitszeit bekäme, so hat doch ebenso das Personal in den öffentlichen Anstalten unter der übermäßig langen Dienstzeit zu leiden. Es müßte also zunächst einmal die gesetzliche Unterlage geschaffen werden, daß das Personal in den öffentlichen Heilanstalten überhaupt von den Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterschutzes erreicht werden kann. Es könnte z. B., anknüpfend an den § 30, der die Konzessionserteilung mit einigen grundlegenden Forderungen des Arbeiterschutzes verbinden soll, ein neuer Absatz eingefügt werden: „Durch Beschluß des Bundesrats (oder auch: der Landeszentralbehörden, falls man die Regelung den Einzelstaaten überlassen will) können für das Krankenpflegepersonal sowohl in öffentlichen wie in privaten Anstalten Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen getroffen werden.“ Durch eine solche Bestimmung wäre dann zunächst die Grundlage geboten, auch das Personal in den öffentlichen Anstalten vor Überanstrengung zu schützen; bei dieser Vorschrift dürfte aber auch kein Unterschied gemacht werden zwischen geistlichem und weltlichem Personal, zwischen kommunalen, staatlichen oder kirchlichen Anstalten.

Immer neue Schichten berufstätiger Personen, darunter auch die Angehörigen sogenannter „freier Berufe“, drängen dahin, durch das Gesetz ein Mindestmaß von gesundheitlichem Schutze zu bekommen, wie es den gewerblichen Arbeitern bereits zusteht. Die Verhältnisse in manchen dieser freien Berufe und auch in der Krankenpflege sind nun allerdings so verschieden von den Verhältnissen

in den gewerblichen Betrieben, daß eine schematische Gleichstellung nicht angängig ist. In einer Bundesratsverordnung jedoch oder in den Verfügungen der Landeszentralbehörden wäre es möglich, diesen gesonderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es läßt sich wohl vorstellen, daß unter Zuziehung von Sachverständigen (b. h. Anstaltsleitern, Ärzten, höherem und niederem Pflegepersonal) eine Verordnung geschaffen werden könnte, die eine Art Mindestvorschrift darstellt über das, was dem Krankenpflegepersonal an gesundheitlichem Schutze geboten werden muß. Die Arbeitszeiten, Pausen, Ablösung usw. müßte durch Austausch dem Personal kenntlich gemacht werden. Auf diese Weise bildet das Personal selbst eine Überwachungsinstanz, daß die Vorschriften auch inne gehalten werden. Außerdem aber müßte ein Aufsichtsrecht — ähnlich der Einrichtung der Gewerbeaufsicht — den Medizinalbehörden und Kreisärzten eingeräumt werden.

Je verschiedenartiger die Schichten sind, die eine gesetzliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse anstreben, umsoweniger wird man umhin können, Sondervorschriften für bestimmte Berufe zu erlassen, weil die Vorschriften der Gewerbeordnung sich nicht schematisch auf alle Berufe übertragen lassen. Dennoch aber brauchen diese Sondererlasse durchaus nicht als Gegensatz zu gelten zu dem Wunsche nach einem einheitlichen Arbeitnehmerrecht. In all solchen Vorschriften müßten vielmehr die wichtigsten grundlegenden Forderungen einheitlich aufgestellt werden, handele es sich nun um Theaterbetriebe, Krankenanstalten oder irgend welche anderen Berufe. Als diese Grundlagen zum Schutze der Arbeitnehmer müßten ein für allemal gelten die gesundheitlich möglichst einwandfreie Gestaltung der Arbeitsstätte und die Regelung der Arbeitszeit. Ob diese Regelung der Arbeitszeit in einer Festsetzung der Höchstarbeitszeit oder in einer Bestimmung über die Mindestruhezeit bestehen soll, kann der Eigenart des Berufs angepaßt werden, jedenfalls aber sollte es künftig als ungesetzlich gelten, Personen regelmäßig in 16—18stündigem Dienste tätig sein zu lassen, wie es beim Krankenpflegepersonal tatsächlich noch vorkommt.

Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wird voraussichtlich eine entsprechende Vermehrung des Personals in den Krankenanstalten nötig werden, dennoch dürfen die daraus entstehenden Kosten kein Hindernis bilden. Denn mit der Zeit wird es sich im Gegenteil als eine Ersparnis herausstellen, wenn durch größere Schonung der vorhandenen Kräfte erreicht wird, daß sie länger arbeitsfähig bleiben. Vor allen Dingen aber macht die Rücksicht auf die Kranken, die doch in jeder Krankenanstalt das oberste Gesetz bilden sollte, eine Entlastung des Pflegepersonals dringend notwendig. Denn wie von chronisch übermüdeten Arbeitern keine guten Arbeitsleistungen zu erwarten sind, werden naturgemäß auch die Pflegeleistungen des Personals beeinträchtigt, wenn dieses durch ständig zu lange Dienstzeiten überanstrengt ist.

Landwirtschaftliche Arbeitgeber für die Ausdehnung des Jugendschutzes in der Industrie. Auf der Tagung der landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Sachsen in Halle a. S. wurde die bedenkliche Abwanderung des jungen Arbeiter Nachwuchses vom platten Lande in die Städte wiederum erörtert. Von den 170 000 Kindern, die in den Jahren 1904 bis 1910 in der Provinz Sachsen aus der Schule entlassen wurden, sind nur 85 000 in der Provinz geblieben und davon 57 000 in der Landwirtschaft. Um mehr jugendliche Arbeiter in der Landwirtschaftlichen Heimat festzuhalten, schlug eine Gruppe der Versammlung bessere Bezahlung der Burschen vor. Eine andere Gruppe versprach sich mehr von gesetzlichen Eingriffen, die darauf zielen, der Jugend mindestens während der ersten zwei Jahre nach der Schulentlassung den Abzug vom Lande zu erschweren. Der konservative Abgeordnete Freiherr von Erffa regte ein Gesetz an, das die Beschäftigung Jugendlicher in den Fabriken während der ersten zwei Jahre nach der Einsegnung, also durchschnittlich bis zum 16. Lebensjahre, verbietet. Dieser Vorschlag fand bei dem an der Tagung beteiligten Oberpräsidenten warme Zustimmung, da eine derartige Regelung sowohl der Landwirtschaft wie der arbeitenden Jugend selbst zugute käme. Auch in anderen landwirtschaftlichen Körperschaften wird diese früher schon aufgetauchte Forderung neuerdings wieder aufgenommen und die „Deutsche Tages-Zeitung“, das Blatt des Bundes der Landwirte, empfiehlt diesen Plan dem Reichstanzler dringlich zur Berücksichtigung. — Wir haben schon früher unsere ersten Bedenken gegen eine solche Beschränkung der Verwendung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in der Industrie ausgesprochen. So stark und umfassend wir den Schutz für die jungen Leute ausgebildet sehen wollen, so verstoßt doch die zwangsweise Bindung dieser Arbeitskräfte an die landliche Scholle und die Landwirtschaft gegen den Geist der Frei-

* Die wirtschaftliche und soziale Lage des Krankenpflegepersonals in Deutschland. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1910. Preis 4,50 M. Wir werden das Werk auch unter den literarischen Mitteilungen behandeln.

züglichkeit und würde überdies Fabrik und Handwerk in der Erziehung eines guten Nachwuchses aufs schwerste hemmen.

Der Achtstundentag im französischen Bergbau soll gesetzlich festgelegt werden. Der Senat hat am 22. November eine Vorlage angenommen, durch welche die tägliche Arbeitszeit der unter Tage beschäftigten Bergarbeiter auf 8 Stunden herabgesetzt wird.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Das zweite Buch: Unfallversicherung, wurde mit der Beratung der Seeunfallversicherung am 24. November beendet. Abgesehen von redaktionellen Änderungen wurden nur die Folgerungen aus den Beschlüssen über die Gewerbeunfallversicherung gezogen. Alle Beschlüsse, die eine finanzielle Belastung bedeuten, wurden auch hier bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Darauf wurde das vierte Buch: Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, in Angriff genommen. In Erweiterung des Beschlusses erster Lesung, wonach Diplomingenieure und andere Personen mit technischer Hochschulbildung von der Versicherungspflicht befreit sind, wurde bestimmt, daß Versicherungspflichtige mit Hochschulbildung überhaupt auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht zu befreien sind (§ 1223a). Im Zusammenhange mit dieser Änderung wurden im § 1212 Abs. 1 Ziff. 2 für versicherungspflichtig erklärt:

„Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet.“

Die in erster Lesung geschaffene Bestimmung, wonach die Berechtigten die Selbstversicherung beim Ausscheiden aus dem Verhältnis, das die Berechtigung begründet hat, nicht nur fortsetzen, sondern sie auch erneuern können, wurde der „Zahlenkommission“, die die ziffernmäßigen Ergebnisse der Belastung feststellen soll, überwiesen, ebenso die §§ 1269 und 1282 bis 1284, die auch die Selbstversicherung behandeln.

Unterstützungspflicht der Krankenkassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche. Die vielumstrittene Frage, ob ein durch einen Betriebsunfall Verletzter nach Ablauf der ersten 13 Wochen den vollen Anspruch an die Krankenkasse hat, bei der er versichert ist, und daneben auch noch gegen die Berufsgenossenschaft, die für die Entschädigung des Unfalls in Frage kommt, ist vom Landgericht Offen mit einem eingehend begründeten Urteil vom 21. April 1910 dahin entschieden worden, daß bei Betriebsunfällen die Krankenkassen nach der 13. Woche nur insoweit eintreten müssen, als die Berufsgenossenschaft Unterstützungen noch nicht gewährt oder das Maß ihrer Leistung hinter dem der Krankenkasse zurückbleibt. In der Begründung wird folgendes ausgeführt:

Durch die ganze Sozialversicherung ziehe sich der Gedanke hindurch, daß einem Versicherten für ein und denselben Versicherungsfall nicht von verschiedenen Versicherungseinrichtungen zugleich Entschädigung zukommen soll. Aus der Entstehungsgeschichte des § 26 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes müsse entnommen werden, daß den Krankenkassen die subsidiäre Leistungspflicht auferlegt worden ist, damit bei einem Streit über den Unfall der Verletzte bis zum Austrag des Streites nicht ohne Unterstützung wäre. Wenn eine Gewährung der Ansprüche beabsichtigt gewesen sei, so hätte dies der Gesetzgeber wohl zum Ausdruck gebracht. Im Endergebnis sollte die Krankenkasse von den Kosten der Fürsorge für den Verletzten entlastet werden von dem Zeitpunkt an, in dem die Berufsgenossenschaft einzutreten verpflichtet ist. Die Begründung des Gesetzes selbst erkläre, daß die Krankenkassen nur im Bedarfsfalle und auch nur vorläufig und subsidiär eintreten sollen. Die Krankenkassen seien in diesem Falle den Armenverbänden gleichgestellt, die doch auch nur im Falle der Hilfsbedürftigkeit einzutreten haben. Das Krankenversicherungsgesetz sehe im § 57 auch vor, daß beim Eintritt genügender Kassenhilfe die armenrechtlichen Verpflichtungen wegfallen. Die Ersatzpflicht der Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen zeige ferner klar, daß die der Berufsgenossenschaft obliegende Pflicht der Krankenunterstützung die eigentliche und endgültige ist. Die Ersatzpflicht sei begrenzt, um den Verletzten wegen der Überweisung des Krankengeldes nicht in einen Notstand zu bringen. Bei doppelten Ansprüchen würde auch die grundsätzliche Absicht des Gesetzgebers in der Sozialversicherung beseitigt, dem Berechtigten eine angemessene Unterstützung zu sichern, die aber über den bisherigen Verdienst nicht hinausgehen soll. Die Krankenunterstützungsdauer sei durch die Novelle 1903 von 13 auf 26 Wochen ausgedehnt worden im wesentlichen, um die Lücke, die zwischen der 13wöchigen Fürsorgepflicht der Krankenkassen und der erst nach 26 Wochen ununterbrochener Erwerbsunfähigkeit eintretenden Fürsorge der Invalidenversicherung bestand, auszufüllen. Ferner wäre es überflüssig gewesen, im Gesetze zum Ausdruck zu bringen, daß die Berufsgenossenschaft den Krankenkassen das Heilverfahren nach der 13. Woche übertragen kann, wenn die Krankenkassen ohne weiteres 26 Wochen leisten müßten. Die Entstehungsgeschichte,

Zweck und Sinn des § 26 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes sprächen für die Auffassung, daß die Verletzten nicht Anspruch auf das Krankengeld neben der Unfallrente nach Ablauf der 13. Woche haben.

Eingabe von Privatangestellten für ein einheitliches Versicherungsrecht. Mehr als 60 000 Unterschriften von Privatangestellten der verschiedensten Berufe bedecken die Eingabe, welche die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten dem Reichstag überreicht hat, um ein einheitliches soziales Versicherungsrecht für Arbeiter und Angestellte zu fordern. Als der geeignetste Weg für die Erreichung dieses Zieles wird der Ausbau der Invalidenversicherung bei der durch die Reichsversicherungsordnung bedingten allgemeinen Reform des gesamten staatlichen Versicherungswesens vorgeschlagen.

Der Betriebskrankenkassenverband, der etwa 2700 Krankenkassen mit mehr als 2 Millionen Versicherten vertritt, beriet auf seiner Berliner Tagung am 10. November ein Übereinkommen mit dem Reichsverbande Deutscher Ärzte für die Kassenärzte. Das Übereinkommen geht von dem Grundsatz aus, die Angelegenheiten zwischen Kassen und Kassenärzten auf Grund gemeinsamer friedlicher Verständigung zu ordnen und zu erledigen. Es sollen bei den Kassen paritätisch zusammengesetzte Ausschüsse für ärztliche Angelegenheiten gebildet werden, die bei der Regelung aller die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und die Stellung der Kassenärzte betreffenden Fragen mitwirken. Bei Neuabschluß von Verträgen und Änderungen in den Verträgen wirkt der Ausschuß als Einigungsamt, nötigenfalls unter einem unparteiischen Obmann. Als Schiedsgericht entscheidet der Ausschuß in gleicher Zusammenlegung über alle Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Kassen und Kassenärzten entstehen. — Zur Frage der Reichsversicherungsordnung wurde mit Entschiedenheit die Erhaltung der Betriebskrankenkassen in vollem Umfange gefordert. Sie hätten sich aufs beste bewährt; in ihnen arbeiteten Unternehmer und Arbeiter in friedlichem Verein zusammen, wodurch es käme, daß die Betriebskrankenkassen mehr leisteten als die anderen Kassenarten. Die Errichtung von Betriebskrankenkassen dürfe auch nicht von Voraussetzungen abhängig sein, bei denen parteipolitische und gewerkschaftlich-taktische Beweggründe den Ausschlag geben. Weiter wurde die Möglichkeit gefordert, gemeinsame Betriebskrankenkassen für Betriebe gleicher Art mehrerer Unternehmer zu gründen.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Versicherung gegen Stellenlosigkeit für Handlungsgehilfen.

Seit dem 1. Januar 1908 sind die Renten der Versicherung gegen Stellenlosigkeit des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes zu Hamburg bei den ordentlichen Gerichten eintragbar. Damit ist das seit mehr als 10 Jahren vom genannten Verbande erstrebte Ziel, eine wirkliche Versicherung mit garantierten Leistungen zu schaffen, erreicht worden. Der Verband hat von seiner im Jahre 1893 erfolgten Gründung an die Forderung erhoben und nachdrücklich vertreten, daß die bisherigen Formen des Unterstützungswesens der kaufmännischen Organisationen veraltet und mit großen Mängeln behaftet seien, und betont, daß eine gleichmäßige und gerechte Behandlung aller Mitglieder unter ihrer Herrschaft auch bei den besten Absichten nicht durchgeführt werden könne. An die Stelle der wohlwollenden Ermägung jedes Unterstützungsantrags sollte das in der Satzung festgelegte Recht auf eine Rente für die Zeit der Stellenlosigkeit treten. Die Einrichtung einer solchen Versicherung war besonders deshalb schwierig, weil es völlig an geeigneten Vorbildern fehlte und irgend welche versicherungstechnischen Grundlagen ebenfalls nicht vorhanden waren. Man mußte sich damit begnügen, durch Fragebogen die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder, die damals erst wenige tausend zählten, einigermaßen zu erforschen und das so gewonnene Material als Grundlage für die folgenden Berechnungen gelten zu lassen. Ferner konnte das Problem nur als gelöst gelten, wenn von vornherein darauf verzichtet wurde, die Erlangung der Rente durch mancherlei einschränkende oder gar schikanös erscheinende Klauseln zu erschweren. Der vielumstrittene Unterschied zwischen verschuldeter und unverschuldeter Stellenlosigkeit mußte, so weit es möglich war, ausgeschaltet werden. Es wurde daher die Formel gefunden, daß als verschuldete Stellenlosigkeit, für die die Rente nicht gezahlt werden sollte, nur die Entlassung ohne Rüdnahme angesehen wurde, die die Folge eines Vergehens war, das strafrechtlich verfolgt werden konnte. Darüber hinaus hat die Ursache der Stellenlosigkeit auf die Zahlung der Rente keinen Einfluß.

Eine enge Verbindung der Versicherung mit dem Arbeitsnachweise des Verbandes war allerdings unerlässlich. Das Interesse daran, den Rentenempfänger so bald wie möglich in fester Stellung zu sehen, ist naturgemäß beiderseitig und andererseits ist durch den Zwang, sich durch die Stellenvermittlung des Verbandes um eine neue Stelle zu bewerben, die einzige Möglichkeit einer einigermaßen ausreichenden Kontrolle gegeben. Es wurde deshalb die Bestimmung geschaffen, daß der Bezug der Rente von der Bewerbung um eine neue Stellung durch die Stellenvermittlung des

Verbandes abhängig ist und daß die Bewerbung innerhalb acht Tagen nach der Kündigung der letzten festen Stellung bewirkt werden muß. Diese Frist ist erfahrungsgemäß leicht inne zu halten, so daß diese Bestimmung nicht als eine harte und erschwerende angesehen werden kann. Stellungen, die den Kenntnissen und dem bisherigen Einkommen der Mitglieder nicht entsprechen, können zurückgewiesen werden. Irgend welche Einkünfte, die den Mitgliedern während ihrer Stellenlosigkeit zufließen, sollten um den Betrag, der die Summe von 50 M für den Kalendermonat übersteigt, von der Rente abgezogen werden.

Die Versicherung wurde dadurch gebildet, daß von jedem ordentlichen Mitgliedsbeiträge 2 M an sie abgeführt wurde, ferner wurde der Bezug der Rente von einer mindestens einjährigen Verbandszugehörigkeit abhängig gemacht. Die Höhe der Rente wurde zunächst auf 25 M monatlich und die Dauer der Bezugsberechtigung auf drei Monate festgelegt. Seit dem 1. Juli 1902 beträgt die Wartezeit zwei Jahre, dagegen wurden gleichzeitig aber die Leistungen der Kasse sehr erheblich erhöht. Von diesem Zeitpunkt an begann die Höhe der Renten sich nach der Dauer der Mitgliedschaft zu richten. Sie beträgt jetzt nach zweijähriger Mitgliedschaft 30 M monatlich und steigt mit jedem vollendeten Mitgliedsjahre um 1 M monatlich bis zum Höchstbetrage von 75 M monatlich. Je fünf Jahre der Mitgliedschaft verlängern die Dauer des Rentenbezugs um einen Monat bis zur Höchstdauer von zwölf Monaten.

Die Entwicklung dieser Versicherung wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Ge- schäfts- jahr	Mit- glieder- bestand	Einnahmen Beiträge M	Einnahmen Zinsen M	Aus- zahlun- gen an Per- sonen (Zahl)	als Stellen- losenrente Beitrag M	Überschüsse M	Rücklagen Reserve- fonds M	Risiken- reserve- fonds M
1897	6 455	—	—	—	—	—	6 888	—
1898	14 226	26 008	409	59	2 800	23 517	29 905	—
1899	32 014	46 643	982	289	10 876	84 522	64 427	—
1900	40 205	68 566	1 957	462	18 941	48 244	107 672	—
1901	45 744	74 390	3 662	726	39 891	31 876	128 976	—
1902	46 112	71 855	4 002	904	48 315	20 008	148 984	—
1903	56 126	145 855	4 996	1047	51 593	57 744	161 107	—
1904	56 126	145 855	5 844	583	32 326	—	206 728	—
1905	90 418	217 581	15 812	571	29 770	157 112	274 815	—
1906	107 668	149 160	13 839	565	30 582	—	363 840	—
1907	120 183	169 811	18 357	550	30 282	124 217	850 000	138 057
1908	120 275	201 519	21 661	1186	69 622	99 569	385 072	202 553
1909	120 275	201 519	21 661	1525	104 741	82 649	467 721	202 553

Zu dieser Tabelle ist zu bemerken, daß bis zum 9. Juli 1902 eine einjährige und erst von da ab eine zweijährige Mitgliedschaft Vorbedingung für den Bezug der Rente war, und ferner, daß im Jahre 1907 ein Risikoreservefonds geschaffen wurde, dem, falls der Reservefonds die vorgeschriebene Höhe des zehnfachen Betrags der Durchschnittsausgabe für Rentenzahlungen während der letzten fünf Kalenderjahre erreicht hat, mindestens der zehnte Teil der regelmäßigen Einnahmen zugeführt werden muß. Prinzipalsmitglieder des Verbandes und Lehrlinge sind nicht bezugsberechtigt. Ihre Zahl betrug Ende 1909 zusammen 17 045.

Am 1. April 1910 wurde die Summe von 500 000 M Rentenauszahlungen überschritten und im Jahre 1910 wurden bis Ende September 86 970 M ausgezahlt. Diese Auszahlungen betragen demnach jetzt durchschnittlich zirka 9650 M monatlich und zeigen nur ganz geringe Abweichungen voneinander.

Das entschieden günstige Verhältnis zwischen Auszahlungen und Rücklagen gab Veranlassung zu einer nochmaligen Abänderung der Bestimmungen zugunsten der Versicherten. Seit dem 1. Oktober 1909 beträgt der Verbandsbeitrag anstatt wie bisher 10 M jetzt 18 M jährlich. Aber auch von diesem höheren Betrage wird der sechste Teil der Kasse der Versicherung gegen Stellenlosigkeit zugeführt, so daß diese jetzt anstatt wie früher 2 M nunmehr 3 M für das Mitglied und Jahr erhält. Dafür wird vom 1. Januar 1912 an laut Beschluß des Verbandstags vom 14. Juni 1909 in Stuttgart die Rente mit 42 M monatlich beginnen, also 12 M höher als heute. Die Steigerung wird mit jedem vollendeten Mitgliedsjahre wie bisher 1 M monatlich betragen, aber nur während der ersten 10 Mitgliedsjahre, später aber 2 M bis zum Höchstbetrage von 100 M monatlich. Die Dauer der Bezugsberechtigung bleibt dagegen unverändert. Die Höchstleistung der Kasse würde also 12 mal 100 M gleich 1200 M in einem Jahre betragen.

Die Versicherung gegen Stellenlosigkeit des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes untersteht als die erste ihrer Art seit dem 1. Januar 1908 dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung.

Hamburg.

Joh. Irwahn.

Genossenschaftswesen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kleinhandelsgeschäfte und der Konsumvereine unterzieht Professor Legis-Göttingen in seiner neuen Darstellung der „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ für das bekannte Sammelwerk „Die Kultur der Gegenwart“ (Leipzig, B. G. Teubner 1910) einer kritischen Betrachtung, die den kurzfristigen Gegnern der Konsumvereine vielleicht zu denken geben wird. Legis sagt:

„Stets wenden sich viele Leute ohne genügende Vorbildung und mit unzulänglichem Kapital dem Ladenbetriebe zu, der ihnen das bequemste Unterkommen zu bieten scheint, und durch die Leichtigkeit, mit der im Großhandel Waren auf Kredit geliefert werden, wird dieser Zudrang wesentlich gefördert. Das Publikum hat von der Überfüllung des Detailhandels keinen Vorteil, denn die Preise werden dadurch nicht erniedrigt, vielmehr ist jeder Mitbewerber wegen der Beschränkung des Absatzgebiets genötigt, seine Preise möglichst hoch zu halten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kann man aber nicht umhin, die Vergütung, die der Detailhandel für seine Leistungen erhebt, so hoch zu finden, daß eine Verminderung derselben, namentlich im Interesse der weniger bemittelten Klassen, sehr zu wünschen wäre. Für die Zukunft dürfte eine Verringerung des jetzigen unbefriedigenden Zustandes durch weitere Entwicklung des Großbetriebs und der Konsumvereine sich allmählich anbahnen, ohne daß der wirklich leistungsfähige Mittelstand des Gewerbes dadurch verdrängt wird. Die Beseitigung unnützer Einzelbetriebe aber würde in jeder Beziehung ein Gewinn sein.“

Daß dadurch die Zahl der selbständigen Existenzen vermindert wird, kann vom sozialen Standpunkte nicht als ein Nachteil angesehen werden, soweit diese Selbständigkeiten nur auf Kosten der Masse, der Arbeiterbevölkerung möglich waren, die höhere Preise bezahlen mußte, als bei rationelleren Betriebsformen nötig gewesen wäre. Dies gilt insbesondere von dem Detailhandel, in dem der Großbetrieb vermöge seiner größeren volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Zukunft immer mehr Boden gewinnen wird, wenn auch Deutschland in dieser Entwicklung eine beträchtliche Strecke hinter Amerika und England zurückbleiben wird. Übrigens wird es auch künftig zur Befriedigung individueller und lokaler Bedürfnisse an Mittel- und Kleinbetrieben und auch an kleineren Detailhandelsbetrieben nicht fehlen. Was aber den Mittelstand im sozialen Sinne betrifft, der sich nicht nach der Betriebsgröße, sondern nach dem Einkommen bestimmt, so wird es gerade eine Hauptaufgabe der Zukunft sein, ihm einen möglichst breiten Raum in dem Aufbau der Gesellschaft zu verschaffen.“

Die „Soziale Praxis“ hat mehrfach an der Hand der Statistik — wir verweisen auf die Erhebungsergebnisse in der Schweiz und im Königreich Sachsen — die unwirtschaftliche Überlegung des Kleinhandels mit ungeschulten Personen hervorgehoben und betont, daß die soziale Gefunderhaltung des Mittelstandes durch diese parasitären Existenzen nicht gefördert, sondern bedenklich gefährdet wird. Nicht selbständige, politisch unabhängige Existenzen erwachsen in diesen Einzelbetrieben, die vielfach von Frauen geführt werden, deren Männer tagsüber auf Arbeit gehen. Denn diese Betriebe, die oft nicht leben und nicht sterben können und nur durch Borgwirtschaft sich einen kleinen Kundenkreis, den andere gelernt und solide Kleinhändler verschmähen, erhalten können, verdammen ihre Inhaber nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch zu einer unerwünschten Abhängigkeit.

Welch nützliche volkswirtschaftliche Wirkung auf der anderen Seite von den Konsumvereinen unter Umständen ausstrahlt, dafür brachte die „Köln. Volksztg.“ jüngst aus Niedermarsberg einen Beleg. Da ließen die Metzgermeister des Städtchens eines schönen Tages öffentlich ausschellen, daß fortan alles frische Fleisch und die Wurst um etwa 25 % im Preise herabgesetzt werde. Diese auffallende Preisherabsetzung ist darauf zurückzuführen, daß der Konsumverein von Gummersbach und Umgegend eine Verkaufsstelle dort aufgetan hat, welche auch frisches Fleisch und Wurst abgibt.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1909 (Berlin 1910, J. Gutentag LXXXII, 267 Seiten) gibt wiederum Aufschluß über die deutschen eingetragenen Genossenschaften im Jahre 1909. Der größere Teil des Jahrbuches ist jedoch den dem Allgemeinen Verbands angegeschlossenen Genossenschaften gewidmet. Ihre Zahl beträgt gegenwärtig 1497. Von

ihnen sind 953 Kreditgenossenschaften, 7 Aktiengesellschaften, 1 Kommanditgesellschaft auf Aktien, 285 Konsumvereine, 68 Magazin-, Rohstoff-, Werkstoffgenossenschaften usw. Baugenossenschaften zählt der Verband 183. Über die Kreditgenossenschaften und die Konsumvereine lassen wir wie im Vorjahre die wichtigsten Zahlen folgen:

I. Kreditgenossenschaften (Volks- und Gewerbebanken, Vorschußvereine usw.).

	1906	1907	1908	1909
Berichtende Genossenschaften	915	917	919	914
Mitgliederzahl	550 000	557 000	578 000	580 000
	III. Quart.	III. Quart.	III. Quart.	III. Quart.
Ausstände auf Kredite am				
Jahreschluß	979	1 038	1 060	1 119
Bilanzsumme, Aktiva	1 190	1 238	1 289	1 880
Eigenes Vermögen	248	260	277	295
Aufgenommene fremde Gelder	920	950	987	1 061
Umsatz	10 895	11 862	11 823	12 500

II. Konsumvereine.

	1906	1907	1908	1909
Berichtende Vereine	265	271	266	265
Mitgliederzahl	247 000	258 000	257 000	262 000
	III. Quart.	III. Quart.	III. Quart.	III. Quart.
Verkaufserlös im Jahre	57	62	65	68
Geschäftsguthaben der Mitglieder	4,4	4,7	4,7	4,7
Reservefonds	3,1	3,2	3,3	3,4
Reingewinn	6,5	7,0	7,1	7,2

Interessant ist die Zusammensetzung der Mitgliedschaften der Konsumvereine. Es waren Anfang 1910:

I. Selbständige Landwirte, Gärtner, Förster, Fischer	4,07 %
II. Gehilfen und Arbeiter bei der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	4,17 -
III. Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und Bauunternehmer	1,94 -
IV. Selbständige Handwerker	11,22 -
V. Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Handwerksgehilfen	28,38 -
VI. Selbständige Kaufleute und Händler	6,18 -
VII. Handlungsgehilfen und sonstige kaufmännische Gehilfen	1,83 -
VIII. Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirte	3,21 -
IX. Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- oder Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, unselbständige Schiffer, Kellner	15,31 -
X. Dienstmänner, Diensthöten	1,55 -
XI. Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Staats- und Gemeindebeamte	12,37 -
XII. Rentiers, Pensionäre und andere Personen ohne Berufsausübung	9,17 -

Während in den dem Zentralverbande angeschlossenen Konsumvereinen 78,5 % der Mitglieder gegen Gehalt oder Lohn in gewerblichen Betrieben beschäftigt sind, machen die entsprechenden Schichten hier nur ungefähr die Hälfte der Mitglieder aus.

Das Lieferantengeschäft betrieben 62 Genossenschaften mit 62 200 Mitgliedern, der Umsatz betrug 3,7 Millionen Mark. Eigenproduktion hatten 24 Genossenschaften, darunter 18 Bäckereien, Schlächtereien betreiben nur zwei Vereine.

Konsumgenossenschaftswesen in Hamburg. Als in Hamburg die „Produktion“ gegründet wurde, bestand dort bekanntlich bereits ein großer, jedoch veralteter Konsumverein (Soz. Pr. XVIII, 969), daneben gibt es noch zwei Beamtenkonsumvereine. Der Hamburgische Verband der Detaillisten und sonstigen Gewerbetreibenden hat nun eine Zusammenstellung über das Wachstum dieser vier Vereine veröffentlicht. Danach hatte die „Produktion“ 1903 einen Umsatz von 2 1/2 Mill. M., 1910: 10 Mill. M. Die „neue Gesellschaft“, deren Mitgliedschaft ähnlich zusammengesetzt ist wie die der „Produktion“, hat von dieser rührigen Werbetätigkeit ebenfalls großen Vorteil gehabt und ihren Umsatz von 4 auf 8 Mill. M. gesteigert. Der Hamburgische Staatsbeamtenverein hat seinen Umsatz gleichfalls verdoppelt, 2,3 statt 1,1 Mill. M., während bei dem bereits 1903 größeren Altonaer Beamtenverein der Umsatz von 2,77 nur auf 3,75 Mill. M. stieg: Die Zahl der Warenabgabestellen stieg bei der „Produktion“ von 28 auf 76, bei der „Neuen Gesellschaft“ von 80 auf 62, beim Hamburgischen Staatsbeamtenverein von 9 auf 20, während der Altonaer Beamtenverein nur eine Abgabestelle neu einrichtete, er besitzt jetzt 18. Die Gesamtzahl der Abgabestellen ist von 84 auf 176 gestiegen, davon sind 147 Abgabestellen für Kolonialwaren. Besonders interessant ist, daß die Vermehrung des Umsatzes nur bei der „Produktion“ und der „Neuen Gesellschaft“ auf einen entsprechenden Mitgliederzuwachs zurückzuführen ist. Es stieg die Mitgliederzahl bei der „Produktion“ von 7000 auf 42 000, bei der „Neuen Gesellschaft“ von 18 000 auf 34 000, dagegen beim Hamburger Beamtenverein von 11 300 auf 16 000 und beim Altonaer Beamtenverein nur von 21 500 auf 22 500. Die Gesamtmitgliederzahl betrug 1909: 114 500. Da Hamburg und Altona zusammen etwa 282 000 Haushaltungsvorstände zählen, ist demnach ungefähr die Hälfte Mitglied einer Konsumgenossenschaft.

Volkserziehung.

Die Schulspeisung in Mannheim.

Von Helene Simon-Berlin.

Mannheim, die erste deutsche Stadt, die aus schulpflegerischen Beweggründen Schulfrühstück eingeführt hat, von einer besondern „städtischen Kommission zur Speisung armer Schulkinder“ veranlaßt, rüstet zu neuen Taten. Zuerst ein Blick auf das schon Geleistete: Im Berichtsjahre 1909 erhielten 3913 Kinder (im Vorjahre 3765) an 78 Tagen, vom 29. November bis 16. März, ein warmes Milchfrühstück. Der Gesamtaufwand betrug 25 000 M. Die Zeit der Verabreichung ist kurz — zu kurz. Die Kosten sind verhältnismäßig hoch. Dies gestattet einen Rückschluß auf die Qualität des Frühstücks; hoffentlich wird es ihrer Unschade bald auf die ganze Schulzeit ausgedehnt.

Damit würde den Grundfragen entsprochen, nach denen Mannheim jetzt die Mittagspeisung bedürftiger Schüler regeln will.

Der erste Schritt geschah im Dezember 1908. Alle Klassenlehrer der Volksschulen wurden zur Angabe der Schüler erlucht, deren Speisung aus städtischen Mitteln dringliches Erfordernis sei. Man wußte, daß die ausgeworfenen Mittel gering waren; dennoch liefen 364 Lehrergeruche ein. Darunter 42 Schüler, deren Vater oder Mutter krank, 40, wo die Mutter Witwe ist; bei 60 Schülern ist die Familie groß, bis zu 8 noch nicht erwerbsfähigen Kindern, bei 32 ist um Mittag niemand zu Hause. „Kann hier“, fragt eine der mitwirkenden Lehrerinnen, „das Pflichtgefühl der Eltern den Kindern ausreichende Nahrung schaffen? Bei 30 Kindern sorgt der Vater nicht für seine Familie: er hat sie verlassen, oder er gibt von dem Verdienst fast nichts her oder er trinkt; 5 Kinder leiden Mangel, weil sie unehelich geboren. — Ja, wo sind die Väter, die nicht für ihre Familie sorgen? Gibt es kein Gesetz, das sie dazu zwingt? — Sollen wir deshalb die Kinder weiter darben lassen? Wird das die Väter zurückerufen?“¹⁾

Der im Jahre 1908 erstmals angelegte Betrag von 10 000 M. für Mittagbrot ward für 1909 erneut bewilligt; dazu 5000 M. Privatpenden. Für diese dem Frauenverein, Abteilung Volksküche, überwiesenen Summen wurden 1909, teils dauernd, teils vorübergehend, 450 Schüler auf 228 Speiseflächen in den Volksküchen gespeist. Die Volksküche berechnet pro Jahr und Kind für 300 Verpflegungstage 57 M., d. h. 0,19 M. pro Portion.²⁾ — Soweit handelte es sich um ein Provisorium zur Beseitigung der allgrößten Not.

Auf Grund der gesammelten Erfahrungen wurden dem Bürgermeisteramt vom Volksschulrektorat (Stadtschulrat Professor Dr. Seidinger) am Schluß des Berichtsjahres 1909 Vorschläge zur Regelung der Schulspeisung unterbreitet.

Die Schulleitung will die Speisung zu einer öffentlich-schulpflegerischen Aufgabe machen und die Mithilfe der Lehrer und Schulvorstände in den Vordergrund rücken. Die Mannheimer Lehrerschaft glaubt, daß diese körperliche Fürsorge ihre pädagogische Arbeit wirksam unterstützen und erleichtern wird.

Aus solchem Geiste sind die „Bestimmungen über die Verabreichung von Mittagessen an bedürftige Volksschüler“ geboren, die Mannheim durch Beschluß vom 7. Juli 1910 genehmigt hat. Sie sind ein grundsätzliches Ereignis. Und Aufstellung und Genehmigung solcher Grundzüge ist nicht denkbar ohne zwingende Rückwirkung auf die Praxis.

An dieser Stelle können den Bestimmungen nur die wichtigsten Züge entnommen werden. Sie fordern: daß, zur Wahrung des Verantwortungs- und Familiengefühls, unentgeltlich Mittagbrot nur gewährt wird nach sorgfältigster Prüfung der Verhältnisse und Feststellung der Notwendigkeit.

Die Feststellung erfolgt im Auftrag der städtischen Schulspeisungskommission durch die Schule und ihre Organe: die Lehrer sollen auf Anregung von Eltern, Schularzt, Mitgliedern der Frauenvereine oder nach eigener Beobachtung durch Umfrage in der Klasse die bedürftigen Schüler ermitteln. Deren Eltern haben dann ein Gesuch um Berücksichtigung mit Aufschluß über ihre Familien- und Vermögensverhältnisse (laut Formular) einzureichen. Nach ein-

¹⁾ Marie Nigel: Schulspeisung, Vortrag gehalten in der Abteilung Mannheim des Vereins „Frauenbildung — Frauenstudium“ am 10. Februar 1909.

²⁾ Die Volksküche hat hier die Pionierarbeit geleistet. Seit 1898 hat die Vorsitzende, Frau Leuel, die Schulspeisung angestrebt. S. hierzu Die Leuel: Wie ich die Schulspeisung erreichte. Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine. XII. Jahrg. Nr. 16.

gelaufenem Besuch einigen sich Schularzt, Ober- und Klassenlehrer in gemeinsamer Rücksprache über „Dürftigkeit und Würdigkeit“ (?) des Kindes. Die endgültige Entscheidung und Zuweisung liegt der städtischen Schulspeisungskommission ob, wo erforderlich, auf Grund von „Hauskonferenzen“ und nach Maßstab der im Budget vorgesehenen Mittel. — Man sieht, nicht leicht schlüpft ein Bösewicht durch die Maschen dieses Regwerks.

Für „Vorschlag- und Auswahlverfahren“ kommen in Betracht:

1. Kinder, die nach einem je nach Altersklassen festgesetzten Gewichtsschema als unterernährt gelten. Zur Speisung zuzulassen (das ist der volkswirtschaftlich interessanteste, übrigens auf das Schulfrühstück schon angewandte Teil der Bestimmungen) sind
2. Kinder laufend unterstützter armer Eltern, 3. Schüler, deren Eltern einzeln oder zusammen mit einem Kind nur über einen Tagesverdienst von 3 *M.*, mit 3 und weniger Kindern von 3,50 *M.*, mit 5 und weniger Kindern von 4 *M.*, bei höherer Kinderzahl von höchstens 4,50 *M.* verfügen; 4. Schüler, deren einfacher Schulweg mehr als eine halbe Stunde beträgt und deren Eltern eine außerhäusliche Beköstigung nicht bestreiten können; 5. Schüler aus Familien, wo die zuständigen Personen infolge außerhäuslicher Beschäftigung nicht zur regelrechten Zeit für zweckmäßige Ernährung der Kinder sorgen können. (Hier liegt die richtige Annahme zu Grunde, daß außerhäuslicher Erwerb beider Eltern teils, bezw. der Mütter, fast immer unzureichende Vermögens- und Ernährungsverhältnisse bedeutet.)

Freispeisung kann jeweilig höchstens für ein Jahr bewilligt werden. Die Speisung beginnt und schließt mit dem Schuljahr.

Der Klassenlehrer soll die körperliche Entwicklung der Schüler und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Elternhauses dauernd im Auge halten und zu Beginn jeden Schuljahres ein Verzeichnis der voraussichtlich speisebedürftigen Schüler vorlegen. Vom Schularzt vorgeschlagene Schüler sollen beim Zutreffen der normierten wirtschaftlichen Gründe zunächst Berücksichtigung finden. — Der Schularzt hat die Wirkung der Speisung auf den Ernährungszustand zu verfolgen. — Die Oberlehrer haben von Zeit zu Zeit die Schulspeisung zu beaufsichtigen. Beteiligung der Klassenlehrer an der täglichen Aufsicht ist erwünscht. Verwiesen sei noch auf Vorschriften über das Betragen der Schüler, von denen Pünktlichkeit, Reinlichkeit, Ruhe und Anstand gefordert wird.

Im übrigen ist Fachleuten das Studium der „Bestimmungen“ sowie der zugehörigen Formulare über Antragstellung der Eltern und Lehrer und sonstige Verwaltungsmaßnahmen dringend zu empfehlen. Wobei zu betonen ist, daß es sich um ein Programm handelt, für das Abänderungen gemäß den Erfordernissen der Praxis in Aussicht genommen sind.

Die nahe Beziehung dieses Programms zu der in ganz Deutschland wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit, die Schule an der Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes zu beteiligen, liegt auf der Hand¹⁾ und sei hier nur in Erinnerung gebracht. Vorse Mitglieder einer Rette, deren Verknüpfung uns der Lösung schwieriger Wirtschafts- und Schulprobleme nähern würde.

Zum Schluß noch ein Wort über die Mannheimer Schulzahnpflege. In dem Kostenanschlag für 1910 wurden 20000 *M.* für 9 Monate zahnärztlicher Behandlung vorgesehen. Gewiß eine Summe, die erweist, daß keine Unterschätzung der Zahnpflege vorliegt. Dennoch führt die zahnärztliche Statistik über 1636 untersuchte Schüler zu dem folgenden Ergebnis:

„Bei weit über der Hälfte aller Kinder besteht kein proportionales Verhältnis zwischen dem Zustand ihres Gebisses und dem ihrer Ernährung, wir finden vielmehr ebenso oft einen guten Ernährungszustand bei schlechtem Gebiß, als einen schlechten Ernährungszustand bei gutem Gebiß. —

„Das Maß der Nahrungszufuhr ist ungleich viel wichtiger wie die sogenannte Sanierung des Mundes in einer Zeit, wo der Zahnuntergang eine natürliche Erscheinung ist und der Körper zu seinem Aufbau viel Aufbaumaterial braucht.“²⁾

¹⁾ Vergl. „Soziale Praxis“ Jahrg. XX Sp. 4. Die unvollkommene Durchführung des Kinderarbeitsgesetzes in gewerblichen Betrieben.

²⁾ Verwaltungsbericht des Stadtrats der Großh. Badischen Hauptstadt Mannheim für 1909.

Über die Mannheimer Schulverhältnisse im allgemeinen siehe Stadtschulrat Prof. Dr. Sickinger: „Die Mannheimer Volksschuleinrichtungen in übersichtlicher Darstellung.“ Die deutsche Arbeitsschule, Jahrg. 1909 Heft 1.

Die Frauenvereine im Kampfe gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild. Ein „Zentralausschuß der deutschen Frauenvereine zum Kampfe gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild“ wurde in einer aus allen Teilen des Reichs von Frauen der verschiedensten Richtungen besetzten Versammlung am Montag, den 21. November, begründet. Es waren Vertreterinnen der Frauenbewegung anwesend, wie auch Vertreterinnen konfessioneller und charitativer Verbände, katholischer Fürsorgevereine, evangelischer Jungfrauenvereine, Vertreterinnen der Volksschullehrerinnen, der kaufmännischen Angestellten, der Gastwirtsgehilfinnen usw. Der neugegründete Ausschuss macht es sich zur Aufgabe, die Frauenvereine Deutschlands in stärkerem Maße als bisher für den Kampf gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild heranzuziehen. Einerseits sollen positive Maßregeln zur Verbreitung guter Literatur — insbesondere für die Jugend — gefördert und Bestrebungen zur Entwicklung eines gesunden Geschmacks unterstützt werden. Andererseits soll auch auf die Durchführung der Bestimmungen über den Vertrieb von unzüchtigen Schriften und Abbildungen, vor allem über den Verkauf solcher Schriften an jugendliche Personen, eingewirkt werden.

Ein Arbeitgeberverband gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen der Freien Studentenschaft. Das erfreuliche, ja geradezu verdienstvolle Unternehmen studentischer Kreise, von ihrem Bildungsüberfluß auch lernbegierigen Arbeitern etwas in regelmäßigen Elementarvorlesungen zugute kommen zu lassen und durch diese gemeinnützige Tätigkeit mitten unter den Arbeitern zur Überbrückung sozialer Gegenstände beizutragen, hat in Hannover eine unerwartete Störung erfahren. Die „Freie Studentenschaft“ der dortigen Technischen Hochschule hatte, wie in Duzenden von anderen Städten, in einer von der Stadt zur Verfügung gestellten Schule „Freie Fortbildungskurse für Arbeiter“ zum Unterricht in den Elementarfächern, besonders in Deutsch und Rechnen eingerichtet und Anmeldungen dazu im städtischen Arbeitsnachweis erbelen. Gleichzeitig verstandte sie an die Arbeitgeber der größeren Firmen Hannovers Ankündigungen mit der Bitte um Aushang in ihren Betrieben, um so sich Zuspruch aus der Arbeiterschaft zu sichern. Der „Berein der Metallindustriellen der Provinz Hannover“ hat an diesen Ankündigungen studentischer Arbeiterunterrichtskurse Anstoß genommen und ihren Aushang zu unterdrücken gesucht. Das Rundschreiben des Vereins an seine Mitglieder hat folgenden merkwürdigen Inhalt:

An sämtliche Mitglieder und kartellierten Firmen des Vereins.

Vom dem Ausschusse der „Freien Fortbildungskurse“ für Arbeiter werden zurzeit Plakate an die hiesigen Firmen gefandt mit dem Ansuchen, sie im Betrieb auszuhängen.

Wir warnen dringend davor, diesem Ansuchen der gewerkschaftlich organisierten Studenten der Technischen Hochschule zu entsprechen, da dies gleichbedeutend wäre mit einer Unterstützung der Gewerkschaften überhaupt.

Seltzam! Weil Studenten einer Gemeinschaft, die auf „unbedingte Neutralität und grundsätzlichen Ausschluß aller Fragen der Politik und der Religion“ laut ihren Satzungen hält, Arbeitern bei Übungen im Rechnen, Schreiben und Deutschsprechen helfen wollen, erscheinen sie den Metallindustriellen Hannovers verdächtig! Da kann doch nur eine falsche Belehrung über das edle Streben der jungen Akademiker vorliegen. Oder sollte der Hinweis auf den Aushängeschildern, daß Anmeldebezetel für die Kurse auch bei den Vertrauensmännern der Gewerkschaften zu haben sind, das Mißfallen der Arbeitgeber erregt haben? Nun, dann hätte doch eine Verhändigung mit dem Studentenausschuß genügt. Man muß hoffen, daß die hannoverschen Industriellen ihre Warnung bei besserer Kenntnis der studentischen Kurse zurücknehmen und diese vielmehr freudig unterstützen.

Schulreform in Wien. Einem Erlaß des Landes Schulrates von Niederösterreich zufolge soll der Unterricht an den Volksschulen in der Weise geregelt werden, daß nicht Kinder gleichen Alters, sondern möglichst gleicher Begabung gemeinsam unterrichtet werden. Hierdurch soll erreicht werden, daß den schwächer veranlagten Kindern mehr Sorgfalt zugewendet werden könne und daß die normal veranlagten beim Unterricht nicht aufgehalten werden. Dadurch könnte auch die Schülerzahl in den Klassen mit Kindern, die in allen Gegenständen den lehrplanmäßigen Anforderungen entsprechen, erhöht und in den Klassen mit schwächeren Schülern herabgesetzt werden. Bezüglich der letzteren soll auch der Grundsatz gelten, daß der Lehrstoff nur auf das notwendige beschränkt wird. Die schon seit mehreren Jahren in einzelnen Wiener Schulen gemachten Versuche, den Unterricht in dieser Weise zu regeln, haben derart günstige Resultate ergeben, daß der Landes Schulrat beschloffen hat, diese Art der Einteilung nach der Leistungsfähigkeit der Schüler in Wien durchzuführen. — d.

Volksgesundheit.

Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe sieht zunächst eine Anmeldung von Gewerbebetriebern vor, die auf der Behandlung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden an Mensch oder Tier beruhen, ohne daß der Ausübende die entsprechende staatliche Anerkennung besitzt. Auch muß er auf Erfordern der Behörde über seine persönlichen Verhältnisse Auskunft erteilen, soweit sie mit dem Gewerbebetrieb in Zusammenhang stehen, und hat Geschäftsbücher zu führen. Gewerbebetriebern dieser Art wird verboten: die Fernbehandlung, die Behandlung mittels mystischer Verfahren, diejenige von gemeingefährlichen Krankheiten, aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, auch wenn sie an anderen Körperstellen auftreten, von Krebskrankheiten, die Behandlung mittels Hypnose, die Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken, endlich die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter die Haut oder in die Blutbahn, soweit es sich nicht um die gestattete Anwendungsart handelt. Der Bundesrat kann die Anwendung auch bei Tieren sowie die Anwendung anderer Verfahren bei Menschen oder Tieren untersagen. Außerdem kann der Bundesrat den Verkehr mit einer Reihe von Gegenständen, Apparaten und Arzneien untersagen, sofern diese der Schädigung oder Täuschung dienen. Die Anwendung der vom Bundesrat erlassenen Beschränkungen oder Verbote wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Bezeichnung des Gegenstandes bei im wesentlichen gleicher Zusammensetzung geändert wird. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

Zur Mitwirkung bei Ausübung der dem Bundesrat zustehenden Befugnis wird bei dem Kaiserlichen Gesundheitsamt eine Kommission gebildet. Sie besteht aus Beamten, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste besitzen, und aus Sachverständigen aus dem Gebiete der Medizin, der Tierheilkunde und der Pharmazie. Die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt. Dieser ernennt auch den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus der Zahl der Mitglieder. Die Ernennung der Sachverständigen erfolgt auf die Dauer von fünf Jahren. Vor der Beschlußfassung des Bundesrats hat die Kommission sich gutachtlich darüber zu äußern, ob eine Beschränkung oder Unterlagung des Verkehrs geboten sei. Die Kommission beschließt in der Zusammensetzung von fünf Mitgliedern, unter denen mindestens drei Sachverständige sein müssen. Die Kommission hat dem Verfasser oder anderen Beteiligten, soweit dies ausführbar ist, zur Wahrung ihrer Interessen Gelegenheit zu geben. Im übrigen wird die Einrichtung der Kommission und das Verfahren vor ihr durch den Bundesrat geregelt.

Hieran fügen sich die Strafbestimmungen: § 7 lautet: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer in öffentlichen Ankündigungen oder Anpreisungen, welche die Verhütung, Vinderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden bei Menschen oder Tieren oder Kräftigungsmitteln für Menschen oder Tiere oder Säuglingsnahrungsmitteln betreffen, wissentlich unwahre Angaben macht, die geeignet sind, Täuschungen über den Wert oder die Wirksamkeit der Gegenstände oder Verfahren hervorzurufen. Dasselbe gilt, wenn wissentlich unwahre Angaben gemacht werden in bezug auf den Ursprung oder die Herkunft der Gegenstände oder Verfahren, in bezug auf die Person des Verfertigers oder Urhebers oder über die die Veröffentlichung veranlassende Person oder über die Erfolge einer dieser Personen. Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten und Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder eine dieser Strafen ein. In dem Urteil kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. In der Anordnung ist die Art der Bekanntmachung zu bestimmen.“

Andere Paragraphen bedrohen die Ankündigung von Fernbehandlung uögl. mit Strafen, ebenso das Unterlassen der Anzeige des Betriebs oder die Behandlung ohne eine solche. Inhaber einer ausländischen staatlichen Anerkennung, die im Ausland wohnen, unterliegen der letztgenannten Strafbestimmung nicht, wenn sie auf Aufforderung der Behandlung einzelner Fälle im Inland übernehmen; jedoch kann der Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats anordnen, daß gegen Angehörige eines ausländischen Staates ein Vergeltungsrecht angewendet wird. — Der § 15 besagt: „Der öffentlichen Ankündigung oder Anpreisung im Sinne dieses Gesetzes ist es gleich zu achten, wenn gegenüber einem größeren Kreise von Personen Empfehlungen, Anerkennungen, Gutachten, Dankausagen oder ähnliche Äußerungen verbreitet werden

oder auf solche Äußerungen verwiesen wird. Dasselbe gilt von Mitteilungen an einzelne Personen, wenn der Mitteilende sich zuvor öffentlich zur Auskunft erboten hat. Diese Vorschriften gelten nicht für Berichte über die Verhandlungen wissenschaftlicher Fachkreise auf dem Gebiete der Medizin, der Tierheilkunde oder der Pharmazie.“

In der Begründung wird zunächst einleitend gesagt: Das Heilgewerbe entbehrt zurzeit im Deutschen Reich noch einer einheitlichen, zusammenfassenden Regelung. Soweit nicht gemäß § 6 der Gewerbeordnung einzelne Bestimmungen, namentlich diejenigen über die Approbation der Medizinalpersonen, in der Gewerbeordnung selbst getroffen worden sind, ist der Gegenstand im wesentlichen der Landesgesetzgebung überlassen. Eine zusammenfassende Regelung des Heilgewerbes durch Reichsgesetz, so erwünscht sie sein mag, wird wegen der in der Sache liegenden Schwierigkeiten in absehbarer Zeit noch nicht zu erwarten sein. Um so mehr tritt das Bedürfnis hervor, auf einzelnen Gebieten, wo sich Mißstände gezeigt und von Jahr zu Jahr mehr breit gemacht haben, vorweg die bessernde Hand anzulegen. Ein solches Bedürfnis hat sich seit längerer Zeit besonders bei zwei in engem Zusammenhange stehenden Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens geltend gemacht, bei denen die bisherigen landesrechtlichen Vorschriften sich auf die Dauer als offensichtlich unzureichend erwiesen haben. Es sind dies einmal die Mißstände, welche sich daraus ergeben, daß Personen ohne Befähigungsnachweis gewerbsmäßig die Behandlung von Krankheiten, Leiden und Körperschäden an Menschen oder Tieren in das Gebiet ihrer Tätigkeit ziehen, andererseits das Unwesen, das mit dem Vertriebe, dem Ankündigen und Anpreisen von Geheimmitteln oder ähnlichen Gegenständen verbunden ist, die der Verhütung, Vinderung oder Heilung von Krankheiten usw. dienen sollen. Diesen Erscheinungen gegenüber soll versucht werden, durch eine reichsgesetzliche Regelung mittels des vorliegenden Entwurfs die dringend notwendige Abhilfe zu schaffen.

Es wird dann an einer Reihe instruktiver Einzelfälle die Notwendigkeit gesetzgeberischen Vorgehens erläutert, sowohl hinsichtlich der Kurpfuscherei wie des Geheimmittelwesens. Über den ursprünglichen Stand der Kurpfuscherei heißt es in einer Statistik von Dr. Dietrich (Die Kurpfuschereien in Preußen im offiziellen Bericht über die 15. Hauptversammlung des Preussischen Medizinal-Beamtenvereins Berlin 1898 S. 122), es seien von 1785 männlichen Kurpfuschern 258 kleine Landwirte und Häusler, 587 Handwerker (darunter 206 Barbier und Heilgehilfen), 800 Handels- und Gewerbetreibende, 77 Arbeiter, 218 Beamte und beamtete Personen (darunter 85 Pfarrer und 99 Lehrer), und von 669 weiblichen Kurpfuschern 49 Hebammen, 14 Masseusen, 15 Pflegerinnen, 220 ohne besonderen Beruf, sonst Arbeiter- oder Handwerkerfrauen uögl. Das Wert über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates 1906 zählt unter den Männern 107 aus der Landwirtschaft, 1924 aus dem Handwerkerstande, darunter 776 Zahntechniker einschließlich Zahntechniker und Dentisten und über 700 Barbier und Masseure, 226 aus Handel und Gewerbe, 104 aus dem Arbeiterstande, 59 Beamte und Angestellte und 272 aus sonstigen Kreisen. Von Frauen sind bezeichnet als Frauen ohne besonderen Beruf 200, verschiedene Ehefrauen 80, verlassene Ehefrauen 3, Hebammen 3, frühere Hebammen 8, Landwirtsfrauen 15, Arbeiterfrauen 22, Handwerkerfrauen 40, Beamtenfrauen 9, Frauen von Masseusen, Barbieren, Zahntechnikern 13, Witwen ohne Benennung des Berufs des verstorbenen Ehemannes 33, Landwirtsfrauen 4, Arbeiterfrauen 4, Handwerkerfrauen 16, Beamtenfrauen 9, Zahntechnikerinnen 64, Krankenpflegerinnen 21, Masseusen 107, Arbeiterinnen 15, Schneiderinnen 11, Dienstmädchen 26. — Zudem haben die Kurpfuscher große Vereine um sich versammelt, sie haben sich allmählich aller medizinischen Gebiete bemächtigt, behandeln unterschiedslos und ohne Ausnahmen innere und äußere Leiden.

Die Staatsgewalt hat es von jeher als ihre Aufgabe und ihre Pflicht erachtet, die Volksgesundheit zu schützen und die Allgemeinheit vor Schaden an Leib und Leben zu bewahren. Aus dieser Rücksicht sind die Seuchengesetze, das Nahrungsmittelgesetz, das Fleischbeschaugesetz und andere entstanden. Gemeingefährliche, ansteckende Krankheiten, verheerende Seuchen können wirksam nur durch ein bei ihrem Ausbruch sofort einsetzendes energisches Eingreifen bekämpft werden; dies hat zur Voraussetzung, daß die Krankheiten gleich bei ihrem Entstehen erkannt und wissenschaftlich festgestellt werden. Eine solche Erkenntnis ist grundsätzlich nur dem wissenschaftlich geschulten Arzte möglich. Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten können deshalb so lange keine volle Wirksamkeit entfalten, als Kurpfuscher ohne jede staatliche Aufsicht und Kontrolle solche Krankheiten ausnahmslos und unbeschränkt behandeln dürfen. Außerdem ist das Publikum allzu bereit, die zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten usw. erlassenen Bestimmungen als behördliche Belästigungen aufzufassen, und infolgedessen leicht geneigt, sie zu umgehen oder außer acht zu lassen. In dieser Richtung findet es die wirksamste Unterstützung bei den so-

genannten Kurpfuschern. Je strenger und eingreifender die behördlichen Vorschriften sind, um so leichter wendet sich das Publikum dem seine Wünsche fördernden Pfscher zu. Durch solches Entgegenwirken gegen die gesundheitslichen Vorschriften wird deren Durchführung erheblich beeinträchtigt und damit der Gesundheit sowohl des einzelnen wie der Allgemeinheit empfindlich geschadet.

Zum Geheimmittelswesen wird alsdann in der Begründung u. a. ausgeführt: Es kann nicht mehr als unbedingte Voraussetzung für den Begriff Geheimmittel gelten, daß die Zusammensetzung des Mittels anderen als den Herstellern unbekannt ist. Um der Anwendung der Geheimmittelvorschriften zu entgegen, haben die Geheimmittelfabrikanten in neuerer Zeit vielfach die Zusammensetzung ihrer Fabrikate in irgend einer Form öffentlich bekannt gegeben. Dem volksgesundheitlichen Zwecke der Vorschriften würde es aber nicht entsprechen, wenn dadurch die fraglichen Mittel ihrem Geltungsbereiche entzogen werden könnten. Es ist seinerzeit in Frage gekommen, ob es sich nicht empfehle, Geheimmittel nur nach vorgängiger behördlicher Prüfung und Genehmigung zum Vertriebe zuzulassen. Eine derartige sich in einzelnen außerdeutschen Ländern findende Maßnahme würde zweifellos den Überblick über den Verkehr mit Geheimmitteln wesentlich erleichtern und erhebliche Vorteile mit sich bringen, zumal wenn die Prüfung und Begutachtung der Geheimmittel von einer Zentralstelle aus erfolgt. Trotzdem ist dieser Weg in dem Entwurfe nicht betreten, denn es würde durch die Erteilung einer ausdrücklichen Verbrauchserlaubnis für einzelne Mittel der Handel mit diesen Erzeugnissen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eingeschränkt, sondern eher gefördert werden. Die behördliche Zulassung eines Geheimmittels zum Verkehre würde den beteiligten Gewerbetreibenden eine willkommene Handhabe bieten, um unter Berufung auf die erfolgte amtliche Prüfung die Güte und die Wirksamkeit des Mittels mit besonderem Nachdruck anzupreisen. Aber selbst wenn eine solche Berufung für unstatthaft erklärt werden sollte, würden die Behörden mit der Genehmigung bis zu einem gewissen Grade die Verantwortung, wenn auch nicht für die Wirksamkeit, so doch für die Unschädlichkeit und Preiswürdigkeit des Mittels übernehmen, was zu vermeiden sein wird sowohl mit Rücksicht auf die oben erwähnten mit dem Gebrauche der Mittel verbundenen allgemeinen Gefahren wie im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer wirksamen Kontrolle darüber, ob die zugelassenen Geheimmittel stets in gleicher Beschaffenheit in den Verkehr gebracht werden. Jedenfalls ist die Verantwortlichkeit der Behörden viel größer und eine Handhabe zur Reklame für Geheimmittel viel eher gegeben, wenn behördlicherseits ausdrücklich eine Verkehrserlaubnis erteilt, als wenn der Vertrieb lediglich geduldet wird.

Der Entwurf geht davon aus, daß die Bestimmungen der bereits erlassenen vielfachen Verordnungen, wenn sie auch wegen ihrer Verschiedenartigkeit in Form und Inhalt dem Geheimmittelswesen nicht genügend entgegenwirken konnten, doch viele beachtenswerte Vorschriften enthalten und damit Fingerzeige geben, in welcher Richtung die Lösung der Aufgabe gesucht werden kann. Im Anschluß an bereits bestehende Vorschriften begreift der Entwurf nicht nur arzneiliche Mittel in seinen Geltungsbereich, sondern allgemein Gegenstände und Verfahren, die zur Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden und Körperschäden dienen sollen, desgleichen umfaßt er Abtreibungsmittel sowie Kräftigungs- und Säuglingsnahrungsmittel, er bezieht sich ferner auch auf solche Mittel und Gegenstände usw., die zur Verhütung von Krankheiten, Leiden und Körperschäden sowie zur Verhütung der Empfängnis bestimmt sind, und betrifft auch Mittel, die zur Hebung der Freiluft und zur Förderung der Mastfähigkeit der Tiere dienen sollen. Seine Bestimmungen richten sich einmal gegen den Verkehr mit den fraglichen Mitteln, Gegenständen usw. und sodann gegen die für sie betriebene Reklame, gegen das öffentliche Anknüpfen und Anpreisen. Der Ausdruck „Gegenstände“ umfaßt Arzneimittel, Apparate usw. in sich, so daß, wenn der Kürze wegen nur von Gegenständen die Rede ist, darunter die Arzneimittel, Apparate usw. mitzuverstehen sind.

Der Verkehr mit einzelnen Gegenständen der gedachten Art soll beschränkt oder ganz untersagt werden können, wenn von deren Anwendung eine Schädigung der Gesundheit zu befürchten ist, oder wenn sie in einer auf Täuschung oder Ausbeutung der Abnehmer abzielenden Weise vertrieben werden. Bei Gegenständen, die bei Menschen die Empfängnis verhüten oder die Schwangerschaft beenden sollen, kann der Verkehr, auch ohne daß diese Voraussetzungen vorliegen, beschränkt oder untersagt werden. Ob und

inwieweit für die einzelnen Gegenstände usw. eine Verkehrsbeschränkung angezeigt ist, soll, wie es bisher bei den sogenannten Geheimmittellisten der Fall gewesen ist, der Bundesrat bestimmen, der aber vor seiner Entschlieung eine bei dem Kaiserlichen Gesundheitsamt zu bildende, aus Sachverständigen und aus Beamten bestehende Kommission gutachtlich zu hören hat. In dieser kann eine eingehende technische Erörterung über die Angemessenheit des Verbots erfolgen, und es soll dabei den Beteiligten Gelegenheit gegeben werden, ihre Einwendungen geltend zu machen. Die nähere Einrichtung der Kommission sowie die Regelung des Verfahrens vor ihr wird zweckmäßig dem Bundesrate zuweisen sein.

Die 2. Konferenz für Trinkerfürsorgestellen tagte am 22. November im Landeshause der Provinz Brandenburg zu Berlin. Sie war einberufen vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und von dessen Vorsitzenden geleitet. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Es soll eine einheitliche Organisation der Trinkerfürsorgestellen unter Leitung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke angestrebt werden, um eine einheitliche Leitung der Geschäfte und dadurch eine bessere wissenschaftliche Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen zu ermöglichen.

2. Den in Kranken- und Irrenanstalten, Gefängnissen, Arbeiterkolonien usw. befindlichen Trunkgefährdeten muß schon vor der Entlassung, jedenfalls aber sofort nach der Entlassung, eine besondere Fürsorge zuteil werden, damit die guten erzieherischen Einflüsse der Anstalten befestigt und vertieft und die schädlichen Einflüsse der Umgebung ferngehalten werden. Bei der bisherigen Praxis war die Zahl der Rückfälle bedauerlich groß. In Ergänzung der segensreichen Bestrebungen der Fürsorgevereine (Irrenhilfsvereine, Vereine für entlassene Strafgefangene usw.) haben deshalb die Trinkerfürsorgestellen die wichtige Aufgabe zu lösen, die für die Erreichung von Dauererfolgen notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

Hierzu ist erforderlich, daß die Trinkerfürsorgestellen, sei es von den Anstaltsleitungen, sei es von den Hilfsvereinen, rechtzeitig von der bevorstehenden Entlassung Trunkgefährdeter benachrichtigt werden, damit sie in der Lage sind, mit den zu Entlassenden und deren Familien schon vor der Entlassung in Verbindung zu treten, die Entlassenen nötigenfalls an der Pforte der Anstalt abzuholen, Arbeit und Unterkunft für sie zu schaffen, sie in bewahrende Obhut zu nehmen und Abstinentenvereinen zuzuführen, überhaupt alle die Maßregeln zu treffen, welche geeignet sind, die Gefährdeten wieder an die Freiheit zu gewöhnen, sie in ihren Lebensgrundlagen zu festigen und ihr äußeres Wohlergehen zu fördern.

3. Die zweite Trinkerfürsorgekonferenz beschließt, den Trinkerfürsorgestellen zu empfehlen, überall dort, wo öffentliche, städtische, gewerkschaftliche oder andere Arbeitsnachweise bestehen, sich auch mit ihnen ins Einvernehmen zu setzen, um durch sie den geistlichen und geistlichen Trinkern geeignete Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Im Anschluß an diese Konferenz war wieder ein Ausbildungskursus für Leiter von Trinkerfürsorgestellen veranstaltet worden, der von zahlreichen Männern und Frauen des In- und Auslandes gut besucht war.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Hauptbericht über die Wirksamkeit der zum Verbands deutscher Beamtenvereine gehörenden Vereine im Jahre 1909. Berlin 1910. 56 S.

Protokoll der zweiten internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe. 4. bis 6. September 1910 in Kopenhagen. Berlin 1910. Verlag des internationalen Sekretariats der Arbeiter öffentlicher Betriebe. 68 S.

Protokoll über die Verhandlungen des elften ordentlichen Verbandstages des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Maßhauer. 15. bis 20. August 1910 in Hamburg. Berlin 1910. Verlag des Verbandes. 462 S.

L'Association dans les Métiers et Négoces en 1910. Brüssel 1910. Société Belge de librairie. 280 S. Preis 0,50 fr.

Natur und Bibel in der Harmonie ihrer Offenbarungen. Von Dr. Johannes Riem. Hamburg 1910. Agentur des Rauhen Hauses. 400 S. Preis 4,50 M.

Die Kaiser Franz Joseph I. Jubiläumsstiftung für Volkshäuser und Wohlfahrtseinrichtungen. Wien 1910. Selbstverlag der Stiftung.

Das neueste Ausnahmengesetz, genannt Reichswehrzuwachssteuern. Von Theodor Lorenzen. Kiel und Leipzig 1910. Steffens & Fischer. Preis 1 M. 57 S.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Pettzeile.

Festschrift anlässlich des 25 jährigen Bestehens des Reichsversicherungsamtes

veranstaltet von dem

Herausgeber der Monatsschrift für Unfallheilkunde u. Invalidenwesen.

Die mit den Porträts der bisherigen drei Präsidenten des Reichsversicherungsamtes geschmückte Festschrift enthält Aufsätze der Herren Bähr Hannover, Bernacchi-Mailand, Bettmann-Leipzig, Bogatsch-Breslau, Bum-Wien, Cramer-Cottbus, Dreyer-München, Fürbringer-Berlin, Kaufmann-Zürich, Kühne-Cottbus, Lauenstein-Hamburg, Ledderhose-Strasbourg, Liniger-Düsseldorf, Lossen-Darmstadt, Passow-Berlin, Rumpf und Selbach-Bonn, Quincke-Kiel-Frankfurt a/M., Schuster-Berlin, Sudeck-Hamburg, Thiem-Cottbus und Tilmann-Cöln und gibt eine vortreffliche Übersicht über den derzeitigen Stand der Unfallkunde.

Der Preis der Festschrift beträgt M. 6.—. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

Verlag der Monatsschrift für Unfallheilkunde und Invalidenwesen.

F. C. W. Vogel, Leipzig.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. Das Kuratorium.

Einbanddecken

zu Jahrg. XIX der „Sozialen Praxis“

(in brauner Ganzleinwand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Staatliche Theorie des Geldes. Von Georg Friedr. Knapp.

Preis: geheftet 8 Mark 80 Pfg., gebunden 10 Mark.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft

in der

Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie.

Mit Beiträgen

von

Dr.-Ing. von Biełkowski, Dr. H. Hinke, Dr. Cl. Heiß, Dr. J. Deutsch und Dr. Dora Landé.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 134. Band.)

Preis: 11 Mark 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: 1. Untersuchungen über Arbeitsleistung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Fabrik. Von Dr.-Ing. Dipl.-Ing. von Biełkowski. Mit 12 Diagrammen im Text. Anhang: Statistische Angaben über den Alkoholkonsum in seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und den Arbeitsbedingungen. 2. Auslese und Anpassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe mit besonderer Rücksichtnahme auf die Segmaschine. Von Dr. Hans Hinte. Einleitung: A. Kurze Übersicht über die technische Entwicklung der Segmaschine. B. Verbreitung der Segmaschine. C. Einwirkung der Maschine auf die Produktionsverhältnisse: Aufhebung der Handarbeit. — Die Einwirkung auf die Betriebsverhältnisse. — Abfahrverhältnisse. — Die Wirkung der Maschine auf die Nebenindustrie. D. Segmaschine und Tarif. E. Die Lage der Maschinenleger: Die Maschinenleger und ihre Arbeit. — Die Betätigung des Arbeiters im Betriebe. — Die Lebenshaltung der Arbeiter an der Maschine. — Die sanitären Verhältnisse. — Schluss. 3. Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik. Von Dr. Cl. Heiß. Einleitung. Die sozialen Wirkungen der modernen Fabrikorganisation. — Anstrengung durch die Arbeit. — Die Arbeitszeit und Ermüdung. — Herkunft und Abstammung. — Schulverhältnisse und Herkunft. — Die Lehre. — Die Lehre nach der Fragebogenerhebung. — Militärverhältnisse. — Familienverhältnisse. — Wohnungsverhältnisse. — Erholung und geistiges Leben. — Was und warum ich Sonntags arbeite. — Lebensziel. 4. Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Die Entwicklung des Betriebes. Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. 5. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Dr. Dora Landé. Einleitung. — Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie. — Die Affordarbeit in der Berliner Maschinenindustrie. — Die Lohnverhältnisse. — Alterszusammensetzung der Arbeiterschaft. — Arbeitszeit. — Gewerbliche Mitarbeit der Ehefrauen. — Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. Schlusswort. — Tabellen.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Mauerstr. 43. 44.

Dieser Nummer liegt eine Verlagsanzeige von J. F. Lehmanns Verlag, München, über: Dr. F. Müller-Lyer, München, bei.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Preussisches Bilderbuch

von

Karl Koberstein.

Preis: 4 Mark 80 Pfennig.

Inhalt: Voltaire in der Marf. — Der Dichter des Frühlings. — Friedrich der Große und Wilhelm von Bayreuth während des 7 jährigen Krieges. — Prinz Heinrich von Preußen. Ein märkischer Sumter. — Ein letzter vom Regiment Gensd'armes. — Kolberg und Gneisenau. — Der böse Baron. — Lützow's wilde, verwegene Jagd.

Das

Gewerbegericht.

Von

Wilhelm Stieda.

Preis 4 M. 80 Pf.

Inhalt: Die Literatur über die gewerbliche Rechtspflege. — Die gewerbliche Gerichtsbarkeit der Zukunft. Die älteren preussischen Fabrik- und Gewerbegerichte. Der gegenwärtige Stand der gewerblichen Rechtspflege in Deutschland. Die Versuche zur Reform der gewerblichen Rechtspflege in den Jahren 1873—88. Die verschiedenen Formen der gewerblichen Rechtspflege. Die Grundzüge der Verfassung der deutschen gewerblichen Schiedsgerichte. Die Wirksamkeit der deutschen Gewerbegerichte und gewerblichen Schiedsgerichte. Die hauptsächlichsten Prinzipienfragen bei der Organisation von Gewerbegerichten. Beilagen. (Statistik der Gewerbegerichte und gewerblichen Schiedsgerichte. Statuten gewerblicher Schiedsgerichte und Gewerbegerichte.)

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. zu München-Glabbad im Rheinland.

Von Dr. phil. Marie Bernays.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.)

Preis: 9 Mark 60 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. 1. Teil: Berufswahl und Berufsschick der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschick. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschick. — Werkstattegemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Teil: Zur Psychophysik der Textilarbeit. — Einfluss der Arbeitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Grörterungen. — Einfluss von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Früher erschienen:

Wie man in Amwald Die
Musik macht. siebente Todsünde.

Zwei Novellen von Rochus Freiherrn von Liliencron.

Preis: 3 M., in Ganzleinwd. geb. 4 M. 20 Pfg.

Inhalt: I. Wie man in Amwald Musik macht. In Reisebriefen an meine Tochter (1874). — II. Die siebente Todsünde. Novelle (1876). Vorwort. — Der erste Hamlet. — Ein Träumer und ein Traum. — Einiges von den Geschäften des Teufels. — Überraschungen im Reich des Neptun. — Die Spieler nach dem Spiel. — Studien nach Natur und Buch. — Am Weidenbusch. — Das Vorpiel. — Der zweite Hamlet.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Regierung und Syndikate in Frankreich. Von Dr. Frhr. von Mackay, München	289
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz	293
Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen.	
Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.	
Gesellschaft für Soziale Reform.	
Allgemeine Sozialpolitik	295
Hilfe für das Handwerk.	
Das Arbeitskammergesetz.	
Weltliche Gewerkschaftsführer als Ministerialräte.	
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern	296
Arbeitskassenbewegung in der Holzindustrie.	
Tarifbewegungen im deutschen Brauergewerbe.	
Tarifvertrag für die Berliner Metallschraubenindustrie.	
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten	299
Die Beschäftigung der Freizügigkeit der Bankbeamten.	
Ein Bund deutscher Krankenkassenbeamten.	
Der achte Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands.	
Streiks und Aussperrungen	299
Lohnforderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier.	
Streik auf der Bege Lufas.	

Die Lohnbewegung im oberbayerischen Kohlengraben.	
Die Aussperrung in der Edel- und Anedelmetallindustrie Pforzheims.	
Ein großer Schneiderstreik in Chicago.	
Arbeiterschutz	304
Stimmen zur Konkurrenz-Klausel.	
Gemeinnützige Rechtsauskunft	308
Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftsstellen.	
Der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftsstellen.	
Neue Verbandsmitglieder.	
Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909.	
Rechtsauskunftsstellen in den Vereinigten Staaten.	
Die öffentliche Unterstützung der gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftsstellen in Hamburg.	
Arbeiterversicherung. Sparkasten	314
Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.	
Die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden (§§ 61, 62 VStG.) in Mecklenburg.	
Wohnungswesen	316
Arbeiterwohnungen in Breslau.	
Der Wohnungsfürsorgefonds des Reichs.	
Wohnungsfürsorgefonds in Österreich.	
Litterarische Mitteilungen	318

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Regierung und Syndikate in Frankreich.

Die Frucht des Eisenbahnerstreiks ist nach den bisherigen Ankündigungen in der Presse — der Wortlaut der Entwürfe ist noch nicht veröffentlicht worden — eine dreiteilige Gesetzesvorlage über das Ausstandsrecht der Lohnangestellten von solchen privaten Betrieben, die im Dienste der Öffentlichkeit stehen. Der erste Teil verbietet jede Sabotage und die Aufreizung zu solcher „direkten Aktion“ und stellt die Normen der gerichtlichen Verfolgung fest. Der zweite Teil erscheint als eine Amendierung des Gesetzes von 1845 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs und das Stillstehen der öffentlichen Dienste. Unterschieden werden zwei Gruppen solcher Dienste des Verkehrs, erstens diejenigen, die die nationale Verteidigung angehen, zweitens diejenigen, die um der Erhaltung der Volkswohlfahrt willen nötig sind. Verlangt wird eine Umänderung des Militärgesetzes von 1905 dahin, daß die Regierung unbedingt berechtigt sein soll, bei jeder Betriebseinstellung die An-

gestellten der Verkehrsunternehmungen zur Fahne einzuberufen, sowie eine Erweiterung des Artikels 475 des Strafgesetzbuchs dahin, daß in den Begriff der öffentlichen Not, worunter bisher nur Feuersbrünste, Überschwemmungen, Volksunruhen usw. subsumiert sind, die Verkehrsstörungen einbezogen werden sollen und daß demgemäß die Regierung auch in diesem Fall zur Requirierung von Personen und Sachen unter Strafanandrohung im Verweigerungsfalle befugt ist. Der dritte Teil behandelt die Einrichtung eines obligatorischen Schiedsverfahrens zur gütlichen Beilegung aller Streitigkeiten zwischen Angestellten und Leitung der Eisenbahngesellschaften. Dies Schiedsgerichtswesen baut sich in dreifacher Instanz auf. Die untere Instanz bilden örtliche Schiedsgerichte, die im Bereiche jeder Gesellschaft zu errichten sind. Die zweite Instanz ist ein in Paris einzusetzendes zentrales Gericht, das für allgemeine Streitigkeiten zuständig ist und zugleich als Berufungsinstanz gilt. Während diese beiden unteren Instanzen zur Hälfte aus Vertretern der Gesellschaft und der Arbeiterschaft bestehen, setzt sich die Liste der obersten Instanz aus dreißig Vertrauensmännern zusammen, die aus den höchsten Beamten des Staatsrats, des Kassationshofs und des Obersten Rechnungshofs sowie den angesehensten Mitgliedern der Akademie der politischen Wissenschaften jährlich zu zwei Dritteln von der Kammer, zu einem Drittel von dem Senat zu ernennen sind. Aus der Reihe dieser Schiedsrichter wird, falls eine Einigung auf den Vorberufenen nicht zu erzielen ist, je ein Vertrauensmann von jeder Partei ausgewählt; beide ergänzen sich durch Zuwahl von drei weiteren Richtern zu einem Kollegium, dessen Spruch sich ebensowohl die Gesellschaften wie die Angestellten, denen im übrigen der kollektive Ausstand in jedem Falle unter Androhung von Freiheitsstrafen verboten wird, endgültig zu unterwerfen haben.

Die materielle Kritik wird an dem ersten Teil dieses Reformplans am wenigsten auszuführen haben. Verbot und Bestrafung all der Gewalttätigkeiten beim Streik, die als Sabotage bezeichnet zu werden pflegen, erscheinen selbstverständlich in einem Staatswesen, in dem überhaupt noch die allgemeinen Normen bürgerlicher Ordnung Geltung haben sollen. Auch beim zweiten Teil ist die formelle Rechtslage ziemlich klar, nicht aber die moralische. Der Angestellte der hier in Rede stehenden Betriebe befindet sich heute der gesellschaftlichen Rechtsstellung nach in völlig schiefer und doppeldeutiger Lage. Auf der einen Seite ist er Mitglied eines privaten Unternehmens und kann als solches Ansprüche auf gleiche Bewegungsfreiheit erheben wie jeder andere Arbeiter. Auf der anderen Seite steht er mittelbar im Dienste des staatlichen Gemeinwesens, das über diese privaten Unternehmungen im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt eine scharfe reglementierende Kontrolle ausübt. Die Gesetzgebung hat bis vor kurzem dem Doppelgesichte dieses Verhältnisses nur nach einer Seite hin Rechnung getragen. Das Gesetz von 1864 erkennt bekanntlich das Streikrecht der Arbeiter grundsätzlich an. Trotz allem, was dagegen von französischen radikalen und auch von deutschen demokratischen Zeitungen argumentiert wird, kann aber daraus ein Arbeitseinstellungsrecht der Eisenbahngesellschaften nicht abgeleitet werden. Denn nach bürgerlichem Rechte, das durch die Revision der strafgesetzhichen Bestimmungen im Anschluß an den Akt aus der napoleonischen Zeit keineswegs berührt wurde, gilt jede verabredete Unterbrechung des Bahnverkehrs als Vergehen, eine Bestimmung, die allerdings offenbar nur individuell anwendbar und daher praktisch von geringer Bedeutung ist. Mit sehr viel größerem Nachdruck könnten die Gerichte von

dem Gesichtspunkt aus einschreiten, daß die Fachverbände der Eisenbahner genau so ungefällig sind wie die der Beamten. Daß die Regierung aus Schwäche, aus Liebedienerei vor einflussreichen Wählergruppen, um des Stimmenfangs willen und in Anklammerung an einen Parlamentsbeschluss von 1894, der niemals Gesetz geworden ist, die Organisationen der Eisenbahner und deren Streikversuche jahrzehntlang geduldet hat, ändert natürlich an der wirklichen Rechtslage nichts, die, juristisch unhandlich, sozial der betroffenen Kategorie von Arbeitern gegenüber offenbar eine Ungerechtigkeit bedeutet. Zwar verfügen die Leiter der staatlich konzessionierten Betriebe auch nicht über dieselbe Aktionsfreiheit wie die anderer privater Unternehmungen. Sie können mit Aussperrungen nicht vorgehen, ohne gegenüber dem Staate vertragsbrüchig zu werden. Im übrigen aber besitzen sie dieselben überlegenen Mittel, ihre Interessen zu vertreten, wie jede großkapitalistische Organisation, und waren zudem zu keinerlei sozialer Fürsorge für ihre Angestellten verpflichtet. Diesen letzteren Übelstand hat erst das Gesetz vom 21. Juli 1909 beseitigt, wonach Maschinisten, Heizer und andere fest angestellte Arbeiter der Eisenbahngesellschaften nach fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit Anspruch auf eine Rente in einem Betrag, der je nach der Klasse der Empfänger zwischen der Hälfte und drei Viertel des früheren Lohnes oder Gehaltes schwankt, Anspruch haben. Damit ist aber selbstverständlich keine volle und dauernde Befriedigung aller Wünsche der Eisenbahner gegeben. Je schärfer das Streikverbot ausgesprochen und je wirksamer es durch militärische Maßnahmen und durch Erweiterung des Requisitionsrechts gemacht wird, desto dringender wird das Bedürfnis, eine auf dem Fuße gleicher Rechte und kontradiktorischer Verhandlungsmethode aufgebaute richterliche Instanz zu schaffen, die alle Streitigkeiten zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft in unparteiischer Weise schlichtet. Insofern entspricht die ganze Vorlage Briands zweifellos ebenso sehr der Logik wie den Forderungen der sozialen Billigkeit.

Zur Prüfung der praktischen Aussichten und Erfolgsmöglichkeiten der geplanten Reformen erscheint zunächst eine Beleuchtung der Haltung, Auffassungen und Tendenzen der Arbeiterchaft geboten. Von den 300 000 Eisenbahnern sind nur rund 40 000, also 13 v. H. in Fachvereinen zusammengeschlossen. Die Mehrheit dieser Organisierten gehört der Nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner und dem Bund der Maschinisten an. Beide Syndikate halten zu der revisionistischen, in Frankreich reformistisch genannten Richtung der Sozialisten. Hiernach wäre anzunehmen, daß Vorschläge zu vernünftigen friedlichen Auseinandersetzungen, wie sie die Regierung macht, auf fruchtbaren Boden fallen müßten. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Gerade der Eisenbahnerstreik war ja der schlagende Beweis, daß die Zentralvorstände ihre Zunftgenossen nicht mehr in der Hand haben. Der Streit um die Lohnerhöhung zog sich seit dem Mai hin und her. Die Regierung verhandelte mit den Gesellschaften und den Arbeiterauschüssen. Da wählten die Pariser Sektionen, denen die Geduld ausging, auf eigene Faust ein Streikomitee, auf dessen Befehl just an dem Tage, da die Leitung der betreffenden Nordbahn Lohnaufschläge für bestimmte Kategorien ihrer Angestellten ankündigte, blindlings und in offenem Widerspruch zu dem Willen der Organisationsvorstände losgeschlagen wurde.

Dieselbe Erscheinung der Übertrumpfung einer gemäßigten Mehrheit durch eine revolutionäre Minderheit zeigte der Toulouser Kongress des Allgemeinen Arbeitsbundes. Auch in dieser zentralen Organisation der Gewerkschaften sind die Reformisten in der weit aus überwiegender Mehrheit. Den maßgeblichen Einfluß üben aber gleichwohl die radikalen Anarchosozialisten aus. Das Fundament ihrer Oligarchie ist einmal das absolute Vertretungssystem, das von ihnen geschickt auf das Übergewicht „der Klassenbewußten, kampferprobten Auslese über das Heer der Unaufgeklärten und Rückständigen“ zugeschnitten ist. Sodann die bewundernswert ausgebildete Technik des Bluffs, des marxistischeren und die Menge narzotifizierenden Phantierens mit phrasenhaften Schlagwörtern, wie Antiautoritarismus, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Antipatriotismus und wie die missionären und hohlen Ideologien des anarchistischen Katechismus sich alle benennen. Das dritte Statio der Diktatur der Minderheit ist das System der Auspowerung der Gewerkschaften. 1899 brachte die Regierung ein Amendement zum Vereinsgesetz von 1884 ein, wonach den Syndikaten die Begründung von Handelsgesellschaften erlaubt und sie zu dem Ende mit der Eigenschaft einer juristischen Person bekleidet werden sollten. Das Ministerium hoffte natürlich, daß die Gewerkschaften mit zunehmender Wohlhabenheit auch immer mehr konservativ und bürgerlich-loyal werden würden. Schon damals aber protestierte

die radikale Minderheit gegen die „Kommerzialisierung“ des Syndikalismus, die den vierten Stand, das „Stammvolk der Menschheit“, mit dem Krämer- und Tyrannegeist der entarteten Bourgeoisie erfüllen solle, und sie hat seitdem mit großem Erfolg das „Gift des Kapitalismus“ von den Organisationen der Arbeiter ferngehalten. Charakteristisch ist die Tatsache, daß, als vor einigen Jahren das Pariser Gewerkschaftsbureau aus der städtischen Arbeitsbörse ausgewiesen wurde, die örtlichen Verbände nur 2500 Franken aufzubringen vermochten, um der Zentrale ein neues Heim zu schaffen, die obdachlos geblieben wäre, wenn sich ihrer nicht ein reicher „Menschenfreund“ angenommen hätte. Tatsächlich ist die finanzielle Fundierung des Gewerkschaftswesens in keinem großen Industriestaat so mangelhaft wie in Frankreich.

In keinem Lande ist aber auch im Grunde der Gewerkschaftsbund so wenig ein Spiegel der wirklichen Stimmung der Arbeiterchaft und ein Sprachrohr ihrer wahren Interessen, ihres unverfälschten Willens, wie hier. Er ist mehr und mehr zur Domäne einer Clique von Geschäftspolitikern herabgesunken, die durch Sophistik, rabulistische Deklamationen und ein Demagogentum im Freskostil die Masse ihrer Standesgenossen haranguieren. Der schlagende Beweis dessen war eben jener in Toulouse vom 3. bis 10. Oktober abgehaltene Kongress. Irgend eine positive Leistung kam nicht zustande, kein Schritt vorwärts zu höheren, abgeklärten Ideen wurde getan; in der Hauptsache drehte sich die Redeschlacht um die persönliche Streitsache Levy-Griffuelhes und Niel-Juelot, und die Enthüllungen, die sie zur Folge hatte, warfen ebensoviel erschreckende Schlaglichter auf das Martyrium, dem ein Vertreter des Reformismus ausgesetzt ist, der in den Klub der anarchistischen Diktatoren einzubringen und ihnen Widerstand zu leisten magt.

Die Idee des Schiedsgerichtsverfahrens, die im Mittelpunkt der Briandschen Vorlagen steht, ist in Frankreich keineswegs neu. Schon durch ein Gesetz von 1892 wurden Ämter für das Einigungs- und Schiedswesen zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft ins Leben gerufen, die aber nur ein kümmerliches Schattendasein fristeten. Am 17. Juli 1908 wurde dann der Entwurf über die Errichtung von Arbeitsräten Gesetz, das am 10. Mai 1909 durch einen Verwaltungsverlaß dahin ergänzt wurde, daß zum Arbeitsgebiet dieser Räte gehören sollte: 1. Begutachtung der zwischen Arbeitgeber und -nehmern ausgebrochenen Kämpfe und Bereitstellung von Mitteln zu ihrer Beendigung, 2. Feststellung der tatsächlichen und der angemessenen (normalen) Löhne und Arbeitszeit und Vorschläge zur Beseitigung der Spannung zwischen beiden. Aber auch dieses Gesetz hat bisher kaum irgendwelche ins Gewicht fallende Wirksamkeit gezeigt. Die Motive des Versagens liegen zutage. Den revolutionären Räbelsführern und Vernegroßen, die in den Gewerkschaften das große Wort führen, ist natürlich jede Politik der Versöhnlichkeit als eine Bedrohung ihrer Tyrannei in der Seele zuwider; sie brachten es zustande, daß der Toulouser Kongress sich summarisch gegen die Regierungsvorlage zur Einführung des obligatorischen Tarifvertrags wie des obligatorischen Schiedswesens mit der sehr einleuchtenden Begründung erklärte, „der parlamentarische Teufel könne nur das Böse erzeugen“. Aber auch die Unternehmer stehen dem Schiedsverfahren durchaus ablehnend gegenüber, und das mag wohl bedauerlich und vielleicht auch diplomatisch unklug sein, ist jedoch psychologisch sehr wohl begreiflich. Sie können natürlich wenig Reizung empfinden, gebundenenweise mit einer Arbeiterchaft zu paktieren, die sich so sehr von Hebern gängeln läßt und so wenig politische Mäßigkeit zeigt. Noch mehr aber müssen sie einer Regierung und deren Maßnahmen mißtrauisch gegenüberstehen, deren Sozialpolitik aller Stetigkeit, Selbstsicherheit, Tatkraft, Unparteilichkeit entbehrt. Groß sind die Machtverhältnisse der dritten Republik bisher nur in dem Übereifer eines rhetorischen Reformismus gewesen, der in seinen Ideen der sittlichen und intellektuellen Reife der Volksmasse weit vorausseilt. Dazu kam ein Vuhlen um die Gunst der Massen zu Zwecken ministerieller Wackerhaltung und Machtgewinns, das den Pendel der Regierungspolitik notwendig immer mehr nach links ausschwingen ließ. Der Erfolg dieser Taktik konnte kein anderer sein als der, den Paul Louis, der treffliche Geschichtsschreiber des sozialen Lebens in Frankreich, in den Worten zusammenfaßt:

Seit 1907 hat kein Land eine solche Folge von materiellen und moralischen Bewegungen aufzuweisen gehabt wie das Land, das Dünkirchen, Toulouse und Nizza erlebt hat. Nirgends sind die Gegensätze zwischen Verteidigern und Gegnern des kapitalistischen Regimes so scharf, nirgends sind die Elemente des sozialen Umsturzes mächtiger, gefährlicher der alten Struktur des wirtschaftlichen und politischen

Lebens gegenübergetreten, und schon das erklärt, warum die meisten Fragen der Arbeiterbewegung, obwohl schon 1907 aufgeworfen, noch 1910 schwachen und warum die reformatorische oder reformistische Richtung so unergiebig geblieben ist. Der Reformismus charakterisiert diejenigen Perioden, wo die Klasse der Besitzenden mit dem Proletariat zusammenarbeitet, um es zu entwandern, wo sie ihrer eigenen Herrschaft mehr oder weniger illusorische Grenzen setzt. Er verschwindet von selbst, wenn der Kampf der kollektiven Interessen den ganzen Horizont einnimmt. . . . Frankreich steht auf dem geschichtlich bedeutsamen Punkte, wo das Zusammenwirken der Klassen, das ja doch auf gegenseitiger Täuschung beruht, zur Chimäre wird.

Ohne darüber streiten zu wollen, ob das solidarische Zusammenwirken der Klassen wirklich so durchaus problematischer Natur ist, erscheint es doch richtig, daß kaum irgendwo die Grundlagen der gesellschaftlichen Verträglichkeit so völlig unterhöhlt sind wie in Frankreich. Das vorgeschrittene Stadium des Zerlegungsprozesses läßt aber notwendig auch die Aussichten des Briand'schen Reformplans sehr gering erscheinen. Gegen die Befugnisse der militärischen und polizeilichen Requisition wird die Befugnis Einteilung mit der Trompete der Schlagworte von Absolutismus und Zsarismus zum Sturme blasen. Der Überkennung des Streikrechts gegenüber den Angestellten der staatlich konzessionierten Betriebe haftet tatsächlich der üble Charakter einer Ausnahmemaßregel an, solange man nicht sagt, die Fachvereine der Beamten gleichem Verbot zu unterstellen; der dahingehende Gesekentwurf, der im Anschluß an den Postbeamtenstreik der Kammer vorgelegt wurde, ist im Schoß der Kommission sanft verschieden. Vor allem aber: jedes Schiedsgericht wird ein unfruchtbarer Baum bleiben, wenn ihm nicht die Säfte der Autorität und des Vertrauens Kräfte zuführen. Was man aber heute selbst in intellektuell hochstehenden Kreisen unter einem derartigen Schiedswesen sich vorstellt, dafür ist der Reformplan kennzeichnend, den Demarcial, der Vorsitzende des Studienausschusses der Lehrerschaftvereine, allen Erntes dem Ministerium vorlegte. Nach dem Vorbilde des demokratisch-republikanischen Regierungssystems sollten in dem „Gemeinwesen“ der Beamten die gesetzgebenden, ausführenden oder richterlichen Gewalten von einander getrennt werden. Die gesetzgebende Gewalt, nämlich die Ernennung und Beförderung der Beamten, sei der „Willkür“ der Minister zu entziehen und dem Beamtenhynatit zu überweisen; die ausführende Gewalt, d. h. die Zuteilung der Arbeit und die Aufsicht, sei einem von den Beamten gewählten fachmännischen Vorstände zu überantworten; für die Ausübung der richterlichen Gewalt aber solle ein unabhängiges Schiedsgericht geschaffen werden, das in allen Streitigkeiten und Zuständigkeitsfragen zwischen Regierung und Beamenschaft zu entscheiden habe.

Man sieht, wie die anarchistische Lehre vom Arbeiterstaat mit seinen besonderen Klassenlegenden, seiner Klassenmoral, seinem Klassenpatriotismus, seinem kastenmäßig abgelapselten Dunskreis des Denkens und Empfindens Schule macht. Würden derartige Ideale verwirklicht, so verwandelte sich der Staat in ein brüchiges Gefüge von Berufsrepubliken, in dem die Autorität der Zentralregierung nichts bedeutet, die Selbstsucht der Stände, Klassen allein maßgeblich wäre, in dem der Kampf aller gegen alle die Regel, der Schiedsvertrag ein halloser Schemen wäre. Briand sieht den Abgrund vor sich und will „den Sozialismus nationalisieren“, an Stelle des sozialen Vernichtungskampfes eine „Politik der sozialen Erhaltung“ setzen. Hat er das Zeug zu solcher Reformatorengröße? Glänzende Verebfamkeit, durchdringende Verstandeskraft, gesetzgeberischer Wille erheben noch nicht zur Höhe des Genius, der einem Volke die Pfade sittlicher Verjüngung weist. Schon Goethe, sicherlich kein von Vorurteilen befangener Kritiker gallischen Wesens, hat gewarnt: „Die Franzosen haben Verstand und Geist, aber kein Fundament und keine Pietät“, und der heutige Ministerpräsident hat in der Zeit seiner unverantwortlichen Volkstribunenherrschaft, da er den Generalfreist als eine „Offenbarung des Sozialismus“ bezeichnete, genugsam bewiesen, daß seine Natur von diesen gerade für den Staatsmann verhängnisvollen Mängeln keineswegs frei ist.

München.

Dr. Frhr. von Raßay.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für Privatangestellten-Fragen

trat am 2. Dezember unter dem Vorsitz des Abgeordneten Justizrat Trimbom im Reichstagsgebäude zu einer Besprechung zusammen. Die Mehrzahl der angeschlossenen Verbände hatten Vertreter ent-

sandt. Von den kaufmännischen Vereinen waren anwesend: Verband deutscher Handlungsgehilfen-Leipzig, Verein für Handlungs-kommiss von 1858, Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband, Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Verbündete Vereine für weibliche Angestellte. Von den Technikervereinen: Bund der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Techniker-Verband, Deutscher Werkmeister-Verband, Verband technischer Schiffsoffiziere. Außerdem waren vertreten: Der Verband deutscher Bureaubeamten und der Soziale Ausschuß deutscher Bureauangestellten-Vereine, Internationale Artisten-Loge, Allgemeiner deutscher Musikerverband und Deutscher Orchesterbund, der Deutsche Steigerverband, Verband der Güter-beamten-Vereinigungen Deutschlands, Verband deutscher Privat-Eisenbahnbeamten, Deutscher Polierbund, Deutscher Kellnerbund, Bureau für Sozialpolitik. Entschuldigt hatten ihr Ausbleiben der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine und der Verband der deutschen Versicherungsbeamten. Durch die im Unterausschuß vertretenen Verbände kommen die Wünsche von rund 600 000 Privatangestellten zum Ausdruck.

Zur Frage einer gesetzlichen Neuregelung der Konkurrenz-Klausel hatte der preussische Handelsminister im Sommer dieses Jahres über „Grundzüge“, die ihm vorgelegt waren, Gutachten von Handelskammern, Unternehmerverbänden erbeten. Die einzelnen Organisationen der Privatangestellten hatten damals sofort öffentlich Stellung zu diesen Vorschlägen — in ablehnendem Sinne — genommen. Daher beschloß jetzt der Ausschuß für Privatangestellte erst dann in die Angelegenheit einzutreten, wenn ein Gesekentwurf veröffentlicht wird. Damit aber im gegebenen Augenblick sofort gehandelt werden kann, erhielt eine Kommission von fünf Personen den Auftrag, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und den Entwurf einer Eingabe vorzubereiten, die dann den Unterausschuß für Privatangestellte und den Großen Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform beschäftigen soll.

Zur Reichsversicherungsordnung wurde beschlossen, die frühere Eingabe der Privatangestellten (vergl. „Soz. Praxis“ Jahrg. XIX Nr. 29 vom 21. April 1910) zu wiederholen, da nur ein Teil in der Kommissionsberatung bisher Berücksichtigung gefunden hat. Auf Antrag des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen-Leipzig und Zusatzantrag des Bundes technisch-industrieller Beamten wurde ferner folgende neue Eingabe beschlossen:

Der Privatangestelltenausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform richtet an die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung und an den Reichstag die dringende Bitte, den Bestimmungen für die Ersatzklassen (jetzigen freien Hilfsklassen) einen solchen Inhalt zu geben, daß diese Klassen in ihrem Bestande und in ihrer weiteren Entwicklung nicht gefährdet werden.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß das Versicherungsbedürfnis aller Schichten des Volkes durch eine einzige Klassenform befriedigt werden könnte. Die freien Hilfsklassen mit ihren höheren Leistungen tragen dem Bedürfnis bestimmter Schichten Rechnung, so besonders der Privatangestellten, und sie sind eine Zukunftsform für die Versicherung anderer, weiterer Kreise, besonders der kleineren Selbständigen; sie verdienen aber auch schon um deswillen Erhaltung und Fürsorge, weil sie einen gesunden Wettbewerb aufrecht erhalten und weil sie als erste starke Leistungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe vorbildlich gewirkt haben. Der Privatangestelltenausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform wendet sich daher auf das entschiedenste gegen alle Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die — wie besonders die §§ 462, 528, 580, 541 — eine solche Verschlechterung der Stellung der Ersatzklassen herbeiführen sollen, daß deren künftige Entwicklung, ja sogar ihr weiteres Bestehen in Frage gestellt wird.

Der Privatangestelltenausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform erneuert weiter seine Bitte um Erhöhung der Gehaltsgrenze in den einzelnen Versicherungszweigen. Gleichzeitig spricht er die Erwartung aus, daß der Beschluß betr. Ausschluß der Personen mit Hochschulbildung aus der Versicherungspflicht aufgehoben wird.

Zur Frage der Pensionsversicherung der Privatangestellten fand auf Antrag des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen-Leipzig, unterstützt vom Deutschen Technikerverbände, nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Der Privatangestelltenausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform richtet an die Reichsregierung die dringende Bitte, die noch erforderlichen letzten Besprechungen über den nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs des Innern bereits fertiggestellten Entwurf einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten so zu fördern, daß die Erledigung dieses dringenden Reformwerkes noch von dem gegenwärtig tagenden Reichstage vorgenommen werden kann.

Zu dem hohen Reichstage, der in dankenswerter Weise so oft und so nachdrücklich für die Förderung der Privatangestellten eingetreten ist, hat die Gesellschaft für Soziale Reform das Vertrauen, daß er den Gesekentwurf als dringlich behandeln und für seine baldige Verabschiedung sorgen werde.

In den Heften 25 bis 29 ihrer Schriften (Jena, Gustav Fischer) hat die Gesellschaft für Soziale Reform wichtige Gebiete des Privatbeamtenrechts — Versicherung und Dienstvertrag — dargestellt. Um diese Arbeiten, deren Einwirkung auf die öffentliche Meinung sowohl wie auf die zuständigen Fachkreise unverkennbar ist, fortzuführen, wurde beschlossen, den Vorstand zu bitten, eine handliche Übersicht der Erörterungen über Privatbeamtenrecht im Reichstag, auf dem Deutschen Juristentag, dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstag sowie in der Literatur zu veröffentlichen.

Um die früher beschlossene Materialsammlung über Fragen des Erfinderrechts wirksamer gestalten zu können, werden drei Herren der am meisten an dieser Frage beteiligten Verbände gewählt, die das Bureau für Sozialpolitik hierbei unterstützen sollen.

Unter „Mitteilungen und Anträgen“ wird die vom Börsenverein der Buchhändler gegen die Vereinsbuchhandlungen verhängte Sperre besprochen; ferner ersucht Reichstagsabgeordneter Dr. Rothhoff die angeschlossenen Verbände, die vom Verein für Sozialpolitik eingeleiteten Untersuchungen über Sparwesen und Versicherungswesen durch Auskunft- und Materialerteilung zu unterstützen.

Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform wird nach einem Beschluß des Vorstandes am 2. Dezember in Berlin am 11. bis 13. Mai nächsten Jahres abgehalten werden. Hauptgegenstand der Verhandlung wird sein: Der Berufsschutz und die Erziehung der jugendlichen Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Der Vorstand hat am 2. Dezember beschlossen, als nächste Hauptaufgabe unter Fortführung der Erhebungen und Schriften über das Arbeitsrecht der Privatangestellten (Heft 26—29, Jena, Gustav Fischer) die gesamten Fragen des gewerblichen Arbeitsrechts in Angriff zu nehmen.

Allgemeine Sozialpolitik.

Hilfe für das Handwerk verlangt ein Antrag der Konservativen, der am 3. Dezember im Reichstag zur Besprechung kam. In dem Wunsche, ein gesundes, kräftiges, leistungsfähiges Handwerk zu erhalten, waren alle bürgerlichen Parteien einig, und sogar die Sozialdemokraten erklärten, daß sie die Verschulldung, das Handwerk vernichten zu wollen, zurückweisen. In der Tat gehört es sicher zu einer wichtigen Aufgabe der Sozialreform, alle lebensvollen und entwicklungsfähigen Kräfte im Handwerk sorgsam zu pflegen und zu unterstützen. Wie das geschehen kann und soll, darüber gehen freilich die Meinungen weit auseinander. Bestimmte Mittel und Wege zu dem von ihnen gewünschten Ziel gab der konservative Antrag nicht an; er beschränkte sich darauf, „den Reichskanzler zu ersuchen, auf gesetzliche Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, dem fortschreitenden Niedergang des Handwerks entgegenzuwirken“. Schon hier ist die Streitfrage, ob man wirklich von einem fortschreitenden Niedergang des Handwerks sprechen kann. Gewiß sind manche Zweige handwerksmäßiger Tätigkeit durch die technische und kaufmännische Entwicklung schwer bedroht oder fast vernichtet, aber andere sind davon kaum berührt, wieder andere sind neu emporgekommen, freilich bisweilen in Formen, die wenig an die alte Art des Handwerks erinnern, sondern sich den neuen Bedürfnissen anpassen. Wegen die großen Entwicklungstendenzen in Gewerbe und Handel sich mit Gesetzen zu stemmen, wäre ein Unding. Man kann Konsumvereine, Warenhäuser, Beamtenvereine, landwirtschaftliche Genossenschaften ebenso wenig aus der Welt schaffen, wie Großbetriebe, Aktiengesellschaften, Kartelle, weil sie aus zeitgemäßen Forderungen herauswachsen und unsere Volkswirtschaft mächtig fördern. Aber Gesetzgebung und Verwaltung, die bisher schon das solide und tüchtige Handwerk durch die Vorschriften über Innungen, Befähigungsnachweis und Lehrlingsbildung, gegen unlauteren Wettbewerb in seinen verschiedenen Formen, durch Schutz der Bauforderungen gestützt hat, können sicher noch mehr tun: verständige Regelung der öffentlichen Submissionen, Beschränkung der Gefangenearbeit, Ausbau des allgemeinen und fachlichen Bildungswesens. Freilich das Beste muß auch hier die Selbsthilfe der Handwerker leisten, indem sie sich nicht nur aller modernen Mittel der gewerblichen und kaufmännischen Technik, sondern auch des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zum Bezug von Rohstoffen und zum Vertrieb ihrer Erzeugnisse bedienen. Zuschüsse aus öffentlichen Fonds und sonstige

amtliche Förderung können für solche Bestrebungen der Selbsthilfe stets auf die Zustimmung aus sozialreformnerischen Kreisen rechnen, die ja auch die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Handwerk durch feste Arbeitsarbeitsverträge aufs wärmste unterstützen.

Das **Arbeitskammergesetz** ist am 5. Dezember zur zweiten Lesung im Reichstag gekommen. Wir haben in diesen Blättern die parlamentarische Geschichte dieses Projekts oft genug als Beweis für den langsamen Gang wichtiger Aufgaben der Sozialpolitik erörtert. Schon um die Mitte der 1870er Jahre brachten Zentrums- und Sozialdemokraten dahingehende Vorschläge. In den Arbeitererlassen Kaiser Wilhelms II. vom 4. Februar 1890 wurde der Gedanke aufgenommen. Aber erst 1903 erklärte die Reichsregierung, an seine Ausführung gehen zu wollen. 1908 kam dann der jetzige Gesetzentwurf. In diesen mehr als 30 Jahren hat die gewerbliche und sozialpolitische Entwicklung den Kern des Plans bereits in der Form der Arbeitsarbeitsverträge vielfach verwirklicht. Immerhin bleiben auch jetzt noch den Arbeitskammern wichtige Aufgaben sowohl für die friedliche Regelung der Beziehungen der Arbeitgeber und Arbeiter wie auch in Erhebungen, Gutachten, Anträgen über Berufsverhältnisse. Namentlich können die Arbeitskammern in jenen Gewerkschaften, wo die Arbeitsarbeitsverträge bisher wenig oder keinen Zutritt gefunden haben, so im Bergbau, in der Großeisenindustrie, in den Textilgewerken, in der Hausindustrie, im Sinne einer Versöhnung und Verbesserung wirken. Trotz großer Widerstände von Unternehmern und Arbeitern hat der Regierungsentwurf mit manchen Änderungen in der Kommission des Reichstags Zustimmung gefunden. Der entscheidende Punkt ist nun die bedingte und beschränkte Wählbarkeit der Berufsvereinsbeamten in die Kammern. Die Regierung, Konservative, Reichspartei, Nationalliberalen lehnen sie ab, die Mehrheit des Reichstags fordert sie. Was wir selbst hierzu zu sagen haben, ist in der Eingabe der Gesellschaft für Soz. Reform vom 1. März ds. Js. (veröffentlicht in der „Soz. Praxis“ Nr. 22 vom 3. März 1910) niedergelegt. Die dort angeführten Gründe bestehen für uns in vollem Umfange fort und der Ausschluß der Berufsvereinsbeamten aus den Kammern würde die sozialpolitische Bedeutung der neuen Einrichtung so stark schwächen, daß man sich fragen muß, ob der Erfolg des Apparates dann noch dem Aufwand an Mitteln entsprechen würde.

Britische Gewerkschaftsführer als Ministerialräte. Der Minister des Innern, Winston Churchill, hat den Führer der Baumwollwebereorganisation, David Shackleton, als senior labour adviser in sein Ministerium berufen. Es handelt sich um die Besetzung einer der beiden neu geschaffenen Stellen von Arbeiterberatern, für die Churchill Gewerkschaftsmänner gewinnen will. Churchill begründet die Schaffung dieser Stellen damit, daß die stetig sich erweiternden und vertiefenden industriellen Fragen, mit denen sich das Ministerium des Innern bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse zu befassen hat, bessere Mittel erfordern, um „die Ansichten der organisierten und anderen Arbeiter über die ihre Interessen berührenden administrativen und gesetzgeberischen Angelegenheiten zu ermitteln und zu sichten“. Das soll durch die Ernennung der beiden neuen Arbeiterberate erreicht werden. Shackleton wird sich mit der Fabrikarbeit, der noch zu ernennende Beirat mit den Grubenarbeitsverhältnissen zu befassen haben.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Arbeitsarbeitsbewegung in der Holzindustrie. Von den für Februar 1911 zur Kündigung stehenden Tarifverträgen hat der Holzarbeiterverband im November 1910 die Verträge für 26 Orte mit etwa 16 000 Holzarbeitern gekündigt. Diese Verträge, eine von den 4 Vertragsgruppen, die zwischen den Holzarbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberverband seit 1907 mit verschiedenen Ablaufsfristen abgeschlossen worden sind, führen auf die schiedsgerichtlichen Verhandlungen zurück, die im Jahre 1908 unter Vorbehalt des Freiherrn v. Berlepsch in Leipzig geführt wurden. Es kommen dabei Großstädte wie Breslau, Posen, Elbing, Chemnitz, Bremen, Hamburg, Elberfeld und Stuttgart in Betracht. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat Anfang November über die Sachlage beraten. Die Verkündung der Beschlüsse steht noch aus. — Das Gesamtbild der Tarifvertragsverhältnisse im deutschen Holzgewerbe läßt sich durch eine Zifferntafel, die den letzten Jahrbüchern des deutschen Holzarbeiterverbandes entnommen ist, veranschaulichen. Mit Ausnahme der Mobellischlerei ist jeder Zweig des Holzgewerbes bereits mehr oder weniger von der Tarifvertragspraxis erfaßt. Wir entnehmen der „Holzarbeiterzeitg.“ folgende Zusammenstellung:

Es bestanden am:

in Berufen	31. Dezember 1908			31. Dezember 1909		
	Tarife	Betriebe	Arbeiter	Tarife	Betriebe	Arbeiter
Bürsten- und Pinselmacher . .	21	110	2 309	18	168	1 867
Stocharbeiter, Schirmmacher . .	4	18	384	4	18	384
Knopfmacher, Perlmuttarbeiter	6	15	354	7	17	466
Kammacher	1	1	124	1	1	124
Korbmacher	26	128	672	27	120	761
Korbschneider	2	8	285	8	4	248
Stellmacher	23	342	1 881	22	279	1 087
Tischler	307	9 224	74 957	340	10 180	81 391
Polierer	—	—	—	—	—	—
Maschinenarbeiter	8	63	621	4	64	647
Drechsler	10	80	426	10	87	414
Klaviermacher, Instrumentenarb.	8	25	827	9	44	1 116
Stuhlbauer	9	25	928	8	24	868
Modellstecher	—	—	—	—	—	—
Parlettischler	14	72	665	15	84	876
Bergolber, Gold- u. Politureisen-	5	65	417	6	70	526
arbeiter	3	15	90	8	15	90
Pantinenmacher	3	22	299	4	23	309
Rippenmacher	10	51	1 015	12	58	1 091
Verschiedene	455	10 259	85 699	493	11 251	92 280

Die Zahlen der Arbeiter beziehen sich auf die Masse der überhaupt unter Tarifen Arbeitenden, nicht bloß auf die organisierten Arbeiter. An organisierten Holzarbeitern waren Ende 1909 etwa 170 000 vorhanden. Es ist anzunehmen, daß sie den Hauptstamm zu der Masse der Tarifarbeiter liefern. Bemerkenswert ist der Inhalt der Tarifverträge, der von einem deutlichen Fortschritt in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse redet. Die kürzeste Arbeitszeit, welche unter der Herrschaft der am 31. Dezember 1908 und 1909 laufenden Tarifverträge bereits erreicht ist oder während der Vertragsdauer in den nächsten Jahren vereinbarungsgemäß erreicht wird, betrug:

	1908 für Personen	1909 für Personen
48 Wochenstunden	40	264
über 48 bis 51	17 710	17 780
51 - 54	32 247	88 764
54 - 57	24 080	22 648
57 - 60	9 425	10 458
60	62	74.

Über die Lohnstarifizierung bemerkt die „Holzarbeiterztg.“:

Die in den Verträgen festgelegten Arbeitslöhne können in der summarischen Behandlung nur in der Form des niedrigsten Vertragslohnes gewürdigt werden. Diese Zahlen lassen somit nur sehr bedingte Schlüsse zu, da ja nicht die wirklich gezahlten Löhne zum Ausdruck kommen. Immerhin zeigen die erheblichen Unterschiede, daß es noch recht vieler Organisationsarbeit bedarf, um allen Holzarbeitern zu einem einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu verhelfen. Beträgt doch laut Tarif der niedrigste Lohnsatz für Holzarbeiter 25 \mathcal{M} die Stunde bei den Bürstenmachern in Quakenbrück, der höchste dagegen 85 \mathcal{M} bei den Parlettlegern und 80 \mathcal{M} bei den Gussformtschlern in Berlin. Der Wochenabschlag ist in der Berliner Innenausbaubranche mit 33 \mathcal{M} , in einer Tischfabrik in Langenöls niedriger mit 15 \mathcal{M} normiert. Der niedrigste Lohn der jüngeren Arbeiter ist in Ingolstadt mit 1,70 \mathcal{M} im ersten und 2,70 \mathcal{M} im zweiten Gesellenjahre, in Leipzig dagegen mit 45 \mathcal{M} im zweiten Gesellenjahre festgesetzt. Bei der Tariferneuerung 1910 sind diese Orte auf 20 und 33 oder 47 \mathcal{M} angelangt. Die Unterschiede sind also noch recht erheblich.

Diese Unterschiede sind auf die verschiedensten Gründe zurückzuführen. In erster Linie sind sie natürlich beeinflusst durch den Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung, aber auch das Alter und der Stand der Organisation spielt eine bedeutende Rolle

Damit die rückständigen Arbeitsorte in ihren Arbeitsbedingungen vorankommen, ist eben energische Organisationsfähigkeit der Arbeiter erforderlich. Aber auch ein Ausbau der Arbeitgeberorganisation ist unerlässlich, da ein auf Ausgleichung gerichteter Bezirks- oder Reichstarif ohne die Stütze beiderseitiger Organisation nicht lebensfähig ist.

Die Nachricht von einem Reichstarif für das Bautischlerfach, die wir kürzlich aus Arbeiterblättern, die nicht dem Holzgewerbe zugehören, entnommen hatten, wird von den beteiligten Kreisen der Bautischlerei als sehr verfrüht bezeichnet. Vorläufig handele es sich nur um eine Tarifordnung für Großberlin.

Tariffbewegungen im deutschen Brauergewerbe. Seit Ende August wurden in Rheinland-Westfalen zwischen dem Bontfottschuerverband rheinisch-westfälischer Brauereien und den dortigen Brauarbeiterorganisationen Verhandlungen um einen Bezirksstarif an Stelle der bisherigen Ortstarife geführt; letztere waren zum Teil seit zwei Jahren nicht mehr erneuert worden, um die Grundlagen für eine einheitliche kollektive Arbeitsregelung im ganzen Bezirk zu erhalten. Das allgemeine Tarifvertragschema, das schließlich die Arbeitgeberorganisation vorlegte, lehnte sich vielfach an die Verhältnisse in den rückständigen Orten an und bedeutete daher für die großen, gut organisierten Plätze kaum einen Fortschritt, zumal in der Arbeitszeitfrage. Angesichts der verbesserten Lage des Brauergewerbes und der Tatsache, daß bereits in 700 deutschen Brauereien die Arbeitszeit für 35 000 Arbeiter tarifvertraglich auf weniger als zehn Stunden festgesetzt ist, forderten die rheinisch-westfälischen Braugehilfen den 9 1/2-Stundentag, während die Arbeitgeber, die anfänglich den Zehnstundentag vorgeschlagen hatten, sich nur zur Bewilligung der 57 stündigen Arbeitswoche verstehen wollten, wobei die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit dem einzelnen Arbeitgeber überlassen bleiben sollte. Der Brauereiarbeiter- und Böttcherverband, der Bund deutscher Brauergesellen und der christliche Lebens- und Genußmittelarbeiterverband aber, die gemeinsame Sache machten, bestanden auf der klaren Regelung der verkürzten täglichen Arbeitsdauer und zwar für alle Jahreszeiten. Als die Verhandlungen darüber ins Stocken gerieten, kam es hier und da zu Einzelstreiks, die der Verständigung neue Schwierigkeiten bereiteten. Bontfotts einzelner Gastwirtschaften wegen Verkleinerung der Biermaße kamen hinzu, um die Beziehungen zwischen dem Bontfottschuerverband, der sich durch 32 Gegenseitigkeitsverträge zum Schutze seiner Mitglieder und Abnehmer gegen Kundenstreiks verpflichtet hatte, und der Arbeitergesellschaft zu verschärfen. Vor Beendigung der Bontfotts, so drohte der Schuerverband, werde kein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Anfang November wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen wurden dadurch bis Ende November hingeschleppt, obwohl die Brauarbeiter bereits Anfang November durch verständige Nachgiebigkeit in der Arbeitszeit- und Lohnaufbesserungsfrage den Abschluß des Tarifvertrags ermöglicht hatten.

Das am 22. November schließlich vollzogene Tarifabkommen zwischen dem im Schuerverband organisierten 122 Brauereien des Gebietes zwischen Köln und Hamm und den durch die genannten Organisationen vertretenen 6000 Brauereiarbeitern legt den 9 1/2-Stundentag für alle Jahreszeiten fest; zugleich wurde die bisher unregelmäßige Arbeitszeit des Fahrpersonals nach ähnlichem Maßstabe geordnet. Weiter wurde der Urlaub und die Lohnstafflung nach Zeitabschnitten, die Überstunden- und Sonntagsarbeit und die siebente Schicht in der Woche im Sinne allmählicher Verbesserung geregelt. Der Vertrag ist auf vier Jahre bemessen.

Auch in Stuttgart ist im Oktober zwischen dem Verein der Brauereien und den Arbeitern ein Tarifvertrag zustande gekommen, der für den Sommer 9 1/2, für den Winter 9 Arbeitsstunden festsetzt und sonstige Verbesserungen schafft.

Außerhalb Westdeutschlands ist ferner in den Dresdner Lagerkellerbrauereien eine Tariffbewegung im Gange und auch in Leipzig ist der bestehende Tarifvertrag zum 1. Januar 1911 den Ringbrauereien gekündigt worden, um Arbeiterforderungen künftig durchsetzen zu können. In Berlin sind bekanntlich die Brauereiarbeiterverhältnisse im Laufe des Frühjahr und des Sommers bei den Ringbrauereien, den Weißbierbrauereien und den sonstigen Betrieben durch langfristige Tarifverträge geordnet worden.

Tarifvertrag für die Berliner Metallschraubenindustrie. Am 18. November waren weit über 1000 Schraubenarbeiter in den Streit getreten. Sie hatten eine Erhöhung der Akkordsätze um 10 bis 15 % gefordert, waren aber mit dem Verein Berliner Metallschraubenfabrikanten, welcher nur den Stundenverdienst um 5 % erhöhen wollte, zu keiner Einigung gelangt. Neue Verhandlungen am 19. November hatten aber Erfolg. Die Fabrikanten gewähren eine durchschnittliche Aufbesserung der Akkordtarife vom 1. Januar 1911 ab, die den Stundenverdienst um 7 1/2 % erhöhen soll, und feste Mindestlöhne für die nicht in Akkord beschäftigten Arbeiter. Diese betragen für geübte männliche Arbeiter und für Werkzeugmacher nach vierwöchiger Beschäftigung 60 \mathcal{M} , für ungeübte 45 \mathcal{M} und für Arbeiterinnen 37,5 \mathcal{M} die Stunde. Überstunden werden mit 25 % Aufschlag bezahlt. Der Streik war damit nach dreitägiger Dauer beendet.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Beschränkung der Freizügigkeit der Bankbeamten durch Geheimabreden zwischen Magdeburger und Hallischen Banken ist infolge der Vermittlungsbemühungen des Geheimrats Niefer fallen gelassen worden. Wenigstens hat Geheimrat Niefer dem Deutschen Bankbeamten-Verein mitgeteilt, daß „der Text der Mitteilung (des Magdeburger Bankvereins), der geeignet war, zu Mißverständnissen Anlaß zu geben, inzwischen dahin präzisiert worden ist, daß eine Absicht, die Freizügigkeit der Bankbeamten zu beschränken, bei jenem Institut nicht vorlag und auch jetzt nicht besteht. Was die beiden anderen Banken betrifft, so haben sie niemals beabsichtigt, eine Beschränkung der Freizügigkeit ihrer Beamten eintreten zu lassen oder an einem Abkommen teilzunehmen, welches dieses Ziel verfolgt“. Damit ist den Bankbeamten eine Fessel abgenommen worden, die die Privatbeamten anderer Geschäftszweige seit Jahren erfolglos abzuschütteln versucht haben. Wir denken an die Versicherungsbeamten und verweisen z. B. auf die Mitteilung, die die Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft (Alte Stuttgarter) erst neuerdings wieder an ihre Vertreter erlassen hat:

Unseren Herren Außenbeamten bringen wir hiermit wieder in Erinnerung, daß im Januar 1896 zwischen der „Alten Stuttgarter“ und der „Alten Leipziger“ folgendes noch zu Recht bestehende Abkommen getroffen worden ist: „Zwischen den Direktionen Stuttgart und Leipzig ist vereinbart worden, daß jede derselben eine Offerte auf Engagement, die ihr von einem Beamten, Inspektor oder Agenten der anderen gemacht wird, ohne daß die letztere von vornherein damit einverstanden ist, kurzerhand ablehnt.“ Wir empfehlen vorstehendes Ihrer Beachtung.

Obwohl eine ganze Reihe deutscher Privatbeamtenverbände mit der „Alten Stuttgarter“ in einem Begünstigungsverhältnis hinsichtlich der Eingehung von Versicherungsverträgen durch die Mitglieder steht, also das Stuttgarter Unternehmen durch Zuführung von Versicherungslustigen unterstützt, hat die „Alte Stuttgarter“ es bisher nicht für nötig gefunden, diese Anstellungssperre, die sie mit der „Alten Leipziger“ vereinbart hat und die die Freiheit der Stellenbewerbung hemmt, für die Versicherungsbeamten zu beseitigen. Daß auch in der maschinentechnischen Industrie solche „geheimen Konkurrenzkläusen“ für die Privatbeamten bestehen, ist durch die früheren Enthüllungen, z. B. in Oberschlesien, bekannt. Den Umfang dieser Geheimabreden unterschätzt man gewöhnlich.

Ein Bund deutscher Krankenkassenbeamten ist von den Vertretern der Landesvereinigungen und Verbände nationaler Krankenkassenbeamten am 20. November 1910 in Leipzig gegründet worden. Der Sitz des neuen Bundes ist Mannheim, Vorsitzender Verwaltungsdirektor Kampfmannheim. Dem Bunde traten sofort bei der Gründung etwa 1000 Mitglieder bei.

Der achte Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands findet in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 in Dresden im großen Saale des „Tivoli“ statt.

Streiks und Aussperrungen.

Lohnforderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Jede Bewegung unter der Arbeiterschaft im Kohlenbecken der Ruhr wird in ganz Deutschland mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Ein geringfügiger Streik auf einer kleinen Zeche war Anfang 1906 der Funke, der das Pulverfaß zur Explosion brachte: mehr als 200 000 Bergleute traten in den Ausstand. Schon 1906 wurden Lohnforderungen angemeldet. Vor Jahr und Tag erregte die Errichtung des Arbeitsnachweises des Zechenverbandes die Belegschaft aufs tieffte. Jetzt war aus der Zeche Lufas unter Vertragsbruch ein Streik ausgebrochen (vergl. unten), der jedoch nur örtliche Bedeutung hatte und beigelegt erscheint. Völlig unabhängig davon ist aber eine allgemeine Lohnbewegung entstanden, in der die Christlichen Gewerkschaften und der Alte Verband im Verein mit der Hirsch-Dunckerschen und polnischen Organisation gesondert mit ihren Forderungen vorgehen. Über die Vorgeschichte dieser beiden Aktionen berichtet der „Bergknappe“, das Blatt des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, in Nr. 49 vom 3. Dezember folgendes:

Vom alten Verband war unterm 17. November an die Vorstände der übrigen Bergarbeiterverbände der Antrag gestellt worden, eine gemeinsame Sitzung der Vertreter aller Verbände abzuhalten, weil es an der Zeit sei, „daß die Bergarbeiterorganisationen Lohnforderungen formulieren und sie nebst einigen anderen Forderungen, namentlich der Beseitigung des einseitigen Arbeitsnachweises und Erhebung desselben

durch einen auf paritätischer Grundlage aufgebauten, beim Bergbauverein einreichen.“ Die erste gemeinsame Sitzung sollte am 21. November sein. Der (christliche) Gewerkevereinsvorstand nahm daran nicht teil. Es war ihm nicht möglich. Die Einladung war ihm so spät zugegangen, daß er nicht mehr vorher eine Sitzung des Vorstandes mit den Vertrauensleuten abhalten konnte. Das aber schien bei dieser Sache geboten. . . . In der Konferenz der Gewerkevereinsvertrauensleute (am 27. Nov.) konnte man sich nicht für ein Zusammengehen mit dem sozialdemokratischen Verbände begeistern. Allgemein war die Ansicht, daß der alte Verband kein ehrliches Zusammengehen und friedliches Zusammenarbeiten wolle. Das beweise die fortgesetzte Belämpfung und Beschimpfung des Gewerkevereins im Verbandsorgan, in Versammlungen, in Flugblättern und in der Kleinagitation. . . . Wenn der Verband ein Zusammengehen wolle, möge er erst seine Verleumdungen gegen den Gewerkeverein zurücknehmen. Der Gewerkeverein sei es seiner Ehre schuldig, nach solchen Beschimpfungen sich von den Genossen fernzuhalten. Schärfer noch als bisher müßte die grundsätzliche den Ideen der Sozialdemokratie entgegenstehende christliche Gewerkschaftsüber-treten werden. . . . Ein vor der nächsten Reichstagswahl erfolgloser Streik, von dem ja schon die Genossen sprachen, würde nur der Sozialdemokratie nützen, der Arbeitersache aber schaden. Der Gewerkeverein dürfe bei solchen Bestrebungen nicht mitmachen. Einmütig war die Konferenz auch der Ansicht, daß durch ein Zusammengehen in diesem Augenblick für die Bergarbeiter wirtschaftliche Erfolge nicht zu erzielen sind. Solche sind unter den gegebenen Verhältnissen nur möglich, wenn die Öffentlichkeit auf der Seite der Arbeiter steht. Das aber wird eher der Fall sein, wenn der Gewerkeverein allein vorgeht.

Ein im Sinne dieser Ausführungen gehaltenes Antwortschreiben an den Vorstand des alten Verbandes lehnte demgemäß die Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen noch am selben Tage ab. Gleichzeitig aber wurde beschloffen, sofort eine Eingabe an den Vorstand des Zechenverbandes z. B. des Generaldirektors Bergtraus Randebröck zu Gesandtschaften zu richten. Diese, mit dem Datum Essen, 28. November, und vom Vorsitzenden des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Herrn Köster, unterzeichnet, hat folgenden Wortlaut:

Infolge der seit der letzten Hochkonjunktur von den Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund vorgenommenen bedeutenden Herabsetzung der Löhne — der Durchschnittslohn aller Arbeiter sank von 1862 M im Jahre 1907 auf 1350 M im Jahre 1909, der Durchschnittslohn Klasse A von 1871 M auf 1556 M, im ersten Halbjahr 1910 ging das Einkommen aller Bergarbeiter noch etwas weiter zurück — und der ungünstigen Entwicklung der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse ist die Lage vieler Bergarbeiter eine recht unerquickliche geworden. Mit Bangen sehen viele Familienväter dem beginnenden Winter entgegen, weil dieser ja manche besonderen Bedürfnisse zeitigt und den herrschenden Mangel noch fühlbarer machen wird.

Im Interesse der Bergarbeiter und der ruhigen Entwicklung unserer Bergbaubetriebe bitten wir Sie deshalb, den dem Zechenverband angeschlossenen Zechen zu empfehlen, zur Behebung der ungünstigen Lage der Arbeiterfamilien soweit wie möglich eine den Verhältnissen entsprechende Verbesserung der Löhne der Arbeiter über und unter Tage vorzunehmen. Insbesondere bitten wir Sie auch, bei den Zechen anzuregen, daß die noch immer vorkommende Auszahlung von Löhnen, die sehr weit unter dem Durchschnitt stehen, in der Folgezeit vermieden wird. Es ist unausbleiblich, daß in den Arbeiterfamilien, deren Ernährer einen erheblich unter dem Durchschnitt stehenden Lohn heimträgt, die Not ihren Einzug hält.

Ohne unsere bisherige grundsätzliche Stellung zu dem Arbeitsnachweis des Zechenverbandes anzugehen, bitten wir dann den Zechenverband, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, durch einige Vertreter etwaige Beschwerden von Arbeitern gegen den Arbeitsnachweis mit unterzulegen zu können. Sofern der Zechenverband wirklich den Arbeitsnachweis immer loyal handhaben und alle Übergriffe gegen die Arbeiter vermeiden will, steht ja der Schaffung einer paritätischen Instanz zur Untersuchung von Beschwerden nichts im Wege. Eine solche Instanz würde aber zur Beruhigung der Arbeiter sehr beitragen.

Am 30. November traten sodann die Vorstände des alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes, der Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Organisation zu einer 6 Stunden dauernden Konferenz zusammen; in ihr wurden vier Forderungen vereinbart, die dem Vorstand des Zechenverbandes am 1. Dezember in folgender Eingabe überreicht worden sind:

Durch die bedrückte Lage, in welcher sich die Bergarbeiter gegenwärtig infolge der äußerst fühlbaren Lohnherabsetzung der letzten Jahre, der Feuerung und der sonstigen Umstände befinden, sehen sich die unterzeichneten Bergarbeiterverbände veranlaßt, zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. In einer am heutigen Tage in Bochum stattgefundenen Konferenz der Verbandsvorstände wurde beschloffen, nachstehende Forderungen den verehrlichen Zechenverbänden mit dem höchsten Ersuchen zu unterbreiten, dieselben genauso zu prüfen und auf eine Verwirklichung derselben bei den Verbandsverwaltern hinwirken zu wollen. Die Forderungen lauten:

1. Eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Prozent am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen.

2. Das Verbauen in der Grube nicht mehr im Kohlengebirge mit zu berechnen. Um die Sicherheit der Bergarbeiter zu fördern, möge das Verbauen der Streden und alle sonstigen Nebenarbeiten besonders bezahlt bzw. berechnet werden.

3. Die Leistungen der Knappschaftsklassen sollen entsprechend den Anträgen der Arbeitervertreter in der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum erhöht und zu diesem Zweck außerordentliche Generalversammlungen der fraglichen Klassen einberufen werden.

4. Der voriges Jahr eingeführte Zwangsarbeitsnachweis soll in einen auf paritätischer Grundlage aufgebauten umgewandelt werden, wie das schon voriges Jahr von allen Verbänden mit Recht verlangt wurde.

Zur Begründung dieser Forderungen führt die Eingabe dann u. a. an:

Zu 1. Daß die Lohnherabsetzungen in den letzten drei Jahren ganz gewaltig waren, beweist die amtliche Lohnstatistik. Der Jahreslohn der eigentlichen Bergarbeiter ging seit 1907 um weit über 300 M., der Durchschnittslohn um 81 % zurück. Letzterer betrug im zweiten Quartal dieses Jahres nur noch 5,33 M., während er im vierten Quartal 1907 6,14 M. betrug. Die Löhne der übrigen Bergarbeiter ebenso wie die der Tagesarbeiter gingen ebenfalls ganz empfindlich zurück. Die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel gingen aber nicht im Preise herab, sondern sind meist ganz bedeutend gestiegen, so daß tatsächlich zurzeit von einer Unterernährung der Bergarbeiter gesprochen werden muß. Die Werte aber erzielen nach den bekanntgewordenen Zahlen zurzeit bereits meist bessere Überschüsse als im Vorjahre. Durch den Verkauf der auf Lager gestürzten Rohvorräte, welcher seit einiger Zeit zu beobachten ist, dürften die Überschüsse noch besser werden. Eine nennenswerte Lohnherabsetzung ist deshalb nicht länger hinauschiebbar, wenn nicht die Arbeiter und damit auch Handel und Verkehr noch mehr leiden sollen. Viele Werte haben trotz der Krise so hohe Überschüsse erzielt, daß sie ohnehin bessere Löhne hätten zahlen können. Bei einigermaßen gutem Willen dürften die obigen Lohnforderungen leicht erfüllbar sein.

Zu 2. Die besondere Bezahlung des Verbauens der Streden soll erfolgen, damit die Arbeiter ohne Lohnverlust für die Sicherheit sorgen können und die Unfälle vermindert werden. Bei der bisher meist üblichen Lohnmehrhöhe, bei welcher das Verbauen der Streden und sonstige Nebenarbeiten mit in den Kohlengebirgslohn eingerechnet werden, liegt ein gewisser Anreiz, das ordnungsgemäße Verbauen zu vernachlässigen, wodurch die Gefahren natürlich erhöht werden. Da diese Forderung nur geringe finanzielle Anforderungen an die Werte stellt, da ferner das Bestreben, die Unfälle zu vermindern, im Interesse aller Beteiligten liegt, so dürfte auch über diesen Punkt leicht Einverständnis erzielt werden.

Zu 3: Was die Leistungen der Knappschaftsklassen anbelangt, so ist zu bedenken, daß die jetzigen statutarischen Sätze in Kranken- und Invalidentagen nicht mehr als ausreichend angesehen werden können, denn die bedeutend im Preise gestiegenen Wohnungsmieten, Lebensmittel und Bedarfsartikel treffen nicht nur den noch in Arbeit stehenden, sondern auch den invaliden Bergmann nebst seinen Angehörigen. Die Beiträge im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum sind vor zwei Jahren bedeutend erhöht worden, ohne daß die Rentenhöhe gleichen Schritt gehalten hat. Die Überschüsse zeigen denn auch eine viel höhere Summe, als nach der Veranschlagung berechnet war. Der Voranschlag des Allgemeinen Knappschaftsvereins für das Jahr 1909 sah als Einnahme für die Krankenkasse 16 270 100 M. vor und einen Überschuß von 485 821 M. Die wirkliche Einnahme betrug aber 19 572 676 M., und es wurde ein Überschuß erzielt von 1 631 993 M. Hätte das Krankengeld der Bergarbeiter im Jahre 1909 75 % des Lohnes betragen, so hätten sich die Ausgaben damals um 1 537 572 M. erhöht, aber dann wäre immer noch ein höherer als der veranschlagte Überschuß erzielt worden, nämlich 786 382 M. Noch günstiger stehen die Verhältnisse bei der Pensionskasse. Hierfür war eine Einnahme veranschlagt von 23 208 700 M. und ein Überschuß von 5 658 272 M. Die wirkliche Einnahme betrug aber 32 283 842 M. und der erzielte Überschuß 13 081 993 M. Wären die Pensionen der Invaliden und Witwen um 15 % höher gewesen, so hätten sich die Ausgaben um 2 129 014 M. erhöht, aber dann hätte der Überschuß immer noch annähernd 11 Millionen Mark betragen. Es dürfte daher im Bochumer Knappschaftsverein ohne Vertragsverhöhung eine Erhöhung der Leistungen der Pensionskasse sich ermöglichen lassen. Die reichsgesetzliche Rente ist so schwer und so spät zu erreichen, daß um so mehr Gewicht auf die Knappschaftspension gelegt werden muß. Die Erhöhung des Krankengeldes ist ebenfalls im Interesse aller gelegen, denn je mehr der Kranke sich pflegen kann, desto eher wird er genesen, weil beim Bergmann die meisten der Krankheitsnuren durch Überanstrengung im schweren Beruf entstehen. Die erforderliche geringe prozentuale Erhöhung der Beiträge der Krankenkasse dürfte bei der zu erwartenden besseren Konjunktur doch nur eine sehr geringe Rolle spielen. . . .

Zu 4: Der Arbeitsnachweis ist voriges Jahr den Bergarbeitern aufzuerzwingen worden. Die einseitige Verwaltung und die durch die Werte erzwungene Benützung des Arbeitsnachweises ist vor wie nach nicht nur ein Stein des Anstoßes, sondern birgt große Gefahren für die Arbeiter in sich. Die Maßregelungen von für ihre Interessen und ihre Organisation eintretenden Arbeitern ist auf anderen Arbeitsnachweisen genügend erwiesen. Wir erinnern nur an die Vorgänge von

Mannheim. Das Statut des Zechenschußerverbandes im Verein mit dem einseitigen Arbeitsnachweis der hiesigen Zechenverwaltungen birgt die offensichtlich große Gefahr in sich, das Koalitionsrecht der Bergarbeiter einzuschränken oder ganz illusorisch zu machen. Liegt seitens der Herren Zechenvertreter diese Absicht nicht vor, so steht nichts im Wege, den Arbeitsnachweis paritätisch umzugestalten, damit die Arbeiter und Unternehmer völlig gleichberechtigt an der Verwaltung eines solchen beteiligt sind und er, den Interessen beider Teile dienend, den Arbeitssuchenden unparteiisch Arbeitsgelegenheit, den Arbeiter suchenden unparteiisch Arbeiterkräfte zuweist. Die Arbeiter können nicht eher ruhen, bis diese wichtige Frage, wie vorstehend angedeutet, geregelt ist.

Die Eingabe schließt mit folgenden Worten:

Sollte der verehrliche Zechenverband nicht selbst die Regelung obiger Forderungen in die Hand nehmen wollen, so ersuchen wir höflich, seinen Einfluß bei den Mitgliedern seines Verbandes dahin geltend zu machen, daß die Einigung mit den Arbeiterorganisationen erzielt wird. Einer geneigten entgegenkommen und damit dem Frieden dienenden Antwort entgegengehend, zeichnen mit hochachtungsvollem Gläubig

für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands H. Sachs-Bochum, für die polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter) F. Mantowski-Bochum, für den Gewerbeverein der Bergarbeiter (Kirch-Dunder) Franz Schmidt-Dorhausen.

Wir begnügen uns für heute damit, diese Aktenstücke unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen, wie wir ihnen selbstverständlich auch die Antworten des Vorstandes des Zechenvereins, die uns noch nicht vorliegen, mitteilen werden. Von unkontrollierbaren und jedenfalls unverbindlichen Äußerungen aus Unternehmerkreisen, die eine glatte Ablehnung aller dieser Arbeiterforderungen weisagen, bemerkt zu nehmen, hat jetzt ebenso wenig Zweck, als sich in Maßnahmen zu ergeben, was etwa geschehen wird, wenn wirklich eine Zurückweisung der sachlich begründeten und in höflichen Formen vorgebrachten Wünsche der Bergleute des Ruhrreviers erfolgen sollte. Einen Kampf zu vermeiden, haben sowohl die Arbeiter wie die Arbeitgeber und ebenso die Allgemeinheit die triftigsten Gründe, und ein Verhandeln der berufenen Führer von beiden Seiten ist hier sicher wohl am Platze. Und den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, dem der Bergbau untersteht, erinnern wir an seine Worte in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 21. und 22. Januar ds. Js., wo er auf den von verschiedenen Parteien ausgesprochenen Wunsch nach Frieden mit dem Versprechen antwortete, die Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, um den Ausbruch eines Kampfes im Ruhrrevier zu verhindern.

Streit auf der Zeche Lufas. Von der Belegschaft der Zeche Lufas bei Dortmund, Eigentum der A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und im Westfalen, sind am 28. November von 410 Mann 891 unter Vertragsbruch in den Ausstand getreten. Letzte Ursache für diesen Streit soll die Bestrafung von mehr als 100 Mann wegen Verstößen gegen die Ordnung der Seifabri gewesen sein. Schon seit längerer Zeit aber waren in der Belegschaft, die viele frühere Arbeiter der Unglückszeche Raddob zählte, Klagen über schlechte Verpflegung, Schlagwetter, Holzangel, Überfrachten, Lohnabzüge, harte Strafen laut geworden. Die Arbeiter forderten nun die Zurücknahme der zuletzt verhängten Bußen. Die Zechenverwaltung lehnte dies ebenso ab wie die Verhandlung mit zwei in einer Versammlung gewählten Arbeitern, erklärte sich aber zu einer Besprechung mit dem Arbeiterausschuß bereit. Noch bevor diese stattfand, traten jedoch die Arbeiter unter Vertragsbruch in den Streit und die Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß blieb ohne Ergebnis, da die Verwaltung vor allem die Wiederaufnahme der Arbeit forderte. Am 29. November beschloß eine Belegschaftsversammlung mit 389 gegen 5 Stimmen die Fortsetzung des Streiks, dem sich die Kesselheizer und andere Arbeiter über Tag anschlossen. Die Vorstände des Christlichen Bergarbeitervereins und des alten Verbandes haben beide die entschiedenste Mißbilligung des Vertragsbruchs ausgesprochen; während aber letzterer beschloß, seine Mitglieder trotzdem zu unterstützen, den Streik jedoch streng zu lokalisieren, haben die Christlichen in einer Versammlung am 30. November erklärt, der Zentralverband gebe nicht die Genehmigung zum Streik, fordere die Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf und kündige den sich Weigernden den Ausschuß an. Eine Kommission der Streikenden hatte sich an den zuständigen Revierbeamten gewendet, der aber ein Eingreifen ablehnte, weil besondere Mißstände auf der Zeche Lufas nicht vorhanden wären. Dagegen hatte die Bergbehörde dem Wunsch der Arbeiter nach einigungsamtlichen Verhandlungen entsprochen. Die Zechenverwaltung beharrte aber auf ihrer Forderung, daß vor allen anderen Schritten die Belegschaft die Arbeit wieder aufnehme. Als dann wolle sie die Beschwerden gewissenhaft prüfen. Blieben dann noch Streitigkeiten, so werde sie das Einigungsamt annehmen. Sollten die Arbeiter am 5. Dezember nicht wieder anfabren, so würden ihre Namen aus den Arbeitslisten gestrichen und ein durch den Vertragsbruch verwirkter Lohnabzug für 6 Schichten eintreten. Hierauf antworteten die Arbeiter am 2. Dezember: diesem Angebot der Zechenver-

waltung könne nur dann nähergetreten werden, wenn noch folgende Zugeständnisse gemacht würden: Verhandlungen über Mißstände mit der Streikkommission und Unterbleiben von Maßregelungen. Eine Abordnung der Streikenden, die am 3. Dezember der Zechenverwaltung diese Forderungen überbrachte, wurde abgelehnt; man verlange bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und verhandle nur mit dem Arbeiterausschuß. Aus Dortmund wurde gemeldet, daß Anarchosozialisten am 3. Dezember ein außerordentlich verheißendes Flugblatt unter den Bergarbeitern verteilten, in dem der Generalsireil empfohlen und die Anwendung der Sabotage nahegelegt wird. Das Dortmunder Amtsgericht hat das Flugblatt sofort beschlagnahmen lassen. Die Streikleitung der „Lufas“-Belegschaft stand, wie ausdrücklich festgestellt ward, dem Flugblatt fern. In letzter Stunde ist dann eine günstige Wendung eingetreten. Am 4. Dezember gab die Zechenverwaltung in einer Unterredung unter Aufrechterhaltung ihres Standpunktes, nicht mit der Streikkommission zu verhandeln, die ehrenwörtliche Erklärung, sie werde von jeder Maßregelung absehen, wenn die Arbeit am 5. Dezember wieder begonnen würde. Darauf beschloß am selben Tage eine Versammlung der Belegschaft nach erregten Debatten mit 210 gegen 144 Stimmen, den Streik zu beenden und am 5. Dezember wieder anzufahren. Die Anfahrt der in Frage kommenden 270 Mann ist in aller Ruhe pünktlich vor sich gegangen.

Die Lohnbewegung im oberbayerischen Kohlengbiet ist trotz des Schiedspruches des Münchener Berggewerbegerichts noch nicht beigelegt, da die Zechenverwaltung der beiden Gruben Gaussham und Penzberg den Spruch, der die Lohnausgleichung forderte, abgelehnt hat. Daraufhin haben 1200 Arbeiter der Grube Gaussham, das sind zwei Drittel der Belegschaft, die Arbeit eingestellt, um die Lohnzulage von täglich 30 Pf., die der Schiedspruch gutieß, zu erzwingen. Die Zechenverwaltung, die über große Lagerbestände an Kohlen verfügt, hat allen Ausständigen die Vertwohnungen zum 15. Dezember gestündigt. Die Arbeiter auf Grube Penzberg erklärten sich solidarisch mit den Kameraden auf Gaussham.

Die Aussperrung in der Edel- und Unedelmetallindustrie Pforzheims zieht immer weitere Kreise. Da sämtliche 9—10 000 organisierten Arbeiter von den Fabrikanten jetzt ausgesperrt sind, und zwar sowohl Anhänger der freien wie der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, obendrein sich aber zahlreiche Unorganisierte mit den Ausgesperrten eins fühlen und die Arbeit verlassen, so stockt der Betrieb bereits in 100 Betrieben vollständig. Der Fabrikantenverein, der seine Mitgliederzahl in den letzten Wochen um 98 Mitglieder verstärkt hat und heute 407 Arbeitgeber vereint, hat daraufhin in seiner Hauptversammlung eine völlige Stilllegung sämtlicher Betriebe vom 3. Dezember bis 3. Januar 1911 beschlossen. Falls auch die unorganisierten Betriebe diesem Beschluß folgen, so würden etwa 28 000 Personen beiderlei Geschlechts über die Weihnachtzeit arbeitslos sein und die Industrie, die jetzt bereits für das Distergeschäft arbeitet, schwer geschädigt werden. Auch das weitere Geschäftsleben der Stadt wird schwer bedroht und zerklüftet, da die organisierten Lebensmittelhändler zur Parteinahme für und gegen die Ausgesperrten gedrängt werden. So hat die Weggerinnung ihren Mitgliedern bei Strafe geboten, die von einer Arbeiterorganisation ausgehenden gelben Streikunterstützungsmarken für Nichtmitglieder zurückzuweisen. Die Arbeiterschaft ihrerseits tut solche Weggergeschäfte in Verzug. Von Einigungsverhandlungen hört man nichts. Der bayerische Minister des Innern erklärt in der „Karlsruher Zeitung“, daß die Regierung die strengste Unparteilichkeit beweisen, aber die arbeitswilligen Staatsbürger gegen Beschimpfungen und Gewalttätigkeiten schützen werde. (Die eigentlichen Arbeitswilligen sind freilich diesmal die ausgesperrten Arbeiter.) Die Schutzmannschaft im Bezirk Pforzheim ist verstärkt. Große Versammlungen der Ausgesperrten beleben die Stadt. Der Ausgangspunkt des Kampfes, nämlich die Forderung eines Einheitslöhnes für die Stücklöhne in dem Kettenfache, scheint neuerdings hinter der allgemeinen Forderung zurückzutreten, daß der Arbeitgeberverband die Arbeiterorganisationen als berechnigte Interessenvertreter der Arbeiterschaft anerkenne. Nachdem in allen anderen Orten des Edelmetallgewerbes seit Jahren Tarifverträge üblich sind, in der Hanauer Industrie ein wohlgeordnetes Einigungswesen geschaffen ist und in den Wiener Juwelier-, Gold-, Silber- und Bijouteriegewerben erst kürzlich umfassende Kollektivarbeitsregelungen von den beiderseitigen Organisationen unter Mitwirkung des österreichischen Arbeitgeberhauptverbandes vereinbart worden sind, sollte auch in Pforzheim eine Verständigung zwischen den Organisationen keiner grundsätzlichen Schwierigkeit mehr begegnen.

Ein großer Schneiderstreik in Chicago, der 41 000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, hat zur Schließung von 1000 Betriebsstätten des Bekleidungsgebietes geführt. Die Arbeiter, bekanntlich meist tiefstehende ausländische Proletarier, belagern die Betriebsstätten und Magazine, um die Arbeitswilligen fernzuhalten. Bei den daraus sich entzündenden Unruhen geht die Polizei mit außerordentlicher Schärfe vor.

Arbeiterschutz.

Stimmen zur Konkurrenzklause.

Das Rundschreiben des preussischen Handelsministers an die Handelsvertretungen vom 16. Juni, das eine gesetzliche Festlegung der Entschädigungspflicht des Arbeitgebers für seinen durch die Konkurrenzklause über den Dienstvertrag hinaus gebundenen und im Erwerbe beschränkten Angestellten unter ganz bestimmten Voraussetzungen empfahl (vergl. XIX Sp. 1146), hat eine große Anzahl von Äußerungen aus den beteiligten Kreisen gezeitigt, die ein wertvolles Material darstellen. Wir beginnen mit einer Reihe von Rundgebungen aus Unternehmerkreisen, nachdem wir früher schon die Ansichten der Angestellten mitgeteilt haben.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands hält den Gedanken, durch Einführung der bezahlten Karenz einen Ausgleich zwischen den berechtigten Forderungen der Angestellten und den Bedürfnissen der Unternehmungen herbeizuführen, für einen glücklichen, wünscht jedoch im einzelnen für manche der vom Minister aufgestellten Grundsätze wesentliche Abänderungen,

insbesondere, daß der Angestellte dasjenige, was er während der Karenzzeit durch seine gewerbliche Tätigkeit anderweit erwirbt, sich auf die ihm vom Unternehmer gewährte Entschädigung anrechnen lassen muß, sodann, daß bei höher bezahlten Angestellten für die Berechnung der Karenzentuschädigung ihre Bezüge nur bis zu einer gewissen Höhe, etwa 8000 M., in Berücksichtigung kommen. Weiter sei auszusprechen, daß neben der Vertragsstrafe sowohl die Erfüllung des Konkurrenzverbots als auch der Ersatz des Konventionalstrafe übersteigenden Schadens verlangt werden könne. Die Ausdehnung der Grundsätze für die Konkurrenzklause auf alle gewerbliche Arbeiter erscheine nicht erforderlich, ebensowenig eine Anwendung der Bestimmungen über die Konkurrenzklause auf das sog. Schweigeverbot.

Der Verband der Kaufleute-Beisitzer der Kaufmannsgerichte Deutschlands stellt sich grundsätzlich ebenfalls auf den Standpunkt des Rundschreibens.

Er erachtet die Zulassung der Konkurrenzklause für eine unbedingte Notwendigkeit sowohl für Handlungsgehilfen und volljährige Lehrlinge als auch für technische Angestellte und Arbeiter, hält es aber für wünschenswert, daß die Konkurrenzklause nur in dringenden Fällen angewendet und, soweit angängig, ihrer Härte entkleidet werde. So solle insbesondere die Entschädigung für die Karenzzeit, die unbegrenzt sein soll, vom zweiten Jahre ab alle zwei Jahre um 10 % über das volle Gehalt steigen.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser erklärt die Konkurrenzklause vorläufig noch für unentbehrlich. Die Einführung des Prinzips der bezahlten Karenz lasse jedoch eine Milderung der Schäden erwarten.

Im einzelnen wird verlangt das Verbot der Konkurrenzklause mit Angestellten bis zu 1200 M.; bei Gehältern von 1200 bis zu 8000 M. sei im ersten Jahre mindestens die Hälfte, in dem folgenden das ganze Gehalt zu gewähren, um dem Angestellten Mittel für eine erfolgreiche Bemühung um eine neue Stellung zu verschaffen und dadurch den Unternehmer möglichst bald von seinen Entschädigungslasten zu befreien. Bei Gehältern über 10 000 M. brauchten Entschädigungen nicht gewährt zu werden. Die Geltung der Konkurrenzklause dürfe sich aber auf höchstens 2 Jahre, für Angestellte mit geringen Gehältern auf höchstens 1 Jahr erstrecken. Auch den gewerblichen Arbeitern sollte der volle Genuß der durch die Neuregelung der Konkurrenzklause zu schaffenden Milderungen gewährt werden.

Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft wünschen für die drei Kategorien von Arbeitnehmern: gewerbliche Arbeiter, technische Angestellte und Handlungsgehilfen gleiche Bestimmungen. Sie treten für Aufrechterhaltung der Konkurrenzklause ein, da sie zurzeit den „einzig wirksamen Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen darstelle und deshalb nicht entbehrt werden könne“. Andererseits wird nicht verkannt, daß die Konkurrenzklause häufig zur künstlichen Fesselung der Angestellten an den Betrieb und zur Aufrechterhaltung niedriger Besoldungen benutzt wird.

Die Gültigkeit der Konkurrenzklause solle deshalb von der Zahlung eines Minimalgehalts — 2400 M. zur Zeit des Vertragschlusses — abhängig gemacht werden. Als zeitliche Beschränkung der Konkurrenzklause werden für alle Arbeitnehmerkategorien drei Jahre als angemessen erachtet. Die den Angestellten während dieser Zeit zu gewährende Entschädigung soll betragen: Im ersten Jahre die Hälfte, im zweiten Jahre drei Viertel, im dritten das volle bisherige Einkommen. Sollte eine Verlängerung, und zwar bis auf höchstens fünf Jahre, zugelassen werden, so müßten für die letzten Jahre steigende Entschädigungssummen gefordert werden. Ein Abzug des anderweitigen Verdienstes von der Entschädigung soll nur insoweit stattfinden, als Entschädigung plus drei Viertel des neuen Arbeitsverdienstes das in der alten Stellung legitime Einkommen übersteigt. Die volle Anrech-

nung des Verdienstes, wie sie der Minister vorschlägt, würde für den Angestellten zu ungünstig sein, da ja der Verdienst in der neuen Stellung, solange er nicht das frühere Einkommen übersteigt, nicht dem Angestellten, sondern nur dem früheren Arbeitgeber zugute käme. Entsprechend den heute für die Handlungsgehilfen geltenden Bestimmungen dürfte der Arbeitgeber auch bei den anderen Kategorien von Angestellten entweder nur eine Vertragsstrafe oder nur Erfüllung und Schadenersatz vereinbaren.

Das Direktorium des Verbandes südwestdeutscher Industrieller erachtet die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenzklausei für vollkommen ausreichend, da der Angestellte durch sie gegen einen etwaigen Mißbrauch der Konkurrenzklausei hinreichend geschützt ist.

Vor allen Dingen müsse immer wieder betont werden, daß der Richter auf Grund der Bestimmungen des § 133f Abs. 1 der G.-O. und § 74 Abs. 1 des HGB. schon heute in der Lage sei, eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Angestellten, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, für nichtig zu erklären, wenn die Vereinbarung Bestimmungen enthält, die das Fortkommen der Angestellten unbillig erschweren. Der Verband glaubt auch in den von dem preussischen Handelsminister aufgestellten Leitsätzen eine Unterstützung der Tendenz erblicken zu müssen, die in erster Linie verfolgt, dem Angestellten nur recht klar zu machen, welche Rechte er hat, ohne ihn an die selbstverständliche Erfüllung seiner Pflichten zu erinnern. Uns sei in Deutschland durch die ganzen allmählich entstandenen Anschauungen über sozialpolitische Verhältnisse der Blick vielfach schon so weit getübt, daß man gar nichts Sonderbares mehr darin finde, daß jemandem, der aus einem Betriebe austritt und nach seinem Austritt der selbstverständlichen Pflicht nachkommt, über die in dem Betriebe ihm anvertrauten Betriebs- oder Fabrikationsgeheimnisse zu schweigen, bzw. sie nicht zum Schaden seines früheren Arbeitgebers auszuhebeln, hierfür der Anspruch auf eine besondere Bezahlung gesetzlich zuerkannt werde.

Bei dieser Sachlage und mit Rücksicht auf das bisherige Verhalten des Reichstags in sozialpolitischen, die Industrie betreffenden Fragen, lehnt der Verband den Vorschlag der bezahlten Karenz nicht völlig ab.

Der Verein deutscher Seidenwebereien ist grundsätzlich der Ansicht, daß die Regelung der Konkurrenzklausei durch das Handelsgesetzbuch allen billigen Anforderungen entspricht und daß es zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Angestellten voll auf genüge, den § 75 HGB. auf die Gewerbeordnung zu übertragen. Sollte jedoch an dem Entschädigungsgrundsatz festgehalten werden, so seien eine Reihe besonderer Forderungen zu erfüllen, darunter:

1. Verpflichtung des Angestellten, das von ihm anderweit Erworbene der Wahrheit gemäß bei Verlust des Anrechtes auf die Entschädigung dem früheren Arbeitgeber ohne besondere Aufforderung anzugeben;
2. Verpflichtung des neuen Arbeitgebers zur Auskunft über die Bezüge des Angestellten dem früheren Arbeitgeber gegenüber;
3. Abhängigkeit des Anspruchs auf Entschädigung von einem mindestens einjährigen Dienstverhältnis;
6. die Gültigkeit der Konkurrenzklausei darf nicht noch von einem besonderen bei der Festsetzung einer Entschädigungspflicht vollkommen überflüssigen Nachweis eines erheblichen wirtschaftlichen Interesses des Arbeitgebers abhängig gemacht werden;
7. alle gewerblichen Angestellten mit festen Bezügen von 1500 M. an, kaufmännische von 3000 M. an können einer Konkurrenzklausei unterworfen werden;
8. es ist die Möglichkeit zu schaffen, Privatbeamte auf Geheimhaltung vereidigen zu lassen mit der Wirkung, daß der Bruch des unter dem Eid gegebenen Schweigeversprechens unter Strafe gestellt wird.

Eine Reihe von Interessentenvertretungen lehnt die ministeriellen Vorschläge als zu weitgehend und weil ein Bedürfnis zur Neuordnung nicht vorliege, grundsätzlich ab, so der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, die Interessengemeinschaft der Detaillisten-Verbände (15 Verbände mit rund 100 000 Mitgliedern), die Handelskammern Schweidnitz, Trier, Hannover, Frankfurt a. M., Ravensburg, Rottweil, Reutlingen. Die Handelskammer Duisburg lehnt die Vorschläge ab, weil sie Handel und Industrie zu schwer belasteten. Einverstanden mit den Vorschlägen erklärten sich die Handelskammern Barmen, Graubenz und Ulm (mit geringen Änderungen). In der Münchener Handelskammer, in der bekanntlich ein Angestelltenausschuß misst, wurde der von diesem Ausschuß gestellte Antrag auf Beseitigung der Konkurrenzklausei ebenso wie die anderen von diesem Ausschuß gestellten Anträge abgelehnt, worauf die Kammer sich — ohne die Mitglieder des Angestelltenausschusses — im wesentlichen mit den ministeriellen Vorschlägen einverstanden erklärte. Ebenso erklärte die Handelskammer Regensburg, daß die Vorschläge eine geeignete Grundlage böten, um zu einer Verständigung zu gelangen. Im einzelnen wurde hierzu erklärt:

Die Bezahlung einer Entschädigung durch den Prinzipal sei nur dann gerechtfertigt, wenn er auf Erfüllung des Konkurrenzverbotes bestünde. Bedenke er sich dagegen mit Bezahlung der Vertragsstrafe, so dürfe er unter keinen Umständen für verpflichtet erklärt werden können, eine Entschädigung an den Angestellten zu bezahlen. Es erscheine angezeigt, von einer Anrechnung des böswillig unterlassenen Erwerbes abzugehen, da diese Bestimmung die Quelle zahlloser Prozesse werden würde und der Nachweis dafür, ob es dem Angestellten aus Böswilligkeit bzw. trotz seines guten Willens nicht gelungen ist, sich eine neue Stellung zu verschaffen, für beide Teile außerordentlich schwer zu führen wäre. Um aber auf der anderen Seite dem Angestellten den Anreiz zur Kündigung mit der Absicht, sich einen durch nichts gerechtfertigten Pensionsanspruch zu sichern, wieder zu nehmen, müßte bestimmt werden, daß der Prinzipal auch nach Ablauf des zweiten Jahres dem Angestellten nicht die ganzen zuletzt gewährten vertragsmäßigen Leistungen, sondern nur einen Teil derselben zu gewähren hätte, und zwar dürften $\frac{2}{3}$ dieser Leistungen angemessen erscheinen.

Die Krefelder Handelskammer ist ebenfalls im Grunde mit den Vorschlägen einverstanden, wünscht jedoch, daß die Entschädigung im ersten Jahr $\frac{1}{4}$, im zweiten $\frac{1}{3}$, im dritten $\frac{1}{2}$ des Ausfalls betragen soll; auch solle die Klausei nur auf kaufmännische und technische Angestellte sowie Arbeiter mit mehr als 1500 M. Einkommen angewendet werden dürfen. Die Zeitdauer solle für kaufmännische Angestellte auf drei Jahre, für technische Angestellte aber zeitlich nicht begrenzt werden. Die Düsseldorfer Handelskammer mißbilligt das vorgeschlagene starre Entschädigungsschema und verlangt, daß § 74, 1 HGB. folgende Fassung erhalte:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Handlungsgehilfen nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand unter Berücksichtigung einer etwa vereinbarten Entschädigung nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens ausgeschlossen wird.“

Die Straßburger Handelskammer erblickt in den Vorschlägen einen billigen Ausgleich der widerstrebenden Interessen, wünscht jedoch eine bestimmtere und einfachere Fassung, die dem Ermessen des Richters nicht einen so großen Spielraum läßt wie die vorgeschlagene. Eine Ausdehnung der für die technischen Angestellten vorgeschlagenen Grundsätze auf alle gewerblichen Arbeiter erscheint der Kammer undurchführbar. Endlich regt sie an, für den Fall, daß ein Angestellter der bedungenen Vertragsstrafe verfällt, für deren Entrichtung unter Umständen auch den neuen Prinzipal haftbar zu machen. Die Dresdener Handelskammer erklärt ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Vorschlägen, macht jedoch eine Reihe von Vorbehalten:

Unter „Lehrlingen“ dürften nur solche im Sinne der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches, nicht aber auch solche technische Angestellte verstanden werden, die nach Beendigung ihrer Studien auf Universitäten, technischen Hochschulen oder sonstigen höheren technischen Lehranstalten in ein Unternehmen eintreten und dort zunächst in der Praxis unterwiesen werden (Chemiker, Ingenieure usw.). Es müsse nach wie vor gestattet bleiben, derartige Angestellte durch Konkurrenzklausei zu binden, da sie meist in die Eigenheiten der geheim zu haltenden Verfahren und Betriebsweisen eingeweiht würden und deshalb leicht in der Lage wären, die Unternehmer, denen sie ihre Ausbildung verdanken, durch Verrat der Geschäftsgeheimnisse zu schädigen. Auch sei es unbillig, daß die Entschädigung auch dann gezahlt werden solle, wenn die Konkurrenzklausei gar kein oder nur ein geringes Hindernis für das Fortkommen des Angestellten ist. Das sei z. B. der Fall, wenn sich die Konkurrenzklausei lediglich auf eine Stadt oder gar nur auf bestimmte Teile einer Stadt erstreckt und wenn sie gleichzeitig etwa nur auf den Zeitraum eines Jahres begrenzt ist. Im Interesse der kleineren Gewerbetreibenden, die durch die Entschädigung besonders schwer belastet werden, wünscht die Kammer, daß die Entschädigung nicht gezahlt zu werden brauche, wenn die Konkurrenzklausei nur für einen Umkreis von nicht mehr als 10 km und gleichzeitig nur für die Dauer eines Jahres gilt.

Die Handelskammer Elberfeld hält sich im allgemeinen an den Regierungsvorschlag, wünscht jedoch ebenfalls, daß die Entschädigung dann überhaupt nicht gezahlt werden soll, wenn das Konkurrenzverbot nur für ein Jahr und den Umkreis von 10 Kilometern gilt.

Die Zeitdauer der Beschränkung müsse für die Handlungsgehilfen auf zwei Jahre festgesetzt werden, für die technischen Angestellten (Ingenieure, Chemiker usw.) sei eine generelle Beschränkung auf zwei Jahre nicht ausreichend, für sie sollten daher dieselben Bestimmungen wie für Handlungsgehilfen gelten, aber ohne die dort vorgesehene zeitliche Beschränkung. Darüber hinaus solle außerdem gegenüber technischen Angestellten eine nach Zeit, Ort und Gegenstand unbegrenzte Beschränkung dann zulässig sein, wenn dem Angestellten für die Dauer der Beschränkung das zuletzt bezogene Gehalt, einschließlich Tantieme usw. voll zugewilligt wird.

Die Handelskammer Sagan ist für die gänzliche Aufhebung der Konkurrenzklausei für die Handlungsgehilfen, will sie aber für die technischen Angestellten beibehalten wissen und hält hier die neuen Vorschläge für annehmbar. Die Handelskammer Erfurt ist überhaupt gegen eine Vorschrift über die Entschädigung, sondern verlangt eine Bestimmung, daß das Gericht die zu vereinbarende Entschädigung nachprüft und nötigenfalls abändert. Die Handelskammer Berlin ist mit den Vorschlägen des Handelsministers einverstanden. Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine stellt sich im allgemeinen auf den Standpunkt der ministeriellen Vorschläge. Er wünscht, daß die Zahlung der Entschädigungen zu den Terminen zu erfolgen hat, an denen der Angestellte sein Gehalt während seiner Tätigkeit zu beziehen pflegte. Auch müsse der Unternehmer neben dem völligen auch ein teilweises Rücktrittsrecht haben.

Das Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel sprach sich aus für

„Verpflichtung des Prinzipals zur Gewährung einer Entschädigung ohne Anrechnung des späteren Erwerbs in der in den Vorschlägen enthaltenen Abstufung mit der Abweichung, daß im und vom dritten Jahre ab statt der vollen nur die Hälfte der bisherigen Bezüge zu leisten ist (also erstes Jahr ein Viertel, zweites Jahr ein Drittel, drittes Jahr und allenfalls die folgenden Jahre die Hälfte).“

Weiter erklärte sich die Zentralstelle für Ausdehnung der für die technischen Angestellten vorgesehenen Grundsätze über die Konkurrenzklausei auf alle gewerblichen Arbeiten. Die Handelskammer Saarbrücken lehnt jede Entschädigung ab, diese liege schon im höheren Gehalt (!), das die Angestellten beziehen, mit denen Konkurrenzklausein vereinbart werden. Die Handelskammer Harburg lehnt alle Vorschläge ab, die die Wirksamkeit der Konkurrenzklausei von einer bestimmten Gehaltshöhe abhängig machen wollen, während eine große Anzahl anderer Kammern die Rechtsgiltigkeit der Konkurrenzklausei von der Gehaltshöhe des Angestellten abhängig machen wollen. Die hier vorgeschlagenen Sätze schwanken zwischen 6000 M. (Handelskammer Goslar) und 1800 M. (Handelskammer Düsseldorf).

Während sich sonach die überwiegende Mehrheit der Vertreter der selbständigen Kaufmannschaft im allgemeinen auf den Boden der ministeriellen Vorschläge gestellt hat, lehnt die große Mehrheit der kaufmännischen Angestellten-Vertretungen die Vorschläge rundweg ab, indem sie die Anschauung vertritt, daß lediglich durch ein vollständiges Verbot der Konkurrenzklausei den gegenwärtigen mißlichen Zuständen ein Ende gemacht werden könne, so der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen Deutschlands, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der Zentralvorstand der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen. Auf denselben Standpunkt hat sich auch eine sehr große Zahl von Kaufmannsgerichten gestellt, allerdings vielfach gegen eine nicht unbeträchtliche Minderheit von Stimmen der Prinzipalvertreter. Eine Reihe von Kaufmannsgerichten hat demgegenüber bestimmte Vorschläge über die Dauer des Konkurrenzverbots und seine Anwendung auf die einzelnen Kategorien von Angestellten gemacht:

So verlangt das Kaufmannsgericht Nürnberg eine Beschränkung des Verbots auf ein Jahr und die Zulässigkeit nur für solche Angestellte, die mindestens 5000 M. Einkommen haben. Die Kaufmannsgerichte Barmen und Spandau die Beschränkung auf ein Jahr für Angestellte mit mehr als 3000 M. Einkommen. Die Kaufmannsgerichte Bonn, Elberfeld, Hagen, Hannover, Schöneberg verlangen die Beschränkung auf ein Jahr, das Kaufmannsgericht Charlottenburg ebenfalls auf ein Jahr unter Zahlung einer Entschädigung in Höhe des vollen Einkommens. Die Kaufmannsgerichte Essen und Köln wollen das Konkurrenzverbot auf zwei Jahre ausgedehnt wissen.

Auch über die übrigen in dem ministeriellen Erlasse vorgeschlagenen Punkte haben sich eine sehr große Anzahl von Kaufmannsgerichten ausgesprochen, wobei sich die einzelnen Gutachten hin und wieder direkt einander gegenüberstellen. Der Zentralvorstand der Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen, der sich, wie oben erwähnt, prinzipiell gegen jede Konkurrenzklausei wehrt, hat an den preussischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in der er für den Fall, daß die Konkurrenzklausei nicht völlig verboten würde, die Erwartung ausspricht, daß die Konkurrenzklausein dann nur für Angestellte mit mehr als 3600 M. Jahreseinkommen und nur für ein Jahr nach Beendigung des Dienstverhältnisses und nur dann gültig sein sollen, wenn dem Angestellten für die über die Vertragsdauer hinausgehende Beschränkung in seiner gewerblichen Tätigkeit die ihm zuletzt gewährte vertragsmäßige Leistung im vollen Umfang eingeräumt wird. Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der Konkurrenzklausei auf nur

ein Jahr und nur auf besser bezahlte Angestellte (4000 Kronengrenze) in Österreich durch das Handlungsgehilfengesetz vom 16. Januar 1910 bereits Gesetzeskraft erlangt hat. Eine Entschädigung von einem Viertel oder einem Drittel des bisherigen Dienst Einkommens könne unter gar keinen Umständen als eine angemessene Entschädigung für die Beschränkung des Angestellten in seiner gewerblichen Tätigkeit angesehen werden.

Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen hat in einer ausführlichen Eingabe an den preussischen Handelsminister folgende positiven Vorschläge für die Regelung der Konkurrenzklauseifrage gemacht:

1. Konkurrenzklausein mit Handlungsgehilfen, welche ein Gehalt von nicht über 8000 M. beziehen, mit Minderjährigen und Lehrlingen sind nichtig. Es soll dadurch die Auserlegung des Konkurrenzverbots in den Fällen verhütet werden, wo sie ungerechtfertigt ist. 2. Die Dauer des Konkurrenzverbots ist auf ein Jahr zu beschränken. Durch diese Bestimmung soll einer über das gerechtfertigte Zeitmaß hinausgehenden Behinderung des Angestellten hinsichtlich der Verwertung seiner Kenntnisse und Ausnutzung seiner Kräfte vorgebeugt werden.
3. Die vereinbarte Vertragsstrafe darf die Hälfte des Jahresgehalts nicht übersteigen. Die Festsetzung von exorbitanten, weder im Verhältnis zum eventuellen Schaden des Prinzipals noch dem Gehalt des Angestellten stehenden Konventionalstrafen soll dadurch verhütet werden.
4. Die Strafe tritt nur dann ein, wenn und soweit ein Schaden nachgewiesen wird. Es entspricht das dem Rechtsgedanken, daß jeder, der auf Grund eines kontraktlichen oder deliktischen Schuldverhältnisses Schadenersatzansprüche geltend macht, den Nachweis, daß Schaden vorliegt, zu erbringen hat.
5. Vereinbarungen, welche von den gesetzlichen Vorschriften abweichen, sind nichtig.
6. Es ist wünschenswert, daß die Gültigkeit der Konkurrenzklausei von einer bestimmten Form des Abschlusses (gerichtliche oder notarielle Beurkundung oder dergl.) abhängig gemacht wird.
7. Ehrenwörtliche Versicherungen, durch die ein Angestellter sich einer Konkurrenzklausei unterwirft, sind nichtig.

Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine, der ebenfalls grundsätzlich die Beseitigung der Konkurrenzklausei fordert, begrüßt die neuen Vorschläge doch immerhin als Abschlagszahlung und sieht hier einen gangbaren Weg, um das häufige Vorkommen der Konkurrenzklausei und ihre mißbräuchliche Anwendung einzuschränken, wenn er auch im einzelnen eine große Anzahl weitergehender Wünsche hat, insbesondere eine andere Staffelung der Entschädigungen (1. Jahr $\frac{1}{3}$, 2. Jahr $\frac{2}{3}$, 3. Jahr $\frac{3}{4}$ und sofort eine höhere Entschädigung im Falle der Stellenlosigkeit) und Beseitigung der sogenannten Streikklausei. Der Deutsche Techniker-Verband, der sich in einer ausführlichen Eingabe an den preussischen Handelsminister gegen die Zulässigkeit jeder Konkurrenzklausei wendet und auf der grundsätzlichen Forderung des Verbots aller Konkurrenzklausein beharrt, weist in einer Besprechung der einzelnen Vorschläge darauf hin, daß der Begriff „böswillig unterläßt“ dahin abzuändern sei, daß es heißt:

„in einer Stellung zu erwerben unterläßt, die ihm mit Rücksicht auf seine frühere Tätigkeit und seine frühere Stellung im Geschäft, auf sein früheres Einkommen und auf seine Vorbildung billigerweise zugemutet werden kann“.

Die im vorstehenden mitgeteilten Äußerungen zeigen, wie scharf sich noch immer die Anschauungen zwischen Unternehmern und Angestellten hinsichtlich der Konkurrenzklausei gegenüberstehen. Eine Lösung dieses Gegensatzes werden auch die von Minister für Handel und Gewerbe aufgestellten Grundzüge nicht bringen, falls sie sich zu einer Gesetzesvorlage verdichten sollten.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen

trat am 20. November 1910 in Sildesheim zu einer Sitzung zusammen, an der einschließlich des Geschäftsführers 7 Vorstandsmitglieder teilnahmen. Den Vorsitz führte der Verbandsvorsitzende, Oberbürgermeister Kaiser-Rixdorf.

Der Verband zählt gegenwärtig 230 Mitglieder. Durch Eingemeindung sind Kalk und Saarbrücken als Verbandsmitglieder ausgeschieden; der westfälische Bauernverein Münster i. W. ist aus unbekannten Gründen aus dem Verbanne ausgetreten.

Nach Mitteilung des Vorsitzenden hat eine von ihm an die Bundesstaaten und mehrere preussische Oberpräsidenten gerichtete Eingabe, die auf die Tätigkeit des Verbandes und namentlich auf die persönliche Vertretung Versicherter vor dem Reichsversicherungs-

amt durch den Verband aufmerksam macht, im ganzen eine verständnisvolle Aufnahme gefunden.

Es wurde angeregt, daß bei dem demnächst stattfindenden Neudruck des Verzeichnisses die genauen Adressen und die Sprechzeiten der einzelnen Rechtsauskunftsstellen ersichtlich gemacht werden.

Die Kassenführung des Verbandes wird vom 1. Januar 1911 ab von der Geschäftsstelle (Lübeck) mit übernommen werden.

Der mit der Schweizerischen Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft abgeschlossene Empfehlungsvertrag (vergl. Sp. 113) wurde genehmigt.

Das Statistikkformular, das sich im allgemeinen gut bewährt hat, soll in ein paar Punkten abgeändert, Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der Ausfüllung des Formulars gezeigt haben, sollen durch ein gelegentliches Rundschreiben geklärt werden. Gegenüber der Absicht des Reichs-Arbeitsblatts, die bisher jährlich gebrachte Statistik über die Rechtsauskunftsstellen künftig in dreijährigen Zwischenräumen zu bringen, wird der Vorstand an das Kaiserliche Statistische Amt die dringende Bitte richten, die jetzige Veröffentlichung der Statistik vorläufig noch beizubehalten.

Zur Frage der Bekämpfung der Schwindelfirmen und Schwindelkassen hat der Geschäftsführer jetzt bereits ein umfangreiches Material zusammengebracht, das schon wiederholt praktisch benutzt worden ist. Dem Geschäftsführer wurde auch die weitere Tätigkeit des Verbandes auf diesem Gebiete nach den von ihm dargelegten Grundsätzen übertragen, die Frage der Bekämpfung der Schwindelfirmen und Schwindelkassen selbst aber auf die Tagesordnung der nächsten Verbandsversammlung gesetzt. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieser Frage beabsichtigt man, die großen kaufmännischen Verbände und Zeitschriften und das königliche Polizeipräsidium in Berlin um Entsendung eines Vertreters zu diesen Verhandlungen zu ersuchen.

Über Maßnahmen zur Förderung der gemeinnützigen Rechtsauskunft sollen nach den Vorschlägen des Geschäftsführers Richtlinien aufgestellt und sowohl an die Mitglieder und Magistrate aller größeren Gemeinden verandt als auch durch die Presse möglichst verbreitet werden.

Mit der Herausgabe von Flugblättern will der Vorstand einen Versuch machen. Ihre Aufgabe soll es nicht sein, Rechtsbelehrung zu verbreiten oder gar die Rechtsberatung durch die Rechtsauskunftsstellen zu ersetzen, sie sollen lediglich auf bestimmte Gefahren, auf Vorteile oder Nachteile einzelner Gesetzesbestimmungen hinweisen. Als erstes soll in Gemeinschaft mit dem Verbande der Frauen-Rechtsschutzstellen ein Flugblatt zur Bekämpfung der Schwindelfirmen herausgegeben werden.

Da die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen auf dem Gebiete des Gefinderechts in besonderem Maße praktische Erfahrungen sammeln und diese Erfahrungen dringlich auf die Reformbedürftigkeit des Gefinderechts hinweisen, so wird der Verband, falls dies nicht schon von anderer Seite geschieht, Material über den heutigen Rechtszustand im Gefindendienstwesen sammeln. Was mit diesem Material dann weiter geschehen soll, bleibt späterer Beschlussfassung vorbehalten.

Die nächste Verbandsversammlung soll im Mai 1911 in Mainz oder Dresden stattfinden (zweitägig). Zur Verhandlung wurden folgende Fragen bestimmt:

1. Die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen als Organ der Rechtspflege.
2. Die Bekämpfung der Schwindelfirmen und Schwindelkassen.
3. Die Renewierung des polizeilichen Meldewesens.

Mit dieser Versammlung soll eine Versammlung von Verwaltern von öffentlichen Rechtsauskunftsstellen verbunden werden. Die Vesteuerung der Vortragenden bleibt dem Verbandsvorsitzenden überlassen.

Neue Verbandsmitglieder. Dem Verbande der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen sind seit unserer letzten Mitteilung (XIX Sp. 1308) folgende 27 Mitglieder neu beigetreten:

Gemeinde Vorbeck,
Kreisaußschuß Soldin,
Geilenkirchen,
St. Wendel,
Rechtsauskunftsstelle des Kreisbauvereins Geestemünde,
Kreisaußschuß Rheinbach,
Gräflisch v. Ballestrem'sche Güterdirektion in Ruda, Kreis Zabrze,
Kreisaußschuß Apenrade,
Höchst a. M.,
Herford,
Stadt Aachen,

Kreisaußschuß Melsungen,
Gemeinderat Neulingen,
Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten-Verband, Bochum i. W.,
Kreisaußschuß Cochem,
Stadt Hohenlimburg,
Kreisaußschuß Altena i. W.,
Weeslow-Storfow,
Schmalkalden,
Bürgermeisteramt Bensberg,
Kreisaußschuß Oeltow,
Magistrat Minden i. W.,
Gemeinde Torgelow, Kreis Uckermark,
Kreisaußschuß Eiderstedt in Tönning,
Sonderburg,
Edernförde,
Magistrat Schleswig (vom 1. April 1911 ab).

Der Verband zählt nunmehr, da ein Mitglied ausgeschieden ist, 230 Mitglieder.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909.¹⁾

Während die Veröffentlichungen des Kaiserl. Statistischen Amtes über dieses Gebiet in früheren Jahren auf von den verschiedenen Verbänden aufgenommenen Statistiken beruhte, sind für 1909 einheitliche Fragebogen, die im Einvernehmen mit den beteiligten Verbänden festgelegt worden sind, erstmalig zur Anwendung gekommen. Diese Fragebogen wurden auf allgemeine Fragen beschränkt, da die von den einzelnen Verbänden aufgestellten Statistiken zum Teil von einander abweichen und eine Reihe von Auskunftsstellen nur wenige Aufzeichnungen über ihre Tätigkeit vornehmen. Es wird vom Kaiserl. Statistischen Amt beabsichtigt, diese Erhebung alle drei Jahre zu wiederholen.

Die Verteilung und Einziehung der Fragebogen hatten für die ihnen angeschlossenen Rechtsauskunftsstellen übernommen der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen, Lübeck, der deutsche und österreichische Rechtsschutzverband für Frauen, Halle a. S., der Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder), Berlin, die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland (G. B.), Berlin, das Generalsekretariat des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und die Polnische Berufsvereinigung, Bochum; die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, stellte die Berichte über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und der Auskunftsstellen der Gewerkschaftsartelle selbst nach den im Kaiserlichen Statistischen Amt bei der Aufarbeitung des Materials zur Verwendung kommenden Übersichten zusammen.

Die unentgeltlichen Rechtsauskunftsstellen haben im Berichtsjahre eine starke Zunahme erfahren.

In die Erhebung sind nur die Rechtsauskunftsstellen einbezogen, die an alle Besucher oder an Minderbemittelte unentgeltlich oder nur gegen eine ganz geringe Gebühr Rechtsauskunft erteilen. Weggelassen sind die sich ebenfalls vielfach Volksbureaus, Rechts-, Volksauskunftsstellen nennenden Bureaus der gewerbmäßigen Rechtskonsulenten. Aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungsanstalten von Arbeitervereinigungen, obgleich sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunfterteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt.

Außer den in die Erhebung einbezogenen Rechtsauskunftsstellen gibt es, wie der Bericht im Reichs-Arbeitsblatt hervorhebt, noch zahlreiche Einrichtungen, die Rechtsauskunft erteilen und z. B. auch Rechtsschutz gewähren (Handwerks- und Gewerkekammern, Landwirtschaftskammern, die wirtschaftspolitischen Organisationen wie z. B. der Bund der Landwirte und der Deutsche Buchdrucker-Verein, ein Teil der Privatangestellten-Vereinigungen, große Zeitungen usw.). In den ausführlichen Übersichten werden an I. Stelle die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftsstellen behandelt, dann II. die von gemeinnützigen unparteiischen Vereinigungen, III. die für die Frauen; es folgen IV. die Sekretariate und Auskunftsstellen der Arbeitnehmer, und zwar 1) der freien Gewerkschaften, 2) der deutschen Gewerkschaften und 3) der sonstigen Arbeitervereine (des Christlichen Bergarbeiterverbandes, 2) des Gelben Arbeitsbundes, Berlin, des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, Muskau, und der Polnischen Berufsvereinigung³⁾); V. die von

¹⁾ Vergl. Reichs-Arbeitsblatt 1910 Nr. 10 u. 11.

²⁾ Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln, wird vom Jahre 1910 ab eine Statistik über die Tätigkeit der Rechtsauskunftsstellen der ihm angeschlossenen Vereinigungen aufnehmen; für 1909 liegt nur ein Bericht des Zentralrechtsschutzbureaus des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Essen, vor, der an 21 Stellen Rechtsauskunft erteilt.

³⁾ Der Gelbe Arbeitsbund, Berlin, das Arbeitersekretariat des Bundes vaterländischer Arbeitervereine in Muskau und die Rechtsschutz-

Arbeitgebern eingerichteten Auskunftsstellen. Bei den VI. behandelten konfessionellen Auskunftsstellen ist zwischen evangelischen und katholischen getrennt. Zum Schluß sind VII. die Auskunftsstellen politischer Parteien besprochen. Mehrfach erschien es zweifelhaft, welcher der hier angegebenen Gruppen Rechtsauskunftsstellen, besonders die von Arbeitnehmern und politischen Parteien, zuzurechnen seien.

Gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen bestanden Ende 1905: 27. 1906 wurden 23, 1907: 16, 1908: 15, 1909: 16 und 1910: 2 neu gegründet — von 2 Rechtsauskunftsstellen ist das Jahr der Gründung nicht angegeben — so daß am Schluß des Berichtsjahrs im ganzen 101 bestanden. Die Rechtsauskunftsstelle in Gotha ist staatlich, die übrigen sind gemeindlich, vielfach leistet aber der Staat oder der Kreis einen Zuschuß. Gemeinnützige Vereinigungen, die Rechtsauskunftsstellen unterhielten, gab es 28 wie im Vorjahre; Frauenrechtsschutzstellen 79 gegen 76 im Vorjahre, von denen 72 dem „Deutschen und Österreichischen Rechtsschutzverbände für Frauen, Halle a. S.“ angeschlossen sind. Freigewerkschaftliche Sekretariate wurden 111 gegen 102 im Vorjahre und freigewerkschaftliche Auskunftsstellen 160 gegen 157 im Vorjahre gezählt. Über diese haben wir XIX. Sp. 1312 bereits ausführlich berichtet, ebenso über das Zentral-Arbeitersekretariat XIX Sp. 1125 und die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) XIX Sp. 1313, von denen es im Berichtsjahre außer dem Hauptsekretariat Berlin 9 Arbeitersekretariate (1908: 8), 27 Rechtsauskunftsstellen (1908: 25) und 21 Auskunftsbureaus (1908: 17), zusammen also 58 Stellen, gab. Von den Evangelischen Volksbureaus und Rechtsauskunftsstellen lagen 14 Berichte vor gegen 9 im Vorjahre.⁴⁾ Das Reichsarbeitersekretariat der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland sorgt für persönliche Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt. Die katholischen Arbeitersekretariate und Volksbureaus sind von 113 auf 117 angewachsen.⁵⁾

Es bestehen für sie drei Zentralstellen, nämlich: der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine, München, und der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, M.-Gladbach. Eine Zentral-Rechtsschutzstelle hat der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine in München eingerichtet; sie soll in erster Linie als Beratungsstelle der Sekretäre dienen, beantwortet aber auch Anfragen der Präsidien, Vorstände und Mitglieder und übernimmt die Vertretungen vor dem bayerischen Landesversicherungsamt.

Für die Vertretung in Arbeiterversicherungssachen besteht das Zentralbureau für Arbeitervertretungen vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin, das vom Verbands der Volksbureaus und dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften im Einvernehmen mit den katholischen Arbeitersekretariaten und Verbänden der katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands gegründet ist. Über dessen Tätigkeit im Geschäftsjahr 1908/09 haben wir bereits XIX Sp. 739 berichtet. Der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat für die Vertretungen von Unfall- und Invalidenversicherungssachen seiner Mitglieder vor dem Reichsversicherungsamt das Reichsarbeitersekretariat im Jahre 1903 eingerichtet, das auch Auskunft in Invaliden- und Unfallssachen erteilt. 1909 wurden 3116 Schriftstücke angefertigt. Persönliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wurde im Berichtsjahr in 415 Fällen übernommen. — Zu den konfessionellen Einrichtungen gehört noch die in Posen durch den Verein zur Förderung jüdischer Interessen gegründete Rechtsschutz- und Auskunftsstelle für Unbemittelte jüdischen Glaubens.

Von den Rechtsauskunftsstellen politischer Parteien sind 4 Auskunftsstellen der nationalliberalen Partei, 5 solche des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und je 1 von nationalen

stellen der polnischen Berufsvereinigung sind zum ersten Male in die Statistik einbezogen worden. Der Berliner Bund hat 249, der Muskatier 1164 Auskünfte erteilt und 527 Schriftsätze gefertigt, die Polnische Berufsvereinigung verfügt über 8 Stellen, die 12 659 Auskünfte erteilen und 8372 Schriftsätze anfertigen.

⁴⁾ Vom 1. Januar 1910 an wird von allen Verbandssekretären des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine eine einheitliche Statistik über die Auskunftsbereitstellung aufgenommen und bearbeitet.

⁵⁾ Die Auskunftsstelle der katholischen karitativen Vereinigung in Essen erteilt nur in karitativen Angelegenheiten, das St. Regis-Komitee in Essen nur in Sachen der Beschaffung von Ehepapieren für Unbemittelte Auskunft.

und liberalen Vereinen. Von ihnen wurden 10 261 Auskünfte erteilt und 3607 Schriftsätze angefertigt. Zu erwähnen sind hier noch die Rechtsauskunftsstelle des deutschen Diktarenvereins in Zabrze D/S., die dem Arbeitsnachweis angegliedert ist, und das vom Strafverein gegründete Polnische Volksbureau in Posen.

Einen Überblick über die Zahl und Tätigkeit der einzelnen Gruppen von Auskunftsstellen gibt die folgende Übersicht:

Rechtsauskunftsstellen	Zahl der		
	Aus- kunftsstellen	Auskünfte (einschl. der Fälle mit Anfertigung von Schrift- sätzen)	Schrift- sätze
	im Berichtsjahre		
I. Gemeindliche und staatliche R.A. . .	101	248 621	40 848
II. R.A. gemeinnütziger Vereinigungen . .	28	134 870	25 401
III. R.A. für Frauen	79	33 772	9 326
IV. R.A. von Arbeitervereinen:			
1. a) Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften	111	565 496	143 620
b) Auskunftsstellen der Gewerkschafts- schaftsvereine	172	40 226	1 869
2. Deutsche Gewerksvereine (S.-D.) . .	44	32 982	6 548
3. Sonstige Arbeitervereinigungen . .	11	51 816	30 676
V. R.A. von Arbeitgebern	5	3 600	1 130
VI. Konfessionelle R.A.:			
1. Evangelische	14	26 683	11 098
2. Katholische	117	275 466	93 638
VII. R.A. politischer Vereinigungen . .	11	10 261	3 607
Zusammen	693	1 423 298	367 261

In den ausführlichen Übersichten ist ersichtlich gemacht: Namen Sitz, Gründungs- und Berichtsjahr der einzelnen Stellen, ob Auskunft erteilt wird an alle Ratsuchenden oder nur an Minderbemittelte oder nur an Mitglieder oder nur an Organisierte und Nichtorganisationsfähige, welche Gebiete von der Materieileilung ausgeschlossen sind, z. B. Strafrecht, streng juristische Sachen, oder auf welche Gebiete die Materieileilung beschränkt bleibt, z. B. sozialpolitische Fragen; ferner ob Schriftsätze angefertigt werden, ob eine Gebühr für die Auskunft und für die Schriftsätze erhoben wird, an wieviel Stellen Sprechstunden abgehalten werden, die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben im Berichtsjahre, die Zahl der Auskünfte (einschl. der Fälle mit Anfertigung von Schriftsätzen) und die Zahl der Schriftsätze im Berichtsjahre.⁶⁾ In einer besonderen Übersicht ist dann noch — und zwar nicht für die einzelnen Stellen, sondern für die sieben großen Gruppen und ihre Untergruppen — zusammengestellt die Zahl der Rechtsauskunftsstellen, die persönliche Vertretungen vor den einzelnen Gerichten und Verwaltungsbehörden übernehmen, die Zahl der Fälle, in denen im Berichtsjahre persönliche Vertretungen übernommen worden sind, und die Verteilung der erteilten Auskünfte auf die einzelnen Rechtsgebiete.

Die verhältnismäßige Verteilung der Auskünfte auf die verschiedenen Rechtsgebiete gibt folgende Übersicht:⁷⁾

⁶⁾ Es ist uns selbstverständlich unmöglich, das umfangreiche Material im Einzelnen nachzuprüfen. Wir können aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in der einen Zeile, die den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin betrifft, nicht mehr als drei dauerliche Verleihen vorgekommen sind. Dieser Verein erteilt, wie aus seinem Geschäftsberichte mit völliger Deutlichkeit hervorgeht, nur an Minderbemittelte Auskunft, nicht an Alle; es wurden 1909 an 10 Stellen Sprechstunden abgehalten, nicht an 16 — an 16 Stellen finden die Sprechstunden erst seit dem 1. Mai 1910 statt; dieser Fehler kehrt übrigens auch in dem vom Statistischen Amte selbst herrührenden Texte wieder — und drittens bezieht sich die mit 15 065 angegebene Zahl der erteilten Auskünfte und die dazu gehörige Anzahl der Schriftsätze (2871) nicht auf das ganze Berichtsjahr 1909, sondern nur auf das zweite Halbjahr (1. Juli bis 31. Dezember) 1909. Der Geschäftsbericht, der mit Rücksicht auf eine am 1. Juli 1909 in Kraft getretene Änderung in dem Statistikkformular des Vereins die tabellarische Zusammenstellung nur für das zweite Halbjahr 1909 bringt, sagt ausdrücklich, daß die Gesamtzahl der Auskünfte für das Jahr 1909 rund 30 000 betrage und dementsprechend sei auch die Zahl der Schriftsätze anzunehmen.

⁷⁾ Die Bezeichnung der Gruppen ist dieselbe wie in der ersten tabellarischen Übersicht.

Gruppe	Von je 100 der im Berichtsjahr erteilten Auskünfte entfielen auf					
	Stenographische Schreibernotiz	Stenographische Schreibernotiz	Stenographische Schreibernotiz	Stenographische Schreibernotiz	Stenographische Schreibernotiz	Stenographische Schreibernotiz
I.	17,4	41,5	15,3	6,4	4,5	8,0
II.	12,8	48,2	13,0	10,7	6,3	7,7
III.	11,5	55,6	5,5	2,8	4,1	10,6
IV. 1. a)	13,8	25,6	30,3	3,3	5,9	16,5
b)	16,3	17,4	81,6	.	6,6	14,1
2.	20,2	10,5	80,9	2,3	3,8	19,8
3.	5,1	1,1	51,3	12,3	2,5	24,4
V.	8,0	47,3	10,0	5,6	4,1	15,7
VI. 1.	7,2	19,2	24,8	18,4	4,2	16,6
2.	8,0	20,8	34,7	5,5	2,8	16,3
VII.	15,6	80,9	20,3	5,3	4,8	17,0
Zuf.	12,8	28,5	26,8	5,4	4,9	14,3

Hiernach werden die Auskunftsstellen der Arbeitnehmer und die konfessionellen mehr in Sachen der Arbeiterversicherung, die anderen mehr in Fragen des Bürgerlichen Rechts zu Rate gezogen.

Die pekuniäre Unterstützung der Rechtsauskunftsstellen erfolgt durch Zuschüsse von den Staaten, Städten und Kreisen, von Handelskammern und sonstigen Korporationen.

Zu 38 städtischen Rechtsauskunftsstellen gaben die betreffenden Bundesstaaten, soweit Angaben hierüber gemacht waren, im Berichtsjahr im ganzen 44 108 \mathcal{M} Zuschüsse; ferner wurden 10 mit 5805 \mathcal{M} von Kreisen unterstützt, 2 erhielten Zuschüsse von der Handelskammer und 1 von der Handelskammer. Die öffentliche Rechtsauskunftsstelle der Bürgermeisterei in Stoppenberg erhielt 800 \mathcal{M} von 2 Bergwerkgewerkschaften. Von den von gemeinnützigen Vereinigungen unterhaltenen Rechtsauskunftsstellen erhielten 12 Zuschüsse von Staaten und zwar im ganzen 13 850 \mathcal{M} , 6 von Kreisen und 14 von Stadtgemeinden; ferner 2 von Handelskammern (1050 \mathcal{M}), 2 von Gewerbelammern (700 \mathcal{M}), 2 von Landwirtschaftskammern (180 \mathcal{M}). Die Volksauskunft in Königsberg i. Pr. erhielt von der Provinz 800 \mathcal{M} , von der Preussischen Landschaft 300 \mathcal{M} , von der Landesversicherungsanstalt 750 \mathcal{M} und von der Kaufmannschaft 100 \mathcal{M} . Von den Rechtsauskunftsstellen für Frauen haben nur 1 einen Staatszuschuß und 6 einen Zuschuß der Gemeinde in Höhe von 1774 \mathcal{M} angegeben. Von den evangelischen Auskunftsstellen erhielt nur 1 einen Zuschuß von der Gemeinde, von den katholischen erhielten einen solchen 7 und zwar zusammen 3789 \mathcal{M} ; ferner hat 1 einen Staatszuschuß verzeichnet.

Rechtsauskunftsstellen in den Vereinigten Staaten.

In Newyork besteht seit dem Jahre 1876 die „Legal Aid Society“, deren Tätigkeit eine ähnliche ist wie die der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen in Deutschland. Der Zweck der Gesellschaft ist: „Den Armen und Hilfslosen beizustehen, denen Unrecht geschieht und die wegen ihrer Armut nicht in der Lage sind, sich anderswo Rechtsbeistand zu suchen.“ Nach dem uns vorliegenden 33. Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Jahr 1908 wurden in den 6 Büreaus im ganzen 31 036 Fälle erledigt (gegen 26 399 im Vorjahre). Von der Gesellschaft sind 35 Juristen, 9 Schreiber, 19 Stenographen angestellt, außerdem aber wird von den Vorstandsmitgliedern eine Fülle von Arbeit ehrenamtlich geleistet, namentlich auch Recherchen, wo sie zur gründlicheren Aufklärung notwendig sind. Es wird nämlich genau geprüft, ob der einzelne Fall überhaupt aufgenommen werden kann, denn teils suchen Bemittelte den unentgeltlichen Rechtsschutz nach, teils werden auch Fälle vorgetragen, wo der Klägende kein ganz gutes Gewissen haben kann und unrealistische Absichten verfolgt. Es wurden im Berichtsjahre im ganzen 1510 berartige Fälle abgewiesen, aber es gehören immer erst viel sorgfältige Recherchen dazu, bis solche Ablehnung erfolgt.

Die Gesellschaft begann ihre Tätigkeit im Jahre 1876 mit 212 Fällen. Es fand eine unausgesetzte Steigerung statt, so daß in den 33 Jahren des Bestehens 287 526 Fälle behandelt worden sind. Die Aufwendungen der Gesellschaft im Jahre 1908, wo sie 31 036 Fälle und zwar 18 626 für Männer und 12 910 für Frauen behandelte, betrugen 41 485 Dollars, und in solchen Fällen, wo es sich um Geldfreierigkeiten handelte, gelang es ihr, für ihre Klienten insgesamt 86 063 Dollars zu erstreiten. Bei einer Vergleichung, aus welchen Nationalitäten die 287 526 Personen stammen, die sich in den 33 Jahren Rat und Hilfe bei der Gesellschaft holten, überwiegen die Deutschen mit fast 100 000 Personen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Gesellschaft, die von Deutschen gegründet war, in den ersten 13 Jahren ihres Bestehens auch nur Deutschen Rechtsschutz erteilte, doch wird in den letzten

20 Jahren keinerlei Unterschied mehr hinsichtlich der Nationalität gemacht. Die Unkosten der Gesellschaft werden nur zu etwa $\frac{1}{6}$ aus regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen gedeckt, ein zweites Sechstel bilden die 10 % Abgaben, welche von den Klienten geleistet werden müssen, für die es gelungen ist, mehr als 5 Dollars in einem Rechtsstreit zu erlangen. Das übrige muß durch Stiftungen, einmalige Schenkungen, Wohlthatigkeitskonzerte usw. aufgebracht werden. Das ist natürlich kein gesunder Zustand und der Jahresbericht enthält denn auch einen sehr dringenden Appell an den Gemeinfinn der wohlhabenden Newyorker Bevölkerung. Denn trotzdem unter den Mitgliedern und Stiftern der Gesellschaft Namen wie Carnegie, Rockefeller oder einflussreiche Persönlichkeiten wie Roosevelt, Taft u. a. sind, besteht doch die Gefahr, daß eine der 6 Stellen aus Mangel an Mitteln eingehen muß.

In den Spezialberichten über die Tätigkeit der verschiedenen Büreaus zeigen sich manche charakteristische Erscheinungen, je nach der Stadtgegend in welcher das betreffende Bureau liegt. So hat z. B. der „Seamens Branch“, wie der Name sagt, hauptsächlich mit der Verteilung an Seeleute zu tun. Aus dieser praktischen Tätigkeit heraus sind die Vertreter dieser Stelle zu der Ansicht gekommen, daß ein besserer gesetzlicher Schutz der Seeleute vor wirtschaftlicher Ausbeutung und gesundheitlicher Gefährdung in ihrem Berufe notwendig ist; daher haben die Bemühungen dieses Zweiges der Gesellschaft viel dazu beigetragen, daß im amerikanischen Kongress ein dahin zielendes Gesetz angenommen wurde. Ferner hat der Seamens Branch nicht nur privatrechtliche Fälle zu behandeln, sondern auch besonders viele kriminelle Angelegenheiten zu verfolgen, die sich in der Hafengegend abspielen. Ein anderes Bureau liegt im Ghetto der Stadt. Hier handelt es sich bei den Klägenden um die allerärmsten Schichten, bei denen Armenpflege und Wohlthatigkeit zur Hilfe eingreifen müssen, und so arbeitet dieses Bureau in engstem Zusammenhange mit den verschiedenen Wohlthatigkeitsorganisationen, Settlements usw., ist also weniger eine Rechtsauskunftsstelle als eine Art Zentrale für armenpflegerische Fürsorge. Aus allen Berichten spürt man eine hingebende Tätigkeit heraus sowohl von den besoldeten Beamten wie von den ehrenamtlichen Hilfskräften der Gesellschaft.

Die öffentliche Unterstützung der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen in Hamburg wurde in der dortigen Bürgerschaft erörtert durch einen Antrag der Vereinigten Liberalen, den Senat um eine Vorlage hierüber zu ersuchen. Von den Antragstellern und Freunden des Antrags wurde darauf hingewiesen, daß der Staat und die Stadt Hamburg für die Rechtsberatung der Unbemittelten bisher nichts getan haben, daß diese vielmehr lediglich von privaten Kreisen betrieben wird, namentlich vom Volksheim, und daß dieses nicht in der Lage ist, das starke Bedürfnis nach Rechtsauskunftserteilung ohne staatliche Hilfe voll zu befriedigen. Das Eintreten des Staates wurde von allen Fraktionen gefordert. Während aber die Sozialdemokraten eine rein staatliche Auskunftsstelle verlangten, wünschten die bürgerlichen Parteien die Unterstützung der bestehenden privaten Institutionen durch den Staat. Der Antrag wurde so, wie er eingebracht worden war, angenommen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Beratungen über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wurden fortgesetzt und zu Ende geführt. In § 1240 Abs. 3 wurde der Beschluß der ersten Lesung, daß die Krankenrente auch bei Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes (Verunsolidität) zu gewähren ist, wieder beseitigt, so daß die Krankenrente wie bisher nur zu gewähren ist im Falle der Invalidität im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes. Aufrecht erhalten wurde jedoch der Beschluß, daß auch der die Krankenrente erhält, der nach Fortfall des Krankengeldes invalide ist. Der Antrag, die Witwenrente ohne Rücksicht auf die eigene Invalidität der Witwe zu gewähren, wurde abgelehnt. Ebenso wurde die Voraussetzung der Bedürftigkeit wieder hergestellt. — In § 1253 wurde eine Bestimmung hinzugefügt, wonach die Versicherungsanstalt Mittel aufwenden kann, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. — Ein neubearbeiteter § 1265 a:

„War der Versicherte zeitweilig im Auslande beschäftigt, das eine entsprechende Versicherung eingerichtet hat, so ist die Versicherungsdauer in die Bezugszeit einzurechnen, sofern den Deutschen im Auslande dasselbe Recht gewährleistet ist.“

wurde der Unterkommision überwiesen, ebenso die §§ 1274, 1275, der die Kinderzuschüssen einführende § 1275a aus der ersten Fassung sowie die §§ 1277/79, 1282/84 und 1301/03. Die in erster Fassung im § 1307, wonach Fabrik-, Seemanns- und ähnliche Klassen die Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenunterstützung, die sie ihren reichsgesetzlich versicherten Mitgliedern geben, um höchstens den Wert der reichsgesetzlichen Bezüge dieser Art ermäßigen können, eingefügten Worte „abzüglich des Reichszuschusses“ wurden wieder gestrichen. In § 1315, nach dem Personen, die in einer Betriebsfiliale beschäftigt sind, bei der Versicherungsanstalt des Betriebes, auch wenn es eine andere als die eigentlich zuständige Anstalt ist, versichert werden können, wurde die in erster Fassung gestrichene Bestimmung, daß Mitglieder einer Betriebskrankenkasse auf Antrag des Arbeitgebers dort versichert werden müssen, wiederhergestellt.

In § 1324 wurde die Bestimmung eingefügt, daß im Statut der Versicherungsanstalt die Gegenstände bezeichnet werden müssen, bei denen die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer an den Beschlüssen mitwirken müssen. Zu § 1341, der den Voranschlag der Versicherungsanstalt betrifft, wurden folgende zwei Zusätze beschlossen:

„Sowie der Voranschlag für Heilverfahren oder Invalidenhauspflege 7 v. H. der Beitragseinnahmen überschreitet, bedarf die Überschreitung der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes.“

„Das Reichsversicherungsamt hat dabei die Leistungsfähigkeit der betreffenden Versicherungsanstalt zu berücksichtigen.“

§ 1351 erhielt im Interesse der Versicherten folgende Fassung: „Wenn die Sonderanstalten besondere oder erhöhte Beiträge für die reichsgesetzlichen Leistungen erheben, so werden sie dies auf ihre anderen Leistungen nur insoweit anrechnen, daß sie auf jede reichsgesetzliche Rente mindestens den Reichszuschuß zahlen.“

Der Beschluß über folgenden neuen § 1367a, der von der Aufsicht über die Versicherungsanstalten handelt:

„Zur Wahrung der Interessen des Reichs (§ 1270) und des Gemeinvermögens (§§ 1380, 1381) kann der Reichszentraler durch besondere Beauftragte unter Zuziehung von Beauftragten der zuständigen Bundesregierung örtliche Erhebungen über das Festsetzungsverfahren bei Bewilligung von Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten herbeiführen. Die Kosten dieser Erhebungen trägt die für den Bezirk zuständige Landesversicherungsanstalt, soweit sie nicht als Reisekosten der Beauftragten dem Reich oder der zuständigen Landesregierung zur Last fallen.“

wurde bis nach Erledigung des Abschnitts über die Landesversicherungsämter ausgelegt. § 1376 (Höhe der Wochenbeiträge) wurde der Unterkommision überwiesen. In § 1404 wurde der in erster Fassung angenommene Zusatz, daß der Arbeitgeber, der im Besitze der Invalidenkarte ist, sie dem Versicherten spätestens eine Woche nach Ablauf der Frist zu übergeben oder sie selbst umzutauschen und dem Versicherten die Bescheinigung auszuhändigen hat, wieder gestrichen. — Bei den Bestimmungen über die „Sonderanstalten“ wurde die Bestimmung eingefügt, daß sie mindestens ein Viertel des Vermögens in Reichs- oder Staatsanleihen anzulegen haben. — Neu eingefügt wurde folgender § 1452a:

„Der Bundesrat kann die Vorschriften dieses Abschnitts (Überwachung) für die Befahrung ausländischer Binnenschiffe durch andere Bestimmungen ersetzen.“

§ 1465 wurde nach der ursprünglichen Regierungsvorlage unter Streichung der Abänderungen der ersten Fassung wieder hergestellt. — In den Bestimmungen über die Schluß- und Strafvorschriften wurde im § 1672 die Ziffer 3 wie folgt gefaßt (mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Haft werden bestraft, wenn nicht nach andern gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe vorgesehen ist):

„Arbeitgeber, die Lohnabzüge machen, wenn das Versicherungsamt die Anordnung nach § 428 erlassen hat.“

Alle übrigen Bestimmungen des 4. Buches (Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung) wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. — Die nächste Sitzung findet am 9. Dezember statt. Es wird alsdann mit der zweiten Fassung des 2. Buches (Krankenversicherung) begonnen werden.

Die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden (§§ 61, 62 ZB.G.) in Mecklenburg. Zu dieser Frage schreibt man uns: Die Eigenartigkeit der Mecklenburgischen Wahlordnung zeitigt sonderbare Folgeerscheinungen zu ungunsten der Versicherten. Die Wahlordnung, die im Jahre 1899 erlassen worden ist, bestimmt

als wahlberechtigte Körperschaften neben den Krankenkassenvorständen für die Invaliden-, aber nicht krankenversicherungsrechtlichen Personen als Vertretung des weiteren Kommunalverbandes den Engeren Ausschuss von Ritterschaft und Landschaft. Die Festsetzung der diesen Wahlkörpern zustehenden Stimmenzahl erfolgt „unter Berücksichtigung der Anzahl der von ihnen vertretenen versicherungspflichtigen Personen“. Da nun § 5 dieser Wahlordnung bestimmt, daß die Abgrenzung der Wahlbezirke sowie die Bestimmung der Zahl der für sie zu wählenden Vertreter und die Festsetzung der den einzelnen Wahlkörpern zustehenden Stimmenzahl auch für spätere Wahlen im allgemeinen maßgebend bleiben soll und daß eine Vermehrung oder Verminderung der wahlberechtigten Körperschaften oder der Zahl der von denselben vertretenen Versicherten in der Regel ohne Einfluß bleibt, so ergeben sich folgende Besonderlichkeiten. Eine Krankenkasse kann noch so wachsen — ihr Einfluß wächst damit nicht. Die Stimmen inzwischen eingegangener Klassen fallen einfach weg, seit 1899 begründete Klassen haben dagegen keinerlei Stimmrecht. So hat die Ortskrankenkasse Schwerin statt der ihr zustehenden 39 nur 24 Stimmen. Hierdurch verschiebt sich natürlich auch das Stimmenverhältnis immer mehr zugunsten der Behörden, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in sehr vielen Bezirken durch die vorwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung das Übergewicht an sich schon auf Seiten des „Engeren Ausschusses“ ist. Dazu kommt die leider reichsrechtlich begründete Bestimmung: daß Vorstände nur von solchen Hilfsklassen als wahlberechtigte Körperschaften gelten, deren Bezirk sich nicht über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörden hinaus erstreckt. Diese Bestimmung macht sich gerade in Fällen wie den vorliegenden als recht lästig geltend. So ist eine große freie Hilfsklasse in Schwerin vom Wahlrecht um deswillen ausgeschlossen, weil sie nur ein paar vereinzelte Mitglieder in einigen kleineren Orten unmittelbar bei Schwerin wohnen hat; diese Orte gehören nämlich nicht zum unteren Verwaltungsbezirk Schwerin. Der gleiche Geist, der diese Wahlordnung geschaffen, ist auch bei ihrer Handhabung lebendig. Die freie Vereinigung der mecklenburgischen Ortskrankenkassen hatte beschlossen, sich an der diesjährigen Wahl zum Ausschuss der Landesversicherungsanstalt zu beteiligen, und hatte sich deshalb an das Großherzogtum. Ministerium mit der Bitte gewandt, ihr die Namen der Beisitzer bei den unteren Verwaltungsbehörden mitzuteilen, da die Ausschuhwahlen zu den Landesversicherungsanstalten bekanntlich durch die Beisitzer bei den unteren Verwaltungsbehörden vorgenommen werden. Dies lehnte das Ministerium ab, erklärte jedoch in dem Schreiben gleichzeitig, „daß auch bei der diesmaligen Wahl von Ausschuhmitgliedern und deren Ersatzmännern für die Landesversicherungsanstalt die Wähler einzeln darauf aufmerksam gemacht werden, daß zur Vermeidung einer zu großen Zersplitterung der Stimmen es wünschenswert sei, wenn eine Verständigung der Wähler untereinander über die zu wählenden Persönlichkeiten stattfände. Daneben wird die Behörde bezeichnet werden, bei der die Namen der wahlberechtigten Vertreter aus dem Bezirk zu erfahren sein werden“. Wie die auch vom Ministerium als wünschenswert bezeichnete Verständigung der über rund 100 Bezirke zerstreuten Wahlberechtigten zustande kommen soll, wenn jeder Wähler von der bezeichneten Behörde nur die Namen der 8 Wahlberechtigten (4 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer) aus seinem Bezirk erfährt, bleibt unverständlich. Der Bericht der freien Vereinigung mecklenburgischer Ortskrankenkassen bemerkt hierzu: „Es bleibt nur die Annahme übrig, daß man durch die Vereinigung der Namen aller Wahlberechtigten eine Verständigung den Wählern erschweren will“. — Es wäre wirklich wünschenswert, wenn in der Reichsversicherungsordnung Vorkehrungen getroffen würden, daß derartige Wahlordnungen und eine solche Handhabung derselben künftighin unmöglich gemacht werden.

Wohnungswesen.

Arbeiterwohnungen in Breslau. Zu dem Aufsatz „Miete und Einkommen“ in Nr. 7 des laufenden Jahrgangs der „Sozialen Praxis“, der auf Grund der gleichbetiteltten Arbeit von Kucynski geschrieben ist, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Als ein Hauptergebnis wird in dem Artikel konstatiert, daß die Quote des Einkommens, welche für Miete ausgegeben wird — sie sei hier kurz Mietquote genannt — bei den unteren Einkommensstufen allmählich steigt, obschon sie an sich bekanntlich sehr hoch ist; bei den höheren sinkt sie dagegen. Im Anschluß daran wird von einem bedrohlichen Zustand gesprochen. Da die Grundlagen hierfür neben Hamburg die „Breslauer Statistik“ geliefert hat, sehen wir

uns veranlaßt, gegen diese Deutung unserer Zahlen Stellung zu nehmen.

Die Tatsache selbst, daß die Mietquote bei den ärmeren Klassen in Breslau gestiegen ist, wollen wir nicht bezweifeln, sondern vielmehr betonen. Aber damit ist zusammenzuhalten, daß gleichzeitig die Wohnungsverhältnisse selbst sich nicht unwesentlich gebessert haben. Die Anführung von Zahlen darüber (etwa über das Vorkommen von Kellerwohnungen, Kiolettverhältnisse) kann unterbleiben, da sie doch nur einzelne Punkte aufhellen können. Aber daß die Arbeiterwohnungen heute beaglicher sind als früher, kann wohl als zugestanden unterstellt werden.

Es bliebe jedoch die Annahme, daß diese an sich sehr erfreulichen Fortschritte doch dazu geführt haben, dem Arbeiter die Wohnung weiter zu verteuern, so daß er heute noch mehr unter der hohen Miete zu leiden hat als früher. Es würde sich das besonders darin zeigen, daß er, um die besser ausgestattete Wohnung zu bezahlen, an Raum spart, also enger wohnt als sonst. Aber er wohnt im Gegenteil geräumiger: Es betrug hier die durchschnittliche Bewohnerzahl eines heizbaren Zimmers in Wohnungen mit

	1 heizbaren Zimmer	2 heizbaren Zimmern
1880	8,84	2,20
1885	8,77	2,22
1890	8,69	2,18
1895	8,52	2,15
1900	8,44	2,14
1905	8,35	2,10

Es ist dabei, wie hier im allgemeinen ortsüblich, nach heizbaren Zimmern ausgezählt worden. Bei den kleinen Wohnungen ist der Umfang der Nebenräume aber auch sehr wesentlich. Darüber liegen die folgenden Zahlen vor:

Unter 100 Wohnungen mit 1 mit 2		Auf 1 Wohnung mit 1 mit 2	
heizbaren Zimmern		heizbaren Zimmern	
und		und	
waren durchschnittlich solche mit nicht heizbaren Zimmern		ohne mit nicht heizbaren Zimmern kamen Bewohner	
1885	25 16	4,4 3,6	5,1 4,3
1890	24 14	4,3 3,5	4,9 4,3
1900	20 11	4,1 3,3	4,7 4,2
1905	18 10	3,9 3,2	4,5 4,1

Außerdem hatten von den einzimmrigen Wohnungen noch besondere Küche 1900: 85 %, 1905: 48 %.

Es erhellt also, daß die Arbeiter jetzt weniger als früher auf unheizbare, vielfach recht ungünstige Zimmer angewiesen sind, und es bestätigt sich auch so, daß sie jetzt geräumiger wohnen. Dazu zwingt sie aber niemand, sondern das tun sie offenbar nur, weil sie bei den erhöhten Löhnen heute mehr Raum bezahlen können. Wir haben darum im 1. Heft des 28. Bandes der *Breslauer Statistik* (S. 108 ff.) gesagt: „Wir glauben daher die Zahlen, gerade auch die für die Arbeiter, sehr günstig auslegen zu sollen. Denn wir lesen aus ihnen heraus, daß der Arbeiter heute mehr Gewicht auf eine-behagliche Wohnung legt als früher. Es ist ein Fortschritt zum Soliden, also eine Art Fortschritt, die man oft recht vermisst, gerade bei Arbeiterhaushalten.“ Es handelt sich nicht darum, daß man die Zahlen so oder anders auslegen kann, sie sind vielmehr völlig eindeutig. So paradox es klingen mag, die Zunahme der Mietquote kann für den Sozialpolitiker keine bedrohliche, auch nicht einmal eine bedauerliche Tatsache sein, sondern nur eine erfreuliche.

Nur dies wollten wir behaupten, nicht aber, daß nicht noch vieles im Wohnungswesen zu bessern wäre, auch in Breslau.“

Statistisches Amt der Stadt Breslau.
Reefe.

Zu dieser Zuschrift bemerken wir folgendes: Sicherlich können die Zahlen der steigenden Mietquote bei sorgfältiger, alle Einzelheiten berücksichtigender Durcharbeitung eine Milderung erfahren insofern, als sich ohne Zweifel sowohl der bauliche Zustand der Wohnungen wie auch die Ansprüche der Bevölkerung an die Wohnung gehoben haben. Jede Aufwendung für Wohnungen, die aus erhöhtem Kulturbedürfnis heraus entsprang, ist natürlich erfreulicher als andere Aufwendungen für überflüssige oder gar schädliche Dinge. Trotzdem aber können wir der Ansicht des Einsenders nicht beistimmen, daß die Zunahme der Mietquote ganz eindeutig und schlechtweg als „erfreuliche“ Tatsache aufzufassen sei. Die unbemittelten Bevölkerungsschichten treiben doch auch heute noch nicht etwa Luxus mit ihrer Behausung, sondern begnügen sich mit dem, was sie für unerlässlich halten. In dem angeführten Artikel der „Soz. Pr.“ konnten nur die Hauptzahlen mitgeteilt

werden; diese aber zeigen übereinstimmend, daß in den verschiedenen Städten bei den geringsten Einkommensstufen die Mietquoten rund 25–33 % betragen, d. h. also $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des Einkommens. Bei einer so hohen Mietausgabe aber muß naturgemäß an allen anderen Aufwendungen für Ernährung, Kleidung, Bildung gespart werden. Die Kaufkraft des Volkes wird dadurch gehemmt und die Lebenshaltung beeinträchtigt. Daher müssen wir trotz der Mitteilungen aus Breslau, die für die dortigen Verhältnisse die Zahlen erklären und mildern mögen, auch weiterhin die Ansicht vertreten, daß die steigenden Mietquoten eine ernste Gefahr für unser gesamtes Volkswohl bedeuten.

Der Wohnungsfürsorgefonds des Reichs. Nachdem im vorigjährigen Reichsetat die Wohnungsfürsorgekredite des Reichs von 4 Millionen auf 2 Millionen herabgesetzt worden waren, hat die Konferenz der Baugenossenschaftsverbände eine Petition um Erhöhung dieser Fonds auf die hergebrachte Summe an den Reichstag gerichtet. Dieser Petition wurde im Rahmen des vorigjährigen Etats keine Folge gegeben. Es ist aber in der Debatte über die betreffende Etatsposition von den Vertretern der meisten Parteien die Herabsetzung der Mittel bedauert worden, und man hat nur deshalb von der Fassung eines bestimmten Beschlusses abgesehen, weil der Staatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß außer den im Etat vorgesehenen 2 Millionen noch 2 Millionen aus früheren Jahren vorhanden seien und daß er Sorge tragen werde, daß auch in Zukunft dieser Titel in einem Umfange ausgestattet werde, der den Bedürfnissen entspreche.

Man konnte daher die Hoffnung hegen, daß im neuen Etatsjahre die Position in ihrer alten Höhe wieder hergestellt werden würde. Diese Hoffnung war leider trügerisch. Im neuen Etat sind wiederum nur 2 Millionen angefordert. Diesmal wird man nicht darauf hinweisen können, daß mit den Restbeständen doch insgesamt wieder 4 Millionen zur Verfügung seien, oder wenn man es könnte, dann bliebe nur die Vermutung offen, daß man die Gelder mit Fleiß zurückgehalten habe. Es muß daher mit größtem Bedauern konstatiert werden, daß das Versprechen, das der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern im vorigen Jahre gegeben hat, nicht eingelöst worden ist. Die Zusicherung, daß auch in Zukunft der Titel in einer den Bedürfnissen entsprechenden Weise ausgestattet werden würde, konnte nur so verstanden werden, daß wiederum 4 Millionen eingestellt werden würden. Das Bedürfnis ist zweifellos größer denn je, nachdem neuerdings auch die Kredite den Militärarbeitern zugute kommen sollen. Hoffentlich setzen die Freunde der Wohnungsreform im Reichstag alles daran, um zu bewirken, daß die Etatsposition in alter Höhe wieder hergestellt wird.

Wohnungsfürsorgefonds in Österreich. Aus Wien, 26. November, wird gemeldet: Im Abgeordnetenhaus wurde in allen Lesungen ein vom Finanzministerium vormalter Wohnungsfürsorgefonds errichtet werden soll. Dieser Fonds soll 10 Jahre lang mit jährlich steigenden Staatsbeiträgen dotiert werden, die insgesamt eine Höhe von 25 Millionen erreichen sollen. Er ist bestimmt für Gemeinden, öffentliche Körperschaften sowie für gemeinnützige Vereinigungen, wie Baugenossenschaften, um zum Bau von Kleinwohnungen Kredithilfe zu leisten, und zwar durch Übernahme von Bürgschaft für anderweitig aufzunehmende Darlehen und durch unmittelbare Darlehensgewährung. Die Gesamtsumme der von dem Fürsorgefonds übernommenen Bürgschaften darf den Betrag von 200 Millionen nicht übersteigen. Für diese Verbindlichkeiten des Fonds haftet der Staat subsidiär bis zu diesem Höchstbetrage.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Das österreichische Tabakmonopol im 18. Jahrhundert. Von Dr. Michael Hainisch (Wien). Sonderabdruck aus der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 1910. 2. und 3. Heft.

Die Bedeutung der Bauordnungen und des Bauwesens für die Wohnungsfrage. Von Prof. Theodor Bach. Wien 1910. Selbstverlag der Zentralkstelle für Wohnungsreform in Österreich. 25 S.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreifachpaltene Petitzeile.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,
4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatsschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkstkreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, sodas der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird. Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Einbanddecken

zu Jahrg. XIX der

„Sozialen Praxis“

(in brauner Ganzleinwand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Sieben ist erschienen:

Die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke in Wien.

Eine Darstellung ihrer Betriebs- und Arbeitsverhältnisse.

Von

Dr. Julius Deutsch.

(Sonderabdruck aus dem 134. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.)

Preis: 1 Mark 40 Pfennige.

Inhalt: Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. a) Auslese der Arbeiter. b) Die Arbeiter im Betriebe. c) Einwirkungen des Betriebes auf die Arbeiter.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Früher ist erschienen:

Frohe Jugendtage.

Lebenserinnerungen.

Kindern und Enkeln erzählt von
Rudolf Freiherrn von Eilencron.

Preis: 3 M., in Ganzleinwand gebunden 4 M. 20 Pfg.

Inhalt: Vorgeschieden. — Kinderjahre. — Anfänge der Humaniora und andere Menschlichkeiten. — Schöne Zeiten im schönen Plön. In Lübeck. — Ein Jahr des Übergangs. — Studienjahre: In Köln 1840. — Studienjahre: In Berlin 1841. — Dunkle Wolken. — Germanistische Studien. — Sonnenschein.

Totentanz und Lebensreigen.

Von Ernst Bittelmann.

Preis: geheftet 3 Mark 50 Pfg., gebunden 5 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Zum Eingang. — Das Geigenpiel. — Angst. — In den Felsen. — Der Herr Hofrat. — Herzblut. — Zwieselsang. — Der Dichter. — Ein Schmetterling. — Bei dem Arzt. — Der Weg in die Dde. — Abendgespräch. — Der Forscher. — Der Lehrer des Lebens. — Nach dem Begräbnis. — Das Rebellene. — Der Kaufpreis. — Gnade. — Der Würdige. — Lachen. — Der höchste Augenblick. — Die Last. — Erfüllung. — Auf dem Friedhof. — Die Liebenden. — Die Witwen. — Zum Ausgang.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Eittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W., Mauersstr. 43. 44.

Zur Leitung der

Hauptgeschäftsstelle

eines auf nationalem Boden stehenden Berufsvereins von Angestellten wird eine **energische, juristisch gebildete, redgewandte und sprachkundige Persönlichkeit** gesucht, welche sich auf **sozialpolitischem Gebiete** bereits erfolgreich betätigt hat. Angebote mit Lebenslauf, Angabe der Gehaltsansprüche, Referenzen und des Austrittstermines werden erbeten unter H. M. 24 an Duncker & Humblot in Leipzig.

Nationalökonom,

Dr. oec. publ., 3. Jt. bei öffentl. Ver.-Anstalt tätig, sucht passende Stellung bei statist. Amt, Handelskammern, Bank, Genossenschaft usw. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Offerten mit Gehaltsangaben unter **H. S. 11** an Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Ziehfinderwesen

von
Stadtrat Ernst Pütter,
(Halle a. S.)

(Schriften des Vereins für Armenpflege. Heft 59.)

Preis: 2 Mark 40 Pfg.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 5. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Sieben ist erschienen:

Die Anstaltsfürsorge in Deutschland.

Eine Nachweisung derjenigen deutschen Erziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten, die sich in der Aufnahme von Pflege-lingen nicht auf einen engeren örtlichen Bezirk beschränken.

Im Auftrage

des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit
herausgegeben von

Stadtrat Dr. E. Münsterberg,
bearbeitet von

Hedwig Riesche und Dorothea Hirschfeld.

Preis: 5 Mark.

Aus dem Inhalte: Einleitung. — Fingerzeige für die Benutzung des Buches. — Zeichenerklärung. — Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche. — Zuchtstufhäuser. — Anstalten für Kranke und Erholungsbedürftige. — Anstalten für körperlich und geistig Gebrechliche. — Altersheime und Stifte. — Anhang. — Sachregister. — Alphabetisches Ortsverzeichnis mit kurzer Angabe der Anstaltsnamen.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Bueds sozialpolitisches Testament.** Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin. 321
- Die Arbeitskammern im Reichstag.** (2. Befugung, 5.—7. Dezember.) Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin. 327
- Allgemeine Sozialpolitik** 332
- Der Reichskanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie.
- Kann der Reichstag das Pensionsgesetz für die Privatangestellten noch erledigen? Von Dr. Heinz Pothhoff, M. d. R., Düsseldorf.
- Beschränkung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten.
- Soziale Zustände** 334
- Die Lohnfrage im Gastwirtschaftsgewerbe. Von Adolf Schaar, Hannover.
- Reichsunterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter.
- Der Achtkundentag im Steinmetzgewerbe.
- Der Normalarbeitstag für die staatlichen Bureaubeamten Badens.
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände** 338
- Ein Wehrschuß für die Arbeitgeber des Baugewerbes.
- Eine Vereinigung zur Bekämpfung des Schmiergeldbetrugens in Handel und Gewerbe.
- Organisation der Arbeiter, Schiffsleute, Angestellten und Beamten** 339
- Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung.
- Die Deutschen Gewerbevereine (G.-D.).
- Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger.
- Streiks und Aussperrungen** 341
- Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Reichsverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen.
- Die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie.
- Wirtschaftliche Kämpfe von Bühnengehörigen.
- Der Streik der Hamburger Raffehauskellner.
- Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie.
- Arbeiterfragen** 346
- Vorschläge des Reichs für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt.
- Zur Verhütung von Förderungsläden. Erweiterung der weiblichen Gewerbeaufsicht in Dänemark.
- Schutz der Binschlittenarbeiter in Russland.
- Arbeiterversicherung. Spezialien. 347**
- Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
- Die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs in Unfallversicherungsfällen.
- Gutachten „zur Neuordnung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung“ von Dr. Girsch und Ing. Enneke, Aachen.
- Wohlfahrts-Einrichtungen** 348
- Zentralstelle für Volkswohlfahrt.
- Eine Zentralstelle für ländliche Wohlfahrtspflege in Elßaß-Lothringen.
- Herbergen zur Heimat.
- Literarische Mitteilungen** 349

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Bueds sozialpolitisches Testament.

Der diesjährige Vertretertag des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der am 9. Dezember unter Vorsitz des Landrats a. D. Nötger in Berlin abgehalten wurde, kann eine gewisse historische Bedeutung beanspruchen. Herr A. Bued, der seit 1887 Geschäftsführer des Zentralverbandes gewesen, aber bereits seit 1876 entscheidend an dessen Aufbau mitgewirkt hat, erstattete seinen letzten Jahresbericht. Was dieser heut 80 jährige, bewundernswert rüstige, kraftvolle Mann in 35-jährigem unermüdblichen Schaffen für die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung der deutschen Industrie, ja ganz Deutschlands, geleistet hat, kann nicht leicht überschätzt werden. Gerade auch die Gegner seiner Politik haben den

Einfluß seiner Wirksamkeit oft sehr lebhaft erfahren und die Bedeutung dieser starken Persönlichkeit anerkennen müssen. Er war ein Faktor zumal in der deutschen Sozialpolitik, mit dem die Sozialreformer nur allzusehr rechnen mußten. Er war der unbeirrte, rücksichtslose Bannerträger der alten patriarchalischen Sozialauffassung, die noch die persönliche Verbundenheit zwischen Fabrikherrn und Arbeiter in breiten Schichten des Gewerbes lebendig empfunden hat, die noch große Unternehmer ohne viel fremde Kapitalhilfe aus dem Gefellenstande in statlicher Zahl hat aufsteigen sehen und daraus ungeachtet der neuzeitlichen Notwendigkeiten der Organisation von Menschen- und Kapitalmassen ihr soziales Ideal ableitet: Arbeitgeber und Arbeiter müssen sich als Einzelmenschen gegenüberstehen. So wird jeder das Seine am besten erreichen, der Arbeiter wird dem tüchtigen Arbeiter weiterhelfen, wird für ihn in Not und Alterszeiten ausreichend sorgen, und der Arbeiter wird die Interessen des Arbeitgebers wie die eigenen fördern. Dem Mitbestimmungsrecht des Arbeiters bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aber verspricht sich dieser soziale Patriarchalismus keinen Segen weder für den Arbeiter noch für die Industrie, sondern befürchtet eine Schädigung der Verfügungsfreiheit und damit der Produktivität des Unternehmers, zugleich aber auch eine Erweckung unnützer Begehrlichkeiten in den Arbeiterkreisen, insbesondere dann, wenn das Recht der Interessenvertretung kollektiv durch eine von bezahlten Agitatoren mißleitete Massenbewegung ausgeübt wird, die die Lebensbedingungen von Unternehmertum und Industrie nicht versteht.

Hundertfach hat der self-made-man Bued diese aus seiner landwirtschaftlichen Praxis und den kritischen Anfängen der Ruhrindustrie mitgebrachten Überzeugungen im Namen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller in seiner feurig draufgehenden Art ausgesprochen, in mannigfachen Variationen, je nach der Konjunktur der politischen Stunde, aber immer rücksichtslos scharf, mit einer im politischen Getriebe Deutschlands oft geradezu überraschenden Ehrlichkeit. Und diesen Überzeugungen von 1876 und diesem offenen Bekennermut ist er treu geblieben bis zu dem Tage, an dem er im Zentralverbande das letzte Mal das Wort ergriffen, um über das, was Wirtschaft und Arbeit bitter not tut, sein Herz auszuschenken und mit flammendem Mahnruf von der Szene abzutreten in die Stille der wohlverdienten Ruhe. Als Beitrag zur Charakteristik gewisser sozialpolitischer Anschauungen unserer Zeit seien aus dieser Rede die wichtigeren Stellen nach den Berichten verschiedener Zeitungen wiedergegeben:

Bued ruft die Industriellen zur energischen Verfechtung ihrer Interessen durch immer innigeren, opferwilligen Zusammenschluß auf: Wenn Sie wissen wollen, was Opferwilligkeit bedeutet, so richten Sie Ihre Blicke auf die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das an sich höchst mangelhafte und von den Behörden noch mangelhafter ausgeführte Sozialistengesetz hatte die Sozialdemokratie schwer niedergedrückt. Aber als das Sozialistengesetz 1890 sang- und klanglos aufhörte, sind die Gewerkschaften, die damals 237 094 Mitglieder umfaßten, bald enorm emporgewachsen. Wir können heute mit rund zwei Millionen organisierten sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern rechnen. Dazu kommt noch eine halbe Million christliche und Girsch-Dundersche Gewerkschafter. Trotzdem die Sozialdemokratie das Schlagwort von der Vereindung der Massen hat fallen lassen, bilden in der Agitation die Schlagwörter „Hungerlohn“, „Auspreßung und Ausbeutung der Arbeiter“ usw. das Jugmittel für die Verbeugung und für die Aufreizung zum Streik. Das hält aber die Gewerkschaften nicht ab, Steuern von den Mitgliedern zu erheben, die die Steuern des Staates um ein Mehrfaches übertreffen.

Von der Sozialdemokratie wird ganz offen der Umsturz des Staates, die Vernichtung der wirtschaftlichen und Gesellschaftsordnung gepredigt. Das tut sie in ihrer von dem Gefühl der Straflosigkeit gesteigerten Dreistigkeit (vergl. Magdeburg, Moabit, Bremen usw.). Es ist außerordentlich bezeichnend für unsere Zustände, daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, Industrie und Gewerbe unter ihre Vormachtigkeit zu bringen. Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeiterschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr. Denn die Bestrebungen der Sozialdemokratie haben in meinen Augen ihren utopistischen Charakter verloren und nähern sich immer mehr der Wirklichkeit. Namentlich haben drei Kämpfe des letzten Jahres so depressierend auf mich gewirkt. Der erste war die Aussperrung im Baugewerbe. Diese Aussperrung war überhaupt sehr gewagt, sie wurde nur in Sachsen und Süddeutschland mit einiger Schärfe durchgeführt. Sie war mangelhaft vorbereitet, Gelder waren nicht vorhanden. Es handelte sich immerhin um 180 000 Arbeiter, die ausgesperrt waren, und das wirkte natürlich auf das Wirtschaftsleben ungünstig. Daher hat das Reichsamt des Innern erfolgreich vermittelte. Es kam ein Ausgleich zustande, der aber mit einer Niederlage der Arbeitgeber gleichbedeutend ist. Es gehört zum Ausgleich das Zugeständnis, daß in drei Jahren die Löhne erhöht werden sollen. Eine solche Lohnerhöhung hängt doch aber von der Konjunktur ab. Ich habe den Rat der Herren vom Reichsamt bewundert, die dabei gewissermaßen die Garantie übernommen haben, daß die Arbeitgeber in drei Jahren imstande sein würden, die Löhne zu erhöhen. Das Eingreifen der Reichsregierung in die Kämpfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist verfehlt. (Lebhafte Zustimmung.) Bei derartigen Kompromissen zieht der Arbeitgeber immer den kürzeren. Die Arbeiter haben nichts weiter zu tun, als möglichst hohe Forderungen zu stellen, weil sie wissen, daß bei der Vermittlung beide Teile nachzugeben haben. Da werden immer die Arbeitgeber trotz ihres besten Rechts die Kosten zu tragen haben. Die Behörde sollte sich daher in solche Streitigkeiten nicht einmischen, und die Arbeitgeber würden gut tun, sich auf solche Vermittlungen nicht einzulassen. (Lebhafte Zustimmung.) Bued berichtet dann in gleichem Sinne den Kampf auf den Seewerken. Auch diese Verhandlungen führten zu einer vollständigen Niederlage der Werften. Ähnlich habe auch die Aussperrung der Strabandbahnangestellten in Bremen geendet.

Welches sind nun die Lehren, die daraus zu ziehen sind? Einmal die, daß die bis ins kleinste und musterhaftigsten Organisationen der Arbeiter sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt haben. Mit Aussperrung zu drohen, ist zwecklos, da lachen die Leute darüber. Mit kleinen Aussperrungen von 80 000 bis 40 000 Mann werden die mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit fertig. Aber immerhin würde bei einer Aussperrung von 460 000 Metallarbeitern der Sieg auf unserer Seite gewesen sein. Es handelt sich da um zwei Millionen Käufer, die täglich gefüttert werden müßten. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften bald draufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Aber der großen Mehrzahl der Industriellen fehlt noch die Einsicht in die Lage und die Opferwilligkeit. Die jetzige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen, kleinen Motiven herbeigeführten Spaltungen der Industrie fest zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht — oder aber er muß sich unter die Aufsicht der sozialdemokratischen Hezer und Auftraher und unter die Kontrolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen und nach ihrer Pfeife tanzen. Wenn das erst eintritt, dann hat die Sozialdemokratie die erste bedeutende Etappe erreicht zu ihren Zielen.

Wie ist es gekommen, daß zwei Millionen sozialdemokratisch organisierte die fünfmal größere Zahl der übrigen gewerblichen und industriellen Arbeiter beherrschen und daß sie sie ihren gewerblichen Zielen dienstbar machen können? Das ist darin zu erblicken, weil eine eigentümliche sozialistische Geistesrichtung, namentlich in unserer Wissenschaft und Rationalökonomie, vorherrscht, und damit Einfluß auf die Gebildeten bekommen hat (lebhaft Zustimmung) und weil in den sozialpolitischen Geseßen der Sozialdemokratie forgesetzt Vorstoß geleistet wird. (Lebhafter Beifall.) Unter dem Einfluß dieser mächtigen Faktoren ist das Koalitionsrecht zum Koalitionszwang geworden. (Stürmischer Beifall.) Der Arbeitswille ist vogelfrei und schutzlos geworden. (Erneuter stürmischer Beifall.) Durch das Streikpostenstehen sind die Arbeitswilligen straflos dem bösen Willen der Genossen preisgegeben. Wir haben oft genug um Abhilfe gebeten, aber immer vergebens. Ich habe Grund anzunehmen, daß unsere verbündeten Regierungen und die höchste Person der Annahme sind, daß unsere bestehenden Gesetze bei genügender Handhabung ausreichen, um dem Treiben, den Schandtaten der Sozialdemokratie voll entgegenzutreten zu können.

Die Ansicht, daß die bestehenden Gesetze genügen, ist nicht von allen Vorgängern der heutigen Regierungstreife geteilt worden. Es sei erinnert an die eindringlichen Worte, mit denen Staatsminister v. Verlepsh Strafbestimmungen zum § 153 empfahl. Noch bedeutungsvoller war die Thronrede des Kaisers 1890, in der in gleicher Weise ausgesprochen wurde, daß die bestehenden Gesetze nicht genügen. Aber ehe

nach das Gesetz zum Schutze des gewerblichen Eigentums bekannt geworden war, stellten sich, von der Macht der sozialdemokratischen Agitation fortgerissen, die liberalen Parteien Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie. Ich habe seinerzeit den Beweis geführt, daß das Gesetz weder ein Ausnahmegesetz war, noch die Koalitionsfreiheit antastete, wie gewiegte Juristen, z. B. Baffermann und Lenzmann, schlammig behaupteten. Das Gesetz ist vom Reichstag aufs schmachlichste unter der Bezeichnung „Zuchttausvorlage“ zu Boden getreten worden. Seit dieser Vorlage ist kein Versuch mehr gemacht worden, der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten. Wir haben inzwischen aber mit Gesetzen zu tun gehabt, mit denen das System der Vorstoßleistung der Sozialdemokratie weiter ausgebaut wurde. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen hat die Sozialdemokratie mit rücksichtslosester Brutalität und im Bewußtsein der Straflosigkeit ihre Ziele öffentlich vertreten. Sie hat sogar offen, ohne daß sie bestraft wurde, den Umsturz der Gesellschaft und die Beseitigung der Monarchie vertreten. Durch die ihr gewährte Nachsicht und Duldung hat die Sozialdemokratie das Recht auf die Straße sich fast erobert. Die fast vierjährige Revolution in Moabit hat gezeigt, wie tief Ansehen und Autorität schon gesunken sind. Auch hier waren das Streikpostenstehen und die damit verbundenen Ausschreitungen die Ursache der Vorgänge. Wenn die Nachsicht trotzdem die bestehenden Gesetze für ausreichend erachtete, so haben sie keine Gelegenheit gehabt, die Wirkungen kennen zu lernen. Der Arbeitswille kann halb tot geschlagen werden, keine Macht der Welt wird ihn veranlassen, Anzeige zu erstatten, denn dann würde er mit seiner Familie der Nachsicht und Verelendung ausgesetzt sein. Zu allem tritt die Verhöhnung durch Wort und Schrift. Die ungebundene Freiheit in Wort und Schrift ist von England übernommen, dort aber ist der Staats- und Rationalgedanke seit tausend Jahren gepflegt worden. Man sollte die bei uns erst im Sprossen befindliche zarte Pflanze des Rationalgefühls nicht dem verdorrten Hauhe der Sozialdemokratie aussetzen.

Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Obium auf sich zu nehmen, als schärfste der Scharfmacher, als schwärzeste Reaktionsäre verschrien zu werden, indem es Maßnahmen hiergegen verlangte. Aus einem Rundschreiben haben Sie bereits gesehen, daß das Direktorium bei der Reform des Strafrechts verschärfte Strafbestimmungen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu verlangen an der Zeit erachtet. (Stürmischer Beifall.) Ich gehe aber noch weiter, ich erachte auch besondere Gesetze für notwendig. Die Regierung müßte dann aber anders vorgehen als bei der sogenannten „Zuchttausvorlage“. Sie müßte dann erst alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um zu sehen, ob der Reichstag nicht doch gefügig wird, und wenn das nicht gelingt, würde die Regierung die Verantwortung von sich abgewälzt haben. Wenn erst durch scharfe Strafen die Sozialdemokratie für ihre Untaten zur Verantwortung gezogen wird, wenn die Arbeitswilligen erhöhten Hauptes auf der Straße gehen werden, was eigentlich in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte (stürmischer Beifall), erst dann werden auch die Industriellen imstande sein, an ihrem Teil für Recht und Gesetz mitwirken zu können. Davon sind wir aber heute noch weit entfernt.

Bued kritisiert dann weiter die soziale Belastung von Handel und Industrie durch die soziale Gesetzgebung in Verbindung mit den anderen Steuern und Lasten: heute schon hätten sie eine Höhe erreicht, daß sie nur noch mit größter Anstrengung getragen werden, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt in Frage stellen und in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zu verhängnisvollen Katastrophen führen können. Dieser Tatsache gegenüber sei es nicht zu verkennen, wie die verbündeten Regierungen und die großen ausschlaggebenden Parteien im Reichstag über das unbedingt Notwendige hinausgingen, zumal da doch die Industrie und die gewerbliche Tätigkeit eine der bedeutendsten Grundfesten des Reiches bilden. Das Arbeitskammergesetz sei mit fast nie dagewesener Einmütigkeit von allen beteiligten Kreisen abgelehnt worden, trotzdem hielten die verbündeten Regierungen und die Mehrheitsparteien daran fest. Nach dem furchtbaren Unglück auf See bei Raddob, welches zu schmachlicher Verdrängung und Verhöhnung Anlaß gab, sei die gesetzliche Einführung von Sicherheitsmännern im Bergwerksbetrieb nötig erachtet worden. Wie vorauszu sehen war, seien die Wahlen der Sicherheitsmänner und die zu den Ausschüssen lediglich zu politischen Zwecken, zum Siege der Sozialdemokratie ausgebeutet worden. Ebenso würden die Arbeitskammern ihr Zummelpaß werden.

Bued schloß: „Und so will ich denn auch von Ihnen scheiden, indem ich Ihnen mahnend zurufe: Schließen Sie sich fest und unerschütterlich zusammen; gewöhnen Sie sich an den Gedanken, daß Ihnen ein furchtbarer Kampf aufgezogen wird, daß Sie, um ihn zu bestehen, gewaltige Opfer werden bringen müssen und daß das Ergebnis dieses Kampfes die Niederwerfung und Zertrümmerung der sozialdemokratischen Gewerkschaften sein muß. Erreichen Sie dieses Ziel, so werden Sie von den kommenden Geschlechtern gepriesen werden als die Retter des Staates und der Gesellschaft, als die Retter der hohen Kultur, der wir uns rühmen.“

Die „Soziale Praxis“ hat sich so oft mit den von Herrn Bued vorgetragenen sozialpatriarchalischen Grundanschauungen und den indirekt daraus abgeleiteten Rezepten zur „Beruhigung“ der Arbeiterchaft prinzipiell auseinandergesetzt (vergl. z. B. Aufsatz des Unterzeichneten in Jahrgang XVII Sp. 156/7 „Das sozialpolitische Programm des Zentralverbandes deutscher Industrieller“), daß es

heute keiner allgemeinen Erörterung dessen mehr bedarf, was die Sozialreform der Gegenwart kluftenweit von den soziologischen Ausgangspunkten und den sozialpolitischen Richtlinien des Allmeisters industrieller Organisation scheidet. Aber einige kritische Anmerkungen zu dem seltsamen Gebantengang dieser Abschiedsrede Bueds sind unerlässlich.

Bued spricht vor der größten Industriellenvereinigung Deutschlands, die er mitbegründet und die gerade durch seine werbende und beratende Tätigkeit als Organisator zur Macht und zu dem Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft und der Arbeiterfrage gelangt ist, den die deutschen Industriellen vor dem entbehren. Derselbe Agitator und Organisator, der auch die Bildung der deutschen Arbeitgeberverbände aufs nachdrücklichste gefördert hat, schleudert den Bannstrahl gegen die Organisationen der Arbeiter, als den Urquell der sozialen Zerrüttung der Industrie, und will sie niederschlagen, sie zertrümmern. Bued legt zwar, indem er nach bewährter Methode sozialdemokratische Umsturztheorien und gewerkschaftliche Organisationsarbeit ständig durcheinandermischt, seinen Schlachtruf in einzelnen Stellen seiner Rede so aus, als ob er nur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gelte, deren Niederwerfung im Staatsinteresse nötig sei. Aber im Grunde handelt es sich doch für Bued um die Niederrückung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter überhaupt im Interesse der Industriellen. Das zeigt, abgesehen von der Aufzählung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen neben den sozialdemokratischen Gewerkschaften, vor allem die auf den Bauarbeiter- und Werftarbeiterkampf gestützte Beweisführung. An diesen für die Arbeitgeber wenig erfolgreichen Kämpfen waren alle drei Gewerkschaftsrichtungen beteiligt: darum nieder mit allen Gewerkschaften überhaupt, die der Macht der Arbeitgeber sich widersetzen. Wieder mit dem Streikposten stehen, das bekanntlich alle Gewerkschaften notwendig üben müssen. Die Umfrage der Arbeitgeberverbände über das Streikpostenstehen gibt die beste Erläuterung zu Bueds Thesen.

Und endlich der Hinweis auf die Arbeitswilligen, die Bued im Sinne der von ihm zitierten Zuchthausvorlage gern als die eigentlich „staatsfeindlichen Elemente“ gegen die organisierten Staatsfeinde auspielen möchte. Stimmen denn in der Abneigung gegen die unorganisierten Arbeitswilligen die nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen Zentralverbänden nicht grundsätzlich als Vorkämpfer für den Aufstieg der Arbeiterschaft überein? Denn der Korpsgeist ist nun einmal allen unabhängigen Arbeiterverbänden wie jedem organisierten Berufsstande (Ärzten, Referendaren, Anwälten, Landwirten, kartellierten Unternehmern usw.) eigen, und alle unabhängigen Gewerkschaften erblicken in den Streikbrechern eine Gefährdung des notwendigen Zusammenhalts in Arbeitskämpfen, ohne den jene erfolgreiche Aufstiegsarbeit unmöglich wäre.

Zweifellos wird in der organisierten Arbeiterschaft genau so wie in den wirtschaftlichen, religiösen und Ständesorganisationen anderer Volksschichten vielfältig durch rücksichtslose Eingriffe in die Entschließungsfreiheit der unorganisierten, aber auch der andersorganisierten geübt. Die Sozialreformer haben nie ihren Unwillen über diesen Organisationszwang — zumal auch bei Tarifabschlüssen — und über den die Gewerkschaftsfrage bekämpfenden Terrorismus verhehlt, und sie fordern, daß jede Brutalität als solche bestraft wird. Aber den organisierten Arbeitern, bei deren Massenbewegung natürlich die Späne öfters grob fallen, aus diesen Ausartungen des Korpsgeistes einen Estrich zu drehen, während in anderen Berufsschichten der Ständeszwang und die Interessenskoalition gegen Andersdenkende und Außenseiter, wenn auch in schöneren Formen, oft viel vernichtender gehandhabt wird, ohne daß die öffentliche Moral daran Anstoß nimmt — dieser Klassengerechtigkeit wollen und können sich ehrliche Sozialreformer, die an dem fundamentum regnum iustitia festhalten, nicht schuldig machen. Der ständige Maßstab, der für die Ständes- und Wirtschaftskampfe der oberen Klassen gilt, soll auch für die Interessenskämpfe der Arbeiterschaft gelten. Die Besigenden und Gebildeten, die den häßlichen Splitter in den Augen der Arbeiter tabeln, sehen aber leider oft genug den Balken im eigenen Auge nicht.

Auß es, rein logisch betrachtet, nicht befremden, wenn derselbe Bued, der die Drangsalierung einzelner Arbeitswilliger durch organisierte Kameraden brandmarkt, kurz zuvor sein offenes Bedauern darüber ausspricht, daß die Metallindustriellen mit den Metallarbeiterverbänden auf einer Vergleichsgrundlage raschen Frieden geschlossen haben, anstatt 460 000 arbeitswillige Metallarbeiter in ganz Deutschland auf die Straße zu werfen, bis die „2 Millionen Mäuler“ dieser Arbeitswilligen und ihrer Familien

hungernd um Gnade schreien! Solchen Terrorismus gegen Arbeitswillige hält Herr Bued, obwohl die deutsche Metallindustrie nach diesem Rezept des Zentralverbandsagitors sicher in schwerste Erschütterungen geraten wäre, wahrscheinlich für staatsfeindlich. Und die Versuche der Staatsregierungen, welche die friedliche Verständigung der streitenden Arbeitsparteien durch ihre Vermittlung fördern wollen, um Hunderttausende von arbeitswilligen Unternehmern und arbeitswilligen Arbeitern wieder rasch an die Arbeit zu bringen, weist Bued obendrein mit unmutigen Worten als unberufene Einmischung, die nur den Arbeitgebern Nachteile schafft, entschieden zurück!

Dann aber, wenn nach Herrn Bueds Meinung die Dienste der Arbeitswilligen den Industriellen nützlich sind, jedoch durch die streitenden Kameraden gestört werden, dann ruft Herr Bued, mag es sich auch nur um vereinzelte Vorkommnisse von Koalitionszwang handeln, leidenschaftlich nach denselben Staatsregierungen, deren Hilfe er angesichts der Not von Hunderttausend Arbeitswilligen als unvoreilhaft für die Unternehmerinteressen zurückgewiesen hat. Für jene von Herrn Bued bevorzugten Arbeitswilligen, die nicht mit den Kameraden die Opfer für das Aufwachen der ganzen Masse teilen wollen, soll die Staatsregierung sogar neues Recht schaffen, neue Ausnahmegeetze machen! Nach Bueds Meinung sollen die Arbeitswilligen, denen die Arbeitgeber die Arbeitsstätte aus herrschaftlichem Rechte versperren, minderen Rechts als diejenigen Arbeitswilligen sein, denen die Mehrheit der Kameraden aus genossenschaftlichem Interesse die Arbeitsstätte versperren will!

In der Tat stehen ja Vergehen gegen die letztgenannte Gruppe, auch wenn es sich um Herrn Hinge und seine Garde handelt, in Deutschland schon unter einem Ausnahmestrafrecht! Aber während viele einsichtige Politiker und Juristen eine Beseitigung dieses Ausnahmestrafrechts des § 153 St. O. fordern, sinnen Herr Bued und der Zentralverband Deutscher Industrieller auf das Gegenteil. In derselben Sitzung, in der Bued sich verabschiedete, haben die Verbandsvertreter folgende vom Kommerzienrat Rausch-Oberhausen vorgeschlagene Entschlieung angenommen:

„Der mangelnde Schutz der Arbeitswilligen führt so offensichtliche Schäden herbei, daß eine Abhilfe dringend geboten erscheint. Die Delegiertenversammlung erklärt sich mit den vom Direktorium dieserhalb getanen Schritten völlig einverstanden und spricht die Hoffnung aus, daß sie von Erfolg gekrönt sein mögen.“

Die grundsätzliche Beurteilung dieses Ausnahmestrafrechts der Arbeitswilligen außerhalb des Allgemeinen Strafgesetzbuchs, das für alle Volksschichten gleiche Normen aufstellt, ist zur Genüge erörtert. Durch einige Beispiele aus der jüngsten Zeit möge jedoch noch erläutert werden, wie es mit dem mangelnden strafrechtlichen Schutz der Arbeitswilligen unter dem bestehenden Rechte aussieht:

Vor dem Hamburger Schöffengericht, so berichtet das „Hamburger Echo“ (2. Dezember 1910), hatte sich ein organisierter Heizer zu verantworten, der während des Streiks der Werftarbeiter zwei andere Heizer durch die Worte „Heidelberger“ und „Streikbrecher“ beleidigt haben soll, als sie von der Arbeit an Land kamen. Der Angeklagte gab zu, daß aus einer größeren Menschenmenge einige beleidigende Äußerungen gefallen sind, aber nicht aus seinem Munde. Die angeblich Beleidigten behaupteten in ihrer Aussage als Zeugen aber, der Angeklagte habe die Worte ausgesprochen. Der Vorsitzende fragte, ob nicht noch gerufen worden sei: „Hurra, da kommen sie, die Streikbrecher, die Heidelberger!“ Die beiden Zeugen können dies nicht bestimmt behaupten. Der Vorsitzende ließ die Aussagen protokollieren und wollte noch die beiden kleinen, aber inhaltschweren Worte „auf sie!“ hinzufügen lassen. Dieser Zusatz wäre in dem Zusammenhange eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten aus einer Menschenmenge gewesen. Der Verteidiger protestierte gegen diese Absicht, weil die Zeugen derartiges nicht bekundet hätten. Die Zeugen werden vom Vorsitzenden befragt, ob diese Worte gefallen seien, was sie verneinten. Zwei Entlastungszeugen sagten weiter aus, sie hätten in unmittelbarer Nähe des Angeklagten gestanden, der nicht gerufen habe, weil sie das sonst hätten hören müssen. Der Vorsitzende ließ diese Aussagen ebenfalls protokollieren. Schon bei der Vernehmung des ersten Entlastungszeugen sprach der Amtsrichter von einem Meineid des Zeugen und fragte den Angeklagten, ob er die andern von ihm geladenen Zeugen, die vielleicht ebenso aussagen würden, auch noch unglücklich machen wolle. Der Angeklagte bestand auf Vernehmung seiner Zeugen. Der Amtsrichter aber lehnte die weitere Beweisaufnahme ab. Der Amtsanwalt beantragte auf diese Verhandlung hin, unter Hinweis auf Moabit, zwei Monate Gefängnis, das Gericht verurteilte den bisher unbefragten, seit Schluß des Werftarbeiterkampfes längst wieder arbeitenden Angeklagten (Vater von zwei Kindern) zu drei Monaten Gefängnis und sprach den beiden Arbeitswilligen die Publikationsbefugnis in drei Blättern zu. Mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe wurde der Angeklagte wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen. Der Amtsrichter erließ gegen die beiden Entlastungszeugen

einen Haftbefehl wegen Verdacht des Meineids. Beide Zeugen sind bisher unbescholten und seit Beendigung des Streits auf einer Werkstätte tätig.

Aus Wermelskirchen berichtete die „Köln. Ztg.“ vom 24. November 1910 (Nr. 1269):

„Ein ausländischer Feilenhauer von hier hatte einem Arbeitswilligen, der von auswärts zugezogen war, auf der Straße zugerufen: „Du Dreckfack, du willst Arbeiter sein? Ein Lump bist du. Wenn du mir unter vier Augen begegnest, werde ich schon mit dir fertig!“ Das Schöffengericht verurteilte den Mann wegen öffentlicher Beleidigung und wegen Streitvergehens zu einem Monat Gefängnis.“

Daselbe Blatt teilte am 4. Dezember 1910 aus Remscheid folgendes mit:

„Das hiesige Schöffengericht hatte vor einigen Wochen einen ausländischen Feilenhauer, der einem Arbeitswilligen, „Bär“ zugerufen und außerdem die Bemerkung gemacht hatte, er wolle den Arbeitswilligen Hinge durch die Nase ziehen und sie tanzen lassen, zu einem Monat Gefängnis verurteilt; ein anderer Ausländischer war wegen eines ähnlichen Vergehens zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer zu Elberfeld hat als Berufungsinstanz die eine Strafe auf 14 Tage Gefängnis und die andere auf eine Geldstrafe von 80 M. ermäßigt. Das Schöffengericht hat übrigens wieder zwei ausländische Feilenhauer und zwei Frauen von Ausländischen, die Arbeitswillige durch die Bezeichnung „Bär“ beleidigt hatten, zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.“

Das sind nur zufällige Stichproben aus einer stattlichen Anzahl von Gerichtsurteilen in Streitprozessen, die in den letzten Wochen zur Kenntnis der „Sozialen Praxis“ gelangt sind und mit denen sie aufwarten wird, sobald die Arbeitgeberverbände ihre Sammlung von ungerügten Arbeitswilligenbeleidigungen veröffentlicht werden, eine Sammlung, über deren Erhebungsmethode inzwischen sehr interessante Mitteilungen durch die Presse laufen.

Nach jenen hier mitgeteilten Stichproben aus der gegenwärtigen Justiz fragt man sich, wie denn ein Strafrecht aussehen soll, das den Wünschen des Zentralverbandes genügt.

England hat zwei bedeutsame Perioden der Arbeiterbewegung erlebt, in denen mit einer Ausnahmebehandlung bestehender Gesetze gegen die Gewerkschaften eingeschritten wurde. Jedesmal endete das Vorgehen, Ende der 1860er Jahre und Anfang dieses Jahrzehnts, mit einer so starken Entfesselung der politischen Kräfte der Arbeiterschaft, daß die bürgerlichen Parteien wohl oder übel einlenkten und die bisherigen Gewerkschaftsrechte ungemein erweitern mußten. Auf dem Wege der gesetzlichen Repression — das soll diese Erinnerung bezeugen und das beweisen die Erfahrungen des Zentralverbandes unter der Ägide Buecks im letzten Menschenalter auch in Deutschland — ist die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, die eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit ist, nicht unterzutrügen. Sie als einen gegebenen sozialen Faktor hinzunehmen und sie durch kluge und weisliche Behandlung in den gemeinsamen Dienst an der industriellen Produktion friedlich Seite an Seite mit den Unternehmerverbänden einzuordnen, wird nicht nur von den Sozialreformern, sondern auch von vielen Industriellen heute als eine richtigere Strategie angesehen. Von Bued, dem greisen Kämpfer, ist ein Umlernen schon seit Jahren nicht mehr zu erwarten gewesen. Aber der Zentralverband sollte doch durch das von Bued selbst zugegebene Fiasko der bisherigen Scharfmacherpolitik gewarnt sein, die alten Spuren ohne Rücksicht auf den Zeitenwandel weiter zu beschreiten. Das sozialpolitische Testament, das Bued in seiner Abschiedsrede dem Zentralverband hinterlassen hat, enthält eine so bedenkliche Gedankenerbschaft, daß sie der neue Geschäftsführer nur cum beneficio inventarii antreten sollte.

Berlin.

Waldemar Zimmermann.

Die Arbeitskammern im Reichstag.

(2. Lesung, 5.—7. Dezember.)

Das Ergebnis der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs über die Arbeitskammern ist die Annahme der Kommissionsbeschlüsse trotz des Widerspruches der Regierung, die zwei vom Ausschuss vorgenommene, vom Plenum bestätigte Änderungen beanstandete, zwei andere für unannehmbar erklärte. Die beiden ersten Bestimmungen betreffen die Ersetzung der Landesregierung als zuständiger Stelle für die Errichtung von Arbeitskammern durch den Bundesrat und die anderweitige Normierung des Wahlalters: in diesen Punkten wird eine Verständigung wohl zu erreichen sein, und zwar dürfte der Bundesrat das Gesetz an diesen Klippen nicht scheitern lassen. Dagegen halten wir es für möglich, daß der Reichstag in 3. Lesung das Zugeständnis macht, auf die Einbeziehung der

Arbeiter in den Eisenbahn-Werksstätten zu verzichten. Damit würde das eine „Unannehmbar“ der Regierung ausgeräumt werden, wenn nicht damit das Gesetz auf ein neues totes Geleise geführt würde. Und so hängt das Schicksal des Gesetzes letzten Endes von der Entscheidung über die Zulassung der Arbeitersekretäre in die Kammer ab, der das andere „Unannehmbar“ vom Bundesratsstische gall. Von dieser Vorschrift aber kann die Mehrheit des Reichstags nicht abgehen, will sie sich nicht um allen sozialpolitischen Kredit bringen. Wird hier kein Ausweg gefunden, gibt die Regierung hier nicht nach, dann scheitert das Gesetz, das seit einem Menschenalter geplant wird.

War es möglich, über Arbeitskammern noch etwas Neues zu sagen? Wohl kaum! Dennoch hat die zweite Lesung drei volle Tage gedauert, und der Reichstag war in dieser Zeit wirklich die „Halle der Wiederholungen“, wie ihn Herr Raumann einmal genannt hat. Der erste Paragraph, den die Kommission unverändert angenommen hatte, lautet:

„Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbebezuges oder mehrerer verwandter Gewerbebezüge sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.“

Hierzu hatten die Sozialdemokraten ihren in der Kommission abgelehnten Antrag auf Errichtung eines Arbeitsamts, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern wieder eingebracht. Auf dieser Grundlage entspann sich eine weitläufige Generaldebatte, die mit der Annahme des Paragraphen 1 und der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags schloß, gleichzeitig aber die schon in der Kommission markierte Stellung der Parteien öffentlich klarlegte. Grundsätzlich will eine große Mehrheit des Reichstags mit der Regierung Arbeitskammern schaffen, abseits stehen mit starken Bedenken nur die Konservativen und die Reichspartei. Aber jene Mehrheit ist weder unter sich noch mit der Regierung einig. Wollen die Sozialdemokraten und die Polen weiter gehen als die Kommissionsbeschlüsse, so beanstanden die Nationalliberalen gerade die entscheidenden Bestimmungen. Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung bilden den Kern der Mehrheit, verfügen aber selbst nicht über die Majorität. Andererseits bleiben aber auch die Rechte und die Nationalliberalen stark in der Minderheit. Nur wenn die Sozialdemokraten sich zu ihnen schlagen, kann diese Koalition das Gesetz zu Fall bringen. Und diese Gefahr ist für die Endabstimmung (3. Lesung) nicht ausgeschlossen, wenn die Vorlage im Ganzen eine Gestalt gewonnen hat, die den Konservativen, der Reichspartei und den Nationalliberalen zu weit geht, während sie gleichzeitig den Sozialdemokraten zu nah ist. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein sozialpolitischer Entwurf von einer seltsamen Vereinigung der Rechten und der Sozialdemokratie verworfen würde.

Die allgemeine Debatte zu § 1 gab den Rednern der Rechten und der Reichspartei erwünschte Gelegenheit, wiederum, wie jetzt in und außer dem Parlament alltäglich, eine scharfe Attacke gegen die Sozialdemokratie zu reiten. Errichte man Arbeitskammern, so würden sie nur einen neuen Tummelplatz sozialdemokratischer Berührung bilden. Sehr treffend erwiderte hierauf namentlich der Abg. Fr. Raumann unter Berufung auf die kaiserliche Botschaft, auf deren Boden die Freunde der Arbeitskammern stehen, daß die neue Institution ja gerade zu einer Aussprache, einem Ausgleich, zur Vermeidung rudweisiger Erschütterungen führen würde. Und der Staatssekretär des Innern gab zwar zu, daß die Tätigkeit der Sozialdemokratie oft wenig geeignet sei, das Vertrauen in die für die Vertretung der Arbeiterinteressen geschaffene Einrichtung zu vergrößern. Aber er fügte sofort hinzu, wir haben im deutschen Vaterlande nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch andere Arbeiter:

Wir haben im deutschen Vaterlande nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch andere Organisationen, und diese Organisationen und die nichtorganisierten Arbeiter bilden die Mehrheit der Arbeiter überhaupt, und ich würde es für unecht halten, wenn wir diesem Teil der Arbeiterschaft die Möglichkeit einer sachgemäßen Vertretung seiner Interessen in gemeinschaftlichen Einrichtungen mit den Arbeitgeberern nehmen wollten, bloß weil zurzeit die Sozialdemokraten die Majorität in diesen Interessenvertretungen haben. Man müßte am Deutschen Reich verzweifeln, wenn man glauben wollte, daß dies immer so bliebe. Die Zeiten werden sich ändern. In diesem Punkte bin ich allerdings Optimist in bezug auf die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes, und aus diesem Grunde halte ich an dem Wunsche fest, daß der Gesetzentwurf verabschiedet wird.

Wir teilen diesen Optimismus, der uns mutiger und praktischer erscheint als die blasse Furcht vor der Sozialdemokratie, die denn

Dunkel dieser Partei nur ins Maßlose zu steigern geeignet ist. Leider ist die Hoffnungslosigkeit des Ministers nicht kräftig und konsequent genug, um ihn über den Stein des Anstoßes der Arbeitersekretäre hinwegzutragen. Aber immerhin machten seine Worte doch im Hause einen so starken Eindruck, daß selbst viele Mitglieder der Rechten — ebenso wie die Sozialdemokraten — für die grundlegende Bestimmung des Gesetzes stimmten. Unter einem lebhaften Geplänkel zwischen Zentrum und Sozialdemokraten wurden dann die folgenden Paragraphen 2—6, die von den Aufgaben der Arbeitskammern handeln, nach den Beschlüssen der Kommission unter Ablehnung aller Anträge ebenfalls mit beträchtlicher Mehrheit angenommen:

Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbebranche sowie die auf dem gleichen Gebiet liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen wahrnehmen. Insbesondere sollen sie ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern fördern, Gutachten über gewerbliche Fragen, Verträge, Verkehrsregeln erstatten, Wünsche und Anträge beraten, Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter anregen und bei ihrer Durchführung tätig sein, auf Anrufung der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken und insbesondere in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze fördern, die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise pflegen, Anfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse veranlassen, Anträge an Behörden richten, im Bedarfsfall als Einigungsamt dienen; Angelegenheiten einzelner Betriebe bleiben von ihrer Zuständigkeit ausgeschlossen.

War bis dahin im großen und ganzen alles gut gegangen, wenn auch von rechts und links, namentlich von den Sozialdemokraten allerlei Steine in den Weg geworfen wurden, so stieß sich die weitere Beratung heftig an den Klippen des § 7, der den Kreis der Arbeitnehmer umschreibt. Die Regierung und die Kommission waren einig in der Beschränkung der Arbeitskammern auf die gewerblichen Arbeiter, einschließlich der Heimarbeiter; ausgeschlossen bleiben die Handlungsgehilfen, für die später eine besondere Vertretung geschaffen werden soll. Zugestimmt hatte die Regierung dem Beschlusse der Kommission, für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker eine besondere Abteilung zu bilden. Aufschroffte aber hielt die Regierung an ihrem Widerspruch gegen die vom Ausschusse beschlossene Einbeziehung der Arbeitgeber und Arbeiter in Fabriken und Werkstätten der Eisenbahnen fest. Und in diesem Widerstande fand die Regierung nicht nur die Unterstützung der Konservativen und der Reichspartei, sondern auch der Nationalliberalen, ja, bei der Abstimmung schwankte sogar ein großer Teil des Zentrums zur Regierung ab. Gleichwohl wurde der Kommissionsbeschuß mit 132 Stimmen (fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokraten, Wirtschaftl. Vereinigung, Polen, Minderheit des Zentrums) unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen. Hier also fiel das erste „Unannehmbar“ der Regierung; erlangt sie bei der 3. Lesung, was wir glauben, dennoch die Mehrheit, so kann bei der Schlussabstimmung, wie gesagt, immer noch ein Abfall der Sozialdemokraten im Verein mit der Opposition der Rechten das Gesetz umwerfen. Früher dachte die Regierung in der Eisenbahnerfrage anders. Daß das eigentliche Fahr- und Betriebspersonal von der G.D. und der Gewerbeaufsicht ausgeschlossen ist, bleibt unbestritten. Aber die Handwerker und Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten unterstanden auch in Preußen bis vor 5—6 Jahren ohne Beanstandung der Gewerbeaufsicht, bis mehrere Oberlandesgerichte eine andere Auffassung vertraten. Mehrere Jahre kämpfte das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe gegen solche Urteile an. Endlich gab es unter dem Zwange der Subditur nach. Und heute ist die Wandlung so weit, daß Preußen diesen Ausschluß der Eisenbahnhandwerker und zwar nicht nur der Staatsbahnen, sondern auch privater Erwerbsgesellschaften im Verkehrswesen mit einer Art von Begeisterung vertritt, während süddeutsche Staaten an der alten Übung festhalten, die gewerblichen Arbeiter der Eisenbahnen unter der Gewerbeaufsicht und sogar als zuständig beim Gewerbegericht zu lassen!

Die Errichtung von Arbeitskammern bleibt in Bestätigung des Kommissionsbeschlusses, trotz des mit Zweckmäßigkeitsgründen gestützten Widerspruchs des Staatssekretärs, beim Bundesrat, nicht bei den Landesregierungen. Auch für das Wahlalter dringen die Kommissionsbeschlüsse durch: 21 Jahre für das aktive, 25 Jahre für das passive Wahlrecht, während die Regierung für 25 und 30 Jahre ist und höchstens für Arbeiterinnen das 21. Lebensjahr zugestehen will. Alle weiteren Vorschriften über die Wahlen werden unter Ablehnung verschiedener Anträge der Sozialdemo-

kraten, der Polen und vereinzelter Zentrumsmitglieder nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Nur bei § 13 rennt das Schifflein des Gesetzentwurfs wieder auf und diesmal auf die gefährlichsten Riffe: die Zulassung der Berufsvereinsbeamten. Sie war in der Kommission in folgender Fassung beschlossen worden: Wählbar sind auch

solche Personen, die mindestens 8 Jahre hindurch den Gewerbebranchen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen,

ferner als Arbeitgeber auch solche Personen, die mindestens ein Jahr als Vorstehende oder Beamte berufsständischer Organisationen der Arbeitgeber derjenigen Gewerbebranche tätig sind, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, und im Bezirke der zuständigen Arbeitskammer wohnen.

Die Zahl der hier genannten Personen darf in jeder Arbeitskammer nicht mehr als je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer übersteigen.

Obwohl also in diesen Bestimmungen sowohl nach der Zahl wie nach der Person der Berufsvereinsbeamten sehr starke Kartellen vorgezogen sind, stießen die Kommissionsbeschlüsse auf den stärksten Widerstand. Und zwar handelte es sich dabei lediglich um die Gewerkschaftsbeamten, die Arbeitersekretäre. Vergebens mühten sich Zentrum, Freisinnige, Wirtschaftliche Vereinigung mit dem Nachweis der Unentbehrlichkeit dieser Arbeitervertreter in den Kammern, vergebens führten sie die Zustimmung zahlreicher Unternehmer ins Feld, die aus den Tarifverhandlungen die Tätigkeit der Beamten kennen gelernt hatten, vergebens deuteten die Sozialdemokraten an, wenn man den Arbeitersekretären nicht offen den Zutritt gewähre, werde man sie hinten herum in die Kammer zu bringen wissen: die Konservativen, die Nationalliberalen, die Regierung ließen sich nicht von ihrem Nein abbringen. Freilich war die Begründung dieser Ablehnung sehr verschieden. Während die Konservativen kurz und bündig erklärten, die Arbeitersekretäre seien nichts als berufsmäßige Hezer und gehörten daher nicht in eine Friedensinstitution wie die Arbeitskammer, überhäufte der Staatssekretär diese Beamten mit Lobsprüchen, um sie unter Vorbeur zu erlösen. So viel Schönes haben die Arbeitersekretäre im Reichstag aus dem Munde eines Staatsministers noch nie zu hören bekommen; Herr Delbrück sagte u. a.:

Ich gehöre nicht zu denen, die eine unrichtige Vorstellung von der Tätigkeit unserer Arbeitersekretäre haben; ich weiß ganz genau, daß sie so, wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, ich möchte sagen, eine unentbehrliche Institution geworden sind. Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses, wir alle wissen, daß sie uns mit ihrer Sachkunde wertvolle und angenehme Mitarbeiter sind; wir wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Berater der Arbeiter sind in den vermittelten organisierten Gergängen der Sozialpolitik, daß sie deren Rechte vertreten vor den Behörden, vor allem, wenn die Arbeiter Rechtsansprüche aus den sozialpolitischen Gesetzen zu vertreten haben, und daß sie die Anwälte der Arbeiter, insbesondere vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamt sind; wir alle wissen, daß die Arbeitersekretäre draußen im Lande für den Arbeiter unentbehrlich sind, daß sie die Versammlungen berufen und führen, daß sie deren Beschlüsse formulieren und sich dort die Aufträge geben lassen, die sie dann bei den Behörden, im Reichstag und in der Fachpresse vertreten.

Aber gerade weil dies alles so ist, so meint der Staatssekretär mit einem logischen Saltomortale, darum gehören diese von ihm so gelobten „Rufer im Streit“ nicht in die Arbeitskammer. Denn hier würden sie nur einseitige Sachwalter der Arbeiterinteressen sein, auf die sie sich bereits vorher festgelegt haben, und das sei nicht angängig. Als ob die Arbeitgeber, ihre Direktoren und Beamten in der Kammer nicht ebenfalls häufig „Rufer im Streit“, Vertreter ganz bestimmter Unternehmerinteressen wären, für die sie durch Kartelle, Syndikate, Verbände, Handelskammern vorher verpflichtet sind! Ohne die Arbeitersekretäre werden die Kammern ihre Aufgaben gar nicht erfüllen können, ja sie kommen in Gefahr, unter der Maske der Parität neue einseitige Organe für die Unternehmer zu werden, die sich noch dazu auf eine Art von Zustimmung ihrer Arbeiter stützen könnten. Denn die Arbeitgeber sind durch ihre soziale und wirtschaftliche Stellung, durch ihre Erfahrung und Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge, durch ihre Wellläufigkeit und Gewandtheit von vornherein die erheblich stärkere Partei, deren Übermacht noch durch die Abhängigkeit der Arbeiter erhöht wird. Einigermassen kann ein Gleichgewicht nur hergestellt werden, wenn geschickte, berufskundige, aufrechte und unabhängige Arbeitersekretäre den Unternehmern gegenüberstehen. Wer daher wirkliche und wahrhafte Parität in den Kammern will, muß für die Zulassung der Berufsvereinsbeamten eintreten. Oder wäre es viel-

leicht ein erwünschter Zustand, wenn auf Umwegen diese Arbeiterführer eingeschmuggelt würden oder wenn die Drahtzieher, um einmal dies Wort zu gebrauchen, draußen ständen und die Arbeitermitglieder der Kammer nach ihrem Wink und Willen handelten?

Solche Argumente haben die Mehrheit des Reichstags bestimmt, trotz der Einwendungen der Rechten und der National-liberalen, trotz einer mit wachsender Bestimmtheit betonten Ablehnung durch den Staatssekretär des Innern bei dem Kommissionsbeschluß auf bedingter und beschränkter Wählbarkeit der Berufsvereinsbeamten zu beharren und zwar mit der großen Mehrheit von 192 gegen 111 Stimmen.

Der Rest des Gesetzes wurde dann nach dieser Abstimmung, die namentlich war, in rascher Folge erledigt. Völlig neu sind die Kommissionsbeschlüsse (§§ 42a—42i) über die Errichtung einer besonderen Abteilung für Angestellte: in den beteiligten Betrieben beschäftigte Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker. Diese Abteilung wird im Bedürfnisfall durch Anordnung derjenigen Behörde gebildet, die auch für die Errichtung der Arbeitskammer zuständig ist. Der Vorsitzende der Kammer führt auch in der Angestelltenabteilung den Vorsitz. Die Arbeitgeber in dieser Abteilung werden aus der Zahl derjenigen Arbeitgeber der Kammer genommen, die Angestellte beschäftigen, während die Vertreter der Angestellten von diesen gewählt werden. Über Gegenstände, die sowohl der Arbeitskammer wie der Angestelltenabteilung vorliegen oder die die Interessen der Arbeiter und der Angestellten gleichmäßig berühren, kann auf übereinstimmenden Antrag der Kammer und der Abteilung eine gemeinschaftliche Beratung und Beschlußfassung stattfinden; in diesem Falle werden die Stimmen der Arbeitgeber, die sowohl der Kammer wie der Angestelltenabteilung angehören, doppelt gezählt. Ausgeschlossen aus Kammer und Angestelltenabteilung bleiben sämtliche Handlungsgehilfen. Zu ihren Gunsten beschloß der Reichstag, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen auch für die Angestellten des Handelsgewerbes eine Ständevertretung im Sinne des Kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 in einer paritätisch gestalteten Kammer geschaffen wird. Und damit die ebenfalls jetzt ausgeschlossenen Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben auch etwas zum Trost bekommen, wird der Reichskanzler ersucht,

bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die Ausschüsse der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Handwerker und Arbeiter, insbesondere in den Reichs- und Staats-Eisenbahnbetrieben, soweit diese dem zu erlassenden Arbeitskammergesetz nicht unterstellt werden, organisch dahin ausgebaut werden, daß a) ihnen das Recht auf Verhandlungen, betreffend Lohn- und Arbeitszeit, zuerkannt wird, b) die Mitglieder der Arbeiterausschüsse während der Dauer ihrer Wahlperiode — abgesehen von den Fällen nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit — nur unter den Voraussetzungen aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden dürfen, die bei einem Staatsbeamten die Entlassung im Disziplinarwege rechtfertigen.

Damit schloß die 2. Lesung am 7. Dezember. Die 3. wird erst nach den Weihnachtsferien, etwa in der 2. Januarwoche stattfinden. Dann erst muß die Entscheidung fallen. Schon jetzt wird von Konservativen und großindustriellen Blättern ein Druck auf die Regierung ausgeübt, das verfaßte Gesetz scheitern zu lassen. Man droht ihr mit einem Verlust an Autorität, wenn sie sich mit dem Reichstage verständige. Als ob die Autorität der Regierung mehr Schaden lide, wenn sie den Wünschen des Reichstags entgegenkommt, als wenn sie den Schein auf sich lüde, einem Machtworte der Scharfmacher zu gehorchen, die laut bekennen, daß sie überhaupt keine Arbeitskammer als Friedensinstitution wollen! Wir würden es tief beklagen, wenn das Gesetz scheiterte. Seit fast 20 Jahren kämpft die „Soziale Praxis“ für die Verwirklichung des in der Kaiserbotschaft vom 4. Februar 1890 gegebenen Versprechens, seit ihrem Bestehen, 10 Jahre lang, müht sich die „Gesellschaft für Soziale Reform“ darum. Wir würden unsere ganze Vergangenheit verleugnen, wenn wir auf unwichtigeren Forderungen, so gerechtfertigt sie an sich sind, bestehen und damit die Arbeitskammern gefährden würden. Aber die Zulassung der Arbeitersekretäre ist ein Grundfalsch, von dem nach unserer Überzeugung das Gedeihen und Wirken der Arbeitskammer überhaupt abhängt. Und darum können wir davon nicht ablassen. Sollte sich nicht doch noch ein Ausweg aus den Schwierigkeiten finden lassen, trotz mancher bisher fehlgeschlagenen Versuche? Der Staatssekretär des Innern, der, wie wir bestimmt wissen, das Gesetz durchaus retten möchte, hat ja selbst in seiner Rede am 7. ds. angedeutet, daß man vielleicht später die Arbeitersekretäre als Mitglieder zulassen könne. In manchen Fällen aber, z. B. bei Einigungsverhandlungen, Tarif-

abschlüssen, wird die Kammer schon jetzt gar nicht umhin können, die Beamten der Berufsorganisation zu den Beratungen zuzuziehen. Auch der Verzicht auf die Öffentlichkeit der Verhandlungen könnte in Frage kommen. Vielleicht liegen hier Fingerzeige, wie aus der Sachfrage herauszukommen ist.

Berlin.

E. Francke.

Allgemeine Sozialpolitik.

Der Reichskanzler über Sozialpolitik und gegen Sozialdemokratie.

In der Etatsdebatte, die am 9. Dezember begonnen hatte, ergriff der Reichskanzler zu Anfang der Sitzung vom 10. Dezember das Wort zu einer großen Rede über die innere Politik, deren Kern eine scharfe Kampfansage gegen die Sozialdemokratie bildet: ausdrücklich bezeichnete er das Verhältnis zur Sozialdemokratie als den „wichtigsten Punkt“. Ausnahmegeetze gegen sie vorzuschlagen, lehnte er zwar ab. Jedoch wies er darauf hin, daß bereits in der vor Jahresfrist dem Reichstag vorgelegten Strafprozeßordnung die verbündeten Regierungen Bestimmungen vorgeschlagen haben, die ein beschleunigtes Gerichtsverfahren bei der Aburteilung von Vergehen wider die öffentliche Ordnung fordern. Weiter verfolge die Regierung mit Nachdruck das Bestreben, unsere sozialpolitischen Einrichtungen davor zu sichern, daß sie nicht zu Werkzeugen sozialdemokratischer Machtpolitik werden; das komme auch in der Reichsversicherungsordnung (Häufelung der Krankenkassen-Vorstände) zum Ausdruck. Endlich sei bei den Vorarbeiten für die Reform des Strafgesetzbuches die Sachverständigenkommission der Ansicht gewesen „daß das geltende Recht in dem Kampfe gegen die aufkeimende und aufreizende Tätigkeit fanatischer Agitatoren keine genügende Hilfe bietet“. Bei den weiteren Arbeiten wird geprüft werden, ob und inwieweit es notwendig und möglich ist, das Strafgesetzbuch zu ergänzen, auch in der Richtung, daß die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht nachhaltiger geschützt wird als bisher.“ Damit ist u. a. wohl auch ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen und eine schärfere Ahndung der Vergehen bei Arbeitskämpfen gemeint. Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte sich der Reichskanzler wörtlich wie folgt:

„Liegt die Sache wirklich so, daß wir eingestehen müßten, die staatliche Macht könne sich mit Hilfe des gemeinen Rechts, des gemeinen Gesetzes der in ihren Zielen gesehwidrigen Machtpolitik der Sozialdemokratie nicht mehr erwehren? Fürst Bülow hat mehrfach in diesem hohen Hause erklärt, daß Reich und Staat, daß Monarchie und Gesellschaft bei furchtloser Anwendung der gesetzlichen Mittel in der Lage seien, jeden Versuch des Umsturzes niederzuhalten. Derselben Ansicht bin auch ich, Vorschläge zu Ausnahmegeetzen mache ich Ihnen nicht.“

„Unbekümmert um alle Agitationen und fast stets im Gegensatz zur Sozialdemokratie haben die Regierungen mit dem Reichstag eine soziale Gesetzgebung geschaffen, die sehr viel weiter geht als die irgend eines andern Landes der Welt. Wir werden uns darin auch in Zukunft nicht irre machen lassen. Aber soziale Fürsorge zum Schutz und Wohl der wirtschaftlich Schwachen hat mit der Stellung des Staates zur Sozialdemokratie nicht das geringste zu schaffen. Ebenso wie der Staat es als seine Pflicht erkannt hat, diese Fürsorge zu treiben, ebenso ist es seine Pflicht, alle gesehwidrigen und gewalttätigen Angriffe auf seine Ordnung unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel mit nachdrücklicher Energie niederzuschlagen, und diese Energie wird wachsen mit der Heftigkeit der Angriffe.“

Der Reichskanzler stellt den Kampf gegen revolutionäre Anschläge und Taten der Sozialdemokratie, die Ordnung, Frieden und Bestand des Staates gefährden, voran. Er will diesen Kampf nicht mit Ausnahmegeetzen, sondern mit Mitteln des allgemeinen Rechts und der Verwahrung führen. Die vorhandenen Waffen sollen energisch und streng gehandhabt werden. Wo Ergänzungen klaffen der Lücken nötig sind, müssen sie geschaffen werden; auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Reichsversicherungsordnung sind solche Maßnahmen bereits seit Jahren vorbereitet und liegen jetzt dem Reichstag vor — ob weitere Maßnahmen, insbesondere im Strafgesetz, erforderlich sind, steht zur Erwägung und Prüfung. Daß gegenwärtig Haltung und Tun der Sozialdemokratie das schwerste Hemmnis der Sozialreform sind, haben wir erst kürzlich betont, und jede Eindämmung der revolutionären Bewegung schafft Raum für Reformbestrebungen. Wir empfehlen aber auch, stets zweierlei kritisch im Auge zu behalten: einmal, daß man Ausnahmegeetze auch in der Form des gemeinen Rechts machen kann, und zweitens, daß man, wenn man gegen die Sozialdemokratie zielt, nicht die Arbeiterbewegung treffen darf. Umsturz- und Zuchthausvorlage sind böse Wähler! Gern stellen wir fest, da

der Reichstanzler eine Fortführung der Sozialreform verheißt. Aber wir hätten gewünscht, daß er dieser ganz allgemein gehaltenen Zusage einen sachlichen Inhalt gegeben und betont hätte, daß die sozialdemokratische Bewegung durch Repression vielleicht äußerlich eingeschränkt, aber nur durch eine feste und organische Politik sozialer Reformen überwunden werden kann. Die Sozialdemokratie bekennet sich als Feind des Staates und der Gesellschaft von heute, die Millionen ihrer Angehörigen aber sind Söhne und Töchter unseres Volks und unseres Vaterlands. Das Deutsche Reich hat keinen wertvolleren Besitz als seine Arbeiterschaft.

Kann der Reichstag das Pensionsgesetz für die Privatangestellten noch erledigen?

Von Dr. Heinz Rothhoff, R. d. R., Düsseldorf.

Die am 26. November im Reichstage verhandelte Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei hatte nur den Zweck einer „Anfrage“, nämlich dem Reichstanzler Gelegenheit zu geben, durch eine klare und bestimmte Antwort die immer wieder auftauchenden Zeitungsnachrichten von einer Verschiebung der Einbringung oder von einer Unmöglichkeit der Erledigung der Pensionsversicherung im gegenwärtigen Reichstage endgültig zu erledigen.

Dieser Zweck ist nicht voll erreicht worden. Denn der Staatssekretär Delbrück hat zwar die Mitteilung wiederholt, daß ein Entwurf im Reichsamt des Innern fertiggestellt sei, daß er „sich weiter bemühen werde, die Angelegenheit tunlichst zu fördern“; aber er hat weder die ganz präzise Frage, ob der Reichstag binnen drei Monaten den Entwurf erhalten werde, beantwortet, noch hat er irgend etwas Bestimmtes in Aussicht gestellt. Im Gegenteil muß es auffallen, daß er die Zusicherung seines persönlichen Eifers verband mit dem Hinweis: „Wann das preussische Staatsministerium seine Entscheidung fassen wird, vermag ich nicht anzugeben. . . Wie lange Zeit beim Bundesrat vergehen wird, bis der Reichstag sich mit der Vorlage befassen kann, wird von der Entscheidung der Verbündeten Regierungen abhängen.“

Die Unbestimmtheit der Antwort kann dem Wunsch entsprungen sein, kein Wort zu sagen, das nicht nachher buchstäblich sich erfüllt. Sie kann aber auch eine Enttäuschung vorbereiten. Denn wie lange Ministerium und Bundesrat an dem Entwurf beraten, ist doch kein Fatum, sondern etwas, das von niemandem stärker beeinflusst werden kann, als von dem Antworter. Herr Delbrück ist doch Mitglied des preussischen Staatsministeriums; der Reichstanzler, in dessen Namen er auf die Interpellation antwortete, ist sogar Ministerpräsident. Wenn sie beide wollen, ist das preussische Staatsministerium in wenigen Tagen mit der Beratung einer seit Jahren erörterten und in den Grundzügen längst bekannten Vorlage fertig. Ebenso kann der Bundesrat sehr schnell seine Beratungen erledigen, wenn seine Vorsitzenden und die preussischen Stimmführer ernstlich wollen. Das muß man aber verlangen, wenn man der ehrlichen Absicht der Regierung glauben soll. Denn der Reichstag kann auch nicht ein solches Gesetz binnen drei Tagen erledigen und, wenn Ostern vorbei ist, dann wird das Herannahen der Neuwahlen die Sachlichkeit und die Vollständigkeit des Hauses sehr beeinträchtigen.

Die Regierung wird ja den Wunsch haben, nach außen ihre Bereitwilligkeit zur Erfüllung ihres Versprechens zu beweisen und die Schuld an einem etwaigen Nichtzustandekommen dem Reichstage zuzuschreiben. Aber es muß schon jetzt mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß, wenn nicht bis Ende Januar der Gesetzentwurf vorliegt, die Verantwortung den Bundesrat trifft. Er muß nicht nur das Gesetz einbringen, sondern muß dies auch zu einem Zeitpunkte tun, daß die Durchberatung noch möglich ist. Denn er kann es, er hat lange genug Zeit — vor allem lange genug Zeit gehabt.

Daß der Reichstag ernstlich gewillt ist, noch vor Jahreschluss das Gesetz zustande zu bringen, ist unzweifelhaft. Alle Parteien haben seit Jahren sich um die Förderung bemüht. Und wenn wirklich (was ich keiner Partei nachsagen möchte, was aber der konservative Redner den Interpellanten im Reichstage anzuhängen suchte) Wahlrückichten neben den sozialpolitischen Erwägungen maßgebend sein sollten, so würden diese natürlich gerade jetzt nicht vor den Neuwahlen besonders wirksam sein. Die technische Möglichkeit zur Erledigung besteht auch, wenn der Reichstanzler dafür sorgt, daß der Entwurf vor Weihnachten veröffentlicht und vor Februar eingebracht wird. Beides aber ist durchaus möglich. Am Staatssekretär liegt es also, ob die Privatangestellten noch in dieser Sitzungsperiode an das versprochene Ziel ihrer Wünsche gelangen sollen.

Beschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Der im Jahre 1907 eingesetzte Einwanderungsausschuß hat dem Kongresse der Union einen Bericht in 40 Bänden vorgelegt, der zu dem Ergebnis kommt, daß die Einwanderung für die Vereinigten Staaten keine wirtschaftliche Notwendigkeit mehr sei, sondern oft nur zu einer Benachteiligung der angesehnen amerikanischen Arbeiterschaft führe. Darum wird Ausschluß unvorbereiteter und ungelerner Arbeiter, ferner die Zurückweisung von Analphabeten verlangt. Auch die Beibringung von Heimatszeugnissen wird den Zuwanderern vorgeschrieben.

Soziale Zustände.

Die Lohnfrage im Gastwirtsgerwerbe.

Von Adolf Schaar, Hannover.

In letzter Zeit ist unter den gastwirtschaftlichen Angestelltenverbänden eine Bewegung im Gange, die eine geregelte Entlohnung der Angestellten, besonders der Kellner und Hausdiener anstrebt. In zahlreichen Versammlungen, sowie auf den Tagungen der Verbände hat man die Aufsicht festgelegt, daß die heute allgemein übliche Entlohnung für die gastwirtschaftlichen Angestellten durch das Trinkgeld unhaltbar sei.

Ein weniger Beteiligter könnte nun leicht eine völlige Abschaffung des Trinkgeldes als Ziel ins Auge fassen. Solche Bestrebungen haben aber praktischen Erfolg bisher noch nie gehabt. Eine vor Jahren gegründete „Anti-Trinkgelb Liga“ vermochte sich deshalb nicht durchzusetzen, weil sie das Unwesen nicht bei der Wurzel anfaßte.

Nach Meinung des Verfassers, der den Ursprung der Trinkgeldentlohnung hier nicht untersuchen will, bedarf das Trinkgeld als solches keiner Bekämpfung. Wohl aber muß es da als Unsitte angesehen werden, wo es die geregelte und feste Entlohnung verdrängt und wo es gleichzeitig die Existenzsicherheit der betreffenden Berufsangehörigen gefährdet. Und das ist für die Angestellten des Gastwirtsgerwerbes der Fall. Die demoralisierende Wirkung der Trinkgeldentlohnung soll hier nur beiläufig erwähnt werden.

Es darf als anerkannte Tatsache ausgesprochen werden, daß die gastwirtschaftlichen Angestellten fast ausschließlich durch Trinkgeld entlohnt werden; besonders aber die Kellner und Hausdiener. In der Tagespresse findet man immer wieder Notizen, in denen von riesigen Trinkgeldeinkommen die Rede ist. Es soll zugegeben werden, daß einzelne Angestellte durch die Trinkgeldentlohnung glänzende Existenzen haben, aber das darf für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gasthausangestellten im allgemeinen nicht maßgebend sein. Einzelne Angehörige anderer Berufe erzielen ebenfalls durch ihre Leistungen oder durch Zufalls-umstände außergewöhnlich hohe Lohnsätze, während die Allgemeinheit in demselben Beruf oft in gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

Nach den bisher vorhandenen Statistiken, sowie auf Grund der Berichte der Ortskrankenkassen beträgt die Durchschnittseinnahme der Kellner täglich 4 Mark. Hierbei ist die periodisch wiederkehrende, oft lange Arbeitslosigkeit, die nur von Zeit zu Zeit durch sogenannte Aushilfsarbeiten unterbrochen wird, noch nicht einmal berücksichtigt. Geht man nun dazu über, den Tagesverdienst in Stundenverdienst zu verrechnen, und legt man dabei die sehr gering angesehene Arbeitszeit von 14 Stunden zugrunde — die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit, geregelt durch die Bundesratsverordnung von 1902, beträgt 16 Stunden — so ergibt sich daraus ein Stundenlohnverdienst von 28,8 Pf!

Daß beim Einkommen die Zahl der Arbeitsgelegenheiten eine wichtige Rolle spielt, ist selbstverständlich. Nach den Statistiken des kaiserlichen statistischen Amtes kamen für das Gastwirtsgerwerbe im Jahre 1909 auf 100 offene Stellen im

Oktober	November	Dezember
126	186	188

Arbeitsgelegenheiten männlicher Personen. Es ist hier natürlich nur die Inanspruchnahme der gemeinnützigen Arbeitsnachweise berücksichtigt. Bei der großen Rolle, die die gewerbsmäßige Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwerbe spielt, läßt sich keine allgemein gültige Statistik aufstellen. Daß aber das Bild des winterlichen Arbeitsmangels noch wesentlich trüber ist, ergibt die Statistik von zwei größeren privaten Stellennachweisen, die uns vorliegt. Es kommen da auf 100 offene Stellen an männlichen arbeitssuchenden Personen im

Oktober	November	Dezember
194	238	224.

Man sieht also, neben einem Stundeneinkommen von 28,8 \mathcal{M} haben die Angestellten im Gastwirts-gewerbe durchschnittlich mit zwei- bis dreimonatlicher Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Saisonbetriebe verlangen im Sommer ein Heer von Angestellten, und ein großer Teil von diesen kann im Winter keine Arbeitsgelegenheit finden.

Unter geradezu demoralisierenden Bedingungen müssen die Büffelteller ihre Arbeit erfüllen; unter vertraglich festgelegten Bedingungen, die ganz offensichtlich gegen die guten Sitten verstoßen. Diese Schenkteller erhalten in vielen Betrieben weder einen festen Lohn noch einen Anteil vom Umsatz. Dabei müssen sie das Bier, das sie auf „eigene Rechnung“ verschenken, mit demselben Preis bezahlen, mit dem es zum Verkauf steht. Der Verdienst dieser Schenkteller besteht also in vielen Betrieben im „Schneiden“, oder besser gesagt: im betrügerischen Einkassieren, zu dem sie durch die Arbeitsverträge unmittelbar angehalten werden! Der letzte Münchener „Bierprozeß“ hat das ja auch nachgewiesen. Hier erheischt es das Interesse der Allgemeinheit, daß der Abschluß derartiger Verträge ohne weiteres bestraft werden müßte.

Auch die Entlohnung der sogenannten Aushilfskellner durch den festen Lohnsatz ist kaum nennenswert. In den meisten Fällen erhält diese Gruppe von gastwirtschaftlichen Angestellten sogenannte Umsatzprozente, die sich auf höchstens 5% belaufen. Die Aushilfskellner haben außerdem mit einer langen Arbeitsbereitschaft und mit „Nacharbeit“ zu rechnen. Die Nacharbeit ist sogar noch am anderen Tage ohne jede besondere Vergütung zu leisten. Die eigentliche entlohnte Arbeitszeit beläuft sich in der Mehrzahl der Restaurationslokale auf 3 bis 5 Stunden, während außerdem 5 bis 6 Stunden Arbeit ohne jede Entschädigung geleistet werden müssen. Der Andrang von Arbeitskräften für solche Arbeit ist trotzdem selbst zur Zeit der hochgehenden Konjunktur erstaunlich groß, da die Aushilfskellner sich zum großen Teil aus Angehörigen anderer Berufe rekrutieren, die den Kellnerberuf nur als Nebenberuf betreiben; darum ist auch die wirtschaftliche Lage der gelerntten Kellner, die gezwungen sind, infolge Alters oder sonstiger Verhältnisse zur Aushilfe zu arbeiten, sehr gedrückt. Da nun auch die Arbeitgeber in äußerst seltenen Fällen für diese Gruppe von Angestellten Invaliden- und Krankenmarken kleben, so genießen sie fast gar nicht die Segnungen der Arbeiterversicherungs-gesetze.

Auf der letzten Ausschusssitzung der Gesellschaft für Soziale Reform wurde die berechtigte Meinung ausgesprochen, daß die vom Staat und von den Gemeinden verpachteten gastwirtschaftlichen Betriebe in der Regelung der Lohnfrage mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Das ist wirklich sehr nötig. Besonders wenn man berücksichtigt, daß in diesen Betrieben die Lohnverhältnisse zum mindesten ebenso im argen liegen, wie in den privaten. Der Verfasser hat durch eine Rundfrage folgendes festgestellt:

In 10 Bahnhofswirtschaften erhielten 64 Kellner keinen festen Lohn,	
8 „ „ „ 22 „ je 10 \mathcal{M} monatlich	
5 „ „ „ 10 „ 20 „	
8 „ „ „ 10 „ 80 „	
1 „ „ „ 2 „ 85 „	

Ein Oberkellner der Internationalen Speisewagen-Gesellschaft hat folgende Abgaben zu leisten:

50 \mathcal{M} Gehalt monatlich für den 2. Kellner,	
80 „ „ Silberputzer,	
26 „ Logis „ beide,	
16 „ „ Wagenreinigung.	

Außerdem hat der Oberkellner die Uniform für den zweiten Kellner zu zahlen. Man sieht, in den Betrieben, die vom Staat verpachtet sind, herrscht sogar das Abgabensystem. Die Zustände im allgemeinen haben auch schon den Reichstag beschäftigt. Der Abgeordnete Behrens (Wirtsch. Bgg.) führte in der Reichstags-sitzung vom 12. März 1910 anlässlich des Reichseisenbahnetats u. a. folgendes aus:

„Ich möchte den Herrn Chef der Reichseisenbahnverwaltung bitten, Maßnahmen zu treffen, wonach in die Pachtverträge für Bahnhofswirtschaften und in die Verträge mit den Schlaf- und Speisewagen-gesellschaften Bestimmungen aufgenommen werden, die dem männlichen wie dem weiblichen Bedienungspersonal einen auskömmlichen festen Mindestlohn sichern. In den Wirtschaftsräumen müßte dann ein Aus-schgang ausüben, der besagt, daß das Bedienungspersonal einen an-ständigen Lohn bekomme und nicht auf Trinkgelder angewiesen sei.“

Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Gildenbrand äußerte sich in ähnlichem Sinne. Herr v. Breitenbach als Chef des Reichs-eisenbahnamts erwiderte darauf:

„In allen Fällen, in denen in bestimmte Züge Speisewagen ein-gestellt werden, wird für den Zuglauf hin und her ein besonderer Ver-trag geschlossen, der die Verhältnisse zwischen Verwaltung und Unter-

nehmerin (Schlaf- oder Speisewagen-gesellschaft) regelt. Er betrifft die Pacht sowie die gegenseitigen Leistungen und Gegenleistungen. Was das Personal in diesen Zügen betrifft, so haben wir uns im allgemeinen um dasselbe gekümmert; es ist auch schriftlich festgelegt, daß dieses Per-sonal angemessen bezahlt sein soll.“

Auf die übrigen, von den Abgeordneten zutreffend geschilderten Zustände ging der Chef des Reichseisenbahnamts nicht näher ein.

Daß die Lohnverhältnisse in den gastwirtschaftlichen Privatbetrieben nicht besser sind, dürfte einleuchtend sein. Das Nationale Kartell der Deutschen Gasthausangestellten ist mit einer Umfrage über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gastwirtschaftlichen Angestellten beschäftigt. Vor kurzem veröffentlichte die „Lohn-kommission“ der Kölner Gehilfenvereine eine recht interessante Statistik. Diese Umfrage erstreckte sich auf 83 Betriebe mit 456 Kellnern und 44 Hotelbedienern.

40 Betriebe, 317 Kellner hatten keinen Lohn,	
26 „ 118 „ keine Kost,	
60 „ 364 „ kein Logis,	
8 „ 16 „ 10 \mathcal{M} Lohn monatlich.	

Lohn wurde bezahlt	
in einem Betriebe 4 Kellner jeder 185 \mathcal{M} monatlich	
„ „ 4 „ 180 „	
„ „ 1 „ 100 „	
„ „ 1 „ 60 „	

In 46 Betrieben hatten 288 Kellner Krankenkassen- und In-validenbeiträge aus ihrer eigenen Tasche zu entrichten, was, neben-bei gesagt, gezwungrig ist.

Die Gehilfen im Gastwirts-gewerbe erhalten aber in der über-großen Mehrzahl der Fälle nicht nur keinen festen Lohn, sondern müssen sogar, um das Recht auf Arbeit zu erlangen, Abgaben an die Betriebe entrichten. Diese Abgaben, die sich in der Höhe von 3–80 \mathcal{M} monatlich bewegen, werden für folgende Zwecke ab-gefordert:

Für andere Kellner, als Löhne für Aushilfskellner, für Zeitungen, Schreibutensilien, Gläserwaschen, Zahnscherer, Silberputzen, Messerputzen, Lokal- und Büffeltreue, endlich in beträchtlicher Höhe als Geld-strafen.

Außerdem müssen in vielen Betrieben die Kellner, ohne zu wissen wofür, Abgaben in der Höhe von 1–30 \mathcal{M} monatlich zahlen. In vielen gastwirtschaftlichen Etablissements ist ein festes „Bruchgeld“ zu leisten für zerbrochenes Geschirr. Wer das Geschirr zerbricht, das kommt nicht in Frage. Derartige Verträge sind, wie vor kurzem auch wieder das Gewerbegericht in Altona fest-gestellt hat, ungültig, weil sie gegen die guten Sitten verstoßen. Trotzdem kommen sie aber in ungeheurer Anzahl vor. Ein typischer Fall aus Köln sei hier noch erwähnt: Ein Aushilfskellner war für 3 Tage angestellt und hatte folgende Abgaben zu leisten:

8 Tage je 50 \mathcal{M} für Pufffrauen	= 1,50 \mathcal{M}
3 „ 15 „ Streichhölzer	= 0,45 „
3 „ 50 „ den Stellvertreter	= 1,50 „
im ganzen also	3,45 \mathcal{M} .

Der Mann hatte in diesen drei Tagen 56 Stunden Arbeits-zeit, die durch Umsatzprozente mit 4 \mathcal{M} entlohnt wurden! Die feste Entlohnung betrug also für drei Tage bei so übermäßig langer Arbeitsdauer insgesamt 55 \mathcal{M} !

Es würde hier zu weit führen, wollte man die Mißstände in der Entlohnung der gastwirtschaftlichen Angestellten auch nur in groben Umrissen zeichnen. Mit der Betonung der Mißstände allein ist nichts getan. Ihnen entgegenzutreten, ist eine dringende Auf-gabe aller sozial denkenden Menschen. Es entspricht nicht dem Ansehen eines Kulturstaates, wenn tausende seiner Bürger, so wie in diesem Falle die gastwirtschaftlichen Angestellten, für ihre ehrliche Arbeit keinen anständigen Lohn erhalten und dauernd vor einer erschreckenden Existenzunsicherheit stehen.

Das Publikum, das unter dem Joche des Trinkgeldzwanges leidet, hat selbst dieses Joch sich und einem erwerbstätigen Stand aufgelegt.

„Welche Wege bieten sich nun, um Besserung zu schaffen?“ fragt Landgerichtsrat Kulemann-Bremen in der „Gastron. Ztschr.“. „Zweifellos unrichtig wäre es“, so meint er, „wenn der einzelne sich entschließen wollte, keine Trinkgelder mehr zu geben; denn er entzöge dadurch denjenigen, die ohne ihre Schuld in die heutige traurige Lage gekommen sind, eine Einnahme, auf die sie rechnen müssen.“ Kulemann meint ferner, daß eine Abhilfe vor allem oder ausschließlich von den Gastwirtsangestellten selbst kommen könne. Dazu sei zweierlei erforderlich: Die Einsicht in das Ver-werfliche des Trinkgeldes und die Macht, aus dieser Einsicht die praktischen Konsequenzen zu ziehen.“

Diese Macht besteht naturgemäß in Selbsthilfe durch die Organisation. Aber die Organisationen der gastwirtschaftlichen Angestellten sind heute noch nicht stark genug, sich selbst zu helfen. Die gewerkschaftliche Entwicklung steckt hier noch in den Kinderschuhen. Dr. Kessler ja hat in seiner Arbeit „Sozialpolitik für das Gastwirts-gewerbe“ die Organisationsverhältnisse der gastwirtschaftlichen Angestellten in genügendem Maße beleuchtet.

Die einfachste Lösung der Lohnfrage für alle Angestellten im Gastwirts-gewerbe wäre ohne Zweifel der Abschluß von Tarifverträgen. Aber dazu wäre nötig: 1. die Anerkennung der Organisationen der Angestellten durch die Unternehmer; 2. die Überzeugung auf Seite der Unternehmer, daß Tarifverträge überhaupt nötig sind; und 3. — der Kardinalpunkt — der Wille, diese Erkenntnisse auch wirklich in die Tat umzusetzen und eine geregelte Entlohnung einzuführen.

Die Erfahrung hat leider gelehrt, daß es mit diesen drei Punkten noch sehr im argen liegt. Soweit dem Verfasser bekannt ist, haben die Organisationen der Angestellten auf die von ihnen im letzten Winter eingereichten positiven Vorschläge, die auf Abschluß eines Lohntarifes hinliefen, in 10 Städten überhaupt keine Antwort von den Unternehmern erhalten und in 8 Städten ohne Verhandlung Absagen bekommen; nur in 4 Städten ist es zu Verhandlungen gekommen, die jedoch ergebnislos verliefen. Man ersieht hieraus, daß der Tarifgedanke in die Organisationen der gastwirtschaftlichen Unternehmer noch keinen Eingang gefunden hat. Auch eine Eingabe des „Nationalen Kartells der deutschen Gasthausangestellten“ an die zentralisierten Gastwirtsverbände blieb erfolglos; nur der Verband der freien Gast- und Schankwirte und der Internationale Hotelbesitzerverein erklärten sich zu Verhandlungen bereit. Diese beiden Verbände bilden aber, was die Mitgliederzahl anbetrifft, die Minderheit unter den organisierten Prinzipalen.

Eine andere Reihe von Unternehmern aber vermag bahnbrechend voranzugehen und einer geregelten Entlohnung der gastwirtschaftlichen Angestellten wenigstens den Weg zu ebnen: das sind Staaten und Gemeinden als Besitzer gastwirtschaftlicher Betriebe. Auf der letzten Ausschusssitzung der Gesellschaft für Soziale Reform wurde das ja auch betont, und in Frankfurt ist der Weg dazu bereits seit längerer Zeit beschritten, indem der Pächter eines städtischen Kaffeehauses verpflichtet worden ist, seinen Angestellten einen gewissen Grundlohn zu zahlen.

Es ist erfreulich, daß staatliche Behörden und Gemeinden bei Vergabe von Arbeiten heute vorzugsweise oder ausschließlich solche Unternehmer berücksichtigen, die mit ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben. Sollten da Staat und Kommune nicht auch ein Interesse daran haben, daß in den von ihnen verpachteten Betrieben musterhafte Zustände herrschen?

Die Entlohnung der gastwirtschaftlichen Angestellten wird immer mehr eine öffentliche Frage. Es genügt nicht, wie Dr. Zimmermann gelegentlich in der „Gastron. Ztschr.“ schrieb, sich auf das Verurteilen des Trinkgeldegebens zu beschränken. „Das Publikum muß vielmehr dazu erzogen werden, sich positiv um eine anständige Entlohnung der Gastwirts-gastwirtschaftlichen Angestellten zu kümmern.“ Dr. Zimmermann schlägt zur Mitarbeit den Deutschen Käuferbund vor. Dieser soll nicht nur durch eine tatkräftige Propaganda seine eigenen Mitglieder dazu verpflichten, die auf einer weißen Liste empfohlenen Wirtschaften mit anständiger Entlohnung zu bevorzugen, sondern auch auf die sozialpolitischen, hygienischen, wissenschaftlichen, gemeinnützigen Körperschaften aller Art in diesem Sinne erzieherisch einwirken. Dieser Gedanke verdient eine tatkräftige Verbreitung. Aber nicht zuletzt müssen auch die gastwirtschaftlichen Angestellten durch Selbsthilfe eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten im Gastwirts-gewerbe müssen und werden erstarken und zugleich auch das Standes- und Selbstbewußtsein der Angehörigen dieses Berufes. Dann wird das Gefühl der Solidarität dahin drängen, die noch bestehenden Mißstände durch Kämpfe zu beseitigen. Will man solche Kämpfe vermeiden, so muß man auch hier dem Warnungsruf folgen, der an dieser Stelle gelegentlich der Bauarbeiterausperrung ertönte: *Beuge vor!*

Reichsunterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter. In einer erneuten Eingabe an den Reichstag fordert der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter weitere Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung derjenigen Tabakarbeiter, die dadurch geschädigt worden sind, daß vom Reichschagan bereits im Juli eine Kürzung der gesetzlichen Unterstützung vorgenommen wurde. Dadurch haben alle Tabakarbeiter, die in der Zeit vom 16. Juli bis 15. August und darüber hinaus bis

heute arbeitslos waren, eine schwere Schädigung erlitten. Für diese Fälle wird in der Eingabe eine Nachzahlung verlangt. Weiterhin und für den Fall, daß diese Forderung keine Mehrheit finden sollte, verlangt die Eingabe weitere Mittel zur Unterstützung der noch immer geschädigten und arbeitslosen Tabakarbeiter. Begründet wird diese Forderung mit einer Darlegung über die bisherige Arbeitslosigkeit und die betrübenden Ausfichten, die nach der Lage und den Verhältnissen in der Tabakindustrie für die nächsten Monate — nach der Erledigung des Weihnachtsgeschäfts — bestehen: Nach den Erhebungen des Kaiserl. Statistischen Amtes waren im dritten Viertel dieses Jahres im christlichen Verband auf je 100 Mitglieder noch 15,6 Fälle von Arbeitslosigkeit und auf 100 mögliche Arbeitstage 5,3 Arbeitslosentage zu verzeichnen. Das sind mit Rücksicht darauf, daß seit der Einführung des neuen Tabaksteuergesetzes bald 1 1/2 Jahre vergangen sind, sehr hohe Ziffern. Es kommt dazu, daß auch sonst eine große wirtschaftliche Schädigung (Arbeitseinschränkungen, Lohnbrud usw.) zu verzeichnen ist, die sich gar nicht in Zahlen ausdrücken läßt.

Der Achtstundentag im Steinmehrgewerbe ist nunmehr für etwa 3400 Arbeiter erreicht. Durch Bundesratsbeschluß ist die Arbeit für die Steinmehnen in der gesundheitsgefährlichen Sandsteinindustrie auf 9 Stunden eingeschränkt. Die Berufsorganisation hat aber in langwierigen Kämpfen für Berlin, Breslau, Leipzig, Buzlau und 7 andere kleinere Orte, die sich sämtlich in ländlichen Steinbruchgebieten befinden, die achtsündige Arbeitszeit durchgesetzt. Dadurch dürfte der Steinmeh eine gute Zeit länger arbeitsfähig erhalten werden und so der Berufsgenossenschaft wie der Allgemeinheit geringere Unterhaltsopfer verursachen als bisher, wo er schon oft in den zwanziger Jahren seines Lebens berufsfrank wurde.

Der Normalarbeitstag für die staatlichen Bureaubeamten Sadows soll bei den Zentralverwaltungen auf 8 Stunden festgelegt werden, die in die Zeit von 1/2—9—1/2—7 Uhr mit einer zweistündigen Mittagspause von 1/2—1/2—3 Uhr fallen. Der Samstagnachmittag soll dienstfrei sein. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Leider verlautet bisher nichts darüber, ob den Arbeitern der Verpfändten und dem fahrenden Personal der Staatsbahnen ebenfalls der Achtstundentag gewährt werden soll. Gegenwärtig ist das im Eisenbahnbetrieb tätige Fahrpersonal in der gefährlichsten Weise ausgenutzt. Lokomotivführer und Heizer mit 17stündiger Dienstzeit, denen oft während eines Monats kein freier Tag zufällt, gehören in letzter Zeit nicht mehr zu den Ausnahmen.“ Handelt es sich in diesen Auslassungen, zumal über das Lokomotivpersonal, um handgreifliche Übertreibungen, so ist doch ein Problem in dieser Anmerkung richtig berührt: Hat die subalterne Bureauarbeit, soweit sie nicht geistig produktiven Charakter hat, sondern wesentlich im Abschreiben, Eintragen, Ordnen usw. besteht, Anspruch auf eine so viel günstigere Regelung der Arbeitsbedingungen, als die physisch viel angreifendere, technisch und wirtschaftlich wertvollere Verpfändtenarbeit, für die der Achtstundentag heute nur von „Utopisten“ gefordert werden darf?

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Ein Wehrschaz für die Arbeitgeber des Baugewerbes ist jüngst vom Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe zu sammeln beschlossen worden, nachdem die Erfahrungen im letzten großen Baugewerbekampfe die Unzulänglichkeit der Bundesmittel und die Zweifelhaftheit der finanziellen Unterstützungsverprechungen der übrigen Arbeitgeberorganisationen erwiesen hatten. Die Höhe dieses von der Zentralkasse des Bauarbeitgeberbundes zu verwaltenden Wehrschazes war mit einer Million Mark in Aussicht genommen worden. Er sollte durch außerordentliche Mitgliederbeiträge im Laufe der Jahre 1910 bis 1912 aufgebracht werden. Angeblich ist bereits heute das Zustandekommen des Wehrschazes gesichert.

Auch auf der Seite der Bauarbeiter erörtert man lebhaft die Frage, wie die Organisation finanziell leistungsfähiger gemacht werden kann. So ist unter anderem vorgeschlagen worden, durch Spareinlagen der Mitglieder ein Kapital aufzusammeln und aus diesen Mitteln während eines Kampfes Baumaterialienbestände aufzukaufen und an die arbeitswilligen Unternehmer weiter zu verkaufen, um so die Materialsperrung unwirksam zu machen. Doch ist eine amtliche Verbandsstelle der Bauarbeiter diesem Plane noch nicht nähergetreten. Im allgemeinen stehen die Gewerkschaftsvorstände der Bauarbeiter auf dem Standpunkte, daß nach der am 1. Januar 1911 in Kraft tretenden Verschmelzung der Maurer mit den Bauhilfsarbeitern die durch die gemeinsam vereinbarten Satzungen festgelegten ordentlichen Mitgliederbeiträge zur finanziellen Bestreitung der Kampfkosten, die erst bei einer etwaigen Aussperrung im Jahre 1913 erheblich sein könnten, ausreichen werden.

Die Gesamtkosten der Bauarbeiterausperrung im Frühjahr 1910 haben nach einer ungefähren Schätzung 8 Millionen Mark

an Unterstützung und 20 Millionen Mark an entgangenem Arbeitsverdienst betragen.

Es kostete die Aussperrung nämlich der Bauarbeiterorganisation, bei der 30 170 Mitglieder betroffen wurden, 1 967 895 M. Der Zentralverband der Zimmerer gab (mit den Ortsklassen) für 18 700 Verbandsmitglieder 1 685 066 M. und der Zentralverband der Maurer für 58 000 Mitglieder rund 5 Millionen Mark Unterstützung aus. Diese mehr als 8 1/2 Millionen Mark wurden teils aus den Hauptklassen der Verbände, teils aus den örtlichen Kassen, ferner aus den Extrabeiträgen weiterarbeitender Verbandsmitglieder und aus den allgemeinen Sammlungen gedeckt. Der entgangene Arbeitsverdienst machte aus: bei den Bauhilfsarbeitern für 1 111 427 Tage 4 361 248 M., bei den Zimmerern für 913 548 Tage 4 718 152 M., bei den Maurern für rund 2 Mill. Tage rund 11 Mill. Mark.

Diesen Kampfsopfern müssen nun aber die für mehrere Jahre errungenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gegenübergehalten werden. Das ist im einzelnen nicht leicht zu ermitteln, immerhin läßt sich aus der Tatsache, daß insgesamt 800 Tarifverträge zwischen den Parteien des Baugewerbes auf Grund des Hauptvertrages abzuschließen sind, ein Schluß auf den großartigen Umfang der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse ziehen. Freilich ist bisher nur ein Teil dieses allgemeinen Tarifabkommens verwirklicht worden. Denn bis Anfang Dezember waren erst 345 von den Ortsarbeitsverträgen tatsächlich geordnet, die übrigen Ortsregelungen standen noch aus. Eine genauere Statistik für Oktober 1910 wies nach, daß damals erst die ersten 285 Tarifverträge in 241 Vertragsgebieten von den beiderseitigen Hauptvorständen für folgende Bauarbeitsgruppen genehmigt waren.

In 107 Fällen gelten die Verträge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam, in 76 Fällen nur für Maurer und Zimmerer, in 20 Fällen nur für Maurer und Bauhilfsarbeiter, in 89 Fällen für Maurer allein, in 29 Fällen für Zimmerer allein und in 12 Fällen für Bauhilfsarbeiter allein. In 2 Fällen (Hannover und Nürnberg) sind besondere Tarifverträge für Fliesenleger abgeschlossen. An dem Abschluß der Verträge sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 229 Fällen, der Zentralverband der Zimmerer in 194 Fällen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 182 Fällen und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in 57 Fällen, ferner der Hirsch-Dundersche Bauarbeiterverband.

Eine Vereinigung zur Bekämpfung des Schmiergeldwesens in Handel und Gewerbe ist auf Anregung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins Ende Oktober in Mainz zu gründen beschlossen worden. Der Einladung des Vereins waren folgende Organisationen gefolgt: Zentralverband Deutscher Industrieller, Verein zur Wahrung der Interessen der heimischen Industrie, der Verband deutscher Gütemarkenhändler, der Verein Deutscher Motorfahrzeug-Industrieller, der Verein der Deutschen Textilveredelungsindustrie, der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, der Verband Laufziger und Schleifischer Orleans-Webereien, der Mittelrheinische Fabrikantenverein, die Handelskammern Frankfurt a. M., Mainz u. a. Die eingehende Aussprache der Abgesandten ergab die einstimmige Überzeugung von der Notwendigkeit einer Kampforganisation gegen das Bestechungswesen. Ein Ausschuß, bestehend aus den Vertretern von zehn Körperschaften, darunter des Deutschen Handelstages, des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Vereins zur Wahrung der Interessen der heimischen Industrie, soll die vorbereitenden Schritte für die Gründung unternehmen. Die neue Organisationsgründung ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie jukt ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb erfolgt, das sich theoretisch auch scharf gegen das Schmiergeldwesen richtet, aber seine guten Absichten nicht recht praktisch wirksam zu machen weiß.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung erörterte der Berliner Bezirksverein des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure am 8. November. Patentanwalt Dipl.-Ing. Dr. Alex. Lang-Berlin führte dabei aus:

Seitdem — vor 10 Jahren — den technischen Hochschulen das Promotionsrecht erteilt worden und die Diplom-Ingenieureprüfung seit etwa 8 Jahren in allen deutschen Bundesstaaten als Staatsprüfung anerkannt ist, streben die wissenschaftlich gebildeten Techniker die rechtliche Gleichstellung mit den Angehörigen der alten akademischen Berufsstände an. Für diese rechtliche Gleichstellung ist die Frage von grundlegender Bedeutung, ob die Diplom-Ingenieure als „gewerbliche Arbeiter“ im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung aufzufassen sind. Nach den Motiven der Gewerbeordnung und nach der Ansicht maßgebender Kommentatoren unterstehen Personen mit wissenschaftlicher oder künstlerischer Tätigkeit nicht der Gewerbeordnung, und auch dann nicht, wenn diese in einem gewerblichen Unternehmen angestellt sind. Deshalb können Ärzte, Rechtskundige, Nationalökonomien, Opernsänger,

Schauspieler und Personen mit ähnlicher beruflicher Tätigkeit, auch wenn sie in einem gewerblichen Unternehmen angestellt sind, niemals „Techniker“ sein; denn „Techniker“ im Sinne der Gewerbeordnung ist keineswegs im Sinne einer bestimmten Fakultätswissenschaft, etwa im Gegensatz zum Juristen, Theologen usw. zu nehmen, sondern unter „Techniker“ versteht die Gewerbeordnung solche Personen, die bei gewerblichen Unternehmungen als Angestellte mit Dienstleistungen betraut sind, die über denen der „gelernten Arbeiter“ stehen und nichtkaufmännischer Art sind. Da wissenschaftliche Dienstleistungen nicht unter die Gewerbeordnung fallen, so kann man mit „Techniker“ als Gegensatz zu den Handlungsgehilfen alle diejenigen Angestellten bezeichnen, die, was Leistung und Vorbildung anbelangt, die Zwischenklassen bilden zwischen „gelernter Arbeit“ und „wissenschaftlicher Tätigkeit“. Da der selbständige Diplom-Ingenieurberuf ebenso wie der Beruf des Arztes, des Anwalts usw. als wissenschaftlicher Beruf im Sinne der „artes liberales“ durch oberinstanzielle Entscheidungen grundsätzlich anerkannt ist und deshalb nicht der Gewerbeordnung und auch nicht der Gewerbesteuerpflicht untersteht, so beantwortet sich die Frage, ob der angestellte Diplom-Ingenieur „Techniker“ im Sinne der Gewerbeordnung ist, durch die Analogie von selbst. Trotzdem rechnet die Praxis und auch die Gerichtspraxis den wissenschaftlich gebildeten Techniker fast ausnahmslos zu den „Technikern“, hauptsächlich infolge der irreführenden Fassung der Motive und der ungeschickten Formulierung des § 138a O.D. Der Begriff „Techniker“, wie ihn der Gesetzgeber in diesem Paragraphen und in der Überschrift zu Titel VII der Gewerbeordnung geschaffen, murgelt im Handelsgeesebuch, und dieser Begriff steht im Gegensatz einmal zu der Bezeichnung „Techniker“ als dem nicht wissenschaftlich gebildeten Fachmann und dann zur Bezeichnung des Diplom-Ingenieurs als Techniker im Gegensatz zu dem Träger anderer Fakultätswissenschaft. Die entscheidende Frage ist nun: gehören wissenschaftliche Techniker zur Gruppe der nichtwissenschaftlichen Techniker, d. h. der Arbeiter-techniker? Damit die Diplom-Ingenieure nicht länger das Opfer des Sprachgebrauchs einer einseitig philosophischen Rechtsauslegung bleiben, wird von dem Verbande der Diplom-Ingenieure in der nächsten Gewerbeordnungsnovelle eine Neufassung des § 138a erstrebt, damit die in gewerblichen Unternehmungen angestellten Diplom-Ingenieure rechtlich nicht anders behandelt werden wie die unter denselben wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen arbeitenden Mediziner, Juristen usw. Die organisierten Diplom-Ingenieure meinen, daß solcher rechtlichen Gleichstellung werde „die heutige, oft sinnwidrige Einordnung der Diplom-Ingenieure in die Arbeiterfürsorgegesetze“, die den Diplom-Ingenieuren eine „unbegründete Extrasteuer“ auferlegt, ohne ihnen praktisch irgendwie zu nützen, von selbst wegfallen.

Diese Stellungnahme des Verbandes der Diplom-Ingenieure, die freilich nicht von allen Diplom-Ingenieuren, die z. T. in anderen Technikerorganisationen stehen, geteilt wird, sei hier kurz als Beitrag zu dem schwierigen Kapitel der sozialen und sozialpolitischen Differenzierung erwähnt. Bei den auf Handels- und Hochschulen sich fortbildenden „akademischen“ kaufmännischen Angestellten, die dem Handlungsgehilfenrecht unterstehen, wird die von den Diplom-Ingenieuren angeschnittene Frage sich noch schärfer zuspitzen. Die Lösung ist nicht so einfach, wie es nach den Darlegungen des Patentanwalts Dr.-Ing. Lang scheint, da heute noch in den meisten Arbeitsfällen hier und da nichtdiplomierte „Techniker“ von besonderer Tüchtigkeit vorgefetzt von jüngeren Diplom-Ingenieuren sind und letztere keineswegs immer mit „wissenschaftlicheren“ Aufgaben als die Nichtakademiker beschäftigt werden. Die Stellung und Leistung im Arbeitsprozeß steht in der Technik wie in der Kaufmannswelt nicht immer im geraden Verhältnis zu den akademischen Würden. Die soziale Schutzgesetzgebung aber muß in erster Linie an den wirtschaftlich-sozialen Tatbestand anknüpfen und kann trotz Wahrung besonderer Berufsstandesinteressen ihre Normen, die auf den Typus einer bestimmten Schicht zugeschnitten sind, nicht leicht durch Ausnahmen zu Gunsten oder Ungunsten eines gesellschaftlich privilegierten Einsprengfels durchbrechen.

Die Deutschen Gewertvereine (S. D.) und der Heimarbeiter-Lohnregelung in der Heimarbeit gestaltete sich eine zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung am 6. Dezember im Gewertvereins-Hause zu Berlin, wo Abgeordneter Dr. Kaumann über die Heimarbeiter-Schutzgesetzgebung sprach. Nach einer Darlegung über die Ausbreitung der Heimarbeit in Deutschland an der Hand der letzten Zählungen ging der Referent auf den dem Reichstage zurzeit vorliegenden Hausarbeit-Gesetzentwurf ein. Der Arbeiter-Schutz in diesem Gesetze bestehe leider nur in einer Reihe von „Kann-Vorschriften“ und die Erfahrung habe gelehrt, daß von den amtlichen Befugnissen, solche Vorschriften zu erlassen, nur wenig Gebrauch gemacht wird. Wichtiger sei in dem Gesetze die Vorschrift des Registrierzwanges und die angestrebte größere Veröffentlichung der Löhne durch die Lohnverzeichnisse und das Aushängen der Lohnstafeln. Die Frage einer Einwirkung auf die Lohnhöhe durch Lohnämter sei leider nicht durch den Gesetzentwurf in Angriff genommen

worben und infolge des heftigen Widerstandes der Regierung wurden wohl auch keine dahingehenden Bestimmungen aufgenommen werden, trotzdem man nach dem Vorgehen von England auch bei uns einen solchen Versuch wohl hätte unternehmen können. Auch die zum Schluß der Versammlung einstimmig angenommene Entschließung legt den Nachdruck auf die Schaffung von Lohnämtern zur Regelung der Lohnfrage.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger hielt vom 7. bis 9. Dezember ihren Delegiertentag in Berlin ab. Trotzdem die Verhandlungen durch manche noch ungeklärte auf persönlichem Gebiete liegende Fragen erschwert wurden, ist doch ein beträchtliches Teil gewerkschaftlich fördernder Arbeit geleistet worden. Die Witwen und Waisenspensionsanstalt steht wirtschaftlich so gut da, wie noch in keinem Jahre zuvor; im letzten Jahre war ein Überschuß von 25 000 M. zu verzeichnen. Mit der Berufsorganisation der österreichischen Bühnengehörigen, sowie mit dem Musikerverband und dem Choristengerververband ist ein Kartellvertrag zum Abschluß gekommen zur gegenseitigen Unterstützung bei gemeinsamem Vorgehen in sozialen Standesfragen. Eine straffere Organisation und stärkere Durchbringung auch der Lokalverbände in der Provinz mit gewerkschaftlichem Geiste soll durch die Schaffung von Bezirksverbänden erzielt werden. Zur Annahme gelangte ferner eine Entschließung zur Frage der Mindestgage sowie der Theaterleuten: „Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger erklärt eine Schauspielergage unter monatlich 100 M. für unzureichend und standesunwürdig und hält die Genossenschaftsmitglieder an, nicht unter dieser Gage abzuschießen. Die Genossenschaft soll an die Kommunalverwaltungen, welche Theater zu vergeben haben, mit dem Ersuchen herantreten, bei Vergabe der Theater dem Unternehmer eine Gage von mindestens 100 M. für die darstellenden Mitglieder zur Pflicht zu machen. Die Genossenschaft will ferner an die Regierungen herantreten, damit im neuen Theatergesetze den Theaterunternehmern aufgegeben werde, bei Nachsuchen der Konzession die Zahl der Theaterleuten anzugeben, und daß eine Grenze der anzunehmenden Theaterleuten festgesetzt werde im Verhältnis zu den beschäftigten Mitgliedern.“

Zur Förderung der Rechte der weiblichen Bühnenmitglieder wurde ein bisher noch außerhalb der Genossenschaft stehendes „Frauenkomitee für die Interessen der weiblichen Bühnengehörigen“ auf dieser Tagung beauftragt und der Genossenschaft angegliedert. — Das Komitee ist eine Folge der Nachtversammlung am 1. März, die von den Vereinen der Frauenbewegung über die sozialen Probleme im Leben der Schauspielerinnen in Berlin veranstaltet worden war. Seine Aufgabe besteht darin, dahin zu wirken, daß möglichst zahlreiche Schauspielerinnen der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger beitreten, auch soll es innerhalb der Genossenschaft die besonderen Frauenfragen bearbeiten.

Streiks und Aussperrungen.

Aus der Lohnbewegung im Ruhrrevier. Die Antworten des Zechenverbandes auf die Eingaben der Arbeiterorganisationen.

Auf die am 28. November dem Vorstand des Zechenverbandes überreichte Eingabe des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter (Sp. 300) hatte am 8. Dezember der Zechenverband folgenden Bescheid erteilt:

Wenngleich dem Zechenverband als solchem eine Einwirkung auf die Lohnregelung nicht zusteht, da die Feststellung der Löhne Sache jeder einzelnen Zechenverwaltung ist, die allein mit den bei ihr in Arbeit stehenden Vergleuten Schichtlohn und Gedinge vereinbart und vereinbaren kann, so gestatten wir uns doch darauf hinzuweisen, daß zurzeit die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt derart ungünstig liegen, daß zur Erhaltung des Absatzes — trotz langsam steigender Löhne — wiederum Preiserhöhungen für das nächste Jahr haben beschlossen werden müssen. Ob in diesen für uns alle unerfreulichen Verhältnissen schon in Bälde eine Veränderung zum Besseren eintreten wird, vermag heute niemand mit Sicherheit zu übersehen. Auch wir bedauern im Interesse der Belegschaften und ihrer Familien, daß infolge der mit dem Abflauen der letzten Hochkonjunktur eingetretenen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse die Löhne in unserm Bergbaubezirk gegenüber dem hohen Stande des Jahres 1907 zurückgegangen sind. Immerhin darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Vergarbeiterlöhne unseres Bezirks nicht nur, und überwiegend beträchtlich, höher sind als in den anderen deutschen Bergbaurevieren, sondern daß sie auch, wie aus den Nachweisungen der Berufsorganisationen in den 25 Jahren ihres Bestehens hervorgeht, weit mehr gestiegen sind als die Löhne in andern Berufsgruppen, die wohl ohne Ausnahme auch die absolute Höhe der Vergarbeiterlöhne nicht erreichen. Aus der bekannten Zusammenstellung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum, welche die Gliederung der Belegschaften unseres Bezirks nach Lohngruppen veranschaulicht, ergibt sich, daß im Jahre 1909 von 848 889 Krankenkassenmitgliedern einen arbeitstäglichen Verdienst — Löhne unter Abzug aller Kosten für Gezüge usw., aber ohne Abzug der Beiträge für die Knappschaftskasse — hatten

von 5,00 M. und mehr	225 292 oder 64,7 %
„ 3,01 „ bis 5,00 M.	74 616 „ 21,4 %
„ 3,01 „ „ 3,00 „	25 812 „ 7,4 %

Mithin hatten 98,6 % der sämtlichen Krankenkassenmitglieder im Jahre 1909 einen arbeitstäglichen Verdienst von 3 bis 5 M. und mehr. Nur 6,5 % aller Krankenkassenmitglieder, nämlich 22 669 Leute, erreichten nicht den in Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen-Land, Hamm-Stadt und -Land, Herne-Stadt, Hattingen, Witten, Görde, Düsseldorf-Land, Mörns-Stadt und Homberg für männliche Arbeiter über 16 Jahre geltenden Satz des ordentlichen Tagelohns von 3 M. Unter diesen 22 669 Leuten befinden sich aber, was wohl zu berücksichtigen ist, rund 12 000 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Leider gibt seit dem Inkrafttreten der Novelle zum Allgemeinen Berggesetz vom 19. Juni 1906, nach welcher für die Beitragserhebung zur Krankenkasse der Lohn über 5 M. nicht mehr berücksichtigt werden kann, die Statistik des Allgemeinen Knappschaftsvereins die Lohngruppen nicht mehr in der Vollständigkeit wie bis zum Jahre 1907. Andersfalls würde sich zeigen, daß unter den 225 292 Vergleuten, die über 5 M. an arbeitstäglichem Verdienst beziehen, sich eine sehr große Zahl von Leuten befindet, deren Einkommen bis 5,80 M. und darüber beträgt. Wie groß die Zahl dieser Leute ist, dafür gibt folgende Tatsache einen Anhalt: Im Jahre 1907 betrug die Gesamtbelegschaft 309 811 Mann. Hiervon bezogen einen Lohn von über 5 M. 210 076 Mann. Unter diesen befanden sich wiederum 22 569 mit einem Lohn von 5 M. bis 5,40 M., 27 248 mit einem Lohn von 5,41 M. bis 5,80 M. und 160 264 mit einem Lohn über 5,80 M. Ähnliche Lohnverhältnisse dürfte, wie angedeutet, kein anderer Bergbaubezirk und kaum ein anderer Industriezweig aufzuweisen haben.

Nicht richtig ist auch, daß, wie in Ihrem Schreiben gesagt wird, im ersten Halbjahr 1910 das Einkommen aller Vergarbeiter noch etwas weiter zurückgegangen sei. Vielmehr macht sich, wie weiter oben bereits angedeutet ist, etwa seit dem Frühjahr dieses Jahres ein Steigen der Löhne bemerkbar. Nach der amtlichen Lohnstatistik, die den Schichtverdienst und den Vierteljahresverdienst abzüglich aller Kosten und Beiträge für die soziale Versicherung angibt, betragen: der Schichtverdienst (a) und der Vierteljahresverdienst (b):

	a) aller Arbeiter		der eigentlichen Kohlenhauer und der mit ihnen im Gedinge arbeitenden Schläpper	
	1909	1910	1909	1910
im 1. Vierteljahr	4,58	4,48	5,49	5,39
„ 2. „	4,45	4,51	5,18	5,33
„ 3. „	4,48	4,57	5,31	5,40

	b) aller Arbeiter		der eigentlichen Kohlenhauer und der mit ihnen im Gedinge arbeitenden Schläpper	
	1909	1910	1909	1910
im 1. Vierteljahr	327	324	377	371
„ 2. „	327	337	376	387
„ 3. „	351	361	406	416.

Bezüglich Ihres Wunsches, daß die Auszahlung von Löhnen, welche sehr weit unter dem Durchschnitt stehen, in der Folgezeit vermieden werden möge, glauben wir auf die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich aus den bereits angezogenen Lohnnachweisungen des Allgemeinen Knappschaftsvereins ergeben, verweisen zu dürfen. Ein Lohnausgleich, der von der verschiedenen Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der einzelnen Menschen absehen wollte, würde als ein Hemmnis des wirtschaftlichen Fortschritts wirken müssen und ist undurchführbar.

Was endlich der von Ihnen gedruckte Wunsch betrifft, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, durch einige Vertreter etwaige Beschwerden von Arbeitern gegen den Arbeitsnachweis mit untersuchen zu können und damit eine parteiliche Instanz zur Unterordnung von Beschwerden zu schaffen, so verweisen wir auf die Tatsache, daß während der ganzen Zeit seit Gründung des Arbeitsnachweises, in der über 180 000 Stellen nachgewiesen worden sind, nur eine einzige Beschwerde eingelaufen ist, die auch von Vertretern der königlichen Staatsregierung gelegentlich der Besichtigung unseres Arbeitsnachweises als unbegründet anerkannt worden ist. Bei dieser Sachlage wird ein praktisches Bedürfnis für eine grundsätzliche Änderung der von uns getroffenen Arbeitsnachweiseinrichtung in keiner Weise anerkannt werden können. Ein näherer Einblick in die Einrichtung und Handhabung unseres Arbeitsnachweises wird jeden überzeugen, daß ein Bedürfnis für eine Abänderung des Arbeitsnachweises nach der angedeuteten Richtung tatsächlich nicht vorliegt.

Glaube! Zechen-Verband. gez. Handebrod. Lüthgen. Funke. Die Geschäftsführung. gez. v. Loewenstein.

Die Erwiderung auf die Eingabe des Alten Verbandes und der mit ihm gehenden Organisationen der F. D. Gewerkvereine und der polnischen Arbeiter (Sp. 300) ist erheblich kürzer, weil sie in den Hauptpunkten auf die vorstehenden Darlegungen Bezug nimmt; das Antwortschreiben des Zechenverbandes lautet folgendermaßen:

Auf die gemeinsam vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter) und dem Gewerkverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunker) uns zugestellte Eingabe erlauben wir uns folgendes zu erwidern:

Zu 1: Was Ihre Forderung anlangt, am 1. Januar 1911 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 % eintreten zu lassen, so teilen wir Ihnen hierzu mit, daß der Verband christlicher Bergarbeiter

einige Tage früher als Sie mit einer ähnlichen Bitte an uns herantreten ist. Wir haben darauf die hier abgedruckte beigefügte Antwort gegeben, aus der sich unsere Ansicht über die Frage einer allgemeinen Lohnerhöhung ergibt.

Zu II: Ihre Forderung, das Verhauen in der Grube nicht mehr im Kohlengebirge mit zu berechnen, beantworten wir dahin, daß es unseres Erachtens aussichtslos ist, hier eine generelle Regelung zu verlangen, weil die Verhältnisse auf den einzelnen Gruben zu verschiedenartig sind.

Zu III: Zu dem Verlangen, die Leistungen der Knappschaftskassen zu erhöhen, erklären wir, daß wir in der Frage der Verbesserung der Leistungen der Knappschaftskasse nicht zuständig sind.

Zu IV: Was schließlich Ihre Forderung anlangt, unsern Arbeitsnachweis in einen paritätischen Arbeitsnachweis umzuwandeln, so verweisen wir auch hier auf das anliegende, dem Verband christlicher Bergarbeiter gegebene Antwortschreiben.

Glückauf! Zechenverband. gez. Handbrod. Lüthgen. Junke. Die Geschäftsführung: gez. v. Loewenlein.

Der alte Bergarbeiterverband und die mit ihm zusammengehenden Organisationen hatten ihre dem Zechenverband eingereichten Forderungen auch der königlichen Bergwerksdirektion für das Ruhrgebiet in Recklinghausen vorgelegt; diese hat mit einem ablehnenden Bescheid geantwortet, der in der Hauptstelle lautet:

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind gemäß § 180 des Allgemeinen Vergesetzes für die selbständigen Schachtanlagen der Verwaltungsbezirke Arbeiterausschüsse bestellt. Diese haben u. a. die Aufgabe, die auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse der Bergwerke sich beziehenden Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, zu denen wir auch allgemeine Lohnfragen über diese Bergwerke rechnen, zur Kenntnis der Grubenverwaltung zu bringen. Falls daher in den von Ihnen angegebenen Richtungen Wünsche der Belegschaften der uns unterstellten Anlagen bestehen sollten, bleibt es Ihnen unbenommen, sie durch den Arbeiterausschuß den Werkdirektoren zu unterbreiten.

Was den die Erhöhung der Knappschaftsleistung betreffenden Teil dieser Eingabe anlangt, so müssen wir eine Verhandlung darüber auch mit unseren Arbeiterausschüssen ablehnen. Abgesehen davon, daß wir die Zuständigkeit der letzteren zur Behandlung der Knappschaftsfragen verneinen, sind wir zurzeit auch sachlich nicht in der Lage, zu der Frage der Erhöhung der Leistungen der Kranken- und Pensionskassen Stellung zu nehmen.

In der Sache haben mit diesen Antworten demnach die Organisationen der Bergleute eine glatte Ablehnung ihrer Wünsche und Forderungen erfahren. Aber bei der scharfen Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gerade im Ruhrrevier ist es doch schon von Bedeutung, daß nicht nur Rede und Gegenrede sich in höflichen Formen bewegt, sondern daß auch dieser Schriftwechsel von beiden Seiten mit Gründen geführt wird, die auf eine Prüfung der vorliegenden Situation eingehen. Und da sowohl die Eingaben wie die Antworten von den beiderseitigen Organisationen ausgehen, kann man mit Recht sagen, daß der Zechenverband mit den Arbeiterverbänden in Verhandlungen eingetreten ist. Denn eine schriftliche Auseinandersetzung hat doch grundsätzlich dieselbe Bedeutung wie eine mündliche.

Darin erblicken wir einen großen Fortschritt. Sicher wird auch die Zeit kommen, wo der Vorstand des Zechenverbandes und die Führer der Bergarbeiterorganisationen im Ruhrrevier gemeinsam um den runden Tisch sitzen und ihre Angelegenheiten in Ruhe und Frieden durchsprechen, wie das im Bergbau Englands Gewöhnung und Regel geworden ist. Es ist bemerkenswert, daß auch die „Köln. Ztg.“ die Wichtigkeit dieses Vorgangs betont: „Wie die Eingaben — sagt sie in Nr. 1322 — so sind auch die Antworten wohlthuend höflich gehalten. Das Wort, daß so oft böses Blut gemacht und die öffentliche Meinung gegen die Arbeitgeber und die Bergwerksbesitzer aufgepeitscht hat: „Mit den Arbeiterorganisationen verhandeln wir nicht!“, scheint, wenigstens in seiner Schroffheit, endgültig aus diesen Bergarbeiterkämpfen zu verschwinden. . . . Die vorliegenden höflichen Antworten des Zechenverbandes an die Organisationen kann man doch wohl ein Verhandeln nennen. Die eingehende Begründung der Antwort beweist dies klar.“ Und eine Zuschrift des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter an die „Köln. Volksztg.“ erkennt diese Wendung zum Besseren ebenfalls an: „In Form und Ton steht sie (die Antwort des Zechenverbandes) vortheilhaft ab gegen frühere Antworten auf Eingaben der Organisationen. Vor allem ist der früher stets in irgend einer Form wiederkehrende Satz, man könne in den Organisationen nicht die Vertreter der Bergarbeiter anerkennen, in dieser Antwort nicht enthalten. Die Antwort ist auf einen versöhnlicheren Ton gestimmt, als es früher der Fall war.“

Daß der Inhalt des ablehnenden Bescheids die Christlichen nicht befriedigt, ist selbstverständlich. Die erwähnte Zuschrift weist

zunächst darauf hin, daß in der Tat das Gesamteinkommen der Bergarbeiter im ersten Halbjahr 1910 noch hinter dem Einkommen des zweiten Halbjahrs 1909 zurückgeblieben sei. Ebenso wird mit Beispielen bekräftigt, daß etwa $\frac{2}{3}$ aller Bergleute arbeitstäglich einen Lohn von 5 M und darüber verdient hätten, da „arbeitstäglich keineswegs gleichbedeutend mit Schichtverdienst“ sei. Zugabe wird dann, daß „das durchschnittliche Einkommen im zweiten Vierteljahr 1910 gegen das erste Vierteljahr um 13 M höher ist, wovon aber nur 2,25 M auf Erhöhung des Lohnes und das übrige auf das Mehr an Schichten entfällt. Im dritten Vierteljahr ist das Einkommen um 24 M gestiegen, wovon aber nur 6 M auf die Schicht als Erhöhung angesehen werden können, was bei 79 verfahrenen Schichten 4,74 M ausmacht; der Rest ist auf das Mehr von Schichten zu buchen. Unberücksichtigt darf aber bei dem Steigen des Einkommens im dritten Vierteljahr 1910 nicht bleiben, daß seit dem zweiten Vierteljahr 1905 kein so niedriger Vierteljahrsverdienst gezahlt worden ist, als im ersten Vierteljahr 1910.“ Unbefriedigend sei auch die Stellungnahme des Zechenverbandes zu den Löhnen, die zum Teil weit unter dem amtlichen Durchschnitt bleiben. Keineswegs wolle die Eingabe des Gewerksvereins eine gleichmäßige Schablonisierung der Löhne: „Die Tatsachen liegen in der Praxis vielfach so, daß die Leistungsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der Arbeiter häufiger nach der geleisteten Tonnenzahl einer Kameradschaft gemessen wird, als nach den vorliegenden Schwierigkeiten des Betriebspunktes. Daher kommt es auch, daß solche Arbeiter, die am schwersten mit Gebirgs- und sonstigen Verhältnissen zu kämpfen haben, vielfach trotz tüchtiger Arbeitsleistung mit den niedrigsten Löhnen nach Hause gehen. Hier einen gerechten Ausgleich zu schaffen, war der Zweck der Ausführungen in unserer Eingabe.“

Zu dem Bescheid über den Arbeitsnachweis bemerkt die Zuschrift des Christlichen Gewerksvereins:

„Falls wirklich so wenig Beschwerden eingelaufen sind, so kann dieses doch kein Hindernis für die Erfüllung des Wunsches der Eingabe darstellen. Im Gegenteil kann es dem Zechenverbande doch nur angenehm sein, sich von Vertretern der Arbeiter seine Angaben bestätigen zu lassen, wodurch auch eine größere Beruhigung unter den Belegschaften eintreten dürfte. Wenn es u. a. da heißt: „Bei dieser Sachlage wird ein praktisches Bedürfnis für eine grundsätzliche Änderung der von uns getroffenen Arbeitsnachweiseinrichtung in keiner Weise anerkannt werden können“, so bemerken wir, daß der Gewerksverein trotz seiner gegenständlichen Stellung zu den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweisen in der Eingabe eine grundsätzliche Änderung nicht beantragt hat. Er wollte den Arbeitern die Möglichkeit geben, durch einige Vertreter etwaige Beschwerden gemeinsam mit den Arbeitgebern zu untersuchen. Diese Möglichkeit aber scheint in der Antwort weniger berührt, vielmehr offen gelassen zu sein.“

Gewiß ist es sehr erfreulich, daß der Zechenarbeitsnachweis unter Vermeidung von Anlässen zu Beschwerden gut geführt worden ist, und die Tatsache, daß bis jetzt die an seine Errichtung geknüpften Besorgnisse sich als nicht berechtigt erwiesen haben, ist mit großer Befriedigung festzustellen. Aber eine vollkommene Beruhigung der Bergarbeiter, deren moralischer Wert hoch einzuschätzen ist, verlangt als Unterlage eine dauernde und feste Gewähr auch für alle Möglichkeiten der Zukunft. Und diese erfordert zum mindesten die Heranziehung von Vertrauensmännern der Arbeiter in Form einer Kontroll- und Beschwerdekommission, wenn man nicht den Unternehmerarbeitsnachweis in eine paritätisch verwaltete Einrichtung umwandeln will. Auch im Ruhrrevier wird sich mit der Zeit diese Forderung durchsetzen.

Die Aussperrung in der Pforzheimer Edelmetallindustrie bedroht das gesamte Wirtschaftsleben nicht nur der Unternehmer und der 26 000 unfreiwillig feiernden Arbeitswilligen, unter denen eine größere Anzahl Unorganisierter allerdings von den Fabrikanten unterstützt wird, sondern der ganzen Stadt so stark, daß die badiische Regierung energisch einen Friedensschluß zu vermitteln sucht. Am 9. Dezember entsandte sie den großherzoglichen Landeskommissär Geh. Oberregierungsrat Rebe mit den Fabrikinspektoren Dr. Wittmann und Dr. Föhlich zu Bepfechungen mit den streitenden Parteien; aber die Arbeitgebervertreter erschienen nicht, sie erklärten nur dem Bezirksamt schriftlich, daß sie der Regierung selbstverständlich zu informativen Zwecken jederzeit zur Verfügung ständen. Inzwischen habe sich der Vorstand der Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, bereits vor geraumer Zeit über die in Betracht kommenden Verhältnisse ausgiebig informiert, und der Pforzheimer Oberbürgermeister habe außerdem diese Information am 3. Dezember in einem Immediatvortrag vor dem Minister ergänzt, so daß die Re-

gierung hinreichend informiert sein dürfte. In die von der Regierung angeregten Verhandlungen könne der Arbeitgeberverband nicht eintreten, ehe der Metallarbeiterverband nicht seine Forderungen zurückgezogen habe. Die Vertreter der freien Gewerkschaften, der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Arbeiterorganisationen haben sich dagegen bereit erklärt, an einer von unparteiischer Seite geleiteten Verhandlung teilzunehmen, in der die allgemeinen Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kettenindustrie zur Erörterung gelangen und die Organisationen Gelegenheit finden, ihre Vorschläge zu begründen. In einer zweistündigen Unterredung haben die Arbeiterführer den Regierungsvertretern die Sachlage denn auch geschildert und dabei keinen Zweifel an der Möglichkeit einer Verständigung gelassen. Schwere Ausschreitungen sind, wie die amtliche „Karlsruher Ztg.“ ausdrücklich feststellt, bisher nicht vorgekommen. Stadt und Land ringsum ist mit Gendarmereiposten, die von auswärts herangezogen wurden, scharf besetzt. Die organisierten Fabrikanten aber, die an der Aussperrung der Zehntausende von Arbeitswilligen allen Friedensbemühungen der Regierung zum Trotz festhalten, flagen über den mangelnden Schutz der unorganisierten Arbeitswilligen! Gleichzeitig drohen die „Vertraulichen Mitteilungen“ des Kreditorenvereins für die Edelmetallindustrie demjenigen Fabrikanten, der nach der Zustimmung zum Aussperrungsbeschluss etwa nun durch einen Sonderfrieden mit den Arbeitern seinen Kollegen in den Rücken fallen würde, mit der „moralischen Vernichtung und Ausschaltung aus dem Verkehr mit seriösen Firmen“. Gegen die Abtrünnigen in den Unternehmerrreihen also Kampf bis zur Vernichtung, für die Abtrünnigen aus den Arbeiterreihen aber Staatschutz durch Ausnahmegeetze!

Wirtschaftliche Kämpfe von Bühnengehörigen. Die männlichen Choristen der Wiener Hofoper sind seit 2 Jahren bestrebt, eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Es war ihnen auch bereits eine Gagenerhöhung in Aussicht gestellt, denn es hieß, daß sie mit ihren Forderungen noch warten müßten. Verärgert durch schlechte Behandlung im Bureau bei Vorbringung ihrer Wünsche griffen die Choristen schließlich zum Mittel des „passiven Widerstandes“, d. h. bei einer Lohengrin-Aufführung sang der Herrenchor nicht mit, sondern er markierte nur. Die Direktion verfügte daraufhin sofort die Entlassung wegen Vertragsbruchs und setzte einen Spielplan an von Werken ohne Herrenchor. Es gelang jedoch nach wenigen Tagen, zu einem Friedensschluß zu kommen. Die Entlassung wurde zurückgenommen und die Mitglieder des Chors gaben eine Erklärung ab, daß solche Vorkommnisse wie in der Lohengrin-Vorstellung nicht wieder geschehen sollten, doch baten sie, daß ihre Wünsche in absehbarer Zeit erfüllt werden. — In Hamburg waren die technischen Bühnenarbeiter des deutschen Schauspielhauses in den Streik getreten. Einige vom Verband der technischen Bühnenangestellten aufgestellten Forderungen in der Lohnfrage waren ohne Streik erfüllt worden, doch wollte die Direktion nicht die Festsetzung einer zehnstündigen Arbeitszeit bewilligen. Da sich aber genügend Arbeitswillige fanden und auch von den Organisierten nur ein Teil an der Arbeitsniederlegung festhielt, so mußte die Direktion auch ohne Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage den Streik aufheben. Der Grund ist die Nichtbewilligung der zehnstündigen Arbeitszeit, während einige andere Forderungen zur Lohnfrage bereits ohne Streik von der Direktion bewilligt waren. — An dem Stadttheater in Plauen herrschen sehr ungünstige Verhältnisse für die Chorsänger, so daß der Lokalverband Plauen des allgemeinen Chorsängerverbandes in der Fachzeitschrift eine Warnung an die Kollegen erläßt.

Der Streik der Hamburger Kaffeehauskellner ist beendet, der Boykott vorläufig auf eine Woche aufgehoben. Den Streikenden waren große Schwierigkeiten durch die Polizei gemacht worden, welche keine Flugblattverteilung zuließ. Der „Cafétierverschein“ lehnte Verhandlungen mit dem Vorstände des Vereins der Kaffeehauskellner ab, ebenso mit einem Ausschuß der Streikenden. Da wenigstens mit einer großen Anzahl von Kaffeehäusern in Einzelverhandlungen eine Einigung erzielt wurde, beschloß der Kellnerverein, vorläufig den Streik aufzuheben und den Boykott zu unterbrechen. Die Sperre über Hamburg wird aber zunächst aufrecht erhalten. — Gleichzeitig scheint ein Zwist im Berliner Kaffeehausgewerbe bevorzustehen, dessen Anlaß derselbe wie in Hamburg wäre. Der Verein der Berliner Kaffeehauskellner, welcher von 1200 vorhandenen Gehilfen mehr als 900 umfaßt, hat einen kostenlosen eigenen Arbeitsnachweis eingerichtet und damit die sehr teure gewerkschaftliche Stellenvermittlung unterbunden. Nun ist ein gelber Verein gegründet worden, der auch nach Hamburg Streikbrecher gesandt hat. Es sind Kräfte am Werke, die Mitglieder des Cafétierverbandes zur Entlassung der Mitglieder des Gehilfenverbandes und Einstellung der Gelben zu veranlassen und so auch den Arbeitsnachweis des Gehilfenvereins zu vernichten. Zu einer Entscheidung ist es indessen noch nicht gekommen.

Eine Lohnbewegung in der Knopfindustrie, deren Arbeiter zu den schlechtest entlohnerten gehören, hat im Laufe dieses Herbstes stattgefunden. Sie begann in der am Ruffhäuser heimischen Perlmutterindustrie und griff dann auf die Schmölner Steinmuß- und Hornknopfindustrie über; auch in Breslau setzte die Bewegung ein, gleichzeitig begann in Nord-

und Westböhmen sowie in Wien der Kampf. Die österreichische Bewegung, die für die reichsdeutschen Arbeiter deshalb sehr gelegen kam, weil bisher immer der böhmische Arbeiter die Löhne des deutschen gedrückt hatte, hatte sehr wesentliche Erfolge und brachte Erhöhungen der Affordilöhne um das Doppelte und Dreifache. Die hier vereinbarten Tarife gelten bis 1912. In der Perlmutterindustrie am Ruffhäuser, welche etwa 800 Personen, fast ausschließlich Affordarbeiter und. großenteils in Heimarbeit, beschäftigt, kam es Mitte September zur Arbeitseinstellung; die bisherigen Verdienste betrugen für erwachsene männliche Arbeiter höchstens 18 M wöchentlich, während Jugendliche oft nur auf 2 bis 4 M Wochenverdienst kamen. Die Anfangslöhne für Mädchen betrugen 4 M wöchentlich und stiegen vierteljährlich um 50 %. Die Forderungen der Perlmutterknopfarbeiter waren: Mindestlohn von 15 M wöchentlich für erwachsene Arbeiter, Anerkennung eines Affordarats, welcher die Löhne für etwa 1000 Knopfsorten enthält, Anfangslohn für Jugendliche 6 M und Verbot der Beschäftigung von Arbeitern unter 17 Jahren beim Löcherbohren. Die Perlmutterknopfarbeiter hatten bereits 1900 einen achtwöchigen erfolgreichen Anstreik- und 1902 einen ebenfalls erfolgreichen Abwehrstreik sowie kleinere Lohnbewegungen 1906 und 1909 zur Erhaltung der bisherigen Löhne nötig gehabt. Diesmal erbot sich der Oberbürgermeister von Frankenhäusen zur Vermittlung, wurde aber von den Unternehmern zurückgewiesen. Die Steinmuß- und Hornknopfindustrie in Altenburg, welche etwa 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, wies bisher Wochenverdienste von etwa 18 M für die männlichen und knapp 10 M für die weiblichen Arbeiter auf; davon mußten die Arbeiter noch Licht und Kleinwerkzeug kaufen. Auch hier wurde durchweg im Affordlohn gearbeitet und zwar mit „Überlebung“ (das Gros betrug statt 144: 160—180 Stück). Diese Arbeiter haben 1894 einen Streik verloren. Diesmal hatten sie mehr Erfolg. Ihre Forderungen waren: Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich, Erhöhung der Löhne um 15—20 %, Aufschlag für Überstunden, Abschaffung des Lichtgeldes; erreicht haben sie dank ihrer guten Organisation im Holzarbeiterverband eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 7 1/2 %, Bezahlung des Lichts für die Lichtarbeiter durch die Fabrikanten und einige weniger wichtige Zugeständnisse. Der Erfolg der Knopfarbeiter zeigt, daß auch die Heimarbeit von der Organisation einiges zu erwarten hat.

Arbeiterschutz.

Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik zur Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt. Seit dem Jahre 1902 beschäftigen die Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse der Binnenschiffer den Beirat für Arbeiterstatistik: endlich ist man nach acht vollen Jahren damit zu einem Abschluß gekommen — auch ein Beweis gegen die unausrottbare Behauptung, unsere Sozialpolitik rafe in einem Automobilt tempo dahin. In dieser langen Zeit haben auf dem Rhein Arbeitgeber und Arbeiter die Angelegenheit in die eigenen Hände genommen und sich in einem Tarifvertrage geeinigt, der den Mannschaften auf den Güterschiffen eine 8stündige Ruhezeit sichert; auch im Fahr- und Ewerbetrieb in Hamburg sowie für den Fahrbetrieb in Ludwigshafen ist eine gewisse Regelung der Arbeitszeit erreicht worden. Immerhin bleibt noch ein großes Gebiet mit schweren Mängeln: überlanger Arbeitszeit, fehlender Nachtruhe, Gesundheitsgefährdung, Sonntagsarbeit, das einen Schutz der Binnenschiffer fordert. Ein im Juni 1910 erstattetes Gutachten des Reichsgesundheitsamts erklärt, daß durch die langandauernde Arbeitszeit, besonders bei den Heizern, sehr hohe Krankheitsziffern zu verzeichnen sind. Eine Gefährdung der Gesundheit scheint dann vorhanden, wenn die regelmäßige tägliche Arbeitszeit so lange währt, daß die ununterbrochene Ruhezeit für die Mannschaft auf den Fahren, die nur nach Bedarf fahren, weniger als 8 Stunden, auf den Fahren in ununterbrochener Fahrt weniger als 10 Stunden, denjenigen Personendampfschiffen, welche lediglich dem Reise- und Ausflugsverkehr dienen, weniger als 7 Stunden, auf denjenigen Dampfern, welche der Lokalschiffahrt dienen, weniger als 8 Stunden, auf den eigentlichen Güterdampfschiffen, den Segelschiffen und Schleppfähnen an den Lösch- und Ladebetagen weniger als 10 Stunden, auf denselben Güterdampfschiffen in der übrigen Zeit weniger als 8 Stunden, auf den Segelschiffen und Schleppfähnen in der übrigen Zeit weniger als 6 Stunden beträgt. Dieses Gutachten des Reichsgesundheitsamts schloß die gesamten, wie gesagt, 8 Jahre währenden Vorarbeiten ab, und auf Grund dieses Materials tat sich der Beirat für Arbeiterstatistik am 30. November wieder einmal — nach mehr als Jahresfrist! — zu einer Sitzung zusammen. Unter Ablehnung weitergehender Anträge des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt stimmte der Beirat den Vorschlägen seines Berichterstatters (Veh. Oberregierungsrats Reumann zu. Danach wird empfohlen:

Für eigentliche Güterdampfschiffe allgemein eine tägliche ununterbrochene Mindestruhe von acht Stunden und neben der Freigabe je eines der beiden Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten die Gewährung von drei freien Sonntagen in jedem Vierteljahr für die Besatzung. Ausnahmen sind für gewisse Fälle vorgesehen. Für die Schlepp- und Rettendampf- (motor-)schiffe auf der Elbe, Oder und Warthe wird eine ununterbrochene Mindestruhe von sechs Stunden innerhalb je 24 Stunden als Regel vorgeschlagen und daneben die gleichen Bestimmungen bezüglich der Sonn- und Feiertage wie für die Güterdampfer. Für Segelschiffe und Schleppkähne, mit Ausnahme der Erwer in Hamburg, wird unter Zulassung verschiedener Ausnahmen eine ununterbrochene tägliche Mindestruhe von zehn Stunden in Anregung gebracht. Die Regelung der täglichen Mindestruhezeit bei den Fährern und bei den Personendampf- (motor-)schiffen soll nach den Vorschlägen des Beirats im Verwaltungswesen durch die örtlichen Behörden ermöglicht werden, wobei für Fährern eine achtsündige Mindestruhezeit und bei Personendampfschiffen, soweit sie lediglich dem sommerlichen Ausflugs- und Reiseverkehr dienen, eine siebenstündige und, soweit sie der Lokalschiffahrt dienen, eine achtsündige tägliche Mindestruhezeit in Aussicht genommen werden. Als Ersatz für Sonntagsruhe wird die Freigabe von Wochentagen empfohlen.

Der Beirat für Arbeiterstatistik hat nun endlich diese Aufgabe beendet. Sein Arbeitspensum war ohnedies in den letzten Jahren sehr knapp bemessen, und seine Sitzungen fanden demgemäß äußerst selten statt. Die mit so großen Hoffnungen begrüßte und früher, bis 1907, in lebhafter Tätigkeit begriffene Institution, in der manche schon den Keim für ein Reichsarbeitsamt erblickten wollten, ist in den letzten Jahren fast in den Ruhestand versetzt worden. Noch 1908 war der Beirat dreimal verammelt, 1909 wurde er nur einmal einberufen (9. Juli, und diese Sitzung dauerte laut Protokoll Nr. 23 nur 40 Minuten!), und in diesem Jahre hat er ebenfalls nur einmal, eben am 30. November, getagt. Das wird vielleicht auf lange hinaus sein letztes Lebenszeichen gewesen sein.

Zur Verhütung von Förderungsflächen hat der Verband der Fördermaschinisten an die fünf Oberbergämter Preußens eine Eingabe gerichtet, in der er um Abänderung des § 72 der Bergpolizeiverordnung vom 28. März bittet. Nämlich:

1. Es dürfen nur solche Maschinenvärter bei der Seilfahrt tätig sein, welche a) das 25. Lebensjahr vollendet haben, b) mindestens ein Jahr lang Produktion gefördert haben, c) auf ihre Befähigung zur Bornahme der Seilfahrt von einem Maschinentechniker an der Maschine geprüft und d) für die gewissenhafte Befolgung der sie betreffenden Vorschriften dieser Polizeiverordnung durch schriftliche, in das Seilfahrtsbuch einzutragende Verhandlung von dem Revierbeamten verantwortlich gemacht sind. 2. Während der Zeit der Seilfahrt müssen stets zwei für letztere verpflichtete Fördermaschinisten im Maschinenraum anwesend sein; anderen Personen, mit Ausnahme der Maschinensteiger, darf während dieser Zeit der Aufenthalt im Maschinenraum nicht gestattet sein. 3. Die mit der Seilfahrt betrauten Maschinenvärter dürfen in der Regel nicht länger als 9 Stunden täglich beschäftigt werden. Die Ruhezeit derselben zwischen zwei Schichten muß mindestens 8 Stunden betragen.

Der Eingabe ist eine ausführliche Begründung beigegeben, in der hervorgehoben wird, daß in letzter Zeit die Unglücke bei der Seilfahrt sich in den verschiedenen Bergrevieren stark gemehrt hätten, die zum Teil auf die mangelhafte Ausbildung der Fördermaschinisten zurückzuführen seien.

Eine Erweiterung der weiblichen Gewerbeaufsicht in Dänemark hat das Ministerium des Innern vorgenommen, indem es außer der bereits vorhandenen Fabrikinspektorin eine geprüfte Polytechnikerin zur Überwachung der Arbeit in den Bäckereien und Konditoreien bestellte.

Schutz der Hüttenarbeiter in Rußland. Eine Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe schreibt die Einrichtung von heizbaren Bade- und Umkleide- sowie Erhöhen in den staubfreien Teilen der Hüttenwerke vor. Wasser, Seife, Tücher, sowie Arbeitskleidung für Kopf, Leib und Füße, die an Stelle des mitgebrachten eigenen Anzuges im Betriebe zu tragen ist, müssen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Die Benutzung der Bäder ist den Arbeitern zweimal in der Woche, auf Anordnung des Arztes auch während der Arbeitszeit, zu gestatten.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Beratungen wurden am 9. Dezember bei § 177 (II. Buch, Krankenversicherung) fortgesetzt. Der Beschluß der ersten Lesung, nach dem die Versicherungsgrenze von 2000 auf 2500 M. hinausgehoben worden war, wurde wieder rückgängig gemacht unter Wiederherstellung der 2000 M.-Grenze. Dafür erklärte die Kommissionsmehrheit ihr Einverständnis damit, daß in § 566, Unfallversicherung

der Angestellten, Techniker usw., die Grenze von 3000 M. auf 5000 M. erhöht werde, da es sich hier um dauernde Erwerbsbeeinträchtigung, bei der Krankenversicherung aber nur um vorübergehende und wirtschaftlich leichter zu ertragende Schäden handle. — Der Beschluß, die 2000 M.-Grenze wiederherzustellen, ist tief bedauerlich, da er eine erhebliche Verschlechterung der gesamten Krankenversicherung gegenüber dem Beschlusse der ersten Lesung darstellt und einen der wenigen von der Kommission bisher geschaffenen sozialpolitischen Fortschritte wieder rückgängig macht. Dieser Beschluß scheint auch daraufhinzuweisen, daß sozialpolitische Erwägungen bei den Beratungen der Reichsversicherungskommission immer mehr in den Hintergrund treten und rein taktische Erwägungen ausschlaggebend geworden sind, was um so bedauerlicher ist, als nach der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung an erneute Verbesserungen voraussichtlich nicht so leicht zu denken sein wird.

Die Anmeldung des Entschädigungsanspruchs in Unfallversicherungsfällen hat, abgesehen von den Fällen, in denen die Entschädigung von Amts wegen festgestellt ist, bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Eintritte des Unfalls bei derjenigen Berufsgenossenschaft zu erfolgen, welcher die Entschädigungspflicht obliegt. Mit dieser „Anmeldung“ ist die vom Gesetz vorgeschriebene „Anzeige“ des Unfalls nicht identisch. Die Anzeige wahrt den Anspruch auch dann nicht, wenn sie von dem Verletzten selbst — sei es als Unternehmer oder als Vertreter des Unternehmers — erstattet ist. Da jedoch für die Anmeldung eine besondere Form nicht vorgeschrieben ist, kann sie auch durch Einreichung der Unfallanzeige erfolgen, wenn nur der Wille, den Entschädigungsanspruch geltend zu machen, genügend erkennbar ist. (Ref. G. 2220, R. R. 1908, S. 437.) In einem solchen Falle — es handelte sich um die Anzeige eines landwirtschaftlichen Unternehmers betr. den Unfall seiner Ehefrau — hat das Reichsversicherungsamt durch Urteil vom 27. April 1910 wie folgt entschieden:

In der von dem Ghemann der Klägerin erstatteten, am 31. Dezember 1908, also vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfälle bei der Sektion 18 der beklagten Berufsgenossenschaft eingegangenen Unfallanzeige wird in Spalte 9 gesagt: „Die Unfallanzeige erfolgt deshalb so spät, weil ich glaube, es würde kein dauernder Schaden bleiben, und wollte ich der Behörde nicht unnütze Arbeit machen. Bitte deshalb, mich nicht zu bestrafen.“ Es kann hiernach nicht angenommen werden, daß die Unfallanzeige nur erstattet worden ist, um der dem Unternehmer obliegenden, in 3 Tagen zu erfüllenden Anmeldepflicht zu genügen; denn er setzte sich, wie er ausdrücklich des Vermerks sehr wohl wußte, der Gefahr einer Erbnungsstrafe aus, vielmehr läßt die Fassung des Vermerks erkennen, daß er nun, nachdem sich nach seiner Auffassung ein dauernder Schaden als Folge des Unfalls ergeben habe, den Anspruch auf Gewährung einer Unfallentschädigung an seine Ehefrau geltend machen wollte. Der Ghemann handelt aber in vermutterter Vollmacht seiner Ehefrau. Hiernach liegt eine rechtzeitige Anspruchsanmeldung vor.“

Das Gutachten „Zur Neuordnung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung“ von Dr. Girsch und Ing. Ganesch-Nachen, das sie unter besonderer Berücksichtigung der Privatbeamteninteressen im Frühjahr 1910 an den Privatbeamtenauschuß der „Gesellschaft für Soziale Reform“ erstattet hatten, ist als Sonderabdruck aus dem „Zentralblatt der Reichsversicherung“ (Nr. 18/20 1910 September 11/Oktober 11) erschienen. Da die zweite Lesung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung inzwischen bereits beendet ist, so ist leider nicht viel Hoffnung mehr vorhanden, daß die in diesem Gutachten ausgesprochenen Wünsche Berücksichtigung finden.

Wohlfahrtsanstaltungen.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Unter Vorsitz des Staatsministers v. Möller fand am 7. Dezember in Berlin die Beirats-sitzung der Zentralstelle statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten berichtete der Abteilungsvorsteher der Zentralstelle, Marinepfarrer a. D. Weider, ausführlich über den augenblicklichen Stand der Jugendpflegebewegung in Deutschland und insbesondere über die bisherige Tätigkeit der Zentralstelle auf diesem Gebiete, die in erster Linie darauf gerichtet ist, die mannigfachen Bestrebungen, die auf dasselbe Ziel hinarbeiten, einander näher zu bringen. Die ausgiebige Diskussion, die sich an den Vortrag anschloß, brachte den allgemeinen Wunsch zum Ausdruck, daß die Zentralstelle auf dem mit Erfolg eingeschlagenen Wege weiter fort-schreiten möge. Im weiteren Verlaufe der Tagung wurde über das bereits auf der letzten Konferenz der Zentralstelle in Braunschweig im Juni d. J. behandelte und inzwischen durch eine Kommission weiter bearbeitete Thema der Bekämpfung der Schuld-

literatur verhandelt. Das Ergebnis war die Annahme von Zeitschriften, die demnächst in einer Zeitschrift, mit Erläuterungen versehen, veröffentlicht und zu einer weitgreifenden Agitation in allen beteiligten Kreisen verwandt werden sollen.

Eine Zentralfstelle für ländliche Wohlfahrtspflege in Elsaß-Lothringen ist in Straßburg gegründet worden. Wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt, war die Anregung hierzu von dem reichsländischen Revisionsverband ländlicher Genossenschaften ausgegangen. Die Teilnahme an der Gründungsversammlung war aus allen Teilen des Landes eine recht große. Die Zentralfstelle will vor allem das Verständnis für ländliche Wohlfahrtspflege, Heimatschutz und Heimatskunde wecken, sie will anregend und auflärend wirken, die bestehenden Spezialvereine unterstützen und wo nötig fördern, noch nicht von anderen Vereinen behandelte Aufgaben aber selbst in die Hand nehmen. Als Hauptaufgabe gelten die Hebung des bäuerlichen Standes, durch Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, des hauswirtschaftlichen, des materiellen Lebens, wie durch Pflege des Geisteslebens in allen Formen. Der gewählte leitende Ausschuss steht unter dem Vorsitz von Ministerialrat Lichtenberg.

Herbergen zur Heimat gab es im Jahre 1909 in Deutschland 449. Es waren hiervon 8 im Laufe des Jahres begründet worden. Mit diesen Herbergen waren 217 Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) verbunden. 317 Herbergen hielten Einlogierer oder Kofsgänger. Sparkasten-Geschäftsstellen befanden sich in 296 Herbergen. Die Gesamtzahl der Beherbergten belief sich auf 2 726 850 mit 4 727 297 Übernachtungen. Wegen des Vorjahres sind das 104 850 Personen mit 180 269 Übernachtungen mehr, also fand eine Steigerung von 4 % statt. Von den Beherbergten waren 1 989 504 Selbstzahler mit 3 318 128 Übernachtungen, 704 975 Stationsgäste mit 708 002 Übernachtungen, das sind zusammen 2 694 579 Durchreisende mit 4 021 125 Übernachtungen. Es kamen hierzu 32 271 Kofsgänger mit 706 172 Übernachtungen. Von den Beherbergten wurden durch Vermittlung der Herbergsräter 188 899 in Arbeit gebracht. Die Verteilung der 449 Herbergen auf die einzelnen Landesteile war die folgende: Ostpreußen 2, Westpreußen 7, Posen 7, Schlesien 51, Brandenburg 42, Pommern 19, Mecklenburg 25, Nordelbien 31, Niedersachsen 41, Prov. Sachsen und Anhalt 48, Königreich Sachsen 56, Thüringen 18, Hessen und Hessen-Nassau 19, Westfalen 26, Rheinland 30, Südwest-Deutschland 22 und Bayern 15.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Entwicklung eines modernen Industrieortes und die Lehren, die sich daraus für die industrielle Ansiedlungspolitik ergeben. Von Dr. Hans Kampffmeyer. (Heidelberger Volkswirtschaftliche Abhandlungen, I. Band, 4. Heft.) Karlsruhe 1910. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag. Preis im Abonnement 1,80 M., im Einzelverkauf 2,40 M.

Der Verfasser gibt die Entstehungsgeschichte von Bad.-Rheinfelden, einer Industrieansiedlung von über 3000 Einwohnern, die im Anschluß an die Errichtung der großen Kraftübertragungswerke innerhalb weniger Jahre entstanden ist. Wie in den meisten Fällen, haben auch hier die Vertreter öffentlicher Interessen, also die staatlichen und städtischen Behörden, die wichtigsten für die Besiedlung erforderlichen Vorarbeiten dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Das Fehlen einer planvollen Ansiedlungspolitik hat sehr ungünstige Folgen für die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Ortes und insonderheit für die Boden- und Wohnungsverhältnisse gezeitigt. Im zweiten Teile der Schrift werden die Konsequenzen aus den in Bad.-Rheinfelden gemachten Erfahrungen gezogen und Vorschläge für die industrielle Ansiedlungspolitik gemacht. Insonderheit wird eingegangen: auf die Ausgestaltung und sinngemäße Anwendung der Enteignungsgesetze, auf die Schaffung einer staatlichen Ansiedlungskommission und die Gründung gemeinnütziger Ansiedlungsgesellschaften, besonders auch auf die Umwandlung der jetzt rein agrarischen Domänenverwaltungen in Verwaltungen, die bei der Bewertung staatlichen Grundbesitzes die mannigfachen bodenpolitischen Aufgaben berücksichtigen, die die zunehmende Industrialisierung mit sich bringt.

Schauspieler und Direktoren. Sozialwirtschaftliches aus deutschen Theatern. Von Gustav Adelt. Verlag P. Langenscheidt, Berlin. Richterfelde 1910. 144 S.

Der Verfasser gehört zu den energischsten Vorämpfern der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen und zu denjenigen, die am stärksten den gewerkschaftlichen Zug in der gegenwärtigen Bewegung des Schauspielersstandes betonen. Die vorliegende Schrift ist in diesem Sinne geschrieben, aber doch in einer durchaus sachlichen Form. Nur da, wo dem Verfasser aus seiner Tätigkeit für den Rechtsschutz der Schauspieler gar zu arge Übergriffe von Direktoren bekannt geworden

sind, werden auch Namen genannt, andererseits aber auch die Verdienste einzelner Theaterleiter um die Entwicklung des Bühnenwesens bereitwillig anerkannt. Das Buch will Klarheit verbreiten über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bühnenwesen und zugleich kämpfen gegen das System der Rechtlosigkeit, unter dem die Schauspieler infolge der heute vielfach geltenden Engagements-Verträge oft stehen. Aber trotz dieses ausgesprochenen Kampfscharakters der Schrift merkt man stets die Bereitwilligkeit heraus, auch mit dem Bühnenverein, als der Arbeitgeber-Organisation im Bühnenwesen, wieder gemeinsam zu handeln, falls dieser zu wirklichen Reformmaßnahmen die Hand bieten will.

D. Allmann: Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung. Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der Bäcker und Konditoren. Hamburg 1910. Kommissionsverlag Buchhandlung Bornwärdt, Berlin. 2 Bände. 895 und 512 S. 6 M.

Zum 25jährigen Jubiläum des Verbandes hat der Vorsitzende eine Geschichte nicht nur der Bäckerbewegung, sondern auch des Bäcker-gewerbes geschrieben. Der 1. Band behandelt fast ausschließlich die Entwicklung des Bäcker-gewerbes und der ihm verwandten Berufe. Im 2. Bande werden eingehend die Verhältnisse in den Bruderschaften geschildert, die ersten Lohnbewegungen und ersten Regungen, Organisationen zu schaffen; auf rund 300 Seiten wird dann die Geschichte des Verbandes erzählt. Der Bäckerverband arbeitet unter besonders ungünstigen Verhältnissen. Kost und Logiswesen, Abwanderung aus dem Beruf u. a. erschweren die Gewinnung der Mitglieder und verhindern die Bildung eines festen Stammes. In neuerer Zeit haben sich die Verhältnisse allerdings etwas gebessert. Wie trotz dieser Erschwerung der Entwicklung ein lebensfähiger Verband geschaffen werden konnte, ist besonders interessant und sichert dem Werke eingehendere Beachtung.

Der Acht-Uhr-Ladenschluß in wirtschaftlicher und sozialer Beleuchtung. Von Oskar Klopfer. Schriften des Vereins für Handlungs-Commis von 1858, Sitz Hamburg. 1910. Preis 0,30 M.

Die kleine Flug-schrift legt die gesetzliche Lage dar, setzt die Vorteile des früheren Ladenschlusses auseinander und betont, wie auch die selbständigen Kaufleute mehr und mehr aus Gegnern des Acht-Uhr-Ladenschlusses zu Freunden desselben werden.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Schriften des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. 1910.

Die kürzlich erschienene Schrift ist ein Nachtrag zu der vor 3 Jahren veröffentlichten Broschüre des Verbandes über das gleiche Thema. Die damalige Schrift behandelte die Frage von allgemeinen Gesichtspunkten aus und brachte dann in einer Tabelle eine Zusammenstellung darüber, wie die Frage der Sonntagsruhe durch die verschiedenen Ortsstatute in den deutschen Gemeinden geregelt war. Die neue Schrift führt diese Tabelle weiter bis zum Stande vom Juli 1910. Aus den Tabellen ergibt sich, daß die Verkürzung der Arbeitszeit am Sonntag unter das gesetzlich zulässige Höchstmaß von 5 Stunden Fortschritte gemacht hat.

Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich. Eiliput-Ausgabe. Bd. 1. Berlin 1910. Liebmann. 599 S. 1 M.

Von dieser Bestenfallsausgabe wird nun das 57. bis 74. Tausend vertrieben. Das spricht wohl für die praktische Brauchbarkeit des netten Büchelchens. Die neueste (sechste) Auflage berücksichtigt die Abänderung des § 72 (Bescheinigung der Mitgliederzahl bei Vereinen) und des § 888 (Tierhalterhaftung).

Das Familienheim zu Guse. Eine Studie zur Tilgung der Armut. Von Jeanne Richert. Groß-Richterfelde 1910. Verlag der Arbeiter-Versorgung. A. Trotschel. Preis 1,50 M. 61 S.

Das Reichsgesetz über die Wertzuwachssteuer. Von Dr. Eugen Jäger, Dr. h. N. u. d. N. S. Schriften des Bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens (W. V.). Heft 1. München 1910. Ernst Reinhardt. 41 S. Preis 0,50 M.

Die Reichswertzuwachssteuer. Besprechung der Kommissionsbeschlüsse zweiter Lesung. Von Justizrat Hermann Kaufen. Köln 1910. Paul Neubauer. 155 S.

Quellenmaterial zur Alkoholfrage. Beiträge aus dem Reichs-Arbeitsblatt. Herausgegeben vom Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin. Berlin 1910. Mächtigkeitsverlag. Preis 1 M. 131 S.

Der Zug der Landmädchen nach der Großstadt. Vortrag von Prof. Heinrich Sohnrey. Aus den Verhandlungen der Bierzeihen Hauptversammlung des „Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege“. Berlin 1910. Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H. 71 S. Preis 1 M.

L'Unité Coopérative. Von Eugène Fournière. Les Documents du Socialisme. Paris 1910. Marcel Rivière et Cie. 81 S. 0,75 fr.

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden. Von Arthur Dig. Abdruck aus den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. Gustav Fischer. Jena. Nicht einzeln im Buchhandel käuflich.

Sammlung von Ortsgesetzen. Herausgegeben vom Magistrat zu Dessau.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Sorben neu erschienen und durch jede Sortimentsbuchhandlung zu beziehen:

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 30. Jahresversammlung

des
deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit

am 15. und 16. September 1910 in Königsberg i. Pr.

(Schriften des Vereins für Armenpflege. 94. Heft.)

Preis 3 Mark.

Inhalt: Erste Sitzung: Einleitende Verhandlungen. — Geschäftliche Mitteilungen. — Englisches Armenwesen. Berichterstatter: Stadtrat Dr. Münsterberg-Berlin. — Die Erstattung von Unterstützungen durch die Unterstützten und durch ihre Angehörigen. Berichterstatter: Stadtrat Rosenstock-Königsberg. — Debatte. — Zweite Sitzung: Einleitende Verhandlungen. — Die Organisation der Jugendfürsorge. Berichterstatter: Bürgermeister Dr. A. Schmidt-Mainz. Mitberichterstatterin: Fräulein Dr. Duenfing-Berlin.

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft

in der

Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik
und Maschinenindustrie.

Mit Beiträgen

von

Dr.-Ing. von Bieńkowski, Dr. H. Hünke, Dr. G. Heiß,
Dr. J. Deutsch und Dr. Dora Landé.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 134. Band.)

Preis: 11 Mark 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: 1. Untersuchungen über Arbeitsdehnung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Fabrik. Von Dr.-Ing. Dipl.-Ing. von Bieńkowski. Mit 12 Diagrammen im Text. Anhang: Statistische Angaben über den Arbeitsstand in seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und den Arbeitsbedingungen. 2. Auslese und Anpassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe mit besonderer Rücksichtnahme auf die Segma-Maschine. Von Dr. Hans Hünke. Einleitung: A. Kurze Übersicht über die technische Entwicklung der Segma-Maschine. B. Vorbereitung der Segma-Maschine. C. Einwirkung der Maschine auf die Produktionsverhältnisse: Aufhebung der Handarbeit. — Die Einwirkung auf die Betriebsverhältnisse. — Abfahrgeschwindigkeit. — Die Wirkung der Maschine auf die Nebenindustrie. D. Segma-Maschine und Tarif. E. Die Lage der Maschinenleger. Die Maschinenleger und ihre Arbeit. — Die Betätigung des Arbeiters im Betriebe. — Die Lebenshaltung der Arbeiter an der Maschine. — Die sanitären Verhältnisse. — Schluss. 3. Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik. Von Dr. G. Heiß. Einleitung. Die sozialen Wirkungen der modernen Fabrikorganisation. — Anstrengung durch die Arbeit. — Die Arbeitszeit und Ermüdung. — Herkunft und Abstammung. — Schulverhältnisse und Herkunft. — Berufswahl. — Die Lehre. — Die Lehre nach der Fragebogenhebung. — Militärverhältnisse. — Familienverhältnisse. — Wohnungsverhältnisse. — Erholung und geistiges Leben. — Was und warum ich Sonntags arbeite. — Lebensziel. 4. Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Die Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. 5. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Dr. Dora Landé. Einleitung. — Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie. — Die Wohnverhältnisse. — Alterszusammensetzung der Arbeiterschaft. — Arbeitszeit. — Gewerkschaftliche Mitarbeit der Ehefrauen. — Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. Schlusswort. — Tabellen.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage der Deutschen Vereinigung verfaßt

von

Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort

des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung

Graf zu Hornbroch-Haag.

Preis 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellenangabe. — I. Geschichtliches über Deutschum und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protestantisierung. — VI. Schule und Deutschum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — IX. Schlusswort.

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabbacher Spinnerei
und Weberei“ A.-G. zu Münden-Glabbad im Rheinland.

Von Dr. phil. Marie Bernays.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.)

Preis: 9 Mark 60 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. 1. Teil: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschicksal. — Werkstattgemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Teil: Zur Psychophysik der Textilarbeit. — Einfluß der Rindheitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluß von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Leopold von Ranke als Politiker.

Historisch-psychologische Studie

über das Verhältnis des reinen Historikers zur praktischen Politik.

Von

Otto Dietrich.

Preis: 15 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitung: Die Nation der autonomen Denker und Dichter. — Erstes Kapitel: Die Genese des autonomen Historikers. — Zweites Kapitel: Der Entdecker der politischen Kunst. — Drittes Kapitel: Die deutschen politischen Gezeiten des neuen Jahrhunderts. — Viertes Kapitel: Der Historiker auf dem Wege zu seinen Mägen. — Fünftes Kapitel: Ranke als Publizist. — Sechstes Kapitel: Die halsköpfige Epoche. — Siebentes Kapitel: Der Historiker und seine Mägen. — Achtes Kapitel: Der Historiker und das neue Reich.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich.

Herausgegeben von

Gustav Schmoller.

XXXIV. Jahrgang. 4. Heft. Preis 13 Mark.

Inhalt: I. Aufsätze. Die ständischen Elemente in der ungarischen Politik. Von Max Gahr. — Tunesien, seine heutige Verfassung und Verwaltung. Von Bernhard Rathgen-Strasbourg i. G. — Montesquieu als Staatsmann. (Nach einer bisher unbekannten Denkschrift an den Herzog von Orleans.) Von Fritz Karl Mann. — Sinn und Wert des Marxismus. II. Von Georg Jäger. — Der Streit um die Steuerhinterziehungen in Preußen. Von Friedrich Wehrhauer. — Vermischte. I. Von Paul Dehn. — Der Organisationsvertrag im deutschen Buchdruckgewerbe. Von Hans Hünke. — Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1909. Von Walter Rothkegel. — Die wirtschaftliche Bedeutung des modernen Pflanzenbaues. Von B. Wygodzinski. — Das bäuerliche Erbrecht des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches. Von Hans L. Rudloff. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Metallverarbeitung. II. Von Hermann Schumacher. — Zum Problem gesetzlicher Aufnahme der Paragaphen in Österreich-Ungarn. I. Ein Schlusswort gegenüber Walter Federn. Von Ludwig v. Wises. II. Gesetzliche Paragaphung und Striegssall. Von Otto Neurath.

Die deutschen gewerblich. und kaufmännischen Fort- bildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten
:: Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

(Staats- u. sozialwissenschaftl. Forsch. Heft 151.)

Preis 5 Mark.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Deutscher Heimarbeiterkongress . . . 353
Bauberatungsstellen. Eine Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Von Dr. Altenrath, Berlin 354
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterkampf 358
Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform.
- Gesellschaft für Soziale Reform. Die Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform. Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts.
- Soziale Zustände 359
Anzeige und Anpassung der Arbeitererschaft in der Großindustrie. I. „Schwarze Listen“ in der preussischen Bauverwaltung.
Die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen beiderlei Geschlechts und erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909.
- Rechtspflege 364
Die Jugendlichen in der Strafprozessordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission.
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . . 365
Verbandskalender für 1911.
Der „Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände“.
- Streiks und Aussperrungen . . 367
Von der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier.
Die Aussperrung in Pforzheim.
Lohnbewegung der Steinarbeiter.
Frieden in der britischen Schiffbauindustrie.
- Arbeiterkampf 370
Eingabe betreffend Bleifarben.
- Der Kinderschutz in der Glasindustrie. Kellnerinnenkutsch durch Gemeindeverordnung in Worms.
Arbeitszeitverkürzung in der Gemischtindustrie in Ludwigshafen.
Die Nachtarbeit der Frauen in Belgien.
Das Verbot der Nachtarbeit in den Bädereien in Frankreich.
- Gemeinnützige Rechtsauskunft . 372
Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen.
Berichtigung.
Der erste Jahrgang der „Gemeinnützigen Rechtsauskunft“.
Die Gründung von Rechtschutzstellen für Frauen unter katholischer Leitung.
- Arbeiterversicherung. Sparkasten. 372
Die Zeitschrift der deutschen Gewerkschaften über das Versicherungsamt.
Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
Arztbesuch in Halle.
- Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 375
Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosenfürsorge.
Die Arbeitslosenfürsorge in Mainz im Winter 1909/10.
- Vollverzehung 377
Die Organisation der Jugendfürsorge.
Studentische Arbeiterunterrichtsstufe in Kiel.
Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.
Die Schulpflicht in Groß-Berlin.
Überweisung von Rentnern an Schulen.
- Volksgeundheit 380
Internationale Hygieneausstellung in Dresden.
- Literarische Mitteilungen . . . 382

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Deutscher Heimarbeiterkongress.

Das Hausarbeitsgesetz steht vor der Entscheidung. Der Bericht der Reichstagskommission liegt vor. Die zweite Lesung im Reichstag wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen stattfinden. Was in ihr beschlossen wird, wird voraussichtlich in der dritten Beratung bestätigt werden. Dann hat der Bundesrat das letzte Wort. Ist das Gesetz aber zustande gekommen, so ist sicher damit die Regelung der Hausindustrie auf lange Zeit hinaus abgeschlossen.

Es gilt daher, in letzter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Heimarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Der Heimarbeiterkongress von 1904 und die deutsche Heimarbeitsausstellung von 1906 haben den Anstoß zu dem Hausarbeitsgesetz gegeben, das Ende 1907 dem Reichstag vorgelegt worden ist und somit volle drei Jahre bis zur Entscheidung gebraucht hat. Die Regelung der Hausarbeit nach den Beschlüssen der Reichstagskommission erscheint in wichtigen Punkten unzulänglich; daher sind wir der Überzeugung, daß im Rahmen dieses Gesetzes noch manche Verbesserungen Platz greifen müssen, soll wirksam den schweren Notständen der Heimarbeiter gesteuert werden. Um solche Verbesserungen vorzuschlagen und an Reichstag und Bundesrat zu bringen, laden wir Vertreter der Heimarbeiter aller Berufswege und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen, die bisher schon zu gemeinsamer Arbeit wiederholt vereint waren, zu einer Kundgebung ein. Mit Vermeidung aller politischen Tendenzen, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen, ist der Zweck dieser Kundgebung einzig und allein, die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter noch einmal zusammenzufassen und öffentlich auszusprechen.

Der Heimarbeiterkongress wird stattfinden am 12. Januar 1911, von 9 Uhr vormittags an, in den Räumen von

Kellers Neue Philharmonie, Berlin, Köpenickerstraße 96/97.

Das Hauptreferat hat Prof. Dr. Wilbrandt-Tübingen übernommen.

Anmeldungen zu diesem Kongress nimmt entgegen das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Mollendorffstraße 29/30.

Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Heimarbeiter wird der Sache dienen. Ergibt von dem Kongress eine einmütige und starke Forderung der deutschen Heimarbeiter in Stadt und Land an den Reichstag und den Bundesrat, so werden ihre Wünsche, das hoffen wir bestimmt, ihren Eindruck nicht verfehlen und das Hausarbeitsgesetz so gestalten helfen, wie es den Bedürfnissen und Nöten der Heimarbeiter entspricht.

Der Aktionsauschuß.

Prof. Dr. E. Franke.

Margarete Behm. Ingenieur E. Bernhardt.

Joh. Giesberts, M. d. R. Karl Goldschmidt. Paul Krüger.

Joh. Sassenbach. Rob. Schmidt, M. d. R.

Bauberatungsstellen.

Eine Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

Eine der neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtsbeiratsstellen sind die Bauberatungsstellen. Sie sollen, wie schon der Name deutlich zum Ausdruck bringt, als Beraterinnen und Helferinnen auf dem Gebiete des Bauwesens dienen. Ihre Errichtung ist bisher vor allem von zwei Seiten in Angriff genommen worden, von Vereinen zur Pflege heimatlischer Natur, Kunst und Baumeister und von Vereinen, die sich die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse als Aufgabe gestellt haben. Während die einen das Hauptgewicht auf die ästhetische Seite des Bauwesens legen, betonen die anderen mehr die technisch-wirtschaftlichen Momente. Da aber die große Masse der Bauten der Beschaffung von Wohnungen dient, wird im allgemeinen die technisch-wirtschaft-

liche Seite des Bauwesens im Vordergrunde stehen müssen, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auf einer gesunden technisch-wirtschaftlichen Basis das Ästhetische von selbst erwachsen müsse. In der Erkenntnis, daß Bauberatungsstellen, die in diesem Sinne wirken, bedeutsame Helfer in der Wohnungsreform sein werden, hat die Zentralstelle für Volkswohlfahrt die Förderung der Errichtung von Bauberatungsstellen in die Hand genommen und am 6. Dezember in Berlin unter überaus reger Beteiligung seitens der in Betracht kommenden Vereine sowie Staats- und Kommunalbehörden eine Konferenz zur Erörterung der Frage veranstaltet.

Ein für die Teilnehmer herausgegebener Vorbericht bietet einen Überblick über die Gründe, die zur Errichtung von Bauberatungsstellen geführt haben, über das, was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, sowie über Aufgaben, Organisation und bisherige Erfolge der bestehenden Bauberatungsstellen. Bei den Wohnungsreformvereinen war die technisch-wirtschaftliche und in neuerer Zeit auch die ästhetische Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit wie des Wohnungsbaues für die Minderbemittelten überhaupt ein wesentlicher Punkt ihres Programms. Es war nur eine Frage der Zeit und besonders der Erstarkung ihrer Mittel, daß die technische Seite der Arbeit besonderen Abteilungen übertragen wurde, wie dies bei den Vereinen für Kleinwohnungswesen in Rheinland und Westfalen und neuerdings auch beim Bayerischen Landeswohnungsverein geschehen ist. Auch bei den Vereinen zur Pflege heimatischer Kunst und Baumeise wurde die Errichtung von Bauberatungsstellen bald als ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Baumeise erkannt. Gefördert wurde die Bewegung durch das preussische „Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907“ und die daran anknüpfenden Ministerialerlasse. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind schon eine ganze Anzahl Bauberatungsstellen entstanden. Im Anschluß an die technischen Abteilungen der oben erwähnten Wohnungsvereine sei die Bauberatungsstelle des Verbandes ostpreussischer Baugenossenschaften genannt. Unter den Einrichtungen der Heimatschutzvereine heben wir diejenigen des Sächsischen Heimatschutzes in Dresden, des Vereins für Volkskunst und Volkskunde in München und des Vereins für niederländisches Volkstum in Bremen hervor. Eine bedeutsame Tätigkeit hat die königliche Beratungsstelle für das Baugewerbe in Stuttgart, die vom Staate mit großen Mitteln subventioniert wird, entfaltet. Eine große Zahl von Beratungsstellen ist im Rheinland auf Anregung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz in Angliederung an städtische Baupolizeiamter und Hochbauämter sowie an Kreisbauämter entstanden.

Die Organisation der Beratungsstellen ist dort, wo es sich um eine nebenamtliche Tätigkeit in Angliederung an Baupolizeiamter handelt und wo ferner der Wirkungskreis ein örtlich beschränkter ist, sehr einfach. Der betreffende Leiter übt eben nebenamtlich auch die praktische Bauberatung aus. Nicht selten jedoch hat man in dem Bestreben, besonders die Architektenkammer zur Mitarbeit heranzuziehen, ein Kollegium gebildet, das entweder einzelne Arbeiten auf seine Mitglieder verteilt oder über wichtigere Fälle berät und entscheidet. Auch andere, wie landwirtschaftliche oder gärtnerische Sachverständige finden wir in derartigen Kollegien. Der Verein für Volkskunst und Volkskunde in München und früher auch der Sächsische Heimatschutz haben eine Anzahl Privatarchitekten zur ehrenamtlichen Erledigung der eingereichten Projekte gewonnen. In Sachsen sind neuerdings verschiedene Ausschüsse gebildet. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß eine Beratungsstelle um so erfolgreicher zu arbeiten in der Lage ist, je mehr freiwillige und sachverständige Mitarbeiter besonders aus der Architektenkammer sie heranzuziehen vermag.

Die Arbeitsgebiete der Bauberatungsstellen sind je nach Organisation und Wirkungskreis außerordentlich mannigfaltig. Im Vordergrunde steht naturgemäß die praktische Beratung und sachgemäße Anleitung der Bauausführenden. Hierbei wird von den meisten Bauberatungsstellen in erster Linie überall da, wo es zugänglich ist, den Bauwilligen empfohlen, sich an einen ordentlichen Architekten zu wenden, falls sie Projekte vorlegen, die von nicht berufenen Kräften ausgearbeitet worden sind. Vielfach werden dabei einzelne Anregungen und Ratschläge bezüglich der Um- und Ausarbeitung der Pläne erteilt. Eine Empfehlung bestimmter Architekten findet meist nicht statt. Auf dem Lande, wo ordentliche Architekten nicht vorhanden sind, werden die Bauwilligen vereinzelt an Techniker mit Baugewerkschulbildung verwiesen. Die bloß mündliche Beratung und Belehrung führt jedoch in der Regel nicht zum Ziele. Die Beratungsstellen sahen sich daher vielfach veranlaßt, ihre Rat-

schläge auch praktisch durch Skizzen und dergleichen zu verdeutlichen. Einzelne Stellen fertigen lediglich kleine Handskizzen an, die jedoch den Ratuchenden nicht mitgegeben werden, andere Stellen gehen weiter und machen vollständige Entwürfe, arbeiten ganze Projekte aus oder nehmen die für wünschenswert erachteten Änderungen an den vorgelegten Plänen selbst vor. Eine einheitliche Praxis besteht nicht, vielmehr ist die Art, wie die einzelnen Beratungsstellen arbeiten, wie weit sie in ihrem praktischen Eingreifen gehen, ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängig. Doch ist das Bestreben allenthalben unverkennbar, den Privatarchitekten keine Konkurrenz zu machen, sondern nur da in Tätigkeit zu treten, wo eine derartige Konkurrenz ausgeschlossen oder ein Eingreifen aus anderen Gründen notwendig ist.

Außer dieser Beratung und Bearbeitung von Einzelfällen hat eine ganze Reihe von Bauberatungsstellen sich auch die allgemeine Aufklärung und Propaganda für eine gute Baumeise zur Aufgabe gemacht. Dies geschieht durch schriftliche und mündliche Belehrung, durch Veröffentlichung von Artikeln in der Lokalpresse, durch Verteilung von Flugblättern und durch Veranstaltung von Vorträgen mit Lichtbildern. Einzelne Beratungsstellen geben auch muster-gültige Entwürfe guter Bauten oder Sammlungen von Beispielen vorbildlicher heimischer Baumeise heraus, noch andere veranstalten größere Ausstellungen oder führen direkt einzelne Bauten aus, damit diese als werbende Beispiele dienen. So wird von der Bauberatungsstelle Erkelenz augenblicklich das Dorf Schwanenberg mit etwa 60 Wohnhäusern, darunter Fachwerk und Massivbauten aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert, neu hergerichtet und ausgebaut. Neben diesem im allgemeinen typischen Tätigkeitsbereich haben die größeren Beratungsstellen noch andere Aufgaben in Angriff genommen, so z. B. Bauhandwerkerkurse, Verkauf von Modellierbogen und Pappmodellen für Kleinhäuser, örtliche Bauberatungstage zur Besprechung gerade auszuführender Anlagen mit den Interessenten usw. Die Maßnahmen sind im einzelnen so vielfältig, daß eine Darlegung hier zu weit führen würde.

Wenn auch die ganze Tätigkeit der Bauberatungsstellen darauf hinausläuft, aufklärend und anregend und in umfassendster Weise erzieherisch zu wirken, so haben sie doch vielfach, wo sie Gelegenheit dazu hatten und es angebracht erschien, auch eine zwangsweise Beeinflussung angestrebt und ausgeübt. Die Möglichkeit hierzu bot sich bei der Anwendung von Ortsstatuten gegen Verunstaltung, bei der Erteilung von Dispensen von der Bauordnung und bei der Fluchtlinienfestlegung; ferner haben verschiedene Landesversicherungsanstalten bei der Beleihung gemeinnütziger Wohnungsanlagen auch auf eine einwandfreie und ästhetisch befriedigende Baumeise hinzuwirken versucht. Es sind insbesondere die Versicherungsanstalten Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinprovinz und Westfalen. Die Projekte werden entweder von technischen Beamten der Versicherungsanstalten bezw. der Provinzialverwaltungen oder von etwa in Betracht kommenden Bauberatungsstellen bearbeitet. Dies geschieht neuerdings auch bei den bayerischen Versicherungsanstalten.

Aus den Darlegungen des Vorberichts geht hervor, daß eine Reihe vielversprechender Ansätze zu einer wirksamen Organisation der Bauberatung vorhanden sind. Den weiteren Ausbau der Bewegung nach Möglichkeit zu fördern war Aufgabe der unter dem Vorhänge von Prof. Albrecht abgehaltenen Konferenz. Auf dieser sprach als erster Redner Dr.-Ing. H. Hedder, Leiter der technischen Abteilung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen, über die Notwendigkeit von Bauberatungsstellen und deren Aufgaben. Er begann mit der Vorführung einer Reihe von Lichtbildern, um hieran das Unzulängliche der Bau- und Siedelungsweise zu verdeutlichen. Es gebe eine ganze Reihe von Mitteln, um hierin Wandel zu schaffen. Die Hauptsache sei Aufklärung und Erziehung und zwar eben so sehr für die breitesten Bevölkerungsschichten wie für alle am Baugewerbe beteiligten. In hervorragendem Maße seien die Bauberatungsstellen in der Lage, an einer Gesundung der Verhältnisse mitzuwirken. Trotz ihres verhältnismäßig kurzen Bestehens hätten sie ihre Notwendigkeit und Existenzberechtigung bereits voll erwiesen. Die vereinzelt seitens der Architekten vorgebrachten Bedenken könnten nicht als stichhaltig anerkannt werden. Eine Konkurrenz mit den Privatarchitekten werde von den bestehenden Stellen nach Möglichkeit vermieden. Sie seien sogar besonders geeignet, den Architekten die Wege zu ebnen durch Hebung des allgemeinen Geschmacks und Verhinderung der Übertragung von Bauaufgaben an ungeeignete Kräfte. Die Bauberatungsstellen dürften aber ihre Aufgabe nicht darin erblicken, lediglich die Erhaltung alter Baumeisen zu pflegen, sondern sie hätten in erster Linie den Anforderungen der modernen Zeit Rechnung zu tragen. Beim Kleinwohnungsbau sei es an der

Zeit, auch gewisse künstlerische Forderungen zur Geltung zu bringen, die bisher wenig Beachtung fanden. Bezüglich der einzelnen Aufgaben der Bauberatungsstellen verwies der Referent auf den von der Zentralstelle für Volkswirtschaft herausgegebenen Vorbericht und betonte nur im allgemeinen, daß sie in erster Linie für eine gesunde, bauliche Entwicklung einzutreten haben. Sie sollen tüchtigen Kräften Luft und Raum verschaffen, dagegen ungeeignete Elemente zurückdrängen.

Landrat Reumont, Erkelenz, der über die Organisation der Bauberatung in Stadt und Land referierte, wollte nicht ein allgemeines Organisationschema aufstellen, sondern erklärte vielmehr die großen Verschiedenheiten der augenblicklichen Organisation infolge der Eigenart der jeweiligen Verhältnisse als durchaus berechtigt. Es könne sich lediglich um die Aufstellung einiger Hauptgesichtspunkte handeln. Die Frage, wo und von wem Bauberatungsstellen eingerichtet werden sollen, sei dahin zu beantworten, daß nach Möglichkeit Rat und Auskunft für alle Interessenten sichergestellt werden müsse. Es komme auf die Dichtigkeit der Bevölkerung und die Verschiedenheit der bodenständigen Bauweise an. Träger der Einrichtung seien zweckmäßig Vereine für Denkmalpflege und Heimatschutz, Architektenvereine, Wohnungsreformvereine, Baugenossenschaftsverbände usw. Interesse und Verständnis der leitenden Persönlichkeiten sei die Hauptsache. Soweit keine besonderen Beratungsstellen errichtet werden könnten, solle die Baupolizei die Sache in die Hand nehmen. Man solle aber nicht Beratungsstellen einrichten oder an bestehende Einrichtungen angliedern nur „ut aliquid fieri videatur“. Es müsse vielmehr verlangt und vorausgesetzt werden, daß mit wirklichem Ernst an die Sache herangegangen werde und auch geeignete Persönlichkeiten vorhanden seien. Über den örtlichen Beratungsstellen sollten zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben und zur Unterstützung und Förderung der örtlichen Stellen provinziale oder sonst bezirksweise organisierte Zentralen eingerichtet werden.

An die beiden Vorträge schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion an, die eine seltene Einmütigkeit in der Beurteilung der Notwendigkeit der Errichtung von Bauberatungsstellen ergab. In bemerkenswerter Weise wurde von Vertretern einer künstlerischen Beeinflussung der Bauweise die technisch-wirtschaftliche Seite in den Vordergrund gestellt. Von der Architektenschaft wurde der Gedanke einer Organisierung der Bauberatung freudig begrüßt, und Vertreter der Wohnungsreformbewegung betonten die Notwendigkeit der Bauberatungsstellen im Hinblick auf die dringend erforderliche Verbesserung des Wohnungsbaues. Architekt Wagner-Bremen widerlegte im einzelnen die Bedenken, die von den Architekten gegen die Errichtung von Bauberatungsstellen vorgebracht werden könnten, und hob besonders hervor, daß der Architekt im öffentlichen Wirken die ideale Seite seines Berufes zu vertreten habe, woraus sich von selbst ergebe, daß die Architekten auf Seiten der Bauberatungsstellen stehen müßten. Außerdem werde bei den Beratungsstellen der Kleinwohnungsbau im Vordergrund zu stehen haben, ein Gebiet, auf dem den Architekten im allgemeinen keine Aufträge zufielen. Geheimrat Liebrecht betonte die Notwendigkeit, daß die gemeinnützigen Geldgeber die zur Veleihung eingereichten Projekte auf ihre technisch-wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und ästhetisch befriedigende Ausgestaltung entweder selbst prüfen oder prüfen lassen und eventuell für eine Verbesserung Sorge tragen. Professor Sesselberg-Berlin bedauerte, dem Vorschlag zustimmen zu müssen, daß die Hochschulen gegenüber dem Kleinwohnungsbau vollständig versagt hätten. Landesbaurat Professor Goede-Berlin konnte aus eigener Erfahrung berichten, daß fortwährende Anfragen und Gesuche die Notwendigkeit der Errichtung von Bauberatungsstellen beweisen. Beigeordneter Landesbaurat a. D. Rehorst-Köln legte im einzelnen dar, in wieweit die Baupolizei in der Lage sei, die Bauberatung zu übernehmen und energisch einzugreifen.

Zum Schluß wurde folgende vom Vorsitzenden vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

I. Die Errichtung von Bauberatungsstellen ist sowohl im Interesse einer allgemeinen Hebung der Bauweise als auch insbesondere deshalb notwendig, um den Hausbau für die weniger gut situierten Bevölkerungskreise einer in technisch-wirtschaftlicher wie auch in hygienischer und ästhetischer Beziehung befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

II. Organisation und Aufgabenkreis der einzelnen Stellen muß in Anpassung an die jeweils in Frage kommenden Verhältnisse geregelt werden.

III. Zur Mitwirkung bei der Organisation der Bauberatung sind vornehmlich folgende Organe und Einrichtungen berufen: die

städtischen Baupolizeiamter und Hochbauämter, die Kreisbauämter, Landwirtschaftskammern und Landesversicherungsanstalten, die Architektenvereine, die Heimatschutzvereine und Vereine ähnlichen Zielen, die Wohnungsreformvereine und Baugenossenschaftsverbände, die technischen Hochschulen und Baugewerkschaften.

IV. Die gemeinnützigen Darlehnsgeber, insbesondere Staat und Landesversicherungsanstalten, sollten nur solche Projekte beleihen, die sowohl auf ihre technisch-wirtschaftliche wie auf ihre ästhetische Zweckmäßigkeit einer sachmännischen Prüfung unterworfen worden sind.

V. Die Hergabe von Staatsmitteln zur Förderung der Bewegung ist dringend erwünscht. Desgleichen sollten die Kommunen und Kommunalverbände die Bauberatungsstellen durch Geldmittel unterstützen.

VI. Anzustreben ist besonders auch die Errichtung von Zentralstellen für größere Bezirke, um die Errichtung von Bauberatungsstellen in den betreffenden Gebieten zu fördern, den Stellen beratend und helfend zur Seite zu stehen, eine Fühlungnahme derselben untereinander zu vermitteln und größere gemeinschaftliche Aufgaben in die Hand zu nehmen. Diese Zentralen sollten in erster Linie die praktisch-technische Seite und die allgemeine Wohnungsreform, dann aber auch die ästhetische Seite fördern.

VII. Um die Bewegung in Fluß zu bringen und nach Möglichkeit helfend und organisierend einzugreifen, wird ein Ausschuß eingesetzt, der aus Vertretern der hauptsächlich in Frage kommenden Stellen und Organisationen besteht.

Im den im letzten Absatz der Resolution beschlossenen Ausschuß wurden 30 Herren gewählt, und zwar als Vertreter der Zentralstelle für Volkswirtschaft die Herren Professor Albrecht und Dr. Altenrath, ferner u. a. die Herren: Beigeordneter Landesbaurat a. D. Rehorst, Landesbaurat Professor Dr. Goede, Geheimrat Nuthefius, Regierungspräsident zur Redden-Göblenz, Professor Sesselberg-Berlin, Oberbaurat Schmidt-Dresden.

Berlin.

Dr. Altenrath.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Von der neuen Reihe der „Schriften“, die der Frage der jugendlichen Arbeiter vom 14. bis 18. Lebensjahre gewidmet und zur Vorbereitung der 5., gleichfalls für die Behandlung dieses Themas bestimmten Generalversammlung am 12. und 13. Mai in Berlin bestimmt sind, liegen die beiden ersten Hefte, Nr. 34 und 35, vor (Jena, Gustav Fischer). Das erste dieser beiden Hefte (67 S., Preis 50 \mathfrak{A}) erörtert „Die Arbeitsverhältnisse der den §§ 135 bis 139a G.D. unterstellten minderjährigen Arbeiter“. Der Name des Verfassers, des Oberregierungsrats Dr. R. Bittmann, des Vorstands der Fabrikinspektion in Baden, bürgt für die gründliche und lichtvolle Behandlung. Nach einer kurzen Einleitung wird der Beschäftigungsgrad der Jugend festgestellt. Dann folgt die Darstellung des Schutzes der Jugend im Verufe, wie er im Gesetz, in Verordnungen des Bundesrats, in Anordnungen von Landeszentralen und Polizeibehörden, sowie in berufsgenossenschaftlichen Vorschriften geregelt ist. Hieran reiht sich eine Übersicht der Strafbestimmungen mit einer Statistik der Zuwiderhandlungen und der Bestrafungen. Den Beschluß macht ein Hinweis auf das Vorkommen überlanger Arbeitszeiten in verschiedenen Gewerkschaften. In der ganzen Schilderung merkt man überall die sachkundige Hand des erfahrenen Praktikers, der an dem Ergehen der jugendlichen in ihrem Verufe mit warmem Herzen Anteil nimmt. — Im zweiten Heft, Nr. 35 (Preis 15 \mathfrak{A}) spricht sich Amtsgerichtsrat Dr. Paul Köhne, eine anerkannte Autorität, über die Kriminalität und das sittliche Verhalten der jugendlichen aus. Der erste Abschnitt bringt eine Statistik der Kriminalität der jugendlichen, der zweite eine Schilderung ihres sittlichen Verhaltens, der dritte Reformvorschlüsse. Der Geist der Abhandlung spricht vernehmlich aus den Schlußworten:

„Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die industrielle Entwicklung der Neuzeit einer gedeihlichen Entwicklung der Jugend und ihrer vernünftigen Erziehung große Hindernisse in den Weg legt und daß die vermehrte Kriminalität zum Teil hierauf zurückzuführen ist. Es wäre aber ein ebenso vergebliches als törichtes Beginnen, deshalb den Strom unseres wirtschaftlichen Lebens zurückzudämmen oder in andere Bahnen lenken zu wollen. Es ist vielmehr die Aufgabe, alle geistigen und sittlichen Kräfte zu spannen, um neue Wege und Stützmittel zu finden, die

es ermöglichen, der Jugend trotz erschwelter Lebensbedingungen die körperliche und sittliche Gesundheit zu erhalten und zu stärken, die auch in erschwerten Lebenskämpfen sie zu Siegern über die lebensfeindlichen Mächte erhebt. Wir haben gezeigt, daß glückliche Ansätze zu solchem Erfolg vorhanden sind; es ist zweifellos, daß eine gesunde Nation an dieser Aufgabe nicht scheitern wird."

Zu Ruß und Frommen der Sache, der sie dienen, ist den beiden Schriften die weiteste Verbreitung und Beachtung zu wünschen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Eine vom Bureau der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und den Landessektionen beschlossene Eingabe zur Bekämpfung der Bleigefahren im Maler-, Anstreicher-, Lackierergewerbe (vergl. Sp. 370 dieser Nummer) ist am 4. Dezember dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) überreicht worden. — Die beiden am 2. Dezember in der Sitzung des Unterausschusses der Privatangestellten beschlossenen Eingaben betreffend Krankenversicherungsgefeß und Pensionsversicherung der Privatangestellten (vergl. Sp. 294) sind den gesetzgebenden Körperschaften übergeben worden.

Die Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform (Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i/M.) hat einen schweren Verlust erlitten. Man schreibt uns: Am 26. November verschied nach längerem Leiden der Vorsteher, der praktische Arzt Dr. Passow. Die Ortsgruppe Mecklenburg betrauert in dem Dahingeshiedenen einen warmherzigen Freund und Förderer aller sozialreformerischen Bestrebungen. Den Vorsitz hat bis zu der demnächst erfolgenden Neuwahl vertretungsweise Obigutsbesitzer Ihlefeld (Dorf b. Schwerin) übernommen.

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts erscheint nunmehr mit erheblicher Beschleunigung gegen früher, so daß der Abschluß des Jahrganges kurz nach dem Ende des Kalenderjahrs erreicht sein wird. Am 7. Dezember ist bereits das 10. Heft vom 9. Bande ausgegeben worden (Verlag von Gustav Fischer, Jena). Aus dem reichen Inhalte teilen wir folgende Gegenstände mit: Wortlaut des Abkommens zwischen Frankreich und Italien vom 10. Juni 1910 über den Schutz der Jugendlichen. Abänderung des Berggesetzes in Bayern, vom 18. August 1910. Gesetz über Sicherheitsmänner im Bergbau in Sachsen, vom 6. Juni 1910. Gesetz für Reinlichkeit, Sittlichkeit und Sicherheit in Ziegeleien und auf Werplätzen in Belgien, vom 15. Juni 1910. Verordnung für Bäderzeiten in Dänemark, vom 26. Februar 1910. Aus Frankreich: Gesetz wegen Verbots der Kinderarbeit und Regelung der Frauenarbeit, vom 7. März; Gesetz betr. Bergarbeiter-Delegierte, vom 12. März; Gesetz betr. Unterdrückung von Trudladern, vom 26. März. Liechtenstein: Neue Gewerbeordnung, 30. April. Rumänien: Sonntagsruhegesetz, 10. April. Branjeslufkolonie: Labensstundengesetz, 1. Januar/30. April 1910.

Soziale Zustände.

Anslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Großindustrie.

I.

In einer Ausschußsitzung des Vereins für Sozialpolitik im September 1907 wurde von Prof. Dr. Alfred Weber angeregt, durch wissenschaftliche Untersuchungen zu ermitteln, welche Ansprüche der großindustrielle Betrieb an die geistigen und seelischen Eigenschaften des Arbeiters stelle; gleichzeitig solle sich die Untersuchung aber auch darauf erstrecken, welche Veränderungen die Persönlichkeit des Arbeiters selbst durch das moderne Fabrikssystem erfahre. Diese Anregung wurde durch Vorarbeiten von Prof. Dr. Max Weber und Geheimrat Bücher weiter gefördert, so daß im Oktober 1908 der Beschluß gefaßt wurde, diese Untersuchungen im Verein für Sozialpolitik in die Hand zu nehmen. Ein besonderes Komitee, bestehend aus den Professoren Hertner, v. Schmoller, A. Weber wurde mit der weiteren Durchführung der Beschlüsse betraut, und die ersten beiden Bände der einschlägigen Untersuchungen sind vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben worden.¹⁾

In dem Vorwort zu diesen Untersuchungen betonen die Mitglieder des Komitees die ungewöhnlich großen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die man von vornherein bei Inangriffnahme der Arbeit in Betracht ziehen mußte. Man konnte deshalb auch nicht viel auf jüngere Kräfte als Mitarbeiter rechnen, wie sie sich in den Universitätsseminaren betätigen, sondern man ging sofort auch an viele ältere volkswirtschaftliche Gelehrte heran, um von ihnen Beiträge zu erhalten. Doch war es bisher unmöglich, die Mitarbeiter nach bestimmter systematischer Verteilung zu gewinnen, sondern es mußten zunächst die Arbeiten genommen werden, wie sie der äußere Zufall bot.

¹⁾ Bd. 133 und 134 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Verlag von Duncker und Humblot, Leipzig.

Die umfangreichste der bis jetzt erschienenen Untersuchungen ist die von Dr. Marie Bernays über einen großen Textilbetrieb, die den 133. Band der Schriften ausfüllt. Für diese Arbeit trafen einige günstige Umstände zusammen: die Verfasserin fand wohlwollende Unterstützung sowohl bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern und konnte viele Monate ganz dieser einen Untersuchung widmen. Sie schlug dabei denselben Weg ein, wie vor ihr einige andere Forscherinnen (Beatrice Webb, Frau Gnaud-Rühne) und trat zunächst als Arbeiterin in die Gladbacher Spinnerei und Weberei ein, einen Großbetrieb in Form einer Aktiengesellschaft. Nach einigen Wochen praktischer Arbeit entdeckte sie sich dem Generaldirektor des Betriebs, und es wird rühmend hervorgehoben von ihr, daß sie von Seiten der Leitung volles Verständnis und großes Entgegenkommen für ihre Absicht fand. Es wurde ihr bereitwillig gestattet, Einsicht in die Lohnlisten zu nehmen; sie konnte von Abteilung zu Abteilung gehen, um die Art des Betriebes zu studieren und die Arbeiter persönlich zu befragen.

Die Textilindustrie bietet ein Schulbeispiel für die Entwicklung einer Industrie nach dem System der Arbeitsteilung. Während das Spinnen und Weben ursprünglich von einem oder zwei Menschen ausgeführt wurde, zerfällt der Weg der Baumwolle vom Ballen bis zum fertigen Gewebe in mindestens zehn Teilprozesse. Die Arbeiterschichten, die diese Teilprozesse ausführen, sind nicht nur verschieden an Vorbildung und Leistungen je nach der Art der Arbeit, sondern in den einzelnen Gruppen kommen wiederum Unterschiede vor, je nachdem es sich um Haupt- und Hilfsarbeiter oder Werkmeister handelt. Bei den meisten Tabellen, welche die Verfasserin für ihre Berechnungen aufstellt, unterscheidet sie in diesem einen Betrieb allein sieben Arbeiter- und neun Arbeiterinnen-Gruppen für die verschiedenen Einrichtungen, dazu kommen dann noch die Reparaturhandwerker und die Werkmeister, die sozusagen die Ariktofratie der Fabrik bilden. Die Untersuchung selbst zerfällt in zwei Hauptteile. 1. Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft; 2. Zur Psychophysik der Textilarbeit. Während im ersten Teil rein zahlenmäßig einige für das Berufsschicksal wichtige Fragen festgestellt werden (Altersaufbau, Herkommen, Berufswechsel, Familienstand, Wohnungsfrage, Erhebungen usw.), wird im zweiten Teil versucht, die Einflüsse dieser persönlichen Berufsschicksale auf die Arbeit selbst festzustellen.

Da die Verfasserin Einblick in die Bücher der Fabrik nehmen durfte, so konnte sie Material aus einem längeren Zeitraum zusammenstellen und hat hierfür namentlich die Jahre 1891, 1900, 1908 für Vergleichungen gewählt. In allen drei Untersuchungsjahren machen die weiblichen Arbeiter einen etwas größeren Bruchteil als die männlichen aus; die Zahl der weiblichen Arbeiter hat jedoch absolut wie im Verhältnis stärker zugenommen als die Zahl der Männer. Eine Auslese der Arbeiterschaft macht sich insofern geltend, als der in Rede stehende Fabrikbetrieb gewisse Altersklassen anzieht und andere Altersklassen von der Arbeit ausschließt. Die besten Eintrittsmöglichkeiten in den Beruf liegen für männliche und weibliche Arbeiter zwischen dem 17. und 30. Lebensjahr. Nach dieser Zeit wird die Eintrittsmöglichkeit geringer, bleibt aber bei den Männern auch über 40 Jahre größer als bei den Frauen. Nach dem 50. Jahre sind die Eintrittsmöglichkeiten für beide Geschlechter verschwindend klein. Die „fluktuierende“ Arbeiterschaft nimmt zu, doch sind die Männer „stabiler“ als die Frauen. Am „mobilsten“ sind die Altersklassen zwischen dem 17. bis 30. Jahr; für diese Schichten haben die vermehrte Arbeitsgelegenheit und die besseren Verkehrsmöglichkeiten den Wechsel sehr erleichtert. Untersucht man den Altersaufbau und die Fluktuation noch gesondert nach den verschiedenen Arbeiterschichten, so zeigt sich im allgemeinen, daß die höherstehende Arbeiterschicht auch einen höheren Altersaufbau und größere Stabilität aufweist. Es kommen allerdings auch Ausnahmen von dieser Regel vor; so wechseln die hochstehenden Weber und Ringspinnerrinnen sehr häufig die Arbeitsstätte. Die Verfasserin führt das darauf zurück, daß gerade diese geistig geweckte Schicht der Eintönigkeit ihrer Arbeit durch den Wechsel zu entgehen sucht. Bei einer Untersuchung der Auslese der Arbeiterschaft nach ihrer örtlichen Herkunft zeigte sich, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft aus der Rheinprovinz selbst stammte. Untersucht man die Heimatsorte nach Größenklassen hin, so scheint sich eine Entwicklung in der Linie zu vollziehen, daß die Mittelstadt das meiste und fähigste Arbeitermaterial liefert; für den männlichen Arbeiter hat dann noch Land- und Kleinstadt Bedeutung, für die Frauen auch das Dorf.

Recht beachtenswert sind die auf Grund persönlicher Befragung gewonnenen Ergebnisse über den Beruf des Vaters. 24,2 % also fast ein Viertel aller Arbeitskräfte entstammt Textilarbeiterfamilien,

15,9 % aus Fabrikarbeiterkreisen, bei 13,9 % waren die Väter Handwerker, bei 14,5 % Landleute, 6,3 % Erd- und Bauarbeiter, 7 % sonstige höhere Berufe, 15 % sonstige niedrige Berufe. Dies sind die Verhältniszahlen für die Gesamtheit der Arbeitskräfte; die Zahlen zeigen Abweichungen je nach den verschiedenen Gruppen, und bei den qualifizierten Arbeitern überwiegt auch mehr als bei den andern Schichten die Herkunft aus den Kreisen der Handwerker oder den höheren Berufen. Als eine allgemeine Auslesetendenz läßt sich annehmen, daß die bereits aus Fabrikarbeiter- und namentlich Textilarbeiterkreisen stammenden Arbeitskräfte in höherem Maße zu den gelernten Arbeiten verwandt werden können als die Kinder von Landarbeitern. Auch der Beruf des Großvaters ist zu erforschen versucht worden, doch waren hier längst nicht von allen Arbeitern Angaben zu erhalten. Typische Generationsgeschicke in der dortigen Gegend scheinen es zu sein, daß der Sohn vom Lande in die Werkstätte geht, der Enkel dann in die Fabrik. Eine häufige Entwicklung ist auch die Folge: Handwerk, ungelernte Fabrikarbeit, gelernte Textilarbeit. Außer diesen Generationsgeschicken hat sich die Verfasserin auch bemüht, die persönlichen Berufsgeschicke festzustellen, d. h. die Gründe zur Berufswahl, Gründe zum Stellungswechsel oder Berufswechsel usw. Es ließen sich hier jedoch wenig befriedigende Angaben erzielen, da den Arbeitern vielfach die Übung zur Selbstanalyse fehlt, sie sich also auch der Gründe ihres Handelns nicht immer klar bewußt sind. Nur über die Wahl des Berufs kann man sagen, daß höchstens bei den qualifizierten Arbeiten von einer Wahl nach Neigung und Fähigkeit die Rede sein kann, bei allen anderen Schichten ist Geldmangel und Not der Grund zum Ergreifen der Fabrikarbeit.

Einige Beobachtungen, welche die Verfasserin über den Arbeiter bei seiner Arbeit gemacht hat, sind kennzeichnend für den von ihr untersuchten Betrieb, z. B. das gute Verhältnis zwischen den Meistern und Arbeitern, die Gütmütigkeit und Hilfsbereitschaft im Verkehr miteinander, sowie der Körpergeist der Gruppen und der in einem Saal Arbeitenden. Hier wird entschieden eine günstige Beeinflussung teils durch den Volkscharakter, aber vielleicht auch durch die Leitung des Betriebs ausgeübt. Dennoch aber ist auch in diesem Betrieb der Gelderwerb das einzige Band, das den Arbeiter mit seiner Arbeit verknüpft, und gerade die geistig am besten entwickelten Arbeiterschichten stehen ihrer Arbeit innerlich am feindlichsten gegenüber, weil sie am meisten unter der Eintönigkeit der Arbeit leiden. Die Militärtauglichkeit der jetzigen Arbeitergeneration bleibt im allgemeinen hinter der ihrer Väter und Großväter zurück. Es treffen hier wohl mehrere Umstände zusammen: der schwächlichere Mann vom Lande zieht in die Stadt, und gerade sein schwächlicher Sohn widmet sich der Textilindustrie; auch das Leben in der Stadt an sich und der Einfluß der veränderten Lebensweise wirken schädlich auf die Entwicklung der Körperkräfte.

Für das außerberufliche Leben der Arbeiter ist von größter Tragweite der Familienstand. Von den männlichen Arbeitern im heiratsfähigen Alter waren 80,3 % verheiratet, von den weiblichen Arbeitern 36,8 %. Sowohl absolut wie verhältnismäßig hat die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen ständig zugenommen; in der Zeit von 1891 bis 1908 hat sie sich fast verdoppelt. Auf die Familien der verheirateten Arbeiter fallen durchschnittlich 5,3 Geburten, auf die verheirateten Fabrikarbeiterinnen durchschnittlich 2,8 Geburten. Ein überraschender Zusammenhang zeigt sich zwischen dem Lebensstandard der Arbeiterschaft und der Kindersterblichkeit. Bei den bestgestellten Arbeitern (Handwerkern und Werkmeistern) blieben 74 % der Kinder am Leben, dann nimmt die Kindersterblichkeit zu, bis bei den ungelerten Schichten nur noch 60 % der Kinder am Leben bleiben. In einem besonderen Abschnitt behandelt die Verfasserin die Bedeutung der Ehe als Kulturfaktor für das Leben der Arbeiterschaft, und sie wirkt hierbei auch einige Streiflichter auf die allgemeinen sittlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft in der W.-Glabbacher Gegend. Hier läßt die Verfasserin einen so hohen ethischen Maßstab an, wie er leider auch in den besitzenden Klassen nur in den seltensten Fällen innegehalten wird. Es ist deshalb kein Wunder, wenn für die dortigen Schichten unter den freudlosen Lebensbedingungen dieser Maßstab erst recht schlecht passen will. Die Ausführungen der Verfasserin über diese Fragen haben auch aus der Arbeiterschaft W.-Glabbachs starke Insekung und lauten Widerspruch erfahren. Auch da, wo die Ehe in den Arbeiterkreisen nur eine Wirtschaftsgemeinschaft darstellt und häufig erst geschlossen wird, wenn ein Kind erwartet wird, übt sie einen bedeutenden erzieherischen Einfluß aus. Vor allem macht sich eine große Liebe zu den

Kindern geltend und das Streben, die Kinder höheren Berufen zuzuführen, als den Eltern zu erreichen möglich war. Allerdings scheint dies Höherkommen der Kinder nur bei den bestgestellten Schichten möglich zu sein, während den Kindern der meisten Fabrikarbeiter sich wieder nur diese Berufe öffnen.

Einen Einblick in die Psyche des Arbeiters geben die Beobachtungen über die Erholungen und Vergnügungen am Sonntag. Die meisten betrachten es schon als Erholung, daß sie sich nicht zu „eilen“ brauchen. Für die älteren Arbeiter ist der Sonntag eben der bringend notwendige „Ruhetag“, nur die geplagtesten von allen Arbeiterschichten, die verheirateten Fabrikarbeiterinnen, kennen auch diesen „Ruhetag“ nicht, denn die meisten von ihnen mußten „Hausarbeit“ als Sonntagsvergnügen annehmen. Bei den jüngeren Leuten kommen hauptsächlich drei Arten Sonntagsvergnügen vor: Spaziergehen, Lesen und Tanz. Sehr regelmäßig ist auch am Sonntag der Besuch der katholischen Kirche; der sonntägliche Gottesdienst im großen Dom mit schöner Musik ist den Frauen dort Bedürfnis und befriedigt die in ihnen schlummernde Sehnsucht nach Schönheit.

In dem zweiten Hauptteil des Buches: Zur Psychophysik der Textilarbeit sucht die Verfasserin nun zu erforschen, wie diese im ersten Teil ermittelten Berufs- und Lebensbedingungen der Arbeiter auf ihre Leistungen wirken. Sie nimmt als Maß an die Lohnhöhe als Kennzeichen der Leistungsfähigkeit, sowie die mehr oder minder große Regelmäßigkeit des Verdienstes als Kennzeichen der Leistungsfähigkeit. An diesen so gewonnenen Maßstäben sucht sie zu ermitteln, wie z. B. der Altersaufbau, die Situation, die Herkunft, der Familienstand, ja sogar die Vergnügungen, die Jahreszeiten usw. auf die Leistungen wirken, d. h. welche Art der Arbeiter und unter welchen Bedingungen sich die einzelnen Arten von Arbeitern am rentabelsten für den Betrieb stellen. Man kann diese Berechnungen jedoch nur als „lastende Versuche“ gelten lassen, wie auch von der Verfasserin selbst mehrfach betont wird. Erstens kommen zu kleine Zahlen in Betracht, da alle die oben angegebenen Einflüsse bei der Berechnung meist noch nach den verschiedenen Berufsgruppen aufgeteilt werden; zweitens aber spielen doch auch bei Fragen der Herkunft, des Familienstandes, der Wohnungen, Vergnügungen usw. so viele verschiedene persönliche Auffassungen und unsichtbare Strömungen mit hinein, daß eigentlich nur eine Beurteilung von Fall zu Fall möglich erscheint, aber keine verallgemeinernden Berechnungen. Trotz dieses Vorbehaltes teilen wir einige der wichtigsten Schlüsse mit, welche die Verfasserin an der Hand des gewonnenen Materials ziehen zu dürfen glaubt.

Für die männlichen Arbeiter ergibt sich, daß hoher Lohn mit geringen Lohnschwankungen zusammenfällt, während dagegen bei niedrigen Löhnen sehr große Schwankungen vorkommen: ein Zeichen dafür, daß die qualifizierten Arbeiter auch am stetigsten in der Arbeit sind. Bei den weiblichen Arbeitern ließ sich solche Regel nicht feststellen, da zu viel andere Einflüsse einer Regelmäßigkeit entgegenwirken. Nach Alter und Familienstand berechnet sind die Arbeiter in der Zeit vom 25.—40. Lebensjahr am leistungsfähigsten, dann nimmt die Leistungsfähigkeit langsam ab, bei den Frauen aber schneller als bei den Männern. Die verheirateten männlichen Arbeiter arbeiten im allgemeinen intensiver und stetiger als die unverheirateten. Für die verheiratete Arbeiterin jedoch zeigen sich sehr große Lohnschwankungen; es scheint, als arbeiten sie „stoßweise“ mit immer neuer Anstrengung, haben dann aber auch größere Ermüdung durchzumachen.

Nach mannigfachen Gesichtspunkten hin hat die Verfasserin auch die Einwirkung der Größenklassen des Herkunftsortes auf die Leistungen zu ermitteln versucht. Danach bieten Kleinstadt, Landstadt, Mittelstadt die günstigsten Bedingungen, während die Landleute und Großstädter schlechtere Leistungen aufweisen. Bei den Landleuten sind wohl die Ungeeignetheit, rauhe Hände, keine Gewöhnung an Fabrikdisziplin, bei den Großstädtern die abgemateten Nerven daran schuld. Abweichungen von dieser Regel kommen natürlich je nach der Art der Arbeit vor, d. h. ob es dabei mehr auf Geschick und Aufmerksamkeit oder auf körperliche Kraft ankommt.

Aus den sehr komplizierten Berechnungen über Ermüdung und Anstrengung bei der Arbeit sowie bei der Frage nach der „Arbeitsneigung“²⁾ ergab sich, daß durchaus nicht die „Zufriedenen“ die brauchbarsten sind, sondern diejenigen, die ihren Willen auf höhere Ziele gesetzt haben. Die Verfasserin stellt für die

²⁾ Hier wurden die Arbeiter je nach ihren persönlichen Aussagen eingeteilt in zufriedene oder unzufriedene Arbeiter, sowie in Arbeiter, die in der Fabrik selbst vorwärts kommen wollen.

männlichen Arbeiter die folgende, zunächst widerspruchsvoll klingende Tatsache fest: Die „nichtermüdeten“, die „nichtangestregten“ und die „zufriedenen“ Arbeiter sind die in jeder Hinsicht untüchtigsten; die „müdesten“, „angestregten“ und „unzufriedenen“ Arbeiter die brauchbarsten. Bei den weiblichen Arbeitern ist nur bei den schon geistig mehr geweckten Schichten derselbe innere Widerspruch zwischen „Arbeitsneigung“ und „Arbeitsbegeisterung“ zu finden, bei den tiefer stehenden Schichten ist dieser Widerspruch noch nicht zu erkennen.

Aus dem Abschnitt über die Einflüsse der Wohnung und der Erholungen auf die Leistungen sei nur erwähnt, daß die „Feste“ (Kirmes und ähnliches) die Leistungen so stark nachteilig beeinflussen, daß es nicht nur an den kurz darauf folgenden Tagen, sondern während einer ganzen längeren darauf folgenden Lohnperiode zu spüren ist. Die Einflüsse der Jahreszeiten Frühling und Winter auf die Leistungen sind so, wie sie wohl auch in vielen anderen Berufen und Schichten ganz offensichtlich zutage treten: Der Frühling wirkt leistungsmindernd auf die weniger als 40 Jahre alten Arbeiter und die gelernten Arbeiterinnen desselben Alters; er wirkt leistungsteigernd auf alle über 40 Jahre alten Arbeiter und merkwürdigerweise auch auf die ungelernten Arbeiterinnen jeden Alters. — Der Winter beeinflusst zwar die Leistungshöhe vielfach nicht günstig, aber bei allen Arbeitskräften wirkt er auf größere Leistungsfähigkeit.

Die Verfasserin weist zum Schluß ihres Werkes nochmals darauf hin, daß es bei diesem ersten Versuche darauf ankam zu zeigen, „daß durch solche mit rein empirischer Methode geführten, auf zahlenmäßiger Grundlage beruhenden Untersuchungen Resultate gewonnen werden können, die geeignet sind, uns die Lebensbedingungen verständlich zu machen, die die herrschende Macht unserer Zeit, die Technik, breiten Massen unseres Volkes schafft.“ Aber, wie vom Verein für Sozialpolitik ja auch von vornherein angenommen wurde, wird man erst von wirklichen Resultaten sprechen können, wenn eine ganze Reihe solcher Arbeiten vorliegt. Jedenfalls ist eine gewisse Vorsicht angezeigt, derartige Erhebungen in einem Betriebe, der vielleicht besondere Eigenarten hat, als allgemein gültig für das ganze Gewerbe anzusehen.

Von den bis jetzt weiter vorliegenden, weniger umfangreichen Untersuchungen wird in einem zweiten Artikel die Rede sein.

„Schwarze Listen“ in der preussischen Bauverwaltung sollen, wie die „Deutsche Industriebeamten-Ztg.“ behauptet, seit Jahren im Schwunge sein, und zwar richten sich diese schwarzen Listen in erster Linie gegen die bei der Bauverwaltung auf Privat-Dienstvertrag angestellten Bautechniker, Architekten, Landmesser, Zeichner usw. „Sobald einer von ihnen aus irgend einem — oft nur geringfügigen — Grunde sich mißliebig gemacht hat und deshalb gekündigt ist, ergeht gegen ihn ein Geheimverbot an sämtliche Behörden, der seine weitere Anstellung im Staatsdienst unmöglich macht.“ Die „Industriebeamten-Ztg.“ teilt aus einer Reihe derartiger Erlasse Einzelheiten mit. Aus diesen geht hervor, daß es keineswegs nur ehrenrührige oder schwere Vergehen, sondern auch anscheinend geringfügige Vorkommnisse sind, welche den Erlaß einer solchen Sperrverfügung zur Folge haben. Die Zahl der für immer entlassenen Techniker betrug bei der Bauverwaltung im Sommer 1909 18, und es sollen fast allmonatlich neue hinzukommen sein. Als im Januar 1909 die Interpellation des Grafen v. Humpel über die schwarzen Listen im Reichstag vorstand, hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten an die Behörden ein Rundschreiben gerichtet, worin es hieß: „Obgleich ich annehme, daß im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung schwarze Listen oder dergleichen nicht geführt werden, so ersuche ich dennoch darüber zu berichten, ob sie bei einzelnen Bauverwaltungen im Gebrauch sind.“ Die „Deutsche Industriebeamten-Ztg.“ behauptet nun, daß trotz dieses Schreibens die schwarzen Listen-Erlasse nicht nur nicht aufgehört, sondern noch zahlreicher wurden. Aus den von dem Blatte mitgeteilten Auszügen, bei denen Zeitangaben fehlen, ist es nicht ersichtlich, ob es sich um wirkliche schwarze Listen aus der Folgezeit handelt. Die eine im Wortlaut mitgeteilte Verfügung vom März 1909 geht unmittelbar vom Minister der öffentlichen Arbeiten aus und erklärt einen Bautechniker nach den bisher mit ihm gemachten Erfahrungen für ungeeignet zur Weiterbeschäftigung bei der Staatsbauverwaltung. Von einer eigentlichen schwarzen Liste ist wohl hier keine Rede. Anders läge der Fall, wenn verschiedenartige Behörden unter einander insgeheim verabreden, eine bestimmte Person ohne Angabe von Gründen, gegen deren Vorwürfe sie sich rechtfertigen könnte, dauernd auszusperrten. Dafür ist aber

nur ein Beleg in dem gemeinschaftlichen Erlasse des Bautechnischen und Landwirtschaftsministers aus dem Jahre 1906 von der „Industriebeamten-Ztg.“ beigebracht. Die Allmacht einer staatlichen Verwaltungsbehörde als Arbeitgeber gegenüber dem einzelnen Angestellten, der von einem unteren Vorgesetzten verurteilt wird, meist ohne sich vor einer höheren Instanz verteidigen zu können, ist an sich so drückend und weitgreifend, daß eine besondere Geheimkoalition verschiedener Behörden gegen die Entlassenen nicht nötig erscheint. Jede Staatsbehörde stellt in sich schon einen gewaltigen Arbeitgeberverband dar.

Die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen beiderlei Geschlechts und erwachsenen Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 hatte nach der Statistik des Deutschen Reichs folgenden Umfang:

In 95 804 Fabriken wurden jugendliche männliche und weibliche Arbeiter und in 88 889 Anlagen erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Jugendlichen betrug 468 086, darunter waren 11 542 Kinder unter 14 Jahren, und zwar 6166 Knaben und 6376 Mädchen. Von den übrigen Jugendlichen (14 bis 16 Jahren) waren 290 277 männliche und 156 268 weibliche. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der beschäftigten Kinder um 520 gesunken, die Verminderung entfällt fast ausschließlich auf die Beschäftigung von Knaben, die Zahl der beschäftigten Mädchen hat nur um 9 abgenommen. Bei den jungen Leuten zwischen 14 bis 16 Jahren, deren Zahl gegen das Vorjahr von 440 255 auf 446 540 gestiegen ist, entfällt die Zunahme hauptsächlich auf die jungen Mädchen, von denen 5605 mehr gezählt wurden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen — 1 190 241 — waren 462 976 unter 21 Jahre alt und 727 265 älter. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Zahl der erwachsenen werktätigen Arbeiterinnen um rund 40 000 gehoben.

Rechtspflege.

Die Jugendlichen in der Strafprozeßordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission.

Von den mannigfachen Abänderungen, die die Strafprozeßordnung in der Reichstagskommission erfahren hat, interessieren an dieser Stelle hauptsächlich diejenigen, die sich mit dem Strafverfahren gegen die Jugendlichen beschäftigen, abgesehen von der Bestimmung über das sogenannte Legalitätsprinzip, daß nämlich — § 155a — bei Übertretungen die Staatsanwaltschaft von Erhebung der Klage absehen kann, wenn die Verfehlung wegen des Grades der Verschuldung und den Folgen der Tat geringfügig ist. Bei dem Verfahren gegen Jugendliche sind leider alle die Bestimmungen der ersten Lesung, die einen wirklichen Fortschritt in dem Strafverfahren gegen die Jugendlichen bedeuteten, in der zweiten Lesung wieder gestrichen worden. Trotzdem teilen wir auch die Beschlüsse der ersten Lesung mit, da sie als wertvolles Material für die Zukunft erscheinen. In der ersten Lesung war bestimmt worden, daß den Jugendlichen nicht bloß in den Sachen, die vor den Landgerichten in erster Instanz zu verhandeln sind, sondern überhaupt in Sachen vor den Landgerichten, also auch solchen, in denen es sich um die sogenannten Überweisungsdelikte handelt, ein Verteidiger bestellt werden muß. Dieser Beschluß ist in der zweiten Lesung aufgehoben und der Entwurf wieder hergestellt worden. Dies ist um deswillen von großer Bedeutung, weil die sogenannten Überweisungsdelikte durch die Novelle eine beträchtliche Erweiterung erfahren haben.*)

Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung kann überhaupt ausgeschlossen werden, wenn sie einen nachteiligen Einfluß auf den Jugendlichen besorgen läßt; auch können jugendliche Personen zeitweise entfernt werden, wenn dies im erzieherischen Interesse wünschenswert erscheint und ihr Vertreter oder Beistand zustimmt; endlich soll die Hauptverhandlung in Abwesenheit der jugendlichen Angeklagten und jugendlichen Zeugen der in derselben Sitzung zu verhandelnden anderen Fälle stattfinden (§ 372).

In der ersten Lesung waren für Jugendliche unter 16 Jahren besondere Bestimmungen dahin getroffen worden, daß die Staatsanwaltschaft von Erhebung der öffentlichen Klage absehen kann,

*) § 23² des Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt nämlich: „Soweit das Amtsgericht nicht schon nach § 23¹ zuständig ist, kann seine Zuständigkeit dadurch begründet werden, daß der Staatsanwalt bei ihm die Anklage wegen eines zur Zuständigkeit der Landgerichte gehörigen Verbrechens oder Vergehens erhebt. — Der Staatsanwalt soll die Anklage bei dem Amtsgericht nur erheben, wenn anzunehmen ist, daß wegen der strafbaren Handlung auf keine schwerere Strafe als Gefängnis von sechs Monaten oder Geldstrafe von 1500 M allein oder neben Haft oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen und auf keine höhere Buße als 1500 M zu erkennen sein wird.“

wenn Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen einer Bestrafung vorzuziehen sind. Vor der Entschliessung sollte die Vormundschaftsbehörde gehört werden. In der zweiten Lesung ist die Unterscheidung zwischen Jugendlichen unter und über 16 Jahren wieder beseitigt worden. In Abänderung des in erster Lesung gefassten Beschlusses soll vor der Entscheidung, ob öffentliche Klage zu erheben sei, die Vormundschaftsbehörde dann gehört werden, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen handelt. Ist Klage erhoben, so kann auch dann noch das Gericht das Verfahren durch Beschluss einstellen, der nunmehr — in zweiter Lesung — für unanfechtbar erklärt ist (§ 375b). Endlich hat der § 376 folgende Fassung erhalten:

„Hat der Verdächtige das 18. Lebensjahr vollendet, die Tat aber vorher begangen, so kann die Staatsanwaltschaft von Erhebung der Klage absehen, wenn die Verfehlung wegen des Grades der Verschuldung und der Folgen der Tat geringfügig ist oder sonstige besondere Umstände es rechtfertigen. Hat sie Klage bereits erhoben, so kann das Gericht auf ihren Antrag das Verfahren einstellen.“

Erlassung eines Strafbefehls ist gegen Jugendliche ausgeschlossen, soweit es sich nicht um eine Übertretung handelt. — Die in einer Strafverfügung oder einem Strafbefehl getroffene Straffestsetzung soll auch dem etwaigen gesetzlichen Vertreter des Angeklagten mitgeteilt werden. — Der Beschluss der ersten Lesung, daß Volksschullehrer wie alle anderen Personen zum Schöffens- und Geschworenennamte berufen werden können, wurde ebenfalls wieder gestrichen. Danach sollen Volksschullehrer künftig nur zum Amt eines Schöffen bei den Jugendgerichten berufen werden.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Verbandskalender für 1911

liegen der „Sozialen Praxis“ von einer ganzen Reihe von Organisationen vor. Die meisten dieser durchweg in Reinen geschmackvoll gebundenen Büchlein von 200–250 Seiten Umfang gehen über den Rahmen des üblichen Kalenderinhalts wesentlich hinaus und bieten allerlei besonders für die betreffenden Berufsvereine Interessantes.

So enthält der „Malerkalender“ des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands neben allgemein unterrichtenden Mitteilungen und Statistiken eine ganze Reihe von fachtechnischen Aufsätzen (z. B. Richtpunkte der modernen Dekorationsmalerei; die Gistigkeit der chromhaltigen Farben usw.). Der „berufliche“ und „gewerkschaftliche“ Teil geht auf die Fragen des Arbeitsstands, auf die Entwicklungsgeschichte des Verbandes, seine Organisation und seine Unterstützungseinrichtungen ein. Auch den Konkurrenzorganisationen der christlichen und Hirsch-Dunker'schen Maler wird eine vergleichende statistische Tafel gewidmet.

Der „Almanach des deutschen Holzarbeiterverbandes für 1911“ verrät die sichere Aufmachungskunst, die an den meisten Veröffentlichungen dieses Verbandes den Benutzer so erfreulich berührt. Wie in allen Vorjahren befehrt auch der diesjährige „Almanach“ den Leser den Abdruck einiger geschichtlicher Denkwürdigkeiten aus der Arbeiterbewegung und besonders der Holzarbeiterorganisation früherer Zeiten. Aus der reichen Fülle der sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Aufsätze ist der Jahresüberblick über die Tätigkeit der Holzarbeiterorganisationen für den, der zusammenfassende Belehrung sucht, besonders willkommen. Endlich bietet der Almanach ein kleines alphabetisches Wörterbuch des gewerblichen Rechts im Umfange von 17 Seiten.

Der „Notizkalender des Verbandes der Fabrikarbeiter“ gibt neben reichlichem gewerkschaftlichen auch einigen wirtschaftspolitischen Stoff, widmet den Konsumgenossenschaften einen längeren Aufsatz und gibt ein umfassendes Adressenverzeichnis der Gewerkschaften.

Besonders hübsch stellt sich der „Notizkalender des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ vor. Aus seinem Inhalt sind neben vielen anderen ein Überflusse- und ein Alkoholmerkblatt, Mitteilungen über die deutsche Arbeiterkassens- und Arbeiterversicherungs-gesetzgebung, und ein Fremdwörterbuch zu nennen. Umfassende Lohnübersichten für die verschiedenen Gemeindearbeitergruppen in den wichtigsten Städten, in denen der Verband arbeitet, bilden eine brauchbare Quelle zur Belehrung über die Lage der Gemeindearbeiter.

Das zum vierten Male erscheinende „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften“ zeichnet sich durch mehrere grundsätzliche, gutgeschriebene Aufsätze über den internationalen Arbeiterkampf, über Klassenkampf oder Gewerkschaftsolidarität und über christliche Arbeiterbewegung und Staat aus. Den bedeutsamen Inhalt dieses Aufsatzes hat die „Soziale Praxis“ auf Sp. 235 teilweise wiedergegeben. Schärfer als die anderen Kalender sucht das Jahrbuch die Eigenart seiner Herausgeber gegenüber den Gewerkschaften anderer Richtungen herauszuarbeiten.

Auf etwas anderer Grundlage als diese Kalender der Arbeitergewerkschaften bewegen sich die Kalender der Angestelltenverbände. Schon durch den dicken Umfang heben sich Jahrbücher dieser meist besser besoldeten Arbeitnehmerschichten von den schlankeren Kalendern der Handarbeiter ab. Aber die äußere Gewandung der letzteren übertrifft vielfach die der Beamtenjahrbücher an Geschmack. Bezeichnend ist ein weiterer Unterschied. Die Angestellten-Jahr- und Taschenbücher sind mehr oder weniger mit Geschäftsanzeigen durchsetzt, selbst mitten im Textteile tauchen sie mitunter auf; die Arbeiterkalender sind von solchen Nebenzwecken bisher frei.

Das im 12. Jahrgange erschienene „Jahrbuch des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig“ unterrichtet vor allem über Geld-, Bank- und Börsenwesen, Handels- und Verkehrsfragen, gibt Auszüge aus einer ganzen Anzahl wichtiger Gesetze sowie ein alphabetisches Wörterbuch des kaufmännischen Rechts. Das Jahrbuch des „Vereins für Handlungs-Commiss von 1858“ in Hamburg veröffentlicht neben dem sozialpolitischen Programm des Vereins Beiträge zur sozialen Lage stellungsuchender Handlungsgehilfen und Angaben über Gehalts- und Anstellungsverhältnisse, notwendige Ausgaben, erforderliche Sprachkenntnisse, Arbeitszeit, Klima usw. aus 69 Orten in England, Dänemark, Norwegen, Schweden und Rußland. Der übrige Inhalt ist wesentlich wirtschaftstechnischer Natur. Ausschließlich auf diese Dinge ist das „Taschenbuch für Bankbeamte“ (1910) zugeschnitten. In zwei Bänden tritt alljährlich der „Kalender für Gemeindebeamte“ auf, den der Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens herausgibt. Hier nehmen Genealogien, Wappenbeschreibungen, Ordens- und Titelverzeichnisse einen beträchtlichen Raum ein; daneben treten im ersten Bändchen ausführliche Mitteilungen über den Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens, über Schul-, Steuer-, Verkehrsweisen sowie über Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung. Der zweite Band bringt Rechts- und Verwaltungs Gesetze und Verordnungen, Beamten-Gesetzgebung, neue beamtenrechtliche Entscheidungen, Besoldungsordnungen und dergleichen mehr. Das neue Stellenvermittlungs-Gesetz ist in dieser bis auf die neueste Zeit fortgeführten Sammlung bereits enthalten, ebenso das Gesetz betr. Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern.

Ein nützlicher und gediegener Hauschatz sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Belehrung ist in diesen Kalendern vereinigt, die der Freude am sozialen Organisationsleben entsprossen sind und ihm auch wiederum dienen sollen. Der Kalender erinnert bei täglicher Benutzung die Vereinsmitglieder immer aufs neue an die allgemeinen Fragen des Berufs, an das, was sich durch verständiges Zusammenwirken und planvolle Regelung des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens erreichen läßt und was künftig noch erreicht werden muß.

Der „Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände“, der am 16. Oktober auf der Magdeburger Tagung (Sp. 107) begründet wurde, trat am 11. Dezember in Magdeburg zur Beratung seiner Richtlinien und seiner Organisation zusammen. Vertreten waren der Bund deutscher Wertvereine durch 10 Abgeordnete, der Bund vaterländischer Arbeitervereine durch 6, der Bund der Bäcker (Konditor-) Gesellen Deutschlands durch 2, der Zentralausschuß fremdländischer Berufsvereine und das Deutsche Arbeiterpartei Unterelbe durch je 1 Abgeordneten; nicht vertreten war der Verband der vaterländischen Arbeitervereine des Herzogtums Allenburg. Insgesamt vertraten die 20 Abgeordneten fast 200 Vereine mit rund 110 000 Mitgliedern. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig der Vorsitzende des Kartells der gelben Arbeitervereine E. Fichtner - Berlin gewählt, zum zweiten Vorsitzenden der Geschäftsführer des Bundes vaterländischer Arbeitervereine Redakteur Feuer - Berlin, und zum dritten der Vorsitzende des Bundes der Bäcker (Konditor-) Gesellen G. Wischnowski - Berlin. Man einigte sich auf folgende Leitsätze:

1. Die nationale Arbeiterbewegung umfaßt alle auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung stehenden deutschen Arbeiter, welche in gewerkschaftlichen Fragen von der Überzeugung ausgehen, daß die Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber überwiegend gleichlaufend sind und daß die beiderseitigen Interessen am besten gewahrt und gefördert werden durch ein ehrliches und friedliches Zusammenwirken beider Teile.

2. Alle hiernach in Betracht kommenden Arbeitervereinigungen treten in größeren Städten bezw. Bezirken zu Ausschüssen zusammen. Der Hauptausschuß schlägt vor: Vereine bis zu 500 Mitgliedern entsenden einen Vertreter, Vereine mit mehr als 500 bis 1000 Mitgliedern zwei Vertreter in den Ausschuss. Für jedes angesehene weitere Tausend Mitglieder entsenden die angeschlossenen Vereine einen weiteren Vertreter.

3. Die gesamten örtlichen Ausschüsse haben eine Spitze in dem Hauptausschuß. Dieser wird gebildet aus den Vertretern der zu der nationalen Arbeiterbewegung gehörenden einzelnen Verbände. Jeder Verband entsendet auf je 5000 Mitglieder einen Vertreter in den Haupt-

ausschloß. Die Vertreter müssen gleichzeitig Mitglieder eines örtlichen Ausschusses sein.

4. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die Interessen der nationalen Arbeiterschaft nach jeder Richtung hin zu vertreten und der Sozialdemokratie sowie den gewerkschaftlichen Kampforganisationen entgegenzuwirken. Die Verfolgung einseitig parteipolitischer Ziele sowie die Erörterung religiöser Fragen sind ausgeschlossen. Eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Vereine und Verbände steht den Ausschüssen nicht zu. Die Schaffung von Rassen-einrichtungen für die Mitglieder bleibt den einzelnen angeschlossenen Verbänden überlassen.

5. Bei allen Wahlen werden die Ausschüsse diejenigen Kandidaten unterstützen, welche der nationalen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen und gewillt sind, ihre Gesichtspunkte nach Möglichkeit zu vertreten.

6. Der Hauptausschuß hat außerdem die Aufgabe, bei der Beratung sozialer Gesetze an den zuständigen Stellen im Sinne der nationalen Arbeiterschaft zu wirken, statistisches Material über die nationale Arbeiterbewegung zu sammeln und zu verarbeiten und Mitteilungen über diese Bewegung herauszugeben.

In der Besprechung „aktueller Tagesfragen“ stand der „Schuß der Arbeitswilligen“ und das „Verbot des Streikpostenstehens“ obenan. Der vom Hauptausschuß versandte Zeitungsbericht sagt darüber:

Nach lebhaftem Hin und Wieder, in dem der eine strengere gesetzliche Maßnahmen forderte, der andere mit den bestehenden Gesetzen bei richtiger Anwendung auszukommen glaubte, einigte man sich auf einen Antrag Heß (Essen), der dahin ging, der Hauptausschuß möge vorerst einwandfreies Material sammeln und dann an der Hand dieses Materials eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob ein neues Gesetz zu beantragen oder nur eine strengere Durchführung der bestehenden Gesetze zu fordern sei.

Weiter wurde ein Antrag Hoffmeister-Magdeburg, von der Staatsregierung Maßnahmen zur Wilderung der Fleischsteuerung zu fordern, mit 16 Stimmen angenommen. 3 Vertreter enthielten sich der Stimme, 1 stimmte dagegen. Zum Arbeitskammergesetz nahm man einstimmig im Sinne des Antrags Heß-Essen Stellung:

Die Werk- und nationalen Arbeitervereine haben selbst kein Interesse daran, daß Arbeitersekretäre in die Arbeitskammer gewählt werden, der Eintritt der Sekretäre der Kampfgewerkschaften aber liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Nach den gemachten Erfahrungen können diese (?) nur wirksam gefördert werden durch ein ehrliches und friedliches Zusammenarbeiten der Arbeiter und Arbeitgeber. Die Arbeitersekretäre der Streikgewerkschaften wirken aber grundsätzlich im entgegengesetzten Sinne.

Bei der Erörterung der Reichsversicherungsordnung sprach man sich für unbedingte Aufrechterhaltung der Betriebskranken-kassen in voller Unabhängigkeit von den Ortskrankenkassen aus; ebenso „im Interesse der Verdrängung der Sozialdemokratie für die Einführung der Hälfelung der Beiträge und der Stimmrechte in der Krankenversicherung, ferner für allgemeine Einführung der Verhältniswahl“. Einstimmig angenommen wurde schließlich ein Antrag Wischnowski-Berlin im Namen des Bundes der Bäcker (Kobitor-) Gesellen Deutschlands:

Der Hauptausschuß solle bei allen angeschlossenen Verbänden und Vereinigungen dahin wirken, daß bei etwaigen Boykotts im Bäckergewerbe die Mitglieder der nationalen Vereine ganz entschieden gegen den Boykott Stellung nehmen, um dadurch einmal die nationalen Gesellen vor Terrorismus, zum andern aber das Kleingewerbe vor dem Ruin zu schützen.

Ein Antrag Gneuß-Zittau auf Stellung zum Heimarbeitengesetz wurde dem Hauptausschuß zur weiteren Bearbeitung übergeben; ebenso ein Antrag Fichtner, daß die Organisationen für die Handlungen und Übergriffe ihrer Angestellten verantwortlich gemacht werden können. Endlich beriet man über Regelung der Kosten, Austausch der Verbandszeitungen, über die Vertretungsrechte neuangemeldeter Vereine im Hauptausschuß (Bedingung des Anschlusses an bestehende größere Verbände) und tauschte mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gegenseitige Beglückwünschungen zum Kampfe für „persönliche Freiheit und Selbstbestimmung“ aus. Die nächste Tagung des „Hauptausschusses nationaler Arbeitervereine“ wird 1911 in Eisenach stattfinden.

Streiks und Aussperrungen.

Von der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Nach dem Empfang der ablehnenden Antwort des Vorstandes des Zechenverbandes (Sp 341) haben die Organisationen der Bergarbeiter Versammlungen und Konferenzen abgehalten. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter veranstaltete am 11. Dezember im Ruhrrevier 70 Versammlungen, in denen zur Lohnfrage Stellung genommen wurde; nach Mitteilung der Gewerkevereinsleitung erklärten alle Versammlungen einmütig ihre Zustimmung zu dem

Vorgehen des Vorstandes. Am 14. Dezember fand dann in Bochum eine Konferenz der Organisationsvorstände des Alten Bergarbeiterverbandes, des S.-D. Gewerbevereins und der polnischen Berufsvereinigung statt. Über den Verlauf wird berichtet:

Die Antworten des Zechenverbandes und der fiskalischen Grubenverwaltung des Ruhrreviers auf die Forderungen der oben genannten Verbände wurden vorgelegt und erörtert. Bei den Konferenzteilnehmern bestand Einmütigkeit darüber, daß die Begründung des Zechenverbandes und der königlichen Bergwerksdirektion die ablehnende Haltung nicht rechtfertigen könne. Es wurde deshalb beschlossen, in kürzester Frist Revierkonferenzen stattfinden zu lassen und mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter die weiter einzuleitenden Schritte zu beraten. Die Vorstandskonferenz protestierte gegen die Mitteilungen in der Presse, wonach die Verbände bei ihrer Lohnbewegung politische oder sonstige Nebenzwecke im Auge haben. Die Lohnbewegung diene lediglich der Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Die Konferenz spricht schließlich ihr Bedauern darüber aus, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands versuche, die Bewegung auf das politische Gebiet hinüber zu ziehen.

Vom Zechenverband wird die Angabe des Gewerbevereins der christlichen Bergarbeiter, „im ersten Halbjahr 1910 sei das Lohneinkommen der Bergleute noch etwas weiter zurückgegangen“, bestritten. Vielmehr sei das Einkommen im 1. Halbjahr 1910 mit 661 M um 7 M höher gewesen als im 1. Halbjahr 1909, wo es 654 M betragen habe. Diese Tatsache wird vom Gewerbeverein zugegeben, aber zugleich festgestellt, daß es sich hierum gar nicht gehandelt habe. Vermiesen sei vielmehr mit aller Deutlichkeit in der Eingabe auf den ganzen Jahresverdienst von 1907 und von 1909 und dann betont, daß der Verdienst im 1. Halbjahr 1910 noch einen kleinen Rückgang aufzuweisen habe: „Der Jahresverdienst — und etwas anderes ist für 1909 nicht genannt — betrug 1350 M und davon die Hälfte ist 675 M. Da nun im 1. Halbjahr der Verdienst nur 661 M betrug, so hat der Gewerbeverein doch nichts Unrichtiges behauptet.“ Auf diese Weise haben allerdings beide Teile recht.

Die Aussperrung in Pforzheim steht noch auf dem alten Fied. Die Klagen der Fabrikanten, die doch selbst 2/3 der jetzt unfreiwillig feiernden Arbeiter die Arbeitsstätten versperrt haben, über Belästigungen der Arbeitswilligen wollen nicht verstummen. Es kann sich das nur auf einzelne, nicht der Aussperrung beigetretene Betriebe beziehen, und zwar wohl solche, die hauptsächlich von Arbeitern aus den badischen und württembergischen Nachbarorten bedient werden. Zum Schutze dieser Arbeitswilligen hat die badische Regierung die Gendarmenpatrouillen im Schwarzwald verstärkt, und die württembergische Regierung hat in dem Grenzorte Enzberg ein Streikpostenverbot erlassen. Im Gebiete von Pforzheim selbst herrscht gute Ordnung. Im Verlaufe des ganzen Kampfes sind bis zum 9. Dezember 37 Anzeigen wegen Koalitionsvergehen bei den Behörden erstattet worden. Die Fabrikanten rechnen auf das finanzielle Unvermögen der Arbeiterorganisationen, die die wöchentliche Unterstützung der Ausgesperrten mit 150 000—200 000 M nach ihrer Meinung nicht lange durchführen können. Gegen die vertragsbrüchigen Streikenden werden zahlreiche Klagen beim Gewerbegericht angestrengt. Aufseiner in Folge eines Gesuchs arbeitswilliger Arbeiterkreise, die durch eine Abordnung am 12. Dezember den Minister des Innern in Karlsruhe um vermittelndes Eingreifen baten, hat die badische Regierung sich zu einem zweiten Friedensversuche entschlossen. Die „Karlsruher Ztg.“ meldete am 16. Dezember halbamtlich: „Angebot der schweren wirtschaftlichen Schädigung, welche bei einem längeren Stillstande der Geschäfte der Pforzheimer Edelmetallindustrie infolge der vor einigen Wochen entstandenen Lohnbewegung immer weitere Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung bedroht, und im Hinblick auf die großen Verluste des Mittelstandes durch die Ausfälle beim Weihnachtsgeschäft hält es das Ministerium für seine Pflicht, nochmals den Versuch zu machen, ob nicht eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Pforzheimer Edelmetallindustrie noch vor den Feiertagen herbeigeführt werden könnte. Zu diesem Zwecke hat sich das Ministerium gegenüber dem Arbeitgeberverbande für Pforzheim und Umgebung und den Vertretern der Arbeitnehmer bereit erklärt, an der Hand von Grundzügen, welche die Lohnregelung der Arbeiten der Kettenmacher einschließlich einer etwaigen Lohnverbesserung, die Heimarbeit und die Art der Schlichtung von Lohnstreitigkeiten betreffen, eine zunächst unverbindliche Aussprache zwischen den beiderseitigen Vertretern herbeizuführen: Handelskammer und Stadtrat wurden um Unterstützung dieses Schritts ersucht.“ Nach einer Mitteilung vom 19. Dezember hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Besprechung mit dem Ministerium abgelehnt, da der Metallarbeiterverband seine ursprünglichen Forderungen nicht zurückgezogen habe.

Lohnbewegung der Steinmetzen. Ende September legten die Steinmetzen des Elblandsteingebiets und Dresdens, trotz gleichzeitiger zentraler Tarifverhandlungen für Sachsen, die Arbeit nieder und forderten eine sofortige Zulage auf die bestehenden Tarife von 10 %. Daraus erwiderten die Steinmetzgeschäfte und Sandhiebwerke betriebsweise Einstellung. Es wurde aber nach einiger Zeit eine Einigung erzielt und die Sperre wieder aufgehoben. Ur-

gefähr gleichzeitig legten in Schlefien auf einer Reihe von Sandsteinbruchbetrieben die Steinmehnen die Arbeit nieder, um die Entlassung eines unbeliebten Werkführers durchzusetzen. Nach vergeblichen Vermittlungsversuchen wurden auch hier die Betriebe stillgelegt. Aber auch diese Sperre konnte sehr bald auf Grund neuer Einigungsverhandlungen aufgehoben werden, so daß eine Gefährdung der norddeutschen Bautätigkeit in beiden Fällen vermieden wurde. Im November traten zu diesen beiden Bewegungen noch solche im Odenwald, der Oberpfalz und in der Lausitz hinzu. Die Fichtelgebirgs-Granit-Aktiengesellschaft verlangte, um Aufträge zum Erweiterungsbau des Nord-Ostseehafens erlangen zu können, daß die Steinarbeiter in Neusorg (Oberpfalz) um 8% unter dem einige Monate vorher abgeschlossenen Tarif arbeiten sollten. Die Arbeiter gingen darauf nicht ein, weil die Löhne ohnehin im Fichtelgebirge zu schlecht seien und eine Kürzung der tariflichen Löhne bei Staatsbauten auf die Löhne bei privaten Aufträgen drückend wirken müßte. Im Odenwald handelt es sich um etwa 840 Granitarbeiter, die im Streik stehen. Erledigt ist ein Streik von 46 Steinmehnen in Eßelsbach (Main), wo die Arbeitgeber die schlechte Witterung zu starken Abfordlohnkürzungen benutzten; dort haben die Arbeiter wesentliche Zugeständnisse erreicht. Im Aufschaltstein-gebiet bei Würzburg ist ein Tarif vereinbart worden, der über 1000 Steinarbeiter angeht. Der Lausitzer Streik ist entstanden, weil die Steinmehnen in Zukunft die Kosten des Schärfens der Werkzeuge selbst übernehmen sollten. Die Lohnbewegungen in der Steinindustrie gehen mit einer starken Mitgliederzunahme des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter Hand in Hand; die Zahl ist im letzten Jahre von 17 000 auf 20 000 gestiegen.

Frieden in der britischen Schiffbauindustrie. Nach fünfzehnmöglicher Kampfesdauer und dem Scheitern früherer Verhandlungen ist am 8. Dezember in Edinburgh dank der Vermittlung des Board of Trade, das die neben dem Kesselschmiedeverbande beteiligten Gewerksvereine besonders für den Friedensgedanken zu erwärmen wußte, eine Verständigung unter den streitenden Parteien des „national agreement“ von 1908 zustande gekommen. Wenigstens haben die Führer des Kesselschmiedeverbandes und der 17 anderen beteiligten Gewerksvereine und die Vertreter des Arbeitgeberverbandes den Friedensvorschlägen des Board of Trade zugestimmt. Die Wiederbelebung des Geschäfts einzelner Werften und der moralische Eindruck des versöhnlichen Auftretens von Lord Furness, der entschieden zum Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern drängte, haben dem Arbeitgeberverband bestimmt, seine ursprünglichen Forderungen zur Durchführung des Tarif- und Schiedsvertrages zu mildern. Nach dem nunmehr zustande gekommenen Schiedsvertrage sollen Streikfälle ohne Rücksicht darauf, ob Arbeitseinstellungen unter Bruch des Abkommens von 1908 vorgekommen sind oder nicht, einem Ausschuss von je drei Vertretern aus dem Arbeitgeber- und dem Arbeiterlager, die jedoch den streitenden Werften nicht angehören dürfen, unterbreitet werden. Der Ausschuss soll entscheiden, wer an dem Streik schuld ist und ob die Arbeit vorläufig fortgesetzt werden muß. Die Arbeit darf unterdessen nicht eingestellt werden. Der Ausschuss muß innerhalb sieben Tagen zusammentreten und, wenn es sich um Reparaturarbeiten handelt, innerhalb drei Werktagen. Dadurch soll der bisherigen Verschleppung ein Ende gemacht werden. Falls die Mitglieder des Ausschusses sich nicht einigen können, soll von ihnen ein unabhängiger Unparteiischer ernannt werden, dessen Entscheidung als endgültig anzusehen ist. Wer nach Entscheidungen dieser Schiedsstellen eines Bruches des Werkabkommens in Verbindung mit einer Arbeitseinstellung schuldig befunden wird, soll, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, nach den Bestimmungen seines Verbandes abgeurteilt werden. Die Forderung einer Geldstrafe für Vertragsbruch haben die Arbeitgeber fallen gelassen. Die Nachprüfung der sachungsgemäßen Bestrafung des Schuldigen ist dem Ausschuss oder dem Unparteiischen anheimgegeben. In untergeordneten Streitfällen rein örtlichen Charakters sollen die beteiligten Vereine wechselseitig aus der Gegenpartei einen Vertreter aussuchen. Diese Vertreter müssen den Fall sofort entscheiden, ohne jedoch damit ein schiedsrechtliches Präzedenz zu schaffen. Die Vertreter des Schiffbauerverbandes widmeten eine Dankesfundgebung dem Minister des Board of Trade, Sydney Buxton, und Sir Hubert Newell Smith „für die sorgsame Umsicht, mit der sie für den Frieden in unserer Industrie gewirkt haben; ebenso Herrn G. R. Aspinall und seinen Kollegen, den Herren Mitchell und Cummings. Ihre Bemühungen waren unseren verschiedenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern sehr förderlich.“ Die Abstimmung der Mitgliedschaften des Kesselschmiedeverbandes, die am 14. Dezember abgeschlossen war, hat im Gegensatz zu der Haltung der Mitglieder im November diesmal eine überwältigende Mehrheit für die Annahme des Gewährleistungsvertrages zum Abkommen von 1908 ergeben. 13 715 stimmten dafür und nur 1290 dagegen. Am 15. Dezember wurde die Arbeit, die fast 15 Wochen geruht hatte, in Newcastle wieder aufgenommen. Der Kampf, der

gegen 30 000 Arbeiter an der Nordostküste und am Clyde betroffen hat und sich wesentlich um Rechtsfragen drehte, hat den Kesselschmieden etwa 330 000 £ und den übrigen Werftarbeitern etwa 500 000 £ Lohnausfälle verursacht. Der bloße Gewinnentgang der Unternehmer wird auf 150 000 £ geschätzt. Mithin ist, wie sich die „Daily News“ ausdrücken, die britische Schiffbauindustrie „für diese Aussperrung mit 20 Millionen Mark bestraft worden“.

Arbeiterschutz.

Eingabe betr. Bleifarben.

Die Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, Ende September 1910 in Lugano, hat sich, wie wir in Nr. 1 Sp. 6 dieses Jahrgangs berichtet haben, ebenso wie in den vorhergehenden Jahren mit der Bleifarbe beschäftigt. Ihr lag eine Eingabe des Bureaus und der Landessektionen zur Beschlussfassung vor, in der an die Regierungen die Bitte gerichtet wird (vergl. XIX, Sp. 1258):

1. in Ländern, in denen bisher die Gesetzgebung oder die Verwaltungsbehörde noch nicht mit einem Verbot der Verwendung von Bleifarben zu gewerblichen Maler-, Anstreicher- und Lackiererarbeiten vorgegangen, möge ein solches möglichst weitgehendes Bleifarbenverbot, insbesondere ein Verbot der Bleifarbenverwendung zu Innenanstrichen, erlassen werden;
2. es möge angeordnet werden, daß Bleifarben, soweit man ihre Verwendung überhaupt gestattet, nur in solchen Gefäßen und Verpackungen in den Handel und in Gebrauch kommen dürfen, die in deutlicher und allgemein verständlicher Weise die Bezeichnung des Inhaltes als „bleihaltig und giftig“ tragen.

Diese Eingabe, in deren Sinne die Delegiertenversammlung die Landessektionen vorzugehen beauftragt hat, enthielt eine kurze Zusammenstellung der bisher in den einzelnen Ländern bestehenden Gesetze und Verordnungen zum Schutze gegen Bleivergiftungen. Diese Zusammenstellung zeigt, daß die weitestgehenden Bestimmungen das französische Gesetz vom 20. Juli 1909 aufzuweisen hat, welches die Verwendung von Bleiweiß, bleihaltigem Leinöl und jeder bleiweißhaltigen Verbindung bei allen Malerarbeiten im Innern und auf der Außenseite von Gebäuden nach Ablauf des 5. Jahres nach Bekanntmachung des Gesetzes völlig verbietet und nur eine Verordnung in Aussicht stellt, die besondere Arbeiten ausdrücklich bezeichnet, für die eine Ausnahme gestattet werden kann. Der Tragweite dieses Gesetzes kommt das österreichische vom 1. April 1909 am nächsten, das die gewerbmäßige Verwendung von Bleiweiß oder sonstigen bleihaltigen Farben und Kitten zu Innenanstrichen untersagt. In diesem Gesetze sind freilich ziemlich weitgehende Ausnahmen vorgesehen, unter denen besonders die Befugnis der Gewerbebehörde beachtenswert ist, unter Festsetzung der erforderlichen Vorkehrungsregeln die Verwendung bleihaltiger Farben in den Fällen zuzulassen, in denen sonst die Arbeit der heimischen Industrie entgegen würde. Diese Bestimmung zeigt besonders deutlich die Notwendigkeit internationaler Lösung der Bleifarbe.

Neben diesen gesetzlichen Verboten finden sich in einer Reihe von Staaten Beschlüsse einzelner Körperschaften, für die von ihnen zu vergebenden Arbeiten Bleifarben nicht zuzulassen. Dahin gehören zahlreiche französische Ministerialerlasse, welche heute noch in Geltung sind, da ja das angeführte weitgehende Gesetz von 1909 erst im Jahre 1914 in Kraft tritt. Ferner gehören hierher Beschlüsse des Schweizerischen Bundesrats, des belgischen Justiz- und Kriegsministeriums, der k. k. Statthalterei von Österreich unter der Enns (weitergehend als das Gesetz vom 1. April 1909, daher noch in Kraft), sowie einige Kantone und Städte der Schweiz; in Deutschland*) haben die Generaldirektionen der Württembergischen und Badischen Staatseisenbahnen und die Hochbaudeputationen der Städte Berlin und Charlottenburg (XIX, Sp. 121 und 678)

*) Für Deutschland kommt außerdem bekanntlich die Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905 in Betracht. Sie verbietet das Anreiben von Bleiweiß mit Öl oder Firnis mit der Hand, läßt das Abschleifen und Abblenden trockener Eisfarbenaufstriche oder Spachtel, die nicht nachweislich bleifrei sind, nur nach vorheriger Aufsehung zu und trifft verschiedene Sauberkeitsmaßregeln, besonders für den Fall der Reinigung der Malerbetriebe mit anderen Betrieben. Diese Verordnung ist zwar nicht ohne Erfolg gewesen, hat aber die Giftgefahr nicht beseitigen können.

ähnliche Verbote erlassen. Ohne daß bisher gesetzgeberische Folgen gezeitigt wurden, sind ferner in einigen Staaten eingehende Untersuchungen und Erhebungen über die Bleifrage veranstaltet worden, die vor allem die Ersehbareit durch Zinkfarben zum Gegenstande hatten, so in den Niederlanden und in Dänemark.

Zur Förderung der Deklarationspflicht hat die genannte Eingabe ebenfalls reichliches Material geboten; hier wurde das Schwergewicht mehr auf die rechtliche Seite der Frage gelegt. Die Eingabe entkräftet die prinzipiellen Einwendungen, die gegen derartige Eingriffe in das Geschäftsleben erhoben zu werden pflegen, durch den Hinweis auf schon vorhandene Fälle von Deklarationspflicht: so hat die Schweiz weitgehenden Deklarationszwang im Verkehr mit Lebensmitteln, Österreich auf denselben Gebieten mit besonderer Berücksichtigung der Färbung von Lebensmitteln sowie der Saccharin- und Margarineartikel. Die deutsche Gesetzgebung kennt die Deklarationspflicht für Margarine, Margarinefäße und Kunstspeisefette, sowie für mit künstlichen Süßstoffen hergestellte Nahrungs- und Genußmittel; außerdem ist für Preußen der Deklarationszwang für abgekochte und sterilisierte Milch vorgesehen, aber nicht für die giftigen Bleifarben.

Für den Verkehr mit bleihaltigen Farben selbst hat Österreich die Deklarationspflicht 1909 eingeführt, und zwar nachdem es bereits 1908 diese Pflicht für deren Gebrauch angeordnet hatte. Gerade die Wichtigkeit der letzteren Einrichtung wird in der Eingabe sehr stark betont, da der Schutz des Käufers vor den zahllosen Phantasienamen bleihaltiger Farben nicht ausreicht, sondern wirksam durch den Schutz der Gewerbetreibenden und Arbeiter ergänzt werden muß, indem ausdrücklich alle Gefäße und Behälter, welche zur Aufnahme von Bleifarben dienen, die Bezeichnung „bleihaltig und giftig“ tragen; nur so wird auch derjenige geschützt, zu dem die Kenntnis der Gefährlichkeit der Bleiverbindungen noch nicht gedrungen ist.

Die Eingabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Inhalt wir im vorstehenden kurz skizziert haben, ist am 4. Dezember 1910 von der Gesellschaft für Soziale Reform, der Deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung, beim Reichsanzler (Reichsamt des Innern) eingereicht worden.

Der Kinderschutz in der Glasindustrie. Einer Anregung aus den Kreisen der Glasindustrie folgend, hatte sich der Ausschuß des Deutschen Handelstages am 15. Dezember 1909 für eine Änderung der Bundesratsverordnung vom 5. März 1902 über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten dahin ausgesprochen, daß Knaben, die nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, in Glashütten als Einträger beschäftigt werden dürfen. Erfreulicherweise hat das Reichsamt des Innern dem Deutschen Handelstag die Mitteilung gemacht, daß der Bundesrat beschlossen habe, diesem Antrag keine Folge zu geben, so daß also diese Durchlöcherung des Kinderschutzes nicht erfolgen wird.

Kellnerinnenchutz durch Gemeindeverordnung in Worms. Auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erließ der Gemeindevorstand der Stadt Worms eine Verordnung gegen die Anmierenkneipen, nach der Minderjährige ohne Erlaubnis und Vorbestrafte nicht als Kellnerinnen angestellt werden dürfen, die Kellnerinnen im Hause wohnen müssen, Prozente von Kaufpreis und Trinkgelber als Löhnung ausgeschlossen sein sollen. Die Verordnung bezieht sich auch auf Aushilfskellnerinnen.

Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie zu Ludwigshafen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat durch Anschlag vom 12. Dezember 1910 bekanntgegeben, daß für alle Arbeiter mit seither zehnstündiger Arbeitszeit die Neunstundenschicht vom 1. Januar 1911 bei gleichbleibendem Lohn eingeführt werden soll. Für die Zwölfstundenschichtarbeiter im ununterbrochenen Betriebe bleibt vorerst die Arbeitszeit bestehen, jedoch erfolgt als teilweiser Ausgleich eine Lohnerhöhung von 2 3/4 die Stunde. Es handelt sich in diesem chemischen Riesenbetriebe um etwa 7000 Arbeiter. Mit Rücksicht auf die oft sehr schädigenden Einwirkungen der chemischen Industriearbeit auf die Gesundheit der Arbeiter ist jede Verkürzung der Arbeitszeit, die dem Arbeiter die Erholung in frischer Luft ermöglicht, sehr zu begrüßen.

Die Nachtarbeit der Frauen in Belgien wird künftig verboten sein. Am 28. September 1910 ist in Belgien ein Gesetz erlassen worden, wodurch das in Vervin im Jahre 1906 geschlossene Übereinkommen betr. Verbot der Nachtarbeit für Frauen in der Industrie auch für Belgien in Wirksamkeit tritt.

Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in Frankreich wird bezweckt durch einen Initiativantrag, der der französischen

Deputiertenkammer im Februar 1910 eingereicht worden ist. Der Antrag wurde der Arbeitskommission zur Behandlung überwiesen, die zu Beschlüssen in durchaus zustimmendem Sinne kam. Die Kommission kam zu folgenden Feststellungen: Das Brot kann besser und reiner während des Tages erzeugt werden; das technisch stark zurückgebliebene Bäckerhandwerk würde sich mit dem Verbot der Nachtarbeit technisch vervollkommen und umgestalten. Die Arbeitnehmer seien einmütig in der Forderung der Tagesarbeit und auch die Arbeitgeber würden eine bessere Regelung der Arbeitszeit als Wohltat empfinden. Die Konsumenten im größten Teil von Frankreich würden von der veränderten Zeiteinteilung in gewissen Teilen von Paris würde man eine spätere Brotlieferung merken, dafür aber würden die Konsumenten frischeres und reineres Brot erhalten. Aus all diesen Gründen schlägt die Kommission vor, ein Gesetz zu erlassen, wonach die Erzeugung von Brot oder Backwerk zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens untersagt sein soll. Sämtliche Bäckereibetriebe, ohne Rücksicht auf ihre Größe, sollen gleichmäßig unter das Gesetz fallen.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftsstellen.

Berichtigung. Wir hatten in dem Aufsatz „Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909“ (Nr. 10 Sp. 312 Anm. 6) darauf hingewiesen, daß in der allgemeinen Statistik die Zeile, die den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin betrifft, drei bedauerliche Versehen enthalte, und hatten diese berichtigt. Es hat sich herausgestellt, daß die unrichtigen Angaben über den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin auf versehenlich falsche Ausfüllung des Fragebogens seitens des Vereins zurückzuführen sind. Das Kaiserliche Statistische Amt trifft infolgedessen an den fehlerhaften Angaben der Statistik keinerlei Ver schulden.

Der erste Jahrgang der „Gemeinnützigen Rechtsauskunft“ liegt abgeschlossen vor. Er ist in Buchform bei der Verlagsbuchhandlung Duncker & Humblot in Leipzig erschienen und zum Preise von 2 M. im Buchhandel zu haben.

Die Gründung von Rechtsauskunftsstellen für Frauen unter katholischer Leitung wurde auf der Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes (Düsseldorf, 26. Oktober 1910) beschlossen, und es wurde eine Kommission ernannt, welche das einschlägige Material sammelt, um den Zweigvereinen bei Neugründungen alle erforderlichen Auskünfte erteilen zu können. Die Antragstellerin betonte, die Frage, ob ein Bedürfnis nach Rechtsauskunftsstellen unter katholischer Leitung vorhanden sei, müsse in Anbetracht des Umstandes, daß die Beantwortung einer großen Menge von Rechtsfragen wesentlich abhängig sei von der Weltanschauung der Auskunftgebenden — es sei nur an Ehescheidungen, Vormundschaften, Alimentationsklagen usw. erinnert — unbedingt bejaht werden, und die Schaffung von katholischen Rechtsauskunftsstellen erscheine als eine der wichtigsten Aufgaben des Katholischen Frauenbundes. Der Antrag habe nicht die Tendenz, daß da, wo schon eine Rechtsauskunftsstelle bestehe, nun unbedingt daneben noch eine katholische treten solle. Das hänge von den örtlichen Verhältnissen ab.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Denkschrift der deutschen Gewerksvereine über das Versicherungsamt.

Die deutschen Gewerksvereine, insbesondere der Verfasser der Denkschrift, Anton Erkelenz, haben sich unstreitig ein großes Verdienst damit erworben, daß sie die Frage des Versicherungsamts in der Reichsversicherungsordnung noch einmal aufgerollt und hierbei die historische Entwicklung des Versicherungsamtsgebildens mit großer Deutlichkeit und Klarheit dargestellt haben. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß ein lokales Versicherungsamt in der Arbeiterversicherung eine unbedingte Notwendigkeit ist mit den Aufgaben: 1. eine Mitwirkung von Arbeitervertretern an den Vorbereitungen von Rentenansprüchen, 2. die Beschleunigung der Rentensatzfestsetzungen und ihre bessere Vorbereitung und 3. die Vereinheitlichung des Prozeßrechts in der Arbeiterversicherung zu erreichen.

Aus der Entstehungsgeschichte der bisherigen Arbeiterversicherungs-gesetzgebung sind vor allem die Mitteilungen interessant, die sich auf die früheren Versuche, die oben formulierten

Aufgaben der Versicherungsämter in der einen oder anderen Weise zu lösen, beziehen. So sah der Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vom 8. Mai 1882, der vom Reichstag abgelehnt wurde, für jede „Betriebsgenossenschaft“ und jeden „Betriebsverband“ einen „Arbeiterverschuß“ mit bestimmten Befugnissen vor; der Entwurf vom 6. März 1884 übernahm den „Arbeiterverschuß“ ebenfalls und wies ihm auch speziell die „Mitwirkung bei der Untersuchung von Unfällen“ zu, und diese Mitwirkung der Arbeiter bei der Feststellung der Unfälle erachteten die verbündeten Regierungen, wie Staatssekretär v. Bötticher ausdrücklich erklärte, als „das Minimum der Berücksichtigung der Interessen, welche die Arbeiter bei der Unfallversicherung zu beanspruchen haben“. Auch Arbeitgeber sprachen sich für eine wirkliche Mitbeteiligung der Arbeiter bei der Verwaltung der Berufs-genossenschaften aus. Inzwischen hatte der Zentralverband deutscher Industrieller gegen die „Arbeiterverschüsse“ mobil gemacht, während die Bildung der Genossenschaftsvorstände aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern für unbedenklich erklärt worden war, und in Übereinstimmung hiermit hatte die Reichstagskommission die Arbeiterverschüsse gestrichen und dafür die Zusammenlegung der Genossenschaftsvorstände aus Unternehmern und Arbeitern beschlossen. Dieser Beschluß wurde später jedoch von der Reichstagskommission wieder aufgehoben, ohne daß die Arbeiterverschüsse wieder hergestellt wurden, und als Ersatz dafür wurde lediglich das Institut der „Bevollmächtigten“, die namens der Krankenkassen an den Unfalluntersuchungen teilnehmen sollen, geschaffen.

Bei der Invalidenversicherung hatte man durch die paritätische Zusammenlegung von Ausschüssen und Vorständen der Landesversicherungsanstalten alle Streitfragen für gelöst gehalten. Da sich jedoch mit der Zeit zeigte, daß mit der formalen Gleichberechtigung noch nicht alles getan ist, suchte die Novelle vom 26. Februar 1897 die Bestellung örtlicher Vertrauensmänner der Unternehmer und der Versicherten und die Bildung örtlich abgegrenzter Sektionen zu ermöglichen. Nachdem dieser Entwurf — allerdings aus anderen Gründen — gescheitert war, sah der Entwurf vom 19. Januar 1899 die Schaffung örtlicher Rentenstellen vor, mit den Aufgaben, wie sie späterhin für die unteren Verwaltungsbehörden bestimmt wurden, und die Landeszentralbehörde sollte das Recht haben, den Rentenstellen statt der Begutachtung der Rentenanträge die Festsetzung der Rente zu übertragen. Das Gesetz hat dann die Errichtung von Rentenstellen den Versicherungsanstalten anheimgegeben, mit dem Erfolge, daß bis heute zwei solcher Stellen errichtet worden sind.

Die Denkschrift bespricht weiter die Anweisung des preussischen Handelsministers vom 15. November 1908, betreffend das Verfahren vor den unteren Verwaltungsbehörden in Invalidensachen, in der „in völligem Widerspruch zu dem Invalidenversicherungsgesetz für jeden Rentenanspruch mündliche Verhandlung, Zuziehung ärztlicher Sachverständigen, Zuziehung des Rentenbewerbers und seiner Vertreter, genug ein völliges Versicherungsamt, aber ohne und gegen das Gesetz“ eingeführt werde, und stellt hierzu fest: Das jetzt vorgeschriebene Verfahren vor der unteren Verwaltungsbehörde ist ungesetzlich. Ministerium, Landesversicherungsanstalten und Arbeiter wissen dies. Sie alle müssen schweigen, weil der Reichstag die nötigen Änderungen des Gesetzes ablehnt, ohne die bezeichnete Ungesetzlichkeit aber einfach in absehbarer Zeit die Invalidenversicherung ruiniert würde.

Als Gründe, die die Einführung von Versicherungsämtern notwendig erscheinen lassen, werden angeführt:

Wenn man jeden Versicherungsfall rechnet, sind in Zukunft rund 79 1/2 Millionen Personen versichert, wobei die mehr als 1 1/2 Mill. Privatangestellte noch nicht berücksichtigt sind. Keine private Geschäftsorganisation, die auch nur einen Bruchteil so groß wäre wie die Arbeiterversicherung, würde ohne lokale Organe auskommen können, auch dann, wenn das Einziehen der Beiträge nicht schwieriger wäre als bei der Zwangsversicherung. Weiter komme in Betracht die vollständige Rechtslosigkeit der Arbeiter in der Unfallversicherung, obwohl sie ihre Gesundheit zu Marke tragen und auch finanzielle Leistungen auf sich nehmen; denn die Krankenkassen brachten mindestens 21 % aller durch Betriebsunfälle entstehenden Lasten auf, und zwar jährlich über 30 Mill. Mark, zwei Drittel dieser Leistungen seien Arbeitergelde. Ferner wird auf die lange Dauer des Rentenstreitverfahrens verwiesen, die ihre Ursache in der streng zentralistischen Organisation habe. Bei Einrichtung der Unfallversicherung rechnete man mit 7000 jährlich zu entscheidenden Fällen, heute hat derselbe Organisationsapparat 143 000 Fälle im Jahre zu erledigen. Als eine bedenkliche Folgererscheinung der langen Dauer des Rentenstreitverfahrens ist es auch anzusehen, daß es einen wesentlichen Teil der Ursachen zur traumatischen Neurose bildet, die man auch als Rentenhysterie oder als Begehrungsvorstellungen bezeichnet. Die

Polizeibehörden seien als Unfalluntersuchungsstellen ungeeignet, weil sie trotz Fleiß und guten Willens nicht immer wählten, namentlich in kleinen Städten und auf dem Lande, worauf es denn eigentlich ankomme. Die Dezentralisation bei dem Apparate der Invalidenversicherung erscheint als dringend wünschenswert, wenn man hört, daß ein einzelnes beamtetes Vorstandsmitglied 1500—8000 Rentenanträge im Jahre bearbeitet und bescheidet. Für die Beitragskontrolle würde der Nutzen einer Lokalisierung von ganz enormem Werte sein: der Ausfall an Beiträgen in der Invalidenversicherung infolge von Schwindeltaten wurde vor ein paar Jahren von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Posen bei „wohlwollender Schätzung“ auf 40 % taxiert! Selbst wenn man dem Bösdicker Recht geben wolle, daß diese Schätzung bei weitem zu hoch sei, so würden 10 %, da 1908 rund 167 Mill. Mark aus Beiträgen erlöst wurden, also 16,7 Mill. Mark, immer noch reichlich genügen, um die gesamten Kosten aller Versicherungsämter zu tragen. Endlich wird noch auf die Mängel des jetzt üblichen rein schriftlichen Verfahrens, auf das ungelindete Überwiegen des ärztlichen Einflusses als Folge dieses rein schriftlichen Verfahrens und auf die Zersplitterung der Rechtssprechung in der Arbeiterversicherung hingewiesen, die sich vor allem zum Schaden der Krankenkassen fühlbar macht. Die hier zusammengetragenen Beispiele sind ein recht überzeugendes Material.

Die Denkschrift weist dann die beiden Hauptgründe, die gegen die Versicherungsämter gemacht worden sind, zurück: den Vorwurf der Bürokratisierung, der die Arbeiterversicherung bei Schaffung selbständiger Versicherungsämter zweifellos verfallen würde und zwar unter Vernichtung der Selbstverwaltung, und den Vorwurf zu hoher Kosten, den die Versicherungsämter machen würden: es wird hier herausgerechnet, daß sich die wirklichen Mehrausgaben auf höchstens 6 Millionen Mark belaufen werden; diese aber würden reichlich überdeckt durch bessere Beitrags-Kontrolle, durch Mitbeteiligung der Krankenkassen an den Lasten, durch bessere und schnellere Vorbereitung der Rentenanträge.

Zur Frage der Organisation der Versicherungsämter führt die Denkschrift die folgenden sechs Möglichkeiten an, durch die diese Frage zur Lösung gelangen könne:

1. indem die Ortskrankenkassen den lokalen Unterbau bilden; 2. in Anlehnung an die kommunale (Selbst-)Verwaltung; 3. in Anlehnung an staatliche Behörden; 4. einfache Übertragung der lokalen Geschäfte an die Behörden zu 2 oder 3; 5. als Organe der Reichsversicherung in organischer Verbindung mit dem Reichsversicherungsamt; 6. als gemeinsame Organe der drei Versicherungsträger.

Die Denkschrift spricht sich nach begründeter Ablehnung der ersten fünf Möglichkeiten für den an letzter Stelle genannten Weg aus, der den derzeitigen politischen Verhältnissen am meisten entsprechen dürfte. Sämtliche im Bezirke einer unteren Verwaltungsbehörde beteiligten Versicherungsträger: Krankenkassen, Berufs-genossenschaften, Versicherungsanstalten, bilden einen Zweckverband zur Beforgung der Lokalgeschäfte in der Arbeiterversicherung. Von einem solchen Organ brauche keine Versicherungsbehörde eine Aus-höhlung ihrer Rechte zu besorgen. Zum mindesten die Besitzer der Versicherten wären durch allgemeine Wahlen sämtlicher Versicherten nach dem Verhältnisverfahren zu wählen, da man dies bei einer solchen Organisation nicht wohl den Krankenkassen-vorständen übertragen könne. Die Bestellung des Versicherungs-amtmanns könne man — vorbehaltlich einer Bestätigung durch das Reichsversicherungsamt — dem Zweckverband überlassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die §§ 182—197 (Krankenversicherung) wurden mit nur solchen Änderungen angenommen, die sich als Konsequenzen früherer Beschlüsse darstellen. Der Antrag, entsprechend der analogen Bestimmung bei der Unfallversicherung, Personen mit Hochschulbildung von der Versicherungspflicht auf ihren Antrag zu befreien, wurde auf Anregung des Regierungsvertreters zurückgezogen. In § 190 wurde die Versicherung für freiwillig sich Versicherende daran gebunden, daß ihr jährliches Gesamteinkommen 2000 M nicht übersteigt. Folgender § 192a wurde neu eingefügt:

„Die Versicherungsberechtigung erlischt in allen Fällen, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 4000 M übersteigt.“

In § 196, der von den Landkrankenkassen handelt, erhielt Abs. 1 folgende Fassung:

„Bei Landkrankenkassen kann die Sagung den Ortslohn als Grundlohn bestimmen. Für Betriebsbeamte, Wertmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sowie für Facharbeiter hat sie jedoch den Grundlohn nach § 195 festzusetzen.“

Arztstreik in Halle. Am 15. Mai 1910 hatten sämtliche Klassenärzte in Halle der dortigen kaufmännischen Ortskrankenkasse und später auch sämtlichen anderen Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen die Verträge aufgekündigt. Bei den weiteren Verhandlungen erklärten sie,

daß ein Ausgleich nur auf der Grundlage der freien Arztwahl möglich sei und zwar dergestalt, daß sämtliche der Standesorganisation angehörenden Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen würden. Nebenher verlangten sie Erhöhung der Honorare, ganz besonders für die Behandlung der Familienangehörigen. Die zu einem Verbands vereinigten Ortskrankenkassen lehnten das ab. Die Ortskrankenkasse der Buchdrucker beschloß zwar zunächst, die gewünschte freie Arztwahl einzuführen, da aber die Ärzte nur dann in Unterhandlungen darüber eintreten wollten, wenn die Kasse aus dem Kassenverbande austrete, lehnte auch diese Kasse die Einführung der freien Arztwahl ab. Die Betriebskrankenkassen nahmen die gleiche Stellung ein und schlossen sich dem Kassenverbande an. Am 1. Juli bzw. 1. Oktober 1910 legten die Ärzte (etwa 80) bei den Kassen ihre Tätigkeit nieder. Da die Kassen eine Reihe neuer Ärzte inzwischen gewonnen hatten und zwei bisherige Ärzte ihre Tätigkeit weiter ausübten, hielten nicht nur die Kassen die ärztliche Versorgung für genügend, auch der Magistrat lehnte — wir folgen hier der Darstellung des Konflikts in dem „Zentralblatt der Reichsversicherung“ 6. Jahrg. Dezember 1/10 — ein Eingreifen im Laufe des Monats Oktober ausdrücklich ab und zwar auf Grund der Feststellung, daß die Zahl der Ärzte auch bei der größten Kasse ausreiche. Anfang November stellte dagegen der Magistrat fest, daß die ärztliche Versorgung ungenügend sei und den gesetzlichen und statutarischen Vorschriften nicht entspreche. In dieser Verfügung heißt es dann weiter: „Wenn sich auffällige Mängel bisher nicht gezeigt haben, so lag das an den guten Gesundheitsverhältnissen, die bis vor kurzem in Halle bestanden haben. Da aber gegenwärtig die Zahl der epidemisch auftretenden Krankheiten bedrohlich steigt, steht zu befürchten, daß der hervorgehobene Mangel schwere Gefahren für die Mitglieder der Kassen mit sich bringt, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird. Infolgedessen fordert der Magistrat als Aufsichtsbehörde den Kassenvorstand auf, bis zum 25. d. Mts. den Nachweis zu erbringen, daß der Kasse für je 1500 ihrer Mitglieder und deren kurberechtigten Angehörigen ein in jeder Beziehung leistungsfähiger praktischer Arzt, Spezialisten ungerchnet, zur Verfügung steht.“ Während nach der Darstellung im „Zentralblatt der Reichsversicherung“ jede Kasse noch vor Ablauf der gestellten Frist der Aufsichtsbehörde mitteilte, daß sie der Auflage nachgekommen sei, da bei ihr noch mehr Ärzte als auf 1500 Mitglieder einer vorhanden sei, haben die Kassen nach anderen Mitteilungen der an sie ergangenen Auflage nicht entsprechen können. Der Magistrat stellte sich jedenfalls auf den Standpunkt, daß die Erklärungen der Kassenvorstände eine Verweigerung der an sie ergangenen Auflage darstellten, und schloß darauf unter Ausschaltung der Kassenorgane mit den Ärzten einen zehnjährigen Vertrag und zwar auf Grund der beschränkten freien Arztwahl ab.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Neuere Beschlüsse zur Frage der Arbeitslosenfürsorge.

In Schöneberg ist die Frage der Arbeitslosenversicherung und der Ausführung von Notstandsarbeiten, nachdem sie von einer besonderen Kommission erörtert worden ist, in Form eines Magistratsantrags dem Stadtverordnetenkollegium vorgelegt worden. Der Magistrat will auf Notstandsarbeiten nicht wieder zurückkommen. In der Begründung hierfür heißt es, abgesehen davon, daß Notstandsarbeiten nicht in dem Umfange zur Verfügung ständen, wie es notwendig wäre, um allen arbeitslosen Arbeitern und Angestellten genügende Beschäftigung zu bieten:

Nach den Erfahrungen, die in Schöneberg gemacht worden sind, müssen die Notstandsarbeiten in der in Schöneberg allein möglichen Form von Erdarbeiten als durchaus ungeeignet zur Unterstützung von Arbeitslosen bezeichnet werden. Nicht ohne zwingenden Grund nimmt jemand die ihm bis dahin ungewohnte Arbeit an. Er ist vielfach schon durch vorhergegangene Entbehrungen körperlich geschwächt. Soll aber eine derartige Unterstützung Arbeitsloser human wirken, so muß sie von dem Gedanken der Rücksichtnahme auf den Zustand jedes einzelnen getragen werden. Ist das nicht möglich, wie bei den Erdarbeiten, wo jedem Arbeitslosen ohne Unterschied dieselbe Arbeit geboten werden muß, so wird der wohlthätige Zweck verfehlt, und in vielen Fällen tritt eine körperliche Schädigung des Arbeiters ein. Im Winter bei ungünstiger Witterung muß diese Arbeit als besonders schwer bezeichnet werden, namentlich wenn es sich um Leute handelt, die bis dahin überhaupt noch keinen Spaten in der Hand gehabt haben. So unhuman und unsozial nun diese Notstandsarbeiten in dieser Richtung sind, so unwirtschaftlich sind sie außerdem in anderer Richtung für die Stadt. Nach den Angaben der technischen Verwaltungsstellen muß damit gerechnet werden, daß diese Arbeiten um 50 % teurer werden, als wenn sie unter normalen Verhältnissen ausgeführt worden wären.

Die Versicherung der Arbeitslosen soll sowohl Organisierte wie Unorganisierte umfassen und zwar nach folgenden Grundsätzen. Die Unterstützung der Organisierten erfolgt in Form eines Beitrages zu der Unterstützung durch die Gewerkschaften in halber Höhe der Auszahlung der Gewerkschaft, jedoch nicht über eine Mark täglich. Diejenigen, die keiner Gewerkschaft angehören,

können in den Genuß der städtischen Unterstützung nur dann treten, wenn sie bei der Schöneberger städtischen Sparkasse Einlagen gemacht haben und sich in eine von der Stadt geführte Liste haben eintragen lassen. Auch hier beträgt der städtische Zuschuß die Hälfte der Abhebung, jedoch nicht mehr als eine Mark täglich. Die Eintragung in die Liste muß ein Vierteljahr zurückliegen. Bis zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung, längstens jedoch bis zum 31. März 1913, soll ein Betrag von jährlich 15 000 M. zur Förderung dieser beiden Versicherungsformen bewilligt werden. Der von der Stadtverordnetenversammlung für die Beratung dieser Frage eingesetzte besondere Ausschuss hat der Magistratsvorlage im wesentlichen zugestimmt. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung in Schöneberg erscheint damit gesichert.

Der Magistrat der Stadt Augsburg hat insbesondere auf Grund seiner früheren Erhebungen — es hatten sich bei einer öffentlichen Aufforderung nur 7 Personen zum freiwilligen Eintritt in eine Arbeitslosenversicherungskasse gemeldet — beschlossen, von einer gemeindlichen, freiwilligen Arbeitslosenversicherung abzusehen, da er auf dem vom Staatsministerium vorgeschlagenen Wege eine Arbeitslosenversicherung nicht für durchführbar hält, vielmehr eine Lösung dieser Frage nur durch das Reich oder die Bundesstaaten für möglich erachtet. — Den gleichen Beschluß hat der Magistrat Regensburg gefaßt. — Die heftigste zweite Kammer hat im Anschluß an eine Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands Ende November einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in die Wege geleitet wird. — Im Regierungsbezirk Düsseldorf sind im November 1910 Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung durch den dortigen Regierungspräsidenten in die Wege geleitet worden, und zwar sind die Landräte und Verwaltungen verschiedener Städte des Regierungsbezirks ersucht worden, sich dieserhalb mit den beteiligten Kreisen (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) ins Einvernehmen zu setzen. Die Konferenzen sollen zunächst völlig unverbindlich sein, dagegen soll ihr Ergebnis der Regierung später als Material für eine spätere Regelung der kommunalen oder staatlichen Arbeitslosenversicherung dienen. In erster Linie soll erörtert werden, welche der bisher gemachten Versuche und Vorschläge den jeweiligen Verhältnissen am meisten entsprechen und ob es sich empfiehlt, Kassen zur freiwilligen Versicherung in der einen oder anderen Form einzurichten oder vielmehr lediglich die Gründung von Versicherungskassen mit Beitrittszwang auf Grund reichsgesetzlicher Ermächtigung der Gemeindeverbände anzustreben.

In Mainz wurden 10 000 M. zur Unterstützung an Arbeitslose bewilligt, in Wiesbaden 117 000 M. für Notstandsarbeiten, davon 52 000 M. für Arbeitslohn. Eine Arbeitslosenversammlung in Wiesbaden erklärte diese Beträge mit Rücksicht auf die dort herrschende große Arbeitslosigkeit für nichtausreichend — im November seien dort 596 Arbeitslose ermittelt worden, auf 100 Stellenangebote kämen 267 Arbeitsgesuche, während im übrigen Deutschland das Verhältnis von 100 : 163 sei — und verlangte die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Übertragung der Notstandsarbeiten nur an solche Arbeiter, die in Wiesbaden wohnen. — Bei einer von der Stadtverwaltung Karlsruhe am 11. Dezember 1919 vorgenommene Arbeitslosenzählung meldeten sich 207 Arbeitslose, darunter 5 weibliche.

Die Arbeitslosenfürsorge in Mainz im Winter 1909/10. Eine größere Anzahl von Bauausführungen, die an Unternehmer vergeben war, wurde auf Anordnung der städtischen Verwaltung auf die Herbst- und Wintermonate verschoben. Hierdurch wurden im Laufe des Winters durchschnittlich 300 Leute beschäftigt. Ferner wurden eine Anzahl Notstandsarbeiten, vor allem Stein Schlag, in Regie eingerichtet und hierzu 37 000 M. bewilligt; die Beschaffung der für die Stein Schlagarbeiten notwendigen Bruchsteine geschah auf Kosten der für die Beschaffung von Straßenbaumaterialien bewilligten Kredite.

Zur Beschäftigung wurden dem Tiefbanamt 700 Arbeitslose überwiesen, von denen 537 ganztätig und 143 halbtätig (halbtätig in der Hauptfache Ledige) Beschäftigung erhalten sollten. Sämtliche dem Tiefbanamt überwiesenen Leute wurden nach und nach zur Arbeit einberufen, es stellten sich jedoch nur 502 Mann ein, nämlich zum Stein schlagen 380 Mann, zur Beschäftigung bei der Stadtgärtnerei 59 Mann, zu den Erd- und Planierungsarbeiten 63 Mann, von denen 415 ganz- und 87 halbtätig beschäftigt wurden. Somit betrug die Zahl der zur Arbeit Erschienenen 72 % aller Einberufenen. Von den nicht erschienenen 198 Mann waren 47 in andere Beschäftigung eingetreten, 10 durch Krankheit verhindert und 141 ohne Angabe des Grundes weggeblieben.

Da nicht alle Arbeitslosen gleichzeitig beschäftigt werden konnten aus Mangel an Kontroll- und Abrechnungspersonal, beschloß die Notstandskommission Mitte Januar 1910, um auch die noch nicht einberufenen und etwa sich neu meldenden Personen gleichfalls berücksichtigen zu können, daß Leute, die schon über 3 bis 4 Wochen gearbeitet hatten, vorübergehend zu entlassen seien und daß an deren Stelle eine entsprechende Anzahl der noch Vorgekehrten einzuberufen sei und daß in Zukunft ein Turnus in der Weise eingehalten werden solle, daß nach zusammenhängender Arbeitszeit von 14 Tagen eine vorübergehende Entlassung statfinde. Die entlassenen Arbeiter hatten sich wieder beim Arbeitsamt zu melden, um, wenn die Reihe wieder an sie kam, erneut einberufen werden zu können. — Auf Grund genauer Berechnungen wird angegeben, daß die Stadt gegenüber der Ausführung der Arbeiten durch geübte Arbeiter und direktem Bezug der Desfines eine Mehrausgabe von rund 18 758 M. gehabt hat. Neben diesen ständigen Arbeitsgelegenheiten hat das Reinigungsamt zur Beseitigung von Schnee und Eis und zu außergewöhnlichen Straßenreinigungen bis zu 85 Personen an 133 Tagen vorübergehend beschäftigt. Für diese Arbeiten wurden insgesamt 3156,47 M. aufgewendet. Weiter hatte die Stadtgemeinde in Verfolg zweier Anträge der Freien und der Christlichen Gewerkschaften unter Anerkennung des Bedürfnisses zur Unterstützung solcher Arbeitslosen, die aus beruflichen oder sonstigen Gründen bei den Notstandsarbeiten nicht verwendet werden konnten, 10 000 M. zur Verfügung gestellt. Die für die Auszahlung von Barunterstützungen aufgestellten Grundsätze vom 26. Februar 1909 wurden in folgender Weise abgeändert:

1. Ledige Personen, die sich die Sorge für ihre Angehörigen (Eltern sowie nicht erwerbsfähige Geschwister) anlegen sein lassen, sind Verheirateten mit Kindern unter 14 Jahren gleichzuachten. 2. Nur solche Bewerber kommen für den Bezug der Unterstützung in Betracht, die bedürftig sind. 3. Es wurde der Ausschluß von der Unterstützung nach einer bestimmten Bezugsdauer vorgesehen. Bei dem Versuch im Vorjahre waren die Unterstützungen während einer Dauer von vier Wochen gewährt worden. Im Berichtsjahre gewährte man sie vom 10. Januar bis zum 26. März in der Erwartung, daß gegen Ende März eine Beseitigung der Bunttätigkeit wieder eintreten und der Mangel an Arbeitsgelegenheit beseitigt sein werde. Es wurde jedoch festgestellt, daß während dieser Zeit ein und derselbe Bewerber die Unterstützung nur für höchstens 50 Tage beziehen könne, weil auf diese Weise der Arbeitslose viel länger im Genuße der Unterstützung verbleiben konnte, als bei einer Beschränkung der Unterstützungsdauer auf mehrere Wochen.

Insgesamt wurden von diesen 10 000 M. 4400 M. ausgegeben, was einmal auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage, dann auf die Beschäftigung von 300 Leuten durch die Hinausschiebung einer Anzahl von Arbeiten auf die kältere Jahreszeit zurückgeführt wird. Da bei beiden Fürsorgearten (Beschäftigung und Barunterstützung) mindestens einjähriger Wohnsitz in Mainz oder in den eingemeindeten Orten und das Vorhandensein eines Notstands nachzuweisen war, so blieb eine Anzahl Arbeitsloser unverorgt oder mußte sich an die öffentliche Armenpflege wenden. Das Zusammenarbeiten beider Fürsorgearten geschah in der Weise, daß von den auf Grund des oben mitgeteilten Beschlusses der Notstandskommission nach 14-tägiger Beschäftigungsdauer aus den Notstandsarbeiten Entlassenen 110 sofort in den Genuß der Barunterstützung traten, während in rund 200 Fällen infolge ihrer Einberufung zu den Notstandsarbeiten Leute bis auf weiteres aus der Arbeitslosenunterstützung ausschieden. — Den Gewerkschaften wird für ihre Mitwirkung bei der Kontrollierung der Arbeitslosigkeit gedankt, wobei anerkennend hervorgehoben wird, daß sie das in sie gesetzte Vertrauen vollkommen gerechtfertigt haben.

Volks-erziehung.

Die Organisation der Jugendfürsorge

wurde auf der 30. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit (Königsberg, 16. September 1910) behandelt. Die Berichte wurden erstattet von Bürgermeister Dr. Schmidt-Mainz, dem Leiter der dortigen städtischen Deputation für Jugendfürsorge, und Fr. Dr. Duenfing, der Leiterin der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. In dem Schmidt'schen Bericht, der gedruckt vorliegt (Band 92 der Schriften des Vereins), wird alles systematisch erörtert, was durch Staat und Gemeinde für diese Zwecke geschieht: die Sorge für das Säuglingsalter, für die noch nicht schulpflichtige wie die schulpflichtige und die aus der Schule entlassene Jugend.*) Er bezeichnet

als den das Gebiet der Jugend beherrschenden Grundgedanken die Vorbeugung gegen die subjektive und objektive Vernachlässigung der Jugendlichen. Auch die strafbare Handlung der Vernachlässigung sei im wesentlichen eine Erscheinungsform dieser Vernachlässigung, der gegenüber das Hauptziel auch der Jugendgerichte nicht Strafe, sondern Erziehung und Fürsorge sei. So müsse auch als Ausgangspunkt der heutigen Jugend die Erkenntnis der Notwendigkeit betrachtet werden, daß der heranwachsenden Jugend der zu ihrer geistlichen Entwicklung erforderliche Schutz und eine entsprechende Fürsorge zuteil werde. Die Zusammenfassung der durch die Gemeinde geübten öffentlichen Tätigkeit in einer zentralen Organisation der Jugendfürsorge müsse als Bedürfnis anerkannt werden, dem abzuhelfen schon an einzelnen Stellen, wie Hamburg und Mainz, versucht worden sei. Die einheitliche Aufgabe bestesse in der Sorge, daß der Minderjährige in einer passenden Stelle untergebracht und dort erzogen und versorgt werde. Die einheitliche Organisation stelle sich im wesentlichen als Aufsichtsorganisation dar mit den entsprechenden Aufsichtsorganen, die teils ehrenamtliche, teils beamtete sind, mit entsprechender Heranziehung des weiblichen Geschlechts.

Aus den Einzelheiten sei die Darlegung hervorgehoben, daß die eigentliche materielle Versorgung nicht in die Aufgaben der Zentrale hineingehöre, während die Sorge für ihre Unterbringung und Beaufsichtigung dazu gehören soll. Mit dieser Aufgabe würde die öffentliche Waisenpflege von der öffentlichen Armenpflege in der Weise abzutrennen sein, daß die Durchführung der pflegerischen und der erzieherischen Tätigkeit der Zentrale zu überlassen ist. Ihr sollen auch alle in der Gemeinde befindlichen unehelichen und die in fremder Pflege gegen Entgelt untergebrachten ehelichen Kinder unterstellt werden, ebenso die aufstehenden und die nicht normalen Kinder. Besondere Sorge soll für eine geeignete Berufswahl getragen werden. Vor allem aber solle die Zentrale im Mittelpunkt des Zwangserziehungswesens stehen.

In Ergänzung zu den Ausführungen Dr. Schmidts, die sich auf die Organisation der öffentlichen Jugendfürsorge beschränkt hatten, behandelte Fr. Dr. Duenfing die Organisation der freiwilligen Jugendfürsorge, die längst über den Rahmen der charitativen Tätigkeit hinausgewachsen und zu sozialer Arbeit geworden sei und deren Leistungen noch bedeutend erhöht werden könnten, wenn ihre äußerst zersplitterte Tätigkeit einheitlich organisiert, die verschiedenen Bestrebungen so verbunden würden, daß sie sich ergänzten und auch die amtliche Jugendfürsorge mit den freien Organisationen zu einem möglichst lebendigen Zusammenwirken gelangte. Um dies zu erreichen, bedürfe es der Bildung örtlicher Bezirke zur Ergänzung und Unterstützung der amtlichen und zur gegenseitigen Ergänzung und Unterstützung in ihren eigenen Bestrebungen gemäß den drei Hauptarbeitsgebieten und zwar:

a) Vereinigungen zur Fürsorge für die hilfsbedürftige, gefährdete und vernachlässigte Jugend, wie sie bereits in Zentralen für Jugendfürsorge, Jugendfürsorgeverbänden, Jugendgerichtshilfen und Fürsorgeausschüssen vielfach bestehen. Sie unterstützen das städtische Jugendfürsorgeamt, das Jugendgericht, die Vormundschaftsabteilungen des Amtsgerichts, die mit der Fürsorgeerziehung befaßten Behörden, die Polizei in ihrer Schutzfunktion. — Sie erledigen gemeinsame Vereinsangelegenheiten, wie Errichtung von Ämtern, Ausbildung von Helfern, Unterhaltung einer gemeinsamen Rechtsanwaltsstelle usw. Sie schaffen ein Organ für das Zusammenwirken der Vereine untereinander.

b) Vereinigungen zur Förderung der Jugend unter 14 Jahren. Ihre Tätigkeit bildet die wichtigste Vorbeugungsarbeit gegen den Verfall der Jugend in hygienischer und sittlicher Beziehung. Sie unterstützen und ergänzen die Tätigkeit der Schuldeputation, der Schularzte und anderer gemeindlicher Organe der Schulverwaltung.

c) Vereinigungen zur Pflege und Förderung der schul-entlassenen Jugend. Sie unterstützen und ergänzen die Tätigkeit der Fortbildungsschulen. Es sind besondere Gruppen für die männliche und weibliche Jugend zu bilden. Wo die bereits vorhandenen Jugendvereinigungen nicht ausreichen, sind im Anschluß an die Fortbildungsschulen Vereine für Fortbildungsschüler zu begründen bzw. die Ansätze dazu auszubauen. Sie erledigen gemeinsame Vereinsangelegenheiten: Unterstützung bei der Berufswahl, Stellenvermittlung, bessernde Beeinflussung des Schlafstellenwesens, Sorge für die zu- und abziehenden jugendlichen Arbeitskräfte und Rechtsschutz durch ein gemeinsames Jugendsekretariat; Beschaffung von Räumlichkeiten, Turnhallen, Spielplätze; Einrichtung volkstümlicher Spiele, Einrichtung von Wandervorträgen und -vorstellungen, von Zentralbibliotheken, von Lehrmittelsammlungen, eventuell Errichtung von Jugendhäusern.

Alle drei Vereinigungen sollten nicht nur aus eigentlichen Jugendfürsorgevereinen, den Vertretungen der kirchlichen Gemeindeglieder und der Schule in ihren verschiedenen Stufen bestehen, sondern sie sollten

sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern gehalten werden, beruhen, werden ergänzt durch einen Anhang, der in 29 Anlagen wichtige gesetzliche Bestimmungen, Satzungen, Geschäftsanweisungen, Waisenordnungen, Denkschriften und Berichte enthält.

*) Die Mitteilungen, die auf genauem Studium der früheren Berichte des Vereins und der Literatur sowie auf einer Umfrage, die bei

auch alle sozialen Organisationen, alle Stände und Berufe, welche sich innerhalb ihres Zweckgebietes mit Interessen der Jugend befassen, in sich vereinen, so daß das Ganze wirklich eine Vertretung der gesellschaftlichen Tätigkeit auf diesem Gebiete darstelle. Es empfiehlt sich, in einer lokalen Zentrale für Jugendfürsorge die drei Vereinsgruppen wieder zusammenzufassen, und weiter der Zusammenschluß der lokalen Jugendfürsorgezentralen zu einem deutschen Verbande für Jugendfürsorge, der den Mittelpunkt und die Vertretung sämtlicher freien gesellschaftlichen Jugendwohlfahrtsbestrebungen Deutschlands darstelle.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse in Kiel. Man schreibt uns: Studentische Arbeiterunterrichtskurse sind eine Erscheinung, an der man nach dem Ergebnis der letzten Semester nicht achtlos vorübergehen darf. In fast allen Universitätsstädten sind derartige Kurse eingerichtet worden. Kiel blickt jetzt auf 5 Semesterkurse zurück. Im letzten Sommer-Semester betätigten sich 26 Studierende; und zwar war das Penum auf 4 Volksschulen verteilt, welche vom Magistrat der Stadt Kiel zur Verfügung gestellt waren. Die Zahl der Hörer betrug 173 (im Winter-Semester 1909/10: 449; im Sommer-Semester 1909: 277). Die Meldungen verteilen sich folgendermaßen:

	Deutsch Rechnen	Geometrie	Algebra	Stenographie	Schreiben
S.S. 1909 . .	172	159	19	20	—
W.S. 1909/10	889	286	40	41	51
S.S. 1910 . .	80	72	15	84	18

Die Tabelle ergibt einen starken Rückgang im S.S. 1910, was aus der nicht genügenden Bekanntmachung der Kurse zu erklären ist. Bemerkenswert ist aber vor allen Dingen eine verhältnismäßige Zunahme in den Geometrie- und Algebrakursen; zeigt sich doch darin, daß manche Arbeiter, die in früheren Semestern den Schreiben-, Deutsch- oder Rechnen-Kursen angehörten, sich im letzten Semester auch an schwierigere Aufgaben gewagt haben. Unter den Hörern waren 166 Männer und 7 Frauen. Außerhalb der eigentlichen Kurse fanden folgende Veranstaltungen statt: Besichtigung einer großen Brauerei, Besuch der Kunsthalle unter fachverständiger Führung, Besuch einer Ausstellung zur Bekämpfung des Alkohols und ein Sommerfest. Daß diejenigen Arbeiter, die einmal an den Kursen teilgenommen haben, gern wiederkommen, ergibt die Tatsache, daß im W.S. 1908/09: 45,1 %, S.S. 1909: 35,5 %, W.S. 1909/10 26,5 %, S.S. 1910: 53 % schon an früheren Kursen teilgenommen haben. Man braucht also durchaus nicht pessimistisch in die Zukunft zu blicken, selbst wenn ein Rückgang in der Zahl der Hörer sich bemerkbar macht. Es gibt heute doch schon eine ganze Anzahl Arbeiter, die die studentischen Arbeiterunterrichtskurse lieb gewonnen haben; und es gibt auch eine Anzahl Studenten, die mithelfen möchten, die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze auf sozialem Gebiete zur Legende zu machen.

Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung. Der Zentralausschuß hat Anfang Dezember unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönau-Carolath im Reichstag eine Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, der vom Geschäftsausschuß für Schulreform im Sinne staatsbürgerlicher Erziehung angeregten Kundgebung, die den Zweck verfolgt, die im Bundesrat vereinigten deutschen Regierungen eindringlich um schnelle Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung der deutschen Jugend in der Schule zu bitten, beizutreten und sich an einer Ausstellung gegen die Schundliteratur, die im Reichstage Anfang Januar stattfindet, zu beteiligen. Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Dresden bestimmt. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten fünf Jahren um etwa 8000 Körperchaften erhöht, die eine Einrichtung und Unterstützung der Gesellschaft in Anspruch nehmen, während die Zunahme der unterstützenden Mitglieder verhältnismäßig gering ist. Die Aufwendungen der Gesellschaft waren im letzten Jahre sehr erheblich. Über 200 000 M wurden allein für Errichtung und Erweiterung von Volksbibliotheken aufgewandt und vom 1. Januar bis 30. November 185 000 Bücher abgegeben. Insbesondere haben sich die Wanderbibliotheken stärker entwickelt, als es die Mittel der Gesellschaft gestatten. Der Zentralausschuß hofft aber, auch im nächsten Jahre diese wie die übrigen Arbeiten der Gesellschaft (Veranstaltung von Vorträgen und Volksunterhaltungsabenden, Verleihung von Lichtbildern und Projektionsapparaten, Verbreitung gemeinverständlicher Schriften usw.) ohne unliebsame Beschränkungen fortführen zu können.

Die Schulspeisung in Groß-Berlin wird in den nächsten Jahren einen weiteren Ausbau erfahren. Bereits seit Januar 1908 hatte Herr Emil Mosse der Stadt Berlin die notwendigen Mittel überwiesen, um an bedürftige Gemeindeschulkinder während des ganzen Winters ein erstes Frühstück zu verabreichen. Vom Oktober dieses Jahres ab hat Herr Mosse dem Magistrat für weitere fünf Jahre je 20 000 M für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Das zweite Frühstück während des Winterhalbjahres wird den bedürftigen Kindern vom „Verein für Unterstützung Rollender“

gewährt. Die Kosten, die der Verein für diesen Winter dafür zur Verfügung gestellt hat, betragen 13 000 M. Er erhält ferner von der Stadt einen Zuschuß von 5000 M. Die Mittagspeisung der Schulkinder, die seit dem Herbst 1908 stattfindet, soll nach einem Beschluß des Berliner Magistrats künftig auch während der Ferien fortgesetzt werden, was bisher nicht der Fall war. Es ist deshalb die Summe dafür im Etat 1911 von 120 000 M auf 130 000 M erhöht worden. Für die Mittagspeisung wurden in der Zeit von Herbst 1908 bis 31. März 1909 76 400 M aufgewendet. In der Zeit vom 1. April 1909 bis 30. März 1910 wurden rund 945 000 Portionen ausgegeben. Die Speisung hat der Verein für Kindervolkstüchen übernommen, der vom Magistrat früher 10 M und jetzt 10 1/2 bzw. 11 M für die Portion erhält. Die Mahlzeiten werden in den 16 über die ganze Stadt verteilten Volkstüchen des Vereins verteilt. Die Ermittlung der Kinder erfolgt im Namen der Schuldeputation durch den Rektor; die Armenkommission erhält Mitteilung, um die Frage der Bedürftigkeit der Eltern des Kindes und der Notwendigkeit und Dauer der Gewährung solcher freien Mahlzeiten nachzuprüfen. — Die Stadt Charlottenburg hat für die Schulspeisung im Jahre 1909 26 687 M verausgabt. Dies bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung der Ausgaben um nahezu 10 000 M. Die Zahl der Portionen stieg von 108 000 auf 162 000. Die Speisung findet an sechs verschiedenen Stellen statt. Eltern, die etwas zahlen können, entrichten einen geringen Beitrag, doch wurden insgesamt von den Eltern für das Jahr 1909 nur 689 M eingenommen.

Überweisung von Rentenaften an Schulen. Der Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein für 1909 teilt mit, daß die einer Anzahl von Volks- und Fortbildungsschulen überwiesenen erledigten Akten über Renten- und Erstattungsansprüche von Lehrern und Schülern gern und mit Nutzen gebraucht werden. Sie werde den nach dieser Richtung hin an sie heranretenden Wünschen um Überlassung von Akten und Formularen stets gern entgegenkommen.

Volksgesundheit.

Internationale Hygieneausstellung in Dresden.

Von Mai bis Oktober 1911 wird in Dresden die seit vier Jahren vorbereitete Internationale Hygieneausstellung veranstaltet. Förderung der menschlichen Gesundheit ist der große Gedanke, dem die Ausstellung ihre Entstehung verdankt. Sie wird in ihren Vorführungen dazu geeignet sein, Sitten und Gewohnheiten der Menschen durch Anregung und Beispiel in neue Bahnen zu lenken. Die Organisation der Ausstellung bietet eine Reihe völlig neuer Gesichtspunkte. Das gewaltige Material wird nach einem System angeordnet, das jedem Besucher in denkbar kurzer Zeit einen Überblick gewährt. Die wissenschaftlichen Objekte werden für sich vorgeführt, ebenso die historischen und die volkstümlichen Darstellungen. Es wird dadurch erreicht, daß das Begriffsvermögen des Laien nicht durch Dinge belastet wird, die ihn nicht interessieren und die er auch nicht fassen kann. Ebenso ist es für Ärzte und andere Fachleute als ein Vorteil anzusehen, daß da, wo sie ihren Studien nachgehen, nicht Dinge zu finden sind, deren Kenntnis bei ihnen vorauszusetzen ist.

Mehr als ein Vierteljahrhundert ist vergangen, seit die letzte allgemeine Hygieneausstellung in Deutschland veranstaltet wurde. Damals war die Hygiene noch eine junge Wissenschaft, für die auf den meisten Universitäten noch nicht einmal ein Lehrstuhl bestand, eine Wissenschaft, die von vielen kaum für voll angesehen wurde. Wie hat sich das inzwischen geändert! Nicht nur besitzt heute jede Hochschule ihr eigenes hygienisches Institut, auch sonst sind in allen Kulturstaaten der hygienischen Wissenschaft zahlreiche Stätten errichtet worden. Grobartige Entdeckungen, besonders auf dem Gebiete der Bakteriologie, setzen uns in den Stand, Tausende und aber Tausende wertvoller menschlicher Individuen am Leben zu erhalten. Technik und Industrie weitverbreiten auf allen Gebieten, die Hygiene in die Praxis umzusetzen. Die Gesetzgebung sieht sich in zahlreichen Fällen veranlaßt, bei ihren Maßnahmen die hygienischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und die sozialen Ideen unseres Jahrhunderts sind durch die Hygiene in neue Bahnen, zu jenen imposanten Bewegungen geleitet worden, die die Lebensfreudigkeit und die Arbeitskraft der Menschen erhöhen und die Völker vor Vergeudung hoher Werte bewahren wollen.

Für die Industrie können die Vorführungen ungeahnte Bedeutung gewinnen. Verschiedene Industriezweige dürften durch die hygienische Aufklärung des Konsumenten eine Verstärkung des Konsums erreichen, andere Industrien werden mit Erfolg die Sor-

urteile beteiligen können, die vielfach noch Fabrikaten sowohl wie Produktionsmethoden gegenüber bestehen. Eine ganze Reihe von Nahrungsmitteln sind im Interesse der Erhaltung der Gesundheit des Menschen von größter Bedeutung und haben bei geringen Preisen hohen Nährwert. Die Menschheit aber war bisher achlos vorübergegangen. Die Internationale Hygieneausstellung wird durch ihre Aufklärung hier einen Wandel herbeiführen zum Vorteil der Nahrungsmittelindustrie. Ähnlich mag es sich für die Bekleidungsindustrien gestalten. Die Ausbreitung des Sports hat den Konsum von Artikeln für Körperpflege und für Ausübung des Sports in den letzten Jahren ohnehin schon erheblich gefördert. Auf der Hygieneausstellung in Dresden wird der Einfluß des Sports auf die Gesundheit des Menschen durch wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt werden. Tatsächlich bringt die Industrie der Ausstellung auch ein ganz außergewöhnliches Interesse entgegen. Für Objekte im Werte von mehr als einer Million Mark liegen bereits Anmeldungen vor. Einzelne Hallen wurden schon dreimal vergrößert.

Zum ersten Male wird die Industrie hier vor ein hygienisch interessiertes Publikum treten, das von dem Gedanken beherrscht ist: wie erhalte und fördere ich meine Gesundheit? Der Mensch wird immer mehr dazu kommen, den nach hygienischen Gesichtspunkten hergestellten Industrieerzeugnissen anderen gegenüber den Vorzug zu geben. Die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1911 wird für manche Industriezweige daher zweifellos von epochemachender Bedeutung werden.

Erhebliches Interesse fordert die historische Abteilung der Ausstellung. Zum ersten Male wird ein großer geschichtlicher Überblick auf dem Gebiete der Hygiene gegeben werden. In wissenschaftlichen Kreisen besteht schon lange ein Bedürfnis nach dieser Richtung. Die historischen Vorführungen werden dem Besucher der Ausstellung zum Bewußtsein bringen, wie schon vor Tausenden von Jahren der Mensch geradezu verblüffende Gedanken entwickelt hat, die sich auf die gesundheitliche Förderung des Individuums und damit auch der staatlichen Gesellschaft richten. Mit Erläuterungen wird so mancher dort erfahren, mit welcher minutiösen Sorgfalt und mit welcher weitschauenden Liebe die Lebensführung des einzelnen Individuums vor Jahrtausenden staatlicherseits geregelt wurde. Der Zeitraum, den die historische Ausstellung umfassen soll, ist nach der Vergangenheit hin unbegrenzt; von der Neuzeit dagegen soll nur die Periode bis zum Beginn der modernen wissenschaftlichen Hygiene Berücksichtigung finden. Nur wo die Vorführung der neuesten Errungenschaften eine besonders markante Vorstellung von der Bedeutung oder der Erfolglosigkeit früherer Bestrebungen auf gesundheitlichem Gebiete zu geben vermag, soll das eine oder andere aus der Entwicklung der modernen wissenschaftlichen Hygiene auch in die historische Abteilung hinübergenommen werden. Im allgemeinen aber wird sie nur bis circa 1850/60 ihr Gebiet ausdehnen, also bis zur Epoche Bettenlofer, Pasteur, Lister, Koch. Da die Ausstellung zum Auge sprechen soll, kommen geschriebene oder gedruckte Ausführungen über Hygienisches, also Manuskripte, Bücher, Verordnungen usw. erst in zweiter Linie in Betracht als Hinweis oder Erläuterungen; allerdings auch, wenn es sich um ästhetisch wirkungsvolles handelt, als eigentliche Ausstellungsobjekte. Das Wichtigste für die Ausstellung sind Objekte gegenständlicher Art (z. B. Hausgeräte, Kleidungsstücke, Toilettegegenstände, Häusermodelle, Plastiken und Reliefs in Originalen oder Abgüssen usw.). Ferner Abbildungen (Bilder, Zeichnungen, auch technischer Art, Pläne, Kupferstiche, Photographien usw.) möglichst aus der gegebenen Zeitperiode oder nach Originalen aus dieser.

Bei den Grundsätzen für die Beschickung der statistischen Abteilung war im Auge zu behalten, daß es sich in erster Linie um eine hygienische und nicht um eine statistische Ausstellung handelt. So kommen nur solche statistischen Nachweise in Betracht, die entweder als Beleg für eine hygienische Lehre dienen können, oder die die Erfolge der Hygiene in zeitlicher Hinsicht, bezw. umgekehrt die Notwendigkeit hygienischer Verbesserungen dartun. Jeder statistischen Tafel soll eine sachliche, kurzgefaßte Erklärung von ihrem Autor beigelegt werden, um den Beschauer über die Bedeutung, Wirkung oder Mahnung einer hygienischen Lehre für die Masse des Volkes zu unterrichten. Statistische Nachweise, die keinen Bezug auf die Lehre der Hygiene haben, oder aus denen nichts von Bedeutung hervorgeht, können aus diesen Gründen nicht berücksichtigt werden. Andererseits wäre es verfehlt, wenn die hygienischen wichtigen Ergebnisse der Statistik zu wiederholten Malen von den verschiedenen statistischen Ämtern in verschiedener Bearbeitung

dargestellt würden, da hierdurch das Interesse des Besuchers rasch ermüden würde. Es wird daher beabsichtigt, alle derartigen Ergebnisse in einheitlicher Weise zusammenzufassen, damit die darin enthaltene hygienische Lehre oder Mahnung durch räumlich angeordnete Vergleiche eine wertvolle und übersichtliche Ergänzung erhält.

Das Protektorat über die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1911 hat König Friedrich August von Sachsen übernommen. Dem Ehrenpräsidium gehören an: der Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, Fürst v. Bülow, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Staatsminister Dr. Delbrück, der sächsische Staatsminister Graf Bismarck v. Goltz und der Oberbürgermeister von Dresden, Geheimer Rat Dr. Beutler. In der Liste des Ehrenkomitees finden wir die Namen von Spitzen der Regierungen der deutschen Bundesstaaten, von Gesandten und hervorragenden Hygienikern u. a. m. Die Vorbereitungen für das große Unternehmen sind längst in vollem Gange. Mehr als 3000 Hygieniker, Techniker, Verwaltungsbeamte usw. aus allen Kulturstaaten haben ihre Kräfte in den Dienst der Ausstellung gestellt. Das Deutsche Reich, die Bundesstaaten, die deutschen Städte, die hygienischen Institute und Korporationen werden sich in umfassender Weise beteiligen. In den meisten Kulturstaaten der Welt haben sich Landeskomitees gebildet, die in Gemeinschaft mit besonderen Regierungskommissaren die Beschickung durch das Ausland in die Wege leiten. Das Ausstellungsgebiet erstreckt sich über ein Gebiet von 30 Hektar (300 000 Quadratmeter). Umfangreiche Gebäude, darunter der mit einem Aufwande von rund 2 Millionen Mark errichtete städtische Ausstellungspalast, bieten den Ausstellungsgesellschaften weiträumige Herbergen. In ihrem wohlgeordneten, systematischen Gesamtbilde wird die Dresdner Ausstellung die neuesten Forschungsergebnisse und Errungenschaften der hygienischen Wissenschaft vorführen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Jahrbuch des Caritasverbandes für das Geschäftsjahr 1910/11. 4. Jahrg. Herausgegeben vom Vorstand des Caritasverbandes für das katholische Deutschland. 140 S. Mit 48 Abbildg. Freiburg i. Br. 1. //

Der Vorsitzende des Caritasverbandes, Dr. Wertmann-Freiburg i. B., der das Jahrbuch herausgibt, berichtet über die Organisation der katholischen Caritas, hauptsächlich in Deutschland. Das katholische Deutschland im Ausland bildet den zweiten Hauptteil. Dann werden die Veranstaltungen und Leistungen der Verbände für 1909/1910 auf dem Gebiete der Kranken- und Geisteskrankenfürsorge, Landpflege, Erziehungstätigkeit, der Seelsorge in Heilanstalten, des Auswandererwesens und des Schutzes der italienischen Arbeiter in Deutschland erwähnt. Mitteilungen über die Zeitschrift „Die christliche Frau“ und über Lichtbilder und Volksbildungsabende (von Pfarrkurat Kistner) beschließen den Text, dem sich ein Mitgliederverzeichnis anreihet.

Wiener Arbeiten aus dem Gebiete der Sozialen Medizin. Herausgegeben von Dr. Ludwig Teleky, Privatdozent für soziale Medizin an der k. k. Universität in Wien. Wien und Leipzig. Verlag von Moritz Perles, k. u. k. Hofbuchhandlung.

Außer dem ersten vom Herausgeber herrührenden Aufsatz „Die Aufgaben und Ziele der sozialen Medizin“ enthält das Werk ausschließlich wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit einzelnen Gebieten der Gewerbekrankheiten beschäftigen, z. B. „Die Bedeutung der punktierten Erythrozyten für die Diagnose der Bleivergiftung“ von Dr. A. Göhl, „Diagnostische Irrtümer bei Bleivergiftungen“ von Dr. M. Glumann, „Über einige typische traumatische Erkrankungen der Bau- und Industriearbeiter“ von Dr. M. Jerusalem, samt und sonders Arbeiten, deren Studium den Herren Kassenärzten dringend empfohlen werden kann.

Österreichische Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung. Unter Mitwirkung hervorragender Sachmänner des In- und Auslandes herausgegeben von Dr. Wilhelm Berliner, Dr. Alfred Tauber, k. k. Univ.-Prof., Dr. Richard Engländer, Hof- und Gerichtsadvokat, sämtlich in Wien. Wien 1910. Manz'sche k. u. k. Hofverlags- und Universitätsbuchhandlung.

Der sanitäre Arbeiterschutz im Verbandsgebiet. Eine Zusammenstellung von Verordnungen des Bundesrats. Nachschlagebuch für die Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verlag von Aug. Bren, Hannover.

Preussisches Gesetz, betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 25. Juli 1910 mit Erläuterungen von Kammergerichtsrat Otto Hagen und Professor Alfred Rames. Berlin 1910. Ernst Siegfried Mittler und Sohn. Königl. Hofbuchhandlung.

Die „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnummer 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 8,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettigelle.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. Das Kuratorium.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Sieben ist erschienen:

Das Moselland und die westdeutsche Eisenindustrie.

Vorträge, herausgegeben von der Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin. Zwei Teile.

1. Teil: Das Moselland.

Preis: 4 Mark.

Aus dem Inhalt: M. Sering, Das Moselland in Vergangenheit und Gegenwart. — G. Krüger, Das römische Trier. Mit vier Abbildungen im Text und einem Plan des römischen Trier. — G. Kentenich, Trier im Mittelalter. Mit acht Abbildungen im Text. — J. B. Reune, Das alte Mos. Mit 14 Abbildungen im Text. — P. Böhmer, Das neue Mos. — Franz Brümmer, Der Roßstand in der Eifel, seine Ursachen und die Maßnahmen der Staatsregierung zu seiner Hebung. — D. Weismüller, Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft im Kreise Daun. — Heinr. Gerbelle, Agrarpolitisches, Landwirtschaftliches und Geschichtliches über den Regierungsbezirk Lothringen und insbesondere den Landkreis Mosel.

Beilage: Eine zweifarbige Karte: Trier und Mosel.

2. Teil: Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.

Vorträge von Professor Dr. H. Schumacher, Bonn.

Preis: 3 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitender Überblick über die Entwicklung der Eisenindustrie. — Die ursprünglichen Konkurrenzverhältnisse der beiden Hauptgruppen der westdeutschen Eisenindustrie. — Die Ausgestaltung der Konkurrenzverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie. — Die bestehenden Verkehrsverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung. — Die Moselkanalisierung im allgemeinen. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.

Weltgeschichte. Leopold von Ranke.

Vollständige Text-Ausgabe mit Gesamtregister. Über 190 Bogen Royal-Oktaf in vier Bänden.

Dritte, unveränderte Auflage.

Preis: Geheftet 40 Mark, gebunden in Halbfanz 50 Mark.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Die Abnahme von Band I verpflichtet zu der des ganzen Werkes.

Diese neue Ausgabe in vier Bänden bringt die Anmerkungen, sowie die Analekten und kritischen Erörterungen der noch weiterhin bestehenden großen, neunteiligen Ausgabe nicht; hingegen enthält sie außer dem vollständigen Text in einem Anhang die „Aufsätze zur eigenen Lebensbeschreibung“ und die für die Zeitgeschichte wichtigen „Tagebuchblätter“ und ein ausführliches Sachregister.

Radierungen und Momentaufnahmen

von

Ernst Zitelmann.

Zweite und dritte Auflage.

Preis: geh. 2 M. 40 Pfg., geb. 3 M. 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: Der Turm auf dem Hauje — Nacht im Mondlicht. — Sonntagnachmittag im April. — Mager, kümmerlich immer fröhlich. — Das Gesicht wie zusammengeballt geweihtes Papier. — Miller, Frau und Schlange. — Wie die Frauen ihre Männer nennen. — Der Mond singt über dem Wasser. — Es gibt Geister so riesengroß. — Meine Herren, so schloß der berühmte Gelehrte. — Ach um die Güte der Menschen! — Mein Prinz, sagte der Geschichtslehrer. — Im heiligen Nam. — Drei Seelen. — Die Venus von Medici. — Die Magnolie im Garten. — Letzte und letzte. — Ein herber Vorfrühlingsnachmittag. — Wie ein vom Tode Aufstehender. — Wir kommen von einem „geistigen Abend“. — Schlechte dumpe Luft überall. — Das Verfehlen.

Kaiser Wilhelm I. Geschichte Bismarcks.

Von

Erich Marcks.

Sechste und siebente Auflage.

Preis: 6 M. In Leinwand geb. 7 M. 60 Pfg.

Die Notwendigkeit dieser Doppelausgabe des Buches beweist, welch' großen Beifall diese Darstellung des Lebens Kaiser Wilhelms I. gefunden hat. Ein Werk echt wissenschaftlichen Charakters, spricht es doch zugleich zu unserm Herzen; es schildert den herrlichsten Abschnitt deutscher Geschichte, indem es neben Kaiser Wilhelm als Mittelpunkt die Gestalten eines Bismarck, Moltke, Roon u. a. uns lebendig vor Augen stellt. Wer sein Vaterland liebt und sich Rechenschaft geben will, wie wir wieder eine Nation geworden sind, wird das Buch von E. Marcks mit hohem Genuß lesen.

Die frau

als

Kaufm. Angestellte

von Meta Gadesmann.

Preis: 55 Pfennige einschließlich Porto.

fortbildungsschulzwang für weibliche Handlungsgehilfen und -Lehrlinge

von Agnes Herrmann.

Dritte Auflage. Preis: 55 Pfg. einschl. Porto.

Zu beziehen durch den Kaufm. Verband für weibl. Angestellte, Berlin, Köpenickerstr. 74.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Neunundsechzig Jahre am Preussischen Hofe.

Aus den Erinnerungen

der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin von Doff.

Mit einem Porträt in Stahlstich.

8. Auflage. Preis 6 M., geb. 7,20 M.

Totentanz und Lebensreigen.

Von

Ernst Bittelmann.

Preis: geheftet 3 Mark 50 Pfennig, gebunden 5 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Zum Eingang. — Das Geigenpiel. — Angst. — In den Felsen. — Der Herr Hofrat. — Herzblut. — Zwiegespräch. — Der Dichter. — Ein Schmetterling. — Bei dem Arzt. — Der Weg in die Ede. — Abendgespräch. — Der Forscher. — Der Lehrer des Lebens. — Nach dem Begräbnis. — Das Nebelmeer. — Der Kaufpreis. — Gnade. — Der Würdige. — Lachen. — Der höchste Augenblick. — Die Last. — Erfüllung. — Auf dem Friedhof. — Die Liebenden. — Die Witwen. — Zum Ausgang.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre.

Von

Adolph von Wenckstern.

Preis: 5 Mark.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 5 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Das Schicksal der Arbeitskammervorlage. Von Landgerichtsrat Kulemann, Bremen. 386

Gesetzliche Streikverhütung auf den fränkischen Eisenbahnen. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin. 390

Soziale Zustände. 395

Der deutsche Arbeitsmarkt im November.

Einschränkung der Gefängnisarbeit. Die Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier im 3. Vierteljahr 1910.

Lohnnachzahlung im Bergwerk.

Regelung der Arbeitszeit in den Rechtsanwaltsbüros in Berlin.

Erholungsurlaub für Arbeiter.

Wachspflege. 397

Bestrafung wegen Nichtgewährung der Mittagspause.

Einstellung des Heilverfahrens vor seinem Abschluß durch die Berufs-genossenschaften.

Die Qualifikation der Invaliden-versicherungsbeamten.

Kommunale Sozialpolitik. 398

Städtische Betriebe in Italien.

Entlohnung von Kanzleiassistentinnen durch eine Gemeindeverwaltung.

Ein Medizinalrat in Charlottenburg.

Die Einführung von „Hausstandszulagen“ für die Gemeindebeamten in Rotterdam.

Unfallfürsorge für Gemeindebeamte und -arbeiter in Frankfurt a. M.

Heranziehung der Angestellten zur Verwirklichung der städtischen Betriebsorganisation in Leipzig.

Die Ausbildung von Pfändern mit Hilfe von Sparmarken.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 400

Das Zentralschiedsgericht im Bau-gewerbe.

Streiks und Aufsperrungen. 400

Die „schwarzen Listen“ in der Staats-verwaltung.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Blei-felder Wälscheindustrie.

Der Kampf in Pforzheim.

Die Lohnbewegung im oberbayerischen Rohlenggebiet.

Arbeiterfragen. 402

Die Konkurrenzklausel für ge-werbliche Arbeiter. Von Ar-beitersekretär R. Fette, Stuttgart.

Konkurrenzklausel und Käuferbund.

Arbeiterversicherung. Sparkasten. 403

Die Invaliden- und Altersver-sicherung in der Schifffahrt auf internationalen Strömen. Von Dr. Gustav Stein, Duisburg.

Die Behandlung von Rentenansprüchen nach dem Erlass des preussischen Handelsministers vom 15. November 1908.

Arbeitsnachweis. 406

Der Verband deutscher Arbeitsnach-weise im Jahre 1909/10.

Der Kampf der Stellenvermittler gegen das neue Stellenvermittler-gesetz.

Städtische Gastwirtschaften und städti-scher Arbeitsnachweis.

Der 5. Jahresbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweisstelle in Düsseldorf.

Genossenschaftswesen. 408

Genossenschaftlicher Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen zur Aus-schaltung des Zwischengewerksystems.

Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den britischen Konsumgenossenschaften.

Vollvergiehung. 408

Die Erziehung der aus der Volksschule entlassenen männ-lichen Jugend.

Der Gegensatz zwischen Kammergericht und Oberverwaltungsgericht in Sachen der Fürsorgevergiehung.

Die Fachbildung des gewerblichen Nachwuchses in Frankreich.

Sozialpolitik im Verkehrswesen. 411

Die Eisenbahndirektion Hannover und die Konsumvereine.

Die Einstellung jugendlicher Arbeiter bei der Reichseisenbahn.

Eisenbahnerforderungen in Mecklen-burg.

Ein Kartell sämtlicher organisierter Eisenbahner der Vereinigten Staaten.

Vollgesundheit. 413

Die Antimonvergiftung der Seher.

Anstellung von Schulärzten im Haupt-amt in Schöneberg.

Die gesetzliche Regelung des Heb-ammenwesens in Bayern.

Mangelnde Nachtruhe der Schulkinder.

Die Feststellung des Körpergewichts und der Körperlänge von Schul-kindern in Hannover.

„Die Alkoholfrage.“

Die Alkoholverkehrsreform in Königs-berg i. Pr.

Ein chemisch-mikroskopisches Kranken-laffeninstitut in Wien.

Die ärztliche Untersuchung in den englischen Schulen.

Das Schicksal der Arbeitskammervorlage.

Von Landgerichtsrat B. Kulemann, Bremen.

Die Reichstagsverhandlungen über den Gesetzentwurf be-treffend die Errichtung von Arbeitskammern lassen die Gefahr eines Scheiterns der Vorlage außerordentlich nahe liegend erscheinen, denn in zwei Punkten stehen sich die Ansichten der Regierung und der Reichstagsmehrheit schroff gegenüber. Sie betreffen einerseits die Einbeziehung der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter in das Gesetz und andererseits die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre.

Was die erste Frage betrifft, so ist es sonderbar, daß man so viel Gelehrsamkeit und Eifer auf die Erörterung darüber verwandt hat, ob § 6 der Gewerbeordnung auch auf die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahnen Anwendung finde. Als ob darauf das geringste ankäme! Ob ein bestehendes Gesetz diese oder jene Auslegung gestattet, ist doch offenbar ganz ohne Bedeutung für die Frage, was man in einem neu zu schaffenden Gesetze bestimmen soll. Darüber hat lediglich die Auffassung des jetzigen Gesetzgebers zu entscheiden. Man hat also ausschließlich zu prüfen, ob der Zweck, den die Arbeitskammervorlage verfolgt, auch für die Werkstättenarbeiter zutrifft. Dieser Zweck ist die Vertretung der Arbeiterinteressen in einer Form, die eine Verständigung mit den Arbeitgebern möglichst erleichtert. Ist für eine solche Aufgabe bei den Werkstättenarbeitern kein Raum? Haben sie keine Interessen zu vertreten? Oder ist dabei ein Gegensatz der Ansichten mit den Arbeitgebern nicht zu erwarten? Kein vernünftiger Mensch wird diese Fragen verneinen. Dann aber ist ausreichende Veranlassung gegeben, auch diese Arbeitergruppen in das Gesetz einzubeziehen.

Der innere Grund, weshalb die Regierung dies ablehnt, ist doppelter Art, nämlich einerseits die Abneigung, in staatliche Betriebe irgend welche Gemischung zu gestatten, und andererseits die Bedeutung des Eisenbahnverkehrs für die Gesamtwohlfahrt. Man hält immer noch an der Fiktion fest, daß die staatlichen Arbeiter einen Schutz ihrer Interessen durch Organisation gar nicht nötig hätten, da ja der Vater Staat für sie Sorge. Als ob es in der Welt gar keinen Fiskalismus und Bürokratismus gäbe! Aber man hat sich doch bei der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Sozialversicherung ge-zwungen gesehen, die Ausnahmestellung der Staatsbetriebe im wesentlichen fallen zu lassen. Der zweite Gesichtspunkt ist an sich berechtigt, aber die Regierung begeht den Fehler, daß sie aus der richtigen Voraussetzung, daß eine Störung des Eisenbahnbetriebes unter allen Umständen vermieden werden muß, den unrichtigen Schluß herleitet, daß den in ihm beschäftigten Arbeitern keine Interessenvertretung gegeben werden dürfe. Man hat immer noch nicht gelernt, zwischen Koalitionsrecht und Streikrecht zu unter-scheiden. Daß bei den sog. „gemeinnötigen“ Betrieben der Streik ausgeschlossen sein muß, ist heute fast allgemein anerkannt.*) Aber gerade dann, wenn den Arbeitern diese Waffe genommen ist, muß ihnen umsomehr auf andere Weise die Möglichkeit gegeben werden, ihre Wünsche ausgiebig zur Geltung zu bringen.

Noch wichtiger als die Frage der Werkstättenarbeiter ist die der Arbeitersekretäre. Wenn die Arbeitgeber alles daran setzen, sie aus den Arbeitskammern fern zu halten, so ist der Grund, den sie hierfür haben, leicht einzusehen. Bei Verhandlungen mit un-gewandten und von ihnen weitgehend abhängigen Arbeitern haben

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

*) Vgl. meinen Aufsatz „Soz. Praxis“ XVI 777.

sie offenbar eine günstigere Stellung, als wenn sie sich Personen gegenüber befinden, die über umfassende Sachkenntnis verfügen und sich vor ihnen nicht zu fürchten brauchen. Dieser Gedankengang bedeutet allerdings den Standpunkt des schroffen Klassenegoismus, ist jedoch psychologisch verständlich. Aber die Regierung kann sich ihn doch unmöglich angeeignet haben, denn sonst wäre die Einbringung der ganzen Vorlage nicht denkbar. Da er nun der einzige Weg ist, von dem aus man zu der Fernhaltung der Arbeiterssekretäre aus den Kammern gelangen kann, so bleibt nur die Annahme übrig, daß die Regierung zu ihrem Vorgehen überhaupt nicht bestimmt ist durch sachliche Gründe, sondern daß sie sich einer fremden Gewalt gefügt und ihre eigene Überzeugung dem auf sie geübten Zwange zum Opfer gebracht hat.

Diese Vermutung wird noch dadurch unterstützt, daß alles, was der Staatssekretär gegen den Kommissionsbeschluß geltend macht, so selbstsam ist, daß gar nichts anderes übrig bleibt als die Annahme, daß er bestimmt ist durch Gründe, die er Bedenken trug, im Reichstag offen auszusprechen. Er macht zunächst den Arbeiterssekretären große Lobeserklärungen wegen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit und ihres Wertes für die soziale Verständigung, ja er empfiehlt sogar den Industriellen, ihre Abneigung gegen sie fallen zu lassen, und er spricht die Hoffnung aus, daß, wenn erst das Gesetz einige Zeit in Wirksamkeit sei, sich der Widerstand gegen ihre Beteiligung vermindern werde. Nur heute will er sie nicht zulassen, und zwar nach seiner Erklärung aus denselben Erwägungen, wegen deren man auch den Rechtsanwältinnen den Eintritt in das Richterkollegium verweigert, nämlich weil sie Vertreter der einen Partei und deshalb für die Abgaben von Entscheidungen nicht berufen seien. Man liest immer von neuem diese wunderliche Beweisführung, aber sie steht wirklich in dem offiziellen Verhandlungsbericht des Reichstages. Also die Arbeitskammern sind Gerichte, sind Instanzen, die aus unabhängigen Richtern bestehen! Die Arbeiter und Arbeitgeber, die sie bilden, sind persönlich an den Gegenständen ihrer Verhandlung und Beschlussfassung in keiner Weise beteiligt! So hat der Staatssekretär gesagt. Es hieße, unsere Leser beleidigen, wenn man auf die Widerlegung dieser Ausführungen ein einziges Wort verwenden wollte. Aber da er selbst sie offenbar nicht ernst genommen hat, so bleibt als Erklärung nur übrig, daß die Regierung den Großindustriellen und ihrer Abneigung gegen alles, was nach Arbeiterorganisation aussieht, das Opfer des Intellekts glaubte bringen zu müssen.

Worauf beruht diese Abneigung vieler Arbeitgeber? Wir fanden ihre Abneigung gegen die Zulassung der Arbeiterssekretäre psychologisch begreiflich, aber wenn wir die Sache genauer betrachteten, so beruht sie doch auf einer großen Unklarheit des Denkens. Gewiß: hätte man es in der Hand, die Arbeiterorganisationen einfach durch einen Nachspruch aus der Welt zu schaffen, so ließe sich verstehen, daß man dieses Ziel anstrebte. Aber das hält selbst der einseitigste Vertreter des patriarchalischen Systems für unmöglich. Ist es das, so bleibt nur die Frage, wie man sich mit dieser nun einmal gegebenen Sachlage am besten abfindet; denn es hat noch niemals als verständlich gegolten, gegenüber den Tatsachen die Augen zu verschließen. Nun weiß jeder, der im praktischen Leben steht, daß Arbeiter, die einer Organisation angehören, bei wichtigeren Verhandlungen, die sie mit Arbeitgeber oder Behörden zu führen haben, niemals eine Entscheidung treffen, ohne vorher die Zustimmung ihrer Organisationsleiter einzuholen. Daran ändert man nicht das geringste dadurch, daß man diese von den offiziellen Verhandlungen fern hält. Verweigert man ihnen die Stellung als offene Vertreter der Arbeiter, so werden sie in die Rolle von Souffleuren gedrängt, die, hinter den Kulissen stehend, den auf der Bühne agierenden Personen zuflüstern, was sie zu sagen haben. Dadurch erniedrigt man aber nicht nur die Verhandlung zu einer Komödie, sondern man schlägt auch den eigenen Interessen direkt ins Gesicht. Wenn man sich zutraut, durch die geltend gemachten Gründe auf den Gegner einen Einfluß zu üben, so ist es doch offenbar wünschenswert, daß diese Gründe in möglichst authentischer Form zur Kenntnis desjenigen gelangen, auf dessen Überzeugung es ankommt. Wählt man also den Weg, daß die Arbeiter erst das, was sie gehört haben, außerhalb der Verhandlungen ihren Vertrauenspersonen mitteilen müßten, so erschwert man sich offenbar die Erreichung des verfolgten Zweckes, und zwar ohne jeden vernünftigen Grund, lediglich wegen eines Vorurteils.

Man sollte denken, daß die Industriellen als „Männer des praktischen Lebens“ für so einfache Erwägungen nüchternen Zweckmäßigkeits volles Verständnis haben müßten. Immerhin, wenn sie geltend gemacht würden von den „Ideologen“, denen man nun einmal mit unüberwindlichem Mißtrauen gegenübersteht, so wäre

es noch zu begreifen, daß man sich ablehnend verhielte. Aber in Wahrheit wurden dieselben Gedankengänge, wie sie hier skizziert sind, schon vor 5 Jahren von einer Seite geltend gemacht, die man sicher als durchaus unverdächtig anerkennen wird, nämlich in Nr. 33 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 13. August 1905, also von Personen, die sich die energische, ja einseitige Vertretung der Arbeitgeberinteressen zur Aufgabe gesetzt haben und denen zugleich ein Verständnis der einschlägigen Verhältnisse unmöglich bestritten werden kann. Seitdem sind diese Anschauungen immer mehr die gemeinsame Überzeugung aller einsichtigen Unternehmer geworden, und es bedeutet deshalb eine starke Rückständigkeit, wenn man trotzdem noch an dem Gedanken festhält, den eigenen Interessen der Arbeitgeber besser zu dienen durch Fernhaltung der Arbeiterssekretäre, als durch die offene Anerkennung ihrer nun einmal tatsächlich gegebenen Stellung.

* * *

So viel über das Sachliche des Streites. Aber es würde wenig Zweck haben, diese Erörterungen über das Recht der streitenden Parteien weiter fortzusetzen; denn nachdem die Regierung öffentlich ihre Stellung genommen hat, wäre es aussichtslos, sie durch Gründe überzeugen zu wollen, zumal wenn sie nicht ihre eigene, sondern die Auffassung der Industriellen vertritt. Die einzige Frage, die bei der jetzigen Lage der Dinge praktische Bedeutung hat, ist vielmehr die, ob die Reichstagsmehrheit, so sehr sie mit ihren beiden Forderungen im Rechte ist, gut daran tun würde, sie uneingeschränkt aufrecht zu erhalten und damit das Gesetz zum Scheitern zu bringen. Offenbar wäre ein solcher Ausgang in höchstem Maße zu bedauern, denn die Arbeitskammern sind eine Forderung, die von allen sozial Denkenden seit langen Jahren erhoben wird und von deren Erfüllung man sich mit Recht einen wichtigen Fortschritt für eine gesunde Entwicklung der Arbeiterbewegung verspricht.

Es ist eine wenig dankbare Aufgabe, bei einem Streite zwischen der Regierung und dem Reichstage dem letzteren Nachgiebigkeit zu empfehlen; denn man ist in solchen Fällen ganz sicher, der Schwachheit und des Mangels an Energie geziehen zu werden. Aber den „Gefinnungstüchtigen“, die diesen Vorwurf erheben, muß ein Doppeltes entgegengehalten werden, nämlich erstens, daß sie sich bei konsequenter Durchführung ihrer Auffassung bescheiden müssen, an Stelle praktischer Erfolge sich mit dem bloßen Bemühen ihrer selbstgefälligen Überzeugungstreue und Unentwegtheit zu begnügen, und zweitens, daß sie sich auf einen Standpunkt stellen, der mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Nach dieser sind Bundesrat und Reichstag durchaus gleichberechtigte Faktoren der Gesetzgebung. Wenn beide bei ihren letzten Entschlüssen stets das aufrecht erhalten wollten, was ihrer eigenen Ansicht entspricht, so würden gerade bei den wichtigsten Gegenständen der staatlichen Tätigkeit positive Beschlüsse recht selten zustande kommen und die Staatsmaschine einfach still stehen. Ob ein parlamentarisches Regierungssystem, wie es in anderen Ländern besteht, bei dem diese Schwierigkeit beseitigt wäre, auch für Deutschland den Vorzug verdienen würde, ist eine Frage, die man sehr wohl aufwerfen kann, aber nicht allein ist für absehbare Zeit wenig Aussicht vorhanden, eine solche Forderung zu verwirklichen, sondern vor allem darf man seinen politischen Handlungen nicht Voraussetzungen zugrunde legen, die man freilich gern erfüllt sehen würde, die aber zurzeit nicht gegeben sind.

Mit diesen Ausführungen ist selbstverständlich nicht gesagt, daß bei derartigen Streitfällen stets und einseitig der Reichstag zur Nachgiebigkeit verpflichtet wäre; vielmehr gibt es für Kompromisse zweifellos Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Wo diese Grenzen liegen, wird im allgemeinen ein gesunder politischer Takt im Einzelfalle entscheiden müssen. Immerhin lassen sich für solche Entscheidungen gewisse allgemeine Prinzipien aufstellen. Zunächst muß das Maß des Entgegenkommens grundsätzlich auf beiden Seiten gleich sein. Das wird gefordert durch die gleichberechtigte Stellung der beiden Parteien. Zweitens darf ein Zugeständnis niemals soweit gehen, daß es mit den obersten Prinzipien in Widerspruch träte, auf denen die eigene politische Stellung beruht. Das ist allerdings ein sehr dehnbarer Begriff, aber immerhin gelangt man so zu der richtigen Unterscheidung gewisser prinzipiellen und praktischen Fragen, ohne die eine Lösung ganz unmöglich ist. Legt man sie zugrunde, so kann man endlich noch einen dritten Satz aufstellen, nämlich daß, wenn die eine Partei nur praktische, die andere dagegen Gesichtspunkte vertritt, die für sie prinzipieller Natur sind, die erstere verpflichtet ist, nachzugeben, wenn ihr überhaupt an einem guten beiderseitigen Verhältnis gelegen ist.

Erkennt man diese Sätze als richtig an, so ist einleuchtend, daß es im vorliegenden Falle möglich sein müßte, zu einer Verständigung zu gelangen. Prinzipien in dem bezeichneten Sinne, daß sie ein Entgegenkommen ausschließen, kommen auf beiden Seiten nicht in Betracht. Am ehesten könnte von einem prinzipiellen Gesichtspunkte auf Seiten der Reichstagsmehrheit bei der Frage der Arbeitersekretäre die Rede sein, indem es sich bei ihr um den Gedanken der Interessenvertretung durch freie Berufsorganisationen handelt. Da demgegenüber die Regierung sich lediglich auf praktische Erwägungen stützt, so wird man nach dem Gesagten gerade hier von ihr ein Entgegenkommen verlangen dürfen. Immerhin kann man doch aber auf der anderen Seite auch nicht behaupten, daß es prinzipiell wäre, Arbeitskammern ohne die Beteiligung der Arbeitersekretäre zu schaffen.

Müßte man sich — was wir nicht glauben wollen und können — damit abfinden, auf die Zulassung der Arbeitersekretäre zu verzichten, so bliebe jedenfalls nichts übrig, als eine andere Forderung zu stellen, die den Industriellen vielleicht noch weniger willkommen sein würde. Diese sich der Unbill nicht begeben, daß die zur Verhandlung berufenen Arbeiter nicht dasselbe Maß von Bildung und Sachkunde besitzen wie ihre Beamten, so müßte man ihnen mindestens die Unabhängigkeit schaffen, ohne die sie offenbar außer Stande sind, die ihnen übertragene öffentliche Funktion zu erfüllen. Das könnte nur dadurch geschehen, daß man während der Dauer dieser Stellung die willkürliche Entlassung ausschließt und die Lösung des Arbeitsverhältnisses nur aus bestimmten, gesetzlich zu bezeichnenden Gründen gestattet. Bekanntlich hat man in der Preussischen Vergesetz-Novelle diesen Schritt getan, indem man den dort geschaffenen „Sicherheitsmännern“ eine solche Stellung einräumte. Man würde deshalb nur dem dort gegebenen Beispiele folgen, wenn man sie auch den Vertretern der Arbeiter in den Arbeitskammern gewährte.

Fassen wir das Ergebnis des hier ausgeführten zusammen, so besteht es darin, daß sowohl die Regierung wie der Reichstag sich lediglich die Frage vorzulegen haben, ob der Zustand, der herbeigeführt werden würde, falls die eine oder die andere Partei hinsichtlich der beiden Streitpunkte Nachgiebigkeit beweist, besser ist als der heutige, d. h. ob die Arbeitskammern in der Form, wie sie allein erreichbar sind, immerhin noch den Vorzug verdienen vor dem völligen Mangel einer solchen Einrichtung. Wird diese Frage auf beiden Seiten vorurteilslos geprüft, so wird es gelingen, eine mittlere Linie zu finden, auf der man sich einigt und die es gestattet, das große Reformwerk unter Dach und Fach zu bringen. Man sollte bedenken, daß, wenn diese Hoffnung sich nicht erfüllen sollte, nur diejenigen triumphieren würden, denen jeder soziale Fortschritt zuwider ist, weil sie von ihm eine Beeinträchtigung ihrer bisherigen Selbstherrlichkeit befürchten.

* * *

Nachwort der Redaktion. Unseren eigenen Standpunkt haben wir bereits in Nr. 11 Sp. 327 ff. dargelegt: Über alle anderen Streitpunkte kann man reden, ohne die Zulassung der Arbeitersekretäre in irgend einer Form wird die Arbeitskammer schwerlich als Friedensinstitution lebensfähig sein, vielleicht sogar ein Instrument für die einseitigen Arbeitgeberinteressen werden können. Auch in konservativen Kreisen stößt der Ausschluß der Arbeitersekretäre auf Widerspruch; so schreibt der „Reichsbote“: „Dagegen erscheint uns die Ablehnung der Arbeitersekretäre für die Arbeitskammern bedenklich, weil die Arbeiter diese Maßregel als eine Schädigung ihrer Interessen ansehen werden, zumal es den Arbeitgebern gestattet sein soll, ihre Beamten als ihre Vertreter in die Kammern zu schicken. Die einfachen Arbeiter werden sich denselben in sachlicher und dialektischer Gewandtheit nicht gewachsen sehen, während das bei ihren Sekretären der Fall wäre. Wir haben neulich schon bemerkt, daß die Sekretäre, wenn sie ausgeschlossen werden, dann ihren Einfluß auf die in der Kammer befindlichen Arbeiter und dadurch auf die Kammer erst recht geltend machen werden.“ Über die Haltung des Zentrums äußert sich die „Germania“ folgendermaßen: „Auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre wird das Zentrum jedenfalls nicht verzichten. Ob sich eine das Zentrum zufriedenstellende andere Fassung finden wird, müssen wir abwarten. Der Staatssekretär sprach davon, daß man ja später, wenn das Gesetz die erhoffte friedliche Wirkung gehabt, vielleicht einmal den Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aufgeben könne. Diese, zudem noch sehr unbestimmte Zusage kann das Zentrum schwerlich befriedigen.“ In der „Westdeutschen Arbeiterzeitg.“ lesen wir: „Diesbezügliche sowohl wie auch Schiffer und Behrens ließen darüber keinen Zweifel, daß das Arbeitskammergesetz ohne die

Wählbarkeit der Arbeitersekretäre den größten Wert eingebüßt habe, sogar die Gefahr entstehe, daß die praktische Tätigkeit solcher Arbeitskammern sich gegen die freie Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auswirken ließe. Die dritte Lesung des Gesetzes soll im Februar sein. Es wäre zu bedauern, wenn sich keine Verständigung finden ließe.“ Magistratsrat Böbling, der bekannte Berliner Gewerberichter, führt im „Preuß. Verwaltungsblatt“ aus, es sei ganz undenkbar, die Arbeitersekretäre bei den vor den Arbeitskammern zu behandelnden Fragen auszuschalten oder beiseite zu schieben: „Wenn man Frieden vermitteln will, so muß man die kämpfenden Gegner einander näher bringen, nicht solche Personen, die gar nicht an der Leitung des Kampfes beteiligt sind.“ Gegenüber Ausstellungen, als ob das Arbeitskammergesetz bereits als gescheitert zu erachten sei, wird offiziös betont, daß eine Verständigung zwar nicht leicht sein werde, daß aber Regierung und Parteien aufrichtig bestrebt seien, die Grundlagen einer Vereinbarung für die dritte Lesung zu finden. Uns wird wiederholt versichert, daß nicht nur leitende Persönlichkeiten der Reichsregierung sich hierum bemühen, sondern daß namentlich auch die Vertreter süddeutscher Staaten im Bundesrat großes Gewicht auf das Zustandekommen der Arbeitskammern legen.

Gesetzliche Streikverhütung auf den französischen Eisenbahnen.

Das seit Wochen angekündigte, teils mit zweifelnder Freude, teils mit parteiischer Feindseligkeit erwartete Gesetzeswerk, mit dem der französische Ministerpräsident Briand, der Generalsekretär der Kammer von der Regierung vorgelegt worden, in Gestalt von drei Entwürfen über die Eisenbahnpolizei, die Sabotage und das Einigungsweesen bei Arbeitsstreitigkeiten. Ein vierter Entwurf endlich soll das strafrechtliche und organisatorische Verfahren zur Bewältigung von Eisenbahneraufständen durch ein positives Beruhigungsmittel, die Verbesserung der Altersfürsorge bei den Eisenbahnern, ergänzen, indem er den im Vorjahre gesetzlich geregelten neuen Pensionsregelungen für die Angestellten und die Arbeiter rückwirkende Kraft verleiht.

Briand und der Minister der öffentlichen Arbeiten, Puech, der neben dem Justizminister die eingebrachten Entwürfe mitunterzeichnet hat, wollen, wie die Überschriften der Entwürfe, besonders des dritten Entwurfs „Gesetzentwurf über die Angestelltenordnung für die Eisenbahnen allgemeinen Interesses und über die friedliche Regelung der Zwiste kollektiver Art, die sich auf die Berufsinteressen der Angestellten (darunter sind Beamte und Arbeiter verstanden) beziehen“, bereits andeuten, die Ausstrahlung der Arbeitsstreitigkeiten auf den Eisenbahnen von dem Boden des sozialen Machtkampfes hinüberführen auf die friedliche, gesetzlich geordnete Bahn einer kontradiktorischen prozessualen Auseinandersetzung. Damit beschreitet Briand keine für Frankreich eigentlich neuen Gedankenwege, denn sein bisheriger Amtsgenosse Millerand hat bekanntlich bereits 1900 als Handelsminister und später als Abgeordneter im Jahre 1902 nicht bloß für die Eisenbahnunternehmen, sondern allgemein für alle größeren gewerblichen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern eine endgültige schiedsrichterliche Beilegung aller kollektiven Arbeitsstreitigkeiten und einen Ausschluß des Streikrechts angestrebt, allerdings mit der eigentümlichen Bedingung, daß der Unternehmer eines Betriebes freiwillig sich und seine Arbeiter diesen Gesetzesabsichten unterstelle. Briand hat diesen allgemeinen Grundsatz der endgültigen Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten durch Vergleich und Zwangsschiedsgericht, ohne die Millerandsche Vorbedingung, auf die Eisenbahnbetriebe eingeschränkt, um zunächst einmal einen praktischen Anfang mit der gesetzlichen Streikverhütung auf dem empfindlichsten volkswirtschaftlichen Arbeitsfelde zu machen.

Dieser besonnene Anfang mit den Eisenbahnstreitigkeiten ist kein bloßer politischer Zufall, sondern entspricht gewissen entwicklungs geschichtlichen Normen. In den meisten Ländern mit einem öffentlich-rechtlich geordneten Einigungsweesen knüpft dieses in seinen Ursprüngen an größere Arbeitskämpfe im Verkehrswesen, die für die Gesamtwohlfahrt der betreffenden Staaten schwere Schäden verursacht hatten, an, und so spielt denn auch unter den bisher in der Kulturwelt vorhandenen Streikverhütungsgesetzen von den frühesten Anfängen an die friedlich-schiedliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in Verkehrsanstalten mit den Mitteln gesetzlicher Organisation eine hervorragende Rolle.

Schon im Jahre 1888 haben die Vereinigten Staaten von Bundes wegen ein (1898 abgeändertes) Gesetz über das Schiedsgerichtsverfahren für die Verkehrsunternehmungen mit dreifachem Instanzenzuge und gerichtlichen Untersuchungsbefugnissen, allerdings ohne Zwangsvollstreckung, erlassen. In den berühmten Keusefänder Schiedsgerichtsgesetzen hat Minister Reeves bereits 1894 den Gedanken des Zwangsschiedsgerichts für Streitigkeiten aus industrial agreements zwischen Eisenbahnministerium und Eisenbahnergemeinschaften verwirklicht, und andere australische Staaten sind dieser Spur gefolgt, bis im Jahre 1904 das Commonwealth of Australia die Zuständigkeit der bundesstaatlichen Gerichte auf die Streitfälle der Eisenbahner ausdehnte. Im Jahre 1903 hat Kanada ebenfalls von Bundes wegen ein Gesetz in gleichem Sinne erlassen, bei dem aber die rechtlichen Mittel zur geplanten Zwangsvollstreckung der Schiedsprüche völlig unzulänglich waren. Kanada ist drum im Jahre 1907 in seiner neuen Industrial Disputes Investigation Act, die nicht bloß für Eisenbahnen, sondern für alle Unternehmungen von öffentlichem Interesse gilt, von diesem Zwangsschiedsgebanten zurückgekommen und hat sich auf den gesetzlichen Zwang zu Einigungsverhandlungen bei Arbeitsstreitigkeiten in den gemeinnützigen Versorgungsgewerben beschränkt; es sind also Streiks und Aussperrungen nur während einer 30tägigen Anmeldefrist und des Ganges der Einigungsverhandlungen verboten, während die letzte Zuflucht zu dem offenen Kampfe nachher freisteht; tatsächlich haben aber in den ersten 1½ Jahren seit Geltung des Gesetzes, wie früher schon in der „Sozialen Praxis“ berichtet ist, nur 5 unter den 60 Streitfällen, die dem öffentlichen Verhandlungszwange unterlagen, zu einem Streit nach Abschluß des Einigungsverfahrens geführt. Die Verbände der Eisenbahner haben sich freilich nur schwer mit diesem Friedensgesetz abfinden können und ihre anfänglich scharfe Gegnerschaft erst dann aufgegeben, als eine Novelle im Jahre 1910 die formalen Schwierigkeiten für die Berufung eines Einigungsamtes, die sich den über weite Gebiete verstreuten Eisenbahnern unter der Gesetzesfassung von 1907 entgegenstellten, nach Möglichkeit beseitigt hatte. Ebenfalls im Jahre 1907 hat Schweden zu einer halb zwingenden, halb freiwilligen Friedensregelung für die Eisenbahnerzwische gedrängt, indem es den verbündeten Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahnerorganisationen den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages nahelegte, durch den sich die beteiligten Parteien verpflichteten, alle Streitfälle ohne Kampf vor einem der drei Distrikteinigungsämter durch Verhandlung zu begleichen oder durch Schiedsspruch entscheiden zu lassen.

Es erübrigt sich, auf die gleichzielenden gesetzgeberischen Schöpfungen oder Versuche in Argentinien, Transvaal, der Türkei oder auf die sinnverwandten neueren Gesetzesentwürfe Italiens und des Kantons Basel, die die Arbeiter- und Beamtenstellung in den öffentlichen Betrieben unter ausdrücklichem Ausschluß des Streikrechts regeln wollen, hier näher einzugehen. Nur auf die großzügige Regelung, die die Eisenbahnmwelt Großbritanniens unter der staatlichen Einwirkung des damaligen Handelsministers Lloyd George im Jahre 1907 getroffen hat, sei noch besonders verwiesen, denn diese Einigungs- und Zwangsschiedsordnung, die als reife Frucht aus den großen Eisenbahnerbewegungen jenes Jahres erwuchs, hat ersichtlich, wie von Briand auch offen erklärt wird, das Muster für die äußere Gestaltung des gegenwärtigen französischen Entwurfs zur friedlichen Ordnung der kollektiven Berufsstreitigkeiten der Eisenbahnangestellten geliefert.

Das Briand'sche Gesetzeswerk, das im folgenden genauer, z. T. im Wortlaut dargestellt werden soll, läßt, wie eingangs erwähnt, der Hauptvorlage über das Einigungs- und Schiedswesen zwei kleinere polizeilich-strafrechtliche Novellen vorangehen. Demgemäß ergibt sich folgendes Bild der wichtigen Aufgaben, die nunmehr das französische Parlament beschäftigen sollen:

Gesetzesentwurf zur Abänderung des Art. 20 des Gesetzes vom 15. Juli 1845 über die Polizei auf den Eisenbahnen.

Der erste Entwurf beantragt folgenden Zusatz zum Gesetz über die Bahnpolizei: „Jeder Zug- oder Maschinenführer, jeder Bremser oder jeder andere Angestellte, der den Auftrag hat, einen Eisenbahnzug zu führen, und der während des Dienstes seinen Posten verläßt, sowie jeder Angestellte, der in regelmäßiger Weise zur Ablösung eines mit der Führung eines Zuges beauftragten Angestellten bestimmt, seinen Posten ohne Entschuldigung nicht angetreten hat, wird mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Dieselbe Strafe ist anwendbar, wenn ein Weichensteller oder ein Signalwärter oder irgend ein anderer Angestellter auf der Strecke, der einen für die Sicherheit der Eisenbahnzüge nötigen Dienst auszuführen hat, seinen Posten verläßt oder seinen Dienst nachlässig versteht oder ohne gültige Entschuldigung dem Dienste fernbleibt.“

Gesetzesentwurf über die Verfolgung von Handlungen, die als Sabotage bezeichnet zu werden pflegen.

Das Gesetz über die Sabotage enthält vier Artikel. Der erste Artikel lautet: Wer absichtlich Instrumente und andere Gegenstände zerstört oder unbrauchbar macht, in der Absicht, das Funktionieren des öffentlichen Dienstes oder die Ausbeutung eines industriellen oder kommerziellen Unternehmens zu verhindern oder zu zerstören, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren und mit einer Geldstrafe von 50 Fr. bis zu 1000 Fr. bestraft. Wenn das Vergehen von einem Arbeiter oder Angestellten des öffentlichen Dienstes oder einer industriellen oder kommerziellen Unternehmung begangen ist, tritt eine Gefängnisstrafe von zwei bis fünf Jahren und eine Geldstrafe von 200 Fr. bis 1000 Fr. ein. Der Versuch wird in der gleichen Weise bestraft.

Art. 2. Die nämlichen Strafen treffen diejenigen, welche 1. unter den Voraussetzungen des Art. 60 des Strafgesetzbuchs als Helfershelfer bei den im vorausgegangenen Artikel aufgeführten Handlungen aufgetreten sind, 2. diejenigen, welche durch andere Mittel als solche, welche im Pressegesetz vom 29. Juli 1881 vorgesehen sind, direkt zu den erwähnten Handlungen aufgefordert haben, selbst wenn diese Aufforderung wirkungslos geblieben ist.

Art. 3. Die Aufforderungen zur Sabotage, die durch die Presse begangen werden, werden nach den Bestimmungen des Pressegesetzes verfolgt, doch wird die Strafe auf das im Art. 1 festgesetzte Maß erhöht. Der Art. 4 ordnet einige Besonderheiten und sieht die Zulässigkeit der mildernden Umstände und der entsprechenden Strafminderung vor.

Gesetzesentwurf über die Angestelltenordnung auf den Eisenbahnen allgemeinen Interesses und über die friedliche Regelung von Kollektivzwistigkeiten über Berufsinteressen der Angestellten.

Dieser Gesetzesentwurf über die friedliche Regelung der Arbeitszwiste und die Einschränkung des Streikrechts umfaßt 24 Artikel. Der Art. 1 bestimmt: Die Verwaltungen der Eisenbahnen allgemeinen Interesses müssen innerhalb sechs Monaten nach Vollzug des vorliegenden Gesetzes der Billigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Verordnungen unterbreiten in bezug auf die Aufstellungs- und Verabschiedungsbedingungen, sowie auf das Disziplinarverhältnis der verschiedenen Klassen ihres Eisenbahnpersonals. Wenn die Billigung des Ministers von Änderungen oder Zusätzen abhängig gemacht wird, welche die Verwaltung der Eisenbahnen nicht annimmt, so entscheidet der Minister durch Dekret nach Einholung der Ansicht des Staatsrats.

Art. 2. Die Verwaltungen der Eisenbahnen allgemeinen Interesses sind verpflichtet, in den verschiedenen Bezirken und Unterbezirken ihres Gebietes Sitzungen zu veranstalten, zu denen gewählte Vertreter des Personals jeder Dienstgattung berufen werden, um in regelmäßiger Folge — aber mindestens zweimal im Jahre — mit den Vertretern der Verwaltungen diejenigen Fragen zu besprechen, die sich auf die beruflichen, kollektiven oder individuellen Interessen der angestellten Arbeiter beziehen.

Art. 3. Die Verwaltungen der Eisenbahnen sind ferner verpflichtet, in den verschiedenen Bezirken und Unterbezirken ihres Gebietes Ausschüsse einzurichten, in die die gewählten Vertreter jeder Klasse des Dienstpersonals auf Verlangen der Beteiligten oder des Ministers der öffentlichen Arbeiten berufen werden können, um mit den Vertretern der Verwaltungen die Streitfälle kollektiver Art zu prüfen, welche sich auf die beruflichen Interessen der Angestellten und Arbeiter beziehen.

Art. 4. Auf jedem Eisenbahnege ist eine Haupteinigungsstelle einzurichten, welche außer den Vertretern der Verwaltung wenigstens zwei erwählte Vertreter des Personals für jede Dienstgattung und einen technischen Aufsichtsbeamten umfassen muß.

Art. 5. In einem Zeitraum von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes müssen die Eisenbahnverwaltungen dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Verordnungen unterbreiten zur Wahl der Arbeitervertreter und der Einrichtung der in den vorausgegangenen Artikeln vorgesehenen Ausschüsse. Sollte die Billigung des Ministers von Bedingungen oder Zusätzen abhängig gemacht werden, welche die Eisenbahnverwaltung nicht annehmen will, so entscheidet der Minister durch Dekret nach Einholung der Ansicht des Staatsrats.

Art. 6. Falls ein Zwist kollektiver Art nicht durch die verschiedenen örtlichen Ausschüsse befriedigend geregelt werden kann, so wird der Zwist der Haupteinigungsstelle entweder durch die Eisenbahnverwaltung oder durch die Mehrheit der Arbeitervertreter oder durch den Minister der öffentlichen Arbeiten unterbreitet. Die Haupteinigungsstelle kann aber auch unmittelbar zur Aburteilung von Streitfällen berufen werden, welche die Gesamtheit der Angestellten einer oder mehrerer Dienstklassen des nämlichen Gebietes betreffen.

Art. 7. Die beiden Parteien müssen der Haupteinigungsstelle alle urkundlichen Belege, deren es zur Aufklärung bedarf, liefern. Die Haupteinigungsstelle kann jede Untersuchung, Ortsbesichtigung oder Nachprüfung vornehmen, die ihr nützlich erscheint.

Art. 8. Die Haupteinigungsstelle muß ihren Spruch in einem Zeitraume von höchstens 2 Monaten fällen.

Art. 9. Wenn die Haupteinigungsstelle sich über die Bedingungen der Vermöhnung geeinigt hat, so werden dieselben schriftlich festgelegt und dem Minister der öffentlichen Arbeiten mitgeteilt, der sie im „Journal Officiel“ veröffentlichen läßt.

Das Schiedsgericht.

Art. 10. Wenn der Versuch einer Versöhnung mißlingt, so wird der Zwist dem Schiedsrichter unterworfen.

Art. 11. Die Mitglieder der Haupteinigungsstelle der beteiligten Dienstklassen bezeichnen zwei Schiedsrichter. Sind an dem Zwiste mehrere Dienstklassen beteiligt, so geschieht die Bezeichnung der Schiedsrichter durch die Abgeordneten der verschiedenen Dienstklassen nach den Voraussetzungen der im letzten Artikel des vorliegenden Gesetzes vorgesehenen Verwaltungsordnung. Die Verwaltung des Eisenbahnnetzes bezieht sich ihrerseits ebenfalls zwei Schiedsrichter.

Art. 12. Diese vier Schiedsrichter ernennen durch eine einstimmige Entscheidung entweder einen oder drei weitere Schiedsrichter. Können sie sich über die Wahl eines einzigen oder von drei Mitschiedsrichtern nicht einigen, so wählen sie einen Schiedsrichter aus der vom Senat und der Deputiertenkammer auf Grund des nachstehenden Art. 13 aufgestellten Liste. Die zwei von der Eisenbahnverwaltung bezeichneten Schiedsrichter wählen ihrerseits einen weiteren Schiedsrichter aus derselben Liste. Die beiden auf diese Weise ernannten Mitschiedsrichter ernennen ihrerseits einen siebenten Schiedsrichter. Gelingt es nicht, die Schiedsrichter des ersten Grades zu bezeichnen, so werden alle Schiedsrichter aus der Liste des Senats und der Deputiertenkammer ausgelost.

Art. 18. Alle drei Jahre werden im Laufe des Monats Januar im Senat 5 und in der Deputiertenkammer 10 Personen gewählt, welche berufen werden können, das Amt von beigeordneten Schiedsrichtern in Streitfällen zwischen den Eisenbahnverwaltungen und ihrem Personal zu übernehmen. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung. Es können gewählt werden der Vizepräsident des Staatsrats, die Präsidenten der Abteilungen des Staatsrats, die Staatsräte im ordentlichen Dienste, der erste Vorsitzende des Kassationshofs sowie die Kammerpräsidenten und Räte des Kassationshofs, die gegenwärtigen und ehemaligen französischen Mitglieder des Schiedsgerichts im Haag, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, der Präsident und die Kammerpräsidenten des Pariser Appellgerichts, der Präsident des Pariser Zivilgerichts, die Dekane der juristischen Fakultäten und die ehemaligen Vizepräsidenten des obersten Arbeitsrats.

Art. 14. Die nach den vorausgehenden Bestimmungen bezeichneten Schiedsrichter vereinigen sich im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Sie können aber ihre Sitzungen und Beratungen auch anderswohin verlegen.

Art. 15. Die Schiedsrichter können jede Untersuchung, Ortsbesichtigung oder Feststellung vornehmen, die ihnen nützlich erscheint.

Art. 16. Die Beratungen der Schiedsrichter sind nur gültig, wenn sie alle anwesend sind. Wenn der eine oder andere von ihnen auf die Ausführung seiner Aufgabe verzichten muß, so wird sein Stellvertreter sofort ernannt unter den nämlichen Verhältnissen wie er selbst.

Art. 17. Der Spruch des Schiedsgerichts wird in öffentlicher Sitzung mitgeteilt und im „Journal Officiel“ bekannt gegeben.

Art. 18. Der Schiedsspruch muß den Tag festlegen, bis zu dem seine Bestimmungen vollzogen werden müssen, und die Zeit, in der sie rechtskräftig bleiben. Ein Schiedsspruch jedoch, welcher die Finanzen des Staats in Anspruch nimmt, wird erst vollziehbar, wenn er durch eine Abstimmung der beiden Kammern des Parlaments bestätigt worden ist.

Art. 19. Wenn die von den Schiedsrichtern angenommene Lösung die Folge hat, dem Eisenbahnnetz neue finanzielle Lasten aufzuerlegen, so muß der Schiedsspruch die Erklärung enthalten, daß eine Schadloshaltung notwendig ist, und es muß angezeigt werden, ob diese Schadloshaltung in Form einer Erhöhung der Tarife oder in irgend einer anderen Weise zu gewähren ist. Wenn die Verwaltung des Eisenbahnnetzes innerhalb drei Monaten nach Erlass des Schiedsspruchs die in ihm angegebene Entschädigung oder eine gleichwertige Schadloshaltung nicht erlangt hat, so kann sie vor dem zuständigen Gericht eine entsprechende Entschädigung geltend machen. In keinem Falle kann sie aber auf eine über die Abschätzung der Schiedsrichter hinausgehende Entschädigung Anspruch erheben.

Art. 20. Jede Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, den Schiedsspruch in der festgesetzten Frist zu vollziehen. Entspricht die Verwaltung den Bedingungen des Schiedsspruchs nicht oder nur teilweise, so verfügt der Minister der öffentlichen Arbeiten auf Kosten der Eisenbahnverwaltung den Vollzug des Urteils. Außerdem können die Bestimmungen des Artikels 21 des Gesetzes vom 15. Juli 1845 Anwendung finden, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Konzessionsvertrags.

Art. 21. Das Personal der Eisenbahnen, von dem in dem vorliegenden Gesetze die Rede ist, ist ebenfalls verpflichtet, die Bestimmungen des Schiedsgerichts in der angegebenen Frist zu vollziehen. Wenn ein Angestellter oder ein Arbeiter die Arbeit nicht unter den durch den Schiedsspruch festgesetzten Bedingungen fortsetzt, so kann er in seiner Dienstleistung sofort ersetzt werden, ohne Rücksicht auf die durch die bestehenden Reglements festgesetzten Formvorschriften. Die Verwaltung der Eisenbahn kann ihn absetzen oder beurlauben oder seinen Posten einziehen.

Art. 22. Es ist jedem anerkannten oder nicht anerkannten Verein oder Gewerksverein und jedem Vereins- oder Gewerkschaftsverbande verboten, Angestellte und Arbeiter der Eisenbahnnetze zum Ausstand aufzufordern, den Ausstand vorzubereiten und zu organisieren.

Strafbestimmungen.

Art. 28. Jede Übertretung der Bestimmung des Artikels 22 wird verfolgt, und zwar sind dafür verantwortlich diejenigen Mitglieder des Vereins oder der Gewerkschaft oder des Vereins- oder des Gewerkschaftsverbandes, welche unter irgend einem Titel an der Leitung oder Verwaltung des Vereins oder des Verbandes teilgenommen haben. Die Übertretung wird bestraft mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 Fr. und mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu drei Monaten oder mit einer der beiden Strafen allein. Ist die Übertretung begangen worden während eines Zwists, der durch Versöhnung und Spruch des Schiedsgerichts im Sinne des vorliegenden Gesetzes geregelt werden kann, bevor diese Regelung eingetreten ist, so tritt eine Geldstrafe von 100 bis 300 Fr. und eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zu einem Jahre oder eine der beiden Strafen allein ein. Der Artikel 468 des Strafgesetzes ist anwendbar, d. h. mildernde Umstände sind zulässig. Im Wiederholungsfalle dagegen können die in den voranstehenden Paragraphen enthaltenen Strafen verdoppelt werden. Im Falle einer Verurteilung auf Grund des gegenwärtigen Artikels finden die Bestimmungen des Vereinsgesetzes von 1901 Anwendung, soweit sie sich auf die Auflösung des Vereins beziehen.

Art. 24. Ein öffentliches Verwaltungsreglement wird die Maßregeln zur Sicherung der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes festlegen.

Das starke öffentliche Interesse, das dieses Gesetzeswert Briands im In- und Auslande geweckt hat, richtet sich insbesondere auf den dritten Entwurf über das Einigungswesen. Dieser vor allem wird die Stürme der Diskussion in der französischen Kammer entfesseln. Gegen die erste Vorlage, die das reisende Publikum vor den Gefahren schützen will, die ihm aus der plötzlichen Dienstverweigerung der Eisenbahner auf freier Straße erwachsen, wird ebenso wenig zu sagen sein wie gegen die zweite Vorlage, die das Sabotagetreiben nicht bloß im Eisenbahnbetriebe, sondern überhaupt in jeglichem Dienstverhältnisse verhindern will. Hier handelt es sich um die einfache Ausfüllung einer Lücke im Strafgesetzbuch, dessen Verfasser diese neuzeitlichen Teufeleien nicht voraussehen konnten. Daß gerade auch die geistigen Urheber und Anstifter des Sabotagetreibens scharf gepakt werden sollen, kann nur kleine Aliquoten, die vom sicheren Port aus die Massen allzugen zur action directe aufputschen wollen, verbieten. Der Vorwurf, den der „Rappel“ gegen die Sabotagevorlage erhebt, sie messe mit zweierlei Maß und bedrohe irgend einen Schuft, der sabotiert, mit 2 Jahren, den Arbeiter aber, der das gleiche tut, mit 5 Jahren Gefängnis, ist platt, denn gerade die Vertrauensstellung, die jeder Arbeiter in einem Betriebe mit empfindlicher Maschinerie oder mit kostspieligen, leicht verderbbaren Stoffen genießt, stempelt eine böswillige Schädigung von seiner Hand zu einem schweren Verbrechen, das anders gesühnt werden muß, als der Frevel irgend eines Fremden, gegen dessen zerstörende Eingriffe in den Betrieb sich der Unternehmer leicht schützen kann. Es ist ein alter kriminalistischer Grundsatz, daß Verbrechen von Hausangehörigen gegen Hausangehörige, z. B. Hausdiebstähle, viel schärfer bestraft werden, als Verbrechen gegen Fremde.

Grundsätzliche Kämpfe kann nach alledem in Briands Wert nur die dritte Vorlage mit dem Streikverbot und dem Zwangsschiedsgericht hervorrufen. Oben ist gezeigt, daß die Gedanken an sich, zumal für den Eisenbahnbetrieb, nichts neues bedeuten. Aber für Frankreich sind sie in der jetzigen Gestalt, hinter der ein Machtwille steht, welcher Ordnung im Verkehr um jeden Preis schaffen will, etwas neues und beinahe eine Herausforderung an die französischen Arbeiterorganisationen, die in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Desorganisation und Machtzersplitterung gern mit dem Dynamit des Generalstreiks spielen, der ohne Beteiligung der Eisenbahner kaum durchführbar ist. Da sich Briand gerade bei diesem Punkte seines Entwurfs, der die absolute Freiheit des Streikens bedroht, auf heftige Widerstände gefaßt machen muß, so hat er diesem Teil der Vorlagen eine besonders eingehende Begründung zuteil werden lassen.

Die Denkschrift, die die Vorlagen begleitet, weist auf den häufig gemachten Vergleich des Streiks mit einem barbarischen wirtschaftlichen Kriege hin. Aber, so fährt sie treffend fort, im Fortschreiten der menschlichen Zivilisation zeigt sich das Bestreben, dem unvermeidlichen Kampfe ein wenig die Lehre vom Frieden einzufügen. Seit langem schon, besonders aber im Laufe der letzten zwanzig Jahre, sind zähe Bemühungen gemacht worden, um auf internationalem und sozialem Gebiet die Entscheidung mit Gewaltmitteln durch eine friedliche Entscheidung schwebender Streitfälle zu ersetzen. Die Begründungsschrift weist einerseits auf das Haager Schiedsgericht, anderseits auf die Gesehtentwürfe Waldeck-Rousseaus und Millerands von 1900 hin. Nun sind in jüngerer Zeit, so heißt es in der Denkschrift weiter, neue Arbeitskämpfe

schärfer hervorgetreten, die über den engeren Kreis des Betriebs, dem sie galten, hinaus die Volkswirtschaft und die Wohlfahrt der Gesamtheit beeinträchtigen. In dem Streik von öffentlicher Bedeutung zeigt sich ein neues Element, das von einem neuen Gesichtspunkte aus zu betrachten ist. Als dann werden die wichtigsten Arbeiterausstände in den verschiedenen Ländern von 1903 bis 1910 geschildert und die Gesetze aufgezählt, die auf sie zurückzuführen sind.

„Ein Streik der Eisenbahner ist durch seine Eigenart von jedem anderen Streik verschieden. Er verletzt den Artikel 12 der „Menschenrechte“, weil er sich eine Macht anmaßt über Gebiete und Gegenstände, die zum Nutzen aller Menschen eingerichtet wurden und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut worden sind. Er gibt auch dem Arbeitnehmer mehr Rechte als dem Arbeitgeber. Denn eine dauernde Aussperrung von beamteten Arbeitern, wie sie in anderen Betrieben als Verteidigung möglich ist, erscheint bei den Eisenbahnern unter den heutigen Verhältnissen ausgeschlossen. Die Eisenbahner müssen also auf das Recht der Streiks verzichten, wofür ihnen der Staat besondere Entschädigungen schuldet. Zunächst müssen die Ursachen der wirtschaftlichen Kriege für sie soweit wie möglich aus dem Wege geräumt werden. Sodann muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Forderungen zu jeder Zeit vertreten zu können, nicht nur vor der vorgeordneten Leitung, sondern auch vor der politischen Gewalt und vor der Öffentlichkeit. Die Aussicht auf ein zeitgemäßes wirtschaftliches Fortkommen muß gegenüber der Macht des Kapitals dem Arbeiter gesichert sein.“

Der zweite Teil der Denkschrift geht prüfend auf die bestehende Gesetzgebung aller Kulturstaaten zu der Streikfrage ein. Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Spanien, Portugal, Schweden, die Vereinigten Staaten, Kanada, Neuseeland, Argentinien werden berücksichtigt. Deutschland natürlich nicht. Keineswegs etwa aus chauvinistischer Abneigung, sondern weil Deutschland sich eben überhaupt noch nicht mit positiver Gesetzgebungsarbeit auf dem Gebiete des Streikwesens betätigt hat. Es besitzt bekanntlich nur ein Ausnahme-Zivil- und Strafrecht gegen Koalitionen mit Streikplänen. Und was die Regelung der Eisenbahnerrechte und -pflichten betrifft, so ist deren Arbeitsverhältnis heute völlig der diskretionären Autonomie der Eisenbahnverwaltungen unter Ausschaltung wichtiger Teile des gemeinen Arbeiterrechts preisgegeben. Der Streikfrage gegenüber glaubt Deutschland noch immer mit Gefinnungspolizei und Wohlfahrtspflege auszukommen. Hier konnte Briand kein Vorbild für die rechtliche Regelung von sozialen Interessenstreitigkeiten im Eisenbahnbetriebe finden. Briand entnahm, wie er betont, sein Muster dem britischen Eisenbahnwesen und dessen Schiedsordnung vom November 1907. Freilich mit einem so wesentlichen grundsätzlichen Unterschiede, daß die Berufung auf England nur bedingt zulässig ist, nämlich nur für die äußeren Organisationsformen, während der Briandsche Grundgedanke der gesetzlichen Zwangsverlebung von Eisenbahnerstreitigkeiten viel mehr auf australischen Ursprung hinweist.

Das charakteristische an der englischen Regelung, die übrigens in Schweden ihre Vorgängerin hat, ist die Errichtung der Einigungs- und Schiedsgerichtsausschüsse auf dem Boden eines genossenschaftlichen Vertrags zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Eisenbahnergesellschaften, die, soweit nicht selbständig organisiert, nuncmehr künstlich organisiert wurden. Gewiß ist das Friedensabkommen, das außerdem nicht auf ewig, sondern zunächst bloß auf 6 Jahre abgeschlossen ist, im Jahre 1907 nur unter starkem Druck der Regierung, die mit einem Notgesetze drohte, falls die Eisenbahngesellschaften nicht auf den Verhandlungsvertrag mit den Angestellten eingehen wollten, zu Stande gekommen, aber es ist doch eben nur ein durch öffentlichrechtliche Kontrolle verschärfter Vertrag und kein auf verfassungsmäßigem Wege geschaffenes Gesetz, wie es Briand für Frankreich jetzt plant.

Die in Briands Gesetz angelegte Organisation der Vertretungen von Eisenbahngesellschaften und Eisenbahnern für die Zwecke der friedlichen Verhandlung, für das Vergleichs- und Schiedsverfahren und die instanzuelle Ordnung berühren sich allerdings innig mit dem englischen Muster, nur die Auswahl der Schiedsrichter soll in Frankreich wesentlich anders als in England erfolgen. Dem Charakter eines Gesetzes entsprechend weicht auch die Zwangsvollstreckung der Vergleichs- oder Schiedsprüche in Briands Plan von der englischen Ordnung ab. Endlich befaßt der englische Vertrag sich natürlich auch nicht mit der Frage der Entschädigung für die Eisenbahngesellschaften, wie es Briands Entwurf bei starker finanzieller Inanspruchnahme der Gesellschaften einer schiedsrichterlichen Lohnaufbesserung für die Eisenbahner vorzieht.

Es wäre verfrüht, irgend ein Urteil über die Gangbarkeit des von Briand gewählten Weges auszusprechen. Man könnte zwar

auf die in England mit dem System der Einigungs- und Schiedsgerichtsausschüsse gemachten Erfahrungen (vergl. „Soz. Prax.“ S. XVIII 1079, 1213) hinweisen, aber einmal sind die Erfahrungen hier bei den verschiedenen Eisenbahngesellschaften und Eisenbahnergruppen nicht ganz gleichmäßig, vor allem aber wäre die mechanische Projektion der englischen Erfahrungen auf den ungleich schwierigeren französischen Boden mit seiner politisch und gewerkschaftlich zerrissenen, an organisatorische Zucht noch wenig gewöhnten Arbeiterschaft ganz verfehlt. Endlich wird viel, sehr viel von der persönlichen Verhandlungskunst der leitenden Männer in den Haupteinigungsstellen und von der Weisheit und Menschenkenntnis der Schiedsrichter abhängen. Frankreich besitzt in der Schlichtung sozialer Kämpfe durch Organisationspraxis und Verhandlungskunst bei weitem nicht die ausgebreitete Schulung wie England und neuerdings Deutschland. Also läßt sich über die praktische Wirksamkeit der Briandschen Gesetzentwürfe heute gar nichts voraussagen.

Zudem ist das politische Schicksal der Vorlage selbst noch nicht einmal gesichert. Die Aufnahme der Vorlage bei der maßgebenden französischen Presse ist sehr geteilt. Blätter wie der „Temps“, „Gaulois“, „République Française“ und die sozialistische Presse sind dagegen; die bürgerlichen Blätter mit den Massenaufgaben treten allerdings ebenso wie die offizielle Presse dafür ein. Einig sind sich aber Gegner wie Freunde des Hauptentwurfs in der Überzeugung, daß die Begründung der Streitverhütungs- und Einigungsvorlage ein staatsmännisches Meisterstück sei.

Berlin.

Waldemar Zimmermann.

Soziale Zustände.

Der deutsche Arbeitsmarkt im November. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Monat November hielt sich nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ im allgemeinen auf gleicher Höhe wie im Oktober. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend nach. Die Besserung auf dem Ruhrkohlenmarkt hat angehalten. Im ober-schlesischen Kohlengebiete war der Absatz besser. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat die Brickettnachfrage nachgelassen. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie war befriedigend. Die elektrische Industrie war gut beschäftigt. In der Textilindustrie hat sich der Arbeitsmarkt etwas gebessert. Das Bekleidungs-gewerbe war im allgemeinen reichlich beschäftigt. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Laufe des Novembers nachgelassen, was in der Hauptsache auf das Baugewerbe zurückzuführen ist. . . . An den Arbeitsnachweisziffern ist im Vergleiche zum Vormonat eine Verschlechterung, im Vergleiche zum Vorjahr eine Besserung des Arbeitsmarktes wahrzunehmen.

Einschränkung der Gefängnisarbeit. Eine der wichtigsten und gerechtfertigten Forderungen des Handwerks ist die Beseitigung des Wettbewerbs der Gefängnisarbeit mit der freien Arbeit. Aus Kiel wird nun berichtet:

Die Kieler Oberstaatsanwaltschaft ist bemüht, die bisherige Gefängnisarbeit einzuschränken und die Gerichtsgefangenen zu Landeskulturarbeiten zu verwenden. Die handwerksmäßigen Arbeiten und die Wäscherei sind gänzlich eingestellt. Die Gefangenen sollen vorwiegend zur Urbarmachung von Oblandereien hergegeben werden. Die Oberstaatsanwaltschaft hat sich an den Heidekulturverein und die schleswig-holsteinische gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft gewandt, damit diese bei der Bearbeitung größerer Landflächen Gefangene verwenden. Der Heidekulturverein will bei umfangreicheren Aufstellungen die Gefangenen ernstlich erwägen und die Unternehmer auf diese Arbeitskräfte aufmerksam machen. Die Siedlungsgenossenschaft schloß mit der Justizverwaltung einen Vertrag ab, der sie in den Stand setzt, jederzeit Behörden, Genossenschaften und Privatpersonen zur Ausführung von Landeskulturarbeiten Gefangene zu überlassen.

Wir können nur dringend wünschen, daß dies Vorgehen allseitige Nachahmung findet.

Die Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier im 3. Vierteljahr 1910 weisen zwar eine Besserung auf, diese ist jedoch nur zum Teil auf die Erhöhung des Schichtverdienstes zurückzuführen, wesentlich spricht dabei die Vermehrung der Schichtenzahl mit. Im Ruhrrevier sind verfahren worden: im 1. Quartal 72, im 2. Quartal 75, im 3. Quartal 79 Schichten. Die Durchschnittslöhne sämtlicher Arbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrugen (nach Abzug

aller Arbeitskosten sowie der Versicherungsbeiträge) für die ersten drei Quartale 1910 für eine Schicht in Mark:

a) Nördliche Reviere	4,53	4,56	4,61
b) Südliche Reviere	4,33	4,35	4,42
Summe D.-B.-A. Dortmund (a, b und Revier Hamm)	4,48	4,61	4,57.

Der Vierteljahrsverdienst ist im Durchschnitt im Laufe der ersten drei Vierteljahre von 324 und 337 auf 361 *M* gestiegen, während er schon vor drei Jahren (4. Quartal 1907) erheblich mehr, nämlich 399 *M* betragen hat. Der reine Tagelohn der Häuer im Ruhrrevier war im 3. Quartal 1910 5 *M* 40 *℥*, der Lohn der über Tag beschäftigten Erwachsenen 3 *M* 91 *℥*, der Lohn der Jugendlichen 1 *M* 30 *℥*. Der „Vergl. napp“ bemerkt zu diesen Zahlen:

„Trotz der im 3. Quartal 1910 in die Erscheinung getretenen kleinen Steigerung der Bergarbeiterlöhne können dieselben in der heutigen Zeit nicht als ausreichend bezeichnet werden. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Löhne auch weiterhin eine steigende Tendenz behalten, daß besonders auch ein gerechter Ausgleich unter den Löhnen geschaffen wird und keine Löhne mehr ausbezahlt werden, die zum Teil weit unter dem Durchschnitt bleiben.“

Lohnnachzahlung im Zeiswerk. Das von Professor Ernst Abbe an Stelle der üblichen Gewinnbeteiligung eingeführte Verfahren, bei guten Geschäftsabschlüssen der optischen Werkstätte am Jahresende den Arbeitern und Angestellten, deren Arbeit zu diesem günstigen Wirtschaftserfolg mitgewirkt hat, eine sachungsmäßig geregelte Nachvergütung zu gewähren, führte heuer zu einer Nachzahlung von 8 % auf die Löhne und Gehälter des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Regelung der Arbeitszeit in den Rechtsanwaltsbureaus in Berlin. Der Verband der Bureauangestellten hat eine Bewegung zur Regelung der Arbeitszeit in den Berliner Rechtsanwaltsbureaus erfolgreich durchgeführt. Die Verhandlungen des Verbandes mit dem Berliner Anwaltsverein haben zu folgenden Vereinbarungen geführt:

1. Die Arbeitszeit wird auf höchstens 8 1/2 Stunden festgesetzt.
 2. Überstunden sind tunlichst zu vermeiden und, soweit unvermeidbar, besonders zu vergüten.
 3. Die Bureaus sollen tunlichst um 7 Uhr abends geschlossen werden.
- Bisher betrug die Arbeitszeit der Angestellten in den Anwaltsbureaus häufig zehn bis zwölf Stunden.

Erholungsurlaub für Arbeiter. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat bei seinen Mitgliedern eine Umfrage über die Erfahrungen veranstaltet, die mit der Gewährung eines jährlichen Erholungsurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes an Arbeiter, die längere Zeit im Dienst einer Firma gestanden, gemacht sind. Das Ergebnis dieser Umfrage wird einstweilen noch nicht mitgeteilt.

Rechtspflege.

Bestrafung wegen Nichtgewährung der Mittagspause. Ein Bäckermeister, der verschiedene Filialen besitzt, ließ eine von ihnen durch ein Fräulein verwalten, die einen gewissen Prozentsatz des Umsatzes als Entgelt für ihre Tätigkeit als Verkäuferin erhielt. Eine bestimmte Mittagspause hatte diese Verkäuferin nicht; wenn Kunden kamen, mußte sie diese bedienen; zwischendurch konnte sie ihr Essen zu sich nehmen. Das Berliner Landgericht verurteilte den Bäckermeister wegen Vergehens gegen § 139c O.D. zu 300 *M* Geldstrafe mit folgender Begründung:

Unter einer angemessenen Mittagspause sei eine richtige Pause zu verstehen, in der sich der oder die Angestellte, wenn sie im Geschäft bleiben, ihr Mittag herrichten und in Ruhe, ohne auf Kunden achten zu brauchen, verweilen können. Verfehlt sei auch der Einwand des Angeklagten, daß das Fräulein keine Gehilfin im Sinne des § 139c gewesen sei, sondern Filialleiterin, weil sie kein Gehalt, sondern Provision erhielt. Sie habe die Waren verkauft und sei als Gehilfin anzusehen. Ganz gleichgültig sei dabei, daß sie das Geld nicht direkt, sondern in Form von Provision erhielt.

Die vom Angeklagten gegen dies Urteil eingelegte Revision wurde, wie der „Vorwärts“ vom 21. Dezember 1910 mitteilt, vom Kammergericht verworfen, da der Begriff „Gehilfe“ von der Vorinstanz nicht verkannt sei. Und was die vom Angeklagten gerügte Höhe der Strafe anlangt, so sei darauf zu verweisen, daß die Überbreitung des § 139c mit Geldstrafe bis zu 2000 *M* bedroht sei. Wozu habe der Gesetzgeber wohl die hohe Strafe vorgeesehen? Etwa deshalb, damit der Richter auf den üblichen Satz von 5 oder

10 *M* erkenne? Nein: Wenn die Strafkammer hier auf 300 *M* erkannt habe, so könne man nur sagen: es sei ein Segen, wenn die sozialen Bestimmungen der Gewerbeordnung den Widerspenstigen etwas fühlbar gemacht würden.

Einstellung des Heilverfahrens vor seinem Abschluß durch die Berufsgenossenschaften. Das Reichsversicherungsamt hat die Frage, ob die Berufsgenossenschaften berechtigt sind, das von ihnen nach dem Krankenversicherungsgeetze übernommene Heilverfahren vor seinem Abschluß einzustellen und die weitere Behandlung der zuständigen Krankenkasse wieder zu überlassen, bejaht. Es bleibt den Berufsgenossenschaften hiernach überlassen, nach pflichtmäßigem Ermessen unter Berücksichtigung des an sich berechtigten Verlangens des Verletzten nach einer möglichst einheitlichen und ununterbrochenen Heilbehandlung darüber zu entscheiden, ob sie ein übernommenes Heilverfahren selbst bis zu Ende durchführen oder auf die Kassen zurückübertragen wollen. In der Begründung heißt es:

Über das Recht auf Einstellung der Fürsorge kann ein berechtigter Zweifel nicht bestehen, da die Berufsgenossenschaften durch die Übernahme des Heilverfahrens auf Grund des R.V.G. ebensoviele wie durch die Gewährung der Heilbehandlung auf Grund des G.U.V.G. ihre Entschädigungspflicht anerkennen. Die Vorschriften bewegen sich hinsichtlich der hier in Frage kommenden Beziehungen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes. Der Berechtigung der Berufsgenossenschaft auf Rückübertragung des Heilverfahrens auf die Krankenkassen steht auch sonst keine Gesetzesvorschrift entgegen. Die Zweckbestimmung der Vorschrift des R.V.G. spricht dagegen wesentlich dafür, daß jenes Recht den Berufsgenossenschaften selbst in den Fällen nicht abzusprechen ist, in denen ihre Entschädigungspflicht bereits feststeht. Die Begründung zur Novelle vom 10. April 1892 ergibt, daß den Berufsgenossenschaften ermöglicht werden sollte, durch eine wirksame Heilbehandlung schon während der Wartezeit, in der die Verletzten vielfach nicht genügend versorgt sind, eine möglichst baldige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und damit eine Verringerung der Rentenlast zu erreichen. Der Absicht des Gesetzes, den Berufsgenossenschaften bei gleichzeitiger Förderung der Interessen der Verletzten eine Ermächtigung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu verschaffen, würde es aber widersprechen, ein einmal übernommenes Heilverfahren auch dann durchzuführen, wenn sich im Laufe des Heilverfahrens herausstellen sollte, daß eine Entschädigungspflicht für sie nicht in Frage kommt.

Die Qualifikation der Invalidenversicherungsbeamten hatte das Reichsgericht in einem Urteil vom 4. November 1910 zu prüfen. Ein städtischer Beamter, der als Vorsteher einer Ausgabestelle für Invalidenversicherungskarten beim Umtausch voller Karten die sog. Aufrechnungsbefcheinigungen auszustellen hatte, war beschuldigt, als gleichzeitiger Beamter einer Synagogengemeinde die von ihm für Quittungskarten verrechneten Gelder unterschlagen, in den Aufrechnungsbefcheinigungen beim Umtausch aber vorsätzlich falsch beurkundet zu haben, daß Marken für volle 52 Wochen eingelebt seien. Das Landgericht hatte den Angeklagten freigesprochen, weil dieser mangels Bestätigung durch den Regierungspräsidenten nicht zuständiger Beamter der Ausgabestelle gewesen sei. Das Reichsgericht hob das Urteil jedoch mit folgender Begründung auf:

In den Ausführungsbestimmungen zum Invalidenversicherungsgesetz sei festgesetzt, daß die „Beschlussfassung“ über die Befegung der Ausgabestellen mit besonderen Beamten der Bestätigung durch den Regierungspräsidenten unterliege. Damit sei nur der Beschluss gemeint, ob diese Tätigkeit von oder neben der Gemeindepolizeiverwaltung ausgeübt werden solle. Die Befegung selbst aber unterliege keiner Bestätigung.

Kommunale Sozialpolitik.

Städtische Betriebe in Italien. Man schreibt uns: Das statistische Jahrbuch des Verbandes italienischer Städte enthält in diesem Jahre zum ersten Male einige interessante Angaben über städtische Betriebe. Padua hat eine städtische Fleischhauerei mit einem Kapital von 70 000 Franken, Reggio Emilia eine städtische Eisfabrik, Caneto Pavese hat sogar eine städtische Weinbrennerei. Diese Gemeinde besitzt eine landwirtschaftlich bebaute Fläche von 533 ha, wovon 482 ha mit Wein bepflanzt sind. Während der letzten Weinlese griff diese Stadt zugunsten der Wein produzierenden Bürger ein, indem sie die Trauben zu 75 % des Marktpreises aufkaufte und die Lieferanten noch mit 88 % am Gewinn beteiligte, den sie beim Verlaufe des gefestigten Weins erzielte. Die Verwaltung dieser Kelterei ist selbständig und das Betriebskapital ist von der Cassa Depositi e Prestiti gestellt. Bemerkenswert ist endlich noch, daß von allen städtischen Bädereien keine einzige einen Reinüberschuß erzielt hat.

—ah—

Entlohnung von Kanzleiarbeiterinnen durch eine Gemeindeverwaltung. Der Stadtmagistrat Bamberg hat beschlossen, zunächst im äußeren städtischen Dienst, wie im Stadtbauamt, in den städtischen Werken usw., weibliche Schreibkräfte zu verwenden. Die weiblichen Angestellten sollen als Anfangslohn 450 M. jährlich erhalten und erst nach langen Jahren in bescheidenen Steigerungen bis zum Höchstlohn von 1200 M. vorrücken. 450 M. Jahreslohn entspricht nach Abrechnung der Sonntage einem Tagelohn von 1,50 M. Der Kanzleischreibdienst in Bamberg dürfte also kaum nach den Sätzen des ortsüblichen Tagelohns für weibliche Arbeiterinnen bezahlt werden.

Ein **Medizinastadtrat** in Charlottenburg wird unter Vermehrung der besoldeten Magistratsmitglieder um eins demnächst angestellt. Er soll die Approbation als Arzt und eine besondere Vorbildung in der Hygiene besitzen und darf öffentliche Nebendämter oder private ärztliche Praxis ohne Genehmigung der städtischen Körperschaften nicht übernehmen. Das Gehalt beträgt 9000 bis 12 000 M. Seine hauptsächlichste Aufgabe soll sein, Fingerzeige und Ratsschläge, Auskünfte und Anregungen auf allen Gebieten städtischer Hygiene zu geben. Er wird das Dezernat im Geschäftsbereich der zur Hebung und Fortbildung der öffentlichen Gesundheit eingesetzten Verwaltungsdeputation übernehmen. Ferner soll ihm die einheitliche Organisation und Leitung der verschiedenen kommunalärztlichen Versorgung — Schulärzte, Stadtlärzte, Fürsorgeärzte — übertragen werden.

Die Einführung von „Hausstandszulagen“ für die Gemeindebeamten in Rottbus, über die wir Sp. 284 berichteten, ist, wie uns der Magistrat von Rottbus mitteilt, nicht erst durch den Nachtrag zur Befolgsordnung vom 29. Juli 1910, sondern bereits durch das Ortsstatut betr. die Befolgung der Kommunalbeamten, vom 4. August 1909 erfolgt, und dieses enthält die Bestimmung, daß sich die Zulage verdoppelt, wenn und solange dem Hausstande mindestens vier unverheiratete Kinder unter 18 Jahren angehören. Durch den Nachtrag vom 29. Juli 1910 ist lediglich eine Erhöhung der ursprünglich auf 100, 125, 150 und 200 M. festgesetzten Hausstandszulagen auf 150, 200, 250 und 300 M. vorgenommen; die Bestimmung über Verdoppelung derselben im Falle des Vorhandenseins von vier und mehr Kindern ist selbstverständlich in Gültigkeit geblieben.

Unfallfürsorge für Gemeindebeamte und -arbeiter in Frankfurt a. M. Nach einem Beschlusse der städtischen Kollegien in Frankfurt a. M. werden die städtischen Beamten, welche nicht in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, ferner die städtischen Angestellten, Bediensteten und Arbeiter sowie die Lehrer der kommunalen Unfallfürsorge künftig unterstellt. In der Begründung der Vorlage wird vom Magistrat darauf hingewiesen, daß gesetzlich auch in den unfallversicherungspflichtigen Betrieben der Stadt nur die Arbeiter, nicht aber die Betriebsbeamten und Techniker mit einem Gehalt von über 3000 M. versichert seien, ja, es läme vor, daß in ein und demselben Betriebe Angestellte versichert und nicht versichert seien. Mit einer beschränkten Anzahl von Beamten seien Versicherungen mit Privatgesellschaften abgeschlossen worden. Die Unterstellung unter die Unfallfürsorge geschieht dadurch, daß das Ortsstatut, betreffend Unfallfürsorge für städtische Beamte, die in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, auf die oben genannten Kategorien ausgedehnt wird. Ein Rechtsanspruch auf die vorgesehenen Renten wird jedoch nicht gewährt, die zu gewährenden Renten sind widerruflich. Die Zahlungen der Stadtgemeinde treten nur ergänzend neben die den beteiligten Personen oder ihren Hinterbliebenen a) aus der Krankenversicherung, aus der Reichsunfall- oder Invaliden- und Altersversicherung, b) gesetzlich oder vertraglich auf Grund von Zahlungen, welche die Stadtgemeinde für die betreffenden ausbringt, zustehenden Leistungen, und die betreffenden Personen müssen ihre Ansprüche zu a und b auf Verlangen des Magistrats mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen oder dem Magistrat die Verfolgung übertragen. Auf Personen, welche ein Kommunalamt nur als Nebenamt oder als Nebentätigkeit ausüben oder ein Kommunalamt führen, das seiner Art oder seinem Umfange nach nur als eine Nebentätigkeit anzusehen ist, auch wenn sie eine Entschädigung dafür erhalten, finden vorstehende Vorschriften nur insoweit Anwendung, als der Magistrat dieses besonders beschließt.

Heranziehung der Angestellten zur Bervollkommnung der städtischen Betriebsorganisation in Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig hatte im Juli 1910 an sämtliche Beamte und Hilfsarbeiter des Rates und Polizeiamts die Aufforderung ergehen lassen, Vorschläge für Geschäftsvereinfachungen einzureichen. Für brauchbare Vorschläge sollten Anerkennungen in Form von Geldentschädigungen erfolgen. Auf diese Aufforderung hin waren 112 Arbeiten eingegangen, deren eingehende Prüfung vor einiger Zeit beendet wurde. Der weitaus größte Teil dieser Arbeiten ließ erkennen, daß ihre Verfasser mit großem Fleiße, Interesse und Sachkenntnis sich bemüht hatten, praktische Vorschläge zur Vereinfachung der Dienstgeschäfte zu unterbreiten. Es wurden 82 Verfasser mit einer Geldentschädigung und 27 mit einer besoldeten Anerkennung bedacht. Der größte Teil der erstatteten Vorschläge ist bereits in die Praxis umgesetzt worden.

Die Auslösung von Pfändern mit Hilfe von Sparmarken ist in München bei der städtischen Pfandleihanstalt seit Oktober 1910 eingerichtet worden, besonders um denen, die mit Wochenlohn usw. rechnen müssen, Gelegenheit zu bieten, den zur Auslösung oder Erneuerung von Pfändern erforderlichen Betrag allmählich zurücklegen zu können. Sowohl bei den städtischen Leihämtern als auch bei den städtischen Pfand-

vermittlungsstellen werden Sparmarken der städtischen Sparkasse München in Zahlung angenommen, sofern sie mit 10 oder 20 Sparmarken zu je 10 M. beklebt sind. Die Marken werden außer den von der Sparkasse bei Geschäftsleuten erteilten 26 Sparmarkenverkaufsstellen auch in den vier städtischen Leihämtern und 85 Pfandvermittlungsstellen ausgeben.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe ist endlich zustande gekommen. Der Haupttarifvertrag für das deutsche Baugewerbe, der im Juni 1910 geschlossen wurde, sieht, wie Erinnerlich (XIX Sp. 991), drei Einigungsinstanzen vor: einen Schlichtungsausschuß, ein örtliches Schiedsgericht und ein Zentral-Schiedsgericht. Zum Zentralschiedsgericht wählen der Arbeitgeberbund 3 und die vier Zentralorganisationen der Arbeiter 4 Vertreter. Außerdem sollen die beteiligten Zentralorganisationen drei Unparteiische bezeichnen; einigen sie sich hierbei nicht, so werden die Unparteiischen vom Reichsamt des Innern ernannt. Im August 1910 war versucht worden, die Unparteiischen zu bezeichnen; die Parteien einigten sich aber nur auf die Person des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeld. Demzufolge mußte das Reichsamt des Innern die fehlenden Unparteiischen ernennen. Diese Ernennung hat viel Zeit erfordert. Erst jetzt im Dezember hat der Staatssekretär des Innern in Berlin an die Beteiligten folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf die gemeinschaftliche Eingabe der am Vertragsschluß im deutschen Baugewerbe beteiligten fünf Zentralorganisationen ernenne ich Herrn Königl. Ober-Regierungsrat Mag. Mayr-Münch und Herrn Magistratsrat Paul Böbling-Verlin zu Unparteiischen für das im Hauptvertrage vorgesehene Zentralschiedsgericht. Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeld habe ich auf jederzeitigen Widerruf und in Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht so stark in Anspruch genommen wird, die erbetene Genehmigung erteilt, in gleicher Eigenschaft im Zentralschiedsgericht mitzuwirken.“

Streiks und Aussperrungen.

Die „Schwarzen Listen“ in der Staatsbaubehörde, die nach den positiven Angaben der „Industriebeamten-Ztg.“, wie in „Soz. Prag.“ Sp. 363 schon betont wurde, unbedenklicher erscheinen, als sie der Kommentar des Industriebeamten-Blattes charakterisierte, werden in einer halbamtlichen Erläuterung, die die „Verl. Polit. Nachr.“ verbreiten, als notwendige Ordnungsmassnahmen der obersten Baubehörden hingestellt. Bei der Aussperrung einzelner Personen von der Beschäftigung durch staatliche Behörden handle es sich um technische und nichttechnische Hilfskräfte, die in den Bureaus staatlicher Behörden zu Geschäften herangezogen werden, welche anderweit von staatlichen Beamten erledigt zu werden pflegen und deren Wahrnehmung daher auch nur Hilfskräften von völliger Zuverlässigkeit und Pflichttreue anvertraut werden kann. Die Aussperrung einzelner Hilfskräfte mußte in den letzten Jahren erfolgen wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung, Veruntreuung von Staatsgeldern, Eittlichkeitsverbrechen, schweren Vertrauensbruchs, grober Verfehlungen im Dienste, also Vergehungen, die, wenn sie von Staatsbeamten begangen worden wären, zur Entlassung auf Grund der Vorschriften des Disziplinargesetzes — mit derselben Wirkung des allgemeinen Ausschlusses von jeder Beamtentätigkeit — geführt hätten. Das staatliche Interesse erfordere es, in solchen Fällen nicht nur die Hilfskräfte aus den betreffenden Dienststellen zu entfernen, sondern auch Vorkehrung zu treffen, daß sie nicht, wie es vorgekommen ist, unter Verschweigung der Verfehlungen bei anderen Behörden in ähnlicher Stellung verwendet werden. — Soweit schwere nachweisbare Verfehlungen der geschilderten Art bei technischen Hilfsbeamten vorliegen, ist der Ausschuß solcher unzuverlässigen Elemente aus allen öffentlichen Betrieben durchaus gerechtfertigt. Freilich ist der Ausschuß aus allen staatlichen Beschäftigungsgelegenheiten ein so hartes Zuchtmittel, daß es auch nur gegenüber notorischen Kriminalvergehen angewendet werden sollte. Eine Reihe von Beispielen, die nachträglich die „D. Techniker-Ztg.“ veröffentlicht, läßt dieses Kriterium vermischen. Die Mahregelung solcher Hilfskräfte, die sich bloß in den Augen eines persönlichen Vorgesetzten mißliebig gemacht haben, durch allgemeinen Staatsverruf, zumal, wenn ihnen keine Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben würde, wäre entschieden zu verwerfen.

Ein Arbeitskampf unter den Fabrik- und Heimarbeiterinnen der Bielefelder Wäscheindustrie. Die Bielefelder Wäschearbeiterinnen hatten 1905 in neuemösigem Kampf eine wesentliche Lohnaufbesserung und

Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden erreicht. 1908 aber gingen diese Zugeständnisse wieder verloren. Die seitdem sich energisch organisierenden Arbeiterinnen machten Anfang Oktober 1910 einen neuen Versuch zur Verbesserung ihrer unbefriedigenden Lage. Es wurde bei 16 Firmen ein Tarifentwurf eingereicht. Während bisher Plätterinnen in 14 Tagen 18–80 M., Zuschneider monatlich 70–80 M. erhielten und von rund 6000 Arbeitern 1850 nur 6,75, 1100 an 10,50 und bloß 940 mehr als 18 M. wöchentlich verdienten, stellte der Tarifentwurf folgende Forderungen: Näherinnen für das erste Gesellenjahr 12 M., für das zweite 15, das dritte 18 M. Mindestlohn; Plätterinnen zuerst 9 M., dann 12 M., dann 15 M. und endlich nach 9 Monaten 18 M. bei jährlichem Weitersteigen um 2 M. bis auf 24 M.; Maschinplätterinnen 15 M. Mindestlohn, jährlich um 1 M. steigend bis auf 18 M., ebenso die Stärkerinnen und Wäscherinnen. Außerdem forderte der Entwurf scharfe Begrenzung der Lehrlingszahl, der Lehrzeit und höhere Löhne für die Lehrlinge auszubildenden Arbeiterinnen. Endlich wurde ein Aufschlag von 10 % für Überstunden, wöchentliche Lohnzahlung, Verbot der Mitgabe von Feiertagsarbeit, Ferien, paritätischer Arbeitsnachweis, Lohnzuschlag von 5 % für Heimarbeiterinnen und Errichtung von Bieherstellen außerhalb Bielefelds sowie Verbot der Votenlohnabzüge gefordert. Zuschneider sollten im ersten Halbjahre nach beendigter Lehrzeit 24, im zweiten 27, dann 30 M. Mindestwochenlohn erhalten und jährlich um 2 M. bis auf 40 M. steigen. Endlich sollten alle Alfordräge um 15 % erhöht und die Arbeitszeit wieder auf 9½ Stunden festgesetzt werden. Der Verein Bielefelder Wäschehersteller wollte zunächst den Abschluß eines Tarifvertrags vom 1. Oktober 1911 an zugehen und die Forderungen sofort prüfen, die von den Berliner Wäscheherstellern bereits ihren Arbeitern gegenüber erfüllt seien. Die Arbeiter aber glaubten, daß der Hinweis auf die Berliner Konkurrenz in Bielefeld ebenso zur Niedrighaltung der Löhne benutzt werden solle, wie es ungeheuer in Berlin durch den Hinweis auf Bielefeld geschehe, außerdem erschien ihnen die Vertröstung auf 1911 bedenklich, da 1911 auch in Berlin wegen des gleichfalls Oktober 1911 ablaufenden Tarifs Lohnbewegungen bevorstehen. Daher lehnten die Arbeiter ab und traten am 22. Oktober in den Streik. Die Bielefelder Wäscheindustrie beschäftigt rund 5000 Arbeiterinnen, ferner 2000 Heimarbeiterinnen und noch gegen 900 männliche Arbeiter. Es handelt sich vielfach um eine Übergangsbeschäftigung der meist erst 14 und 18 Jahre alten Arbeitnehmer; es herrscht starker Wechsel unter den Beschäftigten und die Organisation ist sehr erschwert. In den Streik traten etwa 2000 Arbeiterinnen, von denen über 1650 organisiert waren. Die Unternehmer wandten alle möglichen Mittel zur Bekämpfung der Streikenden an: sie baten die Kunden durch ein Rundschreiben um „weitgehende Nachsicht in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe“ durch Verlängerung der Lieferzeiten, nahmen die Hilfe der Polizei gegen ihre „Lehrlinge“ in Anspruch und ließen vor der Zeit auskrenen, die Arbeit sei wieder aufgenommen. Die Polizei ging scharf gegen die Streikposten vor. Auch wurde eine „Studienkommission“ nach Berlin gesandt, um angeblich die Lohnhöhe dort kennen zu lernen und festzustellen, ob man den Streikenden entgegenkommen könne. Gleichzeitig aber versuchte die Kommission, Streikarbeit in mehreren Berliner Fabriken unterzubringen. Die Berliner Wäschearbeiterinnen erkannten aber diese Ware an der Auszeichnung und Nummerierung und beschloßen, nur noch solche im Betriebe bisher noch nicht hergestellte Arbeit zu übernehmen, die einwandfrei als nicht von Bielefeld übernommen festgestellt sei. Mehrere Unternehmer versicherten ehrenwörtlich, daß sie weder solche Streikarbeit übernommen hätten noch übernehmen würden. In Bielefeld selbst scheiterte ein Vermittlungsversuch der Gewerbeinspektion in der vierten Woche des Streiks am Widerstand einiger Fabrikanten. Mitte Dezember endlich wurde der Streik, in dem gelegentlich auch Massenparaden vorfielen, durch Schiedsspruch des Bielefelder Gewerbegerichts als Einigungsamt beendet. Die wichtigsten Bestimmungen sind nun: 9½stündige Arbeitszeit (Sonntags 7stündige), sofortige Erhöhung der Alfordräge gemäß Vereinbarung in beiden Organisationen, Vergütung der Votenbeförderung an Heimarbeiterinnen, Verkürzung der unbezahlten Lehrzeiten, 10 % Überstundenzuschlag, Einführung von Alfordrängen für Zuschneider unter Gewährleistung des bisherigen Verdienstes bis April 1911 und gleichzeitiger Erhöhung derjenigen Löhne, die monatlich unter 120 M. blieben, um 5 M. Die Mitgabe von Feiertagsarbeit wird verboten. Zurückgezogen wurden von den Arbeiterinnen die Forderungen der Ferien, des paritätischen Arbeitsnachweises und der Beschränkung der Lehrlingszahl. — Die Stimmung der Berliner Wäschearbeiterinnen legt die Vermutung nahe, daß die Erneuerung des am 1. Oktober 1911 ablaufenden Tarifvertrags auch in Berlin Kämpfe mit sich bringen wird. Auch in Nachen beginnt sich die größtenteils dem Verbandschristlicher Schneider und Schneiderinnen angehörige Wäscheherstellerei zu regen, weil dort bedeutende Lohnabzüge den ohnehin niedrigen Lohnstand noch herunterdrücken.

Der Kampf in Pforzheim. Der Weihnachtstriede ist in der Stadt der Gold- und Silberarbeit zwar nicht eingeleitet, gleichwohl aber scheint ein Ende des Kampfes bevorzustehen. Der Arbeitgeberverband hat, wie vor acht Tagen noch kurz mitgeteilt werden konnte, auch den zweiten Vermittlungsversuch der badischen Regierung abgelehnt: Vorausssetzung für eine Verständigung mit den Arbeitern sei die Zurückziehung der Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 14. September, denn die Erfüllung dieser Forderungen würde die schwierige Konkurrenzstellung Pforzheims gegenüber Italien und Südamerika noch

weiter gefährden. Die vom Minister v. Bodmann vorgelegten Grundzüge für eine Aussprache zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern wurden von den Fabrikanten als ungeeignet für den erstrebten Zweck einer Verständigung bezeichnet. Auf beiden Seiten scheint aber in den feindlichen Heerlagern jetzt das Interesse an der vollen Ausdehnung des Kampfes zu schwinden. Der Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie in Pforzheim möchte die Aussperrung mit dem neuen Jahre einstellen. So hat er an alle Arbeiter, ob organisiert oder nicht, die gedruckte Aufforderung gerichtet, sich über die Arbeitswilligkeit zu äußern. Beigefügt ist eine frankierte, vorgedruckte Postkarte, auf der der Arbeiter durch einfaches Ja oder Nein erklären soll, ob er geneigt ist, die Arbeit nach Ablauf der von den Fabrikanten verhängten Geschäftsperre am 2. Januar wieder bedingungslos aufzunehmen oder nicht. Die Arbeitsperre wird aber nur aufgehoben, wenn die Mehrheit der Arbeiter für die bedingungslose Wiederaufnahme ist. Wenn nur ein einziger Betrieb, der zum Arbeitgeberverbande gehört, durch diese Abstimmung lahmgelegt erscheint, weil nicht die Mehrheit der betreffenden Arbeiter mit Ja stimmt, wollen die Fabrikanten die jegige allgemeine Arbeitsperre um weitere vier Wochen bis zum 2. Februar verlängern. Diese Aufmunterung zur Arbeitswilligkeit durch die Fabrikanten fällt etwa zeitlich zusammen mit einer Rundgebung der Führer des Metallarbeiterverbandes an die Streikenden und Ausgesperrten, wonach die Führer angeheißt der Schwierigkeit der Lage allein die Verantwortung für eine Fortführung des Kampfes nicht mehr tragen, sondern die Entscheidung darüber an die organisierte Arbeiterchaft zurückgeben wollen. Am 22. Dezember ist daraufhin eine Massenabstimmung der Mitglieder über die Fortführung des Kampfes oder die Wiederaufnahme der Arbeit am 2. Januar vorgenommen worden; die Abstimmung hat aber, obgleich die Listen nicht bekannt gegeben sind, eine Mehrheit für die Fortführung des Kampfes erbracht. Die Ortsverwaltung, die zum Nachgeben bereit schien, hat nunmehr die streikenden und ausgesperrten Arbeiter aufgefordert, die Ausfüllung der von den Fabrikanten ausgesandten Fragekarten nicht einzeln zu beantworten, sondern die Karten nur durch Vermittlung des Verbandes den Abnehmern zustellen zu lassen. Am 24. Dezember hat dann die in Stuttgart befindliche Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes bei dem Arbeitgeberverbande in Pforzheim angefragt, ob dieser zu Verhandlungen bereit sei, wenn die Arbeiter von ihren Forderungen absehen. Darauf ist eine bejahende Antwort erfolgt. Die Verhandlungen haben dann sofort begonnen.

Die Lohnbewegung im oberbayerischen Kohlengebiet ist beendet. Der Streik in Hausham konnte durch das Anerbieten der Arbeitgeber, die Arbeiterforderungen zu prüfen und zu Beginn der Sommerkonjunktur eine Neuregelung der Löhne eintreten zu lassen, nicht beilegt werden. Die benachbarten Penzberger Arbeiter traten am 19. Dezember in einen Sympathiestreik ein, an dem sich von 1250 Mann Belegschaft etwa 750 beteiligten; die Zahl der Arbeitswilligen in Hausham betrug etwa 100. In Penzberg waren alle nicht Ansehenden nach § 108 des Bayr. Vergesetzes mit Entlassung bedroht worden. Die Haushamer Arbeiter sollten am 28. Dezember die für die erste Dezemberhälfte fälligen Löhne ausgezahlt bekommen und bei dieser Gelegenheit die Abfehrschine erhalten; sie fanden sich aber zur Lohnzahlung nicht ein, weil sie die Richtigkeit des ohne sie vorgenommenen Gehaltskurzes bestritten. Die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau hatte dann am 28. Dezember auf Veranlassung des Bezirksamtmanns von Wiesbach eine Besprechung einberufen und die von ihr angebotenen Einigungsanträge wurden von den Arbeitern mit großer Mehrheit angenommen. Danach erhalten die Hülfsarbeiter vom 1. Februar an eine Lohnerhöhung, die übrigen Arbeitergruppen, sobald die Konjunktur sich bessert. Maßregelungen unterbleiben vollständig. Die Arbeit ist am 27. Dezember allgemein wieder aufgenommen worden.

Arbeiterschutz.

Die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter.

Das Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für Handel und Gewerbe hatte sich kürzlich (vergl. Sp. 307) mit der geplanten Änderung der Vorschriften über die Konkurrenzklause für Angestellte und Handelsgesellen zu befassen. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Arbeitervertretern beantragt, für die gewerblichen Lohnarbeiter ein Verbot der Konkurrenzklause zu fordern. Es kommen hierbei hauptsächlich Ausläufer, Fuhrleute und Boten für Milchhandlungen, Neudruckereien, aber auch vereinzelt gewerbliche Arbeiter in Fabriken in Betracht.

Der Berichterstatter Oberregierungsrat Grad führte zu der aufgeworfenen Frage der Ausdehnung der für die technischen Angestellten vorgesehenen Grundzüge über die Konkurrenzklause auf alle gewerblichen Arbeiter aus, daß die Zentralstelle sich schon in mehreren zu der Frage abgegebenen Äußerungen in Übereinstimmung mit einigen Handelskammern für diese Ausdehnung ausgesprochen habe mit der Begründung, daß tatsächlich die Ausnahme einer Konkurrenzklause in der Arbeitsverträge mit gewöhnlichen Arbeitern nicht selten vorkomme und daß, wenn die technischen Angestellten gegen mißbräuchliche Anwendung geschützt werden sollen, kein Grund vorliege, den gleichen Schutz den gewöhnlichen Arbeitern zu verweigern. Auch der leider vorhandene Mangel einer scharfen Grenze zwischen gewöhnlichen Arbeitern und Wertarbeitern lasse die gleichen Vorschriften erwünscht erscheinen. Andererseits erscheine es aber als zu weitgehend, wenn die Vereinbarung einer Konkurrenz-

beschränkung mit gewöhnlichen Arbeitern unter allen Umständen verboten werde. Es haben auch Arbeiter und sonstige Angestellte in untergeordneten Stellungen Gelegenheit, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu erfahren und sie anderen Gewerbeunternehmern, von welchen sie hierzu dann und wann geradezu verleitet werden, zu verraten. Auch sei die Wirkung einer Konkurrenzklause bei einem einfachen Arbeiter, der im allgemeinen leichter eine entsprechende Dienstgelegenheit wieder bekommen könne als qualifizierte Angestellte, eine weniger empfindliche. Das Kollegium trat diesen Anschauungen bei und lehnte den von dem Arbeitervertreter Scharfshmidt gestellten Antrag, die Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiter überhaupt auszuschließen, ab.

Der Entschluß des Gesamtkollegiums bleibt eine bedauerliche Tatsache. Es ist nicht gerechtfertigt, Arbeiter und Arbeiterinnen mit 10 bis 20 M. Wochenlohn auf Jahre hinaus von gleichen Geschäften fernhalten zu wollen. Nachdem freilich einmal die Notwendigkeit der Beibehaltung ausgesprochen war, ist die Ausdehnung der Schutzvorschriften wie bei Angestellten nur konsequent.

Eine abweichende Meinung über die Zulässigkeit der Konkurrenzklause bei gewerblichen Arbeitern hatte in der gleichen Woche das Stuttgarter Gewerbegericht (vergl. Sp. 232). Dort klagte eine Blechlofenfabrik gegen eine Arbeiterin auf Verlassen eines Konkurrenzgeschäfts. Die Klägerin hatte mit der Beklagten einen Vertrag abgeschlossen, durch den sich letztere verpflichtet hatte, nach ihrem Austritt innerhalb eines Jahres in kein Konkurrenzunternehmen einzutreten. Die Arbeiterin war auf das Ausstatten von Blechteilen zu Dosen eingelernt worden, verrichtete in dem späteren Betrieb aber nur Badarbeiten. Das Gericht kam zur kostenpflichtigen Abweisung der erhobenen Klage und sprach zugleich aus, daß ein derartiger Vertrag gegen die guten Sitten verstoße. Wäre die gleiche Einsicht in der Zentralstelle vorhanden gewesen, würde sie jetzt nicht erleben, daß die Verträge, die nach ihrer Meinung unentbehrlich sind, von der Rechtsprechung als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet werden mußten.

Stuttgart.

H. Fette.

Konkurrenzklause und Käuferbund. Die erst vor kurzem gegründete Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Käuferbundes gab kurz vor Weihnachten die erste „weiße Liste“ für Leipzig heraus, die genau nach dem Muster der Berliner weißen Listen zusammengestellt sind. Der Leipziger Käuferbund hat durch dies Vorgehen sofort lebhafteste Beachtung bei der Geschäftswelt gefunden. Es laufen zahlreiche Gesuche von Geschäftsinhabern ein, die in die „weiße Liste“ aufgenommen zu werden wünschen und sich gegebenenfalls auch zu manchen Zugeständnissen an die Forderungen des Käuferbundes bereit erklären. So sucht die Leipziger Gruppe u. a. die Mißbräuche der Konkurrenzklause zu bekämpfen, und es ist bereits als eine Wirkung der Arbeit des Käuferbundes zu nennen, daß bei verschiedenen Firmen das Bestreben hervortritt, die Konkurrenzklause nur noch in den Verträgen der ersten Angestellten, wo es sich um wirkliche Vertrauensstellungen handelt, anzuwenden.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Invaliden- und Altersversicherung in der Schifffahrt auf internationalen Strömen.

Von Dr. Gustav Stein, Duisburg.

Die großen deutschen Wasserstraßen, die in ihrem Laufe das Ausland berühren, sind auf Grund von internationalen Verträgen überall den fremden Schiffen geöffnet. Der Schifffahrtsverkehr auf diesen Strömen ist völlig frei. Von dem Wunsche geleitet, den Verkehr möglichst zu erleichtern, sind in den Staatsverträgen auch gemeinsame Regeln für die Besatzung der Schiffe aufgestellt worden. Die Wirkung zeigte sich in der erwarteten Weise darin, daß auf den Schiffen, die jene Ströme befahren, in- und ausländische Arbeiter in mehr oder minder großer Zahl neben einander beschäftigt werden.

Diese Tätigkeit von inländischen Arbeitern auf ausländischen Schiffen und umgekehrt von fremden Arbeitern auf deutschen Schiffen fordert eine Berücksichtigung in den sozialen Arbeiterversicherungsgeetzen derjenigen Länder, die durch Staatsverträge die ausländischen Schiffe im Verkehr auf ihren Wasserstraßen den inländischen gleichgestellt haben. Denn jene Verträge heben für das Erwerbsleben der schifffahrtstreibenden Bevölkerung die Landesgrenzen praktisch auf. Der Schiffsmann sucht Dienst auf einem inländischen oder ausländischen Schiffe, wie die Gelegenheit dazu sich gerade bietet. Beim Beginne seines Dienstverhältnisses befindet er sich im Inlande, bei dessen Ende vielleicht in einem ausländischen Hafen. Nimmt er auf einem ausländischen Schiffe Dienst, so löst er sich während dieser Zeit von den Einrichtungen der sozialen Fürsorge seines Heimatlandes los. Er unterliegt darin

dem Zwange der Verhältnisse, in denen er durch die Wahl seines Berufes steht. Überall, wo er neuen Dienst sucht, ist er abhängig von der jeweiligen Lage seines Arbeitsmarktes.

Am Rheine wäre der deutsche Schiffsmann auf dem Arbeitsmarkte ungünstiger gestellt als der ausländische, wenn die allgemeinen Arbeits- und Dienstverhältnisse im Inlande und Auslande nicht gleich wären. Die Zahl der ausländischen Schiffe ist nämlich am Rhein ganz erheblich größer als die der deutschen. Nach dem neuesten statistischen Auszug aus dem Rheinschiffsregister vom Jahre 1910 gehören ausländischen Unternehmern an 7289 Segelschiffe und 788 Dampfer, deutschen Unternehmern aber nur 3055 Segelschiffe und 726 Dampfer. Wie groß am Rhein die Zahl der deutschen Schiffsleute auf ausländischen Schiffen ist, ist statistisch nicht festgestellt. Jedenfalls ist sie nicht gering. Unter keinen Umständen darf aus den sozialen Versicherungsgeetzen für den deutschen Schiffsmann ein Zwang entstehen, nur auf deutschen Schiffen Arbeit zu nehmen.

In der Unfallversicherung erwächst daraus die Forderung, daß auf den ausländischen Schiffen der deutsche Schiffsmann für sich und seine Hinterbliebenen den Inländern völlig gleichgestellt sein muß. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sind auf diese Weise durch mehrere Bundesratsbeschlüsse die Angehörigen einiger fremder Staaten den deutschen Arbeitern gleichgestellt worden. So gegenüber den Angehörigen der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Italiens und der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie.

An und für sich hat es die Unfallversicherung insofern mit klaren Verhältnissen zu tun, als sie sich an ein bestimmtes nachweisbares Betriebsereignis, den Unfall, hält. Durch Staatsverträge sind zwischen verschiedenen Ländern die Rechtsverhältnisse der Betriebsunternehmer und der Verletzten auf dem Gebiete der Unfallversicherung noch besonders geregelt worden. Um den Boden für weitere Staatsverträge dieser Art zu ebnen, hat die 5. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Luzern 1908 über allgemeine Grundlagen einer solchen Regelung verhandelt und diese in einem Beschlusse niedergelegt.¹⁾

Bei der Invaliden- und Altersversicherung ist die Sachlage eine andere. Hier handelt es sich zum Teil um die Schadloshaltung körperlicher Schäden, die erst nach und nach sich entwickeln, ohne daß ihre äußeren und inneren Ursachen zeitlich sich genau bestimmen lassen, oder um eine Entschädigung, die erst mit dem Eintritt in ein gewisses Alter fällig wird. War der Berechtigte zu verschiedenen Zeiten seines Lebens im Inlande und im Auslande in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt, so kommen seine Beiträge ihm nur zu demjenigen Teile zur Anrechnung, die für ihn in dem Lande geleistet wurden, in dem er sich beim Eintritt des Schadensfalles aufhält. Alle Beiträge, die er für gleiche Versicherungseinrichtungen im anderen Lande geleistet hat, gehen ihm verloren. Im Verhältnis zu ihrem Umfange wird sein Entschädigungs- oder Rentenanspruch verkürzt. Eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung in mehreren Ländern ist niemals zu erwarten. Der Schiffer ist also tatsächlich durch die Eigenart seines Berufes in der Verfolgung für Invalidität und Alter erheblich ungünstiger daran, als die Arbeiter der anderen Berufsgruppe. Kommt nun noch die Witwen- und Waisenversicherung hinzu, so wird seine Benachteiligung noch größer. Es wäre unrecht, wenn der Versuch nicht gemacht würde, diese Benachteiligung des deutschen Schiffers und anderer gleichartiger Arbeitergruppen hintanzuhalten.

Man wird nicht daran denken können, für das Verkehrsgewerbe besondere Versicherungseinrichtungen mit einem gemeinsamen Berechnungsverfahren unter verschiedenen Ländern zu schaffen. Aber man wird die Möglichkeit bieten müssen, daß den Arbeitern der Verkehrsgewerbe auch die Aufwendungen für die Invaliden- und Altersversicherung und etwa für die Witwen- und Waisenversicherung im andern Lande zu gute kommen, wenn ihr Rechtsanspruch in dem einen Lande wirksam wird. Ein rechtliches Hindernis dazu besteht an und für sich nicht, denn der Berechtigte kann seine Ansprüche ohnehin in jedem Lande selbständig vertreten. Immerhin ist es angebracht, daß die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten diese in andern Ländern wohlverworbenen Rechtsansprüche ausdrücklich als solche anerkennen, damit sie auf keinem Fall etwa als Doppelversicherung, wie bei der Krankenversicherung, behandelt werden. In materieller Hinsicht würde ferner in

¹⁾ Schriften der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Nr. 6 S. 86 ff. u. 225, Jena 1909.

jedem Gesetze ausgesprochen werden müssen, daß die Versicherungsbauer im anderen Lande in die Wartezeit (§ 1264 RVO.) einzurechnen ist. Wenn es schließlich durch Staatsverträge auch noch zu erreichen wäre, daß die Entscheidung des Versicherungsträgers und der gerichtlichen Instanzen des einen Landes zugleich die Entscheidungspflicht im anderen Lande zur Folge hätte, so läge darin eine dankenswerte internationale Weiterbildung des sozialen Versicherungsrechts. Zunächst wird in dieser Beziehung aber abzuwarten sein, in welchen Richtungen sich die Versicherungsrechte in den einzelnen Ländern entwickeln.

Die beiden ersten Gesetzesvorschläge sind in folgender Fassung mehreren Mitgliedern der XVI. Kommission des Reichstags überreicht worden:

§ 1263 a (neu).

Die Rechtsansprüche, die einem Versicherten aus einer Beschäftigung in ausländischen Betrieben nach dem Versicherungsrecht des anderen Landes zustehen, werden durch dieses Gesetz nicht beeinträchtigt und können auf die Leistungen der deutschen Versicherungsträger nicht angerechnet werden.

§ 1265 a (neu).

War der Versicherte zeitweilig im Auslande beschäftigt, so ist die Versicherungsbauer im Auslande in die Wartezeit einzurechnen, wenn im anderen Lande eine entsprechende Versicherung eingerichtet ist.

Die Reichsversicherungskommission hat den Gesetzesvorschlag § 1265 a einem Unterausschusse zur Beratung überwiesen und ihm die Bedingung hinzugefügt, daß der ausländische Staat Gegenseitigkeit üben müsse.²⁾ In diesem Zusatze liegt m. E. ein logischer Fehler. Die Vergünstigung, die der § 1265 a enthält, kann ihrem Sinne nach nur deutschen Arbeitern zugute kommen. Diese sollen eben den anderen deutschen Berufsarbeitern gleichgestellt werden, die nach der Art ihres Berufes kaum in die Lage kommen, abwechselnd im Inlande und im Auslande Arbeit zu suchen. Ob ausländische Staaten auf ihre Angehörigen, die ebenfalls regelmäßig auf den ausländischen Arbeitsmarkt angewiesen sind, die gleiche Rücksicht nehmen wollen, kann ihnen überlassen bleiben.³⁾ Von diesen Entscheidungen müssen die deutschen Arbeiter unabhängig sein. Die Gegenseitigkeit kann nur bedingt werden, wenn ausländischen Arbeitern gleiche Rechte wie inländischen Arbeitern eingeräumt werden sollen, wie im Falle der §§ 21 und 94 Z. 2 RVO. Die Absicht der Reichsversicherungskommission wird besser durch folgenden Zusatz erreicht: „In der gleichen Weise kann gegenüber Ausländern verfahren werden, wenn Gegenseitigkeit geübt wird.“ Hiermit würde § 1265 a folgende Fassung erhalten:

War der Versicherte zeitweilig im Auslande beschäftigt, so ist die Versicherungsbauer im Auslande in die Wartezeit einzurechnen, wenn im anderen Lande eine entsprechende Versicherung eingerichtet ist. In der gleichen Weise kann gegenüber Ausländern verfahren werden, wenn Gegenseitigkeit geübt wird.

Den Gesetzesvorschlag § 1263 a scheint die Reichstagskommission nicht für notwendig gehalten zu haben. Man kann allerdings der Meinung sein, daß sein Inhalt sich von selbst verstehe. Dennoch ist m. E. Wert darauf zu legen, daß die Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen wird. Die Reichsversicherungsordnung wird für alle fremdländischen Gesetzgebungen ein Muster-

²⁾ Der Beschluß lautet wie folgt: „War der Versicherte zeitweilig im Auslande beschäftigt, das eine entsprechende Versicherung eingerichtet hat, so ist die Versicherungsbauer in die Wartezeit einzurechnen, sofern den Deutschen im Auslande dasselbe Recht gewährt ist.“

³⁾ Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zieht auf Grund des Bundesratsbeschlusses von 1898 (R.G.B. S. 5) und der hierzu ergangenen Erlasse des Reichsanzlers und des preussischen Handelsministers die Schiffsmannschaft ausländischer Schiffe seit einer Reihe von Jahren zur Invaliden- und Altersversicherung heran. Das heißt, sie versucht es; ihre Bemühungen sind bis jetzt nicht sehr erfolgreich gewesen. Kommt es in den Niederlanden zur Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung — ein Gesetzentwurf liegt seit einigen Jahren vor — so hat es der niederländische Gesetzgeber in der Hand, den holländischen Schiffen, die zur deutschen Invaliden- und Altersversicherung herangezogen werden, die deutsche Versicherungszeit bei der Rentenberechnung nach dem niederländischen Gesetze in der gleichen Weise anzurechnen, wie es hier der vorgeschlagene § 1265 a bei deutschen Schiffsmannschaften ermöglicht. Es sei hier bemerkt, daß der niederländische Gesetzentwurf in seinen allgemeinen Grundlagen auf dem deutschen Invaliden- und Altersversicherungsgezet beruht. Die niederländischen Schiffsahrtstreibenden empfinden es als ein bitteres Unrecht, daß sie zur deutschen Invaliden- und Altersversicherung herangezogen werden. Die Übernahme einer dem § 1265 a gleichen Bestimmung in das niederländische Gesetz könnte die niederländischen Schiffer mit ihrer Heranziehung zur deutschen Versicherung versöhnen.

beispiel und eine wertvolle Anleitung sein. Es ist deshalb nicht ohne Bedeutung, daß sie einen derartigen allgemeinen Grundsatz enthält, der vielleicht doch nicht überall als selbstverständlich gilt.

Die Behandlung von Rentenansprüchen nach dem Erlaß des preussischen Handelsministers vom 15. November 1908 wird im Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein in ihren Erfolgen gewürdigt. Dieser Erlaß macht die bis dahin nur für die Fälle, in denen ein dem Antragsteller ungünstiges Gutachten abgegeben werden soll, erforderliche mündliche Verhandlung unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für alle Fälle von Invalidenrentenansprüchen obligatorisch und bestimmt außerdem, daß ein ärztlicher Sachverständiger in jedem einzelnen Falle den Rentenbewerber nachuntersuchen und der unteren Verwaltungsbehörde vor oder spätestens in dem mündlichen Verhandlungstermine seine Ansicht über den Fall mitteilen soll. Hierdurch soll erreicht werden, daß die untere Verwaltungsbehörde den Rentenbewerber persönlich kennen lernt und sich selbst ein Urteil über die Erwerbsfähigkeit des Gesuchstellers bilden und sich hierbei auf ein besonderes ärztliches Gutachten stützen kann. Die alsbald nach Erscheinen dieses Erlasses aufgetauchte Frage, ob derselbe rechtlich zulässig sei, ist bis jetzt noch nicht entschieden worden. Die in Ärztekreisen hervorgerufene Befürchtung, daß die ärztlichen Interessen durch diesen Erlaß geschädigt würden, eine Befürchtung, die besonders dadurch genährt wurde, daß durch einen Erlaß des preussischen Kultusministers vom 14. Dezember 1908 den Kreisärzten allgemein gestattet wurde, als Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalten tätig zu sein, auch wenn mit der vertrauensärztlichen Tätigkeit eine fortlaufend fixierte Vergütung verbunden ist, scheint sich bisher nicht oder doch nicht in dem befürchteten Maße verwirklicht zu haben. Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein teilt nun mit, daß sie für jeden Kreis auf Vorschlag der betreffenden Verwaltungsbehörde einen Vertrauensarzt nebst Stellvertreter — in der Regel den zuständigen Kreisarzt und einen anderen Arzt — bestellt, daneben aber die behandelnden Ärzte überall zur Ausfertigung von Gutachten zugelassen habe; auf diese Weise sei es zu keinerlei Mißstimmung unter den Ärzten gekommen. — Die neuen Bestimmungen haben sich nach dem Urteil dieser Landesversicherungsanstalt im ganzen bewährt; die unteren Verwaltungsbehörden arbeiteten mit aller erwünschten Sorgfalt. Der Kostenaufwand sei allerdings erheblich. Der Betrag an Ausgaben für Gebühren der Ärzte, der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Antragsteller und Zeugen stellte sich auf 20 309,38 M gegen 4206,33 M im Vorjahre. Vereinzelt werde auch eine unliebsame Verzögerung in der Erledigung der Anträge nicht vermieden. Die mündliche Verhandlung über die Rentenansprüche sei der Regel nach zweckmäßig; sie erscheine aber in solchen Fällen nicht erforderlich, in denen bei völlig klarer Sachlage nach übereinstimmender Ansicht der unteren Verwaltungsbehörde und des Vorstandes der Versicherungsanstalt die Bewilligung der Rente ohne weiteres erfolgen könne.

Die Überwachung der Rentenempfänger geschieht bei der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein dadurch, daß zugleich mit der Rentensfestsetzung, soweit es sich nicht um sehr bejahrte oder um solche Personen handelt, deren Erwerbsunfähigkeit sicherlich eine dauernde bleiben wird, der Zeitpunkt verfügt wird, an welchem die betreffende Altersermittlung, ob Erwerbsunfähigkeit noch besteht oder nicht, wieder vorgelegt werden muß. Daraufhin werden dann die ausführlichsten Nachprüfungen angestellt. In den letzten fünf Jahren hat diese Nachuntersuchung sich auf 8600 Rentenempfänger erstreckt; endgültig entzogen sind daraufhin etwa 1000 Renten. Es kommt gelegentlich auch vor, daß lediglich auf Grund der in den Berichten festgestellten Tatsachen die Rentenempfänger auf den Weiterbezug der Rente verzichtet. Beabsichtigt wird, demnächst die sämtlichen Rentenempfänger unter der angegebenen Altersgrenze durch eine Kommission, bestehend aus einem Vorstandsmitgliede, dem Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt und dem Vertrauensarzt der unteren Verwaltungsbehörde (in der Regel der Kreisarzt) sowie einem Bureaubeamten, nachuntersuchen zu lassen.

Arbeitsnachweis.

Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise im Jahre 1909/10. Mit Hilfe der Reichsunterstützung von 30 000 M hat der Verband am 1. Oktober 1909 ein eigenes Bureau mit hauptamtlicher Geschäftsführung eingerichtet, hauptsächlich um die Entwicklung des Arbeitsnachweises, besonders in Mittel- und Norddeutschland, zu fördern und den Arbeitsnachweis durch Gründung

von Verbänden auf das platte Land hinauszutragen. Es wurden ins Leben gerufen: der Verband der sächsischen Arbeitsnachweise für die Provinz Sachsen und Anhalt, der Verband der niedersächsischen Arbeitsnachweise für die Provinz Hannover, Schaumburg-Lippe, Oldenburg und Braunschweig, der Verband nordelbischer Arbeitsnachweise; in Gründung begriffen sind Verbände für die Rheinprovinz, für Thüringen und die Provinz Schlesien, während mit den östlichen Provinzen (Ostpreußen, Westpreußen und Posen) Verhandlungen anknüpft sind. Seine Bestrebungen, alle Städte über 10 000 Einwohner zur Errichtung von öffentlichen Vermittlungsstellen zu veranlassen, hatten den Erfolg, daß Weimar, Eisenach, Altenburg, Oldenburg, Kuzhagen, Allenstein, Insterburg u. a. öffentliche Arbeitsnachweise begründeten oder deren Schaffung in sichere Aussicht stellten. Das Verbandsorgan „der Arbeitsmarkt“ wurde weiter ausgebaut. Ferner gab der Verband mit die Anregung zu der Einbringung des Stellenvermittlergesetzes im Reichstag und nahm zu dem Entwurf in einer Reihe von Eingaben Stellung; die Wünsche des Verbandes fanden auch teilweise Berücksichtigung. Mit Erfolg wurden Eingaben zur Verbesserung der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt und das Preussische Handelsministerium gerichtet; auch wurden mit Hilfe des Verbandes Ausbildungskurse für Verwalter der einzelnen Arbeitsnachweise ins Leben gerufen, eine Einrichtung, die so viel Anklang gefunden hat, daß sie dauernd beibehalten werden soll.

Der Kampf der Stellenvermittler gegen das neue Stellenvermittlergesetz zeitigt sonderbare Blüten. So haben die „eingeschriebenen“ Hamburger Stellenvermittler an die dortige Bürger-schaft eine gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise gerichtete Eingabe gemacht, in der u. a. folgende „Gründe“ gegen den öffentlichen Arbeitsnachweis geltend gemacht werden unter Hervorhebung der Tatsache, daß dieser Gesichtspunkt bisher noch nicht geltend gemacht worden sei:

„Jede größere Ansammlung von Menschen an einem einzigen Platz bringt erhebliche Gefahren mit sich. Diese Gefahren sind bei allgemeinen Arbeitsnachweisen besonders groß, namentlich wenn es staatliche Arbeitsnachweise sind. In Zeiten starken wirtschaftlichen Niedergangs werden große Arbeitermassen mit ihrem „Recht auf Arbeit“ vor diesen Arbeitsnachweisen demonstrieren. Wenn man nun noch die berufsmäßigen Stellenvermittler beseitigt und dadurch diesen angesammelten Massen die Intelligenzen als Führer zugesellt, dann wird man sich ein ungefähres Bild davon machen können, daß man künstlich große aufrührerische Massen, wohl organisiert durch die ständige Benutzung des Arbeitsnachweises, schafft.“

Auf gleicher Höhe stehen die Ausführungen über die im Gesetz vorgesehene Halbierung der Gebühren und die Wichtigkeit von Vereinbarungen über die Gebühren zuungunsten der Arbeitnehmer. Diese Bestimmungen werden als ein „unglücklicher Griff der Gesetzgebung“ bezeichnet. „Im wirtschaftlichen Leben ist natürlich die Sache so, daß derjenige zahlt, der den Vorteil hat.“ — Hiernach scheint das neue Stellenvermittlergesetz doch an der richtigen Stelle den Hebel angelegt zu haben.

Städtische Gastwirtschaften und städtischer Arbeitsnachweis. Der Magistrat zu Hannover hat auf eine Eingabe der dortigen Gastwirtschaften, wonach die Pächter städtischer Gastwirtschaften zur Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises verpflichtet werden sollten, eine glatte Abfuhr erteilt: auf dringende Bitte der städtischen Pächter „müsse er leider ablehnen, dem in der Eingabe geäußerten Wunsche näherzutreten“. Das ist eine seltsame Förderung der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung.

Der 5. Jahresbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweistelle in Düsseldorf (1. April 1909 bis Ende März 1910) hebt hervor, daß diejenigen Arbeitgeber, die der Anstalt ihre Aufträge erteilten, mit der Vermittlung fast durchweg zufrieden waren; die Anstalt vermittelt, wie weiter betont wird, nicht der Reihe nach, sondern ist prinzipiell bemüht, den passenden Mann an die passende Stelle zu bringen. Die große Steigerung des interlokalen Verkehrs (9763 erledigte Gesuche bei 29 978 insgesamt vermittelten Stellen) verdankt die Anstalt zumeist der Einführung der Fahrgeleghen-mährung.

Die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld erklärte sich auf Ersuchen bereit, die von der Anstalt ausgegebenen Fahrscheine bis zum Ende des Monats zu kreditieren. Am Monatschlusse löst die Anstalt ihre Fahrscheine ein. Die Arbeitsuchenden erhalten insoweit kein Bargeld, sondern nur einen Freifahrtschein, welcher gewöhnlich mit dem Tage der Zureisung abläuft. Die Papiere des Arbeitsuchenden, welche er bei der Anstalt hinterlegen muß, werden mit der Kostenrechnung dem betreffenden Arbeitgeber durch die Post, nicht unter Nachnahme, zugelandt. Aufträge von Arbeitgebern, welche sich weigern, Fahrgele zu ersetzen, werden abgelehnt. Die Einrichtung hat sich gut bewährt.

Zur Bekämpfung der gewerbmäßigen Stellenvermittler wurden 16 Beschwerden der Polizei zur Verfolgung übergeben. Bestrafung erfolgte in 7 Fällen, bei 7 Beschwerden schwebten noch Verhandlungen bei Schluß des Geschäftsjahres, 2 mußten mangels gesetzlicher Bestimmungen fallen gelassen werden. Der Bericht sagt hierzu:

Wenn die eingereichten Beschwerden und deren Erfolge zahlenmäßig auch nicht hoch sind, so hat diese indirekte Kontrolle doch bewirkt, daß Übertretungen und die Ausbeutung der Arbeitsuchenden seitens der gewerbmäßigen Stellenvermittler eingeschränkt wurden.

Eine Kontrolle über die ergangenen Stellenbesetzungen ver-schaffte sich die Anstalt durch Zurückbehaltung der Invalidentarte solcher Personen, welchen Arbeit nachgewiesen wurde. Kommt eine Vermittlung zustande, so wird die Invalidentarte durch die Post an den Arbeitgeber geschickt. Diese Einrichtung hat die Schwierigkeit über die Kontrolle der erzielten Erfolge behoben. Das frühere lästige Nachtragen und Schreiben, auf welches man in den meisten Fällen ohne Antwort blieb, ist damit aus der Welt geschafft. — Die der Landwirtschaft seit Bestehen der Anstalt ersparten Gebühren werden für das Berichtsjahr auf 20 230 M. berechnet, die ersparten Vermittlungsgebühren für Dienstmädchen für die gleiche Zeit auf 25 820 M. und für das Gastwirtsgewerbe auf 15 612 M. Da die verschiedenartige Handhabung über die Buchungen und die Berechnungen von ersparten Gebühren oft irrige Schlüsse im Vergleich mit anderen Arbeitsnachweisen ziehen läßt, bemerkt der Bericht, daß die Anstalt z. B. im Gastwirtsgewerbe nur jede Aushilfsstelle einmal bucht und auch hierfür nur einmal die Vermittlungsgebühr berechnet während die gewerbmäßigen Stellenvermittler für jeden Tag die Aushilfsarbeit bezahlt verlangt. — Die Fürsorge für erwerbsbeschränkte, bestrafte oder sonst sittlich oder körperlich defekte Personen erfolgt in fast allen Fällen durch persönliche Rücksprache mit den Arbeitgebern. Der Bericht erkennt dankbar an, daß die Arbeitgeber hierin der Anstalt in weitestgehender Weise entgegenkommen.

Genossenschaftswesen.

Genossenschaftlicher Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen zur Ausschaltung des Zwischenweisersystems. Einen eigenartigen Versuch der Selbsthilfe bedeutet die kürzlich in Paris gegründete „Société Cooperative du travail féminin“. Sie nimmt für die Heimarbeiterinnen Aufträge auf Anfertigung von Kleidungsstücken entgegen. Die Auftraggeber, sowohl Groß- als auch Kleinhändler, liefern das Material, das von den Beamten der Genossenschaft an die Mitglieder verteilt und von ihnen in der üblichen Weise verarbeitet wird. Die Genossenschaft berechnet ihren Auftraggebern die ortsüblichen Löhne. Der erzielte Erlös wird nach Abzug von nur 20 % welche zur Deduktion der Betriebskosten dienen, an die Arbeiterinnen ausbezahlt. Die Geschäftsanteile, die selbstverständlich niedrig angesetzt werden mußten, betragen 25 Frs. und können in Raten von je 2 Frs. 25 Cts. eingezahlt werden. Die vollingezahlten Geschäftsanteile sind zu einer Höchstdividende von 4 % berechtigt. — Von den bisher gemachten Versuchen der Produktionsgenossenschaften der Heimarbeiter unterscheidet sich der neue Versuch dadurch, daß die Genossenschaft selbst keinerlei Risiko für die Rohstoffbeschaffung übernimmt, sondern eben nur den Zwischenmeister ausschaltet.

Mindestlöhne für Arbeiterinnen in den britischen Konsumgenossenschaften. Die Vorsitzenden der letzten Genossenschaftstagen in Newport, Newcasile und Plymouth fordern in dem Genossenschaftsblatt „Cooperative News“ die Konsumvereine zur Ausführung der auf diesen Tagungen beschlossenen Entlohnungsgrundsätze auf. Darnach sollen nämlich Mädchen von 14 Jahren mindestens 5 Schilling wöchentlich bekommen, Mädchen von 15 Jahren 7 Schilling u. s. w. Bei 20 Jahren beträgt der Mindestlohn 17 Schilling. Der Aufruf der drei Vorsitzenden verweist darauf, daß Arbeitszeit und Arbeitsräume in der Genossenschaftsbewegung zufriedenstellend seien. Dem müsse jedoch auch die Entlohnung der Frauen entsprechen. Es haben bereits 86 Genossenschaften die gestaffelte Lohnsetzung ausdrücklich anerkannt, während eine Anzahl anderer zwar die förmliche Anerkennung noch nicht ausgesprochen hat, aber die geforderten Staffellöhne zahlt.

Volkserziehung.

Die Erziehung der aus der Volksschule entlassenen männlichen Jugend

sucht für Sachsen ein gemeinsamer Erlaß des Kultusministeriums und des Ministeriums des Innern (Dezember 1910) in neue Bahnen zu lenken. Vor allem soll das Interesse weiterer Volksschulen für diese Bestrebungen geweckt werden, und es hat sich zu diesem Zwecke bereits ein Landesauschuß gebildet. Bei diesen

neuen Organisationsbestrebungen soll jedoch jeder Eingriff in den Wirkungskreis bestehender Organisationen (Deutsche Turnerschaft, evangelische und christliche Jünglings- und Arbeitervereine, Sportvereine, Ausschüsse für Ferien- und Schulwanderungen, Geländespiele usw.) vermieden, vielmehr soll Anschluß an sie gesucht werden. Die zu schaffenden Einrichtungen sollen ohne jede politische Färbung sein. Der Geist wahrer Vaterlandsliebe sei zu pflegen. Die durch die Leibesübungen gesteigerte Kraft und Gesundheit werde die rechte Freude am Leben und das Selbstvertrauen, der Zusammenschluß gleichgesinnter Jünglinge und die Pflege echt vaterländischen Geistes unter ihnen die Freude an der Heimat und ihren Einrichtungen stärken. Die weiteren Bestimmungen dieser Verordnung befehlen:

Die Veranstaltungen müssen sich unmittelbar an die Entlassung aus der Volksschule und den Eintritt in die Fortbildungsschule anschließen. Zweckmäßig werden sie sich in der Regel an die allgemeinen sowie an die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen anlehnen, weil diese Anstalten mit geringen Ausnahmen die gesamte männliche Jugend vom 14. bis 17. Lebensjahr unter der Fucht der Schule vereinigen, und weil zu erwarten ist, daß die Schüler nach dem Austritt aus den Fortbildungsschulen sich gern an den Veranstaltungen weiterhin beteiligen werden.

Die Einführung des Turnens als Pflichtunterricht ist zwar in den Fortbildungsschulen anzustreben; für die erweiterten Fortbildungsschulen bietet die Vorschrift in § 14, 4 des Volksschulgesetzes schon jetzt die Möglichkeit hierzu. Aber im Hinblick darauf, daß eine neue Art von Zwang leicht auf inneren Widerstand stößt, empfiehlt es sich, die Bildung von Jugendvereinigungen anzustreben, an denen sich die jungen Leute freiwillig beteiligen. Dabei erscheint es rätlich, an die vaterländisch gesinnten Turnvereine Anschluß zu suchen.

Auf die Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Leitung dieser freien Vereinigungen darf gewiß gerechnet werden; denn die Fortbildungsschule hat wie die Volksschule überhaupt eine vorwiegend erziehlische Aufgabe. Da diese innerhalb der Lehrstunden nicht ausreichend gelöst werden kann, muß die Schule bestrebt sein, auch außerhalb der Schule auf die jungen Leute Einfluß zu gewinnen.

Auf die Gemeinden sowie auf die Korporationen und Innungen, die Fortbildungsschulen unterhalten, wird einzuwirken sein, daß sie ihre Turnhallen zur Verfügung stellen, nötigenfalls Jugendheime errichten, geeignete Turn- und Spielplätze schaffen, sowie die Spiel-, Sport- und anderen Vereine, die sich der Jugendpflege widmen, auch durch Gewährung von Geldmitteln unterstützen.

Sehr empfehlenswert erscheint, daß die verschiedenen Orte und Schulen eines größeren Bezirks vielleicht alljährlich einmal Jugendfeste mit Kampf- und Wettspielen veranstalten. Die bekannten Erfahrungen in England, die man erfreulicherweise auch in Dresden beobachten kann, zeigen, wie fesselnd und anregend derartige Wettkämpfe auf die beteiligte Jugend wirken.

Die Leibesübungen werden die Jugendvereine vorwiegend im Sommerhalbjahr in Anspruch nehmen. Im Winter empfiehlt es sich, Veranstaltungen zur Pflege edler, geist- und gemütsbildender Unterhaltung zu treffen, sowie die Möglichkeit zu schaffen, die jungen Leute mit gutem Lesestoff zu versehen und sie anzuleiten, die Volksbibliotheken in denen eine besondere Abteilung für die Jugend eingerichtet werden möchte, in zweckmäßiger Weise zu benutzen.

Die Frage der Erhöhung der körperlichen Tüchtigkeit der Jugend durch die Erziehung untersucht in einer umfangreichen „Denkschrift über nationale Erziehung durch Leibesübungen“ der Vorsitzende des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele in Deutschland Landtagsabgeordneter v. Schöndendorff, wobei er den in letzter Zeit sich breitmachenden Bestrebungen auf Errichtung von Jugendmilizen, Jugendwehren usw. ein eigenes positives Programm gegenüberstellt. Der preussische Kriegsminister, dem diese Denkschrift übersandt worden war, hat Anfang Dezember 1910 dazu Stellung genommen und hierbei über die Jugendwehren sich folgendermaßen ausgesprochen:

„Soweit auf Exerzieren und Schießen in dem Übungsplan ein Hauptwert gelegt wird, kann ich mir nicht verhehlen, daß eine derartige Ausbildung sich für militärische Zwecke weniger nützlich erweisen wird, als eine planmäßige Durchbildung des Körpers, wie sie in den Vereinen für Körperpflege betrieben wird. . . Für meinen Standpunkt ist in erster Linie maßgebend, daß selbst für die anerkanntermaßen notwendige körperliche Durchbildung bei unserer zumeist durch gewerbliche Anforderungen stark in Anspruch genommenen schulentlassenen Jugend die zur Verfügung stehende Zeit knapp ausreicht wird. Ein körperlich gut vorbereiteter Ersatz wird die Anfangsgründe des Exerzierens und Schießens auch ohne Vorübung in diesen Dienstzweigen vor der Einstellung verhältnismäßig leicht lernen. Das beweisen viele der zurzeit leider nur einem Bruchteil des Ersatzes ausmachenden Wehrtruppen, die Turnvereinen ausübend angehört haben. Es kommt daher für mich in erster Linie die Mitwirkung der nationalgesinnten Vereinigungen für Körperpflege in Betracht bei der vorbereitenden Arbeit, durch die eine Milderung der Ausbildungsschwierigkeiten zu erwarten ist, mit denen die Armee bei der jetzigen kurzen Dienstzeit schwer zu kämpfen hat.“

Die Erziehung unserer Jugend beschäftigte auch den ersten Deutschen Jugendverbandstag, der am 4. Dezember 1910 in Berlin zusammentrat. Etwa 40 Vereine haben sich den Bestrebungen des Verbandes bereits angeschlossen, der der Jugendnot steuern will. Diese aber bestehe darin, daß die Jugend in sittlicher und nationaler Beziehung nicht so geschützt werde, wie es im Interesse des Vaterlandes geschehen müsse. Die Erziehung zu einem kräftigen Deutschtum anstatt zu einem faden Welbürgertum forderte hierbei insbesondere der Görtzger Oberbürgermeister Maß, der die Versuche schilderte, wie man in seiner Stadt den der Jugend drohenden Gefahren wirksam zu begegnen sucht. Dort habe sich bereits ein Jugendverband gebildet, dem sich gegen 300 Einzelmitglieder und 66 Korporationen ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauung angeschlossen hätten. Um auf diesem Gebiete etwas Nachhaltiges zu erreichen, müßten alle Freunde der Jugend mithelfen. Den Kommunen werde es möglich sein, die zersplitterten Kräfte zu sammeln. Erfreulicherweise hätten sich in Görtz konservative, nationalliberale und freisinnige Vereine gemeinsam der Bewegung angeschlossen. Die rein kirchlich-religiösen Vereine lehnte Oberbürgermeister Maß ab, da sie der Jugend etwas einimpften, was diese abstoßte.

Der Geschäftsausschuß für Schulreform im Sinne staatsbürgerlicher Erziehung, dem z. B. der Verein deutscher Ingenieure, der Verein deutscher Chemiker, der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele, der deutsche Kriegerbund u. a. m. angehören, hat eine große Anzahl von Körperschaften — unbefehlet ihrer besonderen Bestrebungen — in dem Bekenntnis der Überzeugung geeinigt, daß für die gedeihliche Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend eine dringliche Frage geworden ist, und in der Forderung, daß die deutschen Bundesstaaten keine Zeit mehr versäumen, um diese unerläßliche Vorarbeit künftigen Gedeihens nach möglichst einheitlichem Plane in die eigene Hand zu nehmen.

Die Frage der staatsbürgerlichen Erziehung erörtert von sehr beachtenswerten Gesichtspunkten aus Schulrat Dr. Schilling in einem in der Sammlung „Zur Pädagogik der Gegenwart“ (Weyl & Kammerer, Dresden) erschienenen Broschüre „Über Wesen, Aufgabe und Mittel der staatsbürgerlichen Erziehung“. Er betont hier sehr richtig:

„Die durchaus berechtigte Forderung staatsbürgerlicher Erziehung ist nicht als ein neues Erziehungsziel, sondern nur als eine Mahnung an alle Erziehungsstellen aufzufassen, bei der Charakterbildung Seiten zu pflegen, die bisher nicht gebührend berücksichtigt wurden oder deren Pflege infolge der Entwicklung des öffentlichen Lebens und der Entfaltung von Mißverhältnissen einzelner Gesellschaftskreise zum Ganzen stärker als bisher betont werden muß, um die staatliche Organisation im Gleichgewicht zu erhalten.“

Er weist darauf hin, wie es der deutschen Nation nach der Gründung des Reichs an neuen, über die Bedürfnisse der Gegenwart hinausreichenden, sie begeisternenden Idealen gefehlt habe. Der ungeahnte, nicht minder durch die Errungenschaften der Naturwissenschaften als durch die nationale Einigung herbeigeführte wirtschaftliche Aufschwung habe neue Volksklassen auf die Bühne des öffentlichen Lebens gehoben, ein Ringen der verschiedenen Gesellschaftsklassen nach Luft und Licht, Einfluß und Macht, ein Kampf aller gegen alle habe begonnen und darüber habe man das Ganze vergessen. Daher seien auch die Klagen über mangelnden Gemein Sinn und mangelnde Opferbereitschaft für allgemeine Interessen gekommen. Wenn aber die staatsbürgerliche Erziehung wirklich ein Mittel zu geistig-sittlicher Bildung sein solle, dann dürfe man unter ihr nicht bloß ein Wissen von den Einrichtungen des Staates und von den Rechten und Pflichten seiner Bürger verstehen, denn das Wissen verbürge noch nicht den rechten Gebrauch, sondern dann müsse man durch die staatsbürgerliche Erziehung Erweckung und Pflege staatsbürgerlicher Gesinnungen anstreben. Mit etwas Verfassungs- und Gesetzeskunde, etwas Volkswirtschafts- und Bürgerkunde sei hier nichts auszurichten. Das Problem müsse tiefer gefaßt werden, obwohl die staatsbürgerliche Erziehung der Belehrung nicht entraten könne. Das bloße Wissen könne auch selbstsüchtigen und gemeinen Zwecken dienstbar gemacht werden. Deshalb dürfe die staatsbürgerliche Unterweisung nicht bloß Gedächtnis- und Verstandesfache sein, sie müsse vielmehr eine „Quelle reiner, starker Gefühle, Willensregungen und Handlungen“ werden.

Der Gegensatz zwischen Kammergericht und Oberverwaltungsgericht in Sachen der Fürsorgeerziehung, über den wir im

Jahrg. XVIII Sp. 194 ausführlich berichtet haben, bleibt bestehen. In zwei Beschlüssen vom 7. Januar und 1. März 1910 führt das Kammergericht, wie die „Köln. Volksztg.“ in Nr. 1020 (5. Dezember 1910) mitteilt, hierzu aus:

Nach der festen Rechtsprechung des Kammergerichts haben die Armenverbände einen Beschluß des Vormundschaftsgerichts, der die Unterbringung eines Kindes in einer anderen Familie anordnet, ohne daß besondere erzieherische Maßnahmen geboten erscheinen, mangels eines anderen Verpflichteten auszuführen. . . Sollte sich wider Erwarten die Armenverwaltung weigern, für deren Unterbringung auf öffentliche Kosten zu sorgen, so bleibt es dem Vormundschaftsgericht unbenommen, einen der dann veränderten Sach- und Rechtslage entsprechenden anderweiten Beschluß zu fassen. . . Wenn dieses letzte Mittel (die Anrufung der dem Armenverband übergeordneten Instanz) versagt, sind jedenfalls der gesetzliche Vertreter des Kindes und die Gerichtsbehörden von der Verantwortung für etwaige dem Kinde aus jener Weigerung entstehenden Schäden befreit. Einen Anlaß, Fürsorgeerziehung da anzuordnen, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dafür fehlen, kann eine solche Weigerung aber nicht geben.

Demgegenüber hält das Obergericht, wie es in einem Erkenntnis vom 28. Juni 1910 ausführt, an seiner in dem Urteil vom 11. Februar 1908 ausgesprochenen Rechtsauffassung fest, daß ein Beschluß des Vormundschaftsgerichts, der gestützt auf § 1666 Abs. 1 BGB. die Unterbringung eines Kindes zum Zwecke der Erziehung anordnet, für den Armenverband unverbindlich ist und eine sonst nicht vorhandene Hilfsbedürftigkeit eines Kindes und demzufolge die Verpflichtung des Armenverbandes zur anderweiten Unterbringung des Kindes nicht zu begründen vermöge. Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt zu diesem Konflikt:

Die dem Kammergericht nachgeordneten ordentlichen Gerichte sind sich in dem Kampfe um die hier strittige Frage dessen bewußt, daß ihre auf dem Boden des Obergerichts sich stellenden Entscheidungen vom Kammergericht aufgehoben werden. Die Handhabung des Fürsorgeerziehungsgesetzes ist für eine ganze Gruppe von Fällen geradezu lahmgelegt. Diese unbefriedigende Lage erfordert ein Eingreifen der Gesetzgebung.

Nach neueren Mitteilungen soll dem Landtage noch in der bevorstehenden Tagung ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Die **Fachbildung des gewerblichen Nachwuchses in Frankreich** beschäftigt dort die besten Köpfe, seit die Krise de l'apprentissage zu einem ersten Mißstande für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes sich zu entwickeln droht. Die Pariser Handelskammer hat sich nun jüngst mit dem Gesetzentwurf zur Förderung des fachtechnischen Unterrichts in Gewerbe und Handel und der Fortbildungs- und Meisterkurse für den Beruf beschäftigt. Nach dem Vortrage von de Ribes-Christophe wurde folgende Entschließung gefaßt, die die Richtlinien der geplanten Fachbildungsreform beleuchtet:

1. Die Pflicht zum Besuche der Elementarschule soll um ein Jahr verlängert und dieses Jahr dem allgemeinen Volksunterricht wie einfachen Handfertigkeitssübungen gewidmet werden.
2. Der berufliche Ausbildungsunterricht für die Allgemeinheit der jungen Arbeiter soll in Gestalt von Kursen erfolgen; die vorhandenen müssen vervollkommen und neue außerdem errichtet werden.
3. Die Kurse sollen im allgemeinen während der Tagesarbeitsstunden oder an deren Schluß, unter Kürzung der Arbeitsdauer stattfinden. Abendkurse sollen für gewisse Sonderfächer vorbehalten bleiben. Die Dauer der Kurse muß für jeden Berufs-zweig einen gesetzlichen Mindest- und Höchstumsang haben.
4. Die Pflicht zum Besuch der Berufsfortbildungskurse muß grundsätzlich festgesetzt werden unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, sofort die Gegenden und Gewerbebezirke zu bezeichnen, wo ein derartiger Zwang weniger Vorteile als schädliche Beschwernisse für die Lehrlinge mit sich bringen würde.

Die einzige gesetzliche Verpflichtung für die Arbeitgeber soll darin bestehen, den Lehrlingen freie Zeit zum Besuch der Kurse zu gewähren, und ihre Verantwortung auf den Bereich des Betriebes, der Werkstatt, des Lagers oder Bureaus beschränkt bleiben.

Diese Reformvorschläge der Pariser Handelskammer bewegen sich sehr zurückhaltend in den von Deutschland längst befahrenen Geleisen. Daß die Kammer den Arbeitgeber für den Schulbesuch der Lehrlinge nicht schärfer verantwortlich machen will, ist eine Halbheit, die sich in der Praxis rächen würde.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Die Eisenbahndirektion Hannover und die Konsumvereine. Vor kurzem teilte die „Konsumgenoss. Rundschau“ aus Hameln mit, daß eine Reihe Eisenbahnbeamter durch ihre vorgelegte Behörde zum Austritt aus dem Konsumverein gezwungen wurde.

In Nr. 49 verzeichnet das Blatt einen ähnlichen Fall aus Lehrte, der dadurch bemerkenswert ist, daß die Großeinkaufsgesellschaft ihn bis zum Minister verfolgt hat. In Lehrte wurde am 25. August 1910 den Eisenbahnbediensteten durch Anschlag des Oberbahnhofsvorstehers mitgeteilt, daß sie „ihre Entlassung aus dem Staatseisenbahndienste zu gewärtigen“ haben, wenn sie oder ihre Ehefrauen Mitglieder des „sozialdemokratischen Konsumvereins“ bleiben. Der Verein wandte sich sofort sowohl an den Oberbahnhofsvorsteher, von dem der Erlass gezeichnet war, als auch an die Eisenbahndirektion Hannover, legte die drohende wirtschaftliche Schädigung der betreffenden Eisenbahner dar, verwies auf das Genossenschaftsgesetz, das ihm jede politische Betätigung verbiete, und stellte Vorstands- und Generalversammlungsberichte zur Einsichtnahme zur Verfügung. Von der Eisenbahndirektion wurde jedoch das Verbot aufrecht erhalten, „da nach amtlicher Auskunft der Verein unter Aufsicht der sozialdemokratischen Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg steht und ausschließlich von Personen geleitet wird, die der sozialdemokratischen Partei angehören“. Mit der „sozialdemokratischen Großeinkaufsgesellschaft“ war natürlich die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gemeint. Diese wandte sich daher an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und legte dar, daß sie Lieferantin, aber nicht Aufsichtsinanz der Konsumvereine sei und daß sie ferner ein rein wirtschaftliches Unternehmen sei und sich niemals mit Politik befasse. Der Minister antwortete darauf:

Für die Mitteilung der Königl. Eisenbahndirektion Hannover an den Allgemeinen Konsumverein für Lehrte und Umgegend vom 8. September d. J. und für das Verbot an die Eisenbahnbediensteten, selbst oder durch ihre Ehefrauen Mitglieder dieses Vereins zu sein, war die Tatsache maßgebend, daß dieser Verein ausschließlich von Personen geleitet wird, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Im übrigen habe ich davon Kenntnis genommen und die Königl. Eisenbahndirektion Hannover davon verständigt, daß Sie die der letzteren zugegangene Information, der Verein stehe unter Ihrer Aufsicht, für unzutreffend erklären und die Bezeichnung Ihrer Gesellschaft als sozialdemokratisch zurückweisen.

Der Minister gibt also in bezug auf die falsche Bezeichnung „sozialdemokratische Großeinkaufsgesellschaft“ eine ausweichende Antwort, erklärt aber wieder mit aller Offenheit, Konsumvereinen, deren Leiter Sozialdemokraten sind, dürfen Eisenbahner nicht angehören. Durch diese parteipolitische Brandmarkung werden die Genossenschaftsbestrebungen der Arbeiterschaft, die vermöge ihrer positiven Interessenförderung dazu beitragen, die Arbeiterbewegung in die bestehende wirtschaftliche und rechtliche Ordnung unseres Staatswesens einzuordnen, kurzfristig erschwert. Für die Konsumvereine machen zwar die paar Eisenbahner, die ihnen so entzogen werden, nicht sonderlich viel aus, für die betroffenen Beamten und Arbeiter, die meist mit dem Pfennig rechnen müssen, will es dagegen viel sagen, ob sie die billige Einkaufsquelle und die Rückvergütung haben oder nicht. Die Sondergründung von isolierten Eisenbahnerkonsumvereinen aber, wie sie in Lehrte sofort von den ausgeschiedenen Konsumgenossenschaften vorgenommen wurde, bedeutet meist einen geschäftstechnischen Rückschritt. Es werden also auch die Beamten geschädigt, vielleicht mehr als die Konsumvereine. Politisch betrachtet ist aber ein derartiges Vorgehen der Behörden gegen die Konsumvereine sogar zweckwidrig. Jeder, der auch nur flüchtig die „Konsumgenoss. Rundschau“ liest, weiß, daß die sogenannte Hamburger Richtung, unter deren führenden Persönlichkeiten eine ganze Reihe sind, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben, aus inneren Gründen, ganz abgesehen von der Rücksicht auf das Genossenschaftsgesetz, ehrlich für strikte Neutralität der Bewegung wirkt, wofür sie in der „Neuen Zeit“ und neuerdings sogar (von Göhre) in den „Soz. Monatsheften“ vielfach angegriffen wird. Dieses Bemühen, das jeder Sozialpolitiker fördern sollte, wird durch das Vorgehen des preussischen Eisenbahnministers und seiner Organe nur gehemmt.

Die Einstellung jugendlicher Arbeiter bei der Reichseisenbahn soll versuchsweise und zwar in möglichem Umfange vorgenommen werden. Junge Burschen im Alter bis zu 16 Jahren werden zur Beschäftigung im Eisenbahndienst zugelassen werden, um später als Dienstansänger des unteren Betriebsdienstes ausgebildet zu werden. Nur geistig gut veranlagte und körperlich kräftige junge Leute werden eingestellt, die voraussichtlich allen Anforderungen des Betriebsdienstes gewachsen sein werden. Vorläufig werden nur Söhne von Eisenbahnbediensteten eingestellt. Die Bewerber müssen das 14. Lebensjahr vollendet haben, eingetragte sein und ein Zeugnis über den erfolgreichen Besuch der ersten Klasse einer Volksschule oder über eine andere mindestens gleichwertige Schulbildung vorweisen, auch sich bisher vorwurfsfrei geführt haben. Sie haben ihre Gesuche an diejenige Betriebsinspektion zu richten, in deren Bezirk ihre Väter oder Mütter beschäftigt sind.

Eisenbahnerforderungen in Mecklenburg. Die junge christlich-nationale Organisation der Eisenbahner dieses sozial noch wenig entwickelten Landes hat eine Bitt- und Denkschrift an die Generaldirektion der Großherzoglich-Mecklenburgischen Eisenbahnverwaltung und an den mecklenburgischen Landtag gerichtet. Sie fordert unter guter statistischer Begründung und vergleichenden Hinweisen auf Preußen und die Reichsländer eine zeitgemäße Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, höhere Zuschüsse zur Uniformbeschaffung, zur Wohnungsvergütung, zur Deckung von Arzt- und Apothekerrechnung, Familientrantentaffen, Erholungsheime, kürzere Dienstzeit, 4 Ruhetage im Monat, besser geordnete Gehälter, angemessene Amtsbezeichnungen. Die Eisenbahnhandwerker und Arbeiter schließen ihre Wünsche an, unter denen Arbeiterausschüsse, Stellungssicherung nach 10-jähriger Beschäftigung, bessere Ruhegelder obenan stehen. Offenlich finden diese Forderungen ein williges Ohr, damit nicht erst der Realismus diesen großenteils berechtigten Forderungen eine schärfere Sprache verleihen muß.

Ein Kartell sämtlicher organisierten Eisenbahner der Vereinigten Staaten ist im Oktober 1910 von den Vertretern der bestehenden Verbände, die über 300 000 Mitglieder umfassen, abgeschlossen worden.

Volksgesundheit.

Die Antimonvergiftung der Seher haben die Ärzte Dr. Schrumpf und Dr. Zobel genauer untersucht und ihre Beziehungen zur Bleivergiftung besonders geprüft. Nach einer Darstellung in der Zeitschrift „Buchkunst und Buchgewerbe“ hatten sie die Seher einer großen Druderei auf Bleivergiftung, wie üblich, untersucht, aber auffallenderweise sehr selten einen Beweis für das Vorliegen von Bleierkrankung gefunden. Um so mehr interessierte sie ein anderes Krankheitsbild, das sie bei einer größeren Zahl von Angestellten beobachteten und das hauptsächlich in Klagen über Nervosität, Schlaflosigkeit, Schwindelgefühl, Kopfschmerz, rheumatischen Beschwerden mannigfacher Art, Brechneigung, Magen- und Darmstörungen und Stuhlverstopfung bestand. Betroffen waren meist jüngere Arbeiter im Alter von 15–35 Jahren. Die nähere Untersuchung ergab, daß nicht Blei daran schuld war, sondern daß ein Bestandteil des Blutes, die weißen Blutzellen, auffällig vermindert waren und daß dies auf eine Antimonvergiftung zurückzuführen ist. Es werden davon etwa 20 % der Schriftsetzer befallen, meist jüngere Leute bis zum 30. Jahre, bei Arbeitern über 42 Jahren ist sie bisher noch nicht gefunden worden. Es scheint also, als wenn sich allmählich eine Schutzgewöhnung an das Gift einstelle. Solche Anpassung an Gifte ist ja gegenüber dem Alkohol, Tabak, Morphinum jedermann bekannt. Die Antimonvergiftung nimmt im allgemeinen einen guten Verlauf; Aussehen der Arbeit für 2–3 Wochen, reichlicher Milchgenuß und fleißige Bewegung in frischer Luft genügen meist, um alle Beschwerden zu beseitigen. Nur in seltenen Fällen ist die Erkrankung hartnäckiger. Vielleicht wird sich jetzt, nachdem erst die Aufmerksamkeit darauf gelenkt ist, herausstellen, daß eine Anzahl als Bleivergiftung betrachteter Fälle als Antimonvergiftung anzusehen ist.

Die Anstellung von Schulärzten im Hauptamt in Schöneberg, diesen wichtigen Fortschritt in der Schulhygiene, hat der Magistrat kürzlich beschlossen. Am 1. April 1911 werden an Stelle der jetzt nebenamtlich beschäftigten sieben Schulärzte zwei Schulärzte im Hauptamt treten, die als höhere Beamte gelten und ein Gehalt von 6000 M. beziehen. Die Anstellung ist zunächst auf eine Dauer von sechs Jahren in Aussicht genommen.

Die gesetzliche Regelung des Hebammenwesens in Bayern. Die Regierung hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, wonach außer dem Staat auch die Städte zu dem Unterhalt der Hebammen, zu den Kosten der Ausbildung, der Ausrüstung und der Kranken- und Invaliditätsversicherung der Hebammen beitragen sollen. Der Gesetzesentwurf ist den größeren Gemeinden zur Begutachtung zugegangen. Der Magistrat Augsburg, der sich bereits mit dieser Frage befaßt hat, erkannte zwar die Verbesserungen, die der Gesetzesentwurf für die öffentliche Gesundheit mit sich bringt, an, erklärte sich aber gegen die weitere Auserlegung von Kosten. Die Stadt Augsburg würden jährlich etwa 8400 M. treffen.

Mangelnde Nachfrage der Schulkinder, die durch jahrlänges Verhalten der Eltern bewirkt wird, stellt Dr. Hermann Weimar in der Monatschrift für höhere Schulen in einer Sammlung statistischen Materials über die „Vergnügungen“ der Kinder fest. Weimar selbst hat einige Zählungen vorgenommen. Er fand in einem Spezialitäten-theater an drei aufeinander folgenden Tagen 35, 26 und 43 Kinder; während der Ringkämpfe stieg die Zahl auf 88. Noch viel größer ist

die Zahl der Schulkinder, denen bis in die Mitternacht hinein auf Ausstellungen, in Kinos und Wirtschaften der Schlaf geraubt wird. Auf der Wiesbadener Gewerbeausstellung dieses Jahres zählte am 30. September Dr. Weimar 424 Kinder, die zwischen 9 1/2 und 11 1/2 Uhr nachts die Ausstellung verließen. Auf den Berliner Straßenbahnen ist an den späten Sonntagsabenden ähnliches zu beobachten. Freilich ist nicht immer Unvernunft der Eltern daran schuld, sondern auch das Unvermögen, die Kinder zu Hause unter genügender Aufsicht zurückzulassen. Jeder Besuch besuchter Familien oder von Vergnügungsfstätten dehnt sich aber in den Großstädten infolge der großen Entfernungen allzuleicht bis in die Nachtstunden aus.

Die Feststellung des Körpergewichts und der Körperlänge von Schulkindern in Hannover, die im Schuljahr 1907/08 an 21 705 Schülern vorgenommen worden ist, zeigt, daß die Schüler der am Umfange der Stadt gelegenen Schulen im Durchschnitt fast um 8 Pfund schwerer sind als die der in der Stadtmittelpunkt gelegenen. Jeder Hülfschüler ist im Durchschnitt um 1,097 kg leichter als ein Schüler der Normalschulen. Dasselbe Ergebnis hatte die Messung der Körperlänge. — Das sind wieder einmal Ziffern, die eine sehr deutliche Sprache reden.

„Die Alkoholfrage“, eine wissenschaftlich-praktische Vierteljahrschrift, die früher im Böhmertischen Verlage in Dresden erschien, wird jetzt in neuer, verstärkter Gestalt im Wäghausverlag des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke (Berlin W. 15) von dessen Generalsekretär Professor Gonser herausgegeben. Die Zeitschrift soll berichten über Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, über die neuesten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen, über die Arbeiten und Fortschritte der verschiedenen Vereine, der Trinkerfürsorgestellen und Heilstätten, über die bedeutsamsten Veröffentlichungen, soll also fortlaufend darstellen, was in Deutschland und den anderen Ländern gearbeitet und erreicht wird. Als ständige Mitarbeiter verzeichnet die Zeitschrift eine stattliche Reihe angesehener Ärzte, Psychologen, Verwaltungsbeamten, Juristen, Geistlichen aus allen Ländern. Das erste Heft der neuen Folge bringt nach einer Darlegung der Richtlinien durch Geheimrat Böhmert und Prof. Gonser unter anderem Abhandlungen über die Bedeutung der Alkoholfrage für die Arbeiter von Gewerbeinspektor Dr. Bender-Berlin und über „Alkohol und Krankentassen“ von Dr. Fritz Münch. Einige Duzend andere Aufsätze und Berichte bekannter Fachleute behandeln jeder eine andere Seite der Trinkerfrage und der Organisation des Kampfes gegen den Alkoholmißbrauch. Jedes der Vierteljahrshefte wird 6 Bogen umfassen. Der Jahrespreis beträgt 6 M.

Die Alkoholwohlfahrtspflege in Königsberg i. Pr., die seit 3 Jahren besteht, hat, wie man uns schreibt, bis jetzt 702 Fälle zu erledigen gehabt. Davon sind 160 Personen zu völliger Enthaltensamkeit bekehrt worden, von denen 26 allerdings wieder rückfällig wurden, 104 sind gebessert und 128 Fälle mußten wegen Hoffnungslosigkeit aufgegeben werden. Bei den schweren Fällen stellt die Alkoholwohlfahrtsstelle nach Untersuchung durch den Gerichtsarzt den Antrag auf Entmündigung, jedoch wird die Freiheit der Persönlichkeit solange wie möglich gewahrt. Im allgemeinen sind die Ergebnisse der Tätigkeit der Wohlfahrtsstelle befriedigend, nur fehlt es noch immer an freiwilligen Helfern.

Ein chemisch-mikroskopisches Krankentasseninstitut in Wien ist vom Verbands der dortigen Genossenschaftskrankentassen im Verein mit der Wiener Allgemeinen Arbeiterkrankentasse errichtet worden, um den Ärzten des Verbandes die Möglichkeit zu geben, sich die für eine moderne Krankenbehandlung notwendigen und bei den eigenartigen Verhältnissen der Rassenpraxis oft schwer zu beschaffenden klinischen, mikroskopischen und chemischen Befunde zu beschaffen. Es werden dabei vornehmlich: Untersuchungen von Mitgliedern zur Feststellung der Diagnose und der Therapie in solchen Fällen, in denen die Ärzte die Erhebung eines internen Befundes wünschen, Funktionsprüfungen des Magens, Blutuntersuchungen, ferner die Untersuchungen von Harn, Stuhl und Sputum.

Die ärztliche Untersuchung in den englischen Schulen. Seit 1907 ist in England und Wales die gesetzliche Unterlage dafür geschaffen, daß die lokalen Erziehungsbehörden die schulärztliche Untersuchung aller Schulkinder und weitergehend auch schulpflegerische Massnahmen einführen können. Nach dem Jahresbericht des obersten Medizinalbeamten des Erziehungsrates Dr. Newman für 1909 sind jetzt von 327 lokalen Behörden 986 Schulärzte angestellt, darunter 73 weibliche. Zur weiteren Fürsorge erkrankter Kinder sind 289 Pflegerinnen angestellt. Zur Untersuchung gelangten im Berichtsjahr in England und Wales 1 397 000 Kinder. Bei 10 % wurden schlechte Augen festgestellt, bei 5 % schlechtes Gehör, bei 20 bis 40 % mangelhafte Zähne, bei 40 % Unsauberkeit. Mehr und mehr gehen die lokalen Behörden dazu über, Schulkliniken einzurichten. Im ganzen stellt der Bericht fest, daß durch die Einsicht der lokalen Behörden, durch die tatkräftige Mitarbeit freiwilliger Helfer in den verschiedenen örtlichen Ausschüssen und schließlich auch durch die Bereitwilligkeit der Steuerzahler der gesundheitliche Schutz der Schulkinder in den 2 Jahren seit Erlass des Gesetzes bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeile.

Perfekter Maschinen- schreiber und Stenograph

(180 bis 200 Silben) auf sofort gesucht. Bewerber, evangelisch und militärfrei, welche in der Arbeiterversicherung, einer Rechtsanwaltsstelle, in Fürsorgevereinen oder Verwaltungsbüros mit Erfolg tätig gewesen sind, wollen ihre Bewerbungen unter **B. S. 25 an Duncker & Humblot in Leipzig** unter Angabe von Referenzen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen einreichen.

Bei guten Leistungen dauernde Stellung und Pensionsversorgung.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von

Gustav Schmoller.

XXXIV. Jahrgang. 4. Heft. Preis 13 Mark.

Inhalt: I. Aufsätze. Die ständischen Elemente in der ungarischen Politik. Von Max Gahr. — Limesien, seine heutige Verfassung und Verwaltung. Von Bernhard Rathgen. — Straßburg i. E. — Montesquieu als Staatsmann. (Nach einer bisher unbekannten Denkschrift an den Herzog von Orleans.) Von Fritz Karl Mann. — Sinn und Wert des Marxismus. II. Von Georg Jäger. — Der Streit um die Steuerhinterziehungen in Preußen. Von Friedrich Behnauer. — Berru. I. Von Paul Dehn. — Der Organisationsvertrag im deutschen Buchdruckgewerbe. Von Hans Hinkel. — Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895 bis 1909. Von Walter Rothfegel. — Die wirtschaftliche Bedeutung des modernen Pflanzenbaues. Von B. Wygodzinski. — Das bauerliche Erbrecht des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches. Von Hans L. Hubloff. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Metallanalfierung. II. Von Hermann Schumacher. — Zum Problem gesetzlicher Aufnahme der Darlehensgeber in Österreich-Ungarn. I. Ein Schlusswort gegenüber Walter Federn. Von Ludwig v. Mises. II. Gesetzliche Darlehensgeber und Kriessfall. Von Otto Neurath.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Kürzlich sind neu erschienen und durch jede Sortimentsbuchhandlung zu beziehen:

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft

in der

**Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik
und Maschinenindustrie.**

Mit Beiträgen

von

**Dr.-Ing. von Biezkowski, Dr. J. Hinkel, Dr. Cl. Heiß,
Dr. J. Deutsch und Dr. Dora Landé.**

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 134. Band.)

Preis: 11 Mark 20 Pf.

Aus dem Inhalt: 1. Untersuchungen über Arbeitsleistung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Fabrik. Von Dr.-Ing. Dipl.-Ing. von Biezkowski. Mit 12 Diagrammen im Text. Anhang: Statistische Angaben über den Alkoholismus in seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und den Arbeitsbedingungen. 2. Auslese und Anpassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe mit besonderer Rücksichtnahme auf die Segmashine. Von Dr. Hans Hinkel. Einleitung: A. Kurze Übersicht über die technische Entwicklung der Segmashine. B. Verbreitung der Segmashine. C. Einwirkung der Maschine auf die Produktionsverhältnisse: Auslegung der Handarbeit. — Die Gewöhnung auf die Betriebsverhältnisse. — Abgabeverhältnisse. — Die Wirkung der Maschine auf die Nebenindustrie. D. Segmashine und Tarif. E. Die Lage der Maschinenleger: Die Maschinenleger und ihre Arbeit. — Die Verdienste des Arbeiters im Betriebe. — Die Lebenshaltung der Arbeiter an der Maschine. — Die sanitären Verhältnisse. — Schluss. 3. Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik. Von Dr. Cl. Heiß. Einleitung. Die sozialen Wirkungen der modernen Fabrikorganisation. — Anstrengung durch die Arbeit. — Die Arbeitszeit und Ermüdung. — Herkunft und Abstammung. — Schulverhältnisse und Herkunft. — Berufswahl. — Die Lehre. — Die Lehre nach der Fragebogenhebung. — Militärverhältnisse. — Familienverhältnisse. — Wohnungsverhältnisse. — Erholung und geistiges Leben. — Was und warum ich Sonntags arbeite. — Lebensziel. — 4. Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Die Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. 5. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Dr. Dora Landé. Einleitung. — Berliner Maschinenindustrie. Die Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeitszeit in der Berliner Maschinenindustrie. — Die Lohnverhältnisse. — Alterszusammensetzung der Arbeiterschaft. — Arbeitszeit. — Gewerbliche Mitarbeit der Ehefrauen. — Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. Schlusswort. — Tabellen.

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

**Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabacher Spinnerei
und Weberei“ A.-G. zu Münden-Glabach im Rheinland.**

Von **Dr. phil. Marie Bernays.**

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.) Preis: 9 Mark 60 Pf.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. 1. Zeit: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschicksal. — Berufsgemeinschaft. — Der Militärdienst. Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Zeit: Der Psychismus der Fabrikarbeit. — Einfluss der Arbeitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluss von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Die Erstattung von öffentlichen Unterstützungen durch die Unterstützten und durch ihre Angehörigen.

Von

Stadttrat Rosenstock - Königsberg i. Pr.

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 98. Heft.) Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstützung durch den Unterstützten. 1. Essenlich: rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstützung als Vorzug. b) Anspruch in Unterlehnung an C. G. B. §. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlass. — Die Erstattung der Unterstützung durch die Angehörigen des Unterstützten. — Zusammenfassender mehrerer Armenverbände. — Statuten. Kollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstützten. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterhaltspflichtigen. — Schlussbetrachtungen. — Anhang.

Die Anstaltsfürsorge in Deutschland.

Eine Nachweisung derjenigen deutschen Erziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten, die sich in der Aufnahme von Pflegekindern nicht auf einen engeren örtlichen Bezirk beschränken.

Zm Auftrage
des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit
herausgegeben von

Stadttrat Dr. E. Münsterberg,

bearbeitet von

Hedwig Riesche und Dorothea Hirschfeld.

Preis: 5 Mark.

Aus dem Inhalte: Einleitung. — Fingerzeige für die Benutzung des Buches. — Zeichenerklärung. — Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche. — Anstalten für Kranke und Erholungsbedürftige. — Anstalten für körperlich und geistig Gebrechliche. — Altersheime und Stille. — Anhang. — Sachregister. — Alphabetisches Ortsverzeichnis mit kurzer Angabe der Anstaltsnamen.

Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen
in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Ein Vergleich. Von **Dr. Frederick W. Roman.**

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 151.) Preis: 5 Mark.

Inhaltsverzeichnis: I. Art. Umfang und Grad der allgemeinen Schulbildung in Deutschland und in Amerika als Grundlage für die gewerbliche und kaufmännische Ausbildung. — II. Geschichtlicher Rückblick auf die Anfänge der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland in den 70er Jahren. — III. Gewerbliche und kaufmännische Fortbildungs- und Fachschulen seit der Gründung des Deutschen Reiches. — IV. Vereiner der Fortbildungsschulen für Knaben und Aufbringung der Mittel. — V. Mädchen-Fortbildungsschulen. — VI. Fachschulen. — VII. Innere Einrichtungen. — VIII. Die Lehrkräfte. — IX. Kurze Vorgeschichte des amerikanischen Fortbildungs- und Gewerbeschulwesens. — X. Aus Entlehnungen hervorgegangene Schulen. — XI. Schulen mit staatlichen und städtischen Zuschüssen. — XII. Schulen der Wohlfahrtsvereine und Kirchen-gemeinden. — XIII. Die Schulen der Young Men's Christian Association. — XIV. Die Schulen der Young Women's Christian Association. — XV. Private Gewerbeschulen. — XVI. Korrespondenz-Schulen. — XVII. Handelschulen. — XVIII. Übergang zu den öffentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen. — XIX. Die wirtschaftliche Bedeutung des gewerblichen und kaufmännischen Schulwesens in beiden Ländern. — XX. Der erzieherische Einfluss der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland und Amerika.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Rauerstr. 43. 44.

Dieser Nummer ist eine Verlagsanzeige des „Zentralblatt der Reichsversicherung“, Herausgeber Professor Dr. Stier-Somlo, beigelegt.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Hollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg 417
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterkassen 425
- Beim Jahre Gesellschaft für Soziale Reform. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin. 430
- Allgemeine Sozialpolitik 430
- Die Entwicklung des Handwerks in Deutschland. 431
- Gesetzliche Lohnregelung der Heimarbeit in der französischen Beseidungsindustrie. 431
- Neue Aufgaben der Röntgenorganisationen. 431
- Soziale Zustände 431
- Die Binnenwanderungen der Arbeiter in Deutschland. 431
- Die Beschäftigungsverhältnisse der Telegraphenarbeiter. 431
- Die Ursachen der Invalidität. 431
- Arbeitsverhältnisse der Kellner auf Staatsbahnhöfen. 431
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 432
- Die Stellung der Diplom-Ingenieure in der Gewerbeordnung. 432
- Der Deutsche Vollerbund. 432
- Streiks und Aussperrungen 434
- Abbruch des Arbeitskampfes in der Pforzheimer Goldwarenindustrie. 434
- Von der Lohnbewegung der Ruhrbergleute. 434
- Lohnbewegung der Hohlglaschleifer in der Oberpfalz. 434
- Arbeiterkassen 436
- Sozialistischer Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter in Belgien. 436
- Phosphorverbot in Victoria. 436
- Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 437
- Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 437
- Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Freiburg i. Br. 438
- Arbeitslosenversicherung in Großbritannien. 438
- Arbeitsnachweise 438
- Die Verpflichtung nichtöffentlicher Arbeitsnachweise zur Einreichung von Statistik. 438
- Die Wirkungen des neuen Stellenvermittlergesetzes. 438
- Partikulare Facharbeitsnachweise für das Gastwirts-gewerbe. 438
- Vollversicherung 439
- Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich. 439
- Bürger- und Lebenskunde in den landlichen Fortbildungsschulen Preussens. 439
- Fortbildungskurse für Anwaltsangehörige in Potsdam. 439
- Ein neues Arbeiterjugendheim in Breslau. 439
- Die Beratung Jugendlicher bei der Berufswahl in England. 439
- Vollgesundheits 442
- Ein Bleimerkblatt für Hüttenarbeiter. 442
- Auslösen der Wurmkrantheit der Bergleute. 442
- Die Ärzte in Deutschland 1911. 442
- Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich. 442
- Wohnungswesen 446
- Die Wohnungsnot in München. 446
- Die Bestellung eines Landeswohnungsinspektors für Baden. 446
- Die Einrichtung der Arbeiterwohnungen. 446
- Die Arbeiterwohnungen in Belgien. 446
- Städtische Wohnungsfürsorge in Zürich. 446
- Eine Millionenanleihe für Arbeiterwohnungs-zwecke in Norwegen. 446
- Literarische Mitteilungen 446

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung?

Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg.*

Die Reichsversicherungsordnung bringt auf dem Gebiete der Invalidenversicherung nicht eine Reform, sondern nur einen weiteren

* Die Fortsetzung der Besprechung der Ergebnisse der Kommissionsberatungen (vergl. „Soz. Praxis“ Nr. 2 u. 7) ist einstweilen hinaus-

Ausbau oder richtiger Aufbau: die Hinterbliebenenversicherung. Während nun ein Baumeister, der auf ein Gebäude nachträglich ein weiteres Stockwerk aufsetzen will, zunächst die Fundamente des stehenden Mauerwerks daraufhin untersucht, ob sie genügend tragfähig sind, und sie, wenn erforderlich, verstärkt, hat der Gesetzentwurf davon nahezu vollständig abgesehen, und selbst da, wo eine Beseitigung der Fundamente Mängel ergeben hat, ist auf deren Beseitigung verzichtet.

So wird in den Anlagen zum Gesetzentwurf S. 357 ff. an einem Beispiel nachgewiesen, daß schon nach geltendem Rechte Versicherte nur 78,72% der Belastung durch ihre Beiträge decken, also mehr als 21% des Risikos der Gesamtheit der übrigen Versicherten zur Last fallen. Es hätten noch drastischer wirkende Beispiele gewählt werden können, wenn man die Möglichkeit der Ausbeutung der Invalidenversicherung durch die geltenden und in die Reichsversicherungsordnung unverändert übernommenen Bestimmungen über die freiwillige Versicherung hätte darlegen wollen. Tatsächlich ist die freiwillige Versicherung und Höherversicherung nur möglich, weil die Pflichtversicherung das Risiko dafür trägt, und diese kann das Risiko nur so lange noch tragen, als die Einrichtung der freiwilligen Versicherung von den Beteiligten nicht in dem Maße ausgenutzt wird, als es an sich möglich wäre. Die damit gegebene Unsicherheit verhindert jeden weiteren Ausbau der Invalidenversicherung.

Wenn die Beseitigung dieser Unsicherheit, welche die Begründung (S. 360) unbegreiflicherweise von den weiteren Erfahrungen erwartet, eine der wichtigsten Aufgaben des Gesetzgebers bildet, so lassen zwei Umstände es im gegenwärtigen Augenblick geradezu geboten erscheinen, eine so wenig solide Grundlage durch eine tragfähigere zu ersetzen. Muß doch die auf dem bereits stehenden Bau aufzurichtende Hinterbliebenenversicherung notwendig die Gefahr eines Zusammenbruchs erhöhen und jedenfalls eine spätere Verbesserung des Fundaments erheblich erschweren. Auf der andern Seite ist nur in Verbindung mit einer Erhöhung der Leistungen die Möglichkeit gegeben, eine Verschiebung vorzunehmen, die nach einzelnen Richtungen auch eine Verkürzung der in Aussicht stehenden Leistungen im Gefolge haben muß. Der Entwurf lehnt aber nur die Errichtung höherer Lohnklassen ab und begnügt sich im übrigen mit den beiden Bestimmungen, daß nach dem Erlöschen der Anwartschaft die Versicherung nicht mehr wie bisher durch freiwillige Beitragsleistung erneuert werden kann und freiwillige Beiträge für die Berechnung der Hinterbliebenenbezüge nur zur Hälfte angerechnet werden sollen. Gegen beide Vorschläge erklärten sich einmütig Versicherte und Anstaltsvorstände, weil der erste eine überflüssige Härte bedinge, der letztere praktisch undurchführbar sei. Beide sind denn auch von der Reichstagskommission in der ersten Lesung abgelehnt worden.

Erst bei der zweiten Beratung ist die Frage, wie Beitragsleistung und Renten in ein richtiges Verhältnis zu einander gebracht werden könnten, eingehender von der Kommission geprüft und einer Unterkommission zur weiteren Beratung überwiesen worden. Es ist daher jetzt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch in dem ziemlich weit vorgeschrittenen Stadium der Beratungen

geschoben, weil, wie auch der gegenwärtige Aufsatz erkennen läßt, gerade die wichtigsten Fragen zum Teil nicht entschieden, sondern einer Unterkommission zur Vorberatung überwiesen sind.

Die Redaktion der „Soz. Praxis“.

noch eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung zustande kommt, die, soweit eine Erweiterung der Leistungen gegenwärtig nicht zu erreichen ist, wenigstens für die Zukunft die Weiterentwicklung ermöglicht.

Für eine solche Reform hatten die der „Gesellschaft für Soziale Reform“ angeschlossenen zentralen Arbeiterorganisationen in der am 12. April 1910 abgehaltenen Versammlung die nachstehenden Gesichtspunkte aufgestellt¹⁾:

Beitragsleistung und Rentenbemessung bedürfen einer Umgestaltung mit dem Ziele, daß

- a) der Versicherungswert der geleisteten Beiträge in weiterem Umfange bei der Rentenbemessung berücksichtigt wird,
- b) bereits in jüngeren Lebensjahren eine den Bedürfnissen einigermaßen entsprechende Rente gewährt werden kann, unter Ermäßigung der Rentenhöhe nach langer Beitragsleistung,
- c) der invalide Familienvater, der für versorgungsbedürftige Kinder aufkommen muß, Zuschläge zur Rente erhält,
- d) gutgläubig geleistete Beiträge nach Ablauf einer angemessenen Frist als rechtmäßig behandelt werden,
- e) die Härten in bezug auf das Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft nicht, wie es im Entwurf geschehen ist, noch vermehrt, sondern vermindert werden,
- f) die Einrichtung höherer Lohnklassen ermöglicht wird,
- g) die im Entwurf vorgesehene verschiedenartige Bewertung der Pflichtbeiträge und der freiwilligen Beiträge wegfällt.

Für das Gebiet der Hinterbliebenenversicherung war insbesondere eine Erhöhung der Waisenrenten als dringlich bezeichnet worden.

Ähnliche Forderungen hatte bereits im Jahre vorher der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine auf seiner Tagung in Hannover gestellt. Gleiche Ziele verfolgten zahlreiche Änderungsanträge, die von den Vorständen der Landesversicherungsanstalten zum Gesetzentwurf gemacht sind. Eine Berücksichtigung des Wertes der geleisteten Beiträge bei der Bemessung der Renten der Invalidenversicherung forderte kürzlich die Elberfelder Handelskammer. Auf das Unhaltbare der gegenwärtigen Regelung der freiwilligen Versicherung hat im Laufe des letzten Jahres wiederholt mit größtem Nachdruck der frühere Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt Geheimrat Dr. Weymann hingewiesen. Von mir ist mehrfach, mit größerer Ausführlichkeit in der Arbeiterversorgung, Jahrg. 1909 S. 409 ff.²⁾, die Notwendigkeit grundlegender Änderungen auf dem Gebiete der Beitragsleistung und Rentenberechnung hervorgehoben.

So lag wirklich Anlaß genug vor, der Frage näher zu treten, ob denn ein auf gesunderer Grundlage errichteter Aufbau der Invalidenversicherung möglich sei, und sich nicht mit der schon oft gehörten Antwort zu begnügen, daß alles längst erwogen, aber ein gangbarer Ausweg nicht gefunden sei. Dringlich war die Prüfung insbesondere deshalb, weil eine andere Regelung notwendig die Herabsetzung der Leistungen an einen Teil der Versicherten bedingt, nämlich derjenigen, die sich gegenwärtig mit unverhältnismäßig kleinen Beiträgen zu große Ansprüche auf Kosten der übrigen Versicherten erwerben können. Eine solche Herabsetzung, die selbstverständlich für die bereits erworbenen Ansprüche ausgeschlossen bleiben muß, ist auch im übrigen nur durchführbar, wenn diejenigen, deren Ansprüche sich verschlechtern, gleichzeitig durch Mehrleistungen entschädigt werden. Die Möglichkeit hierfür wird in dem Maße, wie es bei der geplanten Einführung der Hinterbliebenenversicherung geboten sein wird, nicht wiederkehren.

Bevor hier in die weitere Untersuchung eingetreten wird, sei zunächst daran erinnert, daß die Reichstagskommission bereits einem großen Teile der oben aufgeführten Forderungen in ihren bisherigen Beschlüssen Rechnung getragen hat. Die zu c geforderten Kinderzuschüsse zur Invalidenrente sind im § 1275a vorgesehen, die zu d verlangte Anrechnung gutgläubig geleisteter Beiträge in dem neuen Abs. 3 des § 1427, die zu e beanstandeten Härten in bezug auf das Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft sind durch die zu §§ 1228, 1269 beschlossenen Zusätze vermindert, die zu g erwähnte verschiedenartige Bewertung der Pflichtbeiträge und der freiwilligen Beiträge, die von allen in der Praxis stehenden als undurchführbar bezeichnet ist, ist durch die Streichung der §§ 1282 bis 1284 beseitigt worden.

So harren denn in der Hauptsache nur noch die zu a, b und f aufgestellten Forderungen und der Wunsch nach Erhöhung der Waisenrenten der Berücksichtigung. Es fragt sich, wie ihnen in

zweckmäßiger Weise Rechnung getragen und damit gleichzeitig die Beseitigung der Bedenken erreicht werden kann, die sich nach jezigem Recht gegen einzelne der vorerwähnten Kommissionsbeschlüsse geltend machen lassen würden.

Der Zwangsversicherte, der mit Vollendung des 16. Lebensjahres oder doch bald nachher in die Versicherung eintritt und sie ohne erhebliche Unterbrechungen fortsetzt, ist derjenige, dessen Interessen für die Regelung maßgebend sein müssen. Gegenwärtig leidet er Schäden unter den Vorteilen, die denen in Aussicht stehen, die ganz oder zu einem erheblichen Teile im Wege der freiwilligen Beitragsleistung sich versichern oder erst im späteren Lebensalter als Versicherungspflichtige eintreten oder mit sehr wenigen Beiträgen die Versicherung fortsetzen und in vorgerückten Jahren Beiträge in den hohen Lohnklassen entrichten.

Die Versuche, die Einrichtungen der Invalidenversicherung, wenn nicht geradezu in geschwinder, so doch nicht den Absichten des Gesetzes entsprechender Weise auszubenten, mehren sich von Jahr zu Jahr. Insbesondere bei den Beschäftigungsverhältnissen unter Verwandten kommt es immer mehr zu Beweiserhebungen, die selten zu zweifelsfreien Ergebnissen führen, vielmehr nur zu oft dem Verdacht, daß Unredlichkeiten vorliegen, weiten Raum lassen. Gerade die zu Zweifeln Anlaß bietenden Fälle entziehen sich der Kontrolle, weil es an äußerlichen Merkmalen für die Annahme eines versicherungspflichtigen Verhältnisses fehlt, so daß die, wie oben erwähnt, von der Kommission beschlossene Unanfechtbarkeit der Beiträge nach Ablauf von zehn Jahren verhängnisvoll werden könnte. Wird nichts geändert, so dürfte in Wäde ein Muster für Anteilsverträge gebräuchlich werden, durch das ein Lohnarbeitsverhältnis zwischen den Anteilnehmern und dem Güterübernehmer geschaffen wird in der Absicht, ersteren nach wenigen Jahren eine Invalidenrente als willkommenen Zuschuß zu den Anteilsleistungen zu sichern. Dagegen bietet das Gesetz gegenwärtig keine Mittel und der berufsmäßige Lohnarbeiter hat den Nachteil davon.

Daß der mit 60 oder 65 Jahren in die Versicherung Eintretende für gleich hohe Beiträge sich einen Rentenanspruch in derselben Höhe sichern kann wie der Zwanzig- und Dreißigjährige, obwohl er ein mehr als 30fach größeres Risiko für Reich und Versicherungsanstalt bietet als dieser, daß der Versicherungspflichtige, der für jede Woche einen Beitrag leisten muß, mit dem in Marken der Lohnklasse II geleisteten Jahresbeiträge von 10 M eine erheblich niedrigere Rente erhält als der freiwillig Versicherte, der in willkürlich gewählten Zeiträumen dieselbe Summe in Marken der Lohnklasse V verwendet, ist durchaus nicht zu rechtfertigen. So lange der Versicherte, der das Unglück hat, schon in jungen Jahren, bevor er Gelegenheit zu größeren Ersparnissen hatte, infolge Krankheit invalide zu werden, eine für seine meist weit höheren Bedürfnisse unzureichende Rente erhält, während der Altersinvalid, der bei seinen Kindern unter Verwertung des Restes seiner Arbeitskraft schon mit einer kleinen Rente sich eine gute Aufnahme sichern kann, eine mehrfach höhere Rente bezieht, bleibt der Zweck des Gesetzes in einer viel zu großen Zahl von Fällen unerfüllt.

In der Sache ist ein Zweifel kaum möglich. Es handelt sich nur darum, einen gangbaren Weg zu finden, so daß die neue Regelung und insbesondere auch der Übergang zu ihr nicht zu große Schwierigkeiten bietet. Da eine nach dem Eintrittsalter verschiedene Bemessung der Beiträge auf dem Gebiete der Zwangsversicherung aus naheliegenden Gründen ausgeschlossen ist, so bleibt nur das Mittel, die Leistungen verschieden zu bemessen. Hierbei wird der möglichst weitgehende Anschluß an die Bestimmungen des geltenden Rechts sich empfehlen, und es wird unter den gegenwärtigen Umständen auf eine erhebliche Steigerung der Gesamtleistung verzichtet werden müssen.

Auf dieser Grundlage sind folgende Vorschläge aufgebaut, die an der Zusammensetzung der Rente aus Grundbetrag und Steigerungssätzen festhalten, jenen nach der durchschnittlichen Höhe des Jahresbeitrags bemessen, für diese dem Lebensalter, in dem die Beiträge entrichtet sind, einen wesentlichen Einfluß einräumen. In den begleitenden Anmerkungen ist fortlaufend eine kurze Begründung und Erläuterung der Vorschläge geboten, um diese ununterbrochen an einander reihen zu können.

1. § 1274. Der Grundbetrag der Invalidenrente besteht aus der Summe von 40 M und dem Vierfachen des durchschnittlichen Jahresbeitrags.

Dieser wird in der Weise berechnet, daß die Zahlen der nachgewiesenen Beitragswochen vervielfältigt werden mit den im § 1376 angegebenen Beitragsätzen und das Ergebnis geteilt wird durch

¹⁾ Vergl. Soz. Pr. XIX Sp. 755.

²⁾ Zu vergl. auch S. 24 ff. des Sonderabdrucks: Randbemerkungen zum Entwurf der RVO. und Soz. Pr. XIX Sp. 726.

die Zahl der vollen Jahre, die von der Vollendung des 16. Lebensjahres bis zum Eintritt der Invalidentät verfloßen sind.

Bei Versicherten, die beim Inkrafttreten der Invalidenversicherungspflicht für ihren Berufsbezirk das 16. Lebensjahr vollendet hatten, wird die Frist vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet.³⁾

2. § 1275. Der Steigerungssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragswoche, die geleistet ist im Alter von

	16 bis 30	30 bis 50	über 50 Jahren ⁴⁾
in der Lohnklasse I	4 Pf	2 Pf	1 Pf ⁵⁾
II	8 "	4 "	2 "
III	12 "	6 "	3 "
IV	16 "	8 "	4 "
V	20 "	10 "	5 "

³⁾ Die durchschnittliche Höhe der geleisteten Beiträge, berechnet unter Zugrundelegung des Zeitraums, während dessen eine Beitragsleistung an sich möglich gewesen wäre, soll für die Bemessung des Grundbetrags maßgebend sein, damit die ohne Unterbrechung beitragenden Versicherten nicht weiter zurücksetzen müssen gegen diejenigen, die erst später eintreten oder mit erheblichen Unterbrechungen Beiträge zahlen. Nur die Summe der geleisteten Beiträge ist maßgebend, und der große Einfluß, den gegenwärtig der Umstand ausübt, ob dieselbe Summe in Marken einer höheren oder niedrigeren Lohnklasse gezahlt ist, scheidet aus.

⁴⁾ Es entfallen auf je 10 000 Versicherte in den Altersklassen von 20 bis 40 Jahren jährlich 16 Invaliditätsfälle, von 40 bis 50 " 59 " 50 bis 60 " 168 " 60 bis 70 " 480 "

Die Vereins-Versicherungsbank für Deutschland zu Düsseldorf, ein vom Bundesrat als solches anerkanntes gemeinnütziges Unternehmen, das die Volksversicherung ohne die von den Arbeitgebergesellschaften daraus auf Kosten der Versicherten gezogenen großen Gewinne pflegen will und daher nur die reinen Selbstkosten berechnet, erhebt für 1000 M Kapitalversicherung, wenn der Wegfall der Prämienzahlung mit dem Eintritt der Invalidität ausbedungen wird, eine Zusatzprämie, die monatlich beträgt

bei einem 20 jährigen 0,14 M	bei einem 50 jährigen 1,95 M
80 " 0,31 "	55 " 1,27 "
40 " 0,73 "	60 " 1,61 "

Es kommt hinzu, daß die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs bei Versicherten, die in vorgerückten Jahren invalide werden, wesentlich länger ist als bei den jungen Invaliden.

Solche Ungleichheiten können auch Reichszuschuß und Arbeitgeberbeitrag nicht ausgleichen. Auf Unterschiede kann deshalb auch eine Zwangsversicherung nicht verzichtet, wenn sie gerecht wirken will. Bei der Beschränkung auf drei Zeiteabschnitte, die mit vollen Jahrzehnten des Lebensalters abgesehen, wird die Ausführung der Rentenberechnung und auch den Beteiligten das Verständnis derselben nicht allzu sehr erschwert werden.

⁵⁾ Die hier und im § 1274 eingestellten Zahlen entsprechen ziemlich genau dem Durchschnitt der gegenwärtigen Leistungen, sie erhöhen die Renten der in frühen Jahren invalide werdenden Versicherten insbesondere in den höheren Lohnklassen ziemlich beträchtlich, fügen die Renten der in späteren Jahren invalide werdenden bei regelmäßiger Beitragsleistung in geringem Grade, bei unterbrochener oder spät begonnener Beitragsleistung aber sehr wirksam und ändern unter mittleren Verhältnissen wenig.

Die Invalidenrente würde betragen: nach zehnjähriger Leistung von jährlich 50 Marken der Lohnklasse IV

beginnend mit	Grundbetrag	Steigerung	Gesamtbetrag
16 Jahren	116,00	80,00	246,00
60 "	54,00	20,00	124,00
jetzt in beiden Fällen	90,00	50,00	190,00

Beim Eintritt der Invalidität im Alter von 60 Jahren nach Leistung von je 50 Beiträgen der Lohnklasse V während der ersten und letzten 5 Jahre (16 bis 21 und 55 bis 60) und von jährlich 10 Beiträgen der Lohnklasse I während der Zwischenzeit:

	Grundbetrag	Steigerung	Gesamtbetrag
nach den Vorschlägen	65,84	70,60	186,44
jetzigem Recht	100,00	70,00	220,00

Wären dagegen die 500 Beiträge der Lohnklasse V sämtlich in den letzten 10 Jahren geleistet worden, so würde nach den Vorschlägen die Rentensteigerung nur 84,00 M, die Rente nur 151,84 M betragen entsprechend dem geringen Wert der im späten Alter geleisteten hohen Beiträge.

Der C der S. 358 ff. der Begründung angeführten Beispiele, der jetzt nur 78,75 % der Belastung mit seinen Beiträgen deckt, würde statt jetzt 260,40 M nur 218,84 M, also rund 88,95 % an Rente erhalten, wenn er nach Vollendung des 60. Lebensjahres invalide wird, der B statt 220,40 M nur 201,86 M, so daß 85,70 % Deckung 90,13 % der bisherigen Rente gegenüberstehen, ein Beweis dafür, daß die Vorschläge einigermaßen wirksame Kürzungen bringen, aber darin noch nicht so weit gehen, als der Versicherungswert der Beiträge rechtfertigen würde.

Als geleistet gelten die Beiträge an demjenigen Tage, an dem die Quittungskarte aufgerechnet oder in der Karte deren Inhalt von der zuständigen Stelle bescheinigt ist.⁶⁾

3. Im Einführungsgesetz ist zu bestimmen, daß für Versicherte ohne Angehörige, die Vorteile aus der Einführung der Hinterbliebenenversicherung ziehen können, im Falle des Eintritts der Invalidität während einer Übergangszeit von 3 oder 5 Jahren die Rente nach früherem Recht bemessen wird, wenn dessen Bestimmungen für sie günstiger sind.⁷⁾

4. Als „Kinderzuschuß“, d. h. Erhöhung der Rente für den Invaliden, der für Kinder unter 15 Jahren zu sorgen hat, sollte nicht, wie von der Kommission im § 1275a beschlossen, $\frac{1}{10}$ der ganzen Rente, sondern nur $\frac{1}{10}$ des von den Versicherungsanstalten zu tragenden Teiles und höchstens $\frac{3}{10}$ gewährt werden.⁸⁾

5. Der Anteil der Versicherungsanstalten an den Waisenrenten, den der Entwurf für die erste Waise an $\frac{6}{40}$, für die weiteren Waisen auf $\frac{1}{40}$ des von den Versicherungsanstalten zu tragenden Teils der Invalidenrente bemißt, muß für die weiteren Waisen auf $\frac{1}{10}$ erhöht werden.⁹⁾

Eine Steigerung des Grundbetrages ist in sehr einfacher Weise möglich, sobald die erforderlichen Mittel verfügbar sind.

Der Einführung höherer Lohnklassen steht nach Annahme dieser Vorschläge ein Hindernis nicht mehr entgegen und, wenn man im Hinblick auf die geplante Privatbeamtenversicherung auch nicht weiter gehen will, sollte doch die Einrichtung einer Klasse VI bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1450 M in Erwägung gezogen werden.

⁶⁾ Es ist angenommen, daß, ähnlich wie gegenwärtig an die Stelle des Kartenumtausches die Verlängerung der Gültigkeitsdauer treten kann, demnächst von der Umtauschstelle eine Bescheinigung über den Markeneintrag ausgedruckt werden kann zur Vereinfachung der Arbeit.

⁷⁾ Wer, ohne bisher besondere Beiträge dafür geleistet zu haben, eine Versorgung seiner Hinterbliebenen zugesichert erhält, kann sich nicht beschwert erachten, wenn die Aussicht auf die eigene Rente sich etwas ungünstiger gestalten sollte. Bei Versicherten ohne versorgungsberechtigte Angehörige würde es an einem Ausgleich fehlen und deshalb muß für eine Übergangsfrist die Möglichkeit einer Verkürzung ausgeschlossen werden.

⁸⁾ Die nach der neuen Berechnung eintretende Erhöhung der Rente für die jüngeren Invaliden kann den Kinderzuschuß zwar nicht erheblich machen. Da sie dem Reichszuschusse nahe kommt, so wird aber eine an die Berechnung der Waisenrenten sich anschließende Berechnung des Zuschusses eintreten können. Ist doch die Zahl der ihrer militärischen Dienstpflicht genügenden Versicherten bereits in der Deutschschrift von 1898 auf 852 700 berechnet, so daß das Reich, wenn es für diese die Beiträge in Lohnklasse II zu zahlen hätte, jährlich 4,1 Millionen M, für Beiträge in Lohnklasse IV aber rund 7 Millionen M entrichten müßte. Solche Verschiebungen werden durch die Ausführung, daß die Überweisung der Belastung an das Gemeinvermögen „praktischen im Interesse der Kostenersparnis und der Vereinfachung angestellten Erwägungen“ entspricht, gewiß nicht ausreichend begründet.

⁹⁾ Die Beiträge der Renten für die zweite und jede weitere Waise sind mit $\frac{1}{40}$ der Invalidenrente viel zu niedrig bemessen und benachteiligen insbesondere die den höheren Lohnklassen angehörenden Versicherten. Die Ausführungen der Begründung (S. 370) über die Höhe der Waisenrenten sind zum Teil geradezu irreführend, da sie die mittlere Aktivitätsdauer des Versicherten verwechseln mit derjenigen des Versicherten, der Waisen im rentenberechtigten Alter hinterläßt, und dadurch den Eindruck hervorrufen, daß die Versorgung im Durchschnitt weit höher sein wird, als tatsächlich der Fall ist. Was als Reichszuschuß zur Invalidenrente gewährt wird, sollte auch hier gezahlt werden, damit besonders auch an teuren Orten die Waisen von der Armut ferngehalten werden können. Der Entwurf bietet aber dem hochgelohnten Versicherten nicht nur keine Gelegenheit, in einigermaßen ausreichender Weise für den Fall des Hinterbleibens mehrerer Waisen zu sorgen, sondern nimmt ihm für die zu niedrigen Waisenrenten unverhältnismäßig viel höhere Beiträge ab als dem niedriger gelohnten. Wer als vierzigjähriger eine Witwe mit 5 unversorgten Kindern hinterläßt, würde auf Grund 24-jähriger Beitragsleistung ihnen als Waisenrenten gesichert haben:

	durch Beiträge	im Werte von	nach dem Entwurfe	nach den Vorschlägen
in Lohnklasse II		288	125 + 35,50	125 + 83,70
IV		456	125 + 52,70	125 + 136,84
V		552	125 + 61,00	125 + 177,10
Unterschied zwischen II und IV		168	17,00	52,14
II - V		264	25,50	93,50

Der Unterschied der Kosten der Lebenshaltung von 5 Waisen in teuren und billigen Gegenden wird mit 17 und 25,50 M nur zu einem kleinen Bruchteile und mit den hier vorgeschlagenen 52,14 und 93,50 M gewiß noch nicht vollständig ausgeglichen. Aber eine Witwe, die Zuschüsse in der Höhe von jährlich 262 oder 852 M erhält, wird gewiß ihre ganze Kraft aufbieten, um sich ohne Armenunterstützung mit ihren Kindern durchzuschlagen, und ähnlich werden wohl in den meisten

6. Für die Dauer militärischer Dienstleistungen werden der Rentenberechnung die Sätze der Lohnklasse IV zugrunde gelegt. Das Reich wird ähnlich den Versicherungsanstalten, denen Beiträge für den Rentenempfänger zugesprochen sind, zugunsten der die Rente festsetzenden Anstalt mit dem Kapitalwerte des Rententeils belastet, welcher der Anrechnung der Militärdienstzeiten entspricht.¹⁰⁾

7. Die Wartezeit für die Invalidenrente ist nur für den Versicherten, für den vor Ablauf des 40. Lebensjahres auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 100 Beiträge geleistet worden sind, auf 200 Beitragswochen zu beschränken, für alle anderen Versicherten auf 500 Wochen zu bemessen.¹¹⁾

Fallen andere Verwandte handeln, wenn Doppelwitwen in Frage kommen. Für die Charakterbildung der Waisen kann nichts vorteilhafter wirken, als wenn sie so vor dem entnervenden Einfluß der Armenunterstützung bewahrt bleiben.

Eine einigermaßen ausreichende Waisenfürsorge ist überhaupt diejenige Kapitalanlage, die sich am raschesten verzinst und den größten Gewinn für die Zukunft bringt. Sie müßte auch diejenigen mit der Hinterbliebenenversicherung ausführen, die gegenwärtig wegen des Ausschlusses der erwerbsfähigen Witwe vom Rentenbezüge die geplante Regelung beanstanden, da auch sie in der Regel nicht die kinderlose, sondern die durch die Fürsorge für Kinder in der Verwertung ihrer Arbeitskraft behinderte Witwe als der Unterstützung bedürftig hinstellen.

¹⁰⁾ Die durchschnittliche Höhe des Wochenbeitrages entsprach 1891 tatsächlich der Lohnklasse II, ist aber in den letzten Jahren zunehmend stärker gestiegen und liegt jetzt bereits so erheblich über dem Satz der Lohnklasse III, daß sie für männliche Versicherte als der Lohnklasse IV entsprechend angenommen werden muß. Versicherte, die zum Militärdienst herangezogen werden, dürfen hinsichtlich ihrer Rentenansprüche und derer ihrer Hinterbliebenen gewiß nicht schlechter gestellt werden als die vom Militärdienst frei gebliebenen Versicherten. Die Kosten dieser Gleichstellung muß von der Gesamtheit, in deren Interesse die Militärdienste geleistet werden, also wie bisher vom Reiche getragen werden. Die Begründung (S. 380) sucht die Abwälzung dieser Last vom Reiche auf die Versicherungsträger, d. h. von den Steuerzahlern auf die zur Beitragsleistung Verpflichteten, mit der Behauptung zu begründen, daß die „umfangreiche Arbeit“ der Berechnung und die neuen mit der Hinterbliebenenversicherung verbundenen Leistungen „die geringe Entlastung des Reichs aus den genannten Rentenanteilen“ rechtfertige. Diese „umfangreiche Arbeit“ läßt sich auf ein ganz erträgliches Maß zurückführen, wenn man nur auf den bisherigen Weg der Rentenverteilung verzichtet und das Reich ebenso wie Versicherungsanstalten, denen Beiträge für den Rentenempfänger zugesprochen sind, zugunsten der die Rente festsetzenden Anstalt mit dem Kapitalwerte desjenigen Bruchteils der Rente belastet, der dem Verhältnis der für Militärdienstzeiten verrechneten Beiträge zur Gesamtsumme der angerechneten Beiträge entspricht. Das ist keineswegs verwickelte Rechnungen und mit der einmaligen Verrechnung ist der Ausgleich bewirkt. Wer von der „geringen Entlastung des Reichs“ spricht, der rechnet darauf, daß man nur an die bisherigen allerdings nicht erheblichen Zahlungen denkt, die erst in 18 Jahren 100 000 M. erreichten und gegenwärtig rund 250 000 M. betragen. Aber wenn erst Hinterbliebenenrenten festgelegt werden und die nach 1891 in den Militärdienst eingetretenen Versicherten das 60. Lebensjahr und damit das Alter erreicht haben, in dem sich die Rentenbewilligungen häufen, werden es rasch Millionen werden. Berechnet doch, wie oben erwähnt, bereits die Denkschrift von 1898 die Zahl der zum Militärdienst eingezogenen Versicherungspflichtigen auf 852 700, so daß das Reich Beiträge in der Lohnklasse II 4,1 Millionen M., in Lohnklasse IV rund 7 Millionen M. alljährlich zu zahlen haben würde. Da die Zahlung der Beiträge unterbleibt, so wird die später das Reich treffende Rentenlast natürlich noch größer werden. Diese dem Reich abzunehmen, liegt um so weniger Anlaß vor, als noch keineswegs feststeht, daß mit den Zuschüssen zur Hinterbliebenenversicherung vom Reiche eine Belastung übernommen wird, die höher ist als die dafür festgelegten Zolzüberschüsse.

¹¹⁾ Wer vor Ablauf des 40. Lebensjahres nicht wenigstens 100 Pflichtbeiträge entrichtet hat, gehört nach den in Anm. 4 mitgeteilten Durchschnittszahlen zu den die Versicherung so stark belastenden Personen, daß die kurze Wartezeit von 200 Wochen, die in vier Jahren zurückgelegt werden kann, durchaus nicht genügt. Wird für sie wie für die Selbstversicherten die Wartezeit von 500 Wochen eingeführt, so wird die Zahl der Fälle, in denen lediglich zur Ausbeutung der Invalidenversicherung ein Beschäftigungsverhältnis geschaffen wird, nicht mehr wie in den letzten Jahren zunehmen. Wer die Wartezeit von 10 Jahren durchmacht, kann von den Versicherungsträgern ohne Bedenken zugelassen werden, wogegen die kurze Wartezeit von 4 Jahren zu dem für alle Beteiligten so überaus peinlichen Eindringen in die Familienbeziehungen zwingt, weil erfahrungsgemäß in zahlreichen Fällen nach Beibringung der 200 Marken nur noch eine kurze Anstandsfrist abgewartet und dann der Rentenanspruch eingebracht wird. Wenn nach der jetzigen Fassung des § 1424 nicht nur für 2 Jahre, sondern in zahlreichen Fällen auch für 4 Jahre die rückständigen Beiträge wirksam nachgeliefert werden können, so ist die Verlängerung der Wartezeit für die älteren Versicherten doppelt notwendig.

8. Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sind versicherungsfrei, wenn sie vorher nicht versicherungspflichtig waren oder ihre Anwartschaft erloschen ist und nicht wieder ausleben kann.¹²⁾ Dagegen wird die Ausnahmebestimmung des § 1213, daß eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, versicherungsfrei ist, beseitigt und hierfür die Beitragsleistung in Lohnklasse I angeordnet (§ 1231).¹³⁾

9. Zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft genügt auch die Entrichtung von Beiträgen im Werte von 20 Wochenbeiträgen der Lohnklasse I. Andererseits haben freiwillige Beiträge für diejenige Anwartschaftsfrist zu gelten, innerhalb welcher sie tatsächlich entrichtet sind.¹⁴⁾ Ferner ist in § 1266 die Bestimmung aufzunehmen, daß, wie die Anwartschaft während der Dauer des Bezuges einer Invaliden- und Witwenrente nicht erlischt, so auch die Anwartschaft einer verheirateten Versicherten fortdauert, so lange der versicherte Ehemann seine Anwartschaft aufrecht erhält.¹⁵⁾

10. Witwengeld und Waisenaussteuer sind nicht als Regelleistungen zu gewähren, sondern nur von Anstalten mit Überschüssen gemäß § 1384 als Mehrleistungen zu zahlen.¹⁶⁾

¹²⁾ Eine Folge der Verlängerung der Wartezeit ist der Ausschluß der Sechszigjährigen, die nicht ihre Anwartschaft aufrecht erhalten haben oder gemäß § 1269 Abs. 2 durch die kurze Wartezeit von 200 Wochen wieder ausleben lassen können. Im übrigen treffen die in Anm. 11 geltend gemachten Erwägungen auch hier zu. Endlich sei hervorzuheben, daß die Ausdehnung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung auf weitere Kreise ganz bedeutend erleichtert wird, wenn nicht sofort zahlreiche Personen ohne Leistung entsprechender Beiträge für sich oder ihre Hinterbliebenen Rentenansprüche erwerben. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht muß aber, wenn auch nicht jetzt, dann doch in Bälde erfolgen, damit nicht weiter alljährlich über eine Viertel Million Versicherte die Ansprüche aus der Versicherung aus Unwissenheit oder Mangel an Mitteln einbüßt. Und auf der andern Seite lieber eine Ausdehnung mit minder günstigen Übergangsbestimmungen wie bisher als die Ablehnung jeder Ausdehnung, weil man die erhebliche Steigerung der Lasten für Reich und Versicherungsträger scheut.

¹³⁾ Den nur gegen freien Unterhalt Beschäftigten sollte man die Wohltat der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ebensoviele vorenthalten wie die der Krankenversicherung. Die Regelung der Beitragsleistung bietet auf dem einen Gebiete keine größeren Schwierigkeiten als auf dem anderen. Wohl aber erschwerte die Verschiedenheit der Bestimmungen auf den beiden Gebieten ihre Durchführung, und die Untercheidungen zwischen Taschengeld und Lohn grenzen nicht selten an Willkür. Es fehlt jeder sachliche Grund, den Lehrling, der freien Unterhalt beim Lehrherrn hat, anders zu behandeln als denjenigen, der als Kostgeld einen meist nicht ausreichenden Ersatz dafür erhält. Wenn zur Entlastung der Kleingewerbetreibenden für Lehrlinge ohne Barlohn die Lohnklasse I allgemein festgelegt wird, so wird auch kaum jemand durch die Verweigerung des geringen Beitrags die Verantwortung dafür tragen wollen, daß der zwanzigjährige Invalid ohne Rente bleibt, weil er die Wartezeit nicht zurückgelegt hatte.

¹⁴⁾ Es ist eine nicht gebotene Härte, wenn der Beitrag von 1,00 M. in Marken der Lohnklasse I entrichtet als Jahresleistung genügt, um die Anwartschaft aufrechtzuerhalten, dagegen in Marken einer höheren Lohnklasse verwendet nicht dazu ausreicht. Mißverständnis, in manchen Fällen wahrscheinlich auch ungenügende Anweisung seitens der mit der Auskunftserteilung bei den Behörden beauftragten Personen, die selbst häufig mangelhaft unterrichtet sind, bringen nicht selten Versicherte um die Rente. — Dagegen hat die Rechtspflege des Reichsversicherungsamts, der zufolge freiwillige Beiträge auch nach dem Ablauf der zweijährigen Frist noch gültig nachgeliefert werden können, solange nicht ein weiteres Jahr verflossen ist, zu einer großen Unsicherheit geführt, der ein Ende gemacht werden sollte durch die ausdrückliche Vorschrift, daß freiwillige Beiträge, die für die zweijährige Frist verrechnet werden sollen, auch vor Ablauf derselben entrichtet sein müssen.

¹⁵⁾ Auf die Erhaltung der Anwartschaft einer weiblichen Versicherten durch freiwillige Beitragsleistung während der Ehe rechnen, heißt die Erfahrungen während eines 20jährigen Zeitraums für nichts achten. Zumal jetzt eine Witwenrente in Aussicht steht, die häufig der eigenen Invalidenrente im Betrage kaum nachsteht, wird, fehlt der Anreiz zur freiwilligen Fortsetzung der Versicherung noch mehr als bisher. Da in den meisten Fällen vor der Eheschließung 500 Beitragswochen nicht zurückgelegt sein werden, würden für die Witwe, die erst nach Vollendung des 40. Lebensjahres die Lohnarbeit wieder aufnehmen muß, die Ansprüche aus der früheren Beitragsleistung in den weitaus meisten Fällen verloren sein. Die Erhöhung der Last der Versicherungsträger könnte auf den Unterschied zwischen der Witwenrente und der eigenen Invalidenrente beschränkt werden, wenn bestimmt wird, daß die so gesicherte Invalidenrente während der Dauer der Ehe ruht.

¹⁶⁾ Diese Nebenleistungen können gewiß nicht als so dringlich bezeichnet werden, daß sie vor einer Erhöhung der Waisentenrente den Vorrang beanspruchen dürften. Das Witwengeld würde nach den Ausführungen in Anm. 15 voraussichtlich nicht allzu häufig gezahlt werden

Wem die unter Ziffer 1, 2, 7 und 8 gemachten Vorschläge zu ungünstig für die in hohem Lebensalter stehenden Personen zu sein scheinen, der möge erwägen, daß es sich hier doch in erster Linie um eine Versicherung handelt. Erhält der eine Versicherte als Gegenleistung mehr als den Wert der für ihn gezahlten Beiträge, so muß notwendig der andere weniger als diesen Wert erhalten, soweit nicht im Reichszuschuß der Ausgleich liegt. Da kann die Wohltat für den einen zur Ungerechtigkeit gegenüber dem anderen werden und das ist nach gegenwärtigem Rechte der Fall.

Sollte eine Reform der Invalidenversicherung auf der vorstehend angegebenen Grundlage zustande kommen, so wäre damit für alle Zukunft viel gewonnen, selbst wenn augenblicklich nicht alle Vorteile zu erreichen sind, die dadurch ermöglicht werden.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Zehn Jahre Gesellschaft für Soziale Reform.

Am 6. Januar sind es zehn Jahre, daß die Gesellschaft für Soziale Reform begründet worden ist. Schon reichlich ein Jahr vorher hatten im engeren Kreise die Vorarbeiten begonnen, zunächst mit dem Zweck, für die im Juli 1900 zu Paris abzuhaltende internationale Arbeiterschutzkonferenz eine Vertretung deutscher Sozialpolitiker zu organisieren. Diese Vorarbeiten führten dann aber weiter zu dem Plane einer festen Vereinigung von Männern der verschiedensten Richtungen und Berufe, um auf dem Boden der kaiserlichen Rundgebungen vom 17. November 1881 und 4. Februar 1890 eine Fortführung der sozialen Reform zu betreiben. Die Zeit schien hierfür günstig: nach einer Periode sozialpolitischer Unfruchtbarkeit und vergeblicher Repressionsversuche gegen die Arbeiterbewegung einten sich Reichstag und Regierungen, getragen von der öffentlichen Meinung, in dem Entschluß, lang verheißene Reformen durchzuführen. Diesem Willen sollte in der Gesellschaft für Soziale Reform eine planmäßige Unterstützung erwachsen.

Schon die Namen der an den Vorarbeiten beteiligten Männer gaben eine Bürgschaft, daß jede parteipolitische Färbung und Absicht ausgeschlossen war und nur die Einigkeit in Sachen der Sozialreform den Zusammenhalt gab. Freiherr v. Berlepsch, Wassermann, Brentano, Behrens, Franke, Sieber, Sipe, Max Firsch, Rammann, Paasche, Bachmide, Pieper, Giesberts, Roside, Sonnemann, Werner Sombart, Schmoller, Stöcker, Tischendorf, Adolf Wagner, Lic. Weber waren die führenden Männer. Ihnen schlossen sich sofort mehrere Arbeitnehmerverbände an: die Christlichen Gewerkschaften, die deutschen Gewerkschaften, die Evangelischen Arbeitervereine, der deutsche nationale Handlungsgehilfenverband, der Verband kaufmännischer Vereine, kurze Zeit darauf der Leipziger Handlungsgehilfenverein und der Hamburger Verein von 1858, der deutsche Technikerverband, so daß die Gesellschaft gleich mit einem stattlichen Bestande von Mitgliedern ins Leben treten konnte. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften hielten sich fern und stießen bis zum heutigen Tage in Gegnerhaft. In einer öffentlichen Versammlung im Architektenhause in Berlin wurde am 6. Januar 1901 die Gründung der Gesellschaft vollzogen, ein Ausschuß durch Zurschlagung gewählt und die Satzung en bloc angenommen. Danach ist der Zweck der Gesellschaft ein doppelter: 1. durch Aufklärung in Wort und Schrift die soziale Reform auf dem Gebiete der Lohnarbeiterfrage in Deutschland zu fördern, und zwar sowohl durch den weiteren Ausbau der Gesetzgebung als auch durch die organisierte Selbsthilfe der Arbeitnehmer; 2. als deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz deren Bestrebungen nach Kräften zu unterstützen.

Sofort nach ihrer Konstituierung hat die Gesellschaft für Soziale Reform sich zwei alten Forderungen der sozialen Reform zugewendet. In ihrer ersten Ausschußsitzung vom 16. März 1901 sprach sie sich nach Referaten des Freiherrn v. Berlepsch und des

Abgeordneten Dr. Bachmide für die Errichtung eines Reichsarbeitsamts aus. Ist diesem Verlangen auch bisher nicht in vollem Umfang entsprochen worden, so ist es doch wenigstens zum Teil erfüllt durch die bereits 1902 erfolgte Begründung einer Abteilung für Arbeiterstatistik beim kaiserlichen statistischen Amte unter Zuziehung eines Beirats und die Veröffentlichung des „Reichs-Arbeitsblatts“. In der Ausschußsitzung vom 4. Mai 1901 wurde dann von den Abgeordneten Wassermann und Giesberts die Stellung der Arbeiterberufsvereine besprochen und ein Gesetz zur Regelung ihrer Rechtsverhältnisse gefordert. Nach einer grundsätzlichen Zusage vom Bundesrat am 30. Januar 1903 erschien hierauf im November 1906 ein Gesetzentwurf über die Berufsvereine, der aber im Reichstag auf so große Widerstände stieß, daß er nicht zur Durchberatung kam. Die Frage ist noch heute ungelöst.

Die nächste Aufgabe, die sich die Gesellschaft vornahm, war der Arbeiterschutz in Gast- und Schankwirtschaften. Am 9. Dezember 1901 beschäftigte sich der Ausschuß hiermit, und kurz darauf kam nach langer Vorarbeit die Verordnung des Bundesrats vom 23. Januar 1902 heraus, deren Vorschriften dann in einer weiteren Ausschußsitzung am 6. Mai 1902 erörtert wurden. Obwohl die Unzulänglichkeit dieser Verordnung damals sofort betont wurde, beschloß man doch nach Aufstellung bestimmter Richtlinien den Erfolg des Versuchs abzuwarten. Jetzt hat die Gesellschaft in ihrer Sitzung vom 15. April 1910 beschlossen, die Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der Gastwirtschaften wieder aufzunehmen; ein Unterausschuß ist damit beschäftigt. In der Ausschußsitzung vom 6. Mai 1902 trat die Gesellschaft auch einer Regelung der Rechtsverhältnisse im Gärtnergewerbe näher. Die Notwendigkeit, hier Klarheit und Festigkeit zu schaffen, wird überall anerkannt; einige Einzelstaaten haben auch im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür bereits Vorkehrungen getroffen und in der Reichsversicherungsordnung wird ebenfalls ein Versuch unternommen.

Alle diese Fragen wurden in den vier ersten Festen der „Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform“ (Verlag von Gustav Fischer in Jena) eingehend erörtert. In Heft 5 dieser Schriften behandelte Professor Lönies das Vereins- und Versammlungsrecht der Einzelstaaten in seinen Beziehungen zum reichsgesetzlichen Koalitionsrecht, nachdem schon im November 1901 der Ausschuß eine die Rechte der Frauen in Vereinen und Versammlungen betonende Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtet hatte. Am 25. Februar 1907 sagte der Reichskanzler die Erfüllung der Forderung eines Reichsvereinsgesetzes zu, Ende November 1907 ist die Vorlage an den Reichstag gekommen, am 15. Mai 1908 das Gesetz in Kraft getreten. Lassen seine Bestimmungen und namentlich seine Handhabung auch noch viel zu wünschen, so bedeutet es doch immerhin einen beträchtlichen Fortschritt im Rechte der Vereine und Versammlungen.

Die erste Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform wurde Ende September 1902 in Köln abgehalten und war vornehmlich der Forderung eines Zehnstundentags für Fabrikarbeiterinnen gewidmet. Auf Grund des Referats von Dr. Pieper und der Verhandlungen wurde Ende 1903 vom Bundesrat und Reichstag eingereicht. Sie haben zum großen Teile Berücksichtigung in dem Mitte Dezember 1907 vorgelegten Regierungsentwurf gefunden: mit dem 1. Januar 1910 ist in Deutschland der Zehnstundentag für Arbeiterinnen gesetzlich eingeführt worden.

Die Konsumvereinsfrage, die in jener Zeit von neuem großes Interesse erregte, wurde in der Ausschußsitzung vom 12. März 1903 und in der 2. Generalversammlung Ende September 1904 in Mainz behandelt. Der von Dr. Niehn erstattete Bericht und die Verhandlungen sind in den Heften 9 und 16 der Schriften enthalten. Wir dürfen ohne Überhebung sagen, daß diese Arbeit ganz wesentlich dazu beigetragen hat, die Ansichten zu klären und die Bewegung zu fördern. Das Kindererbschaftsgesetz vom 30. März 1903 erläuterte im Heft 10 der Schriften R. Agabid und v. Schulz. Im Heft 11 mit dem Titel „Warum betreiben wir die soziale Reform“ hat Freiherr v. Berlepsch eine gehaltvolle und wirkame Schrift zur Verbreitung der Absichten und Ziele der Gesellschaft geschaffen. Weitere Veröffentlichungen betreffen kommunale Steuerfragen (Referate von Professor A. Wagner und Professor Preuß in der Ortsgruppe Berlin), Untersuchungen über die Hausindustrie, Gutachten über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, für deren Erweiterung und bessere Durchführung die Gesellschaft an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet hat — die amtlichen Vorarbeiten und Erhebungen für eine Beschränkung der kaufmännischen Sonn-

und für seine wirtschaftliche Verwendung neben dem Sterbegeld ist keine ausreichende Gewähr geboten. Die Einrichtung der Waisenaussteuer kann, wie ich im vorigen Jahre an anderer Stelle näher darlegte, zu einer Spareinrichtung werden, die der Witwe auf Kosten der übrigen Versicherten 100 und mehr Prozent Zinsen verschafft. Das ist nicht mehr Versicherung zu nennen. Überlasse man diese oder ähnliche Nebenleistungen, gegen die übrigens auch noch andere Gründe sprechen, Versicherungsanstalten, die in der Lage sind, aus überschüssigen Mehrleistungen zu gewähren, und z. B. Waisen, die eine Ausbildung für einen Lebensberuf erhalten, die Rente noch über das 15. Jahr hinaus belassen könnten.

tagsarbeit sind leider immer noch nicht abgeschlossen. Zu dem großen Kampfe der Ruhrbergleute nahm der Ausschuß am 3. Februar 1905 in einer Resolution Stellung; Heft 17 der Schriften ist diesem Streik im Ruhrrevier gewidmet. Eine Petition zur Bekämpfung der Bleigefahren im Malergewerbe hat teilweise Erfüllung in der Verordnung des Bundesrats vom 27. Juni 1905 gefunden; wir hoffen, daß spätere Eingaben der Gesellschaft, die sich auf die weitere Einschränkung des Verbotsgiftiger Bleifarben und die Anzeigepflicht gewerblicher Vergiftungen beziehen, ebenfalls bei den Regierungen Gehör finden werden.

Neben diesen Einzelarbeiten lief durch mehrere Jahre hindurch eine Erhebung über die Arbeitskammern, die bereits im Jahre 1903 begonnen hatte, auf der Generalversammlung 1904 erörtert und in 7 Hefen der Schriften behandelt worden ist: Berichte über die Arbeitskammern in Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Referate von Professor Harms und Magistratsrat v. Schulz, die Vertretung der Angestellten in Arbeitskammern von Dr. Polthoff, Gutachten über die Gestaltung der Kammern. Wir glauben, mit diesen Studien, für die ein eigener Unterausschuß eingesetzt war, nützlich und reichhaltiges Material zur Lösung der Frage in Deutschland beigegeben zu haben. Der am 30. Januar 1903 im Reichstag angeführte Gesetzentwurf ist erst 1908 an den Reichstag gekommen; der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform hat seine Wünsche dazu in zwei Eingaben an Reichstag und Bundesrat ausgesprochen, die Vorlage ist in der Fassung der Kommission in 2. Lesung vom Reichstag Anfang Dezember 1910 angenommen worden, die endgültige Entscheidung wird hoffentlich ein gutes Resultat ergeben.

Ein neues Arbeitsfeld hat die Gesellschaft im Jahre 1906 beschritten. Unter den Nachwirkungen des Bergarbeiterkampfes im Ruhrrevier faßte sie den Beschluß, die Frage der friedlichen Regelung und Sicherung des Arbeitsverhältnisses auf dem Wege der Verhandlung und Festsetzung durch Verträge in Angriff zu nehmen. Im Frühjahr 1906 besuchte eine aus Gewerkschaftsführern bestehende Kommission unter Leitung zweier Nationalökonomien England. Das Ergebnis dieser Reise ist in Heft 22 unserer Schriften unter dem Titel „Gewerbliches Einigungswesen in England und Schottland“ von Dr. W. Zimmermann veröffentlicht. Die Schrift diente zugleich als Vorbereitung für die 3. Generalversammlung der Gesellschaft, die am 3. und 4. Dezember 1906 in Berlin abgehalten wurde. Hier wurden von Dr. Zimmermann, Schiffer und Hartmann Referate über Methoden des gewerblichen Einigungswesens erstattet, an die sich eine sehr belebte und fruchtbare Debatte angeschlossen: Unternehmer und Arbeiterführer, Volkswirte, Juristen, Sozialpolitiker verschiedener Richtungen beteiligten sich. Die Verhandlungen, die in Nr. 24 unserer Schriften in stenographischer Wiedergabe erschienen sind, haben ersichtlich auf die Entwicklung der Arbeitssariftverträge in Deutschland eingewirkt.

Erinnert sei daran, daß mehrere Vorstandsmitglieder der Gesellschaft an der Deutschen Heimarbeitersausstellung Anfang 1906 in Berlin beteiligt waren, die für eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit den stärksten Anstoß gegeben hat. Von Abgeordneten fast aller bürgerlichen Parteien ist dann sofort nach Schluß der Ausstellung, ebenfalls unter Führung von Mitgliedern der Gesellschaft, ein gemeinsamer Heimarbeit-Antrag dem Reichstag vorgelegt worden. Ende 1907 hat die Regierung einen Hausarbeits-Gesetzentwurf beim Reichstag eingebracht, der nach mannigfachen Schicksalen nun ebenfalls vor der Entscheidung steht; auch zu dieser Vorlage hat die Gesellschaft in einer Eingabe ihre Forderungen geltend gemacht.

Für ihre 4. Generalversammlung, Anfang März 1909 in Frankfurt a. M., hatte sich die Gesellschaft als Thema gewählt die Pensionsversicherung der Privatbeamten (Referent Dr. Cahn) und der Dienstvertrag der Privatbeamten (Referent Abg. Dr. Polthoff). Diese Fragen sind wiederum in einer größeren Reihe von Schriften (Heft 25—31) behandelt, die die Stellung der Privatbeamten in der Versicherungsgegebung, die Rechtsverhältnisse der verschiedenen Gruppen von Privatangestellten, die Referate und Verhandlungen der Generalversammlung sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Privatangestellten betreffen. Zur dauernden Fortführung dieser Arbeiten ist unter Vorsitz des Abg. Justizrats Trimborn ein Unterausschuß eingesetzt worden, der sich mit den Fragen der Pensionsversicherung, der Reichsversicherungsordnung, des Privatbeamtenrechts, der Konkurrenzklause und des Erfinderrechts beschäftigt.

Zur Reichsversicherungsordnung haben sowohl die Vertreter der der Gesellschaft angeschlossenen Verbände der gewerblichen Lohnarbeiter wie auch der technischen und kaufmännischen Privatbeamten Mitte April 1910 in gesonderten Sitzungen Stellung ge-

nommen und ihre Forderungen in Eingaben dem Reichskanzler und Bundesrat vorgebracht.

Eine am 1. März 1910 zum Stellenvermittlergesetz eingereichte Petition hat in wichtigen Punkten Berücksichtigung erfahren.

Nach Beschluß des Vorstandes vom 2. Dezember 1910 soll die nächste Generalversammlung Mitte Mai ds. Js. in Berlin abgehalten werden. Zur Verhandlung stehen der Berufsschutz und die Erziehung der gewerblichen jugendlichen Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts; als Vorarbeit erscheint eine Reihe von Schriften, von denen Heft 34 (die Arbeitsverhältnisse der jugendlichen Fabrikarbeiter von Dr. Bittmann) und Heft 35 (Kriminalität und Sittlichkeit der Jugendlichen, von Dr. Köhne) bereits erschienen sind; weitere werden folgen.

In einer Anzahl Ortsgruppen finden die Bestrebungen der Gesellschaft für Soziale Reform lokale Stützpunkte, die insbesondere auf die örtlichen Bedürfnisse für sozialpolitische Maßnahmen Rücksicht nehmen. In den beiden letzten Jahren wurden z. B. in den Versammlungen der Zweigvereine und Ortsgruppen folgende Fragen besprochen:

Reichsversicherungsordnung in allen ihren Zweigen, Novelle zur Gewerbeordnung, Arbeitskammern, Arbeitsnachweis und Stellenvermittlung, Bürgerkunde und Fortbildungsschule, Bürgerturn und Sozialreform, Dienstbotenfrage, Kampf gegen den Alkoholismus, Privatbeamtenrecht, Einigungsbestrebungen in der deutschen Arbeiterschaft, Gartenstadt-Bewegung, Reichsfinanzreform, Erbbaurecht, Gastwirtschaftsgewerbe, Handwerkerfragen, Käufermoral, Industriepolitik und Sozialreform, Rortarisverkehr und seine sozialpolitische Bedeutung, Arbeitssariftverträge, Sozialpolitische Bedeutung der Strafprozessreform, Verhältnisse der Bühnengangehörigen, Reichstheatergesetz, Fabrikkonfessionalismus in Australien, Schulpflicht, organische und soziale Entwicklungsgesetze, Gehaltsfragen im Handelsgewerbe, 5. Arbeitersariftkonferenz, Jugendfürsorge, Verhältnismäßigkeitsrecht, Arbeitslosenversicherung.

Die Mitgliederzahl belief sich Ende 1910 auf 252 Körperschaften und 1475 Einzelpersonen. Was insbesondere die Verbände der gewerblichen Arbeiter, Privatangestellten und Beamten betrifft, so sind der Gesellschaft durch ihre Zentralen oder durch Einzelvereine angeschlossen:

1. Gewerbliche Lohnarbeiter (Christliche Gewerkschaften, Deutsche Gewerkschaften, Evangelische und Katholische Arbeitervereine, sonstige Vereine): rund 900 000 Mitglieder, wobei allerdings zahlreiche Doppelzählungen vorkommen.
2. Kaufmännische und technisch-industrielle Angestellte (Handlungsgehilfen, Bankbeamte, Werkmeister, Techniker, Apotheker, Buchhändler, Versicherungsbeamte, Gasthausangestellte, Steiger, Bureauangestellte usw.): rund 620 000 Mitglieder.
3. Angestellte und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben (Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamte): rund 110 000 Mitglieder.
4. Sonstige gewerkschaftliche Organisationen (Bühnengenossen-schaft, Artisten, Orchestermitglieder): rund 50 000 Mitglieder.

Der Vorstand besteht aus 9 Mitgliedern: Dr. Frhr. v. Berlepsch, Ingenieur Bernhard, Prof. Dr. Franke, Abg. Giesberts, Verbandsvors. Goldschmidt, Prof. Dr. Hise, Abg. Justizrat Dr. Jund, Prof. Dr. Sombart, Verbandssekretär Tischendörfer. Der Gesamtausschuß zählt 75 Mitglieder; in ihm sind die Richtungen der bürgerlichen Sozialreformer, die großen Körperschaften und Ortsgruppen durch Delegierte vertreten.

* * *

Neben dieser Tätigkeit der Gesellschaft für Soziale Reform im eigenen Vaterlande ist noch zu berichten über ihre Mitarbeit als deutsche Sektion in der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Unter Führung ihres Vorsitzenden Frhrn. v. Berlepsch hat sie diese Vereinigung mit begründet und seitdem unablässig an ihren Aufgaben in hervorragender Weise teilgenommen. Die zehn Mandate von Delegierten, die ihr zufließen, sind an folgende Herren vergeben: Frhr. v. Berlepsch, Geheimrat Brentano, Prof. Franke, Abg. Giesberts, Verbandsvors. Goldschmidt, Gewerberat Köster, Abg. Dr. Pieper, Prof. Sombart, Vereinssekretär Tischendörfer, D. Weber; außerdem zahlreiche Ersatzbelegierte und Experten. Während anfangs die Regierungen des Reichs und der Einzelstaaten sich zurückgehalten haben, entfanden sie nunmehr in wachsender Zahl Vertreter zu den Generalversammlungen. Die Gründung fand 1900, wie schon bemerkt, in Paris statt; im Jahre darauf konstituierte sich die Vereinigung in Basel; die Generalversammlungen wurden gehalten 1902 in Köln, 1904 in Basel, 1906 in Genf, 1908 in Luzern, 1910 in Lugano. Die Vereinigung zählt nunmehr 15 Landessektionen: Deutschland, Schweiz, Österreich, Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien, Vereinigte Staaten, Argentinien. Ebenso sind die Regierungen

dieser Länder fast sämtlich vertreten; die meisten zahlen auch erhebliche Jahresbeiträge für das Internationale Arbeitsamt, das wissenschaftliche Institut der Vereinigung, und seine Publikationen, von denen das in drei Sprachen — deutsch, französisch, englisch — erscheinende monatliche Bulletin die wichtigste ist.

Die Arbeiten der Internationalen Vereinigung begannen mit Erhebungen über die Nacharbeit der Frauen in Gewerbebetrieben, mit Studien zur Bekämpfung der Gefahren aus der Verwendung von Giften zu gewerblichen Zwecken, mit Bestrebungen auf Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den inländischen bei der Entschädigung von gewerblichen Unfällen. Schon im Jahre 1903 richtete das Bureau der Vereinigung an den Schweizerischen Bundesrat die Bitte, die Regierungen der Industriestaaten zu einer Konferenz mit dem Zwecke internationaler Vereinbarungen über das Verbot der Frauennacharbeit und der Phosphorverwendung einzuladen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen und das Ergebnis der Konferenz waren die ersten Staatsverträge über Arbeiterschutz, die am 26. September 1906 in Bern abgeschlossen worden sind. Es sei gleich hier angefügt, daß die Internationale Vereinigung jetzt abermals beschlossen hat, an den Bundesrat der Schweiz eine gleiche Bitte zu richten, die eine internationale staatliche Regelung des Verbots der Nacharbeit für Jugendliche sowie die Einführung eines Höchstarbeitstags sowohl für Frauen als für Jugendliche anregt. Zu einem gewissen Abschluß sind die Arbeiten über die Gleichstellung der ausländischen mit den inländischen Arbeitern in der Unfallentschädigung gekommen; es wird dieselbe Gleichstellung nun auch für die übrigen Gebiete der Arbeiterversicherung angestrebt. Fortgeführt werden die Bemühungen um eine systematische internationale Bekämpfung der Gefahren gewerblicher Vergiftungen, insonderheit des Bleies und seiner Verbindungen. Ebenso sind im Zuge Bestrebungen, auf internationalem Wege eine Höchstarbeitszeit für besonders schwere und gefährliche Berufe, wie Bergbau, Großeisenindustrie und Glashütten einzuführen. Für die Behandlung des Problems der Heimarbeit sind allgemeine Grundsätze aufgestellt worden; für die internationale Regelung der Arbeitszeit in der Maschinenindustrie besteht gute Aussicht. Die schon früher begonnenen Erhebungen über Kinderarbeit und Kinderschutz sind wieder aufgenommen worden. Für die Berichte über Durchführung der Arbeiterschutzgesetze werden gleichheitliche Grundsätze in allen Industrieländern gewünscht. Auch der Sicherheit der Arbeiter und Angestellten im Eisenbahnverkehr wendet die Internationale Vereinigung ihr Augenmerk zu. Ebenso dem Arbeiterschutz in Caïsson- und Taucherbetrieben.

Neben der Lösung dieser Aufgaben hat die Internationale Vereinigung mittelbar auf den Abschluß einer großen Anzahl von Verträgen für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung zwischen einzelnen Staaten eingewirkt. So haben Frankreich und Italien, England und Frankreich, Deutschland mit Österreich-Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg und den Niederlanden, Frankreich und Belgien derartige Abkommen geschlossen, in denen die grundsätzlich gleiche Behandlung der gegenseitigen Staatsangehörigen zugesichert wird. Wie die Handels- und Verkehrsbeziehungen der Staaten untereinander immer lebhafter, der Austausch von Arbeitskräften immer stärker wird, so wächst auch die Internationalisierung der zum Schutze der Arbeiter getroffenen Vorschriften, sei es durch Einzelverträge, sei es durch Gesamtabkommen. An dieser großen Aufgabe des internationalen Arbeiterschutzes hat die Gesellschaft für Soziale Reform als deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung stets den tätigsten Anteil genommen. Ihre Delegierten haben als Referenten und Kommissionsmitglieder immer in vorderster Reihe gestanden und die Zahl der von uns Deutschen erstatteten Berichte und Gutachten ist sehr groß; wir nennen beispielsweise folgende: Nacharbeit der Frauen (Max Hirsch und Dr. Fuchs), Phosphorverbot (Regierungsrat Hölzer), Nacharbeit der Jugendlichen (Bureau für Sozialpolitik, Gewerbeaufsichtsbeamte Simon, Wauer, Matthiolius), Maximalarbeitszeit Erwachsener (Bergrat v. Rosenberg, Dr. Brauns, Abg. Giesberts, Dr. van den Boom), Heimarbeitsfragen (Dr. Dietrichs, Dr. Meermarth, Elise Lüders), Kinderarbeit (Gewerberat Löffer), Giftgefahren (Prof. Sommerfeld, Prof. Hahn, Dr. Raup), Unfallversicherung (Prof. Lah).

* * *

Die zehn Jahre, auf die die Gesellschaft für Soziale Reform heute zurückblickt, sind Jahre emfiger, nicht fruchtloser Arbeit gewesen. Sie hat vorbereitend, fördernd den Gang der Sozialpolitik in Deutschland begleitet. Und sie hat sich gleichzeitig nicht minder bemüht, die anderen Industriestaaten auf die gleiche Höhe des Arbeiterschutzes wie Deutschland zu bringen, um

einen Ausgleich der Produktionsbedingungen anzubahnen. Manche und wichtige ihrer Bestrebungen sind bereits in die Tat umgesetzt, von andern dürfen wir eine Verwirklichung erhoffen, völlig aussichtslos ist wohl keine ihrer Arbeiten. Naturgemäß hat es ihr an Gegnern nicht gefehlt, erbitterte Angriffe erleidet sie von Rechts, weil sie angeblich einseitig nur den Interessen der Arbeiter diene, und ebenso von Links, wo man sie dagegen der heimlichen Begünstigung der Interessen der Unternehmer beschuldigt. Das hat sie nicht angefochten und wird sie nicht beirren. Ruhig und planmäßig setzt die Gesellschaft, gestützt auf das Vertrauen ihrer Freunde, ihre Arbeit fort, mit der sie dem Gemeinwohl, der Kräftigung von Reich und Staat, der Förderung der Kultur, der Hebung der Massen zu dienen sich bewußt ist.

Berlin.

E. Franke.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die Entwicklung des Handwerks in Deutschland. Der Direktor des Statistischen Amtes in Bremen, Dr. Böhmert, untersucht am Schluß einer im „Arbeiterfreund“ erschienenen Artikelreihe über die Ergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung u. a. auch die Entwicklung des Handwerks während der Jahre 1895 bis 1907. Er teilt dabei die einzelnen Handwerkszweige nach den Veränderungen, die in der Zahl der Einzelbetriebe eingetreten sind, in drei Gruppen: 1. solche, die an Zahl abgenommen haben, 2. solche, die einen Stillstand aufweisen, und 3. solche, die zunehmen. Als stillstehende Handwerke betrachtet er solche, bei denen die Zunahme oder Abnahme der Betriebe weniger als 5 % betragen hat. Er gelangt hierbei zu dem Ergebnisse, daß auf-

- einen Rückgang von mehr als 5 %: die Steinmetzen, Töpfer, Goldschmiede, Kupferschmiede, Zingießer, Uhrmacher, Seifensieder, Seiler, Gerber, Böttcher, Rammacher, Schuhmacher;
- einen Stillstand: die Grobschmiede, Buchbinder, Bau- und Möbeltischler, Bürstenmacher, Kürschner, Hutmacher;
- eine Zunahme von mehr als 5 %: die Klempner, Messerschmiede, Radler, Stellmacher, Sattler, Tapezierer, Drechsler, Bäcker und Konditoren, Schlächter, Schneider, Handschuhmacher, Barbierer, Maurer und Bauunternehmer, Zimmerer, Glaser, Stubenmaler, Stuckateure, Dachbeder, Brunnenmacher, Ofenheizer, Schornsteinfeger.

Die Zahl der Personen, die in den angeführten Handwerksarten beschäftigt war, betrug im Jahre 1895 insgesamt 3 409 510, im Jahre 1907 dagegen 4 580 638 Personen. Also eine sehr stattliche Zahl, die sich gut zur Hälfte auf rein handwerksmäßige Betriebe verteilt. Der kleine Betrieb hat also eine geradezu überraschende Lebensenergie bewiesen. Von einem Verschwinden dieser Betriebe, wie so häufig behauptet wird, kann gar keine Rede sein.

Gesetliche Lohnregelung der Heimarbeit in der französischen Bekleidungsindustrie. Der oberste Arbeitsrat hat am 4. Juli 1910 einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der die Lohnregelung für die von Frauen geleistete Heimarbeit der verschiedenen Zweige der Bekleidungsindustrie bezweckt. Der erste und wichtigste Artikel des Gesetzes befaßt, daß die Heimarbeiterinnen, die in der Wäsche- und Kleiderkonfektion, Handstickerei, Hutbranche, Schuhwarenindustrie, künstliche Blumenherzeugung oder einem sonstigen Teil der Bekleidungsindustrie beschäftigt sind, nicht weniger verdienen dürfen, als dem ortsüblichen Tagelohn einer ungelernten Arbeiterin derselben Branche entspricht. Die Stücklöhne für die Heimarbeiterinnen müssen so bemessen sein, daß eine Heimarbeiterin von durchschnittlicher Geschicklichkeit bei zehnstündiger Arbeitszeit diesen ortsüblichen Tagelohn erreichen kann. Der ortsübliche Tagelohn und die dem entsprechenden Tarife für die Heimarbeit werden von den für die Branche und den Bezirk in Betracht kommenden Arbeitsräten (conseils du travail) und Schiedsgerichten (conseils de prud'hommes) aufgestellt. Die festgestellten Löhne müssen in Lohnbüchern oder Lohnlisten, die der Arbeiterin einzuhängen sind, bekannt gegeben werden. Außerdem müssen für solche Artikel, die in derselben Art immer wiederkehren, die Löhne durch Ausgang an den Ablieferungsstellen bekannt gegeben werden. In Streitigkeiten entscheiden die Schiedsgerichte; sie sind befugt, durch mündliche Verhandlungen oder sonstige Auskünfte von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite die Unterschiede zwischen dem ortsüblichen Zeitlohn und dem der Heimarbeiterin gezahlten Stücklohn festzustellen. Der zu wenig gezahlte Lohn ist der Heimarbeiterin nachzugahlen.

Die Arbeitgeber, welche gegen die Vorschriften über die Bekanntgabe der Löhne verstoßen, machen sich strafbar, ebenso die

Arbeitgeber, welche den festgestellten Tarif nicht einhalten. Die Höhe der Strafen soll das Parlament bei der endgültigen Fassung des Gesetzes festlegen. Die Durchführung des Gesetzes soll von der Gewerbeinspektion und der Verwaltungsbehörde überwacht werden. Beschwerden der Arbeiter über zu wenig gezahlte Löhne müssen innerhalb 8 Tagen nach der erfolgten Auszahlung bei den Schiedsgerichten eingebracht werden.

Neue Aufgaben der Käuferorganisationen. In Frankreich ist vor kurzem eine Nationale Konsumenten-Liga gegründet worden, die in manchen Punkten zwar anknüpft an die Bestrebungen der bisher auf Paris beschränkten Sozialen Käuferliga, aber in ihrem Aufgabenkreis darüber hinausgeht. Während die Soziale Käuferliga ähnlich wie auch der Deutsche Käuferbund in erster Linie einen Schutz des Arbeitnehmers durch Erziehung des Publikums zur Konsumentenmoral bezweckt, will die neue Vereinigung dem Käufer nicht nur soziale Verpflichtungen auferlegen, sondern auch die Rechte des Verbrauchers gegenüber dem Hersteller und Verkäufer wahren. Professor Charles Gide von der juristischen Fakultät der Pariser Universität ist der Vorsitzende der neuen Vereinigung und bezeichnete in einer Unterredung mit Vertretern der französischen Presse folgendes als Aufgabenkreis dieser Interessenvertretung der Verbraucher: organisieren Widerstand gegen die Verfälschung und Verteuerung der Lebensmittel, gegen die Mißstände in der Unregelmäßigkeit bei der Bedienung der Fernsprechanlagen und gegen Mißstände im Eisenbahnbetrieb u. a. m. An die Vorgänge beim Eisenbahnerstreik in Frankreich anknüpfend, bezeichnet es Professor Gide auch als eine Aufgabe der neuen Vereinigung, auf die obligatorische schiedsgerichtliche Beilegung solcher Arbeitskämpfe zu dringen, da durch Ausfälle, namentlich soweit sie den öffentlichen Dienst betreffen, die Interessen des Publikums naturgemäß schwer geschädigt werden.

Soziale Zustände.

Die Binnenwanderung der Arbeiter in Deutschland wird durch den Quittungskartenaustausch der Landesversicherungsanstalten in einer, wenn auch nicht völlig zutreffenden, doch in großen Umrissen richtigen Weise dargestellt. Nach diesem Austausch haben i. J. 1909 Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Mecklenburg, Thüringen und Braunschweig weniger Karten verhandelt als erhalten. Hier sind also mehr Arbeiter ab- als zugewandert. Am größten ist der Wanderungsverlust bei Schlesien mit 101 066, bei Ostpreußen mit 75 694, bei Posen mit 74 323, bei Westpreußen mit 65 480, bei Bayern mit 54 380 und Sachsen-Anhalt mit 51 591. Die größte Anziehungskraft haben Berlin und die Provinz Brandenburg gehabt, die einen Wanderungsgewinn von 119 931 beziehungsweise 115 150 aufweisen. Erheblichen Zuwachs haben noch die Rheinprovinz, nämlich 96 048, die Hansestädte 56 899, Westfalen und Hessen-Kassau 37 426 aufzuweisen. Erheblich sind natürlich die Arbeiterwanderungen zwischen benachbarten Bezirken. So waren dem Kartenaustausch nach 11 396 Ostpreußen nach Westpreußen gewandert, während von 5288 Westpreußen die Karten aus Ostpreußen eingingen. 91 762 Personen, die ihre erste versicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin aufgenommen haben, waren 1909 in der Provinz Brandenburg beschäftigt, 89 852 sind umgekehrt gewandert. Ähnliche Beziehungen finden sich auch bei den übrigen Grenzbezirken. Diese Nahwanderungen, die vielfach wohl ohne Veränderung des Wohnsitzes vor sich gehen, sind, wie die „Vol. Nachr.“ betonen, weniger bedeutungsvoll als die Fernwanderungen.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Telegraphenarbeiter verbessert eine Verordnung des Reichspostamts vom 22. Dezember 1910, aus der folgende Stellen hervorgehoben seien:

Wenn Telegraphenarbeiter aus Anlaß dringender Telegraphenbauarbeiten ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden müssen, ist in Zukunft ein Zuschlag von 25 v. H. zu ihrem Vertagslohn zu zahlen. Telegraphenarbeitern, die mindestens eine Dienstzeit von 20 Jahren zurückgelegt haben, sollen bei zufriedenstellenden Leistungen und guter Führung einmalige Belohnungen gewährt werden. Diese betragen bei Vollendung einer Gesamtdienstzeit von 20 Jahren 20 M., von 25 Jahren 50 M. usw. und nach 50 Jahren 500 M. Für die Berechnung der Gesamtdienstzeit ist als Stichtag der 1. Dezember jedes Jahres anzunehmen. Künftig steht die Entlassung solcher Arbeiter, die Mitglieder oder Erfahrmänner eines Arbeiterauschusses sind, mit oder ohne Aufkündigung ihres Dienstverhältnisses nicht mehr den zunächst vorgesetzten Dienststellen oder Beamten, sondern den Oberpostdirektionen zu.

Die Verordnung ist in Kreisen der Telegraphenarbeiter als kleiner Erfolg freudig begrüßt worden. Die Löhne werden sich fortan für Arbeiter, die überwiegend an einem Ort beschäftigt werden, auf 3,30 M. bei der Annahme, auf 3,70 M. im zweiten Jahre, auf 5,00 M. im sechsten Jahre stellen. Bei Verschiebung von Ort zu Ort erhöhen sich die Sätze um je 40 P.; für besonders schwierige Arbeiten und für vorübergehende Beschäftigung außerhalb des 2 km-Umkreises gibt es Zuschläge von 50 P. Für gelernte Handwerker sind die Anfangslöhne um mehr als 1 M. höher.

Die Ursachen der Invalidität sind bei den Rentnern der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz für mehrere Jahre systematisch zusammengestellt worden. In je 100 Entschädigungsfällen verursachten folgende Krankheiten Invalidität im Sinne der Invalidenversicherung (in Prozenten):

	1905	1906	1907	1908	1909
Lungenschwindsucht	35	37	34	32 1/2	32
Entkräftung, Blutarmut	18	14	14	17	17
Herzkrankheiten	9	10	8 1/2	7	7 1/2
Rheumatismus	7	6	5	5	5 1/2
Augenkrankheiten	4	4	4	3	3
Krankheiten der Atmungswege	2 1/2	2	8	8	3
Nagenkrankheiten	2 1/2	3	2 1/2	2	1 1/2
Andere Krankheiten	21	24	29	30 1/2	30 1/2

Lungenschwindsucht ist also die Hauptwurzel der Invalidität, Kräfteverfall und Blutarmut fordern nächst dem die meisten Opfer. Das Wort von den Proletarierkrankheiten findet hier seine Erläuterung.

Arbeitsverhältnisse der Kellner auf Staatsbahnhöfen. Die Gehälter der Kellner auf den Staatsbahnhöfen betragen nach Angabe des Prinzipalblattes „Bahnhofswirt“ monatlich durchschnittlich 15 bis 35 M. Eine glänzende Bezahlung für täglich 16-stündigen Dienst — 3 bis 8 P. die Stunde! Tatsächlich kommen aber noch viel ärgere Lohnverhältnisse vor. Auf dem Bahnhof Warnemünde wurde ein Monatslohn von 6 M. gezahlt, auf dem Bahnhof Bonn gibt es überhaupt kein Gehalt, auf dem Bahnhof Gelsenkirchen fehlt nicht nur jedes Gehalt, sondern die Kellner müssen sogar noch monatlich 30 M. „Bruchgeld“ an den Wirt bezahlen. Auf dem Hauptbahnhof von Hamburg aber besteht eine vom 4. Juni 1910 datierte „Stubenordnung“ mit folgenden Strafbestimmungen:

„Schonerdecke über Matratze herausnehmen 1 M., Essen- und Trinktöpfe mitnehmen 50 P., Papier ins Zimmer werfen 25 P., mit Rock und Stiefel im Bett liegen 50 P., Serviertücher usw. aus dem Zimmer nehmen 25 P., Handtücher nicht aufhängen 25 P., Schubladen ohne sauberes Papier 25 P., ins Zimmer spucken 25 P., schmutzige Wäsche frei liegen lassen 25 P., zu spätes Aufstehen 25 P., wer unnötig Licht brennen läßt 25 P., wer Wände und Mobilien beschmiert 1 M. Wenn Verfehlungen nicht ermittelt werden können, zählt jeder die angedrohte Strafe. (!) Wer diese Verordnung mehrmals mißachtet, wird mit sofortiger Entlassung bestraft, eventuell mit größeren Geldstrafen belegt.“

Diese „Stubenordnung“ kann bei geschickter Anwendung täglich einen recht stattlichen Gelbertrag abwerfen. Nach dem „Hamb. Echo“ ist dem Personal leider bisher unbekannt geblieben, wo eigentlich die Strafgebelde bleiben. Die ganze „Stubenordnung“ klingt wie ein Hohn auf die „Arbeitsordnung“ des § 134 b der G.D., die bekanntlich auch für alle Gastwirtschaften mit 20 Angestellten obligatorisch ist. Die Eisenbahnverwaltungen und die Parlamente könnten sich vielleicht einmal für diese Zustände auf den Staatsbahnhöfen interessieren.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Stellung der Diplomingenieure in der Gewerbeordnung. Herr Dr. F. Pothhoff, W. d. R., schreibt uns: Zu dem Berichte in Nr. 11 Sp. 339 möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß der grundlegende Irrtum in den Darlegungen des Herrn Lang und in den Bestrebungen des Verbandes der Diplomingenieure das Ausgehen von der Vorbildung ist, während die Gewerbeordnung ihre Unterscheidungen nur auf die Tätigkeit gründet und die Ausbildung nur ein Hilfsmittel ist, um die Tätigkeit richtig einzuschätzen. Ein Rechtskundiger ist trotz Anstellung in einem gewerblichen Betriebe nicht Techniker und nicht Betriebsbeamter, aber nicht, weil er Jura studiert oder eine Hochschule besucht hat, sondern weil die juristische Tätigkeit nicht als „gewerbliche“ Tätigkeit gilt. Ob der Angestellte Assessor oder nur Referendar ist, ob er den Doktor-

titel führt oder seine Hochschulemester mit einem Durchfall beendet hat, ist ganz gleichgültig. Auch wenn er gar keine „akademische Bildung“ besitzt, sondern sein Wissen auf andere Weise sich angeeignet hat: sobald er „juristische Dienste“ leistet, leistet er weder kaufmännische noch technische Dienste, ist also weder Handlungsgehilfe noch Techniker, sondern fällt überhaupt nicht unter § 133a, weil seine Tätigkeit nicht „gewerblich“ ist. Das gleiche gilt vom Arzte oder Künstler. Aber auch nur, solange der Angestellte diesen wissenschaftlichen oder künstlerischen Beruf ausübt, gilt das Gesagte. Ein Arzt, der in eine Maschinenfabrik eintritt, nicht um ärztliche Dienste zu leisten, sondern um die Anfertigung von Instrumenten zu leiten, ist Techniker und untersteht trotz seiner akademischen Laufbahn dem § 133a. Ein Jurist, der in einer Bank nicht als Rechtskundler, sondern als Buchhalter tätig ist, wird zum kaufmännischen Angestellten. Ebenso wie ein Techniker, ein Chemiker oder ein Diplomingenieur für unser Recht zum Handlungsgehilfen wird, wenn er eine Reise-tätigkeit ausübt oder sonst „kaufmännische Dienste in einem kaufmännischen Geschäft“ leistet. Die Vorbildung ist nichts, die Tätigkeit alles — für unser gewerbliches Recht. Der Ingenieur mit Diplom übt in der Regel genau die gleiche Tätigkeit aus wie der Ingenieur ohne Diplom. Deswegen muß unser Recht beide gleich behandeln. Den Diplomingenieur im Laboratorium eines Gelehrten wird niemand dem § 133a unterstellen — aber den Mittelschultechniker im gleichen Dienste ebensowenig. Der Abteilungsvorsteher einer Maschinenfabrik übt dieselbe gewerblich-technische Tätigkeit aus, ob er nun ein Hochschulgelernter gemacht hat oder nicht. — Ein Autodidakt, der (wie ein Edison) „wissenschaftlich“ arbeitet, untersteht nicht dem § 133a; ein Diplomingenieur, der einen Teil des Gewerbebetriebes leitet, ist Betriebsbeamter und Techniker nach § 133a. Man verkörpere uns doch mit dem entsetzlichen Glauben, daß ein Examen oder die Form der Vorbildung irgend etwas am Menschen oder seiner Tätigkeit ändere. Wo man damit kommt, da lauert im Hintergrunde der Befähigungsnachweis — und vor dieser Übertragung des altakademischen Zunftstums auf die moderne Technik möge uns das Schicksal bewahren!

Der Deutsche Polierbund legt in einem kürzlich erschienenen Schriftchen seine Entwicklung und seine Aufgaben dar. Er bildet die Vereinigung einer ganzen Reihe von Einzelorganisationen, die bis 1902 untereinander keinerlei Zusammenhang hatten. Die Gründung erfolgte infolge einer Anregung des Bezirksvereins Braunschweig am 10. August 1902 auf einer Zusammenkunft der Vertreter von drei Bezirksvereinen in Hannover. Auf der ersten Vertreterversammlung in Kassel (1906) wurde als nächste Aufgabe des jungen Bundes die Erlangung besserer Lohn- und Kündigungsverhältnisse festgestellt (Mindestlohn 25 % höher als Gesellenlohn, Wochenlohn oder Monatsgehalt mit angemessener Kündigungsfrist). In der Folgezeit hatte der Polierbund immerwährende Streitigkeiten mit den Gesellenorganisationen, welche die Abtrennung der Poliere von ihnen für falsch und gefährlich hielten. Dagegen suchte sich der Bund mit den Arbeitgeber, als deren Vertreter sich die Poliere in der Praxis fühlen, gutzustellen, und die Arbeitgeber sagten ihnen auch wiederholt Schutz gegen Bedrängung durch die Gesellenorganisationen zu. Auf der zweiten Vertreterversammlung in Magdeburg (1904) wurde beschlossen, die Einzelvereine sollten erstreben, daß die Poliere mindestens bis zur Vollenbung des Puges in ihrer Stellung bleiben und sie nicht schon nach vollendetem Rohbau aufgeben sollten; außerdem wurde eine jährliche Lohnstatistik der Mitglieder angeregt. Die im Herbst 1905 gegründete Zeitung ließ erkennen, daß diese Organisation ihre Spitze mehr nach unten als nach oben richtet. Im Herbst 1905 verpfichtete sogar der 20. Delegiertentag des Innungsstags Deutscher Baugewerksmeister sich den Polierbund zu Dank durch eine Geldspende. Als der Polierbund 1906 auf 18 Vereine mit 1030 Mitgliedern angewachsen war, wandte er sich der Schaffung von Unterstützungskassen zu und schuf zunächst die Einrichtung des Sterbegelds. Der 4. Delegiertentag (1907) in Bochum legte durch Satzungsänderung die Stellung des Bundes zwischen Unternehmer und Arbeiter dahin fest: „Den Streiks und Lohnbewegungen der Gesellen im Baugewerbe dürfen sich Mitglieder des Bundes nicht anschließen, sondern sie haben nach dem Grundsatz: Der Polier ist der Vertrauensmann seines Arbeitgebers, dessen Interessen zu vertreten.“ In den folgenden Jahren bis 1909 wuchs die Zahl der Bezirksvereine auf 54, die der Mitglieder auf 2380; in dieser Zeit gelang es dem Bunde auch, in Süddeutschland Fuß zu fassen. Die letzte Vertretertagung von 1909 beschloß eine neue Organisation des Bundes und die Einrichtung von Stellennachweisen mit Hilfe des Arbeitgeberbundes sowie von Wohlfahrts-einrichtungen; ferner wurde die Anerkennung des Poliers als eines Betriebsbeamten im Sinne des § 133a der Gewerbeordnung gefordert und hierfür die Unterstützung des Arbeitgeberbundes erbeten. Dieser hat sich bereit erklärt, diesen Bestrebungen „hilfreich zur Seite zu stehen“; im November 1909 wandte man sich mit einer entsprechenden Eingabe an den Reichstag, dessen Petitionskommission sie im Mai 1910 dem Reichskanzler „zur Kenntnisnahme“ überwießen hat; der Bund rechnet bestimmt mit der Durchsetzung seiner Forderung. Weniger Erfolg verspricht er sich von

dem Wunsche, daß, falls die Einrichtung der Baukontrolle vom Reichstage beschlossen wird, diese dem Polierstande zufallen würde; die Arbeitgeber stehen dem ganzen Gedanken ablehnend gegenüber, und der Polierbund vertritt seine Forderung nun recht leidenschaftlos. Dagegen sind Arbeitgeber- und Polierbund über den Wert des Tarifvertrags einig geworden; der letztere wünschte einen solchen unter Festsetzung von Mindestlöhnen, und der Arbeitgeberbund hat bereits einen Ausschuß mit der Aufstellung eines normalen Vertragschemas betraut, gemäß dem seine Bezirksverbände mit denen des Polierbundes verhandeln sollen. Seit dem letzten Vertretertag ist mit der eifrigen Arbeit für die genannten Forderungen und mit dem Ausbau der Unterstützungskassen ein großes Wachstum des Bundes Hand in Hand gegangen. Im Herbst 1910 umfaßte er 132 Bezirksvereine mit rund 4800 Mitgliedern, also etwa ein Zehntel aller deutschen Poliere. Nach Meinung des Bundes ist dieser Erfolg zum großen Teil dem Eintreten der Arbeitgeber zuzuschreiben; auch habe der Schutz vor den Belästigungen Ausgesperrter während der Tarifbewegung im Baugewerbe „manchem Polier die Augen über den Wert des Polierbundes geöffnet“.

Streiks und Aussperrungen.

Der Abbruch des Arbeitskampfes in der Pforzheimer Goldwarenindustrie ist zum Jahresende erfolgt. Am 2. Januar sind laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes die Betriebe allenthalben wieder eröffnet worden, und auch die Arbeiterschaft hat daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit für zweckmäßig angesehen. Freilich ist der Beschluß der im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter, am 2. Januar 1911 in die Betriebe zurückzukehren, keine offene Friedenserklärung und kein endgültiger Verzicht auf die der Lohnbewegung zugrunde liegenden Arbeiterforderungen, sondern der Kampf ist nur aus taktischen Gründen von der Arbeiterschaft abgebrochen und die Verfechtung der gestellten Forderungen auf eine spätere Zeit vertagt worden. Die Not in den Kreisen der ausgesperrten Arbeiter war so groß, daß auch die Organisierten nach Wiederaufnahme der Arbeit sich sehnten. Eine Fortsetzung der Aussperrung nach der Wiedereröffnung der Betriebe durch einen allgemeinen Streik der Aussperrten wäre finanziell kaum durchführbar gewesen und hätte die Mitglieder in großen Scharen der Organisation abspenstig gemacht. Vor allem aber hätte eine weitere Störung der Arbeit das ganze Ostergeschäft verdorben und dadurch die ganze Pforzheimer Schmuckindustrie so schwer erschüttert, daß eine bedenkliche Arbeitslosigkeit zahlreicher Goldarbeiter für die Zukunft drohte, mindestens aber bis Juli, wo die neue Konjunktur erst wieder einsetzt. Deshalb brachen die organisierten Arbeiter auch den Streik der Kettenmacher ab, der die Aussperrung auf der Fabrikantenseite veranlaßt hatte, die Forderungen der Kettenmacher wurden jedoch nicht zurückgezogen. Eine Verhandlung über diesen Ausgangspunkt des Kampfes, der leider also nicht erledigt ist, sondern innerhalb der Arbeitsverhältnisse künftig beunruhigend weiter wirken wird, ist von den Fabrikanten bekanntlich von Anfang an abgelehnt worden. Aber nicht nur über die Kettenmacherforderungen, sondern ganz allgemein über alle vom Metallarbeiterverband gestellten Forderungen haben die Fabrikanten Verhandlungen auch noch in letzter Stunde abgelehnt, als die Arbeiter bereits eine Zurückziehung der Kettenmacherforderungen in aller Form angeboten hatten. Die Antwort des Arbeitgeberverbandes auf das Schreiben des Metallarbeiterverbandes vom 23. Dezember hat die Verständigung sehr erschwert. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hatte an diesem Tage im Einverständnisse mit der Bezirksleitung und der Ortsverwaltung unter Berufung auf die wiederholte öffentliche Erklärung des Arbeitgeberverbandes, daß er nach Zurückziehung der Kettenmacherforderungen zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, um solche Verhandlungen gebeten. Darauf erwiderte der Arbeitgeberverband in scharfer Sprache u. a.: „Die vorhandenen Differenzen bestehen lediglich in den Forderungen der Kettenmacher bzw. des Metallarbeiterverbandes; werden dieselben zurückgezogen, so sind keine uns bekannten Differenzen mehr vorhanden.“ Das hieß mit anderen Worten: Nach Zurückziehung der Kettenmacherforderungen gibt es für uns nichts mehr zu verhandeln. Im zweiten Teil des Antwortschreibens erläutert der Arbeitgeberverband allerdings trotzdem „Vorbildungen für Verhandlungen“: Die vom Metallarbeiterverband am 17. September gestellten Forderungen dürfen in keiner Form Gegenstand der Verhandlungen bilden. Die Verhandlungen müssen mit allen Organisationen und mit den Vertretern der Unorganisierten zugleich erfolgen, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, der bei den organisierten Arbeitern wenig beliebt ist, und unter Ausschluß des örtlichen Vertreters des Metallarbeiterverbandes.

Die scharfe indirekte Abgabe des Arbeitgeberverbandes hatte natürlich eine noch schärfere Antwort des Metallarbeiterverbandes zur Folge. Es heißt darin: „Die Aufstellung der erstgenannten Verhandlungsbedingung bedeutet in ihren Konsequenzen nichts anderes als die Ablehnung jedweder Verhandlung . . . über Nichts kann nicht verhandelt werden“. Nach diesem schroffen Auseinanderplätzen der Gegensätze noch in letzter Stunde darf man also in dem gegenwärtigen Abbruch des Kampfes in Pforzheim leider keinen Friedensschluß erblicken. Beide Parteien gehen obendrein mit ziemlich ungebrochener Kraft aus dem Kampfe hervor. Die angebrohte Sezession im Arbeitgeberverbande ist unterblieben, und die Einmütigkeit unter den organisierten Goldarbeitern, von denen fast 9000 dem Metallarbeiterverband allein angehören sollen, ist anscheinend unerschüttert. Denn die Beschlusfassung der 800 Vertrauensmänner der Geschäftsstelle Pforzheim über die weitere Taktik am 28. Dezember ist, abgesehen von zwei abweichenden Stimmen, einhellig erfolgt. Hoffentlich legt sich die gegenseitige Erbitterung nun in der Arbeit des Alltags, so daß ein Boden für eine ehrliche Verständigung in ernsthaften Verhandlungen binnen kurzem geschaffen wird.

Von der Lohnbewegung der Ruhrbergleute wird unterm 29. Dezember aus Bochum berichtet: Die drei in der Lohnfrage zusammengehörenden Verbände, der alte Bergarbeiterverband, der H.-D. Gewerksverein und die Polnische Berufsvereinigung haben Konferenzen in Dortmund, Wanne und Oberhausen abgehalten. Die Beratungen waren vertraulich, Pressevertreter waren nicht zugelassen. In einer am 28. Dezember in Bochum abgehaltenen Sitzung haben sodann die drei Organisationsvorstände beschlossen, an die Belegschaften aller Zechen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks einen Aufruf zu richten, worin es heißt:

Die ablehnende Haltung des Zechenverbandes und der fiskalischen Grubenverwaltung von A. d. L. zu unseren Lohnforderungen erfordert eine gründliche Aussprache in Belegschaftsversammlungen. Zu diesem Zwecke sollen möglichst für die nächsten Sonn- und Feiertage, 6., 8., 15. und 22. Januar 1911, für alle Zechen des Ruhrbezirks Belegschaftsversammlungen einberufen werden, um die Meinung aller Kameraden zu hören.

Zum Schluß wird aufgefordert, Disziplin und Einigkeit zu wahren und Überprüfungen zu vermeiden.

Lohnbewegung der Hohlglaschleifer in der Oberpfalz. Die „ewigen Arbeiter“, wie sie ein Schülerer einmal bezeichnet hat, weil sie „ewig“ arbeiten — ihre Arbeitszeit beträgt oft 17 bis 18 Stunden — rühren sich. Außer der langen Arbeitszeit, die vor den Lieferungsstagen der Hütten noch länger ist und den Arbeiter oft 2 bis 3 Tage lang nicht aus dem Arbeitsraum kommen läßt, in dem er auch angekleidet einige Stunden schläft, ist es in der Oberpfalz vor allem der Zustand der Werkwohnungen, der die Arbeiter außerordentlich hat. Diese liegen fast überall über der Schleiferei und werden immer von mehreren Familien in denselben Räumen bewohnt, zwei und mehr Personen haben nur ein Bett gemeinsam; außerdem geschieht das sogenannte „Duffieren“ in den Werkwohnungen als Heimarbeit der Frauen. Die Folge dieser Arbeit, bei der zwei Spiegelscheiben, zwischen denen Schmirgel liegt, hin- und hergeschoben werden, ist eine dauernde Berunreinigung der Wohnung; diese und die sanddurchtränkte Luft der Schleifereien selbst sowie die stete Feuchtigkeit der letzteren infolge des Waschens der Gläser schaffen sehr üble Gesundheitszustände, auf die auch die schlechte Heizung und Beleuchtung mit einwirken. Dabei waren die Löhne in der Oberpfalz bisher sehr gering. Die Glaschleifer verdienen 10 bis 12 M., die Polierer 12 bis 14 M., die Frauen in der Heimarbeit vollends nur 3 bis 5 M. wöchentlich. In letzter Zeit haben sich diese Arbeiter im Zentralverband der Glasarbeiter organisiert und sind im Herbst in eine Lohnbewegung eingetreten. Ende November überreichte der Zentralverband den meist in Gütlich, der Zentrale der Spiegelindustrie, anständigen Besitzern der Hohlglaswerke seine Forderungen; es wird eine Erhöhung der Löhne um 20 %, bessere Heizung und Beleuchtung der Arbeitsräume, Arbeitschluß an Sonnabenden um 5 Uhr und Schaffung ausreichender Wohn- und Dufferräume verlangt. Über diese Forderungen sind Verhandlungen mit den Unternehmern eingeleitet worden. Diese wollen eine Prüfung der Forderungen vornehmen und dann, soweit möglich, Zugeständnisse machen. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt noch nicht vor; sollte es aber die berechtigten Wünsche der Arbeiter nicht befriedigen, so ist mit einem Streik bestimmt zu rechnen. Es handelt sich um etwa 2000 Personen. — Einer der Uebelstände der oberpfälzischen Glaschleifereien ist übrigens auch von der bayerischen Gewerbeaufsicht festgestellt worden: die Unregelmäßigkeit der Lohnzahlungen; diese finden oft nur alle 8 Wochen statt, während

in der Zwischenzeit geringe Vorschußzahlungen erfolgen. — Gleichzeitig wird über einen Glaschleiferstreik bei einer Leipziger Firma berichtet. Dorthin hat eine Hamburger Streifbrecheragentur eine Anzahl Arbeitswilliger geschickt, die aber für die Streikenden keine große Gefahr bilden, da das Glaschleifergewerbe gute Schulung verlangt, welche die Hamburger Arbeiter nicht besitzen.

Arbeiterschutz.

Sozialistischer Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter in Belgien.

Wie die Deutsche Heimarbeiterausstellung in Berlin 1906 den Anstoß zu einer gesetzgeberischen Regelung der Heimarbeit in Deutschland gegeben hat, so haben auch die Ausstellung hausindustrieller Erzeugnisse und Tätigkeit in Brüssel, die mit der Weltausstellung verbunden war, und der sich anschließende Heimarbeiter-Schutzkongreß solche gesetzgeberischen Pläne ins Leben gerufen. Die Thronrede zur Eröffnung der Kammern hat, freilich in recht unbestimmten Wendungen, ein Heimarbeiterschutzgesetz angekündigt. Noch ehe es aber erschienen ist, hat die sozialistische Kammerfraktion durch ihr Mitglied R. Huysmans einen Entwurf ausarbeiten lassen, dessen Hauptinhalt folgendermaßen angegeben wird:

Als Heimarbeiter werden bezeichnet „alle Arbeiter (und Arbeiterinnen), die in zerstreuter, dezentralisierter Gewerbebetätigung auf Grund eines Arbeitsvertrages für einen Unternehmer arbeiten. Und zwar soll das Gesetz zunächst angewandt werden auf Spitzenmacherinnen, Tüllstickerinnen, Leinwandstickerinnen, Leinenweber, Wollenweber und Stoffreinigerinnen, Baumwollenweber, Vortennmacherinnen, Hemdennäherinnen, Korsett- und Unterrockmacherinnen, Krawattenmacherinnen, Herren- und Damenschneider, Strumpfwirker, Seiler, Schuhmacher, Holzschuhmacher, Tischler, Stuhlmacher, Bürstenbinder, Strohschleierinnen, Sacknäherinnen, Korbmacher, Spielzeugmacher, Zunderwerkstischler, Tabakarbeiter, Schmiede, Ketten schmiede, Nagelschmiede, Messerschmiede, Waffenschmiede, Marmorschleifer, Seiler.

Der Entwurf verbietet, Personen, die nicht registriert sind, außerhalb der Betriebsstätte zu beschäftigen. Auf die Anmeldung hat die Gemeindebehörde sofort die Eintragung vorzunehmen und dem Arbeiter eine Urkunde auszustellen, aus der seine Person und regelmäßige Beschäftigung sich ergibt. Die gesundheitliche Untersuchung des Arbeitsraumes muß innerhalb eines Monats erfolgen. Der Unternehmer hat ein Register zu führen, das enthält: Namen und Adresse aller von ihm beschäftigten Heimarbeiter, eventuell der Zwischenmeister oder sonstigen Mittelspersonen; Angaben über die Arbeit nach Art und Menge; Ausgabe des Materials nach Rücklieferung der Arbeit; den Zeit- oder Stücklohn. Die Arbeiter erhalten Abschrift der Arbeitsbedingungen. Allmonatlich ist den Gemeindebehörden des Betriebsortes und des Beschäftigungsortes der Arbeiter eine Abschrift des Registers mit Angabe der gelieferten Arbeiten einzureichen. Den Beamten der Gewerbeaufsicht steht Einsicht in alle Schriftstücke zu. Ebenso den Berufsverbänden in die Register der Gemeindebehörden.

Nach Anhörung des obersten Gesundheitsrats, der ärztlichen Provinzialkommissionen und der Gemeindeverwaltung hat der Arbeitsminister eine Zusammenstellung der gesundheitlich an die einzelnen Industrien zu stellenden Anforderungen vorzunehmen. Er stellt fest, welche in ihrer jetzigen Gestalt ganz zu verbieten, welche in die Reihe der gefährlichen und ungesund aufzunehmen und welche gesundheitlichen Bedingungen im übrigen zu erfüllen sind. Für die Arbeitsräume, die als Anhang der Fabrik oder Werkstätte angesehen werden, wird ein Mindestluftraum von 10 Kubikmetern auf die beschäftigte Person vorgeschrieben; ferner Verbot der Arbeit in Räumen, in denen sich Personen mit ansteckenden Krankheiten aufhalten; Verbot von Arbeitsmaterial, dessen Bearbeitung mit Gesundheitsgefahr verbunden ist; Desinfektion bzw. Vernichtung infizierter Stoffe; Verbot der Heimarbeit für die Nahrungsmittelindustrie. Bölliges Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an im Betrieb beschäftigte Arbeiter; Verbot der Heimarbeit für Schneiden und Puffen von Haren, Weben und Reinigen von Zute; Vorschrift einer Kontrollmarke für alle ganz oder teilweise in Heimarbeit gefertigten Waren.

Lohnkommissionen für bestimmte Gebiete können durch königliche Verordnung auf Antrag der beteiligten Gemeinderäte, der Arbeiter oder Unternehmer eingesetzt werden. Den Vorsitzenden ernannt der Minister, die Beisitzer, höchstens sechs, werden von den Beteiligten, die seit einem Jahre im Gewerbe arbeiten (auch

Frauen), nach Art der Arbeitsräte gewählt. Bei Ablehnung der Wahl ernennt der Minister die betreffenden Beisitzer. Der Vorsitzende darf nicht zu den Beteiligten gehören. Die Kommissionen haben Lohnsätze vorzuschreiben, auf Grund deren Heimarbeit mittlerer Art in der gleichen Zeit denselben Lohn verdienen müssen, wie die mit denselben oder gleichartigen Arbeiten beschäftigten Betriebsarbeiter, zuzüglich etwa vom Heimarbeit gelieferter Zutaten. Diese Sätze sind zwingend, abweichende Vereinbarungen sind nichtig. Auf Antrag der Mehrheit der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ist ein neuer Tarif aufzustellen. Den Kommissionen ist Einblick in alle geforderten Lohnverzeichnisse für Fabrik- oder Heimarbeit zu gewähren. Höhere Löhne, als die festgesetzt, dürfen vereinbart werden. Für die Lohnsätze der Zwischenmeister haftet der Unternehmer. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe von 26 bis 300 Fr. bedroht, die im Wiederholungsfalle sich verdoppelt. Die Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Lohnzahlung, Gewerbeaufsicht, Unfallversicherung finden auf die Heimarbeit Anwendung.

Phosphorverbot in Viktorien. Das Fabrikgesetz vom 4. Januar 1910 enthält folgenden Art. 33: Es ist verboten, weißen oder gelben Phosphor bei der Herstellung von Zündhölzern zu verwenden, und jede Fabrik- oder Werkstatt, in welcher weißer oder gelber Phosphor derart verwendet wird, gilt für eine Fabrik oder Werkstatt, die nicht gemäß dem Fabrik- und Labengesetz geführt wird; ihr Inhaber verfällt nach der Überführung in eine Geldstrafe bis zu 10 Pfund.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wie in Sp. 86 mitgeteilt, hat sich diese Vereinigung am 21. September 1910 in Paris konstituiert. Den Vorstand bilden Leon Bourgeois-Paris, Präsident, Dr. Rich. Freund-Berlin, Vizepräsident, Louis Barlez-Gent und M. Lazard-Paris, Sekretäre, Ed. Ansele-Gent, Schatzmeister. Als Sitz der Vereinigung wurde die Stadt Gent ausersehen, deren Verwaltung sich verpflichtet hat, die ersten Kosten der Einrichtung des Bureaus zu übernehmen. Aus der Satzung der Vereinigung sei folgendes hervorgehoben:

Die Vereinigung hat zum Zweck, die Bestrebungen in den verschiedenen Ländern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen zu fassen. Die Verwirklichung ihres Programms gedenkt sie namentlich durch folgende Mittel anzustreben:

- a) Schaffung eines ständigen internationalen Sekretariats, welches die Dokumente und Auskünfte, betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern sammelt, ordnet und den Interessenten zur Verfügung stellt.
- b) Veranstaltung von periodischen internationalen Versammlungen, geschlossenen oder öffentlichen.
- c) Spezielle Forschungen über gewisse Seiten des Problems der Arbeitslosigkeit und Erteilung von Auskünften auf diesem Gebiet.
- d) Veröffentlichungen von Studien und nötigenfalls eines Bulletins über die Arbeitslosigkeit.
- e) Schritte bei privaten Vereinen oder öffentlichen Behörden jedes Landes zur Erlangung von Fortschritten auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung, Vornahme von vergleichbaren Statistiken oder gleichgerichteten Arbeiten, sowie von Abkommen oder Verträgen über die Arbeitslosenfrage.

Der Vereinigung können die Teilnehmer der Internationalen Konferenz über Arbeitslosigkeit 1910 beitreten sowie weiterhin alle diejenigen, welche vom Vorstand der Vereinigung zugelassen werden.

Die Vereinigung wird von einem Komitee geleitet, das von den Mitgliedern der einzelnen Nationen gewählt wird oder von den Nationalen Vereinigungen. Jedes Land oder jede Nationale Vereinigung, welche mindestens 10 Mitglieder aufweist, hat das Recht auf einen Vertreter, für jede weiteren 25 Mitglieder auf einen weiteren Vertreter bis zur Höchstzahl von sieben. Der Mindestbeitrag der Mitglieder ist für Einzelpersonen auf 10 Frk., für Vereine, öffentliche und private Einrichtungen auf 25 Frk., für öffentliche Behörden auf 50 Frk. festgesetzt. Die Beiträge geben das Recht auf ein, zwei oder drei Exemplare der Veröffentlichungen.

Die Mitglieder jedes Landes können sich zu nationalen Vereinigungen zusammenschließen. Diese Vereinigungen sollen innerhalb der durch die vorliegenden Statuten gezogenen Grenzen autonom bleiben. Man kann Mitglied der internationalen Vereinigung sein, ohne der Nationalen Vereinigung anzugehören, aber ohne Stimmrecht zu haben.

Die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird sich mit dem internationalen ständigen Komitee für Arbeiterversicherung, der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz sowie mit allen anderen Vereinigungen, welche ein verwandtes

Ziel verfolgen, verständigen, wobei ihnen ein Vertretungsrecht auf den Konferenzen, im Komitee und gegebenenfalls auch im Vorstand eingeräumt werden kann. Die Vereinigung wird sich mit dem ständigen Komitee für Arbeiterversicherung und der Vereinigung für Arbeiterschutz über das Datum und die Tagesordnung ihrer Konferenzen zu verständigen trachten. Sie wird gleichfalls versuchen, einzelne Arbeiten unter Mitwirkung jener Vereinigungen zu veröffentlichen.

Dem ersten Komitee gehören die Vertreter folgender Länder an: Frankreich, Großbritannien, Deutschland (Dr. R. Freund, Dr. G. Fuchs, Prof. v. Schanz, Geheimrat Jager), Belgien, Schweiz, Holland, Vereinigte Staaten von Amerika, Dänemark, Rußland mit Finnland, Spanien, Österreich-Ungarn, Italien, Schweden, Norwegen, Luxemburg, Australien, Argentinien.

Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Freiburg i. Br. (vergl. XIX Sp. 802) ist erstmalig für den laufenden Winter in Kraft getreten. Es haben 16 Organisationen der freien Gewerkschaften mit 1766 Mitgliedern und 7 Organisationen der christlichen Gewerkschaften mit 367 Mitgliedern die Zulassung zur städtischen Versicherung nachgesucht. Die Aufnahmebedingungen haben alle Organisationen durch ihre Satzungen erfüllt.

Arbeitslosenversicherung für Groß-Lüttich. Vom 1. Januar 1911 ab wird die städtische Arbeitslosensicherung, die in Lüttich seit 12 Jahren besteht, auch auf die Industriestädte der Umgebung, die mit Lüttich zusammen etwa $\frac{1}{2}$ Million Einwohner haben, ausgedehnt werden. Zu diesem Zwecke ist eine gemeinsame Kasse errichtet worden, deren Verwaltung 10 Vertreter von Lüttich und je einer von den andern Städten besorgen sollen. Aus dieser Kasse sollen Unterstützungssummen an die Gewerkschaften bewilligt werden, und zwar in der Höhe von einem Viertel der Versicherungsbeiträge, die die einzelnen Versicherten regelmäßig zahlen. Diese Gemeindezuschüsse können entsprechend dem Umfange der ausgeteilten Unterstützungsleistungen erhöht werden, doch soll der Zuschuß aus den öffentlichen Kassen 30 Frank jährlich auf den Kopf der Unterstützten nicht überschreiten.

Arbeitsnachweis.

Die Verpflichtung nichtöffentlicher Arbeitsnachweise zur Einreichung von Statistiken. Dr. F. Lint-Rübed berührt in Nr. 3 des „Arbeitsmarkts“ (20. Dezember 1910) in einem Artikel „Welche Aufgaben stellt das Stellenvermittlergesetz dem öffentlichen Arbeitsnachweis“ die Tatsache, daß es in den preussischen Ausführungsvorschriften zum Stellenvermittlergesetz an Bestimmungen fehlt, die den Behörden einen Einblick in die Geschäftsführung der einzelnen Arbeitsnachweise verschaffen könnten; nicht einmal die Verpflichtung zu regelmäßiger Berichterstattung sei für diese Arbeitsnachweise (ebensowenig wie für die gewerbliche Stellenvermittlung) aufgenommen worden. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs des Innern bei der Beratung des Gesetzes habe die durch § 12 des Gesetzes den Landeszentralbehörden gegebenen Befugnis, Bestimmungen auch über die nichtgewerblichen Arbeitsnachweise zu erlassen, die Möglichkeit schaffen sollen, die große Zahl von Arbeitsnachweisen zu beaufsichtigen und zu reglementieren, die für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber im Laufe der letzten Jahre entstanden sind und die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf sich gezogen haben. Der Staatssekretär habe hinzugefügt: „Wir nehmen an, daß bei einer angemessenen Handhabung dieser Bestimmungen es möglich sein wird, zunächst einen Einblick in die Geschäftsführung aller dieser Arbeitsnachweise zu gewinnen, und daß wir auf diesem Wege in die Lage kommen, festzustellen, ob diese Arbeitsnachweise in einer Art gehandhabt werden, die gegen die guten Sitten verstößt und sich in Widerspruch mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen setzt.“ Lint führt hierzu weiter aus:

Der Kommentar zum Stellenvermittlergesetz von Hoffmann erklärt es freilich nicht für angängig, eine solche Verpflichtung den Arbeitsnachweisen aufzuerlegen, weil sie nicht aus gewerbepolizeilichen Erwägungen zu rechtfertigen sei, und es ist nicht ausgeschlossen, daß man in Preußen aus demselben Grunde von der Aufnahme einer solchen Bestimmung abgesehen hat. Die Hoffmannsche Ansicht ist indessen in diesem Punkte zweifellos nicht zutreffend. Die vom Gesetz der Landeszentralbehörde gegebene Ermächtigung, „weitere Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittlungen zu erlassen“, ist unbeschränkt und schließt daher auch die Befugnis zu anderen als gewerbepolizeilichen Anordnungen in sich. Nehmen doch — und durchaus mit Recht — die Ausführungsvorschriften auch das Recht für sich in Anspruch, zivilrechtliche Bestimmungen zu treffen. Gält man derartige Bestimmungen für

zulässig, wird man auch gegen die Aufstellung einer Verpflichtung zur Einreichung statistischer Nachweise Bedenken nicht erheben können, um so weniger, als eine sorgfältige Prüfung der Bedürfnisfrage ohne das durch die statistischen Nachweise zu gewinnende Material kaum möglich ist.

Einzelne Staaten, z. B. Bayern und Lübeck, haben denn auch unbedenklich die Verpflichtung zur Einreichung statistischer Nachweise in ihre Ausführungsbestimmungen mit aufgenommen. — Es ist sehr bedauerlich, daß trotz des Reichsgesetzes für diese wichtige Frage keine Übereinstimmung unter den Bundesstaaten zu erzielen ist.

Die Wirkungen des neuen Stellenvermittlergesetzes beleuchtet folgende Mitteilung aus Straßburg i. E.: Das Verdingungs- und Plazierungswesen, welches in der Stadt Straßburg eine nicht unbedeutende Rolle spielte, ist bekanntlich seit kurzem durch das Reichs-Stellenvermittlergesetz neu geregelt und beschränkt die Unternehmer dieser Branche auf eine Tätigkeit, die den Ansichten über Lauterkeit im Plazierungswesen entspricht. Der Erfolg des neuen Gesetzes ist überraschenderweise der gewesen, daß seit Inkrafttreten desselben 20 private Vermittlungsagenturen ihre Konzession abgemeldet haben; d. h. sie können unter den Vorschriften des neuen Gesetzes ihre Geschäfte nicht fortsetzen. „Hinter der Färde der Ver-nichtung (? Die Red.) einer Anzahl bürgerlicher Existenzen birgt sich die Wohltat eines Schutzes vor Ausbeutung der bedrängten Massen von täglich mehr in die Erscheinung tretender Bedeutung“, fügt die „Straßburger Presse“ hinzu.

Paritätische Facharbeitsnachweise für das Gastwirtsgewerbe bestehen zurzeit in Deutschland, der „Gastron. Zschr.“ zufolge, erst einige 20. Das ist, verglichen mit früheren Zuständen, zwar ein Fortschritt, aber an sich doch erst ein bescheidener Anfang zur Gesundung des Stellenvermittlungswesens im Gastwirtsgewerbe. Hoffentlich haben die gegenwärtig in Kassel, Dresden und anderen Plätzen schwebenden Verhandlungen zur Einführung paritätischer Nachweise raschen Erfolg.

Volkserziehung.

Die Kinderfürsorge der Stadt Zürich.

Die Verwaltung der Stadt Zürich nimmt sich der Interessen der breiten unbemittelten Bevölkerungsschichten lebhaft an und schenkt besondere Sorgfalt der Kindererziehung. Die Ausgabe der Stadt Zürich für das Schulwesen betrug im Jahre 1908 3 346 930 Fr. (oder ca. $\frac{1}{5}$ der Totalausgaben im ordentlichen Verkehr), was bei einer Schülerzahl von ca. 30 000 durchschnittlich 111 Fr. pro Kind ausmacht. Davon kommen auf die Primar-schule, d. h. Volksschule, 2 960 920 Fr., die sich auf folgende Kosten verteilen:

1. Schulverwaltung	221 720 Fr.
2. Lehrerbefoldungen	1 917 610 „
3. Lehrmittel	124 640 „
4. Schulgebäude	466 580 „
5. Knabenhandarbeitsunterricht	45 480 „
6. Fürsorge für dürftige Kinder	185 520 „
7. Verschiedenes:	
Erweiterter Turnunterricht usw.	49 420 „
Total	2 960 920 Fr.)

Zu diesen trockenen Zahlen sollen noch folgende Erklärungen dienen.

Der Unterricht in der schweizerischen Volksschule (Primar- und Sekundarstufe) ist, wie bekannt, obligatorisch und unentgeltlich. Im Kanton Zürich liefert die Schule auch die Lernmittel unentgeltlich.

Die moderne Pädagogik stellt die große erzieherische Wirkung fest, die die Handarbeit auf Zöglinge ausübt. Von diesem Grundsatz ausgehend, errichtete die Stadt Zürich Knabenhandarbeits-unterricht für Schüler der VII. und VIII. Klassen der Primar-schule. Im Winterhalbjahre 1908/09 wurden folgende Winterkurse, die 21½ Wochen dauerten, eingerichtet:

Kartonage	119 Kurse, 2389 Schüler,
Nobelbank	19 „ 267 „
Schnitten	11 „ 188 „
Metallarbeiten	8 „ 35 „
Modellieren	— „ 9 „
Total	152 Kurse, 2888 Schüler.

¹⁾ Die diesem Artikel beigegebenen Zahlen sind dem „Geschäfts-berichte der Zentralschulpflege der Stadt Zürich“ pro 1908 entnommen.

An den Handarbeitskursen in den Sommerferien haben 260 Schüler teilgenommen. Der Bericht der Zentralschulpflege bemerkt hierzu:

„Diese Kurse bieten den während der Sommerferien in der Stadt verbleibenden Knaben eine treffliche Gelegenheit zu nützlicher und anregender Beschäftigung, der sie um so lieber obliegen, je besser es die Kursleiter verstehen, den Unterricht lebendig zu gestalten und einen freundlichen Ton anzuschlagen.“

Neben der Handarbeit spielen eine große pädagogische Rolle die Schulgärten, deren Zahl 14 beträgt. Die Zahl der von den Gärten im Jahre 1908/09 bedienten Klassen betrug 284. Blumenzwiebeln wurden an Lehrer und Schüler im Gesamtbetrage von 2225 Fr. abgegeben, wobei nur der Selbstkostenpreis berechnet wurde. Die Ausgaben für die Schulgärten betrugen: von Seite des kommunalen Gartenbauamtes 3695 Fr., vom Schulwesen 990 Fr., Total 4685 Fr.

Die Stadt Zürich erteilt ihren Einwohnern nicht nur die elementare theoretische Bildung, sondern sie bemüht sich, die Schulpfleglinge auch mit praktischen Kenntnissen zum Existenzkampf auszurüsten. Die schon erwähnte Handarbeit in der Schule bereitet die Knaben zu späterer Erlernung verschiedener Gewerbe vor. Die städtische Lehrwerkstätte für Schreiner hat zum Zweck, denjenigen Knaben, welche ihren obligatorischen Schulbesuch (8 Jahre) beendet haben, die praktische und theoretische Erlernung des Schreinerberufs zu erleichtern.

Da die proletarischen Familien bekanntlich dadurch viel leiden, daß die Frauen zur Haushaltung nicht vorbereitet sind, gründete die Stadt Zürich 18 Haushaltungs- und Kochkurse für Schülerinnen der 8. Klasse. Die Kurse zählten 334 Teilnehmerinnen. Zu den Kosten des Unterrichtes im Betrage von 13 996 Fr. leistete der Bund einen Beitrag von 4500 Fr., der Kanton einen solchen von 2800 Fr. (das übrige die Stadt).

Nicht immer bekommen die proletarischen Kinder bei ihren Eltern ein sattes Mittagessen und Frühstück. Diese hungernden Kinder können nicht aufmerksame Schüler sein. Aus diesem Grunde übernimmt die Stadt Zürich Speisung der dürftigen Kinder während des Winters. Im Winter 1908/09 genossen 3065 Schüler Mittagessen und 906 Schüler Frühstück. Die Ausgaben der Stadt für Speisung bedürftiger Kinder beliefen sich auf 55 807 Fr. Mit dieser verhältnismäßig kleinen Summe wurde eine große Wohltat erzielt. Die Zentralschulpflege konstatiert, daß bei vielen Kindern mit der Schulspeisung ein besseres Aussehen und größere Aufmerksamkeit erreicht wurde. Die Schulspeisung bietet den Lehrern eine Gelegenheit dar, auch einen erzieherischen Einfluß auf die dürftigen Kinder auszuüben.

Die Kinder unbemittelter Eltern leiden vielfach im Winter durch Mangel an warmen Kleidern. Auch hier kommt die Stadt Zürich zu Hilfe und bekleidet die dürftigen Schüler. Die Ausgaben für Bekleidung betrugen im Winter 1908/09 6522 Fr., welche sich auf folgende Gegenstände verteilen:

822 Paar Schuhe	5711 Fr.
Kleider und Wäsche an 42 Kinder	581 „
67 Brillen	279 „

Die armen Eltern, deren Kräfte und Zeit der Existenzkampf verschlingt, sind nicht imstande, sich mit der Erziehung ihrer kleinen, noch nicht schulpflichtigen Kinder zu beschäftigen, während die Kleinen in dieser zarten Lebensperiode besonderer Fürsorge bedürfen. Für kleine Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von 4 bis 6 Jahren besitzt die Stadt Zürich 54 Kindergärten, die im Jahre 1908/09 von 1987 Kindern besucht waren.

Die Klassenstunden in den Züricher Schulen dauern bis 4 Uhr (nachmittags), dann gehen die Kinder nach Hause. Wenn die Eltern außer ihrer Wohnung beschäftigt sind, bleiben die Kinder allein, ohne Aufsicht und sind verschiedenen Gefahren ausgesetzt. Um diese Gefahren zu vermeiden, unterhält die Stadt Zürich 31 „Jugendhorte“, in denen Schüler, welche zu Hause nicht beaufsichtigt werden können, an Schullagen nachmittags 4 bis 7 Uhr bei Spielen oder Lösung der Schulaufgaben der Obhut eines Lehrers in einem städtischen Lokale (Schulhaus) unterstellt sind. Die Kinder bekommen hier eine Abendfrühschung: 3 bis 4 dl Milch und 130 bis 150 g Brot. Der Beschäftigungsplan in diesen Jugendhorten ist sehr reichhaltig. Bei schönem Wetter: kleinere und größere Spaziergänge, Gartenarbeit, Besichtigung öffentlicher Plätze und Anstalten, Baden, Schlitten usw. Bei schlechtem Wetter: Handarbeiten, Spielen, Erzählen usw. Die Kosten der Stadt für die Jugendhorte beliefen sich im Jahre 1908 auf

²⁾ Besonders während der Arbeitslosigkeit.

35 550 Fr. (Die Stadt stellt außerdem die Lokale samt Heizung und Beleuchtung unentgeltlich zur Verfügung.)

Die matten, schwachen Kinder der industriellen Großstädte bedürfen im Sommer einer Ferienversorgung in der frischen Luft. Die Ferienkolonien der Stadt Zürich beherbergen im Jahre 1908 985 Kinder. Für mehrere in der Stadt gebliebenen Kinder wurden Milchkuren (während der Ferienwochen täglich zweimal Milch und Brot) veranstaltet. Zu den Ausgaben für Ferienkolonien (43 277 Fr.) leistete die Stadt dem „Verein für Ferienkolonien“ einen Beitrag von 16 000 Fr.

Neben den Ferienkolonien sind die Ferienhorte von großer Bedeutung. Sie bezwecken, denjenigen schulpflichtigen Knaben und Mädchen, welche während der Ferienzeit in der Stadt verbleiben und größtenteils der elterlichen Aufsicht entbehren, eine Heimstätte zu bieten. Für Bedürftige ist der Besuch der Ferienhorte unentgeltlich.

Mens sana in corpore sano. Die Kinder der Städte sollen ihre körperlichen und geistigen Kräfte möglichst entwickeln; sie sollen die Natur und das bauerliche Leben kennen lernen. Für dieses Bedürfnis sorgt die Stadt Zürich dadurch, daß die Schüler oft Ausmärsche auf Kosten der Stadt machen. Die Stadt veranstaltet Jugendspiele unter Leitung von Schullehrern. Die Jugendspiele verursachten der Stadt im Jahre 1908 folgende Ausgaben: Entschädigungen an die Spielleiter 7438 Fr., Reparatur von Spielgärten 761 Fr., Schlußkassett (mit Erfrischung) 1229 Fr., zusammen 9428 Fr. Auch die Schulhygiene versucht die Stadt Zürich rationell zu organisieren. Mehrere Schulhäuser besitzen Bäder. Für Schüler der oberen Klassen findet jeden Sommer ein fakultativer unentgeltlicher Schwimmunterricht statt. Im Winter sorgt die Stadt für unentgeltliche Eisfelder zum Schlittschuhfahren.

Die Lehrer der Volksschule erteilen auch Turnunterricht, der für alle Kinder obligatorisch ist. Für Knaben der oberen Klassen ist ein fakultativer erweiterter Turnunterricht veranstaltet.

Die Stadt veranstaltet ärztliche Untersuchungen der Schüler. Im vorigen Jahre wurde eine spezielle Zahnklinik für Schulkinder eingerichtet.

Für schwachbegabte Kinder existieren Spezialklassen (Hilfsklassen), deren maximale Schülerzahl auf 22 festgesetzt ist, so daß die Lehrer imstande sind, den Unterricht dem individuellen Bedürfnis der Schüler anzupassen. Mit der Versorgung von schwachförmigen, körperlich gebrechlichen, verwahrlosten Kindern beschäftigt sich das städtische Fürsorgeamt.

Die Ausgaben der Stadt betragen hierfür:

Versorgung Verwahrloster	232 Fr.
Versorgung Schwachförmiger und Gebrechlicher	1294 -
Versorgung Erholungsbedürftiger	5117 -
Ärztliche Hilfe	235 -
Straßenbahnfahrten	1922 -
	8801 Fr.

Die Stadt leistete ferner im Jahre 1908 an verschiedene gemeinnützige Anstalten, welche den Zweck der Kinderfürsorge verfolgen, einen Beitrag von 75 910 Fr.

Es soll noch erwähnt werden, daß die Kinderfürsorge der Stadt Zürich sich auf alle Einwohner bezieht, ohne Unterschied der Heimatsangehörigkeit oder Nationalität.

Zu den pädagogischen Anstalten gehört ohne Zweifel auch das Theater. Mehrere europäische Städte, deren Verwaltung nur von den Bemittelten beeinflusst wird, verschleudern kolossale Geldsummen für die kostspieligen Operntheater, die, nach ihren hohen Billettpreisen, den breiten Bevölkerungsschichten gar nicht zugänglich sind. Im Gegensatz hierzu dient in der demokratischen Stadt Zürich, in der die Interessen der Arbeiterbevölkerung ausschlaggebend sind, auch das Theater dem Nutzen des Volkes. Bis 1908 bekam das „Stadttheater“ von der Stadt einen jährlichen Beitrag von 20 000 Fr. Seit 1908 entrichtet die Stadt einen jährlichen Beitrag von 50 000 Fr. und eine Entschädigung von je 1500 Fr. für jede veranstaltete Volksvorstellung, dafür aber verpflichtet sich die Theaterdirektion, die Vorstellungen möglichst allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen; sie veranstaltet während der Spielzeit (7½ Monate) folgende Vorstellungen: a) drei bis vier unentgeltliche Schülervorstellungen für die städtischen Schulen; b) bis 20 Volksvorstellungen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.²⁾ Damit ist das Theater wirklich als ein Erziehungsmittel den breiten Schichten zugänglich gemacht worden.

Zürich.

M. Gitermann.

²⁾ Vertrag zwischen der Stadt Zürich u. Theater-A.-G. Zürich vom 15. Juni 1908.

Bürger- und Lebenskunde in den ländlichen Fortbildungsschulen Preussens. In einer ministeriellen Verfügung über den Unterricht in der Bürger- und Lebenskunde in den ländlichen Fortbildungsschulen heißt es der „Post“ zufolge: Die Bürgerkunde hat den Schüler an der Hand der Erscheinungen in der Heimat aufzuklären über die Verhältnisse und Bedingungen des kirchlichen, kommunalen und staatlichen Verwaltungslebens (Familie, Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat, Reich usw.). Dabei ist darauf zu achten, daß der angehende Staatsbürger seine wichtigsten Pflichten und Rechte kennen lerne, mehr aber noch darauf, daß er die bestehenden Einrichtungen und Organisationen als solche erkennt, die die menschliche Gesellschaft sich zum Wohle ihrer einzelnen Glieder geschaffen hat, so daß der junge Mensch innerlich in die Gemeinschaft hineinwächst. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, den Unterricht in der Bürgerkunde mit geschichtlichen Rückblicken zu durchziehen. Auch selbständige Gesichtsbetrachtungen im Anschluß an vaterländische Gedenktage können sehr gut in diesen Unterricht aufgenommen werden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Schüler die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet, im Verkehrswesen im weitesten Sinne, im Vereins- und Genossenschaftswesen kennen lernt. Bei allem ist die ideale und ethische Seite zu berücksichtigen, da dieser Unterricht sich besonders dazu eignet, erzieherisch wirkende Betrachtungen einzuflechten. Speziell bezüglich der Lebenskunde wird betont, daß besonders sittlich-religiöse, bürgerlich-vaterländische, wirtschaftliche und andere Momente zu berücksichtigen sind. Alle verschiedenartigen Belehrungen sollen eine stark hervortretende erzieherische Bedeutung haben. Wo man besondere Stunden außerhalb des eigentlichen Unterrichts für die sittlich-religiöse Förderung der Schüler einrichtet, sind auch dann die Erziehungsziele weiter zu fassen, wenn die Bezeichnung „Religionsunterricht“ gewählt wird.

Fortbildungskurse für Anwaltsangehörige in Potsdam. Die beim Landgericht Potsdam zugelassenen Rechtsanwälte haben, wie uns von dort geschrieben wird, um ihren Angestellten Gelegenheit zu besserer Fortbildung zu geben, aus eigenen Mitteln eine Fortbildungsschule begründet, die am 1. Oktober 1910 ins Leben getreten ist. Der Unterricht findet in zwei Klassen, eine für Lehrlinge und sonstige Angestellte unter 17 Jahren, die andere für die älteren und fortgeschrittenen statt. Den Unterricht erteilen in der unteren Klasse ausschließlich Bureauvorsteher, in der oberen Klasse eine Anzahl von Anwälten abwechselnd mit einem Bureauvorsteher. Der Unterricht findet in einem von dem Präsidenten des Landgerichts zur Verfügung gestellten Raum des Landgerichts statt, und zwar für die untere Klasse zweimal wöchentlich in den frühen Nachmittagsstunden, für die Fortgeschrittenen ebenfalls zweimal wöchentlich in den Abendstunden. Die Anwälte haben sich verpflichtet, an den Unterrichtstagen die Angestellten eine Stunde früher zu entlassen, damit sie nicht unmittelbar aus ihrem Dienste ermüdet in den Unterricht kommen. Der Unterricht ist für die Angestellten vollständig unentgeltlich, die Bureauvorsteher, die den Unterricht erteilen, erhalten entsprechende Bezahlung. Den Schulvorstand bilden je drei Anwälte und Bureauvorsteher. Die Kurse haben in den beteiligten Kreisen großen Anklang gefunden. Das Beispiel beweist, daß derartige Einrichtungen auch in kleineren Städten bei einiger Opferwilligkeit und sozialem Verständnis sich sehr wohl ohne staatlichen Zwang treffen lassen.

Ein neues Arbeiterjugendheim in Breslau wurde von der organisierten Arbeiterkraft zu Weihnachten eröffnet. Es besteht aus drei Zimmern (Gesellschafts-, Lese- und Spielzimmer) und enthält eine Sammlung guter Bücher. Die organisierte Arbeiterschaft sorgt für genügende Beaufsichtigung. Das Heim ist zweimal wöchentlich abends und außerdem Sonntags nachmittags geöffnet.

Die Beratung Jugendlicher bei der Berufswahl in England wird dort als Ergänzung der Erziehung betrachtet. Das Erziehungsgesetz von 1909 (Education Act) hat deshalb im November 1910 eine Ergänzung dadurch erfahren, daß künftig die lokalen Erziehungsbehörden ermächtigt werden, die notwendigen Einrichtungen zu treffen, um die schulenlassene Jugend bis zum 17. Jahre bei der Berufswahl mit Rat und Tat zu unterstützen.

Volksgesundheit.

Ein Bleimerkblatt für Hüttenarbeiter wird vom Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., herausgegeben. Auf die Frage, wie eine Bleivergiftung entstehen kann, wird darin folgende Antwort erteilt:

Die in Blei-, Zink- und auch anderen Hütten vorhandene Gefahr der Bleivergiftung läßt sich vermeiden, wenn man die nötige Vorsicht gebraucht.

Bleivergiftung erfolgt durch Aufnahme des Bleies in den Körper. Dies geschieht durch Einatmen des immer bleihaltigen Staubes und Rauchs oder beim Essen und Trinken, beim Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak, wenn Speisen oder Tabak mit schmutzigen Händen und schmutzigem Gesicht und Bart gegessen oder mit bleihaltigem Staub bedeckt in den Mund gebracht werden.

Meist ist niemand. Das Blei sammelt sich bei den Unvorsichtigen im Körper an, und wer heute nicht erkrankt, kann morgen oder nach Wochen und Monaten erkranken.

Wie verhütet man nun die Bleierkrankung? Das Merkblatt erteilt dafür nachstehende Ratsschlüsse:

Alle Hüttenarbeiter müssen reinlich sein. Dabei sollen sie besonders folgendes beachten:

1. In ihrem eigenen Interesse liegt es, die Absaugvorrichtungen in Stand zu halten und die von den Behörden und der Hüttenleitung erlassenen Vorschriften genau zu befolgen, ferner besondere Arbeitskleider zu tragen, Mund- und Rasenschäuer zu benutzen und den Hüttenraum zu besprengen, wo es vorgeschrieben ist.
2. Von der höchsten Wichtigkeit ist es, daß man vor den Pausen und nach der Arbeit Gesicht, Mund, Bart und Hände sorgsam reinigt. Man soll nie essen oder das Werk verlassen, bevor man die Arbeitskleider mit anderen vertauscht und sich gründlich gewaschen oder noch besser gebadet hat. Wer während der Arbeit trinkt, soll den Rand des Trinktisches nicht mit schmutzigen Händen berühren. Besonderen Wert lege man auf regelmäßiges Zähneputzen und Mundspülen.
3. Während der Arbeit soll man das Pfeifenrauchen sowie das Schnupfen und Kauen von Tabak, wobei stets Blei in den Mund kommt, unterlassen, da Verunreinigungen der Hände mit bleihaltigen Stoffen nicht zu vermeiden sind. Das Anzünden der Pfeife mit glühender Räumaufheißung ist wegen der Gefahr des Einatmens von Bleidämpfen höchst gefährlich.

Man muß aber auch seinen Körper gegen die Wirkungen des Bleies schützen. Dazu muß man vor allem im Trinken mäßig sein. Unter keinen Umständen sollen Hüttenarbeiter Branntwein trinken, auch nicht außerhalb der Hütte. Aber auch Leute, die andere geistige Getränke in reichlichen Mengen genießen, neigen viel mehr zur Bleierkrankung als ganz Enthaltene.

Von Wert zur Vorbeugung gegen die Bleivergiftung ist eine kräftige und fettreiche Nahrung, also z. B. Milch und Speck; besonders zu empfehlen sind Schleimuppen vor der Arbeit. Wie beginne man die Arbeit mit leerem Magen.

Und dann: In freier Zeit gehe man in freie Luft! Marschieren, Turnen, Spaziergehen, Arbeit im Garten und Feld hilft über manche Schädigung hinweg.

Glaubt jemand an Bleivergiftung erkrankt zu sein, so wende er sich in seinem und seiner Familie Interesse sofort an den Kassenzarzt.

Das Merkblatt ist vom Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Börsenstr. 19, I, zu beziehen.

Aufhören der Wurmkrankheit der Vergleute. Auf dem 2. internationalen Kongreß für Gewerbekrankheiten in Brüssel machte Professor Dr. Bruns-Gelsenkirchen in einem Vortrag bemerkenswerte Mitteilungen über den Stand der Wurmkrankheit im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Wie wir dem kürzlich im Druck erschienenen Kongreßbericht entnehmen, hat von 1903 bis 1909 die Zahl der ermittelten Wurmbehafteten im Oberbergamtsbezirk Dortmund um 94,85 % abgenommen. Eigentliche Wurmkrankte gibt es unter den Vergleuten des Oberbergamtsbezirk Dortmund kaum noch; fast in allen Fällen, die noch aufgefunden werden, handelt es sich um sogenannte Wurmbehaftete. Bei einiger Vorsicht, wozu in erster Linie auch die Kontrolle der mikroskopischen Untersuchungen gehört, hat die Wurmkrankheit ihre Bedeutung für den rheinisch-westfälischen Bergbau verloren. Die Bekämpfung der Wurmkrankheit ist ein schöner Erfolg der modernen Hygiene.

Die Ärzte in Deutschland 1910. In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht San.-Rat Dr. Friedrich Prinzling in Ulm auf Grund des von Prof. Dr. F. Schwalbe herausgegebenen „Reichsmedizinischen Jahrbuchs für Deutschland auf das Jahr 1911“ eine Übersicht über die statistischen Verhältnisse der Ärzte Deutschlands im Jahre 1910. Die Zahl der Ärzte in Deutschland betrug danach in diesem Jahre 32 449. Es kommen auf 10 000 Einwohner 5,01 Ärzte. Ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 480 zugenommen. Künftig ist wieder ein Ansteigen der Verhältniszahl der Ärzte zu erwarten, da die Zahl der Medizinisierenden sehr gestiegen ist, so von 9239 im Jahre 1909 auf 11 125 im Jahre 1910. Auf die einzelnen Landesteile verteilen sich die Ärzte folgendermaßen:

	1909	1910		1909	1910
Ostpreußen . . .	694	715	Bayern	8 570	8 608
Westpreußen . .	528	536	Sachsen	2 294	2 281
Berlin (ohne Vor- orte)	2 148	2 071	Württemberg . .	1 061	1 077
Charlottenburg .	687	718	Baden	1 272	1 289
Brandenburg . .	2 056	2 170	Hessen	746	764
Pommern	662	658	Beide Mecklenbg.	862	859
Posen	618	625	Niedersachsen .	166	173
Schlesien	1 964	2 020	Braunschweig . .	263	275
Sachsen	1 842	1 876	Thüringen	695	708
Schlesw.-Holst. .	814	828	Anhalt	148	145
Hannover	1 455	1 459	Waldeck	46	53
Westfalen	1 497	1 541	Beide Lippe . . .	71	72
Hessen-Rassau . .	1 588	1 561	Lübeck	75	81
Rheinprovinz . .	3 806	3 869	Bremen	213	237
Signaringen . . .	25	24	Hamburg	753	754
			Schles.-Holst. . .	917	902

Ganz Preußen . . 19 819 19 671

Die Zunahme entfällt auch diesmal überwiegend auf die Großstädte, 329 von dem Plus von 480 Ärzten. Ihre Zahl betrug in Groß-Berlin 3894, in den übrigen Großstädten 9367. Auf 10 000 Einwohner kamen in Groß-Berlin 12,32, in den übrigen Großstädten 9,10, im übrigen Deutschland 3,74 Ärzte. In den Großstädten kamen auf 10 000 Einwohner 4,74

Biesbaden . . .	22,8	Kassel	9,7	Aachen	7,6
München	16,8	Stuttgart	9,7	Mannheim	6,8
Strasbourg . . .	13,9	Dresden	9,2	Dortmund	6,2
Groß-Berlin . . .	12,3	Danzig	9,1	Altona	5,9
Königsberg . . .	11,8	Braunschweig . .	8,7	Erfeld	5,8
Halle a. S. . . .	11,8	Erfurt	8,4	Erfeld	5,6
Kiel	11,5	Leipzig	8,3	Chemnitz	5,6
Frankfurt a. M. .	11,5	Kärnberg	8,1	Barmen	5,3
Breslau	11,3	Bremen	8,1	Bochum	5,0
Hannover	11,1	Magdeburg	8,0	Plauen	4,8
Posen	10,8	Stettin	7,7	Essen	4,5
Karlruhe	10,1	Düsseldorf	7,7	Duisburg	4,3
Köln	9,8	Hamburg	7,7	Gelsenkirchen . . .	4,0

Die Zahl der Ärztinnen ist erheblich gestiegen; während 1908 55 und 1909 69 verzeichnet waren, sind es jetzt 102 Ärztinnen: davon kommen auf Berlin 32 (1909 21), München 6 (wie im Vorjahre), Frankfurt a. M. 6 (1909 5), Dresden 6 (4) und Hamburg 4 (wie im Vorjahr). In zehn Städten sind zwei Ärztinnen aufgeführt, in 28 Gemeinden je eine. Die Zahl der weiblichen Medizinisierenden ist von 371 auf 512 gestiegen.

Einheitliche Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege in Österreich. Nach Erledigung der in erster Linie von der Österreichischen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege ausgehenden Vorarbeiten ist nunmehr ein wichtiger Schritt zur einheitlichen Organisation aller auf die Volksgesundheit abzielenden Vereinstätigkeiten erfolgt. Am 22. Oktober 1910 fand im hygienischen Institute der Universität Wien die konstituierende Sitzung des „Zentralausschusses für öffentliche Gesundheitspflege“ statt. Der neuen Organisation gehören an:

Österreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz, Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege, Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Raucher- und Staubplage, Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums, Österreichischer Ingenieur- und Architektenverein, Verein Säuglingsschutz, „Viribus unitis“, Hilfsverein für Lungentranke in den österreichischen Königreichen und Ländern, Verein zur Pflege des Jugendspiels, Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Zentralverband österreichischer Alkoholgegnervereine.

Der Einschuß weiterer Vereinigungen ist in den Statuten des Zentralausschusses für öffentliche Gesundheitspflege unter entsprechenden Voraussetzungen vorgesehen. Durch diese Statuten erscheint der Wirkungskreis und die Art der geplanten Zusammenarbeit in wenigen, aber klaren Zügen vorgezeichnet, indem als Zweck des Zentralausschusses dort angegeben ist:

1. Gegenseitige Fühlungnahme der angeschlossenen Vereine durch: a) kurze mündliche Mitteilungen der Delegierten in den Ausschusssitzungen über die Tätigkeit ihrer Vereine; b) schriftliche Bekanntgabe wichtiger Vereinsveranstaltungen (Versammlungen, Vorträge, Exkursionen, Resolutionen u. dgl.) an die Geschäftsstelle; c) Zusendung eines Abdrucks der Vereinsveröffentlichungen an die Geschäftsstelle.

2. Der Zusammenschluß aller oder einzelner Vereine zu gemeinsamer Tätigkeit, insbesondere: a) zu gemeinsamer Veranstaltung von Vorträgen, Kursen, Exkursionen, Beratungen, Begutachtungen, Kongressen u. dgl.; b) zu gemeinsamer Stellungnahme zu Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege (Resolutionen, Deputationen zu gesetzgebenden Körperschaften und Behörden); c) zu gemeinsamer Herausgabe von wissenschaftlichen und populären Schriften.

Den weiteren Grundbestimmungen entsprechend, daß jedesmal für die Dauer eines Jahres ein zugehöriger Verein die Geschäftsführung des Zentralausschusses übernehmen soll, ist für das erste Geschäftsjahr die Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege mit der Führung der Geschäfte betraut worden. Die näheren Organisations- und Arbeitsbestimmungen sind in der „Sozialen Rundschau“, Novemberheft, mitgeteilt, und man darf die Annahme hegen, daß durch die Mitteilung von der Gründung des Zentralausschusses in diesem Amtsgang des Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium auf eine Anteilnahme und Förderung der österreichischen Behörden an den Arbeiten der neuen volksgesundheitlichen Institution gerechnet werden kann.

Wohnungswesen.

Die Wohnungsnot in München ist durch die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 in erschreckender Weise bestätigt worden. Bereits in den letzten Jahren war eine Wohnungsnot festgestellt worden und auch durch genossenschaftliche und gemeindliche Unterstützung manches zur Abhilfe unternommen. Trotzdem ist durch die Zählung vom 1. Dezember eine abermalige Verschlechterung des Wohnungsmarktes festgestellt. Danach betrug am 1. Dezember die Zahl der leerstehenden, wirklich vermietbaren Wohnungen nur 662, außerdem wurden noch 1766 Wohnungen in noch unfertigem Zustand in Neubauten gezählt. Vor einem Jahre, bei der Zählung am 7. November 1909, ergab sich noch ein Gesamtbestand von 1812 leeren Wohnungen, von denen 838, d. i. 0,6%, für den Wohnungsmarkt verfügbar waren. Dieser Prozentsatz ist nun auf 0,5% vermindert. Nach dem allgemein gültigen Normalfalle sollen bei geordneten Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkte 3% des Gesamtwohnungsbestandes leer zur Verfügung stehen, das wären in München zurzeit etwa 5000 Wohnungen an Stelle der 662. Die in unfertigen Neubauten vorhandenen 1766 Wohnungen, die nach und nach beziehbar werden, können an dem Ergebnis der Wohnungszählung nichts ändern, diese Wohnungen werden durch die Bevölkerungszunahme aufgebraucht, denn der Jahresbedarf an neuen Wohnungen beträgt nach Maßgabe der statistisch festgestellten Bevölkerungszunahme rund 2500 Wohnungen. Auch sind die leeren Wohnungen vielfach nur größere Wohnungen, während gerade Kleinwohnungen gebraucht werden. Im Gemeindefakultätium der Stadt München ist sofort nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Wohnungszählung ein Dringlichkeitsantrag gestellt und an den Magistrat weitergeleitet worden, was die Stadtgemeinde zu tun gedenkt, um dem Mangel an Kleinwohnungen abzuwehren. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ behandeln in ihrem Leitartikel vom 17. Dezember die Münchener Wohnungsnot und schlagen als Abhilfe unter anderem vor Anregung und Erleichterungen sowohl für den privaten wie für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau, Schaffung einer Vermittlungsstelle für zweite Hypotheken, Ausbau der staatlichen und städtischen Verkehrsverhältnisse, um das Wohnen in den Vororten zu erleichtern.

Die Bestallung eines Landeswohnungsinspektors für Baden wird von der badischen Regierung geplant. Der Landesgesundheitsrat, der sich Anfang Dezember 1910 mit dieser Frage beschäftigte, billigte die hierauf gerichteten Vorschläge des Ministeriums. Darnach soll der Landeswohnungsinspektor die einheitliche und gleichmäßige Durchführung der Wohnungsaufsicht überwachen und die auf Wohnungsbeschaffung für die Kinderbedürftigen gerichteten Bestrebungen fördern, also in Stadt und Land in gesundheitlicher, sittlicher und sozialer Beziehung auf Beseitigung von Mißständen hinarbeiten.

Die Einrichtung der Arbeiterwohnung wird im Dezemberheft des „Fachblatts für Holzarbeiter“ (herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband) ausführlich behandelt. Durch zahlreiche gute Abbildungen wird veranschaulicht, wie die Forderung, daß auch die einfachsten Gegenstände dauerhaft, gut und schön hergestellt werden, mit sparsamen Mitteln erfüllt werden kann. Das Heft berichtet auch über einige Versuche, die Grundzüge der modernen Wohnungskunst auf die Arbeiterwohnung zu übertragen. Hugo Hillig schreibt über „Eine Arbeiterwohnung des Vereins für Kunstpflege in Hamburg“, Max Winter-Bien über eine Wiener Ausstellung von Kleinbeamten- und Arbeiterwohnungen, Robert Breuer über Arbeitermöbel.

Die Arbeiterwohnungen in Biegelsen und auf offenen Arbeitsplätzen in Belgien werden vom 1. Januar ab der Aufsicht der Arbeitsinspektoren unterstellt. Durch königliche Verordnung vom 15. Juni 1910 wurden Vorschriften zur Wahrung der Gesundheit, Sicherheit und Sittlichkeit für die mit solchen Betrieben verbundenen Arbeiterwohnungen erlassen. Die Vorschriften beziehen sich auf die bauliche Beschaffenheit,

die Mindestzahl der vorgeschriebenen Räume, den Mindestluftstrom für jeden Einwohner, Heizung, Lüftung, Bereitstellung von Trinkwasser. Die Trennung der Geschlechter muß bei der unverheirateten Arbeiterkategorie durchgeführt sein; beachtenswert ist die Vorschrift, daß die Abgabe alkoholischer Getränke verboten ist.

Städtische Wohnungsfürsorge in Zürich. Die Stadt Zürich verfolgt seit 1894 eine planmäßige Wohnungs- und Bodenpolitik. Der städtische Besitz an unbebautem oder bebautem Grund und Boden beträgt bereits über 33 Millionen Frank. Von städtischer Seite sind 362 Gebäude mit 587 Wohnungen und 263 Räumen für Läden, Wirtschaften oder gewerbliche Zwecke errichtet. Die Stadt Zürich vereinnahmte im Jahre 1909 an Mietzinsen 550 000 Fr., die fast alle rechtzeitig eingegangen sind; Verluste wegen vorzeitiger Vertragsauflösung und aus anderen Ursachen waren nur 692 Fr. zu verzeichnen. Die Erfahrungen, welche die Verwaltung mit der Vermietung und Nutzung der Häuser macht, sind nach dem städtischen Geschäftsbericht „andauernd befriedigende“. Die Wohnungserstellung durch die Stadt wird künftig noch vermehrt werden, denn kürzlich hat die Bürgerschaft von Zürich durch Volksabstimmung neuerdings über 5 260 000 Fr. für den Bau von 73 Wohnhäusern mit 288 Wohnungen bewilligt. Die Zahl der städtischen Wohnungen, einschließlich derjenigen von Arbeitern industrieller städtischer Unternehmungen, wird dadurch auf 900 erhöht.

Eine Millionenanleihe für Arbeiterwohnungs-zwecke in Norwegen. Die norwegische Wirtschaft- und Wohnungsbank hat in London eine Anleihe von 14 700 000 Kronen zu 4% aufgenommen, um billige Arbeiterwohnungen zu schaffen. Hinter diesem Plane steht nach dem Bericht des „Vorwärts“ die gesamte norwegische Arbeiterschaft.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Anstaltsfürsorge in Deutschland. Im Auftrage des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit herausgegeben von Stadtrat Dr. C. Münsterberg. Bearbeitet von Hedwig Kriesche und Dorothea Hirschfeld. Leipzig, Dunder und Humblot. Fr. 5 M.

Das vorliegende Handbuch will eine Übersicht über diejenigen Anstalten des ganzen Reiches geben, die ihre Wirksamkeit nicht nur auf einen örtlich eng begrenzten Bezirk erstrecken, sondern den Angehörigen eines größeren Bezirks (Regierungsbezirk, Provinz, Bundesstaat, Reich) zugänglich sind. Das Material beruht auf sorgfältigsten Ermittlungen. Über 800 Anstalten finden sich genaue Angaben über Ort, Zweck, Pflegezweige, Aufnahmegelege und Belegung usw. Das Buch bildet nicht nur für den Reisenden eine Ergänzung zu den Auskunftsbüchern über Wohlfahrtsanstalten, wie sie für eine Reihe von Städten bestehen, sondern kann darüber hinaus noch höheren Zwecken dienen. Man kann an diesem Handbuch einen Überblick gewinnen, ob und wieweit für die verschiedenen Arten von Anstaltsbedürftigen in den verschiedenen Gebieten gesorgt ist, damit die Neueinrichtung von Anstalten planmäßig und den Bedürfnissen entsprechend erfolgen kann.

Königens Kinderbücher. Im Verlage von Carl Koenig (Ernst Stülpmagel) in Wien ist eine Reihe von Kinderbüchern erschienen, welche den Beifall aller Eltern, Lehrer und Kinderfreunde finden wird: Kleine gelbe Büchlein von etwa 32–64 Seiten, mit künstlerischen Illustrationen, zu niedrigstem Preise.

Märchen, Gedichte, Erzählungen, kleine Theaterstücke, die von Kindern mit den einfachsten Mitteln selbst aufgeführt werden können, sollen aus dem reichen Schatz der Kinderliteratur aller Länder hier für jedermann zugänglich gemacht werden, ergänzt durch Arbeiten aus der Feder unserer ersten lebenden Jugendschriftsteller.

Die Grundstücks-Aufnahme von Ende Oktober 1905 sowie die Wohnungs- und die Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dezember 1905 in der Stadt Berlin und 29 benachbarten Gemeinden. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Erste Abteilung. Grundstücks- und Wohnungsaufnahme. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. Berlin 1910. Preis 4 M.

Tierhalterhaftung. Die besondere Haftung des Tierhalters und des Tieraufsichtspflichtigen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche dargestellt für Juristen und Nichtjuristen von B. G. Franke, hannov. Amtsrichter, preuß. und hanseat. Oberlandesgerichtsrat a. D. Hannover 1911. Salwingsche Verlagsbuchhandlung.

Les lois d'assurance ouvrière a l'étranger. Supplément général par Maurice Bellom, ingénieur en chef au corps des mines. Paris. Arthur Rousseau. 1909.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsn. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von
Werner Neumeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Raghaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbecken Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzverförgung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Die Organisation der Jugendfürsorge.

Bericht

erstattet von

Bürgermeister **Dr. Georg Schmidt**,
Beigeordneter der Stadt Mainz.

(Schriften d. Vereins f. Armenpflege u. Wohltätigkeit. 92. Heft.) Preis: 5 M. 20 Pf.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. — Erster Abschnitt. Die Aufgabe: „Die Organisation der Jugendfürsorge“ und die Grundlagen zu ihrer Lösung. — Zweiter Abschnitt. Die Schutz- und Erziehungsfürsorge für Kinder und Jugendliche. Fürsorge für armenrechtlich hilfsbedürftige Jugendliche. Fürsorge für Säuglinge; Kinder unterhalb des schulpflichtigen Alters, a) Säuglinge, b) Ziehfinder, c) Uneheliche Kinder, d) die städtische Säuglingsfürsorge in Magdeburg für Ziehfinder, armenrechtlich unterstützte und uneheliche Kinder, e) Aufwächter Kinder im vorerschulpflichtigen Alter. Fürsorge für das schulpflichtige Alter. Fürsorge für die schulstufende Zugen. Fürsorge für arbeitende Kinder und Jugendliche. Fürsorge für die verwahrloste. Fürsorge für strahlende Jugendliche. — Dritter Abschnitt. Die städtische Zentrale für Jugendfürsorge, Bedürfnis. Abgrenzung gegen die öffentliche Armenpflege. Aufgaben der Zentrale. — Vierter Abschnitt. Berufsvormundchaft und Gemeinbewahrent in ihrer Bedeutung für die städtische Zentrale für Jugendfürsorge. Das Nebeneinander von Berufsvormundchaft und Gemeinbewahrent in der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. Der Gemeinbewahrent außerhalb der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Fünfter Abschnitt. Die Einrichtung der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Anhang (mit besonderem Inhaltsverzeichnis).

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat **Dittmann**. Schriftleiter: Landesverf.-Assessor **Seelmann**.

Verlag von **Ad. Dittmann, Oldenburg i. Gr.**

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,
4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weitest möglicher Verbreitung. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, sodas der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkkindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. Das Kuratorium.

Perfekter Maschinenschreiber und Stenograph

(180 bis 200 Silben) auf sofort gesucht. Bewerber, evangelisch und militärfrei, welche in der Arbeiterversicherung, einer Rechtsauskunftsstelle, in Fürsorgevereinen oder Verwaltungsbüros mit Erfolg tätig gewesen sind, wollen ihre Bewerbungen unter **B. S. 25** an **Duncker & Humblot** in Leipzig unter Angabe von Referenzen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen einreichen.

Bei guten Leistungen dauernde Stellung und Pensionsversorgung.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Der Minister von Stein,

die französische Revolution und der preuss. Adel.

Eine Streitschrift gegen Max Lehmann.

Von **Ernst von Meier**.

Preis: 1 Mark 50 Pfennige.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 5. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: **Dr. Eduard Schnapper**, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber: **Prof. Dr. Stier-Somlo**, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Im Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig ist soeben neu erschienen:

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage der Deutschen Vereinigung verfaßt von

Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort

des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung

Graf zu Hornsbroech-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Duellennachweis. — I. Geschichtliches über Deutschtum und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protektartifizierung. — VI. Schule und Deutschtum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — IX. Schlußwort.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W., Mauerstr. 43. 44.

Dieser Nr. ist eine Verlagsanzeige von Dr. Werner Klinkhardt, Verlag, Leipzig, über Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens beigelegt.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Deutscher Heimarbeitertag. I.
Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin.
449Gesellschaft für Soziale Reform. In-
ternationale Vereinigung für ge-
setzlichen Arbeiterschutz 454
Die Ortsgruppe Bremen der Gesell-
schaft für Soziale Reform.
Vereinigung für Soziale Reform,
Schwerin i. M.
Schriften der Internationalen Ver-
einigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.Soziale Zustände 455
Das niederösterreichische Haus-
besorgerfürsorgegesetz vom
9. Oktober 1909. Von Dr. Paul
Komperdt.Tarifvereinbarungen zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitern 460
Das Zentralarbeitsgericht im
Baugewerbe.
Ein neuer Tarifvertrag für die süd-
deutsche Konfektionsindustrie.
Ein Mindesttarif für alle gewerblichen
Muster Leipzigs.Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten . . . 462
Die Berufsvereine der Arbeiter und
der Arbeitgeber in Frankreich zu
Anfang des Jahres 1910.
Die Notwendigkeit der Arbeiterorgani-
sationen.Streiks und Ausperrungen . . 463
Zum Kapitel „Terrorismus in
Arbeitskämpfen“.
Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter
im Ruhrrevier.
Ein großer Bergarbeiterstreik in
Belgien.
Schneiderstreik in Wien.
Ein Streik der Wiener Kaffeehaus-
kellner.Arbeiterschutz 467
Arbeitsordnungen in Gast- und
Schankwirtschaften.
Arbeiterschutz gegen Mißbrand-
gefahren.
Rettungsvorrichtungen in englischen
Bergwerken.Arbeiterversicherung. Sparkasten. 468
Die Gewöhnung als wesent-
liche Veränderung im Sinne
des § 88 des Gewerbe-Unfall-
Versicherungsgesetzes. Von
Herrn Lange, Rixdorf.Versicherung eines in einer Feinler-
heilstätte untergebrachten Feinlers
gegen Unfall.Verringerung von Invalidenrenten
durch Anrechnung von Beitrags-
wochen.Arbeitslosigkeit und ihre Be-
kämpfung 471
Die Ordnung der Stadtge-
meinde Schöneberg über die
Förderung der Versicherung
gegen Arbeitslosigkeit.Wohlfahrteinrichtungen . . . 472
Beamten- und Arbeiter-Unterstützungs-
fonds in den deutschen Altienge-
schaften.Volkserziehung 473
Reiseindrücke aus der eng-
lischen Jugendarbeit.
Die Ausstellung gegen die Schund-
literatur.Der Einfluß der freien Hochschulen
auf die Hörer.
Die Begleitung der Jugendfürsorge
und der ländlichen Fortbildungs-
schule.Sozialpolitik im Verkehrswesen . 476
Arbeiterbewegungen in den Verkehrs-
betrieben des Auslandes.

Literarische Mitteilungen . . . 477

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur
mit voller Quellenangabe.

Deutscher Heimarbeitertag.

I.

Die Anregung zum Deutschen Heimarbeitertag, der am 12. Januar in Berlin abgehalten wird, ist aus den Kreisen organisierter Heimarbeiter gekommen, die das Verlangen haben, in letzter Stunde, ehe das Hausarbeitsgesetz, die Arbeitskammervorlage und die Reichsversicherungsordnung im Reichstag und später dann im Bundesrat zur Entscheidung kommen, noch einmal ihre Forderungen zur Regelung und Verbesserung der Zustände in der Hausindustrie öffentlich kundzugeben. Mit diesem Wunsche haben sich die Heimarbeiter und

Heimarbeiterinnen an ihre alten Freunde im bürgerlichen Lager gewendet, an die Vereine, Gesellschaften, Institutionen, mit denen sie gemeinsam vor fünf Jahren die Deutsche Heimarbeiter-Ausstellung in Berlin ins Leben gerufen haben. Da die sämtlichen gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Heimarbeit, die jetzt als Regierungsvorlagen mit den Zusätzen der Kommissionsbeschlüsse des Reichstags zur Beratung stehen, jener Ausstellung ihre Entstehung verdanken, so ist der Heimarbeitertag nur die Wiederaufnahme der vor fünf Jahren eingeleiteten Aktion durch dieselben Persönlichkeiten, wenn auch mit anderen Mitteln, aber zum gleichen Zweck: der Verbesserung des Loses der Heimarbeiter durch einen Aufruf an die Öffentlichkeit, insbesondere aber an die gesetzgebenden Gewalten.

Gewiß sind die Heimarbeiter und ihre Freunde auch während der Jahre, die die Vorbereitung der gesetzlichen Maßnahmen erst in der Stille der Amtsstuben, dann im Bundesrat, endlich im Plenum und Ausschuß des Reichstags beansprucht hat, nicht müßig gewesen. Sie haben in zahlreichen Eingaben und Vorstellungen, durch mancherlei Publikationen, in Versammlungen, Vereinen und Konferenzen selbständig oder mittelbar ihre Forderungen den Regierungen und Reichstagsfraktionen nahegebracht. Diese Bemühungen sind auch nicht fruchtlos gewesen: sowohl im Hausarbeitsgesetzentwurf wie in der Arbeitskammervorlage sind wichtige Änderungen und Ergänzungen von den Ausschüssen vorgenommen worden; teilweise haben sie auch bereits die Zustimmung des Plenums gefunden, und wir halten an der Hoffnung fest, daß auch die andern Kommissionsbeschlüsse, die wir als Verbesserungen der ursprünglichen Regierungsvorschläge betrachten, im Plenum angenommen und zuguterletzt vom Bundesrat bestätigt werden. Aber selbst wenn dies geschieht, sind damit die Forderungen der Heimarbeiter an die Gesetzgebung nicht befriedigt. Und gerade auf die Lücken im Rahmen der zur Entscheidung anstehenden Entwürfe hinzuweisen und ihre Ausfüllung zu erbitten, das ist die Aufgabe des Deutschen Heimarbeitertages.

Er steht auf völlig neutralem Boden, soweit die Politik in Frage kommt. Er kennt keine Parteien und keine Fraktionen; sein Aktionsausschuß hat alle Reichstagsabgeordneten ohne Unterschied eingeladen, ebenso wie die zuständigen Reichsämtler, Ministerien und Behörden. Alle Organisationen der Heimarbeiter haben sich vereinigt, aus allen Zweigen und Berufen der Hausindustrie, ebenso aus den verschiedensten Teilen des Reichs, aus Stadt und Land erscheinen Heimarbeiter, um ihre Räte und Wünsche noch einmal kundzutun und dem Reichstag und dem Bundesrat zu unterbreiten. Was Handelskammern, Innungen, gewerbliche Verbände, Organisationen der Arbeitgeber und ihre Mittelspersonen getan haben, um in Beschlüssen und Eingaben die Interessen der Unternehmer bei der Beratung der in Betracht kommenden Gesetze zu wahren, das wollen jetzt auch die Heimarbeiter tun — nichts anderes! In dieser Hinsicht soll und muß die Kundgebung einseitig sein, allein auf die Forderungen der Arbeitnehmer abgestimmt. Es ist das letzte Mittel, das ihnen zu Gebote steht, und ihre Wünsche sollen rein und unverfälscht an die Ohren und, wie wir hoffen, auch an die Herzen der Gesetzgeber kommen. Diese haben allein die Entscheidung zu fällen, und überall da, wo die Forderungen der Arbeitgeber und der Arbeiter nicht übereinstimmen, wie dies vielfach gerade für die Heimarbeit zutrifft, ist es angezeigt, in reinlicher Scheidung vorzugehen, ohne unklare Vermischung der nun einmal tatsächlich bestehenden Gegensätze.

Unterstützt werden die Heimarbeiter in ihrem Beginnen von einer großen Schar alter Freunde, Vertretern der Wissenschaft, Volkswirten und Sozialpolitikern, dem Verein für Sozialpolitik, der Gesellschaft für Soziale Reform, zahlreichen Frauenvereinen, auch Unternehmer fehlen nicht in diesem Kreise. Diese Bundesgenossenschaft ist historisch erwachsen und natürlich. Die Mär vom freundlichen Jdyl der Heimarbeit ist zerstört und die Not der Hausindustrie zuerst ans Licht gestellt worden von Männern der Wissenschaft, von bürgerlichen Sozialpolitikern und Frauenvereinen. Wir nennen nur die Namen Schmoller, Thun, Sar, Schnapper-Vrnda, Gertrud Döhrenfurth, Sombart, Bittmann, Alfred Weber, Wilbrandt; wir erinnern an die Forschungen des Vereins für Sozialpolitik, an die Tatsache, daß aus dem bürgerlichen Lager die ersten Forderungen gesetzlicher Eingriffe zur Linderung des Elends gekommen sind, daß schon vor 12 und 15 Jahren angelehnte Gelehrte erklärt haben, ohne Regelung der Lohnfrage könne man nicht an die Wurzel des Übels greifen. Vor unsern Augen steigt die Tragik des Weberelends auf, das ein großer Dichter dramatisch gestaltet hat. Und wir gedenken des helfenden Erbarmens, das aus Frauenvereinen an die Bedrängnis der Heimarbeiterinnen herangetreten ist. Aus bürgerlichen Kreisen ist nach der Anregung beim Heimarbeiterkongreß von 1904 der Plan zur Deutschen Heimarbeiterausstellung gekommen und ihre Vertreter haben getreulich an ihrer Durchführung mitgeholfen. Ebenso wie der starke Widerhall, den dieser Schrei des Jammers in der bürgerlichen Gesellschaft damals fand, den Entschluß zur Hilfe durch die Gesetzgebung ausgelöst hat. Wie sollten wir da jetzt bei dem Heimarbeitertag fehlen, den Heimarbeitern unsere Unterstützung versagen?

Lang genug hat es ja ohnehin gedauert, bis man in Deutschland an den Versuch einer Regelung der Heimarbeit herangetreten ist. Wir möchten hier gleich, um einem weitverbreiteten Mißverständnis vorzubeugen, einschalten, daß wir Sozialpolitiker keineswegs von vornherein und ohne weiteres die starke Hand des Staates für alle Not und Bedrängnis in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeiführen. Im Gegenteil: wo die Selbsthilfe, sei es im Wege des Kampfes, sei es durch Verständigung, Mißstände beseitigen kann, treten wir für sie zuerst ein. Aber wie sollen sich die Heimarbeiter selbst helfen? Die Möglichkeit, sich zu organisieren, ist schwach. Arbeitseinstellungen sind schwer durchzuführen, Verhandlungen und Vertragsschlüsse kaum zu erzielen. Wenn irgendwo das Wort zutrifft, daß man sich nicht am eignen Schoß aus dem Sumpf ziehen kann, so gilt es für die Heimarbeiter. Gerade über diese wirtschaftlich schwächsten und sozial hilflosesten Arbeitergruppen muß der Gesetzgeber seine schützende Hand breiten, gerade für sie ist Staatshilfe notwendig, damit sie zur Selbsthilfe erzogen werden können. Lange, allzulange ist das versäumt worden. Die Gewerbeordnung, die für Kinder, jugendliche Arbeiter, Frauen, ja auch für Männer Maßregeln zum Schutze von Gesundheit, Leben und Eiligkeit traf, ging am Heimarbeiterelend achlos vorbei. Nur die Bestimmungen des Lohnschutzes, des Trunkverbots wurden auch auf die Hausindustrie erstreckt, freilich auch gerade hier am häufigsten übertreten. Auch in der Sozialversicherung wurden die Heimarbeiter sehr stiefmütterlich bedacht; fakultative Krankenversicherung durch Ortsstatut, Befugnis des Bundesrats, einzelne Zweige (Tabak- und Textilarbeiter) in die Invalidenversicherung einzubeziehen, Ausschluß von der Unfallversicherung. Ebenso können die Heimarbeiter nur zum geringen Teile ihr Recht vor dem Gewerbegericht suchen. Die Zustände in der Hausindustrie entbehren jeder behördlichen Aufsicht. Vor der Schwelle der Familienarbeit machte der Gesetzgeber Halt, mochten innerhalb der vier Wände auch überlange Arbeitszeit, gesundheitswidrige Beschäftigung, Elend und Hunger Männer, Frauen und Kinder verderben.

Breite wurde in die Arbeit der Familie, deren heiliger Name oft schlimme Grauel deckt, erst durch das Kinderschutzgesetz von 1903 gelegt. Der Staat, der zur Erfüllung seiner Zwecke für manche andere Gebiete längst seine Hand auch in die Familie gestreckt hatte — Meldepflicht, Impfpflicht, Schul- und Wespfpflicht — besann sich auf seine Aufgabe, die Kinder nicht nur im Fabrikbetriebe, sondern auch im Elternhause vor Ausbeutung zu schützen, damit die Schule ihr Werk tun könne und die Gesundheit des Nachwuchses gefördert werde. Das Kinderschutzgesetz bleibt hinter vielen Wünschen weit zurück, seine Durchführung begegnet großen Schwierigkeiten. Das ändert aber nicht das Mindeste an der großen Bedeutung dieser Maßnahme, die auf dem Grundsatze beruht: auch in der Heimarbeit muß ein Schutzsystem durchgeführt werden. Zunächst bei den Kindern — aber bei ihnen kann man nicht Halt machen!

Diese Überzeugung wurde Gemeingut in Deutschland durch die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung im Januar und Februar 1906 zu Berlin. Zwei Übelstände hat sie vornehmlich offengelegt: eine grenzenlose Anarchie in den Verhältnissen der Heimarbeiter und einen erschreckenden Tiefstand der Löhne und damit der Lebenshaltung. Auch die Gefahren, die den Konsumenten vielfach aus der Heimarbeit drohen, wurden klar. Die Ausstellung hat lassächlich nicht nur in Deutschland, sondern fast in der ganzen Kulturwelt den Bemühungen zur Verbesserung des Loses einer armen, im Elend dahinlebenden Schicht neue Kraft gegeben. Noch standen ihre Türen weit offen, als schon ein Kronrat, wie amtlich verkündet wurde, sich mit dem Heimarbeiterschutz beschäftigte. Wir besitzen Abschrift eines Briefwechsels zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern von Anfang März 1906, der die Mittel und Wege einer solchen Schutzgesetzgebung erörterte. Immerhin wurde es Ende 1907, bis die ersten gesetzgeberischen Vorschläge an den Reichstag gelangten in der Form einer Novelle zur Gewerbeordnung. Dann folgte im Februar 1908 die Arbeitskammervorlage, die besondere Abteilungen für die Hausindustrie vorsah. Endlich nahm auch der Entwurf der Reichsversicherungsordnung Bedacht auf die Heimarbeiter. In diesen Blättern sind die parlamentarischen Geschehnisse dieser gesetzgeberischen Maßnahmen sorgsam verzeichnet worden; wir kommen heute nicht mehr darauf zurück, sondern stellen nur den gegenwärtigen Stand der Dinge fest: Die Arbeitskammern stehen vor der dritten Lesung; ob die Entscheidung für oder wider sie fällt, ist heute nicht zu sagen. Die kleine Novelle zur Gewerbeordnung, die die Ausgestaltung des Lohnbuchs und der Arbeitszeit zu einem Abrechnungsbuch vorsieht, ist in der Kommission noch nicht beraten worden. Die Reichsversicherungsordnung unterliegt der zweiten Lesung im Ausschuß. Das Hausarbeitsgesetz, das in der Kommission fast einstimmig angenommen worden ist, kommt demnächst zur Entscheidung ans Plenum des Reichstags.

So liegt vor uns ein ganzer Komplex von ineinandergreifenden Maßnahmen für die Heimarbeit, und wenn auch naturgemäß das Hausarbeitsgesetz als wichtigstes voransteht, so werden mutmaßlich auf dem Heimarbeitertag auch die anderen Vorlagen und Entwürfe getreift werden. Freudig erkennen wir an, daß in ihnen viele Handhaben enthalten sind, um in das Chaos der Hausindustrie Ordnung zu bringen, Mißstände zu beseitigen, das Elend zu lindern. Die allgemeine Registrierpflicht, die Einführung der Gewerbeaufsicht, die sanitären Schutzmaßnahmen des Hausarbeitsgesetzes sind wertvolle Errungenschaften, selbst wenn mancher Wunsch hier noch unerfüllt bleibt. Wir begrüßen die obligatorische Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter, ohne mit der Form ihrer Durchführung immer einverstanden zu sein, bedauern aber, daß nicht auch das Gleiche für Invalidität, Alter und Unfall geschieht. Die Ausgestaltung des Lohnbuchs, dessen allgemeine Einführung, die obligatorischen Lohn tafeln, die Entschädigung für ungerechtfertigte Zeiterückstände sind hochwillkommen. Die Vorschrift, daß die Arbeitskammern der Lohnregelung und dem Tarifabschluß in der Heimarbeit ihre Sorge widmen sollen, kann von großer Bedeutung werden. Aber in diese Befriedigung und Hoffnung mischt sich doch der Zweifel: Was von diesen Vorschlägen wird nun wirklich Gesetz? Scheitert nicht noch manches dicht vor dem Hafen? Und werden andere nicht verkrüppelt bis zur Unbrauchbarkeit?

So haben die Heimarbeiter, als Nächstbeteiligte, ein gutes Recht, im gegenwärtigen Augenblicke, kurz vor der Entscheidung ihre Stimmen zu erheben und laut ihre Wünsche kundzugeben. Dabei werden ganz naturgemäß diejenigen Forderungen vorangestellt, deren Erfüllung ihnen als Wichtigstes erscheint. Jeder Arbeiterschutz und jede Sozialversicherung bringen zunächst Lasten mit sich, Kosten und Beschwerlichkeiten sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeiter. Für die Heimarbeiter trifft dies ganz besonders zu. Da ihr Einkommen sich meist an der Grenze des Existenzminimums hält, wird jeder Pfennig, der für Versicherungsbeiträge aufzubringen ist, jede Schutzmaßnahme, die die Ausweitung der Arbeitskraft beschränkt, als eine schwere Last empfunden, die den Arbeiter im Augenblick weit mehr bedrückt als den Arbeitgeber, wenn sie auch für die Zukunft vorwiegend dem Wohle des Arbeiters diene. Aus diesem letzteren Grunde nehmen auch die Heimarbeiter diese Lasten willig auf sich. Aber tragen können sie sie nur dann, wenn wirklich an die Wurzel aller Übel in der Hausindustrie gegriffen wird, an die vorwiegend elenden Löhne, die zum Leben zu wenig, zum Sterben kaum zu viel sind. Man mag die Dinge drehen und wenden, wie man will: ohne Aufbesserung der Löhne in den eigentlichen Elendsindustrien ist aller Heimarbeiterschutz vergebliche Mühe.

Man doktort dann an den äußeren Erscheinungen herum, ohne das wahre Leiden heilen zu können.

Die Lohnfrage ist der Kern des ganzen Heimarbeitproblems — das ist heute allgemeine Überzeugung. Und da die Heimarbeiter selbst meist zu schwach sind, um sich hier zu helfen, müssen eben andere Gewalten eingreifen. Auch die Regierung verschließt sich diesen Tatsachen keineswegs. Eine Reihe von Bestimmungen in den Gesehntwürfen, die wir oben aufgezählt haben, soll nicht nur dem Lohnschutz, d. h. der Sicherung des wirklich verdienten Lohnes gelten, sondern mittelbar auch der Lohnregelung im Sinne einer Lohnherhöhung. So das Lohnbuch, die Lohn tafel, die Entschädigung für Zeitversäumnis, die Förderung der Arbeitstarife. Dies sind gute, aber kleine Mittel, die im besten Falle sehr langsam und bescheiden helfen. Damit kommen wir nicht aus. Soll wirksam, rasch, durchgreifend geholfen werden, so muß der Kommissionsbeschuß erster Lesung Gesetzeskraft erlangen. Danach sollte der Bundesrat die Befugnis erhalten, für bestimmte Hausindustrien und bestimmte Bezirke, in denen ganz besonders niedere Löhne bestehen, Einrichtungen zu treffen, in denen unter neutralem Vorfige Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter sich beraten und verständigen über Mindestlöhne für Zeit- oder Stückarbeit; diese sind dann rechtsverbindlich, selbstverständlich nur für die Heimarbeit und die Bezirke, für die der Bundesrat jene Einrichtung getroffen hat.

Im Grunde wird damit nicht viel mehr bezweckt als mit Tarifsbeschlüssen unter behördlicher Förderung und Bestätigung, wie dies die Arbeitskammern tun sollen. Aber da es fraglich ist, ob wir die Arbeitskammern bekommen, auch diese nur fakultativ sind und gerade für die eigentlichen Glendindustrien schwer zu konstruieren sein werden, so muß trotzdem auf der Errichtung besonderer Institutionen für die Heimarbeit bestanden werden. Man hat diesen Einrichtungen den Namen „Lohnämter“, mit einer schiefen Übersetzung des englischen Vorbildes, gegeben und damit eine Fülle falscher Vorstellungen erweckt: als ob bürokratische Diktatur stets die Löhne einfach von oben herab, vielleicht sogar für alle Hausindustrien gleichmäßig im ganzen Reich dekretieren sollte! Haben wir doch selbst aus sehr hochstehenden Beamtenkreisen den Einwand gehört, daß der Reichskanzler oder der Staatssekretär des Innern sich vor Vorwürfen gar nicht mehr zu retten wissen würden, wenn er durch Lohnämter die Löhne diktiere! Was wirklich vorgeschlagen wird, ist doch sehr bescheiden und geringfügig: nur in vereinzelten Ausnahmefällen, wo schwere Notstände durch kümmerlichste Löhne in der Heimarbeit einzelner Gegenden erzeugt sind, sollen die Behörden an Ort und Stelle Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter zu Besprechungen zusammenbringen, unter Ermäßigung der ortsüblichen Löhne und der gewerblichen Verhältnisse Vereinbarungen nach Art von Tarifverträgen herbeiführen und diesen dann mit örtlicher und zeitlicher Begrenzung zur Geltung verhelfen.

Es handelt sich also um eine Notstandsaktion. Und wenn man einwendet, in Lohnfragen dürfe sich die Gesetzgebung nicht einmischen, so wollen wir nicht entgegenhalten, daß diese Abwehr früher gegen jeden staatlichen Eingriff in das gewerbliche Arbeitsverhältnis ins Feld geführt worden ist, handelte es sich nun um Sonntagsruhe, Arbeitszeit, Schutzaller, sanitäre Maßnahmen. Wir wollen auch nicht weiter dabei verweilen, daß Gesetz und Verordnung sich schon jetzt vielfach um die Lohnfrage kümmern, nicht nur im Lohnschutz, sondern auch hinsichtlich der Lohnhöhe; man denke nur an das weite Gebiet der Lagen, an die Vorschriften für öffentliche Lieferungen, an das Kaligesez. Auch will das Hausarbeitsgesez ja ausdrücklich indirekt auf eine Verbesserung der Löhne hinwirken. Es ist nur ein kleiner — und kein grundsätzlicher — Schritt weiter, wenn auch die Vertragsausschüsse mit behördlicher Beihilfe nach den Vorschlägen der ersten Ausschusslesung verwirklicht werden. Bald würde sich herausstellen, daß damit nur eine Vorbereitung und Förderung der jetzt fast unmöglichen Selbsthilfe in der Heimarbeit geboten würde. Denn solche Institutionen erziehen ganz von selbst zur Organisation und befähigen zur Verhandlung. Als es sich in England um die Errichtung der Gewerkeämter handelte, haben Liberale und Konservative im Parlament mit der Regierung gewetteifert, den Glendbesten in der Arbeiterschaft Hilfe zu bringen. Nicht nur als eine Aufgabe wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit wurde dies Problem behandelt, sondern als eine Pflicht christlicher Nächstenliebe. Die Briefe von Sir Charles Dille und des Bischofs von Birmingham in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 6) legen Zeugnis davon ab. Auch in Deutschland sollte Parteilichkeit und Prinzipienreiterei schwinden vor der Überzeugung, daß ohne Lohnaufbesserung alle gesetzliche Regelung der Heimarbeit nur ein fruchtloses Beginnen ist.

Berlin.

E. Francke.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Ortsgruppe Bremen der Gesellschaft für Soziale Reform hielt am 5. Dezember 1910 in diesem Winter ihren ersten öffentlichen Vortragabend ab. Durch Vermittlung des Bureaus für Sozialpolitik in Berlin war die stellvertretende Vorsitzende des deutschen Käuferbundes, Frä. v. Knebel-Döberitz (Berlin), gewonnen worden, um einen Vortrag über das Thema „Käuferpflichten“ zu halten. Die von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Bremen, Prof. Pöple, geleitete Versammlung war zwar nicht sehr stark, aber von einem sehr interessierten Publikum besucht, von Vertretern der männlichen und weiblichen Handelsangestellten-Organisationen, der Großkaufleute, der christlichen Gewerkschaften, Frauen aus den verschiedensten Richtungen der Frauenbewegung usw. Die Vortragende lehnte ihre Ausführungen an die zwei Hauptgedanken an: Käufer-Moral und Käufer-Macht, gab eine geschichtliche Entwicklung der ganzen Bewegung im Aus- und Inlande, der Wege und Ziele, die der Käuferbund sich gestellt hat, und wies im besonderen auf die zeitgemäßen Wünsche hin, die in dem ausliegenden Flugblatte „Weihnachtsfieber“ dem Publikum ans Herz zu legen seien. In der äußerst lebhaften Diskussion gaben die Vertreter der Kleinhandels ihrer Freude über die Bestrebungen des Käuferbundes Ausdruck, brachten mancherlei Wünsche vor und beleuchteten aus Erfahrung die durch Konsumenten verursachten Notstände. Einmütig wurde gewünscht, die sozialreformerischen Bestrebungen des Käuferbundes sollten auch in Bremen Eingang finden. Es erklärten sich auch mehrere Anwesende bereit, einer Aufforderung der Vortragenden zu folgen und zu einer Spezialberatung der hierfür einzuschlagenden Wege zusammenzutreten. Der bei dieser Sitzung vorgelegte Arbeitsplan wurde angenommen, die Anwesenden beschloßen als Arbeitsausschuß im Bureau des Geschäftsführers der Ortsgruppe, Dr. Böhmert, ihre erste Sitzung abzuhalten, in welcher Fragebogen an die Vereine und andere Werke- und Orientierungsarbeit beschloßen werden sollten. Man beabsichtigt erst auf dieser Linie Vorarbeit zu leisten, ehe man zu fester Ortsgruppengründung, Auffstellung einer weichen Liste usw. schreitet.

Vereinigung für Soziale Reform, Schwerin i. M. (Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform). In der am 12. Dezember 1910 abgehaltenen, auch von Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppe des Deutschen Bundes abstinenter Frauen als Gästen besuchten Mitgliederversammlung widmete der stellvertretende Vorsitzende, Obligutsbesitzer Ihlefeld (Zannenhof), dem verstorbenen Vorsitzenden Dr. mod. Passow einen warmen Nachruf. Besonders eingehend erörtert wurde die Frage einer noch ausgedehnteren Fürsorge für die schulpflichtige Jugend in Schwerin. Es wurde einstimmig anerkannt, daß dies zweckmäßig nicht durch Schaffung neuer Einrichtungen, sondern durch weiteren Ausbau des durch die dankenswerte Initiative des Frauenvereins mit städtischer Unterstützung bereits geschaffenen Kinderhortis geschehen könnte. — Die Gründung einer Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer wurde begrüßt und einmütig die Ansicht vertreten, daß zur Vermeidung einer Zersplitterung die Vereinigung für Soziale Reform alle weiteren Schritte zu der in ihren Sitzungen wiederholt eingehend erörterten Schaffung kleiner Wohnungen nur noch in Verbindung mit der neu gegründeten Ortsgruppe der Bodenreformer unternehmen könne. Der Anschluß weiterer sozial interessierter Verbände und Vereine an die Vereinigung wurde im Interesse einer wirksamen Förderung sozialer Reformen als dringend wünschenswert bezeichnet. Insbesondere wurde es für notwendig erachtet, innerhalb der hierfür besonders in Betracht kommenden Vereine unausgesezt zu betonen, daß die Vereinigung sich auf den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stelle, Anhänger aller bürgerlichen Parteien zu ihren Mitgliedern zähle, jede Parteipolitik ausschließe und im Sinne ausgeglichener Gerechtigkeit und sozialer Versöhnung um die Hebung der wirtschaftlich schwächeren Volksklassen bemüht sei. — Die Ortsgruppe hat zu dem Gesetzentwurf über die Steuerreform eine Eingabe an die Stände gerichtet, in der sie Steuerbefreiung bis zu einem Jahreseinkommen von 900 M. sowie eine Verschärfung der Heranziehung der Jahreseinkommen über 20 000 M. fordert.

Schriften der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Als Nr. 7 dieser Publikation ist der Verhandlungsbericht der 6. Generalversammlung, Lugano, 26. bis 28. September 1910, vom Bureau der Vereinigung herausgegeben worden (Zena, Verlag von Gustav Fischer). Den Inhalt des 185 Seiten starken Heftes bildet außer dem Verzeichnis der Delegierten, der Tagesordnung und einigen einleitenden Vorbemerkungen der Bericht der Verhandlungen, die mit einer Ansprache des Präsidenten Scherrer eingeleitet wurden, über das Arbeitsamt und seine Aufgaben, die Heimarbeit, die gewerblichen Gifte, die Nacharbeit der Jugendlichen, den Vollzug der Arbeiterschutzgesetze, den Maximalarbeitsstag, die Gleichbehandlung der Ausländer in der Versicherung, die Kinderarbeit. Als Beilagen sind angehängt die Berichte des Bureaus und der Sektionen, des Internationalen Arbeitsamts und des Schatzmeisters, Rechnung und Budget. Endlich sind die Beschlüsse der 6. Generalversammlung übersichtlich aufgeführt.

Soziale Zustände.

Das niederösterreichische Hausbesorgerfürsorgegesetz vom 9. Oktober 1909.¹⁾

Der niederösterreichische „Hausbesorger“ unterscheidet sich sowohl in Hinsicht des rechtlichen Verhältnisses zum Hauseigentümer wie auch seiner wirtschaftlichen Stellung zu den Mietern in vieler Beziehung von dem Berliner Portier oder dem Pariser Concierge. Er ist eine Type, die erst mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung entstehen konnte.²⁾ In kleinen Landstädten, in Sommerfrischen, auch in gewöhnlichen Einfamilienhäusern findet er keine Verwendung. Erst in dem Maße, als die modernen Zinshäuser entstanden, als das Vermieten ein Gewerbe wie jedes andere wurde, benötigte der Hauseigentümer eine oder mehrere Personen (die Familie des Hausbesorgers), die sich mit der Reinigung des Gebäudes, seiner Bewachung wie überhaupt mit all den Obliegenheiten befassen, die das Vermietungsgeschäft mit sich brachte. Gewiß besorgt in manchen Häusern noch ein Diensthote die Geschäfte der Hauswartung oder in vornehmen Häusern der Portier, in anderen der Gärtner, in Geschäftshäusern der Geschäftsdienner oder Hausknecht. All diese Personen sind, wie schon aus der Terminologie hervorgeht, entweder Diensthote oder Gewerbegehilfen. Was aber den Typus anlangt, der im vorstehenden zu schildern versucht wurde und der eigentlich das ist, was man im gewöhnlichen Sprachgebrauche in Österreich als „Hausbesorger“ bezeichnet, so ist bis zur Gegenwart der Streit nicht entschieden, ob die nur einen Teil ihrer Arbeitskraft dem Hausherrn zur Verfügung stellenden Personen, die ihrem Hauptberufe nach kleine Gewerbetreibende, Hilfsbeamte (Schreiber), Geschäfts- und Banddiener, Briefboten, Schutzleute usw. sind, in ihrer Eigenschaft als im Lohn des Hauseigentümers stehend, als Diensthote unter die Gefindeordnung oder als gewerbliche Hilfsarbeiter unter die Gewerbeordnung fallend, anzusehen sind: Die Frage nach der rechtlichen Qualifikation der Stellung des Hausbesorgers zum Hauseigentümer ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine wesentlich praktische, denn je nach der Art und Weise, wie entschieden wird, sind eine Reihe anderer wichtiger Probleme zu lösen. Vor allem ist die Kompetenz der Behörde von dieser Entscheidung abhängig, dann ist der Kreis der Rechte, die dem Hauseigentümer gegen den Hausbesorger zustehen, selbstverständlich ein ganz anderer, wenn man den Hausbesorger unter die Diensthotenordnung subsumiert, als wenn man ihn einem anderen Gesetze unterstellt. Dabei handelt es sich um einen Stand, dem in Wien 30 000 und mit den Angehörigen vielleicht 60 000 bis 80 000 Personen angehören. Die Zahl der Angehörigen ist deshalb so niedrig gegriffen, weil als Hausbesorger wohl immer verheiratete, vielfach aber nur kinderlose Personen angestellt werden. Nun gilt das Gesetz nicht aber bloß für Wien, sondern für eine ganze Reihe anderer Städte, wie Baden, Krems, Mödling, St. Pölten, Br. Neustadt.

Bisher konnten die Hausbesorger vielfach ihr Recht gegenüber den Hauseigentümern nicht durchsetzen, was natürlich auch *vice versa* gilt, indem nämlich sowohl die Polizeibehörden, denen die Hausbesorger, wenn sie unter die Gefindeordnung fallen würden, hinsichtlich der Substanz unterstellt wären, wie auch die Gerichte sich als inkompetent erklärten. Dies läßt sich allerdings nur verstehen, wenn man sich den Inhalt der österreichischen Diensthotenordnungen³⁾ und den besonders antisozialen Geist, von dem sie durchdrungen sind, vergegenwärtigt. Hieraus kann jedoch im einzelnen nicht eingegangen werden. Immerhin zeigt dieser Hinweis zur Genüge, daß es ganz unmöglich ist, einen als Hausbesorger angestellten Schutzmann oder Postboten als Diensthote des Hauseigentümers anzusehen, ganz abgesehen davon, daß ihm ja ein wesentliches Kriterium des Diensthotenverhältnisses, die Hausgenossenschaft, mangelt. Trotzdem ist die Anschauung, daß der Hausbesorger doch ein Diensthote sei, in gerichtlichen Entscheidungen zum Ausdruck gekommen, die sich auf ein Hofdekret vom 4. November 1784 stützen, und eine Entscheidung des Ministeriums vom 4. November 1871 macht sich diesen Gedanken ebenfalls zu eigen und erklärt, daß Streitigkeiten zwischen dem Hauseigentümer und

dem Hausmeister aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnvertrage nach der Diensthotenordnung zu entscheiden seien. Demgegenüber hat allerdings die Prager Statthaltereie die Intervention der Polizei in einem solchen Streite abgelehnt, weil Hausbesorger keine Diensthote seien.

Eine weitere Meinung, daß der Hausbesorger als gewerblicher Hilfsarbeiter anzusehen sei, da die Hausherrn das Vermieten der Wohnungen gewerbmäßig betrieben, die Hausbesorger mithin als ihre Gehilfen in diesem Gewerbe anzusehen seien, kann einer rechtlichen Prüfung nicht standhalten; sie ist wohl auch mehr durch die praktischen Erwägungen des Standes, der begreiflicherweise die Anwendung der Gefindeordnung vermieht, veranlaßt worden.

Wieder andere wollen einen Bestandvertrag annehmen, bei dem der Hausbesorger statt der Zahlung des Bestandzinses niedere Dienste zu leisten habe. Diese Ansicht widerspricht jedoch nicht nur den Bestimmungen des österr. BGB., welches einen Bestandvertrag nur dort annimmt, wo der Bestandnehmer einen in Geld bestimmten Zins zu zahlen hat, sondern auch der ganzen tatsächlichen Stellung des Hausbesorgers.

Das neue Gesetz sucht in diese verworrenen Verhältnisse einigermassen Ordnung zu bringen. Es erklärt als Hausbesorger (Portier, Hausmeister) alle jene Personen, männlichen oder weiblichen Geschlechtes, welche vom Eigentümer oder Verwalter eines Mietshauses mit dessen Beaufsichtigung, Wartung, Reinhaltung und sonstigen Besorgungen betraut sind. Ausgesprochen wird nun auch ausdrücklich, daß auf diese Personen die Gefindeordnung keine Anwendung finden soll. Jedoch wird die Einschränkung gemacht, daß dies nur für solche Hausbesorger zutrifft, bei denen diese nicht bloß mit dem Hauseigentümer, sondern auch mit den Mietbewohnern in Kontakt treten, also bei dem Zinshause. Es wird jedoch die Geltung der Gefindeordnung, beziehungsweise Gewerbeordnung ausdrücklich anerkannt, wo es sich um ein ausschließlich von dem Besitzer bewohntes Objekt (zum Beispiel: Palais, Villa) oder eine lediglich gewerblichen Zwecken dienende Realität, z. B. eine Fabrik, ein Hotel usw. handelt.

Das Gesetz regelt sehr sorgfältig die Pflichten des Hausbesorgers, ist aber mit der Erteilung von ihm zustehenden Rechten sehr sparsam.

Der Hausbesorger hat die Pflicht, das Interesse des Hauseigentümers in Ansehung des seiner Obhut anvertrauten Hauses mit Umsicht, Sorgfalt und Redlichkeit wahrzunehmen, alle Gebrechen an dem Hause, aus denen dem Hauseigentümer oder dritten Personen Schaden oder Nachteil an Gesundheit oder Vermögen entstehen könnten, dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter sofort zur Anzeige zu bringen, Beschädigungen der Haus- und Wohnungsbestandteile durch die Mietparteien oder fremde Personen tunlichst hintanzuhalten und auf Einhaltung der Hausordnung durch die Parteien zu achten. Er ist verbunden, allen Anordnungen des Eigentümers oder dessen Nachhabers, welche sich auf die Wartung, Beaufsichtigung oder Verwaltung des Hauses beziehen, Folge zu leisten.

Es wird mit diesen Vorschriften nur der bestehende Zustand gesetzlich festgelegt. Auch gegenwärtig hat der Hausbesorger den Hauseigentümer teils gegenüber den Mietparteien, teils gegenüber Handwerkern und Lieferanten nach bestem Können zu vertreten. Dadurch, daß der Hausbesorger im Hause das Interesse des Hauseigentümers wahrnehmen, andererseits aber vielfach bei Streitigkeiten intervenieren muß, was im Gesetze dahingehend ausgedrückt ist, daß er verbunden ist, über die Sicherheit der Hausbewohner zu wachen und eventuell die Wache zu holen, ist er bei den großen Massen der Mieterbevölkerung eine höchst unsympathische Type. Der Sozialpolitiker darf sich aber durch derlei Stimmungsmomente nicht beeinflussen lassen, sondern hat in dem Hausbesorgerstande nur eine um Verbesserung ihrer Existenzverhältnisse ringende, vielfach in höchst bedauerlicher Lage sich befindende Gruppe der Arbeiterklasse zu sehen.

Je nachdem nun, welche Funktion des Hausbesorgers der Hauseigentümer für besonders wichtig hält, wird er bei der Anstellung die Auswahl unter der meist sehr großen Zahl von Bewerbern treffen. Denn es melden sich meistens nicht nur eine große Anzahl von zur Hausbesorgung qualifizierten Anwärtern, sondern auch viele, die meinen, daß der Hausbesorgerberuf nichts anderes als einen geschäftigen Müßiggang darstelle und daß die Hauptaufgabe des Hausbesorgers sei, möglichst viel Geld aus den Taschen des Eigentümers und der Mieter für sich zu erlangen. Was aber diejenigen anlangt, die wirklich durch gewisse Kenntnisse oder Fähigkeiten in der Lage sind, dem Hause besondere Dienste zu leisten, so kommen hier natürlich die verschiedensten Professionistenkategorien in Betracht. Installateure, Maurer, Anstreicher, Maler, Tischler usw. In vielen Fällen ist es aber dem Hauseigentümer

¹⁾ Siehe Gesetz betreffend eine Hausbesorgerordnung usw. 79. d. Beil. u. z. sten. Prot. d. Landt. d. Erz. Österreich u. d. Gms. — X. Wahlperiode I. Session.

²⁾ Siehe die auch vielfach im folgenden benutzte geistreiche kleine Studie v. W. Fuchs „Der Hausmeister und seine Rechte“. Wien 1891.

³⁾ Siehe H. Morgenstern, Art. „Diensthotenrecht“, Österreichisches Staatswörterbuch, I. Bd., Wien 1905.

weniger darum zu tun, einen Handwerker im Hause zu haben, der die notwendigen Reparaturen rasch und vielleicht auch billig vollzieht, sondern ihm ist die Ordnung und Sicherheit des Hauses die Hauptsache. Er wird also einen Defektiv oder Schutzmann mit der Besorgung seines Objektes betrauen. Erscheinen ihm die Geldgebung bei der Zinszahlung als besonders wichtig oder auch die Schreibarbeiten für die polizeilichen Meldungen, Anzeigen an die Steuerbehörde usw., so wird wohl ein Bantdiener oder Schreiber die offene Stelle erhalten.

Nur in ganz besonderen Fällen wird der Ertrag aus der Hausbesorgung genügen, um eine wenn auch nur kleine Familie zu ernähren. Meist wird, wie gesagt, die Hausbesorgung entweder als Nebenberuf oder ein anderer Beruf neben der Hausbesorgung zur Ergänzung der Einnahmen ausgeübt. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß es dem Hausbesorger gestattet ist, wenn nicht beim Vertragsabschlusse anders vereinbart wurde, einen anderweitigen Beruf auszuüben. Falls sein anderweitiger Beruf ihn jedoch durch längere Zeit außer dem Hause beschäftigt, muß er, wie auch in jedem Falle längerer Abwesenheit vom Hause, für seine Vertretung durch eine andere geeignete, dem Hauseigentümer genehme Person in der Beaufsichtigung des Hauses auf seine Kosten sorgen.

Zu diesem Paragraphen bemerkte die Kritik, daß es besser gewesen wäre, dem Hausbesorger das Recht einzuräumen, sich durch „ermäßigte Familienangehörige“ vertreten zu lassen, da die Gefahr bestünde, daß der dem Hausbesorger nicht besonders gewogene Hauseigentümer die Frau des Hausbesorgers als persona ingrata bezeichnen könnte.

Nachdem kurz die Rechte und Pflichten des Hausbesorgers besprochen wurden, sollen seine Einnahmen kritisch beleuchtet werden. Da ist vor allem an die „freie Wohnung“ zu denken, die aber vielfach nur eine teilweise freie ist. Es ist nämlich, namentlich dann, wenn der Hausbesorger zugleich Gewerbsmann ist, nicht selten, daß er eine größere Wohnung, als sonst üblich ist, oder neben der Wohnung ein Lokal als Werkstätte inne hat. In diesem Falle wird dann gewöhnlich ein Zins für den das übliche Maß der Wohnung überschreitenden Teil begehrt und bezahlt. Was im allgemeinen die Wiener Hausbesorgerwohnungen anlangt, so ist zu sagen, daß da schier unglaubliche Zustände herrschen. Oft werden die Räume verwendet, die sonst zu nichts gebraucht werden können. Oft haben sie kein Licht und sind für eine einzige Person zu klein, geschweige denn für eine Familie. Es gibt Häuser, in denen man durch die Wackstübe in die Hausbesorgerwohnung kommt und sich die Wohnung selbst als ein finsterner Raum ohne Fenster darstellt. Ja, es gibt Hausbesorgerwohnungen, die acht Stufen unter der Erde liegen und von Matten heimgefußt werden. Meist schweigt die Wiener Baupolizei. Nur wenn es sich um Hauseigentümer handelt, die sich irgendwie bei der hohen Behörde mißliebig gemacht haben, dann schreitet sie drakonisch ein.

Deshalb ist die Bestimmung des Gesetzgebers: „Daß dem Hausbesorger seitens des Hauseigentümers die Einräumung einer mindestens aus zwei Räumen bestehenden Wohnung gebührt,“ ein Schlag ins Wasser. Denn die Hauseigentümer werden nun vielfach, um dem Wortlaut des Gesetzes zu entsprechen, zum Nachteile der Hausbesorger einen Raum durch eine Gipswand in zwei Teile teilen. Abhilfe kann nur eine moderne Bauordnung schaffen, die aber natürlich auch streng und gerecht durchgeführt werden mußte.

Eine weitere Einnahmequelle des Hausbesorgers ist der „Sperrschlüssel“ (jetzt 20 Heller), die Entlohnung, welche der Hausmeister für das Öffnen des Tores nach der Sperrzeit erhält. In Wien werden nämlich nach der polizeilichen Vorschrift die unter tags offenen Tore um 10 Uhr abends gesperrt und des morgens (gewöhnlich ohne Unterschied der Jahreszeit) um 5 Uhr wieder geöffnet. Wer innerhalb dieser beiden Zeitpunkte aus dem Hause oder in das Haus will, hat die Hilfe des Hausbesorgers in Anspruch zu nehmen und denselben dafür zu bezahlen.

Die Wirkungen dieser polizeilichen Sperrvorschriften haben sich in jeder Richtung für den Handel und Geschäftsverkehr als schädlich erwiesen. Wenn die zehnte Stunde naht, so kann man in den Straßen Wiens, besonders in den Arbeiterbezirken, eine förmliche Flucht der Passanten beobachten, die eilends ihren Ubilaktionen zustreben, um dem Döbols zu entgehen, den ihnen der Charon — in Gestalt des Hausbesorgers — abzunehmen droht.

Nicht nur daß infolge der zeitigen Torssperre die Theater und Vergnügungsorte vielfach schlecht besucht sind, auch der Unterricht des Volksbildungsvereins und der volkstümlichen Universitätskurse mußte bedeutend eingeschränkt werden, weil man die Teilnehmer nicht mit dem Sperrgeld belasten wollte und konnte. Was die

sicherheitspolizeilichen Momente anlangt, so kann auch nicht gesagt werden, daß sie für die zeitliche Sperrstunde sprechen, denn niemand wird behaupten wollen, daß in Ländern und Städten, in denen die Haustore länger geöffnet sind oder die Mieter Schlüssel bekommen — man denke an das Deutsche Reich, Schweiz, Frankreich usw. — die kriminellen Vergehen häufiger sind als in Österreich. Vielleicht im Gegenteil!

Auch auf die Hebung der Sittlichkeit hat das Sperrgeld nicht eingewirkt. Die fraglichen Verhältnisse des näheren zu erörtern, würde zu weit führen. Angeführt sei nur, daß Wien unter allen Großstädten Europas die größte Zahl außerehelicher Kinder aufweist.

Aber auch rechtlich weiß man nicht, als welcher Art Entgelt das Sperrschlüssel aufzufassen ist. Es ist keine remuneratorische Schenkung (Trinkgeld), andererseits wird aber auch die Pflicht des Mieters zur Zahlung des Sperrgeldes sehr bestritten. Erst vor kurzer Zeit vertrat in einem Urteilspruche ein Wiener Richter diesen Standpunkt und judizierte dahingehend, daß eine Verpflichtung zur Entrichtung des Sperrgeldes nicht bestehe, weil die Mietsbewohner durch den Mietkontrakt das Recht zum jedesmaligen Eintritt in die Wohnung erlangt haben und es Sache des Hauseigentümers sei, ihnen diesen Zutritt zu jeder Zeit ohne weitere vereinbarte Nebenzahlung zu verschaffen. Würde einem Hausbewohner oder auch einem Besucher desselben der Eintritt oder Ausgang aus dem Hause verweigert, so könnten sich natürlich für den Hauseigentümer bzw. den Hausbesorger schwere zivil- und eventuell auch strafrechtliche Folgen ergeben.

Das neue Gesetz gleitet über alle diese Schwierigkeiten mit aalartiger Glätte hinweg. Da heißt es einfach: es gebührt dem Hausbesorger für die jedesmalige Öffnung des Haustores nach Torssperre seitens der Parteien die übliche Entlohnung von 20 Heller. Für die Peripheriehäuser, in denen außer dem Hause herrn meist noch einige Parteien wohnen, gilt aber die weitere Bestimmung, daß es dem Hauseigentümer gestattet sein soll, den Mietparteien Torsschlüssel auszufolgen. In diesem Falle, sowie dann, wenn er die Mietpartei von der Zahlung des Sperrgeldes enthebt, hat er den Hausbesorger hierfür zu entschädigen oder den Betrag der vom Mieter zu leistenden Entschädigung mit diesem zu vereinbaren.

Die Gelegenheit, die Mieter dadurch zu entlasten, daß man das Sperrgeld aufhebt und dem Hausbesitzer es überläßt, in welcher Weise er das Öffnen und Schließen des Haustores durchführen will, hat man jetzt nicht nur ungenützt vorübergehen lassen, sondern sogar durch die gesetzliche Bestimmung der Zahlungspflicht des Sperrgeldes diesem den Charakter einer öffentlich-rechtlichen Gebühr gegeben, was als im höchsten Grade anfechtbar zu bezeichnen ist.

Die dritte der Einnahmequellen ist das Reinigungsgeld. Das Gesetz schreibt vor:

„Für die Besorgung der Reinigungsarbeiten im Hause ist der Hausbesorger in der Regel (sic!) vom Hauseigentümer besonders und in angemessener Höhe zu entlohnen. Den Mietparteien kann die Verpflichtung zur Leistung dieser Entlohnung (Reinigungsgeld) nur durch eine diesbezügliche Vereinbarung bei Abschließung des Mietvertrages auferlegt werden. Falls der Hauseigentümer die Mieter von der Zahlung des Reinigungsgeldes enthebt, obliegt es ihm, den Hausbesorger zu entlohnen.“

Da der Paragraph in sehr verlausulierter Form nur von einer angemessenen Entlohnung spricht, nicht aber einen Prozentsatz des Gesamtzinsertragnisses als für Reinigung abzugeben und dem Hausbesorger zu übermitteln vorschreibt, ist er ziemlich wertlos.

Nach dieser Betrachtung über die Einnahmen des Hausbesorgers sollen die anderen Vorschriften dieses sonderbaren Fürsorgegesetzes für den Hausbesorgerstand kurz beleuchtet werden.

Da sind vor allem wichtig die Bestimmungen über die Kündigungsfrist und die Bestimmung, daß alle Streitigkeiten zwischen dem Hausbesorger und dem Hauseigentümer nicht vor die Polizei, sondern vor die ordentlichen Gerichte gehören, die insbesondere die Aufkündigung von beiden Seiten entgegenzunehmen und der Gegenpartei zuzustellen, sowie über einen allfälligen Einspruch der Streitparteien wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist zu entscheiden haben. Diese Kündigungsfrist der Stellung und Wohnung des Hausbesorgers muß mindestens vierzehntägig sein und kann nur mit Ablauf eines jeden Kalendermonats gegenseitig, natürlich ohne Angabe von Gründen, aufgekündigt werden. Unbegreiflich ist nur, warum diese Kündigung durch eine Einwendung bei Gericht nicht angefochten werden soll. Auch die Bedingungen, unter denen es dem Hauseigentümer gestattet sein soll, den Hausbesorger ohne Kündigungsfrist aus Stelle und Wohnung zu entlassen, sind sehr

dehnbar. Es ist dies nämlich dann möglich, wenn der Hausbesorger eine Unrechtheit begeht, durch sein grobes Verschulden ein Schaden für das Haus oder den Hauseigentümer eintritt, er ein ungebührliches Benehmen gegenüber dem Hauseigentümer oder dem Mieter fortgesetzt an den Tag legt oder sonst seine Pflichten in gröblicher Weise vernachlässigt. In allen Streitigkeiten, die sich aus Anlaß einer derartigen Kündigung ergeben sollten, entscheidet die Polizeibehörde in erster und letzter Instanz.

Jedoch auch der Hausbesorger kann unter bestimmten Umständen Stellung und Wohnung ohne Kündigung verlassen, und zwar dann, wenn er ohne erweislichen Schaden für seine Gesundheit seinen Obliegenheiten nicht mehr nachkommen kann, der Hauseigentümer sich einer tätlichen Mißhandlung oder einer groben Ehrenbeleidigung gegen ihn oder dessen Angehörige schuldig macht, ferner wenn ihn der Hauseigentümer oder seine Angehörigen zu unsittlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten suchen, oder endlich, wenn der Hauseigentümer dem Hausbesorger die bedingenen Bezüge ungebührlich vorenthält, ihm die eingeräumte Wohnung oder andere wesentliche Vertragsbestimmungen verlegt.

Nachdem nun in kurzen Umrissen all das besprochen wurde, was das Gesetz dem Hausbesorger bringt, ist noch einiges darüber zu sagen, was es unberücksichtigt gelassen hat. Und da ist eigentlich der wundeste Punkt dieser ganzen Fürsorgeaktion zu suchen. Denn während in dem seinerzeit dem Landtag zur Schaffung des Hausbesorgerfürsorgegesetzes vorgelegten Antrag die Schaffung einer Kranken- und Unfallversicherung für die Hausbesorger gefordert wurde, beschloß sich das von der gesetzgebenden Körperschaft beschlossene und nun schon sanktionierte und in Kraft getretene Gesetz gar nicht mit dieser Frage. In dem oben erwähnten Vorschlage hieß es, daß eine der wichtigsten Landesfragen der Hausbesorger die Schaffung einer Kranken- und Unfallversicherung sei. Zu diesem Zwecke sollte ein Verband aller Hausbesorger von Wien geschaffen werden, welcher das betreffende Statut autonom, jedoch unter Genehmigung der Verwaltungsbehörde festzusetzen hätte. Auch der Meinung wurde Ausdruck gegeben, daß es am zweckmäßigsten sei, die Organisation dieser Versicherung dem Verband zu überlassen und in das Gesetz nur den Versicherungszwang als solchen aufzunehmen. Nach dem Entwurfe sollte die Krankenversicherung für alle Mitglieder des Verbandes, die Unfallversicherung nur bei jenen, die durch ihre Beschäftigung besonderen Gefahren ausgesetzt sind, obligatorisch sein. Das Statut sollte auch nebst der gesetzlichen Zwangsversicherung eine freiwillige Versicherung, die sich insbesondere auf die Angehörigen erstrecken sollte, ermöglichen. Auch war eine Befreiung vom Versicherungszwange dann projektiert, wenn eine Versicherung bei einem Ersatzinstitute nachgewiesen würde.

Die Hauseigentümer, die eine Versicherung der Hausbesorger ablehnten, beziehungsweise die Urheber des neuen Gesetzes, dachten wohl daran, daß der neue Sozialversicherungsentwurf¹⁾ vom 3. November 1908 die Hausbesorger zum Teile einbezieht und daß es bis zu seiner Gesetzgebung noch gute Wege habe, so daß sie also noch geraume Zeit der unangenehmen Versicherungsbeiträge ledig sein würden.

Der neue Gesetzesentwurf bezieht aber in die Krankenversicherungspflicht zwar alle Personen ein, welche auf Grund eingegangenen Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses Arbeit oder Dienste verrichten, schließt aber von der Versicherung Personen aus, und das ist besonders wichtig für den uns hier interessierenden Kreis von Beschäftigten, die nur im Nebenberufe eine Erwerbstätigkeit ausüben, welche als Hauptberuf die Versicherungspflicht begründen würde. Dieselbe Ausnahme gilt auch für die geplante Invaliden- und Altersversicherung. Es kommt also die Sozialversicherung für einen Großteil der Hausbesorger, wie aus der vorangegangenen Darstellung hervorgeht, gar nicht in Betracht. Um so mißverständlicher wäre es gewesen, im Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung der ganzen Materie auch für die erkrankten, verunglückten oder invaliden Hausbesorger und deren Angehörige Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen.

Dr. Paul Komperd.

¹⁾ Siehe meine Abhandlungen über diese Frage in: Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 17, 1908; Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Nr. 2, 1909; Soziale Revue Nr. 2, 1909; Annalen des Deutschen Reichs Nr. 8, 1909.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe

wird sich nicht, wie in der gesamten Presse bekanntgegeben und in Sp. 400 auch von der „Soz. Praxis“ mitgeteilt worden ist, aus 3, sondern aus 4 gewählten Arbeitgebervertretern neben 4 Arbeitervertretern zusammensetzen. Die an die ungleichen Ziffern geknüpften Bemerkungen über eine Kürzung der Arbeitgeberinteressenvertretung im Zentralschiedsgericht sind also hinfällig. Ebenso gegenstandslos sind aber auch die abfälligen Kritiken, die in einzelnen sozialdemokratischen Parteiblättern an der Auswahl der (in Sp. 400 genannten) Unparteiischen, die der Staatssekretär des Innern vereinbarungsgemäß vorgenommen hat, geübt worden ist. Gegenüber diesen Versuchen der Parteiblätter, zwei der Oberschiedsrichter als „Arbeiterfeinde“ von vornherein zu diskreditieren, verdient Beachtung, was ein gewerkschaftliches Fachblatt „Der Grundstein“ des Maurerverbandes zu der Besetzung des Schiedsgerichts schreibt. „Der Grundstein“ wendet sich mit Schärfe besonders gegen den Vorkämpfer des „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit und nennt ihn „eine einzige Verzerrung der wirklichen Vorgänge.“

„Warum verschweigt der Mittel, daß Delbrück um die Ernennung der Unparteiischen von beiden Parteien ersucht worden ist? . . . Von Herrn Böbling wird gesagt, er „ist sozialpolitisch vom Holz der Scharfmacher, ist ein hyperkonservativer Mann“. . . Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir uns dies Urteil in keiner Weise zu eigen machen und stützen uns dabei auf das Vertrauen, das die Berliner Arbeiter Herrn Böbling in seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsvertreter entgegenbringen. Besonders peinlich berührt es demgegenüber, daß man Herrn Böbling eine Handlung zum Vorwurf macht, die er nie begangen hat. Nie hat Böbling einen Gewerkschaftsangehörigen als Arbeitervertreter zurückgewiesen. . . Der „Grundstein“ zerpfückt weiter die Angriffe des „Vorwärts“ gegen den dritten Unparteiischen, Herrn Mayr-München. Ihm hält der „Vorwärts“ nämlich vor, daß er einen Vorgesetzten habe, der früher einmal selbständiger Bauunternehmer und an der Leitung seiner Unternehmerorganisation beteiligt war. Nun erklärt der „Grundstein“, daß jener Vorgesetzte die ihm anvertrauten Unternehmerinteressen nach dem Urteil Münchener Bauarbeiter „in durchaus vornehmer und keineswegs scharfmacherischer Weise“ wahrgenommen habe. Und mit welchem Rechte, fragt der „Grundstein“ weiter, will der „Vorwärts“ behaupten, daß sich Herr Mayr von diesem Vorgesetzten zu Ungunsten der Arbeiter beeinflussen lasse? „Wir halten es für wenig anständig, einen Mann in so fränkender Weise zu verdächtigen, dem man bisher keine Handlung nachsagen kann, die einen solchen Verdacht rechtfertigte.“

„Der Grundstein“ knüpft daran noch einige energischen Äußerungen des Unmuts, daß solche falschen Brandartikel durch die politische Arbeiterpresse verbreitet werden.

„Hat nicht die ganze Arbeiterbewegung ein Interesse daran, solche falschen Staatsaktionen zu vermeiden, von denen nichts weiter übrig bleibt, als Verstimmung hier und dort? Schließlich darf uns auch die Wirkung auf die außerhalb der Arbeiterschaft stehenden Kreise nicht gleichgültig sein. Es ist doch wahrlich nicht angenehm, unverdienterweise so hart angegriffen und verdächtigt zu werden, wie es dieser Artikel mit den Unparteiischen tat, und es gehört nicht wenig Selbstzucht dazu, sich dadurch nicht beeinflussen zu lassen.“

Auch das Fachblatt des Zimmerverbandes empfiehlt entgegen den „Neurio“-Rufen der politischen Arbeiterblätter erst einmal besonnenes Abwarten und ebenso wendet sich die „Holzarbeiterztg.“ gegen die „voreilige Kritik“ besonders des „Vorwärts“ und der „Münch. Post“; sie erklärt die vorgebrachten Einwendungen gegen die Persönlichkeiten der gewählten Unparteiischen für ein Nichts. Sie weist vielmehr auf die positive Tatsache hin, daß Böbling sich im „Preuß. Verwaltungsblatt“ sehr freimütig für die Zulassung der Arbeitersekretäre zu den Arbeitskammern ausgesprochen hat. Das läßt nach Ansicht der „Holzarbeiterztg.“ nicht gerade erkennen, daß er „sozialpolitisch vom Holze der Scharfmacher sei“. Sehr richtig fügt dasselbe Blatt hinzu:

„Der Sache wäre jedenfalls mehr gedient, wenn man die Dinge mit der nötigen Ruhe betrachten würde. . . . Wenn man auf dem Boden der Tarifverträge steht und den im Baugewerbe abgeschlossenen Vertrag anerkennt, dann wäre es richtiger gewesen, die Ernennung der Unparteiischen vorerst ohne Bemerkung hinzunehmen und zunächst deren Tätigkeit abzuwarten.“

Auch das offizielle „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften erklärt ausdrücklich, daß es den Standpunkt der hier aufgestellten Gewerkschaftskritiker teile, und empfiehlt den Redaktionen der politischen Arbeiterpresse dringend, keinerlei Veröffentlichungen über innere Angelegenheiten der Gewerkschaften zu bringen, ehe sie sich nicht an zuständiger Stelle ausreichend darüber unterrichtet haben.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe hat am 5. und 6. Januar im Reichstagsgebäude in Berlin unter Vorsitz des Geheimrats Dr. Wiedfeldt seine erste Sitzung abgehalten. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat mit seiner Vertretung die Vorsitzenden Enten-Leipzig, Lücher-Frankfurt a. M., Wolsfram-Breslau und Behrens-Hannover betraut. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat seine Führer Bömelburg und Behrend, der Zimmererverband den Vorsitzenden Schrader und der Christliche Bauarbeiterverband den Vorsitzenden Wiedeberg für die Vertretung bestellt. Die Beratungen beschränkten sich auf die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, nämlich auf die Feststellung der Satzungen und der Geschäftsordnung. Zur Verhandlung und Entscheidung der in großer Zahl vorliegenden Streitfälle wird das Schiedsgericht erst nach einigen Wochen zusammentreten können. Inzwischen werden die vorliegenden Beschwerden und Anträge den Parteien unter Beifügung der Begründung zugestellt werden.

Zu den Hauptstreitfragen, die das Schiedsgericht beschäftigen werden, gehört die Affordarbeit. Der Schiedsspruch vom Juli 1910 sieht bekanntlich Vereinbarungen über die Affordlöhne vor. Die Arbeitgeber fassen das vielfach so auf, als müßten solche Vereinbarungen überall getroffen werden, während die Arbeiter es für zweifelhaft erachten, daß sich diese Vereinbarungen auf solche Orte beschränken sollten, wo schon bisher Affordarbeit üblich war. Die Arbeiter haben darum in mehreren Fällen das Verlangen der Unternehmer nach Vereinbarung von Affordlöhnen einfach zurückgewiesen, weil sie vermuteten, „die Unternehmer wollten auf diese Weise die Affordarbeit in Lohngebiete einschmuggeln, wo sie bisher nicht üblich war“. Die Leitung des Arbeitgeberbundes fordert nun, daß in solchen Fällen die sogenannte „zweite (Schieds-) Instanz“ — das sind Parteivertreter unter Vorsitz eines Unparteiischen — die Affordlöhne festsetzen müsse. Die Arbeiter wiederum bestreiten die Zulässigkeit dieses Verfahrens. Ein weiterer Streitpunkt ist die Arbeitsnachweisfrage. Die Arbeiter bekämpfen die Arbeitgebernachweise allenthalben, wo sie „Mafregelungsbureaus“ dahinter vermuten. Da im Schiedsspruch die Arbeitsnachweisfrage offen gelassen ist, so ergeben sich nun Meinungen wegen der Handhabung der Arbeitsnachweise. Auch andere Streitfragen liegen in so großer Zahl vor, daß die baldige Aufnahme der Tätigkeit des Zentralschiedsgerichts sehr zu begrüßen ist.

Ein neuer Tarifvertrag für die sächsischen Konfektionsindustrie ist nach langwierigen Verhandlungen zum Abschluß gelangt. Der am 1. Januar 1911 in Kraft getretene Vertrag, der an Stelle des am 15. März 1906 abgeschlossenen tritt, wird vier Jahre laufen und die Bezirke Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt, Worms, Speyer und Heidelberg mit Umgebungen, d. h. die Arbeitsbedingungen von 1400 meist hausindustriellen Konfektionsarbeitern beherrschen. Die bei der Erneuerung dieses Vertrages zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen und dem Verband Südwestdeutscher Kleiderfabriken erzielten Lohnverbesserungen betragen im Durchschnitt 15 %; für die sogenannten „Gitararbeiten“ sind besondere Zulagen vereinbart. Der Tarif ist von 60 Punkten, die er in der früheren Fassung hatte, auf 166 Punkte angewachsen; dazu kommen 14 allgemeine Bestimmungen und 6 Sondervorschriften. — Gleichzeitig ist eine Tarifbewegung in der W.-Glabacher Konfektionsindustrie im Gange. — In dem deutschen Schneidergewerbe stehen große Lohnbewegungen im neuen Jahre allenthalben bevor. Die organisierten Herrenmaßschneider haben an 44 Orten die bestehenden Tarifverträge am 1. Januar 1911 gekündigt, der christliche Schneiderverband steht an 21 Tariforten in Kündigung. Die Vorbereitungen zu neuen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden der Konfektionsindustrie sind aber bereits getroffen, so daß hoffentlich keine vertragslose Zeit eintreten wird. Die Unterhandlungen, die sich um die Arbeitsnormen von etwa 10 000 Arbeitern drehen, sollen in Frankfurt a. M. stattfinden.

Ein Mindesttarif für alle gewerbliche Musiker Leipzigs ist von den Musikern, Musikdirektoren und Militärmusikmeistern (unter Zustimmung des Garnisonkommandos) vereinbart worden und am 1. Januar in Kraft getreten. Dieser Tarif enthält u. a. auch die Verpflichtung der Direktoren usw., 10 % der Gesamtsumme zur Deckung der Regiekosten mehr zu fordern, sowie die Forderung angemessener Zeit zur Einnahme der Abendloft bei langandauernder Ballmusik. Einer gemischten Kommission von 7 Mann sind Streitfälle aus der Auslegung der Tarifsätze und Beschwerden vorzulegen. — Es handelt sich hier also um ein Abkommen der Musiker untereinander zur Bekämpfung der Unterbietungen, noch nicht um einen Tarifvertrag zwischen Auftraggebern und Musikern. Den Saalhabern und Gastwirten ist der Tarif allenthalben zur Kenntnisnahme mit der Bitte um Anerkennung zugestellt worden.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Berufsvereine der Arbeiter und der Arbeitgeber in Frankreich zu Anfang des Jahres 1910 schildert nach ziffernmäßigem Umfange und örtlicher Verteilung die amtliche Statistik im „Bulletin de l'Office de Travail“ (November 1910). Danach betrug die Gesamtzahl der französischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen am 1. Januar 1910 14 842 mit 2 196 940 Mitgliedern, darunter 4948 Gewerkschaften mit 813 038 landwirtschaftlichen Arbeitern und Besitzern — die „landwirtschaftlichen“ Syndikate sind meist „syndicats mixtes“. Gegenüber dem Stande vom 1. Januar 1909 ist die Zahl aller Verbände um 368, die der Mitglieder um 79 311 gewachsen. Das Organisationsverhältnis ist bei den Unternehmern hochentwickelt. In Industrie und Handel standen 4450 syndicats patronaux (Arbeitgebervereinigungen) mit 368 547 Mitgliedern 5260 Arbeiterberufsvereinen mit 977 350 Mitgliedern gegenüber. Beide Gruppen haben im Laufe des Jahres 1909 ziemlich gleichmäßig an Mitgliedern zugenommen, die Arbeitgeberverbände um 28 406, die Arbeitervereine um 32 589 Köpfe. Vorrreich ist eine Übersicht über die Organisationen in den einzelnen Wirtschaftszweigen:

Industriebranche	Mitgliederzahl Ende 1909		Unternehmerorganisationen		Arbeiterorganisationen	
	Insgesamt	Prozent der Gesamtzahl	Insgesamt	Prozent der Gesamtzahl	Insgesamt	Prozent der Gesamtzahl
Landwirtschaftliche Industrien*)	47 016	1,35	55 148	1,89	1,89	
Bergbau	262	67,35	67 867	37,43	37,43	
Steine und Erden	282	3,30	14 598	24,35	24,35	
Lebensmittel	144 962	28,33	49 847	8,16	8,16	
Chemische Industrie	4 972	82,69	89 604	34,30	34,30	
Papier	7 957	81,66	26 805	20,59	20,59	
Leder und Häute	3 815	7,87	25 937	17,30	17,30	
Textilindustrie	5 888	7,43	78 634	13,13	13,13	
Bekleidung	8 466	4,77	26 585	6,04	6,04	
Holzindustrie	5 092	6,38	37 789	15,97	15,97	
Metallindustrie	13 717	17,33	91 729	16,33	16,33	
Töpferei usw.	2 250	16,01	19 984	18,31	18,31	
Baugewerbe	28 666	15,54	102 250	19,18	19,18	
Transport und Handel	46 755	82,67	298 711	26,79	26,79	
Häusliche Dienste	10 209	80,58	16 145	1,58	1,58	
Freie Berufe	48 293	87,35	26 222	16,00	16,00	
Insgesamt	868 547		977 350			

In die Arbeit dieser Vereine gewährt die amtliche Statistik einen ungefähren, wenn auch oberflächlichen Einblick in 1185 Fällen bei den Arbeitgebervereinen und in 5986 Fällen bei den Arbeiterorganisationen. 305 der ersteren und 1240 der letzteren Gruppe unterhalten Stellenvermittlungsbüros, 230 Arbeitgeber- und 1377 Arbeitervereine haben Fachbüchereien für ihre Mitglieder eingerichtet. Fachkurse kommen bei 78 bzw. 332 Vereinigungen, gewerbliche Untersuchungs- und Auskunftsstellen bei 59 bzw. 2 Vereinen, Gewerbeausstellungen bei 2 bzw. 1, Versuchswerkstätten bei 14 bzw. 2 Vereinen vor. Das Unterstützungswesen wird in Gestalt von Hilfskassen auf Gegenseitigkeit 93 mal bei den Arbeitgebervereinen und 933 mal bei den Arbeitervereinen betätigt, ferner in 11 Arbeitslosenklassen der „Arbeitgeber“ (!) und in 761 Vereinskassen der Arbeiter; endlich verfügten 25 bzw. 33 Arbeitgebervereine und 886 bzw. 74 Arbeitervereine über Reise- bzw. Altersunterstützungskassen. Diese Entfaltung des Unterstützungswesens bei den Unternehmervereinen läßt einen Schluß auf die besondere Eigenart vieler dieser Vereinigungen zu, die mit den deutschen Arbeitgeberverbänden nicht die geringste Verwandtschaft haben. Kreditgenossenschaftliche Einrichtungen fanden sich bei 24 Unternehmer- und 35 Arbeitervereinen, Unfallversicherungskassen bei 21 bzw. 3 Vereinen. 13 bzw. 5 Arbeitgebervereine und 159 bzw. 45 Arbeitervereine pflegten die genossenschaftliche Organisation des Konsums bzw. der Produktion. Höchst charakteristisch für die Lebensweise und den Werbestoff der Berufsvereine in Handel und Industrie ist die Angabe, daß für die 4450 syndicats patronaux nur 271, für die 5260 syndicats ouvriers aber gar nur 136 Mitteilungsblätter, Zeitschriften oder Jahrbücher bestanden. Das sind verschwindend kleine Ziffern, selbst wenn man annimmt, daß diese Zeitschriften für zahlreiche verschiedene Vereine zusammen erscheinen.

*) Nur die Verbände in den land- und forstwirtschaftlichen Nebenindustrien sind hier berücksichtigt. Die eigentlichen landwirtschaftlichen Unternehmervereinigungen betragen, wie gesagt, 4948 an der Zahl und umfassen 813 038 Mitglieder.

In der Tat sind ja viele Vereine wiederum zu größeren Verbänden (Unions) zusammengefaßt, gemäß dem Gesetze vom 31. März 1884. So sind 3242 Arbeitgebervereine mit 327 698 Mitgliedern zu 142 Unions patronales zusammengeschlossen und 3710 Arbeitervereine mit 832 945 Mitgliedern zu 188 Unions ouvrières, die meistens in Paris ihren Sitz haben. Die größte Union ist bekanntlich die Confédération Générale du Travail, der gewerkschaftliche Hauptbund mit rund 100 000 Mitgliedern. Die Vereinigung der Berufsvereine in Arbeitsbörsen hat im Jahre 1909 einige Fortschritte gemacht; die Zahl der Arbeitsbörsen stieg zwar nur von 143 auf 145 und die Zahl der angeschlossenen Gewerksvereine ging sogar von 2598 auf 2506 zurück, aber die Zahl der angeschlossenen Mitglieder wuchs um 64 872, so daß Anfang 1910 520 662 Personen um die Arbeitsbörsen vereint waren.

Die Beteiligung der Frauen an den Berufsvereinen betrug in Industrie und Handel 102 190, in der Landwirtschaft 14 720. 7908 Frauen gehörten gewerblichen Arbeitgeber- und 86 910 gewerblichen Arbeitervereinen an. Verhältnismäßig stark, 7372 Köpfe oder 17,3 %, war die Beteiligung der Frauen an den gemischten Syndikaten.

Die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen, die nach Buedes Schwannengefang nur verdienen, zertrümmert und niedergeschlagen zu werden, hat die von Dr. Tschierschky herausgegebene Kartellrundschau, eine seit Jahren in deutschen Industriekreisen sehr geschätzte Zeitschrift, mit bemerkenswerter Entschiedenheit in einem Aufsatz über „Kartelle und Arbeitsvertrag“ wiederum betont. Die Zeitschrift geht in diesem Aufsatz auf die bekannten Parallelen zwischen den kollektiven Verabredungen der Arbeiter über die beste Gestaltung der Lieferungs- und Preisbedingungen für die Ware „Arbeitskraft“ und den kollektiven Verabredungen der Unternehmer über die entsprechenden Bedingungen für ihre Erzeugnisse ein und zieht daraus die logischen Schlüsse von der volkswirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung dieser Organisationen. Daher kritisiert der Verfasser auch das Verhalten der „Vertreter des reinen Unternehmerstandpunktes, die noch nicht den Schluß gezogen haben, daß gegenüber der Kartellierung der Unternehmer und Abnehmer auch die Arbeiter das Recht haben, sich zu organisieren“, und daß die Arbeiter bei der Festlegung der Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen, wo das Wohl und Wehe zehntausender in Frage kommt, „auch mitsprechen müssen“; denn die Arbeiter „sind gerade so gut wie die Unternehmer an den Arbeitsverhältnissen interessiert.“ Weiter heißt es dann:

„Beide Faktoren, Arbeiter und Unternehmer, müssen zusammenwirken, und es gilt daher auch, eine richtige Form zu vereinbaren, in welcher Weise der Arbeiter seinen Anteil am Unternehmerertrag erhalten soll.“

„Da der einzelne Arbeiter dazu nicht imstande ist, zur Feststellung einer solchen Form mitzuwirken, sondern nur die interessierte Arbeiterschaft insgesamt, so tritt hieraus wieder die Notwendigkeit der Organisationen der Arbeiter hervor. Die Arbeiterorganisationen müssen durch ihre Vertreter mit den Vertretern des kartellierten Unternehmertums in Beziehung treten, um Kollektivarbeitsverträge abzuschließen. Dies liegt im Interesse der ganzen Nation.“

Die tiefeinschneidenden Eingriffe in die Verfügungsfreiheit, die die Kartelle im Interesse einer gesunden Regelung der Produktions- und Marktverhältnisse vornehmen, Eingriffe, die mitunter eine Degradierung des Unternehmers zum festdotierten Produktionsbeamten des Kartells bedeuten, haben die Unternehmer auf sich nehmen gelernt, nicht sehr willig, aber doch mit nüchternen Einsicht in die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Produktions- und Absatzgetriebes. Hier ist die Fiktion vom „Herrn im eigenen Hause“ längst, und oft gerade von den größten Unternehmern abgetan worden. Auch mit den Notwendigkeiten der Organisation des Marktes der Arbeitskräfte und seiner Lieferanten, der Arbeiter, sich nüchtern, ohne veraltete Sentiments in vertraglicher Regelung abzufinden, erheischt die geschäftliche Klugheit. Die Stimme in der „Kartellrundschau“ ist ein Zeichen, daß dieser in vielen Gewerben bereits anerkannte Geschäftsstandpunkt auch in den bisher ablehnenden, weil auf ihre wirtschaftliche Macht pochenden, kartellierten Industrien Anhänger zu werben beginnt.

Streiks und Aussperrungen.

Zum Kapitel „Terrorismus in Arbeitskämpfen“

liefert die Geschichte der Pforzheimer Aussperrung einen neuen bemerkenswerten Beitrag. Der Bericht der „Soz. Praxis“ hat die beweglichen Klagen der Pforzheimer Fabrikanten über die Bedrän-

gung der Arbeitswilligen, über ungenügenden Schutz gegen Ausbreitungen wiederholt mitgeteilt. Wir erinnern an die schweren Vorwürfe, die aus Fabrikantenkreisen gegen die badiische Regierung bereits am Anfang des Dezembers erhoben wurden: „die Obrigkeit verläßt“; „die Behörde gewährte nicht den Schutz, der der Größe der Gefahr und der Gesetzesverletzung entsprach“, Vorwürfe, die das badiische Ministerium des Innern am 8. Dezember zu einer amtlichen Rechtfertigung in der „Karlsruher Ztg.“ veranlaßten. Wir erinnern an die am 10. Dezember vom Arbeitgeberverband in Pforzheim an die großen deutschen Zeitungen versandte Klageschrift, in der es hieß:

„Bei diesem . . . Streik (in Wahrheit handelte es sich um eine Aussperrung! d. Red.), der Millionen Verluste . . . zur Folge hat und ganz Pforzheim schwer schädigt, zeigt sich wiederum, daß der wirklich Arbeitswillige so gut wie schutzlos ist. Wir haben wohl den § 158 StGB., die §§ 116 und 240 StGB. und endlich § 80 des PolStGB. Aber leider kam der von Anfang an erbetene ausgiebige Schutz erst in den letzten 8 Tagen, wo es bereits zu spät war, mit dem Mehraufgebot von Schutzleuten und Gendarmerie die Massenabtreibung der Arbeiter aus den Fabriken zu verhindern und die Bedrohung und Abhaltung der Arbeitswilligen in den einzelnen, etwa 70 Orten der Umgebung auf dem Wege zur Arbeit unmöglich zu machen.“ Die Darstellung des Arbeitgeberverbandes verweist weiter auf wiederholte Eingaben an das Großherzogt. Bezirksamt, „ohne daß verhindert worden wäre, daß die Arbeiter durch Streikposten und Massenansammlungen von Streikenden allenthalben auf das schwerste belästigt und bedroht wurden.“

Trotz erneuter Rechtfertigungserklärungen der badiischen Regierung und weiterer Verstärkung der Gendarmerie in und um Pforzheim hörten aber die Klagen der Fabrikanten über die Übergriffe der Aussperrten nicht auf.

Raum aber haben die organisierten Arbeiter die Rückkehr zur Arbeit und den Abbruch des Kampfes für den 2. Januar beschlossen, da erscheint die Szenerie des abgelaufenen Kampfes dem rückschauenden Blicke der Fabrikanten in einem ganz anderen Lichte. Da widmet das Fabrikantenblatt „Pforzheimer Bijouteriezeitung“ den Arbeitern folgende Lobspprüche für ihr Verhalten im Arbeitskamps:

„. . . Wir stehen sogar nicht an, unserer Arbeiterschaft Anerkennung darüber zu zollen, daß sie trotz der in ihr ausgeprägten Erregung, trotz der in ihren Kreisen erweckten Erbitterung ihre Würde bewahrt und bis auf einzelne Ausnahmen während der Zeit allgemeiner Betriebseinstellung eine Ordnung und Haltung gezeigt hat, die allgemein mit Genugtuung begrüßt worden ist. Wenn wir diese vorzügliche Erfahrung mit jenen Ausschreitungen vergleichen, mit denen im Frühjahr 1910 eine Handvoll Maurer während eines Streiks ganz Pforzheim beunruhigten, oder mit denen, die man bei Lohnbewegungen geringeren Umfanges an anderen Orten, z. B. in Moskau, erlebt, dann muß uns ein Gefühl der Beruhigung erfüllen.“

Zur Psychologie der Arbeitskämpfe ist dieser Umschlag der Stimmungen und Ansichten ein wertvoller Beitrag. Die badiische Regierung, die sich durch die Klagerufe der Pforzheimer Fabrikanten während der Aussperrung zu starkem Nachtaufgebot gegen die ausgesperrten Arbeiter hat bestimmen lassen, wird vielleicht aus diesen Vorgängen, die ein wenig an die Fabel vom Hirtenbübchen und dem Wolf erinnern, eine Lehre ziehen. Die Fabrikanten hat sie, wie deren fortwährende Beschwerden zeigten, doch nicht befriedigt, bei der Arbeiterschaft aber hat sie das große Vertrauen, das sie bisher besaßen, zu einem Teile eingebüßt. Das geht aus einem „offenen Briefe“ hervor, den der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Kolb im Karlsruher „Volksfreund“ an den Minister des Innern v. Bodmann in Sachen des Streiks bei der Mastatter Waggonfabrik richtet und in dem er auf die Pforzheimer Vorgänge zurückgreift.

In diesem Falle der Mastatter Waggonfabrik, wo 400 Arbeiter um 2 Pfennig Stundenlohnzulage und eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit streiken, spielen sich die Arbeitswilligen, die zum Teil aus sogenannten „Hamburgern“ sich zusammensetzen, unter dem Schutze der öffentlichen Sicherheitsbeamten gegenüber der ansässigen Arbeiterschaft in einer merkwürdigen Weise auf. Wenn nur die Hälfte der in der Arbeiterpresse gegebenen Schreckensschilderungen zuträfe, so würde das kein Ruhmesblatt unparteiischer Rechts- und Interessenpflege für die öffentlichen Gewalten in Baden bilden. Der Abgeordnete Kolb appelliert deshalb in seinem „offenen Briefe“ an die Objektivität und Gerechtigkeit, die der Minister des Innern schon öfters bewiesen und durch die er sich bei den Arbeitern großes Vertrauen erworben habe:

Freilich sei die Arbeiterschaft bereits durch die Maßnahmen der Regierung beim Pforzheimer Streik bitter enttäuscht worden. In Mastatt aber sei unter der Flagge „Schutz den Arbeitswilligen“ ein großes Polizeiaufgebot förmlich zur Unterdrückung der den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Rechte veranlaßt worden. Zuerst sei vom Leiter der Polizei den Streikbrechern im Kommandoton gesagt worden, daß sie

bei Gefekwidrigkeiten von der Waffe Gebrauch machen werde. Sodann verbündere die Polizei die Auffklärung der ankommenden Arbeitswilligen. Den Streikposten werde das Betreten des Bahnhofes verboten, und die Polizei bilde bei Ankunft der Streikbrecher Spalier. Den Streikposten werde bei der geringsten Kleinigkeit mit Verhaftung gedroht. Kolb schildert weiter die Erlebnisse eines Arbeitswilligen, der unter Vorpiegelung falscher Tatsachen in Westfalen angeworben und in Raftatt dann, trotz seines Sträubens, als er sah, daß gestreikt wurde, von einem Ingenieur und einem Gendarm mit Gewalt im Automobil in die Fabrik gebracht wurde.

Kolb schließt seinen „offenen Brief“ nach einer kritischen Charakteristik der Raftatter Arbeitswilligen und ihres herausfordernden Verhaltens mit der Bemerkung: Was sollten ehrliche, arbeitssame Menschen, die um ihr Recht kämpfen, davon denken, wenn ihnen gegenüber diese sogenannten Arbeitswilligen in solcher Weise von der Polizei geschützt würden? Die Pflicht der Solidarität anzutasten, sollte sich die Polizei nicht hergeben. Wenn es in Raftatt noch nicht zu Erzfessen gekommen sei, so sei das der Disziplin der Arbeiter zu verdanken. Das Wort des Ministers, den Arbeitern größte Objektivität und Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, müsse in Ehren gehalten werden.

So unbequem streikende Arbeiter auch für die Unternehmer und für die Polizei, denen ein Streik oft ungewöhnliche Arbeit macht, auch sind, man darf doch nie vergessen, daß auch diese Kämpfe und Opfer der koalitierten Arbeiter mindestens denselben sittlichen und volkswirtschaftlichen Wert haben wie die Kämpfe der kartellierten Unternehmer gegen die Außenseiter, die die von der Mehrheit der Industrie erstrebten „gerechten“ Preis- und Lieferungsbedingungen unterbieten. Mit wie scharfen Mitteln gegen diese Außenseiter gefochten wird, das wissen die Unternehmer selbst am besten. Soll für die Kämpfe der Arbeiter nicht das gleiche Maß gelten?

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier veröffentlicht der Vorstand des Gewerkevereins Christlicher Bergarbeiter zu dem Plane der vereinigten anderen Organisationen (Sp. 435), Belegschaftsversammlungen zur Aussprache über die ablehnenden Bescheide der Zechenverwaltungen (Sp. 341 ff.) abzuhalten, im „Bergknappen“ (Nr. 1 vom 7. Januar) eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß entscheidende, die Organisationen bindende Beschlüsse bei Lohnbewegungen u. v. nur von den Organisationen bzw. den Versammlungen der organisierten Arbeiter gefaßt werden können. Belegschaftsversammlungen, in denen auch Unorganisierte — oft in der Mehrzahl — vertreten sind, kann nicht das Recht gegeben werden, über die Schritte zu entscheiden, die in einer von den Organisationen eingeleiteten Bewegung getan werden sollen. Das kann um so weniger geschehen, als auch in der Regel gar keine Kontrolle besteht, ob nur Belegschaftsmitglieder in solchen Versammlungen anwesend sind und nicht von weit und breit zusammengeholt Schreier den Ausschlag geben.

Wenn trotzdem Belegschaftsversammlungen abgehalten werden sollen, so ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß sie nur der Hege gegen den Gewerkeverein und einer den Genossen in den Kram passenden Stimmungsmache dienen sollen. Wir ersuchen sowohl die Gewerkevereinsmitglieder als auch die Unorganisierten, sich nicht von den Sozialdemokraten mißbrauchen zu lassen. Insbesondere lasse man sich nicht durch rabuläre Redensarten und Streikrufe zusammengeholt sozialdemokratischer und anarcho-sozialistischer Schreier, die sogar zum großen Teil keine Bergleute sind, beeinflussen.

Zum Schluß erging eine Aufforderung zum zahlreichen Besuch der vom Gewerkeverein für den 8. Januar einberufenen öffentlichen Gewerkevereinsversammlungen. Auf ihnen wurde eine Resolution im Sinne der Erklärung angenommen; in einer von 1500 Personen besuchten Versammlung in Bottrop kam es zu stürmischen Streitigkeiten mit Vertretern des Alten Verbandes. — Die von den drei vereinigten Organisationen angekündigten Belegschaftsversammlungen fanden in großer Zahl am 6. und 8. Januar statt. Da bei der Ablehnung der Arbeiterforderungen der Zechenverband betont hatte, daß er für eine allgemeine Regelung der Lohnverhältnisse nicht zuständig sei, vielmehr jede Zechenverwaltung die Löhne mit ihrer eigenen Belegschaft regeln müsse, ist von den vereinigten Organisationen nunmehr dieser letztere Weg beschritten worden. Die Versammlungen waren stark besucht und verliefen, wie in der „Köln. Ztg.“ betont wird, sehr ruhig. Namentlich wurde von den Führern, wie Hus und Sachse, eindringlich vor Unüberlegtheiten gewarnt. Man könne Lohnbewegungen auch ohne Streik durchführen und vor einem Streik hätten die Unternehmer jetzt keine Angst. In der Entschließung, die in den Versammlungen angenommen wurde, erklärten sich die Bergarbeiter mit den Forderungen der drei Verbände: 15prozentige Lohnerhöhung, besondere Bezahlung des Verbauens neben dem Gehalte und paritätischer Arbeitsnachweis

einverstanden und beauftragten den Arbeiterausschuß der Schachtanlage, die Forderungen zur Kenntnis der Grubenverwaltung zu bringen und zu beantragen, daß eine Sitzung des Arbeiterausschusses, in der Stellung zu den Forderungen zu nehmen ist, noch in der zweiten Hälfte dieses Monats abgehalten wird. Nun sind zwar nach der Novelle zum Vergesetz von 1905 die Arbeiterausschüsse für Lohnfragen nicht zuständig. Vielfach haben aber Zechenverwaltungen trotzdem schon mit ihren Ausschüssen darüber verhandelt. Man kann gespannt darauf sein, was diesmal geschieht.

Ein großer Bergarbeiterstreik in Belgien ist mit Beginn dieses Jahres ausgebrochen. Am 1. Januar trat das 1908 beschlossene Bergarbeitergesetz in Kraft, welches u. a. den Neunstundentag bringt. Die zweijährige Zwischenzeit sollte dazu dienen, daß sich die Grubenbesitzer auf die Verkürzung der Produktionszeit durch technische Verbesserungen, insbesondere der bisher oft mangelhaften Streckenförderung einrichten könnten. In manchen Bergwerksbezirken sind Geleisverbesserungen unter Tage wirklich durchgeführt worden, während im Lütticher Bezirk fast nichts nach dieser Richtung geschehen ist. Nun sieht das Gesetz die ministerielle Erlaubnis vor, über den Neunstundentag hinaus längere Arbeitszeit zu gewähren; solche Erlaubnis wurde an 11 von den 42 Gesellschaften des Lütticher Bezirks erteilt. Diese Verlängerung der Arbeitszeit ist die Hauptsache des Ausstandes. Den unmittelbaren Anlaß zu seinem Ausbruch aber gaben die Zustände in Seraing und Hémalle. Dort bestand infolge der großen Kohlenergiebigkeit dieses Bezirks bisher der Siebenstundentag. Entgegen den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes verlangten nun die Gesellschaften dieses Gebietes den Übergang zum Neunstundentag bei gleicher Lohnhöhe wie vorher beim Siebenstundentag. Verhandlungen mit den Arbeitervertretern wurden abgelehnt, wiederholte Vermittlungsversuche der Regierungsbehörden zurückgewiesen. In den ersten Januartagen traten daher etwa 1000 Bergarbeiter in den Streik ein, der sich binnen kaum einer Woche auf etwa 12 000, nach anderen Berichten auf 20 000 Köpfe (von 36 000 insgesamt vorhandenen) ausdehnte. Hierzu kamen noch mehr als 2000 Bergarbeiter des Gebietes von Charleroi, die mit ihren Schichtzeiten, welche außerordentlich ungünstig gelegt worden waren, unzufrieden waren. In Seraing ist es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen, wobei geschossen wurde; dagegen verlief ein großer Umzug von etwa 20 000 Personen durch Lüttich ohne jeden Zwischenfall. Mit der Organisation der Bergleute steht es schlecht. Die Streikkasse verfügt zwar über ansehnliche Mittel und gewährt den Organisationen täglich 2 Fr. Unterstützung, es sind aber nur etwa 6—7000 Bergarbeiter organisiert. Die Nichtorganisierten sind existenz- und oft auch obdachlos, da die Gesellschaften meist Hauswirte der Arbeiter sind und nun gegen diese auf Grund der Verknüpfung von Dienst- und Mietsvertrag rücksichtslos vorgehen. Für die Unorganisierten wurden Sammlungen veranstaltet. Die Notlage der Streikenden wird durch den Beschluß der Bergwerksbesitzer verschärft, an sie und überhaupt an Private keine Kohlen mehr zu liefern, eine Maßnahme, die infolge der zurzeit dort herrschenden Kälte besonders einschneidend ist. Große Gendarmerieabteilungen sind im Streikgebiet zusammengezogen worden. — Für Deutschland ist der Streik durch die Abhängigkeit unserer industriellen Grenzbezirke von der belgischen Kohle von besonderer Bedeutung. Das Lütticher Industriegebiet leidet selbst bereits unter dem Kohlenmangel, und an Ausfuhr ist zurzeit nicht zu denken. Vielmehr wäre eine Einfuhr von deutschen Kohlen für die belgische Industrie zu erwarten.

Schneiderstreik in Wien. In Wien sind anfangs Januar etwa 8000 in der Konfektion beschäftigte Personen in Streik getreten, und zwar Stüchmeister und Gehilfen. Die ersten verlangten, nachdem der frühere Tarif längst nicht mehr innegehalten worden ist und die Löhne wieder auf das Niveau der vor dem Streik von 1908 bestehenden Löhne herabgesunken sind, infolge der allgemeinen Teuerung einen neuen Tarif, der eilftändige Arbeitszeit und Erhöhung der Stüchlohn vorsieht. Die gegenwärtigen Löhne betragen z. B. für einen Sacco oft nur 2,30—2,80 Kronen und noch weniger; gefordert werden 3,50 bis 4 Kronen von den Großkonfektionären und 4,50—5,50 Kronen von den Plakonfektionären. Für Westen und Hosen werden 1,50 Kronen Stüchlohn gefordert. Der Reinverdienst der Stüchmeister ohne Gehilfen würde sich trotz der Verbesserung des Tarifs nur auf 18—28 Kronen beziffern. Unter etwa 240 Konfektionären ist dieser Tarif anfangs nur von etwa 12 größeren und mehreren unbedeutenden Firmen angenommen worden. Die Stüchmeister demonstrierten seit Ausbruch des Streiks außerordentlich häufig, z. T. in antisemitischem Sinne, und hatten zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei, besonders bei der Streikpostentätigkeit. Um eine wirksame Kontrolle in den Wohnungen der Stüchmeister zu

ermöglichten, trat der Reichsverband der Schneidermeister mit der Wiener Organisation der Hausbesorger in Verbindung, damit den Kontrollorganen der Streikleitung keine Schwierigkeiten gemacht würden. Unmählich ist die Zahl der streikenden Stückmeister auf die Hälfte zusammengeschrumpfen (etwa 1600), da täglich weitere Konfessionäre dem Tarif beitreten. Unterstützung haben die Stückmeister bei den Schneidern in Prohnsitz (im ganzen etwa 12 000, darunter 600 Stückmeister mit 1000 Gehilfen sowie 6000 selbständige Hausarbeiter) gefunden; dort besteht zwar ein Tarif, doch gewährt er den Arbeitern kaum 10 Kronen Wochenverdienst; die Prohnsitzer organisierten Schneider verweigern die Übernahme von Streikarbeit; dasselbe tun diejenigen von Bostowitz und Kolleschau, wo mangels tariflicher Regelung noch schlechtere Bedingungen herrschen. Eine Solidaritätserklärung ohne praktische Weiterungen ist ferner aus Budapest eingetroffen. Der voraussichtliche Erfolg der Stückmeister Wiens ist indessen, abgesehen von ihrem ansehnlichen Streikfassenbestand, vor allem dadurch zu erklären, daß sie mit den Gehilfen gemeinsam vorgegangen sind. Da nun aber die letzteren wieder auch gegenüber den Stückmeistern Forderungen erheben, so ist die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Gruppen von ganz besonderem Interesse. Die Gehilfen nützen die günstige Situation zu den Forderungen zehnstündiger Arbeitszeit, höherer Löhne und Beseitigung des Kosti- und Logierzwangs aus; die Löhne sollten im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit 3 Kronen, im zweiten 3,50 Kronen betragen (Zagelohn); selbständige Arbeiter sollten 4, qualifizierte 5 Kronen erhalten; der Lohnvertrag sollte zwischen der Stückmeisterorganisation und dem Gehilfenausschuß abgeschlossen werden. Die Zwischenmeister gestanden 11 Stunden Arbeitszeit und Abschaffung des Kosti- und Logierzwangs zu, boten aber als Mindestlohn nur 2,50 Kronen nach beendeter Lehre, 3 Kronen nach 1 Jahre und 3,50 Kronen nach 2 Jahren an; die Stückarbeiter sollten $\frac{2}{3}$ des Stücklohns des Meisters als Mindestlohn erhalten. Diese Zugeständnisse lehnten die Gehilfen als unzureichend ab. Auch die Gehilfen veranstalteten Demonstrationen; sie versuchten mitunter, durch scharenweisen Besuch bestreikter Kaffeehäuser einzelne in diesen arbeitende arbeitswillige Kellner in Verlegenheit zu bringen; die Polizei sucht dies zu verhindern.

Ein Streit der Wiener Kaffeehauskellner war auf den 5. Januar angelegt worden. Die Forderungen der Kellner wurden von der Kaffeesiedergenossenschaft als nicht im Wege des Kollektivvertrags erfüllbar bezeichnet, da die Verhältnisse in den einzelnen Kaffeehausbetrieben zu verschieden seien; auch die Forderungen der Kaffeehauskellnerangestellten wurden nicht gewährt. Ein Rundschreiben der Kaffeesiedergenossenschaft enthält folgenden hübschen Passus: „Wenn wir nun den Forderungen eines Bruchteils unserer Gehilfenschaft nicht nachgeben oder vielmehr absolut nicht nachgeben können, so lassen wir uns nicht zum wenigsten von der Absicht leiten, unsere Betriebsstätten als das zu erhalten, als was sie einen Weltruf erlangten: als Stätten der Wiener Behaglichkeit und Gemütlichkeit, die wir nicht zum Tumultplatz wüster Agitation herabhinlassen wollen.“ Den einzelnen Kaffeehausbesitzern stand indessen frei, sich mit den Gehilfen zu einigen; dies ist in den meisten Fällen erfolgt; nur vor einem Kaffeehaus, dessen Besitzer sich nicht mit den Gehilfen einigte und Streikbrecher einstellte, kam es zu lebhaften Demonstrationen und Eingreifen der Polizei.

Arbeiterschutz.

Arbeitsordnungen in Gast- und Schankwirtschaften. Seit mehr als einem Jahre (1. Januar 1910) ist die Novelle zur Gewerbeordnung in Kraft, die für Betriebe mit regelmäßig mehr als 20 Arbeitern Arbeitsordnungen vorschreibt. Diese Bestimmung gilt auch für Gast- und Schankwirtschaften, über ihre Anwendung auf diesem Gebiet ist aber bis jetzt so gut wie nichts bekannt geworden. Darum mahnt ein an die Regierungspräsidenten gerichteter Erlaß der preussischen Minister für Handel und Gewerbe sowie des Innern unterm 3. Dezember 1910, dies Versäumnis nachzuholen. Es heißt darin:

Von verschiedenen Seiten sind Klagen darüber laut geworden, daß die Vorschriften der Gewerbeordnung, welche den Erlaß von Arbeitsordnungen betreffen, in Gast- und Schankwirtschaften bisher gar nicht oder nur in sehr geringem Umfange zur Durchführung gelangt seien.

Wir machen daher aufmerksam, daß Gast- und Schankwirtschaften, in denen in der Regel zwanzig Arbeiter beschäftigt werden, seit dem Inkrafttreten der Novelle vom 28. Dezember 1908 unter die §§ 133h bis 134h der Gewerbeordnung fallen, und wir ersuchen Sie, durch die Polizeibehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten dahin zu wirken, daß in allen Betrieben der bezeichneten Art alsbald mit dem Erlaß vorchriftsmäßiger Arbeitsordnungen vorgegangen wird.

Damit ist auch den Gehilfen in Gast- und Schankwirtschaften eine Handhabe zur Erlangung von Arbeitsordnungen gegeben.

Arbeiterschutz gegen Milzbrandgefahren. Die neuen Unfallverhütungsvorschriften der Lederindustrieverbände vom 31. Mai und 9. September 1910, die am 1. Oktober 1910 in Kraft

getreten sind, enthalten unter anderem auch eine Verschärfung der Schutzvorschriften zur Bekämpfung der Milzbrandgefahr in Gerbereien, entsprechend den neuesten Ergebnissen der Wissenschaft und den Anforderungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts. Der preussische Handelsminister hebt deshalb seine früheren Erlasse von 1897 und 1898 zur Milzbrandverhütung auf und weist die Gewerbeaufsichtsbeamten und Polizeibehörden an, daß sie künftig ihren Anforderungen zum Schutze der Gerbereiarbeiter die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsverbände zugrunde legen.

Rettungsvorrichtungen in englischen Bergwerken. Die englischen Berggesetze haben durch Gesetz vom August 1910 einen Zusatz erhalten, nach welchem der Staatssekretär für die Bergwerke genaue Bestimmungen erlassen kann über Lieferung und Unterhaltung von Rettungseinrichtungen und dauernde Schulung einer Rettungsmannschaft, ferner über Vereithaltung von Verbandsmitteln und Schulung einer Mannschaft im Samariterdienst. Die Bergwerksbesitzer, die diesen Bestimmungen nicht nachkommen, können zu Strafen bis zu 20 Pfund verurteilt werden und zu 1 Pfund Vergzugsstrafe für jeden Tag, den sie nach dem Urteil hingehen lassen, ohne die notwendigen Einrichtungen zu treffen. Ehe der Staatssekretär bindende Vorschriften auf Grund des Gesetzes erläßt, hat er die Vorschriften in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu geben, und die Besitzer von Bergwerken sind berechtigt, innerhalb einer bestimmten Frist Einspruch gegen die Vorschriften zu erheben oder Änderungen vorzuschlagen unter genauer Angabe von Gründen für den Einwand oder die Änderungsvorschläge. Der Staatssekretär kann dann entweder diese Gegenäußerungen bei der endgültigen Fassung der Vorschriften berücksichtigen oder er kann auch ein Schiedsgericht bestellen, welches die endgültige Form nach Anhörung beider Parteien festsetzt. Kommt keine Einigung durch ein Schiedsgericht zustande, so trifft der oberste Gerichtshof die Entscheidung.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Gewöhnung als wesentliche Veränderung im Sinne des § 88 des Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetzes.

Der Eintritt einer wesentlichen Veränderung in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend waren, berechtigt gemäß § 88 GUVG. den Versicherungsträger, eine anderweitige Feststellung der Entschädigung zu veranlassen. Die Anwendbarkeit des § 88 ist bei Unfallverletzten stets dann gegeben, wenn ihr Gesundheitszustand, soweit er durch den Unfall in Mitleidenschaft gezogen wurde, in einem die Erwerbsfähigkeit beeinflussenden Maße sich bessert. Aus dem von dem ärztlichen Gutachter erhobenen objektiven Befunde wird sich z. B. bei Fehlen von früher vorhandenen Krankheitssymptomen, Zunahme der Muskulatur usw. regelmäßig die Frage beantworten lassen, ob im Zustande des Verletzten die vom Gesetz geforderte wesentliche Veränderung eingetreten ist. Aber auch ohne den Nachweis einer Änderung des objektiven Befundes ist § 88 nach der neueren Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts anwendbar, wenn funktionelle Besserung durch Gewöhnung die Erwerbsbeschränkung des Verletzten wesentlich gemindert hat.

Daß die Einführung dieses Grundsatzes in die Unfallversicherungs-Rechtsprechung notwendig und berechtigt war, lehrt die Erfahrung in tausenden von Fällen, in denen, zumal bei äußeren Verletzungen, nach Ablauf einer gewissen Zeit durch Anpassung an den Zustand eine Erhöhung der Erwerbsfähigkeit eintritt. Gerade das am meisten zusammengesetzte Glied des menschlichen Körpers, die Hand, zeigt die größte Anpassungsfähigkeit an Verluste oder Verstärkungen einzelner Teile, weil hier eben Ersatzteile an Muskeln, Sehnen und Fingerteilen vorhanden sind. Auch Zehenverluste bedingen nach einer gewissen Zeit keine Entschädigung mehr, ebenso wie Gewöhnung an künstliche Gliedmaßen, Bandagen usw., an Verkürzung und Verkrümmung von Gliedmaßen bei der Bemessung der Erwerbsfähigkeit in Frage kommen kann. Endlich zeigt auch bei Verlust eines Auges die Erfahrung, daß das doppelgängige Sehen durch das einäugige ersetzt wird und daß der Verletzte im Laufe der Zeit ein mehr oder minder vollständiges Tiefen- und Entfernungssehungsvermögen wieder erwirbt.

Voraus ist nun auf den Eintritt von Gewöhnung im einzelnen Falle zu schließen? Regelmäßig wird sich die durch die Gewöhnung bedingte Besserung dadurch dokumentieren, daß der Verletzte wieder dieselben Arbeiten wie vor dem Unfall verrichtet und zwar zu demselben Lohn wie seine Mitarbeiter. Dabei wird

aber stets zu prüfen sein, ob der Lohn etwa nur aus Wohlwollen gewährt wird mit Rücksicht auf langjährige Tätigkeit im Betriebe oder ob der Verletzte bei Arbeit in einer Kolonne von seinen Kameraden durchgeschleppt wird, so daß eine noch vorhandene Erwerbsbeschränkung in einer Lohnminderung nicht zum Ausdruck kommt. Gerade der ärztliche Gutachter pflegt, vielfach von der Berufsgenossenschaft besonders darauf hingewiesen, bei Annahme von Gewöhnung lediglich den vom Verletzten erzielten Normallohn als Nachweis für die eingetretene Gewöhnung zu benutzen, obwohl Ledderhose (Die ärztliche Untersuchung und Beurteilung von Unfallsfolgen. Wiesbaden, 1898) den Ärzten dringend rät, bei der Begutachtung von Unfallsfolgen möglichst alle nichtärztlichen Punkte außer acht zu lassen. Eine Auskunft des Arbeitgebers einzuholen, hat nur in Kleinbetrieben einen Zweck, wo der Arbeitgeber in der Lage ist, durch ständige Überwachung seiner Angestellten sich ein Urteil über ihre Arbeitsfähigkeit zu bilden. In Großbetrieben, z. B. im Bergbau, wo der einzelne in der großen Masse verschwindet, ist die Auskunft eines Werkmeisters oder die protokolllarische Vernehmung von Arbeitskollegen des Verletzten allein geeignet, in Zweifelsfällen ein richtiges Urteil zu gewinnen. Ein bloßes Beweiserbieten ist in der Rekursinstanz zwecklos, da das Reichs-Versicherungsamt erfahrungsgemäß in den seltensten Fällen derartige Auskünfte einzuholen pflegt.

Ist schon der vom Verletzten verdiente Normallohn nicht immer ein sicherer Beweis für den Eintritt von Gewöhnung, so ist die nach der neueren Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts zulässige Annahme von Gewöhnung durch bloßen Zeitablauf noch bedenkllicher. Sie ist wie nichts anderes geeignet, einer scheinbaren Beurteilung Tür und Tor zu öffnen. An sich schon kommt die Gewöhnung bei dem einzelnen rein individuell zum Ausdruck. Teils spielt hier die persönliche Geschicklichkeit und Gewandtheit des Verletzten eine Rolle, teils sein noch jugendliches Alter, noch mehr aber die besondere Art seiner Tätigkeit. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Verletzten bei der Eigenart der Arbeit sich an Fingerverluste verhältnismäßig rasch gewöhnen. Auf diese besondere Art der Tätigkeit von Verletzten wird aber im Gegensatz zu der sonstigen Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts zu viel Gewicht gelegt und oft nach auffallend kurzer Zeit eine Rentenminderung vorgenommen.

Neben dem allgemeinen Begriff der Gewöhnung hat die neuere Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts auch noch den besonderen Begriff der „weiteren“ und der „völligen“ Gewöhnung geschaffen. Mit Recht weist Thiem (Handbuch der Unfallverletzungen, Stuttgart, 1909) darauf hin, daß eine zweimalige Annahme von Gewöhnung nur ganz ausnahmsweise angängig sei, und erwähnt im Anschlusse hieran eine besonders traffe Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts vom 22. Februar 1898. Hier wurde die bereits einmal auf 25% gekürzte Rente für den Verlust der 4 linken kleinen Zehen weiter auf 10% reduziert mit der Begründung: während im Jahre 1896 nur eine „bessere“ Gewöhnung an den Zustand angenommen sei, könne nach dem Gutachten von 1897 nun der „höchste“ Grad von Gewöhnung angenommen werden. Daß gerade von Ärzten auf diesem Gebiete besonders oft gefehlt wird, muß auch Thiem zugeben, wenn er (a. a. O.) ausführt: „Dann arbeiten manche streng gewordenen Gutachter überaus gern und oft mit „Gewöhnung an den Zustand“ und benutzen diese als Grund bei Nachuntersuchungen nicht einmal, sondern zwei-, drei- und viermal zur Renten Kürzung. Das ist nicht nur parteiisch von vorn herein, sondern auch wissenschaftlich unbegründet, ungerecht, unaufrichtig im Sinne Goethes.“ Von diesen Gutachtern gilt auch das Urteil Thiems über die in letzter Zeit wieder schlimmer gewordene Simulantenriechei, wenn er ironisch sagt, daß die Häufigkeit in der Diagnose der Simulation im umgekehrten Verhältnis zur Erfahrung des Arztes stehe.

Daß die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts in jüngster Zeit, so weit es sich um den Begriff der Gewöhnung handelt, eine immer strengere geworden ist, beweist der Umstand, daß in der von dem Vorstand der Sektion I der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft im Jahre 1908 herausgegebenen Broschüre „Die Gewöhnung an Unfallsfolgen als Besserung im Sinne des § 88 UVBG.“ noch kein Fall angeführt wird, in dem eine für den Verlust des linken Zeigefingers gewährte Rente aufgehoben wurde. In jüngster Zeit sind dagegen einzelne Senate des Reichs-Versicherungsamts dazu übergegangen, auch in solchen Fällen Gewöhnung anzunehmen mit der Begründung, daß der unverletzte Mittelfinger es gelernt habe, die Funktionen des verlorenen Zeigefingers zu verrichten. Es kann

dahingestellt bleiben, ob hier eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, und die allein kommt in Betracht, nicht vorliegt. Erwerbsfähigkeit ist bekanntlich nicht identisch mit Arbeitsfähigkeit. Zu einer Einschränkung der Erwerbsfähigkeit führen auch besonders offensichtliche körperliche Verunstaltungen, wie z. B. auffallende Substanzverluste an den Fingern. Mag auch vielfach ein so Verletzter in seiner Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigt sein, eine Minderung seiner Erwerbsfähigkeit liegt schon darin, daß er als Bewerber auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt hinter unverletzten Kollegen zurückstehen muß, weil ihn der Arbeitgeber von vornherein als minderwertige Kraft betrachtet und entweder abweist oder doch entsprechend niedriger lohnt. Diese verminderte Konkurrenzfähigkeit bringt eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit mit sich. Kaufal für sie ist in erster Linie nicht das besonders große Angebot unverletzter Arbeitskräfte, sondern der Unfall, und deshalb sollte sie gerechterweise entschädigt werden.

Rirdorf.

Affessor Lange.

Versicherung eines in einer Trinkerheilstätte untergebrachten Trinkers gegen Unfall. Ein Trinker war auf Veranlassung einer Landesversicherungsanstalt in einer Trinkerheilstätte aufgenommen worden und wurde in dieser im Rahmen der Hausordnung, die eine in der Landwirtschaft im allgemeinen übliche Arbeitsdauer vorsieht, in der Landwirtschaft der Anstalt als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt. Als er hierbei einen Unfall erlitt, wurde lektinstanzlich (Urteil des Reichsversicherungsamts I 22870/09^{7A}) die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, bei der der Anstaltsbetrieb versichert war, für entschädigungspflichtig erklärt. In dem Urteile heißt es: Wenngleich seine Arbeit zu Heilungszwecken geschah, so hatte sie natürlich auch einen wirtschaftlichen Wert für den landwirtschaftlichen Betrieb und gereichte diesem jedenfalls insofern zum Vorteil, als dadurch die Kosten des Betriebes verringert wurden. Unter diesen Umständen ist die Annahme gerechtfertigt, daß ein wirkliches Arbeitsverhältnis und auch eine wirtschaftliche Abhängigkeit des Klägers von denjenigen, die ihm die einzelnen Arbeiten auftrugen, bestanden hat. Da auch auf Grund des Zeugnisses des Anstaltspfarrers angenommen werden müsse, daß die Arbeitsverrichtungen des Klägers erhebliche gemeinen seien, so sei auch anzunehmen, daß der Kläger einen ständigen Arbeitsposten ausgefüllt habe. Die nach § 1 des UVBG. erforderliche Arbeitergenossenschaft setze aber neben einem Lohnbezug noch ein zivilrechtliches Vertragsverhältnis voraus. Auch geistige oder körperliche Schwäche einer Person schließe ihre Arbeitergenossenschaft nicht aus, vorausgesetzt nur, daß immerhin eine, wenn auch beschränkte Arbeitsfähigkeit bei ihr vorhanden sei.

Verringerung von Invalidenrenten durch Anrechnung von Beitragswochen (§§ 1278, 1377 der Reichsversicherungsordnung). Bei der Invalidenversicherung werden gemäß § 1377 als Beitragswochen der Lohnklasse II, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, die vollen Wochen angerechnet, in denen der Versicherte 1. zur Erfüllung der Wehrpflicht eingezogen gewesen ist, 2. in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet hat, 3. wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen.

Durch diese Bestimmung, die in ihrer Fassung dem § 30 Abs. 2 VBG. entspricht, soll eine Schädigung der Versicherten vermieden werden, wenn sie durch bestimmte, außerhalb ihrer freien Selbstbestimmung liegende Gründe an der Verrichtung versicherungspflichtiger Arbeit verhindert sind. Es entspricht deshalb nur der Billigkeit, diese Zeiten unter gewissen Bedingungen der Ausübung einer versicherungspflichtigen Tätigkeit gleichzustellen. Daß aber das Gesetz mit der Anrechnung der Ersatzfalsachen als Beitragswochen für manche Versicherte eine gewisse Härte schafft, zeigt folgender Fall:

Ein Rentenbewerber hatte zur Erlangung der Altersrente 858 Beiträge nachgewiesen, nämlich 118 Beiträge der III. Lohnklasse, 363 der IV., 377 der V. sowie 107 Krankheitswochen. Würden im vorliegenden Falle, der wiederholt vorgekommen ist, die nachgewiesenen 107 Krankheitswochen bei der Rentenberechnung außer Betracht bleiben, so würde der von den Versicherungsanstalten auszubringende Teil der Rente sich auf 159,00 M. belaufen, während er bei Anrechnung der Krankheitswochen nur 151,40 M. beträgt.

Dadurch, daß die Ersatzfalsachen bei der Rentenberechnung mit berücksichtigt werden, wie das Gesetz es vorschreibt, wird also die dem Versicherten zustehende Rente in ihrem Betrage gemindert. Zur Beseitigung dieser Härte dürfte es sich deshalb empfehlen, dem § 1278 folgenden Zusatz zu geben:

Die Anrechnung von Ersatzfalsachen hat nur dann stattzufinden, wenn dadurch eine Rentensteigerung herbeigeführt wird, oder nur dann und insoweit, als diese Wochen zur Erfüllung der vorgeschriebenen Wartzeit oder zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig sind.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Ordnung der Stadtgemeinde Schöneberg über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit*)

setzt fest, daß bis zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung oder bis zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin, längstens jedoch bis zum 31. März 1913, die Stadt Schöneberg einen Geldbetrag von jährlich 15 000 M zu dem Zwecke bewilligt, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu fördern (§ 1). Und zwar sind dabei folgende Bestimmungen maßgebend:

I. Gewährung von Zuschüssen an Berufsvereinigungen von Arbeitern und Angestellten.

Aus dem Betrage von 15 000 M wird denjenigen Berufsvereinigungen von Arbeitern und Angestellten, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, für alle von ihnen wegen Arbeitslosigkeit unterstützten Mitglieder, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnen und die weiteren Bedingungen dieser Ordnung erfüllen, ein Zuschuß gewährt. Auf die einjährige Frist ist diejenige Zeit anzurechnen, die unmittelbar vorher in einer anderen Gemeinde Groß-Berlins ohne Unterbrechung zugebracht worden ist, falls diese Gemeinde in gleichartiger Weise Beihilfe zur Arbeitslosenversicherung gewährt und auch in gleicher Weise die Wohnzeit in anderen Gemeinden anrechnet (§ 2).

Der Zuschuß beträgt die Hälfte der von der Berufsvereinigung an das einzelne Mitglied gezahlten Arbeitslosenunterstützung, darf aber den Betrag von 1 M täglich für eine Person nicht übersteigen (§ 3). Der Zuschuß wird nur gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit unverkündet entstanden ist. Er wird dann nicht gewährt, wenn die Arbeitslosigkeit durch Ausstände, Aussperrungen oder deren Folgen verursacht ist, oder wenn in dem Gewerbe, dem das bereits unterstützungsberechtigte Mitglied angehört, nachträglich der Fall des Ausstandes oder der Aussperrung eintritt. Der Zuschuß wird nur für die Tage gewährt, an denen das Mitglied die Kontrollvorschriften dieser Ordnung erfüllt (§ 4).

Der Zuschuß für ein Mitglied hört auf mit dem Tage, für welchen ihm durch den städtischen Arbeitsnachweis Arbeit, die dieser für passend erkennt, nachgewiesen wird, oder wenn er ihm innerhalb eines Jahres für 60 Tage gezahlt ist. Eine Verpflichtung zur Annahme nachgewiesener Arbeit besteht nicht, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist (§ 5).

Um einen Anspruch auf den städtischen Zuschuß zu erlangen, haben diejenigen Berufsvereinigungen von Arbeitern und Angestellten, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren, unter Einreichung ihrer Satzungen und Anerkennung dieser Ordnung einen entsprechenden Antrag beim Magistrat zu stellen, in dem sie sich verpflichten, der Deputation für die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises die Einsicht in ihre Buchführung soweit zu gestatten, als es notwendig ist, um zu ermitteln, ob die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten sind (§ 6). Die zugelassenen Berufsvereinigungen haben nach Vereinbarung mit dem Magistrat eine Liste über ihre in Schöneberg wohnenden Mitglieder zu führen (§ 7).

Das arbeitslose Mitglied hat sich mit der Arbeitslosenkarte seiner Berufsvereinigung auf dem städtischen Arbeitsnachweis zu melden und auf Verlangen Auskunft über alle Tatsachen zu geben, auf welche sich die von der Stadt zu gewährende Unterstützung gründet. Der Arbeitsnachweis entscheidet darüber, ob dem Arbeitslosen die Unterstützung gewährt werden soll. Jedes von der Stadt unterstützte Mitglied hat sich mindestens einmal täglich auf dem städtischen Arbeitsnachweis zu einer von diesem festzusetzenden Stunde zu melden (§ 8).

Die Kassen der Berufsvereinigungen verauslagen den Betrag des städtischen Zuschusses und reichen in jedem Monat dem Magistrat die Berechnung ihrer Auslagen nebst den dazu gehörigen Unterlagen für den vorangegangenen Monat ein. Der Zuschuß wird von der Stadtgemeinde innerhalb drei Wochen nach Einreichung an die einzelnen Kassen abgeführt (§ 9).

II. Gewährung von Zuschüssen an Sparer.

In Schöneberg wohnende männliche Arbeiter und Angestellte, die der Invalidenversicherungspflicht unterliegen und aus eigenen Mitteln Spareinlagen bei der Schöneberger städtischen Sparkasse gemacht haben, können auf ihren Antrag in die beim städtischen Arbeitsnachweis zu führende Liste der Sparer eingetragen werden (§ 10). Die Sparer, welche auf Grund der Bestimmungen unter I von der Stadt keinen Zuschuß erhalten, bekommen zu den Ab-

hebungen, die sie während der Zeit der Arbeitslosigkeit von ihrem Guthaben machen, sofern sie die weiteren Bedingungen dieser Ordnung erfüllen, einen Zuschuß von der Stadt (§ 11).

Der Zuschuß beträgt die Hälfte der von dem Sparer abgehobenen Summe. Er darf den Betrag von 1 M täglich nicht übersteigen (§ 12). Auf die Sparer finden die §§ 4, 5 und 8 entsprechende Anwendung (§ 13).

Der Zuschuß wird gewährt, wenn der Sparer mindestens ein Jahr ununterbrochen in Schöneberg wohnt und die Eintragung in der Liste der Sparer seit mindestens drei Monaten besteht. Einlagen, die in den letzten drei Monaten vor der Abhebung gemacht worden sind, werden hierbei nicht berücksichtigt. Die Zahlung des Zuschusses beginnt, nachdem sich der Sparer eine Woche lang täglich auf dem Arbeitsnachweise gemeldet hat (§ 14).

Die Schlußbestimmungen besagen: Wer es versucht, unberechtigtweise den städtischen Zuschuß zu erhalten, wird vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung von der Zuschußgewährung auf die Dauer eines Jahres ausgeschlossen (§ 15). Über Streitigkeiten aus dieser Ordnung entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges die Deputation für die Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises als Schiedsgericht (§ 16).

Diese Ordnung tritt sofort in Kraft (§ 17).

* * *

Gleichzeitig mit dieser Ordnung wurden von den Stadtverordneten die beiden folgenden Resolutionen angenommen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage darüber, wie denjenigen Arbeitslosen, auf die die Ordnung der Stadtgemeinde Schöneberg über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht Anwendung findet, eine Unterstützung gewährt werden kann. 2. Der Magistrat wird ersucht, zu den Sitzungen der Deputation für Notstandsarbeiten und Arbeitslosenversicherung je einen Vertreter der Arbeiter im Kuratorium des Berliner Arbeitsnachweises, der Berliner Gewerkschaftskommission und des Gewerksvereins als Sachverständige mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds in den deutschen Aktiengesellschaften. In den „Geschäftsergebnissen der deutschen Aktiengesellschaften“, welche (für das Jahr 1908/09) zum zweiten Male seitens des Kaiserlich Statistischen Amtes veröffentlicht sind, wird auch die Höhe der Pensions- und Unterstützungsfonds — als nicht „freiverwendbares Kapital“ — jeweilig ermittelt und statistisch verwertet, um einen gewissen Anhalt hinsichtlich der Aufwendungen der Aktiengesellschaften für soziale Zwecke über das gesetzliche Maß hinaus zu gewinnen. Diese Aufwendungen sind in den Aktiengesellschaften der einzelnen Gewerbegruppen naturgemäß sehr verschieden und bieten deswegen Interesse. Es weisen an genannten Fonds auf die Aktiengesellschaften

	in 1000 M
in Land- und Forstwirtschaft	—
• Tierzucht und Fischerei	81
• Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	18 691
• Bergbau, Hüttenbetrieb, Metall- und Maschinenindustrie mit einander verbunden	15 298
• Industrie der Steine und Erden	4 414
• Metallverarbeitung	69 300
• Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	48 396
• Chemische Industrie	28 988
• Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	1 186
• Textilindustrie	28 701
• Papierindustrie	8 225
• Leder- und Gummiindustrie; Industrie lederartiger Stoffe	8 170
• Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	922
• Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	15 845
• Bekleidungsgewerbe	154
• Baugewerbe	1 270
• Graphische Gewerbe, Kunsthandel, Zeitungsverlag, Expedition usw.	1 529
• Handelsgewerbe (Warenhandel, Banken, Grundstücks-handel)	59 201
• Versicherungsgewerbe	19 227
• Berlehrsgewerbe	5 864
• Gast- und Schankwirtschaft	31
• Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe	84
• sonstigen Gesellschaften	777
zusammen	262 989
1907/08	227 528

*) Vergl. Sp. 875.

Volkserziehung.

Reiseeindrücke aus der englischen Jugendarbeit

Schilbert R. Schlosser-Jungen bei Rodheim in Nr. 5 des „Natgeber für Jugendvereinigungen“ (Dezember 1910) als Ergebnis einer im Auftrag der „Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands“ vom Nationalsekretär Helbing veranstalteten Reise, die fast 50 deutsche Vereinsleiter und „Sekretäre zu vierwöchentlichen Studien nach England führte (London, Birmingham, Sheffield, New Castle, Edinburgh, Stirling, Wothworth, Glasgow, Liverpool, Manchester, Cardiff, Bristol, Oxford). Da die deutsche Nationalvereinigung dem Weltbund angehört, ebenso auch die englischen „Christlichen Vereine junger Männer“ (YMCA) und zwar als die einzigen englischen Jugendorganisationen, so waren diese, zumal sie die am besten organisierte, in allen Städten mit Berufssekretären versehene Gruppe der englischen Jugendarbeit sind, der festgegebene Stützpunkt für die Reise.

Der großbritannische Bund der YMCA umfaßt 150 000 Mitglieder, in den einzelnen Städten ist in der Regel der Lord Mayor Ehrenpräsident, oft mit wirklicher Anteilnahme, wie denn überhaupt Angehörige der gebildeten Kreise an der Leitung der Vereine regen Anteil nehmen. Allerdings sind diese Vereine tatsächlich auch — mit wenigen Ausnahmen — nichts weiter als vornehme Klubs junger Kaufleute, und die Mitgliederzahlen in den einzelnen Klubs sind auch nicht sehr hoch, z. B. 1500 in Birmingham bei 900 000 Einwohner, 400 in Edinburgh bei 800 000 Seelen. Jugendabteilungen (14 bis 17-jährige) fehlen meist. In allen Vereinen sind Bibel- und Gebetsstunden, Missionsstudienzirkel, Evangelisationsveranstaltungen, Temperenzgesellschaften usw. enthalten, ebenso blühen aber in ihnen auch alle Zweige des Sports, und von diesen werden die Vereinsmitglieder am meisten in Anspruch genommen. Sehr viele dieser Vereine verfügen auch über besondere Erholungshäuser, ferner besitzen sie in den Kampf der freiwilligen Armee Zelte, in denen sie den Soldaten für die dienstfreien Stunden Gelegenheit zum Lesen, Schreien, Spielen und besonders zur Teilnahme an religiösen Versammlungen bieten. Ein besonderer Zweig der YMCA-Arbeit ist endlich noch die ausgedehnte Fürsorge für die englische kaufmännische Jugend in fremden Ländern, vor allem in den großen indischen Städten.

Die jungen Männer der arbeitenden Klasse sind zum Teil in den „Bruderschaften“ (brotherhoods) geeinigt, deren Bund 600 000 Mitglieder umfaßt, bei denen die Altersgruppe von 16 bis 25 Jahren überwiegt (bis zu $\frac{2}{3}$). Es handelt sich hier ausschließlich um Arbeiter, die sich zur Förderung des christlichen Lebens verbunden haben. Durch die Erfolge dieser Bruderschaften gedrängt, hat die Staatskirche in den Men's Clubs eine Parallele geschaffen, die sich ebenfalls sehr gut entwickelt haben soll. Die Bruderschaften veranstalten sonntägliche Versammlungen, die den Namen Pleasant Sunday Afternoon („PSA“) „Angenehmer Sonntagnachmittag“ führen, da nach der Ansicht des Engländer die Religion etwas Angenehmes, den Menschen Erfreuendes sein soll. Selbstverständlich ist bei sämtlichen Veranstaltungen der Bruderschaften wie überhaupt in der gesamten englischen Jugendarbeit der Alkohol absolut ausgeschlossen.

Zur Anschluß an die Bruderschaften erwähnt der Verfasser die „Settlements“ (Volkshäuser), die das Fundament, auf dem die Bruderschaften erwachsen sind, insofern mitgeschaffen haben, als es nur der jahrzehntelangen Arbeit der Settlementsbewohner gelingen konnte, das Mißtrauen der Arbeiter gegen Religion und Christentum zu überwinden.

„Denn der Schwerpunkt der Settlements liegt nicht in ihren volkshausartigen Einrichtungen, überhaupt nicht in irgendwelchen Institutionen, sondern in der Tatsache, daß sich in allen englischen Großstädten stets eine Anzahl gebildeter Männer, auch Frauen, bereit finden läßt, für Jahre hinaus ihren Wohnsitz ganz oder zu gewissen Zeiten mitten in den Arbeiter- und Armenvierteln aufzuschlagen und einfach deren Bewohnern in jeder Weise ein Freund zu werden. Und die gesamte Settlementsarbeit ist ganz bewußt christlich orientiert und hat religiöse Ziele.“

Die Sorge für die unmittelbar der Schule entwachsene Jugend haben folgende Organisationen auf sich genommen. Die seit 1883 bestehenden Boys Brigades umfassen 1300 Kompagnien mit 50 000 „Knaben“ im Alter von 10 bis 17 Jahren. Jede Kompagnie ist einer kirchlichen Gemeinde angegliedert und deren Geistlichen unterstellt; der Besuch der sonntäglichen Bibeltunde ist obligatorisch. Der Wahlspruch der Kompagnien ist: „Gedenke deines Schöpfers in deiner Jugend“, ihr Ziel „die Ausbreitung von Jesu Reich unter den Knaben und die Förderung der Gewohnheit zu Gehorsam, Ehrerbietung, Zucht, Selbstdisziplin und alles dessen, was zur Ausprägung echter christlicher Männlichkeit beiträgt“. Gegen diese Gesamtorganisation, die „interdenominational“ ist, hat die Staatskirche sich seit 1891 in ihren Church Lads Brigades für die Jugend ihrer

Gemeinden ein eigenes Gegenstück geschaffen, das in 1384 Kompagnien etwa 80 000 junge Leute (14 bis 19 Jahre) umfaßt. Gründer und Leiter der einzelnen Kompagnien ist der Ortsgeistliche.

Besondere Organisationen militärischen Gepräges sind die Telegraph Boys und die Messenger Boys Compagnies, bei denen ebenfalls der Jugendgottesdienst eine Rolle spielt, und die Boys life Brigade und die Girls life Brigade, jugendliche rote Kreuzkolonnen, für die auch wieder die rein religiöse Grundlage der Arbeit und ihr enger Zusammenhang mit der kirchlichen Einzelmehrheit bezeichnend ist. — Die 1908 gegründeten Boys Scouts, die heute bereits 300 000 Mitglieder zählen, die „Pfadfinderguppen“, die ursprünglich ohne Anschluß an die kirchlichen Gemeinden ins Leben gerufen worden sind, sind sehr bald nach ihrer Gründung unter den Einfluß der Ortsgeistlichen gekommen, die als Scout-„Captains“ und „Masters“ an ihre Spitze traten und ihre Bewegung förderten, so daß auch von ihnen die meisten jetzt Bibelfassen haben und in den sonntäglichen Jugendgottesdiensten mit den anderen Jugendorganisationen zusammenstehen.

Die Ausstellung gegen die Schundliteratur, die zunächst in Hamburg gezeigt wurde, war vom 4. bis 8. Januar auch im Reichstagsgebäude in Berlin zugänglich. Die Hauptveranstalter der Ausstellung sind die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung sowie einige andere Vereine, die in der Sittlichkeitsbewegung oder im Kampfe gegen die Schundliteratur in Wort und Bild stehen. Die Ausstellung zerfällt in zwei Hauptgruppen: die Ausstellung der schlechten Erzeugnisse und demgegenüber die Versuche, guten Lesestoff unter die Massen zu bringen. Bei der Schundliteratur lassen sich zwei Arten unterscheiden. Die ältere Art der lang sich hinziehenden Kolportageromane in Lieferungen à 10 \mathcal{M} und die neuere Art der in sich abgeschlossenen 10 \mathcal{M} -Hefte, hauptsächlich Detektiv- und Verbrechergeschichten. Graphische Darstellungen zeigen an, in wie grauenregender Fülle diese Schundliteratur verbreitet wird. Es bestehen in Deutschland über 50 Verlagsanstalten, mit denen 8000 selbstständige Geschäftsleute und 30 000 Kolporteure in Verbindung stehen. An jedem einzelnen dieser Schundhefte werden viele Tausende verdient. Die Titel der Schriften und Titelbilder sind immer möglichst sensationell gewählt, bei den Romanen in Lieferungen werden außerdem noch allerlei Lockmittel gewählt (Versprechen einer goldenen Uhr oder irgend eines sonstigen Preises), um die Kunden zur Abnahme sämtlicher Lieferungen zu bringen. Der Preis eines abgeschlossenen Romans stellt sich später oft auf über 20 \mathcal{M} , die zehnpfennigweise den Kunden abgelockt werden. In der Ausstellung der Schundliteratur fällt namentlich die „Dick-Carter“-Serie auf, von der bereits 250 Nummern erschienen sind, jedes mit einem blutrünstigen Titelbild. Auf einem anderen Tisch liegen zahlreiche zerlesene Schundschriften, die man bei Schulkindern, Fortbildungsschülern oder in den Kassen für Obdachlose entdeckte und ihnen gegen gute Schriften umtauschte. Das moralische Gift, das durch die Schundliteratur verbreitet wird, wirkt — ähnlich wie Bazillen bei körperlichen Krankheiten — dort um so gefährlicher, wo Wohnungselement und Alkoholisismus den Nährboden besonders fruchtbar für schlechte Einflüsse machen.

Der Saal mit der guten Volksliteratur zeigt vor allem die Bemühungen der Deutschen Dichtergedächtnisstiftung und der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, eine mit ihren Wanderbibliotheken, Krankenhaus-Büchern, Schulbibliotheken, Mannschafsbüchereien gute Literatur zu verbreiten. Was hier geboten wird an wertvollen Werken in schmalen und praktischen Einbänden, verdient volle Anerkennung. Aber auch der Leserkreis, den man überhaupt mit Bibliotheken erreicht, ist nur beschränkt, und diejenigen, welche gelernt haben, ihr Lesebedürfnis in Bibliotheken zu befriedigen, sind bereits eine kulturell gehobene Schicht. Vielleicht ließe es sich ermöglichen, daß die Vereine für ihre rühmlichen Bestrebungen sich gleichfalls der Kolportagehändler bedienen.

Auf einem besonderen Tische liegen die billigen Schriften, die namentlich für die Jugend bestimmt sind. Hier allerdings scheint uns noch manches verbesserungsbedürftig zu sein, damit die guten Schriften wirksam mit den schlechten Schriften in Wettbewerb um die Gunst der Jugend treten können. Man hat früher versucht, die guten Schriften für die Jugend in ähnlicher Aufmachung wie die Schundliteratur in den Buchhandel zu bringen, ist aber von diesem bedenklichen Wege zurückgekommen. Die jetzt angewandte Ausstattung der Schriften ist aber fast durchweg zu nüchtern. Hier sollte man die Künstler für den Dienst an der

Sache zu gewinnen suchen, damit die Feste eine äußere Ausstattung bekommen können, die zwar nichts mit den blutrünstigen Titeln der Mid-Carter-Feste gemein haben darf, aber doch bunt und farbenprächtig sein muß, um der Jugend genügend in die Augen zu fallen.

Die Ausstellung hat in Berlin in allen Kreisen lebhaftes Beachtung gefunden, die Presse aller Richtungen stellte sich ihr günstig gegenüber. Auch die Behörden schenken diesem wichtigen Zweig der Volksbildung mehr und mehr Beachtung, so daß zu hoffen steht, daß die Maßnahmen der Verwaltung, die gegen den Handel mit Schundliteratur schon jetzt in Anwendung gebracht werden könnten, auch wirklich zur Anwendung gelangen. Es verdient besondere Beachtung, daß auch der Staatssekretär des Innern, Erz. Velbrück, die Ausstellung sehr eingehend besichtigt hat.

Der Einfluß der freien Hochschulen auf die Hörer. Die „Freie Hochschule“ in Berlin hat, dem Vorgehen des Wiener Ausschusses für volkstümliche Universitätsvorträge im Jahre 1903/04 folgend, im Winter 1909 eine Umfrage bei den Hörern veranstaltet, um sowohl statistisches Material über Stand und Herkunft der Hörer wie auch Fingerzeige über den Einfluß und für die Ausgestaltung der Kurse zu erhalten. Da die Beantwortung der Fragebogen in das Belieben der Hörer gestellt war, so liefen von den etwa 3650 Hörern des Wintersemesters 1909/10 781 beantwortete Fragebogen ein, darunter von 318 weiblichen Personen. Das Ergebnis der Umfrage ist vom Vorsitzenden der Freien Hochschule, Professor Dr. Max Apfel, bearbeitet und in einer kleinen lezenswerten Schrift veröffentlicht.*)

Aus den Antworten über den Beruf der Hörer ergibt sich, daß die kaufmännischen Angestellten stark überwiegen (175 männliche und 104 weibliche). Bei den weiblichen Hörern folgen dann die Lehrerinnen (92), während bei den männlichen Hörern noch stark die Arbeiter und Handwerker (70), Ingenieure (70), Staats- und Kommunalbeamte (66) vertreten sind. Die wichtigste Frage war die Frage 10: „Welchen Erfolg oder Nutzen haben Sie aus dem Besuche der Vorlesungen gezogen a) für Ihre allgemeine Bildung? b) für Ihre praktische berufliche Tätigkeit? Hier sind zum Teil sehr ausführliche, persönlich gehaltene Antworten eingelaufen, die einen hoch erfreulichen Einblick geben in die Wirkung der Freien Hochschule. Fast durchweg wird eine Förderung für die Berufstätigkeit durch die allgemeine Erweiterung des Gesichtskreises empfunden; sie macht sich aber besonders da geltend, wo die Vorlesungen teilweise das Berufsleben berühren, z. B. die volkswirtschaftlichen Kurse für Gewerkschaftsbeamte oder kaufmännische Angestellte, die kunsthistorischen Vorträge für die Gewerbe, die einen gewissen Kunstsinne erfordern. Geradezu rührend aber klingen manche Antworten, die den Einfluß der Vorlesungen namentlich aus dem Gebiete philosophischer und Weltanschauungsfragen auf das persönliche Leben schildern. Die kleine Schrift müßte ein lebhafter Anstoß werden, die Bestrebungen auf freie Fortbildung für Erwachsene immer mehr zu fördern, denn sie zeigt, welche ein Bildungshunger und welche Sehnsucht nach Kunst und Schönheit in den arbeitenden Schichten lebt. Hierfür sprechen auch die wachsenden Besucherzahlen der „Freien Hochschule in Berlin“. Während in den ersten Jahren des Bestehens 1902 bis 1906 etwa 10 Vorlesungen mit rund 1000 Hörern jährlich veranstaltet wurden, setzte seit 1906 ein ständiges Wachstum ein, so daß im Winter 1909/10 180 Vortragsreihen stattfinden, zu denen 124 000 Hörerkarten ausgegeben sind.

Die Beziehungen der Jugendfürsorge und der ländlichen Fortbildungsschule erörtern die Amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Hannover (Nr. 5 vom 25. November 1910). Sie weisen darauf hin, wie von Seiten der ländlichen Fortbildungsschule in der Frage der Jugendfürsorge für die ländliche Bevölkerung eine Hilfe erwachse, an die man früher nicht gedacht habe.

Die ländliche Fortbildungsschule habe neben dem vielen andern Guten auch das eine bewirkt, daß sich die Aufmerksamkeit der ländlichen Kreise überhaupt in erhöhtem Maße der Jugend zuwandte. Denn es sei gewiß kein unbedeutender Vorwurf, daß die Bauern schon meist ihre Pflicht getan zu haben glaubten, wenn sie ihren jungen Angehörigen ordentlich zu essen gaben und sie gut behandelten. Daß aber auch noch etwas anderes notwendig sei, erfahren sie häufig erst durch die Pflichtfortbildungsschule. . . Während es im Jahre 1897 in Preußen nur 969 ländliche Fortbildungsschulen mit 14 059 Schülern gab, war ihre Zahl 1907 auf 3476 mit 50 185 Schülern gestiegen und hat 1909 schon 4053 mit 61 892 Schülern erreicht. 1897 waren 1311 Lehrer an den Fortbildungsschulen Preußens beschäftigt, 1909 waren es 5742, darunter

242 Geistliche, 8 Landwirtschaftslehrer und 5441 Volksschullehrer. Erteilt waren von den Fortbildungsschulen 107 von Kreisen, 2627 von Gemeinden, 52 von landwirtschaftlichen Vereinen und 1867 von Privaten und auf andere Weise.

Zum Schluß wird noch in Anlehnung an einen Vortrag auf der Hauptversammlung des Vereins für das Fortbildungsschulwesen in Schleswig-Holstein am 14. April 1910 darauf hingewiesen, wie schwierig trotzdem die praktische Durchführung der Jugendfürsorge mit Hilfe der ländlichen Fortbildungsschule ist.

Nur durch eine besondere Sektion, die zur gegebenen Zeit und an geeigneter Orte das den Umständen nach Mögliche und Zweckmäßige anzuregen und zu fördern suchen müsse, könne die Jugendfürsorge als Aufgabe der Fortbildungsschule durchgeführt werden. Namentlich habe man erst Fühlung zu nehmen mit den von kirchlicher Seite eingeleiteten Bestrebungen zwecks gemeinsamer Arbeit, müsse feststellen, was im Gebiete schon geschehen sei, müsse über bewährte und leicht durchführbare Methoden berichten und über Veranstaltungen, die überall ohne Kosten getroffen werden könnten, wie Spaziergänge, Ausflüge usw. Die Mitarbeit der Fortbildungsschule selbst könne direkt sein, indem sie dort, wo es nicht schon von anderer Seite geschieht, die Jugend in der schul- und arbeitsfreien Zeit sammelt und sie in Organisationen vereinigt, die sich auf festen Vorschriften aufbauen, oder indirekt, indem die Schule den vorhandenen Vereinigungen ihre Einrichtungen zur Verfügung stellt, Führungen durch Museen, Fabrikanlagen veranstaltet, Vorträge veranlaßt usw. Dadurch würde sicher auch die Arbeit in der Schule selbst gewinnen. Wie aber bei jeder sozialen Betätigung komme es vor allem hier auf Persönlichkeiten an und, wo diese sich finden, dort würde es auch an einem Wege nicht fehlen.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Arbeiterbewegungen in den Verkehrsbetrieben des Auslandes.

Unter den Eisenbahnern der Vereinigten Staaten drohte auf den westlich von Chicago liegenden Linien seit November ein großer Arbeitskampf. Gegen 33 000 Mann vom Lokomotivpersonal hatten ihren Gesellschaften Forderungen, die auf 15 % Lohnaufbesserung lauteten, unterbreitet und auf die Ablehnung schließlich mit der Streiksanction für den 25. Dezember geantwortet. Dem Abgesandten des Arbeitsamts der Vereinigten Staaten, D. Keil, und dem Vorsitzenden der Interstate Commerce-Commission, Knapp, glückte es aber, bei ihren seit Mitte Dezember betriebenen Vermittlungsversuchen, noch am Tage vor dem offenen Ausbruch des Streiks eine vorläufige Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Beide Parteien gaben ein wenig nach, und so kam ohne Störung des Betriebes schließlich eine Lohnaufbesserung von 10 % für fast 75 000 Lokomotiv- und Zugbegleitungsbeamte auf den Bahnen, nicht nur westlich, sondern auch südlich und nördlich von Chicago zu Stande. Auch die Canadian-Northern-Railway bewilligte ihren Angestellten gleiche Zulagen. — Ein Eisenbahnstreik in Portugal ist am 26. Dezember auf der Linie Bavia nach Farnalicao unter Zugeländnissen an die Angestellten beigelegt worden, kurz darauf eben solche Zustände auf den Staatsbahnlinien in den Provinzen Minho und Douro. Durch schiefschierliches Eingreifen wurden die Gehaltsforderungen und die Beschwerden der Angestellten über Borgeleite erledigt. — In Spanien ist ein Eisenbahnstreik seit Anfang Dezember angekündigt, jedoch noch nicht offen ausgebrochen. Dafür droht in Barcelona der allgemeine Streik der Kohlenauslager, Fuhrleute und Hafenarbeiter auch auf die sonstigen Verkehrsbediensteten überzuspringen. — In Italien drohen die Eisenbahner, die sich in den letzten Jahren von der Regierung schlecht behandelt fühlen, (Wegfall von Malaria- und Aufrüdgungszulagen, Vermehrung der jederzeit kündbaren Verträge von 18 586 auf rund 40 000) mit einem Gesamtaustritt. Auf ein Referendum, das bereits 80 000 Antworten ergeben hat, haben die Eisenbahner sich für den Streik entschlossen. Die gleichzeitige Androhung von Sabotage wollen aber große Eisenbahnergruppen nicht gutheißen. So haben sich die Eisenbahner von Turin und Florenz vom Eisenbahner Syndikat wegen dessen Sabotageplänen losgesagt. — In Buenos Aires streikte das Lokomotivpersonal im Dezember auf der Santa-Fé-Bahn, weil die Direktion einige gemahregelte Angestellte nicht wieder beschäftigen wollte. — In Kristiania haben die Straßenbahner den Streik zum neuen Jahr beschlossen, nachdem wiederholte Verhandlungen mit der Straßenbahngesellschaft im Dezember kein genügendes Entgegenkommen derselben erzielt hatten. Die Bahner wollten sich mit der angebotenen Lohnerhöhung von 20 bis 25 Kr. vom Jahre 1914 ab nicht zufrieden geben. — In New York haben die Heizer auf den städtischen Jahrbahnen zwischen Manhattan und Staaten-Inland den Dienst eingestellt, so daß 20 000 Einwohnern der geschäftliche Verkehr erschwert ist. — In Frank-

*) Verlag von Amelang, Charlottenburg. Preis 0,50 M. Der Reinertrag fällt der Freien Hochschule zu.

reich klagen die Eisenbahngesellschaften hier und dort über die schädigenden Wirkungen des grève perlée, des tropfenweisen Streiks, durch den die enttäuschten Eisenbahner den Güterverkehr in schlimme Verwirrung bringen. — In England dagegen ist der Streik der Eisenbahner der Great Northern Gesellschaft vermieden worden. Die wegen Auslegung eines Schiedsspruchs entstandenen Streitigkeiten wurden durch einen erneuten Schiedsspruch zum Teil zugunsten der Arbeiter erledigt. Danach dürfen Abzüge für Mahlzeiten, durch die der Dienst keine Unterbrechung erleidet, nicht gemacht werden; ferner ist ein zehnprozentiger Lohnzuschlag zu gewähren, wenn die Arbeiter zum Dienst antreten müssen, ehe ihre mindestens neunstündige tägliche Ruhezeit abgelaufen ist.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die wirtschaftliche und soziale Lage des Krankenpflegepersonals in Deutschland. Von Georg Streiter. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1910. 4,50 M.

Der Verfasser hat aus eigener praktischer Tätigkeit heraus und als Vorsitzender des Verbandes der Krankenpfleger und -Pflegerinnen (christliche Gewerkschaft) Gelegenheit gehabt, die wirtschaftliche Lage des Krankenpflegepersonals gründlich kennen zu lernen. Er bietet in dem vorliegenden Werk ein reichhaltiges, mit großem Fleißes zusammengetragenes Material. Es ist wohl die umfassendste Schrift, die bisher über dieses Gebiet erschienen ist. Der Verfasser gibt zunächst einiges statistisches Material und behandelt dann als Hauptteil des Werkes die Arbeitsbedingungen in mannigfachen Unterabteilungen, wie Stellenvermittlung, Dienstpflichten, Ausbildung, Arbeitszeit, Wohnung, Beförderung usw. Auch die Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse sowie die rechtliche Lage des Personals werden behandelt. Das reiche Tatsachenmaterial, unterstützt durch mannigfache Gutachten oder sonstige Befundungen von Seiten Sachverständiger, beweist aufs neue, unter wie ungünstigen Arbeitsbedingungen die im Krankenpflegeberuf tätigen Personen vielfach stehen und daß hier durchgreifende Verbesserungen dringend erforderlich sind.

„Der Alkoholismus, seine Wirkungen und seine Bekämpfung“. Band 7. Herausgegeben vom Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus. 1910. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt, Berlin W. 30. Preis geb. 2 M.

Der neue Band enthält zehn in den „Wissenschaftlichen Kursen zum Studium des Alkoholismus“ gehaltenen Vorlesungen. Nicht Wissenschaft vom grünen Tische wird in den Vorlesungen dargeboten, sondern Tatsachen und Erfahrungen aus Nerven-, Irren- und Krankenanstalten, aus Polizei- und Armenverwaltungen und Gefängnissen werden in ruhiger, sachlicher Weise, aber mit wissenschaftlicher Gründlichkeit erörtert.

Stellenvermittlergesetz vom 2. Juni 1910. Nebst den wichtigsten einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und allen Preussischen Ausführungsvorschriften erläutert von Victor Szczesny, Regierungsrat a. D. in Berlin. Zweite Auflage. Verlag von Franz Bahlen in Berlin, Linstr. 16. Geb. in Leinen 2,40 M.

Wir haben bereits beim Erscheinen der ersten Auflage auf diese Ausgabe des Stellenvermittlergesetzes hingewiesen. Durch die Hinzufügung der Preussischen Ausführungsvorschriften und einiger Gebührentarife hat das Werkchen eine wünschenswerte Ergänzung erhalten. Das Hotelwesen. Von Paul Damm-Étienne. Leipzig, Teubner 1910. Bd. 331 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“. Mit 30 Abbildungen. 146 S. Pr. geb. 1,25 M.

Der Verf. bespricht nach einer geschichtlichen Einleitung in klarer und übersichtlicher Form die Betriebsorganisation des modernen Hotels unter Berücksichtigung der Großstadt-, Kur- und Touristenhotels. In den Personalfragen vertritt er im allgemeinen die Ansichten des Internationalen Hotelbesitzervereins in Köln. Der Zusammenhang zwischen der schlechten Organisation der Angestellten, den langen Arbeitszeiten und der Trinkgeldentlohnung ist nicht scharf herausgearbeitet. Bei der Besprechung der großstädtischen Hotelgrundrisse (Adlon, Eplanaide) wäre eine Nachweisung der Schlafräume des Personals dringend zu wünschen.

Freiwillige Verkäufe bäuerlicher Besitzungen an Personen nichtbäuerlichen Standes in Steiermark; Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Steiermark in den Jahren 1906 und 1907. Statistische Mitteilungen über Steiermark. Herausgegeben vom statistischen Landesamte des Herzogtums Steiermark. XXII. Heft. Graz. In Kommission bei Lauschner & Rubensky's Universitäts-Buchhandlung. 1910.

Tabellen über die Bevölkerungsvorgänge Berlins im Jahre 1908. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. Berlin 1910.

Fünfundzwanzig Jahre Unfall- und Invalidenversicherung von Dr. Paul Kaufmann, Präsident des Reichs-Versicherungsamts. Rede bei der Jubelfeier der Unfall- und Invalidenversicherung am 1. Oktober 1910.

Wir haben bereits Sp. 11 dieses Jahrgangs bei Erwähnung der Jubelfeier unserer Sozialversicherung auf diese hochbedeutsame Rede hingewiesen, die jetzt als Sonderdruck (Druck von H. C. Hermann, Berlin) vorliegt. Sie gibt ein glänzendes und fesselndes Bild der ganzen Entwicklung der drei bisher ausgebauten Zweige unserer Sozialversicherung, sie zeigt den Zusammenhang auf zwischen den großen Versicherungszweigen und unserer gesamten Volkswirtschaft, sie hebt hervor, welch gewaltigen Anteil die ehrenamtliche Tätigkeit an den hervorragenden Leistungen der Versicherungsträger hat, von welcher Bedeutung die gemeinsame Tätigkeit von Unternehmern und Arbeitern in den Organen der einzelnen Versicherungszweige gewesen ist, wie diese gemeinsame Arbeit versöhnend und die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgleichend gewirkt hat, und vor allem zeigt sie, was unsere Sozialversicherung im Anschluß an ihre ursprünglichen Aufgaben auf dem Gebiete der Unfallverhütung, der Heilbehandlung und der sonstigen Wohlfahrtsleistungen geleistet hat. Durch die in den anhangsweise abgedruckten Bemerkungen mitgeteilten Nachweise und ziffernmäßigen Belege wird das großartige Bild unserer gesamten Sozialversicherung in glücklicher Weise vervollständigt.

Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde. Von Jenny Polant, Leiterin der Auskunftsstelle für Gemeindefürer der Frau zu Frankfurt a. M. B. G. Teubner, Leipzig. 1,35 M.

Die Schrift ist auf Veranlassung des Allg. deutschen Frauenvereins entstanden. Sie soll allen denen als Nachschlageheft dienen, die sich über die Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde unterrichten wollen. Zu diesem Zweck bringt sie eine Übersicht über die gesetzlichen Bestimmungen des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten, die für die Zulassung der Frau zu kommunalen Ämtern maßgebend sind. An diese schließt sich eine tabellarische Darstellung der zurzeit bestehenden Verhältnisse in der Mitarbeit der Frau an der kommunalen Wohlfahrtspflege, Schulverwaltung und an städtischen Arbeitsnachweisen in allen Gemeinden über 10 000 Einwohnern an. Der Anhang gibt in knapper Form einen Einblick in die Verhältnisse einer Reihe fremder Staaten. Der große Fleiß, der in der Materialbeschaffung steckt, sowie die knappe übersichtliche Form der Darstellung verdienen lebhafteste Anerkennung.

Die Frau als kaufmännische Angestellte. Von Meta Gadesmann. Nr. 8 der Schriften des Kaufm. Verbandes für weibl. Angestellte. Br. 50 Pf.

Der Verband hat in der vorliegenden Schrift den Vortrag herausgegeben, der auf der letzten Hauptversammlung des Verbandes gehalten wurde. Er behandelt die Frauenarbeit im Handel im Hinblick auf die geschichtliche und volkswirtschaftliche Entwicklung, beleuchtet die Missstände, die der Frauenarbeit heute noch anhaften, und zeigt die Wege, die zur Hebung der Arbeit und des Standes führen sollen. In der Lohnfrage nimmt die Verfasserin einen heute noch wenig beachteten Standpunkt ein: zwischen Männer- und Frauenarbeit soll kein Unterschied in der Entlohnung gemacht werden, wohl aber sollen diejenigen, die für Familienangehörige zu sorgen haben, ein Anrecht auf höhere Entlohnung erhalten. Wenn dieser Standpunkt für private Entlohnungsverhältnisse auch noch ungewohnt ist und viel Widerspruch erfährt, so hat er doch schon ein Vorbild in den Familienzulagen für Beamte, städtische Arbeiter usw.; nur sollen nach Ansicht der Verfasserin mit diesen Familienzulagen nicht nur Männer bedacht werden, sondern auch Frauen, die sehr häufig die Sorge für Familienangehörige (Eltern, Geschwister, erwerbsunfähigen Ehemann, Kinder) tragen müssen.

Die Allgemeine österreichische Pensionsanstalt für Angestellte in Wien. Eine Studienreise von Alfons Gmiesch, erstem Vorsitzenden des Werkmeister-Bezirksvereins Nachen. Zugleich Bericht an das Großherzogt. Luxemburgische Staatsministerium. Schriften des Deutschen Werkmeister-Verbandes. Heft XVIII. Verlag der Werkmeister-Buchhandlung. Düsseldorf 1910.

Auf den wesentlichsten Inhalt dieser Schrift haben wir bereits Sp. 342 hingewiesen.

Bericht über die 1. Hauptversammlung des bayerischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens (e. V.) in Nürnberg, den 26. Juni 1910. Über diese Versammlung haben wir XIX Sp. 1188 berichtet.

Die kulturelle Bedeutung der Waldschulen. Von Kreisschulinspektor Karl König. Leipzig 1908. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Pr. 0,40 M.

Das Deutschtum in der amerikanischen Politik. Von Dr. Hermann Gerhard. Leipzig 1909. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Pr. 1,— M.

Der Kampf um den wirtschaftlichen Fortschritt. Ein kritisch-historischer Beitrag. Von Dr. J. Bernice. Jena 1910. Gustav Fischer. Pr. 3,50 M.

Das Finanzwesen der Stadt Giesfeld von 1815 bis 1909. Von Dr. Anton Hilgert. Leipzig 1910. G. V. Giesfeld. 99 S.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnr. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 8.00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpennige Zeile.



Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Heimarbeit und Lohnfrage.

Drei Vorträge, gehalten von

Anna Schmidt. Gertrud Dyhrenfurth. Alice Salomon.

(Schriften d. ständ. Ausschusses z. Förderung d. Arbeiterinneninteressen. Heft 1.)

1909. Preis: 50 Pfennige.

Zeitschrift für soziale Medizin:

„Diese Vorträge sind bestimmt, den an der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Heimarbeit Mitwirkenden gesetzliche Vorschriften hinsichtlich der Löhne als das einzige Mittel eindringlich vor Augen zu führen, das den Heimarbeitern wirkliche Hilfe und ausreichenden Schutzgewähr kann. Es wird gezeigt, daß eine freie Organisation der Heimarbeiter — wenn überhaupt möglich — nicht imstande wäre, eine wesentliche Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die Gesetzgebung darf sich nicht damit begnügen, sanitäre und sittliche Gefahren von den Heimarbeitern abzuwenden, sondern sie muß eine Regelung der Löhne bringen. Arbeitskammern können auf diesem Gebiet auch keine Abhilfe schaffen, da die Erfahrung gelehrt hat, daß deren Tätigkeit nicht fruchtbringend sein konnte, wenn die beruflichen Organisationen der Arbeiter unentwickelt waren. Die der gesetzlichen Lohnregelung entgegenstehenden doktrinarischen Bedenken sind nicht so schwer, als daß man nicht ihre Außerachtlassung befürworten könnte.“

Verlag von Dunder & Humblot in Leipzig.

Kürzlich ist erschienen:

Die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke in Wien.

Eine Darstellung ihrer Betriebs- und Arbeitsverhältnisse.

Von **Dr. Julius Deutsch.**

(Sonderabdruck aus dem 134. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.)

Preis: 1 Mark 40 Pfennige.

Inhalt: Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. a) Auslese der Arbeiter. b) Die Arbeiter im Betriebe. c) Einwirkungen des Betriebes auf die Arbeiter.

Verlag von Dunder & Humblot in Leipzig.

Nur kurzem sind erschienen:

Das Moselland und die westdeutsche Eisenindustrie.

Vorträge, herausgegeben von der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin. — Zwei Teile.

1. Teil: **Das Moselland.**

Preis: 4 Mark.

Aus dem Inhalt: M. Sering, Das Moselland in Vergangenheit und Gegenwart. — G. Krüger, Das römische Trier. Mit vier Abbildungen im Text und einem Plan des römischen Trier. — G. Rententich, Trier im Mittelalter. Mit acht Abbildungen im Text. — J. B. Keune, Das alte Metz. Mit 14 Abbildungen im Text. — P. Böhm, Das neue Metz. — Franz Brümmer, Der Rottland in der Eifel, seine Ursachen und die Maßnahmen der Staatsregierung zu seiner Behebung. — D. Weismüller, Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft im Kreis Daun. — Heinr. Gerbold, Agrarpolitische, landwirtschaftliche und geschichtliche über den Regierungsbezirk Lothringen und insbesondere den Landkreis Metz. Beilage: Eine zweifarbige Karte: Trier und Mosel.

2. Teil: **Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.**

Vorträge von Professor Dr. H. Schumacher, Bonn.

Preis: 3 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitender Überblick über die Entwicklung der Eisenindustrie. — Die ursprünglichen Konkurrenzverhältnisse der beiden Hauptgruppen der westdeutschen Eisenindustrie. — Die Ausgestaltung der Konkurrenzverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie. — Die bestehenden Verkehrsverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung. — Die Moselkanalisierung im allgemeinen. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellen in Volksskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. **Das Kuratorium.**

Auslese und Anpassung

der **Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.**

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. zu Münden-Glabbad im Rheinland.

Von **Dr. phil. Marie Bernays.**

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.) Preis: 1 Mark 60 Pf.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. 1. Teil: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschicksal. — Werkstattsgemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Teil: Zur Psychologie der Textilarbeit. — Einfluß der Rindheitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluß von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Die

Erstattung von öffentlichen Unterstufungen

durch die Unterstufungen und durch ihre Angehörigen.

Von **Stadtrat Rosenstock-Königsberg i. Pr.**

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 93. Heft.) Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstufung durch den Unterstufung. 1. Eigentlicher rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstufung als Vorstufe. b) Anspruch in der Erbfolge an G. z. B. G. B. Art. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlass. — Die Erstattung der Unterstufung durch die Angehörigen des Unterstufung. — Zusammenfassung mehrerer Armenverbände. — Statuten-Kollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufung. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufung. — Zahlungsbetrachtungen. Anhang.

Leopold von Ranke als Politiker.

Historisch-psychologische Studie über das Verhältnis des reinen Historikers zur praktischen Politik.

Von

Otto Biehler.

Preis: 15 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitung: Die Nation der autonomen Denter und Dichter. — Erstes Kapitel: Die Genese des autonomen Historikers. — Zweites Kapitel: Der Entfaltung der politischen Kunst. — Drittes Kapitel: Die deutschen politischen Genialen des neuen Jahrhunderts. — Viertes Kapitel: Der Historiker auf dem Wege zu seinen Mägen. — Fünftes Kapitel: Ranke als Publizist. — Sechstes Kapitel: Die halbpolitische Epoche. — Siebentes Kapitel: Der Historiker und seine Mägen. — Achtes Kapitel: Der Historiker und das neue Reich.

Die Ursachen

des

technischen Fortschrittes.

Von

Otto Kammerer in Charlottenburg.

(Erweiterter Sonderabdruck aus dem 132. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.) Mit 48 Schaubilder.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Gießerung. — Kraftgewinnung. — Kraftverteilung. — Stoffgewinnung durch Bergbau. — Stoffverarbeitung im Hüttenwerk. — Stoffverarbeitung im Stahlwerk. — Metallbearbeitung. — Grobarbeit. — Feinverarbeit. — Siedlungsgeographie. — Kriegstechnik. — Die Bewertung des Menschen in der Technik. — Zusammenfassung.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Hollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Deutscher Heimarbeiteritag. II. 481	Arbeiterkassensatz 499
Die Aussichten der englischen Gewerksämter. Von G. R. Smith, Generalkontrollleur der Arbeitsabteilung im Handelsministerium, London 486	Die Entwicklung des Preussischen Gewerbeaufsichtsdienstes von 1890 bis 1911. Internationale Arbeiterkassensatzverträge. Die Vertagung des Nachtarbeitsvertrags für die Arbeiterinnen in Österreich. 500
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterkassensatz 488	Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.
Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.	Die Kassengeschäfte des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen. Zum Kampfe gegen Schwindelfirmen.
Allgemeine Sozialpolitik 489	Die Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft. Von Rat Dr. Link, Lübeck.
Jugendpflege und Fortbildungsschule in Preußen.	Der preussische Staatsbeitrag für die Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerungskreise.
Der Kinderschutzparagraph im Reichstag.	Die unentgeltliche Rechtsauskunft für Unbemittelte in Nassau.
Technikerrecht, Reichstag und Regierung.	Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Weissenfels.
Rechtspflege 491	Arbeiterversicherung. Spezialien. 504
Das Urteil von Moabit.	Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
Die Ausnahmestellung der Streikbrecher im sozialen Versicherungsrecht. Zurückbehaltung von Lohnbeiträgen.	Die reichsgesetzliche Rentenversicherung. Unfallfürsorge für Fürsorgegehilfen.
Kommunale Sozialpolitik 494	Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 506
Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin.	Die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg.
Die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes in Dänemark.	Arbeitsnachweis 508
Städtische Schrebergärten in Wöttingen.	Die Tätigkeit des Arbeitsamts der Stadt Straßburg i. E.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . . 495	Die städtischen Arbeitsnachweise in Frankreich.
Gewerkschaftliche Kassen und Kassenbildung.	Literarische Mitteilungen 509
Die schwarzen Listen in der preussischen Staatsverwaltung.	
Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.	
Streiks und Aussperrungen . . . 497	
Schneiderstreik und Heimarbeiter in Wien.	
Der belgische Bergarbeiterstreik.	
Die Eisenbahnerbewegung in Portugal.	
Der „perleende Streik“.	

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Deutscher Heimarbeiteritag.

II.

Der Aufruf zum Deutschen Heimarbeiteritag, der in letzter Stunde noch einmal die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter zum Ausdruck bringen sollte, hat einen über alles Erwarten starken Widerhall gefunden. Der große Saal der Neuen Philharmonie in Berlin war bei der Eröffnung am 12. Januar früh dicht gefüllt durch die zahlreichen Delegierten der Heimarbeiter und durch die Gäste, die durch ihre Beteiligung ihr Interesse am Hausarbeitersproblem beweisen wollten. Wie Prof. Dr. E. Franke, der abwechselnd mit Hrl. Behm und den Herren Karl Goldschmidt und Rob. Schmidt den Vorsitz

führte, mitteilte, hatten diesmal auch zahlreiche amtliche Stellen Vertreter entsandt. So waren offiziell vertreten der Reichskanzler und das Reichsamt des Innern durch Geh. Ober-Reg.-Rat Koch, das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe durch Geh. Ober-Reg.-Rat Neumann, die Ministerien des Innern von Württemberg und Baden durch Ministerialrat Dr. v. Köhler und Oberregierungsrat Dr. Bittmann; andere amtliche Stellen aus dem Reich, Preußen, Bayern und Sachsen hatten durch Anschreiben ihre Sympathie für die Bestrebungen des Kongresses zum Ausdruck gebracht. Die Reichstagsabgeordneten aller Parteien waren zu dem Kongreß eingeladen, und erfreulicher Weise nahmen eine große Anzahl von ihnen auf längere oder kürzere Zeit an den Verhandlungen teil. Delegierte hatten ferner entsandt das Polizeipräsidium und die Gewerbeinspektion. Auch die Stadtverwaltungen von Berlin, Rixdorf, Kolmar, Hartenstein, der städtische Arbeitsnachweis von Posen waren vertreten; ebenso große Verbände, die in der einen oder anderen Weise sich seit Jahren um die Lösung des Hausarbeitersproblems bemühen, so der Verein für Sozialpolitik (Prof. v. Schmoller), die Gesellschaft für Soz. Reform, der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft, der Evangelisch-soziale Kongreß, ferner eine Reihe gemeinnütziger Vereine und Vereine der Frauenbewegung aller Richtungen. 17 Verbände von Arbeitgebern der Hausindustrie hatten sich als Gäste angemeldet. Das wichtigste und erfreulichste Moment des Kongresses aber war die starke Beschickung aus den Reihen der Heimarbeiter selbst. Über 360 Delegierte waren anwesend, Männer und Frauen aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Berufen, denen man zum großen Teil die Entbehrung und die harte Arbeit von den Zügen lesen konnte. Es hatte etwas Ergreifendes zu beobachten, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit, mit welcher Sehnsucht und zugleich Hoffnungsfreudigkeit die Delegierten den Ausführungen mancher Redner lauschten.

In der Eröffnungsansprache betonte Professor Franke den völlig neutralen Charakter der Veranstaltung. Alle Gewerkschaftsrichtungen arbeiten hier einhellig zusammen, um dem Rufe der Heimarbeiter Gehör zu schaffen: „Helft uns zu unserer Existenzfähigkeit“. Professor Franke gab dann einen kurzen geschichtlichen Überblick darüber, wie auf wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Kongressen sowie durch die Heimarbeiter-Ausstellungen das Heimarbeiterproblem in immer stärkerem Maße die Öffentlichkeit beschäftigt habe und wie sich, diesem Drucke folgend, die Gesetzgebung entwickelt hat, zunächst nur mit den Vorschriften über Lohnschutz und Arbeitsverbot, dann mit Einzelbestimmungen für Konfektion und Zigarrenindustrie; dann folgte das Kinderschutzgesetz und zurzeit liegen gleichzeitig drei Entwürfe dem Reichstage vor, durch die bei gutem Zueinandergehen eine Besserung für die Lage der Heimarbeiter erzielt werden kann. Professor Franke besprach dann in ähnlichem Sinne, wie dies im Leitartikel der „Sozialen Praxis“ Nr. 15 ausgeführt ist, die Bedeutung dieser Gesetze, betonte aber die Lücke, die bei all diesen gesetzgeberischen Maßnahmen klaffen bleibt, so lange man das Lohnproblem unberührt läßt.

Auf diesen Ton, die vorhandene Lücke recht klar und deutlich aufzuweisen, um womöglich in letzter Stunde durch das Hausarbeitersgesetz ihre Ausfüllung zu erlangen, war auch das Hauptreferat von Professor Dr. Wilbrandt gestimmt, und diese Forderung bildete auch den Grundton aller Diskussionen, den eindrucksvollen und einmütigen Schlusssatz, in dem die Verhandlungen ausklangen. Dem Kongreß lag die folgende vom Referenten und dem Aktionsausschuß gemeinsam unterzeichnete Resolution vor:

1. Der deutsche Heimarbeitertag begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, das dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegt, den ersten Versuch eines gesetzlichen Heimarbeiterschutzes, für den auch das Arbeitslammengesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstagskommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzentwürfe erhalten bleiben; beim Hausarbeitsgesetz die obligatorischen Lohnlisten und Lohnbücher, beim Arbeitslammengesetz die Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die auch die Heimarbeiter ihrer besten Vertreter beraubt sind.

2. Der Heimarbeitertag erinnert an die Heimarbeits-Ausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse im deutschen Volke, ja weit über dessen Grenzen hinaus, den Eindruck erschreckend niedriger Bezahlung der Heimarbeit hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Hausarbeitsgesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und persönlicher Willkür, der Ausbeutung der Notlage, der Unkenntnis und des sozialen Reichstums preisgegeben.

3. Der Heimarbeitertag erklärt in Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen, zu Überarbeit und gesundheitsschädlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikgesetzen nachgebildeten Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst, machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen niedrigen Lohnes. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung eine bessere Bezahlung, die den Heimarbeiter tragfähig für die Anforderungen des Gesetzes macht, verlangt werden.

4. Diese Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hat bereits zu dankewürdigen Beschlüssen im Reichstag geführt, so u. a. dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitslammern gehören soll, „in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern“. Für die hilfsbedürftigsten Industriezweige jedoch müssen außerdem durch Bundesrat oder Landeszentralbehörde Einrichtungen geschaffen werden mit der Befugnis, durch die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter unter unparteiischem Vorbehalt Tarife ausarbeiten zu lassen, die dann rechtsverbindlich und in ihrer Durchführung staatlich geschützt sind.

5. Nur dann, wenn die hier versagende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erringen und durchzuführen, nur dann wird der anständige Unternehmer von der Schmutzkonkurrenz der Heimarbeiter von dem verhängnisvollen Lohndruck befreit, nur dann wird den hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz wirklicher Heimarbeiterschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Außer dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeitertag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Rundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter und zwar:

1. Für das Hausarbeitsgesetz: Auserlegung der allgemeinen Registrierpflicht; Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht; Durchführung eines sanitären Schutzes; Beschränkung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle; Abkürzung der Übergangsvorschriften; allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischen Aushang von Lohnlisten; Entschädigung für unverschuldetes Zeitverhältnis beim Gehen oder Bringen von Arbeit.
2. Für das Arbeitslammengesetz: Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit; Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine.
3. Für die Reichsversicherungsordnung: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung.

Der deutsche Heimarbeitertag gibt der Überzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann, und erwartet deshalb von Bundesrat und Reichstag, daß diese seine Resolution bei den Beratungen und Beschlüssen volle Berücksichtigung findet.

Professor Wilbrandt ging in seinem temperamentvollen Vortrag von den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Hausarbeits-Gesetzesentwurf aus unter Berücksichtigung der Veränderungen, die durch die Kommissionsberatungen des Reichstags bis jetzt daran vorgenommen sind. Er erkannte zunächst als gut an, daß das Gesetz einen geeigneten Rahmen bildet, in dessen Bereich durch Verfügungen des Bundesrats sowie der höheren und niederen Verwaltungsbehörden Vorschriften erlassen werden können, um unter Anpassung an die örtlichen oder beruflichen Besonderheiten Vorschriften der Gewerbehygiene, der Unfallverhütung, des Kinderschutzes und in der Nahrungsmittelbranche auch des Konsumentenschutzes auf die Heimarbeit zu übertragen. Aber die prinzipielle Kritik muß dabei einsehen, daß diese Verfügungen nicht erlassen werden müssen, sondern nur erlassen werden können und auch

leicht zu umgehen sind. Einsprache muß ferner dagegen erhoben werden, daß gerade die wenigen Punkte des Gesetzes, die einen Schutz des Heimarbeiters bilden könnten, wie die Paragraphen über die Registrierpflicht, die Einrichtung der Lieferungsräume, der Aushang der Lohnlisten, die obligatorischen Lohnbücher dehnbar gefaßt sind. Und selbst gegen diese milden Vorschriften wird von den Arbeitgebern schon Sturm gelaufen. Der Kern der Sache aber sei, ob für den Heimarbeiter durch das Gesetz auch wirklich ein Schutz erreicht werde. Und bei diesem wichtigsten Punkt gerade verjage das Gesetz. Dem Heimarbeiter werde eine Auflage von sanitären Vorschriften gemacht, die ihn zu größeren Aufwendungen zwingen werden, ohne daß ihm durch höhere Löhne die Kraft dazu gegeben wird. Damit soll nun etwa nicht gesagt sein — wie es von den Gegnern jeglichen Heimarbeiterschutzes geschieht — daß man diese sanitären Vorschriften fallen lassen solle, um den armen Heimarbeiter zu schonen, sondern Opfer für die Hygiene sind notwendig und müssen auch bei den Heimarbeitern durchgesetzt werden, genau wie man von ihnen auch die Durchführung des Kinderschutzes verlangen muß. Aber es muß den Heimarbeitern für diese Opfer, die man ihnen im Interesse der Volksgesundheit auferlegt, auch ein Ausgleich geboten werden durch Erhöhung der Löhne. Daß diese Erhöhung der Löhne dringend nötig ist, daß große Massen der Heimarbeiter sich mit einer völlig unzulänglichen und unwürdigen Bezahlung begnügen müssen, haben die Heimarbeitsausstellungen bewiesen.

Ein Antrag auf Errichtung von paritätisch zusammengesetzten Lohnausschüssen zur Festlegung von Mindestlöhnen, der in der ersten Lesung der Kommission bereits mit geringer Mehrheit beschlossen worden war, fiel in der zweiten Lesung mit Stimmengleichheit. Diesem Paragraphen im Plenum des Reichstags und später beim Bundesrat zur Annahme zu verhelfen, das sei der eigentliche Zweck dieses Heimarbeitertages, denn dieser Paragraph bilde das wertvollste Stück des Hausarbeitsgesetzes. Ohne diesen Lohnparagraphen sei das Gesetz zwar äußerlich geschickt gemacht, würde aber materiell an dem Heimarbeitereleid nichts ändern. Während die deutsche Regierung im Reichstag die Erklärung abgab, kein Staatsmann könne die Verantwortung für eine gesetzliche Lohnregelung übernehmen, sei dies in England bereits geschehen durch das Gewerklammergesetz. Der Redner schilderte dann die Vorschriften, die Ausführungsbestimmungen und die strengen Strafbestimmungen, welche die Durchführung dieses Gesetzes in England sichern sollen. Aber nicht nur in dieser äußeren Gesetzesform sollte uns England vorbildlich sein, sondern namentlich auch in dem einheitlichen Willen zum wirklichen Helfen. Männer und Frauen aller Parteirichtungen hätten hier zusammengestanden, um einen wirklichen Schutz der Heimarbeiter auf gesetzlichem Wege zu erreichen; sie stehen auch jetzt noch zusammen, um die Durchführung des Gesetzes zu sichern und um den Heimarbeitern zur Organisation zu helfen. So sei auch der Heimarbeitertag kein Ende, sondern nur ein Anfang. Auch in Deutschland müsse ein Feldzug beginnen gegen das Elend der Heimarbeit, zu dem Mitleid aus allen Lagern stoßen werden: die Arbeiter aller Richtungen werden ihn führen, aber auch die anständigen Arbeitgeber, die ein Interesse daran haben, die Schmutzarbeit zu bekämpfen; ebenso wird diese Bewegung durch die Stimmen der Wissenschaft gefördert werden.

Eine wertvolle Ergänzung zu den Ausführungen des Hauptredners bildete die Volkstafel aus England, die Prof. Frände vorlas (siehe unten). Wenn hier ein hervorragender englischer Beamter, in dessen Händen die Durchführung des Gewerklammergesetzes liegt, betont, daß der Erfolg des Gesetzes nur eine Frage von „Geschick und Organisation“ sei, dann sollte das deutsche Unternehmertum und die deutsche Regierung auch so viel nationales Selbstbewußtsein besitzen, um, wie auf manchen anderen Gebieten, so auch hier zu beweisen, daß in Deutschland Geschick und Talent zur Organisation sogar in besonders hohem Maße vorhanden sind.

Die vielstündige Erörterung, die sich an das Referat angeschlossen, wirkte wie ein gesprochenes Gegenstück zu der Heimarbeits-Ausstellung von 1906. So wie dort erschütternde Beispiele der niedrigen Entlohnung namentlich der Spielwaren- und Korbmwaren-Industrie der kleinen Gebirgsdörfer geboten wurden, aber auch an einzelnen Tischen Qualitätsarbeiten mit Stundenlöhnen von 50 „ und darüber zur Geltung kamen, so auch hier in der Diskussion. Mehr als 30 männliche und weibliche Heimarbeiter aus allen Gegenden Deutschlands kamen zu Wort, aus allen Berufen, und

* Siehe den Artikel: „Die Aussichten der englischen Gewerklammer“ in dieser Nummer der „Soz. Prax.“ Sp. 486 ff.

zugleich traten auch die verschiedenen Typen der Heimarbeit in die Erscheinung. Als die tiefste Stufe der Heimarbeit, bei der die allerelendesten Löhne gezahlt werden, kann wohl das angesehen werden, was Vertreter der Korbmwarenindustrie in Bayern und der hausindustriellen Spielwarenindustrie im Erzgebirge schilderten, die auch einige ihrer Erzeugnisse mitgebracht hatten und daran besonders eindringlich die unglaublich niedrige Entlohnung zeigen konnten. Auch die Heimarbeit in der oberfränkischen Schuhmacherei ist tief gedrückt. Zu diesen Bildern schlimmsten Elends gehörten ferner die Ausführungen eines Metallarbeiters im Erzgebirge, zweier Handwerker aus Schlesien und dem bergischen Land, eines Tabakarbeiters und einiger Vertreter der Konfektionsbranche. In diesen Branchen finden wir Verdienste, die trotz Mitarbeit von Frau und Kindern und 14–15 stündiger Arbeitszeit manchmal nur auf 6–8 M. in der Woche steigen. Eine etwas gehobene Stellung findet man bei den besseren Zweigen großstädtischer Konfektion und der westdeutschen Lederindustrie, wo es stellenweise gelungen ist, aus eigener Kraft durch die Organisation zu Lohnstarifen zu kommen. Aber so verschieden auch die Berufe und die Herkunft aller Heimarbeiter waren, die in der Diskussion sprachen, mit großer Einmütigkeit erklang der Ruf, daß ihnen durch das Gesetz die erste Hilfe geboten werden müßte, um zu besseren Löhnen und damit zu menschenwürdigeren Zuständen zu kommen. Die vereinzelt Einwände, die auf der Tagung laut wurden, kamen von einer von Arbeitgeberseite angestellten Kontrolleurin der Heimarbeit in der Nahrungsmittelbranche und von zwei Herren aus dem Erzgebirge, einem Pastor und einem Arbeitersekretär. Aber diese Redner kämpften gegen etwas, das u. E. gar nicht angegriffen war: Der deutsche Arbeitgeberverband war nicht auf den Ton gestimmt, die Abschaffung der Heimarbeit zu verlangen, sondern man hatte sich geeinigt auf die Forderung, den Heimarbeiter wirksam zu schützen. Daß eine Erhöhung der Löhne not tut, dieser Tatsache verschließt sich wohl jetzt niemand mehr in Deutschland.

Eine überraschende, darum aber um so erfreulichere Unterstützung ihrer Forderung nach gesetzlicher Lohnregelung fanden die Heimarbeiter auf dieser Tagung auch von Arbeitgeberseite. Der Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands hat erkannt, daß auch für denjenigen Teil der Arbeitgeber, die ihren Arbeitern gern angemessene Löhne zahlen möchten, die gesetzliche Lohnregelung eine Notwendigkeit ist, um sie vor der Schmutzkonkurrenz untereinander und vor dem Lohnbruch durch die Großkaufleute zu sichern. In einer kurz vorher abgehaltenen öffentlichen Versammlung hatten die selbständigen Schneidermeister der Berliner Damenkonfektion die nachfolgende Resolution angenommen, die der Vorsitzende dieser Vereinigung, Herr Emil Drems, dem Heimarbeitertag gewissermaßen als Gruß zur Bundesgenossenschaft übermittelte:

„In der Erkenntnis, daß unsere Bemühungen um Einführung eines Minimal-Preisstarifes für die selbständigen Schneider in der Damenkonfektion an dem Widerspruch der Kaufmannschaft gescheitert sind, ferner in der Erkenntnis, daß ohne Minimal-Preisstarif die selbständigen Schneidermeister in der Damenkonfektion daher nicht in der Lage sind, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gleichmäßige und durch Tarif festgelegte Löhne zu zahlen, erblicken wir in der gesetzlichen Errichtung von Lohnämtern das einzige Mittel, die Löhne in der Heimindustrie der Damenkonfektion zu heben. Wir beauftragen daher den Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands, event. die Forderungen des am 12. d. M. tagenden Heimarbeitertages nach Errichtung von Lohnämtern ausdrücklich zu unterstützen und auch bei dem hohen Hause des Deutschen Reichstages um die Errichtung von Lohnämtern, namentlich auch für die Heimindustrie in der Damenkonfektion, vorstellig zu werden.“

Einen Höhepunkt der Tagung bildete die Ansprache des Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform, Staatsministers Freiherrn v. Berlepsch. Nachdem er zunächst dem Kongreß die warmsten Wünsche von Seiten der Gesellschaft für Soziale Reform übermittelt hatte, untersuchte er, weshalb die Widerstände gerade gegen die Vorschrift der gesetzlichen Lohnregelung bei der Regierung und im Reichstag so stark seien, trotzdem doch die elenden Zustände der Heimarbeit überall klar erkannt seien. In sachlicher Weise legte er die grundsätzlichen Bedenken der Gegner der Lohnregelung dar, um dann um so wirkungsvoller diese Einwände als nicht stichhaltig zurückzuweisen. Der erste Grund sei: Die gesetzliche Lohnregelung bedeute einen Sprung ins Dunkle. Aber die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung sei früher nicht so zaghaft gewesen. Als man die Versicherungsgesetzgebung schuf, sei dies viel stärker ein Sprung ins Dunkle gewesen, da nirgends Erfahrungen vorlagen, als jetzt die Schaffung von Lohnausschüssen, für die wir die Beispiele in Australien und jetzt viel näher liegend in

England besitzen. Der zweite Einwand stamme aus der Befürchtung, daß die Schaffung von Lohnausschüssen für die Heimarbeit der gefährliche „erste Schritt“ sein könnte, um zu einer allgemeinen staatlichen Lohnregelung zu kommen. Freiherr v. Berlepsch erklärte auch diesen Einwand für grundlos. Auch ihm erscheint eine allgemeine staatliche Lohnregelung durchaus nicht wünschenswert; entschieden besser sei es, wenn es den Arbeitern mit Hilfe ihrer Organisationen gelänge, auf Grund freier Vereinbarung, wenn es sein muß, auch durch Kampf, zu Lohnstarifen zu kommen. Aber das beste Heilmittel, das in der Organisation vorliegt, verjage in der Heimarbeit. Darum müsse in diesem Ausnahmefall auch im Gesetz eine Ausnahme von der sonst geltenden Regel gemacht werden; so viel auch sonst der Gedanke für sich habe, daß die Lohnregelung der freien Vereinbarung überlassen bleibe, hier in diesem Falle aber müsse der Heimarbeiter durch das Gesetz erst fähig gemacht werden zur Organisation und damit zur Möglichkeit, aus eigener Kraft zu Tarifen zu kommen.

Den Schluß der Tagung bildete nach 9 stündiger Dauer die einstimmige Annahme der oben mitgeteilten Resolution, der jedoch noch der Schlußsatz angefügt wurde, es möchten „die auf die Hausarbeit bezüglichen Gesetze unter allen Umständen noch in dieser Session zur Annahme gelangen“. An Reichstag und Regierung, die ja erfreulicherweise zu dieser Tagung zahlreiche Vertreter entsandt hatten, ist auf diesem Heimarbeitertag ein eindringlicher Appell, ja, stellenweise ein wahrer Schmerzensschrei gerichtet worden. Ergreifend wirkten oft die Ausführungen der Heimarbeiter, die vielfach, ungewohnt des öffentlichen Sprechens, in unbeholfener Weise ihre Lage schilderten. Die Mehrzahl sprach ohne Erregung und Bitterkeit, mit einem rührenden Vertrauen auf Regierung und Reichstag, daß sie ihnen aus ihrer Not helfen werden. Wenn hier die gesetzgebenden Körperschaften versagen und das wichtigste Stück des Heimarbeiterschutzes, die Lohnregelung, nicht in das Gesetz einfügen, so bedeutet das eine Schädigung der Volksgesundheit, indem breite Massen der Heimarbeiter nach wie vor im Elend der Hungerlöhne gelassen werden. Es würde aber noch mehr bedeuten, nämlich eine Schädigung der Volkseele, wenn das Vertrauen und die Hoffnung, die jetzt in breiten Scharen der Heimarbeiter neu erwacht sind, durch ein unzulängliches Gesetz enttäuscht würden.

Die Ansichten der englischen Gewerksämter.*)

Von G. H. Ashtwith,
Generalkontrolleur der Arbeitsabteilung im Handelsministerium, London.

Die erste Sitzung des Gewerksamtes für Großbritannien, das auf Grund des Gewerksamtergesetzes von 1909 für verschiedene Abteilungen des Schneidergewerbes eingesetzt worden ist, hat kürzlich in London stattgefunden. Das Gewerksamt für Irland für dasselbe Gewerbe ist noch nicht zusammengetreten. Es hat fast ein Jahr gedauert, bis die Einrichtung des britischen Gewerksamtes vollendet war, aber die Zeit dieser sorgfältigen Vorbereitung war gut angewendet, denn von der Mitwirkung in diesem wichtigen Gewerbe hängt der Erfolg des Gesetzes in hohem Maße ab. Von den anderen der gesetzlichen Regelung unterworfenen Gewerben war die Ketten schmiederei ein verhältnismäßig kleines, lokales Gewerbe, das hauptsächlich in einer bestimmten Gegend betrieben wurde, und dasselbe trifft auf die Spitzenindustrie zu. Die Papier-schachtelindustrie wiederum besteht zwar in vielen Orten und unter verschiedenen Bedingungen, aber die Verschiedenheiten sind doch insofern begrenzt, als der Zeitaufwand für eine bestimmte Arbeit leicht festgestellt werden kann und allgemeine Stücklöhne daher nicht schwierig zu berechnen sind.

Aber das Schneidergewerbe verlangt viel mehr Spielraum. Kleider werden von jedermann verlangt; Kleider von jedem Schnitt, jeder Art, jedem Muster. Der durch ungehinderte Arbeit verursachte Materialschaden kann hier sehr groß werden. Jede Preiserhöhung trifft hier die Gesamtheit im ganzen. Kleider sind Erzeugnisse, die nach vielen Ländern ausgeführt werden, mit scharfem Wettbewerb um den Export in jedem Lande unter der Sonne.

*) Die wertvollen Ausführungen des hohen englischen Beamten, der an leitender Stelle mit der Durchführung des Gesetzes betraut ist, sind — ebenso wie die Briefe von Sir Charles Dike und des Bischofs von Birmingham in Nr. 6 des Blattes — uns durch Vermittlung einer deutschen Dame sowohl für den Deutschen Heimarbeitertag wie für die „Soziale Praxis“ zur Verfügung gestellt worden.

Die Redaktion der „Soz. Praxis“.

In Großbritannien wird derselbe Herstellungsprozeß angewandt für die Kleidung des Millionärs wie für die des Arbeiters; er wird ausgeführt in der Fabrik oder in der Heimarbeit, durch gut bezahlte einheimische Arbeiter oder durch den ausgebeuteten, erst vor kurzem eingewanderten Fremden. Aus diesen und jenen Gründen ist daher das Gewerksamt für das Schneidergewerbe besonders beachtenswert. Wird das Gesetz durch die Ausführung in diesem Gewerbe gerechtfertigt werden? Kann der Grundsatz der Lohnregelung auf solche Gewerbe übertragen werden, wo die Völker gegeneinander im industriellen Wettbewerb stehen, aber wo doch jede Nation um ihres eigenen Wohles und des Wohles ihrer Angehörigen willen gegen Hungerlöhne einschreiten muß wegen der vielen daraus entstammenden Übel, die sich wie eine Krankheit aus unterbezahlter Schweißarbeit entwickeln?

Es ist nicht praktisch, in einer kurzen Darlegung auf alle die vielen Punkte hinzuweisen, die bei der Betrachtung des Gegenstandes aufsteigen, aber es wird mir gestattet sein, auf einen oder zwei einzugehen.

Als erstes also: Die Verschiedenartigkeit der Herstellung und der Wechsel der Mode sind fortgesetzt gegen die Möglichkeit eines Mindestlohnes ins Feld geführt worden. Ich glaube, daß dieser Einwand auf einem völligen Trugschluß beruht. Die ganze Sache ist eine Frage von Geschick und Organisation. Das Geschick dafür ist bereits in den höheren Zweigen dieses Gewerbes bewiesen worden; dort sind Stücklohnlisten aufgestellt. Der Geltungsbereich dieser Listen hätte bedeutend ausgedehnt werden können, wenn die Arbeiter organisiert wären, und wird auch ausgedehnt werden, wenn die Organisation ausgebaut wird. Lohnlisten sind in Gewerben von viel komplizierterem Charakter angefertigt. Ich selbst habe daran mitgewirkt, Lohnlisten aufzustellen in Gewerben, die viel schwieriger, viel komplizierter waren als irgend welche Verschiedenheiten, die sich im Schneidergewerbe zeigen können. Oft gelang die Aufstellung erst nach wochenlangen Verhandlungen, aber sie gelang doch. Neue Arbeitsprozesse weisen gewöhnlich Ähnlichkeiten mit älteren Arbeitsprozessen auf und können eine vorläufige Regelung auf Grund früherer Abmachungen erfahren. Ein ständiger Schiedsgerichtshof, wie ihn das Gewerksamt darstellt, kann und wird sich mit schwierigen Fällen beschäftigen, je nachdem sie auftreten.

Ich bitte, diesen Punkt jetzt verlassen zu dürfen, als für das Schneidergewerbe nicht wichtig — denn die Vereinbarung von Lohnlisten ist durchführbar, wie jeder weiß, der damit vertraut ist. Die Schwierigkeit liegt in der Frage der Organisation. Und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt.

Wie war das Gewerbe organisiert? Es ist ein Gewerbe, das jede Art von Unternehmer und Arbeiter umschließt, Männer und Frauen auf beiden Seiten — und dazu ein Gewerbe mit Scharen von Zwischenmeistern. Hier war sehr wenig Organisation vorhanden. Aber ein Hauptgrundsatz des Gewerksamtergesetzes ist Organisation, und Organisation kann nur erlangt werden in breiter Öffentlichkeit, durch Kameradschaftlichkeit und durch gemeinsames Bemühen. Ein wichtiger Zweck des Gesetzes war es, in eine unorganisierte Masse Ordnung zu bringen. Durch die Kollektivvereinbarungen sollte das System des „Kimm oder laß es bleiben“ („take it or leave it“) verhindert werden, welches beim Einzelverhandeln der Starke dem Schwachen gegenüber oft anwendet; es sollte diese halsabschneiderische Konkurrenz verhindert werden, die das Schweißsystem hervorruft, weil der eine Unternehmer den andern benachbarten Unternehmer ausstechen will, dessen Methoden und Bezahlung er nicht kennt und dessen Handlungen wir durch keinerlei Einfluß kontrollieren können.

Wir überließen die Arbeitgeber sich selbst, und als sie die Bedeutung des Gesetzes erkannten, namentlich seinen Wert für alle anständigen Geschäftsleute, da nutzten sie die Zeit wohl aus und handelten schnell. Ihre Organisation vollzog sich mit nur ganz geringer Beihilfe unsererseits. Zur Bildung des Lohnnamtes wurde Großbritannien in neun Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk hat soviel Vertreter zu entsenden, wie es dem Verhältnis zum Umfang des Gewerbes in dem betreffenden Bezirk entspricht. Die Arbeitgeber wählten unter sich ihre eigenen Vertreter für das Lohnamt — die besten Leute, die sie nur irgend finden konnten: tüchtige Geschäftsleute, kühn genug, um das Gesetz erfolgreich zu gestalten, bewußt aller Schwierigkeiten, aber entschlossen, sie zu überwinden. Es ist natürlich, daß zwischen ihnen und den Zwischenmeistern einige Differenzen wegen der Vertretung beim Lohnamt entstanden. Die Arbeitgeber waren im Zweifel, wie die Zwischenmeister stimmen würden, und sie wünschten nicht, daß die Zwischenmeister das Zünglein an der Waage bilden und über die Lohnsätze entscheiden sollten, für die im letzten Grunde ja doch die großen Unternehmer verant-

wortlich sind. Gegen die „ernannten Mitglieder“ (appointed members), wie diejenigen unparteiischen und außenstehenden Personen bezeichnet werden, die vom Handelsministerium zu Mitgliedern des Lohnnamts bestimmt werden, hatten sie keinerlei Einwendungen zu machen, doch sie waren weniger willfährig, den Zwischenmeistern zu vertrauen. Die verhältnismäßige Vertretung wurde jedoch schließlich geregelt und, ich denke, zur Zufriedenheit beider Parteien.

Mit den Arbeitnehmern war es schwieriger. Es herrschte da ein vollständiger Mangel an einer allgemeinen Organisation. Unter diesen Umständen mußte aus jedem Ansatze zur Organisation, der nur irgend bestand, Vorteil gezogen werden. Die kleinen lokalen Vereine wurden benutzt. Die Veranstaltung von Versammlungen wurde gefördert und Umfrage gehalten nach den bekanntesten und fähigsten Arbeitern. Die Frauen wurden angeregt, aus sich heraus zu gehen. Die Heimarbeiter wurden gedrängt, ihre Ansichten zu äußern. Die Liga gegen das Schweißsystem setzte ihren wertvollen Einfluß ein und wurde unterstützt durch den allgemeinen Verband der Gewerksvereine. So wurden Namen von Kandidaten erlangt. Ein unparteiischer Ausschuss des Handelsministeriums hatte zu prüfen, ob sie den Bestimmungen entsprachen; der Bericht dieses Ausschusses wurde nochmals einer sorgfältigen Prüfung durch höhere Beamte unterworfen. Ich selbst setzte mich dafür ein, daß Personen in das Lohnamt aufgenommen wurden, von denen ich mußte, daß sie den Gegenstand studiert und reges Interesse dafür gezeigt hatten und daß sie großen Einfluß auf die Arbeiterschaft besaßen. Und ich kann nur wieder sagen: das Resultat hat befriedigt. Aber nicht, indem man die Gewerksvereine ausschloß. Im Gegenteil, sie sind der Kern gewesen, um den sich die Einrichtung aufgebaut hat. Es waren kleine, unbedeutende, eifersüchtige, nichtige Körperschaften, wenn man so sagen darf, ohne irgendwelche beleidigende Absicht; denn sie mußten naturgemäß so sein gemäß ihrer Umgebung und aus Mangel an Mitteln. Das Gewerksamt faßt sie nun zusammen zu einer geschlossenen breiten Körperschaft, die für Kollektivverträge befähigt und imstande ist, zu angemessenen Vereinbarungen zu kommen.

Ich möchte nur noch hinzufügen, daß ich es allen weisen Männern in andern Ländern raten möchte, denselben Richtlinien zu folgen, wenigstens versuchsweise. Und für Europa möchte ich raten, die unmürbige Art der Konkurrenz fallen zu lassen und das Beispiel eifersüchtiger Körperschaften zu vermeiden, wie ich sie oben so unfreundlich geschildert habe. Damit entgehen wir durch stilles Übereinkommen einem internationalen Schweißsystem, und wir fördern eine internationale Bewegung gegen das Schweißsystem durch geeignete Gesetze und deren Durchführung. Nur so können auch andere Gewerbe, z. B. die sogenannten „weißen Gewerbe“ (Wäschebeseffung und ähnliche) in geeigneter Weise den schreienden Mißständen entgegenzutreten, die alle daran Beteiligten, wenn irgend möglich, bereitwillig ausmerzen möchten.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform. Das Thema des zweiten Erörterungsabends dieses Winters — 11. Januar 1911 — lautete: Die soziale Bedeutung des Stellenvermittlers. Die beiden Referenten Dr. G. Kessler und der erste Vorsitzende der Internationalen Artisten-Lige Max Verol-Konorah hatten das weite Gebiet dahin abgegrenzt, daß der erstere die Entstehung des neuen Gesetzes und seine wesentlichen Bestimmungen sowie die besonderen Beziehungen des Gesetzes zum Gastwirtsgewerbe darstellte, während der letztere hauptsächlich die darstellenden Künstler, soweit das Gesetz für sie von Bedeutung ist, in seinen Betrachtungskreis zog. Aus den Kesslerischen Ausführungen interessierten ganz besonders diejenigen über die auf Grund des neuen Gesetzes festgesetzten Lagen. Die polizeiliche Reglementierung sucht hier an einzelnen Orten wahre Orgien. Während eine auch nur geringe Kenntnis der ganzen Frage von selbst zu der Forderung führt, Maximal- und Minimaltagen nach Möglichkeit zugunsten einheitlicher Sätze zu vermeiden und vor allem möglichst wenig Gruppen zu bilden, eine Forderung, die der Groß-Berliner, auch von einzelnen anderen Gemeinden angenommene Tarif erfüllt, hat es z. B. eine norddeutsche Stadt fertig gebracht, allein für das Gastwirtsgewerbe 54 verschiedene Gruppen herauszutüfteln. Und auch die Kesslerischen Ausführungen über die Frage, wie weit der Begriff der Unzuverlässigkeit im Sinne des neuen Gesetzes gezogen werden kann und welche scharfe Waffe gegen die vielen unlauteren Elemente im Stellenvermittlergewerbe hier geschliffen worden ist, erregten das lebhafteste Interesse. Das Gleiche gilt von den Ausführungen des Herrn Verol-Konorah, der, aus dem Artistenberufe hervorgegangen, aus eigener Wissenschaft über ein äußerst mannigfaltiges und wertvolles Material verfügt und aus der Fülle seiner Erfahrungen

die bisherigen Zustände der Stellenvermittlung bei den Chorsängern, den Musikern, den Schauspielern, den Variétés- und Zirkuskünstlern schilderte, die bösen Schäden aufdeckte, unter denen diese Berufe bisher gelitten haben, und für jede dieser Gruppen zeigte, wie das neue Gesetz bessernd und den ganzen Stand lebend wirken soll. Im Gegensatz zu Dr. Kessler, der die völlige Ausschaltung des gewerbsmäßigen Stellenvermittlers für möglich hielt, glaubte Berol-Konorah, daß für die darstellenden Künstler der gewerbsmäßige Stellenvermittler niemals zu entbehren sei, der wie kein anderer spezialisieren und individualisieren müsse, besonders der Vermittler für die Artisten, da hier die Novität, die Sensation eine ausschlaggebende Rolle spielt. — In der teilweise sehr stürmischen Diskussion ritten die Vertreter der gewerbsmäßigen Stellenvermittler eine scharfe Attade gegen das neue Gesetz, das alles andere eher sei als sozial, denn es verhindere insbesondere auf dem Berliner Arbeitsmarkt für das Hausgebinde geradezu einen gerechten Ausgleich von Angebot und Nachfrage, indem es die Zuführung von weiblichen Arbeitskräften, vor allem aus Schlesien, direkt unmöglich mache, ferner habe es schon eine ganze Reihe von Existenzen vernichtet, es sei ein Ausnahmengesetz usw. Daß die gewerbsmäßigen Stellenvermittler es am liebsten gesehen hätten, wenn ihnen, wie in Frankreich, vom Staate große Entschädigungssummen gezahlt worden wären, kann man ihnen nicht verdenken. Besser aber ist es doch, daß der Reichstag diesen Wünschen kein Gehör geschenkt hat. Die tatsächlichen Angriffe gegen das neue Gesetz wurden denn auch von Vertretern des paritätischen Arbeitsnachweisgedankens samt und sonders glänzend widerlegt, und von dieser Seite wurde auch geltend gemacht, daß auch für die darstellenden Künstler der Gedanke des gewerbsmäßigen paritätischen Arbeitsnachweises sehr wohl durchzuführen sei, es komme hier nur darauf an, die geeigneten Fachleute mit entsprechendem Gehalt als Arbeitsnachweisbeamte einzustellen. Besonders Interesse boten die Ausführungen des Generalsekretärs des internationalen Variététheaterdirektoren-Verbandes, der das Stellenvermittlergesetz für die Vermittlung von Variétés-„Kummern“ für unanwendbar erklärte, da beim Artisten kein Dienstvertrag, sondern ein Wertvertrag vorliege. Zum Schluß regte der Geschäftsführer der Ortsgruppe an, weiße Listen für solche Haushaltungen zu schaffen, für die die Gefindevermieter unbedenklich Stellen vermitteln können. Durch Schaffung solcher Listen würden die Gefindevermieter um die Schwierigkeit herumkommen, die nach Ziff. 10 der preussischen Ausführungsverordnung vorgeschriebene Erkundigung über die Dienstverhältnisse bei den Arbeitgebern einzuziehen.

Allgemeine Sozialpolitik.

Jugendpflege und Fortbildungsschule in Preußen.

Die am 12. Januar zur Eröffnung des Landtages vom Ministerpräsidenten vorlesene Thronrede stellt dem Staate wichtige Aufgaben:

Um die körperlichen und sittlichen Kräfte der schulentlassenen Jugend zu entwickeln und für das Leben zu festigen, hat sich die Staatsregierung entschlossen, eine planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege einzuleiten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind im Staatshaushaltsplan für 1911 besondere Mittel vorgesehen. Sie sollen vor allem dazu dienen, die bestehenden, auf freiwilliger Grundlage beruhenden Einrichtungen der Jugendpflege auszubauen und zu erweitern und die auf diesem Gebiete bisher schon bewährten Kräfte zusammenfassend zu unterstützen. Von Erfolg werden die Absichten der Staatsregierung nur begleitet sein können, wenn sie in der freiwilligen Mitarbeit weitester Kreise des Volkes tatkräftige Unterstützung finden.

Dem gleichen Zwecke wird die weitere Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens dienen, das die wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für eine sittliche Erziehung nimmt. Ein Gesetz, durch das die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die männliche Jugend in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sichergestellt werden soll, wird Ihnen demnächst zugehen.

Der in der vorigen Tagung des Landtags nicht erledigte Entwurf über die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Westfalen, in der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen wird Ihnen erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein weiteres gleichartiges Gesetz für Schleswig-Holstein ist in Aussicht genommen.

Ein Kulturwerk ersten Ranges wird endlich vom Staate hiermit aufgenommen. Wir wenigstens kennen keine größere und wichtigere Aufgabe, als die Scharen von Knaben und Mädchen, die alljährlich aus der Volksschule in das Leben der Arbeit und

des Berufs treten, körperlich, geistig, sittlich gesund und tüchtig zu erhalten. Das Alter vom 14. bis zum 18., ja bis zum 20. Lebensjahr ist die wahrhaft kritische Zeit unserer Jugend. Die Beschwerden der Berufsarbeit, deren stählende und erzieherische Kraft andererseits nicht gering eingeschätzt werden darf, fallen hier lange nicht so sehr ins Gewicht wie die Wirkungen eines zügellosen, genußsüchtigen Lebens, dessen Versuchungen Körper und Gemüt der jungen Leute verderben und die Blüte der Nation abstreifen. Wo hier das Elternhaus, die Familie fehlt oder versagt, wo auch die Einsicht der Arbeitgeber hierfür keinen Ersatz schafft, müssen andere Kräfte helfend eingreifen. Zahlreich und vielfältig sind seit längerer Zeit private Unternehmungen in dieser großen Arbeit tätig. Wir nennen nur die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, das Institut für Gemeinwohl in Frankfurt a. M., die Zentrale für Jugendfürsorge, die durch den Namen v. Schendendorff gekennzeichneten Bestrebungen für Leibesübungen, die Vereine gegen Mißbrauch des Alkoholgenußes, die konfessionellen und die freien Jünglingsvereine, die mannigfachen Sport-, Spiel- und Wandervereine, die unabhängig von der Fortbildungsschule oder in Ergänzung ihrer Tätigkeit immer weitere Kreise unserer Jugend zu umfassen suchen.

Neuerdings bemühen sich auch die Arbeiterorganisationen in dieser Aufgabe. Aber während die christlichen Gewerkschaften und die S.-D.-Gewerksvereine die erzieherischen Momente voranstellen, werden diese in den sozialdemokratischen Jugendorganisationen mit soviel Haß und Verachtung gegen Autorität und Religion, Vaterland und Ordnung durchtränkt, daß die guten Früchte der Bildung, Enthaltsamkeit und Leibespflege vielfach geradezu wiederum vergiftet werden. Der Staat löst jetzt systematisch diese sozialdemokratischen Organisationen der „jungen Garde“ auf. Um so mehr hat er die Pflicht positiver Mitarbeit an der Erziehung und Bewahrung der Jugend in ihren kritischen Jahren des Übergangs vom Kinde zum Erwachsenen. Bisher hat die preussische Regierung zwar die Fortbildung und Fachbildung beträchtlich gefördert, im wesentlichen aber die Jugendpflege außer der Schule der freien privaten Arbeit überlassen und diese, wenn überhaupt, meist nur mit bescheidenen Mitteln unterstützt. Dies soll nach der Ankündigung in der Thronrede nun anders und besser werden: Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen in allen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern — und zwar hoffentlich auch für jugendliche Arbeiterinnen, wie die letzte Novelle zur G.D. fordert — Ausbreitung der Fortbildungsschulen auch auf dem Lande, planmäßige Unterstützung der Jugendpflege mit erheblichen Mitteln.

Zu diesem letzteren Zwecke ist in den Etat für 1911 die Summe von einer Million eingestellt, und dem Kultusministerium wurde die Einleitung einer zusammenfassenden Aktion übertragen. Die Vertreter von Jugendorganisationen, turnerischen und sportlichen Korporationen sowie um die Jugendpflege verdiente Männer wurden bereits am 11. Januar zu einer Konferenz mit Vertretern der zuständigen Ministerien berufen, um Leitfäden und Richtlinien für diese Arbeit zu beraten. Die Grundlage soll ein uneingeschränktes Nebeneinanderarbeiten aller Bestrebungen bleiben. Verschiedene Einrichtungen sind vorgeschlagen, die die Tätigkeit der Fortbildungsschulen ergänzen sollen. Auch der körperlichen Ausbildung soll durch Bereitstellung von Spielplätzen und durch Unterstützung der Sport- und Spielbewegung eine vermehrte Pflege gewidmet werden. Die Zusammenfassung der Bestrebungen wird in Gestalt besonderer Provinz-, Kreis- und Bezirks-Ausschüsse in die Wege geleitet werden, dabei wird eine staatliche Beaufsichtigung oder Beeinflussung nicht stattfinden. Wir wollen hoffen, daß das große Kulturwerk ebenso frei bleibt von bürokratischer Reglementierung wie von engherzigen Nebenabsichten. Nur wenn man der Jugend dient um der Jugend willen, kann die Arbeit gelingen. Der Staat kann hier gar nichts Besseres tun, als die freie Vereinstätigkeit unterstützen. Ein Zwang ist hier völlig vom Übel. Die Jugend muß selbst Freude an Bildung, eblen Vergnügungen, Leibesübungen gewinnen. Und es wäre in hohem Maße bedauerlich, wenn die planmäßige Jugendpflege, wie es nach dem Dispositiv im Etat scheint, auf die männliche Jugend beschränkt werden sollte. Für die heranwachsenden Mädchen, die künftigen Hausfrauen und Mütter, tut ebenfalls eine Festigung des Körpers, eine Fortbildung des Geistes, die Erziehung ihrer ganzen Persönlichkeit für ihren Beruf im Hause und in der Arbeit bringend not.

Der Kinderschuttparagraph im Reichstage. Die sog. kleine Strafgesetzsreform, die vom Reichstag jetzt in zweiter Lesung behandelt wird, umfaßt auch den neuen Kinderschuttparagraphen (§ 223 a), den wir in der Fassung der Kommission bereits XIX. Sp. 940 mitgeteilt haben. Während nach der Regierungs-

vorlage mit Strafe (Gefängnis nicht unter zwei Monaten) bedroht wird die Körperverletzung mittels grausamer Behandlung gegen eine noch nicht vierzehn Jahre alte oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit mehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht, hat die Kommission das Schußalter auf 18 Jahre erhöht, den Schuß auf die dem Hausstande des Täters angehörenden jugendlichen Personen ausgedehnt und statt grausamer Behandlung wiederholte rohe oder hoshafte Behandlung zum Gegenstand des Delikts gemacht; ferner wurde die Duldung der Täterschaft eines anderen der eigenen Täterschaft gleichgestellt. In der Reichstags-Sitzung vom 13. Januar beantragte ein Vertreter des Zentrums als Kompromißantrag der rechtsstehenden Parteien das Schußalter auf 16 Jahre herabzusetzen, während die Sozialdemokraten eine Hinaufsetzung auf 21 Jahre wünschten. Der Staatssekretär empfahl in erster Linie das 16. Lebensjahr, erklärte aber, daß er auch gegen das 18. Lebensjahr nichts einzuwenden hätte. Bei der Abstimmung wurde die Altersgrenze auf das 18. Lebensjahr und als Tatbestand des Delikts die Körperverletzung mittels „grausamer und hoshafter Behandlung“ festgelegt. — Die große Bedeutung dieses Beschlusses liegt darin, daß sich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß der jugendliche Mensch noch keineswegs mit 14 oder gar mit 12 Jahren des energischsten gesetzlichen Schutzes entbehren kann, daß dieser Schutz vielmehr nach allen Richtungen gegenüber dem geltenden Rechte erweitert werden muß. Besonders wertvoll erscheint die Festsetzung der Altersgrenze in diesem Paragraphen auf das 18. Lebensjahr auch um deswillen, weil ja von verschiedenen Seiten angestrebt wird, auch das Schußalter der jugendlichen Arbeiter, soweit der eigentliche Arbeiterschutz in Frage kommt, auf das 18. Lebensjahr zu erhöhen.

Technikerrecht, Reichstag und Regierung. Unter dieser kritischen Überschrift fanden in der ersten Hälfte des Januars in 16 großen Industriestädten des Reiches Technikerversammlungen statt, die gegen die Verschleppung der Rechtsreformen für die technischen Privatbeamten scharfen Einspruch erhoben. Der Soziale Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten hatte diese Kundgebungen gut vorbereitet, und die Reichstags- und Landtagsabgeordneten waren seinen dringlichen Einladungen allenthalben in großer Zahl gefolgt. Es sprachen in den Versammlungen Vertreter des Technikerverbandes, des Werkmeisterverbandes, des Bundes technisch-industrieller Beamten, des Steigerverbandes usw. Die Reden der verschiedenen Berichtserstatter schilderten mehr oder minder lebhaft die Rückständigkeit des bisher geltenden Technikerrechts, das aus ein paar unzulänglichen Bestimmungen über die Rindigungszeit, die Konkurrenzkaufel und die Zeugnisaushändigung besteht, und geißelten die Tatsache, daß der Reichstag seit 1905 sich zwar mit der Verbesserung dieser Bestimmungen beschäftigt, aber noch nichts zustande gebracht hat. Die Versammlungen, in denen auch Abgeordnete der verschiedenen parlamentarischen Parteien das Wort ergriffen, wiederholten nochmals dringlichst die alten Forderungen in bezug auf Zeugniswesen, Entlassungsschutz bei militärischen Dienstleistungen, Gehaltsfortzahlung bei Krankheit, Befreiung der Konkurrenzkaufel und Vereinheitlichung des Technikerrechts für die verschiedenen Bundesstaaten. Auch auf die Pensionsversicherung der Techniker gingen die Redner ein. Alle 16 Versammlungen nahmen schließlich folgende gleichlautende Entschließung an:

„Die versammelten technischen Privatangestellten aller Berufe geben ihrer lebhaften Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Regierung es unterlassen hat, den Gesetzentwurf zur Verbesserung des Technikerrechts wieder einzubringen, und daß sie nichts getan hat, um den technischen Privatangestellten zu einem schnellen und billigen Rechtsverfahren zu verhelfen. Sie fühlen sich dadurch um so mehr zurückgesetzt, als eine gründliche Verbesserung ihres Rechtes schon wiederholt von der Regierung und allen politischen Parteien als notwendig anerkannt worden ist. Die Versammelten fordern die gesetzgebenden Körperschaften erneut dringend auf, ihre Versprechungen eudlich einzulösen. Sie erwarten jedoch, daß die Reform in einem anderen Geiste erfolgt, als im jüngsten Erlaß des preussischen Handelsministers zur Konkurrenzkaufel zu spüren war. Eine befriedigende Regelung der Materie erscheint ihnen nur dadurch möglich, daß die vom Sozialen Ausschuß wiederholt geäußerten Wünsche zur Reform des Rechtes der technischen Angestellten volle Berücksichtigung finden.“

Rechtspflege.

Das Urteil von Moabit,

das einen Ehrenplatz in den Jahrbüchern der deutschen Rechtssprechung einnimmt, enthält eine ernste, dringende Warnung und Mahnung an die Arbeiterschaft, insbesondere an die organisierte Arbeiterbewegung. Es stellt fest, daß eine größere Anzahl von

Arbeitern, die entweder am Streit beteiligt waren oder sich mit den Ausständigen solidarisch fühlten, schwere Drohungen, Beschimpfungen, Tätlichkeiten gegen Arbeitswillige verübt hat und in weiterer Folge dann auch zu Schmähungen und Gewalttaten gegen Schußleute übergegangen ist. In meisterhafter Klarheit und gerechter Abwägung der Verhältnisse gibt das Urteil eine Schilderung von Entstehung und Verlauf der Ereignisse in jenen stürmischen Septembertagen 1910 in Moabit; es heißt da u. a.:

Die Ereignisse in Moabit sind durch den Streit bei Kupfer veranlaßt. Es ist nicht die Aufgabe des Gerichts, zu entscheiden, ob der Streit berechtigt war oder nicht. Es muß aber zugunsten der Angeklagten festgestellt werden, daß die Bevölkerung den Anspruch auf die von den Streikenden geforderte Lohnerhöhung für berechtigt halten konnte. Das Gesetz gibt den Arbeitern das Recht, sich durch Arbeitsniederlegung günstigere Lohnbedingungen zu verschaffen. Aber sie müssen dabei die Rechte der anderen achten, die sich ihnen nicht anschließen. Das ist nicht geschehen. Sie haben die Arbeitswilligen angegriffen und das Eigentum der Bürger. Die Polizei war deshalb verpflichtet, zum Schutze der angegriffenen Personen und des Eigentums einzuschreiten. Am 19. begann der Streit, am 20. sind schon Angriffe auf Kohlenwagen erfolgt. Die Lage verschlimmerte sich, als die Firma Kupfer Arbeitswillige einstellte, die von außerhalb kamen. Nun entstanden die erheblichen Unruhen am 28. und 29. September, wo schwere Angriffe auf die Transportmannschaften, gegen welche die begleitenden Schußleute, selbst die Verurteilten nichts ausrichten konnten, vorliefen. Es wurden Steine auf Arbeitswillige und Schußleute geworfen, Pferdegeschirre zerhackt. Die Beamten waren dagegen fast machtlos. Noch schlimmer gestalteten sich die Vorgänge am 26. September. Ein Arbeitswilliger gab zu seinem Schutze einen Schuß ab. Diese an sich ungeringste Maßnahme steigerte die Unruhe des Publikums außerordentlich. Alle Versuche, die Leute in Güte zum Auseinandergehen zu bewegen, waren vergebens. Dann geschah der schwere Vorfall mit den Löwischen Arbeitern. Hier handelt es sich um organisierte Arbeiter, die nicht zu den Streikenden gehörten. Die Arbeiter verübten Angriffe auf die Schußleute. Die Polizei drang deshalb in den Fabrikshof und wurde auch dort angegriffen. Zum Gluck erlöste in demselben Augenblick die Fabrikseise, die Arbeiter gingen an die Arbeit, die Unruhen waren hier beendet.

Von nun an gestalteten sich die Dinge anders. Wenn die Unruhen bisher nur aus Erbitterung der Arbeiterbevölkerung gegen die Arbeitswilligen und die Polizei entstanden waren, so kam vom Abend des 26. Septembers ab in erheblichem Teile der Mob, der Janhagel hinzu. Am Abend des 27. Septembers herrschte in der Rosioderstraße ein Zustand, von dem Major Klein sagte, es sei die richtige Anarchie gewesen. Als darauf die Polizeibeamten mit Karabinern bewaffnet erschienen, trat Ruhe ein. Trotzdem sich alle diese schweren Vorgänge ereignet hatten, wurden noch später, namentlich am 4. und 5. Oktober, Arbeitswillige, und zwar nicht die von Hinge beschafften, sondern solche, die zu dem besseren Teil der Arbeitswilligen gehörten, gemißhandelt. An diesen Mißhandlungen haben sich nicht nur die Kohlenarbeiter beteiligt, sondern auch Arbeiter der A. E. G. und der Löwischen Fabrik. . . . Man wird zugeben müssen, daß die Leute, die Hinge hergebracht hat, anderer Art sind als die sonstigen Arbeitswilligen. Wenn man bedenkt, wie die Hingefahren Leute geworben wurden, so wird man annehmen müssen, daß bei ihnen eine gewisse Abenteuerlust herrschte. Man wird auch annehmen müssen, daß es der Polizei nicht gelungen ist, die nach dem Kohlenplatz gebrachten Arrestanten in allen Fällen vor Mißhandlungen durch die Arbeitswilligen zu bewahren, die sich auf dem Plage herumtrieben und die Gelegenheit benutzten, um ihre Abenteuerlust zu betätigen.

Das Urteil geht dann weiter auf das Verhalten der Polizei ein und stellt fest, daß Mißgriffe und Überschreitungen der Amtsbefugnisse in größerer Zahl vorgekommen sind. Hierüber haben wir uns in diesen Blättern nicht zu äußern. Wohl aber ist die Tatsache zu betonen, daß das Verhalten der angeklagten und verurteilten Arbeiter sowie vieler ihrer nicht vor Gericht gestellten Kameraden eine schwere Schädigung der berechtigten Interessen der Arbeiterbewegung bedeutet. Man kann noch so viel Entschuldigungs- und Milderungsgründe für Ausschreitungen in Arbeitskämpfen beibringen — die Erregung des Augenblicks, die Wahrung der Interessen, das Bildungsniveau und die Umgangsformen, das Solidaritätsgefühl, die Haltung der Arbeitswilligen — all dies ändert kein Jota an der Gefährlichkeit und Rohheit der Drohungen, Beschimpfungen, Tätlichkeiten, die bei Unständen verübt werden. Wer sich solcher Taten schuldig macht, muß nicht nur selbst schwere Strafen leiden, sondern er bestet die Ehre anständiger Arbeiter, schädigt seine eigene Sache und beschwört ernstliches Unheil über die Arbeiterbewegung herauf. Man weiß doch, daß emsig Material gesucht und beschafft werden soll zur Verschärfung der Strafen gegen Streikzerstörer und zum Schutz der Arbeitswilligen. Diesem Bemühen haben die Schuldigen von Moabit beträchtlichen Vorschub geleistet. Und man kann nur hoffen, daß jeder einzelne Arbeiter und vor allem die Leiter der Organisationen sich der ernsten Ver-

antwortung künftig bewußt bleiben, die in Arbeitskämpfen auf ihnen ruht und sie zur Disziplin, Ordnung und Gesezmäßigkeit erziehen muß.

Die Ausnahmestellung der Streikbrecher im sozialen Versicherungswesen ist durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Königsberg i. Pr. in einer Weise begründet worden, die ein eigenartiges Licht auf die Rolle wirft, die die Streikbrecher nach ihrer und der Arbeitgeber Auffassung hier und da zu spielen haben. Infolge eines Streiks sperren die organisierten Arbeitgeber des betreffenden Gewerbebezirks die Arbeiter aus und lassen in verschiedenen Gegenden andere Arbeiter anwerben. Diese wurden von dem Verband der Arbeitgeber engagiert, und da sie bald hier, bald dort beschäftigt wurden, so verpflichtete sich der Arbeitgeberverband, diesen Arbeitern — gleichgültig, ob sie arbeiteten oder nicht — für mindestens 10 Tage Lohn zu zahlen. Die gegenseitige Kündigung wurde auf 8 Tage festgesetzt. Die zuständige Ortskrankenkasse verlangte nun, die Arbeiter sollten bei ihr gegen Krankheit versichert werden. Dies zu tun weigerten sich jedoch die von der Kasse in Anspruch genommenen Arbeitgeber, und schließlich hat auch das Oberlandesgericht Königsberg diese Weigerung für berechtigt erklärt. Denn diese Arbeitswilligen, so führte das Gericht aus, waren nur aus Hilfsweise und vorübergehend engagiert worden, ihre Beschäftigung konnte jeden Tag beendet sein. Lediglich um die angenommenen Arbeiter gefügiger zu machen, ist ihnen Lohn — nicht Beschäftigung — für mindestens 10 Tage zugesichert worden. Beschäftigt worden sind die Arbeiter, wie vom Gericht festgestellt, bald von diesem, bald von jenem Arbeitgeber, ohne daß hierbei die für die Krankenversicherungspflicht vorgesehene Dauer von einer Woche auch nur annähernd erreicht worden ist. Auch aus der Vereinbarung einer achtägigen Kündigungsfrist kann das Vorliegen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht gefolgert werden, sondern es geht hieraus nur hervor, daß die Arbeitgeber sich vor plötzlichen Arbeitseinstellungen inmitten dringender Arbeiten schützen wollten. Die klagende Krankenkasse kann auch den beklagten Arbeitgebern gegenüber überhaupt keinerlei Ansprüche geltend machen, denn gemietet waren die Arbeiter ja nicht von diesen, sondern vom Arbeitgeberverband. Dieser vermietete dann die Arbeiter weiter an die Beklagten, und zwar tageweise. Die Arbeitsverträge, die diese Beklagten abschlossen, waren also von vornherein auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt. Die Anmeldepflicht der einzelnen Arbeitgeber würde sich auf diejenigen Arbeiter zu beschränken haben, die von ihnen länger als eine Woche beschäftigt wurden. Die Krankenkasse hat aber nicht nachgewiesen, daß die Beklagten einzelne Arbeiter länger als eine Woche beschäftigt haben, ihr Anspruch war daher abzuweisen. — Also kann die Krankenversicherungspflicht für die vorübergehend Arbeitswilligen umgangen werden.

Zurückbehaltung von Lohnbeträgen. Es ist bekanntlich streitig, ob eine Zurückbehaltung von fälligen Lohnbeträgen zulässig ist, wenn sich der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber einer schuldhaften Handlung schuldig gemacht hat. In nachstehendem Falle hat das Landgericht Gießen zugunsten des Arbeitgebers entschieden:

Eine Arbeiterin hatte ihrem Arbeitgeber 170 M veruntreut. Als dies entdeckt wurde, verließ sie ihre Stellung und übertrug ihre Lohnforderung an ihren Schwiegersohn, der nunmehr den rückständigen Lohn ausklagte. Der beklagte Arbeitgeber erklärte, daß er mit der Gegenforderung, die ihm aus den von der Schwiegermutter des Klägers begangenen Veruntreuungen zustehe, aufrechne. Der Kläger bestritt die Aufrechnungsmöglichkeit, die Veruntreuungen seiner Schwiegermutter gingen ihn nichts an, er klagte auf Grund des ihm abgetretenen Lohnanspruchs und ihm gegenüber könne der Beklagte nicht aufrechnen. Das Gericht führte bei der Abweisung der Klage aus: Nach § 404 BGB. kann der Schuldner dem neuen Gläubiger die Einwendungen entgegensetzen, die zur Zeit der Abtretung der Forderung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren. Danach ist die Behauptung des Klägers nicht gerechtfertigt. Seine Forderung und die Gegenforderung des Beklagten beruhen auf demselben rechtlichen Verhältnis, nämlich dem Dienstverhältnis, das zwischen der Schwiegermutter des Klägers und dem Fabrikanten bestand. Der Beklagte ist daher berechtigt, gemäß § 278 des BGB. sein Zurückbehaltungsrecht auszuüben. Nun ist zwar bekanntlich von vielen Rechtslehrern behauptet worden, daß gegenüber einer nicht pfändbaren und nicht aufrechenbaren Lohnforderung auch das Zurückbehaltungsrecht nicht geltend gemacht werden könne: im vorliegenden Falle jedoch braucht zu dieser Frage nicht allgemein Stellung genommen zu werden, weil es sich hier bei der Gegenforderung des Beklagten um die Geltendmachung eines Fälligkeitsanspruchs für vorläufig zugesagten Schaden handelt und für solche Fälle die Einrede des Zurückbehaltungsrechts jedenfalls gegeben ist. Denn es

wäre von dem Kläger arglistig gehandelt, Lohn zu fordern, wo er vorläufig zugesagten Schaden zu ersetzen hat, er also das, was er fordert, gleich wieder zurückgeben müßte.

Kommunale Sozialpolitik.

Das Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin, dessen Entwurf am 14. Januar 1911 dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist, wird voraussichtlich auch für die sozialpolitische Weiterentwicklung der Groß-Berliner Gemeinden von weittragender Bedeutung werden. Nach § 1 des Gesetzes werden die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim zu einem Zweckverbande vereinigt. Landgemeinden mit mehr als 60 000 Einwohnern können als selbständige Verbandsmitglieder zugelassen werden, ebenso ist die Zulassung des Kreises Rhinavelland als Verbandsmitglied vorgesehen. Dieser Zweckverband soll für folgende kommunale Gebiete zuständig sein:

1. Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten;
2. Beteiligung an der Feststellung der Bauflächenpläne für das Verbandsgebiet und gutachtliche Mitwirkung an dem Erlaß von Bauordnungen;
3. Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bebauung frei zu haltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Schmutz-, Spiel-, Sportplätze).

In der allgemeinen Begründung heißt es:

Der sich immer schärfer ausprägende wirtschaftliche Vereinigungsprozeß drängt naturgemäß zu Formen kommunalrechtlicher Organisation. Als eine solche Form konnte vor zwei Jahrzehnten eine umfassende Eingemeindung in Frage kommen und ist damals von der Staatsregierung, freilich ohne Erfolg, angeregt worden. Seitdem hat die Entwicklung aus den Vororten zum Teil blühende Gemeinwesen geschaffen, die eine Reihe selbständiger kommunaler Einrichtungen getroffen und ausgestaltet haben; ihre Eingemeindung in die Stadt Berlin würde heute ohne Vergewaltigung nicht mehr durchführbar sein.

Die mit den sozialen Fragen in engerem Sinne verquickten Zweige der Kommunalverwaltung sind mit hin vom Zuständigkeitsgebiete des neuen Zweckverbandes ausgeschlossen. Immerhin bedeutet der Gesetzentwurf einen Anfang, ein Zusammenarbeiten der Groß-Berliner Selbstverwaltungen zu ermöglichen, und gelingt der Versuch, so wird die Angliederung weiterer kommunaler Verwaltungsgebiete leicht durchführbar sein. Dazu kommt, daß durch den Entwurf Berlin mit seiner Umgebung aus dem Anwendungsgebiete des allgemeinen Zweckverbandsgesetzes, das dem Landtage gleichzeitig zugegangen ist, nicht völlig ausgeschlossen ist. Ebenso wie sich Berlin schon bisher auf Grund der Landgemeinbeordnung von 1891 zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten mit Landgemeinden oder Gutsbezirken vereinigen konnte, so steht ihm das gleiche Recht auch künftig zu, und die bisherige Vereinigungsmöglichkeit wird nun auch auf das Verhältnis von Berlin zu den umliegenden Stadtgemeinden ausgedehnt. Als Anlaß zu beratigen Vereinigungen werden beispielsweise die Wasserversorgung, die Kanalisation und das Krankenhauswesen genannt. Aus der Begründung des allgemeinen Zweckverbandsgesetzes-Entwurfs erscheint noch folgende Stelle von besonderem Interesse:

Beachtenswert wäre die Anregung, auch der Privatindustrie eine Beteiligung an der Zweckverbandsbildung zu ermöglichen. Indessen ist eine solche Beteiligung, welche sich im Hinblick auf günstige Erfahrungen mit gemischten Privat- und kommunalen Werken, namentlich im Wesen der Monarchie, empfehlen könnte, auf dem Boden der Gemeindeverfassungsgeetze, ja des Landesrechts unausführbar. Hier würde ein zwischen Privat- und Gemeinwirtschaft schwebendes Gebilde entstehen, dessen rechtliche Ausgestaltung nicht ohne Eingriff in das Reichsrecht, insbesondere in das Bürgerliche Gesetzbuch und in das Handelsgesetzbuch erfolgen könnte.

Die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes in Dürren wird von den dortigen städtischen Körperschaften geplant. Das Wohlfahrtsamt, das eine Zentrale für die gesamten Wohltätigkeitsbestrebungen des Gemeinwesens werden soll, soll umfassen: die Säuglings- und Kinderfürsorgestelle, die Tuberkulosefürsorgestelle verbunden mit der Fürsorgestelle für Lungenkranke und Krüppel und eine Trinkerfürsorgestelle. Die Hauptaufgabe des Amtes soll die vorbeugende Arbeit, das frühzeitige Eingreifen und damit die möglichste Verhütung der schwersten Formen der verschiedenartigen Leiden und Gebrechen sein. Dieses Bestreben ist zweifellos anerkanntenswerth. Daß aber die Stadtverwaltung in einem Aufruf an die Bürgerchaft um Überweisung von Spenden zum Grundstock des Unternehmens und um laufende jährliche Unterstützung bittet,

erscheint verfehlt. Hat sich einmal eine städtische Verwaltung zu der Erkenntnis durchgerungen, daß ein städtisches Wohlfahrtsamt eine unbedingte Notwendigkeit ist, so soll sie auch die Konsequenzen daraus ziehen und die erwachsenden Kosten auf die Stadtgemeinde übernehmen.

Städtische Schrebergärten in Göttingen. Die Stadt Göttingen hat von ihrem in der Stadtlur gelegenen Grundbesitz einen Teil, der bisher in großen Koppeln verpachtet war, als Schrebergärten verpachtet. Im November 1910 wurden 60 Parzellen, jede einen Viertelmorgen groß, zum Preise von 18 bis 17 \mathcal{M} verpachtet. Die Nachfrage nach solchem Gartenlande war so groß, daß nicht einmal alle Pachtgesuche befriedigt werden konnten.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Gewerkschaftliche Rückblicke und Ausblicke.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission, das die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im abgelaufenen Jahre ziemlich optimistisch ansieht und sich einen großen Aufschwung für die Folge verspricht, bezeichnet auch die Einwirkungen dieser Wirtschaftsentwicklung auf die Gewerkschaftsbewegung als günstig. Um rund 200 000 Köpfe haben die freien Gewerkschaften im letzten Jahre zugenommen und damit hat die Mitgliederzahl die zweite Million überschritten, nachdem um die Mitte des Jahres 1904 nach damals zwanzigjähriger Organisationsarbeit die erste volle Million erreicht worden war. Das letzte Jahrzehnt, in dem die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften sich verdreifacht, die Summe ihrer Unterstützungsaufwendungen sich vervierzehnfacht hat, die Zahl der Tarifverträge von einigen Hunderten auf 6000—7000 angewachsen ist und diese weit über eine Million Arbeiter einem paritätischen Arbeitsrecht unterstellt haben, wird vom „Korrespondenzblatt“ das „Jahrzehnt der Gewerkschaften“ genannt.

„Aber damit kann keineswegs gesagt sein,“ fährt das Blatt fort, „daß nunmehr der Höhepunkt der Gewerkschaftsentwicklung überschritten oder auch nur erreicht wäre. . . In bedeutenden Industriezweigen ist noch immer der größere Teil der Arbeiter den Gewerkschaften ferngeblieben und in der Großindustrie herrscht noch immer anstatt des paritätischen Arbeitsrechts, des Tarifvertrags, das Herrenrecht der Unternehmer, die einseitige Arbeitsordnung. Der Zehnjahrestag bildet zwar heute bereits die obere Grenze der Arbeitsdauer, aber die Arbeit ist intensiver geworden, die Ausbeutung der Großstädte hat hundertlange Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätten geschaffen, und Organisation, Staatsbürgerpflichten und Familien stellen ständig wachsende Anforderungen an jeden Arbeiter. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist notwendig und wird sich im kommenden Jahrzehnt allmählich durchsetzen. Für die Notwendigkeit weiterer Lohnregulierungen sorgt schon die von der Reichsregierung und den herrschenden Parteien veranlaßte Zoll- und Steuerpolitik, die der Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg läßt, als einen Ausgleich im Kampfe um höhere Löhne zu suchen. So wird der Organisationsdrang im kommenden Jahrzehnt um nichts geringer sein als im letzten.“

Aber ein anderes kommt unserer Organisationsarbeit in höherem Maße als bisher zugute — das ist der Einfluß unserer Tarifvertragspolitik auf die seither unorganisierten Arbeitermassen. In tariflich geregelten Arbeitsgebieten ist auf die Dauer kein Raum für organisationslose Elemente. Wer unter tariflichen Bedingungen arbeitet, muß sich auch der Organisation anschließen, die Schöpfer, Träger und Erhalter des Tarifs ist. Es ist dies ein Stück gefunden Organisationszwanges, der ohne jeden Terror die Gewerkschaft zum herrschenden Faktor auf Arbeiterseite erhebt. Genau die gleiche Entwicklung wird sich natürlich auf Seiten der Unternehmer vollziehen; auch deren Organisation wird sich noch ganz erheblich ausweiten und vervollkommen. Das kommende Jahrzehnt wird also in höherem Sinne als das vorige ein Jahrzehnt der Organisationen sein.

Große Organisationskonzentrationen auf Arbeiterseite bilden seine Einleitung. Im Baugewerbe und Transportgewerbe sind Verschmelzungen größeren Maßstabs vollzogen worden. Kleinere Verschmelzungen traten in den Holz- und Nahrungsmittelgewerken ein. Damit dürfte der Konzentrationsprozeß kaum abgeschlossen sein. Seine treibende Kraft bilden die Riesenkämpfe, die mit dem Wachstum der Organisation auf beiden Seiten immer häufiger und unausbleiblicher werden. In solchen Kämpfen fügt sich leicht zusammen, was vorher den Weg zu einander nicht finden konnte. So werden auch die kommenden Jahre noch manchen Zusammenschluß bringen. Hand in Hand damit geht ein Auswachsen der Verbände zu gigantischen Größen. Bereits zählen 7 Verbände mehr als 100 000 Mitglieder, davon einer nahezu eine halbe Million. Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Massenorganisationen, die Gewerkschaftskämpfe Massenkämpfe größten Stils geworden, und die Strategie dieser Kämpfe erfordert ein vorher nie gekanntes Maß von Anspannung und Verantwortung. Zweifellos werden diese Kämpfe auf die innere Ausgestaltung der Gewerkschaften

nicht ohne Einfluß bleiben; es werden Einrichtungen geschaffen werden müssen, die auch in der riesenhaftesten Organisation eine rege Teilnahme der Mitgl. der am Verbandsleben und einen Einfluß auf die wichtigsten, folgenreichen Entscheidungen ermöglichen. Nur eins wird für alle Zukunft ausgeschlossen sein — das ist die Erwartung, daß außerhalb der Gewerkschaften stehende Kreise von Theoretikern oder Dogmatikern jemals auf deren Entscheidungen Einfluß gewinnen werden. Nach dieser Richtung hin dürfte der Riese Mühe umsonst sein!“

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ geht in seinem Rückblick mehr auf die einzelnen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Vorgänge des Jahres 1910 ein. Es stellt die Unfruchtbarkeit der deutschen Sozialpolitik fest, erörtert die schwebenden Vorlagen und Aufgaben und hebt bei der Betrachtung der Gewerkschaftsgeschichte des letzten Jahres hervor, daß der Organisationsgedanke den Arbeitern durch bedeutsame und gewaltige Kämpfe weiter zum Bewußtsein gebracht worden ist. Das Zentralblatt verweist auf die Abwehrbewegungen gegen den Zwangsarbeitsnachweis des Zeichenverbandes, auf das Ringen im Baugewerbe, auf den Streik und die Massenausperrung auf den deutschen Schiffswerften, auf die Kämpfe im Schuhgewerbe von Birmasens und der Pforzheimer Edelmetallindustrie. Zusammenfassend erklärt das Zentralblatt:

„Das zweifellos Erfreulichste beim diesmaligen Jahresrückblick ist neben der Besserung des Wirtschaftsstandes der Aufschwung und Fortschritt unserer christlichen Berufsorganisationen. Fast alle dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände haben in 1910 Fortschritte zu verzeichnen. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte eine Gesamtzunahme von etwa 30 000 Mitgliedern zu verzeichnen sein. Die ersten Dreihunderttausend wären damit überschritten. Die Einwirkungen der Krise und die damit bedingten Verluste sind wieder weit gemacht, der frühere Höchststand weit überholt. Eine Genugtuung für alle treuen und fleißigen Mitarbeiter, ein Ansporn für alle christlichen Arbeiter zur unablässigen Weiterarbeit. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich als ein innerlich durch und durch gesundes und festes Gebäude erwiesen. Weder der Druck der Scharfmacher im Unternehmerlager, noch der wütende Ansturm der Sozialdemokratie oder politische Schwierigkeiten haben ihre Weiterentwicklung aufzuhalten vermocht. Auch gegenüber Wirtschaftskrisen hat sie sich widerstandsfähig erwiesen. Aus diesen erfreulichen Tatsachen können wir Mut, Begeisterung und hoffnungsvolle Zuversicht für die Arbeit der Zukunft schöpfen.“

Die schwarzen Listen in der preussischen Staatsbanverwaltung, die durch eine halbamtliche Auslassung in den „Berl. Polit. Nachr.“ (Sp. 400) als wohlberechtigte Ordnungsmassnahmen gegenüber einigen übelbeleumdeten Personen, die durch verbrecherisches Verhalten sich der künftigen Verwendung im Staatsdienste unwürdig erwiesen hätten, hingestellt worden sind, haben nach den neuesten altenmäßigen Mitteilungen der „Deutschen Industriebeamten-Ztg.“ doch in manchen Fällen nicht diesen bloßen Charakter der Fernhaltung von Urkundenfälschern, Sittlichkeitsverbrechern usw. aus dem Staatsdienste, sondern es werden als Gründe für die Einreihung eines Technikers in die schwarze Liste der „Unmöglichen“ hin und wieder auch ganz allgemeine Einwendungen angeführt, wie z. B. die: der Betreffende habe sich durch sein Verhalten für die fernere Verwendung im Staatsdienste ungeeignet gezeigt. Solche schlechten Noten ohne nähere Begründung sollten noch nicht genügen, jemandem die Möglichkeit der Beschäftigung im Staatsbaudienste im ganzen Lande für alle Zeiten zu verperren. Da aber die Berrufserklärungen der letzteren Art, soweit sie die „Deutsche Industriebeamten-Ztg.“ aufgeführt, sämtlich aus der Zeit vor der Reichstagsinterpellation (Januar 1909) stammen, so darf man annehmen, daß seitdem die Zusammenstellung der Listen dauernd untauglicher Arbeitskräfte mit gewissenhafterer Vorsicht erfolgt.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet geht weiter. Letzten Sonntag wurden abermals Versammlungen an sehr vielen Orten abgehalten, darunter allein 92 von den vereinigten Organisationen des Alten Verbandes, der Polnischen Berufsvereinigung und des H.-D. Gewerkschaftsvereins. Überall wurden einstimmig Entschlüsse angenommen, daß die bekannten Lohnforderungen bei den einzelnen Grubenverwaltungen durch Vermittlung der Arbeiterausschüsse eingereicht werden sollen. Für jede Zeche wurde ein Vertrauensmann gewählt, der dem Verband über den Stand der Dinge jeweils Mitteilung machen und die Belegschaft in etwa notwendig werdenden Revierkonferenzen vertreten soll. Der Christliche Gewerkschaftsverein hielt seinerseits ebenfalls zahlreiche Versammlungen ab, in denen eine der Erklärung des Vorstandes (Sp. 465) entsprechende Resolution angenommen wurde.

Streiks und Aussperrungen.

Schneiderstreik und Heimarbeit in Wien. In dem Lohnkampf im Wiener Schneidergewerbe stehen Stückmeister und Gehilfen zusammen gegen die Konfektionäre; natürlich spielt sich aber gleichzeitig ein Kampf innerhalb der beiden ersteren Gruppen selbst ab, wie hoch der Anteil einer jeden von ihnen an dem, was den Unternehmern abgerungen wird, bemessen werden soll. Im allgemeinen hat sich diese Auseinandersetzung bisher friedlich gestaltet, da die Gehilfen sich trotz ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das Stückmeistersystem nicht in der Überzeugung gegenwärtiger Interessengemeinschaft beirren lassen. Nun haben aber die Zwischenmeister der Herrenkundenschneiderei, die nicht mit streiken, da sie unter einem gemeinsam mit den Gehilfen durchgesetzten Tarif arbeiten, die grundsätzlich von den Gehilfen vertretene Forderung, keine neuen Zwischenmeister mehr zuzulassen, den bisherigen Legitimationskarten auszustellen und im übrigen innerhalb einer bestimmten Frist Werkstätten zu errichten, also die Heimarbeit allmählich zu beseitigen, zum Anlaß genommen, in einer Protestversammlung ihr entgegengegesetztes Interesse zum Ausdruck zu bringen. Die Zwischenmeister beschloßen, bei den im Frühjahr, nach Ablauf der nur noch bis dahin geltenden Tarife, wahrscheinlich ausbrechenden Arbeitsstreitigkeiten sich ganz auf die Seite der Unternehmer zu schlagen, obwohl sie ihre bisherigen Erfolge wesentlich der Solidarität mit den Gehilfen verdankt haben. Wie verständlich andererseits das Bestreben der letzteren, auf Einführung von Werkstätten hinzuwirken, ist, geht aus den Ziffern hervor, die der Bericht der Krankenkasse der Kleidermacher Wiens für 1907 gab; der Bericht wies 9199 versicherte Unternehmer auf, von denen 7338 keinen, einen oder zwei Gehilfen beschäftigten. Und im Jahre 1910 gab es, wie die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt, 13 807 Meister mit 16 049 Lehrlingen und Lehrlingsmädchen und nur etwa 24 000 Arbeitern und Arbeiterinnen — es kamen also auf 4 Ausgelernte 3 Lehrlinge! Jeder im Zwischenmeistersystem alt gewordene Schneidergehilfe sucht nun, selbst Zwischenmeister zu werden, und beginnt dann die Lehrlingszuchterei von vorn, während er gleichzeitig durch Unterbietung der anderen Zwischenmeister diesen ganzen Beruf drückt; gerade gegen die übergroße Zahl von Zwischenmeistern, die sich bei der Vermählung um Aufträge niederkonkurrieren, ist der Vorschlag des Gehilfenausschusses, die bisherigen Stückmeister mit Legitimation zu versehen, neue aber nicht mehr zuzulassen und statt dessen Werkstätten einzuführen, gerichtet. Der Widerstand der Herrenkundenschneider gegen diesen Vorschlag ist um so weniger angebracht, als Wien ziemlich die einzige Großstadt sein dürfte, in der Herrenkundenschneiderei als Heimarbeit in so großem Umfange besteht. — Für die Exportkonfektion nähert sich der Streik seinem Ende. Am 13. und 14. Januar fanden zwischen den Konfektionären und Stückmeistern unter Zuziehung von Gehilfenvertretern Verhandlungen statt, die, unter Vorbehalt der Stückmeisterorganisation, zu folgenden Vereinbarungen führten:

1. Bei der Sommerware wird sofort eine fünfprozentige Lohn-erhöhung gewährt.
2. Bei der Winterware, deren Herstellung im März beginnt, wird wie bei allen folgenden Waren für die ganze Vertragsdauer eine zwölfprozentige Lohnaufbesserung zugestanden.
3. Die Extraarbeiten werden nach der getroffenen Vereinbarung entlohnt.
4. Bei Kinderkostümen wird eine fünfprozentige Erhöhung der Löhne bewilligt.
5. Es wird eine Kommission aus vier Vertretern der Unternehmer und vier Vertretern der Stückmeister zur Ausarbeitung eines Tarifs eingesetzt, der spätestens bis zum 1. Februar 1912 fertiggestellt werden muß. Die bestehenden Löhne und die prozentuelle Erhöhung haben als Basis für den Tarif zu dienen, sie dürfen keine Erhöhung erfahren.
6. Zur Kontrolle über die Einhaltung der gewährten Lohnerhöhung und zur Ausarbeitung des Tarifs werden der Kommission die derzeit bestehenden Löhne von den Unternehmern bekanntgegeben.
7. Der Vertrag ist für drei Jahre abgeschlossen; er läuft ein Jahr weiter, wenn er drei Monate vor seinem Ablauf nicht gekündigt wird.

Über den Beginn des Tarifs ist bisher keine Einigung erzielt; die Konfektionäre wollen ihn so beginnen lassen, daß seine Erneuerung in die „stille Zeit“ fällt, während die Stückmeister den Ablauf während der Saison wünschen. — Die Gehilfen wollen die Arbeit nur wieder aufnehmen, wenn die Stückmeister nun auch ihre Forderungen erfüllen. — Mit den Platzkonfektionären schweben noch Verhandlungen.

Der belgische Bergarbeiterstreik war auf etwa 25 000 Ausständige angewachsen ($\frac{1}{4}$ der Belegschaft des Lütticher Bezirks). In Lüttich fanden wiederum große Demonstrationen ohne Zwischenfall statt. Aus Deutschland wurden Rohlen eingeführt. — Die Vermittlungsversuche der Regierung, die bisher erfolglos gewesen waren, waren durch den Arbeitsminister Hubert persönlich wieder aufgenommen worden, nach-

dem die Grubenbesitzer sich zu Unterhandlungen mit den Gewerkschaftsführern bereit erklärt hatten. Diese Verhandlungen zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und den Vertretern der Bergarbeiter, welche im Beisein des Handelsministers Hubert stattfanden, waren teilweise erfolgreich; doch ist die Wiederaufnahme der Arbeit noch verlagert, da einige Grubenbesitzer die Einigungsbedingungen bisher nicht anerkannt haben. — Zu den Ursachen des Streiks sei ergänzend (vgl. Sp. 466) hinzugefügt, daß eine Versammlung des Landesausschusses der Bergarbeiter in Charleroi am 9. Januar schwere Klagen erhob über das anlässlich des neuen Berggesetzes in die Grubenordnung eingeführte, sehr harte Strafsystem, über die Verwendung beliebiger Arbeiter zu stellvertretender schwerer Arbeit, über die Verkürzung der Mittagspause und endlich über die Weigerung der Unternehmer, zur Verwaltung der aus Strafgebern gespeisten Hilfskassen auch Arbeiter zuzuziehen.

Die Eisenbahnerbewegung in Portugal, die bereits vor einigen Wochen auf einzelnen Strecken eingesetzt hatte, aber dort rasch friedlich beigelegt worden war (vgl. Sp. 476), hat jetzt die Hauptstrecken des Verkehrsnetzes im ganzen Lande erfaßt und einen bedrohlichen Charakter angenommen. Die Eisenbahner verlangen außer einer Mindestruhezeit eine Gehaltserhöhung, die die an sich schlechten Finanzen der portugiesischen Bahnen jährlich um 2½ Millionen Mark mehr belasten würde. Die Bahngesellschaften lehnten solche Forderungen ab und haben sich in längeren Verhandlungen nur bis zur Bewilligung von 25 Cts. oder 10% Lohnzulage entschließen können, was eine Mehrausgabe von 1½ Millionen Mark im Jahre ausmachen würde. Die damit unzufriedenen Eisenbahner haben darauf den Streik erklärt. Angeblich soll er zugleich auch eine Kundgebung gegen einen neuen Regierungserlaß bedeuten, der bei geplanten Arbeitsunterbrechungen in öffentlichen Betrieben mindestens 8 Tage vorher eine Ankündigung verlangt. Gegen 7000 Eisenbahner haben die Arbeit niedergelegt, die Kameraden auf den Staatsbahnen haben ihre Gemeinschaft mit den Privatbahnern erklärt. Erfreulich ist die öffentliche Erklärung, die die Streitenden abgaben, daß sie jedem Versuch von Sabotage in ihren Reihen scharf entgegenzutreten würden. Trotzdem ist der gesamte Verkehr ins Stocken geraten. Die Ersatzautomobile versagten sehr rasch, und die erhoffte Entlastung des Eisenbahnverkehrs durch den Schiffsverkehr an der Küste entlang wurde durch furchtbare Stürme verhindert. Verschlimmert wird die Lage durch die politische Unruhe des Landes und durch gleichzeitige Streikbewegungen der Handelsgehilfen, die eine Begrenzung der Arbeitszeit zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends fordern, der Verleger, der Hütten- und Metallarbeiter, der Elektrizitäts- und Gasarbeiter. Nach einer Meldung sollten am 14. Januar insgesamt 45 000 Mann im Streik stehen. Mit den Handelsangestellten ist inzwischen aber eine Einigung erzielt worden. In Lissabon nahm das Publikum aus Ärger über das Stocken des Bahnverkehrs Partei gegen die Streitenden. Nach den letzten Nachrichten (vom 16. Januar) sind den Eisenbahnern folgende Zugeständnisse gemacht worden: Die niederen Lohnklassen erhalten eine tägliche Zulage von 100 Reis (45 Pfennig), allen Angestellten wird ein jährlicher Urlaub von 20 Tagen gewährt, während dessen volles Gehalt gezahlt wird, und die Arbeitszeit in den Werkstätten wird auf neun Stunden festgesetzt; die Pensionsverhältnisse werden neu geregelt, sämtlichen Angestellten jährliche Freikarten geliefert und die Streiktage als Urlaubstage angesehen und bezahlt. Der Eisenbahnverkehr ist daraufhin wieder aufgenommen worden, jedoch gärt es noch unter den übrigen Arbeitergruppen, namentlich bei den Gasarbeitern.

Der „perlende Streik“. Das Wörterbuch des Klassenkampfes ist in Frankreich in jüngster Zeit um einen neuen Ausdruck bereichert worden, so berichtet der „Vorwärts“: „La grève perlée!“ — der perlende Streik — ist die Bezeichnung für ein vor kurzem noch unbekanntes Verfahren in wirtschaftlichen Kämpfen. Wie so viele andere Schlagwörter des sozialen Lebens hat auch dieses einen unbekannten Vater. Raum aufgelaucht, ist es auch schon populär geworden. Man weiß auch nicht recht, was die Beziehung auf die Perlen eigentlich besagen will — ob sie die saubere vollkommene Technik, wie etwa beim Spiel von Klavierfingern, bezeichnen soll oder, was wahrscheinlicher ist, an Verstreuungen von Perlen anspielt, die dann niemand wiederauffinden kann. Die „grève perlée“ ist eine Art Sabotage ohne Sachbeschädigung. Sie besteht z. B. bei einem Eisenbahnstreik darin, daß Waggons in eine falsche Richtung gelenkt und etwa auch noch die Expeditionscheine dieser Waggons „verloren“ werden, so daß sie kein Zugführer mitnehmen kann. Daß der Schaden, den dieses Verfahren anrichten vermag, außerordentlich groß sein kann, liegt auf der Hand, aber ebenso auch, daß es die am Konflikt zunächst nicht beteiligten Kreise des Handels und der Industrie sind, die das Bad auszubaden haben. Darum wird in Ländern mit einer gereiften Gewerkschaftsbewegung die „grève perlée“ noch weniger auf Aufnahme rechnen können, wie die Sabotage, die ja immerhin die Arbeitsinstrumente im Besitz des Unternehmers trifft. Sie läßt sich auch keinesfalls mit der passiven Resistenz in eine Reihe stellen.

Arbeiterschuh.

Die Entwicklung des Preussischen Gewerbeaufsichtsdienstes von 1890 bis 1911 wird durch folgende Tabelle in sehr bemerkenswerter Weise dargestellt:

Im Jahre 1890 waren vorhanden: 17 Gewerbeberate, 10 Gewerbeberatsassistenten, 1 Fabrikinspektor, zusammen 28.

Es sollen vorhanden sein	Regierungs- und Gewerbeberate	Gewerbe-Inspektoren	Gew. (Ansp.) Assistenten	Assistentinnen	Insgesamt
Nach der Denkschrift vom 5. Juli 1890 zum 1. April 1894	26	97	40	—	163
Nach dem Etat für 1894	26	100	40	—	166
1895	26	100	48	—	174
1896	26	100	54	—	180
1897	26	100	57	—	183
1898	26	100	68	—	194
1899	26	112	74	—	212
1900	27	112	74	2	215
1901	27	119	76	2	224
1902	27	122	76	4	229
1903	28	125	77	4	234
1904	28	131	80	4	243
1905	29	137	79	4	249
1906	30	143	77	4	254
1907	31	152	78	4	265
1908	32	157	79	5	273
1909	32	163	81	6	282
1910	32	171	80	8	291
1911	33	180	81	12	306

Am 31. Dezember 1910 waren außerdem im Gewerbeaufsichtsdienste beschäftigt 14 überzählige Gewerbeassessoren und 49 Gewerbeberater.

Man kann ruhig sagen, daß in keinem anderen Staate neben der Entwicklung der Industrie gleichzeitig auch eine so starke Vermehrung der Beamten der Gewerbeaufsicht einhergeht. Namentlich ist zu beachten, daß nach dem rapiden Steigen der Beamtenschaft von 1890—1896, das mit der Arbeiterschuhnovelle von 1891 zusammenhängt, in den letzten 6 Jahren abermals eine erhebliche Vermehrung eingetreten ist, und zwar sowohl bei den Regierungs- und Gewerbeberatern und den Gewerbeinspektoren, als namentlich auch bei den weiblichen Beamten; dazu tritt dann noch eine stattliche Schar von überzähligen Assessoren und von Referendaren. Diese letzteren mitgerechnet, hatte Preußen Ende 1910 im ganzen 345 Beamte in der Gewerbeaufsicht, und die Etatsaufstellung für 1911 vermehrt diese Zahl wiederum sehr beträchtlich.

Internationale Arbeiterschuhverträge. Die am 14. Januar zur Ausgabe gelangte Nr. 2 des „Reichsgesetzblatts“ enthält das Internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen vom 26. September 1906, die Bekanntmachung betreffend die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands, Österreich-Ungarns, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Luxemburgs, der Niederlande, Portugals und der Schweiz zu diesem Abkommen, sowie den Beitritt Italiens und Schwedens zu dem internationalen Abkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern vom 26. September 1910, und die Bekanntmachung betreffend die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands, Dänemarks, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande und der Schweiz und den Beitritt Italiens, Großbritanniens sowie Spaniens zu diesem Abkommen.

Die Vertagung des Nachtarbeitsverbots für die Arbeiterinnen in Österreich auf den 1. Januar 1912, wie sie der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Herrenhauses in seiner Sitzung am 14. Januar beschloß, hat die Wiener Arbeiterschaft zu großen Protestkundgebungen veranlaßt. Verschärft wurde der ungünstige Eindruck dieser sozialpolitischen Verzögerungspolitik, die die Kommissionsberatungen des Herrenhauses in der letzten Wintertagung allgemein charakterisiert, durch die gleichzeitige Ablehnung der Gewerbeordnungs-Novelle, die die Bestrafung des Arbeitsvertragsbruchs für die gewerblichen Hilfsarbeiter aufheben soll. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Herrenhauses lehnte es nämlich ab, in die Beratung einzutreten mit der Begründung, „daß eine solche Abänderung des Gesetzes nur im Zuge einer Änderung der gesamten Gewerbeordnung vor sich gehen könne“.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Die Kassengeschäfte des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen sind am 1. Januar 1911 vom Geschäftsführer des Verbandes Rat Dr. Vint-Lübeck, Parade 1, übernommen worden. Die Verbandsbeiträge sind von diesem Tage an dorthin zu überweisen. Der Verbandsvorsitzende ersucht die Mitglieder, die jährlichen Beiträge spätestens bis zum 1. Mai einzusenden, um eine geregelte Kassenführung möglich zu machen.

Zum Kampfe gegen Schwindelfirmen hat der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen in Verbindung mit dem Rechtsschutzverband für Frauen jetzt das erste Flugblatt herausgegeben, in dem in verständlicher Weise mit kurzen Sätzen vor fremden Reisenden, vor dem Unterschreiben von Bestellscheinen usw. gewarnt wird. 100 Exemplare dieses Flugblattes, das auf Wunsch mit der Adresse der einzelnen Rechtsauskunftsstellen versehen wird, kann zum Preise von 1 M für 100 Stück und Entfall der Portokosten von der Geschäftsstelle des Verbandes (Lübeck, Parade 1) bezogen werden.

Die Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft.

Von Rat Dr. Vint, Lübeck.

Die Berichterstattung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909 (Reichs-Arbeitsblatt VIII. Jahrg. Nr. 10 u. 11, Oktober und November 1910) läßt auch die Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft erkennen. Die Zusammenstellung enthält Nachweise über 101 gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen und 28 Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen. Von jenen haben 61, von diesen 20 auch Angaben über ihre Gesamtausgaben im Jahre 1909 gemacht. Unter jenen 61 sind 2 (Köln und Kiel), unter diesen 20: 5 Stellen (Berlin, Bremen, Krefeld, Frankfurt a. M., Lübeck), die einen Ausgabenbetrag von mehr als 10 000 M aufweisen. Damit ist freilich nicht gesagt, daß im Durchschnitt Staat oder Gemeinde weniger für die Ausgestaltung ihrer Rechtsauskunftsstellen tun als private Vereinigungen; denn private Rechtsauskunftsstellen erhalten oft bedeutende Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln (z. B. die öffentliche Rechtsauskunftsstelle in Lübeck zurzeit 11 550 M). 16 von den 81 Rechtsauskunftsstellen weisen einen Ausgabenbetrag von 5000—10 000 M auf (Böckum, Chemnitz, Danzig, Dessau, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Magdeburg, Potsdam, Stettin, Dresden, Königsberg, Leipzig, Rendsburg, Zwickau). Die tatsächlichen Aufwendungen für die gemeinnützige Rechtsauskunft werden aber zumeist erheblich höher sein, weil erfahrungsgemäß in dem Ausgabenbetrag der Mietwert der Räumlichkeiten, der Betrag für die etwa kostenfrei gelieferte Schreibhilfe, für Beleuchtung, Heizung, Bureaukosten usw. vielfach nicht mit enthalten sind, selbstverständlich auch die ehrenamtliche Mitarbeit von Juristen, wie sie manchen Rechtsauskunftsstellen zur Verfügung steht, nicht mit veranschlagt ist. Bei Betrachtung der Zahlen über die Aufwendungen für die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen wird man diese Momente nicht außer acht lassen dürfen. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Mehrzahl der Rechtsauskunftsstellen erst in den letzten Jahren gegründet ist, mithin noch durchaus am Anfange ihrer Entwicklung steht.

Über die Kosten der dem Verbands der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen angeschlossenen Stellen, über die Höhe der ihnen aus Staats- oder Gemeindegeldmitteln gewährten Beiträge und über die Ausgaben der einzelnen Stellen für ihre Beamten ist weiteres Material durch eine Rundfrage der Geschäftsstelle des Verbandes gewonnen worden. Die Ergebnisse dieser Rundfrage sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt. Die Rechtsauskunftsstellen sind nach der Größe des Ortes, an dem sie sich befinden, angeordnet. Die Einwohnerzahl ist nicht nach der letzten, sondern nach der vorletzten Volkszählung (1905) angegeben. Neben der Gesamtzahl der erteilten Auskünfte ist die Zahl der Fälle vermerkt, die eine schriftliche Bearbeitung erforderten (also nicht nur die schriftlich erteilten Auskünfte). In der Rubrik „persönliche Bezüge“ sind mit R. die Bezüge für rechtskundige Beamte, mit L. die Bezüge für Beamte ohne akademische Vorbildung in leitender Stellung und mit S. die Bezüge für sonstige Hilfskräfte vermerkt.

	Gesamtzahl der Auskünfte Schriftl.		Stat M	Beiträge aus öffentlichen Mitteln M	Personalbezüge M
1. Groß-Berlin, E. ca. 8 Mill. Gemeinnütz. Ver. f. Rechtsauskunft in Groß-Berlin.	30180	5504	20145,00	Staat: 2000, Gemeinden: 12500 (Berlin: 5000, Charlottenburg: 8000, Schöneberg: 2500, Rigi- dorf 1200, Spandau: 800) ¹⁾	R. 9700, L. 3000, S. 2000
2. Dresden, E. 469 586. Verein f. öffentl. Rechts- auskunft.	8678	378	6800,00	Staat: 1000, Gemeinden: 580 (Dresden: 500, Blasewitz: 80), Sonstige: 1560 ²⁾	L. 3200, S. 1200
3. Leipzig, E. 456124. Leipziger Volksbureau.	7709	1287	6000,00	Staat: 1000, Gemeinde: —, Son- stige: 1000	L. 3400, S. 600
4. Köln, E. 372529. Rechtsauskunftsstelle.	16871	1940	20900,00	Staat: 5000, Gemeinde: 14550, Sonstige: 1850 ³⁾	R. 10600, S. 3000
5. Frankfurt a. M., E. 288989. Soziales Museum.	13472	—	16500,00	Staat: —, Gemeinde: 6500, So- ziales Museum: 10000 ⁴⁾	R. 6750, S. 4640
6. Hannover, E. 235649. Städtische Auskunftsstelle.	5850	ca. 2000	4800,00	Die Stadt trägt sämtl. Kosten	L. 2900, S. 1600
7. Magdeburg, E. 229677. Städt. Rechtsauskunftsst.	8850	887	8185,00	Desgl.	R. —, S. 7050
8. Düsseldorf, E. 218711. Allg. Rechtsauskunftsstelle.	3961	204	6667,00	Desgl.	L. 8000, S. 1550
9. Steittin, E. 210702. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	8710	1785	7485,00	Staat: 8700, Kaufmannschaft: 600, Handelskammer: 300, die übrigen Kosten trägt die Stadt	R. 1700, S. 2900, S. 1080
10. Chemnitz, E. 206918. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	4655	806	—	Staat trägt sämtl. Kosten	L. 2025, S. 900
11. Rönigsberg i. Pr., E. 189488. Volksauskunftsst.	6741	1215	7250,00	Staat: 2600, Gemeinde: 1200, Sonstige: 3450	R. 8000, S. 2280
12. Essen, E. 182100. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	5919	1245	8000,00	Stadt deckt die Kosten (Beitrag der Handelskammer: 800)	R. 4500, S. 1900
13. Bremen, E. 168297. Bürgerlicher Volksverein.	14518	1760	20000,00	Die R.A. wird ganz durch die Mitgliedsbeiträge u. durch frei- willige Zuwendungen unterhalten	R. 9000 (2 Konsum- lenken), L. 2500 (Bureauvorsteher, der jedoch Auskunft erteilt), S. 2150
14. Elberfeld, E. 156966. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	4639	—	650,00	Stadt trägt sämtl. Kosten	L. 500, S. 150
15. Halle a. S., E. 156609. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	4621	595	—	Desgl.	L. 2500
16. Altona, E. 161501. Rechtsauskunftsstelle.	1422	7) 47	750,00	Desgl.	Die beteiligten Herren üben ihre Tätigkeit unentgeltlich aus R. 4500, S. 1850
17. Danzig, E. 149301. Rechtsauskunftsstelle d. Stadt.	3755	793	7800,00	Staat: 8000, Gemeinde: 8000	R. 5. 4600
18. Dortmund, E. 142788. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	4867	235	6100,00	Gemeinde: 6800, Kreis: 700	R. 1788, S. 1000
19. Braunschweig, E. 128226. Städt. Rechtsauskunftsst.	6958	7	3838,34	Stadt trägt sämtl. Kosten.	L. 4886, S. 4288,34
20. Kiel, E. 121814. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	13531	3401	11258,72	Staat: 2400, Gemeinde: 8858,72	L. 2040
21. Rassel, E. 106084. Rechtsberatungsstelle.	2516	356	2900,00	Staat: 400, Gemeinde: 1000	L. 8650, S. 2160
22. Bochum, E. 101957. Städtische Rechtsauskunftsst.	4799	1145	7150,00	Staat: 1500, sonstige Kosten trägt die Stadt	R. 7950, S. 2820
23. Lübeck, E. 96775. Rechtsauskunftsstelle.	6791	1660	16000,00	Staat: 2500	L. 2700, S. 1200
24. Karlsruhe, E. 91185. Rechtsauskunftsstelle.	6874	916	—	Staat: 600, Gemeinde: 5680	L. 2600, S. 780
25. Erfurt, E. 85202. Magistrat der Stadt.	5261	541	8680,00	Sämtl. Kosten trägt die Stadt	L. 1500
26. Götting, E. 80931. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	5881	809	2675,00	Staat: 600, Gemeinde: 2075	—
27. Jülich, E. 64849. Gemein. Rechtsauskunftsst., Volks- bureau.	3859	1195	6426,22	Staat: 1000, Gemeinde: 600	L. 2400
28. Bielefeld, E. 63046. Magistrat d. Stadt.	3871	384	—	Staat: 900, Gemeinde: 8000	—
29. Ludwigshafen a. Rh., E. 61914. Rechtsauskunftsst.	1584	348	2500,00	Die Stadt trägt die Kosten	L. 2880
30. Freiburg i. S., E. 61506. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	5222	612	3000,00	Gemeinde: 8000	—
31. Darmstadt, E. 57859. Rechtsauskunftsstelle.	2091	287	—	Stadt trägt die Kosten	L. 1050
32. Liegnitz, E. 54882. Rechtsauskunftsstelle.	1704	158	—	Staat: 500, Gemeinde: 700	R. 1500, L. 1200, S. 800
33. Elbing, E. 52518. Magistrat d. Stadt.	1799	88	3896,37	Staat: 1500, Gemeinde: 2396,37	L. 8300, S. 1800
34. Dessau, E. 50849. Städt. Rechtssekretariat.	3726	Schriftl. Auskünfte 21	5825,00	Staat: 600	L. 8000, S. 900
35. Brandenburg a. H., E. 49250. Rechtsauskunfts- stelle d. Stadt.	4495	Schriftl. 1277	5000,00	Staat: 1000, die sonstigen Kosten trägt die Stadt	L. 1180, S. 80
36. Harburg, E. 49153. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	2164	353	1500,00	Gemeinde: 1500	R. 1500, S. 960
37. Halberstadt, E. 42810. Magistrat d. Stadt.	1212	285	2485,00	Staat: 1000	R. 1098, S. 100
38. Hildesheim, E. 48922. Rechtsauskunftsstelle.	368	42	—	Gemeinde: 400	L. 1450
39. Regensburg, E. 46215. Magistrat d. Stadt.	4036	124	3200,00	Staat: 1000, Gemeinde: 2200	L. 8800, S. 180
40. Worms, E. 45968. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	2620	1105	1560,00	Kosten trägt die Gemeinde	R. 5000, S. 2250, S. 650
41. Mülheim a. Rh., E. 45062. Rechtsauskunftsstelle.	2681	652	4200,00	Staat: 900, Gemeinde: 3200	R. 400, L. 1855, S. 950
42. Pforzheim, E. 43851. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	4695	945	—	Staat: 1800	L. 3000
43. Cottbus, E. 39322. Städtische Geschäftsstelle für Rechtsauskunft.	1606	227	4202,50	Staat: 1000	L. 1800
44. Götting, E. 34651. Rechtsauskunftsstelle. ⁵⁾	2074	428	—	Staat: 8600 u. Diensträume	—
45. Bernburg, E. 34481. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	1661	78	1940,20	Staat: 900, Gemeinde: 640,20, Kreis: 400	—

¹⁾ Sonstige Unterstüzungen (durch Gewährung von Räumlichkeiten, Schreibhilfe usw.): Stadt Charlottenburg ca. 600 M., Schöneberg ca. 600 M., Rixdorf ca. 1500 M., Spandau ca. 600 M. — ²⁾ Handelskammer 1000 M., Gewerbekammer 500 M. — ³⁾ Handelskammer und Handwerkskammer je 500 M., Stadt Rall 300 M., Städte Brühl und Binsig je 25 M. — ⁴⁾ Das Soziale Museum erhält Beiträge von mehreren Städten und Kreisen. — ⁵⁾ Mit der Zeitung ist ein zum Richteramt befähigtes Magistratsmitglied beauftragt. — ⁶⁾ Teilgehalt für einen Magistratsassessor. — ⁷⁾ Schriftsätze in Arbeiterversicherungssachen. Schriftliche Auskünfte werden i. d. grundsätzlich nicht erteilt. — ⁸⁾ Die Rechtsauskunftsstelle steht unter der Leitung des juristischen Hilfsarbeiters der Stadtverwaltung, der gleichzeitig Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist. — ⁹⁾ Die Stelle ist seit 1. I. 1910 in Wirkksamkeit.

	Gesamtzahl der Auskünfte		Etat	Beiträge aus öffentlichen Mitteln	Personalbezüge
		schriftl.	M	M	M
46. Guben, E. 33122. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	3559	855	8415,00	Staat: 800, Gemeinde: 2615	ℳ. 2200, ℳ. 150
47. Forst (Lausitz), E. 32075. Rechtsauskunftsstelle.	4087	1084	wird nicht aufgestellt	Gemeinde trägt die Kosten	ℳ. 1980, ℳ. 900
48. Göttingen, E. 30284. Magistrat d. Stadt.	807	62	—	Gemeinde: 2500	ℳ. 1800, ℳ. 700
49. Herne i. Westf., E. 27863. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	501	170	—	Staat: 200, Sonstige: 315	ℳ. 1500, ℳ. 840
50. Herford, E. 25109. Rechtsauskunftsstelle d. Stadt.	450	8	—	Gemeinde: 150, Kr. Herford: 250	ℳ. 400
51. Köthen, E. 22091. Rechtsauskunftsst. d. Stadt.	1643	854	2397,00	Staat: 600	ℳ. 1600
52. Koburg, E. 20460. Rechtsauskunftsstelle.	3760	785	—	Staat: 1600, Gemeinde: 800	ℳ. 1750
53. Wald (Hild.), E. 18630. Rechtsauskunftsstelle.	1426	124	—	Staat: 100, Gemeinde: 100, Kreis- auschuß 100	ℳ. 300
54. Hirschberg i. Schl' E. 17865. Rechtsauskunftsst.	1520	798	—	Staat: 300, Stadt: 500, Kreis: 300, Sonstige: 30	ℳ. 1284,59
55. Emden, E. 16453. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	479	126	—	Staat: 400, Gemeinde: 400	ℳ. 350, ℳ. 250
56. Eilenburg, E. 15145. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	738	17	—	Die Kosten trägt die Stadt	—
57. Sterkrade, E. 15004. Rechtsauskunftsstelle.	861	47	—	Staat: 300, Gemeinde: 800	ℳ. 800
58. Zschöe, E. 15649. Rechtsauskunftsstelle.	693	87	630,00	Staat: 250, Gemeinde: 230, Son- stige: 150	ℳ. 200
59. Diebrich a. Rh., E. 15048. Rechtsauskunftsstelle.	616	132	—	Gemeinde: 683,55 u. 800 ¹⁰⁾	ℳ. 483,35, ℳ. 250, ℳ. 50
60. Stolberg i. Hild., E. 14249. Rechtsauskunftsstelle.	484	78	350,00	Staat: 100, Gemeinde: 250, Son- stige: 50	ℳ. 200
61. Mayen, E. 11961. Städt. Rechtsauskunftsstelle.	1020	80	—	Staat: 500, Gemeinde: 1300 Kreis: 300	ℳ. 2100
62. Emmerich, E. 11529.	529	172	die Auskunft- stelle hat keinen eigenen Etat 900,00	Die Stadt trägt sämtl. Kosten	—
63. Bergisch-Gladbach, E. 11435. Öffentl. Rechts- auskunftsstelle d. Stadt.	719	139	—	Gemeinde: 900	ℳ. 900
64. Hamborn (Hild.), E. 11150. Rechtsauskunftsstelle.	3058	1461	Etat wird nicht aufgestellt	Stadt trägt die Kosten	ℳ. 1000, ℳ. 2000, ℳ. 1000
65. Euskirchen, E. 10286. Rechtsauskunftsstelle.	561	49	—	Staat: 300, Gemeinde: 400, Son- stige: 50 (Handwerkskammer)	ℳ. 600
66. Pennep, E. 9704. Rechtsauskunftsstelle.	ca. 600	ca. 30	—	500, von verschiedenen öffentl. Körperschaften.	—
67. Rauen, E. 8603. Kreisaußsch. d. Kr. Dithavelland.	—	—	—	Kreisfonds: 8500 - 4000.	— ¹¹⁾
68. Meiborf, E. 8808. Rechtsauskunftsstelle.	61	13	50,00	Gemeinde: 50	ℳ. 15

¹⁰⁾ Auf diesen Betrag sind die von der Gemeinde gewährten Räumlichkeiten, Schreibhilfe usw. zu veranschlagen. — ¹¹⁾ Die Rechtsauskunftsstelle ist am 1. August 1910 eröffnet. — ¹²⁾ Der Bürgermeister besorgt die Geschäfte freiwillig.

Der preussische Staatsbeitrag für die Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerungskreise im Rechnungsjahre 1911 wird leider noch immer mit dem zur Förderung der nichtgewerbmäßigen Arbeitsvermittlung ausgemessenen Betrage als ein Ganzes betrachtet, obwohl die Rechtsauskunftsbewegung auf gemeinnütziger Grundlage bereits einen solchen Umfang angenommen hat, daß ihr eine eigene Etatsposition füglich eingeräumt werden könnte. Erfreulich ist, daß der bisher 40 000 M. betragende Posten im neuen Etat um 25 000 M. erhöht worden ist. Hoffentlich kommt diese Erhöhung auch den Rechtsauskunftsstellen in beträchtlichem Umfang zugute.

Die unentgeltliche Rechtsauskunft für Unbemittelte in Nassau. Wir haben bereits XIX Sp. 412 über die außerordentlich dankenswerte Tätigkeit berichtet, die der Erste Staatsanwalt a. D. Geh. Justizrat Meyer in Wiesbaden dadurch ausübt, daß er als Volksanwalt im besten Sinne des Wortes seine Mühe den Rinderbemittelten zur Verfügung stellt, was bei seinem Alter — er ist 75 Jahre — um so anerkennenswerter ist. Der Bericht über seine Tätigkeit für 1910 zeigt aufs neue, nicht nur welche Summe von Arbeit dieser einzelne auf dem Gebiete der gemeinnützigen Rechtsauskunft geleistet hat, sondern auch, wie notwendig es ist, Unbemittelten der Landbevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich unentgeltlich Rechtsbelehrung zu holen und zwar in erreichbarer Nähe ihrer Wohnorte.

Mündlich erledigte Geheimrat Meyer auf 201 Reisen an 86 Orten 2004, brieflich zu Hause 2180 Rechtsfragen, fertigte 1881 Schriftstücke, beriet 571 Rechtsuchende in seiner Wohnung, bearbeitete fortlaufend 530 Arbeiterversicherungssachen und vertrat Versicherte in 65 Terminen vor dem Schiedsgericht zu Wiesbaden.

In den Städten und auf dem Lande machen die sozialen Versicherungen gleichmäßig den größten Prozentsatz der Rechtsfragen aus, im übrigen überwiegen in den Städten Miets- und Gefeinde-recht, auf dem Lande dagegen Sachenrecht, Familien- und Erb-recht. Auch eine größere Anzahl von Vergleichen, zum Teil über nicht unerhebliche Beträge, verzeichnet der Geschäftsbericht. Zur Bewältigung der Bureauarbeit mußte zeitweise eine Sekretärin an-genommen werden. Während der größte Teil der Behörden diese

aufopferungsvolle Tätigkeit des Geheimrats Meyer nach Kräften unterstützt, verweigern in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit einzelne Stadtvorordnetenkollegien die geringen zur Aufrechterhaltung der verschiedenen Sprechstunden geforderten Beträge, so daß selbst die Kosten für die notwendigen Auslagen — denn eine Vergütung bezieht Herr Geheimrat Meyer für seine Tätigkeit nicht — nur mit Schwierigkeiten aufgebracht werden können.

Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Weiskensfeld ist am 1. Dezember 1910 eingerichtet worden. Die Stelle, die für jedermann zur Belehrung in Rechtsfragen zugänglich ist, wird von dem Beamten, der das Ständesamt verwaltet, gleichzeitig mit bedient. Der Regierungsbeitrag beläuft sich auf 700 M. zur Einrichtung und je 1400 M. auf zwei Jahre zum Betriebe der Stelle. Die Stadtgemeinde bewilligte 1000 M. zur Einrichtung und 3000 M. jährlich für die laufenden Aus-gaben, zunächst ebenfalls auf zwei Jahre.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die vor den Weihnachtstagen abgebrochene zweite Lesung wurde am 11. Januar bei dem Abschnitt Krankenhilfe fortgesetzt. § 198 Abs. 1 erhielt folgende Fassung:

„Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, wird jedoch das Krankengeld erst von einem späteren Zeitpunkt ab bezogen, nach Beginn des Krankengeldbezugs. Jedoch wird die Zeit nicht mitgerechnet, für die die Kasse dem Kranken nur Krankenpflege gewährt.“

In § 200 (Wartung durch Krankenpfleger usw. statt Kranken-hauspflege) wurde bestimmt, daß Verheiratetsein nicht als wichtiger Grund im Sinne dieses Paragraphen anzusehen ist. § 204 wurde in der Fassung der Vorlage wiederhergestellt. Danach hat, wenn ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus einer anderen Ver-sicherung erhält, die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld den Durchschnittsbetrag des täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Satzung kann jedoch die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. § 205 erhielt folgende Fassung:

„Die Satzung kann die Mitglieder verpflichten, dem Vorstande in Ertrankungsfällen die Höhe der Beiträge mitzuteilen, die sie gleichzeitig aus einer anderen Krankenversicherung erhalten. Die Frage, aus welcher Krankenversicherung die Beiträge herrühren, ist nicht gestattet.“

Der in erster Lesung angenommene § 218a, wonach auch versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten auf die Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe Anspruch haben sollen, wurde wieder gestrichen. Zu § 226 (Anspruch des wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse Ausgeschiedenen während dreier Wochen) wurde bestimmt, daß die Kasse dem Berechtigten auf Verlangen seinen Anspruch auf diese Leistung zu beschleunigen hat. § 227a wurde in der Weise abgeändert, daß die Satzung auch bestimmen kann, daß die Versicherungsberechtigten Anspruch entweder nur auf Krankenpflege und Krankenhauspfllege oder nur auf Krankengeld erheben können. In beiden Fällen sind die Beiträge entsprechend zu ermäßigen. In § 232 wurde der Beschluß erster Lesung, wonach bei Leistungen einer an sich nicht zuständigen Kasse der Ersatz etwaiger höherer Aufwendungen auch über $\frac{1}{8}$ des Grundlohnes erfolgen sollte, wieder beseitigt. Zu § 237 wurde die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder hergestellt, wonach für Gebietsteile eines Bundesstaates bestimmt werden kann, daß keine Landkrankenkassen neben allgemeinen Ortskrankenkassen errichtet werden sollen. Bei § 238, wonach neben der allgemeinen Ortskrankenkasse keine Landkrankenkasse errichtet wird, wo die Landkrankenkasse nicht mindestens 500 Mitglieder haben würde, wurde die Zahl 500 bei der Abstimmung auf 250 vermindert. Infolgedessen wurde auch in § 240 die gleiche Änderung vorgenommen. Hiernach kann die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse neben der Landkrankenkasse mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde unterbleiben, wo die erstere nicht mindestens 250 Pflichtmitglieder haben würde. In § 250 wurde die Mindestzahl, die zur Errichtung besonderer Ortskrankenkassen erforderlich ist, ebenfalls auf 250 herabgesetzt. Die Betriebskrankenkassen, über deren Errichtung beziehungsweise Erhaltung in erster Lesung ein Beschluß überhaupt nicht zustande gekommen war, wurden nunmehr anerkannt. Ihre Errichtung wird von der dauernden Beschäftigung von mindestens 150 Versicherungspflichtigen, bei landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtsbetrieben von mindestens 50 Versicherungspflichtigen abhängig gemacht. In § 259 wurde hinzugefügt, daß bei Saisonbetrieben die Mindestzahl für mindestens zwei Monate vorhanden sein muß. Der für die Betriebskrankenkassen grundlegende § 257 lautet nunmehr:

„Ein Arbeitgeber kann eine Betriebskrankenkasse errichten für jeden Betrieb, in dem er auf die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige und für jeden landwirtschaftlichen Betrieb oder Binnenschiffahrtsbetrieb, in dem er auf die Dauer mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt. Er kann auch eine gemeinsame Betriebskrankenkasse für mehrere Betriebe errichten, in denen er auf die Dauer zusammen mindestens einhundert oder bei landwirtschaftlichen Betrieben mindestens fünfzig Versicherungspflichtige beschäftigt. Beteiligte Versicherungspflichtige sind vorher zu hören. Soweit ein Arbeitgeber mit seinen Betrieben einer Innung angehört, die eine Innungskrankenkasse hat, kann er für die versicherungspflichtig Beschäftigten, die der Innungskrankenkasse angehören müssen, keine Betriebskrankenkasse errichten. In die Betriebskrankenkasse gehören alle im Betriebe beschäftigten Versicherungspflichtigen. Ist einer der Betriebe ein landwirtschaftlicher, so gilt § 196. Versicherungsberechtigte, die im Betriebe tätig sind, können der Kasse als Mitglieder beitreten.“

Die reichsgesetzliche Rentenversicherung. Blätter zur Aufklärung über Wirkung und Nutzen dieser Versicherung. Wir haben bereits früher auf diese vom Vorsteher der Invalidenversicherungsstelle Mainz a. Rh. Wilh. Mergler herausgegebenen Blätter aufmerksam gemacht. Das jetzt erschienene dritte Blatt weist wiederum in gemeinverständlicher Weise auf einzelne besonders wichtige Bestimmungen der Invalidenversicherung hin, besonders in den Artikeln „Die gefährliche Duitungstarke Nr. 1“, „§ 46“, „Noch eine Abgemessene“. Zum Schluß werden die Wertmeister aufgerufen, ihrerseits zur Aufklärung der ihnen unterstellten Arbeiter über die große Bedeutung der Invalidenversicherung mit beizutragen.

Unfallfürsorge für Fürsorgezöglinge. Nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 9. September 1910 (MBl. f. d. preuß. innere Verwaltung vom 30. September 1910) sind Fürsorgezöglinge als Arbeiter im Sinne der Unfallversicherungsgeetze anzusehen, deren Versicherungspflicht von der Art ihrer Beschäftigung abhängig ist. Das Gesetz, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene, findet auf Zwangs- und Fürsorgezöglinge keine Anwendung, weil der Zweck und das charakteristische Merkmal der Erziehungsanstalten nicht in dem Zwange zur Arbeit, sondern in der erzieherischen Behandlung der Zöglinge und in ihrer Ausbildung zu einem Berufe zu erblicken sind.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe.

Soweit die Gewerkschaften heute Arbeitslosenversicherungsanstalten sind, versichern sie in erster Linie gegen Arbeitslosigkeit durch Konjunkturschwankungen. Die Versicherung der Angehörigen von Saisongewerben durch ihre Gewerkschaft erfordert in der Regel einen solchen Kostenaufwand, daß von dieser Versicherung Abstand genommen werden muß. So ist es auch im Baugewerbe. Schon zu wiederholten Malen ist die Leitung des Maurerverbandes in Erwägung darüber eingetreten, ob eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe möglich sei, und sie ist stets zu einem ablehnenden Ergebnis gekommen. Immerhin hat der Verband dem Problem der Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet und mehrfach besondere Arbeitslosenstatistiken aufgemacht. Im allgemeinen folgen wir in den nachstehenden tatsächlichen Ausführungen dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht für 1909 des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Der Zentralverband hat wiederholt versucht, die in ihrem Umfange nach schwer schätzbare Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe zahlenmäßig festzustellen. Der Verband wählte dabei eine Methode, die von vornherein als statistische Methode meines Erachtens ausichtslos war und nur in ganz besonderen Verhältnissen angewendet werden kann. Er verteilte nämlich im ersten Jahre seines Bestehens an seine Mitglieder kleine Hefte, worin u. a. die Feierzeit wegen Arbeitsmangels, ungünstiger Witterung, Krankheit und Streiks wöchentlich für das ganze Jahr aufgezeichnet werden sollte. Schon in dieser Bestimmung ist die Unzulänglichkeit dieser Methode begründet. Der Erfolg war gleich Null. Rund dreiviertel der Mitglieder hatten keine oder keine einwandfreien Aufzeichnungen gemacht. Auch im folgenden Jahr, wo der Versuch wiederholt wurde, ergab sich kein besseres Resultat. Ein zweiter Versuch, den Umfang der Arbeitslosigkeit individuell festzustellen, wurde in den Wintermonaten 1899 bis 1900 und im August 1900 gemacht. Wiederum wurden kleine Büchlein an die Mitglieder verteilt und in allen Zweigvereinen Kommissionen eingesetzt, die mindestens einmal monatlich kontrollieren sollten, ob die wöchentlichen Notizen richtig gemacht seien. Auch dieser Versuch ist zum größten Teil fehlgeschlagen.

Die nähere Einrichtung dieser Hefte ist aus dem Verbandsbericht nicht ersichtlich. Es scheint, als ob man bloß die Feierzeit eintragen ließ, statt, wie es richtig gewesen wäre, in jedem Falle, also auch im Falle der Arbeit, wöchentlich eine Eintragung zu fordern. An sich braucht die Idee, auf diese Weise eine Statistik zu gewinnen, nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen zu werden. Ich glaube, daß in den Großstädten mit hochstehender Arbeiterschaft diese Methode unter gewissen Voraussetzungen von den Gewerkschaften sehr wohl anwendbar ist, und ich habe sie selbst einmal in Berlin vorgeschlagen, wo sie nur mangels notwendiger Kostenbedeckung nicht zur Anwendung kam. Zweierlei ist jedoch von dieser Methode zu fordern; erstens: die Aufzeichnungen für die Woche dürfen nicht nur im Falle der Arbeitslosigkeit gemacht werden, sondern müssen unbedingt von jedem erfolgen, auch wenn er in Arbeit steht; zweitens: die statistischen Büchlein dürfen dem Arbeitslosen nicht für das ganze Jahr übergeben werden, sondern für möglichst kurze Zeitabschnitte, etwa für Vierteljahre, oder noch besser für Monate. Dazu muß eine fortwährende Ermahnung in den Werkstattversammlungen usw. kommen. Dadurch, daß die Statistik von dem einzelnen nicht für das ganze Jahr gefordert wird, werden einmal die Kosten etwas erhöht, sodann wird man verhältnismäßig wenige identische Personen während des ganzen Jahres unter Beobachtung halten. Die Festhaltung der Individualität für das ganze Jahr erscheint an sich nun zwar sehr interessant und wünschenswert; in der Statistik muß man sich aber stets mit dem Erreichbaren schon beim Entwurf des Planes begnügen, und für die Zwecke einer Arbeitslosenstatistik kann hier genug, auch ohne die Beobachtung über das ganze Jahr, gewonnen werden.

Durch diese Methode wird das erreicht, was durch die sogenannten Stichtagszählungen niemals erreicht werden kann und was letztere deshalb für die Gewinnung versicherungstechnischer Unterlagen nahezu wertlos macht. Es wird nämlich im Falle der Arbeitslosigkeit in der Mehrzahl der Fälle ihr Eintritt und ihr Ende für jedes einzelne Individuum durch die Methode der Zählhefte ermittelt, auch wenn diese Hefte nur etwa einen Monat dem Arbeitslosen belassen werden. Die Ermittlung der totalen Dauer der Arbeitslosigkeit ist aber neben der Ermittlung des Berufes der Arbeitslosen unzweifelhaft das wichtigste Moment der ganzen Arbeitslosenstatistik, hinter dem alle anderen völlig zurücktreten. Hierauf

hat u. a. Prof. Landsberg-Magdeburg mehrfach mit Recht hingewiesen und betont, so wenig es in der Bevölkerungsstatistik genüge, etwa nur die Geburt des Menschen, nicht aber auch seinen Tod festzustellen, so wenig genüge es in der Arbeitslosenstatistik, nur den Eintritt, nicht aber auch das Aufhören der Arbeitslosigkeit zu ermitteln. In dieser Hinsicht muß jede Stichtagszählung versagen. Ihre besondere Bedeutung erreicht die Methode der Zählhefte auch dadurch, daß die Zahl der gleichzeitig arbeitenden Mitglieder bekannt ist. Schon deshalb, weil es sich hier um einen ausgewählten Teil der Arbeiter, nämlich um die Verbandszugehörigen handelt. Es wäre sehr zu wünschen, daß in dieser Hinsicht in Berlin ein Versuch gemacht wird. An der prinzipiellen Bereitschaft der Parteien ist nicht zu zweifeln. Die Schwierigkeit dürfte eben nur in der Deckung der Kosten liegen.

Nach den fehlgeschlagenen Versuchen des Maurerverbandes, wie sie oben geschildert wurden, hat dieser definitiv auf die Ermittlung der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit seiner Verbandszugehörigen verzichtet und es mit einer Stichtagsstatistik versucht. Als Stichtage wurden die letzten Sonntage der Monate des Jahres 1909 gewählt, nur für den Dezember kam der letzte Freitag in Betracht, da der letzte Sonntag im Monat ein Feiertag war. Die Zählung der Arbeitslosen sollte durch persönliche Umfrage in den Wohnungen der Verbandsmitglieder vorgenommen werden. Sie sollte am Abend des Stichtages beginnen und innerhalb dreier Tage nach dem Stichtage beendet werden. Die Zweigvereine hatten in ihrem Bezirk besondere Zählbezirke zu bilden und für jeden Zählbezirk einen Zähler zu bestimmen. Zweigvereine, die die Hauskassierung eingeführt hatten, war es anheimgestellt, aus den Kassiererbezirken Zählbezirke zu bilden und die Hauskassierer zu Zählern zu ernennen.

Gegen diese Methode gelten die oben erwähnten Einwendungen noch in verstärktem Maße insofern, als sonst bei den Stichtagszählungen wenigstens der Beginn der Arbeitslosigkeit individuell festgestellt wird, worauf vom Verbandsverbande verzichtet wurde. Jedoch war hier eine zwölffache Wiederholung im Laufe des Jahres in gleichmäßigen Abständen vorgesehen, dadurch bekam die Statistik ein ganz anderes Gesicht. Sie ist meines Erachtens weniger für eine Arbeitslosenstatistik im eigentlichen Sinne, sondern als eine Statistik des Beschäftigungsgrades zu bezeichnen. Dies zeigt sich deutlich in den Ergebnissen der Statistik.

Der Erfolg der Statistik war hinsichtlich der Vollständigkeit ein bedeutend besserer als der der vorhergehenden. Die Beteiligung der Zweigvereine schwankte zwischen 86,8 und 98,2 %. Am schwächsten war sie im Juli, am stärksten im Februar. Letzterer Umstand erklärt sich aus der im Februar herrschenden stärkeren Arbeitslosigkeit, welche die Mitglieder zur Beteiligung natürlich geneigter machte. Indem ich darauf verzichte, auf die Einzelheiten der Zählung einzugehen, hebe ich nur einige wenige Ergebnisse aus dem Zählbericht heraus. Es werden dort drei Jahresabschnitte hinsichtlich der Arbeitslosigkeit unterschieden. Erstens die eigentliche Bauzeit, d. h. die Monate April bis Oktober. Hier ergaben sich durchschnittlich 5,9 % Arbeitslose. Zweitens die Übergangszeit, d. i. der Monat März und die Monate November und Dezember. Hier ergaben sich durchschnittlich 24,46 % Arbeitslose. Endlich die dritte Periode, die stille Zeit, d. s. die Monate Januar und Februar, in denen durchschnittlich 62,55 % der Befragten arbeitslos waren. Im allgemeinen ergibt sich auch hier die bekannte Tatsache, daß mit dem Prozentsatz der Arbeitslosen der Anteil derjenigen steigt, welche wegen Krankheit feiern; diese Erscheinung ist nicht etwa dadurch zu erklären, daß bei Arbeitslosigkeit Krankheit simuliert wird, sondern vielmehr dadurch, daß bei guter Arbeitsgelegenheit Gesundheits-simulationen stattfinden.

In der eigentlichen Bauzeit ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten am größten, auch in der Krankenziffer stehen die Großstädte obenan. Ferner zeigte sich, daß in den großen Mittelstädten die Bauzeit ausgedehnter ist als in den kleinen Städten. Man ist in den Großstädten bestrebt, auch den Winter zur Arbeit auszunutzen, sobald es das Wetter zuläßt. Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit in diesen Städten in den Monaten November und Dezember nicht so groß, wie in den Kleinstädten und Landgebieten, im Gegensatz zum Sommer, wo die größeren Städte einen größeren Prozentsatz Arbeitsloser haben als kleinere Orte. Das zeigt eine Betrachtung der Arbeitslosen in den Monaten Juni und Dezember.

Es ferteten:	26. Juni	24. Dezember
In Orten mit 100 000 Einwohnern und mehr	5,00 %	21,35 %
„ „ 20 000 bis 100 000 Einwohnern	4,08 %	32,24 %
„ „ 5 000 „ 20 000	2,97 %	35,33 %
„ „ 2 000 „ 5 000	3,01 %	37,64 %
„ „ unter 2 000 Einwohnern	2,87 %	37,33 %

Im Sommer ist in den Großstädten die Arbeitslosigkeit fast doppelt so groß wie in den kleineren und mittleren Orten, im Dezember dagegen steigt die Arbeitslosenziffer um so höher, je kleiner die Orte sind. Im Juni übertraf die Arbeitslosigkeit der Großstädte den Reichsdurchschnitt um 1,88 %, im Dezember blieb sie um 7,80 % dahinter zurück.

Magdeburg.

Dr. Arthur Grünspan.

Arbeitsnachweis.

Die Tätigkeit des Arbeitsamtes der Stadt Straßburg i. G. im Geschäftsjahre 1909/10. Die Gesamtfrequenz stieg gegen das Vorjahr um 12,17 %; von dieser Zunahme entfielen 14,25 % auf die Arbeitsuchenden, 8,26 % auf die Arbeitgeber. Die Zahl der Arbeitsuchenden übertraf die der offenen Stellen um 16 000. In der männlichen Abteilung allein stieg die Zahl der offenen Stellen um 3,95 %, die Zahl der arbeitssuchenden Arbeitnehmer um 7,33 %. Demgegenüber ist der Erfolg, d. h. die Zahl der besetzten Stellen, wesentlich stärker gewachsen. Die prozentuale Zunahme der besetzten Stellen betrug in der männlichen Abteilung 12,40 %, in der weiblichen 47 %, obwohl sich der Arbeitsmarkt im Berichtsjahre verschlechtert hatte — auf 100 offene Stellen kamen 182,68 Arbeitsuchende gegen 175,70 und 139,29 in den Jahren vorher — andererseits ist aber auch die Dauer der Arbeitslosigkeit der einzelnen Arbeitsuchenden zurückgegangen. — Die Zahl der Vermittlungen nach auswärtigen betrug 21,31 % der überhaupt erfolgten 33 531 Vermittlungen. Die Anfang Oktober 1909 neu eingerichtete Abteilung für das Wirtsgewerbe vermittelte in den ersten 6 Monaten ihres Bestehens in der männlichen Abteilung 338, in der weiblichen 827, zusammen 1165 Stellen. Die am 1. August 1909 ebenfalls neu eingerichtete Fürsorgestelle für Erwerbsbeschränkte und Halbinvaliden hat in den 8 Monaten des Berichtsjahres insgesamt 407 Gefuche von solchen Arbeitslosen entgegengenommen. Es gelang ihr, hierfür 266 offene Stellen ausfindig zu machen und diese sämtlichen offenen Stellen auch wirklich zu besetzen. 65 Erwerbsbeschränkte konnten in dauernden Stellen untergebracht werden, der Rest in vorübergehenden. Der vom Beigeordneten Regierungsrat Dominicus erstattete Bericht bemerkt hierzu:

„Wenn man bedenkt, daß fast alle diese in Frage kommenden Arbeitsuchenden entweder bereits der Armenpflege anheimgefallen waren oder ihr ohne diese Vermittlung anheimgefallen wären, so kann man den Segen dieser Einrichtung ermessen. Wir sind der Überzeugung, daß es sich hier um einen außerordentlich wichtigen und wertvollen Zweig des Arbeitsamts handelt, der in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut zu werden verdient. Je länger der betreffende Beamte in seinem Amte ist, je besser lernt er die für ihn in Frage kommenden Arbeitsuchenden kennen und je mehr Fühlung er mit den Arbeitgebern gewinnt, um so bessere Resultate wird dieser Dienst haben. Uns scheint eine derartige Fürsorge insbesondere eine notwendige Ergänzung der Heilbehandlung in den Sanatorien der Landes-Versicherungsanstalt zu sein, und es kann nicht dankbar genug anerkannt werden, daß die hiesige Landes-Versicherungsanstalt für diese Einrichtung volles Verständnis bewiesen hat.“

Zum Schluß konstatiert der Bericht das freundliche Verhältnis des Arbeitsamts nicht nur zu der Organisation der Arbeitnehmer, sondern auch zu denen der Arbeitgeber. So sei dem Arbeitsamt sowohl von der Baugewerksinnung wie von der Leitung der Handwerkskammer versichert worden, daß diese beiden großen Arbeitgeberorganisationen mit der Verwaltung des Amtes zufrieden seien und nicht daran dächten, eigene Arbeitsnachweise einzurichten.

Die städtischen Arbeitsnachweise in Frankreich. In der Erhebung, welche das französische Arbeitsamt über die Wirkungen des Stellenvermittlungs-Gesetzes von 1904 veranstaltet hat (vergl. Soj. Nr. XIX 871) ist der Stand des städtischen Arbeitsnachweises aufs neue untersucht worden. Die Hauptergebnisse werden im amtlichen Bulletin du Travail vom Mai und Juli 1910 veröffentlicht. Vergleichende Zahlen sind aus früheren Erhebungen aus den Jahren 1891 und 1898 herangezogen worden; 1891 hatten 11 Städte öffentliche Arbeitsnachweise, Paris mit einbegriffen, das in 11 Bezirken Arbeitsnachweise hatte; 1898 gab es öffentliche Arbeitsnachweise in 28 Städten und Paris hatte in 18 Bezirken solche errichtet. Das Gesetz von 1904 schreibt vor, daß die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern ein städtisches Arbeitsamt errichten sollen. Die Zahl der Städte, die öffentliche Arbeitsnachweise eingerichtet haben, ist seit dem Gesetz auf 107 gestiegen, Paris mit einbegriffen, das jetzt in jedem Bezirk ein solches Bureau eingerichtet hat. Das Gesetz von 1904 ist damit aber noch längst nicht durchgeführt, denn es gibt in Frankreich 258 Städte mit mehr als

10 000 Einwohnern. Von diesen haben 132 Städte überhaupt noch keinen städtischen Arbeitsnachweis eingerichtet, und in 19 Städten wird die Arbeitsvermittlung nur so betrieben, daß auf der Bürgermeisterei nur die Angebote und Nachfragen angenommen und durch Aufschlag veröffentlicht werden, aber keinerlei wirklich vermittelnde Tätigkeit ausgeübt wird.

Die städtischen Arbeitsnachweise vermittelten im Jahre 1909 insgesamt 88 752 Stellen, davon entfielen 45 261 allein auf Paris. Nach früheren Erhebungen ergeben sich folgende Zahlen: 1891: 9472 für Paris und 1384 für die anderen Städte; 1898: 33 641 für Paris und 10 405 für die anderen Städte. Die Zahlen für 1909 bedeuten also einen wesentlichen Fortschritt. Trotzdem aber erscheint das öffentliche Arbeitsnachweiswesen in Frankreich noch recht wenig entwickelt, wenn man es mit den Zahlen aus Deutschland vergleicht. So vermittelten die 167 öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland im Jahre 1908: 846 000 Stellen, also beinahe zehnmal soviel wie in Frankreich, und der öffentliche Arbeitsnachweis von Berlin allein mit 99 827 Vermittlungen im Jahre 1909 umfaßt mehr Stellen als sämtliche öffentlichen Nachweise Frankreichs zusammen.

Das Arbeitsamt hat zu seiner Erhebung an die Städte mit mehr als 30 000 Einwohnern sowie an diejenigen Städte, deren Arbeitsnachweise mehr als 400 Stellen im Jahre bezeugen, Fragebogen über ihre Organisation und sonstigen Einrichtungen gerichtet. Für 49 Städte liegen hierüber Antworten vor. Nur in 9 Städten sind eigene Beamte für den Arbeitsnachweis angestellt, in den anderen Städten wird der Arbeitsnachweis von anderen städtischen Beamten ehrenamtlich mitverwaltet. 2 Städte, Lyon und Nantes, haben weibliche Beamte; in Lyon für die Abteilung für weibliches Personal; in Nantes sowohl für die Männer- wie für die Frauenabteilung. Die Vermittlung erfolgt in der Mehrzahl der Städte nur durch Visitenführung, in die im Bedarfsfalle sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer Einsicht nehmen. Nur aus 23 Städten wird berichtet, daß sie die Arbeitsuchenden mit besonderen Arbeitsnachweisarten zur Vorstellung zum Arbeitgeber schickten. 8 Städte benutzen auch noch das Mittel der Presse, um die bei ihm gemeldeten Stellenangebote und Stellengesuche weiter bekannt zu machen. In nur 10 Städten haben die Arbeitsnachweise eigenes Telephon, in 7 Städten können sie das Telephon anderer städtischer Abteilungen mit benutzen. Nur aus 8 Städten wird gemeldet, daß der Arbeitsnachweis mit anderen städtischen Einrichtungen, wie Wohlfahrtseinrichtungen oder städtischen Schreibstuben, in Verbindung steht. Nur aus einer Stadt wird gemeldet, daß in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis im Winter die städtischen Notstandsarbeiten unternommen werden. Auch eine Verbindung der Arbeitsnachweise benachbarter Städte untereinander besteht nur in 5 Fällen. Aus alledem ergibt sich, daß das öffentliche Arbeitsnachweiswesen in Frankreich noch nicht sehr entwickelt ist und eines Ausbaus dringend bedarf.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Lexikon des Arbeitsrechts. In Verbindung mit Dr. Felix Claus (Mitglied des Bureau für Sozialpolitik, Berlin), Dr. Herm. Fög (Magistratsassessor in Frankfurt a. M.) und Dr. Herm. Luppe (Stadttrat in Frankfurt a. M.) herausgegeben von Dr. Alexander Elster, Jena. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 228 S. 8,50 M.

Das Recht des Arbeitsverhältnisses, also das Recht, das für die überwiegende Mehrheit unseres Volkes vom Verlassen der Schule bis zum Grabe die entscheidende Bedeutung unter allen Rechtsquellen hat und die Ordnung seiner Berufswelt in gesunden undranken Tagen beherrscht, ist bekanntlich so wenig wichtig und verwickelt, daß ein wissenschaftliches Fachstudium dazu gehört, um sich darin auszukennen. Denn dieses Arbeitsrecht setzt sich nicht nur aus den verschiedensten Gesetzen (BGB., HGB., Gewerbeordnung, Arbeiterschutzgesetze, Versicherungs-gesetze usw.) zusammen, sondern ist zum Teil noch ungeschriebenes, Gewohnheitsrecht, das durch die Rechtsprechung, zumal der Gewerbe-gerichte, und durch Sitte und Parteivillen mit lebendiger Kraft täglich weiterwächst und weiterwachsen muß, um mit dem Gange der wirtschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung einigermaßen Schritt zu halten. Dieses Arbeitsrecht aber darf kein Geheimtut der Gelehrten-kaste und der Richter sein, sondern muß den Beteiligten, den Arbeitgebern und Arbeitern, in Fleisch und Blut übergehen, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, der sozialen Ordnung und damit auch der sozialen Beruhigung zu dienen. Alles, was in dieser Richtung geschieht, nämlich das geltende Arbeitsrecht den Arbeitsleitern und den Arbeitnehmern wirklich näher zu bringen und ihrem Verständnis zu erschließen, ist als sozialpolitisches Verdienst zu begrüßen. Das gilt auch gegenüber dem

vorliegenden Lexikon des Arbeitsrechts, das für das gewerbliche Arbeitsverhältnis ein Lehrer und Führer sein will. Wir besitzen natürlich schon einige Duzende von Darstellungen des gewerblichen Arbeitsrechts für den Alltagsgebrauch; aber der eine Teil wendet sich seiner Anlage nach fast ausschließlich an die Gewerberichter und Juristen, der andere Teil ist meist vollständig auf den kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter zugeschnitten. Die einen geben zu viel, die andern zu wenig; viele beschränken sich auf das individuelle Arbeitsvertragsrecht. Vor allem aber gestaltet die zusammenhängende Form der Darstellung selten eine schnelle, abgeschlossene Beantwortung einer bestimmten Rechtsfrage, die den Praktiker gewöhnlich zur Benutzung solcher Bücher allein veranlaßt. Da war es ein glücklicher Gedanke von Dr. Elster, die Wörterbuchform für die Aufbereitung des weiten Rechtsstoffes der gewerblichen Arbeitsverhältnisse anzuwenden. Das „Handlexikon der sozialen Gesetzgebung“ von Dr. v. Jindz hat zwar schon 1906 denselben Weg mit Erfolg eingeschlagen, aber es beschränkt sich auf eine bloße Wiedergabe der Gesetzesbestimmungen bei den einzelnen Stichworten, ohne das Thema des Stichworts systematisch zu entwickeln und zu erläutern, und berücksichtigt nicht die Rechtsprechung und die wissenschaftliche Kritik der Gesetze. Diesen Gesichtspunkten trägt das Lexikon von Elster und seiner theoretisch und praktisch gründlich geschulten Mitarbeiter besonders Rechnung. Jeder der vier Verfasser hat bestimmte Gebiete, die er beherrscht, übernommen, und von den 100 nach dem A-B-C geordneten Stichworten die auf seine Gebiete entfallenden bearbeitet. Die Eigenart der einzelnen Verfasser ist natürlich in den verschiedenen Beiträgen manchmal zu verspüren, auch hier und da in einer kritischen Frage, und die Stoffbehandlung ist nicht immer nach den gleichen Normen disponiert. In einzelnen Beiträgen finden sich z. B. wertvolle sozialpolitisch-kritische Glossen, die das Verständnis einer Rechtsfrage vertiefen, während man anderswo eine solche Randbemerkung, die auf Unzulänglichkeiten der geltenden Rechtsordnung hinweist, vermisst. Aber die positive Darstellung des geltenden Rechtes ist dadurch nirgends beeinträchtigt. Bei den Kapiteln über das Versicherungsrecht wäre allerdings eine weitergehende Gliederung des Stoffes, der allzu knapp unter wenigen Stichworten zusammengebrängt ist, zu wünschen gewesen. Aber hier scheitern Raumrücksichten die Beschränkung geboten zu haben, um den Umfang und Preis des billigen Buches nicht zu vergrößern. Auch besitzen wir bereits handliche Nachschlagelexika über die Arbeiterversicherung. Ähnliche Erwägungen sprechen wohl auch bei der Darstellung des gesundheitslichen Arbeiterschutzes in Elsters Lexikon mit. Es überwiegt in dem Buche jedenfalls ganz entschieden das Arbeitsvertragsrecht. Schon dieses unter knapp 100 Stichworten zu bannen, hat fichtlich Schwierigkeiten genug gemacht. Ob die Stichworte ausreichend und nicht in einer neuen Auflage die Fülle der „Verweisungen“ durch Erweiterung der Stichwortabhandlungen eingeschränkt werden muß, wird die Praxis ergeben. Jedenfalls aber haben die Praktiker des Arbeitsrechts, z. B. Rechtsauskunftsbeamte aller Art, Arbeitgeber und gebildete Arbeiter Grund, das Lexikon auch in der jetzigen Gestalt willkommen zu heißen. Ihren Dank können sie den Verfassern am besten dadurch bekunden, daß sie ihre Erfahrungen bei der täglichen Benutzung des Lexikons und ihre Wünsche für eine künftige Vervollkommenung des Werkes den Verfassern bereitwilligst mitteilen.

Erinnerungen eines Waisenknaben, von ihm selbst erzählt („Lebensgeschichte“, Bd. 2), mit Vorwort von Prof. Dr. Aug. Forel, München 1910, Ernst Reinhardt, 117 S. gr. 8^o, geh. 1 M.

Das Büchlein ist mit erstaunlicher Schärfe der Beobachtung geschrieben. Die knappen Tatsachen, die es darstellt, wirken tendenziös, ohne unkünstlerisch übertrieben zu sein. Man könnte drei Teile unterscheiden, in die die Schrift zerfällt: Das Leben im Waisenhaus mit seiner strammen, aber erzieherisch wertlosen Zucht, dann der Aufenthalt in der Klinik — wohl der beste Teil — und endlich die Pflege bei der Kostmutter mit ihrem sehr gewandt dargestellten Glend. Künstlerisch neuartig ist das Buch nicht; ebenso wie viele Werke vor ihm interpretiert es nachträglich Handlungen und Gefühle des Kindes vom Standpunkte des reiferen Menschen. Aber dies geschieht mit so viel Offenheit und Naivität, daß man die Schrift darum nicht tadeln wird. Das Mittelfstück bietet einen ungemein interessanten Einblick ins klinische Leben und sei allen Ärzten warm empfohlen. Die beiden anderen Teile sind eigentlich recht für unser Jahrhundert des Kindes und der Mißschiner Fürsorge geschrieben. Forels Vorwort ist nach der literarischen Seite hin nicht unansehnlich, gibt aber die dankenswerte positive Ergänzung zu dem negierenden Inhalt der Erzählung durch den Hinweis auf das Wolfringskie Kindergruppen-Familiensthem. — Die soziale Biographie ist eine wertvolle Ergänzung zur Sozialwissenschaft. Denn der Mensch ist zwar heute nach allgemeiner Überzeugung Ausgangs- und Endpunkt der Nationalökonomie, tritt aber als solcher bei der üblichen Systematik gänzlich in den Hintergrund, da die Wissenschaft fast immer Querschnitte durch die Menschengassen legen muß, bei denen sie die Menschen in einem bestimmten Entwicklungsstadium antrifft, ohne eigentlich recht nach dem „Woher?“ und „Wohin?“ des einzelnen fragen zu können.

Die Verfassung und Verwaltung des Deutschen Reichs und des Preussischen Staates in gedrängter Darstellung. Von Dr. P. Schubart. Breslau 1910. 28. Auflage. Bihl. Gollt. Born. Preis 1,50 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 60 Pf. für die dreispaltige Beilage.



Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Letzte Neuerscheinungen:

Sozialwissenschaftliche Studien.

Herausgegeben von H. Waentig.

Band I: Lorenz von Stein und die Gesellschaftslehre. Von Dr. Ernst Grünfeld. 1910. Preis: 4 Mark 50 Pfg.

Einem der namhaftesten Köpfe, über die die Staatswissenschaften verfügt haben, wird hier mit Glück versucht diejenige Stellung zu verschaffen, die ihm gebührt. Lorenz v. Stein, über dessen gerade in dieser Hinsicht wichtige Beziehungen noch keine eingehenden Studien gemacht bzw. veröffentlicht worden sind, bedeutet für uns immer noch eine Quelle der Belehrung und Anregung.

Die Sammlung sozialwissenschaftlicher Studien, die Prof. Waentig in Halle hier im Geiste Miaskowskis erscheinen zu lassen beginnt, wird nur hervorragende Arbeiten aufnehmen.

Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie.

Von Johann Heinrich von Thünen. Neudruck nach der Ausgabe letzter Hand (2. bzw. 1. Auflage, 1842 bzw. 1850), eingeleitet von Professor Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S. (Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. Herausgegeben von Prof. Dr. Heinrich Waentig in Halle a. S. Dreizehnter Band.) 1910. Preis: 7 Mark, geb. 8 Mark.

Die wirtschaftliche und soziale Lage des Krankenpflegepersonals in Deutschland.

Von Georg Streiter. 1910.

Preis: 4 Mark 50 Pfg.

„Berliner Tageblatt“ vom 15. Januar 1911:

Das mit sehr großem Fleiß, mit kritischer Umsicht und mit einem ungewöhnlichen Aufwand mühseliger Sammelarbeit verfaßte Buch, übrigens das erste in seiner Art, enthält unvergleichlich mehr als sein Titel vermuten läßt. Es entrollt an der Hand eines ungemein sorgsam aneinander gefügten, vielfach urkundlichen Materials ein sehr wichtiges Kapitel aus unserer zeitgenössischen Kultur- und Sozialgeschichte.

Die Absicht des Verfassers, des Leiters des Deutschen Verbandes der Krankenpfleger und -Pflegerinnen, geht dahin, das sogenannte freie weltliche Krankenpflegepersonal gewerkschaftlich zu organisieren, um sowohl die Berufsgenossen sozial vorwärts zu bringen, als auch die Krankenpflege selbst möglichst ideal zu gestalten. Wie das durchzuführen, ergibt sich aus dem Studium des Buches, das seiner ausgezeichneten stofflichen Behandlung wegen kaum noch einer ausdrücklichen Empfehlung bedarf.

Das Problem der Arbeiterpensionskassen und seine rechtlichen und sozialen Konsequenzen.

Von Dr. phil. Walter Laporte, Versicherungsverständiger 1910.

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Nicht nur den Richtern will der Verfasser in dieser Schrift einen festen allgemeinen Standpunkt zur Beurteilung der vielumstrittenen Rechtsverhältnisse der Arbeiterpensionskassen geben, sondern auch Unternehmer und Arbeiter sollen daraus ersehen, was auf diesem Gebiete der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Die Schrift wird in hervorragender Weise zur Schlichtung der in der öffentlichen Meinung noch unentschiedenen Streitfragen beitragen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Kürzlich sind erschienen:

Eigenwirtschaft der Gemeinden und Individualrechte der Steuerzahler.

Studien zum französischen Gemeinderecht.

Von

Dr. Leo Wittmayer.

(Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen. VIII. 1.) Preis: 7 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Widmung. — Vorwort. Erster Teil. Grundriss des französischen Gemeinderechts. 1. Die Dezentralisationsbewegung als Ausgangspunkt des geltenden Gemeinderechts. — 2. Legislative Grundlagen und Quellen des französischen Gemeinderechts. — 3. Grundzüge der französischen Gemeindeverwaltung. A. Allgemeine Bestimmungen. Gemeindegliederung. Rechtspersönlichkeit der Gemeinde. B. Zusammenfassung, Wahl und Auflösung der Gemeindeverwaltung. C. Geschäftsordnung, fonctionnement des conseils municipaux. D. Allgemeiner Wirkungsbereich der Gemeindeverwaltung. E. Vom Gemeindevorsteher. F. Bestimmungen zur laufenden Gemeindeverwaltung. G. Die Verwaltung der Hauptstadt. Zweiter Teil. Der wirtschaftliche Wirkungsbereich der Gemeinde (Kompetenz der Gemeindeverwaltung und Individualrechte der Steuerzahler). 1. Die individualrechtlichen Ausgangspunkte (Municipalitäten) der Gemeindeverwaltung. 2. Die Parteirechte gegen Gemeindeverwaltungsbeschlüsse (Anfechtungsverfahren). — 3. Das Interesse als Grundlage der Klagelegitimation. — 4. Die vorgelegte Audifatur des Staatsrats (Anfechtung von Gemeindeverwaltungsbeschlüssen mit finanziellen Effekten). Vorläufige Ergebnisse. — 5. Der wirtschaftliche Wirkungsbereich der Gemeinde in der Audifatur des Staatsrats (Ablehnung der kommerziellen oder industriellen Eigenwirtschaft). — Analyse dieser wirtschaftlichen Audifatur. — A. Vom Standpunkte der wirtschaftlichen Gemeindeaufgaben. B. Inhalt und Tragweite der Klageinteressen (bei Anfechtung von Gemeindebeschlüssen mit finanziellen Effekten). C. Eigenwirtschaft und Rechtsgemeinde. Dritter Teil. Rückwirkung der gemeinderechtlichen Audifatur auf den Recours pour excès de pouvoir. 1. Grundlagen, Voraussetzungen und bisherige Entwicklung des Rechtes der Gemeindeverwaltungsbeschwerden. 2. Einwirkung des gemeinderechtlichen Pourvoi und jüngste Entwicklung (Dauernde Erweiterung der Klagelegitimation, Ausbau der Rechtsgemeinde). — 3. Rechtsvergleichende Schlussbetrachtung. (Analogien im österreichischen und deutschen Recht). — Alphabetisches Sachregister. — Berichtigungen.

Der Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters

bis zum Jahre 1350.

Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im Mittelalter.

Von Moses Hoffmann,

Rabbiner.

Staats- u. sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 152. Preis M. 5,50.

Inhalt: Einleitung. — Jüdischer Grundbesitz. — Jüdischer Handel. — Jüdischer Sklavenhandel. — Der Geldhandel im allgemeinen. — Das kirchliche Zinsverbot. — Christlicher Geldhandel im allgemeinen. — Der Wiederkauf und die Rentenkaufe. — Der Geldhandel der Geistlichen. — Der Geldhandel der Adligen. — Der Geldhandel der Bürger und Städte. — Die deutschen Geldwechsler. — Die italienischen Geldhändler. Die Lombarden und die Ravennaten. — Der jüdische Geldhandel. Rechtliches. Pfandrechtbestimmungen. Rechtliche Ausnahmen zugunsten der Juden. — Der Zinsfuß. — Kirchliche und weltliche Beschränkungen des jüdischen Geldhandels. — Anordnungen der Rabbinen, den Geldhandel betreffend. — Jüdischer Geldhandel im allgemeinen. Frühestes Vorkommen des Geldhandels unter den deutschen Juden im Mittelalter. — Organisation der jüdischen Geldhändler unter sich. — Zinsnehmen und Darlehen unter Juden. — Geschäftsbetrieb der Juden. Der Begriff der festen Stunden. Pfandgegenstände. Geld auf Schaden nehmen. Der Zwang zum Geldhandel. Geldgeschäfte, von jüdischen Frauen betrieben. — Das Risiko des jüdischen Geldhandels. Zinsreduktionen und Schulverlässe. — Geschäfte mit Geistlichen. Die Verpfändung von Kirchengeräten. — Geschäfte mit Adligen und Rittern. Die Bedeutung der Juden für die jüdische Finanzwirtschaft. Zölle und Rebnie im Besitze von Juden. — Geldgeschäfte mit Städten und Bürgern. Der Geldkredithandel Juden als Vermittler und Deditionen für Christen. — Schlussergebnis. Die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft. — Anhang. Die jüdischen Quellen. Die jüdische Literatur.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. 514	Die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“.
Das französische Arbeitsrecht. Von Hans E. Kubloff, Genf. 519	Streiks und Aussperrungen . . 532
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesch. Arbeiterkassen 522	Die Lohnbewegung der Rohglas-scheiter in der Oberpfalz.
Der Unterausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform für die Arbeitsverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe.	Ein Fensterputzerstreik in Berlin.
Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform.	Der Wiener Schneiderstreik.
Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform.	Die Lohnbewegung der Wiener Kaffeehausangestellten
Soziale Zustände 522	Waffen-Widerstand bei den Angestellten der ungarischen Postsparkassenzentrale.
Auslese und Anpassung der Arbeiterkassen in der Großindustrie. II.	Ein Friedensvertrag im baltischen Kohlenarbeits.
Vom Verein für Sozialpolitik.	Das Ende der Arbeitskämpfe in Portugal.
Neunhunderttag in der chemischen Großindustrie.	Arbeiterkassen 535
Rechtspflege 527	Lohnhöher und Arbeitszettel in der Reichstagskommission
Verpflichtung des Unternehmers für die Anstellung der Arbeiterkassenbestimmungen.	Eine Einlage für Hüttenarbeiterkassen.
Kangames Arbeiten als Entlassungsgrund.	Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Fabrikarbeiterinnen in Österreich.
Streikunterstützungen und steuerpflichtiges Einkommen.	Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer für die Handlungsgehilfen in Frankreich.
Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtschaften.	Nachtarbeitsverbot für jugendliche Ausarbeiter in Newyork.
Schadenersatzpflicht bei mangelhafter Lehrlingsausbildung.	Arbeiterversicherung. Charakteristika . 536
Die Zulässigkeit einer Nebenintervention im Unfallstreitverfahren.	Der Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung in England durch Arbeitslosen- und Invalidenversicherung.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 529	Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
Ein allgemeiner Friedens- und Schiedsvertrag zwischen dem Reichsverbande Deutscher Ärzte und dem Verbands der Wabrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen.	Zur Pensionsversicherung der Privatangehörigen.
Ein Tarifabschluß im Gastwirtschaftsgewerbe in Nürnberg.	Freiwillige Sozialversicherung.
Arbeitgeber- und Unternehmerverbände 530	Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung 538
Stellungnahme von Arbeitgeberverbänden zum Hausarbeitsgesetz.	Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln im Winter 1909/10.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . 531	Die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für die Stadt Berlin.
Die eindrucksvolle Charakteristik der Confédération Générale du Travail in Frankreich.	Volksgesundheitswesen 540
	Das Samariter- und Rettungswesen im Verabau.
	Gegenwärtiger Stand der Tuberkulosebekämpfung.
	Erste Hilfe bei Betriebsunfällen.
	Gegen eine Milchversteuerung in München.
	Die pachtfreie Überlassung eines Landhüdes zur Beschäftigung oesender Schwindsüchtiger in Galsstadt.
	Die Kindersterblichkeit in England.
	Literarische Mitteilungen 542

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Reichlich zehn Jahre hat es gedauert, bis die Forderung der großen Angestelltenverbände nach einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung an die Schwelle der Erfüllung getreten ist. Im Reichstag wurde dieses Verlangen von allen Parteien mit größter Bestimmtheit unterstützt; noch vor wenigen Wochen herrschte Einmütigkeit auf allen Seiten des Hauses darüber, daß eine Vorlage noch in dieser Session kommen müsse. Auch die Regierung hatte bereits vor Jahren in zwei Denkschriften Stellung in günstigem Sinne genommen und auf Grund einer 1903 veranstalteten Erhebung Grundzüge (1908) entwickelt, die für das Gesetz maßgebend sein sollten. Große Arbeitgeber- und Unternehmerverbände hatten ihr Einverständnis mit den Wünschen der Angestellten erklärt. In den Kreisen der Privatbeamten freilich gab es zwei Strömungen nach dem Ziel: der Hauptausschuß fordert eine Sonderversicherung neben der allgemeinen Reichsversicherungsordnung, die freie Vereinigung will den Ausbau der letzteren. Der jetzt im „Reichsanzeiger“ Nr. 13 veröffentlichte Entwurf, der nunmehr vom Bundesrat zu beraten ist, entscheidet sich für den ersten Weg.

Es soll eine eigene Reichsversicherungsanstalt für Angestellte errichtet werden, mit einem sehr weitläufigen Apparat von Direktorium, Verwaltungsrat, Verwaltungsausschuß, Rentenausschüssen, Bertrouensmännern, Schiedsgerichten und Oberschiedsgericht usw. Die Verwaltungskosten dieser Sonderanstalt werden nicht gering sein. Und ob die Beiträge und die Leistungen, wie sie der Entwurf vorschlägt, freudige Aufnahme bei Angestellten und Arbeitgebern, die allein die Kosten aufbringen müssen, finden werden, muß uns fraglich erscheinen. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß angesichts der Vorlage die Bewegung für den Ausbau der allgemeinen Versicherung zugunsten der Privatbeamten neue Kraft und Bedeutung gewinnt. Indessen, wir haben es heute mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf zu tun und teilen im nachstehenden seine Hauptbestimmungen mit; ihn hier im Vorlaut wiederzugeben, ist uns leider unmöglich: er bedeckt mit seinen neun Abschnitten und 376 Paragraphen im Reichsanzeiger sieben Folioseiten.

Der Umfang der Versicherung wird in § 1 wie folgt begrenzt:

1. Angestellte in leitender Stellung,
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höhern Stellung ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung, nämlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
3. Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken,
4. Bühnen- oder Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen,
5. Lehrer und Erzieher,
6. aus der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und der Binnenschiffahrt Kapitäne, Offiziere des Deck- und Maschinendienstes, Verwalter und Verwaltungsassistenten sowie die in einer ähnlich gehobenen oder höhern Stellung befindlichen Angestellten.

Hier vermisst man sofort eine Anzahl von Personengruppen, die man als Angestellte, Privatbeamte zu betrachten gewohnt ist: die Angestellten der Berufsvereine, der Rechtsanwältinnen, der geminnützigen Verbände, anderer Korporationen, die Redakteure, Privatsekretäre u. a. m. Sollen sie alle ausgeschlossen werden? Auch die Ausdrücke „Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte,

Werkmeister und andere Angestellte in ähnlicher gehobener oder höherer Stellung" sind nicht scharf genug gefaßt; die Gewerbeordnung und die Reichsversicherungsordnung decken sich in den entsprechenden Bestimmungen nicht genau mit den Worten des Entwurfs. Auf der ganzen Linie werden Zweifel laut über die Abgrenzung des Personenkreises der Versicherung, und auch die Begründung gibt auf die hundertfachen Fragen keine schlüssigen Antworten. Die Zahl der versicherungspflichtigen Angestellten wird auf 1 1/2 Millionen geschätzt, davon sind aber rund 1 Million jetzt schon in der allgemeinen Invalidenversicherung.

Die Versicherungspflicht beginnt mit dem vollendeten 16. Lebensjahre; Voraussetzung der Versicherung ist für alle, daß sie nicht berufsunfähig sind, gegen Entgelt als Angestellte beschäftigt werden, daß ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 M nicht übersteigt und daß sie beim Eintritt in den versicherungspflichtigen Beruf das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Zum Entgelt gehören neben Arbeitsverdienst, Gehalt, Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Angestellte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt baren Geldes oder neben ihm vom Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Versichert sind auch Deutsche, die bei einer amtlichen Vertretung des Reichs oder eines Bundesstaats im Ausland oder bei ihren Leitern und Mitgliedern beschäftigt sind. Der Bundesrat kann allgemein die Versicherungspflicht auf solche Personen erstrecken, welche eine ähnliche Tätigkeit wie die in § 1 aufgeführten auf eigene Rechnung ausüben. Versicherungsfrei sind Beamte des Reichs, der Bundesstaaten, Gemeinden, Lehrer an öffentlichen Anstalten, Beamte der Träger der RSD. ufm. Ferner kann auch der Bundesrat auf Antrag Bestimmungen treffen, wer außerdem in Privatdiensten versicherungsfrei bleibt. Andererseits kann derjenige, der aus einem versicherungspflichtigen Beruf ausscheidet, die Versicherung freiwillig fortsetzen, wenn er mindestens 60 Monatsbeiträge geleistet hat.

Während die Reichsinvaliden-Versicherung nur 5 Lohnklassen kennt, die bei der Grenze von 2000 M enden, schlägt der Entwurf für die Angestellten 9 Gehaltsklassen vor:

Nach der Höhe des Jahresverdienstes werden für die Versicherten folgende Gehaltsklassen gebildet:

Klasse A	bis zu	550 M
B von mehr als	550	850
C	850	1150
D	1150	1500
E	1500	2000
F	2000	2500
G	2500	3000
H	3000	4000
J	4000	5000

Über einen Jahresverdienst von 5000 M hinaus wird nicht versichert. Das widerspricht den Wünschen weiter Kreise, trifft aber doch wohl das Richtige: Die Reichsversicherung soll nur da eingreifen, wo eine Fürsorge für Alter, Invalidität und Hinterbliebene aus eigener Kraft nicht zu erreichen ist. Überdies ist die Zahl der Angestellten mit mehr als 5000 M verhältnismäßig gering.

Gegenstand der Versicherung sind Ruhegeld und Hinterbliebenenrenten. Ruhegeld erhält derjenige Versicherte, welcher das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder durch körperliche Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen und geistigen Kräfte zur Ausübung seines Berufs dauernd unfähig ist. Berufsunfähigkeit ist dann anzunehmen, wenn die Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Ruhegeld erhält auch derjenige Versicherte, welcher nicht dauernd berufsunfähig ist, aber während sechszwanzig Wochen ununterbrochen berufsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer der Berufsunfähigkeit. Witwenrente erhält die Witwe nach dem Tode ihres versicherten Mannes. Waisenrente erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters seine ehelichen Kinder unter achtzehn Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder unter achtzehn Jahren. Als waisenlos gelten auch uneheliche Kinder. Auch für den Witwer ist eine Rente vorgesehen, wenn er erwerbsunfähig nach dem Tode der den Lebensunterhalt erwerbenden Ehefrau zurückbleibt. — Man beachte, wie viel günstiger diese Bestimmungen sind als die entsprechenden Vorschriften der RSD. für Arbeiter, welche Renten erst nach dem 70. Lebensjahre, bei einem Drittel Erwerbsfähigkeit, nur für dauernd invalide Witwen, für Waisen nur bis zum 15. Jahre beziehen.

Um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden, kann die Reichsversicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten. Dasselbe gilt, wenn zu erwarten

ist, daß ein Heilverfahren den Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig macht. Die Wartezeit dauert 1. beim Ruhegeld für männliche Versicherte einhundertundzwanzig Beitragsmonate, für weibliche Versicherte dagegen nur sechzig Beitragsmonate, 2. bei den Hinterbliebenenrenten einhundertundzwanzig Beitragsmonate. Die Anwartschaft erlischt, wenn während eines Kalenderjahres innerhalb der Wartezeit von einhundertundzwanzig Beitragsmonaten weniger als acht und nach dieser Zeit weniger als vier Monatsbeiträge entrichtet worden sind. Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte innerhalb des Kalenderjahres der Fälligkeit der Beiträge oder der Anerkennungsgebühr folgenden Kalenderjahrs die rückständigen Beträge nachzahlt.

Das Ruhegeld beträgt für männliche Versicherte nach Ablauf von einhundertundzwanzig Beitragsmonaten ein Viertel des Wertes der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und ein Ahtel des Wertes der übrigen Beiträge. Dabei wird auf § 1270 RSD. verwiesen: „Die Versicherungsleistungen bestehen aus einem festen Reichszuschuß und einem Anteil der Versicherungsanstalt.“ Diese Bestimmung trifft aber nur für die bis zu 2000 M Jahresverdienst Versicherten zu, nicht auf die höheren Gehaltsklassen. Trifft bei weiblichen Versicherten der Versicherungsfall nach Ablauf von sechzig Beitragsmonaten und vor Vollendung von einhundertundzwanzig Beitragsmonaten ein, so beträgt das Ruhegeld ein Viertel des Wertes der in den ersten sechzig Beitragsmonaten entrichteten Beiträge. Die Witwen- und Witwenrente beträgt zwei Fünftel des Ruhegeldes, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Waisen erhalten je ein Fünftel, Doppelwaisen je ein Drittel des Betrags der Witwenrente. Witwen- bzw. Witwen- und Waisenrenten dürfen zusammen den Betrag des Ruhegeldes nicht übersteigen, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Ergeben die Renten einen höheren Betrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Höhe gekürzt. Beim Ausscheiden eines Hinterbliebenen erhöhen sich die Renten der übrigen bis zum zulässigen Höchstbetrage.

Ruhegeld und Rente ruhen neben Renten der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung, soweit beide zusammen übersteigen würden 1. beim Ruhegelde den einhundertundfünfzigfachen Durchschnittsbetrag der entrichteten Monatsbeiträge, 2. bei Witwen-, Witwen- und Waisenrenten sechs Zehntel dieses Betrags. Ruhegeld ruht neben dem Bezüge von Gehalt oder Lohn oder Einkommen aus sonstiger gewinnbringender Beschäftigung, soweit Ruhegeld und Jahresarbeitsverdienst zusammen den einhundertundfünfzigfachen Durchschnittsbetrag der entrichteten Monatsbeiträge übersteigen. Witwenrente ruht neben dem Bezüge von Gehalt oder Lohn oder Einkommen aus sonstiger gewinnbringender Beschäftigung, soweit Witwenrente und Jahresarbeitsverdienst der Witwe zusammen den einhundertundfünfzigfachen Durchschnittsbetrag der von dem verstorbenen Ehegatten entrichteten Monatsbeiträge übersteigen.

Wie werden nun die Mittel zur Deckung der Leistungen aufgebracht? Die Arbeitgeber und die Versicherten bringen die Mittel für die Versicherung auf. Sie entrichten für jeden Kalendermonat, in welchem eine versicherungspflichtige Beschäftigung stattgefunden hat (Beitragsmonat), laufend Beiträge zu gleichen Teilen. Der versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen Krankheitszeiten gleich, in denen die Versicherten das Gehalt fortbezogen haben. Der Monatsbeitrag ist nach dem Prämiendurchschnittsverfahren für alle Versicherten derselben Gehaltsklasse gleich hoch zu bemessen. Er beträgt bis auf weiteres

in Gehaltsklasse A (bis 550 M)	1,60 M d. i. jährlich	19,00
B (550—850)	3,20	38,40
C (850—1150)	4,80	57,60
D (1150—1500)	6,40	76,80
E (1500—2000)	9,60	115,20
F (2000—2500)	12,80	153,60
G (2500—3000)	16,00	192,00
H (3000—4000)	20,00	240,00
I (4000—5000)	26,00	312,00

Zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft kann eine Anerkennungsgebühr von 3 M jährlich gezahlt werden. Der Arbeitgeber, der den Versicherten den Beitragsmonat hindurch beschäftigt, hat für sich und ihn den Beitrag zu entrichten. Beschäftigen mehrere Arbeitgeber den Versicherten während des Monats oder findet die Beschäftigung nicht während des Beitragsmonats hindurch statt, so hat jeder Arbeitgeber 8 Hundertstel des für die Beschäftigung gezahlten Entgelts als Beitrag zu leisten. Die Versicherungspflichtigen müssen sich bei der Gehaltszahlung die Hälfte der Beiträge vom Gehalt abziehen lassen. Die Arbeitgeber dürfen nur

auf diesem Wege den Beitragsteil der Versicherten wieder einziehen. Über eingezahlte Beiträge wird durch Marken quittiert, die der Arbeitgeber in die Quittungskarte einzufügen hat.

Wie ein Vergleich der Beitragsätze und der Gehaltsklassen zeigt, betragen die Beiträge in den unteren Gehaltsklassen $3\frac{1}{2}$ –5, $5\frac{1}{2}$ –7, $6\frac{3}{4}$ –7 Prozent, in den oberen Klassen schwanken sie etwa zwischen 6 und 8%. Sie sind also durchschnittlich erheblich niedriger angesetzt, als in der zweiten Denkschrift vorgeschlagen war, wo sie mit 8% (also je 4% für Arbeitgeber und Arbeiter) normiert waren. Dagegen sind die Leistungen nicht gekürzt; sie können jedoch nur bei langjähriger Zugehörigkeit zu einer höheren Gehaltsklasse und ununterbrochener Beitragsleistung bis zum 65. Lebensjahre oder im Falle einer Berufsunfähigkeit erst in vorgerücktem Lebensalter ziemlich beträchtlich sein. Da nun auch die Kosten des großen und verwickelten Apparats aus den Versicherungsbeiträgen zu bezahlen sind, so werden jetzt schon Zweifel laut, ob die Beiträge ausreichen werden. Die Gesamtbelastung für Arbeitgeber und Angestellte wird auf 150 Millionen \mathcal{M} geschätzt, die zu gleichen Teilen zu tragen sind.

Träger der Versicherung ist die in Berlin zu errichtende Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Diese ist rechtsfähig und eine öffentliche Behörde. Ihre Organe sind 1. das Direktorium, 2. der Verwaltungsrat, 3. der Verwaltungsausschuß, 4. die Rentenausschüsse, 5. die Vertrauensmänner. Das Direktorium steht unter Aufsicht des Reichskanzlers und wird vom Kaiser bzw. dem Kanzler ernannt. Der Verwaltungsrat, der die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber bei der Verwaltung bezweckt und das Direktorium auf Erfordern bei Vorbereitung wichtiger Beschlüsse gütlich zu beraten hat, besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums als Vorsitzendem und mindestens je 25 Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Die Vertreter der Arbeitgeber werden im Verhältnismaße von den Arbeitgebervertretern unter den Vertrauensmännern, die übrigen von den Angestelltenvertretern unter den Vertrauensmännern gewählt. Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Die Wahlzeit dauert 6 Jahre. Die Mitglieder verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Für ihre Teilnahme an Sitzungen erhalten sie Tagegelder und Vergütung der Reisekosten. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte auf ein Jahr einen Ausschuß, der die Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt fortlaufend beaufsichtigt. Der Ausschuß besteht aus je zwei gewählten Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten. Die Ausschußmitglieder sind insbesondere berechtigt, allen Sitzungen des Direktoriums mit beratender Stimme beizumohnen. Sie sind ferner berechtigt, in den gewöhnlichen Geschäftsstunden und im Beisein eines Mitgliedes des Direktoriums von dem Gange der Geschäfte Kenntnis zu nehmen, die Bücher der Anstalt einzusehen und den ordentlichen sowie außerordentlichen Kassenrevisionen beizumohnen. Über ihre Wirksamkeit erstatten sie dem Verwaltungsrat Bericht.

Außerdem werden Rentenausschüsse eingesetzt, denen insbesondere obliegt: 1. Ruhegeld, Rente und Abfindung festzustellen und anzuweisen, 2. Ruhegeld und Rente zu entziehen und einzustellen, 3. Anträge auf Einleitung eines Heilverfahrens entgegenzunehmen, den Sachverhalt in diesen Fällen klarzustellen u. a. m., 4. In Angelegenheiten der Angestelltenversicherung Auskunft zu erteilen. Der Rentenausschuß ist Organ der Reichsversicherungsanstalt und hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde. Er ist jedoch bei seiner Beschlussfassung bezüglich Zuteilung und Einziehung der Rente an Weisungen der Reichsversicherungsanstalt nicht gebunden. Die Rentenausschüsse werden nach Bedarf von der Reichsversicherungsanstalt mit Zustimmung des Bundesrats errichtet. Jeder Rentenausschuß besteht aus einem ständigen Vorsitzenden (Obmann), mindestens einem Stellvertreter und aus Beisitzern; ihm werden die erforderlichen Hilfsbeamten beigegeben.

Die Vertrauensmänner wählen die Beisitzer für die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte, das Oberschiedsgericht und den Verwaltungsrat. Den Vertrauensmännern können vom Rentenausschuß bestimmte Obliegenheiten übertragen werden. Sie sollen auch ohne Auftrag alle ihnen bekannt gewordenen Tatsachen mitteilen, die nach ihrer Ansicht für den Rentenausschuß oder die Reichsversicherungsanstalt wichtig sind. Die Vertrauensmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten und ihren Arbeitgebern gewählt. Die Zahl beträgt für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde (Stadt über 10 000 Einwohner, Landratskreis) sechs; wohnen im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mehr als 10 000 Versicherte, so kann die oberste Verwaltungsbehörde für je angefangene weitere zehntausend die Zahl

der Vertrauensmänner um zwei erhöhen. Die Vertrauensmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt. Zur Teilnahme an den Wahlen sind volljährige Deutsche berechtigt, sofern sie zu den versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern gehören und im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde wohnen. Für die Wahlen der Arbeitgeber kann der Bundesrat das Stimmrecht nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Versicherten verschieden festsetzen. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl getrennt und schriftlich. Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde ausgestellte Bescheinigung.

Rechtsprechende Behörden sind die Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht mit dem Sitz in Berlin. Zahl, Sitz und Bezirke der Schiedsgerichte werden durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

Schon aus diesem knappen Auszug aus den Bestimmungen über die Organisation — im Gelehtenwurf beschäftigen sich nicht weniger als 74 Paragraphen damit — erhellt der Umfang der in zahlreichen Stufen aufgebauten Sonderanstalt, die ein neues Heer von leitenden, ausführenden, kontrollierenden, helfenden Beamten erfordert wird. Sehr zu loben ist die grundsätzliche Heranziehung der Angestellten und der Arbeitgeber, also der Beitragszahler, von der untersten bis zur obersten Instanz in paritätischer Beteiligung von Vertretern, die als Vertrauensmänner nach dem Proportionalssystem gewählt werden. Aber man darf auch hier nicht verkennen, daß dieser weilläufige Apparat zu den erheblichen Kosten keineswegs unbeträchtliche Lasten im Ehrenamt, die Zeit und Mühe beanspruchen, den Angestellten und Arbeitgebern auferlegen. Diäten und Ersatz der Reisekosten sind nur schmaler Trost. Wie in der RVD ist auch hier eine gesetzliche Sicherung der gewählten Vertrauensmänner in ihrer Berufstellung gegen Willkür oder Übelwollen vorgesehen. Bemerkenswert ist die Festsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 21 Jahre; jeder volljährige deutsche Arbeitgeber, der Versicherte beschäftigt, und jeder versicherte Angestellte, der die gleichen Eigenschaften besitzt, ist wählbar und kann wählen.

Wir versagen uns heute, auf die 82 Paragraphen umfassenden Vorschriften über das Verfahren vor den Rentenausschüssen, den Schiedsgerichten und dem Oberschiedsgericht einzugehen; sie sind in den meisten Stücken den Bestimmungen der RVD. (§§ 1602–1687) nachgebildet, wie denn überhaupt der Gelehtenwurf überall, wo es nur angängig ist, die Verweisung auf die RVD., namentlich natürlich auf das 4. Buch über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, als sein Vorbild durchführt. Ausgezahlt werden die Renten durch die Post, die dafür eine Vergütung erhält. Der 8. Abschnitt enthält Bestimmungen über Behörden, Fristen, Rechtshilfe, Zustellungen, Gebühren und Stempel, Verbote und Strafen, ausländische Gesetzgebung; auch hier ist durchgehends eine Anlehnung an die entsprechenden Vorschriften der RVD. durchgeführt. Den Schluß des Gelehtenwurfs bilden die Übergangsbestimmungen und da sind von größter Bedeutung die Bestimmungen über besondere Pensionseinrichtungen und Versicherungsverträge mit privaten Lebensversicherungsanstalten. Sie lauten im wesentlichen:

Fabrik-, Seemanns- und ähnliche Rassen und Einrichtungen können auf die Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenunterstützungen, die sie ihren nach diesem Gesetze versicherten Mitgliedern gewähren, die Ruhegeld- und Hinterbliebenenbezüge dieses Gesetzes anrechnen. Voraussetzung ist dabei, daß sie die Beiträge aus den Mitteln der Rasse entrichten und die Arbeitgeber Zuschüsse zu der Rasse zahlen, die mindestens der Hälfte der nach diesem Gesetze zu entrichtenden Beiträge gleichkommen. Die Reichsversicherungsanstalt setzt die den empfangenen Monatsbeiträgen entsprechenden Ruhegeld- und Hinterbliebenenbezüge fest und überweist sie fortlaufend der beteiligten Rasse.

Tritt bei den beim Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Rassenmitgliedern, für die Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt abgeführt werden, innerhalb der ersten zehn Jahre der Wirksamkeit des Gesetzes der Versicherungsfall ein und hat die beteiligte Rasse nach ihrer Satzung Leistungen zu gewähren, so leistet die Reichsversicherungsanstalt zur Bestreitung der Rassenleistungen einen einmaligen Zuschuß in Höhe der den entrichteten Beiträgen entsprechenden Prämienreserve.

Fabrik-, Seemanns- und ähnliche Rassen und Einrichtungen sind berechtigt, ihre satzungsmäßigen Leistungen, die sie vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bewilligt haben, gegen Einzahlung des Deckungskapitals auf die Reichsversicherungsanstalt zu übertragen. Sie können die Wartezeit ihrer Mitglieder durch Einzahlung der entsprechenden Prämienreserve an die Reichsversicherungsanstalt abtören oder auf diese die gesamten Anwartschaften übertragen.

Zur Durchführung dieser Vorschriften sind die Satzungen der Kassen zu ändern; die Änderung bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Behörde kann die Änderung rechtsgültig selbst vornehmen, wenn die Kasse den Antrag der beteiligten Arbeitgeber oder der Mitglieder mehrheitlich ablehnt.

Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützungen, die Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen ihren nach diesem Gesetze versicherten Mitgliedern gewähren, ermäßigen sich um den Betrag der Ruhegeld- und Hinterbliebenenbezüge dieses Gesetzes. Die Beiträge zur reichsgesetzlichen Versicherung sind in diesem Falle aus den Mitteln des Knappschaftsvereins oder der Knappschaftskasse zu entrichten; der Arbeitgeberbeitrag muß mindestens der Hälfte der nach diesem Gesetze zu entrichtenden Beiträge gleichkommen.

Angeestellte, die zur Zeit der Veröffentlichung dieses Gesetzes bei anderen als den oben bezeichneten privaten Lebensversicherungsunternehmen (Fabriklassen usw.) versichert sind, können auf ihren Antrag von der Beitragsleistung befreit werden, wenn der Jahresbetrag der Beiträge für diese Versicherungen beim Inkrafttreten dieses Gesetzes mindestens den ihren Gehaltsverhältnissen zur Zeit des Antrages entsprechenden Beiträgen gleichkommt, die sie nach diesem Gesetze zu tragen haben. In diesen Fällen ist der Arbeitgeber verpflichtet, den nach diesem Gesetze auf ihn entfallenden Beitragsanteil an die Reichsversicherungsanstalt abzuführen; dem Versicherten werden dafür die halben Leistungen dieses Gesetzes gewährt. Hat der Arbeitgeber zu den Beiträgen für private Versicherungen seiner Angestellten Zuschüsse gezahlt, so kann er diese Zuschüsse um die an die Reichsversicherungsanstalt zu entrichtenden Beiträge kürzen. Auf Antrag des Versicherten zahlt die Reichsversicherungsanstalt die gekürzten Beiträge des Zuschusses an die privaten Lebensversicherungsunternehmen aus den Arbeitgeberbeiträgen weiter, wenn 1. die Versicherung noch in voller Höhe besteht, 2. der Versicherungsschein hinterlegt wird, 3. zur Sicherung einer Antwortschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente die Forderung aus der Versicherung zu demjenigen Teile, welcher dem gekürzten Betrage der Arbeitgeberbeiträge entspricht, an die Reichsversicherungsanstalt rechtsverbindlich abgetreten wird.

Die große Frage „Erfolg- oder Zuschußklasse“ dürfte mit diesen Bestimmungen noch nicht endgültig gelöst sein. Auch hier werden zahlreiche Zweifelsfragen laut. Hier auf wie auf zahlreiche andere Punkte des Entwurfs wird sich die Kritik richten, die die Regierung mit der Veröffentlichung der Vorlage geradezu erbittet. Wir werden von den wichtigsten Urteilen referierend Vermerk nehmen, wie wir dies auch bei der A.B.D. getan haben, behalten uns jedoch unsere eigene Stellungnahme nach gründlicher Prüfung des Entwurfs und seiner Begründung vor. Was wir heute geben, kann und soll nicht mehr sein als eine erste Einführung in die Hauptbestimmungen.

Das französische Arbeitsgesetzbuch.

Von Hans A. Rudloff, Genf.

Frankreich ist seit 1901 damit beschäftigt, seine Gesetzgebung über die Arbeit (und soziale Vorsorge) zu kodifizieren. Der Nutzen einer solchen Kodifikation ist unbestreitbar. Zunächst für die Interessenten, die dadurch eine besser koordinierte Gesetzgebung in die Hand bekommen; sie brauchen die verschiedenen Bestimmungen derselben nicht mehr in der umfangreichen Sammlung der Gesetzblätter oder in den chronologischen Ergänzungen der bestehenden Gesetzbücher zu suchen, wo die Gesetze, oft verstreut wegen der Verschiedenheit der Daten ihrer Verkündung, zuweilen auch verstümmelt sind. Sodann für den Gesetzgeber selbst, der dadurch die Gesamtheit der Arbeitsgesetze besser überblicken und gleichzeitig ihre Lücken leichter bemerken kann; indem die Kodifikation in logischer Ordnung zeigt, was die Arbeitsgesetzgebung heute ist, läßt sie mit Notwendigkeit erkennen, was sie sein soll, und der Gesetzgeber sieht besser, auf welchem Punkte seine Reformarbeit einzusetzen hat. Aber nicht nur die gesetzgeberische Arbeit findet in dem Kodifikationswerk wertvolles Material, sondern auch die Regierungen können der Zusammenstellung und Vergleichung der entsprechenden Gesetzestexte nützliche Anregungen entnehmen für internationale Vereinbarungen, die das gemeinsame Interesse aller Nationen fordert.

Angegebene Rechtsgelehrte, wie Glanville und Thaller, haben oft auf den einen oder anderen dieser Punkte hingewiesen, um die Notwendigkeit darzutun, daß neben dem Zivilgesetzbuch, ein zweites umfassenderes, vollständigeres und in Wahrheit moderneres Gesetzbuch geschaffen werden müsse. Abgeordnete, wie Groussier und nach ihm Dejeante, haben als erste den Versuch der Schaffung eines solchen Gesetzbuches unternommen, wobei sie für Neuerungen und Zukunftsvorschläge Raum ließen. Schließlich setzte die Regierung am 27. November 1901 eine Kodifikations-

kommission ein, deren Arbeiten jetzt vollständig abgeschlossen sind. Diese Kommission hat vorgeschlagen, den Rahmen des neuen Gesetzbuches über die die Arbeit und das Kapital direkt betreffenden Gesetze hinaus zu erweitern und auch die Gesetze mit einzubeziehen, welche „hauptsächlich“ die Arbeiter betreffen: die Versicherungs-, Vorsorge- und Unterstützungsgesetze. Aber sie hat ihre Kodifikationsarbeiten nicht auf die Verordnungen ausgedehnt, die zur Ausführung der Arbeitergesetze erlassen worden sind. Ohne sich der Tatsache zu verschließen, daß diese Verordnungen Anlaß zu den nämlichen Kritiken geben wie die Gesetze selbst, hat sie die Auffassung vertreten, daß die Zeit für eine Verschmelzung der Ausführungsvorschriften erst dann gekommen sei, wenn das Kodifikationswerk für die Gesetze selbst vollständig vorliege. Was die schon in andern Gesetzbüchern kodifizierten Bestimmungen über die Arbeit anbelangt, so sind sie im Prinzip aus den bestehenden Sammlungen nicht ausgezogen worden, aber es ist ihrer im Wege der Verweisung Erwähnung getan.

Die Arbeit der Kodifikationskommission war zunächst eine Sammel- und Klassifikationsarbeit. Sie bestand darin, die auf den nämlichen Gegenstand bezüglichen verstreuten Bestimmungen zu sammeln und zu koordinieren, die zu verschiedenen Zeiten erlassenen, ein und demselben Ideenkreis angehörenden Vorschriften zusammenzustellen und zu verschmelzen. Aber diese Arbeit zog notwendigerweise eine zweite nach sich. Zunächst ergab sich aus der angenommenen neuen Ordnung die Notwendigkeit, die Fassung gewisser Artikel abzuändern, ohne ihnen einen anderen Sinn zu geben. Außerdem stieß man zuweilen auf nicht harmonische oder sogar sich widersprechende Bestimmungen, wie z. B. die Strafbestimmungen, welche die Befolgung der Gesetze über die Arbeit sichern sollen. Sie würden ganz unverständlich erscheinen, wenn man nicht wüßte, daß sie zu ganz verschiedenen Zeiten erlassen sind. Die zweite Arbeit, die die Kodifikationskommission zu leisten hatte, war also eine Verbesserungsarbeit, eine Arbeit des letzten Handanlegens an die Gesetzesform, ohne daß an den Gesetzesinhalt gerührt wurde. Denn es handelte sich ja nicht darum, eine vollständige Gesetzgebung über die Arbeit neu aufzubauen, sozusagen in einem Zuge ein inhaltlich neues Arbeitsgesetzbuch zu schaffen, sondern nur darum, vorbehaltlich gewisser Detail- und Formverbesserungen, aus den schon vorhandenen zahlreichen Arbeitsgesetzen ein einheitliches und klares Gesetzbuch zu gestalten, das in systematischem Aufbau die Gesamtheit der heute geltenden Vorschriften umfaßt.

Das Arbeitsgesetzbuch, dessen fünf erste Bücher vom Parlament (ohne Debatte) bereits angenommen sind, zerfällt in (7) Bücher, Titel, Kapitel, Abschnitte, Paragraphen und (1240) Artikel. Die fünf ersten Bücher, das eigentliche Arbeitsgesetzbuch, betreffen die Arbeit und die Arbeiterversicherungen, das sechste die soziale Vorsorge, das siebente die Unterstützung. Nachstehend bringen wir die Hauptgliederung in Bücher, Titel und Kapitel.

Erstes Buch. Vereinbarungen über die Arbeit.

Erster Titel. Der Lehrvertrag. I. Natur und Form des Vertrags. II. Vertragsbedingungen. III. Pflichten der Lehrherren und der Lehrlinge. IV. Lösung des Vertrags. V. Zuständigkeit.
Zweiter Titel. Der Arbeitsvertrag. I. Allgemeine Vorschriften. II. Dienstvertrag. III. Werkvertrag. IV. Stückarbeit.
Dritter Titel. Der Arbeitslohn. I. Lohnfestsetzung. II. Lohnzahlung. III. Lohninbehaltung. IV. Lohnpfändung und -abtretung.
Vierter Titel. Die Arbeitsvermittlung. I. Allgemeines. II. Unentgeltliche Arbeitsvermittlung. III. Entgeltliche Arbeitsvermittlung.

Fünfter Titel. Strafbestimmungen.

Zweites Buch. Die Regelung der Arbeit.

Erster Titel. Kinder- und Frauenarbeit. I. Zulassungsalter. II. Arbeitstag. III. Nachtarbeit. IV. Wochen- und Sonntagsruhe. V. Lehrlinge. VI. Unterirdische Arbeiten. VII. Theater und Wandergewerbe.

Zweiter Titel. Die Arbeit der erwachsenen männlichen Personen. I. Arbeitstag. II. Unterirdische Arbeiten.

Dritter Titel. Die Arbeit der Ausländer.

Vierter Titel. Die Hygiene und Sicherheit der Arbeiter. I. Allgemeine Vorschriften. II. Kinder und Frauen. III. Bergwerke und Steinbrüche.

Fünfter Titel. Die Beaufsichtigung der Arbeit. I. Anschläge, Register und Arbeitsbücher. II. Ober- und Bezirks-Kommissionen. III. Vergewerksdelegierte.

Sechster Titel. Strafbestimmungen. I. Allgemeines. II. Wandergewerbe. III. Hygiene und Sicherheit der Arbeiter. IV. Arbeitsinspektion.

Drittes Buch. Die beruflichen Gruppierungen.

Erster Titel. Berufssyndikate.

Zweiter Titel. Arbeiter-Produktionsgesellschaften.

Dritter Titel. Strafbestimmungen.

Viertes Buch. Die berufliche Rechtsprechung und Vertretung.

Erster Titel. Gewerbegerichte. I. Errichtung. II. Wahl der Mitglieder. III. Organisation. IV. Befugnisse. V. Disziplin. VI. Lokale, wo die Gewerbegerichte untergebracht sind, und Kosten, die die Abhaltung ihrer Sitzungen verursacht. VII. Summen, die den Sekretären der Gewerbegerichte, den Gerichtsschreibern der Handelsgerichte, den Gerichtsboten und den Zeugen zu zahlen sind. VIII. Zuständige Gerichte für die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen der Verwaltung der Staatseisenbahnen und ihren Angestellten.

Dritter Titel. Einigungs- und Schiedsgerichte. I. Allgemeines. II. Einigung. III. Schiedspruch. IV. Verschiedene Vorschriften.

Fünftes Buch. Die Arbeiterversicherungen.

Erster Titel. Arbeitsunfälle. I. Allgemeines. II. Besondere Vorschriften betr. die Landwirtschaft. III. Besondere Vorschriften betr. die Handelsmarine. IV. Versicherung durch den Staat.

Zweiter Titel. Alter und Invalidität. I. Arbeiter- und bauerliche Altersversicherung. II. Besondere Vorschriften betr. die Bergwerksbetriebe. III. Besondere Vorschriften betr. die Eisenbahnbetriebe. IV. Besondere Vorschriften betr. die Handelsmarine. V. Patronale Altersversicherungsklassen. VI. Staatliche Altersversicherungsklasse. VII. Zuschüsse zu den Renten der staatlichen Altersversicherungsklasse und der Vororgereine.

Dritter Titel. Krankheit und Todesfall. I. Versicherungen im Krankheitsfalle. II. Versicherungen im Todesfalle.

Vierter Titel. Allgemeine Bestimmungen.

Fünfter Titel. Strafbestimmungen.

Sechstes Buch. Die Vorsorge.

Erster Titel. Vereine für gegenseitige Hilfe. I. Allen Vereinen gemeinsame Vorschriften. II. Verschiedene Vereine. III. Der Oberrat und seine Befugnisse. IV. Besondere Bestimmungen. V. Zukunftigkeit, Sanktionen.

Zweiter Titel. Besondere Bestimmungen über die bestehenden Vorsorgevereine mit unbeschränkter Dauer.

Dritter Titel. Das Sparen. I. Gewöhnliche Sparkassen. II. Staatliche Sparkasse.

Vierter Titel. Billige Wohnungen. I. Organisation und Befugnisse der Wohnungsausschüsse. II. Bedingungen für die Zulassung zum Benefizium des Wohnungsgesetzes. III. Fiskalische Befreiungen. IV. Bau der billigen Wohnungen — Beteiligung der Wohltätigkeitsanstalten, der Sparkassen und der staatlichen Depositionskasse — Versicherungen. V. Erlöse — Gemeinschaft — Übernahme nach Schätzung. VI. Verschiedene Bestimmungen.

Fünfter Titel. Konsumgenossenschaften.

Sechster Titel. Landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften. I. Lokale landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften. II. Regionale landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften.

Siebenter Titel. Strafbestimmungen.

Siebentes Buch. Die Unterstützung.

Erster Titel. Schutz und Unterstützung der Kindheit. I. Schutz der Kinder. II. Unterstützung der Kinder.

Zweiter Titel. Unterstützung der Armen, Kranken, Greise, Gebrechlichen und Unheilbaren. I. Zulassung zur Unterstützung. II. Organisation und Verwaltung der Unterstützungsanstalten und -ämter. III. Unentgeltliche ärztliche Behandlung. IV. Unterstützung der Greise, Gebrechlichen und Unheilbaren. V. Unterstützung bedürftiger Familien der Soldaten des aktiven Heeres, der Reserve und der Landwehr. VI. Den öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten gewährte Sonderrechte. VII. Sonderorganisation der öffentlichen Unterstützung in Paris.

Dritter Titel. Beaufsichtigung der privaten Unterstützungsanstalten.

Vierter Titel. Irrenrecht. I. Irrenanstalten. II. Unterbringung in den Irrenanstalten. III. Unterbringung auf behördliche Anordnung. IV. Ausgaben für die Irrenpflege. V. Die für in Irrenanstalten untergebrachte Personen gemeinsamen Vorschriften.

Fünfter Titel. Leihhäuser. I. Allgemeines — Geschäfte der Leihhäuser. II. Organisation des Pariser Leihhauses. III. Organisation der anderen Leihhäuser.

Sechster Titel. Gerichtlicher Beistand. I. Gerichtlicher Beistand in Zivilsachen. II. Entziehung des gerichtlichen Beistandes. III. Gerichtlicher Beistand in Strafsachen.

Siebenter Titel. Bestimmungen über die Handlungen betr. den Zivilstand der Bedürftigen, über die Anerkennung unehelicher Kinder und über die Zurückziehung der in Findelhäusern untergebrachten Kinder.

Achter Titel. Strafbestimmungen.

Neunter Titel. Übergangsbestimmungen.

Das vorstehende System ist zweifellos sehr vollständig, ja, man kann sagen, zu vollständig; denn es überschreitet in gewissen Punkten das Maß dessen, was in einem Gesetzbuche über die Arbeit und soziale Vorsorge Aufnahme finden sollte. Das gilt vor

allem von dem Titel über die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, dessen Bestimmungen in ein Landwirtschaftsgesetzbuch gehören. Mag dem aber sein, wie ihm wolle, so bietet Frankreich mit der Verkündung eines vollständigen Gesetzbuches über die Arbeit und soziale Vorsorge den anderen Nationen das nachahmenswerte Beispiel der Kodifikation der für die gegenwärtige soziale Entwicklung notwendigen Gesetze, und es schafft mithin ein Werk der Eintracht, des Fortschritts und der Zivilisation.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Der Unterausschuß der Ges. f. Soz. Reform für die Arbeitsverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe hielt am 19. Januar in Berlin eine Sitzung ab, in der Vertreter der verschiedenen Gehilfenorganisationen und anderer interessierter Vereine erschienen waren. Beraten wurde über die Entwürfe dreier Eingaben: 1. an Bundesrat und Reichstag wegen Erweiterung der Verordnung von 1902 für Gast- und Schankwirtschaften und strengere Durchführung ihrer Vorschriften; 2. an die Verkehrsminister und Eisenbahnverwaltungen in Deutschland zur Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse in den ihnen unterstehenden Wirtschaftsbetrieben in Bahnhöfen und Speisewagen; 3. an die deutschen Stadtverwaltungen und Kurorte zur Durchführung einer Verbesserung der Lage der Gehilfen in den städtischen Gast- und Schankwirtschaften, die in eigener Regie betrieben oder in Pacht vergeben sind. Die Entwürfe fanden mit einigen Abänderungen Zustimmung und werden demnächst als Eingaben an den zuständigen Stellen eingereicht werden.

Die Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform konnte infolge verschiedener ungünstiger Umstände ihre erste Versammlung für diesen Winter erst nach Neujahr abhalten und zwar am 12. Januar. Über den Verlauf wird uns geschrieben: das Thema, das behandelt wurde, war die Kellnerinnenfrage; als Referentin war Frau Professor Frisch gewonnen worden. Ihr Vortrag enthielt von dem Kellnerinnenwesen, namentlich in Ostpreußen und Königsberg, ein anschauliches Bild. Um die bestehenden Mißstände zu bessern, sei es erforderlich, den Prostituierten den Kellnerinnenberuf zu verbieten. Von einer Beseitigung der Kellnerinnen überhaupt könne kein Rede sein; es könne sich nur darum handeln, die bestehenden Mißstände nach Kräften zu bekämpfen, zu mildern. Als geeignete Maßnahmen zur sozialen Hebung des Kellnerinnenberufs erschienen u. a. erforderlich: gesetzliche Regelung des Konjunktionswesens (Bedürfnisfrage), Einführung einer vielleicht zweijährigen Lehrzeit, Festlegung eines bestimmten Mindestalters, anderweitige Regelung des Stellenvermittlungswezens, Einführung einer weiblichen Kontrolle, Regelung der Lohnfrage und des Vertragsverhältnisses (Kündigungsfristen), Festlegung von Ruhepausen, Forderung angemessener Wohn- und Schlafräume und Ausschluß der Prostituierten vom Kellnerinnenberuf. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der die Ausführungen der Referentin im allgemeinen Zustimmung fanden. In der nächsten Versammlung, die Anfang Februar stattfindet, wird Kaufmann Gustav Schneider über den Gesetzentwurf für die Versicherung der Privatbeamten sprechen.

Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform. Der Vorstand dieser Ortsgruppe wird künftig, wie folgt, zusammengesetzt sein: Reichsgerichtsrat Georg Hoffmann erster, Fabrikbesitzer Graf zweiter Vorsitzender, Rechtsanwalt Dr. Leo Burdas und Privatdozent Lic. Dr. Windisch Schriftführer, Direktor Bassenge Kassenvwart. Professor Biermann und Professor Roehsicht, denen in erster Linie das Wiederaufblühen der Leipziger Ortsgruppe zu verdanken ist, waren aus beruflichen Gründen gezwungen, eine Wiederwahl als erster Vorsitzender bzw. erster Schriftführer abzulehnen; sie bleiben jedoch als Beisitzer weiter im Vorstande. Der Ortsgruppe gehören zurzeit 106 Einzel- und 15 körperschaftliche Mitglieder an.

Soziale Zustände.**Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Großindustrie.**

II (vergl. Sp. 359 ff.).

Im zweiten Bande der Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft*) sind fünf verschiedene Untersuchungen vereinigt. Man hat bei einigen den Eindruck, daß sie nicht von vornherein auf die vom Verein für Sozialpolitik gestellte Aufgabe hin unternommen worden waren, sondern Aufnahme fanden, weil sie nach der einen oder anderen Richtung hin einen Beitrag zur Entwicklung des modernen Ar-

*) Bd. 134 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Leipzig, Duncker u. Humblot, 1910.

beiters bieten. Auch das den einzelnen Arbeiten zugrunde liegende Material ist verschieden an Umfang und Art.

Die Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Kabeifabrik untersucht Dr.-Ing. von Dientowski. Ihm war von der Leitung des Werkes ein reiches statistisches Material zur Verfügung gestellt, das sich teilweise auf rund 5000 Arbeiter und 12jährige Aufzeichnungen bezieht. Die wichtigsten Schlüsse, zu denen der Verfasser auf Grund dieses Materials kommt, sind folgende: Die Arbeiterschaft, soweit sie nicht aus der Nähe des Werkes selbst stammt, rekrutiert sich hauptsächlich vom Lande und zwar aus dem Osten. Nur für wenige qualifizierte oder Spezialarbeiten ziehen Arbeiter aus dem Westen zu. Die vom Lande stammenden Arbeitskräfte finden sich besonders bei der monotonen oder körperlich schweren Arbeiten, dagegen steigt bei den Arbeiten, die höhere Anforderungen an Gestaltungsgabe und Geschicklichkeit stellen, der Prozentsatz der städtischen Arbeiter. Die Stabilität der Arbeiter war in dem untersuchten Werk besonders günstig, weil die Leitung durch verschiedene Einrichtungen die Ständigkeit der Arbeiter zu stärken sucht, z. B. durch steigenden Stundenlohn je nach dem Dienstalter, durch Zahlung einer einmaligen Gratifikation nach zehnjähriger Dienstzeit, durch Bevorzugung der älteren Arbeiter bei der Verwaltung der Wohlfahrtskassen. Trotzdem läßt sich aber feststellen, daß die Arbeiter ländlicher Herkunft am stabilsten sind.

Über die Leistungsfähigkeit ist im allgemeinen beobachtet worden, daß der Arbeiter seine größte Leistungsfähigkeit bereits zwischen dem 32. und 42. Lebensjahre erreicht. Bei Arbeiten, die hauptsächlich Sinnesschärfe und Geschicklichkeit verlangen, tritt das Maximum der Leistungsfähigkeit sehr früh ein, während es bei größeren körperlichen Arbeiten und wiederum bei Arbeiten, die auf Intelligenz und Erfahrung beruhen, weiter hinausgeschoben wird. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nimmt vom Montag bis Freitag zu, und fällt dann am Sonnabend bis zur Montagsleistung. Diese ansteigende Kurve an den 5 ersten Wochentagen ist damit zu erklären, daß der Mensch, ähnlich wie eine Maschine, nach einer Pause am Sonntag erst wieder in Schwung kommen muß und die mechanische Arbeitsfähigkeit sich steigert, bis sie am Sonnabend infolge Übermüdung wieder sinkt. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Bemessung der Leistungsfähigkeit nach den Arbeitszeiten. Auch hier ergibt sich zuerst ein Nachlassen der Leistung nach jeder Erholungspause, dennoch aber sind diese Pausen dringend notwendig, weil infolge des Ausruhens die Leistung im ganzen eine Steigerung erfährt. Die Unfallhäufigkeit ist in dem untersuchten Werk am Montag am geringsten, während sonst Montag und Freitag die Tage mit der größten Unfallhäufigkeit sind. Die geringe Unfallzahl am Montag ist ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterschaft des Werkes den Sonntag wirklich zur Erholung benutzt. Auch in einigen anderen Untersuchungen des vorliegenden Bandes (in den Arbeiten von Feiß und Lande) wird diese Erscheinung bestätigt, daß die kulturell vorgeschrittenen Arbeiterschaft Berlins den Sonntag in einer sehr hochstehenden Weise für Erholung und Bildung verwendet. Bei der kulturell noch weniger entwickelten weiblichen Arbeiterschaft des Werkes dagegen ist auch hier der Montag der Tag der größten Unfallgefahr, dann folgt der Sonnabend, an dem die Ermüdung darauf einwirkt.

Ein eigenartiges Bild industrieller Entwicklung zeigt das von Hans Hinte mit besonderer Rücksichtnahme auf die Segmaschine untersuchte Buchdruckgewerbe. Während man für das Segen und Ablegen der Lettern die Hand früher für unentbehrlich hielt, wird jetzt durch die Segmaschine die Arbeit des Segens, Ablegens und auch des Schriftgießens in einem Arbeitsakt erledigt, was natürlich eine bedeutende Ersparnis im Produktionsprozeß bedeutet. Während aber in vielen anderen Berufen, wo ein Verdrängen der Handarbeit durch den Siegeszug der Maschinen stattfindet, schwere Erschütterungen im Gewerbe und tragische Einzelschicksale der von den Veränderungen Betroffenen verursacht werden, ist dies im Buchdruckergewerbe im allgemeinen vermieden worden. Dem Wechsel der Technik stand eine hochqualifizierte Arbeiterschaft gegenüber, die mußte, daß dem Vordringen der Maschinen nicht Einhalt zu gebieten ist. Sie versuchte nur sofort, auch die Maschinenarbeit in die tarifliche Regelung einzuziehen. Hierauf gingen auch die im Buchdruckgewerbe besonders einsichtsvollen Unternehmer ein, schon um sich selbst vor unlauterer Konkurrenz im eigenen Lager zu schützen. Während das Tarifamt der deutschen Buchdrucker nach einer Statistik vom Jahre 1901 389 Segmaschinen mit 525 Maschinenführern ermittelte, belief sich die Zahl der Maschinen i. J. 1908 auf 2301, die Zahl der Maschinenführer auf 3625.

Durch die Einführung der Segmaschine ist eine erhebliche Steigerung der Produktion eingetreten, namentlich eine Verbesserung und Verbilligung des Zeitungswesens. Die Arbeit des Maschinenführers verlangt besonders befähigte, geschulte Kräfte. Am meisten vertreten unter den Maschinenführern ist nach der Statistik des Verbandes Deutscher Buchdrucker das Lebensalter zwischen 26 und 35 Jahren. Die Arbeitszeit ist gewöhnlich 8 Stunden. Da aber die Besitzer der Maschinen den Wunsch haben, diese Maschinen voll auszunutzen, so werden in Großbetrieben Doppel-, ja dreifache Schichten eingeführt. Die Unregelmäßigkeiten, die dadurch für die Lebensweise der Arbeiter herbeigeführt werden, wirken naturgemäß ungünstig. Die Einwirkung der veränderten Technik auf die Psychologie des Arbeiters kennzeichnet Dr. Hinfke, der früher selbst Buchdrucker war, folgendermaßen:

„Die Vorwürfe, die man sonst gegen die Maschine richtet, sie schablonisiere die geistige Tätigkeit der Menschen, treffen hier nicht zu. Entwidelt etwa der Handsetzer, der einen ganzen Vormittag nach demselben Manuskript in ewig gleichen Armzirkeln Buchstaben fängt, mehr geistige Regsamkeit als der Maschinenführer, der in kurzer Zeit eine Reihe von Manuskripten aus den verschiedensten Wissensgebieten verarbeitet und dabei den subtilen Mechanismus der Maschine überwachen muß? Zwar fehlt ihm die Fähigkeit zu typographisch künstlerischer Intuition; er hat aber den Vorteil größerer Belesenheit, und die längere Ruhe gibt ihm Gelegenheit zur Selbstbildung. Der Arbeiter an der Maschine fühlt sich weniger als Künstler im typographischen Sinne, er fühlt sich mehr als Techniker; er fühlt sich weniger als unzufriedener Gehilfe, er fühlt sich mehr als moderner Arbeiter und trägt dessen ganze Signatur. So prägt der maschinelle Betrieb die Menschen völlig um. An die Stelle einer stärkeren Schicht mit besonderen Qualitäten ist eine wesentlich dünnere Schicht von Arbeitern mit anderen Qualitäten, anderen Lebensansprüchen getreten.“

Was die „Lebensziele“ der Arbeiterschaft anlangt, so hat sich die Mehrzahl der Setzer damit abgefunden, Lohnarbeiter zu bleiben; Sicherung gegen die Wechselfälle des Lebens gibt ihnen die gewerkschaftliche Organisation mit ihren Unterstützungskassen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität. Dagegen ließ sich bei der Mehrzahl der Setzer, die für die vorliegende Untersuchung Fragebogen ausfüllten, feststellen, daß sie keine Aufwendungen für die Erziehung ihrer Kinder scheuen und so fast durchweg ein Aufsteigen der Kinder in höhere Berufsschichten stattfinden.

Der Verfasser der dritten Untersuchung: Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik, Dr. Cl. Feiß, klagt in seiner Einleitung, daß er bei der freigewerkschaftlichen Organisation nur wenig Unterstützung gefunden und daher auch nur eine kleine Anzahl gut ausgefüllter Fragebogen bekommen hätte. Das ist ein Ausnahmefall; sonst lassen doch die Arbeiterorganisationen meist den wissenschaftlichen Untersuchungen eine sehr schätzenswerte Förderung durch Materialbeschaffung und Auskunfterteilung angedeihen. Da also für diese Arbeit nur ein zahlenmäßig geringes Material vorlag, so lassen sich schwer allgemeine Schlüsse ziehen. Dafür sind einzelne der erhaltenen Antworten recht ausführlich wiedergegeben, so daß sie gute Einblicke in die Denkweise der in Frage kommenden Schicht bieten. Nach den Untersuchungen über die Herkunft widerspricht der Verfasser der meist vertretenen Ansicht, daß der Städte- und Großstädter ein gewisses Übergewicht bei allen feineren Arbeiten erlange. Ihm erscheint im Gegenteil der aus bäuerlichen Kreisen stammende Arbeiter geeigneter, weil der Bauer von jeher zum Teil sein eigener Handwerker sein mußte, also eine gewisse technische Vorbildung mitbringt. Über die Berufswahl ergab sich bei den meisten Befragten, daß der hochqualifizierte Beruf des Mechanikers aus Neigung für das Fach gewählt wurde. Auf ein reges geistiges Leben der Angehörigen dieses Berufes lassen die Antworten auf die Fragen nach der Erholung und Nebenbeschäftigung schließen. Die Versammlungen der Gewerkschaft und das Mitarbeiten an der Gewerkschaftsbewegung spielen hier eine große Rolle, ferner das Lesen auch schwerer wissenschaftlicher Werke; daneben wird an den Sonntagen viel Sport getrieben, Ausflüge ins Freie unternommen, Theater und Konzerte besucht und ähnliches mehr.

Der Verfasser der nächsten Untersuchung über: Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien, Dr. Julius Deutsch, hat eine wesentliche Förderung durch die Vertrauensleute der Gewerkschaften erhalten. Auch er konnte zwar nur 243 gut ausgefüllte Fragebogen verarbeiten, doch waren die Befragten so verteilt, daß alle Typen der Arbeiter vertreten waren. Nach den vorliegenden Untersuchungen bildet das kleine Handwerk auf dem Lande und in der Kleinstadt das Reservoir, aus dem die wachsende Industrie in der Großstadt ihre Arbeitskräfte schöpft. Die befragten Arbeiter, über

deren Berufsschicksale (früheren Beruf, Gründe des Wechsels usw.) eine genaue Tabelle Auskunft gibt, werden vom Schicksal in recht mannigfache Berufe geworfen; sie wechseln nicht nur in den Spezialarbeiten, sondern auch der Übergang zu ziemlich entfernt liegenden, anders gearteten Berufen ist nicht selten. Manche suchen durch den Berufswechsel der Eintönigkeit der Arbeit zu entgehen — eine Beobachtung, die auch Dr. Vernans über den von ihr untersuchten Betrieb mitteilt. Die Betriebsleitung erklärte, daß sie selbst geradezu ein Interesse daran habe, die Monotonie der Arbeit zu mildern, doch ist bei den modernen Arbeitsverhältnissen wenig Spielraum gegeben. Einen wertvollen Fingerzeig bieten die Mitteilungen der Betriebsleitung über die Ausbildungsfrage. Die Leitung bestreitet, daß die Handwerkslehre der Fabrik die am besten geeigneten Arbeitskräfte liefere, denn die Gelegenheit zu lernen sei für den Arbeiter im Handwerk nicht größer als in der Fabrik, da auch das Handwerk heute schon sehr arbeitsteilig geworden sei. Die handwerklichen Arbeiter bleiben dagegen unvertraut mit den technischen Errungenschaften, was geradezu einen Nachteil der Handwerkslehre bedeute. Dagegen rühmt die Betriebsleitung den Einfluß des Fachunterrichts, den die Arbeiter in Abendkursen und ähnlichen Einrichtungen genießen.

In den Siemens-Schuckert-Werken ist sowohl Akkordlohn wie Zeitlohn eingeführt, doch vermischt die Mehrzahl der Arbeiter das Akkordsystem. Bei vergleichenden Untersuchungen über Familienstand und Lohnsystem ergab sich, daß mehr Verheiratete im Akkord stehen, während die Unverheirateten mehr im Zeitlohn arbeiten. Dies spricht wohl dafür, daß die Verheirateten auf härteres Verdienen angewiesen sind und deshalb williger auf das mehr anspannende Akkordsystem eingehen. Mit der Einführung einer verhältnismäßig kurzen Arbeitszeit (an 5 Tagen der Woche je 9 Stunden, am Sonnabend 5 Stunden) hat die Betriebsleitung gute Erfahrungen gemacht, weil sie zu einer erhöhten Intensität der Arbeit führte. Von den Arbeitern fast aller Abteilungen wurde über die geisttötende Monotonie der Arbeit und über die trotz aller hygienischen Vorkehrungen nicht zu vermeidende Einwirkung der schlechten Luft geklagt. Als Altersgrenze für die Leistungsfähigkeit im Berufe wurde von den meisten Arbeitern bereits die Zeit zwischen dem 45. und 50. Lebensjahr angegeben. Die Antworten auf die Fragen nach den Altersaussichten sowie nach den Lebenszielen lauten durchweg recht trübe, trotzdem die Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke sicher im Durchschnitt besser daran sind als die übrigen Arbeiter in der österreichischen Industrie.

Einen als „Elite“ geltenden Kreis der Berliner Arbeiterschaft behandelt die letzte in den vorliegenden Band aufgenommene Arbeit von Dr. Dora Landé über: Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Verfasserin fand bei ihren Untersuchungen sowohl Unterstützung bei der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisation wie auch von Seiten einiger Großindustrieller, ihrer Ingenieure und Bureaubeamten. Die persönlichen Besichtigungen erstreckten sich auf 18 Fabriken, fast nur Groß- oder größere Mittelbetriebe, weil die Besitzer der kleineren Betriebe weniger Entgegenkommen zeigten. Doch wurden diese Besichtigungen ergänzt durch zahlreiche Besuche von Gewerkschaftsversammlungen sowie durch eine Umfrage durch Fragebogen. Gerade bei der Arbeit von Dr. Landé gewinnt man den Eindruck, daß sie nicht von vornherein für die Zwecke des Vereins für Sozialpolitik unternommen war. Aber diese Arbeit enthält in der Tat so gute Beobachtungen, die in das Gebiet „Auslese und Anpassung“ gehören, daß ihre Aufnahme in diese Reihe der Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik besonders dankenswert erscheint. Es sei auch an dieser Stelle weniger auf die Teile der Untersuchungen eingegangen, die sich auf die allgemeine Lage des betreffenden Industriezweiges beziehen, sondern nur auf dasjenige, was sich auf das persönliche Leben der Arbeiterschaft bezieht.

Die Lohnverhältnisse stellen sich auch bei dieser „Elite-Schicht“ der Arbeiter durchaus nicht übermäßig günstig dar, namentlich im Hinblick auf die teuren Lebensbedingungen einer Großstadt. Die Durchschnittslöhne wurden sowohl nach den von Arbeitgeberseite gestellten Lohnlisten berechnet, wie an der Hand der ausgefüllten Fragebogen. Vorbehaltlich mancher Fehlerquellen ergab sich nach den Lohnlisten als Gesamtergebnis, daß von den gelernten und angelernten männlichen Arbeitern 55,9 % mehr als 1800 M. Jahreseinkommen erzielen, während 44,1 % darunter bleiben. Nach den Fragebogen allerdings stellen sich die Zahlen bedeutend ungünstiger; danach bleiben 85,7 % unter 1800 M. Jahreseinkommen und nur 14,3 % erreichen mehr. Die großen Unterschiede sind teilweise damit zu erklären, daß nach den Auskünften durch

die Fragebogen besser die fehlenden Einnahmen während der Perioden der Arbeitslosigkeit mit in Berechnung gezogen werden konnten, und die Arbeitslosigkeit spielt in der Berliner Maschinenindustrie eine wesentliche Rolle. — Bei den ungelernen Arbeitern bleiben nach den Fragebogen 68,3 % unter 1200 M. (nach den Lohnlisten 35 %) und 95,2 % unter 1500 M. (nach den Lohnlisten 82,4 %). Auch diese Einkommen werden vielfach nur mit Überarbeit erzielt, denen längere Perioden der Arbeitslosigkeit gegenüberstehen.

In einem späteren Abschnitt ihrer Untersuchungen behandelt die Verfasserin gesondert die Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. Die Zahl der weiblichen Arbeiter im Landespolizeibezirk Berlin hat sich in den Jahren 1900 bis 1907 um 150 % vermehrt, während die Zahl der männlichen Arbeiter in derselben Zeit nur um 21 % stieg. Nach den Berechnungen der Verfasserin erzielen rund $\frac{1}{5}$ der Arbeiterinnen einen Wochenverdienst von höchstens 15 M.; kaum $\frac{1}{5}$ gelangt auf eine Wocheneinnahme von 15 bis 18 M. Höhere Einnahmen kamen überhaupt nicht vor.

Die Angaben über die Alterszusammensetzung bestätigen die auch in anderen Untersuchungen gemachten Erfahrungen, daß die Großindustrie die Arbeiter sehr jung wieder abhüpft. Von 13 724 männlichen Arbeitern in 8 Großbetrieben waren nur 6,5 % über 50 Jahre alt und nur 0,20 % über 70 Jahre. Den ältesten Arbeiter über 50 Jahre erwartet im allgemeinen ein recht trübes Dasein als Gelegenheitsarbeiter oder eine drückende Abhängigkeit von seinen Kindern, die bereits in recht jungem Alter wirtschaftlich selbständig werden.

Sehr wertvolle Beobachtungen finden sich in dem Abschnitt über die Arbeitszeit. Durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß ist es in der Berliner Maschinenindustrie gelungen, den Arbeitstag auf 9 Stunden und darunter zu verkürzen. Sicherlich bedeutet diese verkürzte Arbeitszeit einen kulturellen Fortschritt, aber die Verfasserin weist doch auf manche bedenkliche Reversoite hin, die den Arbeitern selbst vielfach noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Erfolgt die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und darunter in ähnlicher Weise wie z. B. in den Zeißwerken in Jena, wo eben am Tage nur diese eine Schicht, unterbrochen von den notwendigen Erholungspausen, gearbeitet wird, so wäre dies ein Fortschritt, der nur günstig wirkt. Aber in vielen Werken in Berlin ist zwar die 8- oder 9-Stundenschicht bewilligt worden, dafür aber wird auch in 2 oder 3 Schichten hintereinander gearbeitet. Um die Zeit auszunutzen, sind dort, wo es sich nur um erwachsene männliche Arbeiter handelt, auch die Pausen so knapp bemessen, daß nur die rüstigsten Arbeiter dies Hintereinandearbeiten aushalten und alle schwächeren Elemente abgestoßen werden.

Aber nicht nur für den Arbeiter selbst ist die Arbeitszeitverkürzung, wo sie mit Schichtarbeit verbunden ist, oft ein zweischneidiges Schwert, sondern noch schlimmer ist der Einfluß auf das Familienleben. Die Verfasserin hat als Frau hierüber tiefe Einblicke gewonnen durch die persönliche Befragung der Ehefrauen. Oft mit Tränen in den Augen klagten ihr diese Frauen die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß von Woche zu Woche die Arbeitszeiten des Mannes wechseln, daß die Mahlzeiten für ihn nicht in Einklang zu bringen sind mit den Zeiten, welche die schulpflichtigen Kinder einhalten müssen, daß dem Manne, der in der Nachtschicht gearbeitet hat und tagsüber Ruhe braucht, diese Ruhe unmöglich in den engen Berliner Wohnungen verschafft werden kann. Ähnlich ungünstig wie die Schichtarbeit wirkt auch die unregelmäßige Überzeitarbeit auf das Familienleben ein. Die Verfasserin kommt daher zu dem Schlusse, daß auch der erwachsene männliche Arbeiter ebenso wie die Frauen und Jugendlichen dringend eines gesetzlichen Schutzes gegen Nacht- und Überarbeit bedarf; denn nur dann ist durch die Arbeitsverkürzung ein kultureller Fortschritt für ihn persönlich und für das Familienleben gewährleistet. Alle oben ange deuteten Schwierigkeiten für das Familienleben werden noch dadurch erhöht, daß ein großer Teil der Frauen mitverdienen muß. Hier spielt namentlich die Heimarbeit, Schneiderei, Aufwartestellen, Zimmerabvermietungen usw. eine Rolle.

Trotzdem, wie oben bereits mitgeteilt, die Aufnahme der Untersuchungen in die Schriften des Vereins für Sozialpolitik vielfach dem Zufall überlassen bleiben mußte und man also auch aus den bis jetzt vorliegenden 6 Arbeiten — es werden in Wälde noch einige weitere folgen — noch keine festen, allgemein gültigen Schlüsse ziehen darf, so zeigen sich doch schon einige Züge für die Psychologie des Arbeiters, die in mehreren der Schriften übereinstimmend zum Ausdruck kommen. Fast durchweg wird der traurige innere Widerspruch bestätigt, den Dr. Vernans hervorhob,

daß gerade die tüchtigsten und gewecktesten Kräfte am meisten unter der Sinnlosigkeit der Arbeit leiden. Gleichfalls kommt übereinstimmend in fast allen Untersuchungen zum Ausdruck, wie schnell die Arbeitskräfte des Menschen in der Großindustrie aufgebraucht werden. Denn wenn die Grenze der Leistungsfähigkeit bereits zwischen dem 45. und 50. Lebensjahr erreicht wird und nachher ein rasches Nachlassen eintritt, so ist das ein bedenkliches Zeichen, daß das Menschenmaterial durch unsern Arbeiterchuß noch nicht genügend gesichert ist. Auch die Unsicherheit der Zukunft im Alter kommt vielfach bei der Ausfüllung der Fragebogen zum Ausdruck, ebenso eine gewisse Hoffnungslosigkeit bei der Frage nach den „Lebenszielen“. Nur ein lebhaftes Streben, die Kinder weiter kommen zu lassen, ist vorhanden, aber auch hier gelingt es nur den obersten Schichten der Industriearbeiterschaft, dies Streben durchzuführen.

Vom Verein für Sozialpolitik. Der Hauptausschuß des Vereins und einige seiner Unterausschüsse hielten am 3. und 4. Januar im Preußischen Herrenhause zu Berlin ihre Sitzungen ab. Es wurde im Hauptausschuße beschlossen, daß die diesjährige Generalversammlung des Vereins Ende September oder Anfang Oktober in Nürnberg-Fürth abgehalten werden wird. Als Thema für diese Verhandlungen auf dieser Tagung wurde festgelegt, daß im Anschlusse an die veröffentlichten Arbeiten über Gemeindefinanzen Referate zu erstatten seien, an die sich eine Diskussion anschließen soll. Außerdem sind Referate über Lebensläufe der modernen Industriearbeiter, über ihre Anpassung an die Arbeitsbedingungen der neueren Technik in Aussicht genommen. Eine Reihe von Schriften, die diese Themata behandeln, sind bereits erschienen; andere folgen im Laufe der nächsten Monate. Der Unterausschuß für Volkspartwesen stellt in seinem Berichte für die nächste Zeit die ersten Arbeiten über die Bedeutung und die Bedingungen der Spärtätigkeit des deutschen Volkes in Aussicht. Grundlegende Beschlüsse wurden von den Unterausschüssen für die neuen Publikationen gefaßt. Der eine für koloniale Besiedlung wird die Besiedlungsfähigkeit der außereuropäischen, besonders der tropischen Kolonialgebiete mit Weizen, das mögliche und notwendige Zahlenverhältnis der Weißen zu den Farbigen untersuchen, wozu auch ausländische Mitarbeiter herangezogen werden sollen. Der andere Unterausschuß hat die Aufgabe, die Warenpreise in den letzten Jahrzehnten, ihre Grundlagen und Bestimmungsgründe zu erforschen. Dieser Unterausschuß zerfällt in mehrere Abteilungen: in eine für die Untersuchung der Preise von Agrarprodukten, eine andere für die von Industrieprodukten, eine dritte Abteilung wird die Detailpreise der Waren mit Hilfe der Haushaltsrechnungen von großen Instituten und von Privaten bearbeiten. Weitere Abteilungen sind eventuell noch zu schaffen.

Neunstundentag in der Gemischten Großindustrie. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a/Rh. hat für alle Arbeiter mit seither 10stündiger Arbeitsdauer vom 1. Januar 1911 die 9-Stundenschicht bei gleichbleibendem Lohn eingeführt. Für die 12-Stundenschichtarbeiter im ununterbrochenen Betrieb bleibt vorerst die Arbeitszeit bestehen, jedoch erfolgt als teilweiser Ausgleich eine Lohnerhöhung von 2 % die Stunde. Es handelt sich in diesem Riesenbetriebe um etwa 7000 Arbeiter, unter denen in den letzten Jahren die gewerkschaftliche Organisation einige Fortschritte gemacht hat.

Rechtspflege.

Verpflichtung des Unternehmers für die Innehaltung der Arbeiterchutbestimmungen. Das Kammergericht hat ein Urteil des Landgerichts gegen einen kaufmännischen Unternehmer, der sich darauf berief, daß seine Verkäuferinnen die Bestimmungen über die gesetzliche Ruhezeit ohne seinen Willen übertreten hätten, mit folgender Begründung bestätigt: Es sei auf jeden Fall die Pflicht des Geschäftsinhabers, dafür zu sorgen, daß die im gesundheitlichen Interesse der Angestellten erlassenen Bestimmungen auch befolgt würden. Da er nicht dafür gesorgt habe, so treffe ihn ein Verschulden. Im übrigen sei der Angeklagte sehr gut weggekommen mit nur 10 Mark bei einem Delikt, das mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Mark bestraft werden könnte (§ 146, 2 O.D.). Wenn Angeklagte wegen Übertretung der sozialpolitischen Vorschriften immer zu so geringen Strafen verurteilt würden, dann werde man sie zu einem sozialeren Verhalten wohl kaum bringen, da ja die Geschäftskosten bei Beachtung der sozialpolitischen Vorschriften um ein erhebliches Mehr belastet würden als durch solch eine Strafe von nur 10 Mark.

Langsames Arbeiten als Entlassungsgrund. Zwei Maurer, die im Stundenlohn (55 %) mit Zugenverstreichen auf dem Dache eines Neubaus beschäftigt waren und nach 2 1/2 tägiger Arbeit vom Meister entlassen wurden unter Abzug von je 5 M. Lohn, weil der Meister die Überzeugung hatte, daß die Arbeiter in dieser Zeit wesentlich mehr Arbeit hätten leisten können, klagten beim Gewerbegericht auf Nachzahlung von je 5 M. Der Meister führte aus, die in Frage kommende Arbeit sei besonders leicht gewesen, denn das Dach befand sich nur 6 m über dem Erdboden, der Materialtransport habe also sehr wenig Zeit und Mühe erfordert. Die ganze zweite Hälfte der Arbeitsleistung habe ein Gehilfe und ein Lehrling in 1 1/2 Tagen vollbracht. Auch die Kläger hätten diese Leistung in höchstens 1 1/2 Tagen vollbringen können; sie hätten also einen vollen Arbeitstag verbummelt. Die Kläger vertraten den Standpunkt, daß sie den vollen Lohnanspruch auch dann hätten, wenn sie abendlich langsam gearbeitet hätten.

Das Gewerbegericht*) verurteilte den Arbeitgeber zur Zahlung von je 2,25 M., wies aber im übrigen die Klage ab unter folgender Begründung:

Nach § 611 BGB. ist derjenige, welcher Dienste zuzug, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet. Steht jedoch dabei die Leistung in einem auffälligen Mißverhältnis zu der aufgewendeten Zeit, so daß man annehmen muß, daß die Arbeitszeit nicht voll ausgenutzt wurde, so würde es gegen Treu und Glauben verstoßen, vom Arbeitgeber den vollen Lohn zu verlangen. Langsames Arbeiten ist im allgemeinen noch kein Grund, den Stundenlohn zu kürzen. Im vorliegenden Falle kommen jedoch selbst unter wohlwollendster Berücksichtigung aller zugunsten der Arbeiter stehenden Faktoren — große Hitze an den in Betracht kommenden Tagen — höchstens 2 Arbeitstage heraus, so daß die Maurer mindestens 5 Stunden müßig verbracht hätten. Sie müßten sich demgemäß einen Abzug von $5 \times 55 \text{ Pf} = 2,75 \text{ M.}$ gefallen lassen.

Streitunterfügungen und steuerpflichtiges Einkommen. Nach einem Urteile des sächsischen Obergerichts (II. 383 v. 81. I. 10) sind Streitunterfügungen, die ein Lohnarbeiter als Mitglied eines Arbeiterverbandes von diesem empfängt, der Einkommensteuer unterworfen. Sofern das Einkommen des betreffenden Arbeiters überhaupt als schwankendes anzusehen ist, gehören sie zu den Bezügen, die bei der Einkommens mit dem Gesamtergebnisse des letzten Kalenderjahres in Ansatz kommen.

Ein wichtiges Urteil für Hausdiener in Gastwirtschaften. fällte nach der „Gastron. Zeitschrift“ Nr. 3 vor kurzem das Gewerbegericht in Bremen: „Ein Vertrag, nach welchem sich ein Hausdiener wegen eines Teiles seines Lohnes an einen Mitangeestellten halten soll, verstößt gegen die guten Sitten.“

Der Hausdiener St. klagte gegen den Hotelier B. auf Zahlung von 88,00 M. restlichen Lohn. B. hielt sich zur Zahlung nicht verpflichtet, weil nach seiner Behauptung, welche der Kläger allerdings bestritt, dem Kläger bei seiner Einstellung gesagt sei, daß er die Hälfte seines Lohnes von dem anderen Hausdiener bekomme, Kläger möge sich daher an diesen wenden. Das Gericht bezeugte einen derartigen Vertrag, nach welchem ein Angestellter einen Teil seines Lohnes von einem Mitangeestellten erhalten soll, als gegen die guten Sitten verstößend; mithin sei ein solcher Vertrag nichtig. Der Kläger sei der Angestellte des Beklagten, nicht des anderen Hausdieners; der Beklagte sei daher auch für den Lohn des Klägers verantwortlich und müsse den verdienten Lohn bezahlen. Durch Urteil wurde der Beklagte zur Zahlung von 88,00 M. verpflichtet.

Das zitierte Fachblatt bemerkt zu diesem Urteil: „Wir wollen nur beiläufig noch erwähnen, daß auch mit Kellnern dieselben Verträge abgeschlossen werden. Auch diese verstoßen demnach gegen die guten Sitten.“

Schadensersatzpflicht bei mangelhafter Lehrlingsausbildung. Ein Buchdruckereibesitzer hatte einen Bruderlehrling trotz wiederholten Einschreitens der Vertreter der Tarifgemeinschaft fast 2 1/2 Jahre nur mit Hilfsarbeiterdiensten an der Rotationsmaschine beschäftigt und dem Lehrling nur schwächliche Anleitung durch einen älteren Gehilfen an der Schnellpresse geben lassen. In der Gehilfenprüfung vor der Handwerkskammer in Emden fiel der Lehrling glatt durch, und der Prüfungsausschuß erklärte ein mindestens halbjähriges Nachlernen für erforderlich. Das Gewerbegericht zu Wilhelmshaven, das denselben Buchdruckereibesitzer schon einmal wegen Verletzung der Lehrpflichten zu rügen gehabt hatte, gelangte auf die Klage des Lehrlings hin zu der Überzeugung, daß hier eine arge Vernachlässigung der Ausbildung vorliege und machte dem Lehrherrn den Vorschlag, den Kläger ein halbes Jahr lang bei

*) Wir entnehmen die vorliegenden Ausführungen dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ (Nr. 2 vom 18. Januar 1911), das den Namen des betreffenden Gewerbegerichts sowie das Datum der Entscheidung leider nicht mitgeteilt hat.

einem wöchentlichen Lohne von 20 M und steter Beaufsichtigung und Anleitung durch einen älteren Gehilfen in seinem Betriebe weiter auszubilden und eine sofortige Entschädigung von 100 M zu zahlen. Da der Vertreter der Firma jedoch diesen Vorschlag ablehnte, wurde der Buchdruckereibesitzer zur Zahlung einer Entschädigung von 500 M an den Kläger verurteilt.

Die Zulässigkeit einer Nebenintervention im Unfallsreitverfahren ist vom Reichs-Versicherungsamt (Urteil vom 8. Februar 1910) anerkannt worden. Die Hinterbliebenen eines im landwirtschaftlichen Betriebe tödlich verunglückten Gutsverwalters hatten dem Gutsherrn erklärt, daß sie ihn zivilrechtlich in Anspruch nehmen würden, wenn es ihnen nicht gelänge, die Gewährung einer Unfallschädigung durch die Berufsgenossenschaft durchzusetzen. Daraufhin trat der Gutsherr in dem Unfallsreitverfahren als Nebenintervenient den Klägern bei. In dem Urteile wird hierzu ausgeführt:

Ausdrückliche Vorschriften über die Beteiligung Dritter am Rechtsreit bestehen nach den Unfallsversicherungsgeetzen nicht. Jedoch bestehen gegen eine solche Beteiligung in sinnemäßiger Anwendung der ZPO. keine Bedenken, wenn der Interventent ein rechtliches Interesse an dem Siege der einen Partei hat. Das ist aber vorliegend nach § 146 UVG. der Fall. Hiernach sind Schadenersatzansprüche der nach den Unfallsversicherungsgeetzen versicherten Personen und deren Hinterbliebenen gegen den Betriebsunternehmer — abgesehen von Vorlag — ausgeschlossen, wenn der zum Schadenersatz verpflichtende Vorgang ein Betriebsunfall im Sinne der Unfallsversicherung ist und der Unfall eine versicherte Person betroffen hat. Ferner sind nach § 146 Abs. 3 die ordentlichen Gerichte an die Entscheidung der Unfallsversicherungsinstanzen gebunden. Ist hiernach im Unfallsreitverfahren rechtskräftig festgestellt, daß ein Betriebsunfall vorliegt, so können zivilrechtliche Schadenersatzansprüche gegen den Betriebsunternehmer nicht mehr geltend gemacht werden. Hiernach ist ein rechtliches Interesse des Gutsherrn, an dem Unfallsreitverfahren teilzunehmen, anzuerkennen.

Carisvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Ein allgemeiner Friehe- und Schiedsvertrag zwischen dem Reichsverbande Deutscher Ärzte und dem Verbanne zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen. Der „Reichsverband“ ist eine Ärztevereinigung, die von der Kampfesweise des Leipziger wirtschaftlichen Ärzteverbandes nichts wissen will, der Betriebskrankenkassenverband umfaßt 2700 Kassen mit 2 Millionen Mitgliedern. Die Vereinbarung zwischen beiden Organisationen lautet:

§ 1. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen wirkt darauf hin, daß bei den ihm angehörenden Kassen schriftliche Verträge mit den Kassenärzten abgeschlossen und tunlichst Ausschüsse für ärztliche Angelegenheiten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gebildet werden.

§ 2. Die Ausschüsse sollen aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Kasse und der Kassenärzte bestehen. Die Vertreter der Kasse werden von dieser bestellt, die ärztlichen Vertreter von den für die Kasse tätigen Kassenärzten aus ihrer Mitte gewählt. Für mehrere Kassen kann ein gemeinsamer Ausschuss gebildet werden. In dem Ausschuss führt, wenn nicht anderes vorgegeben wird, abwechselnd ein Vertreter der Kasse und der Kassenärzte den Vorsitz.

§ 3. Aufgabe des Ausschusses ist es, bei der Regelung aller die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und die Stellung der Kassenärzte betreffenden Fragen mitzuwirken und durch Anträge, Verhandlungen und gutachtliche Äußerungen eine zweckmäßige und friedliche Lösung dieser Fragen zu fördern.

Insbesondere gehört zu den Obliegenheiten des Ausschusses:

- a) die Vorberatung des Abschlusses von neuen und der Abänderung von bestehenden Arztverträgen;
- b) die Erörterung von Unzuträglichkeiten, die sich bei Ausführung geltender Arztverträge ergeben haben;
- c) die gutachtliche Äußerung über Anstellung neuer Kassenärzte und über die veränderte Abgrenzung von Kassenarztbezirken;
- d) die Besprechung von Vorschlägen zur Vereinfachung und Verbesserung des Geschäftsganges der Krankenkasse, soweit er die Tätigkeit der Kassenärzte berührt, insbesondere des Krankenbesuchens;
- e) die Begutachtung von Einrichtungen für die Krankentransporte;
- f) die Prüfung der Bedürfnisfrage für die Anstellung von Heilgehilfen und für Einrichtungen zur ersten Hilfe;
- g) die Untersuchung von Beschwerden der Kassenmitglieder über Kassenärzte und der Kassenärzte über Kassenmitglieder.

§ 4. Einigen sich die Mitglieder des Ausschusses bei Beratungen des Neuabschlusses von Verträgen und von Änderungen in solchen nicht, so wählen sie einen unparteiischen Obmann, der über die Krankenversicherung unterrichtet sein muß. Kommt eine Wahl wegen Stimmengleichheit nicht zustande, dann muß der Leiter der für die Kasse zu-

ständigenden unteren Verwaltungsbehörde um Übernahme dieses Amtes oder um Bestellung eines Obmanns gebeten werden. Die unter Mitwirkung des Obmanns vom Ausschusse aufgestellten Vorschläge bedürfen der Zustimmung des zuständigen Organs der Kasse und der in Betracht kommenden Kassenärzte.

§ 5. Als Schiedsgericht entscheidet der Ausschuss über Streitigkeiten, die zwischen der Kasse und den Kassenärzten über die Auslegung und Ausführung bestehender Verträge entstehen. Einigen sich die Mitglieder nicht, so wird ein Obmann gewählt (§ 4). Etwaige Kosten trägt der unterliegende Teil. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig und für beide Teile bindend. Bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten bleibt den Beteiligten der ordentliche Rechtsweg offen.

Ein Tarifabschluß im Gastwirtsgerwerbe von Nürnberg ist nach längeren Verhandlungen zustande gekommen. Vertragsschließende sind der Verein der Saalhaber Nürnbergs und der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Aus dem Inhalte des Vertrags teilen wir nach dem „Gastwirtsgehilfen“ (vom 5. Januar) folgendes mit:

- § 1. Feste Löhne werden monatlich um 5 M aufgebessert.
- § 2. Aushilfslöhne. 1. Für Bedienung einer Versammlung bezahlt der Mindestlohn 2,50 M. Es wird ein Abendessen mit einem Glas Bier gewährt. Wo dies nicht der Fall ist, werden 70 Pf vergütet. 2. Bei Restaurationsarbeiten in Sälen (Familienabende, Variété, Konzerte) sind 3,50 M zu zahlen. Vesper, Abendessen und zwei Glas Bier. 3. Bei einem Ball oder sonstigen Festlichkeiten sind 4,50 M zu zahlen. Außer Vesper und Abendessen werden drei Glas Bier gewährt. Wo dies nicht der Fall ist, wird eine Entschädigung von 1,50 M gewährt. 4. Bei zwei aufeinanderfolgenden Geschäften, soweit Tanzfestlichkeiten in Betracht kommen, sind mindestens infl. Essen und drei Glas Bier 6 M zu zahlen. 5. Bei zwei aufeinanderfolgenden Versammlungen werden infl. Vesper und Abendessen drei Glas Bier gewährt, Mindestlohn 4 M. 6. Ein- und Ausdräumen in Turnhallen wird pro Mann mit 75 Pf extra bezahlt. 7. Kellnerinnen erhalten zu der bisherigen Bezahlung 50 % Zuschlag.

§ 3. Tarif für Schenker. 1. Eine Versammlung 3 M. 2. Zwei Versammlungen 4,50 M. 3. Familienabende, Variété, Konzerte 4 M. 4. Bälle 5 M. 5. Zwei Tanzfestlichkeiten 6,50 M. Sofern bei Inkrafttreten des Tarifs schon höhere Löhne bezahlt werden, wird je eine Erhöhung um 50 Pf gewährt.

§ 4. Verschlechterungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dürfen nicht stattfinden.

§ 5. Die Kost ist in gutem Zustande zu verabreichen; wo Kost nicht gewährt wird, ist die hierfür festgesetzte Summe zu bezahlen.

§ 6. Die Organisation wird anerkannt, und es finden Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zu derselben nicht statt.

§ 7. Schlichtungskommission. Zur Erledigung der sich aus dem Tarif ergebenden Differenzen wird eine Schlichtungskommission, bestehend aus drei Arbeitgebern sowie drei Arbeitnehmern, gewählt. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist das Gewerbegericht anzurufen.

§ 8. Der Tarif tritt am 1. Januar 1911 in Kraft und endigt mit dem 31. Dezember 1912. Wird der Tarif nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt, so läuft er jeweils ein Jahr weiter.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Stellungnahme von Arbeitgeberverbänden zum Hausarbeitsgesetz. Der Zentralschuss Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine nahm in einer Sitzung vom 16. Januar die folgende Entschliessung an:

„Der Zentralschuss erkennt die in dem Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit gemachten Vorschläge der Regierung bezw. die von der Reichstagskommission gemachten Abänderungsvorschläge als eine geeignete Grundlage zur Regelung der Heimarbeit und zur Durchführung des Heimarbeiterschutzes an. Er erklärt sich insbesondere mit den §§ 8 und 12 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse einverstanden.“

Dagegen wendet sich der Zentralschuss nachdrücklich gegen alle über die Regierungsvorlage sowie die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden weiteren Forderungen und erhebt insbesondere scharfsten Protest gegen die Forderung des Heimarbeitertags auf Einführung staatlicher Lohnämter. Der Zentralschuss hält einerseits diese Lohnämter praktisch und technisch für undurchführbar, andererseits aber muß aus prinzipiellen Gründen die Protest erhoben werden, da die Festsetzung des Lohnes von Staats wegen ohne gleichzeitige Garantie der Konkurrenzmöglichkeit, der Preise und des Absatzes der Produkte eine Neuerung bedeuten würde, die zu unabsehbaren Konsequenzen führen und die Existenzmöglichkeit der Unternehmervetriebe in Frage stellen müßte.“

Wenn sich die obige Entschliessung auch gegen den wichtigsten Punkt eines wirklichen Heimarbeitergesetzes, die Lohnregelung, wendet, so kann es doch schon als Fortschritt gegenüber den früher von Arbeitgeberseite oder auch heute noch von anderen Arbeitgeber-

verbänden eingenommenen Standpunkt gelten, daß diese große Berliner Arbeitgebervereinigung sich wenigstens mit den Vorschriften über Aushang der Lohnstafeln (§ 3) und über die allgemeine Registrierpflicht (§ 12) einverstanden erklärt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Eine eindringliche Charakteristik der Confédération Générale du Travail in Frankreich hat der Ministerpräsident Briand aus guter persönlicher Kenntnis von früher her und auf Grund der amtlichen Berichterstattung bei den Interpellationsverhandlungen der Abgeordnetenkammer über die politische Agitation der Confédération am 20. Januar gegeben. Der Konserative Lefèvre Dutreil hatte Auflösung der Confédération, die er und andere Redner der vorausgegangenen Woche als ungesetlich gebrandmarkt hatten, gefordert. Briand entgegnete darauf in einer großzügigen Rede über Koalitionsfreiheit, Organisationsrechte und -pflichten der französischen Gewerkschaften und ihrer Zentrale folgendes:

Es ist vor allen Dingen nötig, die Frage der Koalitionsfreiheit nicht allein, wie es die bisherigen Redner getan haben, aus politischer Erwägung zu beurteilen. Die Regierung muß sich vor allem auf den Standpunkt der gegebenen gesetzlichen Verhältnisse stellen. Der allgemeine Gewerkschaftsbund besteht aus Vertretern von etwa 70 bis 80 Gewerkschaftsverbänden. Seine Organisation ist im Grunde genommen etwas Willkürliches. Aber daran ist zum Teil vielleicht auch das Parlament Schuld, weil es nicht rechtzeitig die Regierung zu einer strengeren Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 1884 bestimmt hat. Nach diesem Gesetze haben die Syndikate ohne Zweifel das Recht, Verbände zu bilden, und diese Verbände haben ebenso das Recht, sich zu einem allgemeinen Verband zusammenzutun. Aber dieser allgemeine Bund sollte in Wirklichkeit nur das Ziel verfolgen, mit gemeinsamer Kraft gemeinsame Interessen zu verteidigen, Reformen herbeizuführen, die allen Arbeitern gemeinsam sind, wie z. B. die Verkürzung der Arbeitsstage oder die Sonntagsruhe. Nun haben sich aber im Laufe der letzten Jahre 10 bis 15 Männer in diesem zentralen Gewerkschaftsbund gefunden, welche, wie Hervé, sich des ganzen Ausschusses bemächtigt haben für politische Agitation. Aber diese Agitation ist nicht ohne Widerspruch der Arbeiter geblieben. Die Arbeiter haben insbesondere in ihren einzelnen Verbänden begonnen, sich dagegen aufzulehnen, daß ein kleines Syndikat von 20 Arbeitern für die Zusammensetzung des zentralen Ausschusses ebensoviel Einfluß hat, wie ein Syndikat von 20 000 Arbeitern oder mehr. Die 15 oder 20 Herren des Zentralausschusses der Gewerkschaften haben durch ihre hochmütigen Übertreibungen und durch ihre bis zur gefährlichsten Tyrannei gelangte Herrschaft schließlich die Masse der Arbeiter selbst gegen sich aufgebracht. In der Arbeiterwelt hat man angefangen — und ich darf das mit Bestimmtheit sagen — die Führer des Zentralausschusses zu mißhaken und selbst zu verachten. Die Arbeiter begreifen, daß sie die Agitation der Revolutionäre zu nichts führt. Es sind Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß die Propaganda der Antimilitaristen in den Kasernen Eingang findet. Die Regierung hat der Kammer Maßnahmen gegen die Sabotage vorgeschlagen, die mit Strenge durchgeführt wurden und sie jetzt mit jedem Tage verringern. Es ist aber trotz aller Übertreibungen des Bundesausschusses eine ganz andere Frage, ob man ihn als solchen ohne weiteres auflösen soll. Wenn die Arbeiter, wie Briand überzeugt ist, wirklich die Absicht haben, sich von dieser Tyrannei zu befreien, so wäre es unrecht, sie nicht durch den Schutz ihrer Koalitionsfreiheit zu ermuntern. Wenn der Zentralausschuß aufgelöst würde, so würde er sich sofort wieder organisieren, und die Maßregeln würden wie ein Attentat auf die Koalitionsfreiheit wirken und gerade diejenige Arbeiterwelt verletzen, welche bereit ist, die Koalitionsfreiheit mit Überlegung und Klarheit zu ihrem wirtschaftlichen Vorteile zu benutzen. Man würde durch jeden Eingriff in die Koalitionsfreiheit gerade diejenigen Elemente abstoßen, welche in ihr ein gesetzliches Mittel für ihren Fortschritt erblicken. Eine republikanische Regierung kann nicht ohne Unterschied die ganze Welt der Syndikate vor die Gerichte schleppen. Sie würde dadurch die Koalitionsfreiheit selbst bestechen, die die Republik den Arbeitern vor mehr als 25 Jahren gegeben hat. Die Regierung hat gegen die Mitglieder des zentralen Arbeitsbundes Strafverfolgung eingeleitet, jedesmal, wo es möglich war, sie individuell für strafbare Handlungen oder Äußerungen verantwortlich zu machen. Die Gerichte haben auch sehr streng geurteilt. Es geht aber nicht an, daß man wegen der Übergriffe Einzelner ein Mißtrauen auf die ganze Arbeiterklasse wirft, und deshalb muß insbesondere eine republikanische Regierung Vertrauen in die Arbeiter setzen und sich mit Repressivmaßnahmen begnügen, soweit wirklich strafbare Handlungen vorliegen. Die Kammer hat übrigens selbst gewünscht, daß die Regierung die Koalitionsfreiheit achtet, und deshalb wird sie sicher die Einladung ablehnen, heute durch eine blinde Unterdrückung gegen diese Arbeiter vorzugehen. Die Regierung hat gerade heute die Pflicht, die guten Instinkte, die in der Arbeiterwelt rege werden, zu beleben und zum Widerstande gegen die Agitationen des Zentralausschusses zu ermuntern. Als das Gesetz über die Koalitionsfreiheit

im Jahre 1884 beraten wurde, erblickten die Führer der Arbeiter darin ein Gesetz der Sklaverei. Heute wissen sie, daß es das Bollwerk in der Koalitionsfreiheit ist. Wir haben die Absicht, den Syndikaten eine mächtige Rechtspersönlichkeit zu geben, sie müssen aber sich selbst die Verhältnismäßigkeit geben, damit der zentrale Bund endlich der wahren Zusammensetzung der Verbände und der Syndikate selbst entspricht. Die Regierung zweifelt nicht, daß der Tag kommt, wo die Arbeiter gerade mit Hilfe ihrer Syndikate auf den Weg der Ordnung, der Gesetzlichkeit und der fruchtbaren Reformen gelangen.

Briands Rede erntete starken Beifall in der Mitte der Kammer, während die Sozialisten schwiegen.

Die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, jener hyper-sozialdemokratische, zum Teil anarcho-sozialistisch durchsetzte Sonderbund der früher als Lokalorganisationen bezeichneten Berufsvereine, verrät wieder Zeichen neuer Belebung, wenn man den Darstellungen des Blattes „Einigkeit“ — *lucua a non lucendo!* — folgen darf. Bis Ende 1910 sollen sich der „Freien Vereinigung“, die merkwürdigerweise in der amtlichen Reichsstatistik, die doch alle erdentlichen Gewerkschaften berücksichtigt, nicht aufmarschiert, 129 Berufsorganisationen und „Freie Vereinigungen“ aller Berufe angeschlossen haben. Sie sollen sich über 18 Orte Deutschlands verteilen. Die Mitgliedsziffern mitzuteilen, hält das Blatt allerdings für „nicht angängig“.

Streiks und Aussperrungen.

Die Lohnbewegung der Rohglaschleifer in der Oberpfalz (Sp. 435) sollte am 2. Januar durch Verhandlungen zwischen 9 Unternehmervertretern und 17 Vertretern des Glasarbeiterverbandes und des (christlichen) Keramarbeiterverbandes beigelegt werden. Die Verhandlungen verliefen aber ergebnislos. Die beiden Arbeiterorganisationen hatten sich auf folgende Forderungen geeinigt:

1. Eine Lohnerhöhung von 10 v. H. für alle Gläser ohne Ausnahme, und zwar sollen diese 10 v. H. auch für die kleineren Gläser gezahlt werden, für die jetzt bereits ein Aufschlag von 5 v. H. gewährt wird. Diese Erhöhung soll für alle Polierer und Zughandschleifer gezahlt werden.
2. Für Apparatschleifer einen Mindestlohn von 6 M. für den Satz. Außerdem für alle Apparatschleifer ohne Ausnahme eine Feuerungszulage von 50 P. für den Satz zu den bisher gewährten 80 P.
3. Auf allen Schleif- und Polierwerken hat eine wöchentliche Ruhezeit von 36 Stunden einzutreten, und zwar hat sich diese von Samstag 6 Uhr bis zum Montag früh 6 Uhr zu erstrecken.
4. Die Lohnzahlungen haben alle 14 Tage am Samstag stattzufinden.
5. Der Lohn für das Ausladen der Glaskisten wird von der Arbeiterschaft als vorläufig genügend anerkannt.
6. Mit der Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung von 3,50 M. im Monat, für die sechs Wintermonate, erklären sich die Arbeiter einverstanden.
7. Für das Abfeilen der Wasserräder und für alle Reparaturarbeiten sollen die Arbeiter mit 80 P. pro Stunde entschädigt werden.
8. Die Feiertage werden unter Zugrundelegung der bisher gezahlten Entschädigungen um 1 M. für die Woche und Person erhöht.

Diese Forderungen, die bereits wesentlich hinter den anfänglich aufgestellten zurückblieben, wurden von den Fürther Glasindustriellen als völlig unannehmbar und sogar zur Grundlage von Verhandlungen ganz ungeeignet erklärt. Da sie überhaupt nichts bewilligen wollten, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Nun wandten sich die Arbeitervertreter an die bayerische Regierung, die ihre Vermittlung angeboten hatte, und baten diese, neue Verhandlungen zu ermöglichen. Die Regierung erhielt aber von den Unternehmern die Antwort, sie würden nur dann in neue Verhandlungen treten, wenn die Arbeiterforderungen zurückgezogen und Vorschläge der Industriellen zur Grundlage der Verhandlungen gemacht würden. Der Zentralverband der Glasarbeiter beantwortete die Mitteilung der Regierung über diesen Stand ihrer Vermittlungsversuche dahin, daß er sich in Widerspruch zur gesamten Arbeiterschaft setzen würde, wenn er auf dieser Grundlage verhandeln wollte. Schließlich sind aber doch noch Unterhandlungen zustande gekommen dank den Bemühungen der bayerischen Zentralregierung, die den Geh. Legationsrat Dr. Rohmer aus München zu Besprechungen mit den Arbeitgebern und den Arbeitern entsandte, und haben zum Abschluß eines Tarifvertrags geführt, der bis August 1914 gelten soll, zunächst aber noch der Genehmigung der hinter den Vertretern stehenden Organisationen bedarf. Der neue Tarif bringt vor allem die wöchentliche ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden (bisher: 24).

Ein Fensterputzerstreik in Berlin, entstanden infolge von höheren Lohnforderungen, hat zu Zusammenstößen zwischen Publikum, Arbeitswilligen und Polizei geführt, wie das bei Beschäftigungen, die im Freien vor den Augen des Publikums sich vollziehen, leichter eintritt als bei Streikbruch in geschlossenen Räumen. Die Berliner Glaserinnung, bei deren Fensterreinigungsanstalt der Streik ausbrach, hält sich Arbeitswillige verschafft, die von einem berufsmäßigen Streikbrecher-

agenten aus Effen geführt und auf den Wegen von und zur Arbeit von einem Schutzmannsaufgebot geleitet wurden, das an Zahl die Arbeitswilligen selbst übertraf. Der Aufzug lockte viele Neugierige an und veranlaßte die Polizei, blanz zu ziehen. Auch während der Arbeit bei den Kunden der Anstalt wurden die Arbeitswilligen polizeilich bewacht. Die Glaserinnung übermittelte eine Berufserklärung gegen die Streikenden den anderen Berliner Fensterreinigungsfirmen. Am 18. und 19. Januar fanden Fensterputzerversammlungen statt, die als Anfangslohnforderung 25 M. bestimmten. Wiederholte Verhandlungen haben zu einer Einigung bisher noch nicht geführt; da die Massenversammlungen der Streikenden die Vereinbarungen ihrer Unterhändler ablehnten. Die Fensterreinigungsanstalt wollte über 24 M. nicht hinausgehen, ein auf dieser Grundlage ruhendes Abkommen auf 6 Wochen schließen und dann entweder einem Einheitsstarife für das Fensterreinigungsgewerbe beitreten oder von neuem verhandeln. Obwohl die Organisationsleitung dringend zur Annahme riet, wollten sich die Streikenden, wie gesagt, nicht dazu verstehen.

Der Wiener Schneiderstreik ist noch nicht beendet, da die Organisation der Stückmeister der Exportkonfektion sich mit den Vereinbarungen zwischen ihren Vertretern und den Unternehmern (Sp. 497) nicht einverstanden erklärt hat. Eine Versammlung am 18. Januar kam zu dem Entschluß, den Streik fortzusetzen; die Forderungen wurden folgendermaßen gefaßt:

1. Die Konfektionäre sind verpflichtet, unverzüglich die bisher bezahlten Lohnlisten dem Verbands der Stückmeister auszufolgen.
2. Die Engroßisten haben für die jetzige Sommerware 10 Prozent Lohnerhöhung auf den bisherigen Lohn zu gewähren.
3. Für die kommende Winterware haben sie 15 Prozent Lohnerhöhung zu gewähren.
4. Die Detailkonfektionäre haben im allgemeinen eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung auf die bisherigen Löhne zu gewähren.
5. Für das Zuschneiden sind den Stückmeistern außerdem fünf Prozent von dem Gesamtlohn zu gewähren. Das gilt für die Betriebe, die keinen Zuschneider haben, bei denen also die Waren vom Stückmeister selbst zugeschnitten werden.
6. Der Tarif ist bis längstens 1. September 1911 auszuarbeiten und tritt mit diesem Datum in Kraft.
7. Es sind Lohnbücher einzuführen. Ohne ein solches Lohnbuch darf die Arbeit weder übernommen noch ausgefolgt werden.
8. Eine paritätische Kommission überwacht die Einhaltung der Tarife.
9. Die Kinderkostümschneider beharren auf der Einführung des vorgelegten Tarifs und sind entschlossen, solange weiterzustreiken, bis die Sache der Herrenschneider erledigt erscheint.

Die Gehilfenforderungen wurden auf dieser Versammlung ganz unerwähnt gelassen. Die Gehilfen veranfaßten daher am Tage darauf eine große Versammlung, in der einstimmig festgestellt wurde, daß die Forderungen der Gehilfen vor Wiederaufnahme der Arbeit bewilligt werden mußten. Zwischen den Exportkonfektionären und den Stückmeistern wurden am 21. Januar neue Verhandlungen geführt, deren Ergebnis folgende größere Zugeständnisse waren:

Bei der bereits verlaufenen Sommerware wird eine Lohnerhöhung von 8 v. H. zugestanden, bei der bald beginnenden Winterware wird eine solche von 12 v. H. gewährt, die sich mit Beginn der nächsten Sommerware, also im September, auf 15 v. H. für die weitere Vertragsdauer erhöht. Bei den Kinderkostümen wird eine sofortige Lohnerhöhung um 8 v. H. zugestanden, die sich mit 1. September auf 12 v. H. erhöht. Am 1. September soll auch der Tarif fertiggestellt sein, der die Löhne, wie sie sich durch die prozentuale Erhöhung ergeben, sowohl für die Herren- wie für die Kinderkostümkonfektion festlegen soll.

Der Vertrag wurde von den Vertretern des Vereins der Exportkonfektionäre und denen des Reichsverbandes der Stückmeister unterzeichnet und soll vier Jahre gelten. Den Gehilfen in der Herrenkonfektion gewähren die Stückmeister nun folgende Forderungen:

1. Die einstündige Arbeitszeit.
2. 10 v. H. Lohnerhöhung; der Mindestlohn muß jedoch betragen: nach dem Ende der Lehrzeit 16 Kr., ein Jahr nachher 18 Kr., zwei Jahre nachher 21 Kr. Nach dieser Zeit bleibt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung zwischen Arbeiter und Stückmeister überlassen.
3. Für Überstunden werden 50 v. H. Lohnaufschlag gewährt.
4. Abschaffung der Wohnung beim Meister und des Kostzwanges bei ihm.
5. Die Stüdarbeiter erhalten zwei Drittel von dem Stücklohn des Zwischenmeisters, und zwar als Mindestentlohnung.

Am 22. Januar berieten sich die Gehilfen über diese Zugeständnisse und nahmen sie an, so daß dieser Teil des Streiks beendet ist. — Keine Einigung zwischen Stückmeistern und Gehilfen wurde in der Kinderkostümschneiderei erreicht. Hier haben die Stückmeister eine Lohnerhöhung um 8 v. H. erreicht (vom 1. September ab 10 v. H.), wollen aber den Gehilfen nur wöchentlich 1 Krone Lohnaufbesserung und zwei Stunden Arbeitsverkürzung zugestehen;

die Gehilfen wollen auf eine weitergehende Lohnzulage verzichten, aber den Zehnstundentag durchsetzen; bisher wurde etwa 13 Stunden gearbeitet. Die Gehilfen halten sich in diesem Zweige an den erwähnten Beschluß vom 19. Januar, nach dem die Arbeit erst nach Erfüllung ihrer Forderungen wieder aufgenommen wird. Die Verhandlungen der Zwischenmeister mit den Plaktkonfektionären dauern noch fort.

Die Lohnbewegung der Wiener Kaffeehausangestellten (vergl. Sp. 467), die eine ganze Anzahl von Kaffeehausbesitzern zur Einigung mit ihren Gehilfen veranlaßt hat, wird voraussichtlich doch noch größeren Umfang annehmen. Eine Versammlung der Kaffeehauskellner am 12. Januar faßte die Forderungen folgendermaßen:

Entlohnung für Lokalanestellte. Der wöchentliche Mindestlohn beträgt: a) für Zahlmarqueure ohne Zuträger 18 Kr., b) für Zahlmarqueure mit Zuträger 10 Kr., c) für Frühstück- und Ablöserechner 18 Kr., d) für Zuträger und Zwischenrechner 25 Kr., e) für Kassierinnen 25 Kr.

Entlohnung für Küchenangestellte. Der Mindestlohn beträgt wöchentlich: a) für Kaffeeköche 40 Kr., b) für Kaffeeköche (Ablöser) 36 Kr., c) für Hausdiener 32 Kr., d) für Kaffeeköchinnen 28 Kr.

Entlohnung für ausbildungsweise Beschäftigte. a) für Lokalanestellte den Tag 5 Kr., b) für Küchenangestellte den Tag 6 Kr.

Außezeit. Allen Angestellten wird eine zwölfwöchentliche ununterbrochene Ruhezeit täglich und ein sechswöchentlich ununterbrochener Ruhetag wöchentlich gewährt.

Die Organisation und die Betriebsvertrauensmänner werden anerkannt.

Die Stellenvermittlung der Organisation wird ausschließlich in Anspruch genommen.

In allen Kaffeehäusern, die diesen Tarif nicht anerkennen, soll in 3 bis 4 Wochen ein allgemeiner Gesamtstreik der Angestellten beginnen. Die Zahl der organisierten Kellner ist in starkem Wachsen begriffen. Freilich war bisher von den rund 5000 Gehilfen nur etwa der vierte Teil organisiert, und der „Organisation der Kaffeehausangestellten“ wollen die Kaffeehausbesitzer obendrein einen Unternehmervorstand gegenüberstellen. Gleichwohl treten immer mehr Kaffeehäuser dem Tarif bei. In einzelnen Betrieben führt die Tarifbewegung wie schon in den letzten Wochen auch jetzt wieder zu Einzelstreiks, aber diese Betriebe halten sich durch Arbeitswillige aufrecht. Eine allgemeine Verbitterung ist fühlbar, weil seit längerer Zeit die Preise, die die Kaffeehausbesitzer von ihren Gästen verlangten, mit Berufung auf die Lebensmittelerhöhung immer mehr gesteigert werden, ohne daß die Gehilfen aufgebessert wurden. Die Gehilfen veröffentlichen das Ergebnis einer in 177 Betrieben vorgenommenen Tatsachensfeststellung; von diesen Betrieben gewährten nicht weniger als 115 überhaupt keinen Ruhetag. Die Durchschnittsarbeitszeit beträgt 14 1/2 Stunden, der Durchschnittslohn der Zahlkellner 6, der Zuträger 15, der Kellnerinnen 13 und des Küchenpersonals 20 Kronen. Auch die gesundheitlichen Zustände der Wiener Kaffeehausgehilfen sind außerordentlich traurig; die Sterbestatistik erweist 57% aller Todesfälle infolge von Tuberkulose.

Passiver Widerstand bei den Angestellten der ungarischen Postsparkassenzentrale macht sich seit dem 17. Januar bemerkbar. Ohne irgend welche vorherige Ankündigung fingen die Beamten und Angestellten plötzlich „vorschriftsmäßig“ zu arbeiten an. Sofort begannen sich Rückstände anzuhäufen, die den Verkehr benachteiligten. Die Beamten verlegten sich besonders darauf, alle Kontrollvorschriften des Geldverkehrs nach dem Wortlaut auszuführen. Der Vorgang erinnert an einen vor zwei Jahren durchgeführten passiven Widerstand, dem die Direktion ziemlich machtlos gegenüberstand. Als Ursache für den jetzigen Eintritt in die „vorschriftsmäßige Abwicklung des Gelddienstes“ geben die Beamten an, daß die damals gemachten Versprechungen nicht gehalten wurden. Die Beamten fordern, daß die rückständigen Borrückungen vollzogen werden, daß ferner die gesundheitlichen Zustände in der Budapester Postsparkasse verbessert werden, insbesondere genügende Beleuchtung und Lüftung der Arbeitsräume eingeführt und Überfüllung der Arbeitsräume aufgehoben werden. Weitere Forderungen gehen auf Abstellung der die Gesundheit gefährdenden Überbürdung und die Gewährung von Feuerungszulagen für die Hilfsbeamten und Unterbeamten.

Ein Friedensvertrag im Lütticher Kohlengebiet ist zwar zwischen den Grubenbesitzern und den Arbeitervertretern geschlossen worden; die überwiegende Mehrheit der Ausständigen streikt aber weiter. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die durch Vermittlung des Arbeitsministers zwischen Grubendirektoren und Arbeiterbelegierten geführt wurden und die briefliche Zusage des Ministers an die Arbeiter zur Folge hatten, daß die Rechte der Arbeiter gegenüber den Unternehmern bei der Durchführung des

neuen Bergwerkesgesetzes und vor allem der Bestimmungen über den Reinstundentag aufrecht erhalten würden. Der Minister konnte sich auf die Zugeständnisse von 43 Unternehmern stützen, die bereit waren, die alten Grubenbetriebsordnungen, insoweit sie für die Arbeiter günstiger waren, als die mit Beginn der Wirksamkeit des neuen Gesetzes eingeführten Bestimmungen wieder anzuerkennen; nur 3 Unternehmer waren zur Einigung nicht bereit, und 6 waren abwesend, als über diese beschlossen werden sollte. Der Verband der Grubenarbeiter war zunächst durch die Gewährleistung befriedigt, die man im Briefe des Ministers sah; der Vorstand schlug vor, den Streit aufzuheben, und dies geschah auch unter der Einschränkung, daß den Arbeitern die Gruben, deren Direktoren keine Zugeständnisse gemacht hatten, anheimgegeben wurde, ihre Lage zu überprüfen, und unter der Zusage, daß gegebenenfalls weitgehende Unterstützung des Verbandes eintreten würden. Am Tage nach diesem Beschlusse entstand aber plötzlich starkes Mißtrauen gegen die neue Lage; man vermischte schriftliche Zugeständnisse der Unternehmer und glaubte, sich mit der Gewährleistung des Arbeiterministers nicht begnügen zu sollen. Daher riet ein Arbeitervertreter, die Einigungsbeschlüsse unbeachtet zu lassen und weiter zu streiken. Hierüber gerieten die Arbeiter untereinander in heftigen Streit, zu dem noch Zwistigkeiten über die Verteilung der Streikunterstützungen hinzukamen, Zwistigkeiten, die nach manchen Meldungen sogar einen Sturm auf die Gewerkschaftskasse veranlaßten. Die Arbeit nahmen über alles Erwarten wenige wieder auf, während die überwältigende Mehrzahl der Ausständigen gegen den Willen des Verbandsvorstandes im Streik verharrt.

Das Ende der Arbeitskämpfe in Portugal. Wie auf den öffentlichen Verkehrsanstalten, so ist nunmehr auch in den Gasanstalten die Arbeit wieder im Gange. Nur in den privaten Industrien zuden noch hier und da Streikbewegungen.

Arbeiterschutz.

Lohnbücher und Arbeitszettel in der Reichstagskommission. Die nach der ersten Lesung im Februar 1910 vom Reichstag an eine Kommission verwiesene sogenannte kleine Novelle zur O. D. wird erst jetzt in Beratung genommen. Zunächst handelt es sich um die Ausgestaltung der Lohnbücher und Arbeitszettel in § 114 a. Nach der Vorlage kann der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben, in die einzutragen sind: der Zeitpunkt der Übertragung von Arbeit, Art und Umfang der Arbeit, bei Affordarbeit die Stückzahl, ferner die Lohnsätze, die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den Arbeiten, der Zeitpunkt der Ablieferung, sowie Art und Umfang der abgelieferten Arbeit, der Lohnbetrag unter Angabe der etwa vorgenommenen Abzüge, der Tag der Lohnzahlung. Die Sozialdemokraten verlangen statt dieser fakultativen Bestimmung die obligatorische Einführung, dies wird abgelehnt, dagegen auf Antrag Giesberts (Rr.) das für die Ausstellung von Zeugnissen geltende Verbot der Anbringung von Merkmalen auch für die Lohnbücher und Arbeitszettel in Anwendung gebracht. Mit diesem Zusatz wird § 114 a in der Regierungsfassung angenommen.

Eine Eingabe für Hüttenarbeiterschutz ist aus westdeutschen Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes an den Reichstag gerichtet worden. Aus dem Bericht der Gewerbeinspektoren geht hervor, daß die weitaus meisten Feuerbetriebsarbeiter in der Grobblei-Industrie genötigt seien, regelmäßige Schichten von 12 und 18 Stunden zu machen. 45,7 Prozent der fraglichen Arbeiter leisteten obendrein noch Überzeitarbeit. Es wird betont, daß die Unfälle in den Hüttenbetrieben von keiner Berufsgruppe, nicht einmal im Bergbau, erreicht würden. Kaum eine Woche vergehe ohne schwere Hüttenwerksunfälle. Ein anderer Uebelstand sei die Unsicherheit der Entlohnung. In der Regel wisse keiner, für welchen Lohn er arbeite. Darüber werde bei der Arbeitsannahme nichts gesagt. Aber auch die Arbeiter, die lange auf dem Werke schafften und im sogenannten „Afford“ bezahlt werden, wählten selten vor dem Lohntag, was sie verdient haben. Es sei dringend zu wünschen, daß die Gesetzgebung hier regelnd eingreife. In den meisten Fällen sei für den Schutz der Arbeiter gegen den qualvollen Rauch, gegen Wind und Wetter keine oder nur mangelhafte Vorkehrung getroffen. Hier und da seien in den letzten Jahren geschützte Aufenthaltsräume für die pausierenden Arbeiter hergerichtet worden, wo sie ihre Speisen zu sich nehmen, sich waschen und baden. Aber fast alle diese Einrichtungen seien durchaus unzulänglich, viel zu klein oder so gelegen, daß die Arbeiter sie nicht benutzen könnten. Es liege aber durchaus im Interesse der Industrie, daß sie Einrichtungen schaffe, die es in ausreichender Weise dem Arbeiter ermöglichen, seinen Körper zu pflegen, damit er widerstandsfähiger gegen die gesundheitschädlichen Einflüsse des Betriebs wird. Dadurch würde ein Herabgehen der sehr hohen Kranken-

ziffern unter den Hütten- und Walzwerksarbeitern bewirkt und der Industrie eine leistungsfähige Arbeiterkraft erhalten werden.

Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Fabrikarbeiterinnen in Österreich. Nachdem das Abgeordnetenhaus, in Ausführung der Berner Konvention von 1906, am 3. Juni 1910 einen von der Regierung eingebrachten Entwurf mit einigen Änderungen angenommen hatte, beschloß zwar die Kommission des Herrenhauses die Zustimmung, aber das Plenum verwies die Vorlage am 20. Dezember wieder an den Ausschuß zurück. Dadurch wurde das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1911 vereitelt. Nun hat das Herrenhaus am 17. Januar endlich die Vorlage genehmigt und den Beginn der Wirksamkeit auf den 1. August dieses Jahres festgesetzt. Das Gesetz verbietet die Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern; für die Zuckerraffinerien, die in Österreich zahlreiche Arbeiterinnen auch des Nachts bisher beschäftigt haben, wurde die sehr lange Übergangszeit bis Ende 1914 gestattete. Die Überstundenarbeit der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen darf an 40 Tagen gestattet werden. Das Schuttsalter der Arbeiterinnen wurde auf 18 Jahre festgesetzt. Das Abgeordnetenhaus hatte die ursprüngliche Regierungsvorlage zugunsten des Arbeiterinnenschutzes verbessert. Das Herrenhaus ist ihm nunmehr beigetreten. Damit werden endlich erhebliche Mißstände in der Ausnutzung der Frauenarbeit in Österreich beseitigt und die internationale Regelung des Verbots der Nachtarbeit der Frauen wird durchgeführt.

Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer für die Handlungsgehilfen in Frankreich. Ein der Abgeordnetenkammer vorgelegter Antrag des Grafen de Mun sieht eine Maximalarbeitsdauer der Gehilfen im Handelsgewerbe vor. Er beginnt mit einer Aufzählung der sämtlichen Anlagen, in denen solche Gehilfen beschäftigt werden. Eingeschlossen ist das Gastwirts-gewerbe. Bemerkenswert ist der Zusatz, daß das Gesetz für „öffentliche und private, weltliche und religiöse“ Geschäfte gelten soll, „auch wenn sie der Wohltätigkeit und dem Unterricht dienen.“ Die Arbeitsdauer darf an jedem der sechs Wochentage zehn Stunden nicht überschreiten. Nicht betroffen werden Anlagen, in denen nur der Besitzer mit seinen Angehörigen tätig ist. Im Großhandel und in Geschäftsräumen, die nicht einem öffentlichen Dienst unterstehen, soll an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen die Arbeit nicht mehr als acht Stunden und nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus dauern. Es sind vielfach Ausnahmen vorgesehen.

Nachtarbeitsverbot für jugendliche Austräger in Newyork. Ein Gesetz vom 21. Mai 1910 bestimmt, daß Personen unter 21 Jahren als Botschaften oder als Austräger im Dienste einer Brief- und Paketbeförderungsgesellschaft vor 5 Uhr morgens und nach 10 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden dürfen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Der Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung in England durch Arbeitslosen- und Invalidenversicherung.

Die englische Regierung plant neben der Einführung einer Arbeitslosenversicherung auch die Einführung einer Invaliditätsversicherung. Aus guter Quelle gehen bereits die ersten Nachrichten über Einzelheiten dieser Pläne durch die englischen Blätter. Böllig unangefastet durch die neuen Versicherungszweige bleibt die Altersversorgung. Auch weiter wird jeder Unbemittelte vom Alter von 70 Jahren an Anspruch auf die Altersrente von 5 sh wöchentlich haben. Die Invalidenversicherung tritt dagegen für alle Personen von 16 oder 18 Jahren bis zu 70 Jahren in Kraft, deren Einkommen unter 160 Pfund (3200 M.) im Jahre bleibt. Die Arbeitslosenversicherung wird obligatorisch nur für das Baugewerbe, die Schiffbau- und Maschinenindustrie eingeführt, während die Invalidenversicherung alle Arten von Lohnempfängern unter der bestimmten Einkommensgrenze umfassen soll; ihre Zahl wird auf etwa 16 Millionen geschätzt. Während sich die Arbeitslosenversicherung hauptsächlich auf die Gewerkevereine und die öffentlichen Arbeitsnachweise stützen soll, sind als die Hauptträger für die Invalidenversicherung die zahlreichen in England bestehenden Unterstützungsvereine (friendly societies) vorgesehen, welche die Auszahlung an die Rentenberechtigten zu übernehmen hätten.

Bei der englischen Altersrente fließt bekanntlich die Rente allein aus Staatsmitteln, ohne vorherige Leistungen der Empfänger. Dagegen ist bei der Invaliditäts-, ebenso bei der Arbeitslosenversicherung das deutsche System vorgesehen, d. h. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben bestimmte Beiträge zu leisten, zu denen ein Staatszuschuß kommt, nur wird der Staatszuschuß höher sein als in Deutschland. In welchem Verhältnis die verschiedenen Beiträge stehen sollen, ist noch nicht ganz sicher. Es heißt vorläufig, daß

der Arbeitnehmer die Hälfte, der Arbeitgeber und der Staat je ein Viertel tragen sollen. Die Invalidenrente, die bei dauernder Erwerbsunfähigkeit zur Auszahlung gelangt, soll einheitlich 5 M. in der Woche betragen. Die Verwaltung wird den bestehenden Unterstützungsvereinen übertragen. Da eine Zwangsversicherung eingeführt wird, so hat jeder Versicherte sich zu entscheiden, zu welchem Unterstützungsverein er gehören will. Bis jetzt sind etwa 6 Millionen Personen freiwillig in solchen Vereinen versichert, auf weitere 10 Millionen wird die Versicherungspflicht dann noch ausgedehnt.

Die Beitragszahlungen sind so gedacht, daß die Arbeitnehmer ihren Beitrag an die Kasse des Vereins zahlen; die Arbeitgeber zahlen ihren Anteil an die Staatskasse und diese gibt dann die Arbeitgeberbeiträge zusammen mit dem Staatszuschuß weiter an die Unterstützungsvereine, entsprechend der Zahl der dort versicherten Mitglieder. Die Kassen werden staatlicher Revision unterstellt. Zur obersten Verwaltung des ganzen Versicherungsweiges wird eine Zentralbehörde geschaffen, gebildet aus Vertretern der Regierung, Vertretern der Vereine sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Unterstützungsvereine werden nicht nur Träger der Zwangsversicherung sein, sondern bleiben wie jetzt auch Träger freiwilliger Versicherungen, entweder von Personen, die nicht unter das Gesetz fallen würden, oder von Personen, die sich eine Zusatzrente zu der allgemein gültigen Rente von 5 M. wöchentlich sichern wollen.

In den bisherigen Veröffentlichungen über die neuen Pläne der Regierung werden naturgemäß auch die Aufwendungen Deutschlands für die Arbeiterversicherung zum Vergleiche herangezogen. Deutschland wird auch künftig noch einen Zweig des Versicherungswesens voraushaben, die obligatorische Krankenversicherung. Vergleicht man aber die Staatszuschüsse, die in Deutschland und künftig in England für die Alters- und Invaliditätsfürsorge gemacht werden, so sieht man, daß der englische Staat, also doch die Gesamtheit des Volkes, mit bedeutend höheren Aufwendungen belastet wird. Während die Staatszuschüsse in Deutschland jetzt 53 Millionen Mark betragen, kosten jetzt schon die Altersrenten in England dem Staate jährlich gegen 240 Millionen Mark, wozu dann künftig noch etwa 100 Millionen Mark Zuschuß zu den Invalidenrenten kommen würden.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Zu § 326, der bereits nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen worden war, wurden noch zwei Zusätze beschlossen:

Hiernach können diejenigen Personen, die das Versicherungsverhältnis freiwillig fortsetzen wollen, dies auch in einer niedrigeren als der bisherigen Lohnklasse tun, auch können die aus der Versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidenden Mitglieder, welche innerhalb der ersten Woche nach dem Ausscheiden erkrankten, den Anspruch auf die Rassenleistungen noch geltend machen, wenn sie gleichzeitig erklären, die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen zu wollen.

Die §§ 340 und 341 (Wahl des Vorsitzenden der Ortskrankenkassen) wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Bei § 343 (Bestellung des Vorsitzenden von Landkrankenkassen durch den Gemeindevorstand), der in erster Lesung abgelehnt worden war, erklärte der Staatssekretär des Innern, daß die Wiederherstellung der auf die Organisation der Landkrankenkassen bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs für die verbündeten Regierungen Voraussetzung für die Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung sei und daß, da die verbündeten Regierungen entscheidendes Gewicht auf die Regelung der Gesamtheit der vorgelegten Materien legten, hiervon das Schicksal des gesamten Gesetzes abhängt. Diese Erklärung wurde am Tage darauf vom Ministerialdirektor Caspar dahin erweitert, daß auch die sonstigen zur Verhütung des politischen Mißbrauchs der Krankenkassen von der Regierung vorgeschlagenen Rauteln, soweit sie in erster Lesung abgelehnt seien, wiederhergestellt werden müßten, da die verbündeten Regierungen sonst die Versicherungsordnung ablehnen würden. Es bezieht sich das vor allem auf die Häufelung in der Zusammensetzung des Vorstandes der Ortskrankenkassen und entsprechend auch der Beitragspflicht. Bei der Abstimmung wurde § 343 in folgender Fassung angenommen:

„Bei der Landkrankenkasse wählt die Vertretung des Gemeindeverbandes den Vorsitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes, darunter einen oder mehrere Stellvertreter des Vorsitzenden. — Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß der Vorsitzende und die anderen Mitglieder des Vorstandes gewählt werden wie die Vertreter im Ausschusse. — Diese Mitglieder müssen zu einem Drittel aus den beteiligten Arbeitgebern, zu zwei Dritteln aus den beteiligten Versicherten bestimmt werden.“

Auf Anfrage hatte die Regierung vorher noch erklärt, daß durch das in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehende Ein-

führungsgezet zur Reichsversicherungsordnung festgelegt werde, daß die in ländlichen Ortskrankenkassen versicherten Arbeiter gegenüber dem heutigen Zustande nicht schlechter gestellt werden. — Die §§ 344 bis 348 über die Zusammensetzung des Ausschusses wurden mit redaktionellen Änderungen in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Auch hier wurde der Ausschuß gebittet. Zu § 349 wurde beschlossen:

„Die Landesregierung kann in solchen Bezirken von Versicherungsämtern, welche ausschließlich aus Land- und Stadtgemeinden zusammengesetzt und in denen selbständige Gutsbezirke nicht vorhanden sind, das Wahlrecht den Vertretungen der einzelnen Gemeinden übertragen und hierüber näheres bestimmen.“

Zu § 351 (Betriebskrankenkassen) wurde die Drittelung der Stimmen in Gemäßheit des Beschlusses erster Lesung in folgender Fassung beschlossen:

„Der Arbeitgeber oder sein Vertreter führt den Vorsitz. Er hat ein Drittel, die Versicherten haben zusammen zwei Drittel der Stimmen.“

Bei § 354 (Zunngskrankenkassen) wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Sapung die Häufelung der Stimmen und Beiträge eingeführt werden kann.

Die Beratung der §§ 356 bis 443 (Angestellte, Regelung des Verhältnisses zwischen den Krankenkassen und den Ärzten, Apothekern usw.), Regelung der Beiträge und einige andere kleinere Abschnitte) wurden vorläufig ausgesetzt, ebenso § 446 (Behandlung von Versicherten, die in ländlichen Handwerksbetrieben beschäftigt sind). § 447 (Befreiung von der Versicherungspflicht) wurde ebenso wie in der ersten Lesung gestrichen. § 448 Abs. 2 erhielt folgende Fassung:

„Ist der Versicherte über die Geltungsdauer des Arbeitsvertrags hinaus krank und arbeitsunfähig, tritt sein Anspruch auf Krankengeld wieder in Kraft. Der Arbeitgeber hat der Kasse das Krankengeld zu erstatten.“

Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten. Wir hören, daß die Siebenerkommission des Hauptausschusses für die Privatangestellten-Versicherung in diesen Tagen zusammentritt und daß bald darauf ein großer Privatangestelltertag einberufen werden soll.

Freiwillige Sozialversicherung. In der amtlichen Begründung eines österreichischen Gesetzesentwurfs für staatliche Invaliden- und Altersversicherung findet sich über die Gewährung einer Möglichkeit zu freiwilligem Eintritt oder freiwilligem Verbleiben in der sozialen Versicherung folgender beherzigenswerter Satz:

„Daß bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung ein strenger Maßstab für die Aufrechterhaltung des Versicherungsverhältnisses angelegt werden muß, ist selbstverständlich, im besonderen aber darin begründet, daß man es einem solchen Versicherten nicht anheingeben darf, durch Zahlung eines Minimums an jährlichen Prämien sich Anwartschaft zu erwerben, die in den geleisteten Beiträgen bei weitem nicht ihre Deckung finden, wodurch nicht nur die Versicherungsanstalt, sondern auch der Staatschatz zu Schaden läme.“

Hierzu wird uns geschrieben: Diese Worte richten ihre Spitze zweifellos gegen das deutsche Invaliditätsgesetz und sollen begründen, warum Österreich hier den deutschen Fehler nicht nachmachen will. Bei uns hat man ja aus Vorliebe für den Mittelstand heraus die Möglichkeit zu freiwilliger Versicherung nicht nur in weitestem Maße gewährt, sondern die Freiwilligen in einem Maße bevorzugt, die dem Sinne des Gesetzes widerspricht und die Zwangsversicherten schwer benachteiligt. Ein freiwillig Versicherter braucht nur den vierten Teil der Prämien eines Zwangsversicherten zu zahlen und erhält doch fast die gleichen Renten, da Reichszuschuß und Grundbetrag ihm unverkürzt zukommen. Da dieser Grundbetrag in den Beiträgen bei weitem nicht gedeckt ist, so erhält der Freiwillige seine Rente teilweise auf Kosten der Zwangsversicherten, das heißt, der hochgelohnten Angestellten oder der Selbständigen auf Kosten des gering gelohnten Arbeitnehmers. Da ferner für das Verbleiben in der Versicherung keine Grenze besteht, so kann auch ein sehr reicher Mann jährliche Zuschüsse aus der Reichskasse von 50 M. zur Invaliden-, Alters- oder Witwenrente, 25 M. zu jeder Kinderrente bekommen. Da die Reichseinnahmen fast ganz aus der Besteuerung des Massenverbrauchs stammen, so werden hier wieder auf Kosten der Armlsten den besser Gestellten Zuwendungen gemacht, die u. a. 1000 M. übersteigen können. Trotzdem dieser unsinnige Zustand von allen Sachverständigen klar erkannt und seit langem scharf bekämpft wird, hat die Regierung leider in der Reichsversicherungsordnung keine Änderung vorgeschlagen, sondern schützt im Gegenteil den Mißstand als Hauptgrund gegen eine längst notwendige Verbesserung der höher gelohnten Zwangsversicherten vor. Auch die Reichstagskommission hat hier versagt und nichts geändert. Im Plenum des Reichstags wird aber sicher noch der Versuch gemacht werden, dem Unfug abzuhelfen und die Versicherung ihrem Hauptzwecke dienstbar zu machen.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln im Winter 1909/10.

Beigeordneter Dr. Fuchs teilt in seinem Bericht mit, daß zu diesem Zwecke 130 000 M. aus dem Reservefonds bereitgestellt wurden. Damit der Arbeitsmarkt nicht weiter belastet wurde, wurde angeordnet, daß ohne disziplinarische Gründe von der Stadt niemand entlassen werden dürfe. Weiter erging wiederum an Behörden und Industrie die Bitte, die Stadt in ihrer Notstandspolitik zu unterstützen, Entlassungen möglichst zu vermeiden, im Falle der Not Feierschichten oder Lohnfürzungen einzutreten zu lassen und bei nicht zu umgehenden Entlassungen die Familienlast zu berücksichtigen. Ebenso wurde wiederum eine Trennung in eigentliche und uneigentliche Notstandsarbeiten vorgenommen. Für beide galten die gleichen Annahmebedingungen. Die Einstellung der Arbeiter hatte ausschließlich durch Vermittlung der Allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt zu erfolgen; Unternehmer waren gegen Vertragsstrafe verpflichtet, ihre Arbeiter durch diese Anstalt zu beziehen.

Berücksichtigt wurden nur solche Arbeiter über 16 Jahre, die mindestens 1 Jahr lang in der Gemeinde Köln ansässig sind unter Bevorzugung der bei der Stadtköniglichen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter oder sonst irgendwo gegen Arbeitslosigkeit versicherten. Arbeiter mit Familienlast waren allein stehenden Arbeitern vorzuziehen; bei ersteren gibt auch die Zahl der Angehörigen einen Vorrang.

Als uneigentliche Notstandsarbeiten galten die planmäßig für den Winter zurückgestellten oder sofort in Angriff genommenen Arbeiten des Hochbau- und Tiefbauamtes. Die Bildung kleinerer Lose sollte kleineren Arbeitgebern Arbeitsgelegenheit bieten. Die Löhne waren die tarif- oder ortsüblichen. Als eigentliche Notstandsarbeiten galten Steinschlag und Holzerkleinern, Schrebstubenarbeit und Erdarbeiten, diese aber nur, wenn sie unwirtschaftlich wurden, weil sie beispielsweise bei anhaltendem Frost zur Verringerung der Not durchgehalten wurden. Das Hauptaugenmerk wurde auf diese Erdarbeiten gelegt, da sie lieber von den Arbeitern aufgenommen werden und bei einigermaßen günstiger Witterung wirtschaftlicher bleiben wie alle anderen Arbeiten. Die Holzerkleinerungsarbeiten wurden wiederum unter die Leitung der Wohlfahrtsvereine: Gefängnisverein, Asyl für Obdachlose und Heilsarmee gestellt. Trotz günstiger Witterung mußten die Steinarbeiten mehr, als zunächst beabsichtigt war, aufgenommen werden, da der Andrang der Arbeitsuchenden über Erwarten groß war.

Da die Statistik des vergangenen Jahres ergeben hatte, daß über die Lernstage (6 für Steinschlag, 3 für Holzerkleinern) nur 50 Prozent aller Arbeiter beschäftigt waren und daß die Beschäftigten ihre Leistungen in diesen Tagen eingeschränkt statt gesteigert hatten, wurden folgende Maßnahmen zur Verhinderung einer derartigen Ausnutzung getroffen: In den Lerntagen muß ein Mindestquantum geleistet werden: beim Steinschlagen 2 cbm für 6 Tage. Wird dies Quantum nicht erreicht, so wird der Tagelohn entsprechend der Minderleistung festgesetzt. Mehrarbeit wird mit 1 M. pro Kubikmeter vergütet. Die Tagelöhne wurden für die Lernstage, Erb- und Nebenarbeiten und sonstigen Arbeiten verschieden festgesetzt, je nachdem es sich um Arbeiter mit oder ohne Familienlast handelt; das gleiche galt für die Alfordlöhne für Steinschlag und Holzerkleinern. Die Arbeitszeit wurde für die eigentlichen Notstandsarbeiten auf acht Stunden festgesetzt. Die städtische Krankenkasse hatte, um der vorjährigen Inanspruchnahme vorzubeugen, für die Notstandsarbeiter der ersten sechs Wochen die Mindestleistungen festgesetzt. Invalidenrentner wurden nur angenommen, wenn die Armenverwaltung ihrer Befreiung von der Krankenversicherungspflicht zugestimmt hatte.

Von 1529 Notstandsarbeitern waren 60,83 % über 20 Jahre und seit der Geburt in Köln ansässig, 82,77 % von 3 bis zu 20 Jahren, 6,20 % von 1 bis zu 3 Jahren; nur 0,4 % bis 1 Jahr. Diese 6 wurden wegen besonderer Not ausnahmsweise zugelassen. Die Behauptung, derartige Unternehmungen förderten die Landflucht und zögen aus anderen Städten Arbeitslose an, findet in dieser Zusammenstellung, wie der Bericht hervorhebt, keine Stütze. Bei einem jährlichen Zuwachs von rund 12 000 Einwohnern, gegenüber der Tatsache, daß die Neuzuziehenden zu einem hohen Prozentsatz der Arbeiterbevölkerung angehören, sei die Zahl von 47 Arbeitslosen aus dem ersten und zweiten Jahre verschwindend gering. Im ganzen wurden 2020 Arbeitslose zugewiesen, von denen 88,2 % die Arbeit antraten, während 11,8 % (238) nicht antraten. Von den Notstandsarbeitern waren 65,2 % ungelernte, 34,8 % gelernte Arbeiter. Von ersteren waren 68,1 %, von letzteren 68,7 % über 30 Jahre alt.

Insgesamt wurden 47 046 Arbeitstage geleistet. Auf einen Notstandsarbeiter entfielen durchschnittlich 30,77 Arbeitstage gegen einen 18,72 im Vorjahre. Im Tagelohn wurden 58,7 % im Alfordlohn 47,3 % Arbeitstage geleistet. Die neuen Bestimmungen über die Karenzzeit haben

offenbar viele Notstandsarbeiter veranlaßt, auf die Karenzzeit überhaupt zu verzichten und gleich mit Alfordarbeit zu beginnen.

Die Gesamtkosten, das ist die Differenz zwischen Ertrag der Arbeit und wirklichen Kosten, belaufen sich auf rund 142 600 M. Einschließlich von 20 000 M. Beitrag der Stadt zur stadtköniglichen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit betrugen 1909 die Gesamtkosten für Bekämpfung des Notstands 162 541 M. gegen 214 148 M. im Jahre vorher.

Die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für die Stadt Berlin bezweckt ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der 14 Paragraphen enthaltende Entwurf sieht sowohl Zuschüsse an Berufsvereine von Arbeitern und Angestellten, welche Arbeitslosenunterstützung gewähren, vor (und zwar 50 % des vom Vereine gezahlten Unterstützungssatzes unter ähnlichen Bedingungen, wie dies in der Schöneberger Satzung ausgesprochen ist) als auch eine gemeindliche Arbeitslosenunterstützungskasse für solche Arbeiter, in deren Beruf keine Berufsvereinigung besteht, die Arbeitslosenunterstützung zahlt. Die Beitragszahlungen sollen hier für die 1. und 2. Invalidenversicherungsbeitragsklasse 20 M. für die 3., 4. und 5. Invalidenversicherungsbeitragsklasse 30 M. betragen. Die Unterstützung beträgt nach gezahlten 52 Wochenbeiträgen nach Ablauf einer Woche vom Tage der Anmeldung der Arbeitslosigkeit ab täglich mindestens 1 M. bis zu 60 Wochentagen innerhalb eines Beitragsjahres. Nach Ablauf dieser 60 Unterstützungstage kann erst von neuem eine Unterstützung bezogen werden, wenn mindestens 40 Wochenbeiträge vom letzten Unterstützungstage ab gezahlt worden sind. Die übrigen Bestimmungen entsprechen ebenfalls den für Schöneberg geltenden. — Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Januar beraten. Der Vertreter des Magistrats und mehrere bürgerliche Stadtverordnete vertraten den Standpunkt, daß die Lösung dieser Frage nicht durch einzelne Gemeinden erfolgen könne, der Vorstand des Deutschen Städte-tages, der sich mit dieser Frage bereits befaßt, sei die geeignete Stelle, um das schwierige Problem zu lösen. Der Antrag wurde der bestehenden gemischten Kommission, die zu diesem Zwecke verstärkt wird, überwiesen.

Volksgesundheit.

Das Samariter- und Rettungswesen im Bergbau hat in einem in der Zeitschrift für Samariter- und Rettungswesen erschienenen Vortrag Bergwerksdirektor G. A. Meyer ausführlich behandelt. Er bestritt zunächst die Berechtigung der Klage über die angebliche Unfallhäufigkeit im Bergbau an der Hand glücklich gewählter Vergleichsziffern aus anderen Gewerben, wendet sich sodann gegen gewisse von Laienkreisen vorgeschlagene Mittelchen zur Verringerung der Gefahren und hält die Einrichtung der Sicherheitsmänner für verfehlt. Er sieht für viel wichtiger die freiwillige Betätigung der Unternehmer an und hebt besonders die Leistungen der Knappschaftsberufsgenossenschaft hervor, welche durch belehrende Bücher und Vorträge, durch Unfallhilfsstruppen und gute Rettungsgeräte wirksam arbeite. Besonders wichtig ist die im Bau begriffene „Versuchsstrecke“ im Kreise Dortmund, die von einem 300 m langen Tunnelbau über Tage dargestellt werden soll; hier sollen künstliche Schlagwetter- und Kohlenstaubeexplosionen erzeugt und an ihnen die Mittel ihrer Verhinderung oder Einschränkung festgestellt werden. Die Kosten der Anlage werden 265 000 M. betragen. Weiter äußert sich Meyer über die Organisation des Rettungswesens, wobei er die Regelung im Oberbergamtsbezirk Dortmund für nachahmenswert hält; dort besteht ein bis ins kleinste ausgearbeiteter Rettungsplan, ausgehend von dem Gedanken, daß jede selbständige Schachtanlage mit einem geringen Aufgebot an Rettungsmannschaften und Geräten versehen sein muß, so daß durch rasche Zusammenziehung der Aufgebote der örtlich nahegelegenen Schachtanlagen ein größerer Hilfskörper gebildet werden kann. Der Rettungsplan von Dortmund umfaßt 221 Schachtanlagen; die einzelnen Rettungstruppen sollen aus freiwillig vorgebildeten und gutgeschulten Leuten bestehen; ein Oberführer, zwei Führer, acht Mann und ein Gerätemann sind mindestens erforderlich. Endlich wendet sich Meyer noch der Frage der oft recht langen Zeitpanne zwischen Verletzung und erster ärztlichen Behandlung zu, die er in ihrer Gefährlichkeit voll anerkennt, ohne freilich zu übersehen, daß jeder nichtärztliche Eingriff auch seine außerordentlichen Gefahren durch das Fehlen der Asepsis in sich birgt. Hier sind noch Anregungen von Ärzten dringend zu wünschen.

Gegenwärtiger Stand der Tuberkulosebekämpfung. Für erwachsene Lungenerkrankte sind im deutschen Reich 99 Volksheilstätten im Betrieb. Diese Anstalten haben 6584 Betten für Männer, 3802 Betten für Frauen und 680 Betten für Männer und Frauen. Im ganzen sind also 11 066 Betten vorhanden. In 34 Privatanstalten sind außerdem 2013 Betten, so daß im ganzen 13 079 Betten für erwachsene Lungenerkrankte zur Verfügung stehen. Es können also bei einem durchschnittlichen Aufenthalte von drei Monaten jährlich etwa 52 000 Kranke in Heilstätten behandelt werden. In 18 Heilstätten mit 695 Betten können Kinder Aufnahme finden, welche mit ausgesprochenen Tuberkulose behaftet sind, und in 79 Anstalten, die nur Strophulose und tuberkulosebedrohte Kinder aufnehmen, sind 8329 Betten vorhanden. Von den letzteren Anstalten ist allerdings eine größere Anzahl nur während der Sommermonate im Betrieb. Nach eingegangenen Berichten ist ferner die Zahl der Wald-erholungsstätten auf 92 gestiegen, die der Waldschulen beträgt 7. An ländlichen Kolonien sind Sanum im Großherzogtum Oldenburg für Erwachsene und Hohenburg in der Provinz Brandenburg für Kinder zu nennen. Weiter gibt es noch 15 Genesungsheime, die Tuberkulose aufnehmen. In sieben Beobachtungsstationen findet die Auswahl für die Heilstätten statt. Besondere Pflegeheime für Lungenerkrankte im vorgeschrittenen Stadium sind 25 im Betrieb. Es bestehen ferner 224 Auskunfts- und Fürsorgestellen im Deutschen Reich. Außerdem dienen 537 Tuberkuloseauschüsse in Baden den gleichen Zwecken. Das Reich stellte im Jahre 1908 für die Tuberkulosebekämpfung 120 000 M. zur Verfügung, wovon 60 000 wie in den Vorjahren dem „Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ zur Durchführung seiner Bestrebungen überwiesen wurden. Neben dem Reich sind es die Staatsbehörden, Gemeindeverbände, Landesversicherungsanstalten und charitativen Vereinigungen (vaterländische Frauenvereine usw.), die sich den Kampf gegen die Tuberkulose angelegen sein lassen. Die Internationale Vereinigung gegen die Tuberkulose bildet den Mittelpunkt der internationalen Bestrebungen, ihr Sitz ist in Berlin, die letzte Konferenz wurde 1910 in Stockholm abgehalten. Der Erfolg aller Maßnahmen zeigt sich erfreulicherweise bereits in der Statistik. Bezüglich der vorwiegend städtischen Bevölkerung der etwa 300 Drtschaften des Reiches mit mehr als 15 000 Einwohnern hat sich ergeben, daß an „Tuberkulose“, d. h. an Lungentuberkulose und allen sonstigen Formen der Krankheit, auf je 100 000 Einwohner starben im Jahre 1905: 222,6, 1906: 202,7, 1907: 197,7 und 1908: 192,15.

— r. —

Erste Hilfe bei Betriebsunfällen. Die Bemühungen der Berufsgenossenschaften, die mit der gewerblichen Tätigkeit verbundenen Unfallgefahren und ihre Folgen zu vermindern, haben in jüngster Zeit durch ein Abkommen der gewerblichen Berufsgenossenschaften und des Reichsversicherungsamtes mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen. Da es unvermeidbar ist, daß bei Verletzungen eine gewisse Zeit bis zur Ankunft des Arztes verstreicht, sollen fortan geeignete Betriebsangestellte durch die Berufsgenossenschaften als Rothelfer in einer praktischen, dem Laien verständlichen Form ausgebildet werden. Hierdurch hoffen die Berufsgenossenschaften allmählich zu erreichen, daß in allen größeren Betrieben ständig Leute zur Stelle sind, die bei etwaigen Unfällen bis zur Ankunft des Arztes jeden weiteren Schaden vom Verletzten fernhalten und auch befähigt sind, unmittelbar vorhandene Gefahr durch sofortige Anwendung zweckdienlicher Maßnahmen zu beheben. Die Unterweisung erfolgt möglichst in der Arbeitszeit durch Ärzte und ist den besonderen Betriebsverhältnissen des betreffenden Betriebszweiges und den dort häufigsten Unfällen angepaßt. Der Berliner Verein vom Roten Kreuz eröffnete seinen ersten Ausbildungskursus für Betriebsangestellte der Berufsgenossenschaften bereits im Turnsaal der königl. Feuerwehrwache. Die Leitung des Kursus hat der Oberstabsarzt Dr. Leu übernommen.

Gegen eine Milchvergiftung in München hat sich eine am 12. Januar von der Kommission für Arbeiterhygiene und Statistik des Münchner Ärztevereins für freie Arztwahl, dem Verein für Volkshygiene, der Zentrale für Säuglingsfürsorge in Bayern e. V. und dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose einberufene, von mehreren Tausend Männern und Frauen besuchte Versammlung ausgesprochen, weil in der Verteuerung der Milch eine schwere Gefahr für alle von der Ärzteschaft unternommenen Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit liege. Der hohe Wert der Milch für die Ernährung der städtischen Bevölkerung, ihre Unentbehrlichkeit im Kampfe gegen die Tuberkulose- und Säuglingssterblichkeit sowie ihre Bedeutung bei der Bekämpfung des Alkoholismus und in der Krankenfürsorge machten es zur Pflicht,

gegen die Preiserhöhung auf das energischste anzukämpfen. Die Versammlung richtete daher an die staatlichen und städtischen Behörden die Bitte, im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft weitestens Volkstreu und zur Verhütung schwerer Schädigungen des Lebens und der Gesundheit des künftigen Nachwuchses dafür Sorge zu tragen, daß eine ungerechtfertigte Verteuerung des wichtigsten Volksernährungsmittels verhütet wird.

Die nachstehende Überlassung eines Landstücks zur Beschäftigung ge-
nuesender Schwindlichtiger in Halberstadt ist ein neuer Weg zur Bekämpfung der Schwindlicht, den die dortigen städtischen Kollegen beschritten haben. Da sie gleichzeitig dem Verein zur Bekämpfung der Lungenschwindlicht einen Barbeitrag von 500 M. gewährt haben und dieser Verein auch vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Schwindlicht unterstützt wird, so erscheint die Hoffnung berechtigt, daß dieser neue Versuch auch erfolgreich durchgeführt werden kann.

Die Kindersterblichkeit in England ist durch den obersten Medizinalbeamten des Amtes für Gemeinwesen (Local Government Board), Dr. Newsholme, untersucht worden. Die Aufgabe, die ihm von seiner Behörde gestellt war, lautete dahin, auf Grund der nationalen Statistiken den etwaigen Zusammenhang zwischen den Ziffern der Kindersterblichkeit und den Sterblichkeitsverhältnissen der Erwachsenen festzustellen; ferner sollten die Haupterscheinungen und Hauptursachen der Kindersterblichkeit erforscht werden. Dr. Newsholme behandelt in seiner Arbeit¹⁾ gesondert die Sterblichkeit der ganz jungen und der etwas älteren Kinder bis zu 5 Jahren. Von allen in England vorkommenden Todesfällen traf im Jahre 1908 jeder dritte Todesfall auf ein Kind unter 5 Jahren, Todesfälle der Kinder unter 1 Jahr kamen je einer unter 5 vor, Todesfälle von Kindern unter 3 Monaten je einer unter 9. Die Durchschnittszahl für Todesfälle von Kindern unter 1 Jahr war für England im Jahre 1908 = 120,4 auf 1000 Geburten. Die ungünstigste Zahl (154,3 auf 1000 Geburten) zeigte sich in Glamorganshire, die günstigste (73,0 auf 1000) in Dorsetshire. — Nach den Untersuchungen von Dr. Newsholme ist festgestellt, daß dort, wo eine hohe Säuglingssterblichkeit herrscht, auch die Sterblichkeitsziffern der Kinder bis zu 5 Jahren und die Sterblichkeitsziffern der Erwachsenen hoch sind. Ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Geburtenzahl und der Höhe der Säuglingssterblichkeit ließ sich indessen nicht feststellen, also keinerlei Zeichen spricht dafür, daß etwa die Säuglingssterblichkeit eine „natürliche Auslese“ darstelle. Sollte wirklich ein solcher Zusammenhang bestehen, so bleibt er doch ganz unmaßgeblich gegenüber dem überwiegenden Einfluß, den die ungesunde Umgebung auf die Kindersterblichkeit ausübt. Am meisten gefährdet sind Kinder in Städten, wo noch schmutzige Aborte geduldet werden, wo noch keine Straßenreinigung besteht und wo die Straßen vielfach noch ungepflastert sind. Verlagte diese „öffentliche Hygiene“, so kann auch die häusliche Hygiene nicht viel ausrichten.

In dem Bericht wird zum Schluß empfohlen, durch besondere Untersuchungen die Zahl der Totgeburten festzustellen und die Bedingungen genauer zu durchforschen, unter denen die Geburten vor sich gehen, da auch dies wahrscheinlich einen Einfluß auf die Höhe der Säuglingssterblichkeit ausübe. Auch müßte eine bessere Schulung und wirtschaftliche Förderung des Hebammenwesens einsetzen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Arbeit und Erholung. Beiträge zum Sommerurlaub von Reichstagsabgeordnetem Dr. Heinz Potthoff und Prof. Dr. Schlochmann. Mit einem Anhang: Erhebungen über die Urlaubsverhältnisse der technischen und kaufmännischen Angestellten. Preis 50 M. Verlag der Bertelsmann-Buchhandlung, Düsseldorf 1910.

Der Ausschuß der Privatangehörigen-Vereine von Düsseldorf und Umgebung hat sich ein Verdienst damit erworben, daß er in einer von ihm veranstalteten Versammlung gehaltenen Vorträge der Öffentlichkeit übergibt. Die Vorträge behandeln die Urlaubsfrage der Angestellten vom volkswirtschaftlichen wie vom hygienischen Standpunkt aus. Besonders wertvoll ist der Anhang, der das zusammenstellt, was an statistischen statistischen Material zur Urlaubsfrage vorhanden ist durch Erhebungen des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, des Bundes technisch-industrieller Beamten und des Deutschen Techniker-Verbandes. Der Sozialismus und die Beamtenschaft. Von Paul Jbeler. Berlin 1910. Buchhandlung der Nationalliberalen Partei, G. m. b. H. Nr. 1, — M.

¹⁾ Wyman and Sons, London, Fetter Lane. Preis 1 sh 3 d.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Buchhändler (Postzeitungen 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist R. 8,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Einzelpreis ist 60 Pf. für die dreifachste Seite.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der Deutschen
gemeinnützigen und unparteiischen
Rechtsauskunftsstellen.

(Sonderabdruck aus der „Sozialen Praxis“.)

1. Jahrgang. Preis: 2 Mark.

Volks- und Frankenküchen.

Von

Oberarzt Dr. med. Joseph Blum
(München-Gladbach).

(Schriften d. Vereins für Armenpflege u. Wohltätigkeit. Heft 66.)

Preis: 2 Mark 20 Pfg.

Soziale Kultur 31. Januar 1911. Aus dem Inhalt des Januar = Heftes:

J. F. Benzenberg und die Bestrebungen für den Volkverein und die wirtschaftliche Einigung Deutschlands. — Die Handwerkskammer als Bildungsfaktor. — Französische Arbeiterwohlfahrtspflege. — Zur Tuberkulosenbekämpfung. — Landwirtschaftlicher Heeresunterricht und Lehrbücher hierfür. — Die christlich-soziale Arbeiterfrage in Kroatien. — Im Kampf um die Wertzuwachssteuer. — Literaturkritik.

„Soziale Kultur“ erscheint monatlich in Heften von je 64 Seiten gr. 8^o und kostet vierteljährlich nur 1,50 Mk. Probehefte umsonst. Um die Anschaffung der bisher erschienenen Jahrgänge zu erleichtern, liefern wir die 5 Jahrgänge 1906 bis 1910 dieser Zeitschrift mit beigeheftetem Generalregister statt für 30 Mk. für nur 20 Mk.

Da der Vorrat nur ein geringer ist, so wird es sich empfehlen, von dieser Gelegenheit recht bald Gebrauch zu machen und sich durch Bestellung in den Besitz der 5 Jahrgänge zu setzen.

Die Lektüre der „Sozialen Kultur“ ist für jeden, der sich mit Sozialpolitik beschäftigt, unentbehrlich.

Volkvereins = Verlag GmbH. M. Gladbach

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Handbuch der Löhnungsmethoden.

Eine Bearbeitung von David F. Schloß'
„Methods of Industrial Remuneration“.

Von Dr. Ludwig Bernhard.

Preis: Geheftet 7 Mark 60 Pfg., gebunden 8 Mark 60 Pfg.

Inhalt: Einführung. I. Die Verwendung mathematischer Ausdrucksformen in der Rationalökonomie. II. Die Theorie der Löhnungsmethoden. — Erstes Kapitel. Die verschiedenen Arten der Löhne. — Zweites Kapitel. Die gemeinsamen Grundlagen aller Lohnformen. — Drittes Kapitel. Der Zeitlohn. — Viertes Kapitel. Der Werklohn. — Fünftes Kapitel. Der Stücklohn. — Sechstes Kapitel. Die Einmände der Arbeiter gegen die Stückarbeit (mit einem Zusatz über die Wirkung der Stücklohnung auf Arbeitsleistung und Arbeitslohn. — Siebentes Kapitel. Die progressiven Löhne (Prämienlöhne). — Achtes Kapitel. Der Gruppen-Werklohn. — Neuntes Kapitel. Der Gruppen-Stücklohn. — Zehntes Kapitel. Die progressiven Gruppenlöhne (Gruppen-Prämienlöhne). — Elftes Kapitel. Die Kontraktarbeit (Akfordmeisterlöhne). — Zwölftes Kapitel. Die gewerkschaftliche Arbeit. — Dreizehntes Kapitel. Die Entlohnung der Werkführer. — Vierzehntes Kapitel. Das Zwischenmeisterlöhne. — Fünfzehntes Kapitel. Einmände gegen das Zwischenmeisterlöhne; das „Schwichtiglöhne“. — Sechzehntes Kapitel. Zusammenfassende Betrachtung über die hauptsächlichsten Lohnsysteme (mit 4 Tafeln). — Siebzehntes Kapitel. Die Zukunft der Löhnungsmethoden.

Der sächsische Entwurf eines Wassergesetzes.

Ein Beitrag zu seiner Beurteilung von

Dr. Otto Georgi,

Geh. Rat und Oberbürgermeister a. D.

Preis 2 Mark 80 Pfg.

Inhalt: Der gegenwärtige Rechtszustand. — Die wirtschaftlichen Bedürfnisse. Richtlinien für ein neues sächsisches Wassergesetz.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von Theodor Vogelstein.

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert.

Gustav Schmoller

zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages, 24. Juni 1908,
in Verehrung dargebracht.

Zwei Bände. Geheftet 25 Mark, geb. in zwei Leinenbänden 30 Mark
Ausführliche Prospekte stehen portofrei zur Verfügung.

Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus.

Unter Berücksichtigung seiner Fortbildung und des Sozialismus überhaupt dargestellt und kritisch beleuchtet

von Dr. phil. et iur. Emil Hammacher,

Preis 17 Mark.

Privatdozenten der Philosophie an der Universität Bonn.

Preis geb. 19 Mark 50 Pfg.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. Erster Teil. Die Entwicklungsbedingungen des Marxismus. Hegel. — Die Spaltung der Hegelschen Schule. — Marx und Engels als Feuerbachianer. — Die Beziehungen zum Materialismus, Liberalismus und Sozialismus. — Die unmittelbaren Lehren der Zeitgeschichte. Zweiter Teil. Das System des dialektischen Materialismus. Allgemeine Voraussetzungen. — Logik und Dialektik. — Die Wissenschaft der unbelebten und belebten Natur. — Die historischen Wissenschaften. (Materialistische Geschichtsauffassung: Allgemeines. Erster Teil der materialistischen Geschichtsauffassung: Soziale Statik. — Die materialistische Geschichtsauffassung: Soziale

Dynamik. Die materialistische Geschichtsauffassung: Die einmalige Dialektik der Weltgeschichte. Die angewandte Theorie des historischen Materialismus I. — Die angewandte Theorie. Erste Fortsetzung. Die bürgerliche Epoche. — Die angewandte Theorie. — Zweite Fortsetzung. Der Zukunftsstaat. — Dritter Teil. Kritik des Marxismus. Die logischen und metaphysischen Voraussetzungen. Der Selbstwiderspruch der materialistischen Geschichtsauffassung. — Kritik der sozialen Statik. Kritik der Dialektik. — Kritik der ökonomischen Theorien. — Der Wahrheitsgehalt der angewandten Geschichtsauffassung. — Der Sozialismus als ethische Notwendigkeit. — Schlusswort. Gesamtwürdigung des Marxismus.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W., Rauchstr. 43. 44

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabfindung von Inländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren. Von Dr. jur. H. Röbke, Berlin 546

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. I. Von Alfred Roth, Hamburg. 560

II. Von Dr. Heinz Pothhoff, M. d. R., Berlin 562

Allgemeine Sozialpolitik . . . 563

Handwerks- und Kleinhandelsfragen. Emil Muensterberg †.

Soziale Zustände 555

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Die Überwachung ausländischer Arbeiter im Königreich Sachsen. Ein Stichzähler für Musterzeichner in Stidereien. 557

Rechtspflege 567

Das Münchener Jugendgericht im Jahre 1910.

Unangenehmes Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Stellenerinnen.

Die Einführung von Formvorschriften für Anstellungsvertrag und Kündigung.

Unfall beim Aufspringen auf den elektrischen Straßenbahnwagen — Betriebsunfall.

Ein dreieinhalbjähriger Kampf um die Hinterbliebenenrente.

Streik und Aussperrungen . . 559

Arbeitskampf und Schadensersatzklage. Ein Streik Wiener Theaterarbeiter.

Der Fensterputzstreik in Berlin.

Eine Aussperrung der Kürschner in Leipzig.

Der Wiener Schneiderstreik.

Der Rüttiger Bergarbeiterstreik.

Rein internationaler Seemannsstreik.

Arbeiterkassen 561

Die Nachtarbeit der Kinder in Frankreich.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags.

Heimarbeiterfragen. Volksabstimmung gegen Sonntagsruhe in Solothurn.

Arbeiterversicherung. Sparkasten. 563

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Bekämpfung der Schwundelassen durch die Ärzte in Württemberg.

Beitragsbeteiligungen in der Kranken- und Invalidenversicherung.

Ein Gesetzentwurf zur staatlichen Krankenversicherung in Holland.

Arbeitsnachweis 555

Die zweite Arbeitsnachweis-Konferenz für das Gastwirtschaftsgewerbe. Von Dr. Gerhard Reißler, Berlin.

Die Streikauflösung bei der Stellenvermittlung.

Die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Berlin.

Die Stellenvermittlung des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Wohlfahrts-Einrichtungen . . . 569

Kaufmanns-Erholungsheime.

Eine Stiftung für Heimarbeiter-Interessen.

Eine Fahrpreisermäßigung für Besucher von Walderholungsstätten.

Genossenschaftswesen 570

Ein Seminar für Genossenschaftswesen.

Die „redlichen Pioniere von Roddale“.

Volksbildung 571

Die Bekämpfung der Schulbitteratur in Bayern.

Die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens im Königreich Sachsen.

Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen.

Das Arbeitsprogramm der Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes für 1911.

Soziale Ausbildungsläufe der kirchlichen sozialen Konferenz.

5000 M für den Ankauf von guten Jugendbüchern für Hamburger Schüler und Schülerinnen.

Ein Wiener Volksbildungshaus.

Volksbildung in Holland.

Literarische Mitteilungen . . . 573

Das Rentenbezugsrecht und die Kapitalabfindung von Inländern, die ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlieren.

(Ein Beitrag zu §§ 94 und 95 GLLB.)

Von Dr. jur. H. Röbke, Berlin.

Eine für die Gesamtheit der Berufsgenossenschaften überaus wichtige Frage ist kürzlich von der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft angeschnitten worden. Nach § 94 Absatz 1 Ziffer 2 und 3 GLLB. ruht nämlich das Recht auf Bezug der Rente:

1. so lange der berechtigte Ausländer nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat;
2. so lange der berechtigte Inländer im Auslande sich aufhält und es unterläßt, der Berufsgenossenschaft seinen Aufenthalt mitzuteilen.

Da nun die Fälle immer häufiger werden, daß rentenberechtigter Inländer aus irgend welchen Gründen ihren dauernden Wohnsitz ins Ausland verlegen, so entsteht die interessante, ins Staatsrecht hineinspielende Frage:

Wie gestaltet sich das Rentenbezugsrecht eines Inländers, der seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich aus staatsrechtlichen Gründen verlustig geht, insbesondere wenn er gemäß § 21 des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 durch zehnjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande seine Staatsangehörigkeit verliert? Und weiter: Ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, den in der Erwägung, daß seine Rente infolge Verlustes der Staatsangehörigkeit nunmehr dauernd ruht, von einem Inländer gestellten Antrag auf Kapitalabfindung zurückzuweisen?

Das Rentenbezugsrecht eines Ausländers ruht entsprechend dem rechtlichen Grundsatz, daß Gesetze keine rückwirkende Kraft haben, soweit sie sich selbst nicht solche beilegen, nur aus solchen Umständen, die sich nach dem 1. Oktober 1900 ereignet haben (zu vergl. A. N. 1901, S. 551; Abänderungsgesetz vom 30. Juni 1900 § 25 Abs. 3). Es kann demnach auch nur für diejenigen inländischen Rentenempfänger, die nach dem 1. Oktober 1900 das Reichsgebiet verlassen haben, die Frage aufgeworfen werden, ob sie die Reichsangehörigkeit verloren haben. Da die Frist für den Verlust derselben durch Zeitablauf aber grundsätzlich zehn Jahre beträgt, ein inländischer Rentenempfänger also frühestens im Oktober 1910 seine Reichsangehörigkeit aus diesem Grunde verloren haben kann, so wird die Entscheidung der oben aufgeworfenen Fragen gerade jetzt die Berufsgenossenschaften interessieren.

Daß der § 94 GLLB. mit den Begriffen „Inländer“ und „Ausländer“ auf rein staatsrechtlichem Boden steht, ist ohne weiteres klar. Es ist deshalb auch die Frage, wann der Deutsche seine Reichsangehörigkeit verliert, nach staatsrechtlichen Grundsätzen, vor allem nach dem oben genannten Gesetz über den Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit (§ 13 ff.) und zwar lediglich vom Standpunkt des deutschen Rechtes aus zu beurteilen. Ob der Rentenberechtigte die Staatsangehörigkeit eines fremden Staates erworben hat, ob hierzu noch irgend welche Formalitäten seitens des fremden Staates erforderlich sind, kann völlig dahingestellt bleiben (zu vergl. jedoch § 21 Abs. 3 des Gesetzes v. 1. Juni 1870). Als Ausländer ist vielmehr jeder zu betrachten, der seine Reichs-

angehörigkeit verloren, auch wenn er keine andere erworben hat (Primat, richtiger Staatlose) (zu vergl. Motive zum § 21 leg. cit.). Für uns genügt es zu konstatieren, daß mit dem Augenblick, in dem der deutsche Rentenberechtigte seine Inländereigenschaft verliert, Ziffer 2 des Absatzes 1 des § 94 GUVG. gilt und nicht mehr Ziffer 3. Voraussetzung für das Ruhen der Rente ist also für den nunmehrigen Ausländer lediglich, daß er seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inlande hat, eine Voraussetzung, die jedenfalls mit dem Augenblicke des Verlustes der Staatsangehörigkeit eo ipso von vornherein erfüllt ist. Die zehnjährige Frist läuft von dem Zeitpunkt des Austritts aus dem Reichsgebiet oder, wenn der Austretende im Besitz eines Reisepapiers oder Heimatscheins ist, von dem Ablauf dieser Papiere an. Sie wird ferner durch die Eintragung in die Matrikel eines Reichskonsulats unterbrochen. Für diejenigen Deutschen dagegen, die bereits nach Ablauf von fünf Jahren die Reichsangehörigkeit verlieren (Abs. 3 des § 21 leg. cit.), wie z. B. die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wohnenden Deutschen, ist weitere Voraussetzung, daß sie im Auslande die Staatsangehörigkeit erworben haben („zugleich erwerben“).

Den Berufsangehörigkeiten ist natürlich eine Prüfung aller dieser Fragen völlig unmöglich; sie müssen es vielmehr den Rentenempfängern überlassen, den erforderlichen Nachweis der Reichsangehörigkeit zu erbringen. Dieser Nachweis wird nun am besten mit der von einer deutschen Gesandtschaft oder einem deutschen Konsulat auszustellenden Lebensbescheinigung (vergl. Rundschreiben des RWA. vom 29. Juni 1893 in A. R. 1893, S. 210 und vom 5. Juli 1900 in A. R. 1901, S. 451 2; ferner B. B. von König, Handbuch des Konsularwesens, 1909, S. 266, 8) verbunden, und so ist es auch in dem von der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsangehörigkeit angeregten Falle gewesen.

Das Kaiserliche Generalkonsulat in Neu-York hatte auf einer Lebensbescheinigung folgender Form:

Lebenszeugnis.

Es wird hierdurch bescheinigt, daß der in wohnhafte heute im Generalkonsulat erschienen ist und die Reichsangehörigkeit besitzt.

Dieses Zeugnis wird zur Erhebung der Unfallrente erteilt.

Neu-York, den 19

Der Kaiserliche Generalkonsul.

die Worte: „und die Reichsangehörigkeit besitzt“ gestrichen. Auf die von der Berufsangehörigkeit an das Generalkonsulat gerichtete Anfrage wurde die Antwort erteilt, daß „der Rentenempfänger seine Reichsangehörigkeit nicht nachgewiesen habe und auch ihre Bescheinigung dem Generalkonsulate nicht erforderlich erschien. Die Zahlung der Rente erfolge doch unabhängig davon, ob der Empfänger deutscher Reichsangehöriger sei oder nicht“. Die Berufsangehörigkeit wandle sich darauf an das Auswärtige Amt mit der Bitte, sowohl das Generalkonsulat in Neu-York, als auch die anderen Konsulate auf die Ziffer 2 des § 94 GUVG. besonders aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß die Kenntnis, ob der Empfänger der Rente noch Reichsangehöriger sei, sehr wohl für die Berufsangehörigkeit von Wichtigkeit sei. Auch vom Standpunkte des deutschen Konsulats aus sei die Frage zu prüfen, da dasselbe rechtlich wirksame Bescheinigungen nur an Inländer ausstellen könne. Das Generalkonsulat hat daraufhin, vom Auswärtigen Amt zur Äußerung aufgefordert, seinen obigen Standpunkt dahin präzisiert:

„Der in dem Schreiben der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsangehörigkeit vom 2. v. M. vertretene Ansicht, daß das Generalkonsulat nicht berechtigt gewesen sei, dem . . . (Name) . . . eine Lebensbescheinigung zu erteilen, weil er seine Reichsangehörigkeit nicht nachgewiesen habe, vermag ich nicht beizutreten. Dem Rentenempfänger ist es unbenommen, den Nachweis seiner Reichsangehörigkeit, falls überhaupt erforderlich, der zahlenden Kasse gegenüber unmittelbar zu führen, z. B. durch Hinterlegung eines gültigen Heimatscheins. Daher ist nach diesseitiger Auffassung höchstens erforderlich, daß der Rentenempfänger, der die Erteilung einer Lebensbescheinigung hier nachsucht, den Besitz der Reichsangehörigkeit behauptet.“

„Der Nachweis der Reichsangehörigkeit kann dem Generalkonsulat gegenüber nur durch Papiere geführt werden, die von den inneren deutschen Behörden ausgestellt worden sind. Ist daher im Einzelfalle die Feststellung der Reichsangehörigkeit eines Rentenempfängers notwendig, so erscheint es folgerichtig, daß die etwa erforderlichen amtlichen Ermittlungen nicht ohne weiteres durch das Generalkonsulat, sondern in erster Linie durch die zur Zahlung der Rente verpflichtete Kasse vorgenommen werden.“

„Ob ein Rentenempfänger, der als Reichsangehöriger den Anspruch auf eine Unfallrente erworben hat, nach zehnjährigem ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande als „Ausländer“ im Sinne des § 94 Ziffer 2 des GUVG. anzusehen ist, kann hier nicht entschieden werden. Da

jedoch in der jahrelangen umfangreichen Praxis, auf die das Generalkonsulat zurückblicken kann, die Berufsangehörigkeiten, von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, den Nachweis der Reichsangehörigkeit von solchen Deutschen bisher nicht verlangt haben, so neigte das Generalkonsulat der Ansicht zu, daß § 94 Ziffer 2 auf sie keine Anwendung finde.“

Der Grund, den das Generalkonsulat für seine Ansicht anführt, die Berufsangehörigkeiten hätten bislang mit wenigen Ausnahmefällen den Nachweis der Reichsangehörigkeit nicht verlangt, kann jedenfalls nicht dazu führen, die Verpflichtung des Konsulats, die Frage der Reichsangehörigkeit einer Prüfung zu unterziehen, zu verneinen. Das Konsulat hat vielmehr genau so, wie wenn ein Deutscher im Ausland eine Staatspension bezieht, ex officio die Dauer der Reichsangehörigkeit zu prüfen. Wenn der Rentenberechtigte in die Matrikel eingetragen ist, so kann das Konsulat ohne weiteres die Reichsangehörigkeit bescheinigen. Dagegen hat der Konsul, wenn dies nicht der Fall ist, zunächst den Nachweis der Reichsangehörigkeit zu verlangen und sodann zu prüfen, ob die nachgewiesene Reichsangehörigkeit durch zehn- (bezw. fünf-) jährigen Ablauf oder aus sonstigen Gründen verloren gegangen ist (vergl. König, Handbuch des Konsularwesens, S. 269, Ziffer 5). Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das Reichs-Versicherungsamt auf die an das Auswärtige Amt gerichtete, aber an das Reichs-Versicherungsamt abgegebene Anfrage der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsangehörigkeit, wie folgt, Stellung genommen hat:

„Die Kaiserlichen Konsularbehörden haben Bescheinigungen grundsätzlich nur zugunsten von Reichsangehörigen und Schutzgenossen zu erteilen. Sie sind daher auch vor der Erledigung von Anträgen auf Ausstellung von Lebensbescheinigungen für Personen, die nach den deutschen Arbeitsversicherungsgesetzen rentenberechtigt sind, im Einzelfalle zur Prüfung der Staatsangehörigkeit des Rentenberechtigten verpflichtet.“

„Demgemäß wäre die von dem Vorstand eingereichte, hier wieder beigefügte Lebensbescheinigung nur nach vorher erfolgter Feststellung des Besitzes der Reichsangehörigkeit des Rentenberechtigten auszustellen gewesen, und es hätte — wenn von diesem der erforderliche Nachweis nicht erbracht werden konnte — nicht nur die Ausfüllung der in dem Formular gestrichenen Stelle, sondern die Ausstellung der Bescheinigung überhaupt abgelehnt werden müssen.“

„Das Kaiserliche Generalkonsulat in Neu-York ist von dem Herrn Staatssekretär des Äußern mit entsprechenden Weisungen versehen worden. Dagegen hat der Herr Staatssekretär zu der von dem Vorstand erbetenen Verständigung sämtlicher Konsularbehörden über die Vorschriften der deutschen Unfallversicherungsgesetzgebung hinsichtlich des Ruheens der Renten der im Auslande wohnenden Berechtigten zurzeit keinen hinreichenden Anlaß erblickt.“

Wenn also das Auswärtige Amt es ablehnt, sämtliche Konsulate auf die einschlägigen Bestimmungen hinzuweisen, so erscheint das insofern berechtigt, als die Frage der Reichsangehörigkeit nicht allgemein zu beurteilen, sondern nach Lage des Einzelfalles — soweit erforderlich im Wege der Rechtsprechung — zu entscheiden ist (zu vergl. A. R. 1901, S. 451). Sache der Berufsangehörigkeiten ist es, den Nachweis der noch bestehenden Reichsangehörigkeit zu verlangen. Kann ein solcher nicht erbracht werden, so ist die Rente durch berufungsunfähigen Bescheid, der den ordentlichen Rechtsmitteln unterliegt, einzustellen (vergl. Handbuch der Unfallversicherung Bd. I, S. 541, Anm. 1). Und meines Erachtens dürfte es sich empfehlen, dies in allen Fällen zu tun; denn abgesehen davon, daß es den Berufsangehörigkeiten nicht gleichgültig bleiben kann, ob nicht etwa die Renten in die Taschen überhaupt nicht mehr berechtigter Personen gelangen, ist auch vom nationalen Standpunkt aus die Einstellung der Renten zu wünschen. Wenn der Rentenempfänger sich nicht der geringen Mühe unterzieht, sich die Reichsangehörigkeit zu erhalten, so verdient er es auch nicht, die von seinen ehemaligen Landsleuten aufgebraachte Rente zu beziehen. Hierbei mag ganz dahingestellt bleiben, ob der Verlust der Staatsangehörigkeit den nationalen Interessen widerspricht. Solange der § 21 des Gesetzes über den Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit noch gilt, hat man sich mit ihm abzufinden.“

Nach der vom Reichs-Versicherungsamt der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsangehörigkeit erteilten Antwort haben die deutschen Konsulate grundsätzlich nur Reichsangehörigen und Schutzgenossen Bescheinigungen auszustellen. Da nun aber die Auszahlung der Rente von der Vorbringung einer Lebensbescheinigung abhängig ist, so fragt es sich bezüglich des Rentenbezugsrechtes derjenigen Berechtigten, die vor dem 1. Oktober 1900 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt, aber nach dieser Zeit die Reichsangehörigkeit verloren haben, ob die Berufsangehörigkeit auch dann zahlen kann, wenn die Lebensbescheinigung von einer nicht-deutschen Behörde ausgestellt ist, oder ob die Konsularbehörden in

solchen Fällen auch Ausländern ihr Leben beschleunigen können und solche Äußerungen als rechtlich wirksam anzuerkennen sind. Ich möchte diese Fragen bejahen. In erster Linie ist daran festzuhalten, daß das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz eine Ausdehnung der Bestimmung des § 94 auf die Rentenempfänger, die das deutsche Reichsgebiet vor dem 1. Oktober 1900 verlassen haben, nicht gewollt hat. Es würde deshalb auch meines Erachtens gegen den Grundgedanken von Treu und Glauben verstoßen, wollte die Berufsgenossenschaft lediglich deshalb die Zahlung ablehnen, weil die Versicherung nicht von einer deutschen Behörde im Ausland vollzogen ist. Die in dem Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamts vom 29. Juni 1893 (A. R. S. 210) und vom 5. Juli 1900 (A. R. 1901, S. 451/452) aufgestellten Grundsätze sind also für den angenommenen Fall zu modifizieren, ebenso wie man den deutschen Konsularbehörden zweifelsohne nicht die Berechtigung absprechen kann, früheren Deutschen in diesem Falle eine Lebensversicherung auszustellen. Läßt doch auch die Antwort des Reichs-Versicherungsamts diese Möglichkeit zu, insofern die deutschen Konsulate doch nur grundsätzlich allein zugunsten von Reichsangehörigen Versicherungen ausstellen dürften.

Die Gründe nun, aus denen es sich für die Berufsgenossenschaft empfehlen dürfte, Anträge auf Kapitalabfindung früherer Inländer zurückzuweisen, können die verschiedenartigsten sein. Jedenfalls ist nach § 95 Abs. 1 und 2 G. U. V. G. die Abfindung ins freie Ermessen der Berufsgenossenschaften gestellt. Der genannte Paragraph kann aber meines Erachtens überhaupt auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Denn Abs. 1 kann nicht in Frage kommen, da der Rentenempfänger nicht mehr Inländer ist. Aus dem Wortlaut des Abs. 2 aber folgt, daß der Gesetzgeber eine Kapitalabfindung nur für die Fälle gestatten wollte, in denen ein Ausländer seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt (nicht: aufgegeben hat). Es werden also diejenigen Fälle ausgeschlossen, in denen die jetzigen Ausländer sich bereits seit Jahren nicht mehr im deutschen Reichsgebiet aufhalten. Solche Personen, deren Rente doch nach § 94 ruht, sollen nun nicht plötzlich mit dem Antrage auf Kapitalabfindung hervortreten können. Deshalb spricht der § 95 Abs. 2 ausdrücklich von Ausländern, die ihren Wohnsitz aufgeben (Präzens!). Dies ist aber nicht der Fall, wenn ein Inländer seine Reichsangehörigkeit infolge Zeitablaufs verliert. Den Berufsgenossenschaften fehlt also überhaupt die materielle Befugnis, dem Antrage auf Kapitalabfindung eines früheren Inländers stattzugeben. Sie können also nicht allein solche Anträge ablehnen, sondern sie müssen es sogar.

Zum Schlusse will ich noch die Stellungnahme des Entwurfs einer Reichsversicherungssordnung zu unseren Fragen kurz berühren. Der Entwurf geht ebenso wie das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz von dem Grundsatz aus, daß Inländer und Ausländer hinsichtlich der Entschädigungspflicht seitens der Berufsgenossenschaften prinzipiell gleich behandelt werden. Deshalb soll auch der Ausländer hinsichtlich der Verpflichtung zur Mitteilung seines Aufenthalts usw. keinen anderen Vorschriften als der Inländer unterliegen. Der § 632 des Entwurfs spricht unter Ziffer 2 ganz allgemein von „Berechtigten“, die sich im Ausland aufhalten. Die Rente soll also nach der ursprünglichen Fassung des Entwurfs nicht mehr aus dem Grunde allein ruhen, weil der Ausländer sich nicht mehr im Inland aufhält. Demgegenüber hat die Reichstagskommission die Bestimmung des § 94 Ziffer 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes wiederhergestellt und als Ziffer 3 dem § 632 des Entwurfs eingefügt, und damit würde, falls der Entwurf in der Fassung der Kommission Gesetz werden sollte, die Frage der Reichsangehörigkeit des Rentenberechtigten nach wie vor zu prüfen sein. Bezüglich der Kapitalabfindung normiert der Entwurf im § 634, daß ein Ausländer, der im Deutschen Reiche keinen Wohnsitz hat, mit einem entsprechenden Kapital abgefunden werden kann. Die Abfindung ist also auch hier in das Belieben der Berufsgenossenschaft gestellt. Nach dem Entwurfe würde also auch der Berechtigte, der seiner Inländereigenschaft verlustig gegangen ist, abgefunden werden können. Jedoch beträgt die Abfindung nicht mehr, wie nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetze, den dreifachen Betrag der Jahresrente, sondern die Kapitalzahlung muß grundsätzlich der Rentenzahlung gleichwertig sein (siehe die ausführliche Begründung in den Motiven zum Entwurfe S. 301, 307). Ein Antrag des Rentenempfängers ist nicht mehr erforderlich. Die Kommission hat es bei der Fassung des § 634 belassen, soweit aus den kurzen Berichten ersichtlich ist; nur ist zur Erläuterung hinzugefügt worden, daß „bei der Kapitalabfindung der Zinsfuß und die Sterblichkeit mitzuberechnen“ sind.

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte *).

1.

Von Alfred Roth, Hamburg.

Der jetzt veröffentlichte Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte bietet ohne Zweifel eine gute und brauchbare Grundlage für die Beratungen des Reichstags. Wenn der Entwurf auch nicht in allen seinen Teilen den an manchen Stellen gehegten Erwartungen entspricht, so muß doch dankbar anerkannt werden, daß seine Verfasser sich geradezu ängstlich bemüht haben, die vielfachen Schwierigkeiten, die sich ihnen dabei in den Weg stellten, zu überwinden. Insbesondere die dem Hauptausschusse für die Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten angeschlossenen Verbände können in der Hauptsache mit diesem vorläufigen Erfolge ihrer langjährigen und zähen Arbeit durchaus zufrieden sein. Wer diese Arbeit in allen Phasen mitgemacht hat, der allein kann eigentlich ermessen, welche Früchte das Hand-in-Hand-arbeiten des Hauptausschusses und seiner Siebenerkommission mit dem Reichsamte des Innern gezeitigt hat. Sie sind, wie gesagt, nicht gering anzuschlagen.

Es ist keine Frage des Grundgesetzes, ob man den Kreis der Pflichtversicherten über den im Entwurfe vorgesehenen Rahmen hinaus ausdehnen soll. Kamentlich unter Berücksichtigung seiner Begründung wird man die Abgrenzung des Versichertenkreises im Geleise als den Wünschen der Angestellten nahezu reiflos entsprechend kennzeichnen dürfen. Ob es zweckmäßig ist, darüber hinaus früher dazu geäußerte Wünsche zu wiederholen, müssen die kommenden Beratungen im Hauptausschusse ergeben. Dagegen erscheint es notwendig, die Aufhebung der Gehaltsgrenze von 5000 M. auch weiter zu fordern. Zum mindesten muß diese Forderung für eine Übergangszeit — vielleicht zehn Jahre — verlangt werden, da es nicht einzusehen ist, weshalb man Angestellte, die heute etwas mehr als 5000 M. Gehalt beziehen, dafür büßen lassen soll, daß der Gesetzentwurf nicht schon einige Jahre früher erschienen ist. Solche Angestellte würden heute dann die Möglichkeit haben, ihre Versicherung fortzusetzen, sie wären lediglich aus der Versicherungsliste herausgewaschen. Aber gerade auch solche älteren Angestellten haben mit besonderem Eifer für das Zustandekommen des Gesetzes gearbeitet. Sie wären enttäuscht, wenn man sie endgültig von dem Genuße seiner Wirkungen ausschließen wollte. Das kann und muß vermieden werden.

Eine Kritik der Leistungen der Versicherung setzt den Willen voraus, gleichzeitig mit ihrer Verbesserung eine Erhöhung der Beiträge durchzuführen. Das aber wird man nicht allgemein wollen. Leider ist ja von einem Teile der Privatangestellten gerade nach dieser Richtung eine wenig einsichtige Agitation im Verlaufe der letzten Jahre getrieben worden. Man hat den Angestellten grauslich gemacht mit den „hohen“ Beiträgen, die für sie namentlich in den unteren und mittleren Gehaltsklassen unerschwinglich wären. Das rächt sich jetzt. Der Gesetzentwurf sieht eine immerhin erhebliche Abstufung der Beitragsleistung nach unten vor, die in den verschiedenen Gehaltsklassen so wirkt: Es beträgt der zu leistende Beitrag in der Gehaltsklasse

A mit durchschnittlich	85 M. Monatseinkommen	4,57 0/0
B -	60 -	5,35 0/0
C -	85 -	5,85 0/0
D -	110 -	6,18 0/0
E -	145 -	6,48 0/0
F -	190 -	6,95 0/0
G -	280 -	7,32 0/0
H -	290 -	6,90 0/0
I -	875 -	7,18 0/0

des Durchschnittsgehalts. Diese Beitragsabstufung entspricht ja einem Wunsche des Hauptausschusses, doch dürfte das Zurückbleiben unter dem vom Hauptausschusse vorgeschlagenen Beitragslage von durchschnittlich 8 1/2 und 10 1/2 einschließlich des Beitrages zur Invalidenversicherung eine Konzession an die Arbeitgeber darstellen. Diese niederen Beitragsätze bedingen natürlich auch erheblich geringere Versicherungsleistungen, als man sie erhoffte. Es wird da sehr wohl zu überlegen sein, ob man nicht noch etwas höher gehen kann. So befinden sich z. B. die Handlungsgehilfen in den Gehaltsstufen A bis E eigentlich nur in einem Durchgangsstadium

*) Um den Plan der Angestelltenversicherung tunlichst von allen Seiten zu beleuchten, haben wir Vertreter der verschiedenen Richtungen und Gruppen gebeten, sich in diesen Blättern über den Entwurf zu äußern.
Die Redaktion der „Sozialen Praxis“.

in ihrer Gehaltsentwicklung, denn ihr Einkommen steigert sich nach den Ergebnissen einer Erhebung des Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Berbandes mit zunehmendem Lebensalter. Zudem aber kann ein lediger Handlungsgehilfe, der ein Monatsgehalt von 125 bis 170 M verdient, davon gut und gern einen höheren Beitrag entrichten. Es ist doch gewiß sozial gedacht, gerade die jugendlichen Elemente zu einer größeren Sparsamkeit zu zwingen, die ihnen dann im Alter oder beim Eintritte der Invalidität in Gestalt höherer Rentenansprüche ihre Früchte bringt. Die Tendenz des Entwurfes scheint in dieser Beziehung eine umgekehrte Sozialpolitik zu verfolgen, indem verheiratete Angestellte, die eine Familie zu ernähren haben, am höchsten belastet werden.

Die vorgesehene Rückerstattung von Beiträgen im Falle des Ausscheidens aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ist abzulehnen. Damit würde die Erreichung des Versicherungszweckes in vielen Fällen aus ganz unüberlegten Ursachen gefährdet werden können. So z. B. könnte ein Handlungsgehilfe sich verleiten lassen, sich ohne genügende wirtschaftliche Fundierung selbständig zu machen. Er scheidet deshalb aus der Versicherungspflicht aus und erhebt den gesetzmäßigen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen. Die Herrlichkeit der Selbständigkeit ist aber häufig nur von kurzer Dauer. Dann ist der Erlaufmann wieder Handlungsgehilfe und versicherungspflichtig. Er muß mit der Beitragsleistung von vorne anfangen, während er ohne den Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen seine früher erworbenen Rechte fortsetzen könnte. Dieser Zustand ist aber in jedem Falle der erwünschte.

Nach der Begründung der Denkschrift sollen auch Zeiten der Stellenlosigkeit der Entrichtung von Beiträgen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft gleichgestellt werden. In dem Entwurfe selbst ist ja allerdings dafür die Nachzahlung der Beiträge oder die Entrichtung einer Anerkennungsgeldgebühr vorgesehen. Hier kämmt eine Lücke für alle die Angestellten, die innerhalb der ersten 60 Beitragsmonate stellenlos werden, da sie die Versicherung weder freiwillig fortsetzen können, noch auch sich durch die Zahlung einer Anerkennungsgeldgebühr ihre Rechte zu wahren vermögen. Dadurch können besonders jüngere Angestellte namentlich in Krisenzeiten benachteiligt werden. Hier muß also eine Ergänzung des Gesetzes erfolgen.

Die Bestimmungen über die Ersaklassen und die Erlebigung bestehender Versicherungsverträge wird man kaum anfechten wollen, es sei denn, man wollte den Privatversicherungen noch weiter entgegenkommen, als das ohnehin schon durch die Festlegung einer Gehaltsgrenze von 5000 M für die Versicherungspflicht geschehen ist. Dazu liegt aber gar kein Anlaß vor, und es wäre für den Bestand der Reichsversicherungsanstalt im höchsten Maße gefährlich, wie die Vorgänge in Österreich mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit bewiesen haben.

Die über die Organisation der Versicherung vorgesehenen Bestimmungen wird man als zweckentsprechend kennzeichnen dürfen. Es wird dadurch das Recht der Selbstverwaltung in weitgehendstem Maße gewährt. So sind insbesondere der Verwaltungsausschuß und die Vertrauensmänner Organe der Versicherten, die bei vorsichtiger und geschickter Auswahl der Personen einen sehr großen Einfluß auf die Entwicklung der Anstalt auszuüben vermögen. Die gerade in dieser Hinsicht hervortretenden Bedenken beruhen auf einer offenkundigen Verkennung der Tendenzen der Verwaltungsorganisation.

Bedenken sind dann noch gegen einzelne Bestimmungen über das Heilverfahren zu erheben. Hiernach soll der Reichsversicherungsanstalt ein Ersakanspruch wegen Einleitung des Heilverfahrens gegen die Träger der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung nicht zustehen, auch selbst wenn diese die Einleitung eines Heilverfahrens böswillig unterlassen haben. Das kann nicht angehen. Beide Versicherungsarten ergänzen sich, beide haben daher auch das gleiche Interesse an der Durchführung eines erfolgreichen Heilverfahrens. Deshalb muß das auch durch eine entsprechende Verteilung der Kosten zum Ausdruck gebracht werden, damit immerhin mögliche Fälle der absichtlichen Verzögerung bei der Einleitung des Heilverfahrens unterbunden werden.

Im großen und ganzen sind das die Hauptbedenken, die gegen den Gesetzentwurf geltend zu machen sind. Es steht zu hoffen, daß der Hauptausschuß rasch und einmütig seine Beschlüsse faßt, so daß Bundesrat und Reichstag bald an die Arbeit gehen können. Mögen deren Beratungen von dem seitherigen Wohlwollen getragen sein, damit die Verhandlungen einen raschen Fortgang nehmen können. Möchten sich insbesondere die Parteien des Reichstags einmütig darüber klar sein, daß eine Gefährdung des Gesetzentwurfs durch die Einbringung von Agitationsanträgen — etwa im

Sinblick auf die Neuwahlen — von den Privatangestellten nicht verstanden werde würde, da es ihnen zunächst darauf ankommen muß, das lang und heiß ersehnte Gesetz so schnell als möglich unter Dach und Fach zu bringen, zumal schon mancher Gesetzentwurf durch den Tagungsbeschluß des Reichstags auf Rimmerwiederkehr verschwendet ist. Möchte darum über der Erlebigung dieses Gesetzentwurfs überall ein freundlicher Stern wallen!

II.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.

Die Frage einer staatlichen Pensionsversicherung ist seit Jahren (auch in dieser Zeitschrift) so oft und ausführlich erörtert worden, daß der im Reichsanzeiger veröffentlichte Vorentwurf, der ja noch nicht der Vorschlag des Bundesrats an den Reichstag ist, nur einer kurzen Würdigung bedarf.

Prinzipiell baut der Entwurf sich auf den Grundlagen der sogenannten amtlichen Denkschrift von 1908 auf. Die Angestelltenklasse soll als ergänzende Zuschußklasse selbständig neben die allgemeine Reichsversicherung treten. Aber in den Leistungen bleibt sie erheblich hinter den Erwartungen zurück. Während die Denkschrift mit einer Prämie von durchschnittlich 8 % des Gehaltes rechnete, geht die jetzt vorgeschlagene nur in den oberen Gehaltsstufen bis 7 %, in den unteren sinkt sie bis auf 4 1/2 %, so daß sie dort zusammen mit den Beiträgen der allgemeinen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichs- Versicherungsordnung 6 bis 8 % ausmachen würde. Infolgedessen bleiben natürlich auch die Renten hinter den erwarteten Sägen um durchschnittlich ein Viertel zurück. Sie beginnen nicht mit 20 % des Einkommens nach zehn Barteijahren und steigen nicht in 40 Dienstjahren auf 50 %, sondern beginnen mit 10—18 % und steigen auf 25—45 %. Und da sie natürlich vom Durchschnittsgehalt berechnet werden, die ersten zehn Jahre mit geringem Einkommen doppelten Einfluß haben, so beträgt das Ruhegeld eines mit 50—60 Lebensjahren Pensionierten selten mehr als 15—30 % seines letzten Gehaltes, also bei weitem nicht die Hälfte dessen, was ein Staatsbeamter erhält.

Voraussetzung des Bezuges ist die Vollendung des 65. Lebensjahres oder „Berufsunfähigkeit“, besser Standesinvalidität genannt, das heißt die Unfähigkeit, durch standesgemäße Arbeit die Hälfte dessen zu erwerben, was gesunde Angestellte mit ähnlicher Vorbildung, Stellung und Tätigkeit zu verdienen pflegen.

Die Witwenrente von 40 % des Ruhegeldsanspruches, Waisenrente bis zum 18. Jahre von 8 % des Ruhegeldes für Halbwaife, 13 1/3 % für Vollwaife, Heilverfahren, Sonderrechte für weibliche Versicherte zur Ausgleichung des geringeren Hinterbliebenenrisikos entsprechen genau den Vorschlägen der Denkschrift von 1908.

Dagegen hat das Reichsamt seine Zusage bezüglich der Verwaltung gar nicht einhalten können. Man hatte den Angestellten ein einfaches Gesetz und weitgehende Selbstverwaltung in Aussicht gestellt. Statt dessen sind die 376 Paragraphen des Entwurfs vielmehr das Minutioseste, was wir an Gesetzen haben, und die Verwaltung ist rein bürokratisch. Obgleich das Reich keine Zuschüsse leistet, sondern alle Kosten (auch der Verwaltung) aus den zur Hälfte zwischen Angestellten und Unternehmern geteilten Beiträgen zu bestreiten sind, ist nicht einmal diejenige Selbständigkeit vorgeschlagen, die bei den Berufsagenoffenschaften besteht. Die Zentralverwaltung (Direktorium) besteht nur aus Reichsbeamten, die Mitwirkung der Interessenten in einem paritätischen Verwaltungsrate und einem Verwaltungsausschuß ist nur beaufsichtigend und gutachtend. Auch in den örtlichen Behörden, den Rentenausschüssen und den Spruchinstanzen, den Schiedsgerichten und dem Oberschiedsgerichte, führt ein Beamter den Vorsitz, und die Tätigkeit der Beisitzer geht nicht weiter als in der allgemeinen Reichsversicherung auch.

Der Organisationsvorschlag wird nicht nur von den Beteiligten, sondern auch von den Politikern lebhaft angefochten werden, weil auch die Volksvertretung von jedem Einflusse auf die Versicherungsanstalt ausgeschaltet werden soll. Der Sozialpolitiker wird außerdem bemängeln, daß hier eine Fülle von neuen Behörden augenscheinlich ohne jeden Zusammenhang mit der schon bestehenden Versicherungsorganisation geschaffen werden soll. Es soll nicht einmal das Reichsversicherungsamt oberste Instanz werden!

Damit ist schon auf den schwächsten Punkt des Entwurfs hingewiesen. Die einzige Beziehung zu der schon bestehenden Versicherung (der doch auch 1 1/2 Millionen Angestellter unterliegen) ist die Vorschrift, daß nicht zwei Heilverfahren eingeleitet werden können, und daß die Renten aus der Angestelltenversicherung gekürzt werden, wenn sie zusammen mit Bezügen aus der übrigen

Reichsversicherung drei Viertel des Durchschnittsgehaltes übersteigen.

Trotzdem bringt der Entwurf keine einheitliche Versicherung des ganzen Standes, sondern schließt eine Reihe von Berufen, wie Bureauangestellte bei Rechtsanwälten, Kassen, Vereinen, Hausbeamte, Krankenpfleger, Küster, Erbschneidner, Mediziner, Ärzte, Juristen u. dergl. aus.*) Ferner soll die Versicherungspflicht bei einem Einkommen von 5000 M. enden. Damit erhalten wir ein Durcheinander von einfacher, doppelter, freiwilliger oder Zwangsversicherung der Angestellten, das höchst unersreulich und auf die Dauer ganz unhaltbar ist. Mit der Gehaltsgrenze könnte man sich befremden, wenn sie nun auch in der Reichsversicherungsordnung von 2000 und 3000 M. auf 5000 M. heraufgesetzt würde, damit nicht in der allgemeinen Unfall- und Hinterbliebenenversicherung die höher gelohnten Angestellten durch Ausnutzung der freiwilligen Versicherung sich wertvolle Zuschüsse auf Kosten der Zwangsversicherung verschaffen können. Und auch die Ermäßigung der neuen Prämie von 8 auf 6 % würde ich begrüßen, wenn die fehlenden 1—3 % benutzt würden, um die Leistungen der allgemeinen Versicherung aufzubessern. Dazu ist die Möglichkeit gegeben bei Ersetzung der freiwilligen Versicherung durch die obligatorische. Und dieses Bestreben auf eine möglichst einheitliche, gute Versicherung ist das wichtigste Ziel vom Standpunkte allgemeiner Sozialpolitik.

Da der Reichstag vor den Neuwahlen steht, so wird, wenn überhaupt das Gesetz noch zustande kommen soll, eine rasche und energische Aktion nötig sein, die nur durch eine Verständigung der Parteien mit den Beteiligten und den Gesetzgebern möglich ist.

(Weitere Artikel folgen.)

Allgemeine Sozialpolitik.

Handwerks- und Kleinhandelsfragen.

Im Reichsamt des Innern wird am 3. März eine Konferenz von Vertretern des Deutschen Handelsrats, des Handwerks- und Gewerbelammertages, des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen, des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände der Deutschen Mittelstandsvereinsung sowie der verschiedenen bundesstaatlichen Regierungen zusammenzutreten, um über die alte Frage der rechtlichen Abgrenzung der Fabrikbetriebe gegen die Handwerksbetriebe und über die daraus sich ergebenden Berechtigungs- und Beitragsfragen zu beraten. Der Besprechung wird folgender Fragebogen zugrunde gelegt werden:

I. Abgrenzung von Fabrik und Handwerk. A. Heranziehung eines Betriebes sowohl zu den Beiträgen für die Organisationen des Handwerks wie zu den Beiträgen für die Handelskammern. — 1. In wie viel Fällen sind in den letzten drei Jahren Streitigkeiten wegen gleichzeitiger Heranziehung von Personen zu den Beiträgen der Handwerkskammern (§ 108a Abs. 1 der Gewerbeordnung) und der Handelskammern vorgekommen, und in wie vielen von diesen Fällen ist von verschiedenen Stellen endgültig verschieden entschieden? — 2. In wie vielen Fällen sind in den letzten drei Jahren von Gewerbetreibenden aus Anlaß der Heranziehung zu den Beiträgen der Innungsverbände Beschwerden mit der Begründung erhoben worden, daß der fragliche Betrieb als ein Handwerksbetrieb nicht anzusehen sei? (§§ 89 Abs. 4, 100c der Gewerbeordnung.) — 3. Ist das Bedürfnis anzuerkennen, daß eine einheitliche letzte Instanz geschaffen werde? — 4. Ist von der Einsetzung einer einheitlichen letzten Instanz eine Verminderung der unter 1 bezeichneten Streitigkeiten und der unter 2 genannten Beschwerden zu erwarten? — 5. Ist im Falle der Bejahung der Frage 3 diese Instanz als Reichs- oder Landesinstanz zu schaffen? — 6. Soll die Regelung, falls eine Landesinstanz geschaffen wird, durch Reichs- oder Landesgesetz erfolgen? — B. Ermöglichung der dauernden Heranziehung der größeren Handwerksbetriebe zu den Beiträgen für die Organisationen des Handwerks. — 1. Ist es richtig, daß die größeren Handwerksbetriebe sich mehr und mehr der Beitragspflicht zu den Handwerkskammern entziehen? — 2. Wie kann im Falle der Bejahung der Frage 1 diesem Übelstand abgeholfen werden? — 3. Wird hier namentlich die Schaffung einer einheitlichen Instanz dazu angetan sein, die Wünsche des Handwerks dauernd zu befriedigen?

II. Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk. 1. In welchem Umfange beschäftigt die Industrie Personen, die als Lehrlinge von dem Handwerk ausgebildet worden sind? — 2. Erscheint eine Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk, soweit ihr diese zugute kommt, gerechtfertigt? — 3. Nach welchem Maßstabe könnte eine solche Heranziehung vorgenommen werden?

*) Die Regierung soll den Einspruch dieser Gruppen behaupten. Mit dem Wortlaute des § 1 vertritt sich das aber nicht.

Endlich soll auf dieser Konferenz noch über Beibehaltung oder Beseitigung des § 100q RGO. (Festsetzung von Mindestpreisen durch die Innungen) gesprochen werden. Auf letzten Punkt legt insbesondere der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands Wert, wie aus einer Kundgebung, die der Ausschuß in seiner letzten Sitzung an seine Mitgliedsverbände erlassen hat, hervorgeht.

Der Zentralausschuß stellt sich einmütig auf den Standpunkt des Allgemeinen Deutschen Handwerker- und Innungstages in Berlin und des Handwerkskammertages in Stuttgart, indem sie die Aufhebung des § 100q verlangte. Er erstrebt damit also für die Innungen das Recht, Mindestpreise festzusetzen. Doch soll das natürlich nur ein Recht bleiben und nicht etwa eine Pflicht werden, so daß Innungen, die von der jetzt gewünschten Befugnis nicht Gebrauch machen wollen, völlig freie Hand haben sollen.

Ziel schwieriger als die Erledigung dieser nur theoretisch wichtigen, praktisch aber ziemlich harmlosen Frage, ob die Handwerksmeister sich von Innungen wegen (oder auf der Grundlage einer sonstigen Organisation) über Mindestpreise verständigen dürfen, wird sich die Erörterung der anderen Frage gestalten, wie man Fabriken und Handwerksbetriebe in der Verwaltungspraxis gesondert behandeln kann, eine Frage, die bei der Aufbringung der Kosten für die handwerksmäßige Lehrlingsausbildung von besonderer Bedeutung wird.

Im allgemeinen herrschen falsche Vorstellungen über die Heranziehung des gewerblichen Nachwuchses. Man übersieht stets, daß eine handwerkliche Ausbildung der Lehrlinge auch in den Fabriken, die ja ohne Handwerker und Handwerksarbeit überhaupt in vielen Industriezweigen gar nicht gedacht werden können, in großem Umfange erfolgt. Die ständige Vermischung von Handwerksarbeit und Handwerksbetrieb, die in der schiefer Gegenüberstellung von „Fabrik und Handwerk“ sich täglich wiederholt, hat zu der Verkennung der Sachlage bei der handwerklichen Ausbildung des Nachwuchses das Meiste beigetragen. Es ist darum nützlich, auf die Ergebnisse der amtlichen Erhebung des Preussischen Handelsministeriums in 8 Regierungsbezirken hinzuweisen, die den Anteil der Fabriken an der „Handwerkslehre“ ziffernmäßig belegen. Von etwa 114 000 gelernten Industriearbeitern, die man befragte, sind nach ihren Angaben nur etwa 10 v. H. in Handwerksbetrieben und 60 v. H. in Fabrikbetrieben ausgebildet worden. Wenn auch unter den sogenannten „gelernten“ Industriearbeitern manche nur eine spezialisierte Arbeiterausbildung und keine breite Vollausbildung in einem Handwerkszweige nach allen Richtungen erfahren haben mögen, so wird doch diese Einseitigkeit der Ausbildung bei manchen Fabriklehrlingen, die nebenher viel zu sehen bekommen, aufgewogen durch die Dürftigkeit der Ausbildungsgelegenheit in manchen kleinen Handwerksbetrieben, wo die Lehrlinge zwar an allem herumprobieren müssen, aber wenig vollkommen lernen. Man wird also mit dem obengenannten Zahlenverhältnis von 3 zu 2 zwischen den Gewerbelehrlingen der Fabriken und der Handwerksbetriebe als einem der Wirklichkeit ungefähr entsprechenden rechnen müssen, zumal da eine Reizung zu fortschreitender Verdrängung der Handwerksbetriebslehre durch die Fabriklehre beobachtet ist. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Leiter von technisch sehr hochstehenden Fabrikbetrieben mit vervollkommenen maschinellen Arbeitseinrichtungen oft die Lust zur Einstellung von Lehrlingen verlieren, da ihnen mannigfache Sonderrücksichten und Verpflichtungen daraus erwachsen, die bei einem Großbetriebe die Einseitigkeit und Überfülltheit stören. Die verhältnismäßige Abnahme der Lehrlinge im Handwerkskleinbetriebe und das Widerstreben der Fabrikbetriebe gegen Mehraufnahme von Lehrlingen sind aber sehr ernsthafte Erscheinungen, die bei der Frage der künftigen Heranziehung des gewerblichen Nachwuchses sorgsam ins Auge zu fassen sind.

Doch nicht nur Industrie und Handwerk haben ihre Schwierigkeiten mit der Lehrlingsfrage. Auch im Handelsgewerbe wird die zweckmäßige Heranziehung des Nachwuchses eine immer ernster Aufgabe. Darum ist es dankenswert, daß neuerdings der sogenannte Mittelstandsantrag der Zentrumsabgeordneten Trimborn und Dr. Hise wieder einmal die Aufmerksamkeit des preussischen Landtags auf diesen Punkt zu richten sucht. Der Antrag will die Staatsregierung unter Zuhilfenahme mit Vertretern des Kaufmannsstandes, insbesondere den Handelskammern, den Kaufmannsgerichten, Detailisten-Verbänden, Handlungsgehilfen-Organisationen, sowie unter Mitwirkung des Landesgewerbeamtes, zur Prüfung der folgenden Fragen veranlassen:

1. Erscheinen Maßnahmen angängig und zweckdienlich, die eine bessere Gewähr dafür schaffen, daß die im § 76 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches dem Lehrherrn bezüglich der Lehrlingsausbildung auferlegten Pflichten erfüllt werden, insbesondere a) ob es sich nicht empfiehlt,

eine Ergänzung der Gewerbeordnung dahin herbeizuführen, daß deren § 126 a auch für das Handelsgewerbe für anwendbar erklärt wird, und zwar unter besonderer Hervorhebung der Verpflichtung des Lehrherrn, für den regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule besorgt zu sein, ob nicht auch der § 126 b der Gewerbeordnung auf das Handelsgewerbe auszudehnen ist, b) ob die Bestimmung des § 128 in Verbindung mit § 139 b der Gewerbeordnung eine genügende Handhabe bietet, um der Lehrlingszucht im Handelsgewerbe zu begegnen oder ob nicht die Schaffung einer bezüglichen sachmännlichen Aufsichtsinanz vorzuziehen ist, c) ob es sich nicht empfiehlt, durch Gesetz die Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge nur solchen Personen (Geschäftsinhaber oder Beauftragter desselben § 76 Abs. 2 HGB.) zu gestatten, welche entweder selbst eine geordnete kaufmännische Lehre durchgemacht haben oder sonst ihre Befähigung zur Lehrlingsausbildung in näher zu bestimmender Art nachweisen, d) ob es nicht zweckmäßig erscheint, bei den Handelskammern Prüfungsausschüsse einzurichten, welche dem Lehrling die Möglichkeit bieten, sich nach Beendigung der Lehre einer Prüfung in den eigentlich kaufmännischen Fächern und in der Warenkunde eines bestimmten Geschäftszweiges zu unterziehen und sich ein bezügliches Zeugnis zu verschaffen;

2. ob auch für den Handelsstand ein Bedürfnis besteht, dem bereits selbständigen Kaufmann Gelegenheit zu bieten, in besonderen Kursen nach Art der für das Handwerk eingerichteten Meisterkurse seine Fachbildung zu ergänzen;

3. ob nicht durch staatliche Maßnahmen auf die weitere Errichtung paritätischer Stellennachweise für kaufmännisches Personal unter Mitwirkung der Handelskammern, der Gehilfenverbände und der Gemeinden, sowie auf eine Verbindung der Nachweise untereinander hingewirkt werden soll;

4. wie den kaufmännischen Angestellten eine Vertretung ihrer Standesinteressen ermöglicht werden soll;

5. ob besondere Maßnahmen angezeigt erscheinen, um die Tätigkeit des Landesgewerbebeamten auch auf die Förderung des kleinen und mittleren Kaufmannsstandes auszudehnen.

Dieser Antrag, der eine Beantwortung seiner Anregungen durch eine amtliche Denkschrift wünscht, zielt also hauptsächlich in der Richtung, den kleinen Befähigungsnachweis und Meisterkurse im Handelsgewerbe einzuführen, er legt auf die Ausbildungsfrage den stärksten Nachdruck. In zweiter Linie wendet sich der Antrag einer Verbesserung des kaufmännischen Stellenvermittlungswesens, das noch ganz gewerbmäßig von Vereinen und Privatpersonen betrieben wird, und der Frage der Arbeitskammern für Handelsangestellte zu.

Emil Muensterberg †. Nach kurzem, schwerem Leiden ist am 24. Januar Stabtrat Dr. E. Muensterberg in Berlin im Alter von 55 Jahren gestorben. An seinen Namen und an sein rastloses Wirken knüpft sich die Entwicklung der Armenfürsorge in den letzten 20 Jahren nicht nur an den Hauptstätten seiner Tätigkeit in Hamburg und Berlin, sondern in ganz Deutschland und weit darüber hinaus. Denn wie er die Erkenntnis des Armenwesens auf eine feste wissenschaftliche Grundlage gestellt hat, so hat er die praktische Armenpflege mit neuem Geiste erfüllt: die Sinkenden retten, die Gesunkenen heben, vorbeugen, verhüten, stärken zur Selbsthilfe, nur da, wo es nicht anders geht, unterstützen. So war seine Arbeit von sozialpolitischen Ideen getragen und auf sozialpolitische Ziele gerichtet. Der „Sozialen Praxis“ war er ein treuer Freund, und wenn er in den letzten Jahren seltener als früher in ihren Spalten seine Ansichten vertrat, so trug daran seine große Arbeitslast die Schuld. Noch vor wenigen Wochen stellte er uns einen Aufsatz über Fürsorgeerziehung in Aussicht: er ist nicht mehr dazu gekommen! Sein viel zu frühes Hinscheiden erweckt allgemeine Trauer, an der wir aufrichtig teilnehmen.

Soziale Zustände.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkte im Dezember 1910 hielt sich, dem „Reichs-Arbeitsblatt“ zufolge, wenigstens im ersten Teile des Monats im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonate, während, wie stets nach dem Weihnachtsfeste, in vielen Gewerben ein Rückgang zu beobachten war. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend, zum Teil weiter nach; auch die für das Weihnachtsfest arbeitenden Industrien wiesen naturgemäß einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkte hat die Besserung angehalten. Im Saarreviere war die Förderung größer als im Vormonate. Im ober-sächsischen Kohlenbergbau war die Beschäftigung nach der Mehrzahl der Berichte ziemlich schwach. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war der Rohkohlenabsatz bis gegen Ende Dezember meist zufriedenstellend, das Bruttogeschäft dagegen schlecht. Der Beschäftigungsgrad in

der Metall- und Maschinenindustrie war befriedigend. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien zum größten Teile noch ungenügend beschäftigt; in der Tuchfabrikation ist der Geschäftsgang nur in einigen Gegenden befriedigend, zumeist aber recht ungünstig. Der Arbeitsmarkt im Bekleidungsgewerbe befriedigte. Gut beschäftigt waren die elektrische und die chemische Industrie. Auch die Lage des Kalimarktes wird günstig beurteilt. — Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad wie meist um diese Jahreszeit im Laufe des Dezembers nachgelassen, was in der Hauptsache auf das Baugewerbe und die für das Weihnachtsfest arbeitenden Industrien zurückzuführen ist. Es ergab sich am 1. Januar 1911 gegenüber dem 1. Dezember 1910 eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von insgesamt 159 650 (— 121 623 männliche, — 38 027 weibliche). Gegenüber dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrads der männlichen Personen 4 v. H., der weiblichen 5 v. H. — Aus den Arbeitsnachweisziffern läßt sich auf eine Besserung gegen das Vorjahr und auf eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegen den Vormonat schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Dezember 1910 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 218, bei den weiblichen 194 Arbeitsgesuche gegen 194 bzw. 119 im November 1910 und 269 bzw. 107 im Dezember 1909.

Die Überwachung ausländischer Arbeiter im Königreich Sachsen. Über die Wirksamkeit der vom Ministerium am 11. Dezember 1908 für ausländische Arbeiter polnischen und ruthenischen Stammes eingeführten Ausweispapiere teilt der Landesкултурrat folgendes mit:

Zahlreiche Fälle von Vertragsbruch zeigten, daß die Legitimationskarten im Jahre 1909 ihren Zweck noch nicht vollkommen erfüllt hatten. In manchen Fällen waren ausländische Arbeiter, ohne im Besitze einer vorgültigen (auf den jeweiligen Arbeitgeber lautenden) Legitimationskarte zu sein, unbedenklich angenommen und beschäftigt worden, ohne daß hiergegen die Behörden einschritten. In den meisten Fällen war die Verfolgung der vertragsbrüchigen Arbeiter ergebnislos, weil der Aufenthalt nicht festgestellt werden konnte, obgleich mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen war, daß sich die entlassenen Arbeiter noch in Sachsen befanden. Dies lasse darauf schließen, daß ein großer Teil der Arbeitgeber die von der Regierung angeordneten Maßnahmen nicht genügend unterstützt hätte, sowie daß die behördliche Kontrolle noch nicht ausreichend war. Der Landesкултурrat hat deshalb das Ministerium ersucht, folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Verbot der Einstellung von ausländischen Arbeitern, die nicht im Besitze einer ordnungsmäßig ausgestellten Legitimationskarte sind.
2. Androhung der Bestrafung solcher Arbeitgeber, die den Bestimmungen über die Legitimierung zuwiderhandeln und Bestrafung, falls die Strafandrohung erfolglos gewesen ist.

3. Durchführung einer regelmäßigen Kontrolle der ausländischen Arbeiter.

4. Einführung bzw. strengere Durchführung des Anmeldezwanges bei der Zuzugstellung oder Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Verpflichtung der Guts- und Gemeindevorsteher zur Einreichung von Listen bei der zuständigen Amtshauptmannschaft über die in ihrem Bezirke beschäftigten Ausländer.

Das Ministerium hat auf Drängen des Landesкултурrats die Verordnung von 1908 durch eine neue Verordnung vom 16. Februar 1910 ergänzt, gleichzeitig aber erklärt, daß zurzeit Bedenken getragen werden, noch weitergehende Vorschriften zu erlassen. Nach der neuen Verordnung sollen z. B. die Polizeibehörden die Meldungen von Vertragsbrüchen an das Gendarmerieblatt tunlichst beschleunigen. Die Ausweisungen sollen nur für das laufende Kalenderjahr erfolgen. Zur Erleichterung der polizeilichen Aufsicht über die ausländischen Arbeiter werden die Legitimierungsstellen den Amtshauptmannschaften und Stadtverwaltungen über die Anzahl der für ihren Bezirk legitimierten Arbeiter und die Namen der Arbeitgeber wöchentlich Mitteilung machen. Die Polizeibehörden werden angewiesen, fortlaufend und bei jeder geeigneten Gelegenheit zu kontrollieren. Mit Wirksamkeit vom 20. September 1910 ist die Verpflichtung zur Führung von Legitimationskarten auf alle reichsausländischen Arbeiter ausgedehnt worden.

Die Beschaffung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter durch den Arbeitsnachweis des sächsischen Landesкултурrats hat im Jahre 1910 wiederum an Umfang zugenommen. Bis Ende Oktober wurden 1878 Arbeiter durch 240 Auftraggeber bestellt und 1796 an 220 Auftraggeber vermittelt.

Ein Stichtzähler für Musterzeichner in Stickerien ist von Robert in St. Fiden (Schweiz) erfunden worden. Diese selbsttätig arbeitende Zählvorrichtung verdient wegen ihrer Eigenschaft, die Arbeits-

menge der Musterzeichner genau zu messen, auch sozialpolitische Beachtung. Das „St. G. Tageblatt“ schreibt über das Maßwerkzeug: Wir haben es, äußerlich gesehen, mit einem Reiß- und Schreibfederhalter für Vergrößerer zu tun. Im Hohlraum des Schaftes liegt der genau gearbeitete Mechanismus, der die Zählung der Stiche während des Zeichnens befragt, und zwar soll das in unbedingt zuverlässiger Weise geschehen. Nachzähler, wie wir sie heute noch haben müssen, werden überflüssig. Das Zählergebnis kann jederzeit an der oberen Hälfte des Schaftes abgelesen werden. Durch einen Fingerdruck kann die Zählung beliebig ausgeschaltet werden. Die Erfindung ist eingerichtet für eine gewöhnliche Feder wie für eine Reißfeder sowie auch für einen bloßen Farbenstift. Nicht bloß für Vergrößerer dürfte die Neuerung begrüßenswert sein, sondern auch für die Parentkontrolle zum Anzeichnen und gleichmäßigen Zählen der Nachschichtstellen. Der Apparat zählt bis auf 999 und fängt dann wieder mit 0 an, kann aber jederzeit ohne weiteres auch auf 0 zurückgestellt werden.

Rechtspflege.

Das Münchener Jugendgericht im Jahre 1910. Nach dem Bericht des Jugendstaatsanwalts Rupprecht im Münchener Jugendfürsorgeausschuß sind 1910 über 50 Jugendliche weniger vor das Jugendgericht gestellt und verurteilt worden als 1909: 458 Verurteilte gegenüber 403 im Jahre 1910.

Insgesamt kamen 442 Jugendliche (1909:507) zur gerichtlichen Aburteilung; freigesprochen wurden 8 (14) mangels Einisch, 81 mangels genügenden Beweises. Diebstahl bildete in 210 (203) Fällen die Straftat; Bettel in 28, Gewerksunzucht in 18 Fällen. 198 Knaben standen 105 Mädchen gegenüber. Die konfessionelle Zugehörigkeit entspricht ungefähr der konfessionellen Mischung der Bevölkerung. Ehelich geboren waren 852 (885), unehelich geboren 51 (78) verurteilte Jugendliche. — Die Straffälligkeit steigt mit dem zunehmenden Alter: 12 Jahre alt waren 10 (19), 13 Jahre alt 20 (7), 14 Jahre alt 46 (44), 15 Jahre alt 78 (87), 16 Jahre alt 114 (121) und 17 Jahre alt 140 (160). Eine große Anzahl der Jugendlichen erwies sich als schon bestraft; 154 (174) gegen 249 (285) nicht bestraft. Diese Vorbestrafungen waren meist geringfügiger Art; von den wegen Diebstahls im Jahre 1910 zur Aburteilung gelangten 210 Jugendlichen waren nur 89 wegen Diebstahls schon bestraft, 171 waren noch unbefragt. — In 198 Fällen sprach sich das Gericht für Bewährung aus, in 71 dagegen. 164 Jugendliche wurden bedingt begnadigt; in 49 Fällen wurde die bewilligte Bewährung wegen schlechter Führung widerrufen.

Infolge der unermüdblichen Aufklärungsarbeit ist die Zahl der tätig mitwirkenden Jugendfürsorger und Jugendgerichtshelfer im Jahre 1910 ganz beträchtlich gestiegen; es war hierdurch möglich, für 268 abgestrafte Jugendliche Fürsorgemaßregeln einzuleiten und durchzuführen und gerade diese wichtigste und bedeutungsvollste Tätigkeit des Jugendgerichts umfassend und energisch zu gestalten. Der Berichterstatter bemerkt hierzu, daß diese erfreuliche Wehrung fürsorglicher Maßnahmen insbesondere auch der verständnisvollen Mitarbeit des Münchener Jugendfürsorgeverbandes und der gerade in München opferfreudigen Anteilnahme der Frauen aller Stände und Berufsclassen zu verdanken ist.

Ungültiges Polizeiverbot der Beschäftigung minderjähriger Kellnerinnen. Die pommerle Stadt Rummelsburg bestimmt in einer Polizeiverordnung: „Minderjährige Personen dürfen als Kellnerinnen nicht dienen, wenn sie nicht die Bescheinigung ihres gesetzlichen Vertreters oder Vormundes besitzen.“ Eine wegen Übertretung der Bestimmung angeklagte Schankwirtin wurde von der Strafkammer in Stolp zunächst aus dem Grunde freigesprochen, weil die beschäftigte Minderjährige hauptsächlich Stütze für den Haushalt gewesen sei, wenn sie auch nebenbei Gäste bedient und dann Trinkgelder erhalten habe. Der Staatsanwalt aber, der das Mädchen als Kellnerin angesehen wissen wollte, legte Revision ein. Das Kammergericht hob in der Tat auch das Urteil der Strafkammer auf, allerdings aus ganz anderen Gründen, als der Staatsanwalt vorbrachte, und wies die Sache an die Strafkammer zur weiteren Nachprüfung des Tatbestandes zurück. Der Strafsehat des Kammergerichts erklärte nämlich das angeführte Verbot der Polizeiverordnung für rechtungültig, weil es gegen die Gewerbeordnung verstoße. Die Befugnis zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes begreife nach § 41 G.D. das Recht in sich, in beliebiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art und Lehrlinge anzunehmen. § 41 sage ferner, daß in der Wahl des Arbeitspersonals und Hilfspersonals keine anderen Beschränkungen stattfinden, als die durch das gegenwärtige Gesetz festgestellten. Die Frage, wann Minderjährige zum Gewerbe genommen werden dürfen, ist dann anderweitig geordnet. Nun könne eine Polizeiverordnung die Gewerbeordnung nicht irgendwie abändern oder einschränken. Daraus folge die Ungültigkeit des

§ 2 der Polizeiverordnung. Gegen deren Gültigkeit sprächen unter anderem auch die Bestimmungen über das Arbeitsbuch. Ferner beweiße das Kinderschutzgesetz, daß der Schutz Minderjähriger gegen Gesundheits- und sittliche Gefahren durch Reichsrecht geregelt werden sollen. Wegen Ungültigkeit könne also § 2 der Polizeiverordnung hier überhaupt nicht angewendet werden. Gleichwohl verpflichtete das Kammergericht dem freisprechenden Erkenntnis des Landgerichts nicht ohne weiteres bei, weil nämlich möglicherweise die gesetzlichen Vorschriften über das Arbeitsbuch bei dem minderjährigen Mädchen verletzt seien. Falls nämlich die Kellnerinnen-tätigkeit überwiege, so sei das Mädchen als gewerbliche Arbeiterin zu betrachten und hätte ein Arbeitsbuch haben müssen. Deshalb wurde die Sache an das Landgericht zurückverwiesen.

Die Einführung von Formvorschriften für Aufstellungsvertrag und Kündigung wünscht ein Antrag der „Freien Vereinigung der Kaufmannsgerichtsbeisitzer von Berlin und Umgegend (Handlungsgehilfen)“, mit dem sich der Ausschuß des Kaufmannsgerichts Berlin am 9. November 1910 beschäftigte. Zur Begründung wurde geltend gemacht:

Die Form der Anstellungsverträge sei heute so verknäult und paragrafenreich, daß es dem Handlungsgehilfen nicht möglich sei, sie bei einmaligem Durchlesen sofort in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen. Es müsse daher gefordert werden, daß ein Exemplar des Vertrages dem Gehilfen übergeben werde, damit er vor Abschluß des Vertrages sich genau informieren und außerdem jederzeit nachprüfen könne, was er unterschrieben habe. Die Schriftform der Kündigung sei nötig, weil die mündliche Form häufig zu Mißverständnissen führe und ein großer Teil der Streitigkeiten sich um die Gültigkeit der Kündigung drehe.

Der Vorschlag, daß die Bestimmung:

Sofern schriftliche Vereinbarungen über das Anstellungsverhältnis getroffen werden, ist dem Handlungsgehilfen vor dem Abschluß eine Abschrift mit ausreichender Frist zur Kenntnisnahme auszuhändigen.

im Handelsgesetzbuch aufgenommen werde, wurde einstimmig angenommen. Für die Bestimmung, daß eine Kündigung des Dienstverhältnisses schriftlich in unzweideutiger Form erfolgen müsse, mißbilligte sie unwirksam sei, stimmte ein Kaufmann und acht Handlungsgehilfen, dagegen sieben Kaufleute.

Unfall beim Aufspringen auf den elektrischen Straßenbahnwagen — Betriebsunfall. Das Reichsverkehrsamt hat in einer Entscheidung vom 24. September 1909 ausgeführt, daß in Übereinstimmung mit der Rekursentscheidung 2039 das Verlassen eines zur Zurücklegung eines Betriebswegs benutzten Wagens einer elektrischen Straßenbahn durch Abpringen während voller Fahrt als eine nicht ordnungsmäßige Benutzung eines an sich zulässigen Beförderungsmittels anzusehen und deshalb für geeignet zu erachten sei, den Zusammenhang mit dem Betriebe zu lösen. Unter sonst gleichen Umständen würde das Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen ebenso zu beurteilen sein. Es heißt dann im Urteile weiter:

Im vorliegenden Falle ist aber zu berücksichtigen, daß der Verstorbenen am Unfalltage im Betriebsinteresse zu besonderer Eile genötigt war und von der in seiner Abwesenheit erfolgten Verlegung der an der Unfallstelle früher bestandenen Straßenbahnhaltestelle wohl noch keine Kenntnis hatte. Vor allem aber kommt in Betracht, daß der Fahrer des Straßenbahnwagens gebremst hat, um die Fahrt zu verlangsamen und dem Verstorbenen das Aussteigen zu erleichtern. Ein Aufspringen auf den Wagen in voller Fahrt hat also nicht stattgefunden und deshalb ist unter den obwaltenden Umständen bei der unfallbringenden Tätigkeit eine Lösung des Zusammenhangs mit dem Betriebe nicht anzunehmen und der Unfall dem Betriebe zuzurechnen.

Dieses Urteil ist ein neuer Beweis dafür, wie das Reichsverkehrsamt in jedem einzelnen Falle die besonderen Tatumsstände eingehend untersucht und die Vorkommnisse und Bedürfnisse des praktischen Lebens in sozialem Geiste würdigt.

Ein dreieinhalbjähriger Kampf um die Hinterbliebenenrente, den das „Hamburger Echo“ (Nr. 20 vom 24. Januar 1911) schildert, zeigt wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, wo eine wirkliche Verbesserung der Unfallversicherung ansetzen muß. Der Hergang ist kurz folgender:

Ein landwirtschaftlicher fogen. Haushalter war beim Milchtragen auf dem glatten Boden des Kuhstalls zu Fall gekommen und mit der linken Seite auf den eisenbeschlagenen Kübel aufschlagend hingestürzt. Der zugezogene Arzt stellte zunächst „starke Kontusion am linken Oberschenkel“, drei Tage später „Armrose“, wieder drei Tage später „Wundrose, Lungeneizündung und Gelenkrheumatismus“ fest, worauf der Verletzte auf einem offenen Wagen in das benachbarte Krankenhaus geschafft und dort an „akutem Gelenkrheumatismus“ behandelt wurde. Am 12. Tage nach dem Unfall starb der bis dahin völlig gesunde

Mann. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe ab, das Schiedsgericht ebenfalls, besonders weil der einzige Augenzeuge des Unfalls, ein Kuhfütterer, der dritten Personen und auch dem Gutsbesitzer unmittelbar nach dem Unfall denselben ausführlich geschildert hatte, bei seiner verantwortlichen Vernehmung erklärte, er habe nichts gesehen. Das Reichsversicherungsamt wies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Schiedsgericht zurück, das den behandelnden Arzt und den Leiter des Krankenhauses vernahm. Der erstere kam in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß alle Krankheitserscheinungen auf den Unfall zurückzuführen seien, während der letztere dies verneinte: wenn der Verstorbene vor der Aufnahme ins Krankenhaus einen Unfall erlitten habe, müsse derselbe geringfügig gewesen sein und stehe mit dem tödlichen Ausgang der Krankheit: akutem Gelenkrheumatismus, in keinem Zusammenhange; der Verstorbene habe auch von einem Unfall absolut nichts erwähnt. Obwohl die Witwe darauf hinwies, daß ihr Mann dem Arzte nur deshalb nichts von seinem Unfall erzählt habe, weil er angenommen hätte, der Arzt sei hiervon unterrichtet — der Krankenschwester hatte er davon erzählt — und weiter darget, daß das Gutachten des Krankenhausarztes immer von einer Erkrankung des rechten Armes, der rechten Seite usw. sprach, während die linke Seite behandelt worden war, wies das Schiedsgericht den Anspruch abermals zurück. Es mußte also abermals Refus beim Reichsversicherungsamt eingelegt werden. In der Begründung konnte u. a. darauf Bezug genommen werden, daß zu den Zeugenvernehmungen weder die Witwe noch ihr Vertreter hinzugezogen worden waren, ja, es waren ihr die Zeugenaussagen nicht einmal in Abschrift mitgeteilt worden. Außer dem eingehenden Gutachten eines unbeteiligten Arztes, das den Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode für sehr wohl möglich erklärte, wurden die eidesstattlichen Aussagen von uninteressierten Leuten beigelegt, denen der Kuhfütterer den Unfall und seine sonstigen Wahrnehmungen mitgeteilt hatte. Das Reichsversicherungsamt ordnete neue Zeugenvernehmungen an und holte ein Obergutachten ein, das ebenfalls zu dem Schluß kam, daß der Tod eine Folge des Unfalls gewesen sei. Am 15. März 1910, also beinahe drei Jahre nach dem Tode des Verletzten, sprach das Reichsversicherungsamt der Witwe und den vier Kindern die Rente zu. — Die Berufsgenossenschaft legte nun bei der Berechnung der Rente nur den Jahresverdienst gewöhnlicher ländlicher Arbeiter zugrunde, obwohl in dem mit der Gutsbesitzerfamilie schriftlich abgeschlossenen Dienstvertrag ein Lohn von etwa 1800 „ (inklusive aller Nebeneinnahmen) vereinbart worden war bei Stellung einer Kaution von 200 „. Es war also wiederum eine Vorleistung bei der Berufsgenossenschaft nötig, und nunmehr wurde die Rente auf insgesamt 765 „ gegenüber 300 „ im ersten Rentenbescheide festgesetzt, nachdem das Verfahren fast 3 1/2 Jahre gedauert hatte.

Das Lübecker Arbeiterssekretariat, das diese Sache geführt hat, hat hierzu nicht weniger als 64 Schriftsätze und Briefe angefertigt. — Welche Fülle von Arbeit, aber auch welche Aufregungen, welche Verbitterung hätten erspart werden können, wenn der Unfall alsbald nach seinem Eintritt untersucht worden wäre!

Streiks und Aussperrungen.

Arbeitskampf und Schadensersatzklage. Die Waffenfabrik Karl Kaiser u. Co., Solingen, über deren Betrieb die gesamte Raffenbranche, die im Industriearbeiterverband organisiert ist, wegen Verletzung des Preisverzeichnisses (Tarif) den Ausstand verhängt hat, bestreitet nicht nur die Berechtigung dieses Vorgehens, sondern macht den Industriearbeiterverband und seine Führer auf dem Wege der Zivilklage für den Ausstandsbeschluß der Arbeiter genannter Branche verantwortlich. Die Firma verlangt beim Gericht Ersatz des Schadens, der bisher durch die Arbeitsniederlegung entstanden ist und noch entstehen wird, und fordert weiter vom Gericht, dem Industriearbeiterverband aufzugeben, jede Einwirkung auf die Arbeitswilligen zu unterlassen. Ferner hat die Firma dem Verband mitgeteilt, daß sie, wenn der Ausstand nicht bis zu einem bestimmten Tage rückgängig gemacht werde, dem Verband in rechtsverbindlicher Form ihren gesamten Betrieb zur Verfügung stellen und den Wert gegen die Kasse des Verbandes einlagern werde. Die eigenartige Erklärung, das in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern ein seltener Vorgang ist, hat folgenden Wortlaut:

„Sofort die Streiterklärung bis zum 10. Januar nicht zurückgezogen ist, stelle ich meinen gesamten Betrieb mit allem, was dazu gehört, zu Ihrer Verfügung und werde das Objekt von 143 000 „ inkl. Ansprüchen Dritter und unter Einwirkung etwaiger Ansprüche von mir selbst sowohl gegen die Kasse des Industriearbeiterverbandes wie auch der verantwortlichen Mitglieder ohne weiteres einlagern. Es wird den verantwortlichen Persönlichkeiten diese obige Mitteilung in rechtsverbindlicher Form demnächst noch wiederholt werden.“

Eine Versammlung der Arbeiter der Waffenbranche, die sich mit diesem Schreiben der bestreikten Firma befaßte, beschloß einstimmig, den Streik fortzusetzen. In der Versammlung wurde zum

Ausdruck gebracht, daß, selbst wenn das Gericht den Industriearbeiterverband verurteilen würde, man die Arbeiter der Waffenbranche doch nicht zwingen könne, für die Firma Kaiser u. Co. zu arbeiten.

Ein Streik Wiener Theaterarbeiter ist Mitte Januar ausgedbrochen; mit dem im Dezember 1910 sich abspielenden Christenstreik der Hofoper (Sp. 345) besteht kein innerer Zusammenhang nicht. Es handelt sich hier nicht um Lohnforderungen, sondern um die Anerkennung der „Union der Bühnenpersonale“ als gleichberechtigt neben dem „Musikerverband“. Diese beiden Organisationen umfassen die Musiker, und zwar die erstere außer ihnen auch noch die sonstigen Theaterangestellten, vor allem die Techniker. Der Direktorenverband hatte bisher von beiden Gruppen die Musiker entnommen, wollte aber in Zukunft nur noch den Musikerverband anerkennen und mit den Angehörigen der „Union“ keine Verträge mehr abschließen. Die Mitglieder des „Musikerverbandes“ erklärten, nicht mit anders Organisierten zusammenarbeiten zu wollen, und der „Bühnenverein“, die Schauspielerorganisation, trat dieser Erklärung bei. Darauf wurden an 3 Theatern die Bühnenarbeiter und Musiker, die der „Union“ angehörten, ausgesperrt, während an 3 weiteren Theatern, die ebenfalls die „Union“ nicht mehr anerkennen wollten, ein Streik begonnen wurde. Die „Union“ verlangte von dem Direktorenverband folgende Erklärung:

1. Die Direktion erklärt, die Union der Bühnenpersonale Österreichs samt ihren Sektionen: Musikern, Abteilungsvorständen und technischem Bühnenpersonal anzuerkennen.
2. Die Zentralstellenvermittlung des Verbandes der Sektion Musiker mindestens ebenso in Anspruch zu nehmen, wie bisher die Stellenvermittlung des Musikerverbandes in Anspruch genommen wurde.
3. Wegen dieser Forderungen kein Mitglied des Verbandes Union der Bühnenpersonale, Sektion Musiker — Abteilungsvorstände, technisches Bühnenpersonal — zu maßregeln oder zu entlassen.

Die Direktoren ließen sich aber nicht nur hierauf nicht ein, sondern gaben folgende Antwort:

„Der österreich-ungarische Musikerverband verpflichtet sich, bei Engagements auf Wunsch der betreffenden Direktion auch Mitglieder des Wiener Musikerverbandes, insoweit dieselben leistungsfähig sind und bisher in den betreffenden Theatern in Stellung waren, zu berücksichtigen und werden diese Engagements von Seite der Stellenvermittlung des österreich-ungarischen Musikerverbandes kostenlos durchgeführt.“

Der „Wiener Musikerverbund“ ist, wie hierzu bemerkt sei, in der „Union“ aufgegangen. Diese sagte die Antwort des Direktorenverbandes als Verhöhnung auf und hielt den Vorschlag, sich der Willkür des Musikerverbandes auszuliefern, für undiskutabel. Der Streik hat in den beteiligten Theatern ziemlich bedeutende Betriebsstörungen zur Folge gehabt; ein Direktor nahm infolgedessen die Vorschläge der „Union“ an, ein zweiter erklärte, er könne nur aus Solidaritätsgefühl nicht nachgeben. Das Publikum wurde während der Vorstellungen oft ungeduldig, da es die Wirkungen des Arbeitskampfes sehr unangenehm zu fühlen bekam (lange Pausen, weniger Dekorationswechsel — in einem Theater sogar zur Ausfüllung einer Pause zwölffache Wiederholung des musikalischen Zwischenspiels!). Die Freie Volksbühne sagte in den bestreikten Theatern in letzter Stunde ihre Aufführungen ab, da sie nicht mit Streikbrechern arbeiten wolle. Am 24. Januar traten der Musikerverband und Mitglieder des früheren Musikerverbandes in Verhandlungen, die von Friedensstimmung getragen waren. Daraufhin hielt die Union die Fortsetzung des Streiks im bisherigen Umfang nicht mehr für nötig und vielleicht sogar der Einigung unter den Musikern selbst für hinderlich und verhandelte für die in ihr vereinigten Bühnenarbeiter mit dem Direktorenverband. Nach langen Verhandlungen kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

1. Die beiden Musikerorganisationen — Musikerverband und Musikerverbund — treten in Verhandlungen, um die unter den Musikern schwebenden Differenzen untereinander auszugleichen.
2. Die Direktoren sind bereit, das Personal unter folgenden Bedingungen aufzunehmen: Es wird kein Arbeiter gemahregelt. Die Direktoren behalten sich das Recht vor, gegen zwei Leute die ihnen notwendig scheinenden Schritte zu ergreifen. Diese zwei Personen haben die Direktoren persönlich schmer beleidigt.
3. Die Arbeiter werden durch Einzelverträge aufgenommen. Die Bedingungen über Entlohnung und Arbeitszeit bleiben dieselben. Die Entwürfe zu diesen Einzelverträgen werden vom Gewerbeinspektor vidiert werden.
4. Bis zur Einhandigung gelten die Bedingungen des bis zum Streite bestandenen Kollektivvertrages.
5. Die Direktoren wollen durch Schaffung der Einzelverträge keine materielle Verschlechterung der Neuaufgenommenen eintreten lassen.

Die Verhandlungen zwischen den Musikern untereinander hatten den Erfolg, daß der frühere Musikerverbund der Österreichischen Musiker-

reinigung (Reichsverband) beitrifft, die nun zwei Ortsvereine in Wien hat, den Rüsterverband und den Rüstertubus. Neben Vereinbarungen über das Krankenlastenwesen wurde vor allem eine gemeinliche Stellenvermittlung geschaffen und damit der Ausgangspunkt des ganzen Streites beseitigt.

Der Fensterputzerstreik in Berlin ist durch Bewilligung der Forderungen der Streikenden (S. 533) beendet worden. Der Vertrag zwischen der „Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaserinnungsmeister E. O. m. b. H.“ und den Arbeitern hat folgenden Wortlaut:

Unter der Voraussetzung, daß die angebahnten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des Fensterreinigungsgewerbes von Berlin und Umgebung und dem Deutschen Transportarbeiterverband bezüglich Beschließung eines korporativen Lohnarbeits für die Arbeitnehmer zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Resultat führen sollten, beschließen die sich im Ausstand befindlichen Arbeitnehmer der Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaserinnungsmeister E. O. m. b. H.: Die Arbeit wird am Donnerstag, den 26. Januar 1911 unter der Bedingung aufgenommen, daß der Anfangslohn auf 25 M., und der Schichtlohn auf 29 M. festgesetzt wird. Desgleichen für die Anfänger pro Woche 24 M. Jeder Arbeiter erhält somit eine sofortige Lohnzulage von 8 M. die Woche. Die Arbeitnehmer behalten sich vor, falls der benachrichtigte korporative Lohnvertrag abgelehnt wird, erneut mit der Firma bezüglich Abschluß eines Tarifvertrages für die Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaserinnungsmeister in Verhandlung zu treten, jedoch bleibt die Lohnfrage unberührt. Die Fensterreinigungsanstalt Berliner Glaserinnungsmeister E. O. m. b. H. erklärt sich mit Vorliegendem ausdrücklich einverstanden.

Dem von beiden Seiten gewünschten Tarifvertrag soll also ausdrücklich mit diesem Waffenstillstandsabkommen nicht vorgegriffen werden.

Eine Aussperrung der Rüstler in Leipzig ist die Folge einer unbedeutenden Arbeitsstreitigkeit in Röttha bei Leipzig; hier war der Anlaß die Aussperrung dreier Mitglieder aus der Arbeiterorganisation gewesen, die als Angehörige einer überwiegend kleinbürgerlichen Schutzgenossenschaft für eine Berufszerklärung dieser Gesellschaft gegen eine Berufszerklärung der Gewerkschaft mitverantwortlich gemacht worden waren. Die Unternehmer forderten die Wiederaufnahme dieser ausgesperrten Mitglieder in die Gewerkschaft, da sie laut Tarifvertrag nur deren Mitglieder beschäftigen dürfen. Als die Gewerkschaft auf ihrem Ausschluß bestand, sperrten die Meister am 22. Dezember 1910 die Rüstler und Hilfsarbeiter in Röttha aus. Der Verband der Rauchwarenzurichtereien und Färbereibesitzer Deutschlands nahm diesen Vorgang zum Anlaß, im Januar die Aussperrung auf ganz Leipzig und Umgebung auszudehnen, so daß jetzt etwa 1600 Arbeiter betroffen sind.

Der Wiener Schneiderstreik ist nur noch auf dem kleinen Gebiete der Kinderkostümschneiderei nicht beendet; hier konnten sich Meister und Gehilfen nicht einigen, so daß die letzteren die Wiederaufnahme der Arbeit verweigern. Es handelt sich nur noch um etwa 220 Arbeiter, von denen sogar nur ein kleiner Teil organisiert ist. Ein Einigungsversuch der Gewerbeinspektion, welcher die Arbeitszeit um eine Stunde möglicherweise herabgesetzt wissen wollte, scheiterte am Widerstande der Meister. Die Streikenden brachten am 28. Januar ihre gute Stimmung durch einen — Ball zum Ausdruck; das bürgerliche Brauhaus in Rudweis spendete den Ausständigen — größtenteils Tschechen — Bier.

Der Lütticher Bergarbeiterstreik ist beendet. Die Zahl der Ausständigen sank, nachdem die Arbeiterorganisation ihren früheren Beschluß, in dem Brief des Arbeitsministers eine Garantie für die Beseitigung der Mißstände in der Arbeitszeit usw. zu erblicken, nochmals bestätigt hatte, rasch auf 15 000 herab; wenige Tage später streikten nur noch ein paar hundert Arbeiter, die gleichfalls jetzt wieder arbeiten.

Kein internationaler Seemannsstreik. Den Tartarennachrichten, die jüngst aus einer englischen Quelle durch die gesamte deutsche Presse gingen, daß nämlich im Frühjahr 1911 ein allgemeiner Seemannsstreik beginnen und damit einer geheimen internationalen Organisation binnen 24 Stunden die britischen, deutschen und amerikanischen Häfen stilllegen sollte, tritt der Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Johsbo, mit scharfem Widerspruch entgegen. Den zuständigen Organisationen in den seemannischen Berufsvereinen sei von solchen Plänen nichts bekannt. Die in englischer Sprache verbreiteten Flugblätter, die ein „Committee of the international Movement“ unterzeichnet, schüttelt das Internationale Sekretariat von sich ab: es handle sich hier um eine bewußte Irreführung der Seeleute wie der Öffentlichkeit durch eine namenlose Propagandistenfippe.

Arbeiterdreh.

Die Nachtarbeit der Kinder in Frankreich. Während in Frankreich die Nachtarbeit für Kinder vor vollendetem 13. Lebensjahre prinzipiell verboten ist, können in Fabriken mit ununter-

brochenem Feuer volljährige Frauen und Kinder männlichen Geschlechts an allen Tagen und während der Nachtzeit zu unaufschiebbaren Arbeiten herangezogen werden, falls ihnen ein Ruhetag in der Woche gewährt wird. Diese Ausnahmebestimmungen gelten für acht Industriezweige, von denen jedoch nur zwei, die metallurgischen Betriebe und die Glasindustrie, in nennenswertem Maße Kinder beschäftigen. Gerade diese Betriebe wollen aber nicht auf die Nachtarbeit dieser Arbeitergruppen verzichten.

Nach den Ausführungen von Georges de Lacoste in der „Grande Revue“ beläuft sich in diesen beiden Industrien der Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter auf 10 %. 1907 wurden rund 5000 Kinder auf 50 000 in der französischen Metallurgie Beschäftigte gezählt. Nach Charles Delzant in „La Vie Socialiste“ (Nr. 20 vom 20. Juli 1910) werden gegenwärtig von 11 688 Kindern, die in den Industrien mit regelmäßigem Ofenbetrieb arbeiten, fast die Hälfte (5889) in Glasfabriken beschäftigt. Wenn man bedenkt, sagt de Lacoste, daß in dieser Industrie im dem gleichen Jahre 82 000 Unfälle vorkamen, so sieht man, wie sehr das Leben der Kinder durch diese Arbeit im allgemeinen und durch die Nachtarbeit im besonderen gefährdet wird, namentlich da aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervorgeht, daß man sie oft für Aufgaben benützt, die eigentlich für jugendliche Arbeiter verboten sind, so besonders für das Strecken der glühenden Eisenmassen. Die Leiter der metallurgischen Betriebe wenden gegen das Verbot der Nachtarbeit der Kinder hauptsächlich ein, daß sie zu den größten Notwendigkeiten der Vorkursausbildung gehört. Andere wären allerdings für eine Einschränkung der Nachtarbeit der Kinder unter gewissen Zugeständnissen zu haben. Aber dann müßte dies durch ein Gesetz festgelegt werden, das in allen industriellen Staaten Geltung haben müßte. In dessen sei in dieser Industrie die Nachtarbeit noch lange nicht so gefährlich wie in der der Glasfabriken. Der Prozentsatz der Kinder in dieser Industrie sei auch viel höher als in der Metallurgie, nämlich 16 1/2 %. Und die einfachen Gefahren der Überanstrengung, der ungesunden Temperaturverhältnisse usw. würden in diesem Industriezweige noch durch die der Ansteckung mit der Tuberkulose oder der Syphilis verbunden. In dieser Industrie würde es sich nicht allein um ein Verbot der Nachtarbeit für Kinder und Jugendlichen handeln müssen, sondern auch, und zwar ganz besonders um eine energische Bekämpfung der italienischen Kinderverkäufer, der „padroni“. Es sei ja bekannt, daß diese zu Hunderten kleine Sklaven von acht bis zwölf Jahren aus den elendesten Gegenden Italiens zusammenkräften, nach Frankreich und auch in andere Industrieländer führen, um sie dort gegen Löhne von 1 bis 1,20 Franken täglich zu verdingen. Was das Leben dieser Kinder sei, könne selbst die berufenste Feder nicht beschreiben! Von Delzant wird auch gegen viele Armenverwaltungen der Vorwurf erhoben, daß sie ihre Mängel in die Glasfabriken schickten, damit sie ein Gewerbe erlernen. Seitdem die Gewerkschaften sich um die Sache kümmerten, seien allerdings auch die Armenverwaltungen gezwungen worden, die ihnen unterstellten Kinder nicht mehr bedingungslos den Unternehmern zu überantworten, die die Kinder den Glasfabriken „liefern“ und die volle Gewalt über die Kinder haben, dafür aber bläse das Geschäft kurzfristiger geistlicher „Menschenfreunde“, die auch mit Namen genannt werden, die die Kinder von der Straße auflesen und sie in Fürsorge nehmen und sie dann ebenfalls den Glasfabriken gegen Bezahlung zuführen.

Wenn Frankreich sich nicht selbst dazu entschließen kann, diese Mißstände der Kinderarbeit abzustellen, so wird dies hoffentlich auf dem Wege internationaler Vereinbarungen geschehen.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags verhandelte am 26. Januar über die fakultative Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln. Nach dem bereits angenommenen § 114a (S. 586) kann der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben und die zur Ausführung erforderlichen Bestimmungen erlassen. Neu vorgesehen ist folgender § 114b: „Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter sofort nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen kostenfrei auszuhändigen. Die Eintragungen sind von dem Arbeitgeber oder einem dazu Bevollmächtigten Betriebsbeamten zu unterzeichnen.“ Diese Bestimmung wird angenommen und folgender Zusatz angefügt: „Es kann bestimmt werden, daß die Lohnbücher in der Betriebsstätte zu bleiben haben, wenn seitens der Arbeitgeber glaubhaft gemacht wird, daß die Wahrung von Fabrikationsgeheimnissen diese Maßnahme erfordert. Den beteiligten Arbeitern ist Gelegenheit zu geben, sich vor Erlass dieser Bestimmung zu äußern.“

Heimarbeitfragen hat der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband am 13. Januar in Berlin erörtert. Das Hauptreferat hielt Professor Wilbrandt-Zübingen. In der Diskussion sprachen ebenfalls Arbeitgeber der Heimindustrie (insbesondere Konfektionäre aus Berlin und dem Rheinland), volkswirtschaftliche Sachbeamte von Arbeitgeberorganisationen wie auch Vertreter von Gewerkschaften und von sozial-reformerischen Vereinen. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Reichstagsabg. Dr. Stresemann, Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, der einen mittleren Weg zeigte zur Ausgleitung der großen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, nämlich durch den Vorschlag, Lohnämter im Falle des Bedürfnisses und unter der Voraussetzung, daß die Mehrzahl der beteiligten Arbeitgeber

für sie zu haben sei, zuzulassen und sie zur Feststellung rechtsverbindlicher Tarife zu ermächtigen.

Vollstabsabstimmung gegen Sonntagsruhe in Solothurn. Der Entwurf eines Ruhetagsgesetzes, den die Kantonsregierung in Solothurn vorgelegt hatte, um den Ladenangestellten den freien Sonntag zu verschaffen, ist beim Referendum mit 8878 gegen 7829 Stimmen verworfen worden.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Beratungen wurden bei § 459 (besondere Krankenkassen) fortgesetzt. § 462 (Unmöglichkeit des Ausscheidens der Landkranken aus Verbänden) wurde bis zur Beratung des Abschnitts über die Ersatzklassen ausgelegt. Der in erster Lesung gestrichene § 468, welcher bisher bestehende landesrechtliche Krankheitsfürsorge für Dienstboten zuläßt, wurde wieder hergestellt. In § 490 wurde die Bestimmung angefügt, daß die Satzung der Landkrankenasse bestimmen kann, daß der versicherte Wandergewerbetreibende auf seinen Antrag auch Anspruch auf die Mehrleistungen der Kasse hat, solange er sich im Bezirke der Kasse aufhält. Diese Bestimmung ist besonders von Wichtigkeit für die Familienunterstützung der Angehörigen der Wandergewerbetreibenden, die in der Regel innerhalb des Kassenbezirks ihren Aufenthalt haben. Als § 515a wurde die Bestimmung neu eingefügt, daß eine bereits statutarisch bestehende Versicherung der Hausgewerbetreibenden nicht nur auf Antrag des Gemeindeverbandes, sondern auch der beteiligten Einzelgemeinden auch nach Inkrafttreten des Gesetzes weiter in Geltung bleiben kann. — Bei der Frage der Ersatzklassen erhielt § 528 folgende Fassung:

„Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, denen als eingeschriebenen Hilfsklassen vor dem 1. April 1909 eine Bescheinigung nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erteilt worden ist, sind auf ihren Antrag für den an diesem Tage durch die Satzung bestimmten Bezirk und Kreis ihrer versicherungspflichtigen Mitglieder als Ersatzklassen zuzulassen, wenn ihnen dauernd mehr als ein Tausend Mitglieder angehören und ihre Satzung den §§ 529 bis 537 (die die Regelleistungen enthalten) genügt. Auf Antrag eines solchen Versicherungsvereins kann für ihn die oberste Verwaltungsbehörde seines Sitzes die Mindestzahl der Mitglieder auf 250 herabsetzen.“

Neue Ersatzklassen werden also nicht zugelassen. In Verfolg dieses Beschlusses erhielt § 530 Abs. 2 folgende Fassung:

„Der Verein kann jedoch diejenigen, welche sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen und den Beitritt Erkrankter zurückweisen; nach Lebensalter oder Gesundheitszustand der Beitretenden kann er die Beiträge für sie bis um ein Fünftel höher bemessen.“

In § 531 wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt, die Ersatzklassen haben also mindestens die Normalleistungen der Krankenkassen zu gewähren. Die in erster Lesung eingefügte Bestimmung, daß das Krankengeld dem Versicherungspflichtigen um ein Viertel des Grundlohnes erhöht werden darf, wenn er die Ersatzklasse in bezug auf die Krankenpflege nicht in Anspruch nimmt, wurde gestrichen. Auch in § 540 wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt. § 541 erhielt unter Aufhebung des Beschlusses erster Lesung folgende Fassung:

„Für Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzklasse sind, ruhen auf ihren Antrag die eigenen Rechte und Pflichten als Mitglieder der Krankenkasse, in die sie gehören, ebenso für versicherungspflichtige Gärtner, die Mitglieder einer Ersatzklasse sind, die eigenen Rechte und Pflichten als Mitglieder ihrer Landkrankenasse; sie haben keinen Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse und können bei ihr weder Stimmrecht ausüben, noch Ehrenämter bekleiden. — Ihre Arbeitgeber haben nur den eigenen Beitragsanteil an die Krankenkasse einzuzahlen; der Anteil des Versicherten fällt weg.“

Weiter wurde bestimmt, daß den nach § 541 zu stellenden Antrag die Versicherten direkt, ohne Vermittlung des Arbeitgebers, bei der zuständigen Krankenkasse stellen dürfen und daß der Bundesrat die den Krankenkassen nach § 512 von den Arbeitgebern oder Versicherten zu machenden Mitteilungen den Ersatzklassen übertragen kann (§§ 542, 543). Der fragliche Antrag soll für den Schluß des Kalendervierteljahrs (Entwurf: Kalenderjahr) zulässig sein (§ 545). — Von den bei der bisherigen Beratung zurückgestellten Bestimmungen erhielt § 462 folgende Fassung:

„Für die in der Landwirtschaft Beschäftigten mit Ausnahme der Gärtner, sowie der vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigten gewerblichen Arbeiter gelten die §§ 528, 541—544 nicht. Welche Beschäftigung als vorübergehend gilt, bestimmt der Bundesrat.“

Die §§ 250 und 256 wurden ohne wesentliche Änderung angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen des zweiten Buches;

Krankenversicherung mit Ausnahme der Abschnitte über das Verhältnis der Kassen zu den Angestellten, den Ärzten usw. und über die Zusammenlegung der Krankenkassenvorstände, die vorläufig zurückgestellt wurden. — Darauf wurde in die zweite Lesung des ersten Buches: Gemeinsame Vorschriften eingetreten. In § 13 wurde die Bestimmung eingefügt, daß Mitglieder einer Behörde, die Aufsichtsbefugnisse über einen Versicherungsträger hat, zu den Organen der Versicherungsträger nicht wählbar sind. In § 16 wurde bestimmt, daß, wer als Arbeitgeber wählbar ist, die Wahl auch ablehnen kann, wenn er nur Dienstboten beschäftigt, in § 18, daß der Versicherungsträger den Gewählten ihre haren Auslagen zu erstatten und ihnen Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst oder statt dessen einen Pauschbetrag für Zeitverlust gewähren kann. Einen solchen Pauschbetrag kann die Satzung auch den Vertretern der Arbeitgeber zubilligen. Durch Streichung des von der Kommission in erster Lesung eingefügten § 22a wurde die Steuerfreiheit der Versicherungsträger wieder beseitigt. § 34 (Einrichtung der Versicherungsämter) erhielt folgende Fassung:

Bei jeder unteren Verwaltungsbehörde wird eine Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) errichtet. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrerer unterer Verwaltungsbehörden eine dieser Behörden ein gemeinsames Versicherungsamt errichtet. Die Landesregierungen mehrerer Bundesstaaten können für ihre Gebiete oder Teile davon die Errichtung eines gemeinsamen Versicherungsamts bei einer unteren Verwaltungsbehörde vorsehen.

In den folgenden Paragraphen wurde die in erster Lesung eingefügte Bezeichnung „Untere Verwaltungsbehörde, Abteilung für Arbeiterversicherung“ durch „Versicherungsamt“ ersetzt. Die Bestimmungen über die Sonderversicherungsämter wurden trotz der Vorstellungen der Regierungsvertreter nicht wieder hergestellt. In § 41 wurde ausgesprochen, daß für den Versicherungsamtmann ein Stellvertreter bestellt werden muß (bisherige Fassung: kann). In § 53 (Wahl der Versicherungsvertreter) wurde die Bestimmung eingefügt, daß die Wahl nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit erfolgen muß. In § 55 wurde die Vorschrift, daß Arbeitgeber und Versicherte nicht mehreren Versicherungsämtern als Vertreter angehören dürfen, gestrichen. § 69 (Kostentragung) erhielt folgende Fassung:

Sämtliche Kosten des Versicherungsamts trägt der Bundesstaat. Ist das Versicherungsamt bei einer gemeindlichen Behörde errichtet, so trägt sie der Gemeindeverband. Ist ein Versicherungsamt für die Bezirke mehrerer anderer Verwaltungsbehörden gemeinsam errichtet, so bestimmt die oberste Verwaltungsbehörde die Kostenverteilung. Die Versicherungsträger haben die in Spruchsachen entstehenden Bezüge der Versicherungsvertreter und sonstige Vorauslagen des Verfahrens zu erstatten, soweit sie nicht nach Abs. 3 zu erstatten sind. In die Kasse des Bundesstaats oder des Gemeindeverbandes (Abs. 1) fließen die Geldstrafen nach § 59 Abs. 1, § 61 Abs. 2, § 1559 Abs. 1, § 1678 Abs. 1, § 1587 Abs. 1, § 1615 Abs. 3, § 1628 Abs. 1, sowie die besonders auferlegten Verfahrenskosten (§ 1750).

Der in erster Lesung gestrichene § 76 (Oberversicherungsämter für Betriebsverwaltungen des Reichs, der Bundesstaaten usw.) wurde mit einer redaktionellen Änderung wiederhergestellt.

Bekämpfung der Schwindelkassen durch die Ärzte in Württemberg. Der Ärzteverband dieses Landes hat beschlossen, allen Kassen, die ihre Geschäfte nur durch Agenten betreiben und einen kostspieligen Verwaltungsapparat haben, die Ausfüllung der Krankenscheine zu verweigern. Schwindelkassen, die für die Kranken nichts übrig haben, dürfte dadurch das Handwerk wirksam gelegt werden.

Beitrags hinterziehungen in der Kranken- und Invalidenversicherung. Es ist vielfach schon darauf hingewiesen worden, daß sowohl in der Kranken- als auch in der Invalidenversicherung ein sehr großer Teil der Versicherten zum Schaden der Gesamtheit der Versicherten nicht diejenigen Beiträge zahlt, zu deren Zahlung er nach der Höhe ihres Lohneinkommens verpflichtet wäre, sondern wesentlich geringere Beiträge. In der Invalidenversicherung tragen die Schuld hieran hauptsächlich die Verwaltungsbehörden, die die ortsüblichen Tagelöhne im Interesse der Landwirte zu niedrig normieren, ebenso aber auch die Arbeitgeber, vor allem die Dienstherren, die in ihrem eigenen pekuniären Interesse nichts dagegen haben, wenn die Versicherten zu niedrige Marken verwenden. In der Krankenversicherung besteht für den Arbeitgeber die Pflicht, Lohnänderungen innerhalb dreier Tage nach Eintritt derselben der Krankenkasse anzumelden (§ 49 Abs. 3), widrigenfalls sie zur Erstattung des Differenzbetrags des Krankengeldes, nach der Anschauung einzelner Gerichte sogar zur Erstattung aller Aufwendungen, die eine Krankenkasse für einen vor der Anzeige der Lohnherhöhung

eintretenden Krankheitsfall zu machen hat, verpflichtet sind. Welche Summen hier den Krankenkassen verloren gehen, zeigt die Tatsache, daß bei der Ortskrankenkasse für die stehenden Gewerbebetriebe in Köln im Jahre 1909 die Erstattungsbeiträge aus § 50 A.B.G. auf 16 881 M gegen 14 901 M im Jahre 1908 stiegen. Bei einer mit Hilfe von eingereichten Lohnnachweisungen vorgenommenen Nachprüfung stellte sich heraus, daß in dieser einen Klasse allein 2125 Kassenmitglieder in zu niedrigen Lohnklassen versichert waren. Die Nachprüfung bei anderen Kassen hat ein ähnliches Ergebnis gehabt. Diese Zahlen beweisen, was ein großer Teil der Krankenkassen auch schon jetzt mehr leisten könnte, wenn die Beiträge in der richtigen Höhe bezahlt würden.

Ein Gesetzentwurf zur staatlichen Krankenversicherung in Holland, der die bereits im Jahre 1904 und 1906 gemachten, damals leider vergeblichen Anläufe wieder aufnimmt, beschäftigt jetzt wieder die Generalstaaten. Er schreibt die Krankenversicherungspflicht vor für alle Arbeiter, mit Ausnahme der unständigen, die weniger als vier Tage an einer Stelle arbeiten, der Dienstboten und derjenigen Arbeitskräfte, die über eine gewisse ortsübliche Lohngrenze hinaus (2½ bis 5 Gulden) täglich verdienen. Die Versicherung soll durch Bezirkskrankenkassen erfolgen, die von Arbeitsräten verwaltet werden sollen. Die Versicherungsleistung soll in Krankengeld bestehen, dessen Höhe die Hälfte des mittleren Tagelohnes jener Lohnklasse beträgt, der der Versicherte bei Beginn der Erwerbsunfähigkeit angehörte. Es sind sechs Lohnklassen vorgesehen mit mittleren Tagelöhnen von 0,50 bis 3 Gulden (80 A bis 4,80 M). Das Krankengeld wird wöchentlich, und zwar vom fünften Krankheitstage an längstens sechs Monate hindurch ausgezahlt. Für arbeitsfreie Tage wird kein Krankengeld geleistet. Erhöhungen dieser Leistungen (Krankengeld bis zum doppelten Betrage, Bezugsbeginn mit erstem Krankheitstag, Bezugsdauer bis zu 12 Monaten, Auszahlung auch für Sonntage) sind den einzelnen Krankenkassen mit Zustimmung des Arbeitsrates gestattet. Die Beiträge werden durch die Arbeitsräte in Hundertteilen des mittleren Tagelohnes für die einzelnen Lohnklassen festgesetzt, wobei Abkürzungen nach Art der Beschäftigung zulässig sind. Die Beiträge sind zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen. Der Arbeitgeber haftet für die Beiträge; kann dem Arbeiter jedoch die Hälfte der Beiträge vom Lohn kürzen. Ausnahmsweise können die Beiträge bei bestimmten Personengruppen auch unmittelbar von den Versicherten eingefordert werden. In diesem Falle hat der Arbeiter von dem Unternehmer den Ersatz der auf diesen entfallenden Beitragshälfte zu fordern. Das Gesetz sieht auch eine freiwillige Mitgliedschaft vor für nichtversicherungspflichtige Personen, innerhalb gewisser vom Arbeitsrate festzustellender Grenzen. Beim Erlöschen der Versicherungspflicht kann die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden.

Arbeitsnachweis.

Die zweite Arbeitsnachweiskonferenz für das Gastwirtsgewerbe.

Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin.

Auf Einladung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise traten am 20. Januar 1911 in Berlin etwa 130 Vertreter der gastwirtschaftlichen Arbeitgeber und Angestellten sowie zahlreicher Gemeindebehörden und öffentlicher Arbeitsnachweise zusammen, um sich über die Errichtung und den Ausbau paritätischer Facharbeitsnachweise für das Gastwirtsgewerbe zu verständigen. Die erste Konferenz gleicher Art, die auf Einladung des preussischen Handelsministers im Januar 1909 in Berlin getagt hatte, hatte die Gründung paritätischer gastwirtschaftlicher Nachweise in vielen Städten Deutschlands, zumal im Westen, angeregt; die Zahl solcher Nachweistellen stieg binnen zwei Jahren von 6 auf 29, darunter 11 in Rheinland-Westfalen, 7 in Süddeutschland, 2 östlich der Elbe. Diese Nachweise sind aber in Organisation und Handhabung, in der Stellung zum allgemeinen öffentlichen Nachweis, in der Frage der Gebührenerhebung, der sachmännischen Leitung, der Vermittlung weiblichen Personals, der Vermittlung nach außerhalb, in der Stellung zu den Fachvereinen des Gewerbes und in der Aufbringung der Kosten so erheblich voneinander verschieden, daß eine allgemeine Aussprache über diese Dinge nachgerade unvermeidlich geworden war. Dazu kam, daß das Stellenermittlergesetz vom 2. Juni 1910 den weiteren Ausbau der öffentlichen Arbeitsvermittlung insbesondere für das Gastwirtsgewerbe allen größeren Gemeinden als unumgängliche Pflicht auferlegt hatte. Die dadurch neu entstandene Bewegung für paritätische Fachnachweise bedurfte dringend fester

Richtlinien und systematischer Führung. Diese zu schaffen, war die Aufgabe der Konferenz vom 20. Januar.

Die Tagung, an der auch Geheimrer Ober Neg.-Rat Neumann vom Handelsministerium teilnahm, wurde von Dr. Freund-Berlin und Geh. Hofrat Stieda-Leipzig geleitet. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise gab in Nr. 4 des „Arbeitsmarktes“ den Kongreßteilnehmern ein reiches Tatsachenmaterial zum Thema an die Hand, worauf Interessenten hierdurch verwiesen seien. Einleitende Berichte erstatteten Direktor Bieger (Internat. Hotelbesitzerverein) und Hotelier Eiben (Deutscher Kellnerbund) über die Stellung der Arbeitgeber- und Angestelltenverbände, Rechtsrat Dr. Fischer-Münster über die Frage der sachmännischen Nachweisleitung, Geschäftsführer Stöcker-Münster über interlokale Vermittlung, Frh. Klausner-Berlin über Vermittlung weiblichen Personals, Stadtschreiber Jaedel-Dortmund über Fragen der Vermittlungspraxis. An die Berichte schloß sich eine allgemeine Aussprache, an der über 20 Redner teilnahmen.

Die Verbände der gastwirtschaftlichen Arbeitgeber und Angestellten haben sich heute grundsätzlich sämtlich für paritätische Arbeitsvermittlung erklärt; dennoch treten örtliche Schwierigkeiten bei ihnen immer wieder auf. So haben sich — entgegen den Beschlüssen ihrer Bundes-Hauptversammlungen — der Einführung paritätischer Nachweise oder der Mitarbeit am Nachweise widersetzt die Gastwirtevereine von Braunschweig, Dresden, Frankfurt, Hamburg, Kassel, Königsberg, Schöneberg, Berlin. Meist lehnte man dabei in erster Linie eine Beteiligung an den Kosten des Nachweises ab; bisweilen wendete man auch ein, der paritätische Nachweis werde wegen bürokratischer Handhabung nichts Befriedigendes leisten, er werde den Stellenwechsel erleichtern, er werde die Sozialdemokratie (gemeint sind wohl die Gewerkschaften) fördern und die Gegensätze zwischen Unternehmern und Angestellten vergrößern. Wo tatsächlich Nachweise bestehen, ist von solchen Befürchtungen nichts eingetroffen. An 13 der bestehenden 29 Fachnachweise sind die Arbeitgeber heute mit Geldbeiträgen beteiligt, in 21 sitzen sie im Vorstand. Der Internationale Hotelbesitzerverein in Köln unterhält für seinen kostenlosen Nachweis ständige Verbindung mit 16 öffentlichen Nachweisen. Auf Seiten der organisierten Angestellten ist die Beteiligung an den öffentlichen Nachweisen auffälligerweise noch nicht so allgemein, wie man annehmen sollte. Viele kleinere Vereine haben hier ihre gesamte Existenz auf die Stellenvermittlung aufgebaut und fürchten vom paritätischen Arbeitsnachweis eine Erschütterung ihres Bestandes. Mancherorts bestehen die Vereinsnachweise neben dem öffentlichen Nachweise noch fort (z. B. in Magdeburg, Köln). Besonders geklaut wurde in dieser Hinsicht über den „Genfer Verband“, dessen Bureaus nach wie vor fortbestanden und Vermittlungsgebühren erhoben, die z. T. höher seien als die neuen Gebühren der gewerkschaftlichen Vermittler. In diesem Zusammenhange erregte auf der Konferenz eine Erklärung des Genfer Verbandsvorsitzenden Ebner großes Aufsehen, wonach diese Hilfsorganisation zu neuen paritätischen Nachweisen „keinen Pfennig mehr“ geben will.

Die größte Schwierigkeit für den paritätischen Facharbeitsnachweis entsteht freilich erst, nachdem die beiderseitigen Organisationen ihm ihre Beteiligung zugesagt und Mittel für ihn aufgebracht haben. Sollen alsdann die Mitglieder dieser Organisationen auf dem Nachweise bevorzugt werden? Vielfach haben sie sich das vertragsmäßig ausbedungen, und noch häufiger fordern sie es tatsächlich vom Nachweisbeamten, indem sie ihn daran erinnern, daß er ja von ihrem Gelde bezahlt werde! Bedenkt man, daß einzelne Verbände (z. B. Kellnerbund, Verband deutscher Gastwirtsgehilfen) jährlich Tausende von Mark für die paritätischen Arbeitsnachweise aufwenden und daß sie zu deren Gunsten ihre eigenen, oft gut eingeführten Nachweise geschlossen haben, so wird man das Verlangen nach Bevorzugung vor den Unorganisierten, die zum Nachweis keinen Pfennig beitragen, wohl begreifen können. Auf der andern Seite vertritt sich aber eine Bevorzugung von Organisierten irgend welcher Art nicht mit den anerkannten Grundgedanken gemeinnütziger, öffentlicher Arbeitsvermittlung. Auch wird dadurch Mißtrauen unter den Unorganisierten, unter den Angestellten wie unter den Arbeitgebern, hervorgerufen; und in der Tat, ein wirklich öffentlicher Arbeitsnachweis sollte bei der Vermittlung nur nach den Leistungen und nicht nach der Verbandszugehörigkeit fragen.

Zeigt die finanzielle Beteiligung privater Körperschaften am öffentlichen Arbeitsnachweis schon in diesem Punkte sehr unerquickliche Folgen, so werden die Schwierigkeiten noch dadurch vergrößert, daß die zugesagten Beiträge oft nur mangelhaft eingehen. Bald geschehen die Zahlungen unregelmäßig, bald muß die Organisation wegen eigener Finanznöte ihren Beitrag herabsetzen,

bismweilen auch kündigt sie ihn ganz und zieht sich vom Arbeitsnachweis wieder zurück. Von einem geordneten Arbeiten des Nachweises kann dann keine Rede mehr sein, zumal Beitragserhöhungen von den andern übrig bleibenden Verbänden wohl niemals gewährt werden, auch nur selten gewährt werden können. Die Gemeindeverwaltungen selbst werden angesichts solcher Schwierigkeiten stugig, und der Bestand des ganzen Nachweises gerät in die größte Gefahr.

Es gibt nur einen guten Ausweg aus diesen Verhältnissen, so erklärte auf der Konferenz der Essener Beigeordnete Rath, der die Anregung zu der ganzen Tagung gegeben hatte: vollständige Kommunalisierung der Nachweise, endgültiger Verzicht auf alle Vereinsbeiträge! Das kostet den Gemeinden freilich einige tausend Mark jährlich mehr als bisher, aber es macht den heutigen unerquicklichen, zum Teil schon unerträglichen Zuständen rasch und gründlich ein Ende. Übrigens gibt es auch schon einige Nachweise, die völlig auf städtische Kosten arbeiten, allerdings meist kleinere (Bodum, Bonn, Krefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Freiburg, Göttingen, Hagen, Karlsruhe, Magdeburg, München, Nürnberg, Danabrück); hier und da kommen auch Staatszuschüsse vor (Dortmund, Flensburg, Danabrück). Die Mitarbeit der Interessentenvereine im Verwaltungsausschuß und bei der Propaganda müßte natürlich unbedingt erhalten bleiben.

Im Laufe der Besprechung wurden noch andere Vorschläge gemacht. Wiederholt betonten Vertreter der Angestellten wie der Arbeitgeber, daß ihre Vereine nach wie vor zu Geldopfern bereit seien, wobei dann allerdings immer die Frage der Bevorzugung ihrer Mitglieder offen bleibt; und selbst wo weiterblühende Verbandsführer auf diese Bevorzugung verzichten sollten — die arbeitslosen Mitglieder würden sie doch immer wieder fordern! Von anderer Seite schlug man die Erhebung bescheidener Gebühren vor, und zwar entweder Einschreibgebühren oder Vermittlungsgebühren. Einschreibgebühren bestehen zurzeit in Wiesbaden, sie begegnen aber sehr starken Bedenken, weil sie eine Leistung darstellen, für die nicht immer und unbedingt eine Gegenleistung erfolgt. Darum hat auch der Gesetzgeber den gewerbsmäßigen Vermittlern die Erhebung von Einschreibgebühren untersagt. Vermittlergebühren sind weniger bedenklich, wosfern sie beträchtlich hinter den Gebühren der gewerbsmäßigen Vermittler zurückbleiben und nicht — wie in Flensburg — bis zu 12 M für einzelne feste Stellen hinausschießen. Die Vermittlungsgebühr gestaltet auch eine unanfechtbare Bevorzugung solcher Arbeitgeber oder Angestellten, die durch Verbandsbeiträge den Arbeitsnachweis unterstützen: Mitglieder solcher Vereine genießen in Straßburg, Aachen und Flensburg Gebührenfreiheit oder Gebührenermäßigung. Sehr geschickt ist die Lösung der Frage in Götting. Hier trägt die Stadt alle sachlichen Kosten des Arbeitsnachweises, dagegen wird das Gehalt des Vermittlers durch Gebührenerhebung gedeckt. Die Gebühren sind halb so hoch wie bei den gewerbsmäßigen Vermittlern. Mitglieder solcher Gastwirts- und Gehilfenvereine, die subsidiär, also nur für den Fall zu geringer Gebührenerinnahmen, für das Gehalt des Vermittlers aufkommen, zahlen die Hälfte der allgemeinen Gebühren. Auf diese Weise sind die Vereine — es sind ihrer vier — an einer regen Benutzung des Nachweises finanziell interessiert und haben trotzdem unmittelbare Beiträge nur in geringem Maße oder gar nicht zu leisten. Klagen über Bevorzugung oder Zurücksetzung beim Ausgeben der Stellen sind hier ausgeschlossen. Eine bescheidene Gebührenerhebung hielt übrigens auch der Beigeordnete Rath. Essen in Gemeinden, die den Arbeitsnachweis nicht völlig selbst unterhalten könnten, für weitaus wünschenswerter als das Wirtschaften mit Vereinszuschüssen.

Die Leistungen der bestehenden Facharbeitsnachweise sind zurzeit noch recht verschieden. Nach einer Statistik des Direktors Bieger vom Internationalen Hotelbesitzerverein ist die Benutzung bei 10 Nachweisen (meist älteren) sehr stark, bei 9 befriedigend, bei 8 gering. Das Ergebnis hängt natürlich zum guten Teil von dem sozialen Interesse der Fachkreise, zumal der Wirtvereine, ab. Kolmar, Hagen, Göttingen, Wiesfeld und Nürnberg klagen über gleichgültige oder gar ablehnende Haltung der Arbeitgeberchaft. Aber es sprechen auch noch andere Umstände mit. Bismweilen fehlt der Fachabteilung der Rückhalt an einem gut eingeführten allgemeinen Arbeitsnachweis. Anderswo hat man veräußert, die Vertreter der Wirte und des Personals zu einem Verwaltungs- und Propagandaausschuß heranzuziehen, Einrichtungen, durch die sich die Vermittlungszahlen erfahrungsgemäß überall heben. Viel hängt auch ab von der Persönlichkeit des Nachweisleiters und von der Art seiner Geschäftsführung. Die Organisationen pflegen allenthalben einen „Fachmann“ als Leiter zu fordern, und in der Tat finden sich

unter den Beamten 11 ehemalige Kellner, 2 Köche, 1 Gastwirt und 3 Stellenvermittler; anderseits haben 9 Nachweise keinen Fachmann angestellt, und es wurde z. B. aus Halle und Posen auf der Konferenz ausdrücklich bezeugt, daß die dortigen nicht fachmännischen Beamten sich gut bewähren. Gewerkschaftig freilich muß der Vermittler stets sein, aber im übrigen lege man doch mehr Gewicht auf die negative Forderung, daß er kein Schreiber und kein Unteroffizier sei. Es wurde davor gewarnt, die Bedeutung dieser Frage zu überschätzen.

Zum erfolgreichen Kampf gegen die gewerbsmäßige Vermittlung empfahl die Konferenz den paritätischen Fachnachweisen drei unentbehrliche Waffen: 1. möglichst systematischen Besuch der gastwirtschaftlichen Kundschaft, sogenannten „Außendienst“, 2. Vermittlung sämtlichen Personals, auch des höheren und des weiblichen, 3. Ausbau der interlokalen und internationalen Vermittlung.

Der Besuch der Kundschaft hat die gewerbsmäßige Stellenvermittlung groß gemacht. Er verschaffte ihr genaue Kenntnis der zu bedienenden Betriebe und persönliche Beziehungen zu den Arbeitgebern. Ein leistungsfähiger öffentlicher Arbeitsnachweis darf auf solchen Außendienst nicht verzichten, wenn auch die Geschäftskosten dadurch beträchtlich größer werden. Anfänge systematischen Außendienstes liegen bereits in Flensburg, Nürnberg, Stuttgart und Wiesbaden vor. Der Arbeitsnachweis darf sich auch nicht auf die Vermittlung von gewöhnlichen Kellnern und von Aushilfspersonal beschränken. Die gewerbsmäßige Vermittlung hat sich vielfach gerade dadurch unentbehrlich gemacht, daß sie auch das schwierig zu beschaffende weibliche Personal zu besorgen verstand. Die Arbeitgeber waren dadurch in der Lage, allen Personalbedarf an einer Stelle decken zu können, und sie werden sich dem öffentlichen Arbeitsnachweis nur dann allgemein zuwenden, wenn er die gleichen Leistungen aufweisen kann. Es empfiehlt sich dabei, die Vermittlung des weiblichen Gastwirtschaftspersonals im Arbeitsnachweis von der sonstigen weiblichen Vermittlung ebenso zu trennen, wie dies im Arbeitsnachweise für Männer üblich ist. In München hat man die Vermittlungszahl für Kellnerinnen (an denen ein Mangel ist) dadurch wesentlich gehoben, daß man bei der Zuweisung des viel selteneren weiblichen Küchenpersonals solche Gastwirte bevorzugte, die ihre gesamte Bedienung beim Arbeitsnachweis zu bestellen pflegen.

Die Vermittlung der besseren Stellen und die Vermittlung nach außerhalb darf kein Arbeitsnachweis veräußern, der wirklich eine Ordnung des Arbeitsmarkts anbahnen will. Für diese Aufgaben irgendwelche Fachvereine zu privilegieren, geht so wenig an, wie sie den gewerbsmäßigen Vermittlern zu überlassen. Neben gutem Außendienst bedarf die interlokale Vermittlung vor allem völliger Freiheit von Telephongebühren, wie die süddeutschen Nachweise sie auch bereits genießen, während Norddeutschland dieser wichtigen staatlichen Unterstützung noch entbehrt.

Mit großer Entschiedenheit wurde auf der Konferenz betont, daß es nicht darauf ankomme, die Zahl der paritätischen Fachnachweise unbegrenzt zu vermehren, daß vielmehr eine bescheidene Zahl wirklich leistungsfähiger Anstalten in den wichtigsten Großstädten dem Bedarf am besten entspreche. Kleine und Mittelstädte können sich damit begnügen, auf dem allgemeinen Arbeitsnachweis auch Gastwirtschaftspersonal je nach dem Ortsbedarfe zu vermitteln. Eine selbständig verwaltete Fachabteilung gehört nur an die verkehrsreichsten Plätze, an denen sich bekanntermaßen im Winter das arbeitslose Gasthauspersonal sammelt und die heute als Domänen der gewerbsmäßigen Vermittlung im ganzen Gewerbe bekannt sind (z. B. Köln, Hannover, Berlin, Hamburg, Dresden, Breslau). Wenn diese Nachweisstellen bei Bedarf stets untereinander und mit den benachbarten kleineren Nachweisen telephonisch in Verkehr treten, wird der erwünschte interlokale Vermittlungsdienst rasch aufblühen.

Immer wieder berührte die Erörterung die Verhältnisse in Berlin, wo trotz jahrelanger Vorarbeit die Errichtung eines paritätischen Nachweises noch immer nicht gelungen ist. Von den gewerbsmäßigen Vermittlern abgesehen, bestehen hier z. B. wohl gegen 30 Vereinsnachweise, und es fehlt jede Übersicht über den Arbeitsmarkt. Von der Arbeitgeberchaft, die nur in der Minderheit organisiert ist, ist eine Zusage zu ausreichenden Nachweisbeiträgen nicht zu bekommen, und unter den Angestellten wirken die Sonderinteressen einzelner Gruppen hinderlich. Dabei würde ein Zentralarbeitsnachweis, vielleicht mit einigen Nebenstellen in den verschiedenen Stadtvierteln, für die Aushilfskellner viel billiger arbeiten als die heute bestehenden Bureaus. Ein bedeutender städtischer Zuschuß ist obendrein bereits zugesagt.

Wie in Berlin, so ist auch an manchem andern Orte gute Gelegenheit, die Anregungen der Konferenz praktisch durchzuführen.

Damit dies in einheitlichem Sinne und unter Verwendung aller bisherigen Erfahrungen geschehe, beschloß die Konferenz die Wahl eines ständigen Arbeitsausschusses, der unter unparteiischem Vorsitz je 3 Vertreter der organisierten Gastwirte und Angestellten umfaßt. Diesem Ausschusse — er wurde sofort gewählt — gehören auf der einen Seite die Vorsitzenden des deutschen Gastwirtsverbands und des Bundes deutscher Gastwirte, Ringel und Kempf, und der um den paritätischen Nachweis verdiente Gastwirt Hasenbring-Dortmund an, auf der andern Seite zwei Vorstandsnmitglieder des „Nationalen Kartells“, Richter und Beylich, und der Vorsitzende des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, Poeschl. Das Gastwirts-gewerbe ist auf diese Weise wider Erwarten früh zu einem paritätischen Ausschuss seiner zentralen Organisationen gelangt, dessen Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Ist es doch hier gelungen, die führenden Persönlichkeiten eines großen Gewerbes zu gemeinsamer Standesarbeit zusammenzubringen, ehe scharfe Massen- und Klassenkämpfe den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Angestellten in der andernwärts gewohnten Weise verbreitert und vertieft haben. Der neue Ausschuss übernimmt eine bedeutsame Aufgabe, wenn er sich anschickt, die paritätische Arbeitsvermittlung für das Gastwirts-gewerbe im ganzen Reichsgebiet einheitlich beratend und ordnend auszugestalten. Aber seine Gründung könnte darüber hinaus ein Ereignis in unserer sozialen Geschichte werden, wenn er sich einmütig entschlösse, nach dieser Aufgabe des Tages eine gemeinsame sozialpolitische Erziehungs- und Reformarbeit in seinem Gewerbe auf sein Programm zu setzen.

Die Streiklauselfrage bei der Stellenvermittlung, die in Deutschland bei der Erörterung der Arbeitsnachweispraxis eine lebhaftige Rolle spielt, aber noch zu keiner klaren Lösung gebracht worden ist, hat im Staate Massachusetts durch Gesetz vom 25. April 1910 eine bemerkenswerte Entscheidung erfahren. Das Gesetz macht der Verschleierung des Tatbestandes, daß ein Arbeitskampf vorliegt, bei dem Bezug von Erstarbeitern ein Ende, weil sich bekanntlich meist nur unnütze Reibungen ergeben, wenn Arbeiter erst nach ihrer Einstellung erfahren, daß sie als Streikbrecher dienen sollen; das Gesetz schreibt nämlich vor: Ein Arbeitgeber, der während des Bestehens eines Streiks oder einer Aussperrung Anzeigen veröffentlicht, um die Stellen, die durch den Austritt der an dem Arbeitszweig interessierten Arbeiter frei geworden sind, wieder zu besetzen, muß zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 100 Dollar angeben, daß ein Streik oder eine Aussperrung in seinem Betriebe besteht. Diese Anordnung überträgt also die in den öffentlichen Arbeitsnachweisen bestehende Übung, den Arbeitsuchenden genau über den Charakter einer offenen Stelle zu unterrichten, auf den Stellenmarkt im Anzeigenteil der Zeitungen.

Die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Berlin ist von der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragt worden. Der Antrag, der zusammen mit dem ebenfalls von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung für die Stadt Berlin in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Januar beraten wurde (vergl. Sp. 540), wurde ebenso wie dieser Antrag der für diese Fragen bereits bestehenden gemischten Deputation, die zu diesem Zwecke verfaßt wurde, überwiesen.

Die Stellenvermittlung des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat für 1910 5354 Stellen für Handlungsgehilfen vermittelt; gegenüber 1909 ergibt sich ein Mehr von 1176 Besetzungen. Die Gesamtzahl der Bewerbungen betrug 14 686, die der Befragten 21 185. 80% der erzielten Besetzungen kamen auf stellenlose bzw. gekündigte Bewerber.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Kaufmanns-Erholungsheime. Eine Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime, die sich zur Aufgabe gestellt hat, für kaufmännische Angestellte und minderbemittelte selbstständige Kaufleute Erholungsheime in ganz Deutschland zu errichten, ist nunmehr unter Mitwirkung namhafter Vertreter des Handelsstandes und zahlreicher kaufmännischer Korporationen gegründet worden. Dem Vorstande gehören u. a. an:

Kommerzienrat Fehr-Blach, Präsident der Handelskammer, Wiesbaden, Geh. Justizrat Professor Dr. Nieffer, Berlin, Geheimer Kommerzienrat Kalle, Wiesbaden, Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Molthan, Mainz, Kommerzienrat Samberger, Präsident der Handelskammer, Mainz,

Geh. Kommerzienrat Andraea-Passavant, Frankfurt a. M., Geh. Kommerzienrat Dr. Reven Du Mont, Präsident der Handelskammer, Köln, Reichstagsabgeordneter Rümpf, Präsident des Deutschen Handelstags, Berlin, Kommerzienrat Poensgen, Präsident der Handelskammer, Düsseldorf und zum Vorsitzenden Joseph Baum, Wiesbaden.

Es sind bereits sehr erhebliche Beiträge gezeichnet worden. Außerdem hat bereits eine Reihe von Gemeinden geeignetes Gelände kostenfrei angeboten, teilweise unter Zusage von hypothekarischer Beleihungen.

Eine Stiftung für Heimarbeiter-Interessen ist in Frankfurt a. M. aus dem Nachlaß des Ehepaares Speyer zu deren Andenken mit einem Kapital von 100 000 M. errichtet worden und hat die landesherrliche Genehmigung gefunden. Zweck der Stiftung ist, hilfsbedürftigen männlichen und weiblichen Heimarbeitern ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses, die in Frankfurt seit mindestens einem Jahr wohnen, Unterstützung zu gewähren. Neben diesen Unterstützungszwecken ist jedoch auch ins Auge gefaßt, produktive Unternehmungen zu fördern, welche die Lage der Heimarbeiter im ganzen heben sollen.

Eine Fahrpreisermäßigung für Besucher von Walderholungsstätten ist im Bereiche der sächsischen Eisenbahnen nach dem Vorbilde von Arbeiterwochenarten eingeführt worden. Die Fahrpreisermäßigung wird auf besonderen Antrag gewährt für Walderholungsstätten, die von Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Gemeinden oder gemeinnützigen Vereinen unterhalten werden. Sie tritt ein für Mitglieder von Krankenkassen und Versicherte von Landesversicherungsanstalten, sofern sie auf Kosten der Kasse oder Anstalt entsandt werden, ferner für mittellose Personen, sofern sie unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise aufgenommen werden.

Genossenschaftswesen.

Ein Seminar für Genossenschaftswesen wird an der Universität Halle eingerichtet werden. Der neue preussische Etat soll die nötigen Mittel hierzu bewilligen. Für das Sommersemester 1911 sind folgende Vorlesungen in Aussicht genommen: Professor J. Conrad: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens“; Professor E. Loening: „Das Genossenschaftsrecht“; Professor Broditz: „Bank- und Versicherungswesen mit Bezug auf die Genossenschaften“; Dr. Gehring: „Einführung in die Staats- und Wirtschaftslehre“; Oekonomierat Dr. Rabe: „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“; Dr. Felber: „Kaufmännische Buchführung“; Justizrat Professor Dr. Hans Krüger: „Genossenschaftswesen des Handwerks und des Kleinhandels“; Dr. Wolff: „Die Konsumvereine“. Das Seminar für Genossenschaftswesen in Halle soll ein Gegenstück zu dem in Göttingen bestehenden Seminar für Versicherungswesen bilden. Es ist beabsichtigt, Prüfungen abzuhalten und Diplome auszustellen. Das Seminar, dessen Leitung Geheimrat Conrad übernimmt, soll Personen, die sich praktisch im Genossenschaftswesen betätigen oder aus anderen Gründen theoretische und praktische Kenntnisse im Genossenschaftswesen erwerben wollen, die Gelegenheit zur notwendigen wissenschaftlichen Ausbildung geben.

Die „redlichen Pioniere von Rochdale“, diese klassischen Vorbilder aus den Anfängen der Konsumvereinsgeschichte, denen Beatrice Webb-Potter ein unsterbliches literarisches Denkmal gesetzt hat, spielen auch heute noch im britischen Genossenschaftswesen eine beachtliche Rolle, wenn gleich die Mittelstadt Rochdale ihnen eine besonders großartige ziffernmäßige Entwicklung nicht gestattete. Professor Dr. Staubinger-Darmstadt, der bewährte Sonderforscher des Genossenschaftswesens, der jüngst in Großbritannien das Unterrichts- und Bildungswesen der Genossenschaften genauer untersucht hat, gibt von der „Society of Equitable Pioneers“ eine fesselnde Schilderung in der „Konsumgen. Absh.“. Der Verein zählt gegenwärtig über 18 000 Mitglieder und erreicht einen Jahresumsatz von 7 1/2 Millionen Mark. Besonders umfangreich ist die Bildungstätigkeit der Genossenschaft. Dem Bildungsausschuss des Vereins stehen jährlich 10 000 bis 12 000 M. zur Verfügung. Es werden Vorlesungen und Konzerte für die Erwachsenen veranstaltet, Unterrichtskurse für die Kinder und jüngeren Leute. 7 Lesezimmer und eine Bibliothek von 17 000 Bänden werden ebenfalls von der Genossenschaft unterhalten. Im letzten Programm des Bildungsausschusses wird den Mitgliedern einbringlich vorgeführt, was sie leisten, wenn sie sich in der Konsumgenossenschaft betätigen:

1. Du hilfst einer Bewegung, welche ökonomische, soziale und moralische Reform erstrebt. 2. Du erkennst den menschlichen Anspruch auf gegenseitige Hilfe und Zusammengehörigkeit an. 3. Du pflegst

Zugenden wie Bedachtsamkeit, Voraussicht, Selbstzucht, Duldsamkeit und Vertrauen, ohne welche die Genossenschaft unmöglich gedeihen kann. 4. Du verschaffst dir und andern die Mittel, zu höherer Bildung und Verwaltungselementen. 5. Du hilfst, die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern, indem du anständige Löhne und gute Fabrikordnungen schaffst. 6. Du machst mühelos durch die Rückvergütung Ersparnisse. 7. Deine Ersparnisse erhalten hier höheren Zins und mehr Sicherheit als sonstwo. 8. Du bekommst reine Nahrungsmittel und tadellose Bedarfsgegenstände zu gewöhnlichen Marktpreisen. Der Zweck der Genossenschaft ist die soziale und geistige Förderung ihrer Glieder“.

Volkserziehung.

Die Bekämpfung der Schundliteratur in Bayern ist von den Behörden in planmäßiger Weise aufgenommen worden. In erster Linie führt die Polizeidirektion München diesen Kampf, unterstützt durch einen Beirat von Sachverständigen, um Fehltritte zu vermeiden und nicht freiere künstlerische Werke, sondern nur den wirklichen Schmutz zu treffen. Die Polizeidirektion führt den Kampf gegen aufdringliche Ausstellung anstößiger Schriften auch mit Hilfe der ordentlichen Gerichte und hat ein Urteil des Obersten Landgerichts vom 13. Dezember 1907 erwirkt, wonach die Ausstellung solcher Schriften als Angriff auf den Bestand der öffentlichen Ordnung unter den § 360 Ziff. 11 des R.-Str.-G.-B. fallen kann. Ferner ist die genannte Behörde mit der Fachvertretung der hauptsächlich mit dem Vertrieb von Schundliteratur befaßten Schreibwarenhändler ins Benehmen getreten, um sie zu veranlassen, ihre Mitglieder nach dem Vorbild des Börsenvereins Deutscher Buchhändler und des Münchener Buchhändlervereins zu verpflichten, keine Schundschriften mehr zu führen. Auch der Bahnhofsbuchhandel wird nach einer Entschließung der Staatsministerien des Innern und für Verkehrsangelegenheiten vom 20. August 1910 unter schärfere Aufsicht genommen. Das Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten hat ferner Anlaß genommen, bedenkliche Druckschriften von der Postbeförderung auszuschließen. Auch die Darbietungen von Kinematographentheatern unterliegen einer strengen Überwachung durch die Polizeidirektion. Bei Extra-Kinder-vorstellungen wird außerdem das Urteil und Genehmigung durch die Schulbehörde eingeholt. Die Schulbehörden sowie die einzelnen Lehrer und Lehrerverbände führen den Kampf gegen die Schundliteratur ferner dadurch, daß sie den Schülern verbieten, ihren Bedarf an Heften und sonstigem Schulmaterial in Läden zu kaufen, die Schundliteratur führen. An einigen Orten, so in Augsburg, Jülich und Nürnberg, wurden Tausende von Flugblättern zur Aufklärung und Warnung an die Eltern ausgegeben. Ähnlich beteiligen sich die mit behördlicher Unterstützung ins Leben gerufenen Jugendfürsorgeverbände und die auf konfessioneller Grundlage stehenden Jugendorganisationen an dem Kampfe. Endlich hat das Staatsministerium des Innern durch Entschließung vom 28. Februar 1910 neuerdings die Mitwirkung der Volks- und Fortbildungsschulen zur Bekämpfung der Schundliteratur, namentlich durch Vermehrung und richtige Verwaltung der Schulbüchereien, angeordnet.

Die Ausgestaltung des gewerblichen Schulwesens im Königreich Sachsen betrifft eine vom Ministerium des Innern erlassene Verordnung, die darauf hinweist, daß „die gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen hinsichtlich ihrer Organisation zum Teil nicht den Anforderungen entsprechen, die für eine gründliche Ausbildung der gewerblichen Jugend als notwendig erachtet werden. Das Ministerium des Innern hält es daher für angezeigt, daß ein weiterer Ausbau der Lehrlingsabteilungen dieser Schulen nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen wird:

1. Der Unterricht soll an Wochentagen stattfinden, nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und spätestens abends 8 Uhr beendet sein. Ausnahmsweise kann die Erteilung von Fachunterricht Sonntags gestattet werden, insbesondere dann, wenn keine geeigneten Lehrkräfte oder Unterrichtsräume zur Verfügung stehen.
2. Die Unterrichtsdauer ist durchgängig auf drei Jahre auszu-dehnen.
3. Die wöchentliche Stundenzahl ist für diejenigen jungen Leute, die einer zeichnerischen Ausbildung bedürfen, auf mindestens acht, für die übrigen auf mindestens sechs festzusetzen.
4. Für die Verteilung des Lehrstoffes wird ein Normallehrplan aufgestellt werden, der später den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.
5. Die Schülerzahl soll in den einzelnen Klassen im allgemeinen nicht mehr als 25 betragen. Überschreitet sie die Zahl 30, so ist eine Teilung der Klasse vorzunehmen.
6. Die Anstellung hauptamtlicher Lehrkräfte ist anzustreben. Auf sie ist möglichst dann zurückzukommen, wenn die Schülerzahl 100

übersteigt. Bei der Auswahl der ständigen Lehrkräfte ist solchen Vorkräften der Vorzug zu geben, die in ständiger, sämtlicher Unterrichtsfächer in einer Klasse zu erteilen.

7. Der beruflichen Gliederung ist in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen.

8. Zur Erreichung der Forderung unter 7. haben die gewerblichen Schulen noch mehr dahin zu streben, die Gewerbelehrkräfte benachbarter Orte zum Besuche der Schule zu gewinnen. Bestehende gewerbliche Schulen benachbarter Orte möchten, soweit dies möglich und angezeigt ist, zu einer gemeinsamen Schule vereinigt werden.

9. Für die größeren gewerblichen Schulen sind eigene Unterrichtsräume zu beschaffen und entsprechend auszustatten.

10. Die Lehrmittel sind in übersichtlicher Weise zu ordnen und aufzubewahren.

11. Für größere gewerbliche Schulen wird die Benutzung von Projektionsapparaten empfohlen.

12. Die Schulverwaltungen und Lehrer wollen darauf bedacht sein, einen erzieherischen Einfluß auf ihre Schüler auch außerhalb der Schulzeit zu gewinnen, z. B. durch Wanderungen in Verbindung mit Besichtigungen, durch Turnspiele usw., sowie durch Anregen zum Lesen geeigneter Bücher und Veranstaltung von Vortragsabenden.

Das Ministerium ist geneigt, den Unternehmern der gewerblichen Schulen zur Durchführung der bezeichneten Forderungen entsprechende Beihilfen zu gewähren, und stellt den Schulen, deren Ausbau in der vorstehend gekennzeichneten Weise erfolgt ist, die Bezeichnung „Gewerbeschule“ in Aussicht.“

Die Durchführung dieses Erlasses wird einen starken Fortschritt im gewerblichen Bildungs- und Erziehungswesen der Lehrlinge bedeuten. Die Vorschrift von mindestens 8 Unterrichtsstunden in der Woche geht z. B. über das, was in den Ortsstatuten nicht-sächsischer Gemeinden gewöhnlich gefordert wird, weit hinaus. Die Klassenbesetzung mit nur 25 Schülern ist vom gesundheitlichen und erzieherischen Standpunkt überall zur Nachahmung zu empfehlen. Die Verbindung von Fortbildungsschule und körperlicher Leibesübung ist ebenso freudig zu begrüßen, wenn sie von den rechten Männern im rechten Geiste durchgeführt wird.

Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen sieht ein Gesetzentwurf vor, der dem Herrenhause zugegangen ist. Er bestimmt, daß blinde Kinder, die das sechste Lebensjahr, sowie taubstumme Kinder, die das siebente Lebensjahr vollendet haben, den in den Anstalten für blinde und taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu besuchen haben. Bei Kindern, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind, kann der Beginn der Verpflichtung bis zu drei Jahren hinausgeschoben werden. Die Schulpflicht kann bis zum 17. bezw. 18. Lebensjahr ausgedehnt werden, wenn die Kinder das Ziel des Unterrichts noch nicht erreicht haben. Bestehen am Wohnorte des Kindes keine unterrichtlichen Veranstaltungen für blinde oder taubstumme Kinder, so müssen die Kinder in einer Blinden- oder Taubstummenanstalt oder an einem Ort, von dem sie eine solche Veranstaltung besuchen können, untergebracht werden. Die Nichterfüllung der Schulpflicht ist strafbar. Der Unterricht ist frei, doch sind die Kommunalverbände berechtigt, sich gegebenenfalls die erwachsenen Kosten von dem Kinde oder seinem Unterhaltungsverpflichteten erstaten zu lassen. Das Gesetz soll am 1. April 1912 in Kraft treten. In der Begründung wird als Zweck des Gesetzentwurfs angeführt, die Wohlfahrt sachmännischen Unterrichts in einer für diesen Zweck besonders eingerichteten Veranstaltung allen Blinden und Taubstummen zu sichern. Da bereits zahlreiche Anstalten bestehen, werden größere Opfer den Verbänden nicht auferlegt.

Das Arbeitsprogramm der Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes für 1911 ist vom geschäftsführenden Ausschusse der Vereinigung festgesetzt worden. Die im vergangenen Jahre veranstalteten Auslandsuntersuchungen (Dänemark, Schweiz) werden veröffentlicht. Für die weiteren Untersuchungen sind zunächst England und Nordamerika in Aussicht genommen. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel sollen allmählich sämtliche Kulturstaaten in den Kreis dieser Forschung gezogen werden. Die Sammlung aller in Deutschland bereits vorliegenden Vorschläge und Versuche auf dem Gebiet staatsbürgerlicher Schul-erziehung soll fortgesetzt werden unter Mitwirkung des in Köln unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Geffken begründeten Ortsausschusses von Lehrern und Lehrerinnen aller Unterrichtsgattungen. Öffentliche Erörterungsabende, bei denen Fragen des politischen Lebens, die augenblicklich im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, in vorbildlicher Weise sachlich und sachverständig behandelt werden sollen, ferner Vortragskurse über bürgerkundliche Thematika, namentlich für Lehrer an höheren Schulen, Seminarien, mittleren, Fortbildungs-, Fach- und Volksschulen, ferner für Stu-

ierende an Hochschulen und für Erwachsene aller Kreise werden in allen Teilen des Reiches stattfinden. Die Vereinigung ist dabei erstrebt, möglichst mit bereits bestehenden Bildungs- und sonstigen gemeinnützigen Vereinen Hand in Hand zu gehen.

Soziale Ausbildungskurse der kirchlich-sozialen Konferenz. Die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland hat in die Veranstaltung sozialer Ausbildungskurse vom Kaiser ein Inadengehen von 800 M. erhalten. Aus dem letzten Betheler Kursum sind drei neue Arbeitersekrete für den Rheinisch-Westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine hervorgegangen. Andere Viefelfelder Kursum sind nach Hannover, Stolp (Pommern) und Lissa (Posen) in den Dienst der kirchlich-nationalen Arbeiterbewegung entsandt worden. Das Weimarer Generalsekretariat der kirchlich-sozialen Konferenz verhandelt wegen der Entsendung weiterer Arbeitersekrete in jene Landesteile, wo die Veruche zur Schulung und Festigung der Arbeitermassen im kirchlich-nationalen Sinne bisher noch am Anfange stehen.

5000 M für den Ankauf von guten Jugendschriften für Hamburger Schüler und Schülerinnen sind für je drei Jahre vom Senat und Bürgerschaft in Hamburg bewilligt worden, und zwar sollen diese Schriften Schüler und Schülerinnen als Geschenk erhalten. Man will durch diesen Versuch feststellen, ob und wie weit die Überweisung eines guten Buches als Eigentum an die Kinder auf die Befriedigung ihres Lesebedürfnisses Einfluß hat.

Ein Wiener Volksbildungshaus ist im Januar bei der Feier des 25-jährigen Bestandes des Wiener Volksbildungsvereins eröffnet worden. Das im 5. Bezirk, Margarethen, errichtete Haus enthält Säle und Lehrsäle für 1500 Personen. Das Geld zum Bau wurde dem Volksbildungsverein durch das Vermächtnis des Oberlandesgerichtsrats von Alsbach verschafft, der sein ganzes Vermögen der Volksbildung gewidmet hatte.

Volksbildung in Holland. Vom Direktor des kgl. Statist. Centralbureaus der Niederlande erhalten wir unterm 17. Januar aus dem Haag folgende Ziffern: „Zu dem in der „Sozialen Praxis“ vom 3. Oktober 1910 veröffentlichten Artikel von Dr. Ernst Schulze-Großhofel „Das Volksbildungswesen des Auslandes auf der Brüsseler Weltausstellung“ erlaube ich mir, die geehrte Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß in diesem Aufsatz ein falsches Bild von der Zahl der Analphabeten in den Niederlanden gegeben wird. Der Artikel spricht von der Möglichkeit, daß in Holland eine große Zahl Analphabeten gleichwie in Belgien vorhanden sei. Das belgische Jahrbuch stellt für die 1908 im Geese eingestellten Mannschaften die Ziffer von 11,7 % Analphabeten fest. Für die Niederlande war diese Ziffer im Jahre 1908 1,4 % und im Jahre 1909 1,4 %. Die Analphabeten unter den im Jahre 1908 und 1909 in den Niederlanden Eheverheirateten betragen in Prozenten der Gesamtzahl 0,2 und 0,2 Männer und 1,4 und 1,2 Frauen. Diese Angaben zeigen zur Genüge, daß die Zahl der Analphabeten in den Niederlanden nicht groß genannt werden kann.“

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Göbe-Schindler, Jahrbuch der Arbeiterversicherung 1911. 28. Jahrgang. Zwei Bände. Taschenformat, einzeln 5 M. bzw. 5,25 M.; zusammen 9 M. Berlin, Verlag der Diebstahls-Buchhandlung.

Der große Vorzug dieses Jahrbuchs, das ganze Gesetz- und Verordnungsmaterial auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in zwei handlichen Bänden zu vereinen — der erste Teil behandelt die Unfallversicherung, der zweite die Invaliden- und Krankenversicherung — hat ihm überall dort, wo auch die neueren obergerichtlichen Entscheidungen interessieren, insbesondere also bei den Schiedsgerichten und Verwaltungsbehörden, ebenso aber auch bei den Rechtsauskunftsstellen aller Art, längst Heimatsrecht verschafft. Die Präjudizien, die bis Ende September 1910 bekannt geworden sind, sind in das vorliegende Jahrbuch mit aufgenommen.

Die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in ihrer neuesten Gestalt nebst Ausführungsvorschriften. Erläutert von Dr. Ernst Reutamp, Reichsgerichtsrat. 9. Auflage. 1. Band. Tübingen 1910. J. C. B. Mohr. Preis 7 M.

Die rasche Folge der Auflagen spricht für den allgemein anerkannten Nutzen der Reutampschen Ausgabe. Ein besonderer Vorzug besteht darin, daß bei jedem Paragraphen, der durch die verschiedenen Novellen der Gewerbeordnung im Laufe der Jahre umgewandelt ist, auch Hinweis auf die früheren Fassungen und seine frühere Stelle gegeben werden, so daß man in gewissem Sinne eine Art Geschichte der Gewerbeordnung erhält. Der Verfasser beschränkt sich darauf, an gesetzlichen Vorschriften, Ausführungsbestimmungen, Gerichtsurteilen nur das wiederzugeben, was für das ganze Reich einheitlich gilt. Das Buch ist

also frei von den oft nur verwirrenden Sondervorschriften für die Einzelstaaten. Der Entwicklung der Gesetzgebung folgend, die mehr und mehr Spezialgesetze als Ergänzung zum Gewerbeberecht erläßt, wird mit der 9. Auflage auch eine Veränderung der Anordnung der Reutampschen Ausgabe eintreten. Der vorliegende erste Band enthält nur die eigentliche Gewerbeordnung in ihrer heutigen Gestalt nebst den reichsgesetzlichen Ergänzungsvorschriften, während der zweite Band sämtliche gewerberechtlichen Nebengesetze wie die Gesetze über Kinderschutz, Stellenvermittlung, Hausarbeit und das Arbeiterkammergesetz enthalten soll.

Sophiensruh. Wie ich mir das Landleben dachte und wie ich es fand. Von E. Janßen. 3. Auflage. Neudamm, Verlag von J. Neumann. (Preis 4 M.)

Das eigenartige Buch hat in kurzer Zeit drei Auflagen erlebt, ein Zeichen dafür, daß es sowohl in Stadt- wie Ländereisen Beachtung fand. Die Aufzeichnungen der Besitzerin von Sophiensruh, einem kleinen Landgut in der Nähe einer Großstadt, muten teils an wie ein humoristischer Familienroman, teils aber auch wie ein sehr ernstes Stück Kulturgeschichte. Wenn auch manche der Räte, die für Sophiensruh entstehen, wohl darauf zurückzuführen sind, daß die Besitzer aus völlig anderen Kreisen und ungeschult an die Bewirtschaftung des Landgutes gehen und man einen Teil dieser Räte also von den normalen Schwierigkeiten des Landlebens in Abzug bringen muß, so bleibt doch noch ein Einblick in landwirtschaftliche Fragen von allgemein gültiger Bedeutung zurück, der ernste Beachtung verdient. Die Schwierigkeiten, geeignete, zuverlässige Leute zu finden, kommen zum Ausdruck, die rastlose Arbeit namentlich in der Milchwirtschaft wird geschildert und die trotz allen Fleißes sich einstellenden Mißerfolge durch schlechtes Wetter, Viehsterben usw. Das Buch ist mit einem köstlichen Humor geschrieben, manchmal allerdings von der Art des „Galgenshumor“, wenn die Mißerfolge sich gar zu sehr häufen, und trotzdem die Besitzer schließlich entmutigt die Landwirtschaft aufgeben, kommt doch zum Schluß die Liebe zur Scholle zum Ausdruck, gerade um der Sorgen und Mühen willen, die man hineinsteckt hat.

Kunst und Heim, Pflege des Kunstsinns, Wohnungseinrichtung, Zimmer schmuck. Von F. E. Jüffer. Volksvereinsverlag. M.-Glöblich. 186 S. 8°. Geb. 80 Pf.

Ein ganz köstliches Büchlein! Es dekretiert ein wenig den Geschmack des Verfassers, es ist wohl in seinen Kunstempfehlungen manchmal allzu sitfam-vorsichtig; aber selbst in dieser Hinsicht ist vielleicht der Tadel eher ein Vorzug. Musterhaft in Einfachheit und Geschmack ist der kunstgewerbliche Teil, dessen Abbildungen mit ihrer Gegenüberstellung des Häßlichen und des Gediegenen außerordentlich geschickt und wirkungsvoll sind. In der Einleitung sagt Jüffer: „Je mehr der Arbeiter einsieht, daß eine bessere Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht das einzige ist, was er zu erstreben hat, desto mehr wird auch den sozialen Gegenständen ihre Schärfe genommen“; das ist mit der Einsicht richtig, daß es sich bei den anderen Dingen, denen das Streben des Arbeiters gelten soll, um wirtschaftlich für ihn erreichbare Genüsse handelt. Das, was Jüffer in seinem Büchlein bietet, zeigt den Weg gerade dazu, wie die Kunst mit wenig Aufwand ins Arbeiterheim einzutreten kann. Möge das herzerfrischende Werkchen weit über die katholischen Arbeiterkreise hinaus Anklang finden und nicht nur auch von andersgesinnten Arbeitern vorurteilslos zur Hand genommen werden, sondern auch in den Mittelstand eindringen, in dem ja noch immer Wunder und Absurdität wahre Orgien feiern!

August Forel, Malthusianismus oder Eugenik? München 1911, Verlag von Ernst Reinhardt. 80 S. gr. 8°. 50 Pf.

Das Heft gibt den Vortrag Forels auf dem neomalthusianischen Kongress zu Haag 1910 wieder. Die Behauptung der absoluten Überbevölkerung der Erde für wahr nehmend, sucht Forel die Meinung in einer ethischen und rassehygienischen Verkleidung des neomalthusianischen Gedanktums im Sinne bewußter Auslese, welche er mit Galton „Eugenik“ nennt. Im einzelnen wird in Forels Vortrag vieles als tatsächlich angenommen, worum noch stark gestritten wird; im ganzen aber kommt die Distributionsfrage, die heute doch im Mittelpunkt bevölkerungstheoretischer Erörterungen stehen muß, gegenüber der Produktionsfrage wesentlich zu kurz. Auch wird die eigentliche Schwierigkeit bei der Durchführung der Eugenik nicht recht herausgearbeitet: daß nämlich die soziale Besserstellung des Proletariats nicht nur erst die Folge eines Vordringens eugenischer Gedanken sein wird, sondern vielmehr auch die Voraussetzung eines Erfolges der Eugenik ist. So wird man dies Schriftchen weniger als Ergebnis wissenschaftlicher Erkenntnis, als vielmehr als Bekenntnis des ungewöhnlich starken Willens eines ethischen Reformators auffassen müssen.

Über die marxistisch-sozialdemokratische Gedankenwelt und die Grenze des Sozialismus. Von Hugo Liebig. Mühlhausen i. Thür. 1910. Verlag d. Heyschen Buchhandlung. Pr. kart. 2,— M., geb. 2,50 M.

Das Mühlengewerbe in Nassau-Sadamar und Diez. Von Dr. Ferdinand Abel. Münchener volkswirtschaftliche Studien. Band 102. Stuttgart und Berlin 1910. J. C. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Pr. 5,— M.

Der Staat als Kunstwerk und die Wirklichkeit. Von Prof. Dr. Stier-Somlo. Leipzig 1908. Verlag Deutsche Zukunft. G. m. b. H. Pr. 0,10 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 7. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen

und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig sind kürzlich erschienen:

Zur Geschichte

des

guts herrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen

von der Gründung des Ordensstaates bis zur
Steinschen Reform.

Von

Gustav Aubin.

Preis: 4 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Vorwort. Die ersten Anfänge des Ordensstaates. — Die Kolonisationspolitik des Ordens. Die soziale Gliederung im Lande. — Besitzverteilung, Betriebsgrößen und Arbeitsverfassung um die Wende des 14. Jahrhunderts. — Die Entwicklung eines Getreideexportes aus dem Ordenslande. Die kapitalistische Tendenz der Guts herrschaften in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. — Die Entwicklung des guts herrlich-bäuerlichen Verhältnisses im Zeitraum von 1410—1454. — Die Zeit von 1454 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. — Die Zeit von 1700—1806.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Der Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters

bis zum Jahre 1350.

Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im Mittelalter.

Von **Moses Hoffmann,**

Rabbiner.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 152.) Preis: 5 Mark 50 Pfennig

Inhalt: Einleitung. — Jüdischer Grundbesitz. — Jüdischer Handel. — Jüdischer Sklavenhandel. — Der Geldhandel im allgemeinen. — Das kirchliche Zinsverbot. — Christlicher Geldhandel im allgemeinen. — Der Wiederauf und die Rentenläufe. — Der Geldhandel der Geistlichen. — Der Geldhandel der Abtögen. — Der Geldhandel der Bürger und Städte. — Die deutschen Geldwechsler. — Die italienischen Geldhändler. Die Lombarden und die Awaerischen. — Der jüdische Geldhandel. Rechtliches. Pfandrechtsbestimmungen. Rechtliche Ausnahmen zugunsten der Juden. — Der Zinsfuß. — Kirchliche und weltliche Beschränkungen des jüdischen Geldhandels. — Anordnungen der Rabbinen, den Geldhandel betreffend. — Jüdischer Geldhandel im allgemeinen. Frühestes Vorkommen des Geldhandels unter den deutschen Juden im Mittelalter. — Organisation der jüdischen Geldhändler unter sich. — Zinsnehmen und Darlehen unter Juden. — Geschäftsbetrieb der Juden. Der Begriff der festen Stunden. Pfandgegenstände. Geld auf Schaden nehmen. Der Zwang zum Geldhandel. Geldgeschäfte, von jüdischen Frauen betrieben. — Das Risiko des jüdischen Geldhandels. Zinsreduktionen und Schuldverlässe. — Geschäfte mit Geistlichen. Die Verpfändung von Kirchengeräten. — Geschäfte mit Abtögen und Fürsten. Die Bedeutung der Juden für die fürstliche Finanzwirtschaft. Böhle und Reichte im Besitze von Juden. — Geldgeschäfte mit Städten und Bürgern. Der Kleinhandel Juden als Vermittler und Werbepersonen für Christen. — Schlussergebnis. Die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft. — Anhang. Die jüdischen Quellen. Responnenliteratur.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage der Deutschen Vereinigung verfaßt

von

Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort

des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung
Grafen zu Hornsbroch-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellennachweis. — I. Geschichtliches über Deutschtum und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protestantisierung. — VI. Schule und Deutschtum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — IX. Schlusswort.

Früher erschienen:

Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit.

Gesammelte Vorträge

von

Georg Friedrich Knapp.

Zweite, vermehrte Auflage.

Preis: 2 Mark 40 Pfennig.

Inhalt: Der Ursprung der Sklaverei in den Kolonien. — Die bäuerliche Leibeigenschaft im Osten. — Die Erbantertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft. — Die Landarbeiter bei der Stein-Gardenbergischen Gesetzgebung. — Landarbeiter und innere Kolonisation. — Anmerkungen.

Das Englische Gewerkvereinsrecht nach 1870

Von

Fritz Haneld.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 139.)

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Die historische Entstehung und Entwicklung der Probleme des englischen Gewerkvereinsrechtes von 1824—1875. — Zeit- und Streitfragen. — Die Registrierung, ihr Wesen, Umfang und Bedeutung. — Die rechtliche Methode der kollektiven Vertragsschließung. — Das Fondsessen der Gewerkvereine, die Frage ihrer Haltbarkeit und Gesetzlichkeit. — Das Recht der Streikaktionen. — Kombination und konspiration. — Stellung und Bedeutung von arbitration und konziliation im System der englischen Gewerkvereinsgesetzgebung.

Ueber Wandlungen in der

Volksernährung.

Von

Alfred Grotjahn.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. XX. Band. 2. Heft.)

Preis: 1 Mark 60 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. Physiologisches über Ernährung im allgemeinen. Kost-ätze und Kostmasse. Normal-Budgets. Beziehung des Gesamtkonsums auf die erwachsene männliche Person. — Die frei gewählte Kost der Wohlhabenden. — Die Kost der städtischen Handwerker, Unterbeamten und gut gestellten Arbeiter. — Die Kost der Bauern, ländlichen Arbeiter, Handwerker, Fischer und des Gesindes mit ausgeprägtem lokalem Charakter. — Die Kost der von jeder Naturwirtschaft losgelösten, auf reinen Geldlohn angewiesenen industriellen und grossstädtischen Arbeiter. — Verschiebungen im Konsum der einzelnen Hauptnahrungsmittel. Tendenzen zur Unterernährung in den modernen Industrieländern.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die Schulspeisung in London und Bradford. Von Helene Simon. 578
- Straflosigkeit des Bettelns „aus Not“. Von Pastor Mörchen, Geschäftsführer des Deutschen Bergwerksvereins, Bethel b. Bielefeld. 581
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. 583
- Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. 584
- Allgemeine Sozialpolitik. 584
- Der Entwurf eines Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsgesetzgebung.
- Die Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegen das freie Handwerk.
- Zur Verhütung der unläuteren Konkurrenz bei der Verbindung gewerblicher Arbeiten in Sachsen.
- Das Gewerksamt für die englische Spinnindustrie.
- Rechtspflege. 586
- Die Unsicherheit des Arbeitsrechts.
- Regelmäßig tageweise beschäftigte Lohnkellner sind Krankenversicherungspflichtig.
- Betriebsunfall eines Fischers durch eine abirrende Kugel.
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 589
- Weitere Tarifverträge im Gastwirts-gewerbe.
- Der Tarifvertrag der Glaschleifer in der Oberpfalz.
- Arbeiter- und Unternehmervereinigungen. 590
- Arbeitervertretung in preussischen Staatsbetrieben.
- Klagen über das Sicherheitsmännernwesen in Oberschlesien.
- Die Arbeiterauskunftswahlen im oberbayerischen Bergwerksgebiet.
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten. 591
- Der Bund der technisch-industriellen Beamten.
- Die österreichische Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger.
- Streits und Aussperrungen. 592
- Ein Arbeitskampf im britischen Buchdruckgewerbe.
- Eine Lohnbewegung der Magdeburger Straßenbahnangestellten.
- Arbeiterschutz. 595
- Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht.
- Die Reichstagskommission für die G.D.-Robelle.
- Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben Ungarns.
- Arbeiterversicherung. Spezialisten. 598
- Die Angestellten-Versicherung III.
- Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
- Die Erhöhung der Angehörigenunterstützung für in Gellankhalten untergebrachte Versicherte.
- Arbeitsnachweis. 601
- Die Errichtung von 31 öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in Ostpreußen.
- Die Gründung eines Verbandes der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen.
- Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Jahre 1910.
- Volksbildung. 601
- Die planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege in Preußen.
- Eine von der Zentralstelle des deutschen Städtebundes veranstaltete Erhebung über Volksschulen.
- Praktische Staatsbürgerkunde.
- Schülerversorgung in Basel.
- Volksgeundheit. 604
- Die gesetzliche Regelung der Schulartzfrage in Württemberg.
- Eine städtische Poliklinik für Volksschüler in Fürth (Bayern).
- Die Gesundheitschädlichkeit des Bronzieren.
- Wohnungswesen. 606
- Der zweite Deutsche Wohnungskongress.
- Staatlicher Wohnungskredit in Preußen.
- Eine Wohnungsinpektion in Bochum.
- Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft.
- Ein Reigenheim in der Gartenstadt Hellerau.
- Literarische Mitteilungen. 606

Die Schulspeisung in London und Bradford.

Von Helene Simon, Berlin.

Das englische Schulspeisegesetz vom Dezember 1906¹⁾ sieht vor: Für jede Volksschule, wo sich bedürftige Schüler finden, „Kinder, die durch Nahrungsnot unfähig sind, aus dem gebotenen Unterricht den vollen Nutzen zu ziehen“, sind Schulspeisungskommissionen (School Canteen Committees) zu ernennen, die das Erforderliche zur Beseitigung der Nahrungsnot veranlassen. Alle Gemeinden nahmen das gemäß dem englischen Verwaltungssystem im wesentlichen fakultative Gesetz an. Schon im Frühjahr 1909 war es bei 134 von 327 Schulbehörden in Kraft; seither nahm seine Durchführung erheblich zu. Interessante Angriffe des Organisationsproblems bieten namentlich London und die kleine Industriestadt Bradford: dort noch Kampf auf schier unübersehbarem Gebiet; hier in engeren Grenzen schon fruchtbare Lösung.

London verkörpert das Großstadtproblem in seiner schwierigsten Gestalt. Jeder organisatorische Schritt der ungefügen Kiesen ist zu bewerkeln nach der Unsumme der Hindernisse, die er niederstampfen muß. In diesem Sinn, aber auch im Hinblick auf ihre Entwicklungsmöglichkeiten, ist die Londoner Schulspeisung eins der lehrreichsten sozialen Gebilde.

Vor dem Erlaß des Schulspeisegesetzes lag die Speisung der freien Liebestätigkeit ob. Trotz redlichen Mühe gelang es ihr nicht, der grausamsten Schülernot nur annähernd abzuheilen. Erst das Gesetz brachte Wandel. Schon im Juli 1907 ging die Unterrichtsbehörde des Londoner Grafschafts an Werk. Zunächst schuf sie die bestehenden freiwilligen Unterstützungskommissionen (relief committees), wo die Schulbehörde seit 1899 vertreten war, um in die vorgeschriebenen Organe für die Schulspeisung unter der Bezeichnung: „Kinderschutz-Kommissionen“ (Children's Care Committees). Dieser Name besagt, daß man die Ziele über das Gesetz hinausspannt, eine Brücke schlagen will zwischen Schule und Haus, auf dem Weg über die Schule Einfluß anstrebt auf das ganze Kinderleben. Die nächste und oberste Aufgabe ist natürlich in Erfüllung des Gesetzes die Beseitigung der Nahrungsnot in der öffentlichen Schule.

Aus Steuergeldern sollten zuerst nur die Vorkehrungen (Koch- und Speiseräume, Heizung, Geschirr, Personal usw.) gedeckt werden; zur Bestreitung der eigentlichen Speisung rief man die Wohltätigkeit an. Die erforderlichen Summen liefen indes nicht ein. Im Januar 1909 wurden auch die Kosten der Portionen von der Schulbehörde bewilligt. Gleichzeitig beschloß man eine Erweiterung und Vereinheitlichung der ganzen Hilfstätigkeit.

Sie ward verteilt auf drei scharf unterschiedene, obwohl voneinander abhängige Körperchaften: 1. die für jede Volksschule einzusetzenden Schulschutz-Kommissionen, „the children's care (school) committees“²⁾; 2. deren Zusammenfassung nach Stadtteilen zu

¹⁾ Education (Provision of Meals) Act, 1906. Vgl. Soziale Praxis Nr. 17, Jahrg. XVI und Nr. 11 und Nr. 14, Jahrg. XVII.

²⁾ Vgl. London County Council Education Committee. Handbook containing general information with reference to the work in connection with the Children's care (central) sub-committee. King & Son. London 1910. Price 6 d. S. auch Margaret Frere, Children's Care Committees. London 1909.

Ortsausschüssen, „the local associations of care committees“; sie alle unterstehen 3. einem Ausschuss der Unterrichtsbehörde, „the children's care (central) sub-committee of the education committee“.

Die einzelnen Schulschutzkommissionen, deren Zahl rund tausend beträgt, bestehen aus zwei bis drei Vorständen (local managers) und aus einer je nach Bedarf teils von diesen, teils von der Zentralbehörde zu ernennenden Anzahl geeigneter Hilfskräfte: Mitglieder von Jugendfürsorgevereinen jeder Art, Hauspfleger (Health visitors), Ärzte und Ärztinnen. Auf die Schutzkommissionen kommt jetzt ein besoldeter Beamtenstab von 28 Personen, je ein Angestellter auf etwa 200 freiwillige Kräfte.

Die Local Associations bestehen aus wenigstens 18 Mitgliedern, wovon zwei Drittel von den Schulschutzkommissionen, ein Sechstel vom Lehrerausschuss, ein Sechstel von der Zentralbehörde gewählt werden.

Damit ist die Schulspeisung auf feste Grundlage gestellt: in ihrer Richtung strenger amtlicher Zentralisation mit sehr viel lokalisierter ehrenamtlicher Kleinarbeit schafft sie vielleicht die einzige Möglichkeit, der Londoner Massennot beizukommen.

Aufgabe der Schulleitenden ist es, ein Verzeichnis bedürftig erscheinender Schüler und solcher Schüler, die um Speisung einkommen, der Schutzkommission vorzulegen. Nach Prüfung der häuslichen Verhältnisse hat sie über die Bedürftigkeit zu entscheiden und die betreffenden Schüler sowie etwaige Geschwister in andern Schulen einem Speisecentrum zu überweisen. Die Bemittlungen sind unter Nachprüfung der Sachlage monatlich zu erneuern.

Obwohl die Speisung zunächst unbedingt erfolgt, geschieht alles, um ihre Notwendigkeit zu beseitigen: sei es durch Belehrung der Mütter, durch Arbeitsbeschaffung, durch Unterbringung kranker Familienglieder in Kranken- und Genesungsheime usw. In hoffnungslosen Fällen grober Vernachlässigung oder chronischer Armut werden die Schüler auf Grund des Kindergesetzes von 1908 in Fortschulen oder Fürsorge-Anstalten gegeben. „Vielfach kann nur die Prüfung der häuslichen Verhältnisse die wirkliche Sachlage enthüllen. So mag das Ersuchen von Eltern oder Kindern um Speisung Gelegenheit geben, die tieferen Ursachen des Notstandes zu entdecken und zu beheben.“³⁾

Aber den umfassenderen Zielen soll jedoch der Ruf der Stunde nicht ungehört verhallen: „So lange die endgültige Entscheidung fehlt und Verhandlungen über etwaige andere eingreifendere Abhilfe schweben, sind die Kinder zu speisen. Für Schüler ohne Frühstück soll der Rektor die Speisung sofort als Dringlichkeitsfall veranlassen und die zuständige Stelle dafür belassen.“

Durchschnittlich wird nur Mittagstisch gewährt; bei besonderer Not oder Schwäche auch erstes oder zweites Frühstück (Milch mit Brot oder Bisquit).

Die Unterrichtsbehörde gibt 13 „typische Menüs“ für je 100 Schüler an; meist zwei Gänge: Suppe aus Hülsenfrüchten und Fruchtputting; Omelette oder Hammelfleisch mit Gemüse und Kartoffeln; Fleisch- oder Gemüsepasteten; Fisch mit Kartoffelpasteten; oder z. B.: Käseputting mit gebackenen Kartoffeln und Haferkleimpuding. Zu allen Mahlzeiten wird Brot gereicht. Die vielen Puddings, die auch im kleinbürgerlichen Haushalt Sitte sind, entsprechen dem englischen Geschmack.

Einrichtung, Verwaltung und Beaufsichtigung von Speisecentren liegt den Local Associations ob: sei es in oder außerhalb der Schulen; sei es, daß die Speisen in eigenen Küchen bereitet oder von Volkscüchen oder Wirtschaften geliefert werden. Wo freiwillige Helfer bei den Mahlzeiten fehlen, sind bezahlte Kräfte anzustellen. Ältere Schüler und Schülerinnen sind zu Hilfeleistungen anzuhalten. — Die Local Associations haben sich mit den Schulschutzkommissionen über die geeigneten Methoden der Auswahl bedürftiger Schüler sowie auch der Gesundheitspflege zu beraten und der Zentralbehörde Tätigkeitsberichte zu erstatten. In ihren Händen liegen schließlich die finanziellen Abmachungen. Nur soweit es sich um Mahlzeiten innerhalb der Schulzeit (Frühstück, Mittagbrot) handelt, sollen die Local Associations bei der Zentralbehörde um die erforderlichen Mittel einkommen. Verschaffen die Schulschutzkommissionen unter Billigung der Ortsausschüsse Speisungen aus Privatmitteln, so können sie nach Belieben verfahren, bleiben aber unter behördlicher Oberaufsicht. Es ist der strenge Sinn des Schulspeisegesetzes, daß Schulspeisung nur aus unmittelbaren Unterrichtsründen verfügt werde. Alles darüber hinaus soll der freien Liebestätigkeit verbleiben! So dürfen z. B. Ferienspeisungen nur aus Privatmitteln erfolgen.

³⁾ Handbook a. a. O.

Wo nicht Freispeisung bewilligt ist, wird den öffentlich gespeisten Kindern für das Frühstück 1 d, für Mittagstisch 1½ d angerechnet. Es ist Sache des Graffschafsrats, die Zahlung gegebenenfalls zu erzwingen.

Belastungen sollen den Lehrern aus der Speisung nicht erwachsen. Doch wird auf ihre freiwillige Mitarbeit Wert gelegt. Neben dem Schulspeisegesetz geben Schularztgesetz und Kindergesetz von 1908 Handhaben zur Durchführung der Speisung.

Die Speisung erfolgte früher in irgendwelchen Räumen nahe der Schule, meist in kleinen Gastwirtschaften, die auch die Kost lieferten. Jetzt wird sie durchschnittlich von bekannten Speisegesellschaften an die verschiedenen Speisecentren verhandelt. Mehr und mehr werden diese in die Schulen verlegt. Und zwar in die Schulhallen der sogenannten Hallenschulen, wo die Klassenzimmer sich um einen weiten Mittelraum: „die Schulhalle“ gruppieren, der für die Speisung geeignet ist.⁴⁾ Etwa 300 Schulhallen kommen in Betracht. Die erforderlichen Nebenräume werden angebaut. Die Gesamtkosten hierfür sind auf 20 000 £ veranschlagt.

Die Höchstzahl der im Jahre 1910 gespeisten Schüler fiel auf den März: 55 129; die Mindestzahl auf den September: 30 665; der Jahresdurchschnitt betrug: 36 320; etwa 6 % von 500 000 Londoner Schülern. Die Zahl der Bedürftigen war etwas geringer als im Vorjahr, woraus auf eine zunehmend gründliche und sorgfältige Arbeit der Schutzkommissionen geschlossen wird.

Die Speisung erfolgt für das ganze Schuljahr, mit Ausnahme der Ferien, an je 5 Schultagen wöchentlich. Im Berichtsjahr 1909/10 wurden:

an öffentlichen Mitteln insgesamt verausgabt	78 125 £
davon für Nahrungsmittel	42 504 „
für Zuriichungen	18 685 „
für Neueinrichtungen	2 642 „
für Bureauauslagen und Gehälter	5 878 „

Das Gerippe zu einer großartigen Sanierung der Volksschulen ist hier gegeben. Im Vergleich mit den Zuständen vor dem Erlaß des Schulspeisegesetzes ist der Fortschritt erstaunlich, wenn auch Jahre vergehen mögen, ehe London zu einer Schulspeisung gelangt, wie sie die Unterrichtsbehörde in Bradford sich geschaffen hat.

* * *

Die Speisung in Bradford⁵⁾ untersteht dem „Canteen Sub Committee“ der Schulbehörde. Bis 1908 beschränkte man sich auf die Verabreichung einer sehr reichlichen Mittagstisch (Suppe, Gemüse, Fleisch, Pudding). Seit 1908 ward auch das Frühstück zur ständigen Einrichtung. Die Herstellung der Mahlzeiten geschieht hier in eigener Regie. Die Schulbehörde hat sich eine weiträumige, mit allen Mitteln neuzeitlicher Technik ausgestattete Zentralküche erbaut, in der ein Koch mit neun Hilfskräften tätig ist. Automaten befördern die Speisen zu den Speisehallen. Eine Erweiterung der Küche in dem Umfang, daß sie 5000 Schüler versorgen und ihren Brotbedarf selbst baden kann, ist im Werk.

Die Speisung findet statt: in 20 hellen, freundlichen, mit Blattpflanzen oder Blumen geschmückten Speisehallen (meist Mietsräumen, nur zwei neue Schulbauten haben eigene Speisehallen), die auf die verschiedenen Schuldistrikte verteilt sind und je etwa 125 Personen fassen.

Erziehliche Rücksichten werden sorgfältig gepflegt. Die Oberaufsicht für je 50 Kinder liegt einem hierfür besonders bezahlten Lehrer ob, dem weibliche Hilfskräfte zur Seite stehen. Der Lehrer ernennt ferner jugendliche Hilfskräfte aus seinen älteren Schülerinnen, die abwechselnd, für vier Wochen oder länger, einen Tisch mit 12 Kindern sauber zu bedienen haben und zum Schluß der allgemeinen Speisung ihre Mahlzeit erhalten. Die ihnen gelieferten Schürzen und sonstige Wäsche werden in den Handarbeitsstunden ausgebessert. Auch alle übrigen Einzelheiten erfolgen nach genau vorgeschriebenen Regeln. In den Formularen, die die Lehrer allwöchentlich auszufüllen haben, befindet sich u. a. die bezeichnende Frage: „War eine der Mahlzeiten bei den Kindern unbeliebt? Und aus welchem Grunde?“

Im Berichtsjahr 1909/10 wurden von rund 47 000 Volksschulkindern gespeist: 4400 (gegen 5500 im Vorjahre). Darunter 168 Schüler, deren Eltern die Mahlzeiten ganz oder teilweise bezahlten. In drei Fällen wurde die Zahlung gerichtlich erzwungen, einmal durch 14tägige Gefängnisstrafe. Wie man sieht, herrscht strenge Aufsicht. Die Eltern der verpflegten Kinder müssen

⁴⁾ Beral.: Die Fürsorgeeinrichtungen der Londoner Volksschulen. Nr. 3, Jahrgang XX dieser Zeitschrift.

⁵⁾ Siehe hierzu City of Bradford Education Committee. Jahresberichte von 1906–1910.

sich über ihre Verhältnisse ausweisen. In zweifelhaften Fällen soll neben der häuslichen Nachprüfung auch der Arbeitgeber befragt werden. Der durchschnittliche Wochenverdienst von 473 Familien, für deren Kinder sich auch Frühstück als notwendig ergab, betrug etwas über 6 sh; 1 sh 2 d kam auf die Person.

Der Gesamtaufwand für die Speisung betrug 8700 £; davon auf die eigentliche Speisung: 5248 £; an Gehalt für Lehrer, sonstige Aufsicht und Personal: 1388 £. Verteilt wurden 64247 Mittagsportionen und 315492 Frühstücksportionen. Der Kostenpreis der einzelnen Portion wird auf 2 d veranschlagt. Je nach Verhältnissen (Verdienst, Kinderzahl) wird einem Teil der Eltern nur 1 1/2 d, 1 d oder 1/2 d berechnet.

In einem der Jahresberichte heißt es: „Die Behauptung, daß die Schulspeisung die elterliche Verantwortung untergrabe, hat einen heftigen Stoß (a rude shock) erfahren: Duzende uns zugegangene Briefe zeigen, daß die Eltern die Ersten sind, die die Kommission von einer Hebung ihrer Verhältnisse unterrichten, daß sie oft voll Dankbarkeit für die gewährte Hilfe sind und daß es ihnen angelegen ist, ungünstiger gestellten Familien Platz zu machen.“

Umfragen nach dem Erfolg der Speisung wurden von der großen Mehrzahl der Lehrer dahin beantwortet, daß sich sowohl die Leistungen als auch Betragen und Manieren der gespeisten Kinder gebessert hätten.

Ähnliche, wenngleich weniger ausgebauten Einrichtungen wie Bradford haben Manchester und Bristol. Namentlich finden auch die Londoner „Kinderschutzkommissionen“ in Anlehnung an die Schulspeisung im Lande Anklang und Nachahmung.

Auch ursprüngliche Gegner der öffentlichen Speisung haben erkannt, daß hier ein gewiesener Weg der Abhilfe liegt, der gute Aussblicke eröffnet. Vor dem Widerspruch zwischen Unterrichtszwang und Nahrungsnot verstummen, sobald er ins Bewußtsein tritt, viele Bedenken. Für die Schulspeisung, wenn je, gilt es, unbeschadet umfassenderer Zukunftspläne: Im Anfang war die Tat.

Straflosigkeit des Bettelns „aus Not“?

Von Pastor Mörchen, Geschäftsführer des Deutschen Herbergsvereins, Bethel bei Bielefeld.

Zu dem Beschluß des Reichstags vom 14. Januar 1911, dem sogenannten Bettelparagraphen (§ 361 Ziff. 4 StGB.) die Bestimmung anzufügen, daß von Strafe abgesehen werden kann, wenn das Betteln „in unverschuldeter Noilage“ erfolgt, seien mir folgende, ganz „unpolitische“ Bemerkungen gestattet:

Vor einigen Jahren hatte in Berlin ein von Hunger und Obdachlosigkeit geplagter Mann, der sich vergeblich bemüht hatte, dort Arbeit und Brot oder endlich eine Armenunterstützung zu finden, aus Verzweiflung eine Schaufensterscheibe zertrümmert, vor den Augen eines Schutzmanns, um sich auf diese Weise Obdach und Nahrung zu verschaffen. Zum Betteln war er zu stolz. Diese in vielen Zeitungen veröffentlichte Mitteilung gab dem jüngst verstorbenen Pastor von Bodelschwingh den Anlaß, in einer Konferenz zu erklären:

„Der Mann hatte entschieden unrecht, dem unschuldigen Ladenbesitzer diesen Schaden zuzufügen. Er hätte dem Oberbürgermeister die Fenster einwerfen sollen; wäre ich in der Nähe gewesen, so hätte ich ihm dabei geholfen. Wäre dann ein Schutzmann gekommen, um uns zu verhaften, so hätte ich gesagt: „Schön, lieber Schutzmann, aber begleiten Sie uns erst zu dem Herrn Minister, damit wir dem auch noch die Fenster einwerfen, denn der ist mit Schuld daran, daß es für solche verzweifelte Menschen keine Hilfe gibt; nachher können Sie uns beide einsperren.“

Dies war nur eine drastische Umschreibung eines Notstandes, der sich alle Tage tausendmal im Deutschen Reich bemerkbar macht. Dieser Notstand wurzelt in der notorischen Unvereinbarkeit des jetzigen Strafrechts mit dem jetzigen Fürsorgerecht.

Das unbedingte Verbot und die unbedingte Strafbarkeit des Bettelns im jetzigen Strafrecht wäre gerechtfertigt, wenn das jetzige Fürsorgerecht (§ 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes) genügte, um ganz mittellosen, namentlich ortsfremden Personen — „Wanderarme“ habe ich sie vor etwa 20 Jahren in unserer Zeitschrift „Der Wanderer“ zuerst genannt, im Unterschied von „Ortsarmen“ und „Landarmen“ — das zum Leben unbedingt notwendige an Nahrung, Obdach, nötigenfalls Kleidung sofort zu verschaffen. Diese Fürsorgepflicht der Orts- bzw. Landarmenverbände ist im Unterstützungswohnsitzgesetz zweifellos begründet — vergl. die bezüglichen Entscheidungen des Bundesamts

für das Heimatwesen und Erlasse des Ministers des Innern, z. B. vom 15. Juni 1901, IIb. 1426 — aber ebenso zweifellos ist die Tatsache längst festgestellt, daß die Armenverbände diese Verpflichtung nicht erfüllen und sie auch tatsächlich, aufs große Ganze gesehen, in den für ihre Erfüllung vorgeschriebenen Formen nicht erfüllen können.

Seit dreißig Jahren ist dieser Gegenstand nicht bloß von Juristen, sondern noch mehr von Praktikern des Armenwesens und der Volkswohlfahrtspflege so gründlich behandelt und der eines Kulturstaates nach heutigen deutschen Begriffen unwürdige, gesundem Rechtsgefühl und sittlichem Empfinden unerträgliche Notstand so überzeugend nachgewiesen worden, daß darüber kein Wort mehr verloren zu werden braucht. Die preußische Staatsregierung hat diesen Notstand nicht bloß theoretisch anerkannt, sondern zu tatsächlicher praktischer Abhilfe schon im Jahre 1895 Hand angelegt, indem sie den Gesetzentwurf über Verpflegungseinrichtungen (Wanderarbeitsstätten) der unter der Ägide des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern Grafen Botho zu Eulenburg ausgearbeitet worden war, dem Preussischen Landtag vorlegte. Dieser Gesetzentwurf schützte und ergänzte die bestehende Rechtsordnung in ebenso wirksamer wie vorsichtiger Weise, indem er für das ganze preußische Staatsgebiet die tatsächlich nötigen und schon in weitem Umfang auf freiwilligem Wege durch Vereine und Kommunalverbände seit 1880 ins Leben gerufenen Fürsorgeeinrichtungen: Arbeitsnachweis und vorübergehende Beherbergung und Verpflegung gegen Arbeitsleistung für das ganze Staatsgebiet obligatorisch anordnete. Der vom Abgeordnetenhaus damals in zwei Lesungen bereits angenommene Gesetzentwurf scheiterte leider in der dritten Lesung an der Kostenfrage; ein staatlicher Drittelbeitrag zu den Gesamtkosten, wie das Abgeordnetenhaus ihn forderte, wurde von dem Finanzminister Miquel nicht zugestanden, da jegliche Armenkosten im preussischen Staate von den Kommunalverbänden (in diesem Falle je zur Hälfte von den Kreisen und Provinzen) getragen werden mußten.

Das preußische Wanderarbeitsstättengesetz vom 29. Juni 1907, hauptsächlich auf Bodelschwinghs Betreiben zustande gekommen, aber von ihm nur als „Abschlagszahlung“ einstweilen hingenommen, kann dem Notstande nicht abhelfen; es stellt die Sache dem Belieben der einzelnen Provinzen anheim, noch dazu mit Bremsklauen, die es den Provinzialverwaltungen und -landtagen äußerst erschweren, davon einen zweckentsprechenden Gebrauch zu machen; die Provinz muß selbst zwei Drittel der Kosten übernehmen, der Provinziallandtag kann nur mit Zweidrittelmehrheit die Ausführung beschließen. Bis jetzt haben nur die Landtage der Provinzen Westfalen und Sachsen die Anwendung des Gesetzes beschlossen, und in anderer, neuartiger, dem Gesetz und dem Bedürfnis minder entsprechender Art der Kommunallandtag des Bezirkes Cassel. Es ist nicht zu erwarten und, so wie die Dinge liegen, kaum zu wünschen, daß dies Gesetz noch in andern Provinzen zur Anwendung kommt.

Bodelschwingh hatte noch seine letzten Kräfte daran gesetzt, um eine bessere Hilfe auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu erreichen, wozu sich vor drei Jahren bei der Beratung der Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz Gelegenheit bot. Das Ergebnis war der Beschluß des Reichstags vom 29. April 1908 (Resolution Kölle-Behrens):

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: 1. Ermittlungen darüber anzustellen, welche Mängel dem öffentlichen Armen- und Fürsorgewesen, insbesondere den Arbeitshäusern, den Asylen für Obdachlose, Verpflegungseinrichtungen usw. anhaften, und das Ergebnis dem Reichstag baldigt vorzulegen; 2. eventuell im Wege der Gesetzgebung schleunigst Abhilfe zu schaffen, insbesondere auch in der Richtung, daß die jetzigen schweren Mängel, die sich bezüglich der hilfsbedürftigen, arbeitsbereiten Wanderarmen vornehmlich aus § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes ergeben, beseitigt werden.“

Diese Ermittlungen sind im Gange (z. B. veranlaßt durch den Runderlaß des preussischen Ministers des Innern vom 31. Dezember 1908, f. „Wanderer“ 1908 usw.). Bedenkt man die „weiten Wege“ solcher Ermittlungen und die unendlichen Schwierigkeiten, die sich auf den bisherigen Wegen dem Fürsorgebestreben entgegenstellen haben, so ist es verständlich, daß der Reichstag schon jetzt, durch seinen Beschluß vom 14. Januar, wenigstens dafür sorgen wollte, daß Tausende der Armen, die durch Hunger und bloße einerseits, das Versagen der öffentlich-rechtlichen Armenfürsorge andererseits genötigt sind, zur Erhaltung ihres Lebens die Privatmitleidigkeit mitleidiger Mitmenschen in Anspruch zu nehmen, nicht als „Bettler“ bestraft werden müssen.

Es liegt auf der Hand, daß die Straflosigkeit des Bettelns „aus Not“ zu starkem Mißbrauch führen und dem Wanderbettel

geriebener arbeitscheuer „Kunden“ Vorschub leisten kann. Ob diesem Bedenken mehr Gewicht beizumessen ist als dem anderen, daß nach dem jetzigen Rechte eine strafmäßige Behandlung unschuldig Leidender eintreten kann und in sehr vielen Fällen eintritt, mag jeder selbst ermesen. Ich bin mit sehr vielen Richtjuristen nicht der Meinung. Die Schöffengerichte werden mit ziemlicher Sicherheit zu beurteilen verstehen, ob der Betreffende sich in einer Notlage befand, welche es entschuldbar macht, daß er die Wildtätigkeit in Anspruch nahm. Als „Betteln“ darf ein solcher Appell an die Barmherzigkeit in wirklicher Not, wenn die öffentlich-rechtliche Hilfe nicht zu erlangen oder nicht ausreichend ist, überhaupt nicht angesehen werden. Es ist ein Akt der Notwehr aus berechtigtem Selbsterhaltungstrieb. Ein „Recht auf Arbeit“, wie Bismarck es einmal anerkannte und befürwortete, gibt es noch nicht; und dies wäre viel weitgreifender, schwerer und kostspieliger, als das „Recht auf Existenz“, um welches es sich hierbei handelt.

Die Gefahr des Mißbrauchs jener Straffreiheit sollte allerdings den Gesetzgeber dazu antreiben, das Fürsorgerecht so umzugestalten, daß eine Nötigung zum Betteln überall möglichst ferngehalten wird. In diesem Antriebe sehe ich den Hauptwert des Reichstagsbeschlusses vom 14. Januar.

Daß Betteln aus Not nur dann straffrei bleiben soll, wenn die Not eine „unverschuldete“ ist, kann man verschieden verstehen. Wäre es so gemeint, daß der Richter in jedem einzelnen Falle prüfen müßte, ob der Betreffende durch leichtsinnige oder sonstwie schuldhaftige Lebensführung dahin geraten ist, von allen Mitteln entblößt zu sein, so wäre es eine unausführbare und unberechtigte Bestimmung — unberechtigt, denn die natürliche Folge des schuldhaften Verhaltens, die Armut, wird ja durch die Straffreiheit nicht berührt und nicht beseitigt, sondern jene Folge der Armut, welche der Gesetzgeber nicht will und nicht wollen kann: Zugrundegehen durch Entbehren des notwendigsten Lebensbedarfs soll vermieden und eine Selbsthilfe durch Betteln nicht bestraft werden, wenn die zur Beseitigung der Not erforderliche Hilfe ohne Verschulden des Leidenden von den zur Hilfe Verpflichteten (Armenbehörden) nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährt worden ist bezw. gewährt zu werden pflegt. Nicht die Notlage überhaupt als Folge der Armut, sondern die akute Not in dem vorliegenden Falle, in welchem der Bedürftige sich nicht anders helfen konnte als durch Betteln, soll Straffreiheit begründen.

In weiten Gebieten Deutschlands steht es jetzt tatsächlich so, daß notgedrungen wandernde Arme zum Betteln gezwungen sind, um nicht zu verhungern; und dies Betteln wird von vielen mitleidigen Einwohnern gar nicht als Unrecht betrachtet; sie halten es für Christenpflicht, zu geben, und können auch nicht anders, solange sie nicht überzeugt sind, daß eine wohlgeordnete öffentliche, jedem Wanderarmen zugängliche Fürsorge besteht, die jeden genügend vor Not schützt und daher das Betteln wie das Geben überflüssig macht.

Es handelt sich in der Tat um keine politische Parteifrage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit, der Sozialethik und des Gemeinwohls, die für Sach- und Lebenskundige keine „offene“ mehr ist. Auch aus bloßen Zweckmäßigkeits- und Ersparnisgründen muß man diesem Reichstagsbeschlusse zustimmen. — Seit einem Jahre sind in Württemberg die Wanderarbeitsstätten im Betrieb, und in diesem Jahre ist nachgewiesenermaßen eine größere Summe an Haft- und Gefangenentransport- und Strafvollzugskosten erspart worden, als die Verpflegungskosten in den Wanderarbeitsstätten betragen. Längst ist nachgewiesen, daß die Zahl der Verhaftungen und Bestrafungen wegen Bettelns und Landstreichens in ihrem Steigen und Fallen mit den auf- und absteigenden Zahlen des Arbeitsmarktes, der steigenden und fallenden Konjunktur, übereinstimmt. Auch die Schädlichkeit der vielen kurzzeitigen Haftstrafen und der Unwert der jetzigen Art der Zwangsarbeit ist genügend erwiesen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. (Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform). Man schreibt uns: Außer der Ortsgruppe des deutschen Bundes abstinenter Frauen hat nunmehr auch der Schweriner Frauenverein einige seiner Mitglieder beauftragt, an den Versammlungen der Vereinigung für Soziale Reform teilzunehmen. In der gut besuchten Versammlung vom 1. Februar wurde die Fürsorge für die schulentlassene Jugend besonders eingehend erörtert. Das Alerat zu dieser hochwichtigen Frage hatte Ebrightbesitzer Ibschlef übernommen. Im übrigen wurden noch besprochen: die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises,

die Anstellung von Schulärzten, das durch die mediz. Wahlordnung vorgeschriebene Verfahren für die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden, die Abgabe ärztlicher Gutachten im Rentenstreitverfahren und endlich der vielfach von Arbeitgeberern ausgeübte Druck zur Fernhaltung der Arbeitnehmer von der Schweriner Ortskrankenkasse zugunsten der lediglich von Beiträgen der Arbeitnehmer gespeisten freien Hilfstassen. Zu allen diesen Fragen wurden Beschlüsse gefaßt, die eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit durch die Vereinigung für Soziale Reform bezwecken.

Allgemeine Sozialpolitik.

Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung

Ist am 28. Januar 1911 dem Reichstage zugegangen. In ihm sind alle Vorschriften, die für die soziale Versicherung nur vorübergehende Bedeutung haben, aufgenommen worden, insbesondere also diejenigen, die sich auf das Inkrafttreten der RVD, auf die Durchführung der Organisation, auf laufende Leistungen, erworbene Ansprüche, schwebende Streitigkeiten usw. beziehen (Abschnitt A). Weiter enthält der Entwurf in einem Abschnitt B diejenigen Änderungen, die auf Grund der Bestimmungen der RVD in den Gesetzen über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und in der Gewerbeordnung vorgenommen werden müssen. In einem besonderen Artikel (91) wird endlich noch ganz allgemein ausgesprochen, daß, soweit Gesetze und andere Rechtsnormen auf Vorschriften verweisen, welche die Reichsversicherungsordnung oder dieses Gesetz übernimmt, ändert oder aufhebt, an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften der RVD oder des Einführungsgesetzes treten. Die zur Durchführung der neuen Bestimmungen erforderlichen Vorschriften der RVD. (dritter Abschnitt des 1., dritter und vierter Abschnitt des 2. Buches) sollen sofort in Kraft treten, der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Hinterbliebenenversicherung soll gesetzlich festgelegt werden. Die übrigen Teile der RVD. sollen zeitlich so in Kraft gesetzt werden, wie es am zweckmäßigsten ist und sich für die zahlreichen Beteiligten am zweckmäßigsten durchführen läßt. Um dies zu ermöglichen, überläßt Art. 4 diese Festsetzung einer kaiserlichen Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats. In der Begründung hierzu heißt es: Die Reichsversicherungsordnung bedinge so erhebliche Änderungen in der Organisation wie im Verfahren und erweitere die Versicherung nach Art und Umfang so beträchtlich, daß sie schon aus verwaltungstechnischen Gründen nicht gleichzeitig in ihrer Gesamtheit in Kraft treten könne. — Die auf Grund von § 15 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 angesammelten Zollertragnisse (rund 51,5 Mill.) sollen als besonderer Fonds verwaltet werden, um daraus bis zu seiner Erschöpfung die Reichszuschüsse für die Hinterbliebenenbezüge zu leisten.

Aus den einzelnen Bestimmungen seien die folgenden hervorgehoben: Da die Wahlkörper für die Versicherungsvertreter beim Versicherungsamt die Krankentassen sind, diese aber durch die RVD. vielfach geändert werden, und da weiter die Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern erst gewählt werden können, wenn die Versicherungsämter bestehen, da deren Versicherungsvertreter die Wahlkörper für die Versichertenbeisitzer bilden, so wird der obersten Verwaltungsbehörde das Recht eingeräumt, die vorbereitenden Aufgaben für die Einrichtung der Krankentassen anderen schon vorhandenen Behörden zu übertragen, insbesondere den unteren Verwaltungsbehörden und den Schiedsgerichten. Wo eine Mitwirkung von Laien aus den beteiligten Kreisen hier erwünscht oder nach der RVD. erforderlich ist, sollen die bei der unteren Verwaltungsbehörde oder der Rentenstelle für andere Zwecke der Arbeiterversicherung schon gewählten Vertreter der Arbeitgeber oder Versicherten herangezogen werden. Es ist jedoch auch die Möglichkeit offen gelassen, daß auf Antrag der Kasse besondere Vertreter hierfür gewählt werden. — Art. 11 bestimmt, daß solche Beamte von Versicherungsträgern, die durch die Neuorganisation dauernd entbehrlich werden, soweit sie geeignet sind, für die Versicherungsbehörden in den Staats- oder Kommunaldienst übernommen werden sollen. — Der Tag, bis zu dem alle 8238 Gemeindekrankenversicherungen eingehen müssen, soll ebenfalls durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden.

Die Artikel 16 bis 25 befassen sich mit der Zulassung bestehender Krankentassen und Hilfstassen (Ausgestaltung bereits bestehender gemeinsamer Ortskrankentassen zu „allgemeinen Ortskrankentassen“ nach den Bestimmungen der RVD., Zulassung der übrigen Kassen usw.). — Art. 26 sieht vor, daß Personen, die künftig einer Landkrankenkasse anzugehören haben, aber bereits

Mitglieder einer Ortskrankenkasse sind, bei ihrer bisherigen Kasse bleiben können, wenn diese bestehen bleibt, oder, wenn ihre Kasse einget, der Ortskrankenkasse beitreten können, die die Mitglieder ihres Berufsbezugs aufnimmt, eventuell auch der allgemeinen Ortskrankenkasse. — Weitere Übergangsvorschriften sollen den Kassenangehörigen unter tunlichster Schonung ihrer berechtigten Interessen den Eintritt in die neuen Verhältnisse (insbesondere die Unterstellung unter die Dienstordnung) erleichtern. Für diejenigen, die sich der neuen Dienstordnung nicht unterwerfen wollen, ist eine sechsmonatige Frist vorgesehen, gerechnet von einem vom Oberversicherungsamt bekannt zu machenden Endtermin, bis zu dem den Angehörigen die nötigen Eröffnungen gemacht sein müssen. Soweit der Besoldungsplan höhere Bezüge vorsieht als die jetzt geltenden, treten die höheren Bezüge sofort in Kraft, soweit der Besoldungsplan niedrigere vorsieht, dürfen die tatsächlich gezahlten höheren Bezüge noch auf zwei weitere Jahre und, wenn die Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorliegt, auch darüber hinaus bezahlt werden.

Die Ausführungsvorschriften für die Unfallversicherung (Art. 35 bis 53) sind vorwiegend verwaltungsrechtlicher Art. — Die für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geltenden Bestimmungen betreffen in erster Linie die Anrechnung auf die Wartzeit solcher Personen, deren Berufsbezug neu versicherungspflichtig wird. Artikel 54 bis 57 entsprechen sachlich den §§ 189 bis 192 SGB. und für Hinterbliebene solcher Versicherten, die wenigstens für die Invalidenversicherung, sei es auch als Selbstversicherer, längere Zeit hindurch Beiträge bezahlt haben. Auch für die Gewährung des Witwengeldes und der Waisenaussteuer sind erleichternde Bestimmungen vorgesehen. — Für eine gewisse Übergangszeit soll, um besondere Härten zu vermeiden, auch das Erneuerungsrecht für erloschene Anwartschaften fortbestehen. — Weitere Bestimmungen beziehen sich auf Beitragsbefreiungen, Markenumtausch usw. Dem Bundesrat wird das Recht beigelegt, auch noch andere Übergangsbestimmungen zu erlassen.

Die Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegen das freie Handwerk, dies leidige Kapitel der Justizverwaltung, wurde wieder einmal im preussischen Abgeordnetenhaus am 1. Februar erörtert. Redner des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Konservativen und der Sozialdemokraten, also fast aller Parteien des Hauses, betonten unter Anführung einer Menge von Beispielen, wie notwendig es sei, die Konkurrenz und den Preisdruck der Gefängnisarbeit zu beseitigen oder doch auf ein tunlichst geringes Maß einzuschränken. Andererseits wurde auch hervorgehoben, daß die Beschäftigung der Gefangenen viele erhebliche Schwierigkeiten biete. Ein Vertreter der Regierung machte Mitteilung über die Ergebnisse einer kürzlich abgehaltenen Konferenz von Kommissaren der beteiligten Ministerien und Delegierten der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern, die folgende Vorschläge gemacht hat:

1. Gefangene mit längerer Strafbefrist werden unter Berücksichtigung ihrer körperlichen Beschaffenheit und Delikte vorwiegend zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten, wie Meliorationen, Kanalbauten usw. hergegeben.
2. Gefangene mit Strafbefrist bis 3 Monaten sowie Sittlichkeitsverbrecher, Kuppler usw. werden nur mit behördlichen und Arbeiten des eigenen Bedarfs beschäftigt.
3. Der Finanzminister soll ersucht werden, größere Mittel für landwirtschaftliche Kulturzwecke bereit zu halten.
4. An Privatunternehmer werden Gefangene nicht mehr vermietet.
5. Maschinen sollen in Strafanstalten nur mit Handbetrieb zugelassen werden.
6. Für jede Provinz wird ein Beirat aus je einem Vertreter des Handwerks, des Handels sowie der Landwirtschaft ernannt, welchem das Recht der Bestätigung aller Provinzialstrafanstalten zusteht und dessen Vorschläge vom Zentralbeirat geprüft und eventuell in die Praxis umgesetzt werden sollen.
7. Die Festsetzung der Preise für die Arbeiter der preussischen Strafanstalten auf 75 v. H. der ortsüblichen Preise bleibt einer weiteren Beschlußfassung vorbehalten.
8. Der Zentralbeirat tritt innerhalb Jahresfrist wieder zusammen. — Es handelt sich um rund 68 000 Strafgefangene, die beschäftigt werden müssen und wovon immer nur ein Teil sich für landwirtschaftliche Arbeiten eignen wird. Bäcker, Tischler, Buchbinder, Schneider, Schlosser, Buchdrucker, Seher usw. wird man oft in eigenen Betrieben der Anstalten für eigene Zwecke brauchen können, sie werden den Privatbetrieben keine Konkurrenz mehr machen.

Ausdrücklich wurde aber erklärt, es handle sich hier um Versuche, von denen man nicht sagen könne, was dabei herauskomme. Im übrigen wurde vom Regierungstisch festgestellt, daß der Umfang der Gefangenearbeit abnehme. Dem aber wurden wieder Tatsachen entgegengehalten, daß nicht selten Lieferungen für öffentliche Körperschaften dem freien Gewerbe entzogen und der Gefangenearbeit zugewiesen würden; auch finde immer noch ein beträchtlicher Maschinenbetrieb in den Gefängnissen statt. Mehrfach

wurde auch die Forderung erhoben, daß Strafgefangene vorzugsweise bei landwirtschaftlichen Kulturarbeiten verwendet werden sollen, wenn auch dabei manche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Ein recht greifbares Ergebnis hatte die Debatte nicht, und wir werden wohl noch manche ihresgleichen erleben, bis die berechtigten Wünsche des freien Handwerks und der freien Arbeiter auf diesem Gebiete erfüllt werden.

Zur Verhütung der unlauteren Konkurrenz bei der Verdingung gewerblicher Arbeiten in Sachsen hat das staatlich unterstützte Submissionsamt des Königreichs die Innungen und Gewerbevereine aufgefordert, geeignete Kräfte für die Bildung von Sachverständigenausschüssen vorzuschlagen. Diese Sachverständigen sollen in geeigneten Fällen bereits bei der Feststellung der Ausschreibungsbedingungen für Verdingungen, insbesondere auch bei der Aufstellung der Preislisten sowie bei der Prüfung der Angebote und Abnahme der Lieferungen zugezogen werden. Ihre Aufgabe soll nicht nur darin bestehen, diejenigen Angebote auszuschließen, die den Ausschreibungsbedingungen nicht entsprechen, sondern auch darin, das rechte Verhältnis der geforderten Preise zur Güte der einzelnen Anlagen festzustellen. Auf diese Weise solle den sogenannten „Submissionsblüten“, den unlauteren Unterbietungen vorgebeugt werden. Was hier mit staatlicher Unterstützung für das Handwerksgeschäft geschieht, nämlich die Festsetzung anständiger Mindestpreisgrenzen und die Bekämpfung der unlauteren Schmutzkonkurrenz im Interesse der Kleinmeister, das sollte in entsprechender Übersetzung eigentlich auch für die Entlohnung in der Hausindustrie möglich sein. Sachverständigenausschüsse, bestehend aus den Gewerbeangehörigen, Verlegern, Hausindustriellen, Meistern und Heimarbeitern, könnten sehr wohl „das rechte Verhältnis der geforderten Löhne zur Güte der Leistungen“ feststellen und damit gesunde Lohnnormen aufrichten, an die sich die anständigen Verleger und vor allem die sozialerzogenen Käuferkreise, vielleicht auch die Behörden, die Heimarbeitsaufträge vergeben, halten würden.

Das Gewerksamt für die englische Spitzenindustrie hat jetzt die Grundzüge für die Lohnregelung in diesem Gewerbe veröffentlicht. Die Handnadarbeiten an Maschinenspitzen und das Rekeklöppeln, das durch dies Gewerksamt erfaßt wird, wurden bisher zu den allergeringsten Löhnen von Heimarbeitern in Nottingham und Umgebung ausgeführt. Genaue Lohnermittlungen waren kaum möglich, da die Arbeit durch viele Zwischenmeister- und Agentenhände ging, doch war unbestritten, daß die Stundenlöhne nicht mehr als 1 d. (8 Pf.) betrugen und bei schlechtem Material noch geringer waren. Bereits vor einigen Jahren hatten die anständigen Arbeitgeber versucht, Mindestlöhne in dieser Industrie festzusetzen, die den Zwischenmeistern gezahlt werden sollten. Doch gelang es damals nicht, diese Regelung auch wirklich einzuhalten, weil das Gewerbe zu zerstückelt war. Namentlich ließ sich nicht feststellen, wieviel von den an die Zwischenmeister gezahlten Löhnen an die Heimarbeiter gelangte. Das Gewerksamt hat jetzt nach übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern festgestellt, daß bis zum 1. Oktober 1912 der Mindeststundenlohn, der ohne jeden Abzug den Arbeitern zusteht, 2 3/4 d. betragen soll und nach dem 1. Oktober 1912 3 d. (25 Pf.). Auch eine genaue Liste der Stücklöhne ist aufgestellt worden. Hierbei ist besonders Bedacht darauf genommen worden, die Arbeitnehmer vor Beeinträchtigungen zu schützen, die ihnen durch schlechtes Material, d. h. zu dünne, leicht reißende Fäden entstehen. Die Stücklöhne sollen zunächst bis zum Oktober 1912 gelten, dann sollen sie nachgeprüft und mit den von diesem Termin ab geltenden höheren Stundenlöhnen wieder in Einklang gebracht werden. Die vom Gewerksamt festgesetzten Löhne sind sofort amtlich veröffentlicht worden und werden nach drei Monaten rechtsverbindlich. — Die erste Lohnregelung durch ein Gewerksamt erfolgte in der Kettenindustrie von Cradley-Heath (Sitz. Nr. XIX, 696).

Rechtspflege.

Die Unsicherheit des Arbeitsrechts

wird durch folgenden Fall scharf beleuchtet, der sich in dem Verwaltungsbericht der Vereinigten Ortskrankenkassen in Darmstadt für 1909 findet. Ein Zimmermann war vom 6. Oktober bis 24. Dezember 1908 und vom 4. bis 16. Januar 1909 bei einem Zimmermeister beschäftigt. Am 18. Januar 1909 erkrankte der Zimmermann und wollte die für ihn zuständige Ortskrankenkasse in Anspruch nehmen. Diese lehnte jedoch unter Bezugnahme auf § 28 SGB. jede Krankenhilfe ab, da der Zimmermann vom 24. Dezember bis 4. Januar außer Arbeit gewesen sei und von da an nur bis zum

16. Januar 1908, also nur zwei Wochen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt habe. Unbestritten war, daß im Arbeitsverhältnis des Zimmermanns zu seinem Arbeitgeber eine Kündigungsfrist nicht bestand, daß der Zimmermeister am 24. Dezember zu seinen Leuten gesagt hatte: „In der Zeit vom 24. Dezember bis 4. Januar wird nichts gearbeitet“ und daß der Arbeitgeber am 24. Dezember seine sämtlichen Arbeiter bei der Krankenkasse abgemeldet hatte. — Die Bürgermeisterei Darmstadt wies den gegen die Ortskrankenkasse klagenden Zimmermann mit seinem Unterstützungsanspruch ab. Der wesentlichste Teil der Begründung lautet:

Mit der Erklärung des Arbeitgebers am 24. Dezember 1908, daß die Arbeit bis zum 4. Januar 1909 ausgesetzt bleibe, und aus dem Umstand, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Kündigungsfrist ausgeschlossen war, endete zu dieser Zeit die Verfügungsgewalt des Arbeitgebers über den Kläger und mit ihr das die Versicherungspflicht begründende Beschäftigungsverhältnis. Es stand dem Kläger frei, das Versicherungsverhältnis freiwillig in der durch § 27 RVO. gegebenen Weise fortzusetzen. Er hat von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht, und es ist die Zeit vom 24. Dezember 1908 bis 4. Januar 1909 als eine Unterbrechung des Versicherungsverhältnisses anzusehen.

Das daraufhin angerufene Amtsgericht Darmstadt I verurteilte die beklagte Ortskrankenkasse. In den Gründen führt es aus, daß es sich bei der Entscheidung um die Frage handle, ob durch das Aussetzen der Beschäftigung vom 24. Dezember bis 4. Januar eine Unterbrechung in der Mitgliedschaft der Kasse eingetreten und ob vom 4. Januar 1909 an eine Mitgliedschaft neu begründet worden sei. Bei einer Beschäftigung auf sofortige Kündigung, wie hier, bestünde die Versicherungspflicht bei einer Unterbrechung der Arbeitsleistung nur dann, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern darüber Einverständnis herrschte, daß der Arbeitsvertrag unberührt bleibe und daß der Arbeiter inzwischens und nach dem Ablaufe der Unterbrechung wieder zur Verfügung des Arbeitgebers stehe. Ob das der Fall sei, müsse nach Treu und Glauben beurteilt werden. Unter Bezugnahme darauf, daß der als Zeuge vernommene Zimmermeister bestätigte, daß er am 24. Dezember seinen Leuten gesagt hatte: Vom 24. Dezember bis zum 4. Januar werde nicht gearbeitet, die Arbeit ruhe und beginne wieder am 4. Januar, wird dann weiter ausgeführt:

Hierin lag ausgesprochen, daß er von den Arbeitern erwartete, daß sie am 4. Januar 1909 die Arbeit wieder aufnehmen würden. Wie der Zeuge selbst sagt, hätte er sich, falls eventuell in den Zwischentagen eine dringende Arbeit notwendig geworden wäre, die Leute wieder geholt. Es ist nun in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes anerkannt, daß das Beschäftigungsverhältnis auch ohne tatsächliche Beschäftigung bestehen kann und daß es namentlich durch Urlaub, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit nicht aufgehoben wird, auch dann nicht, wenn während der Unterbrechung der tatsächlichen Arbeit der Lohn- oder Gehaltsbezug eingestellt wird. Es wird nur stets vorausgesetzt, daß die Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses von dem Beteiligten gewollt ist. Für die hier streitige Zeit vom 24. Dezember bis 4. Januar liegt ein Fall des Urlaubs vor, denn es muß einerlei sein, ob der Arbeitnehmer ihn gewünscht hat oder ob der Arbeiter ihn von sich aus bestimmt. Und es besteht nach der Beweisaufnahme auch ein beiderseitiges Einverständnis über die Fortsetzung der Arbeit am 4. Januar, also auch über die Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses. Die Tatsache, daß der Arbeitgeber seine Arbeiter für den fraglichen Zwischenraum von der Kasse abmeldete, ist auch nicht etwa als Lösung des Arbeitsverhältnisses aufzufassen, vielmehr geschah die Abmeldung lediglich aus Sparamtsrücksichten, aus ökonomischen Interessen des Arbeitgebers. Dies berührt aber nicht die Frage des Fortbestehens der Versicherungspflicht. Ebenso wenig wie eine Anmeldung erforderlich ist, um eine Versicherungspflicht zu begründen, ebensowenig begründet die Abmeldung ihr Aufhören. Es würde mit dem Geiste des Krankenversicherungsgesetzes und der sozialen Gesetzgebung unvereinbar sein, wenn man den Zusammenhang der Versicherten zu einer Kasse schon beim Vorliegen einer derartigen verhältnismäßig geringfügigen Zwischenzeit der Beschäftigungslosigkeit verneinen wollte, wie sie im gegebenen Falle das Aufhören der Arbeit vom 24. Dezember bis 4. Januar, d. h. Feiertagen und sonst arbeitslosen Tagen, mit sich bringt. Eine strenge, nur an dem Buchstaben haftende Auslegung des Wortes „ununterbrochen“ ist von dem Gesetzgeber um deswillen nicht gewollt, weil dies alsdann dahin führen würde, die Versicherten in den meisten Fällen des Genusses der Wohltaten zu berauben, die ihm durch die diesbezüglichen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, namentlich des § 28, zugebracht sind. Der Hinweis auf den § 1 des Tarifvertrags ist verfehlt. Denn die Möglichkeit sofortiger Lösung des Arbeitsverhältnisses, wie sie der Tarifvertrag normiert, kann die Versicherungspflichtigkeit der genannten Beschäftigungen auch in Zeiten vorübergehenden Stillstands nicht in Frage stellen. Wollte man Verträgen eine so weitgehende Wirkung auf die durch das Gesetz selbst fixierte Versicherungspflicht einräumen, so könnte ein solcher Vertrag die zwingenden Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes außer Kraft setzen, insbesondere würde dessen § 28 gegenstandslos gemacht werden können. . . .

Im Gegensatz zu diesen von sozialem Geiste erfüllten Rechtsausführungen wies jedoch die erste Zivilkammer des Landgerichts Darmstadt als letzte Instanz den Kläger definitiv mit seinem Unterstützungsanspruch ab. Der als Zeuge vernommene Zimmermeister hatte seiner Ansicht über die rechtliche Natur dieser Arbeitsunterbrechung dahin Ausdruck gegeben, man könne sie als Lösung und wieder nicht als Lösung ansehen. Es sei das Verhältnis nur ähnlich wie das Ruhen am Sonntag. Komme der Arbeiter am Montag nicht wieder, so sei das Arbeitsverhältnis aufgelöst. Wenn er in der Zeit vom 24. Dezember bis 4. Januar Arbeitskräfte nötig gehabt hätte, würde er sich die Leute geholt haben, wenn aber Kläger am 4. Januar nicht wieder gekommen wäre, hätte er — Zeuge — auch nichts machen können. Ein als Zeuge vernommener Maurermeister hatte angegeben, daß er die Weihnachtswache regelmäßig als dauernde Lösung des Arbeitsverhältnisses ansehe, daß diese Auffassung dort allgemein bestünde und auch in Arbeiterkreisen geteilt werde. Die Vernehmung eines Angehörigen des Arbeitnehmerstandes über diese Frage wurde dagegen abgelehnt. In der Begründung des die Klage abweisenden Urteils heißt es:

Die Tatsache, daß die Auslohnung des Klägers am 24. Dezember 1908 sowie seine Abmeldung zur Kasse stattgefunden hat, läßt auf die Absicht des Arbeitgebers schließen, das Arbeitsverhältnis zunächst zu lösen. Namentlich der letztere Umstand ist nicht wohl in anderem Sinne auszuliegen. Aus der Aussage des als Zeugen vernommenen Zimmermeisters geht weiter ganz zweifellos hervor, daß es ganz unbestimmt war, ob bei der vollständigen Freiheit beider Teile, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung zu lösen, die Arbeit vom Kläger am 4. Januar 1909 wieder aufgenommen würde. Kläger war durch nichts gehindert, ohne weiteres wegzubleiben. Papiere waren ihm nicht auszuliefern, da die einzig in Betracht kommenden Quittungstypen sich in Hessen nicht in Händen des Arbeitgebers befinden. Keiner von beiden Teilen hat auch bei Unterbrechung der Arbeit am 24. Dezember zu erkennen gegeben, daß er das Arbeitsverhältnis am 4. Januar bestimmt wieder aufnehmen wolle. Unter solchen Verhältnissen kann nicht davon gesprochen werden, daß nach dem Willen beider Teile Kläger über die Unterbrechung hinaus während dieser Zwischenzeit zur Verfügung des Arbeitgebers bleiben sollte. Der Umstand, daß Kläger tatsächlich keine andere Arbeit in der Zwischenzeit angenommen und nach Ablauf der Feiertagspause die Arbeit bei seinem bisherigen Arbeitgeber tatsächlich wieder aufgenommen hat, kann an dieser Auffassung nichts ändern.

Die letztinstanzliche Entscheidung kommt hier also zu dem Schluß: die tatsächliche Wiederaufnahme der Arbeit durch den Kläger nach der Pause vermöge an der Rechtsauffassung: „es kann hier nicht davon gesprochen werden, daß nach dem Willen beider Teile Kläger über die Unterbrechung hinaus während dieser Zwischenzeit zur Verfügung des Arbeitgebers bleiben sollte“, nichts zu ändern. Dieser Schluß illustriert treffend die formalistische Art unserer Rechtsprechung. Wenn man die ganzen vorstehenden Ausführungen liest, so hat man unwillkürlich das Gefühl, daß diese mehr oder weniger gekünstelten Deduktionen dann am Plage gewesen wären, wenn der Zimmermann am 4. Januar die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätte. Der Mann hat sie ja aber anstandslos wieder aufgenommen, und sein Meister hat auch nicht einen Moment daran gedacht, ihn an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern, das Arbeits- und Arbeitsvertragsverhältnis ist also nach der Unterbrechung durch die Feiertage und die ihnen nach dortigem Brauch gleichgestellten Tage genau so fortgesetzt worden, als ob — beispielsweise — nur ein Sonntag zwischen diesen Arbeitspausen gelegen hätte. Diese Tatsache zeigt, daß keiner der beiden Teile daran gedacht hat, das Arbeitsverhältnis zu lösen, obwohl beide Teile hierzu das Recht gehabt hätten. Und diese Tatsache hätte unseres Erachtens die Grundlage zu den rechtlichen Ausführungen bilden müssen. Es ist nicht ganz verständlich, warum die Vernehmung eines Angehörigen des Arbeitnehmerstandes über die Auffassung des sogenannten „Aussetzens“ abgelehnt worden ist, zumal die beiden Arbeitgeber in ihrer Rechtsauffassung nicht völlig übereinstimmen. Der Arbeitnehmer würde zweifellos bekundet haben, daß sich die Arbeitnehmer während des sogenannten Aussetzens der Arbeit so lange als Arbeiter ihres bisherigen Meisters betrachten, bis sie tatsächlich einen neuen Arbeitsvertrag eingehen. Selbstverständlich ist hier nicht von wochenlanger Arbeitslosigkeit die Rede, sondern von den Arbeitspausen, die in den einzelnen Branchen mehr oder weniger üblich sind und eben als „Aussetzen“ bezeichnet werden. Das sind aber Zeitfragen, wie auch die Ansicht des Arbeitgebers des Klägers im obigen Falle zeigt: Man könne die fragliche Arbeitsunterbrechung als Lösung und wieder nicht als Lösung des Arbeitsvertrags be-

ndeln. — Im Sinne der sozialen Weiterentwicklung unseres Rechts die Abänderung der gut begründeten erstinstanzlichen Entscheidung von Fall zu Fall zu bedauern. F. C.

Regelmäßig tagweise beschäftigte Kellner sind Krankenversicherungspflichtig. In diesem Sinne hat das Sächsische Oberverwaltungsgericht kürzlich entschieden. Ein Leipziger Gastwirt hatte seit Jahren regelmäßig Montags und Donnerstags 5 Lohnkellner beschäftigt. Die Ortskrankenkasse forderte 358 M. rückständiger Beiträge, der Gastwirt bestritt die Versicherungspflicht, teils, weil er die Lohnkellner nur zweimal wöchentlich beschäftige, teils, weil laut Vertrag das Arbeitsverhältnis immer nur für einen Tag eingegangen sei. Das Oberverwaltungsgericht verwurfs die Einwände: erstens genüge zur Begründung der Versicherungspflicht die sich regelmäßig wiederholende Beschäftigung in einem versicherungspflichtigen Betriebe und zweitens widerspreche eine Vereinbarung, die unter solchen Umständen von „immer nur tagweise“ Einstellung spreche, den tatsächlich bestehenden Arbeitsverhältnissen; es liege ein dauerndes, nicht nur vorübergehendes Arbeitsverhältnis und damit die Voraussetzung des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes vor.

Betriebsunfall eines Fischers durch eine abirrende Kugel. In Fischer war beim Fischen in der Kieler Bucht von einer abirrenden Kugel der Schießübungen veranstaltenden Matrosenvereinigung eines Forts verletzt worden. Während die Berufsgenossenschaft den Rentenanspruch ablehnte, weil der Verletzte einer Gefahr des täglichen Lebens erlegen sei, denn auch jeder Unterteilte, der sich an dem fraglichen Tage und Orte im Kieler Hafen aufhielt, sei der Gefahr unterworfen gewesen, von einer Kugel getroffen zu werden, wurde dem Fischer die Rente vom Schiedsgericht zugesprochen, und dieses Urteil wurde vom Reichsversicherungsamt mit folgender Begründung bestätigt (Ia 8368/10):

Für den Begriff des Betriebsunfalles ist im allgemeinen der Nachweis des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem Betriebe und dem Unfall, nämlich einer Einwirkung einer aus dem Betriebe sich ergebenden Gefahr, erforderlich. Ein solcher Fall liegt hier auch vor, wenn den Kläger nötigte gerade seine Betriebsstätigkeit zu dem Aufenthalt im Kieler Hafen; seine Betriebsstätte lag in dem gefahrbringenden Schießfeld, war also in ganz besonderem Maße einer Gefahr ausgesetzt. Er ist daher einer dem Betriebe eigentümlichen, nicht einer Gefahr des täglichen Lebens erlegen.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Weitere Tarifverträge im Gastwirtsgerwerbe. Der in Sp. 530 erwähnte Tarif in Nürnberg bleibt nicht vereinzelt. Die Leitung des Gewerkschaftshauses zu Frankfurt a. M. hat mit dem Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen einen Tarifvertrag für ständige Kellner vereinbart, dessen Hauptbestimmungen folgende sind:

1. Zwei Schichten werden für die Kellner eingeführt; Arbeitszeit 1—18 Stunden; 2. jede Woche wird ein ganze Tag freigegeben (2—35 Stunden).

3. Der Lohn beträgt im 1. Jahre pro Arbeitstag 3,5 M., im 2. Jahre 4,0 M., im 3. Jahre 4,50 M., im 4. Jahre 5,00 M., im 5. Jahre 5,50 M., im 6. Jahre 6,00 M. (Höchstlohn). Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitags. Beiträge für Krankenversicherung, Allgemeine Ortskrankenkasse und Invalidenversicherung zahlt das Gewerkschaftshaus ganz. Wer länger als ein Jahr im Geschäft ist, hat eine Woche Urlaub zu beanspruchen, was sich jährlich wiederholt. Als Kündigung wird beiderseitig ein Tag festgesetzt.

5. Die Kellner haben das gesamte Wirtschaftsinventar in sauberem Zustande zu erhalten, Büfett zu putzen, Gläser, Unterfasse und dergleichen zu waschen. 6. Abends sind alle gebrauchten Gläser zu spülen, das Büfett ist zu räumen; Bierunterfasse sind einzulegen und morgens zu waschen. 7. Sonntags sind Kellner vom Gläserputzen während der Geschäftszeit entbunden, jedoch ist am Schlusse daselbst von Kellnern zu sorgen. 8. Jeden Montag müssen sämtliche Gläser und Unterfasse mit warmem Wasser und Soda gründlich gespült werden. 9. Die Kellner haben die Säle in Ordnung zu bringen, dergleichen die Kollegs, deren Gläser zu spülen und Büfett zu putzen. 10. Jeden Abend müssen sämtliche Stühle in den gebrauchten Räumen aufgestellt werden. 11. Das Löschen und Auslösen der Lichter in Restauration, Sälen, Kollegs, und dazu gehörigen Gängen, im Vorplatz, in Klosetts und großem Treppenhause ist von Kellnern zu besorgen. 12. Das Einmachen der neuen Zeitungen sowie das Entfernen der alten ist Sache des jeweiligen Jour-Mästlers.

In Dänemark ist ein Reichstarif für die Lohnkellner außerhalb Kopenhagens zustande gekommen. Schon im November 1910

wollten die beiden Gastwirtsgehilfen-Organisationen mit den Prinzipalsorganisationen verhandeln, durch die Weigerung des Kopenhagener Gastwirtsvereins kamen die Verhandlungen aber nicht zustande. Nun stellten die beiden Kellnervereine gemeinsam einen Lohnstarif auf und gaben den Wirten von ihm Kenntnis. Die Zentralvereinigung der Gastwirtsvereine Dänemarks mit ihren 2600 Mitgliedern nahm diesen Tarif an, während der überwiegend aus Großkapitalisten bestehende Kopenhagener Gastwirtsverein dies nicht tat. Immerhin erklärte sich einer der Vorsitzenden dieses Ortsvereins bereit, für Abschaffung des Abgabensystems einzutreten; auch wollen die Kopenhagener Prinzipale überall da, wo sie die Lohnkellner nicht zu den üblichen Löhnen anstellen können, den neuen Tarif zugrunde legen. Der in Dänemark außer der Hauptstadt nun geltende Tarif besagt folgendes:

1. Für Arbeit in Privathäusern ist der Lohn 10 Kronen und Reisegeld.

2. Für Gesellschaftsarbeit beim Restaurateur ist der Lohnbienerlohn 8 Kronen für 10 Stunden Arbeit, jedoch nicht über 2 Uhr nachts; für Überzeitarbeit wird 1 Krone die Stunde bezahlt.

3. Bedienung bei geschlossener Gesellschaft mit Einlassierung ohne darauffolgende à la carte 6 Kronen.

4. Für Bedienung mit Einlassierung und darauffolgender à la carte-Bedienung 4 Kronen; wenn diese 20 Kronen nicht übersteigt, dann 6 Kronen.

5. Ausschließlich à la carte und nur soweit der Verlauf 20 Kronen nicht übersteigt, 2 Kronen.

6. Einforderung von Eintrittskarten wird nicht als Einlassierung betrachtet.

7. Abgaben aller Art, einschließlich solcher für Gläserwaschen und Zutragen, sind verboten.

Der Tarifvertrag der Glasschleifer in der Oberpfalz, der unter Vermittlung des Geheimrats Rohmer am 20. Januar entworfen wurde (Sp. 532), sollte außer der schon mitgeteilten Erhöhung der Ruhezeit folgende wichtigere Neuerungen enthalten:

Die Polierer, Zughandschleifer und Apparatschleifer erhalten Feuerungszulagen. Die Schleifmeister auf Zugständen erhalten Beleuchtungs- und Heizungsvergütung. Die Lohnabrechnung erfolgt mindestens alle 4 Wochen, Vorzahlungslungen muß der Poliermeister den Arbeitern nach 14 Tagen im Verhältnis zur geleisteten Arbeit gewähren; es werden einheitliche Lohnbücher eingeführt. Im Falle völliger Stilllegung der Werke durch die Fabrikanten während der Vertragsdauer werden tariflich festgelegte Feiertägel gewährt. Nach Möglichkeit sollen Betriebsbeeinstellungen nur zwischen März und Oktober angeordnet werden. Die Arbeitszeit an Schleifapparaten soll möglichst 14 Stunden nicht überschreiten. Es wird ein paritätischer Schlichtungsausschuß eingerichtet. Der Vertrag gilt vom 1. Februar 1911 bis zum 31. August 1914.

Die Arbeiter aber lehnten den von ihren Vertretern gutgeheißenen Vertrag am 29. Januar ab; von einer Arbeitsbeeinstellung wurde auf Rat Dr. Rohmers abgesehen, da er den Versuch machen wollte, die Arbeitgeber zu größeren Zugeständnissen zu veranlassen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter rißte sich vor allem gegen die geplante Vertragsdauer, die ihnen zu lang erschien. Die Arbeitgeber der bayrischen Spiegelglasindustrie haben die Ablehnung des Tarifs mit der Weigerung, weitere Zugeständnisse zu machen, beantwortet.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Arbeitervertretung in preussischen Staatsbetrieben. Die Fortschrittliche Volkspartei des Abgeordnetenhauses hat folgende Anträge eingebracht: 1. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Befugnisse der Arbeiterausschüsse in den staatlichen Betrieben dahin zu erweitern, daß die Ausschüsse über die Lohnhöhe und über die Festsetzung der Arbeitslöhne gehört werden; 2. in allen staatlichen Betrieben den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse und den anderen im Ehrenamt tätigen Arbeitern dieselben Sicherungen ihres Arbeitsverhältnisses zu gewähren, welche den Sicherheitsmännern gewährleistet sei.

Klagen über das Sicherheitsmännerwesen in Oberschlesien veröffentlicht „Der Arbeiter“. Das Blatt der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung. Da man dieser Organisation wahrlich nicht den Vorwurf pessimistischer Sozialkritik machen kann, so verdienen die von dem Blatte wiedergegebenen Vorgänge ernsthafte Berücksichtigung durch die zuständigen Stellen. Es heißt in dem „Arbeiter“:

Aus Oberschlesien liegt uns eine Reihe von Klagen über Schließung der Sicherheitsmänner durch die Grubenverwaltungen vor. So wurde in einer am 16. November in Deuthen stattgefundenen Bezirksversammlung katholischer Bergarbeiter einwandsfrei festgestellt, daß auf einigen Bergwerken Oberschlesiens trotz der erfolgten Wahl der Sicherheitsmänner bis jetzt keine Befahrungen stattgefunden haben. Auf anderen Bergwerken hat die Betriebsverwaltung vom Arbeiterausschuß verlangt, er solle eine nur einmalige Befahrung der Grubenbaue be-

schließen. Dort, wo bisher wirklich Befahrungen stattgefunden, ist vom Sicherheitsmann nach der Befahrung, die nicht bis zum Ende der Schicht gebauert, noch Arbeitsleistung verlangt worden, so daß er seine Wahrnehmungen nicht sofort nach Beendigung der Befahrung in das Jahrbuch eintragen konnte. Fast auf allen Werken wird den Sicherheitsmännern für die Befahrung nicht der entgangene Lohn voll ersetzt, sondern sie erhalten den geringeren allgemeinen Schichtlohn für herrschaftliche Schichten (Zimmerung). Daß dies nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, ist klar. Die Sicherheitsmänner haben bei ihren Befahrungen als Entschädigung den ihnen wirklich entgangenen Lohn ihrer Kameradschaft zu beanspruchen, und die Grubenverwaltung ist verpflichtet, denselben zu zahlen. Auch hat der Sicherheitsmann seine Wahrnehmungen bei der Befahrung sofort nach Beendigung derselben in das Jahrbuch einzutragen.

Die Arbeiterausschüsse im oberbayerischen Bergwerksgebiet, die am 15. Januar zum ersten Male gemäß den Bestimmungen des neuen Berggesetzes nach dem Verhältnisverfahren vorgenommen wurden, haben in Hausham 942 Stimmen für den freien Bergarbeiterverband und 216 Stimmen für die Liste der christlichen Gewerkschaften und der ihnen angeschlossenen Gruppen ergeben. Gewählt wurden sieben Verbändler und ein Christlicher. In Penzberg wurden 614 Stimmen für den freien Bergarbeiterverband und 334 für die christliche Liste abgegeben. Gewählt wurden 5 Verbändler, 1 Christlicher und 1 Unorganisirter. In Marienstein wurden 3 Verbändler und 1 katholisches Arbeitervereinsmitglied gewählt. Insgesamt stehen also 15 Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes 4 Vertretern der christlichen, katholischen und farblosen Arbeitergruppen gegenüber.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat im Jahre 1910 seinen Mitgliederbestand von 15 034 am Anfang auf 17 788 am Ende des Jahres, also um 2704, erhöht; die Zahl der Hospitanten (Studierenden) hat sich um 202 von 1295 auf 1497 vermehrt. Seit seiner Gründung am 7. Mai 1904 hat sich der Bund folgendermaßen entwickelt: Ende 1904 1638 Mitglieder, Ende 1905 4625 Mitglieder, Ende 1906 7082 Mitglieder, Ende 1907 10758 Mitglieder und 253 Hospitanten, Ende 1908 13002 Mitglieder und 785 Hospitanten, Ende 1909 15034 Mitglieder und 1295 Hospitanten, Ende 1910 17788 Mitglieder und 1497 Hospitanten. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist im letzten Jahre von 188 auf 210 gestiegen. Das Vermögen des Bundes hat um mehr als 50 000 M. zugenommen und beträgt zurzeit über eine Viertelmillion Mark. — Aus der Tätigkeit des Bundes ist besonders hervorzuheben die Aufstellung eines Mindestgehaltes für technische Angestellte, das auf dem 4. ordentlichen Bundestage am 12. und 13. März 1910 auf 150 M. zugunlich der nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessenden Ortszuschläge festgesetzt wurde. Mit seiner Durchführung beschäftigte sich der 5. ordentliche Bundestag am 23. Oktober 1910. Es wurde beschlossen, eine Solidaritätsunterstützung zu schaffen, die bei gewerkschaftlichen Kämpfen gezahlt werden soll. — Auch im Jahre 1910 hatte der Bund verschiedentlich Angriffe gegen die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder abzuwehren. Es gelang jedesmal, die gemäßigten Mitglieder sehr rasch wieder unterzubringen, so daß insgesamt nur 1630 M. an Unterstützung bezahlt zu werden brauchten. Dagegen wurden für Stellenlosenunterstützung 82 058 M. auswendig. Die Ausgaben für Hinterbliebenenunterstützung beliefen sich auf 3140 M. Der Rechtschutz erforderte die Summe von 15 295 M., ein Zeichen dafür, wie dringend in den Kreisen der technischen Angestellten das Bedürfnis nach einem besseren Recht und einer billigen Rechtsprechung ist. Im Laufe des Jahres kamen zu den schwebenden 56 Prozessen 116 neue hinzu, erledigt wurden 112. Erfreulicherweise gelang es außerdem, in 57 Fällen ohne Anrufung der Gerichte einen Vergleich zustande zu bringen. Auf diese Weise wurden 5870 M. und 80 Zeugnisse erwirkt, während auf gerichtlichem Wege 36079 M. und 27 Zeugnisse erstritten wurden. Die erteilten Rechtsauskünfte betrafen 1303 schriftliche und 462 mündliche Anfragen.

Die österreichische Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger hielt Ende Januar ihren Vertretertag in Wien ab. Auf der diesmaligen Tagung wurden die mit der deutschen Bühnengenossenschaft sowie mit dem deutschen Chorsängerverband und dem deutschen Musikerverband vorbereiteten Kartellverträge bestätigt. Der Präsidialausschuß hatte eine Entschädigung vorgelegt, in welcher die siebenstündige Höchstarbeitszeit bei Einrechnung von ¼ Stunden für Schminken und Kostümieren gefordert wurde. Der Antrag fand jedoch nicht in dieser Form Annahme, da so feste Regeln über die Arbeitszeit beim Theater nicht durchführbar sind, sondern es wurden nur Bestimmungen über Mindestruhezeit in folgender Form angenommen:

Die Proben dürfen nicht vor 9 Uhr beginnen, zwischen Probe und Vorstellung hat eine Pause von mindestens 4 Stunden einzutreten. An Sonntagen und an Tagen, an denen Doppelvorstellungen stattfinden, dürfen keine Proben abgehalten werden, mit Ausnahme der Fälle, in

denen Repertoireveränderungen oder durch Krankheitsfälle bedingte Umsetzungen notwendig erscheinen. Kostüm- und Schminktätigkeit von einer Stunde ist in die Vorstellungsdauer einzurechnen.

Zur Behandlung der besonderen Frauenfragen im Bühnengewesen wird auf Antrag des Präsidiums die Einsetzung eines Frauenkomitees beschlossen. Vorbildlich hierfür ist das Vorgehen der Berliner Schauspielerinnen geworden, die seit ¼ Jahren ein solches Frauenkomitee geschaffen haben. Dem Frauenkomitee wird als nächste Aufgabe zugewiesen, praktische Vorschläge für die Regelung der Kostümfraße auszuarbeiten. Des weiteren sprach sich der Vertretertag der österreichischen Bühnengehörigen gegen das bestehende einseitige Kündigungsrecht der Direktoren aus sowie gegen die vielen unnötigen Theaterfschulen. Auch die Tätigkeit der Theaterärzte erfuhr eine scharfe Kritik, weil diese oft einseitig die Direktoreninteressen vertraten und auch in Fällen schwerer Erkrankung das Auftreten am Abend für möglich erklärten.

Streiks und Aussperrungen.

Ein Arbeitskampf im britischen Buchdruckgewerbe drohte am Horizont bereits seit Monaten, da die Bewegung der Arbeiterschaft dieser Betriebe zur Erringung des Achtstundentages, die seit Mitte 1909 im Gange ist und im Oktober 1910 ernsthafte Formen annahm, auf entschiedenen Widerspruch bei den Arbeitgeberern gestoßen ist. So rüsteten sich die Arbeiter denn schon frühzeitig zu einem Streik. Ende Oktober wurde eine Geheimabstimmung in der Londoner Seßervereinigung darüber veranstaltet, ob die Mitglieder willig seien, falls ihnen nicht die 50 Stundenwoche zum 1. Januar 1911 bewilligt und die 48 Stundenwoche zum 1. Januar 1912 versprochen würde, gemeinsam zu kündigen, um ihre Forderungen zu erzwingen. 7847 Stimmen lauteten bei den Seßern dafür, 1501 dagegen, bei den Korrektoren 554 dafür und 151 dagegen. Aber die Bewegung beschränkte sich keineswegs auf London allein, sondern sollte nach dem Plan der Führer das gesamte Seßer- und Druckergerwerbe nebst den verwandten Berufen der Buchbinder, Lithographen, Hilfsarbeiter usw. im ganzen Lande erfassen, so daß 21 Arbeiterberufsvereinigungen mit etwa 60 000 Mitgliedern für den Kampf in Frage kamen. Die Vereinigten Ausschüsse des britischen Buchdruckereibergersverbandes, der Vereinigung der Linotypenbesitzer, des Verbandes der Zeitungsverleger (welche allerdings in London fast durchweg schon längst die 48 Stundenwoche eingeführt haben) hatten angesichts dieser starken Bewegung der Gehilfenschaft bereits im Dezember eine Tagung nach York einberufen, zu der auch der Exekutivsausschuß der Typographischen Vereinigung (der Gehilfenschaft) gebeten war, und hier in dreitägigen Beratungen die Gehilfenforderungen und die Gegenvorschläge erörtert. Doch war damals keine Verständigung erzielt worden. Um die Gegensätze nicht weiter zu verschärfen, zeigten die Arbeitgeber in einer neuen Zusammenkunft am 11. Januar in London einiges Entgegenkommen und wollten sich zu einer Verkürzung der Arbeitswoche um ½ Stunde, das heißt auf 52 Stunden verstehen. Doch gab sich die Arbeiterschaft, insbesondere die Londoner Seßerschaft, damit nicht zufrieden, sondern kündigte für den 4. Februar den Gesamtstreik im Buchdruckgewerbe Großbritanniens an. Die Gehilfenschaft führte zur Bekräftigung ihrer Forderungen an, daß sich die Arbeitsverhältnisse in dem Buchdruckgewerbe seit 1901, dem Jahre der letzten allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, infolge der starken Ausbreitung der Maschinenarbeit sehr verschärft haben, der Arbeiter leiste heute mit den Maschinen doppelt so viel wie vorher und immer mehr Kameraden würden brotlos. Tatsächlich hätten denn auch zahlreiche Arbeitgeber bereits freiwillig diesen Verhältnissen Rechnung getragen und die Arbeitszeit verkürzt; über 18 000 Personen arbeiteten heute schon in Druckereien nur 50 oder weniger Stunden in der Woche; in Schottland sei die 50 Stundenwoche allgemein anerkannt und in London hätten die Buchbinder größtenteils ebenso wie die Arbeiter in den Zeitungsdruckereien die 48-Stundenwoche. Die Arbeitgeber wandten ein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit im Jahre 1901 keinerlei sichtbare Einwirkung auf die Arbeitslosigkeit gehabt hätte, und wiesen die Arbeiter auf die finanzielle Schwäche ihrer Gewerkschaften hin, die die machtvolle Durchkämpfung so weitgehender Forderungen, wie sie sie aufgestellt hätten, gar nicht gestattete. Die Erfüllung der Gehilfenforderungen würde zur Folge haben, daß Druckaufträge in immer größerem Umfange nach dem Festlande vergeben würden. Obgleich die Gehilfenschaft die spöttischen Hinweise auf ihre finanzielle Schwäche mit einigen Ziffern öffentlich widerlegte, vertagte sie doch den Gesamtstreik und suchte zunächst durch Einzelvorgehen, voran in London, ihre Sache durchzusetzen. Der Londoner Seßerverein, der 12 000 Mitglieder zählt

rd ein Vermögen von 1,2 Millionen Mark besitzt, hat seine Mit-eider veranlaßt, allenthalben zum 4. Februar ihre Kündigung in ichtlicher Form einzureichen: „Sehr geehrter Herr! Nur mit Be-uern sehen wir Unterzeichneten uns genötigt, Ihnen die Kündigung ieres Vertrags zu überreichen usw.“ Die Londoner Seher haben nspruch auf Streikunterstützung in Höhe von 10 Schilling die Woche i dem Nationalen Druckerarbeiterverband und im Notfalle in Höhe n 5 Schilling bei der General Federation of Trade Unions. Ferner hlen die weiterarbeitenden Seher wöchentlich 5 Schilling, die Zei-gungsseher 10 Schilling Sonderbeitrag zur Streikasse. Da inzwischen wa ein Viertel der Londoner Buchdruckfirmen mit rund 6000 Ar-itern die 50 Stundenwoche oder noch mehr bewilligt hat, so eint die finanzielle Lage der Streikorganisation in London nicht el. Dazu kommt eine gewisse Uneinigkeit unter den Londoner rbeitgebern. Neben der Master Printers' and Allied Trades ssociation, von deren 20—25 000 Arbeitern allerdings nur etwa 00 Mann gefündigt haben sollen, hat sich ein Master Printers' ompromise Committee der entgegenkommenden Arbeitgeber ge-bildet, dem sehr große Firmen angehören; sie wollen die 50-Stunden-woche sofort bewilligen, wenn die Arbeiter dann bis 1915 auf eue Forderungen verzichten. Endlich stehen gegen mehrere hundert rmen außerhalb jeder Organisation. Auf der Arbeitgeberseite ist zzwischen noch vor Beginn des Streiks zu einem Gegenschlage usgeholt worden. Die große Firma Spottiswoode hat am 26. Jan-uar über 100 Arbeiter plötzlich entlassen, weil sie jetzt keine berzeitarbeit mehr ohne vorherige Befragung leisten wollten. Als rsatz sind unorganisierte Arbeiter eingestellt worden. Ebenso hat ne andere Hauptfirma ihre 180 organisierten Seher kurzerhand bgelohnt. Eine Gesamtaussperrung aller organisierten Buchge-verbearbeiter durch das ganze Land soll von dem Arbeitgeber-erband erwogen werden, um den Londoner Streikenden die Un-erstützung aus den übrigen Verbandsorten abzuschneiden.

Zahlreiche Buchdruckereibesitzer in der Provinz schließen sich eunruhigt durch die Achtstundenbewegung dem Nationalverband er Prinzipale an. Die durch siebenjährigen Tarifvertrag bis 1914 ebundenen Buchdruckereihilfsarbeiter wollen trotzdem in einen ympathiestreik zu Gunsten ihrer Seherkameraden treten. Eine ägliche Streikzeitung wird von den Gehilfen herausgegeben, da sie eine Arbeiter-Tageszeitung zur Verfügung haben. Ein Zusammen-toß der Streikbrecher bei Spottiswoode mit den Streikposten wurde innen drei Tagen gerichtlich dadurch erledigt, daß dem Streik-ostenkontrollleur unter Androhung von 1000 M. Geldstrafe auf-gelegt wurde, drei Monate lang „Frieden zu halten“. Nachdem ie Verständigungskonferenz zwischen Prinzipalen und Gehilfen m 25. Januar an der Frage der Zurückziehung der Kündigungen, ie die Gehilfen nicht zugestehen wollten, gescheitert war, bemühte ich der Vorsitzende des Board of Trade, Buxton, persönlich darum, eide Parteien zu einer neuen Verhandlung zusammenzubringen. Die zweitägigen Beratungen unter dem Vorsitz des Comptroller-eneral of the Labour Department, Asquith, und des Permanent ecretary, H. Clemens Smith, blieben jedoch erfolglos. Die ällung eines Schiedsspruches wurde von den Prinzipalen ab-gelehnt. Die Sache der Gehilfen, die nunmehr in den Streik raten, macht täglich Fortschritte infolge des Zugeständnisses der 0-Stundenwoche. Deshalb mögen vielleicht nur 3000 bis 4000 Seher in den Streik verwickelt werden, während die Arbeitgeber uf das Doppelte rechnen. Doch sollen die 120 bis 150 größten Londoner Firmen zum Ausfechten des Kampfes entschlossen sein. Die Arbeitererschaft überwacht scharf die Weitergabe von Streikarbeit n die Provinz.

Eine Lohnbewegung der Magdeburger Straßenbahnan-ge-stellten führte zu interessanten Auseinandersetzungen über das Koalitionsrecht. Die Bewegung selbst richtete sich auf Lohn-erhöhung und erwies ihre Berechtigung an der Hand folgender, in der Magdeburger „Volksstimme“ veröffentlichten Übersicht über die öhne der Straßenbahnangestellten verschiedener deutscher Städte:

München: Fahrer 1824 M., Schaffner 1584 M.; Nürnberg: 1619 M. — 419 M.; Freiburg: 1609 M. — 1609 M.; Mannheim: 1576 M. — 1456 M.; Karlsruhe: 1569 M. — 1499 M.; Köln: 1530 M. — 1350 M.; Gr. Berliner Straßenbahn: 1501 M. — 1389 M.; Offenbach: 1482 M. — 1428; Straßburg i. Elz.: 1440 M. — 1380 M.; Heidelberg: 1415 M. — 1318 M.; Bremen: 1410 M. — 1290; Magdeburg: 1326 M. — 1152 M.

Demgegenüber betrug die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden: in Offenbach: für Fahrer 2762, für Schaffner 2762; Gr. Berliner Straßenbahn: 2817 — 8130; München: 2826,7 — 3146; Nürnberg: 2889 — 2889; Köln: 2925 — 2925; Mannheim: 2978 — 2978; Straßburg i. Elz.: 3040 — 3040; Heidelberg: 3050 — 3355; Karlsruhe: 3140 — 3130; Freiburg i. Br.: 3146,7 — 3146,7; Bremen: 3039 — 3192; Magdeburg: 3170 — 3487 Stunden.

Die Versuche der Magdeburger Straßenbahner, günstigere Arbeitsbedingungen zu erlangen, reichen bis 1900 zurück. Es be- stehen in Magdeburg Ortsvereine der Angestellten sowie eine Orts- gruppe des Straßenbahnverbandes. Die letztere leitete anfangs Januar die Bewegung durch wiederholte Versammlungen, die die Direktion der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft aller- dings zu verhindern suchte, ein. Die Direktion beantwortete diese Veranstaltungen einerseits mit der Zusicherung einer Lohnerhöhung nach Beendigung ihrer Berechnungen, aber mit Rückwirkung vom 1. Januar ab, andererseits mit folgender Bekanntmachung:

Es ist in letzter Zeit mehrfach der Wunsch geäußert, daß die Ver- waltung der Magdeburger Straßen-Eisenbahngesellschaft ihren An- gestellten das Koalitionsrecht im Sinne des § 162 der Reichsgewerbe- ordnung gewähren möge. Demgegenüber weisen wir unsere Angestellten darauf hin, daß die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung auf die Angestellten von Straßen-Eisenbahnen nicht anwendbar sind, wie dies im § 6 der Reichsgewerbeordnung, welcher lautet:

„das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf . . . den Ge- werbetrieb . . . der Eisenbahn-Unternehmungen . . .“ ganz klar und zweifelsfrei zum Ausdruck gebracht ist. Vielmehr findet auf die Angestellten von Straßenbahnen die das Koalitionsrecht regelnde Bestimmung des § 182 der preussischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, welche insoweit noch in Kraft ist, Anwendung. Diese lautet:

„Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche entweder die Gewerbe- treibenden selbst oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden oder zu einer solchen Ver- abrengung andere auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. — Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstraßen, Eisen- bahnen, Festungsbauten und andern öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.“

Hierdurch bedarf es zur Einräumung des Koalitionsrechts für An- gestellte von Straßenbahnen einer Änderung der Gesetzgebung. Wir bringen dies zur Kenntnis unserer Angestellten und machen dieselben auf die harten Folgen aufmerksam, welche eine Übertretung der gesetzlichen Vorschrift nach sich ziehen muß.

Von Seiten der Angestellten wurde zugegeben, daß die Mehr- zahl der Gewerbetreibenden sich gegen die Anwendung der Reichs- gewerbeordnung auf die Straßenbahner ausgesprochen habe; da- gegen wurde die Anwendbarkeit des § 182 der alten preussischen Gewerbeordnung von 1845 entschieden bestritten; außerdem tue das Reichsvereinsgesetz von 1908 in § 24 bei Aufzählung der von der Vereinsfreiheit ausgeschlossenen Geltungsbereiche zwar der unter Landesrecht verbleibenden ländlichen Arbeiter und Dienstboten, nicht aber der Eisenbahner Erwähnung. Endlich aber sei damit, daß die preussische Regierung den Eisenbahnern das Koalitionsrecht streitig mache, noch keineswegs gesagt, daß sich dies ohne weiteres auf die Straßenbahner übertragen lasse. Der eigentliche Vater des Kleinbahngesetzes, Ministerialdirektor Rade, der jetzt Direktor der Großen Berliner Straßenbahn ist, habe wiederholt erklärt, das Koalitionsrecht der Straßenbahner, die in Preußen nach einer Reichsgerichtsentcheidung unter das Kleinbahngesetz fallen, dürfe nicht angetastet werden. Den gleichen Standpunkt vertrete übri- gens die Aufsichtsbehörde der Straßenbahn zu Bremen, wo die Direktion ausdrücklich die Koalitionsfreiheit vertraglich gewährleistet habe. Die Direktion verteidigte ihre Stellungnahme in mehreren Zeitungsaufträgen, beschränkte sich aber nach sechstägigen Auseander- setzungen darauf, ihren Angestellten die Zugehörigkeit zu jeder Organisation zu gestatten und nur die zu einem „sozialdemo- kratischen Verein“ zu verbieten. Dieses Verbot richtete sich gegen den Straßenbahnverband, der dem Deutschen Transportarbeiter- verband angeschlossen ist.

Eine Versammlung des Aufsichtsrats der Gesellschaft bestätigte die Stellung der Direktion durch eine Bekanntmachung, die als vierten Punkt folgenden Satz enthielt:

Die Verwaltung hält daran fest, daß ihre Angestellten keinem sozialdemokratischen Verein angehören dürfen. Die angestellten Ermitt- lungen haben ergeben, daß die sogenannte Reichsfektion der Straßen- bahner als Teil des Deutschen Transportarbeiterverbandes eine sozial- demokratische Vereinigung ist.

Außerdem wurde ein „Arbeitsausschuß“ der Angestellten eingerichtet sowie, neben kleineren Zugeständnissen, folgende Lohn- skala gewährt:

Für die Schaffner im 1. Jahre 100 M., dann um je 5 M. in Ab- ständen von 2, 3 und 4 Jahren steigend, so daß mit 23 Dienstjahren 135 M. Monatsgehalt erreicht sind; für die Fahrer im 1. Jahre 110 M. und dann im selben Zeitmaß wie bei den Schaffnern bis 180 M. steigend. Die Reserve-Schaffner erhalten 8,25 M. für den geleisteten Arbeitstag. Wenn sie als Fahrer beschäftigt werden, erhalten sie für jeden Tag

50 % mehr. Die etatsmäßig angestellten Handwerker werden den Führern gleichgestellt. Die Bezüge des übrigen Personals werden entsprechend aufgebessert. Überstunden, welche bisher mit 40 % bezahlt sind, werden mit 50 % bezahlt.

Diese Erfolge schienen dem Straßenbahnverband mit der sich gegen ihn richtenden Bestimmung vorläufig nicht zu teuer erkauft; er gab sich mit ihnen zufrieden in der Hoffnung, daß die Direktion in der Praxis der Zugehörigkeit zum Verbands nichts in den Weg legen werde.

Arbeiterschutz.

Arbeiterschutz und Gewerbeaufsicht.

Es liegen uns zwei im Druck erschienene Vorträge hervorragender Beamten der Gewerbeaufsicht vor, die wertvolle Einblicke in die Auffassung ihrer Pflichten bei der Ausübung ihres Amtes gewähren. Und man darf wohl sagen, daß so wie diese Beamten auch alle ihre Kollegen in Deutschland denken und in diesem Geiste an die Erfüllung ihrer Aufgaben herantreten, die das Staatsinteresse erheischt. Der eine Vortrag ist von Regierungs- und Gewerberat Hertel-München gehalten und als Veröffentlichung des Königlich Bayerischen Arbeitermuseums erschienen; wir entnehmen ihm nachfolgende Ausführungen:

Ein geordnetes Staatswesen hat das Wohlergehen möglichst aller Staatsbürger im Auge; die Staatsangehörigen, insonderheit aber ganze Volksteile vor dauernder Schädigung und Verkümmern nach Kräften zu bewahren, gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Staates. . . . Geschichte und Statistik wie Tatsachen und geschäftliche Praxis beweisen noch heute, daß bei ungehemmter Freiheit das Selbstinteresse stets das maßgebende ist und daß menschliche Rücksichten bei der Abwicklung von Geschäften in der Regel in den Hintergrund treten. Aus dieser Tatsache heraus haben sich vor dem Einschreiten des Staates zugunsten der Arbeiter schwere Mißstände ergeben: Massenhafte Verwendung von Kindern, jungen Leuten und weiblichen Arbeitern in Fabriken und Bergwerken, übermäßige Dauer der Arbeitszeit dieser wie der männlichen erwachsenen Arbeiter, ungesunde Beschaffenheit der Arbeitsräume, mangelhafte Verhütung der Unfallgefahren, Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung und anderes mehr. . . .

Die gewerbliche Arbeit des Kindes kann dessen Gesundheit angreifen, es im Wachstum und regelrechter Entwicklung behindern; sie wird der Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten entgegen sein und bei einlöniger gewerblicher Beschäftigung nicht selten zu Verödung und Stumpfheit führen; auch wird durch Zusammensein mit Erwachsenen während der Arbeit die sittliche Entwicklung des Kindes mitunter schwer geschädigt.

Die übermäßige Arbeit der Weiber gereicht ihnen und, da sie die Träger der Zukunft, dem ganzen Volke zum Nachteil. Sie sind im ganzen schwächer als die Männer und leiden unter den gesundheitschädlichen Einflüssen der gewerblichen Arbeit (andauerndes Stehen oder Sitzen, hohe Temperaturen, Staub, schädliche Gase, Dämpfe, Lärm, Erschütterungen u. a.) mehr als diese. Wichtig ist auch die erhöhte Zuanpruchnahme des weiblichen Organismus durch die Geschlechtsorgane und das Geschlechtsleben, infolge deren sie erhöhter Krankheitsgefahr ausgesetzt sind. Hat die Frau noch Haushaltung und Kinder zu versorgen, so bricht sie nicht selten aus Mangel an Schlaf und Erholung unter der Last des doppelten Berufes zusammen. Zum mindesten aber wächst die Säuglingssterblichkeit und die Totgeburtziffer; Familienleben und Hauswesen leiden not die Kinder verwaist und der häusliche Friede in dem so gefährdeten Heim ist dahin.

Auch für die männlichen erwachsenen Arbeiter sind die Folgen eines zu langen Arbeitstages ernste. Gesundheit, Lebens- und Arbeitskraft werden vorzeitig untergraben, der Körper wird schwach und für Gewerkekrankheiten empfindlich, das Aussehen um 10 bis 20 Jahre vor der Zeit greisenhaft. Das ganze Dasein beschränkt sich auf die Anforderungen der Berufsarbeit und den notwendigen Schlaf, steht also kaum über dem tierischen Vegetieren. Geselligkeit, Betätigung der geistigen Kräfte, Anteilnahme an den Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates, an entwickelter Kultur entfällt ganz oder sinkt auf ein Mindestmaß.

Daß weiterhin neben der übermäßigen Arbeitsdauer für die Gesamtheit der gewerblich Beschäftigten die Unterlassung des vom Arbeiterschutzstandpunkt hinsichtlich der Arbeitsräume und Betriebseinrichtungen Gebotenen die schwersten Schädigungen für Leben und Gesundheit, geistige und sittliche Entwicklung und in der Folge auch für das wirtschaftliche Leben hat, ist allgemein bekannt und leicht nachzuweisen.

Solchen Übeln zu steuern, folgt aus der sittlichen Natur des Staates, und der Erlaß der Arbeiterschutzgesetzgebung findet seine Begründung in dem Umstand, daß erfahrungsgemäß weder die Unternehmer noch die Arbeiter irgendwo nennenswert im Stand gewesen sind, aus eigener Kraft, durch freie Vereinbarung die Wünsche und Mißstände in der gewerblichen Arbeit abzustellen. Kein Land mit industrieller Entwicklung hat sich dieser Einsicht verschließen können, und wir sehen daher heute den Gedanken des Arbeiterschutzes verwirklicht und nicht allein in fast sämtlichen europäischen Staaten, sondern auch in den englischen Kolonien, in Indien und Australien. . . .

Andererseits ist mit Nachdruck hervorzuheben, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung in ihrer Wirkung nicht bloß den Arbeiter, sondern auch in mancher Hinsicht den Unternehmer schützt. Sie wirkt ausgleichend in der Verteilung der Arbeitsbedingungen in bezug auf Arbeitszeit, Entlohnungsweise und Verhältnissverhältnisse, verhindert den Arbeiter, im Konkurrenzkampf seinen Mitarbeiter zu unterbieten, sie bekämpft den unlauteren Wettbewerb auf Seite der Arbeiter wie der Unternehmer und setzt so der rücksichtslosen menschlichen Gahlgier einen Damm. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung wohl allenthalben von wohlthätigem Einfluß war. Die Schädigungen der Industrie, wie sie namentlich in deren Kreisen befürchtet wurden, sind nicht eingetreten; im Gegenteil hat die Industrie, zumal in unserem deutschen Vaterlande, trotz des staatlichen Arbeiterschutzes eine beispiellose, glänzende Entwicklung durchgemacht. . . .

Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann bei zweckmäßiger Gestaltung seiner Aufgabe dem Allgemeinwohl wertvolle Dienste leisten. Wie nicht leicht ein anderer Beamter steht er mitten in der sozialen Bewegung. Er gewinnt Anschauungen, Erfahrungen und persönliche Beziehungen, die bei richtiger Einschätzung über das Maß der unmittelbaren Dienstesaufgaben hinaus verwertet werden können. Daher wird im Staatsinteresse mit der Fortentwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung stets Hand in Hand gehen müssen die Pflege und der Ausbau einer ihren Aufgaben gewachsenen Gewerbeaufsicht.

* * *

Diesen Anschauungen eines bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten tritt zur Seite ein Vortrag des Baurats Hardegg, des bekannten würtembergischen Fabrikinspektors, der in einem Vortrag in der Stuttgarter Mitgliederversammlung der Buchdrucker am 10. Dezember 1910 unter anderem folgendes ausgeführt hat:

Die Gewerbeinspektion kann die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre Tätigkeit nicht aus der Welt schaffen, das muß jeder einsehen, der sich mit sozialen Dingen auch nur oberflächlich beschäftigt hat. Aber sie kann sehr viel zur Milderung dieser Gegensätze, zur Beseitigung der persönlichen Spigen, zur ruhigen und sachlichen Beurteilung von Differenzen, wie sie immer wieder zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auftauchen, beitragen. Es ist ihr möglich gewesen, eine große Menge von Vorurteilen nicht nur beim Arbeiter, sondern auch beim Unternehmer zu beseitigen; Vorurteile, die früher den Verkehr zwischen beiden außerordentlich erschwert haben. Indem wir uns bemühen, alle sozialen Erscheinungen auf die natürlichen Ursachen wirtschaftlicher Vorgänge zurückzuführen, wird es uns mehr oder weniger gelingen, nach allen Richtungen hin sozial verführend zu wirken. Auch die unbedeutenden Aufgaben des täglichen Dienstes müssen von höherem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Jeder Antrag auf Überzeitarbeit der Arbeiterinnen, auf Sonntags- und Nachtarbeit, auf Dispensation von den Pausen für die jugendlichen Arbeiter wird in seiner Wirkung auf die körperlichen, geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter geprüft und darnach behandelt. Wir sind bei Begutachtung von Arbeitsordnungen bestrebt, Härten, die den sozialen Frieden stören können, durch gütliche Einwirkung auf den Unternehmer zu beseitigen und für das in ordentliche Bahnen geleitete Beschwerdewesen der Arbeiter eine ruhige Beurteilung zu erzielen. . . .

Was an Verbesserungen der gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse, an Beseitigung von Vorurteilen, an Hebung der moralischen Qualitäten der Arbeiter durch den Dienst der Gewerbeaufsichtsbeamten erreicht wird, das kommt auch dem Unternehmer zugute. Die Tätigkeit der Gewerbeinspektion kann deshalb vernünftigerweise nie in einen Gegensatz zum Unternehmer gebracht werden, wenn auch, was nun einmal in der Natur der Sache liegt, wir dem Unternehmer die augenblicklichen Opfer nicht ersparen können. Denn, so müssen wir fragen: Sind etwa die Betriebe, die so große Aufwendungen im Interesse ihrer Arbeiter machen, gegenüber anderen im Nachteil, oder hat die Erfüllung der von der Gewerbeinspektion

gestellten Forderungen dem Unternehmer wirtschaftlichen Schaden gebracht? Ich glaube, dies verneinen zu können. Der bessere Arbeiter ist noch immer der besseren Fabrik nachgezogen, und diejenige Anlage, welche die besten Einrichtungen in sanitärer Richtung hat, wird auch wirtschaftlich am vorteilhaftesten arbeiten. Denn diese Einrichtungen erfordern oft nur Bruchteile von Prozenten der Summen, die eine Fabrik jährlich an Löhnen den Arbeitern zu geben hat. Alles in allem genommen: Arbeiten wir für das Wohl der Arbeiter, so schaffen wir damit auch das Wohl der Unternehmer! Und es ist gut, daß diese Tatsache mehr und mehr auch allgemein erkannt wird. . .

Volksgesundheit ist Volksvermögen. Sie dürfen nicht glauben, daß erfolgreiche Bekämpfung der Volkskrankheiten — ich erinnere hier vor allem an die Tuberkulose — lediglich auf die öffentlich antituberkulären Maßnahmen zurückzuführen ist. Diese sind gewiß notwendig, aber ohne die Kleinarbeit, die durch die Fabrikaufsicht geleistet wird, ohne die Weckung des Verständnisses für diese Fragen beim Arbeiter wären wir nicht so weit, als wir sind. Man hat sich auch von wissenschaftlicher Seite in den letzten Jahren stärker denn je mit den spezifischen Berufskrankheiten befaßt, es ist viel darüber geschrieben und gesprochen worden. Es genügt aber nicht, wenn die Ärzte nur Tatsachen feststellen, ohne daß auf deren Abhilfe planmäßig hingearbeitet wird. Das ist in der Industrie die Aufgabe der Gewerbeinspektion. Ich erinnere hier nur an eins der verbreitetsten und gefährlichsten Industriegifte: das Blei. Wie lange hat es gebraucht, bis dieser Gefahr planmäßig entgegen getreten worden ist! Heute geschieht es in sehr entschiedener Weise, und die Mittel sind nicht gering, die für diese Zwecke aufgewendet werden. . . Eins ist bei alledem nicht zu vergessen: die Mitwirkung der Arbeiter selbst. Durch ihr verständnisvolles Mitarbeiten an den Bestrebungen der Gewerbeinspektion ermöglichen sie hier die Erfolge. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Organe der Berufs-genossenschaften die Unfälle, die von mangelhaften technischen Einrichtungen herrühren, bedeutend zurückgegangen sind.

Die Maschinenindustrie wurde mittelbar und unmittelbar gezwungen, die Fragen der Produktion und der Unfallverhütung als gleichwertige anzulehen. Dadurch sind auf fast allen Gebieten des Maschinenbaus glänzende Beispiele dafür geschaffen worden, daß der technische Arbeiterschutz keine Belastung, sondern eine Entlastung des einzelnen wie der Allgemeinheit von einem moralischen und wirtschaftlichen Druck bedeutet. Es ist heute eine bedeutende Technik vorhanden, die zum Schutz der gesundheitlichen Güter der Arbeiter tätig ist. Tausende von Arbeitern verdienen ihr Brot in den Fabriken und Werkstätten, in denen Schutzvorrichtungen, Staubablaugungs-, Lüfterneuerungsanlagen, Dampfanlagen usw. usw. gebaut werden. Diese Fabriken ringen nach Ausbreitung ihres Geschäftsbereichs, und aus dem jedem Geschäft innewohnenden Prinzip, das Beste und Vollkommenste zu leisten, kommen wieder neue Anregungen, die der Gesamtheit zum Segen gereichen.

Die Reichstagskommission für die O.D.-Novelle hat am 31. Januar vorläufig abgelehnt, eine Reihe von sozialdemokratischen Anträgen zu den §§ 115—119 (Lohnschutz, Druckverbot), die in der Regierungsvorlage nicht berührt werden, zu beraten; möglicherweise kommt man am Schluß der Verhandlungen noch darauf zurück. Zu § 120 Abs. 3 (Fortbildungsschule) will der Regierungsentwurf eine Lücke ausfüllen, indem er die Schulpflicht kraft Ortsstatuts auch auf gewerbliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren ausdehnt. Diese Vorschrift war schon früher von der Kommission einstimmig angenommen worden und fand auch jetzt Zustimmung. Außerdem aber wurde mit 12 gegen 10 Stimmen auf freisinnigen Antrag beschlossen, daß in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern der Fortbildungsunterricht für alle männlichen Arbeiter unter 18 Jahren eingeführt werden muß. Sofern sich in kleineren Städten ein Bedürfnis herausgestellt, soll die Landeszentralbehörde auch hier die Errichtung von Fortbildungsschulen anordnen können. Weiter wurde die Vorschrift, wonach der Fortbildungsunterricht auch für Zeiten der Arbeitslosigkeit vorgeschrieben werden kann, in eine Ruhevorschrift umgewandelt. Damit ist die Kommission erheblich über die Regierungsvorlage hinausgegangen und hat die für Preußen in einem besonderen Gesetz beabsichtigte obligatorische Einführung der Fortbildungsschule für jugendliche männliche Arbeiter in allen Städten mit mindestens 10 000 Einwohnern gleich für alle Bundesstaaten durch Reichsgesetz zu erstrecken beschlossen.

Verbot der nächtlichen Frauenarbeit in gewerblichen Betrieben Ungarns. Ungarn hat mit dreizehn anderen Staaten die

Berner Konvention vom 26. September 1906 unterzeichnet, aber erst am 12. Januar 1911 hat die Regierung zur Einlösung ihres Wortes einen Gesetzentwurf mit dem Verbot der Frauen-Nachtarbeit eingebracht.

Danach muß in allen Betrieben mit regelmäßig mehr als 10 Arbeitern, in Fabriken, Steinbrüchen, Gruben, Bergwerken, Hochöfen, Reparaturwerkstätten sämtlicher Verkehrsanstalten, staatlichen Monopol-Unternehmungen, Bauten eine „ununterbrochen mindestens 11 Stunden währende nächtliche Arbeitspause“ gewährt werden; in der Zeit von 10 Uhr nachts bis 5 Uhr früh dürfen Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Dies Verbot erstreckt sich nicht auf Land- und Forstwirtschaft, auf reine Familienbetriebe, Gastwirtschaften und Kaffeehäuser. Für Saisonbetriebe sind Ausnahmen zulässig, ebenso für die Verarbeitung rasch verderbender Stoffe, bei Elementarereignissen. Für Zuckerraffinerien und Überlagerarbeiten auf gewissen Gruben tritt das Verbot erst am 15. Januar 1920 (!) in Kraft. Doch dürfen auch in diesen Betrieben schon vorher weibliche Arbeiter unter 14 Jahren überhaupt nicht, unter 16 Jahren, falls sie auch bei Nacht arbeiten, nicht länger als 8 Stunden, Arbeiterinnen über 16 Jahre nicht länger als 11 Stunden täglich beschäftigt werden. Die Strafen gehen bis zu 600 Kronen und Lizenz-Entziehung.

Die Befreiung von der Nachtarbeit bezieht sich auf etwa 75 000 Arbeiterinnen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Angestellten-Versicherung.

III. (vergl. Sp. 550).

Die Siebener-Kommission des Hauptausschusses zur Verwirklichung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung für die Privatangestellten tagte am 27. und 28. Januar 1911 im Reichstagsgebäude zu Berlin, um zu dem Entwurfe eines Versicherungsgesetzes für Angestellte Stellung zu nehmen. Vom Reichsamte des Innern nahmen die Geheimen Oberregierungsräte Koch und Dr. Beckmann an den Beratungen teil. Die Kommission faßte folgende Beschlüsse:

„Die Siebener-Kommission begrüßt den Entwurf eines Versicherungs-Gesetzes für Angestellte als eine gute und brauchbare Grundlage für die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten, zumal der Entwurf in seinen wesentlichen Bestimmungen den Beschlüssen des Hauptausschusses entspricht. Soweit der Entwurf die Erfüllung einzelner Wünsche der übergroßen Mehrheit der Privatangestellten nicht gebracht hat, wird die Siebener-Kommission beim Hauptausschusse beantragen, bei den gesetzgebenden Körperschaften nachdrücklich für die Erfüllung folgender Leitsätze einzutreten:

1. Im § 1 Ziffer 4 des Gesetzentwurfes ist die Bestimmung zu streichen, wonach die Versicherungspflicht an ein Jahresarbeitsverdienst von 5000 M gebunden werden soll, vielmehr soll statt dessen bestimmt werden, daß ein Grenzgehalt von 5000 M für die Bemessung von Leistungen und Beiträgen festgesetzt wird.
2. Eine Befreiung von der Versicherungspflicht soll für Beamte des Reichs, der Bundesstaaten, Gemeinden u. s. f. nicht eintreten, sofern diese Beamten auf Privatdienstvertrag angestellt sind, ohne eine Pensionsberechtigung nach den Sätzen dieses Gesetzes gewährt zu erhalten. (§ 10.)
3. Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienste bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente und dem Witte Witwenrente zu, so lange er bedürftig ist. (§ 29.)
4. Als Beitragsmonate im Sinne des § 50 sollen auch die Kalendermonate angerechnet werden, in denen der Versicherte nachweislich stellungslos gewesen ist.
5. Eine Rückvergütung von Beiträgen soll unter keinen Umständen stattfinden. (§ 64.)
6. Weiblichen Versicherten, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, soll auf ihren Antrag nach Wahl eine sofort beginnende oder eine aufgeschobene Leibrente gewährt werden. (§ 65.)
7. Die Einberufung des Verwaltungsrates muß auf Verlangen des Verwaltungsausschusses erfolgen. (§ 111.)
8. Zu der Anlage des Vermögens der Reichsversicherungsanstalt nach § 226 des Entwurfes soll die Zustimmung des Verwaltungsausschusses erforderlich sein. (§ 226.)
9. Auch in die Rentenausschüsse sollen weibliche Versicherte gewählt werden können. (§ 137.)
10. Es soll den bestehenden Pensionskassen der Berufsverbände ermöglicht werden, auf ihren Wunsch eine Übernahme dieser Kassen durch die Reichsversicherungsanstalt mit Zustimmung des Bundesrats herbeizuführen. (§ 363.)
11. Der Leitsatz des Hauptausschusses über die Höhe der Beiträge hat im Entwurf offenbar nicht die richtige Auslegung gefunden. Der

Hauptausschuß hat den einmütigen Wunsch gehabt, daß die dort aufgeführten Sätze von 10 % und 8 % sich auf das durchschnittliche Einkommen, nicht auf das Mindesteinkommen beziehen sollten. Die Beiträge sind deshalb entsprechend zu erhöhen, wodurch zugleich auch die Leistungen erhöht werden.

Die Beiträge sollen möglichst so abgestuft werden, daß sie betragen in

der Klasse A	2 M monatlich	der Klasse F	15 M monatlich
" B	4 " "	" G	18 " "
" C	6 " "	" H	23 " "
" D	8 " "	" I	20 " "
" E	11 " "		

12. Der Bundesrat soll ersucht werden, die Versicherungspflicht alsbald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf Erzhirnen- und Fleischbeschauer auszudehnen, die diese Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben. (§ 4.)

Die Siebener-Kommission erhofft die Erfüllung dieser Forderungen umso mehr, als die Privatangestellten bei ihrem Bestreben seither die einmütige Zustimmung des Reichstages gefunden haben. Die baldige Verabschiedung des Gesetzesentwurfes soll mit allen Mitteln gefördert werden. Die Einberufung eines allgemeinen Privatangestelltentages nach Berlin steht unmittelbar bevor.

Im Gegensatz zu dieser Kundgebung steht eine Entschliebung, die eine in Berlin am 31. Januar auf Einladung des Bundes technisch-industrieller Beamter abgehaltene öffentliche Versammlung von Angestellten gefaßt hat und die den Standpunkt der freien Vereinigung wie folgt wiedergibt.

In dem vorliegenden Entwurf kann die Versammlung eine Erfüllung ihrer Wünsche nicht erblicken. Im Widerspruch mit den wiederholten Versprechungen der Regierung bleiben die in Aussicht gestellten Leistungen beträchtlich hinter den bescheidensten Forderungen der Angestellten zurück. Da außerdem auch das Versprechen freier Selbstverwaltung nicht erfüllt worden, sondern vielmehr ein äußerst schwerfälliger, durch und durch bürokratischer und entsprechend kostspieliger Verwaltungsapparat vorgesehen ist, enttäuscht der Regierungsentwurf gerade in den beiden Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderklasse hingestellt wurden. Aber auch andere Teile des Entwurfs müssen als äußerst bedenklich angesehen werden, so namentlich die unklare Umgrenzung des Personenkreises, die zum Beispiel die Techniker überhaupt nicht erwähnt, die ganz unberechtigte Privilegierung behördlicher Arbeitgeber u. a. m. Angesichts dieser Mängel erscheint es den Versammelten äußerst fraglich, ob es auf der Basis dieses Entwurfs überhaupt möglich sein wird, die berechtigten Forderungen der Angestellten zu erfüllen. Wenn auch anzunehmen ist, daß die kleineren Fehler bei der Beratung in den gesetzgebenden Körperschaften beseitigt werden, so wird es doch kaum möglich sein, die Leistungen so zu erhöhen und die Verwaltung so zu gestalten, daß die Interessen der Angestellten nach jeder Richtung hin gewahrt werden. Die Versammelten geben daher ihrem Bedauern Ausdruck, daß Regierung und Reichstag es veräumt haben, die Wünsche der Privatangestellten in der Reichsversicherungsordnung durch einen großzügigen Ausbau der Invalidenversicherung zu erfüllen.

Der Zentralausschuß der Prinzipalverbände hat in einer am 25. Januar in Berlin abgehaltenen Sitzung einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Ungeachtet der schwerwiegenden und begründeten Bedenken, die gegen die Richtlinien der im Jahre 1903 veröffentlichten Denkschrift des Reichsamts des Innern nicht nur mit vollständiger Einmütigkeit aus den Kreisen der Prinzipalität, sondern auch von maßgeblichen Gruppen der Angestelltenorganisationen geltend gemacht worden sind, hält der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte an den Grundfragen der Denkschrift fest. Die Durchführung der Versicherung auf dem Wege der Sonderklasse schafft eine Reihe aus dem Rahmen und den Grundlagen der Invalidenversicherung herausfallender Sondervergünstigungen, wie die Doppelversicherung für Angestellte mit einem Einkommen bis zu 2000 M., die Errichtung einer versicherungsberechtigten Einkommensgrenze bis zu 5000 M., die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre sowie die Einführung des Begriffs „Berufsinvalidität“. Hierin liegt nicht nur eine sozialpolitische Ungerechtigkeit gegenüber den nicht unter dieses Gesetz fallenden Angestellten, sondern auch ein äußerst bedenkliches Präjudiz, das sehr bald zu Verzerrungen der minderbegünstigten Angestelltenkategorien führen muß. Namentlich aber bedingt die Lösung des Problems auf dem Wege der Sonderklasse die Schaffung eines neuen, höchst verwickelten und zu den Leistungen der Versicherung in gar keinem Verhältnis stehenden Verwaltungsapparats (Reichsversicherungsanstalt, Direktoratium, Verwaltungsrat, Verwaltungsausschuß, Rentenausschüsse, Vertrauensmänner usw.), der wiederum zu einer weitestgehenden Erhöhung der über die Leistungsfähigkeit breiter Schichten des Arbeitgebertums hinausgehenden Versicherungslast führt. Auch würden sich aus der organischen Loslösung der Angestelltenversicherung von der allgemeinen Invalidenversicherung praktische Schwierigkeiten in ungeheurer Zahl ergeben, die das neue soziale Reformwerk weiten Schichten zu verleiden geeignet sind. Aus diesen Erwägungen hält der Zentralausschuß an der Lösung des Problems auf dem Wege

eines maßvollen, den Bedürfnissen der Privatangestellten angepaßten Ausbaues der Invalidenversicherung fest. Der Zentralausschuß bedauert zugleich, daß der Entwurf durch eine einseitige Berücksichtigung der Wünsche eines Teils der Angestellten und die Nichtbeachtung der Interessen und Wünsche der Prinzipalität, die das Zustandekommen des großen sozialen Wertes im Interesse ihrer Angestellten dringlich wünscht, eine Gegensätzlichkeit zwischen beiden Gruppen geschaffen hat, die die Vollenbung der vorliegenden gesetzgeberischen Arbeit nicht nur zu verzögern, sondern auch den innerpolitischen Konflikt zu verschärfen geeignet ist.

Der Reichstagsabg. Dr. Stresemann, einer der eifrigsten Anwälte der Angestellten-Versicherung, verbreitet sich in einem Artikel der „Nat.-lib. Korresp.“ vom 3. Febr. über die Vorlage, der er vorwiegend günstige Seiten abzugewinnen weiß; am Schluß bemerkt er wörtlich:

Die nationalliberale Partei hat seit dem Austausch dieser Frage sich ihrer Erledigung mit der größten Dringlichkeit angenommen. Wie mir bekannt ist, hat auch erst vor kurzem wieder der Führer der nationalliberalen Partei, der Abg. Wassermann, den Herrn Reichskanzler auf den Ernst der Erledigung dieser Frage hingewiesen und es als communis opinio der gesamten bürgerlichen Parteien hingestellt, daß dieser Gesetzentwurf noch von dem jetzigen Reichstag erledigt werden müsse. Es ist daher der dringende Wunsch auszupprechen, daß der Bundesrat sich baldigst mit der Vorlage beschäftigt, damit sie dem Reichstage zugeht und dieser die Möglichkeit hat, sie zum Herbst dieses Jahres in einer den gerechten Ansprüchen und Wünschen aller Teile entsprechenden Form zu verabschieden, und damit die vor den letzten Wahlen gegebenen Versprechen weiterer sozialer Fürsorge auch einmal gegenüber den Angestellten einzulösen.

Wie aus der Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten mitteilt, wird ein großer Deutscher Privatangestellten-Tag am 19. Februar in Berlin stattfinden, um zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Es wird erwartet, daß Privatangestellte aller Berufe aus dem ganzen Reich daran teilnehmen.

(Weitere Berichte folgen.)

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Bei den Bestimmungen über die Wahlen der Beisitzer des Oberversicherungsamts (§§ 85 ff.) wurde im Gegensatz zu den Beschlüssen der ersten Lesung die Regierungsvorlage im wesentlichen wiederhergestellt, wonach, und zwar nach den Grundfragen der Verhältnismäßigkeit, die Arbeitgeberbeisitzer zur Hälfte von den Arbeitgebern im Ausschuß der zuständigen Versicherungsanstalt, zur anderen Hälfte von den Berufsgenossenschaften gewählt werden. Der Beschluß erster Lesung, daß die sämtlichen Kosten der Oberversicherungsämter vom Bundesstaat zu tragen sind, wurde aufrecht erhalten. Der Regierungsvertreter erklärte hierauf, daß dieser Beschluß für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei. In § 93 wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß alle Kosten der für Betriebe des Reichs oder des Staates errichteten besonderen Oberversicherungsämter den Verwaltungen der Betriebe zur Last fallen. Für die Wahl der Arbeitgeberbeisitzer zum Reichsversicherungsamt wurde in Konsequenz des oben mitgeteilten Beschlusses, die Wahlen der Arbeitgeberbeisitzer für das Oberversicherungsamt betreffend, im wesentlichen die Regierungsvorlage wiederhergestellt (§§ 103 ff.). Die Wiederherstellung der in erster Lesung gestrichenen Landesversicherungsämter wurde beschlossen mit der Maßgabe, daß die beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung vorhandenen Landesversicherungsämter bestehen bleiben sollen, solange zu ihrem Bezirke mindestens 4 Oberversicherungsämter gehören. In § 136 (Zulassung von Zahntechnikern zur Kostenbehandlung) erhielt der erste Satz folgende Fassung: „Bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten kann die Behandlung außer durch Zahnärzte mit Zustimmung der Versicherten auch durch Zahntechniker erfolgen.“ Die gesperrt gedruckten Worte wurden neu eingefügt.

Die Erhöhung der Angehörigenunterstützung für in Heilanstalten untergebrachte Versicherte ist neuerdings auch von der Versicherungsanstalt Weisbaden durchgeführt worden, nachdem die Versicherungsanstalt Rheinprovinz vor mehreren Jahren bereits auf diesem Wege bahnbrechend vorangegangen ist. Und zwar richtet sich die Höhe der Familienunterstützung, die gesetzlich die Hälfte des Krankengeldes, das der Versicherte im Falle seiner Erkrankung erhalten würde, und falls der in der Heilanstalt Untergebrachte nicht kranktenversicherungspflichtig ist, ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagesarbeiter beträgt, nach der Anzahl der im Haushalt des Versicherten vorhandenen verdienstunfähigen Personen.

Nach den Grundsätzen der Versicherungsanstalt Rheinprovinz wird die Familienunterstützung gewährt: 1. 50 % des Krankengeldes bezw. 25 % des ortsüblichen Tagelohns, wenn nur eine Person vorhanden ist; 2. 75 % des Krankengeldes bezw. 40 % des ortsüblichen Tagelohns, wenn im Falle Nr. 1 der Versicherte bereits über ein Vierteljahr erwerbsunfähig ist, ehe das Verfahren der Versicherungsanstalt eingeleitet wurde, oder wenn besondere Bedürftigkeit in der Familie vorliegt, insbesondere wenn die Kosten für Beschaffung oder Reparatur der Kleidungsstücke usw. von dem Versicherten nur mit Schwierigkeit aufgebracht werden können, oder wenn neben der einen verdienstunfähigen Person noch weitere verdienstunfähige Personen vorhanden sind, welche aber mit der gleichen Zahl verdienstfähiger Personen (Hauskinder über 16 Jahre) kompensiert werden; 3. 100 % des Krankengeldes bezw. 50 % des ortsüblichen Tagelohns, wenn bis zu drei verdienstunfähigen Personen vorhanden sind; 4. 150 % des Krankengeldes bezw. 75 % des ortsüblichen Tagelohns, wenn mehr als drei derartige Personen zurückbleiben. Liegen besondere Umstände vor, welche eine Erhöhung der nach Ziffer 1 bis 3 zu gewährenden Familienunterstützung rechtfertigen, so kann dieselbe bis zum Betrage der nächstfolgenden Ziffer erhöht werden.

Arbeitsnachweis.

Die Errichtung von 31 öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in Ostpreußen, die im Januar ins Leben getreten sind, ist als eine Folge des Stellenvermittlungsgesetzes zu betrachten. Die Nachweise sind sämtlich in Kreisstädten errichtet worden; ihnen steht die Zentralstelle der Kreisarbeitsnachweise in Königsberg vor. Nach und nach sollen in sämtlichen Kreisstädten derartige Nachweise errichtet werden. Die Vermittlungstätigkeit dieser Nachweise soll sich lediglich auf inländisches Personal aller Art richten, während das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer sich mit den ausländischen Saisonarbeitern und den russisch-deutschen Rückwanderern zu befassen hat. Die Vermittlung für Arbeitnehmer geschieht kostenlos, während die Arbeitgeber geringe Gebühren zu zahlen haben. Um die Aufmerksamkeit der ländlichen Bevölkerung auf die Kreisarbeitsnachweise zu richten, wird in den Kreisblättern und in Plakaten, die an geeigneten Orten ausgehängt werden, darauf hingewiesen.

Die Gründung eines Verbandes der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen ist am 24. Januar 1911 grundsätzlich beschlossen worden auf einer Versammlung von Vertretern einer größeren Anzahl öffentlicher Gemeinde- und gemeinnütziger unparteiischer Vereinsarbeitsnachweise, die im sächsischen Ministerium des Innern in Gegenwart des Ministers stattfand. Nach einer Ansprache des Ministers, in der er hervorhob, daß das zur Beratung stehende Werk nicht als eine der Regierung dienstbare amtliche Einrichtung begründet werden solle, sondern aus der unabhängigen Überzeugung der beteiligten Arbeitsnachweise von der Nützlichkeit eines derartigen Zusammenschlusses hervorgehen und von deren selbständiger Mitarbeit getragen sein müsse, hielt der Leipziger Universitätsprofessor Cinda einen Vortrag, in dem er das Wesen, die Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten der gemeinnützigen Arbeitsnachweise schilderte. Aufgabe des Verbandes soll es sein, für die Idee der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung im Lande zu werben, die leitenden Grundsätze für einen der Allgemeinheit nützlichen Geschäftsbetrieb der einzelnen Arbeitsnachweise auszubilden und einzuführen und auch sonst anregend und fördernd auf diese einzuwirken.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im Jahre 1910. Nach dem Reichs-Arbeitsblatt (Januarheft) ist auch im letzten Viertel des abgelaufenen Jahres der Andrang stellersuchender Handlungsgehilfen zu den Arbeitsnachweisen zurückgegangen. Für männliche Handlungsgehilfen wurden im Jahre 1910 bei den Vereinen, die ihre Ergebnisse dem Reichs-Arbeitsblatte mitteilen, 60 721 offene Stellen angemeldet, gegen 52 893 im Vorjahre. Das ist eine Steigerung der Stellenangebote um 14,8 %. Die Zahl der (abrigens nur zum kleineren Teile stellenlosen) Bewerber hat sich dagegen um 4 % vermindert. Sie betrug 1909: 75 611 und 1910: 72 571. Von den Bewerbern brachten die Vereine 23 694 in Stellung, gegen 20 310 im Jahre vorher. An der Vermittlung waren hauptsächlich 4 Verbände beteiligt, nämlich der Hamburger Verein für Handlungs-Kommis von 1858, der Leipziger Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband und der Frankfurter kaufmännische Verein. Diese Vereine besaßen der Reihe nach 9638, 5179, 3154 und 2400 Gehilfenstellen.

Volkserziehung.

Die planmäßige Ausgestaltung der Jugendfürsorge in Preußen, die in der letzten preußischen Thronrede verheißen worden war (vergl. Sp. 49), betrifft ein Erlass des preußischen Kultusministers vom 18. Januar 1911, der sich mit den allgemeinen Aufgaben und

Zielen der Jugendpflege beschäftigt und im einzelnen Grundsätze und Maßschläge für die Förderung dieser Zwecke aufstellt. Die „unlichste freie Entfaltung aller geeigneten Kräfte“ mit Ausschaltung bürokratischer Schablone wird hierbei als das Prinzip der Jugendpflege proklamiert, und es wird an das „Wohlwollen und die opferwillige Mithilfe aller Vaterlandsfreunde in allen Ständen und Berufsständen“ appelliert unter Anerkennung dessen, was bisher schon auf dem Gebiete der Jugendpflege geleistet worden ist. Um eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden, sollen Stadt- oder Ortsausschüsse und für die ländlichen Orte Kreisausschüsse für Jugendpflege gebildet werden, für die als zusammenfassendes Organ Bezirksausschüsse von etwa 20 Mitgliedern aus allen Berufsständen und Ständen unter Leitung des Regierungspräsidenten vorgeschlagen werden. Der Erlass betont, daß zunächst nicht die Absicht bestehe, staatliche Einrichtungen mit Zwang für die schulentlassene Jugend zu schaffen. Es handle sich vielmehr darum, die bestehenden Veranstaltungen Dritter und Vereinigungen aller Art „unter sich und mit den staatlichen, den Kreis- und Gemeindeorganen zu einheitlichem, planvollem Wirken zusammenzuschließen und ihnen innerhalb der sich daraus ergebenden größeren örtlichen, Kreis- und Bezirksorganisationen durch Rat und Tat, auch durch Zuzugung staatlicher Mittel als Beihilfen eine an Umfang und Kraft gesteigerte Wirksamkeit“ zu ermöglichen.

Im Betracht kommt das Alter vom 14. Lebensjahre bis zum Eintritt ins Heer oder bis zum 20. Lebensjahre. Die drei jüngeren Jahrgänge sollen dabei, wo es notwendig und möglich ist, getrennt bleiben.

Als Mittel der Jugendpflege werden genannt: die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Einrichtung von Jugendheimen, welche die Jugend in der arbeitsfreien Zeit sammeln und ihr Schreib-, Les-, Spiel- und andere Erholungsgelegenheit bieten sollen, ferner die Gründung von Jugendbüchereien, die Einrichtung von Musik-, Gesangs-, Les- und Vortragsabenden, Theateraufführungen und überhaupt die Gewährung von Gelegenheiten zu edlerer Geselligkeit und Unterhaltung. Daneben sollen jede Art geistiger Leibesübung kräftig gefördert, Verhältnisse für den Handfertigkeitunterricht bereitgestellt und die volkstümlichen Bildungsgelegenheiten eines Ortes wie Museen usw. unter sachkundiger Führung nach Möglichkeit nutzbar gemacht werden.

„Die Ausführung der Jugendpflege darf nicht in einer Weise erfolgen, daß sie lediglich oder doch in der Hauptsache auf bloße Vergnügung der Jugend herauskommt,“ heißt es hierbei ausdrücklich. Weiter wird empfohlen, der Jugend möglichst weitgehenden Anteil an der Leitung der Vereine zu geben und ihr allerlei Ämter im Vereinsleben zu übertragen. Das Interesse an der Vereinigung werde erhöht, wenn ihre Mitglieder einen wenn auch noch so geringen Beitrag zu zahlen haben. Zum Schluß wird gesagt, es werde anzustreben sein, namentlich für Sonnabendabend sowie Sonntagnachmittag und -abend die jungen Leute zu geeigneten Veranstaltungen heranzuziehen.

Im allgemeinen ist der Erlass geeignet, die planmäßige Ausgestaltung der Jugend tatsächlich zu fördern. Freilich wird es sehr darauf ankommen, welche Persönlichkeiten in den einzelnen Ausschüssen an die Spitze treten werden und welcher Geist in den Ausschüssen wehen wird. Das wird abzuwarten sein. Bedauerlich ist jedoch unter allen Umständen, daß der weibliche Teil der Bevölkerung von dieser planmäßigen Ausgestaltung der Jugendpflege von vornherein ausgeschlossen bleiben soll. Es wird nämlich ausdrücklich bestimmt, daß bezüglich der Verwendung des für die Ausgestaltung der Jugendpflege der Staatsregierung zur Verfügung stehenden Fonds zu beachten ist, daß derselbe „nur für die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend bestimmt ist. Für die schulentlassene weibliche Jugend dürfen Mittel daraus nicht verwendet werden, es können aber die für die männliche Jugend aus diesem Fonds unterstützten Einrichtungen auch für die weibliche mitbenutzt werden, soweit dies ohne staatliche Beihilfen möglich ist.“ Dabei heißt es in dem Erlasse in klarer Erkenntnis der sozialen Not unserer weitesten Volkskreise:

„Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr sittliches Gedeihen aufs schwerste gefährdet.“

Wollte man sich die weibliche erwerbstätige Jugend etwa nicht? Unseres Erachtens tut die planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege der weiblichen Jugend mindestens ebenso not, wie der männlichen Jugend, wenn nicht noch in erhöhtem Maße. Denn auf der Gesundheit des weiblichen Teils der Bevölkerung ruht die Gesundheit der kommenden Generation in erster Linie. Diese Aus-

Schließung der weiblichen Jugend von dem vom Landtage erbetteten Millionenfögen ist eine äußerst bedenkliche Lücke in dieser neuen Aktion staatlicher Fürsorge, die aus mehr als einem Grunde schleunigst ausgefüllt werden sollte.

Eine von der Zentralkasse des Deutschen Städtetags veranstaltete Erhebung über Waldschulen hat folgendes Ergebnis gehabt: Im August 1910 bestanden eigentliche Waldschulen in den 7 Städten Charlottenburg, Dortmund, Elberfeld, Hufum, Lübeck, Mülhausen i. E. und W. Gladbach. Von diesen sind rein städtische die Anstalten in Charlottenburg, die als die älteste und wohl auch größte für alle übrigen mehr oder weniger vorbildlich gewesen ist, Dortmund, W. Gladbach und Mülhausen i. E.; letztere ist die einzige, deren Benutzung ohne weiteres unentgeltlich ist, während in allen übrigen Städten von den Eltern ein, wenn auch geringes, Entgelt je nach der Vermögenslage zu zahlen ist, das nur gänzlich Unbemittelten erlassen wird. Bei den 3 übrigen Städten handelt es sich um Vereinsgründungen mit städtischer Unterstützung und Förderung. Nur die Waldschule in Hufum wird ganz und gar aus den Mitteln des Vaterländischen Frauenvereins bestritten. Eine Waldschule für Schüler höherer Lehranstalten besteht nur in Charlottenburg (zunächst nur für Sexta bis Quarta) und ist, soweit bekannt, sonst in keiner anderen Stadt geplant. Elberfeld und W. Gladbach haben für die schwächlichen Kinder Schlafgelegenheit geschaffen; der Wirtschaftsbetrieb dieser beiden Waldschulen ist mit den unmittelbar angrenzenden Walderholungsstätten vereinigt, so daß die Verpflegung der Kinder von diesen aus erfolgt und dort auch die Übernachtung stattfindet.

Eine Tabelle gibt über Jahr und Träger der Einrichtung, die Entfernung von der Stadt, die Beförderung der Schüler, die Größe des Terrains, die Zeit des Geöffnetseins, die Anzahl der Schüler, Dauer des Kurses, Anzahl der Klassen, der Lehrkräfte, des Personals, Dauer des Aufenthalts und täglichen Unterrichts, die Verpflegung, die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung und das täglich zu entrichtende Entgelt Auskunft.

Weiter wird erwähnt, daß in Fürth der Verein für Ferien- und Waldkolonien 1911 eine Waldschule eröffnen will, daß in Dresden sich ein Verein „Dresdener Waldschule“ hierum bemüht, daß Gießen den Plan auf einige Jahre zurückgestellt, Königsberg i. Pr. den Plan ganz aufgegeben hat, daß Berlin an Stelle einer Waldschule eine Kinderheilstätte errichten will, daß in Frankfurt a. M. die hierfür bereits 1908 ausgeworfenen Mittel noch nicht verwendet sind, daß in München der Verein zur Befämpfung der Tuberkulose aus Stiftungsmitteln im Jahre 1908 eine Kindererholungsstätte (20 Betten) errichtet hat, zu der die Stadt das Waldterrain (ca. 5 km von der Stadt entfernt) unentgeltlich hergegeben hat. Außer den 20 Ganzpflöglingen können noch 50–60 Halbpflöglinge in Tagespflege aufgenommen werden. In „Waldersee“ (Gemeindebezirk Dürrensdorf) bei Biegener hat die Graf Vassestremsche Verwaltung eine Waldschule errichtet, in die von Mai bis September je 20 Knaben und Mädchen aufgenommen werden.

Die Erfahrungen werden in sämtlichen bestehenden Waldschulen als sehr gut bezeichnet. Der Zweck der Einrichtung, die Gesundheit schwächlicher Kinder zu kräftigen, ist fast immer erreicht worden, die Kinder zeigten eine z. T. recht bedeutende Gewichtszunahme und zunehmende geistige Frische und Aufnahmefähigkeit.

Praktische Staatsbürgerkunde ist mit Genehmigung der preussischen Regierung in Hamm eingeführt worden. Der Direktor der dortigen Oberrealschule hat den gemeinsamen Besuch der Stadtverordnetenversammlungen unter seiner Begleitung für die Schüler der oberen Klassen eingeführt. — Daß gewedte Primaner aus eigenem Antriebe die Stadtverordnetenversammlungen und in den Hauptstädten der Bundesstaaten auch die Landtagsversammlungen als Zuhörer besuchen, mitunter sogar schon als Berichterstatter für kleine Provinzblätter, weiß wohl mancher aus seiner Erfahrung. Auch die Teilnahme allerer Schüler an den öffentlichen Gerichtsverhandlungen ist oft rege. Daß nun auch der breiten Masse der Schüler diese Gelegenheiten zum staatsbürgerlichen Anschauungsunterricht durch die Schule selbst erschlossen wird, ist ein Fortschritt, der den Jungen willkommen sein wird.

Schülerverpflegung in Basel. Die Stadt Basel hat im Jahre 1909 2763 schulpflichtigen Knaben und Mädchen das sogenannte „Schülerbrot“ zu Kleidern gegeben, ferner 531 fertige Kleider und 1153 Schuhe geliefert, 8765 mit Schülerluppe, 8466 mit Milch und Brot bedacht und 944 in die Ferienkolonie geschickt. 12000 Kinder besuchten im Jahresdurchschnitt die Schülerchorie.

Volksgefundheit.

Die gesetzliche Regelung der Schularztfrage in Württemberg soll im Zusammenhange mit der Neuordnung der Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte erfolgen. Den Ständen ist bereits ein Gesetzentwurf der Regierung zugegangen, der folgende Normen aufstellt:

Die Obliegenheiten des Schularztes erstrecken sich auf die öffentlichen und die Privatschulen, ferner auf die Kleinkinderschulen, Kindergärten und Kinderhorte. Dem Schularzt liegt insbesondere ob: 1. die Untersuchung des Zustandes des ganzen Schulgebäudes und der dem Zwecken der Schule dienenden weiteren Gebäude, sowie ihrer Einrichtungen und Geräte, ferner die Überwachung der Benutzung der Gebäude und Einrichtungen in gesundheitlicher Beziehung; 2. die Fürsorge für die Wahrung der gesundheitlichen Anforderungen beim Unterricht; 3. die Feststellung und die Verhütung der Verbreitung von Krankheiten und Gebrechen bei Schülern und Schülerinnen und die zu diesem Zweck erforderlichen körperlichen Untersuchungen derselben. Diesen Untersuchungen, die stets auf möglichst schonende Art ausgeführt werden sollen, müssen sich die Schüler und Schülerinnen unterziehen. Doch sind solche, bei denen die Untersuchung durch einen anderen approbierten Arzt vorgenommen und ein auf Grund derselben ausgefüllter Gesundheitsbogen dem Schularzt rechtzeitig vorgelegt wird, von der Untersuchung durch den letzteren befreit. Diejenigen im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder, welche wegen eines Gebrechens nicht schulfähig sind, müssen, sofern sie sich nicht in einer Anstalt befinden, dem Schularzt und den Erziehungsberechtigten (Eltern usw.) anlässlich der Untersuchung der Schulkinder jedes Jahr vorgeführt werden. Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, aus dem der Zustand des Kindes hinreichend zu erkennen ist, oder auf Grund eigener Wahrnehmung kann der Schularzt von der Verpflichtung zu persönlicher Vorstellung befreien.

Aus der Begründung des Entwurfs sind einige allgemeine Gesichtspunkte hervorzuheben:

Würde es sich bei der Schularzteinrichtung nur um die Durchsetzung der Forderungen der Hygiene gegenüber der Schule selbst handeln, so würden in Württemberg weitere Maßnahmen, als bisher schon bestanden, kaum zu treffen sein. Mit der Schule als solcher hat die Einrichtung es aber erst in zweiter Linie zu tun. Im Vordergrund der Tätigkeit des Schularztes muß die Fürsorge für die Gesundheit der heranwachsenden Jugend überhaupt stehen. Die ganze Jugend soll während ihrer Schulzeit gewissermaßen unter den Augen des Arztes aufwachsen und von ihm gesundheitlich überwacht werden. Hierzu bietet die Versammlung der Kinder in der Schule die beste Gelegenheit. Bis jetzt wird der größte Teil der männlichen Jugend erstmals bei der Rekrutenmusterung ärztlich untersucht. Das weibliche Geschlecht kommt regelmäßig zum Arzt erst, wenn eine ernsthafte Erkrankung in die Erscheinung getreten ist. Viele junge Männer erlangen bei der Rekrutenmusterung erstmals davon Kenntnis, daß sie einen Herzfehler oder eine Bruchanlage oder ein sonstiges körperliches Gebrechen haben. Wären sie hierauf schon früher aufmerksam gemacht worden, dann hätten sie bei ihrer Berufswahl auf ihre Körperbeschaffenheit Rücksicht nehmen können. Zu einem Berufswechsel ist es bei dem Eintritt in das militärpflichtige Alter in der Regel zu spät, die Folge ist dann, daß nicht wenige Männer einem frühen Scheitern verfallen und manche Familie ihren Ernährer vorzeitig verliert. Auch darüber kann kein Zweifel sein, daß manches körperliche Gebrechen, wenn es rechtzeitig ärztlicher Behandlung zugeführt worden wäre, hätte geheilt werden können, und daß auf dem Gebiete der Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten durch den Schularzt Erhebliches geleistet werden kann. Die wichtigste Aufgabe des Schularztes wird aber sein: allgemeine Gesundheitschädigungen bei der heranwachsenden Jugend, wie solche durch ungewöhnliche oder ungenügende Ernährung, ungesundes Wohnen, körperliche und geistige Überanstrengung, ungenügende Bewegung oder zu kurzen Aufenthalt in frischer Luft, Alkoholgenuß und dergleichen hervorgerufen werden, möglichst frühzeitig zu entdecken, die Quellen dieser Erscheinungen aufzufinden und Mittel und Wege zur Abhilfe vorzuschlagen. Die Schularztstätigkeit erscheint deshalb als ein wichtiger Zweig der öffentlichen Gesundheitspflege. Daß bei dieser Auffassung der Einrichtung die Entscheidung darüber, ob sie eingeführt werden soll, nicht in das Belieben der einzelnen Gemeindeverwaltung gestellt werden kann, leuchtet ein. Die ganze Entwicklung der Schularztfrage in- und außerhalb Württembergs hat gezeigt, daß ohne gesetzliche Regelung und ohne Zwang auf diesem Gebiete Befriedigendes nicht erreicht wird. Würde man der Entwicklung freien Lauf lassen, so würden allmählich die größeren und leistungsfähigeren Gemeinden zur Anstellung von Schularzten sich entschließen, auf dem Lande aber würde in der Regel nichts geschehen, von einer einheitlichen Regelung der Sache ganz zu schweigen. Es lag deshalb der Gedanke nahe, die Einführung des Schularztes mit der Neuordnung der Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte zu verbinden und die Schularztstätigkeit dem Oberamtsarzt als dem öffentlichen Gesundheitsbeamten der Oberamtsbezirke zu übertragen. Gerade durch die Ausübung der Schularztstätigkeit erhält der Oberamtsarzt den besten Einblick in die gesundheitlichen Ver-

hältnisse seines Amtsbezirktes, und aus dieser Kenntnis heraus kann er in gesundheitlicher Beziehung erzieherisch auf die Bevölkerung wirken.

Württemberg beschreitet mit dieser allgemeinen staatsgesetzlichen Regelung der Schularztfrage einen ganz neuen Weg, den bisher noch kein anderer deutscher Staat gegangen ist. Daß sich bei der ersten Durchführung dieses allgemeinen Zwanges einer ärztlichen Überwachung der Schuljugend hier und da Schwierigkeiten ergeben mögen, bis sich Ärzte, Lehrer, Schüler und Eltern daran gewöhnt haben, gibt die württembergische Regierung von vornherein in der Entwurfsbegründung zu. Aber sie betont auch mit Recht, nur die Praxis kann entscheiden, ob häufigere und eingehendere Untersuchungen der Kinder notwendig sind und ob ein Amtsarzt neben seinen übrigen Obliegenheiten die Schularztspflege für einen größeren Bezirk mit versehen kann. Jedenfalls will die württembergische Regierung zunächst schrittweise die Reform einführen.

Eine städtische Poliklinik für Volksschüler in Jülich (Bayern) besteht seit November 1909 und hat sich als eine der Schulgesundheitspflege sehr förderliche Einrichtung erwiesen. Für die erste Einrichtung und den Betrieb der Poliklinik im Jahre 1909/10 wurden von den städtischen Kollegien 5000 M. aus dem sogenannten Wohlfahrtsfonds, der aus Spartassenüberschüssen gespeist wird, bewilligt. In den ebenfalls von der Stadt zur Verfügung gestellten Räumen werden die Kinder, soweit die Mittel reichen, wegen aller eine Besserung nicht erforderlichen Krankheiten unentgeltlich ärztlich beraten. Mitglieder des ärztlichen Bezirksvereins halten zu diesem Behufe an jedem Wochentage mit Ausnahme des Sonnabends Sprechstunden ab; eine Krankenschwester leistet Beihilfe; die erforderliche Schreibkraft stellt der Magistrat. Für den unentgeltlichen Bezug der verordneten Medikamente und Stärkungsmittel ist freie Wahl unter den Apothekern am Orte vereinbart; auch Brillen und Bruchbänder werden verordnet. Schwächliche, unterernährte Kinder erhalten Anweisungen auf Milch, die ihnen auf die Dauer der Verordnung im Schulhause während der Freiviertelstunde verabreicht wird. Die Zulassungscheine erhalten die Kinder durch die Klassenlehrer ausgehändigt; in Ausnahmefällen wird die ärztliche Beratung von einem solchen Ausweis nicht abhängig gemacht. Auch spezialärztliche Hilfe wird gewährt. Die Gesamtkosten des Betriebs (ohne Einrichtungskosten) beliefen sich bis Ende 1910 auf 3000 M., werden sich aber, wie der Bericht hervorhebt, noch steigern. Die ärztliche Mitwirkung erfolgt unentgeltlich.

Die Gesundheitsgefährlichkeit des Bronzierens. Eine auszugswiese in der Wiener Zeitschrift „Arbeiterchutz“ wiedergegebene Publikation des britischen Arbeitsamts beschäftigt sich mit dem Verfahren des Bronzierens in den verschiedenen hierbei in Betracht kommenden Gewerben. Zu den Gewerben, in welchen Bronzestaub verwendet wird, gehören in erster Linie Buch- und Steinrudereien, Prägeanstalten, Tapetenfabriken, Metalllackierung; ferner kommt Bronzestaub in Verwendung beim Bronzieren von Metallgegenständen, beim Prägen der Bleistifte und Malerpinsel sowie in Textil- und Lederwarenfabriken. Am häufigsten kommt Bronze in trockenem Zustande jedoch in Steinrudereien zur Verarbeitung, daher dieses Gewerbe das Hauptinteresse der Untersuchung beanspruchte. Das staublose „Nachbronzierungsverfahren“ ist gegenwärtig in Buchrudereien im Zunehmen begriffen, besonders kam in den letzten Jahren die Bronzelacke zur Einführung. Bronze in flüssiger Form fand in Tapetenfabriken Eingang, Bronzefarbe hingegen gelangte beim Bronzieren von Metallgegenständen zur Verwendung. Das Handbronzieren scheint nach dem Bericht überhaupt im Verschwinden begriffen zu sein. Während dieses Verfahrens vor einigen Jahren noch allgemein war, geschieht jetzt das Bronzieren bei größeren Aufträgen nur mit geschlossenen Maschinen. Es wurde ferner ermittelt, daß in diesem Berufe vorwiegend jugendliche Personen beschäftigt werden. An diese wird zur Verhinderung schädlicher Folgen Milch verabreicht; auch werden Überkleidungen und Kopfbedeckungen verabfolgt. Die Ventilation in den Arbeitsräumen läßt zu wünschen übrig; es sind nämlich im Verhältnis zu anderen staubreichen Gewerben nur sehr wenige Exhaustoren usw. im Gebrauch. Ebenso wurde die notwendige Trennung dieser Berrichtung von den übrigen Arbeitsplätzen nicht allgemein durchgeführt. Die Untersuchung ergab auch noch, daß zwar keine unmittelbare Schadensfolge des Staubes auf die Lunge vorliegt, es wird aber zugegeben, daß der Grund dieses günstigen Ergebnisses wahrscheinlich darin liegt, weil jugendliche Personen beschäftigt sind, die, wenn sie älter werden, sich entweder einem anderen Berufe zuwenden, durch Heirat ausscheiden, ferner weil

auch die Arbeit keine fortgesetzte ist. Doch besteht ein giftiger Einfluß, der vorübergehende Erkrankungen hervorruft. Schließlich wird im Bericht noch die Einreihung der Buch- und Steinrudergewerbe sowie das Verfahren beim Bronzieren von Metallgegenständen unter den § 79 des britischen Fabrikgesetzes von 1901 empfohlen. Derselbe handelt über die Bestimmungen bei Verwendung trockenen Metallstaubes. Die Zahl der Fabriken, welche in Betracht kommen, wird mit 1000 angegeben, die Zahl der beschäftigten Personen mit 2500 bis 3000.

Wohnungswesen.

Der zweite Deutsche Wohnungskongress wird in Leipzig vom 11. bis 14. Juni d. Js. abgehalten. Auf dem Kongress werden sowohl die städtische Bodenfrage wie die Frage der Finanzierung unserer Bautätigkeit, d. h. der allgemeinen, nicht bloß der gemeinnützigen zur Verhandlung kommen. Vorträge hervorragender Fachmänner sind bereits gesichert. Es werden sprechen u. a. Stadtrat Prof. Dr. Stein (Frankfurt a. M.), Geh. Justizrat Prof. Dr. Erman (Münster) und voraussichtlich Geh. Oberregierungsrat Dr. Freund, der Kommunaldezernent im Ministerium des Innern in Berlin. Auch die Praktiker und Vertreter der kleinen Orte werden reichlich zu Worte kommen. (Mitgliedsanmeldungen nimmt entgegen und weitere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Frankfurt a. M., Hochstraße 23).

Staatlicher Wohnungskredit in Preußen. Auch für das Etatsjahr 1911 wurden abermals durch einen Gesetzentwurf weitere Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten und zwar in Höhe von 12 Millionen Mark nach Maßgabe des Gesetzes vom 13. August 1895 gefordert. Bisher sind zu dem gleichen Zweck insgesamt 132 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Diese Beträge sind im wesentlichen bereits verausgabt, das Bedürfnis nach Fortsetzung des Werkes in demselben Umfange besteht aber wie bisher weiter.

Eine Wohnungsinpektion in Bochum hat die Stadtverwaltung eingerichtet. Am 23. Januar hat die amtliche Wohnungsaufsicht, als deren Leiter ein städtischer Bauamtssekretär bestellt worden ist, ihre Tätigkeit begonnen. Diese neue kommunale Arbeitsstelle soll zunächst eine Untersuchung sämtlicher Wohnungen nach gesundheitstechnischen Mängeln vornehmen, dann aber im Benehmen mit dem Fürstentum, der Armenverwaltung, den karitativen Vereinigungen und den Frauenorganisationen soziale Mängelwerte auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge schaffen; das gesammelte Material soll der künftigen Bau- und Wohnungspolitik der Stadt Bochum ihre Wege weisen.

Die Deutsche Gartenstadgesellschaft veranstaltet auch in diesem Jahr im Juli eine Studienreise durch England und englische Gartenstädte. Die Reise führt in erster Linie nach London mit der eigentlichen Gartenstadt Leichworth und der Gartenvorstadt Hampstead, dann nach Birmingham mit der Genossenschaftsiedlung Harborne und dem Gartendorf Bourneville; von da nach Liverpool mit Port Sunlight, zum Schluß nach York mit Garstwick. Bei all diesen Städten werden auch die bedeutenden, vorbildlichen kommunalen Wohnungsbauten in Augenschein genommen; so besonders in Liverpool und in London, wo auch noch zahlreiche andere soziale Einrichtungen besichtigt werden. Programme siehe durch die Geschäftsstelle der Gartenstadgesellschaft, Schlachtenfee bei Berlin, zur Verfügung.

Ein Ledigenheim in der Gartenstadt Hellerau soll demnächst errichtet und Mitte 1911 eröffnet werden. Es soll Männern und Frauen Unterkunft gewähren. Außer möblierten Einzelzimmern in verschiedenen Größen und Mietpreislagen sind reichlich Räume für gemeinsame Mahlzeiten und Geselligkeitspflege, Werkstätten für Männer- und Frauenhandarbeiten, Bäder sowie eine Bibliothek mit Leseraum vorgesehen. Die Preise für Miete und Verpflegung sollen dem gemeinnützigen Sinne der Anlage entsprechend nicht höher sein, als zur Verzinsung des Anlagewerts notwendig ist.

Literarische Mitteilungen.

Fürsorge-Erziehung in ihrer Anwendung auf noch nicht schulpflichtige Kinder. Von Amtsgerichtsrat J. F. Landsberg. Veröffentlichungen des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf. Heft 5. Berlin 1910. Carl Heymann. 28 S.

Sanfisar-Phantasien. Von Paul Samassa. Kolonialpolitische Abhandlungen Heft 1. Leipzig 1909. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Pr. 0,40 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnr. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelgenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Beilage.

Die

Geheimtätigkeit

des Verbandes badischer Handwerker-Gesellschaften, e. V. Karlsruhe, soll sobald als möglich neu besetzt werden. In Betracht kommen Persönlichkeiten, die mit den wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Verhältnissen des Handwerks im allgemeinen und mit den erwähnten Verhältnissen und der Eigenart des badischen Handwerks im besonderen genügend vertraut sind. Gründliche Schulung im gewerblichen Gewerkschaftswesen, genaue Kenntnis der gewerblichen Gesetzgebung und Erfahrung auf wirtschaftspolitischen und kaufmännischem Gebiet sind notwendige Voraussetzungen.

Die Aufgabe des Sekretärs besteht neben der Erledigung des Schriftwechsels und der Kassienführung des Verbandes hauptsächlich in der sachverständigen Beratung der Beteiligten bei Gründung, Einrichtung der Buchführung und Geschäftsführung der einzelnen Handwerker-Gesellschaften.

Bewerber mit entsprechender Vorbildung und rednerischer Befähigung wollen Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung bis spätestens 1. März d. J. an Herrn Verbandsdirektor Karl Moser, Karl-Friedrichstraße 22, in Karlsruhe richten.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von

Werner Neumeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Nachhaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbecken Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzversorgung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Dittmann. * Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1-3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,
4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatsschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, sodas der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Einbanddecken

zu Jahrgang XIX der „Sozialen Praxis“ (in brauner Ganzleinwand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Kürzlich ist erschienen:

Die deutschen gewerblich- und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

(Staats- u. sozialwissenschaftl. Forsch. Heft 151.)

Preis: 5 Mark.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Deutschtum u. Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage
der Deutschen Vereinigung verfaßt

Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort
des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung
Grafen zu Hornsbrock-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellenachweis. — I. Geschichtliches über Deutschum und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protestantisierung. — VI. Schule und Deutschum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — IX. Schlusswort.

Leopold von Ranke als Politiker.

Historisch-psychologische Studie,

über das Verhältnis des reinen Historikers zur praktischen Politik.

Von Otto Dietrich.

Preis: 15 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitung: Die Nation der autonomen Denker und Dichter. — Erstes Kapitel: Die Genese des autonomen Historikers. — Zweites Kapitel: Der Entdecker der politischen Kunst. — Drittes Kapitel: Die deutschen politischen Gewalten des neuen Jahrhunderts. — Viertes Kapitel: Der Historiker auf dem Wege zu seinen Mägenen. — Fünftes Kapitel: Ranke als Publizist. — Sechstes Kapitel: Die halbpolitische Epoche. — Siebentes Kapitel: Der Historiker und seine Mägenen. — Achtes Kapitel: Der Historiker und das neue Reich.

Weltgeschichte. Leopold von Ranke.

Vollständige Text-Ausgabe mit Gesamtregister. Über 190 Bogen Royal-Okta in vier Bänden.

Dritte, unveränderte Auflage.

Preis: Geheftet 40 Mark, gebunden in Halbfranz 50 Mark.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Die Abnahme von Band I verpflichtet zu der des ganzen Werkes.

Diese neue Ausgabe in vier Bänden bringt die Anmerkungen, sowie die Analecten und kritischen Erörterungen der noch weiterhin bestehenden großen, neunteiligen Ausgabe nicht; hingegen enthält sie außer dem vollständigen Text in einem Anhang die „Aufsätze zur eigenen Lebensbeschreibung“ und die für die Weltgeschichte wichtigen „Tagebuchblätter“ und ein ausführliches Sachregister.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Nach eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung? Ergänzendes. Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg. . . 609	Arbeiterrecht 626
Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. IV. Von Hermann Lohmann, Geschäftsführer des Bundes der techn. Indust. Beamten, Berlin . . . 615	Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags.
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 617	Verbot der Frauen-Nacharbeit in Österreich.
Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.	Der gesetzliche Arbeiterschutz in Dänemark und Finnland.
Allgemeine Sozialpolitik . . . 618	Gemeinnützige Rechtsauskunft . 627
Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Zur Privatangestellten-Versicherung. Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England.	Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftstellen.
Rechtspflege 619	Welche Anforderungen sind an den Leiter einer gemeinnützigen unparteilichen Rechtsauskunftsstelle zu stellen? Von Dr. Karl Vogel, Bremen.
Betteln aus Not und die Strafprojektreform.	Preussischer Ministerialerlaß über die Aufbringung der Kosten für gemeinnützige Rechtsauskunftstellen.
Unstille Mietverträge.	Das Gebaren einzelner sogenannter Muthäuser.
Arbeitsvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern . . . 622	Eine von Anwälten geschaffene gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in St. Louis.
Das Gewerbegericht München als Einigungsamt.	Arbeiterversicherung. Sparkasten. 630
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . 623	Die Unfall- und Krankenversicherung der Seeleute in Österreich.
Der 11. Jahreskongress der englischen Arbeiterpartei.	Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften.	Statistik der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1909.
Die Koalitionsfreiheit der Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Victoria“.	Sozialpolitik im Verkehrswesen . 633
Gelbe Gewerkschaften im Ruhrbezirk.	Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung.
Streiks und Aussperrungen . . 625	Erholungsurlaub für Bahnunterhaltungsarbeiter in Preußen.
Ein Streik der finnischen Druckereiarbeiter.	Landpachtung für Eisenbahner in Preußen.
Der Streik im Londoner Buchdruckergewerbe.	Eine neue Arbeits- und Lohnordnung für die staatlichen Eisenbahner in den Niederlanden.
Forderungen der Pariser Räte.	Wohnungswesen 634

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Nach eine wirkliche Reform der Invalidenversicherung?

Ergänzendes.¹⁾

Von Geh. Regierungsrat Düttmann, Oldenburg.

Die in dem ersten Aufsatz in Nr. 14 unter Ziffer 1 und 2 gemachten Reformvorschlge beruhten, was die finanzielle Seite

¹⁾ Zu vgl. Nr. 14 Sp. 417 ff. Es ist dort Sp. 421 Anm. 4 statt 1,27 und 1,61 \mathcal{M} zu lesen 8,27 und 5,61 \mathcal{M} .

betrifft, auf Schätzungen. Sie bedurften noch der versicherungs-technischen Nachprüfung nach der Richtung hin, ob sie verwirklicht werden können, ohne zu einer wesentlichen Änderung in bezug auf die Gesamtbelastung zu führen.

Die zu diesem Zweck angestellten Berechnungen haben zunächst den schon früher als sehr mhlich empfundenen Übelstand von neuem wieder fühlbar gemacht, daß die Statistik in so weitem Umfange versagt. Wir schreiben jetzt 1911, und noch sind keine umfassenden Veröffentlichungen erfolgt über die Ergebnisse der Berufszählung von 1907, soweit es sich um die die Invalidenversicherung betreffenden Zahlen handelt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß, wo es darauf ankommt, Unterlagen zu besitzen für eine im Flusse befindliche gesetzgeberische Tätigkeit von doch gewiß nicht nebensächlicher Bedeutung, einige spärliche Zahlenangaben, die nachträglich in Zusätzen oder Anmerkungen zur Begründung der Reichsversicherungsordnung Aufnahme gefunden haben, zusammen mit verprengten Angaben von Einzelzahlen alles bilden, was bis jetzt an die Offentlichkeit gelangt ist. Sobald die Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden, verliert das überdies inzwischen veraltete Material den groten Teil seiner Bedeutung für die Praxis. Erklärlich wird ein solches Verfahren eigentlich nur, wenn man die Ergebnisse der Zählung nach dieser Richtung hin für zu wenig sicher halten sollte, um sie für gesetzgeberische Zwecke zu verwerten. Es scheint allerdings nach den für Bayern veröffentlichten Zahlen der Versicherten und der Rentenempfnger²⁾, daß dort erhebliche Fehler bei der Zählung vorgekommen und unberichtigt geblieben sind, und die Umstände, die dort zu niedrigen Zahlen ergaben, können leicht auch in andern Bezirken eine ähnliche Wirkung gehabt haben. Dafür spricht auch die verdächtig hohe Zahl der Versicherungsbeiträge (48,3), die nach der ermittelten Zahl der Versicherten im Jahresdurchschnitt für jeden Versicherten geleistet werden muten. Einzelbeobachtungen lassen auf weit geringere Durchschnittszahlen schließen, und noch die Begründung zum Invalidenversicherungsgesetz von 1899 berechnete z. B. die Zahl für Ostpreußen auf 38,5, also um 10 Beiträge im Jahre niedriger.

Ferner tritt die Unsicherheit aller Berechnungen hervor, sobald nicht mehr die Gesamtheit der Versicherungsträger, sondern der einzelne von ihnen in Frage kommt. Die Begründung der RVD operiert, als wenn die für den Durchschnitt ermittelten Zahlen ohne weiteres für den einzelnen Versicherungsträger maßgebend wären, macht nicht einmal den Versuch, dies Verfahren als zulässig zu begründen, bietet keine Bilanzen für die einzelnen Versicherungsträger und kein Material, auf Grund dessen solche aufgestellt werden könnten, so daß gar nicht feststeht, welche Versicherungsträger eine Unterbilanz aufweisen. Diese Unsicherheit ist um so verhängnisvoller, weil für Anstalten mit niedrigen Lohnklassen das mit einer Fortdauer der bisherigen Bestimmungen verbundene Risiko besonders groß ist.

Ein dritter Übelstand ist, daß nicht fortlaufend genügende Zahlen erhoben sind, um die notwendigen Feststellungen machen zu können. So ist z. B. nicht bekannt, während welches Zeitraums die Invalidenrentenempfnger versichert waren und welche Zahl von Beiträgen von ihnen während der Versicherungsdauer im Jahresdurchschnitt entrichtet ist. Hier hätten die Versicherungsanstalten, welche durch das Invalidenversicherungsgesetz von 1899

²⁾ Zu vgl. S. 45 des Bayer. Sonderblatts zum Versicherungsboten, Jahrg. 1910.

ihre finanzielle Selbständigkeit einbüßten, durch die Schaffung einer gemeinsamen versicherungstechnischen Stelle mit einem sehr bescheidenen Aufwande sich erfolgreich an den Vorarbeiten für die Gesetzgebung beteiligen können.

Dank dem Zusammenarbeiten der Anstalten, von denen sich nur vier wegen Mangel an verfügbaren Arbeitskräften ausschlossen, hat glücklicherweise noch ein Ersatzmaterial beschafft werden können, das sich bei der weiteren Bearbeitung durch das versicherungstechnische Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Rgr. Sachsen, Oberregierungsrat Dr. phil. Besser, als ausreichend erwiesen hat. Es sind dabei die Unterlagen von rund 10 260 Invalidenrenten, die in den Monaten Januar und Februar 1910 für Versicherte in sämtlichen Geburtsjahrgängen festgelegt sind, verwertet worden, also von rund einem Zehntel der jährlichen Rentenbewilligungen. Danach ergibt sich, daß die Beträge der Invalidenrenten und ebenso die Kapitalwerte dieser Renten nach den neuen Vorschlägen um rund 5% zurückbleiben gegen die auf Grund des Gesetzes festgesetzten Renten und deren Kapitalwert, so daß also eine Ermäßigung der vorgeschlagenen Sätze voraussichtlich nicht erforderlich wird.

Erwähnt sei indes in diesem Zusammenhange doch, daß der Einwand, die vorgeschlagenen Renten würden eine zu hohe Belastung herbeiführen, von einer Seite mit der Behauptung gestützt worden ist, daß die durchschnittliche Aktivitätsdauer, d. h. der Zeitraum, während dessen ein Versicherter im Durchschnitt Beiträge leistet, 37,5 Jahre betrage, der mit 16 Jahren eingetretene Versicherte also durchschnittlich im 54. Lebensjahre mit der Beitragsleistung aufhöre und somit der Ausgleich für die vorgeschlagenen hohen Steigerungssätze in den ersten 14 Jahren notwendig ausbleibe, weil zu wenig Versicherungsjahre in den letzten Zeitraum mit niedrigen Steigerungssätzen fielen. Daß das ein Trugschluß ist, liegt auf der Hand. Würde von drei mit 16 Jahren eingetretenen Versicherten einer nach 5jähriger, die beiden anderen nach 53jähriger Beitragsleistung invalide, so wäre der Durchschnitt auch rund 37½ Jahr, aber es fallen 5 + 14 + 14 = 33 Jahre in die erste Periode mit den höchsten Steigerungssätzen, dagegen 0 + 19 + 19 = 38 in die dritte mit den niedrigen Sätzen, so daß der Ausgleich reichlich geschaffen ist. Mit solchen Einwürfen ist also nichts zu beweisen.

Da mehrfach irrtümliche Auffassungen über die Wirkung der gemachten Vorschläge zutage getreten sind, so seien hier zur Ergänzung der im ersten Aufsatze (Sp. 421 Anm. 5) gegebenen Beispiele noch die folgenden angeführt:

Bei Leistung von jährlich 50 Beiträgen würde die Invalidenrente betragen beim Eintritt der Invalidität nach Vollendung des 70. Lebensjahres und 54 Beitragsjahren:

	I	II	III	IV	V
Gesetz:	191	292	346	410	474 M
Vorschläge:	180	254	324	398	495 "

des 80. Lebensjahres und 14 Beitragsjahren:

	I	II	III	IV	V
Gesetz:	181	162	186	210	284 M
Vorschläge:	160	194	234	278	345 "

des 20. Lebensjahres und 4 Beitragsjahren:

	I	II	III	IV	V
Gesetz:	116	126	184	142	150 M
Vorschläge:	180	154	174	198	245 "

Im Durchschnitt der Lohnklassen führen die Vorschläge bei regelmäßiger Beitragsleistung zu folgenden Unterschieden gegenüber den Rentenbeträgen des Gesetzes:

Alter	%	Alter	%
20-24 Jahren	+ 22	45-49 Jahren	- 2
25-29 "	+ 17	50-54 "	- 5
30-34 "	+ 12	55-59 "	- 8
35-39 "	+ 6	60-64 "	- 11
40-44 "	+ 2	65 und mehr "	- 18

Die Vorschläge bieten also jedem Versicherten, der früh eintritt, die Möglichkeit, sich und seinen Hinterbliebenen Renten in leidlicher Höhe insbesondere dann zuzusichern, wenn er Marken der höchsten Lohnklassen verwendet. Sie mindern auch die Bezüge beim Eintritt der Invalidität in den höheren Lebensjahren nur unwesentlich, insbesondere nicht etwa unter den Betrag, den die Renten gegenwärtig haben. Wenn dagegen mit der Beitragsentrichtung erst spät begonnen oder sie in geringem Umfange fortgesetzt ist, so treten allerdings erhebliche Kürzungen ein — zu vergl. die Beispiele in Anm. 5 Sp. 421, die aber immer noch nicht so weit gehen, als die Werte der geleisteten Beiträge sich vermindern.

Nun ist von anderer Seite behauptet worden, daß die Mehrbelastung der Versicherungsanstalten durch die spät eintretenden

oder mit großen Unterbrechungen Beiträge entrichtenden Versicherten nur einen verschwindenden Teil der Gesamtbelastung ausmache, weil der Eintritt in die Versicherung ganz überwiegend mit 16 Jahren stattfindet und insbesondere nach Vollendung des 18. Lebensjahrs eine seltene Ausnahme bilde, auch nach dem Ergebnis der Berufszählung mit einer durchschnittlichen Beitragsleistung für jährlich 48,51 Wochen gerechnet werden müsse, während nur 47 Wochen angenommen seien.

Daß die Berufszählung 1907 wahrscheinlich eine erheblich zu niedrige Zahl von Versicherten ergeben hat, ist schon oben erwähnt. Aber auch der Eintritt in die Versicherung in späteren Jahren erfolgt keineswegs so selten, wie behauptet wird.

Bei der Landesversicherungsanstalt Berlin liefen von je 100 Karten Nr. 1 ein für Versicherte, die im nebenbezeichneten Jahre die angegebenen Lebensjahre vollendeten:

	16-20	über 20	über 40	über 60
1909:	63,37	36,63	9,30	0,73
1910: 3)	64,70	35,30	7,70	0,80

Bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg betrugen diese Zahlen

	16-20	über 20	über 40	über 60
1909:	66,16	33,84	7,06	0,60
1910:	69,27	30,73	6,22	0,73

Von je 100 der bei dieser Anstalt während der beiden letzten Jahre eingelaufenen Karten Nr. 1⁴⁾ sind ausgefüllt

	17.	18.	19.	20.	21.-30.	31.-40.	41.-50.	51.-60.	nach Ablauf des 60.
1909:	42,62	13,20	9,29	6,08	15,97	6,78	3,56	1,75	0,45
1910:	42,50	15,37	9,16	7,16	14,43	5,48	3,78	1,65	0,62

Im Hinblick darauf, daß die Verhältnisse in den Bezirken der beiden Anstalten sehr verschieden sind, muß die weitgehende Ähnlichkeit der oben mitgeteilten Zahlenreihen ähnliche Ergebnisse auch für die übrigen Anstalten erwarten lassen. Daraus ergibt sich aber die Unhaltbarkeit der oben gedachten Behauptungen.

Dieselben Schlussfolgerungen scheinen gezogen werden zu müssen aus einem weiteren Material, das im Jahre 1910 für Versicherte im Alter von 60 und mehr Jahren festgesetzte Invalidenrenten betrifft unter Beschränkung auf die Berufszweige, für die 1891 die Versicherungspflicht eingeführt wurde, aber erst für vier Anstaltsbezirke vorliegt. Danach waren von 100 dieser Rentenempfänger versichert

	Überbarnen	Baden	Thüringen	Oldenburg
1. seit 1891 (Anwartschaft erhalten)	54	72	68	67
2. nach 1891 (Anwartschaft erhalten)	80	20	29	25
3. - 1891 (Anwartschaft erneuert)	16	8	9	8

Auf jeden entfielen im Durchschnitt Beiträge⁵⁾

	852	809	892	746
Zu 1	852	809	892	746
Zu 2	585	398	534	441
Zu 3	447	395	462	409
Zu 1-3	700	659	751	642

Durchschnittlich waren im Jahre Beiträge⁵⁾ geleistet

	46	44	48	40
Zu 1	46	44	48	40
Zu 2	46	42	32	42
Zu 3	25	25	?	25
Zu 1-3	42	40	?	34

Nun darf man annehmen, daß die der Invaliditätsgrenze nahestehenden Versicherten im Durchschnitt fleißigere „Kleber“ sein werden als die jüngeren Personen, sowie ferner, daß aus ihrer Mitte ein weit größerer Prozentsatz zum Rentengenuß gelangt als im Durchschnitt, und endlich, daß infolge der Einführung der Hinterbliebenenversicherung die Zahl derjenigen, die sich noch im vorgerückten Alter in die Versicherung einzubringen suchen, stark zunehmen wird. Denn eine bessere Kapitalanlage, als dann mit 200 möglichst hohen Marken sich die Invalidenrente und der Frau die Witwenrente zu sichern, ist gar nicht denkbar. Da, wie das Reichsversicherungsamt mit Recht anerkennt, ein Arbeitsvertrag auch dann die Versicherungspflicht begründet, wenn er lediglich zu diesem Zwecke abgeschlossen ist, sofern nur wirklich auf Grund desselben die Arbeit geleistet und der Lohn gezahlt wird, also

³⁾ Es lagen nur die Ziffern für die letzten 4 Monate vor.

⁴⁾ Berücksichtigt sind hierbei nur die Karten, die in den letzten vier Jahren vor dem Einlieferungsjahre ausgefüllt waren, weil aus den früher ausgefüllten Karten nur selten Rechte entstehen werden.

⁵⁾ Die bei der Rentenfestsetzung zur Krankheitszeiten oder Zeiten des Rentenbezugs angerechneten Beitragswochen sind nicht abgesetzt. Die Zahl der wirklich entrichteten Wochenbeiträge war also niedriger und zwar nach dem Ergebnis einer Auszählung um durchschnittlich 18 Wochen für jede Rente und eine Woche für jeden Beitragszahler.

nicht etwa nur ein Scheingeschäft vorliegt (Aml. Nachr. d. RVA. 1899 S. 624, Nr. 758), so ist die Form, in der dem Gesehe genügt werden kann, bald gefunden, und die Versicherungsanstalten würden sich vergeblich gegen diese Eindringlinge, die den berufsmäßigen Lohnarbeitern ihre Bezüge kürzen, wehren, wenn sie sich auch der undankbaren Aufgabe, in die zum großen, wenn nicht größten Teil, zwischen Verwandten oder sonst sich nahestehenden Personen abgeschlossenen Vertragsverhältnisse rücksichtslos einzubringen, mit größter Selbstverleugnung unterziehen. Zu wie vielen Meiden und welcher Unsumme von Unzufriedenheit werden aber die Fälle führen, in denen die Beteiligten nicht gewitzigt genug waren, rechtzeitig die richtige Form zu finden, und nachträglich mit oder ohne Erfolg sich zu verschaffen suchen, was andere mit ihres Erachtens nicht größerem Recht erhalten!

Unter solchen Umständen kann es nicht zweifelhaft sein, daß die im Gesehe gebotene Gelegenheit, die Versicherung zum schweren Nachteil der berufsmäßigen Lohnarbeiter auszubeuten, so groß ist, daß sie nicht außer acht gelassen werden darf. Das ist offenbar auch die Auffassung der Verfasser des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung gewesen, welche die Erneuerung des Versicherungsverhältnisses nach dem Erlöschen der Anwartschaft nur durch Leistung von Pflichtbeiträgen zulassen und freiwillige Beiträge für die Leistungen der Hinterbliebenenversicherung nur zur Hälfte berücksichtigen wollten, tief eingreifende Vorschläge, die sich doch nur dann rechtfertigen lassen, wenn man eine starke Gefährdung der finanziellen Leistungsfähigkeit befürchtet.

Dieser Gefahr, die tatsächlich in hohem Grade vorliegt, könnte nun vielleicht auch dadurch vorgebeugt werden, daß man, wie das Versicherungs-gesetz für Privatangestellte die Leistung von jährlich 8 Monatsbeiträgen fordert, so auch hier an Stelle der 10 Wochenbeiträge deren 30 oder mehr verlangt. Damit würde aber einerseits die große Zahl der ehemaligen Versicherten, die nach Aufgabe der versicherungspflichtigen Beschäftigung unter den dürftigsten Verhältnissen sich ihr Fortkommen suchen müssen, schwer geschädigt werden. Diesen muß die Gelegenheit bleiben, mit geringen Mitteln wenigstens eine bescheidene Rente sich und den Ihrigen sichern zu können. Auf der andern Seite leistet aber die Einschränkung der freiwilligen Versicherung immer nur halbe Arbeit. Denn es können, wie oben ausgeführt ist, gar zu leicht die Voraussetzungen für die Begründung der Versicherungspflicht geschaffen werden. Aus diesem Grunde bedarf es wirksamerer Mittel, als im Gesetzentwurf vorgeschlagen sind.

Nun wird von einer Erhöhung der Rente für die jüngeren Invaliden einerseits befürchtet, daß das ja nicht zu leugnende Drängen nach der Rente, der sogenannte Renten hunger, sich dann schon im früheren Lebensalter einstellen werde, und andererseits wird behauptet, daß die Besserstellung der jüngeren Invaliden sich nicht rechtfertige, weil sie länger als die alten Rentenempfänger im Rentengenuß bleiben.

Beide Auffassungen gehen fehl. Erst in den 50er Jahren, wenn neben irgend welchen Krankheitsfolgen Altersverfehlungen sich bemerkbar zu machen beginnen, andererseits aber die Notwendigkeit, den größtmöglichen Verdienst zu erlangen, nicht mehr so dringend ist, insbesondere die Ergreifung oder Fortsetzung irgend einer selbstständigen Tätigkeit unter Zuhilfenahme der Rente den Lebensunterhalt zu bieten verspricht, macht sich das nicht berechnete Drängen nach der Rente stärker geltend. Das wird auch bestätigt durch die Tatsache, daß von den 38824 Invalidenrenten, die 1903 aber die Zahl des Jahres 1906 bewilligt wurden und zwar, wie man nach dem Ergebnis der späteren Ermittlungen wohl annehmen darf, zum größeren Teile, obwohl Invalidität bei den Rentenbewerbern noch nicht vorlag, fast $\frac{3}{4}$ auf die Geburtsjahrgänge von 50 Jahre aufwärts entfielen.

Wer aus der Rentenstatistik ersieht, daß im ersten Jahre des Rentenbezuges von 100 Invaliden im Alter von 20 Jahren 56,5 wegfallen gegenüber nur 11,38 im Alter von 70 Jahren, und weiter erwägt, daß der Kapitalwert der Invalidenrente des Zwanzigers 6,94, der der Rente des Fünfundsechzigers 6,92 beträgt, der wird nicht mehr befürchten, daß der junge Invalid, der in den weitaus meisten Fällen infolge schwerer Leiden vorzeitig seine Arbeitskraft eingebüßt hat, die Versicherungsanstalt unverhältnismäßig stark belasten wird, sondern sich freuen, wenn dem Bedauernswerten für den vorzeitigen Verlust ein etwas auskömmlicherer Ersatz gewährt werden kann als bisher.

Als einen besonderen Nachteil der Vorschläge hat man sodann die Möglichkeit des „Herunterlebens“ bezeichnet, die auch bei den gesetzgeberischen Arbeiten der 1890er Jahre bereits eine große Rolle spielte: Im allgemeinen wird bei einer Versicherung niemand

sich beklagen, daß seine Ansprüche sich vermindern, wenn er die Prämie nicht in der bisherigen Höhe weiter zahlt, sondern nur einen Bruchteil derselben, und zwar um so weniger, je kürzere Zeit er die volle Prämie bezahlt hat. Keine Versicherung kann solchen Mitgliedern die bisherigen Ansprüche nicht nur unvermindert erhalten, sondern, wie es nach dem Invalidengesetz geschieht, auch bei Zahlung von einem Fünftel oder weniger noch erhöhen, wenn sie nicht ihre vollzahlenden Mitglieder schädigen will. Ein mäßiges Entgegenkommen liegt auch im Interesse der letzteren, denen vielleicht in späteren Jahren die ungeminderte Weiterzahlung der Prämie unmöglich werden kann. Es muß also ein milderer Weg gesucht werden, der in den Vorschlägen gefunden sein dürfte, die nach längerer Beitragsleistung in den höchsten Lohnklassen auch beim Herabgehen bis zur Lohnklasse II eine Minderung der Rente nicht eintreten lassen.

Wenn man früher als eine besonders nachteilige Folge des Fehlens einer beträchtlichen Rentensteigerung den Mangel eines Anreizes zur Beitragsleistung hinstellte, so trifft dieser Vorwurf jedenfalls nicht meine Vorschläge, die bei geringer Beitragsleistung eine Rentenminderung herbeiführen würden, deren Vermeidung gewiß ein genügender Antrieb sein wird.

Das System der Rentenberechnung, das im Versicherungsgesetz für Angestellte vorgeschlagen ist, wonach den ersten Beiträgen ein überwiegender Einfluß auf die Rentenhöhe zukommen soll, eignet sich unter allen Umständen nicht für ein Gesetz, das der freiwilligen Versicherung so viel Raum bietet, wie das bezüglich der Invalidenversicherung geschehen ist, würde vielmehr vom Regen in die Traufe führen. Auch muß die Schädigung der Versicherten, die bereits mit 16 Jahren bei geringen Bezügen und diesen entsprechenden Beiträgen in die Versicherung eintreten, mit Recht Bedenken gegen das System erregen.

Erwähnt sei noch im Anschluß hieran, daß der genannte Gesetzwurf eine zehnjährige Wartezeit vorsieht, die meinerseits für die nach Vollendung des 40. Lebensjahres eintretenden Personen vorgeschlagen ist, daß er den Ausschluß der 60jährigen von der Versicherungspflicht bringt, der auch von mir gefordert ist schon als Folge der Verlängerung der Wartezeit auf 10 Jahre, weil diese in jenem Alter doch nicht mehr mit einem solchen Grade von Wahrscheinlichkeit zurückgelegt werden kann, daß die Anwendung des Versicherungszwanges sich rechtfertigen ließe. Im übrigen würden ja keine Bedenken dagegen bestehen, auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses Kapitaleinzahlungen zum Zwecke der Abkürzung der Wartezeit von 500 auf 200 Wochen zuzulassen, wie das in dem mehrfach genannten Entwurf geschehen ist.

Endlich ist gegen die Vorschläge das Bedenken geltend gemacht, daß sie die Rentenberechnung verwickelter und für die Beteiligten schwerer verständlich machen. Daß dies der Fall ist, kann nicht wohl in Abrede gestellt werden. Aber wer mag denn zu behaupten, daß die einfacheren Bestimmungen des geltenden Rechts den Beteiligten geläufig wären? Auch wenn die Schüler der obersten Volksschulklassen danach die Rentenberechnung vornehmen können, so wird doch nur ein verschwindend kleiner Teil der Versicherten imstande sein, sich seine Rente zu berechnen, wenn auch die sämtlichen Aufrechnungsbescheinigungen vorhanden sind. Weit über 99 vom Hundert machen garnicht den Versuch, sich die Bedeutung der gesetzlichen Bestimmungen klar zu machen, und die meisten wissen kaum, daß die Rente mit der Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge wächst.

Wenn man sich nicht mit dem Allerhöchsten, der Einheitsrente, begnügen will, so kommt es auf den Grad der Verständlichkeit wenigstens in dem Maße nicht mehr an, daß davon Entschließungen, die für die Leistungsfähigkeit der ganzen Einrichtung von grundlegender Bedeutung sind, abhängig gemacht werden dürften. Der Forderung, daß die Rentenberechnung tunlichst einfach bleibe, sollte man durch die Beschränkung der Unterschiede in der Höhe der Steigerungs-sätze auf drei Altersgruppen und deren Abgrenzung mit vollen 10 Jahren dienen. Die Rentenberechnung im Feststellungsbescheide wird immerhin noch so verständlich bleiben, daß ein Beteiligter, der einiges Rechnungsverständnis hat, sich zurecht finden kann. Im übrigen soll man sich damit begnügen, wenn die große Masse der Versicherten sich die Grundlagen aneignet: Frühzeitiger Eintritt in die Versicherung, regelmäßige Beitragsleistung, Höhe der Rente entsprechend der Zahl und Höhe der Beiträge. Das ist für das Verständnis des Durchschnittsarbeiters nicht zu hoch und wird die strebsameren Elemente genügend anregen, in die Einzelheiten tiefer einzudringen. Die große Masse der Arbeiter wird das ebenso wie die sog. Gebildeten in Zukunft wie bisher ändern überlassen.

Wird den Versicherungsträgern die jetzt dem Reiche zugeteilte

Belastung für die Militärdienstzeiten aufgebürdet, werden sie durch die Vorschrift, daß sie mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen haben, weiter in ihren Einnahmen beschränkt,⁶⁾ so ist eine Einschränkung ihrer Leistungsfähigkeit unausbleiblich. Heilverfahren sowie die übrige Wohlfahrtspflege müssen dann auf einen Bruchteil dessen, was jetzt auf diesen Gebieten geschieht, eingeschränkt werden. Auch von diesem Gesichtspunkt aus müssen Maßregeln in der Art meiner Vorschläge gefordert werden, damit die Wohlstanen der Versicherung in erster Linie für die nach ihrem Lebensberufe darauf angewiesenen Personen sichergestellt werden und ihnen wenigstens ein bescheidener Teil von dem in der Hauptsache durch die Übergangsbestimmungen in Anspruch genommenen Reichszuschuß zur Invalidenversicherung noch verbleibt.

Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

IV. *)

Von Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bundes der techn.-industri. Beamten, Berlin.

Wie nach den wiederholten Ankündigungen nicht anders zu erwarten war, hat sich die Regierung für die Schaffung einer Sonderversicherung für Privatangestellte oder — richtiger — für die Kombination einer besonderen Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung entschieden. Sieht man von den grundsätzlichen Bedenken ab, die nach wie vor gegen dieses System zu erheben sind, so findet man, daß der im Reichsanzeiger veröffentlichte Gesetzentwurf neben der ziemlich glücklichen Lösung einiger Einzelfragen ungemöhnlich viele und große Mängel enthält.

Der Entwurf beginnt mit einer recht unvollkommenen Umgrenzung des Personenkreises. In der amtlichen Begründung wird zwar behauptet, daß die Versicherung alle männlichen und weiblichen Angestellten umfassen soll, die gegen Entgelt im Jahresbetrage von nicht mehr als 5000 M. beschäftigt werden und das 16. Lebensjahr vollendet haben. Wenn dort aber gesagt wird, der Personenkreis sei „in Anlehnung an den § 1212 Ziffer 2 bis 6 des Entwurfes der Reichsversicherungsordnung abgegrenzt“, so entspricht das, wenn man sich an den Wortlaut des § 1 hält, keinesfalls den Tatsachen. So sind z. B. — im Gegensatz zur RVO. — die „Techniker“ gar nicht erwähnt, und da die übergroße Mehrzahl der unter diesem Sammelnamen zu begreifenden Architekten, Ingenieure, Techniker und Zeichner weder als Werkmeister oder Betriebsbeamte noch in einer ähnlichen oder ähnlich gehobenen Stellung tätig sind, so werden diese zahlreichen technischen Angestellten von dem Wortlaute des Gesetzes keinesfalls erfaßt. Möglicherweise, daß es sich hier nur um ein Versehen handelt, das den Verfassern bei der Formulierung untergelaufen ist, oder um den verfehlten Versuch, Verlegenheitsbegriffe zu verewigen, die vom Reichsversicherungsamt lediglich zur Ergänzung eines unzulänglichen Gesetzeswortes (des alten VVG.) geschaffen worden sind.

Eigentümlich berührt es, daß bei den technischen Angestellten besonders vermehrt worden ist, „ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung“, denn einmal gibt es unter den kaufmännischen Angestellten, den Apothekern, den Schauspielern, Lehrern usw. ebenfalls die verschiedensten Bildungsstufen, zum anderen muß man sich im Reichsamte des Innern doch längst schon darüber klar geworden sein, daß eine soziale Zwangsversicherung und ganz besonders eine Angestelltenversicherung nicht bei irgend welchen Bildungsgraden halt machen kann. — Außerst bedenklich erscheint der § 9, nach dem die Privatangestellten in den Verwaltungen und Betrieben öffentlich rechtlicher Korporationen von dem Versicherungszwange befreit sein sollen, „wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente im Mindestbetrage nach dem Satze der ersten (I.) Gehaltsklasse gewährleistet ist.“

⁶⁾ Nach einer von mir in der Arbeiterversorgung 1910 S. 761 gemachten Mitteilung verzinsten sich die Ende 1908 im Besitz der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen befindlichen 36,2 Mill. Mark Reichsanleihen mit 3,44 %, die 143,9 Mill. Mark Staatsanleihen mit 3,46 % des Anlagekapitals und, wenn sie ähnlich wie die gewerblichen Versicherungsanstalten ihr Vermögen von Anfang an vorwiegend in Reichs- und Staatsanleihen angelegt hätten, würden die Versicherungen nach der von einer Anstalt aufgestellten Berechnung infolge der Kursrückgänge bis 1909 bereits einen Vermögensverlust von 64 Mill. Mark erlitten haben.

*) Vergl. Nr. 18, Sp. 560 ff. u. Nr. 19, Sp. 598 ff.

Die Beiträge stellen sich für die Angestellten mit einem Einkommen von mehr als 2000 M. auf durchschnittlich 7 %. In den unteren Gehaltsklassen betragen sie ansteigend 4 1/4 bis 6 1/2 %. Da die Angestellten mit weniger als 2000 M. Jahresarbeitsverdienst jedoch außerdem noch der allgemeinen Invalidenversicherung unterliegen und hierfür Beiträge von 3 absteigend bis 1 1/2 % entrichten müssen, so stellt sich ihre Gesamtbeitragsleistung in der untersten Klasse (bis 550 M.) ebenfalls auf 7 %, im übrigen jedoch (550 bis 2000 M.) auf 7 3/4 und 8 %, so daß sie in Wirklichkeit stärker besteuert werden als ihre besser bezahlten Kollegen. Das ist um so bedenklicher, als mit 7 % bereits die Grenze dessen erreicht sein dürfte, was das Gros der Angestellten ohne Vernachlässigung wichtiger Lebensinteressen für eine staatliche Zwangsversicherung zu leisten vermag. Im Entwurf ist zwar vorgesehen, daß die Mittel für die Versicherung von den Angestellten und ihren Arbeitgebern zu gleichen Teilen aufgebracht werden. Es muß aber damit gerechnet werden, daß die Prinzipale in großem Umfange versuchen werden, die auf sie entfallenden Beiträge von sich abzuwälzen. Die Deutsche Arbeiterzeitung z. B. hält das anscheinend für etwas Selbstverständliches. Sie schreibt nämlich: „Viele, besonders kapitalschwache Unternehmer werden sich gezwungen sehen, um existenzfähig zu bleiben, die Beitragslasten auf die Angestellten in Gestalt einer Kürzung oder verminderten Steigerung der Gehälter abzuwälzen, so daß der Effekt für diese nur eine von ihnen allein bezahlte Selbstversicherung sein würde.“

Eine große Enttäuschung bilden die vorgesehenen Leistungen. Sie bleiben nicht nur ganz beträchtlich hinter den bescheidensten Forderungen der Angestellten zurück, sondern sie sind überhaupt so unzureichend und weichen so erheblich von allen bisherigen Versprechungen ab, daß man sich wundern muß, wie die Regierung dazu gekommen ist, einen solchen Entwurf herauszustellen. Man muß nämlich berücksichtigen, daß die Güte der Leistungen von den Anhängern der Sonderkasse stets als einer der größten Vorzüge dieser Lösung hingestellt worden ist! Und nun bietet man uns „Ruhegelder“ von 30 bis 40 %! Theoretisch allerdings rechnet der Entwurf nach 40 Beitragsjahren mit einer Rente von durchschnittlich 35 bis 45 %. Da aber kein Angestellter über ein gleichbleibendes Einkommen verfügt, sondern in der Regel mit einem meist stark schwankenden und langsam ansteigenden Gehalt rechnen muß, so wird er in der Praxis, da die niedrigsten Beiträge der ersten zehn Jahre den doppelten Wert haben, nur auf eine erheblich geringere Pension rechnen können; auf sein Höchstgehalt bezogen vielleicht 20 bis 30 %! Mit den Pensionen der Staatsbeamten also gar nicht zu vergleichen.

Die Witwenrente ist mit zwei Fünfteln des Ruhegeldes ebenfalls unzulänglich, zumal der Entwurf von jeder Unterseidung zwischen gefunden erwerbsfähigen und durch Krankheit, Invalidität oder Kindererziehung am Erwerbe behinderten Witwen absteht. Dieser Verzicht auf jede Differenzierung enthält ein schweres Unrecht gegen die zuletzt genannten Frauen und sollte unbedingt durch Einführung höherer Renten für die erwerbsbeschränkten Witwen beseitigt werden. — Recht kümmerlich ist auch die Versorgung der Waisen, die nach dem Entwurf nur ein Fünftel, bei Doppelwitwen ein Drittel der Witwenrente, d. h. zwei Fünftel des Ruhegeldes bzw. zwei Fünftel des Ruhegeldes erhalten sollen. Die Regierung hätte besser getan, wenn sie hier den Vorschlägen der Freien Vereinigung gefolgt wäre, die für die Witwen die Hälfte der Invalidenrente, für die Waisen ein Sechstel bzw. ein Viertel der Invalidenrente gefordert hatte und die bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung auch bereits erhöhte Renten für invalide Witwen und für die gefundenen Witwen, solange sie durch die Erziehung unmündiger Kinder am Erwerbe behindert sind, verlangt hat.

Die Gewährung des Ruhegeldes ist an die Vollendung des 65. Lebensjahrs oder das Eintreten der Berufsunfähigkeit geknüpft. Die Definition der Berufsunfähigkeit entspricht nicht ganz den Vorschlägen der Angestellten, dürfte in der Praxis aber völlig genügen. Es muß jedoch ausgesprochen werden, daß zwischen diesem Invaliditätsbegriff und der entsprechenden Bestimmung der allgemeinen Invalidenversicherung bei vernünftiger, den Absichten des Gesetzgebers entsprechender Auslegung, wenigstens so weit Privatangestellte in Frage kommen, kaum ein großer Unterschied sein dürfte, und deshalb wäre es besser gewesen, wenn man von vornherein versucht hätte, für beide Versicherungsgesetze einen übereinstimmenden Wortlaut zu finden. Oder liegt es in der Absicht der Regierung, die Erlangung der Invalidenrente im Ernste von ganz anderen Bedingungen abhängig zu machen als den Erhalt des Ruhegeldes aus der Angestelltenversicherung? Für die Angestellten in den

unteren Gehaltsklassen, deren Pension auf der Kombination beider Versicherungen beruht, wäre das jedenfalls außerordentlich unangenehm und deshalb entschieden zu bekämpfen.

In dem jahrelangen Streit über das Problem „Ausbau oder Sonderklasse?“ ist von den Vertretern der letzteren u. a. sehr viel Stimmung gegen den Ausbaugedanken gemacht worden mit der Behauptung, bei Einführung einer besonderen Versicherung könnten die Privatangestellten auf freieste Selbstverwaltung „ihrer“ Versicherung rechnen, während das den Arbeitern in der allgemeinen Invalidenversicherung angeblich niemals zugestanden werden könne: ein Argument, mit dem sicherlich unzählige Angestellte für die Anhängerschaft der Sonderklasse gewonnen worden sind und dessen Richtigkeit die Regierung meines Wissens auch nicht ein einziges Mal bestritten hat. Es muß deshalb außerordentlich befremden, daß der Entwurf auch in diesem Punkte vollkommen enttäuscht hat.

Mehr als die Hälfte der 376 Paragraphen des Gesetzesentwurfs sind dem Aufbau und der Tätigkeit eines Behördenapparates gewidmet, wie er umständlicher und bürokratischer wohl kaum gedacht werden kann. Zunächst soll eine besondere „Reichsversicherungsanstalt für Angestellte“ errichtet werden. Präsident und Mitglieder ihres obersten Organs, des Direktoriums, werden nicht etwa von den Versicherten oder ihrer Vertretung gewählt, sondern „auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt“. Der Verwaltungsrat, der dem Direktorium angegliedert ist, ist auf eine rein gutachtliche Tätigkeit beschränkt; nicht einmal die Aufsicht oder Kontrolle über die Tätigkeit des Direktoriums ist ihm übertragen, sondern — dem Reichsfanzler! Der Verwaltungsrat hat also im Grunde nur dekorativen Wert. Nicht besser steht es mit den für die Versicherten wichtigsten Organen, den Rentenausschüssen. Auch ihre Vorsitzenden und deren Stellvertreter werden nicht von den Versicherten gewählt, sondern „nach Anhören der obersten Verwaltungsbehörde vom Reichsfanzler ernannt“, der auch ihre Arbeitsdauer und ihre Bezüge bestimmt. Also nicht einmal ein Vorschlagsrecht hat man den Versicherten zugebilligt! Und auch für die Wahl der ehrenamtlichen Ausschußmitglieder sind noch besondere Wahlmänner zwischengeschaltet, die zwar die schöne Bezeichnung „Vertrauensmänner“ führen, in ihrer Funktion aber eine verzweifelte Ähnlichkeit mit den Vertrauensmännern des preussischen Dreiklassenwahlrechts haben.

Also von Selbstverwaltung keine Spur! Und das ist um so verwunderlicher, als sämtliche Mittel, einschließlich der Verwaltungskosten, von den Angestellten und ihren Arbeitgebern aufgebracht werden sollen. Ein Reichszuschuß ist bekanntlich nicht vorgesehen, obwohl er von einem beachtlichen Teile der Angestellten — im Anfang auch vom Hauptauschuß — wiederholt verlangt wurde. An den erforderlichen Fähigkeiten und der Reife der Privatangestellten zur selbständigen und verantwortlichen Führung ihrer eigenen Versicherungsangelegenheiten kann doch auch nicht gut gezweifelt werden. Für die in dem Entwurf vorgesehene ganz unverständliche Ausschaltung aller Selbstverwaltungsrechte fehlt also jede Erklärung.

Gegenüber diesen großen Mängeln des Entwurfs will es wenig besagen, daß er zum Beispiel in der Frage der Erlassinstitute eine verhältnismäßig glückliche Lösung vorseht. Er enttäuscht — und das ist zweifellos das Schlimmste, was einem Entwurf auf der von der Regierung gewählten Basis passieren konnte — er enttäuscht gerade in den Punkten, die seither stets als die besten Seiten einer Sonderklasse oder einer Zuschußversicherung hingestellt worden sind. Diese Feststellung verpflichtet alle Beteiligten, ihr früheres Urteil einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Sie eröffnet aber leider auch recht trübe Aussichten für die bevorstehenden Beratungen des Reichstags; denn es mag von den Interessenten und von den Abgeordneten auch noch so viel Mühe aufgewendet werden, um noch vor Reichstagschluß eine Pensionsversicherung zu schaffen: zu einer befriedigenden Lösung bietet dieser Entwurf sicher die aller schlechteste Grundlage.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Diszgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform. Am zweiten öffentlichen Erörterungsabend dieses Winters — 10. Februar — sprach der Berliner Stadtrat Professor Dr. Breuß über „Sozialpolitik im Berliner Verkehre“. Ausgehend von dem Gedanken, daß das Verkehrsweisen gar nicht anders begriffen werden könne als im sozialen Zusammenhange, daß die Verkehrspolitik stets sozialpolitisch bestimmt und bedingt gewesen sei, zeigte der Redner, wie sich die Gedanken der

auf den Grundsätzen der freien Konkurrenz aufgebauten Gewerbeordnung auch bei der Regelung der Verkehrsfragen geltend gemacht haben und insbesondere auch auf die Gestaltung des preussischen Kleinbahngesetzes von bestimmendem Einflusse gewesen sind. Das Wort „Gemeinde“ kennt dieses Gesetz überhaupt nicht, es kennt nur „Begeunterhaltungspflichtige“, und das hier weiter geregelte Konzessions- und Ergänzungsverfahren gibt die Möglichkeit, die Gemeinde, d. h. den einzig möglichen Träger einer wirklichen Sozialpolitik im Verkehrsweisen, völlig auszuschalten. Ob freilich tatsächlich Sozialpolitik im Verkehre getrieben würde, wenn dem nicht so wäre, hänge natürlich von den Menschen, von den Vätern, die diese Menschen in ihre Stellungen berufen, ab; werde aber die Gemeinde ausgeschaltet, dann fehle unter allen Umständen die Möglichkeit, eine gute Sozialpolitik im Verkehre zu treiben, d. h. eine Verkehrspolitik, die von dem Gesichtspunkt der Gemeinshaft, der gemeinschaftlichen Interessen der Gesamtheit ausgeht. In Berlin handelt es sich hierbei tatsächlich um die Lebensfrage des städtischen Gemeinwesens schlechthin. Das Wachstum Berlins besteht im Wachstum seiner Vororte, und diese großstädtische Agglomeration macht immer weitere Fortschritte. In argem Mißverhältnis zu dieser Bedeutung des Verkehrsweisen für die Gemeinde steht die Bedeutung, die die Gemeinde, speziell Berlin, nach dem Kleinbahngesetz und den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen hier in die Waagschale zu werfen hat. Der Redner zeigte dann, von welcher Bedeutung der Personentransport innerhalb der Großberliner Agglomeration ist. Wenn zunächst auch Berlin — räumlich betrachtet — die kleinste Millionenstadt ist (6000 Hektar gegen 27000 Hektar für Wien), so wäre für eine weiträumige Bauweise außerhalb des eigentlichen Berlin Platz genug vorhanden, aber die Voraussetzung für ihre Durchführbarkeit ist eine einheitlich geführte, sozialpolitisch durchdachte Verkehrspolitik im weitesten Sinne. Denn die gesamte Boden-, Wohnungs-, Ansiedlungspolitik usw. ist abhängig von einer organisierten Verkehrspolitik. Damit gewinnt eine Kommunalverwaltung dann zugleich einen entscheidenden Einfluß auf die räumliche Gruppierung der sozialen Klassen, auf die Ausgestaltung von Industrie und Handel und damit auf das Steuerwesen, das Schulwesen usw. Nur wenn eine Gemeinde die Verkehrspolitik in der Hand hat, ist sie in der Lage, auf organischem Wege auf eine soziale Gruppierung der Bevölkerungsklassen im Raume hinzuwirken, das freie Spiel der Kräfte unter Mitwirkung der Polizei vermag hier nichts Ersprießliches zu leisten. Notwendig ist insbesondere ein sozialpolitisches Zusammenarbeiten von Staat und Stadt, daran hat es aber bisher immer gefehlt, auch bei der Eingemeindungsfrage. Daß eine Stadtgemeinde, speziell Berlin, nicht in der Lage sein sollte, die Verkehrsmittel selbst zu verwalten, ist eine überlebte Anschauung. Beim Vertragschluß mit Gesellschaften wird dagegen jede Gemeindeverwaltung infolge ihres komplizierteren Apparats immer ins Hintertreffen kommen. Zum Schluß streifte der Redner noch den in Aussicht stehenden Zweckverband. Entwickelte sich derselbe in einer Richtung, die als dezentralisierende Eingemeindung bezeichnet werden könne, dann würde die Voraussetzung für die Möglichkeit eines sozialpolitischen Umschwungs im Großberliner Verkehre gegeben sein.

Allgemeine Sozialpolitik.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes ist dem Reichstage am 28. Januar 1911 zugegangen. Wie innerlich, ist der im Jahre 1905 dem Reichstage vorgelegte Entwurf, der den bei vielen Hilfskassen hervorgetretenen Mißständen dadurch abhelfen wollte, daß das bestehende Hilfskassengesetz aufgehoben und die eingeschriebenen Hilfskassen den Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes (vom 12. Mai 1906) unterstellt werden sollten, nach seiner Durchberatung in der Kommission (1906) nicht zur Verabschiedung gelangt, ebensowenig ein weiterer dem Reichstage 1907 zugegangener Entwurf, der in allen wesentlichen Punkten die Kommissionsbeschlüsse aus der vorhergegangenen Session berücksichtigt hatte. Der jetzt vorliegende Entwurf steht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß den beobachteten Mißständen nur durch die Aufhebung des Hilfskassengesetzes und Unterstellung der Hilfskassen unter das Versicherungsaufsichtsgesetz begegnet werden kann. Die Beziehungen der eingeschriebenen Hilfskassen zum reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung sind inzwischen in der RVD. geregelt worden, die hierauf bezüglichen Bestimmungen fehlen deshalb im jetzigen Entwurf. Dagegen sind die Verhältnisse der Hilfskassen insoweit, als sie der Versicherung von Personen dienen, die reichsgesetzlich nicht der Krankenversicherungspflicht unterliegen, oder sofern sie von versicherungspflichtigen Personen nur als Zuschußkassen benutzt werden, hier geregelt. Auch im übrigen entspricht dieser Entwurf den oben erwähnten Reichstagskommissionsbeschlüssen; er geht also von der Anschauung aus, daß viele eingeschriebene Hilfskassen eine einwandfreie Tätigkeit entfalten, während bei sehr vielen äußerst bedenkliche Geschäftsgebaren Platz gegriffen haben, daß trotz des energischen Vorgehens der Behörden gegen die unsoliden Kassen dem Neu- und Wiederauftauchen schwindelhafter Kassen kein merklicher Abbruch getan worden ist, daß demnach nur die Auf-

hebung des Hilfsklassengesetzes in Frage kommen kann, daß aber andererseits auch die bestehenden Hilfsklassen, soweit sie auf solider Grundlage beruhen, durch den Wechsel des Systems, d. h. Unterstellung unter das Versicherungsaufsichtsgesetz, keine Schädigung, sondern im Gegenteil infolge der erhöhten Gewähr, die sie fortan zu bieten vermögen, voraussichtlich eine Stärkung durch Zuwachs der Mitgliederzahl erfahren werden. Die landesrechtlichen Hilfsklassen, die nach der AVO. als Ernteklassen künftig nicht mehr zugelassen sind, sollen nicht unter das Versicherungsaufsichtsgesetz fallen, doch wird den Bundesregierungen im vorliegenden Entwurfe die Anordnung der Unterstellung auch dieser Klassen unter das Versicherungsaufsichtsgesetz überlassen. Aus den Bestimmungen über die der Reichsaufsicht unterfallenden Krankenversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die ihre Leistungen innerhalb der Grenzen des § 532 AVO. halten, ist besonders hervorzuheben, daß diese Krankenversicherungsvereine als sog. „Kleine Vereine“ im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes künftighin anerkannt werden müssen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes soll einer kaiserlichen Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats vorbehalten bleiben, damit die Einheitlichkeit mit den Bestimmungen der AVO. gewahrt werden kann. Als Materialien sind dem Entwurfe beigelegt eine Zusammenstellung von reichsgesetzlichen Vorschriften, die für die Beurteilung des Entwurfs von Bedeutung sind, und eine Sammlung von Material, betreffend die bei der Ausführung des Hilfsklassengesetzes beobachteten Verhältnisse. — Wir haben uns bereits im Jahre 1906 im allgemeinen auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse gestellt, stimmen deshalb auch grundsätzlich der im vorliegenden Entwurf ausgesprochenen Regelung der Hilfsklassenfrage zu.

Zur Privatangestellten-Versicherung schreibt uns der Hauptauschuß: Am 10. Februar war die Siebenerkommission des Hauptauschusses zur Herbeiführung einer Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Privatangestellte abermals in Berlin zu einer Beratung zusammengetreten. An der Sitzung, die im Reichstagsgebäude stattfand, nahmen Vertreter aller Fraktionen des Reichstags teil. Ihnen wurde der einmütige Wunsch aller im Hauptauschuße zusammengefloffenen Privatangestellten vorgetragen, der Reichstag möge die Erledigung des Entwurfs möglichst beschleunigen. Sämtliche anwesenden Abgeordneten versicherten, daß alle Fraktionen des Reichstags bestrebt sein werden, für die Erledigung des Gesetzentwurfs noch im gegenwärtigen Reichstage — sofern nur der Entwurf schnell genug vom Bundesrat an den Reichstag gelangt — Sorge zu tragen. Die Abgeordneten ließen sich darauf noch die besonderen Verbesserungswünsche der Siebenerkommission (Sp. 598) vortragen und stellten deren wohlwollende Berücksichtigung in Aussicht. Die Siebenerkommission beschloß, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Aufklärungsarbeit über den Gesetzentwurf, den sie als eine brauchbare Grundlage für die Schaffung einer Pensionsversicherung der Privatangestellten ansieht, fortzusetzen.

Sozialpolitisches Regierungsprogramm in England. Die am 7. Februar verlesene Thronrede kündigt an, daß dem Parlament folgende sozialpolitische Vorlagen der Regierung zugehen werden:

1. Ausdehnung der Alterspensionen auf Personen, die bisher wegen des Empfangs von Armenunterstützung davon ausgeschlossen waren;
2. Versicherung der gewerblichen Arbeiter gegen Krankheit und Invalidität;
3. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in denjenigen Gewerbezweigen, die hiervon besonders betroffen werden (Saisonindustrien).

Die „Soziale Praxis“ hat über die Versicherungspläne der englischen Regierung bereits in Sp. 536 nähere Mitteilungen gebracht. Des weiteren heißt es in der Thronrede, daß andere wichtige Vorlagen eingebracht würden, „wie es Zeit und Gelegenheit erlauben“, und der Führer der Regierungspartei im Oberhause hat erklärt, daß unter diese Ankündigung auch die „Behandlung der durch das Osborne-Urteil geschaffenen Lagen“ falle. Der Premierminister hat schon vor längerer Zeit einer Abordnung der Trade Unions eine Revision versprochen, mit der diese aber keineswegs zufrieden sind. Die Notwendigkeit, eine klare Rechtsbasis für die Gewerkschaften zu schaffen, hat der Führer der Arbeiterpartei sofort im Unterhause betont (vergl. Sp. 623 dieser Nummer).

Rechtspflege.

Betteln aus Not und die Strafprozessreform.

Zur Illustrierung der Ausführungen des Pastors Wörchen in der vorigen Nummer (Sp. 581) diene eine Schöffengerichtsverhandlung, über die uns ein rheinischer Richter folgendes schreibt:

Ein früherer Lehrer, der nahezu 25 Jahre im Schuldienste gewesen war und ein Ruhegehalt von etwa 1100 M. bezieht, steigt aus seinem Bergdorf in die Großstadt hernieber, um sich hier nach Unterricht umzusehen. Er findet keinen, hat am Abend des letzten Tages noch 0,35 M., die er für das Nachtquartier behalten will, und bittet in einem Laden um ein Butterbrot. Das wird ihm gegeben. Ein Schuhmann erkundigt sich in dem Hause danach, was der Mann dort gemacht hat, geht ihm nach und fragt nach seinem Namen und seinen Papieren. Der Lehrer will diese nicht zeigen, der Beamte erklärt ihn für verhaftet, und als der Lehrer sich weigert mitzugehen, faßt er ihn am Rock und bringt ihn zur Wache. Der Lehrer wird am andern Morgen dem Richter vorgeführt, und es ergeht Haftbefehl wegen Bettelns, Widerstands und groben Unfugs, weil er sich bei der Vorführung gegen das Pflaster gestemmt und einen Menschenauflauf verursacht hat. Die Strafkammer beschließt die Fortdauer der Haft; er legt Beschwerde ein, die Strafkammer erklärt sie für unbegründet, das Oberlandesgericht aber entläßt ihn aus der Haft, nachdem er fast 14 Tage gefesselt hat.

Die Anklage lautet auf Betteln, Widerstand und groben Unfug. Der Lehrer wird durch das Amtsgericht seines Heimatsorts befragt, ob er vom Erscheinen entbunden sein will, er will sich aber selbst verteidigen und erscheint deshalb zum zweiten Male in der Großstadt, diesmal als Angeklagter. Der Amtsanwalt läßt den groben Unfug fallen und beantragt wegen Bettelns einen Tag Haft und wegen Widerstands 15 M. oder drei Tage Gefängnis. Die Schöffen sind entrüstet und wollen den Mann freisprechen. Der Vorsitzende hält ihnen vor, daß nach der Rechtsprechung auch der bettelte, der in Not ein Butterbrot fordert, und auch der mit Gewalt Widerstand leistet, der bei der Abführung sich gegen das Pflaster stemmt. Sie erklären, daß das ihrem Rechtsgefühl widerspreche. Der Vorsitzende hält ihnen nunmehr vor, daß, wenn sie den Angeklagten freisprechen, er vor die gelehrten Richter der Strafkammer komme und dort verurteilt werde; wenn man zwar auch wohl die Strafe für verbüßt erklären werde, so werde der Mann nochmals genötigt, Reiseflosten auszuliegen, um vor der Strafkammer zu erscheinen. Das bestimmt die Schöffen, sich mit der geringsten Strafe in beiden Fällen einverstanden zu erklären.

Ich habe — so fährt unser Gewährsmann fort — den Vorgang in dieser Ausführlichkeit berichtet, weil er auch noch etwas anderes lehrt. Für die Berufungsinstanz lehnt die Regierung eine Mitwirkung von Schöffen ab, weil, wie es in der Begründung heißt, die wesentlichen Vorzüge der Beteiligung der Laien an der Rechtspflege durch ihre Mitwirkung in der ersten Instanz gesichert seien. Das ist nicht richtig. Hätten wir Laien auch in der Berufungsinstanz, so wäre es, um bei unserem Fall zu bleiben, nie dazu gekommen, das Fordern eines Almosen in unverschuldetem Not als Betteln und das Stemmen gegen das Pflaster und Ähnliches als Widerstand anzusehen. Man wende nicht ein, daß die Revisionsgerichte eine andere Auffassung durchgesetzt hätten. Auch sie würden sich der übereinstimmenden Rechtsprechung der Laiengerichte gefügt haben. Heutzutage richten sich die Schöffengerichte schon im Interesse der Angeklagten, um ihnen Laufereien und Kosten zu ersparen, nach der Rechtsprechung der gelehrten Gerichte, und die Schöffen sind selten, die, wie es dem Schreiber dieser Zeilen hin und wieder vorgekommen ist, erklären: das mögen die da oben verantworten, wir sind ein Volksgericht und sprechen Recht, wie wir es verstehen.

Um auf unseren Fall zurückzukommen: Man wird sagen, ein unerheblicher Vorgang. Für den Lehrer ist es vielleicht das Ereignis seines Lebens. Heute hat er, weil er sich ein Butterbrot gefordert hat und nicht gutwillig mitgegangen ist, mehr als 14 Tage gefesselt. Hätten wir Laien in der Berufung, dann wäre er nicht nur freigesprochen worden und hätte eine Entschädigung bekommen, ja dann wäre er höchstwahrscheinlich überhaupt nicht verhaftet worden.

* * *

Am 10. Februar hat der Reichstag bei der zweiten Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes zwei für eine erweiterte Zuziehung der Laienrichter zu der Rechtsprechung sehr bedeutsame Beschlüsse gefaßt: in den Strafkammern sollen künftig, und zwar sowohl für die erste als auch für die zweite Instanz, d. h. soweit sie Berufungskammern gegen schöffengerichtliche Urteile sind, zwei Richter und drei Schöffen sitzen, und ebenso sollen die bei den Landgerichten zu errichtenden Berufungsseenate, die die zweite Instanz bei der Berufung gegen Strafkammerurteile bilden, mit zwei Richtern und drei Schöffen besetzt werden. Die besondere Bedeutung dieser Beschlüsse ist darin zu erblicken, daß es beamtete Richter (Landgerichtsdirektor Gröber und Landgerichtsrat Müller-Reiningen)

waren, die sich in erster Linie für diese Beschlüsse eingesetzt haben, also Männer, denen man nicht vorwerfen kann, daß sie ohne Sachkenntnis ihren Standpunkt vertreten hätten — ein Moment, das wohl auch die Regierung veranlassen sollte, ihren ablehnenden Standpunkt in dieser Frage aufzugeben. Leider hat aber trotzdem der Staatssekretär des Reichsjustizamts das „Unannehmbar“ wiederholt.

Unstittliche Mietverträge. Ein Urteil, das in sozialem Sinne freudig zu begrüßen ist, ist kürzlich vom Landgericht München I als Berufungsinstanz erlassen worden. Ein Hausbesitzer hatte gegen einen Mieter, der nach neunmonatiger Mietzeit ausgezogen war, auf Grund des § 2 Abs. 3 des vom Münchener Grund- und Hausbesitzerverein aufgestellten Mietvertragsformulars die sogenannte Wohnungsentfädigung in Höhe von 10 % des jährlichen Mietzinses eingeklagt. Beide Instanzen erklärten die Bestimmungen des Hausbesitzer-Mietvertrages, insbesondere die Verpflichtung zur Zahlung der Wohnungsentfädigung, als unstittlich und wiesen die Klage ab. In den Gründen des zweitinstanzlichen Urteils heißt es:

„Die unter Anwendung des genannten Formulars abgeschlossenen Mietverträge verfolgen nicht nur die gesetzlich zulässige Absicht, den Vermieter gegen Benachteiligungen durch den Mieter zu schützen, sondern darüber hinausgehend den Zweck, den Mieter dem Vermieter gegenüber fast vollständig rechtlos zu machen oder ihm wenigstens die Geltendmachung seiner Rechte prozessual zu erschweren; einzelne dieser Vertragsbestimmungen, insbesondere der § 16 des Formulars, öffnen der Schlichte durch Hausbesitzer und Hausmeister gegenüber dem Mieter Türe und Tor. Dieses Bestreben läßt sich aus der Gesamtheit der vom Erstrichter einzeln aufgeführten, zur Vermeidung unnützer Wiederholungen in Bezug genommenen Vertragsbestimmungen deutlich erkennen. Mit Recht erblickt der Erstrichter hierin einen Verstoß gegen die guten Sitten, namentlich unter Berücksichtigung der weiteren Umstände, daß den Mietern ein Widerstand im einzelnen Falle fast unmöglich gemacht ist, weil sie den nämlichen Vertragsbedingungen in jeder anderen Wohnung auch wieder begegnen würden, und daß ferner erfahrungsgemäß der Mietvertrag in vielen Fällen nur mündlich abgeschlossen, der Vertragsentwurf unter Benutzung des fraglichen Formulars häufig erst nachträglich dem Mieter vorgelegt und von demselben unterschrieben wird, ohne daß er sich über die Tragweite des Unterschriebenen und über die für ihn darin enthaltenen Beschränkungen klar werden kann.“

Das insbesondere die in § 2 Abs. 3 normierte sogenannte „Wohnungsentfädigung“ betrifft, so verfolgt diese in der Hauptsache nicht den Zweck, den Hauseigentümer schadlos zu halten wegen der Abnutzung der Wohnung, denn der Vermieter hat nicht nur wegen einer unzulässigen Verschädigung, sondern auch wegen der natürlichen und ordnungsmäßigen Abnutzung durch die Bestimmungen in §§ 4, 9, 10, 15 des Vertragsformulars vollständige Deckung.

Der eigentliche Zweck des § 2 Abs. 3 geht vielmehr dahin, dem Mieter das ihm zustehende Kündigungsrecht in ungebührlicher Weise zu erschweren, während sich der Vermieter in dieser Richtung freie Hand behält; dem Mieter, der vielleicht anderswo besser oder bequemer oder billiger Wohnung finden könnte, soll das Ausziehen dadurch erschwert werden, daß er sich für einen ziemlich langen Zeitraum — 5 Jahre — verpflichtet, im Falle des Ausziehens eine Quote des Jahreszinses als Zuschlag zu bezahlen, also eine Verpflichtung einget, die in ihrer wirtschaftlichen Wirkung einer Vertragsstrafe gleich steht (§ 389 Satz 2 BGB.), wobei dann außerdem durch die Wahl des Ausdrucks „Wohnungsentfädigung“ statt „Vertragsgeldstrafe“ das richterliche Ermäßigungsrecht des § 343 BGB. ausgeschlossen werden soll; umgekehrt hat aber der Mieter nicht die geringste Deckung dagegen, daß der Vermieter ihm gegenüber von seinem Kündigungsrecht Gebrauch macht, wenn dieser die Wohnung zu günstigeren Bedingungen oder zu einem höheren Preis oder an einen ihm bequemeren Mieter abzugeben in der Lage ist.

Das Reichsgericht hat denn auch in wiederholter Rechtsprechung einen Verstoß gegen die guten Sitten darin erblickt, wenn der einzelne ein ihm tatsächlich zustehendes Monopol oder den Ausschluß einer Konkurrenzmöglichkeit dazu mißbraucht, dem allgemeinen Verkehr unbillige, unverhältnismäßige Opfer aufzuerlegen oder Bedingungen vorzuschreiben, und wenn dem Publikum die Möglichkeit der anderweitigen Wahrung seiner Interessen nicht oder nur unter besonders schweren Bedingungen geboten wird.

Die vom Reichsgericht in Band 20 S. 117 und Band 62 S. 266 generell niedergelegten Anschauungen über derartige Verstöße gegen die guten Sitten gelten selbstverständlich auch dann, wenn nicht ein einzelner ein tatsächliches Monopol hat, sondern eine Personengesamtheit durch Bildung von Trusts, Ringen oder Kartellen sich ein solches Monopol verschafft, wobei zur Vermeidung jeder etwa versuchten Mißdeutung betont werden soll, daß natürlich nicht die Bildung derartiger Assoziationen gegen die guten Sitten verstößt, sondern der Mißbrauch, den solche im wirtschaftlichen Entwicklungsang notwendigen und oft segensreich wirkenden Gebilde mit ihrem durch die Assoziation erlangten wirtschaftlichen Übergewicht sich etwa zu Schulden kommen lassen. Der Geltungsbereich der Rechtsanschauungen, welche das Reichsgericht in den genannten Urteilen entwickelt hat, beschränkt sich ferner selbstverständlich nicht etwa auf das Gebiet des Verkehrswezens, auf

welchem das Reichsgericht diese Grundsätze in den konkreten Fällen zunächst zur Anwendung gebracht hat; diese Rechtsgrundsätze sind vielmehr in noch viel höherem Maße anzuwenden auf denjenigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, welche die unmittelbare Sicherstellung der wichtigsten und vitalsten Lebensbedürfnisse, nämlich der Wohnung und der Nahrung, für die Gesamtheit zum Gegenstand haben.“

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Das Gewerbegericht München als Einigungsamt

hat auch im Jahre 1910, in dem außerordentlich starke Anforderungen infolge zahlreicher Tarifbewegungen an dasselbe herantraten, wiederum seine Kunst erfolgreicher Vermittlung erfreulich bewiesen. In 107 Fällen wurde das Einigungsamt von Arbeitern oder Arbeitgebern oder beiden Parteien gemeinsam um Vermittlung angerufen (1909: 96; 1908: 111 Fälle). In 84 Fällen gelang es dem Amte, eine Verständigung der Parteien in freier Aussprache herbeizuführen und diese Verständigung in 70 Fällen dauernd durch den Abschluß eines Tarifvertrags zu sichern, während selbst das ereignisreiche Refordjahr 1908 nur 31 Tarifvertragsabschlüsse für das Gesamtgewerbe und 17 Firmentarifverträge aufzuweisen hatte. Von den übrigen Streifällen, mit denen sich das gewerbegerichtliche Einigungsamt im Jahre 1910 befaßte, wurden noch drei durch Schiedsprüche erledigt, die die Parteien anerkannten. Die Tätigkeit des Gewerbegerichts München als Einigungsamt hat im letzten Jahrzehnt folgende Entwicklung genommen: Während in den beiden Jahren 1901 und 1903 nur je 8 Anrufungen erfolgten und in insgesamt 10 Fällen zu einer freien Vereinbarung führten, stieg die Zahl der Anrufungen in den Jahren 1904, 1905 und 1906 rasch auf 31, 49 und 95. Und zwar steigerten sich besonders die Anrufungen, die von beiden Teilen, Arbeitgebern und Arbeitern, gemeinsam ausgingen (21—39—80). Die einseitigen Anrufungen blieben von der Arbeitgeberseite fast ganz aus, bei der Arbeiterseite schwankten sie zwischen einem halben und einem reichlichen Duzend in den einzelnen Jahren. Die Vermittlungserfolge des gewerbegerichtlichen Einigungsamts stiegen ebenso rasch wie die Zahl der Anrufungen (26—44—80). Und zahlreiche dieser Einigungserfolge gipfelten schon damals in dem Abschluß von Tarifverträgen. Im Jahre 1904 wurden die ersten 12 Tarifvertragsabschlüsse durch das gewerbegerichtliche Einigungsamt bei derartigen Vermittlungsverhandlungen bewirkt, 8 für das Gesamtgewerbe und 4 für Einzelunternehmen. Im Jahre 1906 waren es schon 20 Bezirks- und 28 Firmentarifverträge. Das günstige Wirtschaftsjahr 1907, das die Arbeitgeber anscheinend nachgiebiger stimmte und sie zu bereitwilligem Entgegenkommen gegen die Arbeiterforderungen bewog, so daß die Vermittlung des Gewerbegerichts weniger benötigt wurde, zeigte einen Rückgang der Anrufungen auf 75, der Einigungserfolge jedoch nur auf 65 Fälle. In dem bewegungsreichen Jahre 1908 aber stieg die Zahl der Anrufungen auf 111. Jeder dritte Tag brachte damals eine neue Aufgabe für das Einigungsamt, das bekanntlich oft nur in wiederholten, stundenlangen Verhandlungen, Feststellungen und Belehrungsversuchen einen Streit der Parteien zu meistern vermag. 84 Erfolge waren dieser eifrigen Arbeit im Jahre 1908 beschieden: 31 Tarifverträge und 4 sonstige Vereinbarungen im Gesamtgewerbe, 17 Tarifverträge und 23 Vereinbarungen bei Einzelunternehmen. Außerdem ergingen 9 erfolgreiche Schiedsprüche gegen 8 im Jahre 1907 und insgesamt 8 in den 4 Jahren 1903 bis 1906 zusammen.

Im Jahre 1909 gingen die Anrufungen (96) und die erfolgreichen Einigungsverhandlungen (67, darunter 16 Bezirks- und 26 Firmentarifverträge) wieder zurück, wohl aus dem Grunde, weil inzwischen durch die Ausbreitung des Tarifvertragsnetzes über die Mehrzahl der Münchener Gewerbe allenthalben Ordnung für die Zeit der Vertragsdauer eingekehrt und so die Anlässe zu kollektiven Streitigkeiten auf ein geringes Maß beschränkt worden waren. Im Jahre 1910 ist infolge des Ablaufs verschiedener älterer Verträge und der Unklarheit der geschäftlichen Konjunkturlage in einzelnen Gewerben die Tarifbewegung wieder lebhafter gewesen.

Unter den 70 durch das gewerbegerichtliche Einigungsamt vermittelten Tarifverträgen des Jahres 1910 erstrecken sich rund drei Viertel auf den Gesamtkreis der betreffenden Münchener Gewerbe; der Rest sind Firmenverträge. Die meisten dieser 70 Tarifverträge laufen für 3 Jahre (43), nur 8 sollen bis 1911 oder 1912 gelten. 11 Verträge sind bis 1914 abgeschlossen und weitere 8 sogar bis 1915 und 1916 oder auf unbestimmte Zeit. Die Tarifvertragsabschlüsse des Jahres 1910 erstrecken sich auf folgende Gewerbe:

Abzählungsgeschäfte (Einkassierer), Asphaltierer, Bäcker, Bauarbeiter, Bildhauer, Bouillonfabrik, Buchbinder, Bürstenmacher, Dachbeder, Fahrzeugbetriebe, Gerüstbauer, Großhandlung, Holzbildhauer, Isolierer, Kartonnagengewerbe, Kistenfabrik, Kolonialhandlung, Konfektionsindustrie, Korbmacher, Lithographen, Luruspapierfabrik, Metallägerei, Möbeltransportgewerbe, Porzellanfabrik, Pflasterer, Posamentierhandlung, Sägewerke, Sattler, Schlosser, Schreiner, Schneidmaler, Schuhmacher, Expeditions-gewerbe, Spengler, Steinmetze, Studienteure, Vergolder, Wagenbauer, Warenhaus, Weißbierbrauerei.

Fast alle Tarifverträge bringen neben der Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen auch Lohnverbesserungen mit sich, häufig in Gestalt von Lohnstaffeln für die einzelnen Vertragsjahre. Die niedrigsten Stundenlöhne finden sich nicht etwa bei den Schneidmälern, die von 39 \mathcal{M} im Jahre 1910 bis auf 42 \mathcal{M} in den Jahren 1913/14, bei den städtischen Betrieben sogar bis auf 44 \mathcal{M} aufrücken sollen, sondern bei den Bautischlern, die bei 12stündiger Arbeitszeit mit 25 \mathcal{M} Wochenlohn beginnen, bei den Schlossern, die im ersten Gehilfenjahre fortan 33 \mathcal{M} (statt bisher 27 \mathcal{M}) erhalten und später allerbings bis 55 \mathcal{M} steigen, und bei den Sattlern, die mit 37 \mathcal{M} Stundenlohn beginnen und im fünften Gehilfenjahre 45 \mathcal{M} beanspruchen können.

Die höchsten Stundenlöhne haben die Bildhauer, die bemerkenswerterweise Mindest- und Mittel-(Normal-)löhne unterscheiden. Letztere rücken bis zu 1 \mathcal{M} auf.

Die kürzesten Arbeitszeiten haben die Bildhauer mit 8 Stunden im Sommer und 7 Stunden im Winter und die Lithographen, die ebenfalls den Achtstundentag genießen. Die längsten Arbeitszeiten finden sich im Fuhrgewerbe. Die durchschnittliche Arbeitszeit schwankt in den einzelnen Gewerben zwischen 9 und 9½ Stunden. Eine tarifvertragliche Verlängerung der Arbeitszeit von 9¾ auf 10 Stunden ist bei den Isolierern vorgenommen worden. Da die Mehrzahl der jetzt in München geltenden Tarifverträge im Frühjahr oder Sommer 1913 abläuft, so wird das gewerbegerichtliche Einigungsamt in jenem Jahre wieder über besonders umfangreiche Tätigkeit zu berichten haben.

Die verdienstvolle Förderung der Tarifverträge durch das Münchener Gewerbegericht hat mit ihren nützlichen Folgewirkungen sichlich dazu beigetragen, daß das Verständnis für den Wert paritätischer Arbeitsordnung in den bayerischen Arbeitgeberkreisen breitere und tiefere Wurzeln schlägt und die seinerzeit vom Geschäftsführer des Industriellenverbandes, Steller, ausführlich verfochtene Ablehnung der Tarifverträge heute wohl nicht mehr aufrechterhalten wird. Ein bereitetes Zeugnis für diesen Anschauungswandel ist auch ein an die „Soziale Praxis“ gerichtetes Schreiben eines Großindustriellen aus Nordbayern, in dem es heißt: „daß in den Industriekreisen im südlichen Deutschland sich da und dort eine Änderung zugunsten der von Ihnen und der Gesellschaft für Soziale Reform immer wieder befürworteten gütlichen Verständigung geltend machte. Mehr und mehr gewöhnen sich doch auch solche Industriekreise, die früher von einer Anerkennung der Gewerkschaften als verhandlungsberechtigter Faktoren bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen gar nichts wissen wollten, daran, den Verhältnissen Rechnung zu tragen und ganz ruhig mit den Führern dieser Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten.“

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die 11. Jahrestagung der englischen Arbeiterpartei, die vom 31. Januar bis 2. Februar in Leicester abgehalten wurde, stand im Zeichen des Osborne-Urteils, jener Gerichtsentscheidung, die die zwangsweise Beitragserhebung bei den Mitgliedern eines Gewerkschaftsvereins für die politischen Zwecke der Arbeiterpartei für rechtlich unzulässig erklärt hatte. Ferner hatten die Law Lords des Oberhauses, wie aus der Begründung des Urteils hervorgeht, es ausgesprochen, daß die Praxis, Arbeiterkandidaten zur Annahme der „Konstitution“ der Arbeiterpartei von vornherein zu verpflichten, gegen den Geist der Staatsverfassung und das öffentliche Wohl verstoße. Dieser Rechtsprechung mußte die Arbeiterpartei in irgend einer Form Rechnung tragen, obwohl die Sozialisten von der Independent Labour Party unter Keir Hardies Leitung solches Verhalten als einen Rückzug in dem Kampfe der Arbeiterschaft um ein freieres politisches Organisationsrecht brandmarkten. Unter der Führung des neuen Vorsitzenden der Labour Party, Ramsay MacDonald — G. Barnes ist wegen Krankheit zurückgetreten — bekannte sich aber die große Mehrheit des Kongresses (1 054 000 gegen 306 000), vornehmlich die Masse der Bergarbeiter-

gewerkschaften, die ja teilweise noch liberale politische Neigungen haben, zur Notwendigkeit einer Änderung der Konstitution, d. h. der Kongreß beschloß, das „labour party pledge“ fallen zu lassen und die Arbeiterkandidaten fortan nicht mehr zum Unterzeichnen der Parteikonstitution zu verpflichten, sondern es ihnen freizustellen. Welche praktischen Folgen das für den parteimäßigen Zusammenhalt und die parteipolitische Disziplin der Arbeiterpartei haben wird, bleibt abzuwarten. Mitbestimmend für diese Entschliebung des Kongresses soll die Absicht gewesen sein, der gegenwärtigen Regierung das politische Entgegenkommen der Arbeiterpartei zu beweisen, um den weitgehenden sonstigen Plänen der Regierung zugunsten der Arbeitermassen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Der mit dieser Frage verwandte Antrag, daß die Arbeiterkandidaten sich nach Belieben auch „sozialistische“ oder „Labour and socialist“-Kandidaten nennen dürfen, wurde mit übermächtiger Mehrheit abgelehnt. Zu dem Osborne-Urteil selbst nahm die „Jahrestagung“ der Arbeiterpartei, um eine Wiederholung solches bereits gegen einige 20 Gewerkschaften ergangenen Urteils unmöglich zu machen, folgende Entschliebung an:

Die gesetzlichen Zwecke der Gewerkschaften sind durch Einhaltsbefehle beschnitten worden, die sich auf eine beschränkte enge Auslegung des Gewerkschaftsrechts stützen. Die Konferenz weist den Exekutiv-ausschuß der Arbeiterpartei an, unverzüglich ihren Gesetzentwurf wieder einzubringen, um den Grundsatz, daß die Mehrheit herrschen soll, gegen den Umhurz durch das Osborne-Urteil sicher zu stellen.

Alle übrigen Fragen traten diesmal hinter diesen politischen Verhandlungen auf der Jahrestagung völlig zurück. Man begnügte sich mit der Abstimmung über die sozialpolitischen Anträge, die freilich seit Jahren bekannt und schon wiederholt gutgeheißen worden sind. Ernsthaft in Angriff nehmen soll der Exekutiv-ausschuß nach den Weisungen, die ihm die Konferenz von Leicester gab, folgende Gesetzentwürfe zum Arbeiterwahlrecht: Stimmrecht für Männer und Frauen; möglichst kurze Befristung der Zeit für den Wahlrechtserwerb; Bezahlung der Abgeordneten und der Ausgaben für die Verichterfasser der Parteien; Wahlen an einem Tage; Verschärfung des Wahlbestimmungsgesetzes und Verhinderung von Winderheitswahlen. Ferner verdienen Erwähnung die Forderungen der Konferenz: 30 Schilling Mindestlohn für eine 48stündige Arbeitswoche in allen staatlichen Betrieben und bei staatlichen Arbeitsvergaben. Das Board of Trade soll im Zusammenhang mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen Unterkunfts-räume für Gewerkschaftsartelle schaffen. Die Right to Work Bill soll schleunigst eingebracht werden. Zur Arbeiterunfallentschädigung soll der Staat eine Kasse aus Umlagen auf die Industriellen, ohne Arbeiterbeiträge, schaffen. Der Antrag auf Aufschubzahlungen aus der Reichskasse wurde entschieden abgelehnt. In der ersten Fraktions-sitzung der Arbeiterpartei am 7. Februar im Unterhause beschloß diese, folgende Anträge sofort einzubringen: Erweiterung des bestehenden Gesetzes über die Speisung bedürftiger Schulkinder, allgemeine Einführung des Achtstundentags und Eisenbahnverstaatlichung.

Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften. Das Januarheft des Reichs-Arbeitsblatts gibt für das Jahr 1910 (und die Vergleichsjahre 1908 und 1909) folgende Arbeitslosenprozentzahlen im Verhältnis zur Mitgliederzahl:

	1908	1909	1910
Ende Januar	2,9	4,2	2,6
Februar	2,7	4,1	2,2
März	2,5	3,5	1,7
April	2,8	2,9	1,8
Mai	2,8	2,8	2,0
Juni	2,9	2,8	2,0
Juli	2,7	2,5	1,9
August	2,7	2,3	1,7
September	2,7	2,1	1,8
Oktober	2,9	2,0	1,6
November	3,2	2,0	1,6
Dezember	4,4	2,6	2,1

Die Statistik bezieht sich auf rund 1,5 Millionen Arbeiter; die Ergebnisse sind für 1910 durchaus günstig. Weiter gibt das „R.-A.-Bl.“ den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften durch Vergleich der Gesamtzahl der Arbeitslosentage mit der Gesamtzahl der Mitgliedertage an:

Von 100 Mitgliedertagen waren Arbeitslosentage:

	1909	1910
I. Vierteljahr	3,3	1,7
II. „	1,9	1,4
III. „	1,6	1,2
IV. „	1,4	1,3

Auch diese Ergebnisse sind günstig. Im Laufe des Jahres zeigte sich eine Verringerung des Unterchieds gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahrs.

Im vierten Vierteljahr 1910, für das eine ausführliche Schilderung veröffentlicht wird, waren an der Statistik 1988 117 Mitglieder von 50 Verbänden beteiligt; von diesen waren 85 784 am Quartalschluß als arbeitslos gemeldet, während diese Ziffer nach der vierten Quartalswoche (Ende Oktober) 26 918, nach der achten Woche (Ende November) 27 014 gelaufen hatte (in allen Fällen einschließlich der auf der Reise Vergriffenen). 28 Verbände haben gegen das 4. Quartal 1909 eine Abnahme, 17 eine Zunahme und 5 ein Verharren im Umfange der Arbeitslosigkeit gezeigt (von 5 Verbänden fehlen die Vergleichszahlen). Die Zahl der Arbeitslosentage war in dieser Zeit insgesamt 1 749 084, die Durchschnittsdauer des einzelnen Arbeitslosigkeitsfalls 14 Tage. Die Unterstützungsleistung der berichtenden Verbände betrug im 4. Vierteljahre 1 669 199 M.

Die Koalitionsfreiheit der Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ ist wieder einmal von der Direktion nicht anerkannt worden: in Dortmund wurde ein Einnehmer entlassen, weil er für den Verband der Bureauangestellten agitatorisch tätig war. In dieser freien Gewerkschaft organisierten Einnehmer erklärten sich mit dem Entlassenen solidarisch. Eine aus Vertretern der Hirsch-Dunderschen, freien und christlichen Organisationen bestehende Kommission suchte mit der Direktion über die Wiedereinstellung des Entlassenen zu verhandeln, wurde aber zurückgewiesen. Den nochmaligen Versuch, Verhandlungen zu erreichen, beantwortete die Direktion mit der Entlassung aller organisierten Einnehmer der Infallsozentrale Dortmund. Daraufhin hat der Verband der Bureauangestellten die Dortmunder Zentrale der „Viktoria“ gesperrt. — Vor kurzem waren auch in Berlin und Oberhausen ähnliche Fälle vorgekommen. Dagegen enthält der seit 1. Januar 1911 in Hamburg geltende Tarifvertrag ausdrücklich die Zusage, daß aus der Zugehörigkeit zum Verband der Bureauangestellten Maßregelungen nicht stattfinden sollen.

Selbe Gewerkschaften im Ruhrbezirk. Aus verstreuten Mitteilungen der Arbeiterpresse wie des Gelbenblattes „Der Bund“ ergibt sich, daß in den letzten 6 Wochen gegen zwei Dutzend gelbe Gewerkschaften für Einzelbetriebe unter dem Namen „Nationaler Arbeiterverein“ oder „Berkverein“ begründet worden sind, so vor allem in den einzelnen Betriebsabteilungen des Kruppwerks und auf verschiedenen Zechen des Essener Bezirks.

Streiks und Aussperrungen.

Ein Streik der finnischen Druckereiarbeiter ist Ende des vorigen Jahres mit Ablauf des Tarifvertrags entstanden, den der Graphische Arbeitgeberverband mit dem finnischen Buchdruckerverband auf fünf Jahre abgeschlossen hatte. Die Arbeiter forderten Erhöhung des Mindestlohns, Verkürzung der Arbeitszeit, Einschränkung der Nachtarbeit in Zeitungsdruckereien, sowie Ausdehnung des Tarifs auf Stereotypen- und Hilfsarbeiter. Dagegen wünschten die Unternehmer die Einführung des Stundenlohns, Erweiterung der Nachtarbeit, Beseitigung des freien Wochentags der Zeitungssetzer und des Zwangs, Segmaschinenarbeiter nur aus gelernten Handwerksleuten zu ernennen. (Die letztere Bestimmung besteht bekanntlich auch in Deutschland und soll den Übergang der Hand- zur Maschinenerei für die Arbeiter unter Vermeidung zu großer Arbeitslosigkeit erleichtern.) Außerdem wollen die Arbeitgeber keinen Tarif für Stereotypen- und Hilfsarbeiter und fordern endlich von der Arbeiterorganisation eine Vertragsstrafe von etwa 75 000 M im Falle eines „offenen oder stillen Streiks oder Boykotts“ während der Geltungsdauer des Tarifs. Die Folgen des Streiks blieben nicht aus: Die meisten Zeitungen konnten während dieser Zeit nicht erscheinen. In einigen Druckereien arbeiteten Angehörige anderer Gesellschaftsklassen (Lehrer, Studenten, „höhere Töchter“ usw.) als Streikbrecher. Den Streikposten wurden von der russischen Polizei große Schwierigkeiten gemacht. Das Eigenartigste an dem Streik ist die Haltung des Papierfabrikantenverbands, die deutlich die wachsende Bedeutung der Beziehungen zwischen den Lieferanten von Halbfabrikaten und den Fertigproduzenten zeigt: das Papierfabrikat verweigert die Lieferung von Papier an alle Druckereien, die die Arbeiterforderungen bewilligten; dies trifft besonders sozialdemokratische Zeitungsunternehmungen. Hier, wo der Kampf um die Arbeitsbedingungen zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und den Arbeitern also schon ausgekämpft war, fehlte dem ersteren infolge der Natur des Halbfabrikats, auf das er angewiesen ist, jede Macht, seinen Willen zum Frieden mit der Arbeiterorganisation durchzusetzen. Kombinierte Betriebe kommen anscheinend unter den friedenswilligen Druckereien nicht in Betracht. Ein Einigungsversuch der Gewerbeinspektion am 10. Januar verlief erfolglos. Die dem Arbeitgeberverband nicht angehörenden Druckereibetriebe wollen einen eigenen Verband gründen, der vom Allgemeinen Arbeitgeberverband unabhängig sein soll.

Der Streik im Londoner Buchdruckergewerbe ist seit dem 6. Februar allgemein, sofern nicht die Firmen die 50-Stundenwoche zugestanden haben. Das ist in einer großen Zahl — bei weit über 800 von etwa 1400 Firmen — geschehen, und zwar bewilligten auch einige größere Firmen, die zunächst dem Aussperrungsbeschluss des Prinzipalverbandes beigetreten waren. Gegen 10 000 graphische Arbeiter sollen nunmehr in London 50 oder weniger Stunden in der Woche arbeiten. Die Prinzipale haben ihre Androhung, eine Gesamtaussperrung über ganz England vorzunehmen, zurückgezogen, auch die Gehilfen in der Provinz sehen vorläufig von einem Streik ab. Wegen Übergriffe gegen Arbeitswillige wurden im Mansion House in den letzten Tagen verschiedentlich organisierte Streikende gerichtlich bestraft: die Strafen lauteten in 4 Fällen auf 8 Schilling einschließlich der Kosten, in 2 Fällen auf 16 Schilling, in einem Falle auf 40 Schilling.

Forderungen der Pariser Köche. Die Leitung des Pariser Köcheverbandes hat zur Regelung der Arbeitszeit Stellung genommen. Sie hält es für unmöglich, die bisherige Arbeitszeit von 11 bis 15 oder 16 Stunden, noch dazu gemeinhin unter sehr schlechten hygienischen Verhältnissen, zu ertragen. Sie wünscht, die Arbeitszeit auf 10 Stunden festgesetzt zu sehen, wobei nötigenfalls Überstunden doppelt bezahlt werden sollen; außerdem soll ein wöchentlicher Ruhetag eingehalten und der Kochstand den gewerblichen Arbeitsgesetzen unterstellt werden.

Arbeiterschutz.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags hat am 7. Februar die §§ 120 e und f der Novelle beraten. Abs. 1 des § 120 e schreibt danach vor:

Durch Beschluss des Bundesrats können Vorschriften darüber erlassen werden, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen zur Durchführung der in den §§ 120 a bis c enthaltenen Grundsätze zu genügen ist. In diese Bestimmungen können auch Anordnungen über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zum Schutze von Leben und Gesundheit aufgenommen werden. Eine Abschrift oder ein Abdruck der Anordnungen ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen und in lesbarem Zustande zu erhalten.

Die Mehrheit der Kommission stimmte dieser Strafbestimmung gegen Arbeiter zu und setzte als Höchstgrenze der Geldstrafe 6 M fest. Außerdem wurde die Vorschrift angenommen, daß vor dem Erlass der Vorschriften die Berufsgenossenschaften gutachtlich zu hören sind. § 120 f (bisher § 120 e Abs. 3) behandelt den sogenannten sanitären Maximalarbeitsstag. Dieser konnte bisher nur vom Bundesrat für bestimmte Gewerbe mit überlanger oder gesundheitsgefährdender Arbeitsweise vorgeschrieben werden. Nach der von der Kommission genehmigten Regierungsvorlage sollen das Recht zum Erlass entsprechender Vorschriften auch die Landeszentralbehörden und die zuständigen Polizeibehörden erhalten; dabei ist jedoch Voraussetzung, daß die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter gehört werden. Ein Regierungsvertreter erklärte, auf diesem Wege könne auch unter Umständen eine kürzere Arbeitszeit für einzelne Arbeiterkategorien vorgeschrieben werden. Auch der Gewerbeaufsichtsbeamte könne die Funktionen der „ständigen Polizeibehörde“ ausüben. Nach § 120 g (neu) sind die auf Grund der §§ 120 e und f erlassenen Bestimmungen des Bundesrats zu veröffentlichen und dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Verbot der Frauen-Nachtarbeit in Österreich. Das Abgeordnetenhaus hat am 7. Februar in allen Lesungen den Gesetzentwurf über die Nachtarbeit der Frauen in industriellen Betrieben in der Fassung des Herrenhauses (S. 586) angenommen. Das Gesetz tritt am 1. August dieses Jahres in Kraft.

Der gesetzliche Arbeiterschutz in Bäckereien in Finnland ist nach einem im Jahre 1909 angenommenen Gesetz, das inzwischen in Kraft getreten ist, in weitgehendem Maße durchgeführt. Das Gesetz umfaßt nur 7 Paragraphen zur Regelung der Arbeitszeit und der Lohnform. Die Nacht- und Sonntagsarbeit ist verboten; die regelmäßige Arbeitszeit darf 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Überzeit darf nur bis zu 100 Stunden im Jahr, jedoch wöchentlich nicht mehr als 10 Stunden bewilligt werden, auch ist für die Überzeitarbeit ein 50prozentiger Lohnzuschlag zu zahlen. Nachtarbeit, d. h. in den Stunden zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens, darf höchstens für 10 auf Feiertage folgende Nächte im Jahr gestattet werden, aber nur, wenn besondere Umstände das erfordern. Von besonderer Wichtigkeit ist neben diesen Vorschriften über die Arbeitszeit noch der § 5 des Gesetzes, der vorschreibt, daß der Arbeitslohn in bar auszuzahlen ist, „nicht in der Form von Wohnung oder sonstigen Naturalien“. Damit ist also das Kost- und Logiswesen ausgeschlossen.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Welche Anforderungen sind an den Leiter einer gemeinnützigen unparteiischen Rechtsauskunftsstelle zu stellen?

Von Dr. Karl Vogel, Bremen.

Bei der Ausbildung von Beamten von Rechtsauskunftsstellen haben sich mir einzelne Grundsätze eingeprägt, die meines Erachtens nicht eindringlich genug neuen Leitern ans Herz gelegt werden können. Das ist um so nötiger, als es sich bei diesen nach der enormen Entwicklung der Rechtsauskunftsstellenbewegung meist um Nichtjuristen handelt, die keinen Jahre dauernden Lehrgang und keine praktische Ausbildung in den verschiedenen Tätigkeitszweigen durchgemacht haben, sondern sehr oft um Leute, die zwar Lust und Liebe zur Sache haben, die aber nach kurzem Selbstunterricht und kurzer praktischer und theoretischer Anleitung durch Andere auf die Klientel losgelassen werden. Daß solche Leiter unter Umständen eine Gefahr für unsere Bewegung darstellen, ist klar. Es ist deshalb nötig, möglichst strenge Anforderungen bei der Neubesehung von Ämtern an die Bewerber zu stellen.

Bei unserer Betrachtung sind wir uns zunächst darüber klar, daß die unentgeltlichen Rechtsauskunftsstellen, die unserm Verband angehören, gemeinnützige, also dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen sind. Sie sind bestimmt für alle Bevölkerungsklassen, allerdings mit der Einschränkung, daß sie in erster Linie den Minderbemittelten zugänglich sein sollen. Den Bessergestellten stehen sie in solchen Fällen offen, in denen die sonstigen für die Rechtsberatung vorhandenen Institutionen versagen. Sie füllen also eine Lücke aus und sollen nicht in den Tätigkeitsbereich der Behörden und der Anwaltschaft eingreifen. Hieraus ergeben sich für den Umfang der Befugnisse der Leiter gewisse Grenzen, die diese entweder in ihren Instruktionen gezogen finden oder die sie selbst mit Takt und Geschicklichkeit ziehen müssen. Über seine Kompetenzen muß sich der Rechtssekretär in erster Linie klar sein.

Die dem Verband angeschlossenen Rechtsauskunftsstellen nennen sich unparteiisch, weil sie als Sachwalter des Rechts in keiner Weise abhängig sind, weder von den Klienten (sei es der Auftraggeber oder die Gegenpartei) noch von irgend welchen politischen oder religiösen Sonderinteressen. Lediglich das, was recht ist, ist zum Nutzen der Klienten mit konsequenter Unparteilichkeit festzustellen oder durchzuführen. Nur dann können wir das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, rechtfertigen. Den Grundsatz der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit muß der Rechtssekretär in seiner eigenen Person streng wahren. Er muß daher sich unbedingt von aller politischen Tätigkeit fern halten, am besten auch von der Zugehörigkeit zu politischen Organisationen. Dann wird er auch erreichen, was unser höchstes Ziel sein muß, nämlich, daß Angehörige aller Parteien mit gleichem Vertrauen ihre Sorgen ihm vortragen.

Zur völlig unparteiischen Rechtsberatung und Rechtshilfe gehört aber auch, daß der Auskunftserteilende dem bedrängten Klienten über seine Handlungen und Fehler keinerlei Vornurfe macht. Moralisieren ist nicht unsere Aufgabe, wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß man gelegentlich durch freundliche Zusprache einen Klienten vor weiterem Schaden bewahren kann, ohne von diesem als ungebeter Lehrmeister angesehen zu werden. Das Recht und die Pflicht aber, energisch auf das Unzulässige und Ungeheuerliche einer Handlung hinzuweisen, hat der Rechtssekretär, sobald ihm zugemutet wird, Ratschläge über die sogenannten Hintertüren der Gesetzgebung zu erteilen. Das Gleiche gilt für die Fälle, in denen gesetzlich an sich zulässige Rechtswege erfragt werden lediglich zu dem Zweck, einen Mitmenschen schwer zu schädigen oder dessen Existenz zu vernichten.

Das Gefühl, daß eine Auskunftsstelle unparteiisch geleitet wird, wird besonders bekräftigt durch eine absolute Verschwiegenheit ihrer Beamten. Diese Verschwiegenheit muß ins Kleinste gehen. Dazu gehört auch, daß in den Büros die Akten so aufbewahrt werden, daß sie Unberufenen nicht zugänglich sind.

Die Tätigkeit in einer Rechtsauskunftsstelle ist außerordentlich vielgestaltig, weil, zumal in einer größeren, die Anfragen sich auf alle Rechtsgebiete beziehen; es sei denn, daß die Leiter durch ihre Instruktionen auf bestimmte Gebiete sich beschränken müssen. Aber auch im letzteren Falle bleibt die Vielgestaltigkeit bestehen. Damit

ist die dringende Notwendigkeit eines umfassenden soliden Wissens, eines klaren praktischen Blickes, großer Kombinationsgabe und der Fähigkeit, schnell zu disponieren, gegeben. Grundbedingung alles juristischen Wissens, welches in die Praxis umgesetzt werden soll, ist aber eine gute theoretische Grundlage, die es ermöglicht, das System der Gesetzgebung und das Zueinandergreifen unserer zahlreichen Gesetze klar zu überschauen. Wo diese unerläßliche theoretische Grundlage infolge der Art der Vorbildung fehlt, da ist sie eben mit eiserne Fleiß, der einen Rechtssekretär auch sonst zieren soll, nachzuholen. Das erworbene Wissen aber muß einer ständigen Kontrolle unterzogen werden, vor allem in der Praxis. Selbst bei dem besten Paraphengedächtnis ist es unerlässlich, vorgetragene Fälle nur an der Hand des Wortlauts der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu entscheiden.

Bei der Auskunftserteilung halte man streng darauf, daß die mündlichen Angaben der Klienten durch etwa vorhandene Akten, Dokumente und Schriftstücke belegt und ergänzt werden; denn die Klienten sind zu leicht geneigt, ihre Sache mit dem Wunsch als Vater des Gedankens vorzutragen.

Es ist überhaupt eine der schwersten Aufgaben des Raterteilenden, den Vortrag seiner Klienten in die richtige Bahn zu leiten. Er muß zugleich die Kunst des geduldrigen Zuhörens und die der richtigen Fragestellung beherrschen. Mit ihrer Hilfe und nicht aus der Frage des Klienten muß er sich oft mühsam erst selbst die Grundlage zu einer richtigen und zuverlässigen Rechtsauskunft schaffen.

Durch die subjektive Schilderung der Kümernisse und Sorgen der Klienten entsteht leicht eine Gefahr, der vor allem die Nichtjuristen leicht ausgelegt sind. Das sogenannte Rechtsgefühl kann da manch bösen Streich spielen. Davor kann am besten ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl und strenge, auf genaue Gesetzeskenntnis gestützte Sachlichkeit schützen. Das gilt sehr oft für solche Fälle, die der Laie als Lappalie betrachtet. Der Rechtssekretär aber muß jede Lappalie als eine Rechtsfrage ansehen, die richtig zu lösen ist. Es braucht das noch lange nicht zur Kleinigkeitstrümmerei auszuarten.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß jeder Fall nur juristisch zu behandeln und den Klienten eine ausführliche Rechtsbelehrung zu geben ist. Man muß bedenken, daß der Klient Laie ist und mit Rechtsbelehrungen nichts anzufangen weiß. Sie können nur Verwirrung und unter Umständen sogar Schaden anrichten. Rechtshilfe in Form von Schriftsätzen oder genauer mündlicher Instruktion über das, was zunächst zu geschehen hat, sollen wir gewähren. Der Arzt verordnet ja auch seine Medizin nur mit Rücksicht auf den beabsichtigten Erfolg, ohne sich mit seinen Patienten über Möglichkeiten und Theorien zu unterhalten oder die Zweckmäßigkeit seines Mittels zu begründen.

Das angedeutete Verfahren der Rechtshilfe entspricht einer weiteren Anforderung, die an den Rechtssekretär zu stellen ist: er darf kein Bureaukrat und kein kleinlicher Mensch sein. Er muß immer den praktischen Erfolg im Auge haben und muß unter Umständen entscheiden über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Anwendung eines Rechts; denn auch hier hat jedes Ding zwei Seiten. Ein gewonnener Prozeß kann zuweilen das Vorspiel weiterer Schikanen und Schädigungen sein. Dann muß sich der Raterteilende eben als einsichtsvoller Mensch erweisen und menschlich raten, wo juristisch nichts oder doch so wenig zu erreichen ist, daß die aufgewendeten Mittel, Sorgen und Mühen in keinem Verhältnis zu dem Erfolg stehen.

Schnelles Arbeiten ist eine weitere wichtige Vorbedingung für das gedeihliche Wirken bei einer Rechtsauskunftsstelle. Da unsere Klienten in der Hauptsache den minderbemittelten, wert-tätigen Klassen angehören, so bedeutet für sie das lange Warten in den Sprechstunden oft einen Verdienstausfall. Wo nicht mehrere Beamte, die sich die Arbeiten teilen können, vorhanden sind, muß man eben zeitraubende Fälle auf bestimmte Stunden legen, im übrigen aber das Publikum möglichst schnell abfertigen.

Daß das schnelle Arbeiten peinliche Sorgfalt nicht ausschließen soll, ist wohl selbstverständlich; denn die Gefahr eines Irrtums ist dabei nicht ausgeschlossen. Aber das Bewußtsein der Möglichkeit des Irrtums bewahrt uns vor allzuvielen Irrern.

Das rasche Arbeiten bezieht sich aber nicht nur auf die Art, wie man arbeitet, sondern auch auf den Zeitpunkt, wann man arbeitet. Schnelle Hilfe hat besonderen Wert. Dieser Grundsatze bewahrt uns neben einem genau geführten Terminale der vor der Versäumung von Fristen, die ja in unserem Rechtsleben eine so große Rolle spielen.

Außer über die Grenze der Kompetenzen soll sich der Leiter einer Rechtsauskunftsstelle mit Selbstkenntnis über die Grenzen seines Wissens klar sein. Die jahrelange Tätigkeit in einem solchen Betriebe bringt leicht die Einbildung mit sich, man könne alle Rechtsfragen lösen und alle Fälle erledigen. Solche Vielwisserei ist Halbbildung und vom Übel; denn die enorme Vielgestaltigkeit unseres Wirtschaftslebens und unserer Gesetzgebung und die Unzahl wichtiger prinzipieller Entscheidungen machen eine juristische Universalbildung geradezu unmöglich, ja sie führen sogar mehr und mehr zu einer Spezialisierung. Man vergibt sich absolut nichts, wenn man einmal erklärt: „das und das Gebiet liegt mir fern, gehen Sie zu einem Anwalt oder zu dem und dem Fachmann“.

Zu den persönlichen Eigenschaften eines Rechtssekretärs gehören die Deutlichkeit und die Freundlichkeit, welche aber eine wirksame Zurückhaltung nicht ausschließen. Zuweilen muß er auch fähig sein, energisch aufzutreten, sei es bei der Verfolgung der Rechtsansprüche seiner Klienten, sei es bei der Zurückweisung unzulässiger Elemente, die seine Hilfe in Anspruch nehmen. Das letztere gilt insbesondere von Querulanten, die seine Zeit nur zum Schaden anderer Klienten kürzen. Ich denke dabei weiter an solche Leute, die eine Rechtsauskunftsstelle gewissermaßen als billige Kontrolle für von Rechtsanwältinnen und zuständigen Behörden gegebene Auskünfte betrachten. Solche Elemente vertragen eine energische Abweisung erfahrungsgemäß sehr gut. Nur darf der Leiter bei solchen Affären nicht nervös sein. Er muß in solchen Situationen über der Sache und den Klienten stehen.

Aus meinen Ausführungen geht meines Erachtens hinreichend hervor, daß bei einem Rechtssekretär Wissen und Charakter harmonisch sich verbinden sollen. Ein guter Jurist mit vielseitiger Ausbildung kann ein schlechter Rechtssekretär sein, zumal wenn er dem Publikum, welches in den Rechtsauskunftsstellen besonderer Art ist, nicht das richtige Verständnis entgegenbringt oder es an dem nötigen praktischen Blick fehlen läßt. Deshalb soll sich nur der um eine unserer Stellen bewerben, der wirklich das Zeug in sich hat. Und nur der soll gewählt werden, der eine abgeschlossene, planmäßige Ausbildung genossen hat und persönlich die Gewißheit bietet, daß er Mensch und Fachmann zugleich ist.

Bei der Frage, welche Ausbildung für den Leiter einer Rechtsauskunftsstelle die richtige ist, komme ich entgegen meinen früheren Ansichten jetzt zu einem ähnlichen Resultat wie Herr Dr. v. L. Lübeck. Zweifellos erfüllt der zünftige Jurist am ehesten die Anforderungen, die an das Wissen eines tüchtigen Rechtssekretärs zu stellen sind; neben ihm möchte ich aber auch die Nationalökonomin mit juristischer Bildung hervorheben, die den Vorteil eines mehr auf das praktische Leben zugeschnittenen Bildungsganges mit Spezialkenntnissen im Versicherungs- und Arbeiterrecht vereinen. Nichtjuristen ganz auszuschließen geht natürlich schon aus pekuniären und sehr oft aus Gründen sozialer Art nicht. Ja, man hat mit ihnen schon manche gute Erfahrung gemacht, die einem über die schlimmen Erfahrungen hinweghilft. Aber ich möchte den Nichtfachmann in der Leitung einer Rechtsauskunftsstelle nur als Ausnahme betrachtet sehen und seine Anstellung nur nach reiflicher Überlegung und gehöriger Ausbildung vollzogen wissen.

Preussischer Ministerialerlaß über die Aufbringung der Kosten für gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen. Anlaßlich eines Gesuchs um staatliche Unterstützung einer gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe die Gesuchstellerin darauf hingewiesen, daß in erster Linie die Kreise und Gemeinden, in denen Rechtsauskunft in erheblichem Umfange erteilt wird, nach Möglichkeit zur Kostenaufbringung heranzuziehen seien. Weiter kämen mit Rücksicht darauf, daß die Rechtsberatung in gewerbereichen Gegenden vorwiegend für die Arbeiterklasse der Industrie, die in den Handelskammern ihre gesetzliche Vertretung finde, von Bedeutung und daß erfahrungsgemäß die gemeinnützige Rechtsauskunft auch für kleinere Kaufleute und für Handwerker sowie für die landwirtschaftliche Bevölkerung von nicht unwesentlichem Nutzen sei, Zuschüsse der Handelskammern, der Handwerkskammern und der Landwirtschaftskammern in Betracht. Endlich sei auch zu erwägen, ob nicht Sparkassenzuschüsse oder gemeinnützige Stiftungen für die Unterhaltung von Rechtsauskunftsstellen nutzbar gemacht werden könnten. — Dieser Hinweis dürfte mancher Rechtsauskunftsstelle, die mit materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, willkommen sein.

Das Gebaren einzelner sog. Musikhäuser ist von zahlreichen Rechtsauskunftsstellen, wie die Jahresberichte ergeben, in den letzten Jahren verfolgt worden. Es handelt sich um Firmen, die durch

ihre Reisenden vorzugsweise an Minderbemittelte Geigen und sonstige Musikinstrumente bei Zusicherung freien Musikunterrichts zu unverhältnismäßig hohen Preisen verkaufen.

Die gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle der Berg. Stahlindustrie in Remscheid hatte bereits in ihrem Jahresberichte — Ausgabe September 1909 — das Wesen solcher Musikhäuser gekennzeichnet. Es wird daher interessieren, daß es kürzlich der gemeinsamen Tätigkeit dieser Auskunftsstelle und der Rechtsberatungstelle für Minderbemittelte in Cassel gelungen ist, gegen eins dieser Musikhäuser, nämlich gegen das Musikhaus „Union“ in Cassel, in zwei Instanzen ein obliegendes Erkenntnis zu erzielen. Rechtsauskunftsstellen, die mit Angelegenheiten gegen jene, jetzt in Liquidation getretene Firma befaßt sind, werden gut tun, sich das Material der beiden genannten Rechtsauskunftsstellen zu nütze zu machen. — Sollte bei anderen Rechtsauskunftsstellen ebenfalls Material über Firmen der erwähnten Art vorhanden sein, empfiehlt es sich, von diesem Material, möglichst unter Beifügung der Akten, die auf Wunsch zurückgesandt werden, der Geschäftsstelle des Verbandes Lübeck, Parade 1, Kenntnis zu geben.

Eine von Anwälten geschaffene gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in St. Louis (Nordamerika) wird demnächst in Tätigkeit treten. Es ist dies, soweit bekannt, der erste derartige Fall in den Vereinigten Staaten, in dem der Anwaltsverein eine solche Stelle begründet hat; bisher sind derartige Stellen in Amerika entweder nur von eigens dafür gegründeten Vereinen oder nebenbei von Wohltätigkeitsgesellschaften begründet worden. Das Bureau von St. Louis wird unter der Oberleitung eines Komitees von 21 Anwälten stehen; ein juristisch gebildeter Beamter, unterstützt von einer Anzahl bezahlter und freiwilliger Kräfte, wird angestellt werden und soll seine ganze Arbeitskraft der Sache widmen. Die Rechtsuchenden erhalten die Rechtsauskunft unentgeltlich. Die bisher in St. Louis bestehenden, von Wohltätigkeitsvereinen begründeten Stellen werden mit dem Inslebentreten der neuen Rechtsauskunftsstelle aufgehoben.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Unfall- und Krankenversicherung der Seeleute in Österreich.

Vor kurzem sind von der österreichischen Regierung zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und den Fachbeiräten (Arbeitsbeirat, Industrierrat und Versicherungsbeirat) vorgelegt worden, die es sich zum Ziele setzen, die Unfall- und Krankenversicherung nun auch auf die in der Seeschifffahrt und Seefischerei erwerbstätigen Personen auszudehnen. Wie bekannt, haben die aus den Jahren 1887 und 1888 stammenden österreichischen Unfall- und Krankenversicherungsgesetze die Seeleute in den Kreis der Versicherungspflichtigen nicht miteinbezogen, sondern die Vorsorge für diese Personen einer Spezialgesetzgebung vorbehalten, die im Zusammenhange mit der Regelung der öffentlichen Rechtsverhältnisse der Seeleute erfolgen sollte. Da diese letzteren Modifikationsarbeiten jedoch auf mannigfache Schwierigkeiten stießen und bisher nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, entbehrten die österreichischen Seeleute der Wohltaten der Zwangsversicherung, welche die Angehörigen weit weniger gefährvoller Berufe seit mehr als 20 Jahren genießen konnten.

Dieser Umstand machte sich insbesondere auf dem Gebiete der Unfallversicherung sehr fühlbar, da sich in Anbetracht des steigenden Seeverkehrs von Zeit zu Zeit Katastrophen von bedeutender Ausdehnung ereigneten, deren Folgen die davon betroffenen Seeleute bzw. deren Hinterbliebene schutzlos ausgeliefert waren. Hinsichtlich der Krankenversicherung lag die Sache wohl besser, da das noch aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia stammende Ediktto politico di navigazione vom Jahre 1774 eine, allerdings unzureichende gesetzliche Fürsorge für erkrankte Seeleute eingeführt hat. Die Vorschriften dieses dem modernen Seewesen nicht angepaßten Gesetzes waren jedoch zu vage und trafen nur Vorsorge für die Verpflegung des kranken Personals an Bord und die in fremden Häfen wegen Erkrankung ausgeschifft Mannschaft.

Aus diesen Gründen plante die österreichische Regierung bereits im Zusammenhange mit der großen Reform der Sozialversicherung auch die Miteinbeziehung der Seeleute in alle Zweige der Versicherung einschließlich jener gegen Alter und Invalidität. Ein hierauf bezügliches Spezialgesetz wurde auch im Jahre 1908 ausgearbeitet und einer im Oktober 1909 in Triest abgehaltenen, von allen Interessentengruppen besetzten Expertise zur Begutachtung vorgelegt. Bei diesem Anlasse nun wurde von den Seeleuten der stürmische Ruf nach raschster Einführung der Sozialversicherung erhoben und mindestens, gleichsam als Notstandsmaßregel, die sofortige Ausdehnung der bereits geltenden Kranken- und Unfall-

versicherungsgesetze auf die Seeleute verlangt. Da auch die Reeder diesem Wunsche keinen erheblichen Widerstand entgegensetzten und der Zeitpunkt des Inlebensretens der großen Reform und Ausgestaltung der österreichischen Sozialversicherung noch völlig unbestimmt war, hielt es die Regierung für ihre Pflicht, den Seeleuten nicht länger die Wohltaten der Versicherung vorzuenthalten. Diefem Zwecke dienen nun die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe, deren Begutachtung in den Fachbeiräten der Regierung nahezu abgeschlossen ist, und die in kurzer Frist auch vom Reichsrate verabschiedet werden dürften. Im folgenden soll ganz kurz einiges über den Inhalt der Vorlagen mitgeteilt werden.

Der Unfallversicherung der Seeleute sind ziemlich weite Grenzen gezogen: dieselbe umfaßt hinsichtlich der zu versichernden Personen nicht nur alle Arbeiter und Betriebsbeamte der Seeschifffahrt und Seefischerei, sondern auch die zur Schiffsbesatzung gehörenden Unternehmer der Kleinbetriebe der Seeschifffahrt und Seefischerei. Letzteres vornehmlich deshalb, weil für diese Kleinunternehmer das Bedürfnis der Versicherung in gleicher Weise besteht wie für Arbeiter und Angestellte und weil auch in diesen Kategorien die Grenze zwischen Unternehmer und Arbeiter oft schwankend und nur schwer erkennbar ist. Es sind also alle Personen einbezogen, welche beruflich dem Seeschiffahrtsbetriebe dienen und hierbei den besonderen Seegefahren ausgesetzt sind. Die Versicherungspflicht erstreckt sich jedoch nicht auf das Personal ausländischer Fahrzeuge, hingegen wohl auf Ausländer, die auf inländischen Fahrzeugen Dienste verrichten. Gegenstand der Versicherung sind im allgemeinen die Folgen aller Unfälle, welche sich „im Betriebe“ oder „beim Betriebe infolge von Elementarereignissen“ ereignen. Diesen Unfällen gleichzuhalten sind Erkrankungen an Cholera, Pest, gelbem Fieber und Beriberi; durch diese Bestimmung wird der Gegenstand der Versicherung in erfreulicher Weise auf das Gebiet der dem Seemann in fremden Klimaten hauptsächlich drohenden Infektionskrankheiten erweitert. Das Ausmaß der Versicherung ist das gleiche, das das geltende österreichische Unfallversicherungsgesetz vom Jahre 1887 für alle anderen Kategorien der versicherten Personen vorsieht. Eine besondere Bestimmung gilt nur für den Anfall der Hinterbliebenenversicherung im Falle der Verschollenheit, indem die sonst für die Durchführung der Todeserklärung statuierte dreijährige gesetzliche Frist zugunsten der Hinterbliebenen auf ein Jahr verkürzt wird. Als Träger der Versicherung wird die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Triest in Aussicht genommen, bei welcher für diesen Zweig eine besondere Abteilung mit selbstständiger Vermögensgebarung errichtet werden soll. Die Zahlung der Beiträge trifft ausschließlich die Unternehmer; es gelangt also bereits das analoge, im großen österreichischen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung niedergelegte Prinzip zur Anwendung, daß die Lasten der Unfallversicherung ganz von den Arbeitgebern zu tragen sind.

Hinsichtlich der Krankenversicherung der Seeleute unterscheidet die Vorlage drei Fälle: Erkrankung im Inlande, Erkrankung während der Reise an Bord und Ausschiffung im Auslande wegen Erkrankung. Für die erste und dritte Eventualität allein hat nun die Versicherung einzusetzen, während die Fürsorge im zweiten Fall dem Reeder zur Last fällt, der für erkrankte Personen der Besatzung an Bord naturgemäß in gleicher Weise vorsorgen muß wie für erkrankte Passagiere. Dieser Fall ist somit kein Fall der Krankenversicherung, sondern der Krankenfürsorge, wird aber des untrennbaren Zusammenhanges wegen mit den beiden anderen Fällen der Versicherung in dem gleichen Gesetze geregelt. Was nun den Kreis der Versicherung anbelangt, so gelten die gleichen Bestimmungen wie bei der Unfallversicherung der Seeleute. Hinsichtlich des Krankengeldes und der übrigen Leistungen haben im allgemeinen die Vorschriften des österreichischen Krankenversicherungsgesetzes vom Jahre 1888 Anwendung zu finden mit der Maßgabe, daß die Leistungen erst mit dem Zeitpunkte der Ausschiffung des Erkrankten beginnen. Bei Ausschiffung im Auslande findet eine Erhöhung des Krankengeldes statt, und zwar um die Hälfte in ausländischen europäischen Häfen außerhalb der Levante, um den vollen Betrag in überseeischen und levantinischen Häfen. Das Krankengeld selbst ist durch das Konsulat bzw. durch den Schiffskommandanten vorzuschließen und von der Krankenkasse zurückzuerstatten. Die Krankenbehandlung hat der Konsulararzt zu übernehmen. Versicherungsträger ist im allgemeinen jene Bezirkskrankenkasse, in deren Sprengel der Heimathafen des Schiffes gelegen ist. Doch können auch Betriebs- oder Vereinskrankenkassen die Versicherung übernehmen. Bei Erkrankungen der Schiffsbesatzung während der Reise hat der Reeder — wie bereits erwähnt — die Pflicht, unentgeltlich ärztliche Hilfe, Heilmittel und therapeutische Behelfe beizustellen. Auf diese Art

sollen sich eben Krankenfürsorge auf Kosten des Reeders und Krankenversicherung auf Kosten der Kasse gegenseitig ergänzen.

Die vorstehend skizzierten Entwürfe sind im allgemeinen den Verhältnissen des österreichischen Seeverkehrs mit Geschick angepaßt und werden nach ihrer Gesetzgebung zur Verbesserung der Lage der österreichischen Seeleute wesentlich beitragen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Beratungen betrafen zunächst noch die „Gemeinsamen Vorschriften“. § 152, mit dessen Beratung die Beratung eines neuen § 352a verbunden wurde, der die Ausschaltung der üblichen Kündigungsgründe gegenüber den Ausschüß- und Vorstandsmitgliedern einer Betriebskrankenkasse während ihrer Wahlperiode verlangt, erhielt unter Ablehnung des § 352a folgende Fassung:

„Den Arbeitgebern und ihren Angestellten sowie den Versicherungsträgern ist untersagt, die Versicherten in der Übernahme oder Ausübung eines Ehrenamts der Reichsversicherung zu beschränken oder sie wegen der Übernahme oder der Art der Ausübung eines solchen Ehrenamts zu benachteiligen. Den Arbeitgebern und ihren Angestellten ist ferner untersagt, durch Übereinkunft oder Arbeitsordnung zum Nachteil der Versicherten die Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes ganz oder teilweise auszuschließen. Vertragsbestimmungen, die dem zuwiderlaufen, sind nichtig.“

Die §§ 157, 158, 165, 172 wurden im Gegensatz zur ersten Lesung nach der Regierungsvorlage wiederhergestellt. Unter nochmaligem Rückgriff auf § 23 wurde diesem die Bestimmung angefügt, wonach das Vermögen der Versicherungsträger auch in solchen auf den Inhaber laudenden Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Altkurs-Banken angelegt werden kann, welche die Reichsbank in Klasse I beleihet. Hierdurch soll die Disparität zwischen süddeutschen und norddeutschen Bankinstituten beseitigt werden. Im übrigen wurden die Bestimmungen des Ersten Buchs unverändert angenommen. — Darauf wurde in die Beratung des sechsten Buchs: Verfahren eingetreten. In § 1530 wurde bestimmt, daß ein Unfallanspruch auch noch nach Ablauf von zwei Jahren geltend gemacht werden kann, wenn eine neue Folge des Unfalls sich in wesentlich höherem (bisher höheren) Maße bemerkbar macht. In § 1555 (weitere Ermittlungen bei ungenügend geklärt Sachlage) wurde klarer zum Ausdruck gebracht, daß das Versicherungsamt vom Versicherungsträger beauftragt werden kann, einen Unfall zu untersuchen und aufzuklären. Neu eingefügt wurde folgender § 1558a:

„Ist das Versicherungsamt um die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen ersucht, so entscheidet dieses darüber, ob die Aussage oder die Eidesleistung verweigert werden darf. Gegen diese Entscheidung ist binnen einer Woche Beschwerde an das Obergerichtsamt zulässig. Dieses entscheidet endgültig.“

Zu den §§ 1564a bis 1572, die den Bescheid und Vorbescheid betreffen, lag ein aus 45 Paragraphen bestehender, unter Mitwirkung des Reichsamts des Innern zustande gekommener Kompromissantrag von Vertretern der Rechten einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Nationalliberalen und des Zentrums vor, der eine völlig neue Regelung dieses Teils des Verfahrens bezweckt. Der wesentlichste Inhalt dieser Vorlage ist folgender:

Die Entlastung des Reichsversicherungsamts soll dadurch herbeigeführt werden, daß bei Herabsetzung und Erhöhung von Unfallrenten wegen veränderter Verhältnisse der Refus ausgeschlossen wird, so daß die endgültige Entscheidung durch das Obergerichtsamt erfolgt. Als Ersatz für den Wegfall dieser Instanz wird dem Versicherten das Recht des Einspruchs gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaft gewährt, über den vor dem Versicherungsamt unter Zuziehung von Beisitzern verhandelt wird. Diese Verhandlung schließt aber nicht mit einer Entscheidung, sondern lediglich mit einem an das die Rente feststellende Berufsgenossenschaftsorgan zu erhaltenden Gutachten, worauf die Berufsgenossenschaft Endbescheid erteilt, der mit der Berufung beim Obergerichtsamt angefochten werden kann. Weiter soll ein Unterschied eingeführt werden zwischen vorläufiger Rente, die innerhalb zweier Jahre nach dem Unfall, solange die dauernden Unfallfolgen sich noch nicht übersehen lassen, gewährt werden kann, und Dauerrente, die nach Ablauf dieser Frist oder, wenn die dauernden Unfallfolgen früher zu übersehen sind, auch während dieser Frist festgestellt wird. Gegen den Bescheid, der die vorläufige Rente festlegt, soll gleichfalls der Einspruch gegeben werden, jedoch nur das Recht des Versicherten auf persönliches Gehör vor einem Organ der Berufsgenossenschaft oder nach seiner Wahl vor dem Versicherungsamt begründen. Nach dem Gehör, das ohne Zuziehung von Beisitzern stattfindet, erteilt die Berufsgenossenschaft Endbescheid, gegen den die Berufung an das endgültig entscheidende Obergerichtsamt zulässig ist. Bei Festsetzung der Dauerrente dagegen findet Einspruch mit Recht auf persönliches Gehör, Berufung und Refus an das Reichsversicherungsamt statt.

Diese Vorschläge wurden ohne wesentliche Änderung angenommen. Bei der Bestimmung, die dem Verletzten das Recht auf persönliches Gehör garantiert, wurde festgesetzt, daß die Kosten für die Reise zum Versicherungsträger sowie den entgangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen sind.

Statistik der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1909. Bei einer mittleren Gesamtbevölkerung von 63 879 000 Personen, und zwar 31 526 000 männlichen und 32 353 000 weiblichen, waren im Deutschen Reich auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes 1909 im ganzen 13 885 290 Personen, 9 928 478 männliche und 3 956 812 weibliche, gegen die Folgen von Krankheit versichert (für die Knappschaftskassen sind hier die Ergebnisse für das Jahr 1908 eingelegt, weil diejenigen für 1909 noch nicht feststehen). Überhaupt tätig waren im Jahre 1909 23 449 Krankentassen, durchschnittlich tätig 23 065 Krankentassen, und zwar 7993 Gemeindefrankenversicherungen, 4760 Orts-, 7892 Betriebs- (Fabrik-), 89 Bau-, 793 Innungskrankentassen, 1276 eingetragene und 142 landesrechtliche Hilfskassen sowie 170 Knappschaftskassen.

Die Gesamtzahl der gegen Unfall versicherten Personen betrug — nach Abzug der auf rund 3,4 Millionen zu schätzenden, in der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherung und in der Unfallversicherung für Land- und Forstwirtschaft doppelt Versicherten — im Jahre 1909 rund 28 767 000, darunter 14 854 000 Männer und 8 913 000 Frauen. Träger der Unfallversicherung waren 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften, 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und 545 staatliche, Provinzial- und Kommunalverwaltungsbehörden.

Die Invalidenversicherung umfaßte 1909 rund 15 449 800 Personen, 10 707 100 Männer und 4 742 700 Frauen. Als Träger dieses Versicherungszweiges bestanden 1909 81 Versicherungsanstalten und 10 zugelassene Kasseneinrichtungen.

In der Krankenversicherung (einschließlich der Knappschaftskassen für 1908) kamen 1909 5 540 825 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle vor, die 111 898 767 Krankheitsstage umfaßten. In der Unfallversicherung wurden 1 021 168 Unfälle (Verletzte) entschädigt, davon 139 070 zum ersten Male. Die Zahl der Invalidenrenten betrug 993 864, davon 115 264 neu bewilligt waren. Die Zahl der Altersrenten belief sich auf 119 640, darunter 11 008 neue Renten.

Die Summe der ordentlichen Einnahmen stellte sich in der gesamten Arbeiterversicherung auf rund 891 598 800 M., hiervon machten die Beiträge der Arbeitgeber 418 497 700 M., die der Versicherten 342 076 800 M. aus. Der Zuschuß des Reichs betrug 51 500 700 M. Die ordentlichen Ausgaben erreichten die Höhe von rund 598 924 200 M. ohne die Rücklagen zur Vermögensbildung.

Die Summe der Entschädigungsleistungen ist für die Krankenversicherung (einschließlich der Knappschaftskassen) auf rund 338 971 900 M., für die Unfallversicherung auf 162 266 100 M. und für die Invalidenversicherung auf 189 029 500 M. berechnet. Die Gesamtsumme der Entschädigungen hatte somit im Jahre 1909 bereits rund 690 Millionen Mark erreicht, was einer täglichen Leistung von 1,9 Millionen Mark entspricht.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung. Der Vorstand der Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft, die dem königlichen Eisenbahn-Zentralamt in Berlin angegliedert ist, hat beschlossen, für 1912 wiederum rund 3 000 000 M. zum Bau gesunder Wohnungen zu billigem Zinssatz bereitzustellen. Für 1911 hat die Kasse 2 900 000 M. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und bereits voll an gemeinnützige Baugenossenschaften vergeben.

Erholungsurlaub für Bahnunterhaltungsarbeiter in Preußen. Die Eisenbahnverwaltung hat sich entschlossen, den bisher unberücksichtigt gebliebenen Bahnunterhaltungsarbeitern künftig Erholungsurlaub unter Lohnfortzahlung zu gewähren. Den Streckenarbeitern, bei denen nach Art ihrer Beschäftigung ein Bedürfnis für eine mehrtägige Erholung anzuerkennen ist, soll von jetzt ab Urlaub nach den gleichen Grundätzen gewährt werden, wie ihn die Betriebsarbeiter (nach 7jähriger Dienstzeit 4, nach 10jähriger Dienstzeit 6 Tage jährlich) erhalten.

Landpachtung für Eisenbahner in Preußen. In einem Erlass des Ministers v. Breitenbach heißt es nach der „Zeitung des Vereins der Eisenbahnbeamten und Arbeiter“:

Für die Lebenshaltung der Arbeiter ist es von großem Nutzen, wenn sie ein Stück Land zur Bewirtschaftung pachten können. Es ist daher den Wünschen der Arbeiter auf Verpachtung von eisenbahnspezifischen Gelände nach Möglichkeit zu entsprechen. Soweit solches Gelände nicht zur Verfügung steht, lege ich es den königlichen Eisenbahndirektionen nahe, den Arbeitern eine andere Landpachtung zu vermitteln und zu erleichtern, wo sich günstige Gelegenheiten bieten. Vor-

allem wird es sich um solche Arbeiter handeln, die nach dem Stande ihrer Familien einerseits der Landbenutzung bedürftig sind, andererseits die Bearbeitung des Landes durch Familienmitglieder besorgen können, ohne selbst dem Interesse des Dienstes entzogen zu werden.

Wo entbehrliche Stücke benachbarter Staatsdomänen für Pachtland in Frage kommen, will der Minister nötigenfalls selbst wegen ihrer Vergabe an Arbeiter mit dem Landwirtschaftsminister in Verbindung treten.

Eine neue Arbeits- und Lohnordnung für die staatlichen Eisenbahner in den Niederlanden ist vom Ministerium am 15. Januar 1911 für die folgenden fünf Jahre in Kraft gesetzt worden. Allerdings ist den Forderungen des Personals nur ebenso sparsam wie bei der privaten holländischen Eisenbahngesellschaft, die gleichfalls eine neue Ordnung erließ, Rechnung getragen worden; manche Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten der früheren Entlohnungsverhältnisse sind beseitigt; Aufbesserungen für einzelne Gruppen sind in bescheidenem Umfang vorgenommen. Das Urlaubswesen und die Krankengeldfrage ist strenger geregelt. Die Regelung der Pensionsangelegenheit bleibt für alle Gesellschaften noch in der Schwebe, denn laut Erlass des Ministers bleiben die heutigen Bestimmungen vorläufig noch in Kraft bis zum 1. Januar 1913. Bis dahin will der Minister eine endgültige Regelung treffen. Die Eisenbahnervereinigungen sind mit der ganzen Neuordnung sehr unzufrieden.

Wohnungswesen.

Das Tempelhofer Feld.

Von Dr. Karl von Mangoldt.

Seit Monaten tobt nun der Streit um das Tempelhofer Feld und gerade in dem Augenblicke, wo diese Zeilen erscheinen, dürfte er den Reichstag beschäftigen. Wie liegen nun eigentlich die Dinge in dieser Sache und worum handelt es sich?*)

Zunächst die einfachen Tatsachen. Von dem an der südlichen Gemarkung von Berlin, aber innerhalb des Reichsbildes der Vorkommende Tempelhof belegenen großen alten Gerziers- und Paradeplatz der Berliner Garnison, dem Tempelhofer Felde, hat der Reichs-Militäriskus im vergangenen Sommer den kleineren westlichen Teil, umfassend etwa 140 bis 145 ha, für 72 Millionen Mark an die Gemeinde Tempelhof zur Bebauung verkauft und zwar ohne Vorbehalt der Genehmigung des Reichstags. Der Kreis Teltow, zu dem Tempelhof gehört, hat alsbald für die Zahlung des Kaufpreises Bürgschaft geleistet. Ungefähr gleichzeitig aber hat die Gemeinde Tempelhof zwar nicht das Eigentum, wohl aber das vollständige Verwertungsrecht an die Deutsche Bank übertragen, die ihrerseits zur Verwertung des Geländes die „Tempelhofer Feld Aktien-Gesellschaft für Grundstücksverwertung“ gegründet hat. An der Spitze dieser letzteren Gesellschaft steht der Kommerzienrat Haberland, der in Berlin als äußerst erfolgreicher, zugleich aber auch als durchaus rücksichtsloser Bodenspekulant bekannt ist. Um das westliche Tempelhofer Feld hatte sich außer Tempelhof und verschiedenen Terraingesellschaften ernsthaft auch die Stadt Berlin beworben, aber es wird ihr zum Vorwurf gemacht, daß sie sich dabei sehr langsam und lässig gezeigt habe. Nach der vom Reichsschatzamt bezw. vom Preussischen Kriegsministerium herausgegebenen Denkschrift könnte dieser Vorwurf nicht unberechtigt erscheinen; wenn man aber die neueren vom Berliner Magistrat gelieferten Daten dem entgegenhält, so kommt man doch zu dem Schlusse, daß Berlins Haltung in diesem Falle einwandfrei gewesen und der Vorwurf unberechtigt ist. Auf die Darlegung der interessanten und wichtigen Einzelheiten in dieser Richtung muß hier verzichtet werden.

Worum handelt es sich nun sozialpolitisch bei dieser ganzen Angelegenheit? Da ist denn vor allem zu sagen, daß die Lösung, welche nach dem Vertrag zwischen dem Militäriskus und Tempelhof der Sache gegeben werden soll, hygienisch, sozial und städtebaulich überaus schlecht ist. Zunächst mangelt es dabei durchaus an der notwendigen Einfügung der Verwertung des westlichen Tempelhofer Feldes in die jetzt allmählich Gestalt gewinnenden großen Gesamtpläne für Groß-Berlin. Weiter

*) Wer sich näher für die ganze Sache interessiert, sei auf die Schrift des Anstellungsvereins Groß-Berlin „Tempelhofer Feld und Volkswohl“ verwiesen. 64 S. 80 ff. Zu beziehen vom Verein. Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 80.

und vor allem aber wird es nach dieser kriegsministeriellen Lösung an den gerade für Groß Berlin so unbedingt notwendigen Freiflächen auf dem neuen Gelände fast ganz fehlen. Zwar sollen 43 % unbebaut bleiben, aber das ist nur 1 % mehr als gegenwärtig im besiedelten Gebiete des Stadtkreises Berlin bereits vorhanden sind, und überdies gehen diese 43 % fast ganz auf luxuriös breite Straßen und Zierplätze darauf. Die Bauweise, die leider nach den bis jetzt geltenden Bauordnungsbestimmungen zulässig ist und wohl auch mit nur geringen Abmilderungen tatsächlich eintreten dürfte, ist eine ausgeglichene Mietkafernenbauweise schlimmster Art: fünfgeschossige geschlossene Häuserreihen, Zubauung der einzelnen Grundstücke auf annähernd $\frac{2}{3}$ der Grundfläche, enge Höfe, die zum Teil noch wesentlich kleiner ausfallen dürften, als die umgebenden Gebäude hoch sind, und im ganzen eine Besiedlungsdichtigkeit, welche die gegenwärtige des Stadtkreises Berlin erreichen, ja sie wahrscheinlich sogar erheblich übertreffen wird. Das alles ist aber die notwendige Folge des ungeheuren Preises von 72 Millionen Mark, der auf den Quadratmeter Kettobauland, wenn man die Straßenkosten, den Gewinn der aufschließenden Gesellschaft usw. hinzuschlägt, auf ungefähr 125 M. auslaufen wird, so daß ein einziger Grundstück von 20 m Front und 40 m Tiefe rund 100 000 M. kosten würde. Mögen solche Preise vielleicht auch den in derartigen Lagen in und bei Berlin derzeit üblichen entsprechen, so lassen sie doch jede Rücksicht auf die so notwendige Annäherung an die modernen hygienischen und sozialen Anforderungen eines verbesserten Städtebaues durchaus vermissen. Endlich muß auch damit gerechnet werden, daß bei der Bebauung, wie das jetzt leider in den westlichen Berliner Vororten vielfach vorgekommen ist, die Kleinwohnungen weitgehend ausgeschloffen werden, und daß überhaupt, wenn das Gelände einmal der Bodenspekulation ausgeliefert wird, eine rücksichtslose Ausnutzung stattfindet.

Es ist ziemlich einfach, zu sagen, wie demgegenüber die richtige Lösung ungefähr aussehen müßte. Wenn das westliche Tempelhofer Feld angesichts seines hohen Geländewertes und angesichts der großen Geldbedürfnisse des Militärfiskus nun einmal nicht unbebaut bleiben kann, so dürfte es doch wenigstens nur auf der Grundlage einer anständigen, die modernen Reformforderungen wenigstens einigermaßen berücksichtigenden Ausnutzung ver- und bewertet werden. Wenn man auch nicht verlangen kann, daß der Staat der Groß-Berliner Bevölkerung Geschenke macht, so muß man doch verlangen, daß er den gekennzeichneten grundsätzlichen Standpunkt bei seiner Preisbemessung genügend beachtet, und nicht jede städtebauliche Reform von vornherein dadurch im Keime erstickt, daß er wie ein geriebener Bodenspekulant die äußerst möglichen, bei uns bekanntlich auf den größten Mißständen beruhenden Baustellenwerte herauspreßt. Es müßte also von vornherein der Fiskus einen erheblich geringeren Preis zugrunde legen, und dies könnte um so mehr verlangt werden, als von 1903 bis 1907 wesentlich schärfere Bauordnungsbestimmungen für das Tempelhofer Feld, bei denen nur eine erheblich geringere Ausnutzung möglich war, bestanden haben und erst im Herbst 1907 durch die jetzigen viel schlechteren ersetzt worden sind. Um aber etwas wirklich Gutes zu leisten, namentlich um Freiflächen in einem Ausmaße zu retten, daß sie auch für die zahlreichen umwohnende Berliner Bevölkerung ausreichen, müßte weiter die Stadt Berlin ein wesentliches Opfer von einer ganzen Anzahl von Millionen bringen, die dem an den Fiskus zu zahlenden Preis abzuschreiben und auf deren Rentabelmachung zu verzichten wäre. Auf der so geschaffenen ganz anderen Preisgrundlage wären dann eben eine sehr viel bessere Bauweise und erheblich größere Freiflächen zu schaffen. Außerdem wäre für die oben bereits berührte Einfügung in einen Gesamtplan für den Groß-Berliner Süden und für Sicherheit gegen den Ausschluß von Kleinwohnungen und andere Mißbräuche der Bodenspekulation zu sorgen. Und das alles wäre vor der endgültigen Erledigung des ganzen Geschäftes sicherzustellen.

Praktisch ist derzeit nun wenigstens eine Annäherung an diese Lösung nur noch möglich durch ein besonders großes Opfer der Stadt Berlin. Denn wenn auch nach wie vor ein Preisnachlaß vom Militärfiskus verlangt werden muß, so wird dieser Nachlaß, nachdem die Sache einmal so weit gediehen ist, doch kaum so stark ausfallen, wie er an und für sich notwendig und berechtigt wäre. Um so mehr müßte also die Stadt Berlin in die Bresche treten. Damit hängt aber die Eingemeindungsfrage zusammen. Man kann es der Stadt Berlin wirklich nicht zumuten, daß sie viele Millionen opfern soll, um vor ihren Toren ein besonders schönes und gesundes Viertel zu schaffen, das zu einer anderen Gemeinde gehört und das damit den sowieso schon so starken Abzug der steuerkräftigen Elemente aus Berlin noch we-

sentlich vermehren würde. Es wäre also zu verlangen, daß Tempelhofer oder wenigstens das westliche Tempelhofer Feld in Berlin eingemeindet wird unter der Voraussetzung, daß Berlin die hier bezeichneten Opfer bringt; und von der preussischen Regierung ist zu fordern, daß sie in diesem Ausnahmefalle wenigstens ihren bisherigen Widerstand gegen Eingemeindungen nach Berlin aufgibt. Mit dem allen ist aber auch die Frage, ob Berlin oder Tempelhofer das westliche Tempelhofer Feld erhalten soll, schon beantwortet, denn es versteht sich von selbst, daß die Gemeinde Tempelhofer die hier nötigen großen Opfer nicht bringen kann und die Banken und Erwerbsgesellschaften sie selbstverständlich nicht bringen wollen.

Nun könnte man ja vielleicht sagen, daß die ganze Angelegenheit doch schließlich nur eine Berliner Lokalangelegenheit sei und weitere Bedeutung nicht besitze. Das ist aber durchaus unrichtig. Die Sache hat vielmehr eine weittragende allgemeine sozialpolitische Bedeutung. Zunächst würde, wenn die hier bezeichnete Lösung erreicht wird, endlich einmal wirksam Bresche geschlagen in das bisher übliche, so verderbliche Berliner Mietkafernen- und Bodenausnutzungssystem. Es könnte nicht ausbleiben, daß dieses Beispiel von den wohlthätigsten Folgen für die weitere bauliche Entwicklung von Groß-Berlin wäre. Auch die Tatsache, daß in diesem wichtigen Falle alle die jetzt, wie schon gesagt, im Gange befindlichen Groß-Berliner Gesamtpläne gebührende Rücksicht genommen würde, würde sehr aufmunternd und fördernd wirken. Nicht minder wichtig aber wäre, daß die Stadt Berlin auf diese Weise auf dem Gebiet der Boden- und Wohnungspolitik, auf dem sie ja bisher wirklich nicht gerade Hervorragendes geleistet hat, eine große sozialpolitische Tat vollbrächte. Auch das würde weitere sehr gute sozialpolitische Früchte tragen, namentlich auch durch Stärkung der Reformströmung in der Berliner Stadtverwaltung selber. Weiter ist nicht zu übersehen, welche außerordentliche Bedeutung für die Boden- und Wohnungsfrage im ganzen Lande eine solche Wendung in den Berliner Verhältnissen hätte. Berlin ist bisher auf diesem Gebiet ein Beispiel des Schlechten, das äußerst ungünstig wirkt. Um so höher müßte die Wirkung eingeschätzt werden, wenn sich dieses Beispiel des Schlechten allmählich in ein Beispiel des Guten umwandelte. Endlich hängt diese Tempelhofer Frage auch eng zusammen mit dem großen Problem der Verwendung des zahlreichen fiskalischen Landes in und bei unseren Städten, das allmählich für seine bisherigen Zwecke überflüssig und für die städtische Verwendung frei wird. Es handelt sich hier um sehr bedeutende Landmassen, man denke nur z. B. an die fiskalischen Wälder, an freiverwendendes Eisenbahngelände, an die Entfestigungen, an die zahlreichen allmählich zur Aufgabe kommenden Exerzierplätze usw. Hier ist eine außerordentlich große, beinahe einzigartige Gelegenheit gegeben, unsere ja fast sämtlich viel zu dicht gebauten Städte noch durchgreifend zu verbessern, große Freiflächen anzulegen, Musterfriedhöfe zu schaffen u. dergl. mehr.

Angesichts dessen gilt es, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß diese großen Reformmöglichkeiten nicht durch eine einseitig fiskalische Behandlung der Sache zunichte gemacht, sondern daß vielmehr durch ein Kompromiß zwischen dem Fiskus und den Städten die große Reform auch wirklich zustande gebracht wird. Finanziell würde damit übrigens der Fiskus voraussichtlich lesten. Endes gar nicht schlecht fahren, denn wenn er auch für das einzelne Stück Land erheblich weniger bekäme, so würde er doch die ganze Masse seines überflüssigen Landes viel schneller und sicherer los — ein Gesichtspunkt, der bei dem jetzt zu beobachtenden, allmählich eintretenden langsameren Wachstum unserer Städte von erheblicher Wichtigkeit ist. Es wäre ein außerordentlicher Augenblick des Tempelhofer Falles, auf den sich ja jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit richtet, wenn es dieses große grundsätzliche Problem des fiskalischen Landes in und bei unseren Städten auf die Stufe bewußter Klarheit und sozialpolitischer Wollens höbe.

Die Entscheidung der Tempelhofer Angelegenheit liegt jetzt zunächst beim Reichstag. Er hat im vergangenen Jahre in einer Resolution ausdrücklich verlangt, daß die öffentlichen Interessen bei Verkauf des Tempelhofer Feldes zu wahren seien. Selbst wenn man die Frage, ob der zwischen dem Militärfiskus und Tempelhofer abgeschlossene Vertrag ohne Genehmigung des Reichstages ungültig ist oder nicht, ganz beiseite läßt, so ist doch kein Zweifel, daß der Reichstag durch Ablehnung der betreffenden Eingemessung im Etat die Regierung zum Rückzuge nötigen kann; dieser aber wiederum stehen Druckmittel genug zur Verfügung, um die Gegenparteien zum Rücktritt von dem für sie übrigens wahrscheinlich gar nicht einmal so sehr vorteilhaften Geschäft zu bewegen. Weit besser aber wäre es natürlich, wenn die Sache in

Güte auf den Weg des Kompromisses geleitet würde. Aber über den Tempelhofer Fall hinaus sollte der Reichstag sich des Problems in seiner ganzen sozialpolitischen Bedeutung annehmen. Er sollte sich eine Übersicht des in und bei unseren Städten für den Verkauf in Betracht kommenden militärisch-fiskalischen Landes vorlegen lassen und sich für dessen angemessene Verwendung einsetzen. Der gegenwärtige Reichstag könnte da jetzt kurz vor seinem Ende noch den Anstoß zu einer sozialpolitisch außerordentlich wertvollen Tat geben. Aber auch der preussische Landtag ist auf dem Umwege über die Bebauungsbestimmungen zum Eingreifen berufen. Andererseits kommt aber natürlich außerordentlich viel auf die Haltung der Stadt Berlin an. Die Stadt Berlin ist zu großen Opfern in dieser Angelegenheit bereit, wie denn ohne solche Opfer von ihrer Seite die Sache nicht zu machen ist. Aber es hat bisher daran gefehlt, daß dieser Opferwille auch nach außen in entschiedener Weise offenbart und festgelegt wurde, was sicher eine überraschend gute Wirkung haben würde. So muß von allen interessierten Seiten ständig weiter gearbeitet werden. Dann ist zu hoffen, daß doch noch eine annehmbare Lösung erzielt werden und daß das Tempelhofer Feld in den großen Fragen unseres Städtebaues und unserer Wohnungsreform letzten Endes noch nicht das schlechteste Kapitel sein wird!

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Geschichte der Krankenpflege. Die Entwicklung der Krankenpflegesysteme von Urzeiten bis zur Gründung der ersten englischen und amerikanischen Pflegerinnenkassen. Von M. Adelaide Nutting und Lavinia L. Dock. Überlegt von Schwester Agnes Karll, Vorsitzende der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands. 1. Bd. mit 59 Bildern. Verlag von Dietrich Reimer, Berlin SW. Nr. 10 M.

Die beiden Verfasserinnen, die selbst führende Stellungen in der amerikanischen Krankenpflegerinnenbewegung sowie im Hospitalwesen einnehmen, haben mit großem Fleiße alle Materialien zusammengetragen, die nur irgendwie über die Zustände im Krankenpflegewesen sowie über die Organisation krankenspflegerischen Dienstes zu finden waren. Sie haben es verstanden, das reiche Material übersichtlich zu ordnen und in fesselnder Weise darzustellen. Es fallen von den Darstellungen der behandelten Sachfragen auch sehr lehrreiche Streiflichter auf die allgemeinen Zustände der verschiedenen Zeitepochen, denn die Entwicklung der sozialen Hygiene und die Art der Fürsorge für die Kranken ist ein Gradmesser für die Kulturhöhe. Es ist erstaunlich, wie hoch in dieser Hinsicht schon manche alten Völker standen; es folgen dann auch wieder Epochen traurigen Niederganges, die aber durch opferwillige Arbeit und teilweise geniale Initiative auch wieder Wandlungen zur Besserung erfahren.

Säuglingschutz durch Staat, Gemeinden und Private innerhalb des deutschen Sprachgebiets. Von Dr. Adolf Würz, dirigierendem Arzt der Säuglingsheilstätte und Gemeindewaisenarzt der Stadt Straßburg. Preisschrift der Lamey-Stiftung der Kaiser-Wilhelm-Universität Straßburg. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke. 1910.

Die Schrift ist eine übersichtliche Zusammenstellung der verschiedenen Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge zur Anwendung gelangen, und zwar Säuglingsfürsorge im weitesten Sinne, von der Wohnungsreform an durch alle Gebiete des Mutter- und Säuglingschutzes bis zur Ausbildung der Ärzte und Hebammen.

Preussisches Kommunalarchiv für Stadt- und Landgemeinden, Provinzial-, Kreis- und Amtsverbände. Zeitschrift für Rechtsprechung und Verwaltung auf dem Kommunal- und Polizeigebiete. Sammlung der ergehenden Gesetze und Ausführungsbestimmungen, der gerichtlichen und verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen sowie der Erlasse der Zentralbehörden. Unter Mitwirkung anderer herausgegeben von Kurt von Rohrscheidt, Regierungsrat in Merseburg. Berlin 1910. Verlag von Franz Vahlen.

Die Zeitschrift will ein Gegenstück und zugleich eine Ergänzung zum „Gewerbearchiv für das Deutsche Reich“, zum „Preussischen Volksschularchiv“ und zum „Preussischen Pfarrarchiv“ sein, das das für die Verfassung und Verwaltung der Kommunen wichtige übrige Recht gesammelt, gesichtet und systematisch geordnet fortlaufend darbietet und durch Bezugnahme auf bereits ergangene Entscheidungen und Erlasse den Zusammenhang mit dem seitherigen Rechtszustande aufrecht erhält. Der gesamte Stoff ist in 12 Abteilungen gegliedert, darunter Verfassung und Grundlagen der Gemeinden; Kommunale Einrichtungen und Anstalten; Beamtenrecht; Vereins- und Versammlungsweisen; Armen- und Vormundschaftsrecht; Heimatwesen; Standesamt; Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; Arbeiterversicherung. Außerdem enthält jedes Heft

— 4 Hefte bilden einen Jahrgang — einige Abhandlungen und Bücherbesprechungen. Der jetzt abgeschlossene vorliegende erste Jahrgang zeigt, daß die neue Sammlung auf manchen Gebieten einem Bedürfnisse entspricht. Von den Abhandlungen seien genannt: Wertzuwachssteuer von Stadtrat Dr. Glücksman-Rixdorf; Die rechtliche Stellung des Bürgermeisters zum Magistratskollegium und dessen Mitgliedern von Stadtrat und Privatdozent Dr. Krahmer-Halle a. S.; Das Bauschöffenamt von Kriegsgerichtsrat Dr. Gils-Beck, Neue städtische Steuer- und Finanzfragen von Beigeordnetem Dr. Scholz-Düsseldorf.

Die Annahme-, Prüfungs-, Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten in den Groß- und Mittelstädten sowie in großen Landgemeinden Preußens. Herausgegeben vom Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens (e. V.), bearbeitet von Wolff, Stadtrechnungsrevisor zu Kassel. Kassel 1910.

Das Werk enthält in kurzgefaßter Form die Annahme-, Prüfungs-, Anstellungs- und Besoldungsbestimmungen für die Beamten in allen preussischen Städten bis zu 10000 Einwohnern und in einer Reihe größerer preussischer Landgemeinden. Das Werk wird eine Fülle von Umfragen, die bisher regelmäßig notwendig waren, wenn sich eine Gemeinde oder einzelne ihrer Beamtengruppen über die in Frage kommenden Verhältnisse in anderen Gemeinden orientieren wollten, überflüssig machen, ebenso ist es aber auch, wie der Verfasser mit Recht hervorhebt, geeignet, der großen Zahl von Beamtenanwärtern als übersichtlicher und wertvoller Ratgeber und Wegweiser zu dienen. Es ist zum Selbstkostenpreise von 3 M durch die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens in Trier zu beziehen.

Die staatswirtschaftliche Bilanz eines Jahrhunderts. Ein Vortrag von Carl Beurle. Jüng 1910. J. Steurer. Nr. 0,50 M.

Die Entwicklung der Großen Berliner Straßenbahn und ihre Bedeutung für die Verkehrsentwicklung Berlins. Von Dr. Eduard Buchmann, Berlin 1910. Julius Springer, Nr. 2,— M.

Ein offenes Wort aus Deutsch-Südwest. Von Konrad Fischer. Flugchriften des Alldeutschen Verbandes, Heft 28. Leipzig. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Nr. 0,50 M.

Die Grund- und Bodenfrage in Deutsch-Südwest-Afrika. Von Wilhelm Jöller. Chinas Erwachen. Von Hofrat Dr. C. Spielmann. Kolonialpolitische Abhandlungen. 2. Heft. Leipzig 1909. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Nr. 0,50 M.

Der Staat im Wandel der Jahrtausende. Studien zur Geschichte des Staatsgedankens. Von Dr. Sam. May Moland. Stuttgart 1910. Ferdinand Enke. Nr. 11,— M. 803 S.

Die Ursachen der allgemeinen Wirtschaftskrisen sowie die Mittel und Wege zur wirtschaftlichen Wohlfahrt nebst einer Betrachtung über die Reichsfinanzreform. Von Bruno Köhler. Leipzig 1909. Verlag Deutsche Zukunft G. m. b. H. Nr. 0,50 M.

Das öffentliche Meliorationswesen in Preußen. Ein Überblick mit besonderer Würdigung der Erfolge in Westfalen. Von Dr. jur. et rer. pol. P. Fr. Koch. Leipzig 1910. Verlag C. L. Hirschfeld. 212 S.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Zürich. Fünfter Jahrgang. 1909. Kommissionsverlag Raschen & Co. (Weyer & Zellers Nachfolger). 1910.

Statistik des hamburgischen Staates. Herausgegeben vom Statistischen Bureau. Heft XXV: Grundstücke, Wohnungen, Geschäftsräume, Mietsen und Haushaltungen im hamburgischen Staat (Volkszählung 1906, 3. Teil) nebst Ergebnissen der Grundstücksaufnahmen der Jahre 1906 bis 1909. Hamburg. Otto Meißners Verlag. 1910.

Die Milchwirtschaft in Bayern. Heft 78 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. Herausgegeben vom Kgl. Statistischen Landesamt. München 1910. J. Lindauer'sche Buchhandlung (Schöpping).

Obdachlosenfürsorge in deutschen Städten. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt München. Sonderabdruck aus Band XXII. München 1910. J. Lindauer'sche Buchhandlung (Schöpping).

Vettel und Landstreicherei im Königreich Bayern von 1893 bis 1899. Eine kriminalstatistische Studie nach amtlichem Material bearbeitet von Dr. Ferdinand Knoblauch. Statistische und national-ökonomische Abhandlungen, herausgegeben von Prof. Dr. Georg von Mayr, München. Heft IV. München 1910. Ernst Reinhardt, Verlagsbuchhandlung.

Das Kurpfuscherium als Problem. Von Alexander de Corti, Berlin. Die gesetzlichen Handhaben gegen Auswüchse der Kurierfreiheit. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Martin Beradt, Berlin. Die Bedeutung der Caritas für das Heilwesen. Von Dr. phil. Paul Kirchner, Karlsruhe-Berlin. Schriften über Wesen und Bedeutung der Kurierfreiheit. Herausgegeben vom Bund für freie Heilkunst e. V. Erste Reihe. Heft I, II und III. Verlag von Emil Cbering. Berlin 1910.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelgenuss ist 60 Pf. für die dreispaltige Beilage.

Die

Geheimsekretärstelle

des Verbandes badischer Handwerker-Genossenschaften, e. V. Karlsruhe, soll sobald als möglich neu besetzt werden. In Betracht kommen Persönlichkeiten, die mit den wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Verhältnissen des Handwerks im allgemeinen und mit den erwähnten Verhältnissen und der Eigenart des badischen Handwerks im besonderen genügend vertraut sind. Gründliche Schulung im gewerblichen Genossenschaftswesen, genaue Kenntnis der gewerblichen Gesetzgebung und Erfahrung auf wirtschaftspolitischem und kaufmännischem Gebiet sind notwendige Voraussetzungen.

Die Aufgabe des Sekretärs besteht neben der Erledigung des Schriftwechsels und der Kassensführung des Verbandes hauptsächlich in der sachverständigen Beratung der Beteiligten bei Gründung, Einrichtung der Buchführung und Geschäftsführung der einzelnen Handwerker-Genossenschaften.

Bewerber mit entsprechender Vorbildung und rednerischer Befähigung wollen Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung bis spätestens 1. März d. J. an Herrn Verbandsdirektor **Karl Moser**, Karl-Friedrichstraße 22, in Karlsruhe richten.

Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von **Gustav Schmoller**.

XXXV. Jahrg. 1. Heft. Preis: 12 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Aufsätze. Carl Geibel. Ein Nachruf von Gustav Schmoller. — Die Vereinigten Malaienstaaten. Von Heinrich XXXII. Prinz Neuh j. L. — Leopold II. und die Entwicklung des Kongostaates. Ein historisch-psychologischer Versuch. Von G. R. Anton. — Die Erforschung des lebenden Rechts. Von Eugen Ehrlich-Gernowik. — Verträge. II. Von Paul Dehn-Jehendorf. — Die in Halle 1702 anonym erschienene „Fürstliche Macht-Kunst“. Von Georg Schaumann-Gellingfors. — Die „sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten“ der Reichsbank in „Lichte des Publizitätsprinzips“. Von Ludwig Bendix-Berlin. — Fürst Bismarck und das Tabaksmonopol. Von Heinrich v. Böhmer. — Die Holzbegünstigung des Handels zwischen Deutschland und seinen Kolonien. Von Karl Rathgen. — Wirtschaftsergebnisse eines mittleren bauerlichen Betriebes im baltischen Bergland 1888–1909. Von Hans R. Rudloff. — Moral und Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer. Von Franz Meißel-Prag. — Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre. Zweite Nachlese. Von Ferdinand Tönnies.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Soeben sind neu erschienen:

Die Landesbank der Rheinprovinz.

Von

Helmuth Poensgen.

(Forschungen, staats- und wissenschaftliche von Schmoller. Heft 153.)

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Quellenangabe. I. Die verschiedenen Organisationsformen des Grund- und Korporationskredits. II. Geschichte der Landesbank. 1. Die Immobilien- und Grundkreditverhältnisse in der Rheinprovinz um 1850. 2. Gründung und Organisation der Rheinischen Provinzialbank. 3. Ausbau der Hilfskassen zur Landesbank der Rheinprovinz. III. Organisation und Verwaltung der Landesbank. 1. Haftung des Provinzialverbandes. 2. Verwaltungsorgane. 3. Privilegien der Landesbank. IV. Die Betriebsmittel der Landesbank. 1. Ihre Fonds. 2. Die Kapitalien aus dem regulären Bankverkehr. a) Depositionen. b) Kontokorrentgelder. 3. Durch Ausgabe von Rheinprovinzialanleihebescheinigungen beschaffte Kapitalien. V. Tätigkeit und wirtschaftliche Bedeutung der Landesbank. A. Die Landesbank als Finanzinstitut der Provinzialverwaltung. 1. als Kasseninstitut. 2. als Bankinstitut. a) Annahme der Provinzialgelder als Depositionen. b) Gewährung kurz- und langfristigen Kredits. 3. als Erwerbsinstitut. B. Die Landesbank als Zentralstelle der öffentlichen Kassen, besonders der Sparkassen der Rheinprovinz. C. Die Landesbank als Korporations- und Hypothekarkreditinstitut. 1. die Verbindung beider Kreditarten; Konkurrenz der Darlehensgenossen. 2. die Landesbank als Korporations- und Kommunalkreditinstitut. 3. die Landesbank als Hypothekarkreditinstitut für den städtischen Grundbesitz. 4. die Landesbank als ländliches Grundkreditinstitut. a) Zweck und Form des ländlichen Grundkredits. b) andere Kreditgeber für den ländlichen Grundbesitz in der Rheinprovinz. c) der ländliche Hypothekarkredit der Landesbank.

Diskontopolitik.

Gedanken über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie von

Otto Schwarz,

Geheimer Oberfinanzrat.

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: Allgemeines über Diskontopolitik. Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontopolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. Diskontpolitische Hilfsmittel. 1. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Erleichterung des Goldengangs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufpreis. Erschwerung des Goldengangs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämienpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Goldersparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Goldmarkts. 2. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Diskontveränderungen als wirksamstes Mittel der Diskontpolitik. Gesamtergebnis der Diskontpolitik in England, Frankreich und Deutschland. I. Einschränkung der Diskontpolitik. Einfluss des gesamten Wirtschaftslebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsbilanz. Luxus. Vorhandensein weiterer der Durchschnittsdiskontsätze beeinflussender Faktoren. Einfluss der bankverfassungsrechtlichen Vorschriften auf den Diskont. Verfassungsgesetze der Bank von England. Verfassungsgesetze der Reichsbank. Verfassungsgesetze der Bank von Frankreich. Einfluss der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontpolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittelbaardeckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkontingentierung in Deutschland. Einschränkung der Barzelddirkulation in Deutschland. Einfluss des gesamten Bank- und Kreditsystems auf die Diskontpolitik. Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluss der Grossbankentwicklung auf die Stellung der Zentralbanken im allgemeinen. II. „Freie“ Bank- und Diskontpolitik. Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestition in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Die Anfänge Karls V.

Von

Andreas Walther.

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Vorgeschichte. I. Burgund. a) Personengeschichte und politische Geschichte. b) Die Familien Luxemburg und Croy. c) Abfall fast des ganzen alten Hochadels während der ersten Regentschaft Maximilians. d) Der Maximilian ergebene Teil des Hochadels. e) Aufsteigen des Herrn von Chièvres unter Philipp dem Schönen. f) Bedeutung der Franche-Comté. — 2. Spanien. a) Die Probleme der burgundischen Politik. b) Königtum und Adel in Kastilien. c) Zusammentreffen Burgunds und Spaniens unter Philipp dem Schönen. — II. Margarete. a) Verwaltungsorgane für die äussere Politik. b) Die Liga von Cambray. c) Die Heilige Liga. d) Margarete im Kampf mit den burgundischen und kastilianischen Nationalisten. — III. Chièvres. a) Geschichte der Beurteilung Chièvres. b) Die Emanzipation Karls V. c) Versöhnung und Konsolidierung nach dem Tode Ferdinands des Katholischen. d) Gattinara und die universalen, antifeudalen Tendenzen. e) Werden der Persönlichkeit Karls V.

Die Wirtschaftsbücher

zweier Pfarrhäuser des Leipziger Kreises im vorigen Jahrhundert.

Ein Versuch zur Frage nach den Lebenskosten

von **Georg Brand.**

Preis: 3 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Widmung. — Einleitung. — Quellen und Ziel der Arbeit. — Wahl der Methode. — Ort. Land und Leute. Verkehr. — Zeiten. — Familien und Hausstände. — Einkommen. — Art der Haushaltungen. Lebensbedingungen. — Zu den Tabellen. — Bilanz. Schwankungen in den Ausgaben. — Schlussbemerkung. — Literatur. — Tabelle I–XXIV.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten. Von † Stadtrat Dr. E. Muensterberg. 641
- Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. 645
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. 649
- Gesellschaft für Soziale Reform. Ortsgruppe Königsberg i. Pr. der Gesellschaft für Soziale Reform. 650
- Allgemeine Sozialpolitik. 650
- Tarifverträge und Arbeiterschlüsse in der Marineverwaltung. Lob der deutschen Sozialpolitik im Seemannsberufe. 651
- Soziale Zustände. 651
- Keine Heimarbeiterausstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden. Sozialpolitische Anstandsspflichten der Kundschaft im Verkehr mit Rechtsanwaltsbüros. 652
- Die Gehälter der Techniker im Berliner Eisenkonstruktionsgewerbe. 653
- Nachschiffe. 653
- Unzulässigkeit des Abzugs von für die Urlaubsgeld gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt. Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer anderen Angestellten zur Krankenkasse. Teilweise verbliebene Arbeitsfähigkeit eines im Eisenbahnbetriebe Verunglückten. 654
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 654
- Die Entwicklung der Arbeitsstatistikverträge in den deutschen Gewerben 1907—1909. Die Reichstatistikverhandlungen im Lichtdruckgewerbe. Ein Bäckertarifvertrag mit Nachtarbeitverbot. 655
- Organisationen der Arbeiter, Schiffs-, Angestellten und Beamten. 656
- Aus den christlichen Gewerkschaften. Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband. Arbeiterheime in Deutsch-Osterreich. Streiks und Aussperrungen. 658
- Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Ein Kampf um den Neunhunderttag in der Weissenfelder Schmelzindustrie. Arbeiterbewegung in der Steinindustrie. Passive Resistenz der Triester Staatsbeamten. 660
- Arbeiterschutz. 660
- Die Sonntagsruhe im Berliner Handwerksberufe. Aus der Gewerbeordnungs-Kommission. Der niederländische Gesetzesentwurf zur Unterdrückung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Für das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien Frankreichs. Arbeiterversicherung. Spartakisten. 660
- Die Angestellten-Versicherung. V. bis VII. Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Rundgebung der Landesversicherungsanstalten zur Reichsversicherungsordnung. 665
- Volkserziehung. 665
- Die „Schulgemeinde“ des Professors Probingen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat über den Jugendschutz. Die Wanderausstellung gegen die Schundliteratur. Von wirtschaftlicher Unterricht für Soldaten. 1. Sozialer Kursus für öffentliche Beamte. 667
- Volksgesundheit. 667
- Die Ernährung auf dem Lande. Eine kommunale Mutterschaftskasse. Eine städtische Schulgesundheitsklinik in Nürnberg. Die Luft in den Fabrikräumen. Literarische Mitteilungen. 669

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten.

Von † Stadtrat Dr. E. Muensterberg.*)

Kürzlich wurde in der Versammlung der Berliner Stadtverordneten die Fürsorge für Kinder in Heim- und Heilstätten

*) Wir erhalten diesen Aufsatz des verstorbenen Verfassers mit einem Schreiben vom 6. Februar, in dem es heißt: „Wenige Tage vor

eingehender Erörterung unterzogen und durch einen mehr zufälligen äußeren Umstand die öffentliche Aufmerksamkeit stärker, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre, auf diesen Gegenstand gelenkt. Es handelte sich darum, daß Kosten für die Entsendung von Kindern in derartige Stätten, die für das Jahr 1910 bewilligt waren, zum Teil für Kuren verwendet sind, die in das letzte Vierteljahr von 1909 entfallen. Es bedarf keiner Ausführung, daß diese durch einen bedauerlichen Irrtum hervorgerufene Verfügung über die für ein bestimmtes Etatsjahr bewilligten Gelder durchaus dem Staatsrecht der Stadtverordnetenversammlung widerspricht und mit Recht gemißbilligt wurde. Doch hat die Erörterung der Frage für die weitere Öffentlichkeit insofern ein Interesse, als eben dieser Vorfall im letzten Grunde auf eine Schwierigkeit zurückzuführen war, mit der die Berliner Armenverwaltung, so gut wie andere Armenverwaltungen, seit Jahren zu kämpfen hat.

Das Problem ist, inwieweit die Behandlung von Kindern in Heil-, Heim- und Erholungsstätten zu den Aufgaben der gesetzlichen öffentlichen Armenpflege gehört, d. h. inwieweit öffentliche Mittel durch die Armenpflege für diese Zwecke verwendet werden müssen, oder ob es sich um einen Akt der Wohltätigkeit handelt, der von der Stadtgemeinde geübt werden kann, aber nicht geübt werden muß. Während die erste Alternative zur Folge hat, daß die Mittel ebenso wie für die andern Zwecke der öffentlichen Armenpflege im Rahmen des Bedürfnisses, d. h. unter Voraussetzung der Feststellung dieses Bedürfnisses unbefristet zur Verfügung zu stellen sind, wird im andern Falle nur so viel oder so wenig dafür verwendet, wie die Stadtgemeinde im Verständnis ihrer sozialen Aufgabe hierfür zur Verfügung zu stellen geneigt ist.

Der gegenwärtige Stand der Sache ist nur im Lichte der historischen Entwicklung verständlich. Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, seit mehr als einem Vierteljahrhundert der Bewegung auf dem Gebiete des Armenwesens wissenschaftlich und praktisch gefolgt ist und als Leiter der Armenverwaltungen von Hamburg und Berlin auf sie auch unmittelbaren praktischen Einfluß hat gewinnen können, der erinnert sich sehr wohl des Beginns der Bewegung. Ganz leise tauchte im Beginn der 80er Jahre die Vorstellung auf, daß Minderbemittelte, die eine akute Krankheit durchgemacht hatten, ebenso gut wie wohlhabende Leute einer gewissen Schonzeit bedürften, um nicht sofort der Arbeit nachgehen zu müssen und dadurch sich erneut krank zu machen. Diese Einsicht setzte sich in die Begründung von Heilstätten um, in denen die Kranken als Genesende Aufnahme und Verpflegung fanden, wie denn auch von der Stadt Berlin derartige Heilstätten in der Mitte der 80er Jahre begründet wurden. Ihre Schaffung war aber ausgesprochenem Maße eine außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege liegende Wohltat, auf die niemand einen Anspruch erheben konnte.

Speziell im Hinblick auf die Fürsorge für Kinder setzte die Bewegung teils zu gleicher Zeit, vorzugsweise aber doch später ein, namentlich in Verbindung mit der Bewegung zur Bekämpfung der Tuberkulose, die es sich zur Aufgabe machte, nicht nur das

seiner Erkrankung hat Herr Stadtrat Muensterberg noch den Ihnen am 28. Dezember v. J. zugefügten Artikel über die „Fürsorge für Kinder in Heil-, Heim- und Erholungsstätten“ fertiggestellt; das von ihm durchgeführte Manuskript fand sich nach seinem Tode auf seinem Schreibtisch! Mit einer Mischung von Begeisterung und Freude übergeben wir unsern Lesern diese Arbeit unseres entschlafenen Freundes, die wohl seine letzte gemeinte ist. Die Red. der Soz. Praxis.

als tuberkulös erkannte Kind zu heilen, sondern vor allem der Erkrankung vorzubeugen, Herde der Tuberkulose in Familien gewissermaßen auszuheben und vorbeugend die einer solchen Familie angehörnden Kinder einer Heilbehandlung zuzuführen, wenn bei ihnen der Ausbruch der Schwindlucht zu befürchten war. Daneben gingen Bestrebungen zur Behandlung von Kindern in besonderen Heilstätten außerhalb des städtischen Weichbildes, auf dem Lande, an den Seefüsten und im Gebirge, wie sie zuerst Dr. Werner 1841 in Ludwigsburg begründete; namentlich wendete man sich zunächst der Errichtung von Kinderheilstätten in Solbädern zu, die man für skrofulöse Kinder für besonders heilkräftig hielt und deren erste 1861 gleichfalls von Werner in Jaghsfeld begründet wurde. Der Initiative von Dr. Beneke in Marburg ist sodann die Begründung der Kinderheilstätten an deutschen Seefüsten zu danken; sie wird bewirkt durch einen zu diesem Zwecke 1881 ins Leben gerufenen „Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seefüsten“, zu dem sich später ein Frauenhilfsverein gesellt hat. Später erst setzt die eigentliche Tuberkulosefürsorge ein, für die die 1900 begründete Volksheilstätte vom Roten Kreuz in Hohenlychen bei Berlin das bedeutendste Beispiel bildet. Daneben treten auch schon verhältnismäßig früh (1876), von Pfarrer Dion in Zürich angeregt, die Ferienkolonien ins Leben. Wolf Decher ist der Schöpfer der Walderholungsstätten, deren erste 1902 in Schönholz bei Berlin ins Leben gerufen und deren Charakter in den einer Waldschule nach dem 1904 von Charlottenburg gegebenen Beispiel erweitert ward. Dazu tritt dann eine mehr oder minder systematisch ausgebildete Nachpflege der aus den Heil- und Erholungsstätten zurückgeführten Kinder.

Überblickt man diese Entwicklung, so findet man im ganzen über 40 Kinderheilstätten in Solbädern, in denen nahe an 20 000 Kinder verpflegt werden, während 22 Kinderheilstätten in Seebädern zwischen 6000 und 7000 Kinder aufnehmen; in klimatischen Kurorten werden an 5000, in eigentlichen Lungenheilstätten an 1000 Kinder verpflegt, während die Ferienkolonien, die in der Zentralfürsorge für Sommerpflege ihren Mittelpunkt haben, nach dem letzten Jahresbericht 62 000 Kinder entsendet haben.

Charakteristisch ist für diese Schöpfungen, daß sie mit geringen Ausnahmen aus privater Initiative entstanden sind und durch die freie Liebestätigkeit erhalten werden. Freilich mehr und mehr mit starker Beteiligung der öffentlichen Gewalten, namentlich der Stadtgemeinden, die sich in der verschiedensten Weise an der Entsendung von Kindern in die genannten Stätten beteiligten. Es sind keineswegs alle, die es getan haben, doch sind es immerhin etwa 50 bis 60 Städte, die sich in ausgedehnterem Maße an dieser Unterbringung beteiligt und teils mit fortlaufenden Beihilfen oder mit Zahlungen für den einzelnen Fall die Unterbringung von Kindern ermöglicht haben. Die letzte zusammenfassende Ermittlung ist 1906 durch den Berichterstatter des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, Direktor Dr. Lohse in Hamburg, veranstaltet worden; sie ist, da sie 5 Jahre zurückliegt, naturgemäß heute überholt, gibt aber doch immerhin eine leidliche Andeutung von der Entwicklung auf diesem Gebiete. Es wurden nach dieser Feststellung im ganzen 66 229 Kinder in den verschiedenen Stätten untergebracht, davon wenig mehr als der achte Teil auf städtische Kosten. Den Hauptanteil hieran hatte Hamburg, dann Charlottenburg, dem Berlin folgte.

Namentlich ist der Anteil Berlins inzwischen erheblich größer geworden, wenn auch das Verhältnis zu der Gesamtheit und den einzelnen anderen Gemeinden nicht genau angegeben werden kann. Gerade in Berlin machte sich aber die oben betonte Schwierigkeit geltend, die Aufgabe der Gemeinde auf diesem Gebiete genau zu begrenzen und zwischen öffentlicher Armenpflege und eigentlicher Wohltätigkeit zu scheiden. Zunächst wurden die Kosten für derartige Kuren von der Armendirektion lediglich aus den ihr zur Verfügung stehenden Wohltätigkeitsfonds, d. h. aus stiftungsmäßigen Mitteln, also aus Mitteln der nichtöffentlichen Armenpflege bestritten, bis sich schon im Jahre 1904 das Bedürfnis herausstellte, größere etatsmäßige Mittel in Anspruch zu nehmen. Im ganzen herrschte aber in der Behandlung der Frage eine ziemlich Unsicherheit. Sie wurde vermehrt durch die bekannten, auch in der „Sozialen Praxis“ öfters besprochenen Entscheidungen des Bundesamts für das Heimatwesen, die den allgemeinen Satz aufstellten, daß die Kur in einer Heim- oder Erholungsstätte dann als eine notwendige Aufwendung der öffentlichen Armenpflege zu betrachten sei, wenn sie nach dem Ausspruch des zuständigen Arztes das einzige, einen wesentlichen Heilerfolg versprechende und deshalb allein zweckmäßige Kurmittel sei. Zwar sind die Entscheidungen des Bundesamts für das Heimatwesen immer nur Entscheidungen für

den einzelnen Fall, wenn zwei Armenverbände sich über die Berechtigung der Aufwendungen streiten; doch hat das Bundesamt praktisch einen solchen Einfluß auf die Gestaltung der Armenpflege gewonnen, daß diese Entscheidungen allgemeine und grundsätzliche Bedeutung erlangt haben.

Um der ange deuteten Schwierigkeiten Herr zu werden, sah sich die Armendirektion veranlaßt, den Versuch einer prinzipiellen Lösung zu machen; sie entwarf eine Anweisung für alle an der Arbeit beteiligten Organe der öffentlichen Armenpflege, die vom Magistrat genehmigt wurde. Hier ist der Begriff der notwendigen Fürsorge, d. h. der zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege gehörenden Kur näher zu begrenzen versucht und ausgesprochen, daß die Aufnahme eines Kindes in eine solche Stätte dann als notwendig zu bezeichnen sei, wenn entweder durch die Aufnahme der Ausbruch einer zu befürchtenden Krankheit verhütet werden soll oder wenn der Aufenthalt zur völligen Wiedererlangung der Gesundheit oder der Erwerbsfähigkeit erforderlich ist, und zwar in allen Fällen unter der von dem Bundesamt für das Heimatwesen präzipierten Voraussetzung. Demgegenüber wurde als nur wünschenswert die Aufnahme bezeichnet, wenn der Gesundheitszustand zwar keine unmittelbare Gefahr der Erkrankung bietet, jedoch die körperliche Beschaffenheit, der Ernährungszustand, der Mangel häuslicher Pflege erwarten lassen, daß der Aufenthalt in einer Heil- oder Erholungsstätte eine wesentliche Kräftigung des gesamten Organismus zur Folge haben werde.

War man darüber auch allseitig einer Meinung, daß die wünschenswertesten Fälle lediglich auf dem Gebiete der freien Wohltätigkeit liegen, so bestanden noch Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der notwendigen Fälle dahin, ob sie als Fälle der gesetzlichen Armenpflege auf den feiner Natur nach nur durch das Bedürfnis begrenzten Etat der Armenverwaltung oder auf den nach dem Willen der städtischen Behörden zu begrenzenden allgemeinen Etat zu bringen seien. Die städtischen Behörden entschieden sich für die zweite Alternative und setzten zunächst 160 000, dann 200 000 M für diese Zwecke in den allgemeinen Etat ein, auf den nunmehr die Verwendung in den einzelnen Fällen beschränkt bleiben sollte. Die Verfügung über diese Beträge wurde der Armendirektion belassen als derjenigen Verwaltung, die ihrer Organisation nach am zweckmäßigsten das Bedürfnis in den einzelnen Fällen feststellen konnte. Hier wird jeder Fall, seine Behandlung sei von welcher Stelle immer angeregt, durch den zuständigen Armenbezirk nach der pflegerischen und durch den Armenarzt nach der gesundheitlichen Seite auf das sorgfältigste geprüft, während die Armendirektion durch ihre Mitglieder die Entscheidung trifft. Im großen und ganzen ist dadurch die Gewähr geleistet, daß nur Kinder zur Aufnahme gelangen, die nach den allgemeinen Grundsätzen ihrer wirklich bedürftig sind. Aber freilich machte sich von Anfang an die Schwierigkeit geltend, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, weil die in der Anweisung gegebene Begriffsbestimmung auf eine viel größere Zahl von Kindern pakt, als Mittel für sie zur Verfügung standen.

So mußte denn in zwei aufeinander folgenden Jahren eine Nachbewilligung erbeten werden, die im ersten Jahre auf 100 000 Mark bemessen wurde, während für 1910 im Anschluß an die im Eingang erwähnten Erörterungen ein Nachtragskredit von 75 000 Mark bewilligt wurde. Im ganzen stellen sich die Zahlen für die Aufwendungen Berlins für diese Zwecke, ungerundet die aus einer Reihe von Stiftungen zur Verfügung gestellten Mittel, wie folgt:

	Zahl der entsendeten Kinder	Aus öffentlichen Mitteln	Aufwand aus Wohltätigkeitsfonds
1905	1578	70 619	60 018
1906	1821	122 038	42 632
1907	1882	136 081	36 060
1908	2745	242 156	42 582
1909	3105	258 064	20 158

Die Schwierigkeiten, von denen oben gesprochen wurde, sind zurzeit noch nicht gelöst. Auf der einen, namentlich der armenpflegerischen und armenärztlichen Seite wird betont, daß man die Zahl der Kinder nicht willkürlich beschränken könne, während von anderer Seite hervorgehoben wird, daß zweifellos in der Großstadt sehr viele Kinder vorhanden seien, denen die Behandlung und Erholung in solchen Stätten sehr zu gönnen sei, daß man aber mit einer unbeschränkten Gewährung von etatsmäßigen Mitteln ins Uferlose geraten würde. Welche Stellung die städtischen Behörden nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten allmählich zu der Frage nehmen werden, läßt sich heute noch nicht

übersehen. Vermutlich wird aber nach und nach die Wage sich zugunsten der ersten Alternative neigen, weil mit der Zeit sich eben die Tatsache herausgestellt hat, daß eine Anzahl der hier behandelten Fälle einfach solche sind, die andernfalls in Krankenhäusern behandelt werden müßten, und daß gewisse Heilstätten, wie namentlich die für Lungenkranke Kinder, die Stelle von eigentlichen Krankenhäusern vertreten. Es wird also vermutlich, sofern die bestehenden privaten Anstalten nicht belegt werden sollen, zum Bau von entsprechenden städtischen Anstalten kommen. Abzuheben wären dann allerdings diejenigen Kinder, für die es sich nur um einen Pflege- und Erholungsaufenthalt handelt, bei denen freilich eine Begrenzung auf eine bestimmte Zahl möglich und ausführbar ist, wenn man auch einer größeren Menge die Wohltat wohl gönnen möchte. Man wird bei der Entscheidung über alle diese Fragen im Auge zu behalten haben, daß die Herstellung eines guten Gesundheitszustandes der jugendlichen Altersklassen eine der vornehmsten sozialen Aufgaben der Stadtgemeinde ist, deren Versäumung nicht nur die Gesundheit der kommenden Generation schädigen, sondern auch die städtischen Mittel durch frühzeitige Armut infolge von Krankheit und Siechtum schwer belasten würde. Auf der anderen Seite wird man sich gegenwärtig halten müssen, daß es überaus bedauerlich sein würde, durch Eigenbau oder Übernahme sämtlicher Kinder in städtische Anstalten die private Wohltätigkeit zurückzudrängen, die mit großer Hingabe und unter großen Opfern die zahlreichen Heil-, Heim- und Erholungsstätten ins Leben gerufen hat und unterhält. Sie vielmehr zu fördern und immer weitere Kreise zur Nachfolge anzuregen, ist das wohlverstandene Interesse der Gemeinde.

Freilich wird dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß es sich auch bei dieser Frage, wie in allen Fragen, die das soziale Gebiet berühren, um ein Symptom handelt, dessen eigentliche Bekämpfung zum großen Teil auf anderem Gebiete liegt. Die Gesundheitszustände der ärmeren Bevölkerung und namentlich der in ihr lebenden Kinder sind zum großen Teil ein Produkt der großstädtischen Wohnungsverhältnisse und der vielfach chronischen Unterernährung. Kinder, die in leidlichem Zustande aus den Heilstätten in ihre früheren häuslichen Verhältnisse zurückkehren, gehen sehr bald wieder des Erfolges der Heilkur verlustig, weil die häuslichen Verhältnisse, aus denen die Krankheit entsprungen ist, sie von neuem mit ihren verheerenden Wirkungen aufnehmen. Diesen engen Zusammenhang mit der gesamten sozialen Frage muß man sich immer wieder vor Augen halten, wenn man an die Lösung einer einzelnen Frage herantreten will.

Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Bereits vor 10 Jahren hat die Gesellschaft für Soziale Reform sich mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt (vergl. Heft 3 u. 4 ihrer Schriften). Als dann im Januar 1902 die Bundesratsverordnung erschien, die wenigstens den Anfang machte, Ordnung in die Arbeits- und Ruhezeiten eines Teils des Personals zu bringen, beschloß die Gesellschaft, eine Zeit der Erprobung dieser neuen Vorschriften abzuwarten. Nachdem sich aber jetzt herausgestellt hat, daß jene Verordnung doch kaum mehr als einen Versuch mit unzulänglichen Mitteln darstellt und die Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe dringend einer Verbesserung bedürfen, von der auch das Gemeinwohl erheblichen Nutzen haben würde, hat die Gesellschaft ihre Arbeiten wieder aufgenommen und einen Unterausschuß eingesetzt, der Erhebungen zu veranstalten und die Schlußfolgerungen aus ihren Ergebnissen zu ziehen beauftragt ist. Eine Frucht dieser Bestrebungen sind drei Eingaben: an Bundesrat und Reichstag, an die Eisenbahnbehörden, endlich an die Stadtverwaltungen. Wir geben im folgenden die Wünsche und Forderungen dieser Eingaben mit den Hauptstellen der Begründung wieder.

I. Eingabe an Bundesrat und Reichstag.

Die unterzeichneten Organisationen beehren sich, um Berücksichtigung nachstehender Vorschläge im Interesse der Angestellten des deutschen Gastwirtschaftsgewerbes zu bitten:

1. Die am 23. Januar 1902 auf Grund des § 120a Abs. III der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften werden auf das gesamte gelernte wie ungelernte, höhere wie

niedere Personal von Gast- und Schankwirtschaften, Kaffee-, Privathotels, Sanatorien, Kurhäusern, Klublokalen, Vereinsthäusern, Bahnhöfen- und Dampfschiffwirtschaften, Speisewagen und verwandten Betrieben ausgedehnt.

2. Der in den genannten Bestimmungen vom 23. Januar 1902 geschaffene Schutz für die jugendlichen Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts wird auf die Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs ausgedehnt.
3. Die Durchführung der genannten Bestimmungen vom 23. Januar 1902 wird durch eine wesentlich verstärkte Aufsicht der Gewerbeinspektionen, der Polizeibehörden und etwaiger anderer damit zu betrauernden Stellen, auch weiblicher Hilfskräfte, sowie durch strengere Strafbestimmungen gesichert.

Aus der Begründung: Die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902, die zum ersten Male die Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Arbeitszeit im Gastwirtschaftsgewerbe zu regeln unternommen hat, erstreckt ihren Schutz nur auf das höhere Personal in Gast- und Schankwirtschaften, d. h. auf Oberkellner, Kellner, Köche und ihre Lehrlinge sowie auf die Büffetbedienung und auf die mit der Fertigmachung kalter Speisen beschäftigten Personen. Ausgeschlossen von der Wohltat der vorgeschriebenen Ruhezeiten und Ruhebezüge ist also alles Hilfspersonal, wie Hausdiener, Gläserputzer, Bierabzieher, Arbeitsburschen, Küchenmädchen, Aufwäscherinnen, Zimmermädchen usw., auch das technische Hilfspersonal in Hotels, wie Maschinisten, Schlosser, Chauffeure, Aufzugdiener usw.

Diese Zerreißung des Gastwirtschaftspersonals in eine geschützte und eine ungeschützte Schicht hat vielfach dazu geführt, daß Lehrlinge als „Keller- oder Küchenburschen“, Kellner als „Diener“, Büffetmädchen und Kellnerinnen als „Stützen“ und „Hausmädchen“ angemeldet wurden, um sie damit dem Schutze der Bundesratsverordnung zu entziehen. Das Hilfspersonal bedarf aber einer gesicherten Ruhezeit nicht weniger als das höhere Bedienungs- und Küchenpersonal. Der Koch darf nach der Bundesratsverordnung bis zu 16 Stunden hintereinander beschäftigt werden. Sein Küchenmädchen aber fängt bei noch schwererer Arbeit eine Stunde vor ihm an und ist mit ihren Aufräumungsarbeiten erst eine Stunde nach ihm fertig, und diese 18 stündige tägliche Arbeitszeit ist zurzeit durch keine gesetzliche Vorschrift beschränkt.

In derselben Weise wie für die Gast- und Schankwirtschaften sollten die Vorschriften des Gesetzgebers aber auch für andere, nicht gewerbliche Anstalten, in denen Personal der gleichen Art beschäftigt wird, Gültigkeit bekommen. Es ist nicht einzusehen, warum das Personal in privaten Sanatorien, Kurhäusern, Erholungsheimen, Kaffee-, Klublokalen, Vereinsthäusern, Privathotels usw. schlechter gestellt sein soll als das in öffentlichen Gast- und Schankwirtschaften. Die gleiche Erwägung trifft zu auf die Gast- und Schankwirtschaften in den öffentlichen Verkehrsanstalten, in Bahnhöfen, auf Dampfschiffen, Speisewagen usw. Auch hier sollten die Vorschriften der Bundesratsverordnung in vollem Umfange zur Durchführung kommen. Es würde zweifellos zur Gesundung der Konkurrenzverhältnisse im Gastwirtschaftsgewerbe beitragen, wenn die Bundesratsverordnung für sämtliche Betriebe, in denen gastwirtschaftliches Personal beschäftigt wird, ohne Ausnahmen und Unterschiede durchgeführt würde.

Einer Erweiterung bedarf die Bundesratsverordnung aus dringenden zugunsten der jugendlichen, unter 18 Jahre alten Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe. Es ergibt sich zunächst schon aus dem vorher Gesagten, daß die Schutzvorschriften für Koch- und Kellnerlehrlinge auf das gesamte jugendliche Hilfspersonal auszudehnen wären, also auf Fahrhülflinge, Ausläufer, Regelflinge, Hilfskasper und alle sonstigen Jugendlichen in Keller und Küche. Mit demselben Augenblicke würde es unmöglich werden, das Gesetz dadurch zu umgehen, daß Kellner- und Kochlehrlinge amtlich als Arbeitsburschen oder dergleichen auftreten. Gegenwärtig sichert das Gesetz den Lehrlingen im Gastwirtschaftsgewerbe, die unter 16 Jahren alt sind, eine ununterbrochene Mindestruhezeit von täglich 9 Stunden zu und verbietet ihre Beschäftigung von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Es ist also eine ununterbrochene 15 stündige Beschäftigung, sei es von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends oder von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, gestattet. Wer über 16 Jahre alt ist, genießt auch diesen geringen Schutz nicht und darf wie voll erwachsenes Personal die ganze Nacht hindurch und täglich 16 Stunden, an Ausnahmetagen auch 17 Stunden und mehr, beschäftigt werden. Wir wollen nicht verschweigen, daß wir eine Herabsetzung aller dieser Arbeitsrisiken und eine Erweiterung aller Mindestruhezeiten der geltenden Bundesratsverordnung für dringend wünschenswert halten: notwendiger aber erscheint uns fürs erste die Ausdehnung der Schutzvorschriften für die Jugendlichen bis auf das vollendete 18. Lebensjahr. Die Beschäftigung junger Leute unter 18 Jahren im nächtlichen Gastwirtschaftsdienste ist für ihre Ausbildung ohne jeden Wert, für ihre Gesundheit und sittliche Festigung aber von größter Gefahr; es gilt das in gleichem Maße von der nächtlichen Bedienung von Gästen wie von dem nächtlichen Dienst in der Küche, am Büffet oder auf der Regelbahn. Die Verwendung junger Mädchen unter 18 Jahren zur Bedienung von Gästen wäre am besten ohne jede Aus-

nahme zu verbieten; zum mindesten dürfen für die Nachstunden keinerlei Ausnahmen — auch nicht wie bisher für die Familienangehörigen des Wirtes — zugelassen werden. Junge Leute unter 18 Jahren gehören nachts unter keinen Umständen in Gast- und Schankwirtschaften, und am wenigsten junge Mädchen.

Alle Arbeiterschutzvorschriften sind wertlos, wenn ihre Durchführung unterbleibt oder nur gelegentlich erfolgt. Ein Arbeiterschutz auf dem Papier ist schlimmer als gar keiner; dem Unbeteiligten täuscht er Erfolge vor, die nicht vorhanden sind, den Arbeiter verbittert er, den Arbeitgeber verführt er zu leichtfertiger Mißachtung von Gesetz und Recht. Von der Bundesratsverordnung für das Gastwirts-gewerbe muß leider festgestellt werden, daß sie zum guten Teil nur auf dem Papier steht. (Es folgt dann die Aufzählung zahlreicher Belege). . . . Diese Beispiele beweisen eine Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften, die in anderen Gewerben schlechterdings unmöglich wäre. Die einzelnen Angestellten sind gegenüber einer derartigen Verkümmern ihrer Rechte wehrlos und wagen fast nie, auch nur um Innehaltung der Ruhezeiten zu bitten; manchmal zwingt man sie auch zu einem — natürlich gegen die guten Sitten verstoßenden — „freiwilligen“ Verzicht auf ihre Ruhestunden oder Ruhetage. Auch die Organisationen des Personals sind vorläufig noch zu schwach, um selbst mit Erfolg die Beseitigung solcher Mißstände durchzusetzen. Bei den Kontrollbehörden finden die Organisationen nicht genügend Unterstützung, da ihnen oft weder der Eingang der Anzeigen bestätigt noch erbetene Auskunft über den Verlauf der Angelegenheiten erteilt wird. . . . Die Beaufsichtigung der Gast- und Schankwirtschaften durch die Gewerbeaufsichtsbeamten ist völlig unzureichend, die durch die Polizei sehr mangelhaft und teilweise sogar recht bedenklich. Soll die Bundesratsvorschrift nach nunmehr neunjährigem Bestehen endlich wirklich durchgeführt werden, so bedarf es dazu entweder einer sehr erheblichen Vermehrung der bisher mit der Beaufsichtigung betrauten Organe, wobei von einer Verwendung der niederen Beamten möglichst Abstand zu nehmen wäre, oder aber es müssen andere Personen und Stellen, seien es ehrenamtliche, mit zum Aufwachtdienst herangezogen werden.

II. Eingabe an die Verkehrs- und Eisenbahnminister und Behörden.

Die unterzeichneten Organisationen sprechen die Bitte aus, über die Arbeitsverhältnisse des Personals in Bahnhofswirtschaften, Schlafwagen und Speisewagen Erhebungen vorzunehmen und eine einheitliche Neuordnung dieser Verhältnisse auf der Basis einer festen Entlohnung und einer Normalarbeitsordnung durchzuführen.

Aus der Begründung: Aus allen Teilen Deutschlands sind den Unterzeichneten Klagen über die Arbeitsverhältnisse des Gastwirtschaftspersonals in den Bahnhofswirtschaften bekannt geworden. Es sind Staatsbahnhöfe namhaft gemacht worden, in denen das Personal nicht einen Pfennig baren Lohnes erhält (Bonn, Gelsenkirchen, Hannover und rund 20 andere in verschiedenen Teilen Deutschlands), ja, wo die Kellner dem Wirt sogar noch Abgaben von ihren Trinkgeldeinnahmen machen müssen (monatlich 1 M., 2 M. usw. bis zu 80 M. in Gelsenkirchen). Das Gehalt der Kellner scheint, soweit wir feststellen konnten, durchschnittlich 15 M. monatlich nicht zu überschreiten. Dabei wird keineswegs allen Bahnhofskellnern Wohnung und Kost vom Arbeitgeber geliefert. Zur Einstellung neuen Personals bedienen sich die Wirtse mit Vorliebe gewerkschaftlicher Stellenvermittler, auch an Orten (z. B. München, Nürnberg), wo öffentliche kostenfreie Arbeitsnachweise vorhanden sind. Über Lehrlingszuchterei auf den Staatsbahnhöfen wird stark geklagt. Mehrfach sind uns Beschwerden bekannt geworden, daß die vom Gesetzgeber (Bundesratsverordnung vom 28. Januar 1902) verfügte Ruhezeiten und Ruhetage dem gastwirtschaftlichen Bahnhofspersonal nicht gewährt würden, obwohl die in Frage kommenden Eisenbahndirektionen die ihnen unterstehenden Bahnhofswirtse aufgefordert haben, für eine sinngemäße Durchführung der Verordnung besorgt zu sein. . . . Ähnliche Beschwerden liegen vor über den Dienst in den Schlaf- und Speisewagen, die auf den Staatsbahnen verkehren. In den Speisewagen sollen die gesetzlichen Ruhezeiten überhaupt nicht gewährt werden. . . . Für alle genannten Betriebe aber ist es charakteristisch, daß das Personal nicht oder nur in verschwindendem Maße von den Unternehmern bezahlt wird, daß es sich vielmehr für seine durchschnittlich 16 stündige Arbeit mit geschenkten Trinkgeldgrößen begnügen muß! Wir sind der Auffassung, daß derartige Verhältnisse auf die Dauer im Staatsbahndienste nicht fortbestehen dürfen und daß eine einheitliche Neuordnung auf der Basis einer festen Entlohnung und einer Normalarbeitsordnung anzustreben ist. . . . Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein; die Einführung einer ausreichenden festen Entlohnung in den Gastwirtschaften der Staatsbahnen würde voraussichtlich den entscheidenden Sieg im Kampfe gegen das Trinkgeldeinnahmen mit sich bringen. Zur Durchführung einheitlicher Grundzüge in dieser Hinsicht bieten die jeweiligen Pacht- und Vertragsverneuerungen die günstigste Gelegenheit. . . . Seit dem 1. Januar 1910 sind alle Gast- und Schankwirtschaften, die mindestens 20 Angestellte beschäftigen, zur Einführung einer Arbeitsordnung im Sinne der §§ 134–h O. verpflichtet. Würden nun Arbeitsordnungen dieser Art für sämtliche gastwirtschaftlichen Betriebe im Bereiche der Staatsbahnen geschaffen, so wären damit sehr erhebliche Beschwerdepunkte des Personals, z. B.

über Mißachtung der gesetzlichen Ruhezeitvorschriften, ungerechtfertigte Lohnabzüge, Unklarheiten über den Verbleib der Strafgebühren usw., ohne weiteres nachzuprüfen und aus dem Wege zu räumen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Personal würde damit gebessert und die Handhabung des Betriebs auch im Interesse des Publikums erleichtert werden.

III. Eingabe an die deutschen Stadtgemeinden.

Es werden folgende Vorschläge zur Ermäßigung gestellt:

A. Hinsichtlich des Arbeitsnachweises.

1. Die Gemeinde fördert — soweit dies noch nicht geschehen — die Arbeitsvermittlung für gastwirtschaftliches Personal, indem sie die örtlichen Vereine der Arbeitgeber und der Angestellten anregt, ihre Nachweistellen an den von der Gemeinde eingerichteten oder unterstützten öffentlichen Arbeitsnachweis anzuschließen; sie stellt zur Unterstützung einer solchen gemeinnützigen Vermittlungsstelle, die unter paritätischer Leitung stehen könnte, einen jährlichen Beitrag in den Etat.

2. In sämtlichen von der Gemeinde verpachteten oder mit Zuschüssen usw. unterstützten gastwirtschaftlichen Betrieben (Ratskeller, Viehhof, Stadthallen, Parkrestaurants, Trinkhallen, Kurhäusern usw.) ist bei Abschließung oder Erneuerung des Pachtvertrags der Pächter vertraglich zu verpflichten, bei Einstellung von Personal sich in jedem Falle zunächst an den von der Gemeinde unterstützten öffentlichen Arbeitsnachweis zu wenden und, wenn dieser zur Beschaffung des geeigneten Personals in bemessener Frist außerstande ist, an einen der gebührenfrei vermittelnden Arbeitsnachweise von Fachvereinen. Die Nichtachtung dieser Verpflichtung wäre für jeden einzelnen Fall unter Vertragsstrafe zu stellen.

3. Auch bei sämtlichen von der Gemeinde, einzelnen gemeindlichen Behörden, Verwaltungsabteilungen udgl. veranstalteten Festlichkeiten, Ausstellungen, Bewirtungen udgl. ist das zur Bedienung erforderliche Personal in jedem Falle zunächst von dem öffentlichen Arbeitsnachweis anzufordern und, wenn dieser zur Beschaffung des geeigneten Personals in bemessener Zeit außerstande ist, von einem gebührenfrei vermittelnden Arbeitsnachweis eines Fachvereins. Auch hier wäre mit den betreffenden Unternehmern eine Vertragsstrafe für Übertretungsfälle zu vereinbaren.

B. Hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Entlohnung.

In sämtlichen von der Gemeinde verpachteten gastwirtschaftlichen Betrieben (Ratskeller, Viehhof, Stadthallen, Parkrestaurants, Trinkhallen, Kurhäusern usw.) ist bei Abschließung oder Erneuerung des Pachtvertrags der Pächter vertraglich zu verpflichten:

- a) jugendliches Personal (Lehrlinge und Hilfskräfte beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 18 Jahren) nur in der Zahl von höchstens 1 zu 8 des gesamten Personals zu beschäftigen;
- b) dem jugendlichen Personal (Lehrlingen und Hilfskräften) bis zum Alter von 16 Jahren eine mindestens 11 stündige tägliche Ruhezeit, einschließlich einer Nachtruhe von 10 bis 6 Uhr, sowie dem Personal zwischen 16 und 18 Jahren eine mindestens 10 stündige Ruhezeit zu gewähren;
- c) für ausreichende Sitzgelegenheit für sämtliches Personal zu sorgen und ein Sitzverbot in keiner Form einzuführen;
- d) sämtlichem zur Bedienung verwendeten Personal über 16 Jahre feste Löhne zu zahlen, für die ein Tarif beim Magistrat einzureichen und vom Ausschuss des Gewerbegerichts, nötigenfalls unter Zuziehung von Fachvertretern, zu begutachten ist. Gleichzeitig haben alle Abgaben des Personals an die Betriebsleitung in Form von Bruchgeldern, Bonbüchern usw. fortzufallen; der Betriebsleiter erhält das Recht, das Publikum auf die Höhe der von ihm gezahlten festen Löhne aufmerksam zu machen.

Zur Begründung dieser Vorschläge verweisen wir in Sachen des jugendlichen Personals auf die schwere gesundheitliche Schädigung, die durch Überanstrengung im Beruf dem jugendlichen Organismus notwendig zugefügt wird; eine sorgfältige Beschränkung der Zahl der jugendlichen Angestellten und eine Sicherung der nötigen Ruhepausen, vornehmlich achtstündiger Nachtruhe, können solche Überanstrengung am ehesten verhüten. Hinsichtlich der festen Entlohnung des Personals sei an die allgemein anerkannte entlohnende Wirkung der heute üblichen Entlohnung der Kellner durch großenteils gespendete, in ihrer Höhe täglich schwankende Trinkgelder erinnert. . . . Eine Beseitigung der Trinkgeldeinnahmen ist nur durch entsprechende Erhöhung der festen Lohnbezüge des Personals zu erreichen. Jeder Schritt, der in dieser Hinsicht von den Gemeinden in ihren Pachtbetrieben getan wird, wird sich durch seine sittliche Wirkung auf das beschäftigte Personal und durch seine Vorbildlichkeit für anderweite Versuche in gleicher Richtung belohnen.

* * *

Diese drei Eingaben haben folgende Organisationen unterzeichnet:

Gesellschaft für Soziale Reform, Vorsitzender: Freiherr v. Berlepsch, Generalsekretär: Professor Dr. Grande.

Nationales Kartell der deutschen Gasthausangestellten:

Internationaler christlicher Kellnerbund, Berlin; Deutscher Kellnerbund, Union Gannmed, Leipzig; Genfer Verband der Gasthausgehilfen, Dresden; Internationaler Verband der Köche, Frankfurt a. M.; Verband deutscher Köche, Berlin; Reichsverband deutscher Kellnerlöhnervereine, Hannover; Gastronomischer Gehilfenverband, Berlin; Frankfurter Kellnerverein, Frankfurt a. M.; Frankfurter Kellnergenossenschaft, Frankfurt a. M.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Zentralverband der Gastwirtsgehilfinnen Deutschlands (Sitz Stuttgart).

Katholischer Kellnerverein „Eintracht“ (Sitz Berlin) [nur für Eingabe 2 und 3].

Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Vorsitzender: Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Senatspräsident D. Dr. Dr. von Strauß und Torney, Generalsekretär: Prof. Gonfer.

Deutscher Verein für Volkshygiene, Geschäftsführer: Sanitätsrat Dr. R. Beerwalb.

Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, Vorsitzender: Staatssekretär a. D. v. Hollmann.

Evangelisch-Sozialer Kongreß, Vorsitzender: Prof. D. Harnack, Wirklicher Geheimer Rat, Generalsekretär: Pfarrer Lic. Schneemelcher.

Freie kirchlich-soziale Konferenz, Vorsitzender: Geheimrat Prof. D. Seeberg, Generalsekretär: Pfarrer Lic. Mumm.

Allgemeiner Deutscher Frauenverein, Vorsitzende: Helene Lange.

Bund Deutscher Frauenvereine, Vorsitzende: Dr. Gertrud Bäumer.

Verband der kirchlich-sozialen Frauengruppen, Vorsitzende: Elisabeth v. Arneth Doeberitz.

Vorstand des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes.

Hauptverband Bayerischer Frauenvereine, Vorsitzende: Ida Freudenberger-München, Helene v. Forster-Münster, C. Lang-Rheinfels.

Berliner Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation, Vorsitzende: A. Pappitz.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Gesellschaft für Soziale Reform. Vorstand und Gesamtausschuß halten am Freitag, 10. März, nachmittags im Reichstagsgebäude Sitzungen ab mit folgender Tagesordnung:

I. Geschäftliche Mitteilungen: a) Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform; b) Schriften; c) Bericht über die Tätigkeit des Unterausschusses für die Arbeitsverhältnisse im Gastwirts-gewerbe; d) Stand der Arbeiten für die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

II. Finanzielle Entschädigung für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft für Soziale Reform.

III. Die Schulpflichtung — eine sozialpolitische Aufgabe: a) Vortrag von Frä. Helene Simon; b) Diskussion.

Ortsgruppe Königsberg i. Pr. der Gesellschaft für Soziale Reform. Man schreibt uns: Am 14. Februar hielt die Ortsgruppe eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Privatangestellten-Versammlung ab, in der das Geseß über die Versicherung der Privatangestellten erörtert wurde. Das Referat hatte Kaufmann Gustav Schneider, ein Vorstandsmitglied der Ortsgruppe, übernommen. Er erläuterte die Einzelheiten des Geseßentwurfs und ging dann auf die Wünsche der Angestellten ein. Im allgemeinen erkannte der Referent den Geseßentwurf als eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen an; zufrieden konnten die Privatangestellten aber erst sein, wenn mindestens die von der Siebenerkommission des Hauptausschusses aufgestellten Leitsätze im Geseß Berücksichtigung fanden. — An den Vortrag knüpfte sich eine sehr ausführliche Debatte, in der hauptsächlich der Gegensatz zwischen den Freunden des vorliegenden Geseßentwurfs und den Anhängern des Ausbaues der Invalidenversicherung hervortrat, die durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen vertreten waren. Im übrigen wurde aber auch von den Freunden des Geseßentwurfs noch manche Kritik geübt und u. a. darauf hingewiesen, daß die Beamten der neuen Reichsversicherungsanstalt mit ihren Pensionen erheblich besser gestellt sein würden als ihre „Arbeitgeber“. Von einer Vertreterin des Vereins der weiblichen Angestellten wurde der vorgelegte Entwurf wegen nicht ausreichender Berücksichtigung der weiblichen Wünsche glatt abgelehnt. Eine Resolution, die den Ausbau der Invalidenversicherung fordert, fand nur geringe Unterstützung, dagegen wurde eine andere, die auf dem Boden der Siebenerkommission steht, mit großer Mehrheit angenommen.

Allgemeine Sozialpolitik.

Tarifverträge und Arbeiterausschüsse in der Marineverwaltung. Bei den Beratungen des Reichstages über den Marineetat am 16./17. Februar 1911 lehrten die bekannten sozialpolitischen Anregungen, die bereits vor 3 Jahren den Reichstag zum ersten Male beschäftigt hatten, wieder. Die Sozialdemokraten hatten nämlich zu dem Punkt „Ordentliche Ausgaben für Materialbeschaffung“ ihre alte Resolution, wenn auch in etwas abgeänderter Fassung, neu eingebracht, daß die Marineverwaltung ihre Lieferungen nur an solche Firmen vergeben solle, welche den Verpflichtungen der Arbeiter-Schutzgesetzgebung nachkommen und auf den Abschluß von Tarifverträgen hinwirken, und daß die Marineverwaltung bei Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen die Arbeiterausschüsse zuziehen solle. Die Resolution gelangte in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 101 Stimmen der Konservativen und der Reichspartei zur Annahme. Gleichzeitig hatten die Abgeordneten Giesberts und Behrens zu dem Punkt „Außerordentliche Ausgaben für Schiffsbauten“ ähnliche Resolutionen eingebracht, nämlich:

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Marineverwaltung anzuweisen, in ihren Betrieben die Arbeiterausschüsse so auszubauen, daß a) den Arbeitern die im Arbeitskammergeseßentwurf vorgesehenen Wohltaten im Sinne der kaiserlichen Erlasse zuteil werden; b) den Arbeiterausschüssen bei Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine geeignete Mitwirkung ermöglicht wird.

2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Vergabung von Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur solche Firmen zu berücksichtigen, in deren Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen entweder durch Tarifverträge geregelt sind oder nicht hinter den am Ort des Betriebes für die betreffende Art der Arbeit geltenden Tarifverträgen zurückbleiben.

Auch diese Resolutionen Giesberts-Behrens wurden mit starken Mehrheiten angenommen, jedoch stimmten die Nationalliberalen gegen den Absatz 2. Der Staatssekretär des Marineamts v. Tirpitz erklärte sich mit der Änderung der Resolutionen einverstanden, hielt es aber für unangebracht, daß die Marineverwaltung ein so schwieriges Kapitel wie die tarifvertragliche Arbeitsregelung ohne die übrigen Reichsverwaltungen in Behandlung nehmen solle. Abg. Hus hatte die sozialdemokratische Resolution begründet mit der Notwendigkeit, die Werftarbeiter gegen Lohnkürzungen und Akkordlohnwillkür zu schützen, wie sie gerade auf einigen Hauptwerken herrsche, die für die Marine lieferten und dabei große Gewinne machten. Er übte besonders scharfe Kritik an gewissen Verhältnissen im Kruppwerk. Abg. Giesberts hatte vornehmlich den Ausbau der Arbeiterausschüsse im Sinne richtiger Arbeitskammern gefordert; sie sollten bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, vor allem bei der Neuordnung der Akkordsätze mehr als bisher gehört werden. Die Erörterungen über die Arbeiterausschüsse gaben den Abg. Severing und Dr. Struve Anlaß, auf die peinlichen Vorgänge auf der kaiserlichen Werft Wilhelmshaven kritisch einzugehen, die im Herbst 1910 zur empfindlichen Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Torpedodirektor, Korvettenkapitän Tsendahl, und dem Arbeiterausschuß des Torpedorefforts geführt haben. Allerlei Beschwerden, die unter den 1500 Arbeitern des Torpedorefforts über ihr Betriebsoberhaupt umliefen, hatten den Sekretär des Metallarbeiterverbandes bestimmt, eine Protestversammlung zu veranstalten, zu der etwa 300 Torpedoarbeiter kamen. Die Protestkundgebung, die die Absetzung des Direktors Tsendahl forderte und ihm die Mißachtung der Arbeiter aussprach, veranlaßte den Oberwerftdirektor zur Strafentlassung von 4 und zur Strafverurteilung von etwa 300 Arbeitern. Nun suchte der Arbeiterausschuß zu vermitteln. So berief er auch im Einverständnis mit der Werftleitung eine Arbeiterversammlung und schlug ihr eine Resolution vor, in der der Werftverwaltung das Vertrauen der Arbeiter ausgesprochen werden sollte unter der Voraussetzung, daß die Maßregelung zurückgenommen werde. Die Versammlung aber lehnte mit 7 gegen 1500 Stimmen der Arbeiter der Gesamtwerft diese Vertrauenskundgebung ab. Daraufhin hat der alte Arbeiterausschuß sein Amt niedergelegt, und bei den Ersatzwahlen wurde ein Ausschuß geschaffen, der sich aus 20 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes und einem Mitgliede des neutralen Werftvereins zusammensetzt. Die neue Zusammensetzung des Arbeiterausschusses bedeutet allem Anschein nach eine Kampffront der Werftarbeiterschaft, die ihr bisherig überwiegend friedliches Verhältnis zur Werftbetriebsleitung zu revidieren sich bewogen fühlt.

Lob der deutschen Sozialpolitik im Seemannsbunde. Obgleich die neue Seemannsordnung von 1902 keineswegs allen be-

rechtigten sozialpolitischen Ansprüchen genügt, so hat sie doch die Arbeiterfürsorge auf deutschen Seeschiffen um ein gutes Stück vorwärts gebracht und Reedern und Kapitänen das soziale Gewissen geschärft, so daß heute die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der deutschen Schifffahrt sich neben den Zuständen in anderen Handelsmarinen sehr wohl sehen lassen kann. Das wird im Gegensatz zu früher jetzt auch von dem deutschen Seemannsverband anerkannt. An der Hand der Angaben der Seeverbände, die über ihre Unfallfürsorge und über die Witwen- und Waisenversicherung der Seeleute alljährlich ausführliche Berichte herausgibt, zieht nämlich ein Aufsatz im neuesten „Seemannskalender für 1911“, den der Verband herausgibt, einen Vergleich mit der seemannischen Fürsorgegesetzgebung der anderen Staaten und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die gesetzliche seemannische soziale Fürsorge in Deutschland, sowohl formell wie materiell, allen diesbezüglichen Einrichtungen des gesamten Auslandes gegenüber den Vorzug verdient. Das anerkennen zu dürfen gereicht uns um so mehr zur Freude und Genugtuung, als die seemannische Arbeiterbewegung Deutschlands in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags seit jeher ihre ganze Kraft mit dafür eingesetzt hat, daß neben der Arbeiterfürsorgegesetzgebung auch die seemannische soziale Fürsorge möglichst weit ausgebaut wurde. Es wird Aufgabe der seemannischen Bewegung aller Länder sein, dem Beispiele zu folgen.“

Gewiß braucht der Seemannsverband sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen; er hat durch seine rührige, manchmal sogar leidenschaftliche Agitation zu dem Fortschritt der seemannischen Sozialpolitik erheblich beigetragen. Aber am positiven Zustandekommen der seemannischen Fürsorgegesetzgebung im Juni 1902 haben auch andere sozialpolitische Faktoren erfolgreich mitgewirkt, nicht zu vergessen die wissenschaftliche Förderung des Problems durch die im Jahre 1901 begonnenen Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik über die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter.

Soziale Zustände.

Keine Heimarbeitersausstellung auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berichtet in Nr. 6 des „Korrespondenzblatt“ vom 11. Februar über die Geschichte des Plans einer Heimarbeitersausstellung in Dresden, der in letzter Stunde gescheitert ist. Danach war die Generalkommission im Frühjahr 1910 sowohl vom Direktorium der Hygiene-Ausstellung in Dresden wie vom Abteilungsleiter der Besichtigung der wissenschaftlichen Abteilung, insbesondere für Berufshygiene, eingeladen worden, und zwar wurde dabei betont, man lege besonderen Wert auf Vorfürhrungen aus dem Gebiete der Hausindustrie; es sollte nach dem Ausstellungsplan in der Gruppe „Beruf und Arbeit“ an einem „möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. welchen gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgesetzt sind, und 2. welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädlichkeiten zu begegnen“. Die Generalkommission nahm diese Einladung an; es wurde beschlossen, eine Heimarbeitersausstellung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten und, wie das Direktorium in Dresden verlangte, die sämtlichen Kosten einschließlich Platzmiete dafür zu tragen. Bei den Mitte November 1910 stattfindenden Verhandlungen zeigte, nach dem ausdrücklichen Zeugnis des Korrespondenzblatts, die Leitung der Ausstellung das größte Entgegenkommen, nur ein Vertreter der sächsischen Regierung äußerte Bedenken und empfahl ein Zusammenwirken der Gewerkschaften und Unternehmer, damit die Heimarbeitersausstellung nicht tendenziös ausfalle. Dies lehnte die Generalkommission ab, und das Direktorium stellte sich auf ihre Seite. So wurde denn mit den umfangreichen Vorarbeiten begonnen. Bald nachher aber regte sich der Widerstand in Unternehmerkreisen, und eine Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an das Ministerium des Innern forderte die Einsetzung einer Aufnahmecommission für die Heimarbeitersausstellung, in der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl unter Hinzuziehung unbeteiligter, Dritter entscheiden sollten; auch wurden noch andere Bedingungen gestellt. Mitte Januar fand eine neue Verhandlung zwischen Direktorium und Vertretern der Generalkommission statt. Jetzt fand aber die Ausstellungsleitung die Einwendungen der Unternehmer gerechtfertigt und verlangte Garantien gegen eine tendenziöse Gestaltung der Heimarbeitersausstellung. Die Generalkommission wies die Aufnahmecommission, wie sie der Verband der sächsischen Industriellen wollte, zurück, erklärte, die

Unternehmer sollten gleichfalls eine Heimarbeitersausstellung veranstalten, und schlug vor, „wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitersverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht“. Für dieses Schiedsrichteramt nannte die Generalkommission die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für Soziale Reform, insbesondere Freiherrn v. Berlepsch und Professor Francke. Das Direktorium lehnte jedoch diesen Vorschlag ab, denn „alle diese Sozialreformer schwebten in der Luft und hätten keinen Boden unter den Füßen“. Die Internationale Hygiene-Ausstellung werde von der Regierung subventioniert und sei zum Teil von den Industriellen abhängig, man müsse also Wünsche von dieser Seite beachten, so sehr man es auch bedaure, wenn eine Heimarbeitersausstellung fehlen würde. Am 25. Januar d. J. kam dann der offizielle Bescheid des Direktoriums an die Generalkommission, es sei nicht gelungen, eine alle Beteiligten befriedigende Lösung zu finden, und die gewerkschaftliche Heimarbeitersausstellung könne daher nicht zugelassen werden. So die Darstellung im „Korrespondenzblatt“, die bisher einen Widerspruch nicht erfahren hat. Die angeführten Tatsachen sprechen für sich selbst, wir unterlassen daher einen Kommentar. Die Gewerkschaften lehnen nunmehr jede Beteiligung an der Internationalen Hygiene-Ausstellung ab.

Sozialpolitische Anstandsspflichten der Kundschaft im Verkehr mit Rechtsanwaltsbüros. Die Bureauangestellten der Berliner Rechtsanwälte rufen die Öffentlichkeit auf, daß sie sie im Kampfe gegen die übermäßig lange Arbeitszeit durch frühzeitiges Erscheinen in den Sprechstunden wirksam unterstützen möge. Der Berliner Anwaltsverein hatte (Sp. 397) am 17. November 1910 auf Anregung des Bureauangestelltenverbandes beschlossen, daß die Arbeitszeit in den Büros günstiger geregelt werden soll, nämlich in der Weise, daß 1. die Arbeitszeit auf höchstens 8½ Stunden täglich festgesetzt wird, 2. die Überstunden tunlichst vermieden und, soweit unvermeidbar, besonders vergütet werden, 3. das Bureau tunlichst um 7 Uhr abends geschlossen wird. Eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bureauvorsteher wurde für unangänglich erklärt. Dieser Reformbeschluss wird aber von vielen Anwälten in der Alltagspraxis nicht durchgeführt, zum großen Teil deshalb, weil die Rechtsucher zu spät zu den Sprechstunden erscheinen, oft noch kurz vor 7 Uhr. So wird der gute sozialpolitische Voratz bei den Arbeitsgebern der Büros durch das lässige Publikum immer wieder erschüttert.

Die Gehälter der Techniker im Berliner Eisenkonstruktionsgewerbe beleuchtet eine statistische Erhebung des Bundes technisch-industrieller Beamten, die sich auf 83% der gesamten technischen Angestellten bei den Eisenkonstruktionsfirmen von Berlin und Umgebung erstreckt. Die Monatsgehälter betrugen darnach:

bis zu 150 M	bei 78 Angestellten	oder 26,6%
" " 180 "	" 134 "	" 46,8 "
" " 200 "	" 184 "	" 64,3 "
" " 250 "	" 250 "	" 87,1 "

und nur 36 Angestellte, d. h. 12,6%, hatten ein Einkommen von mehr als 3000 M. Als Durchschnittsgehalt aller Angestellten wurde ermittelt 196 M. monatlich, d. h. 2353 M. jährlich. Eine wie geringe Bedeutung bei der Entlohnung die Vorbildung spielt, beweist der Umstand, daß die Durchschnittsgehälter der Angestellten mit Hochschulbildung nur ganz unwesentlich die ihrer Kollegen mit Fachschulbildung übertreffen. Während diese durchschnittlich 200,54 M. pro Monat bezogen, hatten die Angestellten mit Hochschulbildung 213,8 M. (d. h. 13 M. mehr), die mit Hoch- und Fachschulbildung 225,4 M. (d. h. 25 M. mehr) monatlich. Erheblich niedriger stehen nur die Autodidakten mit 153,9 M. Diese Ziffern liefern einen lehrreichen Beitrag zu der Frage, die der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure aufgeworfen hat, ob nicht Personen mit Hochschulbildung von der sozialen Versicherung auszunehmen seien. Wichtig ist die weitere Feststellung dieser Statistik, daß das Gehalt der technischen Angestellten im Eisenkonstruktionsgewerbe Berlins im Durchschnitt nur bis zum 35. Lebensjahre oder dem 12. Jahre der Berufstätigkeit im Anwachsen begriffen ist; von da ab tritt ein langamer aber stetiger Rückgang auf niedrigere Gehaltsstufen ein, also gerade in dem Alter, wo die finanziellen Ansprüche an einen Familienvater infolge des Heranwachsens der Kinder am stärksten werden.

¹⁾ Zu diesem Ausdruck sei bemerkt, daß auf Einladung desselben Direktoriums Hr. v. Berlepsch dem Ehrenkomitee der Internationalen Hygiene-Ausstellung, Prof. Francke dem Großen Ausschuss und einem Fachauschuss in der Gruppe „Beruf und Arbeit“ angehören.
Die Red. d. Soz. Praxis.

Rechtspflege.

Unzulässigkeit des Abzugs von für die Urlaubszeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt. Eine Münchener Firma hatte mit ihren Angestellten einen Dienstvertrag geschlossen, der hierzu besagt: „Die Firma gewährt ihren Angestellten nach Maßgabe des Eintritts und bei zufriedenstellender Leistung und Führung entsprechenden Urlaub, falls sich dieselben verpflichten, noch bis 1. Oktober des gleichen Jahres im Geschäft zu verbleiben. Erfolgt vor dem 1. Oktober Austritt, so gilt der für die Urlaubszeit bezahlte Betrag als Gehaltsvorschuß und wird sodann bei der letzten Gehaltszahlung in Abzug gebracht.“

Das RG. München erklärte, als einem Angestellten dieser Firma wegen vorzeitigem Austritt das für die Urlaubszeit gezahlte Gehalt wieder abgezogen worden war, diesen Abzug für unzulässig. In den Gründen heißt es u. a.:

Daß die Wirkung des Urlaubs sich in den zukünftigen Leistungen äußert, liegt im Wesen der Sache, kann jedoch den Begriff und den Zweck des Urlaubs nicht beeinflussen. Diesen allgemeinen Erwägungen tragen auch die von der Beklagten mit den Angestellten abgeschlossenen Verträge voll Rechnung. Nach der einschlägigen oben angeführten Vertragsbestimmung erhalten die Angestellten vor allem Urlaub „nach Maßgabe des Eintritts“. Hierzu wurde festgestellt, daß die Firma Angestellten, welche unter 6 Monaten bei ihr tätig sind, überhaupt keinen Urlaub und bei längerer Dienstleistung einen Urlaub in steigender Eskala von 8 Tagen bis 15 Tagen gewährt. Weiterhin haben die Angestellten nur „bei zufriedenstellender Leistung und Führung“ Anspruch auf Urlaub; es kommen somit bei der Urlaubsfrage nur Gesichtspunkte in Betracht, welche die vergangenen, der Firma bereits geleisteten Dienste betreffen. Bei dieser Sachlage bedeutet die Fortgewährung des Gehalts während des Urlaubs eine besondere Entschädigung für bereits geleistete zufriedenstellende Dienste und ist rechtlich nicht anders zu beurteilen als die sonst im Handelsgewerbe übliche Gratifikation. Ist dies der Fall, so ist ein späterer Abzug dieser Gratifikation vom Gehalt rechtlich keine Abrechnung, sondern eine Aufrechnung, die gemäß §§ 1 und 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes im Zusammenhalt mit § 394 BGB. und § 860 ZPO. zulässig ist.

Es kommt jedoch noch weiter in Betracht, daß die genannte Vertragsbestimmung auch gegen den Sinn des § 67 HGB., welcher das Kündigungsrecht für beide Teile vollkommen gleichmäßig regeln will, verstößt. Die Vereinbarung, daß dem Angestellten bei Austritt vor dem 1. Oktober des gleichen Jahres der bereits bezahlte Urlaubsgehalt bei der letzten Gehaltszahlung in Abzug gebracht wird, bedeutet für den Angestellten, der innerhalb der gestellten Frist von seinem ordnungsgemäßen Kündigungsrecht Gebrauch macht, einen erheblichen Vermögensnachteil, welcher geeignet ist, seinen durch § 67 HGB. gewährleisteten gleichmäßig freien Kündigungswillen einseitig zu beeinflussen, ja regelmäßig nach Maßgabe der sozialen Lage des Angestellten nahezu auszuhebeln. Unter diesem Gesichtspunkte sind derartige Vereinbarungen, welche für den Angestellten andersgeartete Kündigungsbedingungen als für den Prinzipal festlegen, gemäß § 67 Abs. 4 HGB. nichtig. Bei dieser Rechtslage erübrigt es, den weiteren Einwand des Klägers, ob und inwieweit die nachgenannte Vereinbarung auch gegen die guten Sitten verstoße und daher gemäß § 138 BGB. nichtig sei, zu prüfen.

Haftung für Verschulden einer kaufmännischen Angestellten wegen Nichtanmeldens einer andern Angestellten zur Krankenkasse. Eine in einem Spielwarengeschäft angestellte Buchhalterin, die auch die Meldungen für die Krankenkasse zu besorgen hatte, hatte übersehen, eine Verkäuferin anzumelden. Da diese nach acht Tagen auf die Dauer von dreiviertel Jahren erkrankte und der Geschäftsinhaber der Krankenkasse die von ihr auszubehaltenden 482 M. ersetzen mußte, verklagte der Geschäftsinhaber die Buchhalterin beim Kaufmannsgericht auf Ersatz dieses Betrags. Diese bestritt nicht, daß sie verpflichtet gewesen wäre, die Verkäuferin bei der Krankenkasse anzumelden, wandte aber ein, daß sie neben ihrer regelmäßigen, vielseitigen Arbeit täglich zwei Stunden die Kassiererin habe vertreten müssen und daß zu dieser Zeit täglich etwa 20 Angestellte ein- und ausgetreten seien. Diese Überlastung habe zu dem Versehen geführt. Zudem habe sie die Verkäuferin mehrmals an die Einlieferung des bisherigen Kassabuches erinnert, bis die Anglegenheit schließlich ihrer Aufmerksamkeit entgangen sei. Der Kläger hielt diesem Einwande entgegen, daß die Klägerin gerade dann, wenn die Verkäuferin ihr Kassabuch nicht beibrachte, schleunigst für Ausstellung eines neuen sorgen mußte. Das Gericht erkannte, wie in Nr. 7 des „Kaufmannsgerichts“ mitgeteilt wird, ohne weiteres an, daß ein Handlungsgehilfe bei Verletzung seiner dienstlichen Pflichten für den angerichteten Schaden hafte. Im vorliegenden Falle stehe aber dem Verschulden der Beklagten ein solches des Klägers gegenüber, der jene zu stark mit Arbeit belastet habe. Aber auch zu dem ihrer Teilschuld entsprechenden Teile der Schadenersatzsumme dürfe die Beklagte nicht verurteilt werden, weil eine solche Haftung in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen stände — 110 M. monatlich nach fünfjähriger

Tätigkeit — und vor allem, weil sie vom Kläger nie vor den Folgen eines solchen Fehlers gewarnt worden sei.

Teilweise verbliebene Arbeitsfähigkeit eines im Eisenbahnbetriebe Verunglückten. Ein 55 Jahre alter im Eisenbahnbetriebe und zwar beim Fahr Dienst verunglückter Postkassierer war nach dem Unfall mit 66 2/3 % seines bisherigen Dienstverdienstes pensioniert worden. Er verlangte, da die Bahn, auf der ihm der Unfall zugefallen war, im Besitze einer Privatfirma war, von dieser außerdem die Differenz zwischen dem Dienstverdienst, welches er bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres bezogen haben würde, und der Unfallpension, die er gegenwärtig beziehe vom 1. April 1915 ab, zu welchem Zeitpunkt er auch ohne den Unfall nach Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren pensioniert worden wäre, beiste sein Schaden in dem Unterschiede zwischen der ordentlichen Pension, die er alsdann erhalten haben würde, und der Unfallpension. Das die Verurteilung der Firma entsprechende Urteil des Oberlandesgerichtes Kauburg a. S. wurde vom Reichsgericht (VI 557/09) bestätigt, das in seiner Begründung unter anderem ausführte:

Der Kläger hatte, als er den Unfall erlitt, beinahe sein 55. Lebensjahr vollendet; er war zu 50 bis 75 % erwerbsunfähig. Es ist erfahrungsgemäß für einen Mann in diesen Jahren schon an und für sich nicht leicht, eine neue Stellung zu finden, ganz besonders schwer wird es ihm aber fallen, wenn seine Arbeitskraft auf die Hälfte oder gar auf ein Viertel des normalen Maßes herabgesetzt ist. Die Beklagte behauptet auch nicht, daß sich dem Kläger tatsächlich irgend eine passende Gelegenheit zu anderweitigem Erwerbe geboten habe. Läßt sich aber die geringe Erwerbsfähigkeit, die dem Kläger verblieben ist, praktisch nicht verwerten, so bleibt der ihm durch seine vorzeitige Pensionierung erwachsene Schaden im vollen Umfang bestehen.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Entwicklung der Arbeitsstarifverträge in den deutschen Gewerben 1907—1909 läßt sich an der Hand der Veröffentlichungen des Kaiserlich Statistischen Amtes in den „Beiträgen zur Arbeiterstatistik“ (Nr. 8 1908), im Reichsarbeitsblatt (Januarheft 1909) und in den „Sonderbeiträgen“ zum Reichs-Arbeitsblatt (November 1909 und August 1910) verfolgen. Eine übersichtliche Zusammenstellung des jeweiligen Bestandes zu Anfang und zu Ende der Jahre 1907, 1908 und 1909 und der im Laufe der einzelnen Jahre vollzogenen Vertragslösungen und Neuabschlüsse ist in folgender Zahlentafel vorgenommen. Es ist allerdings zu beachten, daß es sich hier um Rohziffern handelt, in denen Doppel- und Mehrfachzählungen solcher Tarifverträge unterlaufen, die von den verschiedenen, am Vertragschluß beteiligten Verbänden nebeneinander in mehrfachen Ausfertigungen eingeleitet worden sind.

	Bestand			Es liefen ab			Es wurden abgeschlossen oder erneuert			Alsoiffernmäßiger Zuwachs		
	Za- rife	Be- triebe	Arbeiter	Za- rife	Be- triebe	Ar- beiter	Za- rife	Be- triebe	Ar- beiter	Za- rife	Be- triebe	Ar- beiter
1. Januar 1907	3564	97410	817445	1152	28178	241486	2782	52369	441365	1630	24191	198679
31. Dezemb. 1907	5342	111050	974564									
1. Januar 1908	5380	110071	970700									
31. Dezemb. 1908	5671	120401	1026435	1961	37852	349298	2252	50459	411265	291	12607	61967
1. Januar 1909	5981	130257	1055854									
31. Dezemb. 1909	6578	137214	1107478	1765	24605	219882	2360	30466	256116	1595	6160	36734

*) Anmerkung. Hier sind die nachträglich berichtigte Zahlen eingeleitet. Dadurch erklären sich die Unterschiede, die sich beim Vergleiche mit den Jahreszuwachsfiguren ergeben.

Die Verteilung der am Ende des Jahres 1909 überhaupt bestehenden Tarifverträge auf die einzelnen Gewerbegruppen wird durch die zweite Zahlentafel veranschaulicht. (Siehe Sp. 655).

Das Wachstum der Arbeitsstarifverträge hat sich in den Jahren 1908 und 1909 etwas verlangsam. Abgesehen davon, daß bei einer gewissen Sättigung wichtiger Industriegruppen mit langfristigen Tarifverträgen Neuabschlüsse seltener nötig werden, hat auch die schlechte Wirtschaftslage die tarifvertragliche Festlegung der Arbeitsregeln und Lohnsätze gehemmt. Im Jahre 1910 ist die Tarifvertragsentwicklung wieder lebhafter und umfassender gewesen, soweit sich aus der fortlaufenden Beobachtung der Arbeitsmarktbewegungen erkennen ließ. Die Ziffer von 1 Million tarifgebundener Arbeiter dürfte weit überschritten worden sein. Nach dem Bestand zu Ende 1909 waren von den für tarifvertragliche Arbeitsregelung

Gewerbezgruppen	Tarifverträge	Betriebe	Arbeiter.
Gärtnereindustrie	2	52	287
Stein- und Erdbindustrie	469	4 650	85 930
Metall- und Maschinenbauindustrie	488	18 470	120 813
Textilindustrie	201	881	14 922
Papierindustrie	82	1 644	20 982
Leberindustrie	172	4 444	18 535
Holz- und Schnitzstoffindustrie	686	15 842	129 606
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1 024	5 814	65 442
Bekleidungsindustrie	572	17 287	104 841
Reinigungsgewerbe	22	1 057	990
Baugewerbe	2 099	59 346	484 880
Poligraphische Gewerbe	69	8 989	77 947
Handelsgewerbe	117	1 099	80 121
Verkehrsgewerbe	251	2 194	19 678
Gastwirtschaftsgewerbe	21	805	1 260
Sonstige	208	610	31 802
Summe	6 578	187 214	1 107 478

in Betracht kommenden $9\frac{1}{2}$ Millionen gewerblichen Arbeitern (nach der Betriebszählung von 1907 unter Ausschaltung des Verwaltungs- und Aufsichtspersonals und der mithelfenden Familienangehörigen) etwa 12% einem Tarifvertrage unterstellt. Weit mehr als 12% waren in den polygraphischen Gewerben (47%), in den Baugewerben (87%), in den Holz- und Schnitzstoffindustrien (fast 25%) und im Bekleidungsindustrie (fast 20%) von Tarifverträgen erfasst. Mit Ausnahme der Leder- und Papierindustrien (13 bis 11%) wiesen die übrigen Gewerbegruppen kaum $5-7\%$ oder noch weniger Tarifanhänger auf.

Mit der breiten Entfaltung des Tarifvertragswesens und unter dem Eindruck der praktischen Erfahrungen, die die Arbeiterchaft damit gemacht hat, hat sich auch ein beachtenswerter Umschwung in der Stellung der politischen Sozialdemokratie zu den Tarifverträgen vollzogen. Die Gewerkschaften waren ja schon 1899 und früher entschieden für Tarifvertragschließung eingetreten. Die sozialdemokratische Presse spricht sich heute über die Entwicklung der Tarifverträge, wie sie die Statistik für 1909 entrollt, in einem in vielen Blättern wiederkehrenden Aufsatz folgendermaßen aus:

„Mag die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein — so zeigt doch allein schon die große Zahl der Tarife, der tariflichen Betriebe und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in wenigen Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Mehrfache gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechtes kann nicht schlagender bewiesen werden als durch diese Ergebnisse. Angesichts solcher Tatsachen muß das Gesehrei gewisser Kreise nach neuen Ausnahme- und Zuchthausgesetzen wirkungslos verstummen. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie kühlen Blutes den Anwürfen der Arbeiterfeinde standzuhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von drei bis vier Millionen Einwohnern, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewaltiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften nicht genug dankbar sein kann.“

Die Reichstarifverhandlungen im Lichtdruckgewerbe sind nach dem Scheitern der früheren Erneuerungsverhandlungen (Sp. 267) jetzt erfolgreich abgeschlossen worden. Das Drängen namentlich der Berliner Gehilfen nach Abschluß wenigstens eines Dristarifvertrags und die ziemlich einstimmige Aufkündigung der Arbeit durch die Berliner Gehilfenschaft hatte die Inhaber der bedeutendsten Lichtdruckanstalten von ganz Deutschland, außer Berlins, vornehmlich Leipzig, Dresdens und der süddeutschen Großstädte, zu einem neuen umfassenden Arbeitgeberverband „Verband deutscher Lichtdruckanstalten“ zusammengeführt. Dieser lud sofort am 28. und 29. Januar die Gehilfenschaft, vor allem die Organisationsvertreter, nach dem Berliner Papierhause zu Verhandlungen über einen künftigen Reichstarif zusammen. Diese führten nach getrennten Weiterberatungen der Parteien am 19. Februar zum Abschluß eines Zentraltarifs für Deutschlands Lichtdrucker auf 5 Jahre: Er setzt die Arbeitszeit am 1. Juli 1911 auf $8\frac{1}{4}$ Stunden und am 1. Januar 1913 auf 8 Stunden herab. Die Lehrlingsstaffel wurde verbessert (auf 5 Gehilfen 2 Lehrlinge) und der Mindestlohn um 2 \mathcal{M} die Woche erhöht.

Ein Bäckerarbeitsvertrag mit Nachtarbeitverbot besteht seit dem 28. Juli 1910 zwischen Bäckermeistern und der Gehilfenvereinnigung von St. Nazaire in Frankreich. Zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens ist die Arbeit verboten, nur an Sonntagen darf sie sich über 9 Uhr hinaus erstrecken. Der Vertrag ist auf 2 Jahre abgeschlossen. In deutschen Tarifverträgen für das Bäckergewerbe ist die Festlegung einer Freinacht in den hohen Festtagen bisher die höchste Errungenschaft in bezug auf die Arbeitszeitregelung.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Aus den christlichen Gewerkschaften.

Verschiedene Lesarten, die über neuere Kundgebungen des Papstes in der alten Streitfrage der katholischen oder interkonfessionell-christlichen Organisation der Arbeiterchaft verbreitet waren und auf eine gegensätzliche Stellung zwischen den deutschen Kardinalen Kopp-Breslau und Fischer-Köln in dieser Frage vermuten ließen, haben den Gegnern der christlichen Gewerkschaften Stoff zu scharfer Kritik an diesen Organisationen gegeben. Namentlich auch in der sozialistischen Gewerkschaftspresse waren übereinstimmende Aufsätze, die auf den sozialdemokratischen Verfasser des Buches über die christlichen Gewerkschaften, Dr. August Erdmann, und den Bergarbeiterführer Fuhs zurückgeführt werden, in großer Zahl erschienen; sie warfen den christlichen Gewerkschaften vor, sie hätten den letzten äußeren Rest von Selbständigkeit gegenüber der katholischen Kirche preisgegeben und wären von den Bischöfen in stramme Zucht genommen worden. Die christlichen Gewerkschaften wären auch zum Friedensschluß mit den katholischen Fachabteilern, diesen „Streitbrecherorganisationen und gewerkschaftlichen Brunnenvergiftungen“, gezwungen worden. Über lang oder kurz aber müßten die christlichen Gewerkschaften völlig kapitulieren und sich aus interkonfessionellen in rein katholische Gewerkschaften mit gelber Färbung umwandeln. Gegen diese Angriffe und Vorwürfe setzt sich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in seiner neuesten Ausgabe entschieden zur Wehr und schildert die Dinge so, wie sie sich tatsächlich verhalten haben sollen. Das Zentralblatt erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften allerdings keinen Anlaß hätten, ihre Kräfte zur Freude ihrer sozialdemokratischen Gegner zu zwecklosen Auseinandersetzungen zu verzetteln statt zu positiver, aufbauender, organisatorischer Arbeit zu gebrauchen. Denn die Entscheidungsschlacht sei bereits nicht zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilern zu schlagen, sondern zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Allerdings habe der Papst ein versöhnlicheres Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilern als wünschenswert bezeichnet. In einem Brief an den Kardinal Fischer erklärte er kürzlich:

„Wir freuen uns, daß Ihr (die preussischen Bischöfe) bezüglich der sozialen Frage Vorzüge getroffen habt, um die Eiferucht und die gereizten Streitigkeiten unter den beiden Arten der Arbeiterverbände zu beseitigen, und daß Ihr zu diesem Zwecke für beide Organisationen gewisse allgemeine Vorschriften aufgestellt habt, die sie befolgen müssen, damit eine jede in ihrem Tätigkeitsbereich fortzue, zum wahren Nutzen der Arbeitgeber und der Arbeiter, unter gleichzeitiger Förderung der Religion und des Staatswohls zu wirken.“

Aber davon ist nach Ansicht des Zentralblatts keine Rede, daß diese päpstlichen Weisungen von den christlichen Gewerkschaften forderten, vor den katholischen Fachabteilungen die Flagge zu streichen. Hat doch Kardinal Fischer nach seiner Rückkehr von Rom in einem Hirtenbriefe offen ausgesprochen:

„Der Heilige Vater denkt gar nicht an irgend welche Verurteilung irgend einer unserer Organisationen. Im Gegenteil. . . . Wir können, sollen und wollen sie weiter erhalten und immer mehr entwickeln. . . . Ich füge noch eigens bei, daß der Papst mit Entscheidung erklärt hat, daß er in der sogenannten Gewerkschaftsfrage nach wie vor den bisherigen Standpunkt einnehme, nämlich, daß er den beiden Richtungen, die in dieser Hinsicht in Deutschland bestehen, gleichmäßig neutral gegenübersteht. Das dient zur Beruhigung für unsere katholischen Arbeiter, die den „christlichen Gewerkschaften“ beigetreten sind oder beizutreten gedenken.“

Was nun die vom Papst begrüßten allgemeinen Vorschriften betrifft, die die Bischöfe den beiden Arten von Arbeiterverbänden gegeben haben, um deren Tätigkeit möglichst heilsam zu beeinflussen, so kommen hier nach der Ansicht des Zentralblatts nur die auf der Konferenz der Bischöfe in Fulda am 13. Dezember 1910 gepflogenen Beratungen in Betracht, die sich mit dem Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager befaßten.

Dieser spielte sich ab zwischen den katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin) und den katholischen Arbeitervereinen Süd- und Westdeutschlands, bezw. mit den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften. Von „Berliner“ Seite wurden kirchlich-religiöse Bedenken gegen die Beteiligung katholischer Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften unter steter Hereinziehung der Autorität der Bischöfe und des Papstes immer wieder ins Treffen geführt. Nun hat, wie jüngst Kardinal Fischer in dem oben angeführten Hirtenbrief mitteilte, der Papst erklärt, daß von seiner Seite keine Bedenken dagegen bestehen, daß die katholischen Arbeiter den christlichen Gewerkschaften beitreten. Im Anschlusse daran haben nun die preussischen Bischöfe jüngst

zu Fulda ihrerseits die sichere Erwartung ausgesprochen, daß die gezeigten Streitigkeiten unter den sich bekämpfenden Parteien aufhören werden. Und der Papst hat seiner Freude über diesen Schritt der preußischen Bischöfe Ausdruck gegeben.

Mit starkem Nachdruck fügt das Zentralblatt hinzu:

„Die Fuldaer Bischofskonferenz hat keine „Vorschläge“ aufgestellt, die etwa für die christlichen Gewerkschaften eine Änderung ihrer Grundsätze oder ihrer seitherigen organisatorischen und gewerkschaftlichen Praxis zum Gefolge haben könnten oder zur Folge haben werden. Mehr wie Worte und die gegnerischen Kombinationen wird das die zukünftige Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften beweisen. Seit Mitte Dezember hat „Der Arbeiter“ (Berlin) seine Angriffe auf die christlichen Gewerkschaften, als seien diese vom Standpunkte der katholischen Moral verwerflich, eingestellt. Und so lange der Berliner „Arbeiter“ bei seiner in letzter Zeit eingeschlagenen Taktik verbleibt, fehlt den christlichen Gewerkschaften jedwede Veranlassung, sich mit den katholischen Fachabteilungen breit und aggressiv auseinanderzusetzen.“

Gleichzeitig haben die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu diesen kirchenpolitischen und konfessionellen Fragen, die ihre katholischen Kameraden im christlichen Gewerkschaftslager bewegen, Stellung genommen. So läßt sich der anerkannte Wortführer der evangelischen Mitglieder, Franz Behrens, im „Reichsboten“ (Nr. 32) folgendermaßen vernehmen:

„Wir evangelischen Mitglieder des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sind über die Einzelheiten des Gewerkschaftsstreits im katholischen Lager sehr genau unterrichtet. Wir würden ein Verlegen der bewährten Grundsätze unserer interkonfessionellen Gewerkschaften niemals zugeben. Ein Verlegen dieser Grundsätze liegt nicht vor.“ Die christlichen Gewerkschaften haben, so führt Behrens weiter aus, rein gewerkschaftliche Aufgaben. „Die christlichen Arbeiter beider Konfessionen haben sich deshalb von den sozialdemokratischen Arbeitern getrennt und christliche Gewerkschaften gebildet, um die Möglichkeit zu gewerkschaftlicher Betätigung zu haben, ohne dadurch mit ihren religiösen und vaterländischen Idealen in Widerspruch und Gewissenskonflikt zu kommen. Kein Mitglied der christlichen Gewerkschaften ist in seinem Glaubensleben und in der Erfüllung seiner kirchlichen Pflichten behindert. Das gilt für Evangelische und Katholische. Zur Pflege des religiösen Lebens sind die konfessionellen Arbeitervereine besonders berufen.“ Allerdings wünschten die christlichen Gewerkschaften die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen, und Pfarrer D. Weber habe mit Recht von einer Waffenbrüderschaft zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften gesprochen. „Da nun in der katholischen Arbeiterkraft zwischen dem Berliner und dem Westdeutschen Verband katholischer Arbeitervereine der bekannte Streit um die gewerkschaftliche Organisationsform schwebte und in diesem Streit von Berliner Seite die kirchlichen Autoritäten in Anspruch genommen wurden, so enthält der neueste Schritt der preußischen Bischöfe nichts, was dem bisherigen einträchtigen Zusammenarbeiten zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern entgegensteht und etwa für die Zukunft dieses Zusammenwirkens beeinträchtigen könnte, da es sich dabei lediglich um sittlich-religiöse Leitgedanken handelt. Im Gegenteil kann es den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften nur erwünscht sein, wenn von autoritativer Seite dahin gewirkt wird, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht mehr von den Berliner katholischen Fachabteilungen auf religiösem Gebiete beunruhigt werden.“

Die entschiedene Pflege und Verfechtung der interkonfessionellen Neutralität, die die christlichen Gewerkschaften in schweren Kämpfen in den Jahren 1899 bis 1901 sich errungen haben, ist für die christlichen Gewerkschaften eine so wichtige Lebensfrage, daß alle, die den christlichen Gewerkschaften nicht feindlich gegenüberstehen, ihnen nicht unnütz durch ständige Anzweiflung ihrer Neutralitätsbestrebungen Steine in den Weg wälzen sollten.

Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband, der am 15. und 16. Dezember in Berlin seine 9. Hauptversammlung abhielt, umfaßt jetzt die praktischen Volkswirte jeder Wirtschaft- und sozialpolitischen Richtung. Die Zahl der Mitglieder hat bereits 1100 überschritten. Am 1. Oktober 1910 entfielen 1022 (gegen 882 im Vorjahr) auf Deutschland, 20 auf Österreich, 13 auf die Schweiz, der Rest auf Außererropa. Unter den Mitgliedergruppen überragen die der Beamten von Handelskammern (186), Landwirtschaftskammern (48) und Handwerkskammern. Freie Wirtschaftsvereine und Kartelle stellten 168 Mitglieder, sozialpolitische Vereine 87, Arbeitgeberverbände 22, Angestelltenvereine 24, staatliche Ämter 46, Firmen- und Bankverwaltungen 46, die Presse 53, Hochschulen 39, Reichs- und Staatsdienst 38, das Versicherungswesen 31 Mitglieder. Ohne Berufsangabe oder stellenlos waren 182 Mitglieder. Leitende (mehr oder minder selbständige) Stellungen nehmen 645 Mitglieder ein, 217 waren Assistenten, 22 Sekretäre. Zu den Hauptaufgaben des Verbandes gehört die Stellenvermittlung. 418 offene Stellen für Volkswirte sind im letzten Jahre bekannt geworden, aber nur 72 davon dem Verband angezeigt, 63 davon besetzte der Verband durch

seine Vermittlung. Unter den sonstigen Arbeiten nimmt die Untersuchung der zweitmäßigsten Vorbildungsgänge und die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes für Nationalökonomien insbesondere auch in der Staats- und Gemeindeverwaltung einen besonderen Platz ein. Der Verband strebt hier gemeinsam mit den Organisationen der Ingenieure nach der sachlich gebotenen Berücksichtigung volkswirtschaftlich gebildeter, mit der wirtschaftlich-technischen Praxis vertrauter Kräfte neben den Verwaltungsjuristen. Sein Augenmerk richtet der Verband ferner auf die Gestaltung der Rechtsverhältnisse der volkswirtschaftlichen Fachbeamten. Nach Berichten von Rechtsanwalt W. Bittermann und Dr. Niehuus wurde in Aussicht genommen, dem nächsten Juristentage Stoff für die Schaffung eines deutschen Privatbeamtenrechts zu unterbreiten, soweit der Stand der praktischen Volkswirte davon berührt wird. Weiterhin sprach Dr. Borgius über die Einführung international verständlicher Symbole für nationalökonomische Begriffe und besprach eine größere Ausgestaltung solcher Formeln usw. insbesondere auf dem Gebiete der Statistik und des Verkehrswezens.

Arbeiterheime in Deutsch-Österreich. Nach einer Zusammenstellung des sozialdemokratischen Zentralpartei-Sekretariats in Wien bestehen in Deutsch-Österreich 68 Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Arbeiterheimen, 13 davon in Wien, 17 in Böhmen, 11 in Mähren, 8 in Schlesien. Diese Organisationen besitzen 41 bereits in Benutzung stehende Häuser (davon 12 in Böhmen), zwei Häuser sind gepachtet, 16 Arbeiterheime wohnen zur Miete. Die Gelddarstellung erfolgte 16 mal wenigstens überwiegend gemeinsam von Spartassen und Brauereien, 7 mal von Spartassen, 4 mal von Brauereien allein. 14 Heime sind aus eigener Kraft erbaut. Von den 59 in Betrieb befindlichen Heimen führen 29 Wirtschaften in eigener Regie, 19 haben den Wirtschaftsbetrieb verpachtet. Auch vermietete Privatwohnungen finden sich zahlreich in den Arbeiterheimen.

Streiks und Aussperrungen.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier hat vorläufig einen Abschluß gefunden. Am 12. Februar fand in Bochum eine von den drei zusammengehörenden Arbeiterorganisationen, dem Alten Verband, den Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereinen und den Polen, einberufene allgemeine Revierkonferenz der Schachtlegeierten statt. Ihr Zweck war, die Berichte über die Arbeiterausschüttigungen entgegenzunehmen, in denen über die von den drei Verbänden eingereichten Forderungen verhandelt worden ist, nachdem der Regeverband die Forderungen der Organisationen abgelehnt hatte. Anwesend waren 419 Delegierte, die 260 Anlagen vertraten. Aus den Berichten über die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse ist folgendes mitzuteilen: Die fünfzehnprozentige Lohnerhöhung ist von allen Grubenverwaltungen abgelehnt worden. Die Werkvertreter begründeten ihre Haltung mit der augenblicklich noch immer ungünstigen Geschäftslage in der Montanindustrie. Ferner hindere sie die englische Konkurrenz, die geforderte Lohnerhöhung zu bewilligen. Durch diese Konkurrenz würden die Ruhrgruben gezwungen, ihre Kohlen zum Teil unter den vom Kohlsyndikat festgesetzten Richtpreisen zu verkaufen. Die meisten Grubenverwaltungen haben aber versprochen, bei steigender Konjunktur auch die Löhne entsprechend steigen zu lassen. Eine Anzahl Grubenverwaltungen hat auch eine sofortige Aufbesserung der Löhne zugestanden. Mehrere Grubenverwaltungen wollen den Arbeitern durch weiteren Ausbau ihrer Wohlfahrts-einrichtungen zu Hilfe kommen, um dadurch der allgemeinen Lohnerhöhung entgegen zu wirken. Daß die Arbeiter unter der herrschenden Lernerung leiden, haben mehrere Grubenverwaltungen anerkannt. Punkt 2 der eingereichten Forderungen kommt nur für etwa die Hälfte der Gruben in Betracht, da auf den anderen das Verhauen der Strecken und sonstige Nebenarbeiten besonders bezahlt werden. Die Mehrzahl der Grubenverwaltungen, denen diese Forderung gestellt war, lehnten sie ab. Eine Anzahl hat aber auch in dieser Beziehung Zugeständnisse gemacht. Die dritte Forderung wegen des Zwangsarbeitsnachweises ist von allen Grubenverwaltungen abgelehnt worden. Die Werkvertreter behaupten, der Arbeitsnachweis sei „eine Wohlfahrts-einrichtung, die sie mit großen Opfern für die Arbeiter eingerichtet hätten; dafür sollten ihnen die Arbeiter eigentlich dankbar sein.“ Die Arbeiterdelegierten waren einmütig der Ansicht, daß die ablehnende Haltung der Werkvertreter nicht berechtigt sei. Soweit Zugeständnisse gemacht sind, wurden sie als ungenügend bezeichnet. Einstimmigkeit herrschte auch darüber, daß die Grubenverwaltungen eine wesentlich andere Haltung eingenommen hätten, wenn der christliche Gewerkverein mit den anderen Organisationen gemeinsam vorgegangen wäre. In der Besprechung, an der sich Vertreter aller drei Organisationen beteiligten, sprachen sich die meisten Redner mit Rücksicht auf die Haltung der Christlichen gegen einen

sofortigen Streit aus. Der Kampf solle vertagt werden, um abzuwarten, ob die Werkbesitzer ihre gegebenen Versprechungen einlösen werden. Es wurde in diesem Sinne eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Die Konferenz hält nach wie vor die von den drei verbündeten Organisationen gestellten Forderungen aufrecht und erwartet von den Grubenbesitzern, daß sie dieselben erfüllen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig durch die Maßnahme der Bergverwaltung für die Arbeiter ungünstig gestaltete Situation beschließt die Konferenz, den Bergarbeitern zu empfehlen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen und zu sehen, ob die Werkbesitzer ihre Versprechungen, die Löhne steigen zu lassen, einlösen werden. Die Konferenz erklärt aber, daß der Kampf nur als vertagt zu betrachten ist, wenn die Versprechungen, die den Bergarbeitern seitens der Werkbesitzer gemacht worden sind, nicht erfüllt werden. Er soll in diesem Falle zu einer gelegeneren Zeit mit aller Energie aufgenommen und nötigenfalls mit den äußersten Mitteln weitergeführt werden.

Auch sprach die Konferenz die Erwartung aus, daß die Mitglieder des Christlichen Gewerkevereins auf dessen Leitung dahin wirken werden, daß sie „ihre arbeiterschädigende Handlungsweise unterläßt“; denn nur durch einiges und geschlossenes Handeln aller Bergarbeiter könnten die Forderungen durchgesetzt werden. Gegenüber diesem Aufruf an die Mitglieder des Christlichen Gewerkevereins ist zu betonen, daß gegen Ende Januar der Vorstand des Gewerkevereins eine Urabstimmung über die Frage veranstaltet hat, ob die Mitglieder mit der Haltung der Zentralleitung einverstanden seien, und daß hierauf 44 655 Mitglieder mit Ja und 86 mit Nein geantwortet haben. Ein kleiner Rest enthielt sich der Stimme, teils, weil diese Mitglieder invalide sind und nicht mehr auf der Zeche arbeiten, teils, weil die Mitglieder nicht angetroffen wurden. Das Ergebnis der Abstimmung ist ein Beweis, daß die Gewerkevereinsleitung ihre Mitglieder hinter sich hat.

Ein Kampf um den Neunstundentag in der Weissenfeller Schuhindustrie ist zwischen dem Verein Weissenfeller Schuh- und Schäftfabrikanten und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands ausgebrochen. Für überstunden fordern die Arbeiter einen Lohnzuschlag von 25%. Verhandlungen sind gescheitert; mit dem im Zentralverband organisierten Arbeitern zugleich haben die dem Gewerkeverein der Lederarbeiter (S.-D.) angehörigen die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich in Weissenfels um etwa 5000 Arbeiter.

Arbeiterbewegung in der Steinindustrie. Der Lohnkampf der Steinarbeiter im Odenwald ist nach etwa 8 Monaten Dauer beendet worden. Betroffen waren 210 Steinarbeiter. Von anfänglich 47 Arbeitswilligen waren nur 17 bei der Arbeit geblieben. Trotz der Erklärung der Unternehmer: „Alle Steinarbeiter, die dem sozialdemokratischen Verband nicht angehören, werden eingestellt“, hielten auch die anderen Organisationen Zug zu fern. Das Kreisamt Heppenheim führte anfangs Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; da die ersteren aber nur zwei Drittel der Ausständigen wieder einstellen wollten, beschloßen die Arbeiter mit überwältigender Mehrheit die Fortführung des Kampfes. Schließlich gelang aber doch eine Einigung auf der Grundlage, daß die Unternehmer dem Arbeitsmangel durch allmähliche Wiedereinstellung der Steinarbeiter Rechnung tragen, sich aber verpflichtet haben, auswärtige Arbeiter nicht eher anzunehmen, als bis alle einheimischen wieder untergebracht sind. Die Arbeiter wurden zur Annahme dieser Bedingungen von dem Zentralvorstand bewogen, welcher ihnen die Gefahr einer vielleicht dauernden Vergebung von Arbeiten an auswärtige Firmen vor Augen führte. Für die jeweils noch nicht wieder Eingestellten wird die Streikunterstützung weiter gewährt. — Im Berliner Steinmegewerbe ist die Frage des Zwischenmeisterturns brennend geworden. Der Steinarbeiterverband beschloß, da eine Entziehung der Arbeitskräfte nur der Beschäftigung Unorganisierter Vorschub leisten würde, lieber auf strenge Durchführung des Tariffs auch bei den Zwischenmeistern zu achten, um der Schmutzkonkurrenz vorzubeugen. Jedenfalls müßte die Firma bei Vergebung von Arbeiten an solche Zwischenmeister, bei denen die Arbeiter ihres Lohnes nicht sicher sein könnten, selbst den Lohn garantieren.

Passive Resistenz der Triester Staatsbeamten. Die Beamten der Post- und Telegraphenämter, des Telephonbienstes, des Zollamts und der staatlichen Lagerhäuser sind, nach Ablehnung einer 20prozentigen Pausenzulage durch die Regierung, unter Zurückweisung einer einmaligen Geldauschüttung in passive Resistenz getreten. Die Auslader im Hafen und die Frachtkontrollen sympathisieren zum Teil mit den Beamten. Der Güterverkehr leidet unter der Resistenz sehr stark. Auch unterstützen die Triester Staatsbahnangestellten durch „vorschriftsmäßiges Arbeiten“ der Verschieber und des Magazinpersonals die Resistenz der anderen Staatsbeamten; ein Übergreifen der Bewegung auf die Beamten der Südbahn ist nicht unwahrscheinlich, da sich letztere bereits mit den Staatsbahnern solidarisch erklärt haben. Der Stadtrat von Triest beschloß, das Munizipalpräsidium aufzufordern, „im wohlverstandenen Interesse des Handels und der Bevölkerung“ gemeinsam mit dem Präsidenten der Handels- und Gewerbeämter bei der Regierung um „Beseitigung der Ursachen der Unzufriedenheit der Staatsbeamten“ vorstellig

zu werden. — Eine größere Bewegung unter den mittleren und unteren Staatsbeamten ganz Österreichs, besonders der Postverkehrsbeamten, hat vorläufig zur passiven Resistenz noch nicht geführt; da der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für die Angelegenheiten der Staatsbeamten die Erledigung der den Wünschen der Beamten (Gehaltssteigerung und bessere Beförderungsbedingungen) entgegenkommenden Regierungsvorlage über die Dienstpragmatik der Staatsbeamten bis zum 1. Juli 1911 bestimmt zugesagt hat, wurde der Ausschub der Resistenz bis zu diesem Termin beschloffen.

Arbeiterschutz.

Die Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe hat abermals einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen. Während der Magistrat vorgeschlagen hatte, die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes — abgesehen von den ersten Feiertagen der großen kirchlichen Feste, an denen ihre Beschäftigung überhaupt unterlagert ist — an Sonn- und Festtagen im allgemeinen auf die Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags zu beschränken, stimmten die Stadtverordneten einem Kompromißantrag zu, wonach die Verkaufszeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober auf 8 bis 10 Uhr vormittags und vom 1. Oktober bis 1. Mai auf 12 bis 2 Uhr mittags festgesetzt wird. Erfreulich bei den Verhandlungen war, daß eine Anzahl von Stadtverordneten auch diese neue Regelung nur als eine Etappe auf dem Wege zur vollen Sonntagsruhe anerkannte. — Gleichzeitig nahmen die Berliner Stadtverordneten eine Resolution an, durch die der Magistrat ersucht wird, zur leichteren Durchführung einer erweiterten Sonntagsruhe die Lohnzahlungen für die städtischen Arbeiter Freitags vornehmen zu lassen.

Aus der Gewerbeordnungs-Kommission. Die sozialdemokratischen Mitglieder unterbreiteten am 14. Februar der Kommission eine Anzahl von Änderungsanträgen zu den §§ 128, 124, 188—189 der Gewerbeordnung. Die Anträge betrafen u. a. die Einbeziehung der in den Geschäftsbetrieben von Anwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern, in Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und sonstigen privaten Büreaus beschäftigten Personen in die Gewerbeordnung, Fortzahlung des Gehalts bei unverschuldetem Unglück, Beseitigung der Konkurrenzklause, Festsetzung der achtstündigen Beschäftigung in kontinuierlichen Betrieben, Vorschriften über Wahl und Zusammensetzung der ständigen Arbeiterausschüsse, Einsetzung von Arbeiterkontrollen und Vorschriften über Gewährung von Ferien. Man kam aber mit großer Mehrheit zu dem Beschlusse, zunächst die Vorlage zu Ende zu beraten und nachher die neuen Materien zu behandeln. Sodann wurde über einen Zentrumsantrag beraten, allen Arbeitern in den Betrieben mit über 20 Personen bei der regelmäßigen Lohnzahlung eine schriftliche Abrechnung (Lohnbuch, Lohnzettel usw.) zu geben. Die Diskussion ergab Übereinstimmung in dem Gedanken, daß dem Arbeiter eine schriftliche Lohnabrechnung gegeben werden müsse. Über die Art dieser Abrechnung herrschte große Meinungsverschiedenheit. Schließlich wurde eine Subkommission von fünf Mitgliedern eingesetzt, welche bis zur nächsten Sitzung eine entsprechende Formulierung abfassen soll.

Der niederländische Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Nachtarbeit in den Bäckereien ist vom Arbeitsminister Talma von neuem der Kammer vorgelegt und durch Bestimmungen über die tägliche Höchstarbeitsdauer ergänzt worden. Sie soll 10 Stunden im allgemeinen nicht überschreiten, jedoch an den Vorabenden der Sonn- und Festtage bis auf 16 Stunden ausgedehnt werden können. Die Vereinigung der Brotbäckereibesitzer hat am 24. Januar 1911 in Utrecht einstimmig Einspruch gegen die gesetzliche Regelung der Bäckerarbeit bei der zweiten Kammer erhoben.

Für das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien Frankreichs hat sich die Commission du travail der Kammer am 8. Februar durch Befürwortung des Antrags Gobart ausgesprochen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Angestellten-Versicherung.

(Vergl. Sp. 550, 598, 615.)

V. Der deutsche Verein für Versicherungswissenschaft, der am 15. Februar in einer allgemeinen Mitgliederversammlung den Entwurf einer Besprechung unterzog, kam im allgemeinen zu einer geradezu vernichtenden Kritik der Vorlage. Von den 17 Rednern, die zum Wort kamen, war nur ein einziger, der nicht zum Verein gehörende Reichstagsabgeordnete Dr. Rothhoff, der trotz aller Bedenken im einzelnen den Entwurf für eine brauchbare Grundlage hielt, fand de mieux, wie er selbst sagte, und weiter aus der politischen Erwägung heraus, daß der gegenwärtige

Reichstag die Pensionsversicherung der Privatangestellten überhaupt nicht mehr verabschieden könne, wenn er sich nicht auf den Boden des Entwurfs stelle; eine Verabschiedung des Entwurfs durch den gegenwärtigen Reichstag sei aber aus tatsächlichen Gründen unter allen Umständen zu wünschen, ein Standpunkt, der freilich von sämtlichen übrigen Rednern energisch bekämpft wurde. Sehr bedauerlich war es, daß sich etliche Redner in nur schwer nachzuprüfende Einzelheiten verloren und daß gegenüber auffallend unsozialen Tendenzen, die beim Beginn der Tagung zum Ausdruck kamen, der Standpunkt des Vereins als solcher erst zum Schluß dargelegt wurde, nachdem sich die Reihen der Zuhörer schon merklich gelichtet hatten. Dieser Standpunkt, der vom Vorsitzenden v. Rapp und Direktor Dr. Bischof vertreten wurde, läßt sich dahin zusammenfassen:

Der deutsche Verein für Versicherungswissenschaft, insbesondere die in ihm dominierenden Lebensversicherungsgesellschaften, wenden sich nicht prinzipiell gegen die Versicherung der Privatangestellten, der Verein wünscht vielmehr dieselbe, aber auf dem Wege des Ausbaues der Invalidenversicherung; er betrachtet die beabsichtigte Versicherung auch keineswegs als eine Konkurrenz oder fürchtet sie gar als solche — daß sie das nicht werden wird, haben die Verhältnisse in Österreich gezeigt — wohl aber hält er es für seine soziale Pflicht, vor dem beabsichtigten neuen sozialpolitischen Experiment zu warnen. Es fehlen bisher alle versicherungstechnischen Unterlagen für eine derartige Versicherung, und sie sind auch nicht im Entwurf geschaffen worden. Der Verein hat es bisher als seine Aufgabe betrachtet, die Errichtung nicht leistungsfähiger Institute zu bekämpfen, hier aber solle eine Einrichtung geschaffen werden, von der die Schöpfer selbst zugeben, daß ihre versicherungstechnischen Grundlagen nicht unangreifbar sind, wie daraus hervorgeht, daß für die Zukunft die eventuelle Reduzierung der Leistungen oder die Erhöhung der Beiträge gleich im Gesetz vorgesehen wird. Die vorgeschlagene Versicherung stelle sich als eine Einrichtung dar, die nach den bewährten Grundsätzen des Reichsaufsichtsamts für die Privatversicherungen niemals die Genehmigung erhalten würde.

Die Einwendungen gegen die wesentlichen und grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs hatte das vorzügliche, einleitende Referat von Dr. Welking-München in knapper Form zusammengefaßt: Die Berufsunfähigkeit der Privatangestellten unterscheidet sich tatsächlich in nichts von der allgemeinen Erwerbsunfähigkeit des Arbeiters, es wird in der Praxis nicht möglich sein, mit zwei verschiedenen Begriffen der Erwerbsunfähigkeit zu arbeiten. Die differenzielle Behandlung der Angestellten und Arbeiter hinsichtlich der Altersgrenze ist ein bedenklicher Fehlschlag, er wird die Unzufriedenheit der Arbeiter erst recht wecken. Eine Zwangsversicherung, die mit Durchschnittsbeiträgen rechnen muß, ist ungerecht, sie würde auch niemanden wirklich befriedigen, denn für die Angestellten würde sie vielfach Herabsetzung der Anfangsgehälter, geringere Zulagen, Verdrängung durch weibliche Kräfte bedeuten. Das persönliche Interesse des Arbeitgebers an dem Angestellten wird völlig verschwinden.

Trotz dieser grundsätzlichen Einwendungen müsse man jedoch in der Erwartung, daß der Entwurf bei der herrschenden Stimmung im Reichstage Gesetz werde, die einzelnen Schwächen bloßlegen, damit diese beseitigt würden. Obwohl es fraglich sei, ob die gering bezahlten Angestellten und die kleineren Unternehmer die Lasten, die ihnen hier auferlegt würden, überhaupt tragen könnten, seien die in Aussicht genommenen Renten auf jeden Fall zu gering. Der Hinweis in der Begründung, daß der halbinvalide Privatbeamte ja immer noch in der Lage sei, seine halbe Arbeitskraft zu verwerten, sei äußerst bedenklich, da die Praxis gezeigt habe, daß solche halben Arbeitskräfte nur schwer Arbeit finden; vor allem aber würde hierdurch eine sehr gefährliche Lohnbrüdererei provoziert werden. Auch sei die Frage noch zu klären, ob für derartig invalide, aber beschäftigte Arbeitskräfte noch weitere Beiträge geleistet werden müßten. Die Wartezeit sei zu lang, auch sei es ungerechtfertigt, daß sie durch Arbeitslosigkeit noch verlängert werde. Die Witwenrente müßte unter allen Umständen nach fünfjähriger Wartezeit gewährt werden. Diese selbst sei aber nach dem Entwurf völlig unzulänglich. Hier empfehle es sich, nur solchen Witwen die Rente zu gewähren, die entweder ein bestimmtes Alter erreicht haben oder erwerbsunfähig sind, da die erwerbsfähige Witwe, die Rente bezieht, unbedingt zur Lohnbrüderin werden würde. Die Waisenrenten seien so minimal, daß man besser von ihnen ganz ablässe und die dadurch frei werdenden Beträge zur Erhöhung der andern Renten verwendete. Weiter kritisierte der Redner die hohen Verwaltungskosten, die völlig verschlenen Bestimmungen über die Anlegung der Kapitalien und die Berechnung

der Zinsen, die absolut unzutreffend sei. Bezüglich der Ersatzklassen forderte er, daß sowohl für die Pensionsklassen als auch für die Lebensversicherungsgesellschaften hinsichtlich der von ihnen abgeschlossenen Verträge dauernd das Recht bestehen müsse, die Reichsanstalt als Rückversicherungsanstalt zu benutzen. Segensreich könne diese Einrichtung dann werden, wenn die Lebensversicherungsgesellschaften eine eigens hierfür konstruierte, besondere Form der Lebensversicherung schaffen würden.

Die Frage der Ersatzklassen spielte auch bei den übrigen Rednern eine große Rolle. Daß hierbei das Lob der Wertpensionsklassen in den höchsten Tönen gesungen wurde, erscheint nicht verwunderlich, da es hauptsächlich Vertreter von Arbeitgeberorganisationen waren, die hier zu Wort kamen und sich selbstverständlich für die unbeschränkte Zulassung dieser Ersatzinstitute aussprachen. Der Landtagsabgeordnete Dr. Beumer, der die „oberflächliche“ Art der Begründung des Entwurfs wiederholt betonte, erklärte geradeheraus, die bewährtesten Ersatzinstitute würden hier mit rauher Hand zerschlagen, und ihm sekundierten die Vertreter der Krupp'schen Rassen. Daß auch die Festsetzung des Wahlalters auf das 21. Jahr von dieser Seite auf das schärfste angegriffen wurde, erscheint ebenfalls nicht verwunderlich. Eine besondere Note in dem Kampfe für die Ersatzinstitute brachte der Vorsitzende des Deutschen Bankbeamtenvereins Färstenberg insofern in die Debatte, als er die Beibehaltung aller bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zugelassenen gleichartigen Einrichtungen verlangte — bekanntlich ist die auf prästatiöner Grundlage errichtete Pensionskasse für das deutsche Bankgewerbe vor einiger Zeit in Verdrängung des damals bereits angekündigten Entwurfs mit großer Beschleunigung geschaffen worden. Er begründete seine Forderung damit, daß es sich dringend empfehle, in einer Zeit, in der alles nach Staatshilfe schreit, Selbsthilfseinstitute pfleglich zu behandeln, besonders da sie auch die zweite Forderung der Gegenwart erfüllen: auf die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern versöhnend zu wirken.

Eine Anzahl weiterer Redner wandte sich scharf gegen das ganze Prinzip der Angestelltenversicherung in der beabsichtigten Form und wollte höchstens den Versicherungszwang gelten lassen dergestalt, daß jeder Angestellte gesetzlich verpflichtet werden solle, sich gegen Alter und Invalidität zu versichern, daß aber die Art dieser Ausführung ihm freistehen solle. Dieser Weg wurde von einem Versicherungstechniker insofern für ungangbar gehalten, als dann für die schlechten Risiken schließlich doch nur eine staatliche Versicherung übrig bleiben würde, ein Einwand, dem mit dem Hinweis darauf begegnet wurde, daß hierfür — nach dem Vorbilde der Feuerversicherung — sehr wohl die Gesamtheit der Gesellschaften in Frage kommen könne. Diesen Weg, d. h. die Statuierung des Versicherungszwangs für jeden Angestellten, aber die Freiheit in der Art der Ausführung bezeichnete auch der Vorsitzende in seinem Schlußwort als denjenigen, für den sich auch die deutschen Versicherungsgesellschaften gegenüber dem vom Entwurf vorgeschlagenen Wege aussprechen müßten; er sei der einzige, der unbedenklich beschritten werden könne. Dasjenige, was von allen Rednern, die diese Frage überhaupt berührten, gleichmäßig anerkannt und zum Schluß von dem Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, Geheimrat Düttmann, stark unterstrichen wurde, ist der Mangel an Übereinstimmung zwischen Entwurf und Motiven, die wenig kritische Durcharbeitung einzelner Bestimmungen, die es ermöglicht, daß unter Umständen Versicherte, die weniger und geringere Beiträge gezahlt haben, höhere Renten beziehen können als solche, die mehr und höhere Beiträge leisten mußten, und die äußerst auffällige Verschiedenheit in der Berechnung der materiellen Versicherungsgrundlagen beim vorliegenden und beim Entwurf der Reichsversicherungsordnung. — Die vorstehend kurz geschilderten Verhandlungen werden nach stenographischer Aufnahme Anfang März als Heft 23 der Veröffentlichungen des deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft erscheinen.

VI. Der dritte deutsche Privatangestellten-Tag, der vom Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten für den 19. Februar nach Berlin einberufen worden war, war von vornherein als eine große Rundgebung inszeniert worden für den vorliegenden Gesetzentwurf, und der Vorsitzende sowohl wie die vier Referenten beschränkten sich darauf, die Vorzüge des Entwurfs und die vom Hauptausschuß in seiner Sitzung vom Tage vorher (18. Februar) beschlossenen Verbesserungsanträge kurz darzulegen und immer wieder die Notwendigkeit eines festen Zusammenstehens aller Privatangestellten gegenüber den sich aufdringenden Hindernissen zu betonen. Während Dr. T. Hissen-Samburg (Verein der Handlungs-Kommiss von 58) einen Überblick über die Geschichte

der Privatbeamtenbewegung und der parlamentarischen Entwicklung der Gesetzesaktion gab und hierbei auch die Arbeitgeberorganisationen aufzählte, die sich den Interessen der Privatangestellten günstig gegenübergestellt haben, sprach Kaufmann-Berlin (Deutscher Technikerverband) über den Umfang der Versicherung und begrüßte hierbei insbesondere die Einbeziehung der akademisch Gebildeten in den Kreis der Versicherten. Fischer-Offenbach setzte den Invaliditätsbegriff, die Höhe der Beiträge und Leistungen auseinander, und Beschly-Hamburg (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband) schilderte die Organisation und die Grundlagen der Versicherung nach dem Entwurfe sowie die Stellung zu den Ersatzversicherungen. Der Inhalt der Beschlüsse des Hauptausschusses vom 18. Februar deckt sich im wesentlichen mit den in Sp. 598 mitgeteilten Leistungen der Siebenerkommission, die nur in einigen unwesentlichen Punkten eine Erweiterung erfahren haben: so sollen auch Lehrer, Erzieher und Krankenpfleger beiderlei Geschlechts, die ihre Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben, in die Versicherung einbezogen und für eine Übergangszeit von 5 Jahren sollen bei dem Erlöschen der Versicherung dem Versicherten oder seinen Hinterbliebenen die für ihn eingezahlten Beiträge ohne Zinsen zurückvergütet werden; zur Anstellung der Beamten soll die Zustimmung des Verwaltungsausschusses erforderlich sein. Für den Verwaltungsrat wird gefordert, daß er sich seinen Vorsitzenden selbst wählt und der Präsident des Direktoriums den Vorsitz nur so lange führt, als eine Wahl nicht zustande gekommen ist.

In der angenommenen Entschließung wird erklärt, daß auf der Grundlage des Entwurfs eine befriedigende Lösung der Versicherungsfrage möglich sei, wenn die vom Hauptausschusse vorgeschlagenen Verbesserungen berücksichtigt würden. Insbesondere erwartete der Privatangestellten-Tag die Erhöhung der im Entwurfe vorgeschlagenen Beiträge und dadurch eine entsprechende Erhöhung der Leistungen. Nach einer Bitte an den Bundesrat um schnelle Erledigung der Vorlage, damit diese noch von dem gegenwärtigen Reichstag verabschiedet werden könne, und einem Danke an den Reichstag für die bisherige wohlwollende Förderung des großen Zieles spricht die Entschließung die Hoffnung aus, daß die Arbeitgeber und ihre Organisationen in Würdigung der guten Wirkung, die das Gesetz nicht nur für die wirtschaftliche Lage der Angestellten, sondern auch für ihre Berufstreue und Schaffenskraft, und damit schließlich für das Verhältnis zu ihren Arbeitgebern zur Folge haben wird, die Erledigung des Entwurfs noch im gegenwärtigen Reichstag fördern helfen. Und an die gesamte Privatangestelltenschaft, insbesondere die außerhalb des Hauptausschusses stehende, wird die Mahnung gerichtet, in Anerkennung der Schwierigkeiten der Durchführung eines so großen Sozialgesetzes weitergehende Einzelwünsche jetzt zurückzustellen und einmütig auf den durch die Gesetzesvorlage und durch die Beschlüsse des Hauptausschusses geschaffenen Boden zu treten.

Ob und inwieweit sich diese Mahnung erfüllen wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Die wiederholten Versuche von Anhängern der Minderheit, die Verhandlungen zu stören, die in letzter Stunde vorgenommene Anberaumung einer besonderen Versammlung in unmittelbarer Nachbarschaft des für die Kundgebung des Hauptausschusses gemieteten Lokals mit der Zusicherung vollster Redefreiheit für jedermann und die Verteilung eines Artikels vorm Versammlungslokal mit der Überschrift: „Verräter am Wert“ zeigen, mit welcher Erbitterung die Minderheit oder doch wenigstens einzelne von ihr den Hauptausschuß und seine Führer bekämpfen. Daß diese den festen Willen haben, für ihre Überzeugung sich weiter einzusetzen, hat die Versammlung vom 19. Februar gezeigt, und dem Vorsitzenden der Siebenerkommission, Beschly, kann die Anerkennung nicht versagt werden, daß er das bisher vom Ausschusse Erreichte und seine weiteren Wünsche in klarer und geschickter Weise verteidigte. Insbesondere erschienen seine Ausführungen über die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichsanstalt für die zwei Millionen Versicherten gegenüber dem Wunsche der Anhänger des Ausbaugedankens, diese Verwaltung auf die 41 bestehenden Träger der Invalidenversicherung zu übertragen, sowie seine Ausführungen über die „vielgeschmähte“ Selbstverwaltung und die Frage der Ersatzversicherungsinstitute gut begründet. Bezüglich der Organisationsfrage betonte er, daß bisher noch kein einziger praktischer Vorschlag zu einer andersgearteten Organisation gemacht sei, die Rechtsprechung werde in beiden Instanzen Männern der Praxis anvertraut unter dem Vorherrschen eines Juristen, während die Verwaltung der Riesensummen unmöglich Ehrenbeamten anvertraut werden könne, hier müsse am letzten Ende das Reich haften und deshalb sei die Leitung der eigentlichen Verwaltung durch Berufsbeamte mit der letzten Verantwortlichkeit in der Person des Reichskanzlers unbedingt notwendig. Es werde sich sehr bald zeigen, daß die neue Versicherung so billig arbeiten werde wie keine soziale Versicherung bisher ge-

arbeitet hat. Und was die Regelung zu den Ersatzversicherungen anlangt, so bringe der Entwurf vor allem der gesamten Privatbeamtenschaft die Befreiung aus der Knechtschaft der Wertpensionskassen.

VII. Die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten hielt nach Schluß der vorstehend geschilderten Versammlung ebenfalls eine Versammlung ab, in der Ingenieur Lüdemann-Berlin (Bund der technisch-industriellen Beamten) über das Thema: „Die betrogenen Privatangestellten“ referierte. Der Vertreter der Berliner Werkmeistervereine gab hierauf die Erklärung ab, daß die Leitung des Werkmeisterverbandes mit ihrem Eintreten für die Sonderversicherung und für den Regierungsentwurf sich durchaus im Widerspruch mit der Mehrheit ihrer Mitglieder, vor allem aber mit der Gesamtheit der Berliner Mitglieder befinde. Die Berliner Werkmeister ständen durchaus auf dem Boden des Ausbaues der Invalidenversicherung. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, der die Angestellten aufforderte, in diesem Kampfe, der erst jetzt beginne, auszuhalten und mit dafür zu sorgen, daß durch einen systematischen Ausbau unserer sozialen Versicherung die berechtigten Wünsche der Gesamtheit der Arbeitnehmer erfüllt würden. In einer Entschließung wurde dagegen protestiert, daß die vom Hauptausschuß veranstaltete Versammlung mit der Bezeichnung „Privatangestellten-Tag“ belegt werde. Der übrige Inhalt dieser Entschließung deckt sich mit der von der Vertreterversammlung der „Freien Vereinigung“ am 11. Februar angenommenen Entschließung. Diese lautet:

Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für Angestellte entspricht weder den Erwartungen der Privatangestellten noch den Verprechungen, die ihnen im Reichstage und in der Denkschrift des Reichsamts des Innern vom 11. Juli 1908 gemacht worden sind.

Die im Entwurf vorgesehenen Leistungen sind viel zu niedrig und bleiben ganz beträchtlich hinter den bescheidensten Wünschen der Angestellten zurück. Die Geringfügigkeit der Leistungen muß um so mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Klassen sogar überschreitet — was die Masse der Angestellten ohne bedenkliche Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch bürokratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgeblichen Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Beteiligten selbst getragen werden sollen.

Der Entwurf versagt also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderklasse hingestellt worden sind. Dazu kommen andere Mängel wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personenkreises.

Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Pensionsversicherungsfrage durch eine Sonderklasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundlagen die gleichen oder noch höhere Leistungen zu erzielen sind. Da somit die Grundlagen des Gesetzesentwurfes verfehlt sind, fordert die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung.

F. C.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die in Sp. 632 erwähnten Kompromißanträge, das Verfahren in Unfallsachen betr., wurden noch in folgenden Punkten abgeändert: Es wurde die Bestimmung eingefügt, daß das Versicherungsamt entscheidet, wieweit dem neuen Gutachter die vorhandenen ärztlichen Gutachten mitzuteilen sind; auf Verlangen des ärztlichen Gutachters muß ihm jedoch Einsicht in die übrigen Vorverhandlungen gewährt werden. Weiter wurde beschlossen, daß bei der Verhandlung über den Einspruch des Versicherten der Vertreter der Berufsgenossenschaft und der Beistand des Arbeiters nicht zu solchen Personen gehören dürfen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. § 1572 h erhielt folgende Fassung:

„Erteilt der Versicherungsträger, bevor die frühere Entscheidung über die Höhe der Entschädigung rechtskräftig wird, einen neuen Bescheid, durch den die Rente wegen Änderung der Verhältnisse neu festgesetzt wird, so gelten der Einspruch und die Rechtsmittel gegen den früheren Bescheid auch als Einspruch oder Rechtsmittel gegen den neuen Bescheid.“

Darauf wurde in die Beratung des vierten Buches „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“ eingetreten, wobei im wesentlichen die Beschlüsse der ersten Sitzung bestätigt wurden. In § 1622, wonach das Versicherungsamt Bevollmächtigte und Beistände zurückweisen kann, die das Verhandeln vor Behörden

geschäftsmäßig betreiben, wurde die Bestimmung angefügt, wonach die Zulassung nur verweigert werden darf, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. § 1639 (Berufung und die dafür zuständigen Instanzen) wurde in drei Paragraphen zerlegt. Die Bestimmungen über das Verfahren vorm Reichsversicherungsamt wurden dahin abgeändert, daß ausgesprochen wurde, daß in Kranken- und Invalidenfällen die Revision zulässig ist (§ 1651), daß gegen die Urteile der Spruchkammer in Sachen der Unfallversicherung Rekurs zulässig ist, daß aber kurzfristige Renten und die Restfeststellung von Dauerrenten als nicht rekursfähig anzusehen sind. Der Rest des vierten Buches wurde entsprechend den Kompromißanträgen genehmigt. — Weiter wurde das fünfte Buch „Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten“ beraten und mit einigen unwesentlichen Abänderungen redaktioneller Art nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Hierauf wurde eine Unterkommission von 9 Mitgliedern gewählt, welche die in zweiter Lesung bisher ausgelegten Bestimmungen über die Behandlung der Ausländer vorberaten und die in erster Lesung gefassten Beschlüsse nochmals durchberaten soll, welche gegenüber der Regierungsvorlage eine Mehrbelastung ergeben, d. h. insbesondere die obligatorische Gewährung der Hebammenhilfe durch die Krankenkassen und die Gewährung einer Kinderrente an Invalidenrentner.

Ausdehnung der Landesversicherungsanstalten zur RVD. Die Vertreter sämtlicher deutschen Landesversicherungsanstalten traten am 18. Februar zu einer Versammlung in Berlin zusammen, um zu dem von der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung gefassten Beschluß, wonach die Ausgaben der Landesversicherungsanstalten für die vorbeugenden Heilverfahren auf 7 % der Beitragseinnahmen beschränkt werden sollen, Stellung zu nehmen. Die Versammlung faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Der von der Kommission beschlossene Zusatz zu § 1841, betreffend die Einschränkung der vorbeugenden Krankenfürsorge der Versicherungsanstalten, führt notwendig zur völligen Aufhebung der Selbstverwaltung der Träger der Invalidenversicherung und beseitigt den maßgebenden Einfluß der dem Ausschuß angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Verwaltung und damit die Arbeitsfreudigkeit der für die Durchführung der Invalidenversicherung so wichtigen Organe. Die vorbeugende Krankenfürsorge bildet gegenwärtig einen der bedeutendsten Faktoren bei der Durchführung der Invalidenversicherung und läßt keinerlei Einschränkung zu, soweit nicht die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Rentenzahlungen direkt gefährdet wird. Die am 18. Februar 1911 in Berlin zu einer Generalversammlung einberufenen deutschen Versicherungsanstalten sind daher einstimmig der Ansicht, daß der von der Kommission beschlossene Zusatz zu § 1841 die Durchführung der Invalidenversicherung in der schwersten Weise gefährden würde, und bitten um Streichung dieses Zusatzes.

Volkserziehung.

Professor Probingers „Schulgemeinde“.

Dr. R. Probingers, R. R. Professor in Pola, betitelt ein kleines Schriftchen: „Was ich mit der Schulgemeinde will“ (Pola 1909, Verlag von Jos. Kompolic), er verfaßt darin die Idee der „Schulgemeinde“, und in einem anderen Schriftchen (ebenda) gibt er einen Verfassungsentwurf für eine Schulgemeinde (und zwar für eine solche an einer Anstalt mit Schülern verschiedener Nationalitäten). Die Schulgemeinde wird dadurch errichtet, daß der Lehrkörper einer Anstalt den Schülern eine Verfassung verleiht. „Die Schulgemeinde ist eine Körperschaft mit gesetzgebenden, richterlichen und ausführenden Vollmachten innerhalb der Grenzen und in Übereinstimmung mit den Gesetzen unseres Staates und den Disziplinarvorschriften unserer Anstalt.“ Die Schulgemeinde verleiht den Schülern, um ihren Willen zu bilden und sie recht für das Leben vorzubereiten, Rechte. Denn ein Mensch, dem keine Rechte und Freiheiten zugestanden sind, kann niemals ein Charakter werden. Da das veraltete absolutistische Schulsystem nach den Worten des Verfassers auf die Unterdrückung jeder Freiheit ausgeht, eine wahrhaft sittliche Erziehung daher nicht möglich ist, so muß es entfernt und durch das beste System, das wir jetzt haben, das konstitutionelle der Schulgemeinde, ersetzt werden. Vor allem wird den Schülern das aktive und passive Wahlrecht verliehen, d. h. sie dürfen sich ihre Würdenträger, wie sie nach der Verfassung bestimmt sind, selbst wählen. Die beiden wesentlichsten Punkte, um die es sich hier handelt, sind Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin in und außer dem Hause, und hier spielt wieder das Gerichtswesen eine Hauptrolle. Hier macht der Verfasser die sehr zutreffende Bemerkung: Erst des Geheberten sind wir sicher, nicht des Be-

straften. In den Schlußbetrachtungen weist Probingers darauf hin, daß die Schulgemeinde, da sich ja Lehrer und Schüler in ihr befinden, die Spannung zwischen beiden vermindere und der Jugend wieder neues Vertrauen und neue Liebe zu ihren Lehrern einflöße. Bestehe aber einmal Vertrauen zwischen Lehrern und Schülern, so sei die Aufrechterhaltung der Disziplin eine Leichtigkeit, vorausgesetzt, daß alle Lehrer im Geiste der Schulgemeinde wirken, sonst sei die Anarchie unausbleiblich. Und dann heißt es weiter:

Das erhöhte Vertrauen verleiht dem Lehrer wieder mehr Autorität, und da er nicht in jedem Straffall persönlich, sondern nur aus der Ferne eingreift, wird er auch dadurch mit einer höheren Autorität umkleidet; außerdem aber verliert er die so vielen Haß erzeugende Rolle eines Zuchtmeisters. Der neue Zustand, wie ihn die Schulgemeinde mit sich bringt, gibt den Schülern eine vermehrte Lust zum Studium, da sie mit ihrer Schule wirklich verwachsen können, sich in ihr wirklich wie zu Hause fühlen dürfen, in ihren Lehrern wirklich ihre älteren Freunde und Berater verehren und durch die Schulgemeinde auch ihre Willenskraft gestärkt wird und sie zu freudiger Überwindung auch des Unangenehmen und Widrigen erzogen werden.

Was Probingers im einzelnen sagt, ist so überzeugend, daß seinen Bestrebungen auf Einführung der Schulgemeinde nur der beste Erfolg gewünscht werden kann. Warum soll in Österreich und später hoffentlich auch in Deutschland nicht möglich sein, was in Amerika sich glänzend bewährt hat? Probingers hat vollkommen recht, wenn er die Unfruchtbarkeit unseres Konstitutionalismus darauf zurückführt, daß auch die Handhabung des konstitutionellen Systems gelernt werden müsse, daß aber unsere jungen Staatsbürger in keiner Weise hierfür erzogen würden, während der junge Staatsbürger in der Schulgemeinde die Wichtigkeit des Stimmzettels erkennen lernt und dessen inne wird, daß persönliche Vorteile und Neigungen zum Besten des Ganzen zurückgelegt werden müssen; hier lerne er überhaupt den ganzen Wahlvorgang kennen, nicht zuletzt auch den Wert einer zielbewußten Agitation oder das Schlimme einer verfehlten Wahl. Gewissen Kreisen wird freilich diese Begründung der Forderung der Schulgemeinde nicht gerade angenehm sein. Wenn wir aber Ernst machen wollen mit der staatsbürgerlichen Erziehung unserer Jugend, so werden wir um etwas Ähnliches wie die Schulgemeinde kaum herumkommen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat über den Jugendschutz.

In einer Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats am 15. Februar in Berlin wurde nach einem Vortrag des Stabsarzts Dr. Vossenge über die Weiterbildung der männlichen Jugend nach dem Verlassen der Volksschule bis zum Eintritt ins Heer auf Antrag des Herrn v. Erffa und des Herrn v. Selto folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt: Im Interesse der Wehrfähigkeit der deutschen Nation erscheint es dringend geboten, Einrichtungen zu schaffen, welche die physische und moralische Weiterbildung unserer Jugend vom Verlassen der Volksschule bis zum Eintritt in die Truppe ins Auge fassen. Dazu gehört vor allem die Ausdehnung des reichsgesetzlichen Schutzes jugendlicher Arbeiter.“

Zur Begründung führte Herr v. Erffa aus, wenn man die Jugend bis zum zwanzigsten Lebensjahre physisch und moralisch weiterbilden wolle, dann müsse man diese Jugend auch erst „haben“. Das sei aber nicht möglich, wenn man, wie heute, die jungen Leute mit vierzehn Jahren in die Fabrik gehen lasse. Es sei daher ein stärkerer Schutz für die Jugend anzustreben. Heute wende nur noch ein ganz geringer Prozentsatz der Jungen sich dem landwirtschaftlichen Dienst zu. In den Städten sei es aber nicht möglich, die jungen Leute moralisch und physisch fortzubilden. — Wiederholt haben wir in diesen Blättern schon darauf hingewiesen, daß wir es für eine Gefährdung des Erfolgs der ernsthaften Jugendschutz-Bestrebungen halten, wenn versucht wird, die jungen Leute zwangsweise auf dem Lande im Dienste der Landwirtschaft zu halten und ihnen den Eintritt in die Fabrik, das Handwerk und den Handel zu verwehren. Der andere Weg ist der allein richtige: Man muß es erreichen, daß die jungen Leute innerhalb von Industrie und Handel einen zugleich wirksameren und länger andauernden Schutz und eine bessere, umfassendere Fort- und Ausbildung erhalten. Und zwar muß der Schutz und die Bildung nicht nur den Jünglingen, sondern ebenso auch den heranwachsenden Mädchen zuteil werden. Es ist ein vergebliches Beginnen, die körperliche, geistige, sittliche Tüchtigkeit allein der jungen Männer zu fördern, die gleichen Pflichten aber gegenüber den künftigen Müttern und Hausfrauen zu vernachlässigen.

Die Wanderausstellung gegen die Schundliteratur ist von der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung seit Beginn dieses Jahres

außer in Berlin (S. 174) im Reichstagsgebäude bereits in Danzig und Halle, und zwar mit dem gleichen Erfolge wie in Berlin, gezeigt worden. Im Februar wird sie zunächst in Chemnitz und während der zweiten Monatshälfte in Leipzig im Buchgewerbehaus (hier in Verbindung mit dem Deutschen Buchgewerbeverein) veranstaltet. Gleichzeitig findet sie in etwas kleinerem Umfange in Döbeln, Eisleben und Göttingen statt. Im März und April wird die Ausstellung voraussichtlich durch die größeren rheinischen Städte wandern, um dann über Schlesien nach Österreich (Wien usw.) weiterzugehen. Für den Herbst ist München und das weitere Süddeutschland in Aussicht genommen und im Anschluß daran die Schweiz. Das vollständige Ausstellungsmaterial ist zu diesem Zwecke in mehreren Exemplaren zusammengestellt worden.

Landwirtschaftlicher Unterricht für Soldaten. In der Zeitschrift „Das Land“ vom 1. Februar 1911 bespricht Landesökonomierat Maier-Bode die bisherigen Erfahrungen, die mit dem landwirtschaftlichen Heeresunterricht gemacht worden sind und die zu weiterem Ausbau durchaus ermutigen. Die Landarbeiterfrage müsse hierbei vollkommen Nebenzweck bleiben, vielmehr müsse stets das Interesse in den Vordergrund gerückt werden, das der Staat an einer gesunden Bevölkerung habe. Ein jeder Rückschritt des Bauerntums bedeute jedoch zugleich einen Rückschritt der Volkskraft. Der landwirtschaftliche Unterricht der Mannschaften wird bisher besonders gepflegt in den Garnisonen in Bayern, Sachsen, Posen, Ostpreußen und Pommern. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer befindet sich sehr Interesse für diese Einrichtung, daß sie zu den Unkosten der Kurse 2500 M. bewilligt hat. Der Erfolg der Kurse hängt nicht nur von der Persönlichkeit des Lehrenden ab, sondern auch davon, ob die Offiziere die Mannschaften genügend zur Teilnahme an den Kursen anregen. Der Besuch der Kurse selbst müsse freiwillig bleiben, aber zur Teilnahme an den ersten Unterrichtsstunden seien sämtliche vom Lande stammenden Soldaten angeregt worden. Der Verfasser teilt dann noch aus der Praxis heraus das Programm eines solchen bei einem Berliner Regiment gehaltenen Kurses mit, der 20 Nachmittagsstunden, auf 20 Wochen verteilt, umfaßte. Die wichtigsten Themen daraus waren: Stadt und Land in ihrer Bedeutung für Staat, Industrie und Landwirtschaft; Technische Fragen wie Obst- und Gemüsebau, Viehzucht, Milchwirtschaft; die wichtigsten Gebiete ländlicher Wohlfahrtspflege wie innere Kolonisation, Sparsassen und Genossenschaftswesen usw. Die Erfolge des Unterrichts waren meist, daß die Teilnehmer ihrer ländlichen Heimat und ihren ländlichen Interessen weniger entfremdet wurden, während sonst die Dienstzeit in der Großstadt oft zur Verführung wird, daß die jungen Leute später dauernd in die Stadt abwandern.

Ein 1. sozialer Kursus für öffentliche Beamte wird vom Volksverein für das katholische Deutschland in M.-Gladbach in der Woche vom 6. bis 11. März veranstaltet. Folgende Vorträge werden unter anderem gehalten: Entwicklung der Volkswirtschaft; Struktur der deutschen Volkswirtschaft und des Staatslebens seit Gründung des Deutschen Reichs; Entwicklung der Eigenart des deutschen Beamtentums und Beamtenrechts; Die staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte; Berufliche Selbsthilfe; Wirtschaftliche Selbsthilfe; Beamte und Sozialismus; Soziale und staatsbürgerliche Schulung der Beamten; Gemeinnützige soziale Arbeit der Beamten in Stadt und Land. Der Kursus steht für alle öffentlichen Beamten offen. Gebühren werden nicht erhoben.

Volksgeundheit.

Die Ernährung auf dem Lande beschäftigte am 14. Februar den Deutschen Landwirtschaftsrat. Der Berichterstatter Landesökonomierat Dr. Herz-München war — entgegen andern Sachverständigen, vor allem Dr. Kaup — der Ansicht, daß die Kost auf dem Lande fast überall besser geworden sei. So werde im allgemeinen mehr Fleisch genossen als früher, da dem Verlangen der Dienstboten Rechnung getragen werden müsse; auch der Geschmack der Kleinrentner bewege sich, soweit das Einkommen dies gestatte, in der gleichen Richtung, welche immerhin gesundheitliche Bedenken habe. Die gegen die Volksernährung laut gewordenen Klagen seien viel weniger diesen selbst als vielmehr einem unverständigen Mißbrauch zur Last zu legen. Bei der heranwachsenden Jugend müsse der Ersatz der Milch durch Alkohol und eine unzureichende oder ungeeignete Kost zu einer Schädigung der Wehrkraft und Volksgeundheit führen. Milch und Käse würden als die billigsten Eiweißquellen in der Stadt besser als auf dem Lande gewürdigt. Durch Koch- und Haushaltungskurse, Aufklärung und gutes Beispiel könnten Wohlfahrts- und Frauenvereine, landwirtschaftliche,

milchwirtschaftliche und genossenschaftliche Körperchaften, Ärzte und Volksfreunde mit Hilfe der Molkereien allmählich ein besseres Verständnis für gesunde Ernährung wecken und auf die Zubereitung einer schmackhaften, abwechslungsreichen, kräftigen, gesunden und doch möglichst billigen Kost einen günstigen Einfluß ausüben. Folgender vom Referenten gestellter Antrag fand Zustimmung:

Wo die neue ländliche Kost nicht zweckmäßiger und besser als die frühere ist, muß durch Belehrung und Vorbild Abhilfe geschaffen werden. Es ist anzustreben, daß alle, welche bisher schon so hingehend für das Volkswohl mit den Behörden zusammengearbeitet haben: Wohlfahrts- und Frauenvereine, landwirtschaftliche, milchwirtschaftliche, genossenschaftliche Körperchaften, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Lehrerinnen und die Landwirte selbst mit den Molkereien sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, um nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Möglichkeiten die bereits bewährten Einrichtungen zu pflegen und weiter auszubauen, welche der Volkswohlfahrt und Volksbelehrung, Säuglings- und Krankenfürsorge, Kinder- und Volksernährung, Hauswirtschaft, Alkoholverbrennung, Raubvieh- und Ziegenhaltung, Gewinnung, Behandlung, Verwertung und Verwendung der Milch und ihrer Erzeugnisse dienen.

Eine kommunale Mutterschaftskasse, die erste ihrer Art in Deutschland, ist im Dezember 1910 in Sebnitz in Sachsen geschaffen worden. Um das Zustandekommen dieser Einrichtung hat sich namentlich der Stabsarzt Dr. Hesse verdient gemacht, der in einer ausführlichen Denkschrift die Notwendigkeit einer solchen Kasse begründete. Sebnitz ist ein Zentrum der Blumenindustrie, die zahlreiche Frauen beschäftigt. Trotzdem in Sebnitz zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bereits Stillsprämien eingeführt waren, betrug doch der Satz der stillenden Mütter immer nur 55 % und die Säuglingssterblichkeit 20 %. Weitergehende Maßnahmen, die eine Ergänzung zu dem bieten, was durch die staatliche Krankenversicherung der Wöchnerinnen gewährleistet ist, erschienen daher notwendig. Hierzu sollten aber nicht nur öffentliche Mittel flüssig gemacht werden, sondern auch die Selbsthilfe durch Versicherung angeregt werden.

Nach dem Ortsstatut für die Mutterschaftskasse in Sebnitz können der Kasse in Sebnitz wohnende weibliche Personen aller Stände beitreten, deren eigenes oder Familieneinkommen 1900 M. nicht übersteigt. Die einmal erworbene Mitgliedschaft kann auch weiter aufrecht erhalten werden bis zur Höchst-Einkommensgrenze von 2500 M. Die Mitglieder zahlen einen Monatsbeitrag von 50 Pf. Die Kasse zahlt nach 1-jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft die bisher eingezahlten Monatsbeiträge, also 6 M., zurück und dazu ein Wochenlohn von 14 M.; nach 2-jähriger Mitgliedschaft die Monatsbeiträge, also 12 M., nebst einem Wöchnerinnengeld von 18 M.; nach 8 Jahren die Monatsbeiträge (18 M.) nebst einem Wöchnerinnengeld von 22 M. Bei Zwillingssgeburten wird ein Zuschlag von 10 M. gegeben. Die Auszahlung der sogen. „Spargelder“, d. h. der aufgesammelten Monatsbeiträge, erfolgt sofort nach Anzeige der Entbindung, die Auszahlung des Wöchnerinnengeldes nach 14 Tagen. Bei Totgeburten oder falls das Kind in den ersten 8 Tagen stirbt, werden nur die Spargelder ausgezahlt. Stirbt dagegen die Mutter im Wochenbett, so hat das Kind bzw. der eheliche Vater Anspruch auf die volle Unterstützung. Stillende, unbemittelte Mütter haben außerdem noch Anspruch auf Gewährung von 1 Liter Milch täglich zum Zwecke ihrer eigenen besseren Ernährung.

Die Kasse kann sich bei den geringen Beiträgen und den verhältnismäßig großen Leistungen natürlich nicht aus den Beiträgen allein erhalten, sondern die Stadt zahlt alljährlich aus städtischen Mitteln einen Zuschuß von 3000 M., außerdem werden Stiftungsmittel der Kasse dienstbar gemacht. Auch industrielle Unternehmer, denen an einem gesunden Arbeiterinnenstamm gelegen ist, unterstützen die Kasse mit größeren Zuwendungen. Das Vorgehen der Stadtverwaltung von Sebnitz verdient auf jeden Fall die Beachtung aller Kreise, die an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit arbeiten; vor allem aber würden die Ergebnisse der Sebnitzer Kasse für den Kommunalpolitiker wichtig zu beobachten sein.

Eine städtische Schulzahnklinik in Nürnberg wird laut Beschluß des Stadtmagistrats in einem städtischen Gebäude mitten in der Stadt eingerichtet. Einem leitenden Zahnarzt soll vorläufig ein Assistentenarzt nebst dem nötigen Dienpersonal zur Seite stehen. Die angestellten Schulzahnärzte werden verpflichtet, ihre ganze Kraft dem städtischen Dienste zu widmen, die Ausübung einer Privatpraxis ist ihnen nicht gestattet.

Ihre täglichen Dienststunden sind von 9 bis 12 und von 2 bis 6 oder 3 bis 7 Uhr. In der städtischen Schulzahnklinik erhalten zahnkranke Kinder der Volksschule unentgeltliche Behandlung, jedoch nur auf ausdrückliches Ersuchen der Eltern. Die Behandlung in der Klinik besteht in der Untersuchung der Mundhöhle und des Gebisses, insbesondere aber in der Reinigung, Füllung oder Entfernung erkrankter Zähne. Der Behandlung in der Schulzahnklinik geht eine Voruntersuchung durch den betreffenden Schularzt voraus, die sich zunächst auf

die Kinder der 1., 4. und 7. Volksschulklassen erstreckt und mit den regelmässigen für die Schulärzte angeordneten Untersuchungen vorzunehmen ist. Die Behandlung ohne vorherige schulärztliche Untersuchung wird gewährt, wenn ein Kind aus besonderem Anlaß ihrer bedarf und der betreffende Klassenlehrer einen Antrag stellt. Der schulärztliche Befund über die untersuchten Kinder ist, wenn zahnärztliche Behandlung erforderlich ist, durch die Lehrer den beteiligten Eltern zu stellen mit der Anfrage, ob unentgeltliche Behandlung in der Schulzahnklinik gewünscht wird. Über die Tätigkeit der Klinik sind genaue Aufzeichnungen zu führen; am Schlusse eines jeden Jahres ist ein Bericht herauszugeben.

Es ist ermittelt worden, daß in Nürnberg etwa 15 000 Kinder jährlich schulzahnklinischer Behandlung bedürfen.

Die Luft in den Fabrikräumen ist neuerdings von Gewerbehygienikern genauer untersucht worden. In England gaben besonderen Anlaß dazu die Klagen der Spinnereiarbeiter von Lancashire über die stichig-feuchte Luft in den Spinnfäden. Ein Untersuchungsausschuß stellte nach der „Internationalen Wochenschrift“ fest, daß die Luftverschlechterung in den Arbeitsräumen weniger auf den Kohlenäuregehalt, als auf übermäßig hohe Temperatur- und Feuchtigkeitsgrade zurückzuführen sei. Freilich kann man nach Maßgabe des Kohlenäuregehalts, der mit den übrigen luftverschlechternden Faktoren in einem ziemlich innigen Wechselverhältnis steht, auf die hygienische oder unhygienische Verfassung der Luftverhältnisse überhaupt in einem Arbeitsraume Schlüsse ziehen. Als unschädlich bezeichnet der englische Untersuchungsausschuß in diesem Sinne einen Kohlenäuregehalt bis zu $\frac{1}{10000}$, während französische Gewerbehygieniker auf Grund amtlicher Untersuchungen in französischen Spinnereien $\frac{1}{10000}$ noch zulassen wollten. Während die Luft im Freien niemals mehr als $\frac{1}{10000}$ bis $\frac{1}{40000}$ Kohlenäure enthält, beträgt der Kohlenäuregehalt im geschlossenen Arbeitsraume bei guter Lüftung $\frac{1}{10000}$ bis $\frac{1}{10000}$, bei schlechter in der Regel $\frac{1}{10000}$. In den Arbeitsräumen der großen Fabriken war aber der Kohlenäuregehalt vielfach bedeutend größer und betrug $\frac{1}{10000}$ bis $\frac{1}{10000}$ in einer Baumwollspinnerei in Bolton z. B. $\frac{1}{10000}$. Die Kohlenäuremessungen sind in England besonders in Leinwand- und Baumwollfabriken seit längerer Zeit regelmäßig eingeführt. Nach Untersuchungen des französischen Gewerbeinspektors Boulin vermag der Kohlenäuregehalt der Luft einen gewissen Sättigungsgrad nicht zu überschreiten. Der Einfluß des Windes und der Temperaturunterschied zwischen Innen- und Außenluft beeinflusst den Kohlenäuregehalt erheblich, da ein lebhafterer Austausch zwischen der frischen Außen- und der Innenluft bei starkem Wind und großer Kühle draußen stattfindet, als sonst bei warmem, stillen Wetter. Als wirksame Mittel gegen die Luftverschlechterung hat der genannte englische Ausschuß empfohlen: 1. In allen Werkstätten, in denen die Luftfeuchtigkeit groß ist, darf eine bestimmte Temperatur nicht überschritten werden; 2. um ein Steigen der Temperatur zu verhindern, ist für gute Entlüftung zu sorgen und neue Wärmezufuhr zu vermeiden; 3. die oftmals erforderliche größere Luftfeuchtigkeit ist an sich nicht schädlich, wenn für geeignete Lüftung gesorgt ist; 4. der Kohlenäuregehalt der Luft ist nur insofern wichtig, als seine Bestimmung ein gutes Hilfsmittel bietet, um das richtige Wirken der Lüftungseinrichtungen festzustellen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Stellenvermittlungs-gesetz nebst Ausführungsbestimmungen, herausgegeben und erläutert von Dr. Georg Schmid, Reg.-Ass. in Stuttgart. 1910. F. F. Steinkopf, Stuttgart. 112 S.

Eine brauchbare Ausgabe des Stellenvermittlergesetzes (die Bezeichnung auf dem Titel ist irrtümlich) mit Beifügung der preussischen und württembergischen Ausführungsbestimmungen. Die Bestimmungen für Bayern, Baden und Sachsen will der Verlag auf Bestellung nachliefern. Die Erläuterungen sind auch für nichtjuristische Leser verständlich gefaßt. Für eine spätere Auflage würde sich vollständige Einarbeitung der Ministerialbestimmungen in den Kommentar empfehlen.

Jahrbuch der Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht des Reichs und der Bundesstaaten. Unter Mitwirkung von Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe, herausgegeben von Dr. Hs. Th. Soergel. 8. Jahrgang 1910. Gebunden M. 9.— (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.)

Wir haben bereits beim Erscheinen der früheren Jahrgänge darauf hingewiesen, daß das Jahrbuch im Anschluß an die einzelnen Gesetzesparagrafen die oberflächliche Rechtsprechung Deutschlands zu einer

sehr großen Anzahl (mehrere Hundert) von Gesetzen und Verordnungen des Reichs und der Bundesstaaten bringt und so gewissermaßen einen fortlaufenden Kommentar zu diesen Gesetzen darstellt. Das ausführliche Schlagwortregister erleichtert das Nachschlagen sehr. Um das Nachschlagen in den einzelnen Jahrgängen möglichst zu erleichtern, sollen von diesem Jahrgang an immer die Register mehrerer Jahrgänge vereinigt werden. So enthält der vorliegende Band das Register zum 2. und 3. Jahrgang. Das Wünschenswerte wäre hier natürlich, daß das Register eines jeden neuen Bandes über sämtliche bis dahin abgedruckten Entscheidungen Auskunft gäbe.

Dr. F. Restner. Ausführungsbestimmungen zu den Reichsteuergesetzen. 625 S. H. Dtt. Geb. 6,40 M.

Dieser zweite Band der Restnerischen Ausgabe, der durch die Reichsfinanzreform von 1909 geschaffenen Reichsteuergesetze enthält den Wortlaut der Ausführungsbestimmungen, die bei der bekannten Abfassungsweise mancher jener Gesetze bisweilen wichtiger als die Gesetze selbst sind. Die Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz umfassen allein 170 Seiten. Durch Beifügung von Vorbrüchen für die Anwendungspraxis des Alltags und eines ausführlichen alphabetischen Sachregisters hat Restner das Zurechtfinden in diesem Gesetzgebungslabyrinth erleichtert.

Zivilprozeßrecht. Ein Leitfadens für Laien, Studierende und Juristen. Von Dr. Max Strauß, Rechtsanwalt in Worms. 815. Bändchen der Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt. Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. 1910.

Der Verfasser versucht, in dem engen Rahmen, den diese Sammlung von wissenschaftlich-gemeinverständlichen Darstellungen bedingt, den gesamten Zivilprozeß leichtfaßlich, auch für den Laien erschaubar darzustellen, und im allgemeinen ist ihm dies auch gelungen. Das Volksbuch, das unsere großen Justizgesetze so darstellt, daß sie jedermann aus dem Volke versteht, ist freilich auch diese Bearbeitung nicht.

Jaarcijfers voor het Koninkrijk der Nederlanden. Rijk in Europa 1909. Bewerkt door het Central Bureau voor de Statistiek. 'sGravenhage Gebr. Bolinfaute 1910. 818 Seiten und 4 Zeichentafeln.

Die „Jaarcijfers“ bilden das Statistische Jahrbuch des Niederländischen Reichs und erinnern im äußeren Zuschnitt etwas an das deutsche Jahrbuch; der innere Gang der statistischen Darstellungen aber hat seine eigene Systematik, die alles auf das Volk bezieht. So reihen sich an die Grundtatsachen der Bevölkerungsbewegung und -Verteilung Abschnitte über den „physischen Zustand der Bevölkerung“, über den „intellektuellen Zustand“, über den „wirtschaftlichen und sozialen Zustand“ der Bevölkerung. Dann erst folgen die Darstellungen der „volkswirtschaftlichen Arbeit“ in Gewerbe, Ackerbau, Handel und Schifffahrt, des Berufsstandes und der Staatsverwaltung, namentlich des Finanzwesens.

Arbejdsløshedsinspektørens Indberetning til Indenrigsministeriet for Regnskabsaaret 1909—10 (1. April 1909 — 31. Marts 1910). København. Trykt hos J. H. Schultz' A/S. 1910.

Der Schutz des Ortsbildes. Das elsass-lothringische Landesgesetz betreffend baupolizeiliche Vorschriften vom 7. November 1910 sowie das Ortsstatut und die Verordnung zum Schutze des Ortsbildes von Straßburg vom 28. November 1910, erläutert von Dr. jur. Heinz Emmrich, Beigeordneter der Stadt Straßburg. Straßburg. Verlag von Karl J. Trübner. 1911.

Die bedingte Verurteilung. Von Joh. Heuser, Bezirksrichter. Sozialpolitische Zeitfragen der Schweiz. In Verbindung mit anderen herausgegeben von Paul Pfäfer. Zürich 1909. Verlag der Buchhandlung des Schweiz. Grütlvereins.

Entscheidungen des Bundesamts für das Heimatwesen. Im Auftrage des Kollegiums bearbeitet und herausgegeben von A. Banger, Kaiserl. Geh. Reg.-Rat, Mitglied des Bundesamts für das Heimatwesen. Band 42, enthaltend die in der Zeit vom 1. Juli 1909 bis zum 1. Juli 1910 ergangenen wichtigeren Entscheidungen. Mit einem die 42 Bände umfassenden alphabetischen Sachregister. Berlin 1910. Verlag von Franz Vahlen.

Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. Ergänzungsband, enthaltend die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts abgedruckt ist. Heft 6, 6, 7, 8, 9. Verlag: Koberbergische Verlagsbuchhandlung, Arthur Koberberg, Leipzig.

Die Waldschule. Allgemeines über ihr Wesen und Wirken und Besonderes aus der Waldschule der Stadt M.-Gladbach. Von H. Bierbaum und G. Dörenkamp, Lehrern zu M.-Gladbach. Mit 5 Vollbildern. Preis 70 Pf. M.-Gladbach 1910. Selbstverlag der Verfasser.

Jahrbuch des Verwaltungsrechts. Unter Einschluß des Staatsverfassungs-, Staatskirchen- und Völkerrechts bearbeitet und herausgegeben von Professor Dr. Stier-Somlo in Bonn. 7. Jahrgang. 1. Hälfte: Literatur des Jahres 1909. 2. Hälfte: Rechtsprechung und Gesetzgebung des Jahres 1909. Berlin 1910. Verlag von Franz Vahlen.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Buchhändler (Postzeitungen 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist R. 8,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Bekanntmachung.

Bei unserem Statistischen Amte ist die Stelle eines

wissenschaftlich gebildeten Beamten,

welcher gegebenenfalls auch die Vertretung des Direktors übernehmen kann, alsbald zu besetzen. Das Gehalt beträgt 4 400 Mark, welches in dreijährigen Perioden um je 400 Mark bis zum Endgehalt von 6 800 Mark steigt.

Durch die Anstellung, welche auf dreimonatliche Kündigung erfolgt, erwirbt der Stelleninhaber Kommunalbeamteneigenschaft im Sinne des Gesetzes vom 30. Juli 1899 und demgemäß Pensionberechtigung, sowie Anspruch auf Witwen- und Waisenversorgung nach den hier geltenden Bestimmungen.

Meldungen solcher Bewerber, welche akademisches Studium und genügende Praxis nachweisen können, sind bis zum **15. März 1911** unter Beifügung von Zeugnissen und Lebenslauf bei der **Stadtkanzlei** einzureichen.

Frankfurt a. M., den 10. Februar 1911.

Der Magistrat.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich

dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superlativischen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Baudarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbauvertrag.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Die Städtepolitik

im Gebiete des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes.

Von **Ludwig Bernhard.**

(Sonderabdruck aus: „Preussische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes“. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 119, Teil I.)

Preis: 1 Mark.

Inhalt: Vorbemerkung. — Selbstverwaltung und Nationalitätenkampf. — Die Abwanderung der Juden. — Die Ausschaltung der Polen. — Die Vorherrschaft der Beamten. — Die Beseitigung des Steuerprivilegs. — Die sogen. „Gemeindeautonomie“. — Die „Einkreisung der Städte“. — Probleme.

Schiffahrtsabgaben.

Von

Max Peters,

Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat in Berlin.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Band 115. Teil 1 und 2—3.)

Erster Teil:

Die Rechtslage.

Preis: 7 Mark 40 Pfennig.

Zweiter Teil:

Die wirtschaftliche Lage.

Preis: 7 Mark 60 Pfennig.

Dritter Teil:

Die verkehrspolitische Lage.

Der Geldhandel der deutschen Juden

während des Mittelalters

bis zum Jahre 1350.

Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte im Mittelalter.

Von

Moses Hoffmann,

Rabbiner.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 152.)

Preis: 5 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. — Jüdischer Grundbesitz. — Jüdischer Handel. — Jüdischer Sklavenhandel. — Der Geldhandel im allgemeinen. — Das kirchliche Zinsverbot. — Christlicher Geldhandel im allgemeinen. — Der Wiederverkauf und die Rentenkaufe. — Der Geldhandel der Geistlichen. — Der Geldhandel der Adligen. — Der Geldhandel der Bürger und Städte. — Die deutschen Geldwechsler. — Die italienischen Geldhändler. Die Lombarden und die Kaverischen. — Der jüdische Geldhandel. Rechtliches. Pfandrechtsbestimmungen. Rechtliche Ausnahmen zugunsten der Juden. — Der Zinsfuß. — Kirchliche und weltliche Beschränkungen des jüdischen Geldhandels. — Anordnungen der Rabbinen, den Geldhandel betreffend. — Jüdischer Geldhandel im allgemeinen. Frühestes Vorkommen des Geldhandels unter den deutschen Juden im Mittelalter. — Organisation der jüdischen Geldhändler unter sich. — Zinsnehmen und Darlehen unter Juden. — Geschäftsbetrieb der Juden. Der Begriff der festen Stunden. Pfandgegenstände. Geld auf Schaden nehmen. Der Zwang zum Geldhandel. Geldgeschäfte, von jüdischen Frauen betrieben. — Das Risiko des jüdischen Geldhandels. Zinsreduktionen und Schulverlässe. — Geschäfte mit Geistlichen. Die Verpfändung von Kirchengütern. — Geschäfte mit Adligen und Fürsten. Die Bedeutung der Juden für die fürstliche Finanzwirtschaft. Zölle und Zehnte im Besitze von Juden. — Geldgeschäfte mit Städten und Bürgern. Der Geldkleinhandel. Juden als Vermittler und Dedpersonen für Christen. — Schlussergebnis. Die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft. — Anhang. Die jüdischen Quellen. Responzenliteratur.

Soeben ist erschienen:

Werner Sombart:

DIE JUDEN

und das Wirtschaftsleben.

Preis geheftet 9 Mark, in Halbpapier 11 Mark.

Inhalt: Vorwort. Erster Abschnitt: Der Anteil der Juden am Aufbau der modernen Volkswirtschaft. Erstes Kapitel. Ermittlungsmethoden. — Art und Umfang des Anteils. Zweites Kapitel. Die Verschiebung des Wirtschaftszentrums seit dem 16. Jahrhundert. Drittes Kapitel. Die Belebung des internationalen Warenhandels. Viertes Kapitel. Die Begründung der modernen Kolonialwirtschaft. — Fünftes Kapitel. Die Begründung des modernen Staates. I. Die Juden als Lieferanten. II. Die Juden als Finanzmänner. Sechstes Kapitel: Die Kommerzialisierung des Wirtschaftslebens. I. Die Entstehung der Wertpapiere. 1. Der indossable Wechsel. 2. Die Aktie. 3. Die Banknote. 4. Die Partialobligation. — II. Der Handel mit Wertpapieren. 1. Die Ausbildung des Verkehrsrechts. 2. Die Börse. — III. Die Schaffung von Wertpapieren. — IV. Die Kommerzialisierung der Industrie. Siebentes Kapitel: Die Herausbildung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung. Zweiter Abschnitt: Die Befähigung der Juden zum Kapitalismus. Achtes Kapitel: Das Problem. Neuntes Kapitel. Die Funktionen der kapitalistischen Wirtschaftsobjekte. Zehntes Kapitel. Die objektive Eignung des Juden zum Kapitalismus. I. Die räumliche Verbreitung. II. Die Fremdheit. III. Das Halbbürgerum. IV. Der Reichtum. Elftes Kapitel: Die Bedeutung der jüdischen Religion für das Wirtschaftsleben. I. Die Wichtigkeit der Religion für das jüdische Volk. II. Die Quellen der jüdischen Religion. III. Die Grundideen der jüdischen Religion. IV. Der Bewährungsgedanke. V. Die Rationalisierung des Lebens. VI. Israel und die Fremden. VII. Judentum und Puritanismus. Zwölftes Kapitel. Jüdische Eigenart. I. Das Problem. II. Ein Lösungsversuch. III. Jüdisches Wesen im Dienste des Kapitalismus. Dritter Abschnitt: Wie jüdisches Wesen entstand. Dreizehntes Kapitel. Das Rassenproblem. Vorbemerkung. I. Die anthropologische Eigenart der Juden. II. Die jüdische „Rasse“. III. Die Konstanz des jüdischen Wesens. IV. Die rassenmässige Begründung volklicher Eigenarten. Vierzehntes Kapitel. Das Schicksal des jüdischen Volkes. Quellen und Literaturnachweis.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 6 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Österreich . . . 673
Das Recht der Gegenwart . . . 679
Soziale Zustände . . . 681
Die sozialen Verhältnisse im Berliner Raffehausgewerbe.
Rechtspflege . . . 685
Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen.
Die Strafverfolgung noch nicht 14 Jahre alter Jugendlicher.
Ungültigkeit des Gehaltsabzugs bei Beurlaubten.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern . . . 686
Die Tarifbewegung im deutschen Holzgewerbe.
215 Arbeitskarifverträge im deutschen Bäder- und Konditorgewerbe.
Erneuerung des Tarifvertrags für die vereinigten Brauereien Hamburgs.
Arbeiter- und Unternehmervertretungen . . . 688
Arbeitervertreter in der Verteilungstelle der Kallindustrie.
Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern.
Arbeiter im babilischen Eisenbahnrat.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . 689
Die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England. Von Dr. Fr. Glaser, London.
Streiks und Aussperrungen . . 691
Der Weissenfelder Schuhmacherstreik. Der Kampf der Londoner Buchdrucker. Die passive Resistenz der Zirkler Staatsbeamten.
Arbeiterschutz . . . 692
Regierungserklärungen über die Bleifarbenfrage in Deutschland.
- Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags.
Bauarbeiterbeschäftigung in Hessen.
Arbeiterversicherung. Sparkasten. 693
Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. VIII. Von Privatdozent Dr. H. Gantner, Berlin.
Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis. 695
Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Januar.
Der Rheinische Arbeitsnachweisverband.
Ablehnung eines thüringischen Arbeitsnachweisverbandes durch den Verband Thüringischer Industrieller.
Ein paritätischer Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Güterbeamte im Königreich Sachsen.
Zur sozialen Lage der kaufmännischen Stellenbewerber.
Volkserziehung . . . 697
Die Jugendpflege für die weibliche Jugend. Von Elise Lüders, Berlin.
Sozialer Kursus für Evangelische Arbeitervereine.
Ein sozialer Ferienkursus des Bundes deutscher Bodenreformer über Reduktion, Volkswirtschaft und staatsbürgerliche Fortbildung.
Ein Kursus in Maschinenbehandlung für Holzarbeiter.
Volksgesundheit . . . 699
Bleibergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preussens.
Literarische Mitteilungen . . . 702

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Österreich.

Nach der wirkungsvollen Rundgebung des deutschen Heimarbeitertags, der am 12. Januar l. Z. in Berlin zum Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes Stellung nahm und hierbei mit Recht das Lohnproblem als Kernpunkt der ganzen Frage in den Vordergrund rückte, kommt aus Österreich eine bedeutsame Nachricht. Die dortige Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit fertiggestellt und an die Fachbeiräte (Arbeitsbeirat, Industrierrat und Gewerbebeirat) sowie an die politischen Landesbehörden, Handels- und Gewerkeämtern und

Fachkorporationen zur Begutachtung versendet. Zwei Merkmale sind es insbesondere, die diesen Entwurf kennzeichnen, einerseits die Beschränkung seines Geltungsbereichs auf die Kleider-, Schuh- und Wäschekonfektion, andererseits der Umstand, daß der Entwurf eine neuartige Lösung der Lohnfrage durch Einsetzung paritätisch gebildeter Kommissionen versucht, deren wichtigste Aufgabe die Feststellung verbindlicher Mindestlohnsatzungen für das Gebiet der Heimarbeit sein soll. Durch diese Behandlung des Lohnproblems, die in England bereits in ähnlicher Weise erfolgt ist und in Frankreich vom Obersten Arbeitsbeirat vorgeschlagen wird, erlangt der österreichische Gesetzentwurf eine besondere Bedeutung. In der nachfolgenden Darstellung, die uns aus Wien zugeht, werden die Entstehungsgeschichte des Gesetzentwurfs und dessen wesentlichste Bestimmungen kurz geschildert.

In Österreich ist man dem Gedanken einer Regelung der Heimarbeit zum ersten Male im Jahre 1892 näher getreten. Damals veranstaltete das Handelsministerium, gedrängt durch die zahlreichen Klagen der Gewerbetreibenden über die Mißstände im Sitzgefellwesen, eine schriftliche Erhebung, um auf diese Art die beklagten Mißstände kennen zu lernen. Bald darauf beschäftigte sich auch das österreichische Abgeordnetenhaus mit dieser Frage, indem es anlässlich einer Erhebung über die Reform der Gewerbeordnung Sachverständige vernahm, die über die Zustände im Sitzgefellentum Auskünfte erteilten. Zu konkreten Maßnahmen haben diese Veranlassungen jedoch nicht geführt, ebenso wenig wie ein im Jahre 1896 vom österreichischen Handelsministerium erwogener Plan, durch Einführung besonderer Legitimationskarten für Sitzgefellern und die allmähliche Beschränkung der Zahl dieser Karten das Sitzgefellwesen einerseits auf den Aussterbeetat zu setzen, andererseits durch ein Verwendungsverbot von Lehrlingen und Gehilfen bei den Stückmeistern die Heranbildung des Nachwuchses zu verhindern und auf diese Weise der Verbreitung der Heimarbeit entgegenzuwirken.

Eine neue Art der Behandlung erfuhr die Heimarbeitersfrage in Österreich, als im Jahre 1898 das Arbeitsstatistische Amt errichtet und mit ihm zugleich der Arbeitsbeirat ins Leben gerufen wurde. Hatte man bis dahin das Problem in erster Reihe vom Gesichtspunkte des Schutzes der Gewerbetreibenden aus betrachtet, so traten nunmehr sozialpolitische Erwägungen in den Vordergrund. Insbesondere war es der Arbeitsbeirat, dessen Initiative die energische Verfolgung dieser Angelegenheit zu danken war. Ein Ausschuss dieser Körperschaft veranstaltete bereits im Jahre 1899 eine groß angelegte Erhebung über die Lage der Heimarbeiter in der Kleider- und Wäschekonfektion, der im Jahre 1902 eine zweite Untersuchung über die Verhältnisse in der Schuhwarenbranche folgte (vgl. Soz. Pr. XI 433). Im Anschluß hieran wurden vom Arbeitsstatistischen Amt zahlreiche örtliche Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse dieser Heimarbeiter vorgenommen, die ebenso wie die erwähnten Erhebungen die traurigen Lebens- und Erwerbsverhältnisse der Stückmeister und Heimarbeiter in einem vielfach neuen und mitunter sehr grellen Lichte erscheinen ließen. Unter dem Eindruck dieser betrübenden Feststellungen zog nun der Arbeitsbeirat die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen für die Heimarbeit in der Konfektion in ernstliche Erwägung und betraute seine Mitglieder, den Sozialpolitiker Dr. Hainisch und den sozialdemokratischen Abgeordneten Smitta, mit der Erstattung hierauf bezüglicher Vorschläge (vgl. Soz. Pr. XV 1073).

Die Referate dieser Herren, die im Jahre 1905 vorgelegt wurden und die Grundlage für die weitere Verfolgung der An-

gelegenheit bildeten, wichen in wesentlichen Punkten voneinander ab. Der Bericht Dr. Hainisch forderte in erster Linie die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Heimarbeit, die Einführung der Wohnungsinpektion und die Statuierung der Krankenversicherungspflicht. Die Lösung der Lohnfrage hielt Dr. Hainisch damals zwar für überaus wünschenswert, aber auch für sehr schwierig und wohl noch nicht für spruchreif. Im Gegensatz hierzu bezeichnete Smitta eine Regelung der Heimarbeit ohne Lösung der Lohnfrage für vollkommen ungenügend und forderte die gesetzliche Anerkennung der Kollektivverträge sowie mangels solcher die Aufstellung von Mindestlohnsetzungen durch eigens zu errichtende Heimarbeitskommissionen. Zu einer endgültigen Beschlussfassung des Arbeitsbeirats über diese Referate kam es nicht, da in der Folge das Handelsministerium kurz nacheinander mehrere Entwürfe ausarbeiten ließ, die eine Grundlage für die gesetzliche Regelung der Heimarbeit zu bieten bestimmt waren.

Diese Vorlagen, von denen die erste (vom Jahre 1905) wesentlich nur Evidenzhaltungsvorschriften, die zweite (vom Jahre 1906) hingegen bereits Arbeiterschutzbestimmungen und dem § 114 b der österreichischen Gewerbeordnung nachgebildete Vorschriften über Mindestlöhne enthielt, wurden vom Arbeitsbeiratsrat, der zweite Entwurf überdies von den Handels- und Gewerbeämtern, sowie von den in Betracht kommenden Gewerbevereinigungen und Fachcorporationen begutachtet, dabei teils gutgeheißen, teils bekämpft. Das auf solche Art zustandegekommene Material wurde nun im Handelsministerium neuerlich geprüft und unter Verwertung aller gegebenen Anregungen wurde ein neuer Gesetzentwurf fertiggestellt, der jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Dieser Entwurf nimmt aus den früheren Vorlagen die Evidenzhaltungs- und die Arbeiterschutzbestimmungen mit nur unwesentlichen Änderungen herüber; völlig auf neue Grundlage ist jedoch die Lösung des Lohnproblems gestellt, indem die Einsetzung von Heimarbeitskommissionen vorgesehen ist, denen lohnamtliche, schiedsrichterliche und konsultative Funktionen zugebacht werden. Der Entwurf besteht aus 48 Paragraphen und gliedert sich in acht Abschnitte, von denen der erste das Anwendungsgebiet des Gesetzes abgrenzt, der zweite die Evidenzvorschriften enthält und der dritte Bestimmungen über Bekanntmachung der Arbeitsbedingungen sowie über Lohn- und Preisverhältnisse trifft; der vierte Abschnitt statuiert Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeitsstätten, der fünfte das Verbot der Verwendung fremder Hilfskräfte und der Kundenarbeit durch Heimarbeiter; der sechste, umfangreichste Abschnitt des Entwurfs erörtert die Organisation und die Aufgabe der Heimarbeitskommissionen, während der siebente Abschnitt das gegenseitige Verhältnis von Kollektivverträgen auf dem Gebiete der Heimarbeit und Mindestlohnsetzungen regelt und der achte Abschnitt Straf- und Schlußbestimmungen enthält.

Welches sind nun im einzelnen die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs? In dieser Hinsicht kommt zunächst die Abgrenzung seines Anwendungsgebiets in Betracht. Das Gesetz beschränkt sich, wie bereits eingangs erwähnt, auf die Regelung der Heimarbeit in der Kleider-, Schuh- und Wäscheherstellung. Der Grund hierfür ist vornehmlich darin zu suchen, daß die Verhältnisse in diesen Branchen durch die vorhergegangenen Untersuchungen und Erhebungen völlig klargestellt waren und man daher dies zumeist auch lokal auf wenige große Zentren begrenzte engere Gebiet für geeignet hielt, um zunächst auf ihm den immerhin neuartigen Versuch einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit zu unternehmen.^{*)} In persönlicher Hinsicht unterscheidet das Gesetz folgende Kategorien: Heimarbeiter, Stückmeister (welche die formelle Eigenschaft von Gewerbetreibenden besitzen), Werkstattgehilfen der letzteren, Konfektionäre und Zwischenmeister (Faktoren). Jede einzelne dieser Kategorien wird durch Legaldefinitionen gekennzeichnet.

Das Gesetz enthält nun eingehende Evidenzvorschriften, die den mit seiner Durchführung betrauten Organen eine genaue Kenntnis der in Betracht kommenden Personen verschaffen sollen. Zu diesem Behufe haben jene Unternehmer, die Kleider bzw. Schuh- und Wäschewaren durch Stückmeister oder Heimarbeiter herstellen lassen, dies der Gewerbebehörde anzuzeigen; auch haben sie ein Verzeichnis dieser von ihnen beschäftigten Personen herzustellen und fortlaufend in Ordnung zu halten. Eine

analoge Verpflichtung obliegt den Stückmeistern hinsichtlich der von ihnen beschäftigten Werkstattgehilfen und Heimarbeiter. Die Verzeichnisse selbst sind in bestimmten Zeitabschnitten der Gewerbebehörde vorzulegen, welche Abschriften hiervon dem Gewerbeinspektor, der zuständigen Krankenkasse und Handels- und Gewerbeamt sowie der beteiligten Gewerbevereinigungen zur Kenntnis bringt.

Eine weitere Verpflichtung, die das Gesetz den Unternehmern auferlegt, ist die Bekanntmachung der Arbeitsbedingungen durch Anschlag in jenen Betriebsräumen, in denen die Ausfolgung der Arbeit an die Stückmeister oder Heimarbeiter bzw. die Ablieferung vor sich geht. In diesen Anschlägen müssen Art und Höhe der Lohnzahlung sowie die Fälle und das Ausmaß etwaiger Lohnabzüge bekanntgegeben werden. Die gleiche Verpflichtung zum Anschlag trifft die Stückmeister in Ansehung ihrer Arbeitsstätten. Überdies wird vom Gesetze noch vorgegeben, daß die Heimarbeiter ein Lohnbuch und die Stückmeister ein Preisbuch zu erhalten haben, das in ihrer Verwahrung verbleibt, aber dem Gewerbeinspektor jeweils zur Einsicht vorzulegen ist.

Von weittragender Bedeutung sind die Bestimmungen des Gesetzentwurfs über Arbeiterschutz und Arbeitsstätten. Als wichtigste erscheint die Festsetzung einer Altersgrenze für Heimarbeiter. Als solche wird für männliche Personen das vollendete 18., für weibliche das vollendete 16. Lebensjahr bestimmt. Als Neuerung gegenüber dem bisherigen Zustande verfügt der Entwurf ferner, daß das Arbeitsverhältnis der Heimarbeiter sowie deren Arbeitsräume der Beaufsichtigung durch den Gewerbeinspektor sowie der sanitätspolizeilichen Kontrolle des Amtsarztes unterliegen. Diese Beamten haben, wenn sie in den Arbeitsräumen oder der Art der Arbeitsverrichtung wesentliche Übelstände wahrnehmen, welche die Gesundheit der Heimarbeiter und deren Wohngesundheit oder das Publikum ernstlich zu gefährden geeignet sind, der Gewerbebehörde die Anzeige zu erstatten. Diese letztere hat dann die zur Behebung notwendigen Maßnahmen zu treffen und kann erforderlichenfalls dem bezüglichen Arbeitgeber die Ausfolgung und dem Heimarbeiter die Übernahme von Heimarbeit verbieten. Beim Auftreten ansteckender Krankheiten oder bei weiteren Umschlagreifen derselben kann die Gewerbebehörde sogar so weit gehen, entweder alle oder bestimmte Wohnstätten der Heimarbeiter von der Vornahme von Heimarbeiten auszuschließen. Für die Krankenversicherung der Heimarbeiter trifft der Gesetzentwurf keine Bestimmungen, da diesbezüglich die bereits in parlamentarischer Beratung stehende österreichische Regierungsvorlage über die Sozialversicherung den Versicherungszwang vorsieht.

Zur Abwehr einer Konkurrenz gegen Gewerbetreibende durch Heimarbeiter enthält der Gesetzentwurf mehrere Vorschriften. So ist es insbesondere den Heimarbeitern untersagt, Hilfsarbeiter oder Lehrlinge zu halten. Die gelegentliche Verwendung von Familienmitgliedern zur vorübergehenden Aushilfe ist wohl gestattet, doch dürfen Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahre auch zu derartigen gelegentlichen Arbeiten nicht herangezogen werden. Desgleichen ist den Heimarbeitern die Übernahme von Kundenarbeit, das ist von Arbeit unmittelbar für den Verbrauch, verboten.

Der Schwerpunkt des Gesetzentwurfs jedoch liegt in dessen Bestimmungen über die Heimarbeitskommissionen. Die Errichtung solcher Kommissionen kann durch eine Verordnung der politischen Landesbehörden (Statthalterei, Landesregierung) verfügt werden. Diese Kommissionen sind also vom Gesetze nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ vorgesehen; doch steht zu erwarten, daß die politischen Landesstellen für jene Gebiete, in denen die Heimarbeit örtlich zentralisiert ist, wie z. B. Wien, Prag, Reichenberg, Proßnitz usw., von der ihnen erteilten gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch machen werden. Der Entwurf selbst trifft nun über die Zusammensetzung dieser Kommissionen, ihre Aufgaben und die Art ihrer Geschäftsführung ausführliche Bestimmungen. Danach hat jede Heimarbeitskommission aus sechs Abteilungen zu bestehen, welche aus Vertretern nachfolgender Gruppen gebildet werden:

1. Konfektionäre, die Kleider, Schuhe oder Wäschewaren unter Zuhilfenahme von Heimarbeit fabrikmäßig erzeugen, oder, falls dies nicht fabrikmäßig vor sich geht, doch von ihrem Gewerbe einen von der politischen Landesstelle festzusetzenden Mindestbetrag jährlicher Erwerbssteuer entrichten.

2. Konfektionäre bezeichneten Art, die kein Erzeugungs-, sondern ein Handelsgewerbe betreiben.

3. Unternehmer, die ein nicht in die erste Gruppe fallendes Erzeugungsgewerbe betreiben, somit mehr den Charakter von Handwerkern besitzen.

^{*)} Die Heimarbeit spielt überdies numerisch gerade bei der Bekleidungsindustrie eine hervorragende Rolle, da bei der österreichischen Betriebszählung vom 3. Juni 1902 mehr als 140 000 darin beschäftigte Heimarbeiter festgestellt werden konnten. Da damals insgesamt etwa 463 500 Heimarbeiter gezählt wurden, entfiel hierauf auf die Bekleidungsindustrie nahezu ein Drittel.

4. Stüdm Meister.
5. Werkstattgehilfen der Stüdm Meister.
6. Heimarbeiter.

Jede dieser Gruppen hat in die sechs Abteilungen, aus denen die Heimarbeitskommission sich zusammensetzt und die völlig paritätisch nebeneinander bestehen, eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern zu entsenden, und zwar muß diese Zahl mindestens drei betragen und darf sechs nicht übersteigen. Innerhalb dieser Grenzen wird die Zahl von der politischen Landesbehörde bestimmt. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmann zu bestellen, der im Falle der Verhinderung des Mitglieds an dessen Stelle zu treten hat. Die Art und Weise, in der die Kommissionsmitglieder bzw. Ersatzmänner in die einzelnen Abteilungen der Kommission entsendet werden, ist im Entwurf derart festgelegt, daß die Vertreter der ersten Gruppe von der örtlich zuständigen Handels- und Gewerbelammer, die Vertreter der Gruppen 2, 3 und 4 von den betreffenden Gewerbegehilfen und die Vertreter der in die Gruppen 5 und 6 fallenden Werkstattgehilfen oder Heimarbeiter von den Gehilfenausschüssen der zuständigen Gewerbegehilfen der politischen Landesbehörde zu bezeichnen sind. Durch diese Bestimmung wird die Vornahme eigener Wahlen für die Heimarbeitskommissionen unnötig gemacht.

Überdies kann kaum daran gezweifelt werden, daß die Handels- und Gewerbelammern sowie die Gewerbegehilfen einerseits und die Gehilfenausschüsse andererseits gewiß berufene Korporationen sind, um das Interesse der von ihnen vertretenen Kreise wahrzunehmen. Lediglich bei jenen Heimarbeitern, die einer Gewerbegehilfenschaft nicht als Gehilfen angehören, könnte hierüber mitunter ein Zweifel auftauchen. Deshalb sieht das Gesetz vor, daß vor der Nominierung der aus den Gruppen 5 und 6 namhaft zu machenden Kommissionsmitglieder der betreffende Gehilfenausschuß die diesen Gruppen angehörenden Arbeiter zu vernehmen und bei der Delegation selbst auf eine entsprechende Vertretung jener Heimarbeiter Rücksicht zu nehmen hat, die der Genossenschaft nicht angehören. Von den Mitgliedern der Heimarbeitskommission verlangt das Gesetz eine Reihe bestimmter Eigenschaften. Vor allem dürfen hierzu in der Regel nur solche Personen bestellt werden, die selbst als Unternehmer, Stüdm Meister oder Heimarbeiter einer der erwähnten sechs Gruppen angehören. Minderjährige sowie strafgerichtlich Verurteilte, in Konkurs Geratene usw. sind von der Funktion ausgeschlossen. Die sechs Abteilungen der Kommission wählen aus ihrer Mitte je einen Abteilungs vorsitzenden. Für die Gesamtkommission hingegen ernennt die politische Landesbehörde den Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter, dem es obliegt, die sechs Abteilungen jeweils einzuberufen und den Geschäftsverkehr zwischen denselben zu vermitteln. Ein Stimmrecht kommt ihm in keinem Falle zu. Den Kommissionsmitgliedern aus dem Kreise der Stüdm Meister, Werkstattgehilfen und Heimarbeiter gebührt für ihre Tätigkeit nicht nur Ersatz ihrer Barauslagen, sondern auch eine angemessene Entschädigung für Verdienstentgang.

Was nun die Aufgaben der Heimarbeitskommission anlangt, so ist deren wichtigste, daß die Kommission mit Rechtsverbindlichkeit Mindestlöhne für die Werkstattgehilfen und die Heimarbeiter sowie Mindestpreise für die von den Stüdm Meistern ihren Auftraggebern zu liefernden Waren festsetzen und auch sonstige Arbeitsbedingungen normieren kann. Diese lohnamtliche Funktion der Kommission ist naturgemäß von einschneidendster Bedeutung. Es sind daher im Gesetze Garantien vorgesehen, um eine Vergewaltigung eines der Vertragsparteien zu verhindern. Deshalb wird bestimmt, daß derartige Satzungen (Minimallöhne, Mindestpreise usw.) nur auf Grund übereinstimmender Beschlüsse der jeweils in Betracht kommenden Kommissionsabteilungen aufgestellt werden können. Es müssen also beispielsweise die Abteilungen der Konfektionäre und Stüdm Meister übereinstimmen, um einen Mindestpreis festsetzen zu können, ebenso Stüdm Meister und Heimarbeiter hinsichtlich der Minimallöhne, die den Heimarbeitern von diesen Stüdm Meistern zu zahlen sind. Häufig wird des Konnexes wegen sogar die Übereinstimmung von drei und mehr Kommissionsabteilungen die Voraussetzung eines gültigen Beschlusses sein. Aber noch weitere Bedingungen hierfür stellt das Gesetz auf. Die Abteilungsbeschlüsse sind nur dann gültig, wenn sich mindestens zwei Drittel der Abteilungsmitglieder darauf geeinigt haben; es ist also eine qualifizierte Majorität erforderlich. Schließlich ist noch eine andere Kautel vorgesehen: die erwähnten Beschlüsse der Heimarbeitskommission bedürfen der Genehmigung der politischen Landesbehörde. Dadurch wird dieser die Möglichkeit gegeben, Kommissionsbeschlüssen, deren Zustandekommen nicht in jeder Hinsicht die Gewähr für eine allseits befriedigende Einigung

der Interessenten bietet, unter Umständen die Zustimmung zu verweigern. Die genehmigten Beschlüsse der Kommission hingegen sind öffentlich kundzumachen und treten in der Regel einen Monat nach ihrer Verlautbarung in Kraft. Mit wie verbindlicher Kraft diese lohnamtlichen Festsetzungen ausgestattet sind, geht daraus hervor, daß das Gesetz sogar ausdrücklich einen Schadenersatzanspruch der Arbeitnehmer ex lege konstruiert, wenn Arbeits- oder Lieferungsverträge Bestimmungen enthalten sollten, die für die Arbeitnehmer ungünstiger sind, als es den Satzungen der Heimarbeitskommission entsprechen würde.

Neben der Bedeutung der lohnamtlichen Funktion treten die übrigen Aufgaben der Heimarbeitskommissionen in den Hintergrund. Diese bestehen vornehmlich in schiedsamlicher und begutachtender Tätigkeit. In ersterer Hinsicht sind die Heimarbeitskommissionen dazu berufen, als Einigungsämter zu dienen, um zwischen den einzelnen Gruppen eine gütliche Verständigung über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses anzubahnen. Die Kommission als Einigungsamt hat dann tätig zu werden, wenn seitens eines oder mehrerer Arbeitgeber oder seitens der von diesen beschäftigten Arbeitnehmer ein Ansuchen gestellt wird. Außerdem muß eine Verhandlung vor dem Einigungsamt auch dann stattfinden, wenn die politische Landesbehörde oder der zuständige Gewerbeinspektor im Interesse der Verhinderung oder Beilegung eines Arbeitsausstandes oder einer Aussperrung die Anregung dazu gibt. In allen diesen Fällen wird aus den in Betracht kommenden Abteilungen der Heimarbeitskommission ein Einigungsamt derart gebildet, daß die Mitglieder dieser Abteilungen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Heimarbeitskommission zu einer Verhandlung zusammentreten. Bei dieser letzteren muß die gleiche Anzahl Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und jenem der Arbeitnehmer vorhanden sein. Jede der beteiligten Parteien kann zur Verhandlung persönlich erscheinen oder sich durch Personen ihres Vertrauens vertreten lassen. Die Verhandlung vor dem Einigungsamt ist nicht öffentlich und wird solange fortgesetzt, bis entweder eine Einigung erzielt oder ihre Untunlichkeit festgestellt wird. Im letzteren Falle verwandelt sich das Einigungsamt in ein Schiedsgericht, das in Abwesenheit der Parteien den Schiedspruch fällt, welcher sich jedoch nur auf die strittig gebliebenen Punkte zu erstrecken hat. Zum Zustandekommen eines solchen Schiedspruches genügt die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Beisitzer. Der Schiedspruch selbst ist den Parteien mit der Aufforderung mitzuteilen, sich binnen einer bestimmten Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. Nach Ablauf dieser Frist hat der Vorsitzende der Heimarbeitskommission eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, welche den gefällten Schiedspruch und eine Mitteilung darüber zu enthalten hat, ob die Parteien sich demselben unterworfen haben.

Eine dritte Aufgabe, die das Gesetz der Heimarbeitskommission überweist, ist schließlich die Erstattung von Gutachten und Anträgen in Angelegenheiten der Heimarbeit. Auch in dieser Funktion sind die einzelnen in Betracht kommenden Abteilungen der Kommission von einander unabhängig, insofern, als sie ihre Gutachten gesondert erstatten. — Die Kosten, die durch die Tätigkeit der Heimarbeitskommissionen erwachsen, hat jene Handels- und Gewerbelammer zu bestreiten, in deren Sprengel sich der Sitz der Kommission befindet.

Ein eigener Abschnitt des Gesetzesentwurfs regelt die Stellung eventuell abgeschlossener Kollektivverträge zu den von der Heimarbeitskommission erlassenen lohnamtlichen Satzungen. In dieser Hinsicht ordnet das Gesetz an, daß beim Bestand eines Kollektivvertrages die Satzungen der Heimarbeitskommission auf die in Betracht kommenden Verhältnisse nur dann Anwendung zu finden haben, wenn die Parteien dieses Verhältnis in einer von den Bestimmungen des Kollektivvertrages abweichenden Weise regeln. Wird umgekehrt während der Gültigkeitsdauer von Satzungen der Heimarbeitskommission ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen, so verlieren diese Satzungen insoweit ihre Rechtsverbindlichkeit, als die Bestimmungen des neuen Vertrages im konkreten Falle zur Anwendung gelangen.

Übertretungen des Gesetzes werden im allgemeinen nach den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung geahndet.

Hiermit sind in großen Umrissen die wesentlichen Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfes gekennzeichnet. Er zeigt deutlich das Bestreben, allen erfüllbaren Wünschen der Interessenten entgegenzukommen. Wenn es besonnen geachtet nicht möglich war, einzelne Forderungen im Gesetze zu berücksichtigen — es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Forderungen der Arbeiterchaft nach gesetzlicher Begrenzung der Arbeitszeit verwiesen — so lag dies an

den sachlichen Schwierigkeiten, die sich einer allseits befriedigenden Lösung des Problems in den Weg stellen. Immerhin bringt der Gesetzentwurf so viel neuartige und den besonderen Verhältnissen der österreichischen Bekleidungsindustrie mit Geschick angepasste Bestimmungen, daß einer günstigen Aufnahme der Vorlage in den Interessententreiben entgegenzusehen werden darf. Wie bereits erwähnt, ist der Entwurf den Fachberatern der Regierung und allen beteiligten Korporationen zur Begutachtung übergeben worden. Von ihrer Stellungnahme wird es nunmehr abhängen, wann und unter welchen Modifikationen die Vorlage dem österreichischen Reichsrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden wird.

Das Recht der Gegenwart.

Die starke und tiefe Bewegung im deutschen Volke, unsere Rechtsprechung ebenso wie unsere Strafgesetzgebung und das Strafverfahren nach Form und Geist so umzuwandeln, wie es den Bedürfnissen und Anschauungen der Gegenwart entspricht, klang, wie schon in den Vorjahren, auch diesmal in den Verhandlungen des Reichstags bei der zweiten Lesung des Justizetats am 21. und 22. Februar mit. In dieser Hinsicht sollte man auch nicht achlos oder mit billiger Entrüstung an den Anklagen der Sozialdemokratie vorübergehen: trotz der Übertreibungen und Verzerrungen spiegelt sich in ihnen doch das dumpfe Gefühl von Millionen wieder, die nach Recht und Gerechtigkeit dürsten. So wies der Zentrumsabgeordnete Dr. Belzer treffend darauf hin, daß die Reformbedürftigkeit der Strafrechtspflege anerkannt sei, eine gewisse Verbissenheit gegen ihre Handhabung mache sich im Volke geltend und nicht in allen Fällen sei der Glaube an eine Klassenjustiz beim gemeinen Manne frivol. Die großen Sensationsprozesse der letzten Zeit (v. Schönebeck, Weder, Roabit, Essen) wurden von Vertretern verschiedener Parteien besprochen und die dabei zutage getretenen Mängel und Fehlgriffe ernst gerügt. Auch die Rechtsprechung in Strafsachen, gegen Arbeitervereine, bei Preßdelikten, wurde dahin kritisiert, daß hier eine strengere Handhabung üblich sei als sonst. Das Kapitel der Polizeiverordnungen und ihre Anwendung lieferte reichlich Material für die Behauptung, daß auf diesem Gebiet besonders das Vertrauen des Volks erschüttert werde. Andererseits wies der nat.-lib. Abg. Dr. Jund mit großem Nachdruck darauf hin, daß unter den Juristen selbst das Bestreben, Wandel zu schaffen, immer stärker hervortrete. Die neueren sozialpolitischen Erkenntnisse des Reichsgerichts seien durchaus von ethischem Geiste getragen. Der Roabit-Prozess vor der Lieber-Kammer sei ein glänzendes Zeugnis für die Unabhängigkeit und Gewandtheit der Richter. Namhafte Juristen schlossen sich jetzt zusammen, um selbst zu untersuchen, was es mit dem oft erhobenen Vorwurf der „Weltfremdheit“ auf sich habe. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts versprach diesen Bemühungen seine volle Unterstützung. Gemeint war damit eine Verammlung, die am 19. Februar in Berlin tagend hat, um darüber zu beraten, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln die Forderungen des Werberufes „Um das Recht der Gegenwart“ zu verwirklichen seien. Dieser Ruf ist fast gleichzeitig in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland erhoben worden.

Namentlich hat das Vorgehen des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Börngen-Zena und einiger Reichsgerichtsräte starke Gefolgschaft gefunden. Die von dieser Gruppe am 19. Februar nach Berlin einberufene Versammlung hat bereits eine „Vereinigung für zeitgemäße Rechtspflege“ gegründet, an deren Spitze außer Börngen Reichsgerichtsrat Dr. Düringer und Geheimrat Dr. Sellwig, Professor an der Berliner Universität, als Vorsitzende stehen. Eine stattliche Reihe von hohen Juristen und Verwaltungsbeamten bildet den erweiterten Vorstand. Zum Schriftführer wurde Regierungsrat Dr. Fritz Mathenau (Berlin, Weindefstr. 7) bestellt. Der in dieser Februarversammlung verlesene Aufruf (vgl. D. Jurist.-Ztg. 1911 Nr. 3) unterrichtet am besten über die besonderen Gesichtspunkte, die das Vorgehen dieser Vereinigung leiten, und über die Aufgaben, an deren Lösung sie mitarbeiten will:

Juristen des Gelehrtenums und der Praxis sollen sich die Hände reichen mit führenden Personen des öffentlichen, namentlich des wirtschaftlichen Lebens und mit anderen Männern, die davon überzeugt sind, daß alle Kräfte unserer Zeit für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege verwertet werden müssen, um den Änderungen in unserem staatlichen und wirtschaftlichen Leben und den Zeitströmungen besser gerecht zu werden. Überall regt sich Gemeinschaftsinn, soziales Mitgefühl, das Streben nach praktischen Zielen tritt hervor. Das Wirkliche und Tatsächliche, das Leben selbst mit seinen Eindrücken gewinnt Herrschaft an Stelle unwertbarer gewordener Begriffe. Die Er-

fahrungswissenschaften mit ihren Forschungsweisen haben sich in ungeahnter Weise selbständig und eigenartig entwickelt. Wenn auch ihre Arbeitsweisen nicht einfach auf die Rechtswissenschaft und Rechtspflege übertragen werden können, so gilt es doch, den Ergebnissen der Sozialwissenschaften und der Erfahrung des Lebens größeren Einfluß zu verschaffen in der Kunst der Gesetzgebung, der Rechtsprechung (Rechtswissenschaft) und Verwaltung, und dadurch das Recht dem Leben noch näher zu bringen. Zunächst muß die Rechtsprache so sein, daß sie nicht als etwas Fremdartiges, Dunkles empfunden wird. Die Gesetzgebung darf nicht allzu enge und begriffsmäßige Regeln aufstellen, die doch nicht das ganze Leben, wie es ist und sich entwickelt, erfassen. Bei aller Rücksicht auf die Rechtssicherheit muß es immer mehr wirklicher Grundsatz werden, nur in großen Zügen die Regeln aufzustellen und es dem Leben und der Entwicklung zu überlassen, sich unter Umständen nach den Bedürfnissen selbst zu regeln. Die Formen des Verfahrens müssen sich ebenso in der allgemeinen Staatsverwaltung (Verwaltungsreform) wie in der Justiz (Justizreform) mehr aus der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Bedürfnisse des Lebens der Gegenwart entwickeln. Formalitäten und Weitläufigkeiten dürfen nicht gehäuft werden. Die Persönlichkeit des Beamten ist eine bessere Sicherheit gegen unsachliche Sprüche als eine Bindung an kleinlich vorgezeichnete Wege. Die Tätigkeit in der Justiz darf nicht den Subalternen verfallen und muß für tüchtige Persönlichkeiten nicht weniger anziehend sein als sonst die Beschäftigung für den Staat oder in freien Berufen.

Einrichtungen durch die Gesetzgebung allein tun es nicht, es kommt auf die Verwaltung an. Der Sachkenner leistet das Beste, er gewinnt das Vertrauen der Parteien. Der Jurist unserer Tage hängt manchmal noch zu sehr an einer Überhöhung des toten Buchstaben, der Formen und der abstrakten Begriffsbestimmungen. Bei der Anwendung dürfen die Gesetze nicht ausschließlich als lückenlose Offenbarungen angesehen werden. Das Ergebnis muß brauchbar sein. An Stelle einseitiger Nur-Juristen müssen jetzt Gegenwartsjuristen treten, die die Grundlagen und Aufgaben der Zeit erkennen, ihnen gerecht werden wollen und können und neue Werte schaffen. Dafür muß schon die Vorbildung sorgen und die Fortbildung muß es weiter führen. Schon auf der Schule ist der Tatsachensinn und das Sprachgefühl zu entwickeln. Für die Fachbildung ist eine engere Verbindung zwischen Praktikum und Theoretikum anzubahnen. Der Universitätsunterricht soll überall auf den Zweck, die wirtschaftliche und soziale Bedeutung unserer Rechtsgebilde hinweisen und den Sinn für Recht und Gerechtigkeit wecken. Psychologie, Tatsachengestaltung, Kriminalistik usw. müssen noch mehr getrieben werden. Die Lehren der Volkswirtschaft und des Verkehrsrechts sind für den Juristen ganz unentbehrlich. Auch bei der weiteren Ausbildung in der praktischen Vorbereitungszeit müssen alle Gelegenheiten benutzt werden, durch Anschauung, Beobachtung und Erfahrung in die Bedürfnisse des Verkehrslebens und die Art der Menschen einzudringen.

Die diese Gedanken im einzelnen verwirklicht werden sollen, wird sich Schritt für Schritt erst in den kommenden Jahren sagen lassen. Die neue Vereinigung für zeitgemäße Rechtspflege wird sich diesen Beratungen alsbald widmen. Sie plant die Errichtung einzelner Ausschüsse für Gesetzgebungsfragen, für Kritik der Rechtspflege und Verwaltung, für Organisationsfragen (Gliederung, Einrichtung und Geschäftsbetrieb der Behörden) und für die Fragen der Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung.

Fast gleichzeitig mit diesem Aufruf von Börngen ist ein Aufruf des Oberlandesgerichtsrats Bozi-Jamm erschienen, der sich seit Jahren mit den Fragen einer Reform der Rechtswissenschaft und Rechtsprechung, besonders mit ihren methodologischen Problemen, befaßt und im Sommer 1910 auch den ersten Anstoß zu dem Zenaer Aufruf gegeben hatte. Eine etwas einseitige Bewertung der naturwissenschaftlichen Methode für die rechtswissenschaftliche Betrachtungsweise verhinderte aber Bozi am Zusammengehen mit der Zenaer Gruppe. Im Ziele aber stimmt der Aufruf Bozis mit dem anderen wesentlich überein: „Die Gesetzesauslegung soll keine philosophische Tätigkeit und Paragrafenentzifferung, sondern sie soll eine Anpassung an die Forderungen des praktischen Lebens sein. Die Juristen sollen keine abgeschlossene Kaste bilden, mit dem Volke Fühlung nehmen und sich dem Volke verständlich machen. Nur eine moderne Gerechtigkeit kann die Grundlage eines modernen Staates sein. Mit der Volkstümlichkeit der Rechtsprechung wird auch das Ansehen der Rechtspflege wachsen.“

Es regt sich ein neuer Geist in der deutschen Rechtspflege, das ist der erfreuliche Eindruck dieser beiden Aufrufe, wenn auch über die Wirkung der sich anschließenden Bewegung noch nichts Sicheres zu sagen ist. Bei dem tiefen Zusammenhang zwischen Rechtspflege und sozialem Leben hat jede Reformbewegung in der Rechtssphäre, ob sie sich nun auf das Gesetz oder auf seine Handhabung erstreckt, sozialpolitische Bedeutung. Je mehr die wirtschaftliche Not der arbeitenden Massen gelindert, das materielle Verlangen gestillt ist, um so lebhafter drängt das Rechtsbegehren der Massen ans Licht. Und es ist neues Recht, mit uns geborenes Recht, das sich

hier einlässig meldet. Gesetzgebung und Rechtsprechung, die, in starrer Überlieferung oder in Klassenvorurteilen befangen, diesem werdenden Recht der neuen Wirtschaftstechnik und der aufsteigenden Gesellschaftsschichten nicht zu folgen vermögen, geraten vornehmlich mit dem sozialen Empfinden der Zeit in Widerspruch. So ist die soziale Frage der Gegenwart in hohem Grade eine Frage des Rechts, der sozialen Gerechtigkeit in Justiz und Verwaltung geworden. Ihre Reform würde darum zugleich ein großes Stück Sozialreform bedeuten. Freilich bedürfte nicht bloß der Geist der Rechtspflege einer Reform, sondern, um den Rechtsnöten der breiten Massen vor allem ein Ende zu machen, wäre insbesondere auch die Pflege eines Spezialgebiets des Rechts nötig, das in Deutschland bisher noch recht dürftig angebaut ist, des Arbeitsrechts. Hier gilt es, nicht nur mit vielen alten Dogmen aufzuräumen, sondern vor allem auch den bisher oft toten Buchstaben der Arbeitsgesetze lebendig zu machen, — also eine Aufgabe zu erfüllen, die recht eigentlich den Zwecken der neuen Bewegung für zeitgemäßes Recht entspricht.

Soziale Zustände.

Die sozialen Verhältnisse im Berliner Kaffeehausgewerbe sind in einer Schrift von Hugo Boehsch*) ausführlich und unter Beibringung großen statistischen Materials dargestellt. Die Erhebungen, auf die sich Boehsch stützt, erstrecken sich auf 244 Betriebe, in denen beschäftigt sind:

Beruf	Geschäftsführer	Buchhalter	Zahl- u. Oberkellner	Revierkellner und Billardmarktre	Zuträger und Zeitungsverkäufer	Reinigungskräfte	Köche	Konditionäre	Kassierinnen und Verkäuferinnen	Bekleidungs- u. Schuhmacherinnen	Reinigungs-, Wäsche-, Putz- u. Waschküchenmädchen	Portiers	Wartepersonen	Herb- und Kuchenzutriten	Herb- und Kuchenzutriten	Summa
Zahl	94	14	148	708	284	54	84	82	247	11	186	101	22	172	360	2462

Hierzu kommen noch 746 Rusiker, 142 Postkarten- und Blumenverkäufer und 64 Scheuerfrauen, so daß die Erhebung insgesamt 8414 Personen umfaßt.

Über die Betriebsgröße unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Es beschäftigen:	
1 Kellner . . .	59 Betriebe
2-3 " . . .	86 " . . .
4-5 " . . .	40 " . . .
6-7 " . . .	17 " . . .
8-9 " . . .	10 " . . .
10-11 " . . .	10 " . . .
12-14 Kellner . . .	8 Betriebe
15-18 " . . .	6 " . . .
19-22 " . . .	1 Betrieb
23-25 " . . .	1 " . . .
26-30 " . . .	5 Betriebe
31-40 " . . .	1 Betrieb

Während sich hieraus ergibt, daß noch recht viele kleine Betriebe bestehen, zeigt der Mietwert der Betriebsräume erstaunlich hohe Summen: nur 2 Betriebe hatten z. B. weniger als 3000 M Mietwert; zwischen 5 und 7000 M hatten 62, 10 bis 15000 M 32, 50 bis 150 000 M 17, noch mehr Mietwert 2 Betriebsräume. Den Jahresumsatz der Berliner Kaffeehäuser berechnet Boehsch auf insgesamt 19 300 000 M.

Über die Arbeitszeit gibt der Verfasser zwei Übersichten:

1. Für Kellner, Köche, Kassiererinnen und Wäsche- u. Putzfrauen:

	Stunden						Summa
	bis 9	9-10	10-11	11-12	über 12	über 16	
Personen . . .	210	888	602	460	129	73	1807

2. Hilfspersonen:

Berufe	Stunden							Summa
	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	14-16	über 16	
Portiers . . .	8	5	29	41	20	8	—	101
Wartepersonen . . .	2	4	9	7	—	—	—	22
Herb- u. Kuchenzutriten . . .	12	16	53	50	81	10	—	172
Herb- u. Kuchenzutriten . . .	—	—	67	96	108	69	20	360

*) Boehsch, Das Berliner Kaffeehausgewerbe. Die wirtschaftliche Lage der Angestellten. Berlin 1911, Verlag des Verbandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen, 80 Seiten 8°, Preis 60 Pf.

Hieran knüpft Boehsch den Hinweis auf die besondere Eigenart dieser ohnehin meist langen Arbeitszeiten: daß es sich nämlich größtenteils um Nachtarbeit handelt.

Für junge Leute unter 18 Jahren fordert er das Verbot beständiger Nachtarbeit und begründet diese Forderung mit den sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, welche die Nachtarbeit mit sich bringt.

Für das gelernte Personal gilt bekanntlich die Ruhezeitverordnung vom 23. Januar 1902, über deren Innehaltung in Berlin Boehsch freilich folgende bedenklich stimmende Statistik gibt:

Es hatten:

Betriebe . . .	Ruhezeit:				Summa der Betriebe
	Pro Woche regelmäßig	14 tägig	Unbestimmt resp. selten	Überhaupt keine	
	85	29	98	82	244

Bei der Besprechung des Lehrlingswesens erwähnt Boehsch u. a. zwei ganz unerhörte Fälle von Lehrlingszücherei: je ein Betrieb wurde gezählt mit 2 Gehilfen und 6 bzw. gar 7 Lehrlingen! Das sind doch wirklich Fälle, in denen der § 128 der Gewerbeordnung (Begrenzung der Lehrlingszahl) zur Anwendung kommen sollte.

Dann geht Boehsch zur Befestigung der Kaffeehausangestellten über. In den von ihm statistisch erfaßten Betrieben war die Kost nach dem Urteil der Angestellten sehr ungleichwertig: während für 123 Betriebe mit „gut“ und „sehr gut“ geantwortet worden ist, lauteten für 38 die Antworten „schlecht“ oder gar „ungenießbar“. In 58 Betrieben wurde zu wenig Kost gegeben, darunter in 44 obenbrein schlechte. Halbe Kost gewährten 7, 1 M Entschädigung ebenfalls 7 Betriebe. Unter den Kaffeehäusern, die dem Personal Kost gewähren, befinden sich 52, in denen auch die Zuträger und Revierkellner befestigt werden. Die Befestigung wird prinzipiell bekämpft, da sie zu verstärkter Abhängigkeit vom Unternehmer führt. Das gleiche gilt vom Logiszwang, für dessen Schäden Boehsch leider keine statistischen Angaben gibt; doch kann er auf eine Eingabe der Berliner Gastwirtschafts-Zinnung an den Magistrat hinweisen, in der eingestanden wurde, daß dem Personal in der Regel Räume zugewiesen wurden, in denen sonst nur alles Gerümpel aufbewahrt wird.

Einen anderen Schaden im Gastwirtschaftsgewerbe behandelt das Kapitel über die Stellenvermittlung; hier anerkennt Boehsch freilich den außerordentlich günstigen Einfluß des Stellenvermittlergesetzes von 1910. Früher seien z. B. Zahlstellnerstellen nicht unter 100 M, meist aber erst für 3—500 M zu erhalten gewesen. Eine Berechnung der Einnahmen, welche die zwei Stellenvermittler, die für das Kaffeehausgewerbe vor allem in Frage kamen, von den stellensuchenden Kaffeehausangestellten zwischen 1902 und 1904 erzielten, ergibt nicht weniger als 80 000 M zusammen. Der kostenlose Gehilfennachweis des Vereins der Kaffeehausangestellten, der bis zum 1. Januar 1910 insgesamt 11 226 Stellen und 42 246 Ausstellstellen vermittelt habe, habe, nach den niedrigsten ortsüblichen Gebühren berechnet, den gewerksmäßigen Vermittlern etwa 133 323 M entzogen. Eine wirkliche Lösung der Stellenvermittlungsfrage erblickt Boehsch freilich erst in der Zentralisierung des Arbeitsmarktes durch Errichtung eines paritätischen Facharbeitsnachweises.

Bei der Lohnfrage muß zwischen Zahlstellnern, Revierkellnern und Zuträgern unterschieden werden. Die Leistungen der Unternehmer an Löhnen sind für feste Revier-Kellner:

6 Betriebe mit 60 Kellnern à 10 M =	7 200 M
1 Betrieb " 26 " à 10-15 " =	8 900 "
1 " " 12 " à 15 " =	2 160 "
1 " " 35 " à 20 " =	8 400 "
1 " " 18 " à 25 " =	5 400 "

10 Betriebe mit 161 Kellnern = 27 060 M

und für Zuträger

5 Zuträger à 15 M =	900 M jährlich
23 " à 25 " =	6 900 " "
36 " à 30 " =	12 960 " "
45 " à 40 " =	21 600 " "
7 " à 45 " =	3 150 " "
20 " à 70 " =	16 800 " "

129 Zuträger = 62 940 M jährlich.

Hierzu kommt für 124 Zuträger eine Kostenschädigung von 1 M pro Kopf und Tag (das Jahr zu 365 Tagen gerechnet) = 45 260 M

Zusammen 108 200 M jährlich.

Unter Zuzählung der Löhne für Auxilianten und entsprechender Ansetzung der Naturalienleistungen kommt Boecksch auf eine Gesamtsumme von 216 723 *M* an Leistungen der Unternehmer für die Kellner. Als Monatsdurchschnitt für festangestellte Kellner ergibt sich 16 *M* 35 *Pf*.

Die Zahl- und Revierkellner müssen aber die Zuträger, deren geringe Entschädigung durch die Unternehmer nicht ausreicht, ihrerseits auch noch bezahlen. Und zwar betrugen diese Leistungen für:

6 Zuträger à 80 <i>M</i> monatlich	=	2 160 <i>M</i> pro Jahr
4 " à 45 " "	=	2 160 " " "
88 " à 60 " "	=	27 840 " " "
87 " à 90 " "	=	98 960 " " "
48 " à 120 " "	=	69 120 " " "
89 " à 150 " "	=	70 200 " " "
2 " à 180 " "	=	4 320 " " "

224 Zuträger = 269 280 *M* pro Jahr

Dadurch kommt der Zuträger, der auf Trinkgeld nicht zu rechnen hat, auf 134 *M* monatlich einschließlich Kostenschädigung, wobei man die sehr lange Arbeitszeit nicht übersehen darf.

Weitere Leistungen der Zahl- und Revierkellner sind die Löhne der Auxilianten, insoweit die Unternehmer diese nicht zahlen. Die Unternehmer leisten jährlich 3718, die Zahl- und Revierkellner 20 280 *M*. Das Prozentsystem, die bequemste Art der Unternehmer, an den Trinkgeldeinnahmen teilzuhaben, hat in Berlin nur wenig Verbreitung gefunden. Zur Zeit der Erhebung bestand es in 39 Betrieben neben anderen Abgaben verschiedener Art. Es handelt sich da um 123 Zahl- und Revierkellner; die durchschnittliche Jahresleistung eines jeden betrug 957,70 *M*. Der Prozentsatz war meist 2, sank aber in einzelnen Betrieben auf 1/2 %, während er in anderen bis zu 5 % des Umsatzes stieg.

Hierzu treten noch die folgenden Abgaben:

Bruchgeld (Pauschalsumme für etwa zerbrechendes Geschirr):

in 6 Betrieben mit 49 Kellnern pro Tag	1,00 <i>M</i>	=	16 170 <i>M</i>
- 14 " " 62 " " "	0,60 " "	=	12 276 " "
- 15 " " 113 " " "	0,50 " "	=	18 645 " "
- 6 " " 22 " " "	0,40 " "	=	2 904 " "
- 14 " " 94 " " "	0,30 " "	=	9 806 " "
- 5 " " 37 " " "	0,20 " "	=	2 442 " "

in 60 Betrieben mit 377 Kellnern zusammen 61 748 *M*

Pußeigeld (Ablösung für Gläserspülen, Abwaschen der Tische usw.):

in 2 Betrieben mit 4 Kellnern pro Tag	0,60 <i>M</i>	=	792 <i>M</i>
- 1 Betriebe " 9 " " "	0,5 " "	=	1 485 " "
- 1 " " 5 " " "	0,40 " "	=	660 " "
- 16 Betrieben " 97 " " "	0,30 " "	=	9 603 " "
- 9 " " 27 " " "	0,20 " "	=	1 782 " "
- 6 " " 54 " " "	0,10 " "	=	1 782 " "

in 35 Betrieben mit 196 Kellnern zusammen 16 104 *M*

Wäscheigeld (für die weiße Jacke und Schürze):

in 2 Betrieben mit 10 Kellnern pro Tag	0,75 <i>M</i>	=	2 475 <i>M</i>
- 8 " " 124 " " "	0,60 " "	=	24 552 " "
- 2 " " 15 " " "	0,50 " "	=	2 475 " "
- 8 " " 42 " " "	0,40 " "	=	5 544 " "
- 3 " " 41 " " "	0,20 " "	=	4 069 " "
- 3 " " 29 " " "	0,30 " "	=	1 914 " "

in 21 Betrieben mit 261 Kellnern zusammen 41 019 *M*

Die Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge forderten, obwohl Urteile vorliegen, nach denen dann, wenn kein Lohn gezahlt wird, der Unternehmer den ganzen Betrag zu bezahlen hat, dennoch 162 Kaffeehausbesitzer von 852 Kellnern ein (31 092 *M*).

Über die Löhne der Kaffeeköche, die fast ausschließlich Nachtarbeit (12—14 Stunden) leisten, gibt folgende Tabelle Auskunft:

Es wurden festgestellt:

1 Betrieb mit 1 Koch à 60 <i>M</i> Lohn nebst Kost	
3 Betriebe " 5 Köche à 70 " " "	
6 " " 6 " à 80 " " "	
9 " " 11 " à 90 " " "	
15 " " 21 " à 100 " " "	zum Teil halber Kost
12 " " 13 " à 110 " " "	
28 " " 29 " à 120 " " "	
6 " " 6 " mit mehr als 120 <i>M</i> Lohn und mit teilw. Kost	
1 Betrieb " 1 Koch " 150 " " "	

76 Betriebe mit 93 Köchen

Auch die Kost der Köche wird als durchaus farg geschildert; die Zuteilung derselben erfolge genau so rigoros wie die des anderen Personals, an unrechtmäßige Bereicherung aus den Vorräten sei nicht zu denken.

Dann wendet sich Boecksch den weiblichen Angestellten zu. Für die Kassiererinnen gibt er folgende Lohnübersicht:

20 <i>M</i>	11 Betriebe mit	11 Kassiererinnen mit Kost und Logis
25 " 31 " " " "		
30 " 59 " " " "		
35 " 18 " " " "		
40 " 54 " " " "		
45 " 18 " " " "		
50 " 37 " " " "		
60 " 10 " " " "		
70 " 2 " " " "		ohne Wohnung
80 " 2 " " " "		ohne Kost und Wohnung

Zusammen 247 Kassiererinnen.

Hierzu kommen noch 11 Lehrlingmädchen mit 10—15 *M* Lohn.

Die Wohn- und Kostverhältnisse liegen ähnlich ungünstig wie bei den männlichen Angestellten; die Mängel der Schlafräume bringen hier obendrein noch sittliche Gefahren mit sich. Auch die Ruhezeitverordnung wird viel zu wenig beachtet.

Noch schlimmer ist die Lage der Herd- und Küchenmädchen. Von den 360 Personen, die statistisch erfasst sind, erhielten 40 % bis zu 20 *M*, 50 % von 20—30 *M* und nur 10 % von 30—35 *M* Monatslohn; die Arbeitszeit dieses Personals beträgt oft 14—18 Stunden täglich; ein Ruhetag wird bisher gefällig noch nicht gefordert. Kost und Wohnung sind hier natürlich nicht besser als beim übrigen Personal. Etwas günstiger ist die Lage der Kaffeeköchinnen, Ramfells und Wirtschaftserinnen (186 Personen), deren Löhne zwischen 35 und 60 *M* schwanken, deren Arbeitszeit und Wohnungen freilich ebenfalls ungünstig sind; der Ruhetag wird auch hier meist vor-enthalten.

Wesentlich anders ist die Stellung der 94 Geschäftsführer, deren Gehalt zwischen 1500 und 4500 *M* schwankt; die 14 Buchhalter erreichen meist höchstens 150 *M* monatlich. Die Stellung der Geschäftsführer ist nach Boecksch oft sehr unangenehm, da es sich meist um gelernte Kellner handelt, die im Interesse der Erhaltung ihrer Stellung jedes kollegiale Empfinden unterdrücken müssen.

Die 101 Portiers, welche Boecksch zählt, erhalten 50 bis 80 *M* monatlich; ihre Haupteinnahme ist das Trinkgeld, das freilich nur bei Halbweilokalen reichlich ausfällt. Meist geben die Kellner einen Teil ihrer Einnahmen an die Portiers ab. Ruhetage gewährt den Portiers die Gesetzgebung nicht.

Die Bierzapfer erhalten 50—70 *M* monatlich und Verstärkung bzw. Kostenschädigung; die Küchenburken müssen sich mit 25—40 *M* abfinden, einschließlich Kost und Wohnung.

Endlich geht Boecksch noch über die Verhältnisse des Berliner Kaffeehausgewerbes hinaus auf die Rechtsprechung über Trinkgeld, Prozentwesen und sonstige Abgaben ein, deren Widersprüche er an Beispielen darlegt. Auch hier wird reichliches Material geboten.

Auf die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einzugehen, erübrigt sich hier; dagegen macht Boecksch noch über die Kaffeehausmusik interessante Angaben: Es gab zur Zeit der Erhebung in Berlin

Betriebe,	Anzahl der Betriebe	Anzahl der darin beschäftigten Musiker	Diefe erfordern eine Ausgabe pro Jahr <i>M</i>	Jahresdurchschnittsverdienst pro Mann <i>M</i>
welche die Musiker voll bezahlen.	107	624	1 455 100	2 381
welche die Musiker nicht voll bezahlen.	70	122	126 020	1 082
Zusammen	177	746	1 581 120	

Um die Lage der Musiker richtig zu beurteilen, darf man dabei nicht übersehen, daß die Dirigenten sich nach Boecksch oft den Löwenanteil sichern und daß die Agenten 5—10 % der Einnahmen der Kapellen als Vermittlungsgebühr erhielten.

Schließlich geht Boecksch noch auf den Handel mit Ansichtskarten und Blumen im Lokal ein, der verpachtet zu werden pflegt, und auf die Verpachtung der Toilettens. Hierüber macht Boecksch folgende Angaben:

41 Betriebe sind an Generalpächter vergeben und bringen den Unternehmern eine Rente jährlich von	117 300 <i>M</i>
39 Betriebe sind von den Unternehmern direkt verpachtet und erzielen einen Reingewinn jährlich von	37 780 "
52 Betriebe haben die Toilettenspacht frei vergeben, jedoch sind hier die Pächter verpflichtet, nebst den Toilettens	

auch teilweise die gesamten Lokalräumlichkeiten unentgeltlich zu reinigen.

3 Betriebe erhoben von den von ihnen zur Reinigung der Toiletten angestellten Frauen keine Pacht, sondern zahlten den betreffenden noch einen kleinen Lohn von 20–30 M pro Monat.

Poehschs Schrift gibt eine Fülle von statistischem Material und behandelt das zum Zwecke gründlicher Untersuchung absichtlich beschränkte Gebiet seiner Abhandlung ziemlich erschöpfend. Seine Schrift stellt eine wichtige Unterstützung der gegenwärtigen sozial-reformerischen Bestrebungen dar, in Ergänzung der Selbsthilfe der Organisationen die Schäden im Gastwirtsgerwerbe auf gesetzlichem Wege zu mindern.

Rechtspflege.

Das **Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen** eröffnet ausführlich der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamertages in einer Eingabe an den Bundesrat. Während eine Reihe von Gewerbegerichten gegenüber einer Lohnforderung die Anwendung des gesetzlichen Zurückbehaltungsrechts aus § 273 BGB. verneint, da § 394 BGB. die Aufrechnung gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen für grundsätzlich unzulässig erkläre, habe beispielsweise das Oberlandesgericht Kolmar § 394 BGB. weder nach seinem Wortlaute, noch nach seinem Sinne auf § 273 BGB. für anwendbar erklärt. Aufrechnung und Zurückbehaltung seien sowohl ihrem Inhalte nach wie auch ihrer rechtlichen Natur nach wesentlich verschieden. Aus dem Verbote der Aufrechnung dürfe man daher keineswegs auch die Verjagung des Zurückbehaltungsrechtes gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen folgern. Vielmehr stände dem Beklagten unbedingt das Recht zu, den rückständigen Lohn des Klägers so lange zurückzubehalten, bis dieser ihm den damals durch Diebstahl angerichteten Schaden ersetzt habe. Da sich jedoch diese für den Arbeitgeber günstige Meinung bisher nicht durchgesetzt habe und der Arbeitgeber praktisch sehr oft ohne Schutz sei, wenn er z. B. eine Schadloshaltung gegen Rechtsminderungen begehre, die ihm der Arbeitnehmer durch Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue oder vorsätzliche Sachbeschädigung zugefügt hat, da die entgegengesetzte Meinung in ebenso großer Zahl in Literatur und Judikatur vertreten sei, so richtet der Handwerks- und Gewerbeamertag an den Bundesrat die Bitte:

die Frage einer definitiven Regelung der Zurückbehaltungsmöglichkeit des Arbeits- und Dienstlohnbes in den Kreis seiner Arbeiten einzubringen, und zwar im Sinne einer Änderung des § 394 BGB. und des Lohnbeschlagnahmegesetzes dahin, daß dem Arbeitgeber eine Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsmöglichkeit gegen den Arbeits- und Dienstlohn dann ausdrücklich zugesprochen wird, wenn er eine Schadloshaltung gegen Rechtsminderungen begehrt, die ihm der Arbeitnehmer durch Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue oder vorsätzliche Sachbeschädigung zugefügt hat.

In der Begründung wird nach Darlegung der Rechtsfrage ausgeführt, daß es bei den herrschenden Kontroversen in dieser Frage unumgänglich notwendig erscheine, eine authentische Interpretation über den Einfluß der §§ 273 und 394 BGB. und des Lohnbeschlagnahmegesetzes auf die Lohninbehaltungsabrede und die Lohninbehaltung vorzunehmen, damit eine Streitfrage, die bisher schon in tausendfältiger Wiederholung zu fruchtlosen Schreibereien Veranlassung gab, endgültig von der Bildfläche verschwinde.

Die **Strafverfolgung noch nicht 14 Jahre alter Jugendlichen** betrifft ein an die Jugendfürsorgeausschüsse im Bezirke des Oberlandesgerichts Hamm gerichtetes Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hollgreven-Hamm, der, wie wir seinerzeit berichteten, diese Ausschüsse ins Leben gerufen hat (vergl. XVII., Sp. 301). In diesem Schreiben heißt es:

„Die Frage, ob ein noch nicht 14 Jahre alter Jugendlicher überhaupt polizeilich oder gerichtlich zu bestrafen ist, wird in dem in Aussicht stehenden neuen Strafgesetzbuche höchstwahrscheinlich verneint werden, weil, wie es in der Begründung zu einem Vorentwurfe heißt, Kinder in dem Alter unter 14 Jahren fast durchweg geistig und sittlich noch derart in der Entwicklung begriffen und unfertig sind, daß sie am besten strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden. Dieser Gesichtspunkt nötigt schon jetzt zu einer besonders sorgfältigen Prüfung, ob nach dem heute geltenden Gesetze die Strafverfolgung eines nicht 14 Jahre alten Jugendlichen geboten ist oder ob davon abgesehen werden muß. Wie in der den Jugendfürsorgeausschüssen mitgeteilten Erläuterung des § 56 und 57 des Strafgesetzbuches ausgeführt worden ist, kommt es nach dem bestehenden Rechte darauf an, ob der Jugend-

liche nach dem Grade seiner Verstandesentwicklung bei der Begehung seiner Tat zu erkennen vermocht hat, daß seine Pflicht die Unterlassung dieser Handlung fordere und daß er sich durch ihre Begehung nicht nur einer Bestrafung durch seine Erzieher, sondern auch einer Bestrafung durch die Strafbehörden aussehe. Die tatsächlichen Momente und Umstände, welche in dem gegebenen Falle für die Verantwortung dieser Frage zugunsten des Jugendlichen sprechen, müssen in dem zu erstattenden Gutachten des näheren angegeben werden, nicht aber würde beispielsweise die in den Äußerungen der Fürsorgeausschüsse bisweilen enthaltene Erwägung genügen, daß erzieherische Maßnahmen ausreichen würden, um den Jugendlichen von weiteren Verfehlungen abzuhalten.

Die gutachtlichen Äußerungen der Jugendfürsorgeausschüsse sind nach meiner Überzeugung bei der Art der Zusammenfassung der Ausschüsse und bei der ihnen gegebenen Möglichkeit, die persönlichen Verhältnisse des Jugendlichen in einer zuverlässigen, dem einzelnen Falle angepassten Weise zu ermitteln, für die Entscheidung über die Einsicht des Jugendlichen von größtem Werte. Da sie aber, wie jedes Gutachten im engeren Sinne, nur ein Hilfsmittel für die Behörde bilden, welche jene Entscheidung nach dem Gesetze zu treffen hat, so kann ihnen nur dann Bedeutung beigemessen werden, wenn sie derart begründet werden, daß eine Nachprüfung der Gründe möglich ist.“

Weiter wird dann noch darauf hingewiesen, daß durch die Einholung der Äußerungen der Jugendfürsorgeausschüsse die Promptheit der Strafjustiz nicht leiden dürfe, und es werden hierfür Direktiven gegeben. Die „Köln. Ztg.“ (Nr. 178 vom 16. Februar) bemerkt zu diesem Schreiben, daß hier in planvoller, weitgehender Arbeit einem der Reformgedanken des Entwurfs des Strafgesetzbuches vorgearbeitet werde, und dies sei um so dankenswerter, als das Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches noch in ziemlich weiter Ferne liege. Es sei für die Zwischenzeit in hohem Grade wünschenswert, daß die neuen Anschauungen mit Rücksicht auf unsere Jugendlichen unter 14 Jahren sich mehr und mehr Bahn brächen und vielleicht tatsächlich die Gerichtspraxis bereits beherrschten, wenn einmal das neue Gesetz in Wirksamkeit tritt.

Unzulässigkeit des Abzugs von für die Urlaubszeit gezahltem Gehalt bei vorzeitigem Austritt. In Nr. 21 Sp. 658 ist im vierten Absatz am Schlusse gesagt, daß, wenn die Fortgewährung des Gehalts während des Urlaubs eine besondere Entschädigung für bereits geleistete Dienste ist, ein späterer Abzug dieser Gratifikation vom Gehalt rechtlich keine Abrechnung, sondern eine Aufrechnung darstelle, die nach den gesetzlichen Bestimmungen „zulässig“ sei. Es muß selbstverständlich heißen „unzulässig“.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Tarifbewegung im deutschen Holzgewerbe,

die im November 1910 durch die Kündigung der alten Tarifverträge für 20 Städte auf den 12. Februar eingeleitet worden ist (Sp. 296), hat bisher noch zu keinem Abschluß geführt, obgleich sehr eifrige Verhandlungen zwischen beiden Lagern gepflogen worden sind. Die Holzarbeiter hatten sich frühzeitig über ihre Forderungen schlüssig gemacht und sie den Arbeitgebern mit der Einladung zu örtlichen Verhandlungen überreicht. In Elberfeld, Elbing, Herford, Jena, Osnabrück und Posen traten neben dem Deutschen Holzarbeiterverband der christliche Holzarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Holzarbeiter als Vertragsparteien auf, die jedoch gemeinschaftlich mit der freien Gewerkschaft handeln. Auf der Arbeitgeberseite steht als einziger Vertragspartner, mit Ausnahme des abgesprungenen Hamburg, der Arbeitgeberschutzverband für die deutsche Holzindustrie. Grundsätzliche Schwierigkeiten bei den Verhandlungen bereitete zunächst die Frage der Vertragsdauer, da die Holzarbeiterschaft auf der vierjährigen Dauer bestand, während der Arbeitgeberverband nur auf drei Jahre abschließen wollte, um nämlich auf diese Weise einen einheitlichen Abschlusstermin für alle Tarifverträge der Holzindustrie in ganz Deutschland zu erhalten und dadurch die Grundlage für ein geschlossenes Auftreten der gesamten Arbeitgeberschaft dieser Industrie zu erlangen.

Aus ähnlichen Gründen ergaben sich auch in der Frage des Einzel- oder Zentralabschlusses der Tarifverträge Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Lagern. Die Holzarbeiterschaft vertritt bis auf weiteres entschieden den Standpunkt des Einzelabschlusses der Tarifverträge zwischen den örtlichen Parteien, allerdings unter Vorbehalt der Zustimmung der beiderseitigen Zentralleitungen. Der Arbeitgeberschutzverband neigt mehr zu einem Rahmenvertrage zwischen den Hauptverbänden mit Einbau von örtlich angepassten Interventuren. Beide Lager begegneten sich da-

gegen von vornherein in der Erkenntnis, daß die örtlichen Tarifverträge nicht in willkürlicher Bunttheit von vielleicht formal weniger gewandten Unterhändlern im Eifer des Gefechts unzulänglich abgefaßt werden dürften, sondern daß die Hauptparteien eine Musterfassung für alle Tarifverträge in gemeinsamer gründlicher Beratung vereinbaren müßten, die als Grundlage der örtlichen Verhandlungen dienen und nur ausnahmsweise abgeändert werden kann.

Bei dieser gemeinsamen Arbeit für den Mustertarifvertrag haben die beiden Parteien um die Jahreswende engere Fühlung mit einander genommen und sind in außerordentlich eingehenden Besprechungen, bei denen sich eine besonnene Bereitschaft zu notwendigen Kompromissen beiderseits befand, auch zu einer befriedigenden Verständigung gekommen. Die vereinbarten Richtlinien für ein Vertragsmuster sind sehr umfangreich; die Hauptpunkte sind folgende:

1. Geltungsbereich. 2. Arbeitszeit — wöchentlich — täglich — Pausen. — Verkürzung vom ab. Den Lohnausfall deckt der Arbeitgeber. 3. Überstunden — nur in dringenden Fällen — Arbeitgeber und der Arbeiter des Betriebs entscheiden gemeinsam — oder die Schlichtungskommission. Lohnaufschlag für Überstunden . . . auch bei Mordarbeit. 4. Arbeitslohn. Durchschnittslohn — Normallohn. Lohnniedrigungen . . . Als Durchschnittsarbeiter gilt, wer eine Arbeit nach den üblichen Regeln in angemessener Zeit herstellen kann. Für bessere Arbeiter höhere Löhne und für Junggelesen und Invaliden geringere Löhne nach freier Vereinbarung in den ersten 6 Arbeitstagen. Mindestlohn. Mit jedem Mordarbeiter ist ein vorläufiger und hernach ein endgültiger Stundenlohn zu vereinbaren (für außertarifliche Arbeiten als Mindestlohn). Ausführliche Lohnregelung für außertarifliche Mordarbeiten. Lohnzahlung. Lohnbücher allenthalben. 5. Montagearbeiten. 6. Allgemeines: „Dieser Vertrag gilt als einheitliche Rechtsnorm für die gegenseitigen Beziehungen und Leistungen der Arbeitgeber und Arbeiter, sowohl einzeln wie in ihrer Gesamtheit, innerhalb seines Geltungsbereichs“. Günstigere Bedingungen für die Arbeiter bleiben bestehen. Vertragswidrige Einzelabreden sind ungültig. Die Arbeitsordnungen sind mit dem Vertrag in Einklang zu bringen. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrags in allen Betrieben des Vertragsgebiets einzusetzen und Verstöße gegen den Vertrag oder Umgehungen desselben nachdrücklich zu bekämpfen. Ausgang. 7. Schlichtungskommission. Vorentscheidungen der Obmänner. Gesamtkommission. Zentralvorstände. Unparteiischer Vorsitzender. Arbeitskampfe solange verboten. 8. Vertragsdauer. Dreimonatige Kündigungsfrist. 9. Protokollarische Erklärungen. Erläuterungen zu den einzelnen Punkten, wo noch Zweifel aufstauten.

Dieser Mustertarif stellt eine vorzügliche Vorarbeit für die Vertragsverhandlungen dar, die an den 22 einzelnen Orten zu führen sind. Vorläufig haben sie noch nirgends zu einem Erfolge geführt. So mußten denn die Zentralvorstände Anfang Februar noch einmal zusammentreten, um sich über die Fortdauer der am 12. Februar abgelaufenen Verträge zunächst bis zum 1. März zu verständigen. Bei diesen Zentral-Vorstandsverhandlungen am 3. bis 6. Februar, bei denen auch die von beiden Seiten eingesetzte Zentral-Schlichtungskommission zugegen war, wurden zugleich die Versuche wieder aufgenommen, über den Ablaufstermin der künftigen Verträge und über die Arbeitszeitskaffen für die verschiedenen Ortsklassen einig zu werden. In der ersten Frage wurde endlich auch ein Ausweg gefunden, indem sich beide Vorstände auf folgende durch Schiedsspruch gewonnene Formel einigten:

„Der Ablaufstermin der jetzt zur Verhandlung stehenden Verträge wird auf den 15. Februar 1915 festgesetzt, unter der Voraussetzung, daß bei den zukünftigen Vertragskündigungen und Vertragserneuerungen eine weitere Vereinheitlichung des Inhalts und des Ablaufstermins der Verträge entsprechend der industriellen und geographischen Lage der Vertragsorte anzustreben ist.“

Damit ist wenigstens ein Stein grundsätzlichen Anstoßes für die diesmalige Tarifbewegung beseitigt. Aber in der Arbeitszeitfrage verschärften sich die Meinungsgegensätze. Die Arbeitgebervertreter sind der Ansicht, es sei vor 2 Jahren bei den damaligen Verhandlungen die Vereinbarung getroffen, daß für die künftige Vertragsperiode keine Arbeitszeitverkürzung gefordert werden dürfe, weil die Städte als „gestaffelt“ gelten sollen. Die Arbeitervertreter lehnen diese Deutung der damaligen Vereinbarungen an der Hand der Protokolle von 1908 ab, zumal da der Schiedsspruch des Freiherrn v. Verleşch vom 6. April 1908 ausdrücklich die Bereitswilligkeit beider Lager feststellt, in gemeinsamer Beratung, die späterer Zeit vorbehalten ist, eine Klasseneinteilung der deutschen Städte bezüglich der Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen. Es wird also, falls sich die Zentralvorstände jetzt über eine solche Klasseneinteilung nicht noch einigen können, auch die Arbeitszeitfrage neben der Lohnfrage die örtlichen Verhandlungen voll belasten. Die Aussichten für einen schnellen friedlichen Erfolg dieser

nun wieder aufgenommenen Ortsverhandlungen sind bisher gering. Auch herrscht an einzelnen Orten offensichtlich bald bei den Arbeitgebern, bald bei den Arbeitern eine etwas kriegerische Stimmung nach der langen Friedenszeit.

215 Arbeitstarifverträge im deutschen Bäder- und Konditorgewerbe sind zwischen dem Zentralverband der Bäder und den Bädermeistern oder ihren Innungen und Verbänden in der Zeit von 1905 bis 1910 für 26054 Gehilfen und Hilfsarbeiter vereinbart worden, im letzten Jahre 1910 allein 62 Verträge für 2339 Personen. Nach einer neueren Zusammenstellung für Ende 1910 war der Bäderverband an 134 damals noch in Kraft stehenden Verträgen, die 5125 Betriebe und 13 478 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, beteiligt. Darunter befinden sich außer einem Reichstarifvertrag, vereinbart mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, 67 Ortstarife, die mit Arbeitgeberverbänden abgeschlossen, und 66 Verträge, die mit einzelnen Arbeitgebern vereinbart sind. Von jedem Hundert Mitglieder des Verbandes sind 59 zu tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt. Im Jahre 1911 kommen 30 allgemeine und 30 Betriebsverträge zum Ablauf. Dazu tritt eine Anzahl Städte, wo jetzt erst der Verband imstande ist, zum ersten Mal an die Arbeitgeber Tariforderungen zu stellen. Trotz des erfolgreichen Vordringens des Tarifvertragsgedankens in den meisten größeren Orten steht die Weiterkraft an vielen kleineren Plätzen dem Abschluß von Tarifverträgen noch wenig freundlich gegenüber.

Die Erneuerung des Tarifvertrags für die vereinigten Brauereien Hamburgs, der ein würdiges Gegenstück zu den Berliner Brauereiverträgen bildet, ist in den letzten vier Wochen mit den beteiligten zahlreichen Gewerkschaften der verschiedenen Sparten (Brauerei, Maschinisten, Böttcher, Transportarbeiter usw.) und dem Bundesgesellenverein zustande gekommen, nachdem in längerem Hin- und Herverhandeln noch einige Unklarheiten des vereinbarten Tarifs beseitigt worden waren. Der bis 31. Dezember 1915 laufende Vertrag, der etwa 1000 Arbeiter umfaßt, bringt im allgemeinen eine vorläufige Lohnniedrigung von 2 M. die Woche; eine weitere Aufbesserung von 1 M. für die Woche erfolgt nach drei Jahren. Die Lohnsätze gelten rückwirkend vom 1. Januar 1911 an. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die jetzt 9 Stunden für die inneren Betriebsarbeiter beträgt, auf 8½ Stunden erfolgt am 1. Januar 1914. Ferner wurde Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes neu eingeführt, und zwar steigend nach der Dienstdauer von einem Tag bis zu einer Woche im Jahre; die Überstundenzuschläge wurden erhöht. Die Bezahlung der siebenten Schicht für Maschinisten und Heizer, die vielfach in den Tarifen des Brauereis- und Mühlenarbeiterverbandes für Brauereibetriebe auch in kleineren Orten enthalten ist, wurde in Hamburg nicht durchgeführt.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Arbeitervertreter in der Verteilungsstelle der Kalindustrie. Das Kaligefetz enthält bekanntlich auch einige „Garantien für die Kalitarbeiter“ (vergl. Soz. Praxis XIX Sp. 896). In § 13 des Gesetzes ist bestimmt, daß bei einem Kaliverk auf dem innerhalb einer Arbeiterklasse der im Jahresdurchschnitt für eine regelmäßige Arbeitszeit gezahlte Lohn unter den für diese Klasse im Durchschnitt der Kalenderjahre 1907 bis 1909 gezahlten Lohn sinkt oder auf dem die Arbeitszeit über die im Jahre 1909 üblich gewesene verlängert wird, eine entsprechende Verkürzung der Beteiligungsziffer eintritt. Bei hierauf bezüglichen Entscheidungen der Verteilungsstelle wirken nach § 30 des Gesetzes an Stelle zweier der vier von den Kaliverken sonst gewählten Beisitzer zwei Arbeiterbeisitzer mit. Wie jetzt bekannt gegeben wird, sind als Arbeiterbeisitzer für die Verteilungsstelle von den Arbeitervertretern der Knappschafsbewegungsgenossenschaft für die Zeit bis zum 30. Juli 1912 gewählt worden: die Knappschafsbewegung August Kreinade (Hedwigsburg) und Wilhelm Vier (Neustadt), sowie als Stellvertreter Friedrich Wiffel (Gewerkschaft Deutschland), Adolf Schulz (Hiederhall), Reinhold Brömme und Otto Voßge (beide beschäftigt auf dem Herzoglich-Anhaltischen Werk).

Die Abteilung für Arbeiterschutz und Arbeiterwohlfahrt der Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel in Bayern hielt am 21. Februar im Ministerium des Auswärtigen, dem die sozialpolitischen Angelegenheiten unterstehen, eine Sitzung ab. Bei den Neuwahlen für 1911/13 wurde als stellvertretender Vorsitzender der Abteilung Arbeitersekretär und (sozialdem.) Landtagsabgeord-

neter Segitz, als Schriftführer Arbeiterssekretär und (Zentrums-) Landtagsabgeordneter Dswald wiedergewählt. In den Ausschuss der Abteilung wurden abgeordnet: aus Gruppe I Bildhauergehilfe Bayer (Passau) und Spengler Siffel (Schweinfurt), aus Gruppe II Handlungsgehilfe Mürriger (München), aus Gruppe III Oberregierungsrat und Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe Priem, aus Gruppe IV Arbeiterssekretär Segitz und Gewerkschaftssekretär Junke (München), aus Gruppe V Obermedizinalrat Prof. Dr. v. Gruber. Über den ersten Verhandlungsgegenstand: „Änderung der Bekanntmachung vom 13. Juli 1900 betr. die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb“ hielt Regierungs- und Gewerberat Hertel (München) einen Vortrag. Die von ihm aufgestellten Vorfälle, die im allgemeinen auf eine Erstreckung der §§ 135–139b der Gewerbeordnung auf alle Motormerkstätten abzielen und eine Ausnahme nur für die Motormerkstätten des Handwerks mit weniger als fünf Arbeitern zulassen, wurden mit unbedeutenden Änderungen angenommen. Zur Frage der Neuregelung der gesetzlichen Vorschriften über die Konkurrenzklause (Referent Handlungsgehilfe Mürriger) sprach sich die Abteilung mit allen Stimmen primär für völlige Aufhebung der Konkurrenzklause aus. Nur ausnahmsweise sei die Klausel für Angestellte mit über 5000 M. Jahreseinkommen zuzulassen und zwar mit der Maßgabe, daß die Vertragsstrafe die Hälfte des Jahreseinkommens und jedenfalls den Betrag von 3000 M. nicht übersteigen dürfe, sowie daß die Klausel nur für ein Jahr und erst vom Beginn des zweiten Dienstjahrs ab wirksam sein dürfe. Die Klausel soll ferner der notariellen Beurkundung bedürfen und nur gültig sein, wenn der Prinzipal für das Karenzjahr eine Abfindung in der Höhe eines halben Jahresgehalts bezahlt.

Arbeiter im badischen Eisenbahnrat. Aus Mannheim schreibt man dem „Hamb. Fremdenbl.“: Einen bedeutsamen Fortschritt plant man in Baden bei der Umänderung des Eisenbahnrats. Seine Mitgliederzahl soll von 18 auf 27 erhöht werden, und zwar werden ernannt vom Ministerium 5 (wie bisher), gewählt von den Handelskammern 9 (wie bisher), von den Landwirtschaftskammern 4 (bisher 2), vom Landesgewerbeamt 4 (+ 2), von den Lohnarbeitern 4 (bisher keine) und von dem Landesverband zur Fehung des Fremdenverkehrs 1 (bisher keines). Zum ersten Male in Deutschland werden hier unbesessenes Wissen auch Arbeiter in den Eisenbahnrat berufen, die somit die bedeutenden Interessen ihres Standes sehr wirksam vertreten können; war es doch eine Anomalie, daß die Wünsche der Arbeiter, für die es eine besondere Kategorie von Zügen und billige „Arbeiterarten“ gibt, bei der Einlegung dieser Züge im Eisenbahnrat unvertreten blieben. Auch in dem ständigen Eisenbahnausschuss, der in Baden neu eingeführt wird, sollen die Arbeiter eine Vertretung erhalten.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England.

Während der letzten englischen Wahlkämpfe hat auch die sogenannte National Free Labour Association eine überaus auffällige Wahlagitatio betrieben. Die National Free Labour Association bezeichnet sich als die Organisation der „freien“, d. h. nicht in Trade Unions organisierten Arbeiter Englands, sie behauptet, 786 000 Mitglieder zu haben und hielt sich darum für berechtigt, im Namen dieser Arbeiter an alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sowie an die unabhängig denkenden Gewerkschaftsangehörigen Englands zu appellieren, um sie zur Wahl konservativer Kandidaten aufzufordern. Begründet wurde diese Aufforderung, welche in Form eines Plakats in 250 000 Abzügen in ganz England angeschlagen worden war, durch die Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung die Interessen von zwölf Millionen nichtorganisierten Arbeiter auf dem Altar der Gewerkschaften geopfert habe. Die gegenwärtige Regierung habe jede Verwaltungsstelle, welche mit Arbeiterinteressen zu tun habe, mit sozialistischen Führern, die sich als Gewerkschaftler gebärdeten, besetzt — ein Angriff auf John Burns, den Präsidenten des Local Government Board, der aber doch bekanntlich gerade von den Sozialisten am allerstärksten bekämpft wird, und einige andere zu Beamten ernannte Gewerkschaftsführer. Die gegenwärtige Regierung habe ferner die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu einer privilegierten Klasse erhoben, indem sie verhindere, daß nichtorgani-

sierte Arbeiter bei der Ausführung irgendwelcher Staatsaufträge Beschäftigung finden. Endlich habe die Regierung Boykott und Streikpostenstellen legalisiert, sie habe bei dem kürzlichen Bergarbeiterstreik in Südwales eine ganz unentschlossene Haltung eingenommen und sie sei bereits wieder auf dem Wege zur Aufhebung des Osborne-Urteils, der „Magna Charta aller Lohnarbeiter“.

Von diesem Aufruf abgesehen, hüllt sich das Leben der National Free Labour Organisation meist in ein geheimnisvolles Dunkel. Der Verband hat seinen Sitz in London, daneben unterhält er sogenannte „Freie Arbeitsbörsen“ in Manchester, Glasgow, Gateshead, Leeds und Cardiff. Seinen Ursprung führt er auf eine im Jahre 1893 gebildete Vereinigung von zehn Londoner Arbeitern zurück. Seitdem soll seine Mitgliedschaft auf 786 000 Arbeiter gestiegen sein, indessen scheint diese Mitgliedschaft nicht von der Zahlung eines Beitrags abzuhängen. Ebenjowenig findet sich in den Berichten über die Jahresversammlungen irgendwelche Angabe über die finanziellen Verhältnisse des Verbandes. Nichtsdestoweniger müssen ihm ganz bedeutende Geldmittel zur Verfügung stehen. Denn die National Free Labour Association unternimmt neben der Publikation von Artikeln und Aufsätzen in Zeitschriften und Zeitungen, Flugblättern und Broschüren auch die Herausgabe zweier eigener Blätter, der „Free Labour Gazette“ sowie der „Free Labour Press“. Ihre Rechtsabteilung behauptet, tausende von Fällen der Überschreitung des Streikrechts verfolgt sowie 650 sinnlose Streiks verhindert zu haben. Für den letzt-erwähnten Zweck unterhält übrigens die Gesellschaft noch ein eigenes „Strike Breaking Department“. Die von dem Verband unterhaltenen „Freien Arbeitsbörsen“ haben in den letzten zehn Jahren über 130 000 Metallarbeitern Arbeit vermittelt und diesen über 16 000 Pf. Sterl. Reisefkosten vergütet. Endlich bietet sich der Verband zur „Behandlung von Arbeitsstreitigkeiten in allen Phasen“ an. Er ist seiner eigenen Anzeige zufolge jederzeit bereit, Fabriken und Eisenbahngesellschaften in unauffälliger Weise gelernte Arbeiter jeder Art zur Verfügung zu stellen, die in der Lage sind, jede Agitation unter den Arbeitern sorgfältig zu überwachern.

Klarer noch vielleicht treten die Absichten der National Free Labour Association aus den Verhandlungen ihres achtzehnten Jahreskongresses hervor, der Ende Oktober des vergangenen Jahres in London stattgefunden hat. Nach einem Bericht des Generalsekretärs über die Erfolge des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahre, wobei namentlich auf die Vereitelung von Streiks in verschiedenen Fällen und die Unterhandlungen mit Unternehmern zur Verhütung künftiger möglicher Streiks hingewiesen wird, wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sich in einer auffälligen Weise gegen die sämtlichen sozialpolitischen Fortschritte der letzten Jahre richten. Zunächst wurde die Aufhebung der Trade Disputes' Act von 1906 gefordert, jenes Gesetzes, durch welches die Wiederteilnahme eines Taff-Vale-Urteils gegen Trade Unions wegen des durch Streiks verursachten geschäftlichen Schadens verhindert wird. Zur Begründung dieser Forderung wurde geltend gemacht, daß die Trade Disputes' Act sich in gleicher Weise gegen die persönliche Freiheit der Unternehmer wie gegen die der nichtorganisierten Arbeiter richte. Eine weitere Resolution richtete sich gegen die angebliche einseitige Beeinflussung des Board of Trade durch die Gewerkschaften, insbesondere gegen die Heranziehung von Gewerkschaftsbeamten zu den gewerblichen Schiedsgerichten. Die gleiche Forderung wurde hinsichtlich der Zusammensetzung des Beirats für die staatlichen Arbeitsbörsen erhoben. Auch hier wurde eine entsprechende Beteiligung von Vertretern der „freien Arbeit“ verlangt, „damit das weitverbreitete Mißtrauen, welches gegenwärtig unter Millionen nichtorganisierten Arbeiter gegenüber der staatlichen Einmischung herrsche, beseitigt und vollkommene Vertragsfreiheit für Unternehmer und Arbeiter hergestellt werde“. In gleicher Weise wurde gegen den Achtstundentag in Bergwerken (Miners' eight hours act) protestiert, „da solche Einmischung seitens des Parlaments in die natürlichen Beziehungen, welche zwischen Arbeit und Kapital existieren, grundsätzlich falsch und ungesund von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus sei. Eine solche Einmischung wirke nachteilig auf Handel, Industrie und Verkehr und bedeute eine Schädigung für die wahren Interessen der Arbeiter. Außerdem stehe sie im Widerspruch zu der Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem Grundprinzip der freien Arbeit“. Weitere Beschlüsse richteten sich dann noch gegen die Anträge der Arbeiterpartei im Parlament sowie gegen das Prinzip des kollektivistischen Arbeitsvertrags. Eine Schlusresolution endlich forderte eine intensive Propaganda zur Emanzipation der arbeitenden Klasse von dem Trade Unionismus mit seinen sozialistischen Tendenzen.

Es sei noch bemerkt, daß alle Beschlüsse einstimmig und ohne vorhergehende Erörterung gefaßt wurden. Eines weiteren Kommentars bedürfen sie ja nicht; denn ihre ganze Tendenz richtet sich so ausgesprochen gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, daß es vollkommen begreiflich ist, wenn der Verhandlungsbericht dieses Kongresses es unterläßt, ein Verzeichnis der Delegierten zu geben, die als Vertreter von Lohnarbeitern solchen Beschlüssen widerspruchlos zugestimmt haben.

London.

Dr. Fr. Glaser.

Streiks und Aussperrungen.

Der Weissenfelder Schuhmacherkampf (Sp. 659) umfaßt nach amtlicher Feststellung jetzt 54 Betriebe mit etwa 2700 Personen, während 82 Betriebe mit 1350 Arbeitern weiterarbeiten, weil sie die Arbeiterforderungen entweder noch nicht erhalten oder schon bewilligt haben. Die bestreikten Fabriken sind also die größeren Betriebe. Der Fabrikantenverein hat am 20. Februar beschloffen, alle Betriebe, in denen ein Teil der Arbeiter streikt, zu schließen. Er will unbedingt darauf verharren, höchstens vom 1. Oktober ab eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden und ein Jahr später um eine weitere Stunde zuzugestehen und überstunden dann mit 25 v. H. Aufschlag zu vergüten; an eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sei indessen nicht zu denken. Der Streik hat bereits zu zahlreichen Strafanzeigen wegen Landfriedensbruchs geführt, da zwischen Streikenden und Arbeitswilligen täglich heftige Zusammenstöße erfolgen. Der Verein der Schäftefabrikanten hat beschloffen, die Schiedskommission des Verbandes deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten zur Regelung der schwebenden Streitfragen anzurufen. Außerdem will er den durch die Betriebschließungen arbeitslos gewordenen unorganisierten Arbeitern Unterstützung gewähren.

Der Kampf im Londoner Buchdruckgewerbe neigt sich zugunsten der Gehilfenschaft. Allmählich bewilligt auch eine der am schroffsten widerstrebenden Großfirmen nach der andern, da sonst die Druckaufträge, zumal für regelmäßig erscheinende Zeitschriften, immer häufiger in die bewilligenden Betriebe wandern müssen. Die Gewinnung von Streikbrechern ist nur spärlich gelungen, obwohl die Polizeigerichte immer scharfer die Angriffe auf Arbeitswillige bestrafen und der Prinzipalverein sich energisch deren Schutz angelegen sein läßt. Die Londoner Lithographengehilfen drohen mit einem Sympathiestreik zugunsten der Sehergehilfen. Am 24. Februar haben sie ihre Kündigungen eingereicht. Die Prinzipale der Lithographiebetriebe haben darauf ihren Schutzverband durch schwere Vertragsstrafenabreden untereinander verstärkt. Für jede Nachgiebigkeit gegen die Gehilfen sind 1000 Pfd. Sterl. Strafe vermerkt; für jeden zu beschäftigenden Gehilfen sind 100 Pfd. Sterl. zu zahlen. Inzwischen ist auch die Seherchaft in der Provinz wieder unruhig geworden und sucht die Frage der Arbeitszeitverkürzung ernsthaft in Fluß zu bringen. Die Provinzprinzipale haben die Verhandlungen mit dem Provinzverband der Gehilfen am 22. Februar in Birmingham abgelehnt. Einige Kuriosa sind schließlich zu erwähnen. Der kürzlich verstorbene schmerreiche Eigentümer des „Punch“ hat manche seiner alten Seher mit Vermächtnissen von 500 £ bedacht. Diese Seher aber stehen augenblicklich vor der Werkstatt Streikposten. Das Sympathietelegramm, das 10 000 Berliner Buchdruckergehilfen am 12. Februar den Londoner Kameraden übermittelten, ist glücklich am 20. (!) Februar von diesen in der täglich erscheinenden Streikzeitung „Daily Herald“ veröffentlicht worden. Da der „Daily Herald“ sich sehr gut eingeführt hat und in einer Auflage von 20 000 bis 30 000 täglich Absatz findet, erwägt die Londoner Arbeiterschaft, ob sie nicht eine ständige Arbeiterlageszeitung daraus machen könne.

Die passive Resistenz der Triester Staatsbeamten (Sp. 659) hat ihre Ursachen in wirklicher Not dieser Beamten gehabt. Triest leidet unter allgemeiner Verarmung besonders stark, so daß die Beamten der Hafenzulage von 20 v. H., die sie forderten, dringend bedurften. Hierzu kam noch das Fehlen des gesicherten Zeitavancements, welches die Regierung nur im Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Dienstpragmatik (Koalitionsberechtigung) gewähren will. Eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter würde freilich in Österreich infolge der hohen Zahl von Beamten mehrere hundert Millionen Mark ausmachen, für die eine Deckung nicht vorhanden ist. In dieser mißlichen Lage hielt es die Regierung für das Beste, „vom Standpunkte der Staatsautorität und im Interesse der Bevölkerung“ die größte Strenge gegen die widerspenstigen Beamten anzubringen und einige Regimenter Soldaten zu ihrem Erfolge bereit zu halten. Mehr aber als diese Drohungen bewirkte

der Mangel jeder einheitlichen Leitung das Abflauen der Resistenzbewegung und ihre schließlich Beendigung ohne irgendwelchen augenblicklichen Erfolg.

Arbeiterschutz.

Regierungserklärungen über die Bleifarbenfrage in Deutschland.

In der Petitionskommission des Reichstags kam am 12. Januar eine Eingabe des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands, Sitz Düsseldorf, zur Verhandlung, die Vorkehrungen gegen die Gefahren gifthaltiger Farben fordert, und zwar: 1. Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstand zur wirksameren Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften, 2. Einführung des Melbezugs für Bleierkrankungen, 3. Verbot aller blei- oder gifthaltigen Farben für Innenanstrich, 4. Deklarationspflicht gifthaltiger Materialien auf den Gefäßen, 5. Einsetzung einer Prüfungskommission für Bleifarbenersatz. Die Punkte 2 bis 4 entsprechen Forderungen, die seit Jahren von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erhoben und demzufolge auch von der Gesellschaft für Soziale Reform in wiederholten Eingaben dem Reichstanzler (Reichsamt des Innern) vorgetragen worden sind. In der Kommission nahm nach dem Kommissionsbericht vom 22. Februar als Vertreter der Regierung Geheimrat Dr. Leymann, vortragender Rat im Reichsamt des Innern, Anlaß zu sehr bemerkenswerten Erklärungen: Die Verordnung des Bundesrats vom 27. Januar 1905 habe eine Abnahme der Bleierkrankungen im Malergewerbe bewirkt (vergl. Spalte 699 dieser Nummer); zu grundlegender Abänderung oder Aufhebung der Bekanntmachung bestehe daher kein Grund. Zu den übrigen Ausführungen der Petition sei zu bemerken:

„daß über die allgemeine Einführung der Anzeigepflicht für Bleierkrankungen bereits Erwägungen schweben und daß die Verwendung von Bleifarben zu Innenanstrichen in Deutschland bereits von mehreren Staats- und Gemeindeverwaltungen für die eigenen Bauten untersagt oder doch eingeschränkt ist. Ersteres ist u. a. geschehen von den Generaldirektionen der Württembergischen und der Badischen Staatseisenbahnen, von den Hochbaudeputationen der Städte Berlin und Charlottenburg und von dem Reichsamt des Innern. In Aussicht genommen ist ein solches Verbot von dem Herrn Kriegsminister und von den Herren Staatssekretären des Reichs-Postamts und des Reichs-Marineamts. In der Kaiserlichen Marine werden neuerdings beim Schiffsbau nur bleifreie Farben verwendet, während beim Schiffsmaschinenbau die Verwendung bleihaltiger Farben sehr eingeschränkt ist. Die Versuche, die Bleifarben durch nicht bleihaltige Farben zu ersetzen, werden fortgesetzt. Sie haben aber noch zu keinen abschließenden Ergebnissen geführt.“

Aus der Mitte der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß die Bleifarbenfrage in steigendem Maße das Interesse der sozialpolitischen Kreise beschäftigt habe. Auf den Tagungen der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz siehe sie seit Jahren auf der Tagesordnung. Bedeutende wissenschaftliche Autoritäten hätten sich eingehend damit befaßt und nach Mitteln gesucht, wie den schädlichen Wirkungen des Bleiweißes bei der Erzeugung und Verarbeitung entgegen gewirkt werden könne. Es seien auf Grund dessen auch Verhütungsmassnahmen u. a. in einer Bundesratsverordnung ergangen. Wenn die Petition von einem „erwiesenen Mißerfolge“ dieser Bekanntmachung spreche, so sei das zweifellos übertrieben. Immerhin müsse geprüft werden, nach welcher Richtung hin dieselbe ausgebaut werden könne. Ein vollständiges Verbot der Bleiweißverwendung im Malergewerbe lasse sich vorerst kaum erzielen. Um so mehr sollten die Behörden die Versuche fortsetzen, Ersatzmittel zu finden. Weitere Kreise der Fachleute erklärten heute schon, daß für Innenanstriche das Bleiweiß entbehrlich sei. Zu wünschen sei, daß über die Bleierkrankungen eine fortlaufende Statistik geführt werde. Von anderer Seite wurde auf die Wichtigkeit der Kontrolleure aus dem Arbeiterstande hingewiesen, die am allerersten geeignet seien, auch die Arbeiter selbst zur Beobachtung der getroffenen Verhütungsmassnahmen zu erziehen. Die Kommission beantragte daher: Der Reichstag wolle beschließen: die Petition hinsichtlich Punkt 1 (Anstellung und staatliche Ausbildung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande) und 2 (Meldepflicht bei Bleierkrankungen) dem Reichstanzler zur Berücksichtigung, hinsichtlich der Punkte 3 bis 5 (Verstellung, Verkauf und Verwendung blei- und gifthaltiger Farben) als Material zu überweisen.

Noch viel erfreulicher als die Beschlüsse der Kommission sind die Erklärungen der Regierung, wonach mit einer sehr erheblichen Einschränkung der aus der Verwendung von Bleifarben entstehen-

den Gefahr für Leben und Gesundheit der Maler, Anstreicher, Lackierer ernstlich zu rechnen ist.

Die **Gewerbekommission** des Reichstages führte die erste Lesung der Gewerbenovelle zu Ende. Angenommen wurde ein von allen bürgerlichen Parteien gestellter und bereits von einer Subkommission beratener Antrag, dem § 134 der Gewerbeordnung folgenden Absatz hinzuzufügen: Den Arbeitern ist bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Beleg (Lohnzettel, Lohnbuch usw.) über den Betrag des verdienten Lohnes und der einzelnen Arten der vorgenommenen Abzüge auszuhandigen. Ohne Diskussion wurden dann die redaktionellen Änderungen zu den §§ 139b und 189h angenommen, ebenso die beantragten Verschärfungen der Strafvorschriften der §§ 146, 146a, 147 und 150. Die Kommission lehnte es ab, über den Rahmen der Vorlage hinaus noch weitere Abänderungsvorschläge zu beraten, bevor nicht die Regierungsvorlage auch in zweiter Lesung erledigt ist.

Bauarbeiterschutzgesetz in Hessen. Das Ministerium des Innern hat der II. Kammer der Landstände einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es ermächtigen soll, auf dem Wege der Verordnung den Bauarbeiterchutz im weitesten Sinne zu regeln. Diese soll sich nicht nur auf die Verhütung von Unfällen erstrecken, sondern auch auf die Abwendung gesundheitlicher und sittlicher Gefahren; es sollen nicht nur gewerbmäßige Bauten, sondern auch Staats-, Gemeinde- und insbesondere sogenannte Regiebauten getroffen werden. In diesem Umfange war der Erlass von Vorschriften auf Grund bestehender Gesetze nicht möglich, darum greift man zu einem besonderen neuen Gesetz. Die Aussicht wird, vorbehaltlich der Zustimmung der Gewerbeinspektoren, der Baupolizei übertragen. Für die ordnungsmäßige Anwendung und Befolgung des Gesetzes haftet nicht allein der gewerbliche Unternehmer, sondern auch der Bauherr — auf der anderen Seite aber auch der Beauftragte, Werkmeister und auch der Arbeiter.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

VIII.

Von Privatdozent Dr. A. Günther-Berlin.

Der Entwurf hat innerhalb der sozialpolitisch interessierten Kreise eine derart neue und merkwürdige Gruppierung hervorgerufen, daß man ihm gerade deshalb vielleicht eine günstige Diagnose stellen darf. Die großen Organisationen der Industriellen, der Zentralverband der Handlungsgehilfen, mit diesem eine die Minorität der Privatangestellten vertretende „Freie Vereinigung“, dann die Versicherungsanstalten und der Deutsche Privatbeamtenverein haben sich hier in der Opposition gegen das, was die große Mehrheit der beteiligten Kreise als gute und brauchbare Grundlage ihrer Versicherung ansieht, zusammengefunden. Soviel ich sehe, sind vorwiegend vier Gesichtspunkte gegen den Entwurf geltend gemacht worden, die sich untereinander vielfach aufheben dürften:

Einmal befürchtet ein Teil der Unternehmer eine bedeutende Mehrbelastung; umgekehrt ist man in den Kreisen der „Freien Vereinigung“ der Meinung, daß eine Überwälzung und damit die ausschließliche Belastung der Angestellten zustande kommt. Nachdem der Entwurf — leider — dem Drängen gerade dieser Kreise auf Herabsetzung der Prämien Folge leistete, kann man sich jetzt nicht genug tun mit Vorführung der geringen Leistungen!

Zweitens erwartet die Großindustrie mit Recht eine Schädigung ihrer Wertpensionskassen, deren freizügigkeitsfeindliche Tendenz der Entwurf bedroht. Man leistet in diesen Betrieben, was gewiß anzuerkennen ist, vielfach Außerordentliches zur Sicherstellung der Beamten, benutzt aber die Kassen gleichzeitig zu einem starken Druck auf den Angestellten. Die an erster Stelle genannten Arbeitgeber, die meist über Mittel- und Kleinbetriebe verfügen — besonders die Detailistenverbände haben Front gemacht — bedenken nicht, wie sehr eine allgemeine Versicherung das Übergewicht der kapitalkräftigen Großindustrie beeinträchtigen wird, der das Privileg der Sonderkassen und der Risikoaussage geschmälert wird.

Daß drittens der Deutsche Privatbeamtenverein, der eine besonders lebhafte Agitation gegen das Gesetz unternimmt, in eigener Sache handelt, liegt auf der Hand. Wir erkennen seine bedeutenden Versicherungsleistungen an, halten aber das Ständesinteresse für wichtiger als diese Selbsthilfeeinrichtungen, die der Angestellte meist ohne Unterstützung seines Arbeitgebers bezahlen muß. Auf dem gleichen Blatte, aber noch weniger berechtigt, steht

die Sonderbündelung des Verbandes Deutscher Diplomingenieure, dem erfreulicherweise andere Akademiker-Organisationen nicht zur Seite getreten zu sein scheinen.

Die vierte Richtung endlich bekämpft nicht den Gedanken einer weitergehenden Versicherung als solchen, sie will ihn nur innerhalb der geltenden Invalidenversicherung verwirklicht sehen. Für recht bedenklich halten wir den Suffkurs, der dieser Idee gerade jetzt aus Arbeitgeberkreisen wird. Lange Jahre hörte man, daß maßgebende Unternehmerorganisationen dem Spezialgesetz vor dem Ausbau den Vorzug geben. War das so, weil damals die Versicherungsordnung zur Debatte stand und damit die theoretische Möglichkeit der Einfügung neuer Lohnklassen, einer herabgesetzten Altersgrenze und der Berufsinvalidität gegeben war, während heute, nachdem der Ausbaugedanke — gewiß bedauerlicherweise, denn er steht an sich der Zusatzklasse nicht entgegen — als erledigt gelten muß und für die letztere ein lebensfähiger Entwurf vorliegt, die ganze Stoßkraft sich gegen diesen letzteren zu richten hat? — Ein solcher Frontwechsel müßte allerdings gerade den Organisationen zu denken geben, die aus allgemeinen sozialpolitischen Sentiments eine Ständeszusatzversicherung verwerfen, nur deshalb, weil hier endlich einmal eine Aktion ausschließlich den Privatangestellten zugute kommen soll.

Unter den Äußerungen bewährter Sachleute, welche die Tages- und Fachzeitungen in reicher Fülle brachten, sind jene des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann und von Prof. Dr. Moldenhauer besonders zu erwähnen. Beide stehen sich in wesentlichen Fragen gegenüber; einige der von Moldenhauer gegen den Entwurf vorgebrachten Gründe erledigen sich bereits durch die obige Zusammenfassung; wenn in der Ständesversicherung eine „soziale Ungerechtigkeit“ gegen die Arbeiterklasse erblickt wird, so sollte doch die ganze Geschichte der sozialen Gesetzgebung, die stets vorwiegend Arbeitergesetzgebung war, dem entgegenstehen, nicht weniger die Tatsache, daß die Interessen des Arbeiters doch nicht annähernd im gleichen Maße wie die des Angestellten die Berufsinvalidität, das 65. Lebensjahr und erhöhte Renten verlangen. Hauptargumente entnimmt Moldenhauer weiterhin dem Eingriff des Entwurfs in das Verfassungswesen, ohne dessen Schäden zu erwähnen, und den beträchtlichen Verwaltungskosten, die er mir etwas zu überschätzen scheint. — Demgegenüber schließt sich Stresemann in wichtigen Punkten der Ansicht der großen Angestelltenverbände an.¹⁾ Jedenfalls bezeichnet er es mit dem Führer der nationalliberalen Partei, Abgeordneten Bassermann, „als communis opinio der gesamten bürgerlichen Parteien, daß dieser Gesetzentwurf noch von dem jetzigen Reichstag erledigt werden müsse“.

Endlich hat Dr. Potthoff, der ja auch in diesen Blättern das Wort genommen hat, Denkschrift und Entwurf kritisch gegenübergestellt.²⁾ Die Frage der Nichteinbeziehung wichtiger Gruppen der Privatangestellten ist durch die Motive zum Gesetzentwurf sowie durch offiziöse und wissenschaftliche Interpretation des § 1 einigermaßen geklärt. Dagegen bleibt grundlegende Forderung die Versicherung aller Privatangestellten, auch derer mit mehr als 5000 M. Einkommen, unter Belassung der jetzigen Höchstklasse. Die Gleichsetzung des Personenkreises mit jenen der Invalidenversicherung ist theoretisch zu fordern, hat aber mit dem Zustandekommen des Privatbeamtenversicherungsgesetzes nichts zu tun.

Die Beiträge müssen nach der zweiten Denkschrift geregelt werden, um die dort vorgesehenen erhöhten Leistungen der Versicherung zu ermöglichen. Das bleibt ein Kernpunkt der Forderungen, dem Herr Roth ebenfalls an dieser Stelle schon Ausdruck verliehen hat. Nicht kann ich diesem Gutachter hinsichtlich der Frage der Selbstverwaltung beistimmen, in der doch die guten Erfahrungen mit den Berufsgenossenschaften — die erst kürzlich anlässlich des Jubiläums von amtlicher Seite nachdrücklich hervorgehoben worden sind — verwertet werden müßten. Dagegen ist die Frage der Ersatzinstitute grundsätzlich richtig angefaßt, wenn auch noch zahlreiche Detailvorschriften durch den Bundesrat notwendig sein werden. Unerlässlich ist endlich die volle Einbeziehung der auf Privatdienstvertrag bei Behörden Angestellten. Staat und Gemeinde dürfen

¹⁾ Düsseldorf Zeitung, 3. 2. 1911. Allgemeine Zeitung für Chemnitz und Umgegend, 18. 1. 1911. — Diese Anschauung der über großen Mehrzahl, die Hauptausschuß und Privatbeamtenrat vertreten haben, hat kürzlich eine ziemlich unerwartete Zustimmung seitens des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellter gefunden, der unter Führung des Werkmeister- und Techniker-Verbandes allerdings an der Forderung des Ausbaus grundsätzlich festhält, aber doch in dem Entwurf eine Grundlage der Versicherung erblickt, wenn gewisse Verbesserungen eintreten.

²⁾ Frankfurter Zeitung, 27. 1. 1911.

von einer Last, die man der Privatindustrie auferlegt, nimmermehr ausgenommen werden.

Bundesrat und Reichstag stehen vor der Entscheidung, ob eine sozialpolitisch fast unfruchtbare Gesetzgebungsperiode durch Zustandekommen des Versicherungsgesetzes für die Privatangestellten doch noch einen guten Abschluß erfahren soll. Unter keinen Umständen dürfen politische Gesichtspunkte³⁾ maßgebend sein, weder hier noch dort. Nicht um die Neuwahlen handelt es sich, sondern um Einlösung eines Versprechens, durch das sich alle gesetzgeberischen Faktoren dem Privatangestelltenstande verpflichtet haben, nicht erst verpflichten sollen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Der zur Beratung einiger spezieller Fragen eingesetzte Unterausschuß erledigte zunächst die Ausländerfrage und brachte die hier einschlägigen Bestimmungen für die einzelnen Versicherungsweige miteinander in Einklang. Während § 169 (Vermeidung einer Doppelversicherung beim Bestehen einer gleichartigen ausländischen Versicherung) in der Fassung der ersten Lesung beibehalten wurde, erhielten folgende Paragraphen die nachstehende neue Fassung:

§ 614a: Die Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit des Unfalls nicht gewöhnlich im Inland aufhalten, haben keinen Anspruch auf die Rente. Der Bundesrat kann dies für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutscher gewährleistet.

§ 362: Die Rente ruht: 3. solange sich der berechtigte Ausländer freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhält; 4. solange der berechtigte Ausländer wegen strafgerichtlicher Verurteilung . . . ufm. wie § 228 Nr. 3. In den Fällen der Nummern 3, 4 kann der Bundesrat das Ausruhen der Rente für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung Deutschen und ihren Hinterbliebenen eine entsprechende Fürsorge gewährleistet.

§ 634: Die Genossenschaft kann einen berechtigten Ausländer, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland aufgibt oder sich gewöhnlich im Ausland aufhält, mit seiner Zustimmung mit dem dreifachen Betrage seiner Jahresrente, ohne seine Zustimmung mit einem entsprechenden Kapital abfinden.

Der Bundesrat kann dies für ausländische Grenzgebiete ausschließen.

§ 634a: Für die Abfindung mit einem entsprechenden Kapitale (§§ 633, 634) regelt der Bundesrat die Berechnung des Kapitalwerts.

Weiter prüfte der Unterausschuß die Mehrbelastung, die nach den Beschlüssen der ersten Lesung durch Gewährung der Hebammenhilfe und ärztlichen Geburtshilfe an nichtversicherungspflichtige Ehefrauen durch die Krankenkassen sowie durch die Erhöhung der Invalidenrente für jedes Kind unter 15 Jahren um ein Zehntel bis höchstens zum anderthalbfachen Betrage (§ 1275a — Invalidenkinderrente) eintreten würde. Da nach einer im Reichsamt des Innern aufgestellten Berechnung die obligatorische Hebammenhilfe eine Mehrbelastung der Krankenkassen von 9,75 Millionen, die Invalidenkinderrente eine Mehrbelastung der Versicherungsanstalten von 8,065 Millionen Mark ergeben würde und der Staatssekretär erklärte, daß beide Belastungen für die verbündeten Regierungen unannehmbar seien, daß er aber bereit sei, persönlich seinen Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß der Invalidenkinderrente zugestimmt werde, wurde schließlich § 212 Abs. 2 (Hebammenhilfe) abgelehnt, § 1275a (Invalidenkinderrente) dagegen angenommen. Infolge dieses Beschlusses wurden im § 1376 die Invalidenbeiträge in der III., IV. und V. Klasse um je 2 \mathcal{M} , also auf 32, 40 und 48 \mathcal{M} erhöht. Weiter wurde § 566 dahin abgeändert, daß die Unfallversicherungspflicht der Betriebsbeamten nicht schon mit einem Jahresarbeitsverdienst von 3000 \mathcal{M} , sondern erst mit einem solchen von 5000 \mathcal{M} aufhört. Bei § 584 und den damit korrespondierenden Paragraphen wurde beschlossen, daß bei Berechnung der Unfallrente der Jahresarbeitsverdienst voll bis zum Betrage von 1800 \mathcal{M} (Vorlage 1500 \mathcal{M}) in Ansatz gebracht werden soll, darüber hinaus mit einem Drittel. — Diese Beschlüsse des Unterausschusses wurden von der Hauptkommission durchweg bestätigt. In der nächsten Woche wird die Frage der Angestellten der Krankenkassen und die Arztfrage in zweiter Lesung beraten werden.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarkts im Januar weist nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ keine erheblichen Unterschiede gegenüber dem Vormonat auf. In den Industrien, die vom Weich-

nachtsgeschäft abhängen, ist naturgemäß ein erheblicher Rückgang zu beobachten. Die Lage des Baugewerbes wird als der Jahreszeit entsprechend ruhig, aber im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist nach der Besserung der beiden Vormonate eine Abschwächung eingetreten. Im Saarrevier ist die Förderung nur wenig gegen den Vormonat zurückgeblieben. In Oberschlesien lag der Kohlenmarkt noch ziemlich schwach. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung der Werke im allgemeinen befriedigend. In der rheinischen Zementfabrikation war der Geschäftsgang im ganzen nicht schlecht. Die Metallindustrie wird teilweise ungünstig beeinflusst von der Unsicherheit, die über das Zustandekommen der Syndikate herrscht. Die Lage der Maschinenindustrie befriedigte im allgemeinen. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien noch immer recht unbefriedigend beschäftigt; auch die Lage der Zuckindustrie läßt viel zu wünschen übrig. Der Geschäftsgang der elektrischen Industrie war befriedigend, auch die chemische Industrie hatte gut zu tun. Die Lage des Kalimarkts wird weiter günstig beurteilt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad, wie meist um diese Jahreszeit, jedoch etwas stärker als im Vorjahr, im Laufe des Januars weiter nachgelassen; dies ist zum Teil auf das Baugewerbe und das nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts weniger Leute brauchende Handelsgewerbe zurückzuführen. Es ergab sich am 1. Februar 1911 gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von insgesamt 42 555 (39 797 männlichen und 2758 weiblichen Mitgliedern). Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 99 gesunken, während der der weiblichen Personen derselbe geblieben ist. Im Gegensatz zu den Krankentafelziffern ergeben die Arbeitsnachweisziffern eine scheinbare Besserung gegenüber dem Dezember und dem Januar des Vorjahrs. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen nämlich im Januar 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 196, bei den weiblichen Personen 90 Arbeitsgesuche gegen 218 bzw. 100 im Dezember und 254 bzw. 98 im Januar 1910.

Der Rheinische Arbeitsnachweisverband wird am 1. April 1911 ins Leben treten. Der seit 14 Jahren bestehende Verband zur Förderung des Arbeitsnachweises mit dem Sitz in Düsseldorf wird zu diesem Zeitpunkte aufgelöst, da nunmehr auch die übrigen Regierungsbezirke der Rheinprovinz, Köln, Trier, Aachen und Koblenz, Arbeitsnachweise errichten und als Hauptstift der Verwaltung Köln gewählt worden ist, wo in dem neuen Wohlfahrtsgebäude der Stadt die nötigen Räumlichkeiten für die Zentralfstelle zur Verfügung gestellt werden. Der neue, nunmehr die ganze Provinz umfassende Verband wird von der Staatsregierung und der Provinzialverwaltung mit je 6000 \mathcal{M} unterstützt werden. Als Leiter der neuen Verwaltungsstelle in Köln ist der Geschäftsführer des Düsseldorfer Verbandes ausersehen. Das Vermögen des Düsseldorfer Verbandes in Höhe von etwa 7400 \mathcal{M} wird zum Teil für Witwen- und Waisenversorgung durch den Geschäftsführer verwandt, 2000 \mathcal{M} behält der Düsseldorfer Verein für Arbeitsnachweis als Entschädigung für die langjährige Vergabe seiner Räume, der Rest geht auf den neuen Verband über mit der Bestimmung, daß er zur Gründung neuer und zur Unterstützung leistungsschwacher Arbeitsnachweise im Regierungsbezirk Düsseldorf verwandt werden soll.

Ablehnung eines thüringischen Arbeitsnachweisverbandes durch den Verband Thüringischer Industrieller. Die thüringischen Regierungen hatten die Errichtung eines Arbeitsnachweisverbandes angeregt. Die ablehnende Haltung der thüringischen Industriellen wird damit begründet, daß

1) solche öffentlichen Arbeitsnachweise sich als unfähig erwiesen hätten zur Arbeitsvermittlung von Industriearbeitern; 2) die Gefahr nahelege, daß sie alsbald zu sogenannten paritätischen Nachweisen ausgebaut werden und durch solche paritätischen Nachweise die gesamte Arbeitsvermittlung erfolgen solle. Gegen solche paritätischen Nachweise habe die Industrie die größten Bedenken, da sie sich erfahrungsgemäß als im eigentlichen Sinne nicht paritätisch zeigten und beispielsweise bei Streiks eine die Arbeiterchaft begünstigende Haltung einnehmen, und weiter, weil sie von den Gewerkschaften abhängig seien. Es käme für Thüringen hinzu, daß der Ausbau zu einem Provinzialverband die Abwanderung der Industriearbeiter vom platten Land begünstigen und die ohnedies schwere Lage der dortigen Industrie erschweren würde.

Es ist bedauerlich, daß die schon so oft widerlegten Bedenken gegen paritätische Arbeitsnachweise hier in einer Weise wiederholt werden, als ob sich paritätische Nachweise bisher nirgends bewährt

³⁾ Wie dies ausgesprochenemachen auf der jüngsten Tagung des Vereins für Versicherungswissenschaft zutrifft.

hätten, während das Gegenteil bekanntlich längst feststeht und auch diejenigen Arbeitgeber, die in den gegenwärtigen paritätischen Einrichtungen noch nicht die vollkommene Lösung der Arbeitsnachweisfrage erblicken, doch überall erklären, eine solche Lösung sei immer noch besser als der frühere ungeordnete Zustand. Auch die Befürchtung, daß der Ausbau der Arbeitsnachweise zu einem Provinzialverband die Abwanderung der Industriearbeiter vom platten Land begünstigen werde, erscheint nach den in Süddeutschland gemachten Erfahrungen völlig unbegründet.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für landwirtschaftliche Güterbeamte im Königreich Sachsen. Der Zweigverein Baugen des Verbandes deutscher Güterbeamten beriet jüngst über die Verhandlungen des Ministers des Innern und des Landes Kulturrats mit dem Güterbeamtenverband wegen Errichtung eines paritätischen Stellennachweises für Güterbeamte in Sachsen beim Landes Kulturrat. Da der Landes Kulturrat der Errichtung bisher ablehnend gegenübergestanden, ist der Erfolg des Verbandsantrags an das Ministerium ziemlich zweifelhaft.

Zur sozialen Lage der kaufmännischen Stellenbewerber liefert der Verein für Handlungs-Commiss von 1868 in Hamburg erneut einen Beitrag, indem er den Alters-, Bildungs- und Gehaltsverhältnissen der 25 689 Bewerber näher tritt, die im Jahre 1910 die Stellenvermittlung des Vereins angerufen haben. Danach entfallen auf das Alter bis zu 20 Jahren 27,1 %, von 20 bis 25 Jahren 45,8 %, von 25 bis 30 Jahren 17,1 %, von 30 bis 40 Jahren 8,4 %, von 40 bis 50 Jahren 1,4 % und auf ein höheres Alter 0,2 % aller Bewerber. Von den stillesuchenden Handlungsgehilfen hatten 80,3 % eine Volksschule, 27,8 % eine Mittelschule und 42,1 % eine höhere Schule besucht; 21,8 % hatten die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erlangt und 54,1 % einen kaufmännischen Fachschulunterricht genossen. Wenngleich die Mehrzahl der Bewerber in der letzten Stellung noch nicht 1600 M. verdiente, so hat sich doch das Durchschnittsgehalt aller Bewerber auf 1605 M. gestellt. Es übertrifft somit das vom 68er Verein für das Jahr 1909 berechnete Durchschnittsgehalt um 72 M., was um so bemerkenswerter erscheint, als weniger die Zahl der Kontorangestellten, die erfahrungsgemäß das höhere Gehalt erzielen, als vielmehr die Zahl der im allgemeinen geringer besoldeten sonstigen Bewerber (Verkaufser, Lageristen, Reisenden usw.) gestiegen ist.

Volkserziehung.

Die Jugendpflege für die weibliche Jugend.

In dem Aufsatz der „Sozialen Praxis“ (Jahrg. XX Sp. 601), der sich mit dem Erlaß des Kultusministers über die planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege beschäftigt, ist bereits auf die bedauerliche Lücke hingewiesen worden, daß die im Etat des Kultusministeriums für die Jugendpflege eingestellten Mittel nur der männlichen Jugend zugute kommen sollen. Alles aber, was der Minister in seinem vortrefflichen Erlaß zur Begründung einer planmäßigen Jugendpflege anführt, trifft nicht nur Wort für Wort auch für die Bedürfnisse der weiblichen Jugend zu, sondern man kann sogar sagen, daß die weibliche Jugend während der Entwicklungsjahre zwischen 14—20 Jahren in noch höherem Maße körperlich und sittlich gefährdet ist als die männliche Jugend, daß sie also erst recht einer planmäßigen Jugendpflege bedarf, um gegen diese Gefahren gestützt zu werden.

Schon von frühester Jugend an bleibt die körperliche Pflege der meisten Mädchen hinter der der Knaben zurück. Nicht nur in den unbemittelten Schichten, sondern hinaufreichend durch alle Klassen der Bevölkerung, ist es leider vielfach Sitte, daß die Ernährung der männlichen Familienteile (Väter und Söhne) besser gehalten ist als die der Mütter und Töchter. Es spielt hier in vielen Fällen lediglich Gedankenlosigkeit mit hinein, aber auch die bedauernde anergogene „Bedürfnislosigkeit“ der Frauen, die sich noch nicht klar machen, daß es eine Pflicht bedeutet, sich gesund und stark zu erhalten. Gleichfalls durch alle Schichten der Bevölkerung hindurch ist es eingebürgerte Gewohnheit, daß nach Erledigung der Schulpflichten die Knaben frei sind und sich im Spiel tummeln dürfen, während das gleichaltrige Mädchen noch heute oft genug hört, daß sich dies für Mädchen „nicht schickt“; sie wird mit unnötigen Handarbeiten zu Hause festgehalten, sie muß in unbemittelten Familien die jüngeren Geschwister hüten oder in der Wirtschaft helfen, während der Bruder seine Freistunden genießen darf.

Auch nach dem Verlassen der Schule ist das Mädchen in ungünstiger Lage als der Knabe. Für immer breitere Schichten des Volkes tritt die Notwendigkeit hervor, daß Knaben und Mädchen sofort nach Verlassen der Schule in eine angespannte Erwerbsarbeit treten. Die gesundheitlichen Gefahren machen sich hier sowohl für

männliche wie weibliche Jugendliche geltend, dennoch aber gibt es bestimmte Erkrankungen (Bleichsucht, Tuberkulose), von denen das junge Mädchen häufiger und schwerer befallen wird als der gleichaltrige männliche Jugendliche.¹⁾ Es muß in Betracht gezogen werden, daß die körperlichen Veränderungen, die das Entwicklungsalter mit sich bringt, im weiblichen Körper viel einschneidender sind als bei den männlichen Jugendlichen, und daher ist gerade auch das Mädchen einer sorgfältigen Beobachtung, aber auch einer körperlichen Erleichterung durch Spiel, Turnen und Wanderungen in diesen Entwicklungsjahren besonders bedürftig.

Aber auch auf geistigem Gebiet wäre dem jungen Mädchen genau so gut eine Fürsorge zu wünschen wie dem männlichen Jugendlichen. Der Erlaß des Kultusministers sieht hier vor: Schaffung von Jugendheimen, Jugendbüchereien, Musik- und Vortragsabende, Ausnutzung aller bestehenden volkstümlichen Bildungsgelegenheiten, Führung durch Museen usw. Indem man der männlichen Jugend die Geisteskräfte auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft nahebringt, will man ihr ein Gegengewicht bieten gegen das geisttötende Einerlei der Berufsarbeit. Aber leidet das Mädchen nicht auch oder vielleicht noch stärker unter dieser Eintönigkeit? Für den Knaben bringen die Eltern auch oft noch Opfer, um ihn etwas lernen zu lassen; er erfährt also doch noch einen gewissen geistigen Fortschritt während der Lehrzeit. Das Mädchen wandert als ungelernete Arbeiterin von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche, ohne irgendwie eine innere Fühlung mit ihrer Arbeit zu gewinnen. Dr. Marie Baum, die in ergreifender Weise das Umhergestoßenwerden dieser jungen Dinger schildert,²⁾ schreibt: „Es ist eine Verfündigung sondergleichen, daß wir Tausende und Hunderttausende der heranwachsenden Jugend ihre Entwicklungsjahre so mißbrauchen lassen.“ Dieser „Verfündigung“ könnte entgegengewirkt werden durch eine planmäßige Jugendpflege, die den Geist dieser Mädchen vor Verkümmern behütet, aber zugleich auch Berufsernst und Berufsfreudigkeit in ihnen wecken könnte, die leider beim weiblichen Geschlecht noch so wenig entwickelt sind.

Eine körperliche und geistige Erleichterung der Jugend soll und wird vor allem dazu führen, die Jugend sittlich zu stärken. Auch dieses Ziel muß für die weibliche Jugend genau so erstrebt werden, wie für die männliche Jugend, ja, es ist zu bedenken, wie schwer gefährdet gerade die ganz jungen, widerstandslosen Mädchen sind. Ein im Leichtsinne oder aus Unwissenheit begangener falscher Schritt kann verheerend für ihr ganzes künftiges Leben wirken.

Ein Hauptgrund, daß die Regierung jetzt der Jugendpflege besondere Aufmerksamkeit zuwendet und größere Mittel dafür bereitstellt, liegt ferner in der Besorgnis um die zurückgehenden Ziffern der Militärausgleichsleistung. Aber so notwendig und berechtigt auch die körperliche Kräftigung der männlichen Jugend in der Zwischenzeit bis zum Militärdienst erscheint, so werden doch all diese Bemühungen einen dauernden Erfolg nur dann haben, wenn gesunde Mütter da sind, um dem Staate gesunde Bürger zu schenken! Es erscheint unbegreiflich, daß man gerade jetzt, wo man der Jugendpflege mehr Beachtung schenkt, sich nicht auch bemüht, wie notwendig der Schutz der zukünftigen Mütter unseres Volkes in den für den Frauenkörper besonders kritischen Entwicklungsjahren ist.

Der Erlaß des Kultusministers sieht als Hauptträger der planmäßigen Jugendpflege die bereits bestehenden Jugendvereine oder Jugendfürsorge-Verbände aller Art vor, die jetzt zusammengefaßt werden sollen und bei der durch die Staatszuschüsse verbesserten finanziellen Lage ja bedeutend leistungsfähiger werden können. Hier muß nun anerkannt werden, daß es bei einer Jugendpflege für die Mädchen zunächst schwierig sein dürfte, die geeigneten Träger zu finden, da erst wenige geeignete Organisationen existieren. Aber Ansätze sind bereits vorhanden, und sie würden sich weiter entwickeln lassen, sobald der gute Wille — und auch die Geldmittel! — vorhanden wären. Als Stellen, die geeignet wären, entweder die Jugendpflege selbst zu übernehmen, oder die an die entsprechenden Ausschüsse angegliedert werden könnten, seien hier nur Organisationen angeführt wie die Erziehungsbeiräte für schulentlassene Waisen, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, die Arbeiterinnenheime, die Volksschullehrerinnenvereine. Gerade auf die Mitwirkung der letzteren möchten wir besonderen Wert

¹⁾ Vergl. auch Schriften der Ges. f. Soz. Reform. 36. Heft. Schädigungen von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, namentlich im Zusammenhang mit Zeit und Art der beruflichen Beschäftigung. Von Dozent Dr. med. J. Kaup. Jena, Gustav Fischer 1911.

²⁾ Die Folgen ungelernter Arbeit für die Arbeiterin. Verlag Felix Dietrich, Gaußth 5. Leipzig, 1910.

legen. Aus freier Initiative heraus nehmen sich die Lehrerinnen häufig ihrer abgegangenen Schülerinnen an, suchen sie am Sonntag um sich zu sammeln und ähnliches mehr. Es sei hierbei erwähnt die vor kurzem vollzogene Gründung eines Jugendwandrerbundes für entlassene Mädchen durch die Turnvereinigung Berliner Lehrerinnen, die sich hier einer außerordentlich dankenswerten Aufgabe widmet.

Vor allem aber müßten zur Jugendpflege die Berufsorganisationen aller Richtungen herangezogen werden, denn nur mit Hilfe der erwachsenen Erwerbstätigen kommt man ja am sichersten an die Jugendlichen dieser Kreise heran. So hat die größte Organisation der kaufmännischen weiblichen Angestellten (Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Sitz Berlin) eine Jugendabteilung geschaffen. Auch in den Gewerkschaften und Gewerkevereinen sind bereits gute Ansätze vorhanden, an die anzuknüpfen wäre. Es darf selbstverständlich bei diesen Bestrebungen keinerlei parteipolitische Agitation oder auch Agitation für eine bestimmte Gewerkschaftsrichtung geduldet werden. Aber will man möglichst breite Schichten des Volkes für die Mitarbeit an der Jugendpflege heranziehen, so darf auch nicht außeracht gelassen werden, was die Berufsorganisationen der Arbeiter bereits an positiver Arbeit auf diesem Gebiete leisten, z. B. in den Kindererschulungskommissionen, im Kampfe gegen die Schmutzliteratur, in der Mitwirkung bei der Jugendgerichtshilfe. Gerade da es zunächst etwas schwieriger sein wird, geeignete Träger für die Jugendpflege an der weiblichen Jugend zu finden, so muß man hier alle vorhandenen Reime benutzen und sowohl die Gewerkschaften wie anderseits etwa auch die in Süddeutschland bestehenden katholischen „Patronagen“ zur Mitarbeit zu gewinnen suchen. Die körperliche und geistige Wohlfahrt unserer Jugend sollte eine Sache des ganzen Volkes sein, bei der über sonstige Unterschiede fort alle echten Freunde der Jugend sich die Hand zu gemeinsamer Arbeit reichen können.

Berlin.

Else Lüders.

Sozialer Kursus für Evangel. Arbeitervereine. Aus Bitten wird uns geschrieben: Der jährlich vom Gesamtverband der Ev. Arbeitervereine Deutschlands abgehaltene soziale Kursus für Ev. Arbeitersekretäre fand vom 8. bis 11. Februar hier statt. Er war von 15 Arbeitersekretären aus west- und norddeutschen Städten sowie von einigen Gästen besucht. Leiter war der Generalsekretär H. Martin aus Witten. Am ersten Tage sprach P. Niemeyer über die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen Verbandes. Dann besuchten die Sekretäre die Wohlfahrtsvereinigungen der Firma Krupp in Essen. In den folgenden Tagen sprachen D. Weber über den neuesten Stand der Sozialdemokratie, Dr. Jäger über Freihandel und Schutz Zoll, Arbeitersekretär Knebel über den neuesten Stand der Reichsversicherungsordnung, Dr. Lindede (Düsseldorf) und Geschäftsführer Beuing (Münster) über den Stand des Rheinisch-Westfälischen Kleinwohnungswesens.

Ein sozialer Ferienkursus des Bundes deutscher Bodenreformer über Redekunst, Volkswirtschaft und staatsbürgerliche Fortbildung wird in der Osterwoche vom 18.—22. April in Berlin veranstaltet. Die Vorträge Damaschke über Redekunst werden mit Übungen stattfinden. Ferner trägt Damaschke eine „Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart“ vor. Über „Grundlagen der Volkswirtschaft“ spricht Pohlmann-Hohenhausen, über „Ethische Sozialpolitik“ Stadtverordneter Professor v. Blume-Halle, über „Die konstitutionelle Fabrik“ Heinrich Freese und über „Kernfragen im Organisationswesen“ Chefredakteur Falkenberg-Berlin. Besichtigungen schließen sich an die Vorträge an. Der Besuch des Kursus ist für Bodenreformmitglieder unentgeltlich, für andere Hörer kostet er 10 M. (Berlin, Lessingstr. 11.)

Ein Kurs in Maschinenbehandlung für Holzarbeiter wird in Stuttgart von der Kgl. Zentralfstelle für Gewerbe und Handel veranstaltet. Er findet 5 mal wöchentlich während des März statt und soll Holzarbeiter, die innerhalb Württembergs nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, unentgeltlich mit der Behandlung der gebräuchlichsten Holzbearbeitungsmaschinen vertraut machen.

Volksgeundheit.

Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens.

Zum 6. Band des „Archivs für soziale Hygiene“ veröffentlicht Dozent Dr. J. Kaup-Berlin eine wertvolle Abhandlung über den „Stand der Bleivergiftungen in den gewerblichen Betrieben Preußens“ (Leipzig, Vogel, 1910). Worauf es dem Verfasser mit Recht besonders ankommt, war die statistische Erfassung der Bleivergiftungen und der Wirkung ihrer Bekämpfung. In Anlehnung an Dr. H. Webers 1904 in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen veröffentlichten Aufsatz über die bisherige

Wirksamkeit der Gesetze gegen Bleivergiftungen betrachtet Kaup als Quellen Fabrikkrankenbücher, Mitteilungen der Krankenkassen sowie die allgemeine Statistik der Bleikrankheiten für Preußen nach den Ausweisen der Krankenanstalten. Diese Quellen befriedigen Kaup nicht, da die Fabrikkrankenbücher nicht zuverlässig genug geführt zu werden pflegen, da ferner die an sich äußerst wertvollen Krankenkassenlisten nur in ganz geringer Zahl erlangt worden sind und da drittens die Statistiken der Krankenanstalten nur dann brauchbar sind, wenn man bedenkt, daß nur ein recht kleiner Teil der bleivergifteten Personen Krankenanstalten aufzusuchen pflegt. Man darf das Verhältnis zwischen den wirklich bleikrankten und den in Krankenanstalten behandelten bleiranken Personen auf etwa 4 : 1 oder 5 : 1 schätzen. (Für Wien hat sich z. B. gar das Verhältnis 7 : 1 zwischen der seitens des Verbandes der Genossenschaftsfrankenkassen und der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse ausgewiesenen und den in den Krankenanstalten wirklich zur Behandlung gekommenen Fällen ergeben!)

Legt man die aus den Statistiken der Krankenanstalten gewonnenen Ziffern zugrunde, vorerst ohne die Berücksichtigung ihrer eben dargelegten Verbesserungsnöten, so hatte Preußen im Jahre 1904: 1050, 1905: 1103, 1906: 898, 1907: 920 und 1908: 900 Erkrankungsfälle mit bezw. 27943, 26965, 22855, 23586, 21150 Krankheitslagen aufzuweisen. Im ganzen genommen zeigt sich da also eine fallende Tendenz, die zwischen 1905 und 1906 am entschiedensten zu bemerken ist. Geographisch betrachtet stellen die Regierungsbezirke Köln, Berlin und Oppeln die höchsten Bleivergiftungszahlen, wobei Köln eine auffällige Zunahme der Vergiftungsfälle aufweist.

Nach Berufsarten betrachtet, steht an erster Stelle das Malergewerbe; ihm fällt fast ein Drittel aller Bleivergiftungsfälle zu, es ist also voll berechtigt, wenn sich die Forderungen zum Schutze gegen Bleivergiftungen (Bleifarben) ganz besonders auf das Malergewerbe richten.

Von den Vergiftungsfällen Preußens behandeln die Krankenhäuser Berlins nahezu ein Drittel; Berlin kommen am nächsten Potsdam, Wiesbaden, Breslau, Köln und Magdeburg. Der Rückgang ist in allen Bezirken sehr groß. In den Jahren 1904 bis 1908 wurden in Berlin 19, 109, 91, 88, 69 Bleivergiftungsfälle bei Malern behandelt; die entsprechenden Ziffern lauten für Potsdam 42, 53, 32, 42, 35; für Wiesbaden 67, 36, 23, 20, 24; für Breslau 24, 13, 19, 12, 10; für Köln 23, 21, 8, 8, 7 und endlich für Magdeburg 15, 11, 7, 9, 10. Auch in den Malervergiftungsfällen liegt also die große Wende zwischen 1905 und 1906; während Preußen 1904 und 1905 noch 391 bzw. 390 Fälle auswies, ergaben die Jahre 1906 bis 1908 nur noch 286, 283, 259 Fälle. Hier liegt eine sehr deutliche Wirkung der 1905 erlassenen, bisher einzigen Verordnung des Bundesrats zur Bekämpfung der Bleivergiftungen in Malerbetrieben vor, welche am 1. Januar 1906 in Kraft getreten ist (vgl. XIV, Sp. 1084).

Diese Verordnung zerfiel in zwei Abschnitte, in denen die ausschließlich und die gemischten Malerbetriebe getrennt behandelt wurden. In ausschließlich Malerbetrieben wurde vor allem die unmittelbare Verührung der Arbeiter mit trockenen Bleimeiß- und Bleifarbengemischen verboten und Staubbuchvorrichtungen, mechanisches Anreiben der Bleifarben in geschlossenen Behältern vorgeschrieben. In gemischten Malerbetrieben treten zu diesen Vorschriften, sobald es sich um Fabriken oder Werften handelt, noch einige Vorschriften hinzu, die in die Arbeitsordnung aufzunehmen sind: besonderer Wasch- und Kleiderablageaum, Branntwein- und Rauchverbot, Einnahme von Speisen und Getränken nur nach Kleiderwechsel und Wäschungen, sofortige Entlassung bei Zuwiderhandlungen, halbjährliche ärztliche Untersuchung durch einen vom Gewerbeinspektor genannten Arzt und dergleichen mehr.

Leider hat die große Besserung des Jahres 1906 nicht in gleichem Maße angehalten; 1907 war ein fast völliger Stillstand, 1908 eine keineswegs befriedigende Besserung zu verzeichnen; so erfreulich auch der Vergleich der Jahre 1904 und 1908 mit 391 Fällen und 12246 Krankheitslagen einerseits, 259 Fällen und 6211 Tagen andererseits ist, so beträgt doch der Rückgang von 1907 auf 1908 nur mehr 24 Fälle mit 418 Tagen. Und dabei darf man nicht vergessen, daß, wie gesagt, alle diese Zahlen nur etwa den vierten Teil der wirklichen Vergiftungsfälle darstellen, so daß in Wahrheit 1908 noch immer mehr als 1000 Malerbleivergiftungen sicherlich vorgelegen haben.

Für die anderen bleigefährdeten Gewerbegruppen gibt Kaup als Anteil an der Gesamtzahl der Bleivergiftungsfälle folgende Prozente an: in Bleimeiß- und Bleifarbenfabriken rund 20, in

Blei- und Zinkhütten etwa 13, im polygraphischen Gewerbe etwa 6; alle anderen Fälle machen nicht ganz 30 % aus.

Die Vergiftungen in Bleiweiß- und Bleifarbenfabriken bekämpft bereits die Bekanntmachung des Bundesrats über die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, welche, unter Änderung der bis dahin bestehenden Vorschriften von 1886, im Jahre 1893 auf die Dauer von 10 Jahren erlassen und 1903 verlängert wurde und die vor allem ein völliges Jugendlidenverbot sowie ein beschränktes Frauenverbot brachte.

Köln, das mit seiner Umgebung der Hauptsitz der Bleiweiß-erzeugung ist, weist unter allen preussischen Regierungsbezirken auf diesem Gebiete die meisten Vergiftungsfälle auf. Während in allen anderen Bezirken die Zahl 8 überhaupt nicht überschritten wird, ergeben sich im Kölner Bezirk in den Jahren 1904–1908 in fast stetigem Anwachsen die Ziffern 125, 137, 156, 175 und 167; die Zahl der Krankheitsstage ist von 1904 bis 1908 von 2615 auf 3856 gestiegen. In ganz Preußen waren die entsprechenden Ziffern: 134 (1904), 157 (1905), 160 (1906), 177 (1907) und 172 (1908) Fälle mit 2871, 3675, 3742, 4180 und 3950 Krankheitsstagen! In die hier behandelte Zeit fällt keine neue Verordnung; dagegen darf als feststehend angenommen werden, daß etwa 1903 die Zahl der Vergiftungsfälle plötzlich um fast die Hälfte gesunken ist. Daraus geht hervor, daß, sehr sonderbarer Weise, die Wirkung der Verordnung von 1886 und der von 1893 gering gewesen ist, während die Revision der letzteren im Jahre 1903 (vgl. XII, 775, 867) durch ihre neuen Verschärfungen plötzlichen und großen Erfolg hatte.

Dieser Erfolg darf indessen den Blick für die Größe der noch immer vorhandenen Gefahr nicht trüben; seit 1904 ist die, wenn auch um die Hälfte gegen früher geringere, Zahl der Bleivergiftungen wieder in ununterbrochenem Steigen begriffen. Das tatsächliche Verhältnis der Vergiftungsfälle zur Zahl der Arbeiter ist leider wegen des erschreckenden Arbeiterwechsels in der Bleifarbenindustrie nicht festzustellen; immerhin ist es vielleicht kennzeichnend, wenn z. B. in einer Bleiweißfabrik des Bezirks Merseburg bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 18 Personen in den letzten Jahren je 10 Vergiftungsfälle vorgekommen sind.

Für die Blei- und Zinkhütten bestehen zwei Verordnungen des Bundesrats, die von 1900 und die von 1904. Während aber der Rückgang der Vergiftungsfälle in den Jahren 1899 und 1900 von 250 auf 176 auf die Zinkhüttenverordnung von 1900 (IX, 536) zurückgeführt werden kann, deren wichtigste Bestimmungen Einschränkung der Jugendlidenbeschäftigung, Vorschriften über Bodenbesprengung, Trinkwasserversorgung, Gesundheitsüberwachung, Raumhöhe, Kalkanstrich und dergleichen mehr brachten, läßt sich eine günstige Wirkung der Bleihüttenverordnung von 1904 (XIV, 1028) kaum nachweisen. Diese Verordnung hatte, bei enger Anlehnung an die Zinkhüttenverordnung, doch einige Schutzvorrichtungen der letzteren nicht mit übernommen und auch bezüglich der Arbeitszeit auffällige Ausnahmen zugelassen.

Die meisten Blei- und Zinkhütten finden sich in Opperln; dieser Bezirk weist daher auch die meisten Vergiftungen auf: 110 Fälle mit 2167 Krankheitsstagen im Jahre 1904 (1905: 150 mit 3008; 1906: 97 mit 1915; 1907: 101 mit 2374; 1908: 97 mit 2479), mehr als $\frac{3}{4}$ aller Hüttenbleivergiftungen Preußens. Wenn man die notwendige Vervielfachung der behandelten Fälle vornimmt, so bleiben 1908 noch immer fast 500 Fälle in Preußen, ohne daß seit 1904 ein Rückgang erfolgt wäre. Bedenkt man, daß die Personenzahl der in den Blei- und Zinkhütten Beschäftigten nur wenig mehr als 10 000 beträgt, so ergibt sich ein recht bedenkliches Verhältnis (annähernd 5 %) der Vergiftungsfälle zur Gesamtarbeiterzahl. Für Oberschlesien stehen genauere Angaben zur Verfügung, in denen gleichfalls diese ununterbrochene Zunahme der Erkrankungsfälle in den letzten Jahren nachgewiesen wird; die Verordnung von 1900 hat anfangs gut gewirkt, allmählich aber ist eine gewisse Erschlaffung eingetreten, wie sie ja in der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen gar nicht selten ist.

Für die polygraphischen Gewerbe hat der Bundesrat 1897 eine Verordnung erlassen (VI, 1125), die im Jahre 1907 einige Verbesserungen erfährt. Um die statistische Erfassung der Bleivergiftungen in der Polygraphie hat sich besonders Professor Dr. Hahn-München in seinem 1908 an die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz abgefasteten Bericht*) ver-

dient gemacht. Es zeigt sich, daß von einer Abnahme der Vergiftungsfälle fast gar nicht gesprochen werden kann. 1904 bis 1908 waren die Ziffern der Erkrankungsfälle 58, 57, 41, 58, 55. 60–90 %, aller dieser Fälle fallen auf Buchdrucker und Schriftsetzer, während der Anteil der Schriftgießer sehr gering ist; bei der ersten genannten und der letzteren Gruppe ist übrigens eine steigende, bei den Schriftsetzern eine fallende Tendenz zu beobachten. Besonders wichtig ist hier aber die Berücksichtigung der Tatsache, daß eine ganze Reihe von Bleierkrankungen nach Hahns Ansicht gar nicht als Vergiftungsfälle in den Statistiken geführt werden, sondern sich unter anderen Diagnosen (habituelle Verstopfung, Kollik, Anämie, Nephritis, Magen- und Darmkatarrh usw.) verbergen; auch hält Hahn die Einwirkung des Bleis auf die Neigung zur Tuberkulose für wahrscheinlich.

Gegen die Bleivergiftungen in den Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren hat sich eine Bekanntmachung des Bundesrats 1897 gewendet (VII, 871); sie brachte Vorschriften über Mindestluftstrom, Jugendlidenbeschäftigung, Arbeitszeit usw. Diese Bestimmungen hatten vorzüglichen Erfolg. Während 1897 z. B. die Krankheitsstatistik der großen Hagener Akkumulatorenfabrik unter 190 mit Bleiprodukten arbeitenden Personen 40 Vergiftungsfälle aufwies, ging diese Zahl im darauf folgenden Jahre bereits auf 18 zurück; jetzt wird die Zahl 9 kaum je mehr überschritten.

Die Installateure und Rohrleger sind durch keinerlei Verordnungen geschützt. Beide Gruppen entwickeln sich indessen gänzlich verschieden; während die Installateure, Dachdecker und Monteure von 1904 bis 1908 35, 18, 20, 9, 17 Fälle aufwiesen, bei gleichzeitigem Rückgang der Krankheitsstage von 351 auf 215, zeigt sich bei den Rohrlegern die umgekehrte Tendenz; die Zahlen der Fälle lauteten bei ihnen 10, 11, 16, 13, 16, und die Zahl der Krankheitsstage stieg in dieser Zeit von 424 auf 536.

Was endlich die keramische Industrie anlangt, über deren Bleigefährlichkeit Raup schon früher der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz berichtet hat, so besteht auch hier keine Verordnung. Die Zahlen der Fälle schwanken, sind aber gering; in den Jahren 1904 bis 1908 betrugen sie 9, 16, 27, 26, 18; die keramischen Bleivergiftungen finden sich meist in Schlesien.

Gegenüber den 1890er Jahren ist in Preußen ohne Zweifel ein starker Rückgang der Bleivergiftungsfälle zu beobachten. Die große Arbeit, die noch zu leisten bleibt, kann indessen, wie Raup ausführt, nur noch durch ständige Belehrung und Kontrolle der Arbeiter mittels eines gut organisierten ärztlichen Untersuchungs- und Überwachungsdienstes, durch Einführung der Anzeigepflicht der Ärzte und Anstalten an die zuständigen Aufsichtsbehörden, durch Berücksichtigung der genannten Thesen der Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz geleistet werden. Die Belehrungs- und Kontrollperiode muß der Zeit technisch-hygienischer Maßnahmen folgen, ergänzt durch völlige Verbote der Bleiverwendung, wo irgend sie, wie z. B. nachweislich bei Innenanstrichen, entbehrlich ist (vgl. Sp. 692).

Mit Recht weist Raup am Ende seines Aufsatzes auf die Volkskraft hin, welche auf dem Spiele steht: nach der Statistik der preussischen Krankenanstalten betrug die Zahl der Krankentage in den 5 Jahren 1904–08 etwa 122 000; und diese Zahl ist, wie ausgeführt, noch zwei- bis dreimal zu niedrig. Diesen Verlust an Volksgesundheit zu vermeiden, ist für die deutsche Sozialpolitik eine Pflicht.

Literarische Mitteilungen.

Gewerbepolizeirecht des Deutschen Reiches. Systematische Darstellung auf der Grundlage von Max von Seydels Gewerbpolizeirecht neu bearbeitet von Dr. Karl Ludwig Schemmer. Tübingen. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1910. Da eine systematische Darstellung des Reichsgewerbepolizeirechts aus der neueren Zeit fehlt, so kommt das vorliegende Werk einem praktischen Bedürfnisse entgegen. Das Buch zeichnet sich durch eine klare und flüssige Sprache aus.

Das deutsche Justiz-Sekretariat. Allgemeine Anleitung für Staatsdienstaspiranten im deutschen Justiz-Sekretariats-Dienste, besonders für Bewerber um das Gerichtsschreiberamt. Von Hans Rath, Rgl. Amtsgerichts-Sekretär in Buchloe (Bayern). 2. Auflage. Preis 1 M 60 Pf. Verlag J. Rath, Buchloe.

Eheschließungs- und Trennungsfreiheit in Ungarn. Mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen, russischen und italienischen Rechtsverhältnisse. Verfaßt von Dr. Ernst Gerö, Advokat, Redakteur der „Ehe- und Familienrechts-Revue“ in Budapest. Ehe- und Familienrechtliche Volksbibliothek. Budapest.

*) Zu beziehen durch das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W 80, Rollendorfsstraße 29/30.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsn. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettizelle.

Wir suchen zu kaufen und erbitten
Angebot von

Blätter für soziale Praxis

2. Jahrgang 1894.

JOSEPH BAER & Co.,
Buchhandlung und Antiquariat,
Frankfurt a. M.

Akademiker

ohne Examen (Zura und Nationalökonomie)
29 Jahre, längere Zeit in Kommunalverwaltung
tätig, sucht Stellung in Verein mit sozialen
Zwecken bei mäßigen Ansprüchen. Gest. Off.
unter R. L. 603 an „Invalidendank“, Annoncen-
Expedition, Berlin W. 8, erbitten.

Im Verlage von **Dunker & Humblot** in Leipzig ist soeben erschienen
und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Grundzüge der Handelspolitik.

Von

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königl. Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung

von

Preis: 10 Mark. Dr. Pfau-Rom. Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. — Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirtschaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Außenwechsel und das Aufgeld. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik. Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzsystems. — Das Schutzsystem ohne Zölle. — Die Handelspolitik und die Ernte. — Die Bevölkerung und die Handelspolitik. — Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichtums. — Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder Schutz. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung. — Das Maß des Zolles. — Übertragung und Einschneiden der Zölle. — Die Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung. — Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Soziale Kultur 31. Jahrgang 1911. Aus dem Inhalt des Februar-Heftes:

Obstbau, Industrie und Fabrikanlagen. — Die Güterzertrümmerung in Bayern. — Zur Psychologie des Kapitalismus. — Ursachen der Verwahrlosung und Straffälligkeit Jugendlicher. — Die Gewinnbeteiligung englischer Arbeiter 1909/10. — Reinlichkeit und ansteckende Krankheiten. — Bayerische Staatsergänzungsanstalten. — Verheiratete Frauen als Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben. — Frauenarbeit in Russland. — Beruf der Säuglingspflegerinnen. — Deutsches Polizeiwesen. — Soziale Tätigkeit der Stadtgemeinden. — Literaturkritik.

„Soziale Kultur“ erscheint monatlich in Heften von je 64 Seiten gr. 8^o und kostet vierteljährlich nur 1,50 Mk. Probehefte umsonst. Um die Anschaffung der bisher erschienenen Jahrgänge zu erleichtern, liefern wir die 5 Jahrgänge 1906 bis 1910 dieser Zeitschrift mit beigeheftetem Generalregister statt für 30 Mk. für nur 20 Mk.

Da der Vorrat nur ein geringer ist, so wird es sich empfehlen, von dieser Gelegenheit recht bald Gebrauch zu machen und sich durch Bestellung in den Besitz der 5 Jahrgänge zu setzen.

Die Lektüre der „Sozialen Kultur“ ist für jeden, der sich mit Sozialpolitik beschäftigt, unentbehrlich.

Volksvereins-Verlag GmbH. M. Gladbach

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesvers.-Assessor Seelmann.

Verlag von **Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.**

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.
1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,
4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollstündlich gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, so daß der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 7. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Erscheint zweimal Herausgeber
Dr. Eduard Schnapper, monatlich Prof. Dr. Stier-Somlo,
Frankfurt a/M. Preis 10 M. pro Jahr. Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Reichsversicherungsrechts hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsbehörden, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen

und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Verlag von **Dunker & Humblot** in Leipzig.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage

der Deutschen Vereinigung verfaßt

von

Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort

des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung
Grafen zu Hornsbrock-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellen-nachweis. — I. Geschichtliches über Deutschtum und Polentum bis zur Teilung Polens. — II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protektionisierung. — VI. Schule und Deutschtum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — IX. Schlußwort.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Hollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Brüsseler Ausstellungseindrücke badischer Arbeiter.
Von Prof. Dr. G. Herkner, Charlottenburg. 706

Allgemeine Sozialpolitik 709

Die Frage der kaufmännischen Konkurrenzklause.

Dienstvertrag und militärische Pflichten der Handelsangestellten.
Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage.

Soziale Zustände 712

Auskunftsstelle für die Berufswahl.

Ein soziales Schutzmittel für eingewanderte Industriearbeiter in New-York.

Rechtspflege 714

Ein Erlaß des württembergischen Justizministers zum Strafverfahren gegen Augenblicke.

Das Erlaubniswesen im Gastwirts-gewerbe und die guten Sitten.
Ungültiger Abzug des für die Urlaubzeit gezahlten Gehalts bei vorzeitigem Austritt.

Die Berliner Jugendgerichtshilfe.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 716

Das Zentralniedergericht für das Baugewerbe.

Ein Normal-Arbeitsstatut für Innungen.

Eine Tarifbewegung städtischer Arbeiter in Kolberg.

Ein achtjähriger Tarifvertrag im graphischen Gewerbe Ungarns.

Streiks und Hindernisse 717

Drei Ausstände in der amerikanischen Kleiderkonfektion und Bekleidungsindustrie. Von Victor Borosini, Chicago.

Der Weissenfelder Schuhmacherstreik beendet.

Arbeiterfragen 719

Die Beschäftigung von Schulkindern an und bei Dreschmaschinen. Von Gewerberat Dr. Müller, Worms.

Die Bedeutung der Unfallversicherungs-vorschriften als Arbeiterschutzbestimmungen.

Der Schutz der Handelsangestellten in Frankreich.

Arbeiterversicherung, Charakters. 721

Die Stellungnahme der Siebener-Kommission zum Entwurf der Angestelltenversicherung von Fritz Marquardt, Leipzig. (Zur Privatangestellten-Versicherung. IX)

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis. 726

Der paritätische Facharbeits-nachweis für das Berliner Gastwirts-gewerbe.

Streitfragen aus dem Stellenvermittlergesetz.

Wohlfahrts-Einrichtungen 726

Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege.

Die Gründung eines Krankenpflegeheims.

Eine Art Gewinnbeteiligung beim Theaterbetrieb.

Spalierobst an Fabrikmauern.

Aktiengesellschaft für Kindererziehung in Danemark.

Volkserziehung 727

Soziale Arbeit in Studentenkreisen. Von Dr. Otto Marek, M. Gladbach.

Volksgesundheit 729

Die Ursachen der Inaktivität.

Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsversicherung.

Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M.

Ein Museum für Volkshygiene in Köln a. Rh.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Österreich.

Die Bleivergiftung bei englischen Malergehilfen.

Wohnungswesen 732

Das Charlottenburger Wohnungswesen.

Preussischer Ministerialerlaß über Wohnbauten auf dem Lande.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Bayern.

Eine städtische Wohnungsinpektion in Halle a. S.

Austauschreisen zum Studium neuerzeitlichen Städtebaus in England und Deutschland.

Die Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in Österreich.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Amsterdam.

Literarische Mitteilungen 734

Brüsseler Ausstellungseindrücke badischer Arbeiter.

Von Prof. Dr. G. Herkner, Charlottenburg.

Der Vorstand der Großherzoglich Badischen Fabrikaufsicht, Herr Oberregierungsrat Dr. R. Bittmann, als verständnisvoller Sozialpolitiker rühmlichst bekannt, hat sich das große Verdienst erworben, 126 badischen Arbeitern den Besuch der Brüsseler Weltausstellung zu ermöglichen. Er hat aber nicht allein die erforderlichen Mittel von Seiten des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern und hervorragender Arbeitgeber und Arbeitgebervereinigungen zu beschaffen verstanden, sondern auch selbst die ganze Gesellschaftsreise organisiert und persönlich geleitet. Die Reise wurde am Montag, den 10. Oktober, angetreten und am Samstag, den 15. Oktober, beendet. Allen Arbeitern wurde der entgangene Arbeitsverdienst voll ersetzt und der ganze Betrag der Kosten vom Verlassen der Wohnung bis zum Wiederbetreten gewährt. Der gesamte Aufwand belief sich auf 12 700 M. Alle Teilnehmer haben über ihre Eindrücke schriftliche Berichte an den Leiter der Reise erstattet. In einem hübsch ausgestatteten Bändchen macht Herr Dr. Bittmann die bemerkenswertesten Abschnitte dieser Berichte in dankenswerter Weise der Öffentlichkeit bekannt.*)

Auch derjenige, der nicht allen Seiten des modernen Ausstellungswesens sympathisch gegenübersteht und die Ausstellungsmüdigkeit, die in manchen Industrien zutage tritt, recht gut begreift, wird bereitwillig zugeben, daß der Besuch einer großen Ausstellung unseren Industriearbeitern nicht allein in fachlicher, sondern auch in allgemein menschlicher Beziehung ungemein wertvolle, starke Anregungen darbieten kann.

Was man so oft und nicht mit Unrecht an den modernen Arbeiterverhältnissen beklagt, das ist vor allem die quetschende Enge des Gesichtskreises, welche aus der überaus weitgehenden Spezialisierung der Arbeit in unseren Großbetrieben leicht entsteht. Um mit den Worten eines Ausstellungsbesuchers selbst zu reden: „Wenn sich einmal das Tor hinter dem Industriearbeiter geschlossen hat, ist er nur noch ein Stück, ein kleiner Teil des Ganzen und geht im Zusammenwirken vollständig auf“. So entsteht die Beurteilung aus der Froschperspektive heraus. Die freiere und allseitige Würdigung der ganzen Entwicklung, das Verständnis für höhere und allgemeinere Interessen, die richtige Bewertung der eigenen Leistung, die Freude an Beruf und Leben, das alles geht bei Durchschnittsnaturen gar leicht verloren. Es wirkt dann wie eine Offenbarung, wenn dem Arbeiter einmal unter kundiger Führung ein Blick auf das große Ganze der industriellen Kultur erschlossen wird. „Wird doch“, wie der Steinbrücker E. Rothweiler aus Karlsruhe schreibt, „das befreiende Gefühl für den sittlich hohen Wert menschlicher Arbeit und Gestaltungskraft erst dadurch geweckt und zur Entfaltung gebracht, daß der Arbeiter diesen Wert in seiner kulturellen Bedeutung kennen und schätzen lernt und hierdurch seiner eigenen Betätigung diejenige Weihe gibt, die sie ihm zur Lebensfreude werden läßt.“ Der schwere Ernst des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Völker kommt unmittelbar zum Bewußtsein und damit auch das Gefühl der großen Verantwortlichkeit, welche diese Umstände

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

*) Deutsche Arbeiter. Aus Reiseberichten von Arbeitern badischer Betriebe über die Weltausstellung in Brüssel 1910. Herausgegeben von Karl Bittmann. Karlsruhe, Kommissionsverlag von Friedrich Gutsch, 1911. 172 S.

allen Gliedern der industriellen Arbeitsgemeinschaft, vom Chef bis zum letzten Arbeiter, auferlegen. Man begreift, daß der tägliche, häusliche Kleinkrieg um den Anteil am Ertrage der gemeinsamen Arbeit nicht blind machen darf für die Wucht der Interessen, welche Arbeiter, Arbeitgeber und die ganze nationale Gemeinschaft miteinander verknüpfen; man versteht, daß eine fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse quantitativ und qualitativ hervorragende Leistungen zur unumgänglichen Voraussetzung hat. Man lehrt von solchen Ausstellungen,“ versichert der Schriftsteller R. Gnirch aus Konstanz, „nicht nur innerlich reicher zurück, sondern man profitiert auch für die Praxis des Lebens, und manches vorher bestandene schiefe Urteil über das Wirtschaftsleben und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern korrigiert sich von selbst.“ Es zeigte sich auf der Ausstellung,“ schreibt der Former A. Koch aus Freiburg, „daß auch andere Länder auf dem Gebiete der Industrie ganz Hervorragendes leisten und daß gerade Deutschland von lauter leistungsfähigen Industrieländern umgeben ist. Will die deutsche Industrie ihre hervorragende Stellung behalten, so heißt es auch für die Arbeiter: jeder an seinem Plage erfülle seine Pflicht, denn vom Blühen und Gedeihen der Industrie hängt auch das Wohl und Wehe der Arbeiter ab.“

Und wenn es sich nun gar um den Besuch einer Ausstellung im Auslande handelt, wird die Wirkung durch die Berührung mit durchaus neuen, unbekannten Verhältnissen noch gewaltig gesteigert. Hat der Deutsche früher oft durch kritiklose Überschätzung des Fremden gesehlt, so ist heute eine ebenso ungerechtfertigte Unterschätzung ausländischer Leistungen und Einrichtungen keineswegs selten anzutreffen. Da gilt es denn selbst beobachten, selbst prüfen! Und dieses Studium wird um so eher zu einer richtigen Würdigung führen, je umsichtiger die Leitung ist, unter der es unternommen wird, und je mehr der rege Gedankenaustausch mit gleichstrebenden Fachgenossen zu unausgesetzten Revisionen und Korrekturen des eigenen Urteils Veranlassung bietet. „Man bespricht sich mit anderen, prüft die Ohren, wenn man merkt, daß unter den Umstehenden sich Sachverständige befinden, um etwas von ihnen aufzuschnappen, an ihrem Urteil sich zu bilden, und es ist, als fühle man sich von Stunde zu Stunde fähiger werden, auch selber etwas zu beurteilen und zu vergleichen.“ (Gärtner H. Merz, Donaueschingen.)

Was in diesen Ausstellungsbriefen vor allem auffällt, das ist die Intensität des beruflichen Interesses, die große Empfänglichkeit für alle gebotenen Eindrücke technischer, wirtschaftlicher, sozialer, künstlerischer und landschaftlicher Art, die einfache, aber höchst anschauliche Darstellungsweise, die warme vaterländische Empfindung und, last not least, das hohe, dankbare Pflichtgefühl, die Erwartungen, welche die Veranstalter der Reise auf die Teilnehmer gesetzt haben, auch in vollem Umfange zu rechtfertigen. Es ist natürlich eine Elite, um die es sich handelt. Das läßt schon der tägliche Durchschnittsverdienst von 5,30 M erkennen, der auf die Besucher der Ausstellung entfällt. Da aber die Auswahl nach Maßgabe der verschiedenen Organisationen (freie, Freischüler- und christliche Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine, evangelische und katholische Arbeitervereine), ferner nach Beruf und Landesteil erfolgen mußte, kann man doch nicht sagen, es seien nur gerade die 126 intelligentesten Arbeiter des ganzen Großherzogtums ausertoren worden.

Wer der Meinung ist, daß unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung das Interesse an tüchtigen beruflichen Leistungen erkalte, wird für diese Auffassung in den Briefen keinen Anhaltspunkt finden. Überall tritt der Fachstolz, die Genugtuung darüber, daß man „Fachmann“ ist, deutlich zu Tage; man freut sich, daß man als „Fachmann“ den Ausstellungsobjekten gegenüber ein größeres Verständnis besitzt. Alles wird bis ins Detail beachtet, man möchte alles in seine Bestandteile zerlegen und von Grund aus untersuchen dürfen. Man betrachtet alle Neuheiten unter dem Gesichtswinkel, ob sie sich wohl in der eigenen Berufstätigkeit nützlich verwenden ließen. Groß ist die Freude, wenn deutsche Leistungen ebenbürtig neben denen des Auslandes stehen oder diese gar überholen. Und es fehlt andererseits nicht an harten und bitteren Worten, wo deutsche Gewerbe ungenügend oder gar nicht vertreten sind (Uhrenindustrie, Textilindustrie, Lithographie, Maschinenerei). Selbst über die fehlende Vertretung unserer Landwirtschaft und unserer Kolonien wird Klage geführt.

Eine relativ große Zahl der Berichterstatter, nahezu 30, gehört dem Kunstgewerbe an. Da ist es die neue deutsche Raumkunst, die das größte Interesse und eifrige Diskussionen pro und contra hervorruft. Aus naheliegenden Gründen stellen Bildhauer und Dekorationsmaler besonders kritische Betrachtungen an. So schreibt der Dekorationsmaler Franz Reubert aus Baden: „Schwer war

meine Enttäuschung, als wir in der Ausstellung das Deutsche Haus betraten. Hier erwartete ich etwas von deutscher dekorativer Kunst zu sehen. Aber nichts als kahle weiße Wände traten uns entgegen, nicht das geringste, das Auge erfreuende, außer einigen Bildern und ein paar Gobelins. Nüchtern war alles gehalten. Auch hier mußte ich mir sagen: Die Weiskamie! Zu was lernt man eigentlich noch malen?“ Der Kultus der Materialechtheit liegt diesem Manne noch fern. Er schwärmt von den schönen Holz- und Marmorimitationen, die er sonst in Brüssel angetroffen hat, „sehr fein der Natur abgelauscht, daß man oft im Zweifel ist, ob Natur oder gemalt“. Noch tiefer ist der Bildhauer F. Froebel aus Mannheim enttäuscht. „Das Gefühl des Bildhauers sträubt sich gegen die rohen Formen vieler Möbel, gegen die schweren Verhältnisse ihrer Ausführung und das Fehlen jeden bildhauerischen Schmuckes. . . Wenn das der neue deutsche Stil ist, dann können alle Holz- und Steinbildhauer, Maler und Dekorateurs, die durch Professorenweisheit seit Jahren in ihrer Existenz geschädigt werden, sich auf einen langsamen Hungertod gefaßt machen. . . Nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten hätte der Staat dafür zu sorgen, daß das Kunstgewerbe nicht durch die Modernisten zugrunde gerichtet wird.“ Um so größeren Beifall ernten dann die dem „Modernismus“ abgeneigten Franzosen.

Abgesehen aber von Malern und Bildhauern, welche die feindliche Haltung der neuen Raumkunst gegen ihre spezielle Berufstätigkeit nicht verschmerzen können, zeigen die meisten andern Arbeiter ein sehr beachtenswertes Verständnis für die leitenden Gedanken der neuen Leistungen. So bemerkt der Steinbrücker Rothweiler: „Was wir in der Abteilung Raumkunst zu sehen bekommen, ist ein würdiges Denkmal kunstgewerblichen Schaffens, geeignet, das erfolgreiche Streben nach Echtheit und Natürlichkeit unter Wahrung der Hygiene in wahrhaft glänzender Weise zu illustrieren.“ Man findet auch, daß die schlichte Gebiegenheit des Deutschen Hauses ein getreues Spiegelbild der deutschen Volksseele sei, daß es von den fremden Prunkgebäuden fein und vornehm sich abhebe.

Nicht minder eifrig als die Kunstgewerbetler sind die Vertreter der Maschinentechnik bei der Sache. Nur selten tritt die Befürchtung auf, die Fortschritte der Werkzeugmaschinen könnten die Interessen der Arbeiter beeinträchtigen. „Je mehr die Maschine die physische Kraft des Menschen entbehrlich macht, desto größer werden die Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten des Arbeiters. Die überaus feingegliederten und feinfühligsten Arbeitsmaschinen können nur von Leuten bedient werden, die bei aller mechanischen Übung doch eine gewisse Summe von Intelligenz besitzen. Intensität der Maschinenarbeit und intensive geistige Tätigkeit des Arbeiters, das will das vieltimmige Surren und Rauschen in den Maschinenhallen sagen.“ Mit offener Sympathie werden die neuesten Errungenschaften geschildert: „Ruhiger Gang ist ein wesentlicher Fortschritt der Maschinentechnik. Da läuft eine Dampfturbine von 10 000 PS. so ruhig, als wäre sie besorgt, ihren Nachbar nicht im Schlaf zu stören, oben wandelt ein Laufkran still seine Straße; dort hebt ein Magnet einen Eisenblock von 1000 kg gerade, als wäre es ein Zehnpennnigstück. Schläge zu dieser stillen Musik nicht ein Luftdruckhammer von 300 kg Übergewicht hier und da den Takt, so würde man nicht merken, daß man sich in einer Maschinenhalle befindet.“ Nur dem Weber R. A. Wasmmer aus Säckingen will eine Sorte von Maschinen nicht gefallen, die sogenannten Automaten, die man auch in der Textilindustrie zu verwenden strebt und die so manche menschliche Arbeitskraft ersetzen.

Mit großer Befriedigung wird von allen Seiten der ausgezeichnete Eindruck festgestellt, den die Ausstellung des deutschen Unterrichtswesens hervorruft. Mancher möchte nochmals jung werden, um die Segnungen der neuen Schule voll zu erfahren. Immerhin glauben einige, daß die Belgier manches, z. B. den hauswirtschaftlichen Unterricht, vielleicht noch praktischer als wir anzupacken verständen. Je glänzender das deutsche Bildungswesen dasteht, umso mehr beklagt man es, daß selbst in der deutschen Abteilung die deutsche Sprache gar keine Geltung besitzt. Firmenbezeichnungen, Bezeichnungen und Erklärungen der Ausstellungsgegenstände erfolgen fast ausschließlich in französischer Sprache.

Erhebliches Interesse und sachverständiges Urteil lösen die ausgestellten Arbeiterhäuser und -wohnungen aus, während die Verhältnisse der belgischen Heimarbeit zu melancholischen Reflexionen anregen. Der Kontrast ist aber auch gar zu grell. Auf der einen Seite die färgliche Entlohnung der Arbeiterinnen und auf der andern ein maßloser Luxus, dem gerade diese Arbeit dient: Kinderkleidchen im Preise von 2000 Fr., Damenkleider für 8000 Fr.

Der Herausgeber hat dem Vorworte Matth. 11, 15 vorangestellt: „Wer Ohren hat, zu hören, der höre!“ Und das mit Recht. Diese Reisebriefe gewähren einen fesselnden Einblick in das geistige Ringen und Streben, das die besten Kreise unserer Industriearbeiter erfüllt. „Wie konnte ich in meinem Leben mich selbst besser prüfen, als hier, in der Ausstellung“, schreibt der Schreiner W. Zapf aus Freiburg, „und diese Gefühle kann ich mit Goethes Worten zum Ausdruck bringen: „Immer höher mußt du steigen, immer weiter mußt du schauen!“ Die Aufgabe unserer Zeit besteht nicht allein darin, die Notlage, welche die untersten Schichten der Arbeiterklasse noch drückt, zu mildern, sondern vor allem gilt es auch, den Ansprüchen nach höherer sozialer Geltung vorurteilslos gerecht zu werden, welche die Elite unserer Arbeiter auf Grund ihrer geistigen Interessen zu erheben beginnt.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die Frage der kaufmännischen Konkurrenzklausel

Ist durch ein Urteil des Berliner Kaufmannsgerichts neuerdings wieder einer lebhaften Erörterung unterzogen worden. Der Fall lag folgendermaßen:

Ein Welthaus (D. u. R. in Berlin) klagte, um ein Exempel zu statuieren, gegen einen Buchhalter H. auf Einstellung seiner Tätigkeit bei einer Konkurrenzfirma. Von H., der bei der klagenden Firma gelernt hatte, war bei Beendigung der Lehrzeit eine Konkurrenzklausel unterzeichnet worden, worin er sich verpflichtete, ein Jahr nach Austritt in keinem Konkurrenzunternehmen Deutschlands, Österreichs und Ungarns Stellung zu nehmen. Trotzdem war er jedoch nach seiner Entlassung in einem Hause der gleichen Branche in Hannover als Buchhalter eingetreten. Zu seiner Rechtfertigung führte H. an, daß er in andern Geschäftszweigen vergeblich unterzukommen versucht habe und man heute überall vom Buchhalter eine gewisse Branchenkenntnis verlange; der damals leichtfertig eingegangenen Konkurrenzklausel wegen könne er doch nicht auswandern. Obwohl nach § 74 des HGB. die Konkurrenzklausel nur insoweit für den Gehilfen verbindlich ist, „als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfen ausgeschlossen wird“, verurteilte das Gericht den Beklagten zu sofortiger Aufgabe der Stellung bei 5 \mathcal{M} Strafe oder 1 Tag Haft für jeden Tag des Zuwiderhandelns im Weigerungsfall.

Derartige Urteile können geradezu eine Bedrohung der Existenz bedeuten. Eine mildere Auffassung ist kürzlich vor dem Kaufmannsgericht in Stuttgart vertreten worden; das „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ Nr. 4 berichtet darüber wie folgt:

Ein mit 100 \mathcal{M} Monatsgehalt angestellter Reisender, der eine Vertragsstrafe von 1000 \mathcal{M} vorsehende Konkurrenzklausel auf sich genommen hatte, war acht Monate nach seinem Austritt aus der ihn verpflichtenden Firma zu einer Konkurrenzfirma gegangen und war daraufhin auf die Konventionalstrafe von 1000 \mathcal{M} verklagt worden. Das Gericht führte aus, zwar könne man nicht gerade sagen, daß die Verabredung jener Konkurrenzklausel schlechthin gegen die guten Sitten verstoße und daher nach § 138 BGB. nichtig sei, doch lägen andererseits schwerwiegende Momente vor, die die vertraglich festgesetzte Höhe der verwirkten Strafe als unverhältnismäßig erscheinen lassen: 1. Die Aufhebung einer Konventionalstrafe für den Fall des Konkurrenzmachens nach dem Austritt ist regelmäßig eine nicht zu unterschätzende Beeinträchtigung der Freiheit des Handlungsgehilfen. Hierfür gebührt demselben ein Äquivalent, das in der Höhe seines Gehalts oder sonstigen Einkommens zum Ausdruck kommen sollte. — Der Beklagte hatte beim Kläger das sehr niedrige Gehalt von 100 \mathcal{M} im Monat, die von ihm bezogenen Spesen waren so minimal, daß sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Somit hat der Kläger dem Beklagten so gut wie kein Äquivalent für die Eingehung der Konkurrenzklausel gewährt. — 2. Der Beklagte ist beim Kläger nur an wenigen Tagen gereist, hatte daher geringe Fühlung mit der Kundschaft, wozu kommt, daß er sich nach Aussage des Klägers zum Reisen wenig geeignet hat. Er ist ferner nicht sofort zur Konkurrenz gegangen, sondern erst nach 8 Monaten, also nach einer Zeit, wo die Geschäftsbeziehungen des Klägers ihm nicht mehr in frischer Erinnerung sein konnten. Zudem ist er auch auf der neuen Stelle in der Hauptsache nicht als Reisender tätig. Diese Umstände und die Tatsache, daß der Beklagte mit seinem kleinen Gehalt beim Kläger offenbar keinen wichtigen Posten bekleidet hat, begründeten beim Gericht die Überzeugung, daß der Schaden des Klägers durch Übertreten des Konkurrenzverbots nur ein ganz geringer sein kann. In Betracht komme endlich, daß die Kundenliste und die Bezugsquellen nur in wenigen Geschäften Geheimnisse, vielmehr in der Regel allgemein bekannt sind. Nach alledem hielt man 100 \mathcal{M} Schadenersatz für angemessen und setzte nach § 348 BGB. die verwirkte Strafe auf diesen Betrag herab.

Solche und ähnliche Vorkommnisse veranlassen einen norddeutschen Großkaufmann zu einem Schreiben an uns, dem wir nachstehende Stellen entnehmen:

„Anlässlich der neuerdings wieder stärker betonten Erörterung über die Konkurrenzklausel habe ich immer wieder den Eindruck, als ob die Debatte auf ein falsches Geleise gekommen sei, weil die Frage nicht richtig gestellt ist. Ich bin persönlich ein Gegner der Klausel und habe ruhigen Bluts wiederholt junge Leute aus meinem Hause zu meiner Konkurrenz gehen sehen, weil ich glaube, das Wesentliche eines Handlungshauses liege in solchen Momenten, die der Durchschnitts-Handlungsgehilfe gar nicht zu würdigen vermag. Außerdem kann man die Vorsicht brauchen, solche Dinge, die man nicht gekannt haben will, möglichst nicht zu zeigen oder nur nebenbei, oberflächlich. — Aber da sehr viele geschulte Leute behaupten, ohne die Klausel nicht auskommen zu können, muß etwas daran sein, was sich dem Urteile im allgemeinen entzieht. Deshalb aber z. B. die gewöhnlichen Durchschnittsleute (Mädchen und Männer) in einem Warenhause Geheimnisse verraten können, wenn sie anderweit engagiert werden, vermag ich nicht zu begreifen. Diese Gehilfen verrichten doch überwiegend mechanische Arbeit oder eine Handelsarbeit geringeren Grades, an der nichts zu verraten ist. Andererseits setzt die jetzt geltende Gesetzgebung eine Prämie auf Gemeinheit. Hier ist es z. B. beim Kaufmanns- oder Gewerbegericht (mir wurde der Fall von einem Besucher erzählt) vorgekommen, daß ein Gehilfe einer kleinen Fabrik von dem Konkurrenten engagiert wurde, obgleich Konkurrenzklausel vorhanden und 1500 \mathcal{M} Konventionalstrafe abgemacht war. Was ist das Ergebnis? Vor dem Gericht zieht der junge Mann 1500 \mathcal{M} aus der Tasche und zahlt — natürlich nicht aus seiner Tasche!“

Unser Korrespondent schließt an diese Ausführungen die Anregung, die Fragestellung dahin zu präzisieren, „es möchte genau festgestellt werden, für welche bestimmte Punkte die Konkurrenzklausel notwendig sei. Dann könnte die Sache vielleicht in ein eng begrenztes Fahrwasser gebracht werden und auch solche Leute können enger begrenzten Maßregeln zustimmen, die ins Allgemeine und Weite nicht zu folgen vermögen.“ Wir glauben allerdings, daß mit solcher Feststellung eine ganz wesentliche Klärung der Ansichten und Wünsche erreicht werden könnte. Und daraus wäre dann eine Verständigung zwischen Unternehmern und Gehilfen zu erzielen, die vermutlich auf eine Beseitigung der Konkurrenzklausel, zum mindesten für alle Gehilfen in mäßig bezahlten Stellen, abzielen würde.

Dienstvertrag und militärische Pflichten der Handelsangestellten. Der Reichskanzler hat in einem Schreiben an den Deutschen Handelstag auf Klagen der militärischen Generalkommandos hingewiesen, wonach einzelne kaufmännische und industrielle Firmen dienst- und übungspflichtigen Personen des Beurlaubtenstandes die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten erschweren durch Androhung der Entlassung oder durch Stellung der Bedingung, binnen Jahresfrist nicht zu üben oder sich nicht zum Reserveoffizier wählen zu lassen. Der Reichskanzler führt aus:

Ich verkenne durchaus nicht, daß bei den heutigen scharfen Wettbewerbverhältnissen der zeitweise Ausfall einer Arbeitskraft, die Heranziehung eines Arbeiters oder Angestellten zur Übung für den Arbeitgeber mit empfindlichen Nachteilen verbunden sein kann. Es ist mir andererseits bekannt, daß von einer großen Reihe von Firmen ihren Angestellten und Arbeitern der zur Erfüllung militärischer Pflichten erforderliche Urlaub, vielfach unter Fortgewährung des Gehalts, bereitwillig erteilt wird. Dies Verfahren wird indes in den Kreisen der Industrie und des Handelsgewerbes keineswegs allgemein geübt. Nach einem von den Generalkommandos gesammelten, mir vorliegenden Material findet sich bei manchen Firmen, deren Betrieb dies offenbar nicht zu erfordern scheint, ein zu weit gehendes Bestreben, sich den Unzuträglichkeiten zu entziehen, die ihnen aus der Erfüllung gesetzlicher Pflichten seitens ihrer Arbeiter und Angestellten entstehen können. Indem ich mir erlaube, die gefällige Aufmerksamkeit des Deutschen Handelstags darauf zu lenken, daß es im Interesse des Staatswohls unerlässlich ist, auch die aus ihrem Dienst- und Arbeitsverhältnis bei Privatfirmen schwer abkömmlichen militärpflichtigen Personen möglichst häufig zu Übungen bei der Waffe heranzuziehen, wende ich mich an die stets bekundete vaterländische Gesinnung der Mitglieder des Deutschen Handelstags und bitte den Vorstand, seinen weitreichenden Einfluß auf die dieser wichtigen Frage noch nicht mit der gebotenen Rücksichtnahme und Sympathie gegenüberstehenden Kreise gefälligst geltend machen zu wollen.

Es handelt sich hier sozialrechtlich auch um die Frage des § 616 BGB. (unverschuldete Dienstbehinderung), die bei der Auslegung der Arbeitsverträge und beim Abschluß von Tarifverträgen gerade bezüglich der militärischen Dienstleistungen viel Schwierigkeiten bereitet. § 616 wird in der Praxis als abhängig bar behandelt. Aber selbst wenn man Lotmars überzeugender Beweisführung folgte und zwingende Geltung für § 616 BGB. annähme, so zeigen die vom Reichskanzler kritisierten Vorgänge im Handelsgewerbe, daß dadurch den Angestellten keineswegs geholfen wäre. Man stellt eben übungspflichtige Gehilfen nicht gern ein oder kündigt ihnen rechtzeitig, wenn die Übungsfrist heranrückt. Das willkürliche Kündigungs-

recht ist eine so starke wirtschaftliche Waffe des Arbeitgebers, daß die vorhandenen sozialrechtlichen Schutzvorschriften dagegen nicht ausreichen. Gesehlich wird hier wenig zu ändern sein, sofern wir nicht die bisherige Freiheit der Arbeitsvertragslösung und damit auch der Arbeitsvertragschließung verlassen wollen. Eine Besserung der gegenwärtigen Dienstvertragsrechte des Angestellten in der Praxis vermag nur ein solidarisches Vorgehen der organisierten Hilfsenschaft zu bringen, das zu einer kollektiven Verständigung mit der Prinzipalität über Gewohnheitsrecht und Sitte bei der Handhabung des Kündigungsrechts und zur Errichtung eines genossenschaftlichen Schiedsgerichts führt. Nur eine solche genossenschaftliche Rechtsregelung ist elastisch genug, um den Bedürfnissen von Prinzipal und Angestellten auch im besonderen Falle gerecht zu werden. Im übrigen sei der Hinweis nicht unterlassen, daß der neue Regierungsentwurf zur Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes im § 15 vorschreibt: „Wegen der Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes oder wegen obligatorischen schweizerischen Militärdienstes sowie während einer ohne Verschulden des Arbeiters durch Unfall oder Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Dauer von 4 Wochen kann nicht gekündigt werden.“ In der Begründung des Entwurfs heißt es dazu: „Die Kündigung wegen oder auf die Zeit des Militärdienstes hat für manche Arbeiter sehr harte Folgen und ist gegenüber der Erfüllung einer dem Vaterlande schulbigen Pflicht übel angebracht. Der Schutz vor solcher Kündigung rechtfertigt sich ohne weiteres.“

Arbeiterfragen der Militärbetriebe vor dem Reichstage. Zu den Kapiteln 37 und 38: Artillerie- und Waffenwesen und technische Institute, hatten Zentrum und Sozialdemokratie unabhängig voneinander mehrere Resolutionen eingebracht.

Eine Resolution Sieberts (Zentr.) ersucht: 1. die Löhne der in den Militärbetrieben beschäftigten Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen allmählich, aber stetig in der Weise aufzubessern, daß dieselben den durch Tarifvertrag festgesetzten Löhnen der Handwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen gleichartiger Gewerbe an den betreffenden Orten zum mindesten gleichkommen; 2. den Arbeiterausschüssen bei der Gehaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine geeignete Mitwirkung zu ermöglichen.

Eine Resolution Schiffer (Zentr.) verlangt, daß die Arbeiterausschüsse in den Militärbetrieben so ausgebaut werden, daß 1. den Arbeitern die im Arbeitsstammengesetzentwurf vorgesehenen Vorklären im Sinne der kaiserlichen Erlasse zuteil werden; 2. die Mitglieder der Arbeiterausschüsse im Arbeitsverhältnis während ihrer Amtsdauer entsprechend geschützt werden; 3. es Vertretern der einzelnen Ausschüsse ermöglicht wird, in wichtigen Fällen die Wünsche der Arbeiter den höheren vorgesetzten Dienststellen vorzutragen.

Eine Resolution Albrecht (Soz.) ersucht: Arbeiten und Lieferungen für die Heeresverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken, sowie die Heeresverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Heeresverwaltung unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

Die Abgeordneten Schirmer (Zentr.) und Hue (Soz.) begründeten am 2. März diese Resolutionen, die als alte Bekannte alle Jahre wiederkehren. Schirmer wies auf die Steigerung der Lebensunterhaltungskosten um 10–12 % in den letzten 5 Jahren hin, die eine entsprechende Lohnerhöhung nötig machen, forderte Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, Gewährung eines Urlaubs nach 3 statt wie bisher 7 Jahren, Ausbau des Pensionswesens und Sicherung des Koalitions- und Petitionsrechts. Böhle (Soz.) brachte Klagen über schlechte Behandlung der Militärarbeiter. Beide Redner warfen wechselseitig den freigewerkschaftlich und den christlich organisierten Militärarbeitern „Terrorismus“ vor. Hue wiederholte das beim Marineetat zur gleichen Resolution Vorgebrachte, kritisierte die Arbeiterwohnungen in Essen und forderte besonders Koalitionsfreiheit für die Militärarbeiter. Zubeil (Soz.) brachte Beschwerden über die Siegburger und Spandauer Militärbetriebe vor. Die beiden Zentrumsresolutionen wurden angenommen, die sozialdemokratische abgelehnt, obgleich die entsprechende Resolution beim Marineetat angenommen worden war. Weiter wurde eine Zentrumsresolution angenommen, die den Reichsfanzler zur Erwägung darüber anregen möchte, wie die Versorgung der invaliden Arbeiter der Militärbetriebe, der Witwen und Waisen besser ausgebaut werden kann. Endlich waren am Tage zuvor, dem 1. März, zwei Zentrumsresolutionen Wiebeberg und Zrl angenommen worden, die bei der Vergabe von Lieferungen, namentlich von Bekleidungsstücken, Berücksichtigung der Vereinigungen von Heim-

arbeitern und der Komitees, die Arbeiten an Heimarbeiter vermitteln, sowie die Berücksichtigung der selbständigen Handwerksmeister, der Handwerkergenossenschaften und Innungen verlangen.

Soziale Zustände.

Auskunftsstelle für die Berufswahl.

Um die Eltern oder Vormünder bei der Berufswahl ihrer Schutzbefohlenen vor offensichtlichen Mißgriffen zu bewahren, haben viele Stadtverwaltungen die Eltern-Sprechstunden eingeführt. Die Angehörigen der Schulkinder können durch diese Einrichtung erfahren, welches Wissen die Kinder erworben haben, welche besonderen Fähigkeiten sich bei ihnen gezeigt haben, möglicherweise kann auch auf Berufe hingewiesen werden, die für die Kinder passen und die Aussicht auf Fortkommen bieten. Im Vergleich mit dem früheren Zustand, wo man es den Eltern überließ, recht und schlecht für die Berufswahl ihrer Kinder zu sorgen, war die Einführung der Eltern-Sprechstunden in der Schule ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Inzwischen aber ist diese Einrichtung durch eine andere überholt worden. Da es im Interesse aller Volksgenossen liegt, über diese Einrichtung Näheres zu erfahren, so wollen wir uns etwas eingehend mit ihr beschäftigen.

In den statistischen Monatsberichten der Stadt Halle a. S. berichtet der Direktor des statistischen Amtes, Dr. F. Wolff, daß im statistischen Amt eine Eltern-Sprechstunde eingerichtet wurde, in der den Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder Fachleute mit Rat und Tat zur Seite stehen, indem sie ihnen Auskunft über Vorbildung, Werdegang und Aussichten in den einzelnen Berufen erteilen. Die nationalökonomisch vorgebildeten Beamten vermögen den Arbeitsmarkt leicht zu übersehen, sie kennen nicht nur das Angebot und die Nachfrage, sondern es ist ihnen auch bekannt, welche Aussichten auf Fortkommen ein Beruf bietet. Durch ihre bisherige Tätigkeit haben sie gezeigt, daß sie sowohl dem einzelnen als auch der Allgemeinheit nützen und dienen können. Dies trifft besonders auf den Ausgleich zu, durch den der verschiedenartige Andrang in den einzelnen Berufen reguliert wurde. Und nicht zu vergessen ist, daß auf diesem Wege manchen Berufen geeignete Kräfte zugeführt werden, die aus Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse sich sonst anderen Zweigen des Wirtschaftslebens zugewandt haben würden. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß z. B. dem gediegenen Handwerker, dessen Zukunft namentlich auf der Entwicklung der Qualitätsarbeit beruht, auf diese Weise geeignete Kräfte zugeführt werden. Für die Eltern aber ist es von großem Wert, zu erfahren, welche Berufe nicht aussichtsreich sind; sie vor Mißgriffen zu bewahren, ist Sache der Beamten, die vermöge ihrer größeren Kenntnis des Wirtschaftslebens dazu imstande sind.

Von der Wichtigkeit dieser neuen Einrichtung überzeugt, stellte das statistische Amt für das Jahr 1909/10 statt einer Stunde zwei Stunden wöchentlich zur Verfügung und gewährte schon vom Dezember an (im Vorjahr erst im Februar) Sprechstunden. Durch regelmäßiges Bekanntmachen in den Zeitungen und durch Mitteilungen an die Schulvorstände wurde die Bevölkerung auf die neue Einrichtung hingewiesen. Der Erfolg davon war, daß sich die Anzahl der Ratfuchenden im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte (54, vorher 27). Unter den Besuchern der Sprechstunde befanden sich: Arbeiter, vor allem Handwerker, aber auch Kaufleute, Lehrer und Beamte.

Der Vorbildung nach überragten die Volksschüler, ein kleiner Teil hatte die Mittelschule besucht, einige hatten das Einjährigene und einige das Reifezeugnis einer neunklassigen Hohenstaft. Dem Alter nach befanden sich die meisten Kinder im 13. und 14. Lebensjahre, also in den Jahren, in denen die Volksschule in der Regel verlassen wird. Einige Knaben waren erst 11 Jahre alt, ältere Knaben und Mädchen kamen nur vereinzelt. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß auch ältere Leute, so ein Feldwebel von 31 Jahren und Angehörige des weiblichen Geschlechtes aus den verschiedensten Ständen bis zum 50. Lebensjahre die Sprechstunden besuchten. Damit ist der Beweis dafür erbracht, daß bei den verwickelten Verhältnissen des Wirtschaftslebens, die vom einzelnen Privatmann oft gar nicht übersehen werden können, auch das Bedürfnis der Raterteilung für ältere Leute besteht. Wie der Berichterstatter betont, tritt dieses Bedürfnis gerade bei vermittelten Frauen der höheren sozialen Schichten hervor, weil hier vor allem oft eine große Unvertrautheit mit den Erfordernissen des praktischen Lebens herrsche.

Interessant ist nun, nach welchem Modus Rat erteilt wurde. Ganz allgemein gesprochen, wurden die Vorschläge individuell ge-

geben. Abgesehen von der Schulbildung, Befähigung und Reigung des Betreffenden wurde die Vermögenslage und Unterstützungsbereitschaft der Eltern in Betracht gezogen. Für die äußerst wichtige Berücksichtigung des Gesundheitszustandes war die gleichzeitige Abhaltung unentgeltlicher Sprechstunden durch den Schularzt für Konfirmanden sehr günstig, da auf diese Weise meistens Atteste vorlagen oder beschafft werden konnten.

Was die Vorschläge selbst anlangt, so wurde in den meisten Fällen auf die verschiedenen Zweige des Handwerks, auf die Gärtnerei, Bäckerei, Schlosserei, die verschiedenen Tischlerbranchen, Uhrmacherei, Feinmechanik, die einzelnen graphischen Gewerbe u. a. hingewiesen. Andere Vorschläge betrafen den kaufmännischen Beruf, die Beamtenlaufbahn bei der Kommune, der Staatsverwaltung, der Post und Eisenbahn, den Lehrerberuf, die Tätigkeit der Agentur- und Architektenbüros und schließlich die Militärlaufbahn und den Seemannsberuf und die häuslichen Dienste.

Die Tätigkeit der Beamten des Statistischen Amtes erschöpfte sich aber keineswegs in der Erteilung von Rat. Da der Direktor des Statistischen Amtes gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitsnachweises des Vereins für Volkswohl ist, war auch eine günstige und zweckmäßige Verbindung für eine Stellenvermittlung gegeben. In einer Reihe von Fällen konnte den Ratsuchenden durch die Vermittlung von Stellen praktisch geholfen werden. Eine solche Verbindung von Elternsprechstunden und Arbeitsnachweis verdient die größte Beachtung. Für die Zukunft werden noch größere Erfolge zu erhoffen sein, wenn die Arbeitsnachweise weiter ausgebaut und durch den Anschluß weiterer Kreise der Landwirtschaft, des Handwerks, der Industrie und des Handels mehr zentralisiert sein werden. Der Bedarf und die Nachfrage auf den verschiedenen Gebieten können dann leichter übersehen werden und dadurch ist die Möglichkeit, bestimmte Vorschläge zu machen und Stellen zu vermitteln, in weit höherem Maße verbürgt.

Als sehr nachahmenswert muß man es bezeichnen, daß das Statistische Amt auch mit Behörden und Privaten in Verbindung getreten ist. Durch Umfrage in den verschiedenen Branchen wurde festgestellt, wo und unter welchen Bedingungen Lehrlinge eingestellt werden. Die Interessenten traten aber auch selbst an das Amt mit der Bitte heran, ihnen Lehrlinge zuzuführen. Im Gegensatz hierzu berichteten manche Gewerbebezirke, daß eine große Überfüllung und ein großer Andrang in ihren Berufen vorhanden seien. Das Amt möchte vor dem Eintritt in diese Berufe im gewerblichen wie im Interesse der Ratsuchenden warnen.

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß die Einrichtung von Halle geeignet ist, die Bedürfnisse und Anforderungen der einzelnen Berufe zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und weiteren Volkstreffen wesentliche Dienste zu leisten. Bei ruhiger, objektiver Würdigung der Sachlage und unter weitgehender Berücksichtigung der Verhältnisse im Einzelfalle kann damit der richtige Weg gezeigt und die notwendige Voraussetzung für eine Förderung der Berufswahl gegeben werden.

Erfreulicherweise hat die besprochene Einrichtung schon Nachahmung gefunden. Einige Städte haben diese Einrichtung schon eingeführt und das Statistische Amt der Stadt Halle hat die Gelegenheit wahrgenommen, andere Kommunen und gemeinnützige Vereine mit seinem Rat zu unterstützen.

Wir glauben, diesen Aufsatz nicht besser schließen zu können, als daß wir auf die einleitenden Worte des Berichterstatters hinweisen. „Es gibt wenige Momente im menschlichen Leben von solcher Bedeutung wie die Berufswahl. Erfolgreiche Arbeit ist Glück, und Arbeit ohne Erfolg bedeutet oft Unglück. Der Erfolg aber ist in den meisten Fällen davon abhängig, ob die richtige Berufswahl getroffen ist.“ Ein anderer Autor*) schließt ein Kapitel, überschrieben mit Armut und Armenfürsorge, mit folgenden bemerkenswerten Worten: „Sachkundiger Rat und Hilfe bei der Berufswahl ist nicht nur die beste vorbeugende Armenfürsorge, sondern zugleich auch die beste Mitarbeit an der sozialen Zukunft unseres Volkes. Wer ein Kind vom Verderben errettet, der errettet ein Geschlecht.“ Wir aber glauben, daß der von Halle beschrittene Weg der Berufswahl geeignet ist, den sozialen Frieden zu fördern. In diesem Sinne möge das gezeichnete Beispiel reichlich nachgeahmt werden.

Ein soziales Schutzhant für eingewanderte Industriearbeiter in Newyork ist durch das Gesetz vom 18. Juni 1910 geschaffen worden, und zwar als fünfte Abteilung des Department of Labor unter dem Namen: Bureau of industries and immigration. Ein

Haupt-„Inquirer“ und Spezial-„Inquirer“, deren Zahl 12 nicht übersteigen und 2 Frauen umschließen soll, sind für dieses Amt vom Commissioner of Labor zu benennen. Das Amt soll Untersuchungen und Erhebungen über die Lage, die Gesundheitsverhältnisse und gewerbliche Tauglichkeit aller Fremden, die im Staate Newyork leben oder sich dort aufhalten, veranstalten, soll Bericht über den Bedarf und die Nachfrage nach Arbeitskräften in den einzelnen Wirtschaftszweigen und über das Angebot entsprechender Arbeitskräfte unter den Zugewanderten einziehen und zwischen Nachfrage und Angebot den passendsten Ausgleich herstellen; auch soll sich das Amt mit allen öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweisen des Staates Newyork und anderer Staaten in Verbindung setzen, um hier Beschäftigungsgelegenheiten für die Einwanderer zu ermitteln oder Arbeitermangel zu verhüten. In zweiter Linie hat das Amt die Befugnis, alle Arbeiterunterkunftsräume im Gebiete des Staates Newyork zu untersuchen, alle Stellenvermittler, die ausländische Arbeitskräfte besorgen oder unterbringen, zu überwachen und im Verein mit den zuständigen Behörden die Bantgeschäfte, die ausländische Arbeiterfundschaft bevorzugen, zu beobachten, Auskünfte über die in Gefängnissen, Krankenhäusern oder staatlichen Zufluchtsstätten untergebrachten Fremden und über solche, die ausgewiesen werden sollen, einzuziehen, ferner Übersichten über die Hilfseinrichtungen und Schutzhäuser für vorübergehende Zuflucht fremder Arbeiter sowie über die Wohlfahrtsvereinigungen und ihre Tätigkeit an den Einwanderern zu veröffentlichen. Endlich soll das Amt die Einwandererherbergen, Docks und Eisenbahnanlagen, Züge und Note, die die Einwanderer hauptsächlich benutzen müssen, beaufsichtigen und die Einwanderer gegen Übervorteilung schützen.

Rechtspflege.

Ein Erlaß des württembergischen Justizministers zum Strafverfahren gegen Jugendliche weist darauf hin, daß in allen Abschnitten des Strafverfahrens unbefehdet der sonstigen Zwecke der Strafrechtspflege die erzieherische Einwirkung auf den Beschuldigten stets im Auge behalten werden müsse. Diesem Gesichtspunkt sei vor allem dadurch Rechnung zu tragen, daß die Behörde im Rahmen der gesetzlich zulässigen Formen sich bemühe, mit den Eltern, Vormündern, Pflägern, Lehrern oder den Vertretern von Fürsorgevereinen in Fühlung zu treten.

Im Verkehre mit dem Beschuldigten gelte es, jede schablonenhafte Behandlungsweise und ungünstige Beeinflussung des Ehrgefühls, sei es im Sinne einer Abstumpfung oder in dem Sinne, daß in ihm das Empfinden, eine wichtige Rolle zu spielen, geweckt würde, zu vermeiden. Schon im vorbereitenden Verfahren sei von Anfang an auf die Erforschung der Lebensverhältnisse des jugendlichen Beschuldigten und aller sonstigen Umstände Bedacht zu nehmen, die zur Beurteilung seiner Persönlichkeit, der Tat und der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht von Erheblichkeit sein könnten. Sofern nicht im einzelnen Falle Bedenken, z. B. wegen des Aufenthaltsortes der Zeugen oder die Rücksicht auf die rasche Feststellung des Tatbestandes entgegenstehen, solle erwogen werden, ob nicht die Anklage im Gerichtsstande des Wohnortes des Täters zu erheben und gegebenenfalls zu diesem Zwecke die Strafkasse von der zunächst mit ihr befaßten Staatsanwaltschaft an die für den Gerichtsstand des Wohnortes zuständige Anklagebehörde abzugeben sei. Die Geschäfte der Staatsanwaltschaft gegen Jugendliche sollen stets von einem und demselben Beamten wahrgenommen werden. Eingehend sei vor einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls zu prüfen, ob der Jugendliche die Einsicht der Strafbarkeit besitze; dazu könne mit Rücksicht auf etwaige geistige Minderwertigkeit die Heranziehung von Sachverständigen (Gerichtsarzt, Lehrer und Erzieher) geboten sein. Ferner soll der Staatsanwalt bei Wahl zwischen Geld- und Freiheitsstrafe in der Regel Freiheitsstrafe nicht und eine Untersuchungshaft nur in Ausnahmefällen beantragen. Einer Verurteilung jugendlicher mit erwachsenen Beschuldigten sei tunlichst vorzuziehen.

Zum Schluß wird die Bedeutung der Jugendfürsorgeeinrichtungen betont und Gericht und Staatsanwalt werden angewiesen, möglichst mit den Vereinen und Anstalten zur Jugendfürsorge Verbindung zu unterhalten.

Das Trinkgelbwesen im Gastwirtsgewerbe und die guten Sitten. Das Gewerbegericht Nürnberg verhandelte am 13. Februar unter Vorsitz des Rechtsrats Fleißmann über die Klage einer Kellnerin gegen ihren früheren Arbeitgeber, welcher ihr nach fünfjähriger Beschäftigung keinen Lohn gegeben hatte. Die Klägerin behauptete, der Beklagte habe mit ihr über die Höhe des Lohnes keine Abmachung getroffen, während der Gastwirt mit der Kellnerin vereinbart haben wollte, sie solle mit Rücksicht auf die ab-

*) A. Weber, Die Großstadt und ihre sozialen Probleme. Quelle & Meyer, Leipzig 1908.

fallenden Trintgelber keinen Lohn erhalten. Hierzu führt das Urteil des Gewerbegerichts aus: „Diese Behauptung mag richtig sein oder nicht, so ist das Gericht der Anschauung, daß eine solche Vereinbarung den guten Sitten widerspricht und daher ungültig ist. Eine Abmachung, die sich auf eine von der ganzen Welt als Unfug empfundene Gepflogenheit stützt, kann den guten Sitten nicht entsprechen. Beklagter hat daher einen angemessenen Lohn zu bezahlen (§ 612 BGB.).“ — Dieses dem allgemeinen Rechtsempfinden durchaus entsprechende Urteil ist aufs wärmste zu begrüßen und entspricht insbesondere dem von uns immer vertretenen Grundsatz, in der sozialen Rechtsprechung müsse von den im Geseze gegebenen Möglichkeiten, die „guten Sitten“ und „Ereu und Glauben“ als Rechtsmaßstab anzuwenden, mehr als bisher Gebrauch gemacht werden.

Unzulässiger Abzug des für die Urlaubszeit gezahlten Gehalts bei vorzeitigem Austritt. Die sachlich gleiche Entscheidung wie die in Sp. 653 mitgeteilte, jedoch unter anderer Begründung, fällt, wie wir einer Mitteilung im „Vorwärts“ entnehmen, die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Einer Verkäuferin war bei ihrem Engagement Urlaub zugestagt worden unter der Bedingung, daß sie sich das Gehalt für die Urlaubstage wieder abziehen lassen müsse, wenn sie im Laufe des Jahres kündige. Nachdem sie im Juni 10 Tage Urlaub bekommen hatte, kündigte sie am 1. Dezember. Daraufhin zog ihr der Geschäftsherr 30 M. von ihrem Gehalt ab. Das Kaufmannsgericht sprach ihr jedoch diesen Betrag zu unter folgender Begründung:

Der Urlaub sei als eine Schenkung anzusehen, denn die Zuwendung erfolge unentgeltlich, das Gehalt werde ohne Dienstleistung gezahlt. Das Gericht trage auch keine Bedenken, der Auffassung Raum zu geben, daß der Urlaub eine Schenkung sei, die einer sittlichen Pflicht entspreche. Diese Schenkungen dürften nach § 534 Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht zurückgefordert werden. Da es sich um eine sittliche Pflicht handle, so verstoße naturgemäß eine gegenteilige Abrede gegen die guten Sitten und sei rechtungsgültig. Eine solche Abmachung würde auch das Kündigungsrecht des Gehilfen in unzulässiger Weise beschränken, denn es sei fraglos, daß, wenn der Prinzipal sich vorbehalte, das Geld zurückzufordern, wenn der Angestellte kündigt, auf diesen ein Druck ausgeübt werde, der einer Beschränkung der Kündigungsfreiheit gleichkomme.

Die Berliner Jugendgerichtshilfe hat sich nach einem Bericht des Vorsitzenden der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Staatsminister v. Gentig, sehr erfreulich entwickelt. 76 Korporationen der verschiedensten Art sind jetzt angeschlossen und senden ihre Vertreter in die Jugendgerichtshilfe. Sie verfügt über 1000 Helfer und Helferinnen, sie hat in den drei Jahren ihres Bestehens 5100 Fälle erledigt und übt 2800 Schutzaußsichten aus. Sie ist als eine besondere Abteilung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge angegliedert, die die Verwaltungskosten trägt, die Zeitung hat und die Vertretung gegenüber Gerichten, Behörden, Korporationen ausübt. Sie erfreut sich des größten Vertrauens der Behörden. Mißverständnisse sind nur wenige vorgekommen. Die Zeitung legte sich weise Beschränkung auf, die Besonderheit jeder Korporation blieb unangefastet, über politische und religiöse Verschiedenheiten hinweg suchte man die Gemeinsamkeit der Idee herauszuarbeiten. Der Magistrat von Berlin hat ein umfangreiches Grundstück zur Verfügung gestellt, auf dem sich demnächst ein Berliner Jugendhaus erheben wird.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe hat am 16., 17. und 18. Februar 1911 in Berlin im Reichstagsgebäude seine ersten sachlichen Verhandlungen geführt, nachdem es Anfang Januar sich eine Geschäftsordnung gegeben hatte (Sp. 460 und 461). Mehr als 100 Beschwerden wurden in den Februarstungen erledigt, vor allem hatte das Schiedsgericht über seine Zuständigkeit in zweifelhaften Fällen zu entscheiden und stellte dafür folgende Regeln auf:

Entscheidungen der zweiten Instanz über alle Streitigkeiten im Sinne der Ziffer 3 der Entscheidungen vom 16. Juni 1910 (örtliche Vertragszuläge) sind im allgemeinen als gültig anzusehen. Das Zentralschiedsgericht behält sich indessen vor, ausnahmsweise von deren Entscheidungen abzuweichen, insbesondere wenn 1. keine zweite Instanz bestanden hat; 2. eine vorhandene zweite Instanz die Entscheidung abgelehnt hat; 3. die angefochtene Entscheidung der zweiten Instanz gegen den Sinn der Berliner und Dresdner Entscheidungen verstößt hat; 4. sonst in den anhängigen auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Zentralschiedsgerichts stehenden Streitfällen nach Ansicht des Zentralschiedsgerichts der Abschluß eines Ortsvertrags nicht zu erwarten steht.

Für den Begriff der zweiten Instanz sind die zugehörigen Ausführungen unter Ziffer 3 der Begründung vom 16. Juni 1910 maß-

gebend. Wird eine derartige Sache an die zweite Instanz zurückverwiesen, so geht sie nicht an eine Instanz auf Grund der neuen Verträge, sondern an die Instanzen des alten Vertrages, mögen diese noch bestehen oder nach den Vorschriften des alten Vertrages von Fall zu Fall zu bilden sein. Das Zentralschiedsgericht behält sich vor, erforderlichenfalls die Zusammensetzung dieser Instanzen, insbesondere die Bezeichnung ihres Vorsitzenden zu bestimmen. Zurückgewiesene Sachen sollen bis zum 20. März 1911 erledigt sein. Sachen, die nicht dem Dresdner Schiedspruch nachweislich vorgelegen haben, sind in der Regel abzuweisen.

In einer ganzen Reihe von Fällen (28) erklärte das Schiedsgericht die Weigerung örtlicher Arbeitgeberverbände, einen Ortsvertrag mit den Bauarbeiterorganisationen abzuschließen, für unzulässig. Wo Ortsgruppen des Bauarbeiterbundes fehlen, sollen dessen einzelne Mitglieder am Ort einen Ortsvertrag mit den zuständigen Arbeiterorganisationen unter Genehmigung des Arbeitgeberbundes abschließen. Wegen Schwäche der örtlichen Organisation der Bauarbeiter darf kein Vertragschluß verweigert werden. Für Orte, wo bisher Verträge bestanden haben oder die an der Bewegung beteiligt waren, müssen formelle Ortsverträge abgeschlossen werden; eine bloße Befolgung der neuen Vertragsbestimmungen genügt nicht. Die Ortsverträge müssen unterschrieben anerkannt werden. Der Ortsvertrag geht der Geschäftsordnung der Schlichtungskommission vor und kann durch sie nicht abgeändert werden. Zuläge zu dem Musterverträge sind nur bei Einigung beider örtlicher Parteien zulässig. Weiter hatte das Schiedsgericht über die Abgrenzung der Lohngebiete in 18 Fällen zu entscheiden. Der Lohnausgleich für Wegfall von Arbeitsstunden an einzelnen Tagen (Sonnabenden und Vorabenden der Feste) wurde vom Zentralschiedsgericht dagegen der örtlichen Vereinbarung oder den Vorinstanzen, die den örtlichen Verhältnissen näherstehen, endgültig zugewiesen, ebenso die Entscheidung der Frage „Stapel- oder Einheitslöhne“. Sonstige Einzelfragen der Lohnregelung machten eingehendere Erörterungen des Schiedsgerichts nötig, so die Frage der Junggefellenslöhne, die Nachzahlung der Lohnerhöhung, die aus 17 Orten verlangt wurde, und die Lohnzahlungsfrist. Die Arbeiterlohnfrage mußte ebenso wie die Arbeitsnachweis- und die Maßregelungsfrage samt anderen Anträgen auf die nächste Sitzung des Zentralschiedsgerichts am 6. März vertagt werden, 45 von den vorgebrachten 108 Anträgen, die 151 Punkte der Tagesordnung betangen, waren diesmal unerledigt geblieben.

Ein Normal-Arbeitsarbeitsvertrag für Innungen soll vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttag als Muster herausgegeben werden. Zu diesem Zwecke wurde an die einzelnen Innungsverbände nachfolgendes Rundschreiben versandt: „Der geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttags hat auf seiner Sitzung vom 11. November 1910 einer Anregung der Handwerkskammer Düsseldorf zufolge beschlossen, eine Feststellung über den Umfang der im Handwerk bestehenden Tarifverträge vorzunehmen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttags soll dann auf Grund des gewonnenen Materials einen Normal-Arbeitsarbeitsvertrag für Innungen entwerfen.“

Eine Tarifbewegung städtischer Arbeiter in Kolberg hat Mitte Februar stattgefunden. Es handelte sich um Lohnforderungen der Arbeiter des Gaswerks, der Portverwaltung und des Bauhofs. Die bisherigen Löhne betrugen bei den Gasarbeitern 2,20 M. bis 3,50 M., im Durchschnitt 2,80 M. pro Tag; bei den Portarbeitern 2,40 M. bis 3,80 M., im Durchschnitt 2,40 M. pro Tag. Die Forderungen der Arbeiter waren eine Lohnerhöhung unter Zugrundelegung des Mindestlohnes von 18 M. pro Woche, Reduzierung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden für Feuerhausarbeiter des Gaswerks sowie auf 10 Stunden für alle übrigen Arbeiter, die noch länger arbeiten müssen, für Überzeit- und Feiertagsarbeit 25 bzw. 50 % Zuschlag; Unterkunftsräume; Dienstkleider; Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen und dergl. mehr. Der Magistrat hatte seit einem halben Jahr mit den Arbeitern verhandeln wollen; die Verzögerung wurde endlich mit dem Streit beantwortet. Der Magistrat erließ nun eine Aufforderung an die Bürgerschaft, den Gasverbrauch einzufrieren und sich mit anderem Beleuchtungsmaterial zu versehen. Es wurden Verhandlungen angebahnt, die nach 3 Tagen zu einem Erfolg der Arbeiter führten. Ein mit dem Verbands der Gemeindeglieder bei einmonatlicher Kündigung abgeschlossener Tarifvertrag, der bis zum 1. April 1912 gilt, bringt die Herabsetzung der Arbeitszeit in den bisher länger als 10 Stunden arbeitenden Betrieben auf 10 Stunden, ferner für eine größere Anzahl Arbeiter die Umwandlung von Tag- oder Stundenlohn in Wochenlohn und bei anderen Arbeitergruppen Zuschläge zum Stundenlohn; Nacht- und Feiertagsarbeit soll möglichst vermieden werden und wird mit 25 v. H. Zuschlag bezahlt. Endlich wird nach zweijähriger Dienstzeit ein Urlaub von 3 Tagen gewährt. Die Gasarbeiter sollen bei schmuckiger Arbeit Arbeitskleidung erhalten.

Ein achtjähriger Tarifvertrag im graphischen Gewerbe Ungarns dürfte ziemlich den Bedarf aller langfristigen Tarifvereinbarungen darstellen. Der zwischen den Prinzipalen und dem Gehilfenverband der Lithographen, Steinbruder usw. abgeschlossene Vertrag bestimmt eine 8½ stündige Arbeitszeit, regelt Feiertagsentschädigung und Lehrlingswesen und bringt den Arbeitern eine allgemeine Lohnerhöhung. Der abgeschlossene Vertrag schließt das Arbeitsmonopol der Verbandsmitglieder ein, da die Unternehmer sich verpflichtet haben, die Arbeitskräfte nur von der Stellenvermittlung des Verbandes zu beziehen.

Streiks und Aussperrungen.

Drei Ausstände in der amerikanischen Kleiderkonfektion und Bekleidungsindustrie.

Von Victor Borofini, Chicago.

Während des Jahres 1910 haben in den Vereinigten Staaten neben vielen andern oft recht gewaltigen Ausständen organisierter Arbeiter drei große Ausstände in der Bekleidungsindustrie stattgefunden, von denen der letzte erst im Januar 1911 beigelegt wurde. In Philadelphia und in Newyork waren es die Damenschneider und Blumenarbeiterinnen, in Chicago die gesamte Konfektionsindustrie, soweit die Geschäfte nicht die Bedingungen der Gewerkschaften angenommen hatten und das Union-Label zu führen berechtigt waren. In allen drei Städten waren es jüdische und italienische Arbeiter, in Chicago kamen Böhmen, Polen, Litauer und Russen dazu, in Philadelphia kämpften die Frauen allein, in den beiden andern Männer und Frauen gemeinschaftlich. Bei Beginn der Streitigkeiten waren überall nur Ansätze zur Organisation vorhanden gewesen, in den Riesenzentren Amerikas ist jede Organisationsfähigkeit durch die großen Entfernungen und durch die Lage der Fabriken und Werkstätten sehr erschwert, z. B. gibt es in Chicago Fabriksiertel in allen Bezirken der Stadt. Bei einer Industrie nun, die außerdem noch auf Hausarbeit angewiesen ist, deren Standorte noch viel schwerer aufzufinden sind, da es leider keinen Registrierzwang gibt, ist die Organisation fast unmöglich, besonders wenn man die Verschiedenheit der Sprachen, der Rassen und der Religion in Betracht zieht. Die Verhandlungen mußten in den Versammlungen gewöhnlich außer in Englisch noch in Italienisch, Jüdisch, Litauisch, Böhmisches und Polnisch geführt werden. Wie schwer ist es, in solche Masse das Gemeinheitsbewußtsein hineinzubringen, wie schwer ist es aber auch, solche Masse zur Annahme von Bedingungen zu bringen, die ihr nicht das Versprochene gewährleisten!

Der Ausstand in Philadelphia wurde zwischen dem weiblichen Gewerksverein und den vereinigten Arbeitgebern schließlich durch Überweisung an ein Schiedsgericht beendet. Das Schiedsgericht, das aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen bestand, kam überein, Arbeiterausschüsse in jeder Werkstatt zu bilden, die etwaige Streitpunkte dem Unternehmer vorlegen sollten; nur wenn keine Einigung zu erzielen war, sollte das Schiedsgericht in Tätigkeit treten. Alle Ausständigen wurden, soweit wie möglich, an ihren alten Arbeitsstätten beschäftigt, die Forderung der Anstellung von Kur-Gewerkschaftlern wurde fallen gelassen. Eine 52stündige Arbeitszeit, „kein Abzug für Material, außer wo solches mutwillig zerstört war“, wurden auf eine Vertragsdauer von 15 Monaten festgelegt.

In Newyork gelangte man etwas weiter auf dem Wege zur friedlichen Lösung von Arbeitsstreitigkeiten; das dortige Abkommen ist sehr viel ausführlicher und führte indirekt zur Anerkennung der Gewerkschaften:

Einführung des elektrischen Antriebs für Arbeitsmaschinen. Kein Abzug für Material, außer wo solches mutwillig unbrauchbar gemacht worden war. Keine Arbeit darf mit nach Hause mitgegeben werden. Wöchentlich 52 Stunden Arbeitszeit, Juden arbeiten Sonntags. Wöchentliche Lohnzahlung in Geld. Mindestlöhne für die einzelnen Arbeiter werden festgelegt. Bei der Stücklohnfestsetzung müssen die Arbeiter gehört werden. Zwischen dem 15. November und 15. Januar, im Juni und Juli soll nicht Überzeit gearbeitet werden. Die Werkstätten müssen nach den Bedingungen der Gewerkschaft sich richten; tariffreie Arbeiter sind vorzuziehen, aber es steht dem Arbeitgeber frei, auch andere zum gleichen Lohn und gleichen Bedingungen zu beschäftigen. Ein unparteiischer Ausschuss soll für hygienisch und sittlich einwandfreie Aborte, Wasch- und Umkleieräume sorgen. Ein Schiedsgericht soll über Streitigkeiten entscheiden. Streik oder Aussperrung darf nicht beginnen, ehe das Schiedsgericht gesprochen hat. Unstimmigkeiten in der Werkstatt sollen vom Arbeiterausschuss und dem Leiter erledigt werden.

Mehrere Monate nach dem Ausstand hatten 350 von den 450 Newyorker Werkstätten mit den Gewerksvereinen Verträge abgeschlossen, die zum Teil Kompromisse waren, z. B. konnten die Bestimmungen über doppelten Lohn für Überarbeit wegen der unlauteren Konkurrenz nicht durchgeführt werden. Nur 14 Werkstätten ließen sich nicht auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften ein, andere behielten das System der Zwischenmeister bei. Die Bestimmung über die 52stündige Arbeitszeit wurde aufs genaueste eingehalten.

In Chicago begann der Streik am 7. Oktober damit, daß einige Arbeiterinnen einer Firma der Beleidigungen und der schlechten Behandlung durch den Vorarbeiter und den Leiter überdrüssig wurden und die Arbeit niederlegten. Als ihr Verstum in der benachbarten Werkstatt erledigt werden sollte, überredeten sie die Genossinnen, ebenfalls zu streiken. Die Firma erklärte in den Zeitungen, daß sie keinerlei Zwist mit ihren Arbeitern habe, gar bald legten aber alle Arbeiter in ihren sämtlichen Betrieben die Arbeit nieder. Die Führer erklärten den Ausstand in der ganzen Konfektion nur deshalb, weil die Firma ihre Sachen an die andern Geschäfte gab. Die Mißstände waren tatsächlich auch in allen Betrieben dieselben: schlechte und unwürdige Behandlung, ungenügende Bezahlung trotz außerordentlicher Anspannung aller Kräfte, keine Barzahlung, Vorarbeiter trieben fortgesetzt die Arbeiter zu größerer Schnelligkeit an; unregelmäßige Beschäftigung; Zeiten der Stille wechselten mit Perioden der tollsten Überzeit ab; die Aborte und Waschküchen waren größtenteils unwürdig und gesundheitsgefährlich. Vor allem aber wollten die Arbeiter eine Vertretung haben mit dem Rechte, vom Arbeitgeber gehört zu werden. Da die Leute nicht organisiert waren, wurde an die Forderung der „geschlossenen Werkstatt“ natürlich nicht gedacht. Der Streik war nicht vorbereitet und man hoffte, daß die Arbeitgeber bald nachgeben würden, da die Saison Ende Dezember beginnen sollte.

Die Ausständigen wurden von Anfang an von allen Kreisen unterstützt, obwohl die Presse wenig für sie Partei ergriff. Das war auch sehr verständlich, da die Firmen sehr viel für Annoncen auszugeben pflegten und das Geschäftsinteresse bei den amerikanischen Zeitungen in erster Linie steht. Die verschiedenen Kirchen, besonders die polnischen Priester, beteiligten sich sehr eifrig an der Unterstützung der Ausständigen. Das war auch notwendig, da an und für sich schon während eines strengen Winters die öffentliche und private Armenpflege zu versagen pflegt, da weder die nötigen Geldmittel, noch die notwendigen Anstalten zur Aufnahme der Kranken und Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen. Gegenüber dem Massenelend, das der Ausstand während des Winters im Gefolge hatte, waren ihre Mittel vollkommen unzureichend. So mußten Gelder gesammelt werden. Die Gewerksvereine unterstützten den Streik am Anfang nur mäßig, es war ja zunächst nur ein Ausstand Unorganisierter, auch später war die Opferfreudigkeit nicht sehr groß. Die Sozialisten waren anders, sie hofften während des Streiks Anhänger für ihre Ideen zu gewinnen. Von großem Vorteil war ihr Eingreifen nicht, denn sie verirrten nur die Leute mit ihren Theorien und erschwerten dadurch der Leitung ihr Amt ganz gewaltig, besonders, da sie zu Gewalttätigkeiten anreizten, was im Interesse der Sache nicht geschehen durfte. In den Vereinigten Staaten ist es mehr als anderswo nötig, sich der Sympathie des Publikums bei einem Streik zu verschern. Wo die öffentliche Meinung gegen die Ausständigen ist, da geht die Polizei mit grenzenloser Rücksichtslosigkeit vor, blutige Köpfe sind der Erfolg und spaltenlange Preßberichte über Noheiten der Ausständigen.

Die Streikenden unterhielten monatlang vier Verpflegungsstationen für die Familien der 40 000 Ausständigen. Der tägliche Bedarf betrug an Kaffee 2000 Pfd., Zucker 4400 Pfd., Linsen, Bohnen, Reis 5800 Pfd., außerdem noch 9500 Brote und 3500 Pfd. Mehl. Für 7500 Kinder wurde regelmäßig je 1 Liter Milch ins Haus geliefert. Gegen 500 Kinder wurden im Verlauf des Ausstandes in den Familien der Streikenden geboren. Die unverheirateten bekamen eine Karte, die sie zu einem Mittagessen berechtigte. Ärzte erboten sich, den Familien unentgeltlich beizustehen, Hauswirte, Krämer und Fleischer taten das Ihre, um das Elend etwas zu mildern.

Die Führer sahen die Verheerungen, die der lange Ausstand in gesundheitlicher und moralischer Beziehung mit sich brachte. Die besonnenen Elemente in der Bürgerschaft, die unserer Handelskammer entsprechende Organisation der Kaufleute, Bürgermeister und Stadtrat machten Versuche zur Vermittlung, schließlich drohte man mit einer einzelstaatlichen Untersuchungskommission, die auch wirklich kurzzeitig ihre Arbeit angefangen hat. Diese drohende Unter-

suchung, die Verluste der großen Firmen und die Gefahr, daß der ganze Handel sich einen andern Standort aussuchen könne, brachte schließlich die Arbeitgeber zur Besinnung, nachdem alle vorhergehenden Versuche gescheitert waren. Im November bestanden die Ausständigen auf der Anerkennung der Gewerkschaft, obwohl ihre eigenen Führer ihnen zur Annahme der von den Firmen gemachten Bedingungen rieten. Der zweite Versuch scheiterte an der Bedingung der Hauptfirma, die Ausständigen zurückzuweisen, die sich an Gewalttätigkeiten beteiligt hatten; die Handelskammer machte einen Versuch, der mißlang, ebenso der Bürgermeister. Anfang Januar endlich gaben die Streikenden ihren Führern Vollmacht, den Ausstand nach ihrem Ermessen zu beenden. Mitte Januar wurde mit der bedeutendsten Firma Frieden geschlossen. Alle Ausständigen werden an ihren alten Plätzen angestellt, Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist Privatsache, ein gleichzeitiges Schiedsgericht entscheidet über alle ersten Streitigkeiten, Kleinigkeiten werden einem Werkstattausschuß überlassen. Mir scheint allerdings, daß die Wahl des Arbeitervertreters, des radikal-sozialistischen Advokaten Darrow, nicht gerade der Weg zum gewerblichen Frieden ist.

Die Wiederaufnahme der Arbeit war von ganz außergewöhnlichen Szenen begleitet; die Leiter und Vorarbeiter begrüßten an der Tür die alten Arbeiter. Wo diese in der Werkstatt an ihren Plätzen Fremde vorfanden, sagten sie einfach: das ist meine Maschine oder mein Platz! Und die andern gingen. Der Unternehmer läßt die Arbeitswilligen einfach im Stich. Die Ausständigen haben in ihrem Kampf um Selbstverwaltung, Tarifabschlüsse und Mindestlohn teilweise gesiegt, ihr größtenteils musterhaftes Betragen hat viel zum glücklichen Ausgang beigetragen.

Der Weiskensfelder Schuhmacherkreis beendet. Die Schiedskommission (Sp. 691) des Verbandes deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten, welche fahungsgemäß bei jedem Arbeitskampf angerufen werden muß, hat unter Vorsitz des Reichsratsabg. Kommerzienrat Manz den Arbeitern sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit auf $9\frac{1}{2}$ Stunden unter Beibehaltung des Lohnes für 10 Stunden für Lohnarbeiter — die Atfordarbeiter hatten keine Lohnerhöhung gefordert, weil sie durch größere Intensität die Verkürzung der Arbeitszeit ausgleichen wollten — sowie 25 v. H. Zuschlag für Überstunden und Einsetzung eines dauernden örtlichen gleichseitigen Schiedsgerichts angeboten und die Bedingung, die Arbeiter sollten auf 4 Jahre keine Forderungen stellen, fallen gelassen. Auf diese Vorschläge gingen die beiden beteiligten Arbeiterorganisationen unter grundsätzlicher Beibehaltung der Forderung des 9-Stundentags ein und nahmen am 6. März die Arbeit wieder auf. — Die Einrichtung der Schiedskommission des Arbeitgeberverbandes hat sich hier also durchaus bewährt und einen hartnäckigen Kampf in seinen ersten Anfängen erstickt. — Die Ausschreitungen (Sp. 691) haben sich übrigens als in den ersten Berichten stark übertrieben herausgestellt. — In Burg bei Magdeburg sind der Neunstundentag und 10 v. H. Zuschlag für Überstunden auf friedlichem Wege erreicht worden.

Arbeiterschutz.

Die Beschäftigung von Schulkindern an und bei Dreschmaschinen.

Wiederholt ist in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten darüber geklagt worden, daß die Beschäftigung von Schulkindern in der Landwirtschaft nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen fällt. Wenn ja auch viele landwirtschaftliche Arbeiten, insofern sie nach Dauer und Art dem jugendlichen Alter angepaßt werden, vom erzieherischen, hygienischen und auch ökonomischen Standpunkt aus durchaus als eine nützliche und gesunde Nebenbeschäftigung unserer ländlichen Jugend angesehen werden müssen, so ist es dagegen von rein menschlichem Standpunkt zu verwerfen, wenn man fehlende Arbeitskräfte durch Kinder ersetzen will. Nachteilig für den jugendlichen Organismus sind sowohl Arbeiten, die unter unhygienischen Umständen, insbesondere in staubiger Atmosphäre vorgenommen werden, als auch solche, die im Verhältnis zur Arbeitskraft des Kindes zu lange dauern. Zu diesen ungeeigneten Arbeiten, zu denen auf dem Lande noch häufig Kinder herangezogen werden, gehören z. B. die Arbeiten an und bei Dreschmaschinen.

Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß der Dreschmaschinenbesitzer den Heizer und einen oder zwei Hilfsarbeiter stellt, während der Landwirt, bei dem gedroschen wird, die übrigen Hilfskräfte zu stellen hat. Da nach § 2 der Unfallverhütungsvorschriften der Süddeutschen Eisen- und Stahlbergungsgesellschaft die Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren an und bei Dreschmaschinen verboten ist, habe ich in mehreren Fällen es für

gut befunden, die Anzeigen an die zuständige Berufsgenossenschaft weiterzugeben, welche auf dem Verwaltungswege vorgegangen ist. Es wäre natürlich viel wirksamer gewesen, wenn der Landwirt herangezogen würde, welcher die Kinder bezahlt. Aus einem Landkreise wurde mir durch Vermittlung der Kreisfiskalkommission über den Umfang und die Art der Kinderbeschäftigung in den Landgemeinden einiges Material zur Verfügung gestellt, das der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden soll.

In diesem Kreise konnten im Jahre 1910 von insgesamt 39 Landorten 27 Orte nachgewiesen werden, in denen die Kinderbeschäftigung an und bei Dreschmaschinen vorgekommen ist. Im ganzen waren von insgesamt 7660 Schulkindern 380, das ist 5%, zu diesen Arbeiten herangezogen worden, worunter 42 Mädchen. Etwa $\frac{3}{4}$ der Kinder haben bei fremden Arbeitgebern Beschäftigung gefunden, während $\frac{1}{4}$ den eigenen Eltern oder Großeltern geholfen hat. Die Arbeiten bestanden hauptsächlich im Wegtragen der Spreu, Abnehmen des Strohes von der Presse, Forttragen desselben, Einsetzen in die Scheune, Wassertragen und sonstigen Nebenarbeiten. Arbeitszeiten von 10 Stunden waren hierbei keine Seltenheit. Der Aufenthalt in der mit Staub geschwängerten Luft, das längere Zeit dauernde Wegtragen der schweren Gebinde ist dem jugendlichen Organismus nicht zuträglich, was auch durch die Beobachtungen der Lehrer bestätigt wird, daß nämlich solche Kinder am folgenden Tage körperlich und geistig abgepannt sind. Abgesehen von den allgemeinen Gefahren, die mit maschinellen Einrichtungen verbunden sind, bestehen aber außerdem noch erste sittliche Gefahren, namentlich wenn zweifelshafte Personen gleichzeitig bei der Dreschmaschine beschäftigt werden, die durch schmutzige Gespräche und zotige Nebenarten die kindliche Seele vergiften. Daß die Schuldisziplin bei dieser Kinderbeschäftigung leiden muß, geht daraus hervor, daß manche Kinder unerlaubt aus der Schule wegbleiben. Da an Tagelohn bis 1 M und 1,50 M bezahlt werden, nützt auch bei gewissenlosen Eltern die geringe Strafe für unerlaubte Schulveräumnis sehr wenig. Ja, ihre geringe Höhe gibt sogar einen Anreiz für derartige Nebenbeschäftigungen.

Möchte man auch sonstwo ähnliche Erfahrungen sammeln, die entweder gesetzgeberische Maßnahmen oder ein polizeiliches Einschreiten erwünscht erscheinen lassen.

Worms.

Gewerberat Dr. Müller.

Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften als Arbeiterschutzbestimmungen ist in einem neuerlich ergangenen Reichsgerichts Urteil ausdrücklich anerkannt worden (VI 25/10). Ein Sägemühlensbesitzer hatte mit der Bedienung der Kreissäge seinen eigenen 14½-jährigen Sohn betraut, obwohl nach den von der zuständigen Berufsgenossenschaft festgelegten Unfallverhütungsvorschriften an Kreissägen nur Personen über 17 Jahren beschäftigt werden dürfen. Als der Sohn einen Betriebsunfall (erhebliche Verletzung der Hand) erlitt und die Berufsgenossenschaft dadurch entschädigungspflichtig wurde, forderte sie auf Grund von § 136 a UIVG vom Vater des Verletzten Ersatz ihrer Aufwendungen, da der Unfall durch Fahrlässigkeit des Unternehmers mit Außerachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit entstanden sei, zu der dieser vermöge seines Gewerbes verpflichtet gewesen sei. Der Vater bestritt seine Ersatzpflicht, da eine Fahrlässigkeit weder nach der objektiven noch nach der subjektiven Seite hin bei ihm vorzulegen habe. Der Verletzte habe körperlich und geistig einem 18-jährigen gleichgestanden, hierzu komme, daß Söhne von Gewerbeunternehmern, die in den Betrieb ihrer Väter eintraten, spielend in deren Beruf eingeführt würden und Altersgenossen überlegen seien. Während das erkennende Landgericht den Sägemühlensbesitzer verurteilte, indem es annahm, daß die Unfallverhütungsvorschriften Schutzgesetze gleichständen, so daß deren Verletzungen in jedem Falle eine Fahrlässigkeit bedeute, wies das Oberlandesgericht (Dresden) die Berufsgenossenschaft mit ihrer Klage ab, indem es den Ausführungen des Beklagten folgend eine Fahrlässigkeit desselben nicht annahm; aber selbst wenn eine solche vorzulegen hätte, wäre sie für den Unfall nicht kausal gewesen. Dieses Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht aufgehoben unter Bestätigung des landgerichtlichen Urteils. Das Reichsgericht sprach es ausdrücklich aus, daß ein Betriebsunternehmer, der seinen eigenen Sohn in einer den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderlaufenden Weise beschäftigt, seiner Berufsgenossenschaft zum Ersatz der Aufwendungen verpflichtet ist, die durch einen dadurch verursachten Unfall entstanden sind.

Der Schutz der Handelsangestellten in Frankreich. Der französischen Kammer liegt zurzeit ein aus Abgeordnetenkreisen her-

vorgegangener Gesehentwurf vor, der den gesetzlichen Schutz aller Arten von Handelsangestellten in Läden, Bureaus, Restaurants, Laboratorien, gemeinnützigen Anstalten usw. betrifft. Nach diesem Entwurf, der in den meisten Punkten dem gewerblichen Arbeiterschutz nachgebildet ist, soll der Maximalarbeitsstag an sechs Tagen der Woche zehn Stunden nicht überschreiten; in Bureaus und Großbetrieben soll die Arbeit an den Sonnabenden acht Stunden nicht überschreiten und um 4 Uhr nachmittags beendet sein. An 60 Tagen im Jahr darf die Arbeitszeit auf zwölf Stunden verlängert werden, doch sind die Überstunden besonders zu vergüten. Die Arbeitszeit muß von einer mindestens 1 1/2 stündigen Mittagspause und von einer Mindest-Rachtruhezeit von elf Stunden unterbrochen sein. Die Gemeinden haben das Recht, bestimmte Stunden für die Ladenöffnung und Ladenschluß festzusetzen. In allen Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern soll die Sonntagsruhe als Regel eingeführt werden, doch können die Gemeinden die notwendigen Ausnahmen für bestimmte Arten von Geschäften zulassen.

Als „Nachtzeit“, in der die Läden geschlossen sein müssen, gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. In dieser Nachtzeit dürfen Frauen nur in ganz bestimmten Ausnahmefällen, Jugendliche unter 18 Jahren überhaupt niemals beschäftigt werden. Mit der Kontrolle über die Durchführung des Handelsangestellten-schutzes werden die Gewerbeaufsichtsbeamten betraut.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Stellungnahme der Siebener-Kommission und des Hauptausschusses zum Entwurfe der Angestelltenversicherung.

Von Felix Marquart, Leipzig.

(Zur Privatangestellten-Versicherung. IX.)

Die Siebener-Kommission des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten hat in ihrer am 27./28. Januar d. Js. abgehaltenen Tagung zu dem veröffentlichten Entwurfe Stellung genommen. Ihr Standpunkt läßt sich dahin charakterisieren, daß sie den Gesehentwurf als ein Wert betrachtet, das für die künftige Angestelltenversicherung eine brauchbare Unterlage bietet, aber wichtige Verbesserungsvorschläge bedingt.

Die Kommission ist der Ansicht, daß die Regierung eine Pensionsversicherung für alle Privatangestellten einführen will. In dieser Tatsache ist auch nach der Begründung kein Zweifel. In ihr ist klar und bestimmt ausgesprochen:

„Die neue Fürsorge umfaßt alle männlichen und weiblichen Angestellten, die gegen Entgelt im Jahresbetrage von nicht mehr als 5000 M. beschäftigt werden, das 16. Lebensjahr vollendet haben und vor Vollendung des 60. Lebensjahres in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eingetreten sind, soweit sie nicht bereits berufsunfähig im Sinne des Gesehentwurfs oder aus anderen Gründen zu befreien sind.“ „Der Gesehentwurf“, so heißt es ausdrücklich, „nimmt davon Abstand, den Begriff des Angestellten zu definieren, er grenzt den Kreis der Versicherungspflichtigen dadurch ab, daß nach unten hin alle der handarbeitenden Bevölkerungsklasse angehörenden Personen (Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Diensthöten usw.), nach oben hin die Selbständigen von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind.“

In beiden Stellen kommt also der Wille der Regierung zum bestimmten Ausdruck. Zweifel an dieser Absicht sind unberechtigt, es könnte sich höchstens um redaktionelle Bedenken gegenüber der Fassung des Entwurfs handeln; eine Erörterung über die von der Regierung gewollte Abgrenzung der Versicherungspflicht ist nicht erforderlich.

Dagegen erhebt die Siebener-Kommission mit vollem Recht vom grundsätzlichen Standpunkt dagegen Einspruch, daß die Versicherungspflicht Angestellte mit über 5000 M. Einkommen nicht ergreifen soll.

„In Übereinstimmung mit dem auf ähnlichen Gebieten beobachteten Vorgehen“, sagt die Begründung, „dürfte auch hier kein Bedenken vorliegen, die gesetzliche Fürsorgepflicht nicht über eine gewisse Gehaltsgrenze auszudehnen. Für Personen mit Gehaltsbezügen von über 5000 M. ist die Versicherungspflicht nicht mehr gerechtfertigt. Die Angestellten mit solchen Gehaltsbezügen sind in der Lage, sich die eigene und die Versorgung ihrer Angehörigen aus eigenen Mitteln zu sichern und der wirtschaftlichen Notlage, in die sie und ihre Angehörigen beim frühzeitigen Eintritt der Berufsunfähigkeit oder des Todes geraten können, durch anderweitigen Abschluß von Versicherungen möglichst vorzubeugen. Hierzu bieten die privaten Versicherungsgesellschaften ausreichende Gelegenheit.“

Der letzte Satz läßt erkennen, daß es sich hier um eine Konzeption an die Lebensversicherungsgesellschaften handelt. Denn grundsätzlich läßt sich dieser Standpunkt nicht aufrecht erhalten:

auch der Privatangestellte mit einem Einkommen von über 5000 M. ist gegen die Gefahren nicht gesichert, vor denen die Angestelltenversicherung die Privatangestellten und ihre Hinterbliebenen schützen will. Das Leben des Privatangestellten läßt sich nicht in die Worte Goethes fassen: Meeresstille und glückliche Fahrt. Der Zusammenbruch der Firma, Betriebsänderungen, Betriebsbeschränkungen können auch dem Angestellten mit hohem Gehalt den Verlust seiner Stelle bringen. Wenn für ihn keine Möglichkeit bestand, sich an der Angestelltenversicherung zu beteiligen, dann tritt er nun erst mit niederem Gehalt in die Versicherung ein, wenn nicht die Versicherungsmöglichkeit mittlerweile infolge vorgerückten Lebensalters überhaupt geschwunden ist. Auch der Hinweis auf die private Versicherung ändert an dieser für die höher bezahlten Angestellten bestehenden Gefahr sehr wenig oder gar nichts. Denn den höheren Einnahmen stehen erhöhte Ausgaben gegenüber. Tatsächlich kann sich der Privatangestellte mit dem Einkommen von unter 5000 M. in besserer Lage befinden als der mit über 5000 M. Einkommen, weil dieser größere Opfer für Kindererziehung, Lebenshaltung, Miete, Steuern usw. vor allem in Großstädten zu bringen hat. Vom Standpunkte der Angestelltenversicherung aber ist es durchaus unrichtig, die höher bezahlten Angestellten nicht der Versicherung einzugliedern, die der Erhaltung und Förderung des ganzen Standes gilt; auch vom finanziellen Standpunkt aus ist ein solches Verfahren zu verwerfen. Nach der Begründung handelt es sich um die Beiträge von 24 312 Privatangestellten.

Eine Befreiung von der Versicherungspflicht soll für Beamte des Reichs, der Bundesstaaten, Gemeinden usw. nicht eintreten, sofern diese Beamten auf Privatdienstvertrag angestellt sind, ohne eine Pensionsberechtigung nach den Sätzen dieses Gesetzes gewährleistet zu erhalten.

Daß die Leistungen, die der künftige Entwurf vorsieht, zu niedrig sind, ist in den Spalten dieses Blattes wiederholt mit Recht betont worden. Da die Ursache nur in der Herabsetzung der Beiträge gegenüber denen der 2. Denkschrift zu suchen ist, so ergibt sich die Notwendigkeit, die Beiträge zu erhöhen. Mit niedrigen Beiträgen sich einverstanden erklären, aber höhere Leistungen fordern, führt nicht zum Ziele. Die Siebener-Kommission schlägt deshalb eine Erhöhung der Beiträge vor.

Gehaltsklasse A . . .	2 M.	Gehaltsklasse E . . .	11 M.
„ B . . .	4 „	„ F . . .	15 „
„ C . . .	6 „	„ G . . .	18 „
„ D . . .	8 „	„ H . . .	28 „
Gehaltsklasse J . . .	80 M.		

Diese höheren Beiträge führen eine angemessene Erhöhung der Leistungen herbei.

Eine Erweiterung der Leistungen schlägt die Kommission für die Waisenrente des § 29 vor. § 29 lautet:

„Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemanns, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter achtzehn Jahren Waisenrente und dem Manne Witwenrente zu, solange sie bedürftig sind. Für die Waisenrenten gilt dies auch, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand.“

Diese Bestimmung gehört in die Reihe derer, die Sonderleistungen für weibliche Personen festsetzen, um ein Äquivalent dafür zu schaffen, daß Witwenrente überhaupt nicht und Waisenrenten in vielen Fällen bei ihrer Versicherung nicht in Betracht kommt. Es ist der Siebener-Kommission zuzustimmen, wenn sie in einer Eingabe an den Bundesrat vorschlägt, in diesem Falle auch dann Waisenrente zu gewähren, wenn der vermittelte Vater dieser Waisen nicht bedürftig ist. Durch den Tod einer Ehefrau, die den Unterhalt der Familie überwiegend bestritten hat, entstehen dem Witwer eine ganze Reihe von Mehrausgaben; eine Erziehungsbeihilfe in der Gestalt der Waisenrente wird solchen Witvern eine große Erleichterung sein, die im Sinne dieses Gesetzes nicht als bedürftig angesehen werden können. Die größere Belastung der Versicherung daraus fällt kaum ins Gewicht.

Als Beitragsmonate, was die Erhaltung der Anwartschaft anbelangt, müssen auch die Kalendermonate gelten, in denen der Versicherte nachweislich stellenlos gewesen ist. Der Siebener-Ausschuß will das ausdrücklich auch im Wortlaut des Entwurfs zum Ausdruck gebracht wissen.

Die Zulässigkeit von Beitragserstattungen schafft für Versicherte, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, die Versuchung, die Vorteile der Versicherung aufzugeben, anstatt von der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der bis dahin erworbenen Anwartschaft durch Zahlung

einer Anerkennungsgebühr Gebrauch zu machen, die § 15 des Entwurfs ermöglicht. Der Gesetzentwurf schlägt sie vor in den Fällen des § 63 und 64 beim Ausscheiden einer weiblichen Versicherten aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung infolge Verheiratung und wenn nach dem Ausscheiden eine ähnliche Tätigkeit, wie die Tätigkeit der im § 1 genannten Personen, auf eigene Rechnung ausgeübt werden soll. Schon heute treten uns leichtsinnige Etablierungen entgegen; die Aussicht auf ein kleines Anfangskapital würde aber ihre Zahl vermehren; auch die Verheiratung würde weibliche Personen verleiten, den Schutz der Versicherung sehr oft leichtsinnig aufzugeben. Der Gesetzgeber würde also m. E. im Interesse der Versicherten handeln, wenn er die Versicherten in solche Versuchung zur Aufgabe der Vorteile der Versicherung überhaupt nicht bringt, m. a. W. wenn er die Erstattung der Beiträge in den Fällen der §§ 63 und 64 streicht. Dem Verlangen des Siebener-Ausschusses, die Leibrente des § 65 auch in der Form der aufgeschobenen zu gewähren, die zu einem beliebig zu wählenden Termin eintritt, kann man gern zustimmen.

Die Selbstverwaltung innerhalb der Angestelltenversicherung ist in den Vorschlägen der Siebener-Kommission erweitert. Sie verlangt mit vollem Recht, daß auf Verlangen des Verwaltungsausschusses der Verwaltungsrat einberufen werden muß. Der Verwaltungsausschuß ist das Aufsichtsorgan, durch das sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung der Versicherung beteiligen. Auch die Erfüllung des anderen Wunsches der Kommission ist unbedingt zu fordern, daß die Anlage des Vermögens von der Zustimmung des Verwaltungsausschusses abhängig gemacht wird.

Das sind Mindestforderungen, die die Regierung unbedingt gewähren muß.

Weibliche Personen sind nach dem Entwurf in die Rentenausschüsse nicht wählbar. Mit Recht hat die Kommission zu diesem Punkte ausgeführt: „Wenn die weiblichen Angestellten in den Verwaltungsrat gewählt werden dürfen, dann steht ihrer Entsendung in die Rentenausschüsse erst recht nichts im Wege.“

Der Bundesrat soll ersucht werden, die Versicherungspflicht alsbald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf Trichinen- und Fleischbeschauer auszuweiten, die diese Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben.

Endlich soll den bestehenden Pensionskassen der Berufsverbände ermöglicht werden, auf ihren Wunsch eine Übernahme dieser Kassen durch die Reichsversicherungsanstalt mit Zustimmung des Bundesrats herbeizuführen.

Der Hauptausschuß hat in seiner Sitzung vom 18. Februar 1911 im allgemeinen die Beschlüsse der Siebener-Kommission bestätigt, doch ist er in einigen Punkten noch über sie hinausgegangen.

Um Mißverständnisse über den Umfang der Versicherungspflicht zu vermeiden, sollen nach seinen Vorschlägen die Techniker und die Bureauangestellten und Lehrlinge im Gesetzestext ausdrücklich genannt werden. Ferner sollen außer selbständigen Trichinen- und Fleischbeschauern auch Lehrer, Erzieher und Krankenpfleger, sofern sie ihre Tätigkeit auf eigene Rechnung ausüben, in die Versicherungspflicht einbezogen werden. Eine Rückvergütung von Beiträgen soll unter keinen Umständen stattfinden (§ 64). Für eine Übergangszeit von 5 Jahren sollen bei dem Erlöschen der Versicherung dem Versicherten oder seinen Hinterbliebenen die für ihn eingezahlten Beiträge ohne Zinsen zurückerstattet werden. Die Zustimmung des Verwaltungsausschusses soll nicht nur erforderlich sein bei Anlage des Vermögens, sondern auch bei Anstellung von Beamten. Ferner soll die Selbstverwaltung auch dadurch noch zur Geltung kommen, daß der Verwaltungsrat die Wahl seines Vorsitzenden selbst vornimmt.

Werden diese Forderungen von Regierung und Reichstag erfüllt, so ist die Bahn für die Einführung einer Angestelltenversicherung frei, wenn auch hier das Wort in Geltung bleibt: daß das Leben nur ein Kompromiß zwischen unseren Wünschen und den bestehenden Widerständen ist. Bauen wir vorerst einmal das Haus — wohnlicher können wir es später gestalten!

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Für die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in den Ortskrankenkassen lag ein Kompromißantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Zentrums, der Nationalliberalen, Konservativen und Freikonservativen vor, der im allgemeinen die Regierungsvorlage wieder herstellen will und im wesentlichen folgenden Inhalt hat:

Die Stellen der Beamten werden durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstände besetzt. Einigen sich die Gruppen nicht, so kann die Anstellung mit über Zweidrittelmehrheit beschlossen

werden, der Beschluß bedarf jedoch der Bestätigung des Versicherungsamts. Diese darf nur verweigert werden, wenn dem Vorgelegenen die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte, oder Fähigkeit fehlt. Kommt kein Anstellungsbeschluß zustande oder wird die Bestätigung verweigert, so bestellt das Versicherungsamt auf Kosten der Kasse widerruflich die für die Geschäfte der Stelle erforderlichen Personen. In ähnlicher Weise ist Entlassung und Kündigung der Angestellten geregelt.

Angestellte, die ihre dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Vorsitzende des Vorstandes, nachdem ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, sofort zu entlassen; die Entlassung bedarf der Genehmigung durch den Vorsitzenden des Versicherungsamts. Eine religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung.

Für die Angestellten wird mit Genehmigung des Oberversicherungsamts eine Dienstordnung aufgestellt, welche den Nachweis der sachlichen Befähigung, die Zahl der Beamten, Kündigung und Entlassung, Gehalt, Alterszulagen, Voraussetzungen der Beförderung usw. regelt. Auch zum Erlasse dieser Dienstordnung bedarf es der übereinstimmenden Gruppenmehrheiten im Vorstand. Eventuell wird sie vom Oberversicherungsamt erlassen. Ebenso sollen schließlich Satzungsänderungen nur mit übereinstimmenden Gruppenmehrheiten beschlossen werden können. Letztere Bestimmung gilt jedoch nicht für Änderung der Kassenleistungen, sofern diese nicht eine Erhöhung der Beiträge über $\frac{4}{5}$ bezüglich $\frac{6}{5}$ nach §§ 418 und 419 erforderlich machen.

Diese Kompromißbestimmungen, die die §§ 356 bis 363b unter Einhaltung eines neuen § 356a betreffen, wurden nach längerer Debatte angenommen mit der Maßgabe, daß sie nicht nur für die Ortskrankenkassen, sondern für alle Krankenkassen, insbesondere also auch für die Betriebskrankenkassen zu gelten haben.

— Darauf wurde in die Beratung der Arztfrage eingetreten. Hierzu liegt von denselben Parteien ebenfalls ein Kompromißantrag vor, die §§ 377 bis 401 betreffend. Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Antrags sind folgende:

Das System der freien Arztwahl und der Kassenärzte bleibt als gleichberechtigt nebeneinander bestehen; es wird jedoch für das System der freien Arztwahl insofern eine Begünstigung geschaffen, als bei den einzelnen Kassen der Übergang vom Kassenarztsystem zu dem der freien Arztwahl nicht, wie im umgekehrten Falle, an erschwerten Voraussetzungen geknüpft wird. Die Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen soll der freien Vereinbarung überlassen bleiben, wobei die Ärzte sich durch ihre Vereinigungen oder Verbände vertreten lassen können. Dabei kann die Bildung von Einigungsausschüssen allgemein oder für den einzelnen Fall vereinbart werden, die je zur Hälfte von den Vertretern der Kasse und der Ärzte gewählt werden. Die Versammlungen über den Abschluß der Verträge sollen in ein möglichst frühzeitiges Stadium vor Ablauf der bestehenden Verträge verlegt werden, um nicht die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder durch eine im letzten Augenblick erfolgende Kündigung zu gefährden, andererseits aber auch die Ärzte vor Überraschung zu schützen. Deshalb ist eine sechsmonatige Frist für die Kündigung bestehender Verträge vorgesehen. Die ersten vier Monate nach der Kündigung sind den freien Einigungsversuchen überlassen. Sind diese erfolglos, so muß spätestens zwei Monate vor Ablauf des Vertrags von der Kasse oder an deren Stelle vom Oberversicherungsamt das Schiedsgericht angerufen werden. Das Schiedsamt setzt sich zusammen aus dem Direktor und zwei Mitgliedern des Oberversicherungsamts — eventuell kann an Stelle eines Mitglieds der Vorsitzende des für die Kasse zuständigen Versicherungsamts treten — und je vier im Bezirke des Oberversicherungsamts gewählten Vertretern der Ärzte und der Kassen. Es ist beschlußfähig, wenn außer den beamteten Mitgliedern je zwei Arzt- und Kassenvertreter erschienen sind. Ausnahmsweise können für den einzelnen Streitfall die Parteien selbst ihre Vertreter für das Schiedsamt wählen. Das Schiedsamt fällt, wenn vor ihm keine Einigung erzielt wird, einen Schiedsspruch, durch den die Bedingungen festgelegt werden, die für einen Vertrag der Kasse mit den Ärzten als angemessen gelten. Er kann die Höhe des Honorars, die Art seiner Gewährung, insbesondere aber auch das angemessene erscheinende Arztsystem festlegen. Der Schiedsspruch bindet die Parteien nicht, hat aber die Wirkung, daß jeder Arzt im Bereich der Kasse zu den Bedingungen des Schiedsspruchs mit der Kasse einen Vertrag abschließen kann, ohne Gefahr, dieserhalb von der zuständigen ärztlichen Organisation ehrenrührig verfolgt zu werden oder eine etwa vereinbarte Konventionalstrafe zu verwirken. Dahingehende Vereinbarungen sind nichtig, ebenso solche, die es verwehren, das Schiedsamt anzurufen, vor ihm zu verhandeln, als Vertreter am Schiedsamt teilzunehmen oder sich an den Wahlen zu beteiligen.

Gelingt es der Kasse auch nach dem Schiedsspruch nicht, genug Ärzte zu finden zu den vom Schiedsamt festgesetzten Bedingungen, und wird dadurch die ärztliche Versorgung der Mitglieder ernstlich gefährdet, so kann das Oberversicherungsamt die Kasse ermächtigen, statt der freien ärztlichen Behandlung zwei Drittel des durchschnittlichen Krankengeldes zu gewähren. Daneben verbleibt dem Oberversicherungsamt die

bisher der Aufsichtsbehörde zustehende Befugnis, bei ungenügender ärztlicher Versorgung auf Abhilfe zu bringen und eventuell selbst die Anstellung weiterer Ärzte herbeizuführen.

Zum Schutze der Kassenärzte gegen Willkür der Kassenorgane ist vorgesehen, daß die Krankenkasse nur aus einem wichtigen Grunde die Verlängerung eines auf bestimmte Zeit geschlossenen Vertrags ablehnen oder von dem Rechte Gebrauch machen kann, einen auf unbestimmte Zeit geschlossenen Vertrag unter Einhaltung der vertragsmäßigen Kündigungsfrist zu kündigen. Als wichtiger Grund soll immer der Übergang vom Kassenarztsystem zur freien Arztwahl gelten und ferner die Möglichkeit für die Kasse, mit einer genügenden Anzahl von Ärzten zu günstigeren Bedingungen einen Vertrag abzuschließen. In diesem Falle haben jedoch die alten Ärzte das Vorrecht, zu denselben Bedingungen die Behandlung zu übernehmen.

Ein Beschluß ist dazu noch nicht gefaßt.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der paritätische Facharbeitsnachweis für das Berliner Gastwirts-gewerbe.

Wir haben wiederholt über die leider bisher ergebnislosen Versuche berichtet, die vom Verband Deutscher Arbeitsnachweise gemacht wurden, um in Berlin einen paritätisch verwalteten Arbeitsnachweis zustande zu bringen. Immer wieder scheiterte der Erfolg an der Zerrissenheit der Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, sodann aber vor allem an dem Widerstande der Arbeitgeber, die sich auch weigerten, zu den Unkosten beizutragen. Darin ist jetzt eine Wendung eingetreten. Die Arbeitsnachweis-Konferenz (Sp. 565 ff.), die am 21. Januar auf Anregung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise in Berlin zusammentrat, wählte bekanntlich einen gleichzeitig zusammengefügten Ausschuß, dem die Aufgabe zufällt, für die Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise für das Gastwirtsgewerbe tätig zu sein. Dieser Ausschuß hat unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Rat-Essen am 28. Februar und 1. März seine erste Sitzung abgehalten. Zu den Verhandlungen am zweiten Tage waren die Vertreter der maßgebenden gastwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen hinzugezogen. Es wurde eine vollständige Einmütigkeit darüber festgestellt, daß trotz der nicht zu verkennenden besonders schwierigen Verhältnisse in Berlin ein gemeinsames Vorgehen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände im Interesse aller Beteiligten dringend geboten und durchaus möglich sei; daß die Gründung eines paritätischen Facharbeitsnachweises aber auch insofern von großer Bedeutung sei, als Berlin vorbildlich für das ganze Reich wirken könne und müsse. Es soll nun zunächst unter Mithilfe des Ausschusses und des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise versucht werden, eine Verständigung der beiderseitigen Vereine anzufairen.

Damit ist diese Frage für Berlin von neuem in Fluß gekommen und zwar diesmal mit erheblich größerer Aussicht auf Erfolg, da die berufenen Vertreter der Gastwirtsvereine die Verpflichtung auf sich genommen haben, in ihren Mitgliederkreisen die Sache nach Möglichkeit zu fördern, während sie früher ausgesprochene Gegner waren.

Am 8. März hielt der Verein Berliner Gastwirte eine Versammlung ab, in der er sich gleichfalls mit der Frage der gleichseitigen Arbeitsnachweise befaßte. Der Präsident des deutschen Gastwirtsverbandes erklärte es für auch im Interesse der Gastwirte gelegen, die gewerbmäßige Stellenvermittlung auszuscheiden; in Berlin sei aber die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises an den hohen pekuniären Anforderungen an die Gastwirtsvereine gescheitert. Die Gehilfenorganisationen hätten 14 000 M. beitragen wollen, während die Stadt Berlin nur 5000 M. beitragen wolle; 82 500 M. seien aber erforderlich, und die Gastwirtsvereine könnten nicht die fehlenden 13 600 M. aufbringen, zumal viele Gastwirte nicht organisiert seien. Ein Debatteredner wünschte von der Stadt ebenfalls 14 000 M. Beitrag, wie er von den Rellern geleistet werden solle, und verwies auf das Entgegenkommen der Stadt Stuttgart, welche den Gastwirtsvereinen einen Beitrag von nur 100 M. auferlegt habe. Ein anderer Redner hielt den gleichseitigen Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe für grundsätzlich verfehlt.

Streitfragen aus dem Stellenvermittlergesetz. Unter dieser Überschrift wirft Rat Dr. Vint-Lübeck in Nr. 4 der Deutschen Juristen-Zeitung (25. Februar 1911) die Frage auf, ob die nach dem neuen Stellenvermittlergesetz erforderliche Erlaubnis nur für einen bestimmten Ort oder Bezirk erteilt werden kann und ob der Stellenvermittler strafbar ist, wenn er von seinem Niederlassungs-ort zwischen Personen in anderen Bezirken vermittelt. Er verneint diese Fragen, indem er ausführt:

Wollte man diese Frage bejahen, so würde jedem Stellenvermittler von vornherein ein bestimmter Bezirk überwiesen werden müssen, ein

Bezirk, der natürlich für die einzelnen Berufszweige je nach ihren Verhältnissen festzusetzen wäre. Eine solche Abgrenzung ist aber weder im Gesetz noch in den Ausführungsbestimmungen vorgesehen. In der Tat ist diese Beschränkung den gewerblichen Vermittlern nicht auferlegt, bei dem ständigen Fluktuieren eines großen Teils unserer Bevölkerung und bei der weitgehenden Arbeitsteilung in der modernen Wirtschaft ist auch eine auf einen bestimmten Ort oder Bezirk beschränkte Arbeitsvermittlung nicht denkbar. Es hieße der gewerblichen Stellenvermittlung eine weitere Tätigkeit gestatten, ihr eine erzieherische Betätigung aber von vornherein unmöglich machen, hätte man die Tätigkeit des Vermittlers auf einen Ort oder wirtschaftlichen Bezirk beschränken wollen. Tatsächlich ergibt sich eine solche Beschränkung nicht aus dem Gesetz. Damit erledigt sich auch die Frage, ob die konzessionierende Behörde befugt sei, nach ihrem Belieben die Konzession für einen bestimmten Ort oder Bezirk oder für das Gebiet des ganzen Reiches zu erteilen; die an einem Ort erteilte Erlaubnis gestattet dem Vermittler, seine Tätigkeit über das ganze Reich zu erstrecken.

Zum Schluß wird ausgeführt, daß hiermit allerdings Umgehungen des Gesetzes leicht möglich seien; die den Landeszentralbehörden im § 8 des Gesetzes gegebene Befugnis, den gewerblichen Stellenvermittlern weitere Beschränkungen aufzuerlegen, würde aber auf einfachem und schnellem Wege ein Einschreiten gegen solche Umgehungen ermöglichen.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege hielt am 20. und 21. Februar seine 15. Hauptversammlung in Berlin ab. In seiner Eröffnungsansprache konnte der Vorsitzende, Wirtl. Geh. Rat Thiel, mit besonderer Genugtuung auf die große Teilnahme der Reichs- und Staatsbehörden, der landwirtschaftlichen, genossenschaftlichen, sozialen und volkswirtschaftlichen Vereine hinweisen, die offizielle Vertreter entsandt hatten, ein Zeichen, daß die Bestrebungen des Vereins in den weitesten Kreisen Anerkennung finden. Nach dem von Prof. Sohnhrey erstatteten Geschäftsbericht beträgt die Mitgliederzahl des Hauptvereins und seiner Abteilungen etwa 12 000. Der Verein entfaltet eine reiche literarische Tätigkeit durch die Zeitschriften „Das Land“ sowie das „Archiv für innere Kolonisation“ und „Die Dorfkirche“. Er hat ferner eine Austunftsstelle für bäuerliche Ansiedlungen eingerichtet, er regte die Schaffung von Wander-Kunstausstellungen für das Land an und suchte namentlich die Lehrerschaft für seine Bestrebungen zu gewinnen. Die sich anschließenden Vorträge betrafen u. a. auch die Frage der inneren Kolonisation. Oberpfarrer Jähde, Kirchhain, sprach über einen durchaus ermunternden Versuch, kirchlichen Grund und Boden zu Ansiedlerzwecken zu benutzen. Solche Ansiedlungen sind gleichzeitig in Rohlów bei Neppen für ländliche und in Kirchhain in der Niederlausitz für industrielle Arbeiter gemacht worden. In letzterem Orte wurde die erste Kolonie von 18 Ansiedlerstellen innerhalb 16 Monaten besetzt, so daß die Eröffnung einer zweiten Kolonie bereits in Aussicht genommen werden mußte. Über den Schriftenbetrieb auf dem Lande berichtete Pastor Franke-Wesfahlen. Indem man gleichfalls das Kolportagewesen aufnahm, das zur Verbreitung von Schulnliteratur auf dem Lande leider sehr in Blüte steht, suchte man gute Broschüren, namentlich Volkskalender abzugeben. Ein anderes gleichfalls sehr wichtiges Thema, die Körperpflege der ländlichen Jugend, behandelte der Landrat des Kreises Schmalkalden, Dr. Hagen, der gerade in seinem Kreise seit Jahren für diese Sache wirkt. So können z. B. die Schulkinder von 45 % der Landgemeinden des Kreises in einem Schulbrausebad baden. In 75 % der Landschulen steht neben dem Turnplatz ein Spielplatz zur Verfügung. Fast in allen Schulen ist ein als Spielleiter ausgebildeter Lehrer vorhanden. In den Landgemeinden des Kreises gehören jetzt 85 % der Jugend zwischen Schulanfänger und Militärpflicht irgend welchen Körperpflegevereinen an.

Die Gründung eines Krankenpflegeheims, um dem Pflegepersonal die Möglichkeit zum Ausruhen in ihrer dienstfreien Zeit zu bieten, plant der Verband der deutschen Krankenpfleger und Pflegerinnen (christliche Gewerkschaft). Er verbreitet einen Aufruf, um die notwendigen Mittel zu gewinnen, der von einer Reihe hervorragender Personen unterzeichnet ist. Leider sind die Mittel bisher nur spärlich geflossen. Der Verband weist daher in einem erneuten Aufruf darauf hin, wie viel mehr in England in dieser Beziehung geschieht. Dort stiftete seiner Zeit ein Ökonom 10 Millionen M. zur Gründung des „Henriette Home“, das den Pflegerinnen in ihrer dienstfreien Zeit alle Möglichkeiten zu guter Erholung bietet.

Eine Art Gewinnbeteiligung beim Theaterbetrieb ist nach dem „Moniteur des Syndicats“ bei dem besonders sozial geleiteten

Théâtre du Châtelet durch den Direktor Fontanes eingeführt. Für das gesamte Personal, von den Künstlern bis zu den Theaterarbeitern aller Art, werden im Jahre eine bestimmte Anzahl Benefizvorstellungen veranstaltet. Zum Zwecke der Verteilung und Kontrolle der Einnahmen ist aus dem gesamten Personal eine Art Genossenschaft gebildet. An einem bestimmten Tage im Jahre gelangen die Einnahmen an die Mitglieder der Genossenschaft zur Verteilung. Die Anteile, die auf das einzelne Mitglied fallen, steigern sich in beständigem Verhältnis je nach der Länge der Dienstzeit.

Spalierobst an Fabrikmanern. Mehr und mehr macht sich in gemeinnützig denkenden Industriezweigen das Bestreben geltend, dem Arbeiter Gelegenheit zu landwirtschaftlicher Betätigung in der Freizeit zu bieten. Besonders ist man neuerdings im Hannoverschen und in den Rheinländern bemüht um die Pflege und Verbreitung der Bienen- und Geflügelzucht sowie der Schweinehaltung. Einen weiteren Vorschlag in dieser Richtung macht Major v. Spitzel im Februarheft der „Sozialen Kultur“, nämlich die nach hunderttausenden Quadratmetern zählenden freien Wand- und Mauersflächen der Schuppen, Hallen, Fabrikgebäude, Arbeiter- und Beamtenhäuser sowie der Einfriedigungen aller Art der Obst- und Spalierzucht dienstbar zu machen. Unter Zugrundelegung eines Ertragswertes von 1 bis 8 M für 1 spalierbezogenes Quadratmeter würden sich enorme Gewinne erzielen lassen, die direkt dem Arbeiter und der deutschen Landwirtschaft zugute kämen, welche heute den Bedarf an Obst im eigenen Lande bei weitem noch nicht zu decken weiß, was die jährliche Einfuhr in Werthöhe von 200 bis 800 Millionen Mark schlagend dartut. Um vorbildlich für eine solche Flächenumzuung zu wirken, scheint es empfehlenswert, geeignete Gebäude öffentlichen Charakters mit solchem Spalierobst zu bepflanzen. In Frage kämen hier beispielsweise: Schulen, Seminare, Lazarette, Sanatorien, Waisenhäuser, Klöster, Pfarrhöfe und vor allem auch die Kasernen.

Altiengesellschaft für Kinderpeisung in Dänemark. Die österreichische Zeitschrift für Kinderzucht und Jugendfürsorge berichtet von einem eigenartigen Unternehmen der Wohlfahrtspflege, das einerseits darauf hingtelt, Geld zu beschaffen, andererseits aber auch bezweckt, einen persönlichen Zusammenhang zwischen den Geldgebern und ihren Schülern herzustellen. Die Altiengesellschaft für Kinderpeisung will das Elend lindern, unter welchem die Kinder insbesondere der großen Masse Arbeitsloser leiden, wofür aber die bestehenden Fürsorgeeinrichtungen keineswegs ausreichen. Durch den Ankauf einer „Altie“ zu 20 K., welche auch von mehreren Personen gemeinsam erworben werden kann, wird ein armes Kind durch 80 Tage mit vorzüglicher und reichlicher Kost versehen. Die Speisung dieser „Altiensinder“ ist in der Weise geregelt, daß der Vorstand der Gesellschaft zunächst Anwartschaftscheine auf freie Verpflegung in allen Volksschulen verteilen läßt, wobei vor allem auf die ärmsten, dann aber auch auf die würdigsten Schulkinder Rücksicht genommen wird; sodann werden dem Klassenlehrer die betreffenden „Altiensclern“ bekanntgegeben, welchen derselbe Namen und Alter ihres „Altiensindes“ nebst Namen und Wohnungsadresse der Eltern schriftlich mitteilt. So erlangen die Altiensclern Kenntnis über die Verwendung ihrer Einzahlungen zum Wohle der ärmsten Kinder; dieselben werden aber auch mit den Schülern selbst direkt bekannt und sind in der Lage, unter Umständen auch noch in anderer Form Einfluß auf deren Zukunft zu gewinnen. Die Verwirklichung dieser neuartigen Idee war bisher von den besten Erfolgen begleitet; es wurden in kurzer Zeit so viele Anteile gezeichnet, daß alsbald 500 arme Schulkinder beschäftigt werden konnten. Die „Altiensclern“ gehören allen Gesellschaftsschichten und Altersklassen an, und es haben sich auch zahlreiche Gruppen zur Auspeisung mehrerer Schulkinder zusammengefunden.

Volkszerziehung.

Soziale Arbeit in Studentenkreisen.

Von Dr. Otto Mareš (M. Gladbach).

Nachdem schon einmal in diesen Blättern¹⁾ Dr. Paul Dienstag (Charlottenburg) über „Soziale Tendenzen im deutschen Studentenleben“ berichtet haben konnte, sei dem Verfasser dieser Zeilen gestattet, über die Weiterentwicklung der sozialstudentischen Bewegung einiges hinzuzufügen.

Die Grundgedanken, die zu dem Bestreben geführt haben, Studenten sozial zu interessieren, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Man hat oft genug über das mangelnde soziale Verständnis in den Kreisen der Gebildeten geklagt. Wollte man der Schwierigkeiten, die Sozialpolitik und Sozialpädagogik in unserer Entwicklungsperiode zu lösen haben, Herr werden, so mußte soziale Erziehung schon bei der werdenden Generation einsetzen. Es bedurfte der Bildung einer sozialen öffentlichen Meinung und der Schulung einer wachsenden Anzahl von Mitarbeitern auf praktisch sozialem Gebiet aus den Kreisen der Intellektuellen.

Den Weg hierzu boten theoretische Aufklärung, Anschauungsunterricht und praktische Mitarbeit auf sozialem Gebiete.

Theoretische Aufklärung der Studentenschaft wird von den Hochschulen durch Vorlesungen, seminaristische Übungen und Bibliotheksbenützung vermittelt. Ergänzend treten hier für Studenten die sozialwissenschaftlichen Vortragsvereine, sozialkaritativen Vereinigungen und sozialen Studienzirkel ein, die bereits an einer großen Anzahl deutscher Universitäten bestehen. Teils interkonfessionell, teils konfessionell organisiert, suchen sie durch Vorträge von Theoretikern und Praktikern das Interesse der studentischen Kreise für soziale Fragen zu wecken, beziehungsweise zu fördern. Ihnen zur Seite treten die anderen studentischen Organisationen, die soziale Erziehung als Einzelpunkt eines allgemeineren Programms aufgestellt haben. So arbeiten die Freistudentenschaften in ihren Abteilungen für Volkswirtschaft oder durch allgemeine, größere Vortragsabende emsig auf diesem Gebiete. Unter den Korporationen sind die Vereine deutscher Studenten, die Burschenschaften und die katholischen Verbindungen zu nennen, die in den letzten Jahren immer mehr sozialstaatsbürgerliche Themen in ihr Bildungsprogramm aufnehmen und in mündlichen Referaten oder in Aufsätzen der Verbandszeitschriften behandeln.

Anschauungsunterricht bieten vor allem Exkursionen und Studienreisen. Handels- und technische Hochschulen veranstalten solche für ihre besonderen Zwecke. Unter dem Gesichtspunkte sozialer Erziehung widmen sich die sozialwissenschaftlichen Vereinigungen, einzelne Korporationen, die Exkursionsämter der Freistudentenschaft und die vom „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ gegründeten 163 „Sozialen Ferienvereinigungen“ immer intensiver der Pflege des Besichtigungswezens. Dem Vorbilde der von der Freistudentenschaft im Sommer 1910 veranstalteten Englandreise folgend, können auch Korporationsverbände, vielleicht die Hochschulen selbst, Wandervfahrten zur sozialen Belehrung organisieren, wie dies von der Wiener Universität bereits zu allgemeineren Bildungszwecken geschieht. Anschauungsunterricht im weitem Sinne kann auch durch Förderung des Besuchs sozialer Sitzungen, Versammlungen und Kongresse seitens der Hochschulen und der beteiligten Kreise geleistet werden. Auch ist zu empfehlen, zu Enqueten und sozialwissenschaftlichen Erhebungsarbeiten in weiterem Maße als bisher Studenten aller Fächer, nicht bloß Nationalökonom, heranzuziehen. Ähnliche Bedeutung hatte die Mitarbeit der Studenten bei der letzten Volkszählung. Eine glückliche Vereinigung von theoretischer Aufklärung und konkreter Anschauung bilden die vom „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ veranstalteten „Gemeinschaftsarbeiten“. Es werden dabei etwa 10 Studenten zehn Tage lang in einem großstädtischen Gesellenhause untergebracht, hören Vorträge von sozialen Praktikern, nehmen an Besichtigungen teil und verkehren in den freien Stunden mit den Gefellen. Das Experiment, das bisher in Köln, Düsseldorf, München und Stuttgart, im ganzen zehnmal durchgeführt wurde, hat eine starke soziale Interessierung der Teilnehmer hervorgebracht.

Den besten Anschauungsunterricht bildet die praktische soziale Mitarbeit. Studentisches Arbeitsgebiet in dieser Beziehung sind die Volksbildungsbestrebungen der Arbeiterunterrichtskurse, in denen gegenwärtig an 25 Hochschulen Deutschlands rund 9000 Handarbeitende Elementarunterricht von Studenten erhalten. Diese Kurse finden während der Ferien ihre Fortsetzung in den Heimatkübeln der Studenten; in den Herbstferien 1910 wurden an 40 Orten etwa 2500 Arbeiter unterrichtet. Ihre Wirksamkeit wurde durch Volksbildungsabende unterstützt, die im Anschlusse daran oder auch selbständig von Studenten abgehalten wurden. Auch Kunstausstellungen, von Studenten für Arbeiter veranstaltet, fanden in Münster i. W., Krefeld und Regensburg statt. Ein weiteres Feld der Betätigung ist die Mitarbeit in den Ständesvereinen: Arbeiter-, Gefellen-, Jugend- und Bauernvereinen. Dort ist das Bibliotheks- und Theaterwesen, die Leitung von Ausflügen, Turnieren, Gesangs- und Musikabteilungen sowie das Abhalten von Vorträgen Sache sozialbegeisterter Studenten. So haben die Vereine deutscher Studenten bei ihrem Verbandstage in Kelbra (4.—6. August 1910) die Mitarbeit an den Jugendausschüssen und Jugendbünden des „Deutschen Jugendverbandes“ beschlossen. Auch für karitative Betätigung in Armenpflege, Waisenzarbit sowie für die Mitarbeit bei den Jugendgerichten als Jugendhelfer kommen Studenten und Studentinnen in Betracht. Das Ideal wäre in mancher Beziehung die Settlementsarbeit, wie sie seit einem halben Jahrhundert in England geübt wird. In ihrem Ebenbilde auf deutschem Boden, den Volksheimen, scheint die studentische Mitarbeit noch nicht durchgebrungen zu sein. Bei der „Reisendarbeit“, durch welche das „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ zur Sett-

¹⁾ XVIII. Jahrg. Nr. 42.

lementsarbeit stufenweise gelangen will, wird ein Student einen Monat lang während der Ferien an einer sozialen Zentralstelle als Mitarbeiter beschäftigt. Sie wurde in den Herbstferien 1910 in 25 Fällen im Anschluß an Arbeitersekretariate, Gefellenhäuser, Gewerkschaftsbüros, Industriefarren, an je ein Sekretariat der Jugendvereine, Fürsorgehaus, Obdachloshaus, Lehrlingshaus, Frauenwirtschaftshaus, eine ländliche Krankenpflegestation, Volksbibliothek, Gefangenenfürsorge durchgeführt.

Der Gesamtzweck dieser Kleinarbeit, das Heranziehen einer sozial denkenden und handelnden Generation, die vor den sozial-reformatorischen Aufgaben nicht zurückweicht und für sie vorgeschult ist, kann nur erreicht werden, wenn wenigstens eine starke Minderheit in der neuen Gesinnung Herangewachsener ihr akademisches Wissen in den Dienst der Gesamtheit stellt. Was in der katholischen Volksgruppe das „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ leistet, muß auch in anderen Gruppen gesucht werden. Das mehrfach erwähnte Sekretariat²⁾ sucht die Interessierung ihm nahestehender Studentenkreise vor allem durch Organisation zahlreicher sozialer Arbeitsgelegenheiten zu fördern. Die von ihm gegründeten „Ferienvereinigungen“, die „Gemeinschafts-“ und „Reisenzarbeits“, die Volksbildungsabende, Kunstausstellungen und „heimatlichen Arbeiterkurse“, die vielfach auf seine Initiative zurückzuführen sind, und die Herstellung eines lebhaften Kontaktes mit dem Vereinswesen der eigenen Volksgruppe bieten ein weites soziales Wirkungsfeld für die Studentenschaft. Für die Besiedelung des Reichslandes werden die zahlreichen Propagandavorträge in Korporationen und Vereinigungen, die Zeitschrift „Soziale Studentenblätter“, die Broschürensammlung „Studentenbibliothek“, Flugblätter und Kellamarten. Im Herbst 1910 gab ein erster Jahresbericht die Übersicht über das bisher Geleistete. Für die semesterale Arbeiterunterrichtskurse befindet sich eine „Zentralstelle der akademischen Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands“ in Leipzig;³⁾ sonst aber fehlt es noch an Vermittlungs- und Propagandastellen für die soziale Erziehung der akademischen Jugend. Ihre Errichtung wäre ein wichtiger Schritt auf dem weiteren Wege der sozialistischen Bewegung, die dann, aus den einzelnen Gruppen organisch hervorgewachsen, sicher auch große gemeinsame Arbeitsgebiete sich erschließen wird.

Volksgeundheit.

Die Ursachen der Invalidität lassen sich aus dem Berichte der Landesversicherungsanstalt Berlin für 1909 ersehen. Nach Geschlechtern und Berufen ergibt sich folgendes:

Berufsarten	Bei nebenstehenden Berufsarten kamen von 100 Invaliditätsursachen auf						
	Lungenkrankh. m. Bronchialatarrh	Davon Lungen-schwindsucht	Krankheiten der Nerven	Augenkrankheiten	Altersschwäche	Gefäßkrankheiten	Krankheiten der Knochen und Gelenke
Männliches Geschlecht.							
Metalle u. Masch.	26,0	20,0	28,5	1,3	4,0	16,5	10,5
Holz- u. Schnitzst.	29,4	19,4	18,3	2,1	4,0	17,8	11,1
Baugewerbe . . .	26,5	15,0	16,5	2,1	6,0	15,2	18,6
Dienstboten . . .	21,1	15,3	21,6	2,9	10,5	18,1	13,5
Berkehr	29,2	15,8	19,1	1,9	4,4	15,6	12,3
Handel	31,8	28,0	21,7	8,2	4,6	18,0	11,9
Überhaupt	27,6	18,7	20,1	2,3	4,9	15,5	12,2
Weibliches Geschlecht.							
Bekleidung	24,1	18,6	28,5	5,3	5,5	18,3	11,6
Dienstboten	12,7	6,8	16,9	8,7	7,5	21,6	18,4
Überhaupt	19,2	13,2	18,9	8,8	6,6	18,1	11,8

Nach dem Alter gesondert ergeben sich die folgenden Prozentzahlen von für invalid erklärten Personen:

Invaliditätsursachen	im Alter von Jahren:					
	20—24	25—29	30—34	35—39	40—44	45—49
Lungenkrankheiten mit Bronchialatarrh . . .	59	54	42	38	26	28
Nerventränkheiten . . .	11	21	29	34	28	27
Insgeamt die 5 Hauptursachen . . .	98	90	88	87	72	77
urursachen	91	92	82	78	65	70

²⁾ R. Gladbach, Sandstr. 5.

³⁾ Universität, Galerie der Wandelhalle.

Invaliditätsursachen	im Alter von Jahren:					überhaupt
	50—54	55—59	60—64	65—69	70 und mehr	
Lungenkrankheiten mit Bronchialatarrh . . .	26	21	19	17	15	28
Nerventränkheiten . . .	13	9	12	11	18	19
Insgeamt die 5 Hauptursachen . . .	20	20	14	8	4	20
urursachen	26	19	12	9	4	19
Insgeamt die 5 Hauptursachen . . .	75	77	76	70	62	78
urursachen	71	70	69	68	52	72

Aus diesen Zahlen geht die ungeheure Bedeutung der Lungenkrankheiten als Invaliditätsursache hinlänglich hervor; in der gleichen Richtung liegen die Angaben, welche der Textilarbeiterverband über die Todesursachen seiner Mitglieder im Jahre 1910 macht. Obwohl ihnen natürlich nur der Wert einer Stichprobe beigemessen werden kann, seien sie hier wiedergegeben, da umfassende Statistiken für einzelne Berufsgruppen fehlen:

Die Gesamtzahl der Todesfälle betrug 466. Die Ursachen waren: Lungenkrankheiten 180 mal, Schlag 88 mal, Herzkrankheiten 87 mal, Frauenkrankheiten und Entbindungsfolgen 29, Unfall 18, Selbstmord 17, Magenkrankheiten 16, Hals- und Atmungsorganen 15, Nerventränkheiten 11, Nierentränkheiten 8, Darmkrankheiten 6 mal usw.

Über das Todesalter unterrichtet folgende Übersicht:

unter 20 Jahr	26 = 5,5 %	51—55 Jahr	51 = 10,9 v. H.
21—25	52 = 11,1 %	56—60	28 = 6,0
26—30	44 = 9,4 %	61—65	22 = 4,7
31—35	60 = 12,8 %	66—70	10 = 2,1
36—40	51 = 10,9 %	71—75	11 = 2,3
41—45	45 = 9,8 %	76—80	2 = 0,4
46—50	41 = 8,7 %		

Die Hälfte der verstorbenen Mitglieder des genannten Verbandes hatte also kaum das Alter von 40 Jahren erreicht.

Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsverhütung. Die mannigfachen Vorschriften für den sanitären Arbeiterschutz, die entweder durch das Gesetz oder auch durch die Berufsgenossenschaften zur Vermeidung von Unfällen erlassen worden sind, können zu voller Wirksamkeit nur gelangen, wenn diese Einrichtungen von der Arbeiterschaft verstanden und gefördert werden und wenn der Arbeiter dadurch selbst mithilft, die Gefahren des Betriebs nach Möglichkeit einzuschränken. Alle Bestrebungen, die dahin zielen, die Arbeiterschaft zu dieser planmäßigen Mitwirkung heranzuziehen, verdienen daher wärmste Unterstützung. Es ist deshalb erfreulich, daß von einer kleinen Schrift des königlichen Gewerbeinspektors Dr. Adolf Bender, die diesem Zwecke dient, in kurzer Zeit bereits die 6. Auflage (24.—35. Tausend) vergriffen wurde, so daß demnächst die 7. Auflage nötig wird. Der kleine Leitfaden behandelt in übersichtlicher Form und in klarer, einfacher Sprache alles, was an Unfallverhütungsvorschriften besonders zu beachten ist. In dem 2. Abschnitt, der die Krankheitsverhütung behandelt, werden die wichtigsten Regeln der persönlichen Hygiene erörtert, so die Vorsicht bei der Berufswahl, die Fragen der Lüftung, Reinlichkeit, Ordnung, Alkoholismus. Die kleine Schrift dürfte sich namentlich zur Massenverbreitung durch Krankentafeln und Berufsgenossenschaften vorzüglich eignen, denen durch Befolgung der mitgeteilten Regeln seitens der Arbeiterschaft wesentliche Ersparnisse an Unfall- und Krankengeld entstehen würden.

Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. gibt seit einiger Zeit als Monatsbeilage zur „Sozial-Technik“ (Verlag von A. Seydel in Berlin) „Mitteilungen“ heraus, die vom Gewerbeinspektor Dr. Fischer-Berlin redigiert werden. Diese Mitteilungen enthalten in gedrängter, wohl geordneter Übersicht außer Originalartikeln insbesondere eine Bücher- und Zeitschriftenchau, die eine Fülle von Nachrichten bringt aus der Gesetzgebung, Verordnungen, Entscheidungen, gewerbehygienische Abhandlungen allgemeiner Art, Berichte aus der Gewerbeaufsicht über bauliche Einrichtung, Lüftung, Heizung, Feuerchutz, Luftverderbnis und Aufreinigung, Dampfessel, Motoren, maschinelle Einrichtungen, sanitäre Betriebsanrichtungen, Ausrüstung des Arbeiters, sowie aus den wichtigsten Industriezweigen (Bergbau, Metallgewinnung und Verarbeitung, Steine und Erden, Chemische Industrie, Sprengstoffe, Seifen, Fette, Ole, Gasgewinnung, Textilindustrie, Bekleidung und Reinigung, Papier- und polygraphische Gewerbe, Leder, Holz, Schußstoffe usw.); endlich werden noch Anwohnerchutz, Abwässer, Abfallstoffe usw. behandelt. Schon diese einfache Aufzählung der Ausgaben zeigt, wie reichhaltig der Inhalt des Blattes ist.

^{*)} Leitfaden für die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsverhütung. Berlin, Verlag A. Seydel, Königsgräber Str. 31. Preis 15 Pf. Bei Massenbezug bedeutende Ermäßigung.

Ein Museum für Volkshygiene in Köln a. Rh. wird im Laufe dieses Jahres eröffnet werden. Wie durch das Städtische Nachrichtenamt mitgeteilt wird, sollen in diesem Museum vor allem die sog. Stadthygiene zur Darstellung gelangen sowie die Fortschritte auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, z. B. Maßnahmen zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten, Einrichtung von Bädern, Heilanstalten u. ähnl. m. Das Museum soll aber auch zur persönlichen Hygiene anregen, indem es Kenntnisse über gesundheitliche Gefahren und ihre Verhütung verbreitet. Auf Grund der guten Erfahrungen, die bei den andern städtischen Museen in Köln gemacht worden sind, hat die städtische Verwaltung die Bildung eines Vereins zur Förderung des Museums für Volkshygiene angeregt. Dieser Verein soll nicht nur der Stadt helfen, das Museum weiter auszugestalten, sondern hat namentlich den Zweck, die Sammlungen für das allgemeine Wohl nutzbar zu machen und dem Museum Freunde und Besucher in allen Volksschichten zu gewinnen. Auf dieser Grundlage ist am 30. Januar 1911 auf Einladung der städtischen Verwaltung der Verein gegründet worden.

Eine Reichsanstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Österreich. Ein Teil der Mittel aus dem zum Jubiläum des österreichischen Kaisers gesammelten, für Jugendfürsorgezwecke bestimmten Fonds wird zur Errichtung einer Mutteranstalt für Mütter- und Säuglingsfürsorge in Wien verwandt werden, die Ende 1911 eröffnet werden soll. Die Anstalt wird in ähnlicher Weise organisiert wie das den gleichen Zwecken dienende Augusta-Viktoriahaus in Charlottenburg. Sie soll in erster Linie Lehranstalt sein, in zweiter Linie Wohlfahrtsanstalt enthalten, die jedoch dem Hauptzweck, der Lehranstalt, als Material nutzbar gemacht werden. Die Lehranstalt wird Berufskinderpflegerinnen ausbilden, ferner bereits geschulten Pflegerinnen, Hebammen und Ärzten als Fortbildungsinstitut auf dem speziellen Gebiet der Säuglingsfürsorge dienen. Eine Mutterschule für junge Mütter sowie Mütterberatungsstellen sollen die Kenntnisse der Säuglingspflege in weiteren Kreisen verbreiten. Die Wohlfahrtsanstalt bestehen in einer Krippe für ganz junge Kinder, einem kleineren Hort für ältere Kinder und einem Heim, in welchem obdachlose Mütter mit ihren Kindern Aufnahme finden. Auch eine Pflegenanstalt für kranke Säuglinge ist vorgesehen, in der auch Kinder bemittelter Eltern zu geeigneter Behandlung aufgenommen werden.

Die Bleivergiftung bei englischen Malergehilfen soll auf Anordnung des Home Secretary von zwei Ausschüssen bei Malerarbeiten an Gebäuden und bei Lackierarbeiten im Wagenbau untersucht werden. Die Ausschüsse setzen sich aus den Vorstehenden der Hauptarbeitgeber- und Arbeiterverbände des Malergewerbes, aus Vertretern großer Straßenbahn- und Eisenbahnbauwerkstätten und der Wagenbauerorganisation zusammen. Sir Godfrey Baring, Lord Henry Bentinck und der Amtsarzt für das Fabrikwesen, E. Collis, gehören beiden Ausschüssen zugleich an. Den Vorsitz führt Sir Ernest Hart. Ein früherer Unterausschuß (departmental committee) für Bleivergiftungsfragen hatte sich im Vorjahre besonders mit der Bleiglasur befaßt. Damals erklärte Sir Edward Thorpe, daß Bleivergiftungen erst aufhören würden, wenn das Blei völlig aus der Töpferei verschwunden sein würde. Denn der Bleistaub vermische sich mit dem Atem des Arbeiters und bringe durch die Poren der Haut ein; kurz, er könne durch keine Maßregel abgewehrt werden. Unter den 78 Bleivergiftungen, die im Jahre 1910 (gegen 58 im Vorjahr) auf die Töpferei in Großbritannien entfielen, verliefen 11 tödlich (im Vorjahr 5). Besonders gefährlich erwies sich ferner die Bleiverwendung gerade in der Wagenlackiererei, wo 70 Erkrankungsfälle (gegen 95 im Vorjahr) zur amtlichen Anzeige gelangten und 6 (ebenso viel im Vorjahr) tödlich verliefen. Die Gesamtzahl der Bleivergiftungen in Fabriken und Werkstätten betrug 1910 506 (1909: 553); davon führten 38 (30) zum Tode. Viel schlimmer aber stand es bei den Haus- und Stubenmalern und Baufachleuten, die außerhalb der Werkstatt ihrem Gewerbe nachgehen. Obgleich hier die Kontrolle viel schwieriger ist, wurden doch 232 (241) Bleierkrankungen ermittelt, von denen 35 (47) tödlich verliefen. Wie schwierig die Ermittlung dieser gewerblichen Vergiftungsfälle ist, ergeben amtliche Feststellungen aus jüngster Zeit. Danach werden Arbeiter, die der Bleierkrankung verdächtig sind, vielfach unter irgendeinem Vorwande von den Arbeitgeberern entlassen, so daß der wahre Umfang der Bleivergiftungsgefahr nicht zur amtlichen Kenntnis gelangt.

Wohnungswesen.

Das Charlottenburger Wohnungsamt hat am 1. März 1911 seine praktische Tätigkeit begonnen. Das Amt hat 4 Gebiete zu bearbeiten: Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis, Wohnungsschlichtung, Wohnungsfürsorge.

Die Wohnungsaufsicht erstreckt sich auf alle Kleinwohnungen (bis zu 2 Zimmern und Nebengelass), auf alle Wohnungen, in denen sich Schlafstellen befinden sowie auf alle Schlafgehege der im Hause des Arbeitgebers oder der Dienstherrschaft wohnenden Arbeiter, Handlungs- und Gewerbegehilfen, Lehrlinge und Diensthboten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind von der Stadt 2 Wohnungspfleger angestellt worden, deren Zahl später vergrößert werden soll. Diese werden mit Unterstützung zweier Wohnungsamtsgehilfen zunächst sämtliche Kleinwohnungen der Stadt systematisch besichtigen und daraufhin prüfen, ob die Wohnungen den von der Stadt ausgearbeiteten Mindestbestimmungen in gesundheitlicher, baupolizeilicher, sittlicher und sonstiger Beziehung entsprechen.

Die Stadt ist zunächst in 2 Wohnungsinspektionen eingeteilt und jede Inspektion wieder in 7 Wohnbezirke. Zu jedem Bezirk gehört ein Wohnungsausschuß, der aus dem Stadtarzt, zwei Bürgerdeputierten und einer Frau besteht. Diese Wohnungsausschüsse wiederum bilden eine Art Beirat für die auf Grund des § 59 der Städteordnung gebildete Deputation für Wohnungspflege, die sich aus Vertretern des Magistrats, Stadtverordneten, Bürgerdeputierten sowie 3 Frauen zusammenstellt. Sowie wie möglich sollen die Organe der Wohnungsaufsicht auf Abstellung der Mängel auf gutem Wege hinwirken; auch sollen sie möglichst mit anderen städtischen und privaten Einrichtungen, die mittelbar oder unmittelbar eine Fürsorgeleistung ausüben (Armenverwaltung, Lungenkrankenfürsorge, Säuglingsfürsorge, Jugendheim, Hauspflegerverein usw.) zusammenarbeiten. Der Wohnungsnachweis soll dadurch möglichst wirksam gestaltet werden, daß die Besitzer von Kleinwohnungen verpflichtet sind, ihre vermietbaren Wohnungen zu melden. Die Wohnungsvermittlung erfolgt für Mieter und Vermieter kostenlos. Das Arbeitsmaterial für den 3. Teil des Amtes, die Wohnungsschlichtung, ergeben die bei der Aufsicht und dem Nachweis gemachten Beobachtungen und Ermittlungen, die in ausführlichen Hausbogen und Wohnungskarten niedergelegt werden. Die Ergebnisse der Wohnungsschlichtung, sofern sie Mängel an Kleinwohnungen aufdecken, werden dann unter Umständen eine positive Wohnungsfürsorge seitens der Stadt hervorrufen.

Preussischer Ministerialerlaß über Wohnbauten auf dem Lande. Gegen die Errichtung vielgeschosser Mietkasernen in ländlichen Gegenden, eine Folgeerscheinung der immer mehr zunehmenden Ausbreitung der Industrie auf dem platten Lande, wendet sich ein an die beteiligten Provinzialbehörden ergangener Rund-erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten. Darin weist der Minister auf die erheblichen Mißstände hin, die sich gerade auf dem Lande, wo es der Regel nach an Vorkehrungen für eine ordnungsmäßige Beseitigung der Abfallstoffe und der Abwässer fehlt, bei dem engen Zusammenwohnen vieler Familien einstellen. Für die nachgeordneten Behörden sind in dem Erlasse deshalb Fingerzeige gegeben, wie der Errichtung großer Mietkasernen auf dem Lande gesteuert, andererseits aber die Einführung von Ein- und Zweifamilienhäusern gefördert werden kann.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Bayern. Der bayerische Landesverein zur Förderung des Wohnungswesens hat an den bayerischen Städtebund eine ausführlich begründete Eingabe gerichtet, um die bayerischen Stadtverwaltungen zu einheitlichem Vorgehen in der Wohnungsfrage anzuregen. Die Vorschläge beschränken sich absichtlich nur auf die Wohnungsreform für minderbemittelte Kreise und berückichtigen auch die Steuerkraft der Gemeinden, d. h. es werden nur Vorschläge gemacht, die ohne große Opfer durchgeführt werden können. Die Vorschläge beziehen sich in erster Linie darauf, daß die Gemeinden ihren eigenen Grundbesitz erhalten oder erweitern sollen, um billiges Bauland abgeben zu können. In zweiter Linie wird empfohlen, den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau mehr anzuregen und durch Vergabe billiger zweiter Hypotheken zu fördern. Sofern die Gemeinden nicht selbst in Eristungen, Sparcassen usw. genügend Geld zur Verleihung zur Verfügung haben, können auch Darlehen der staatl. Seite gegründet, „Kultur-rentenanstalt“ nutzbar gemacht werden. Diese Anstalt darf zwar nicht direkt an Bauvereine Geld geben, sondern nur an Gemeinden. Aber die Gemeindeverwaltungen könnten in viel stärkerem Maße als bisher die Vermittlung der Darlehen aus der Kultur-rentenanstalt übernehmen. Als eine weitere indirekte Förderung des

Kleinwohnungsbaues durch die Gemeinden wird in der Denkschrift auch die Unterstützung aller Bauunternehmer bei der Herstellung von Straßen, Kanälen und Wasserleitungen empfohlen. Das erfolgreiche Vorgehen Nürnbergs und neuerdings auch anderer Städte spricht entschieden für die Anwendung des genannten Mittels zur Anregung der Baulust, die sonst durch die Kosten der Straßenerstellung, Entwässerungsanlagen und dergleichen vielfach gehemmt wird. Da durch mannigfache Zahlungen der letzten Zeit gerade für eine Reihe bayerischer Städte ein empfindlicher Mangel an Kleinwohnungen festgestellt ist, so wäre es sehr zu wünschen, daß der bayerische Stadetag die Anregungen aufnehmen würde.

Eine städtische Wohnungsinpektion in Halle a. S. ist jetzt eingerichtet und hierbei auch erfreulicher Weise gleich ein weibliche Kraft zugezogen worden. Als Wohnungspflegerin ist Dr. Rose Otto angestellt worden, die kürzlich eine volkswirtschaftliche Studie über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen veröffentlicht hat. Die Obliegenheit der Wohnungspflegerin wird es sein, planmäßig eine gründliche Besichtigung der Wohnungen, namentlich bei den Kinderbemittelten, vorzunehmen. Auch auf die Unterbringung der Dienstboten sowie der Lehrlinge im Hause der Arbeitgeber soll die Inspektion ausgedehnt werden.

Austauschreisen zum Studium des neuzeitlichen Städtebaues in England und Deutschland. Die englische Gartenstadigesellschaft plant im April 1911 eine Studienreise nach Deutschland und wird die Städte Essen, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Straßburg, Ulm, Nürnberg, Rothenburg und Würzburg sowie noch einige andere benachbarte Klage, die von besonderem Interesse sind, besichtigen. Der Zweck der Reise ist das Studium deutschen Städtebaues sowie neuzeitlicher Stadterweiterung. Auch sollen dabei vorbildliche kommunale wie andere gemeinnützige Anstalten besucht werden, wie beispielsweise soziale Einrichtungen bedeutender Fabrikanlagen. Die Studienreise der deutschen Gartenstadigesellschaft nach England ist für den Juli festgesetzt. Außer der Besichtigung der eigentlichen englischen Gartenstadt- und Gartenvorstadtanlagen dient diese Reise auch dem Studium der allgemeinen englischen Wohnungsfürsorge, Stadterweiterung und Landererschließung, sowie namentlich des englischen Kleinhaufes; besonders auch der kommunale Wohnungsbau und endlich die stark entwickelte soziale Reformtätigkeit Englands finden eingehend Berücksichtigung. Die Stadtverwaltungen von London, Liverpool, Birmingham, York sowie der Londoner Grasschaftsrat haben weitgehende Förderung der Veranstaltung zugesagt. Auskünfte über beide Veranstaltungen erteilt die Geschäftsstelle in Berlin-Schlachtensee.

Die Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in Österreich ist durch Gesetz vom 22. Dezember 1910 beschlossen worden. Dem Gesetz liegt die Idee zu Grunde, daß der Staat die gemeinnützige Baulastigkeit sowohl durch Vergabe billiger Darlehen direkt fördern soll, als auch indirekt, indem er bis zu einer recht hohen Grenze die Garantie für andere Hypothekendarlehen übernimmt. Um die Verbreitung des Gedankens dieser Pflicht des Staates in der Wohnungsfrage hat sich namentlich die österreichische Zentralstelle für Wohnungsreform verdient gemacht. Nach dem mit großer Einnützigkeit in beiden gesetzgebenden Häusern zur Annahme gelangten Entwurf werden dem Wohnungsfürsorgefonds in den Jahren 1911–1921 fortlaufend größere Summen aus Staatsmitteln überwiesen. Die Verwaltung des Fonds wird vom Ministerium für öffentliche Arbeiten im Einverständnis mit dem Finanzministerium geführt. Die direkten Darlehen oder die anderweitigen Darlehen, für die Garantie geleistet wird, dürfen bis zur Höhe von 90% des Gesamtwertes der Liegenschaften gegeben werden. Anspruch auf Förderung aus dem Wohnungsfürsorgefonds haben die gemeinnützigen Baugesellschaften zur Errichtung von kleinen Familienwohnungen, Ledigenheimen, Schlaf- und Logierhäusern. Die errichteten Gebäude müssen bestimmten gesundheitlichen Mindestforderungen entsprechen, auch behält sich der Staat eine gewisse Oberaufsicht bei der Finanzverwaltung dieser Häuser vor. Die Darlehen, für welche der Staat Bürgschaften übernimmt, gelten als mündelsicher, so daß also durch das Gesetz wahrscheinlich auch in höherem Maße Privatkapital für den gemeinnützigen Wohnungsbau flüssig werden wird. Im Anschluß an die Erörterungen über das Wohnungsfürsorgegesetz wurde außerdem im österreichischen Abgeordnetenhaus eine Entschließung angenommen auf Schaffung eines Wohnungsfürsorgeamtes, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, die Erbauung von Kleinwohnungen zu fördern, Baugenossenschaften, gemeinnützigen Bauvereinen usw. den Weg zur Baufreidbeschaffung zu weisen und Instruktionen über die Verbilligung der Baukosten durch technisch und hygienisch unbedenkliche Vereinfachung der Bauausführung zu erteilen. Außerdem soll es auch auf die Gemeindeverwaltungen anregend wirken, daß sie ihre Grund- und Bodenpolitik, den Wohnungsnachweis, die Wohnungsaufsicht im Sinne der Wohnungsreform ausbauen.

Kommunale Wohnungsfürsorge in Amsterdam. Die Stadtverwaltung von Amsterdam bewilligte für den Bau von billigen Arbeiterwohnungen einen Kredit von einer Million Gulden (1 700 000 M.). Die Wohnungen werden durch die Baugesellschaft für Eigenheim-Amsterdam bis zum Jahre 1918 fertiggestellt und zwar nach Vorschrift in drei bestimmten Größenverhältnissen. Der Baugrund wird von der Stadt an die Gesellschaft in Erbpacht abgegeben.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Rechtsstaat und Kurpfuschartum. Die Zulassung von Laienelementen zur staatlichen Krankenbehandlung. Mit einem Nachtrage: Die Schrift des Herrn Gymnasial-Professors Otto Parthes. Ein Beitrag zur Frage der Reichsversicherungsordnung. Von Ferdinand Baden, Zahnarzt in Altona. Preis 85 Pf. Berlin 1910. Druck: Berlinische Verlagsanstalt G. m. b. H.

Die Milch in Gesetz und Rechtsprechung. Von Landrichter Krenners in Elberfeld und Prof. Dr. Schömann in Düsseldorf. Veröffentlichungen des Vereins für Säuglingspflege im Regierungsbezirk Düsseldorf. Herausgegeben von Prof. Dr. A. Schömann und Dr. Marie Baum. Berlin. Carl Heymanns Verlag. 1909.

Eine recht brauchbare Zusammenstellung und Erläuterung aller für den Verkehr mit Milch in Betracht kommenden gesetzlichen und einer Reihe hierfür geltenden polizeilichen Bestimmungen, hauptsächlich aufgebaut auf gerichtlichen Urteilen.

Die deutschen Volksbibliotheken und Lesehallen. Von Bennata Otten, Vorsteherin der öffentlichen Bücher- und Lesehalle in Lübeck. Ergänzungsheft II zu den Blättern für Volksbibliotheken und Lesehallen. Leipzig, Otto Harrassowitz. 1910. 8,20 M.

Das Buch ist eine sehr fleißige und nützliche Zusammenstellung alles dessen, was in Städten und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern von städtischer Seite oder auch durch Vereine und Privatpersonen auf dem Gebiete des öffentlichen Bibliotheks- und Lesehallenwesens geleistet wird. Die Umfrage, zu der die meisten Städte bereitwillig Material geliefert haben, gibt den Stand vom September 1910.

Die Arbeit wird eingeleitet durch ein Vorwort von Dr. G. Frey, Stadtbibliotheksrat in Charlottenburg, das den Zweck der Übersicht darlegt. Sie soll als Nachschlagewerk dienen, aber namentlich auch dem kritischen Beobachter Lücken darlegen und den Fachleuten neue Anregung geben.

Dr. Max Lohman, Die sozialdemokratische Gefahr. Berlin, Otto Eckner. 92 S. 1,25 M.

Die Schrift besteht aus 6 Kapiteln: Die Sozialdemokratie unter Bismarcks Nachfolgern. Das gleiche Wahlrecht. Die Sozialpolitik und der Sozialismus der Gebildeten. Die sozialdemokratische Gefahr. Das Meer und die Sozialdemokratie. Schluß. Die Schrift behandelt diese Fragen im Geiste und nach der Methode des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“. Das genügt zu ihrer Charakteristik.

Hermann Heijermans. 24 Stunden in der Irrenanstalt. Berlin 1910. Boll und Bindart.

Der Verfasser hatte Beobachtungen, die er bei einem Besuch in einer städtischen Irrenanstalt gemacht hatte, in einer gelesebenen Tageszeitung veröffentlicht, was eine starke Polemik zwischen dem Verfasser und der städtischen Verwaltung hervorgerufen hatte. In der vorliegenden Broschüre ist das Material dieser Polemik zusammengestellt. Da es als feststehend angesehen werden muß, daß nicht nur in der besuchten Anstalt, sondern überhaupt die Verhältnisse des Pflegepersonals in der Irrenpflege sehr ungünstig liegen, so ist es auf jeden Fall dankenswert — auch ohne daß man bestimmte Partei für oder gegen die Verwaltung nimmt — wenn die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Fragen gelenkt wird.

Flugschrift Nr. 1 des Bundes für Schulreform, Allgemeinen Deutschen Verbandes für Erziehungs- und Unterrichtswesen. Aufgaben und Ziele des Bundes. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Geh. 1 M.

Die erste Flugschrift des Bundes enthält die Ansprachen und Vorträge, die auf der Hauptversammlung des Bundes im März 1910 in Berlin gehalten worden sind. Die Programmrede hielt Prof. Hans Cordes. Der Bund bezweckt den engeren Zusammenfluß und die gemeinsame Tätigkeit aller, die überzeugt sind, daß unsere Kultur eine Umgestaltung der Bildungsarbeit in Schule, Haus und Leben fordert und daß für diese Arbeit die Entwicklung der jugendlichen Persönlichkeit und der Bildungsgehalt der Kultur der Gegenwart maßgebend sein müssen. Außer Pädagogen und Schulmännern war auf der Tagung auch den Vertretern der wissenschaftlichen Psychologie und Jugendkunde, der Jugendfürsorge und Hygiene das Wort gegeben, damit sie aus eigener Erfahrung und Lebensanschauung die Wege weisen und zeigen, daß nicht allein Schulmänner berufen sind, die Erziehungs- und Bildungsreform, die der Bund sich zum Zweck gesetzt hat, verwirklichen zu helfen.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelgenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Beilage.

Finanzarchiv — Bankarchiv
Vierteljahresschrift f. Sozial- u. Wirtschaftspol.
 Zeitschrift f. die gesamt. Staatswissenschaften
 Hand- u. Lehrbuch der Staatswissenschaften
 kaufen **Speyer & Peters, Berlin NW. 7**

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Wirtschaftsbücher

zweier Pfarrhäuser des Leipziger
 Kreises im vorigen Jahrhundert.

Ein Versuch zur Frage nach den Lebenskosten

von **Georg Brand.**

Preis: 3 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Widmung. — Einleitung. — Quellen und Ziel der Arbeit. — Wahl der Methode. — Ort, Land und Leute. Verkehr. — Zeiten. — Familien und Hausstände. — Einkommen. — Art der Haushaltungen. Lebensbedingungen. — Zu den Tabellen. — Bilanz. Schwankungen in den Ausgaben. — Schlussbemerkung. — Literatur. — Tabelle I—XXIV.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Soeben sind neu erschienen:

Diskontpolitik.

Gedanken

über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie von

Otto Schwarz,

Geh. Oberfinanzrat.

Preis: 6 Mark.

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: Allgemeines über Diskontpolitik. Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontpolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. Diskontpolitische Hilfsmittel. 1. Hilfsmittel gegen Diskont-erhöhung. Erleichterung des Goldverkehrs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufspreis. Erschwerung des Gold-verkehrs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämienpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Goldersparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Gold- markts. 2. Hilfsmittel gegen Diskontermäßigung. Diskontveränderungen als wirksamste Mittel der Diskontpolitik. Gesamtergebnis der Diskontpolitik in England, Frankreich und Deutschland. I. Kinschränkende Faktoren der Diskontpolitik. Einfluss des gesamten Wirtschaftslebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsab- laus. Luxus. Vorhandensein weiterer der Durchschnittsdiskontsätze beeinflussender Faktoren. Einfluss der bank- verfassungsrechtlichen Vorschriften auf den Diskont. Verfassungsgesetze der Bank von England. Verfassungs- gesetze der Reichsbank. Verfassungsgesetze der Bank von Frankreich. Einfluss der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontpolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittbardeckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkontingentierung in Deutschland. Einschränkung der Bargeldzirkulation in Deutschland. Einfluss des gesamten Bank- und Kreditystems auf die Diskontpolitik. Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluss der Großbankentwicklung auf die Stellung der Zentralbank im allgemeinen II. „Freie“ Bank- und Diskontpolitik. Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hoch- konjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestition in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Die Landesbank der Rheinprovinz.

Von

Helmuth Poensgen.

(Forschungen, staats- und wissenschaftliche von Schmoller. Heft 153.)

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Quellenangabe. I. Die verschiedenen Organisations- formen des Grund- und Korporationskredits. II. Geschichte der Landesbank. 1. Die Immobilien- und Grundkreditverhältnisse in der Rheinprovinz um 1850. 2. Grün- dung und Organisation der Rheinischen Provinzialhilfskasse. 3. Ausbau der Hilfs- kasse zur Landesbank der Rheinprovinz. III. Organisation und Verwaltung der Landesbank. 1. Haftung des Provinzialverbandes. 2. Verwaltungsorgane. 3. Pri- vilegien der Landesbank. IV. Die Betriebsmittel der Landesbank. 1. Ihre Fonds. 2. Die Kapitalien aus dem regulären Bankverkehr. a) Depositen. b) Kontokorrentgelder. 3. Durch Ausgabe von Rheinprovinzialanleihen beschaffte Kapitalien. V. Tätig- keit und wirtschaftliche Bedeutung der Landesbank. A. Die Landesbank als Finanz- institut der Provinzialverwaltung. 1. als Kasseninstitut. 2. als Bankinstitut. a) An- nahme der Provinzialgelder als Depositen. b) Gewährung kurz- und langfristigen Kredits. 3. als Erwerbsinstitut. B. Die Landesbank als Zentralstelle der öffentlichen Kassen, besonders der Sparkassen der Rheinprovinz. C. Die Landesbank als Kor- porations- und Hypothekarkreditinstitut. 1. die Verbindung beider Kreditarten; Konkurrenz der Darlehensgenosse. 2. die Landesbank als Korporations- und Kom- munalbankinstitut. 3. die Landesbank als Hypothekarkreditinstitut für den städti- schen Grundbesitz. 4. die Landesbank als ländliches Grundkreditinstitut. a) Zweck und Form des ländlichen Grundkredits. b) andere Kreditgeber für den ländlichen Grundbesitz in der Rheinprovinz. c) der ländliche Hypothekarkredit der Landesbank.

Früher ist erschienen:

Über Wandlungen in der Volksernährung.

Von **Alfred Grotjahn.**

(Staats- u. sozialwissensch. Forsch. XX. Band. 2. Heft.)

Preis: 1 Mark 60 Pfg.

Inhalt: Einleitung. Physiologisches über Er- nährung im allgemeinen. Kostsätze und Kostmasse. Normal-Budgets. Beziehung des Gesamtkonsums auf die erwachsene männliche Person. — Die frei gewählte Kost der Wohlhabenden. — Die Kost der städtischen Hand- werker, Unterbeamten und gut gestellten Arbeiter. — Die Kost der Bauern, ländlichen Arbeiter, Handwerker, Fischer und des Gesindes mit ausgeprägtem lokalem Charakter. Die Kost der von jeder Naturwirtschaft losgelösten, auf reinen Geldlohn angewiesenen Industriellen und grossstädtischen Arbeiter. — Verschiebungen im Konsum der einzelnen Hauptnahrungsmittel. — Tendenzen zur Unterernährung in den modernen Industrieländern.

Grundzüge der Handelspolitik.

Von

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königl. Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung

von

Preis: 10 Mark.

Dr. Pfau-Rom.

Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. — Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirt- schaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Aus- landswandel und das Aufgeld. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik. Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzsystems. — Das Schutzsystem ohne Zölle. — Die Handelspolitik und die Zölle. — Die Bevölkerung und die Handelspolitik. Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichums. — Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder Schutz Zoll. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung. — Das Wesen des Zolles. — Übertragung und Einfuhrzölle der Zölle. — Die Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung. — Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

Herausgegeben von **Gustav Schmoller.**

XXXV. Jahrgang. 1. Heft. Preis: 12 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Aufsätze. Carl Geibel. Ein Nachruf von Gustav Schmoller. — Die Vereinigten Malagenstaaten. Von Heinrich XXXII. Ring Reuß j. L. — Leopold II. und die Entwicklung des Kongostaates. Ein historisch-physiologischer Versuch. Von G. R. Anton. — Die Erziehung des lebenden Rechts. Von Eugen Ehrlich-Gernowich. — Verurteilung. II. Von Paul Dehn. — Die in Halle 1902 anonym erschienene „Hirt- liche Stadt: Kunst“. Von Georg Schaumann-Gellinghoff. — Die „sanften täglich tätigen Verbindlichkeiten“ der Reichsbank im Lichte des Publizitätsprinzips. Von Ludwig Bendix-Berlin. — Die Goldbegünstigung des Handels zwischen Deutschland und das Tabak- monopol. Von Heinrich v. Volzinger. — Die Goldbegünstigung des Handels zwischen Deutschland und seinen Kolonien. Von Carl Rathjen. — Wirtschaftsergebnisse eines mittleren bäuerlichen Betriebes im heftigen Bergland 1888—1909. Von Hans v. Rudloff. — Moral und Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer. Von Franz Weibel-Frag. — Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre. Zweite Abfolge. Von Ferdinand Zinnies.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Zittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W. 8, Mauersir. 48. 44.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Hollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Reichseinnigungsamt. Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. I.	738
Der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1910. Von Stadtrat G. von Frankenburger, Braunschweig. I.	743
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterkampf.	746
Der Gesamtausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform. Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.	
Allgemeine Sozialpolitik	747
Arbeiterfragen bei der Reichspost.	
Arbeiterkampf und soziale Käuferverbände.	
Vereinrecht und soziales Wahlrecht der Frauen in Österreich.	
Soziale Zustände	748
Die Vergarbeiterlohnstatistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund für das 4. Vierteljahr 1910.	
Eine freiwillige Verbesserung der Lage der Seeleute.	
Ein allarmierender französischer Heimarbeitstreik.	
Der Umfang der Heimarbeit in England.	
Erlaubnisverbot in Kanada.	
Rechtsfrage	750
Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen.	
Kellner und gefühlige Kündigungsfreiheit.	
Die Buche in der Fortbildungsschule.	
Tariffvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern	751
Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.	
Die Tarifvertragsklausel in den Lieferungsverträgen des Stuttgarter Gemeinderats.	
Eine Tarifbewegung der Vergarbeiter im Oberlausitzer Braunkohlengrube.	
Die Ausgestaltung des Tarifvertrags im Wiener Chemigraphengewerbe.	
Arbeitgeber und Unternehmerverbände	752
Gegen die Errichtung von Lohnämtern für Heimarbeit.	

Die Ungültigkeit der Vertragsstrafen in den Arbeitgeberverbänden. Die Bewilligung des Lohnkunden-tages für die künftige Zukunft. Die Ablehnung des deutsch-französischen Arbeitgeberartikels im Baugewerbe.	
Organisationen der Arbeiter, Schiffe, Angestellten und Beamten	753
Gewerkschaftsbewegung und Alkohol. Das „Fachblatt der Holzarbeiter“. Die ungünstigen Gewerkschaften. Die Berufungsentscheidung im neuen Osborne-Halle.	
Arbeiterkampf	755
Eine Arbeiterkühn-Rovelle zur Gewerbeordnung in Österreich.	
Die Zustände im Bäckergewerbe Englands.	
Die Lohnämter in Victoria.	
Arbeiterversicherung. Sozialisten. 757	
Der Kreis der Versicherungs-pflichtigen nach dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Von Dr. Georg Zahn, Leipzig. (Zur Angestellten-Versicherung. X)	
Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.	
Einausschiebung der Hinterbliebenenversicherung.	
Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung	760
Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg.	
Arbeitslosenversicherung und Deutscher Städtebund.	
Die Arbeitslosenabfuhr in Bremen am 1. Dezember 1910.	
Wahlvergleich	761
Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen.	
Die körperliche Ausbildung der Jugend in Bayern.	
Städtische Zuschüsse für Arbeiterbildungsbeförderungen in Frankfurt am Main.	
Der XIII. Fortbildungskursus für höhere Verwaltungsbeamte in Frankfurt a. M.	
Volkstümliche Vorlesungen in Schwerden.	
Statistische Mitteilungen	768

Reichseinnigungsamt.

Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. *)

I.

Es ist noch nicht lange her, daß eine große Bangigkeit über weiten Kreisen unseres Vaterlandes lag: Tausende von energischen, kundigen, geschickten Unternehmern sahen für unbestimmte Zeit ihre Arbeitskraft und ihr Kapital brachliegen; Tausende und Abertausende arbeitsgewohnter und arbeitswilliger Männer mußten die Hände in den Schoß legen und ihre Zeit in ungewohnter und unerwünschter Muße verbringen, viele Tausende Väter und Mütter blickten sorgenvoll in die Zukunft ihrer Familie, viele dem Gemeinwohl dienende und unentbehrliche Arbeit blieb unverrichtet. Und drohend erhob sich die Frage, ob die Niefenaussperrung der Bauarbeiter nicht Niefenmassen in anderen Gewerben Beschäftigter in ihren verhängnisvollen Kreis ziehen würde. Die Sorge um den wirtschaftlichen Frieden im Vaterland trat in greller Beleuchtung vor aller Augen und ließ deutlich die Gefahren erkennen, die ja leider fast alljährlich in geringerem oder größerem Umfang das wirtschaftliche Leben Deutschlands bedrohen. Das zunehmende Anwachsen der Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber zu Zentralorganisationen, die weite Gebiete — ja das ganze Reich — umfassen, die wachsende Solidarität auf beiden Seiten, die danach strebt, den arbeitgebenden oder arbeitnehmenden Berufsgruppen in dem Kampf um die Arbeitsbedingungen zu unterstützen, und dazu führt, auch zunächst unbedeutende Gewerbe in den Sympathiestreit und die Sympathieausperrung zu zwingen, lassen diese Sorge nicht mehr zur Ruhe kommen und ziehen das ganze wirtschaftliche Leben in ihren Bann. Denn die Interessenten an einem Streik oder an einer Aussperrung sind längst nicht mehr nur die streikenden Unternehmer und Arbeiter, sondern zahlreiche andere treten hinzu: die Konsumenten, deren wirtschaftlicher Haushalt erschwert und verteuert wird, die Gewerbe, die indirekt betroffen werden, wie die Schankwirte beim Brauerstreik, die Eisen-, Stein- und Holzindustrie bei der Aussperrung im Baugewerbe, die ganze Exportindustrie beim Ruhen der Arbeit auf den Werften, alle Gewerbe fast ohne Ausnahme beim Streik der Vergarbeiter, die Kaufleute infolge der verminderten Kaufkraft und endlich, nicht am wenigsten, die Gemeinden und der Staat.

Es ist wohl begreiflich, wenn das Verlangen wächst, diesem Zustand abzuhelfen. Aber das Wie aber hat sich eine bestimmte, klare Meinung bis jetzt noch nicht gebildet. Einzelne hervorragende Persönlichkeiten, deren Wort in sozialen Fragen etwas gilt, haben die Einsetzung eines Reichseinnigungsamtes vorgeschlagen. Man kann nicht sagen, daß dieser Vorschlag bereits allgemein eine günstige Aufnahme gefunden habe. Die politische Tagespresse hat ihn mit wenigen Ausnahmen kaum überhaupt erwähnt. Auch diejenigen, welche ihn machten, sind sich nicht einig über seine Ausgestaltung. Es muß etwas geschehen, sagen viele, sehr viele sogar in den Zeiten, wenn der Arbeitskampf im großen tobt. Wie es ja aber leider so oft geschieht, schwindet das allgemeine Interesse, sobald die augenblickliche Gefahr beseitigt oder auch nur verschoben ist. Es war daher wohl richtig, daß die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform, deren Einladung wir heute abend gefolgt sind, beschloß, den Vorschlag eines Reichseinnigungsamtes zum

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

*) Vortrag, gehalten in der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform am 8. März 1911.

Gegenstand einer Erörterung zu machen. Ich habe es übernommen, die Einleitung und eine Grundlage für diese Erörterung zu geben und referiere über das Thema: Reichseinigungsamt.

Das Thema enthält die Frage: „Ist es angezeigt, eine öffentlich-rechtliche, ständig wirkende Instanz zu schaffen, die geeignet ist, die Schwierigkeiten zu beseitigen oder doch abzumildern, die z. Zt. dem Zustandekommen friedlichen Austrags der Streitigkeiten um die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses entgegenstehen?“ Ich zerlege diese Frage in zwei Unterfragen, nämlich 1.: Ist das notwendig und erweisen sich die bisher schon gegebenen und betretenen Wege zu dem angegebenen Zweck als unzureichend? 2.: Wird ein Reichseinigungsamt geeignet sein und besser diesem Zweck dienen? Wie muß es gestaltet sein und welche Befugnisse muß es haben, um das Gewollte zu erreichen?

Voraus bemerke ich, daß ich bei Beantwortung der gestellten Fragen nicht die Streitigkeiten im Auge habe, bei denen es sich um Handhabung und Auslegung bestehender Arbeitsverträge handelt, sondern nur diejenigen, die sich bei Ordnung oder Neuordnung des Arbeitsverhältnisses ergeben, nicht um die Recht sprechende, sondern um die Recht schaffende Tätigkeit einer Einigungs- und schiedsrichterlichen Instanz insbesondere bei gewerblichen Kollektivbewegungen.

* * *

Bei Erörterung der Frage, ob die Errichtung eines Reichseinigungsamts notwendig ist, werden wir zunächst ins Auge zu fassen haben, mit wem und womit wir es zu tun haben, d. h. die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soweit sie für Kollektivbewegungen hauptsächlich in Betracht kommen, und die Streiks und Aussperrungen.

Nach den statistischen Angaben des „Reichs-Arbeitsblatts“ gab es zu Anfang des Jahres 1910 in Deutschland 2613 Arbeitgeberverbände, die sich vorwiegend die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Abwehr entsprechender Bestrebungen der Arbeitnehmer zur Aufgabe stellen.

Davon waren 84 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände, 2055 Ortsverbände. 2 Zentralen haben sich gebildet und zwar der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, die rund 1 600 000 Arbeiter, und die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, die rund 1 028 000 Arbeiter beschäftigen. Die bedeutendsten Reichsverbände finden sich im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen mit 451 000 Arbeitern, in der Metallindustrie mit 489 300 Arbeitern, in der Textilindustrie mit 310 000, in der Holzindustrie mit 51 000, im Baugewerbe mit 333 000, im Buchdruckgewerbe mit 52 000 Arbeitern. Die Arbeitgeber haben 18 Streikversicherungsgesellschaften gebildet. Neben den beiden Rückversicherungsanstalten des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände bestehen 11 Streikversicherungsgesellschaften für die Mitglieder von 12 Verbänden. 27 000 Mitglieder der Arbeitgeberverbände mit nahezu 2 Millionen Arbeitern können im Falle von Streiks Geldunterstützung erwarten.

Von den zentralisierten Arbeitnehmerorganisationen sind als solche, die für die großen Arbeitskämpfe hauptsächlich in Betracht kommen, anzuführen: die Freien Gewerkschaften, die Christlichen Gewerkschaften, die Deutschen Gewerksvereine.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vereinigte Ende 1909 rund 1 800 000 Mitglieder in 57 Zentralverbänden, unter denen die stärksten sind: der Verband der Bauhilfsarbeiter mit 56 600, der der Bergarbeiter mit 113 328, der Brauer mit 33 700, der Buchdrucker mit 58 000, der Fabrikarbeiter mit 186 000, der Holzarbeiter mit 149 000, der Maurer mit 171 000, der Metallarbeiter mit 365 000, der Textilarbeiter mit 101 500, der Zimmerer mit 53 000 und der Transportarbeiter mit 101 000 Mitgliedern. Die 6 größten Verbände hatten eine Jahresernteinnahme von über 28, eine Jahresausgabe von 26 und einen Vermögensbestand von nahezu 22 Millionen Mark. Sämtliche Verbände verausgabten im Jahre 1909 für Streikunterstützung annähernd 7 Millionen Mark. In den Jahren 1906 und 1907 betrug die Streikunterstützung je über 13 Millionen Mark.

Die Christlichen Gewerkschaften, die dem Gesamtverbande angehören, zählten am Schluß des Jahres 1909 280 000 Mitglieder. Die stärksten Organisationen haben die Bergarbeiter mit 78 600, die Bauarbeiter mit 34 500, die Textilarbeiter mit 21 700, die Metallarbeiter mit 23 700, die Holzarbeiter mit 11 000 Mitgliedern. Die Jahresernteinnahmen sämtlicher christlichen Gewerkschaften betrugen 1909 4 600 000, die Ausgaben 3 800 000, der Kassenbestand betrug 5 400 000 M. Für Arbeitskämpfe wurden im Jahre 1909 489 000 M. verausgabt, 1905 1 Million und 1906 850 000 M.

Die Deutschen Gewerksvereine zählten 1909 108 000 Mitglieder, deren stärkste Organisationen die der Metallarbeiter mit 37 600, der Kaufleute mit 18 300, der Fabrikarbeiter mit 15 600 Mitgliedern sind. Die Jahresernteinnahmen betrugen 1909 2 800 000, die Ausgaben 2 600 000, das Gesamtvermögen betrug 4 400 000, die Streikunterstützung 148 000 M.

Ich übergehe die die unabhängigen Arbeitervereine betreffenden Zahlen. Es kommt mir nur darauf an, zu zeigen, wie gewaltig

die zentralisierten Kräfte der Arbeiter sind, die gelegentlich eines Arbeitskampfes hinter den Beteiligten stehen, deren Solidarität mit den letzteren zu direkter oder indirekter Unterstützung führt und Ausdehnung sowie Dauer der Arbeitskämpfe unberechenbar macht. Die fest organisierten und zentralisierten Arbeitgeber, die durch ausgedehnte Streikversicherung verbunden sind, mit ihren riesigen Mitteln und die fest organisierten und zentralisierten Arbeiter mit ihren riesigen Mitgliederzahlen und deren Beiträgen stehen sich wie zwei wohlgerüstete Heere gegenüber, deren Feldzüge und Schlachten ihnen nicht nur selbst empfindliche Verluste bringen, sondern weit- hin das Land verheeren. Und wie es heute in der Weltpolitik unberechenbar ist, welche Staaten und inwieweit sie infolge der bestehenden Allianzen oder sonstigen Zusammenhänge in einen zwischen zwei Großmächten ausgebrochenen Krieg hineingezogen werden, so ist es in unserem deutschen Wirtschaftsgebiet heute völlig unberechenbar, welche Ausdehnung ein zwischen organisierten Unternehmern und Arbeitern ausgebrochener Arbeitskampf gewinnen wird, um so weniger berechenbar, als solche Kämpfe häufig genug nicht nur durch die speziellen wirtschaftlichen Interessen einer Berufsgruppe verursacht werden, sondern durch Machtfragen und durch das weit verbreitete Gefühl der Solidarität auf beiden Seiten.

Wir fragen nun, welche Ausdehnung haben die Kämpfe dieser beiden Armeen, die Unterbrechungen der Güterproduktion durch Streiks und Aussperrungen, in Deutschland gewonnen. Wir wissen, daß die Konjunktur hierbei sehr stark mitspricht, daß die gute Konjunktur den Streik, die schlechte die Aussperrung begünstigt, daß man daher sehr lange Jahresreihen in Berechnung ziehen müßte, will man einen sicheren Einblick in die wirtschaftlichen Folgen dieser Art von Unterbrechung der Gütererzeugung gewinnen. Wir wissen aber auch, daß die Richtigkeit des statistischen Materials, welches zu Gebote steht, umstritten ist. Da es mir heute nicht darauf ankommen kann, diese Zweifel zu lösen, so begnüge ich mich damit, einen nur ungefähren Anhalt in den Zahlen zu geben, die wir im Reichs-Arbeitsblatt für die uns am nächsten liegenden Jahre 1909 und 1910 finden.

Nach dem Reichs-Arbeitsblatt wurden 1909 1537 Streiks beendet, sie erstreckten sich auf 4811 Betriebe, von denen 1387 gleich 28,8 % zum völligen Stillstand gebracht wurden. In den 4811 Betrieben waren 253 831 Arbeiter beschäftigt, von denen 96 925 gleich 38,2 % streikten. Zu ihnen treten 10 031 Arbeiter, die infolge des Streiks gezwungen waren, der Arbeit fernzubleiben, gleich 4 % der Beschäftigten. Zu den Streiks treten im Jahre 1909 116 Aussperrungen hinzu, von denen 1749 Betriebe mit 36 870 Beschäftigten und 22 924 ausgesperrten Arbeitern betroffen wurden. 1910 wurden 2109 Streiks beendet. Sie erstreckten sich auf 8269 Betriebe, von denen 2209 zum völligen Stillstand gebracht wurden. In den ergriffenen Betrieben wurden 372 119 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 154 693, die der gezwungen Feiernden betrug 1122. In diesem Jahre überragen die Aussperrungen die Streiks erheblich. Die Höchstzahl der gleichzeitig Aussperrten betrug 217 194, die der gezwungen Feiernden 8839.

Bezüglich der Versuche, den Arbeitskämpfen vorzubeugen oder sie auf friedlichem Wege zu erledigen, sind zunächst die dauernden Einrichtungen zu erwähnen, welche Unternehmer und Arbeiter einzelner Berufsweige sich selbst geschaffen haben, und diejenigen, welcher sich beide Parteien von Fall zu Fall bei eintretenden Differenzen, insbesondere vor Erneuerung bestehender Tarifverträge, bedienen. Von ersteren kommen als vollkommenstes Beispiel die der Buchdrucker in Betracht. Wir alle kennen sie. Sie überflügeln, soweit mir bekannt, jede andere derartige vertragliche Einrichtung, wir alle zollen ihr Anerkennung und Bewunderung. „Der deutsche Buchdrucker tarif nebst Kommentar“, im Auftrage des Tarifausschusses vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker herausgegeben, ist ein Werk, das lehrreich ist wie ein guter Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, in dem neben dem Text des Gesetzes die Erläuterung desselben gegeben und dessen Fortbildung durch die Entscheidung der Gerichte dargestellt wird. Er beruht, wie in der Einleitung gesagt wird, auf dem Grundsatz des tariflichen Rechtes beider Seiten, auf der Achtung vor dem selbstgeschaffenen Gesetz, auf dem Willen, sich diesem Gesetz zu beugen, und auf der langjährigen Erfahrung, daß in der Tarifgemeinschaft der gewerbliche Friede die sicherste Bürgschaft findet. Das Tarifamt legt den Kommentar in die Hände der Mitglieder der Tarifgemeinschaft als einen Berater zum Frieden, als einen Leitfaden zum Finden des tariflichen Rechtes und als einen Schiedsrichter zur Schlichtung tariflicher Streitfragen. Weit über den Kreis der Tarifgemeinschaft hinaus könnte er diese Aufgaben erfüllen, wenn die Achtung vor dem tariflichen Recht, der gute Wille und die unumgänglich nötige Disziplin auch in anderen

gewerblichen Berufsgruppen vorhanden wäre. Die ständigen Organe der Buchdrucker-Gemeinschaft, paritätisch in allen Instanzen zusammengestellt, sind, wie die Erfahrung gezeigt hat, in den Kreis-ämtern, den Schiedsgerichten und dem Tarifamt geeignet, alle Streitigkeiten, die auf Grund des bestehenden Tarifvertrags entstehen, auf friedlichem Wege zu beseitigen, und besitzen in dem Tarifausschuß die selbstgeschaffene Behörde, die berufen ist, über den erneuten Abschluß eines Tarifvertrags zu beraten und zu beschließen.

Von denjenigen Einrichtungen, deren sich Unternehmer und Arbeiter-Organisationen von Fall zu Fall bei entstehenden Differenzen, insbesondere vor Erneuerung bestehender Tarifverträge, bedienen, sei hier auf die Konferenzen der Zentralvorstände des Arbeitgeber- und Arbeiterverbandes im Holzgewerbe und die von diesen bestellte Schlichtungskommission hingewiesen, durch die es gelungen ist, den geltenden Tarifvertrag zu vereinbaren, in anderen Fällen den notwendig gewordenen Schiedspruch Unparteiischer wirksam und in Hauptfragen vorzubereiten. Auch in den letzten Wochen wieder sind als Vorbereitung für den neu abzuschließenden Tarifvertrag seitens der beiden Zentralvorstände und ihrer Schlichtungskommission ein Vertragsmuster und der Ablauftermin der Verträge festgestellt worden, Maßnahmen, die die Erneuerung der bestehenden Verträge jedenfalls erleichtern werden.

Es ist ja ohne weiteres klar, daß derartige bestehende dauernde oder von Fall zu Fall handelnde Einigungs- oder Schiedspruch-Instanzen keine Bürgschaft für das Ende aller Streits und Aussperrungen gewähren können. Mit dem Ablauf der vereinbarten Verträge taucht immer wieder die Frage: Krieg oder Frieden? auf. Es wird den Verträgen dieser Instanzen entgegeng gehalten, daß sie dazu geführt hätten und führen würden, etwaige Streiks und Aussperrungen nur ausgedehnter und erbitterter zu gestalten, wenn eine Einigung über die Erneuerung der Verträge nicht zustande kommt. Ich halte eine solche Auffassung für irrig. Die Zentralisation der Arbeitsunterbrechungen wird durch die Zentralisation der Organisation der Arbeiter und der Unternehmer herbeigeführt, die sich nach und nach und ständig anwachsend eingestellt hat, auch da, wo Tarifverträge nicht vorhanden sind. Und die Tarifverträge mit ihren Bestimmungen über Einigung und Schiedspruch sind von den beteiligten beiderseitigen Organisationen als das einzig denkbare Mittel erkannt worden, um die Arbeitsstreitigkeiten auf friedlichem Wege auszugleichen. Im übrigen erscheint es mir nicht zweifelhaft, daß die Vereinbarung eines zeitlich begrenzten Friedenszustandes, oder sagen wir meinetwegen eines Waffenstillstandes, im ganzen Gewerbe dem dauernden Kleinkrieg und der mit ihm verbundenen ständigen Verbitterung bei weitem vorzuziehen ist.

Ein weiteres Mittel zur Herbeiführung einer Einigung über die Arbeitsbedingungen ist in der Heranziehung von Unparteiischen zur Leitung der Verhandlungen in einer Schlichtungskommission, auch zum Fällen eines Schiedspruchs gefunden worden. Da, wo das in Übereinstimmung beider Parteien geschah, sind diese Unparteiischen fast stets erfolgreich gewesen. Ich erinnere nur an unser berühmtes Aleeblatt: v. Schulz, Wiedfeld, Brenner. Ich selbst habe im Jahre 1908 als unparteiischer Vorsitzender einer von beiden Parteien bestellten Schlichtungskommission und schließlich als Schiedsrichter fungiert. Voraussetzung für den Erfolg solchen Verfahrens ist natürlich zunächst das Vertrauen der Parteien zu der Objektivität und dem Gerechtigkeitsinn der Unparteiischen, genügende Kenntnis der Verhältnisse auf Seiten derselben, feste Disziplin der organisierten Parteien und endlich der bestimmte Wunsch auf Seiten beider Parteien, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen. Ich habe nach Abschluß der Verhandlungen 1908 in einem in der „Sozialen Praxis“ erschienenen Aufsatz*) es ausgesprochen, daß Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen viel besser von den Vertretern der Organisationen direkt getroffen werden, als durch Schiedspruch eines Unparteiischen, daß dieser Schiedspruch immer nur ein mangelhaftes, wenn auch nicht immer zu vermeidendes Auskunftsmittel ist. Dieser Meinung bin ich auch heute noch.

Leider muß konstatiert werden, daß die Voraussetzungen für den Erfolg freiwilliger Einigungsversuche bisher in Deutschland noch immer nur selten gegeben sind. Insbesondere besteht in der Großindustrie mit wenigen Ausnahmen auf Seiten der Unternehmer noch immer entschiedene Abneigung gegen Vereinbarungen über das Arbeitsverhältnis mit den Arbeiterorganisationen. Aber ich möchte doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß hier und da Anzeichen einer Wandlung des prinzipiell ablehnenden Stand-

punkts sichtbar werden. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht das Vorgehen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller im Jahre 1907. Der Verband veröffentlichte den Entwurf einer Schlichtungsordnung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern der ihm angeschlossenen Werke und trat in Verhandlung über diesen Entwurf mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen. Leider kam eine Einigung nicht zustande. Die prinzipielle Stellungnahme des Verbandes bleibt trotzdem in seiner Bedeutung bestehen.

Auch die deutsche Gesetzgebung hat sich der Aufgabe nicht entzogen, auf das Einigungswesen fördernd einzuwirken. Sie hat im dritten Abschnitt des Gewerbegerichts-Gesetzes die Gewerbe-gerichte als Einigungsämter bestellt, mit der Bestimmung, daß das Gewerbegericht bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden kann. Erfolgt die Anrufung von beiden Seiten, so muß ihr Folge gegeben werden, erfolgt sie nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem andern Teil hiervon Kenntnis geben und nach Möglichkeit dahin wirken, daß dieser sich der Anrufung anschließt. Auch in anderen Fällen, also wenn von keiner Seite eine Anrufung erfolgt, soll der Vorsitzende, wenn Streitigkeiten drohen oder ausgebrochen sind, auf die Anrufung des Einigungsamts hinzuwirken suchen und dieselbe den Beteiligten bei geeigneter Veranlassung nahelegen. Der Vorsitzende ist befugt, zur Einleitung der Verhandlung und in deren Verlauf an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu vernehmen, und kann, wenn das Einigungsamt von beiden oder auch nur von einer Partei angerufen ist, das Erscheinen vor dem Einigungsamte durch Geldstrafe erzwingen. In dem Falle aber, daß er ohne Anrufung einschreitet, hat er diese Befugnis nicht. Ebenfalls nicht kann er die Erschienenen zwingen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Das Einigungsamt besteht aus dem Vorsitzenden und aus mindestens je 2 Vertrauensmännern der Arbeitgeber und der Arbeiter in gleicher Zahl, die von den Beteiligten bezeichnet und, wenn eine Bezeichnung nicht erfolgt, von dem Vorsitzenden ernannt werden. Sie dürfen nicht zu den Beteiligten gehören. Außerdem kann der Vorsitzende ein oder zwei unbeteiligte Personen als Beisitzer mit beratender Stimme zuziehen, nach Anhörung beider Teile. Kommt eine Vereinbarung zustande, so ist der Inhalt derselben durch eine von sämtlichen Mitgliedern des Einigungsamts und von den Vertretern beider Teile zu unterzeichnende Bekanntmachung zu veröffentlichen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so ist ein Schiedspruch zu fällen und den Vertretern beider Teile mit der Aufforderung zu eröffnen, innerhalb einer bestimmten Frist sich zu erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen. Wird die Erklärung nicht abgegeben, so gilt der Schiedspruch als abgelehnt. Nach Ablauf der gestellten Frist hat das Einigungsamt denselben und die dazu ergangenen Erklärungen der Parteien zu veröffentlichen.

In dem ganzen Verfahren ist der Zwang ausgeschlossen, mit Ausnahme des Erscheinungszwanges, der aber nur in dem Falle angewendet werden darf, wenn das Einigungsamt von beiden oder von einer Partei angerufen worden ist. Weder die Durchführung der erfolgten Vereinbarung noch die des Schiedspruchs ist erzwingbar.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob ein Gewerbegericht als Einigungsamt auch für Streitigkeiten über das Arbeitsverhältnis zuständig ist, wenn diese sich über dessen örtlichen Bezirk hinaus erstrecken. Die Entscheidung erscheint mir nicht zweifellos. Ich neige aber dazu, diese Kompetenz der Gewerbegerichte zu bezweifeln, falls es von einer oder von beiden Parteien als Einigungsamt angerufen wird. Analog der Bestimmung über das Verfahren der Gewerbegerichte in § 27 des Gesetzes, nach welcher unter mehreren zuständigen Gewerbegerichten der Kläger die Wahl hat, scheinen mir auch die streitenden Parteien das Recht zu haben, unter mehreren zuständigen Gewerbegerichten als Einigungsamt dasjenige auszuwählen, welches sie als solches anrufen wollen. Die Befugnis aber des Vorsitzenden, auch ohne Anrufung vermittelnd einzugreifen, scheint mir bei Streitigkeiten der bezeichneten Art nach Lage der Gesetzgebung nicht gegeben zu sein, was selbstverständlich nicht hindert, daß der Vorsitzende eines Gewerbegerichts zwar nicht in dieser Eigenschaft, aber als unparteiischer Vertrauensmann einen Einigungsversuch macht.

Was nun die praktische Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsamt anlangt, so mögen folgende Zahlen Aufschluß geben:

Am Schluß des Jahres 1909 bestanden in Deutschland 462 Gewerbegerichte, 422 Innungsschiedsgerichte, 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. Am Schluß des Jahres 1908 betrug diese Zahlen 448, 422 und 21. 1907 425, 419 und 20, 1906 399, 429 und 20. Die Gewerbe-

*) Jahrg. XVII Sp. 1097.

gerichte haben also ständig zugenommen. Als Einigungsamt fungierten sie 1909 in 293 Fällen, wobei sie 154 mal von beiden Parteien angerufen wurden, 180 mal von den Arbeitern, 9 mal von den Arbeitgebern. Es kamen 121 Vereinbarungen zustande und 29 Schiedssprüche wurden gefällt, denen sich in 20 Fällen beide Parteien, in einem nur die Arbeiter, in 7 nur die Arbeitgeber unterwarfen. Im Vergleich mit den gleichen Zahlen der vorhergehenden Jahre hat die Tätigkeit der Gewerbegerichte etwas abgenommen, wie auch die erzielten Vereinbarungen. Das kann von mancherlei Ursachen abhängen, so von der Konjunktur wie von den Persönlichkeiten der Vorsitzenden der Gewerbegerichte, und spricht nicht gegen die Institution. Daß gut geleitete Gewerbegerichte auch als Einigungsämter große Erfolge haben können, beweist das Gewerbegericht München, das in den Jahren 1900 und 1901 keinmal, 1902 und 1903 je 7 mal, 1904 31 mal, 1905 49 mal, 1906 95 mal, 1907 75 mal und 1908 111 mal angerufen wurde. In diesem Jahre wurden Tarifverträge und Vereinbarungen in 76 Fällen erzielt und zwar in 35 für Gesamtgewerbe, in 40 für Einzelfirmen, 9 Schiedssprüche wurden gefällt, die von beiden Parteien angenommen wurden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1910.

Von Stadtrat H. von Frankenberg in Braunschweig.

I.

Besondere Bedeutung für die deutsche Arbeiterversicherung hat der Berichtabschnitt, über den uns das Reichsversicherungsamt in vorliegendem Druckheft einen Überblick verschafft*): fällt doch in ihn die noch in der Erinnerung stehende, am 1. Oktober v. J. festlich begangene Feier des fünfundschwanzigjährigen Bestehens der Unfallversicherung, mit der man unter Angliederung der Invalidenversicherung, die in Wirklichkeit freilich erst auf 20 Jahre zurückzusehen kann, eine Reihe eindrucksvoller, der Bedeutung des Erreichens entsprechender Veranstaltungen verbunden hat. Dem heimgegangenen unvergessenen ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamts L. Wöbster sind dabei von seinem jetzigen Amtsnachfolger Präsident Dr. Kaufmann warm empfundene Worte treuen Gedenkens gewidmet. Der Jahresbericht für 1910 aber beweist, daß das Amt auch in der Arbeit des Berufslebens stetig und unbeirrt durch Tagesmeinungen den durch seinen ersten Leiter vorgezeichneten Weg verfolgt.

Nach drei Richtungen hin zeigt sich das Wirken des Reichsversicherungsamts und seiner Mitglieder: bei allgemeinen Wohlfahrtsbestrebungen, in der Verwaltung und in der Rechtsprechung.

Die Fühlung mit der Allgemeinheit und mit mannigfachen Fürsorgebestrebungen ist nicht verloren gegangen, sondern sorgfältig zu wahren gesucht; neue Beziehungen mit gemeinnützigen Körperschaften sind angeknüpft, und die Mitglieder des Reichsversicherungsamts haben es an aufklärender, belehrender Tätigkeit zur Durchführung sozialpolitischer Aufgaben nicht fehlen lassen. Die monatlich erscheinenden „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ mit ihrer Fülle wertvollen Stoffs, die in vollständiger Darstellung sich an die breite Masse der Leser wendenden „Monatsblätter für Arbeiterversicherung“, die schon auf vier Jahrgänge zurückblicken können, und das ebenfalls von Mitgliedern des Amts herausgegebene „Handbuch der Unfallversicherung“, dessen dritte Auflage im Vorjahr zum Abschluß kam, sind berechtigte Zeugen davon, daß die Beteiligten wissenschaftliche Gründlichkeit und gemeinverständliche Schreibweise nebeneinander zu schätzen wissen. Auch zum „Reichs-Arbeitsblatt“ hat das Reichsversicherungsamt mit einer Anzahl größerer und kleinerer Abhandlungen Beiträge geliefert.

Neben der Schrift ist das Wort gewählt, um dem Gedanken der Arbeiterversicherung Beachtung und Verbreitung zu sichern. Ärztliche Vorträge hervorragender Sachverständiger wurden im Reichsversicherungsamt selbst veranstaltet, um die Mitglieder über die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft auf dem Laufenden zu halten. Bei den Kursen der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung hat ein Mitglied des Amts Vorlesungen über Recht, Wirtschaft und Reform der deutschen Arbeiterversicherung gehalten.

Die schon erwähnte Jubiläumsfeier gab zu eingehender Darstellung des bisherigen Wirkens und der künftigen Aufgaben der verschiedenen Organe der Arbeiterversicherung Gelegenheit.

*) Bgl. die früheren Besprechungen an dieser Stelle XII Sp. 1891; XIV Sp. 809; XV Sp. 762; XVI Sp. 889; XVII Sp. 786; XVIII Sp. 664; XIX Sp. 742 ff.

Noch wichtiger aber für die Zukunft ist die Tatsache, daß es im abgelaufenen Jahre unter der Leitung des Reichsversicherungsamts glücklich gelungen ist, ein planmäßiges Zusammenwirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Roten Kreuz anzubahnen, um auf dem Gebiete der ersten Hilfe eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden. Durch einen Hauptauschuß unter dem Vorsteher des Präsidenten des Reichsversicherungsamts, durch Ortsausschüsse der beteiligten Organe, die möglichst auch der betreffenden Stadtverwaltung zur Mitarbeit Gelegenheit geben werden, und durch Ausbildung männlicher und weiblicher Betriebsangestellten als freiwilliger Betriebsshelfer auf Kosten der Berufsgenossenschaften soll der Gedanke zielbewußt verwirklicht werden; die praktische Durchführung ist bereits in Angriff genommen.

Auch an anderen Wohlfahrtsbestrebungen nahm das Reichsversicherungsamt tatkräftig Anteil: so an der I. Internationalen Konferenz für Sozialversicherung in Haag (September 1910), an den Verhandlungen des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Konferenz für Trübsfürsorgestellen, des deutschen Zentralkomitees für Krebsforschung, der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Reichsausschusses für das ärztliche Fortbildungswesen u. a. m.

Wenden wir uns von diesen allgemeinen Aufgaben zu dem eigentlichen engeren Arbeitsgebiet des Reichsversicherungsamts in Verwaltung und Rechtsprechung, so zerfällt diese Tätigkeit, dem gesetzgeberischen Grundgedanken entsprechend, in die Bereiche der Unfall- und der Invalidenversicherung. Nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo auch der dritte Zweig der Arbeiterversicherung, die Krankenversicherung, der gegenwärtig nur nebenher gestreift wird, mit der Wirksamkeit des Reichsversicherungsamts in enge Verbindung tritt.

* * *

Was die Unfallversicherung anlangt, so hat nach der vorläufigen Feststellung die Jahressumme der Unfallschädigungen (Renten usw.) um nahezu 4 Millionen Mark zugenommen und betrug rund 165 1/2 Millionen Mark. Die schon im Vorjahr zur Abwehr übertriebener Besorgnisse festgestellte Tatsache, daß wir uns für die versicherten Betriebe allmählich dem Beharrungszustand nähern, hat eine weitere Bestätigung erfahren: das Wachsen der Jahressumme läßt nach, es hat von 1907 (8 Millionen Mark) im Jahre 1908 auf 6,7 Millionen, 1909 auf 5,2 Millionen, 1910 auf 3,9 Millionen Mark abgenommen. Es würde also, wenn nicht durch die Reichsversicherungsordnung neue Berufszweige in die Unfallversicherung hineingezogen würden, in etwa 3—4 Jahren der Beharrungszustand erreicht sein.

An der Gesamtsumme der Entschädigungen waren, mit Einschluß der Angehörigen von Verletzten, die sich in Heilanstalten befanden, 1 169 308 Personen (gegen 1 147 016 im Jahre 1909) beteiligt; es entfällt also auf den Durchschnitt, wenn man Verletzte, Witwen, Waisen und andere Angehörige einander gleich rechnet, eine Jahressumme von 141 1/4 M., also nur wenig mehr als im Vorjahr, während in früheren Jahren meistens eine Steigerung der durchschnittlichen Bezüge um je 3—4 M. beobachtet ist.

Günstige Wirkung auf die Unfall- und die Rentenziffern übt unverkennbar die immer besser durchgeführte Unfallverhütung aus, der das Reichsversicherungsamt seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Nachdem es gelungen ist, manches Vorurteil zu überwinden, das dem Erlasse derartiger Vorschriften sich entgegenstimmte, handelt es sich jetzt darum, die Mächstbeteiligten, die Arbeiter und Betriebsbeamten, mit dem Gegenstande vertrauter zu machen. Das ist durch Vorträge in den Betriebsstunden, durch das Auslegen von Belohnungen für brauchbare Vorschläge zur Unfallverhütung und durch Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls der Angestellten versucht. Daneben sind besondere technische Aufsichtsbeamte für die Unfallverhütung tätig; ihre Zahl ist bei 62 der 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften von 321 auf 326 gestiegen und bei 18 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 37 auf 41. Bei allen Berufsgenossenschaften sind jetzt Unfallverhütungsvorschriften vorhanden, und das Reichsversicherungsamt ist unermüdlich bestrebt, in gemeinsamer Arbeit mit den Betriebsunternehmern Verbesserungen und Ergänzungen dieser Bestimmungen herbeizuführen, wo sich ein Bedürfnis dafür zeigt. Dabei ist besonders auf die Gefahren des Alkoholkonsums, auf die Frage der Benutzung von Aufsteigeleitern an Leitergerüsten und auf die Zuständigkeit für die Herstellung von Schutzgerüsten für Dacharbeiter hingewiesen, während ein Verbot des sog. Überhandmauerns mit Rücksicht auf die praktischen Schwierigkeiten und die hohen Kosten der Durchführung

nicht als zweckmäßig bezeichnet werden konnte, zumal da noch nicht $\frac{1}{2}$ % aller entschädigten Bauunfälle auf dies hauptsächlich in Norddeutschland sehr gebräuchliche Verfahren entfielen.

Obwohl das in früheren Jahren bemerkte, bedrohlich scheinende Steigen der Unfallziffern in landwirtschaftlichen Betrieben etwas nachgelassen hat, setzt das Reichsversicherungsamt doch seine Nachforschungen nach etwaigen Mängeln der Handhabung des Gesetzes fort. Durch Bereisen einzelner Gebiete ist wiederum der Versuch gemacht, Übelstände aufzudecken und Mißgriffe zu beseitigen; diesmal sind Schleswig-Holstein und Ostpreußen (1909 Oldenburg und Braunschweig) an die Reihe gekommen. Der Bericht hebt hervor, daß zweckmäßige und verständnisvolle Handhabung die beste Gewähr gegen übermäßiges Anschwellen der Unfallzahlen biete, und erkennt an, daß inzwischen schon die Folgen der erhöhten Aufmerksamkeit bemerkbar geworden seien. Tatsächlich haben die Entschädigungsbeträge für alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur um 1,01 % im Vorjahre zugenommen und sind um 330 000 M gestiegen, wobei noch eine erhöhte Aufwendung für Schulbeteiligung ungünstig einwirkte.

Das Heilverfahren, dessen rechtzeitige, ausgiebige Anwendung für die Berufsgenossenschaften wie für die Verletzten von größtem Nutzen ist, wurde im Jahre 1909 (für 1910 liegen in dieser Hinsicht abschließende Zahlen noch nicht vor) weit häufiger als früher angewendet: bei 604 545 gemeldeten Unfällen wurde das Heilverfahren 14 665 mal, also bei 2,43 % aller Fälle, gewährt (1905/08 nur 1,88—2,08 %). Die Kosten sind in den letzten fünf Jahren von 698 044 M auf 891 261 M gestiegen, betragen aber für den einzelnen Fall zuletzt nur noch 60,77 M (gegen 62,11 bis 63,88 M in den Vorjahren), ein Beweis, daß die bestehenden Einrichtungen wirtschaftlich richtig benutzt sind.

Die Rechtsprechung in Unfallsachen zeigt bemerkenswertere Weise zum ersten Male seit 1900 wieder einen Rückgang, und zwar um 4,5 %. Es wurde 72 917 mal das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angerufen, und zwar in 68,34 % bei gewerblichen, in 31,66 % bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Auf 100 berufungsfähige Bescheide kommen durchschnittlich 17,5 Berufungen, es sind aber die gewerblichen Kreise beinahe doppelt so stark (21,23 %) daran beteiligt als die Landwirtschaft (12,87 %). Eine dem Rentenbemerber günstige Entscheidung wurde trotz der Abnahme der Berufungshäufigkeit noch seltener als früher gefällt (bei 17,15 %). Von 31,21 % obliegender Schiedsgerichtsurteile im Jahre 1886 haben sich die Rentenbemerber allmählich ein ziemlich stetiges Zurückgehen der Erfolgszahlen auf 27,76 (1890), auf 23,89 (1895), auf 23,18 (1900), 20,17 (1905) gefallen lassen müssen, bis jetzt der Tiefstand erreicht ist, an dem die Gewerbe mit 17,20 %, die Landwirtschaft mit nur 16,88 % beteiligt sind. Der Bericht erwähnt auch diesmal, daß sich die Rentenbemerber oft durch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre vertreten ließen.

Die Belastung des Reichsversicherungsamts durch Rekurse wuchs fortgesetzt: es fand eine Zunahme um 86 % statt (1909: 14,5 %), und die Gesamtzahl der unerledigt übernommenen und der neu hinzutretenden Sachen stieg von 37 934 auf 41 201. Auch die Rekurs-häufigkeit blieb in den gewerblichen Unfallstreitsachen bedeutend größer als in der Landwirtschaft (31,85 gegen 20,52 %; im Jahre zuvor 30,81 und 19,92 %). Etwas lebhafter ist neuerdings die Beteiligung der Landwirtschaft geworden, bleibt aber noch weit hinter der im Jahre 1898 erreichten Höchstzahl (24,68 %) zurück. Die Versicherten legten mehr denn dreimal so häufig wie die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden Rekurs ein; allerdings hat die Beteiligung der Versicherungsträger im letzten Jahre etwas zugenommen.

Der Erfolg der Rekurse stieg; er nähert sich dem Durchschnitt, und für die strenge Unparteilichkeit des Reichsversicherungsamts spricht die Tatsache, daß sowohl Versicherte als Versicherungsträger besser abgeschnitten haben. Auf völlige oder eingeschränkte Abänderung des Schiedsgerichtsurteils ist vom Reichsversicherungsamt erkannt:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
bei	80,3	29,1	28,3	25,9	27,5	25,9	25,3	26,7 %

Das Schiedsgerichtserkenntnis wurde vom Reichsversicherungsamt aufgehoben unter 100 Urteilen:

bei Rekursen	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
a) der Versicherten . .	22,9	22,3	20,7	18,4	19,0	17,1	16,7	17,8 mal
b) der Berufsgenossenschaften . .	52,5	51,8	53,2	52,4	52,7	52,0	52,2	55,2 mal

(Zusatz folgt.)

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Der Gesamtausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform

trat am 10. März im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch zu einer Sitzung zusammen. Der Generalsekretär Professor Dr. Franke machte im ersten Teile der Verhandlungen eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen über die Vorbereitungen zur nächsten Generalversammlung, über die Schriften, die Arbeiten einiger Unterausschüsse, sowie die Arbeiten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Die Generalversammlung wird am 12. und 13. Mai in Berlin stattfinden und die Frage der jugendlichen gewerblichen Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts behandeln. Obermedizinalrat Professor Dr. von Gruber-München wird über den Arbeiterschutz der Jugend sprechen, Oberbürgermeister Cuno-Hagen, W. d. R., über die Fortbildungsschule, Dr. Walther Classen, Leiter des Volksheims in Hamburg, über die „Jugendpflege“. Freiherr v. Berlepsch hob hervor, daß das diesmalige Thema besonders aktuell sei, da sich überall Anzeichen dafür melden, daß bei der Erziehung und dem Schutz der Jugend zwischen 14 und 18 Jahren viel veräußert worden sei und man auf diesem Gebiete manches nachzuholen habe. Außerdem schlage diese Arbeit zugleich in das Gebiet der Arbeiten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die, ähnlich wie sie es bei dem internationalen Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen bereits mit Erfolg getan hat, nun die Regierungen der Industriestaaten zu einheitlichem Vorgehen im Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen und der Festsetzung des Zehnstundentags für Frauen und Jugendliche anregen will. — Auch die zuletzt erschienenen Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform dienen zugleich der Vorbereitung der Generalversammlung wie der Förderung der internationalen Arbeiten. Es wird eine ganze Reihe über die Frage der Jugendlichen erscheinen. Heft 34 behandelt den Schutz der jugendlichen Arbeiter (Verfasser Oberregierungsrat Dr. Wittmann), Heft 35 die Kriminalität der Jugendlichen (Amtsgerichtsrat Dr. Köhne); das demnächst erscheinende Heft 36 von Dr. Raup behandelt die Gesundheitsverhältnisse; in Vorbereitung ist ein Heft über die Veranstaltungen zur Jugendpflege sowie ein Heft über die Fortbildungsschulfrage, das auch den preussischen Gesetzentwurf und dessen parlamentarische Behandlung berücksichtigen wird. In einem Doppelheft wird das Protokoll der Generalversammlung veröffentlicht werden. Das Heft 32/33, welches noch zu den Veröffentlichungen über die Privatbeamtenfrage gehört, steht bisher aus, wird aber auch demnächst erscheinen.

Der vor etwa einem Jahre eingesetzte Unterausschuß für die Gastwirtschaften hat kürzlich nach sorgfältigen Vorarbeiten drei große Eingaben, die nicht nur von den Fachverbänden, sondern von einer Reihe anderer großer Organisationen mitunterzeichnet sind, an Bundesrat und Reichstag, an die Verkehrs- und Eisenbahnministerien, sowie an die Stadtgemeinden eingereicht (Soz. Prax. XX Sp. 645), um Verbesserungen für die Lage der Gastwirtschaften zu erzielen. Auch zum Stellenvermittlergesetz hat der Unterausschuß Stellung genommen; die beteiligten Berufsverbände erkennen an, daß das Gesetz einige bei der Stellenvermittlung im Gastwirtschaftsgewerbe bestehende Auswüchse wirksam bekämpft.

An den Arbeiten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beteiligte sich die Gesellschaft für Soziale Reform in letzter Zeit durch Erstattung eines Gutachtens über die Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen, durch Vorarbeiten für den Eisenbahnerschutz, durch Mitarbeit an der Aufstellung einer Giftliste, durch Einreichung von Petitionen zum Schutze der Arbeiter in Buchdruckereien und Schriftgießereien, in keramischen Betrieben und bei Druckluftarbeiten. Zum Arbeiterschutz für die mit Blei arbeitenden Gewerbe, an dem seit langem international gearbeitet wird, hat kürzlich der Regierungsvertreter in der Petitionskommission des Reichstags bemerkenswerte Erklärungen abgegeben, daß Ermäßigungen über Anzeigepflicht bei Bleierkrankungen schweben und daß die Verwendung von Bleifarben eingeschränkt wird (XX Sp. 692). Wichtig für die grundsätzliche Anerkennung der internationalen Arbeit ist es, daß jetzt auch die englische Regierung, die sich früher ablehnend verhalten hat, für die englische Ausgabe des Bulletins eine Subvention von 6000 M jährlich zahlt. Ebenso ist es erfreulich, daß die Gesellschaft für Soziale Reform durch Erstattung von Gutachten an der Herbeiführung des Verbots der Frauennachtarbeit in Österreich und Ungarn mitwirken kann.

Als neue Arbeitsgebiete, welche die Gesellschaft für Soziale Reform in Angriff nehmen soll, schlägt Freiherr v. Berlepsch

die Fragen des Arbeitsrechts sowie eines Reichseinigungsamts (vergl. Sp. 738 ff. dieser Nummer) vor. Der Ausschuß stimmt diesen Vorschlägen zu; zur Bearbeitung und Klärung der angeregten Fragen sollen namentlich Vertreter solcher Berufsverbände zugezogen werden, die bereits längere praktische Erfahrungen auf dem Gebiete des Tarifwesens haben.

Den zweiten Teil der Verhandlungen bildete ein Vortrag von Helene Simon über die Schulspeisung. Die Rednerin bot ein reiches Material über diese Frage, Material sowohl über das tatsächlich bestehende Bedürfnis breiter Schichten von Kindern nach einer Schulspeisung wie auch Material über das, was durch die Gesetzgebung in England sowie durch einzelne kommunale Maßnahmen in Deutschland zur Abhilfe dieses Elends geschehen ist. Den Nachdruck ihrer Ausführungen legte die Vortragende jedoch auf den grundsätzlichen Gesichtspunkt, daß die Schulspeisung nicht als eine Aufgabe der öffentlichen Armenpflege oder lediglich der freiwilligen Liebesbarmherzigkeit angesehen werden darf, wie es vielfach noch geschieht, sondern daß man sie auffassen müsse als eine sozialpolitische Maßnahme, die eine notwendige Ergänzung bilde zu dem Gesetze über den Schulzwang und zum Kinderschutzgesetz, das erzieherische Maßnahmen zwar die Kinder vor Überarbeitung schützt, aber dafür durch den entgangenen Verdienst ihre Ernährung beeinträchtigt. Erkennt man aber die Schulspeisung als notwendige sozialpolitische Maßnahme an, so gehört diese Frage auch durchaus in das Arbeitsgebiet der Gesellschaft für Soziale Reform. Zweierlei Aufgaben wären hier vor allem zu erfüllen: Einmal Durcharbeitung und Einigung auf ein bestimmtes Mindestprogramm, d. h. Beschränkung auf die Forderung der Lieferung von warmem Frühstück und Mittagbrot, teilweise auch gegen Entgelt; dann aber Klärung der öffentlichen Meinung, daß diese Mindestforderungen überall zur Pflicht zu machen sind.

Der Gesamtschuß stimmte der Auffassung der Vortragenden, daß es sich bei der Schulspeisung um eine sozialpolitische Aufgabe handle, im wesentlichen zu. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wurde der Vorstand beauftragt, einen Unterausschuß einzusetzen, der die Frage weiter bearbeiten soll. Dieser Unterausschuß hat dann, außer der allgemeinen Propaganda für den Gedanken, auch die Ortsgruppen anzuregen, daß sie bei ihren Kommunalverwaltungen auf die Durchführung der als Mindestmaß notwendig erkannten Schulspeisungs-Maßnahmen hinwirken, da man zunächst nur eine kommunalpolitische Regelung der Sache wird erwarten dürfen, während ein gesetzliches Eingreifen zurzeit aussichtslos sei.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform handelte auf ihrem dritten diesjährigen Erörterungsabend die Frage des „Reichseinigungsamts“. Der Vorsitzende der Hauptgesellschaft, Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch, hielt den Vortrag. Da wir diesen Vortrag wörtlich zum Abdruck bringen (vergl. Sp. 738 ff.), können wir hier auf ihn verweisen. Die drei Diskussionsredner, Stadtverordneter Goldschmidt-Berlin, der Vorsitzende der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, Tiefbauunternehmer Dipl.-Ing. Bernhardt, der Vorsitzende des Vereins der Berliner Gewerbevereinsmitglieder, und Malermeister Kruse, der Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeber-Verbände im Malergewerbe, stimmten, jeder von seinem Standpunkte aus, der Forderung des Vortragenden nach einem Reichseinigungsamt zu, wobei sie die Wichtigkeit des Zwanges, vor dem Einigungsamt verhandeln zu müssen, betonten. Herr Kruse hob noch besonders hervor, daß das deutsche Malergewerbe sich selbst bereits und zwar aus der Notwendigkeit der Praxis heraus solche Einigungsinstanzen geschaffen habe, wie sie vom Vortragenden gefordert werden sind. Alle drei Redner gaben der Hoffnung Ausdruck, daß durch diese erneute Anregung der Gesellschaft für Soziale Reform die Frage des gewerblichen Einigungswesens in den Vordergrund des Interesses und der öffentlichen Diskussion gerückt werden möge. Geheimrat Dr. Flügge, der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform, der in seiner Begrüßungsansprache auf die große Bedeutung des gewerblichen Einigungswesens hingewiesen hatte, übermittelte zum Schluß dem Vortragenden den Dank der zahlreichen Versammlung für die äußerst anregenden Ausführungen.

Allgemeine Sozialpolitik.

Arbeiterfragen bei der Reichspost. Bei den Reichstagsberatungen über den Postetat am 8.—10. März wurde der Antrag Lehmann (soz.) auf Aufnahme der Tarifvertragsklausel in die Lieferungsbedingungen abgelehnt; erst beim Etat des Reichskanzlers soll die Frage Erledigung finden. Eine Resolution Wiebeberg (Zentrum) wurde angenommen, die Ausbau der Arbeiterausschüsse im Telegraphenbau und mindestens jährlich einmal Verhandlungen ihrer Vertreter mit den Vertretern der Oberpostdirektion und des

Reichspostamts verlangt und Errichtung einer Pensionskasse für die Post-, Telegraphen- und Zeugamtsarbeiter ähnlich wie bei der preussischen Eisenbahnverwaltung fordert. Die übrigen Beratungen drehten sich um die Petitionen besonders des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker (Vogum) und des Bundes Deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker (Berlin) und zwar vorwiegend um Lohnfragen. Staatssekretär Kraetke verteidigte die Lohnpolitik der Postverwaltung folgendermaßen:

Die Postverwaltung geht bei der Bezahlung der Arbeiter von dem ortsüblichen Tagelohn aus und gibt dann Zulagen. Das ist das einzig Richtige, was man tun kann, denn es existieren nicht bloß Telegraphenarbeiter, sondern auch Handwerker und Industriearbeiter, und sobald eine Verwertung über das Maß des Gebotenen hinausgeht, müssen die anderen sofort nachfolgen. Das ist die Reason, die eingehalten werden muß. Daß an einzelnen Orten nur 2,50 M gezahlt werden, dafür können wir nicht, wenn der ortsübliche Tagelohn so ist. Wir zahlen aber schon nach dem ersten Jahre eine Zulage; die einzelnen Lohnkategorien verteilen sich folgendermaßen: in der Lohnklasse bis zu 3 M befinden sich 1,7 v. H. der Arbeiter, in der Lohnklasse bis 3,50 M 5,8 v. H., in der Lohnklasse bis 4,00 M 81,8 v. H., in der Lohnklasse bis 5 M 9,8 v. H., in der Lohnklasse über 5 M 1 v. H. Über 90 v. H. haben also einen guten Lohn, die Zulagen waren folgende: 1907 war der Durchschnittslohn 3,34 M, 1908 3,98 M, 1909 3,95 M, 1910 4,11 M, insgesamt sind dafür in diesem Zeitraum 2 1/2 Millionen aufgewendet worden bei 10 000 Arbeitern.

Zu den Fragen der Arbeiterausschüsse und der Pensionskasse gab der Staatssekretär unverbindliche Erklärungen.

Arbeiterklub und soziale Käuferverbände. Die Soziale Käuferliga der Schweiz zählt zu ihren Arbeitsgebieten bereits seit längerer Zeit den Schutz der Angestellten und Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien, denen sie Sonntagsruhe und eine bessere Regelung der Arbeitszeit sichern möchte. Vor kurzem hat sich nun die Liga mit einer Eingabe an den Nationalrat gewandt, bei der bevorstehenden Revision des Schweizerischen Fabrikgesetzes das Verbot der Nachtarbeit für die Bäckerinnen auszusprechen. Bis jetzt hat nur der Kanton Tessin die Nachtarbeit verboten, damit ist aber der Beweis erbracht, daß dies Verbot durchführbar ist, und durch die allgemeinen Vorschriften des Fabrikgesetzes könnte es als Mindestschutz für die Bäckerarbeiter generell für die ganze Schweiz durchgeführt werden. Zur Begründung der Eingabe ist eine von Prof. Sieveling bearbeitete Umfrage beigelegt, welche die Soziale Käuferliga bei einer großen Anzahl von Ärzten über die Schädlichkeit der Nachtarbeit veranlaßt hat.

Über den Deutschen Käuferbund (Friedenau-Berlin, Rubensstraße 22) wird uns geschrieben, daß er soeben seine V. Weiße Liste für Groß Berlin veröffentlicht hat, die über 100 Firmen verschiedener Branchen enthält. Durch die „Weiße Liste“ werden dem tausenden Publikum solche Geschäfte empfohlen, bei denen die Anstellungs- und Arbeitsverhältnisse des kaufmännischen und gewerblichen Personals, vor allem aber die Entlohnung etwaiger Heimarbeiter, nach den Grundsätzen eines „guten Hauses“ geregelt sind. Für die Papierwarenhandlungen wird außerdem die Verbindung gestellt, daß sie keine Schmutz- und Schundliteratur führen.

Bereinsrecht und soziales Wahlrecht der Frauen in Österreich. Am 8. März ist im österreichischen Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der für die Ausübung des Vereinsrechts mehrfache Erleichterungen und Vereinfachungen des Vereinswesens bringt. Insbesondere soll die Kategorie der politischen Vereine und jede Einschränkung des Vereinsrechts für Frauen wegfallen. Hinsichtlich des Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbegerichten, das Österreich vor Deutschland voraus hat, hat auf Wunsch des Verbandes deutscher Kaufmanns- und Gewerbevereine das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums eine Umfrage über die Beteiligung der Frauen bei den vorjährigen Gewerbegerichtswahlen vorgenommen. Die Beteiligung ist ganz bedeutend gegen früher gestiegen.

Soziale Zustände.

Die Bergarbeiterlohnstatistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund für das 4. Vierteljahr 1910 zeigt ein weiteres Steigen der Löhne. Für die 4 Viertel des Jahres 1910 ergibt sich nunmehr als Durchschnittslohn für die Gesamtbelegschaft einschließlich der jugendlichen Arbeiter für einen Mann und eine Schicht: 4,48 M, 4,51 M, 4,57 M und 4,61 M. Der Durchschnittslohn der Hauer hat sich wie folgt entwickelt: 5,29 M, 5,33 M, 5,40 M und 5,45 M. Die Löhne des Jahres 1910 haben damit den Durch-

Schnitt des Jahres 1909, der bei der Gesamtbelegschaft 4,49 *M* und bei den Bauern 5,33 *M* für die Schicht betrug, überschritten. Diese Zahlen stellen die reinen Löhne dar nach Abzug aller Arbeitskosten, Beiträge und Gefälle. Auch die Zahl der verfahrenen Schichten für den einzelnen Bergarbeiter ist durchschnittlich im Jahre 1910 gestiegen. Die Gesamtbelegschaft hat sich im letzten Viertel des Jahres 1910 von 329 976 auf 336 577 Mann erhöht.

Eine freiwillige Verbesserung der Lage der Seelente hat der Verein der Hamburger Reederei nach mehrmonatigen Beratungen beschloffen. Der Verwaltungsrat des Vereins empfiehlt den Mitgliedsreedereien vom 1. April 1911 ab für Matrosen, Heizer und Trimmer eine Erhöhung der Steuer um 3 *M* und für die sogenannten Unteroffiziere (Bootsleute, Zimmerleute, Quartiermeister, Oberheizer) eine solche um 5 *M* für den Monat eintreten zu lassen. Weiterhin sollen künftig denjenigen Mannschaften, die ununterbrochen bei einer Reederei in Dienst bleiben, Dienstalterszulagen in Höhe von 3 *M* und für Unteroffiziere von 5 *M* von je zwei zu zwei Dienstjahren gewährt werden. Die Steuern betragen gegenwärtig für Matrosen in großer Fahrt 70, in kleiner Fahrt 65 *M*, für Heizer 80 bzw. 75 *M*. In der Frage der Beförderung soll eine Instruktion an die Kapitäne erlassen werden, die eine genauere Kontrolle der Verpflegung sicherstellt. Auch soll eine Kommission des Vereins einen Beschluß vorbereiten, der eine Neuordnung der Berechnung der Überstunden bezweckt. Die Bedeutung der Zulage erhöht sich noch dadurch, daß seit dem 1. Januar, wie jetzt bekannt wird, in den großen Hamburger Feuerbureaus die bisher übliche Feuergebühr von den Mannschaften nicht mehr erhoben wird.

Ein allgemeiner französischer Heimarbeitskongreß ist von der ligue française de l'antisweating-system (Paris rue des Feuillantines 7) auf den 16. bis 19. März einberufen worden. Alle politischen Parteien, Universitäten, das Collège de France, die Beisitzer der Gewerbegerichte, die Direktoren der großen Warenhäuser, die Genossenschaftsbetriebe und Organisationen, das Arbeitsministerium, die Geistlichkeit sind eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen: Soll man die Heimararbeit beseitigen? Soll man die Heimararbeit auf dem Lande beseitigen? Soll man die gesundheitschädlichen Hausindustrien beseitigen? Wie ist die Arbeit in den Gefängnissen zu verteilen? Soll man die Arbeit in den Klöstern unterdrücken? Soll man die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren verbieten und ihren Schulbesuch bis zu dieser Altersstufe sicherstellen?

Der Umfang der Heimararbeit in England. Das vorbildliche Vorgehen Englands in der Frage der Lohnregelung der Heimararbeit lenkt die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf die Lage der dortigen Heimararbeit im ganzen. Während die Durchführung des Gewerbämtergesetzes dem englischen Handelsministerium unterstellt ist, üben außerdem das Ministerium des Innern und das Ministerium der Lokalverwaltungen eine gewisse Kontrolle der Heimararbeit aus, soweit es sich um den sanitären Arbeiterschutz handelt. Das Fabrik- und Werkstättengesetz schreibt vor, daß jeder Medizinalbeamte alljährlich über die Werkstätten besonders an das Ministerium des Innern zu berichten hat; das Ministerium für Lokalverwaltungen wiederum, dem die Medizinalbeamten unterstehen, hat für die Berichte dieser Beamten bestimmte Vorordnungen, auf denen die Verhältnisse der Hausarbeit besondere Berücksichtigung finden. Im Reichsarbeitsblatt vom Februar 1911 werden die wichtigsten Ergebnisse aus diesen Berichten für das Jahr 1908 mitgeteilt. Im ganzen wurden 93 443 Heimarbeiterwohnungen besichtigt (gegen 102 549 i. J. 1907). Die Besichtigungen führten zu 2022 Beanstandungen in bezug auf ungesunde Räumlichkeiten; in 1616 Fällen wurden schriftliche Auflagen zur Verbesserung der Räume erlassen, in 9 Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet. Außerdem wurden noch 1154 Räume beanstandet, in denen Heimararbeit ausgeführt wurde, während zugleich Kranke mit ansteckenden Krankheiten in den Räumen waren. Die ungefähre Zahl der Heimarbeiter in Großbritannien wird nach den Berichten der Medizinalbeamten, die sich auf die von den Arbeitgebern einzureichenden Listen stützen, auf 101 172 i. J. 1908 (gegen 114 294 i. J. 1907) angegeben. Den weitaus größten Anteil an dieser Zahl hat das Bekleidungs-gewerbe mit 84 177 (1907 = 93 939), dann folgt die Spinnindustrie mit 3521 (5402) und die Herstellung von Papieren und Pappschachteln mit 2388 (2636). Alle anderen Industriezweige weisen bedeutend kleinere Zahlen auf. Nach den vorliegenden Berichten zeigt sich ein wesentlicher Rückgang der Heimararbeit gegen 1907. Es wurden 1908 über 13 000 Heimarbeiter weniger gezählt. Vor allem ist der Rückgang in England und Wales be-

trächtlich, und hier ist es vornehmlich die Bekleidungsindustrie, in der 1908 fast 10 000 Personen weniger beschäftigt wurden wie 1907. Es läge nahe, die englischen Zahlen mit den Zahlen der deutschen hausgewerbetreibenden Personen zu vergleichen, wie sie nach der gewerblichen Betriebszählung von 1907 festgestellt worden sind. (Vergl. Soz. Pr. Sp. XIX 588.) Doch scheidet das Reichsarbeitsblatt davon ab, da die Methoden der Erhebungen in beiden Staaten völlig verschieden sind.

Trinkgelbverbot in Kanada. Bis vor einigen Jahren kannte man in Kanada das Trinkgeldwesen überhaupt nicht. Englische Touristen haben es aber aus schlechter Gewohnheit auch dort eingeführt. Heutzutage wird man auch in Kanada schief angesehen, wenn der „tip“ zu klein ausfällt oder gänzlich ausbleibt. Um dem Unwesen der Trinkgeldebettelei und -bestechung zu steuern, berät das kanadische Unterhaus über einen Gesetzesvorschlag, nach dem jeder Trinkgelddgeber und Trinkgeldempfänger zu einer Strafe von 200 Dollars oder zu — zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden kann! Auch die Verteuerung des Lebens wird als ein Grund gegen die konventionelle Trinkgeldsteuer angeführt.

Rechtspflege.

Das Zurückbehaltungsrecht gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen ist neuerdings bejaht worden vom Amtsgericht Kiel als Berufungsinstanz, und zwar in einem Falle, der besondere Beachtung um deswillen verdient, weil hier der verdiente Lohn zurückbehalten wurde, da der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist gelöst hatte. In der Begründung heißt es:

Die Unpfändbarkeit der Lohnforderung (§ 1 des Lohnbeschlagnahme-gesetzes) soll freilich insoweit den Arbeiter vor dem Zugriff seiner Gläubiger schützen; denselben gesetzgeberischen Zweck verfolgen aber die §§ 804, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, indem sie Aufrechnung und Abtretung verbieten, denn die Aufrechnung könnte auch zur Befriedigung anderer Gläubiger benutzt werden, deren Forderungen sich der Arbeitgeber abtreten läßt, und die Abtretung würde vielfach unter wirtschaftlichem Druck zur Befriedigung anderer Gläubiger geschehen. Etwas anderes ist es aber, ob der Arbeitgeber gezwungen sein soll, sein Geld hinzugeben und wegen der auf demselben Arbeitsverhältnis beruhenden Forderungen praktisch das Nachsehen zu haben. Wenn also auch dies Rechtens sein sollte, müßte es ausdrücklich bestimmt sein. Das ist es aber nicht. „Aus dem Schuldverhältnis selbst“ ergibt sich der Ausschluß des Zurückbehaltungsrechts nicht. Es würde das nur der Fall sein, wenn die Verpflichtung des Schuldners zur Vorleistung sich aus dem Vertrag oder der Natur des Schuldverhältnisses ergäbe. Das Oberlandesgericht Dresden meint dies allerdings (Oberlandesgerichtsentscheidungen Bd. 18 S. 1, 2), aber gegenüber dem § 614 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann diese Meinung nicht wohl aufrechterhalten werden, und die Unterscheidung, daß gemäß dem Lohnbeschlagnahme-gesetz der Arbeitgeber 125 *M* monatlich (oder 28,33 *M* wöchentlich) vorleihen müsse, den Überschuß aber nicht, zeigt, daß es eben nicht an-gänglich ist, das Lohnbeschlagnahme-gesetz zur Bestimmung der Natur des Dienstvertrages heranzuziehen, denn dieser ist ein einheitlicher, mag der Lohn 28,33 *M* wöchentlich, 125 *M* im Monat übersteigen oder nicht. Auch die fernere Unterscheidung, daß die Zurückbehaltung vielleicht zugelassen werden dürfe, wenn sich die Gegenforderung auf ein doloses Handeln des Gegners (z. B. Unterschlagung) stütze, findet im Gesetze keine Stütze.

Nicht nur der handelt dolos mit der Geltendmachung seiner Forderung, dem eine Gegenforderung aus vorsätzlicher unerlaubter Handlung entgegensteht, sondern auch der, qui petit, quod restituere debet (vergl. „Jur. Wochenschrift“ 1907, S. 100, Nr. 2).

Auch diese, wie nicht verkannt werden darf, für das gesamte Arbeitsrecht äußerst bedeutungsvolle Entscheidung zeigt aufs neue, wie dringend notwendig eine gesetzliche Regelung dieser Frage ist (vergl. Sp. 685).

Kellner und gesetzliche Kündigungsfrist. Ein Stuttgarter Gastwirt vereinbarte in der Regel mit seinen Kellnern und Kellnerinnen bei Aufnahme der Beschäftigung durch schriftlichen Vertrag den Ausschluß der Kündigungsfrist. Bei zwei Kellnern tat er dies jedoch nicht, und diese wandten sich, als sie ohne Kündigungsfrist entlassen wurden, ans Gewerbegericht. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß infolge des Fehlens jeder Vereinbarung über die Kündigung die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen als gültig zu betrachten gewesen sei, und verurteilte den Gastwirt zu entsprechender Entschädigung. Gegen das infolge der Zusammenlegung der beiden Fälle berufungsfähig werdende Gewerbegerichts-urteil legte der Gastwirt erfolgreiche Berufung ein. Das Landgericht führte aus, es sei kein Grund ersichtlich, weshalb den

Klägern besondere, von denen des übrigen Personals abweichende Anstellungsbedingungen hätten eingeräumt werden sollen; aus dem Fehlen schriftlicher Verträge, wie sie der Beklagte sonst abzuschließen pflegte, sei keine Abweichung von den sonstigen Bedingungen, vielmehr die Unterwerfung unter die Vertragsordnung zu schließen, welche für das andere Personal gleicher Stellung galt. — Diese Entscheidung der Berufungsinstanz widerspricht der Schutzbestimmung des Gesetzes (§ 122 G.D.), die dem ausscheidenden Arbeiter eine 14tägige Frist zum Übergang in neue Verhältnisse verschaffen will und nur dann von dieser Schutzfrist absteht, wenn der Arbeiter ausdrücklich etwas anderes mit dem Arbeitgeber vereinbart hat. Nach der Tatbestandschilderung fehlte aber eine solche Vereinbarung im vorliegenden Falle; sie darf auch nicht nach § 157 B.O. stillschweigend ergänzt werden, weil das gegen den Sinn des § 122 G.D. verstoßen würde, der ein extensiv auszulegendes Schutzgesetz ist. Auch die Zusammenlegung der beiden Klagefälle, um sie berufungsfähig zu machen, ist ein dem Sinne des Gewerbegerichts widersprechendes Verfahren, das wir früher schon mehrfach gerügt haben.

Die Bußt in der Fortbildungsschule. Die „Deutsche Schlosser-Zeitung“ teilt folgende Reichsgerichtsentcheidung mit: Ein Fortbildungsschüler hatte der Aufforderung seines Lehrers, eine Buß zu verlassen, nicht Folge geleistet und, als dieser Gewalt anwenden wollte, sich widersetzt. Der Schüler erhielt von der Strafkammer wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt vierzehn Tage Gefängnis. Der Vater legte beim Reichsgericht Revision ein, die jedoch verworfen wurde mit der Begründung, daß der Lehrer in Ausübung seines Berufes als Beamter anzusehen sei und daß ein demselben bei Ausübung seines Beamtenrechts geleisteter Widerstand gegen die Staatsgewalt nach § 113 des Reichsstrafgesetzbuches zu bestrafen sei.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe, die am 2. März beendet sein sollten, werden eifrig fortgesetzt, um eine friedliche Lösung der Spannung zwischen den beiderseitigen Forderungen doch noch zu erreichen und die hier und da, z. B. in Breslau, Bremen und Liegnitz, ausgebrochenen offenen Kämpfe im Keime zu erstickern, sowie die in Forst, Kalkheim, Finsterwalde angefügigten Aussperrungen überflüssig zu machen. Die Verhandlungen wurden seit dem 24. Februar in der Weise für die einzelnen Orte geführt, daß zunächst die Vertreter der Städte im Beisein der Zentralvorstände über die Arbeitszeitverkürzung sich allgemein aussprachen, sodann verhandelten die Vertreter jeder einzelnen Stadt unter sich in einem besonderen Verhandlungszimmer über die übrigen Streitpunkte, während die meist unerledigte Frage der Arbeitszeit der Zentralschlichtungskommission zur schiedsrichterlichen Entscheidung überwiesen wurde. Die Zentralschlichtungskommission versuchte gleichzeitig für solche Orte, in denen die Verständigung allgemein auf Schwierigkeiten stieß, eine geeignete Vergleichsgrundlage auch in anderen Punkten als der Arbeitszeitfrage vorzubereiten. Ein Erfolg dieser Bemühungen ist in der Hauptsache nicht ausgeblieben. Für Bremen, Breslau, Stuttgart, Chemnitz, Elberfeld, Neumünster wurden Schiedsprüche hinsichtlich der Arbeitszeitregelung gefällt, für Aachen, Kirchheim und Elbing wurde eine freie Verständigung erzielt. In allen Orten wurden der ein- bis dreistündigen Verkürzung der Arbeitswoche entsprechende Lohn-erhöhungen von 6 bis 8 % , die sich über die drei Vertragsjahre verteilen, vereinbart. Für die Orte Eisenach, Forst, Herford, Kalkheim, Jena, Swinemünde und Stralsund wird weiter verhandelt, größtenteils mit Aussicht auf erfolgreiche Verständigung. Querströmungen im Arbeitgeberverband, die in einzelnen Bezirken oder Fachgruppen (Drechsler) Widerspruch gegen das Vertragsmuster wecken, erschweren allerdings den Gang der Verhandlungen gelegentlich. Andererseits hat der Beschluß der Breslauer Holzarbeiter, die mühsam mit Hilfe von Schiedsprüchen erzielte Vereinbarung ihrer Unterhändler abzulehnen und den begonnenen Streik fortzusetzen, die Friedensstimmung peinlich gestört. Die nicht durch festen Vertrag angestellten Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau des Holzarbeiterverbandes haben infolge dieses Willkürstreiks, den der Zentralvorstand unter Verweigerung der Streikunterstützung aufs schärfste gemißbilligt, ihre Ämter niedergelegt.

Die Tarifvertragsklausel in den Lieferungsaufträgen des Stuttgarter Gemeinderats ist bei der Neuregelung der Vergabung

von Lehrmittellieferungen für die Stuttgarter Volksschulen folgendermaßen gefaßt worden:

„Der Gemeinderat behält sich vor, bei der Lieferungsvergebung solche Buchdruckerbesitzer, welche die zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern im Buchbindergewerbe für Stuttgart bestehenden Tarifverträge nicht einhalten, vorweg auszuschließen.“

Außer dieser Bestimmung behielt sich der Stuttgarter Gemeinderat das Recht vor, auch diejenigen Firmen von der Lieferung auszuschließen, die Schmutz- und Schundliteratur verbreiten.

Eine Tarifbewegung der Bergarbeiter im Oberlausitzer Braunkohlenggebiet hat im Februar begonnen. Am 18. Februar wurden an die 14 Braunkohlenerwerke des Zittauer Reviers, die etwa 700 Arbeiter beschäftigen, Tarifvor schläge eingereicht und zwar gemeinschaftlich vom Verbands der Bergarbeiter und dem Verbands der Maschinisten und Feizer, die 80 v. H. der 700 Arbeiter umfassen. Sonstige Gewerkschaftsorganisationen sind nicht beteiligt. Über die Tariforderungen teilt die „Bergarb.-Ztg.“ folgendes mit:

„Die Tariforderungen der Oberlausitzer Bergarbeiter erstrecken sich vor allem auf die Arbeitszeit, die Schichtlöhne und die Sonderbezahlung der Nebenarbeiten. Sie verlangen bei Untertagsarbeit die Achtstundenschicht, für Arbeit über Tage die 10 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit einschließlich der Pausen. Der geforderte Schichtlohn für Hauer und Förderleute schwankt zwischen 3,70 M auf den Reichenauer Schächten und 4,20 M auf den Gruben in Olbersdorf und Hartau. Annähernd dieselbe Lohnhöhe fordern auch die Maschinengewärter, Kesselheizer und verwandten Berufe. Von der größten Wichtigkeit ist die verlangte Bezahlung der Nebenarbeiten bei Gehirgeloohn, das Bauen, Schienenlegen, Holzrauben und dergl. Diese Arbeiten mußten bisher fast durchweg nebenbei ohne Vergütung mitgemacht werden, was zur natürlichen Folge hatte, daß eben nur das allernotwendigste gemacht wurde. Dieser Mangel rächt sich im Bergbau durch zahlreiche Unglücksfälle, wobei die Unternehmer noch mit einem Anschein von Recht die billige Ausrede anwenden, die Arbeiter führten durch ungenügendes Verbauen usw. viele Unfälle schuldigerweise selbst herbei. Daß die Arbeiter durch niedrige Gehirgelöhne und die Nichtbezahlung der Bauarbeiten zu flüchtigem und mangelhaftem Bauen gezwungen wurden, ist aber unbestreitbar. Diese Tatsache sowie der niedrige Lohn und die lange Arbeitszeit auf den Oberlausitzer Werken müssen in jedem Menschenfreunde den Wunsch erwecken, daß die geplagten Braunkohlensarbeiter recht bald in den Besitz von Tarifverträgen kommen möchten.“

Die „Bergarb.-Ztg.“ ruft den guten Willen und die Einsicht der Grubenbesitzer an, auf daß sie recht bald mit den Bergarbeitern in Verhandlung treten möchten.

Die Ausgestaltung des Tarifvertrags im Wiener Chemigraphengewerbe stellt sich in der neuen, bis Februar 1916 gültigen Fassung folgendermaßen dar. Neben der achtstündigen Arbeitszeit wurde eine angemessene Erhöhung der Löhne gewährt (24 Kronen im ersten, 27 K. im zweiten Gehirgenjahre; für Farbenarbeiter 82, 86 und 40 K.), ferner wurden 16 Feiertage, halbe freie Tage am 1. Mai, am Heiligen Abend und Pfingstsonnabend bei voller Bezahlung bewilligt, sodann ein Aufschlag für Überstunden anerkannt, eine für die Gehirgenenschaft ziemlich günstige Lehrlingsstaffel festgelegt, außerdem Gewähr für beste Ausbildung der Lehrlinge übernommen, den Gehirgen die Ausübung von Musterabdrücken selbstgefertigter Arbeiten zugestanden und schließlich auch Ferien bewilligt, und zwar nach dreijähriger Beschäftigung 8 Tage und nach fünf Jahren 6 Tage bei voller Bezahlung. Eine weitere Lohnhöhung um zwei Kronen und eine Erhöhung des Überstundenzuschlags soll vom 1. Januar 1914 ab eintreten. Die Arbeitsvermittlung wurde der Gehirgenorganisation überlassen. Dieser Tarifvertrag, der zum ersten Male 1902 abgeschlossen und 1907 erneuert worden ist, ist vereinbart zwischen den Besitzern der chemigraphischen Anstalten Wiens und dem österreichischen Senefelderbund.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Gegen die Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeit wendet sich der Zentralauschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine mit einer Eingabe an den Reichstag. In der Begründung wird zuerst das übliche prinzipielle Bedenken geltend gemacht, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen einen Eingriff in den freien Unternehmertrieb darstelle, ferner wird auf die praktischen und technischen Schwierigkeiten hingewiesen. Eine behördliche Festsetzung des Zeilohns sei bei der Heimarbeit unmöglich, weil sich bei neuen Erzeugnissen niemals vorher bestimmen lasse, wie viel Arbeitszeit auf das neu anzufertigende Stück anzuwenden sein werde usw. Eine derart spezialisierende Arbeit könne von einer Behörde unmöglich geleistet werden. Hoffentlich lassen sich die Mitglieder des Reichstags durch die in der Eingabe gemachten Einwände nicht beirren, sondern schenken den Aus-

führungen des Heimarbeiterlags Gehör, dessen Protokoll ihnen gleichfalls zugeht. Dort ist mehrfach darauf hingewiesen, daß die sanitäre Arbeiterschutts- und die Versicherungs-gesetzgebung einen viel empfindlicheren Eingriff in die Unternehmerfreiheit darstellen, als die Lohnregelung. Auch sollen die Lohnfestsetzungen nicht am grünen Tisch durch eine „Behörde“ gemacht werden, sondern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die doch sicher alle praktischen Bedürfnisse bedenken werden.

Die Ungültigkeit der Vertragsstrafabreden in den Arbeitgeberverbänden ist wieder in einem Falle zu Klagen i. V. gerichtlich festgestellt worden. Die Stichtmaschinenbesitzer in Klagen i. V. hatten untereinander eine Vertragsstrafe von 100 „H“ für jede Maschine vereinbart, wenn ein Mitglied den Tarif, den die Arbeiter aufstellten, bewilligen sollte. Darauf gab der Textilarbeiterverband öffentlich bekannt, daß er jedem Stichtmaschinenbesitzer Rechtsschutz gewähre, der deshalb eine Klage erheble. Einer nahm diesen in Anspruch und erzielte kostenpflichtige Abweisung der auf 700 „H“ lautenden Vertragsstrafklage. In den Gründen dazu wurde ausgeführt, daß im Hinblick auf § 152 G.D. zu einer Beurteilung der beklagten Firma nicht zu gelangen war. Nach ihm sei Nichttritt von solcher Verabredung zulässig und es dürfe aus ihr weder eine Klage noch Einrede stattfinden. Einflußlos sei, daß nach der Darstellung des Klägers die Stichtmaschinenbesitzer nur bestrebt gewesen seien, die bisherigen Arbeitsbedingungen und Entlohnungsprinzipien aufrecht zu erhalten, da eine Vereinigung und Verabredung schon durch die Bestimmung im § 152 G.D. getroffen wird, wenn sie die Erlangung günstiger, nicht notwendig günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen als bisher bezwecke.

Die Bewilligung des Jehntundentags für die Lausitzer Tuchindustrie erfolgt seitens des dortigen Arbeitgeberverbandes freiwillig für die männlichen Arbeiter vom 1. Oktober ab, wie durch Aushang jetzt bekanntgegeben wird. Bisher galt für die Männer der 10 1/2 Stundenlag.

Ablehnung des deutsch-französischen Arbeitgeberartikels im Baugewerbe. Der Entwurf zu einem Abkommen mit der französischen Nationalföderation der Bauarbeitgeber, den der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeregt hatte, um im Falle einer Aussperrung in einem Lande den ausgesperrten Arbeitern das Auffuchen von Arbeitsgelegenheit im Nachbarlande abzuschnitten, ist, wie der Vorsitzende des französischen Verbandes, Billernin, etwas breispurig in der Öffentlichkeit erklären läßt, von dem französischen Verbands nach Umfrage bei seinen Unterverbänden einmütig abgelehnt worden. In der Tat ist ein solches Abkommen gerade mit Frankreich von keiner erheblichen praktischen Bedeutung. Aber da der deutsche Bauarbeitgeberverband mit fast allen übrigen Nachbarländern Kartellverträge erfolgreich abgeschlossen hat, so lag es nahe, auch Frankreich in das internationale Abkommen hineinzuziehen.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Gewerkschaftsbewegung und Alkohol. Die „Köln. Ztg.“ brachte am 10. Februar folgenden Bericht „aus dem Industriegebiet“:

„Bei aller grundsätzlichen Stellung gegen die Sozialdemokratie muß man doch immer wieder anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien manche weise Lehre aus der Organisation und der Taktik der Gegner schöpfen können. Von der Opferwilligkeit der Genossen, der geldlichen für ihre Kriegskassen und der persönlichen für die Agitation, ist schon oft die Rede gewesen. Weniger bekannt sind viele eigenartige Züge in der Kleinarbeit für den inneren Ausbau der roten Organisationen. Seit geraumer Zeit nehmen die führenden Genossen zur Förderung der Parteiarbeit auch die Mäßigkeit im Alkoholgenuß zu Hilfe. Es ist schon oft berichtet worden, wie bei Streiks und Aussperrungen in den neuesten Arbeiterbewegungen eine Hauptparole lautet: Fort mit der Schnapsflasche! Die Reichsfinanzreform haben die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften (richtiger die sozialdemokratische Partei, freilich nicht ohne energische Unterstützung der Gewerkschaften) mit einem Schnapsboykott beantwortet, und das mit großem Erfolg. In jüngster Zeit ist zu beobachten, daß sozialdemokratische Vereine und freie Gewerkschaften dazu übergehen, bei ihren Versammlungen jeden Ausschank von Getränken fernzuhalten. Das bedingt geldliche Opfer; denn für die Versammlungsräume muß dann mehr Miete bezahlt werden. Diese wird von den Kassakassen übernommen. Damit hoffen die Führer, einer Reform des Versammlungswezens die Wege zu ebnen. So hofft die Vormunder Zahlstelle des Verbandes der Maler durch den Verzicht auf den Ausschank von Getränken in ihren Versammlungen, daß die Vorträge in den Versammlungen fruchtbringender gemacht werden; das störende Servieren höre auf, der Besuch sei mit keinerlei Unkosten ver-

bunden, und das erhöhte Interesse beschleunige die Fortschritte der Organisation. Hand in Hand müßte damit pünktlicher Beginn und kürzere Dauer der Versammlungen gehen. Gerade die letzten beiden Punkte wären auch für sehr viele Versammlungen der bürgerlichen Parteien eine wünschenswerte Reform.“

Wer nicht mit feindselig verblendeten Augen die Gewerkschaftsbewegung betrachtet, wird häufig in ihr Züge entdecken, die ein Stück Kulturarbeit verkörpern.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“, das wir seit Jahren mehrfach rühmen konnten, weil es in vorbildlicher Weise für die fachtechnische und kunstgewerbliche Erziehung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes Gelegenheit bietet, erscheint seit Beginn des neuen Jahrgangs in neuem verschönernten Gewande. Es wird jetzt aus Kunstbrudpapier hergestellt, so daß sich die Abbildungen noch vorteilhafter darstellen als vormals. Der Inhalt ist durch Gewinnung neuer angelegener Mitarbeiter weiter bereichert worden.

Die ungarischen Gewerkschaften haben infolge der Krisis von 1908/9 einen außerordentlich großen Rückgang an Mitgliedern aufzuweisen gehabt. Nachdem die Bewegung von 1901 bis 1907 sich mit größter Schnelligkeit von 9999 Mitgliedern auf 130 120 ausgebreitet hatte, brachte das Jahr 1908 einen Rückgang um mehr als 28 000, während das Jahr 1909 gar die Mitgliederzahl auf 85 266 herabminderte. Auffallend gering ist der Anteil der Frauen, die nur etwa 1/17 der gewerkschaftlich organisierten stellen (5171) und zur Hälfte den Verbänden der Buchdrucker und der Buchbinder angehören. Dem Mitgliederabgang entsprach die Abnahme der Einnahmen; diese betrugen 1907: 1 944 233 Kronen, 1908: 1 762 106 und 1909: 1 506 637 Kronen; dagegen erreichten die Ausgaben ihren Höhepunkt erst 1908 mit 1 932 224 Kronen, um 1909 auf 1 421 116 Kronen zu fallen. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge hat in den einzelnen Organisationen sehr geschwankt (zwischen 3,60 und 104 Kronen).

Der wichtigste Ausgabenposten war 1909 die Arbeitslosenunterstützung mit 827 256 Kronen; ihr am nächsten standen: Krankenunterstützung und Beerdigung (277 593 Kr.), Organisationsunkosten, Drucksachen u. dergl. (169 806 Kr.) und Miete (111 790 Kr.). Der Kassenstand betrug am 1. Januar 1909 1 186 278, am 31. Dezember 1 279 579 Kr.; hier war also eine Besserung zu bemerken. Die sekundär tätigen Verbände sind die der Buchdrucker (Kassenstand am 1. Januar 1909: 709 407 Kr.) und der Bauarbeiter (mit 228 851 Kr.).

Nach den „Volkswirtschaftl. Mitteilungen aus Ungarn“, ¹⁾ denen wir diese Daten entnehmen, nahm ferner die Zahl der bei der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung Stellenfindenden von 1907 bis 1909 sehr stark ab (von 41 464 auf 31 625); vermittelt wurden hiervon 79,2 bzw. 70,5 v. H. Diese Zahlen sind freilich unvollständig, da sie sich nur auf 38 Vereine beziehen, während Ungarn im ganzen 27 Landesorganisationen und 25 selbständige örtliche Gewerkschaften zählt (ersteren sind 769 Fachgruppen angegliedert). Von den 181 Streiks und 82 Aussperrungen, durch die im Jahre 1909 1253 Betriebe betroffen wurden, hatten 135 Kämpfe vollen, 30 teilweisen und 45 keinen Erfolg.

Die Berufungsentscheidung im neuen Osborne-Falle ist am 25. Februar gefällt worden. Osborne, der nach seinen Angriffen auf die politische Betätigung der Gewerbevereine aus der Eisenbahnergewerkschaft ausgeschlossen worden war, hatte durch eine Klage vor dem Chancery Court seinen Ausschluss aus der Eisenbahnergewerkschaft und die Auflösung der Walthamstower Section, deren Sekretär er war, als rechtswidrig anfechten wollen. Der Richter Barrington aber wies die Klage ab, da erstens die Gewerkschaft nach dem Common Law eine ungesegelte Verbindung darstelle und zweitens die Klage ein ungesegliches Vorgehen sei und mit Rücksicht auf den Absatz 4 des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1871 von keinem Gerichtshof gehört werden könne. Das Berufungsgericht aber hat jetzt der Klage Osbornes stattgegeben, und das bedeutet, falls nicht die oberste Instanz des Vordgerichts noch anders entscheidet, einen neuen Stoß gegen die völlig unhaltbare und unklare Rechtsstellung der britischen Gewerbevereine. Der Master of Rolls betonte allerdings bei der Berufungsentscheidung, daß die tatsächlichen Unterlagen durch das Chancery Court nicht genügend klargestellt seien und das Berufungsgericht auf Grund von hypothetischen Voraussetzungen entscheiden müsse. Im einzelnen führten die drei Berufungsrichter folgendes aus: Der Master of Rolls hat nichts in den Satzungen der Eisenbahnergewerkschaft gefunden, was diese Gewerkschaft nach dem Common Law zu einer ungeseglichten Verbindung temple; die Satzungen enthielten nichts, was man als „Beschränkung des Erwerbslebens“ (restraint of trade) deuten könne. Nach den Satzungen sei die

¹⁾ V. Jahrgang, Wien, Alfred Höber, 1910.

Arbeitseinstellung im Falle eines Streiks eine freiwillige und daher gesetzmäßige Handlung der einzelnen Mitglieder. Es sei darin nicht ausgesprochen, daß ein Mitglied, das sich weigere, an einem Streik teilzunehmen, wegen Schädigung der Gewerkschaft mittels des Ausschlussparagraphen belangt werden könne. In bezug auf den zweiten Punkt führte der Richter aus, daß Osborne die Gewerkschaft nach dem Gesetze des Jahres 1871 zwar nicht wegen Vertragsbruchs verklagen könne. Er tue dies aber auch nicht, sondern verlange nur die Ungültigkeitserklärung seines Ausschlusses. Die Klage sei daher statthaft. Die beiden anderen Richter schlossen sich der Entscheidung ihres Kollegen an. Lord Justice Moulton bemerkte, daß sich die Gewerkschaften und ihre Mitglieder in derselben Lage befänden wie andere Gesellschaften, nur daß sie die Erfüllung gewisser vom Gesetz ausdrücklich benannter Verträge, hauptsächlich solche, die das Unterstützungswesen betreffen, nicht erzwingen könnten. Lord Justice Buckley war auch der Ansicht, daß die Eisenbahnergewerkschaft nach dem Common Law keine ungesetzliche Verabredung sei, fügte aber hinzu, daß die Klage Osbornes statthaft sei, ungeachtet der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der Gewerkschaft. Nach diesen Entscheidungen kann die gründliche Reform des veralteten britischen Gewerkevereinsrechts (vgl. hierüber die jüngst erschienene Schrift von Fritz Hanel, „Das britische Gewerkevereinsrecht“. Staatswissenschaftl. Forschungen, hrsgb. v. Schmoller u. Sering. Leipzig, Dunder & Humblot 1909) eigentlich nur noch eine Frage kurzer Zeit sein.

Arbeiterschutz.

Eine Arbeiterschutznovelle zur Gewerbeordnung in Österreich

ist von der Regierung ausgearbeitet und am 8. März dem Abgeordnetenhaus des Reichsrates übermittelt worden. Die Änderung bezieht sich ausschließlich auf den § 74 der Gewerbeordnung und strebt nicht nur eine Ausgestaltung des technischen Arbeiterschutzes, sondern analog dem § 120a der deutschen Gewerbeordnung auch die Einführung des sanitären Maximalarbeitstages an, während bisher die österreichische Gesetzgebung die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung aus sanitären Gründen nicht kannte. Aus Wien wird uns zu dem Entwurfe, der einen neuen Schritt auf dem Wege der Gleichstellung von Arbeiterschutzvorschriften in Deutschland und Österreich bedeutet, folgendes geschrieben:

Der § 74 der österreichischen Gewerbeordnung, der nunmehr abgeändert und ergänzt werden soll, stammt in seiner gegenwärtigen Fassung aus dem Jahre 1885 und hat sich in mannigfacher Richtung als reformbedürftig erwiesen. Dieser Paragraph trägt die Überschrift „Vorsorge für Hilfsarbeiter“ und verpflichtet den Gewerbeinhaber „auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen bezüglich der Arbeitsräume, Maschinen und Werkgerätschaften herzustellen und zu erhalten, welche mit Rücksicht auf die Beschaffenheit seines Gewerbebetriebes oder der Betriebsstätte zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter erforderlich sind.“ Hierdurch schützt das Gesetz den Arbeitnehmer in doppelter Richtung: Es sucht die Unfallgefahren zu vermindern und die hygienischen Schädlichkeiten, die mit einer Beschäftigung verbunden sein können, nach Zulässigkeit einzuschränken. Dennoch ließ sich die Lückenhaftigkeit der Fassung des § 74 nicht verkennen. Diese gesetzliche Bestimmung verpflichtete den Arbeitgeber eben nur zu Einrichtungen hinsichtlich der Arbeitsräume, Maschinen und Werkgerätschaften, wobei jedoch Momente übergegangen wurden, deren Bedeutung gerade angesichts der stets wachsenden Intensität unseres Fabrikbetriebes und der immer nachdrücklicher werdenden Postulate der modernen Gewerbehygiene nicht länger verkannt werden konnte. So war es z. B. nach dem bisherigen Wortlaut des § 74 fraglich, ob ein behördlicher Auftrag an den Arbeitgeber, gutes Trinkwasser oder einwandfreie Wasservorrichtungen beizustellen, Respiratoren oder Arbeitskleider bereitzustellen u. dergl., in dieser Gesetzesstelle seine Begründung finden konnte.

Diesen Erwägungen folgend, soll nun dem § 74 in seiner neuen Fassung ein erweiterter Inhalt gegeben werden, dergestalt, daß sich die Verpflichtungen der Gewerbeinhaber auf die Herstellung aller sanitären Vorkehrungen und sonstigen Einrichtungen erstrecken sollen, die sich zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter als erforderlich erweisen. Im Zusammenhang mit dieser inhaltlich bedeutungsvollen Erweiterung unterzieht die Novelle den bisherigen Text des § 74 einer allgemeinen Revision, wobei die zum Teil veraltete Terminologie durch eine neue ersetzt und einige Ergänzungen vorgenommen wurden. Die wichtigste betrifft (wie schon eingangs erwähnt) die Einführung des sanitären

Maximalarbeitstages in die österreichische Gesetzgebung. Sie ist derart gedacht, daß das Gesamtministerium unter gewissen Voraussetzungen ermächtigt sein soll, im Verordnungswege für einzelne gewerbliche Einrichtungen, bei welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit offenbar die Gesundheit der Arbeiter in erheblichem Maße gefährdet wird, die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die zu gewährenden Ruhepausen vorzuschreiben.

Von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs verdient schließlich noch jene besondere Erwähnung, wonach auch den Arbeitnehmern unter Strafandrohung gewisse zum Schutze ihrer körperlichen Sicherheit und Gesundheit dienende Verhaltensmaßregeln auferlegt werden können. Hierdurch soll in der österreichischen Gesetzgebung zum ersten Male dem Prinzip Geltung verschafft werden, daß nicht bloß die Gefährdung anderer Personen, sondern auch die Selbstgefährdung der eigenen Person unter Umständen einen strafbaren Tatbestand schaffen kann, der im Interesse der Allgemeinheit mit mäßigen Geldstrafen zu ahnden ist.

Der Wortlaut des neuen § 74 ist der folgende:

Jeder Gewerbeinhaber ist verpflichtet, auf seine Kosten alle jene sanitären Vorkehrungen zu treffen und alle sonstigen Einrichtungen, insbesondere auch bezüglich der Arbeitsräume, Maschinen und Werkgerätschaften herzustellen und zu erhalten, welche bei dem Betriebe seines Gewerbes mit Rücksicht auf dessen Beschaffenheit oder die Art der Betriebsstätte zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter erforderlich sind.

Demgemäß hat der Gewerbeinhaber Sorge zu tragen, daß Maschinen, Werkseinrichtungen und ihre Teile derart eingefriedet oder mit solchen Schutzvorrichtungen versehen werden, daß eine Gefährdung der Arbeiter bei unsichtiger Verrichtung ihrer Arbeit nicht leicht bewirkt werden kann.

Auch gehört zu den Obliegenheiten des Gewerbeinhabers, dafür Sorge zu treffen, daß die Arbeitsräume während der ganzen Arbeitszeit nach Maßgabe des Gewerbes möglichst licht, rein und staubfrei erhalten werden, daß die Arbeitsräume, Arbeitsstätten und Arbeitsstellen erforderlichenfalls eine ausreichende künstliche Beleuchtung erfahren, ferner daß die Lüftererneuerung immer eine der Zahl der Arbeiter und den Beleuchtungsanforderungen entsprechende sowie der nachteiligen Einwirkung schädlicher Ausdünstungen entgegenwirkende und daß überhaupt die Verfahrens- und Betriebsweise in einer die Gesundheit der Hilfsarbeiter tunlichst schonenden Art eingerichtet sei.

Wenn Gewerbeinhaber ihren Hilfsarbeitern Wohnungen überlassen, so haben sie nicht minder dafür Sorge zu tragen, daß diesem Zwecke nur solche Räumlichkeiten gewidmet werden, bei welchen, sofern es die örtlichen Verhältnisse zulassen, ein gesundes Trink- und Wassermasser in einer entsprechenden Menge gesichert erscheint und mit deren Benutzung keine Gefährdung der körperlichen Sicherheit, der Gesundheit oder Sittlichkeit der Hilfsarbeiter verbunden ist.

Schließlich sind die Gewerbeinhaber verpflichtet, bei der Beschäftigung von Hilfsarbeitern bis zum vollendeten 18. Jahre und von Frauen und Mädchen überhaupt, die durch das Alter, beziehungsweise Geschlecht derselben gebotene Rücksicht auf die Sittlichkeit zu nehmen.

[Es folgen Ausführungs-, Übergangs- und Strafbestimmungen.]

Das Gesamtministerium ist ermächtigt, nach Anhörung der Handels- und Gewerbeämtern sowie sonstiger Körperlichkeiten, welche zur Vertretung der in Betracht kommenden Interessen berufen sind, im Verordnungswege für einzelne gewerbliche Einrichtungen, bei welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit offenbar die Gesundheit der Arbeiter in erheblichem Maße gefährdet wird, die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die zu gewährenden Ruhepausen vorzuschreiben.

Diesem österreichischen Gesetzentwurfe entsprechen in der deutschen Gewerbeordnung die §§ 120a bis 120e sowie die Vorschläge in der jetzt dem Reichstage vorliegenden Novelle hierzu.

Die Zustände im Bäckergewerbe Englands drängen, wie fast überall, zu einer gesetzlichen Regelung, da trotz vielfach vorhandener Übereinstimmung der Meister und Gehilfen nur vereinzelt freiwillige Abmachungen zustande kommen, die die ärgsten Mißstände der überlangen Arbeitszeit und der Nachtarbeit mit den damit für die Konsumenten verbundenen gesundheitsgefährlichen Folgen beseitigen. Ein solcher Fall hat sich im Vorjahr ereignet, wo es dem Bischof von Birmingham gelungen ist, einen Arbeitskampf im Bäckergewerbe dahin zu schlichten, daß ein Tarifvertrag die Arbeitsbedingungen festlegte. In London ist kürzlich durch einen nach 19stündiger Arbeitszeit erfolgten Tod eines Vorarbeiters die Bewegung für eine gesetzliche Regelung neu in Fluss gekommen. Erhebungen haben festgestellt, daß eine wöchentliche Arbeitszeit von 80–100 Stunden in Bäckereien keine Seltenheit ist. Verhandlungen zwischen den Organisationen der Meister und Gehilfen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die National Association der Meister hat eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden mit einer Mindestarbeitsleistung von 9 Schaf für den Mann angeboten, ohne daß der Gehilfenverband zugestimmt hatte. Ein im Unterhaus vom Abg. Wilkin eingebrachter Antrag schlägt eine 48 Stundenwoche vor, enthält aber keine Bestimmung über eine Mindestleistung.

Die Lohnämter in Vitoria. Der Bericht des Hauptinspektors weist für das Ende des Jahres 1909/71 Special Boards aus, die für 75 000 Arbeiter Geltung haben. 60 Lohnordnungen dieser Art sind nun in Kraft. Sie wurden laut Bericht von Arbeitern und Arbeitgebern gut beachtet. Eine Ausnahme machten nur die Chinesen in der Möbelschleiferei, die sich nicht um die Anordnungen der Lohnämter kümmern, wobei man sie nur sehr schwer der Zuwiderhandlungen derart überführen kann, daß sie bestraft werden müssen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Der Kreis der Versicherungspflichtigen nach dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Von Dr. Georg Zahn, Leipzig.

(Zur Privatangestellten-Versicherung. X.)

Der Gesetzentwurf über die Privatbeamtenversicherung hat vielerlei Anlaß zur Kritik gegeben und bedarf in zahlreichen Punkten noch sehr der Verbesserung, wenn er seinem Zwecke wirklich entsprechen soll. Besonders ist es der § 1 des Entwurfes, dessen unklare Fassung die Grenzen, die der Versicherungspflicht gezogen sein sollen, nicht sicher erkennen läßt. Er gibt einen Überblick über den Personenkreis, indem er einzelne Angestellungskategorien, wie z. B. Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher usw. namentlich aufzählt. An dieser Fassung des § 1 fällt zunächst der Mangel jeglicher Systematik auf. Ohne inneren Grund werden die „Angestellten in leitender Stellung“ aus der Angestelltenkategorie, zu der sie jeweils gehören, herausgerissen und an die Spitze der Versicherungspflichtigen gestellt. So fehlen im Wortlaut des § 1 vor allem sämtliche Bureauangestellten (d. h. die Angestellten der Rechtsanwälte und Notare, der Vereine, Verbände und Korporationen), ferner die Privatsekretäre, die Redakteure und Journalisten, die Beamten der Versicherungsgesellschaften a. G., die auf privaten Dienstvertrag angestellten Beamten des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden u. a. mehr. Selbst die technischen Angestellten werden neben den Betriebsbeamten und Werkmeistern nicht namentlich aufgeführt, sondern entweder ganz allgemein zu den Betriebsbeamten, was nur ein Teil von ihnen ist, oder zu den „anderen Angestellten in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung“ gerechnet. Diese letztere Bestimmung aber ist so verschwommen und vieldeutig, daß sie zu den willkürlichsten Auslegungen führen kann und wird.

Die Unklarheit ist schon da, wenn man fragt, wer alles unter diesen „anderen Angestellten in einer ähnlich gehobenen oder höheren Stellung“ zu verstehen ist. Sind es alle Angestellten, die nicht namentlich aufgeführt sind? Und wo fangen die gehobenen Stellungen an? Nach einer Auslegung, die das Reichsamt des Innern dieser Bestimmung gegeben hat, sollen dazu auch die Bureauangestellten gerechnet werden. Wenn dies tatsächlich beabsichtigt war und nicht erst nachträglich hineininterpretiert worden ist, fallen trotzdem nur diejenigen Bureauangestellten unter das Gesetz, die sich in einer der der Betriebsbeamten und Werkmeister ähnlichen Stellung befinden. Das Gros der Bureauangestellten, d. h. die Expedienten, die Registratoren, die Kassierer, die Bureaugehilfen, die Stenographen und Maschinenschreiber und die Lehrlinge, die sozial etwa mit dem versicherungspflichtigen kaufmännischen Kontorpersonal auf einer Stufe rangieren, würde jedenfalls auch nach dieser Auslegung nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen werden, denn es hieße wirklich die Begriffe geradezu auf den Kopf stellen, wenn man einfache Bureauangestellte oder Lehrlinge, die später einmal zu Expedienten und Vorstehern aufrücken, als Angestellte in einer „gehobenen oder höheren Stellung“ bezeichnen wollte.

Der Wortlaut des § 1 ist also keineswegs so klar, daß man ohne Kommentar auskommen könnte, um ihn zu verstehen. Diesen Kommentar soll die Begründung liefern. Diese hebt ausdrücklich hervor, daß der § 1 in Analogie zum § 1212 ABG. bzw. § 1 BGB. gefaßt sei. Dieser aber unterscheidet sich von dem ersten Paragraphen des Entwurfs vor allem dadurch, daß er nach unten hin keine Abgrenzung kennt. Er ist infolgedessen auch sehr viel klarer als der letztere, obgleich auch er wirklich nicht als vollendet bezeichnet werden kann. Das beweisen denn doch die zahlreichen Entscheidungen, die das Reichsversicherungsamt zur Klarstellung seines Inhalts bisher hat fällen müssen, zur Genüge.

Wenn nach dieser Rechtsprechung zu den „sonstigen Angestellten“ u. a. auch das eigentliche Bureaupersonal (Expedienten, Registratoren, Kalkulatoren), Sekretäre und andere Bureaubeamte von Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Versicherungsanstalten, Rechtsanwälten und Notaren, Privatsekretäre usw. gerechnet werden, so ist das weiter nicht verwunderlich, da ja eben die Invalidenversicherung nur eine obere Grenze kennt; maßgebend für die Privatbeamtenversicherung braucht es deshalb aber noch lange nicht zu sein, zumal für diese ganz neue, von der Invalidenversicherung völlig unabhängige Spruchbehörden eingelegt werden sollen. Wichtig ist schon, daß darnach auch die Geschäfte eines Rechtsanwaltsbureaus, einer Privatsparkasse, von eingetragenen Genossenschaften usw. als Betriebe anzusehen sind, bietet aber auch keine hinreichenden Garantien. Es ist deshalb durchaus verfehlt, wenn bei den krampfhaften Bemühungen, die äußerst mangelhafte Fassung des ersten Paragraphen des neuen Gesetzesentwurfs zu retten, immer wieder mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Kontinuität der Rechtsprechung operiert wird; denn die ist wirklich weit mehr durch die völlige organisatorische Isolierung der neuen Versicherung von der allgemeinen Sozialversicherung gefährdet als durch die Schaffung eines klaren Gesetzestextes.

Auch die auf §. 75 ff. der Begründung mitgeteilte Schätzung der Anzahl der für die neue Angestelltenversicherung in Frage kommenden Personen nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 vermag die Bedenken und Zweifel nicht vollständig zu zerstreuen. Dort sind bei den Berufsarten E (sogenannte freie Berufsarten) unter 6 an Stenographen, Privatsekretären, Übersetzern, Dolmetschern, Rechnungsführern, Rechnern, Schreibern usw. insgesamt nur 10 576 Personen aufgeführt, obgleich z. B. die ca. 40 000 deutschen Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten doch wohl mit hierher zu zählen sein dürften.

Vollständig klar ist lediglich der Satz der Begründung (§. 71), in dem es heißt, daß die neue Fürsorge gilt für alle männlichen und weiblichen Angestellten, die gegen Entgelt im Jahresbetrage von nicht mehr als 5000 M. beschäftigt werden, das 16. Lebensjahr vollendet haben und vor vollendetem 60. Lebensjahr in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eingetreten sind. Wenn das so oder ähnlich im Gesetz selbst stünde, wäre es gut und böte zu Zweifeln keinen Anlaß. Leider aber nimmt der Gesetzentwurf davon Abstand, den Begriff des Angestellten zu definieren. Er grenzt auch nicht, wie die Begründung fälschlich behauptet, den Kreis der Versicherungspflichtigen scharf dadurch ab, daß nach unten hin alle der handarbeitenden Bevölkerungsklasse angehörenden Personen, nach oben hin die Selbständigen von der Versicherung ausgeschlossen werden, sondern bleibt in vieler Beziehung unklar. Darüber hilft kein Reden und Deuteln hinweg: der § 1 des Entwurfs ist in der vorgeschlagenen Fassung geradezu ein Beispiel dafür, wie Gesetzestexte nicht sein sollen. Die Regierung sollte es sich deshalb angelegen sein lassen, in allererster Linie hier die bessere Hand anzulegen. Will sie durchaus mit Aufzählungen arbeiten, was immer eine mißliche Sache ist, so muß sie wenigstens vollständig und erschöpfend sein, zum mindesten aber System in die Aufzählung der einzelnen Kategorien bringen. Das beste freilich wäre eine ordentliche Definition des Begriffes „Privatangestellter“ im Gesetzestexte selbst, was gleichbedeutend mit einer wirklich klaren und einwandfreien Abgrenzung des Versichertenkreises sein würde. Leicht ist das allerdings nicht, wie es denn überhaupt eine schwere Sache ist, gute und klare Gesetzestexte zu schreiben. Versucht werden muß es jedoch; und wenn der Versuch auch nicht gleich vollendet ausfallen sollte, so wäre es doch immer noch besser als das von vornherein verfehlte Beginnen des Entwurfs, Verlegenheitsbegriffe zu verewigen.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Die Sp. 724 mitgeteilten Kompromißanträge in der Arztefrage sind, da ihre Annahme im Plenum aussichtslos erschien, von den antragstellenden Parteien in folgenderweise abgeändert worden:

Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt; die Bezahlung anderer Ärzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen.

Soweit es die Kasse nicht erheblich mehr belästigt, soll sie ihren Mitgliedern die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freilassen. Die Szanzung kann jedoch bestimmen, daß der Behandelte während des selben Versicherungsjahrs oder Geschäftsjahrs den Arzt nur mit Zustimmung des Vorstandes wechseln darf.

Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kasse auf ihren Antrag widerruflich,

statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des Durchschnittsbetrags ihres gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Das Oberversicherungsamt kann zugleich bestimmen, 1. wie der Zustand dessen, der die Leistungen erhalten soll, anders als durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden darf, 2. daß die Kasse ihre Leistungen solange einstellen oder zurückbehalten darf, bis ein ausreichender Nachweis erbracht ist, 3. daß die Leistungspflicht der Kasse erlischt, wenn binnen einem Jahre nach Fälligkeit des Anspruchs kein ausreichender Nachweis erbracht ist und 4. daß die Kasse diejenigen, denen sie ärztliche Behandlung zu gewähren hat, in ein Krankenhaus verweisen darf. Gegen den Beschluß des Oberversicherungsamts hat der Kassenvorstand die Beschwerde bei der obersten Verwaltungsbehörde.

Die Szangung kann den Kassenvorstand ermächtigen, die Krankenhausbehandlung nur durch bestimmte Krankenhäuser zu gewähren und, von dringenden Fällen abgesehen, die Bezahlung anderer abzulehnen. Krankenhäuser, die lediglich zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken bestimmt oder von öffentlichen Verbänden oder Körperschaften errichtet und die bereit sind, die Krankenhauspflege zu den gleichen Bedingungen wie die von der Kasse in Aussicht genommenen zu leisten, dürfen nur aus einem wichtigen Grunde mit Genehmigung des Oberversicherungsamts ausgeschlossen werden.

Genügt bei einer Krankenkasse die ärztliche Behandlung oder Krankenhauspflege nicht den berechtigten Anforderungen der Erkrankten, so kann, vorbehaltlich der oben erwähnten Bestimmungen, das Oberversicherungsamt nach Anhören der Kasse jederzeit anordnen, daß diese Leistungen noch durch andere Ärzte oder Krankenhäuser zu gewähren sind. Diese Anordnung soll nur auf solange getroffen werden, als es ihr Zweck fordert, und bedarf, wenn sie über ein Jahr gelten soll, der Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde.

Wird die Anordnung nicht binnen der gesetzlichen Frist befolgt, so kann das Oberversicherungsamt selbst das Erforderliche auf Kosten der Kasse veranlassen. Verträge, welche die Kasse mit Ärzten oder Krankenhäusern bereits geschlossen hat, bleiben unberührt. Die Kasse hat gegen diese Anordnungen und Maßnahmen binnen einer Woche die Beschwerde bei der obersten Verwaltungsbehörde.

Diese Bestimmungen, die ursprünglich als ein bloßes Provisorium geplant waren, wurden als definitive Vorschriften angenommen mit der Ergänzung, daß, wenn der Versicherte die Mehrkosten selbst übernimmt, ihm die Auswahl unter den von der Kasse bestellten Ärzten freisteht, während im übrigen die Kasse ihren Mitgliedern nur die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freilassen soll, und auch dann nur, wenn es die Kasse nicht erheblich mehr belastet. Es ist hierbei an die Fälle gedacht, wo ausgedehnte Kassen örtlich abgegrenzte Arztbezirke gebildet haben und namentlich einem Versicherten, der in einen andern Arztbezirk verzieht, es ermöglicht werden soll, seinen bisherigen Arzt beizubehalten.

Für die Beziehungen zwischen den Krankenkassen und Zahnärzten sollen analoge Bestimmungen gelten.

Für das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern haben dieselben Parteien folgenden Kompromißantrag gestellt:

§ 398. Die Szangung kann den Vorstand der Kasse ermächtigen, wegen Lieferung der Arznei mit einzelnen Apothekenbesitzern oder -verwaltern oder, soweit es sich um die freigegebenen Arzneimittel handelt, auch mit einzelnen anderen Arzneimittelhändlern Vorzugsbedingungen zu vereinbaren. Alle Apothekenbesitzer und -verwalter im Bereiche der Kasse können solchen Vereinbarungen beitreten. Der Vorstand kann dann, von dringenden Fällen abgesehen und vorbehaltlich des § 399 Abs. 3, die Bezahlung der von anderer Seite gelieferten Arznei ablehnen.

Genügt die Arzneiverforgung, die eine Kasse gewährt, nicht den berechtigten Anforderungen der Erkrankten, so gelten die §§ 394, 395 entsprechend.

§ 399. Die Apotheken haben den Krankenkassen für die Arzneien einen Abschlag von den Preisen der Arzneitage zu gewähren. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt seine Höhe; sie kann ihn für die einzelnen Apotheken davon abhängig machen, daß die Kasse aus ihnen mindestens zu einem bestimmten Betrage bezieht.

Die höhere Verwaltungsbehörde setzt unter Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse und die im Handverkauf üblichen Preise die Höchstpreise von solchen einfachen Arzneimitteln fest, welche ohne ärztliche Verschreibung (im Handverkauf) abgegeben zu werden pflegen. Diese Höchstpreise dürfen einen Betrag nicht überschreiten, der sich nach Abs. 1 ergibt. Die oberste Verwaltungsbehörde kann Näheres anordnen.

Beziehen die Berechtigten die im Abs. 2 bezeichneten Arzneimittel zu einem Preise, der die Festsetzung nicht übersteigt, aus einer Apotheke, so kann die Kasse die Bezahlung nicht deshalb ablehnen, weil sie nach § 398 mit Arzneihändlern anderer Art niedrigere Preise vereinbart hat.

Zur Einigung über den Abschluß, die Änderung oder die Verlängerung von Verträgen können die beteiligten Krankenkassen oder Apothekenbesitzer oder -verwalter Einigungsausschüsse bilden.

Diese Anträge wurden mit der Maßgabe angenommen, daß auch dann, wenn die Krankenkasse mit einem Drogisten wegen

Lieferung freigegebener Arzneimittel einen Vertrag abgeschlossen hat, die Kassemitglieder mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde berechtigt sein sollen, diese Arzneimittel aus der Apotheke zu der behördlich festgesetzten Tage zu beziehen. Die Bestimmung über die Einigungsausschüsse (§ 399 Abs. 4) wurde gestrichen.

Hierauf wurde in die Beratung der noch rückständigen §§ 408 bis 443a eingetreten. Zu § 408 wurde folgender Zusatz beschlossen:

„Liegt ein wichtiger Grund vor, einem Angestellten zu kündigen, oder ist er zu entlassen und macht der Vorstand von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrecht keinen Gebrauch, so kann ihn die Aufsichtsbehörde dazu anhalten.“

Weiter wurde zu diesem Paragraphen beschlossen, daß gegen die Entscheidung des Versicherungsamts in solchen Fällen die Beschwerde an die Beschluskammer des Oberversicherungsamts gegeben wird. § 423 erhielt folgende Fassung:

„Die Arbeitgeber haben die Beiträge für ihre Versicherungspflichtigen an den Tagen einzuzahlen, welche die Szangung festsetzt. An denselben Tagen haben die Versicherungsberechtigten die Beiträge einzuzahlen. Die Zahlungsfrist darf nicht länger als 1 Monat sein.“

Zu § 443a, Verwendung von Kassennitteln, insbesondere zur Deckung von Kongresskosten, wurde ein Beschluß angenommen, daß Kassennittel für solche Zwecke nur verwendet werden dürfen auf übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Als § 443b wurde die Bestimmung angenommen, daß die Krankenkassen mit Zustimmung des Oberversicherungsamts örtliche oder berufliche Sektionen bilden und diesen einen Teil der Einnahmen und Leistungen, jedoch höchstens bis zu Zweidrittel, zuweisen können.

Damit ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs erledigt. Eine dritte Lesung über alle Paragraphen ist nicht in Aussicht genommen, jedoch wird eine Anzahl von Paragraphen einer Revision in materieller und formeller Beziehung unterzogen.

Hinauschiebung der Hinterbliebenenversicherung. Dem Reichstage ist unterm 9. März ein Gesetzentwurf über die Abänderung des § 15 des Zollertragsgesetzes und des § 2 des Gesetzes über den Hinterbliebenenversicherungsfonds und den Reichsinvalidenfonds in der Fassung vom 11. Dezember 1909 zugegangen. Danach soll der in den erwähnten Paragraphen angeordnete Beginn der Hinterbliebenenversicherung abermals und zwar bis zum 1. Januar 1912 hinausgeschoben werden. Der ursprüngliche Termin, 1. April 1910, war schon auf den 1. April 1911 verschoben worden. Da aber, wie in der Begründung ausgeführt wird, die Reichsversicherungsordnung nach dem Stande der Beratungen des Reichstages bis zum 1. April dieses Jahres nicht mehr fertiggestellt und auch das dem Reichstage im Entwurf vorliegende Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung nicht früher als die Reichsversicherungsordnung verabschiedet werden könne, müsse der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Hinterbliebenenversicherung abermals hinausgeschoben werden. Denn sonst würde die für den Fall ihres Nichtzustandekommens im Zollaris vorgesehene Ersatzmaßnahme eintreten, nämlich die Überweisung der aus den bisherigen Mehrerträgen der Nahrungsmittelzölle aufkommenden Zinsen und der neuen Mehrerträge an die Versicherungsanstalten; dies müsse aber schon um deswillen vermieden werden, weil bis jetzt aus den Zollerträgen mit Zinsen nur ein Betrag von rund 51½ Millionen Mark (im Kurswert rund 46½ Millionen Mark) angeammelt ist und die Zinsen hiervon zur Versorgung der Witwen und Waisen nicht annähernd ausreichen.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Arbeitslosenversicherung für Charlottenburg.

Der den Stadtverordneten vorgelegte Magistratsentwurf beruht im wesentlichen auf dem Grundsatz der Unterstützung der Selbsthilfe der Arbeiter. Grundsätzlich vertritt der Magistrat den Standpunkt, daß die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung Reichssache sei; da aber hierauf in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, so müsse die Gemeinde mit einem selbständigen Versuch vorgehen, der sich jedoch darauf beschränken müsse, den Arbeitern zu helfen, die den Weg der Selbsthilfe bereits beschritten hätten. Hiernach erstrecken sich die städtischen Zuschüsse erstens auf die Arbeitslosen-Unterstützungen, die die Arbeiterorganisationen ihren Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit zahlen, zweitens auf Abhebungen von gesperrten Sparguthaben zu Zeiten der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck soll die Stadt jährlich in den Etat die Summe von 10 000 M. einstellen.

Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist ununterbrochener einjähriger Wohnsitz in Charlottenburg, ferner muß die letzte Arbeitsstätte des arbeitslos Gewordenen in Charlottenburg oder bei einem Arbeitgeber gewesen sein, dessen gewerbliche Niederlassung im Gemeindebezirk liegt. Der Zuschuß beträgt 50 % der täglichen gewerkschaftlichen Unterstützung oder des von einem gesperrten Sparguthaben abgehobenen Betrages, höchstens aber 1 M pro Tag und beginnt nach einer Wartezeit von einer Woche. Die Arbeitslosigkeit muß unverschuldet sein, darf auch nicht durch Krankheit, Unfall, Streit oder Aussperrung verursacht sein. Der Zuschuß endet mit der Aufnahme der Arbeit, der Ablehnung nachgewiesener passender Arbeit und dem Ablauf von 60 Unterstützungstagen. Der Begriff der „passenden Arbeit“ ist nicht festgelegt, die Entscheidung bleibt im Streitfalle einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuß überlassen. Alleinlebende Arbeiter müssen bei Gewährung eines Reisegeldes auswärtige Arbeitsstellen annehmen. Die Kontrolle der Arbeitslosen liegt dem Städtischen Arbeitsnachweis ob.

Um dem Einwand zu begegnen, daß bei diesem Zuschußsystem nichtorganisierte Arbeiter und solche, deren Einkünfte ihnen nicht gestatten, ein 12 Monate gesperrtes Guthaben von 30 M auf der städtischen Sparkasse anzulegen, unberücksichtigt blieben, wird die Errichtung einer städtischen Arbeitslosen-Versicherungskasse vorgeschlagen, die von der Stadt einen jährlichen Zuschuß von 3000 M und einen einmaligen Zuschuß von 20 000 M für einen Reservefonds erhält. Dieser städtischen Kasse können auch solche Arbeiter und Angestellte beitreten, die auf Grund des Zuschußsystems, als Mitglied einer Organisation oder als Sparer die städtische Unterstützung erhalten. Der Wochenbeitrag beträgt 25 Pf, das Tagesgeld im Falle der Arbeitslosigkeit 1 M für die Höchstdauer von 60 Tagen. Die städtische Arbeitslosen-Versicherungskasse darf unter abweichenden Bedingungen mit Vereinen und Arbeitgebern Gesamtversicherungen abschließen. Die Vorschriften über die Kontrolle der Arbeitslosen, die Annahme auswärtiger und passender Arbeit usw. sind die gleichen wie bei dem Genter System.

Arbeitslosenversicherung und Deutscher Städtetag. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat am 11. Februar 1911 den von seiner Kommission vorgeschlagenen Thesen zur Frage der Arbeitslosenversicherung zugestimmt. Nach einer ausführlichen Darlegung über die ganze Arbeitslosenfrage wird festgestellt, daß die weitere Förderung einer rationellen Arbeitslosenversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen sei und daher nicht von den Stadtverwaltungen, sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder den Landesregierungen durchgeführt werden könne, daß daher die Überweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindevormalungen nicht sachgemäß sei. Diese Sätze sollen als Thesen des Vorstandes durch die Oberbürgermeister Dr. Adickes, Walraf und Schwender auf dem im September 1911 in Posen stattfindenden Deutschen Städtetage vertreten werden.

Die Arbeitslosenzählung in Bremen am 1. Dezember 1901, die in Verbindung mit der Volkszählung veranstaltet worden ist, ergab insgesamt 2047 Arbeitslose, 0,3 % der gesamten ortsanwesenden Bevölkerung, während die Volkszählung am 2. Dezember 1895 1,07 % der ortsanwesenden Bevölkerung als arbeitslos ergeben hatte. Von den am 1. Dezember 1901 ermittelten Arbeitslosen waren 1868 männliche, 194 weibliche Personen; von den männlichen waren 1047 ledig, 714 verheiratet, je 46 verwitwet oder geschieden und getrennt lebend, von den weiblichen waren 154 ledig. Etwa ein Viertel der männlichen Arbeitslosen gehörte dem Baugewerbe an. 1421 männliche und 160 weibliche Arbeitslose waren ortsgenährt und bereits vor dem 1. Januar 1910 zugezogen, während 432 männliche und 84 weibliche erst im Jahre 1910 zugezogen waren.

Volkserziehung.

Das Gesetz für die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen in Preußen

ist am 6. März dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Mit der Vorlage dieses Entwurfs wird eine Forderung erfüllt, die seit langer Zeit mit wachsender Dringlichkeit von immer weiteren Kreisen erhoben worden ist. Namentlich haben auch alle Sozialpolitiker unablässig betont, daß dem Schutze der jugendlichen Arbeiter in ihrem Beruf zur Seite gehen müsse der Zwang zum Besuch der Fortbildungsschule. Alle freiwilligen Veranstaltungen haben sich, so gut ihre Wirkungen im einzelnen sind, doch nur als Notbehelf erwiesen; auch die Vorschriften in § 120 der Reichsgewerbeordnung, die den Gemeinden das Recht gibt, durch Ortsstatut Fortbildungsschulen ins Leben zu rufen mit der Verpflichtung für die Gewerbe-

treibenden, ihren Arbeitern unter 18 Jahren zu ihrem Besuch Zeit zu gewähren, hat sich nicht als ausreichend erwiesen. Preußen betritt jetzt den Weg der Pflichtfortbildungsschule, den andere deutsche Staaten schon beschritten haben. Und dieser Weg ist nur eine Verlängerung des Erziehungs- und Bildungsganges unserer Volksschule, deren Schüler mit 14 Jahren ins Leben, in die Arbeit und den Beruf hinaustreten, hierfür aber einer Ergänzung und Vertiefung ihres Wissens und Könnens durch die Fortbildungsschule dringend bedürfen. Wir lassen die Hauptbestimmungen des Entwurfs hier folgen:

Jede Gemeinde, welche nach der jeweils letzten Volkszählung, ungerechnet die Militärpersonen des aktiven Dienststandes, 10 000 oder mehr Einwohner zählt, ist verpflichtet, für die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes innerhalb des Gemeindebezirks fortbildungspflichtigen Personen eine Fortbildungsschule zu errichten und zu unterhalten. Zu den Aufgaben der Fortbildungsschule gehört auch die staatsbürgerliche Erziehung und der Unterricht in körperlichen Übungen.

Einander nahe gelegene Gemeinden und Gutsbezirke, die zusammen 10 000 oder mehr Einwohner zählen, können zur gemeinsamen Wahrnehmung der in diesem Gesetze geregelten Angelegenheiten nach den für kommunale Zweckverbände geltenden Bestimmungen miteinander vereinigt werden.

Zum Besuche dieser Fortbildungsschulen sind sämtliche in den betreffenden Gemeinden (Gutsbezirken) in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren drei Jahre lang verpflichtet. Hat ein Schulpflichtiger innerhalb dieser Zeit das Ziel der Fortbildungsschule nicht erreicht, so bleibt er bis zu dessen Erreichung, jedoch höchstens bis zum Schluß des Schulhalbjahrs, in welchem er das 18. Lebensjahr vollendet, zum Schulbesuch verpflichtet. Arbeitslosigkeit hat innerhalb des Schulhalbjahrs eine Befreiung vom Schulbesuch nicht zur Folge.

Von der Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule sind diejenigen befreit, welche eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen oder besucht haben, sofern der Unterricht dieser Schule von der Aufsichtsbehörde als ausreichender Ersatz anerkannt ist. Dasselbe gilt von denjenigen, welche nachweisen, daß sie die Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, die das Lehrziel der Fortbildungsschule bilden. Befreiungen vom Schulbesuche können ferner von der Aufsichtsbehörde wegen Unfähigkeit des Beschäftigungsorts oder aus anderen erheblichen Gründen gewährt werden.

Der Unterricht in der Fortbildungsschule umfaßt für jeden Schüler jährlich 240 Stunden, die in der Regel auf 40 Wochen zu verteilen sind. Durch statutarische Bestimmung kann die Stundenzahl erhöht oder mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bis auf jährlich 160 ermäßigt werden.

Die Unterrichtszeiten der Fortbildungsschule werden vom Gemeindevorstande festgelegt. Der Pflichtunterricht ist auf die Werktage und in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu legen. Auf einen Nachmittag dürfen für den Schüler nicht mehr als 4 Unterrichtsstunden gelegt werden.

Die Verpflichtung zum Besuch findet auf öffentliche Beamte, auf die auf Bergwerken beschäftigten Arbeiter, auf häusliche Dienstboten sowie auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken keine Anwendung.

Für die Verwaltung der Fortbildungsschulen sind Schulvorstände zu errichten, welche aus ernannten und gewählten Mitgliedern bestehen. Die gewählten Mitglieder bedürfen der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde.

Die Arbeitgeber sind (bei Vermeidung von Geldstrafen bis zu 20 M) verpflichtet: 1. ihre zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten Arbeiter spätestens am vierten Tage nach ihrem Eintritt in das Dienstverhältnis beim Schulleiter anzumelden und spätestens am vierten Tage nach dem Austritt abzumelden; 2. ihnen die zu einem geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren und sie zu pünktlichem und regelmäßigem Besuch anzuhalten.

Die staatliche Aufsicht erster Instanz über die auf Grund dieses Gesetzes errichteten Fortbildungsschulen wird von den Regierungspräsidenten, in Berlin vom Oberpräsidenten, ausgeübt. Mit der Ausführung dieses Gesetzes, insbesondere mit dem Erlaß von Bestimmungen über die Lehrpläne und über die Bildung und Zusammensetzung der Schulvorstände wird der Minister für Handel und Gewerbe beauftragt.

Dies Gesetz tritt am 1. April 1912 in Kraft. Von der Verpflichtung, eine Fortbildungsschule zu errichten, können Gemeinden,

in denen die Errichtung und Unterhaltung einer Fortbildungsschule mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, vom Minister für Handel und Gewerbe bis auf die Dauer von sechs Jahren befreit werden.

In der Begründung wird u. a. ausgeführt: Unter den Erfahrungen, die die bisherige Entwicklung des Fortbildungsschulwesens geliefert hat, ist eine der wichtigsten und zugleich eine der sichersten die, daß die Fortbildungsschule ihre Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn die Schüler zum Schulbesuch verpflichtet sind. Ist der Schulbesuch freiwillig, so ist weder pünktliches und regelmäßiges Erscheinen zu erreichen, noch läßt sich ein planmäßiger Aufbau der Schule mit aufsteigenden Klassen und Verteilung der Schüler nach ihren Kenntnissen durchführen. Die Folgerungen hieraus hat die Handels- und Gewerbeverwaltung in dem Rundschreiben vom 31. August 1899 gezogen und seitdem mit allem Nachdruck dahin gewirkt, auf dem durch die Gewerbeordnung gewiesenen Wege der statistischen Regelung die Fortbildungsschulpflicht einzuführen. Die Schulkreislösungen und die Anträge der Gemeinden auf Gewährung staatlicher Zuschüsse für ihre Fortbildungsschulen boten den geeigneten Anlaß zu entsprechender Beeinflussung der Gemeinden. Den Erfolg lassen nachstehende Zahlen erkennen:

Jahr	Gewerbliche Fortbildungsschulen		Kaufmännische Fortbildungsschulen	
	oblig.	freiwill.	oblig.	freiwill.
1900	828	282	118	110
1905	1301	94	254	62
1910	1749	69	334	57

Der Zunahme der obligatorischen steht somit eine ständige Abnahme der freiwilligen Schulen gegenüber, d. h. die letzteren sind mehr und mehr in Pflichtfortbildungsschulen umgewandelt worden.

So erfreulich die Fortschritte sind, die sich in den angeführten Zahlen kundgeben, so ist doch nicht zu verkennen, daß, vom Standpunkt der jetzigen Gesetze betrachtet, der Weg bis zur Erreichung einheitlicher und befreier Fortbildungsschulverhältnisse in allen größeren Gemeinden der Monarchie noch weit und unsicher ist. Ob überhaupt eine Fortbildungsschule eingerichtet wird, steht völlig im Ermessen der Gemeinden, ebenso, wie weit sie die ihnen gesetzlich zustehende Befugnis zur Einführung des Schulzwanges ausnützen wollen. Tatsächlich weisen denn auch die Fortbildungsschuleinrichtungen der verschiedenen Gemeinden erhebliche Verschiedenheiten auf. In vielen erstreckt sich die Schulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, in anderen bildet die Erreichung des 17. oder des 16. Jahres oder der auf diesen Zeitpunkt folgende Schluß eines Schuljahres die Grenze der Schulpflicht. Ein Teil der Gemeinden hat sämtliche gewerblichen Arbeiter der Schulpflicht unterstellt, ein anderer nur die Handwerker oder nur die gelernten Arbeiter oder auch nur die Kaufleute. Im Verwaltungswege lassen sich diese Verschiedenheiten und Unvollkommenheiten nur sehr allmählich und unter großen Schwierigkeiten beseitigen.

Mit der gegenwärtigen Rechtslage ist aber noch der weitere Mangel verbunden, daß die Möglichkeit der Einführung der Fortbildungsschulpflicht auf diejenigen Arbeiter beschränkt ist, die unter den Titel VII der Gewerbeordnung fallen. Neben diese treten nicht unbedeutende Gruppen von Arbeitern, deren Lebensverhältnisse denen der gewerblichen Arbeiter gleich sind, die aber nicht unter der Gewerbeordnung stehen. Viele von diesen, wie die jugendlichen Arbeiter der Kaiserlichen Werften und die Lehrlinge der königlichen Eisenbahnwerkstätten, besuchen zufolge Anordnung der Werkverwaltungen seit Jahren die gewerblichen Fortbildungsschulen, der größte Teil aber, wie die bei der Straßenreinigung und in anderen kommunalen Betrieben, ferner die in den Bureaus der Versicherungsunternehmen, der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher beschäftigten jugendlichen Arbeiter u. a. entbehren den Fortbildungsunterricht bisher völlig.

Dabei kann ein ernsthafter Zweifel daran nicht mehr erhoben werden, daß ein geordneter Fortbildungsunterricht für die breite Masse der aus der Schule entlassenen und in das Erwerbsleben eingetretenen Jugend sowohl im Interesse des einzelnen wie der Gesamtheit geboten ist. Besonders für die gewerblichen Arbeiter bildet ein gut eingerichteter Fortbildungsunterricht eine unentbehrliche Ergänzung der praktischen Lehre. Nur in seltenen Ausnahmefällen ist heute der Lehrherr in der Lage, den Lehrling in dem theoretischen Wissen und Können (Schriftverkehr, Buchführung, Fachzeichnen usw.) zu unterweisen, dessen er für sein späteres Fortkommen bedarf. Schon die Hast und die gesteigerte Anspannung, die das Geschäftsleben beherrscht, läßt dies nicht zu und weist darauf hin, daß die planmäßige Arbeit einer besonderen Schule diese Lücke ausfüllen muß. In dieser Auffassung sind sich die beteiligten Kreise mehr und mehr einig geworden. . . . Die planmäßige, den Anforderungen des heutigen wirtschaftlichen Lebens entsprechende Weiterbildung der Jugend durch die Fortbildungsschule dient aber nicht bloß der wirtschaftlichen Erhaltung unseres Volkes; je mehr sich die persönlichen Beziehungen des Lehrlings und jugendlichen Arbeiters zum Lehrherrn und Arbeitgeber lockern, je mehr, namentlich in großstädtischen Verhältnissen, der Einfluß der Familie und des Elternhauses schwindet und fremde, oft verderbliche Einwirkungen an die Stelle treten, um so dringlicher macht sich das Bedürfnis geltend, durch die Fortbildungsschule die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts zu tüchtigen

Menschen und Staatsbürgern zu fördern. So erheischt denn das Interesse der Gesamtheit, daß für die Errichtung von Fortbildungsschulen überall, wo ein Bedürfnis besteht, gesorgt wird, auch wenn die Initiative der Gemeinden versagt, und daß den Schulen alle die jungen Leute zugeführt werden, zu deren Besten sie bestimmt sind.

Nach Erhebungen, die im Frühjahr 1909 angestellt sind, müssen in 42 Gemeinden Fortbildungsschulen neu errichtet werden, in 154 Gemeinden tritt eine Erweiterung der Schulpflicht auf Gruppen von gewerblichen Arbeitern (ungelernte Arbeiter, Kaufleute) ein, die bisher von der Schulpflicht freigelassen waren, und in allen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sind die nicht unter die Gewerbeordnung fallenden jugendlichen Arbeiter zum Schulbesuch neu heranzuziehen. Bei der ersten Gruppe handelt es sich um rund 24 500, bei der zweiten um rund 41 600 und bei der dritten um rund 27 500, im ganzen also um rund 93 600 junge Leute.

Die Grundsätze, zu deren Durchführung der vorliegende Gesetzentwurf bestimmt ist, sind hiernach in der Hauptsache folgende:

1. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind verpflichtet, für die in ihnen beschäftigten männlichen Arbeiter unter 18 Jahren Fortbildungsschulen zu errichten. Die Errichtung von Fortbildungsschulen für weibliche Arbeiter bleibt ihrem freien Entschluß überlassen.
2. Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl bleibt die Errichtung von Fortbildungsschulen freigestellt.
3. In Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind die in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren gesetzlich verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen; die weiblichen Arbeiter können durch statutarische Bestimmung zum Schulbesuch verpflichtet werden.
4. In Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl kann die Schulpflicht für männliche wie für weibliche Personen unter 18 Jahren durch statutarische Bestimmung eingeführt werden.

Die Schulpflicht soll sich über 3 Jahre erstrecken, da diese Zeit erfahrungsgemäß bei Schülern mit normaler Vorbildung zur Durchführung des Lehrplans einer gut eingerichteten Fortbildungsschule erforderlich ist. Die Schulpflicht beginnt mit dem Eintritt in ein Dienstverhältnis und währt von diesem Zeitpunkt ab 3 Jahre lang; Schüler, die innerhalb dieser Zeit das Schulziel nicht erreichen, bleiben bis zu dessen Erreichung, jedoch höchstens bis zum Schluß des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, schulpflichtig. Diese Art der zeitlichen Begrenzung der Schulpflicht ist geboten, weil die Entlassung aus der Volksschule nicht in allen Teilen der Monarchie zu demselben Termin erfolgt und weil die jungen Leute vielfach nach der Entlassung aus der Volksschule nicht sogleich in ein Dienstverhältnis eintreten, sondern sich zunächst einer häuslichen Tätigkeit widmen, schließlich auch, weil eine große Zahl junger Leute mit mangelhafter Vorbildung in die Fortbildungsschule eintritt und deshalb nicht umstände ist, sie in 3 Jahren zu durchlaufen.

Nach dem Grundgedanken des Gesetzes ist die Fortbildungsschulpflicht eine unmittelbare Folge des Eintritts in ein Dienstverhältnis und der Fortbildungsschulunterricht eine notwendige Ergänzung der praktischen Lehre. Die Gewerbebehörde des Reichs geht darauf aus, die jugendlichen Arbeiter vor übermäßiger Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Legt das Gesetz dem jugendlichen Arbeiter in Anknüpfung an das Arbeitsverhältnis eine Schulpflicht auf, so muß die Unterrichtszeit so gelegt werden, daß sie nicht zu einer Mehrbelastung des jugendlichen Arbeiters führt, denn jeder Unterricht verspricht nur dann Nutzen, wenn die Schüler frisch und aufmerksam sind. Die Unterrichtszeit ist daher grundsätzlich in die Arbeitszeit zu legen. Dem sucht das Gesetz durch die Vorschrift gerecht zu werden, daß der Pflichtunterricht auf die Werktage und in die Tagesstunden von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr zu legen ist. Dieser Grundsatz ist im Verwaltungswege bereits im wesentlichen durchgeführt, denn nach einer im Jahre 1910 aufgenommenen Statistik lagen bei den gewerblichen Fortbildungsschulen 78 %, bei den kaufmännischen 87 % sämtlicher Unterrichtsstunden an den Wochentagen vor 8 Uhr abends.

Wir können nur wünschen, daß wie hier die preussische Staatsregierung für die männlichen Jugendlichen in Städten die allgemeine Fortbildungsschulpflicht einführt, dies später auch für die weiblichen geschieht. Für die Fortbildung der jungen Mädchen, die nach Verlassen der Volksschule berufsmäßig in die gewerbliche Arbeit eintreten, ist bisher ohnehin schlecht gesorgt gewesen. Der grundlegend § 120 G.D. sieht ortstatutarische Verpflichtungen vor für „männliche Arbeiter unter 18 Jahren sowie für weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge“, läßt aber jugendliche Arbeiterinnen außer acht. Diese Lücke soll jetzt ausgefüllt werden; eine dahingehende Bestimmung in der von der Regierung dem Reichstag vorgelegten Novelle zur G.D. ist bereits zweimal von der Kommission angenommen worden und wird hoffentlich noch in dieser Tagung Gesetz. Das ist immerhin ein Schritt vorwärts. Das Ziel aber muß sein, was der Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen in einer Eingabe an den Handelsminister aufstellt: es möge auch die weibliche schulenklassene Jugend unter 18 Jahren

in das Fortbildungsschulgesetz einbezogen und zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtet werden. — Wie gesagt, bezieht sich diese Regelung des Fortbildungsschulwesens auf die Städte. Für die Fortbildungsschulen auf dem Lande hat die Regierung andere Wege eingeschlagen; sie geht hier von Provinz zu Provinz mit fakultativer Verpflichtung vor, und nach dem Vorbilde früherer Gesetze sind jetzt wieder Entwürfe für weitere Landesteile angekündigt. Danach kann eine Gemeinde Bestimmungen treffen, daß die nicht mehr schulpflichtigen, unter 18 Jahre alten männlichen Personen für drei aufeinanderfolgende Winterhalbjahre zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule verpflichtet sind.

Die körperliche Ausbildung der Jugend in Bayern. Der Prinz-Regent von Bayern schenkt seit Jahren der körperlichen Ausbildung der Jugend besondere Beachtung. Im Jahre 1909 überließ er den Volks- und Mittelschulen Münchens einen großen Platz im Englischen Garten für Jugendturnspiele. Ferner hat er das Protektorat über den Wehrkraftverein übernommen, einen Verein, der sich zum Ziele gesetzt hat, die Jugend der Fortbildungs- und Mittelschulen durch Veranstaltung von Wanderungen, von turnerischen und sportlichen Übungen wehrfähig zu machen und zu erhalten. Die neueste Kundgebung des Prinz-Regenten zu dieser Frage ist ein Erlaß an den Kultusminister, in welchem angeordnet wird, daß an den Mittelschulen alljährlich zur Abhaltung eines Schulfestes im Sommerhalbjahr ein Tag vom Unterricht freigegeben werde, an dem der Erfolg der körperlichen Ausbildung durch öffentliche Turnvorführungen und Turnwettkämpfe dargelegt werden soll. — In diesem Erlaß ist nur von der Jugend im allgemeinen die Rede, hoffentlich sind daher die Mädchen mit inbegriffen! — Endlich hat der Prinz-regent noch bestimmt, daß aus dem Ertragnis der Landesammung zu seinem 90. Geburtstag 500 000 M. als Luitpold-Jubiläumsspende für Jugendfürsorge zur Unterstützung der Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge verwandt werden sollen.

Städtische Zuschüsse für Arbeiterbildungsbestrebungen in Frankfurt a. M. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Antrag des Schulausschusses, dem Arbeiterbildungsausschuß zur Förderung von guten Volksvorstellungen und Volkskonzerten eine Beihilfe von 1000 M. zu gewähren. Der Finanzausschuß hatte die Ablehnung des Antrags verlangt, und auch Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen wandten sich gegen ihn. Sie betonten, der Arbeiterbildungsausschuß sei ein politischer Verein und vertrete sozialdemokratische Interessen. Bei der Abstimmung spalteten sich die Fortschrittler, und dadurch fand der Antrag Annahme. Dem neutralen Ausschuß für Volksvorstellungen, dem fast alle Gewerkschaften angeschlossen sind, wurde der städtische Zuschuß gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Fortschrittler von 15 000 M. auf 20 000 M. erhöht.

Der XIII. Fortbildungskursus für höhere Verwaltungsbeamte in Frankfurt a. M., der von der Städtischen Verwaltung, dem Institut für Gemeinwohl, der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften und der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung veranstaltet wird, findet vom 1. Mai bis 30. Juni 1911 statt. Das Programm enthält in seinem ersten Teile eine Einführung in das soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart und ist mit einer Anzahl von Besichtigungen von interessanten Betrieben in Frankfurt und näherer Umgebung verbunden. Der zweite Teil gibt eine Einführung in die Gemeindeverwaltung, verbunden mit Besichtigungen städtischer Betriebe. Außerdem finden während des Kurses noch Besichtigungen von allgemeiner künstlerischer oder historischer Bedeutung statt. Der Kursus endigt mit einer zehntägigen Besichtigungsreise in die Provinzen Sachsen und Hannover zum Studium der dortigen hochentwickelten industriellen Verhältnisse. (Programme und Auskünfte gibt die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung e. V., Frankfurt a. M., Jordanstr. 19.)

Volkstümliche Vorlesungen in Schweden sollen nach dem diesjährigen Budget mit einem Zuschuß von etwa 285 000 M. unterstützt werden. Diese Vorlesungen, deren Referenten von Vorlesungsvereinen mit mehreren Zentralfstellen vermittelt werden, bestehen in Schweden seit 1882; anfangs fanden jährlich nur etwa 10 Vorlesungen statt; 1910 waren es 606. Die Hörerschaft schwankt in den einzelnen Orten und Vorlesungen zwischen 10 und 600. Am meisten Hörer hatten: Geographie, Geschichte und Nationalökonomie. Außer diesen Fächern werden gelesen: Gesundheitslehre, Literatur, Hauswirtschaft, Sprachwissenschaften, Psychologie, Architektur und Körperkultur. Im Kultusministerium soll jetzt ein besonderer Staatskonsulent für die Vorlesungen angestellt werden, auf deren Inhalt ihm indessen irgendwelcher Einfluß nicht zustehen soll.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Gomund, Gesundheit? Lyrische Erzählung, 126 S. 8°, Dresden Person, 1911. Preis 2 M.

Die Schrift ist in „lautreimer Rechtschreibung“ geschrieben.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern, 10. Jahrgang, 420 S. 4°, München, Lindauer'sche Buchhandlung (Schöpping) 1909, Preis 1,50 M.

Das Werk ist jetzt infolge der Reform der bayerischen Statistik wesentlich reichhaltiger als die früheren Jahrgänge. Ihm ist ein Verzeichnis sämtlicher Veröffentlichungen des statistischen Landesamts angefügt, durch das nähere Studien erheblich erleichtert werden.

Protokoll der zweiten Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe, Berlin, Selbstverlag des Internationalen Sekretariats der Arbeiter öffentlicher Betriebe, 1910. 68 S. 4°.

Die Schrift enthält den Bericht über die erste Geschäftsperiode (1907—1909) und die Verhandlungen in Kopenhagen (4.—6. September 1910).

Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 nebst Protokoll der Generalversammlung in Aachen, herausgegeben vom Zentralvorstand, Düsseldorf 1910. 856 S. 4°.

Das Buch wird durch zahlreiche graphische Darstellungen (Kurven u. dergl.) belebt (vergl. im übrigen XX. Sp. 18).

B. Dörsch, Erfinder und Entdecker, Band 24 der Dörscher Monographienammlung „Die Gesellschaft“, 99 S. 4°. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening, Preis geh. 1,50 M.

Die Schrift enthält Material über die Entwicklungsbedingungen der Erfinder und Entdecker und ihren Einfluß auf die Umwelt in leichtverständlicher Form.

Pannwitz, Die Erziehung, Heft 82 der Sammlung „Die Gesellschaft“, Frankfurt, Rütten & Loening, 151 S. 4°, Preis geh. 1,50 M.

Dieses Heft will keine praktischen Erziehungsgrundsätze geben, sondern entwickelt den Begriff der Erziehung abstrakt als die Summe der Einwirkungen des einzelnen auf die Allgemeinheit und der Allgemeinheit auf den einzelnen, sowie einer Generation durch die vorhergehende und folgende.

Raffner, Der Dilettantismus, Heft 84 der Sammlung „Die Gesellschaft“, Frankfurt, Rütten & Loening, 69 S. 4°, Preis geh. 1,50 M.

Eine zeitgemäße Betrachtung über den inneren Dilettantismus, der sich überall breit macht. Vielleicht überschätzt Raffner die Gefahr; als Mahnruf ist aber seine Schrift jedenfalls von Wert.

Schäffen und Schauen. Ein Führer ins Leben. 1. Band: Von deutscher Art und Arbeit. 2. Band: Des Menschen Sein und Werden. 2. Auflage 7.—18. Tausend. B. G. Teubner, Leipzig 1911. Preis für jeden Band 5 M.

Daß das eigenartige Werk in kurzer Zeit die 2. Auflage erleben konnte, ist ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß es die verdiente Würdigung als zuverlässiger Führer ins Leben gefunden hat. Der erste Teil behandelt die äußeren praktischen Fragen, die für jeden Staatsbürger wichtig sind, und bringt Abhandlungen über das Deutsche Reich, die deutsche Volkswirtschaft, Verfassungsfragen, Mitteilungen über Vorbereitungen und Ausübung der verschiedensten Berufe. Der zweite Teil behandelt kulturelle Fragen und rührt an die tiefsten Probleme der Lebensauffassung und Weltanschauung mit wertvollen Aussagen über die verschiedenen Zweige der Wissenschaft, über Philosophie, Kunst, Religion und die aus einer festen Weltanschauung gewonnenen Ideale der Lebensführung. Die oben gekennzeichneten Hauptabschnitte sind in mannigfache Unterabteilungen gegliedert, zu deren Verarbeitung die besten Sachautoritäten zugezogen sind. Einheitlich durch alle Arbeiten geht ein Zug warmer Vaterlandsliebe, ein Streben nach Freiheit und Fortschritt, aber verbunden mit einer Würdigung alles dessen, was durch Generationen hindurch für den heutigen Stand des Deutschen Reiches und für die Kultur überhaupt geleistet worden ist. Gerade dies umfassende Werk lehrt die Ehrfurcht vor der Arbeit auf allen Gebieten. Sehr wertvoll erscheinen auch die in jedem Bande gebotenen kurzen Sammlungen von Citaten, die geeignet sind, als Leitpraxis für die Lebensführung zu dienen. Unsere bedeutendsten Geister, vor allem Goethe, Schiller, Bismarck kommen dabei oft zu Wort.

Gullasch, Lesebuch für die Fachklassen des Bekleidungs-gewerbes. Mit zahlreichen Bildern. 8. Auflage. 249 S. 4°. Kiel und Leipzig, Lipsius & Fischer, 1910.

Pölsner, Jahrbuch für Ansiedelungen für Industrie, Bohn- sowie Erholungs- und Kurzwecke, Bauländereien, Verkehrs- und Praxisanlagen. Jahrgang IV, Leipzig, Degener, 1910. 224 S. 4°. Preis 6 M.

Kautsky, Die Klassengegenstände im Zeitalter der französischen Revolution. Kleine Bibliothek Nr. 3. Dieß, Stuttgart 1908. 2. Aufl., 80 S. gr. 8°.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Nachrichten des Reichsversicherungsamts.
Gewerbearchiv. Serien kaufen
Speyer & Peters, Berlin NW. 7

Junge Volkswirte,

die Neigung haben, ihre Kraft den sozialpolitischen und literarischen Arbeiten eines modernen Berufsvereins von Privatangehörigen zu widmen, wollen sich unter Einreichung eines kurz gefaßten Lebenslaufes, ihrer Zeugnisabschriften usw. melden beim

Bund der technisch-industriellen Beamten Berlin NW. 52.

Im Verlage von **Duncker & Humblot** in Leipzig ist erschienen:

Unternehmertum oder Gemeinbetriebe?

Von
Emil Schiff.

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pf.

Die Organisation der Jugendfürsorge.

Bericht

erstattet von

Bürgermeister **Dr. Georg Schmidt,**
Beigeordneter der Stadt Mainz.

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 92. Heft.)

Preis: 5 Mark 20 Pf.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. — Erster Abschnitt. Die Aufgabe: „Die Organisation der Jugendfürsorge“ und die Grundlagen zu ihrer Lösung. — Zweiter Abschnitt. Die Schul- und Erziehungsfürsorge für Kinder und Jugendliche, Fürsorge für armenrechtlich hilfsbedürftige Jugendliche, Fürsorge für Säuglinge; Kinder unterhalb des schulpflichtigen Alters, a) Säuglinge, b) Kleinkinder, c) Unheilbare Kinder, d) die städtische Säuglingsfürsorge in Magdeburg für Kleinkinder, armenrechtlich unterhaltene und unheilbare Kinder, e) Auffnahmestellen für vorerschulische Kinder. Fürsorge für das schulpflichtige Alter. Fürsorge für die schulpflichtigen Jugendlichen. Fürsorge für arbeitende Kinder und Jugendliche. Fürsorge für Verarmte. Fürsorge für straffällige Jugendliche. — Dritter Abschnitt. Die städtische Zentrale für Jugendfürsorge, Bedürfnisse. Abgrenzung gegen die öffentliche Armenpflege. Aufgaben der Zentrale. — Vierter Abschnitt. Berufsvormundschaft und Gemeinbewahrentat in ihrer Bedeutung für die städtische Zentrale für Jugendfürsorge. Das Nebeneinander von Berufsvormundschaft und Gemeinbewahrentat in der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. Der Gemeinbewahrentat außerhalb der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Fünfter Abschnitt. Die Einrichtung der städtischen Zentrale für Jugendfürsorge. — Anhang (mit besonderem Inhaltsverzeichnis).

Verlag von **Duncker & Humblot** in Leipzig:

Der Einfluß

der

Bank- und Geldverfassung auf die Diskontopolitik

im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Von

Georg Schmidt.

Preis: 3 Mark.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Literatur. — Einleitung. — I. Begriff und Wesen des Diskonts. Der Wechsel. Die Wechseldiskontkurse: Börse und Banken. Bankdiskont und Marktdiskont. — II. Die Notenbanken und ihre Diskontpolitik. Die Banknoten. Die gesetzlichen Vorschriften über die Notenbanken. — Ausführung. — Erster Teil: Die Geld- und Notenbankgesetzgebung und die bankpolitischen Grundsätze der Zentralnotenbanken, soweit sie auf die Diskontbewegung einen Einfluß ausüben, in den einzelnen Ländern. England. Deutschland. Frankreich. Österreich-Ungarn. Niederlande. Belgien. — Zweiter Teil: Zusammenfassende Vergleichung der Gründe der Diskontbewegung, welche in der Geld- und Notenbankverfassung liegen. A. Vergleichung der Diskontbewegung in den sechs Ländern. B. Die Gründe der Diskontbewegung. Die Diskontpolitik und ihre beiden Hauptziele. Verschiedenes Verhalten der einzelnen Zentralbanken in der Verfolgung dieser beiden Ziele. Die Regulierung des Standes der Devisenkurse. Die Anpassung der Kreditnachfrage an die verfügbaren Kreditmittel der Banken. a) Die Kreditmittel und ihre Bedingungen. a) Die Bedingungen. f) Verleihung der Kreditmittel. b) Die Inanspruchnahme des Kredits der sechs Banken im Vergleich. — Schlußbetrachtung. — Nachtrag: Das Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. Juni 1909 und seine voraussichtlichen Einwirkungen auf die Bank- und Geldverfassung Deutschlands, auf die Diskontopolitik der Reichsbank und auf die Bewegung des Bankdiskonts.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von

Werner Heunmeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Kohlenlieferungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbedürftigen Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzversorgung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Verlag von **C. L. Hirschfeld** in Leipzig.

In unserem Verlage beginnt zu erscheinen:

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder herausgegeben von
Professor Dr. Carl Grünberg in Wien.

Jährlich erscheinen drei Hefte zum Preise von M. 12.— pro Jahrgang
bei einem Gesamtumfang von 30 bis 32 Bogen.

Heft 1 des I. Jahrganges enthält:

I. Abhandlungen.

Die Rodbertussche Grundrententheorie und die Marxsche Lehre von der absoluten Grundrente. Von **Dr. L. v. Bortkiewicz**, Prof. a. d. Univ. Berlin. Zur Würdigung des „wahren“ Sozialismus. Von **Dr. Emil Hammacher**, Privatdozent an der Universität Bonn.

Aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (A. F. Lanze, J. B. von Schweitzer, W. Liebknecht, A. Bebel). Von **Dr. Franz Mehring** in Berlin-Stettin. Die sozialistische Bewegung in Frankreich (1893—1910). Von **Dr. Georges Weill**, Professor an der Universität Caen.

II. Urkundliche Mitteilungen.

Lassalleana. Unbekannte Briefe Lassalles, herausgegeben und kommentiert von **Dr. Gustav Mayer** in Berlin-Zehlendorf.

III. Literaturbericht.

Alle Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen entgegen.

Heft 2 enthält:

I. Abhandlungen.

Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland. Von **Dr. Karl Diehl**, Professor an der Universität Freiburg i. B.

Die exklusive Arbeiterpartei in Norditalien (1892—1897). Von **Dr. Robert Michels**, Professor an der Universität Turin.

Ernest Coeurderoy. Von **Dr. Max Nettlau** in Paris.

Die Fabian Society. Von **Edw. R. Pease** Secret. of the Fabian Society & Vice Chairman of the Labour Party Executive in London.

II. Urkundliche Mitteilungen.

Ein Brief von Friedrich Engels an Johann Jacoby, mitgeteilt und erläutert von **Dr. Gustav Mayer** in Berlin-Zehlendorf.

III. Literaturbericht.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Reichseinnigungsamt. Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. II. 770	Arbeiterschutz 787
Der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1910. Von Stadtrat G. von Frankenberg, Braunschweig. II. (Schluß). 774	Gegen den weißen Phosphor in den Vereinigten Staaten. Erweiterung der Gewerbeaufsicht im Großherzogtum Meiningen. Die neue Verapollgelverordnung für die Steinkohlenbergwerke im Oberbergwerksbezirk Dortmund. Die Abschaffung der Nachtarbeit in der Konsumvereinsbäckerei in Piorzheim. 789
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz 776	Gemeinnützige Rechtsauskunft. 789
Die Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. 776	Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen. Der 6. Ausbildungslauf für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen. Neue Verbandsmitglieder. 789
Allgemeine Sozialpolitik 776	Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschreier im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Beschäftigung von preussischen Regierungskassendirektoren in gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen. Die Rechte der unehelichen Mutter. Von Rat Dr. Linz, Lübeck. Die erste deutsche Rechtsauskunftsstelle. 792
Soziale Zustände 780	Die Erbschaften-Berechtigung in der Angestellten-Versicherung. Von Christian Zischenbörsen, Berlin. (Zur Privatangestellten-Versicherung. XI.) 794
Die Wanderarbeitsstätten in Württemberg. Von Arbeiterssekretär G. Mattutat, Landtagsabgeordneter, Stuttgart. 784	Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft. Von Adele Deerenfoss, Berlin. 796
tariffverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 784	Wohnungswesen 796
Die Fortsetzung der Tarifverhandlungen im Holzgewerbe. Tarifabschluß im Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe. Verlängerung des römischen Buchdrucktarifs um 6 Jahre. 784	Zur Behebung des Kleinwohnungsmangels und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Dresden. Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in München. Städtische Wohnungsfürsorge durch Herleihen der zweiten Hypothek. Gartenstadtgründung in Hagen i. W. Geistlicher Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen. 798
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . 785	Literarische Mitteilungen 798
Ein vergleichendes Urteil über die deutsche und die belgische Gewerkschaftsbewegung. Eine Versammlung von Arbeiterorganisationen in der Tabakindustrie. Eine Konferenz des internationalen Verbandes der Seeleute. 787	
Streiks und Aussperrungen . . 787	
Ein Tarifkampf in der Chemischen Metallindustrie. Der Streik bei der Waffenfabrik Kaiser & Co. in Solingen. Schadenersatzklage gegen boykottierende Arbeiter in Frankreich. Der Bergarbeiterstreik in Südwales. 787	

Reichseinnigungsamt.

Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch.

II.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diejenigen Wege, die bisher zur Herbeiführung von Einigungen beschritten werden konnten und beschritten worden sind, auch in solchen Streitigkeiten über das Arbeitsverhältnis, die zahlreiche Betriebe mit ihren Arbeitern, große Teile einzelner Gewerksarten oder das ganze Gewerbe erfassen, sich auf Provinzen, das Land, das Reich erstrecken, eine Reihe guter Erfolge gehabt haben. Sie haben aber auch bei großen umfassenden Streiks und Aussperrungen, bei denen der dringendste Anlaß vorlag, zwecks friedlicher Einigung einzuschreiten, ganz versagt, oder sie sind doch erst nach Monaten schweren Kampfes wirksam geworden.

Das erstere war der Fall bei dem großen Streik der Bergleute im Ruhrbezirk 1905. Bereits im Jahre 1904 lauten die Nachrichten über eine Bewegung unter den dortigen Bergleuten beunruhigend. Im Februar 1905 wird die Frage eines Streiks akut. Zunächst bricht er auf einer Zeche aus. Die Arbeiter rufen die Vermittlung des Oberbergamts an, das sie an das zuständige Berggewerbegericht verweist. Ob dieses dann angerufen wurde, welche Schritte es getan hat, ist mir nicht bekannt. Sehr bald griff der Ausstand über das Gebiet dieses Berggewerbegerichts hinaus, erstreckte sich auf den ganzen Ruhrbezirk und ergriff die Gesamtleistung. Jedenfalls ist während des ganzen Streiks von einem Eingreifen der gesetzlich bestimmten Einigungsämter keine Rede mehr; sie versagen dem Massenstreik gegenüber vollständig. Eine Konferenz von Arbeiterdelegierten formuliert die Forderungen der Arbeiter, beauftragt eine Kommission von 7 Mitgliedern mit den Verhandlungen mit dem bergbaulichen Verein und ersucht die Reichs- und Staatsbehörden dringend um ihre Vermittlung. Der bergbauliche Verein lehnt die Verhandlung ab. Die Staatsbehörden versuchen vergeblich, zu vermitteln. Inzwischen ergreift der Streik die gesamte Belegschaft, etwa 200 000 Arbeiter werden ausständig. Die Kohlenförderung hört vollständig auf. Im Reichstag und im Landtag sprechen der Reichskanzler und der Handelsminister, während sie den Kontraktbruch der Bergarbeiter scharf tadeln, ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen über eine Einigung abgelehnt werden. Ein Mittel zum Einschreiten aber finden sie gegenüber dem geschlossenen Widerstande der Zechenverwaltungen nicht. Am 9. Februar wird dann seitens der Delegierten der Bergleute beschlossen, den Ausstand wegen seiner Aussichtslosigkeit aufzuheben.

Zwei Lücken im Einigungswesen treten hier deutlich hervor. Zunächst das Fehlen einer Instanz, die gesetzlich berufen ist, auch ohne Ausruf einer Partei und auch bevor ein Ausstand ausgebrochen ist, in dem Augenblick vermittelnd einzugreifen, wo ein Ausstand in einem großen und für die Volkswirtschaft hochbedeutsamen Gewerbebetrieb unvermeidlich erscheint, und ferner das Fehlen von Mitteln, die Parteien zum Erscheinen und Verhandeln vor der Einigungsinstanz zu nötigen. In Anerkennung dieser Tatsache hat schon damals die Gesellschaft für Soziale Reform an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, durch die Gesetzgebung Mittel und Wege zu schaffen, um die Parteien vor Ausbruch eines Ausstandes oder vor Verhängung einer Aus-

sperrung und im Verlauf derselben zu nötigen, vor dem Einigungsamt nicht nur zu erscheinen, sondern auch zu verhandeln.

Inwieweit die jetzt gegebenen Wege zur friedlichen Einigung hinreichend sind und wo sie Lücken zeigen, wird man auch deutlich erkennen aus dem Verlauf der Kämpfe der letzten Jahre im Baugewerbe, wo die über das ganze Reich sich erstreckenden Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer sich gegenüberstehen. Ich beginne mit dem Jahre 1908 und folge der Darstellung, wie sie die „Soziale Praxis“ gegeben hat.

Im Frühjahr dieses Jahres liefen die meisten zwischen den beiderseitigen Organisationen getroffenen Tarifverträge ab. Die Bundesleitung der Arbeitgeber sah eine Regelung der Hauptbedingungen des Arbeitsvertrags für das ganze Reich ins Auge, insbesondere einen gemeinsamen Ablauftermin für alle Tarifverträge und Regelung der Arbeitszeit, eine Arbeitszeit unter 10 Stunden sollte freiwillig nicht angetreten werden. Falls diese Vorschläge von den Arbeiterorganisationen nicht angenommen werden sollten, so wurde eine Aussperrung aller Bauarbeiter in Aussicht genommen; die laufenden Verträge wurden zum 31. März resp. 1. Mai 1908 gekündigt. Dieses Verfahren rief bei den Arbeitern starke Beunruhigung und eine Gegenbewegung hervor. In der Presse versuchten beide Parteien, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Verhandlungen vor dem Gewerbegericht München und andere blieben ohne Erfolg. Als der Verband der Baugewerbe beschloß, auch den Stundenlohn herabzusetzen, und erklärte, falls die Arbeiter bis zum 15. März nicht antworteten, so würden sie hierin die Ablehnung von weiteren Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags sehen, gaben die Arbeiterorganisationen zurück, daß sie nunmehr in den Abwehrkampf hineingetrieben seien. Aussperrung und Streik im ganzen Baugewerbe stand in unmittelbarer Aussicht, die gegenseitige Erbitterung war aufs höchste gestiegen.

Als die Dinge so auf dem toten Punkt angelangt waren, fand sich glücklicherweise in der Person des Herrn Professors Brande, des Generalsekretärs der Gesellschaft für Soziale Reform, ein Vermittler, der lebhaft getrieben von dem Wunsche, den Parteien und dem Vaterland das Unglück des Riesenkampfes zu sparen, rechtzeitig eingriff und unter Vorschlag einer Liste geeigneter Unparteiischer die Parteien zu nochmaliger Verhandlung bestimmte. Unter der Leitung der vielfach bewährten Herren von Schulz, Brenner und Wiebfeld wurde zunächst Einigung über ein Vertragsmuster und die Geltungsdauer der neuen Verträge erzielt. Die Festsetzung der Lohnhöhe wurde örtlichen Einzelverhandlungen überlassen. Weiterhin fanden erneute Verhandlungen unter Leitung der drei Unparteiischen über diejenigen Ortstarifverträge statt, bezüglich derer eine Einigung nicht zustande gekommen war. Der Friede wurde durch Schiedsspruch für 57 Lohngebiete hergestellt.

Die so gesicherten Tarifverträge liefen am 31. März 1910 ab. Im Oktober 1909 traten die Parteien zur Beratung über Erneuerung derselben zusammen. Die erste Verhandlung war ohne Ergebnis. Zunächst sollten die örtlichen Verhandlungen über Löhne, Arbeitszeit usw. stattfinden. Erneute Verhandlungen am 9. und 10. März 1910 führten ebenfalls keine Einigung herbei. Jetzt stellte der Bund der Arbeitgeber in Dresden ein Vertragsmuster auf, das als endgültige Entschließung angesehen werden sollte. Die Arbeiterorganisationen wurden aufgefordert, bis zum 8. April hierzu Stellung zu nehmen. In den Verhandlungen der Arbeiterverbände am 4. und 5. April wird die Neigung, neue Tarifverträge abzuschließen, bekundet, das Vertragsmuster aber abgelehnt. Nun greift der Staatssekretär des Innern ein. Seiner Einladung folgend finden sich die Parteien zu einer Besprechung unter Leitung des Geheimrats Wiebfeld ein, der vorschlägt, Unparteiische zu ernennen, um unter deren Leitung die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Diesen Vorschlag nehmen die Vertreter der Arbeiter unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Organisationen an, die Vertreter der Arbeitgeber lehnen ihn ab. Geheimrat Wiebfeld schlägt sodann vor, die Hauptstreitpunkte zu erörtern, was ebenfalls nicht zu einer Einigung führt. Nun beschließt der Arbeitgeberbund, am 15. April alle Betriebsstätten zu schließen, und die große Aussperrung tritt ein, die nach Angabe der Arbeitgeber 197 000 Personen, nach Angabe der Arbeiter 130—150 000 Personen erfasst. Andere Kreise rüsten ebenfalls. So sagen der Verein deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände den Bauunternehmern ihre Unterstützung zu, die Arbeiter können auf die Unterstützung der Arbeiterorganisationen rechnen, kurz, die Dauer und der Umfang der Unterbrechung der Bauarbeit im ganzen deutschen Reich erscheint unberechenbar. Manche Ansätze zur Vermittlung sehen ein, die Regierungen in

Baden und Bayern erklären sich zur Vermittlung bereit, die Presse tritt lebhaft für den Frieden ein. Herr Brenner erhebt seine warnende Stimme: Da es sich hier um eine sogenannte Nachprobe handele, so würde nach anderwärts gemachten Erfahrungen das gegenseitige Solidaritätsgefühl in weitgehendster Weise erwachen und große Interessententreife, auch solche die nur mittelbar beteiligt sind, ergreifen.

Von Beginn der Aussperrung an hatte allerdings ein Umstand abmächtigend gewirkt. Bedeutende Kreise der Bauunternehmer hatten sich der Aussperrung nicht angeschlossen, so die von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg und vor allem die von Berlin, ein Umstand, der naturgemäß die Position der Unternehmer schwächen mußte. Immerhin währte die Aussperrung 6 Wochen, ehe ein neuer Einigungsversuch vom Reichsamt des Innern ausging, wie mir scheint, vorbereitet durch unbeteiligte angesehene Persönlichkeiten, wie den Oberbürgermeister von Dresden, Herrn Deutler. Am 30. Mai traten die 3 Unparteiischen, Wiebfeld, Brenner und Deutler, mit je 4 Vertretern der Parteien zur Feststellung der strittigen Punkte zusammen und arbeiteten auf Grund dieser Besprechung Vorschläge aus, die am 6. Juni beiderseitig angenommen wurden. Am 8. begannen dann die Verhandlungen über die örtlichen Tarife. Da bis zum 13. keine endgültige Verständigung herbeigeführt war, so trat das eingesezte Schiedsgericht, die 3 Unparteiischen und je 4 Beisitzer der Parteien, zusammen und regelte durch Schiedsspruch das, worüber eine Einigung nicht erfolgt war. Am 16. Juni wurde die Aussperrung allgemein aufgehoben, und der endgültige Abschluß der hochbedeutenden Tarif- und Schiedsgerichtsordnung im deutschen Baugewerbe erfolgte am 24. August in einer gemeinsamen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des deutschen Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe und der Vorsitzenden der Zentralverbände der Bauarbeiter. Herr Geheimrat Rat Wiebfeld wird von beiden Parteien in das Zentralschiedsgericht gewählt, das Reichsamt des Innern soll von beiden Parteien ersucht werden, 2 Unparteiische zu ernennen. Die Parteien behalten sich vor, dem Reichsamt des Innern ihre Vorschläge zur Ernennung von Unparteiischen und die Gründe bekanntzugeben, die sie etwa zur Ablehnung der Vorschläge der Gegenpartei bewogen haben.

Soweit der Verlauf der jüngsten Bewegung im Baugewerbe. Was können wir aus ihr für unsere heutige Erörterung lernen?

Zunächst m. E., daß es im Jahre 1908 dem Eingreifen einer unbeteiligten, bei beiden Parteien im Ansehen stehenden Persönlichkeit gelang, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen zu lassen, und daß es eines solchen Eingreifens bedurfte, um Streik und Aussperrung zu vermeiden. Keine der Parteien entschloß sich, als man auf dem toten Punkt angelangt war, ein Gewerbegericht als Einigungsamt, einen Unparteiischen oder Schiedsrichter anzurufen, offenbar aus dem Grunde, weil beide fürchteten, daß ein solcher Schritt von dem Gegner als ein Zeichen gefühlter Schwäche ausgelegt werden würde. „Offenbar“, sage ich, weil sonst die Parteien sich schwerlich so schnell zur Annahme des Brandeschen Vorschlags bequemt hätten. Beide Parteien fühlten lebhaft, wie wünschenswert, ja notwendig es war, die Verhandlungen fortzusetzen, keiner aber wollte den ersten Schritt tun. Wäre die Vermittlung, welche die Parteien nochmals zur Verhandlung zusammenführte, nicht eingetreten, so wäre der Kampf unvermeidlich geworden. Ein großes Glück, aber doch nur ein glücklicher Zufall war es, daß ein guter Freund vorhanden war, der die Rolle des Vermittlers übernahm, da eine zur Vermittlung bestimmte Stelle, die auch ohne Anrufen der Parteien bei Streitigkeiten zwischen gewerblichen Organisationen, welche das ganze Reich umfassen, einzugreifen hatte und die das Vertrauen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern genoß, nicht vorhanden war. Wir lernen ferner aus dem Jahre 1908, daß, wenn die rechten Männer zu unparteiischen Leitern der Verhandlungen und zu Schiedsrichtern berufen werden, Männer, die Verhältnisse und Menschen kennen, die unparteiisch und gerecht sind und das Vertrauen der streitenden Parteien genießen, es gelingt, auch im Stadium größter Erbitterung und unter schwierigsten Verhältnissen den Frieden zu wahren.

Nicht minder lehrreich ist das Jahr 1910 für uns. Als im März die seit Oktober 1909 geführten Verhandlungen ohne Einigung verlaufen waren, legte sich die Partei der Arbeitgeber fest auf ein Vertragsmuster, dessen Nichtannahme durch die Arbeiter zur Aussperrung führen sollte. Hier liegt m. E. der schwere Fehler vor, daß das Eingreifen der Regierung nicht vor dieser Festlegung erfolgte. Sie hätte vermieden werden müssen und m. E. vermieden werden können, wenn eine Stelle vorhanden gewesen wäre, die

zur Vermittlung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet war, die frei war, auf Grund ihrer Kenntnisse von Menschen und Verhältnissen den rechten Augenblick zum Eingreifen zu wählen. Die Vermittlungsversuche, die nunmehr eingeleitet wurden, schlugen ja auch fehl, trotzdem sie in die Hand des Geheimrats Wiebelsfeld, des bewährten Unparteiischen, gelegt waren, und konnten mit Erfolg erst wieder aufgenommen werden, nachdem 6 Wochen lang der Kampf gedauert und bittere Verluste auf beiden Seiten den harten Sinn weich gemacht hatten.

Gute Lehren über verpaßte Gelegenheiten, Frieden zu stiften, gibt auch die Aussperrung und der Streik der Werftarbeiter im Jahre 1910. Die Arbeitsverhältnisse derselben waren durch ein Abkommen vom 1. Oktober 1907 geregelt. 2 Jahre lang herrschte auf den Werften laue Zeit, Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen wurden notwendig. Seit Ende 1909 hebt sich die Lage etwas, und die Arbeiter glauben nunmehr, es unternehmen zu dürfen, mit einer Reihe von Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Der Verein der Seeschiffswerften lehnt sie zwar ab, erklärt sich aber bereit, diese mit Rücksicht auf die Konjunktur gebotene Ablehnung näher in mündlicher Besprechung zu begründen. Das lehnen die Arbeiter ihrerseits ab und treten mit ihren Forderungen an die einzelnen Werften heran. Auf 29 größeren Seeschiffswerften werden ca. 68 000 Beamte und Arbeiter beschäftigt; mehr noch als die Zahl der in Frage kommenden Personen kommt aber die Bedeutung des Gewerbes für die nationale Wirtschaft in Betracht. Bei einer Unterbrechung der Arbeit leidet nicht nur die Schiffsbauindustrie, werden nicht nur die Sicherheit des Reichs in der Erhaltung seiner Rüstung zur See, sondern auch unermessliche Interessen der deutschen Exportindustrie gefährdet. Man sollte meinen, hier hätten Gründe genug vorgelegen zum Eingreifen einer Vermittlungsstelle, bevor der Kampf begann. Die Vermittlungsstelle aber fehlte, und nun folgte Schlag auf Schlag. Am 4. August verließen 8000 Arbeiter die Werften in Hamburg, am 6. August beschließt die Generalversammlung der Werftbesitzer-Vereinigung, vom 11. an 40 bis 60% aller Arbeiter auszusperrn, ca. 20 000 Arbeiter, worauf der Rest der Arbeiter der Werften, auf denen Aussperrung stattgefunden hat, ca. 11 000, in den Streik eintritt. Unbeteiligte Arbeitgeber- und Arbeiterverbände rüsten sich, die streitenden Parteien zu unterstützen. Nach 3 Wochen Kampf greift noch immer nicht eine vermittelnde Instanz ein, und die Gefahr für die gesamte deutsche Wirtschaft wird immer drohender. Der Gesamtverband der Metallindustriellen kündigt eine Sympathieaussperrung zugunsten der Schiffswerften an, am 22. September beschließt er, vom 8. Oktober an 60% seiner Gesamtleistung auszusperrn, solange, als nicht die Differenzen auf den Schiffswerften beigelegt und die von den Ausständigen veranlaßten Sympathiestreiks beendet sind. Der Beschluß betrifft eine Arbeiterschaft von etwa 490 000 Köpfen und bedeutet eine Entlassung aus der Arbeit von etwa 360 000. Und noch immer ist nichts von dem Eingreifen einer unparteiischen Vermittlungsstelle zu bemerken. Die Arbeiter der Metallindustrie rüsten zur Abwehr, unsehbare Schädigung materieller und moralischer Werte wäre eingetreten, wenn nicht die Beteiligten selbst endlich zu dem Entschluß gelangt wären, dem ruinierenden Streik ein Ende zu machen. Die Ende September zwischen dem Generalsekretär der Metallindustriellen und den Führern der Arbeiterorganisationen eingeleiteten Verhandlungen führten zu einer am 6. Oktober vereinbarten Verständigung über die künftigen Arbeitsverhältnisse in der Werftindustrie, die nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten den Frieden brachte.

* * *

Die von mir bisher gegebene Darstellung führt mich zu folgenden Schlüssen:

1. Die von den Arbeitern und Unternehmern selbst geschaffenen Einigungsorgane sind da, wo sie von starken, gut disziplinierten Organisationen und von beiderseitigem, entschlossenen Willen, von jenen Gebrauch zu machen, getragen werden, geeignet die Vermeidung der das Wirtschaftsleben gefährdenden Arbeitsunterbrechungen herbeizuführen und haben sie tatsächlich herbeigeführt. Die angegebenen Voraussetzungen fehlen aber in den meisten und bedeutendsten Gewerben Deutschlands.

2. Die von Fall zu Fall zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer getroffenen Vereinbarungen über den friedlichen Austrag von Streitigkeiten gehören bisher zu den Ausnahmen.

3. Das Eingreifen von unbeteiligten, geeigneten und von beiden Seiten respektierten Personen behufs Herbeiführung einer Vereinbarung über die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses hat

zwar in einzelnen Fällen außerordentliche Erfolge gehabt, insbesondere da, wo die Parteien sich diese Unparteiischen selbst ausgesuchen haben; wo das nicht der Fall war, ist es zwar auch hin und wieder gelungen, mit Erfolg zu vermitteln, namentlich wenn das Eingreifen im psychologisch richtigen Moment erfolgte, im ganzen aber hat es sich als ein empfindlicher Mangel gezeigt, daß keine ständig wirkende und geeignete Stelle vorhanden ist, die nicht nur jederzeit bereitsteht, Vermittlungsversuche einzuleiten, sondern auch hierzu verpflichtet ist.

4. Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter hat zwar in der Beilegung von Streitigkeiten unter Herbeiführung von Vereinbarungen im örtlichen Bezirk anerkennenswerte Resultate gezeigt, sie kann aber nicht als hinreichend angesehen werden zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, die ganze Verufe und große Gebiete erfassen. Unter den Vorsitzenden der Gewerbegerichte befindet sich gewiß eine Anzahl von Persönlichkeiten, die das nötige Geschick, den Eifer, die Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, um mit Erfolg die so schwierige Vermittlung bei Differenzen in großen Arbeitsgebieten einzuleiten und durchzuführen. Ich habe im Lauf meines Vortrags wiederholt Gelegenheit gehabt, auf die Tätigkeit solcher besonders qualifizierten Vorsitzenden von Gewerbegerichten hinzuweisen. Schon aus dem Umstand aber, daß wir bisher als geeignete Vermittler bei großen Arbeitskämpfen immer dieselben wenigen Namen wiederfinden, können wir schließen, daß man solch hohe Anforderungen nicht an jeden Vorsitzenden des Gewerbegerichts eines mehr oder weniger begrenzten Bezirks, der in der Hauptsache Recht zu sprechen hat über Differenzen, deren Ursprung und Verlauf ihm vor Augen liegt, stellen dürfen.

5. Hiernach muß ich die gestellte Frage, ob es notwendig ist, eine öffentlich rechtliche, ständig wirkende Instanz zu schaffen, die geeignet ist, die Schwierigkeiten zu beseitigen oder doch abzuschwächen, die zur Zeit dem Zustandekommen friedlichen Austrags der Streitigkeiten um die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses entgegenstehen, und die weitere Frage, ob die bisher schon betretenen und gegebenen Wege zu dem angegebenen Zweck sich als unzureichend erwiesen haben, bejahen.

(Schluß folgt.)

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1910.

Von Stadtrat H. von Frankenberg in Braunschweig.

II. (Schluß).

Die **Invalidenversicherung**, der hoffentlich bald durch die Angliederung der Hinterbliebenenversicherung eine langersehnte, wichtige Ergänzung zuteil wird, hat sich befriedigend weiter entwickelt.

Die Zahl der im letzten Jahre festgesetzten Renten betrug 138 554 und blieb um 429 hinter dem Vorjahre zurück, woran ausschließlich die Invaliden- und Krankenrenten beteiligt sind, während die Altersrenten eine Zunahme um 609 aufwiesen. Umgekehrt schwankt die Zahl der laufenden Invalidenrenten ununterbrochen an; sie hat die erste Million schon im vorletzten Jahre überschritten, die Kranken- und die Altersrenten gehen dagegen zurück, letztere sind durch den rascheren Wegfall der Empfänger (zum Teil auch bei Ersatz der Alters- durch die jetzt höher werdende Invalidenrente) längst unter die Zahl der Bewilligungen des ersten Jahres nach dem Inkrafttreten der Versicherung (132 926) gesunken und machen kein volles Hunderttausend mehr aus (98 335). Nach und nach ist die Tatsache, daß die Invalidenversicherung der Hauptzweck des Gesetzes ist, in das Volksbewußtsein übergegangen. Die Beitragserstattungen an heiratende weibliche Versicherte zeigen seit 1906 einen Rückgang von 153 226 auf 147 292. Vielleicht haben dazu die vielen, wohlgemeinten Warnungen vor den Nachteilen der Erstattung beigetragen, die einen minderwertigen Aussteuerzuschuß bietet und die wertvolle Anwartschaft vernichtet. Es ist erfreulich, daß die Reichsversicherungsordnung mit dieser oft bekämpften Einrichtung aufräumen will. Das Einführungsgefeß sieht vor, daß nach ihrer Verkündung keine Frau mehr mit Erfolg die Erstattung beantragen kann.

Die Gesamtzahl an Entschädigungsleistungen hat 1909 zum ersten Male die Beitragseinnahme überstiegen (189 029 498 M. gegen 188 438 473 M.). Angesichts des Ende 1909 auf 1 574 111 380 M. Ende 1910 auf 1 660 Millionen Mark angewachsenen Vermögens der Versicherungsträger gibt diese ganz natürlich, dem Beharrungszustande näher rückende Erscheinung keinen Anlaß zu ernstlichen Bedenken, ganz abgesehen von der neuen Grundlage, auf welche

die Berechnung durch die Reichsversicherungsordnung gestellt werden wird. Etwa die Hälfte des Vermögens der Versicherungsanstalten (nahezu 813 Millionen Mark) war Ende 1910 zu gemeinnützigen Zwecken angelegt; in bunter Fülle stellt der Bericht dar, wie mannigfache Aufgaben damit gefördert sind (Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, Lebigenheimen, Volksheilstätten und Genesungs- oder Siechenhäusern, Volksbädern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Schlachthäusern, Friedhöfen; Hebung der Volksbildung durch Erziehung und Unterricht, Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfs u. a. m.). Das Heilverfahren der Versicherungsanstalten, vor allen Dingen die nachhaltige Bekämpfung der Tuberkulose als der gefährlichsten Volkskrankheit hat unverkennbare Fortschritte gemacht, wie die seit einiger Zeit mit bestem Erfolge in den verschiedenen Bezirken veranstalteten Wanderausstellungen mit ihrer statistischen Übersicht über die Heilergebnisse und das Zurückgehen der Sterblichkeit in gemeinverständlicher Form beweisen.

Die Rechtspredung in Streitigkeiten der Invalidenversicherung läßt erkennen, daß zwar in den verflossenen zwanzig Jahren die anfangs so schwierige Einreihung der Beschäftigungsverhältnisse in das Gebiet der versicherungsrechtlichen Gesichtspunkte immer vollständiger gelungen ist, daß aber auch heute noch häufig Zweifelsfragen von der obersten Spruchbehörde zu erledigen sind. Korben und Süden des Reichs, seefahrende, aderbautreibende, industrielle Bevölkerung, Groß- und Kleinbetriebe, Hausgewerbetreibende und Gelegenheitsarbeiter — bei ihnen allen wird die Prüfung der Versicherungspflicht erforderlich. Bald gibt ein Rahnschiffer oder ein im Hafen tätiger „Tallymann“, bald eine Widelmagerin, eine Näherin auf Stücklohn, ein Parzer Kuhhirt, Zuchstierhalter und Hauschlächter, eine Leichenfrau, ein Schuhmachermeister als Gewerbeschullehrer, bald eine außerdienstlich auf Teilung spielende Militärkapelle Anlaß zu Erörterungen. Man darf annehmen, daß bei der in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, die fortan im wesentlichen dieselben Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung ohne Rücksicht auf bestimmte Berufswege umfassen soll, die Feststellung der Invalidenversicherungspflicht durch das Reichsversicherungsamt und die übrigen Spruchbehörden als willkommene Vorarbeit betrachtet werden und manche Streitigkeit leichter beenden wird.

Bei den Schiedsgerichten ist eine geringe Zunahme der Berufungen zu verzeichnen (nur 0,8%), während die beiden Vorjahre eine weit stärkere Vermehrung (um 6,0 und um 4,9%) aufwiesen. Im Vergleich zu der Zahl der berufungs-fähigen Bescheide hält sich das Verhältnis fast genau auf der gleichen Höhe: von 100 Bescheiden wurden 15,4 angefochten (in den beiden Vorjahren je 15,2). Dabei sind die Invaliden-Rentensachen mehr als fünfmal so stark beteiligt wie die Streitfälle wegen Altersrente. Die Entscheidung fiel etwas weniger häufig als im Vorjahre zugunsten der Versicherten aus (18,2%; in den Jahren 1905—1909 16,4—17,0—18,7—18,4—18,7%); der Durchschnitt ist immerhin noch etwas günstiger als im Unfallrecht, wo die Erfolgsziffer, wie wir sahen, auf 17,1% herabgegangen ist. Die Ablehnung und die Entziehung von Invalidenrenten stand unter den Streitfällen im Vordergrund; seltener wurde über die Höhe oder den Anfangstag, über das Ruhen der Rente oder andere Zweifelsfragen gestritten. Wie schwach auch hier die Altersrenten ins Gewicht fallen, ergibt sich aus der Mitteilung, daß 28 608 Berufungen in Invaliden- nur 406 in Altersrentensachen gegenüberstanden.

Ähnlich ist das Verhältnis bei den Revisionen: auf 87 ist die Zahl der an das Reichsversicherungsamt gelangten Altersrentenfälle zusammengeschrunpft, neben denen 6568 Invalidenrentensachen zu erledigen waren. Der mäßige Rückgang der letzteren, der in den Jahren 1907 und 1909 zu beobachten war, ist nicht von Dauer gewesen: der jetzt erreichte Höchststand nimmt die Arbeitskraft der Mitglieder des Reichsversicherungsamts stark in Anspruch, und es ist begreiflich, wenn der Wunsch nach Entlastung durch den Fortfall gewisser Gruppen von Beschwerden (Ordnungsstrafen, Katasterfragen) und durch andere Maßregeln immer deutlicher vernehmbar wird.

Bei den Versicherten ist eine geringe Zunahme, bei den Versicherungsanstalten eine schwache Abnahme in dem Gebrauche des Rechtsmittels zu bemerken. Etwa 22 von 100 Schiedsgerichtsurteilen wurden von den Rentenbewerbern, nur 3,88 von den Versicherungsanstalten angefochten. Die Erfolgszahlen verschieben sich gegen das Vorjahr nicht erheblich, und zwar zum Teil im umgekehrten Verhältnis mit der Revisionshäufigkeit, wie dies langjährigen Erfahrungen entspricht. Die Versicherten mußten sich bei 89,53% der Urteile mit einer Bestätigung des von ihnen angegriffenen Schiedsgerichtsurteils begnügen (1905—1909 bei 86,08—86,38—

84,87—87,08—89,05%), kamen also schlechter als in den fünf Vorjahren fort. Die Versicherungsanstalten haben leidlich guten Erfolg gehabt, wenn auch die Bestätigungen etwas zahlreicher geworden sind (30,07%; in den Vorjahren 1905—09: 31,93—38,88—33,20—28,90—29,05%).

Unterledigt sind in das laufende Jahr 3178 Revisionen (1909: 2666) übernommen. Dies Wachstum der vorjährigen Streitigkeiten ist nicht etwa die Folge eines Nachlassens der spruchrichterlichen Tätigkeit, da 6143 Revisionen (gegen 5990) erledigt wurden, sondern es hängt mit dem Anschwellen der neuen Streitfälle, zum Teil auch mit dem Zeitpunkte der Einlegung (innerhalb der zweiten Hälfte des Jahres) zusammen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Vereinigung für soziale Reform Schwerin i. M. (Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform) hatte zum 9. März in den Stadthallen eine außerordentliche Versammlung einberufen, um eine Besprechung darüber herbeizuführen, welche Mittel und Wege zur Einleitung einer umfassenden Fürsorge für die schulentlassene Jugend einzuschlagen seien. Aus Schwerin wird uns darüber geschrieben: Zu dieser Versammlung waren die Vorstände aller hiesigen hieran interessierten Vereine und Verbände sowie zahlreiche Einzelpersonen eingeladen und zum großen Teil erschienen. In einem einleitenden Referat hob Obligatsbesitzer Ihlefeld (Tannenhof) hervor, welche mannigfachen sittlichen und gesundheitlichen Gefahren der schulentlassenen Jugend beiderlei Geschlechts in heutiger Zeit drohen und wie die anzustrebende Gesundung unseres Volkslebens es daher gebieterisch erfordere, sich dieser Jugendlichen in umfassender Weise anzunehmen. Dies könnte jedoch wirksam nur durch ein gemeinsames Handeln der verschiedenen, sich mit der Fürsorge für die schulentlassene Jugend befassenden Organisationen durchgeführt werden. Besonders betonte Redner, daß ein solches einheitliches Wirken die besondere Grundlage und Tätigkeit der Einzelorganisationen in keiner Weise beschränken würde. Wie sehr neuerdings auch staatslicherseits die Notwendigkeit einer umfassenden Fürsorge auf diesem Gebiete erkannt werde, beweiße die Bereitstellung von einer Million für diese Zwecke im preuß. Staatshaushalts-Etat für 1911/12. Lebhafte zu bedauern sei allerdings, daß diese Mittel nur der schulentlassenen männlichen Jugend zugute kommen sollten, während doch die weibliche Jugend einer ausgedehnten Fürsorge fast noch mehr bedürfe. Redner schloß mit dem Vorschlage zur Einlegung eines aus Vertretern der Organisationen und Einzelpersonen zu bildenden Ausschusses, dem es obliegen solle, die Grundlagen des zu erstrebenden Zusammenschlusses näher zu beraten. In der Diskussion sprachen sich alle Redner, insbesondere auch die erschienenen Organisationsvertreter einmütig für ein solches Zusammenarbeiten im Interesse der schulentlassenen Jugendlichen aus. Letztere erklärten teils sogleich die Bereitwilligkeit der von ihnen vertretenen Organisationen zur Mitarbeit in dem zu gründenden Ausschuss, teils versprachen sie, auf eine zustimmende Entschließung ihrer Organisationen hinzuwirken, sodas eine Verwirklichung der ins Auge gefassten Kartellierungsbestrebungen sicher erhofft werden darf. Die endgültige Konstituierung des Ausschusses wird erfolgen, sobald die Vereine ihre Vertreter hierzu bestimmt haben. Alsdann ist die Einberufung einer größeren öffentlichen Versammlung und die Gewinnung eines auswärtigen Redners hierfür in Aussicht genommen.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. Der 9. Band (Jahrg. 1910) kommt mit dem Doppelheft 11/12 zum Abschluß. Er wird eingeleitet mit einer Darstellung der Fortschritte des internationalen Arbeiterschutzes (französisch-italien. Übereinkommen zum Schutze der Jugendlichen, Stand des internationalen Verbots der Frauennachtarbeit und des Phosphorverbots); dann folgt eine gedrängte Übersicht des nationalen Arbeiterschutzes (Fabrik- und Werkstattegesetze, Kinder-, Jugendschutz, Frauenschutz, Lehrlingswesen, Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Lohnzahlung, Lohnschutz, Mindestlöhne, Wanderungen, Kolonialarbeit, Beruflicher Arbeiterschutz im Bergbau und in der Industrie, Arbeitslosigkeit und Stellenvermittlung, Gewerbegebiete, Koalitionsrecht, Einigungsämter, Schiedsgerichte); von der Arbeiterversicherung ist diesmal wenig zu berichten. Über parlamentarische Arbeiten, die den Arbeiterschutz betreffen, wird aus den Vereinigten Staaten, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz berichtet. Den Beschluß des Tages macht eine Übersicht von Kongreßbeschlüssen. Das Register umfaßt 80 Spalten — ein Beweis, wie ungemein reichhaltig der Jahresband 1910 ist.

Allgemeine Sozialpolitik.

Sozialpolitik im Reichstag.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern gibt jahraus jahrein Anlaß zu einer Flut von sozialpolitischen Reden, Wünschen und Anträgen, die leider in den meisten Fällen sich nicht

zu Taten verwirklichen und darum im nächsten Jahre wiederkehren. So entsteht leicht die Vorstellung einer fast beängstigenden Fülle von sozialpolitischen Forderungen, die plötzlich hereinbricht, während in Wahrheit doch nur die Lasten immer wieder festgefällt wird, daß eben noch unendlich viel Schäden der Heilung bedürfen, daß auch der Reichstag Mittel und Wege zum Ziel vorschlägt, die Regierungen aber zumeist zögern, ausweichen, ablehnen. Auch in diesem Jahre sind die Dinge nicht anders vor sich gegangen, und wir fürchten, daß die praktische Ausbeute aus den Debatten vom 11.—21. März nur gering sein wird.

So mußte sofort auffallen, wie der Staatssekretär des Innern die vom Zentrum eingebrachte, von den Nationalliberalen unterstützte Anregung, eine Zentralkasse zur Sammlung und Förderung von Arbeitstarifverträgen einzurichten, abgewehrt hat. Abgeordneter Dr. Pieper vertrat am 11. März als erster Redner des Zentrums diese Forderung in seiner maßvollen, sicheren Art: Der Vorgänger des jetzigen Staatssekretärs — das ist Reichskanzler von Bethmann Hollweg — habe diesen Gedanken sympathisch begrüßt. Es liege in der Tat hier ein schwerwiegendes öffentliches Interesse vor. Die Regierung möge die Sache energisch in die Hand nehmen. Wenn die Arbeitskammern nicht zustande kämen, was leider bei der Abneigung der Regierung gegen die Arbeitsssekretäre zu befürchten sei, so sei es erst recht Pflicht des Reiches, eine Zentralkasse, und zwar im Reichsamt des Innern, zu schaffen, die sich nach allen Richtungen um das Tarifwesen kümmerge, Verträge sammle, mit Rat und Tat Arbeitgeber und Arbeiter zusammenführe, ein Tarifrecht vorbereite, vermittelnd in Arbeitskämpfe eingreife. Abgeordneter Sund schloß sich für die Nationalliberalen am 14. März der Zentrumsresolution an; er verwies auf das Fortschreiten des Tarifgebens, auf das bekannte Urteil des Reichsgerichts vom 20. Januar 1910, wonach ein Tarifvertrag keine Zwangsorganisation ist, wohl aber nicht nur die abschließenden Organisationen als solche, sondern auch deren Mitglieder bindet, und das die Klagbarkeit aus Tarifverträgen feststelle. Damit seien zwei Hauptpfeiler eines Tarifvertragsrechts gegeben, aber eine Fülle anderer Fragen heische Klärung und Lösung. Nicht um einen öffentlich-rechtlichen Zwang solle es sich dabei handeln, sondern die Bedeutung des Tarifvertrags bestehe ja gerade darin, daß er ein Akt der Selbsthilfe sei, bei dem die Parteien sich die Hand reichen, die Gegensätze mildern und feste Normen für ihre Beziehungen schaffen. Man müsse einen Sammelpunkt für das sich immer mehr ausbreitende Tarifgewohnheitsrecht schaffen, eine Hinterlegungsstelle für Tarifverträge, eine Zentrale, bei der sich die Parteien Rat und Hilfe holen können.

Der Staatssekretär, der am 13. und 14. März auf diese Wünsche antwortete, stieß über von Wohlwollen für die Tarifverträge. Er trieb ihre Bedeutung, wenn er auch behauptete, daß für manche Betriebe ihre Anwendung nicht möglich sei — etwa, so fragen wir, im deutschen Bergbau, in der Großeisenindustrie und im Textilgewerbe, wo England das stärkste Tarifwesen hat? —, auch breiteten sich die Tarifverträge ja erfreulich aus. Es sei gar nicht nötig, dem Ganzen erst die höhere Weihe durch behördliche und gesetzliche Reglementierung zu geben. Was den Verträgen fehle, sei nur die Vollstreckbarkeit unter bestimmten Voraussetzungen. Da helfe auch die Verleihung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine allein nicht; wenn sie nicht die Verpflichtung hätten, mit ihrem Vermögen zu haften, hingen die Tarifverträge doch in der Luft. „Daß wir uns in nächster Zeit über diese Frage einigen, glaube ich nicht, deshalb ist es besser, die Materie laufen zu lassen, wie sie läuft.“ Das Problem der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge sei gewiß höchst interessant, aber ungemein schwierig. Was gefordert werde, um seine Lösung vorzubereiten, geschehe ja eigentlich schon jetzt: im Kaiserlich Statistischen Amt sammle man Tarifverträge, im Reichsamt des Innern verfolge man aufmerksam die Entwicklung, von hier aus werde ja auch bei geeignetem Anlaß in Arbeitskämpfe vermittelnd eingegriffen. Mehr sei nicht angezeigt, eine besondere Zentralkasse lehne er ab, ja er sehe darin sogar gefährliche Möglichkeiten. Diese Dinge müßten in natürlicher Entwicklung heranreifen. So der Staatssekretär; seine Einwände haben erfreulicherweise nicht gehindert, daß die Zentrumsresolution am 15. März mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Die Forderung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und, was auch der Staatssekretär sagen möge: das Reichsvereinigungsamt kommt doch!

Dieselbe Art, sozialpolitische Wünsche und Beschwerden mit einer Handbewegung beiseite zu schieben, zeigte der Staatssekretär auch in anderen Fällen. So bei den Klagen über rechtswidrige oder schikanöse Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, die vor

allem Abg. Dr. Müller-Reiningen (fortschrittl. Volkspartei) vorbrachte, als einer der parlamentarischen Väter des Gesetzes dazu berufen. Ihm entgegnete der Minister, an die Zentralinstanz seien keine Klagen gekommen, so könne er auch nicht eingreifen. Auch schiene ja die Zahl der Unstimmigkeiten geringer zu werden und man müsse Rücksicht mit den untergeordneten Organen haben, die bei spitzfindigen Unterscheidungen leicht daneben griffen. Es werde schon allmählich alles gut und schön werden. So leichten Herzens wie hier der Minister können wir die Dinge nicht nehmen. Als das Reichsvereinsgesetz geschaffen wurde, hat die Regierung feierlich die lokale Anwendung versprochen. Jetzt beschönigt man offenbare Mißgriffe, anstatt energisch durchzugreifen. So wird das Vereinsgesetz zum Teil durch die Regierung selbst um seine beste Wirkung gebracht.

Für verschiedene Forderungen, durch Bundesratsverordnungen in verschiedenen Betriebszweigen die Arbeitsverhältnisse zu regeln, namentlich auch Schutz gegen gewerbliche Gifte, gefahren zu schaffen, zeigte der Minister ebenfalls wenig Reigung, soweit es sich um allgemeingiltige Reglements handelte. Er hält die Regelung im einzelnen Betrieb für den besseren Weg; bei der Erteilung der Konzession und durch die Gewerbeaufsicht ließen sich die nötigen Schutzmaßnahmen am sichersten treffen. Je individueller man vorgehe, um so besser. Nichts sei schädlicher als schablonenhafte Verordnungen für alle Betriebe eines Gewerbezweiges. In dieser Auffassung steckt unzweifelhaft ein richtiger Kern. Wir können nur wünschen, daß unsere Gewerbeaufsichtsbeamten die vorhandenen Bestimmungen im einzelnen Betrieb im wahren Interesse von Arbeitgebern und Arbeitern und zum Nutzen unserer Volkskraft anwenden. Aber das macht ein allgemeingiltiges Mindestmaß des Schutzes in solchen Gewerbezweigen, die Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährden, nicht überflüssig. Und wie der Bundesrat sich genötigt gesehen hat, die Bekanntmachung für die Großeisenindustrie zu erlassen, so wird er in Zukunft auch in den Gifte erzeugenden und verarbeitenden Industrien vorgehen müssen, so z. B. in der Anilinfabrikation, in den keramischen Betrieben, in der Porzellanindustrie, mit der Anzeigepflicht von Bleierkrankungen u. a. m. Der Staatssekretär hat dies selbst am 19. März zugegeben.

Die ausgedehnte Debatte streifte eine Unmenge weiterer sozialpolitischer Forderungen, ging aber selten in die Tiefe.

Wir hören, daß ein preussischer Vorschlag zu einem Theatergesetz die Grundlage zu weiteren Verhandlungen bietet. Die Parteien versichern aufs neue ihren Willen zur Förderung der Angestelltenversicherung in Form der Sonderkasse. Man hofft auf das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung. Für das Handwerk und den Mittelstand muß mehr geschehen. Die Arbeitsverhältnisse der Bureaubeamten bei den Rechtsanwältinnen und Notaren bedürfen der Regelung. Für ein Ausnahmengesetz zum Schutze der Arbeitswilligen sind Zentrum, Nationalliberale, fortschrittl. Volkspartei nicht zu haben. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Kolonisation der Odländereien verdient lebhafteste Unterstützung. Die Bedeutung der Wohnungsfrage muß immer wieder betont werden.

Die Macht der Syndikate und Monopolindustrien fordert zu Schutzmaßnahmen heraus. Eine Zentralkasse zur Hebung der heimischen Textilindustrie tut not. Der gemeinnützige Arbeitsnachweis verdient nachhaltige Förderung. Die Seefische müssen besser auf ihre Seetüchtigkeit geprüft werden. Die Zentralkasse für Volkswohlfahrt sollte reichlicher dotiert werden. Bedauerlich ist, daß die Regelung des Technikerrechts aufs neue verschoben worden ist. Auf ein Reichsapothekengesetz verzichtet die Regierung, dagegen bereitet sie ein Hebammengesetz vor. Die Seuchengefährdung wird fortgesetzt, insbesondere weist die Sterblichkeit an Tuberkulose eine Verminderung auf. Gegen Bleivergiftungen müssen nachdrücklich Maßnahmen ergriffen werden. Die Enttaubung in Fabriken ist eine der wichtigsten Aufgaben der Hygiene. Die Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie erfordern eine Regelung, insbesondere muß ein familiärer Schichtarbeitstag eingeführt werden. Ein Antrag auf Arbeiterschutz in Celluloidfabriken findet Zustimmung.

Aber es ist unmöglich, den sachlichen Inhalt einer 10tägigen Reichstagsverhandlung auch nur in knappsten Umrissen hier zu erschöpfen. Immerhin zeigt die einfache Aufzählung der Anregungen, Forderungen und Beschlüsse, wie unendlich viel, im Großen wie im Kleinen, eine Sozialpolitik zu tun hat, die eine Hebung der Volkskraft anstrebt. „Wir sind uns alle einig“, sagte der Staatssekretär des Innern am 14. März, „daß es unsere erste Pflicht ist, für die kulturelle und wirtschaftliche Hebung des Volkes zu sorgen. Wir sind uns auch darin einig, daß ein gutgelohnter Arbeiter das Beste ist, was ein Volk für seine weitere Entwicklung wünschen kann, daß ein gutgelohnter Arbeiter das Wertvollste ist, was wir uns wirtschaftlich und kulturell nur wünschen können.“ Der Staats-

sekretär gab diese Erklärung, die wir nachdrücklich unterstreichen möchten, in einer Entgegnung gegen sozialdemokratische Angriffe ab, die alle bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialreform höchstens als winzige Abschlagszahlungen, die kaum der Rede, viel weniger des Ruhmens wert seien, hinstellten. Das sind agitatorische Tricks, die den Tatsachen widersprechen. Mit vollem Recht hat der Staatssekretär auf die großen Leistungen der Arbeiterversicherung hingewiesen, deren Wirkungen übrigens in der Arbeiterschaft selbst ganz anders bewertet werden als in sozialdemokratischen Reichstagsreden. Auch unser Arbeiterschutz und seine Durchführung wird heute in keinem anderen Lande übertroffen und zumeist entfernt nicht erreicht. Und selbst im Gebiete des Arbeiterrechts machen wir Fortschritte, die man vor 20 Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. Alle diese Erfolge aber geben uns keinen Grund, auf unsern Lorbeeren auszuruhen, und wenn man jetzt, leider nicht mit Unrecht, vielfach von einer „sozialpolitischen Ermüdung“ spricht, so zeigen uns gerade die letzten Reichstagsverhandlungen, wie unendlich viele und schwierige Aufgaben zu Ruß und Frommen von Staat und Volk noch zu lösen sind.

E. Fr.

Die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Beratung der für diese Zwecke im preussischen Haushaltsplan eingelegten 1 Million Mark ergab das Einverständnis der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums mit der Absicht der Regierung und im allgemeinen auch mit dem Erlaß des Kultusministers zu dieser Frage (vergl. Sp. 601), nur der nationalliberale Abgeordnete v. Schenckendorff bedauerte, daß die weibliche Jugend nicht mit bedacht sei. Auch forderte er, daß die Schule mit in diesen Jugendpflegkreis hineingezogen werde, da die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen erst mit dem 14. Lebensjahre, also in einem immerhin schon vorgerückten jugendlichen Entwicklungsalter, in dem schon manches an der Jugend verborben sei, beginnen sollen. Gegenüber den zustimmenden Erklärungen dieser Redner äußerte Stadtrat Dr. Fleßch-Frankfurt a. M. (Fortschr. Volkspartei) Bedenken, weil über die Art der Ausführung des Plans und der Verwendung dieser Million bisher nur außerordentlich wenig bekannt geworden und auch in der Kommission regierungsseitig keine näheren Aufklärungen über die Verwendung und Verteilung des Fonds gegeben worden seien. Insbesondere bemängelte dieser Redner, daß für Mädchen zu dem gleichen Zwecke nur 20 000 M. zur Verfügung ständen, das sei kein richtiges Verhältnis. Er behielt sich deshalb auch für die dritte Lesung einen Antrag oder eine Resolution vor, in der ganz bestimmte Maximen für die Verwendung des Fonds aufgestellt werden sollen. Der Kultusminister v. Trott zu Solz betonte nochmals, daß alle Vereine unterstützt werden sollen, „die die Jugend sammeln, unterrichten, unterweisen, die sich stellen wollen auf den vaterländischen Geist, den wir allerdings unter allen Umständen verlangen; das ist die Grenzlinie, die wir ziehen müssen, wenn wir uns der Sache von Staats wegen annehmen. Wir verlangen, daß die Vereine stehen auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung und unseres Staatswesens, treu zu Kaiser, König und Reich.“ Da der Staat jetzt erst anfangs, die Frage der Jugendpflege von Staats wegen nachdrücklich zu verfolgen, so sei es nötig, mit der männlichen Jugend anzufangen. Daß die Sozialdemokraten, besonders nach dieser Erklärung des Ministers, in der Vereinstellung der 1 Million nur wieder ein neues Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie erblickten, brachte der sozialdemokratische Redner mit äußerst scharfen Worten zum Ausdruck. Zum Schluß wurde der Etatsposten angenommen und mit ihm zwei Resolutionen, durch die die Petition der Harburger Zentrale für private Jugendfürsorge um Bewilligung von Beihilfen aus diesem Fonds auch an private Vereinigungen, die sich mit der Pflege der gefährdeten Jugend ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht befassen, und die Petition des Verbands fortschrittlicher Frauenvereine um Verwendung dieser Mittel gleichmäßig für die männliche und weibliche Jugend sowie um Zulassung der Mitarbeit aller Gruppen und Klassen der Bevölkerung an der Jugendpflege der Regierung als Material überwiesen wurden.

Sozialpolitische Archive. Ein sozialpolitisches Archiv im arbeitsstatistischen Amte des österreichischen Handelsministeriums, nach dem Vorbild ausländischer sozialpolitischer Sammelstellen — sozialer Museen — angelegt, soll alle sozialpolitisch bemerkenswerten Belege — Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Anträge, Entwürfe, parlamentarische und fachliche Beratungsprotokolle, Referate, Beschlüsse, Resolutionen, Gutachten, Statuten,

Erhebungsformulare, Statistiken usw. — sammeln und systematisch ordnen. Ergänzt wird es durch eine systematisch geführte bibliographische Übersicht über alle einschlägigen Erscheinungen des Büchermarkts, Revueartikel usw. Als Grund für die Errichtung dieser amtlichen Sammlung führt das österreichische Handelsministerium mit Recht an, daß die angeführten Materialien zum Teil überhaupt nicht veröffentlicht, zum Teil aber in einer Unzahl von amtlichen und nichtamtlichen Publikationen, Zeitschriften, Journalen und dergleichen zerstreut und daher nur schwer zugänglich sind; erst ein systematisch verwaltetes Archiv bietet die Möglichkeit, die Gesetzgebung und Verwaltung, die autonome, körperchaftliche und private Tätigkeit, die literarische und Parteibewegung auf sozialpolitischem Gebiete zu verfolgen und den neuesten Stand der verschiedenen Fragen und Aktionen rasch zu überblicken.

Ogleich das Handelsministerium zur Errichtung dieses Zweckes einen sorgfältigen, das In- und Ausland umfassenden Beobachtungsdienst unterhält, ist aber die rasche Entwicklung und stete Verlässlichkeit des Archivs davon abhängig, daß alle Kreise, die sich theoretisch oder praktisch mit Sozialpolitik befassen, an der Vervollständigung des Archivs durch Überendung von Belegen und Urkunden mitwirken. Das arbeitsstatistische Amt (Wien I, Fieberstr. 2) richtet die öffentliche Bitte an alle Behörden, Vereine, Anstalten, Einzelpersonen, Arbeitgeber und Arbeiter um Unterstützung der sozialpolitischen Stoffsammlungen des Amtes.

Gleichzeitig mit diesem amtlichen Archiv für die Sozialpolitik der Gegenwart, das Querschnittsbilder von der sozialen Bewegung unserer Tage für wesentliche praktische Orientierungszwecke bieten soll, ist von dem ordentlichen Professor der politischen Ökonomie an der Universität Wien Dr. Carl Grünberg und anderen Fachmännern ein „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ ins Leben gerufen worden, das im Gewande einer Zeitschrift auf wissenschaftlicher Grundlage und für rein wissenschaftliche Zwecke Abhandlungen, urkundliche Mitteilungen und Literaturberichte bringen will, die zur Aufhellung der sozialen Vergangenheit Beiträge liefern und Längsschnittbilder von der sozialen Bewegung geben sollen. Das erste bisher vorliegende Heft (214 Seiten, Preis des Jahrgangs von 3 Heften 12 M. Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig) enthält, außer Abhandlungen von L. v. Bortkiewicz über sozialistische Grundrententheorien und von Hammacher über philosophische Gedankenquellen des Sozialismus, Mitteilungen aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung, Laßalleana, eine Darstellung der sozialistischen Bewegung in Frankreich; dazu Bücherbesprechungen. Das Grünberg'sche Archiv sollte auch die Arbeiterorganisationen selbst, in deren Verwaltungsstellen oder bei deren Mitgliedern sie und da noch unbekannte Belege oder Aufzeichnungen unveröffentlicht schlummern, zur Mitarbeit zu gewinnen suchen.

Soziale Zustände.

Die Wanderarbeitsstätten in Württemberg.

Von Arbeitersekretär H. Mattutat, Landtagsabg., Stuttgart.

Am 1. Oktober 1909 wurden in Württemberg durch den mit staatlicher Unterstützung gegründeten Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten die ersten Einrichtungen dieser Art eröffnet. Maßgebend waren hierfür die mit den Bodenschwingischen Anstalten in Westfalen gemachten Erfahrungen. Mit einigen für die süddeutschen Verhältnisse berechneten Änderungen kam auch die dortige Organisation in Anwendung. Man ging zunächst mit der Eröffnung von 27 Wanderarbeitsstätten vor, die sich zu einem über die obere Hälfte des Landes sich erstreckenden Reze vereinigten. Über die Tätigkeit und die Wirkung dieser Wanderarbeitsstätten liegt nunmehr ein das ganze Betriebsjahr umfassender Bericht vor.

Der Zweck der Wanderarbeitsstätten sollte sein, das Land von der „Bettel- und Stromeplage“ zu befreien und den „geordneten“ mittel- und arbeitslosen Wanderern, anstatt sie wie bisher auf den Bettel anzuweisen, gegen eine geringe Arbeitsleistung Unterhalt und Obdach zu bieten sowie geeignete Arbeit zu vermitteln. Die Inanspruchnahme der Wanderarbeitsstätten wird von den Wanderern nicht erzwungen, sondern erfolgt freiwillig. Die Berechtigung dazu kann durch einen Wanderchein erworben werden, der aber nur an mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen abgegeben wird, die außerhalb ihres Wohnortes Arbeit suchen. Als mittellos gilt der Wanderer, dessen Barschaft nicht mehr als eine Mark beträgt; freilich läßt sich diese Unterscheidung nicht allgemein streng durchführen. Organisierte Arbeiter, die an

ihre Gewerkschaft noch einen Reiseunterstützungsanspruch haben, kommen somit für die Wanderarbeitsstätten nicht in Frage. Für die Erlangung des Wanderscheines ist erforderlich die Vorlage einer Abmeldebefreiung der Polizeibehörde des letzten Wohnortes, die Invalidenquittungskarte und eine Arbeitsbefreiung, die ersichtlich macht, daß der Inhaber innerhalb des letzten Vierteljahres gearbeitet hat. An Stelle einer Arbeitsbefreiung genügen auch Krankheitsbefreiungen, wenn sie nachweisen, daß der Arbeiter während des vorgenannten Zeitraums zur Übernahme von Arbeit außerstande war. An Gebühren sind für die Ausfertigung des Wanderscheins 50 Pfennig zu entrichten, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine vierstündige Arbeit zu leisten ist. Die Praxis hat ergeben, daß die übergroße Mehrzahl der Wanderer es vorzieht, den Wanderschein durch Arbeitsleistung zu erwerben. Von den innerhalb des ersten Betriebsjahres ausgestellten 9436 Wanderscheinen wurde nur für 489 die Gebühr bezahlt. Personen, die die bezeichneten Legitimationspapiere nicht beizubringen vermögen, müssen, um unter die zur Benutzung der Wanderarbeitsstätten allein berechtigten geordneten Wanderer aufgenommen zu werden, Papiere und Wanderschein durch eine zweitägige Arbeitsleistung erwerben. Alle mittellosen Wanderer ohne Wanderschein werden als obdachlos der Ortsbehörde überwiesen, deren Leistungen als Armenunterstützung gelten.

Die mit Wanderschein versehenen Wanderer erhalten in den an das Verkehrsnetz angeschlossenen Wanderarbeitsstätten gegen eine vierstündige Arbeitsleistung Unterhalt und Obdach. Die Beschäftigung besteht in Holzzerkleinern, Steinklopfen, Straßenreinigen oder Arbeiten für private Personen, wobei nach Möglichkeit Rücksicht auf die persönlichen und beruflichen Verhältnisse der Wanderer genommen werden soll. Die Erlangung von Beschäftigung für die Gäste der Wanderarbeitsstätten bildete längere Zeit eine der Hauptschwierigkeiten, die aber nunmehr als überwunden gelten kann. Die am Abend in den Wanderarbeitsstätten eintreffenden Reisenden werden am andern Tage gegen Mittag entlassen und haben sich auf der festgelegten Wanderroute zur nächsten Wanderarbeitsstätte zu begeben. Der Weg dahin ist in der Regel zu Fuß zurückzulegen. Die Entfernungen zwischen den meisten Wanderarbeitsstätten beanspruchen einen 4—5stündigen Marsch. Bei größeren Entfernungen sowie bei ungünstigem Wetter wird den Wandernden freie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Wanderarbeitsstätten genießen in dieser Beziehung von der Eisenbahnverwaltung eine Fahrpreisvergünstigung, die sich aber nur auf die die Wanderarbeitsstätten verbindenden Eisenbahnlinien erstreckt. Es ist das als ein Mangel zu betrachten, weil diese Beschränkung die Wanderarbeitsstätten daran hindert, den Wanderern die unentgeltliche oder im Preise herabgesetzte Fahrt auch für die Zwecke der Arbeitsvermittlung zu gewähren. Den durch die kommunalen Arbeitsnachweise vermittelten Stellenjungen ist eine solche Fahrpreisermäßigung eingeräumt, weshalb die Ausdehnung dieser Vergünstigung auch auf die Wanderarbeitsstätten angezeigt erscheint. Gewandert wird auch an den Sonntagen, dagegen fällt an diesen sowie an gesetzlichen Feiertagen die Arbeit fort.

Die Beschränkung der Wanderarbeitsstätten auf nur die Hälfte des Landes und die dadurch vorhandene verhältnismäßig kurze Wanderstrecke hat teilweise zu einer sehr starken Inanspruchnahme geführt. Infolgedessen sah man sich bereits veranlaßt, die bestehenden Bedingungen zu verschärfen. Danach wird jedem Wanderer, der eine und dieselbe Wanderarbeitsstätte innerhalb drei Monaten mehr als zweimal in Anspruch nimmt, der Wanderschein auf acht Wochen und bei Wiederholung auf ein ganzes Jahr entzogen. Eine Entziehung des Wanderscheins findet auch statt, wenn ein Wanderer grundlos eine ihm vermittelte Arbeitsstelle nicht annimmt oder sie sofort nach dem Antritt wieder verläßt. Damit in Verbindung steht die Verweigerung der Aufnahme in die Wanderarbeitsstätte auf die Dauer von drei Monaten. Ausländern, welche die Wanderarbeitsstätten benutzen wollen, ist bei Ausstellung des Wanderscheins entsprechend dem von ihnen angegebenen Reiseziel die Einhaltung der kürzesten und am schnellsten dahin führenden Wanderstraße vorzuschreiben. Bei unbestimmter Reisezielung ist eine solche auf dem beschrittenen Wege nach einer bestimmten Grenzwanderarbeitsstätte vorzuschreiben. Findet der Ausländer auf der ihm vorgeschriebenen Wanderstraße durch die an ihr liegenden Arbeitsnachweise und Wanderarbeitsstätten keine Arbeit, so ist für ihn die fernere Benutzung der württembergischen Wanderarbeitsstätten ausgeschlossen. Will sich der Ausländer der Auflage, nur die Wanderarbeitsstätten einer bestimmten Wanderstraße in Anspruch zu nehmen, nicht fügen, so ist ihm die Ausstellung eines Wanderscheins zu versagen.

Die 27 Wanderarbeitsstätten sind während des Berichtsjahres von 82212 Wanderern in Anspruch genommen worden, eine Wanderarbeitsstätte hat demnach durchschnittlich 3045 Wanderer beherbergt. Die Kosten für Verpflegung der Wanderer stellten sich auf 81 560 M 59 Pf., somit pro Kopf und Tag auf rund 1 M. Die Ausgaben für die Benutzung der Eisenbahn zum Zweck der Beförderung der Wanderer beliefen sich auf 7219 M 40 Pf., wovon 6529 M 45 Pf. auf das Winterhalbjahr, 689 M 95 Pf. auf das Sommerhalbjahr entfallen. Der geringere Aufwand während des Sommerhalbjahres ist zum Teil auf den geringeren Besuch, zum anderen auf die den Wanderarbeitsstätten ab 1. April 1910 an eingeräumte Fahrpreisermäßigung zurückzuführen. Aus der Vergleichung der ausgestellten 9436 Wanderscheine mit der Gesamtfrequenz der Wanderarbeitsstätten ergibt sich, daß im Durchschnitt jeder Wanderer etwa 9 Wanderarbeitsstätten in Anspruch nahm und sich 9 Tage innerhalb des Wanderarbeitsstättennetzes bewegte. Von den mit den Wanderarbeitsstätten in Verbindung gebrachten 14 Arbeitsnachweisen konnten von 2816 bei ihnen angemeldeten offenen Stellen 1582 besetzt und von 6138 Stellengesuchen konnte 1849 entsprochen werden.

Die neben den Wanderarbeitsstätten für „ungeordnete“ Wanderer bestehenden 27 Obdachloseneinrichtungen sind während des Berichtsjahres von 9307 Obdachlosen mit 19 623 Verpflegungstagen in Anspruch genommen worden. Gegenüber den Wanderarbeitsstätten mit durchschnittlich 3045 Besuchern ergibt sich hier nur ein Durchschnitt von 345 Personen. Da es sich hierbei um Einrichtungen der öffentlichen Armenpflege handelt, sind die entstehenden Kosten von den Landarmenverbänden zu tragen, denen aber daraus erheblichere Aufwendungen nicht erwachsen sind. Demgegenüber sind die Kosten der Wanderarbeitsstätten neben den Amtskörperschaften von dem Verein zur Förderung der Wanderarbeitsstätten aufzubringen. Zur Gründung einer derartigen Organisation wurde hauptsächlich mit aus dem Grunde geschritten, um den Leistungen der Wanderarbeitsstätten den Charakter des Freiwilligen zu geben, im Gegensatz zu den Leistungen der Armenbehörden. Der Gesamtaufwand für die 27 Wanderarbeitsstätten beläuft sich auf 129 542 M 49 Pf., wovon, wie schon bemerkt, 81 560 M auf Verpflegung, ferner 7219 M auf Eisenbahnfahrtkosten und des weiteren 13 936 M auf die Leitung, 5062 M auf Lokalmiete und 21 763 M auf Verwaltungsaufwand und sonstiges entfallen. In dem letztgenannten Betrag sind auch die Kosten für Materialbeschaffung enthalten, wo solches für die Beschäftigung der Wanderer benötigt wird. Infolgedessen reduzieren sich die eigentlichen Verwaltungskosten nicht unerheblich.

Diese Kosten werden nur zum geringen Teil durch den Arbeitsertrag der Wanderer hereingebracht. Die Einnahmen aus Arbeitsleistungen beliefen sich während des ersten Betriebsjahres auf nur 14 085 M 30 Pf. Das erklärt sich einerseits aus der Minderwertigkeit der Arbeitsleistungen, zum Teil aber auch aus der mitunter zu geringen Einschätzung und Bewertung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. So wurden zum Beispiel an einem Orte von der Wanderarbeitsstätte Arbeiter an Private für eine Vergütung von 10 Pf. für die Stunde abgegeben. Da hierdurch die Eigentkosten bei weitem nicht gedeckt werden, zugleich aber auch den anässigen Arbeitern leicht eine sehr nachteilige Konkurrenz erwachsen kann, wurde im Ausschuß des Vereins ein solches Verfahren gerügt und daraufhin dieser Mißstand abgestellt.

Aus Wanderscheinen ergab sich eine Einnahme von 244 M 50 Pf., aus freiwilligen Beiträgen 42 158 M 82 Pf., so daß ein Mehraufwand von 73 053 M 87 Pf. zu decken bleibt, welcher Betrag sich jedoch um 24 900 M Zuschuß des Staates ermäßigt. Für den Rest des Defizits müssen, soweit die eigenen Mittel des Vereins nicht ausreichen, die Amtskörperschaften einstehen. Sehr fraglich ist, ob die freiwilligen Beiträge an den Verein und die Amtskörperschaften auch für die Folge in Höhe des ersten Betriebsjahres eingehen werden. Nachdem das Betteln mit der Errichtung der Wanderarbeitsstätten in den ihnen nächstgelegenen Bezirken sehr erheblich nachgelassen hat, dürfte für viele der Grund wegfallen, der sie zur Leistung von Beiträgen bewog. Tritt dieser Fall ein, dann werden Staat und Amtskörperschaften herhalten und ihre Leistungen erhöhen müssen. Das können sie schließlich um so eher, als an anderer Stelle erhebliche Ersparnisse nachzuweisen sind.

So sind die Strafanzeigen wegen Bettelns und Landstreicherei trotz strengerer Handhabung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen in den 27 Wanderarbeitsstättenbezirken gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres von 13 646 auf 3303 zurück-

gegangen. Die Zahl der den Amtsgerichten überwiesenen Fälle verminderte sich von 856 auf 664 und die Haftvollstreckungskosten gingen von 108 975 *M.* auf 50 583 *M.*, die Gefangenentransportkosten von 30 550 *M.* auf 13 534 *M.* herunter. Die gleiche Erscheinung machte sich bei den innerhalb des Wanderarbeitsstättennetzes gelegenen Oberämtern ohne eigene Wanderarbeitsstätten bemerkbar. Sie eingeschlossen, haben sich die Haftvollstreckungs- und Gefangenentransportkosten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 100 376 *M.* verringert. Sehr wesentlich verschieden hiervon gestalteten sich die Verhältnisse bei den außerhalb des Wanderarbeitsstättennetzes gelegenen 20 Oberamtsbezirken. Dort sind die Strafanzeigen wegen Bettelns und Landstreicherei von 10 017 nur auf 7076, die Haftvollstreckungskosten von 82 749 *M.* nur auf 73 062 *M.* und die Gefangenentransportkosten von 27 232 *M.* nur auf 19 822 *M.* zurückgegangen. Auch hier also zeigt sich zwar ein Rückgang, der aber erheblich geringer ist und noch geringer wäre, wenn nicht die Wanderarbeitsstätten auch für diese Bezirke entlastend wirkten.

Die in dieser Richtung mit den Wanderarbeitsstätten gemachten Erfahrungen haben sehr dazu beigetragen, die Bestrebungen zur Errichtung weiterer Wanderarbeitsstätten populär zu machen. Bereits am 1. November v. J. kam es daher zur Eröffnung von 9 neuen beratigen Anstalten für Oberschwaben, und binnen kurzem ist das Hinzukommen weiterer Wanderarbeitsstätten zu erwarten, die das vorhandene Netz dann über das ganze Land ausdehnen. Insgesamt bestehen jetzt in Württemberg 37 Wanderarbeitsstätten. Nach den aus den bürgerlichen und ländlichen Kreisen einlaufenden Mitteilungen ist man mit der Tätigkeit der Wanderarbeitsstätten im allgemeinen zufrieden. Weniger Zufriedenheit äußert sich bei den Wandernden. Obwohl eigentliche Klagen nicht laut werden, macht sich doch eine starke Antipathie dagegen bemerkbar. Ein großer Teil der Wanderer mag sich dem mit der Benutzung der Wanderarbeitsstätten verbundenen Zwange zur Arbeitsleistung wie auch zur Einhaltung bestimmter Wanderstraßen nicht fügen und geht daher den Wanderarbeitsstätten möglichst aus dem Wege. Das bewirkt, daß andere von Wanderarbeitsstätten freie Bezirke um so stärker von Wandernden überflutet werden. Man hört auch in diesen Bezirken bereits lebhaft Klagen über ein Zunehmen der Bettlerplage, und in Bayern wie in Baden und Hohenzollern beschäftigt man sich aus diesem Grunde mit dem Plane, das württembergische Beispiel nachzuahmen.

Kommt man zu dem Entschluß, auch dort Wanderarbeitsstätten einzurichten, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich binnen verhältnismäßig kurzer Zeit ein Wanderarbeitsstättennetz über ganz Deutschland ausdehnt. Findet eine solche Ausdehnung statt, dann dürfte sich freilich zeigen, daß die soziale Wirkung der Wanderarbeitsstätten nicht so hoch anzuschlagen ist, wie mancher vielleicht nach den Zahlen über die Abnahme der Strafanzeigen wegen Bettelns und Landstreicherei sowie der Verringerung der Haftvollstreckungs- und Gefangenentransportkosten in Württemberg anzunehmen geneigt ist. Diese Zahlen ergeben sich nicht so sehr aus einer Verringerung der professionsmäßigen Bettler und Landstreicher, als vielmehr aus deren Verdrängung in andere Bezirke. Eine allgemeine Verdrängung der Wanderarbeitsstätten würde die jetzt noch vorhandene Verdrängungsmöglichkeit stark einschränken, und man hätte dann wohl wieder mit einer Zunahme der strafrechtlichen Delikte des Bettelns und der Landstreicherei zu rechnen. Es erscheint angebracht, hierauf hinzuweisen, um keine Illusionen aufkommen zu lassen. Wie es bisher nicht möglich war, Bettel und Stromertum durch Polizeimaßnahmen und Strafmaßnahmen zu beseitigen, so wird diese soziale Erscheinung auch durch die Wanderarbeitsstätten nicht aus der Welt geschafft, sondern nur in andere Bahnen gelenkt. Eine wirksame Bekämpfung erscheint nur möglich durch Mittel, die dem Übel an die Wurzel gehen. Dazu zählt vor allem die Unterstützung und Förderung aller derjenigen Bestrebungen, welche auf die kulturelle und wirtschaftliche Hebung der Arbeiter und ihre materielle Besserstellung gerichtet sind. Eine erhebliche Besserung ihrer Verhältnisse wäre durch eine weitere Ausgestaltung und Ausdehnung der kommunalen und paritätischen Arbeitsvermittlung sowie durch die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung zu erreichen. Davon sind wir aber in Deutschland noch weit entfernt. Dennoch läßt sich nicht verkennen, daß es auch bezüglich der Verwirklichung dieser Forderungen trotz aller Widerstände vorwärts geht.

tariffvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern.

Die Fortsetzung der Tarifverhandlungen im Holzgewerbe (Sp. 686, 751) hat, wie zu erwarten war, für Eisenach, Forst, Herford, Jena, Kellheim (Saunus), Straßund und Sömmernmünde zu Schiedsprüchen über die Arbeitszeitverkürzung und über etwaige Lohnerhöhungen geführt. Außerdem wurden Schiedsprüche für Osnaabrück und Posen gefällt, während für Detmold eine freie Vereinbarung zustande kam. Finsterwalde ist vom zentralen Schiedsgericht noch nicht erledigt worden; der dort hauptsächlich in Betracht kommende Unternehmer gehört der Vereinigung der Drechsler an, welche eben im Begriff steht, ihr Verhältnis zum Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe zu lösen, so daß Finsterwalde aus den laufenden Verhandlungen ausscheiden würde. Schon jetzt nicht an diesen beteiligt ist Hamburg, wo die Unternehmer einem besonderen „Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Hamburg und den Nachbarstädten“ angehören. Hier ist es zu großen Schwierigkeiten gekommen: wenn auch über die Lohnfrage schließlich Einigkeit zur Einigung besteht, so doch keineswegs über die Arbeitsvermittlung; seit 1. Oktober 1910 besteht ein paritätischer Arbeitsnachweis, den die Hamburger Holzindustriellen jetzt wieder beseitigt sehen möchten. Die Arbeiter wollen hierin keinesfalls nachgeben und es lieber auf einen langen Kampf ankommen lassen, dem sie dank sehr guter Organisation gewachsen zu sein glauben; in 10 Betrieben ist es bereits zum Streik gekommen. Für Bremen dagegen hat das zentrale Schiedsgericht bestimmt, daß der paritätische Arbeitsnachweis in seiner bisherigen Form bestehen bleiben soll. Der für dort abgeschlossene Tarifvertrag, dem beide Teile zugestimmt haben, enthält auch die erstmalige Regelung der Hilfsarbeiterlöhne. Die Arbeit wurde in Bremen am 13. März wieder aufgenommen; daselbe ist in Chemnitz nach kurzer Dauer des Streiks geschehen, während in Breslau der Kampf, dem der Verband seine Unterstützung versagte, erst am 20. März beendet war, nachdem eine Urabstimmung unter den Streikenden die notwendige Dreiviertelmehrheit für die Weiterführung des Streiks bei weitem nicht ergeben hatte — ein Ergebnis, das infolge des Fehlens aller Mittel schon längst zu erwarten gewesen war. Waren hier von Arbeiterseite aus schwere Fehler begangen worden, so fehlt es an solchen auch auf der Gegenseite keineswegs: in Kellheim, Forst und Liegnitz kam es zu vorläufigen Aussperrungen. Die Erkenntnis der beiderseitigen Fehler sprach denn auch aus einer Kundgebung des Arbeitgeberverbandes „Die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands“, in der die Hoffnung auf friedliche Beendigung der Tarifbewegung stark betont wurde. Allerdings endete die Note mit der Androhung, daß andernfalls alle 22 Verbände einschließlich derer, die sich in Berlin schon verständigt hätten, auf telegraphische Weisung aussperrten würden. Auch wenn diese Worte nicht mehr als einen bluff darstellen sollten, muß jedenfalls die Lage noch immer als sehr ernst angesehen werden. Hoffentlich gelingt es dem Schiedsgericht nach wochenlanger mühseliger Vermittlungsarbeit doch noch, sich durchzusetzen und die noch bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Tarifabschluß in der Rohglaskleiseri der Oberpfalz. Die Lohnbewegung der Glaskleiser in der Oberpfalz hatte trotz der Vermittlung der bayerischen Regierung (Sp. 532) nicht beendet werden können, da die Arbeiterbelegierten am 29. Januar die Zugeständnisse der Spiegelglasindustriellen als unzureichend verworfen. Den weiteren Bemühungen der Regierung gelang es indessen, diese Unternehmer doch noch zu einigen weiteren Zugeständnissen zu veranlassen:

Die Vorschläge vom 20. Januar (Sp. 590) sollen vom 1. März 1911 bis 1. März 1912 gelten. Vom 1. März 1912 an erhalten die Polierer 2 1/2 % Aufschlag für alle Maße von 26 *M.* an aufwärts. — Die Zuglaskleiser erhalten gleichfalls einen Aufschlag von 2 1/2 % auf den Gesamtleistungslohn für alle Maße von 77 *M.* an aufwärts. — Die Apparatkleiser erhalten gleichfalls ab 1. März 1912 eine weitere Teuerungszulage von 10 *M.* pro Satz. Es treten also bis zum 1. März 1912 die bisher festgesetzten Zugeständnisse von 5 % in Kraft, und von diesem Tag an werden die oben angeführten weiteren Zugeständnisse von 2 1/2 % gemacht. Der Vertrag wird für die Dauer von 3 Jahren festgelegt und zwar vom 1. März 1911 bis zum 1. März 1914, er gilt auf ein weiteres Jahr verlängert, wenn er nicht 3 Monate vorher kündigt wird.

Diese Zugeständnisse schienen den am 12. März versammelten Delegierten der Glaskleiser die Grenze des vorläufig Erreichbaren darzustellen, so daß sie sich mit ihnen begnügten. Dadurch ist ein Verzweigungsstreik vermieden worden, der schon sehr wahr-

schonlich geworden war und der nach den vor kurzem von Dr. Berlin in dessen Buch „Die bayerische Spiegelglasindustrie“ gemachten Angaben über die sozialen Zustände in diesem Gewerbe durchaus verständlich gewesen wäre.

Tariffändigung im Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe. Man schreibt uns: Die am 30. Juni d. J. ablaufenden Tarifverträge in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie in Berlin, Freiberg i. S., Stuttgart und in dem Offenbach-Frankfurter Industriegebiet wurden in überaus stark besuchten Versammlungen der in Betracht kommenden Arbeiterschaft gekündigt. Die Lohnkommissionen wurden beauftragt, den örtlichen Schlichtungskommissionen einen Vertragsentwurf zu unterbreiten, wonach das Tarifverhältnis auch auf die bei Heimarbeitern und Zwischenmeistern (Verleger, Filialbetriebe) beschäftigten Hilfskräfte ausgedehnt werden soll. Auch sind die Fabrikanten zu verpflichten, ihre Heimarbeiter und Zwischenmeister anzuhalten, Waren nur unter tariflichen Bedingungen herzustellen, sonst dürfen sie nicht beschäftigt werden. Die Arbeitszeit darf täglich 9, Sonnabends 7 und an den Vorabenden hoher Feiertage 6 Stunden nicht überschreiten. Den auf Zeitlohn Beschäftigten sollen die Feiertage bezahlt und allen Arbeitern und Arbeiterinnen soll ein Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Infolge der Lebensmittelerhöhung wird eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Heimarbeiter sind gegen Krankheit und Invalidität zu versichern. Neben der Lieferung aller Fortnituren oder einer entsprechenden Entschädigung dafür ist ihnen ein Zuschlag von 5 % des Lohns als Vergütung für den Arbeitsraum zu zahlen. Die Heimarbeit soll nicht weiter ausgedehnt werden, neueinzustellende Heimarbeiter müssen das 30. Lebensjahr erreicht haben. Die Schlichtungskommission, die schon jetzt mit den Funktionen der §§ 1025 bis 1048 ZPO. ausgestattet ist, soll in Zukunft das Recht haben, Tarifverträge mit Geldbußen zu ahnden. Das Zentraltarifamt soll von Offenbach a. M. nach Berlin verlegt werden. Außerdem ist eine dreijährige Tarifdauer vorgesehen. Die Organisationsverhältnisse der Unternehmer wie der Arbeiter sind als außerordentlich günstig zu bezeichnen. Von den 6500 in Betracht kommenden Arbeitern sind über 6000 im Verband der Sattler und Portefeuilier organisiert. Es steht zu hoffen, daß die zu pflegenden Verhandlungen zu einem friedlichen Vergleich führen.

Verlängerung des römischen Buchdruckerarbeitsvertrags um 6 Jahre. Der am 8. März neu abgeschlossene Tarifvertrag, der bis zum 31. März 1917 gelten soll, setzt folgende Mindestlöhne fest: für Setzer im Zeitlohn bei Reumundentag 28 Lire die Woche; für Drucker 35 Lire; für Setzer im Alford 0,56 Lire für je 1000 Lettern; bei Überstunden ein Zuschlag von 20 v. H. vor Mitternacht, von 33 v. H. an Festtagen, von 75 v. H. nach Mitternacht, für Buchbinder 27 Lire die Woche, für Hilfsarbeiter 21 Lire. Die Tarife für Maschinenfabrik — 8 Lire täglich bei siebenstündiger Arbeit — bleiben unverändert. Die Erlangung des Reumundentages, um die die Setzer und Drucker im Jahre 1906 unter schweren Opfern vergebens gekämpft hatten, bedeutet einen wesentlichen Fortschritt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Ein vergleichendes Urteil über die deutsche und die belgische Gewerkschaftsbewegung. Eine Abordnung von 27 belgischen Arbeiterführern hatte kürzlich den deutschen Arbeiterorganisationen, besonders in Berlin und Leipzig, einen mehrtägigen Besuch abgestattet, um ihre Organisationseinrichtungen an Ort und Stelle kennen zu lernen. Über die Eindrücke dieser allerdings kurzen Studienreise berichtet der Redakteur am Brüsseler „Peuple“ Franz Fischer unter anderem laut Bericht des „Vorwärts“ folgendes:

Diese Reise hatte nicht etwa den Zweck, die Angehörigen der belgischen Gewerkschaften für den Gedanken der Zentralisation zu gewinnen. Die meisten unter ihnen haben seit langem die Vorzüge der Zentralisation erkannt. Befanden sich doch unter ihnen Vertreter der Metallindustrie und des Baugewerbes, wo die Zentralisation bereits seit zwei Jahren besteht. Die Delegierten wollten vor allem aus den deutschen Erfahrungen lernen und zwingende Argumente zugunsten der überlegenen Methoden der modernen Gewerkschaftsbewegung sammeln. Es galt diejenigen, die aus Respekt vor dem lokalen Partikularismus sich häufig vor den weiteren Fortschritten in der gewerkschaftlichen Zentralisation abhalten lassen, vor die volle sinnfällige Wirklichkeit zu stellen. Von jetzt ab zählt der Gedanke der Zentralisation in Belgien mehr überzeugte Apostel, die aufgeklärt sind und besser in der Lage, ihre Auffassung mit Material und Beweisen zu belegen, und es steht zu hoffen, daß der nächste belgische Gewerkschaftskongreß, der zu Weihnachten abgehalten wird, große Föderationen, wie die der Holz-

Transport- und vielleicht auch die der Textilgewerbe gänzlich zentralisiert sieht.

Aber es kommt noch ein anderes von nicht geringerer Wichtigkeit hinzu, ich meine die Kenntnis von der Beitragsleistung in den deutschen Gewerkschaften. In dieser Beziehung möchten wir jedoch einen Irrtum berichtigen, der über die belgischen Gewerkschaften allgemein verbreitet ist. Ein englischer Trade-Unionist hat einmal auf einem internationalen Bergarbeiterkongreß gesagt: „Die französischen Syndikalisten sind immer bereit, die Hand zu heben, wenn es gilt, weitgehende Beschlüsse zu fassen, aber sie sind weniger bereit, in die Tasche zu greifen, um die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu ermöglichen.“ Es soll hierbei gesagt werden, daß die belgischen Gewerkschaften nicht dieser Auffassung der französischen Syndikalisten sind. Die belgischen Delegierten waren aber nichtsdestoweniger erstaunt, als ihnen die übliche durchschnittliche Beitragshöhe in den deutschen Zentralverbänden mitgeteilt wurde. In den belgischen Gewerkschaften werden zwar vielfach auch nicht geringere Beiträge geleistet als in den deutschen; aber die belgischen Unterstützungskassen können nicht die gleichen Vorteile bieten wie die deutschen. Die belgischen Gewerkschaften sind zu klein, die Rassen zersplittert und darum nur wenig leistungsfähig.

Es ist wohl richtig, daß in Deutschland die Arbeitermassen in größeren Industriezentren vereinigt sind, daß sie in großen industriellen Unternehmungen zusammenarbeiten und daß damit die Propaganda für die Organisation weniger mühevoll, aber desto fruchtbarer und erfolgreicher sei. Das hat in Deutschland jene Massenorganisationen geschaffen, wie den Holzarbeiterverband mit seinen 165 000 Mitgliedern, den Metallarbeiterverband mit seinen 400 000 Mitgliedern usw. Belgien, das kleine Land, ist auch das Land der kleinen Unternehmer, das Land der niedrigen Löhne. Und zu dem Druck des Kapitalismus kommt noch das klerikale Regiment in Belgien. Die Herrschaft der Klerikalen hält unser armes Volk in tiefster Unwissenheit und Dummheit; man bedenke, daß unter den Rekruten in der Provinz noch immer 10 bis 24 v. H. Analphabeten sich befinden. Was die Löhne anbelangt, so sei nur darauf verwiesen, daß nach einer Erhebung über die Arbeitslöhne in Brüssel — wo die Lebensbedingungen annähernd die gleichen sind wie in Berlin — kaum 15 v. H. der Arbeiter einen regelmäßigen Verdienst von 4 Francs für den Tag erreichen.

Es ist recht gut, daß die Delegierten des belgischen Proletariats gesehen haben, wie sich in Deutschland die Arbeiterorganisationen nicht scheuen, für ihre Verwaltungstechnik gewisse Erfahrungen und Methoden bürgerlicher Institutionen sich zunutze zu machen.

Sodann sind unsere belgischen Genossen sehr erfreut gewesen über alles das, was man bei Euch für die Erziehung und die Kultur der organisierten Arbeiter tut. In Belgien gibt es wie in Deutschland in der sozialdemokratischen Partei intelligente Mitglieder genug, auch Akademiker; sie sind bei uns willkommen. Doch ist es nötig, daß diese aus den bürgerlichen Kreisen kommenden besser geschulten Genossen sich der Aufgabe unterziehen, die Arbeiter zu höheren Bedürfnissen auf geistigem und künstlerischem Gebiete zu erziehen. Darum haben Unternehmen wie die Gewerkschaftsschule und die Parteischule bei den belgischen Delegierten das tiefgehendste Interesse hervorgerufen und den Wunsch rege gemacht, daß auch bei uns das gleiche geschehe.

Auch wenn man einige Einseitigkeiten und einige Liebeshwürdigkeiten des belgischen Sozialisten von dieser Charakteristik deutscher Arbeiterorganisationsfähigkeit in Abzug bringt, so bleibt doch noch genug des Beachtenswerten in diesem anerkenntenen Urteile übrig.

Eine Verschmelzung von Arbeiterorganisationen in der Tabakindustrie hat nach langjährigen Bemühungen jetzt stattgefunden. Mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband (freie Gewerkschaft) hat sich der Verband der Zigarrensortierer vereinigt. Ersterer zählte 1909 81 104, letzterer 8138 Mitglieder. Bisher hatte die Verschiedenheit der Einrichtungen beider Verbände die Einigung verhindert; auch die Tatsache, daß es sich bei den Zigarrensortierern um sehr hochstehende Arbeit handelt, mochte neben historischen Ursachen am Scheitern der seitherigen Bemühungen mit schuld sein. Die Folgen des Tabaksteuergesetzes von 1909 haben das Trennende vergessen lassen, wie sie ja auch auf das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern im Sinne der Erkenntnis gemeinsamer Interessen eingewirkt haben. Der Deutsche Tabakarbeiterverband richtet nun 6 Beitragsklassen mit Beiträgen von 85 Pf bis 1,10 M wöchentlich ein; die Unterstützungen werden entsprechend abgestuft.

Eine Konferenz des internationalen Verbandes der Seelente, die sich darüber schlüssig werden sollte, ob ein internationaler Ausstand zurzeit als zweckmäßig und durchführbar anzusehen sei, fand Mitte März in Antwerpen statt. Nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ konnte die Konferenz zu keinem einheitlichen Beschluß kommen, weil sich die Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten, Hollands, Norwegens und Dänemarks für den Ausstand, die Vertreter Deutschlands und Belgiens jedoch dagegen aussprachen. Die Deutschen machten geltend, daß sie erst kürzlich eine monatliche Lohnerhöhung (vergl. Sp. 749) erlangt hätten und daß es für sie aus diesem Grunde schwer sei, gegenwärtig einer internationalen Lohnbewegung sich anzuschließen. Die Belgier führten an, daß sie

mit den Reedern in Antwerpen in Unterhandlung wegen Bezahlung der Überstunden ständen, und machten ihre endgültige Stellungnahme zur Frage des Ausstands von der Entscheidung des allgemeinen belgischen Arbeiterverbandes, dem sie angegliedert sind, abhängig. Die englischen Vertreter suchten die Auslandsbewegung durch den Hinweis zu fördern, daß ihr Verband seit einem Jahr um 20 000 Mitglieder zugenommen habe, so daß heute die Hälfte (?) der englischen Seeleute organisiert sei. Ihre hauptsächlichsten Forderungen sind: Mindestlohn von 4 Pf. 10 Sch. für den Monat, Gewährung eines Einheitsstarifs für das Dienstpersonal auf den Schiffen, Abschaffung der ärztlichen Untersuchung vor der Anbierung und Anerkennung des Verbands der englischen Seeleute durch die Reeder mit der Verpflichtung, nur organisierte Arbeiter einzustellen. Infolge der ablehnenden Haltung der Deutschen und der Belgier dürfte, wie der Gewährsmann der „Köln. Ztg.“ meint, der Plan, einen internationalen Ausstand durchzuführen, wenig Aussicht auf Verwirklichung haben. Demgegenüber ist auf eine Erklärung des Sekretärs des englischen Seemannsverbandes, H. Wilson, in Hull zu verweisen, wonach die Seeleute und Heizer von Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien und der atlantischen Küste sich bereits über Tag und Stunde geeinigt hätten, wo gleichzeitig die Arbeit niedergelegt werden sollte. — Deutschland fehlt in dieser Aufzählung.

Streiks und Aussperrungen.

Ein Tariffkampf in der Chemnitzer Metallindustrie ist infolge der Nichtbemilligung von Forderungen des Metallarbeiterverbandes ausgebrochen. Etwa 3000 Former und Gießer streiken, die Schließung der bestehenden 30 Betriebe durch die Arbeitgeber steht zu erwarten. Die abgelehnten Forderungen sind vor allem folgende:

Für Former wird ein Mindestlohn von 50 \mathcal{M} , nach dem 20. Lebensjahre von 60 \mathcal{M} , für Zimmerer und Schlosser 40 bzw. 50 \mathcal{M} , für Maschinenformer, Kernmacher, Pußer, Kranführer und Eisnarbeiter 35 bzw. 45 \mathcal{M} pro Stunde verlangt. Überstunden sollen mit 25, Sonntagsarbeit mit 50 % Zuschlag bezahlt werden, die tägliche Arbeitszeit soll 9 1/2 Stunden betragen.

Außerdem werden Einrichtungen zur Erhöhung der Betriebssicherheit und hygienischer Art gefordert. Der Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller will zunächst die Hälfte der Arbeiter aussperrern; die Mitglieder dürfen aber auch über diesen Beschluß hinausgehen und werden wohl infolge Gutmangels teilweise sofort größere Betriebseinstellungen vornehmen müssen. Die günstige Konjunktur läßt den Kampf für die in den letzten Jahren gut organisierten Chemnitzer Arbeiter aussichtsreich erscheinen. Die Werkvertrugungen, für die eine Verknüpfung des Miets- und Arbeitsvertrags besteht, sind teilweise bereits gekündigt worden.

Der Streik bei der Waffenfabrik Kaiser & Co. in Solingen, der durch die Schadenersatzklage des Firmeninhabers gegen den Industriearbeiterverband und das Angebot der Überlassung des Betriebs an die streikenden Arbeiter von sich hatte reden machen (Sp. 559), ist vor kurzem lang- und kluglos beigelegt worden. Ob ein gerichtliches Nachspiel noch folgen wird?

Schadenersatzklage gegen boykottierende Arbeiter in Frankreich. Eine Handschuhfabrik zu Millau (Dep. Aveyron) hatte gegen 37 Arbeiter, die über die Fabrik den Boykott verhängt hatten, auf Schadenersatz geklagt. Die Beklagten wurden gemeinsam zur Zahlung von 1000 Fr. Entschädigung verurteilt.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales im „Cambrian Combine“, der nun bald sechs Monate dauert, steht noch auf dem alten Fleck. Mit Unterstützung der Bergarbeiterföderation Großbritanniens suchen die 12 000 Streikenden noch weiter auszuhalten, um ihre Forderung nach besserer Berücksichtigung der Arbeiten an schwierigeren Orten im Lohnsatz durchzusetzen. Die verschiedentlichen Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der Polizei haben Anfang März eine Auseinandersetzung zwischen einzelnen Arbeiterführern und dem Minister Churchill herbeigeführt, bei der Klagen über die Polizei erhoben wurden. Der Minister versprach, sobald einzelne Beamte als die Schuldigen genau bezeichnet würden, einzuschreiten.

Arbeiterschutz.

Gegen den weißen Phosphor in den Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind bis jetzt noch nicht dem durch die Vorarbeit der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz veranlaßten internationalen Übereinkommen betr. das Weißphosphorverbot beigetreten. Die amerikanische Sektion der Inter-

nationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (Vorstand: Prof. Farnham-New-Haven) entfaltet daher zurzeit eine besonders rührige Agitation zur Aufklärung über die Gefahren des weißen Phosphors. Im Jahre 1909 hat die Amerikanische Gesellschaft für Arbeiterschutz, unterstützt vom Statistischen Arbeitsamt der Vereinigten Staaten, eine Erhebung über die Zustände in der amerikanischen Phosphorindustrie unternommen. Es ergab sich, daß durchschnittlich 65 % aller in dieser Industrie beschäftigten Personen der Phosphornekrose verfallen. Weit über den Durchschnitt sind Frauen und Kinder gefährdet, von denen sogar 95 % und 83 % dieser Erkrankung ausgesetzt sind. Die Erkrankungsgefahr ist in Amerika bedeutend größer als in den nicht-amerikanischen Ländern, da zu den amerikanischen Phosphorzündhölzern eine 4—10 % mehr Phosphor enthaltende Lösung verwandt wird. Auch für Selbstmorde, Giftmordversuche, verheerliche Vergiftungen von Kindern, die mit Streichhölzern spielen, bieten die jedermann zugänglichen, so stark gifthaltigen Zündhölzer oft das Mittel. Der Amerikanischen Gesellschaft für Arbeiterschutz ist es gelungen, die Zustimmung der wichtigsten in Betracht kommenden Fabriken zu einem generellen Verbot der Verwendung des weißen Phosphors zu finden, namentlich da eine Hauptfirma, die ein gefahrloses Ersatzmittel bereits führt, sich bereit erklärt hat, diesen Stoff zum Selbstkostenpreis abzugeben. Allerdings strebt die Amerikanische Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wie auch die Arbeitgeber eine allgemeine Regelung durch die Zentralregierung an. Würde man die Sache den Einzelstaaten überlassen, so würden einzelne Staaten vielleicht das völlige Verbot durchzuführen, andere eine sanitäre Regelung durch Arbeiterschutzvorschriften versuchen, andere Staaten aber auch jeden Eingriff lassen. Es besteht dann immer die Gefahr, daß die Industrie in diese Staaten ohne Schutzvorschriften abwandert. Da aber die Zentralregierung keine Arbeiterschutzgesetze erlassen darf, weil dies verfassungsgemäß Sache der Einzelstaaten ist, so wird versucht, auf dem Wege der Steuererhebung einzuschreiten. Die Amerikanische Gesellschaft für Arbeiterschutz hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der durch ein Mitglied des allgemeinen Kongresses, Mr. Esch, beim Kongreß eingebracht worden ist, durch eine hohe Abwehrfeuer der Einführung und Herstellung gifthaltiger Zündhölzer einzuschränken. Präsident Taft hat in seiner Botschaft vom Dezember 1910 die Annahme dieser sogenannten Esch-Bill im Interesse der Volksgesundheit warm empfohlen.

Erweiterung der Gewerbeaufsicht im Großherzogtum Meiningen. Der Meiningener Landtag beschloß einstimmig eine Erweiterung der Fabrikinspektion. Neben dem jetzt tätigen Fabrikinspektor soll noch ein Hilfsbeamter angestellt werden. Ferner wurde die Regierung ersucht, zur wirksameren Durchführung der Fabrikrevision noch eine Assistentin oder einen zweiten Vollbeamten einzustellen.

Die neue Bergpolizeiverordnung für die Steinkohlenbergwerke im Oberbergwerksbezirk Dortmund, die am 1. Januar 1912 in Kraft treten soll, wird 12 alte Bergpolizeiverordnungen außer Kraft setzen, nämlich 1. Nachtragung der Grubenbilder, 2. Erhaltung der Sicherheitspfähle durch Ausfüllung von Präzisionsmessungen, 3. Ausbildung der Bergarbeiter zur Verhütung von Unfällen, 4. Verkehr mit Sprengstoffen, 5. Anschaffung und Verwendung von Sicherheitsprengstoffen, 6. Beschäftigung fremdsprachlicher Arbeiter, 7. Maßregeln zum Schutze der Gesundheit der Bergleute, 8. Erweiterung, 9. Betriebsanlagen, 10. Grubenanschlußbahnen, 11. Maßregeln gegen die Barmkrankheit, 12. Einrichtung und Betrieb von Dampfsäfern. In der neuen Bergpolizeiverordnung sind diese 12 zerstreuten Verordnungen einheitlich zusammengefaßt und nach den vorliegenden Erfahrungen über Unfälle, Strafverfolgungen usw. und den Neuerungen der Technik entsprechend geändert, teilweise auch textlich erneuert. Neu sind z. B. die Verordnungen über Grubenausbau und Rettungsweisen; neu geregelt u. a. die Bestimmungen über Seilrevisionen und Schiebarbeit. Da das Rettungswesen auf den Forderungen des Bezirks vom Bergbauverein durch Gründung einer Zentrale einheitlich geregelt wird, so kommen die gesetzlichen Verordnungen für die angeschlossenen Fächer nicht zur Anwendung. Die Entwürfe der neuen Bergpolizeiverordnung sind vorher dem Bergbauverein und dem Vorstand der Knappschaftsberufsgenossenschaft (Sektion II) zur Äußerung vorgelegt worden. Nach den eingegangenen Äußerungen sind noch manche Änderungen erfolgt. Das Jahr 1911 ist als Übergangsjahr für die neue Verordnung gedacht.

Die Abschaffung der Nachtarbeit in der Konsumvereinsbäckerei in Pforzheim ist Anfang März in der Generalversammlung des dortigen Konsumvereins, die von nahezu 500 Mitgliedern besucht war, ohne Widerspruch beschlossen worden; es soll künftig nur am Tage in der Bäckerei gearbeitet werden. Der Anlaß ist allerdings nicht in sozialpolitischen Erwägungen zu suchen: der Konsumverein wurde zu diesem Beschluß veranlaßt, weil ein Anwohner wegen des störenden Lärms bei der Nachtarbeit in der Bäckerei geklagt und in letzter Instanz ein obliegendes Urteil erstritten hatte.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Der 6. Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen wird vom 18. September bis 7. Oktober 1911 in Frankfurt a. M. stattfinden. Auch dieser Kursus wird wieder gemeinsam vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M. und dem Verbands der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen veranstaltet. Die Einschreibgebühr beträgt, wie in den früheren Jahren, 30 M. In erster Linie werden Personen berücksichtigt, die in städtischem oder staatlichem Dienste stehen. Anfragen und Anmeldungen wegen Zulassung zum Ausbildungskursus sind bis zum 1. September 1911 an das Soziale Museum, Frankfurt a. M., Jordanstr. 19, zu richten.

Neue Verbandsmitglieder. Dem Verbands der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen sind seit unserer letzten Mitteilung (XX. Sp. 309) folgende Mitglieder neu beigetreten:

1. Bürgermeisterei Cuxenheim,
2. Handwerkskammer Berlin,
3. Kreisaustrich Stormarn in Wandsbeck,
4. Kreisaustrich Norddeichmarschen in Heide,
5. Kreisaustrich Homberg (Reg.-Bez. Kassel),
6. Kreisaustrich des Oberlahnraumes in Weilburg,
7. Landgemeinde Helgoland,
8. Kreisaustrich Borsdesholm,
9. Kreisaustrich Bublitz,
10. Kreisaustrich Gelnhausen,
11. Kreisaustrich Bülow,
12. Rheinischer Bauernverein, Köln a/Rh.,
13. Stadtmagistrat Barel,
14. Kreisaustrich Grimmen,
15. Kreisaustrich Tondern,
16. Gemeinde Schortens, Post Heidmühle (Oldenburg),
17. Kreisaustrich Dirschau,
18. Kreisaustrich Randow in Stettin,
19. Kreisaustrich Westerbürg,
20. Kreisaustrich Stargard,
21. Kreisaustrich Schleusingen,
22. Kreisaustrich Westhavelland in Rathenow,
23. Städtische Rechtsauskunftsstelle Duisburg,
24. Stadtrat Stadtilm (Schwarzburg-Rudolstadt),
25. Gemeinde Reuhof bei Rheinfeld (Holsheim),
26. Kreisaustrich Geesemünde,
27. Kreisaustrich Stolp in Pommern,
28. Kreisaustrich Wangleben,
29. Kreisaustrich Schlachten,
30. Kreisaustrich Zeitz,
31. Senat der Freien und Hansestadt Lübeck,
32. Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Berlin.

Der Verband zählt gegenwärtig 261 Mitglieder.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im preussischen Abgeordnetenhaus.

Wie wir bereits Sp. 503 mitteilten, ist der 16. Titel der Handels- und Gewerbeverwaltung „Rechtsauskunftsstellen, Arbeitsnachweis“ im Etat für 1911 mit 25 000 M. höher als bisher eingestellt worden, und dieser Mehrbetrag soll nach der Erklärung des konservativen Redners erfreulicherweise in erster Linie für die Rechtsauskunftsstellen verwendet werden. Warum diese beiden Positionen, die, wie der freikonservative Abgeordnete Dr. Brütt zutreffend bemerkte, eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben, noch immer einen gemeinsamen Titel bilden, ist nicht ersichtlich. Die diesmaligen Verhandlungen über die Rechtsauskunftsstellen waren insofern erfreulich, als sie den Beweis dafür erbrachten, daß das Interesse an der Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise auf allen Seiten wächst, die Einzelheiten der Beratung zeigten dagegen, daß es noch viel aufklärender Arbeit bedarf, wenn die gemeinnützige Rechtsauskunftsbewegung wirklich das werden soll, was sie einzig und allein werden darf, nämlich eins der Mittel, den sozialen Frieden, den sozialen Ausgleich anzubahnen.

Dem Abgeordneten Dr. Brütt, der das segensreiche Wirken der Rechtsauskunftsstellen anerkannte, ist darin beizustimmen, daß die Tätigkeit der jungen Juristen in den Rechtsauskunftsstellen dazu beitragen kann, daß die einzelnen Stände sich verstehen lernen in bezug auf ihre Wünsche und Bedürfnisse und daß man sich richtiger einschätze, als wenn man nur in der Entfernung miteinander lebe, ebenso wenn er in der Tätigkeit junger Juristen,

Referendare sowohl wie Assessoren, in den Auskunftsstellen einen Gewinn für ihre Ausbildung in formaler wie in materieller Richtung sieht und wenn er weiter meint, die künftigen Richter und die künftigen Verwaltungsbeamten würden in die Lage kommen, das, was ihnen laienhaft vorgetragen wird, rasch durchsichtig zu gestalten, juristisch zu zergliedern und in die richtige Form zu bringen. Deshalb aber die Rechtsbelehrung durch junge Juristen allgemein zu wünschen, erscheint uns in hohem Maße bedenklich. Auch wir haben ja die Zulassung junger Juristen zur Betätigung in den Rechtsauskunftsstellen wiederholt gefordert, aber immer mit der Beschränkung, daß, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, junge Juristen nur zu ihrer eigenen Ausbildung den Rechtsauskunftsstellen überwiesen werden sollen, d. h. solchen Stellen, in denen ältere und erprobte juristische Auskunftsbeamte tätig sind und die Verantwortung tragen. Es ist deshalb auch mit großer Freude zu begrüßen, daß es der Handelsminister im weiteren Verlaufe der Verhandlungen besonders für die angehenden Verwaltungsbeamten für nützlich erklärte, sich in die Denkungsweise der Rechtsuchenden einzuleben und in der Beziehung mit der Bevölkerung genaue Fühlung zu nehmen, und daß er erklärte, daß der von uns an anderer Stelle mitgeteilte Erlaß der Minister des Innern und der Finanzen (Sp. 791), wonach die Regierungsreferendare in ihrem Ausbildungsstadium sich bei Rechtsauskunftsstellen beschäftigen lassen sollen, auf seine Anregung zurückzuführen ist.

Auf den Wunsch des konservativen Abgeordneten von Arnim-Jägedow, auch die Rechtsauskunftsstellen des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, der in den Rechtsauskunftsstellen „ein erfolgreiches Gegenmittel gegen die sozialdemokratischen Bemühungen um die minderbemittelten Teile der Bevölkerung“ sieht, zu unterstützen, und auf die Bitte dieses Herrn an den Minister, „ganz klar und objektiv zu sagen, wo er eine Abgrenzung für die Unterstützung findet, wo er also unterstützen will und wo nicht“, erwiderte der Minister nach einem Hinweis darauf, daß von den 79 kommunalen Rechtsauskunftsstellen 30 eine Unterstützung erhalten, von den 32 Stellen gemeinnütziger Vereine 16:

„Der Grundsatz ist dabei, nur solche Vereine zu unterstützen, die vollständig unparteiisch sind und auch außerhalb des politischen Kampfes stehen, weil es nur auf diese Weise möglich ist, zugleich das Vertrauen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aller Art zu gewinnen. Das ist aber auch der Grund, weshalb es bereits von meinem Herrn Amtsvorgänger für unmöglich erklärt ist, dem Reichsverband zur Belämpfung der Sozialdemokratie für seine Rechtsauskunftsstellen eine Unterstützung zu geben.“

Diese Abweisung des „Reichsverbandes“ durch den Minister ist sachlich völlig berechtigt, denn trotz aller Erfolge, die die gemeinnützige Rechtsauskunftsbewegung bereits aufzuweisen hat, muß sie noch sorgsam gehütet werden, wenn sie in dem richtigen Geleise sich weiter entwickeln soll. Das beweisen auch die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Veinert, die leider von keinem Mitgliede des Hauses in entsprechender Weise zurückgewiesen wurden, obwohl sie von Anfang bis zu Ende — um kein stärkeres Wort zu gebrauchen — falsch waren. Gewiß wird kein Mensch, dem es ernst ist, die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise wirklich ernst ist, die große Bedeutung und die großen Erfolge der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen verkennen, und jeder, der weiß, welch geradezu ungeheures Bedürfnis nach Rechtsberatung in unseren minderbemittelten Volkskreisen vorhanden ist und wie dies Bedürfnis fortwährend noch wächst, wird keinen Moment zögern, zuzugeben, daß diese Rechtsberatung ohne jene Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen auch nicht annähernd das leisten würde, was sie jetzt bereits tatsächlich Gutes wirkt. Aber ebenso wie sie haben doch auch die anderen Rechtsauskunftsstellen ihre Existenzberechtigung, und lediglich deshalb, weil die Arbeitersekretariate zeitlich früher auf dem Plane erschienen sind, die anderen Rechtsauskunftsstellen sämtlich als Konkurrenzunternehmungen hinzustellen und sie als „Kampfinstitute“, als „Einrichtungen des Kampfes gegen die Arbeiter“ zu bezeichnen, ist durch nichts begründet.

Daß die von den anderen Arbeiterorganisationen geschaffenen Rechtsauskunftsstellen für die sozialdemokratischen Arbeitersekretariate eine starke Konkurrenz bedeuten, ist selbstverständlich — hier streiten sich ja übrigens auch die einzelnen Richtungen darum, von welchen zuerst Arbeitersekretariate eingerichtet worden sind — ebenso kann unbedenklich anerkannt werden, daß auf die Auskunftsstellen des „Reichsverbandes“ die Bezeichnungen des Herrn Veinert zutreffen. Um so unberechtigt erscheint aber der Kampf der Sozialdemokraten gegen die eigentlich gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, insbesondere gegen die gemeindlichen und von gemeinnützigen Vereinen unterhaltenen Stellen, ein Kampf, der übrigens von der

ganzen sozialdemokratischen Presse geführt wird. Daß für Tausende von nichtorganisierten Arbeitern und für alle die Minderbemittelten, die nicht dem Arbeiterstande angehören, das Bedürfnis besteht, sich Rechtsberatung zu verschaffen in Auskunftsstellen, die von politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen völlig unabhängig sind, dafür haben die Sozialdemokraten kein Verständnis oder vielmehr, sie wollen es nicht haben, und daß damit eine systematische Herabsetzung aller nicht sozialdemokratischen Rechtsauskunftsstellen Hand in Hand geht, entspricht der sonstigen sozialdemokratischen Taktik. Wie verkehrt erscheint es für den, der die Verhältnisse näher kennt, wenn der Abgeordnete Weinert erklärt:

Ich will darauf hinweisen, daß die Inanspruchnahme der gemeindlichen und anderen Rechtsauskunftsstellen größtenteils nicht geschieht, ohne daß in derselben Sache auch unsere Sekretariate aufgesucht werden. Vielfach lassen diejenigen, die bei einer Gemeinde eine Auskunft erhalten haben, diese Auskunft bei uns noch einmal nachprüfen, und sie haben das auch zum großen Teil nötig.

Daß dabei ein sehr großer Teil der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen mit erfahrenen Juristen besetzt ist, weiß der Abgeordnete Weinert natürlich ganz genau, sonst würde er es ja wohl nicht wagen, im preussischen Abgeordnetenhaus über dies Thema zu reden, aber das schadet ja nichts — der Arbeitersekretär als die höhere Instanz über dem Juristen ist für den Sozialdemokraten eben das Selbstverständliche. (Daß in der Praxis auch sehr viele Sozialdemokraten die Juristen der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen aufsuchen, tut natürlich nichts zur Sache). Daß auch die Behauptung, im Jahre 1909 sei die Zahl der von den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen erteilten Auskünfte gegen das Vorjahr zurückgegangen, nicht zutrifft, ergibt sich bereits aus der Berichtigung in Nr. 12 S. 962 des Reichs-Arbeitsblatts, und damit fallen selbstverständlich auch die an diese Behauptung geknüpften Folgerungen. Es gibt jetzt bereits so sehr viel Material über die „gemeinnützige Rechtsauskunft“, daß derjenige, der sich über diese Frage wirklich orientieren will, reichlich dazu Gelegenheit hat, wenn er dies ernstlich will.

In tatsächlicher Beziehung ist aus den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus noch zu erwähnen, daß der Abgeordnete Rosenow (Volkspartei) den Standpunkt vertrat, daß auf dem Gebiete der Schaffung von Rechtsauskunftsstellen gar nicht genug geschehen könne, vorausgesetzt, daß diese Stellen durchaus unparteiisch sind. Wenn die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses den Erfolg haben würden, daß diese Erkenntnis in immer weitere Kreise dringt, so würde damit der Rechtsauskunftsbewegung in ihrer Gesamtheit der größte Dienst geleistet sein. F. C.

Die Beschäftigung von preussischen Regierungsreferendaren in gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen. Ein gemeinsamer Erlass des preussischen Ministers des Innern und des preussischen Finanzministers vom 24. Dezember 1910, Rechtsauskunftsstellen betreffend, ersucht die beteiligten Regierungspräsidenten, „fortan den Regierungsreferendaren neben der nach § 4 der Ausführungsanweisung vom 12. August 1906 vorgeschriebenen dreimonatigen Beschäftigung bei einer Gemeinde- oder sonstigen Selbstverwaltungsbehörde die Möglichkeit zu gewähren, sich bei einer gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstelle zu betätigen, sofern sich in der betreffenden Gemeinde hierzu Gelegenheit bietet“. Im Eingang des Erlasses heißt es:

In fast allen großen und bei einem erheblichen Teile auch der mittleren und kleineren Gemeinden bestehen zurzeit gemeinnützige und unparteiische Rechtsauskunftsstellen, die zum Teil von gemeinnützigen Vereinen, überwiegend aber von den Gemeinden selbst unterhalten werden. Diese Auskunftsstellen erteilen im allgemeinen in allen die Arbeiterversicherung, den Arbeiterschutz oder das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen, ferner in Steuer-, Schul-, Militär-, Vormundschafts-, Unterstützungs- und Mietangelegenheiten sowie hinsichtlich mancher anderen Gebiete des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes Auskunft. Da die Materie sich hiernach im wesentlichen auf die sozialpolitische Gesetzgebung und auf das sonstige öffentliche Recht bezieht und da zugleich der Verkehr mit den Ratuchenden einen vorzüglichen Einblick in die Lebensweise, die Bedürfnisse und die Anschauungen der beteiligten Bevölkerungsteile gewährt, so erachten wir eine Beschäftigung bei diesen Rechtsauskunftsstellen auch für die Ausbildung der höheren Verwaltungsbeamten sehr förderlich.

Die Rechte der unehelichen Mütter. Die weitüberwiegende Zahl der unehelichen Mütter gehört dem Stande der Diensthöten und Arbeiterinnen, mithin den unbemittelten Volkstreffen an, denen die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen ihre Hilfe leihen wollen. Während aber die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen in der Durchführung der Rechte der unehelichen Kinder vielfach eine umfang-

reiche und segensreiche Praxis entfalten, hört und liest man von einer Wahrnehmung der Rechte der unehelichen Mütter gegenüber den Vätern ihrer Kinder nur wenig; und doch ist es von großer Bedeutung für Mutter und Kind, daß diese Rechte möglichst frühzeitig geltend gemacht werden und daß namentlich der Erzeuger des Kindes schon vor der Geburt des Kindes zur Zahlung herangezogen wird. Je sorgenfreier die Mutter unmittelbar vor und nach der Entbindung ist, desto besser wird auch ihr Kind gedeihen. Daher sollten die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen durch Vermittlung der Ärzte, der Hebammen und der Entbindungsanstalten die unehelichen Mütter schon vor der Entbindung auf ihre Rechte gegen die Erzeuger ihrer Kinder hinweisen und sie zu veranlassen suchen, ihre Ansprüche mit Hilfe der Rechtsauskunftsstellen geltend zu machen und zwar, sofern die Erzeuger nicht freiwillig ihre Pflicht tun, durch Stellung des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gemäß § 1716 BGB. Die meisten Erzeuger besitzen kein Vermögen und erübrigen von ihrem Einkommen nicht eher etwas, als bis sie ernstlich zur Zahlung herangezogen werden. — Bei der Durchführung der Ansprüche der unehelichen Mütter kann den öffentlichen Rechtsauskunftsstellen die Dissertation des Referendars August Dahm in Düsseldorf über die Rechte der unehelichen Mütter nach §§ 1715, 1716 BGB. gute Dienste leisten. In klarer, übersichtlicher Darstellung schildert die zum Preise von 1 M. von ihrem Verfasser zu beziehende Schrift die Ansprüche der unehelichen Mütter sowie die gerichtliche Geltendmachung dieser Ansprüche; sie berücksichtigt alle für die Praxis hauptsächlich in Betracht kommenden Punkte und gibt durch viele Verweisungen auf materielle und prozessuale Bestimmungen namentlich dem Richtjuristen manche wertvolle Fingerzeige. Häufige Hinweise auf die einschlägige Literatur und auf bedeutungsvollere Gerichtserkenntnisse erhöhen den Wert der Schrift.

Lübeck.

Nat Dr. Linl.

Die erste deutsche Rechtsauskunftsstelle. Bekanntlich nehmen verschiedene Organisationen den Ruf in Anspruch, die erste deutsche Rechtsauskunftsstelle ins Leben gerufen zu haben. Der jetzige Leiter der Rechtsauskunftsstelle für das Herzogtum Gotha Bürgermeister a. D. Redwig legt Wert auf die Feststellung, daß auf seine Veranlassung bereits im Oktober 1890 in Göttingen, wo er damals als Stadtschreiber tätig war, ein Auskunftsbureau für das gesamte Verfassungs- und Verwaltungsgebiet eingerichtet worden ist, wie es in der hierauf bezüglichen Magistratsbekanntmachung heißt: „wegen der Unmöglichkeit, allein durch Bekanntmachungen und Vorträge ein allgemeines Verständnis der Verfassungs- und Verwaltungsangelegenheiten, namentlich des so schwer verständlichen und doch so wichtigen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu erzielen“, „in voller Würdigung des hohen Interesses, welches die weitesten Kreise der städtischen Einwohnerschaft an der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten haben, und um namentlich den am Tage unabhörmlichen Einwohnern entgegenzukommen“. Diese erste Rechtsauskunftsstelle war an den Sonntagen von 5—7 Uhr abends geöffnet.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Erbschaften-Versicherung in der Angestellten-Versicherung.

Von Christian Tschendörfer, Berlin.

(Zur Privatangestellten-Versicherung. XI.)

Über die Erbschaften-Versicherung in der kommenden Angestellten-Versicherung herrscht ein hartnäckiger Streit, der größere Dimensionen anzunehmen scheint. Es rechtfertigt sich daher wohl, auf diese Frage etwas näher einzugehen.

Der Hauptausschuß für die Pensionsversicherung der Privatangestellten hat von Anfang an die Zulassung von Erbschaften verneint, und der Gesetzentwurf hat diesem Verlangen Rechnung getragen. Aus diesem Grunde ist der deutsche Privatbeamtenverein aus dem Hauptausschuß ausgetreten und hat sich mit circa 300 Pensionsklassen der Banken, Großfirmen in Industrie und Handel usw. verbunden, um gegen die Nichtzulassung der Privatpensionsklassen als Erbschaften Stellung zu nehmen.

Es ist keine homogene Vereinigung, die hier in die Erscheinung getreten ist. Neben elliichen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, an deren Leitung vorwiegend Angestellte beteiligt sind, sind es fast durchweg Betriebspensionsklassen, die beinahe ausschließlich von Industriellen verwaltert werden und sich zumeist keiner besonderen Sympathie in den Kreisen der Angestellten erfreuen.

Wie die bekannten Verhandlungen über die Betriebspensionsklassen im Reichstag ergeben haben, besitzen diese Klassen durchaus das Wohlwollen der Regierung. Wenn sich letztere trotzdem nicht

dazu entschließen konnte, sie als Ersatzklassen zuzulassen, müssen hierfür sehr gewichtige Gründe maßgebend gewesen sein. Und das ist in der Tat der Fall. Ohne Not vermeidet es zweifellos die Regierung, sich auf sozialpolitischem Gebiete dem Unmut der mächtigen Vertreter von Industrie und Handel auszusetzen.

Die Begründung des Entwurfs geht zwar auf die gedachte Nichtzulassung näher ein, aber mit einer Vorsicht, daß deren Wirkung darunter leiden mußte. Es erscheint darum dringend geboten, die wirklichen Gründe mit etwas größerer Deutlichkeit und Ausführlichkeit herauszuarbeiten.

Eine kurze Betrachtung der Betriebskrankenkassen gibt die Möglichkeit, eine Analogie mit der Forderung der Privatpensionsklassen auf die Berechtigung als Ersatzklassen herbeizuführen.

Bei diesen Klassen steht und fällt die Mitgliedschaft der Versicherten mit dem Arbeitsvertrag. Letzterer ist aber bekanntlich frei, d. h. der Arbeitgeber kann nach Belieben Arbeitnehmer annehmen und entlassen. So stehen die Dinge wenigstens im Großbetriebe, wo sich diese Sonderklassen befinden.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß einerseits dort fast nur kräftig aussehende, nicht über 40 Jahre alte Arbeiter angenommen werden und deshalb oft vorher auf ihre Gesundheit untersucht werden und andererseits vielfach kränklige, ältere oder frühzeitig verbrauchte Leute abgelehnt werden. Es wird hierfür geltend gemacht, daß der komplizierte, maschinelle Betrieb der Großindustrie nur völlig intakte Arbeiter gestatte. Aber selbst wenn dem wirklich so wäre, würde an der Tatsache nichts geändert werden, daß die Betriebskrankenkassen in der Lage sind, sich ein gutes Klassenmaterial auszusuchen und die große Masse der Schwachen abzustoßen, die natürlich den übrigen Klassen zur Last fallen muß. Unter solchen Umständen lassen sich in den Betriebsklassen bei mäßigen Beiträgen Leistungen erzielen, mit denen die Ortsklassen, die alles aufnehmen und behalten müssen, niemals konkurrieren können.

Darf sich dieser Zustand weiter einbürgern? Unter keinen Umständen! Bei der Krankenversicherung ist er schließlich insofern erträglich, weil dort ein Jahresbeitrag besteht und die Jahresausgaben des vergangenen Jahres maßgebend sind für die Höhe der Beiträge im folgenden Jahre. Es ist hierdurch möglich, daß die Klassenleistungen meist denselben beitragsleistenden Klassenmitgliedern zugute kommen. Beim Pensionsklassenwesen dagegen müssen die Versicherten Jahrzehnte hindurch Beiträge entrichten, um erst im Alter von 65 Jahren Rente zu erhalten, wenn diese nicht vorher wegen Invalidität fällig geworden ist. Da es mit den sogenannten Lebensstellungen in der Industrie mäßig bestellt ist, jedenfalls aber die Möglichkeit für Angestellte stets besteht, aus irgendwelchen Gründen entlassen zu werden, würde die Folge sein, daß sich in den Privatklassen die jüngeren, gesunden und kräftigen Angestellten befinden, in der Reichskasse dagegen unverhältnismäßig viele ältere, kränklige, verbrauchte Angestellte. Die Betriebspensionsklassen könnten wegen der großen Zeitspanne von der Beitragspflicht bis zur Fälligkeit der Unterstützungen in noch weit höherem Maße glänzende Leistungen bei geringen Beiträgen aufweisen als die Betriebskrankenkassen. Die Reichsversicherung ist aber die Hauptsache, die Privatversicherung dagegen Nebensache. Letztere hat sich nach der ersten zu richten, nicht umgekehrt. Eine Reichskasse für den Schund — kasstentechnisch ausgedrückt — hat keine Existenzberechtigung. Das erste Gebot der Reichsversicherung ist die zwangsweise Zusammenfassung aller Risiken, um ein möglichst gutes Durchschnittsverhältnis der Beiträge zu den Leistungen erzielen zu können.

Es sind doch ausschließlich berufs-, vereins- und betriebs-egoistische Gründe, die zur Befürwortung der Zulassung von Ersatzklassen geführt haben. In der gedachten Eingabe der Privatkassen heißt es u. a.:

„In der privaten Kasse zahlt der Angestellte nur soviel, wie nach seinem Alter, nach seinem Gesundheitszustand, nach seinem Familienstand und nach den sonstigen Verhältnissen jeweils erforderlich ist, jede Mehrleistung von Beiträgen kommt allein ihm zugute. In der Staatskasse dagegen zahlt er eine Durchschnittsprämie, die berechnet wird unter Berücksichtigung aller Alter und Risiken und die daher namentlich bei den jüngeren, wirtschaftlich schwachen Angestellten, ferner bei den Unverheirateten und Kinderlosen zu hoch ausfallen muß.“

Und später:

„In der privaten Kasse genießt der Angestellte . . . in vollem Umfange die Gewinnergebnisse der eigenen Kasse, was beim Staat in Fortfall kommen muß.“

Damit hat sich meines Erachtens die Forderung auf Ersatzklassenberechtigung selbst um jede Berücksichtigung gebracht. Sie

erscheint im tiefsten Grunde unsocial, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung.

Nicht in der Eingabe, aber in einem anderen Aufsatz des Deutschen Privatbeamten-Vereins wird der Versuch unternommen, nachzuweisen, daß es möglich sein dürfte, beim Übertritt eines Angestellten aus der Privatkasse in die Reichskasse die für diesen in der alten Kasse aufgesammelte Prämienreserve abzuführen. Hierbei wird aber nicht nur zugegeben, daß die technischen Schwierigkeiten außerordentlich groß sind, sondern daß auch die individuellen Prämienreserven, die es bis jetzt überhaupt nicht gibt, wesentlich geringer sein würden, als die Einzahlungen der betreffenden Angestellten. Diese Berechnung erscheint uns ganz unausführbar, wenigstens zur Befriedigung beider Teile. Das Gesamtbild würde aber dennoch bleiben: Hier in der Mehrzahl jüngere gesunde Angestellte mit der Anwartschaft auf hohe Pensionen, dort in großer Zahl ältere, verbrauchte Kräfte, die es der Reichskasse unmöglich machen, ebenso hohe Pensionen zu gewähren. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens bemerkt, daß wegen der besprochenen Auslese der Mitglieder von Privatkassen jeder Vergleich ihrer Leistungen mit denen der Reichskasse, der bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung eine große Rolle spielt, in sich zusammenfällt.

Diese Auslese wird für die Betriebspensionsklassen durch den Dienstvertrag herbeigeführt, in den Vereinskassen auf Gegenseitigkeit durch ärztliche Atteste und sonstige vorsichtige Aufnahmebedingungen. Weil sich hierdurch die Klassenleistungen erheblich verbessern, bilden diese dann später selbst einen Anreiz für gute Risiken, sich den bisherigen hinzugesellen. Die übrigen Kollegen überläßt man ihrem Schicksal bezw. der — Reichskasse.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich die Reichsregierung in der Ersatzklassenfrage betreten lassen wird. Die Alters- und Invaliditätsversicherung kennt keinen Beruf und Familienstand oder kräftige und schwache Arbeitnehmer. Sämtliche Risiken sind dort vereinigt im Interesse der Allgemeinheit. Die Betriebspensionsklassen für Arbeiter laufen als Zusatzklassen nebenher und haben niemals den Versuch gemacht, als Ersatzklassen zugelassen zu werden. Warum jetzt bei der Angestelltenversicherung solche Anstrengungen gemacht werden, ist uns darum nicht recht verständlich. Die Regierung wird, wenn sie den grundsätzlichen Fortschritt nicht verleugnen will, den uns die Alters- und Invaliditätsversicherung gegenüber der Krankenversicherung gebracht hat, nicht umhin können, an den sozialen Grundlagen dieses Gesetzes festzuhalten.

Damit vertragen sich durchaus gewisse Übergangsbestimmungen für ältere, seit vielen Jahren in Privatpensionsklassen befindliche Angestellte, die erhebliche wohlverdienene Rechte nachweisen können. Diesen kann nicht nur die Versicherungspflicht für die Reichskasse erlassen, sondern sogar die Berechtigung zugesprochen werden, vom Arbeitgeber bestimmte Beiträge zur Pensionsversicherung in der bisherigen Privatkasse zu verlangen.

Natürlich spielt bei den Privatkassen die Besorgnis um die eigene Existenz eine große Rolle. Ich gehöre selbst einer solchen an und sage dennoch: sie ist unbegründet. Die Reichsversicherung kann nur mäßige Unterstützungen bringen. Auf ihr muß sich die Selbsthilfe aufbauen. Für versicherungspflichtige Angestellte werden die Privatkassen natürlich hierdurch Zusatzklassen. Deren Beiträge und Leistungen müssen anders geregelt und bisherige Beiträge müssen auf neue Rentensätze aufgerechnet werden, wie es heute schon bei Lebensversicherungen möglich ist.

Derartige Veränderungen sind un schwer zu bewerkstelligen, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist. Jedenfalls wird sich aber die Angestelltenversicherung als ein guter Erziehungsfaktor für den Pensionsversicherungsgedanken überhaupt erweisen, der den jetzt ohne Not etwas in Aufregung geratenen Privatkassen bei guter Anpassung an die Reichsversicherung sehr zu statten kommen wird.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft.

Von Adele Beerenjfon, Berlin.

Unter diesem Namen hat sich vor kurzer Zeit die Elite der Berliner Kaufmannschaft — zunächst im wesentlichen die Detailisten — zusammengeschlossen, um die von ihr in reichem Maße geübte Wohltätigkeit in Bahnen zu lenken, die einen segensreichen und nachhaltigen Erfolg versprechen, die eine Garantie dafür bieten, daß die großen Mittel an die rechten Stellen kommen, daß dem Mißbrauch, den das laufende Publikum zum Teil mit seiner Macht als Konsument treibt, in nachdrücklicher Weise gesteuert werde.

Angeregt durch den „Verband Berliner Spezialgeschäfte“ hat vor mehr als einem Jahre unter Leitung von Herrn Kommerzienrat Eugenheim ein Arbeitsabend stattgefunden, zu dem die Interessenten beider Lager zugezogen waren. Auf der einen Seite die Vertreter der Kaufmannschaft — die Gebenden, auf der anderen die Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen — die Empfangenden als die ausführenden Instanzen sozialer Wirksamkeit.

In einem eingehenden Referat behandelte seinerzeit Herr Dr. Köthner das Thema: „Die Stellungnahme der Geschäftswelt zum Bazar- und Tombolawesen“, wobei er wiederholt seinen Standpunkt und den seiner Freunde dahin präziserte, daß die Berliner Kaufmannschaft mit diesem Schritt nicht etwa beabsichtige, „zu sparen“ oder der Freigebigkeit des einzelnen Schranken aufzuwerfen; die Zusammenkunft habe einzig den Zweck, die Frage zu klären und in Gemeinschaft mit den interessierten Kreisen der Wohlfahrtsorganisationen, die sich in unabsehbarer Zahl durch ihre Vertreter an die Geschäfte mit Bitten um Hergabe von Waren zu Tombolen, Bazaren und ähnlichen Dingen wenden — dabei nicht selten auf ihre Eigenschaft als „Kunden“ pochend — Wege zu finden, die einerseits die Kaufmannschaft von dieser Belästigung befreien sollen, die andererseits die wahre Wohlfahrt fördern können und die von allgemein ethischen Gesichtspunkten aus zu billigen sind. Wenn diejenigen unter den Vertretern der Wohlfahrtsorganisationen, die sich bereits vorher vielfach mit der Frage der Geldbeschaffung für Wohlfahrtszwecke und der Bekämpfung des „Wohltätigkeitsrummels“ in seinen unendlichen Variationen und seinen unerfreulichen Erscheinungsformen beschäftigt, geglaubt hatten, auch nur einigermaßen über die Ausdehnung orientiert zu sein, die diese Vettelei großen Stils in Berlin — und darüber noch hinaus in den Städten des Reichs und sogar des Auslands — angenommen hat, so hatten sie sich gründlich geirrt. Herr Dr. Köthner zeigte an Hand zahlreicher Erfahrungen, die er in seiner eigenen Branche — Parfümerien — gemacht hatte, die Unmöglichkeit für den Kaufmann, die einzelnen Gesuche zu sichten und zu prüfen. Die Auswahl und die Höhe der Spenden erfolgte denn auch bisher ziemlich willkürlich. Standen Namen unter den Bittgesuchen, die den Adressierten als „Kunden“ bekannt waren, so wurde aus leicht begreiflichen Gründen gegeben. Die Hochstuf der einlaufenden Billetts zu Vergnügungen, Konzerten von Blinden, die nie stattfinden, zu Verlosungen u. a. m. ist für den Geschäftsmann auch gar nicht zu sichten. Er kennt die Vereine nicht, nicht ihre Tendenzen; er weiß nicht, ob die bewilligten Mittel sachgemäß verwendet werden, ja nicht einmal, ob sie überhaupt an die richtige Stelle gelangen. Die geschenkten Waren werden auf den Bazaren zu Schleuderpreisen verkauft — meist weit unter ihrem Wert — und es soll Frauen geben, die ihren ganzen Bedarf systematisch auf derartigen wohltätigen Veranstaltungen decken. Unverkauft Gegenstände wandern nicht selten in die Taschen der „Veranstalter“, die geschenkten Weine finden sich zuweilen auf den Tafeln der Personen, die diese Waren zum wohltätigen Zweck erbateten!

So beschämend diese Zustände für alle diejenigen sind, die in der Wohlfahrtspflege arbeiten — es muß einmal deutlich ausgesprochen werden, daß der Tiefstand des ethischen Niveaus, auf welchem ein großer Teil der Einrichtungen steht, geschütt durch das Mantelchen „Wohltun“, das sie sich umhängen, dringender Remedur bedarf. Erfreulicherweise hat sich denn auch die Berliner Kaufmannschaft bereits an diesem ersten Abend und fernerhin in den Beratungen der Kommission, die man mit den weiteren Arbeiten betraut hatte, auf den Standpunkt gestellt, zwar auch in Zukunft Mittel in gleichem Umfang bereitzustellen, die Hergabe dieser Mittel aber von dem Gutachten einer Prüfungsstelle abhängig zu machen. Die Grundsätze, die die konstituierende Versammlung der Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft angenommen und der Tätigkeit dieser Stelle zum Fundament gegeben hat, zeigen deutlich die Richtlinien für ihr Handeln an. Sie sagen u. a.:

a) Gesuche um Waren zu Tombolen, Bazaren und anderen Verkauf oder Verlosung einschließenden Veranstaltungen — sei es um Gratisüberlassung oder um Überlassung zu ermäßigten Preisen — sind abzulehnen.

b) Gesuche um Waren sind überhaupt nur dann zu berücksichtigen, wenn die Waren nur wirklich Bedürftigen direkt und in zweckmäßiger Weise zugute kommen sollen. (Weihnachtsbescherungen, Ferienkolonien u. a. m.)

c) Gesuche um Abnahme von Billetts zu Wohltätigkeitsfesten sind abzulehnen.

d) Gesuche um Abnahme von Billetts zu Konzerten und Theatervorstellungen sind nur dann zu berücksichtigen, wenn es sich um würdige Veranstaltungen handelt.

e) Bei Gesuchen um Darlehen erfolgt die Entscheidung lediglich nach Maßgabe der Bedeutung der Einrichtung, der die Spende zugute kommen soll.

Die Entscheidung über derartige Gesuche wird von den Mitgliedern des Ausschusses in gemeinsamen Sitzungen getroffen, die nach Bedarf stattfinden.

Aufgabe der Zentrale ist es, die eingehenden Gesuche zu prüfen:

1. in bezug auf die Nützlichkeit der betreffenden Einrichtung;

2. in bezug auf die Solidität der Geschäftsgebarung der betreffenden Einrichtung und die Zuverlässigkeit der in Betracht kommenden Personen

In dem Ausschuß der Wohltätigkeitszentrale, die — das darf nie übersehen werden — eine Schöpfung der Kaufmannschaft ist, ist der Gesichtspunkt der Gemeinamkeit der Interessen, auch in der Zusammensetzung zum Ausdruck gekommen. Der Ausschuß zählt zunächst 18 Personen. Von diesen sind erstmalig von der konstituierenden Versammlung 12 aus dem Kreise der gründenden kaufmännischen Verbände und Betriebe gewählt worden; 6 Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen, die das Vorgehen der Verbände und Betriebe unbedingt billigen, wurden durch die gewählten 12 Personen kooptiert. Bei einer späteren Ergänzung soll stets das Verhältnis von $\frac{2}{3}$ Vertretern der Kaufmannschaft zu $\frac{1}{3}$ Vertretern der Wohlfahrtsorganisation gewahrt bleiben. Die Vorstehenden sind zurzeit: Heinrich Grünfeld i. Fa.: F. B. Grünfeld, Dr. James Simon i. Fa.: Gebrüder Simon.

Die Schaffung einer solchen Stelle, die auf Grund eines reichen, ständig zu erweiternden und vermehrenden Materials in der Lage ist, über jedes eingehende Gesuch ein sachliches Gutachten zu beschaffen und abzugeben, ist mit Freude zu begrüßen. Viele Schwierigkeiten werden zu überwinden, viel Vertrauen wird zu begen sein; es wird einer intensiven Kleinarbeit und eines nie ermüdenden Verbens für die Aufnahme und Verbreitung der Idee dieser Schöpfung bedürfen, um dem guten Keim, der ihr zu Grunde liegt, zu einer lebenskräftigen Entfaltung zu verhelfen. Daran werden gleichermaßen die kaufmännischen wie die Wohlfahrtskreise mitarbeiten müssen. Die ersteren, indem sie immer neue Freunde zum Anschluß an die Zentrale veranlassen, indem sie sich selbst strikte an die Grundsätze halten, indem sie nach wie vor in der ihr eigenen großzügigen Weise die Mittel aufbringen helfen, die für eine gedeihliche Entwicklung moderner Wohlfahrtspflege erforderlich sind. Die Vertreter der Wohlfahrtsinstitutionen, indem sie selbst keine unbilligen Forderungen stellen, indem sie in ihren eigenen Reihen danach trachten, den wirklich sozialen Ideen zum Siege zu verhelfen und die heranwachsende Jugend auf die vielfach unlauteren und unschönen Mittel verzichten lehren, die man bisher so häufig angewendet hat. Nur ein verständnisvolles Zusammenarbeiten dieser beiden Sphären, die allein in gemeinsamem Vorgehen einander wirksam ergänzen können, wird zu ersprießlichem Ziele führen.

Wohnungswesen.

Zur Behebung des Kleinwohnungsmangels und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Dresden hat der Rat zu Dresden am 10. Januar beschlossen, eine Million Mark aus Anleihemitteln bereitzustellen und hiervon je die Hälfte zur Ausleihung auf zweite Hypotheken (nach besonderen Ausleihungsbedingungen für Grundstücke, die mit Häusern für Kleinwohnungs zwecke bebaut werden) und zum Bau von städtischen Kleinwohnungshäusern auf städtischen Grundstücken zu verwenden.

Aus dem Inhalt der Bedingungen für die Ausleihung auf 2. Hypotheken ist besonders hervorgehoben, daß die zweiten Hypotheken auf solche im Stadtbezirke gelegenen Grundstücke, die in der Zeit vom 1. Januar 1911 ab mit Häusern für Kleinwohnungs zwecke bebaut werden, innerhalb der ersten vier Fünftel des Grundstücks werts zu $4\frac{1}{2}\%$ gewährt werden sollen. Von der Gesamtzahl der zu erstellenden Wohnungen des einzelnen Gebäudes soll mindestens die Hälfte aus dreiräumigen Familienwohnungen mit Stube, Kammer und Küche (eventuell Bohnküche) von mindestens 35 qm, höchstens 50 qm Gesamtgrundfläche und ein weiteres Viertel aus Wohnungen von weniger als drei Räumen für einzelne Leute bestehen, während für das letzte Viertel besondere Vorschriften nicht gegeben werden. — In bestimmten, von der Stadtgemeinde zu errichtenden Kleinwohnungshäusern sollen Kleinwohnungen zur Vermietung hauptsächlich an kinderreiche Familien ohne Bevorzugung städtischer Arbeiter eingerichtet werden. Die Mieten in den von der Stadtgemeinde zu errichtenden Gebäuden sollen so gestellt werden, daß eine vierprozentige Verzinsung des angelegten Kapitals und die Unterhaltungskosten gedeckt werden und eine allmähliche Abschreibung von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}\%$ möglich wird.

Gleichzeitig genehmigte der Rat, daß die unter seiner Verwaltung stehende Ehrliche Stiftung ihren in der Vorstadt Colla gelegenen Grundbesitz zur Errichtung von Kleinwohnungshäusern verwertet, daß der Grund und Boden im Erbbaurecht vergeben und den Bauenden Baugeld aus den Mitteln der Stiftung (bis 300 000 M) zur Verfügung gestellt wird.

Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in München hat das Gemeindefolkollegium einen Betrag von 3 000 000 M aus Anleihe Mitteln und aus Mitteln der Landeskultur-Rentenanstalt in der Form bereitgestellt, daß aus dieser Summe nach einer unkündbaren ersten Hypothek Beträge auf zweite Hypothek gegeben werden sollen.

Städtische Wohnungsfürsorge durch Verleihen der zweiten Hypothek ist seit 1905 in der Stadt Reuß betrieben worden. Während die städtische Sparkasse die Grundstücke nur bis zu einer Grenze von 50 % des Wertes beleihen durfte, bildete die Stadt durch Aufnahme einer Anleihe einen eigenen Hypothekenbaufonds, aus dem Darlehen bis zu 75 % des Wertes gegeben wurden. Auch wurde bei diesen Hypotheken ein billiger Zinsfuß sowie ein bequemer Tilgungsmodus vereinbart. Bis vor kurzem waren als Wertgrenze der aus diesem Fonds zu beleihenden Häuser 250 000 M angenommen. Den gesteigerten Bedürfnissen entsprechend wurde jedoch im Jahre 1909 die Wertgrenze auf 50 000 M erhöht. Die Erfahrungen, welche die Stadt mit der Beleihung, d. h. namentlich auch mit der pünktlichen Zinszahlung und Innehaltung des Tilgungsmodus gemacht hat, werden als durchaus günstig bezeichnet. Da die ursprüngliche Höhe des Fonds von 500 000 M nicht mehr ausreichte, wurde der Fonds durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Januar 1910 auf 1 Million Mark erhöht.

Inzwischen sind andere Städte dem Beispiel von Reuß gefolgt und haben die gleiche Einrichtung getroffen, so Remscheid, Trier, Krefeld und andere.

Gartenstadtgründung in Hagen in W. Durch Zusammenschluß der bereits bestehenden Spar- und Bauvereine, Baugesellschaften usw. ist auf Anregung des Stadtbaurats Tigge in Hagen eine Gesellschaft zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gegründet worden, um die Anlage einer Gartenstadt, bei der das Einfamilienhaus vorherrschen soll, in die Wege zu leiten. Die Gesellschaft konnte bereits zu billigem Preis ein großes Terrain im Umkreis der Stadt erwerben. Die Häuser sollen in Erbpacht oder mit Rückkaufsvorbehalt abgegeben und auf alle Fälle der Spekulation entzogen werden. Der Bau einer neuen Straßenbahnlinie in jene Gegend ist bereits vorgesehen. Wahrscheinlich wird auch die Stadtverwaltung das neue Unternehmen unterstützen.

Hessischer Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen. Der nunmehr bereits seit 10 Jahren unter dem Präsidium des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Heyl bestehende hessische Zentralverein hat seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfrage nach allen Richtungen hin ausgedehnt. Der Initiative seines Präsidenten als Mitglied der I. Kammer der Stände und dem verständnisvollen Entgegenkommen der Regierung ist es zu danken, daß Hessen als erster unter den deutschen Bundesstaaten ein Wohnungsfürsorgegesetz erließ. Der Zentralverein hat sich in Gemeinschaft mit dem Landeswohnungsinспектор besonders die Erzielung praktischer Fortschritte im Wohnungswesen angelegen sein lassen. Es wurde mit der Gründung gemeinnütziger Bauvereine vorgegangen, deren Tätigkeit der Erbauung gesunder und billiger Kleinwohnungen gewidmet ist. Gegenwärtig bestehen bereits 40 solcher Vereine. In ihrem gemeinnützigen Streben sind die Bauvereine vielfach durch die Gemeinden unterstützt worden. Eine Anzahl von diesen hat die Bürgerschaft für die von den Vereinen aufgenommenen Darlehen übernommen, mehrere Gemeinden sind Mitglied bei den Baugenossenschaften geworden, andere wieder sind den letzteren bei der Beschaffung von Grundstücken behilflich gewesen. Neben den Bauvereinen ist aber auch eine Anzahl Gemeinden bereits dazu übergegangen, selbst Wohnungsfürsorge für minderbemittelte Einwohner zu betreiben. Es seien genannt die Odenwälder Gemeinden Rimbach, König, Steinbach, Schöllensbach, ferner Steinfurth (Oberhessen) u. a. Wesentlich unterstützt wurde diese gemeinnützige Bautätigkeit durch die Landesversicherungsanstalt Großherzogtum Hessen, die ihre Geldmittel in weitgehendem Maße zu einem billigen Zinsfuß zur Verfügung gestellt hat.

Der Zentralwohnungsverein hat aber nicht nur auf die gemeinnützige Bautätigkeit beschränkend eingewirkt, sondern auch nach anderer Richtung hin mit gutem Erfolg Anregungen gegeben. Es sei z. B. hingewiesen auf die bodenpolitischen Maßnahmen, die alle großen und größeren Städte Hessens und ebenso eine Anzahl kleinerer Gemeinden durchgeführt haben und noch durchführen. Hierzu wurde in fast allen Fällen durch den Zentralverein der Anstoß direkt oder indirekt gegeben. Ferner sind vielfach private Arbeitgeber den Anregungen des Vereins gefolgt, indem sie Wohnungen für ihre Arbeiter errichteten oder sich an Bauvereinen beteiligten oder den Arbeitern Darlehen zur Errichtung eigener Häuser gewährten. Ganz bedeutendes hat der Verein in der Verschönerung der äußeren Ausgestaltung der Häuser und Förderung der heimatischen Bauweise geleistet. Der Erfolg des von ihm im Jahre 1906 veranstalteten Wettbewerbes zur Erlangung musterhafter Entwürfe für Häuser mit kleinen Wohnungen hat dem Verein einen

weit über die Reichsgrenzen hinausgehenden Ruf verschafft. Diese Bestrebungen fanden eine weitere Förderung durch die im Jahre 1908 unter der Leitung des Vereins mit finanzieller Hilfe von sechs hessischen Großindustriellen errichtete Kleinwohnungskolonie, die nach einstimmigem Urteil der Presse und der Fachleute einen Hauptanziehungspunkt der Landesausstellung für freie und angewandte Kunst in Darmstadt bildete.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Phosphornekrose in Ungarn. Von Dr. Wilhelm Friedrich, Universitätsdozent und Chirurgen. Verlag Gustav Fischer, Jena 1911. Preis 2 M 25 Pf.

Die Untersuchung ist auf Veranlassung der ungarischen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz durchgeführt worden. Der Verfasser hat die Mehrzahl der ungarischen Säuglingsfabriken einer persönlichen Untersuchung vom ärztlichen und hygienischen Standpunkt aus unterzogen. Nach seinen Beobachtungen werden die gesetzlichen Schutzvorschriften in den Fabriken auch nicht annähernd durchgeführt, so daß die Erkrankungsgefahr sehr groß ist. Aber würden auch alle Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in weitestem Umfang getroffen, bliebe doch immer noch eine große Gesundheitsgefahr zurück; daher gelangt der Verfasser zu der Forderung, daß sich Ungarn der Internationalen Vereinbarung anschließen und ein völliges Verbot des weißen Phosphors durchzuführen möge, da auch volkswirtschaftlich keine besonderen Schwierigkeiten dadurch entstehen würden.

Kommunales Jahrbuch. Herausgegeben von Dr. F. Lindemann und Dr. A. Südekum. 8. Jahrgang 1910. Jena, Verlag von Gustav Fischer 1910. Preis 16 M.

Der 8. Jahrgang des in der Sozialen Praxis bereits mehrfach rühmend hervorgehobenen Wertes (Jg. XVIII, 772) beweist aufs neue das Streben der Herausgeber, ständig an der Vervollkommenheit dieses für Kommunalpolitiker und Sozialreformer äußerst schätzenswerten Nachschlagewerkes zu arbeiten. So sind für bestimmte Abschnitte neue Mitarbeiter gewonnen worden, auch neue Fragen hinzugenommen oder in der Behandlung erweitert worden, in anderer Weise wird jedoch auf eine Kürzung des Wertes hingearbeitet. Als Neuerung ist z. B. aufgenommen worden, daß die Kapitel über technische Einrichtungen durch Abbildungen erläutert werden, ein Abschnitt über kommunales Verwaltungs- und Verfassungsrecht ist neu eingefügt. Kürzungen hat das Werk jedoch dadurch erfahren, daß die im 2. Teil bisher gebrachten Einzelangaben über alle in den Gemeinden bestehenden Einrichtungen nur noch von Zeit zu Zeit vollständig erscheinen sollen, während in den Zwischenjahren nur etwaige Änderungen und Ergänzungen gebracht werden. Ebenso werden die verschiedenen tabellarischen Zusammenstellungen, die über bestimmte Fragen bei den betreffenden Abhandlungen eingestreut sind, nur von Zeit zu Zeit erscheinen. Aus dem vorliegenden Jahrgang möchten wir besonders die Tabelle über die Lohnsätze und die sonstigen Arbeitsverhältnisse (darunter auch die Frage des Urlaubs, der Familienzulagen usw.) der städtischen Arbeiter hervorheben, ferner die Tabelle über alle von den Gemeinden getroffenen Einrichtungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, aus der erfreulicher Weise klar zu erkennen ist, daß eine planmäßig geübte Säuglingsfürsorge tatsächlich im Stande ist, die Zahlen der Säuglingssterblichkeit ganz bedeutend herabzumindern. Durch das reiche Tatsachenmaterial, die Angabe der neuesten Literatur usw. wird das Jahrbuch jedem, der über irgend eins der behandelten Gebiete Auskunft zu haben wünscht, zu einem unentbehrlichen Ratgeber.

Max Laurenbrecher, Biblische Geschichten, Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1909, 1910.

Das uns allein zugewandene zweite Heft enthält „Einführungsgeschichten“ (56 S. 4^o). — Die Sammlung verdient Beachtung als Beweis des allmählichen Wiedervordringens religiöser Interessen in der deutschen Sozialdemokratie.

Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes. Von Louise Zieg. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. 1911. Preis 25 Pf.

Die kleine Schrift ist eine sehr fleißige Zusammenfassung des wichtigsten Materials, welches irgendwie mit der Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes zusammenhängt und für die Propaganda einer planmäßigen Mutter- und Säuglingsschutzsorge nützlich ist. Wenn auch manchmal der sozialdemokratische Parteistandpunkt der Verfasserin eine gewisse Einseitigkeit und Ungerechtigkeit mit sich bringt, so kann doch auch bürgerlichen Sozialreformer diese handliche Zusammenstellung des Materials, welches sonst in umfangreichen Statistiken, sachwissenschaftlicher Literatur, Zeitungen und Zeitschriften verstreut liegt, bestens empfohlen werden.

Die Amerikaner. Von R. M. Butler. Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 819. B. G. Teubner. Leipzig. 1910. Preis 1,35 M.

Die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Dunder & Humblot. Leipzig. 1910. Preis 1,40 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelgenuss ist 60 Pf. für die dreigespaltene Beilage.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Kürzlich sind erschienen:

Der finnländische Verfassungskampf: Der Stolypinsche Gesetzentwurf.

Zwei Teile. Preis: 4 Mark 80 Pfg.

I.

Die vorbereitenden Verhandlungen.

Nach offiziellen Urkunden herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 1 Mark 60 Pfg.

II.

Die Antwort des finnländ. Landtags.

Übersetzt und herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Petition des finnländischen Landtags

vom 26. Mai 1910

über die Aufrechterhaltung der Grundgesetze Finnlands.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Finnland und Rußland.

Die internationale Londoner Konferenz vom 26. Februar bis 1. März 1910.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

In Kürze erscheint:

Kongostaat und Kongoreform.

Zwei Studien
über

die Entwicklung des Kongostaates

von

Professor G. K. Anton in Jena

und

die Reformen im Belgischen Kongo

von

Cristian von Bornhaupt in Berlin

Mit zwei Karten im Text.

Inhalt: Vorwort von G. K. Anton — Die Entwicklung des Kongostaates von G. K. Anton — Heutige Auffassung in Belgien. Vorbehalt. Literatur — I. Vorkriegsperiode. a) Vergrößerung Belgiens. Entstehung des Kongostaates als „internationale Kolonie“. Berliner Konferenz und Generalakte — Das Verhalten des Kongostaates entspricht anfangs seinen Verpflichtungen, aber nicht seinem wachsenden Finanzbedarfe — Hohe Einnahmen, insbesondere durch die ägyptische Politik Leopolds erfordert, deren Entwicklung und Risiko — Beschaffung der Mittel: Eisenbahn und Raubbau Dominalprodukte; Kongessionsgesellschaften. Widersprüche mit der Berliner Akte, Wirkung auf die Eingeborenen. — II. Finanzielle Ergebnisse der Dominalpolitik Wirkung auf den König. b) Verschönerung Belgiens und anderes. Sicherstellung der Kongoskandale vor den Leibeserben Leopolds und ihre Beilegung für die königlichen Projekte. Neue Beilegung des Freihandels — III. Reaktion der kommerziellen und humanitären Interessen. Leopold verhindert einmütiges Vorgehen der Mächte gegen ihn. Völkerrechtliches und tatsächliches Verhältnis Belgiens zum Kongostaat. Genehmigung Englands. Verzicht des Leopolds im belgischen Parlament. Englische Unterordnung; Gründung der englischen Kongoliga; amtliche Untersuchungskommission. Umschreibung der Stimmung in Belgien, daß der Kongostaat übernehmen will. Widerstand des Königs, seine Dekrete, sein Kabinett und seine neuen Gesellschaftsgründungen. Leopold unterliegt, aber schwere Bedingungen der Übernahme — IV. Keine verbindende Erklärung Belgiens bei der Übernahme. Enttäuschung in England. Seine Weigerung, die Annexion anzuerkennen, führt zur Verhinderung eines Reformprogramms durch die belgische Regierung, das die englische Kongoreformbewegung nicht beschwichtigt. Londoner Konferenzprotokoll vom November 1909 — Gründung der belgischen Kongoliga keine Unfreundlichkeit gegen Belgien. Beurteilung des Reformprogramms. Politische Lage und Richtlinien für die deutsche Politik — Karten zur Entwicklung des Kongostaates und zu den Reformen — Die Reformen im belgischen Kongo von Chr. von Bornhaupt — I. Einleitung. Der völkerrechtliche Charakter des belgischen Kongo. Finanzielles Verhältnis der Kolonie zum Mutterlande — II. Die neuere gesetzliche Regelung der Eingeborenfrage — III. Die auf den Handel bezüglichen neueren Verordnungen — IV. Schlussfolgerungen.

Früher sind erschienen:

Die Anfänge Karls V.

Von **Andreas Walther.**

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Vorgeschichte. I. Burgund. a) Personengeschichte und politische Geschichte. b) Die Familien Luxemburg und Croy. c) Abfall fast des ganzen alten Hochadels während der ersten Regentschaft Maximilians. d) Der Maximilian ergebene Teil des Hochadels. e) Aufsteigen des Herrn von Chièvres unter Philipp dem Schönen. f) Bedeutung der Franche-Comté. — 2. Spanien. a) Die Probleme der burgundischen Politik. b) Königtum und Adel in Kastilien. c) Zusammentreffen Burgunds und Spaniens unter Philipp dem Schönen. — II. Margarete. a) Verwaltungsorgane für die äussere Politik. b) Die Liga von Cambray. c) Margarete im Kampf mit den burgundischen und kastilianischen Nationalisten. — III. Chièvres. a) Geschichte der Beurteilung Chièvres. b) Die Emanzipation Karls V. c) Versöhnung und Konsolidierung nach dem Tode Ferdinands des Katholischen. d) Gattinara und die universalen, antifeudalen Tendenzen. e) Werden der Persönlichkeit Karls V.

Verantwortlich für die Angaben: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Eittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W. 8, Rauchstr. 14.

Die Wirtschaftsbücher.

zweier Pfarrhäuser des Leipziger
Kreises im vorigen Jahrhundert.

Ein Versuch zur Frage nach den Lebenskosten

von **Georg Brand.**

Preis: 3 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Widmung. — Einleitung. — Quellen und Ziel der Arbeit. — Wahl der Methode. — Ort. Land und Leute. Verkehr. — Zeiten. — Familien und Hausstände. — Einkommen. — Art der Haushaltungen. Lebensbedingungen. — Zu den Tabellen. — Bilanz. Schwankungen in den Ausgaben. — Schlussbemerkung. — Literatur. — Tabelle I—XXIV.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superlativischen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbaurecht. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Baudarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurechtsvertrag.

Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat.

Die Polenfrage.

Von **Dr. Ludwig Bernhard,**

ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Zweite, bearbeitete Auflage. Mit zwei Karten.

Preis: geheftet 6 M., gebunden in Leinwand 7 M. 40 Pf.

Inhalt: Erstes Buch. Die Organisation der Polen in Preußen. — Erster Teil. Die Herrschaft der polnischen „Emigration“ (1831 bis 1863). — Zweiter Teil. Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin (1864 1893). — Dritter Teil. Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen. — Zweites Buch. Das polnische Gemeinwesen. — Erster Teil. Die Zentrallitung des polnischen Gemeinwesenverbandes. — Zweiter Teil. Die Verbandsbau. — Dritter Teil. Das Recht der polnischen Genossenschaften. — Vierter Teil. Die Kreditpolitik der Polen. — Fünftes Buch. Der Kampf um den Boden. — Erster Teil. Die Ausbildung der Kampfmethoden. — Zweiter Teil. Die deutsche Gegenaktion. — Schluss. Die polnische Arbeiterfrage. — Schlagwörterverzeichnis.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Nollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Reichseinigungsamt.** Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. III. (Schluß). 802
- Die Stellung der Arbeitgeber zu dem Entwurf eines Versicherungsvergesetzes für Angestellte.** Von J. Reiff, Vorsitzendem des Hauptausschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten, Leipzig. (Zur Privatangestellten-Versicherung. XII.) 808
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz** 811
- Die Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform.**
- Soziale Zustände** 812
- Die ökonomische Bedeutung der gewerblichen Frauenarbeit für den Arbeiterhaushalt.**
- Bergarbeiterlöhne in Preußen 1910.** Militärärzte als Handlungsgehilfen.
- Die Gewinnbeteiligung in Großbritannien.**
- Rechtspflege** 814
- Das Reichsgericht über das Ehrenwort in der Konkurrenzklause.**
- Die Gültigkeit einer Konkurrenzklause für gewerbliche Arbeiterinnen.**
- Firmengeschenke an gelbe Werksvereinskassen — keine steuerfreie „fiktive Pflichtleistung“.**
- Ein internationaler Kongreß für Jugendgerichte in Paris.**
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern** 815
- Die Stempelspflichtigkeit der Tarifverträge in Preußen.**
- Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker — ein nichtrechtsfähiger Verein.**
- Die Einführung von Tarif-Lohnbüchern im Schneidergewerbe.**
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten** 817
- Aus dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften für 1910.**
- Streiks und Aussperrungen** 819
- Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie.**
- Ein Streik der Seeleute in Triest.**
- Arbeiterversicherung. Charakteristika. 820**
- Abschluß der Reichsversicherungsordnung in der Kommission.**
- Die Hinauschiebung der Hinterbliebenenversicherung.**
- Die Altersversicherung der Arbeiter in Frankreich.**
- Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung** 822
- Die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**
- Die Arbeitslosenversicherung in Mannheim.**
- Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis. 823**
- Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar.**
- Gemeinsamer Arbeitsnachweis und Bürgschaftsleistung für Auswärtigen im Gastwirtschaftsgewerbe.**
- Die Stellungnahme des städtischen Arbeitsnachweises in Offenbach bei Arbeitslosigkeit.**
- Die Streiklauselfrage bei der Stellenvermittlung im Staate Massachusetts.**
- Volksvergleiche** 824
- Eine Konferenz über die Ruhmachung des Kinetographen für Bildungszwecke.**
- Händliche Pflichtfortbildungsschulen in Preußen.**
- Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen.**
- Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.**
- Der 10. Volkswirtschaftliche Kursum. Die Ausbreitung der Berufsvermittlung in Österreich.**
- Volksgeundheit** 827
- Eingabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, betreffend Bekämpfung der Bleivergiftung in Druckerei, Schriftgießerei und keramischen Betrieben sowie zur Bekämpfung der Gaissonkrankheit.**
- Das Seminar für soziale Medizin in Berlin.**
- Literarische Mitteilungen** 830

Reichseinigungsamt.

Von Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch.

III. (Schluß.)

Wenn ich nun dazu übergehe zu erörtern, ob ein Reichseinigungsamt, d. h. eine dauernd fungierende Behörde des Reichs, geeignet ist, den Zweck, den ich im Auge habe zu erfüllen, so muß ich mir sagen, daß das davon abhängen wird, wie diese Behörde organisiert und mit welchen Befugnissen sie ausgestattet sein wird. Zunächst aber lassen Sie mich kurz darstellen, wie die Gesetzgebung industrieller Staaten, die für uns, wenn auch nicht unbedingt vorbildlich, so doch jedenfalls beachtenswert ist, die Frage des Eingreifens staatlicher Macht in die Streitigkeiten über gewerbliche Arbeitsverhältnisse geordnet hat.

Ich gestalte mir mit dem australischen Neuseeland, das hierin am weitesten geht, zu beginnen, wenn ich auch ganz davon überzeugt bin, daß in diesem, im Verhältnis zu europäischen und nordamerikanischen Staaten schwach bevölkerten und industriell wenig entwickelten Staatswesen so andere Verhältnisse vorliegen, daß wir es uns sehr überlegen müssen, ob und was von dessen Gesetzgebung für Deutschland anwendbar ist. Die wesentlichste Verschiedenheit liegt in der Abgeschlossenheit des Gebiets, in den nur schwachen Verbindungen mit der ausländischen Industrie und mit dem Weltmarkt, in dem engsten Zusammenhang zwischen sozialpolitischer Gesetzgebung und einem sehr starken Schutzollsystem, das der einheimischen Industrie die Beherrschung des Marktes gestattet, und in dem Fehlen einer alten Entwicklung und Tradition, was wohl dazu geführt hat, einigermaßen rückwärtslos bei gesetzgeberischen Maßnahmen nur an die Forderung des Augenblicks zu denken. Gerade deshalb aber dürfte es nicht uninteressant sein, sich zu vergegenwärtigen, wie weit unter solchen Verhältnissen die Gesetzgebung geht und gehen kann.*)

Das heute in Neuseeland geltende Gesetz vom 10. Oktober 1908, welches eine Ergänzung und teilweise Abänderung der früheren Gesetze über Einigung und Schiedspruch enthält, beruht, wie diese, auf einem ausgesprochenen Zwangsverfahren und bezieht sich, wie diese, nur auf organisierte Arbeiter, der Tendenz der neuseeländischen sozialpolitischen Gesetzgebung folgend, die Organisation der Arbeiter zu begünstigen. Schon vor Erlaß dieses Gesetzes mußte bei jedem Streik das Einigungsamt des Bezirks angerufen werden, bestehend aus höchstens 5 Mitgliedern. Die Regierung setzt die ungerade Zahl dieser Mitglieder fest, die für 3 Jahre zur Hälfte von den Arbeitgeberorganisationen, zur Hälfte von den Arbeiterorganisationen gewählt werden. Diese gewählten Mitglieder wählen einen unparteiischen Vorsitzenden. Kommt eine Übereinstimmung nicht zustande, so ernennt ihn die Regierung.

*) Die sehr interessante Entwicklung dieser Gesetzgebung eingehend darzustellen, muß ich mir mit Rücksicht auf die Zeit, die mir zur Verfügung steht, leider verjagen. Wer sich über sie unterrichten will, der wird es mit Erfolg aus dem ausgezeichneten Buch eines französischen Forschers, André Siegfried, tun. Sein Titel ist „Neuseeland, eine soziale und wirtschaftspolitische Untersuchung“, ins Deutsche überetzt und in einzelnen Teilen erweitert von Dr. Max Barnack. Es ist im Jahre 1909 als 8. Band der Modernen Wirtschaftsprobleme, die von dem Regierungsrat Dr. Viktor Leo herausgegeben wurden, erschienen. Ich entnehme meine Darstellung diesem Buche.

Das Einigungsamt versucht eine Vermittlung, welche die Parteien annehmen oder verwerfen können. Wird aber innerhalb des Zeitraums eines Monats keine Berufung gegen eine getroffene Vereinbarung beim Schiedsgericht eingelegt, so wird der Beschluß des Einigungsamts vollstreckbar. Ist eine Einigung nicht zustande gekommen, so sind die Parteien verpflichtet, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen. Dieses — es besteht nur ein Zentralschiedsgerichtshof in Neuseeland — ist aus 3 Mitgliedern zusammengesetzt, die von der Regierung auf 3 Jahre ernannt werden und zwar je eines auf Vorschlag der Arbeitgeberverbände und der Arbeiterorganisationen. Das dritte, der Vorsitzende, der ein Richter des höchsten Gerichtshofs ist, wird ohne Vorschlag ernannt. Gegen die Erkenntnisse des Schiedsgerichtshofs, der die ausgedehntesten Befugnisse hat, gibt es keine Berufung. Die Frist, innerhalb derer sie Geltung haben sollen, darf nicht mehr als 3 Jahre betragen. Während des Verfahrens sind Streit und Aussperrung nicht nur, sondern auch die Entlassung eines Arbeiters oder die Niederlegung der Arbeit seitens eines Arbeiters ungesetzlich und werden mit hoher Geldstrafe bestraft. Wenn während der Geltungsdauer eines Schiedspruchs von einzelnen oder Organisationen versucht wird, irgend eine Bestimmung desselben unwirksam zu machen, so werden die Schuldigen durch das Gesetz haftbar gemacht.

Da von der Möglichkeit, das Einigungsamt zu umgehen und direkt das Schiedsgericht anzurufen, häufig Gebrauch gemacht wurde, so trug das jetzt geltende Gesetz dem Rechnung und setzte an Stelle der Einigungsämter sogenannte Einigungsräte, ständige Vermittlungsinstanzen, die angerufen werden müssen. Der Gouverneur der Kolonie Neuseeland ernannt für vier industrielle Bezirke je einen Einigungsbeamten. Entsteht ein Streit, so ist von der Partei unter Angabe von Zahl und Namen der gewünschten Beisitzer der Antrag auf Einleitung des Einigungsverfahrens zu stellen. Der Conciliation-Commissioner ernannt die vorgeschlagenen Beisitzer des Einigungsamts, falls sie geeignet sind. Kommt eine Einigung über den Streitfall zustande, so gilt sie als Vertrag. Ist das nicht der Fall, soll wenigstens ein provisorisches Abkommen versucht werden, das bis zur Erledigung durch Schiedspruch des Schiedsgerichtshofs in Kraft bleibt. Dieser Schiedspruch ist dann zwingend. Neben diesen Bestimmungen über Neuordnung des Einigungsverfahrens enthält das Gesetz von 1908 sehr scharfe Bestimmungen gegen die Gefahr der Arbeitskämpfe, die trotz aller gesetzlichen Maßnahmen nicht ganz beseitigt worden sind, wenn sie auch stark abgenommen haben.

Der Verfasser des zitierten Buches berichtet, daß trotz vielfachen heftigen Widerstrebens schließlich doch Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich mit der gesetzlichen Ordnung des Einigungsverfahrens abgefunden haben. Ob sie dauernd wirksam werden wird, darüber bestehen in Neuseeland selbst noch vielfache Zweifel. Der Übersetzer bemerkt in einem seiner Zusätze: „Das Schiedsgericht ist zu einer für das gewerbliche Leben der Kolonie allmächtigen Instanz geworden, die es bis in seine kleinsten Einzelheiten unumschränkt regelt und kontrolliert und zwar nicht als rechtsprechende Behörde, sondern als rechtschaffende Autorität.“ Und der Verfasser bemerkt: „Es gibt überhaupt keine Frage, welche sich der Beurteilung des Schiedsgerichts entzieht, und in der Mehrzahl der Fälle urteilt es nach Billigkeitsgründen, ohne sich auf Gesetzestexte stützen zu müssen. Gerade in diesem Punkte zeige sich die außerordentliche, man könne sagen gefährliche Macht des Vorsitzenden des Schiedsgerichts.“ An anderer Stelle weist er darauf hin, daß der Zentral- und einzige Schiedsgerichtshof Neuseelands tatsächlich der bestimmende Faktor für die Lohnbemessung in den gewerblichen Betrieben geworden ist.

Kein anderes Land, insbesondere keins, das eine hochentwickelte Industrie hat, geht mit seinen gesetzlichen Eingriffen in die gewerblichen Streitigkeiten so weit wie Neuseeland. In der Regel hat man sich darauf beschränkt, Instanzen zu schaffen, welche die Befugnis haben, die Parteien zur Einleitung von Verhandlungen einzuladen und deren Erscheinen im Nothfalle zu erzwingen, sowie einen Schiedspruch zu fällen, dessen Durchführung gegen den Willen der Parteien aber nicht erzwungen werden kann.

In Nordamerika haben 24 Einzelstaaten dauernde oder von Fall zu Fall zu schaffende Einrichtungen behufs Beilegung von Streitigkeiten getroffen. 17 Staaten haben dauernde, auf Gesetz gegründete Einigungsämter und Schiedsgerichte. Die Anrufung ist freiwillig. Gelingt die Einigung nicht, so ist ein Schiedspruch zu fällen, dessen Durchführung nicht erzwingbar ist. Nur für das Transportgewerbe geht das Gesetz, und zwar für das Gebiet der ganzen Union, weiter. Brechen Streitigkeiten zwischen den Eisen-

bahngesellschaften und deren Angestellten und Arbeitern aus, so sollen der Chairman der Interstate Commerce Commission und der Commissioner of Labour eine gütliche Einigung versuchen; gelingt sie nicht, so tritt ein Board of Arbitration zusammen, das zehn Tage nach seiner Konstituierung die Verhandlung zu beginnen und nach dreißig Tagen einen Schiedspruch zu fällen hat. Wird er von den Parteien angenommen, so wird er notariell festgelegt und hat Gültigkeit für die Dauer eines Jahres, innerhalb dessen das Schiedsgericht nicht nochmals von derselben Partei in derselben Angelegenheit angerufen werden darf. Eine Nötigung zur Annahme des Schiedspruchs gibt es auch hier nicht.

Frankreich hat im Jahre 1892 ein Gesetz über Einigungsämter erlassen, nach welchem neben den ständigen Conseils de Prud'homme dem Friedensrichter die Vermittlerrolle übertragen wird. Anrufung, Verhandlung, Vereinbarung sind freiwillig. Der zu fällende Schiedspruch ist nicht obligatorisch. Wie bekannt, hat ganz neuerdings die französische Regierung einen bedeutamen Schritt weiter getan und, veranlaßt durch die empfindliche Störung im öffentlichen Verkehrsweisen, die durch den Streit und die sogenannte Sabotage der Angestellten und Arbeiter der Bahnen hervorgerufen wurde, dem Parlament ein projet de loi sur les statuts des employés des chemins de fer d'intérêt général et sur le règlement pratique des différends d'ordre collectif relatifs aux intérêts professionnels de ces agents vorgelegt. In der die Vorlage begründenden Denkschrift geht die Regierung davon aus, daß aus den vielfachen Streitigkeiten über das Arbeitsverhältnis in öffentlichen Unternehmungen sich die Notwendigkeit ergebe, zunächst für diese eine friedliche Lösung herbeizuführen und den Unterbrechungen der öffentlichen Dienstzweige, die für das wirtschaftliche und politische Leben der Nation notwendig sind, vorzubeugen. Der Gesetzentwurf trifft Bestimmungen über Einigungsverhandlungen und Schiedspruch. Die Verwaltung jedes Eisenbahnnetzes soll bezirksweise Zusammenkünfte der Vertreter der Verwaltung und der der Angestellten einrichten, um die Berufsinteressen der letzteren zu besprechen. In jedem Bezirk sind Kommissionen zu errichten, die in paritätischer Zusammenlegung über Kollektivstreitigkeiten verhandeln sollen. Für jedes Eisenbahnnetz ist ein Zentraleinigungsamt zu errichten, welches außer den Vertretern der Verwaltung wenigstens zwei Delegierte des Personals und den Ingenieur, der die technische Kontrolle auszuüben hat, enthält. Vor das Zentraleinigungsamt sind die Streitigkeiten zu bringen, welche von den Bezirkskommissionen nicht erledigt werden konnten. Gelingt auch hier die Einigung nicht, so wird die Streitigkeit dem schiedsrichterlichen Verfahren unterworfen. Jede Partei ernannt zwei Schiedsrichter, und diese vier wählen einstimmig einen oder drei Mitschiedsrichter. Kommt keine Wahl zustande, so wählen die Parteien je einen und diese beiden den dritten. Gelingt auch das nicht, so wird der dritte durch das Los aus den Namen der Liste bestimmt, welche vom Senat mit fünf, von der Kammer mit zehn Personen aufgestellt wird, welche eine im Gesetz bestimmte Qualität erfüllen müssen. Der zu fällende Schiedspruch ist erzwingbar. Jede Aufforderung, jede Vorbereitung zum Streit, jede Organisation eines Streiks ist verboten. Geld- und Gefängnisstrafen sowie Androhung des Verlustes ihrer Stellung gegen die Arbeiter sollen die Durchführung des Gesetzes sichern.

Das Land, in dem das gewerbliche Einigungsverwesen die reichste Entwicklung erlangt hat, in dem jahrzehntelange Erfahrungen jeden Schritt auf diesem Gebiete begleiten, ist England. Ich darf die Kenntnis der dortigen Verhältnisse voraussetzen. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat im Jahre 1906 eine Kommission nach England gesandt mit dem Auftrag, sie an Ort und Stelle zu studieren. In den Berichten der Studienkommission*) findet man über die Entwicklung und den jetzigen Stand des Einigungsverwesens, über die einschlagende Gesetzgebung, über die Tätigkeit der Einigungsinstanzen und das Verfahren vor denselben jede verlangte Auskunft. Heute mag die Bemerkung genügen, daß die englische Gesetzgebung es weislich vermieden hat, in das freie Einigungsverwesen störend einzugreifen und daß sie keinen Zwang kennt. Das geltende Gesetz von 1896 (Conciliation Act) beschränkt sich auf Maßnahmen, die geeignet sind, die Einigung in gewerblichen Streitigkeiten zu erleichtern. Es fordert zur Registrierung sämtlicher Protokolle und Berichte der freiwilligen Einigungsinstanzen beim Handelsamt auf. Beim Drohen oder beim Ausbruch von Arbeitskämpfen soll das Handelsamt die Ursachen und den Tatbestand der Streitigkeiten untersuchen und alle möglichen Schritte

*) Heft 10, Bd. 2 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Jena, Gustav Fischer.

tun, um die streitenden Parteien unter Vorsitz eines von ihnen gewählten oder vom Handelsamt vorgeschlagenen Mannes zu einer gemeinsamen Aussprache zu bewegen, auf Anruf einer Partei einen Vermittler verschaffen oder das Zusammentreten eines Einigungsamts veranlassen, schließlich auf Antrag beider Parteien einen Schiedsrichter ernennen. Doch nicht erst nach Ausbruch von Arbeitskämpfen soll das Handelsamt seine Dienste anbieten, sondern bereits in Friedenszeiten dafür sorgen, daß Einigungsämter, überall, wo sie fehlen, errichtet werden, und durch aufklärende Untersuchungen über die Arbeits- und Gewerbeverhältnisse der betreffenden Industrie oder des betreffenden Distrikts dazu vorbereiten. Unser Bericht bemerkt, daß das Handelsamt einen stattlichen Kreis hervorragender, in der Behandlung streitender Parteien erfahrener Persönlichkeiten um sich versammelt hat, die es als Ehrensache betrachten, auf Wunsch des Amtes sich als Vermittler und Schiedsrichter in Arbeitskonflikten den Parteien zur Verfügung zu stellen. In dem Jahrzehnt von 1896 bis 1905 hat das Handelsamt 181 Streitfälle behandelt, von denen 122 durch seine Intervention geschlichtet, 14 durch freie Verständigung der Parteien während des Laufs der Verhandlungen ausgeglichen wurden. Bemerkenswert ist, daß im Laufe der Jahre der Schiedspruch die Einigung mehr und mehr verdrängt hat, eine Entwicklung, hier im Lande des Verfahrens ohne Zwang, wie sie auch in Neuseeland, im Lande des Zwangsverfahrens, hervorgetreten ist.

Wir erleben aus dieser kurzen Zusammenstellung, daß in den Ländern mit entwickelter Großindustrie überall das Bedürfnis hervorgetreten ist, auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von Staats wegen in die großen Arbeitskämpfe einzugreifen und zwar auf dem Wege der Vermittlung, nicht des Zwanges. Ob die Absicht der französischen Regierung, auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs als letztes Mittel den erzwingbaren Schiedspruch einzufügen, verwirklicht werden wird, steht zurzeit noch nicht fest.

Ich bin der Meinung, daß wir in Deutschland, wenn wir an ein gesetzliches Eingreifen in die großen Arbeitsstreitigkeiten denken, auch von dem Zwange, mit Ausnahme des Erscheinungs- und Verhandlungszwanges vor dem Einigungsamt absehen sollten. Gegen den Verhandlungszwang wird eingewendet werden können, daß er zu einem praktischen Resultat nicht führen würde. Man könne einen Menschen wohl zwingen zu erscheinen, mit der Absicht, die Parteien zunächst wenigstens zusammenzuführen, ihnen so die Gelegenheit zu gegenseitiger Aufklärung, zur Klarstellung der Hauptstreitpunkte zu geben und durch persönliche Berührung die Neigung zum Verhandeln zu wecken, man könne aber niemanden zum Verhandeln zwingen, weil er jederzeit in der Lage ist, beim Verhandeln sein Benehmen so einzurichten, daß der Zweck völlig vereitelt wird. Ich will das nicht bestreiten. Aber einerseits scheint mir der Erscheinungszwang ohne den Verhandlungszwang nichts zu bedeuten, und andererseits wird es einer moralischen Wirkung nicht entbehren, wenn durch Gesetz die Verpflichtung zum Verhandeln mit der gegnerischen Partei auferlegt wird und dann im Protokoll der Gang der Verhandlung dargelegt und eventuell im Schiedspruch festgelegt wird, daß die Vertreter einer Partei ihre Teilnahme an der Einigungsverhandlung abgelehnt oder dieselbe so eingerichtet haben, daß der Wille, die Verhandlung illusorisch zu machen, von vornherein feststand.

Der Schiedspruch aber, der gefällt wird, wenn die Einigung nicht erreicht ist, sollte m. E. zurzeit wenigstens noch nicht erzwingbar gemacht werden, weil, abgesehen von der Schwierigkeit, wenn auch nicht Unmöglichkeit der Durchführung, ein solches Verfahren, wie ich glaube, auf den energischen Widerstand sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter stoßen und somit seiner moralischen Kraft beraubt wird und weil die Parteien immer Mittel finden werden, den Schiedspruch illusorisch zu machen, so lange das Einigungswesen selbst von ihnen in seiner ganzen Bedeutung noch nicht anerkannt ist. Ich meine, man sollte wenigstens weitere Erfahrungen abwarten, welche Wirkung die Einsetzung eines Einigungsamts, verbunden mit dem Zwange, vor ihm zu erscheinen und zu verhandeln, haben wird. Schlägt die Hoffnung fehl, daß ein so gestaltetes Verfahren das wirtschaftliche Leben vor großen Arbeitsunterbrechungen bewahrt oder sie doch erheblich herabmindert oder abschwächt, so scheint es mir allerdings nicht ausgeschlossen, daß die öffentliche Meinung den Zwangs-Schiedspruch fordern wird. Denn wie ich mir schon anzuschauen erlaubte, sind an solchen großen Arbeitskämpfen nicht nur die beteiligten Arbeiter und Unternehmer interessiert, sondern auch weite Kreise der gewerbetreibenden Bevölkerung, die Konsumenten, die Gemeinden und der Staat: in der Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse, in ihrer wirtschaftlichen Existenz, in der Verrichtung gemeinnütziger Arbeit, in der Steuer-

kraft und in der Erhaltung des Wohlstandes der Bevölkerung. Sie alle werden dauernd nicht geneigt sein, ihr Schicksal abhängig zu machen von der mehr oder weniger bestehenden Neigung einzelner Gruppen der Bevölkerung, Differenzen über das Arbeitsverhältnis durch den Kampf, mit Streit und Aussperrung auszutragen und die Macht zum ausschlaggebenden Faktor über die Frage von Recht und Unrecht im wirtschaftlichen Leben zu machen. Sie werden den Staat an seine Pflicht erinnern, für das Gedeihen des Gemeinwohls zu sorgen und den dieses verheerenden wirtschaftlichen Kämpfen ein Ende zu machen, wie er den Fehden des Mittelalters ein Ende gemacht hat, aus dem nämlichen Grunde, daß in einem geordneten Staatswesen die Anwendung von Gewalt in den Streitigkeiten der einzelnen oder der einzelnen Gruppen nicht geduldet werden darf, ganz besonders nicht, wenn unter dieser Anwendung von Gewalt nicht nur die Streitenden, sondern weite Kreise der Bevölkerung zu leiden haben.

Ich halte es für im hohen Grade wahrscheinlich, daß, wenn die Gefahr der großen Arbeitskämpfe nicht vermindert wird, ein staatliches Eingreifen im Wege des Zwanges verlangt und gegeben wird. Zur Zeit aber, wie gesagt, halte ich es für richtiger, das staatliche Eingreifen auf die Vermittlung und den Schiedspruch zu beschränken und den Parteien es zu überlassen, ob sie ihn annehmen wollen. Man muß hier auf die Kraft der öffentlichen Meinung vertrauen, die heute schon für den Erfolg der Arbeitskämpfe von großer Bedeutung ist und die durch den veröffentlichten Schiedspruch in ihrer Stellungnahme stark beeinflusst werden wird.

Da die großen Arbeitskämpfe die Grenzen der einzelnen deutschen Staaten in der Regel überschreiten, so kommen, hält man ein staatliches Eingreifen für notwendig — und ich bin dieser Meinung — nicht die Einzelstaaten, sondern das Reich in Betracht, es kann sich m. E. nur um ein Reichsgesetz handeln.

Wenn ich nun die Frage stelle, wie ein solches Reichseinigungsamt beschaffen sein soll, wie es organisiert sein, welche Befugnisse es haben soll, um den gewollten Zweck einer Vermittlung oder doch einer Verminderung der großen Arbeitskämpfe zu erreichen, so will ich die Antwort zu erleichtern versuchen, durch Angabe dessen, was m. E. ein Reichseinigungsamt nicht tun soll. Und das ist folgendes:

1. Es soll die streitenden Parteien in keiner Weise in der Wahl der Mittel beschränken, zu einer Einigung zu gelangen. Es soll es ganz deren Ermessen überlassen, ob sie durch die Vorstände ihrer Organisationen direkt verhandeln oder sich über die Wahl von Unparteiischen zur Leitung der Verhandlungen oder zur Abgabe eines Schiedspruchs verständigen wollen.

2. Es soll die bestehenden Einrichtungen, welche sich die Organisationen selbst gegeben haben, weder beseitigen noch schwächen und da, wo solche vorhanden sind, nicht eingreifen, solange nicht erwiesen ist, daß sie nicht im Stande sind, entstehende Differenzen im Wege friedlichen Ausgleichs zu beseitigen und dem Ausbruch des Kampfes vorzubeugen. Auch die Tätigkeit der Gewerbegerichte soll es nicht behindern, solange diese sich als ausreichend für den gewollten Zweck erweisen.

3. Es soll nicht jede nach Gegenstand und örtlicher Begrenzung wenig erhebliche Differenz vor sein Forum ziehen.

4. Es soll nicht zum allgemeinen wirklichen Regulator der Arbeitsbedingungen werden.

Hiernach und unter Beachtung der Lücken, die sich bisher im Einigungswesen gezeigt haben, würde sich folgendes ergeben:

1. Das Reichseinigungsamt soll eine ständig bereite Vermittlerstelle sein, die den streitenden Parteien jederzeit zur Verfügung steht und in Fällen drohender großer Arbeitskämpfe auch ohne Anrufen eingreift, wo die Parteien entweder überhaupt nicht zu friedlichen Verhandlungen geneigt oder wo die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt sind oder wo die sonst zur Einigung gegebenen Wege versagen.

2. Es soll sich laufend in Kenntnis halten über alle erheblichen Streitigkeiten, über das Arbeitsverhältnis, über die bisher üblichen Löhne, Arbeitszeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen der verschiedenen Gewerbegruppen und über die Lage der wirtschaftlichen Konjunktur.

3. Es soll in der Lage sein, die Vertreter der Parteien zum Erscheinen und Verhandeln vor seinem Forum zu nötigen.

4. Es soll die Parteien zunächst zu dem lediglich nach seinem Ermessen zu wählenden Zeitpunkt — das ist besonders zu betonen — zu gemeinsamer Verhandlung einladen, um die Hauptpunkte des schwebenden Streits klarzulegen. Sodann soll es feststellen, ob die Parteien die weitere Leitung der Verhandlungen

durch das Einigungsamt selbst oder die Wahl von einem oder mehreren Unparteiischen zu diesem Zweck vorziehen, evtl. für diese Wahl Vorschläge machen. Falls eine Einigung über die Unparteiischen nicht zustande kommt, soll es die weitere Leitung übernehmen oder nach seiner Wahl Unparteiische zu diesem Zweck bestellen. Zu dem weiteren Verfahren kann es Beisitzer zuziehen, die nicht zu den streitenden Parteien gehören, falls diese sich nicht über die Personen der zuzuziehenden Beisitzer einigen.

5. Das Reichseinigungsamt soll das Recht haben, Zeugen und Sachverständige zu laden und zu vernehmen.

6. Kommt vor dem Reichseinigungsamt oder vor dem unter seiner Leitung eingesetzten Einigungsamt eine Einigung zustande, so ist diese von den Mitgliedern des Einigungsamts und den Vertretern der Parteien zu unterschreiben und zu veröffentlichen.

7. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist von dem Reichseinigungsamt oder von dem unter seiner Leitung bestellten Einigungsamt ein Schiedsspruch zu fällen, gültig für einen begrenzten Zeitraum, der den Parteien zur Erklärung binnen einer bestimmten Frist vorzulegen ist, ob sie ihn annehmen oder nicht. Wird die Erklärung nicht oder verneinend abgegeben, so wird der Schiedsspruch veröffentlicht.

Bezüglich der Organisation des Reichseinigungsamts würde ich vorschlagen, daß dessen Mitglieder vom Reichskanzler ernannt und daß es dem Reichsamt des Innern untergeordnet wird. Meines Erachtens würden 3 Personen als Mitglieder genügen, an welche, abgesehen von ihrer sonstigen Qualifikation, die Anforderung zu stellen ist, daß sie das Vertrauen von Arbeitern und Arbeitgebern genießen. Genügendes Bureaupersonal zur Sammlung und Sichtung von Material würde ihnen zur Verfügung zu stellen sein. Es ist in Vorschlag gebracht worden, das Reichseinigungsamt mit einer obersten Recht sprechenden Behörde, dem Reichsgericht oder dem Reichsverversicherungsamt, in Verbindung zu bringen. Das empfiehlt sich meines Erachtens nicht, weil seine Tätigkeit eine wesentlich andere als die der Rechtsprechung ist. Die Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten ist sein Lebensselement und, um diese wirksam zu verfolgen, muß das Mitglied des Reichseinigungsamts eine ganz andere Qualifikation haben als die eines Richters. Es muß genaue Kenntnis des gewerblichen Lebens, der Lage der Arbeitsverhältnisse, des Arbeitsmarkts und der wirtschaftlichen Konjunktur haben. In Frage könnte kommen, ob das Reichseinigungsamt nicht mit der Abteilung für Arbeiterstatistik des statistischen Reichsamts in Verbindung zu setzen wäre, da in diesem ein großer Teil des Materials gesammelt und bearbeitet wird, dessen das Reichseinigungsamt zur Vermittlung und eventuell zur Fällung des Schiedspruchs bedarf. Da das Reichseinigungsamt das Recht haben soll, die Parteien zum Erscheinen und Verhandeln zu nötigen und Zeugen und Sachverständige zu vernehmen, so würde zu seiner Einsetzung ein Reichsgesetz erforderlich sein.

* * *

Wenn ich diese meine Vorschläge der Erörterung am heutigen Abend voranriche, so bitte ich nicht anzunehmen, daß ich sie als die allein zutreffenden ansehe. Sie enthalten ja auch nur Grundzüge, die der Ausarbeitung bedürfen, und ich weiß wohl, daß sie lückenhaft sind und ergänzt werden müssen. Ich fühle selbst das Bedürfnis, sie an anderen Vorschlägen zu prüfen und zu korrigieren. Aber die Überzeugung steht allerdings bei mir fest, daß die bisher eingeschlagenen Wege zu friedlichem Ausgleich und zur Vorbeugung der großen Arbeitskämpfe im Deutschen Reich nicht hinreichend sind und daß die Gefahren, denen durch sie das wirtschaftliche Leben der Nation ausgesetzt ist, es erfordern, einen neuen Weg und zwar den der verstärkten staatlichen Intervention zu eröffnen. Unsere Zeit hat in sozialen Fragen mit dem Grundsatz des *Laissez faire* und des *Laissez aller* gebrochen, sie darf sich meines Erachtens den großen Arbeitskämpfen gegenüber nicht gelten lassen, die eine soziale Gefahr nicht nur in materieller, sondern auch in ethischer und moralischer Hinsicht bedeuten. Bisher hat der Gedanke eines Eingreifens des Staates in die Kämpfe der Unternehmer und Arbeiter, selbst in der beschränkten und vorsichtigen Art, wie sie von mir vorgeschlagen wird, noch keine Wurzeln geschlagen weder bei Arbeitern und Unternehmern, noch in der öffentlichen Meinung. Er ist nur hier und da einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Die Absicht und der Wunsch, die mich zu meinem Vortrag geführt haben, gehen nur dahin, daß sich an ihn eine eingehende Erörterung aller der weiten Kreise anschließen möchte, die von der großen Frage berührt werden, ob es nicht an der Zeit ist, Mittel zu suchen und zu ergreifen, die geeignet sind, Unternehmer und Arbeiter, das ganze

wirtschaftliche Leben der Nation, Gemeinden und Staat vor den schweren Folgen der großen Arbeitskämpfe zu schützen. Ich hege die Hoffnung, daß, wenn durch den heutigen Abend die gewünschte allgemeine Erörterung geweckt wird, auch der den Bedürfnissen der Zeit angemessene Weg gefunden wird. Deshalb bin ich der Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform aufrichtig dankbar, daß sie zu solcher Erörterung die erste Veranlassung gegeben hat.

Die Stellung der Arbeitgeber zu dem Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Von F. Reiff, Leipzig, Vorsitzendem des Hauptausschusses für die staatliche Pensions-Versicherung der Privatangestellten.

(Zur Privatangestellten-Versicherung. XII.)

Man kann bei einem Überblick über die reichlich fließenden Nachrichten wohl vorweg die von Herrn Dr. Alexander Tille, Saarbrücken, vertretenen Ansichten als undisputabel auscheiden, auch die Ansicht der Handelskammer Hamburg, die in gleich hoher sozialpolitischer Einsicht sich gegen jedes staatliche Eingreifen ausspricht (ähnlich Lübeck), und wird dann als Ergebnis feststellen können, daß die deutsche Arbeiterschaft nach der überwiegenden Mehrzahl ihrer bis jetzt vorliegenden Äußerungen nicht gegen eine Versicherung der Privatangestellten ist, sondern grundsätzlich die Notwendigkeit einer solchen Versicherung sowie auch die Bereitwilligkeit zu den erforderlichen Opfern anerkennt, jedoch fast immer mit der Einschränkung, daß der Gesetzentwurf der Regierung den Arbeitgebern zu große Lasten auferlege und daß man daher lieber den Ausbau der Reichs-Invalidentversicherung durch einige neue Klassen sehen würde. In diesem Sinne haben sich unter anderem ausgesprochen der „Zentralausschuß der Prinzipalverbände in Sachen der Pensionsversicherung der Privatangestellten“, der „Verein zur Wahrung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen“, der „Detailisten-Verband für Rheinland und Westfalen“, die Handelskammer zu Elberfeld in einer größeren Eingabe, ferner die Handelskammern zu Berlin, Frankfurt a. M., Potsdam, Coburg, Schweidnitz, Gießen, Mainz, Krefeld und eine Reihe kleinerer Korporationen. Dagegen haben sich die Handelskammern zu Heilbronn und Sonneberg ausdrücklich auf den Standpunkt der Regierungsvorlage gestellt, ebenso die Württembergische Zentralstelle für Handel und Gewerbe, ferner die Handelskammer für die preuß. Oberlausitz zu Görlitz, ebenso Cassel, Lauban, Mannheim, Reutlingen, der Verband der kaufmännischen Vereine Württembergs, der Verband südwestdeutscher Industrieller, der Verband sächsischer Industrieller, Verband württembergischer Industrieller, die Hamburg—Amerika-Linie und in seiner ersten Rundgebung auch der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, dieser allerdings mit wesentlichen Einschränkungen. Auch eine Reihe von bedeutenden Firmen hat die Notwendigkeit der Versicherung und die Berechtigung und Zweckmäßigkeit des von der Regierung eingeschlagenen Weges anerkannt. Die Handelskammer Offenbach und der Zentralverband deutscher Industrieller sind für eine Sonderklasse, jedoch auf anderer Grundlage, als sie der Gesetzentwurf bietet.

Die zustimmenden Äußerungen sind zweifellos höher zu bewerten als die ablehnenden, denn es sind die Stimmen derer, die das eigene Interesse an möglichst geringer Belastung dem großen gemeinsamen Interesse unterzuordnen wissen. Aber die Mehrheit der Arbeitgeber ist doch „für den Ausbau“, und zwar ganz sicher nicht deshalb, weil sie die Vorzüge des Ausbaues besonders schätzt, sondern hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie eben den Ausbau für den billigeren Weg hält. Das ist aber ein bedeutender Irrtum. Nur dann wäre der Ausbau billiger, wenn man darauf verzichtete, den Privatangestellten die Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse zuzugestehen, also die 65 Jahr-Grenze für die Altersrente, den besseren Invaliditätsbegriff und die bessere Hinterbliebenenrente. Diese Verbesserungen fordert auch die „Freie Vereinigung für die staatliche Pensionsversicherung“ — das ist die Organisation der Minderheit der Privatangestellten, die sich jetzt so lebhaft gegen die Regierungsvorlage einsetzt —: sie fordert allerdings den Ausbau, aber mit denselben materiellen Verbesserungen, die der Hauptausschuß und die Regierung durch die Ergänzungskasse verwirklichen wollen. In den materiellen Forderungen ist also gar kein wesentlicher Unterschied zwischen Mehrheit und Minderheit bis auf den Reichszuschuß, auf den allerdings die Freie Vereinigung nicht verzichten will. Die Arbeitgeber übersehen trotz aller Vorhaltungen, daß diese Verbesserungen im Wege des

Ausbau, also im Rahmen des alten Gesetzes, unmöglich allein für die Privatangestellten vorgeschrieben werden können, daß vielmehr dieselben Verbesserungen dann für die Gesamtheit der Versicherten eingeführt werden müßten, d. h. also für die gegenwärtig versicherten 15 Millionen Menschen.

Sind die Arbeitgeber, die den Ausbau wollen, sich darüber klar, was das bedeutet? Die Regierung hat nachgewiesen, daß eine solche Ausdehnung ungefähr 250 Millionen Mark mehr kosten würde, allein nach der Rechnung des Jahres 1910. Diese Summe würde aber mit jedem Jahre wachsen, also wäre eine enorme Erhöhung der Beiträge sowie der Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln nötig, und der größte Teil dieser Summe müßte von den Arbeitgebern direkt durch die höheren Beiträge und indirekt durch den Mehraufwand der Reichskasse aufgebracht werden. Wenn auch diese erhöhten Beiträge wohl immer noch etwas geringer sein würden als die 3½ bis 4% für die Angestelltenversicherung, so müßten sie doch für eine unendlich größere Zahl von Personen gezahlt werden. Ein kleiner Vorteil käme dabei nur für solche Arbeitgeber heraus, die lediglich Angestellte beschäftigen und wenig oder gar keine Arbeiter; die Gesamtheit der Arbeitgeber müßte aber eine wesentlich höhere Gesamtsumme als jetzt aufbringen. Wenn die Arbeitgeber das rein geschäftlich überlegen und berechnen wollten, so würden sie finden, daß die Zustimmung zu dem Entwurf der Regierung für sie weniger kostspielig ist als die Annahme des Ausbaues. Wenn so viele Arbeitgeber, denen das alles vorgerechnet worden ist, trotzdem beharrlich auf den Ausbau als den ihnen genehmen Weg hinweisen, so scheint doch die Vermutung das richtige zu treffen, die dieser Tage ein bedeutender und völlig unparteiischer Sozialpolitiker ausspricht, daß nämlich die Arbeitgeber auf diesen Weg deshalb geführt worden sind, weil es ganz gewiß ist, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt. Früher oder später wird man ja allerdings Verbesserungen in der Arbeiterversicherung vornehmen müssen, dafür hat sich auch der Hauptausschuß ausgesprochen; das wird aber später leichter möglich sein, bei günstiger Finanzlage und besonders, nachdem die Besserstellung der Privatangestellten Wege und Möglichkeiten gezeigt und geebnet hat.

Im übrigen aber darf man nicht so leicht hin, wie es oft geschieht, von einer „Bevorzugung“ der Privatangestellten sprechen. Davon kann gar keine Rede sein. Zunächst liegen in der Tat andere Lebensverhältnisse und Bedürfnisse vor, was die Begründung des Gesetzesentwurfes ja auch anerkennt. Der Privatangestellte ist durch seine gesellschaftliche, meist aber auch schon durch seine geschäftliche Stellung gezwungen, für gewisse höhere Bedürfnisse, wie Kleidung, Wohnung, Kindererziehung, mehr aufzuwenden als der Arbeiter, der sich in alledem wohlfeiler einrichtet und dafür sehr oft besser ist und trinkt. Der Privatangestellte kann auch nicht darauf angewiesen sein, daß seine Witwe erst dann eine Versorgung hat, wenn sie invalide ist, denn seine Witwe kann nicht in derselben Weise wie die Arbeiterwitwe sich einen Erwerb suchen. Daher sind die Privatangestellten bereit, höhere Opfer für ihre Versicherung zu bringen, und es kann von einer Bevorzugung nicht die Rede sein, solange die Privatangestellten sich lediglich auf die eigenen Mittel (und natürlich auf die Mittel der Arbeitgeber) stützen und auf Zuschüsse aus Mitteln der Allgemeinheit verzichten. Dieser Verzicht auf den Reichszuschuß ist es, der den Privatangestellten ein Recht gibt, eine bessere Fürsorge für sich zu fordern, diese Fürsorge zu fordern im Rahmen einer besonderen Versicherung, sie zu fordern ohne den beständigen Vergleich mit den angeblich schlechter gestellten Arbeitern. Dieser Verzicht entkleidet die Angestelltenfürsorge des Charakters einer Wohltat aus allgemeinen Mitteln und entzieht damit auch jenen Aussonderungsneigungen den Boden, wie sie z. B. von den Hochschullehrern bekannt geworden sind.

Die Forderung, „Vereinheitlichung der sozialen Versicherung“, mit der häufig der Ausbaugesandte begründet wird, ist ein Schlagwort und ein Theorem, das im Widerspruch zum Leben steht. Die Verhältnisse unter den Menschen sind eben nicht gleich, und wenn man auch nicht allen Verschiedenheiten Rechnung tragen kann, so muß man es doch den hauptsächlichsten gegenüber tun, und es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß das Versicherungsbedürfnis aller Schichten des Volkes nur eben gerade nach einer Schablone befriedigt werden müßte oder auch nur könnte. Die hier nur kurz angedeuteten Unterschiede bestehen auch da, wo Arbeiter und Angestellte das gleiche Einkommen haben. Die äußerliche Tatsache der gleichen Einkommensform darf nicht allein bestimmend sein für die Frage des Bedürfnisses.

Daß auch gewisse Angestelltingruppen dieselbe Forderung erheben wie aus ganz andern Gründen die Mehrzahl der Arbeit-

geber, wird der nicht überschätzen, der sieht, daß es ausschließlich die kleineren radikalen Gruppen sind, deren organisatorische Arbeit den schroffsten Gewerkschaftsformen folgt und die mit solcher Arbeit unter den Angestellten nur dann Erfolg haben können, wenn es ihnen gelingt, diese in eine Stimmungsgemeinschaft mit den Arbeitern hineinzuziehen. Proletarische Grundstimmung wird dazu gebraucht und daher verbreitet, und weiter dann noch eine möglichst unzufriedene und radikale Stimmung für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Eine der letzten Kundgebungen von Arbeitgeberseite ist die des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser, die auf dessen Generalversammlung am 7. März in Leipzig beschlossen wurde:

„Die Generalversammlung erklärt, daß die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatangestellten bis zu einer gewissen Gehaltshöhe — etwa 5000 M — unter Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre und unter Einführung der Berufsinvalidität notwendig ist. Sie kann aber mit der überwiegenden Mehrheit der Privatangestellten selbst und mit fast der gesamten Prinzipalität nicht anerkennen, daß der von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzesentwurf die Pensionsfrage der Privatangestellten in befriedigender und annehmbarer Weise löst. Denn einmal sind die vom Entwurfe vorgesehenen Beiträge zu der geplanten Sonderklasse im Verhältnisse zu deren Leistungen viel zu hoch, und dann ist durch die Gesetzesvorlage das Fortbestehen der bewährten Privat-Pensionskassen fast unmöglich gemacht.“

„Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser bittet daher die Reichsregierung, einen neuen Entwurf vorzulegen, der bei gleichen Leistungen erheblich niedrigere Beiträge vorsieht und der ferner die bestehenden privaten Pensionskassen unangefastet läßt.“

Wenn dieser Verband will, daß die Beiträge niedriger werden und die Leistungen trotzdem gleich bleiben sollen, so gibt er damit sowohl der Regierung, wie auch den sonstigen Beteiligten ein Rätsel auf, das er selbst nicht lösen kann. Hat doch selbst Prof. Moldenhauer in Köln, der nicht viel Gutes dem Gesetzesentwurf der Regierung nachsagt, Zweifel geäußert, ob bei diesen Beiträgen die vorgeschlagenen Leistungen möglich sein werden. Ganz unbegreiflich ist es aber, wie die Stelle in der Entschließung hineinkommt: „mit der überwiegenden Mehrheit der Privatangestellten selbst!“*) Wer irgendwie berufen ist, über Stellungnahme der Angestellten zur vorliegenden Frage etwas zu sagen, kann doch nicht über die Tatsache einfach hinweggehen, daß die Mehrheit der organisierten Privatangestellten sich mit dem Hauptausschuß auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt hat. Natürlich nicht schlechthin, sondern sie fordert eine Reihe von Verbesserungen hinsichtlich des Umfangs der Versicherung, der Beiträge und Leistungen, des Rechtes der weiblichen Versicherten und der Selbstverwaltung. Einen anderen Maßstab als die Zahlen der organisierten Privatangestellten hat man wohl nicht, und dieser zeigt die Tatsache, daß auf Seiten des Hauptausschusses etwa 700 000 oder $\frac{11}{12}$, auf Seiten der Freien Vereinigung etwa 60 000 oder $\frac{1}{12}$ aller organisierten Privatangestellten stehen. Die Minderheit wird allerdings leicht überschätzt, weil sie, wie alle oppositionellen Minderheiten, sehr aktiv ist und sehr viel mehr Geräusch verursacht, als ihrer Zahl entspricht, und ferner, weil ihr nach Bedarf allerlei Bundesgenossen zugezählt werden, die wie sie den Hauptausschuß bekämpfen, sachlich aber ebenso Gegner der Minderheit wie der Mehrheit sind. Wer eine öffentliche Kundgebung veranstaltet und eine Führerschaft ausübt, muß aber doch die tatsächlichen Verhältnisse kennen!

An dem Bestande des Hauptausschusses hat sich auch nichts wesentliches geändert durch den Austritt des Magdeburger Privatbeamtenvereins, der seinerseits die Presse sehr stark in Anspruch genommen hat, um sein Ausscheiden als „Zwiespalt unter den Privatangestellten“ erscheinen zu lassen. Der Magdeburger Verein hatte sich schon längst und immer wieder gegen das Programm des Hauptausschusses vergangen und ist nur deshalb ausgefallen, weil ihm bekannt war, daß er sonst ausgeschlossen worden wäre.

Wenn von den Gegnern des Hauptausschusses geltend gemacht wird, daß dieser die angegebene Zahl nicht in Anspruch nehmen könne, weil manche seiner Mitglieder seine Auffassung nicht teilen, so ist das nichts weiter als Übertreibung einer fast selbstverständ-

*) Vielleicht liegt eine Erklärung darin, daß die Entschließung sich nicht für den Ausbau ausspricht, auch nicht gegen den Gesetzesentwurf als Grundlage; sie sagt nur, daß der Gesetzesentwurf die Frage nicht in befriedigender Weise löst. Das ist allerdings auch die Meinung des Hauptausschusses, sonst hätte er doch keinen Anlaß, eine lange Reihe von Verbesserungen zu fordern. Aber der Eindruck, den diese Wendung macht, ist ein ganz anderer, ist irreführend!

lichen und für den Kundigen gar nichts bedeutenden Erscheinung. Das kommt in jeder Vereinigung vor, daß einzelne Mitglieder anderer Meinung sind als Leitung und Mehrheit, und das ist bei den Vereinen der „Freien Vereinigung“ in viel größerem Umfange der Fall als bei denen des Hauptausschusses. Es sprechen allerlei Stimmen — und nicht nur Einzelstimmen! — dafür, daß innerhalb der Minderheit gar viele sich lieber auf den Boden der Tatsachen stellen und gemeinsam mit dem Hauptausschusse an der Verbesserung des Gesehntwurfs arbeiten möchten. So hat in Berlin eine Versammlung von Vereinen beider Parteien stattgefunden, die eine Annäherung der beiden Richtungen empfahl. Auch sonst vertreten das viele Einzelstimmen aus jenem Lager. Die stärkste Gruppe der Freien Vereinigung, der „Verein der Deutschen Kaufleute“, hat außerdem in seinem Organ erklärt, daß er an dem Gesehntwurf arbeiten wolle, und im Sozialen Ausschusse der Technikerverbände ist in den letzten Wahlen am 18. Februar die Leitung aus den Händen der Gruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten auf die dem Hauptausschusse angehörigen Verbände, „Deutscher Werkmeister-Verband“ und „Deutscher Techniker-Verband“, übergegangen. Das sind Tatsachen, die auf viel Unzufriedenheit innerhalb jener Gruppe schließen lassen. Der Hauptausschuß aber bildet nach wie vor die geschlossene Vertretung nicht nur der Mehrheit, sondern der Masse der deutschen Privatangestellten.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Ortsgruppe Leipzig der Gesellschaft für Soziale Reform nahm am 21. März in öffentlicher Versammlung zwei Vorträge des Universitätsprofessors Dr. Barth und des Lehrers Clemens Böhm über „Allgemeine Volksschule und Einheitschule in sozialer Bedeutung“ entgegen. Prof. Barth erklarte, ausgehend von der organischen Theorie der Gesellschaft, die Hauptaufgabe der Erziehung darin, die geistige Einheit der Gesellschaft schon in der heranwachsenden Jugend zu begründen und sie vor allem mit dem Gefühle gegenseitiger Wertschätzung zu erfüllen. Der Staat habe deshalb ein dringendes Interesse daran, alle Kinder ohne Unterschied des Standes und des Vermögens in denselben Unterrichtsanstalten zu vereinigen, mindestens bis zu der Zeit, etwa dem zehnten Lebensjahre, wo die Vorbildung zu besonderen Berufen eine Differenzierung auch in der Art des Unterrichts unvermeidlich mache. Der Einwand, die bestbegabten Kinder wohlhabender Eltern könnten hierdurch in ihren Fortschritten gehemmt werden, werde, soweit er überhaupt zuträfe, durch die von der modernen Pädagogik geforderte Umbildung der Verniskule in die Arbeitsschule mehr und mehr gegenstandslos. Umgekehrt könne sich dann leicht ein Übergewicht der von früh auf an Arbeit gewöhnten Kinder herausstellen. Etwa drohenden sittlichen Gefahren, die wenigstens unter den Verhältnissen der Großstadt nicht zu leugnen seien, könne die Erziehung im Elternhause begegnen. Man dürfe aber auch an die veredelnde Kraft des Guten glauben, die ebenso stark wirken könne wie die Anstiftungskraft des Bösen. Jedenfalls biete in unserer heutigen durch grelle Standes- und Vermögensunterschiede zersplitterten Gesellschaft die allgemeine Volksschule den Volksgenossen fast noch die einzige Möglichkeit, sich gegenseitig kennen und verstehen zu lernen, schon in zarten Kinderherzen das Gefühl gegenseitiger Wertschätzung zu erzeugen und die Neigung zu zerstören, die eigene Lage nur mit derjenigen der besser Gestellten, nicht aber der weniger vom Glücke Begünstigten zu vergleichen. Die Gelegenheit, dies in der Militärdienstzeit nachzuholen, komme zu spät und werde verhältnismäßig nur wenigen zu teil. Einer völligen Unterdrückung der Privatschulen solle zwar nicht das Wort geredet werden. Sie behalten als Konkurrenten des Staats ihren Wert für Erprobung neuer Erziehungsmethoden und sind für besonders zart veranlagte Kinder kaum zu entbehren. Doch bleibe es in seinem eigentümlichen Interesse Aufgabe des Staates, nach Kräften auf gemeinsame und einheitliche Erziehung aller Kinder in den ersten Schuljahren hinzuwirken.

Auch Lehrer Böhm trat nachdrücklich für dasselbe Ziel ein und ergänzte den Vortrag durch wertvolle, von ihm als praktischem Schulmann gemachte Erfahrungen. Man könne es nicht „öde Gleichmacherei“ nennen, wenn die Möglichkeit, vom allgemeinen Bildungsgrade der Nation zu genießen, unterschiedslos jedem Volksgenossen und zwar ohne Entgelt gewährt würde. Bildung sei auch kein Hindernis, sogenannte schmutzige Arbeit zu verrichten, wie das Beispiel des Arztes beweise. Redner gab einen Überblick über die in Deutschland und mehreren fremden Staaten mit der einheitlichen Volksschule gemachten günstigen Erfahrungen. Die in Süddeutschland, namentlich in München, allgemein beobachtete geringere Verschärfung der Klassengegenstände sei vielleicht ein Verdienst dieser Schulform. Die sittlichen Eigenschaften der Schulkinder würden nach seinen Erfahrungen durch Stand und Vermögensverhältnisse der Eltern im Allgemeinen nur wenig beeinflusst, obgleich die Kinder der minderbegüterten Eltern gewiß größeren Gefahren ausgesetzt seien. Mütter solcher Kinder, die er in ihrem Erziehungsmerke habe beobachten können, hätten ihm oft hohen Respekt eingefloßt.

Redner befürwortete zum Schluß noch die Einheitschule im Sinne einer bis zum 14. Lebensjahre fortgeführten gleichartigen Ausbildung aller Schüler und als gemeinschaftlichen Unterbau für alle, auch die höchsten Berufe. Freilich setze dies voraus, daß sich die Gymnasien zu einer Herabsetzung der Anforderungen an die Vorbildung ihrer Zöglinge entschließen. Dies werde sich durch Änderungen im Lehrbetriebe der alten Sprachen unschwer ermöglichen lassen.

Die Versammlung sollte beiden Vortragenden reichen Beifall.

Soziale Zustände.

Die ökonomische Bedeutung der gewerblichen Frauennarbeit für den Arbeiterhaushalt. Bei den mannigfachen Erörterungen, die sich an die steigende Fabrikarbeit der verheirateten Frauen knüpfen, werden von allen Seiten die Gefahren für Haushalt und Mutterchaft anerkannt. Während im allgemeinen jedoch zugestanden wird, daß die Frau in den allermeisten Fällen aus wirtschaftlicher Notlage heraus in die Fabrik geht, ihr dies also unmöglich vermehrt oder erschwert werden darf, werden doch auch immer wieder Stimmen laut, die der Frau den Rat geben, nicht in die Fabrik zu gehen, da sie durch ihr Zuhausebleiben Ersparnisse im Haushalt machen könnte, die den ihr dadurch entgangenen Verdienst in der Fabrik wieder ausgleichen würden. Eine Antwort auf diese Frage, ob wirklich das Arbeiter Einkommen der Frau gewissermaßen illusorisch ist und durch Mehraufwendungen im Haushalt wieder aufgezehrt wird, sucht eine kürzlich erschienene Studie „Über Fabrikarbeit verheirateter Frauen“ von Dr. Rose Otto*) zu geben. Die Verfasserin untersucht im ersten Teil die geschichtliche Entwicklung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen und der Arbeiterinnenschutzgesetze für England, während der zweite Teil dieselben Fragen für Deutschland behandelt bis zum Erlaß der letzten Gewerbeordnungsnovelle, die den Zehnstundentag brachte. In dem Abschnitt über die Entwicklung in Deutschland werden auch die grundsätzlichen Gesichtspunkte erörtert, welche die Stellungnahme der politischen Parteien, namentlich der Sozialdemokratie und des Zentrums, sowie der Arbeiterberufsverbände zur eheweiblichen Fabrikarbeit beeinflusst haben.

Dieser 1. und 2. Abschnitt des Buches ist eine lezenswerte Zusammenfassung des vorhandenen Materials zu dieser Frage, es kann jedoch naturgemäß denen nicht viel neues geboten werden, die sich selbst schon eingehender mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigt haben. Der wichtigste Teil des Werkes ist jedoch der 3. Abschnitt, der eben die Antwort auf die Frage nach der ökonomischen Bedeutung der Frauen-Fabrikarbeit für den Einzelhaushalt bieten will. Die Verfasserin hat zu diesem Zwecke sehr sorgfältige Untersuchungen an der Hand von Budgets aus Arbeiterhaushaltungen in München angestellt. Der Kreis der Familien, die dafür gewonnen wurden, zum Zwecke der Arbeit eine Zeit lang sorgfältige Haushaltsbudgets zu führen, konnte naturgemäß bei einer privat ausgeführten Untersuchung nur eng sein, doch ist dieses an Umfang kleine Material um so sorgfältiger geprüft und verarbeitet worden. Die Budgets von Familien, von denen die Frau in die Fabrik geht, wurden verglichen mit Haushaltsrechnungen von Familien, in denen sich die Frau nur den Hausfrauen- und Mutterpflichten widmen kann. Das Endergebnis dieser Untersuchungen ist, daß sich tatsächlich aus der Fabrikarbeit der Frau ein ökonomischer Reingewinn für die Haushaltungen ergibt, den diese Haushaltungen nicht entbehren können, wenn anders die Familien nicht in ihrem Lebensstandard sinken wollen.

Von den Brutto-Einnahmen der Frau aus der Fabrikarbeit müssen in Abrechnung gebracht werden die Aufwendungen für die Bewahrung der Kinder während der Abwesenheit der Mutter; entweder müssen die Kinder in Horten oder bei Kostellern untergebracht werden, oder es muß jemand zur Beheizung der Kinder ins Haus genommen werden. Auf allen andern Gebieten des häuslichen Lebens aber (Aufwendungen für Kleidung, Flid- und Wascharbeiten, Kochen u.) wirtschaftet die verheiratete Fabrikarbeiterin ebenso billig, wie die im Haus bleibende Arbeiterfrau. Sie erzielt dies Resultat freilich nur, indem sie für all diese Arbeiten keine fremde Hilfe nimmt, sondern sie neben ihrer Verdienstarbeit, in aller Frühe morgens, dann wieder bis spät in die Nacht hinein und am Sonntag erledigt. Diese Leistung ist natürlich nur bei Anspannung, ja Überanpannung aller Kräfte möglich, was eine stete Gefahr für die Gesundheit der Frauen und damit auch für die Volkswirtschaft bedeutet. — Die vorliegende dankens-

*) Münchener volkswirtschaftliche Studien. Hrsg. von Brentano und Lok. Cotta's Verlag, Stuttgart 1910. Preis 6.50 M.

werte Untersuchung bildet eine neue Unterstützung zu der Ansicht, daß man die Fabrikarbeit verheirateter Frauen vorläufig nicht ausschalten kann, weil die Frauen nur einem wirtschaftlichen Zwange gehorchen, wenn sie in die Fabrik gehen. Wohl aber muß sowohl durch gesetzlichen Schutz wie auch durch andere Maßnahmen (Kinderhort, Zentralküchen, mögliche Zweckmäßigkeit wie Zentralheizung und Warmwasserversorgung gerade in den Wohnungen der Unbemittelten!) dafür gesorgt werden, die hauswirtschaftlichen Lasten dieser Frauen herab zu mindern.

Bergarbeiterlöhne in Preußen 1910. Der im Reichsanzeiger veröffentlichte amtliche Nachweis der Bergarbeiterlöhne im Jahre 1910 für die Hauptbergbaubezirke in Preußen läßt erkennen, daß der Tiefstand der Löhne im Ruhrrevier und im Wurmrevier überdritten ist, wenn auch die Lohnhöhe von 1907/08 noch lange nicht erreicht, die Teuerung aller Lebensbedürfnisse inzwischen aber stark gewachsen ist. Im fiskalischen Bergbau im Saarrevier ist dagegen von einer Aufwärtsbewegung noch nicht die Rede, und in Oberschlesien ist sogar die Abwärtsbewegung noch ziemlich bedeutend gewesen. Für die drei westlichen Reviere ergibt sich folgendes Bild der Entwicklung der Durchschnittslöhne seit dem Jahre 1907, dem die höchsten Löhne aufweisenden Jahre der letzten Hochkonjunktur.

	Schichtzahl	Schichtlohn M.	Jahreslohn M.	Hauerlohn M.
Ruhrrevier	1907	321	4,87	5,28
	1908	310	4,82	5,86
	1909	301	4,49	5,33
	1910	304	4,51	5,37
Saarrevier	1907	295	4,02	4,57
	1908	293	4,04	4,63
	1909	287	3,96	4,51
	1910	283	3,97	4,50
Wurmrevier	1907	314	4,64	5,28
	1908	308	4,58	5,17
	1909	302	4,45	5,01
	1910	306	4,49	5,09

In Oberschlesien sind der Schichtlohn von 3,48 M auf 3,41 M, der Hauerlohn von 3,97 M auf 3,91 M und der Jahreslohn sogar von 986 M auf 964 M gefallen. Im Ruhrrevier, wobei in der amtlichen Nachweisung die Schichtanlagen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, also nicht die Zeche Rheinpreußen auf dem linken Rheinufer, berücksichtigt sind, ist der durchschnittliche Jahreslohn für alle Arbeiter einschließlich der jugendlichen noch um 180 M niedriger als im höchsten Jahre der letzten Hochkonjunktur, im Wurmrevier um 80 M und im Saarrevier um 63 M.

Militär-anwärter als Handlungsgehilfen. Die vor einigen Tagen in der Presse verbreitete Nachricht, daß die preussische Heeresverwaltung beabsichtige, Personen, die ihre militärische Laufbahn beendet haben, mangels geeigneter Beamtenstellen auch für den kaufmännischen Beruf auszubilden, hat in Angestelltenkreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen. Man verwahrt sich entschieden gegen ein solches Vorgehen und beruft sich darauf, daß das Angebot von Arbeitskräften im Handel bereits im argen Mißverhältnis stehe zur Nachfrage. Die Erfahrungen, die die großen Angestelltenverbände mit ihren Stellenvermittlungen und Stellenlosenlisten täglich machen müssen, reden eine deutliche Sprache. Und nun noch künstliche Vermehrung der Reservearmee durch Militär-anwärter, die in der Regel 12 Jahre lang dem Erwerbsleben völlig fernstehen! Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig hat es deshalb als seine Pflicht betrachtet, sofort an die preussische Heeresverwaltung eine Eingabe zu richten, in der er unter Darlegung der Gründe gegen diese Ausbildung für den Kaufmannsberuf Stellung nimmt.

Die Gewinnbeteiligung in Großbritannien haben nach amtlichen Feststellungen im Jahre 1909/10 69 Firmen, die je nach der Jahreszeit 77 000 bis 84 850 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, gepflegt gegenüber 65 im Jahre 1908/09 (Juli bis Juni). Der gewährte Gewinnbetrag machte durchschnittlich 5,2 % der gezahlten Jahreslohnsummen aus gegen 4,8 % im Vorjahr. In einem Falle stieg der Gewinnfuß auf mehr als 40 % der Löhne (für 59 Arbeiter); 2400 Arbeiter bezogen einen „Bonus“ von 10 bis 20 % der Löhne in 4 Betrieben. Mehr als 20 000 Arbeiter mußten sich mit 1 bis 4 v. H. Gewinnzuschlag zufriedengeben. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich bei den Gewinnbeteiligungsfirmen um Großbetriebe. In zwei Maschinenfabriken mit 100 und 1185 Arbeitern wurde das Gewinnbeteiligungssystem, das in beiden ungefähr ein Jahrzehnt bestanden hatte, abgeschafft. Die größere Firma gab als Grund Gewinnrückgänge an.

Rechtspflege.

Das Reichsgericht über das Ehrenwort in der Konkurrenz-Klausel. Ein mit 3000 M angestellter Techniker hatte einen Anstellungsvertrag unterschrieben, in dem es hieß:

„Wir machen zur Bedingung, daß Sie sich unter Verpfändung Ihres Ehrenwortes und bei Vermeidung einer Vertragsstrafe in der doppelten Höhe Ihres letzten Jahresgehalts für jeden Fall einer Zuwiderhandlung verpflichten“ usw. nach bekanntem Muster. Zum Schluß hieß es dann: „Sie versprechen Ihr Ehrenwort, jederzeit und auch nach Ihrem etwaigen Austritt aus unserem Geschäft das Ansehen und das Interesse der Firma hochzuhalten und das Geschäftsgeheimnis aufs strengste zu wahren. . . . Sie haben sich unserer diesem Schreiben beiliegenden Geschäftsordnung, deren vollständige Kenntnisnahme zu Ihren Dienspflichten gehört, zu unterwerfen.“

Als der Techniker nach Austritt aus seiner bisherigen Stellung trotzdem bei einer Konkurrenzfirma eintrat, klagte seine frühere Prinzipalin die Vertragsstrafe ein und erstritt auch vor dem OLG. Köln ein obliegendes Urteil. Das Reichsgericht hob jedoch mittels Urteils vom 8. November 1910 (III. 643/09) dieses Urteil auf unter Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz. In diesem Urteil, das die Richtigkeit des ganzen Anstellungsvertrags ausspricht, wird ausgeführt:

Die in den Vertragsbestimmungen enthaltene Bindung durch Ehrenwort verstoßt gegen die guten Sitten. Schon in einer früheren Entscheidung hat der erkennende Senat ausgesprochen, daß die Ehre, weil sie als ideales Gut einen Teil des Persönlichkeitsrechts des Menschen bildet und eine Grundlage seiner Existenz ist, nicht ohne weiteres in vermögensrechtlichen Beziehungen zugunsten anderer verwendet werden kann. Daß unter Umständen die Bindung des aus einem Verträge Verpflichteten durch Ehrenwort zulässig sein kann, ist zuzugeben. Hier liegen aber ebenso wie in dem damaligen Falle besondere Gründe nicht vor, namentlich ist von einer besonderen Vertrauensstellung des Beklagten und von Geheimhaltung bestimmter anvertrauter Tatsachen keine Rede. Die Verpfändung des Ehrenwortes bezieht sich ferner nicht allein auf die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses, sondern auch auf alle die mannigfachen in dem Wettbewerbsverbote dem Beklagten auferlegten Verpflichtungen und sogar auf die Beobachtung der aus der Geschäftsordnung ersichtlichen generellen Bedingungen seiner Anstellung. Der Beklagte stand hiernach schon während seiner Stellung bei der Klägerin und weiter während der auf drei Jahre vereinbarten Geltung des Wettbewerbsverbots unter dem Drucke der ehrenwörtlichen Verpflichtung. Er wurde der Gefahr ausgesetzt, selbst aus geringfügigen Anlässen des Bruches seines Ehrenwortes geziehen zu werden und dadurch eine Minderung seines Ansehens zu erleiden. Eine solche Bindung durch Ehrenwort in ausschließlich vermögensrechtlichen Angelegenheiten ist unzulässig. — Das Berufungsgericht verkennt dies nicht, nimmt aber an, daß hierdurch nicht das ganze Rechtsgeschäft nichtig werde, sondern nur, daß das Befähigungsmittel der Verpfändung des Ehrenwortes als unzulässig und unwirksam in Wegfall komme. Dieser Beurteilung kann nicht beigetreten werden. Die Verpfändung des Ehrenwortes des Beklagten ist nach dem Inhalte des Vertrages kein bloßes dem Verträge hinzutretendes Befähigungsmittel, keine Nebenabrede, die unbeschadet des Fortbestandes des Wettbewerbsverbots aus dem Verträge ausgeschieden werden könnte, sondern bildet in Verbindung mit der Vertragsstrafe die einheitliche Grundlage für das Wettbewerbsverbot. Schon die dreimalige Hervorhebung der Verpfändung des Ehrenwortes als Bedingung der Anstellung beweist, daß die Klägerin auf diese Bedingung für das Wettbewerbsverbot und den Vertragsschluß überhaupt wesentliches Gewicht gelegt hat. Dafür spricht ferner der Umstand, daß sich die Verpfändung des Ehrenwortes auf alle Vertragsverpflichtungen des Beklagten erstreckt und gegenüber der nur auf 6000 M sich belaufenden Vertragsstrafe für die Klägerin von großer Bedeutung sein mußte. Daraus ergibt sich der Schluß, daß ohne Verpfändung des Ehrenwortes der Vertrag nicht zustande gekommen wäre. Die Voraussetzung des § 139 BGB. *) für die Aufrechterhaltung des Strafversprechens des Beklagten liegt daher nicht vor. . . . (Vergl. Entsch. d. RG. in Zivilf. Bd. 74 S. 332 ff.)

Die Gültigkeit einer Konkurrenzklausele für gewerbliche Arbeiterinnen. Die vom OLG. Stuttgart in einem besonderen Falle als gegen die guten Sitten verstoßend verneint worden war (vergl. Sp. 232, 402), ist in demselben Falle, wie uns aus Stuttgart hierzu geschrieben wird, vom Landgericht Stuttgart als Berufungsinstanz anerkannt worden. In den Gründen heißt es:

Da unbestritten ist, daß das Geschäft, in dem die Beklagte jetzt arbeitet, ein Konkurrenzunternehmen gegenüber der Klägerin ist, was natürlich der Beklagten als früherer Arbeiterin bei B. von Anfang an bekannt war, so liegt seitens der Beklagten eine wissenschaftliche Zuwiderhandlung gegen die vertragmäßig übernommene Verpflichtung vor.

*) § 139 BGB. besagt: „Wenn ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig ist, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde.“

Eine Nichtigkeit dieser Verpflichtung kann in Ermangelung von Vorschriften, die den §§ 74 HGB., 183 f. G.D. entsprechende Einschränkungen auch für die Fabrikarbeiterin aufstellen, sich nur gründen auf die allgemeine Bestimmung des § 188 BGB. Die Erwägung, die das Gewerbegericht anstellt, ob die Klägerin der Beklagten durch die Art der Lohnbemessung einer der übernommenen Verpflichtung entsprechende Gegenleistung gewährt habe, würde allerdings dazu führen, die Unwirksamkeit der Konkurrenzklausele auch dann anzunehmen, wenn die Beklagte eine jegliche Benachteiligung durch dieselbe nicht behaupten könnte. Allein darauf, ob einer vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung eine entsprechende Gegenleistung gegenübersteht, kann es bei der Frage des Verstoßes gegen die guten Sitten nicht ankommen. Denn daß die Beklagte etwa durch Ausbeutung einer Notlage zur Eingehung der Verpflichtung gezwungen worden wäre, kann sie selbst nicht behaupten. Es kann vielmehr für die Anwendung des § 188 BGB. auf den vorliegenden Fall im wesentlichen nur der Gesichtspunkt maßgebend sein, der auch in § 183 f. G.D. als die Schranke der Zulässigkeit der Konkurrenzklausele aufgestellt ist. In dieser Beziehung liegt nun nach der eigenen Darstellung der Beklagten die Sache tatsächlich so, daß sie unmittelbar nach ihrem Austritt bei der Klägerin die Arbeit bei der Konkurrenzfirma antrat, also von dieser offenbar schon während ihrer Stellung bei der Klägerin angeworben worden war. Wenn man weiter erwägt, daß die Beklagte zugestandenemmaßen sonst nirgends einen Versuch machte, Arbeit zu bekommen, und ferner auch nicht behaupten kann, daß sie eine Stellung als Paderin nicht auch in anderen Geschäften als gerade bei einer Konkurrenzfirma der Klägerin hätte finden können, so fehlt es an jedem tatsächlichen Anhaltspunkt dafür, daß die Beklagte durch die übernommene Verpflichtung, innerhalb eines Jahres nach ihrem Austritt bei der Klägerin keine Stellung in einem gleichartigen Geschäft anzunehmen, in ihrem Fortkommen in unbilliger Weise beschwert worden wäre.

Firmengeschenke an gelbe Wertvereinstaffeln — keine steuerfreie „sittliche Pflichtleistung“. Die nachstehend mitgeteilte Reichsgerichtsentcheidung, die sich mit der Steuerpflicht von freiwilligen Zuerkennungen an sogenannte Hauskassen gewerblicher Großbetriebe befaßt, stimmt mit anderen Entscheidungen, die wir später noch mitteilen werden, überein. Die Aktiengesellschaft F. F. Hammerfen, Baumwollspinnerei und Buntweberei in Osnabrück, hatte zugunsten des von ihr im Jahre 1907 gegründeten gelben Wertvereins 25 000 M. der Vereinstaffe geschenkt, wofür die Oberzolldirektion in Hannover 5 v. H., also 1250 M., als Schenkungssteuer forderte. Der Verein legte gegen diese Besteuerung Beschwerde ein mit der Begründung, daß die Schenkung als sittliche Pflicht zu betrachten sei und die Firma die Summe in der Erkenntnis hergegeben habe, daß der Verein ohne Beihilfe nicht in der Lage sei, die von ihm verfolgten Ziele zu verwirklichen. Die Schenkung sei auch mehr als Lohnaufbesserung zu betrachten, weil das Geld den Arbeitern zugute komme. Das Gericht machte geltend, daß die Firma die Schenkung ihres eigenen Vorteils wegen gemacht habe, um sich einen abhängigen Arbeiterstamm heranzubilden, unabhängig von den christlichen und freien Gewerkschaften, und wies die Klage der Rückgabe der vorbehaltlich eingezahlten Steuersumme ab. — Zur Beurteilung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und gelben Gewerkschaften liefern der Schriftsatz der Firma Hammerfen und die Urteilsbegründung einen neuen lehrreichen Beitrag.

Ein internationaler Kongreß für Jugendgerichte in Paris wird auf Anregung von Vertretern französischer Jugendgerichte vom 29. Juni bis 1. Juli 1911 abgehalten werden. Dem vorbereitenden internationalen Komitee gehören als Vertreter Deutschlands Professor Dr. Franz v. Liszt und Jugendrichter Dr. Kühne an. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge organisiert die Beteiligung der Jugendgerichtsstreife Deutschlands. Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin C. 19, Wallstr. 89, II zu richten.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Stempelspflichtigkeit der Tarifverträge in Preußen

erörtert der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts v. Schulz im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (Nr. 6). Der Finanzminister hat neuerdings auf mehrere Anfragen Tarifverträge für stempelspflichtig erklärt mit Rücksicht auf § 71 Ziffer 2 der neuen Fassung des preußischen Stempelsteuergesetzes vom 26./30. Juni 1909 („Verträge über sonstige vermögensrechtliche Gegenstände, wenn keine andere Tarifstelle zur Anwendung kommt“). So hat der Finanzminister für den Berliner Rohrlegertarifvertrag auf Anfrage des Gewerbegerichts Berlin durch Schreiben vom 5. Dezember 1910 eine Stempelspflicht in Höhe von 3 M. anerkannt, ebenso für Abänderungen und Zusätze. Über den merkwürdigen Bescheid des

Finanzministers an die Parteien des Baugewerbevertrags hat die „Soziale Praxis“ (Nr. 9, 1. Dezember 1910) sich kritisch geäußert. v. Schulz stimmt diesen Ausführungen zu, spricht sich aber auch noch aus einem anderen Grunde für die Stempelsteuerfreiheit der Tarifverträge aus:

„Gewerbefreundliche Gründe leiteten den Gesetzgeber, Lehrverträge und ferner Arbeitsverträge bis zur Lohngrenze von 1500 M. steuerfrei zu lassen. Wir verdanken diesem Wohlwollen, daß die Schriftlichkeit der genannten Verträge sich immer mehr einbürgert und daß eine Unmenge gewerblicher Streitigkeiten, welche bei mündlichen Abreden entstehen, vermieden werden. Wenn schon im Stempelsteuergesetz für Lehrverträge und Arbeitsverträge Entgegenkommen gezeigt worden ist, um wieviel mehr Anlaß lag vor, ebenso bei Tarifverträgen, welche die Bedingungen der künftigen Arbeitsverträge meist Tausender von Menschen vorsehen, zu verfahren. Der Gedanke, Tarifverträge zu besteuern, ist gar nicht aufgetaucht. Sonst würde im Gegenlage zu den in Nr. 71 der Tabelle angegebenen Befreiungen dort ausdrücklich hervorgehoben worden sein, daß Tarifverträge der Steuer unterliegen. Jetzt muß man schließen, daß durch Nr. 71 diese Verträge nicht getroffen werden sollten. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß gar nicht so selten durch Schiedssprüche der gewerbegerichtlichen Einigungsämter Tarifverträge aufgestellt werden. Für derartige Fälle erklärt der Minister für Handel und Gewerbe im Einverständnis mit dem Finanzminister: „Die Ausfertigungen dieser Schiedssprüche unterliegen auch nicht dem Ausführungsstempel der Tarifstelle 10, weil nach § 58 des Gewerbegerichtsgesetzes in Verbindung mit § 2 des Gerichtskostengesetzes in dem Streitverfahren vor den Gewerbegerichten die Erhebung von Stempelgebühren für die im Verfahren errichteten Urkunden ausgeschlossen ist und es der Absicht des Gesetzes entsprechend angesehen werden muß, daß für das Einigungsverfahren der gleiche Grundplatz Platz greift.“

Was für die Schiedssprüche gilt, muß nach der Ansicht v. Schulz auch auf die vor den Einigungsämtern zustande gekommenen „Vergleiche“ Anwendung finden. Und demnach werden jedenfalls die vor den Gewerbegerichten zustande gekommenen Tarifverträge nicht nach den Vorschriften des Stempelsteuergesetzes zu behandeln sein, was auch von Tarifverträgen gilt, die mündlich verabredet werden. Besondere Beachtung verdient, was v. Schulz über die Schädigung der Tarifvertragspraxis durch die neuerlichen Besteuerungsbestrebungen sagt:

„Arbeitgeber mancher Gewerbe wollen sicher gehen, daß sie tariftreue Arbeiter beschäftigen. Sie lassen sich daher von jedem einzelnen Arbeiter, der in den Betrieb eintritt, ein Exemplar des Tarifvertrags unterzeichnen. Soweit Mitglieder der Vertragsorganisationen in Betracht kommen, wird man vielleicht derartige Urkunden als Arbeitsverträge ansehen. Wenn aber Außenstehender zur Arbeit angenommen werden, ist das Abkommen als ein Tarifvertrag aufzufassen, namentlich, wenn der einzelne Arbeitgeber als Vertreter seiner Organisation mit dem Arbeiter abschließt. Ganz abgesehen von dem Geldpunkte — man stelle sich einen großen Betrieb mit ständigem Arbeiterwechsel vor — wird von den Gewerbetreibenden es als eine unangenehme Last empfunden werden, jedesmal bei Engagement eines Arbeiters untersuchen zu müssen, ob derselbe einer Vertragsorganisation angehört oder nicht. Die Besteuerung der Tarifverträge wird also der notwendigen Verbreitung dieser Verträge schwer hinderlich sein, wenn gar noch Abänderungen und Zusätze zu den Verträgen für besteuertungsfähig erklärt werden. Wir sind jetzt dabei, die Stempelbeträge nachträglich einzuziehen und haben bisher schon zahlreiche Beschwerden anhören müssen.“

Falls der Gesetzgeber für Steuerfreiheit sich nicht erweichen sollte, müssen Vorschriften in die Tabelle über Tarifverträge aufgenommen werden, besonders über die Fälle, in welchen die Steuer nicht zu erheben ist.“

Wir halten eine authentische Auslegung des Stempelsteuergesetzes durch den Gesetzgeber auch für zweckmäßig aus praktischen Gründen. Im übrigen aber sind wir der Ansicht, daß die Heranziehung der Tarifverträge zur Stempelsteuer gegen den Sinn des Gesetzes verstößt, weil es bei richtiger Auffassung des Wesens des Tarifvertrags unmöglich ist, ihn als „Vertrag über sonstige vermögensrechtliche Gegenstände“ zu behandeln. Die im Bescheid des Finanzministers vom 5. Dezember 1910 angeführten „Gründe“ für die angeblich „vermögensrechtliche“ Natur des Tarifvertrags beziehen sich tatsächlich auf die Nebenabrede der Parteien, Tarifvertragsverletzungen nicht zu dulden und tarifuntreue Arbeiter oder Arbeitgeber nicht zu unterstützen. Es ist doch eine juristische Kunstflei, aus der Tatsache, daß Vertragsverletzungen in einem Verträge nochmals ausdrücklich verpönt werden und gegebenenfalls sogar Schadensersatzklagen wegen Nichterfüllung des Vertrags zur Folge haben können, die „vermögensrechtliche“ Eigenschaft eines solchen Vertrags zu folgern. Wenn im preußischen Stempelsteuergesetz ein Titel irgendwelche Beziehungen zu den Tarifverträgen enthält, so ist es die Stelle 71, 2b über „Verträge, durch welche Arbeits- und Dienstleistungen gegen zu gewissen Zeiten wiederkehrendes Entgelt versprochen werden.“ Tarifverträge sind zwar keine Arbeitsverträge,

aber immerhin wird man mit Hilfe juristischer Buchstabenlogik sagen können, daß die vertragsschließende Gewerkschaft den Arbeitgebern verspricht, daß ihre Mitglieder zu einem gewissen Mindestlohn bei ihnen zu arbeiten grundsätzlich bereit sind. Die Frage der Stempelfreiheit der Tarifverträge sollte von den beteiligten Organisationen gegen den falschen, die Tarifvertragspraxis störenden Fiskalismus des Finanzministers verwaltungsrechtlich durchgefochten werden.

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker — ein nichtrechtsfähiger Verein. Ein durch Beschluß des Tarifamts wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossener Buchdrucker (Prinzipalsmitglied) hatte gegen die Tarifgemeinschaft Feststellungsklage erhoben dahin, daß er noch Mitglied und daß der Beschluß des Tarifamts ungültig sei. Die beklagte Tarifgemeinschaft hatte zunächst eingewendet, daß sie überhaupt nicht parteifähig im Sinne des § 50 der Zivilprozessordnung sei. Sie sei weder ein rechtsfähiger noch ein nichtrechtsfähiger „Verein“, sondern lediglich eine soziale Gemeinschaft, der es an jeder gesetzlichen Vertretung fehle. Das Tarifamt sei eine gesetzliche Vertretung im Sinne des Gesetzes nicht. — Sowohl das Berliner Landgericht wie das Kammergericht haben die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker als nichtrechtsfähigen Verein im Sinne des § 50 der Zivilprozessordnung, der Parteifähigkeit besitzt und verklagt werden kann, anerkannt. (Die Aktiolegitimation, d. h. das Recht selbständig zu klagen, besitzen solche Vereine bekanntlich jedoch nicht. Anm. d. Red.) Das Kammergericht hat in den Entscheidungsgründen ausgesprochen, daß die beklagte Tarifgemeinschaft bereits als festes Rechtsgebilde im Jahre 1896 gegründet und dann immer fortgesetzt worden sei. Für den vorliegenden Rechtsstreit komme deshalb nicht die Tarifgemeinschaft als zur Revision des Tarifs zusammengetretene Gemeinschaft vom Jahre 1906 in Betracht, sondern als der im Jahre 1896 gegründete und fortbestehende Verein. Aus allen Beziehungen und Funktionen der Tarifgemeinschaft sei zu entnehmen, daß sie einen nichtrechtsfähigen Verein bilde und deshalb auch als solcher verklagt werden könne. — Dieses Urteil des Kammergerichts ist jetzt vom Reichsgericht bestätigt worden.

Die Einführung von Tarif-Lohnbüchern im Schneidergewerbe ist auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Sitz München, und den drei Gehilfenverbänden am 1. Januar 1911 erfolgt. Damit ist eine schon von jeher gestellte Forderung der Gehilfenschaft in Erfüllung gegangen, die den Zweck hat, eine Kontrolle ausüben zu können darüber, ob die tariflichen Vereinbarungen innegehalten werden. Das Lohnbuch bleibt während der Dauer des Arbeitsverhältnisses im Besitz des Arbeiters. Beim Austritt aus dem Arbeitsverhältnis wird dem Arbeiter auf perforierten Blättern, die dem Lohnbuche eingefügt sind, bescheinigt, wie hoch seine Wochenverdienste waren. Des weiteren enthält das Lohnbuch Auszüge aus dem Tarifvertrage, dann den Arbeitsvertrag — wie er von den beiderseitigen Organisationen vereinbart ist — den beide Teile zu unterschreiben haben, um damit zu dokumentieren, daß beide den Vertrag anerkennen. Es ist damit auch ausgeschlossen, daß ein Sondervertrag zwischen irgend einem Unternehmer und einem Arbeiter abgeschlossen werden kann. Die Eintragung des Lohnes muß jeder Arbeiter selbst besorgen, er hat auch dadurch einen bestimmenden Einfluß auf die Innehaltung des Tarifs. Die Vereinbarung gilt für das ganze Reich, und jeder Unternehmer, der Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, hat die Verpflichtung, diese Lohnbücher zu führen. Gleichzeitig haben die beiden Lager des Schneidergewerbes sich über ein einheitliches Schiedsverfahren verständigt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Aus dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften für 1910, den der Generalsekretär A. Siegerwald in Nr. 6 des „Zentralblattes“ erstattet, geben wir die markantesten Stellen wieder; es heißt da:

Die Voraussetzungen für die sachlichen und organisatorischen Erfolge der Gewerkschaften werden allmählich schwieriger, wie auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften auf den verschiedensten Gebieten sich in letzter Zeit nicht vermindert, sondern vermehrt haben. . . . Manche Kreise hatten im letzten Jahre das Bedürfnis aus der politischen Konjunktur heraus, die christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck zu

verdächtigen; weiter stand unsere Bewegung den antisozialen Plänen der Scharfmacher verschiedentlich hindernd im Wege; . . . schließlich glaubten auch die katholischen Fachabteilungen im letzten Jahre, durch eine verstärkte Aktion gegen die christlichen Gewerkschaften sich für ihre eigenen Mißerfolge entschädigen zu können; endlich stellte sich, während der Streit im katholischen Lager seine Wellen schlug, die Sozialdemokratie als Hüter der evangelischen Interessen auf dem Kampfbahne ein, um sich gegenüber der evangelischen Arbeiterkraft in empfehlende Erinnerung zu bringen. Doch die christlichen Gewerkschaften ließen sich von den vielerlei Gegnern nicht unterkriegen; sie haben bedeutend verstärkt (mit einem Zuwachs von 30—35 000 Mitgliedern) das Jahr 1910 abgeschlossen.

In jüngster Zeit werden gegenüber dem Drängen der gewerkschaftlichen Organisationen nach weiteren sozialpolitischen Fortschritten die große sozialpolitische „Belastung“ der deutschen Industrie und die ihr durch die verschiedensten Bundesrats- und Polizeiverordnungen erstandenen Einengungen und Belästigungen mit großer Planmäßigkeit hervorgekehrt. Nun sollen die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung keineswegs verkannt oder herabgesetzt werden. Sie werden in absehbarer Zeit jährlich rund 1 Milliarde Mark betragen, bei einer Lohnsumme von etwa 8 1/2 Milliarden Mark, mit denen die den gewerblichen Berufsgenossenschaften angeschlossenen Betriebe insgesamt arbeiten. Ähnlich hohe soziale Leistungen erreicht in nächster Zeit zweifellos kein anderes Land der Welt. Trotzdem ist es als eine Übertreibung anzusehen, wenn mit den sozialen Lasten die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie einseitig an die Wand gemalt wird. Der Begriff „soziale Lasten“ (worunter schließlich auch die Aufwendungen für Armenpflege fallen) ist für die verschiedenen Länder weder einheitlich definiert, noch sind die Aufwendungen dafür einwandfrei ermittelt. Auch stellen die Positionen „Löhne“ und „soziale Lasten“ durchaus nicht den einzigen Konkurrenzfaktor dar. — Den durch behördliche Verordnungen erstandenen „Einengungen“ und „Belästigungen“ könnte teilweise abgeholfen werden. Die Unternehmer brauchen sich nur mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammenzusetzen und sich mit ihnen in Form tariflicher Vereinbarungen zu verständigen. Damit könnten sehr viele behördliche Reglementierungen und Verordnungen überflüssig gemacht werden. Schließlich hätten solche Vereinbarungen, insbesondere für die Großindustrie, den Vorteil, daß sie individualisiert, den Bedürfnissen in den einzelnen Betrieben angepaßt werden könnten, wodurch manche Härten, die durch allgemeine Verordnungen nicht zu umgehen sind, sich vermeiden ließen. Aber zu diesem Schritt will man sich seitens der Großindustrie auch nicht entschließen.

Aus dem gesonderten Vorgehen des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter an der Ruhr wurden für die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die weitestgehenden und selbstsamsten Kombinationen zusammengereimt. Man brachte dieses Verhalten in Zusammenhang mit den Vorgängen im katholischen Lager und schlußfolgerte dann daraus, daß die christlichen Gewerkschaften eine Schwächung nach rechts gemacht hätten. Und merkwürdigerweise haben jetzt an der angeblichen Rechtschwächung der christlichen Gewerkschaften auch solche Kreise Anstoß genommen, die die christlichen Gewerkschaften seither als viel zu radikal angesehen und sie angeblich nur deshalb bekämpft haben. Nach der wechselnden Stimmung dieser Kreise können also die christlichen Gewerkschaften ihr Verhalten nicht einrichten. Tatsache ist indes, daß von kirchlicher oder politischer Seite, soweit es sich um gewerkschaftliche Aktionen handelt — und nur solche kommen für die christlichen Gewerkschaften in Frage — auf die christlichen Gewerkschaften nicht der hundertfache Teil des Einflusses ausgeübt wird, wie ihn die politische Sozialdemokratie auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften von jeher ausgeübt hat. Man nenne uns doch einmal die Aktionen gewerkschaftlichen Charakters und Beschlüsse der christlichen Gewerkschaften, die nachträglich von kirchlicher oder politischer Seite desavouiert wurden oder für die von den gleichen Stellen ein Mitbestimmungsrecht verlangt oder geltend gemacht wurde. Im sozialdemokratischen Lager dagegen hat sich die Partei stets als der Vormund der Gewerkschaftsbewegung aufgespielt. . . . Die christlichen Gewerkschaften befinden sich weniger auf dem Marsch nach rechts, wohl aber haben sie es abgelehnt, unausgesetzt den Marsch nach links mitzumachen, wohin die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch die Partei gezwungen werden.

Der Tarifvertrag ist mit dem sozialistischen Programm unverträglich. Bedingungsweise hat sich die Sozialdemokratie nach langen Kämpfen erst mit dem Tarifvertrag abgefunden. Die Bedingung ist, daß der Tarif als vorübergehendes Mittel zur Steigerung der Macht der Arbeiter angesehen wird. Ist das erreicht, dann ist der Tarifvertrag als überwundener Standpunkt anzusehen. . . . Für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist der Tarifvertrag mehr; für sie ist er notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Die letzte Betriebs- und Gewerbezahlung hat ergeben, daß in 32 122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren) 5 368 851 Personen beschäftigt wurden. Diese Massenarmee kann ihre Lebensinteressen (Lohnsätze, Arbeitszeit, Behandlung usw.) nicht den 32 122 Betriebsleitern allein überantworten, hier müssen gewisse einheitliche Normen geschaffen werden, die in tariflichen Vereinbarungen zweckentsprechend ausgebaut werden können. Die christlichen Gewerkschaften setzen in den Tarifverträgen Mittel, die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglichen.

Streiks und Aussperrungen.

Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie (Sp. 787) ist der größte Arbeitskampf, den die Stadt Chemnitz seit dem Streik der Maschinenbauer vor 40 Jahren gesehen hat. Jetzt handelt es sich bekanntlich vorwiegend um eine Aussperrung. Von den 32 744 Metallarbeitern, die im Mai 1910 in Chemnitz gezählt wurden, gehören mehr als 24 000 den 78 Firmen an, die der Chemnitzer Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller umfaßt. Nach dem Beschluß dieses Verbandes, die Hälfte der Arbeiter auszusperrn, sind etwa 10 000 Arbeiter mit dem Zeugnisvermerk: „Die Entlassung erfolgt auf Grund des Aussperrungsbeschlusses des Metallindustriellen-Verbandes“ ausgesperrt worden. Anfangs wurden nur 6000 Aussperrte gezählt, da 23 Betriebe sich an der Aussperrung nicht beteiligt hatten; die Gesamtzahl der Aussperrten dürfte jetzt aber etwa 13 000 betragen, da sowohl die Streikenden Verstärkungen erhalten haben (Kupferschmiede, Schlosser und Dreher), als auch die Aussperrung weiter ausgedehnt worden ist (besonders auf die Modell- und Fabrikistischer). Der Vermerk auf den Entlassungsscheinen gilt in Arbeiterkreisen vielfach als unerlaubtes Kennzeichen; er dürfte aber wohl wenig praktische Bedeutung haben, da der Umfang der Chemnitzer Aussperrung ihr allgemeines Bekanntwerden zur Folge gehabt hat, so daß auch ohne diesen Vermerk Arbeitssuchende aus Chemnitz bei anderen Arbeitgebern nicht leicht Stellung finden würden. Dagegen ist er in seiner Würdigkeit ein triftiges Zeugnis gegen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt: Die organisierten Metallindustriellen halten Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband (— obwohl solche doch nach dem Verstarbeiterkampf und dem Streik um den Leipziger Arbeitsnachweis gar nichts grundsätzlich Neues bedeutet hätten!) — von vornherein abgelehnt und auf die Arbeitersausschüsse der einzelnen Fabriken verwiesen; als aber diese ihre Forderungen vorbrachten, wurde ihnen erwidert, die Angelegenheit könne nicht durch selbständige Zugeständnisse, sondern nur vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller geregelt werden! Der letztere ließ es indessen an jedem Vermittlungsversuche fehlen und hat dadurch eine schwere Gefahr für die ganze deutsche Industrie heraufbeschworen, da die Konsequenzen des Chemnitzer Kampfes noch gar nicht abzusehen sind. Die an der Aussperrung beteiligten Mitglieder des Verbandes sind übrigens durch hohe Konventionalstrafen gebunden, die freilich infolge des § 152 Abs. 2 G. nicht eintragbar sein würden. Die „Frankf. Ztg.“ bemerkt zu dem Vorgehen der Unternehmer mit Recht: „Ein derartiges, schließlich unser gesamtes Wirtschaftsleben schädigendes Verhalten drängt geradezu nach einem Reichseinigungsamt mit dem Zwang, vor ihm zu erscheinen und zu verhandeln.“ (Vergl. den 1. Leitartikel dieser Nummer).

Ein Streik der Seeleute in Triest. Man schreibt uns: Am 20. März ist in Triest ein großer Streik der Seeleute ausgebrochen, der im Schiffsverkehrsverkehr empfindliche Störungen verursacht hat und leicht sehr gefährlich hätte werden können. Dem Ausstand lag keine Lohnbewegung zugrunde, sondern seine Veranlassung war in Differenzen zu suchen, die sich bei der Arbeitsvermittlung, insbesondere bei der Anheuerung der Seeleute ergeben haben. Triest verfügt seit etwa vier Jahren über eine Feuerstelle, die bis 1910 von der Seebehörde geleitet wurde und dem Triester Hafenskapitanat angegliedert war. Ende des vorigen Jahres wurde nun eine Änderung der Statuten dieser Feuerstelle vorgenommen, indem ihr eine Art Selbstverwaltung eingeräumt und in dem neugebildeten Ausschuss sowohl den Vertretern der Reederei als auch jenen der Arbeitgeberorganisation, d. i. des Triester Transportarbeiter-Verbandes, Sitz und Stimme eingeräumt wurde. Mit der nun folgenden Entwicklung der Dinge zeigten sich jedoch die Reederei nicht einverstanden, indem sie darüber Beschwerde erhoben, daß die Feuerstelle allzusehr dem Einflusse der Gewerkschaft ausgesetzt war und daher den Mannschaften suchenden Kapitänen nur jene Leute in Vorschlag brachte, die von der Gewerkschaft für das betreffende Schiff bestimmt worden waren. Die Reederei zog daher ihre Vertreter aus dem Ausschusse des Arbeitsvermittlungsamtes zurück und verlangten, daß die Arbeitnehmerorganisation die seitens der Reederei für die Feuerstelle zur Verfügung gestellten Lokalitäten räume. Daraus vertrat die Arbeiterorganisation den Standpunkt, daß das Bureau auch ohne die Delegierten der Reederei weiter bestehen solle. Die Seebehörde nahm sich der Angelegenheit an, und es schien Hoffnung auf Beilegung des Konfliktes zu bestehen. Leider spitzte sich jedoch der Streit immer mehr zu, und am 20. März traten, wie bereits erwähnt, die Seeleute sowohl der großen

subventionierten Gesellschaften als auch der freien Schiffsahrt in in den Ausstand, der sich anfangs auf etwa 1300 Personen erstreckte. In den folgenden Tagen schloß sich auch das Küchen- und Kajütenpersonal des österreichischen Lloyd der Bewegung an. Am 25. März gelang es aber der Seebehörde und dem Statthalter Prinzen zu Hohenlohe, sowohl die Reederei als auch die Führer der Transportarbeiterverbände zu Verhandlungen zu veranlassen; erstere gaben bezüglich der Feuerstelle ihren schroffen Standpunkt auf, letztere waren durch die Anwerbung von Arbeitswilligen, mehrfachen Streikbruch von Separatisten und Erfolg der Aussperrungen durch Heizer und Matrosen der Kriegsmarine dem Frieden geneigt geworden. Trotz der Aufwiegelungsversuche anarchistischer und mazzinistischer Gruppen siegte in den Arbeitermassen die Vernunft; der Streik wurde mit großer sozialdemokratischer Mehrheit für beendet erklärt, und sofort begannen die offiziellen Verhandlungen unter Vorsitz des Präsidenten der Seebehörde.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Abschluß der Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Am 21. März wurde mit der dritten Lesung des Entwurfs begonnen, bei der nur noch die ungeklärten Fragen behandelt wurden (Ausgleichslesung). Die in den beiden vorhergehenden Lesungen abgelehnten §§ 73 und 96 (Kostenbeitrag der Knappschaftskassen zum Versicherungs- und zum Obergesetzungsamt) wurden in der Hauptsache wieder hergestellt. § 92 erhielt folgende Fassung:

„Sämtliche Kosten des Obergesetzungsamts trägt der Bundesstaat. Die Versicherungsträger haben für jede Spruchsache, an der sie beteiligt sind, einen Pauschbetrag zu entrichten. . . . Die Pauschbeträge werden vom Bundesrat festgelegt. . . .“

Ferner wurden in der angegebenen Weise abgeändert: § 112 Abs. 2: „Der Spruchsenat besteht aus einem Vorsitzenden, einem vom Bundesrat gewählten nicht ständigen oder einem ständigen Mitglied, einem zweiten ständigen Mitglied, zwei hinzugezogenen richterlichen Beamten und je einem Arbeitgeber und Versicherten.“

§ 136 (Behandlung der Zahnkrankheiten): „Wo nicht genug Zahnärzte vorhanden sind, die zu angemessenen Bedingungen die Behandlung übernehmen, oder mit Zustimmung des Versicherten kann bei Zahnkrankheiten, mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten, die Hilfeleistung außer in den Fällen des § 135 allgemein auch durch Zahntechniker sowie durch geeignete Heildiener und Heilgehilfen gewährt werden. Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres bestimmen. Sie bestimmt, wie weit auch sonst Zahntechniker bei Zahnkrankheiten selbständige Hilfe leisten können und wer als Zahntechniker im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist.“

§ 198 Abs. 1: „Die Krankenhilfe endet spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit. Wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankenpflege gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu 13 Wochen nicht angerechnet.“

§ 369 erhielt folgenden Zusatz: „An die Entscheidungen der Versicherungsbehörden darüber, ob unter Einhaltung der Kündigungsfrist aus einem wichtigen Grunde gekündigt werden kann (§ 363 b Abs. 2), sind die ordentlichen Gerichte gebunden.“

§ 447 (Befreiung von der Versicherungspflicht bei den Landfrankenassen), der in der ersten Lesung gestrichen worden war, wurde in folgender Fassung angenommen, wie ein Zentrumsredner bemerkte, weil diese Regelung von einer großen Partei und der Regierung zur Bedingung gemacht worden sei:

„Von der Versicherungspflicht wird auf Antrag des Arbeitgebers befreit, wer an diesen bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine Unterstützung hat, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Voraussetzung ist: 1. daß der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt, 2. seine Leistungsfähigkeit sicher ist, 3. er den Antrag für seine sämtlichen in der Landwirtschaft Beschäftigten stellt, soweit sie durch Vertrag zur regelmäßigen Arbeit für mindestens zwei Wochen verpflichtet sind. Dabei gilt § 187 (Entscheidung des Rassenvorstandes über den Antrag auf Befreiung, Entscheidung des Versicherungsamts auf Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags).“

In einem neuen § 447 a wurde bestimmt, daß diese Befreiung nur für die Dauer eines Jahres gilt. Sie erlischt, wenn der Arbeitgeber nicht leistungsfähig ist. § 450 erhielt folgende Fassung: „Soweit der Arbeitgeber die Unterstützung (§ 447) nicht leistet, hat die Kasse auf Antrag den Befreiten die jagungsmäßigen Leistungen zu gewähren. . . . Der Arbeitgeber hat ihr das Geleistete zu erstatten.“

Der bisher gestrichene § 452 wurde in folgender Fassung wieder aufgenommen:

„Die Satzung einer Landfrankenasse kann allgemein oder für gewisse Gruppen von Versicherungspflichtigen mit Zustimmung des Ober-

versicherungsamtes das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Erlöses herabsetzen; sie muß entsprechend entweder für dieselbe Zeit die Beiträge ermäßigen oder für die übrige Zeit das Krankengeld in den zulässigen Grenzen erhöhen. Das gleiche gilt entsprechend für das Hausgeld."

Weiter wurden wiederhergestellt bzw. neu gefaßt: § 468: "Die Landesregierung kann bestimmen, daß Dienstboten nach diesem Gesetz versicherungsfrei sind, wenn für sie bei dessen Verfindigung landesrechtlich im Krankheitsfalle Fürsorge getroffen ist."

§ 469: "Unständig ist die Beschäftigung, die auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist."

Neu eingeführt wurde ein § 530a (Ersatzkassen betreffend), in dem ausgesprochen wird, daß bei Abstufung der Beiträge die höchste Stufe die niedrigste nicht um mehr, als es bis zum 1. Januar 1911 der Fall war, und höchstens um die Hälfte übersteigen und daß der Verein seine Leistungen nicht nach dem Lebensalter oder Gesundheitszustand der Beitretenden abtufen darf. Die Kassen können jedoch für chronisch Kranke einen Beitragszuschlag von höchstens 25 % erheben und alle Beitretenden auf die Regelleistungen der für sie zuständigen Krankenkasse beschränken. Diese Bestimmungen sollen verhindern, daß ältere und kränkliche Personen lediglich wegen der Mehrleistungen oder der geringeren Beiträge den Ersatzkassen beitreten; sie sollen dadurch einen Ausgleich dafür bieten, daß den Ersatzkassen die Risikoausswahl genommen wird. Dieser Ausgleich soll in noch weiterem Umfang dadurch gewährt werden, daß der Bundesrat solchen Ersatzkassen, deren Mitgliederkreis hauptsächlich aus Handlungsgehilfen, Wägen- und Orchestermitgliedern, Lehrern und Erziehern, aus Ziegler oder anderen Versicherten besteht, deren Beruf einen häufigen Ortswechsel mit sich bringt, den Beitragsanteil des Arbeitgebers zuweisen kann.

Zum dritten Buche (Unfallversicherung) wurde in § 560 die Versicherungspflicht der Apotheker beschlossen. In einem neuen § 569a wurde festgelegt, daß versicherungspflichtige Unternehmer, auf die die Versicherungspflicht durch die Satzung ausgedehnt ist, die aber einer besonderen Betriebsgefahr nicht ausgesetzt sind, vom Vorstand der Berufsgenossenschaft befreit werden können. § 626 erhielt folgende Fassung:

"In den ersten zwei Jahren nach dem Unfall darf wegen einer Änderung im Zustande des Verletzten eine neue Feststellung jederzeit vorgenommen oder beantragt werden. Ist jedoch innerhalb dieser Frist eine Dauerrente rechtskräftig festgestellt worden oder ist die Frist abgelaufen, so darf eine neue Feststellung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen oder beantragt werden."

Zu § 1000 wurde eine Bestimmung angenommen, wonach auch für Gärtnereien die Unfallversicherungsbeiträge nach der Unfallgefahr abzustufen sind. Ferner wurde ein neuer § 1001a eingeschaltet, wonach die Satzung der landwirtschaftlichen Berufs- genossenschaften die Beiträge auch nach einem anderen Maßstabe als dem Arbeitsbedarf oder der Grundsteuer umlegen kann. — In § 1371 wurde die in zweiter Lesung angenommene Beschränkung des Heilverfahrens der Landesversicherungsanstalten auf 7 % der Beitragseinnahmen wieder gestrichen, dafür aber das Aufsichtsratsrecht des Reichsversicherungsamtes im allgemeinen dahin erweitert, daß diese Behörde den ihr zur Genehmigung vorzulegenden Voranschlag der Versicherungsanstalten nicht nur zu beanstanden hat, wenn er gegen Gesetz oder Satzung verstößt, sondern auch dann, wenn er die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet. Außerdem soll eine besondere Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich sein zum Erwerbe von Grundstücken im Werte von mehr als 5000 M und zur Errichtung von Gebäuden im Werte von mehr als 10 000 M sowie zur Anschaffung der zugehörigen Einrichtungsgegenstände im Werte von mehr als 5000 M. — § 1488a erhielt folgende Fassung:

"Die Satzung der Krankenkasse kann bestimmen, daß bei einer Krankheit, die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls ist, für die Zeit, für die Unfallrente oder Heilanstaltspflege gewährt wird, andere Kassenleistungen als Sterbegeld, Krankenpflege und Heilmittel nur soweit zu gewähren sind, als sie den Betrag der Unfallrente übersteigen. Dabei wird der Unterhalt in der Heilanstalt gleich der Wollrente gerechnet."

Ein neuer § 1572g gibt dem Berechtigten das Recht, eine kostenlose Abschrift des ärztlichen Gutachtens vom Reichsversicherungsamt zu verlangen. — Nachträglich wurde zu 450 die Bestimmung angefügt: "§ 25 gilt entsprechend", d. h. Rückstände werden wie Gemeindegabgaben beigetrieben. Damit sollen den Kassen die Beiträge der befreiten Arbeitgeber sichergestellt werden. Endlich wurde

noch ein Zusatzantrag zu § 470 angenommen, wonach Ersatzansprüche der Krankenkassen gegen solche Arbeitgeber, deren Arbeiter unter Übernahme der Krankenfürsorge auf den Arbeitgeber auf Antrag des letzteren von der Zugehörigkeit zur Kasse befreit worden sind, im Konkurs- und Zwangsversteigerungsverfahren ein Vorkaufsrecht genießen sollen.

Die dritte Lesung war damit beendet. Die Berichte sollen noch vor den Osterferien fertiggestellt werden und zwar sind Berichtserstatter: für das 1., 5. und 6. Buch Dr. Droscher (H.), für das 2. (Krankenversicherung) Horn-Reuß (H.), das 3. (Unfallversicherung) Dr. Rugdan (H.), das 4. Buch Raden (H.). Der Beginn der 2. Lesung im Reichstag ist auf den 2. Mai festgesetzt, und man hofft, bis Pfingsten das Gesetz durchzubekommen.

Die Hinausschiebung der Hinterbliebenenversicherung, vorläufig bis zum 1. Januar 1912, ist dem Regierungsentwurf entsprechend vom Reichstage am 22. März beschlossen worden und zwar gegen die Stimmen der Volksparteier, Polen und Sozialdemokraten, von denen der Versuch gemacht wurde, die Hinterbliebenenversicherung eventuell auch ohne die übrigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten zu lassen. Der Staatssekretär des Innern legte dagegen die entschiedenste Verwahrung ein.

Die Altersversicherung der Arbeiter in Frankreich (XIX Sp. 705 ff.) soll in den ersten Tagen des Juli in Kraft treten. Der Präsident der Republik hat am 25. März das Dekret zur Durchführung des Gesetzes unterzeichnet, und der Ministerrat hat die vom Staatsrat entworfenen Ausführungsbestimmungen genehmigt. Die Ausführung ist dem Arbeitsministerium übertragen. In den nächsten Tagen ergehen Rundschreiben an alle Präfekten und Bürgermeister, öffentliche Anschläge befehlen das Publikum über die Anwendung des Gesetzes, und besondere Anweisungen werden unter die Arbeiter und kleinen Unternehmer in Stadt und Land verteilt.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die ihren Sitz in Gent hat (vergl. XIX, 187), macht nach einem Bericht in der "Flandre Libérale" gute Fortschritte. Obwohl mit der planmäßigen Werbearbeit in verschiedenen Ländern noch nicht begonnen worden ist, zählt die Vereinigung 236 einzelne Mitglieder und verfügt über eine Jahreseinnahme von 15 000 Frs. Von Regierungen haben ihren Beitritt aus eigenem Antrieb angemeldet: Neu-Südwest, Dänemark, Luxemburg, Elsaß-Lothringen, Baden, Italien, die Kantone Genf und Luzern, aus Belgien die Provinzen Lüttich und Hainaut. Ferner sind folgende Städte beigetreten: Rom, Christiania, Budapest, Velle, Antwerpen, Amsterdam, Lüttich, München, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln, Nürnberg, Charlottenburg, St. Gallen, Luxemburg, Le Havre, Gent, Bellingfors, Löwen u. a. mehr, endlich eine größere Anzahl von Korporationen, Gesellschaften, amtliche Stellen, wie die Arbeitslosenklassen von Bern, Gent, Lüttich, Haag, Straßburg, Brüssel, Berviers, die Arbeitsnachweise des österreichischen Verbandes, das statistische Bureau in Hamburg, die Versicherungsinspektionen von Ungarn, Dänemark, Transvaal und Finnland, der Oberkommissar des australischen Gesamtstaates, die allgemeine Sparkasse von Belgien, das Institut für Sozialreform in Spanien, das Arbeitsamt in Italien, die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Auch Arbeitervereine, Arbeitgeberverbände, Handelskammern haben sich angeschlossen; aus Deutschland die Gewerkschaften. In Belgien, Deutschland und Frankreich sind Sektionen in der Bildung begriffen, in England und den Vereinigten Staaten sind solche bereits entstanden. Der eine der beiden Sekretäre, Herr Gizard in Paris, bereitet eine Übersicht über die Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor, der andere Sekretär, Herr Barlez in Gent, organisiert das Archiv und die Bibliothek. Im September wird das internationale Komitee der Vereinigung in Gent eine Sitzung abhalten.

Die Arbeitslosenversicherung in Mannheim ist weniger um deswillen interessant, was sie nach ihrem Inkrafttreten (1. Mai 1911) bieten wird, als wegen der Verhandlungen, die ihr vorausgegangen sind. Die gemischte Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenfrage lehnte das "Genter System" ab, da es ein Aufgeben der Neutralität im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und eine Förderung der heute meist noch auf einseitigem politischen Standpunkte stehenden Gewerkschaften bedeute. Die

Kommission war zwar der Meinung gewesen, daß der Arbeitslosenversicherung die Schaffung eines einheitlichen paritätischen Arbeitsnachweises vorausgehen müsse. Da aber in Mannheim der Arbeitsmarkt der gelernten Arbeiter durch den Arbeitsnachweis der Industrie beherrscht wird und dieser es unbedingt abgelehnt hatte, sich zugunsten eines einheitlichen paritätischen Nachweises aufzulösen, so konnten die weiteren Verhandlungen auch kein anderes Ergebnis haben. Es gelangte deshalb ein einfaches Sparsystem zur Annahme. Der Arbeitsnachweis hat hierfür seine Mitwirkung versprochen unter der Voraussetzung,

„daß die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt wird, wenn die Arbeiter auch bei dem Arbeitsnachweis der Industrie um Arbeit nachgefragt haben, und der Zuschuß abgelehnt wird, sobald dem Arbeitslosen durch Vermittlung des Arbeitsnachweises der Industrie solche Arbeit nachgewiesen wird, die er nach seiner Vorbildung, seinem Beruf und seinen körperlichen Verhältnissen zu leisten imstande ist und die ihm jedenfalls an der ferneren Ausübung seines Berufes nicht hinderlich sein darf.“

Die wesentlichste Bestimmung dieser Arbeitslosenunterstützung ist die, daß der Sparer (Arbeitnehmer bis 1800 M. jährliches Einkommen) im Falle unverschiedelter, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu seinem Guthaben einen Zuschuß aus der Stadtasse verlangen kann, wenn er bei dem Eintritt der Arbeitslosigkeit entweder ununterbrochen mindestens ein Jahr in Mannheim wohnhaft gewesen ist oder den früher erworbenen Unterstützungswohnort in Mannheim bei Eintritt der Arbeitslosigkeit noch nicht verloren hat. Der Zuschuß wird nicht gewährt bei Niederlegung der Arbeit infolge von Streiks und Aussperrungen sowie infolge von Krankheit; ebenso erhalten Arbeiter, die bei Eintritt der Arbeitslosigkeit Invalidenrente oder Unfallrente für mindestens 66 2/3 prozentige Erwerbsbeschränktheit beziehen, so lange sie in Bezug der Rente sind, den Zuschuß nicht. — Im Falle der Arbeitslosigkeit hat sich der Sparer auf dem städtischen Arbeitsamt eintragen zu lassen. Der städtische Zuschuß wird erst bezahlt, wenn vom Tag der Anmeldung ab 3 Tage der Arbeitslosigkeit verfloßen sind, und auch nur für die Tage, an denen sich der Sparer beim Arbeitsamt gemeldet hat. Der städtische Zuschuß beträgt höchstens 75 M. täglich. Der Arbeiter, der 60 M. gespart hat, kann sonach 40 Tage lang täglich 1,50 M. aus seinem Sparguthaben und 75 M. täglichen Zuschuß, zusammen 2,25 M., beanspruchen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar weist dem Reichs-Arbeitsblatt Nr. 3 zufolge, eine geringe Besserung auf. Die Lage des Baugewerbes wird als der Jahreszeit entsprechend ruhig, aber im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Im Ruhrkohlengebiete hat die bessere Beschäftigung gegen Ende des Berichtsmonats etwas nachgelassen. Im Saarreviere war die Förderung wesentlich höher als im Vorjahre. In Oberschlesien haben sich die Abfahrverhältnisse zwar etwas gebessert, doch ließ die Beschäftigung zu wünschen übrig. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau waren die Werke im allgemeinen befriedigend beschäftigt. In der Metallindustrie wird der Beschäftigungsgrad zumeist als befriedigend bezeichnet. In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien nach wie vor unbefriedigend beschäftigt; auch die Tuchindustrie zeigt noch immer keine Belebung. Die Berichte aus der elektrischen Industrie lauten überwiegend günstig, auch die chemische Industrie hatte wie im Vormonate befriedigend zu tun. Die Lage des Italiemarktes wird weiter günstig beurteilt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad nach dem Rückgang im Januar im Laufe des Februar wieder zugenommen. Es ergab sich am 1. März 1911 gegenüber dem 1. Februar eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von insgesamt 66 853 (50 922 männlichen und 15 861 weiblichen Mitgliedern). Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der weiblichen Personen von 100 auf 101 gestiegen, während der der männlichen Personen, nachdem er im Januar auf 99 gesunken war, dieselbe Höhe wie zu Jahresbeginn wieder erreicht hat.

Die Arbeitsnachweisziffern ergeben dagegen wenigstens bei den männlichen Arbeitern eine scheinbare Verschlechterung. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Februar 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 210, bei den weiblichen Personen 81 Arbeitsgesuche gegen 196 bezw. 90 im Januar 1911 und 229 bezw. 90 im Februar 1910.

Gemeinsamer Arbeitsnachweis und Bürgschaftsleistung für Aushilfen im Gastwirtsgewerbe. Die gewerbsmäßigen Stellen-

vermittler und die Arbeitsnachweise der Fachverbände leisten für Verluste, die den Gastwirten durch die von ihnen Vermittelten entstehen (Veruntreuungen, Rechnungsfehler usw.) Gewähr in bestimmter Höhe. Über die grundsätzliche Berechtigung, diese Lasten der Vermittlungsstelle aufzuerlegen, läßt sich natürlich streiten. Während aber der gewerbsmäßige Vermittler früher sich für die Ausgaben für diese Gewährleistungen in der Höhe der Vermittlungsgebühren schadlos halten konnte und die meist ortsanfälligen Aushilfen fast immer genügend kennt, um für sie bürgen zu können, während ferner auch die Organisation imstande ist, solche Verpflichtungen für ihre Angehörigen auf sich zu nehmen, entsteht beim gleichzeitig verwalteten, gemeinsamen Arbeitsnachweis die Frage, wer hier diese Garantieleistung aufbringen soll. Eine Heranziehung der Arbeitgeber würde den Widerstand dieser gegen den gemeinsamen Nachweis nur vermehren; öffentliche Mittel werden dafür kaum zu erlangen sein; und den Arbeitnehmerverbänden kann die alleinige Tragung der Last auch nicht zugemutet werden. In Hannover ist der Ausweg gefunden worden, daß nur für die organisierten Rechner die jeweiligen Organisationen haften. Zweifellos liegt darin eine Bevorzugung organisierter Arbeiter, die sich indessen aus den Leistungen der Organisationen für die gemeinsamen Arbeitsnachweise und für die mit der Zentralisation geschaffene größere Übersichtlichkeit des Arbeitsmarktes gegenüber dem gewerbsmäßigen Stellenvermittlung mit seinem vielfach unkontrollierbaren Eindringen unlauterer Elemente in immer neue Stellungen durchaus rechtfertigt.

Die Stellungnahme des städtischen Arbeitsnachweises in Offenbach bei Arbeitsstreitigkeiten regelt die neue Satzung (§ 17) des dortigen Arbeitsnachweises, wie folgt:

„Der städtische Arbeitsnachweis stellt für die Dauer der Streitigkeiten denjenigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber seine Tätigkeit ein, die sich weigern, im Falle von Streiks oder Aussperrungen das zuständige Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen.“

Wird das Gewerbeamt als Einigungsamt zwar angerufen, in dessen eine Einigung nicht erzielt, so wird die Stellungnahme des städtischen Arbeitsnachweises den streitenden Parteien gegenüber durch den Verwaltungsausschuß auf Grund der einschlägigen Akten und des im Streitfalle abgegebenen Schiedspruchs des Gewerbeamtes bestimmt.

Arbeitgeber, die ihren Arbeitern gegenüber, und Arbeitnehmer, die ihren Arbeitgebern gegenüber notorisch ihre Pflichten verletzen, sind von der Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises ausgeschlossen.

Hierbei ist unter notorischer Pflichtverletzung insbesondere zu verstehen:

- a) bei Arbeitgebern: 1. Unterlassung der Lohnzahlung oder unbedingte Kürzung des vereinbarten Lohnsatzes, 2. Nichtabführung der von den Arbeitern erhobenen Beiträge der Kranken- und Invalidenversicherung an die hierfür zuständige Kasse;
- b) bei Arbeitnehmern: 1. Grundloser Nichtertritt in eine vermittelte Stelle, 2. Grundloses Verlassen einer vermittelten Stelle.“

Die Streikauflösungsfrage bei der Stellenvermittlung im Staat nachzusetzen ist durch Gesetz vom 25. April 1910 dahin geregelt worden, daß ein Arbeitgeber, der während eines Streiks oder einer Aussperrung durch öffentliche Annoncen Arbeiterersatz sucht, bei Verurteilung einer Geldstrafe bis zu 100 Dollar angehen muß, daß ein Streik oder eine Aussperrung in seinen Betrieben besteht.

Volksbildung.

Eine Konferenz über die Ausbarmachung des Kinetographen für Bildungszwecke fand am 11. März im Reichstagsgebäude unter zahlreicher Beteiligung statt. Auch verschiedene deutsche Regierungen hatten Vertreter entsandt, so das Reichsamt des Innern, das Reichsmarineamt, das preussische Handelsministerium. Von außerhalb hatte die schwedische Regierung ein Mitglied ihres Kinetographenausschusses, Dr. Ferrel, abgeordnet. Die Kinetographen finden steigende Verwendung. Sie können ein außerordentlich wertvolles Mittel zur Hebung der Volksbildung werden, sie können aber auch viel Unheil stiften, da leider unter der Masse von Filmen mit üblen Stoffen die lehrreichen Filme fast ganz verschwinden. Die Konferenz, in der Ansprachen von Pädagogen, Verwaltungsbeamten sowie führenden Persönlichkeiten aus der Volksbildungsbewegung und den Jugendfürsorgebestrebungen gehalten wurden, hatte sich mit den Fragen zu beschäftigen, wie die schlechten Wirkungen einzudämmen und die guten Wirkungen des Kinetographen nutzbar zu machen wären. Die gemachten Vorschläge bewegten sich hauptsächlich in drei Linien. Die eine Richtung wünschte Verbot der Vorführung schlechter Filme durch die Zensur. Bei der Besprechung der Zensurfrage wurde jedoch beklagt, daß in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reichs, ja

selbst in den verschiedenen Teilen eines und desselben Bundesstaates eine große Verschiedenheit in der Handhabung der Zensur herrsche. So seien z. B. üble Filme, die in Berlin verboten wurden, in Hamburg und im Westen Preußens ruhig weiter vorgeführt worden. Eine einheitliche Regelung der Zensurfrage erschien allen Teilnehmern als sehr wünschenswert, und zwar mindestens die einheitliche Regelung für jeden Bundesstaat, wenn nicht der Erlass eines Reichs-Kinematographengesetzes. Die beiden andern Richtungen wünschen eine stärkere Herstellung und Verbreitung guter Filme. Hier wurde einerseits der Betrieb einer Aktien-Gesellschaft für höhere Kinematographie empfohlen. Diese Gesellschaft, die ähnlich, wie die Berliner Urania, ihren Kapitalgebern nicht mehr als $4\frac{1}{2}\%$ Dividenden gewähren, das übrige aber wieder für ihre Zwecke verwenden soll, hätte die Aufgabe, in eigener Fabrik wertvolle wissenschaftliche und künstlerische Filme, schöne Naturaufnahmen, Tierstudien, interessante Szenen aus der Tagesgeschichte herzustellen, um die Schundfilme zu verdrängen. Außerdem hätte die Gesellschaft selbst Theater zu gründen, um ihre Filme dort zu zeigen. Gegen diesen Plan erhebt eine zweite Reformrichtung den Einwand, daß eine Reformkinoindustrie schon deshalb, weil sie durch ideale Zwecke gebunden und gehemmt ist, mit der freien Fabrikation nicht konkurrieren kann, auch jetzt zu spät käme und in kürzester Frist liquidieren müßte. Eher noch könnte sich eine gemeinnützige Verleihanstalt durchsetzen, die ihre Filme billig oder gar unentgeltlich an die Schulen abgibt und in die Kinos-Theater „lanziert“. Das Endergebnis der Konferenz war der Beschluß auf die Schaffung einer Körperschaft, die im Zusammenarbeiten mit Kinematographen-Unternehmern, Vereinen, Schulen usw. eine tatkräftige Aufbarmachung des Kinematographen für Bildungszwecke erstreben soll. Ob dies nun in der Form einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft oder als Verleihanstalt geschehen soll, wurde noch nicht festgelegt. Der vorbereitende Ausschuß, der aus den Herren Dr. Ernst Schulke (Dichter-Gedächtnis-Stiftung Hamburg-Großborstel), Stadtschulrat Dr. Reufert, Gerichtsassessor Dr. Hellwig, Dr. R. v. Erberg (Berlin, Zentralfstelle für Volkswohlfahrt), Stadtbibliothekar Dr. Gottlieb Fritz besteht, soll diese Frage eingehend prüfen und alsdann die nötigen Maßnahmen für die Ausführung des Gedankens treffen. Die künftige zu diesem Zweck geschaffene Organisation soll den Namen „Deutsche Gesellschaft für Lebensbilder“ führen.

Wer sich über den Umfang der Schädigungen, die durch schlechte kinematographische Aufführungen hervorgerufen werden können, aber auch über Mittel und Wege zur Abhilfe unterrichten will, dem sei die soeben erschienene Schrift von Dr. Ernst Schulke: Der Kinematograph als Bildungsmittel, eine kulturpolitische Untersuchung,*) empfohlen. Wer aus dieser Schrift erfährt, welche Umsatzen auf die Herstellung von Filmen verwendet werden, welche nur auf Befriedigung der niedrigsten Sensationslust berechnet sind, und wie diese Filme dann in Massen und Massen von Aufführungen verbreitet werden, der kann nur aufs tiefste bedauern, daß die Kinematographie, die ein Wunder der Technik darstellt, aus Geschäftsinteressen herabgewürdigt wird. Für alle, die sich mit kulturpolitischen Aufgaben beschäftigen, gewinnt die Frage Bedeutung, wie man den Kinematographen, der ein Volksbildungs- und auch ein wissenschaftliches Lehrmittel ersten Ranges darstellt, für diese hohe Aufgabe möglichst nutzbar machen könnte, unter Ausmerzung der Gefahren, welche schlechte Filme, ähnlich wie die Schund- und Schmutzliteratur, namentlich für die Jugend bedeuten. Der Verfasser macht zur Abänderung dieses Zustandes sowie auch im übrigen für die Aufbarmachung des Kinematographen für Bildungszwecke eine Reihe wertvoller Vorschläge, die ähnlich wie die in der obigen Konferenz gefaßten Beschlüsse teils negativer Art sind (Verbot schlechter Filme durch die Zensur), teils positiv die Herstellung und Verbreitung guter Filme zu fördern suchen.

Ländliche Pflichtfortbildungsschulen in Preußen. Entsprechend der Ankündigung in der Thronrede zur Eröffnung des Landtags ist dem Herrenhaus ein Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen sowie in der Rheinprovinz und in den Hohenzollernschen Ländern vorgelegt worden. Der einzige Paragraph dieses Gesetzentwurfs bestimmt:

Durch statistische Bestimmung einer Gemeinde kann für die nicht mehr schulpflichtigen, unter 18 Jahre alten männlichen Personen für drei aufeinander folgende Winterhalb-

jahre die Verpflichtung zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule begründet werden. In gleichem Umfang kann für einen Gutsbezirk auf Antrag des Gutsvorstehers durch Beschluß des Kreis-Ausschusses die Verpflichtung zum Besuch einer ländlichen Fortbildungsschule begründet werden. Von der Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule sind diejenigen befreit, welche die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen Militärdienst erworben haben, welche eine Innungs-, Fach- oder andere Fortbildungsschule besuchen oder einen entsprechenden anderen Unterricht erhalten, sofern dieser Schulbesuch oder Unterricht von den Regierungspräsidenten als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsunterrichts anerkannt wird.

Gesetze über die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen sind 1904 für Hessen-Kassau, 1909 für Hannover und 1910 für Schlesien beschloffen worden.

Die hauswirtschaftliche Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande in Preußen. Der Minister für Landwirtschaft hat an die Oberpräsidenten einen Rundschreiben über die Bedeutung, den gegenwärtigen Stand und die Förderung der hauswirtschaftlichen Unterweisung der schulentlassenen weiblichen Jugend auf dem Lande gerichtet.

Nach den Ausführungen dieses Erlasses lassen sich bei den vorhandenen Veranstaltungen dieser Art vier Gruppen unterscheiden, nämlich wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande, landwirtschaftliche Haushaltungsschulen, landwirtschaftliche Wanderhaushaltungsschulen und hauswirtschaftliche Fortbildungskurse oder Mädchenfortbildungsschulen. Der Erlass führt aus, daß jede dieser Schularten ihre besonderen Ziele verfolgt und demgemäß, je nach der Lage der Verhältnisse, die eine hier, die andere dort den Vorzug verdiene. Soweit es sich indessen um die dringend wünschenswerte Verbreitung hauswirtschaftlicher Kenntnisse unter den Töchtern und Frauen der weniger bemittelten Stände auf dem Lande handle, sei auf Grund der vorliegenden Erfahrungen namentlich aus dem Westen der Monarchie die Wanderhaushaltungsschule zurzeit wohl als das geeignetste Unterrichtssystem anzupreisen. Mit diesen wandernden Schulen werde es möglich, die hauswirtschaftliche Aufklärung an die breite Masse der ländlichen Bevölkerung heranzubringen. Selbst Mädchen aus einfachen und bescheidenen Verhältnissen werde es ermöglicht, in wenigen Wochen bequem und billig wenigstens das Wichtigste zu einer sachgemäßen Führung des Haushalts zu lernen. Den Wanderhaushaltungsschulen sei nicht nur eine große wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine erhebliche soziale Bedeutung beizumessen.

Als besonders geeignete Unternehmer dieser Schulen hätten sich die Kreiskommunalverbände erwiesen, da sie auch die zur gedeihlichen und ungestörten Wirksamkeit nötige finanzielle Leistungsfähigkeit besäßen. Neben ihnen seien auch die Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins auf diesem Gebiete mit Erfolg tätig gewesen, insbesondere, soweit sie mit den Kommunalverbänden zusammenarbeiten konnten. Der Minister wünscht deshalb darauf hinzuwirken, daß die Kreiskommunalverbände allgemein die Einrichtung solcher Wanderhaushaltungsschulen übernehmen. Dadurch würde auch das räumliche Tätigkeitsgebiet einer solchen Schule, das weber zu klein noch zu groß sein dürfte, in glücklicher Weise begrenzt, zumal der Landkreis meist auch ein in sich wirtschaftlich einheitliches und abgeschlossenes Arbeitsgebiet bilde. Bei der Gestaltung und Beaufsichtigung des Unterrichts wünscht der Minister den Landwirtschaftskammern eine Mitwirkung einzuräumen, um damit eine gewisse Einheitlichkeit und Stetigkeit im Betriebe der Schulen eines Landesteils zu erreichen und ferner die für die Hausfrau auf dem Lande (im Gegensatz zur Stadt) unentbehrliche Unterweisung in landwirtschaftlichen Fächern sicherzustellen. Es sei hierzu nur kurz daran erinnert, daß der Hausfrau auf dem Lande neben der Hauswirtschaft im engeren Sinne meist auch die Sorge um Hüthnerhof, Schweinehaltung, Milchwirtschaft und den Gartenbau obliegt.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat gegenwärtig einen Mitgliederbestand von 7525 Körperschaften und 5599 Personen und verausgabte im verfloffenen Jahre 483 372 M., davon für Volksbibliotheken 278 954 M. Für 1911 wird eine Ausgabe von 496 700 M. vorgeesehen und zwar für Vorträge und Agitation 20 000 M., für die Zeitschrift „Volksbildung“ 25 000 M., für Volksbibliotheken 380 000 M., für Lichtbilder und Apparate 40 000 M., für lokale Bildungszwecke 25 000 M., für eine Reihe anderer Zwecke kleinere Beträge. Die Lichtbilder- und Apparate-Verleihanstalt wird erweitert, so daß für die von Vereinen, Schulen und Gemeinden veranstalteten Vorträge und Unterhaltungsabende die nötigen Veranstaltungsmittel zur Verfügung gestellt werden können.

*) Buchhandlung des Waisenhauses, Halle a. S. 1911. Fr. 3 M.

Der 10. Volkswirtschaftliche Kursus an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach wird vom 6. Juni bis 28. Juli abgehalten. Das Programm umfaßt: 1. Wirtschaftsgeschichte; 2. Großindustrie und Sozialismus; 3. Staatshilfe und Selbsthilfe des Arbeiterstandes; 4. Mittelstandsfragen; 5. Staatsbürgerliche Fragen.

Die Ausbreitung der Berufsvormundschaft in Österreich. Aus Wien wird uns geschrieben: Die bedeutenden Erfolge, welche die Berufsvormundschaft im Deutschen Reiche aufzuweisen hat, haben auch für Österreich einen mächtigen Ansporn zur Einführung dieser Einrichtung gebildet. Insbesondere in den letzten Wochen mehren sich die Nachrichten über die praktische Durchführung der Sammelvormundschaft in zahlreichen österreichischen Städten, wobei es teils die Stadtgemeinden selbst, teils die Gerichtsbehörden sind, welche in zweckbewusster Weise die vorbereitenden Maßnahmen hierzu eingeleitet haben. In Österreich war es zunächst die im dicht bevölkerten mährisch-schlesischen Steinkohlenrevier gelegene Stadtgemeinde Mährisch-Ostrau, welche im Jahre 1908 ein städtisches Kinderschutzbüro errichtete und hierdurch das unzulängliche System der Einzelvormundschaft durch die kommunale Berufsvormundschaft ersetzte. Bald darauf folgte die mährische Landeshauptstadt Brünn diesem Beispiel, während in allerletzter Zeit die Städte Graz, Laibach, Oberleutensdorf, Mödling und Troppau Berufsvormünder angestellt haben. In Wien, Leptitz, Trautau und mehreren kleineren Orten ist der Beschluß zur Einführung der Berufsvormundschaft gleichfalls schon gefaßt worden und steht die Durchführung derselben für die nächste Zeit zu erwarten. In erheblichem Maße wird diese Bewegung auch durch das Justizministerium gefördert, das in einem Erlasse vom 15. Juli 1910 die Vorteile der Berufsvormundschaft auseinandergesetzt und die Gemeindevertretungen als die für die Durchführung dieser Einrichtung zunächst in Betracht kommenden Faktoren bezeichnet hat. Demgemäß fußen denn auch die meisten österreichischen Berufsvormundschäften auf kommunaler Grundlage; immerhin sind jedoch auch Fälle zu verzeichnen, in welchen richterliche Funktionäre diese Einrichtung nicht nur bei der Gemeindevertretung angeregt, sondern auch unabhängig von derselben im Rahmen der bei manchen Bezirksgerichten bestehenden selbstständigen Jugendbeschuttabteilungen durchgeführt haben. So dankt denn die Berufsvormundschaft in Österreich ihre Verbreitung nicht zuletzt den Richterkreisen, die mit Recht als tragende Stütze der Jugendfürsorgebewegung angesehen werden können.

Volksgeundheit.

Eingabe¹⁾ der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, betreffend Bekämpfung der Bleivergiftung in Druckerei-, Schriftgießerei- und keramischen Betrieben sowie zur Bekämpfung der Caissonkrankheit.

Bereits in ihrer konstituierenden Versammlung vom 28. September 1901 hat sich die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit der Frage der Regelung der hygienischen Verhältnisse in den gesundheitsgefährlichen Industrien beschäftigt und neben der Frage der Verwendung des weißen Phosphors in der Zündhölzchenindustrie²⁾ vor allem der Frage der Verhütung der Bleivergiftung ihr Augenmerk zugewendet.

Auf Grund der seither unausgesetzt gepflogenen Erhebungen, Untersuchungen und Beratungen kam die Delegiertenversammlung, die vom 26. bis 28. September 1910 in Lugano tagte, zur Beschlußfassung über eine Eingabe, betreffend Bekämpfung der Bleivergiftung unter den mit gewerblichen Malern, Anstreicher- und Lackiererarbeiten Beschäftigten, und zur Beschlußfassung über Grundzüge für die Regelung der hygienischen Verhältnisse in keramischen Betrieben, in Druckerei- und Schriftgießereibetrieben und bei Caissonarbeiten.

Die Delegiertenversammlung hat alle Sektionen beauftragt, diese Petition und diese Grundzüge ihren Regierungen zu überreichen.

I. Bleifarben.

Auf mehr als ein Jahrhundert gehen die Bemühungen zurück, die Bleifarben, vor allem das Bleiweiß, durch ungiftige Farben zu ersetzen. Eine große Anzahl französischer Städte und einzelne französische Ministerien erließen bereits um die Mitte des 19. Jahr-

hunderts, andere französische Städte und Ministerien, belgische Ministerien und der Schweizerische Bundesrat zu Beginn dieses Jahrhunderts für die auf ihre Rechnung auszuführenden Bauten das Verbot der Verwendung von Bleifarben. Eine große Anzahl von Versuchen, die vor allem in Frankreich, in der Schweiz und in Holland vorgenommen wurden, bewiesen die Verwendbarkeit der „Erfarben“.

Erhebungen des österreichischen Handelsministeriums zeigten, daß besonders der Innenanstrich die Arbeiter gefährde; in einer von demselben Ministerium veranlaßten Enquête haben die Anstreichermeister selbst sich für das Verbot der Bleifarbenverwendung für Innenanstriche ausgesprochen. Daraufhin hat die österreichische Regierung mit Verordnung vom 15. April 1908 das Verbot der Bleifarbenverwendung zu Innenanstrichen ausgesprochen. Das Verbot steht seit 1. Mai 1909 in Kraft und hat bereits gute Früchte gezeitigt. In Frankreich, das mit der Bekämpfung der Bleivergiftung im Anstreichergewerbe allen anderen Ländern vorangegangen, wo die Behörden seit Jahrzehnten die Bleiweißverwendung einzuschränken trachten, ist nach langen parlamentarischen Verhandlungen das Gesetz vom 20. Juli 1909 zustande gekommen, das die Bleiweißverwendung auf Bauten zu Innen- und Außenanstrichen untersagt. Das Gesetz tritt 1914 in Kraft.³⁾

Von dem Grundsatz ausgehend, den die Internationale Vereinigung stets befolgt: nur das vom hygienischen Standpunkt aus dringendste Notwendige und dies auch nur insoweit zu fordern, als ihm keine nennenswerten Schwierigkeiten technischer oder wirtschaftlicher Natur entgegenstehen, hat die Delegiertenversammlung beschlossen — trotzdem eine große Anzahl von Versuchen gezeigt hat, daß auch für Außenanstriche ein Ersatz der Bleifarben durch ungiftige möglich ist — sich gegenwärtig nur mit dem Ansuchen um ein Verbot der Bleifarbenverwendung für Innenanstriche an die hohen Regierungen zu wenden. Neben diesem Verbot begründet die Eingabe vom 15. Dezember 1909 noch die Notwendigkeit der Einführung der Deklarationspflicht für Bleifarben,⁴⁾ die als Mittel zur Durchführung des genannten Verbots dringend notwendig erscheint.

II. Buchdrucker und Schriftgießer.⁵⁾

Auch in anderen Berufsgruppen, so insbesondere unter den in den Buchdruckerei- und Schriftgießereibetrieben sowie in den keramischen Betrieben Beschäftigten fordert die Bleivergiftung ihre Opfer. Für die Regelung der Verhältnisse in dem ersten dieser Industriezweige hat die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Grundzüge ausgearbeitet.

Diese Grundzüge sind aus eingehenden Studien und Beratungen hervorgegangen. Die Sektionen in den verschiedenen Ländern haben Erhebungen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Buchdrucker und Schriftgießer sowie das Vorkommen und die Häufigkeit der Bleivergiftung in diesen Berufen und über die Mittel zu ihrer Verhütung angestellt.

Auf Grund dieses Materials wurde von sachmännischer Seite ein Entwurf zu den Grundzügen ausgearbeitet und dieser Entwurf an die Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in allen Ländern sowie an eine Anzahl von Experten zur Begutachtung gesendet. Nach längerem schriftlichen Meinungsaustausch trat zwei Tage vor dem Beginne der offiziellen Delegiertenversammlung in Lugano eine aus sechs Fachmännern verschiedener Nationen bestehende Subkommission zusammen, die den abgeänderten Entwurf einer eingehenden Beratung unterzog. Ihr Beratungsergebnis wurde sodann der gewerbehygienischen Kommission des Delegiertentages übergeben, von dieser nochmals durch beraten und dann erst dem Delegiertentage vorgelegt. Die so ausgearbeiteten „Grundzüge“ verdanken demnach ihre Entstehung langjährigen Vorarbeiten und eingehenden Beratungen, wobei stets

³⁾ In Deutschland hat der Bundesrat unterm 26. Mai 1908 eine Verordnung betr. Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten erlassen, ferner unterm 27. Juni 1905 eine Verordnung betr. Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Lüncher-, Weißbinder- und Lackiererarbeiten ausgeführt werden.

⁴⁾ Vgl. „Soziale Praxis“, XIX Sp. 1258 und XX Sp. 870 und 692.

⁵⁾ Vergl. Bekanntmachung des Reichskanzlers betr. die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien vom 31. Juli 1897/22. Dezember 1908. Siehe auch Gutachten von Prof. Dr. Hahn: Gesundheitsverhältnisse im polygraphischen Gewerbe Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bleivergiftung. (Zu beziehen durch das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 80, Rollendorffstr. 29/30. Preis 60 M.)

¹⁾ Unter'm 6. März dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) überreicht.

²⁾ Internationales Verbot laut Verner Konvention vom 26. September 1906.

im Auge behalten wurde, nur vom hygienischen Standpunkte aus unbedingt notwendiges und sowohl technisch als wirtschaftlich leicht durchführbares zu fordern. So stellen diese Grundzüge lediglich internationale Minimalforderungen dar.

Die Grundzüge verlangen Trennung der Arbeitsräume, in denen nach Art und Grad der Gesundheitsgefährdung verschiedene Vorrichtungen vorgenommen werden, von einander, entsprechende Einrichtung dieser Arbeitsräume und zweckentsprechende Maßnahmen für einzelne besonders gefährliche Arbeiten (Reinigung der Letternkästen, Bronzieren) sowie Beistellung der zur Durchführung der persönlichen Prophylaxe notwendigen Hilfsmittel (Garderobe- und Waschräume, Waschküchen, Arbeitskleider). Die Beschäftigung von Frauen mit Arbeiten, bei denen sie mit Blei in Berührung kommen (Schriftgießereiarbeiten, Bronzieren), ist zu untersagen. Über die Frage der Zulassung von Frauen zum Seker- und Maschinensekerberufe beschloß die Delegiertenversammlung noch neuerliche Erhebungen vornehmen zu lassen mit Rücksicht darauf, daß in einzelnen Ländern, vor allem in Frankreich, eine größere Anzahl von Frauen in diesen Berufen beschäftigt ist. Durch dieses Vorgehen lieferte die Delegiertenversammlung wohl den Beweis, mit welcher Zurückhaltung und Vorsicht sie bei der Aufstellung ihrer Forderungen vorgeht.

III. Keramische Industrie.⁶⁾

Auf Grund ähnlicher Vorarbeiten und nach ebenso gründlicher Vorberatung hat die Delegiertenversammlung von Lugano auch Grundzüge für eine Regelung der hygienischen Verhältnisse in der keramischen Industrie beschlossen.

Auch in der keramischen Industrie — ebenso wie im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe — verlangt der Gesundheitsschutz der Arbeiter eine mögliche Einschränkung des Gebrauches der Bleiverbindungen. Technisch und wirtschaftlich erscheint heute ein Ersatz bleihaltiger Glasuren durch bleifreie in der Porzellan- und in einem großen Teile der Steingutindustrie durchführbar und auch in gewissem Umfange bereits durchgeführt. In anderen Fabrikationszweigen — so besonders bei der Erzeugung ordinärer Töpferwaren und Kacheln — stellen sich der Einführung bleifreier Glasurmassen technische Schwierigkeiten entgegen. Hier können die heute bestehenden Gesundheitsgefahren nur dadurch verringert werden, daß an Stelle der üblichen, sehr schädlichen Bleiverbindungen verhältnismäßig unschädliche eingeführt werden: solche sind der „Weiglanz“ und gut gefritzte Weiglasurmassen. Da aber die Herstellung gefritzter Glasurmassen an sich gefährlich ist und deshalb nur in gut eingerichteten, mit allen Schutzvorkehrungen versehenen Betrieben erfolgen soll, andererseits aber die Herstellung gut gefritzter Glasuren gründliche technische und chemische Schulung des Betriebsleiters erfordert, so soll die Herstellung gefritzter Glasuren in Kleinbetrieben unterlagert werden.

Aufgabe der Regierung und der Behörden wäre es, durch Belehrung und Unterstützung den Inhabern keramischer Betriebe, vor allem den Kleingewerbetreibenden, deren fachliche Ausbildung nur eine ungemein geringe ist, den Übergang zu bleifreien oder mindestens weniger schädlichen Glasurmassen zu erleichtern.

Überall, wo eine Gesundheitsgefährdung der Arbeiter infolge Verwendung bleihaltiger Glasuren weiter bestehen bleibt, sind energische Maßnahmen zur Verhütung der Bleivergiftung notwendig, vor allem der Ausschluss von Personen weiblichen Geschlechts und jugendlichen Arbeitern von allen Arbeiten, bei denen sie mit bleihaltigen, noch nicht aufgebrannten Glasurmassen oder deren bleihaltigen Bestandteilen in Berührung kommen; ferner die Trennung der Räume, in denen mit solchen Substanzen gearbeitet wird, von den Wohn- und Schlafräumen und in etwas größeren Betrieben auch von den anderen Arbeitsräumen.

IV. Caïssonarbeit.

Die Caïssonkrankheit fordert zwar nicht so zahlreiche Opfer wie die Bleivergiftung, da Caïssonarbeiten und Taucherarbeiten meist nur in örtlich und zeitlich beschränktem Umfange vorgenommen werden. Die Erkrankungen sind aber oft schwerer Natur und Todesfälle verhältnismäßig häufig. Erfordert schon dieser Umstand dringend eine behördliche Regelung aller solchen Arbeiten, so erscheint eine solche umso mehr gerechtfertigt, als durch die empfohlenen und mancherorts bereits bewährten Maßnahmen das Vorkommen von Erkrankungsfällen fast vollständig verhütet werden kann.

⁶⁾ Vergl. Gutachten von Dozent Dr. Kaup: Bleivergiftungen in der keramischen Industrie (Bureau für Sozialpolitik, Preis 60 Pf.).

Aus den angeführten Gründen gibt die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz der Hoffnung Ausdruck, daß die hohen Regierungen der Regelung der gesundheitsgefährlichen Industrien ihre Aufmerksamkeit zuwenden und bei Erlassung der entsprechenden Vorschriften die hiermit überreichte Eingabe sowie die Grundzüge ihrer geneigten Berücksichtigung würdigen mögen.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Der Präsident H. Scherrer, Regierungsrat des Kantons St. Gallen, Nationalrat,
Der Vizepräsident A. Lachenal, Alt-Bundespräsident, Mitglied des Ständerats,
Der Generalsekretär Stephan Wauer, Professor an der Universität Basel.

Die Gesellschaft für Soziale Reform:

Der Präsident Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch,
Der Generalsekretär Prof. Dr. E. Franke.

Das Seminar für soziale Medizin in Berlin veranstaltet vom 3. bis 12. April einen Zyklus von fünf Vorträgen über das Thema „Arzt und Privatversicherung“, Montags, Mittwochs und Freitags abends 8 Uhr im Kaiserin Friedrichhaus für das ärztliche Fortbildungswesen. Vortragende sind: Stadtrat Sanitätsrat Dr. Gottstein, Revisionsarzt Sanitätsrat Dr. Voehler, Prof. Dr. Martinus (Hofstad), Vertrauensarzt Dr. Feldchenfeld, Dr. Schönheimer (Berlin). Die Teilnahme ist außer Ärzten und Medizinern auch sonstigen Interessenten nach Maßgabe des verfügbaren Raumes gestattet. (Programme sowie Eintrittskarten sind auf schriftliche Meldung bis zum 26. März erhältlich bei Dr. A. Benzer, C. 54, Hadericher Markt 1.)

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 8. Jahrg. 1910. Herausgegeben vom Generalsekretär F. Kaufmann. Hamburg 1910. Verlag des Zentralverbandes. Zwei Bände (951 u. 1079 Seiten). Preis 10 M.

Das vorzüglich ausgestattete Werk nimmt alljährlich an Umfang außerordentlich zu und ist längst zu einem erstklassigen Quellenwerk für die gesamte Genossenschaftsbewegung geworden. Im ersten Bande wird zunächst der Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes des Zentralverbandes, sodann der über die Entwicklung des Zentralverbandes während des Jahres 1909 erstattet. Der letztere zerfällt in acht Unterabschnitte, deren erster („Zur Theorie der Genossenschaftsbewegung“) sich auf mehr als 100 Seiten mit dem Problem „Konsumgenossenschaft und Heimarbeit“ befaßt; einen breiten Raum nimmt auch der Unterabschnitt über die Steuerleggebung gegen die Konsumvereine ein. In den Anhängen zu diesem Bericht wird u. a. auch über die Tätigkeit des Tarifamts, seine grundsätzlichen Entscheidungen und Tarifanerkennungen berichtet. Dann folgen Verhandlungsberichte über die Hauptversammlungen des Zentralverbandes, seiner Unterstützungskasse und der Großeinkaufsgesellschaft, deren Bericht für 1909 beigegeben ist. Der zweite Band bringt die Berichte über die Entwicklung der sieben großen Revisionsverbände nebst den Statistiken über die Geschäftsergebnisse der angeschlossenen Genossenschaften, die Tätigkeit von Einkaufsvereinigungen und die Verhandlungen der Verbandstage. Hauptsächlich vermag das Jahrbuch über das Wesen der Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen aufklärend zu wirken und Freunde für sie zu werben.

Forel, Kulturbestrebungen der Gegenwart. München, Reinhardt. 1910. 58 S. 4°. Preis geh. 50 Pf.

Mancher wird sich mit uns den Forel von früher zürdewünschen, der sich noch nicht tausendfach zerplüßert hatte: die „Kulturbestrebungen“ sind eine Schrift, deren geistvoller Dilettantismus auch dann verstummt, wenn man berücksichtigt, daß es sich in ihr um einen Vortrag, nicht um eine wissenschaftliche Abhandlung handelt.

Ehlen, Die direkten Steuern im Kanton Zürich und ihre Reform. Rascher & Co. Zürich 1910. 71 S. 4°. Preis geh. 1,50 M.

Die Schrift gibt eine kritische Darstellung und enthält Vorschläge zu positiver Abhilfe der Mängel des heutigen Systems.

Biermer, Der Kursstand unserer Staatspapiere. Sammlung national-ökonomischer Aufsätze und Vorträge. Zweiter Band (Heft 5). Emil Roth. Gießen 1910. 45 S. gr. 8°. Preis geh. 1 M.

Reiz, Der internationale Postfachverkehr. Tübingen, Mohr. 1910. 95 S. 4°. Preis geh. 1,10 M.

Marquardt, Die Interessengemeinschaften, eine Ergänzung zur Entwicklungsgeschichte der Zusammenfassungsbewegung von Unternehmungen. Berlin, J. Springer. 1910. 66 S. 4°. Preis geb. 2 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Staatl. konzession. Ev. Fröbelseminar-Cassel E. V.

Ausbildung u. Vermittlung für Stellungen in Volkskindergärten, Frauenschulen, Kinderhorten und Wohlfahrtsanstalten. Näheres „Die Arbeit im Ev. Fröbelseminar“. **Das Kuratorium.**

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland von 1895 bis 1908.

Die

Von

Dr. Hermann Albert.

Preis: 5 Mark 50 Pfennig.

Aus dem Inhalt: Erster Teil: Die theoretische Entwicklung des Zinsfußes: I. Die Leihe und der Zinsfuß. II. Das Kapital und der Zinsfuß. III. Das Geld und der Zinsfuß. — Zweiter Teil: Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes: Vorgeschichte: Die Entwicklung des Zinsfußes von 1815 bis 1895. — Hauptgeschichte: Die Entwicklung des Zinsfußes während der Periode 1895 bis 1908. Erster Abschnitt: Die Statistik des Zinsfußes. — Der Zinsfuß für kurzfristigen Kredit. — Der Zinsfuß für langfristigen Kredit. — Zweiter Abschnitt: Die Ursachen dieser Entwicklung. — Erstes Kapitel: Der inländische Kapitalmarkt. — Die Gewinnquotengestaltung. — Die Staats- und Kommunalanleihen. — Zweites Kapitel: Die ausländischen Kapitalmärkte. — Die ausländischen langfristigen Leihmärkte. — Die ausländischen kurzfristigen Leihmärkte. — I. Die Gestaltung der internationalen Diskontsätze. II. Die theoretischen Beziehungen zwischen Diskontsatz und Wechselkurs. III. Die tatsächlichen Beziehungen zwischen Diskontsatz und Wechselkurs. IV. Der gesamte tatsächliche Einfluß der ausländischen Diskontsätze auf den deutschen. — Drittes Kapitel: Die Elastizität des Geldumlaufs. — Giro- und Checkverkehr. — Verfassung und Verwaltungspolitik der Notenbanken. I. Das Deckungsverhältnis der Verbindlichkeiten der Reichsbank. II. Das Deckungsverhältnis und der Reichsbankdiskontsatz. III. Die Diskontpolitik der Reichsbank und der Marktdiskontsatz. — Schluß. — Literaturverzeichnis.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906.

Von **Walter Rothkegel.**

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 146.) Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Abschnitt: Anforderungen, welche an eine Statistik der Bodenpreise zu stellen sind. — II. Abschnitt: Die Statistik der Bodenpreise in Preußen vor 1895 und die Kaufpreissammlungen der preußischen Katasterverwaltung seit 1895. — III. Abschnitt: Der ländliche Grundbesitz im allgemeinen. — Die Grundbesitzverteilung. — Das Klima. — Die Beschaffenheit des Kulturbodens. Die Verkehrs- und Absatzverhältnisse. — IV. Abschnitt: Die Gestaltung und die Bewegung der Kaufpreise. — Die Gestaltung der Kaufpreise. — Die Verschiebung im Werte der ländlichen Grundstücke seit der Zeit der Grundsteuerveranlagung. — Die Bewegung der Kaufpreise in der Zeit von 1895 bis 1906. — V. Abschnitt: Die Ergebnisse der Kaufpreissammlungen in Beziehung zu einigen schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen. — Die weitere Verwendung des Grundsteuerreinertrages als Besteuerungsgrundlage und Wertmaßstab. — Zur Frage der Einführung einer Wertzuwachssteuer für Immobilien im Deutschen Reich. — VI. Abschnitt: Der Wert des ländlichen Grundbesitzes in Preußen. — VII. Abschnitt: Schlußbetrachtung.

Die russische Goldwährung.

Von

W. Fajans.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 141.)

Preis: 4 Mark 50 Pfennig.

Aus dem Inhalt: Einleitung. Grundzüge zur Geschichte der russischen Papierwährung. — Die Währungsverhältnisse Russlands seit der Durchführung der Geldreform bis auf die Gegenwart. — Die Frage des Währungsmetalls. — Die Fixierung des Rubelkurses und die Devaluation. — Die gesetzliche Regelung der Deckungsfrage und ihre Würdigung. — Die inländische Goldgewinnung. — Die Politik der Goldansammlung. — Die Politik Wites. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Abschluss der Geldreform. — Allgemeine Würdigung der Währungsreform. — Die Wandlungen des Geldverkehrs seit dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges. — Der Geldverkehr und der Krieg. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Friedensabschluss. — Die währungspolitische Bedeutung der Vergrößerung der Staatsschuld seit 1904. — Zweiter Abschnitt. Die Gestaltungstendenzen der russischen Handelsbilanz. — Die Zukunft der Getreideausfuhr. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr durch Extensivierung des Getreidebaus. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr auf Kosten der Volksernährung. — Die Aussichten auf die übrigen wichtigen Exportartikel und die Aussichten auf eine Einschränkung des Exports. — Die Holz-, Flachs-, Eier-, Butter- und Naphtausfuhr. — Die Aussichten auf eine Einschränkung des Imports. — Die Aussichten auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Goldindustrie. — Literaturverzeichnis. — Schlussbetrachtung.

Das russische Bankwesen.

Von

Rudolf Claus.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 131.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Vorwort. Literatur. I. Die staatlichen Kreditanstalten. — Die Kreditanstalten bis zur Bankreform. — Die Staatsbank. — Die Bauern-Agrarbank. — Die Adels-Agrarbank. — Sparkassen und Leihkassen. — Stadtgemeindebanken und städtische Leihhäuser. — II. Gegenseitige Kreditanstalten. — Land-Hypothekenbanken auf Gegenseitigkeit. — Städtische Kreditgesellschaften (Hypothekenbanken). — Gegenseitige Kreditgesellschaften (Handelsbanken). — III. Aktienbanken und Bankers. — Aktienhandelsbanken. — Aktien-Hypothekenbanken. — Leihhäuser auf Aktien. — Bankers. — IV. Kleinkreditanstalten. — Organisation und Gesetzgebung. — V. Die Arbeitsteilung im russischen Bankwesen. — Kreditbilletts, Depositen, Kontokorrentguthaben. — Wechseldiskont, Lombard, Spezial-Kontokorrent, Emissionsgeschäft. — Der kurzfristige ländliche Kredit. — Der Hypotheken- und Pfandpfandkredit. — Schluß.

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. zu München-Gladbach im Rheinland.

Von **Dr. phil. Marie Bernays.**

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.) Preis: 9 Mark 60 Pf.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. I. Teil: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Wohnort und Familie. — Das Berufsschicksal. — Berufsgemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. II. Teil: Zur Psychologie der Fabrikarbeit. — Einfluß der Arbeitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluß von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Die

Erstattung von öffentlichen Unterstufungen

durch die Unterstufungen und durch ihre Angehörigen.

Von Stadtrat Rosenstock-Königsberg i. Pr.

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 93. Heft.) Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstufung durch den Unterstufungen. 1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstufung als Vorwurf. b) Anspruch auf Unterstufung an G. G. 3. B. G. B. Art. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlaß. — Die Erstattung der Unterstufung durch die Angehörigen des Unterstufungen. — Zusammentreffen mehrerer Armenverbände. — Statuten-Kollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufungen. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufungspflichtigen. — Schlußbetrachtungen. Anhang.

Das Abonnement auf das III. Quartal 1911 bitten wir bei den Postämtern **umgehend** zu erneuern, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt.

Reklamationen einzelner Nummern sind sofort, jedenfalls vor Erscheinen der folgenden Nummern, bei der betreffenden Postanstalt anzubringen.

Leipzig, Dresdnerstrasse 17.

Duncker & Humblot. (Verlag der Sozialen Praxis.)

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Der preussische Gesetzentwurf über das Fortbildungsschulwesen. Von Dr. Kühne, Landesgewerbeamt, Berlin. 834
Ein außerordentlicher Preussischer Fortbildungsschultag. Zur Reform des Lohnbefehlsgesetzes. Von Dr. jur. Rud. Güttnier, Essen (Ruhr). 838
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 839
Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform.
Die Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. 841
Soziale Zustände 841
Die Schäden der Trinkgelder im Hotel- und Restaurationsgewerbe.
Der Deutsche Käuferbund.
Weitere Entschädigung für arbeitslose Sabatarbeiter. 843
Rechtspflege 843
Das Reichsgericht und die Bekämpfung sozialer Stiftungen. Von Dr. R. Sippke, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Leipzig. „Recht und Wirtschaft.“
Eine Schadenersatzklage wegen Arbeitsniederlegung abgewiesen.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 846
Resolution des Reichstags für die Arbeitsstatistikverträge.
Der Tarifvertrag für die bergische Seidenbandindustrie.
Ein neuer Tarifvertrag im Gastwirtschaftsgewerbe (Nürnberg).
Organisationen der Arbeiter, Schiffe, Angestellten und Beamten 847
Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung. Von Prof. Georg Brodtkorb, Halle a. S.
Der Verein für Handlungs-Commiss von 1868.
Der Bund der technisch-industriellen Beamten.
Der Zentralverband der Gastwirtschaftlichen in Deutschland.
Eine neue Zentralorganisation im Wiener Gastwirtschaftsgewerbe.
Streiks und Ausperrungen 860
Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.
Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie.
Ein streikender Choristengestreik in Wälschhausen i. Elb.

Arbeiterversicherung. Sparkasten 854
Bankbeamten- und staatliche Versicherung. Von Billy Brachvogel, Friedebau b. Berlin. (Zur Angestellten-Versicherung. XIII.)
Unterstützungspflicht der Krankenkassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche.
Nachversicherung von Angestellten des brennlichen Staates zur Unfallversicherung.
Vollversicherung 856
Die Stellung des Vormundschaftsrichters zur allgemeinen Jugendfürsorge.
Die Erfolge der Fürsorgeerziehung in Preußen.
Das freie Volksschulwesen in Deutschland.
Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur durch reichsgerichtliche Maßnahmen.
Handwerkslehre in Zigarrenfabriken.
Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England.
Sozialpolitik im Verkehrswesen 859
Eine Erweiterung der Eisenbahnarbeiter-Ausschüsse in Preußen.
Die Zweckmäßigkeit der Diensterteilungen im preussischen Eisenbahnbetriebe.
Sozialreform für die italienischen Eisenbahner.
Vollgesundheit 860
Rückgang der Tuberkulose in Deutschland.
Augenleiden der Bergleute.
Erblindung durch Heben einer schweren Last.
Krankenkassen und Alkohol.
Schulzahnkliniken in Österreich.
Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter 861
Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Hausgewerbetreibende.
Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten in Österreich.
Literarische Mitteilungen 861

Der preussische Gesetzentwurf über das Fortbildungsschulwesen.

Von Landesgewerbeamt Dr. Kühne-Berlin.

Am 6. März ist dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf über die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen zugegangen (vergl. Sp. 761). Damit soll auch für Preußen das Fortbildungsschulwesen durch Landesgesetz einheitlich geregelt werden, wie dies für die süd- und mitteldeutschen Staaten meist schon seit den 1870er Jahren geschehen ist. Bisher bildete für Preußen im wesentlichen die Reichsgewerbeordnung, insbesondere § 120, die gesetzliche Grundlage. Danach können Fortbildungsschulen von Gemeinden und Kommunalverbänden, außerdem von Innungen, Handwerks- und Handelskammern, errichtet werden. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die zum Schulbesuch notwendige Zeit zu gewähren. Durch statutarische Bestimmungen können männliche Arbeiter und weibliche kaufmännische Angestellte unter 18 Jahren verpflichtet werden, eine Fortbildungsschule zu besuchen, ebenso sind die Maßregeln zu treffen, die für die Durchführung der Schulpflicht notwendig sind; insbesondere ist nach der neuen Rechtsprechung die Unterrichtszeit festzusetzen, während des sonntäglichen Hauptgottesdienstes darf kein Unterricht stattfinden. Übertretungen der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen stehen unter Strafe. Die Arbeitgeber können zur Zahlung von Beiträgen herangezogen werden.

Unter diesen gesetzlichen Bestimmungen hat sich das Fortbildungsschulwesen rasch entwickelt, insbesondere seitdem es auf Veranlassung Bismarcks dem Handelsminister übertragen und damit in enge Verbindung mit der Praxis des gewerblichen Lebens gebracht ist. Während 1884 rund 650 Schulen mit noch nicht 60 000 Schülern vorhanden waren, betrug 1910 die Zahl der Schulen 2200, die der Schüler fast 400 000. Die verfügbaren Staatsmittel beliefen sich 1884 auf 182 000 M., 1910 auf 3 800 000 M. In noch höherem Maße sind die Aufwendungen der beteiligten Kreise, insbesondere der Gemeinden, gewachsen: die Gesamtkosten der Fortbildungsschule wurden für 1908 auf 8 750 000 M. berechnet, wobei die Kosten für Räume, Heizung, Beleuchtung und Reinigung nicht berücksichtigt sind.

Mit der äußeren Ausdehnung der Fortbildungsschule ist eine erfreuliche innere Entwicklung parallel gegangen. Die freiwillige Schule wurde mehr und mehr durch die Pflichtschule ersetzt, da die Erfahrung zeigte, daß nur unter dieser Voraussetzung ein geregelter Schulbesuch und ein planmäßiger Aufbau des Unterrichts zu erreichen ist. Seitdem 1900 Magdeburg, dann Frankfurt a. M. und viele rheinische Großstädte, 1905 Berlin die Pflichtschule eingeführt haben, ist die Frage, ob die pflichtmäßige oder freiwillige Schule vorzuziehen sei, zugunsten der Pflichtschule entschieden. Osterm. d. J. wird Essen als letzte preussische Großstadt die Pflichtschule einrichten.

Die Einführung des Pflichtunterrichts ermöglichte es, die Unterrichtsstoffe und Methoden mehr und mehr den Bedürfnissen der Praxis anzupassen. Die Ergänzungs- und Wiederholungsschule früherer Zeit hat sich zu einer Berufsschule für die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung umgebildet. Sie hat jetzt die Aufgabe, die praktische Ausbildung, wie sie Werkstatt und Fabrik,

Saben und Kontor vermitteln, nach der theoretischen Seite zu ergänzen und dadurch das Verständnis für die Arbeit und die Freude an ihr zu erhöhen. Gleichzeitig will die Fortbildungsschule die staatsbürgerliche Erziehung der jungen Leute fördern, indem sie den Zusammenhang des einzelnen und seiner Berufsarbeit mit dem Gemeinschaftsleben zum Bewußtsein bringt und die Ehrfurcht vor der Verfassung und der Rechtsordnung zu wecken und zu befestigen sucht. Mehr und mehr hat sich die Fortbildungsschule auch der Jugendpflege angenommen und sich bemüht, zur rechten Ausnutzung der freien Zeit anzuleiten, indem sie Gelegenheit zu körperlichen Übungen und zu bildender Unterhaltung gibt.

Diese Fortschritte des Fortbildungsschulwesens sind vor allem auch dadurch herbeigeführt worden, daß den Beteiligten — Gemeinden wie Lehrern — von der Verwaltung eine große Bewegungsfreiheit gelassen wurde und daß sie daher mit großer Hingabe an der Ausgestaltung der Fortbildungsschule gearbeitet haben.

Trotzdem machte sich der Mangel ausreichender gesetzlicher Bestimmungen vielfach sehr unangenehm geltend. Noch in jüngster Zeit wurde mehrmals der Bestand der Fortbildungsschulen durch höchstgerichtliche Entscheidungen ernstlich gefährdet. So wurde erkannt, daß die Schüler nur dann zum Schulbesuch verpflichtet sind, wenn der Stundenplan durch Ortsstatut festgesetzt ist. Es ist also notwendig, daß jedesmal beteiligte Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden, daß Magistrat und Stadtoverordnete beschließen und der Bezirksausschuß bestätigt, auch wenn nur geringfügige Änderungen aus schulechnischen Gründen notwendig sind. Durch Urteil des Reichsgerichts wurde 1908 entschieden, daß die Fabrikanten der westlichen Provinzen nicht zur Leistung von Beiträgen verpflichtet seien, und nur durch ein Rotgesetz konnte der Bestand vieler Fortbildungsschulen gesichert werden. Vor allem gab auch die Abgrenzung zwischen gewerblichen Arbeitern und anderen jungen Leuten mit ähnlicher Berufsarbeit vielfach zu Beschwerden Anlaß. Die Angestellten staatlicher und städtischer Betriebe, der Verkehrsunternehmungen, der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit können bisher nicht zum Schulbesuch verpflichtet werden. Dismeißen ist auch das Ortsstatut so abgefaßt, daß einzelne Gruppen von der Schulpflicht befreit bleiben; namentlich trifft dies oft zu für die ungelernten Arbeiter, die einer erziehlchen Einwirkung gerade am meisten bedürfen.

Bei dieser Sachlage ist es ein dringendes Bedürfnis, für die weitere Entwicklung der Fortbildungsschule eine gesicherte gesetzliche Grundlage zu schaffen und die wenigen größeren Gemeinden, die noch zurückgeblieben sind, zu veranlassen, die Schulpflicht im vollen Umfange durchzuführen. Daher bestimmt der Gesetzentwurf, daß jede Gemeinde von 10 000 und mehr Einwohnern verpflichtet ist, eine Fortbildungsschule zu errichten und zu erhalten. Diese Verpflichtung kann unter bestimmten Voraussetzungen auf Vororte oder Gemeindeguppen, die zu Zweckverbänden zu vereinigen sind, ausgedehnt werden. Zum Schulbesuch sind sämtliche in den betreffenden Gemeinden in öffentlichen und privaten Diensten beschäftigte männliche Personen unter 18 Jahren 3 Jahre lang verpflichtet. Der Unterricht umfaßt jährlich 240 Stunden, die in der Regel auf 40 Schulwochen zu verteilen sind. Eine Erhöhung ist zulässig, eine Verminderung bis auf 160 Stunden kann von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Der Pflichtunterricht muß in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends liegen. Durch statutarische Bestimmungen können wie bisher Pflichtschulen in kleineren Orten eingerichtet werden. Neu ist es, daß auch weibliche Personen unter 18 Jahren und sonst nicht schulpflichtige männliche Personen, insbesondere schulentlassene Jungen, die noch keine Arbeitsstelle gefunden haben, zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet werden können. Die Bestimmungen sind nicht anwendbar auf die jugendlichen Bergarbeiter, die häuslichen Dienstboten, die Lehrlinge in Apotheken und — in Orten unter 10 000 Einwohnern — auf die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Das Gesetz trifft weiter die notwendigen Bestimmungen über die Durchführung der Schulpflicht. Die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung sind übernommen, doch soll eine polizeiliche oder gerichtliche Bestrafung von Fortbildungsschülern nur eintreten, soweit nicht Bestrafung im Wege der Schulzucht erfolgt ist. Auf die Leiter und Lehrer finden im allgemeinen die für die Gemeindebeamten geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Insbesondere haben die Gemeinden das Recht der Wahl, doch bedarf die Berufung und Annahme von Leitern und Lehrern, sowie die Entlassung der hauptamtlich im öffentlichen Dienste angestellten Lehrer der Bestätigung der Aufsichtsbehörde. Die Aufsicht über die Fortbildungsschulen verbleibt wie bisher dem Regierungsprä-

identen, mit der Ausführung des Gesetzes wird der Minister für Handel und Gewerbe beauftragt.

Wenn der Entwurf Gesetzeskraft erlangt, werden nur etwa 40 Gemeinden die Fortbildungsschule neu einführen müssen. Die Schülerzahl wird um etwa 93 000 wachsen, die Unterrichtszeit wird für nur etwa 10 % der Stunden zu verlegen sein. Die weitergehende Forderung des Handwerks und der Fortbildungsschullehrer, daß in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern die Schulpflicht durchgeführt werden soll, ist nicht erfüllt worden, weil sonst die finanziellen Anforderungen an den Staat zu hoch würden und es sehr schwierig wäre, für die Ausbildung der Lehrer in genügender Weise zu sorgen. Auch die von vielen Seiten geforderte Schulpflicht für Mädchen ist im Gesetzentwurf nicht ausgesprochen. So bringend notwendig eine bessere hauswirtschaftliche Erziehung besonders der weiblichen Fabrikbevölkerung ist, so fehlt es doch bisher an Erfahrungen, wie solche Pflichtschulen zu gestalten sind. Es müssen erst gerade wie auf dem Gebiete der Fortbildungsschule für die männliche Jugend umfassende Erfahrungen gesammelt werden, ehe an eine gesetzliche Regelung gedacht werden kann. Die an sich wünschenswerte Ausdehnung der Schulpflicht auf die jugendlichen Bergarbeiter ist zunächst unterblieben, da aus wirtschaftlichen Gründen die Einführung nicht nur für die größeren Orte, sondern für den ganzen Bergbau gleichzeitig erfolgen mußte.

Bei der parlamentarischen Behandlung des Gesetzes*) wird voraussichtlich die vom Zentrum erhobene Forderung, den Religionsunterricht als Pflichtfach in die Fortbildungsschule einzuführen, eine wichtige Rolle spielen. Der Handelsminister hat sich in den Vorverhandlungen des Beirats auf den Standpunkt gestellt, daß die religiöse Erziehung der schulentlassenen Jugend Sache der Kirche sei und daß eine durch Schul- und Polizeitrafen erzwungene Teilnahme am Religionsunterricht keine Förderung des religiösen Lebens bedeute. Da bei den Verhandlungen über das Gesetz betr. die ländlichen Fortbildungsschulen in Schlesien auch die Konservativen den Zwangsunterricht in Religion abgelehnt haben, so ist zu erwarten, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses der Meinung des Ministers beitrifft.

Von Wichtigkeit ist auch die Frage, wie die Abgrenzung zwischen den Rechten des Staates und der Gemeinden erfolgen soll. Es ist aber zu hoffen, daß auf dem Boden des Entwurfs das Gesetz zustande kommt. Es bedeutet einen sehr erheblichen Fortschritt auf dem Gebiete der Volkserziehung. Die verhängnisvolle Lücke zwischen Volksschule und Wehrdienst, die in unserem Erziehungswesen vorhanden ist, wird dadurch bis zu einem gewissen Grade wenigstens für die größeren Städte ausgefüllt. Sache der beteiligten Gemeinden, Arbeitgeber und Lehrer wird es sein, die neuen Möglichkeiten für die Erziehung der heranwachsenden Jugend in vollem Umfange auszunutzen.

Die erste Lesung des Pflichtfortbildungsschulgesetzes (29. und 30. März) wurde mit einer Rede des Handelsministers Sydow eingeleitet, in der er die wesentlichsten Punkte, die zur Vorlegung des Entwurfs geführt haben, rekapitulierte. Er betonte hierbei, das Ziel müsse sein, alle erwerbstätigen jungen Leute im Alter von 14—18 Jahren den Fortbildungsschulen obligatorisch zuzuführen. Die Beschränkung auf die Städte mit mehr als 10 000 Einwohner habe ihren Grund abgesehen von der Kostenfrage — die kleineren Gemeinden seien nicht leistungsfähig genug — in dem Mangel an geeigneten Lehrkräften. Für die Nichtbeziehung der weiblichen Jugend spräche neben diesem letzteren Grunde vor allem auch, daß es an genügenden Erfahrungen für Fortbildungsschulen für weibliche Arbeiter fehle. Die Frage der Lehrpläne sei noch nicht so geklärt wie für die Schulen der männlichen Jugend. Durch die dem Reichstage vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung wegen ortstatutarischer Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die weibliche Jugend und durch die den Gemeinden durch den vorliegenden Entwurf gegebene Befugnis, den Fortbildungsschulzwang durch Ortsstatut auf weitere Personen, auch auf die weiblichen Arbeiter auszudehnen, werde allen Bedürfnissen zurzeit genügend Rechnung getragen.

Nachdem die Frage der Einführung des Religionsunterrichts für die Pflichtfortbildungsschule von dem Konservativen und dem Zentrumsredner zur Sprache gebracht worden war — der erstere wünschte, daß der Religionsunterricht wenigstens dort, wo er bereits in den Fortbildungsschulen besteht, beibehalten wird, während

*) Der Artikel ist vor der 1. Beratung der Vorlage im Abgeordnetenhaus geschrieben worden. Red. d. Soz. Praxis.

der letztere die Aufnahme des Religionsunterrichts unter die Pflichtaufgaben der Fortbildungsschule forderte, mindestens müßte den Gemeinden freistehen, den Religionsunterricht durch Ortsstatut einzuführen — wandte sich der Handelsminister unzweideutig gegen diese Forderung. Wenn man die Fortbildungsschule mit dieser Aufgabe belaste, so müßte man ihr etwas zu, was sie nicht leisten könne. Es fehle an der Zeit für den Religionsunterricht, sonst käme die sachliche Seite des Unterrichts, die in erster Linie stehe, zu kurz. Auch vom Standpunkt der religiösen Erziehung aus schade man durch einen Zwang eher, als daß man nütze. Überdies würde die konfessionelle Trennung auf ein Gebiet übertragen, wo es nicht nötig sei. Dagegen bleibe der Kirche freier Spielraum zur konfessionellen Einwirkung im Anschluß an die Fortbildungsschule. Der Erlaß der beteiligten Minister, wonach die Schulvorstände geneigt zu machen seien, den Geistlichen Räume zur Verfügung zu stellen, um die Zöglinge der Fortbildungsschulen religiös unterweisen zu können, bleibe nach wie vor in Kraft. Bei dieser Stellungnahme verblieb der Minister auch, nachdem von konservativer Seite nochmals erklärt worden war: „Die sittlich-religiöse Erziehung ist die Hauptaufgabe dieser neuen Erziehungsanstalten“ und nachdem man von dieser Seite auch einen Einfluß des Kultusministers auf die Pflichtfortbildungsschulen gefordert hatte.

Die Einführung des Religionsunterrichts lehnten mit Ausnahme der Polen die übrigen Parteien ab, auch die Freikonservativen. Im übrigen sprachen alle Redner grundsätzlich ihre Zustimmung zum Entwurfe aus, machten aber eine große Reihe von einzelnen Wünschen und Bedenken geltend, z. B. gegen die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts, gegen die Bestätigung der Schulvorstände durch die Aufsichtsbehörde, gegen die von verschiedenen Seiten gewünschte Möglichkeit, daß auch am Sonntag Unterricht erteilt werde. — Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen.

* * *

Ein außerordentlicher Preussischer Fortbildungsschulrat

sand unter starker Beteiligung von Vertretern der Behörden, der Städte, von Handel und Gewerbe sowie der Lehrerschaft am 18. März in Berlin statt, um zu dem Gesetzentwurf über die Errichtung und den Besuch der Pflichtfortbildungsschulen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Schuldirektor Häse-Charlottenburg, hob die Wichtigkeit des Gesetzentwurfs hervor, berührte ferner die Frage, daß auch die sog. „Jugendpflege“ ihren Stützpunkt in der Fortbildungsschule finden müsse, betonte aber, daß alles Gemeintragende parteipolitischen Fragen durchaus vermieden werden müsse. Die Referenten, Oberbürgermeister Dreifert-Brandenburg a. H. und Bäderobermeister Rabjal-Berlin, behandelten den Gesetzentwurf vom Standpunkt der Gemeindeverwaltungen und der Gewerbevertretungen aus. Im allgemeinen fand der Gesetzentwurf eine durchaus günstige Aufnahme; er bedeute einen großen Fortschritt. Der geschäftsführende Ausschuss hatte eine Reihe von Anträgen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs vorgelegt, die das Gesetz nach mancher Richtung hin erweitern würden. So wurde beantragt, daß das Gesetz die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen bereits für Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern vorschreiben soll, während der Entwurf die Grenze bei 10 000 Einwohnern zieht. — Aus der umfangreichen Erörterung, die sich an die Referate anschloß und an die vorliegenden Anträge des geschäftsführenden Ausschusses anknüpfte, verdient hervorgehoben zu werden, daß auch der Vertreter des preussischen Handelsministers Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Seefeld das Wort ergriff. Er betonte, daß die Regierung sich aus finanziellen Gründen hätte an die Grenze von 10 000 Einwohnern halten müssen, da auch bei dieser Grenze schon die Einschulung von etwa 98 000 jungen Leuten mehr, als heute die Fortbildungsschule besuchen, in Betracht kommt. Der Vertreter des Handelsministers sprach ferner über die zwei neuen Aufgaben, die der Gesetzentwurf für Fortbildungsschulen vorsetzt: die staatsbürgerliche Erziehung und den Turnunterricht. Zu diesen Punkten war die Befürchtung laut geworden, daß mit Einführung dieser Gegenstände in den Lehrplan der Fortbildungsschule ihr Charakter als Fachschule leiden würde, doch betonte Geheimrat v. Seefeld, daß diese beiden Fächer nicht obligatorisch durch das Gesetz vorgeschrieben werden sollen, sondern daß hierbei wie überhaupt bei der Ausgestaltung der Lehrpläne den Gemeinden viel Spielraum gegeben sei. Von zwei Rednerinnen wurde in der Diskussion gefordert, daß durch das Gesetz auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf die weibliche gewerblich und kaufmännisch tätige Jugend ausgesprochen werden müßte, doch stimmte die Versammlung den darauf hinzielenden Anträgen nicht zu, sondern begnügte sich mit der vom geschäftsführenden Ausschuss vorgeschlagenen Fassung, daß nach der gesetzlichen Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die männliche Jugend die Einführung durch Ortsstatut auch für die Mädchen zu beschleunigen sei und daß der Staat die Gemeinden hierbei finanziell nach denselben Grundsätzen unterstützen möge wie bei den Fortbildungsschulen für die männliche Jugend. Ein zur Annahme gelangter Antrag des Oberbürgermeisters Gump-Hagen fordert ferner, daß auch die jugendlichen Bergarbeiter

durch besonderes Gesetz dem Fortbildungsschulzwang unterworfen werden. Es wurde ferner ein Antrag angenommen, daß im § 11 des vorliegenden Gesetzentwurfs die Worte, nach welchen die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die häuslichen Diensthöten direkt unterjagt ist, gestrichen werden, so daß dann wenigstens die Möglichkeit bestehen würde, die Fortbildungsschulpflicht auch auf diese Schichten zu erstrecken.

Zur Reform des Lohnbeschlagnahmegesetzes.

Von Dr. jur. Rud. Hättner, Essen (Ruhr).

Zu den Gesetzen, deren Wirkungen sich am Volkskörper in besonderem Grade fühlbar machen, gehört zweifellos das Lohnbeschlagnahmegesetz, weil seine Vorschriften von einschneidender Bedeutung für die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung sind. Der Ruf nach einer Reform dieses Gesetzes erklingt in den letzten Jahren immer lauter und häufiger, so daß es angezeigt ist, diese für die breite Öffentlichkeit wichtige Frage einmal kurz zu erörtern.

Das Lohnbeschlagnahmegesetz setzt gegenwärtig den Lohnbetrag, der der Pfändung nicht unterliegt, auf 1500 M jährlich fest. Wie oft muß man nun nicht Klagen darüber hören, daß dieses sog. Existenzminimum von 125 M monatlich den heutigen Lebensverhältnissen nicht mehr entspreche, daß es einem verheirateten Arbeiter mit Familie nicht möglich sei, davon standesgemäß zu leben. An Anregungen, das Existenzminimum zu erhöhen, hat es nicht gefehlt, und es fragt sich, ob nicht der Gesetzgeber auf solche Anregungen eingehen oder in anderer Weise Abhilfe gegen jetzt mit Notwendigkeit sich ergebende Härten schaffen sollte. Das Lohnbeschlagnahmegesetz stammt aus dem Jahre 1869, also aus einer Zeit, die gegenüber den heutigen Verhältnissen sehr verschiedene Lebensbedingungen aufweist. Der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebensführung ist bereits einmal, nämlich im Jahre 1898, Rechnung getragen worden, indem durch eine Novelle das Existenzminimum von 1200 M auf 1500 M erhöht wurde. Seit dieser Zeit hat aber in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen wieder eine ganze erhebliche Fortentwicklung stattgefunden, die namentlich, was hier in Frage kommt, auf die Kosten der Lebenshaltung von großem Einflusse gewesen ist. Die Frage nun, ob im Hinblick auf die inzwischen zweifellos wiederum eingetretenen großen Steigerungen dieser Kosten eine Heraussetzung des gesetzlichen Existenzminimums erfolgen solle, kann aber nicht ohne weiteres bejaht werden, weil dabei nicht nur die Wünsche und Bedürfnisse des Schuldners berücksichtigt werden können, sondern auch die Interessen des Gläubigers in Betracht gezogen werden müssen. Dieser hat nun ein sehr erhebliches Interesse daran, daß ihm der Zugriff zu der Lohnforderung des Schuldners nicht über Gebühr erschwert wird. In den lohnarbeitenden Bevölkerungsklassen ist ja dieser Anspruch häufig der einzige für die Zwangsvollstreckung in Betracht kommende Vermögensgegenstand des Schuldners. Seine Mobilien sind entweder unpfändbar oder auf Abzahlung mit Eigentumsvorbehalt gekauft oder gehören als eingebrachtes Gut der Ehefrau. Ferner wird neuerdings auch immer häufiger von dem Mittel der Sicherungsbereignung Gebrauch gemacht, teils in durchaus loyalen, nicht zu beanstandender Absicht, teils allerdings auch aus dem Grunde, um die pfändbaren Sachen dem Gläubiger zu entziehen. Angesichts dieser Verhältnisse hat der Gläubiger in der Tat ein schutzwürdiges Interesse daran, daß ihm nicht auch noch die Lohnforderung des Schuldners entzogen werde. Aber auch das Interesse der in Betracht kommenden Volksklassen selbst bewegt sich zum Teil in derselben Richtung, insofern die Lohnforderung meist die einzige Grundlage ihres Kredits bildet und ihnen die Inanspruchnahme von solchem immer mehr erschwert würde, wenn das Sicherungsmittel der Lohnpfändung noch weiter abgeschwächt würde. Auf der anderen Seite folgt aber gerade aus dem Umfange, daß die Existenz des Arbeiters fast ausschließlich auf seinem Arbeitslohn beruht, die Notwendigkeit, ihn gegen eine Entziehung dieses Einkommens möglichst zu schützen. In welcher Weise ein Ausgleich dieser verschiedenen, sich kreuzenden und widersprechenden Interessen geschaffen werden kann, ist nicht ganz einfach. Den Befürwortern einer allgemeinen Heraussetzung des sog. Existenzminimums kann man entgegenhalten, daß eine schablonenmäßige, die Umstände des einzelnen Falles nicht berücksichtigende Festlegung einer absoluten Grenze nur einen ziemlich rohen Maßstab bildet. Denn es ist klar, daß der gleiche Lohnbetrag für den unverheirateten alleinstehenden Arbeiter und für den verheirateten Arbeiter mit Kindern verschiedene wirtschaftliche Bedeutung besitzt. Will man z. B. das Existenzminimum auf 150 M monatlich festsetzen, so würde darin,

soweit der unverheiratete Arbeiter in Frage kommt, zweifellos eine unbillige Beeinträchtigung der Interessen des Gläubigers liegen, weil ein unverheirateter Arbeiter sehr wohl von diesem Betrage noch einen Teil zur Deckung seiner Verbindlichkeiten abgeben kann, ohne seinen standesgemäßen Unterhalt zu gefährden. Die Festlegung einer absoluten Grenze hat nur den Vorteil, daß sie einfache, klare Verhältnisse für die Zwangsvollstreckung schafft und Streitigkeiten über die Zulässigkeit der Pfändung vorbeugt. Der feiner abwägenden Billigkeit entspricht sie dagegen wohl kaum, weil sie alle Schuldner mit demselben Maßstab mißt, obwohl für den einen eine drückende Last ist, was der andere kaum empfindet. Gerechter würde es daher sein, die persönlichen Verhältnisse des einzelnen, besonders die Familienverhältnisse mehr zu berücksichtigen und hiernach den pfändungsfreien Lohnbetrag zu bestimmen, ähnlich wie man ja auch bei den Steuern nach der Kinderzahl stufenweise Ermäßigungen eintreten läßt. Daß sich aus einer solchen die Verhältnisse abmägenden Regel in der Praxis Schwierigkeiten ergeben können, läßt sich allerdings nicht bestreiten. Auf der anderen Seite steht aber fest, daß der verheiratete Arbeiter bei der jetzigen Regelung gegenüber dem unverheirateten benachteiligt ist und daß im Volke diese Vetterstellung des unverheirateten als eine Unbilligkeit empfunden wird.

Eine anderweite Regelung läßt sich vielleicht so denken, daß ein bestimmter Betrag als untere Grenze für die Zulässigkeit der Lohnpfändung absolut festgesetzt und darüber hinaus dem Richter die Befugnis eingeräumt wird, auf Einwendung des Schuldners bestimmte Verhältnisse (z. B. Kinderzahl, Krankheiten usw.) zu berücksichtigen und danach den pfändungsfreien Betrag zu erhöhen. Hierdurch würde ein besserer Ausgleich der verschiedenen Interessen geschaffen und die jetzt sich ergebenden Härten gemildert werden. Daß bei einer solchen Regelung die Interessen des Schuldners mehr betont und geschützt werden, ist richtig, aber auch kaum zu beanstanden. Ist es schon vom sozialen Standpunkt aus notwendig, die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters zu stärken und zu kräftigen, so ist es schließlich auch für den Gläubiger vorteilhafter, langsamer, nach und nach für seine Forderung Befriedigung zu erhalten, als den Schuldner durch einen allzu rigorosen Zugriff wirtschaftlich zu ruinieren und damit zugleich die Befriedigung der eigenen Forderung zu gefährden.

Bei dieser Gelegenheit mag auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Bestimmung des § 4 Ziffer 3 des Lohnbeschlagnahmegesetzes, wonach unbeschränkte Pfändung des Lohnes wegen Unterhaltsbeiträgen für den Ehegatten und Verwandte zulässig ist, ebenfalls in der Praxis zu unerwünschten Ergebnissen führt. Selbstverständlich ist anzuerkennen, daß gegenüber dem Ehegatten und Verwandten weitergehende Verpflichtungen bestehen als gegenüber gewöhnlichen Forderungsgläubigern und dem Schuldner hier zugemutet werden muß, sich größere Beschränkungen aufzuerlegen. Ob es aber zweckmäßig ist, ihm den Lohn ganz zu entziehen, ist recht zweifelhaft, selbst vom Standpunkt der Unterhaltsberechtigten aus. Läßt man nämlich die unbeschränkte Lohnpfändung zu, so beraubt man den Schuldner ganz der Existenz und nimmt ihm die Möglichkeit, weiter zu arbeiten und zu verdienen, so daß er schließlich noch der Armenbehörde anheimfällt. Das liegt doch aber sicherlich nicht im Interesse der Unterhaltsberechtigten. Im Gegenteil muß ihnen doch daran gelegen sein, den Schuldner bei Verdienst zu erhalten, damit ihre eigene Forderung gesichert bleibt. Mit Rücksicht darauf dürfte es sich vielleicht empfehlen, entsprechend der Vorschrift des § 4a des Lohnbeschlagnahmegesetzes auch bei den Unterhaltsforderungen der Verwandten und des Ehegatten zu bestimmen, daß dem Schuldner wenigstens der notwendige Unterhalt gelassen werden muß.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Von den zur Vorbereitung für die am 12. und 13. Mai in Berlin stattfindende Generalversammlung bestimmten „Schriften“, die unter dem Oberbegriff „Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland“ erscheinen, ist nach Heft 1 (Dr. R. Bittmann, Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen nach der G.D.) und Heft 2 (Amtsgerichtsrat Dr. Köhne, Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen) nunmehr Heft 3 (Zena, Gustav Fischer, Preis 35 M.) erschienen: Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen von Dozent Dr. med. J. Kaup. Die höchst instruktive

Schrift behandelt zuerst die physiologischen Tatsachen für die letzte Phase des Entwicklungsalters, stellt dann Maßstäbe für die konstitutive Kraft der Jugendlichen auf, legt die Schutzgesetze für die Jugendlichen dar, die in Beschäftigungsverboten und Einschränkungen der Arbeitszeit bestehen, schildert in einem weiteren Abschnitt die Krankheitsverhältnisse der Jugendlichen nach Berufsgruppen und Berufsarten und kommt nach den Schlussbetrachtungen zu bestimmten Vorschlägen. „In Anbetracht der offenkundig vorhandenen Überanstrengung und Gefährdung der Jugendlichen beiderlei Geschlechts in vielen Berufen durch Art und Umfang der Arbeit, auch anderer ungünstiger Lebensbedingungen“ fordert Kaup vom sozialhygienischen Standpunkt folgende Maßnahmen:

A. Für die männliche Jugend von 14–18 Jahren.

1. Im Sinne der Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 sind die jugendlichen männlichen Arbeiter tatsächlich von allen Betriebsbeschäftigungen und Verrichtungen fernzuhalten, mit denen durch exzessive Temperaturen, Entwicklung von Staub, Gasen und Dämpfen und durch Überanstrengung besondere Gesundheitsgefahren verbunden sind.

2. Die Arbeitsdauer im Beruf und der Zeitaufwand für Fortbildungs- oder Fachschulen soll im allgemeinen zehn Stunden (einschließlich der nach der Gewerbeordnung vorgesehenen Pausen) nicht überschreiten.

3. Die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter ist ohne Ausnahme zu unterlagen.

4. Für Fortbildungs- und Fachunterricht wie für einen Spielhalbtage sind im ganzen mindestens drei Halbtage zu höchstens vier Stunden in Aussicht zu nehmen, so daß bei einer Halbtagsbeschäftigung im Berufe von höchstens fünf Stunden an drei Tagen der Woche die gesamte Arbeits- und Ausbildungszeit neun Stunden nicht überschreitet.

B. Für die weiblichen Jugendlichen von 14–18 Jahren.

Einführung von Halbtagschichten für Arbeit, Erziehung und körperliche Erleichterung.

C. Für die Jugendlichen beiderlei Geschlechts von 14 bis 18 Jahren.

1. Behufs richtiger Beurteilung der Berufsgefahren der Jugendlichen ist ähnlich wie in England und wie seit kurzem in Wien, ein regelmäßiger Untersuchungs- und Überwachungsdienst für alle Fortbildungs- und Fachschüler bezw. für alle berufstätigen Jugendlichen einzurichten.

2. Die für diesen Dienst bestimmten Ärzte hätten, unterstützt von angestellten und freiwilligen Jugendhelfern (Jugendhelferinnen) ihre Aufmerksamkeit auch auf die Lebensverhältnisse der Jugendlichen außerhalb des Berufes und der Schule und namentlich auf die Ernährungs- und Wohnverhältnisse zu richten.

3. Ein Halbtage in der Woche (Vor- oder Nachmittage) ist lediglich zur körperlichen Erleichterung durch Turnen, Spiel oder Wandern freizuhalten.

4. Für mindestens vierzehn Tage im Jahre sind die Jugendlichen unabhängig von der Jahreszeit durch Aufenthalt in einfachen Land-erholungsheimen, in Camps (Zeltlagern) nach englischem Muster, vorwiegend in unmittelbarer Nähe der Städte bei leichter Garten- und Feldarbeit, unterbrochen von Wanderungen, Spiel und Sport, körperlicher und geistiger Erfrischung zuzuführen.

5. Für Jugendliche, die nicht bei Eltern, Lehrherren oder Verwandten in Wohnung und Verpflegung stehen, sind in größerer Zahl seitens der Kommunen und privater Organisationen einfachere, familiäre Wohn- oder Mädchenheime zu schaffen.

6. Behufs Hebung der Ernährungsverhältnisse der Jugendlichen, die nicht bei Eltern oder Lehrherren in Kost stehen, sind besondere, einfache, alkoholfreie Speisestellen seitens der Kommunen und privater Organisationen zu errichten.

7. Alle auf Stärkung des Charakters, auf körperliche und geistige Erholung und Erleichterung abzielenden Einrichtungen der Fortbildungs- und Fachschulen, der nationalen Organisationen und Verbände für die männlichen und in Zukunft in gleichem Maße auch für die weiblichen Jugendlichen sind in ihren auf Ausgestaltung bedachten Bemühungen seitens des Staates und der Gemeinden mit möglichster Opferwilligkeit zu unterstützen und zu fördern.

Diesem 3. Hefte werden noch zwei weitere folgen, die sich mit den Fortbildungs- und Fachschulen und mit der Bildung und Erziehung der Jugendlichen in der Freizeit beschäftigen. Alle diese Fragen werden in der Generalversammlung zur Erörterung kommen, deren Verhandlungen dann ebenfalls in stenographischer Wiedergabe in den „Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform“ veröffentlicht werden.

Die Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. (Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform) hatte bereits 1907 die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises angestrebt, indem sie in einer Eingabe an Magistrat und Bürgerausschuß den Nutzen eines solchen paritätischen Nachweises eingehend nachwies. Die hierauf vom Magistrat mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern des Gewerbegerichts eingeleiteten Verhandlungen scheiterten

an dem Widerstande der Arbeitgeber, und der Magistrat nahm deshalb davon Abstand, die Materie weiter zu verfolgen. Die in diesem Winter von der Vereinigung für Soziale Reform erneut eingeleiteten Besprechungen, die zunächst getrennt stattfanden, waren bei der unveränderten Stellungnahme der Arbeitgeber gleichfalls erfolglos. Die Arbeitgeber erklärten sich selbst bei fakultativer Einrichtung wiederum gegen einen allgemeinen städtisch-paritätischen Arbeitsnachweis, weil sie hiervon eine Schädigung der von den Innungen geleiteten Facharbeitsnachweise befürchteten. Die Errichtung eines auf ungelernete Arbeiter und weibliche Arbeitskräfte beschränkten städtisch-paritätischen Arbeitsnachweises wollten sie dagegen unterstützen. Die Arbeitnehmer hielten jedoch an der Forderung eines auf alle Arbeitnehmer ausgedehnten Nachweises fest und erklärten ferner, daß zugunsten einer solchen Einrichtung die gewerkschaftlichen Nachweise ihre Tätigkeit folglich einstellen würden. Zur Erzielung einer Einigung wurden beide Parteien dann nochmals zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, es entschieden jedoch nur die Arbeitnehmer, während die Arbeitgeber schriftlich erklärten, daß sie inzwischen ihren Standpunkt nicht geändert und deshalb beschloßen hätten, die Versammlung nicht zu besuchen. — Die Vereinigung für Soziale Reform wird jedoch auch in Zukunft ihre Bemühungen um die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeitsnachweises auf breiter Grundlage nicht aufgeben.

Soziale Zustände.

Die Schäden der Trinkgelber im Hotel- und Restaurationsgewerbe.

Aus Berliner Kellnerkreisen erhalten wir eine Zuschrift, welche die sozialen Mißstände im Berufe grell, vielleicht etwas zu grell, beleuchtet, die aber eindringlich zeigt, welche Verantwortung die öffentliche Gesellschaft auf sich ladet, wenn sie die Verhältnisse im Kellnergewerbe so weiter gehen läßt wie bisher. Es heißt in dem Briefe:

Durch eine Kellnerangelegenheit im Reichstagsrestaurant wurde auch das große Publikum auf gewisse Sitten und Gebräuche in diesem Stande aufmerksam gemacht. Wie noch Erinnerung sein dürfte, wurde dortselbst ein Kellner plötzlich entlassen, weil er die Fragen beantwortet hatte, welche der Vorsitzende der Kontrollkommission an ihn stellte. Diese plötzliche Entlassung ist nun inzwischen — durch den Druck des Reichstagsbureaus — als ein Irrtum anerkannt worden und durch die Einstellung des betreffenden Kellners tünlichst repariert. Somit wäre dieser Fall für die öffentliche Meinung abgetan. Da aber diese plötzliche Entlassungsaktion nicht etwa vereinzelt dasteht, sondern gang und gäbe ist, so sehe ich mich veranlaßt, einmal die Schäden näher zu beleuchten, die durch diese und verschiedene andere Standesunsitten im allgemeinen hervorgerufen werden.

Allein in Berlin werden wohl durchschnittlich täglich 50 bis 100 Kellner unter ganz fadenscheinigen Gründen plötzlich entlassen, ohne daß sie irgend eine Entschädigung zu beanspruchen haben. Jedoch mangelt es nicht nur an einer Entschädigung, sondern in vielen Betrieben ist es ihnen noch gar nicht einmal möglich gewesen, sich überhaupt einige Notgroschen zu erbütigen. Denn ihre 14- bis 16stündige tägliche Arbeitszeit bietet gar keine Gewähr für ein genügendes Auskommen. Es muß doch immer berücksichtigt werden, daß der Kellner einzig und allein auf das soziale Empfinden des Publikums angewiesen ist. Dieses soziale Empfinden gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen ist aber bei vielen in der Entwicklung des Charakters zurückgeblieben. Unsere schweren sozialen Kämpfe, die unser öffentliches Leben auf allen Gebieten behändig durchfurchen, legen hieron ein beredtes Zeugnis ab. Somit versteht es sich von selbst, daß das Einkommen des Kellners wohl von der Gesinnung seiner Gäste, nicht aber von seiner Arbeitszeit abhängig ist. Zu diesen Mißständen gesellt sich nun noch die unwürdige Art und Weise, wie er sich überhaupt ein Einkommen verschaffen muß. Ferner die bereits erwähnte lose Lage seines Arbeitsverhältnisses, die oft fast- und traktlose Nahrung sowie die rauhe Behandlung, die er von verschiedenen Seiten ertragen muß. Daß solch eine beisspiellos unwürdige wirtschaftliche Lage schädliche Folgen hat, liegt klar auf der Hand. Ein Mensch, der fast Tag und Nacht ruhelos mit solchen Widrigkeiten kämpfen muß, ist bald abgenutzt. Viele unterliegen solchem Kampfe ganz. Sie greifen aus Verzweiflung über ihre elende soziale Lage zum Alkohol, zu Spiel und Weibern, werden zu Handlungen gedrängt, die mit dem Begriff von Treu und Glauben nicht zu vereinbaren sind. So entstehen en gros, dank diesen Mißständen, die ihre Wurzeln in dem Trinkgelberunwesen haben, jene Gestalten, die durch ihre gerissenen Tricks das Publikum materiell schwer schädigen und den ganzen Stand in einen üblen Ruf bringen, jene Opfergestalten, die man sachmännisch mit „Ablocher“ bezeichnet.

Würden nun diese Leute vereinzelt dastehen, so könnte man sich ihrer durch geeignete Maßnahmen entledigen. Allein im Kellnergewerbe kann man nicht mehr von vereinzelter Opfer in dieser Beziehung sprechen. Die schweren Mißstände haben hier bereits große Vermüßungen angerichtet. Würden alle Kellner aufgefordert werden, eidlich zu bestätigen, „noch nicht abgekocht zu haben“, so wäre es noch eine große Frage, ob die Mehrzahl diesen Eid mit gutem Gewissen leisten könnte. Aber auch die Mehrzahl der Arbeitgeber würden in eine peinliche Lage geraten, wenn sie schwören sollten, von dem „Ablocher“ ihrer Mitarbeiter keine Ahnung zu haben. Ja, wie würde es wohl überhaupt im öffentlichen Leben aussehen, wenn in den übrigen Erwerbsständen den unserigen analoge Zustände herrschten?!

Es ist wirklich die höchste Zeit, daß diese Frage einmal in aller Öffentlichkeit zur Erörterung gestellt wird. Beantworte diese Frage ein jeder so, als wenn er von heute ab für seine 14- bis 16stündige Arbeitszeit nichts zu verlangen hätte, sondern auf die freiwilligen Gaben seiner Mitmenschen angewiesen wäre — dann würde die Mehrzahl unseres Volkes die dunklen Wege verstehen, die sich überall vor uns Kellnern auflern und auf denen so viele Kameraden elendiglich verderben müssen. Dann wird jeder rechtschaffene Mensch nicht eher ruhen können, bis diese Schäden an unserem Volkskörper beseitigt sind.

Das Publikum aber sowie die Presse haben es in ihrer Hand, hier eingehende Remedur zu schaffen. Deshalb wird von unserer Branche nicht verlangt, was in jedem geordneten Handelszweig, in jeder entwickelten Industrie üblich ist, nämlich: „Ein kaufmännisches Zahlungssystem, vermöge dessen sich das Publikum vor Übervorteilung schützt.“ Wodurch gleichzeitig die Trinkgelber in angemessener Höhe mit den Verkaufspreisen gegeben oder besser bezahlt werden. Was in allen anderen Branchen durch kaufmännisches Rechnen möglich ist, sollte in unserer unmöglich sein? Wenn diese Unfähigkeit wirklich vorhanden ist, so ist es deswegen noch immer kein Grund, das Publikum auf geheimen Wegen zu schädigen und so viele Menschen durch haarsträubende Dinge ins Verderben zu stürzen.

Ich richte daher an die öffentliche Meinung, an jeden Volksfreund den dringenden Appell, ein scharfes Auge auf das Trinkgelberunwesen zu haben, ja Trinkgelber in der bisherigen Gestalt überhaupt abzulehnen. Denn der Zustand, in dem sich heutzutage das Publikum sowohl wie das Kellnergewerbe durch die Trinkgelberunsitte befindet, ist eines zivilisierten Volkes unwürdig.

Der Deutsche Käuferbund (Geschäftsstelle Friedenau-Berlin, Rubensstraße 22) hielt am 28. März seine gut besuchte Hauptversammlung in den Räumen des Reichstagsamtes ab. Aus dem Geschäftsbericht ließen sich wiederum einige recht erfreuliche Fortschritte der Bewegung erkennen. Der Käuferbund zählt jetzt sechs Ortsgruppen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Leipzig, Wiesbaden; in sieben anderen Städten sind Vorarbeiten für Gruppenbildungen im Gange. Außerdem sind dem Käuferbund 34 Vereine mit insgesamt 225 000 Mitgliedern korporativisch angeschlossen. Wichtiger noch als das zahlenmäßige Wachstum ist jedoch das Fortschreiten der Idee, das u. a. daran zu erkennen ist, daß auf mehreren bedeutenden Tagungen (evangelisch-sozialer Kongress, kirchlich-soziale Konferenz) Referate über Käufermoral erstattet wurden, und daß auch die Presse mehr Entgegenkommen zeigt und Notizen über den Käuferbund leichter aufnimmt, als im Anfang der Bewegung. Durch die Presse sowie durch Verteilung eines Aufrufs „Weihnachtsieber und 10 Rezepte dagegen“ wurde für eine bessere Verteilung des Weihnachtsgeschäftes gesorgt; ebenso wird stets zu Anfang der Saison sowie vor Festen das kaufende Publikum durch Notizen in der Presse daran gemacht, seine Einkäufe rechtzeitig zu besorgen, um die Überbezug der Arbeiter und Angestellten zu vermeiden. Neben diesem Kampf gegen die Schäden der kurz zusammengebrängten Saisonarbeit unterstützt der Käuferbund auch weiterhin die Bestrebungen für den Auktuhr-Badenschluß und die volle Sonntagsruhe im Handel.

Die anständige Geschäftswelt erkennt erfreulicherweise in steigendem Maße den Käuferbund als Bundesgenossen gegen manche Mißstände des Geschäftslebens an, welche die reelle Kaufmannschaft selbst zu bekämpfen wünscht. So wurde der Käuferbund zugezogen zu den von der Berliner Kaufmannschaft eingeleiteten Beratungen über die Bekämpfung des Bazar- und Tombolaunwesens, ferner werden vom Käuferbund und den angesehensten Firmen gemeinsam die Aufrufe, die auf eine bessere Verteilung des Distergeschäftes hindeuten, in die Presse lanciert. — Aus dem Geschäftsbericht sei ferner noch hervorgehoben, daß der Käuferbund zurzeit mit Unter-

stützung verschiedener Organisationen der Handlungsgehilfen eine Umfrage über die wirtschaftliche Lage der Angestellten in Filialen fünf verschiedener Branchen in Groß-Berlin veranstaltet. Das Resultat dieser Arbeit liegt zurzeit noch nicht vor und wird voraussichtlich erst im Sommer 1911 abgeschlossen sein. Da die Filialleiterinnen zum Teil unter sehr ungünstigen Bedingungen arbeiten, namentlich unter zu langer Arbeitszeit ohne Pausen, niedrigem Gehalt, Bindung durch die Konkurrenzklausel usw. leiden, dürfte die Untersuchung manches wertvolle Material auch zur Frage des Arbeitsrechts ergeben.

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung gelangten einige von der sehr rührigen Leipziger Ortsgruppe gestellte Anträge zur Verhandlung, von denen zwei von besonderer Wichtigkeit für die Weiterarbeit des Käuferbundes werden können. So soll der Vorstand der Frage der Verleihung einer Schutzmarke an unter ganz besonders mißerhaften Bedingungen hergestellte Fabrikate näher treten, ferner sollen von nächstem Herbst ab eigene Mitteilungen des Käuferbundes herausgegeben werden.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erstattete Fräulein Abele Beerensson ein Referat über die bereits oben erwähnten Bemühungen zur Bekämpfung des Vazar- und Tombolaunwesens in Berlin (vergl. Soz. Prax. Jg. XX Sp. 794: Die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft) und geißelte darin besonders scharf den Mißbrauch der Gewalt, den viele Kunden dadurch ausüben, daß sie von der Geschäftsmittel unter Androhung der Entziehung der Kundschaft Beiträge aller Art zu erpressen versuchen.

Weitere Entschädigung für arbeitslose Tabakarbeiter. Trotz Einsprache des Reichschatzsekretärs, der darauf verwies, daß zur Unterstützung bereits 6¾ Millionen Mark bewilligt seien, hat der Reichstag bei der zweiten Etatslesung am 1. April eine Resolution Baffermann und Genossen angenommen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald noch einen Nachtrag zum Reichshaushalt-Etat dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, durch welchen hinreichende weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um, entsprechend den Bestimmungen des Artikels IIa des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen oder durch Einschränkung der Betriebe geschädigten Hausgewerbetreibenden oder Arbeitern des Tabakgewerbes die bis zum 15. August 1911 zustehende Unterstützung zu gewähren.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, für diesen Zweck gleich in den Hauptetat eine Million einzusetzen und daneben weitere 400 000 M. zu Beihilfen an Arbeiter, die infolge des Zündwarensteuergesetzes arbeitslos geworden sind, wurde abgelehnt.

Rechtspflege.

Das Reichsgericht und die Besteuerung sozialer Stiftungen.

Von Dr. R. Sappé, Rechtsanwalt beim Reichsgericht, Leipzig.

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts über den Begriff der sittlichen Pflicht und der Anstands Rücksicht bei Schenkungen, an den die Befreiungsvorschrift des § 56 Abs. 2 des Reichserbschaftsteuer-Gesetzes anknüpft, hat in der Presse Anlaß zu Angriffen auf das Reichsgericht gegeben, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es handelt sich dabei um folgende Fälle:

1. Die Beamten einer Hypotheken- und Wechselbank waren zu einem Verein zusammengetreten, der in das Vereinsregister eingetragen worden ist und dessen Zweck war, den Witwen und Waisen der verstorbenen Mitglieder des Vereins sowie bereits vor dessen Gründung verstorbenen Beamten der Bank Unterstützungen zu gewähren. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung bestand nicht. Die Bank hatte dem Verein 25 000 M. zugewendet, und hierfür ist von dem Verein die Schenkungssteuer mit 5 v. H. im Betrage von 1250 M. eingefordert worden. Der Verein hat mittels Klage die Rückzahlung verlangt, weil durch die Schenkung einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen worden sei. Das Reichsgericht, welches die Abweisung dieser Klage gebilligt hat, begründete die Ansicht, daß der angegebene Befreiungsgrund nicht vorliege, im Urteil vom 16. Oktober 1908 VII 595/07 (Bd. 70 S. 15 f.) dahin:

„Im Sprachgebrauche des gewöhnlichen Lebens pflegt man unter der „Erfüllung einer sittlichen Pflicht“ auch die Fälle zu begreifen, in denen es sich lediglich um Betätigung der allgemeinen Nächstenliebe handelt. Der dem Gesetz zugrunde liegende Begriff ist ein engerer. Er erfordert das Vorliegen einer besonderen, aus den konkreten Umständen des Falls erwachsenen, in den Geboten der Sittlichkeit wurzelnden Verpflichtung. Ob diese vorliegt, läßt sich nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Vermögens und der Lebensstellung der

Beteiligten sowie der unter ihnen bestehenden persönlichen Beziehungen entscheiden. Eine solche besondere Pflicht zur Vornahme der gemachten Zuwendung kann hier nicht anerkannt werden, so sehr auch die Zuwendung selbst zu billigen sein mag. Die Verbindlichkeiten des Arbeitgebers zur Unterstützung der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer sind durch die neuere soziale Gesetzgebung geregelt. Daneben mag für den Arbeitgeber die allgemeine Pflicht bestehen, seinen Angestellten oder Arbeitern im Falle der Bedürftigkeit nach Kräften beizustehen. Eine besondere sittliche Pflicht des vermögenden Arbeitgebers zur Gründung und Ausstattung von Unterstützungskassen für die Witwen und Waisen der Angestellten besteht aber nach der heute geltenden Anschauung des praktischen Lebens nicht. Das zeigt sich schon darin, daß man von einer Verletzung einer sittlichen Pflicht in den vielen Fällen nicht sprechen könne, jedenfalls nicht zu sprechen pflegt, in denen bei gleicher oder ähnlicher Sachlage, wie sie hier vorliegt, die Vergabe von Geldmitteln von seiten des Arbeitgebers für derartige Unterstützungszwecke unterbleibt. Aus dem gleichen Grunde kann auch nicht zugegeben werden, daß hier nach der Verkehrssitte die erfolgte Zuwendung aus Anstands Rücksichten geboten war.“

2. Seit dem Jahre 1867 besteht für die Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, und die Witwen und Waisen der Angestellten eine Pensionskasse. Im Jahre 1907 ließ die Gesellschaft der Kasse 100 000 M. zufließen. Die Steuerbehörde hat die Schenkungssteuer mit 5000 M. eingezogen. Die Kasse forderte diesen Betrag mit der Klage zurück. Das Kammergericht (vergl. Soz. Praxis XVIII 1005) und das Reichsgericht haben die Verurteilung des Fiskus zur Herauszahlung des Betrages im Urteil vom 11. Februar 1910 (VII 232/09 Bd. 73 S. 46) für gerechtfertigt erklärt (vergl. Soz. Praxis XIX 793). Der wichtigste Gesichtspunkt des Urteils lautete:

„Im gegenwärtigen Fall steht nicht die Gründung einer Pensionskasse in Frage. Vielmehr handelt es sich um die Zuwendungen an eine schon im Jahre 1867 ins Leben gerufene Kasse, die vor allem die Versorgung der Angestellten selbst bei Eintritt der Dienstunfähigkeit bezweckt. Beiträge werden nicht mehr erhoben. Die Kasse ist, solange nicht ihr Vermögen die zur Befriedigung der statutenmäßigen Ansprüche erforderliche Höhe erreicht hat, auf Zuschüsse der Klägerin angewiesen. Damit rechnen ihre Angestellten, und sie dürfen es unter den obwaltenden Verhältnissen. Dazu kommt, daß die Bewidmung einer solchen Pensionskasse mit regelmässigen, nach der Höhe des Reingewinns bemessenen Zuschüssen den Anschauungen der Berliner Großhändler durchaus entspricht und geübt wird. Darum läßt sich sagen, daß die Klägerin, indem sie den Zuschuß gewährte, wenn auch nicht einer sittlichen Pflicht, so doch einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen hat.“

3. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein hatte eine Stiftung zugunsten ihrer Arbeiter unter dem Namen „Arbeiter-Pensions-Stiftung“ errichtet. Sie hatte der Stiftung als Stammkapital den Betrag von 100 000 M. überwiesen und verpflichtete sich, jährlich weitere 100 000 M. zu überweisen, bis genügend Kapital zur Erreichung des Stiftungszweckes vorhanden wäre. Aus den Zinsen sollten den Arbeitern bei eintretender Erwerbsunfähigkeit oder Invalidity Zuschußrenten gewährt werden. Die Steuerbehörde hat die Schenkungssteuer mit 5000 M. eingezogen. Die Stiftung forderte diesen Betrag mit der Klage zurück. Das Reichsgericht hat die Abweisung der Klage im Urteil vom 15. November 1910 VII. 591/09 aus folgenden Gründen gebilligt:

„Was die Frage anbelangt, ob durch die Schenkung einer sittlichen Pflicht entsprochen wurde, so hat der erkennende Senat bereits ausgesprochen, daß eine sittliche Pflicht nicht schon aus der günstigen Vermögenslage des Arbeitgebers herzuleiten sei, daß es vielmehr noch des Vorhandenseins besonderer persönlicher Beziehungen bedürfe, wenn eine Schenkung zugunsten von Angestellten nicht bloß als Betätigung der allgemeinen Nächstenliebe, sondern als Ausfluß des Gebots einer sittlichen Pflicht angesehen werden solle. An diesem Grundsatz ist festzuhalten. Inwiefern ihn der Berufungsrichter verkannt haben sollte, ist aber nicht ersichtlich. Von besonderen persönlichen Beziehungen der Fabrik zu ihren rund 8000 Angestellten und Arbeitern kann offenbar keine Rede sein.“

„Es könnte sich deshalb nur noch fragen, ob durch die Zuwendung der 100 000 M. einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wurde. Allein wenn man auch die Höhe des hier zugewendeten Betrages nicht bedenklich findet, so fehlt es doch immer an den besonderen Umständen, die es rechtfertigen könnten, die fragliche Zuwendung als ein Gebot des Anstandes anzusehen.“

Wenn man diese Entscheidungen des Reichsgerichts nebeneinander hält, so erkennt man, daß der dem Reichsgericht gemachte Vorwurf, es sei sich in seiner Auffassung nicht konsequent geblieben, ungerechtfertigt ist. Das Reichsgericht hat hervorgehoben, daß sich die Frage nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Vermögens und der Lebensstellung der Beteiligten sowie der unter ihnen bestehenden persönlichen Beziehungen entscheiden läßt. Und

es sind denn auch tatsächlich die einzelnen zur Entscheidung gelangten Fälle ganz verschieden gelagert.

Die Kritik wirft dem Reichsgericht insbesondere vor, die Auffassung, es könne von besonderen persönlichen Beziehungen einer Fabrik zu ihren 8000 Arbeitern offenbar keine Rede sein, müsse zu lebhaften Bedenken Anlaß geben, weil anzuerkennen sei, daß auch der Arbeitsvertrag auf sittlicher Grundlage beruhe. Auch dieser Vorwurf ist unbegründet. Das Reichsgericht verkennt keineswegs, daß eine Zuwendung, wie sie in Frage steht, an sich durchaus zu billigen ist und daß für den Arbeitgeber die allgemeine Pflicht besteht, seinen Angestellten und Arbeitern im Falle der Bedürftigkeit nach Kräften beizustehen. Das Reichsgericht verneint nur eine besondere sittliche Pflicht des Arbeitgebers zur Gründung und Ausstattung von Pensionskassen, weil zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern besondere persönliche Beziehungen nicht bestehen, die dem Arbeitgeber die sittliche Verpflichtung auferlegen, solche Stiftungen zu machen. Nicht darauf kommt es an, daß es an sich sehr zu billigen ist, wenn seitens solcher Arbeitgeber, die dazu in der Lage sind, solche Stiftungen gemacht werden, sondern darauf, daß diejenigen Arbeitgeber, die nicht ein Gleiches tun, obwohl sie dazu in der Lage wären, deshalb in der Achtung und Anerkennung der Allgemeinheit noch keine Einbuße zu erleiden brauchen.

„Recht und Wirtschaft“. Am 26. März fand in Leipzig die konstituierende Sitzung der „Vereinigung für zeitgemäße Rechtspflege und Verwaltung“ statt, die sich auf Grund des Aufrufs „Um das Recht der Gegenwart“ gebildet hatte. Zunächst wurde der Zusammenschluß mit der Gruppe des Amtsgerichtsrats Alfred Bozi-Bielefeld vollzogen und dem so erweiterten Vereine der Name „Recht und Wirtschaft“ gegeben. Der Vorstand setzt sich nun aus folgenden Mitgliedern zusammen: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Brönnge-Jena, Reichsgerichtsrat Dr. Düringer-Leipzig, Geh. Justizrat Prof. Dr. Hellwig-Berlin, Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Alfred Bozi-Bielefeld, Oberlandesgerichtsrat Richard Deinhardt-Jena, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg-Elberfeld, Dr. Hans Jordan, Schloß Wallindrobt, Reg.-Rat Dr. Rathenau-Berlin (als Schriftführer), Kommerzienrat Schröder-Berlin (als Schatzmeister), Rechtsanwalt am Reichsgericht Justizrat Dr. Wilbhausen, Leipzig.

Auf Grund der Satzungen wurden folgende Ausschüsse gebildet:

1. für Vor- und Ausbildung: Vorsitzender Geh. Rat Hellwig, 2. für Fortbildung: Vorsitzender Oberlandesgerichtspräsident Brönnge, 3. für Gesetzgebung: Vorsitzender Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, 4. für Rechtspflege: Vorsitzender Reichsgerichtsrat Düringer, 5. für Verwaltung: Vorsitzender Geh. Regierungsrat Bittling, Berlin, 6. für Verbreitung von Rechtskenntnissen: Vorsitzender Staatsminister z. V. v. Gentig, Berlin, 7. Prehausschuß: Vorsitzender Oberlandesgerichtsrat Richard Deinhardt, 8. Werbeausschuß: Vorsitzender Geheimrat Duisberg.

Die Ausschüsse werden alsbald ihre praktischen Arbeiten beginnen. Es ist zu hoffen, daß es dieser weitausgreifenden Organisation gelingen wird, den Zweck des Vereins zu erreichen, die Rechtsentwicklung in Justiz und Verwaltung nach den Bedürfnissen der Gegenwart zu fördern, und daß die weitesten Kreise der Juristenwelt, des Handels und der Industrie sowie der Landwirtschaft seine Bestrebungen unterstützen werden, damit das Recht den Bedürfnissen unserer Kultur und Wirtschaft in vollem Umfange gerecht werde.

Eine Schadenersatzklage wegen Arbeitsniederlegung abgewiesen. Ein Berliner Schlossermeister, der unter Berufung auf die Arbeitsordnung Überstunden angeordnet hatte, zog, da die Arbeiter diese verweigerten, jedem derselben einen halben Tagelohn vom Lohne ab. Darauf leisteten die Arbeiter zwar die Überstunden, forderten jedoch nach einigen Tagen den abgezogenen halben Tagelohn zurück. Da der Deutsche Metallarbeiterverband, dem die beteiligten Arbeiter angehörten, mit der Schlosserinnung, dem der Meister angehört, im Tarifvertragsverhältnis steht, riefen die Arbeiter die Schlichtungskommission an. Dieselbe konnte aber nicht zusammentreten, weil die Arbeitgeber erklärten, die Schlichtungskommission sei nur für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage, nicht aber für den vorliegenden Fall zuständig, da der Tarifvertrag nichts über Überstunden und Strafgebühren bestimme. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder, und nun klagte der Schlossermeister auf Schadenersatz, wobei er den ihm durch die Arbeitsniederlegung entstandenen Schaden auf 10 000 M bezifferte. Er vertrat hierbei den Standpunkt, daß die Strafgebühren lediglich im Klagewege hätten zurückgefordert werden dürfen. Wo ein Tarifvertrag bestehe, dürfe überhaupt nicht gestreikt werden. Der Tarifvertrag verpflichte die Parteien zum Frieden auch in solchen Fällen, wo es sich um

Differenzen handle, bezüglich deren im Vertrage nichts vorgesehen sei. Die Beklagten hätten ihm also durch eine unerlaubte Handlung Schaden zugefügt und seien ersatzpflichtig. — Die Beklagten führten demgegenüber aus, daß dann überhaupt keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden könnten, wenn aus der Friedenspflicht der Parteien so weitgehende Konsequenzen gezogen würden, wie dies der Kläger tue. Dadurch, daß die Beklagten die Schlichtungskommission angerufen, läge eine Tarifvertragsverletzung überhaupt nicht vor, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter im Betriebe des Klägers keine Kündigungsfrist hatten, weshalb auch kein Vertragsbruch vorläge. Und selbst wenn ein solcher vorläge — was aber nicht zuträfe — so sei es noch keine unerlaubte Handlung, die zu Schadenersatz verpflichte, da das Recht, zu streiken, gesetzlich festgelegt sei. Das Landgericht I Berlin wies die Klage des Schlossermeisters am 23. März 1911 ab.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Resolution des Reichstags für die Arbeitstarifverträge. Bei der 2. Lesung des Etats für den Reichskanzler hat der Reichstag am 31. März folgende Resolution des Abg. Behrens u. Gen. (Wirtschaftl. Vereinigung) angenommen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. den sozialen und wirtschaftlichen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dadurch zu fördern, daß die Verwaltungen angewiesen werden, bei Vergabe von Arbeitsstellen und Lieferungen für das Reich, insbesondere für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine, des Reichsheeres, der Reichs-Eisenbahnen und der Reichs-Post- und Telegraphen möglichst nur solche Firmen zu berücksichtigen, die sich verpflichten, in ihren Betrieben zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken;
2. bei den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß sie ebenfalls in der vorstehenden Weise auf den Abschluß von Tarifverträgen hinwirken.

Eine ähnliche, in einigen Punkten aber weiter gehende Resolution der Sozialdemokraten wurde abgelehnt.

Der Tarifvertrag für die bergische Seidenbandindustrie ist erneuert worden. Der Verein der Seidenbandfabrikanten hatte den Vertrag zum 1. März gekündigt und wollte folgende Verschlechterungen des Tarifs durchsetzen:

1. für Mustermachen während der Kette soll der doppelte Stundenlohn gezahlt werden, so lange der Stuhl wegen Änderungen an der Kette steht;
2. die Bestimmungen über das Vorrichten dahin zu ändern, daß der Arbeitgeber darüber zu bestimmen hat, ob in seinem Betriebe die Vorrichtarbeiten in Tagelohn oder zu noch zu vereinbarenden Abfordrungen zu entlohnen sind;
3. den neuen Vertrag auf drei Jahre abzuschließen. Die Vertragsdauer verlängert sich jedesmal um ein Jahr, falls nicht ein Jahr vor Ablauf eine der vertragschließenden Parteien kündigt;
4. im übrigen soll an den Lohnlisten und allgemeinen Bestimmungen nichts geändert werden.

Die Arbeiter hielten die Punkte 2 bis 4 für unannehmbar und erreichten folgenden Tarif:

1. Bei Änderungen während der Kette, die nicht von Anfang an auf der Angabe vermerkt waren, wird, so lange der Stuhl wegen Änderungen an der Kette steht, der doppelte Stundenlohn bezahlt. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind Änderungen, die sich zum Zwecke einer besseren Verarbeitung nötig machen.
2. Falls ein Arbeiter veranlaßt wird, seinen Stuhl mit laufender Kette stehen zu lassen, um auf einem andern Stuhl vorzurichten oder auf einem Stuhl mit nicht normalen Stoffen zu arbeiten, sollen hierfür 50 Pf. pro Stunde bezahlt werden.
3. Für Warten auf Stoffe oder Geräte während der Kette wird 4,50 M pro Tag vergütet, jedoch ist der Arbeiter verpflichtet, ihm anderweitig übertragene Arbeiten zu einem Mindestlohn von 4,50 M pro Tag während dieser Zeit zu verrichten.
4. Für Warten auf Stoffe und Geräte während des Vorrichtens steht dem Arbeiter ein Stundenlohn von 42 1/2 Pf. zu, beim Warten auf einem anderen Stuhl während des Wartens ein Mindestlohn von 47 1/2 Pf. pro Stunde.

5. Die Strafgebühren sollen am Ende des Kalenderjahres zugunsten der Arbeiter, nach Anhörung der Gesamtheit der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses verwendet werden.

6. Jede Auslegung der Vertragsbestimmungen durch die Überwachungs-Kommission soll innerhalb acht Tagen nach Beschluß in den Betrieben durch Ausgang bekannt gegeben werden.

7. Die bisherigen Wochenlöhne von 24 M. respektive 27 M. bleiben bestehen, Bruchteile der Woche werden mit $42\frac{1}{2}$ % resp. 47 % pro Stunde berechnet.

8. Der Vertrag läuft bis zum 1. März 1914.

Die bisherigen Bestimmungen über die Bezahlung der Vorrichtarbeiten bleiben bestehen. — Der vorige Tarifvertrag für die Seidenbandwirter war im Jahre 1909 für 24 Betriebe mit 763 Personen abgeschlossen worden.

Ein neuer Tarifvertrag im Gastwirtsgerwerbe (Nürnberg) ist zwischen dem Geschäftsführer des Nürnberger Gewerkschaftshauses und der Ortsverwaltung des Gastwirtsgehilfenverbandes vereinbart worden. Der Vertrag enthält u. a. die Verpflichtung des Geschäftsführers, in der Regel das Städtische Arbeitsamt zur Vermittlung von Kellnern zu benutzen, ferner den Kündigungsausschluß für Aushilfen, aber die dreitägige Kündigung für feste Kellner. Nach Möglichkeit sollen alle 8 Tage eine freie Nacht und alle 14 Tage ein vollständiger Ruhetag (24 Stunden) gewährt werden; die Einteilung der Arbeitszeit steht im übrigen dem Geschäftsführer zu. An Stelle der Beförderung tritt in allen Fällen reiner Geldlohn. Dieser hat folgende Höhe: a) Für ständige Kellner: Im 1. Jahre nach Eintritt in das Gewerkschaftshaus monatlich 95 M., im 2. Jahre 100 M., im 3. Jahre 105 M. b) Für Aushilfsarbeiten: Werktagsabend-Versammlungen (7 bis 12 Uhr) 3,50 M., Sonntags-Versammlungen 5 M. ufm.: früh 8 bis 1 Uhr 4,50 M., früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr 5,50 M., mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr 4,50 M., mittags 1 Uhr bis nachts 12 Uhr 5,50 M., mittags 1 Uhr bis nachts 8 Uhr 6,50 M. Weitere Bestimmungen verlangen von dem ständigen Kellner im Verhinderungsfalle die Stellung einer Aushilfe auf eigene Kosten und die Sauberhaltung des gesamten Wirtschaftsinventars durch ständige Kellner. Nach einem Jahr Dienstzeit kann der Kellner 5 Tage Urlaub jährlich beantragen, über dessen Zeitpunkt der Geschäftsführer entscheidet. Der Lohn wird während des Urlaubs fortbezahlt. Besonders wichtig sind die Vereinbarungen über Streitigkeiten:

„Differenzen zwischen dem Geschäftsführer und dem Personal dürfen während des Geschäftsganges in den Geschäftsräumen nicht zum Austrag gebracht werden. Verstöße dagegen berechnen zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses unter Vorbehalt des Schadenersatzanspruchs. Wird bei Differenzen zwischen dem Geschäftsführer und den Kellnern eine Einigung nicht erzielt, so sind die Differenzen einer Kommission, bestehend aus drei Mitgliedern des Gewerkschaftsausschusses und drei Mitgliedern des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, vorzulegen, und der Gewerkschaftssekretär ist zur Einberufung dieser Kommission zu beauftragen. Erst wenn diese Instanz erschöpft ist und eine Einigung nicht erzielt werden kann, soll das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden.“

Der Tarif gilt bei einmonatiger Kündigung bis Ende 1912.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung.

Von Prof. Georg Broditz, Halle a. S.

In Nr. 22 der Sozialen Praxis vom 2. März 1911 hat Dr. Glaser-London über die gelbe Gewerkschaftsbewegung in England berichtet. Ihr stärkeres Hervortreten nach kontinentalem Muster ist die Folge davon, daß die rein englische Form der Gewerkschaftsbewegung in mancher Hinsicht erschüttert ist. Die Disziplin hat nachgelassen; im November 1910 haben die Kesselmacher sich in der Schiffbauindustrie nicht um die Abmachungen der Gewerkschaftsvertreter gekümmert, und zur gleichen Zeit kam es während des Streiks der wallisischen Bergarbeiter auch zur Anwendung des französischen Kampfmittels der Sabotage, indem die Werkanlagen der Glamorgan Company attackiert und demoliert wurden. Es ist also kein Wunder, daß die Idee der gelben Gewerkschaften hier und da Anklang findet.

Eine ähnliche Reaktion zeigt nun die jüngste Zeit auf politischem Gebiete. Während die Gewerkschaften seit 1907 ein langsame Sinken der Mitgliederzahl, also sicher kein steigendes Interesse aufweisen, war man in parlamentarisch-politischer Hinsicht um so tätiger gewesen. „Der umhürzlerische Sozialismus mit anarchistischem Einschlag rückt auf der ganzen Linie vor.“ Diese Auffassung, die unlängst hier vertreten wurde,¹⁾ ist zum Teil zweifellos richtig. Denn Tom Mann gibt sich, besonders seit seiner

Rückkehr aus Australien, redliche Mühe, den „industrial unionism“, also die alte Richtung, durch eine anarchistisch-syndikalistische Bewegung zu verdrängen.²⁾ Viel Anklang hat er bisher aber noch nicht gefunden. Wenn immer wieder hervorgehoben wird, die sozialistische Richtung sei auch in der englischen Arbeiterbewegung durchaus siegreich, so sei doch daran erinnert — um nur Erscheinungen der jüngsten Vergangenheit zu erwähnen — daß auf dem letzten Internationalen sozialdemokratischen Kongreß zu Kopenhagen 1910 die Trade Unions sich wegen ihres geringen Verständnisses für die internationale Solidarität (es handelte sich um die ausgebliebene englische Unterstützung des schwedischen Generalstreiks) einen schweren Tadel gefallen lassen mußten. Bei der anschließenden Besprechung über die Genossenschaftsfrage führte Trovong von der sozialdemokratischen Partei Englands darüber Klage, daß „die Genossenschaftsbewegung in England noch viel weniger vom sozialistischen Geiste durchtränkt sei als die Gewerkschaftsbewegung.“

In den letzten Wochen ist man nun in England von der Diskusssion zur Tat übergegangen. In Reaktion gegen die radikalen Strömungen ist eine neue politische Organisation innerhalb der englischen Arbeiterbewegung entstanden, die jetzt mit ihrem Programm vor die Öffentlichkeit tritt. Die neubegründete British Labour Party geht davon aus, daß das Eindringen sozialistischer Dogmen in die Gewerkschaftsbewegung die Fortschritte der englischen Arbeiter, vor allem hinsichtlich der Erlangung höherer Löhne wesentlich gehemmt habe. Seit der Begründung der Socialist Labour Party seien die Löhne gleich geblieben, während die Preise aller Lebensbedürfnisse enorm gestiegen seien. Die British Labour Party stellt sich durchaus auf den Boden der Gewerkschaftsbewegung und fordert ihre Anhänger zur entschiedenen Unterstützung der Trade Unions, gleichzeitig aber zum Kampfe gegen die zerlegenden Lehren des Sozialismus“ auf. Sie erstrebt die Vertretung aller gewerblichen Klassen in allen Verwaltungskörperschaften, damit die Arbeiterinteressen bei allen Parteien gebührende Berücksichtigung finden. Im einzelnen verlangt die Britische Arbeiterpartei:

1. Direkte Parlamentsvertretung, aber nicht im Gegensatz, sondern in Gemeinschaft mit den Vertretern des Kapitalinteresses.
2. Arbeitervertreter auch in allen Grafschafts- und Gemeinderäten, die aber unabhängig sowohl vom Sozialismus wie von jeder anderen politischen Partei sein müssen.
3. Lokale Fürsorgeorganisationen für die physische, moralische und intellektuelle Entwicklung der arbeitenden Klassen.
4. Lokale Organisationen zur Erörterung der Arbeiterangelegenheiten ohne Rücksicht auf Partei-, Klassen- oder Glaubensunterschiede.
5. Unterstützung aller Arbeiter in der Aufrechterhaltung der Standard-Löhne und deren stärkerer Durchführung bei Staats- und Gemeindegeldern.

6. Erlangung aller gesetzlichen Rechte, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der arbeitenden Klassen notwendig sind.

7. Schutz der Arbeiter gegen sozialistische und politische Agitatoren.

Man wird hier unschwer Anklänge an die Ideen finden, die der gelben Gewerkschaftsbewegung zugrunde liegen. Die neue Parteiorganisation hängt aber auch mit dem Wunsche zusammen, die Verquickung der Gewerkschaften mit der Politik zu erschweren, wie sie am entschiedensten in dem Osborne-Urteil zum Ausdruck kam. Man darf nicht übersehen, daß diese Auffassung von einzelnen Arbeitern bereits früher vor der Königlich Gewerkschaftskommission von 1905, die aus Anlaß des Taft Vale-Urteils eingesetzt war, vertreten worden ist.³⁾ Und W. S. Osborne konnte in seinem im vergangenen September veröffentlichten Schreiben darauf hinweisen, daß sein Gewerkschaftsverein (die Vereinigten Eisenbahnarbeiter) zweimal über die Frage der Beitragsleistung für politische Zwecke abgefragt habe: 1902 waren von 54 443 Mitgliedern nur 14 239 dafür und auch 1905 von 54 928 Mitgliedern nur 21 713, also eine entschiedene Minorität. Osborne hat inzwischen einen neuen Erfolg errungen, indem am 25. Februar 1911 der gegen ihn ergangene Ausschließungsbeschuß seines Gewerkschaftsvereins vom Appellgericht aufgehoben wurde. Allerdings steht noch die letzte Entscheidung dieser Frage durch das Oberhaus aus, aber auch in Schottland ist durch den Board of Sessions am 27. Februar ein entsprechendes Urteil gegen die Fife and Kinross Miners' Association erlassen worden.

Die Labour Party hat inzwischen den Gesetzentwurf endgültig redigiert, der ihr wieder die Verwendung von Gewerkschaften

²⁾ Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1910, S. 701.

³⁾ Report of the Royal Commission on Trades Disputes and Trade Combinations. Cd. 2826, 1908. Minutes of Evidence, Qu. 8495, 8552, 8594, 8758.

¹⁾ Soz. Praxis, Nr. 3 vom 20. Oktober 1910 Sp. 69.

gelblich für politische Zwecke ermöglichen soll. Sein einziger Paragraph lautet: „Ein Gewerksverein im Sinne des Absatz 16 der Trade Union Act Amendment Act von 1876 kann, ungeachtet der Bestimmungen der Gewerksvereinsgesetze von 1871 und 1876, allein oder in Verbindung mit anderen Gewerksvereinen, Vereinigungen oder Körperschaften seine Gelder für die Wahl und Unterstützung von Mitgliedern des Parlaments oder anderer öffentlicher Körperschaften verwenden und kann alle Schritte unternehmen, die zur Förderung der Arbeiterinteressen durch politische Aktion oder in anderer Weise notwendig sind.“

Für die Weiterentwicklung der englischen Arbeiterbewegung ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, ob das Parlament dieser neuen Forderung zustimmt. Das wird wesentlich mit von der Stimmung der Arbeiter abhängen, und unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die oben geschilderten neuen Erscheinungen erheblich an Bedeutung. Die „Times“ lehnt die Vorschläge der Labour Party entschieden ab. Sie schreibt über den Gesetzentwurf: „Auf den ersten Blick scheint das allein Richtige, die gegenwärtige Anomalie schnell zu beseitigen und die Gewerksvereine allen anderen Vereinen gleichzustellen. Aber wir zweifeln, ob dieser Weg richtig wäre. Um mit Savigny zu sprechen: unsere Zeit hat nicht den Verstand zur Gewerksvereins-Gesetzgebung. Einfache Gedanken führen zu einfacher und klarer Gesetzgebung. Die Vereinigung widerstrebender Interessen durch ein Gesetz aber bringt Verwirrung mit sich. Wir müssen auf eine andere Zeit warten, in der uns die Gesetzgebung aus der herrschenden Verwirrung herauszuführen vermag.“ Wie man sieht, ist die Weiterentwicklung noch keineswegs sicher zu übersehen, und man wird auch in Zukunft noch mit Wandlungen in der englischen Arbeiterbewegung rechnen müssen. Die jüngsten Erscheinungen sind aber doch dazu angetan, die Zweifel an der Theorie von der einheitlichen sozialistischen Richtung aller Arbeiterbewegungen, also auch der englischen, zu unterstützen.

Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 (Kaufmännischer Verein) in Hamburg erstattet seinen 52. Jahresbericht für 1910. Die Zahl der Mitglieder betrug am Jahreschluß 102 638; der reine Zuwachs bezifferte sich auf 70.8 Mitglieder und Lehrlinge. Die Stellenvermittlung des Vereins besetzte 10 267 Stellen, gegen 8785 im Jahre 1909. Neu geschaffen wurden im Berichtsjahre eine Rententasse für stufenlose Mitglieder und eine Familien-Kranken-Versicherung. Der Unterstützungsausfluß gab 20 564 M. aus und unterstützte 633 Mitglieder und 454 Nichtmitglieder. Aus der Unterstützung wurden 1227 M. Unterstützungen gewährt. Die Zahl der Bezirksvereine vermehrte sich um 58 und beträgt gegenwärtig 618. Bei den Kaufmannsgerichtswahlen erhielt der Verein 1410 163 Stimmen, was gegen den früheren Bestand an diesen Plätzen eine Zunahme von 56 bedeutet. Das Rechtschutzbureau erteilte 8828 Auskünfte; Rechtschuß wurde in 191 Fällen gewährt. Dabei wurden 11 558 M. Gehälter erstritten; ferner wurden den Mitgliedern in 48 Fällen Zeugnisse verschafft. Die Rechnungsergebnisse weisen als Gesamteinnahme den Betrag von 1 070 778 M. aus; die Ausgaben beliefen sich auf 1 118 621 M. Das Erholungsheim, das ein Geschenk der Mitglieder zum goldenen Vereinsjubiläum darstellt, ist inzwischen mit einem Kostenaufwande von 104 000 M. in der Lüneburger Heide erbaut worden und wird im Frühommer 1911 eröffnet. Die Zahl der Angestellten des Vereins belief sich auf 169 Personen; außerdem wurden von den rechtsfähigen Kassen des Vereins 45 Personen beschäftigt. Der Jahresbericht äußert sich auch zu den schwebenden sozialen Fragen des Gehaltsstandes; insbesondere werden behandelt: die Bestrebungen auf Verstaatlichung der Stellenvermittlung, das Gehaltsproblem, die Sicherung der Vereinigungsfreiheit, die Erhöhung der Gehaltspfindungsgränze, die Reform des § 68 des HGB, Ausbau der Kaufmannsgerichte, reichsgerichtlicher Acht-Uhr-Laden-schluß, völlige Sonntagsruhe, Handelsinspektoren, Konkurrenz-Klausel, Kaufmannskammern, endlich die staatliche Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung usw. Das Gesamtvermögen des Vereins und seiner Wohlfahrts-Einrichtungen beziffert sich gegenwärtig auf fast 16 Millionen Mark.

Der Bund der technischen-industriellen Beamten hält am 16. und 17. April in Berlin seinen sechsten ordentlichen Bundestag ab. Sein Mitgliederbestand ist im vergangenen Jahre um 2704 auf 17 788 gewachsen; inzwischen hat er bereits das achtzehnte Tausend überschritten. Sein Vermögen ist 1910 von 198 690 auf 259 269 M. gestiegen. Auf dem Bundestage wird sich der V. t. i. B. u. a. mit dem Stande der sozialen Gesetzgebung befassen und zu dem Regierungsentwurf über die Pensionsversicherung Stellung nehmen. Weiter wird die Gehaltsfrage der technischen Angestellten behandelt.

Der Zentralverband der Gastwirtsgehilfen Deutschlands hielt Ende März seine erste Generalversammlung in Stuttgart ab. In dem Geschäftsbericht wurde auf die großen Schwierigkeiten gerade dieser Berufsorganisation hingewiesen, aber doch betont, daß bloße Fürsorgemaßnahmen zur Hebung des Standes nicht mehr ausreichen, sondern durch die Selbsthilfe der Organisation ergänzt werden müssen. Seit Januar besitzt der Verband eine eigene Sekretärin, durch deren Tätig-

keit bereits mehrere Ortsgruppen in Deutschland gebildet werden konnten. Die Vorsitzende des Verbandes, Frau Duvernoy, hielt mehrfach Vorträge in Studententreffen über das Thema: „Student und Kellnerin“. Die Verhandlungen der Generalversammlung drehen sich hauptsächlich um Vorschläge für die Agitation, ferner wurden Satzungsänderungen beraten und zum Schluß einstimmig eine Entschließung angenommen, die eine Änderung der Bundesratsverordnung von 1902 fordert und dafür sechs Punkte aufstellt: einjährige Lehrzeit, einen Mindestlohn von 30 M., vierwöchige gesetzliche Kündigungsfrist, Abschaffung der Nebenabgaben für Brot usw., Verbot der Mitarbeit von Dienstmädchen der Gastwirte, Wohnungsinspektion sowie Arbeitschluß nachts 12 Uhr.

Eine neue Zentralorganisation im Wiener Gastwirts-gewerbe ist durch den Zusammenschluß des Vereins „Union“ mit dem Verbands der Gastwirts- und Kaffeehausangestellten entstanden. Der Anlaß zu dieser Verschmelzung liegt in den schweren Kämpfen, die im Wiener Gastwirts-gewerbe schon seit Monaten mehr oder weniger offensichtlich sich abspielen.

Streiks und Aussperrungen.

Die Tariffbewegung im Holzgewerbe ist, abgesehen von einigen Streikfällen, im wesentlichen beendet. Nach einer Zusammenstellung, die durch die Arbeiterpresse geht, ist das Gesamtergebnis der Tariffbewegung folgendes:

Es wurden erreicht für Aachen: 7 M. Lohnerhöhung und drei Stunden Arbeitszeitverkürzung; für Bremen: 6 M. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung (auf 52 Stunden pro Woche); für Breslau: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 52 Stunden pro Woche; für Chemnitz: 7 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche; für Detmold: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden pro Woche; für Eisenach: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden; für Elberfeld: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden pro Woche; für Elbing: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 57 auf 55 Stunden pro Woche; für Flensburg: 6 M. Lohnerhöhung und 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung; für Forst: 5 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden; für Helmstedt: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 54 auf 53 Stunden; für Herford: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 55 auf 54 Stunden; für Jena: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden; für Kellheim (wenn der Vorschlag der Kommission anerkannt wird): 6 M. Lohnerhöhung und durch Schiedspruch Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Stunden; für Kirchheim: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Neumünster: 6 1/2 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Posen: 7 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 54 Stunden; für Solingen: allmähliche Lohnerhöhung um 5 M. und Arbeitszeitverkürzung auf 55 Stunden; für Straßburg: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 56 Stunden; für Stuttgart: 7 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 57 Stunden und für Weinmünde: 6 M. Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung von 59 auf 57 Stunden.

Gestreikt wird nur noch in Finsterwalde (Sp. 784) und in Osnaabrück, sowie seit dem 1. April in Fürth (1500 Arbeiter, denen in langen Verhandlungen 7 M. Stundenlohn- und 10 v. H. Akkordloohnerhöhung bei Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden nicht bewilligt worden waren). — In Breslau streiken die Holzbildhauer unabhängig von der Bewegung der Holzarbeiter weiter, während in Straßburg und Herford vorübergehende Ausstände beendigt sind. Die wenigen Schwierigkeiten, die also in den an der zentralen Regelung beteiligten Orten noch bestehen, dürften bald ihren Abschluß finden. Dagegen sind in Hamburg, das infolge der Sonderstellung der dortigen Unternehmer an den Berliner Verhandlungen nicht beteiligt war, am 28. März sämtliche Gehilfen ausgesperrt worden, nachdem vorher nur etwa 1500 Arbeiter in 60 Betrieben wegen des paritätischen Arbeitsnachweises in den Streit getreten waren; die Hamburger Unternehmer haben sich gegen die Aufrechterhaltung dieses Nachweises mit derselben Schroffheit gewandt, die diese Gruppe schon auf der Eisenacher Generalversammlung (vergl. auch XIX, 1465) ausgezeichnet hatte. Freilich ist der Hamburger Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe selbst vom Arbeitgeberverband „Unterelbe“ abhängig, dem er korporativ angehört und der ihn ausschließen will, falls er mit dem Holzarbeiterverband gemeinsam die Arbeitsvermittlung regelt. Der Aussperrungsbeschluß betrifft etwa 5000 Arbeiter, wird aber bisher sehr unvollkommen durchgeführt.

Der Kampf in der Chemnitzer Metallindustrie (Sp. 787, 819) ist durch das lang erwartete Eingreifen des Gesamtver-

bandes deutscher Metallindustrieller in ein neues Stadium gekommen. Eine Ausschussung in Berlin erklärte die Solidarität des Verbandes mit den Chemnitzer Metallindustriellen, denen unbedingte Unterstützung zugesagt wurde. Möglichenfalls soll eine Gesamtausschussung verhängt werden. Zunächst tritt eine Vertrauenskommission in eine Prüfung des Chemnitzer Kampfes ein. Vielleicht gelingt es dieser noch, seine weitere Ausbreitung zu verhindern. — Die Chemnitzer Konsumvereine unterstützen die Ausständigen durch kostenlose Abgabe eines Brotes wöchentlich.

Ein siegreicher Chorfängere streit in Mülhausen i. Elz. Der Allgemeine deutsche Chorfängerverband (Sitz Mannheim) hatte Ende Februar über das Stadttheater in Mülhausen i. Elz. die Verbandsperre verhängt. Wie jetzt der Verbandsvorstand in einem Extrablatt der Verbandszeitung mitteilt, ist die Perre aufgehoben, nachdem die Theaterkommission des Gemeinderats die Anträge des Chorpersonals in allen Punkten bewilligt hat. Es handelte sich bei den Wünschen des Chorpersonals namentlich um bessere Regelung der Arbeitszeit.

Arbeiterschutz.

Die neue Gewerbeordnung.

Von Gewerberat Fr. Köffer, Darmstadt.

Damit ist die Gewerbeordnung gemeint, die vor mehr als einem Jahre Gesetz geworden ist, und der schmeichelnde Zusatz „neu“ soll, um den Widerspruch zu erklären, mehr der Sache als der Zeit nach verstanden sein. Neu sind in diesem Sinne der verkürzte Arbeitstag der Arbeiterinnen und der Geltungsbereich der Arbeiterschutzgesetze. Neu ist sie auch, wenn man die Zeit bedenkt, die sonst eingreifende Veränderungen schwerwiegender Gesetze brauchen, um sich durchzusetzen. Damit beschränkt sich die Tragweite dieser Ausführungen auf die bisherigen Erfahrungen.

Um eine Stunde täglich hat das Gesetz die Arbeitszeit der Arbeiterinnen verkürzt: eine beachtenswerte Beschränkung, wenn man die seitherige Dauer betrachtet. Und doch wenig bemerkbar, denn sie war eher da, als das Gesetz sie schuf. Weit verbreitet hatte sich vorher der zehnstündige Arbeitstag; der Wille der Arbeitermassen und ebenso die Einsicht der Arbeitgeber brachte die verkürzte Zeit. Das Gesetz stellte sich in weiteren Kreisen nur als eine Bestätigung der Übereinkunft dar. Anders der achtsündige Arbeitstag an Sonnabenden oder, wie es richtiger heißen muß, an den Vortagen der Sonn- und Festtage. Hier schwanden zwei Stunden an der vorher zugelassenen zehnstündigen Arbeitszeit. Der Gedanke, der Arbeiterin vor dem Festtage Gelegenheit zu geben, ihren eigenen Wünschen noch mehr als seither Befriedigung zu schaffen, war ja im Gesetzentwurf enthalten. Eine Stunde sollte ihr mehr gewährt werden, von fünf Uhr ab. In der Abstimmung siegte der Achtstundentag; mehr der Not gehorchend als dem Triebe, gab die gesetzgebende Körperschaft ihm Leben. Sonst wäre nichts geblieben als der uneingeschränkte Arbeitstag. Das eben ist nun sein Fehler, den der achtsündige Tag mit sich trägt. Er paßt nicht so recht in das Kleid der früheren Arbeitsgewohnheiten, das der Fünftuhrschluß nicht genug verkürzt hat. Die Gewohnheit, den Tag mit frischen Kräften zu früher Zeit zu beginnen, setzt ihm ein Ziel schon vorher, ehe das Gesetz seinen Ablauf beschlossen hat. Wo noch der Arbeitsbeginn um sechs Uhr üblich ist, läuft der Achtstundentag bei den gesetzlichen und herkömmlichen Pausen vor vier Uhr ab, beim Beginn um sieben Uhr schneidet die Nachmittagspause seinen zweiten Teil in sehr ungleiche Stücke. Es bleibt also nur die grünliche Abänderung dieser Gewohnheiten. Und die will Zeit haben.

Noch eine andere Gewohnheit stimmt sich dem Achtstundentag und dem Fünftuhrschluß entgegen. Die Sonntagsruhe hat mehr, als dies vor Jahren üblich war, einen Wochenabschluß, eine einschneidende Unterbrechung des stetig laufenden Betriebes geschaffen. Bis zu diesem Abschluß soll möglichst viel erreicht, möglichst viel fertiggestellt werden. Die öffentlichen Beförderungsmittel verlassen ja nicht am Sonntag; er ist gewonnen für die immer kurz bemessene Ablieferungszeit. Vorher soll befördert werden, was der Betrieb bei größter Anspannung noch hergibt, auch wenn es noch so spät bestellt ist. Die Gewohnheit des spät Bestellens wird noch schwerer überwunden als andere. Gerade sie bringt die Hege am Wochenabschluß, sie ist die Feindin der wohlthätigen Verstärkung. Mehr Sinn für den außerordentlichen Wert der gesetzlichen Maßnahmen sollte beim Besteller vorhanden sein, mehr Berücksichtigung der unausbleiblichen Folgen. Wie hart wird die Schneiderin, die Pugmacherin betroffen, wenn sie ihre freie Zeit verlieren, die freie Verfügung einbüßen muß, bloß weil die Bestellerin sich nicht entschließen kann, zeitig zu wählen. Und schließlich hat diese doch

den Nachteil, sie muß nehmen, was sie bekommen kann. Ob der Achtstundentag die schwer fließenden Massen der Besteller in raschere Bewegung bringt, wer kann es jetzt schon sagen! Vielleicht tragen die nachstehenden Vorschläge auch dazu bei.

Beim Geltungsbereich der Arbeiterschutzvorschriften ist die Zahl an Stelle des Begriffs getreten. Diese Wandlung ist von vornherein sehr verlockend, sie bringt die glatte Berechnung statt der umwundenen Auslegung. Es ist nun nicht zu leugnen, daß die Zahl schon vorher bei der Auslegung des Begriffs eine ansehnliche Rolle gespielt hat. Ob aber da immer gerade die Zahl zehn ausschlaggebend war, kann doch nicht angenommen werden. Soll nun an der in der Auslegung bewährten, in der geschichtlichen und technischen Entwicklung begründeten Begriffsbestimmung für die Anwendung sozialpolitischer Vorschriften auch nur in einem Maße festgehalten werden, so bleibt, da einmal die Zahl nicht mehr erschüttert werden kann, nichts übrig, als unter diese herunterzugehen, wenn anders in einer sehr stattlichen Anzahl von Fällen gesetzlicher Schutz nicht verloren gehen soll. Es bedarf hier gar keiner weiteren Ausführung, daß der Begriff Fabrik anwendbar war und mit Recht angewendet worden ist auf Betriebe, die regelmäßig unter zehn Arbeitern blieben. Fehlt nun der Motor, so fällt die ganze Schutzgesetzgebung zusammen, ist er in Benutzung, so gibt es jetzt so viele Ausnahmen, daß von dem früher in sich einigen, nach Aufbau, Begründung und Auslegung vereinten Schutz nur noch wenig übrig bleibt. Die Anwendung der neuen Vorschriften auf die Motorwerkstätten steht allerdings noch aus. Die kurze Zeit des Nebeneinanderlaufens der alten und neuen Vorschriften hat gezeigt, daß dieser bestehende Zustand unhaltbar ist, weil die beiderseitige Gleichheit der geleisteten Arbeit von der Zahl nicht zerstört wird. Und die Verufung auf die Gleichartigkeit und Gleichmäßigkeit der Arbeit in Betrieben mit zehn und mehr Arbeitern auf der einen, mit weniger als zehn Arbeitern auf der andern Seite wirkt stärker, durchschlagender, weil begründeter, ist stilllicher, weil sie auf dem Leben fußt, als der willkürliche Schnitt, den die Zahl führt. Dem mag gegenüber gestellt sein, daß die vom Gesetz angenommene Zahl näherungsweise den alten Zustand ersetzt. Damit sind die überaus zahlreichen, sich gruppenweise gesellenden und nach Arten sich trennenden Einzelfälle nicht aus der Welt geschafft, die sich stark und schwer aufbauen gegen die Auscheidung früheren Rechts, gegen die unterschiedliche Behandlung technisch durchaus gleichgestellter Arbeiter. Von dieser gleichen Verwendung der Arbeitskraft aber hängt die Ermüdung, die Erschöpfung der Arbeitskräfte, von ihr die hieraus sich gestaltende Beschränkung natürlich weniger widerstandsfähiger Arbeitergruppen ab. Die vorgeschrittene Anwendung technischer Arbeitsmethoden, die vom Großbetrieb aus Gründen des Wettbewerbs und der Erhaltung in den Kleinbetrieb übergegangen sind, hat den Unterschied zwischen beiden nach der sozialpolitischen Seite zerstört. Die Gruppen der weiblichen und jugendlichen Arbeiter verlangen auch im Kleinbetrieb den gesetzlichen Schutz zu ihrer persönlichen Entwicklung und zur Erhaltung der Art.

Klagen über die Unterschiede in der Behandlung der Betriebe werden besonders laut aus der Konfektionsindustrie und der Pugmacherei. Dort ist ja auch die Beschäftigungsart ganz gleich in allen Betrieben, bleiben sie unter der Zahl oder überschreiten sie diese. Dort häuft sich besonders auch das Maß der unterschiedlichen Behandlung zu Zeiten des gesteigerten Betriebes. Namentlich an den Vortagen der Sonn- und Festtage steht abgesehen von dem früheren Schluß der zehnstündigen dem achtsündigen Tage, ja der dreizehnstündigen diesem gegenüber. Nun wäre ja die Überlegung gerechtfertigt, daß bei dem durch weitergehende Ausnahmen für die Betätigungsmöglichkeit in Kleinbetriebe bewirkten Zustrom der Besteller die Zahl der Arbeiter bald über den Trennpunkt hinausginge und die beschränkte Arbeitszeit in Kraft trete, wenn es gerade in diesen Betriebsarten nicht möglich wäre, die Zahl künstlich zu beschränken und die Überzahl der Arbeiterinnen in die ungeschützte Hausindustrie abzuschieben. Die Gefahr liegt also nahe, daß die Betriebsart keine Bindung an die selbsttätig sich regelnde Aufwärtsbewegung und die damit begründete sozialpolitische Besserstellung der Arbeiter bewirkt. Aus der vorher berührten vollen Gleichmäßigkeit und Gleichwertigkeit der Arbeit in kleinen und großen Betrieben ergibt sich dann, daß die Zeit gekommen ist, für alle Konfektionswerkstätten und Pugmachereien das Gesetz anzuwenden und nicht die bestehende Ausnahme, wenn es anders richtig sein soll, daß der einzelne Arbeiter des ihm nun in den größeren Betrieben gewährten Schutzes gleich bedürftig ist. Oder aber aus den anderen Gründen: Die Möglichkeit der Abschreibung in die Hausindustrie muß unterbunden werden dadurch, daß man diese gleichstellt mit den gewerblichen Betrieben. Die Zahlen-

trennung verfügt auch in allen anderen Betrieben, in denen die Sammlung der Arbeitskräfte im Betriebe lebendig begründet ist durch die Überwachung, in denen andererseits die Einzelarbeit technisch nicht geringer wird, wenn sie der Beaufsichtigung in gewissem Grade entbehrt, in denen mit geringen Opfern die Arbeitsstätte im Hause in gleicher Ausführung bereitet und dort die Arbeit in der annähernd gleichen Güte hergestellt werden kann.

Soll daher das im gewerblichen Leben fest eingewurzelte Prinzip des Schutzes des Arbeiters nach der Arbeitsleistung nicht gestört, nicht verschoben werden zugunsten einer rein willkürlichen zahlenmäßigen Unterscheidung, die des lebenden Untergrundes und des gemachten Aufbaues entbehrt, so muß die neue Gewerbeordnung möglichst bald auf die Motormerkstätten ohne Berücksichtigung einer Zahl ausgebehrt, so müssen die Anfänge der gleichmäßigen Behandlung auch ganz kleiner Betriebe nach den neuen Vorschriften ausgebaut werden, so muß die Heimarbeit bald den Schutz genießen, dessen Mangel sie jetzt zur Hüterin von Gesetzesumgehungen macht.

Wie weit etwa das noch bodenständige eigentliche Handwerk, dessen Entwicklung andere Bahnen durchlaufen hat als die geschilberten, von dieser sachlich und tatsächlich weit ausladenden Umgrreifung getroffen werden soll, darüber wäre noch zu reden. Dabei ist aber eins sicher: Die neue Gewerbeordnung hat den Streit zwischen Fabrik und Handwerk nur zum Teil geschlichtet.

Gewerbeordnungsnovelle. Die Reichstagskommission hat die 2. Lesung am 31. März beendet. Zumeist wurden die Beschlüsse der 1. Lesung bestätigt, auch zu § 120 Abs. 3 (Fortbildungsschulen), so weit sie die Möglichkeit ortstatutarischer Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auch für gewerbliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren durch Gemeinden und weitere Kommunalverbände vorsehen, ferner den höheren Verwaltungsbehörden Vollmacht geben, auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeiter die Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen für gewerbliche Arbeiter (als auch für Arbeiterinnen und Handlungsgehilfen) in solchen Gemeinden einzuführen, welche einer Aufforderung innerhalb einer bestimmten Frist nicht genügt haben. Dagegen ist der Beschluß erster Lesung aufgehoben, gemäß welchem für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Verpflichtung der männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuche einer Fortbildungsschule obligatorisch gemacht war. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß für einen solchen Eingriff in den Vollmachtsbereich der Bundesstaaten kein genügender Grund vorliege, zumal nun auch Preußen einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Landtage eingebracht hat. — Zu einer größeren Debatte kam es bei der Beratung des neuen § 120f, zu dem die Sozialdemokraten Anträge gestellt hatten. Der eine forderte den Erlaß von Bundesratsverordnungen auch für solche Fälle, in denen „die Fortbildung oder das Familienleben der Arbeiter oder die Sicherheit des Betriebes“ durch eine übermäßige Dauer der Arbeitszeit gefährdet werden. Der andere verlangte, daß die Befugnis, Verordnungen zum Schutz der Arbeiter zu erlassen, nur dem Bundesrate und nicht auch den Polizeibehörden übertragen werde. Beide Anträge wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und der § 120f in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse erster Lesung angenommen. Ebenso zu § 134 (Arbeitsordnung). Jetzt soll der Bericht festgestellt werden; erst dann will sich die Mehrheit entschließen, ob und wie weit andere Anträge zur Beratung kommen sollen.

Verstärkung des Bergarbeiterschutzes in England bezweckt ein Gesetzesentwurf, der am 18. März im Unterhause eingebracht und dort mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen worden ist. Die Veranlassung dazu ist die steigende Zahl von schweren Unglücksfällen und die wachsende Gefährlichkeit des Bergbaues. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß in jeder neuen Grube zwei Ausgänge sein müssen. Die Schachtanlagen sollen schärfer überwacht, die Sicherheitslampen besser eingerichtet und kontrolliert werden; die Bestimmungen über die Veriefelung, die Vorkehrungen gegen Anhäufung von Staub, die Ventilation werden neu geregelt; Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre dürfen nicht mehr unter Tag arbeiten; schlecht eingerichtete Gruben können geschlossen werden. Die Steiger müssen in Zukunft eine strengere Prüfung bestehen. Eine große Zahl hygienischer Vorkehrungen wird getroffen. — Der Verband der Bergarbeiter-Organisationen Großbritanniens hat in einer Anfang April in London abgehaltenen Konferenz seine Zustimmung zu den Hauptpunkten des Entwurfs ausgesprochen und will sein Möglichstes tun, um das Gesetz durchzubringen.

Das Verbot der Nacharbeit der Frauen in Fabriken in Belgien, das die belgische Regierung durch Unterzeichnung der Berner Konvention vom 26. September 1906 in ihrem Lande durchzuführen versprochen hat, soll jetzt endlich verwirklicht werden: am 29. März ist ein hierauf bezüglicher Gesetzesentwurf dem Parlament zugegangen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Bankbeamten- und staatliche Versicherung.

Von Willy Brachvogel, Friedenau b. Berlin.

(Zur Angestelltenversicherung. XIII.)

Bekanntlich ist im Bankgewerbe Mitte 1909 ein „Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes“ seitens des „Zentralverbandes“ und der Angestellten und Anfang 1910 ein „Beamtenfürsorge-Verein der Deutschen Bank“ gegründet worden, die beide unter Aufsicht des Kaiserlichen Aufsichtsamts stehen. Außer diesen beiden erst in letzter Zeit entstandenen großzügigen Versicherungsanstalten bestehen speziell im Bankgewerbe schon seit vielen Jahren bei allen größeren Unternehmungen Fürsorgekassen. In Angestellten- wie auch in Unternehmungskreisen ging natürlich das ganze Bestreben dahin, der vom „Zentralverband“ ins Leben gerufenen Bankbeamtenversicherung volle Gleichberechtigung neben der staatlichen zu verschaffen, und demzufolge berücksichtigte man in dieser Klasse alle die von der Regierung in der II. Denkschrift näher dargelegten Bedingungen, unter denen die Zulassung von Ersatzinstituten möglich sein würde. Leider hat aber der Gesetzgeber durch die strikte Ablehnung von privaten Pensionsklassen hauptsächlich unter den Bankbeamten nicht nur große Enttäuschung, sondern auch große Unzufriedenheit hervorgerufen.

In der II. Denkschrift beschäftigte man sich ziemlich ausführlich mit der damals noch im Entstehen begriffenen Bankbeamtenversicherung; im jetzigen Entwurf wird sie nicht mit einer Silbe erwähnt. Man hätte nun erwarten müssen, daß der Entwurf doch wenigstens an irgend einem Beispiel seinen ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen sucht und auf Grund dieser Untersuchung die großen Schwierigkeiten oder die „Last“, die den in Frage kommenden Pensionsklassen hierdurch auferlegt wird, einwandfrei nachweist. Auch das ist nicht der Fall. Man „nimmt an“ oder „setzt voraus“, daß die vorhandenen Fürsorgekassen den für die Zulassung zu stellenden Anforderungen nicht genügen würden und auch bei diesen wenigen Klassen durchweg so einschneidende Änderungen ihrer bisherigen Bestimmungen erfolgen müßten, daß sie die Zulassung „wahrscheinlich“ als eine Last empfinden würden. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die gesetzgebenden Faktoren speziell mit dieser Frage nicht so beschäftigt haben, wie sie es hätten tun müssen. Schuld hieran mag vielleicht auch die schnelle Erledigung des Entwurfs sein, um in Angestelltenkreisen nicht noch mehr Mißstimmung hervorzurufen. Infolgedessen machte man sich nicht die Mühe, in dieser Frage weitere Untersuchungen anzustellen, sondern schlug das einfachere Verfahren des „Annehmens“ und der „Voraussetzung“ ein. Wenn daher der Regierung in diesem Falle eine gewisse Oberflächlichkeit nachgesagt wird, so darf sie sich dessen nicht wundern.

Wäre man nämlich der Sache mehr auf den Grund gegangen, dann hätte man zweifellos gefunden, daß der hier in Frage kommende „Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes“ allen gesetzlichen Anforderungen vollauf entspricht. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Versicherungsverein, dem zurzeit 1200 Firmen und weit über 12 000 Angestellte angehören, nach dem letzten Geschäftsbericht des „Zentralverbandes“ des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes eine monatliche Prämieinnahme von 172 000 M., im letzten Jahre an laufender Prämie 1 630 000 M. und für zurückliegende Dienstjahre 473 000 M., zusammen 2 103 000 M., und ein Vereinsvermögen von 2704 000 M. aufzuweisen! Diese Zahlen dürften sich bald verdoppeln, da dem Versicherungsverein im Laufe der Zeit immer mehr Firmen im Bankgewerbe beitreten werden. Aber auch seine Leistungen sind bedeutend höher gegenüber der staatlichen Kasse. Zur Vervollständigung dieser Angaben diene folgende kleine Aufstellung, bei der ein gleichbleibendes Jahreseinkommen eines Bankbeamten von 2400 M. und Pensionierung mit dem 65. Lebensjahre angenommen wird:

In 55 Jahren	Staatliche Pensionskasse	Bankbeamten- versicherung	Deutsche Bank
Gezahlte Beiträge	5 544	8 034	11 256
Pension	891	1 383	1 675
Witwenrente	866	558	670
Waisenrente	9 71	1 111	184

Hiernach beträgt die Pension, Witwen- und Waisenrente bei der Bankbeamtenversicherung bedeutend mehr und bei der Deutschen Bank sogar das Doppelte als in der staatlichen Pensionsversicherung! Beträgt auch die Versicherungsprämie in der ersten Klasse $8\frac{1}{2}\%$ und in der letzten sogar $13,4\%$, so haben die Angestellten in beiden Rassen nur 4% für ihren Teil aufzubringen. Von wesentlicher Bedeutung ist ferner noch, daß bei der staatlichen Rasse nur Angestellte bis zu 5000 \mathcal{M} Einkommen versicherungspflichtig sind, während beide Bankbeamtenklassen alle Angestellten aufnehmen ohne Rücksicht auf die Gehaltshöhe, jedoch unter Berücksichtigung einer Gehaltsgrenze von 8000 \mathcal{M} bei der Beitragsleistung und Pensionierung.

Erlangt nun der Entwurf Gesetzeskraft, was im Interesse aller Angestellten in der jetzigen Form nicht wünschenswert wäre, so kann es vorkommen, daß ein Versicherter zwei, unter Umständen sogar drei Renten bei Erwerbsunfähigkeit erhält. Wird ein Angestellter nach 20 Jahren erwerbsunfähig, wobei allerdings vorausgesetzt ist, daß die Reichsanstalt die „Berufsinvalidität“ ebenfalls anerkennt, so steht ihm einmal die Rente aus der staatlichen Rasse und ferner weitere 7% resp. 12% aus der Bankbeamtenversicherung oder aus der Rasse der Deutschen Bank zu, da beide Rassen durchschnittlich etwa 6% an die Reichsanstalt abführen. Mit anderen Worten: die Reichsanstalt gewährt eine Rente von etwa 23% , die Bankbeamtenversicherung von 30% und die Rasse der Deutschen Bank von 35% bei eintretender Invalidität nach 20 Jahren. Außerdem würde ihm noch eine Rente aus der Invalidenversicherung zustehen, wenn er dieselbe freiwillig fortgesetzt hat.

An diesem Beispiel allein schon sieht man, wie kompliziert und unübersichtlich sich später die Berechnung der Invalidenrente gestalten wird. Man sollte doch Rassen wie die eben erwähnten, die allen gesetzlichen Anforderungen entsprechen, als Ersatzinstitute zulassen und ihnen nicht nach Möglichkeit die Weiterentwicklung erschweren oder ganz unterbinden. Sollten in den Satzungen der einen oder anderen Rasse Bestimmungen enthalten sein,*) die dem Gesetzgeber nicht zusagen, so ließe sich hier wohl Abhilfe schaffen. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg!

Es ist sehr bedauerlich, daß die gesetzgebenden Faktoren bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs ein so äußerst mangelhaftes Interesse für unsere sozialen Einrichtungen in Privatbetrieben bewiesen haben. Unkenntnis kann man wohl kaum annehmen, da sich die Regierung speziell mit der Bankbeamtenversicherung in der II. Denkschrift eingehend beschäftigt hat. Hoffentlich verhindert man schon im Bundesrat oder wenigstens im Reichstage ein allmähliches Aufsaugen der Selbsthilfe durch Staatshilfe. Hat nicht oft genug gerade der Staat den Angestellten Selbsthilfe empfohlen? Unbedingt müssen Staatshilfe und Selbsthilfe in gegenseitiger Ergänzung und Förderung nebeneinander bestehen bleiben. Nur so ist ein Fortschritt auf sozialem Gebiet möglich, und nur so kann der Weg zum sozialen Frieden geebnet werden!

Man sollte doch den in diesem Falle schwer benachteiligten Bankbeamten die Freude am Staat nicht dadurch mindern, daß man ihnen ohne irgend einen zwingenden Grund die Möglichkeit einer besseren und ausgiebigeren Versorgung erschwert und verteuert, wenn nicht gar nimmt. Statt Lösung einer sozialpolitischen Aufgabe bedeutet der Entwurf einen geradezu ungerechten und bedenklichen Eingriff in private Rechte. Es wäre nur zu wünschen, daß die privaten Fürsorgekassen, die den in der II. Denkschrift näher bezeichneten gesetzlichen Anforderungen genügen, als Ersatzinstitute anerkannt werden. Der Staat kann wohl einen Versicherungszwang, aber keine Zwangsversicherung vorschreiben. Besteht für einen Teil der Angestellten bei einer Fürsorgekasse eine ausreichende und allen gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Versorgung, so muß das dem Staat genügen, da für jene ein Versicherungszwang bereits besteht.

Unterstützungspflicht der Krankenkassen bei Betriebsunfällen nach Ablauf der 13. Woche. Wir haben in Sp. 375 das Urteil des Landgerichts Offen vom 21. April 1910 mitgeteilt, wonach bei Betriebsunfällen die Krankenkassen nach der 13. Woche nur insoweit eintreten müssen, als die Berufsgenossenschaft Unterstützungen noch nicht gewährt oder das Maß ihrer Leistungen hinter dem der Krankenkasse zurückbleibt. Mit derselben Frage beschäftigt sich auch ein Urteil des Landgerichts Köln vom 13. Januar 1911. In diesem

Urteil wird zunächst unter Aufzählung der einzelnen in Betracht kommenden Gerichte ausgeführt, daß von einer feststehenden Rechtsprechung zu dieser Frage nicht die Rede sein könne, die Frage ist mehrfach sowohl verneint als auch bejaht worden, auch das preußische Obergerichtsgericht hat sie am 9. September 1907 bejaht. Das Kölner Landgericht kommt in einer ausführlichen Begründung des Urteils dazu, diese Frage im Gegensatz zu der früher von ihm eingenommenen Stellung jetzt ebenfalls zu verneinen, wobei es auch auf die Ausführungen in dem Essener Urteil Bezug nimmt. U. a. heißt es in der Begründung:

... Der bloß subsidäre Charakter der Verpflichtung der Krankenkasse kommt in gewissem Sinne sogar im Gesetz selber zum Ausdruck, indem § 2b in einem Atem mit den Krankentassen die Verpflichtung der Armenverbände zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen erwähnt, von der doch nicht die Rede sein kann, wenn diese Personen eine Unfallrente tatsächlich beziehen.

Gegenüber diesen Ausführungen konnte das Gericht der abweichenden Meinung, zumal des preußischen Obergerichts nicht beitreten. Es ist auch der Ansicht, daß die von dem Obergerichtsgericht zur Begründung seines Standpunkts angeführte Entscheidung des sächsischen Obergerichts vom 5. Juli 1905 gerade für die hier vertretene Anschauung spricht; denn es heißt in dieser Entscheidung: „Nach § 25 GUVG. bleibt zwar die Verpflichtung der Krankenkasse, ihren durch Unfälle betroffenen Mitgliedern die statutenmäßige Unterstützung zu gewähren, durch das UVG. unberührt. Da aber nach § 9 die endgültige Fürsorge von der 14. Woche an der Berufsgenossenschaft obliegt, hat das, was die Rasse nach der 14. Woche gewährt, nur den Charakter einer vorläufigen Fürsorge, die, soweit die Rassenleistungen auf Grund von § 25 Abs. 4 und 5 von der Berufsgenossenschaft zu ersetzen sind, auf Kosten der letzteren stattfindet. Bei dieser Sach- und Rechtslage muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß, soweit der Erstattungsanspruch der Rasse reicht, der Versicherte nach dem Willen des Gesetzgebers nicht Rente und Krankengeld, sondern nur das eine oder das andere erhalten soll. Innerhalb der durch den Umfang des Erstattungsanspruchs gezogenen Schranken hat er demnach dieselbe Leistung nur einmal und nicht doppelt zu erhalten.“

Nachversicherung von Angestellten des bremischen Staates zur Invalidenversicherung. Nach § 5 Abs. 1 ZVG. unterliegen der Versicherungspflicht nicht Beamte der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, sofern ihnen eine Anwartschaft auf Pension im Mindestbetrage der Invalidenrente gewährleistet ist. Nach Anschauung aller Beteiligten traf diese Bestimmung auch auf die sog. jahrgeldberechtigten Angestellten des bremischen Staates zu, d. h. auf die Beamten, denen im Falle der Dienstunfähigkeit ein Anspruch auf eine lebenslängliche Rente — Jahrgeld — gewährleistet wird, wenn sie nach vollendetem 25. Lebensjahre während 20 Jahren eine jahrgeldberechtigte Dienststelle besetzt hatten. Im Oktober 1908 hat das Reichsversicherungsamt jedoch einen bremischen jahrgeldberechtigten Angestellten, der bei seiner Anstellung $17\frac{1}{2}$ Jahre alt war, für versicherungspflichtig erklärt, da er erst nach $27\frac{1}{2}$ Dienstjahren den Anspruch auf Jahrgeld hätte erlangen können, diese lange Wartezeit aber mit dem Begriff einer gewährleisteten Pensionsanwartschaft im Sinne des § 5 des ZVG. nicht vereinbar sei. — Diese Entscheidung hatte zur Folge, daß im Beamtengezet neben einer Herabsetzung der Wartezeit von 20 auf 10 Jahre eine Bestimmung eingefügt wurde, wonach im Falle der Invalidität dem Angestellten auf jeden Fall ein Jahrgeld im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse gewährt werden muß. Weiter aber verlangte nun auch die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte die Nachholung der Markenverwendung für die jahrgeldberechtigten Angestellten, soweit sie nicht etwa ausnahmsweise infolge besonderer Umstände von der Invalidenversicherungspflicht befreit sein sollten und soweit nicht bereits Verjährung eingetreten war. Die Gesamtsumme der dadurch nachzuzahlenden Beträge beläuft sich auf ca. 24 000 \mathcal{M} . Da ein Abzug der Hälfte der Beträge die in Frage kommenden Beamten sehr hart treffen würde, hat der Senat der Bürgerchaft vorgeschlagen, den gesamten Betrag auf die Staatskasse zu übernehmen.

Volkszerziehung.

Die Stellung des Vormundschaftsrichters zur allgemeinen Jugendfürsorge erörtert Amtsrichter Dr. Rosler-Honnef a. d. Sieg in Nr. 159 der „Köln. Volksztg.“ vom 22. Februar d. J. Er weist auf die auffallende Tatsache hin, daß bei den der Jugendfürsorge geltenden gemeinsamen Erlassen des Ministers des Innern, des Handels- und des Kultusministers vom 14. November 1901 und 9. Juli 1905 der Justizminister fehle. Diese Trennung von Verwaltung und Justiz in der allgemeinen Jugendfürsorge wider-

*) Vgl. meine Aufsätze über die Bankbeamtenversicherung im „Zentralblatt der Reichsversicherung“, „Blätter für Genossenschaftswesen“, „Silse“ u. a.

spreche schon der Natur der Vormundschaftsachen, das Vormundschaftsgericht sei eine Verwaltungsbehörde. Der Vormundschaftsrichter entscheide nicht über Parteirechte, sondern er wahre mit seinen Maßnahmen, Bescheiden usw. ebenso wie die Verwaltungsbehörden bei anderen Angelegenheiten das Interesse des Staates an geordneter Jugendfürsorge, insbesondere an geordneter Jugend-erziehung und an der Ordnung des Familienlebens und der Ehe. Im einzelnen verweist Mosler hierzu auf die Ausführungen des Amtsgerichtsrats Landsberg-Vennep (in Heft 1 des „Rheinischen Archivs“ 1911). Eine gemeinsame Tätigkeit von Verwaltungs- und Justizbehörden auf dem Gebiete der allgemeinen Jugendfürsorge erscheine aber aus praktischen Gründen sehr zweckmäßig, wenn nicht notwendig.

Der Vormundschaftsrichter, insbesondere der ländliche, ist, so fährt Mosler fort, für seinen Bezirk eine kleine Zentrale der Jugendfürsorge. Bei ihm laufen alle Fäden der Fürsorgeeinzelfälle zusammen. Dies ermöglicht ihm, wie keinem andern, einen Einblick in die allgemeinen Fürsorgeverhältnisse des Bezirks und läßt ihn leichter die Mittel und Wege finden, die diesen besonderen örtlichen Verhältnissen angepaßt sind. Ist er mit vollem Herzen bei seiner Tätigkeit — und das muß er, sonst ist er nicht an seinem Plage — so verfolgt und fördert er auch die allgemeinen freiwilligen Fürsorgebestrebungen des Bezirks. In der Waisentratsversammlung besitzt er ein Organ, das diese Förderung ermöglicht. Nicht auf die Waisenträte beschränkt, sondern erweitert und ergänzt durch Zuziehung der Vertreter der Verwaltungsbehörden, der Geistlichen, Lehrer, Ärzte und anderer in der Jugendfürsorge tätigen oder für sie in Betracht kommenden Persönlichkeiten, auch aus der Frauenwelt, stellt die Waisentratsversammlung den gegebenen Mittelpunkt der Fürsorgebestrebungen des Bezirks dar und verbürgt eine gedeihliche Gemeinschaftsarbeit der freiwilligen und behördlichen Jugendfürsorgebestrebungen. Sie bietet gleichzeitig — und dieser Punkt wird bei den kommenden Erörterungen eine große Rolle spielen — die Gewähr objektiver und paritätischer Behandlung der verschiedenartigen Bestrebungen, indem ein Eingriff in die einzelnen Jugendorganisationen und -vereine ausgeschlossen ist. Deren Selbständigkeit bleibt gewahrt; durch ihre Leiter, die geborene Teilnehmer der Waisentratsitzungen sind, stehen sie aber in Fühlung mit den allgemeinen Fürsorgebestrebungen. Die Angliederung an die Gerichte gewährleistet auch, daß diese wohlmeinenden Bestrebungen nicht in den politischen Tageskampf hineingezogen werden. Ist diese Gemeinschaftsarbeit durch die auf genauer Kenntnis der Einzelerkenntnisse des Bezirks beruhende Erfahrung des Vormundschaftsrichters für die allgemeinen Fürsorgebestrebungen wertvoll, so gewinnt durch diese gemeinsame Tätigkeit nicht minder, wenn nicht noch mehr, der Vormundschaftsrichter, der nunmehr mitten hineingestellt ist in den frischen, warmen Strom der gesamten Fürsorgetätigkeit und der hierdurch für sein berufliches Wirken eine Fülle von Anregung und Förderung erhält.

Der Vormundschaftsrichter sei also der geborene Mitstreiter im Kampfe um unsere Jugend, und das müsse jetzt, wo durch die Anregung der Thronrede die allgemeine Jugendfürsorge aus dem Chaos einzelner getrennter und sich oft unbewußt entgegenarbeitender Bestrebungen etwas herausgehoben werden solle, mit allem Nachdruck betont werden. Der Verfasser wirft dann die Frage auf, ob nicht die Angliederung der gesamten Fürsorgebestrebungen an die Vormundschaftsgerichte zweckentsprechender wäre als die Bildung der geplanten Provinz-, Kreis- und Bezirksausschüsse, und er bejaht diese Frage. Durch allgemeine Fürsorgetage für Land- oder Oberlandesgerichtsbezirke ließe sich die Organisation nicht nur nach oben ausbauen, sondern auch reiche Anregung zu großzügiger, weitsehender Tätigkeit den einzelnen Vormundschaftsrichtern bieten. Im Bunde mit den freien und verwaltungsbehördlichen Bestrebungen und mit deren Unterstützung werde der Vormundschaftsrichter in weit höherem Maße seinem verantwortungsvollen Amte gerecht werden können. Wenn aber auch ein Anschluß an die gerichtliche Organisation zu erreichen sei, so gelte es wenigstens, die Möglichkeit, ja die Pflicht gemeinschaftlichen Zusammenwirkens von Fürsorgebestrebungen und Vormundschaftsgericht zu sichern. Von einer Trennung beider hätten beide und damit die gesamte Fürsorgetätigkeit nur großen Nachteil.

Die Erfolge der Fürsorgeerziehung in Preußen werden in einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik, auf die wir XIX Sp. 1180 bereits hingewiesen haben, zusammengestellt. Sie erstreckt sich auf sämtliche in der Zeit vom 1. April 1904 bis zum 31. März 1909 zur Entlassung gekommenen 9931 Zöglinge und zwar auf 5782 männliche und 4149 weibliche. Ermittelt wurden 4688 männliche oder 78,5 % und 3617 weibliche oder 87,5 % im ganzen 8165 oder 82,1 % der Zöglinge. Von diesen führten sich in der genannten Zeit genügend bis gut 5661 = 69,4 %
zweifelhaft 922 = 11,3 %
ungenügend bis schlecht 1572 = 19,3 %.

Übertroffen werden diese Durchschnittsziffern bei den im Alter bis zu 14 Jahren in Fürsorgeerziehung Überwiesenen; von ihnen haben

75,1 % der männlichen und 75,4 % der weiblichen Personen eine genügende bis gute Führung aufzuweisen. Selbst bei den erst im Alter von 16—18 Jahren überwiesenen Zöglingen sinkt die Ziffer der mit befriedigender Führung aufgeführten nur wenig unter den Durchschnitt, nämlich auf 64 % bei den männlichen und auf 68 % bei den weiblichen Personen. Auch insofern habe die Erziehungsarbeit gute Erfolge gehabt, als die Zahl der Verstrafungen ganz erheblich zurückgegangen sei. Von den ehemaligen Fürsorgezöglingen sind vor und während der Fürsorgeerziehung 5597 gerichtlich bestraft worden, davon 4870 mit Gefängnis; nach der Entlassung aus der Fürsorgeerziehung nur 2486, darunter 1771 mit Gefängnis.

Nach den mitgeteilten Ziffern sind die Erfolge der Fürsorgeerziehung um so günstiger, je früher die Zöglinge in die Fürsorgeerziehung überwiesen werden; weiter geht aus ihnen hervor, daß die Behauptung, die Fürsorgeerziehung sei außer Stande, aus den älteren Elementen noch brauchbare Menschen zu machen, nicht zutrifft. Von den im Alter von 16—18 Jahren überwiesenen, vor der Übernahme in Fürsorgeerziehung der Unzucht verfallenen Mädchen wiesen 62,5 % eine genügende bis gute Führung auf und leben zum großen Teile jetzt als Ehefrauen in geordneten Verhältnissen.

Das freie Volksbildungswesen in Deutschland im Jahre 1910 behandelt Walther Asmus in einem Artikel der „Concordia“ vom 1. März d. J. Das Berichtsjahr hat erfreuliche Fortschritte gezeigt. Es sind neue Blätter und neue Organisationen zur Förderung der Volksbildung entstanden. Hierzu führt Asmus an das im Auftrag der Zentralstelle für Volkswohlfahrt herausgegebene Volksbildungsarchiv (Hrsg. Dr. v. Erdberg), ferner „Die Hochmacht“, Monatschrift zur Bekämpfung des Schundes und Schmutzes in Wort und Bild (Hrsg. Prof. Brunner) und „Die Vese“. Die Mitglieder dieser letzten Organisation erhalten die wöchentlich erscheinende, guten Lesestoff bringende Zeitschrift und jährlich 2 gute Bücher. Neue Polizeiverordnungen zur Bekämpfung der Schmutzliteratur wurden 1910 in zwei Städten, Hamburg und Hannover, erlassen. Das Bibliothekswesen ist in starkem Aufschwung. Es wächst die Zahl der Bibliotheken, es wächst aber auch der Umfang der Benutzung der einzelnen Bibliothek. Daher beschäftigt man sich in Fachkreisen viel mit dem Problem, wie man trotz des Massenverkehrs doch den Bibliotheksbetrieb individualisieren könne. Auch das Kinderlesehallenwesen kommt in Deutschland in Fluß. In der Übersicht der „Concordia“ werden dann noch eine Reihe von Kongressen und Versammlungen angeführt, die sich mit Volksbildungsfragen beschäftigten. Dieser Übersicht für 1910 sei noch das kürzlich beschlossene nachahmenswerte Vorgehen der Firma Leonhard Tietz in Köln hinzugefügt, die eine Leihbibliothek für ihr Personal ins Leben gerufen hat. Sie soll den Angestellten kostenlos gute Lektüre für die Ruhestunden zugänglich machen und umfaßt vorläufig gegen 2000 Bände, die ohne Bevormundung des Geschmacks doch so ausgewählt sind, daß sie aus den verschiedensten Gebieten einwandfreien Lesestoff bieten.

Die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur durch reichsgesetzliche Maßnahmen, insbesondere der Schutz der Jugend vor solcher Literatur und vor den Auswüchsen der Kinematographen und Autostope, wurde in Petitionen des Vereins für Herbartische Pädagogik sowie des Breslauer Verbandes zur Bekämpfung der Unfälligkeit an den Reichstag verlangt. Vorgeschlagen wurden Ergänzungen und Erweiterungen zu den Bestimmungen §§ 56 Ziffer 12 und 42a der Gewerbeordnung sowie zu den §§ 184, 184a und 184b des Strafgesetzbuchs. — In der Petitionskommission des Reichstags, welche beide Eingaben zu beraten hatte, fanden die Wünsche auf Schutz der Jugend gegen die Schmutz- und Schundliteratur usw. den ungeteilten Beifall sämtlicher Mitglieder der Kommission, doch gingen die Ansichten über Verschärfung von Gesetzesparagrafen auseinander, und einige Kommissionsmitglieder sprachen sich direkt gegen verschärfende Ergänzungen zu § 184 des Strafgesetzbuchs aus. Daher sind die Eingaben auch nicht, wie der Berichtsfatter der Kommission befürwortet hatte, dem Reichskanzler „zur Berücksichtigung“, sondern nur „zur Erwägung“ überwiesen worden.

Handwerklehre in Zigarrenfabriken. Zahlreiche Betriebe und Verbände der Tabakindustrie haben den besonderen Aufgaben der Lehrlingsausbildung schon seit langem große Sorgfalt zugewandt. Vom Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verband waren zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse besondere Vorbrude für Lehrverträge eingeführt worden, mit denen er günstige Erfahrungen gemacht hat und die sich auch für die Lehrlinge und ihre Familien nützlich erweisen. Der Arbeitgeberbund der deutschen Zigarrenindustrie hat nun auf seiner letzten Tagung die Einführung derartiger Lehrverträge für die gesamte Zigarrenindustrie

empfohlen. Da gelegentlich von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten bestritten wurde, daß es sich bei jungen Zigarrenarbeitern überhaupt um ein Lehrlingsverhältnis handle, wurde vom Arbeitgeberbunde der deutschen Zigarrenindustrie durch einstimmigen Beschluß ausdrücklich festgestellt, „daß Zigarrenmachen und Zigarrensortieren Fabrikationsstätigkeiten sind, die erlernt werden müssen“. Diese Feststellung wird voraussichtlich auch bei der Handwerker-Konferenz im Reichsamt des Innern am 7. April zur Sprache gebracht werden.

Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England. Eine Ergänzung zu dem englischen Arbeitsnachweisgesetz bildet das 1910 erlassene Berufswahlgesetz (Choice of Employment Act), welches den örtlichen Schulbehörden gewisse Befugnisse für die Berufsberatung der Schulklassen gibt. Im Januar 1911 erließen der englische Handelsminister, zu dessen Gebiet das Arbeitsnachweiswesen gehört, und der Unterrichtsminister, dem die Schulen unterstellt sind, gemeinsam eine Denkschrift mit den Richtlinien für das Hand in Handarbeiten der öffentlichen Arbeitsnachweise mit den Schulen. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen waren bereits vielfach Jugendabteilungen eingerichtet; die Leiter dieser Jugendabteilungen sollen nun in enge Fühlung treten mit den auf Grund des Berufswahlgesetzes gebildeten Unterausschüssen der Schulbehörden. Die Tätigkeit dieser Körperschaften soll nicht nur in der Auskunfterteilung bestehen, sondern sie sollen auch auf Eltern und Kinder einzuwirken suchen, daß die Zeit des Unterrichts möglichst ausgedehnt wird, daß bei der Berufswahl mehr die körperliche und geistige Beschaffenheit in Betracht gezogen wird sowie die Aussichten auf gute Unterweisung und späteres Fortkommen.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Eine Erweiterung der Eisenbahnarbeiter-Ausschüsse in Preußen soll durch Einbeziehung der Zahl der Bahnunterhaltungsarbeiter in die Zahl der am Siege der Bahnmeistereien befindlichen Betriebsarbeiter vorgenommen werden. Das hat zur Folge: a) daß neue Ausschüsse nach Bedarf einzurichten sind am Siege einer oder mehrerer Bahnmeistereien desselben Amtes, wenn die Gesamtheit der durch den gemeinsamen Dienstort vereinten Bahnunterhaltungsarbeiter für sich allein oder in Verbindung mit den am Orte vorhandenen noch nicht durch einen Ausschuß vertretenen Betriebsarbeitern desselben Amtes die Zahl 50 erreicht; b) daß die noch nicht durch einen Ausschuß vertretenen Bahnunterhaltungsarbeiter dem am Siege der Bahnmeisterei etwa befindlichen Ausschuß desselben Amtes anzugliedern sind; c) daß auch die Bahnunterhaltungsarbeiter verschiedener Ämter sowohl unter sich als im Verein mit den Betriebsarbeitern anderer Betriebsämter in einem gemeinsamen Ausschuß zusammengefaßt werden dürfen, wenn sie am gleichen „Dienstort“ beschäftigt werden und insgesamt die Zahl 50 erreichen. Die Arbeiter verschiedener Direktionsbezirke dürfen jedoch nicht in einem Ausschuß vereinigt werden.

Die Zweckmäßigkeit der Dienstenteilungen im preussischen Eisenbahnbetriebe soll nach einer vor Jahren vom Minister der öffentlichen Arbeiten erlassenen Anordnung insbesondere bei Neuaufstellungen mit erfahrenen und zuverlässigen Bediensteten besprochen werden. Infolge der mangelhaften Handhabung dieses Erlasses hat der Minister erneut darauf hingewiesen, daß jede einzelne Dienstanzweisung jedesmal eingehend geprüft werden müsse, namentlich im periodisch wechselnden Dienste, dessen Einwirkungen auf die Lebenshaltung mit Beteiligten vorher erörtert werden sollen. Für die Lokomotivbeamten hat der Minister angeordnet, daß über ihre Dienstzeiten die vom Lokomotivführerverbande bestellten Vertrauensmänner gehört werden sollen.

Sozialreform für die italienischen Eisenbahner. Die Abgeordnetenkammer hat am 25. Februar durch Annahme des Gesetzesentwurfs Sacchi in dritter Lesung die wichtigsten Forderungen der Eisenbahner, die seit Jahren durch Streiks und Agitation die öffentliche Meinung auf ihre bedürftige Lage hinzulenken suchten, erfüllt, mit Ausnahme der Wünsche, die sich an die erstrebte Verwaltungsdezentralisation anknüpfen. Nach den endgültigen Beschlüssen der Kammer, die allerdings der Bestätigung des Senats noch bedürfen, sollen vor allem die Gehälter der schlecht bezahlten Eisenbahner aufgebessert und dazu jährlich 24 Millionen Lire (statt ursprünglich 22 Millionen) verwandt werden. Die Gewährung von Krankengeld ist erweitert. Die früher übliche Wartezeit von drei Tagen bis zum Genusse des Krankengeldes ist beseitigt.

Volksgesundheit.

Rückgang der Tuberkulose in Deutschland. Erfreulich sind die Ergebnisse, die das planmäßige Zusammenarbeiten in der Bekämpfung der Tuberkulose in jüngerer Zeit erzielt hat. Der Staatssekretär des Innern brachte bei der Etablierung des Reichsgesundheitsamts hierfür zahlenmäßige Angaben. Er bemerkte: „Von 1903 bis 1907 ist die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen Reichs von 214 auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zurückgegangen. Diese Tendenz ist auch seither dieselbe geblieben, und ich erinnere mich, Statistiken in der Hand gehabt zu haben, aus denen sich ergibt, daß namentlich in einzelnen Orten und Bezirken, die früher schwer heimgeheuchelt wurden, dank der von uns angewandten und empfohlenen Bekämpfungsmethode die Erkrankungs- und Sterbeziffern in noch viel größerem Umfange zurückgegangen sind, als sich aus der allgemeinen Statistik für den Durchschnitt des Deutschen Reichs ergibt. Wenn wir auf irgendeinem Gebiete mit Befriedigung auf das zurückblicken können, was wir hygienisch in den letzten zwei Jahrzehnten geleistet haben, so ist es zweifellos das Gebiet der Tuberkulose.“

Augenzittern der Bergleute. Auf eine eigentümliche Berufskrankheit, das Augenzittern, wird in dem Organ des Steigerverbandes, Jahrg. IV Nr. 3 hingewiesen. In den Jahren 1908 und 1909 wurden im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum 1163 Mann infolge Augenzitterns invalide. Sieht man von den Unfallinvaliden ab, so war die Zahl der sämtlich invalide gewordenen 5351. Die Prozentzahl der wegen Augenzitterns Invalidisierten betrug also 21,46 $\frac{1}{100}$, d. i. mehr als $\frac{1}{5}$. Der Grund zu dieser Krankheit wird bei der Arbeit und Schrämarbeit gelegt. Steht das Flöz oder ist es sehr niedrig, so muß der Arbeiter den Kopf gebeugt halten und beim Kerben stets nach oben blicken. Ebenso ist es beim Schrämen. Diese anormale Stellung des Auges überanstrengt naturgemäß die Augenmuskeln, die dadurch zitterig werden und den Augapfel nicht mehr festhalten können. Im Anfangsstadium wird die Krankheit oft nicht beachtet, bis die Drehbewegungen des Auges schließlich so stark werden, daß der Kranke nichts mehr klar erkennt und dadurch natürlich auch bei der an sich schon gefährlichen Arbeit noch mehr bedroht ist. In dem Artikel des Organs des Steigerverbandes werden die Grubenbeamten ermahnt, sowohl bei sich selbst wie bei den Arbeitern auf die Anfänge dieser Erkrankung zu achten. Durch einen Wechsel in der Beschäftigungsart kann Abhilfe geschaffen werden. Den Arbeitern wird empfohlen, lieber sich gleich im Anfang einige Wochen krank zu melden, um späterer Invalidität vorzubeugen, da Bewegung in frischer Luft, viel Schlaf, Vermeidung von Alkohol die besten Mittel sind, die Augenmuskeln wieder zu beruhigen.

Erblindung durch Heben einer schweren Last. Ein 66 Jahre alter, auf einem Auge erblindeter Arbeiter war mit Aufhängen schwerer Holzklüde zu Klauern beschäftigt. Plötzlich klagte er seinen Arbeitsgenossen, daß er gar nichts mehr sehen könne. Der Arzt stellte Reghautablösung fest. Während der Staatsfiskus — es handelte sich um die Beschäftigung in einem Staatswalde — und das zuständige Schiedsgericht den Anspruch des Arbeiters auf Unfallrente ablehnte, sprach ihm das Reichsversicherungsamt die Rente zu, da der eine Obergutachter die „Möglichkeit“ und der andere sogar die „Wahrscheinlichkeit“ eines Betriebsunfalls als vorliegend erachtet hatte, wenn es feststände, daß der Arbeiter zentnerschwere Lasten gehoben hatte. Das aber wurde als erwiesen angenommen.

Krankenkassen und Alkohol. Zu dieser Frage, der in zunehmendem Maße Beachtung geschenkt wird, gibt der Bericht über das 25. Geschäftsjahr der Krankenkasse Eisenach einen bemerkenswerten Beitrag. Es heißt darin u. a.: „Warum haben die Krankenkassen das allergrößte Interesse daran, dem Alkoholkonsum gerade in den Arbeiterkreisen mit allen Mitteln der Aufklärung und Belehrung entgegenzutreten? Die scheinbar günstigen Wirkungen der alkoholischen Getränke beruhen auf Täuschung, sind Betrug am Individuum! Sie schaffen keinen Nutzen, wohl aber schädigen sie die Gesundheit in unzähligen Fällen, und gerade die Gesundheit ist doch das höchste Gut der arbeitenden Masse des Volkes! Magenschmerzen, Herzbeschwerden, Leber- und Nierenleiden, Entartung der Blutgefäße, bekannt unter dem Namen „Arterienverkalkung“ mit den so häufig in den besten Jahren vorkommenden Schlaganfällen, des weiteren alle Stoffwechselkrankheiten, Fettsucht, Gicht und Zuckerkrankheit werden zum überaus größten Teil durch den Alkoholgenuß verursacht. Alkoholgenuß disponiert zu Krankheiten! Indirekt macht der Alkoholgenuß den Menschen durch Verminderung seiner Widerstandskraft für Krankheiten empfänglicher; ganz besonders gilt dies für die Schwindsucht, die überall da am stärksten auftritt, wo am

meisten Alkohol genossen wird. Alkohol schädigt die Geisteskraft! Von allen Organen des Körpers leidet am schwersten das edelste und feinste, das Gehirn. Der Rausch, den man allgemein als etwas sehr harmloses und scherzhaftes ansieht, ist eine vorübergehende Geistesstörung, und zwar die gemeingefährlichste."

Schulzahnkliniken in Österreich. Dem Beispiele Deutschlands, Englands, Frankreichs und anderer Kulturstaaten folgend, wurde nunmehr auch in Österreich eine Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen gegründet. Die Statuten der Gesellschaft sehen Zweigvereine in allen Kronländern vor, die in steter Fühlung mit der Wiener Zentrale eine überaus rege Agitation für Zahnpflege in den Schulen entfalten sollen; außerdem räumen sie den Staats-, Landes- und Gemeindebehörden Mandate in den Ausschüssen ein. In den Schulzahnkliniken werden den unbemittelten Kindern unentgeltlich die Zähne behandelt. — d.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Hausgewerbetreibende erörtert Dr. Landsberger-Charlottenburg in eingehender Weise in Nr. 5 des „Gewerbe- und Kaufmannsgerichts“ (vom 1. Februar 1911). Er zeigt hier, wie die Schwierigkeit der Begriffsfeststellung und der Abgrenzung der Stellung der Hausgewerbetreibenden von den selbstständigen Unternehmern dahin geführt hat, daß in vollständig gleichgearteten Lohnstreitigkeiten zwischen Hausgewerbetreibenden und ihren Arbeitgebern die ordentlichen Gerichte wie die Gewerbegerichte ihre Zuständigkeit verneint haben. Er kommt dann zu dem Schlusse, daß für Streitigkeiten, der im § 4 Abs. 1 Nr. 1—5 GGG. bezeichneten Art zwischen den Hausgewerbetreibenden und ihren Arbeitgebern das Gewerbegericht und nicht das ordentliche Gericht zuständig ist, auch wenn erstere sich der Hilfe von ihnen zu lohnender Arbeiter bedienen, der durch sie und ihre Arbeiter zu erzielende Verdienst nicht auf einem dauernden Arbeitsverhältnisse beruht, ihnen nicht regelmäßige Subsistenzmittel gewährt werden und ferner die Hausgewerbetreibenden für eine größere unbestimmte Zahl von Arbeitgebern zu gleicher Zeit arbeiten. Ob Hausgewerbe vorliegt, müsse für jeden einzelnen Fall nach den angegebenen Gesichtspunkten besonders festgestellt werden.

Das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten in Österreich. Auf Wunsch des Verbandes deutscher Kaufmanns- und Gewerbegerichte hat das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums eine Umfrage über die Beteiligung der Frauen bei den vorjährigen Gewerbegerichtswahlen vorgenommen. Die Beteiligung ist ganz bedeutend gegen früher gestiegen. Das wertvolle Material wird für die Unterstützung der reichsdeutschen Forderung, den Frauen das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten zu verleihen, nutzbar gemacht werden.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Deutscher Heimarbeiterstag. Berlin, 12. Januar 1911. Protokoll der Verhandlungen nach stenographischer Aufnahme, herausgegeben vom Bureau des Tages. Verlag der Vaterländischen Verlagsanstalt, Berlin SW., Johanniterstr. 6. Pr. 0,50 M.

So stark auch in den letzten Jahren die Literatur über das Heimarbeiterproblem angewachsen ist, so bietet die vorliegende kleine Broschüre dennoch eine wertvolle Bereicherung. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß die eigenartige Rundgebung des Heimarbeiterstages durch die Veröffentlichung des Protokolls dauernd erhalten und weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird. Der Hauptwert dieser Rundgebung lag darin, daß hier alle Richtungen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit bürgerlichen Sozialreformern einmütig zusammenstanden in der dringenden Forderung an Regierung und Reichstag, den dem Reichstage zurzeit vorliegenden Gesetzentwurf über die Heimarbeiter zu einem wirklichen Heimarbeitergesetz zu gestalten durch Einfügung einer Vorschrift zur Lohnregelung. Der vorliegende handliche und dabei doch sehr inhaltreiche Band bringt die Eröffnungsrede des Vorsitzenden des Kongresses, Prof. Dr. Ernst Fraenke, Herausgebers der „Sozialen Praxis“, mit einem allgemeinen Überblick über den Stand der gesetzlichen Arbeiten zu dieser Frage in Deutschland (Reichsversicherungsordnung, Arbeitsamtergesetz, Hausarbeitgesetz), sodann das wissenschaftlich hochstehende Referat von Prof. Dr. Wilbrandt-Lübingen, der an der Hand ausländischer Beispiele und gestützt auf eigene Forschungen in Deutschland die Regelung der Lohnfrage in den Vordergrund rückt. Eine bedeutungsvolle Rundgebung eines leitenden englischen Beamten über die Lohnämter in England konnte verlesen werden. Schließlich bietet die

Diskussion, an der sich männliche und weibliche Heimarbeiter aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Berufen beteiligten, eine Fülle von Material über die Zustände in der Heimarbeit. Über die Lohnverhältnisse, die gesundheitlichen Gefahren, allerlei Mißstände beim Liefern und Abholen der Waren u. a. m. finden sich genaue, auf Tatsachen beruhende Angaben. — Für jeden, der sich überhaupt mit dem Heimarbeiterproblem beschäftigt, dürfte das vorliegende Protokoll unentbehrlich sein, da hier Theorie und Praxis in bester Weise vereint zu Worte kommen.

Was soll ich werden? Ein Wegweiser für die Berufswahl der Mädchen. Herausgegeben vom Verein Schöneberger Lehrerinnen. Preis 10 M.

Im ersten Teile gibt das kleine Büchlein eine Übersicht über die in Frage kommenden Berufe. Der zweite Teil zählt die Ausbildungsanstalten für diese Berufe auf. Im dritten Teile werden gemeinnützige Arbeitsnachweise, öffentliche Rechtsauskunftsstellen und Heime für erwerbstätige Mädchen genannt. Teil 1 hat Gültigkeit für die Berufsfrage im allgemeinen, das Adressenmaterial der anderen Teile bezieht sich allerdings nur auf Groß-Berlin. Der praktische kleine Wegweiser ist durch den Verein, Friedenau, Taunusstr. 8, zu beziehen.

Der „Lunapark“. Eine polizeiwissenschaftliche Studie. Von Polizeikommissar Augustin. Sonderabdruck aus der Zeitschrift „Die Polizei“. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft, -dienst und -wesen. Kameradschaft, Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H. Berlin W. 85.

Heinrich Sieveling, Auswärtige Handelspolitik. 2. verbesserte Auflage. Leipzig, Göschen. 1910. 142 S. 8 v. Preis geb. 80 M.

Das Schriftchen behandelt sein Thema sowohl nach der theoretischen, wie nach der praktischen Seite hin in großen Zügen und regt zum näheren Studium der Handelspolitik an.

Abgabquellen für Schriftsteller. Schriftstellerverbuch Nr. 2, herausgegeben von der Redaktion der „Feder“. Berlin, Feder-Verlag (Dr. Max Hirschfeld). 8. Auflage.

Das Buch dient der Arbeitsvermittlung für Schriftsteller. Ohne vorläufig schon Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können, füllt es doch fraglos eine Lücke aus.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung. Von Dr. Johannes Altkemper. Dunder & Humblot. Leipzig. 1910. Preis 5 M.

Roselland und Westdeutsche Eisenindustrie. Bd. 2. Vorträge von Professor Dr. Herm. Schumacher. Dunder & Humblot. Leipzig. 1910. Preis 8 M.

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der 30. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit am 15. und 16. September 1910 in Königsberg i. Pr. Heft 24 der Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Dunder & Humblot. Leipzig. 1910. Preis 8 M.

Heyn, Reform des Postschekverkehrs. Berlin, Simon. 1910. 86 S. 4 v. Preis 2 M.

Die Erstattung von öffentlichen Unterstufungen durch die Unterstufungen und durch ihre Angehörigen. Von Stadtrat Rosenfeld. Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 28. Heft. Dunder & Humblot. Leipzig. 1910. Preis 2 M.

Berufsrichter und Volksrichter in der Strafrechtspflege. Von Dr. Fr. Ernst. Puttkammer & Mühlbrecht. Berlin. 1911. Preis 1,50 M.

Das Gemeindebestimmungsrecht. Die Mitarbeit und das Wahlrecht der Frau in der Gemeinde. Heft 8 der Schriften des Schlesischen Frauenbundes. Herausgegeben von Marie Wegner. Priebeitzsch. Breslau. 1910. Preis 0,50 M.

Die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten. Von Dr. Paul Heine. Gustav Fischer. Jena. 1910. 178 Seiten.

Kranken- und Unfallversicherung der Ausländer in Ungarn. Von Dr. Géza Pap. Heft 6 der Schriften der ungarischen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Gustav Fischer. Jena. 1910. Preis 0,50 M.

Die Grundentlastung in Bärteberg. Von Dr. Otto Reinhard. Ergänzungsheft XXXVI der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. F. Laupp. Tübingen. 1910. Preis 8,00 M.

Strafe und Verbrechen. Geschichte der Organisation des Gefängniswesens. Von P. Pollig. Bd. 828 der Sammlung aus Natur und Geisteswelt. B. G. Teubner. Leipzig. 1910. Preis 1,50 M.

Gartenrentengüter. Von Geh. Regierungsrat Paul Waldbeder. Heft 11 der Staatsbürger-Bibliothek. Volksvereinsverlag G. m. b. H. M.-Glabach. 1911. Preis 0,50 M.

Jung Land. Halbmonatsschrift für das junge Landvolk. Herausgegeben und redigiert von der Zentralfelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. 2. Jahrgang. 1909/1910.

Enzyklopädisches Handbuch des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge. Von Dr. Th. Keller, Dr. Fr. Schiller und Dr. M. Taube. 1. Lieferung. Wilhelm Engelmann. Leipzig. 1910. Preis 8 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreigespaltene Petitzeile.

**Archiv f. Sozialwissensch.
Finanzarchiv - Gewerbegericht
kaufen Speyer & Peters, Berlin NW. 7.**

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superfiarischen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Bandarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Muster-erbbauvertrag.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von **Theodor Vogelstein.**

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Die Landesbank der Rheinprovinz.

Von

Helmuth Poensgen.

(Forschungen, staats- und wissenschaftliche von Schmoller. Heft 153.)

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Quellenangabe. I. Die verschiedenen Organisationsformen des Grund- und Korporationskredits. II. Geschichte der Landesbank. A. Die Immobilien- und Grundkreditverhältnisse in der Rheinprovinz um 1850. B. Gründung und Organisation der Rheinischen Provinzialhypothekbank. C. Aufbau der Hypothekbank zur Landesbank der Rheinprovinz. III. Organisation und Verwaltung der Landesbank. 1. Haftung der Provinzialhypothekbank. 2. Verwaltung der Landesbank. 3. Die Kapitalien aus dem regulären Bankverkehr. a) Depots. b) Kontokorrentgelder. 3. Durch Ausgabe von Rheinprovinzialanleihen beschaffte Kapitalien. V. Tätigkeit und wirtschaftliche Bedeutung der Landesbank. A. Die Landesbank als Finanzinstitut der Provinzialverwaltung. 1. als Kasseninstitut. 2. als Bankinstitut. a) Annahme der Provinzialgelder als Depots. b) Gewährung kurz- und langfristigen Kredits. 3. als Erwerbsinstitut. B. Die Landesbank als Zentralstelle der öffentlichen Kassen, besonders der Sparkassen der Rheinprovinz. C. Die Landesbank als Korporations- und Hypothekkreditinstitut. 1. die Verbindung beider Kreditarten; Konkurrenz der Darlehensgelder. 2. die Landesbank als Korporations- und Kommunalkreditinstitut. 3. die Landesbank als Hypothekkreditinstitut für den städtischen Grundbesitz. 4. die Landesbank als ländlicher Grundkreditinstitut. a) Zweck und Form des ländlichen Grundkredits. b) andere Kreditgeber für den ländlichen Grundbesitz in der Rheinprovinz. c) der ländliche Hypothekkredit der Landesbank.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W. 8, Wauerstr. 43/44.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, volkstümlich gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, so daß der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 7. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung.

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber: Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Rechts der Reichsversicherungsordnung hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsämter, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen

und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Schiffahrtsabgaben.

Von

Max Peters,

Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrat in Berlin.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Band 115. Teil 1 u. 2—3.)

Erster Teil:

Die Rechtslage.

Preis: 7 Mark 40 Pfennig.

Zweiter Teil:

Die wirtschaftliche Lage.

Dritter Teil:

Die verkehrspolitische Lage.

Preis: 7 Mark 60 Pfennig.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre.

Von

Adolph von Wenckstern.

Preis: 5 Mark.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die rechtsprechende Tätigkeit des Reichs-Versicherungsamts. Von Professor F. Lange, Mitzdorf, Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen beim Reichs-Versicherungsamt. 865
- Allgemeine Sozialpolitik . . . 870
- Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates. Die Lohnregelung durch das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie. 872
- Soziale Zustände 872
- Die türkische Mezzadria. Von Otto Kahn, Mailand. 875
- Rechtspflege 875
- Der „Unkostenbeitrag“ eines auf Zinseingehalten angewiesenen Reklamer. Die Geheimhaltungspflicht des Angestellten nach seiner Entlassung. 877
- Tariffvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 877
- Das Verhältnis der Arbeitsordnung zu den Tarifverträgen. 878
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände 878
- Arbeitsgeberverbände und Arbeitsstellenangebotsabteilungen 1910. Ein neuer Streifenversicherungsverband. Gegenseitigkeitsverträge zwischen deutschen und österreichischen Arbeitgeberverbänden. 879
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . . 879
- Massen und Führer. Das Koalitionsrecht der Straßenbahnangestellten. Der 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. 885
- Streiks und Aussperrungen . . 885
- Ämliche Statistik über Streiks und Aussperrungen in Deutschland 1910. 886
- Eine Textilarbeiteraussperrung in Hof. Eine Tarifbewegung im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen. 886
- Arbeiterschutz 886
- Der Arbeiterschutz in der Großindustrie. Das englische Gesetz zum Schutz der Handelsangestellten. Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Holland. Arbeiterschutz in Indien. 888
- Arbeiterversicherung. Charakteristika. 888
- Die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten und die weiblichen Angestellten. Von Johanna Waescher, Rassel. (Zur Angestelltenversicherung. XIV.) Fortsetzung der freiwilligen Rassenmitgliedschaft. 6. Allgemeiner Krankenloos-Kongress. 890
- Genossenschaftswesen 890
- Der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg. Der Umfang der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine 1910. 890
- Volkserziehung 890
- Die ländliche Pflichtfortbildungsschule in Preußen. Die Forderungen der Frauen zum Preussischen Fortbildungsschulgesetz. Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen. 892
- Volksgesundheit 892
- Die Heilbehandlung in der Zynallbenversicherung Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus. Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe. 892

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die rechtsprechende Tätigkeit des Reichs-Versicherungsamts.

Von Professor F. Lange, Mitzdorf, Vertreter des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen beim Reichs-Versicherungsamt.

Die Ausführungen des früheren Senatsvorsitzenden im Reichs-Versicherungsamt Geheimen Regierungsrats Dr. Friedensburg im Märzheft der „Zeitschrift für Politik“, die sich inhaltlich mit ähn-

lichen Ausführungen in einer Reihe von Tageszeitungen bedien, zwingen mit Rücksicht auf die Persönlichkeit ihres Verfassers dazu, sich mit ihnen zu beschäftigen. Hat doch derselbe jahrelang in Rechtsprechung und Verwaltung der obersten Instanz mitgewirkt und verfügt deshalb scheinbar über ein reiches Maß von Erfahrung und Objektivität des Urteils, weshalb seine Ausführungen von interessierter Seite mit Beifall begrüßt und ausgeschlachtet werden.

Dr. Friedensburg geht davon aus, mit welcher Begeisterung in den achtziger Jahren die Kaiserliche Postchaft begrüßt wurde, wie dann aber bald ein Wandel in diesen Empfindungen eintrat. Zunehmende Bureaufratifizierung des Versicherungswesens, Verschwendung von Versicherungsgeldern und uferlose Ausdehnung der Rechtsstreitigkeiten hätten die frühere Begeisterung erstickt, und hierfür sei in erster Linie die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts verantwortlich zu machen, die den ursprünglichen Sinn der Gesetze nach und nach in sein Gegenteil verkehrte. Immer mehr habe die Jubilatur die objektive Grundlage des Gesetzes verlassen, sich auf das subjektive Empfinden gestützt und aus sozialen und humanen Motiven heraus ihre Entscheidung getroffen. Renten werden bewilligt, obwohl keine Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten sei. Betriebsunfälle werden konstruiert ohne jeden Zusammenhang mit dem Betriebe. Facile est de alieno largiri, aus fremder Tasche läßt sich leicht schenken, diesen Spruch könne man als Motto über die ganze Arbeiterversicherung, wie sie jetzt betrieben werde, setzen. Die Rentenhysserie richte im Volksleben immer weitere Verheerungen an, der Verletzte habe gar kein Interesse mehr an seiner Wiederherstellung. Simulation und Übertreibung seien an der Tagesordnung. Immer größere Lasten lege die Arbeiterversicherung der Industrie auf, die ihrerseits die ungeheuren Geldopfer nur durch Erhöhung der Preise wieder hereinbringen könne. Die Unzufriedenheit der Versicherten nehme zu, die erhoffte Verminderung der Armenlasten sei ausgeblieben und die Hauptursache der allgemeinen Teuerung sei zu erblicken in unserer Versicherungsgegesetzgebung.

Die große Menge der Gebildeten weiß wenig oder gar nichts von dem Riesenbau der deutschen Arbeiterversicherung, besonders aber der Unfallversicherung, nichts von Gewerbekrankheit und Betriebsunfall, von Berufsgenossenschaft und Reichs-Versicherungsamt. Um so mehr muß dagegen protestiert werden, daß die Allgemeinheit irreführt wird durch solche Verallgemeinerungen schlimmer Art, durch ein solches Zerrbild der Verhältnisse, wie es Geheimrat Friedensburg auf Grund 20jähriger Erfahrung geben zu müssen glaubt.

Daß gerade in der Unfallversicherung — und dieses Gebiet der Arbeiterversicherung betreffen die Friedensburgschen Ausführungen in erster Linie — zunächst Fehler über Fehler gemacht wurden, erklärt sich ohne weiteres aus der Materie selbst und ihrer Entwicklung. Als die Unfallversicherungsgesetze in Kraft traten, standen ihnen Tausende, die sich mit ihnen zu befassen hatten, als etwas völlig Unbekanntem gegenüber. Jede Erfahrung fehlte, man tastete völlig im Dunkeln, als nun von den ehrenamtlich tätigen Laien im Vorstand der Berufsgenossenschaft, von Ärzten als Gutachtern und schließlich von den Spruchbehörden entschieden werden sollte, ob ein entschuldigungsplüchtiger „Unfall bei dem Betriebe“ vorliege oder in welchem Maße ein Verletzter durch die Folgen eines Unfalles in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt werde. Rechtsbegriffe mußten erst in jahrelanger Praxis sich entwickeln,

und die Unfallheilkunde, heute ein Riesenspezialgebiet medizinischer Wissenschaft, steckte noch in den Kinderschuhen. Berücksichtigt man weiter, daß man in diesen ersten Jahren der Geltung der Arbeiter-versicherungsgesetze gar nicht genug tun zu können glaubte, damit den Verletzten die Wohltaten der Gesetze zu gute kämen, dann ist es erklärlich, daß körperliche Schäden mit Renten abgegolten wurden, die in gar keinem Verhältnis zur Einbuße an Erwerbsfähigkeit standen, daß man Krankheiten als Unfallfolge entschädigte, die in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall standen. Für den Verlust eines Fingergliedes wurde eine 10% Rente bewilligt, auf den Altkendel kam das Wort „Dauerrente“ und damit war der Fall an sich für die Berufsgenossenschaft erledigt.

Die Zeit ging weiter. Immer mehr beschäftigte sich die Medizin mit der traumatischen Entstehung von Krankheiten und mit der Abschätzung der durch ein Trauma geminderten Arbeitsfähigkeit. Die Berufsgenossenschaften, die eine Kontrolle ihrer Rentenempfänger vornahmen, machten die Wahrnehmung, daß Verletzte, die für den Verlust einer Fingerspitze eine Rente bezogen, schon seit Jahren wieder zu vollem Lohn beschäftigt waren und offenbar sich an den Substanzverlust im Laufe der Zeit gewöhnt hatten. Dieselbe Anpassung zeigte sich bei Verletzten, die einen Finger verloren hatten, und in zahllosen anderen Fällen. Die Spruchgerichte berücksichtigten diese Erfahrungen in steigendem Maße, und gerade seit Ende der neunziger Jahre ist man in der Rechtsprechung immer weiter gegangen. Für den glatten Verlust eines Fingers wird heute nach eingetretener Gewöhnung eine Rente nicht mehr gewährt. Nur Verlust eines Daumens und in einzelnen Fällen der Verlust des rechten Zeigefingers bedingen nach der Praxis der meisten Senate des Reichs-Vericherungsamts noch die Gewährung einer Rente. Von dem Augenblick an, in dem die „Gewöhnung“ in der Rechtsprechung der obersten Instanz immer weitere Würdigung fand, begann bei den Berufsgenossenschaften der Sturm auf die Dauerrentenempfänger, deren Aktien seit 15 Jahren und länger in den Archiven der Berufsgenossenschaften geschlummert hatten. Hunderte und Tausende von Anträgen auf Einstellung oder Winderung einer Rente wurden bei den Schiedsgerichten gestellt, und daß sich nun der Verletzte mit allen Kräften gegen die Wegnahme einer Rente wehrte, die ihm womöglich im letzten Bescheid der Berufsgenossenschaft als Dauerrente zugebilligt war und mit der er seit Jahren in seinem Haushaltsbudget rechnete, ist menschlich erklärlich. Die meisten dieser Fälle gingen bis an das Reichs-Vericherungsamt, und nur dieser Rentenkontrolle auf Grund der Gewöhnungspraxis, nichts anderem ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der beim Reichs-Vericherungsamt eingegangenen Rekurse in den letzten Jahren eine schwindende Höhe erreicht hat. Ist aber erst die Rentennachprüfung bei allen Berufsgenossenschaften beendet, was bezeichnenderweise noch immer nicht der Fall ist, und weiß erst die große Masse der Versicherten, daß bestimmte Gliedverluste nach einiger Zeit nicht mehr entschädigt werden, dann wird die Zahl der Rekurse ebenso langsam abnehmen. Daß schon heute hier ein gewisser Beharrungszustand eingetreten ist, beweist der Geschäftsbericht des Reichs-Vericherungsamts für 1910. Im Jahre 1909 gingen ein 25 475, im Jahre 1910 nur 25 880 Rekurse, also ein ganz minimales Plus, und weit über die Hälfte aller dieser Rekurse betrafen die Winderung oder Aufhebung einer Rente. Um hier eins vorweg zu nehmen: mer die Terminlisten des Reichs-Vericherungsamts durchsieht, wird die Häufigkeit slawischer Namen beobachten. Es wäre recht interessant, wenn das Reichs-Vericherungsamt eine Statistik der von Ausländern slawischer Nationalität eingelegten Rekurse veranlassen wollte. Der slawische Arbeiter mit seiner typischen Beheldigkeit macht, unterstützt von Winkelfonsulenten gleicher Nationalität, einigen Berufsgenossenschaften und den Spruchbehörden über Gebühr zu schaffen, und trotzdem sind es gerade die Hinterleute der „Post“ und des „Kompas“, die den Nordwesten und Südosten des Reichs mit Ausländern überschwemmen und dann am lautesten über die Lasten der Arbeiterversicherung jammern.

Über die Rechtsprechung des Reichs-Vericherungsamts sich zu beklagen, haben die Berufsgenossenschaften nicht die geringste Veranlassung. Im Gegenteil, diese Rechtsprechung ist eine für die Versicherten immer ungünstigere geworden. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der für die Verletzten günstigen Entscheidungen gefallen (jetzt 17 % ihrer Rekurse), der für die Berufsgenossenschaften günstigen Entscheidungen ebenso regelmäßig gestiegen (jetzt 55 % ihrer Rekurse). Wie wenig die Entscheidungen „dem Wohlwollen entnommen sind“, beweist die bis an die äußerste Grenze gehende Würdigung der Gewöhnung, die schematische und im Verhältnis zur sonstigen Rechtsprechung insonsequente Behandlung von Bruch-

schäden, die rigorose Praxis bei Verschlimmerung von tuberkulösen Erkrankungen durch Unfall und anderes mehr. Hier hat sich der selbe Umfassung der Anschauungen vollzogen, wie ihn Professor Thiem-Cottbus, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Unfallheilkunde, bei seinen Fachkollegen rügt: man ist aus dem Extrem eines übertriebenen Wohlwollens in das Extrem übertriebener Argwohn und übertriebener Skepsis verfallen. „Es ist die alte Geschichte“, sagt Thiem, „die Menschen verfallen, wenn sich ein Standpunkt als nicht ganz richtig erwiesen hat, allzu leicht in den entgegengesetzten.“ Die Rechtsprechung hat die objektive Grundlage des Gesetzes verlassen, meint Geheimrat Friedensburg. Die objektive Grundlage ist aber eine recht schwankende. Den rechtlich wichtigsten Begriff, nämlich den des „Unfalls beim Betriebe“, knapp und präzise zu definieren, ist bei der Vielgestaltigkeit unseres gemerblichen Lebens ein Un Ding, und die Kaufschuflnatur dieses Begriffes führt eben dazu, daß man ihn eng oder weit ziehen kann. Wie weit, darüber gehen die Ansichten auseinander. Möglichst weit, das entspricht jedenfalls dem Zweck und der Absicht des Gesetzes. Diesen Standpunkt vertreten mit Recht jene Rekursentscheidungen, die einen Betriebsunfall auch dann annehmen, wenn der Versicherte einer „Gefahr des täglichen Lebens“ erliegt, der er durch seine Betriebsstätigkeit ausgesetzt war, ein Standpunkt, wie er allerdings noch immer von recht vielen Senaten des Reichs-Vericherungsamts perhorresziert wird. Hat es auch hier, wie Geheimrat Friedensburg dem Reichs-Vericherungsamt vorwirft, an wissenschaftlicher Argumentation gefehlt, die nur dazu diente, einer von gutem Herzen gefällten Entscheidung ein juristisches Mäntelchen umzuhängen? Wohl kaum, denn dieser Entscheidung hat sich eine Instanz angeschlossen, der auch Geheimrat Friedensburg Objektivität und Wissenschaftlichkeit nicht absprechen wird: das Reichsgericht.

Nicht das Reichs-Vericherungsamt und seine Rechtsprechung sind es gewesen, die jene üblen Erscheinungen unserer Arbeiterversicherung zur Entwicklung gebracht haben, die unleugbar in vielen Fällen vorhandene Rentenlucht, die Simulation in ihren verschiedensten Formen und anderes mehr. Die Simulation von Krankheiten ist durch die Arbeiterversicherungsgesetze erst großgezogen, das ist eine Anschauung, wie sie gerade von Ärzten vertreten und in zahlreichen Artikeln medizinischer Zeitschriften dokumentiert wird. Die Psychologie dieser „Unfallsimulation“ näher zu erörtern, würde zu weit führen. Ich empfehle jedem, der sich dafür interessiert, und besonders allen Ärzten die Lektüre der interessanten Ausführungen Thiems über dieses Thema in der neuesten Auflage seines Handbuchs der Unfallverletzungen. Mit vollem Recht rügt Thiem die in letzter Zeit schlimmer gewordene Simulantenriechei und zitiert den alten Satz von Kühn-Wölbis: „Die Zahl der Simulanten, welche der Arzt beobachtet haben will, steht gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu dem ärztlich-psychologischen Wissen des Beobachters.“ Simulanten hat es von jeher in allen Gesellschaftskreisen gegeben, und gerade die privaten Unfallversicherungsgesellschaften, die es doch mit Angehörigen der besseren Stände zu tun haben, wissen ein Lied davon zu singen. Eine ganze Reihe bekannter Unfallspezialisten wie Thiem, Ledderhose, Köppen und andere weisen darauf hin, wie gerade die Ärzte bei Simulation der Arbeiter insofern Schuld haben, als sie das wirklich vorhandene Krankhafte unterschätzen, oder der Versicherte ihnen zu sehr das Bestreben anmerkt, bei jeder Nachuntersuchung eine Kürzung der Rente vorzunehmen. Simulierende Verletzte auf der einen Seite und der Berufsgenossenschaft allzu dienstbereite Ärzte auf der andern Seite. Ledderhose hat sogar von einer Art Rotwehr der Verletzten gesprochen gegenüber solchen zu scharf vorgehenden Ärzten, und Thiem warnt manche übereifrigen Berufsgenossenschaften vor dem Fehler, sich den Verletzten gegenüber allzusehr auf den Kampfstandpunkt zu stellen.

Und gerade dieser oft bis zur Rücksichtslosigkeit ausgeprägte Kampfstandpunkt hat nicht zum wenigsten nebst vielem andern dazu beigetragen, jene weitverbreitete Unzufriedenheit zu schaffen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtheit der Arbeitgeber die Lasten der Unfallversicherung zu tragen habe ohne jeden Beitrag der Arbeitnehmer wie etwa bei der Kranken- und Invalidenversicherung. Dabei wird übersehen, daß einmal der Versicherte $\frac{1}{3}$ seines Schadens selbst zu tragen hat und daß er für den Fabrikanten und den Konsumenten etwas viel Wertvolleres auf Spiel setzt: seine heilen Glieder, seine Gesundheit und eventuell sein Leben. Eine Sektion einer Berufsgenossenschaft der schweren Industrie hatte im vorigen Jahre bei circa 25 000 Versicherten circa 5000 Unfälle zu entschädigen. Diese nackten Zahlen sagen genug. Wenn hier der Fabrikant durch Entrichtung der Umlage und der

Konsument durch Zahlung höherer Preise einen Ausgleich schaffen müssen, so entspricht dies nur dem Gebot einfachster Gerechtigkeit. „Eine der Hauptursachen der allgemeinen Teuerung ist die Arbeiterversicherung.“ Für dies volkswirtschaftliche Märchen wird Herr Geheimrat Friedensburg ebensowenig Gläubige finden, wie jene Gleichgesinnten, die das Spukgespenst mangelnder Konkurrenzfähigkeit unserer einheimischen Industrie dem Auslande gegenüber heraufzubeschwören pflegen. Und jener verkehrte Kampfstandpunkt ist es nicht allein. Der offen zur Schau getragene Argwohn dem Verletzten gegenüber, das rigorose Vorgehen zahlreicher Vertrauensärzte, das vielfach schleppende Feststellungsverfahren mit späten Rentenzahlungen, das Übermaß ärztlicher Nachuntersuchungen, die den Rentenempfänger nicht zur Ruhe kommen lassen, das alles hat dazu beigetragen, das seiner ganzen Natur nach prekäre Verhältnis zwischen Versicherten und Versicherungsträgern zu verschlechtern. Derselbe Gewerbetreibende, der es für den Gipfel kaufmännischer Unvornehmheit halten würde, wenn ihm gegenüber ein Kunde den Verjährungseinwand erheben wollte, scheut sich als Vorstandsmittelglied seiner Berufsgenossenschaft nicht, einen Entschädigungsanspruch wegen Verjährung abzulehnen. Mag der Fall noch so sonnenklar liegen und mag das Reichs-Versicherungsamt, um Härten zu vermeiden, zehnmal dem Vorstand nahelegen, in dem konkreten Falle auf diese Einrede, die nur böses Blut machen muß, zu verzichten, die meisten Berufsgenossenschaften bestehen auf ihrem Schein. Soll der Verletzte nicht jeden Glauben an Objektivität und Gerechtigkeit verlieren, der in einem Rentenstreitverfahren zumal im rheinisch-westfälischen Industriegebiet meilenweit laufen muß, bis er einen Arzt findet, der den Mut hat, ihm ein Gutachten über seinen Zustand auszustellen? Und welches Maß von Fürsorge haben Verletzte von denjenigen Berufsgenossenschaften zu erwarten, die für die soziale Lage ihrer eigenen Beamten nicht das geringste Verständnis haben?

Liegt die Schuld an dem rapiden Anwachsen der Ausgaben für die Unfallversicherung wirklich nur an der „humanen“ Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts und dem „Rentenhunger“ der Verletzten, wie Herr Geheimrat Friedensburg meint, oder nicht auch und zwar zum guten Teil an dem Schlendrian bei manchen Genossenschaftsektionen, an dem Mangel einer vernünftigen Rentenkontrolle und an kurzfristiger Geschäftsführung, die sich nicht dazu entschließen kann, die Heilbehandlung der Verletzten, falls nötig, schon während der Karenzzeit zu übernehmen? Anders ist es doch nicht zu erklären, daß die Ausgaben der einzelnen Ektionen einer Berufsgenossenschaft prozentual ganz enorm differieren, daß die Ausgaben einer Ektion mit hohen Löhnen trotz des im allgemeinen gleichen Risikos niedriger sind als die Ausgaben einer Ektion, die in ihrem Bezirk Verletzte mit geringeren Löhnen zu entschädigen hat. Um hier ein Beispiel anzuführen: Die Aufwendungen der Ektion VI (Berlin) der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft sind in den letzten drei Jahren um insgesamt 200 000 M. gestiegen, obwohl gerade diese Ektion die Behandlung der Verletzten während der ersten 13 Wochen in weitestem Umfange übernimmt. Allerdings ist meines Wissens auch diese Berufsgenossenschaft die einzige, die eine zu Ehren ihres Vorstandsvorsitzenden errichtete Stiftung besitzt, aus deren Mitteln sie in solchen Fällen eine Unterstützung gewährt, wo dem in Not Geratenen ein gesetzlicher Anspruch nicht zusteht.

Ob Herr Geheimrat Friedensburg sich mit Recht oder Unrecht gegen den Vorwurf verwahrt, die von ihm vertretene Anschauung sei auf schwarzgalligen Pessimismus, verbitterte Einseitigkeit und Mangel an sozialer Gesinnung zurückzuführen, überlasse ich dem Urteil jedes Kenners der hier in Betracht kommenden Verhältnisse. Im übrigen habe ich eine optimistischere Auffassung von der Entwicklung unserer Arbeiterversicherung, speziell der Unfallversicherung, ich glaube nicht an ein Überhandnehmen des von Dr. Friedensburg beklagten, unserer Zeit eigenen vielleicht senilen Zuges der Energielosigkeit. Auch hier, wo sich selbst nach 25 Jahren noch alles im Flusse befindet, müssen die Kinderkrankheiten erst überwunden werden, müssen es beide Parteien noch lernen, sich mit Ruhe und verständiger Achtung der gegenseitigen Interessen gegenüberzustehen. Und daß die oberste Spruch- und Verwaltungsbehörde, das Reichs-Versicherungsamt, am Ausgleich dieser Interessengegensätze und an der Schaffung eines Versicherungsrechts nicht umsonst gearbeitet hat, beweist sein Standardwerk der Unfallversicherung.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die sozialpolitische Tätigkeit des österreichischen Reichsrates.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Durch die mit kaiserlichem Patent vom 30. März 1911 vollzogene Auflösung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates hat das erste auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gebildete österreichische Volksparlament sein Ende gefunden. An dieser Stelle sollen nicht die Gründe erörtert werden, die zu dieser in die politischen Verhältnisse Österreichs tief eingreifenden Maßregel Veranlassung gegeben haben; es ist vielmehr im Rahmen dieser Darstellung nur rückblickend zu zeigen, was das an Stelle des alten Kurienparlamentes getretene, mit so frohen Hoffnungen begrüßte Volkshaus in sozialpolitischer Hinsicht geleistet hat und was es in diesem Belange zu vollenden im Begriffe war, bevor sein Schicksal es ereilte. Dieser Rückblick bietet kein allzu erfreuliches Bild, denn große Taten waren dem in steter politischer Bedrängnis schwebenden Reichsrate nicht beschieden. In den Ausküssen ist zwar viel fruchtbarer sozialpolitischer Vorarbeit geleistet worden, die nun durch die Auflösung des Hauses fürs erste wenigstens hinfällig geworden ist. Doch ist die Hoffnung wohl nicht unberechtigt, daß wenigstens jene Teile der größeren Gesetzesreformen, für die der Boden nun gepflügt ist, im neuen, schon im Juli 1911 zusammentretenden Reichsrate ein günstigeres Geschick beschieden sein wird.

Welches sind nun die sozialpolitischen Erfolge des ersten aus den allgemeinen Wahlen vom Jahre 1907 hervorgegangenen österreichischen Reichsrates? Hier muß an erster Stelle des Gesetzes vom 13. Juli 1909 über die Herstellung von Zündhölzchen und anderen Zündwaren gedacht werden, womit das Weißphosphorverbot eingeführt und dadurch der fälschliche Anschluß Österreichs an den betr. Teil der Berner Konvention erreicht wurde. Dieser sozialpolitische Fortschritt ist um so mehr als verdienstliche Tat des österreichischen Parlamentes zu buchen, da das Gesetz einem Initiativantrag zu danken ist. Auch der andere Teil der Berner Konvention über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen ist, wenigstens soweit industrielle Unternehmungen in Betracht kommen, von beiden Häusern des Reichsrates erledigt worden; das Gesetz, welches am 1. August 1911 in Kraft tritt, hat bereits die kaiserliche Sanktion erhalten. Zwei weitere sozialpolitische Schutzgesetze von größerer Bedeutung danken gleichfalls dem ersten Volks Hause ihre Entstehung, nämlich das Handlungsgehilfengesetz vom 16. Januar 1910 und das Gesetz über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe vom 14. Januar 1910. Durch ersteres wurde nicht nur der nach privatrechtlichen Gesichtspunkten zu betrachtende Dienstvertrag der Handlungsgehilfen in wichtigen Belangen unter zwingende Rechtssetzungen gestellt, sondern auch solche öffentlich-rechtlicher Natur festgelegt, die insbesondere die Sonntagsruhe, die Urlaubsberechtigung, den Gesundheitschutz usw. zum Gegenstande haben. Das Gesetz über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe wiederum ordnet für alle Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe, also Gehilfen, Lehrlinge und zu untergeordneten Leistungen verwendete Personen nicht nur Mindestruhezeiten an, sondern setzt auch einen bestimmten Ladenschluß fest, wodurch einem längst ersehnten Wunsch der beteiligten Kreise Rechnung getragen worden ist. Die Gesetzgebung über die Arbeiter-Unfallversicherung, mit der bekanntlich in finanzieller Hinsicht ungünstige Erfahrungen gemacht wurden, erfuhr eine Ausgestaltung durch das Gesetz vom 8. Februar 1909, das den Lohnlistenzwang einführt, um auf diese Art eine sichere Grundlage für die Ermittlung der anrechenbaren Bezüge der einzelnen Versicherten zu gewinnen. Gedenkt man noch des erst kürzlich zustande gekommenen Gesetzes vom 22. Dezember 1910 über die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, womit eine Vinderung der unter den minderbemittelten Volksklassen herrschenden Wohnungsnot angestrebt werden soll, so ist hiermit im wesentlichen die Reihe jener Gesetze abgeschlossen, die auf das Konto des sozialpolitischen Fortschrittes gebucht werden können. In Anbetracht der großen Hoffnungen, die dem Volksparlament in Österreich allenhalben entgegengebracht wurden, ist diese Ausbeute einer fast vierjährigen Legislaturperiode gewiß bescheiden zu nennen.

Einen tröstlicheren Ausblick für die zukünftige Entwicklung bieten allerdings die mitunter ziemlich weit gebietenden Vorarbeiten der parlamentarischen Ausschüsse, von denen insbesondere der Sozialversicherungs-Ausschuß und der sozialpolitische Ausschuß eine rege Tätigkeit entfaltet haben. Der erstere wurde in Permanenz erklärt und setzte zur Durchberatung der Regierungsvorlage über die Sozialversicherung ein Subkomitee ein, das

50 Sitzungen abgehalten und erst wenige Tage vor der Auflösung des Hauses seine sehr wertvollen Arbeiten zum völligen Abschluß gebracht hat. Man versteht die von Resignation erfüllte Kundgebung dieses Unterausschusses, der in seiner letzten Sitzung einen Appell an die maßgebenden Kreise gerichtet hat, das Ergebnis so mühevoller Arbeit nach Möglichkeit zu retten. Der sozialpolitische Ausschuß behandelte eingehend den Gesetzentwurf über die Beseitigung der Bestrafung des Kontraktbruches — eine Vorlage, die dann im Abgeordnetenhaus glatt erledigt wurde, im Herrenhaus jedoch auf Schwierigkeiten stieß, die Frage der Beseitigung der Arbeitsbücher, der Regelung der Heimarbeit, der Abkürzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben, des Arbeiterschutzes in Bäckereien, des Arbeitsverhältnisses der Automobilisten, der Schichtbauer und Lohnzahlung im Bergbau usw. Alle diese Angelegenheiten wurden eingehend wiederholt erörtert, sind jedoch mit Ausnahme des Gesetzentwurfes der Beseitigung der Bestrafung des Kontraktbruches in kein entscheidendes Stadium gelangt.

Neben den Arbeiten der genannten Ausschüsse sind aber durch die Auflösung auch noch andere sozialpolitisch wertvolle Aktionen gehemmt worden. So konnte der für die Beratung der Gesetzentwürfe über die Kranken- und Unfallversicherung der Seeleute eingesezte Sonderausschuß seine Verhandlungen überhaupt nicht aufnehmen, ebenso wie auch die erst kürzlich im Abgeordnetenhaus eingebrachte, eine Ausgestaltung des technischen Arbeiterschutzes anstrebende Regierungsvorlage über die Abänderung und Ergänzung des § 74 der Gewerbe-Ordnung noch nicht einmal zur ersten Lesung gelangt ist. In gleicher Weise harren die vom Herrenhaus schon im Juni 1910 erledigten volksfreundlichen Gesetzentwürfe über die Fürsorgeerziehung und das Jugendstrafrecht, durch welche der Verwahrlosung der Jugend sowohl vorbeugend als gegenwärtig gesteuert werden soll, vergeblich seit Herbst 1910 im Abgeordnetenhaus der Zuweisung an einen Ausschuß. Nun wird man auch hier wieder von Anfang an beginnen müssen. Auch im Herrenhaus finden sich Vorlagen sozialpolitischer Natur, deren weitere Beratung nun hinfällig geworden ist. Insbesondere sei in dieser Hinsicht der Gesetzentwurf über den Dienstvertrag der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Bediensteten, der Gesetzentwurf über die Erhöhung erektionsfreier Bezüge und schließlich die manche sozialpolitische Reformbestimmungen enthaltende Novelle zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch hervorgehoben.

So ist es denn eine gar stattliche Zahl von Gesetzentwürfen und Anträgen, die einer parlamentarischen Erledigung durch den neuen Reichsrat harren, für den die Neuwahlen anfangs Juni vorgenommen werden sollen. Angesichts der großen Bedeutung, die vielen der hier genannten unvollendeten Aktionen innewohnt, wäre lebhaft zu wünschen, daß sich das neue österreichische Parlament als tatkräftiger Vollstrecker jenes guten Willens erweise, der das alte Parlament wohl erfüllt, den durchzusetzen aber seine politische Schwäche verhindert hat.

Die Lohnregelung durch das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie. Das dritte englische Gewerksamt hat jetzt seine Entscheidungen in der Lohnfrage getroffen. Die Bedeutung dieser Festsetzungen geht weit über die bisher getroffenen Bestimmungen der beiden Gewerksämter für die Ketten- und Schmiederei in Cradley Heath (vergl. Soz. Prax. Jg. XIX, Sp. 699) und der Maschinen-Spinnenindustrie in Nottingham (Soz. Prax. Jg. XX Sp. 586) hinaus, denn bei diesen beiden zunächst geregelten Industriezweigen handelte es sich um örtlich eng begrenzte Gewerbe, die Herstellung der Schachteln jedoch ist über das ganze Land verbreitet. Mit der Herstellung von Papiergeschachteln sind nach der letzten Berufszählung 22000 Personen, darunter 17000 Frauen, beschäftigt. Die Mehrzahl davon wohnt in den großen Städten und ist in Fabriken beschäftigt, doch wohnen im Umkreis der Hauptindustriezentren, z. B. Birmingham, auch zahlreiche Heimarbeiter auf dem Lande verstreut. Das Gewerksamt hat jetzt zunächst die Löhne der weiblichen Arbeiter geregelt. Unter die Lohnregelung fallen auch die Arbeiterinnen für Streichholzschachteln, die zu den schlechtest bezahlten Schichtarbeitern gehören. Die Arbeiterinnenerhalten 2 d (1 d = 8 1/2 s) für ein Groß Streichholzschachteln und erzielen höchstens Stundenlöhne von 1 1/2—1 3/4 d. Viele bleiben noch hinter diesem geringen Stundenlohn zurück. Bei den anderen Arten Papiergeschachteln sind die Preise sehr schwankend, doch erreichen die Mehrzahl sowohl der Fabrik- wie der Heimarbeiter nur Wochenlöhne zwischen 7—10 sh (1 sh = 1 £). Das Gewerksamt hat jetzt bestimmt, daß der Mindeststundenlohn vom 1. Juli 1911 ab 2 3/4 d betragen soll, vom 1. Februar 1912 ab muß er auf 3 d, vom 1. Februar 1913 ab auf 3 1/4 d erhöht werden. Sobald dieser letzte Stundenlohn

erreicht ist, würde das Mindesteinkommen bei 52stündiger Arbeitszeit in der Woche 14 sh 1 d betragen, während es jetzt, wie oben angegeben, teilweise nur 7 sh beträgt. Das würde also stellenweise eine Lohnerhöhung von 100 % bedeuten. Um jedoch das Gewerbe durch diese Lohnerhöhung keiner Erschütterung auszusetzen, führt das Gewerksamt die oben angegebenen allmählichen Erhöhungen ein. An der Festsetzung des dritten englischen Gewerksamts ist ferner bemerkenswert, daß es sich hier um allgemeine Lohnfestsetzungen handelt, die für das ganze Reich Geltung haben. Es ist auch ausdrücklich bestimmt, daß diese Mindestlöhne ohne jeden Abzug gezahlt werden müssen, während jetzt die Heimarbeiterrinnen von ihren schon geringen Einkünften auch noch die Ausgaben für Leim in Abzug bringen mußten. Das Gewerksamt sucht auch Vorkehrungen gegen die Ausbeutung der Kinder zu treffen, die in der Schachtelindustrie in hohem Schwange war, indem es Bestimmungen über das Lehrlingswesen getroffen hat. Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter dürfen nur in einem bestimmten Verhältnis zur Zahl der erwachsenen Arbeiter beschäftigt werden. — Das Gewerksamt wird demnächst auch die Lohnregelung für die männlichen Arbeiter der Papiergeschachtelindustrie veröffentlichen.

Soziale Zustände.

Die toskanische Mezzadria.

Von Otto Kahn-Wailand.

Während in fast allen andern Gegenden Italiens die Agrarfrage Anlaß zu Unruhen oder zu Besorgnissen gibt — es sei hier nur an die großen Streiks in der Po-Ebene und die den Süden entvölkernde Auswanderung erinnert — erfreut sich die toskanische Landwirtschaft verhältnismäßiger Ruhe und im allgemeinen auch gedeihlichen Fortschritts. Seit vielen Jahrhunderten geschieht in Toskana die Bewirtschaftung des Bodens nach dem hier im eigentlichen Sinne des Wortes bodenständigen System der Mezzadria oder Mezzeria, der Halbpacht. Die Ganzpacht ist in Toskana sehr selten und beschränkt sich nur auf den Besitz von geistlichen und einigen weltlichen Körperschaften sowie auf die Marcmnen in der Provinz Grosseto, wo die Art der Bodenkultur die Halbpacht ausschließt. Auch die Erbpacht ist in Toskana selten, desgleichen der direkte Großbetrieb von Großgrundbesitz mit bezahltem Personal. Man kann annehmen, daß von 300 000 landwirtschaftlichen Arbeitern in Toskana nicht weniger als 250 000 im Halbpachtbetrieb tätig sind. Von Toskana aus hat sich die Mezzadria auch auf andere Gegenden, namentlich auf die benachbarten Marken und Umbrien ausgebreitet, aber nirgends hat sie sich so allgemein und so rein erhalten wie in Toskana, wo sie entstanden ist und durch eigentümliche geschichtliche, topographische, geologische und soziale Verhältnisse bestimmt wird.

Über die geschichtliche Entstehung der Mezzadria ist durch Davidsohns Forschungen vor kurzem Licht verbreitet worden. Ältere Historiker, vor allem Gino Capponi, hatten angenommen, daß die Entstehung der Mezzadria eng mit dem Sturze des feudalen Systems und dem Emporkommen der städtischen Demokratie in Toskana zusammenhängt. Bis vor etwa siebenhundert Jahren war der toskanische Grund und Boden im Besitze des Adels, der auf seinen einsamen Burgen lebte. Als der Bürgerstand in den Städten reich geworden war, zog er ins Feld und bekriegte den Adel. Ein Teil des landsässigen Adels schloß sich dem städtischen Patriziat an, ein anderer wurde gewaltsam von seinem Besitze vertrieben. Davidsohns Forschungen haben nun wohl bestätigt, daß die Entstehung der Mezzadria eng mit dem Sturze des feudalen Systems und dem Emporkommen der städtischen Demokratie zusammenhängt, aber sie lassen den Hergang des Prozesses ganz anders erscheinen. Nicht durch das Schwert in offener Fehde, sondern durch Auswanderung haben die Florentiner Kaufleute den ländlichen Besitz an sich gebracht. Die Feudalherren sowie die grundbesitzenden Klöster und Stiftungen hatten geringe Vereinnahmen und konnten bei ihrer schlechten Finanzwirtschaft nicht daran denken, ihre Grundrente anzuhäufeln. Bei ihren häufigen Geldbedürfnissen wandten sie sich an die städtischen Kaufleute, die ihnen gegen hohe Wucherzinsen liehen. Um die Schulden abzutragen, wurden erst die Hinterlassenen ausgelassen und schließlich wurde Grund und Boden verpfändet. Um das Jahr 1218 hatte sich dieser Besitzwechsel vollzogen; die Burgen wurden niedergedrückt, und statt ihrer entstanden bäuerliche Ansiedlungen. Die neuen Besitzer, die Städter, waren durch ihre gewerbliche und politische Tätigkeit an ihren Wohnsitz gefesselt und konnten sich unmöglich der Bestellung

ihrer Landguts widmen. Sie fanden ein System, das den Pächter an der guten Erhaltung des Besitzes und an einer rationellen Bewirtschaftung interessierte, indem es sie an den Erträgen teilte: die Mezzadria.

Die demokratische Regierung hörte auf, und es folgte die medizäische Herrschaft; die Mezzadria hat sie beide überlebt. Unter den Großherzögen aus dem Hause der Medici hat sich die Mezzadria weiter entwickelt, so daß die Olivenpflanzungen auf einem großen Teil der toskanischen Hügel zu jener Zeit entstanden sind. Unter Leopold I. aus dem Hause Habsburg-Lothringen am Ende des achtzehnten Jahrhunderts hat eine gute Gesetzgebung das Kapital angelockt und eine wesentliche Ausdehnung der Kulturen veranlaßt. Wenn auch heute einzelne Angriffe auf die Mezzadria laut werden und einige Bestimmungen des Halbpachtvertrags unter den veränderten Verhältnissen geändert werden müssen, so ist doch der toskanische Halbbauer im großen Ganzen mit seinem Los zufrieden und ganz Toskana stolz auf dies System. Villari, der bedeutendste Geschichtsschreiber im heutigen Italien, hat einmal gesagt, die Fremden sollten nicht nur nach Toscana kommen, um die Kunstschätze von Florenz, von Siena und von Pisa zu bewundern, sondern sie sollten auch einmal aufs Land gehen, um die merkwürdige Einrichtung der Mezzadria kennen zu lernen.

Der Vertrag der Mezzadria beruht auf dem Grundsatz, daß die Kapitalausgaben zu Lasten des Besitzers gehen, daß der Bauer alle Betriebsarbeiten selbst besorgt sowie die etwa erforderliche Hilfe bezahlt und daß die Bodenerzeugnisse zu gleichen Teilen zwischen dem Besitzer und dem Bauern geteilt werden. Es liegt also im Wesen der Mezzadria, daß sich Kapital und Arbeit als gleichberechtigt assoziieren und daß die Arbeit unmittelbar an ihrem Ertrag beteiligt und durch ihn bezahlt wird. Ohne ein solch gut arbeitendes Verhältnis zwischen den beiden Faktoren der Produktion und ihr gemeinschaftliches Interesse am Ertrag wäre eine so intensive Bearbeitung des mageren toskanischen Berglandes, wie wir sie heute überall wahrnehmen, unmöglich gewesen. Großkultur ist in diesem Lande unmöglich, wo es an ebenen Flächen von einiger Ausdehnung fehlt und wo die Bewässerung im Großen aus geologischen und hydrologischen Gründen ausgeschlossen ist. Der Kleinbetrieb dagegen mit seiner reichen Abwechslung entspricht auch den klimatischen Verhältnissen Toskanas, wo große Teile den feuchten Seewinden offen sind und deshalb unter unregelmäßiger Witterung viel zu leiden haben. Vor allem war aber die Aufgabe, das magere Bergland urbar zu machen, so schwer, daß nur die gemeinschaftliche höchste Anspannung von Kapital und Arbeit sie bewältigen konnte. Die Urbarmachung des Bodens und die Anpflanzungen, die Anlage von Terrassen und Dämmen an den oft steilen Hängen, die Herstellung von Gräben für die Wein- und Obstkulturen, von Straßen zu den überall zerstreuten Höfen und endlich der Bau der Wohn- und Wirtschaftsräume selbst haben riesige Kapitalien verschlungen, die sich mit der bescheidenen Rente von 3 % begnügen müssen. Und selbst diese kleine Rente wäre nicht erreicht worden, wenn nicht der am Ertrag direkt beteiligte toskanische Halbbauer viel fleißiger und unendlich gewissenhafter arbeitete als der Tagelöhner oder der Knecht mit festem Lohne. Gewisse Arbeiten wie das Beschneiden der Rebstöcke werden trotz aller Aufsicht niemals von einer bezahlten Hand gut ausgeführt, und der in Südtoskana heimische Tabakbau mit den schwierigen Arbeiten der Entblätterung und Auslese der Pflanzen verdankt nur der Mezzadria seine Blüte.

Die Lage des Halbbauern ist folgende: Er bedarf keines größeren Betriebskapitals, wie der Pächter, denn er stellt nur die beweglichen Werkzeuge, wie Grabseile, Hacken, Schaufeln, in einigen Gegenden auch die Wagen und Futter Schneidemaschinen. Alles andere wird vom Besitzer gestellt und der Hof von ihm mit Vieh sowie mit Futter- und Düngervorräten versehen. Der Bauer hat kein Risiko; in mageren Jahren schießt ihm der Herr auch noch Korn zur Aussaat und für den Mundbedarf vor, und wenn er Schulden bei seinem Herrn macht und sie nicht bezahlen kann, so bleibt dem Herrn schließlich nichts anderes übrig, als sie zu streichen. Dagegen sind alle Forderungen des Halbbauern gesetzlich bevorrechtigt. Er möchte die dem Herrn zustehende Hälfte vom Ertrag der Wirtschaft nicht durch einen festen Zins abgelöst sehen und mit keinem Pächter tauschen, der ein viel größeres Kapital braucht und von Haus und Hof gejagt werden kann, wenn er den Zins nicht zahlt. Seine Stellung ist beneidenswert sicher, denn der Besitzer entschließt sich schwerlich, einem einigermaßen guten Halbbauern zu kündigen, auch wenn ihm ein besseres Angebot gemacht wird. Der Halbbauer lebt in durch Jahrhunderte lange Überlieferung festgelegten Verhältnissen auf seinem Gütlein, das in manchen Fällen

schon seit Generationen von seiner Familie bearbeitet worden ist. Er kann sich seine Zeit einteilen, wie er will, er kann ferner die Tage, die ihm die Bestellung seines Gütleins frei läßt, dazu benutzen, um sich durch Arbeit auf anderem Boden einen Nebenverdienst zu schaffen. Vor allem aber kann er die Arbeitskraft seiner ganzen Familie das ganze Jahr lang ausnützen: Schon die zehnjährigen Kinder hüten das Vieh, während Frauen und Greise zu den leichteren Feldarbeiten herangezogen werden. Die Größe des Gütleins ist meist auf die Arbeitskraft einer Familie, die in patriarchalischer Weise häufig mehrere Generationen umfaßt, zugeschnitten. Der Senator Faina, der frühere Präsident des Internationalen Ackerbauinstituts in Rom und einer der besten Kenner der Agrarverhältnisse in Italien, hat berechnet, daß in den bestorganisierten Familien auf 11 Minder mehr als 9 rechte Arme entfallen und daß durchschnittlich mehr als die Hälfte der Familie im Erwerb tätig ist.

Über den Verdienst der Kolonienfamilien sind mehrere interessante Untersuchungen veranstaltet worden. Der Professor Bruttini hat bei einer Enquête, die er vor mehreren Jahren veranstaltet und im „Bollettino della Società degli Agricoltori Italiani“ veröffentlicht hat, gefunden, daß 21 Gütlein einen Durchschnittsvertrag von 323 Lire pro tätige Person hatten. Der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten Francesco Guicciardini, selbst ein Besitzer aus altem toskanischen Geschlecht, hat das Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der „Accademia dei Georgofili“ in Florenz vorgelegt. Während eines Normaljahres schwankte der Reinverdienst eines arbeitenden Gliedes bei 31 Familien in der Val d'Elza und bei 19 Familien im unteren Arnoal zwischen 356 und 642 Lire und betrug im Durchschnitt 487 Lire. Weniger günstig lagen die Verhältnisse im rauheren Hügelland von Pistoja: bei 18 untersuchten Familien betrug der Mindestverdienst pro Kopf 320 Lire, der Höchstverdienst 539 und der Durchschnittsverdienst 396 Lire. Zu diesen Zahlen hat man aber noch eine nicht unbedeutende Summe hinzuzurechnen, die dem Mietwert der freien Wohnung entspricht.

Die Lage der Bauern ist, wie aus diesen Zahlen hervorgeht, in den einzelnen Teilen Toskanas verschieden. Idyllisch ist dies Leben nicht, sondern es ist voller Sorgen und Arbeit, dafür ist aber auch der Haushalt fast nie karglich oder armselig. Das Wohnhaus ist immer in Mauerwerk ausgeführt und hat meist vier bis sechs Schlafzimmer außer der Küche und der Kornkammer. Die Wirtschaftsgebäude sind solide und geräumig. Kleidung und Wäsche sind zweckmäßig und reichlich, kostbaren Schmuck besitzen die Frauen nicht, dagegen sieht man niemals schlecht geflickte Kleider oder zerlumpte Gestalten. Die Nahrung ist stets von guter Beschaffenheit und reichlich, nur wäre etwas häufigerer Genuß von frischem Fleisch zu wünschen, denn bis auf die Zeit der härtesten Arbeit und der Feste begnügt sich die Familie mit gepökeltem Schweinefleisch. Meist haben die Halbbauern bei ihren Herren ein kleines Guthaben: 68 Familien, die Guicciardini im Jahre 1907 untersuchte, hatten zusammen 69 733 Lire Guthaben und 4320 Lire Schulden, Mario Martini teilte im Jahre 1909 in einem auf der „Sozialen Woche“ in Florenz gehaltenen Vortrage mit, daß er in der Provinz bei 40 Familien zusammen 40 000 Lire Guthaben und 3000 Lire Schulden gefunden hatte.

Natürlich sind Verhältnisse und Zustände nicht auf allen in Halbpacht betriebenen Gütlein ideal, was dann im wesentlichen auf zwei Umstände zurückzuführen ist: die Verarmung der Besitzer, die kein neues Kapital in ihre Güter stecken können, und die schlechte Organisation des landwirtschaftlichen Kredits in Toskana. Auch geht eine Bewegung durch die landwirtschaftliche Bevölkerung, um eine Besserung ihres Loses herbeizuführen. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren so geändert, daß in der Tat eine bessere Stellung des Bauern im Vertrag notwendig geworden ist. Die Kultur ist intensiver geworden, die Erneuerungen sind häufiger notwendig, und vor allem erfordern die Reben vom März bis zum August eine mühsame Behandlung gegen die Peronospora mit Kupfer und mit Schwefel, die früher unbekannt gewesen ist. Der Bauer muß daher weit mehr als früher fremde Hilfe in Anspruch nehmen, und der Lohn dafür ist dazu teurer geworden. Daher erstreben die Bauern einige entsprechende Vergünstigungen; sie fordern namentlich, daß der Herr allein die Kosten für die prophylaktische Behandlung der Reben trage, daß die Spreng- und die Dreschmaschinen vom Herrn auf eigene Rechnung gestellt werden und daß er nicht mehr vom Bauern für das Leihen seiner Pressen und Böttiche einen Anteil von 3 % an der dem Bauern zufallenden Hälfte der Öl- und Weinernte zu fordern berechtigt ist. Endlich verlangen die Bauern noch den Fortfall der vereinzelt bestehenden

Herrenrechte auf unentgeltliche Arbeits- und Naturalleistungen der Bauern, die rudimentäre Reste feudaler Gewohnheiten darstellen oder durch schlecht angebrachte Nachgiebigkeit später aufgefunden sind.

Es ist jedoch zu erwarten, daß es ohne tiefe Erschütterungen zu einer Verständigung kommen wird. Das Verhältnis zwischen beiden Teilen war bisher stets gut und auf ihm ist die ganze Wirtschaft begründet, das Interesse beider Teile an einem möglichst hohen Ertrag geht parallel und die Interessengegensätze sind gering. Der Grundbesitz ist gut verteilt, und man hört kaum je etwas von einem Druck, den die Herren auf die Pächter ausüben. Gerade die toskanischen Grundbesitzer haben sich als gute und gerechte Herren erwiesen; unter ihren Namen haben viele einen guten Klang in der politischen und Geistesgeschichte ihres Landes, wie z. B. die Guicciardini, Riccolini, Nicolsoli, Capponi, Sonnino und Ridolfi. Die Geschäfte bringen Herren und Bauern häufig zusammen, was sehr zum Ausgleich zwischen beiden Klassen beigetragen hat. Bei aller Achtung vor dem Herrn hat der Bauer sein Selbstbewußtsein nicht verloren und fürchtet sich nicht, zu widersprechen, wenn ihm eine Anordnung unrichtig oder ungerecht erscheint. Überhaupt hat die Mezzadria den Charakter des Bauern erzogen: allgemein wird seine Ehrlichkeit gerühmt, es kommt fast nie vor, daß er einen Teil der Ernte unterschlägt, die verwickelten Abrechnungen mit dem Besitzer werden bis auf verschwindende Ausnahmen redlich erledigt, und die Mannigfaltigkeit im Anbau hat den Verstand des Bauern gewandter gemacht.

Für die Ebene mit ihren weiten Anbaugeländen und ihren einförmigen Kulturen wäre die Mezzadria gewiß kein zweckmäßiges System, im hügeligen Toskana aber hat sie sich bewährt, so daß sie dem Zug von Jahrhunderten widerstehen konnte. Wenn wir in Toskana überall zwischen dem Grün der Kastanien und der Nebelbauern Anpflanzungen als zahlreiche weiße Punkte leuchten sehen, so geht diese schöne Erscheinung einer gleichmäßig über die Erde verteilten Bepflanzung in erster Linie auf die Mezzadria zurück. Dies System hat auch nicht den Fortschritt in der Technik des Anbaus verhindert. Die prophylaktische Behandlung der Nebel und die Verwendung künstlichen Düngers haben sich schnell eingebürgert, die Einführung eines rationellen Fruchtwechsels ist im allgemeinen nicht auf Widerstand gestoßen und neue Kulturen, wie Zuckerrübe und Tabak haben eingeführt werden können. Auch die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und verbesserter Werkzeuge hat große Fortschritte gemacht, obwohl vereinzelt geklagt wird, daß die Besitzer derartiger Anschaffungen nicht begünstigen, weil sie die Kosten dafür zu tragen haben, während ihre Vorteile dem arbeitenden Bauern zugute kommen. Aber diese und andere kleine Aussetzungen, die wir erwähnt haben, können unser günstiges Urteil über die Mezzadria nicht ändern. Ihr in erster Linie verdankt Toskana den blühenden Zustand seiner mageren Hügel, sie hat das Landschaftsbild günstig beeinflusst und ist, eng mit den Gewohnheiten des Volkes verknüpft, die Wurzel so manchen schönen Brauches im Lande geworden.

Rechtspflege.

Der „Unkostenbeitrag“ eines auf Trinkgelder angewiesenen Kellners, den dieser dem Cafetier zahlt, ist schon wiederholt Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen. Kürzlich verlangte vorm Gewerbegericht Charlottenburg ein in einem Kaffeehaus beschäftigter Revierkellner, der sich bei seinem Eintritt verpflichtet hatte, der Kaffeehausinhaberin „für Unkosten“ für jeden Arbeitstag am Schluß 30 \mathcal{M} zu zahlen, und der im ganzen 19,20 \mathcal{M} bereits gezahlt hatte, diesen Betrag zurück mit der Begründung, die Erhebung dieses Unkostenbeitrags von ihm, der nur gegen Trinkgelder angestellt sei, verstoße gegen die guten Sitten. Das Gewerbegericht holte auf die Entgegnung der Lokalinhäberin, die Erhebung eines solchen Unkostenbeitrags von den auf Trinkgelder angestellten Revierkellnern sei in Charlottenburg ortsüblich und verstoße deshalb nicht gegen die guten Sitten, ein Gutachten der Berliner Handelskammer ein, das folgendermaßen lautete:

Weder in großstädtischen Cafés Charlottenburgs noch Groß Berlins besteht ein Gebrauch, nach welchem die Cafetier dem Arbeitgeber für gelieferte Verköstigung und für den durch Bruch und Unbrauchbarwerden von Speisen und Getränken angerichteten Schaden einen bestimmten Betrag täglich zu zahlen haben.

In mittleren und kleineren Cafés müssen die Kellner vielfach 20 bis 50 \mathcal{M} pro Tag entrichten, doch kann auch bezüglich dieser Betriebe diese Tatsache nicht als Gebrauch festgestellt, sondern muß als Mißbrauch gekennzeichnet werden, der auch schon vielfach von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Erfolg bekämpft wird.

Das Gewerbegericht Charlottenburg kam trotzdem zu einer Abweisung der Klage. In der Urteilsbegründung (31. Januar 1911) wird ausgeführt:

Wenn auch die Handelskammer in Berlin diese Beitragserhebung von den Kellnern als einen Mißbrauch kennzeichnet, der vielfach von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bekämpft werde, so folgt daraus noch nicht, daß ein Vertrag, der solche Unkostenbeiträge festsetzt, gegen die guten Sitten im Sinne § 138 BGB. verstößt.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts (vgl. Reichsgerichts-Entsch. Bd. 48 S. 114 ff. und Bd. 55 S. 378) hat der Richter den Maßstab für den Begriff der guten Sitten dem herrschenden Volksbewußtsein, dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden zu entnehmen, wobei er wohl auf die Sittenanschauungen eines bestimmten Kreises, wenn sich in ihm die herrschende Sitten ausdrückt, Rücksicht nehmen kann, so z. B. auf die Anschauung des ehrbaren Kaufmanns im Handelsverkehr. Andererseits aber kann die vornehmere Bevölkerung, durch die sich gewisse Kreise oder Personen auszeichnen, ebensowenig für die Begriffsbestimmung der guten Sitten im Rechtssinne den Maßstab bilden, wie eine niedrige Denkart und Handelsweise, selbst wenn sie in einzelnen Volksschichten die herrschende sein sollte, immer Unsitte bleibt und nicht gute Sitten wird. Zwischen der Handlungsweise z. B. eines vornehmen Käufers und derjenigen eines Käufers, der im Geschäftsverkehr den Anforderungen der Redlichkeit und des Anstandes genügt, liegt ein Spielraum, der in den Grenzen der guten Sitten sich bewegt. Wenn nun nach dem Gutachten der Handelskammer in Berlin in großstädtischen Cafés Charlottenburgs und Groß Berlins zwar kein Gebrauch besteht, wonach ein Cafetier dem Arbeitgeber einen bestimmten Beitrag täglich zu zahlen habe, dagegen aber in mittleren und kleinen Cafés die Kellner vielfach 20–50 \mathcal{M} Beitrag für den Tag zu entrichten haben, und die Handelskammer diesen „Gebrauch“ als Mißbrauch ansieht, so kann doch das Gewerbegericht nicht einen den Kläger zur Zahlung eines solchen Beitrags verpflichtenden Vertrag als wider die guten Sitten geschlossen ansehen, weil er in mittleren und kleinen Cafés vielfach abgeschlossen, von einem gewissen Kreise von Cafetierern und Angestellten jedoch als Mißbrauch angesehen und bekämpft wird.

Die Festsetzung eines Unkostenbeitrags und ihre Einforderung enthält daher ohne weiteres keinen Verstoß gegen die guten Sitten; erst dann, wenn die Leistungen, die sich der Arbeitgeber versprechen läßt, in einem anständigen Mißverhältnis zu dem Aufwande (für Verköstigung) oder zu dem Nachteile stehen, den ihm der Arbeitnehmer schadensweise verursacht, erscheint die Unkostenabrede nicht guten Sitten entsprechend und ist infolgedessen nichtig (vergl. Urteil des O. Berlin vom 16. Januar 1909 O. u. R. 14. Jahrg. Sp. 286/287).

Wir vermögen diesem Urteil nicht zuzustimmen. Selbstverständlich muß man bei Beantwortung der Frage, was als Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen ist, die verschiedenen gesellschaftlichen Kreise und die in ihnen herrschenden Lebens- und Verkehrsauffassungen, auch die zweifellos in den einzelnen Volksschichten verschiedenen Moralbegriffe berücksichtigen. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch um einen Gebrauch, dessen Verwerflichkeit um so größer ist, als der durch dieses Mittel erzielte Lohndruck täglich dem Arbeitgeber in barem Gelde zufließt. Daß viele Kaffeehausbesitzer mit diesen „Einnahmen“ rechnen müssen, um überhaupt durchkommen zu können, ist sicher zutreffend, ebenso auch, daß dadurch dieser Gebrauch in gewissen Kreisen ein allgemeiner geworden ist. Trotz alledem bleibt es unsittlich, wenn ein auf ehrliche Arbeit angewiesener Arbeitnehmer einen Teil seines Verdienstes an den Arbeitgeber in irgend einer Form abgeben muß, soweit es sich nicht um eine wirkliche Teilhaberschaft handelt. Der Gast, der Trinkgeld gibt, will unter keinen Umständen damit noch einen Aufschlag für Benutzung des Lokals usw. bezahlen, sondern er will den Kellner für seine persönliche Dienstleistung entschädigen, und er tut dies auch nur deshalb, weil er weiß, daß der Lokalinhäber dem Kellner gegenüber gemeinhin seine Pflicht nicht erfüllt, denn die Pflicht eines Arbeitgebers, einen Arbeiter, den er beschäftigt, auch entsprechend zu entlohnen, steht als moralische Verpflichtung ohne Zweifel fest. Das Charlottenburger Gewerbegericht hätte deshalb auch unbedenklich den Vertrag als den guten Sitten zuwiderlaufend ansehen können.

Die Geheimhaltungspflicht des Angestellten nach seiner Entlassung ist in einem sehr bemerkenswerten Reichsgerichts-Urteil vom 17. November 1910 (1 D 590/10) scharf umgrenzt worden. Es handelte sich im vorliegenden Falle um Angestellte und Arbeiter einer Fabrik, die in dieser ihrer Eigenschaft Vorlagen, Zeichnungen und Modelle für Dekorationsstempel wiederholt für ihre Beschäftigung ausgehändigt erhalten und sich mit ihnen vertraut gemacht und nach ihrem Austritt aus dem Geschäft ihre Kenntnisse der Zeichnungen und Modelle benutzt hatten, um Muster für ein von ihnen verbreitetes Verzeichnis in dem von ihnen gegründeten Konkurrenzgeschäft anzufertigen und zu verwerten. Sie waren auf Grund des Wettbewerbsgesetzes an-

geklagt und von der Strafkammer des Landgerichts Hanau auch verurteilt worden. In dem das landgerichtliche Urteil aufhebenden Reichsgerichtsurteil heißt es:

Die §§ 17 und 18 des Wettbewerbsgesetzes wenden sich gegen die-
selbe Art des Treubruchs, den Verrat anvertrauter geschäftlicher
Interessen, sie dienen zum Schutze der aus ihnen erwachsenen Rechts-
güter wie des nicht urheberrechtlich geschützten Fabrikationsgedankens
gegen unlautere Ausnutzung im Erwerbsleben. Der kennzeichnende
Unterschied liegt nur darin, daß § 18 ähnlich wie teilweise § 17 Abs. 2
den Verrat Nichtangelegter treffen will, wogegen § 17 die Regelung
gibt, soweit Angestellte in Frage kommen. Die Verschwiegenheit der
Angriffsgegenstände in den beiden Tatbeständen spricht nicht gegen
diese Auffassung. Sie ist keine grundsätzliche. Denn in der über-
wiegenden Anzahl von Fällen des § 18 wird die anvertraute Vorlage
und namentlich die Vorschrift technischer Art zugleich ein Geschäfts-
oder Betriebsgeheimnis im Sinne des § 17 sein. Wenn aber in § 17
Abs. 1 den Bediensteten des Unternehmers nur verboten ist, während
der Geltungsdauer des Dienstverhältnisses die ihnen vermög-
dieses Verhältnisses anvertrauten und sonst zugänglich gewordenen Ge-
heimnisse unbefugt an andere mitzuteilen, so ist damit ausgesprochen,
daß sie nach Beendigung des Dienstverhältnisses in der Ver-
wertung der während dieser Zeit gesammelten Erfahrungen und Kennt-
nisse jeder Art, mögen sie Geheimnisse betreffen oder nicht, frei sein
sollen, durch nichts beschränkt, auch nicht durch die entgegenstehenden
Interessen des früheren Arbeitgebers, sofern nur ihre Kenntnis durch
keine gegen das Gesetz oder die gute Sitte verstoßende Handlung er-
langt war (§ 17 Abs. 2). In diese den Angestellten verliehene soziale
Schutzwehr würde der § 18 eine kassierende Lücke reißen, wollte man ihn
dahin auslegen, daß auch die Bediensteten des Arbeitgebers sich des
Verrats der ihnen während der Dauer des Dienstverhältnisses anver-
trauten Vorlagen usw. selbst nach ihrem Austritt aus dem Betriebe
noch schuldig machen können, auch wenn ihnen eine unlautere Kenntnis-
nahme nicht nachzuweisen ist. Der Grundsatz der den Angestellten ein-
geräumten Befreiung von der Schweigepflicht nach Beendigung des
Dienstverhältnisses kann deshalb nicht nur für die Fälle des § 17
gelten. Er hat vielmehr die gleiche Beachtung auch bei Anwendung
des § 18 zu finden. Denn es muß als ausgeschlossen erscheinen, daß
das Wettbewerbsgesetz, das mit § 17 Abs. 1 der Pflicht der Bediensteten
zur Wahrung der Geschäftsgeheimnisse in ganz bewusster Weise so enge
Grenzen gesetzt hat, schon in der folgenden Vorschrift Bestimmungen zu
treffen vermocht hätte, welche die dort geschaffenen Vorrechte der An-
gestellten bezüglich ihres häufig aus eigener Kraft errungenen geistigen
Besitzes für eine überwiegende Anzahl von Fällen in das Gegenteil
umkehren und sie wohl für Lebenszeit an die Interessen des einstigen
Arbeitgebers fesseln würden. Für eine solche Annahme müßten Gründe
zwingendster Art und durchschlagende Beweise gefordert werden, die
das Gesetz selbst nirgends bietet.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Das Verhältnis der Arbeitsordnung zu den Tarifverträgen
ist bekanntlich nicht völlig geklärt. Im allgemeinen wird ange-
nommen, daß tarifwidrige Bestimmungen der Arbeitsordnung mit
den Bestimmungen des Tarifvertrags in Einklang gebracht werden
müssen. Um die hier vielfach auftretenden Schwierigkeiten zu be-
seitigen, hat das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Bau-
gewerken Groß-Berlins, wie das Zentralblatt für das deutsche
Baugewerbe (Nr. 12 vom 24. März 1911) mitteilt, an den Reichs-
tag die Bitte gerichtet, bei der Beratung der Gewerbeordnungs-
Novelle im § 134 G.D. zu bestimmen, daß in Betrieben, deren
Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Kollektivverein-
barungen geregelt sind, der Erlaß der Arbeitsordnung
unterbleiben kann. In der ausführlichen Begründung heißt
es nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Tarifverträge:

„Mit dem Wesen des Tarifvertrages ist die Tatsache, daß jeder
größere Arbeitgeber die Bedingungen, unter denen bei ihm gearbeitet
werden soll, selbst als Arbeitsordnung erläßt, unvereinbar. Darin liegt
gerade die große Bedeutung der Tarifverträge, daß für ein größeres
Gebiet, für eine große Anzahl von Betrieben, für Tausende von Arbeit-
nehmern, von Organisation zu Organisation die Arbeitsbedingungen
vereinbart werden. Dieser grundlegende Gedanke wird durch den Erlaß
von Arbeitsordnungen erschüttert.

In unsern Gewerken haben die Tarifverträge mit den Jahren den
Charakter eines ortstüblichen Gebrauches erlangt. Die Gewerbe-
gerichte legen die Arbeitsbedingungen des Tarifvertrages ihren Entscheidungen
zugrunde, es sei denn, daß ausdrücklich abweichende Bestimmungen ge-
troffen worden sind. So hat sich in der Praxis der sicherlich sehr
wünschenswerte Zustand herausgebildet, daß der Arbeitstarifvertrag in
seinem Geltungsbereich unmittelbare Wirkung auf alle Arbeitsverträge
hat. Die unmittelbare Rechtswirkung wird durchbrochen, wenn jeder
Arbeitgeber für sich in seinem Betrieb eine Arbeitsordnung erläßt, die
nach den gesetzlichen Vorschriften rechtsverbindlich ist.

Eine weitere, nicht zu unterschätzende Gefahr für die Tarifentwicklung
bedeutet die Bestimmung des § 134 a*) der Gewerbeordnung. Wenn
trotz des Bestehens eines Tarifvertrages der einzelne Arbeitgeber eine
Arbeitsordnung zu erlassen hat, wer bürgt uns als Arbeitgeberorgani-
sation, die wir uns zur Innehaltung der Tarifbestimmungen verpflichtet
haben, dafür, daß in den Arbeitsordnungen nicht Abänderungen zu den
Tarifbestimmungen vorgenommen werden. Von den Mitgliedern unserer
Verbände werden wir derartige Abänderungen nicht zu befürchten haben.
Wir sehen es aber bisher gerade als einen Erfolg unserer Bestrebungen
an, daß auch die außenstehenden, nicht organisierten Arbeitgeber des
Gewerbes die Tarifbedingungen anzuerkennen haben. Wenn nun dem
einzelnen Arbeitgeber aufgegeben wird, eine Arbeitsordnung aufzustellen,
dann liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß ein Arbeitgeber, der gar nicht
im Besitz der gedruckten Tarifbedingungen ist, wissentlich oder un-
wissentlich Änderungen vornimmt, beispielsweise andere Lohnsätze fest-
setzt. Was das engere Baugewerbe in Berlin anlangt, so gibt es hier
eine Arbeitsgruppe, der es eine Freude wäre, die Einheitlichkeit der
Tarifbedingungen zu durchlöchern. Eine anarchistisch-sozialistische Gruppe
der Zimmerleute sieht in dem Tarifvertrage lediglich eine Versumpfung
und Verflachung der Gewerkschaftsbewegung. Sie propagiert den Ge-
neralstreik und das Recht des Arbeiters, sich jeden Augenblick bessere
Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Unter dem Druck solcher Arbeiter
würden unter Umständen leicht Arbeitsordnungen zustande kommen, die
recht wesentlich von den Tarifbedingungen abweichen und deren Bestehen
neue Keime der Unzufriedenheit in die Arbeiterchaft tragen würde.
Vornehmlich die Einheitlichkeit der Arbeitsbedingungen macht die Tarif-
verträge für die Arbeitgeber wertvoll. Die Organisationen der Arbeit-
geber und Arbeitnehmer haben nicht immer eine Kontrolle darüber, ob
die Arbeitsordnungen genau den Tarifverträgen entsprechend erlassen
werden. Sie sollen dafür Sorge tragen, daß keine Verstöße vorkommen;
Schlichtungskommissionen sollen die vorkommenden Verstöße weber
ausgleichen. Wie soll das geschehen, wenn derartige Verstöße gegen
den Tarifvertrag durch die Arbeitsordnungen gewissermaßen sanktioniert
worden sind. Genug, es lassen sich Möglichkeiten über Möglichkeiten
bilden, welche die bisherige günstige Entwicklung des Tarifwesens stark
zu bedrohen geeignet sind.

Es wird dann hervorgehoben, daß der Zweck der Bestimmung
des § 134 d G.D. zweifellos gewesen sei, den Arbeitnehmern die
Veredlung einzuräumen, bei der Festlegung der Arbeitsordnung
Wünsche zu äußern. Dann heißt es weiter:

Es bedarf keines Beweises, daß durch den Abschluß von Tarif-
verträgen den Arbeitern erheblich mehr Rechte als bei dem Erlaß von
Arbeitsordnungen gewährt werden. Der durch die Arbeitsordnung ver-
folgte Zweck wird durch Tarifverträge in weit größerem Umfange ver-
wirklicht. Jeder Tarifvertrag enthält zum mindesten diejenigen Be-
stimmungen, welche gesetzlich den Inhalt einer Arbeitsordnung aus-
machen müssen. Bei der Arbeitsordnung haben die Arbeiter nur das
Recht, gehört zu werden, die Tarifverträge kommen indessen in voll-
kommen paritätischer Verhandlung zustande. Sie erlangen Gültigkeit,
nachdem die Gesamtheit der Arbeiterchaft über sie abgestimmt und ihre
Annahme beschlossen hat. Also nicht nur gehört wird die Arbeiterchaft,
sondern sie bestimmt als gleichberechtigter Teil über den Inhalt der
Arbeitsbedingungen.

Wenn die Tarifvereinbarungen aber nach jeder Richtung hin ge-
eignet sind, die Arbeitsordnungen zu ersetzen und besonders bezüglich
der Mitwirkung der Arbeiterchaft nach Maßgabe ihres Grundgedankens
weit mehr gewähren als die Arbeitsordnungen, dann dürfen wir die
Hoffnung hegen, daß der hohe Reichstag diejenigen Gewerbe, welche
Tarifvereinbarungen haben, von dem Erlaß der Einzelarbeitsordnungen
befreien wird, sonst werden diese Gewerbe nicht nur gezwungen, zu
einer überwundenen primitiveren Form des Arbeitsvertrages zurück-
zukehren, sondern es entstehen auch für die weitere Fortbildung der
Tarifverträge sehr beachtenswerte Hemmungen und Hindernisse.“

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Arbeitgeberverbände und Arbeitsentfaltungsschädigungen
1910. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände zählte im
verfloßenen Jahre nach dem Geschäftsbericht 53 Verbände mit
890 Unterverbänden, die insgesamt 1 700 000 Arbeiter beschäftigen.
Es wurden der Geschäftsstelle 150 Arbeiterbewegungen angezeigt;
die Zahl der durch Streik und Aussperrung ausgefallenen Arbeits-
tage betrug etwa 10 3/4 Millionen, von denen 9 Millionen auf
Aussperrungen entfielen. Als die größte Bewegung mit etwa
8 1/2 Millionen ausgefallenen Arbeitstagen ist die Aussperrung im
Baugewerbe anzusehen. Als Vorsitzender des Vereins wurde an
Stelle des zurücktretenden Kommerzienrats Wend-Altona Fabrik-
besitzer E. Garvens-Hannover, als stellvertretender Vorsitzender
Baurat Enke-Leipzig gewählt. — Die Gesellschaft des Vereins
Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei

*) Daß nämlich den großjährigen Arbeitern in den Betrieben Ge-
legenheit zu geben ist, sich über die Arbeitsordnung zu äußern.

Arbeits-einstellungen hat nach dem Jahresbericht sämtliche für 1910 von 12 Gesellschaften angemeldeten 2 204 857 Manntage als entschädigungsberechtigt anerkannt. Von diesen Manntagen entfallen 1 275 483 auf Streiks und 929 374 auf Aussperrungen. Der Hauptanteil kommt auf den Gesamtverband Deutscher Metall-industrieller mit 1 757 798 Manntagen, die hauptsächlich von dem Werftarbeiterkampf herrühren. Es wurden insgesamt 205 800 *M* ausgeschüttet. Für den verstorbenen Geheimrat Sedemann und für den ebenfalls aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft, Kommerzienrat Mend-Altona, und für Direktor Froelich-Madebeul wurden Direktor Laval-Magdeburg, Ingenieur E. Garvens-Hannover und Geh. Raurat Flohr-Stettin gewählt.

Ein neuer Streikversicherungsverband, der nur Mitglieder des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände aufnimmt, ist in Berlin unter dem Namen „Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft“ gegründet worden. Der Verband will besonders den kleinen Verbänden und einzelnen Firmen die Möglichkeit einer Versicherung gegen Arbeits-einstellungen geben. Das Eintrittsgeld beträgt, der „Wirtschaftlichen Korrespondenz“ zufolge, 25 *M*, der Jahresbeitrag 1 *M* auf 1000 *M* Jahreslohnsumme. Die Entschädigung soll 25 v. H. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Arbeiters für den durch Streik oder Aussperrung ausgefallenen Arbeitstag und Arbeiter betragen.

Der Gesellschaft gehören folgende 9 Verbände an: 1. Arbeitgeber-schutzverband Deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe, Berlin; 2. Arbeitgeberschutzverband für das Wagenbaugewerbe, Berlin; 3. Arbeitgeberschutzverband für die Deutsche Posamentenindustrie, Barmen; 4. Verband der Euteilfabrikanten Deutschlands, Leipzig; 5. Arbeitgeberverband von Rathenow und Umgebung, Rathenow; 6. Verein der Arbeitgeber von Nordensham und Umgebung a. B.; 7. Schutzverband Deutscher Blasinstrumentenfabriken, Berlin; 8. Verein Berliner Schilder-fabrikanten, Berlin; 9. Verein Berliner Metallbildhauer, Berlin.

Gegenseitigkeitsverträge zwischen deutschen und österreichischen Arbeitgeberverbänden. Der Österreichische Arbeitgeber-Hauptverband hat im Auftrag seines Mitglieds, der „Meißnervereinigung der Juweliere, Gold- und Silberschmiede Österreichs“, einen Gegen-seitigkeitsvertrag mit folgenden deutschen Verbänden abgeschlossen: Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung, Sitz Pforzheim, Arbeitgeberverband der Hanauer Edelmetallindustrie, Sitz Hanau, Arbeitgeberverband der Edel- und Uedelmetallindustrie und verwandter Hilfsgehalte, Sitz Schw. Gmünd, Arbeitgeberverband Oberstein, E. B., Oberstein (Nahe), Arbeitgeberverband der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg, E. B., Berlin SO.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Massen und Führer.

Als Ende 1906 der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine erschienen war, wurde in der „Sozialen Praxis“ (XVI Sp. 196) auf eine „aristokratische Tendenz“ der Vorlage hingewiesen: den Führern der Organisationen werde mit der Einführung der gesetzlichen Haftpflicht ein starkes Macht- und Zuchtmittel in die Hand gegeben; insbesondere lägen die Zulassung der Vereins-beamten zur Mitgliedschaft, die Einrichtung des Ausschusses und der Ausschluss Minderjähriger von Vorstand, Ausschuss und Leitung in dieser Richtung; umgekehrt liege ein demokratischer Einschluss in der weitgehenden, wohl zu weit gehenden Kontrolle der Führer durch jedes einzelne Mitglied (Anfechtung der Vereins-beschlüsse vor dem Landgericht wegen Verletzung des Gesetzes oder der Satzung, Protokolleneinsicht, Zahlungsverpflichtung nur gegen-über den ordentlichen Beiträgen usw.). Von freigewerkschaftlicher Seite wurde damals rundweg die Unterscheidung zwischen Führer-Aristokratie und Massen-Demokratie abgelehnt: alle Glieder seien einig und empfänden derartige Unterschiede unter sich nicht.

Dass in Wahrheit jener Gegensatz zwischen Masse und Führern schlechthin selbstverständlich ist und im soziologischen Wesen jedes Organisationsgebildes liegt, mussten in den letzten Monaten die freien Gewerkschaften an sich selbst erfahren. Während dieser ganzen Zeit wollten die Erörterungen über Führer und Massen in der sozialdemokratischen Parteipresse und den Organen der freien Gewerkschaften kein Ende nehmen. Den Anlaß bildete ein Vorgang in der Hamburger Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes, über den die „Metallarbeiterzeitung“ folgenmaßen berichtet:

Ende September 1910 begannen in Berlin mit den Metallindustriellen die Verhandlungen in Sachen des Werftarbeiterkampfes, an welchen auch der Bevollmächtigte der Hamburger Verwaltungsstelle teilnahm. Während der Abwesenheit desselben beschloß die Verwaltung, eine all-gemeine Mitgliederversammlung am 7. Oktober abzuhalten, um durch eine Demonstration die Metallindustriellen den Wünschen der Arbeiter gefügiger zu machen. Dem zweiten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle kam dieser Beschluss bedenklich vor, und er wandte sich deshalb, bevor er sich zur Ausführung desselben entschloß, an seinen in Berlin weilenden Kollegen Franz und den Vorsitzenden des Metallarbeiter-verbandes schriftlich um Verhaltensdirektiven. Der Vorstand entschied sich dahin, daß die Versammlung nicht abgehalten werden dürfe, und berief sich bei dieser Anordnung auf das Statut, welches vor-schreibt, daß bei Umständen, die vom Vorstand genehmigt seien, den Anordnungen desselben strikte Folge geleistet werden müsse. Bei der von dem Gesamtverband Deutscher Metall-industrieller angebotenen Aussperrung handle es sich um eine An-gelegenheit sämtlicher Metallarbeiter Deutschlands und nicht um eine solche der Hamburger Mitgliedschaft allein. Die Leitung der Bewegung sei also Sache des Vorstandes, der in der beabsichtigten Maßnahme der Hamburger Verwaltung eine außerordentliche Gefahr für die ganze Bewegung erblicke. Aus diesen Gründen wurde die Kundgebung vom Vorstande untersagt. Der Bevollmächtigte Ihle konnte unter diesen Umständen natürlich nichts anderes tun, als den Anordnungen der Organisationsleitung Folge zu leisten, worauf die Hamburger Orts-verwaltung ihm kündigte. Eine Sitzung, an der je ein Verbands- und Ausschussvertreter teilnahmen, änderte an dem Entschluß der Orts-verwaltung nichts, diese ließ sich nur dazu bewegen, die Sache bis zur Erledigung des Werftarbeiterkampfes zurückzustellen.

Am 3. November legte die Ortsverwaltung Hamburg einer außer-ordentlichen Mitgliederversammlung den Antrag auf Kündigung Ihles vor, angeblich, weil er das Vertrauen verloren habe. Die Versammlung lehnte indes den Antrag mit 721 gegen 597 Stimmen ab. Gegen den Beschluss wurde jedoch Protest erhoben, weil keine gleichmäßigen Stim-menzettel benutzt wurden. In einer zweiten Mitgliederversammlung, in der nur je ein Redner für oder wider den Antrag das Wort erhielt, wurde die Abstimmung wiederholt mit dem Resultat, daß nunmehr die Kündigung mit 883 gegen 722 Stimmen beschlossen wurde. Hierauf rückte der erste Vorsitzende der Verwaltungsstelle Hamburg aus Solidaritätsgründen seine Kündigung ebenfalls ein.

Auf die Seite der beiden Führer, die durchaus im Sinne ihrer Pflichten gehandelt hatten, traten zunächst v. Elm und Legien, die in mündlichen Auseinandersetzungen sehr schwer zu kämpfen hatten; im Laufe der Erörterung traten ihnen ferner in der Presse A. Braun, Kautsky, zum Teil Schilbach und endlich Wilhelm Schröder bei. Der gemeinsame Gegner war Dr. Anton Pannekoek, Parteilehrer in Bremen und Herausgeber der ap.-Korre-spondenz, in der, gemeinsam mit wenigen Parteizeitungen, der Kampf gegen das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gemein-schaften Deutschlands, die „Neue Zeit“, die „Sozialistischen Monats-hefte“ und die große Mehrzahl der übrigen sozialistischen und frei-gewerkschaftlichen Presse geführt wurde. Von den sonstigen Blättern nahmen sich besonders die führenden Gewerkvereinszeitungen der Sache an. Der große Umfang der Erörterung verbietet ein Ein-gehen auf alle Phasen des Kampfes, in dem es auch an scharfen persönlichen Angriffen beiderseits nicht fehlte. Ohne Rücksicht auf die zeitliche Aufeinanderfolge seien daher die besonders wichtigen Stellen aus den beiderseitigen Darlegungen wiedergegeben.

v. Elm trat Rebels Wort vom „demokratischen Mißtrauen gegen die Führer“ entgegen, dem er dessen anderen Ausdruck gegenüberstellte:

„Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für der Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Gestellten weitersehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben in der Sorge um das tägliche Brot.“

Er verlangte aber trotz der Verteidigung der beiden Ham-burger Gewerkschaftsbeamten einen Ausbau der Repräsentativ-verfassung in den Gewerkschaften. Nach dem „Hamburger Echo“ führte er u. a. aus:

Die Massenstimmung ist wandelbar. Heute: Hofmann, morgen: Kreuziget ihn! Die Massenverhimmelung, die heute im Schwange ist, ist genau so verwerflich wie der Byzantinismus. Man dichtet den Massen Tugenden an, die sie gar nicht besitzen. Vor allem fehlt ihnen die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit den Gefühlen allein ist es nicht getan. Bei allen Kämpfen ist Kenntnis der Konjunktur er-forderlich. Wie oft haben wir nicht beobachtet, daß in einer flotten Periode fix gearbeitet wurde, daß man überstunden machte und viel verdiente. Kam dann die Abflauung, gab es keine Überstunden mehr, daß der Verdienst gering wurde, dann schritten Leute zum Streik, die in der guten Zeit gar nicht zum Vorgehen zu bewegen waren! Nur ein kleiner Teil befähigter Leute vermag sich einen richtigen Überblick zu verschaffen; das brauchen natürlich nicht immer besoldete Beamte zu

sein. Aber diesen durch das Vertrauen der Arbeiter bestimmten Leuten muß man die Entscheidung übertragen. Wie wenig zweckmäßig das Referendum ist, sehen wir im Kriegszustande. Da war der Kopenhagener Kongreß lehrreich. Die Engländer entschuldigten ihre ungenügende Solidarität beim schwedischen Großstreik mit der Urabstimmung, die bei ihnen vorgezeichnet sei. Und da hat man sie aufgefordert, ihre Statuten zu ändern! Ein offensichtlicher Verstoß gegen die „reine, wahre Demokratie!“ Wo in Deutschland praktisch noch die primitive Form der Demokratie bestand, hat man sie abgeschafft. Im Tabakarbeiterverband entschied der Ausschuß über Lohnbewegungen, er versagte oft die Genehmigung; dann kam die Appellation an die Masse, die Urabstimmung, und bei geringer Beteiligung wurde regelmäßig die Berufung anerkannt! Aber man soll auch nicht in den entgegengegesetzten Fehler verfallen und die Beamtendiktatur als das allein Richtige proklamieren. Wir müssen Formen zu finden suchen, durch welche wir die Kenntnisse der Führer nutzbar machen, bei welchen aber auch die Vertrauenspersonen der Arbeiter zu Worte kommen. Nur dadurch, daß wir die Massen zur zweckentsprechenden Interessendemoskratie zu erziehen suchen, werden wir Erfolge erzielen. Mit dem demokratischen Mißtrauen gegen die Führer werden wir nur Mißerfolge zeitigen. Die wirklich fähigen und ehrlichen Leute werden sich bedanken, als Handlanger des Massenwillens zu figurieren, und dann werden auf allen Gebieten Unfähige die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung in den Sumpf, in die Anarchie führen. Wir müssen daher verlangen, daß auch die politische Presse ihre Schuldigkeit tue zur Aufklärung der Massen. Nur wenn diese zur demokratischen Disziplin erzogen werden, können wir auf Erfolge rechnen. Und Einhalt müssen wir tun dem demokratischen Treiben einzelner, die mit ihrer Massenverhimmelung die Massen zur Disziplinlosigkeit und damit zur Machtlosigkeit führen. Das liegt im Interesse der Stärkung der gesamten Arbeiterbewegung!

Dr. Pannetoeß sah in diesen Ausführungen nur den Willen, die Führer gegenüber den Massen zu verteidigen; mit v. Elms Plan eines Ausbaus der Repräsentativverfassung beschäftigte er sich kaum. Seine Anschauungen gipfeln in folgenden Ausführungen:

In der Gewerkschaftsbewegung, wo die Arbeiter ihre eigenen Organisationen aufbauen, herrschte von vornherein das Prinzip der Demokratie. Aber auch hier mußte durch das Wachstum immer mehr eine Arbeitsteilung entstehen. Ein ganzer Stab von besoldeten Beamten und Vorständen war für die Leitung des Kampfes und der Verwaltung nötig. Auch bei ihnen wird der Lebensinhalt ein anderer, als der der Massen. Und so entspringen hier aus demselben Grund wie auf politischem Gebiete Gegensätze zwischen Massen und Führern. Auch hier hat in Fragen der allgemeinen Taktik die Masse ein richtigeres Urteil als die Führer, weil sie unmittelbar und beständig unter dem Druck der Ausbeutung, der ganzen Kapitalherrschaft zu leiden hat. Der Gewerkschaftsführer ist nicht so sehr der Wortführer der Masse, als ihr Beauftragter, ihr Vertrauensmann, der für sie mit den Unternehmern verhandelt und den Kampf leiten muß. Weil hier jede kleine Tagesfrage das unmittelbarste Interesse der Masse berührt, darum muß hier die Masse sich um die Einzelheiten im höchsten Maße kümmern. Und doch treibt die Entwicklung zugleich dazu, daß die Gewerkschaftsführer immer mehr Macht über die Entscheidungen bekommen. . . . Keiner bezweifelt, daß die Führer meist die einzelnen Fragen (die Konjunktur, die Verhältnisse in den Unternehmerorganisationen usw.) besser beurteilen können. Aber die Frage ist gar nicht, wer am meisten fähig ist, zu entscheiden. Die Masse entscheidet doch, wenn nicht direkt, so indirekt, indem sie nachher gegen die Entscheidung der Führer rebelliert oder die einzelnen Personen fallen läßt oder in anderer Weise. Schauen wir nach England! Dort rebellieren wiederholt die Massen — trotzdem es dort keine marxistischen Theoretiker gibt, die sie verheizen — gegen die Abmachungen, die sie seinerzeit selber durch ihre Führer mit den Unternehmern getroffen haben. Die Frage ist also nicht, ist die Masse urteilsfähig? Sie muß es sein, da es sich um ihr Lebensinteresse handelt, da sie das bestehende Elend so gut wie die Opfer der Kämpfe selbst zu tragen hat. Das Gefühl haben offenbar die Gewerkschaftsführer auch und darum suchen sie stets die Masse bei ihren Entscheidungen möglichst heranzuziehen. Aber die Verhältnisse sind härter als aller guter Wille. (Wiederum zittert nach dem „Hamb. Echo“. Die Red.)

Dr. Pannetoeß gelangt letzten Endes zu einer Empfehlung des politischen Massenstreiks. Seine Gegner vertreten die Ansicht, daß alle diese Anschauungen nur in der Fremdbildung gegenüber der praktischen Arbeit und dem Fehlen jedes Werturteils den kleinen Erfolgen des Tageskampfes gegenüber wurzeln. Sehr entschieden sagt v. Elm:

In dem Treiben dieser Leute steckt für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung eine große Gefahr; wer da nicht will, daß das bisher in mühsamer Organisationsarbeit Errungene durch deren Draufgängerpolitik wieder vernichtet wird, muß dafür wirken, daß rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden.

Und er selbst erklärt im „Correspondenzblatt“ die Gegensätze zwischen Führern und Massen nicht mit der gehobenen Lebenshaltung der ersteren, sondern durch die große Charaktererschulung, die in der hartnäckigen Kleinarbeit liegt:

Die Gegensätze, die in den einzelnen Gewerkschaften in den letzten Jahren zutage getreten sind, sind bekanntlich von einzelnen Theoretikern auf die höhere Lebenshaltung der Gewerkschaftsbeamten zurückgeführt worden. Das ist Unsinn — Unsinn deshalb, weil ein paar hundert Mark mehr oder weniger Einkommen doch sicher nicht imstande sind, das Fühlen und Denken von überzeugten Arbeitern zu beeinflussen, Unsinn auch deshalb, weil die Gewerkschaftsbeamten mehr als irgendwelche Personen in der Arbeiterbewegung, mehr auch als diejenigen, die in der Werkstatt arbeiten, durch ihre Tätigkeit in steter Fühlung mit ihren Kollegen leben.

Die Gegensätze, die sich heute zeigen, sind vielmehr auf die Tatsache zurückzuführen, daß Personen, die für ihre Handlungen verantwortlich sind, allen Phrasen abgeneigt sind; für Gewerkschaftsbeamte müssen die Tatsachen, die Machtverhältnisse entscheidend sein. Nicht weil die Gewerkschaftsbeamten die Verhältnisse und die Menschen nicht kennen, entstehen die Gegensätze, sondern weil sie sie nur zu gut kennen und weil sie nur zu gut wissen, daß, um den Erfolg in einem Gewerkschaftskampf zu erzielen, noch etwas mehr erforderlich ist, als die momentan begeisterte Stimmung einzelner Gruppen der Kämpfenden.

Ebenso wie v. Elm legt Adolf Braun in der „Neuen Zeit“ das Schwergewicht auf die wachsende Verantwortung der Führer:

Die Gewerkschaften stehen heute in einer Periode des Überganges mit allen ihren Mängeln und Unförmigkeiten. Gewaltig haben sich die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Erfolges eingengt, erheblich haben sich die Schwierigkeiten gewerkschaftlichen Kampfes gesteigert, ins Unermessliche sind gestiegen die Verantwortlichkeiten jeder Entscheidung im gewerkschaftlichen Kampfe. Die Kompliziertheit der Verhältnisse erfordert Abwägung zahlreicher Momente, bevor man nur über die Kampfesmöglichkeiten ins Klare kommen kann; daß man so zu Erwägungen gelangen muß, die als bürokratisch und diplomatisch oft verurteilt werden, schmerzt auch so manchen „Gewerkschaftsbureaufreiter“ und „Gewerkschaftsdiplomaten“, aber er vermag seine Verantwortlichkeit nicht zu mindern, indem er sie den Massen überwälzt, weil das im Widerspruch stünde mit seinen Aufgaben und Pflichten und nur zu oft mit den Möglichkeiten.

Und Braun ist mit v. Elm ganz einig in der Warnung vor der „lokalen Demokratie“, der gegenüber in Österreich und Deutschland immer noch viel zu viel nachgebildigkeit herrsche. v. Elm, der in der Beurteilung der Massenverhimmelung von Wilhelm Schröder in dem Aufsatz „Extravaganzen in der Demokratie“ (Sozialistische Monatshefte, 26. Januar 1911) sehr geschickt durch historisches Material unterfüttert wird, schreibt in Nr. 15 der „Neuen Zeit“ zu diesem Punkte:

In einem Kriege dem Feinde seine Pläne offen darzulegen, ist alles andere — nur keine Strategie. Die Verhältnisse haben deshalb die Gewerkschaften geradezu gezwungen, die Entscheidung in letzter Instanz einer kleinen Zahl von Personen, in der Regel den Zentralvorständen zu übertragen. Diese und die lokalen Funktionäre der Gewerkschaften, die statutarisch die Beschlüsse der Zentralvorstände auszuführen haben, kommen nun ganz naturgemäß in die Lage, recht häufig, wie man sagt, „brennen“ zu müssen. Die Streikenden fassen in der Regel die Situation optimistisch auf. Zahlreiche Beispiele liegen sich dafür anführen, daß die Streikenden selbst dann noch, wenn für jeden unbefangenen Beobachter die Ausichtslosigkeit weiteren Kampfes ohne Zweifel feststand, an den baldigen Sieg glaubten. Nicht immer gelingt es, die Kampfenben zu überzeugen, daß ein weiteres Ausstehen im Kampfe ihre Position nur verschlechtern kann, sie eventuell zur Annahme minimaler Zugeständnisse zu bewegen. Differenzen mit den „Führern“, wie nun einmal in Arbeiterkreisen die durch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrem Amte erwählten Gewerkschaftsfunktionäre genannt werden, sind dann unausbleiblich, das „demokratische Mißtrauen“ braucht in solchen Situationen gar nicht besonders gepredigt zu werden, es wächst aus der erbitterten Stimmung der Arbeiter, aus ihren nichterfüllten Hoffnungen von selbst heraus. Es gibt wohl keinen Gewerkschaftsleiter, der unter solchen Umständen entweder aus Unkenntnis oder aus Demagogie von einzelnen nicht schon des Verrats der Arbeiterinteressen beschuldigt worden wäre. Nun wird es wohl keinem vernünftigen Menschen einfallen, die „Führer“ zu pöppeln stempeln zu wollen, auch sie können sich über die Situation täuschen. Daß aber die Möglichkeit eines Trugschlusses seitens der Streikenden in ihrer durch den Kampf lebensschaffend erregten Stimmung eine weit größere ist als bei den an der Spitze einer Organisation stehenden, der Gesamtheit der Mitglieder verantwortlichen Vertrauenspersonen dürfte jeder objektiv Urteilende ohne weiteres anerkennen.

v. Elm spricht mit der Feststellung des lokalen Optimismus der Kämpfenden eine Tatsache aus, die sich auch in der Arbeiterpresse oft widerspiegelt: auch in ihr lauten die Streikberichte oft bis zum letzten Augenblick günstig — und dann kommt sehr kleinlaut die Nachricht vom Mißerfolg oder verlegenes Schweigen. Wie unangebracht in der Regel das Mißtrauen gegen die Führer gewesen ist, darüber sagt Schildbach in der „Neuen Zeit“:

Die Auffälligkeit der Mitglieder gegen die „Diktatoren“ vom Hauptvorstand begann gewöhnlich dann, wenn der geringste Anlaß dazu vorlag, wie bei Einleitung, Führung und Abschluß von gewerkschaftlichen Kämpfen oder dem Ausschreiben einer Extrafeier, wo die Organisationsleitung lediglich von ihrem statistischen Rechte Gebrauch machte, also ganz verfassungsmäßig und im Sinne der Demokratie handelte, die den Auftrag gab. In solchen Fällen — man denke nur an die Vorgänge beim Ruhrbergarbeiterstreik, beim Streik im Strebelwerk zu Mannheim, der Rieter im Stettiner Vulkan und an die verfloßene Bauarbeiterausperrung — zeigt es sich, wie wenig demokratische Schulung die Mitglieder noch besitzen. Der Wille einer verhältnismäßig winzigen kleinen Mitgliedergruppe soll da entscheidend für einen Nietenkampf sein, der die Kräfte des gesamten Verbandes in Anspruch nimmt. Und was das Erbärmlichste ist: die bedeutungslose Minderheit spielt sich als Vertreterin der Demokratie auf. Sie erkennt den Hauptvorstand nicht als Repräsentant der Gesamtmittelglieder an und opponiert gegen das von der Mehrheit selbst geschaffene Ausnahmerecht für Kriegszetten. Aber je größer die Unmöglichkeit ist, den Wünschen der Minorität entgegenzukommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit grober Disziplinbrüche; denn die Haltung solcher rentierten Gruppen wird von dem ganz persönlichen Einzelinteresse bestimmt, das jede Rücksicht auf die Allgemeinheit erstickt.

Schildbach schließt sich aber v. Elm nicht an, wenn dieser, unter dem Druck der schweren Verantwortung, sagt:

Der einzige Weg, den Mitgliedern der Organisation ein wirkliches Mitbestimmungsrecht zu sichern, ist der, eine ständige Vertreterversammlung zu schaffen, die der Vorstand verpflichtet ist zu allen wichtigen Entscheidungen zusammenzuberufen.

Die Wahl der Delegierten zu dieser ständigen Vertreterversammlung müßte jährlich stattfinden; für jeden Delegierten müßte gleichzeitig ein Ersatzmann gewählt werden. Dieser Vertreterkörperschaft müßten in erster Linie alle Rechte, die bisher der Generalversammlung zustanden, übertragen werden: Wahl sämtlicher leitenden Beamten und einer Kontrollkommission, Bestimmung der Beamtengehälter und Änderungen des Statuts. Selbst in normalen Zeiten müßte die Vertreterversammlung mindestens einmal im Jahre zusammenberufen werden, um die regelmäßigen Geschäfte zu erledigen. Der Vorstand müßte aber statutarisch verpflichtet werden, die Vertreterversammlung sofort zu berufen, sobald es sich um die Entscheidung über Kämpfe größeren Umfangs handelt. Die Praxis würde bald von selbst ergeben, unter welchen Umständen die Einberufung der Vertreterversammlung erforderlich ist.

Vielmehr will Schildbach das Übel mehr bei den Wurzeln fassen und einen gewissen Zwang zur Bildungsarbeit einführen:

Warum scheut man vor Zwangsmaßnahmen zurück? Bei der Inanspruchnahme von Unterfützungseinrichtungen und dem Arbeitsnachweis wird die schärfste Kontrolle für selbstverständlich gehalten; wer einen Streik oder eine Sperre bricht, wird ausgeschlossen — ohne daß man danach fragt, ob der Missetäter auch dazu erzogen worden ist, seine Handlungsweise als verwerflich zu erkennen. Wer aber jahrelang die materiellen Vorteile des Verbandes genießt, im übrigen aber sich um seine Gewerkschaft gar nicht bekümmert, sich von allen Verwaltungsarbeiten drückt, in keine Versammlung kommt, wird in seinen Rechten gar nicht geschmälert und kann in kritischen Zeiten doch seinen von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Einfluß in demselben Maße ausüben wie das eifrige, rührige Mitglied, das durch die Anteilnahme an allen Verbandsangelegenheiten Kenntnisse, Einsicht und Reife gewonnen hat.

Man sollte deshalb den Schritt wagen und Versammlungsbesuch, Wahl und Abstimmung obligatorisch machen. Kleine Geldstrafen, die in einen Fonds für Bildungszwecke fließen könnten, oder Verkürzung der Unterfützungsrechte würden Wunder wirken. Viele Versammlungen und Sitzungen ließen sich sparen, denn die veranstalteten wären arbeitsfähig, jede Arbeit und Geldausgabe würde ihren Zweck erreichen, wenn alle Mitglieder zur Erfüllung ihrer elementarsten Pflichten gezwungen würden. Der Zwang würde auch nur vorübergehend als solcher empfunden werden, bald käme wieder das alte rege Interesse der Gesamtheit zum Vorschein, und die leitenden Personen würden wieder mit größerer Lust und Liebe und doppeltem Eifer ihre schwierigen Aufgaben erfüllen, weil sie sicher sein könnten, daß ihre verantwortungsvolle Tätigkeit sachliche Würdigung und Anerkennung fände.

Natürlich würden diese Vorschläge genau so wenig eine ausreichende Lösung darstellen, wie diejenigen v. Elms. Die Übermacht der Zentralleitung ist zu selbstverständlich, als daß eine Art konstitutioneller Verfassung oder ein (auch in anderer Hinsicht nicht unbedenklicher) Bildungszwang an ihr viel ändern könnte; dazu macht Braun wichtige Angaben:

Wenn die Organisation der Zertilarbeiter es für notwendig findet, ihrem Hauptvorstand einen sachverständigen Observator über die Konjunktur einzugliedern, so erklärt die Verbandsleitung selbst, daß sie sich die Beurteilung der Konjunktur nicht zutraut. Aber jeder Vorsitzende einer Ortsgruppe, jedes Mitglied jeder Versammlung soll diese überaus komplizierten Erscheinungen, über die die geschultesten Nationalökonomien und beruhsamsten journalistischen Beobachter des Marktes vielfach un-

einig sind, besser beurteilen als die sich speziell mit dieser Aufgabe befassenden Personen. Ich bin überzeugt, daß die Leitung der Gewerkschaften noch manche andere Veränderung durchmachen wird. Wir werden auch zu technischen Sachverständigen, zu Verfolgern der neuen Erfindungen, des technologischen Fortschritts, zu Überprüfern des Kalkulationswesens in den Fabriken kommen. Neben den administrativen, diplomatischen, agitatorischen, organisatorischen Sachverständigen in den Hauptvorständen, neben den speziellen Sachverständigen für das Rassen- und Unterfützungsweisen, neben den Referenten über die Streiks werden eben andere durch besondere Fähigkeiten ausgezeichnete Sachverständige, also Ökonomen, Technologen, Statistiker — es können dies natürlich immer Berufsgeoffenen sein — den Vorstand bilden, so daß er zu einem in jeder einzelnen Person vom Vertrauen der Mitglieder notwendigerweise getragenen Kollegium von Sachverständigen werden muß. Wir sehen die Gewerbeinspektionen zu Kollegialbehörden werden, in denen alle einzelnen Fähigkeiten und Kenntnisse von besonderen Sachverständigen vertreten sind; so dürfte es auch, ob man will oder nicht, in den leitenden Körperschaften der Gewerkschaften werden. Das beweist aber, daß diese leitenden Körperschaften Aufgaben aufgebürdet erhalten, denen heute der einzelne Vertrauensmann nicht ganz gewachsen sein kann, die sich, so bedauerlich das ist, der Entscheidung wenig geschulter, nicht spezialisierter Personen entziehen. (Neue Zeit 19).

Hier wird also gegenüber den Wünschen, die Verantwortung den Führern zu einem Teil abzunehmen durch vermehrten Einfluß der zu diesem Zwecke gut vorgebildeten Massen, das Hindernis betont, welches in der Notwendigkeit der Spezialisierung liegt; auch die gut vorgebildeten Massen würden den Blick für die Konjunktur und vieles andere nicht besitzen können, und darin liegen die natürlichen Grenzen ihres Einflusses.

Die Diskussion ist vorläufig abgebrochen worden; sie wird aber immer wieder aufleben, weil die wachsende Verantwortlichkeit der Führer diese immer wieder in einen Gegensatz zur vorwärtstürmenden Masse bringen wird.

Das Koalitionsrecht der Straßenbahngestellten (vergl. auch Sp. 594) ist anlässlich eines in Hamburg drohenden Straßenbahnerstreiks wieder einmal Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Die Direktion war der freiwilligen Bewilligung von Lohnforderungen nicht abgeneigt, widersetzte sich aber dem Verlangen der Angestellten, sich dem Transportarbeiterverband anschließen zu dürfen. In mehreren Erlassen führte die Direktion u. a. aus:

„Wir sind nicht verpflichtet, die Verbandsangehörigkeit zu gestatten. Das neue Vereinsgesetz, auf das der Verband gelegentlich Bezug nimmt, regelt lediglich das Verhältnis zwischen Polizei und Vereinen und findet auf die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Anwendung. Die Reichsgewerbeordnung, auf die sich der Verband ebenfalls beruft, gewährt zwar einem Teile der gewerblichen Arbeiter Koalitionsfreiheit, die Arbeitgeber haben aber durch den § 6 desselben Gesetzes die Bahnunternehmungen ausgeschlossen. Sie haben also bezüglich der Koalitionsfreiheit absichtlich dem Bahnpersonal eine Sonderstellung zugewiesen, und zwar zweifellos in der Erkenntnis, daß die ordnungsgemäßen Bestrebungen der Verbände sich nicht mit den Interessen eines Bahnbetriebes und insbesondere nicht mit der unbedingt erforderlichen Disziplin der Angestellten vereinigen lassen. Aus demselben Grunde können und werden auch wir unsern Angestellten die Zugehörigkeit zum Transportarbeiterverbande nicht gestatten; auch sind wir demzufolge nicht in der Lage, mit Vertretern oder Beauftragten des Verbandes in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Alle bezüglichen Schritte des Verbandes sind deshalb ebenso zweck- wie aussichtslos.“

Jeder Angestellte, der, ohne die vertragsmäßige Kündigungsfrist einzuhalten, das bestehende Dienstverhältnis einseitig löst, wie dies bei einem Streik der Fall ist, verliert

1. laut Pensionskassenstatut seine Ansprüche an die Pensionskasse,
2. laut Verfügung der Polizeibehörde seinen Fahrchein,
3. laut Anstellungsvertrag seine Kaution.“

Das „Hamburger Fremdenblatt“ holte zu der alten Streitfrage das Gutachten eines hervorragenden Juristen ein, welcher vor allem folgendes ausführte:

Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sei vom Standpunkte des Rechtsstaats etwas selbstverständliches und werde nur wegen der dem Polizeistaat eigenen Verbote früherer Zeiten in § 152 RGO. besonders ausgesprochen. Dieser Paragraph finde nach fast unbestrittener Meinung auf die Straßenbahnen keine Anwendung, da von der Gültigkeit der Gewerbeordnung in § 6 derselben ausdrücklich der Gewerbebetrieb der Eisenbahnunternehmungen ausgenommen werde. Mit der Unanwendbarkeit des § 152 sei indessen durchaus nicht gesagt, daß die Angestellten der Eisenbahnunternehmungen das Koalitionsrecht nicht besitzen; sondern der § 6 habe nur den Sinn, daß etwa bestehende polizeiliche oder gesetzliche Vorschriften, die ein Koalitionsverbot enthalten, aufrecht erhalten geblieben sind. Da derartige Vorschriften in Hamburg nicht bestünden, komme der § 1 des Reichsvereinsgesetzes zur Anwendung, der die Bildung von Vereinen, die den Strafgesetzen nicht zuwider-

laufen, und den Anschluß an sie gestattet. Natürlich sei es aber eine andere Frage, ob die Straßenbahndirektion ein Koalitionsverbot aussprechen dürfe. Nach Lotmar und Kellen verstoße ein solches Verbot gegen die guten Sitten, nach Landmann und der auf ihn gegründeten Praxis nicht.

Was ferner die Drohung der Direktion anlange, im Falle eines Streiks die Kautionen der Angestellten einzubehalten, so sei diese hierzu nur berechtigt, falls der Ausstand unter Kontraktbruch erfolge, da durch ordnungsgemäße Kündigung mit Aufhebung des Vertragsverhältnisses zugleich ein Anspruch auf Rückerstattung der Kaution entstehe.

Von anderer juristischer Seite ließ sich das genannte Blatt über die angebotene Einziehung des Fahrscheins ein Gutachten erstatten, welches darin gipfelt, daß die Erteilung und Entziehung des Fahrscheins Sache der Behörden sei, die zu dessen Entziehung nach Maßgabe des Reglements von 1895 nur im Falle der Trunksucht oder anderweitiger Unzuverlässigkeit oder Unbrauchbarkeit im Dienst berechtigt sei; diese „Unzuverlässigkeit“ aber könne höchstens bei einem Streik ohne Einhaltung der Kündigungsfrist angenommen werden, wenn überhaupt.

Nach diesen Darlegungen, die uns das Nützliche zu treffen scheinen, konnte es sich also in Hamburg nicht um ein ungelegentliches Vorgehen der Straßenbahner handeln; vielmehr wurde die Koalitionsfreiheit zur reinen Nachfrage zwischen Direktion und Angestellten. Ihre Erledigung ist trotz der Erbitterung unter den Straßenbahnern vorläufig hinausgeschoben worden. Die Führer der Transportarbeiterverbandssektion mahnten in der Erkenntnis der mangelhaften Organisation zur Besonnenheit und gaben der zur Entscheidung einberufenen Straßenbahnerversammlung nicht nach, als sie stürmisch und fast einmütig den sofortigen Streik forderte. Das Verantwortungsgefühl und die Entschlossenheit der Verbandsleiter verdient volle Anerkennung und bereichert übrigens das Thema „Masse und Führer“ um einen außerordentlich wichtigen Beleg (vergl. Sp. 879 ff.).

Der 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet vom 26. Juni bis 1. Juli in Dresden statt. Auf der Tagesordnung stehen:

Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Beratung der Anträge, betreffend: a) Allgemeine Agitation. b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern. c) Streikunterstützung und Streikstatistik. d) Arbeiterinnen-Sekretariat. e) Korrespondenzblatt. f) Sozialpolitische Abteilung. g) Central-Arbeitersekretariat. h) Vereinbarungen mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch, Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz. Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung. Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben. Bildungsbefreiungen und Bibliotheksweisen in den Gewerkschaften.

Streiks und Aussperrungen.

Amthliche Statistik über Streiks und Aussperrungen in Deutschland 1910. Unter den oft betonten Vorbehalten gegen die Vollständigkeit der amtlichen Erhebungen über die Arbeitskämpfe teilen wir ihre Hauptergebnisse mit, wie sie Band 249 der Statistik des Deutschen Reichs (Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, Preis 1 M.) darstellt.

Danach sind im Jahre 1910 im Deutschen Reich 2118 Streiks mit 156 680 Streikenden beendet worden. Betroffen wurden hiervon 8276 Betriebe mit 874 088 Arbeitern. Die Zahl der Streiks 1910 ist erheblich größer als in den Jahren 1909 und 1908, aber geringer als 1906 bis 1907, den Jahren einer Hochkonjunktur. Von den Streiks im Jahre 1910 blieben 42 % unter der Zahl von 20 Beteiligten, 48 % betrafen 21 bis 100 Beteiligte, nur 17 % nahmen einen größeren Umfang an, und zwar umfaßten 98 Streiks 201 bis 500 und 38 über 501 Arbeiter. Wie stets in Zeiten aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung überwog die Zahl der Angriffstreiks mit 1977 Fällen und 149 552 Arbeitern weitaus die Zahl der Abwehrstreiks mit 136 Fällen und 6128 Streikenden. Fast ein Viertel aller Streiks entfällt auf das Baugewerbe (506), dann folgen in weitem Abstand das Holzgewerbe (814), die Maschinenindustrie (214), die Metallverarbeitung (204), die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (137), das Bekleidungsgewerbe (184), die Industrie der Steine und Erden (119), die Textilindustrie (107); erwähnt seien schließlich noch das Handelsgewerbe mit 75 und das Verkehrsgewerbe mit 71, endlich Bergbau mit 28 Fällen. Nach der Jahreszeit fielen die meisten Streiks in den Sommer (32 %), dann folgen der Herbst (30,4 %), der Frühling (26,4 %) und der Winter (12 %), während in den vorhergehenden Jahren der Frühling die stärkste Streikbewegung aufwies. Weniger als 1 Tag dauerten 82 Streiks, 1–5 Tage 794, 6–10 Tage 807, 11–20 Tage 299, 21–30 Tage 172, 31–50 Tage 196, 51–100 Tage 190, endlich über 100 Tage 78 Streiks. Wie früher standen auch 1910 die Lohnforderungen unter den Gründen der Streiks weitaus im Vordergrund.

Von sämtlichen Streiks hatten knapp 20 % vollen, 48 % teilweisen und 37 % keinen Erfolg, wobei natürlich die subjektive Auffassung des Begriffs „Erfolg“ stark mitpricht. Von den 8276 betroffenen Betrieben wurden 2209 zum völligen Stillstand gebracht. 78 % der Streikenden waren zum sofortigen Niederlegen der Arbeit berechtigt, 22 % taten dies unter Vertragsbruch: „die Zahl der Vertragsbrüchigen hat im Berichtsjahr wesentlich abgenommen.“ Auf Antrag der Arbeiter wurden 1254 (59 %) aller Streiks, auf Antrag der Arbeitgeber 567 (27 %) durch Vergleichsverhandlungen beendet, und zwar 880 Fälle unmittelbar zwischen den beteiligten Parteien, 92 vor dem Gewerbegericht, 818 durch Vermittlung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen. Polizei und Staatsanwaltschaft hatten in weniger Fällen als in 1909, aber mehr als in den früheren Jahren sich mit Streiks zu beschäftigen; dabei läßt sich aber nicht ersehen, „inwieweit bei dem Eingreifen von Polizei und Staatsanwaltschaft auch tatsächlich strafbare Handlungen festgestellt worden sind.“

Eine größere Rolle bei den Störungen des Wirtschaftslebens spielen im Jahre 1910 die Aussperrungen.

Während die Höchstzahl der Aussperrungen bisher 1905 und 1906 erreicht worden ist und sie 1908 und 1907 stark zurückgingen, haben sie 1910 den Gipfel erreicht mit 1115 Fällen in 10 884 Betrieben mit 806 618 Beschäftigten und 214 129 Aussperrten. Der Umfang der Aussperrungen übertrifft also erheblich den der Streiks. Doch konzentriert sich die Bedeutung der Aussperrungen fast ausschließlich auf 8 Gewerbe: vor allem Baugewerbe (91 % und 81 % aller Arbeiter), Metallverarbeitung und Maschinenindustrie. Die gewaltige Aussperrung im Baugewerbe, die im Frühjahr begann und Mitte Juni durch Schiedspruch beigelegt wurde, drückt den Arbeitskämpfen des Jahres 1910 den entscheidenden Stempel auf. Von den Aussperrungen hatten nur 7 % vollen, 91 % teilweisen, 2 % keinen Erfolg. Maßgebend ist auch für diese Erfolg-Statistik die Entscheidung im Baugewerbe, die die amtliche Statistik als „Vergleich“ dem „teilweisen Erfolg“ zurechnet.

Die Ergänzung der amtlichen Angaben über die Arbeitskämpfe wird die gewerkschaftliche Statistik bringen, auf die wir seinerzeit ebenfalls eingehen werden.

Eine Textilarbeiteraussperrung in Hof (Bayern) wurde am 20. März von 8 Webern über 650 Arbeiter verhängt, weil die Arbeiter den Streik angebroht hatten, als sie Sonnabends nachmittags auf Beschluß des süddeutschen Textilindustriellenverbandes wieder arbeiten sollten, nachdem sie seit Jahren infolge der Konjunktur nur bis 1 Uhr zu arbeiten brauchten (wöchentlich etwa 2 Stunden Unterschied). Am 8. April wurden auch die übrigen Webern geschlossen, so daß die Zahl der Aussperrten auf etwa 2500 anwuchs. Die Vermittlung des Gewerbegerichts wurde von Unternehmerseite abgelehnt. Eine Ausdehnung der Aussperrung auf die Spinnereien Hof's wird geplant; die Unorganisierten werden von den Arbeitgebern unterstützt.

Eine Tarifbewegung im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen hat nach vergeblichen Versuchen einer Erneuerung der am 1. April abgelaufenen Verträge zu einem Streik von etwa 2000 Arbeitern geführt; die Zahl der Ausständigen wurde durch die Aussperrung der in Frage kommenden Holzarbeiter, der Getreidearbeiter und der Maschinenisten und Heizer des Rheinfloßs um etwa 1500 Arbeiter weiter erhöht. Die Forderungen der Arbeiter sind: Lohnerhöhungen von 8–12 v. H. für Städtgutbetriebe, Verkürzung der Arbeitszeit, um während des ganzen Jahres 6 Uhr abends schließen zu können; für die Schiffsahrt werden geringe Lohnerhöhungen und Regelung der bisher oft übermäßig langen täglichen Fahrzeit gefordert. Die Aussperrung der Getreidearbeiter zwingt einzelne Firmen zur Entlassung ihrer Mühlenarbeiter, weil es an Getreide fehlt. Die badiſche Fabrikinspektion hat sich zur Vermittlung erbötet und auf Arbeiterseite Entgegenkommen gefunden.

Arbeiterschutz.

Der Arbeiterschutz in der Großenindustrie ist bei der 3. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern am 3. April im Reichstag zur Sprache gekommen. Vom sozialdemokratischen Abg. Hengsbach wurden folgende Forderungen erhoben:

Erstens muß die Dauer der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen festgelegt werden. Zweitens ist für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter angesichts der Natur dieser Arbeit die achtsündige Schicht vorzuschreiben. Drittens ist durch präzisiertere Vorschriften dafür zu sorgen, daß die Pausen innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit eingehalten sind. Viertens wird die Einschränkung der Überzeitarbeit verlangt. Es bedeutet eine schwere Gefährdung von Leben und Gesundheit der Arbeiter, wenn Arbeitszeiten von 14, ja 16 Stunden vorkommen. In derselben Richtung bewegen sich die fünfte und sechste Forderung auf strengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und auf durchgreifende Vorschriften über die familiäre Einrichtung der Arbeitsräume, die Errichtung von Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiseräumen.

Der Staatssekretär des Innern berief sich auf die erziehlenden Wirkungen der bekannten Verordnung vom 19. Dezember 1908, die doch schon manche Besserung erzielt habe, und erklärte sich mit

einem allmählichen Ausbau der Verordnung einverstanden, aber man könne nicht schon jetzt an weitere Vorschriften herangehen. Abg. Frhr. v. Camp meinte sogar, es gehe den Arbeitern vorzüglich und man dürfe die Unternehmer nicht weiter belasten, während der nationallib. Abg. Vogel sagte, die achttündige Schicht sei nur bei den ganz großen Werken durchführbar: „wo sie möglich ist, wünschen auch wir sie.“ Abg. Giesberts gab zu, daß die Verordnung manche gute Wirkung gehabt habe. Indessen sei doch noch sehr viel zu verbessern. Und um hier festen Grund zu gewinnen für weiteres Vorgehen, möge dem Reichstag eine Denkschrift über die Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie vorgelegt werden. Diesen Vorschlag hielt auch der Staatssekretär für richtiger als die sozialdemokratische Resolution, und der Reichstag stimmte der Resolution Giesberts zu. Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 enthalten abermals Erhebungen über die Wirkung der Verordnung von 1908, die wir ebenso zusammenstellen werden, wie dies für 1909 in Nr. 51 Jahrg. XIX der „Sozialen Praxis“ geschehen ist.

Das englische Gesetz zum Schutz der Handelsangestellten, das bereits im Sommer 1910 eingebracht war („Soziale Praxis“ Jahrg. XIX Sp. 1153 und 1341), dann aber wegen der Auflösung des Parlaments unerledigt blieb, ist jetzt erneut dem Unterhause vorgelegt worden. In der Zwischenzeit ist an die in Frage kommenden Ministerien eine große Zahl von Eingaben und Gegeneingaben zu dem Plan der gesetzlichen Regelung der Arbeit der Handlungsgehilfen gelangt. Die Regierung erklärte bei ihrer Einführung des Gesetzentwurfs, daß sie hoffe, die mittlere Linie zwischen den verschiedenartigen Wünschen gefunden zu haben. Das Gesetz sieht die 60-Stunden Arbeitswoche für die Handelsangestellten vor, legt ferner als Regel die Sonntagsruhe und einen freien Nachmittag in der Woche fest. Die große Lücke des Gesetzentwurfs besteht jedoch darin, daß er nur die Gesamtarbeitszeit einer Woche regelt, aber keinerlei Bestimmungen über den Ladenschluß enthält, so daß die tägliche Arbeitszeit unregelmäßig bleibt und die Kontrolle, ob wirklich der einzelne Handelsangestellte nicht länger als 60 Stunden arbeitet und seinen freien Nachmittag erhält, außerordentlich erschwert ist. Nur für jugendliche männliche Angestellte unter 16 Jahren und für weibliche Angestellte unter 18 Jahren besteht die gesetzliche Bestimmung, daß sie nicht länger als 14 Stunden täglich beschäftigt sein dürfen. Auch die Pausen sollen für alle Angestellten gesetzlich geregelt werden, und zwar sollen sie je nach der Dauer der täglichen Beschäftigungszeit $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Stunde mindestens betragen. Die Ausnahmen von der Sonntagsruhe bestehen nur für jüdische Geschäfte, wenn diese dafür den Sabbath frei geben, für bestimmte Zweige des Straßenhandels, für den Zeitungsverkauf, Sportgeschäfte sowie für Restaurants und Erfrischungsräume. Die Lücke, die das Gesetz betr. den Ladenschluß enthält, soll durch ortstatutarische Bestimmungen ausgefüllt werden können, denn das Gesetz sieht vor, daß die Lokalbehörden, falls zwei Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber zustimmen, für alle Geschäfte der Stadt oder für bestimmte Branchen den Ladenschluß regeln können. Doch soll der Schluß nicht vor 7 Uhr abends und an einem Tage der Woche nicht vor 1 Uhr mittags angelegt werden dürfen. Der Gesetzentwurf gelangte am 31. März im Unterhause in die erste Lesung und fand bei allen Parteien, von den Tories bis zu den Arbeiterabgeordneten, eine wohlwollende Aufnahme, so daß sich sofort ohne Widerspruch die 2. Lesung anschließen konnte und der Entwurf dem Hause als „großem Komitee“ zur Weiterbehandlung überwiesen wurde.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Holland. Bei der Revision des niederländischen Fabrikgesetzes hat das Parlament einige Beschlüsse gefaßt, welche die vom Arbeitsminister eingebrachte Vorlage noch wesentlich im sozialen Sinne erweitert haben. Die wichtigsten Verbesserungen sind folgende: Das Schutzealter der Kinder wurde vom 12. auf das 13. Lebensjahr erhöht. Die Dorfmaderei wurde mit in das Arbeitsgesetz einbezogen, und dadurch werden für viele landwirtschaftliche Arbeiter die Arbeitsbedingungen bedeutend verbessert. Für Frauen und Jugendliche wurde als Maximalarbeitszeit 10 Stunden pro Tag (bis jetzt 11 Stunden) und 58 Stunden pro Woche festgesetzt. Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach verheiratete Frauen an den Sonnabenden nur bis 1 Uhr mittags beschäftigt werden dürfen, wurde angenommen. Diese Bestimmung kann für bestimmte Betriebe auch auf nicht verheiratete Frauen und jugendliche Personen ausgedehnt werden. Die Nachtarbeit in Glasfabriken wurde für Jugendliche ganz verboten.

Arbeiterschutz in Indien. Die ersten Anfänge einer Arbeiterschutzgesetzgebung werden sich nach langen Bemühungen jetzt

auch in Indien durchsetzen mit der kürzlich zum Gesetz erhobenen Regelung der Arbeitszeit in den Textilfabriken. In der indischen Textilindustrie herrschte bis jetzt eine 14–15 Stunden lange Arbeitszeit, und auch Kinder mußten sich ebenso lange wie die Erwachsenen, oft bis in die Nacht hinein quälen. Trotz vieler Widerstände hat die indische Regierung jetzt einem Gesetz zugestimmt, das im nächsten Jahr in Kraft tritt und das die Arbeitszeit der männlichen und weiblichen erwachsenen Textilarbeiter auf höchstens zwölf Stunden, die der Kinder auf sechs Stunden täglich festsetzt.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten und die weiblichen Angestellten.

Von Johanna Waescher, Rassel.

(Zur Angestelltenversicherung. XIV.)

Der Entwurf dieses Gesetzes, das den Privatbeamten beider Geschlechter eine bessere Sicherung in den Tagen der Erwerbsunfähigkeit bringen soll, ruft besonders große Bedenken bei den in Frage kommenden Kreisen der weiblichen Privatbeamten hervor. Der Entwurf sieht eine Zwangsversicherung vor, die alle Privatbeamten umfaßt, von der sich niemand ausschließen kann. Er bestimmt weiter, daß die Privatbeamten selbst alle Kosten der Versicherung allein durch ihre Beiträge zu decken haben, selbst die der Verwaltung. Wenn diese beiden Tatsachen zu Recht bestehen sollen, ohne Unzufriedenheit in weiten Kreisen der von dem Gesetz betroffenen Personen zu erwecken, so setzen diese Bestimmungen voraus, daß 1. bei einer vollständig gleichen Belastung durch Beiträge auch vollständig gleiche Leistungen allen Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts zuteil werden und daß 2. denen, welche die Kosten der Verwaltung tragen, auch ein weitgehendes Bestimmungsrecht über die Anlage des Vermögens und die Anstellung der Beamten zustehen muß und zwar wiederum allen Versicherten ohne Ausnahme.

Treffen diese beiden Grundforderungen, die an das neue Gesetz zu stellen sind, zu? Wir müssen diese Frage leider verneinen. Die weiblichen Versicherten, die man die gleichen Beiträge zu zahlen zwingt, sollen sich nicht der gleichen Leistungen nach dem Entwurf zu erfreuen haben, denn ihren Angehörigen soll nicht die Segnung der Hinterbliebenenrente zuteil werden, während sie zur Deckung der Kosten der Hinterbliebenenversorgung der männlichen Versicherten mit verpflichtet werden. Die hierdurch bedingte höhere Belastung beträgt für die lebigen Frauen nach den Berechnungen der Denkschrift 2% der Beiträge, so daß die lebigen Versicherten den 1,43fachen Betrag des von der Angestelltenversicherung festgesetzten Ruhegehaltsanspruchs erwerben könnten, wenn die von ihnen geleisteten Beiträge nur für sie zum Ruhegeld und zur Altersrente verwendet werden könnten. Ist eine solche ungerechte Behandlung gutzubeißen? Bedenkt man denn gar nicht, daß die weiblichen Versicherten ebenfalls sehr oft die gesetzlich verpflichteten Erhalter ihrer Angehörigen sind, so gut wie es der Mann gegenüber seiner Familie ist. Muß nicht dem Ehemann der weiblichen Versicherten unbedingt das gleiche Recht auf Witwenrente und auch der Empfang von Waisenrente zustehen auf Grund der von seiner Frau geleisteten Beiträge? Ist es überhaupt angängig im Rahmen dieses Gesetzes, das ein aufstrebender Stand für sich und seine Angehörigen erstrebt, von nachweisbarer Bedürftigkeit irgendwelche Leistungen abhängig zu machen? Doch wohl kaum.

Es ist also nur eine Forderung der Gerechtigkeit, die Hinterbliebenen aller Versicherten gleichzustellen. Befürchtet man auf Grund mangelnder oder unzureichender Unterlagen, daß die Hinterbliebenenversorgung aller Versicherten zurzeit nicht mit Bestimmtheit durchführbar ist und eine allzu große Belastung bedeutet, warum hält man dann beide Geschlechter nicht gleich in diesem Punkt? Das wäre möglich, wenn man zunächst nur den erbberechtigten Angehörigen aller Versicherten bei deren Tod die von diesen selbst entrichteten Beiträge, also die Hälfte der überhaupt geleisteten Zahlungen mit Zinsen zurückzahlen würde und wenn man allen Waisen eine Rente bewilligte, die entschieden höher sein müßte, als sie nach dem Entwurf in Aussicht genommen ist.

Was würde durch eine derartige Regelung der Hinterbliebenenversorgung erreicht werden können? Zunächst, daß nicht ein großer Teil der Versicherten, nämlich alle die, welche ledig sterben, gegenüber den Verheirateten so stark benachteiligt werden, daß sie ihren Angehörigen, deren Verfolger sie vielleicht waren, auch ein Kapital

hinterlassen, das diese vor augenblicklicher Not schützt und das ihnen vielleicht auch in Form einer Leibrente ausbezahlt werden kann. Weiter wird die erhöhte Waisenrente den Müttern mehrerer Kinder, so lange sie für diese zu sorgen haben, einen Ersatz für die in Wegfall gekommene Witwenrente sein können und ihr das Leben so lange erleichtern, wie die Sorge für die Kinder sie am eigenen Erwerb hindert. Durch den Wegfall der Witwenrente, die nach der angestellten Berechnung die größte Belastung unter den verschiedenen Arten der Hinterbliebenenversorgung darstellt, sie beträgt 1,8 %, könnten zugunsten der Erhöhung der Ruhegeldsbezüge der Versicherten Ersparnisse gemacht werden. Es würde dies selbst bei einer Erhöhung der Waisenrenten noch möglich sein, weil diese stets nur für eine beschränkte Zeit, im Höchstfalle 18 Jahre, in Betracht kommen. Auf diese Weise wäre eine höhere Leistung der Versicherung für die zunächst in Betracht kommenden Personen ohne Erhöhung der Beiträge denkbar.

Weiter muß die Verwaltung in höherem Grade von denen beeinflusst werden, die die Kosten dafür aufbringen müssen. Sie haben das größte Interesse an sparsamer Verwaltung und müssen daher in der Lage sein, diese so praktisch gestalten zu können, daß sie der aufsichtführenden Behörde keinen Anlaß zu Beanstandungen gibt. Dazu gehört, daß durch das Gesetz die Selbstverwaltung in weitgehendstem Maße garantiert wird; das ist eben nach dem Entwurf nicht möglich. Ist es nicht auch ein Widerspruch, daß die Versicherten, denen selbst nur ein bescheidener Teil ihres Gehaltes als Ruhegeld durch das Gesetz garantiert wird, nämlich eine Durchschnittsrente in Höhe von 42 % ihres Gehaltes, gehalten sein sollen, ein Heer von Beamten, das nicht aus ihren Reichen hervorgeht, aus ihren Mitteln zu bezahlen und diesen die Gehalte und Pensionen von Staatsbeamten zu sichern (§ 105), denen als Höchstbetrag des Ruhegeldes 75 % des Dienst Einkommens gewährt wird?

Auch die Ausschaltung der Frauen von der Verwaltung der Versicherungsanstalt, soweit die höheren Instanzen in Frage kommen, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Zurücksetzung der weiblichen Versicherten, die ihnen angesichts der Tatsache, daß sie die gleichen Lasten der Versicherung tragen, nicht zugemutet werden darf. Jeder gerecht denkende Mann sollte sich hier zum Frauenanwalt machen und helfen, daß eine solche Ungerechtigkeit nicht in das Gesetz kommt und so für Jahrzehnte hinaus festgelegt wird. Über den Kreis der männlichen Versicherten hinaus müßte die offenbare Benachteiligung des weiblichen Geschlechts, wie sie aus dem Entwurf hervorgeht, den Widerspruch aller Halbbildenden Männer hervorgerufen, die in den gesetzgebenden Körperschaften sitzen. Sie sollten einmütig ihre Stimme erheben zugunsten des weiblichen Geschlechts und dafür eintreten, daß Gerechtigkeit die erste Tugend der Gesetzgeber sein muß, und sie selbst ihr auch in diesem Gesetze zum Siege verhelfen.

Fortsetzung der freiwilligen Kassenmitgliedschaft. Bei einem Streik hatten die Streikenden beschlossen, die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse aufrecht zu erhalten, woraufhin der Streikleiter die Streikenden mittels Liste bei der Krankenkasse anmeldete. Nachträglich fühlte sich jedoch ein Streikender beschwert, als er Beiträge zur Kasse zahlen sollte, und machte geltend, daß er nicht den Auftrag gegeben habe, für ihn die Mitgliedschaft fortzusetzen. Die von dem Streikenden angerufene Aufsichtsbehörde, das Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M., wies, wie das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ (Nr. 3 vom 21. Januar) mitteilt, die Beschwerde als unbegründet ab:

Wenn auch in § 27 Abs. 1 RVO. bestimmte Vorschriften darüber nicht enthalten sind, in welcher Weise die Anmeldung zur freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses zu erfolgen hat und daher eine bloße formlose Anzeige, durch welche jedoch die Absicht, sich die Wohltat des § 27 Abs. 1 in zweifelsfrei freier Weise zu erhalten, zum Ausdruck kommt, als genügend angesehen werden kann (vergl. Sahn Anmerk. 1, 1a RVO.), so ist doch bei der Anmeldung durch einen Dritten immerhin dessen Ermächtigung durch die anzumeldende Person als erforderlich zu bezeichnen. Daß aber der Streikleiter als zur Anmeldung ermächtigt zu gelten hatte, ist bereits früher ausgeführt worden. Einer schriftlichen oder ausdrücklichen Ermächtigung bedurften weder der Beschluß an sich noch der Auftrag; der Vorstehende und das tätig gewordene Verbandsmitglied hatten mindestens als stillschweigend ermächtigt zu gelten (vergl. § 167 BGB.). Gegen Treu und Glauben (§ 167 BGB.) würde es auch verstößen, wenn diejenigen Mitglieder, welche seinerzeit keinen Widerspruch gegen den Vorschlag des Leiters der Verbandsversammlung kundgaben, nachträglich geltend machen wollten, sie hätten nicht ausdrücklich zugestimmt. Die Fortsetzung der Mitgliedschaft sei auch in zweifelsfreier Weise kundgetan worden, da die Krankenkassenverwaltung die Meldungen unbeanstandet entgegengenommen und nicht erst einen Ausweis von dem Beauftragten verlangt habe, wozu sie au

sich berechtigt gewesen sei. Der Beschwerdeführer sei daher auch zur Beitragsleistung verpflichtet.

6. Allgemeiner Krankenkassen-Kongreß. Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen beruft für Sonntag, den 30. April 1911, vormittags 10 Uhr, nach Berlin einen Allgemeinen Krankenkassen-Kongreß mit folgender Tagesordnung:

1. Die Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstags.
2. Die Familienversicherung in den Krankenkassen als Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheiten.
3. Praktische Verwaltungsfragen auf dem Gebiete der Krankenversicherung.

Genossenschaftswesen.

Der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg, der von anderen zwar an Mitgliederzahl und Umsatz übertroffen wird, aber trotzdem wegen seiner zielbewußten Politik, den kleinen Nutzen des Tages hinten zu stellen, um eine große leistungsfähige Organisation zu schaffen, größte Beachtung verdient (vergl. „Soziale Praxis“ XVIII, 969), vermag wiederum auf ein günstiges Geschäftsjahr zurückzublicken. Der Umsatz stieg von 10 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 13,1 Millionen Mark im Jahre 1910. Die Mitgliederzahl stieg von 41 875 auf 49 312, von denen im Berichtsjahr 30 250 Waren bezogen. Auf das tausende Mitglied entfällt ein Umsatz von 393 M. gegenüber 358 M. im Vorjahr. Die Linie dieser Durchschnittsumsätze zeigt ein starkes Steigen, wohl eine Folge der besseren Propaganda unter den bereits gewonnenen Mitgliedern und der Errichtung neuer Warenabgabestellen. Der Prozentsatz der Nichtkäufer (38) ist derselbe wie im Vorjahre, aber geringer als in den früheren Jahren. Die Zahl der Läden beträgt jetzt insgesamt 98 (darunter 19 Schlächterläden, 8 Brolläden, 2 Grünwarenläden). Außer einem festen Rabatt von 4 % erhalten die Mitglieder noch eine Rückvergütung von 1 %. Als Geschäftsanteil sind 747 405 M. eingezahlt, für den Wohnungsfonds haben 1083 Mitglieder 130 092 M. eingezahlt. Die Sparbank begann das Jahr mit 4,46 Millionen Mark Einlagen. Es wurden 4,76 Millionen Mark eingezahlt und 3,7 Millionen M. abgehoben, so daß ein Bestand von 5,4 Millionen Mark verblieb. Mit den Zinsen beträgt er 5,59 Millionen Mark. Die „Produktion“ hat auf die Eigenproduktion stets besondere Sorgfalt verwandt. Diese verdient daher auch besonderes Interesse. Die Bäckerei setzte für 1,5 Millionen Mark um, 11,7 % des Gesamtumsatzes. Es arbeiten jetzt 9 Öfen lediglich für die Grobbrotabteilung. Die Errichtung einer zweiten Bäckerei ist in Vorbereitung. Der Gesamtumsatz der Schlächtereien betrug 3,8 Millionen Mark; davon entfallen 185 770 M. auf den Verkauf von Sand usw. und 476 000 M. auf Engrosverkäufe. Wie früher wurde der Bedarf an Schweinen ausschließlich direkt bei den Landwirten gedeckt. Die Nebenbetriebe: Tischlerei, Klempnerei, Schlosserei weisen Lohnsummen von 50 000 M., 30 000 M. und 60 000 M. auf, haben also ebenfalls eine ziemlich Ausdehnung. Eine eingehende Aufstellung über die Löhne zeigt, daß die „Produktion“ auch hierin vorbildlich ist. Auf die Bäckerei allein werden die Mehrkosten gegenüber einem entsprechenden Privatbetrieb auf 50 000 M. veranschlagt. Die Gesamtzahl der Angestellten beläuft sich auf 948. Im Betriebsjahr wurden Bauten im Werte von 750 000 M. errichtet.

— 88 —

Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine 1910 ist gegenüber 1909, wo er 74 915 813 M. betrug, auf 88 696 649 M., also um 18 %, gestiegen. Im Dezember 1910 betrug der Umsatz allein über 10 1/2 Millionen Mark. Das ist der höchste Monatsumsatz, den die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bisher erzielte. Die Bankabteilung hatte im Debet einen Jahresumsatz von 62 410 598 M., im Kredit einen Umsatz von 63 329 534 M. zu verzeichnen. Gegen ihr erstes Geschäftsjahr 1909 bedeutet das eine Steigerung von 78 und 81 %.

Holzserziehung.

Die ländliche Pflichtfortbildungsschule in Preußen. Der Gesetzesentwurf über die ortstatutarische Einführung ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen, Rheinland, Hohenzollern — Pfalz, Nassau, Schlesien, Hannover haben diese Einrichtungen schon — („Soziale Praxis“ XX, 825) gelangte am 4. April im Herrenhause zur Verhandlung. Die Agrarkommission, die den Entwurf vorher durchberaten hatte, be-

antragte dazu, daß auch an Sonntagen Unterricht erteilt werden könne. Die Aussprache im Herrenhause ergab erfreulicherweise, wie sehr die Bedeutung des Fortbildungsschulwesens allgemein anerkannt wird. Bemerkenswert sind u. a. die Äußerungen des Generalfeldmarschalls Grafen v. Haeseler, dem der Gesetzentwurf insofern nicht weit genug ging, als er es den Gemeinden überläßt, ob sie die Pflichtfortbildungsschule einführen wollen oder nicht, während Graf v. Haeseler wünschte, daß die Verpflichtung zur Errichtung solcher Schulen durch das Gesetz festgelegt werden sollte. Auch wünschte er den Fortbildungsunterricht nicht nur im Winter, wie das Gesetz vorsieht, sondern auch im Sommer. Dem in der Beratung des Gesetzes mehrfach zum Ausdruck kommenden Gedanken, als werde man mit der Fortbildungsschule auch den sozialdemokratischen Einflüssen auf die Jugend entgegenwirken können, trat Staatsminister Graf von Zedlitz und Trübschler entgegen, der darauf hinwies, daß man die Fortbildungsschule von solchen Nebenplänen freihalten müsse; diese Einwirkungen müßten andern Faktoren und sozialen Einrichtungen überlassen bleiben. Man müsse dahinstreben, daß sowohl die Hausväter wie die Jugend selbst Verständnis für die Fortbildungsschule bekommen. Darum sei er auch gegen den Sonntagsunterricht, denn die Jugend solle Freude an der Weiterbildung bekommen, würde aber den Sonntag nicht gern dafür opfern. — Der Gesetzentwurf wurde schließlich im wesentlichen nach der Regierungsvorlage nebst den von der Agrarkommission zugefügten Änderungen angenommen. Als Ergänzung wurde noch eine Resolution beschlossen, in den Fortbildungsschulen auch den Religionsunterricht einzuführen. Eine zu dem Gesetzentwurf eingereichte Petition dagegen, daß die Gemeinden den Pflichtbesuch auch für Mädchen anordnen können, wurde abgelehnt.

Die Forderungen der Frauen zum Preussischen Fortbildungsschulgesetz wurden in einer Versammlung vertreten, die der Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau, die Verbündeten Frauenvereine von Groß Berlin und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte gemeinsam am 4. April im Architektenhause zu Berlin veranstaltet hatten. Allgemein wurde die große Bedeutung des vorliegenden Gesetzentwurfs anerkannt, um so mehr aber der Ausschluß der Frauen bedauert. Das Hauptreferat erstattete Prof. Dr. Ernst Franke, der den engen Zusammenhang zwischen Arbeiterschul- und Fortbildungsschule einerseits und Entwicklung der Industrie andererseits darlegte, indem er von den ersten Anfängen des englischen Kinderschutzes an bis auf die Neuzeit darlegte, wie man immer mehr durch Schutzgesetze und Bildungszwang das Kind und die Jugendlichen vor der Zerstörung durch zu frühzeitige Fabrikarbeit zu schützen suchte. Allgemein werde jetzt anerkannt, daß die Fortbildungsschule mit freiwilligem Besuch nicht ausreiche, sondern daß die Pflichtfortbildungsschule eingeführt werden müsse. Was aber den Knaben recht sei, sei auch den Mädchen billig, da auch sie in immer stärkerem Maße in das Erwerbsleben gezogen werden. — In den drei folgenden Referaten wurden dann im einzelnen die Forderungen aufgestellt, die man im Interesse der ungelerten Arbeiterinnen, der gelernten Arbeiterinnen sowie der weiblichen Handelsangestellten zu dem vorliegenden Gesetzentwurf erheben müsse. Nach kurzer Diskussion, meist in zustimmendem Sinne, wurde die folgende Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Da der Ausschluß der gewerblich und kaufmännisch tätigen weiblichen Jugend von dem Segen des Fortbildungsschulzwanges eine materielle und geistige Benachteiligung der Frau gegenüber dem Manne und zugleich eine Schädigung der Volkswirtschaft und der nationalen Kultur bedeutet, so fordert die Versammlung die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges in demselben Umfange wie für die männliche auf die gewerblich und kaufmännisch tätige weibliche Jugend durch Landesgesetz. In Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern wäre die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuführen, kleineren Gemeinden könnten Übergangsfristen bewilligt werden.

Die Versammlung fordert ferner, daß die Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen in demselben Umfange wie die für die Knaben einen fachlichen Charakter tragen und daß im Interesse einer gesunden Entwicklung des Fortbildungsschulwesens und zur Förderung von Handel und Gewerbe das preussische Fortbildungsschulwesen auch weiterhin dem Handelsminister unterstellt bleibt.

Die Versammlung lehnt die Einführung des Religionsunterrichts in die Fortbildungsschulen ab.

In die Schulvorstände der Fortbildungsschulen sind auch fachmäßig geschulte Frauen aufzunehmen.

Die auf Anregung von Berliner Frauen ausgehende Rundgebung erfährt insofern eine Unterstützung aus ganz Preußen, als über 60 große Frauenverbände, Lehrerinnenvereine, Fachorgani-

sationen u. a. Sympathieerklärungen und Zustimmungsabreden eingeschickt hatten.

Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen. Im Herrenhause gelangte am 4. April ein Gesetzentwurf zur Annahme, der die Bestimmungen über die Schulpflicht der blinden und taubstummen Kinder regelt. Wie der Kultusminister v. Trotti zu Solz ausführte, bedeutet dieser Gesetzentwurf allerdings einen starken Eingriff in die elterliche Gewalt, da diese Kinder vielfach in Anstalten erzogen werden müßten, also eventuell auch gegen den Willen der Eltern in die Anstalten gebracht werden sollen. Die Provinzialverbände und Kommunalbehörden sorgen bereits in umfassender Weise für die blinden und taubstummen Kinder. Trotzdem bleiben noch zahlreiche dieser Kinder ohne die genügende Schulbildung, weil eben die Eltern bisher nicht zur Einschulung ihrer Kinder verpflichtet werden konnten. Hier soll das Gesetz Änderung schaffen. Die Mehrkosten, die den Provinzen und Gemeinden dadurch entstehen, würden 250 000 M. betragen. — Von der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses war beantragt worden, zu diesen Mehrkosten auch den Staat heranzuziehen, doch wurde dieser Antrag infolge des Widerspruchs der Regierung wieder zurückgezogen, da die Kostendeckungsfrage für die Provinzen bereits durch das Dotationsgesetz geregelt sei. Die Verrechnung zwischen den Kommunalverbänden, den Ortsarmenverbänden und den Unterhaltspflichtigen der Kinder wird in einem besondern Paragraphen des Gesetzes geregelt. Das Gesetz wurde mit geringen Abänderungen in der Form der Regierungsvorlage angenommen. Es soll mit dem 1. April 1912 in Kraft treten. Als Ergänzung zu dem Gesetz wurde eine Resolution angenommen, worin die Staatsregierung ersucht wird, der Beschulung und der Ausbildung der Kinder, die zugleich taubstumm und blind sind, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und nachhaltige Förderung angedeihen zu lassen. Sobald sich die Ausbildungsmethode im allgemeinen bewährt hat und die Anstaltsunterbringung auch der Taubstummblinden sich ermöglichen läßt, soll auch für sie die Verpflichtung zum Schulbesuch in ähnlicher Weise festgesetzt werden, wie in dem vorliegenden Entwurf.

Volksgesundheit.

Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

Nach der vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Statistik kamen im Jahre 1909 auf 10 000 Versicherte 69 in Heilbehandlung genommene Personen gegenüber 9 im Jahre 1897. Im ganzen wurden 1900 101 158 Personen in Heilbehandlung genommen, davon 42,45% wegen Lungentuberkulose, 57,55% wegen anderer Krankheiten. Von den ersteren wurden fast alle in Kranken- und Genesungshäusern oder Heilstätten behandelt, von letzteren nur 58,40%. Die große Verbreitung der Tuberkulose beweist die Tatsache, daß noch immer von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, Industrie- und Baugesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei Drittel) an Lungentuberkulose leiden, und ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während in den Altersklassen von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 vom Hundert) und in den Altersklassen von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 vom Hundert aller invaliden Frauen die Invalidität auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Die Kosten für die 1909 in Heilbehandlung genommenen Personen betrugen 24 275 577 M., von denen etwa zwei Drittel auf die Behandlung der Lungentuberkulosen entfielen. Einen Teil dieser Kosten (4,9 Millionen Mark) haben Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden usw. kraft Gesetzes oder auf Grund einer Vereinbarung erstattet. Seit 1897 sind die Gesamtkosten um mehr als das Zwölfwache gestiegen, die Ersparleistungen sind siebenundzwanzigmal größer geworden und die Angehörigenunterstützungen haben den vierundsechzigfachen Betrag erreicht. Die Kosten der Heilbehandlung betrugen 1909 10,3% der Beitragseinnahmen und 12,3% der Rentenzahlungen, während sie 1897 nur 1,6% der Beitragseinnahmen und 3,4% der Rentenzahlungen ausmachten.

Die Kosten für allgemeine Zwecke der Krankenfürsorge betrugen 1909 896 535 M., davon 288 449 M. zur Verbesserung der Krankenpflege auf dem Lande als Beihilfen an Frauenvereine, Krankenpflegestationen, Gemeindepflegestellen, Kirchengemeinden usw.; 455 179 M. an Krankenfürsorge-Vereine und -Einrichtungen, von denen mehr als die Hälfte dieses Betrags (288 365 M.) wiederum

zur Bekämpfung der Lungentuberkulose diente in Form von Beihilfen und Beiträgen an Vereine, Ausschüsse usw., die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Lungenheilstätten, Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, Wald- und Tageserholungsstätten zu errichten und zu unterhalten; 167 814 M zur Bekämpfung anderer Krankheiten (Alkoholmißbrauch, Geschlechtskrankheiten, Lupus) und für verschiedene Zwecke; 3770 M Beihilfen zu den Kosten der Wohnungsdesinfektion beim Wohnungswechsel von Personen mit vorgeschrittener Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose; 148 137 M für Zahlung eines erhöhten Krankengeldes (§ 21 Abs. 1 Ziff. 3 RVO.).

Die im Kampfe gegen die Lungentuberkulose von den Versicherungsträgern zum Baue von Lungenheilstätten, Invalidenhäusern für lungenkranke Rentenempfänger, ländlichen Kolonien usw. hergegebenen Darlehen beliefen sich am Schlusse 1909 auf 13 062 625 M und sind zum größten Teile an Heilstättenvereine hergegeben worden. Vereinzelt sind an diesen Darlehen auch politische Gemeinden und Einzelpersonen, insbesondere Ärzte, beteiligt. In den meisten Fällen haben sich die Versicherungsträger bei Eingabe der Darlehen besondere Vergünstigungen (mäßige Verpflegungssätze für eine Anzahl von Betten) ausbedungen.

Was die Erfolge anlangt, so unterscheidet die Statistik einen Anfangs- und einen Dauererfolg. Ein Anfangserfolg wird als vorliegend angenommen, wenn bei der Entlassung aus einer ordnungsmäßig durchgeführten, d. h. nicht vorzeitig abgebrochenen Heilbehandlung Erwerbsfähigkeit im Sinne des § 5 Abs. 4 des RVO. bestand, ein Dauererfolg, wenn dieser Zustand während der Nachprüfungszeit fortbestanden hat. Das Reichsversicherungsamt hat ferner mit den Versicherungsträgern vereinbart, eine Nachprüfung des Heilerfolges während fünf aufeinanderfolgender Kalenderjahre am Schlusse der einzelnen Jahre, das erstmalig am Schlusse des Behandlungsjahrs, vorzunehmen. Dadurch soll festgestellt werden, ob die mit Erfolg behandelte Person erwerbsunfähig geworden oder gestorben ist. Wo eine Nachprüfung ausnahmsweise nicht durchführbar war, scheidet der betreffende Fall für die Beurteilung der Dauererfolge aus, d. h. er wird von der Gesamtzahl der Behandelten in Abzug gebracht. Ebenso zählen Wiederholungen der Heilbehandlung wegen derselben Krankheit grundsätzlich als Mißerfolge der ersten Behandlung, obwohl, insbesondere bei der Lungentuberkulose, oft gerade erst durch die Wiederholung der Dauererfolg gesichert wird.

Der Anfangserfolg betrug 1897: 68% der Behandelten, 1901: 77%, 1905: 82%, in den letzten Jahren mehrfach 83%. Die Dauererfolge sind in den letzten 4 bis 8 Jahren durchweg besser geworden, was nicht allein auf die sorgfältigere Auswahl des Krankenmaterials, sondern auch auf die Ausgestaltung des Heilverfahrens, das an der Hand der gemachten Erfahrungen von Jahr zu Jahr vollkommener geworden ist, zurückzuführen ist. Ein Vergleich der Erfolge beim Abschlusse der Behandlung mit den Erfolgen, die am Schlusse des fünften Beobachtungsjahrs noch übrig sind (Enderfolge), ergibt auf Hundert der ständig behandelten Personen folgendes:

Beobachtungsperiode	Anfangserfolg	Enderfolg	Unterschied zwischen Anfangs- und Enderfolg
1897 bis 1901	68	27	41
1898 bis 1902	74	31	43
1899 bis 1903	74	32	42
1900 bis 1904	72	31	41
1901 bis 1905	77	34	43
1902 bis 1906	78	42	36
1903 bis 1907	80	45	35
1904 bis 1908	79	46	33
1905 bis 1909	82	46	36

Hier tritt die Besserung der Enderfolge in den letzten Jahren deutlich hervor.

In der Statistik für 1909 ist zum ersten Male dargestellt, wie sich die behandelten Lungentuberkulösen beim Beginne und beim Abschlusse einer ordnungsmäßig durchgeführten Heilstättenkur auf die Stadien der Turban-Gerharbischen (Kaiserliches Gesundheitsamt) Stadieneinteilung verteilen. Diese Einteilung gliedert die Lungentuberkulösen je nach der Schwere der Erkrankung in drei Stadien, deren Merkmale auf der VI. Internationalen Tuberkulosekonferenz, die im September 1907 in Wien stattfand, vereinbart

worden sind. Da sowohl beim Beginn als auch beim Abschlusse der Behandlung das Stadium der Lungentuberkulösen von einem Heilstättenarzte festgestellt wird, so ermöglicht die Darstellung der gesamten Stadienveränderungen, die sich nach der Behandlung aller Kranken ergeben, ein sicheres Urteil über den Erfolg oder Misserfolg der Heilstättenbehandlung. Mit zwei Ausnahmen haben sämtliche Versicherungsträger die Anwendung der Stadieneinteilung für das Behandlungsjahr durchgeführt. Nach Ausscheidung aller zweifelhaften Fälle erstreckt sich diese Statistik auf 35 145 Personen.

Beim Beginne der Behandlung befanden sich im Stadium I 17 841 Personen, im Stadium II 12 560 und im Stadium III 4744 Personen. Im ganzen wurden 29 129 Personen wieder so weit hergeführt, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetz in absehbarer Zeit nicht zu befürchten war, während bei 6016 Personen ein Heilerfolg im Sinne des Gesetzes nicht erzielt wurde. Die Darstellung zeigt, daß eine Verschiebung in die Stadien 0 und I und wahrscheinlich auch in das Stadium II stattgefunden hat, daß also ein Erfolg der Heilbehandlung unverkennbar ist.

Ende 1909 besaßen 27 Versicherungsträger 71 eigene Heilstätten, von denen 37 ausschließlich für Lungentuberkulöse bestimmt waren. Für den Bau sämtlicher Heilstätten sind von den Versicherungsträgern bisher nahezu 62 Millionen Mark verausgabt worden.

Davon entfallen auf die Kosten für den Grund und Boden — Bau-, Garten- und Ackerland, teilweise auch Waldbestand — fast 6 Millionen Mark, auf die Kosten für Einrichtung sämtlicher Gebäude nahezu 51 Millionen Mark und auf die Kosten für die innere Einrichtung über 6 Millionen Mark. Der gesamte Grund und Boden umfaßt mehr als 1450 ha. Der Betrieb der Heilstätten erforderte im Jahre 1909 10 1/2 Millionen Mark, wovon 7,8 Millionen Mark auf die Lungenheilstätten und 2,7 Millionen Mark auf die Genesungsheime usw. entfielen. In diesen Beträgen ist die Vergütung des Anlagekapitals miteinhalten, und zwar 3 v. H. der gesamten Anschaffungskosten einschließlich der Baukosten und außerdem noch 1 v. H. der Baukosten allein.

In allen Heilstätten (abgesehen von 2 in der Einrichtung begriffenen und der Walderholungsstätte der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, in der nur eine Tagesverpflegung stattfindet) standen Ende 1909 im ganzen 7294 Betten zur Aufnahme von Kranken zur Verfügung. Hiervon entfielen auf die Lungenheilstätten 4423 Betten (3134 für Männer und 1289 für Frauen), und auf die Genesungs- und Krankenheime usw. 2871 Betten (1954 für Männer und 1117 für Frauen). Die auf das Jahr 1909 entfallenden Verpflegungstage betrugen 2 196 671, von denen auf die in Lungenheilstätten verpflegten Kranken 1 462 316, auf die übrigen Kranken 734 375 Tage entfielen.

Ein Arbeitszwang besteht in mäßigem Umfange nur in einzelnen Heilstätten von fünf Versicherungsträgern. Die Arbeit wird bei diesen ärztlich verordnet und gilt als Heilsfaktor. Bei einer weiteren Versicherungsanstalt wird nur ein kleiner Teil der Tagespatienten einer Heilstätte — etwa 16 — beschäftigt. Die Arbeit wird auch hier vom Arzte verordnet und kontrolliert. In allen diesen Anstalten werden vorzugsweise Feld-, Wald-, Garten- und Hausarbeiten, in einzelnen Fällen auch Werkstattarbeiten verrichtet. Die Arbeitsdauer in den einzelnen Heilstätten ist verschieden. Im Höchsthalle beträgt sie 5 1/2 Stunden, im niedrigsten 1/2 bis 1 Stunde. Die Arbeitsdauer der Frauen ist durchschnittlich geringer als die der Männer. Eine geringe Vergütung — etwa 10 Pf. die Stunde — für die von den Pflegenden geleistete Arbeit wird in zwei Fällen gezahlt. Zwei Versicherungsträger haben je einen Mann wegen Verweigerung der ärztlich verordneten Arbeit strafweise aus der Heilbehandlung entlassen.

Der Berliner Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus beschloß, die sonst regelmäßig in der Woche nach Ostern in der Berliner Universität mit so großem Erfolge abgehaltenen fünftägigen wissenschaftlichen Vorlesungen in diesem Jahre ausfallen zu lassen mit Rücksicht auf die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden und den Internationalen Gouttemplertag in Hamburg (8.—14. Juni), die beide in reichhaltigstem Maße Veranstaltungen zum Studium der Alkoholfrage treffen. Zu Ostern 1912 soll dann der Kursus mit dem Kongreß für alkoholfreie Jugenderziehung verbunden werden, dem schon jetzt das lebhafteste Interesse der Behörden, der Pädagogen und der Ärzte gehört.

Unentgeltliche Getränke für städtische Arbeiter in Karlsruhe. Der dortige Stadtrat hat neuerdings beschlossen, den Arbeitern bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr während der Frühstücks- und Mittagspausen und den Arbeitern des städtischen Hafenamts zu bestimmten Stunden des Tages warme und durstlöschende Getränke (Zee) auf Kosten der Stadtkasse unentgeltlich abzugeben, wie dies ähnlich bei anderen städtischen Betrieben (Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk) bereits eingeführt ist.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Petitzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Berufse.

Von
Paul Dehn.

Preis 2 Mark.

Inhalt: Geschichtliches: Kapitän Boycott. — Das Ausschalten in der Zukunft. — Die Absonderung der Ausländer. — Ältere Arbeiterklagen. — Kirchlicher Bann, Interdikt, Exkommunikation. — Die erste kirchliche Berufsaufrufung. — Der erste Bitterverruß: Nordamerika gegen England. — Der erste kirchliche Beruf. — Die Kontinentalperre. — Andere Bitterverruße. — Gesellschaftsverruße: Der Arbeiterverruß bei den Chartisten. — Der Arbeiterverruß bei den Nordamerikanern. — Der Arbeiterverruß bei den Sozialdemokraten in Deutschland. — Sozialdemokratische Bier- und Branntweinverruße. — Der Verruß in sozialdemokratischer Auffassung. — Die Stellungnahme der Gewerkschaften. — Politische Verruße. — Gegenverruße. — Arbeiterverruß in Italien. — Mittelbare Verruße durch die Arbeiterkontrollmarke. — Käuferbünde. — Andere Verruße im Erwerbsleben. — Verruße in der Presse. — Andere Verruße in der Gesellschaft. — Gesetzgebung und Rechtsprechung: Begriff des Verruße. — § 153 der Gewerbeordnung. — Die Rechtsprechung des Reichsgerichts. — Zur Beurteilung politischer Verruße. — Gesetzesvorschläge. — Der Verruß als unberechtigte Störung des wirtschaftlichen Friedens. — Anläufe in Österreich. — Die Rechtsprechung in der nordamerikanischen Union. — Bitterverruße: Verruß der Portugiesen gegen die Engländer. — Verruß der Griechen gegen Frankreich. — Verruß der Iren gegen England. — Verruß der Griechen gegen Deutschland. — Verruß der Engländer gegen Deutschland. — Verruß der selbständigen Doodarbeiter gegen England. — Verruß der Sozialdemokraten gegen Spanien. — Verruß Frankreichs gegen Argentinien. — Verruß der Schweden gegen Deutschland. — Deutsche Berufsverruße. — Dänische Verruße gegen Deutschland. — Der tschechische Beruf. — Der polnische Beruf. — Panlawistische, madjarische, österreichische, kroatische Berufsverruße. — Der italienische, türkische und serbische Beruf gegen Österreich. — Der türkische Beruf gegen Griechenland. — Der Verruß der Inder gegen die deutsche Ostafrikalinie. — Kleine Verruße. — Der indische Beruf gegen die Engländer. — Der Verruß der Chinesen gegen die nordamerikanische Union, gegen Japan, gegen Siam und England. — Rückwirkungen. — Diplomatie und Verruß: Bitterverruß und Bitterverruß. — Diplomatische Beschwerden über Verruße von Seiten der österreichischen, ungarischen, griechischen, nordamerikanischen Regierung. — Ausblick.

Kongostaat und Kongoreform

Zwei Studien über die Entwicklung des Kongostaates von
Professor G. K. Anton in Jena und die Reformen im
Belgischen Kongo von Christian von Bornhaupt in Berlin.
Mit zwei Karten im Tegt. Preis 2 Mark.

Inhalt: Vorwort von G. K. Anton. — Die Entwicklung des Kongostaates von G. K. Anton. — Heutige Auffassung in Belgien. Vorbehalt. Literatur. — I. Keitern des Kongostaates als internationale Kolonie. — Berliner Konferenz und Generalakte. — Das Verhalten des Kongostaates entspricht anfangs seinen Verpflichtungen, aber nicht seinem wachsenden Finanzbedarfe. — Hohe Einnahmen, insbesondere durch die ägyptische Politik Leopolds erfordert, deren Entwicklung und Risiko. — Beschaffung der Mittel; Eisenbahn und Kaufhaus Domaniaproducte; Konzeptionsgesellschaften. Widersprüche mit der Berliner Akte, Wirkung auf die Eingeborenen. — II. Finanzielle Ergebnisse der Domaniapolitik. Wirkung auf den König. b) Verschönerung Belgiens und anderer. Sicherstellung der Kongomissionen vor den Leibeserben Leopolds und ihre Festlegung für die künftigen Projekte. Neue Beeinträchtigung des Freihandels. — III. Reaktion der kommerziellen und humanitären Interessen. Leopold verhindert einmütiges Vorgehen der Mächte gegen ihn. Bitterrechtliches und tatsächliches Verhältnis Belgiens zum Kongostaat. Einmischung Englands. Verhinderung Leopolds im belgischen Parlament. Englische Unternehmung; Gründung der englischen Kongoliga; amtliche Untersuchungskommission. Umkehrung der Stimmung in Belgien, das den Kongostaat übernehmen will. Widerstand des Königs, seine Dekrete, sein Kabinett und seine neuen Gesellschaftsgründungen. Leopold unterliegt, aber schwere Bedingungen der Übernahme. — IV. Keine verbindende Erklärung Belgiens bei der Übernahme. Enttäuschung in England. Seine Weigerung, die Annexionen anzuerkennen, führt zur Verhinderung eines Reformprogramms durch die belgische Regierung, das die englische Kongoreformbewegung nicht beschwichtigt. Bonnier Vorkonferenz im November 1903. — Gründung der deutschen Kongoliga; keine Unfreundlichkeit gegen Belgien. Beurteilung des Reformprogramms. Politische Lage und Richtlinien für die deutsche Politik. — Karten zur Entwicklung des Kongostaates und zu den Reformen. — Die Reformen im belgischen Kongo von Chr. von Bornhaupt. — I. Einleitung. Der völkerechtliche Charakter des belgischen Kongo. Finanzielles Verhältnis der Kolonie zum Mutterlande. — II. Die neuere gesetzliche Regelung der Eingeborenenfrage. — III. Die auf den Handel bezüglichen neueren Verordnungen. — IV. Schlussfolgerungen.

Soeben ist erschienen:

Moral u. Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.

Von
Dr. Franz Meisel,

Oberfinanzrat der I. Finanz-Präsidialrat in Prag.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Einleitung. (Steuergerechtigkeit, Einkommensteuer, Steuermoral und Steuertechnik.) — II. Steuermoral? (Ergebnisse der Beanstandung.) — III. Der Fiskalismus und die legale Steuerentlastung. (Die Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens.) — IV. Die rechtswidrige Entlastung und das strafbare Unrecht. (Die Ergebnisse des Strafverfahrens.) — V. Die Stellung und die Stärke der Parteien. — VI. Rückblick.

Kürzlich ist erschienen:

Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten
:: Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

(Staats- u. sozialwissenschaftliche Forsch. Heft 151.)

Preis: 5 Mark.

An der Zentrale für Sänglingsfürsorge in Bayern e. V. ist die Stelle eines

Geschäftsführers

durch eine jüngere Kraft zu besetzen. Praktisch oder sozial (nationalökonomisch) vorgebildete Persönlichkeiten werden eingeladen ihre Bewerbungen mit Angabe des Bildungsganges und der Gehaltsansprüche zunächst nur schriftlich einzusenden an die Geschäftsstelle der Zentrale für Sänglingsfürsorge in Bayern e. V. München, Reuders 1/1.

Ältere Jahrgänge der „Soz. Praxis“ 1902/03 halb, 1903/04 bis 1909/10 vollständig, sämtlich gut gebunden, billig zu verkaufen. Näheres u. H. K. 138 an Robert Müller, Leipzig, Dresdnerstr. 17.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage
der Deutschen Vereinigung verfaßt

von
Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort
des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung
Grafen zu Hohenbrock-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellenangabe. — I. Geschichtliches über Deutschtum und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der preussische Staat und das Polentum. B. Polen und Deutsche. — III. Die Polengefahr. — IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung ist Protogermanisierung. — VI. Schule und Deutschtum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — IX. Schlusswort.

Der Einfluß

der

Bank- und Geldverfassung auf die Diskontopolitik

im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Von

Preis: 3 Mark.

Georg Schmidt.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Literatur. — Einleitung. — I. Begriff und Wesen des Diskonts. Der Wechsel. Die Wechseldiskonture: Börse und Banken. Bankdiskont und Marktdiskont. — II. Die Notenbanken und ihre Diskontopolitik. Die Banknoten. Die gesetzlichen Vorschriften über die Notenbanken. — Ausführung. — Erster Teil: Die Geld- und Notenbankgesetzgebung und die bankpolitischen Grundsätze der Zentralnotenbanken, soweit sie auf die Diskontbewegung einen Einfluß ausüben, in den einzelnen Ländern. England. Deutschland. Frankreich. Österreich-Ungarn. Niederlande. Belgien. — Zweiter Teil: Zusammenfassende Vergleichung der Gründe der Diskontbewegung, welche in der Geld- und Notenbankverfassung liegen. A. Vergleichung der Diskontbewegung in den sechs Ländern. B. Die Gründe der Diskontbewegung. Die Diskontopolitik und ihre beiden Hauptziele. Verschiedenes Verhalten der einzelnen Zentralbanken in der Verfolgung dieser beiden Ziele. Die Regulierung des Standes der Devisenkurse. Die Anpassung der Kreditnachfrage an die verfügbaren Kreditmittel der Banken. a) Die Kreditmittel und ihre Bedingungen. a) Die Bedingungen. f) Vergleichung der Kreditmittel. b) Die Inanspruchnahme des Kredits der sechs Banken im Vergleich. — Schlussbetrachtung. — Nachtrag: Das Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. Juni 1909 und seine voraussichtlichen Einwirkungen auf die Bank- und Geldverfassung Deutschlands, auf die Diskontopolitik der Reichsbank und auf die Bewegung des Bankdiskonts.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, in Berlin W. 8, Mauersstr. 43. 44.

Dieser Nummer ist ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin über Ewald, Soziale Medizin beigelegt.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Gesellschaft für Soziale Reform.
Einladung zur fünften Generalversammlung am 11.—13. Mai in Berlin 897
Die Kassenbeamten und das Einführungs-gesetz zur Reichs-versicherungsordnung. Von Professor Dr. Stier-Somlo, Bonn 899
Allgemeine Sozialpolitik 904
Sozialpolitik und sozialpoli-tische Fakten.
Die Handwerkerkonferenz.
Die freie kirchlich-soziale Konferenz.
Tariffvereinbarungen zwischen Arbeit-gebern und Arbeitern 906
Die Fleischerinnung in Frank-furt a. M. gegen Tarifverträge. Von Arbeitersekretär Johannes Heiden, Frankfurt a. M.
Der Arbeitslohnvertrag für das Dach-bedergewerbe im Bergischen Bezirk.
Eine Tarifbewegung in der Gärtnerei.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 908
Der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1910.
Aus der „Gelben“ Arbeiterbewegung im Essener Gebiet.
Streiks und Ausperrungen 909
Ein Kampf um die Koalitionsfreiheit in Eilenburg.
Die Gastarbeiterausperrung in Rammheim-Ludwigshafen.
Ein Streik bei der Danziger Schläu-werft.

Das Ende der Rührerausperrung in Leipzig.
Arbeiterversicherung, Sozialwesen 910
Milderung einer Härte der Reichsversicherungsbildung. Von Regierungsrat Dr. Smidt, Vor-sitzender des Schiedsgerichts für die Arbeiterversicherung.
Arbeitslosigkeit und ihre Be-kämpfung 912
Arbeitslosenversicherung in Württem-berg.
Die Arbeitslosenfürsorge in Erlangen im Jahre 1910.
Die dänische Arbeitslosenversicherung im Jahre 1909.
Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 913
Die organisierte Lehrstellen-vermittlung für die Porz-elbeimer Bijouterieindustrie. Von Kooperator Dr. E. Jauch, Freiburg.
Ein gemeinsamer Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe in Groß-Berlin. Der Rheinische Arbeitsnachweisver-band.
Ein „Kaufmännischer und Technischer Hilfsverein“ zur Umgehung des Stellenvermittlergesetzes. 915
Wohlfahrts-einrichtungen 916
Erholungsheime für Kaufleute.
Invalidenversicherung und Wohl-fahrtspflege.
Wohlfahrtsamt in Dären.
Der Verein Kinderbeschütz und Jugend-wohlfahrt in Hamburg.
Literarische Mitteilungen 916

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Gesellschaft für Soziale Reform.

Berlin, im April 1911.

Einladung zur fünften Generalversammlung
am 11.—13. Mai in Berlin.

Tagesordnung:

Die gewerblichen Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts im Alter
von 14 bis 18 Jahren.

Programm.

Donnerstag, 11. Mai.

Abends 8 Uhr: Begrüßung im Lehrervereinshaus (Alexander-
straße 41 am Alexanderplatz), veranstaltet von der Ortsgruppe
Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.

Vortrag des Herrn Stadtschulrats Dr. Michaelis: Der
gegenwärtige Zustand und die nächsten Aufgaben des

Berliner Fortbildungsschulwesens. Hierauf
gesellige Zusammenkunft.

Freitag, 12. Mai.

Vormittags 9 1/2 Uhr im Bürgersaal des Rathauses, Eingang
Königsstraße:

I. Hauptverhandlung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Staatsminister
Dr. Freiherrn v. Berlepsch und Begrüßung.
2. Erstes Referat: Berufsschutz der jugendlichen
Arbeiter, Hr. Obermedizinalrat Prof. Dr. von Gruber-
München.
3. Diskussion und Schlußwort.
4. Auswahlgewahlen.
5. Jahresberichte des Generalsekretärs und des
Schatzmeisters sowie Erteilung der Entlastung.

Abends 7 Uhr: Gemeinsames Essen im Lehrervereins-hause
(Alexanderstr. 41 am Alexanderplatz; Anmeldungen [Couvert
2 M 50 Pf.] werden schon am Vorabend erbeten).

Samstag, 13. Mai.

Vormittags 9 1/2 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Eingang
Königsstraße:

II. Hauptverhandlung:

1. Zweites Referat: Die Fortbildungsschule,
Hr. Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Cuno-
Hagen.
2. Drittes Referat: Jugendpflege, Hr. Walter
Claffen, Leiter des Volksheims in Hamburg.
3. Diskussion und Schlußwort.
4. Schluß der Verhandlungen durch den Vorsitzenden.

An beiden Verhandlungstagen wird eine Frühstückspause zu
angemessener Zeit eingelegt.

Zur Einführung in die Verhandlungen sind nachstehende Schriften
(Heft 33—36) der Ges. f. Soz. Ref. erschienen:

Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland

(Verlag Gustav Fischer, Jena).

1. Arbeitsverhältnisse der der Gewerbeordnung unterstellten
minderjährigen Arbeiter. Von Dr. R. Wittmann.
2. Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen. Von
Amtsgerichtsrat Dr. P. Köhne.
3. Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen.
Von Dozent Dr. J. Kaup.
4. Bildung und Erziehung außerhalb der Schule. Von
H. Weidner.
- Im 5. Heft wird Landesgewerbe-
rat Dr. Kühne die Fort-
bildungsschule behandeln.

Ferner werden die Referate und Verhandlungen der General-
versammlung in stenographischer Wiedergabe veröffentlicht werden.

Zu zahlreicher Beteiligung laden Mitglieder und Gäste ein:
Der Vorsitzende der Gesellschaft Der Vorsitzende
für Soziale Reform der Ortsgruppe Berlin.
Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. Geh. Reg.-Rat Dr. Flüge.

Anfragen und Mitteilungen sind an den Generalsekretär Prof.
Dr. E. Franke, Berlin W. 30, Mollendorffstr. 29/30, zu richten.

Die Kassenbeamten und das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung.

Von Professor Dr. Etier-Somlo, Bonn.

Was würde man zu folgenden Gesetzesvorschlägen sagen: Das Preussische Richterbesoldungsgezet vom 29. Mai 1907 und die damit im Zusammenhang stehenden gesetzlichen Bestimmungen werden dahin geändert, daß die danach den einzelnen Richtern zukommenden Gehälter nach Maßgabe eines neuen Besoldungsplans gekürzt werden? Oder zu folgendem kleinen Entwurf: Sämtliche Regierungs-, Ober-Regierungs- und Geheimen Regierungsräte bei staatlichen Verwaltungen haben sich vom 1. April 1912 ab den Abzug von $33\frac{1}{3}\%$ ihres bei der Anstellung zugesagten bezw. gesetzlich normierten Einkommens gefallen zu lassen! Für beide „Entwürfe“: Will ein von diesen Bestimmungen betroffener lebenslanglich angestellter Beamter sich (diesen Vorschriften) nicht fügen, so wird ihm das Recht eingeräumt, jederzeit seine Entlassung fordern zu dürfen. In dem Streben, jede Härte zu vermeiden, soll es aber gestattet sein, die alten Bezüge noch für zwei Jahre zu zahlen, eventuell auch über die zwei Jahre hinaus; nur ist hierzu die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich. Nochmals: Was würde man zu diesen Vorschriften sagen? Mindestens, daß sie einen Bruch mit den Vorstellungen des Rechtsstaates seien.

Zur Beruhigung: Unsere Staatsbeamten werden durch solche Gesetzesentwürfe nicht heimgesucht, sie haben auch in Zukunft gewiß nichts zu fürchten. Ein anderes ist es freilich mit den Kassenbeamten. Was dort jedem Unrecht scheinen würde, wird hier für Recht gehalten. In dem Einführungsgezet (E.V.) zur Reichsversicherungsordnung (RVO.) sind Bestimmungen enthalten, die den soeben als undenkbar hingestellten Fällen auf ein Haar ähnlich sind. Sie sollen als Folgerung der Regelung gelten, die in den §§ 362 ff. RVO. beabsichtigt ist. Die Anstellungs- und Dienstverhältnisse solcher Kassenangestellten, welche als Staatsbeamte oder als Beamte des Gemeindeverbandes oder der Gemeinde anzusehen sind, sollen den Bestimmungen unterliegen, die für die bezeichneten Beamten in dem Bundesstaat oder dem Teile des Bundesstaats allgemein gelten, zu dem der Kassenbezirk gehört. Das Gleiche soll gelten von den Angestellten, denen der Entwurf der RVO. Rechte und Pflichten jener Gruppen von Beamten überträgt. Insofern ist keine besondere Regelung durch eine Dienstordnung nötig, wohl aber für die Angestellten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen, die nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind oder deren Rechte und Pflichten haben. Die Dienstordnung, die der Genehmigung des Ober-Versicherungsamts bedarf, regelt die Rechts- und die allgemeinen Dienstverhältnisse der Angestellten, insbesondere ihre Zahl, die Art der Anstellung, das Aufsteigen in höhere Stellen, den Besoldungsplan, Kündigung oder Entlassung und die Festsetzung von Strafen. Die oberste Verwaltungsbehörde kann allgemeine Bestimmungen darüber, welche geschäftliche Befähigung die mit der Kassen- und Rechnungsführung beschäftigten Angestellten oder Beamten haben müssen, erlassen. Artikel 29 des E.V. ordnet nun an, daß bei Genehmigung oder Feststellung der Dienstordnung das Ober-Versicherungsamt bestimmt, wie und bis wann die Dienstordnung den sämtlichen Angestellten der Kasse bekannt gemacht werden muß. Bei der Bekanntmachung müssen die Angestellten auf die Vorschriften der Artikel 30 bis 32 hingewiesen werden. Die Dienstordnung tritt mit Ablauf eines Monats nach dem gemäß Abs. 1 vom Ober-Versicherungsamt bestimmten Tage in Kraft.

Der Artikel 30 des E.V. zur RVO. will nicht nur auf die nach seinem Inkrafttreten neu angestellten Beamten, sondern auch auf alle diejenigen Angestellten angewandt werden, die beim Inkrafttreten der RVO. und der Dienstordnung bereits im Kassendienste stehen. Es wird behauptet, daß die gegenseitigen Beziehungen der Angestellten und der Kassen bisher durch privatrechtliche Verträge geregelt waren, deren Inhalt in manchen Punkten den Bestimmungen der Dienstordnung widerspricht. Es wird (Begründung S. 30) ein Muster, das sogenannte Düsseldorfser, angeführt, mit dem Zweifel darüber, ob einzelne Bestimmungen jenes Vertragsmusters mit der pflichtmäßigen Verwaltung vereinbar sind, für welche die vertragsschließenden Vorstandsmitglieder nach § 42 RVO. der Kasse haften wie Vormünder ihren Mündeln. Auch dürften derartige Verträge nach Ansicht der Begründung des Entwurfs gegen § 626 BGB. verstoßen, wonach bei Dienstverträgen jeder Teil das Dienstverhältnis dann ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen kann, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Vertragsbestimmungen könnten nach § 134 BGB. nichtig sein.

In keiner Weise soll bezweifelt werden, daß es auch Verträge gibt innerhalb der Krankenkassen, die mancherlei Bedenken gegen sich haben. Es ist aber gegen sie auf dem von der Begründung zum E.V. bezeichneten Wege, nämlich der §§ 134 und 626 BGB., §§ 42, 45 RVO. alles Nötige vorzunehmen. Wenn also privatrechtliche Abmachungen in Frage stehen, die sich als grober Mißbrauch darstellen, so wird der Schutz des Richters für sie nicht eintreten. Außerdem werden nach erfolgter Nachprüfung solcher Verträge die Beteiligten vielfach von den Aufsichtsbehörden zur Beseitigung der unzulässigen Vorschriften veranlaßt, und das kann auch in Zukunft jederzeit geschehen. Diese beiden Mittel: die zivilrechtliche Ungültigkeit des Vertrags und die Eingriffsmöglichkeit der Aufsichtsbehörde reichen aber m. E. vollkommen aus, um bedenkliche Verträge auszuschalten.

Indem der Artikel 29 E.V. bestimmt, daß die nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung erstmalig erlassene Dienstordnung an einem bestimmten Tage von selbst und zwar auch für die bereits vorhandenen Kassenangestellten wirksam wird, greift er in die Rechte der letzteren ein, soweit deren Vertragsverhältnisse sich nicht mit denjenigen decken, die die Dienstordnung enthält. Hieran wird dadurch nichts geändert, daß den vorhandenen Kassenangestellten eine vorherige „ausreichende“ Überlegungsfrist eingeräumt werden soll, in der sie sich frei darüber schlüssig machen können, wie sie sich zu den neuen Dienstverhältnissen stellen wollen. Denn in allen Fällen, in denen sie lediglich das Festhalten an ihren rechtsgültig geschlossenen Verträgen wünschen, diese aber mit der Dienstordnung nicht vollkommen übereinstimmen, ergibt ihnen ihre „Überlegung“ nichts anders als die Feststellung, daß sie wegen ihrer Vertragstreue von Gesetzes wegen ihrer Rechte verlustig gehen sollen! Das Ober-Versicherungsamt kann einen bestimmten Endtermin festsetzen, bis zu dem den Angestellten die nötigen Eröffnungen gemacht sein müssen. Der Umstand, daß die Dienstordnung der Genehmigung des Ober-Versicherungsamts unterliegen soll, soll als Gewähr dafür gelten, daß sie nur solche Bestimmungen treffen werde, welche jedem Angestellten der Kasse ohne Unbilligkeit zugemutet werden könnten, auch wenn seine früheren Vertragsbedingungen anders lauten. Damit ist von vornherein ein Moment der Rechtsunsicherheit gegeben, das das Verhältnis zu den Kassen und ihren Angestellten ungünstig beeinflussen muß. Kassenangestellte, die auf Grund eines privatrechtlichen Vertrags, der auf Seiten der Kassen, infolge ihrer Selbstverwaltung, zulässig war, engagiert worden sind, müssen sich danach eine Unterordnung neuer Bedingungen ihres Dienstverhältnisses gefallen lassen.

Artikel 31 E.V. zur RVO. trifft eine besondere Regelung über die Höhe der Bezüge. Sein Motiv ist, einen gleichmäßigen Zustand herbeizuführen, der den wirklichen Leistungen und Fähigkeiten der Angestellten sowie den Verhältnissen bei anderen Körperschaften entspricht. Es ist hierbei nicht beachtet, daß die Verschiedenheiten durch die außerordentlich verschieden gelagerten Verhältnisse der Kassen zum Teil mitbedingt sind und daß der erwähnte Grundsatz der Uniformierung in dieser Beziehung konsequenterweise dazu führen müßte, auch für die städtischen und ländlichen Kommunalverwaltungen einheitliche staatliche Besoldungsordnungen herzustellen. Denken wir uns doch einmal diesen Gedanken zu Ende! Der Staat erfordert nicht nur eine Besoldungsordnung für die mit Selbstverwaltung versehenen Kassen, sondern auch für die mit Selbstverwaltung bedachten Städte und Landgemeinden mit der Wirkung, daß diese nicht mehr und nicht weniger an Gehältern zahlen dürfen, als der staatlich genehmigte Besoldungsplan vorschreibt. Würde man da nicht die freie Auswahl des Beamtenkörpers hindern, das Recht jener Kommunen beseitigen, nach ihren wohl erkannten Bedürfnissen diejenigen Einnahmen für ihre Angestellten festzusetzen, die einen Anreiz auf besonders Befähigte ausüben? Könnte man da ernstlich noch von kommunaler Selbstverwaltung reden? Und mit der Selbstverwaltung der Kassen soll das vereinbar sein?

Die Regelung ist nun so beabsichtigt, daß die Bezüge der bereits vorhandenen Angestellten entsprechend dem Besoldungsplane neu geordnet werden. „Soweit sie hinter dessen Sätzen zurückbleiben, sind sie ohne weiteres auf diese zu erhöhen.“ Wenn die Bezüge aber höher sind, als der Besoldungsplan es zuläßt, so will der Entwurf auf eine Vorschrift verzichten, die den Kassenvorstand nötigt, allen Angestellten, die nicht in die Neuordnung ihrer Dienstbezüge willigen, so frühzeitig wie es nach dem Vertrage möglich ist, zu kündigen. Vielmehr bleibt es dem pflichtmäßigen Ermessen des Vorstandes überlassen, wie weit er von dieser seiner vertragsmäßigen Befugnis Gebrauch machen will. Im übrigen ist die Weiterzahlung der höheren Bezüge noch für zwei Jahre gestattet,

erst dann muß es sich der Angestellte gefallen lassen, kraft Gesetzes in den Besoldungsplan eingereiht zu werden. Will er dies nicht, so kann er vorher von seinem dienstordnungsmäßigen oder gegebenenfalls von demjenigen außerordentlichen Kündigungsrechte Gebrauch machen, welches ihm der Artikel 31 einräumt. Der Entwurf gestattet schließlich, daß die alten höheren Bezüge auch über die beiden Jahre hinaus weiter gezahlt werden können; nur verlangt er hierfür die Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Die Dienstordnung erfährt mit ihrem Besoldungsplane nicht nur die nach dem Inkrafttreten der RVD. abzuschließenden Anstellungsverträge, sondern auch die vor diesem Zeitpunkt geschlossenen. Da für diese rückwirkende Maßregel keinerlei zeitliche Grenze geschaffen wird, werden auch weit zurückliegende Verträge davon betroffen. Somit wird der Eingriff in die bestehenden Rechtsverhältnisse ganz ohne Rücksicht darauf vorgesehen, daß die Kassenbeamten und -angestellten lebenslanglich oder auf eine Anzahl von Jahren mit einer längeren oder kürzeren Kündigungsfrist angestellt worden sind.

Nach Genehmigung der Dienstordnung steht jeder Beamte und Angestellte vor einer Alternative: Entweder er fügt sich nach einer Überlegungsfrist der willkürlichen Abänderung seines rechtsgültig geschlossenen Anstellungsvertrages durch die Dienstordnung oder aber er will hierfür nicht unterstehen. Dann muß er bis zu dem Inkrafttreten der Dienstordnung den Vertrag kündigen. Tut er dies, so endigt das Dienstverhältnis mit Ablauf von spätestens sechs Monaten oder, wenn er nach dem Vertrage zu einem früheren Tage kündigen kann, mit diesem Tage. Eine dritte Möglichkeit läßt das GG. nicht zu, daß nämlich der Angestellte weder der Dienstordnung unterstellt sein soll, noch von seinem Kündigungsrechte Gebrauch zu machen gewillt ist. Der Artikel 30 will ihn vielmehr zur Kündigung zwingen.

Artikel 32 ergibt sich dem Prinzip nach als Folgerung aus § 364 Abs. 1 der RVD., wonach die oberste Verwaltungsbehörde allgemein bestimmen kann, welche geschäftliche Beschäftigung die mit der Kassen- und Rechnungsführung beschäftigten Angestellten oder Beamten haben müssen. In Krankenversicherungssachen soll ein geeignetes, tüchtiges Personal arbeiten. Dem dürfe nicht dadurch Abbruch geschehen, daß offenbar unfähige und ganz unzureichend gebildete Personen auch fernerhin zum Schaden der Kasse und der Versicherten noch weiter im Amte bleiben. Wo es unzweifelhaft zutage tritt, daß Angestellte ihren Stellen in keiner Weise gewachsen sind, müssen sie daraus so schnell wie möglich entfernt und in andere Stellen bei der Kasse untergebracht werden, für deren Wahrnehmung ihre Fähigkeiten ausreichen. Bringt dieser Befehl der Stellung eine Kürzung der Bezüge mit sich, so ist in gleicher Weise zu verfahren, wie es der vorübergehende Artikel bei Kürzung der Einkünfte in den beibehaltenen Stellen vorschreibt. Will der Beamte sich auf den Übertritt zu einer — dem Dienstgrade nach meist wohl niedrigeren — Stelle nicht einlassen, so soll er zwar zu deren Übernahme nicht gezwungen werden. Er soll dann aber alsbald entlassen werden können, und zum Ausgleich dafür sind ihm, trotzdem seine Tätigkeit für die Kasse wegfällt, seine vollen Bezüge bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, längstens aber für sechs Monate fortzuzahlen. „Auch in diesem Falle kann von einer Unbilligkeit nicht gesprochen werden, da der Angestellte dann Zeit und Mühe genug hat, um eine andere Stelle zu suchen.“

Auf dieser Grundlage ist dann der Artikel 32 RVD. geschaffen worden: Das Ober-Versicherungsamt kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung auf Antrag des Kassenvorstandes oder des Versicherungsamts anordnen, daß einem Angestellten, dessen Fähigkeiten für die ihm übertragene Stelle nicht ausreichen, im Dienste der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird, die seinen Fähigkeiten entspricht. Die Anordnung ist endgültig; sie ist auch dem Angestellten zuzustellen. Der Angestellte hat binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung der Anordnung dem Vorstande zu erklären, ob er bereit ist, die Stellung zu übernehmen. Erklärt er sich nicht bereit, so endigt sein Dienstverhältnis mit Ablauf der Frist. Doch behält der Angestellte nach seinem Ausscheiden den Anspruch auf die vollen Bezüge bis zum Ablauf von sechs Monaten, oder wenn nach dem Vertrag oder der Dienstordnung zu einem früheren Tage gekündigt werden kann, bis zu diesem. Übersteigen die Bezüge des Angestellten die Sätze, die der Besoldungsplan der Dienstordnung für seine neue Stelle vorsieht, so gilt Artikel 31 entsprechend. Endlich ist auch eine Verletzung von Rechten gelegen in der Degradierung von Beamten auf Grund der im einzelnen Falle durch die Aufsichtsbehörde nach freiem Ermessen anzunehmende Ungeeignetheit oder Unfähigkeit. Es ist bisher keiner staatlichen oder kommunalen Verwaltung gesetzlich vorgeschrieben worden, Beamte in eine geringere Stellung

zu bringen und zur Kündigung zu zwingen, wenn sie sich nicht bemüht haben — was ja auch schon vorgekommen sein soll. Es ist durchaus zu billigen, wenn man nur auf tüchtiges und geeignetes Personal sieht. Aber man kann diesen Grundsatz auch durchführen, ohne bisherige Rechte zu kränken.

* * *

Es kann kein Zweifel darüber möglich sein, daß durch die Regelung wie sie in den Artikeln 29—32 GG. zur RVD. beabsichtigt ist, nicht nur das Selbstverwaltungsrecht erheblich geschmälert wird, sondern daß ferner eine Verletzung von Privatrechten erfolgen soll, die den Kassen als Rechtspersönlichkeiten gegenüber ihren Angestellten entstanden sind und umgekehrt den Angestellten gegenüber den Kassen. In Betracht kommt die Frage, ob auf Grund geltenden Rechts geschlossene Verträge gehalten werden müssen oder nicht, ob durch ein neues Gesetz — das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung — rechtsgültige Parteivereinbarungen vernichtet, die dadurch entstandenen Rechtsverhältnisse mit allen daraus folgenden Konsequenzen gestört oder beseitigt werden können. Die Antwort auf diese Frage ist formell mit ja, materiell und damit sozialpolitisch mit nein zu beantworten. In ersterer Beziehung ist festzustellen, daß tatsächlich, wenn dies der Wille von Bundesrat und Reichstag ist, die vorgeschlagenen Bestimmungen trotz ihrer Rechtswidrigkeit formell zum Gesetze gegeben werden können. In jedem Staatswesen muß es schließlich eine letzte Stelle geben, gegen deren Entscheidungen eine weitere Appellation unmöglich ist. In bezug auf die Rechtsnormen sind diese Stellen für das Reich die gesetzgebenden Faktoren, der Bundesrat und der Reichstag. Irgendeine Strafe auf eine rechts- oder gesetzwidrige Aufnahme von Bestimmungen in ein neues Gesetz besteht nicht und kann nicht bestehen, wenn diese Faktoren ihre Zustimmung erteilt haben. Zwar hat das VGB. und es haben die vor ihm geltenden rechtlichen Bestimmungen, die den geschlossenen Verträgen mit den Kassenangestellten zurande lagen, noch in bezug auf diese Verträge Wirksamkeit insofern, als die Rechtswirkungen nach jenen Rechtsnormen zu beurteilen sind. Aber es kann eine spätere Gesetzgebung sich formell als ein Spezialgesetz gegenüber zivilrechtlichen Grundgesetzen gestalten und selbst wohlverworbene Rechte einfach beseitigen. Für bestehende Rechte gilt insofern also der Grundsatz der Unverletzlichkeit nicht, als Eingriffe zulässig sind, wenn sie durch die höheren Rücksichten des Gemeinwohls gefordert werden. Aber sobald es sich um Privatrechte handelt, ist es allerdings herrschender Grundsatz, der nicht durchbrochen werden sollte und der auch durch die Verfassungsurkunden der Einzelstaaten in Deutschland über die Unverletzlichkeit des Eigentums bestätigt wird, daß ohne Entschädigung bestehende Vermögensrechte nicht aufgehoben werden können. Aber der Gesetzgeber ist souverän, er kann, wie man vom englischen Parlament gesagt hat, alles tun, nur nicht aus einem Mann eine Frau und aus einer Frau einen Mann machen.

Ein ganz anderes Ergebnis wird gezeitigt, wenn man die materielle Seite der Angelegenheit ins Auge faßt. Sie ist so wohl nach der juristischen wie nach der sozialpolitischen Richtung hin zu würdigen. In jener Beziehung gilt außer dem schon erwähnten Grundsatz der Entschädigungspflicht, daß keine Gesetzgebung, die es mit den Grundsätzen und einfachsten Vorstellungen über Gerechtigkeit ernst meint, besetzt erachtet werden kann, die Wirkung von rechtsgültig geschlossenen Verträgen zu beseitigen, die ihre Kraft aus der früheren Gesetzgebung schöpfen, einer Gesetzgebung, die die unbehinderte Möglichkeit der Abschließung von Dienstverträgen gab. Demnach ist, wenn man den formalistischen Rechtsstandpunkt beiseite läßt, die Frage zu verneinen, ob die einmal entstandenen und über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der RVD. wirkenden Rechtsverhältnisse durch eine spätere Gesetzgebung auf der aktiven und passiven Seite, also auf Seiten der Berechtigten wie der Verpflichteten, verletzt werden dürfen.

Zu demselben Ergebnisse kommt man bei der Betrachtung eines nicht minder wichtigen Rechtsgrundlages. Die neuere Staatsrechtswissenschaft hat den Grundsatz der Selbstbindung des Staates an sein Recht als eine unentzerrbare Forderung der Rechtsstaatsidee durchgesetzt. Das bedeutet: Soweit der Staat Gesetze schafft, ist er auch selbst daran gebunden. Die Omnipotenz des Staates besteht daher nicht mehr; der Staat hat sich selbst gebunden an das Recht und hat die Grenze zwischen sich und dem Einzelnen jeweils festgelegt. Das gilt besonders auf dem Gebiete des Privatrechts. Indem der Staat Rechtsätze schafft, nach denen er den wirtschaftlichen, familien- und erbrechtlichen Verkehr der Menschen untereinander regelt, setzt er durch seine Autorität die-

jenigen rechtlichen Schranken zwischen den Individuen, die eingehalten werden müssen, wenn nicht die ganze Rechtsordnung aufhören, jeder Unterschied zwischen Recht und Unrecht vermischt sein soll. Jeder Rechtsfall muß bestimmen und bestimmt auch tatsächlich, welche Rechte und Pflichten aus ihm fließen und wie sich dementsprechend das Verhältnis derer gestaltet, die auf Grund jenes Rechtssatzes Rechtshandlungen vornehmen. Die hauptsächlichsten Anwendungsfälle bietet das bürgerliche Recht, insbesondere das heute geltende Bürgerliche Gesetzbuch. Diejenigen Rechtsgeschäfte, welche auf Grundlage dieses Gesetzbuches vorgenommen worden sind, erzeugen Rechte und Pflichten, denen Schutz zu gewährleisten gleichbedeutend ist mit der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung. Insbesondere sind die hier in Frage kommenden Dienstverträge durch das bürgerliche Recht im einzelnen geordnet worden. Aus ihm entstehen zahllose Rechte und Pflichten, welche auf Grund bestehenden Rechts und entsprechender Verträge wirksam sind und insofern als unverklich zu gelten haben, als der Staat sie zu schützen hat und auch später Geseze nicht kränken kann, es sei denn, daß beim Vorhandensein eines erheblichen öffentlichen Interesses eine Beseitigung der Rechte gegen Entschädigung ausgesprochen wird.

Die politische Seite der materiellen Frage weist auf die Zweckmäßigkeit und Angemessenheit hin. Es ist kein Zweifel, daß die Absicht der Artikel auf Beschaffung eines geeigneten und tüchtigen Personals für die Krankenkassen ebenso berechtigt ist, wie der Versuch, einem Mißbrauche der Kassen durch Anstellung unfähiger Personen entgegenzutreten. Allein die Form, in der diese Gedanken zur Durchföhrung gelangen, ist höchst unglücklich und würde der Willfür Tür und Tor öffnen. Offensichtlich sind die sämtlichen Bestimmungen von der Absicht beherrscht, die sozialdemokratischen Kassenbeamten zu treffen. Aber es trifft gar nicht zu, daß gerade die sozialdemokratischen Vorstände übermäßige Gehälter festgesetzt haben, viel eher ist das Gegenteil richtig. Es würden also, wenn die Artikel 29—32 Gesetz werden, in erster Reihe zu leiden haben die den bürgerlichen Parteien angehörenden Kassenbeamten, weil diese sich in gehobener Stellung befinden. Es ist sehr fraglich, ob das Versicherungsamt von den ihm zustehenden Rechte bezüglich der Fortdauer der Gehälter den richtigen Gebrauch machen würde. Da würde viel von dem persönlichen Wohlwollen des Versicherungsamtmannes abhängen. Es sind also die vorgeschlagenen Bestimmungen nicht nur materiell ungerechtfertigt, sondern auch unzumutbar.

Geschieht jedoch etwas dem Rechte materiell Widersprechendes, so wird der ganzen Rechtsordnung, so wird dem Rechtsstaate unwieberbringlicher Schaden zugefügt, der sowohl das Ansehen der Staatsgewalt, wie das Vertrauen der Staatsangehörigen in die Zuverlässigkeit und Unantastbarkeit des positiven Rechts erschüttern muß. Sind auch die gesetzgebenden Faktoren rein formell nicht gehindert, eine dem bestehenden Rechte widersprechende Gesetzgebung zu schaffen, so sind es doch sehr wichtige staatspolitische Gesichtspunkte und solche der öffentlichen Ethik, die hiervon abhalten sollten. Ein Unrecht ist auch dann vorhanden, wenn es etwa in die Form eines neuen Gesetzes gekleidet würde.

Man darf aber auch gerade in einer Zeit wie der unsrigen, bei der durch parteipolitische Kämpfe überaus gespannten Luft, nicht durch solche Bestimmungen die linksstehenden Parteien geradezu zur Disstruktion gegen die RSD. herausfordern. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn die RSD., auf die so unfagbar viel Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments verwendet worden ist, nicht zustande käme. Auf lange Zeit hinaus würde eine Modifikation unmöglich sein, die schließlich die Witwen- und Waisenversicherung, die Einheitlichkeit in der Rechtsprechung, die Einbeziehung von vielen Millionen Beschäftigten und so manches andere zu bringen hat. Es ist auch sehr zweifelhaft, ob der von sehr vielen Seiten mit mehr oder minderem Recht prophezeite starke „Ruck nach links“ eintreten wird und ob die Abgeordneten in dem neu zu wählenden Reichstage zu einer objektiv befriedigenden Gesetzgebung über das soziale Versicherungswesen besser befähigt sein würden, als die jetzigen. Zu den sozialpolitischen treten daher auch allgemeinpolitische Gründe hinzu, die es wünschenswert erscheinen lassen, durch andere Fassung der Artikel 29—32 GG. RSD. einen starken Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Schaffe man sorgfältig abgewogene Bestimmungen gegen vorhandene Mißstände, aber nicht mit Mitteln, die in keinem Verhältnis zum Zwecke stehen.

Wohlerworbene Rechte dürfen nicht gekränkt werden. Die neu zu schaffenden Vorschriften dürfen allenfalls erst gelten für zukünftig abzuschließende Verträge.

Allgemeine Sozialpolitik.

Sozialpolitik und sozialpolitische Lasten.

Die vereinigten Kommissionen des Deutschen Handelstags für Sozialpolitik und Kleinhandel haben am 4. April im Anschluß an eine Erklärung gegen den Gesetzentwurf der Angestellten- und Versicherung folgenden Beschluß gefaßt:

„Angesichts der unaufhörlich steigenden Lasten, die Deutschlands Industrie und Handel infolge der fortschreitenden sozialpolitischen Gesetzgebung auf sich zu nehmen haben, wird die Frage immer brennender, wie bei dieser wachsenden Verteuerung der Produktion (durch Versicherungsbeiträge und Betriebsbeschränkungen) die deutsche Ausfuhrindustrie auf dem Weltmarkt den Wettbewerb der sozialpolitisch noch zurückbleibenden Völker aushalten soll.

Der Deutsche Handelstag hat auf die drohende Gefahr schon seit Jahren nachdrücklich hingewiesen. Zur schärferen Beleuchtung der Lage und um sachlich unbegründete sozialpolitische Bestrebungen in Zukunft wirksamer bekämpfen zu können, ist aber eine authentische vergleichende Darstellung der sozialpolitischen Belastung in den wichtigsten Exportindustriestaaten dringend notwendig. Diese Darstellung muß namentlich die Verhältnisse in den Ländern aufdecken, deren Industrie ohnehin schon mit Hilfe billigerer Lebenshaltung und niedrigerer Löhne unsere Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet.

Die vereinigten Kommissionen des Deutschen Handelstags betr. Sozialpolitik und betr. Kleinhandel empfehlen deshalb, der Deutsche Handelstag wolle im Anschluß an seine Stellungnahme zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte die Bearbeitung und Veröffentlichung einer solchen vergleichenden Darstellung der internationalen sozialpolitischen Belastung bei der Reichsverwaltung beantragen.

Die Kommissionen beantragen ferner, der Deutsche Handelstag möge der Reichsverwaltung gegenüber aufs schärfste betonen, daß neuen sozialpolitischen Plänen nicht eher nähergetreten werden dürfe, als bis der Ausgleich zwischen unserer sozialpolitischen Belastung und derjenigen unserer Konkurrenzstaaten hergestellt ist.

In der Annahme, daß diese Ausfühsanträge vom Plenum des Handelstags zum Beschluß erhoben werden, erscheint es uns angezeigt, schon in diesem Stadium Stellung dazu zu nehmen. Ohne der Begründung beizutreten, unterstützen wir die Forderung einer amtlichen Erhebung und Darstellung über die sozialpolitischen Lasten in den verschiedenen Ländern, die hauptsächlich für den Export und den Wettbewerb auf dem Weltmarkt in Betracht kommen, aufs wärmste. Dabei können wir darauf verweisen, daß die „Soziale Praxis“ dies Verlangen schon erheblich früher vorgebracht hat, als es jetzt von den Handelstags-Ausgüssen geschieht. Es wäre ein großes Verdienst, wenn der Reichsfinanzminister (Reichsamt des Innern), etwa durch vereinte Arbeit des Reichsversicherungsamts und des Kaiserl. Statistischen Amtes, eine solche international vergleichende Darstellung, die nur auf amtlichem Wege hieb- und stichfest zu erlangen ist, aufmachen lassen würde. Denn all die zahlreichen Abhandlungen und Aufsätze, die in letzter Zeit das Thema der sozialpolitischen Belastung der Industrie behandelt haben, sind keineswegs erschöpfend; namentlich fehlt noch ein genauer Nachweis der Abwälzung der Beiträge auf Löhne und Preise.

Wenn sobald schließlich die Forderung erhoben wird, in Deutschland müßten neue sozialpolitische Pläne solange ruhen, bis die Konkurrenzstaaten dieselben sozialpolitischen Lasten zu tragen hätten, so verweisen wir auf die Tatsache, daß Bestrebungen in dieser Richtung seit 10 und 20 Jahren bereits und nicht ohne Erfolg im Gange sind, daß sich aber Vertreter von Handel und Industrie in Deutschland leider sehr wenig oder gar nicht beteiligt haben, sondern daß die Träger dieser Bemühungen die Reichsverwaltung, die Regierungen der Einzelstaaten, die Sozialpolitiker und große Kreise der Arbeitnehmer sind. Diese alle sind eifrige Teilnehmer und Mitarbeiter sowohl an dem Internationalen Kongress für Arbeiterversicherung als auch an der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Das Werk der ersteren Korporation ist nicht zum wenigsten, daß in wachsendem Maße die fremden Industriestaaten nach deutschem Vorgang und Muster die Lasten der Arbeiterversicherung auf sich nehmen, während die zweite Vereinigung den wirksamen Anstoß zum internationalen Ausgleich des Arbeiterschutzes gegeben hat und weiter gibt. Beide internationalen Gesellschaften haben deutsche Landessektionen: das Deutsche Versicherungs Komitee und die Gesellschaft für Soziale Reform. Wir stellen nur eine Tatsache fest, wenn wir sagen, daß der internationale Ausgleich in den Versicherungsstaaten und den Betriebsbeschränkungen schon erheblich weiter gediehen wäre, wenn die Bemühungen der Regierungen, der Sozialpolitiker und der Arbeiter in höherem Maße durch Industrie und Handel unterstützt worden wären, die sich zu unserem Bedauern zumeist ferngehalten haben.

Die Handwerkerkonferenz, die auf Einladung des Reichsamts des Innern am 7. April 1911 in Berlin unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Richter tagte und neben Vertretern der größeren Bundesstaaten von Abgeordneten der großen Handwerker- und Industriellenverbände besichtigt worden war, beschäftigte sich mit den drei Fragen: Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk, Abänderung des § 100 q der Gewerbeordnung. Da die Verhandlungen vertraulich geführt wurden, liegen auch keine einigermaßen erschöpfenden Berichte über sie vor. Während für die Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk die Vertreter des Handwerks den größten Wert darauf legten, die großen Betriebe nicht zu verlieren, wurde von den Vertretern der Industrie hervorgehoben, daß das Vorhandensein handwerksmäßiger Großbetriebe überhaupt nicht zugegeben werden könne, weil damit jede Unterscheidung zwischen Fabrik und Handwerk fortfalle und eine große Anzahl von Betrieben, die nach den heutigen durch das Reichsgericht aufgestellten Merkmalen ohne Zweifel als Fabriken anzusehen seien, zum Handwerk zu rechnen seien und den Handwerksorganisationen (Innung und Handwerkskammer) unterstehen würden. Die weiteren Verhandlungen ergaben die vorläufige Unmöglichkeit, eine klare Scheidung für Industrie und Handwerk durchzusetzen, weshalb der Vorschlag Anklang zu finden schien, eine einheitliche Instanz für Entscheidungen auf gewerbepolizeilichem Gebiet für das gesamte Reich zu schaffen. — Die Frage der Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung durch das Handwerk führte ebenfalls zu keiner Klärung der beiderseitig vertretenen Anschauungen. Die Vertreter der Industrie zeigten Neigung, aus Billigkeitsgründen die Frage des Beitrages zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk nicht abzulehnen, nur wurde aufs entschiedenste jede gesetzliche Festlegung und eine Ausdehnung der Nachschüß der Handwerkskammern auf Fabriklehrlinge zurückgewiesen. Zuletzt einigte man sich dahin, daß zwar eine rechtliche Verpflichtung der Industrie zur Entschädigung für Lehrlingsausbildung an das Handwerk nicht anerkannt, aber doch aus Billigkeitsgründen zugestanden werde, daß zwischen Handwerkerkammern und Handelskammern gewisse örtliche Vereinbarungen über Kostenbeiträge getroffen werden sollen, wenn der Industrie eine Mitwirkung bei der Lehrlingsaufsicht und -prüfung gewährt wird. — Beim dritten Punkt: Aufhebung des § 100 q G.O. (Verbot der Festsetzung von Mindestpreisen durch die Zwangsinnung), der nur von den Vertretern des Handwerks und den Regierungsvertretern erörtert wurde, vertrat die ersten mit Ausnahme des Verbandes deutscher Gewerbevereine diese Forderung, während regierungsseitig betont wurde, daß die Aufhebung dieser Bestimmung nicht für alle Gewerbe ein Heilmittel sei. — Zur weiteren Erörterung der zweiten Frage wurde von einzelnen Vertretern die Einberufung einer besonderen Kommission gewünscht, während von anderer Seite empfohlen wurde, der Reichskanzler möge sich mit den verbündeten Regierungen ins Einvernehmen setzen, damit diese versuchen sollten, eine freundschaftliche Verständigung der Handels- und Handwerkskammern auf dem Wege der freien Vereinbarung herbeizuführen.

Die freie kirchlich-soziale Konferenz hält ihren 16. Kongreß am 6.-8. Juni in Nürnberg ab; über die soziale Bedeutung des Mittelstandes wird Dr. Wienbed, Sekretär der Handelskammer Hannover, sprechen, über Heimarbeitersinnungsbewegung Hr. W. Behm-Berlin, über Staatsarbeiterverbände G. Höfer-Elberfeld, über die soziale Lage der Schauspielerinnen Pfarrer H. Elger-Büdinghausen sprechen.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. gegen Tarifverträge.

Von Arbeitersekretär Johannes Heiden, Frankfurt a. M.

Die Fleischerinnung zu Frankfurt a. M. (freie Innung) hat am 15. Dezember einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Innungsverammlung steht auf dem Standpunkt, daß der Abschluß von Tarifverträgen eines freien Handwerkers unwürdig ist. Mitglieder, die solche abschließen, werden wegen Verletzung der Standes Ehre in eine Ordnungsstrafe genommen und nach fruchtloser Ermahnung aus der Innung und deren Nebeneinrichtungen ausgeschlossen.“

Den Anlaß zu diesem Beschlusse gab die Bereitwilligkeit eines oder einiger Mitglieder der Innung, mit dem Zentralverband der Fleischer (Arbeitnehmer) einen Tarifvertrag zu schließen.

Daß der Ausdruck von der Unvereinbarkeit des Abschlusses von Tarifverträgen mit der Würde des freien Handwerkers nicht zur Befestigung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiträgt, braucht nur erwähnt zu werden. Besonders interessieren dürfte aber die Stellung der Aufsichtsbehörde, des Magistrats von Frankfurt a. M., zu dem Beschlusse der Fleischerinnung. Sich mit dem Beschlusse zu befassen, war die Aufsichtsbehörde halb genötigt. Der Vorstand der Fleischerinnung setzte auf Grund des Beschlusses der Innungsverammlung vom 15. Dezember 1910 gegen ein Mitglied, das am Tage vorher, am 14. Dezember, den Tarifvertrag mit dem Verband der Arbeitnehmer abgeschlossen hatte, wegen Übertretung des Beschlusses eine Ordnungsstrafe von 20 M. fest. Weiter wurde in dem gleichen Beschlusse des Innungsvorstandes vom 6. Januar 1911 verlangt, den Tarifvertrag bis längstens den 6. Februar d. J. rückgängig zu machen, andernfalls weitere Strafe zu gewärtigen sei. Über die hiergegen gerichtete Beschwerde des Verstraften hatte der Magistratskommissar für das Innungswesen zu entscheiden. Die Verstrafung mußte natürlich aufgehoben werden, weil am 14. Dezember 1910 (Tag des Abschlusses des Tarifvertrags) noch kein Verstoß gegen den Innungsbeschuß vom 15. Dezember 1910 begangen werden konnte, dagegen wurde unterm 11. Februar 1911 weiter entschieden:

„Das unter Androhung weiterer Strafen gestellte Verlangen des Innungsvorstandes, den Tarifvertrag bis längstens 6. Februar d. J. wieder rückgängig zu machen, wird nicht beanstandet.“

In der umfangreichen Begründung dieser auffallenden Entscheidung wird zuerst ausgeführt, daß die freien Innungen berechtigt sind, ihren Mitgliedern Beschränkungen in der Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, denn

„von freien Innungen bei Lohnkämpfen im Innungsgewerbe völlige Neutralität zu verlangen, geht nicht an, nachdem das Gesetz die Innung als einen Verband von selbständigen Gewerbetreibenden organisiert und als dessen Hauptzweck die Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen bezeichnet hat.“

Doch will die Aufsichtsbehörde die Innungen nicht zur schrankenlosen Festsetzung von Beschlüssen über Lohn- und Arbeitsbedingungen autorisieren, was sie noch besonders mit folgendem Satz betont:

„Innungsbeschlüsse sind auch auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen natürlich nur soweit verbindlich, als sie nicht gegen das allgemeine Recht oder die guten Sitten verstoßen.“

Einen solchen Verstoß hat die Aufsichtsbehörde in dem Beschlusse der Fleischerinnung nicht erblickt. Zu dieser Auffassung konnte die Behörde aber nur kommen, weil der Innungsvorstand den Beschluß der Innungsverammlung sehr einschränkend auslegte — welcher Einschränkung sich die Behörde anschloß. Sie erklärt nämlich:

„Zwar kann der Innungsbeschuß vom 15. Dezember 1910 in der allgemeinen Fassung, daß der Abschluß von Tarifverträgen eines freien Handwerkers unwürdig sei, nicht gebilligt werden; Tarifverträge können auch im Handwerk als ein wichtiges Instrument des sozialen Friedens dienen und zu geordneten Verhältnissen zwischen Meistern und Gesellen, deren Förderung nach § 81 a Abs. 2 der Gewerbeordnung Aufgabe der Innung ist, beitragen. Die Innung wollte aber auch nach den hier abgegebenen Erklärungen der Vorstandsmitglieder mit dem Beschluß nur sagen, daß der speziell hier vorliegende Tarifvertrag eines Metzgermeisters unwürdig sei. Von Seiten des Innungsvorstandes wird dazu geltend gemacht, daß bei den eigenartigen Verhältnissen des Metzgergewerbes, wo noch größtenteils ein patriarchalisches Verhältnis zwischen dem Meister und dem an seinem Tisch essenden Gesellen bestehe und die Arbeitszeit stark von den wechselnden Bedürfnissen des Publikums abhängig sei, eine schematische Regelung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere der Arbeitszeit durch Tarifvertrag für die Meister untraglich wäre. Ferner sei die Kampfesweise des Zentralverbandes nach den bisherigen auswärtigen und hiesigen Erfahrungen geeignet, das Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen zu zerstören.“

Hierzu ist zu bemerken, daß der Beschluß einer Innungsverammlung nicht durch die vom Vorstande gegebene Erläuterung Sinn und Bedeutung erhält. Maßgebend bleibt sein Wortlaut. Und dieser widerspricht der Auslegung, die der Vorstand dem Beschlusse nachträglich gegeben hat, unbedingt. Durch den Beschluß der Innungsverammlung ist den Mitgliedern die Vereinbarung jedes Tarifvertrags verboten. Wollte die Aufsichtsbehörde auch nur den Anschein nicht aufkommen lassen, daß sie die Haltung der Innung billige, so mußte sie diesen Beschluß beanstanden. Hierzu war umso mehr Anlaß gegeben, als die Erklärung des Innungsvorstandes doch im Grunde auch nichts anderes besagt, als daß jeder Tarifvertrag für die Fleischermeister unannehmbar ist. Auf

die Regelung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere der Arbeitszeit, kann kein Tarifvertrag verzichten. Wer auf dem Standpunkt steht, daß diese Regelung nicht möglich sei, lehnt jeden Tarifvertrag ab. Nun beweist aber die Beschränkung der Sonntagsarbeit, daß auch im Fleischerhandwerk sehr wohl Regelung der Arbeitszeit mit den wechselnden Bedürfnissen des Publikums vereinbar ist. Sonntagsruhe und Ladenschluß um 9 oder 8 Uhr am Abend galten früher auch als unmöglich, und beide haben sich doch so gut eingebürgert, daß heute niemand sie mehr als Beschränkung empfindet. Alle diese Einwände gegen den Abschluß eines Tarifvertrags sind nicht stichhaltig.

Nun führt die Aufsichtsbehörde noch einen von der Innung nicht vorgebrachten Grund für die Zustimmung zum Beschluß der Innung an. Wir lassen wieder ihre eigenen Worte folgen:

„Ausschlaggebend für die Stellung der Aufsichtsbehörde, den Beschluß vom 15. Dezember 1910 in diesem engeren Sinne nicht zu beanstanden, ist, daß der hier in Frage kommende Tarifvertrag in § 5 Bestimmungen enthält, deren Annahme die Innungsmitglieder als ihrer Standeshonore zuwiderlaufend ansehen können; nämlich den Zwang zur Benutzung des Arbeitsnachweises des Zentralverbandes, obgleich die Innung ihren eigenen Arbeitsnachweis besitzt und ihren Mitgliedern dessen Benutzung durch Statut auferlegt hat; namentlich ferner die Klausel des Tarifvertrags, daß durch anderweitige Vermittlung Arbeitskräfte nur eingestellt werden dürfen, wenn sie sich verpflichten, dem Zentralverband beizutreten.“

Auch diese Begründung kann die Entscheidung der Aufsichtsbehörde nicht stützen. Verboten ist durch den Beschluß der Innung der Abschluß von Tarifverträgen überhaupt. Die Einschränkung des Innungsbeschlusses durch den Vorstand der Innung verträgt sich nicht nur nicht mit dem Wortlaut des Beschlusses, sondern auch nicht mit dem vom Vorstand der Aufsichtsbehörde gegebenen Erklärungen. Aber selbst, wenn man den Innungsbeschluß nur in dem engen Sinne gelten lassen will, den ihm die Aufsichtsbehörde m. E. unbegründeterweise gibt, so ist es doch nicht angebracht, die Auflösung des Tarifvertrags zu verlangen. Es soll hier auf den Streit, ob der Arbeitsnachweis in die Hände der „Verkäufer“ oder der „Käufer der Arbeitskraft“ gehört, nicht eingegangen werden. Aber selbst, wenn man der Innung nicht zumuten will, auf ihren eigenen Arbeitsnachweis zugunsten des vom Verband der Arbeitnehmer unterhaltenen zu verzichten, so kann hierin doch nur ein Anlaß liegen, die Innung zu Verhandlungen über den Paß des Tarifvertrags, der die Benutzung des Arbeitsnachweises vorschreibt, zu veranlassen. Auf keinen Fall rechtfertigt aber der Vorschlag des Tarifvertrags, den Arbeitsnachweis der Arbeitnehmer anzuerkennen, den Beschluß der Innung und die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, den Abschluß jedes oder auch nur des hier fraglichen Tarifvertrags als der Standeshonore der Arbeitgeber zuwiderlaufend zu erklären. Die Standeshonore wird in den wirtschaftlichen Kämpfen und Verträgen überhaupt nicht berührt. Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist nicht nur juristisch verfehlt, sondern auch sozialpolitisch. Sie bestärkt die Arbeitgeber in der von ihnen geübten Verhinderung jeden Einflusses der Arbeiter auf die vertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses. Daß es auch der Fleischerinnung in Frankfurt a. M. in der Hauptsache darum zu tun ist, die Festsetzung der Arbeitsbedingungen allein vorzunehmen, beweisen die oben wiedergegebenen Ausführungen des Innungsvorstandes unzweideutig. Diesen Standpunkt sollte die Aufsichtsbehörde nicht unterstützen, sondern bekämpfen, wenn sich dazu Gelegenheit bietet, was hier der Fall war.

Der Arbeitsvertrag für das Dachdeckerhandwerk im Vergischen Bezirk sowie in Greifeld und Hagen ist nach Vorverhandlungen vom 27. März und 1. April in einer Delegiertenversammlung der beiderseitigen Organisationen unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Hartmann-Barmen am 11. April — vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen der Organisationen — endlich zustande gekommen. Wie uns die Geschäftsleitung der Vergischen baugewerblichen Betriebe in Barmen schreibt, wurde zugleich beschlossen, zur Entscheidung über solche späteren Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage, die von den vorgegebenen Schlichtungskommissionen nicht erledigt werden können, ein Einigungsamt mit dem Sitz in Barmen und mit dem Beigeordneten Dr. Hartmann-Barmen als Vorsitzendem zu errichten, und zwar als besondere Abteilung des in Barmen unter demselben Vorsitz bereits bestehenden Einigungsamts für das Bauhandwerk im Vergischen Bezirk. Vertragsschließende sind der Vergische Dachdeckermeisterverband als Abteilung des Schutzverbandes der Vergischen baugewerblichen Betriebe, e. B. Barmen, einerseits und der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Gau Rheinland und Westfalen, andererseits. Der neue Tarifvertrag soll mit dem Beginn der nächsten Lohnperiode, die nach dem Unterschreiben des Vertrags folgt, in Kraft treten.

Eine Tarifbewegung in der Gärtnerei hat in München zum Abschluß eines Tarifvertrags geführt, welcher für die Landschaftsgärtner auf 8 Jahre die 10stündige Arbeitszeit im Sommer und die 9stündige im Winter bringt. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen in den ersten zwei Gehilfenjahren in der Stunde 40 M., für die übrigen Gehilfen, die mindestens eine Saison in der Branche tätig gewesen sind, 50 M.; ab 1912: 54 M. Gartenarbeiter und Tagelöhner erhalten 46 M.; nach einjähriger Tätigkeit 50 M. Partieführer erhalten in der Stunde 5 M. mehr. Überstunden werden mit 10 M. Aufschlag vergütet, Sonn- und Festtagsarbeit mit 20 M. Dekorationsarbeiter erhalten die Hälfte dieses Aufschlags für Überstunden. Der Vertrag wurde unter Vermittlung des als Einigungsamt bewährten Münchener Gewerbegerichts zwischen der Vereinigung selbständiger Landschaftsgärtner als Unternehmerorganisation und dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, der ein Zusammengehen mit dem (christlich-nationalen) Deutschen Gärtnerverband abgelehnt hatte, abgeschlossen. — In Nürnberg haben die Arbeitgeber freiwillig Zugeständnisse gemacht, welche die Arbeiter angesichts ihrer mangelhaften Organisation zum Abbruch einer Lohnbewegung veranlaßten. — In Stuttgart, wo für Landschaftsgärtner 48 M. Stundenlohn (bisher meist 40 M.) und der 9-Stundentag gefordert wurde, kamen mit einigen der größten Firmen unmittelbar nach Ausbruch des Streiks Einzelverträge mit gutem Erfolge für die Arbeiter zustande; die Bewegung ist aber noch nicht zum Abschluß gelangt. — In Berlin sind der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein und der Deutsche Gärtnerverband gemeinsam vorgegangen; für Landschaftsgärtner wurden 10 1/2 Stunden Sommer- und 10 Stunden Winterarbeitszeit gefordert; der Mindestlohn sollte 24 M. wöchentlich betragen, die Sonntagsarbeit allmählich beseitigt werden. Schon am 2. April kam es in einem der größten Betriebe zum Streit; den übrigen Firmen wurde zum 8. April gekündigt. Gleichzeitig sind die Landschaftsgärtner in die Bewegung eingetreten, verhandeln aber vorerst mit den Einzelfirmen von Fall zu Fall. — In Dresden wurden die Forderungen der Landschaftsgärtner (50 M. Stundenlohn für Gehilfen, 45 M. für Arbeiter) nach achtstägigem Streik vollständig bewilligt; in der benachbarten Gartenstadt Jellerau brachte ein eintägiger Streik einen Lohnzuschlag von 5 M. hündlich. — In Leipzig und in Solingen entpfehlen die Forderungen ungefähr den in Dresden gestellten; in Bremen und Kiel lehnen die Unternehmer alle Verhandlungen mit den Gehilfenorganisationen ab, wollen aber mit ihren Angestellten einzeln verhandeln.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1910, der in Nr. 13 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht ist, beginnt mit einer sehr abfälligen Kritik der Leistungen der Reichsgegesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet. Zustande gekommen sei nur ein einziges Gesetz, das über die Stellenvermittlung; alle anderen Vorlagen seien hinausgeschoben; ihr Schicksal sei unsicher. Es wird des Heimarbeitertages gedacht sowie des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, der zur WSD. Stellung nahm: seine Beschlüsse hätten übrigens übrigens wenig Beachtung gefunden wie die Wünsche der Krankenkassen. Die Vorgänge in Moabit hätten „aufrüttelnd“ gewirkt. Die proletarische Jugendbewegung mache trotz aller Auflösung von Jugendorganisationen erfreuliche Fortschritte: „Die Zahl der Jugendausschüsse stieg von 330 auf 377; die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ von 32 000 auf 54 000. Zurzeit beträgt der Abonnentenstand circa 57 000. Jugendheime bestehen in mehr als hundert Orten, in verschiedenen Großstädten bestehen mehrere Jugendheime. Im Laufe des Jahres sind von der Zentralkasse vier verschiedene Flugblätter in mehreren hunderttausend Exemplaren versandt worden!“ Der Internationale sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongress war von 100 Vertretern der Gewerkschaften besetzt. Die Generalkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer hat sich aufgelöst, ihre Geschäfte hat die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission übernommen. Unterrichtskurse wurden 3 abgehalten. Auf Wunsch des Kaiserlich Statistischen Amtes wird über den Stand der Arbeitslosigkeit in den Verbänden künftig allmonatlich berichtet, bisher vierteljährlich. Die Einnahmen (einschließlich Vermögensbestand) betrugen fast 800 000 M., die Ausgaben überstiegen sie noch um rund 6000 M.; die Mehrkosten von 13 000 M. sind hauptsächlich durch die Errichtung der sozialpolitischen Abteilung entstanden. Für die Bauarbeiter-Aussperrung wurden 1 1/4 Million Mark gesammelt. Der Vermögensbestand der Generalkommission betrug am Jahreschlusse rund 433 000 M.

Aus der „Gelben“ Arbeiterbewegung im Essener Gebiet wird der „Röln. Ztg.“ geschrieben: In die Arbeiterbewegung im Industriegebiet hat sich mit wachsendem Erfolg ein neuer Faktor, der nationale Werkverein, eingeschoben. Diese Werkvereine im Essener Bezirke haben sich

jetzt ein Verbandsorgan gegeben, das mit dem neuen Vierteljahr zum ersten Male ausgegeben worden ist. Dieses Organ für die nationale Arbeiterbewegung im Industriegebiet führt den Titel „Der Wertverein“, erscheint in Essen und ist ein Wochenblatt. Es trägt am Kopfe folgende, die Grundsätze der Wertvereine wiedergebenden Sinsprüche: „Friede ernährt, Unfriede zerstört“, „Aus Vaterland, aus teure schließ dich an“, „Durch Sparsamkeit zu Eigentum und Unabhängigkeit“. Das Organ ist Eigentum des Essener Bezirksverbandes und überweist seine Überschriften der Förderung der Wertvereinsbewegung. In den ersten Zeitartikeln wird als Ziel hingestellt: der deutschen Arbeiterschaft das innere Gleichgewicht zurückzugeben und Arbeiterschaft, Bergbau und Industrie in gesunder Weise zu entwickeln. Aus der ersten Nummer geht hervor, daß auf folgenden Beiden des Essener Bezirks Wertvereine bestehen: Volkshaus, Viktoria Mathias, Graf Deuß, Hercules, Neu-Cöln, Bonifatius, Hagenbeck und Langenbrachm. Zu dem Verbands gehören noch der Wertverein Th. Goldschmidt und der Nationale Arbeiterverein Werl Krupp.

Streiks und Aussperrungen.

Ein Kampf um die Koalitionsfreiheit in Eilenburg ist nach zehnwöchiger Dauer beendet worden. Nachdem von freigewerkschaftlicher Seite eine Monopolstellung in der Arbeiterbeschaffung für die dortigen Zelluloidfabriken angestrebt worden war, suchte umgekehrt der Arbeitgeberverband nur Mitglieder einer neu begründeten gelben Gewerkschaft einzustellen. Am 1. Februar kam es zu einem Streik von etwa 250 Arbeitern, der mit einer allmählichen Aussperrung von weiteren 800 Arbeitern beantwortet wurde. Drei Vermittlungsversuche des Ersten Bürgermeisters wurden von den Unternehmern abgelehnt. Hamburger Arbeitswillige hatten mehrfache Zusammenstöße mit der Polizei. An dem Kampfe war neben dem Fabrikarbeiterverband auch der Metallarbeiterverband beteiligt, von dem indessen einige in einer Reparaturwerkstatt beschäftigte Mitglieder sich dem Streik nicht angeschlossen, weil ihre Arbeiten sonst in Maschinenfabriken Eilenburgs ausgeführt worden wären, deren Organisationsverhältnisse keinen Kampf erlaubt hätten. So wird wenigstens von freigewerkschaftlicher Seite berichtet; in christlichen Gewerkschaftsblättern wurde freilich das Verhalten der Metallarbeiter als Streikbruch dargestellt unter Berufung auf folgende Auslassung der „Arbeitgeber-Zeitung“:

„Eigentümlicherweise arbeiten die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und die im Feiger- und Maschinenverband organisierten gelernten Arbeiter weiter, ein Umstand, dem es zuzuschreiben ist, daß der Betrieb des Werkes bis jetzt fast ohne Einschränkung aufrecht erhalten werden konnte. Es ist also hier die auffallende Tatsache zu verzeichnen, daß die Mitglieder einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation streiken — in diesem Falle die des Fabrikarbeiterverbandes — während die Mitglieder der anderen, ebenfalls sozialdemokratischen Organisation dazu beitragen, durch Weiterarbeiten den Erfolg des Streiks in Frage zu stellen.“

Seit einigen Wochen handelte es sich nur noch um die Frage der allmählichen Wiedereinstellung der Ausständigen; den prinzipiellen Kampf gegen den Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverband hatten die Arbeitgeber bereits aufgegeben; auch von der anfänglichen Absicht langfristiger strafweiser Lohnreduktion waren sie abgekommen. Nachdem nun endlich in direkten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Delegierten der Streikenden eine Einigung erzielt worden war, wurde vom Osterdienstag ab die Arbeit abteilungsweise wieder aufgenommen.

Die Hafenarbeitersperrung in Mannheim-Ludwigshafen (Sp. 886), welche dem Streik von anfänglich 100 Arbeitern gefolgt ist und jetzt insgesamt, einschließlich der Maschinisten, Feizer, Holz- und Getreidearbeiter, gegen 4000 Personen umfaßt, hat zu scharfen Zusammenstößen zwischen Ausständigen, Arbeitswilligen und Polizei geführt. Etwa 600 Streikbrecher sind von Essener und Hamburger Firmen nach Worms geschickt und von dort mittels von Ingenieuren geführter Dampfer nach Mannheim gebracht worden. Ein Teil dieser Leute hat indessen die Arbeit bereits wieder verlassen, während der Rest allabendlich in drei Dampfern aufgenommen und verpflegt wird. Nach Informationen der „Frankf. Zig.“ bezieht einer der Streikbrecheragenten von dem 4. so A betragenden Tagelohn seiner Arbeiter täglich 50 A — ein ganz lehrreicher Beitrag zur Geschichte der berufsmäßigen Streikbrecherei und ihrer immer zahlreicher werdenden Organisatoren. Das Genbarmeriekommando in Ludwigshafen ist um 40 Mann verstärkt worden; auch auf badischer Seite werden Schutzleute zusammengezogen und mit Revolvern ausgerüstet. Die badische Bahnverwaltung hat, nach sozialdemokratischen Presseberichten, Ar-

beiter unter Androhung der Entlassung gezwungen, auch in die Schiffsräume zu gehen und Schauerarbeit zu verrichten.

Ein Streik bei der Danziger Schiffbauwerft ist infolge von Lohnforderungen ausgebrochen; bis jetzt streifen annähernd 800 Arbeiter, die sich auf freie, P.-D., polnische und christliche Gewerkschaften verteilen. Die geforderten Mindestlöhne schwanken zwischen 80 und 44 Pf. stündlich, bleiben also hinter den anderwärts bereits üblichen Werftarbeiterlöhnen noch immer sehr wesentlich zurück.

Das Ende der Kürschneraussperrung in Leipzig, auf deren eigentümliche Ursachen Sp. 561 eingegangen worden ist, hat an dem bisherigen Zustand nicht viel geändert: das Monopol der freien Gewerkschaften ist beseitigt und das Koalitionsrecht jedweder Organisation gegenüber ausdrücklich anerkannt worden; ferner ist der Vertrag auf die Maschinenarbeiter in gemischten Betrieben ausgedehnt und der 1. Mai als Feiertag freigegeben worden. Der neue Tarifvertrag gilt bis 31. Dezember 1918. — Die Berliner Kürschnerbewegung, die ungefähr gleichzeitig begonnen und ebenfalls koalitionsrechtliche Fragen zum Anlaß hatte, ist gleichfalls beendet; die Arbeiter brachen sie vor allem ab, um eine Gesamtaussperrung zu vermeiden; erreicht ist auf Arbeiterseite nur die vorläufige Sicherung des Koalitionsrechts.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Milderung einer Härte der Reichsversicherungsordnung.

Zu denjenigen Bestimmungen des Invalidenversicherungs-Gesetzes, die nach der Auffassung der in der Praxis stehenden Verwaltungsbeamten bisweilen zu erheblichen Härten führen, gehören die Bestimmungen über das Erlöschen der Anwartschaft. Nach § 46 IVB. erlischt die Anwartschaft auf Invalidenrente, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage ein die Versicherungspflicht begründendes Arbeits- oder Dienstverhältnis, auf Grund dessen Beiträge entrichtet sind oder die Weiterversicherung nicht oder in weniger als insgesamt 20 Beitragswochen bestanden hat. Ein Wiederaufleben der Anwartschaft findet statt, wenn seit dem Erlöschen mindestens 200 Versicherungsbeiträge entrichtet worden sind.

In dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung ist nach den Kommissionsbeschlüssen hinsichtlich des Erlöschens der Anwartschaft keine wesentliche Änderung eingetreten, dagegen ist ihr Wiederaufleben sogar nicht unerheblich erschwert worden.

Man kann nun zunächst überhaupt darüber streiten, ob das Erlöschen der Anwartschaft zu den glücklichen Gedanken des Gesetzes gehört. Wie häufig ist es mir in meiner Praxis als Vorsitzender eines Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung schon passiert, daß ich im übrigen wohl begründete Invalidenrentenanträge ablehnen mußte, weil die versicherte Person zwei oder drei Jahre hindurch selbständig oder arbeitslos gewesen war und dann aus Unkenntnis oder Unachtsamkeit versäumt hatte, die erforderlichen 20 Marken zu fleben. Es ergab sich dann das Bild, daß vor dem Zeitpunkt selbständiger Tätigkeit oder Arbeitslosigkeit vielleicht 300 Beitragsmarken nachgewiesen waren und nachher vielleicht wieder 180 bis zum Eintritt der dauernden Erwerbsunfähigkeit. Trotzdem somit 480 Beitragsmarken vorhanden waren, mußte der Rentenanspruch abgewiesen werden, weil in der Zeit der Selbständigkeit oder Arbeitslosigkeit die Anwartschaft nicht erhalten war.

Diese Fälle sind zweifellos für die Betroffenen hart, noch härter aber sind folgende Fälle, die durchaus nicht selten sind:

Ein Arbeiter — häufig ist es auch eine Arbeiterin — hat regelmäßig seiner Versicherungspflicht genügt. Er hat 600, 800 ja 1500 Beitragsmarken nachgewiesen. Jede Arbeitswoche ist ordnungsmäßig durch eine Beitragsmarke belegt (zurzeit bearbeite ich gerade einen Fall, in dem 676 Beitragsmarken nachgewiesen sind). Allmählich hat seine Arbeitsfähigkeit abgenommen, er muß seine gewohnte Arbeit aufgeben und stellt Antrag auf Invalidenrente. Bei der ärztlichen Untersuchung stellt sich aber heraus, daß seine Erwerbsfähigkeit noch nicht unter das bekannte Drittel herabgesunken ist. Er wird mit seinem Anspruch abgewiesen. Lohnarbeit verrichtet er nun nicht mehr, da er sich dazu nicht mehr für fähig hält; er beginnt einen kleinen Handel oder nimmt bei seinen Verwandten Wohnung, ohne versicherungspflichtiger Lohnarbeit nachzugehen. Bei Ablehnung seines Rentenanspruchs ist ihm mitgeteilt worden, daß er sich eine neue Karte ausstellen lassen und in dieser in den nächsten beiden auf den Ausstellungstag folgenden Jahren 20 Beitragsmarken verwenden müsse. Er folgt der Anweisung, flebt die 20 Marken und meldet sich nach 3 Jahren von neuem mit seinem Invalidenrentenantrag. Diesmal sind auch die Ärzte von seiner Erwerbsunfähigkeit überzeugt, er hat 676 Bei-

tragsmarken nachgewiesen, sein Anspruch würde also begründet sein, wenn nicht die Anwartschaft erloschen wäre. Er hat nämlich nicht beachtet, und es ist ihm auch von niemandem gesagt worden, daß zurzeit der Ablehnung seines Rentenanspruchs nach Ausstellung der neuen Karte zwei Fristen liefen, die eine der neuen Karte und die andere, die mit dem Ablauf der zweijährigen Frist nach dem Ausstellungsdatum der vorletzten Karte zu laufen anfang. Im konkreten Fall liegt die Sache so:

Karte 12 ist ausgestellt am 28. Februar 1905, Beginn der neuen Anwartschaftsperiode 28. Februar 1907. Invalidenrentenantrag Mai 1907. Ablehnungsbescheid und Ausstellungsdatum der letzten Karte: 1. Februar 1908. Die Frist vom 1. Februar 1908 bis 1. Februar 1910 ist gewährt, die Frist vom 28. Februar 1907 bis 28. Februar 1909 aber nicht, da von den 20 Beitragsmarken der letzten Karte drei erst im März, April und Mai 1909 verwandt und entwertet worden sind. Der Rentenbewerber muß also mit seinem Anspruch abgewiesen werden.

In einem anderen Falle handelte es sich um folgendes: Eine ältere Arbeiterin hatte regelmäßig ihre Verpflichtungen erfüllt und trat zuletzt in Beschäftigung bei einem kleinen Zigarrenfabrikanten. Dieser war verpflichtet, die Beitragsmarken zu kleben, und zog der Arbeiterin auch regelmäßig ihren Anteil ab. Nach vierjähriger Beschäftigung geriet der Mann in Konkurs. Es stellte sich dann heraus, daß er Beitragsmarken nicht verwandt hatte. Eine nachträgliche Markenverwendung für die gesamte Zeit war nicht möglich, die Anwartschaft war erloschen. Ein Wiederaufleben konnte nicht erfolgen, da die Frau bald darauf erwerbsunfähig wurde. Gemäß trifft die Arbeiterin insofern ein Verschulden, als sie sich nicht davon überzeugt hatte, ob ihr Arbeitgeber Marken für sie verwandte, immerhin hatte sie aber keinen Anlaß, diesen für einen unredlichen Mann zu halten, und da ihr regelmäßig ihr Anteil vom Lohn gefürzt wurde, mußte sie annehmen, daß Marken für sie ordnungsmäßig verwandt würden. Trotzdem sie gleichfalls über 600 Beitragsmarken ordnungsmäßig nachweisen konnte und von sich aus ihren Verpflichtungen bis zur Erwerbsunfähigkeit nachgekommen war, war ihr Anspruch auf Invalidenrente erloschen.

Diese Fälle sind nach meiner Erfahrung gar nicht selten. Sie enthalten eine Härte, die m. E. unerträglich ist und die auch zweifellos vom Gesetzgeber nicht gewollt ist. Man muß sich dabei nur vergegenwärtigen, wie kompliziert die Vorschriften über das Erlöschen der Anwartschaft sind und wie es für den einfachen Mann aus dem Volke in einem solchen Fall ohne sachkundigen Rat fast unmöglich ist, sich durch diese verwickelten Bestimmungen hindurch zu finden. Ist es doch möglich, daß bei vordatierten Karten 3 Fristen nebeneinander laufen. Diese richtig zu beachten, ist fast nur dem Sachmann möglich. Wenn man ferner erwägt, daß es sich meistens um verbrauchte, halb arbeitsunfähige Menschen handelt, deren Fortkommen schon sehr erschwert ist und die jeden Groschen zum Lebensunterhalt nötig haben, deshalb auch nur das Allernötigste an Marken kleben werden, zumal sie mit ihrem Rentenanspruch gerade abgewiesen sind, so wird man mir Recht geben müssen, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß das Gesetz eine ganz ungemeinliche Härte enthält und daß es sich empfiehlt, diese Härte zu mildern.

Ich möchte zu dem Zwecke folgendes vorschlagen. Dem § 1266 wird eine Bestimmung folgenden Inhalts angefügt:

„Ist die Anwartschaft auf Rente erloschen und wegen des Eintritts dauernder Erwerbsunfähigkeit nicht wieder aufgelebt und erfolgte das Erlöschen der Anwartschaft aus Unkenntnis oder unrichtiger Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, so gilt die Anwartschaft nicht als erloschen, wenn das Erlöschen der Anwartschaft mit Rücksicht auf die geleisteten Beiträge als eine besondere Härte erscheint.“

Ich lege selbstverständlich auf die Fassung keinen ausschlaggebenden Wert, ich glaube aber, daß durch den von mir gewählten Wortlaut ein Doppelttes erreicht wird:

1. Denjenigen Fällen, in denen es sich um ein Erschleichen der Invalidenrente handelt oder in denen die versicherte Person in leichtfertiger Weise die ihr obliegende Pflicht vernachlässigt hat oder in denen die Versicherten in der Lage sind, durch freiwillige Versicherung das Wiederaufleben der Anwartschaft herbeizuführen, nachdem sie von dem Erlöschen der Anwartschaft Kenntnis erhalten haben, kommt die von mir vorgeschlagene Erleichterung nicht zugute.

2. Dagegen ist es der Versicherungsanstalt und den rechtsprechenden Instanzen möglich, in besonders gearteten Fällen Ansprüchen zum Recht zu verhelfen, die innerlich begründet sind und deren Anerkennung bislang lediglich aus einem formalen Grunde unterbleiben mußte. Der Sieg des materiellen Rechts über das formelle, das muß aber letzten Endes das Ziel aller Gesetze und jeder Rechtsprechung sein.

Ich glaube daher kühnlich behaupten zu dürfen, daß die Einführung der von mir vorgeschlagenen Bestimmung eine Verbesserung des Gesetzes bedeuten und von allen Seiten — nicht zum wenigsten von den Trägern der Versicherung und den Schiedsgerichten — als ein Fortschritt und als eine Wohltat empfunden werden würde.

Bremen.

Regierungsrat Dr. Smidt.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Arbeitslosenversicherung in Württemberg. Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Bei der Beratung des Etats für 1907 beantragte die sozialdemokratische Fraktion in der württembergischen Kammer der Abgeordneten die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, auf Grund dessen solchen Gemeindeverwaltungen Staatsbeiträge gewährt werden sollten, die Zuschüsse an Berufsvereine für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung zahlen. Dieser Antrag wurde bei der Etatsberatung 1909 erneuert und nach längeren Verhandlungen abgelehnt. An seiner Stelle gelangte ein anderer Antrag zur Annahme, worin die Kammer ihre Bereitwilligkeit erklärt, in einem Nachtragsetat Mittel zu Staatsbeiträgen an diejenigen Gemeindeverwaltungen zu bewilligen, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die bei Behandlung dieses Antrags geäußerte Befürchtung, daß die Gemeinden aus eigener Initiative auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung nichts unternehmen würden, hat sich inzwischen als zutreffend erwiesen. Von den Gemeinden des Landes ist nichts geschehen, was nicht verwundern kann, da sich die Regierung jeder Anregung in dieser Richtung enthielt. Infolgedessen konnte auch durch den Minister des Innern konstatiert werden, daß Staatsmittel für Zwecke der Arbeitslosenversicherung von den Gemeinden nicht beansprucht worden sind. Diese Verhältnisse gelangten vor kurzem im Finanzauschuß der württembergischen Kammer aus Anlaß der Etatsvorberatung zur Besprechung. Hierbei wurde von neuem angeregt, daß die Regierung aus ihrer seither in bezug auf die Arbeitslosenversicherung beobachteten Reserve heraustreten und sich mit den größeren Gemeinden in Verbindung setzen möge, um endlich die gemeindliche Arbeitslosenfürsorge einer Lösung entgegenzubringen. Die ziemlich allgemeine Unterstützung dieser Anregung bezog den Minister des Innern, seine ablehnende Haltung aufzugeben und einen Versuch in der gewünschten Richtung in Aussicht zu stellen. Es ist somit endlich zu erwarten, daß auch in Württemberg die Frage der Arbeitslosenversicherung in ein anderes Fahrwasser gelangt und die Gemeinden ihre abwartende Stellung aufgeben. Eine praktische Inangriffnahme der Arbeitslosenversicherungsfrage ist übrigens bereits zu verzeichnen. Die bürgerlichen Kollegien der Stadt Stuttgart haben am 31. März 1911 bei Aufstellung des Gemeindeetats für 1911/12 auf Antrag der sozialdemokratischen Rathausfraktion beschlossen, für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung 10 000 M. in den Etat aufzunehmen. Damit wurde einem Gesuch entsprochen, das die freien Gewerkschaften in Stuttgart an die Stadtverwaltung im Jahre 1910 eingereicht hatten. Es wurden damals 20 000 M. gefordert. Der Beschluß der Kollegien bleibt somit hinter dieser Forderung zurück. Dennoch ist er zu begrüßen, da hiermit endlich die Notwendigkeit eines gemeindlichen Vorgehens in der Frage der Arbeitslosenfürsorge anerkannt ist. Über die Art der Verteilung der bereitgestellten Mittel ist noch keine Bestimmung getroffen, es wird dies Gegenstand einer späteren Beratung sein.

Die Arbeitslosenfürsorge in Erlangen im Jahre 1910. Der Bericht zeigt, daß sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wesentlich gebessert haben. Es betrug die Zahl der durch die Stadt Unterstützten, die einer Unterstützungsstufe angehörten, 27 mit 561 Unterstützungsstagen und 326,20 M. Unterstützung (im Vorjahre 60 Unterstützte mit 1826 Tagen und 783,70 M. Unterstützung), während die Zahl der keiner Unterstützungsstufe angehörenden Arbeitslosen 11 betrug mit 265 Unterstützungsstagen und 159 M. Unterstützung (gegen 29 mit 687 Tagen und 412,20 M. Unterstützung im Vorjahre).

Die dänische Arbeitslosenversicherung im Jahre 1909 (1. April 1909 bis 31. März 1910). Über das starke Anwachsen der Versicherten gibt folgende Tabelle Auskunft:

	anerkannte Arbeitslosen- stufen	Mitglieder		zusammen
		m.	w.	
1907/08	34	64 789	5 660	70 449
1908/09	44	77 202	6 634	83 836
1909/10	48	85 728	9 561	95 289

Von den erwachsenen männlichen Industriearbeitern Dänemarks nach der Zählung von 1906 sind 64,2 v. H., von den weiblichen 22,3 v. H. gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die ordentlichen Beiträge der ordentlichen Mitglieder betrugen im Berichtsjahre 1232 283 M., auf den Kopf der Mitglieder entfielen 1908/09 11,88 M., 1909/10 13,88 M. Von 52 Städten und 84 Landgemeinden wurden im Jahre 1909/10 Zuschüsse gegeben, und zwar brachten die Städte 94,7 v. H., die Landgemeinden 5,3 v. H. des Gesamtbetrages auf, während von den Mitgliedern 84,5 v. H. auf die Städte und 14,1 v. H. auf das Land entfielen. Von den Einnahmen, soweit sie auf Beiträge und Zuschüssen beruhen, betrugen die Mitgliederbeiträge 57,4 v. H., der Staatszuschuß 29,7 v. H., der Gemeindezuschuß 12,9 v. H.

Die Zahl der Unterstützungstage betrug bei 87 Rassen, die in beiden Vergleichsjahren tätig waren, 1908/1909: 1 005 845 und 1909/10: 1 059 858, bei sämtlichen Rassen 1909/10: 1 087 186 oder jedesmal 18 Tage auf 1 Mitglied. Die Verschiedenheiten bei den einzelnen Rassen sind nicht nur durch die verschiedene Berufsgefahr, sondern auch durch die Verschiedenheiten der Satzungen betr. Wartezeit, Höchstdauer der Unterstützung, Einrechnung der Sonn- und Festtage verursacht. — Die Zahl der arbeitslosen Werttage überhaupt betrug bei 88 vergleichbaren Rassen 1908/09: 2 112 185, 1909/10: 2 080 881, bei sämtlichen Rassen 1909/10: 2 576 488 oder auf 1 Mitglied 89 bzw. 88 bzw. 81, Zahlen, die einen recht hohen Umfang der Arbeitslosigkeit namentlich im Jahre 1908/09 zeigen. Von 100 Arbeitslosentagen waren Unterstüßungstage 41 bzw. 89 bzw. 40. — Auf 1 Arbeitstag entfielen an Unterstüßungen 1908/09: 1,50 M., 1909/10: 1,48 M. Auf 1 Arbeitslosentag überhaupt kamen an Unterstüßungen 0,75 M. bzw. 0,84 M.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die organisierte Lehrstellenvermittlung für die Pforzheimer Bijouterieindustrie.

Von Kooperator Dr. B. Jauch-Freiburg.

„Den Fabrikanten bereitet es alljährlich schwere Sorgen, nach Ostern genügend Lehrlinge zu bekommen. Da fahren sie und besonders ihre Kabinettmeister hinaus auf die Dörfer — die zahlreichen Inserate in den Blättern werden zu wenig beachtet — um den Eltern zuzureden, ihnen die Kinder in die Lehre zu geben; auch den Knaben und Mädchen werden Hoffnungen und Versprechungen gemacht. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn diese Lehrlinge gar oft eine zu hohe Meinung von ihrer Bedeutung in die Fabrik mitbringen, so daß ihnen dann die rauhe Wirklichkeit der Lehrzeit bittere Enttäuschungen bereitet; auch werden sie gegen jeden Tadel und berechtigte Zurechtweisung durch den Lehrherrn und dessen Stellvertreter zu empfindlich.“ So schildert noch 1901 Jauch in seiner Abhandlung: „Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter“ S. 67 wahrheitsgetreu die Lehrlings-suche in Pforzheim.

Um diesen Mißständen zu begegnen, wurde im Herbst 1907 mit Genehmigung der Aufsichtskommission und des Stadtrates sowie im Benehmen mit den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beim Städtischen Arbeitsamt eine eigene Abteilung für die Vermittlung von Lehrstellen aller Berufsarten eingerichtet. Vorbildlich waren die Einrichtungen Münchens und Straßburgs. Die Vermittlung erfolgt völlig unentgeltlich.

Die ganze Organisation und Tätigkeit der Lehrstellenvermittlung ist aus folgendem Programm ersichtlich, das dank des harmonischen Zusammenwirkens aller Faktoren alljährlich zur strikten Durchführung gelangt:

I. Feststellung der Nachfrage nach Lehrstellen. A. In hiesiger Stadt.

1. Das Volksschulrektorat legt jeweils auf 1. November ein Verzeichnis derjenigen Schüler und Schülerinnen dem Städtischen Arbeitsamt vor, welche an Ostern aus der Schule entlassen werden. Das Verzeichnis hat auch die Namen der Eltern und Vormünder der Schüler sowie deren Wohnungen zu enthalten.

2. Auf Einkunft des Verzeichnisses läßt das Arbeitsamt den Eltern bzw. Vormündern ein Anschreiben zugehen, worin auf die Notwendigkeit der Erlernung eines Berufs der an Ostern zur Schulentlassung kommenden Schüler und Schülerinnen aufmerksam gemacht wird und dieselben zur Inanspruchnahme des Arbeitsamts ermahnt werden.

3. In der Zeit zwischen 1. und 10. November erfolgt durch die Klassenlehrer Belehrung der Schüler und Schülerinnen über die Bedeutung bzw. Notwendigkeit einer richtigen Berufswahl.

4. In der Zeit zwischen 10. und 20. November erfolgt Aufklärung der Eltern, Vormünder und Schüler durch die Oberlehrer in gemeinsamer Zusammenkunft und zwar auf Grund des Büchleins „Die Berufswahl“.

5. In der Zeit vom 20. bis 30. November füllen die Schüler bzw. Schülerinnen die Anmeldekarten selbst aus, die Karten sind außerdem von den Eltern oder Vormündern zu unterschreiben.

Um in den Besitz einer zuverlässigen Übersicht über den Zugang von Lehrlingen zu den einzelnen Berufsarten zu gelangen, sind allen zur Schulentlassung kommenden Knaben und Mädchen (also auch denjenigen, welche etwa schon Lehrstellen angenommen haben) durch die Lehrer Fragelisten zwecks Ausfüllung zu übergeben. Etwa den Lehrern zugehende Gesuche um Zuweisung von Lehrlingen sind unberücksichtigt zu lassen und die betr. Lehrherren an das Städtische Arbeitsamt zu verweisen.

6. Auf spätestens 10. Dezember werden die ausgefüllten Anmeldekarten durch die Oberlehrer an das Rektorat der Volksschule vorgelegt.

7. Spätestens auf 15. Dezember erfolgt die Weiterleitung dieses Materials durch das Rektorat der Volksschule an das Städtische Arbeitsamt.

8. Auf Wunsch findet ärztliche Untersuchung der Schüler und Schülerinnen statt.

B. In den umliegenden badischen und württembergischen Gemeinden:

1. Die Ortschulräte bzw. Ortschulinspektoren sind durch geeignetes Anschreiben zu ersuchen, jeweils auf 1. November ein Verzeichnis derjenigen Schüler und Schülerinnen dem Städtischen Arbeitsamt vorzulegen, welche an Ostern aus der Schule entlassen werden. Das Verzeichnis hat auch die Namen der Eltern und Vormünder der Schüler sowie deren Wohnungen zu enthalten.

2. Im übrigen (selbstverständlich mit entsprechenden Änderungen) greift das gleiche Verfahren wie hier Platz.

II. Feststellung des Bedarfs an Lehrlingen:

1. Spätestens auf 15. November erfolgt entsprechende Bekanntmachung des Arbeitsamts in den hiesigen sowie in verschiedenen auswärtigen Zeitungen.

2. Die einzelnen Verbände und Vereinigungen verweisen, auf entsprechende Benachrichtigung durch das Städtische Arbeitsamt, auf die unter Ziffer 1 erwähnte Bekanntmachung und machen dabei noch besonders darauf aufmerksam, daß die Anmeldung von Lehrstellen direkt beim Arbeitsamt schriftlich oder mündlich unter gleichzeitiger Angabe der Dauer der Lehrzeit, Lohnverhältnisse und sonstigen Bedingungen zu erfolgen habe.

III. Die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage durch das Städtische Arbeitsamt erfolgt in der bei diesem allgemein üblichen Weise (durch Zuweisungskarte usw.).

Die mit dieser Organisation der Lehrstellenvermittlung gemachten Erfahrungen sind durchaus günstig, wie nachfolgende Zahlen zeigen:

	1907	1908	1909	1910	1907	1908	1909	1910
Verlangt wurden	76	1848	1115	1088	59	690	717	556
Gemeldet haben sich	19	325	444	586	3	218	282	173
Vermittelt wurden	10	249	414	401	1	124	207	173

	1907	1908	1909	1910
Verlangt wurden	135	2033	1882	1614
Gemeldet haben sich	22	543	826	709
Vermittelt wurden	11	878	721	574

Die Zahl der Lehrlingsvermittlungen ist also in den Jahren 1907/09 von 11 auf 621 gestiegen. Nach einer Berechnung des Städtischen Arbeitsamtes in der „Pforzh. Freien Presse“ (14. Juli 1909) sind das ungefähr 50 % aller im Jahre 1909 in Pforzheim eingestellten Lehrlinge. Auf Ostern 1910 wurden etwa 40 % vermittelt.

Auch in anderen Städten Badens sucht man in dieser Weise die Lehrlingsvermittlung im Anschluß an die Arbeitsnachweisanstalten zu organisieren (besonders Karlsruhe und Bruchsal), während einzelne Städte (Freiburg, Mannheim, Konstanz usw.) ihren Arbeitsnachweisen zwar besondere Abteilungen für Lehrstellenvermittlung angeschlossen haben, aber einstweilen noch von weiteren und intensiveren Vorkehrungen absehen. Der Plan, in ganz Baden nach einheitlichen Gesichtspunkten gerade diesen wichtigen Zweig der Lehrlingsfürsorge zu pflegen, geht zurück auf eine „Denkschrift über Lehrlingsvermittlung“, welche 1906 auf Anregung des Verbandes der badischen Arbeitsnachweise vom Großh. Bad. Landesgewerbeamt ausgearbeitet wurde, und wird seitdem von dieser Behörde systematisch propagiert. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß in größeren Städten diese Vermittlungstätigkeit von Erfolg begleitet ist und einem wirklichen Bedürfnis entgegenkommt, während die Zahl der tatsächlichen Vermittlungen auf dem Lande sehr gering ist. Immerhin darf man bei Beurteilung dieser ganzen Einrichtung nicht übersehen, daß, wenn auch die Zahl der tatsächlichen Lehrstellenvermittlungen bei einzelnen ländlichen Arbeitsnachweisanstalten gering ist, doch die mit der ganzen Tätigkeit verbundene Aufklärung über Berufsfragen besonders in der Schule von großem Segen sein kann.

Ein gemeinsamer Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe in Groß-Berlin ist von sechs Berliner Kellnervereinigungen ins Leben gerufen worden, nachdem durch das im Stellenvermittlergesetz ausgesprochene Verbot, Arbeitsvermittlungen in Gastwirtschaften vorzunehmen, das Weiterbestehen der Einzelnachweise unmöglich geworden war.

Der **Rheinische Arbeitsnachweisverband**, über dessen beabsichtigte Gründung wir Sp. 696 bereits berichteten, hat sich am 21. März 1911 konstituiert und hat seine Tätigkeit am 1. April begonnen. Als Aufgaben des Verbandes werden in den Satzungen genannt:

- a) die Durchführung der Arbeitsvermittlung von Ort zu Ort;
- b) die Errichtung neuer Arbeitsnachweise und die Belegung der Tätigkeit der vorhandenen in Verbindung mit den zuständigen staatlichen und kommunalen Behörden anzuregen;
- c) eine Statistik über die Ergebnisse des Arbeitsnachweises sowie über die Arbeitslosen in dem Verbandsgebiete zu führen;
- d) die gemeinsamen Interessen der Verbandsmitglieder zu vertreten;
- e) den Verkehr mit anderen Arbeitsnachweisverbänden zu vermitteln;
- f) Besprechungen zu veranstalten, bei welchen die den Arbeitsnachweis betreffenden Fragen sowie Fragen aus verwandten Gebieten zur Erörterung kommen sollen.
- g) die Bestrebungen anderer mit dem Arbeitsnachweis in Zusammenhang stehenden Einrichtungen zu fördern.

Der neue Verband umfaßt ein Gebiet, das etwa 7 Millionen Einwohner zählt. Der Vorstand setzt sich zusammen aus vier Vertretern der Städte, je drei der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie der Landkreise und der Landgemeinden, sieben Vertretern der Arbeitnehmer und acht der Arbeitsnachweise. Von den Arbeitnehmern erhalten die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften je drei, die Hirsch-Dunckerschen einen Vertreter.

Ein „**Kaufmännischer und Technischer Hilfsverein**“ zur Umgehung des Stellenvermittlergesetzes ist in Essen (Ruhr) gegründet worden. Stellenjuchende, die sich an den Verein wenden, müssen erst 10 \mathcal{M} Mitgliedsbeitrag zahlen, bevor sie in den Genuß der Stellenvermittlung treten. Diese besteht darin, daß die Zentrale Essen eine Balanzzeitung herausgibt. Nach einer Mitteilung der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ sind die in dieser Balanzzeitung veröffentlichten Stellen größtenteils den Tageszeitungen entnommen und bei der Veröffentlichung in der Balanzzeitung meistens schon besetzt. Auch außerhalb Essens hat der Verein Geschäftsstellen errichtet und verjucht neuerdings sogar, sich eine Art Handelschule anzugliedern. — Es empfiehlt sich für alle nützlichen Organisationen von Angestellten und Arbeitern, auf derartige „Hilfsvereine“ ein scharfes Auge zu haben.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Erholungsheime für Kaufleute. Vor einigen Wochen ist unter Mitwirkung zahlreicher kaufmännischer Korporationen und der ersten Männer auf dem Gebiete des Handels und der Industrie des ganzen Deutschen Reichs eine „**Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime**“ gegründet worden. Diese bezweckt, durch die Errichtung und den Betrieb von Erholungsheimen in den verschiedensten Gegenden des Reichs männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten und minderbemittelten selbständigen Kaufleuten, ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis, auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu irgendeiner Vereinigung, für geringes, den Verbrauch zuhause nicht nennenswert übersteigendes Entgelt den Aufenthalt in einem Erholungsheim zu ermöglichen. Sie beabsichtigt, zunächst 20 Heime teils an der See (Nord- und Ostsee), teils im Mittelgebirge (Harz, Thüringer Wald, Riesengebirge, sächsisches Erzgebirge, Odenwald, Taunus, Vogesen, Schwarzwald usw.), teils im Hochgebirge (Oberbayern) und an sonstigen klimatisch und landschaftlich bevorzugten Orten zu errichten. Die Heime sollen Wohlfahrtseinrichtungen darstellen, die allein durch die Selbsthilfe der Kaufmannschaft getragen werden. Nur die Grundstücke sollen von Staat und Gemeinden kostenlos zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Zahlreiche Anerbietungen liegen bereits vor. Die Bau- und Einrichtungskosten sollen durch Ausgabe von verzinslichen, auslosbaren Anteilscheinen (Schuldverschreibungen) aufgebracht werden. Ein beträchtlicher Teil dieser Anteilscheine ist bereits gezeichnet, die Unterbringung des Restes erscheint unzweifelhaft. Außerdem werden zur Deckung der Zinsbeträge, zur möglichst großen Verbilligung der Verpflegungssätze, ferner auch zur Schaffung von Freiplätzen für besonders bedürftige Jahresbeiträge von 2 \mathcal{M} an erhoben und auch Spenden

und Stiftungen werden angenommen, doch ist die Grenze gezogen, daß solche Beiträge nur aus den Kreisen der Kaufmannschaft selbst, der Angestellten und der Selbständigen, fließen sollen, eben um den Charakter der Selbsthilfe zu wahren. Der Sitz der Gesellschaft ist Wiesbaden.

Dem Präsidium bezw. Ausschuß gehören an u. a. als Vorsitzender Julius Baum, Wiesbaden, ferner Staatsminister a. D. v. Möller, Berlin, Reichstagsabgeordneter Bassermann, Mannheim, M. d. R. D. Kaumann, Berlin, M. d. R. Kaempf, Präsident des Deutschen Handelstags, Berlin, Staatsminister a. D. Graf Posadowsky, Raumburg, Staatssekretär a. D. Dernburg, Berlin, Geheimrat Prof. Dr. Nießer, Berlin, Oberbürgermeister Dr. Adikes, Frankfurt a. M., sowie eine große Reihe in der Handelswelt rühmlich bekannter Persönlichkeiten.

Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege. Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege waren nach den Berliner „Vol. Nachr.“ bis Ende 1910 von den Trägern der Invalidenversicherung 447,4 Millionen Mark ausgegeben, und zwar: für den Bau von Krankenhäusern usw. rund 97 Millionen Mark, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege 152,2 Millionen Mark, für Erziehung und Unterricht usw. 82,3 Millionen Mark und für sonstige Wohlfahrtszwecke 115,9 Millionen Mark.

In dieser letzten Gruppe befinden sich namentlich Darlehen zum Bau von Gas- und Elektrizitätswerken, Lokal- und Straßenbahnen, für Straßen-, Kanal-, Hafen-, Brücken-, Damm- und Uferkutschbauten, für Fußregulierungen, Erwerbungen von Wasserrechten, Beseitigung von Hochwasserschäden, für den Bau von Talsperren sowie zur Förderung des Gewerbes; ferner Darlehen zum Bause von Kirchen, kirchlichen Gemeindefäusern, christlichen Vereins- und Versammlungshäusern, Heimen für Gemeindefrauen, Lehrerinnen, Seemannsheimen usw. Ferner finden sich hier Darlehen zur Errichtung von Kleinkinderbewahranstalten, Waisenhäusern, Kochschulen, Armenhäusern, Arbeiterkolonien, Kreininanstalten, Rettungshäusern für gefallene Mädchen und gefährdete Kinder, für Spar- und Konsumvereine, Volkstheater, Badeanstalten, Feuerlöschwesen und für Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Das **Wohlfahrtsamt in Dären**, über dessen Errichtung wir Sp. 494 berichtet hatten, soll sich auf dem Rathaus befinden und als Vermittler für die einzelnen Fürsorgestellen dienen, die an sich rein private Einrichtungen bleiben. Jede allzu große Amtlichkeit, alles Bürokratische und Polizeiliche wird streng vermieden werden. Die Stadt wird nur einen jährlichen Zuschuß von 4200 \mathcal{M} zu leisten haben, um die Fürsorgestellen mit einem kleinen Betriebsfonds für die Beschaffung sofort notwendiger Unterstützungen auszustatten. Im übrigen hofft man, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, nach wie vor, die erforderlichen großen Mittel durch Beihilfen oder unter Mitwirkung der Invaliden-Versicherungsanstalt Rheinland, der Krankenkassen, bestehender Stiftungen und der Wohltätigkeitsvereine zu gewinnen.

Der **Verein Kinderschutz und Jugendwohlfahrt in Hamburg** ist im April 1910 durch Verschmelzung des Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung mit der Hamburgischen Zentrale für private Jugendfürsorge entstanden. Einem eigenen Ausschuß ist die Sorge für schwachbefähigte Jugendliche, zumal gelegentlich ihrer Schulentlassung, übertragen. Dem Verein Kinderschutz und Jugendwohlfahrt, der im Dezember 1900 zahlende Mitglieder und 300 Helfer umfaßte, wurden vom 1. April 1910 bis Ende Dezember 1910 1147 Fürsorgefälle überwiesen; etwa die Hälfte davon durch die Bevölkerung, die übrigen von Hamburger Schulen, vom Jugendgericht, der Vormundschafts- und der Justizbehörde usw. Die Schutlinge, die zum Teil ärztlich untersucht wurden, wurden je nach Bedarf entweder dauernder Aufsicht unterstellt oder vorübergehend verpflegt und beherbergt, sie wurden in Kost- und Pflegestellen, in Erziehungs- und Heilanstalten untergebracht, auch vermittelte man passende Arbeits- und Lehrstellen. Eine besondere Aufgabe des Vereins ist es, die in der Hafenstadt aufgegriffenen jugendlichen Ausreißer wieder in ihre Heimat zu befördern.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Trüpfcher v. Falkenstein, Soziale Harmonie — Deutschlands Stärke, eine Lebensäußerung. Berlin, Spreverlag. 1911. 182 S. 4^o. Preis geh. 2,50 \mathcal{M} .

Dies Buch will unwissenschaftlich sein und ist es; praktischen sozialpolitischen Wert besitzt es nicht. Die Ausstattung ist gut.

Ludwig Ascher, Das Erbnrecht. Wien, Selbstverlag. 63 S. 40.
Paul Göhre, Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Berlin 1910. Buchhandlung Vorwärts. 665 S.

Nach einem einleitenden Kapitel allgemeiner Art schildert G. vier typische Vereine in ihrem Entwicklungsgange. Als solche hat er ausgewählt die „Ernunterung“ Chemnitz, die „Befreiung“ Berlin, Leipzig-Plagwitz und die Hamburger „Produktion“. Sie sollen darstellen: den Produktverteilungsverein, den parteipolitischen Verein, den rein geschäftlich bestimmten Typ und den Konsumverein als Großbetrieb. Diese Erklärung der Typen erscheint wenig glücklich. Wieso ist Leipzig-Plagwitz rein geschäftlich bestimmt, während die „Produktion“ den Großbetrieb verkörpert? Es stimmt doch genau so gut, wenn man die Bezeichnung vertauscht. Auch ist es unangebracht, die gesamte Berliner Entwicklung unter der Etikette parteipolitischer Vereine zu schildern. Doch von diesen Einwänden abgesehen, sind die historischen Schilderungen eine sehr verdienstvolle Leistung. Und wer ähnlichen Arbeiten obgelegen hat, vermag zu beurteilen, welche Unsumme von Fleiß und Mühe darin steckt. Die Darstellung ist etwas breit, bietet dafür aber auch viele interessante Einzelheiten. Das Kapitel X, das die Groß-einkaufsgesellschaft und den Zentralverband behandelt, enthält eine sehr schiefe Darstellung der Vorgänge, die zu der Kreuznacher Spaltung geführt haben. Weniger erfreulich ist das folgende Kapitel, das den „ökonomischen Charakter der modernen Arbeiterkonsumvereine“ behandelt, wie überhaupt die theoretischen Grundlagen des Buches unzulänglich sind. G. sieht wie mancher andere in den Konsumvereinen den dritten Zweig der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das ist tatsächlich unrichtig, denn der Zentralverband deutscher Konsumvereine bemüht sich, alle Schichten mit vorwiegenden Konsuminteressen zusammenzufassen und zählt auch eine große Reihe Vereine, in denen das gelungen ist. Es ist aber auch als Forderung falsch, selbst wenn man wie G. die Tätigkeit der Konsumvereine für Selbstzweck hält und sie durchaus nicht nach belgischem Muster zu Parteianhängeln machen möchte. Dieser schiefe theoretische Gesichtspunkt führt G. nun zu einer Lobhudelei des Proletariats, die wir für längst überlebt halten. Diese Auffassung, die nur im Arbeiterkonsumverein etwas lebensfähiges sieht und beständig die Arbeiterleistungen bewundert, auch wo kein Grund dazu vorhanden ist, wird gerade der zurückweisen, der volles Verständnis für die gewaltige Organisationsarbeit hat, die die Arbeiter in den letzten 30 Jahren geleistet haben. — Im selben Kapitel wird auch eine Auffassung über den Mehrwert und die Konsumvereine zum Ausdruck gebracht, die man in einem wissenschaftlichen Buche nicht vermuten sollte. — Trotz allem wird das Buch dem geschulten Leser viel Interessantes bieten.

„Duften!“ Aus der Lebensbeschreibung einer Armen. Herausgegeben vom Direktor der Irrenanstalt Burghölzli in Zürich Professor E. Bleuler. Vorrede von Dr. Hedwig Bleuler-Waser. München, C. Reinhardt, 1910, 55 S. Gr. 8°, Preis geb. 50 Pf. Dies wunderbare Büchlein spricht von der Not einer geistig Zurückgebliebenen, deren Willensschwäche sich tausendfach rächt. Es gibt reichlichen Stoff zu moralischer Entrüstung all denen, die Ohren haben und nicht hören, und Augen haben und nicht sehen. Wer aber die Reinheit einer einsältigen Seele auch dann noch zu sehen vermag, wenn Rechtspredung und Altagmoral ihr „Schuldig“ gesprochen haben, der wird mit bitterem Schmerz dies grauenvolle Verbrechen lesen, das die Kiste proletarischen Lebens tendenzlos und darum desto eindringlicher enthüllt.

Politische Erinnerungen. Von B. Kulemann. Verlag von Karl Curtius, Berlin W. 35. Preis 2 M. 50 Pf.

Wenn auch diese Erinnerungen, wie schon der Titel sagt, in erster Linie politischer Natur sind und ihren Schwerpunkt vor allem in den sehr interessanten Mitteilungen aus der Reichstagszeit des Verfassers haben, so befand sich in ihnen doch auch an vielen Stellen der bewährte Sozialreformer. Kulemann hat beim Ablauf des Sozialistengesetzes in seiner Fraktion und im Reichstag eine sehr bedeutsame Rolle gespielt; er stand namentlich Miquel sehr nahe, hat mit den Führern des Evangelisch-Sozialen Kongresses enge Fühlung und kennt die wahren Gründe der Ereignisse nicht nur besser als mancher andere, sondern spricht auch ehrlich und offen darüber. Dabei erzählt er auch sehr ernste und schwere Dinge immer in gefälliger Form. Wir empfehlen sein Buch aufs wärmste.

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus von Joseph Stammhammer, Bibliothekar in Wien. Bd. III: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1908. Mit einem vollständigen Sachregister über alle drei Bände. Jena, Gustav Fischer. 1909. 478 S. 18 M.

Mit bewundernswürdigem, entlagungsreichem Eifer hat Stammhammer seine in der ganzen sozialwissenschaftlichen Welt bekannte „Bibliographie“ von dem Zeitpunkt des Erscheinens des zweiten Bandes (1900) ab weitergeführt und hat die unheimlich anschwellende Literatur über Sozialismus, soziale Bewegung, Arbeiterfrage, Genossenschaftswesen, Kommunismus und was drum und dran hängt in allen Büchern und Zeitschriften aufgespart, um die Standorte für immer festzustellen und so die sozialwissenschaftliche Forscherarbeit zu erleichtern. Freilich muß man bei der Benutzung der Stammhammerschen Bibliographie darauf achten, daß sie nur eine solche des Sozialismus und Kommunismus und der damit zusammenhängenden sozialen Fragen, nicht aber eine Bibliographie der Sozialpolitik sein will. Rein sozialpolitische

Bücher und Aufsätze würde man daher in dem Werke vergebens suchen können. Doch sind die Grenzlinien von Stammhammer keineswegs eng-herzig gezogen, zumal da, wo es sich um sozialpolitische Aufsätze in den gewerkschaftlichen Zeitschriften handelt. Andererseits darf man sich auf die Vollständigkeit der Stammhammerschen Bibliographie nicht bedingungslos verlassen. So fehlt z. B. unter den zahlreichen Verfassern über Bodenbesitzreform, deren Stammhammer einige 50 aufzählt, der Name Damaschke! Nur die „Deutsche Volksstimme“ ist im Sachregister erwähnt, nicht aber das „Jahrbuch der Bodenreform“. Die Übersicht der Arbeiter-Zeitschriften ist nur ein bescheidenes Gemisch von sozialpolitischen Blättern und Arbeiterzeitungen. Die Reihe der unter „Sozialismus“ aufgeführten Zeitschriften ist sehr bunt. Auch über die Systematik des Sachregisters wird man mit Stammhammer streiten können. Aber das alles hindert nicht, daß man dem Werke auch in seiner gegenwärtigen Gestalt große Nützlichkeit zuerkennen muß.

Ludwig Fende, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der deutschen Zigarren- und Zigarettenindustrie. 216 S. 7 Abbild. 1 Anlage. Stuttgart. Ferd. Ende. 1910. 7,50 M.

Diese als 10. Heft der Tübinger Staatswissenschaftlichen Abhandlungen erschienene Abhandlung gehört in die große Reihe der letzten sich erfreulich mehrenden Untersuchungen über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Technik in einzelnen Gewerbezweigen. Trotz der umfangreichen Literatur über die Tabakindustrie fehlt bisher eine gerade diese technisch-ökonomischen Seiten der Zigarren- und Zigarettenfabrikation behandelnde Darstellung, wenigstens eine solche, die sich wissenschaftliche Erkenntnisziele setzt; es gab nur rein technische oder rein wirtschaftliche oder rein sozialpolitische Schilderungen. Fendes Arbeit ist nun nicht eine einfache Kompilation solcher technischen und wirtschaftlichen Sonderdarstellungen zu einem gemischten Bilde, sondern für sie ist der wechselseitige organische Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Verschönerungen und Erfordernissen des Tabakgewerbes einerseits, die durch Rohstoff- und Absatzmomente, durch Steuer- und Modestragen immer wieder neu gestaltet werden, und den betriebs- und maschinentechnischen Erscheinungen und Fortschritten der Unternehmungen andererseits der Ausgangspunkt und Leitfaden der ganzen Untersuchung. Und was Fende hierüber vorträgt, das hat er zum großen Teile durch selbständige Umfragen bei den Beteiligten, durch Beobachtungen an Ort und Stelle sowie durch eine breitere Erhebung unter den Wertmeistern des Tabakgewerbes gewonnen. Das Buch schildert auf diesen Grundlagen und unter den gekennzeichneten Gesichtspunkten in drei Hauptabschnitten jedesmal gesondert nach den sehr verschieden gelagerten Zweigen der Zigarren- und der Zigarettenindustrie: 1. die Entwicklung und den heutigen Stand der Technik, 2. die Produktionsverhältnisse, Organisation der Betriebe, Umfang der Industrie, geographische Verteilung, Betriebsgröße, Motorenbenutzung, Unternehmungsform, Rentabilität, 3. die Arbeitsverhältnisse (Arbeitergruppen, Arbeitsbedingungen, Arbeiterorganisationen, Heimarbeit, Arbeiter und Maschine). Die lehrreichsten Abschnitte des Buches bilden die Darstellung der technischen Entwicklung und einzelne Abschnitte aus der Arbeiterfrage, zumal die Ausführungen über die Heimarbeit und die Arbeit in den sogenannten „Alleinbetrieben“, sowie über den Einfluß der Maschine auf die Beschäftigungsgelegenheit und die Lebenshaltung der Zigarren- und der Zigarettenarbeiter. Die Frage nach dem „Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Technik“, die in der Unterfrage „Arbeiter und Maschine“ zu besonders fühlbarem Ausdruck kommt, hat der Verfasser zwar nicht in so umfassendem Sinne, wie es ihm wohl vorschwebte, zu beantworten vermocht. Die wirtschaftliche und soziale Wertung der durch die mehr oder weniger große technische Entwicklung bedingten Betriebs- und Produktionsformen ist auf einige allerdings besonders wichtige Abschnitte des Gesamtkomplexes beschränkt geblieben. Aber angesichts der außerordentlich verwinkelten Struktur des Tabakgewerbes ist auch diese engerbegrenzte Untersuchung, zumal da sie in klarer, anschaulicher Darstellung und mit psychologischer Umsicht geschrieben ist, als ein guter Beitrag zu dem großen Kapitel „Technik und Volkswirtschaft“ willkommen zu heißen.

Ins Land der sozialen Wunder. Eine Studienfahrt durch Japan und die Südsee nach Australien und Neuseeland. Von Alfred Manes. Berlin 1911. Mittler & Sohn. 6 M.

Den ersten Teil des Buches bildet die durch zahlreiche Abbildungen erläuterte Schilderung der Weltreise des Verfassers. Besonders Interesse dürften hier die Berichte über die Südseefahrt erwecken, wobei auch der deutsche Kolonialbesitz in Neu Guinea und Samoa behandelt wird und in kurzer Folge und auf geringem räumlichen Gebiet Völker und Volksstämme besucht werden, die auf den verschiedensten Kulturstufen stehen — vom Menschenfresserstamm an bis zu den sozial am weitesten fortgeschrittenen Neuseeländern. Im zweiten Teil behandelt der Verfasser die politischen und sozialen Verhältnisse Australiens und Neuseelands, die ja für den Sozialpolitiker und Nationalökonom stets von ganz besonderem Interesse sind. Aber auch andere Kreise, wie Kaufleute, Beamte, Ärzte usw. werden das fesselnd geschriebene, vielseitige Interessen berührende Werk mit Gewinn lesen.

Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei. Von Dr. Ludwig Bergsträsser. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Tübingen. 1910. Preis 5 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Petitzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Moselland und die westdeutsche Eisenindustrie.

Vorträge, herausgegeben von der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin. — Zwei Teile.

1. Teil: Das Moselland.

Preis: 4 Mark.

Aus dem Inhalt: M. Sering, Das Moselland in Vergangenheit und Gegenwart. — G. Krüger, Das römische Trier. Mit vier Abbildungen im Text und einem Plan des römischen Trier. — G. Rententich, Trier im Mittelalter. Mit acht Abbildungen im Text. — J. B. Reune, Das alte Mos. Mit 14 Abbildungen im Text. — P. Böhmer, Das neue Mos. — Franz Brümmer, Der Mosstand in der Eifel, seine Ursachen und die Maßnahmen der Staatsregierung zu seiner Behebung. — D. Weismüller, Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft im Kreise Daun. — Heinr. Gerbelle, Agrarpolitisches, Landwirtschaftliches und Geschichtliches über den Regierungsbezirk Lothringen und insbesondere den Landkreis Mos. — Beilage: Eine zweifarbige Karte: Trier und Mosel.

2. Teil: Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.

Vorträge von Professor Dr. H. Schumacher, Bonn.

Preis: 3 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitender Überblick über die Entwicklung der Eisenindustrie. — Die ursprünglichen Konkurrenzverhältnisse der beiden Hauptgruppen der westdeutschen Eisenindustrie. — Die Ausgestaltung der Konkurrenzverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie. — Die bestehenden Verkehrsverhältnisse in der westdeutschen Eisenindustrie und die Möglichkeiten ihrer Verbesserung. — Die Moselkanalisierung im allgemeinen. — Die westdeutsche Eisenindustrie und die Moselkanalisierung.

Weltgeschichte. Leopold von Ranke.

Vollständige Text-Ausgabe mit Gesamtregister. Über 190 Bogen Royal-Okta in vier Bänden.

Dritte, unveränderte Auflage.

Preis: Geheftet 40 Mark, gebunden in Halbfranz 50 Mark.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben.

Die Abnahme von Band I verpflichtet zu der des ganzen Werkes.

Diese neue Ausgabe in vier Bänden bringt die Anmerkungen, sowie die Analekten und kritischen Erörterungen der noch weiterhin bestehenden großen, neunteiligen Ausgabe nicht; hingegen enthält sie außer dem vollständigen Text in einem Anhang die „Aufsätze zur eigenen Lebensbeschreibung“ und die für die Zeitgeschichte wichtigen „Tagebuchblätter“ und ein ausführliches Sachregister.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Radierungen und Momentaufnahmen

von

Ernst Zitelmann.

Zweite und dritte Auflage.

Preis: geh. 2 M. 40 Pfg., geb. 3 M. 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: Der Turm auf dem Hause. — Kahn im Mondlicht. — Sonntagmorgens im April. — Mager, kümmerlich immer fröhlich. — Das Gesicht wie zusammengeballt gewesenes Papier. — Mitter, Frau und Schlange. — Wie die Frauen ihre Männer nennen. — Der Mond singt über dem Wasser. — Es gibt Götter so riesengroß. — Mein Leben, so schön der berühmte Gelehrte. — Wie um die Güte der Menschen. — Mein Prinz, kante der Geisteslehrer. — Im hellen Hain. — Drei Seelen. — Die Venus von Medici. — Die Madonna im Garten. — Reife und unruhig. — Ein heiserer Vorsprachmorgens. — Wie ein vom Tode auf-erstandener. — Wir kommen von einem „geringen Abend“. — Schlichte dämpe Luft überall. — Das Gefelchen.

Kaiser Wilhelm I. Geschichte Bismarcks.

Von

Erich Marcks.

Sechste und siebente Auflage.

Preis: 6 M. In Leinwand geb. 7 M. 60 Pfg.

Die Notwendigkeit dieser Doppelausgabe des Buches beweist, welche großen Beifall diese Darstellung des Lebens Kaiser Wilhelms I. gefunden hat. Ein Werk echt wissenschaftlichen Charakters, spricht es doch zugleich zu unsern Herzen; es schildert den herrlichen Abschnitt deutscher Geschichte, indem es neben Kaiser Wilhelm als Mittelpunkt die Gestalten eines Bismarck, Moltke, Roon u. a. uns lebendig vor Augen stellt. Wer sein Vaterland liebt und sich Rechenschaft geben will, wie wir wieder eine Nation geworden sind, wird das Buch von E. Marcks mit hohem Genuß lesen.

Das Spezial-Nachschlage-Werk

für Juristen, Verwaltungsbeamte, Geistliche, Politiker, Publizisten, Stablenende

für Abgeordnete, Gemeinderäte, Stadtverordnete, Sozialpolitiker, Arbeitersekretäre, Vereinsleiter

für Bibliotheken, Lesehallen

für jeden am öffentlichen Leben Interessierten überhaupt.

STAATS-LEXIKON

der Görres-Gesellschaft.

Dritte, neubearbeitete und vierte Auflage. In fünf Bänden.

Dieser Bände (geb. je M. 18.-) liegen bereits vor; Band V wird im Herbst 1911 erscheinen. Das Werk hat einen ungewöhnlichen Erfolg erreicht: Noch vor Vollendung der 8. (neubearbeiteten) Auflage mußte ein unveränderter Neudruck erfolgen.

Verlag von Herder zu Freiburg in Breisgau. Durch alle Buchhandl. (bequeme Ratenzahlungen zu beziehen).

Totentanz und Lebensreigen.

Von

Ernst Zitelmann.

Preis: geheftet 3 Mark 50 Pfennig, gebunden 5 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Zum Eingang. — Das Geigenpiel. — Angst. — In den Felsen. — Der Herr Hofrat. — Herzblut. — Zwiegelang. — Der Dichter. — Ein Schmetterling. — Bei dem Arzt. — Der Weg in die Ede. — Abendgespräch. — Der Forscher. — Der Lehrer des Lebens. — Nach dem Begräbnis. — Das Nebelmeer. — Der Kaufpreis. — Gnade. — Der Würdige. — Lachen. — Der höchste Augenblick. — Die Last. — Erfüllung. — Auf dem Friedhof. — Die Liebenden. — Die Witwen. — Zum Ausgang.

Von

Max Lenz.

Preis: 6 M. 40 Pfg. In Leinwand geb. 8 M.

Inhalt: Einleitung. Friedrich Wilhelm III. und sein Staat. — Jugendjahre. — Die Revolution. — Frankfurt. — Petersburg und Paris. — Eintritt ins Ministerium. — Anfänge des Ministeriums. — Geistliche und Deutsche Frage. — Polnische Revolution. — Der Kampf mit dem Liberalismus. — Der Frankfurter Fürstentag. — Schleswig-Holstein. — Die Niederwerfung Österreichs. — Norddeutscher Bund. — Krieg mit Frankreich. — Aufrichtung des Deutschen Reichs. — Kulturkampf; Bund und Bruch mit den Liberalen. — Auswärtige Politik im neuen Reich. — Innere Politik im letzten Jahrzehnt. — Ausgang. — Anmerkungen.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Mollendorffstr. 29/30
Ansprechender: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Ungewißheit. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin.	921	Arbeiterrecht	937
Vom Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe. Von Magistratsrat P. Wöbling, Berlin.	925	Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen. Früher Arbeitschluß am Sonnabend. Gemeinnützige Rechtsauskunft.	937
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterrecht	927	Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen. Die Rechtshilfe der Studentenvereine in Kopenhagen. Ein Rückblick auf 25 Jahre gemeinsamer Tätigkeit. Von Landesversicherungsrat Hansen in Kiel. Mitarbeit der Referendare in Rechtsauskunftsstellen. Gebührenfreiheit für Auskünfte der preussischen Rechtsanwälte in gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen. Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910. Die Rechtshilfsaktivität des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter 1910. Arbeiterversicherung, Sparkasten . 943 Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum während des Urlaubs. Eine Verbindung von Sparkasse und Altersversicherung. Verringerung von Altersrenten durch Anrechnung von Krankheitswochen. Volksbildung	945
Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterrecht	927	Die Schulbildung und ihre Bekämpfung. Der Verband für handwerksmäßige und sachgemäße Ausbildung der Frau. Studentische Volksbildungsarbeit. Wohnungswesen	949
Die Österreichische Landessektion der Internationalen Vereinigung. Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform. Soziale Zustände	929	Eine auf neue erbbauliche Grundstücke gegründete Gartenstadt. Ein Landeswohnungsverein für Baden. Literarische Mitteilungen	950
Die Kellneraffäre im Reichstag. Von Dr. Siegfried Heßcher, M. d. R., Hamburg. Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen. Rechtspflege	930		
Die Bedeutung einer richtigen Kriminalstatistik. Die Unterhaltungsspflicht für die wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse ausscheidenden Mitglieder. Ein Lehrstuhl für soziales Recht. Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angehörigen und Beamten	931		
Der nationale Separatismus in den Gewerkschaften Österreichs. Der 6. Bundestag der technisch-industriellen Beamten. Ein Reichsverband deutscher Bühnemitglieder. Streik und Aussperrungen	935		
Arbeiterbewegung im Bergbau. Nachkänge vom Eisenbahner-Ausstand in Frankreich. Das Ende des Arbeitskampfes im graphischen Gewerbe Finnlands. Der Lohnkampf in der Chemnitzer Metallindustrie. Ein Streik in der Kinderwagenindustrie von Belgien.			

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Ungewißheit.

Der am 2. Mai beginnende und voraussichtlich bis gegen Pfingsten dauernde Abschnitt der Reichstagsession wird nach dem übereinstimmenden Willen der Reichsverwaltung und des Parlaments im wesentlichen der Reichsversicherungsordnung und ihren Anhängen gewidmet sein. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht die erste Beratung des Einführungsgesetzes zur RVD. und der Aufhebung des Hilfskassengesetzes als Einleitung in den Kampf

um das Riesenwerk, selbst zugleich Vorparlamentengesetze von erheblicher Bedeutung. Denn das Einführungsgesetz greift mit rauer Hand in erworbene Rechte der Beamtenschaft der Arbeiterversicherung, und die Aufhebung des Hilfskassengesetzes gemahnt an die Verdrängung der freien Hilfskassen durch die Neuordnung des Krankentassenwesens. So stehen am Eingang der Beratungen sofort zwei Forderungen, die in weitesten Kreisen der Arbeiter- und Gehilfenschaft scharf bekämpft werden, und das wird einen Vorgeschmack des Ringens um die Reichsversicherungsordnung geben. In einem Borentwurf war diese Anfang April 1909 dem öffentlichen Urteil vorgelegt, am 12. März 1910 gelangte die Vorlage aus dem Bundesrat an den Reichstag, der sie vom 18. bis 20. April der ersten Lesung unterzog; ein volles Jahr hat sich dann die Kommission im Schweiße ihres Angesichts in 120 Sitzungen damit abgemüht, und jetzt, wo die Entscheidung naht, ist alles noch ins Ungewisse gestellt.

Es ist eine aufreizende Unwahrheit, wenn sozialdemokratische Blätter die RVD. ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter nennen, mit dem die Wohlhabenden die Armenlasten von sich ab auf die Minderbemittelten schieben. Ernsthafte Arbeiterkreise, Krankentassenvorstände, Gewerkschaftsführer sprechen anders und haben oft genug die großen Vorteile der Versicherung für die Arbeiter rückhaltlos anerkannt. Aber richtig ist leider, daß mit dem Fortschreiten der Verhandlungen immer mehr Hoffnungen, die eine große und gründliche Reform erwarteten, begraben worden sind, daß weitaus die meisten Wünsche, die sich in zahllosen Eingaben, Beschlüssen, Abhandlungen kundgaben, unerfüllt bleiben und daß, wo nicht offener oder geheimer Widerstand sich rüstet, fast überall nur Resignation herrscht, daß nicht mehr zu erreichen war. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung, den der Bundesrat beschlossen hatte, ist im Reichstag nur in wenigen Punkten wirklich verbessert worden, manche wichtigen Reformen fielen wieder im Laufe der Beratungen, einige Änderungen halten wir für Verschlechterungen. Wir haben versucht, unsere Leser über die Kommissionsbeschlüsse durch fortlaufende Mitteilungen zu unterrichten; geschlossene Gesamtbilder von dem Ergebnis zu geben, ist uns zurzeit unmöglich, da uns die Kommissionsberichte noch nicht vorliegen. Aber wenn auch nicht in der Fülle der Einzelheiten, so ist doch über die Hauptpunkte eine Orientierung möglich:

Eine Verschmelzung der drei Versicherungszweige hatte die Regierung von vornherein für untunlich gehalten. Immerhin hatte sie eine Vereinheitlichung in der Organisation und Rechtsprechung angebahnt, die des großen Zuges nicht entbehrt. Leider hat die Reichstagskommission diesen folgerichtigen Aufbau in seiner Grundlage, dem Versicherungsamt, aus geldlichen und bürokratischen Besorgnissen, erheblich abgeschwächt. Das Reichsversicherungsamt, dem nun alle Versicherungszweige unterstehen sollen, hat eine Entlastung erfahren; ob die recht mechanische Form, die man gewählt hat, glücklich ist, muß die Zeit lehren. Leider ist es nicht gelungen, den Versicherten bei der Feststellung des Unfalls und seiner Entschädigung eine wirksame Vertretung zu schaffen. Ebenso wenig sind die Gewerbetreibenden unter die Betriebsunfälle aufgenommen. In der Krankenversicherung ist die Zentralisierung des Kasienwesens auf halbem Wege stehen geblieben; den Betriebskassen ist sogar ein weiterer Spielraum gegeben als im Regierungsentwurf. Der Versuch, den Landkrankenkasernen eine Selbstverwaltung zu gewähren, ist gescheitert, und ihre ganze Gestalt ist so stark zugunsten der Arbeitgeber auf Kosten der Arbeiter zugeschnitten, daß nur eine unsichere und kümmerliche Versorgung erreicht wird. Dessen ungeachtet schätzen wir die Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung auf 6—7 Millionen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter,

Dienstboten, Seimarbeiter, Unkündige als eine bedeutsame Errungenschaft, die unzweifelhaft später einen gründlichen Ausbau einleitet. Auch die Wochenpflege, und damit der Mutter- und Säuglingsschutz, hat eine Erweiterung erfahren, wenngleich viele Forderungen nicht berücksichtigt worden sind. Daß die freien Hilfsklassen stark eingeengt werden, so daß ein Verschwinden vieler Klassen zu erwarten ist, bedeutet in manchen Fällen eine große Härte. Abgelehnt ist leider eine Steigerung der Gehaltsgrenze für die kaufmännischen Gehilfen und technischen Beamten. Dagegen ist für hochgelohnte Arbeiter das Krankengeld erhöht worden; auch wird bei Berechnung der Unfallrente der Jahresarbeitsverdienst voll bis zum Betrage von 1800 M. (1600 M. bisher) angerechnet. Keineswegs befriedigt die jetzige Gestaltung einer Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankentassen. In der Unfallversicherung ist die Verdienstgrenze beträchtlich, bis 5000 M., hinaufgeschoben worden. Eine Reform der Invalidenrente ist am Widerstand der Regierung gescheitert — das Reichsamt hat sogar zum Ersauern der Kommission verstanden, unbehaglichem Eifer den Mund zu stopfen. Dagegen ist eine Invaliden-Kinderrente eingeführt. Neu tritt bekanntlich die Hinterbliebenen-Versicherung hinzu; so bescheiden auch die Witwenrenten im Ausmaß von 72—170 M., je nach Lohnklasse und Versicherungsdauer, und ebenso die Kinderrenten sind, so bedeuten sie doch immerhin eine Sicherung und Erleichterung gegen den jetzigen Zustand, die man nicht wegwerfend behandeln sollte.

Aber all diese Beschlüsse haben in der Öffentlichkeit lange nicht so tiefen Eindruck gemacht wie die Neuordnung der Bestimmungen über Vorstand und Beamten in den Ortskrankentassen. In ihr liegt vielleicht das Schicksal des ganzen Gesetzes beschlossen. Um den Einfluß der Sozialdemokratie in der sozialen Versicherung, der in den Ortskrankentassen wurzelt, zu brechen, hatte die Regierung die Halbierung des Vorstands und der Beiträge gefordert. Die Kommission dagegen läßt es bei der jetzigen Verteilung von zwei Drittel auf die Arbeiter und einem Drittel auf die Arbeitgeber, beseitigt aber durch eine ziemlich gekünstelte Formel die Entscheidung der Mehrheit, also der Arbeiter, bei der Wahl des Vorsitzenden und der Anstellung der Beamten. So erhöht sich im selben Maße die Macht der Arbeitgeber, ohne daß sie mehr Lasten tragen, wie sich die Macht der Arbeiter vermindert, ohne daß die Versicherten dafür einen Gewinn aus einer auf die Arbeitgeber fallenden Beitragsmehrerung ziehen könnten, die auf 60 Millionen Mark jährlich veranschlagt ist. Hält man dazu die heftigsten Kontrollvorschriften und die rigorosen Bestimmungen des Einführungsgesetzes, so kann man in der Tat von einer „Entrechtung“ der Arbeiter in den Ortskrankentassen sprechen, wenigstens von einer starken Minderung ihrer Rechte. Der Grund hierfür ist, wie offen erklärt wird, das Verlangen, die Herrschaft der Sozialdemokratie in der Kassenverwaltung zu brechen. Es ist leider nicht zu leugnen, daß Unvorsichtigkeit und Übermut hier manchen Anlaß zum Einschreiten gegeben haben. Trotz allen Ablehnens sind gewisse Fälle nicht aus der Welt zu schaffen, wo die Arbeitermehrheit im Vorstand Kassenbeamte lediglich aus Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie angestellt hat, und der berüchtigte, vom Oberverwaltungsgericht als den guten Sitten zuwiderlaufend verurteilte Anstellungsvertrag ist eine Dummheit und ein Verbrechen zugleich gewesen. Aber selbst wenn die Zahl solcher Verstöße, wie man behauptet, einige hundert beträgt, so ist die Tatsache entgegenzuhalten, daß in der gewaltigen Mehrzahl der Ortskrankentassen, die nach Tausenden zählt, die Verwaltung mit musterhafter Treue und Sachlichkeit zum Wohle der Versicherten geführt wird, daß die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber in Frieden und Freundschaft miteinander wirken und daß parteipolitische Tendenzen im Verhalten des Vorstands nicht zutage treten. Schärfere Kontrollvorschriften für die Vorbildung, die Anstellung und die Tätigkeit der Kassenbeamten würden unseres Erachtens genügt haben, um Mißstände zu verhüten. Jetzt aber gibt man der parteipolitischen Agitation der Sozialdemokratie eine Waffe in die Hand, die mehr Unheil anrichten kann, als man wahrscheinlich zu beseitigen vermag.

Für unsere Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung aber geben trotzdem zwei Hauptgründe den Ausschlag: So wenig wir die Kommissionsbeschlüsse in diesem Punkte billigen, die die Regierungsvor schläge noch erheblich verschlechtern, so sehen wir in ihnen doch keinen zureichenden Grund für die Annahme, daß damit das Los der Versicherten beeinträchtigt werde. Nicht darauf aber kommt es uns in erster Linie an, wie das Maß der Rechte unter Arbeiter- und Arbeitgeber-Vertreter im Kassenvorstand verteilt ist, sondern darauf, daß die Verwaltung gut und zum höchstmöglichen Nutzen der Versicherten geführt wird. Das ist für uns das entscheidende Moment. Die Fürsorge aber für die Versicherten liegt auch nach der neuen Ordnung vorzugsweise in den Händen der Arbeitervertreter des Vorstands; ihre Mehrheit gibt nach wie vor

den Ausschlag für die Höhe, die Art und den Umfang der Leistungen. Hiergegen tritt für uns jeder andere Umstand zurück. Und zum zweiten wiegen denn doch die Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, so wenig sie an unsere Forderungen heranreichen, so schwer, daß eine ernsthafte Sozialpolitik, die stets nehmen muß, was sie unter den obwaltenden Umständen nur bekommen kann, nicht die Schuld einer Ablehnung auf sich laden darf, weil sehr beträchtliche Mängel und bedauerliche Flecken den Wert der Fortschritte verkürzen. Die Erweiterung des Versicherungsbereiches für Krankheit, die Hinterbliebenenversicherung, die Vereinheitlichung des Verfahrens, die örtliche Zentralisation können wir nicht auf Spiel setzen, selbst wenn wir uns über die kümmerlichkeit der Landkrankentassen, die Unzulänglichkeit der Gehaltsgrenze und die Schmalheit der Witwenrenten völlig klar sind. Mit diesem Verhalten bleiben wir nur unserer Tradition praktischer Sozialpolitik treu.

Wir wünschen also die Annahme der Reichsversicherungsordnung im Reichstag. Augenscheinlich ist eine starke Mehrheit der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen für die Kommissionsbeschlüsse vorhanden, denen in allen wesentlichen Punkten auch die Regierung beitrifft. Selbstverständlich muß mit allen Kräften versucht werden, bis zur letzten Stunde Verbesserungen durchzuführen und Schäden zu beseitigen. In der Tagespresse wird jetzt viel über Durcheinander und Obstruktion geredet. Eins beschwört die Gefahr des andern herauf: Wenn die Mehrheit zu einer planmäßigen Verhinderungstaktik greift, wird die Mehrheit mit Gewaltmitteln darauf antworten. Und wenn die Freunde der Vorlage die Beratung auf Kosten der Sachlichkeit beschleunigen, so reizen sie die Gegner zur Obstruktion. Wer dann in diesem Kampfe siegen wird, das ist weit weniger eine Frage der Stimmenzahl als der verfügbaren Zeit. Und diese ist knapp, sehr knapp: für den ganzen Riesenkörper von Aufgaben stehen doch nur wenige Wochen zur Verfügung. 1750 Paragraphen zählt die Reichsversicherungsordnung, tausend Folio-Druckseiten der Kommissionsberichte, über den in der 2. und 3. Lesung beschlossen werden soll, dazu kommt das Einführungsgesetz, das gewiß nicht ohne langwierige Kommissionsberatung zu erledigen ist, und die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes. Man macht sich schwer eine Vorstellung davon, wie dies gewaltige Material ordentlich und sachlich durchgearbeitet werden soll, und wir fürchten, daß unter dem Druck des Zeitmangels schließlich doch die Mehrheit zu dem Gewaltmittel der en bloc-Annahme großer Abschnitte greift, worauf die Opposition mit Obstruktion antworten wird.

So wird trotz einer stattlichen Mehrheit, trotz des festen Willens, das Werk zustande zu bringen, und trotz aller Beihilfe der Regierung das Schicksal der Reichsversicherungsordnung bis zur letzten Stunde der Entscheidung im Ungewissen bleiben. Diese Unsicherheit ist ja überhaupt das Kennzeichen unserer ganzen sozialpolitischen Gesetzgebungsversuche. Was wird aus dem Arbeitskammergesetz? Seit der Annahme mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit in 2. Lesung am 5. bis 7. Dezember („Soz. Praxis“ Sp. 327 fg.) ist es von der parlamentarischen Tagesordnung verschwunden. Wird es überhaupt wiederkehren? Der Ausschuhbericht über das Hausarbeitsgesetz ist längst erschienen, aber wann die Vorlage ans Plenum kommt, ist völlig unsicher. Die Novelle zur Gewerbeordnung ist in der Kommission durchberaten, der Bericht liegt noch nicht vor, geschweige, daß man sagen könnte, wann der Reichstag sich damit beschäftigt. Der Gesetzentwurf für die Angestellten-Versicherung sitzt noch immer im Bundesrat fest; daß er noch an den Reichstag kommt, halten wir für sicher, aber wie soll er parlamentarisch fertiggestellt werden? Sollen alle diese sozialpolitischen Vorlagen — und dazu noch eine Menge anderer Gesetzentwürfe von größter Bedeutung — auf die geplante Herbstsession verlagert werden, mit der dieser Reichstag sein Leben beschließen soll? Man hat, so lange man Zeit genug hatte, die Entscheidung auf die lange Bank geschoben, Jahre und Jahre hindurch; jetzt ist die Zeit so knapp geworden, daß wir ernstlich befürchten, eine große Zahl sozialpolitischer Probleme bleibt in diesem Reichstag wiederum ungelöst. Soll wirklich ein „Berg von Scherben“ das Ergebnis all der Mühe und Arbeit sein? Niemand kann heute darauf die Antwort geben: überall herrscht Ungewißheit.

Berlin.

E. Franke.

Vom Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.

Von Magistratsrat P. Böbling, Berlin.

Angeichts der Bestrebungen, ein Reichseinigungsamt zu schaffen, wird die Mitteilung einiger Erfahrungen über eine ähnliche Einrichtung nicht unerwünscht sein, die bereits über das ganze Deutsche Reich mit Ausnahme zweier, allerdings der größten Städte, Berlin und Hamburg, sich erstreckend, seit einigen Monaten in Tätigkeit ist. Wir meinen das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe.

Es handelt sich zwar nicht um eine staatliche Einrichtung, sondern um eine durch Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geschaffene Institution. Die Einrichtung befriedigt aber ein öffentliches Bedürfnis. Schon der Zusammenhang mit einem nationalen, über ganz Deutschland sich erstreckenden Tarifvertrag veranlaßt zu einem Vergleich mit einem etwaigen künftigen Reichseinigungsamt. Das Zentralschiedsgericht steht im übrigen insofern in einer gewissen Beziehung mit den öffentlichen Einrichtungen des Reichs, als die Unparteiischen, falls die Parteien sich über ihre Person nicht einigen, durch den Staatssekretär des Reichsamts des Innern ernannt werden sollen. Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern sind auch die Einigungsverhandlungen eingeleitet worden, die im Jahre 1910 zur Errichtung des Schiedsgerichts führten. Aus Reichsmitteln sind die Kosten bestritten worden. Das Reich hat schließlich die nötigen Räume für das Schiedsgericht zur Verfügung gestellt. Wenn es sich um ein „Schiedsgericht“ handelt und nicht um ein „Einigungsamt“, so liegen doch gewisse Momente vor, die den Charakter eines Gerichts etwas abhewachen: Mitglieder des Gerichts sind neben 3 als „Unparteiische“ bezeichneten Personen 8 „Vertreter“ der Zentralorganisationen (neben 16 Stellvertretern). Schon einmal hatte im Baugewerbe ein ähnliches, für einen bestimmten Fall eingesetztes Schiedsgericht im Juni 1910 getagt. Dies hatte seine Aufgabe als die eines Einigungsamts im Sinne des Gewerbevertragsgesetzes aufgefaßt. Damals wurde gesagt, „die Vertreter der einzelnen Parteien haben, obwohl sie gleichzeitig Schiedsrichter waren, ihre Ansprüche genau so scharf vertreten, als wenn sie nur Parteien gewesen wären“. Richter und Parteien sind nun aber zwei sich ausschließende Begriffe. Das Schiedsgericht im Baugewerbe hat keineswegs nur Rechtsstreitigkeiten entschieden, das heißt entschieden, ob die eine oder andere Partei im Recht ist, sondern, wie man aus dem Tenor vieler Entscheidungen ersieht, hat es oft nur Grundsätze aufgestellt, die nach Ansicht des Schiedsgerichts in dem betreffenden Falle maßgebend sind, in einzelnen Fällen hat es seinen Spruch ausdrücklich als „grundsätzliche Entscheidung“ bezeichnet.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe ist daher vielleicht nicht ausschließlich ein Schiedsgericht im Sinne des zehnten Buches der Zivilprozeßordnung, sondern eine Tarifbehörde zwecks Durchführung des Tarifvertrags, womit schiedsgerichtliche Funktionen nicht ausgeschlossen sind — wie solche auch von den Einigungsämtern oft ausgeübt wurden. Ich möchte es aber vermeiden, meine Meinung hier endgültig festzulegen.

Bei dem der Einrichtung des Zentralschiedsgerichts zugrunde liegenden Tarifvertrag machte sich wieder der so oft hervorgehobene Mangel bemerkbar, daß die Parteien in den Tarifverträgen zu viel vereinbaren wollen, mehr, als in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit erschöpfend formuliert werden kann. So sind denn auch die Bestimmungen über das Zentralschiedsgericht nur allgemein gehalten, und das Gericht ist deshalb eine erst in der Entwicklung begriffene Einrichtung. Es ist alles im Fluß, wie überhaupt bei den Tarifverträgen. Sie werden, wenn sie eine dauernde Einrichtung bleiben, noch bedeutsame Wandlungen durchmachen müssen, sie werden aus Punktationen erst zu klaren Verträgen sich entwickeln müssen, aus deren Wortlaut Leistung und Gegenleistung ohne weiteres und ohne die Zuhilfenahme schwieriger juristischer Hypothesen zu erfassen sind.

Erfreulich ist, daß das Zentralschiedsgericht seine Geschäftsordnung auf wenige, unbedingt notwendige Punkte beschränkt hat. Dadurch wurden unnütze Geschäftsordnungsdebatten vermieden, und das Gericht konnte nach seiner konstituierenden Sitzung am 5. und 6. Januar 1911 an die Erledigung der vorliegenden Sachen gehen, deren Zahl in kurzem auf etwa 150 angewachsen war, von denen eine große Anzahl mehrere Einzelfälle umfaßte.

Die Geschäftsordnung schreibt bestimmte Formen und Fristen für die Einlegung der Verurteilungen von den zweiten Instanzen an das Zentralschiedsgericht vor. Der gesamte Schriftwechsel geht ausschließlich durch die Zentralorganisationen. Verurteilungen dürfen nur die Vertragsträger (Orts- und Bezirksverbände), nur in besonderen

Fällen, ferner bei Fragen grundsätzlicher Art die Bezirks- und Zentralverbände einlegen. Zur Vorbereitung der Verhandlung und zur Veranlassung weiterer Sachaufklärung werden die eingehenden Sachen von mindestens zwei der Unparteiischen vorgeprüft, welche zu dieser Vorprüfung Sachverständige hinzuziehen können, die ihnen von den Zentralorganisationen benannt werden. Das Zentralschiedsgericht oder die drei Unparteiischen können die Ladung von Auskunftspersonen beschließen. Ersuchen um Vornahme richterlicher Handlungen an die zuständigen Gerichte gemäß § 1036 der Zivilprozeßordnung sind nicht in Frage gekommen. Die Aufklärung des Sachverhalts überläßt das Zentralschiedsgericht grundsätzlich den unteren Instanzen.

Nach dem zwischen den Zentralorganisationen am 31. Mai 1910 geschlossenen Vertrage bilden die erste Instanz Schlichtungskommissionen, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern in gleicher Zahl. Für die zweite Instanz ist außerdem ein „unparteiischer“ Vorsitzender vorgeschrieben, d. h. eine Person, die weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf. Eine Einigung über die Person des Unparteiischen ist in einer Reihe von Fällen nicht zustande gekommen. Das Zentralschiedsgericht hat in solchen Fällen die Parteien wegen Ernennung eines Unparteiischen an eine örtliche Behörde, z. B. den betreffenden Oberbürgermeister, verwiesen. Im übrigen sind die Vorsitzenden Stadträte, Gewerbegerichtsvorsitzende, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Assessoren usw. Einzelne größere Bezirke, z. B. Rheinland-Westfalen, Mecklenburg, Württemberg haben gemeinsame zweite Instanzen errichtet. Das hat das Zentralschiedsgericht für zulässig erklärt.

Abgesehen von dieser und einigen anderen formellen Fragen betrafen die wichtigsten Fälle den Abschluß öffentlicher Verträge, insbesondere der Akkordtarifverträge, die Abgrenzung der Lohngebiete, Lohnausgleichungen, Begriffe gewisser Arbeiterkategorien, z. B. Erdarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter, Junggefellern, ferner Maßregelungen und schließlich die Errichtung von Arbeitsnachweisen.

Der Tarifvertrag zwischen den Zentralorganisationen, dem Deutschen Arbeitgeberbund, dem Deutschen Bauarbeiterverband, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, „Haupttarifvertrag“ genannt, stellt nur einige allgemeine Regeln auf. Die Regelung der Arbeitsbedingungen, insbesondere von Lohn und Arbeitszeit ist Verträgen zwischen den örtlichen Organisationen überlassen, und neben diesen örtlichen Verträgen sind weiter örtliche Akkordtarife vorgesehen, welche innerhalb 6 Wochen nach Abschluß der allgemeinen örtlichen Verträge vereinbart werden sollten — wie die Zentralorganisationen der Arbeiter annehmen, nur da, wo Akkordarbeit üblich ist und wo die Arbeiter es verlangen. Sie stützen sich dabei auf die Begründung des Vorschlags für den Hauptantrag durch die drei Unparteiischen im Mai 1910. Bis Mitte Januar waren nun etwa 350 örtliche Verträge abgeschlossen und von den Zentralorganisationen genehmigt worden. Es steht aber noch eine große Anzahl von Vertragschließungen, wohl mehrere Hundert, aus. Nachdem nun die an das Zentralschiedsgericht gelangten Streitpunkte entschieden sind, darf der weitere Vertragschluß überall da erwartet werden, wo örtliche Verbände bestehen. Wo eine Ortsgruppe des Arbeitgeberbundes nicht besteht, ist nach einer Entscheidung des Zentralschiedsgerichts der Vertragschluß mit einzelnen Arbeitgebern zulässig. Es tauchten bei den vorliegenden Streitfällen, abgesehen von den aus der Auslegung des Vertragstextes sich ergebenden Fragen, so ziemlich alle aus der wissenschaftlichen Erörterung des Tarifvertrags bekannten Streitpunkte auf. Man konnte aber unmöglich gleich im Anfang der Tätigkeit des Gerichts eine Lösung der vorliegenden wissenschaftlichen Streitfragen erwarten. Immerhin wird man aus einer Reihe von Entscheidungen eine weitere Klärung des Tarifrechts entnehmen können. Es zeigte sich überall, daß man sich auf einem noch unbeackerten Boden befand.

Nach dem Hauptvertrage haben sich die Zentralorganisationen verpflichtet, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, um den Vertrag durchzuführen, also auch den Abschluß der örtlichen Verträge herbeizuführen. Fügt sich eine Partei den endgültigen Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht, so soll die andere das Recht haben vom Vertrage zurückzutreten. In den sogenannten Dresdener Schiedsprüchen ist ferner gesagt, daß, wenn an einem Orte ungeachtet aller Bemühungen der Zentralorganisationen ein Vertrag nicht zustande kommt, die Gegenpartei dann „volle Handlungsfreiheit“ haben soll. Diese wichtigen Bestimmungen sind bisher für das Zentralschiedsgericht noch nicht praktisch geworden. Zu entscheiden war nur die Frage, welche Instanz über die Handlungsfreiheit zu befinden hat.

Den Begriff der Maßregelung hat das Zentralgericht zu definieren gesucht. Dies war dringend nötig, weil die Maßregelung eine sehr wichtige Rolle auf dem Gebiete der Tarifverträge spielt, ohne daß bisher ernstlich eine feste Umgrenzung dieses Begriffes versucht worden wäre.

Die Arbeitsnachweise sind beim Vertragschluß im Jahre 1910 ausdrücklich von der Regelung ausgeschlossen worden. Das Zentralschiedsgericht hat deshalb entschieden, daß die Parteien die gegnerischen Arbeitsnachweise bekämpfen dürfen, nur darf der Kampf nicht gegen den Tarifvertrag verstoßen, d. h. insbesondere, daß Streiks und Bausperren zur Bekämpfung von Nachweisen nicht angewendet werden dürfen.

Das Schiedsgericht erledigte die vorliegenden Sachen in zwei Sitzungsperioden von je drei Tagen, mehreren Sitzungen der Vorcommission und Besprechungen. Weitere Arbeit verursachte die Absehung der Entscheidungen, die sämtlich mit einer Kurze von der Gesamtheit der Schiedsrichter unterzeichneten Begründung versehen wurden*). Die Sitzungen dauerten von morgens 9 oder 10 bis abends 9—11 Uhr. Außer den ordentlichen Mitgliedern waren eine Reihe von Stellvertretern als Zuhörer bei den Beratungen zugegen, so daß diese jederzeit bei Verhinderung eines Mitgliedes einspringen konnten. Es wurden über 180 Erkenntnisse gefällt und großen Teils wenige Tage nach der Sitzung an die Zentralorganisation zugestellt.

Trotz aller der Einrichtung noch anhaftenden Mängel hat sich das Zentralschiedsgericht als arbeitsfähig erwiesen. Seine Verhandlungen bewiesen den engen Zusammenhang des Einigungs- wesen mit der Rechtsprechung. Sie zeigen, daß schon in einem einzigen Gewerbe reichlich Stoff für eine zentrale Instanz vorhanden ist. Man bedenke, daß noch zentrale Instanzen für die Buchdrucker, das Malergewerbe und die Holzbearbeitungsgewerbe und eine Reihe kleinerer Gewerbe auf beschränkteren räumlichen Gebieten bestehen. Unmöglich wird künftig mit annähernd gleicher Schnelligkeit gearbeitet werden können, wie es diesmal mit Rücksicht auf die Kollage der Verhältnisse geschehen ist.

Das Schiedsgericht ist zwar keine öffentliche Behörde, aber es erfreut sich amtlicher Unterstützung, wie auch sonst derartige zentrale Einigungs- und Schiedsgerichtsaktionen fast ausschließlich mit amtlicher Unterstützung oder doch wenigstens mit Hilfe solcher Personen durchgeführt wurden. Eine Stütze finden derartige Aktionen auch in den Bestimmungen des Gewerbevertragsgesetzes über das Einigungswesen und in der Zivilprozessordnung (X. Buch).

Es war hier nicht der Ort, kritisch auf die Rechtsfragen einzugehen, die durch den vereinbarten Ausschluß vermögensrechtlicher Ansprüche gegen die Organisationen eine namentlich im Hinblick auf § 153 G.D. bedenkliche Komplikation erfahren haben. Der Hinweis darf aber nicht unterlassen werden, daß eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge sowie des zentralen Einigungswesens und auch wohl eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag durch Schaffung einer höchsten Instanz im Auge behalten werden muß. Läßt sich das Reich hier die Führung aus der Hand nehmen, so wird eine spätere Regelung auf vermehrte Schwierigkeiten stoßen. Den Schaden hat dann nicht nur das Gewerbe, sondern die ganze Nation zu tragen, wie das im Frühjahr 1910 bei dem laminenartig immer weitere Kreise bedrohenden Kampf im deutschen Baugewerbe uns deutlich vor die Augen getreten ist.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Österreichische Landessektion der Internationalen Vereinigung (Gesellschaft für Arbeiterschutz) hat im 1. Quartal dieses Jahres, wie wir ihrem Bericht an das Arbeitsamt in Basel entnehmen, an die Regierung drei Eingaben gerichtet, in denen sie speziell die Beschlüsse der Luganer Tagung über die Heimararbeit und über die Bekämpfung der Bleivergiftungen vertreten und um Einleitung der in Lugano für notwendig erklärten Erhebungen ersucht hat. In der Heimararbeit-Eingabe ist ausgeführt, daß sie in der gesetzlichen Anerkennung der zwischen Heimararbeitern und Verlegern geschlossenen Tarifverträge, sowie in der Schaffung paritätischer Lohnämter nach englischem Vorbilde das wichtigste Mittel

einer erfolgreichen Heimarbeiterpolitik erblickt, und es wird die Überzeugung ausgesprochen, daß in Österreich die Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung der Lohnverhältnisse in der Heimararbeit in hohem Grade gegeben sind. Die Gesellschaft hat das Ersuchen ausgesprochen, die Regierung möge bei Fertigstellung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Heimararbeit den von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vertretenen Grundsätzen Rechnung tragen und insbesondere in entsprechender Weise gesetzliche Grundlagen für eine gezielte Lösung des Lohnproblems in der Heimararbeit und Hausindustrie schaffen. Der inzwischen bekannt gewordene Regierungsentwurf über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Konfektion („Soziale Praxis“ Sp 673) sieht in der Tat Heimarbeitskommissionen vor, die u. a. auch zur Feststellung von Mindestlöhnen berufen sind. In der zweiten Eingabe ist die Gesellschaft insbesondere für die Beschlüsse der Luganer Tagung, betreffend den Schutz der Arbeiter gegen Bleivergiftung, eingetreten. Was die Maler und Anstreicher anlangt, hat die Gesellschaft eine strengere Durchführung der Verordnung, betreffend Bekämpfung der Bleigefahr unter den Malern, Anstreichern und Lackierern, und der Verordnung, betreffend die Einfuhr und den Verkehr mit bleihaltigen Farben und Ritten, gefordert. Weiter hat die Eingabe auf die zahlreichen Vergiftungen aufmerksam gemacht, die infolge Verwendung des Miniums bei Eisenkonstruktionsarbeiten entstehen, und gebeten, Versuche betreffend die Erzielbarkeit des Miniums anstellen zu lassen. . . In der dritten Eingabe hat die Gesellschaft einem Beschlusse der Luganer Tagung gemäß an die Regierung das Ersuchen gerichtet, Erhebungen über die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und über Arbeiterurlaube einzuleiten, damit rechtzeitig das für die nächste Tagung erforderliche Material beschafft werde. Die Arbeitereschutzgesellschaft ist kürzlich mit einer Reihe zweckverwandter Vereine in eine Kooperation getreten. Es hat sich ein Zentralschutzausschuß für öffentliche Gesundheitspflege gebildet, dem neben zehn anderen Vereinen auch die Gesellschaft beigetreten ist. Diese Organisation hat zum Zwecke, daß sich die Vereine gegenseitig von ihren Bestrebungen und Leistungen in Kenntnis setzen, um durch Vermeidung von zeitlichen Kollisionen, durch wechselseitige Teilnahme an den einzelnen Unternehmungen (Vorträge, Diskussionen, Besichtigungen usw.) und endlich durch gemeinsame Veranstaltungen mehrerer an einer Frage interessierter Vereine die Sache fördern zu können. Ein zweites, kaum minder wichtiger Zweck aber liegt darin, wichtige schwebende Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege durch gründliche Beratung von allen Seiten zu beleuchten und dem gewonnenen Standpunkte mit allem Nachdruck in der Öffentlichkeit und bei Behörden Gehör und Geltung zu verschaffen. Der Vertreter der Österreichischen Arbeiterschutzesellschaft im Zentralschutzausschuß für Gesundheitspflege ist Dozent Dr. Teleky.

Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform. Am 11. April sprach der Direktor der Lebensversicherungsanstalt der ostpreussischen Landschaft Dr. Ramin über die „Lebensversicherung für die minderbemittelten Volkskreise“. Im Vergleich zu anderen Ländern sei die Lebensversicherung in Deutschland noch viel zu wenig verbreitet: Deutschland stehe erst an siebenter Stelle, da auf den Kopf der Bevölkerung nur eine Lebensversicherungssumme von 122 M. entfalle, während in Amerika 461 M. und in England 323 M. auf den Kopf kommen. Ostpreußen stehe unter den östlichen Provinzen fast am schlechtesten da, da auf den Kopf der Bevölkerung nur eine Lebensversicherungsprämie von 4,38 M. treffe gegenüber einer Durchschnittszahl von 6,71 M. für den preussischen Staat. Dabei spielten natürlich die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung eine ausschlaggebende Rolle, deshalb müsse darnach gestrebt werden, Versicherungseinrichtungen zu schaffen, die das Versicherungsbedürfnis der großen Masse decken. Dabei müsse auch versucht werden, die Nachteile des Verfalls der Versicherung durch Zahlungsunfähigkeit zu mildern, die gerade bei der Versicherung für minderbemittelte zu beklagen seien. Zu den bisherigen Trägern der Versicherung seien nun die Lebensversicherungsanstalten der Landschaften hinzugekommen, mit denen die ostpreussische Landschaft den Anfang gemacht habe. Diese Anstalten erblickten in der möglichst vollkommenen Durchführung der Volksversicherung eine ihrer Hauptaufgaben; sie wollen die Kapital bildende Kraft der Lebensversicherung zum Besten der betreffenden Provinzen nutzbar machen und auch bei der Volksversicherung die Spargelder im Interesse derer verwenden, die sie ausgebracht haben und zwar auch zum Bau von Arbeiterhäusern, Krankenhäusern, Lungenheilstätten usw. Zur Mitarbeit bei der Lösung des Problems der Volksversicherung forderte der Redner die Ortsgruppe auf, und der Vorsitzende Redakteur Georg Müller versprach die Einschließung einer Kommission aus Mitgliedern der Ortsgruppe, die gemeinsam mit dem Referenten die Frage weiter bearbeiten soll. In der an den Vortrag anschließenden Debatte wurde die Notwendigkeit einer Verbesserung der Volksversicherung allseitig anerkannt.

*) Sie sind auszugsweise abgedruckt im „Grundstein“, Organ des Bauarbeiterverbandes und vollständig in Broschüren, die von diesem Verbands herausgegeben wurden, neuerdings auch in einer Druckschrift des Arbeitgeberverbandes (März 1911 Nachdruck der Baugewerkszeitung).

Soziale Zustände.

Die Kellneraffäre im Reichstag.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In der Einsetzung aus Berliner Kellnerkreisen, die Sie in Nr. 27 Ihrer Zeitschrift veröffentlicht haben, war an die Kellnerangelegenheit im Reichstagsrestaurant angeknüpft, die es vielleicht verdient, gerade vor dem Forum Ihrer Leser etwas eingehender behandelt zu werden, um so mehr, als jene knappe Darstellung nicht ganz frei von Irrtümern ist.

Der Reichstag hat bekanntlich sein eigenes Restaurant, das seit etwa zwei Jahren der kapitalmächtigen Hotel-Betriebs-Gesellschaft verpachtet ist. Begreiflicherweise erhält die Gesellschaft aus der Reichstasse eine Subvention; auch die Kellner, die von der Hotel-Gesellschaft angestellt werden, erhalten ihren Lohn aus Reichsmitteln. Obwohl nun der ausgezeichnete Direktor des Reichstags die Aufsicht führt, so ist es doch Brauch, daß ein Mitglied des Reichstagsvorstandes, also ein Abgeordneter, dem Namen nach die Verwaltung des Restaurants unter sich hat. Diese ehrenamtliche Tätigkeit erschöpft sich, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, in der Entgegennahme von Beschwerden der Abgeordneten und in dem Interesse an der Stellung und Entlohnung der Kellner.

Nachdem sich nun ein Kellner über unpünktliche Zahlung des Wochenlohnes beschwert hatte, hielt ich es in meiner Eigenschaft als zuständiges Vorstandsmitglied des Reichstags für mein Recht und für meine Pflicht, mich gelegentlich an einem Dienstage bei einem Kellner zu erkundigen, ob er schon seinen Wochenlohn erhalten habe. Als ich nun von ihm erfuhr, daß der am Sonnabend fällige Lohn noch rückständig war, trug ich den Fall dem Reichstagsdirektor vor und bat ihn, auf den Vertreter der Hotel-Betriebs-Gesellschaft einzuwirken, daß sich solche Verzögerungen nicht wiederholten. Der Kellner, der mir pflichtschuldig Auskunft erteilt hatte, steht übrigens unter den Kellnern am längsten in Diensten des Reichstags; er ist Familienvater und ist ein ordentlicher, rechtschaffener Mann.

Am Tage nach meiner Erkundigung war der Kellner von dem Stellvertreter der Gesellschaft entlassen worden. Durch eine Rundfrage war nämlich der „Fäster“, der sich freimütig und ehrlich als Auskunftsperson bekannte, entdeckt worden. Gegen dieses Vorgehen des Stellvertreters legte ich Vermahrung ein. Die Folge war, daß der Kellner am nächsten Tage wieder angestellt wurde und daß der Vertreter der Aktien-Gesellschaft es für angemessen hielt, sich bei mir wegen seines rigorosen Vorgehens zu entschuldigen. Einen Tag darauf war der Kellner jedoch abermals entlassen. Denn inzwischen hatte sich der Generaldirektor der Hotel-Betriebs-Gesellschaft des Falles bemächtigt und erklärt, daß eine Rückgängigmachung der Entlassung im Hinblick auf die notwendige Disziplin unter den Hunderten von Kellnern seiner Gesellschaft unmöglich sei.

Runmehr erachtete ich es für geboten, das Verhalten der Gesellschaft zur Kenntnis des Reichstagsvorstandes zu bringen. Einhellig entschied sich der Vorstand dahin, daß der Reichstagspräsident gebeten wurde, mit dem Generaldirektor der Gesellschaft auf der Grundlage zu verhandeln, entweder den Kellner wieder einzustellen oder den Pachtvertrag zu lösen. Die Gesellschaft wählte die erstere Alternative und rechtfertigte ihre frühere Haltung damit, daß sie meine Stellung als zuständiges Vorstandsmitglied nicht gekannt habe. Der Kellner waltet seither wieder seines Amtes.

Wenn ich den Vorgang der Vergessenheit entreißen möchte, so geschieht es aus zwei Gründen: Einmal um auch meinerseits die Aufmerksamkeit auf die ungenügend geschützte Stellung der Kellner hinzuweisen, und zweitens, um ein Beispiel anzuführen von der wohlthätigen Macht der öffentlichen Meinung im sozialen Leben. Denn daß der Unternehmer aus Furcht vor der öffentlichen Kritik nachgegeben hat, liegt offen zu Tage. Je mehr aber das gesellschaftliche Großunternehmen die menschliche Seele verliert, um so eifriger muß der Sozialreformer bedacht sein, die öffentliche Seele zu verfeinern und zu stärken. Während daher England sich an sich, unsere vorbildliche soziale Gesetzgebung in ihren grundlegenden Formen nachzunehmen, können wir vielleicht von England lernen, wie das öffentliche Gewissen neben der Gesetzgebung eine ausgleichende ethische Macht ist.

Hamburg

Dr. Siegfried Hedscher, M. d. R.

Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen. In der Tagespresse findet sich eine Mitteilung, wonach das Ergebnis der Erhebungen, die auf Veranlassung des Reichsjustizamts in den ein-

zelnen Bundesstaaten über die Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen veranstaltet worden sind, ein Eingreifen der Gesetzgebung nicht erforderlich erscheinen lasse. Diese Nachricht ist, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ mitteilen kann, unzutreffend. Mit der Bearbeitung der bei dem Kaiserlichen Statistischen Amte eingelieferten Fragebogen ist erst begonnen worden. Die Ergebnisse der Erhebung sind noch nicht zu übersehen, und es fehlt daher zurzeit noch jede Grundlage für weitere Entschlüsse.

Rechtspflege.

Die Bedeutung einer richtigen Kriminalstatistik erörtert Mich. Ueberhauser-Leipzig in einem Aufsatz im 57. Bande von Goldammer's Archiv. Da eine wirklich brauchbare Kriminalstatistik auch für die Erkenntnis sozialer Fragen von zweifellosem Werte ist, so geben wir die hauptsächlichsten Gedanken dieser Ausführungen kurz wieder, besonders da der Verfasser behauptet, daß durch die von ihm angegebene Art der Kriminalstatistik die Fülle von wissenschaftlichem Stoff nicht nur ohne Mehrarbeit herausgearbeitet werden könnte, sondern eine erhebliche Entlastung der bei der Aufnahme der Statistik beteiligten Stellen eintreten würde.

Die jetzt auf dem Bundesratsbeschlusse vom 5. Dezember 1881 beruhende Kriminalstatistik erfüllt ihren Zweck nur in sehr beschränktem Maße, vor allem ist die Rückfallstatistik in ihrer jetzigen Form ohne praktische Bedeutung, weil ihre Zahlen nur für das Reich und auch nur nach Abschneiden des Strafgesetzbuchs vorliegen, wodurch schon von vornherein jede Unterscheidung zwischen schwerem und leichtem Rückfall aufhört; auch ist sie in ihrer jetzigen Form unvollständig, da sie nicht alle Rückfälle umfaßt. Die berechnete Kriminalitätsziffer kommt der wirklichen Kriminalität bei weitem nicht nahe. Vor allem müßten die Personen in Abzug gebracht werden, bei denen zur Zeit die Begehung einer strafbaren Handlung so gut wie ausgeschlossen ist, nämlich alle Internierten und Inhaftierten, so zum Teil die Fürsorgezöglinge und die Gefangenen.

Die Scheidung der Verurteilten in Jugendliche im Sinne des Strafgesetzbuchs und Erwachsene ist eine sehr dürftige Scheidung. Klarheit könne hier nur eine den Lebensverhältnissen sich anpassende und zur Personifizierung der Verbrechen ungemein beitragende Trennung derselben in vier Altersklassen (12–18, 19–25, 26–40, über 40 Jahre) schaffen. Bei den Angehörigen der Altersklassen bis zum 25. Lebensjahre sei mit dem Vorhandensein einer geringeren Widerstandskraft, Unüberlegtheit, größerer Leidenschaftlichkeit, ungeordneten Lebensverhältnissen zu rechnen. Auch seien sie meist ledig, andernfalls liegen vorzeitige Ehen vor, die fast immer in wirtschaftlicher Beziehung nicht gut fundiert sind. Durch diese Klassifizierung erübrige sich auch die Auszählung nach dem Familienstande, dessen Feststellung allein für sich betrachtet gleich den Angaben über die Konfession wenig verwendbar sei. Auch hebe sich die Kriminalität der 18–25jährigen merklich von der Kriminalität der übrigen Altersklassen ab.

Auch die Einteilung in Ortsgebiete (Regierungsbezirke usw.) trägt den Erfahrungssätzen keine Rechnung. Die Großstädte mit etwa 250 000 Seelen müßten aus den Bezirken herausgenommen und mit den Vororten vereint gesondert dargestellt werden; für Berlin wäre also Groß-Berlin darzustellen.

Die vom Verfasser vorgeschlagene Kriminalstatistik würde folgende Vorteile haben. Aus der Höhe der Strafen und der Zahl der Verurteilten lassen sich Folgerungen und Rückschlüsse auf allgemein vorhandene Ursachen ziehen. So werde die Stärke der Neigung von Rechtsbrechern, sich nach einer bestimmten Richtung hin zu betätigen, durch die Feststellung der Gleichartigkeit der Delikte im eigentlichen Sinne ersichtlich gemacht. Auch die Frage, ob die Häufigkeit der Gleichartigkeit des Rückfalls mit der höheren Zahl von Vorstrafen ab- oder zunimmt, könne eingehender und auch genauer als in der Rückfallstatistik beantwortet werden. Hierdurch seien auch Untersuchungen über die Gleichmäßigkeit der Strafzumessung im Deutschen Reich möglich; ferner, nach dem Gesetze der großen Zahl, auch die Prüfung, ob ein unter denselben rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen liegender Straffall von den verschiedenen Gerichten gleich oder ungleich bewertet wird. Ebenso lasse sich dann erkennen, wie sich die jeweils erkannten Strafen zu den im Gesetze angedrohten verhalten, ob eine Wechselbeziehung zwischen der Schwere der Strafen und der Höhe der Kriminalität festzustellen ist, gegebenenfalls ob die Gegenden mit relativ schweren Strafen eine günstigere oder ungünstigere Beurteilungsziffer der betreffenden Delikte aufweisen.

Ein Vergleich der erkannten Strafe mit der Vorstrafe lasse eine Veränderung in der Größe der Schuld in objektiver und subjektiver Beziehung erkennen. Ein solcher Einblick sei nötig, denn trotz vieler Vorstrafen und ungeachtet des Vorliegens einer gewerbsmäßigen Straftat könne eine geringere Strafe durch die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten gerechtfertigt sein, so daß der Täter nicht als Verbrecher im engeren Sinne zu gelten hätte. Weiter lasse sich darthun, inwieweit die Annahme gerechtfertigt ist, daß die schwereren Strafen mit der höheren Zahl der erlittenen Freiheitsstrafen gleichen Schritt halten.

Durch besondere Fragen wird die Intensität des kriminellen Willens der Rechtbrecher zu erforschen gesucht und zwar durch Angabe des Zugangs der Kriminellen im reiferen Alter. Dadurch soll festgestellt werden, inwieweit die in jüngeren Lebensjahren bereits Verurteilten in den späteren Altersstufen von neuem straffällig werden. Es würde so eine Art Rückfallstatistik von einem neuen Gesichtspunkte aus geliefert werden. Wünschenswert sei auch noch eine besondere Zählung der Fälle, in denen geistige Minderwertigkeit als Strafmilderungsgrund in den Urteilsgründen aufgenommen ist, sowie solcher, in denen Personen wegen krankhafter Störung ihrer Geisteskräfte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen werden. Auch die Feststellung der Fälle, in denen die Straftat im Zustande der Trunkenheit begangen worden oder auf gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen ist, wäre angezeigt.

Die **Unterstützungspflicht für die wegen Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse auscheidenden Mitglieder** wird in einem Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 21. Oktober 1909 (Zentralblatt der Reichsversicherung, 6. Jahrg. Nr. 23 Dezember 10/I) erneut untersucht. Das Urteil kommt zu dem Ergebnis, daß der Zeitraum von drei Wochen, innerhalb dessen eine Krankenkasse nach dem wegen Erwerbslosigkeit erfolgenden Ausscheiden eines Mitgliedes noch unterstützungspflichtig bleibt (§ 28 RVO.), für Mitglieder, die bei dem Aufhören der Beschäftigung krank und arbeitsunfähig waren, erst mit dem Fortfalle dieser Erwerbsunfähigkeit oder der auf ihr beruhenden Krankenunterstützung (§ 54 a RVO.) beginnt.

Der der Entscheidung zugrunde liegende Fall lag folgendermaßen: Ein Maurer, der am 22. Januar 1908 durch Eintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung Mitglied der für ihn zuständigen Ortskrankenkasse geworden war, erkrankte am 4. Februar 1908 an einem mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Lungenkatarrh und bezog von diesem Tage bis zum 30. April 1908 von der Kasse das kassungsmäßige Krankengeld. Nachdem er am 25. Februar von seinem Arbeitgeber aus dem Beschäftigungsverhältnis entlassen war, wurde er am 30. April 1908 von dem Kassensatz zum 1. Mai gesund geschrieben. Er blieb arbeitslos und erkrankte während der Arbeitslosigkeit kurz darauf aufs neue an einem tuberkulösen Lungenkatarrh. Infolgedessen leitete die Landesversicherungsanstalt zu seinen Gunsten ein Heilverfahren ein, um dessen Kosten es sich bei dem Rechtsstreit handelte. In den Gründen wird ausgeführt, daß die in § 28 RVO. vorgesehene dreiwöchige Frist mit Rücksicht auf § 54 a daselbst erst vom 1. Mai 1908 ab, an welchem Tage der Bezug von Krankengeld aufgehört hat, zu berechnen sei und zwar entgegen einer Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 2. April 1906, der den in § 28 des RVO. enthaltenen Worten „infolge eintretender Erwerbslosigkeit“ eine zu große, ihnen nicht zukommende Bedeutung beigelegt und sich dadurch habe bestimmen lassen, sich über den § 54 a a. a. O., wonach im Falle der Erwerbsunfähigkeit für die Dauer der Krankenunterstützung Beiträge nicht entrichtet werden, die Mitgliedschaft aber während des Bezugs der Krankenunterstützung fortbauert, hinwegzusetzen. Eine solche Ausschaltung des § 54 a erscheine nicht statthaft; seine Vorschriften müßten vielmehr mit denjenigen des § 28 in Einklang gebracht werden. Das lasse sich aber nur durch die angegebene, auch in dem Urteile vom 6. Oktober 1904 bereits zum Ausdruck gebrachte Auslegung des Gesetzes erreichen.

Ein **Lehrstuhl für soziales Recht** ist als erster in Deutschland in Bonn geschaffen worden, indem Professor Dr. Stier-Somlo vom 1. April 1911 ab einen Lehrauftrag für dieses Fach erhalten hat.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der nationale Separatismus in den Gewerkschaften Österreichs.

Die österreichische Sozialdemokratie setzt sich bekanntlich aus fünf, den wichtigsten Nationalitäten entsprechenden Flügeln zusammen, deren jeder weitgehende Autonomie besitzt. Die Einheit der Partei hatte unter diesen Umständen eine ihrer wichtigsten Stützen bisher in der zentralistischen Organisation der Gewerkschaften. Der tschecho-slavischer Parteiflügel hat nun aber, um den tschechisch-Radikalen die Erfolge ihrer nationalistischen Feste zu unterbinden, selbst dem Nationalismus, wenn auch nicht programmatisch, so doch faktisch Zugeständnisse gemacht und Teile der Gewerkschaften in diese Richtung hineingezogen, um in deren guten Organisationen und vor allem auch in ihren Kassen eine kräftige Unterstützung zu finden. So klappt nun der nationale Gegensatz nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch innerhalb der Gewerkschaften.

Es muß freilich besonders betont werden, daß weder die tschechischen Sozialdemokraten, noch die tschechischen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit oder auch nur in ihrer überwiegenden Zahl

dem Rassenfanatismus vor dem Zentralismus den Vorzug geben. Innerhalb des tschecho-slavischer Parteiflügels hat zwar die nationalistische Strömung die Oberhand, und den Kopenhagener Internationalen Sozialistenkongreß hat ja bekanntlich bereits die Frage beschäftigt, ob die von der tschechischen Sozialdemokratie ausgeschlossenen Zentralisten noch zur Partei gehören. Aber diese Frage ist bejaht worden, und die Ausgeschlossenen sind jetzt dabei, „tschechische Sektionen der Internationale“ zu gründen, die sich also zum tschecho-slavischer Flügel in bewußten Gegensatz stellen. Noch deutlicher aber tritt innerhalb der Gewerkschaften die Tatsache hervor, daß die Separatisten nur eine Minderheit unter den organisierten tschechischen Arbeitern bilden: auf zentralistischer Seite stehen noch immer mehr als 80 000, auf separatistischer etwa 40 000 Tschechen. Und die Erbitterung gerade der tschechischen Zentralisten ist außerordentlich groß; während die den Gewerkschaften nahestehenden Parteiführer, besonders Dr. Adler, kein Mittel unversucht ließen, die Einigkeit aufrecht zu erhalten, und während gerade Adler sogar die Zentralisten in tief empfundenen Worten warnte, dem tschecho-slavischer Parteiflügel durch Gründung der „tschechischen Sektionen der Internationale“ Schwierigkeiten zu bereiten, drängten die zentralistisch gesinnten Tschechen innerhalb der Gewerkschaften zur klaren Scheidung — ein Verlangen, das freilich aus den jeder Beschreibung spottenden Mitteln erklärlich wird, mit denen die Separatisten gegen die Zentralisten im Tageskampf vorgehen.

Der österreichische Gewerkschaftskongreß (Oktober 1910, vergl. Sp. 141) hatte eine Kommission mit Verhandlungen mit den Separatisten beauftragt. Die Reichskommission machte der Prager Kommission um Mitte Dezember folgende Einigungsvorschläge:

I. Lohnbewegungen.

1. Lohnbewegungen im Angriff und in der Abwehr sowie Streiks, Boykotts und Aussperrungen sind organisatorisch einheitlich zu führen.

2. Zur Führung dieser gewerkschaftlichen Kampfsaktionen werden einheitliche Ausschüsse, die nach der Anzahl der vertretenen Mitglieder beider Organisationen bestimmt werden, zusammengesetzt; die einheitlich gebildeten Ausschüsse sind ständige Einrichtungen der Vorstände beider Organisationen und diesen auch verantwortlich. Zur Durchführung der Beschlüsse des einheitlichen Ausschusses wird ein Sekretär von der Reichsberufsorganisation beigelegt.

3. Sämtliche Mitglieder der autonomen Organisationen haben den obligaten Beitrag an den zentralen Widerstandsfonds durch ihre Zentralen an die Reichsberufsorganisationen abzuführen, der einheitlich für die gesamte Organisation im Reiche verwaltet und verwendet wird.

4. Die autonomen Organisationen können für den eigenen Gebrauch Lokalwiderstandsfonds einführen und verwalten, um kleinere Streiks im eigenen Wirkungsbereich zu führen. Doch müssen solche Streiks der Leitung des einheitlichen Ausschusses vorher angemeldet und über dessen Verlauf und Ergebnis muß berichtet werden.

5. Bei Streiks und Aussperrungen, die die Kräfte der einzelnen Reichsberufsorganisationen bereits erschöpft haben, kann die Hilfe der Reichskommission im Sinne des Streikreglements und der Bestimmungen über den Solidaritätsfonds in Anspruch genommen werden.

6. Die Reichskommission hat jedoch zu der entscheidenden Sitzung Vertreter der gemeinsamen Ausschüsse, respektive Vertreter der Prager Kommission einzuladen, sofern sich diese Hilfe auf den Wirkungsbereich der Prager Kommission ausdehnt.

7. Die Entscheidung über die zu gewährende materielle Hilfe obliegt nur der Reichskommission.

II. Organisation.

8. Gegen derzeit noch bestehende Zentralorganisationen und zentrale Ortsgruppen dürfen keine auf Spaltung oder zum Übertritt hinwirkende Agitationen eingeleitet werden.

9. Die autonomen Organisationen beschränken ihre Tätigkeit auf jene Orte in Böhmen, an welchen sie bereits Ortsgruppen oder Zahlstellen errichtet haben.

10. An Orten in Böhmen, wo bereits Ortsgruppen von Zentralverbänden bestehen, sind Neuerrichtungen autonomer Ortsgruppen oder Zahlstellen zu unterlassen.

11. In gemischtsprachigen Orten sind in Zukunft Ortsgruppen nur von Zentralorganisationen zu errichten.

III. Vertragsbestimmungen.

12. Die Ausarbeitung von Einzeldetails der Vertragsbestimmungen und Regulativs kann nur Sache der einzelnen Verbände mit den autonomen Organisationen sein.

13. Vereinbarungen der Zentralverbände mit den autonomen Organisationen dürfen aber die Grundprinzipien, die hier aufgestellt sind, nicht verletzen.

14. Alle Vereinbarungen, bevor sie gegenseitig abgeschlossen und unterfertigt werden, sollen vorher den beiden Kommissionen zur Begutachtung vorgelegt werden.

15. Beide Kommissionen sind berechtigt, einen Delegierten zu allen Verhandlungen, die mit den autonomen Organisationen gepflogen werden, zu entsenden.

16. Ein Zwang für die Zentralverbände, ein engeres Verhältnis mit den autonomen Organisationen einzugehen, wie dies in den Grundprinzipien festgelegt wurde, besteht für sie nicht, und es bleibt ihrem Ermessen freigestellt, ein solches engeres Verhältnis zu vereinbaren.

17. Sämtliche Vereinbarungen, die im obigen Sinne mit den autonomen Organisationen getroffen wurden, haben bis zu den nächsten Kongressen der Zentral- oder autonomen Organisationen Geltung.

18. Die Reichskommission ist berechtigt, in allen sprachlichen und nationalkulturellen Angelegenheiten oder bei Fragen, die das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei berühren, Vertreter der betreffenden nationalen Parteiführer der Beratung beizuziehen.

Die Separatisten antworteten auf diese Vorschläge erst Mitte März, und zwar durch folgende Gegenvorschläge:

I. Lohnbewegungen und gemeinsame Aktionen.

Zur Erzielung und Stärkung des gegenseitigen Verhältnisses der selbständigen und zentralen Verbände ist hauptsächlich folgendes zu beachten:

a) Einheitliches Vorgehen bei Lohnbewegungen, bei Wahlen in Arbeiterkorporationen, ob in Fabriks- oder öffentlichen Anstalten und Institutionen, wobei folgender Grundsatz zu gelten hat: Die Lohnbewegung führt nach gegenseitigem Einvernehmen jene Organisation, die von der Majorität der im Betrieb befindlichen organisierten Arbeiter hierzu betraut wurde. Dies gilt besonders bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen. Die Streikentschlüsse sind dem Verhältnis der vertretenen Mitglieder entsprechend zusammenzufassen. Desgleichen ist bei Wahlen in Arbeiterinstitutionen auf eine paritätische Vertretung zu achten.

b) Lohnbewegungen, ob Angriff- oder Abwehrstreiks, sowie alle Streiks und Aussperrungen sind dann gemeinsam zu führen, wenn in dem Betrieb oder der hier von betroffenen Fabrik beide Organisationen, autonome oder zentrale, vertreten sind, wieweil wenn die Bewegung oder der Streik mehrere Betriebe oder Fabriken betrifft. In einem solchen Falle ist jene Organisation, die eine solche Bewegung unternehmen will oder von ihr betroffen wurde, verpflichtet, dies rechtzeitig der anderen Organisation anzumelden.

c) Bei großen Streiks und Aussperrungen, die in mehrere Branchen eingreifen, leitet die Bewegung ein besonderer aus je zwei Mitgliedern der beteiligten Branchen und je zwei Mitgliedern der beiden Kommissionen zusammengesetzter Ausschuss.

d) Verbände gleicher Branchen haben ihren Bedürfnissen entsprechend Gegenseitigkeitsverträge zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, Reiseunterstützung und allfälligen anderen gemeinsamen Interessen, denen diese allgemeinen Prinzipien als Grundlage dienen, abzuschließen.

II. Organisation.

a) In nationaleinheitlichen Gebieten hat die Arbeiterschaft der Organisation ihrer Nationalität anzugehören.

b) In nationalgemischten Gebieten und Betrieben ist niemand in seiner freien Entscheidung zu behindern, um gegenseitige Schädigungen oder Rötigung zum Übertritt hintanzuhalten. Als nationalgemischte Gebiete gelten jene, in welchen Arbeiter verschiedener Nationen beschäftigt sind.

c) Den selbständigen tschechischen Verbänden ist eine Vertretung in den internationalen Gewerkschaftsverbänden zu ermöglichen, der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission eine Vertretung bei den internationalen Gewerkschaftskonferenzen.

III. Gemeinsamer Widerstandsfonds.

a) Für die Einhaltung der Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens sorgt der aus je drei Mitgliedern der Prager und Wiener Gewerkschaftskommission gewählte gemeinsame Ausschuss, der nach Bedarf zusammentritt und über strittige Fragen entscheidet sowie die abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge bestätigt.

b) Diesem gemeinsamen Ausschuss steht die Oberaufsicht über die Verwaltung des gemeinsamen Fonds zu, welcher aus den Beiträgen beider Kommissionen zu bilden und dessen Zweck die Unterstützung der Lohnkämpfe und Aktionen der Arbeiter ist, die den Wirkungskreis einer Kommission überragen oder mehrere Branchen und Länder betreffen.

c) Der obligate Beitrag zum Zentralwiderstandsfonds beträgt pro Mitglied 1 S. wöchentlich und ist für alle Mitglieder der tschechoslawischen Gewerkschaftskommissionen an die Gewerkschaftskommission in Prag, für die Mitglieder der Wiener Gewerkschaftskommission an die Gewerkschaftskommission in Wien abzuführen.

d) Diesen Fonds verwaltet jede Kommission getrennt, und beide haben beiderseits Aufsicht und Kontrolle gegenseitig dessen Ausweise auszutauschen und jährlich eine gemeinsame Bilanz auszuarbeiten.

e) Unterstützungen aus diesem Fonds gewährt nach Absatz b) der gemeinsame Ausschuss bei Streiks und Aussperrungen, welche die finanziellen Kräfte der einzelnen Organisationen erschöpfen und wenn die Auskünfte aus den Parteil- oder Solidaritätsfonds ihrer Kommissionen nicht mehr ausreichen, und werden in jenem Verhältnis gewährt, in dem

die Beiträge der Kommission, zu welcher die ansuchende Organisation gehört, eingezahlt werden.

f) Dieser gemeinsame Ausschuss ergreift auch weitere Maßregeln zur Beschaffung von Mitteln, wenn dieser Fonds erschöpft werden sollte.

IV. Schlußbestimmungen.

a) Zu allen Beratungen zwischen den autonomen und zentralen Organisationen können beide Kommissionen ihre Delegierten entsenden.

b) Keiner von den tschechischen oder zentralen Verbänden ist zu einer diesen Grundsätzen zuwiderlaufenden Gegenseitigkeit verpflichtet.

c) Allfällige besondere Vereinbarungen der einzelnen Verbände legt vor ihrer endgültigen Ratifizierung jede Organisation ihrer Gewerkschaftskommission zur Begutachtung und Bestätigung vor.

Diese Vorschläge bedeuteten natürlich alles andere als ein Zugeständnis an den Zentralismus. Im Gegenteil: sie stellten das Personalitätsprinzip auf, nachdem bisher das Nationalitätsprinzip überhaupt nur in Frage gekommen war; sie trugen den Konflikt in jeden einzelnen Betrieb in ganz Österreich, schufen Schwierigkeiten und Streitfälle für jeden einzelnen Arbeitskampf und gefährdeten damit die gewerkschaftlichen Erfolge aufs aller schwerste. Konnte sich die Zentrale allenfalls damit abfinden, die überwiegend tschechischen Länder den Separatisten zu überlassen — obwohl auch dies schwere Bedenken hätte hervorrufen müssen und vielleicht gerade am Widerstande der Tschechen zentralistischer Richtung gescheitert wäre, die z. B. jüngst bei den Volksabstimmungen zur Drücker Bezirkskrankenkasse die erdrückende Mehrheit gegenüber den Separatisten, fast die sechsfache Stimmenzahl, erhielten und solche Erfolge natürlich nicht gutwillig aus der Hand geben würden — so konnte selbstverständlich die Annahme von Bedingungen gar nicht in Betracht kommen, die auf eine Zerlegung der ganzen Arbeiterbewegung Österreichs hinausliefen und in zahllosen Einzelbetrieben dieselben Schwierigkeiten geschaffen hätten, die heute schon in allen denjenigen Fällen bestehen, wo die im Betrieb Beschäftigten allzuvielen verschiedenen Fachverbänden angehören. Und ferner: für die Zentralisten konnte die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Autonomen von vornherein nicht in Frage kommen; in petuniärer Hinsicht hätten davon nur die Separatisten den Vorteil gehabt, und in ideeller Beziehung wäre eine solche Anerkennung nicht nur eine Kapitulation vor den Absplünderungskendenz, sondern auch eine unantwortliche Bevorzugung der Tschechen vor den anderen Nationalitäten gewesen, die sich in den Rahmen der Zentralorganisation bisher durchaus willig einfügten.^{*)}

Aus solchen Erwägungen heraus beschloß die am 17. März einberufene Reichskonferenz der Zentralverbände einstimmig und debattelos eine Resolution, in der es u. a. heißt:

„Die Reichskonferenz billigt den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.“

Damit sind also die Brücken abgebrochen. Der Kampf hat begonnen. Der Rassenhaß, das Problem der Donaumonarchie, hat über die Besonnenheit derjenigen Führer gesiegt, auf denen die schwerste Verantwortlichkeit lastet. Und dies alles — beiläufig bemerkt — unmittelbar vor den Neuwahlen zu dem kürzlich aufgelösten Reichsrat. Daß der Separatismus gerade in diesem Augenblick harntändig blieb, wiegt doppelt schwer.

Das Ende dieser Zwistigkeiten wird ja wohl über kurz oder lang die Rückkehr zum Zentralismus sein, der allein lebensfähig ist. Ganz unabhängig vom parteipolitischen Standpunkt aber wird man die Kraftverschwendung bedauern müssen, die dieser Bruderkrieg mit sich bringen wird. Doppelt wird man sie bedauern, wenn man erwägt, daß dieser Zwist zwar in den nationalen Verhältnissen Österreichs seine Voraussetzungen, seinen unmittelbaren Grund indessen, wie eingangs dargelegt, in der engen Verquickung von Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten hat.

Der 6. Bundesrat der technisch-industriellen Beamten (16. bis 17. April in Berlin) hat gegen den Entwurf der A.B.D. nach den Kommissionsbeschläßen eine Entschließung gefaßt, die mit Bedauern fest-

^{*)} Der Wunsch der Separatisten, ihre Bewegung denjenigen der selbständigen Staaten gleichzusetzen und in den internationalen Gewerkschaftskonferenzen z. B. ebenso angelesen zu werden, verkörpert in fast unbegreiflicher Weise, wie wenig die Arbeiterinteressen an Rassenfragen geknüpft sind, wie sehr aber das gemeinsame Staatswesen — auch der Nationalitäten — nicht nur der Nationalstaat — für die Arbeiterschaft gemeinsame Interessen schafft (an Gesetzgebung, Verwaltung usw.).

stellt, daß die Kommission die Vorlage in wichtigen Punkten noch verschlechtert habe; insbesondere müsse es bestreben, daß die Gehaltsgrenze in allen drei Versicherungszweigen nicht herabgesetzt worden sei, wie es die Bedürfnisse der Privatangestellten forderten. Das Problem der Pensionsversicherung der Privatangestellten im Rahmen der AVO. sei leider gar nicht berührt worden. Erbitterung müsse die Untergrabung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen erregen. In der jetzigen Fassung sei der Entwurf unannehmbar. Ebenso wurde durch eine weitere Entschärfung der Entwurf der Angestelltenversicherung gemäßigert: er biete nach keiner Richtung eine brauchbare Grundlage, die Leistungen ständen in keinem Verhältnis zu den Beiträgen und blieben weit hinter den bescheidensten Wünschen zurück; dabei sei in den unteren Klassen bei den Beiträgen die Grenze der Tragfähigkeit der Privatangestellten überschritten. An Stelle der Selbstverwaltung biete der Entwurf einen starrum bürokratischen Apparat. Dazu kämen andere Mängel und Unklarheiten. Die Sonderklasse sei zu verwerfen, der Reichstag möge durch Ausbau der Invalidenversicherung die Wünsche der Privatangestellten erfüllen. Protestiert wurde ferner gegen den Ausschluß der Diplomingenieure und aller Personen mit Hochschulbildung von der Versicherungspflicht. Eine dritte Entschärfung beklagt den Mangel an Fortschritten der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere das Unterlassen einer Verbesserung des Arbeitnehmerrechts, den Ausschluß der Organisationsbeamten aus den Arbeitskammern, das Fehlen eines schnellen und billigen Rechtsverfahrens. Um so notwendiger sei ein Ausbau der organisierten Selbsthilfe zu praktischer gewerkschaftlicher Arbeit.

Ein Reichsverband deutscher Bühnenmitglieder ist am 11. April in Berlin gegründet worden. Trotzdem betont wurde, der neue Verband solle keine Gegen gründung, sondern nur eine „Ergänzung“ der bis jetzt bestehenden Berufsorganisation der Schauspieler, d. i. die Genossenschaft deutscher Bühnenglieder, bilden, gewinnt man doch den Eindruck, daß es sich hier um eine „gelbe Gewerkschaft“ handelt, da einige Hauptgegner der Bühnengeniessenschaft an der neuen Gründung stark beteiligt sind. Nach außen hin wurde als Zweck der neuen Gründung angegeben, daß man den kleinen und gering besoldeten Schauspielern in der Provinz schnell zu einer Unterstützung verhelfen wolle. Nach Schluß der Beratungen über Satzungen und Organisationsform wurde eine Eingabe an den Eisenbahnminister beschlossen, es möge den reisenden Schauspielern Fahrpreismäßigung gewährt werden, wie dies in Österreich der Fall ist.

Streiks und Aussperrungen.

Arbeiterbewegung im Bergbau. In verschiedenen Gebieten des deutschen Bergbaus sind Arbeiter in den Ausstand getreten, in andern herrscht eine Gärung, die nicht unbeachtet bleiben darf. Seit 5 Wochen ist die Rache Glüdauf—Segen bei Hörde von einem Streik betroffen, dessen Ursache nach Angabe der Arbeiter im System der Kohlennummern liegen soll; auch über Lohnkürzungen wird geklagt. Am 21. April wurde in einer Belegschaftsversammlung beschlossen, bis zum 1. Mai im Ausstand zu verharren; dann will man weiter sehen. Es scheint unter den 2000 Streikenden an Einigkeit zu mangeln. Auf mehreren Gruben bei Weggeln ist ebenfalls ein Streik ausgebrochen, den eine am 19. April abgehaltene, von 1000 Arbeitern besuchte Versammlung fortzusetzen beschlossen hat; hauptsächlich handelt es sich um 15 % Lohnhöhung, die von der Verwaltung abgelehnt wurde, während sie andere Forderungen zugestand. — Kleinere Ausstände in Aichersleben, bei Witten, auf der Dortmunder Union wurden rasch beendet. — Dagegen hat eine Lohnbewegung im mitteldeutschen Kohlenrevier zu einem größeren Streik geführt: so im Revier Zeitz-Altenburg, im Zwickauer Revier, in der Zittauer Gegend, im Oberlausitzer Revier; die Bewegung greift auch auf das Braunschweig-Magdeburger Gebiet über. Die Bergleute fordern Tarifverträge, Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Festsetzung von Mindestlöhnen, Urlaub, Fernhaltung einseitiger Unternehmerarbeitsnachweise. Die Grubenverwaltungen haben Verhandlungen mit den Organisationen abgelehnt. — Auch im Saarrevier gärt es; Arbeiterversammlungen, in denen auch Arbeitersekretäre der katholischen Fachabteilungen auftreten, äußern ihre Entrüstung über das ablehnende Verhalten der Regierung gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der staatlichen Bergarbeiter und beschließen eine Eingabe an den obersten Bergheeren, den König von Preußen. Ebenso vermahnen sich die technischen Grubenbeamten gegen Ablichtung, sie in das Privatverhältnis der früheren Bergbeamten zurückzuführen; es soll kein Mittel unversucht bleiben, den Steigern das Staatsbeamtenverhältnis zu belassen.

Nachklänge vom Eisenbahnerausstand in Frankreich. Am 14. April interpellierte in der Deputiertenkammer ein sozialistischer Abgeordneter über das Verhalten der Eisenbahnverwaltungen

gegenüber den als Anführer entlassenen Arbeitern. Der Minister der öffentlichen Arbeiten gab Auskunft über die Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften, die es bisher abgelehnt haben, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß das Verhalten der Eisenbahngesellschaften nicht gebuldet werden könne. Die Gesellschaften hätten Arbeiter, die mehr als 20 und 25 Dienstjahre hatten und vorzüglich beleumundet waren, entlassen, weil sie den Gewerkschaften angehörten. Es sei unzulässig, daß die Eisenbahngesellschaften ohne Urteil der Gerichte derartige Strafen verhängten, denn den entlassenen Arbeitern sei es unmöglich, anderswo eine Beschäftigung zu finden und ihre Familien seien ins Elend geraten. Der Ministerpräsident schloß mit der Erklärung, er werde die Verhandlungen mit den Eisenbahngesellschaften nochmals aufnehmen. Wenn sie aber, wie es nach dem bisherigen Verhalten der Gesellschaften zu befürchten sei, zu keinem Ergebnis führten, so werde er sich an die Kammer wenden, um gesetzliche Mittel zu bekommen, mit denen er die Gesellschaften zur Nachgiebigkeit zwingen könne. Die Kammer nahm mit großer Mehrheit (357 gegen 130 Stimmen) eine Tagesordnung an, welche die Erklärungen der Regierung billigt. Eine Entscheidung des Kassationshofes unterstützt diesen Beschluß: Sieben Eisenbahnarbeiter und drei Mitarbeiter der Guerre Sociale, die wegen Aufreizung zum Streik und zur Sabotage vor das Schwurgericht verwiesen worden waren, hatten Rekurs eingelegt, und der Kassationshof entschied, daß bei vier Eisenbahnarbeitern nichts vorliege, um zwischen ihren Reden und Schriften und dem Streik selbst einen direkten Zusammenhang herzustellen. Ihr Fall sei daher einer anderen Instanz zu überweisen, und da der Fall der sechs anderen Angeklagten damit verbunden sei, so sei diese Maßregel auch auf sie auszudehnen. Der Kassationshof hat sich damit gegen die Verantwortlichkeit der „intellektuellen Urheber“ ausgesprochen. Das „Echo de Paris“ will wissen, daß die Eisenbahngesellschaften der vom Minister der öffentlichen Arbeiten an sie gerichteten Aufforderung nicht entsprechen und keinerlei Wiederanstellung entlassener Eisenbahner vornehmen werden. Dieser Beschluß sei von den Direktoren der verschiedenen Bahngesellschaften gemeinsam gefaßt worden am Tage nach der Sitzung, in der die Kammer den Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Ministers der öffentlichen Arbeiten ihre Zustimmung erteilte.

Das Ende des Arbeitskampfes im graphischen Gewerbe Finnlands (Sp. 625) ist durch den Abschluß eines Tarifvertrags herbeigeführt worden, nachdem die abgebrochenen Verhandlungen nach dreimonatigem Kampfe wiederaufgenommen worden waren. Der neue Tarif bringt für die Handsetzer, Lithographen, Steinbruder, Chemigraphen und Maschinenmeister die 51-stündige Arbeitswoche bei 27,54 Fr. Mindestlohn; der Mindeststundenlohn von 0,54 Fr. wird auch bei Arbeitsmangel garantiert. Die Sozialzuschläge erreichen eine Höhe bis zu 25 v. H. Den Maschinensetzern wird der Achttundentag (Sonntagslohn) für die in zwei Schichten Arbeitenden 6 Stunden) bei 27,50 Fr. Wochenlohn und 0,60 Fr. Mindeststundenlohn gewährleistet. Das Hilfspersonal ist in den Tarif nicht eingeschlossen, soll aber durch das Schiedsgericht wenigstens für die Landeshauptstadt baldmöglichst einen Tarif erhalten. — Es ist also auf Arbeiterseite sehr wenig Neues erreicht; der Erfolg liegt nur in der Tatsache des Tarifabschlusses an sich, nachdem die Arbeitgeber überhaupt keine Kollektivverträge mehr hatten abschließen wollen.

Der Lohnkampf in der Chemnitzer Metallindustrie (Sp. 850) ist in ein neues Stadium getreten. Die Unternehmer haben sich auf Unterhandlungen eingelassen. Am 21. April ist eine Kommission aus 5 Unternehmern und 5 Arbeitern gebildet worden, die nach kurzen Verhandlungen Berater aus den beiderseitigen Organisationen hinzugezogen hat; die letzteren erhielten freilich keine beschließende Stimme. Am 25. April kam, vorbehaltlich der Zustimmung der Organisationen, eine vorläufige Einigung unter beiderseitigen Zugeständnissen zustande.

Ein Streik in der Kinderwagenindustrie von Zeitz, dem deutschen Zentrum dieser Industrie, hat nach fast drei monatiger Dauer sein Ende gefunden. Beteiligt waren anfänglich etwa 2000 Arbeiter, doch verließen die Verhandlungen der auf 11 Betriebe entfallenden großen Mehrheit von ihnen mit den Einzelunternehmern bald erfolgreich, so daß nur noch etwa 500 in der größten Zeitzer Kinderwagenfabrik Beschäftigte im Streik verharren. Im allgemeinen wurden kleine Verbesserungen der bisher überaus dürftigen Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56—58 Stunden wöchentlich erreicht. In Frage kamen vor allem Korbmacher, Metallarbeiter und Stellmacher, daneben auch Sattler, Maler und Lackierer.

Arbeiterschutz.

Die Arbeitszeit der Krankenpflegerinnen. Von verschiedenen Seiten sind in letzter Zeit Versuche unternommen worden, die Verhältnisse im Arbeitsverhältnis des Krankenpflegepersonals aufzubessern, um wenigstens Verbesserungen auf dem Verwaltungswege herbeizuführen, da vorläufig gesetzliche Schutzvorschriften nicht bestehen. Eine kürzlich erlassene Verfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg bedeutet einen erfreulichen Schritt auf diesem Wege. Die vorbildliche Maßregel ist zurückzuführen auf die Vorstellungen von Ärzten, die an Krankenhäusern des Bezirks tätig sind. Sie bestimmt für die der Aufsicht der Potsdamer Regierung unterstehenden Krankenhäuser die Einführung einer „den Tagesdienst der Pflegschaften genau regelnden Ordnung“, die vom Vorstand im Einvernehmen mit den Anstaltsärzten und dem Mutterhause der Anstaltschwestern zu erlassen ist. Für diese Dienstordnung stellt der Regierungspräsident folgende Gesichtspunkte auf:

„Die tägliche Maximalarbeitszeit soll 10—10 1/2 Stunden betragen, unter Abrechnung von ausreichend zu bemessenden Pausen für die Mahlzeiten. Namentlich ist eine festbegrenzte Mittagspause von genügender Dauer vorzusehen. Entweder ist an Sonntagen die Arbeitszeit erheblich herabzusetzen oder an einem Wochentage eine Erholungszeit zu gewähren. Dazu kommt eine jährliche Urlaubszeit von angemessener Dauer. Die Schwestern sind mit schweren Arbeiten, besonders mit dem von untergeordnetem Dienstpersonal zu verrichtenden Schufern der Korridore und Treppen zu verschonen. Endlich soll den Schwestern ein Raum zur Verfügung stehen, in dem sie sich nach Schluß der Tagesarbeit vereinigen können. Die Ärzte, welche in ihrem Anstellungsvertrag auf die Beachtung der Dienstordnung zu verpflichten sind, sollen sich mit Krankenvisiten und Operationen an mit ihr vereinbarte Stunden binden. Voraussetzung für diese Ordnung ist eine genügende Zahl von Schwestern und von Unterpersonal in jedem Hause.“

Die hier dem Inhalte nach wiedergegebene Verfügung der Potsdamer Regierung verdient allseitige Beachtung und vor allem Nachahmung.

Früher Arbeitschluß am Sonnabend. Der „Röln. Ztg.“ wird geschrieben: Eine große Zahl gewerblicher Betriebe ist seit einigen Jahren dazu übergegangen, an den Samstagen und besonders vor den großen Festtagen die Arbeitnehmer früher als an den übrigen Wochentagen zu entlassen. Für die verheirateten Arbeiter soll diese soziale Maßnahme vor allem für das Familienleben fördernd wirken. Einen großen Schritt auf diesem Gebiet ist die Firma Fried. Krupp A.-G. jetzt weitergegangen. Nach einem Zirkular des Direktoriums in den Kruppischen Mitteilungen ist in diesem Jahre am Samstag vor Ostern der Betrieb auf der Gußstahlfabrik, statt wie bisher an diesem Tage um 5 Uhr, schon um 2 Uhr nachmittags eingestellt, nachdem mittags von den erwachsenen Arbeitern durchgearbeitet worden ist. Die Frühstückspause von 8 bis 8 1/4 Uhr bleibt für alle Arbeiter bestehen, die jugendlichen, d. h. 14 und 15 Jahre alten Arbeiter (Lehrlinge und Ungelernte) sollen außerdem die gesetzliche einstündige Mittagspause von 12 bis 1 Uhr erhalten. Wenn in den Feuerbetrieben die Arbeit bis 2 Uhr voraussichtlich nicht zu Ende geführt werden kann, müssen wegen der in diesem Falle erst später möglichen Beendigung der Schicht der gesetzlichen Vorschrift entsprechend insgesamt 2 Stunden Pause gewährt werden, von denen die 1., bezw. 1/2- oder 1/3-stündige Mittagspause in die Zeit von 11 bis 2 Uhr zu legen ist. Soweit Schichtlöhne gezahlt werden, wird eine volle Schicht für den genannten Tag angerechnet. Falls sich die Einrichtung bewährt, ist auch für den Samstag vor Pfingsten sowie für die Tage vor Weihnachten und Neujahr ein Betriebschluß um 2 Uhr in Aussicht genommen.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Die Rechtshilfe der Studenten-Vereinigung in Kopenhagen.

Ein Rückblick auf 25 Jahre gemeinnütziger Tätigkeit.

Von Landesversicherungsrat Hansen in Ktel.

Auf ein 25jähriges Bestehen konnte kurz vor dem Jahreschlusse 1910 die gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle in Kopenhagen zurückblicken. Es dürfte auch in Deutschland um so mehr Veranlassung vorliegen, von diesem Vorkommnis Kenntnis zu nehmen, als die Rechtsauskunftsstelle der dänischen Hauptstadt nicht nur eine bemerkenswerte Entstehung und Entwicklung aufzuweisen, sondern auch den eigentlichen Ausgangspunkt für die Schaffung zahlreicher gleichartiger oder ähnlicher Veranstaltungen in Dänemark und in manchen anderen Ländern, nicht zum wenigsten in Deutsch-

land, gebildet hat. Uns liegt der Bericht für den Zeitraum 1885 bis 1910 vor, und an der Hand dieser Veröffentlichung wollen wir das Nachstehende mitteilen.

Die Vereinigung der Studenten an der Kopenhagener Universität (Studentersamfund) sagte am 24. Oktober 1885 den Beschluß, unter dem Namen „Rechtshilfe der Studentenvereinigung für Unbemittelte“ eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die Unvermögenden die Gelegenheit zu kostenloser rechtshilflicher Hilfe in Rechtsfragen bieten sollte. Völlig neu und unerprobt war das, was man vor Augen hatte. Weder im Inlande noch im Auslande konnte man sich sonderliche Belehrung für die Lösung der Aufgabe beschaffen. In dem der Studentenvereinigung angehörenden Kreise von Juristen, die nach einer kurzen Erörterung der Sache in der Presse die Frage in nähere Erwägung zogen, trat volle Übereinstimmung in der Ansicht hervor, daß hier ein Bedürfnis vorliege, dem abzuhelfen sei. Man prüfte vor allem den Hinweis, daß es zweckmäßig erscheinen dürfte, die Einrichtung zu einer kommunalen zu machen, entschied sich aber namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Studentenvereinigung sich in besonderem Maße als Trägerin der von ihr veranstalteten Arbeiterunterrichtskurse bewährt hatte, auch das jetzt in Frage kommende Werk selbständig durchzuführen. Nicht zum wenigsten war hierbei die Annahme maßgebend, daß gerade der Name der Studentenvereinigung in den Kreisen der unbemittelten Bevölkerung als eine Gewähr für durchaus vertrauensvolles Wirken angesehen werden würde. So stellte man fest, unter der Leitung jener akademischen Vereinigung die Tätigkeit der Rechtshilfe auf freiwillige Arbeit hierfür geeigneter Juristen zu begründen, mit eigenem Lokal, bestimmter Geschäftszeit und gleichartigem Geschäftsgange.

Ein Ausschuß, bestehend aus einem Vorsitzenden und vier anderen Mitgliedern mit dem Rechte der Zuwahl innerhalb und außerhalb der Studentenschaft, wurde von der Studentenvereinigung eingesetzt. Die Rechtsberatung sollte von Rechtsanwältinnen und juristischen Kandidaten und Studierenden unentgeltlich geleistet werden. Nur für die Erledigung der Bureauarbeiten sollten gelohnte Hilfskräfte angenommen werden dürfen. Die erforderlichen Geldmittel suchte man durch freiwillige Beiträge aufzubringen, was auch ohne Schwierigkeit gelang. Auf den ersten Aufruf, der die Heranziehung von Mitarbeitern bezweckte, meldeten sich 19 Obergerichts-, 3 Untergerichtsanwälte, 26 juristische Kandidaten und eine größere Anzahl von Studenten. Am 1. Dezember 1885 konnte die Rechtshilfsstelle für Rat suchende eröffnet werden.

Der Umfang der Benutzung übertraf von vornherein alle Erwartungen. Dennoch ließ der Geschäftsbetrieb nichts zu wünschen übrig. Allseitiges Vertrauen wurde der neuen Einrichtung alsbald entgegen gebracht. Die Behörden veranlaßten die Unbemittelten, die sich in Ehecheidungs- und Alimentationsstreifachen an das Sekretariat des Oberpräsidenten wandten, die vorgeschriebenen Schriftsätze durch die Rechtshilfe anfertigen zu lassen. Gerade aus einer derartigen gebeilichen Zusammenarbeit mit den Behörden ergeben sich nur Vorteile. Streng wurde der Grundsatz festzuhalten gesucht, daß lediglich Unbemittelten die Rechtshilfe zu Teil werden solle. Im wesentlichen gelang dies durch verständige Befragung über die Vermögensverhältnisse. Daneben war mittelst des Anschlages in den Geschäftsräumen bekannt gemacht, daß von Jedem, der sich unberechtigter Weise an die Rechtshilfe wende, volle Anwaltsgebühren erhoben würden. Diese Maßnahmen haben im allgemeinen ihren Zweck erfüllt.

Die äußere Entwicklung ist schon aus dem Umstande ersichtlich, daß zunächst ein Lokal mit drei Zimmern für Ratgeber genügte und daß nach vorgenommener Wohnungsveränderung neun Beratungszimmer und ein Auskunftsraum mit Platz für zwei Personen (Studenten), die jeden Abend anwesend sein mußten, um die Fragesteller zu empfangen und an die richtige Abteilung zu verweisen, notwendig war. Ursprünglich tat ein einziger fest angestellter und gelohnter Beamter die Bureaudienste; jetzt sind es ein erster und ein zweiter Bureauvorsteher, ein Expeditionssekretär und zwei Studenten. An der beratenden Tätigkeit nehmen, statt 20 im ersten Jahre, gegenwärtig 54 Anwälte und juristische Kandidaten, außerdem noch eine Anzahl Studenten und sonstiger Ersatzkräfte teil. Aber der Besuch hat sich auch gehoben von 12 779 auf 28 307 im Jahre 1909/10. Die höchste Zahl von Anfragen brachte das vorhergehende Jahr mit 29 460. In den fünfundsiebenzig Jahren des Bestehens haben insgesamt 543 332 Rat suchende die Rechtshilfe benutzt, wobei während der gleichen Zeit die Kosten sich im ganzen auf 133 131 Kronen*) = 149 772 M. stellten. Trotz

*) 1 Krone = 1,135 M.

des starken Andranges hat sich niemals die geringste Unordnung in den Geschäftsräumen ergeben.

Die zur Beantwortung gestellten Anfragen haben sich selbstverständlich auf alle das praktische Leben betreffenden Verhältnisse bezogen. Ein großer Teil wurde durch das im Jahre 1891 erlassene Altersunterstützungsgezet veranlaßt, dessen Inkrafttreten die Rechtshilfe bewog, mehrere Filialstellen vorübergehend einzurichten, um dem zeitweiligen sehr starken Zuspruche namentlich von alten Männern und Frauen Rechnung zu tragen.

Die Rechtshilfe ist immer darin zurückhaltend gewesen, außer der Beratung selbst Beistand in Rechtsstreitigkeiten zu leisten. Man sagte sich von Anfang an, daß solches die Kräfte der jungen Institution übersteigen würde und daß dies auch aus anderen Gründen der Regel nach nicht geschehen dürfe. Die Praxis hat es aber gelegentlich doch zweckmäßig und notwendig erscheinen lassen, auch auf die Führung einzelner Sachen Einfluß zu gewinnen. Das geschah denn zunächst dergestalt, daß die Fälle, deren Erledigung meist durch die betreffenden Ratgeber möglich war, auf die Anwälte, die bei der Rechtshilfe mitwirkten, verteilt wurden, die sich dann bereitwilligst des weiteren annahmen. Gleichwohl ergaben sich hieraus einige Ungelegenheiten, die dadurch ihre Beseitigung fanden, daß im Jahre 1893 ein bis dahin im Bureauendienst tätiger Beamter seine Prüfung als Obergerichtsanwalt ablegte und nunmehr die Behandlung derjenigen Rechtsangelegenheiten, deren weitere Wahrnehmung die Rechtshilfe für angezeigt hielt, gegen eine geringe Vergütung übernahm.

Abgesehen von der schon erwähnten vorübergehenden Errichtung einzelner Nebenstellen hat man stets nur ein einziges zentral gelegenes Lokal für die Rechtshilfe als zweckmäßig erachtet. Das jetzige, ganz nach den Bedürfnissen der Gegenwart eingerichtete Lokal enthält einen Wartesaal mit Sitzplätzen für 100 Personen. Zeitungen liegen auf den Tischen aus. Die Wände sind ansprechend mit Bildern und Malereien geschmückt.

Als Beihilfe zur Bestreitung der gestiegenen Kosten wurde im Jahre 1890 bei der Stadtverwaltung die Summe von 1500 Kronen erbeten. Die zur Prüfung dieses Antrages eingesetzte Kommission verlangte merkwürdigerweise von dem Vorstande der Rechtshilfe, daß Maßnahmen in Erwägung gezogen werden möchten, um den Einfluß der Studentenvereinigung auf die Zusammensetzung der Leitung der Rechtshilfe aufzuheben oder doch einzuschränken. Die Antwort des Vorstandes ging dahin, daß man allerdings der Meinung sei, daß die Rechtshilfe für Unbemittelte zu den Aufgaben gehöre, die der Gesellschaft — dem Staate oder der Gemeinde — obliegen. Wenn von dieser Seite die Aufgabe in die Hand genommen werde, würde die Studentenvereinigung ihre Einrichtung vielleicht aufgeben oder ändern. So lange das aber nicht geschehe, könne keinesfalls davon die Rede sein, den Einfluß der Studentenvereinigung auf die Bildung des Vorstandes der Rechtshilfe zu beseitigen oder auch nur zu mindern, da die Rechtshilfe der Studentenvereinigung ihr Entstehen und ihren Bestand verdanke.

Hierauf sprach sich jene städtische Kommission für die Bewilligung einer einmaligen Unterstützung von 1500 Kronen aus, die nunmehr anstandslos erfolgte. Drei Jahre später gelang es ohne Widerspruch, einen jährlichen Zuschuß von 600 Kronen für die Jahre 1895 bis 1899 aus Gemeindegeldern bewilligt zu erhalten. Daneben gewährte von 1896 ab die Regierung auf Befürwortung des Justizministers eine jährliche Beihilfe von 600 Kronen unter der Bedingung, daß die Stadt Kopenhagen eine gleiche Summe herbeige. Bei Ablauf jener fünf Jahre erfolgte die Erhöhung sowohl der städtischen wie der staatlichen Zuwendung auf 1000 Kronen pro Jahr. Außerdem flossen der Rechtshilfe noch die Erträge einiger Vermächtnisse usw. zu. Da jedoch auch diese Mittel in der Folgezeit noch nicht ausreichten, wurde im Jahre 1909 der Staatsregierung und der Stadtverwaltung die Bitte vorgetragen, die jährliche Beihilfe an beiden Stellen auf je 5000 Kronen festzusetzen; diesen Anträgen ist dann auch entsprochen worden. Der erhöhte Zuschuß läuft vom 1. April 1910 ab. Der Haushaltsplan hat damit auf 15 000 Kronen bemessen werden können.

Ursprünglich hatte man es für notwendig gehalten, um nicht die freiwilligen Mitarbeiter zu sehr in Anspruch zu nehmen, nach einer gewissen Zeit eine Ablösung eintreten zu lassen. Es zeigte sich aber, daß die Juristen, welche sich zu Anfang zur Verfügung gestellt hatten, selbst den Wunsch hegten, die übernommene Arbeit fortzusetzen; deshalb sind auch tatsächlich nur geringe Änderungen in den Reihen der Mitwirkenden eingetreten, ein Umstand, der sich von großer Bedeutung für die Ausführung der Arbeiten erwiesen hat. Manche Mitarbeiter haben mehr als zwei Jahrzehnte hindurch in größter Treue geholfen und erst in den letzten Jahren,

wo die Aufgaben auf manchen Gebieten erheblich erweitert werden mußten, traten öftere Änderungen in dem Stabe der Juristen ein, mit dem die Rechtshilfe verknüpft war.

Nach dem jetzigen Umfange der Geschäfte ist es geboten, 54 Ratgeber an der Hand zu haben außer einer entsprechenden Anzahl von Ersatzkräften und Studenten, so daß insgesamt 100 Mitwirkende nötig sind. Von den jungen Juristen haben die meisten erkannt, wie überaus nützlich für ihre Ausbildung gerade in den Fragen des praktischen Lebens ein zeitweiliges Arbeiten in der Rechtshilfe ist.

Ein wertvoller Gedanke ist es gewesen, daß über die Erfahrungen der Rechtshilfe berichtet werden solle von dem Standpunkte aus, welche Mängel der bestehenden Gesetzgebung innewohnen, unter denen namentlich die Unbemittelten zu leiden haben.

Während die Rechtshilfe der Studentenvereinigung der Hilfe und Anleitung entbehren mußte, die in den Erfahrungen einer älteren Einrichtung liegen können, hat sie als Vorbild für eine Anzahl anderer Institute im In- und Auslande gebietet und überall dabei gern die Hilfe geleistet, die sie zu bieten vermochte. In mehreren der größeren Provinzialstädte Dänemarks ist das Beispiel der Hauptstadt nachgeahmt worden. Auch im Auslande hat man das Kopenhagener Vorgehen sich zur Anregung dienen lassen. Im Jahre 1894 entstanden gleichzeitig Rechtshilfen in Christiania und Wien, und an beiden Orten verwertete man die in Kopenhagen gewonnenen Lehren. Auch von manchen andern Orten her ist in Kopenhagen Auskunft geholt worden. In Verbindung steht man mit der zu Lübeck 1905 errichteten öffentlichen Rechtsauskunftsstelle, ebenso mit der in Altona ins Leben gerufenen gleichen Einrichtung.

So ist die Schöpfung der Studentenvereinigung zu Kopenhagen ein Werk geworden, das mit Recht als eine wichtige Wohlfahrtseinrichtung unserer Zeit angesehen werden darf und das seinen Wert weit über den Ort seines Entstehens hinaus hat erkennen lassen. Gewiß darf mit aufrichtiger Befriedigung der Rückblick auf das verflossene Vierteljahrhundert getan werden.

Mitarbeit der Referendare in Rechtsauskunftsstellen.

Herr Erster Staatsanwalt a. D. Geheimrat Meyer, Wiesbaden, schreibt zu dieser Frage:

Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben kürzlich angeordnet, daß die Regierungsreferendare zu ihrer Ausbildung eine Zeit lang an kommunalen Rechtsauskunftsstellen mitarbeiten sollen (vergl. Sp. 791). In ähnlicher Weise hat sich der kgl. sächsische Justizminister durch Verordnung vom 22. November 1909 ausgesprochen (vergl. XIX, 412), der nicht nur die Beteiligung von Referendaren und solchen Assessoren, die nicht Hilfsrichter sind, gestattete, vielmehr erklärte, daß die Beteiligung solcher Beamten nicht nur der Förderung der bezeichneten gemeinnützigen Bestrebungen diene, sondern auch die Ausbildung der Beamten selbst für ihren Beruf günstig beeinflussen würde.

Im diametralen Gegensatz hierzu ist 1907 allen Gerichtsreferendaren in einer großen Stadt Preußens die Mitarbeit an derartigen gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen verboten worden, nachdem sie ungehört dort mehrere Jahre lang ersprießlich mitgewirkt hatten. Auf Beschwerde über dieses Verbot bei dem preussischen Justizminister überließ dieser die Entscheidung dem beth. Oberlandesgerichtspräsidenten, welcher das Verbot billigte, so daß die Gerichtsreferendare seines Bezirks nicht mehr mitwirken dürfen.

Gegen die Zweckmäßigkeit dieses Verbots enthält die oben erwähnte kgl. sächsische Verordnung geradezu schlagende Gründe, die für sich selbst sprechen, auch namentlich darin, daß im Königreich Sachsen sogar den nicht als Hilfsrichter beschäftigten Gerichtsassessoren die Beteiligung an gemeinnütziger Rechtsauskunft von dem Chef der Justiz warm empfohlen wird.

Hat nun das preussische Verbot irgend etwas für sich? Ich sage entschieden „Nein!“. Von einer Kollision der Pflichten kann bei den Gerichtsreferendaren keine Rede sein, da sie bei den Gerichten meist noch nicht selbständig arbeiten, eventl. auch im Kollisionsfalle die erbetene Rechtsauskunft ablehnen können. Noch weniger können Bedenken gegen ihre Qualifikation zur Rechtsauskunft aufkommen, weil sie die erste juristische Prüfung bestanden haben und den in der gemeinnützigen Rechtsauskunft vielfach mitwirkenden Damen mindestens gleichwertig, in der Regel aber weit überlegen sind. Augenscheinlich haben die preussischen Minister des Innern und der Finanzen in keiner Weise solche Bedenken, da auch die in der allgemeinen Staatsverwaltung auszubildenden

Regierungsreferendare Kollisionen ausgelegt sein können und das Maß ihres Wissens, ebenso wie bei den Gerichtsreferendaren, sie mehr als hinreichend zur Erteilung von Rechtsauskunft befähigt. Im Interesse der preussischen Gerichtsreferendare, welchen also in dem betreffenden Oberlandesgerichtsbezirk die vom Rgl. Sächsischen Justizminister hervorgehobene, den späteren Beamtenberuf günstig beeinflussende Rechtsauskunftsfähigkeit verschlossen bleibt, muß noch gesagt werden, daß es für junge Juristen kein besseres Ausbildungsfeld gibt als die Mitwirkung an einer Rechtsauskunftsstelle. Kaleidoskopartig sehen sie dort die unbemittelten Rechtssuchenden mit ihren Wünschen kommen, hören ihre Klagen, Beschwerden und sonstigen Bedürfnisse an und können durch sachgemäße Beratung viel Gutes stiften. Man halte mir hier nicht entgegen: „Ja, das spielt sich ja beim Gericht, wo die Referendare ausgebildet werden, ebenso ab!“ Dagegen wende ich ein, daß die Selbstständigkeit des jungen Juristen an den Rechtsauskunftsstellen sein Selbstbewußtsein mächtig hebt, während er bei Gericht dem ausbildenden Richter untergeordnet ist. Die applicatio juris ad factum (Anwendung des Rechts auf den gegebenen Fall) tritt dem Referendar in der Rechtsauskunftsstelle viel drastischer näher als bei Gericht, und ich behaupte, daß er noch im späteren Alter gern an manchen Rechtsfall zurückdenken wird, in dem es ihm gelungen ist, einem Unbemittelten zu seinem Rechte zu verhelfen. Auch pflegen die Referendare, deren Tätigkeit in der gemeinnützigen Rechtsauskunft ich oft beobachtet habe, sich derselben mit seltenem Eifer und Interesse zu unterziehen.

Nun zum Schluß zu dem Punkt, den auch der Sächsische Ministerialerlaß berührt: „Förderung gemeinnütziger Bestrebungen“.

Das preussische Verbot, welches vorläufig allerdings nur einen Oberlandesgerichtsbezirk berührt, schädigt diese Bestrebungen auf das Empfindlichste, indem es den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen wertvolle Arbeitskräfte entzieht, welche die Stellen um so nötiger brauchen, als sich ältere Juristen im Ruhestande nur selten dazu herbeilassen, ihr otium cum dignitate mit einem mäßigen Arbeitspensum für Volkswohl am Lebensabend zu vertauschen. Dies ist ihnen auch gewiß nicht zu verdenken, wenn sie kränzlich, altersschwach oder sonstwie behindert sind. Wer aber auf seine alten Tage noch einigermaßen rüstig ist, sollte sein Pfund an Rechtskenntnissen nicht vergraben, sondern damit zum Wohle seiner unbemittelten Mitmenschen noch nach Möglichkeit wuchern, so lange es für ihn Tag ist!

Hoffen wir, daß unser Chef der Justiz baldigst seinen beiden preussischen und seinem sächsischen Kollegen nachfolgt und ein Verbot beseitigt, welches mit der Anschauung dieser drei anderen Minister direkt im Widerspruch steht und unseren jungen Nachwuchs in seiner juristischen Ausbildung sowie gleichzeitig das gemeinnützige Rechtsauskunftswesen erheblich beeinträchtigt!

Gebührenfreiheit für Auskünfte der preussischen Meldeämter an gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen.

Die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen bezwecken die Erteilung von Rechtsauskunft und die Gewährung von Rechtschutz an Minderbemittelte. In den Rahmen dieser Tätigkeit fällt als besonders wichtiges Gebiet die Vertreibung des Unterhalts der unehelichen Kinder von ihren Vätern und die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen ehelicher Frauen. Die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen befassen sich in ausgedehntem Maße mit diesen Angelegenheiten. In Vollmacht der Vormünder, die vielfach vom Vormundschaftsgericht ausdrücklich an die Rechtsauskunftsstellen verwiesen werden, besorgen sie die Vertreibung des Unterhalts vom außerehelichen Vater, in Vollmacht ehelicher Frauen nehmen sie deren Ehemänner auf Unterhaltsgewährung in Anspruch. Der Wert einer solchen Tätigkeit wird kaum verkannt werden können. Erfahrungsgemäß erfordert aber eine solche Tätigkeit eine häufige Nachfrage bei den Meldeämtern. Die böswilligen Nährpflichtigen gehen von Ort zu Ort, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle, um sich allen gegen sie gerichteten Maßnahmen, namentlich den Lohnpfändungen, nach Möglichkeit zu entziehen. Jeder Wohnungswechsel, jeder Wechsel der Arbeitsstelle gibt neuen Anlaß zur Inanspruchnahme der Meldeämter. Ohne die ausgiebige Unterstützung seitens der Polizeiverwaltungen und Meldeämter kann eine sachgemäße und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete der Unterhaltsvertreibung nicht ausübt werden. Dankbar ist anzuerkennen, daß die oben bezeichnete Tätigkeit durch die Meldeämter und Polizeiverwaltungen eine tatkräftige Unterstützung findet. Soweit aber die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen nicht staatliche oder städtische, sondern private Einrichtungen sind, steht ihnen die Tätigkeit der königlichen Meldeämter nur gegen Erlegung der festgesetzten Gebühren und nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Hierdurch werden aber die privaten Rechtsauskunftsstellen in ihrer Tätigkeit bedeutend gehemmt. Namentlich wird es von ihnen als eine unbillige und bei ihren knappen Mitteln vielfach

kaum erträgliche Last empfunden, daß sie für ihre gemeinnützige, im allgemeinen Interesse, im Interesse des Staates geübte Tätigkeit Gebühren entrichten sollen. Ihnen ein Recht auf unentgeltliche Inanspruchnahme der preussischen Meldeämter und Polizeiverwaltungen zum Zwecke der Auskunftserteilung zu erwirken, ist der Zweck einer Eingabe, welche der Vorstand des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen an den preussischen Minister des Innern gerichtet hat. Bei der großen, auch regierungsseitig in Preußen oft anerkannten Bedeutung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen ist zu hoffen, daß die Eingabe das gewünschte Entgegenkommen findet. Die privaten gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen würden durch ein solches Entgegenkommen eine erhebliche und dankbar anzuerkennende Unterstützung erfahren. L.

Die Arbeiterssekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerbevereine im Jahre 1910. Die Gesamtzahl der Rechtsschutzeinrichtungen (58) hat sich gegen das Vorjahr nicht vermehrt. Die Zahl der Arbeiterssekretariate (10) ist dieselbe geblieben, die Rechtsauskunftsstellen haben sich um 4 vermehrt, die Auskunftsbureaus um die gleiche Zahl vermindert. Von vier Rechtsauskunftsstellen und fünf Auskunftsbureaus liegen Berichte nicht vor. Das Auskunftswesen des Vereins der Deutschen Kaufleute ist von dem der übrigen Stellen so verschieden, daß eine gemeinsame Statistik darüber nicht geführt werden kann.

Die 58 Rechtsschutzeinrichtungen zusammen erteilten im Berichtsjahre 1910 41 026 Auskünfte gegen 28 429 im Jahre vorher. Von diesen Auskünften entfallen auf die Arbeiterssekretariate 22 225 (16 699), auf die Rechtsauskunftsstellen 17 225 (8661), auf die Auskunftsbureaus 1576 (1069). 30 574 Auskünfte wurden an organisierte, 10 452 Auskünfte an unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen erteilt, davon 29 054 mündlich, 11 972 schriftlich. Es entfielen auf Unfallversicherung 6400, Arbeitsnachweis 4269, Steuerwesen 4011, Gewerbevereinsfragen 2542, Krankenversicherung 1816, Invalidenversicherung 1813, Arbeiterschutz 1711, Fragen aus der Arbeiterbewegung 1277 Auskünfte. — In 1190 Fällen fand eine Vertretung in mündlichen Verhandlungsterminen statt. Die den Mitgliedern durch die Tätigkeit der Arbeiterssekretäre zugeführte Geldsumme betrug, soweit die Erfolge bekannt geworden sind, 79 685 M.; das Gesamtergebnis wird auf 100 000 M. geschätzt, denen insgesamt 30 000 M. an Aufwendungen für die gesamten Rechtsschutzeinrichtungen gegenüberstanden. — Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 9166.

Über die Notwendigkeit der Rechtsauskunftsstellen sagt der Bericht („Der Gewerbeverein“ Nr. 28 vom 8. April 1911) im Anschluß an die Bemerkung, daß trotz des Ruhs nach einer Vereinfachung der Arbeiterversicherung in der Reichsversicherungsordnung ein Wert entstanden sei, das es dem im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter unmöglich mache, das Gesetz kennen zu lernen und im Falle der Inanspruchnahme des Gesetzes sich selbst zu behelfen:

So beweist gerade die Reichsversicherungsordnung, daß von der Gesetzgebung der Zukunft eine Vereinfachung der Rechtsverhältnisse nicht zu erwarten ist. Jeder Versuch der Vereinfachung macht den ganzen Sachverhalt umfassender und schwerer durchsichtig. Und das gilt für alle anderen Gesetze genau so. Weil dies in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt, deshalb müssen die Einrichtungen, die der Rechtsberatung für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten dienen, so sehr gepflegt werden, und aus eben demselben Grunde kommt es auch, daß die eingerichteten Arbeiterssekretariate usw. ein fortwährendes Anwachsen ihrer Tätigkeit feststellen können. Die Entwicklung des Arbeiterssekretariatswesens ist im ganzen noch nicht auf dem Höhepunkt angelangt. Weil aber noch immer neue Gesetze gemacht und Ausführungsbestimmungen erlassen werden, deshalb sind die Rechtsschutzeinrichtungen von Tag zu Tag notwendiger.

Die Rechtsschutztätigkeit des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter 1910. Der Gewerbeverein unterhielt am Schluß des Berichtsjahres folgende 22 Rechtsschutzbureaus:

Essen, Steele, Gelsenkirchen, Buer, Oberhausen, Dortmund, Bottrop, Bochum, Barmen, Siegerland, Sauerland, Saarbrücken, Aiblar, Vöhringen, Engelskirchen, Goslar, Esenadrück, Wehlar, Eisenach, Bayern, R.-Schlesien und Mansfeld.

Dieselben wurden von 27 866 Besuchern in Anspruch genommen. Es wurden 15 605 mündliche Auskünfte erteilt und 20 168 Schriftsätze angefertigt.

Soweit der Erfolg der Rechtsschutztätigkeit bekannt geworden ist, betrug der durch den Rechtsschutz für die Mitglieder erzielte direkte Barerfolg 187 177,90 M. und zwar in Knappschaftsangelegenheiten 12 096,8 M., Unfallfällen 61 029,23 M., Invalidenversicherung 14 054,33 M., Berggewerbegerichts-Streitsachen 1057,81 M., Arbeitsordnung 698,00 M., Steuerreklamationen 83 228,81 M., Zivilsachen 12 976,1 M., Krankenversicherung 1543,99 M., Schul-, Militäranglegenheiten und Strafsachen 134,19, 13,78 und 349 M.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ bemerkt zu diesem Bericht, die angeführten Zahlen zeigten, daß praktische erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht nur durch Lohnbewegungen und Streiks, sondern auch auf andern Gebieten von den christlichen Berufsverbänden geleistet werde.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum während des Urlaubs.

Zu dieser Frage wird uns aus Essen geschrieben: Die Verwaltung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum hat am 31. Januar 1911 ein Rundschreiben an die Zechenverwaltungen gerichtet, in dem die Frage der Beitragsleistung zur Kranken-, Pensions- und Invaliditäts- und Altersversicherungskasse von beurlaubten Mitgliedern neu geregelt wird. Bisher galten folgende Bestimmungen, die die Verwaltung des A. K. V. in einem „Nachschlagebuche“ für den Gebrauch der früheren Satzungen veröffentlicht hatte:

- a) Krankenkasse. Die Versicherung in der Krankenkasse erlischt, sofern die Beurlaubung länger als 4 (jetzt 8) Wochen dauert.
- b) Pensions- und Unterhaltungskasse. Ein nicht beschäftigtes künftiges Mitglied hat ein Fünftel des Beitrags für jede Woche der Nichtbeschäftigung mit 15 Pf. zu zahlen.

Zur Invalidenversicherung wurden Beiträge entrichtet, wenn gearbeitet wurde.

Da die neuen Satzungen die Beurlaubung als ein Ausscheiden im Gegensatz zu den alten Satzungen nicht mehr erwähnen, so hat das Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten entschieden, daß „Urlaub“ die Mitgliedschaft zur Pensionskasse nicht unterbricht.

In dem Rundschreiben heißt es:

„Nach § 10 Abs. 1, sowie § 26 Abs. 1 der Satzung endet die Mitgliedschaft, abgesehen von den ausdrücklich abgesehenen Fällen für alle Mitglieder, wenn sie aus der ihrer Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden.“

Das Oberschiedsgericht hat nun in seiner Entscheidung zum Ausdruck gebracht, daß ein Ausscheiden aus der Mitgliedschaft bei der Pensionskasse begründenden Beschäftigung nur vorliege, wenn mit dem Aufhören der tatsächlichen Arbeitsausübung auch das der Beschäftigung zugrunde liegende Lohnarbeitsverhältnis tatsächlich oder rechtlich gelöst werde, das sei aber bei der Vereinbarung einer ausnahmsweise eintretenden, die gewöhnlichen Pausen zwischen den einzelnen Arbeitsleistungen zeitlich erheblich überschreitenden Arbeitspause, wie sie mit dem Wort „Urlaub“ bezeichnet werde, nicht der Fall.“

Eine Folge hiervon, die das Oberschiedsgericht selbst ausdrücklich ausgesprochen hat, ist die, daß bei Fortdauer der Mitgliedschaft während des Urlaubs auch die Pflicht zur Beitragszahlung fort dauert. Diese Entscheidung ist der Zuständigkeit des Oberschiedsgerichts entsprechend zwingend zwar nur für die Pensionskasse ergangen, die Gründe des Oberschiedsgerichts treffen aber bei gleichen Voraussetzungen auch auf die Krankenkasse zu und stützen sich sogar in der Hauptsache auf das Krankenversicherungsgezet, dem das Knappschaftsgezet hierbei nachgebildet sei. Der Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins hat zudem ausdrücklich beschlossen, den vom Oberschiedsgericht aufgestellten Grundsatz auch für die Krankenkasse anzuwenden. Nach dem gleichen Grundsatz sind auch für die Kassenabteilung C während des Urlaubs die Beiträge zu entrichten, da ebenso im § 30 des Invalidenversicherungsgezetes die Beitragspflicht von der Fortdauer des Arbeits- oder Dienstverhältnisses abhängig gemacht ist.

Der Werksbesitzer bleibt auch für die Dauer der Beurlaubung für die Beiträge verantwortlich.

Nicht jede Arbeitsunterbrechung, wie sie bisher im Bezirk des A. K. V. als Beurlaubung seitens der Zechen in der Entscheidung bezeichnet wurde, stellt eine Beurlaubung im Sinne des Oberschiedsgerichts dar.

Bisher ist die Führung in der Belegschaftsliste wohl allgemein als entscheidend angesehen worden, d. h. es galt jemand als beurlaubt, wenn und solange er noch in der Belegschaftsliste geführt wurde.

Es können jedoch bei Unterbrechungen, bei denen ein Lösen in der Belegschaftsliste nicht stattfindet, Zweifel entstehen, ob eine Beurlaubung im Sinne des Oberschiedsgerichts vorliegt.

Zur Klarstellung hat das Oberschiedsgericht ausgeführt:

„Ob eine als Beurlaubung bezeichnete Arbeitsunterbrechung in Wahrheit den Charakter eines Urlaubs hat, oder ob trotz des Ausdrucks „Beurlaubung“ tatsächlich vom Mitgliede oder vom Werksbesitzer eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses beabsichtigt ist, kann im einzelnen Falle eine Zeitfrage sein. Im Zweifel wird man indessen davon ausgehen müssen, daß bei Wahl des Ausdrucks „Beurlaubung“ eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses von keinem der beiden Beteiligten beabsichtigt ist. . . . In Fällen, wo es sich um Beurlaubung zur Ableitung

monatelanger Gefängnisstrafen oder längerer militärischer Übungen handelt, oder um Erledigung von Feldarbeiten, die die ganze Sommerzeit in Anspruch nehmen, wird es unter Umständen zweifelhaft sein, ob nicht tatsächlich trotz des vielleicht gewählten Ausdrucks „Beurlaubung“ in Wahrheit eine Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses vorliegt, verbunden mit der Abrede eines später wieder einzutretenden neuen derartigen Verhältnisses.“

Zur Berichtigung der Beitragsnachweisungen bedarf es daher nicht mehr wie bisher der Mitteilung des Ausscheidens. Es wird aber empfohlen, das Wort „Urlaub“ zu vermeiden und die vorübergehende Lösung des Lohnarbeitsverhältnisses als „Entlassung aus der Arbeit auf Zeit“, „Entlassung aus der Arbeit auf 8 Monate“ und so ähnlich zu bezeichnen.

Für die Richtigkeit der Meldung bleibt im übrigen die Zechenverwaltung verantwortlich und event. schadensersatzpflichtig. . . .

Im Interesse der Beurlaubung bzw. im Interesse der Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft für die Versicherten wird aus dem Oberschiedsgerichtsurteil noch hervorgehoben:

„daß es dem Werksbesitzer unbenommen bleibt, Urlaub in den hier (in den Urteilsgründen) erörterten, die Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht enthaltenden Sinne nur bei ausreichender Sicherstellung der Beitragsleistungen für die Urlaubszeit zu gewähren.“

Für die Zukunft bitten wir die Abgangsmittelungen pünktlich innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 8 Tagen einzureichen. . . .

Die Zechen haben auf Grund dieses Rundschreibens ihre Beamten angewiesen, längeren Urlaub (d. h. von mehr als 5 Tagen) nur dann zu erteilen, wenn sich die Leute verpflichten, daß ihnen die Beiträge für die Urlaubszeit von ihrem noch im Besitz der Zechen befindlichen Lohne abgezogen werden können; oder aber sie müssen den Betrag, falls kein Lohn mehr vorhanden ist, vorher deponieren.

Da in dem Rundschreiben verlangt wird, daß die Meldung der ausgeschiedenen Mitglieder an den A. K. V. innerhalb 3 Tagen erfolgen soll, so werden Arbeiter, die 3 Tage ohne Urlaub feiern, von jetzt an stets sofort entlassen. (Früher war man öfter rückfichtsvoller.) Denn kommt der Mann nicht wieder, muß die Zechen die Beiträge bezahlen.

Die Entscheidung des Oberschiedsgerichts bedingt eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Denn der Arbeiter verdient einmal nichts während des Urlaubs, muß aber trotzdem die doppelten Beiträge bezahlen. Diese betragen z. B. in der 13. Lohnklasse pro Woche (0,60 + 0,98 + 0,18 × 2 =) 3,32 M.

Die Stellungnahme des A. K. V. ist aber bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung nicht nur von Bedeutung für die Bergarbeiter, sondern für alle erwerbenden Klassen.

Eine Verbindung von Sparkasse und Altersversicherung beabsichtigt die Hamburger Sparkasse von 1827 einzuführen. Da die Sparkasse nach den für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Versicherung nicht selbst übernehmen kann, so hat sie nach einer Mitteilung im „Hamb. Korresp.“ mit der Hamburger Lebens- und Pensionsversicherungs-Gesellschaft „Janus“ einen Vertrag herbeigeführt, durch den sich die Gesellschaft zur Übernahme der Versicherung verpflichtet. Nachdem die Vorlage vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigt worden ist, hat die Sparkasse für die erforderlichen Satzungsänderungen die prinzipielle Genehmigung des Hamburger Senats eingeholt. Die Versicherung soll sich nun so gestalten:

Jeder Einleger der Sparkasse, der die Zinsen zum Erwerb einer Altersrente verwenden will, erhält ein Altersrenten-Sparkassenbuch. Durch Vermittlung der Sparkasse wird damit über die Altersrente ein Versicherungsvertrag zwischen ihm und dem „Janus“ geschlossen, an den die Sparkasse die zahlungsmäßigen Zinsen als Prämien abführt. Jede Einlage gibt den Anspruch auf eine Jahresrente, die sich nach dem Alter des Versicherten zur Zeit der Eingahlung bemittelt und nach den zugrunde gelegten Tabellen im Buch vermerkt wird. Entsprechend vermindert sich die Rente durch jede Abhebung um eine Summe, die gleichfalls im Buch verzeichnet wird. Bei dem folgenden Beispiel wird von einem Einlagezinsfuß von nur 3 % ausgegangen und der Rentenbezug auf das 65. Lebensjahr verstellt. Es wird eingezahlt für ein Kind:

		Entsprechende Rente
im 1. Lebensjahr	100 M	91,00 M
dann jedes folgende Jahr bis zum		
10. Jahre je 100 M	900 „	671,30 „
im 15. Jahre	100 „	60,81 „
	1100 M	818,11 M
Es werden abgehoben im 30. Lebens-		
jahre	500 „	128,85 „
bleibt Einlage 600 M		689,26 M

Der Einleger erhält also, wenn sich von da ab an seinem Guthaben nichts mehr ändert, von seinem 66. Jahre bis an sein Lebensende eine jährliche Rente von 689,44 M. Natürlich stellt sich bei dem heutigen Zinsfuß von $8\frac{1}{2}\%$ die Rente noch wesentlich günstiger, nämlich in diesem Beispiel auf 804,40 M. An Stelle des 66. Lebensjahres kann ferner ein früheres oder späteres gewählt werden, wodurch der Betrag der Rente sich nach festgelegten mathematischen Berechnungen ebenfalls entsprechend ändert. Um Zwergrenten zu vermeiden, ist bestimmt, daß der Rentenvertrag erlischt, wenn die Rente zur Zeit ihres Anfalles kleiner ist als 5 M. jährlich, dann wird aber dem Einleger außer seinem Kapitalguthaben ein Betrag von 75 % des versicherungsmäßigen Deckungskapitals gezahlt, der im Falle der Kündigung des Guthabens durch die Spartasse auf 100 % steigt. Vorgesehen ist ferner, daß der Einleger eine Mindesteinlage von 5 M. stehen lassen muß.

Verringerung von Altersrenten durch Anrechnung von Krankheitswochen. Zu dieser Frage, die wir bereits Sp. 470 kurz berührten — es muß dort natürlich heißen Verringerung von „Altersrenten“ statt „Invalidenrenten“ — hat nun auch das Reichsversicherungsamt Stellung genommen. Von dem verstärkten Senat der Abteilung für Invalidenversicherung (II a. 2188/10. v.) ist der Anrechnungszwang der Krankheitswochen ausgesprochen worden mit folgender Begründung:

„Für die Dauer der bescheinigten Krankheiten war bei der Rentenberechnung nach § 40 Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesetzes die zweite Lohnklasse zugrunde zu legen. Hierdurch ist allerdings, da der Kläger fast ausschließlich Beiträge 5. und 4. Lohnklasse entrichtet hat, der nach § 37 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes zu gewährende Durchschnittsbetrag geringer geworden, als er ohne Berücksichtigung der Krankheitswochen gewesen sein würde. Indessen war es nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unzulässig, die nachgewiesenen Krankheitswochen bei der Berechnung außer Betracht zu lassen. Die Ausführungen des Klägers, daß der Gesetzgeber durch die Zulassung der Anrechnung von Ersatztafeln dem Versicherten lediglich eine Vergünstigung habe gewähren, nicht aber eine Verkürzung der Rente habe herbeiführen wollen, mögen zutreffend sein, können aber im Hinblick auf die klare Fassung des § 30 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Änderung zugunsten des Klägers nicht herbeiführen. Denn § 30 Abs. 2 kennzeichnet sich durch die Worte: „Als Beitragswochen werden . . . diejenigen vollen Wochen in Anrechnung gebracht“ usw. als eine zwingende Vorschrift, deren Anwendung insbesondere auch nicht durch Parteivereinbarung oder durch Verzicht des Rentenbewerbers ausgeschlossen werden kann. Mit Recht hat daher das Schiedsgericht die Erklärung des Klägers, daß er die Berücksichtigung der Krankheitswochen nicht wünsche, keine Bedeutung beigemessen, sondern die gesetzlichen Bestimmungen über die Rentenberechnung für allein maßgebend erachtet.“

Die Sp. 470 gegebene Anregung zur Abänderung des § 1278 der Reichsversicherungsordnung dürfte nach diesem Urteil des Reichsversicherungsamts um so dringender geboten sein.

Volkserschulung.

Die Schundliteratur und ihre Bekämpfung.

Einen tiefen Einblick in den erschreckenden Umfang der Schundliteratur gibt die vor kurzem in zweiter Auflage erschienene Schrift von Dr. Ernst Schulze: Die Schundliteratur, ihr Wesen, ihre Folgen, ihre Bekämpfung,*) die jedem zur Orientierung empfohlen werden muß, der an der Beseitigung dieses Krebsgeschwulstes mitarbeiten will. Der Verfasser teilt die Schundliteratur in zwei Klassen: Literarisch schlechte, aber moralisch ungefährliche Bücher, die nur den Geschmack des Lesers verderben, aber nicht gerade auf die sittliche Haltung schädigend einwirken; literarisch wertlose und gleichzeitig moralisch gefährliche Bücher, die sowohl den Geschmack verbilden als auch das sittliche Urteil verwirren und die Phantasie verwüsten. Diese Schundliteratur wird entweder in Form der endlosen Lieferungsromane verbreitet oder in einzelnen Heften, die aber durch die Person des „Helden“ zusammenhängende Serien bilden, so die *Nid-Carter*, *Buffalo-Bill*, *Weltdetektiv* usw. Hefte. In der Schrift von Dr. Ernst Schulze werden einige Text- und Illustrationsproben aus der Schundliteratur gegeben, die einen unglaublichen Tiefstand zeigen. Die Folgen der Schundliteratur sind äußerst bedenklich. Bei zahlreichen Kriminalfällen und Selbstmorden läßt sich die Beeinflussung durch die Schundliteratur direkt nachweisen, ganz abgesehen von all der schlimmen Beeinflussung, die sich zwar nicht an so kraßen Fällen beweisen läßt, die aber doch vorhanden ist und in manchen im stillen geistig zerstörten Menschenleben zum Ausdruck kommt. Aber auch der deutschen Volkswirtschaft gehen hohe Summen und Kräfte dadurch verloren, daß

sie überhaupt für Herstellung und Vertrieb von Schmutz und Schund verbraucht werden. Nach Schätzungen von sachverständiger Seite sind 8000 selbständige Geschäftsleute und 30 000 Kolporteurs am Vertrieb der Schundliteratur beteiligt.

Als Mittel zur Bekämpfung der Schundliteratur kommen verschiedene Faktoren in Betracht: Gesetzgebung, Verwaltung, kommunale Maßnahmen, Mitwirkung der Schule, vor allem aber Beseitigung der Augenblenden wie auch der erwachsenen Leser mit gutem Lesestoff. Die Gesetzgebung bietet eine Handhabe im Strafgesetzbuch §§ 184, 184a, 184b, sowie der §§ 42a und 56 der Gewerbeordnung, die vom Vertrieb und Ausstellung unzuchtiger Schriften handeln. Leider sind bei der Anwendung dieser gesetzlichen Handhabe manche bedauerlichen Mißgriffe seitens der Polizeibehörden vorgekommen. Man hat echte Kunstwerke getroffen, während man den wirklichen Schmutz in Wort und Bild ungehindert wuchern ließ. Solche Mißgriffe haben es zum Teil verschuldet, daß manche freier denkenden Kreise noch heute mit einem gewissen Mißtrauen allen gesetzlichen Maßnahmen in diesem Kampfe gegenüber stehen. Es läge also im eigenen Interesse der Polizeibehörden, wirklich sachverständige Berater in all solchen Fällen zuzuziehen, damit nicht durch solche Mißgriffe der gerechte Kampf, dem sich alle Kreise zuwenden könnten, in Mißkredit kommt. Weitere Handhaben liegen auf dem Verwaltungswege, wozu jetzt eine Reihe von Ministerialerlassen in Einzelstaaten (z. B. Preußen, Bayern, Württemberg) den ausführenden Behörden die Wege weisen. Sehr wichtig sind ferner von den Kommunen zu fördernde Maßnahmen zur örtlichen Überwachung und Bekämpfung der Schundliteratur, wobei ein Zusammenarbeiten der städtischen Organe mit Vertretern der freien Reinheitspflege anzustreben ist.

Als ein wesentlicher Faktor ist die Mitarbeit der Schüler anzusehen. Dr. Ernst Schulze gibt in seinem Buche einige Beispiele der drastischen Wirkung, welche die aufklärenden Flugblätter in Elternkreisen ausübten, die nun sofort, nachdem ihnen die Augen geöffnet waren, ihren Kindern aufs schärfste das Lesen der Schundliteratur verboten. Allerdings darf man der Jugend, von denen gerade die Begabten und Besten in einer gewissen Altersstufe förmlich „lesewütig“ sind, nicht nur schlechte Literatur verbieten, sondern muß ihnen zugleich guten Ersatz geben. Das vorliegende Buch gibt hier sehr schätzenswerte Hinweise an der Hand von bereits bestehenden Einrichtungen, was durch Verbreitung billiger Schriften, durch Schülerbibliotheken, Kinderbibliotheken und Kinderlesehallen hier geleistet werden kann.

Auch die Zentralkstelle für Volkswohlfahrt hat sich in der Veranlassung im Dezember 1910 u. a. mit der Frage der Bekämpfung der Schundliteratur beschäftigt. In den zur Annahme gelangten Votissen werden einerseits Maßnahmen empfohlen, um die Jugend von der Schundliteratur abzulenken, andererseits Maßnahmen zur Unterdrückung dieser.

Als positive Maßnahmen werden u. a. empfohlen:

Befriedigung der Jugendphantasie durch gute Literatur (in Kinder- und Schülerbibliotheken und Lesehallen, Jugendabteilungen, in öffentlichen Büchereien, durch Herausgabe von Jugendbüchern, durch Lesende, verbunden mit der Anleitung zum richtigen Lesen).

Befriedigung des Latendranges der Jugend durch körperliche Betätigung aller Art, sowie durch Wandern, Turnen und Spielen und durch Handfertigkeitsunterricht.

Begegnung der Lesewut der Jugend durch Anregung zur körperlichen Betätigung.

Als sogenannte „negative“ Mittel zur Unterdrückung der Schundliteratur werden u. a. empfohlen:

Maßnahmen der Regierungs-, Polizei-, Kommunal- und Schulbehörden (gesetzgeberische Maßnahmen und Anwendung bereits bestehender gesetzlicher Vorschriften in möglichst weitgehender Weise): Verbot des Verkaufs bestimmter Schriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen; Einwirkung auf die Buchhändler und kleinen Geschäftsleute, erforderlichenfalls in Verbindung mit dem Buchhändlerbörsevereine; Beaufsichtigung der Schaufenster und Auslagen; Vermeidung des Vertreters in Geschäften, die Schundliteratur vertreiben; Aufklärung und Warnung der Eltern und Kinder durch die Schule und Vereine.

Als einige praktische Erfahrungen aus neuester Zeit, wie einzelne der empfohlenen Maßnahmen hier und dort erfolgreich angewandt werden, teilen wir mit, daß z. B. der Frankfurter Verband zum Schutz der Jugend gegen die Schundliteratur sich mit den Buchhändlern und Schreibwarenhändlern in Verbindung gesetzt hat. 175 Firmen gaben die Erklärung ab, keine Schundliteratur mehr führen zu wollen. Diese Firmen wurden auf eine „weiße Liste“ gesetzt und diese Liste mit Unterstützung der Schulbehörden an die Schulkinder verteilt mit der Weisung, ihren Bedarf an Schulbüchern und Heften nur bei Firmen dieser Liste

*) Halle a. S. Verlag des Waisenhauses 1911. Preis 3 M.

zu decken. — In ähnlicher Weise geht auch der Deutsche Käuferbund (Geschäftsstelle Friedenau, Rubensstr. 22) vor. Auf seiner „weißen Liste“ findet sich bei den darin angegebenen Papier- und Schreibwaren-Geschäften der Vermerk, daß die vom Käuferbund empfohlenen Handlungen keine Schundliteratur führen.

Ein nachahmenswertes Vorgehen von städtischer Seite bietet ferner der Magistrat von Charlottenburg, der als Eigentümer des städtischen Straßen- und Platzlandes dem Feilbieten der Schundliteratur dadurch entgegenzutreten sucht, daß er den Zeitungs- und Druckschriftenhändlern die Genehmigung zur Aufstellung der bekannten transportablen Verkaufsstände nur mit der Bedingung erteilt, daß das Feilhalten von Druckschriften, die geeignet sind, auf die Jugend einen verrohenenden oder sonst auf die sittliche Entwicklung nachteiligen Einfluß auszuüben, unterbleibt. Die Entscheidung über die Frage, ob eine Druckschrift zur Schundliteratur gehört oder nicht, hat sich der Magistrat vorbehalten. Er beabsichtigt vor allem, auf die Beseitigung der Kriminal- und Detektivromane hinzuwirken. Beauftragte des Magistrats werden die genaueste Beachtung des Verbots überwachen.

Von großer Bedeutung sind schließlich die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen, in ihren Kreisen den Kampf gegen die Schundliteratur zu führen. So hat z. B. die Berliner Gewerkschaftskommission beträchtliche Mittel zur Anschaffung guter Literatur in den billigen Volksausgaben aufgewandt. In allen Bureaus der Gewerkschaften, die über ganz Berlin verstreut sind, sind Ausgabestellen. Höchst praktisch ist die Art der Ausgabe: Jedermann erhält ohne Leihgebühr und ohne Legitimation soviel Bücher, wie er will. Er hat nur den Wert der Bücher zu deponieren. Bringt er die Bücher wieder, erhält er diese Summe zurück. Will er die Bücher behalten, so hat er sie einfach zu dem billigen Preis der Volksausgaben erworben.

Besonderes Lob verdient auch das Vorgehen der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg, die der Arbeiterschaft geradezu erlesene Kunstgenüsse bietet. So wurde z. B. im März ein Goetheabend veranstaltet, und im Mai werden zwei Aufführungen der Beethovenschen 9. Symphonie stattfinden, die ermöglicht werden durch das Entgegenkommen der Musikhalle und des Orchesters. Wer die unbemittelten Schichten zu solchen Kunstgenüssen erzieht und sie ihnen billig verschafft, der vertreibt in diesen Kreisen ganz sicher den Geschmack an der Schundliteratur.

Einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Schundliteratur wird künftig auch der deutsche Goethebund abgeben, der sich auf seiner letzten Tagung, die Ostern in Bremen stattfand, mit dieser Frage beschäftigte. In einer Entschließung wurde allerdings — der Entstehung der Goethebundbewegung entsprechend — betont, daß man nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß jede polizeiliche Bevormundung in künstlerischen und literarischen Dingen zurückzuweisen sei. Dagegen sprach man die Erwartung aus, daß durch Zusammenfluß der eltsch und literarisch höchsten Elemente der Nation eine erfolgreiche Hilfe gegen die schwere Schädigung des Volkes zu bewirken sei. Alle Bestrebungen, die darauf abzielen, durch Veschallen, Vorlesungen, Volksbibliotheken, literarische Ausstellungen usw. gute Literatur zu verbreiten, werden die Goethebünde tatkräftig unterstützen. Ein Hauptaugenmerk werden die Goethebünde ferner darauf richten, auf dem Wege der Kolportage gesunde literarische Nahrung dem Volke zuzuführen. Zu diesem Zwecke wird eine gute Bücherei geschaffen werden, durch die nach Art der Kolportage von ersten Schriftstellern verfaßte Volksbücher in Einzelheften in Stadt und Land vertrieben werden sollen.

Der Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau hielt am 19. und 20. April seine erste Generalversammlung in Berlin ab. Trotz der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Verband es doch vermocht, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer besseren gewerblichen Berufsausbildung der Mädchen zu lenken. Die Tagung wurde eingeleitet durch Vorträge von Fortbildungsschuldirektor Scharf-Magdeburg und Ingenieur Stolzenberg-Berlin über neuzeitliche Lehrlingsausbildung. Der erste Redner behandelte die allmähliche Entwicklung der Fortbildungsschule, die früher eine bloße Wiederholungsschule der Volksschule war, dann aber immer mehr, in enger Fühlung mit Handel und Gewerbe, den Charakter der Fachschule annahm. Gerade dadurch ist auch der Widerstand der Arbeitgeber am leichtesten zu besiegen, je mehr sie erkennen, daß der Lehrling dafür, daß sie ihn zeitweilig für den Schulbesuch freigeben müssen, doch wirkliche Bereicherung seines Fachwissens von der Schule mitbringt. Eine sehr hochstehende Ausbildungsmethode

des gewerblichen Nachwuchses, bei der die praktische Arbeit in den verschiedenen Abteilungen des Betriebs mit theoretischer Ausbildung planmäßig ineinandergreift, schilderte der zweite Redner an den Einrichtungen der ihm unterstellten Fachschule der Maschinenfabrik Ludwig Löwe in Berlin. Beide Redner konnten allerdings fast nur von Einrichtungen sprechen, die für die männliche Jugend bestehen, dennoch aber hatten diese Referate einen besonderen Wert auch für die Mädchenbildungsfrage. Sie zeigten gewisse Höhepunkte, welche die neuzeitliche Lehrlingsausbildung zurzeit erreicht hat, und es wäre zu wünschen, daß bei den Fortbildungsschulen, die später auf Grund der noch dem Reichstag vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung durch Ortsstatut auch für Mädchen errichtet werden können, die an den Schulen für Knaben gemachten Erfahrungen mit verwertet würden.

Die weiteren Verhandlungen brachten einen Bericht von Rektor Pagel über den Lehrstellennachweis für gewerbliche Lehrlinge. Nach eingehender Diskussion einigte man sich auf folgende Forderungen: die Aufgabe einer erfolgreichen Lehrstellenvermittlung bedarf zu ihrer Lösung der organischen Zusammenarbeit von Lehrern und Lehrerinnen, Ärzten, Handwerks- und Handelskammern, der Gewerbeorganisationen, der Fürsorge- und Frauenvereine und der Staats- und Gemeindebehörden. Notwendige Einrichtungen für erfolgreiche Arbeit sind: a) regelmäßige Sprechstunden in Sachen der Berufswahl, b) Flugblätter zur Aufklärung der Eltern und Kinder, c) Ratgeber für die Berufswahl, d) Konferenzen mit Eltern und Lehrern. Vor allem aber müsse die Lehrstellenvermittlung im engen Anschluß an den allgemeinen Arbeitsnachweis für Erwachsene geübt werden, da nur von dort aus der Arbeitsmarkt und die Aussichten in den verschiedenen Berufen zu überschauen seien.

Eine sowohl für die Frauenarbeit wie für die Entwicklung der deutschen Industrie wichtige Frage wurde am zweiten Verhandlungstage erörtert. Über die Bedeutung der Damenkonfektion für Industrie und Handel sprach Dr. Ehlers, der Syndikus der Handelskammer zu Berlin, über Lehrlingsausbildung, Gesellen- und Meisterinnenprüfung Dr. Purpus, Syndikus der Handwerkskammer zu Augsburg.

Der erste Referent führte aus, daß die Damenkonfektion im Organismus der deutschen Industrie eine hervorragende Stellung einnehme, da der Wert der Jahresproduktion etwa 300 Millionen Mark betrage. Das sichere Fundament der Damenkonfektion sei die Herstellung von Massenartikeln. Auf diesem Fundament könne sich eine Erzeugung auch der feinsten Qualitäten aufbauen. In keiner Industrie bedeute die Arbeit im Verhältnis zum Material soviel wie in der Damenkonfektion, darum sei die Schulung der Arbeitskräfte von entscheidender Bedeutung.

Der zweite Referent gab in seinem Referat eine Übersicht über die Stellungnahme der Handwerkerkammern zu den Gehilfinnen- und Meisterinnenprüfungen. Von 71 Kammern, die befragt wurden, antwortete ungefähr die Hälfte, daß sie die Frage noch nicht endgültig geregelt hätten. 26 erließen besondere Prüfungsordnungen für Frauen.

In Regnitz und in Breslau wurden freie weibliche Innungen gegründet, in Schwaben aber die beabsichtigte Gründung von der Regierung abgelehnt. Durch Gesetzesänderung sollten die Hindernisse beseitigt werden. Vor der Handwerkskammer in Augsburg machten 1600 weibliche Lehrlinge die Gehilfinnenprüfung. Alle forderten und erhielten sogleich bessere Löhne.

In der anschließenden Erörterung, die sich durchweg in zustimmendem Sinne bewegte, wurde betont, daß bei geeigneter Schulung der Arbeitskräfte, und namentlich wenn es gelinge, auch gebildete Frauen mit künstlerischem Sinne für das Gewerbe zu gewinnen, Deutschland sehr wohl sogar Paris auf dem Gebiete der Mode Konkurrenz machen könnte.

Studentische Volksbildungsarbeit. Auf eine 10jährige Wirksamkeit können nach einem Bericht von Dr. Georg Goldstein die freien Fortbildungskurse für Arbeiter zu Charlottenburg zurückblicken. Mit besonderer Dankbarkeit gedenkt der Referent der freundlichen Förderung, die die Tätigkeit der Studenten durch die Stadt Charlottenburg, durch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt wie auch durch die Presse erfahren hat. — Die Zahl der Kursteilnehmer ist von 54 Personen im Sommer und 105 im Winter 1901 auf 245 Personen im Sommer und 425 im Winter 1910 gestiegen, während in den 25 Organisationen, die dem „Verband der akademischen Unterrichtskurse Deutschlands“ angehörten, im Winter 1910/11 insgesamt 10 000 Personen von 700 Akademikern unterrichtet wurden.

Der Deutsche Verband studentischer heimatlicher Arbeiterunterrichtskurse (früher „Westdeutsche“) hielt am 8. April in Düsseldorf seine dritte Hauptversammlung ab. Die Tagung, an der zahlreiche Vertreter städtischer Behörden, Studenten-

orporationen und Arbeiterorganisationen teilnahmen, brachte u. a. Referate über Unterrichtsstoff und -material, Statistik und Volksbildungsabende. Der Verband bezweckt den Zusammenschluß der bestehenden und die Neugründung von ähnlichen Einrichtungen, ohne sich dabei einseitig in den Dienst einer politischen oder religiösen Richtung zu stellen. Die Zentrale befindet sich zurzeit in Bonn, Königsstr. 16. Sie ist zu jeder Auskunft und zur Beschaffung von Material gern bereit.

Wohnungswesen.

Eine auf neue erbbaurechtliche Grundsätze gegründete Gartenstadt soll unter dem Namen Johannistadt bei Freiberg i. S. entstehen. Nach Mitteilungen des Stadtbaurats Rieß-Freiberg im Dezemberheft der Zeitschrift „Der Städtebau“ ist die Anlage auf einem 30 Hektar großen Gebiete geplant, das einer unter städtischer Verwaltung stehenden Stiftung gehört. Jedes ungesunde Unternehmertum und jede Spekulation soll aus ihr verbannt sein. Die ganze Anlage wird auf der Grundlage des Erbbaurechts geplant. Die Bedingungen werden so gestellt, daß der Bauende kein Interesse daran hat, ein Haus mit mehreren Wohnungen zu errichten; denn er wohnt im Einfamilienhaus so billig, als wenn er noch Wohnungen vermietet. Der Erbbauzins beträgt für jede Grundstückeinheit (Quadratmeter) 10 Pf. jährlich, für die Gebäudeeinheit (Quadratmeter) im Erdgeschoß je 10 Pf., im ersten Obergeschoß je 20 Pf., im zweiten Obergeschoß je 30 Pf. und im Dach- und Kellergeschoß, wenn sie nicht ausschließlich als Nebenräume für die übrigen Geschosse, sondern selbständig verwertet werden, je 10 Pf. Als Befristung ist zunächst eine dreißigjährige Dauer des Erbbaurechts in Aussicht genommen, um den Bauenden den vollen Genuß seiner Baulichkeit bis ans Lebensende zu sichern. Ferner ist vorgesehen, dem Erbbauberechtigten 80 % des Brandlassenwertes des Gebäudes bar auszuzahlen. Diese Bestimmung soll einer Fortsetzung des Erbbaurechts über die ursprüngliche Vertragsdauer hinaus die Wege ebnen; sie soll dem Erbbauberechtigten ein dem Zweifert entsprechendes Entgelt für die auf Grund des Erbbaurechts errichteten Bauten gewähren, sie soll sein Bestreben an einer gebiegenden, sachgemäßen Ausführung und einer pfleglichen Benutzung der Bauten während der Dauer des Erbbaurechts wach erhalten und so die Stiftung davor bewahren, bei Beendigung des Erbbaurechts in den Besitz von verwahrlosten und minderwertigen Gebäuden zu kommen, sie soll die hypothekarische Beleihung des Erbbaurechts erleichtern und sicherstellen, sie soll endlich ermöglichen, daß der Stiftung schon während der ersten Dauer des Erbbaurechts aus dem Grundstücke eine dem Nutzungswerte entsprechende Rente zufließt. Würden die Gebäude nach Ablauf von 30 Jahren unentgeltlich in das Eigentum des Hospitals übergehen — wie das in vielen Erbbaurechtsverträgen anderer Städte ausbedungen ist — so würden sich nach den Ausführungen von Stadtbaurat Rieß Baulustige für das Erbbaurecht nur dadurch gewinnen lassen, daß ihnen ermöglicht würde, während der Dauer des Erbbaurechts die Baukosten in voller Höhe zu tilgen. Das wäre aber nur möglich, einmal durch eine außerordentlich lange Dauer des Erbbaurechts und zum andern durch einen Verzicht der Stiftung auf irgendwelches Entgelt für das Erbbaurecht während dieser Dauer. Die Grundsätze über Vergebung von Bauland in Erbbaurecht sehen endlich eine Beleihung des Erbbaurechts aus Stiftungsmitteln bis zu 70 % des Brandlassenwertes zu 4 % vor. Hiervon sollen 20 % innerhalb der Vertragsdauer getilgt werden. Die Stadt Freiberg glaubt, daß damit auch dem kapitallosen Teile der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werde, sich ein eigenes Heim zu schaffen und im eigenen Hause nicht teurer als zur Miete zu wohnen, und daß so auf bodenreformerischer Grundlage eine Gartenstadt entstehen werde, welche allen Anforderungen in sozialer wie städtebaulicher Hinsicht Rechnung tragen soll.

Ein Landeswohnungsverein für Baden zur Förderung des Wohnungsbaus für Kinderbewohner ist am 19. März in Karlsruhe unter persönlicher Führung des Ministers v. Bodman in einer aus dem ganzen Lande stark besuchten Versammlung gegründet worden.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die soziale Frage in Australien und Neuseeland. Von Prof. Dr. Robert Schächner, a. o. Professor an der Universität Jena. Zweiter Band von „Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur“. Jena 1911, Gustav Fischer. 394 S.

Dem bedeutenden Werke des Verfassers, das die allgemeine politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage Australiens in seiner geschichtlichen Entwicklung und im gegenwärtigen Stande schilderte, ist nun ein ebenso umfassender Band gefolgt, der ganz und gar der sozialpolitischen Seite gewidmet ist, die im ersten Bande nur ein Teilgebiet neben anderen bildete. Die Hauptabschnitte des Buches bilden Untersuchungen über Arbeitsmarkt; Lebenshaltung und Preise; Lohn- und Arbeitsbedingungen, Vorkehrungen für Zeiten der Verdienstlosigkeit. In diesen vier Hauptgruppen werden alle wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, wie die Entwicklung der Schutzgesetzgebung, die Berufsorganisationen, die freiwilligen und staatlichen Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität behandelt. Der Verfasser hat nicht nur theoretisch an der Hand von Statistiken und Schriften die betreffenden Fragen studiert, sondern auch das Arbeiterleben selbst mit durchgemacht, indem er als Schiffsdecker, auf den Goldfeldern, als Bergarbeiter und im Fabrikbetriebe zeitweilig unerkannt mit den Arbeitern lebte und arbeitete. Die im Anhang beigegebenen Briefe, die mitten aus diesen verschiedenen Arbeitsfeldern heraus geschrieben wurden, sind durch ihre Wärme und die anschaulichen Schilderungen des harten Arbeitslebens sehr eindrucksvoll. Von den wissenschaftlich gründlichen Darstellungen des Hauptteils werden den deutschen Sozialreformer besonders die Abschnitte fesseln, die Fragen behandeln, in denen Australien und Neuseeland vorbildlich gewirkt hat und die für Deutschland besonders aktuell sind. Wir heben hier die Abschnitte über das Schiedsgerichtswesen in Neuseeland und die Lohnauschüsse in Vittoria hervor, in denen das Für und Wider, die günstigen und ungünstigen Erfahrungen in der Praxis erörtert werden. Zum Schlusse aller Forschungen und persönlichen Beobachtungen kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß in Australien und Neuseeland die sozialpolitischen Verhältnisse heute die günstigsten auf der ganzen Welt sind, daß die Wirtschaftspolitik dieser Länder zwar nicht so kühn unternehmend ist wie die der Vereinigten Staaten, daß dafür aber auch keine so schroffen Gegensätze zwischen unendlich aufgehäuften Reichtum und tieferster Armut wie dort zutage treten.

Zuwachsgesetz vom 14. Februar 1911. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister nebst Anhang: Bestimmungen des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 über den Grundstücksverkehrskempel in der Fassung, die sie durch das Zuwachsgesetz erhalten haben. Von Cuno, Oberbürgermeister in Jagen i. W. Eugen Rentsch Verlag, G. m. b. H., München. 1911. Preis 1,80 M.

Nach einer kurzen Einleitung erläutert der Verfasser in leicht verständlicher Weise die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes in zusammenhängender Darstellung, die geeignet ist, den Leser in die schwierige Materie einzuführen. In den Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen findet sich auch eine Anzahl von Berechnungsberechnungen. Da der Verfasser der Reichstagskommission für das Gesetz angehört hat und die Erläuterungen zum Gesetz in engster Fühlung mit dem Reichsschatzamt zustande gekommen sind, dürften die Ausführungen dieser Gesetzausgabe als zuverlässige Darlegung dessen gelten, was der Gesetzgeber mit dem neuen Gesetz beabsichtigt hat.

Annuaire de la Législation du Travail. Publié par l'Office du Travail de Belgique. 13. Année, 1909. Bruxelles, Librairie Albert Dewit. 1910. 981 Seiten.

Das verdienstliche Unternehmen der belgischen Regierung, das erste dieser Art, behält seinen Wert für die Kenntnis und Verbreitung der Arbeitsgesetzgebung aller Industriestaaten auch neben dem Bulletin des Internationalen Arbeitsamts, namentlich auch durch die Mitteilung sehr umfangreicher Gesetze und Verordnungen. So enthält der vorliegende Jahrgang 1909 z. B. die Novelle zum preussischen Berggesetz, die österreichische Verordnung über die Gefahrenklassen für die Unfallversicherung, das bosnische Krankenversicherungsgesetz, das Arbeitsgesetz des Staates Newyork, das englische Gewerkschaftsgesetz, das Einigungsamtsgesetz für Transvaal, das norwegische Gewerkschaftsgesetz, das neuseeländische Fabrikgesetz und das Ladengesetz deselben Staates — alles Gesetze von großer Länge, die schwerlich in einer anderen Sammlung vereinigt sind.

Jahrbuch der deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Handelstags von der Handelskammer zu Leipzig durch deren Syndikus Dr. jur. Wendland. 2. Ausgabe. 1910. Leipzig, C. F. Hirschfeld. 610 S. 40. Geb. 12 M.

Jakob Fugger, der Reich. Studien und Quellen I. Von Max Janßen. Leipzig. 1910. Duncker & Humblot. Preis 10 M.

Sozialpolitische Wohnungsstudien. Von Heinr. Roscher. Hamburg 1911. Otto Meißner. 29 Seiten.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Petitzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung

Im Auftrage
der Deutschen Vereinigung verfaßt

von
Dr. Johannes Altkemper.

Mit einem Geleitwort
des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung
Grafen zu Hohenbrock-Haag.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark.

Inhalt: Geleitwort. — Vorwort. — Quellen-
nachweis. — I. Geschichtliches über Deutschum
und Polentum bis zur Teilung Polens. II. Die
Polen unter preussischer Herrschaft. A. Der
preussische Staat und das Polentum. B. Polen
und Deutsche. — III. Die Polengefahr. —
IV. Ansiedlungspolitik. — V. Germanisierung
ist Protektantisierung. — VI. Schule und Deutsch-
tum. — VII. Zentrum und Polen. — VIII. Die
national-polnische Bewegung im rheinisch-west-
fälischen Industriebezirk. — IX. Schlußwort.



Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Lexikon des Arbeitsrechts.

In Verbindung mit

Dr. **Felix Claus**, Mitglied des Bureaus für Sozialpolitik in Berlin, Dr. **Herm. Hog**,
Magistratsassessor in Frankfurt a. M., Dr. **Herm. Luppe**, Stadtrat in Frankfurt a. M.

herausgegeben von

Dr. **Alexander Elster**, Jena.

1910. Preis: 3 Mark 60 Pf., geb. 4 Mark 50 Pf.

Preussische Jahrbücher April 1911:

..... Diesen Werken gegenüber zeichnet sich das vorliegende „Lexikon des
Arbeitsrechts“ dadurch aus, daß es nicht nur den geltenden Rechtszustand vollständiger
wiedergibt, sondern auch, um mit Ihering zu sprechen, den Zweck im Recht begreiflich zu
machen sucht. Die Artikel sind trotz der knappen Fassung ungemein klar geschrieben und
verstehen es in vorzüglicher Weise die Aufmerksamkeit stets den wesentlichen Punkten zu
sichern. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Buch, das sich auch durch gefällige Ausstattung
und niedrigen Preis vorteilhaft auszeichnet, unter Arbeitgebern und Arbeitern viele Freunde
gewinnen wird.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Die Landesbank der Rheinprovinz.

Von
Helmuth Poensgen.

(Forschungen, staats- und wissenschaftliche von Schmoller. Heft 153.)

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Quellenangabe. I. Die verschiedenen Organisations-
formen des Grund- und Korporkredit. II. Geschichte der Landesbank. 1. Die
Immobilien- und Grundkreditverhältnisse in der Rheinprovinz um 1850. 2. Grün-
dung und Organisation der Rheinischen Provinzialhilfskassen. 3. Ausbau der Hilfs-
kassen zur Landesbank der Rheinprovinz. III. Organisation und Verwaltung der
Landesbank. 1. Haftung des Provinzialverbandes. 2. Verwaltungsorgane. 3. Pri-
vilegien der Landesbank. IV. Die Betriebsmittel der Landesbank. 1. Ihre Fonds. 2. Die
Kapitalien aus dem regulären Bankverkehr. a) Depositen b) Kontokorrentgelder.
3. Durch Ausgabe von Rheinprovinzialanleihen beschaffte Kapitalien. V. Tätig-
keit und wirtschaftliche Bedeutung der Landesbank. A. Die Landesbank als Finanz-
institut der Provinzialverwaltung. 1. als Kasseninstitut. 2. als Bankinstitut. a) An-
nahme der Provinzialgelder als Depositen. b) Gewährung kurz- und langfristigen
Kredits. 3. als Erwerbsinstitut. B. Die Landesbank als Zentralstelle der öffentlichen
Kassen, besonders der Sparkassen der Rheinprovinz. C. Die Landesbank als Kor-
porations- und Hypothekarkreditinstitut. 1. die Verbindung beider Kreditarten;
Konkurrenz der Darlehensgesuche. 2. die Landesbank als Korporations- und Kom-
munkreditinstitut. 3. die Landesbank als Hypothekarkreditinstitut für den städti-
schen Grundbesitz. 4. die Landesbank als ländliches Grundkreditinstitut. a) Zweck
und Form des ländlichen Grundkredits. b) andere Kreditgeber für den ländlichen
Grundbesitz in der Rheinprovinz. c) der ländliche Hypothekarkredit der Landesbank.

Kürzlich ist erschienen:

Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fort- bildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommer-
ziellen Schulen in den Vereinigten
:: Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

(Staats- u. sozialwissenschaftliche Forsch. Heft 151.)

Preis: 5 Mark.

Grundzüge der Handelspolitik.

Von

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königl. Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung

von

Preis: 10 Mark.

Dr. Pfau-Rom.

Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. —
Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirt-
schaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Aus-
wechsel und das Aufgeld. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik.
Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der
Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzsystems. — Das Schutzsystem
ohne Zölle. — Die Handelspolitik und die Zölle. — Die Bevölkerung und
die Handelspolitik. — Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichtums.
— Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der
Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder
Schutz. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung.
— Das Maß des Zolles. — Übertragung und Einschneiden der Zölle. — Die
Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung.
— Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von **Gustav Schmoller.**

XXXV. Jahrgang. 1. Heft. Preis: 12 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Aufsätze. Carl Geibel. Ein Nachruf von Gustav Schmoller. — Die Vereinigten
Malayenstaaten. Von Heinrich XXXII. Prinz Reuß j. L. — Leopold II. und die Entwicklung des Kongostaates.
Ein historisch-physiologischer Versuch. Von G. R. Anton. — Die Erforschung des lebenden Rechts. Von Eugen
Ghrlich-Gernowij. — Verweise. II. Von Paul Dehn-Jehendorf. — Die in Halle 1702 anonym erschienene „Fürst-
liche Macht-Runft“. Von Georg Schaumann-Gellingfors. — Die „sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten“ der
Reichsbank im Lichte des Publizitätsprinzips. Von Ludwig Benzig-Berlin. — Fürst Bismarck und das Tabak-
monopol. Von Heinrich v. Posinger. — Die Zollbegünstigung des Handels zwischen Deutschland und seinen
Kolonien. Von Karl Rathgen. — Wirtschaftsergebnisse eines mittleren bäuerlichen Betriebes im hessischen Bergland
1888–1909. Von Hans R. Rudloff. — Moral und Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.
Von Franz Meißel-Prag. — Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre. Zweite Nachlese. Von Ferdinand Tönnies.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Gesellschaft für Soziale Reform.
Einladung zur fünften Generalver-
sammlung am 11.—13. Mai in
Berlin 953

Die neue schweizerische Gesetz-
vorlage betreffend Kranken-
und Unfallversicherung. Von
Dr. Gottfried Heer, Sittenen
(Kanton Glarus) 955

Gesellschaft für Soziale Reform. In-
ternationale Vereinigung für ge-
sunde Arbeiterschaft 959

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft
für Soziale Reform.
Allgemeine Sozialpolitik 960

Kongreß der Internationalen
Kriminalistischen Vereinigung.
Von Dr. Hugo Singheimer,
Frankfurt a. M. 961

Rechtspflege 961
Die Krupp'sche Pensionskasse
vor dem Oberlandesgericht.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitern 964

Geheimrat Dr. Wiedfeldt und Ge-
werberichtsdirektor Dr. Penner.
Arbeitsverträge im Baugewerbe von
Großberlin.
Die einigungsamtliche Tätigkeit des
Ministeriums für Handel und Ge-
werbe in England.

Organisationen der Arbeiter, Schiffs-
angehörigen und Beamten 965

Der Schweizerische Arbeiter-
bund.
Erste Reichskonferenz der Versicherungs-
angehörigen Deutschlands.
Verband technischer Schiffsoffiziere,
St. Hamburg.

Ein Koalitionsverbot für die städtischen
Arbeitnehmer.
Die französische Regelung und die
Eisenbahngesellschaften.

Streik und Aussperrungen . . 967
Die Einigung in der Chemnitzer Metall-
industrie.
Arbeiterbewegung im Bergbau.
Eine große Aussperrung in Dänemark
vermieden.
Arbeitskämpfe in der Türkei.

Arbeiterkassen 969
Die Jahresberichte der preußi-
schen Gewerbeaufsichtsbeam-
ten für 1910.

Arbeiterversicherung. Charakteristika. 972
Rundabhebungen gegen die Reichs-
versicherungsordnung.
Die Berichte der Reichstagskommission
für die RVO.

Die Schaffung einer Arbeitszentrale
für die Privatbeamtenversicherung.
Arbeitsmarkt. Arbeitsnachweise. 975
Der deutsche Arbeitsmarkt im März.
Zur Arbeitsnachweisfrage im Bau-
gewerbe.

Der Deutsche Kellnerverband Union
für paritätische Arbeitsnachweise.
Die Aufhebung des italienischen Ar-
beitsamts in Neuporf.

Gesellschaftswesen 976
Zur Besteuerung der Konsum-
vereine. Von Dr. Th. Cassau,
Hamburg.

Gesundheitswesen 978
Die Krankheits- und Sterb-
lichkeitsverhältnisse in der
Ortskrankenkasse für Leipzig
und Umgebung. Von Dr. Agnes
Blum, Berlin, I.

Sozialhygienische Vorschläge zur Er-
haltung unserer Jugendlichen.
Eine harte Abnahme des Alkohol-
genusses in Deutschland.
Städtischer Medizinrat in Berlin.
Unentgeltliche Geburtshilfe in der
Stadt Zürich.

Statistische Mitteilungen 981

Vortrag des Herrn Stadtschulrats Dr. Michaelis: Der
gegenwärtige Zustand und die nächsten Aufgaben des
Berliner Fortbildungsschulwesens. Hierauf
gesellige Zusammenkunft.

Freitag, 12. Mai.

Vormittags 9 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang
Königsstraße:

I. Hauptverhandlung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Staatsminister
Dr. Freiherrn v. Berlepsch und Begrüßung.
2. Erstes Referat: Berufsschutz der jugendlichen
Arbeiter, Hr. Obermedizinalrat Prof. Dr. von Gruber-
München.
3. Diskussion und Schlußwort.
4. Auswahlgewahl.
5. Jahresberichte des Generalsekretärs und des
Schatzmeisters sowie Erteilung der Entlastung.

Abends 7 Uhr: Gemeinsames Essen im Lehrervereinshaus
(Alexanderstr. 41 am Alexanderplatz; Anmeldungen [Gebet
2 A 50 A] werden schon am Vorabend erbeten).

Sonntag, 13. Mai.

Vormittags 9 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang
Königsstraße:

II. Hauptverhandlung:

1. Zweites Referat: Die Fortbildungsschule,
Hr. Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Cuno-
Hagen.
2. Drittes Referat: Jugendpflege, Hr. Walter
Classen, Bezirksleiter des Volksheims Hammerbrook
in Hamburg.
3. Diskussion und Schlußwort.
4. Schluß der Verhandlungen durch den Vorsitzenden.

An beiden Verhandlungstagen wird eine Frühstückspause zu
angemessener Zeit eingelegt.

Zur Einführung in die Verhandlungen sind nachstehende Schriften
(Heft 88—86) der Ges. f. Soz. Ref. erschienen:

Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland

(Verlag Gustav Fischer, Jena).

1. Arbeitsverhältnisse der der Gewerbeordnung unterstellten
minderjährigen Arbeiter. Von Dr. R. Bittmann.
2. Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen. Von
Amtsgerichtsrat Dr. P. Köhne.
3. Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen.
Von Dozent Dr. J. Raup.
4. Bildung und Erziehung außerhalb der Schule. Von
H. Weider.

Im 5. Heft wird Landesgewerbeamt Dr. Kühne die Fort-
bildungsschule behandeln.

Ferner werden die Referate und Verhandlungen der General-
versammlung in stenographischer Wiedergabe veröffentlicht werden.

Zu zahlreicher Beteiligung laden Mitglieder und Gäste ein:
Der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform. Der Vorsitzende
Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch. Geh. Reg.-Rat Dr. Flügge.

Anfragen und Mitteilungen sind an den Generalsekretär Prof.
Dr. E. Franke, Berlin W. 30, Mollendorffstr. 29/30, zu richten.

Gesellschaft für Soziale Reform.

Berlin, im April 1911.

Einladung zur fünften Generalversammlung
am 11.—13. Mai in Berlin.

Tagesordnung:

Die gewerblichen Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts im Alter
von 14 bis 18 Jahren.

Programm.

Donnerstag, 11. Mai.

Abends 8 Uhr: Begrüßung im Lehrervereinshaus (Alexander-
straße 41 am Alexanderplatz), veranstaltet von der Ortsgruppe
Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform.

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur
mit voller Quellenangabe.

Die neue schweizerische Gesetzesvorlage betr. Kranken- und Unfallversicherung.

Von Ständerat Dr. Gottfried Heer, Säckingen (Kanton Glarus).

Am 26. Oktober 1890 hat das Schweizervolk mit 283 228 gegen 92 200 Stimmen in sein Grundgesetz einen Artikel 34 bis aufgenommen, welcher den Bund ermächtigt, „auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung einzurichten, unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen“. Als ihm aber ein zur Ausführung dieses Verfassungsartikels bestimmtes Gesetz betreffend Kranken- und Unfallversicherung vorgelegt wurde, hat dasselbe Schweizervolk dieses Gesetz (lex Forrer genannt) mit 342 114 gegen 148 022 Stimmen abgelehnt. Von allen 22 Kantonen votierte ein einziger mehrheitlich zugunsten des Gesetzes. Dagegen sollte diese Ablehnung des von der Bundesversammlung ausgearbeiteten und von allen Parteien empfohlenen Gesetzes doch keineswegs den Sinn haben, daß das Schweizervolk nun auf Ausführung des 1890 sanktionierten Artikels der Bundesverfassung verzichte. Schon zehn Tage nach der erwähnten Volksabstimmung, am 30. Mai 1900, trat eine Anzahl Vertreter glarnerischer Krankenkassen zusammen mit der Lösung: Das Versicherungsgezet ist gefallen; es lebe das Versicherungsgezet! Und ihrer Einladung folgend vereinigten sich in Zürich im September desselben Jahres Vertrauensmänner aus verschiedenen Kantonen, die dasselbe bezweckten. Das „Zentralkomitee schweizerischer Krankenkassen“, eine Frucht jener Tagung, wie der schweizerische „Arbeiterbund“ menden sich wiederholt an den Bundesrat, trotz des ersten Mißerfolgs die durch den Artikel 34 bis geforderte Aufgabe tatkräftig ihrer Lösung entgegenzuführen.

Im Dezember 1906 konnte dann der Bundesrat den eidgenössischen Räten eine neue Vorlage über die besprochene Materie unterbreiten, welche 1907 von der nationalrätlichen Kommission und 1908 vom Nationalrat selbst, 1909 von der ständerätlichen Kommission und Dezember 1909 und April 1910 vom Ständerat behandelt wurde. Da der Ständerat eine größere Anzahl von Bestimmungen umgearbeitet hatte, wanderte die Vorlage an den Nationalrat zurück, der sie im Oktober 1910 einer zweiten Beratung unterworfen hat. Im Anfang dieses Jahres (30. Januar bis 1. Februar) hat sodann die ständerätliche Kommission wieder ihres Amtes gewaltet. Es steht zu hoffen, daß die noch übrig bleibenden Differenzen im Laufe der nächsten Session beseitigt werden und daß eine Volksabstimmung (die erfolgen muß, falls 30 000 Schweizerbürger das Referendum ergreifen, d. h. eine Abstimmung verlangen) diese zweite Auflage einer Versicherungsvorlage freundlich aufnehmen, als 1900 der ersten Auflage gegenüber geschehen. Dies der gegenwärtige Stand der Dinge, und gern komme ich einer an mich gerichteten Aufforderung nach, den Lesern der „Sozialen Praxis“ einiges über die Frucht der bisher gepflogenen Verhandlungen mitzuteilen.

Bei einer Vergleichung der Vorlage von 1900 und der gegenwärtigen fällt auf den ersten Blick in die Augen, wieviel kürzer und einfacher die Vorlage von 1911 aussieht als diejenige von 1900. Die letztere war ein bis ins Detail fein ausgearbeitetes, aber etwas kompliziertes Gebilde von 400 Paragraphen, die gegenwärtige Vorlage löst ihre Aufgabe in 99 Artikeln — ein Umstand, der namentlich bei einer Volksabstimmung nicht ohne Bedeutung ist.

Von grundlegender Bedeutung ist sodann der weitere Unterschied, daß die Krankenversicherung, welche 1900 für alle „unselbstständig Erwerbenden“ als obligatorisch erklärt worden war, heute auf dem Boden der Freiwilligkeit gefördert werden soll. Es ist bei Referendumabstimmungen oft allerdings eine etwas schwierige Aufgabe, zu sagen, aus welchen Motiven eine Gesetzesvorlage vom Volke abgelehnt worden ist, da weder die „Ja“ noch die „Nein“, die in die Stimmurne gelegt werden, einer Motivierung bedürfen und in der Westschweiz oder der Innerschweiz vielleicht ganz andere Motive für die Verwerfung eines Gesetzes wirksam waren als in der Ostschweiz. Dagegen gilt doch als unzweifelhaft, daß 1900 das auch für die Krankenversicherung vorgezeichnete Obligatorium für sehr viele Bürger Grund der Verwerfung war. Bei der Beratung der neuen Vorlage wurde deshalb in der Bundesversammlung wohl mehrfach das Bedauern ausgesprochen, daß man auf das Obligatorium verzichten müsse; dagegen wagte niemand den Antrag zu stellen, es noch einmal mit der Empfehlung der obligatorischen Krankenversicherung zu versuchen. So bestimmt denn die neue Vorlage, welche die Krankenversicherung in den ersten zwanzig Paragraphen erledigt, in § 1: „Der Bund fördert die Krankenversicherung durch Gewährung von Beiträgen an die

freien und an die öffentlichen Krankenkassen, die den Vorschriften dieses Gesetzes genügen.“ Also lediglich Unterstützung der bestehenden und noch zu gründenden Krankenkassen.

Immerhin hat auch die neue Vorlage es nicht unterlassen, so weit möglich, einem künftigen Obligatorium die Wege zu ebnen. Es geschieht dies vor allem dadurch, daß sie nicht nur den Kantonen, sondern auch den Gemeinden die Kompetenz zugesteht, für ihr Gebiet — für die gesamte Bevölkerung oder für einzelne Bevölkerungsklassen — das Obligatorium einzuführen; und um zu solcher Einführung zu ermuntern, stellt sie Kantonen oder Gemeinden, welche obligatorische Krankenkassen gründen, noch besondere Nachhilfe des Bundes in Aussicht. Man hofft dabei, wenn zunächst auch nur einzelne Gemeinden das Obligatorium für ihr Gebiet zur Anwendung bringen, werden die guten Erfahrungen, die diese dabei machen, andere Gemeinden zur Nachahmung reizen, und so werde denn das zunächst nur von einzelnen Gemeinden eingeführte Obligatorium zur kantonalen und später einmal auch zur eidgenössischen Einführung des Zwanges überleiten. Vor der Hand aber genügt es dem Bunde, die bestehenden Krankenkassen, deren die Schweiz 1903 über 1800 mit mehr als 420 000 Mitgliedern zählte, zu unterstützen und auf diese Weise bisher Fernerstehende zum Eintritt in Krankenkassen zu ermuntern.

Dabei ist es selbstverständlich, daß er von den Kassen, die seine Unterstützung wünschen, die Erfüllung gewisser Bedingungen fordert; es beziehen sich diese vor allem auf die Erfüllung der vom Bunde vorgezeichneten Mindestleistungen, auf die Gewährung der Freizügigkeit und die Verpflichtung, auch den Frauen zu gleichen Bedingungen den Zutritt zu gestatten. In ersterer Beziehung wird verlangt, daß eine Krankenkasse, die den Bundesbeitrag wünscht, ihren Mitgliedern wenigstens unentgeltliche Arztlage (ärztliche Behandlung und Arzneimittel) oder Verabreichung eines Krankengeldes von mindestens einem Franken pro Tag gewähre. Von den 1812 Kassen des Jahres 1903 gewährten ihrer 74 nur unentgeltliche Arztlage, 815 nur Krankengeld, 857 beides und 66 Geld oder Naturalleistungen. Die neue Gesetzesvorlage überläßt auch fernerhin den Kassen die Wahl zwischen diesen verschiedenen Systemen; nur verlangt sie, daß die von den Kassen übernommenen Leistungen nicht zu früh abbrechen; sie müssen wenigstens 180 Tage im Laufe von 360 aufeinander folgenden Tagen geleistet werden.

In Rücksicht auf die Freizügigkeit besteht zwischen Nationalrat und Ständerat noch Meinungsdivergenz. Der Ständerat will sich damit begnügen, festzustellen, daß jede Kasse, die Bundesbeiträge verlangt, dafür zu sorgen habe, daß ihre Mitglieder beim Wechsel des Wohnorts oder Betriebs entweder sofort ohne Karenzzeit und ohne Eintrittsgeld in eine andere Kasse (die Kasse des neuen Wohnorts) übertreten können oder bei der bisherigen Kasse verbleiben dürfen. Die Ausführung dieser Grundsätze will der Ständerat den Kassen überlassen, die heute schon aus eigener Initiative große Freizügigkeitsverbände gegründet haben. Der Nationalrat will dagegen von sich aus die Freizügigkeit ordnen, wobei ihm aber geschieht, daß er die Betriebskrankenkassen auf Kosten der allgemeinen Krankenkassen bevorzugt.

Von weitreichender Bedeutung ist das den Frauen eingeräumte Recht des Eintritts in die bestehenden Kassen. Bisher bestanden an vielen Orten nur Männerkrankenkassen; sollte den Frauen ebenfalls die Wohlthat der Krankenversicherung zuteil werden, so mußten für sie besondere „Frauenkrankenkassen“ gegründet werden. Deshalb fanden sich denn auch 1903 neben 334 528 männlichen nur 86 599 weibliche Versicherte. Die neue Gesetzesvorlage macht nun die Gewährung von Bundesbeiträgen davon abhängig, daß den Frauen der Zutritt zu gleichen Bedingungen offen steht wie den Männern. Es steht wohl außer Zweifel, daß infolgedessen tausende von Frauen, die bisher bei keiner Kasse sich versichern konnten, nunmehr derselben Wohlthat teilhaftig werden. Da die Frauen erfahrungsgemäß an die Kassen größere Forderungen zu stellen haben (mehr Krankheitsstage durchschnittlich aufweisen) als die Männer, mag es allerdings auch geschehen, daß da und dort einer Männerkrankenkasse der Entscheid nicht ganz leicht fällt, ob sie den Frauen den Zutritt wirklich gestatten oder auf die Bundesbeiträge verzichten und ausschließlich Männerkrankenkasse bleiben will. Wir dürfen aber doch hoffen, daß die Kassen in ihrer großen Mehrzahl so viel soziales Empfinden besitzen, daß sie die für die Frauen gewünschten Rechte nicht ablehnen, sondern bedenken, daß es ihre Frauen oder Töchter oder Schwestern sind, denen solche Rechte eingeräumt und die Wohlthaten der Versicherung zugewendet werden sollen.

Den Frauen haben die Räte ihre freundliche Fürsorge auch dadurch bewiesen, daß ihre Vorlage verfügt, es sei das Wochenbett ebenfalls als Krankheit zu behandeln, d. h. es seien den Wöchner-

rinnen die für Krankheitsfälle vorgesehenen Leistungen während mindestens sechs Wochen zu gewähren, und dies auch dann, wenn sie dadurch die Leistungen der Kasse für mehr als 180 Tage im Laufe eines Jahres in Anspruch nehmen; wenn aber eine Wöchnerin über die Dauer der Unterstützung hinaus ihr Kind während weiterer vier Wochen stillt, so soll ihr weiterhin ein Stillgeld von 20 Fr. zukommen.

Krankentassen, die diesen Bestimmungen nachkommen, sollen vom Bunde erhalten:

- a) Für versicherte Kinder unter 14 Jahren, denen aber nur unentgeltliche Artztung und kein Krankengeld zu gewähren ist, jährlich 3 1/2 Fr.;
- b) 3 1/2 Fr. für männliche und 4 Fr. für weibliche Versicherte, denen die Kasse ärztliche Behandlung und Arznei oder ein tägliches Krankengeld von mindestens 1 Fr. gewährt.
- c) 5 Fr. für Versicherte, denen die Kasse unentgeltliche Artztbehandlung und ein tägliches Krankengeld von mindestens 1 Fr. gewährt.

Diese Bundesbeiträge werden noch um 50 Rappen für diejenigen Versicherten erhöht, denen gegenüber die Kasse sich verpflichtet, in Krankheitsfällen die Versicherungsleistungen im Laufe von 540 Tagen während wenigstens 360 Tage (also nicht bloß ein halbes, sondern ein ganzes Jahr ununterbrochen) zu gewähren. Ebenso zahlt der Bund den Kassen einen Beitrag von 20 Fr. für jedes Wochenbett, für das Versicherungsleistungen gewährt werden, und das vorhin erwähnte Stillgeld von 20 Fr.

* * *

Während die Krankenversicherung auf der Grundlage der Freiwilligkeit gefördert werden soll, wird die Unfallversicherung als obligatorisch erklärt für alle in der Schweiz beschäftigten Angestellten und Arbeiter

1. der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen und der Post;
2. der dem Bundesgesetz betreffs die Arbeit in den Fabriken unterstellten Betriebe;
3. der Unternehmungen, die zum Gegenstand haben:
 - a) das Baugewerbe;
 - b) die Fuhrhallerei, den Schiffsahrtverkehr, die Flößerei;
 - c) die Aufstellung oder Reparatur von Telephon- oder Telegraphenleitungen usw.;
 - d) den Eisenbahn-, Tunnel-, Straßen-, Brücken- und Brunnenbau, die Ausbeutung von Bergwerken, Steinbrüchen oder Gruben;
4. der Unternehmungen, in denen explosiblere Stoffe gewerbsmäßig erzeugt oder verwendet werden.

Dabei gilt dieses Obligatorium sowohl für Betriebs- wie für Nichtbetriebsunfälle. Gegen die Einbeziehung der letzteren wurde vor allem von seiten der Industriellen energische Opposition erhoben. Diese machten geltend, daß unsere Nachbarstaaten die Versicherung für Nichtbetriebsunfälle auch nicht kennen und wir gar nicht wissen, was für Opfer dieser „Sprung ins Dunkle“ erfordere. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Arbeiterschaft, daß dieser am Zustandekommen des Gesetzes kaum mehr viel liege, wenn die Versicherung für die Nichtbetriebsunfälle nicht auch gelte; denn für die Betriebsunfälle biete die gegenwärtig zu Recht bestehende Haftpflicht ungefähr das, was ihr das neue Gesetz in Aussicht stelle. Dagegen komme es für den Arbeiter, den das Versicherungsgesetz gegen drohende Not schützen soll, auf dasselbe heraus, ob ihm der Unfall bei der Arbeit, im Betriebe oder außerhalb derselben, in der Fabrik oder zu Hause zustoße. Trug infolge dieser Erwägungen der Einbezug der Nichtbetriebsunfälle nach lebhafter Diskussion im Nationalrat den Sieg davon, so fand der Ständerat auch einen Weg, der wenigstens zu einem Teil die Industriellen mit diesem Beschluß versöhnte. Der Nationalrat hatte für beide Unfallarten eine einheitliche Prämie vorgesehen, an welche zunächst der Bund 1/2 0/00 der Lohnbeträge hätte beitragen sollen, das übrige zu 3/4 vom Arbeitgeber, zu 1/4 vom Versicherten abzuheben sei. Die Arbeitgeber konnten in diesem Falle mit Recht geltend machen, daß die Industrie für Unfälle aufkommen müßte, an denen sie keine Schuld treffe. Deshalb beschloß der Ständerat getrennte Rechnung für Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle. Für die erstern kommt ausschließlich der Arbeitgeber auf; von den Prämien dagegen, welche die Nichtbetriebsunfälle erfordern, fallen 3/4 zu Lasten der Versicherten, während 1/4 der Bund übernimmt. Durch diese Teilung der Kosten ist der vorerwähnte Einwand der Arbeitgeber entkräftet; der Arbeitgeber sorgt an seinem Teile nur für die im Betriebe sich ereignenden Unfälle.

Anderseits sind die Versicherten, die Arbeiter, durch diese Teilung der Kosten mit ins Interesse gezogen, vorzujagen, daß die Ausgaben für die Nichtbetriebsunfälle nicht allzulehr anwachsen, da der größere Teil dieser Ausgaben auf ihre Schultern fallen würde. Für den einzelnen Verunglückten aber würde es auf dasselbe herauskommen, ob sein Unfall als Betriebs- oder Nichtbetriebsunfall taxiert werde; Streitigkeiten über diese Frage würden also inskünftig kaum mehr vorkommen.

Die mit gegenwärtigem kurz skizzierte Lösung des Ständerats hat denn auch in der Hauptsache den Beifall des Nationalrats gefunden, nur daß er den Bundesbeitrag zugunsten der Nichtbetriebsunfälle statt auf 1/4 der Prämien für alle Versicherten gleichmäßig auf 3 Fr. festsetzte. Die in dieser Frage bestehende Differenz ist noch nicht gelöst, indem die ständerätliche Kommission neuerdings sich entschieden für Beharren auf dem früheren Beschluß aussprach.*)

Was die Leistungen der Unfallversicherungsanstalt anlangt, so gehen sie in Rücksicht auf die Entschädigung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit hinter das zurück, was infolge der bestehenden Haftpflichtgesetzgebung geleistet wurde, während sie in Rücksicht auf Invaliden- und Hinterlassenenentschädigung über das bisher geleistete hinausgehen. Für vorübergehende Arbeitsunfähigkeit wurde nämlich nach bisherigem Recht, außer der ärztlichen Verpflegung, Vergütung des vollen Tagelohns gewährt. Das war für manche Verunglückte (ganz besonders italienischer Herkunft) eine starke Versuchung, die Heilung möglichst lange hinauszuziehen. Man braucht ja nicht einmal Simulation anzunehmen: das verletzte Glied kann, wenn man es wieder gebrauchen will, in der Tat heftige Schmerzen bereiten; es erfordert darum eine gewisse Selbstüberwindung, dennoch, trotz dieser Schmerzen, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Wird nun aber dem Verunglückten der volle Tagelohn ausbezahlt, so daß er nichtarbeitend ebensoviel verdient, wie wenn er arbeitet, so wird das doch mancherorten den Entschluß zur Arbeit hemmen; werden hingegen nur 80 % des Lohns ausbezahlt, so ist dieser Ausfall ein Sporn, der zur schnelleren Wiederaufnahme der Arbeit antreibt.

Daß immerhin manche Versicherte diese Verminderung der Entschädigung für vorübergehende Arbeitsunfähigkeit nicht gerade freudig begrüßen, liegt wohl nahe. Dagegen bietet ihnen das, was die neue Vorlage ihnen für bleibenden Nachteil oder im Todesfall ihren Hinterlassenen in Aussicht stellt, so große Vorteile gegenüber der bisher geltenden Haftpflicht, daß dadurch jene Einbuße nicht nur aufgewogen, alles gegeneinander abgemogen, die bisherigen Leistungen vielmehr um 13 bis 15 % übertraffen werden. Bei dauernder Arbeitsunfähigkeit sollen nämlich künftig Renten ausbezahlt werden, welche 70 % des entgehenden Verdienstes gleichkommen; in einzelnen Fällen aber, wo ein besonders hilfloser Zustand die Folge des Unfalls ist, kann die Rente sogar auf 100 % des entgehenden Verdienstes erhöht werden. Für die Hinterlassenen von Verunglückten wird in der Weise gesorgt, daß eine Witwe (bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung) 30 % erhält, Kinder (bis zum erfüllten 16. Altersjahr) 15 % und, wenn sie beide Eltern verloren haben, 25 %. Dieses alles immerhin mit der Beschränkung, daß die gesamten Hinterlassenenrenten zusammen nicht mehr als 60 % des Jahresverdienstes des Verunglückten ausmachen, d. h. eventuell eine gleichmäßige Reduktion eintritt; ist z. B. eine Witwe mit 4 Kindern da, so erhält die Witwe nur 20 %, jedes der 4 Kinder je 10 %. Wenn Witwe und Kinder zusammen nicht 60 % beanspruchen, so können auch Eltern und minderjährige Geschwister rentengemüßig werden.

Soviel über die obligatorische Versicherung, für welche der zu gründenden „schweizerischen Unfallversicherungsanstalt“ das Monopol zugesprochen ist. Dieselbe Versicherungsanstalt steht aber auch allen nicht obligatorisch versicherten Einwohnern des Landes zu freiwilliger Versicherung offen, und der Bund leistet auch für diese freiwillig Versicherten Beiträge (3 Fr. nach Nationalrat, 1/6 der Prämie nach Ständerat). Auch Versicherung für Drittpersonen, welche einen Unfall erleiden, für die der Versicherte schadenersatzpflichtig ist, soll die Anstalt übernehmen dürfen.

Verwaltet werden soll die Unfallversicherungsanstalt durch einen Verwaltungsrat, der aus 40 Mitgliedern besteht (12 Vertretern der obligatorisch Versicherten, 16 der Arbeitgeber, 4 der freiwillig Versicherten und 8 des Bundes) und durch einen vom Bundesrat auf unverbindlichen Vorschlag des Verwaltungsrats gewählten Vorstand.

Was die Rechtspflege betrifft, so besteht vorerhand zwischen National- und Ständerat noch eine ernste Differenz. Der Ständerat möchte, um eine möglichst gleichmäßige Anwendung der gesetz-

*) Siehe die Nachschrift.

lichen Bestimmungen für Entschädigung aus Unfall zu schaffen, nur eine einzige Gerichtsstanz für die ganze Schweiz, das eidgenössische Versicherungsgericht; der Rationalrat dagegen postuliert kantonale Gerichtsstenzen mit Refers an das eidgenössische Versicherungsgericht.

Eine vielumstrittene Frage, welche in beiden Räten lange und zum Teil erregte Debatten hervorrief, bildet die Arztlehre. Der Rationalrat stellte in seiner ersten Beratung die Forderung der unbedingt freien Arztemahl auf, und zwar für die Kranken- wie die Unfallversicherung. Die ständerätliche Kommission wollte dagegen für die Krankenversicherung, die auf dem Boden der Freiwilligkeit geordnet wird, auch die Ordnung der Arztlehre den Krankenkassen überlassen, zumal bisher in der Schweiz die Arztlehre nirgends zu besonderen Klagen Anlaß gegeben hatte. Dagegen setzten die Ärzte alle Hebel in Bewegung, um diesen Antrag der ständerätlichen Kommission zu Fall zu bringen, und in der Tat gelang es ihren Anwälten, im Plenum des Ständerats Zustimmung zum Beschlusse des Rationalrats zu erwirken. Nun erhoben aber auch die Krankenkassen ihre Stimme und machten geltend, daß bei unbedingt freier Arztemahl sie derart belastet würden, daß sie auch die neue Gesetzesvorlage ablehnen müßten. Sie ersuchten den Ständerat um Wiedererwägung seines Beschlusses und erreichten dadurch in der Tat, daß der Ständerat von der unbedingt freien Arztemahl abging und wenigstens für Kassen, in deren Tätigkeitsgebiet mehr als sechs Ärzte regelmäßig praktizieren, die bedingt freie zugeht. Auch der Rationalrat beehrte sich in seiner zweiten Beratung zur bedingt freien Arztemahl, nur daß er diese etwas anders formulierte, als der Ständerat getan hatte. In der Hauptsache schloß sich bei ihren letzten Beratungen auch die ständerätliche Kommission der neuen Formulierung des Rationalrats an.

* * *

Nachschrift: Seit vorstehende Arbeit geschrieben und gesetzt worden, hat die Bundesversammlung in außerordentlicher Tagung die zwischen den beiden Räten noch schwebenden Differenzen beseitigt. Es geschah das in folgender Weise:

1. In Sachen der Freizügigkeit hat der Ständerat, „ob auch ungern“, in letzter Stunde (in der dritten Lesung) beschloß er noch festzuhalten an seinem Standpunkt) dem Beschlusse des Nationalrates beipflichtet; die Freizügigkeit wird durch das Gesetz selbst reglementiert.

2. In Sachen der Bundesbeiträge an die Nichtbetriebsunfälle hat der Rationalrat auf seinen Standpunkt verzichtet, d. h. der Bund gewährt nur $\frac{1}{4}$ der Prämie für die Nichtbetriebsunfälle.

3. Auch die Bundesbeiträge an die freiwillige Versicherung werden nach Vorschlag des Ständerats prozentual festgelegt, nur wurden sie auf $\frac{1}{8}$ (statt $\frac{1}{6}$) der Gesamtprämie ermäßigt.

4. In Rücksicht auf das Gerichtsverfahren spielte der Ständerat „den Klügern, der nachgibt“, also: erste kantonale Instanz, das eidgenössische Versicherungsgericht zweite Instanz.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform. In der Mitgliederversammlung vom 27. April d. J. referierte Herr Stadtrat Seydel-Charlottenburg über das Charlottenburger Wohnungsamt, diesen ersten Versuch in Groß-Berlin, dem Wohnungselende wenigstens etwas zu steuern. Die Wohnungsaufsicht beschränkt sich in Charlottenburg auf 1- und 2-zimmerige Wohnungen (außer der Küche), ferner, ohne Rücksicht auf ihre Größe, auf solche, in denen Schlafgänger aufgenommen werden und auf alle Gassen der bei ihrem Arbeitgeber wohnenden Arbeitnehmer und die Gassen der Dienstboten. Von den sozialen Nöten ausgehend, die vielfach im Wohnungselend ihre Wurzel haben (Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit, Trunksucht, Jugendverwahrlosung), schilderte der Redner die Aufgabe eines Wohnungsamts. Hier gilt es zunächst, Tatsachenmaterial zu beschaffen: wie wohnt der Minderbemittelte, wie stellt sich innerhalb der Wohnungsverhältnisse das Gesamtbild der Familie dar? Diese Fragen, die in Form einer Enquete für das ganze Stadtgebiet beantwortet werden sollen und zwar gemessen an Mindestforderungen in baulicher, hygienischer und sittlicher Beziehung, sollen dann zu einer wissenschaftlichen Statistik verarbeitet werden, die vor allem auch den minderbemittelten Bevölkerungsteilen die Augen darüber öffnen soll, was sie in der Wohnungssrage berechtigterweise fordern können. Die Wohnungspflege selbst setzt zunächst mit ihren kleinen Mitteln ein: Abstellung baulicher Mängel, Sanierung verwahrloster Wohnungen, Regelung der Belegung, Beseitigung unsittlicher Zustände, von Schmutz usw. Das äußerste Mittel bildet immer

die Schließung völlig unzureichender Wohnungen. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen geht der unentgeltliche Nachweis besserer Wohnungen, das Verbot des Schlafgängerwesens in unzulänglichen Räumen usw. Auf eine absolut individuelle Arbeitsweise des Wohnungsnachweises ist hierbei großes Gewicht zu legen. Der Meldezwang für alle freivermieteten und wieder vermieteten Wohnungen ist eine weitere selbstverständliche Forderung als Grundlage für den Wohnungsnachweis. — Gegenüber diesen bestimmten Aufgaben der Wohnungspflege stellt die Wohnungsaufsicht eine vollstrebende Maßnahme dar. Sie ist deshalb auch als eine Wohlfahrtsinstitution, nicht als polizeiliche Maßregel zu betrachten. Unter dieser Voraussetzung ist auch der Einwand hinfällig, daß die Wohnungsaufsicht nur dann wirksam durchgeführt werden könne, wenn die Gemeinde auch die Polizeigewalt in Händen habe. Natürlich ist ein Zusammenarbeiten mit der Polizeigewalt notwendig, da sie bei solchen, die sich den Forderungen der Wohnungsaufsicht nicht unterwerfen wollen, die letzte, mit Zwangsmitteln ausgerüstete Instanz bilden muß. Es hat sich jedoch in Charlottenburg gezeigt, daß die von Gemeinde und Polizeibehörde gemeinsam aufgestellten Mindestforderungen zur Durchführung der Wohnungsaufsicht genügen und daß diese Durchführung auf Grund der allgemeinen Landesgesetze möglich ist, ohne daß eine besondere Polizeiverordnung erlassen zu werden braucht. Auch der teilweise noch vorhandene Widerstand in den Kreisen der Hausbesitzer werde sicherlich allmählich schwinden, da ja auch die Hausbesitzer großen Vorteil von den Einrichtungen des Wohnungsamts und der Wohnungsaufsicht hätten. Nach einer kurzen Schilderung der Organisation des Charlottenburger Wohnungsamts mit seiner an die Stadtbezirke angelehnten Bezirkseinteilung (technisch vorgebildete besoldete Wohnungspfleger, ehrenamtlich tätige Ausschusmitglieder, Männer und Frauen) und der besonders organisierten Aufsicht des Schlafstellenwesens hob der Referent jedoch ausdrücklich hervor, daß Wohnungsamt und Wohnungsaufsicht allein, auch wenn sie noch so gut arbeiten, die schweren Schäden des heutigen Wohnungswesens und das große Wohnungselend nicht aus der Welt schaffen können, dazu gehören neben positiver Wohnungsfürsorge (Bekämpfung des Wohnungsmangels durch Beschaffung neuer geeigneter Wohnstätten, Verbesserung der baupolizeilichen Vorschriften und der Bebauungspläne) vor allem die planmäßige Ausgestaltung der weiteren Entwicklung der Groß-Berliner Besiedelungsverhältnisse, und dies sei nur möglich bei einem rationalen Zusammenarbeiten aller Groß-Berliner Gemeinden, der in Betracht kommenden Staatsbehörden und der gesetzgebenden Faktoren — ein Gedanke, der dann auch in der Diskussion lebhaft zum Ausdruck kam.

Allgemeine Sozialpolitik.

Kongress der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung.

Eine Fülle sozialen Geistes und rechtspolitischer Einsicht zeichnete auch die diesjährige 14. Tagung der Landesgruppe Deutschlands der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, die in Berlin vom 20. bis 22. April d. J. unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs v. Mayr stattfand, aus. Die Verhandlungsgesamtheiten bezogen sich sämtlich auf den Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuche, der allgemein als eine geeignete, wenn auch im einzelnen besserungsbedürftige Grundlage für eine Weiterentwicklung unseres Strafrechts angesehen wurde. Die Diskussion wurde wesentlich durch die Aufstellung eines Gegenentwurfs gefördert, der von den Professoren Kahl, v. List, v. Lilienthal und Goldschmidt herrührt. Die Bedeutung dieses Gegenentwurfs liegt in der Tatsache, daß an ihm Vertretungen der beiden Hauptrichtungen in der Strafrechtswissenschaft mitgearbeitet haben und daß er die kritischen Hauptentwürfe gegen den Vorentwurf in geistlich formulierter Weise zum Ausdruck bringt.

Das Referat über den Vorentwurf hielt Prof. v. List. Mit Recht hob dieser Führer der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung hervor, daß, wenn man jetzt rückwärts zum Preise des Vorentwurfs die Durchführung moderner kriminalpolitischer Forderungen anerkennen könne, dies zu einem großen Teile der Tätigkeit und der Propaganda der I. K. V. zu danken sei. In der Tat beweisen die Tätigkeit der I. K. V. und die Erfolge, die sie jetzt auch in Deutschland zutage treten sieht, daß die Mitarbeit moderner Juristen an rechtspolitischen Aufgaben eine außerordentlich fruchtbare sein kann. Unter den kritischen Einwänden, die v. List gegen den Vorentwurf vorbrachte, fand sich auch der der mangelnden Vereinheitlichung der Strafgesetzgebung, die der Gegenentwurf vorsieht, indem er einen großen Teil der strafrechtlichen Nebengesetze in die Materie des Strafgesetzbuchs hineinarbeitet.

In glücklicher Weise führte Geheimrat Dr. Krohne, Vortragender Rat im Ministerium des Innern, die von List angelegene Kritik in seinem Referat über Freiheitsstrafen und Strafvollzug nach dem Entwurf weiter. Es war ein warmes Bekenntnis zu dem Gedanken der Sicherungsstrafe, die nicht Vergeltung und Rache übt, sondern die aus sozialen Zweckmäßigkeitsgründen den

Verbrecher anzupassen strebt an die Anforderungen, die die menschliche Gesellschaft im Leben an ihn stellt. Der Kernpunkt war die Forderung, daß in einem Strafrecht der Strafvollzug die Hauptsache sein müsse, da eine Reform des Strafrechts ohne Sicherung einer Reform des Strafvollzugs in der Luft schwebte. Es ist von keiner geringen Bedeutung, wenn sich im übrigen ein so hervorragender Kenner des Verbrechens und des Gefängniswesens für eine humane Art der Gefangenenbehandlung ausspricht. Keine ehrlose Erniedrigung, selbst nicht im Zuchthause, denn wie jeder Mensch noch irgendwie einen Funken religiösen Gefühls, so hat er auch noch einen Funken Ehrgefühl, das nicht durch inhumane Behandlung erstickt werden darf. Widerspruch in der Diskussion fand des Referenten Mahnung, bei der Durchführbarkeit der Reform den finanziellen Gesichtspunkt in erster Linie zu berücksichtigen. Dagegen sprach sich besonders Geheimrat Rahl aus, der auch große finanzielle Opfer fordert, wenn die Sache es verlange. Im übrigen wurde in der Diskussion von Justizrat Dr. Mamroth-Breslau mit Recht als der gesetzliche Behandlung in einem Strafvollzugsgefesse bedürftig die gesetzliche Regelung nicht nur des Strafvollzugs, sondern auch der Untersuchungshaft bezeichnet.

Die besondere soziale Auffassung der F. R. B. trat in dem Referat des Prof. Mittermeier-Gießen über die Behandlung der unsozialen Elemente im Vorentwurf und der daran sich anschließenden Diskussion zutage. Unsozial ist der Zustandsdelinquent, der wegen seines inneren Zustands durch unsere Strafmittel nicht von der freien und nicht bloß gelegentlichen Wiederholung von Straftaten abgehalten werden kann. Diesen Elementen gegenüber verhängt die bloße Strafe; es müssen ihr besondere Sicherungsmaßnahmen zur Seite treten, wie Anstaltsverwahrung, Verbringung in Arbeitshäuser mit unbestimmter Dauer und Sicherungsnachhaft. Die Sicherungsmaßnahmen müssen wieder in ihrer Wirkung vorbereitet werden in der Strafe selbst durch progressiven Strafvollzug. Der Grundgedanke, daß die Strafe in diesem Falle nicht ausreicht und eine besondere Sicherung notwendig sei, wurde in der Diskussion allgemein anerkannt, allerdings nicht ohne Bedenken. Sehr bemerkenswert war der Einwand, den Strafanstaltsdirektor Jutenberg-Berlin machte, der vor einer Überspannung des Sicherungsgedankens, der doch immer in Freiheitsentziehung gipfeln, warnte und es als fraglich hinstellte, ob in vielen Fällen die durch die Sicherung veranlaßte Freiheitsentziehung noch in einem Verhältnis stehe zu der Gefährlichkeit der angeblich Sicherungsbedürftigen. Er wies darauf hin, daß große Teile der Kriminalität weniger auf der Unsozialität der Verbrecher, als auf der herrschenden Not beruhen. Offenbar wird das Verhältnis von Strafe und Sicherung künftighin eine Hauptrolle in den politischen Parteikämpfen um die Strafrechtsreform spielen.

In einem letzten Referat betrachtete Prof. Dr. Freudenthal-Frankfurt die Behandlung der Jugendlichen im Vorentwurf, der als Ideal die Erlassung eines deutschen Jugendstrafgesetzes aufstellte, aber doch bereit ist, seine Forderungen auf das heute Erreichbare zu beschränken, um einen wirklichen Fortschritt zu ermöglichen. Bei den Jugendlichen muß Erziehung an die Stelle der Strafe oder neben sie treten. Für den Vollzug der Freiheitsstrafe an Jugendlichen sind besondere Anstalten zu errichten. Die Zulassung von Einzelhaft ist bei Jugendlichen zu beschränken, und die Schulaufsicht ist in umfassendem Maße ins künftige Strafgesetzbuch aufzunehmen. In der Diskussion legte vor allem der Jugendrichter, Amtsgerichtsrat Köhne-Berlin, seine Erfahrungen dar, wobei er hervorhob, daß die unteren Klassen mit ihrem grauenhaften Wohnungselend den größten Prozentsatz zu den jugendlichen Delinquenten stellen.

Der Verlauf des Kongresses, die Art der Behandlung der Fragen, die moderne, vorurteilsfreie Auffassung wichtigster sozialer Probleme beweisen, daß eine soweit fortgeschrittene Rechtswissenschaft in hohem Maße dazu berufen ist, besonders wenn sie mit benachbarten Wissensgebieten sachlich notwendige Verbindungen eingeht, soziale Ideen zu gesetzgeberischer Reife zu bringen.

Frankfurt a. M.

Dr. Hugo Sinzheimer.

Rechtspflege.

Die Kruppsche Pensionskasse vor dem Oberlandesgericht.

Die bekannte Klage von ehemaligen Mitgliedern der Kruppschen Pensionskasse auf Herauszahlung der während des Arbeitsverhältnisses geleisteten Beiträge war vom Landgericht Essen abgewiesen worden. Auch die Berufung der Kläger an das Oberlandesgericht

Hamm hatte keinen Erfolg. Die Frage, ob die Pensionskasse zur Rückerstattung der Beiträge verpflichtet sei, die natürlich für die Kasse von tief einschneidender Bedeutung ist, wurde vom Oberlandesgericht ebenfalls verneint. Die Urteilsbegründung liegt jetzt vor.

Nach der Satzung der Kasse sind alle in der Gußstahlfabrik beschäftigten Personen, die der Krankenkasse angehören, berechtigt und verpflichtet, der Pensionskasse beizutreten. Die Mitgliedschaft endet mit dem Ausscheiden aus dem Dienste, wobei gleichzeitig alle Ansprüche auch auf Rückzahlung der geleisteten Beiträge an die Pensionskasse erlöschen. Nach der Arbeitsordnung werden bei den Lohnzahlungen die Beiträge zu der Pensionskasse in Abzug gebracht. Die Kläger hatten als Mitglieder der Kasse die satzungsmäßigen Pensionskassenbeiträge gezahlt und verlangten im Klagewege die Erstattung der Beiträge. Ein Teil der Kläger richtete die Klage sowohl gegen die Pensionskasse als auch gegen die Firma Krupp selbst.

Nach Ansicht der Kläger befaßt § 15 der Satzung der Kasse nur, daß der Anspruch ausgeschiedener Mitglieder auf Gewährung von Pensionen erlösche, dagegen durch diese Bestimmung nicht die Rückzahlung der geleisteten Beiträge ausgeschlossen sei. Falls aber ein Erstattungsanspruch nicht gegeben sei, verstoße diese Bestimmung gegen die guten Sitten. Denn alsdann bestünde ein auffallendes Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung. Sittenwidrig sei auch die enge Verknüpfung der Kassenmitgliedschaft mit dem Arbeitsverhältnis. Sie habe eine erhebliche Beschränkung der Freizügigkeit zur Folge. Sei das Statut wegen Verstoßes gegen die guten Sitten ungültig, so sei kein gültiger Vertrag zwischen den Mitgliedern und der Kasse zustande gekommen und die Beiträge könnten somit von der Kasse zurückerlangt werden. In der Klage gegen die Firma Krupp führten die Kläger an, eine rechtsgültige Vereinbarung zwischen der Firma und ihnen über den Beitritt zur Pensionskasse sei nicht getroffen. Die Lohnabzüge seien somit zu Unrecht erfolgt. Selbst wenn eine rechtswirksame Vereinbarung über den Erwerb der Kassenmitgliedschaft anzunehmen sei, so sei die Bestimmung des § 4 des Kassenstatuts und des § 82 der Arbeitsordnung über den Lohnabzug gemäß § 115, 115a und 117 der Gewerbe-Ordnung und § 2 des Lohnbeschlagnahmegesetzes nichtig.

Die beklagte Pensionskasse behauptete, durch § 15 des Statuts werde die Rückzahlung der Beiträge an die ausgeschiedenen Mitglieder ausgeschlossen. Eine derartige Bestimmung verstoße nicht gegen die guten Sitten. Sie rechtfertige sich aus versicherungstechnischen Gründen. Die beklagte Firma Krupp erhob unter Hinweis auf § 4 des Gewerbegerichtsgesetzes den Einwand der Unzuständigkeit des Gerichts.

Der I. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm bezeichnete zunächst die Ansicht der Kläger, daß nach dem Inhalte des Statuts eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge nicht ausgeschlossen sei, als verfehlt. Bei Prüfung der Frage, ob der Versicherungsvertrag gegen die guten Sitten verstoße und aus diesem Grunde wegen ungerechtfertigter Bereicherung die Rückzahlung der Beiträge verlangt werden könne, bemerkt das Oberlandesgericht folgendes:

Zunächst sei das Versicherungswesen zur Zeit der Abfassung des Statuts noch mangelhaft entwickelt gewesen und auch jetzt noch harrten auf dem Gebiete des Versicherungswesens manche Aufgaben der Lösung. Zu berücksichtigen sei ferner, daß die beklagte Kasse während der Dauer ihres Bestehens schon viele tausend Arbeiterfamilien vor Not bewahrt und somit sehr segensreich gewirkt habe. Diese wohlthätige Wirkung sei aber nicht auf die Leistungen der Arbeiter allein zurückzuführen, vielmehr trage die Firma Krupp zur Kasse die Hälfte der Beiträge aus eigenen Mitteln bei. Die Ungültigkeit des Statuts wegen Verstoßes gegen die guten Sitten könne nicht aus einem unbedingten, unwandelbaren Sittengesetze entnommen werden. Als allgemein maßgebend könne vielmehr nur das gelten, was dem herrschenden Volksbewußtsein, dem Anstandsgefühl aller billig und recht Denkenden entspreche. Es sei die Gesamtheit der im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vorhandenen Verhältnisse vom besonderen Standpunkte der Vertragsschließenden aus betrachtet, unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, Anschauungen, Motive und Zwecke in Betracht zu ziehen. Hiernach sei nur solchen Rechtsgeschäften die Anerkennung zu verweigern, die nach ihrem aus der Zusammenfassung von Inhalt, Beweggrund und Zweck zu entnehmenden Gesamtkarakter, nach den objektiven und subjektiven Momenten gegen die guten Sitten verstoßen.

Von diesen Gesichtspunkten aus sei die Unfittlichkeit der Bestimmungen des Versicherungsvertrags an sich vom Borderrichter mit Recht verneint worden. Der Verlust der gezahlten Beiträge an sich widerspreche nicht dem Begriff der guten Sitten. Dieses folge schon daraus, daß auch nach dem Reichsinvalidenversicherungsgesetze und dem Preussischen Knappschafts-Kassen-Gesetz unter gewissen Voraussetzungen der Verlust der gezahlten Beiträge vorgesehen sei. Es könne sich somit nur fragen, ob im vorliegenden Falle die Höhe des Verlustes einen Verstoß gegen die guten Sitten begründe. Aber auch diese Frage verneint das Oberlandesgericht.

Abgesehen von einem Eintrittsgeld in Höhe des $1\frac{1}{2}$ fachen Betrages eines Tagesarbeitsverdienstes seien an fortlaufenden Beiträgen $2\frac{1}{2}\%$ des Arbeitsverdienstes bis zu $6\frac{2}{3}\%$ an jedem Arbeitstage für das Jahr zu zahlen. Ein derartiger Abzug vom Lohne sei aber ein verhältnismäßig geringer und es verbleibe immerhin noch ein für den Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen. Denn nach dem Jahresberichte der Beklagten für das Jahr 1909 betrage der Durchschnittslohn 5,44 M. Aus statistischem Material ergebe sich, daß der in den Pensionsgemüß tretende Arbeiter für sich und seine Hinterbliebenen eine Gegenleistung erhalte, die gegenüber seinen Beiträgen als außergewöhnlich hoch bezeichnet werden müsse. Allerdings sei die Pensionsberechtigung durch den Ablauf einer Karenzzeit von 15 bis 20 Jahren bedingt; es könne somit der beim vorzeitigen Ausscheiden eines Mitgliedes eintretende Verlust der gezahlten Beiträge ein erheblicher sein und als Härte empfunden werden. Zu berücksichtigen sei jedoch, daß dem Mitgliede die Anwartschaft auf die Pension während der Dauer der Mitgliedschaft offen gestanden habe. Habe diese Anwartschaft auch nur einen bedingten Vermögenswert, so gewähre sie immerhin auch bereits während der Karenzzeit einen gewissen Vorteil. Zwar sei den Klägern beizustimmen, daß eine versicherungstechnische Notwendigkeit für den Verlust der gezahlten Beiträge nicht vorliege. Vielmehr könnte an sich eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Pension eintreten und auf diese Weise wenigstens eine teilweise Erstattung der Beiträge erwirkt werden. Ob aber durch eine derartige Änderung dem Gesamtinteresse aller Versicherten gedient würde, könne nur vom Standpunkte der Versicherungstechnik aus beurteilt werden. Zudem würde auch eine nur teilweise Rückerstattung der Beiträge unter Umständen ebenfalls als eine Härte empfunden werden können. Daß aber der Versicherte gar keine Opfer bringe, widerspreche dem Wesen des Versicherungsverhältnisses. Vorliegend handele es sich um die Teilnahme an einer Wohlfahrts-einrichtung einer Fabrik. Derartige Einrichtungen hätten einen gewissen genossenschaftlichen Charakter und aus der genossenschaftlichen Natur dieses Arbeitsverhältnisses folge, daß die Versicherten mit der Fabrik in einer gewissen Verbindung blieben.

Ebenso wenig könne aus der Verquickung des Versicherungsvertrages mit dem Arbeitsverhältnis ein Verstoß gegen die guten Sitten hergeleitet werden. Nach dem Krankenversicherungsgesetze sei es den Arbeitgebern ausdrücklich gestattet, Pensionskassen mit Beitragszwang einzurichten. Nun stehe es allerdings im Belieben der Arbeitgeberin, das Arbeitsverhältnis zu kündigen und dadurch den Verlust der gezahlten Beiträge und der Anwartschaft auf Pensionsbezug herbeizuführen, und weil eine Kündigung des Arbeiters für die Arbeitgeberin derartige Nachteile nicht im Gefolge habe, so bestehe eine gewisse Ungleichheit in den Folgen der Ausübung des beiderseitigen Kündigungsrechtes. Werde jedoch aus sachlichen Gründen seitens der Arbeitgeberin dem Arbeiter gekündigt, so könne hiergegen ein berechtigter Vorwurf nicht erhoben werden. Denn die Natur eines jeden Dienstvertrages bringe es mit sich, daß die durch eine vorzeitige Auflösung entstehenden Nachteile auf der einen oder anderen Seite mehr oder weniger verschieden seien. Sollte jedoch im einzelnen Falle die klagende Firma Krupp in mißbräuchlicher Weise von dem Kündigungsrechte Gebrauch machen, so würde dem hiervon betroffenen Arbeiter unbedenklich ein Schadensersatzanspruch aus § 826 BGB. zustehen.

Entgegen der Ansicht der Kläger sei nicht anzunehmen, daß durch die enge Beziehung des Versicherungsverhältnisses zu dem Arbeitsvertrag das Koalitionsrecht der Arbeiter in unzulässiger Weise beschränkt werde. Es bestehe zwar die Möglichkeit, daß Arbeiter mit Rücksicht auf eine etwa drohende Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Arbeitgeberin Abstand davon nehmen, Bestrebungen beizutreten, die dem Interesse der Arbeitgeberin zuwider sind. Jedoch nicht jede mögliche Beschränkung widerspreche dem Grundsatz der persönlichen Freiheit, vielmehr sei eine Freiheitsbeschränkung nur dann als unerlaubt zu bezeichnen, wenn sie dasjenige Maß überschreite, das unter Berücksichtigung der berechtigten wirtschaftlichen und persönlichen Interessen für zulässig erachtet werden müsse. Eine derartige Überschreitung des zulässigen Maßes sei aber vorliegend nicht gegeben. Denn die wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeiter durch die Auflösung des Arbeitsverhältnisses treffen, seien derartig gering, daß sie nicht geeignet sein könnten, das Verhalten der Arbeiter bei Wahrnehmung berechtigter Interessen zu beeinflussen.

Aus demselben Gesichtspunkte sei eine unzulässige Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter zu verneinen. Wollte der Arbeiter ein für ihn wirtschaftlich günstigeres Arbeitsverhältnis eingehen, so sei der Verlust der Beiträge ja bald wieder durch die Vorteile der neuen Arbeitsstelle ausgeglichen. Sollten aber persönliche Verhältnisse ihn zu einem Wechsel veranlassen, so werde auch der geringe drohende wirtschaftliche Nachteil ihn nicht davon abhalten, von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Übrigens gebe aus dem statistischen Material des ersten Urteils hervor, daß im Jahre 1906 87,7 % der Arbeiter ohne Einwirkung der Pensionskasse durch Austritt das Arbeitsverhältnis aufgelöst hätten und somit von einer Beschränkung der Freizügigkeit keine Rede sein könne.

Endlich sei, so schließt seinen Gedankenengang ab, ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht darin zu erblicken, daß infolge der Verknüpfung des Arbeitsvertrags mit dem Versicherungsvertrage das Ausscheiden aus dem einen Rechtsverhältnis den Verlust der Vorteile aus dem anderen zur Folge habe. Denn die Arbeiter bildeten eine gewisse Genossenschaft und lediglich zugunsten dieser Genossenschaft, nicht einer Einzelperson, trete dieser Verlust ein.

Das Berufungsgericht hat sich zu einer anderen Beurteilung der Rechtslage auch nicht veranlaßt gesehen auf Grund der von den Klägern beigebrachten Privatgutachten der Professoren Bönenfeld, Lotmar, v. Blume und des Reichsgerichtsrats Reukamp. Die Abweichung dieser Gutachter beruht nach Ansicht des Oberlandesgerichts Hamm zum großen Teile auf der einseitigen Beurteilung der Frage vom Standpunkte des einzelnen Arbeiters. Da mithin der Versicherungsvertrag rechtswirksam sei, so müsse die Klage gegen die Kasse abgewiesen werden.

Funflichlich der Klage gegen die Firma Krupp bleibe nach den eben angeführten Gründen nur noch die Frage zu prüfen, ob der weitere Einwand der Kläger, die Einhaltung der Lohnbeiträge sei gefehlich unzulässig, begründet sei.

Die Gültigkeit des Lohnabzuges hänge davon ab, ob die Pensionskasse eine Wohlfahrts-einrichtung im Sinne des § 117, 2 der Gewerbeordnung bilde. Daß die vorliegende Pensionskasse tatsächlich eine Wohlfahrts-einrichtung sei, sei vom ersten Richter auf Grund des statistischen Materials zutreffend angenommen. In den Jahren 1885 bis 1909 seien 22 269 600 M. Pensionen gezahlt worden. Die von den Arbeitern gezahlten Beiträge seien, wie dargelegt, verhältnismäßig sehr gering. Zu berücksichtigen sei weiter, daß die Beklagte für jedes Mitglied der Pensionskasse denselben Beitrag wie das Mitglied zahle. Möge auch die größte Mehrheit der versicherten Arbeiter infolge ihres vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis nicht des Bezuges einer Pension teilhaftig werden, so sei auch diese Tatsache nicht geeignet, der Kasse den Charakter einer Wohlfahrts-einrichtung abzusprechen. Denn eine Wohlfahrts-einrichtung sehe nicht voraus, daß jeder Arbeiter in den Genuß der Vorteile trete. Es genüge, daß dem Arbeiter nach Erfüllung der gestellten Bedingungen der Genuß der Vorteile gewährleistet sei. Das sei vorliegend der Fall. Sei aber der Lohnabzug für die Pensionskasse als eine Wohlfahrts-einrichtung statthaft, so sei auch die Klage gegen die Firma Krupp unbegründet. Der Berufung war daher der Erfolg zu verlagern.

In dieser Urteilsbegründung sind alle wesentlichen Punkte erörtert, die für die soziale Wirkung der Beitrags-einbehaltung von Bedeutung sind. Aber sie sind sämtlich in einer Weise beleuchtet und bewertet, die mit den neuzeitlichen sozialethischen Anschauungen oft in geradem Widerspruch steht. Die Abweichung der Urteilsbegründung von diesen, auch in den Privatgutachten ausgesprochenen sozialethischen Anschauungen „beruht — um ein Wort des Gerichtshofes zu variieren — zum großen Teile auf der einseitigen Beurteilung der Frage vom Standpunkte des Manchestertums“, das da glaubt, der Arbeiter gehe freiwillig einen Arbeitsvertrag ein, der ihm die Ausübung des gefehlich gleichen Kündigungsrechtes durch Lohnabzüge in 87,7 von 100 Fällen verschränkt. Seltsamer noch ist der Hinweis des Gerichts auf den Schadensersatzanspruch des Arbeiters, falls die Kündigung seitens des Arbeitgebers „mißbräuchlich“ erfolgt.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Geheimrat Dr. Wiefelbdt und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner. In seiner früheren Tätigkeit als Beigeordneter in Essen-Ruhr und in seiner jetzigen Stellung im Reichsamt des Innern hat Geh. Regierungsrat Dr. Wiefelbdt sich so große Verdienste um die Einigung und Schlichtung bei Arbeitsstreitigkeiten, vor allem im Baugewerbe und im Malergewerbe erworben, daß in den weitesten Kreisen von Arbeitgebern und Arbeitern, die ihm volles Vertrauen schenken, sowie bei allen Sozialpolitikern die Nachricht aufrichtiges Bedauern wecken wird, daß Dr. Wiefelbdt Anfang Juli mit $2\frac{1}{2}$ jährigem Urlaub Deutschland verläßt, um in Tokio als Berater der japanischen Regierung in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu wirken. Es besteht aber Aussicht, daß die hierdurch entstehende Lücke durch einen würdigen Nachfolger ausgefüllt wird. Wie wir erfahren, ist vor einiger Zeit der Staatssekretär des Innern an den kgl. Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner in München, der wiederholt in enger Gemeinschaft mit Dr. Wiefelbdt im Einigungswesen tätig gewesen ist und sich um die Entwicklung des Tarifvertrags die größten Verdienste erworben hat, mit dem Antrag herangetreten, an Wiefelbds Stelle in das Reichsamt des Innern einzutreten. Wir würden es mit großer Befriedigung begrüßen, wenn es gelänge, Dr. Brenner dauernd für ein Amt zu gewinnen, zu dem Erfahrung, Autorität und öffentliches Vertrauen ihn wie kaum eine andere Persönlichkeit bestimmen.

Tarifverträge im Baugewerbe von Großberlin. Das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins, das jetzt 20 Arbeitgeberorganisationen umfaßt, erklärt im Geschäfts-

bericht für 1910: Von großen allgemeinen Streiks oder Aussperrungen ist das Baugewerbe im vergangenen Jahre verschont geblieben. Die meisten der dem Kartell angeschlossenen Verbände schließen Tarifverträge mit den Arbeiterorganisationen ab, mit denen im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht wurden. Dadurch sind die das Gewerbe früher sehr schädigenden Einzelsperren beseitigt worden, und die Arbeit hat durchweg eine ruhigere und geordnetere Stetigkeit erlangt. An den Tarifverhandlungen war das Kartell in vielen Fällen aktiv beteiligt.

Die einigungsamtliche Tätigkeit des Ministeriums für Handel und Gewerbe in England macht Fortschritte: das Jahr 1910 steht mit 67 Fällen an der Spitze seit Erlass des Conciliation Akt von 1896. Ein unlängst veröffentlichter amtlicher Bericht*) zeigt folgende Verteilung der Einigungsaktionen auf die verschiedenen Gewerbe:

	1910	seit 1896
Baugewerbe	14	133
Bergbau	7	54
Maschinen- und Schiffsbau	13	77
Schuhfabrikation	10	48
Textilgewerbe	7	28
Verkehr	3	27
Buchdruckgewerbe	2	18
Verschiedene	11	47
	67	482

Von den 67 Fällen, in denen 1910 amtlich eingegriffen worden ist, hatten 26 Arbeitseinstellungen mit insgesamt 190 000 Beteiligten bewirkt. Die wichtigsten Fälle betrafen die Kohlenbergleute in Northumberland und Südmale, die Textilarbeiter in Lancashire und Cheshire und den Schiffbau. Mit Ausnahme der Arbeitsstreitigkeiten im Bergbau des Rhonda-Tales gelang es, eine Einigung zu erreichen.

Neben dieser amtlichen Einigungs- und Schiedsgerichtstätigkeit läuft eine weit umfassendere private einher, die sich die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter in zahlreichen Industrien selbst geschaffen haben. Die Gesamtzahl der Ende 1910 bestehenden privaten Einigungsämter war 282, davon befanden sich 265 mit Einzelgewerben, 17 waren Distrikts- und Landesämter. Ein vor kurzem von den englischen Behörden erhaltener Bericht über die Tätigkeit dieser Einigungsämter für den Zeitraum von 1900 bis 1909 läßt erkennen, in welchem Umfange Arbeitskämpfe verhütet worden sind. Die Zahl der Streikfälle, die vor die Einigungsämter kamen, betrug im Baugewerbe 249 (davon waren 2 mit vorangegangenen Streit), im Kohlenbergbau 4682 (davon 51 mit Streit), im sonstigen Bergbau 186 (davon 2 mit Streit), im Steinbruchgewerbe 68 (11), in der Eisen- und Maschinenindustrie 268 (11), im Schiffbau 673 (10), im sonstigen Metallverarbeitungsgewerbe 209 (5), in der Textilindustrie 55 (10), in der Schuhindustrie 645 (12), im Bekleidungs- und Lederhandwerk 89 (2), in der Hafennarbeit 198 (2), im Eisenbahnbetrieb 173 (0), im sonstigen Gewerbe 81 (0). Bei den Bezirksämtern kamen 29 Streitfälle zur Verhandlung, wovon 4 zu Streiks führten, vor den Landeseinigungsämtern wurden 8 Fälle verhandelt, von denen 2 zum Streit geführt hatten. Insgesamt wurde über 7508 Einzelfälle von Arbeitsstreitigkeiten verhandelt, wovon nur 104 zu Streiks geführt hatten.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der Schweizerische Arbeiterbund

hielt an den Osterfeiertagen in Zürich seine alle 3 Jahre stattfindende Tagung. In diesem Bund sind die Arbeiterorganisationen ohne Rücksicht auf Parteistellung und Bekenntnis vereint, soweit sie in ihrer Mehrzahl aus Schweizer Bürgern bestehen; auch die Vertreter auf dem Tage dürfen nur Schweizer Bürger sein. Diesmal waren 217 Vereine mit 376 000 Mitglieder durch 306 Delegierte vertreten und zwar 46 freie Gewerkschaften, 52 sozialdemokratische Vereine, 55 Vereine religiöser Richtungen und 64 Krankenkassen. Organ des Arbeiterbundes ist das schweizerische Arbeitersekretariat, dessen Sekretär und Adjunkten vom Arbeiterlag auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt werden.

Auf der Tagesordnung der Versammlung, deren Vorsitz Oberbürger Lang führte, standen die Kranken- und Unfallversicherung, die Revision des Fabrikgesetzes und die Ausländerfrage. Über die Versicherungsfrage (vergl. Sp. 955) berichtete Nationalrat und Regierungsrat Scherrer (St. Gallen), der zum Schluß die Annahme der Vorlage empfahl. Ohne Diskussion wurde die einstimmige Zustimmung zu dem Versicherungsgesetz beschloffen und

ferner der Beschluß gefaßt, einen außerordentlichen Arbeitertag einzuberufen, falls gegen das Gesetz von irgend einer Seite das Referendum ergriffen werden und es zur Volksabstimmung kommen sollte.

Über die Revision des Fabrikgesetzes (vergl. XIX, Sp. 1289) berichtete Nationalrat Dr. Studer. Gegenüber den Abänderungsbestrebungen der nationalrätlichen Kommission beantragte er die Festhaltung folgender Forderungen:

1. Verbot der Verhängung von Strafen ohne Ausnahmen.
2. Schutz des Arbeiters vor Maßregelungen (durch Kündigung usw.) wegen Ausübung verfassungsmäßiger Rechte, wegen Militärdienstes, wegen Krankheit oder wegen Unfalls.
3. Abschaffung des Lohnabzuges, insofern er zur Sicherung für allfälligen Schaden dient.
4. Maximaldauer der täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden; Ablehnung der Maximalarbeitswoche.
5. Festlegung der Sonntagsarbeit und Sonntagsruhe auf die Zeit von Samstag abends 8 Uhr bis Montag morgens 6 Uhr oder 5 Uhr.
6. Begrenzung der Bewilligungen für Nacht- und Sonntagsarbeit auf eine bestimmte Zahl von Tagen pro Jahr, ähnlich wie für die Überzeitarbeit.
7. Verbot der Überzeitarbeit für Jugendliche unter achtzehn Jahren ohne Ausnahmen.
8. Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien.
9. Acht Wochen Ruhezeit für die Wöchnerinnen.
10. Anwendung der Bestimmungen über die Errichtung von Einigungsstellen auch für die Fabriken des Bundes.

Der Arbeiterbund erwartet, daß auf dem Boden des bundesrätlichen Entwurfes und obiger Zusatzforderungen eine Verständigung ermöglicht wird.

Diese Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme, desgleichen ein Antrag des Schneiderverbandes, daß bei den Behörden darauf hingewirkt werden soll, daß die öffentlichen Arbeiten nur an solche Firmen vergeben werden, die für eine ausreichende Entlohnung der von ihnen beschäftigten Arbeiter volle Garantie bieten.

Die Ausländerfrage behandelte Dr. Vuomberger, Redakteur in Schaffhausen. Folgende Entschliessung fand einstimmige Annahme:

Der Arbeitertag, in Erwägung folgender Tatsachen:

1. Die Schweiz besitzt schon seit Jahrzehnten im Verhältnis zur Bevölkerung die größte Zahl von Ausländern unter allen Staaten Europas;
2. die Zahl der Ausländer ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fortwährend gestiegen, und zwar in bedeutend stärkerem Maße als jene der einheimischen Bevölkerung;
3. mehr als ein Drittel der Ausländer ist in der Schweiz geboren, hat unsere Schulen besucht und kennt unsere politischen Verhältnisse;
4. unser bisheriges System der Einbürgerung vermag nicht einmal den Zuwachs infolge Geburtenüberschuß der Ausländer aufzuheben, geschweige die in gewaltigem Maße stattfindende Einwanderung, unterstützt alle Bestrebungen zur Beseitigung dieser politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Zustände, sei es im Sinne der Erleichterung der freiwilligen Einbürgerung, sei es durch Einführung des Grundsatzes der Zwangseinbürgerung.

1. Reichskonferenz der Versicherungsangestellten Deutschlands. Die vom Verband der Bureauangestellten einberufenen Konferenz (Berlin, 17. April), die von 21 Delegierten aus 16 Orten besucht war, befaßte sich an erster Stelle mit der „sozialen Lage und den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Versicherungsangestellten“. In der angenommenen Resolution wird eine große Zahl von Forderungen aufgestellt sowohl an die Gesellschaften (Schriftlichkeit der Verträge, Maximalarbeitszeit, Einrichtung eines Personalausschusses, mit dessen Zustimmung eine Bureauordnung aufzuheben ist, Abschaffung der Geldstrafen, der Verpflichtung, sich bei der Arbeitgeberin versichern zu müssen usw.) als auch an die Gesetzgebung (Verbot der Sonntagsarbeit, einwandfreie Feststellung, daß für sämtliche Angestellte, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Tätigkeit, die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs und der entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeordnung gelten und daß das Kaufmannsgericht für sie zuständig ist; Erteilung des Zeugnisses nach erfolgter Kündigung usw.). — Zur Frage „Die Organisationsbestrebungen der Versicherungsangestellten“ wurde der einheitliche Zusammenschluß aller Versicherungsangestellten gefordert, da nur so die für sie notwendigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen auf Verwirklichung hoffen könnten.

Verband technischer Schiffsoffiziere, Sitz Hamburg, 9. Delegiertenversammlung, 8. und 9. April in Hamburg. Der Versuch der Zentralisation des Unterstützungswesens und der Verwaltung hat zu einer Ersplitterung der Organisationsverhältnisse der technischen Schiffsoffiziere (Schiffsingenieure) geführt. Drei Vereine setzten aus Gründen lokaler Interessenspolitik der Zentralisation Widerstand entgegen und traten aus dem Verbands aus. Zwei dieser Vereine haben inzwischen eine Interessengemeinschaft unter dem Namen „Verband Deutscher Schiffsingenieure“ geschlossen. Durch den Austritt der drei Vereine sank die Mitgliederzahl des Verbandes

*) Verlag von Wyman and Sons, London, Preis 5 1/2 d.

von 8409 am 1. Januar 1909 auf 1077 am 1. Januar 1911. Von diesen außergewöhnlichen Verlusten abgesehen hat die Zentralisation die Entwicklung des Verbandes günstig beeinflusst: Mitgliedschaft wurde in 80 Fällen gewährt, von denen 11 mit vollem und 8 mit teilweisem Erfolge für die Mitglieder zu Ende geführt wurden; 11 Klagen blieben am Jahreschluss 1910 unerledigt. Die für die Mitglieder günstigen Entscheidungen repräsentieren einen Kapitalwert von 6177 *M.* An Hinterbliebenenunterstützung wurden vom 1. April 1909 an 7650 *M.* gezahlt. Der Stellennachweis konnte trotz der teilweise ungünstigen Konjunktur 68 offene Stellen besetzen. Das Verbandsvermögen stieg von 4924 *M.* auf 28020 *M.* Eine Änderung der Satzung für die Stellenlosenunterstützung fand einstimmige Annahme. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung 1,50 *M.*, bezw. 1,80 *M.*, bezw. 2.— *M.* täglich bis zur Höchstdauer von 3 bis 6 Monaten. Unterstützungsberechtigt sind Mitglieder nach zweijähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung. Der Bezug beginnt 6 Wochen nach Eintritt der Stellenlosigkeit. Die Unterstützung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft.

Ein Koalitionsverbot für die städtischen Arbeiter Kolbergs ist jetzt erlassen worden: den Arbeitern wird ein Revers vorgelegt, in dem sie erklären, dem Verband der Gemeinbediensteten nicht anzugehören oder beitreten zu wollen. Das Verbot bildet den Abschluß der Lohnbewegung der Kolberger Arbeiter. Diese hatten mit gutem Erfolg Mitte Februar gestreikt und mit dem Magistrat einen Tarifvertrag abgeschlossen (Sp. 716); Ende März sahen sich aber die Arbeiter erneut zum Streik veranlaßt, da der Vertrag nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hatte und nun nicht eingehalten wurde. Dieser zweite Streik verlief infolge Solidaritätsmangels und Eintreffens einer Kolonne berufsmäßiger Streikbrecher aus Essen erfolglos und hatte den genannten Revers zur Folge.

Die französische Regierung und die Eisenbahngesellschaften sind in der Frage der Wiedereinstellung der Eisenbahner (Sp. 935) zu keiner Einigung gekommen. Das Ersuchen des Ministers der öffentlichen Arbeiten an die Präsidenten ist erfolglos geblieben. Die Regierung plant nun, sich vom Parlament folgende Befugnisse einräumen zu lassen:

das Recht der Genehmigung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Direktoren, die Befugnis zur Ergreifung von Maßnahmen gegen jene Gesellschaften, welche die Angestellten an der Ausübung ihrer Syndikatsrechte verhindern, Aufhebung des Pensionsrechts jener Ingenieure, die aus dem Staatsdienst in den Dienst der Eisenbahngesellschaften treten, Abschaffung der Auszeichnungen für Dienste, welche nicht im Interesse des Staates geleistet wurden.

Die Vollversammlung der Aktionäre der Nordbahngesellschaft genehmigte am 29. April einstimmig ein von dem Aufsichtsrat an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtetes Schreiben, in welchem erklärt wird, daß die Gesellschaft, um dem von der Kammer beauftragten Anfinnen Rechnung zu tragen, 81 wegen des Ausstandes entlassenen Bediensteten dieselben Ruhegehälter gewährt habe, als ob sie wegen Krankheit dienstuntauglich geworden wären. Aber wenn die Gesellschaft sich heute zu Geldopfern verstehen könne, sei es ihr doch unmöglich, eine allgemeine Wiedereinstellung zu verfügen, da dadurch nur dieselben Fehler zur Anstellung neuer Streiks ermutigt würden. Ubrigens hätten fast sämtliche entlassenen Bediensteten andere Beschäftigungen gefunden, doch werde die Gesellschaft alle an sie gerichteten Reklamationen prüfen, um etwaige Irrtümer gut zu machen. — Der Generalsekretär des Lokomotivführerverbandes, Toffin, erklärte, daß die Eisenbahner, falls die Gesellschaften die Wiedereinstellung der Entlassenen verweigern, auf allen Bahnlinien mit Ausnahme des Staatsbahnnetzes einen 24stündigen oder einen noch längeren Ausstand veranlassen würden.

Streiks und Aussperrungen.

Die Einigung in der Chemnitzer Metallindustrie, die zunächst von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission erzielt worden war (Sp. 936), hat die Zustimmung der Organisationen gefunden; die Arbeiter, welche mit annähernd $\frac{3}{4}$ Mehrheit nach fünfstündiger Beratung die Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen, werden nach Bedarf seit dem 27. April wieder eingestellt und zwar, soweit die beteiligten Firmen dem deutschen Metallindustriellenverband angehören, zu folgenden Bedingungen:

1. Arbeitszeit: $9\frac{1}{2}$ Stunden für Montag bis Freitag, $8\frac{1}{2}$ Stunden für Sonnabend; also 66stündige Arbeitswoche unter Beibehaltung der bisherigen Löhne.

2. Überzeit- und Sonntagsarbeit: 20 % Zuschlag zum Stundenlohn für Lohn- und Affordarbeiter. Kleinere durch die Natur des Gewerbebetriebs bedingte Überschreitungen der Arbeitszeit bis zu einer halben Stunde bleiben außer Betracht.

3. Lohnfrage: Nach 14tägiger Beschäftigung findet Lohnfestsetzung nach Leistung mit Rückwirkung auf die ersten 14 Tage statt. Ein

Bierteljahr später endgültige Lohnfestsetzung für Affordarbeiter in Höhe von 75 % des in der verfloßenen Zeit erteilten Affordverdienstes.

Lohnzulage für alle gelehrten Lohnarbeiter (Gießereiarbeiter) über 18 Jahre und nach dreimonatlicher Tätigkeit im Berufe (Kernmacher, Schmelter, Gußpuffer usw.): bei einer bisherigen Lohnhöhe bis zu 28 *M.* die Stunde 5 *M.* Zulage, von 29–32 *M.* 4 *M.*, von 33–36 *M.* 3 *M.*, von 37–40 *M.* 2 *M.* und von 41–44 *M.* 1 *M.*; Handarbeiter (ohne berufliche Qualifikation) über 18 Jahre bei einem Stundenlohn bis zu 34 *M.* 2 *M.*, von 35 *M.* ab 1 *M.* Zulage die Stunde.

Diese Zulagen erfolgen unabhängig vom Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit.

4. Affordarbeit: Affordpreis muß vor Beginn der Arbeit durch Affordzettel vereinbart werden. Abweichungen sind bei Massenartikeln nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß zulässig. Der festgesetzte Affordpreis darf nur bei Änderung der Arbeitsmethode revidiert werden. Offenbare Irrtümer in der Kalkulation müssen eventuell spätestens bei der dritten Wiederholung der Arbeit berichtigt werden. Niedere Affordpreise, bei denen bei normaler Arbeit der Durchschnittsverdienst nicht erreicht wird, sowie während der Krise herabgesetzte Affordpreise sollen entsprechend aufgebessert werden.

Die Verwirgung des Gusses soll gepuzt erfolgen. Abweichungen nur nach Vereinbarung mit dem Arbeiterausschuß.

5. Fehlpaß wird, sofern nicht grobes Verschulden vorliegt, mit dreiviertel des Lohnes bezahlt. Streitsfälle sollen unter Hinzuziehung eines oder mehrerer unbeteiligter erfahrener Former, die beiden Parteien genehm sind, erledigt werden.

6. Lohnzahlung erfolgt Freitag; ist dieser ein Feiertag, tags zuvor. Für fünf Tage Lohn darf längstens stehen bleiben.

7. Günstigere Arbeitsverhältnisse als die vereinbarten bleiben bestehen.

8. Die Vereinbarungen treten am Tage der Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft.

9. Die Wünsche der Arbeiter auf Betriebssicherheit und hygienische Einrichtungen will der Industriellenverband seinen Mitgliedern zur Berücksichtigung empfehlen.

Dieser neue Vertrag enthält einige Zugeständnisse der Arbeitgeber. Glücklicherweise hat der Metallindustriellenverband sich nicht zu einer Ausdehnung der Aussperrung verleiten lassen; man wird sich aber nicht verhehlen dürfen, daß auch der ohnehin erreichte Umfang des Kampfes schon vor etlichen Wochen vermieden werden konnte, wenn die Unternehmer damals bereits auf den jetzt eingenommenen Standpunkt getreten wären. Gerade während dieses Kampfes hat ein beträchtlicher Teil auch der Nichtarbeiterpresse bereits seit Wochen immer wieder davor gewarnt, mit dem Feuer zu spielen, und von allem Anfang an zum Frieden gemahnt. — Erreulicherweise scheinen Ausschreitungen vermieden worden zu sein; anfängliche gegenteilige Nachrichten sind als Überreibungen erkannt worden. Um so befremdender ist ein vertrauliches Rundschreiben der Chemnitzer Handelskammer an die Arbeitgeber, in dem sie über den Arbeiterterrorismus Material erbittet. Kann man schon billige Zweifel hegen, ob es gerade Sache der Handelskammern ist, einseitige Informationen über derartige Dinge einzuziehen, die von den Parteien stets ganz verschieden dargestellt werden, so muß die Sammelarbeit der Chemnitzer Handelskammer erst recht als überflüssig erscheinen im Hinblick auf ihren einzigen möglichen Zweck, eine Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes. — Bemerkenswert ist der Beschluß des Gemeinderats in Auerswalde bei Chemnitz, den ausgesperrten Metallarbeitern die fälligen Steuern zu stunden.

Arbeiterbewegung im Bergbau (Sp. 935). Die Lohnkämpfe bei Förde, im Zwickauer Gebiet und im Reitz-Allenburger Revier dauern an; im letzteren haben nun von 4000 Arbeitern 3000 gekündigt. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind in Nieders Montanwerken 100 Arbeiter ohne Kündigung in den Ausstand getreten, 300 andere haben gekündigt. Dagegen ist die Bewegung auf den Gruben „Sizilia“ und „Sachtleben“ bei Reggen durch Erhöhung des Gedinges beendet; der Durchschnittslohn beträgt jetzt dort 5 *M.*

Eine große Aussperrung in Dänemark vermieden. Die Erneuerung der Tarifverträge hatte erhebliche Schwierigkeiten bei den Klempnern und Holzarbeitern gefunden. Die Arbeitgeber fordernten 5jährige Tarife mit gemeinsamem Ablauf, die Arbeiter 3jährige mit verschiedenen Ablaufsterminen; auch über die Lohnhöhe bestanden Differenzen. Am 4. April wurden außer den schon vorher ausständigen Klempnern und Arbeitern an Holzbearbeitungsmaschinen auch sämtliche Tischler, Maurer und Elektrotechniker ausgesperrt (zusammen etwa 14000 Mann). Die Aussperrung sollte am 28. April auf Eisen-, Metall-, Textil-, Ziegelei-, Papierarbeiter und Zimmerleute ausgedehnt werden. Nach wiederholten vergeblichen Einigungsversuchen, in denen der gesetzlich neu geschaffene „Vertragsmann“ zu vermitteln suchte, kam endlich in letzter Stunde,

am 27. April, eine Einigung zustande. Die neuen Tarife haben 5 Jahre Geltung, die Arbeiter erlangen in ihnen geringe Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Allerdings haben sich die Arbeitgeber das Recht vorbehalten, nach sieben Warnungstagen die Aussperrung dennoch eintreten zu lassen, wenn nicht bis zum 1. Mai mit den Mauerhandlangern und Klempnern, die außerhalb der Gewerksvereine stehen, eine Einigung erzielt ist. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Einigung mit den Nichtorganisierten zustande kommt.

Arbeitskämpfe in der Türkei. Ein Streik bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Konstantinopel betrifft mehr als 800 an einem Straßenbau beschäftigte, fast ausschließlich türkische Arbeiter. Die bisherige Arbeitszeit beträgt 12 1/2 Stunden (einschließlich geringer Pausen); außerdem wird ein bestimmtes Arbeitspensum verlangt, andernfalls Abzüge gemacht werden. Irgendwelcher Arbeiterschutz besteht nicht. Die Forderungen der Streikenden sind:

1. Elfstündiger Arbeitstag mit einer Stunde Mittagspause.
2. 20 v. H. Lohnerhöhung.
3. Einführung einer Kranken- und Unfallversicherung.
4. Anständige Behandlung.

Dieser Arbeitskampf gehört zu den wenigen derartigen Erscheinungen, die die junge Türkei bisher gesehen hat. — Außer ihm besteht gleichzeitig seit einigen Wochen ein Ausstand der Tabakarbeiter; es streiken etwa 2300 Arbeiter der Tabakregie, größtenteils Frauen. Trotz der dort herrschenden Rechtsanschauung, daß die Regiearbeiter unter das Streikverbot fallen, ist bisher gegen die Streikenden nicht eingeschritten worden. Die Rechtsprechung hat diesen Streik nicht verhindert, obwohl die Regie der Meinung war, daß ihre Arbeiter unter das Beamten-Streikverbot fielen; freilich hatten die Arbeiter den Streik sehr geschickt dadurch in die Wege geleitet, daß zunächst nur die Frauen die Arbeit niederlegten, die nach türkischem Rechte keine Beamtenqualifikation haben können; und da ohne sie die Betriebe nicht aufrechtzuerhalten waren, mußten dann die männlichen Arbeiter gleichfalls zu arbeiten aufhören. Außer diesen Regiearbeitern befinden sich auch die Arbeiter der Firmen des nicht monopolisierten Tabakexports im Ausstande; sie sind ausgesperrt worden, nachdem ein Teil von ihnen das Verbot der Frauennarbeit gefordert hatte. Nicht uninteressant ist es, daß in Deutschland derartige Verbote vor 100 Jahren tatsächlich wiederholt von Behörden erlassen worden sind und angesichts des erdrückenden Übergewichts, welches die Frauennarbeit in der deutschen Tabakindustrie seit Jahrzehnten mehr und mehr erlangt hat, noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bisweilen von Arbeitern gefordert worden sind.

Arbeiterschutz.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910.

Die Berichte für 1910 der Gewerbeaufsichtsbeamten für ganz Deutschland verdienen in diesem Jahre eine besondere Beachtung, da sie die Mitteilungen darüber enthalten, wie sich die mit dem 1. Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungs-Novelle, die den Zehnstundentag der Arbeiterinnen und eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Gewerbeordnungsbestimmungen auf alle Betriebe mit mehr als 10 Personen brachte, in der Praxis eingeführt hat. Neben der ausführlichen Beantwortung dieser einen Frage war überdies den preussischen Beamten, ähnlich wie auch schon in den Vorjahren, eine Reihe von Aufgaben gestellt, denen sie besondere Beachtung schenken sollten und über die sie eingehender zu berichten hatten. Das auf diese Weise gebotene Material ist sehr wertvoll, und die preussischen Berichte haben durch diese Sonderbeobachtungen bedeutend an allgemeinem Interesse gegenüber den Berichten früherer Jahre gewonnen, die sich im allgemeinen auf kurze schematische Mitteilungen des Tatsachenmaterials beschränkten. Die preussischen Berichte behandeln in diesem Jahre eingehender die folgenden sechs Fragen:

1. Durchführung des § 105c Abs. 3 S.D. betr. Ausnahme von der Sonntagsruhe, namentlich in der Großessenindustrie.
2. Wirkungen der Gewerbeordnungs-Novelle.
3. Durchführung des Kinderschutzes.
4. Wie ist die erste Hilfeleistung bei Unfällen geordnet?
5. Inwieweit hat die fortschreitende Ersetzung der Handarbeit durch Maschinenarbeit die Verhältnisse in den gesundheitsgefährlichen Betrieben verbessert?
6. Haushaltungsschulen.

Über die Beantwortung der 1.—3. Frage werden wir berichten, sobald auch die Jahresberichte aus den anderen wichtigsten Bundesstaaten vorliegen, so daß die Fragen gleich für ganz Deutschland behandelt werden können. Die Ergebnisse über die anderen drei Punkte, die nur den preussischen Beamten, nicht auch denen in den anderen Bundesstaaten gestellt waren, sollen an dieser Stelle gleich mit erörtert werden.

Im allgemeinen können die preussischen Beamten aus fast allen Bezirken von einer steigenden wirtschaftlichen Konjunktur

sprechen. Trotzdem blieb die Lage der Arbeiter schwierig, und die Lebenshaltung konnte sich nicht bessern, da — wie mehrfach hervorgehoben wird — die Preise für die notwendigsten Lebensmittel auch etwaige Lohnerhöhungen wieder aufhoben. Wieweit die steigende Konjunktur in steigenden Zahlen der Betriebe sowie der darin beschäftigten Arbeiter gegenüber dem Vorjahre zum Ausdruck kommt, läßt sich für dies Jahr nicht feststellen, da eben die S.D. früher als Regel nur für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern galt, während der Geltungsbereich seit dem 1. Januar 1910 als Regel Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern umfaßt. Es seien daher im folgenden auch nur die wichtigsten Zahlen für 1910 mitgeteilt.

Im Berichtsjahr waren der Gewerbeaufsicht an Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern sowie von gleichgestellten Anlagen unterstellt 155 580 Betriebe mit insgesamt 8 249 005 Arbeitern; darunter waren 619 212 erwachsene weibliche Arbeiter, 242 782 männliche und weibliche Jugendliche und 2749 Knaben und Mädchen unter 14 Jahren. Von den Betrieben gelangten 78 887 (= 50,4 % aller Betriebe) mit insgesamt 2 694 272 (= 82,9 % aller Arbeiter) beschäftigten Personen zur Revision. Es fanden insgesamt, einschließlich der Revisionen durch die Verwaltungsbehörden, 160 861 Revisionen statt, darunter waren 25 786 Unfalluntersuchungen.

Eine sehr bedeutende Zunahme gegenüber dem Vorjahre haben die ermittelten Zuwiderhandlungen erfahren. Wenn auch diese Zunahme teilweise auf das erweiterte Geltungsgebiet zurückzuführen sein mag, so sind doch namentlich in den kleineren Betrieben zahlreiche Verstöße gegen die neuen Bestimmungen des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes vorgekommen, trotzdem in den meisten Bezirken die Gewerbetreibenden sowohl durch die Gewerbeaufsichtsbeamten wie durch die Polizeibehörden vorher auf die neuen gesetzlichen Vorschriften hingewiesen worden waren. Mit den ermittelten Zuwiderhandlungen in engem Zusammenhang stehen die Strafverfolgungen. Hier muß leider festgestellt werden, daß die ordentlichen Gerichte ein sehr geringes Verständnis für die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung haben und teilweise recht schwere Verstöße mit so lächerlich geringen Strafen ahnden, daß kein Unternehmer, der eben durch ungesetzliche Überarbeit oder durch Beschäftigung zu junger Personen einen pekuniären Vorteil hat, sich durch diese geringfügigen Geldstrafen wird von weiteren Gesetzesübertretungen abhalten lassen. In der „Sozialen Praxis“ ist bereits mehrfach auf die geringe Unterzückung, ja Erleichterung ihrer Arbeit hingewiesen worden, welche die Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Gerichte erfahren; aus den vorliegenden Jahresberichten für Preußen könnte man eine wahre Blütenlese solcher Fälle zusammenstellen.

Die Schöffengerichte scheinen nicht einmal stets die Gesetzesvorschriften selbst zu kennen! Mehrfach wird von Freisprüchen berichtet, trotzdem der Verstoß gegen den Wortlaut des Gesetzes ganz offenkundig war. In einem Falle, als ein Arbeitgeber 15 Arbeiterinnen am Sonnabend weit über den gesetzlichen Schluß hinaus beschäftigt hatte, wurde er zu einer Strafe von 30 M. verurteilt, doch begründet das Schöffengericht im Gerichtsurteil ausdrücklich, warum man hier „eine etwas höhere Geldstrafe, als sie sonst bei ähnlichen Vergehen erkannt zu werden pflegt“, für angemessen hielt. Die Strafen für solche Fälle beliefen sich nämlich sonst nur auf 5—20 M. Noch niedriger sind meist die Strafen für Vergehen gegen das Kinderschutzgesetz. Mehrfach wird in den preussischen Berichten darauf hingewiesen, daß eine strengere Anwendung der Strafbedingungen dringend notwendig sei, namentlich bei Wiederholungsfällen, um den Bestimmungen der Gewerbeordnung mehr Beachtung zu erzwingen.

Ein erfreuliches Kapitel aus den vorliegenden Berichten bildet die Beantwortung der Frage 5, inwieweit die fortschreitende Technik die Arbeitsverhältnisse nach der gesundheitlichen Seite hin verbessert habe. Fast durchweg wird diese Frage in bejahendem Sinne beantwortet. Es seien nur einige Beispiele herausgegriffen: Durch die mannigfachen Staubverhütungs- oder Staubabsaugungsanlagen werden die Lungen geschont. Besonders wichtig sind diese Schutzvorrichtungen vor dem Staub in Fabrikstrassen, die mit giftigen Materialien arbeiten. In der chemischen Industrie können durch technische Fortschritte die Arbeiter vor der Berührung giftiger Stoffe mit der Hand und vor dem Einatmen giftiger Gase geschützt werden. Von großer Bedeutung sind auch die maschinellen Transporteinrichtungen, die teils die Beförderung schwerer Lasten erleichtern, teils aber gleichfalls dazu dienen, die Berührung der Hand mit giftigen Stoffen zu vermeiden. Der elektrische Antrieb von Nähmaschinen schaltet das ungesunde Fußtreten der Nähmaschinen aus; die Blitzbrandgefahr in den Gerbereien kann durch geeignete Apparate, welche die erste Bearbeitung der Felle übernehmen, herabgemindert werden; durch die sich immer mehr

einbürgernde Sechsmaschine im Buchdruckgewerbe wird das direkte In-Berührungkommen der Hand mit den bleihaltigen Lettern vermieden und ähnliches mehr. Wie erfolgreich der Bleigefahr durch Fortschritte der Technik begegnet werden kann, zeigen einige Betriebe, welche die besten maschinellen Einrichtungen für den Transport, die Pulverisierung und die Verpackung getroffen haben. In einer Bleiweißfabrik, die im Jahre 1899/1900 umgebaut und mit den besten maschinellen Einrichtungen versehen wurde, kamen in den vor dem Umbau liegenden Jahren 1895—1898 im Jahresdurchschnitt bei 22 Arbeitern 93 Fälle von Bleivergiftung mit 1934 Krankheitstagen vor. In den Jahren nach dem Umbau kamen im Durchschnitt jährlich nur 8 Fälle von Erkrankung mit 240 Krankheitstagen vor, trotzdem die Zahl der Arbeiter sich inzwischen auf 40 gehoben hatte. In einer anderen Bleifabrik, die sich zu einer Änderung der Arbeitsweise entschloß, wobei die Berührung des Bleies mit der Hand nicht mehr vorkam, waren im halben Jahr vor der Änderung 33 Krankheitstage und im Jahre vorher 117 Krankheitstage zu verzeichnen; in dem halben Jahr nach der Änderung kam kein einziger Fall vor.

So erfreulich die Verbesserung der gesundheitlichen Zustände durch die Ersetzung der Handarbeit durch Maschinen auch ist, so muß doch an einigen Stellen darauf hingewiesen werden, daß die Maschinenarbeit an sich auch wieder neue, wenn auch anders geartete Gesundheitsgefahren mit sich bringt, deren Erkennung, Niederhaltung und Beseitigung unausgesetzte Beobachtung erfordert. Auch die intensivere Arbeit an der Maschine, der durch die Maschinen verursachte Lärm oder die Erschütterungen können zu Gesundheitsschädigungen führen. Dennoch aber überwiegen die Vorteile ganz bedeutend, so daß die Entwicklung vom Handbetrieb zum Maschinenbetrieb die größte Förderung verdient. Eine geschulte Arbeiterschaft, die auch alle Unfallverhütungsvorschriften mit Verständnis beobachtet, eine geregelte, nicht zu lange Arbeitszeit, können wiederum als beste Gegenmittel gegen die Gefahren des Maschinenbetriebes gelten.

Angeichts der mit der Fabrikarbeit verbundenen Unfallgefahren gewinnen die Bestrebungen auf sachverständige erste Hilfeleistung erhebliche Bedeutung. Da die gesundheitlichen Folgen eines Betriebsunfalls wesentlich verschlimmert oder herabgemindert werden können, je nachdem die erste Hilfe mehr oder weniger sachgemäß erfolgt, so legen namentlich die Träger der Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, Wert darauf, daß die Einrichtungen für die erste Hilfeleistung zweckentsprechend getroffen werden. An manchen Orten schließen sich auch die Handwerkskammern für die kleinen handwerksmäßigen Betriebe diesen Bemühungen an, stellenweise wird auch berichtet, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten oder die Kreisärzte durch geeignete Kurse das Verständnis für diese Hilfeleistung zu fördern suchen. Die besten Einrichtungen dafür finden sich naturgemäß in den Großbetrieben, die einerseits mit erhöhter Unfallgefahr rechnen müssen, andererseits aber auch größere Mittel für diese Einrichtungen aufwenden können. Hier wird berichtet von eigenen, mit allen notwendigen Utensilien versehenen Krankenzimmern, in denen auch ständig eine geschulte Krankenpflegerin oder ein Heilgehilfe zur Verfügung stehen. In Betrieben, die mit Brandgefahr oder Vergiftung durch ausströmende Gase rechnen müssen, werden Rauchhelme und Sauerstoffapparate bereit gehalten.

Sehr segensreich wirken die Samariterkurse, durch welche die Arbeiterschaft selbst oder wenigstens die Meister, Vorarbeiter oder besonders geeignete Kräfte zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen ausgebildet werden. In großen Städten oder auch Universitätsstädten mit vielen Kliniken erleichtert natürlich das Telephon die erste Hilfe bei Unfällen, da schnell von den öffentlichen Unfallstationen aus Hilfe zur Hand sein kann. Verbandskassen, die nach den Vorschriften der Berufsgenossenschaften eingerichtet sind, sind zwar in fast allen, auch den kleinsten Betrieben vorhanden. Nur läßt leider die sorgfältige Aufbewahrung oft zu wünschen übrig, so daß die Verbandstoffe die notwendige Sauberkeit vermissen lassen. Überhaupt wird über mangelndes Verständnis für die aseptische Behandlung geklagt, so daß manche an sich leichte Unfallverletzung durch Verschmutzung und Blutvergiftung sehr verschlimmert wird. Am schlimmsten scheint es mit der ersten Hilfeleistung noch in den abgelegeneren Werken (wie Ziegeleien, Steinbrüchen, Sägemühlen, landwirtschaftlichen Nebenbetrieben) zu stehen, trotzdem gerade hier, wo der Arzt schwer zu erreichen ist, auf die erste Hilfe besonders viel ankommt. Es steht zu hoffen, daß durch die besondere Aufmerksamkeit, welche die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten im Berichtsjahre der Frage zu schenken hatten, auch die Beachtung der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer in erhöhtem Maße auf diese für beide Teile sehr wichtige Frage gelenkt wird.

Die letzte Frage, über welche die preussischen Beamten gesondert zu berichten hatten, ist die Frage nach den Haushaltungsschulen. Dieser Gegenstand hängt allerdings nicht direkt mit dem Arbeitsbetrieb zusammen, denn die Einrichtung und Unterhaltung solcher Schulen durch die Industriellen selbst als Wohlfahrts Einrichtung, in Verbindung mit ihren Werken, kommt nur ganz vereinzelt in einigen Großbetrieben Schlesiens sowie in Rheinland-Westfalen vor. Teilweise kommen die Stadtverwaltungen für die Errichtung solcher Schulen in Betracht, meist aber bleibt dies der Vereinstätigkeit überlassen. Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß die Frage des Haushaltungsunterrichts noch recht wenig geklärt ist. Verschieden sind die Lehrpläne, verschieden die Dauer der Kurse sowie die Tageszeiten, an denen der Unterricht stattfindet. Es geht aus den vorliegenden Berichten nicht hervor, ob der Haushaltungsunterricht eine wesentliche Bedeutung hat für Fabrikarbeiterinnen neben ihrer Berufsarbeit. Mehrfach muß sogar konstatiert werden, daß der Unterricht für die eigentlichen Arbeiterinnen nicht in Betracht kommt, sondern daß die Kurse mehr von den Töchtern der bürgerlichen Kreise besucht werden. In einigen Großbetrieben wird allerdings den Arbeiterinnen Freizeit für den Unterricht gegeben und auch der Lohnausfall gedeckt, doch wird ein solches Vorgehen wohl stets nur vereinzelt bleiben.

Über die mannigfachen Fragen des Arbeitsverhältnisses (Streiks, Aussperrungen, Tarife, Betriebsunfälle) wie auch über allgemeine wirtschaftlichen Seiten (Alkoholbekämpfung, Lebenshaltung, Bildungsbestrebungen usw.) bieten die vorliegenden Berichte ein wertvolles Material. Das ausgezeichnete, mit großer Sorgfalt hergestellte Inhaltsverzeichnis erleichtert die Durcharbeitung der Berichte nach den verschiedensten Gesichtspunkten hin, so daß wir uns vorbehalten, auf bestimmte Einzelfragen später noch gesondert zurückzukommen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Annabebungen gegen die Reichsversicherungsordnung

find neuerdings von verschiedenen Stellen aus erfolgt. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat am 28. April zwar erklärt, daß er nach wie vor für die Hinterbliebenen-Versicherung eintrete, daß er aber im übrigen eine große Anzahl von Beschläffen der Kommission des Reichstags bekämpfen müsse, so u. a.: in der Krankenversicherung die beschränkenden Vorschriften für die Betriebskassen, die vielfache Ausdehnung der Mehrleistungen, die Gestaltung der Versicherung für die Hausgewerbetreibenden, die unzulängliche Regelung der Arztfrage; in der Unfallversicherung die Erweiterung des Kreises der Versicherten, die Steigerung der Leistungen, die Anhäufung übergroßer Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften; in der Invalidenversicherung die Belastung durch die Kinderzuschüsse; ebenso sei die Neuordnung des Verfahrens unzumutbar; gebilligt wird dagegen der Beschluß über die Anstellung der Krankenkassenbeamten. Zum Schluß faßt der Zentralverband seine Ansicht einstimmig dahin zusammen,

„daß er in der jetzigen Gestaltung der Vorlage eine unannehmliche Änderung unserer Arbeiterversicherung erblickt. Unter Ausserachtlassung der bisherigen Leistungen der Arbeitgeberkassen und der segensreichen Wirksamkeit unserer großen Industriebetriebe in sozialpolitischer Beziehung sind durch die Kommissionsbeschlässe den Arbeitgebern neue Leistungen und Belastungen auferlegt, welche schwere wirtschaftliche Beeinträchtigungen nicht nur für die gewerblichen Kreise, sondern auch für die nationale Wirtschaft überhaupt und nicht zuletzt für die Arbeiterschaft im Gefolge haben werden. Durch die immer fortschreitende Vermehrung der Lasten der Versicherung wird nicht nur die Ausführungsmöglichkeit, sondern schließlich auch der Bestand der deutschen Industrie überhaupt in Frage gestellt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist der Zuversicht, daß es möglich ist, noch in den Plenarberatungen des Reichstags den Gesetzentwurf erträglich zu gestalten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so würde der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Vorzug zu geben sein.“

Am 29. April tagte dann in Berlin der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen und protestierte entschieden gegen jede Beschränkung dieser Kassen, deren Gleichberechtigung mit den anderen Kassen gefordert werden müsse; auch die Einrichtung des Versicherungsamts gebe zu den größten Bedenken Anlaß; die Regelung der Ärzte- und Apothekenfrage sei ganz unbefriedigend; endlich wird gesagt:

„Insgesamt bietet die RVO. zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge. Demgegenüber legt sie aber den Erwerbsständen, insbesondere der Industrie, neue große Lasten auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Erschwerungen und in dem Versicherungsamt höchst

bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten. Obendrein werden die Betriebskrankenkassen stark gefährdet und in eine für alle Zukunft unsichere Lage gebracht. Sollte nicht eine Änderung erzielt werden, welche den ungeschmäleren Fortbestand der Betriebskrankenkassen sichert, so ist die gesamte Neuordnung der Versicherungsgebung für den Verband unannehmbar. Die sozialen Fortschritte, welche die RSD. vorsieht, ließen sich ohne besondere Schwierigkeiten in Form von Novellen den geltenden Arbeiterversicherungsgeetzen anfügen."

"Unannehmbar, wenn nicht unsere Forderungen erfüllt werden," so schallt es ebenso wie aus den mächtigsten Organisationen der Unternehmer auch aus dem Lager der Sozialdemokraten. Durch das ganze Reich haben in den letzten Tagen große Versammlungen dieser Partei die Fassung der RSD. nach den Kommissionsbeschlüssen aufs schärfste verurteilt: "Mit Entrüstung protestiert die Versammlung gegen den neuen Versuch, die deutsche Arbeiterschaft noch mehr zu entrechten und zu vergewaltigen". Zwar wird die Ausdehnung der Versicherungspflicht gegen Krankheit gebilligt, aber die Form der Landkrankenkassen, die Zersplitterung des Kassenwesens, die Vernichtung der Hilfskassen, die Begünstigung der Betriebskassen, der Mangel einer wirklichen Mutterschaftsversicherung, die Auslieferung der Kassen an den Leipziger Ärzteverband, die Regelung der Apothekenfrage, der Ausschluß der Versicherten von der Verwaltung und Rentensetzgebung in der Unfallversicherung, die Beschränkung des Heilverfahrens, die kümmerlichkeit der Witwen- und Rentenrenten und vor allem natürlich die Neuordnung der Beamtenverhältnisse in den Krankenkassen werden als Gründe für die Unannehmbarkeit der RSD. angeführt.

Der am 29. April im Gewerkschaftshause in Berlin tagende „Deutsche Hilfskassenkongreß“ nahm zu den Bestimmungen der RSD., wonach künftig Hilfskassen als Ersatzkassen nicht mehr zugelassen werden und alle Hilfskassen unter 1000 Mitgliedern auflösen sollen, die Forderung an,

„daß der Reichstag den Interessen der Hilfskassen, die als historische Träger der Krankenversicherung unbestritten Großes geleistet haben und auch heute noch das Vertrauen großer Bevölkerungsteile besitzen, im weitesten Maße Rechnung trägt und nicht Bestimmungen seine Zustimmung gibt, welche die brutale Vernichtung der Hilfskassen als Ersatzkassen zur Folge haben.“

Ferner wurde an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, den Entwurf der Aufhebung des Hilfskassengesetzes abzulehnen. Falls aber der Reichstag dem Gesetze doch zustimmen sollte, wird an ihn die Bitte gerichtet, die Reichsregierung zu ersuchen, zur Mitwirkung bei Entscheidungen des Aufsichtsamtes für Privatversicherung über kleinere Vereine eine Anzahl bisher in der Verwaltung der freien Hilfskassen tätiger Personen dem Kaiser als Mitglieder des Versicherungsbeirats vorzuschlagen; den Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des zu erlassenden Gesetzes über die Hilfskassen ein Normalstatut mit entsprechender Erläuterung auszuarbeiten und veröffentlichen zu lassen.

Der 6. allgemeine Krankenkassen-Kongreß, der für den 30. April nach Berlin einberufen worden war und auf dem an erster Stelle Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal über „die Reichsversicherungsordnung nach der dritten Lesung der 16. Kommission des Reichstags“ referierte, erklärte, die Ablehnung der RSD. fordern zu müssen, falls nicht eine Anzahl speziell namhaft gemachter Mängel abgestellt und eine wirklich großzügige Reformarbeit geschaffen würde, da die fortschreitende Entwicklung der Krankenversicherung, dieser Grundlage der Volksgesundheitspflege, durch die Umgestaltung des Stimmrechts und die neuen Schranken der Selbstverwaltung unmöglich gemacht werden würde. Daß die RSD. in der Kommissionsfassung Verbesserungen von Teilen der sozialen Versicherung enthalte, wurde nicht verkannt, als ganzes bringe sie aber nicht den Fortschritt, den die gesamte Arbeiterschaft und die unteren Mittelstandsschichten von einer freihellen Sozialpolitik erwarten müßten; sie atme den Geist des Rückschritts namentlich auf dem ganzen Gebiete der Krankenversicherung. Im besonderen wurden beanstandet:

der Ausschluß der Frauen von der Ausübung richterlicher Tätigkeit bei den Versicherungsbehörden, das Übergewicht der beamteten Mitglieder über die Laienmitglieder in den Spruchsenaten der Oberversicherungsämter, der Ausschluß der Revision für Beschlußsachen bei der Krankenversicherung und die Ordnung des Feststellungs- und Rechtsmittelverfahrens der Unfallversicherung; ferner das Festhalten an der Versicherungsgrenze von 2000 M., die ungenügende Mutterschafts- und Familienhilfe, die mangelnde Vereinheitlichung der Krankenversicherungsbeiträge, die minderwertige Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, die Erbschließung der Hilfskassen als Ersatzkassen, der Eingriff in wohlverworbene Rechte durch die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten, die Verschlechterung des Vereinigungs-

Kongressrechts der Krankenkassen, die Nichtlösung des Arzt- und Apothekenproblems, die Gefährdung des Heilverfahrens der Versicherungsanstalten, die Beibehaltung des 70. Lebensjahres für die Altersversicherung, die allzu geringen Leistungen der Witwen- und Waisenfürsorge.

Auch der Krankenkassenbeamtentag, der am 30. April ebenfalls in Berlin tagte, richtete an den Reichstag das Ersuchen, lieber die ganze Reichsversicherungsordnung abzulehnen, anstatt durch Annahme der bisher für die Regelung der Angestellten-Verhältnisse vorgesehenen Bestimmungen die Interessen der Angestellten zu schädigen. Insbesondere erhob er Protest gegen die Art. 29 bis 32 E.G. zur Reichsversicherungsordnung und verlangte neben Klarstellung der Frage, daß die Übernahme der Angestellten aufgelöster Kassen (§ 303) auch für die bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung beschäftigten Angestellten gelten müsse, Beseitigung derjenigen Bestimmungen für die Kassenangestellten, die einen ausnahmsgefehligen Charakter tragen, insbesondere der Genehmigungsbefugnisse des Versicherungs- und Oberversicherungsamts, der Ostroierung von Angestellten durch das Versicherungsamt, der Nachprüfung der politischen Gesinnung durch das Versicherungsamt und der Kontrolle des Privatlebens der Angestellten und ihrer politischen Betätigung außerhalb ihrer dienstlichen Stellung, der Übertragung der mittelbaren Staatsbeamtenrechte und -pflichten, des Rechts des Versicherungsamts, den Vorstand zu Entlassungen infolge politisch erlaubter Betätigung zu zwingen.

Die Berichte der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung sind in den Tagen vom 27.—29. April erschienen. Da der Reichstag am 2. Mai seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, ist die Zeit für ein gründliches Studium der schwierigen Materie äußerst knapp. Erschwert wird außerdem ein solches Studium durch den ungeheuren Umfang der Berichte; es zählt nämlich Bericht I (1. Buch, gemeinsame Vorschriften §§ 1—176) 313 Folioseiten, Bericht II (2. Buch, Krankenversicherung §§ 177—559) 503 Seiten, Bericht III (3. Buch, Unfallversicherung §§ 560—1211) 263 Seiten, Bericht IV (4. Buch, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung §§ 1212—1482) 209 Seiten, Bericht V (5. Buch, Beziehungen der Versicherungssträger zu einander und zu anderen Verpflichteten §§ 1483—1527) 28 Seiten, Bericht VI (6. Buch, Verfahren §§ 1528—1754) 213 Seiten. Der Gesamtbericht umfaßt also 1549 Druckseiten in Folioformat. Dazu tritt dann als 7. Teil die „Zusammenstellung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung“ mit 637 Seiten, so daß also die Druckfachen der Kommission, die den Plenarberatungen nun zugrunde liegen, rund 2200 Druckseiten zählen. Es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit für die meisten Reichstagsabgeordneten, sich in die Einzelheiten dieses weiträumigen und verwickelten Gebiets rechtzeitig einzuarbeiten. Gemacht wird die Sache faktisch von verhältnismäßig wenigen Führern, deren Sachkunde die Parteien des Hauses vertrauen müssen unter Verzicht auf eigenes Urteil.

Die Schaffung einer Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung wird von einer Anzahl von Verbänden, darunter: Bayerischer Industriellenverband, München, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (e. V.), Deutscher Privatbeamtenverein, Magdeburg, Verband Deutscher Diplomingenieure, Zentralausschuß der Prinzipalverbände in Sachen der Pensionsversicherung der Privatangestellten, Hamburg, Deutscher Bankbeamtenverein, Deutscher Verein für Versicherungswissenschaft und Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller, München, geplant. Diese Verbände halten den vorliegenden Entwurf für durchaus verfehlt, besonders da ein großer Teil der Angestellten durch die beabsichtigte Regelung der Privatangestelltenversicherung schlechter gestellt würde als bisher. Um dies zu verhindern und gleichzeitig zu zeigen, daß die ablehnende Stellung nicht etwa der Privatbeamtenversicherung an sich gilt, sondern nur dem vorliegenden Entwurfe, wollen diese Verbände selbst den Versuch unternehmen, einen den Forderungen der Angestellten und ihrer Arbeitgeber besser entsprechenden neuen Gesetzentwurf aufzustellen. Daß dieser dem jetzigen Reichstage noch vorgelegt werden könne, sei gänzlich ausgeschlossen. Das sei aber auch nicht erforderlich. Bei einem Gesetz von so einschneidender Bedeutung, wie dem in Rede stehenden, komme es nicht darauf an, daß in möglichst kurzer Zeit irgend etwas geschaffen werde, ohne Rücksicht darauf, ob dies den Interessen eines großen Teils der beteiligten Kreise zuwiderläuft, sondern darauf, daß etwas Gutes, Gerechtes und Durchführbares entstehe.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der deutsche Arbeitsmarkt im März weist nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 4 eine weitere Besserung auf. Die Berichte über das Baugewerbe bezeichnen die Lage des Arbeitsmarktes allerdings noch immer überwiegend der Jahreszeit entsprechend flau. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist eine gewisse Abschwächung eingetreten, die im Nachlassen des Bedarfs mit dem Fortschreiten der Jahreszeit und in der am 1. April in Kraft getretenen Preisermäßigung begründet ist. Im Saarrevier hat die Förderung sich gehoben, doch blieb der Absatz hinter den Erwartungen zurück. Auch im ober-schlesischen Kohlenbergbau waren die Absatzverhältnisse recht mäßig. In den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren war die Marktlage im allgemeinen befriedigend. In der Metall- und Maschinenindustrie wird der Beschäftigungsgrad im allgemeinen als befriedigend und besser als im Vormonate bezeichnet. In der Textilindustrie klagen besonders die Baumwollspinnereien und Webereien in allen Teilen des Reichs über unbefriedigenden Geschäftsgang. Auch die Lage der Tuchindustrie wird nur von wenigen Berichten als befriedigend bezeichnet. Dagegen lauten die Berichte der elektrischen Industrie überwiegend günstig. Auch die chemische Industrie war im allgemeinen gut beschäftigt. Auf dem Kalimarkt machte sich eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate bemerkbar; der Geschäftsgang wird im allgemeinen gut genannt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im März weiter zugenommen. Es ergab sich am 1. April 1911 gegenüber dem 1. März eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von insgesamt 128 019 (109 920 männlichen und 18 099 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 103 gestiegen, während der der weiblichen auf der Höhe des Vormonats, nämlich auf 101, stehen geblieben ist.

Die Arbeitslosenfiguren der Reichsverbände im ersten Vierteljahr 1911 zeigen keine erhebliche Veränderung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres; sie betragen Ende Januar 2,6 %, Februar 2,5 %, März 1,9 % gegen 2,6 %, 2,5 % bzw. 1,9 % in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen auf Besserung gegenüber dem Vormonate und März des Vorjahres schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im März 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 157, bei den weiblichen Personen 76 Arbeitsgelegenheiten gegen 210 bzw. 81 im Februar 1911 und 182 bzw. 84 im März 1910.

Zur Arbeitsnachweisfrage im Baugewerbe, die im Reichstarifvertrag bekanntlich ungeregelt geblieben ist, hat das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe folgende Entscheidung gefällt:

„Die Frage des Arbeitsnachweises steht außerhalb des Vertrages. Die Parteien können Nachweise in beliebiger Form betreiben oder erichten. Die Parteien können Gegenmaßnahmen ergreifen, soweit sie nicht durch Gesetz oder Vertrag verboten sind.“

„Der Arbeitsmarkt“ (Nr. 7 vom 20. April) bemerkt hierzu: Es steht also einer Sperre der einseitigen Arbeitsnachweise nichts im Wege, nur darf aus der Sperre keine Sperrverweigerung entstehen, wie auch der Zugang nach den betreffenden Orten nicht abgehalten werden darf. In den Orten jedoch, wo der neue Vertrag noch nicht abgeschlossen ist, in dem alten jedoch der einseitige Nachweis der Arbeitgeber anerkannt ist, gilt dieser, bis der neue Vertrag endgültig gelöst ist.

Der Deutsche Metallarbeiterbund Union für paritätische Arbeitsnachweise. Auf seiner diesjährigen Tagung (Dresden, 24. März) beschloß der Metallarbeiterbund Union, in allen Orten wo sich paritätische Arbeitsnachweise befinden, die eigenen Vermittlungsbüros einzugehen zu lassen und den paritätischen Arbeitsnachweisen 5000 M. zuzuwenden. Zu diesem Zwecke soll von der Bundeskasse der Betrag von 56 000 M. aufgewendet werden.

Die Aufhebung des italienischen Arbeitsamtes in New York, das beim italienischen Auswanderungskommissariat in New York vor einigen Jahren eingerichtet worden war, wird jetzt erfolgen. Es verfolgte den doppelten Zweck, den neu nach New York gekommenen Arbeitern aus Italien Arbeitsgelegenheit nachzuweisen und außerdem genaue Nachrichten über den amerikanischen Arbeitsmarkt zu liefern. Das Amt hat jedoch seinen eigentlichen Zweck nicht zu erfüllen vermocht, da es ihm nur in wenigen Fällen gelang, italienische Arbeiter unterzubringen, woran allerdings die italienischen Auswanderer teilweise selbst die Schuld tragen, da sie Arbeitsgelegenheiten außerhalb New Yorks nicht annehmen wollten. Seine Leistungen standen mit den Kosten des Amtes — mehr als eine halbe Million Frank — nicht im Einklange. Die Stellenvermittlung wird künftig von der Società per gli immigranti italiani besorgt werden, während die Nachrichten über

den amerikanischen Arbeitsmarkt vom italienischen Auswanderungs-Spektrator gesammelt werden sollen. Nach einjähriger Probe will man nötigenfalls eine andere Lösung der Angelegenheit versuchen. —h—

Genossenschaftswesen.

Zur Besteuerung der Konsumvereine.

Während die Konsumvereine ursprünglich überall der Einkommen- und den Gewerbesteuern nicht unterworfen waren, ist man jetzt nicht nur bemüht, sie ebenso zu besteuern wie die Kleinhandler — das geschieht bereits fast überall — sondern man sucht den Konsumvereinen besondere Steuerlasten aufzubürden. Derartige Versuche, die Konsumgenossenschaften Sonderneuern zu unterwerfen, sind ausnahmslos die Folge einer mehr oder minder heftigen Agitation von Kleinhändlern und Handwerksmeistern, die törichterweise an eine bedrückende Konkurrenz durch den Konsumverein glauben, während vielfach ganz andere Organisationen und Vorgänge, die mit der Genossenschaftsbewegung nicht das geringste zu tun haben, die Ursache des schlechten Geschäftsganges sind. Die einzigen, die sich mit einem Schein von Recht beklagen können, sind die Kolonialwarenhändler, die Bäcker und allenfalls die Fleischer. Von den Kolonialwarenhändlern kommen jedoch weniger die sachmännisch geleiteten, leistungsfähigen Geschäfte als die vielen kleinen Hodeläden in Frage. Diese Geschäfte schleppen sich infolge Kapitalmangels und Borgwirtschaft auch ohne Konsumvereinskonkurrenz häufig nur so eben hin. Ihr Verschwinden ist im einzelnen Falle vielleicht eine schwere Schädigung für den Inhaber, aber volkswirtschaftlich nicht zu bedauern. Bei der Herstellung von Backwaren ist der Großbetrieb nicht nur im Vorteil, sondern auch ein ganz bedeutender Fortschritt und zwar sowohl für die Konsumenten als für die Arbeiter. Er kann durch Einführung von Schichten die Nacharbeit mildern, kann verheiratete Gefellen beschäftigen, vermag saubere Herstellung der Waren zu sichern u. a. m. Sollten die Konsumvereine also wirklich in größerem Maße Bäder auskalteten, so wäre das kein Unglück. Nun werden die Kleinbäcker in den Großstädten aber bereits durch Brotfabriken und Großbäckereien dermaßen bedrängt, daß die Konsumvereine neben diesen Veränderungen, die im Gewerbe selbst vor sich gehen, nur eine geringe Rolle spielen. Die Schlächter gar unterliegen der direkten Konkurrenz durch die Konsumvereine doch — leider! — nur in verschwindend wenig Fällen. Eine etwas größere Rolle spielt die Preisregulierung durch die Genossenschaften. Sie wird aber erst recht keinem verständigen Sozialpolitiker zu einer Sonderbesteuerung Veranlassung geben. Bietet also die angebliche „Schädigung von Mittelstandsexistenzen“ durch die Konsumvereine keine Veranlassung, gegen die Vereine vorzugehen, so hat umgekehrt ein großer Teil des Mittelstandes einen sehr erheblichen direkten und indirekten Nutzen von den Konsumvereinen. Der gemeinsame Einkauf macht die Massen kaufkräftiger, und die Preissteigerungen für Lebensmittel unterliegen gewissen Beschränkungen.

Trotzdem hat überall eine heftige Agitation eingesetzt, die mit mehr oder weniger Erfolg behördliche Bedrückung der Konsumvereine verlangt. Neben den Schädigungen des Mittelstandes führen die Wortführer dieser Bewegung stets den staatsfeindlichen Charakter der im Hamburger Zentralverbande zusammengeschlossenen Konsumvereine an. Jeder Kundige weiß zwar, daß die Leitung des Zentralverbandes gerade wegen ihrer Neutralität vielen Angriffen ausgesetzt ist, nichts desto weniger werden die Resolutionen sozialdemokratischer Parteitage und Äußerungen sozialdemokratischer Redner, die in keinem Verhältnisse zum Zentralverbande stehen, munter ausgenutzt. Post- und vor allem Eisenbahnbehörden verbieten ihren Beamten und Arbeitern — man ging sogar bis zu den Scheuerfrauen herunter — häufig schon seit Jahren den Eintritt zu Vereinen, die in ihrer Verwaltung einen Sozialdemokraten zählen.

Schlimmer als diese Verbote sind jedoch die steuerlichen Maßnahmen, die man gegen die Konsumvereine trifft. Im Laufe der letzten Wochen sind nicht weniger als fünf Projekte ausgearbeitet oder sogar angenommen worden. In Nr. 3 des XVIII. Jahrgangs hat die „Soz. Praxis“ die eigenartige Sozialpolitik gekennzeichnet, die Lübeck mit seiner Konsumvereinsbesteuerung zu betreiben gesonnen ist. Im Januar dieses Jahres ist das geplante Gesetz endlich zustande gekommen. Wie es aussieht, zeigen folgende Zahlen: Der Lübecker Konsumverein hat im letzten Jahre 36 000 M. erübrigt. Von dieser Summe hätte ein privater Ge-

werbetreibender 576 *M* Steuern zu zahlen. Die Umsatzsteuer des Konsumvereins würde sich aber auf 1338 *M* stellen.

Das anhaltische Gemeindeabgabengesetz von 1905 gestattet, von Konsumvereinen mit 20 000 *M* Umsatz bereits eine Umsatzsteuer zu erheben. Nur ein Verein ist dieser Steuer unterworfen worden. Am 10. April hat nun der Landtag in dritter Lesung einem Gesetzentwurf der Regierung seine Zustimmung gegeben, wonach dasselbe Besteuerungsrecht nunmehr den Kreisen übertragen wird. Damit ist eine Doppelbesteuerung möglich. Der einzige Schutz ist das Genehmigungsrecht der Regierung. Wie unbedeutend das Vorgehen ist, zeigt am besten die Tatsache, daß die anhaltischen Konsumvereine 18 000 *M* Steuern zahlen, während Kleinhändler mit demselben Umsatz insgesamt 3000 *M* zahlen würden.

In Lippe waren die Konsumvereine bisher der Einkommensteuer noch nicht unterworfen. Nach einem Gesetzentwurf, der gegenwärtig von der Kommission beraten wird, sollen sie künftig Einkommensteuer zahlen, während die Volkereigenenschaften in Zukunft von der Steuer befreit sein sollen. Auch hier waren Rücksichten auf den „Mittelstand“ maßgebend.

Noch schlimmer stehen die Dinge jedoch in Hamburg. Dort wird eine Finanzreform geplant. Senat und Bürgerschaft haben eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die nun ihre Vorschläge veröffentlicht hat. Sie schlägt 7 000 000 *M* neuer Steuern und Gebühren vor, darunter Besteuerung der Konsumvereine 150 000 *M*. Für die Gesamtsumme ist das eine Lappalie, für die Hamburger Konsumvereine bedeutet es aber ein schweres Opfer. Im Jahre 1889 hielt eine ähnliche „gemischte Kommission“ es noch für selbstverständlich, daß Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Anschaffung von Lebensmitteln steuerfrei bleiben sollen. Bei der Steuerreform von 1903 wurden die Konsumgenossenschaften der Einkommensteuer unterstellt. Nun plant man jedoch eine Umsatzsteuer. Jeder weiß, daß der maßgebende Hamburger Konsumverein, die „Produktion“, nie von der Dividendensteuer ergriffen war, daß er zwar reichlich Reserven und Betriebskapital ansammelte, aber seine Preise stets so stellte, daß er allgemein regulierend wirkte. In diesem Falle ist es deshalb besonders unangebracht, ein Einkommen von 8 % des Umsatzes anzunehmen.

Etwas anderer Art sind die Bestrebungen, die in Preußen im Gange sind und die demnächst im Abgeordnetenhaus zur Beratung stehen werden. Der Abgeordnete Hammer hat beantragt, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, durch den auch die festen Rabatte der Konsumvereine der Besteuerung unterworfen werden. Gegenwärtig ist die Sachlage folgende: Die Summen, die dem Konsumverein zufließen, sind bereits als Einkommen der Mitglieder versteuert. Da die Konsumvereine zu Tagespreisen verkaufen, sind sie am Jahreschlusse in der Lage, auf die Kaufsumme eine Rückvergütung zu gewähren. Diese Rückvergütung wird nun beim Verein der Besteuerung unterworfen, während die Rabatte der Händler u. a. der Besteuerung nicht unterliegen. Der Grund für diese Besteuerung ist ein rein formeller: Die Höhe der Rückvergütung steht nicht im voraus fest. Deshalb ist man hier und da dazu übergegangen, den Mitgliedern ein Recht auf einen festen Rabatt einzuräumen. Diese Rabatte mußten steuerfrei bleiben. Obwohl 1909 nur 5 000 000 *M* in Form des Rabattes und 17 500 000 *M* in Form der der Steuerpflicht unterliegenden Rückvergütung ausgezahlt wurden, schreien die Händler über diese angebliche Steuerhinterziehung sehr. Diese Beschwerden haben nun zum Antrag Hammer geführt, der hoffentlich abgelehnt wird.

Im ganzen muß man sagen, daß diese Steuerpläne ebenso unerfreulich sind wie die Verbote an Beamte, Mitglied zu werden. In den Konsumvereinen leisten große Arbeitermassen auf neutraler Grundlage zusammen mit Angehörigen anderer Klassen praktische Gegenwartsarbeit. Ist es wirklich angebracht, sie darin zu stören, weil angeblich Mittelstandsrisiken durch sie gefährdet werden? Ist es angebracht, die Rückvergütungen, die im Haushalt der kleinen Leute eine große Rolle spielen, zu kürzen, obwohl die erzielten Steuersummen für den Staat unerheblich sind? Die Steuersummen der Konsumvereine sind schon heute recht erheblich, um so mehr sollte man sich deshalb jeden Plan überlegen, der auch nur den Schein der Ungerechtigkeit trägt.

Hamburg.

Dr. Th. Cassau.

Volksgesundheit.

Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend¹⁾.

Von Dr. Agnes Blum, Berlin.

I.

Auf dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie in Berlin 1907 entwickelte Geheimrat Mayet in einem lehrreichen Vortrage die Grundsätze, nach welchen eine Krankenkassenstatistik aufzumachen sei. Nach diesen Grundsätzen ist die vorliegende Leipziger Statistik aufbereitet und unter Mayets fachkundiger Leitung unter Beirat des Reichs-Gesundheitsamts im Kaiserlichen Statistischen Amte bearbeitet worden.

Zur Methode sei bemerkt, daß, um den in andern ähnlichen Untersuchungen so störenden Einfluß des Mitgliederwechsels auszuschalten, die Leipziger Statistik nicht mit wirklichen Einzelpersonen operiert, sondern mit „ein Jahr lang unter Beobachtung gewesenen Personen“, die dadurch errechnet wurden, daß man die während des Zeitraumes von 1887—1904 oftmals unterbrochene Mitgliedsdauer der Einzelpersonen addierte und durch 365 dividierte. So ergaben sich 952 674 männliche und 259 582 weibliche ein Jahr lang unter Beobachtung gewesene Pflichtmitglieder und 47 741 männliche und 28 549 weibliche entsprechend beobachtete freiwillige Mitglieder. Die Trennung der versicherungspflichtigen von den freiwilligen ist deshalb geboten, weil letztere eine gesundheitlich minderwertige Auslese darstellen, namentlich bei den Männern in den jüngeren Altersklassen, wo hauptsächlich Krankheit die Ursache für den Eintritt in die freiwillige Mitgliedschaft bildet. Bei den Frauen findet eine Selbstauslese in den jüngeren Jahren „namentlich unter dem Gesichtspunkt der eintretenden und der möglichen Schwangerschaft“ statt. Daß die Geschlechter getrennt und nach Altersklassen (5, 10 und 20-jährige) gesondert behandelt worden sind, versteht sich heute fast von selbst. Die Berufsgruppen und -Arten sind, soweit möglich, mit der Einteilung der Berufs- und Gewerbestatistik von 1895 in Übereinstimmung gebracht worden. Betreten sind sowohl Industrie, Handel und Verkehr als auch Land- und Forstwirtschaft mit 24 größeren Berufsgruppen und 108 männlichen und 79 weiblichen Berufsarten. Die Aufstellung der Krankheits- und Todesursachen folgt dem durch Bundesratsbeschuß 1901 festgestellten Formular. Die Ausführlichkeit der Behandlung richtet sich nach der Zahl der einzelnen Berufsarten vertretenden Personen, ist aber eine noch nie zuvor dagewesene. Die freiwilligen Mitglieder sind zur Vermeidung einer Statsüberschreitung (325 000 *M*) nur nach einigen ausgewählten Berufsarten behandelt. Die Gegenüberstellung der Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Allgemeinheit ohne Berücksichtigung des Berufs (Teil A) und derjenigen nach Berufsgruppen (Teil B) und Berufsarten (Teil C) ermöglicht durch Vergleich die Erkenntnis, ob eine Krankheit als Berufskrankheit aufzufassen ist oder nicht, wodurch gleichzeitig der Krankheitsbekämpfung der Weg gewiesen wird. Die Erfassung der ein Jahr lang beobachteten Personen während eines längeren Zeitraumes (17 Jahre) hat den großen Vorteil, daß dadurch die Einflüsse der Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur (Gesundheitsimulation) sowie diejenigen des klimatisch und gesundheitlich verschiedenen Charakters der Kalenderjahre ausgeschlossen werden.

Was lernt nun der soziale Praktiker aus dem vorliegenden Werk? Betrachten wir zuerst die Sterblichkeit.

Die Sterblichkeitsverhältnisse der beiden Geschlechter. Kaup hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl der Todesfälle innerhalb der Leipziger Statistik notwendig hinter der Wirklichkeit zurückbleiben muß, weil bei solchen zum Tode oder zu Invalidität führenden Krankheiten, welche die gesetzliche Unterstützungspflicht der Kasse überdauern (sogenannte Aussteuerungsfälle), der Tod vielfach außerhalb der Rassenmitgliedschaft erfolgt. Danach bestehen gewisse Bedenken gegen den in Band I angestellten Vergleich zwischen der Sterblichkeit der männlichen und weiblichen Reichsbewölkerung und derjenigen der Leipziger Rassenmitglieder. Trotzdem ist dieser Vergleich durchaus nicht wertlos, wie folgende Überlegung zeigt: Auf die 15-19-jährige Altersklasse der gesamten männlichen Rassenmitglieder entfallen 540 sogenannte Aussteuerungs-

¹⁾ Untersuchungen über den Einfluß von Geschlecht, Alter und Beruf. Bearbeitet im Kaiserlich Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik, unter Mitwirkung des Kaiserlichen Gesundheitsamts. 4 Bände. Berlin. Carl Seymanns Verlag 1910. Preis 80 *M*.

fälle. Von den sämtlichen 69 713 Krankheitsfällen dieser Altersklasse verlaufen 529 = 0,72 % tödlich. Nehmen wir nun an, daß von den 540 Aussteuerungsfällen 180 = 33,3 %! außerhalb der Rassenmitgliedschaft zwischen 15 und 20 Jahren zum Tode führen, was sicherlich stark übertrieben ist, da viele dieser Fälle trotz langer Dauer mit Heilung endigen, so erhöht sich die Zahl der Todesfälle pro 1000 Mitglieder zwar recht erheblich, bleibt aber trotzdem noch um 0,47 ‰ hinter derjenigen der männlichen Reichsbevölkerung in der gleichen Altersklasse zurück. Es geht hieraus hervor, daß die männlichen Rassenmitglieder bei ihrem Eintritt in den Beruf eine etwas größere Widerstandsfähigkeit gegen den Tod besitzen als der Durchschnitt der gesamten Reichsbevölkerung im gleichen Alter. Es ist diese Erkenntnis in zweifacher Hinsicht bedeutungsvoll. Denn einmal wird dadurch bestätigt, daß die in dem erwähnten Vergleich mit der Reichsbevölkerung zutage tretende Erscheinung einer Übersterblichkeit der Arbeiter zwischen 40 und 70 Jahren²⁾ tatsächlich eine Folge der Berufseinwirkung ist, und ferner wird dadurch die hohe Kindersterblichkeit in Arbeiterkreisen in viel größerem Maße von der angeborenen als von der erworbenen Konstitution der Eltern abhängig ist, so müssen auch sie wie ihre Eltern ursprünglich eine etwas größere Widerstandsfähigkeit gegen den Tod haben als der Durchschnitt der Kinder im Reiche³⁾. Trotzdem sterben von der ersten im ersten Lebensjahr infolge unzureichender Ernährung, schlechter Wohnungsverhältnisse usw. sehr viel mehr als von den letzteren. Die Bekämpfung der Kindersterblichkeit in Arbeiterkreisen ist demnach nicht nur ein Gebot der Menschewürde, sondern sie dient auch der Rasse, indem sie letztere vor einem vorzeitigen Verlust von körperlich tüchtigeren Elementen bewahrt.

Der Vergleich der Sterblichkeit der weiblichen Rassenmitglieder und derjenigen der weiblichen Reichsbevölkerung ergibt eine Übersterblichkeit der ersten zwischen 20 und 35 und zwischen 45 und 50 Jahren, dagegen eine zum Teil recht beträchtliche Untersterblichkeit in allen andern Altersklassen. Selbst wenn diese Untersterblichkeit durch die außerhalb der Rassenmitgliedschaft erfolgten Todesfälle ausgeglichen oder in eine Übersterblichkeit verwandelt würde, so bleibt doch die Tatsache der besonderen Lebensgefährdung der Arbeiterinnen in den ersterwähnten Altersperioden bestehen. Auf das 20. bis 35. Lebensjahr fallen die meisten Entbindungen. Zwischen dem 45. bis 50. beginnt das Erlöschen der Geschlechtsfunktionen, ein Vorgang, der bei der Mehrzahl der Frauen die Widerstandsfähigkeit ungünstig beeinflusst. Es ist die schädliche Wirkung der Doppellast von Berufs- und Geschlechtsleistung, die in der relativ hohen Sterblichkeit der Arbeiterinnen in den erwähnten Jahren zum Ausdruck kommt. Es läßt sich dabei zeigen, daß nicht etwa eine besonders starke Belastung mit Geburten, sondern die Erwerbsarbeit neben der Gattungstätigkeit das ausschlaggebende ist. Dieser ungünstige Einfluß zeigt sich auch, wenn man die Sterblichkeit der männlichen mit derjenigen der weiblichen Rassenmitglieder vergleicht, wobei aus naheliegenden Gründen nur die Pflichtmitglieder mit einander verglichen werden können. Unter 15 Jahren ist die Sterblichkeit bei beiden Geschlechtern gleich. Vom vollendeten 15. bis 34. Lebensjahre zeigen die Frauen eine Übersterblichkeit, die zwischen 24 und 29 Jahren 1,08 ‰, zwischen 30 und 34 Jahren 0,70 ‰ beträgt. Vom 35. Lebensjahre an ist die Sterblichkeit der Frauen sehr viel geringer als diejenige der Männer, und die Differenz verschärft sich mit zunehmendem Alter derart, zugunsten der Frauen, daß sie zwischen 70 und 74 Jahren 16,87 ‰ beträgt. Da im Alter von 5 bis 15 Jahren die Mädchen sonst überall infolge der stärkeren Heimsuchung durch Tuberkulose eine größere Sterblichkeit zeigen als die Knaben⁴⁾, so dürfen wir aus der gleichen Zahl der Todesfälle bei den männlichen und weiblichen Arbeitern unter 15 Jahren schließen, daß die Mädchen beim Eintritt in die Berufsarbeit eine relativ recht gute Konstitution besaßen. In die 15 bis 19jährige Altersklasse fällt nun bei den meisten von ihnen die geschlechtliche

Entwicklung, welche das Allgemeinbefinden bei den Mädchen viel mehr alteriert als bei den Knaben. Kommt zu dieser starken Inanspruchnahme die Berufsarbeit hinzu, so resultiert eine Übersterblichkeit, die um so mehr ins Gewicht fällt, als bei der Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung in den meisten Staaten die Sterblichkeit zwischen 15 und 20 Jahren geringer ist als bei der männlichen. Für die Praxis ergibt sich hieraus die Forderung besonderer Schutzmaßnahmen für die weiblichen jugendlichen Arbeiter. Bezüglich des Sterblichkeitsplus zwischen 20 und 35 Jahren sei noch erwähnt, daß dasselbe wächst und sinkt mit der wachsenden und sinkenden Belastung mit Wochenbetten in den drei fünfjährigen Altersklassen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialhygienische Vorschläge zur Erhaltung unserer Jugendlichen. In Heft 3 des IV. Bandes der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform „Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland“, Schädigungen von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, hat der schriftliche Berichterstatter (Dr. Kaup) eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die in dieser Schrift nur eine kurze Begründung erfahren konnten. Die einzelnen Vorschläge nun, die im Zusammenhang mit dem ersten Referat auf der Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform „Veruschung der jugendlichen Arbeiter“, Referent Obermedizinalrat Professor Dr. von Gruber, zur Erörterung kommen dürften, erfordern jedoch eine genauere Begründung, und namentlich erscheint es notwendig, auf ähnliche Durchführungen in anderen Staaten und auch auf Ansätze bei uns ausführlicher hinzuweisen. Zu diesem Zwecke hat Dr. Kaup in einer Artikelserie in der Zeitschrift der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt „Concordia“ eine genauere Begründung seiner Vorschläge⁵⁾ gegeben, die jetzt als Sonderdruck in Carl Heymanns Verlag, Berlin, Mauerstraße, unter dem Titel „Sozialhygienische Vorschläge zur Erhaltung unserer Jugendlichen“ erschienen ist. Allen Interessenten für das Hauptthema der Generalversammlung empfehlen wir das kleine Schriftchen und hoffen, daß die darin gegebenen näheren Erläuterungen samt einem statistischen Anhang wichtiger Tatsachen zur Belebung und Klärung der Diskussion beitragen werden.

Eine starke Abnahme des Alkoholgenußes in Deutschland ist die Folge der Spiritussteuer-Erhöhung von 1909 und des sozialdemokratischen Schnapsboykotts. Nach der letzten amtlichen Statistik über die Branntweinbrennerei im Betriebsjahr 1909/10 (Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1911, 1. Nachtrag, Berlin, Postkammer u. Mühlbrecht) sind nur 1 783 027 hl Branntwein für Genußzwecke in den freien Verkehr gesetzt worden gegen 2 650 622 hl im Betriebsjahr 1908/09. Es ergibt dies einen Rückgang um 867 595 hl. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt ein Trinkbranntweinverbrauch von 2,81, während das Jahr 1908/09 einen Verbrauch von 4,21 gehabt hatte, so daß sich gegenüber dem vorausgegangenen Jahre ein Rückgang um 1,41, also um genau ein Drittel, ergibt. In den letzten 20 Jahren hat der Branntweinverbrauch zwischen 3,8 und 4,71 auf den Kopf geschwankt, wobei die Veränderungen von Jahr zu Jahr höchstens 0,31 betragen haben. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß diese Bewegung zur Verminderung des Alkoholverbrauchs für Trinkzwecke auch noch anhält, denn die Branntweinverbrauchsabgabe hat im Jahre 1910 einen starken Rückgang erfahren.

Städtischer Medizinalrat in Berlin. Die Stadtverordneten haben am 27. April auf Grund eines Ausschußantrags ohne jede Debatte folgenden Beschluß gefaßt: „Die der Stadt Berlin auf dem Gebiete der Gesundheitspflege obliegenden Verpflichtungen und die von ihr auf diesem Gebiete freiwillig übernommenen Aufgaben haben in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß es geboten erscheint, als Mitglied des Magistrats neben den hochverdienten im Ehrenamte tätigen Mitgliedern eine weitere in allen einschlägigen Fragen hervorragende erfahrene Kraft zu gewinnen. Die Versammlung ersucht daher den Magistrat um seine Zustimmung zur Schaffung der Stellung eines besoldeten städtischen Medizinalrats mit dem Gehalt technischer Magistratsmitglieder.“

Unentgeltliche Geburtshilfe in der Stadt Zürich. Nach sechsjähriger Vorarbeit ist in der Stadt Zürich vom Großen Stadtrat mit 75 gegen 15 Stimmen die Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe beschlossen worden. Wöchnerinnen, die seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in der Stadt Zürich wohnen und ein Einkommen von nicht mehr als 2000 Frank ohne Vermögen haben, sind zur unentgeltlichen Pflege in der kantonalen Frauenklinik oder zum Bezuge der staatlichen Hebammengebühr

²⁾ In Wirklichkeit ist diese Übersterblichkeit viel größer als in jenem Vergleich und jetzt auch wohl schon früher ein.

³⁾ Da, wie verschiedene Autoren gezeigt haben, bei der Säuglingssterblichkeit der Einfluß der angeborenen Konstitution durch denjenigen der sozialen Verhältnisse überkompensiert wird, so kann die größere Widerstandsfähigkeit der 15/19jährigen Arbeiter nicht lediglich Wirkung einer Auslese durch die größere Sterblichkeit im ersten Lebensjahre sein, sondern sie muß auf einer etwas widerstandsfähigeren angeborenen Konstitution der Arbeiterkinder insgesamt beruhen.

⁴⁾ Prinzing. Die kleine Sterblichkeit des weiblichen Geschlechtes zc. Arch. f. Rassenbiologie Bd. II. 1905.

⁵⁾ Nr. 27 der „Sozialen Praxis“ Sp. 840. XX. Jahrg. 1911.

(25 Frank) und bei pathologischen Geburten auch zum Bezuge der Arzt- und Arzneikosten berechtigt. Ausnahmsweise kann in Fällen, wo ein höheres Einkommen vorhanden ist, aber die wirtschaftliche Lage der Familie es rechtfertigt, diese Vergütung ebenfalls gemährt werden. Ferner leistet die Stadt Zürich zu den Kosten der Erweiterung der staatlichen Frauenklinik einen einmaligen Beitrag von 440 000 Frank. Die neue Einrichtung wird eine Jahresausgabe von über 80 000 Frank verursachen. Die Vorlage unterliegt noch der städtischen Volksabstimmung.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Probleme und Aufgaben des ländlichen Pfarramts. Von Pfarrer Lic. Alfred Eckert zu Strohsdorf-Pyrith. Berlin SW. 11. Deutsche Landbuchhandlung 1910. Preis 8 M.

Mit der vorliegenden Schrift werden einerseits manche Räte geistiger und wirtschaftlicher Art dargelegt, mit denen der Stand der Landpfarrer zu kämpfen hat, andererseits sucht der Verfasser bei Amtsbrüdern wie bei Laien Verständnis für die ländliche, speziell bäuerliche Art zu erwecken und dazu anzuregen, daß die Landpfarrer der Religion der Landbevölkerung in ihrer Eigenart nachgehen und ihre Amtarbeit ihr gemäß ausgestalten. Das Buch bietet manche wertvollen Einblicke. Man merkt jedoch, daß es aus einer Reihe von Abhandlungen entstanden ist, die nach und nach in Fachblättern erschienen. Dadurch kommen vielfach Wiederholungen vor und auch die Auseinandersetzungen polemischer Natur, wie sie in Fachzeitschriften förderlich sein mögen, wären bei der Herausgabe in Buchform besser zu vermeiden gewesen.

Kinderpflege-Lehrbuch. Bearbeitet von Prof. Dr. med. Arthur Keller und Dr. med. Walther Birt, Leiter bezw. Assistent des Kaiserin Auguste Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Mit einem Beitrage von Dr. med. Axel Tageffson Möller. Berlin 1911. Julius Springer. Preis 2 M.

Das Buch ist in erster Linie für Schwestern bestimmt, die sich im Anschluß an die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege speziell der Kinderpflege widmen wollen. Es ist aber so verständlich gefaßt, daß es auch ohne vorherige Ausbildung eine gute Anleitung zur Kinderpflege bietet. Ins Auge gefaßt ist sowohl die Pflege und Ernährung des kranken, wie auch des gesunden Kindes. Das Säuglingsalter steht im Vordergrund, doch sind in manchen Abschnitten, so namentlich bei dem Anfang über Gymnastik und Atemübungen auch die höheren Altersstufen berücksichtigt.

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung. Von Räte Dunder. 2. Auflage. Stuttgart 1910. Diez Nachf.

Von einigen parteipolitischen Einseitigkeiten abgesehen ist die kleine Schrift eine recht gute Materialsammlung über die mit der erwerbsmäßigen Kinderarbeit verbundenen Schäden sowie über die gesetzlichen Vorschriften über Kinderschutz und ihre Durchführung.

Der Verein für Handlungs-Commis von 1858. Seine Geschichte und seine Tätigkeit auf dem Gebiete kaufmännischer Standesfragen. Ein Beitrag zur Geschichte der Privatbeamtenbewegung. Von Dr. Walther Stiller. Jena 1910. Gustav Fischer.

Die vorliegende umfangreiche Untersuchung, die sich auf das große Aktienmaterial dieser ältesten zurzeit bestehenden Organisation kaufmännischer Angestellten stützt, ist nicht nur eine Geschichte dieses einen Verbandes, sondern über diesen Rahmen hinaus eine Geschichte der Anschauungen und Strömungen in der Handelsangestellten-Bewegung überhaupt. Der Verein für Handlungs-Commis, in dem unter den Mitgliedern auch zahlreiche selbständige Kaufleute vertreten sind, war am stärksten und am längsten durch das Prinzip des „laissez faire“ beeinflusst. Erst allmählich, zum Teil nach schweren prinzipiellen Auseinandersetzungen, brach sich die Erkenntnis Bahn, daß auch für den Kaufmannsstand die Selbsthilfe (namentlich durch die vortrefflichen Kasseneinrichtungen des Vereins) nicht ausreichend sei, sondern daß sie durch staatliche Maßnahmen ergänzt werden müsse. So ist das sozialpolitische Programm dieser Organisation in einer allmählichen Umwandlung begriffen, die vielleicht auch heute noch nicht abgeschlossen ist, sondern auch noch in anderen Punkten (z. B. Stellung zur Frauenarbeit) nach und nach dem Zeitgeist Rechnung tragen wird. Doch verdient es jedenfalls Anerkennung, wie ernst alle Probleme durchgearbeitet werden und daß eben kein Stillstand, sondern ständige Entwicklung besteht.

Josef Quitpold Stern, Wiener Volksbildungsweisen. Jena. Eugen Diederichs. 1910. Preis 2 M.

In dem lebendig geschriebenen Buche will der Verfasser, der als Bibliothekar des Volksheims praktisch in der Wiener Volksbildungsarbeit mitwirkt, dem Leser ein Bild davon geben, wie in dieser Stadt „allen Bewohnern planmäßig Wege zur Bildung bereitet werden“. Geschildert sind die Leistungen des Wiener Volksbildungsvereins im Vortrags- und Bibliotheksweisen, ein zweiter Abschnitt berichtet von dem

umfassenden Wirken des Vereins Zentralbibliothek; die vollstümlichen Universitätskurse erfahren eine eingehende Würdigung, des weiteren wird das Volksheim behandelt. Von der Wiener Freien Volksbühne erzählt der fünfte und letzte Abschnitt des Sternschen Buches, in dem wir nur eine Darstellung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit in Wien vermissen, die dort — im Gegensatz etwa zu den Verhältnissen in Berlin — durch ihr offizielles Zusammengehen mit den bürgerlichen Vereinen und den staatlichen Universitätskursen besonders bemerkenswert wird.

Dr. B. Ed. Biermann. Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo). Sein Leben und sein Werk. Bd. I: Leben und Wirken bis zum Jahre 1849. 887 S. 7,00 M. Bd. II: Die Deutsche Handwerker- und Arbeiterbewegung des Jahres 1848. Winkelblechs Leben und Wirken bis zu seinem Tode, 1865. 509 S. 10 M. Mit zwei Bildnissen. Leipzig. A. Deichert Nf. (Georg Böhme). 1909.

Dem halbvergessenen Kleinbürgerlichen Sozialisten Winkelblech gen. Marlo, der trotz seiner unzweifelhaften Gedankenkraft und Selbständigkeit niemals eine größere volkswirtschaftliche Gemeinde um sich geschart hat, sich aber bei hervorragenden nationalökonomischen Theoretikern, wie z. B. Adolf Wagner, großer Wertschätzung erfreut, ist dieses dicke zweibändige Werk, das noch einen dritten Band erhalten soll, gewidmet. Liebe zu der ursprünglich-eigenartigen Persönlichkeit des bescheidenen Landmanns, der vom Chemieprofessor autodidaktisch zum Nationalökonomien sich entwickelt hat, hat Biermann getrieben, so umfassende Studien auf die sozialwirtschaftlichen Gedankengänge dieses Einsamen zu verwenden. Gewiß sind diese Gedankengänge, die in drei Riesenhänden „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Volkswirtschaft“ niedergelegt sind, sehr reichhaltig und erforderten also bei einem liebevollen kritischen Eingehen auf ihre Elemente eine längere Abhandlung. Es fragt sich aber, ob Biermann nicht die Grenzen der Darstellung in seiner Biographie und kritischen Darstellung des Lebenswerkes von Marlo etwas gar zu weit gestreckt hat; und ob im Interesse seines Selbsten und der Fruchtbarmachung der noch heute lehrreichen und anregenden Marloschen Gedankensätze ein weniger extensiver Vortrag mehr gewesen wäre. Freilich hatte Biermann einen überaus großen Tatsachenstoff, den er durch archivalische Studien oft neu zusammengetragen, zu verarbeiten und er hat sich überdies ein Ziel bei der Anlage des Werkes gesetzt, das weit über eine bloße Biographie Marlos hinausweist. Wie auch die Überschrift des zweiten Bandes besundet, will Biermann gleichzeitig das sozialwirtschaftliche Wirken schildern, aus dem Marlos Gedanken Nahrung und Färbung empfangen haben und auf dessen reformatorische Umgestaltung sie wiederum einzuwirken bestimmt waren. Diese Schilderungen gehören zu den wissenschaftlich fruchtbaren Teilen des Werks, weil ja außer Adlers Buch über die Anfänge der sozialpolitischen Arbeiterbewegung keine zusammenfassende Literatur über die deutsche Arbeiterbewegung bis zur Jahrhundertmitte besteht. Aus dem ersten Bande des Werkes ist besonders Kapitel III hervorzuheben: „Die Untersuchungen über die Organisation der Arbeit, ihr Inhalt und ihre Bedeutung für die Geschichte der Nationalökonomie“ und die politische Bewegung des tollen Jahres in Kuchhefen. Im Band II interessieren sozialgeschichtlich die Schilderungen der Handwerkerkongresse, für die namentlich neben Flugschriften Briefwechselsammlungen des Frankfurter Stadtarchivs neu benutzt worden sind, und die neuen Beiträge zu Stephan Borns Lebensbild. Auch die Anhänge des zweiten Bandes sind lehrreich: „Beschlüsse des allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Frankfurt a. M.“ (1848) und dessen „Denkschrift über den Entwurf einer Allgemeinen Deutschen Gewerbeordnung des Handwerker- und Gewerbelongresses“.

Marie Claire. Roman von Marguerite Andoux. Mit einem Vorwort von Octave Mirbeau. Ins Deutsche übertragen von Olga Wohlbrück. Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Stuttgart. Pr. 8 M.

Das Buch gehört zu den in letzter Zeit häufiger erscheinenden Bekennnisschriften von Männern und Frauen, die sich aus den ärmsten Schichten des Volks durch Not und Elend hochringen. Die Verfasserin ist eine Näherin in Paris, die in Form eines Ich-Romans ihre eigene Jugendzeit schildert. Schon von dem Gesichtspunkt aus, daß es sich hier auch um ein Dokument der nach Licht ringenden Volksseele handelt, verdient der Roman Beachtung. Aber auch rein als Kunstwerk betrachtet, bietet er poetische Feinheiten und manche Reize, wenngleich die Vorrede von Octave Mirbeau mit dem Lob in dieser Hinsicht etwas übertrieben erscheint.

Die Frau in der österreichischen Wohlfahrtspflege. Von Dr. Arthur Glaser. Referat, erstattet auf dem Internationalen Kongress für Armenpflege und Wohlfährigkeit, Kopenhagen 1910. Herausgegeben vom österreichischen Komitee.

Der Bericht ist eine Zusammenstellung dessen, was die österreichische Frau auf allen Gebieten der kirchlichen, privaten, öffentlichen Armenpflege und Wohlfährigkeit leistet. Man bekommt den Eindruck, daß viel tüchtige Einzelarbeit geboten wird, daß es aber an einer planmäßigen Zusammenfassung sowie auch an der geeigneten Schulung der Kräfte fehlt. Dem Bericht, der eine umfassende Materialsammlung darstellt, hat Ilse von Art Thesen zugefügt, aus denen gleichfalls der Wunsch nach stärkerer Zentralisierung der verschiedenen humanitären Bestrebungen sowie nach mehr sozialer Schulung der Frauen hervorgeht.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettzeile.

Akademik. ohne Examen, längere Zeit in Kommunalverw. tätig, wünscht Stellung b. sog. Verein oder dgl. Mdg. Anfr. Offerten unter H. K. 3855 an Hassenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8.

Im Verlage von **Duncker & Humblot** in **Leipzig** ist soeben erschienen:

Die Finnländische Frage im Jahre 1911

:: Ein orientierender Überblick ::
über den gegenwärtigen Stand des
finnländischen Verfassungskampfes.

Von

einem Mitglied des Finnländischen
Landtags.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Einleitung. — Die sogenannte Reichsgesetzgebungsfrage. — Die Militärfrage. — Die Stellung der Russen in Finnland. — Lebt Finnland auf Kosten Rußlands? — Finnlands Finanz- und Budgetrecht. — Finnlands auswärtiger Handel. — Literaturverzeichnis über Finnland und die finnländische Frage.

Verlag von **Duncker & Humblot** in **Leipzig**.

In Kürze erscheint:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von **Gustav Schmoller**.

XXXV. Jahrgang. 2. Heft.

Inhalt: Die Steigerung der Preise. Von B. J. Aßhley (Deutsch von L. Kagenstein). — Die Verwaltung von London. Von Hermann Bachel. Die staats- und völkerrichtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Schiffsabgaben im Deutschen Reich. Von G. Grosch. Spanische Agrarpolitiker des 17. Jahrhunderts. Von Rudolf Leonhard. Ursachen für die Entwicklung des Reichsbankdiskonts in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Dezember 1909. Von Karl Gorgs. — Zur Geschichte des ungarischen Ministeriums Fejervary. Von Julius Bunzel. — Die Frauenarbeit nach den beiden letzten Berufszählungen. Von J. Silbermann. — Die Organisation der gewerblichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) und ihre Bedeutung für das Gewerbe. Von J. B. Brandt. — Der Arbeitsmarkt der Redakteure. Von Paul Stollhoff. — Gutsheftigkeit und Landarbeiter. Von August Schalweit. — Die „innere Kolonisation“ in England. Von Hermann Levy. — Statistischer Maschinenbetrieb in Hinsicht auf das Verhältnis von Reichs- und Landesstatistik. Von Paul Kollmann. — Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Eine Würdigung. Von Friedrich Freiherrn von Wieser.

Verlag von **Duncker & Humblot** in **Leipzig**:

Soeben sind erschienen:

Die Lohnämter in Victoria.

Von

Robert Boehringer.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller, Heft 154.)

Preis: 5 Mark.

Inhalt: Einleitung. Wirtschaftliche Struktur von Australien und Victoria. — Erstes Kapitel. Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Australien. Übersicht über die geltenden Gesetze der australischen Kolonien, Neuseelands und des Staatenbundes. Neue Lösungen des Lohnproblems: Lohnämter, Schiedsgerichtliche New Protection. — Zweites Kapitel. Historische Darstellung der victorianischen Fabrikgesetzgebung. — Drittes Kapitel. Organisation und Wirksamkeit der Lohnämter und des Schiedsgerichtes. 1. Lohnämter. Einrichtung, Bestimmung der Mitglieder, personal Verfahren und Ergebnisse Entscheidung. (Fällung, Veröffentlichung, Inkrafttreten, Suspension und Aufhebung). 2. Schiedsgericht für gewerbliche Berufe. 3. Durchführung der Entscheidung und Urteil. — Viertes Kapitel. Inhalt und Wirkung der Entscheidung und Urteile in den sechs ersten und wichtigsten Lohnämtern. 1. Das Ackersamt. 2. Das Fährtenamt. 3. Das Kleideramt. 4. Das Schuhamt. 5. Das Hutmachenamt. 6. Das Unterelkenamt (Weißwollenamt). — Fünftes Kapitel. Inhalt und Wirkung der Entscheidung und Urteile nach Problemen. 1. Arbeitslohn. Mindestlohn. Festsetzung der Mindestlöhne. Faktoren der Lohnfestsetzung. Möglichkeit der Lohnfestsetzung. Art und Höhe der festgesetzten Löhne. Wirkung der Mindestlöhne: Lohnstatistik, Durchschnittslöhne, Lohnhöhe, Einhaltung der Mindestlöhne, Stück- und Zeitlöhne, Löhne der Erwachsenen und Jugendlichen, Löhne der Männer und Frauen. Real und Nominal. Ausnahmen von den Mindestlöhnen: Alte, langsame und gebrüchliche Arbeiter, Task-system, Arbeitslosigkeit. 2. gesetzliche Regelung, Anwendung der Bewilligungsbestimmungen. Lehrlinge und Volontäre: Zerrüttung des Lehrungsvertrages. 3. innerer Mindestlohn. Befugnisse der Ämter: Anzahl, Löhne. 2. Heimarbeit. Zustände vor der Regelung, Registrierung, Anzahl, Löhne. 3. A. beizetzt 48-Stundenwoche. Überarbeitszeit, Sonntagsarbeit. 4. Arbeitsstreikigkeiten. 5. Gewerkschaften. Entwicklung, Statist. Beziehungen zu den Lohnämtern. 6. Asiaten. Anzahl, Konkurrenz: Möbelschreinerei, Wäscherei. 7. Industrielle Entwicklung. Depression von 1893, Aufschwung seit 1896, Lohnamtergewerbe.

Kurhessische Gewerbepolitik im 17. und 18. Jahrhundert.

Von

Dr. C. Brauns.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller, Heft 156.)

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Einleitung. Erster Abschnitt. Das hessische Zunftsystem vor der Zunftordnung vom Jahre 1693. (Die zukünftige Gewerbeorganisation.) Zweiter Abschnitt. Übersicht über die hessische Gewerbepolitik bis zum Jahre 1693. Dritter Abschnitt. Die Zunftordnung vom Jahre 1693 und die spätere hessische Gewerbepolitik unter Landgraf Carl seit 1693 bis zu seinem Tode (1730). Vierter Abschnitt. Das Erneuerte Zunftreglement von 1730 und die spätere hessische Gewerbepolitik. (Die territoriale Gewerbeorganisation.) Fünfter Abschnitt. Die Durchführung des Reichsgesetzes von 1731 im Bistum Fulda. Sechster Abschnitt. Die territoriale Industriepflege. Anhang. Zur Zunftordnung von 1816. (Kritische Bemerkungen zu Bovensteinen, die kurhessische Gewerbepolitik.)

Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich u. Ungarn.

Von **Dr. Ivan Jolger,**

Privatdozenten der k. k. Wiener Universität

Preis: 9 Mark.

Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Entstehungsgeschichte der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867. — II. Der ungarische Gesetzartikel XII vom Jahre 1867. — III. Das österreichische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. — IV. Gegenüberstellung der Bestimmungen des österreichischen und des ungarischen Ausgleichsgesetzes. 1. Einleitung. 2. Ausgangspunkt. Grundideen und Gesichtspunkte. 3. Kosten des Hofstaates. 4. Die auswärtigen Angelegenheiten. 5. Das Kriegswesen. 6. Das Finanzwesen. 7. Die Cuote. 8. Die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. A. Grundvoraussetzungen. B. Das gemeinsame Ministerium. C. Die Delegationen. a) Rechtsgrund- und Zweckbestimmung. b) Zusammenfassung. Wahlen. Verlust der Mitgliedschaft. Eintritt von Ersatzmännern. c) Wahlperioden und Funktionsdauer. d) Unzulässigkeit von Instruktionen. e) Immunität der Delegierten. f) Jährliche Erneuerung. Verammlungsort. g) Präsidium. Schriftführer. Geschäftsordnung. h) Beratung und Beschlussfassung. Öffentlichkeit der Sitzungen. i) Verzicht der beiden Delegationen. k) Gemeinsame Abstimmung. l) Wirkungskreis und Verfahren. Interpellationsrecht. Kostenvoranschlag. Rechnungslegung. Genehmigung und Vollzug der Beschlüsse. Initiativrecht. m) Anklage des gemeinsamen Ministeriums. n) Schluss der Session. o) Auflösung des Reichsrates oder des Reichstages. — 9. Patrivert gemeinsame Angelegenheiten. a) Rechtsnatur. b) Staatsschulden. c) Zoll- und Handelsverhältnisse. Indirekte Steuern. Verwendung der Einkünfte. Münzwesen und Geldfuß. Eisenbahnen. d) Vorbehalt des selbständigen Verfügungsrechtes. 10. Schlussbestimmungen.

Das Persönliche im modernen Unternehmertum.

Von

Kurt Wiedenfeld.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: I. Die Aufgabe der Unternehmung. II. Der französische Unternehmer. III. Das englische Unternehmertum. 1. Der Selbständigkeitsdrang. 2. Das technische Interesse. 3. Die Abneigung gegen Erbschaftsübertragung und Marktkämpfe. IV. Der nordamerikanische Unternehmer. V. Der deutsche Unternehmercharakter in seinen Grundzügen. 1. Der Selbständigkeitsdrang. 2. Selbstständigkeit und Organisationsgeist. 3. Der Sinn für wissenschaftliche Technik. VI. Charakteristische Unternehmertypen im deutschen Unternehmertum. 1. Vergleich verschiedener Unternehmertypen. 2. Vergleich verschiedener Unternehmungen gleicher Industriezweige. VII. Die Steigerung in der Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit. 1. Die Ansprüche an die Unternehmerleistungen früher und jetzt. 2. Der Kampf zwischen Unternehmertum und Kapital. VIII. Der moderne Unternehmer als Kulturfaktor.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die „Jugendlichen“. Vorwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11.—13. Mai, Berlin. Von Prof. Dr. E. Franke, Berlin 986

Die staatliche Arbeiterversicherung in England 988

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz 991
Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform.
Schriften des Internationalen Arbeitsamts.

Allgemeine Sozialpolitik 993

Die Versuche einer staatssozialistischen Wirtschaftsregelung von Bundes wegen in Australien.

Soziale Zustände 994

Der frühere Arbeitsschutz für städtische Arbeiter an den Vorabenden der Sonn- und Festtage.

Die Gründung eines „Hausdienstauschusses“ für Groß-Berlin.
Der Kampf gegen die Antimierkneipen in Worms.

Die Frage eines allgemeinen Mindestlohns in England.

Ein Preisauschreiben für soziale Innenkolonisation.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 995

Tarifvertragsverhandlungen im deutschen Buchbindergewerbe.

Tariffbewegungen in der Binnenschifffahrt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 997

Aus den Kreisen der mittleren Grubenbeamten.

Der Deutsche Bankbeamten-Verein.
Der Deutsche Werkmeisterverband.
Zentralverband der Gastwirtschaftsgehilfen Deutschlands.

Der dänische Gewerkschaftslongress.
Eine weitere Beschränkung des Gewerkschaftsrechts in Großbritannien.

Streiks und Aussperrungen 999

Eine Tariffbewegung im deutschen Bädergewerbe.

Das Ende des Hafenarbeiterkampfes in Mannheim.

Aussperrungen wegen der Matseier.
Das Ende des Frankenhäuser Knopfabbeiterstreiks.

Arbeiterschutz 1001

Bauarbeiterchutz in Hessen.
Arbeiterschutzfragen im Reichstag.

Arbeiterversicherung. Charkassen 1003

Nachlese zur Hinterbliebenenversicherung. Von Sophie Susmann, Berlin.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung.

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung.

Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes.

Gehaltsgrenze und Versicherungsträger.

Volkserziehung 1009

Aus welchen Gründen wird die Fabriklehre der Handwerkslehre vorgezogen? Von Dr. A. Grünspan, Magdeburg.

Die Aufnahme einer Statistik im Interesse der Jugendfürsorge.

Medizinalbeamten und Jugendfürsorge.

Die 12. Konferenz der deutschen Rettungshausverbände und Erziehungsverbände.

Schulbeisung während der Ferien in England.

Volksgesundheit 1011

Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Driskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blumh, Berlin. II.

Mängel in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Bayerns.

Die Wurmtkrankheit der Bergleute.

Zur Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg.
Ein Deutscher Zentralverband für Rettungswesen.

Literarische Mitteilungen 1014

Die „Jugendlichen“.

Vorwort zur Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform, 11.—13. Mai, Berlin.

Es gibt gegenwärtig in Deutschland kein soziales Problem, das so allgemeine Aufmerksamkeit und Teilnahme findet wie die Jugendlichensfrage. Von ihrer Beantwortung, von der Lösung der Aufgaben, die sie stellt, hängt die Zukunft Deutschlands als Nation und Großmacht ab. Ein Blick in die Statistik zeigt, daß dies nicht zuviel gesagt ist. Nach der Berufszählung von 1907 standen im Alter von 14—18 Jahren 4,8 Millionen Personen beiderlei Geschlechts; davon waren erwerbstätig, einschließlich der bereits erwerbstätigen Kinder unter 14 Jahren und der häuslichen Dienstboten, 3,8 Millionen, das sind 80 vom 100 der Gesamtzahl. Und zwar waren erwerbstätig in der Landwirtschaft 1,5 Millionen, 1,6 Millionen in der Industrie, im Handel und Verkehr 0,3 Millionen, in häuslichen Diensten 0,4 Millionen. In den fast vier Jahren, die seit dieser Berufszählung verfloßen sind, haben natürlich diese Zahlen eine weitere Steigerung erfahren. Rechnet man zu den „jungen Leuten“ auch noch die Jünglinge und Mädchen im Alter von 18—20 Jahren, so erhöht sich die Gesamtzahl der Jugendlichen auf mehr als 7 Millionen. Rund der neunte Teil unseres Volkes steht in diesen Jahren der körperlichen, sittlichen und geistigen Entwicklung.

Und in dieser kritischen Zeit entbehrt diese Jugend zum sehr großen Teil der Obforge und Führung, deren sie dringend bedarf. Denn ebensowenig wie mit dem Verlassen der Volksschule die geistige Bildung abgeschlossen sein kann, hat sich in jenen Jahren der Charakter gefestigt, und der Körper ist in einer Periode der Evolution, die man geradezu als revolutionär bezeichnen darf. Der Halt der Schule ist weggefallen, die Zucht des Elternhauses stark gelockert, der Zwang der Arbeit vermag sie nicht zu ersetzen. Das beständige Zusammensein mit erwachsenen Berufsgenossen schafft eine neue Umwelt. Die Konzentration von Industrie und Handel in gewaltigen Bevölkerungszentren reißt die Jugendlichen in alle Versuchungen und Gefahren der Großstadt. Abgetrennt von der Natur fallen sie um so mehr in ihrer Freizeit groben sinnlichen Genüssen anheim, als sie über ihren Lohn selbständig verfügen und nach anstrengender, oft eintöniger Arbeit Abwechslung und Anregung suchen.

Auch diejenigen, die, trotz der steigenden Kriminalität der Jugendlichen, daran festhalten, daß im großen und ganzen unsere heranwachsenden Knaben und Mädchen jetzt nicht schlechter sind als in früheren Zeiten, erkennen doch an, daß die Jugend gegenwärtig mehr des Schutzes, der Erziehung und Bildung bedarf. Und alle, denen die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, haben wahrlich Ursache, sich darum zu kümmern, daß der Nachwuchs kräftig, gesund, geistig gefestigt und sittlich rein bleibt. Sind es doch die einseitigen Väter und Mütter, die da heranwachsen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unsere Volkswirtschaft tragen, der Ersatz verbrauchter Schichten, die Männer, die Vaterland und heimischen Herd schützen, die Frauen, die das Familienleben zu hüten haben!

Die Gesellschaft für Soziale Reform, die in den Tagen vom 11. bis 13. Mai nach einem schon vor 3 Jahren gefaßten Beschluß in ihrer 5. Generalversammlung sich mit den Jugendlichen beschäftigt will, beschränkt sich auf einen Ausschnitt aus dem Gesamtproblem: auf den Kreis der gewerblichen Lohnarbeiter beiderlei

Geschlechts im Alter von 14—18 Jahren; an Zahl stehen hier weit voran die Jugendlichen in der Industrie, in Fabrik und Handwerk, mit etwa 1,6 Millionen, daneben die Jugendlichen im Handel und Verkehr mit etwa 0,3 Millionen. Und die Refrate und Debatten sollen in drei Hauptteile zerfallen: Die Jugendlichen und der Arbeiterschutz, die Jugendlichen und die Fortbildungsschule, die Jugendlichen und die Freizeit. Damit wird zugleich ein Programm für die körperliche Erziehung, die Geistesbildung und die sittliche Erziehung gegeben.

Wir sind stolz auf unsere starke Volksvermehrung, und in dem jährlichen Zuwachs von rund 900000 Seelen erblicken wir unser wertvollstes nationales Gut. Ohne diese Massen keine Blüte des Wirtschaftslebens, keine wirkliche Großmacht, keine lebendige Kultur! Aber wenn wir die Menge preisen, sind wir auch beruhigt über die Art? Die Rate der Geburten sinkt stark, die Sterblichkeit der Kinder ist groß, die Tuberkulose und die Syphilis wüten, trotz aller Vorkehrungen, verderblich. Immer gewaltigere Massen wandern in die Fabrik, in die Stadt. Der Heeresersatz ist immer mehr auf die Industriebevölkerung angewiesen. Die heranwachsende Generation in Fabrik und Werkstatt, im Laden und Schreibstube ist den Einflüssen der Berufsarbeit auf ihren in Wachstum und Veränderung begriffenen Körper besonders stark ausgesetzt.

Darum bedenkt sie auch das Gesetz mit einem System von Schutzmaßnahmen: Beschränkung der Arbeitszeit, Einhaltung von Pausen, Verbot der Nachtarbeit, Ausschluß von schweren, gefährlichen, anstößigen Beschäftigungen. Aber genügt dieser Schutz der Jugendlichen? Ist es nicht notwendig, die Altersgrenze heraufzusetzen, vom 16. auf das 18. Lebensjahr, das Maß und den Umfang des Schutzes zu erweitern? Sehr ernste Sachverständige bejahen diese Fragen. Und in der Tat bieten die Schriften von Wittmann und Kaup, die die Gesellschaft für Soziale Reform hierzu veröffentlicht hat, eine Fülle von Material. Und eine weitere Klärung erwarten wir von den Verhandlungen der Generalversammlung, die eine Autorität auf dem Gebiete der Volks- und Berufshygiene, Max von Gruber, mit seinem Referate einleitet.

Im Wettbewerb der Völker auf dem Weltmarkte bringt Deutschland in steigendem Maße mit seinen Fertigfabrikaten vor, mit denen es Rohstoffe und Nahrungsmittel eintauscht. Die Entwicklung in der Industrie gehört der gelernten Arbeit. Das Handwerk, der Kaufmann können nur in ihrem Fach ausgebildete Lehrlinge brauchen. Ist diese Fachbildung zurzeit auch nur in einigen Gebieten der Großindustrie üblich, so wird das Bedürfnis auch in der Fabrik immer weiter vordringen. Und auch die ungelerten Arbeiter sollen besseres Verständnis für ihre Berufstätigkeit gewinnen. Diese Fachbildung ist in erster Linie die Aufgabe der Fortbildungsschule für die Jugendlichen. Gelingt es, daneben auch ihre staatsbürgerliche Erziehung zu fördern, um so besser! Die Verhandlungen der Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform können sich fruchtbringend an die einschlägigen Gesetzesentwürfe der preussischen Regierung anlehnen, und der Referent, Oberbürgermeister Cuno-Hagen, W. d. R., genießt weit über seine engere Heimat hinaus den Ruf eines hervorragenden Fachmanns.

Aber Arbeiterschutz und Fortbildung allein können uns nichts helfen, wenn es nicht gelingt, unsere Jugend in den richtigen Gebrauch ihrer Freizeit zu führen. Die jungen Leute müssen an sich selbst erfahren, daß es ein köstlich Ding ist, in der freien Gottesnatur zu wandern und die Herrlichkeiten von Wald und Flur zu schauen. Planmäßige Leibesübungen, Turnen, Laufen, Spielen, Singen, die Gemeinschaft in der Erholung, ein gutes Buch, eine frische Unterhaltung, die ungezwungene Fröhlichkeit der Jugendlust — das sind die wirksamsten Schutzmittel gegen die rohen Genüsse und Ausschweifungen, zu denen die Großstadt die wachen Sinne unserer Jünglinge und Mädchen mit tausend Armen lockt. Alle die zahlreichen, in der Schrift von Hans Weider (vergl. Sp. 991) geschilderten Bemühungen, die man jetzt unter dem Namen „Jugendpflege“ zusammenfaßt und die erfreulicherweise nun auch mit Staatsmitteln, hoffentlich ohne bürokratische Schablone, gefördert werden sollen, verdienen die wärmste Unterstützung. Eine besondere Eigenart haben sie in dem Hamburger Volksheim gefunden; der Leiter einer seiner Anstalten, Herr Walter Classen, wird der Generalversammlung aus seinen Erfahrungen berichten.

An den Aufgaben, die uns die Probleme der Jugendlichen stellen, hat unser ganzes Volk ein wahrhaftes Lebensinteresse: tua res agitur! Regierungen und Parlamente, Unternehmer und Arbeiter, alle Stände und Berufe müssen sich mit allen Kräften darum kümmern, daß unser Vaterland eine an Leib und Seele gesunde Jugend hat. Was nützt uns aller Reichtum, alle Kultur, aller Fortschritt, wenn die Volkskraft versiegt, wenn der Nachwuchs

an Zahl sinkt, in Leistung niedergeht, physisch und psychisch entartet? Wir sind ein aufstrebendes Volk, freuen uns des Gedeihens. Aber gerade darum erwächst uns auch die Pflicht, für die Zukunft zu sorgen, eingehend der Worte des Grafen von Posadowsky: „Die Zukunft wird schließlich dem Volke gehören, welches sich körperlich am tüchtigsten und damit am wehrfähigsten erhält. Wer deshalb dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und die Zukunft unseres Vaterlandes“. Von dieser großen Aufgabe ist die Sorge für die jugendlichen Lohnarbeiter ein wichtiges Gebiet. Wenn die Gesellschaft für Soziale Reform an ihrem Teil und nach dem Maß ihrer Kräfte daran mitarbeiten will, daß unsere erwerbstätige Jugend ein frohes, tüchtiges, sittliches und gebildetes Geschlecht sei, dann steht sie im Dienste von Volk und Vaterland!

Berlin.

E. Grande.

Die staatliche Arbeiterversicherung in England.

Am 4. Mai brachte der Schatzkanzler Lloyd George den lang-erwarteten Gesetzentwurf über die Kranken-, Invaliditäts- und Arbeitslosenversicherung im Unterhause ein. Er begründete den Entwurf mit einer über zwei Stunden langen Rede, die mit gespannter Aufmerksamkeit und lebhafter Zustimmung von allen Seiten des Hauses aufgenommen wurde. Die wichtigsten Grundzüge des Gesetzentwurfs, der anerkanntermaßen vieles der deutschen Versicherungs-gesetzgebung entnimmt, aber nach mancher Richtung hin darüber hinausgeht, sind folgende: Das Gesetz zerfällt in zwei Hauptteile: 1. Krankheits- und Invaliditätsversicherung, die mit einander verschmolzen sind; 2. Arbeitslosenversicherung.

Die Krankenversicherung wird als Zwangsversicherung eingeführt für alle Personen, deren Wochenverdienst unter 3 Pfund (60 M.) bleibt. Ausgenommen von der Versicherung bleiben die Angehörigen von Meer und Marine, ferner die Lehrer. Für beide Kategorien soll, wie der Schatzkanzler in Aussicht stellte, die Krankheits- und Invaliditätsfürsorge möglichst bald durch eigene Gesetze geregelt werden. Ausgenommen sind ferner staatliche und städtische Beamte, die ihr Gehalt auch in Krankheitszeiten weiter beziehen und eigenen Pensionsgesetzen unterstehen. Dagegen sollen die häuslichen Dienstboten der Zwangsversicherung unterstellt werden, ebenso die Landarbeiter. Gelegenheitsarbeiter sollen gleichfalls soviel als möglich, in die Zwangsversicherung mit einbezogen werden; wo dies technischer Schwierigkeiten wegen nicht geht, steht ihnen wenigstens die freiwillige Versicherung offen.

Das Recht der freiwilligen Arbeiterversicherung steht allen einmal versichert gewesenen Personen auch dann zu, wenn ihr Einkommen die Grenze von 3 Pfund höchstens übersteigt.

Während das englische Altersrentengesetz sich in fundamentaler Weise dadurch von der deutschen Gesetzgebung unterscheidet, daß es eben keine selbstermorbene Altersversicherung ist, sondern aus Staatsmitteln gezahlte Renten bringt, ist in dem neuen englischen Gesetz der deutsche Grundgedanke gewahrt, daß die Mittel hauptsächlich durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringen sind, zu denen ein Staatszuschuß kommt. Von der in der deutschen Gesetzgebung vorgesehenen Abstützung der Beiträge je nach den Lohnklassen ist im englischen Entwurf abgesehen, es wird ein einheitlicher Durchschnittsbeitrag festgesetzt. Dieser Beitrag wird für den männlichen Arbeiter 4 d., für den weiblichen Arbeiter 3 d. und für den Arbeitgeber 3 d. auf jede von ihm beschäftigte Person wöchentlich betragen (1 Penny = $8\frac{1}{3}$ M.). Dazu kommt der Staatszuschuß von 2 d. pro Woche für jede versicherte Person. Für Arbeiter, die weniger als 15 sh (1 sh = 1 M.) in der Woche verdienen, sind auch die Beiträge geringer als 4 bzw. 3 d. Damit aber die Einzahlung dieselbe bleibt (für den männlichen Arbeiter 4 + 3 + 2 = 9 d.; für den weiblichen Arbeiter 3 + 3 + 2 = 8 d.) hat für diese schlecht entlohnenden Arbeiter der Arbeitgeber einen um so höheren Beitrag zu leisten. Die Einzahlung der Beiträge erfolgt nach dem in Deutschland für die Alters- und Invaliditätsversicherung geltenden Muster, d. h. durch Ablesen von Marken auf die im Besitz des Arbeiters bleibenden Karten. Der Arbeitgeber hat die Marken von der Postanstalt zu kaufen und ist für das pünktliche Einleiben verantwortlich; den Beitragsanteil des Arbeiters hat er diesem vom Lohn abzugiehen.

Die Altersgrenze für die Versicherten ist 16 bis 65 Jahre. Arbeiter, die erst nach dem 50. Jahre in die Versicherung eintreten, erhalten bei eintretender Invalidität geringere Auszahlungen, können sich aber durch freiwillige höhere Beiträge auch höhere Leistungen sichern. Im Laufe eines Jahres können wegen Arbeitslosigkeit

während 3 Wochen die Beitragszahlungen ausgesetzt werden, ohne daß dies die Ansprüche an die Versicherung schmälert. Auch in Krankheitszeiten ruht die Beitragspflicht. Für die kleinen Gewerbetreibenden, die ihr eigener Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind, ist ein Zweig freiwilliger Versicherung angegliedert; ihr Beitrag beträgt dann 7 d wöchentlich für Männer und 6 d für Frauen. Nach einem Vorschlag werden der Kranken- und Invaliditätsversicherung unterstellt:

Zwangsversicherung:	Freiwillige Versicherung:
9 200 000 Männer	600 000 Männer
8 900 000 Frauen	200 000 Frauen
18 100 000 Erwachsene	800 000 Personen
500 000 Knaben	
300 000 Mädchen	

insgesamt 18 900 000 Personen.

Alles in allem würden also 14 700 000 Personen in Großbritannien dieser Versicherung unterstellt werden.

Die Leistungen für die Versicherten werden in folgendem bestehen:

1. Ärztliche Hilfe und freie Medizin. Wie der Schatzkanzler in seiner Begründung ausführte, mußte bei diesem Punkt des Gesetzes auch darauf gesehen werden, die Rechte der Ärzte zu wahren. Ähnlich wie in Deutschland bestehen auch in England Konflikte zwischen den „friendly societies“, die jetzt die Träger der freiwilligen Krankenversicherung in England sind, und den Ärzten. Die Kassen zahlen meist ein Fixum von 4 sh jährlich für jedes Mitglied an den Arzt. Künftig soll dieser Satz erhöht werden, wenn auch wiederum nicht ganz so hoch, wie die Ärzte es wünschen.

2. Wöchnerinnenunterstützung. Jede Wöchnerin erhält eine Unterstützung von 1 Pfund 10 sh (30 *M*) unter der Bedingung, daß sie sich vier Wochen von der Arbeit fern hält. Im Parlament gab Lloyd George auf eine Anfrage hin die Erklärung ab, daß dies Wöchnerinnengeld nicht nur den selbstversicherten Arbeiterinnen zustehen soll, sondern auch den nichtversicherten Ehefrauen Versicherter.

3. Umfassende Fürsorge für Tuberkulose. Einen tiefen Eindruck machten im Parlament die Ausführungen Lloyd Georges über den Umfang, den die Tuberkulose in Großbritannien genommen hat. Jährlich kommen 75 000 Todesfälle vor; betrachtet man nun die Todesfälle in den Altersstufen von 14–55 Jahren, also den besten Lebensjahren, so ist jeder dritte Todesfall auf Tuberkulose zurückzuführen. Zurzeit leiden ungefähr 500 000 Personen in Großbritannien an der Schwindsucht, und nur 2000 Betten in geeigneten Heilstätten sind dafür vorhanden. Mit der neuen Versicherung soll nun ein planmäßiger Feldzug gegen diese verheerende Volkskrankheit verbunden werden. Auch hier hat sicher das Vorgehen der deutschen Landesversicherungsanstalten vorbildlich gewirkt. Es wird sich hauptsächlich um die Errichtung von Lungenheilstätten in allen Teilen des Landes handeln. Die lokalen Behörden sollen angeregt werden, solche Stätten zu errichten, aber mit staatlicher Beihilfe zur ersten Einrichtung und Unterhaltung. Die Mittel hierzu sollen dadurch gewonnen werden, daß 1 sh für jedes Mitglied aus den durch die Beiträge angesammelten Fonds für diese Zwecke zurückgelegt wird und der Staat außerdem noch 4 d für das Mitglied hinzufügt.

4. Auszahlung von Krankengeld. Das Krankengeld beträgt als Regel für den Mann 10 sh in der Woche während der ersten drei Monate der Erkrankung und 5 sh während der nächsten drei Monate; für die Frau — den geringeren Beiträgen entsprechend — 7 sh 6 d während der ersten drei Monate, jedoch auch 5 sh während der folgenden drei Monate.

5. Invaliditätsrente. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit wird eine Rente von 5 sh in der Woche gezahlt; die Höhe dieser Rente entspricht der Höhe der englischen Altersrente, 260 *M* jährlich. Bei der Frage der Auszahlung von Krankengeld spielt naturgemäß die Befürchtung der Simulation eine Rolle. Auf diese Frage ging auch der Schatzkanzler in seiner Begründung ausführlich ein. Der Simulation wird zunächst dadurch vorgebeugt, daß der Anspruch auf die Vorteile der Krankenversicherung an eine sechsmonatige Karenzzeit geknüpft ist, der Anspruch auf Invaliditätsrente ist an zweijährige Einzahlungen gebunden. Als Regel soll auch das Krankengeld höchstens $\frac{2}{3}$ des gewöhnlichen Einkommens betragen. Bei Personen, deren Einkommen noch geringer ist als das Krankengeld von 10 bzw. 7 sh 6 d in der Woche, muß das Krankengeld entsprechend gekürzt werden, da ja auch die Einzahlungen solcher Personen geringer waren. So erhalten z. B. auch jugendliche Personen zwischen 16–21 Jahren nur ein kleineres

Krankengeld (junge Männer 5 sh, junge Mädchen 4 sh wöchentlich), bei Kindern, die erwerbstätig und damit versicherungspflichtig sind, fällt das Krankengeld ganz aus und sie haben nur Anspruch auf ärztliche Behandlung. Auch Personen, die ihre Krankheit absichtlich herbeigeführt haben oder sich den ärztlichen Vorschriften nicht fügen, kann das Krankengeld entzogen werden, und sie haben dann nur Anspruch auf ärztliche Behandlung oder Kur in einer Heilstätte.

Die Auszahlung von Sterbegeldern und Hinterbliebenenrenten ist in das englische Gesetz nicht mit aufgenommen, sondern die Fürsorge dafür soll der privaten Versicherung überlassen bleiben. Dagegen können die Kassen, sofern die angesammelten Beiträge die Ausgaben gestatten, Zusatzleistungen (additional benefits) gewähren. Hier wird namentlich an Gewährung ärztlicher Hilfe auch für die Familienmitglieder gedacht, ferner an Errichtung von Konvaleszentenheimen. Auch kann die Invalidenrente über das Mindestmaß von 5 sh erhöht werden.

Als Träger der Kranken- und Invaliditätsversicherung sind hauptsächlich die bereits bestehenden Versicherungs- und Unterstützungsvereine, die „friendly societies“ ins Auge gefaßt, die allerdings bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, um „approved societies“ zu werden. Diese Vereine müssen eine Mindestmitgliederzahl von 10 000 haben, sie dürfen mit keinerlei Gewinnabsicht verbunden sein, sondern müssen rein gemeinnützig wirken. Über die Verwendung und Anlage der Zwangsbeiträge müssen sie sich einer gewissen Oberaufsicht unterstellen. Im übrigen jedoch wird diesen Vereinen das Recht der Selbstverwaltung gewahrt; sie behalten ferner das freie Verfügungsrecht über die Fonds, die sich durch die freiwillige Versicherung ihrer Mitglieder angesammelt haben, und sie können auch freiwillige Versicherungen weiter führen. Sie sind auch nicht verpflichtet, jeden, der sich meldet, aufzunehmen, sondern können unter den Versicherungspflichtigen eine gewisse Auswahl treffen.

Für diejenigen Versicherungspflichtigen, die bei keiner der bestehenden Kassen Aufnahme finden, die sog. Postamteinzahler (Post Office depositors) wird die Verwaltung durch die neu in jedem Bezirk zu schaffenden Graffschafts-Gesundheitskommissionen (County Health Committees) geführt. Diese Kommissionen werden gebildet aus Vertretern des Staates, der Gemeinden, der zugelassenen Versicherungsvereine und der Postamteinzahler. Die Aufgabe dieser Kommissionen besteht außer in der Verwaltung der Gelder auch in der Verwaltung der zu errichtenden Heilstätten. Ferner sollen diese Kommissionen durch Veranstaltung von Vorträgen, Kursen usw. aufklärend über gesundheitliche Fragen wirken, z. B. über die Bedeutung der frischen Luft, die Schäden des Alkoholismus und ähnliches mehr. Die Gesundheitskommissionen werden naturgemäß alle schlechten Risiken, die von den anerkannten Kassen nicht aufgenommen werden, zu verwalten haben. Die Auszahlung des Krankengeldes an die Versicherten darf nur im Verhältnis zu den vorhandenen geleisteten Beiträgen erfolgen, dagegen sind Staatszuschüsse vorgesehen, um die ärztliche Hilfe sowie die Unterbringung der Kranken in den Heilstätten in möglichst weitem Maße auch für die schlechten Risiken zu leisten. Auf die allgemeine Sanitätspolitik der Gemeinden wird den Gesundheitskommissionen ein weitgehender Einfluß eingeräumt. Machen die Gesundheitskommissionen die Erfahrung, daß sich in einzelnen Gemeinden bestimmte Erkrankungen häufen, so daß örtliche Ursachen (schlechtes Wasser, ungesunde Wohnungen usw.) anzunehmen sind, so ist dem Ministerium für lokale Verwaltung davon Mitteilung zu machen, und dies hat dann zu untersuchen und darüber zu wachen, daß die staatlichen Gesundheitsgesetze (Public Health Acts) in der betreffenden Gemeinde streng durchgeführt werden.

Über die finanzielle Seite des Planes machte der Schatzkanzler folgende Angaben: Im ersten Jahre stehen an Beiträgen 20 Millionen Pfund (1 Pfund = 20 *M*) zu erwarten, von denen 11 Millionen durch die Arbeitnehmer, 9 Millionen durch die Arbeitgeber aufgebracht werden sollen. Da für die Leistungen der Krankenversicherung 6 Monate Karenzzeit und für die Invaliditätsversicherung zwei Jahre Karenzzeit vorgesehen sind, so werden die vollen Ausgaben erst 1915/16 zu erwarten sein. Für die notwendigen Staatszuschüsse ist folgender Vorschlag gemacht: 1912/13: 1 742 000 Pfund; 1913/14: 3 359 000 Pfund; 1915/16: 4 563 000 Pfund.

Die Arbeitslosenversicherung, die den zweiten Teil des Gesetzes bildet, wird zwangsweise nur die Maschinenbau- und Schiffbau-Industrie sowie das Baugewerbe betreffen. Es werden rund

2 400 000 Arbeitnehmer dieser neuen Versicherung unterstellt. An Beiträgen werden erhoben wöchentlich $2\frac{1}{2}$ d von Arbeitnehmer und $2\frac{1}{2}$ d vom Arbeitgeber. Der Staat leistet einen Zuschuß in der Höhe eines Viertels der durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebrauchten Beiträge. Die Arbeitgeber haben im Laufe des Jahres $2\frac{1}{2}$ d \times 52 = 21 sh 8 d an Beiträgen für jeden Arbeiter zu leisten; sie brauchen jedoch nur 15 sh zahlen, wenn sie die Summe im Voraus für ein ganzes Jahr leisten. Diese recht bedeutende Ermäßigung soll ein Antrieb sein, daß die Arbeitgeber davon Gebrauch machen, dadurch aber auch zugleich einen Grund haben, ihren Arbeiterstamm ständig für ein Jahr zu erhalten. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bestehen in der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 7 sh für die Maschinen- und Schiffsbaugruppe und 6 sh für das Baugewerbe bis zu 15 Wochen Dauer im Jahre. In der ersten Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung gezahlt. Es wird auch keine Unterstützung gezahlt bei Arbeitslosigkeit infolge von Streik oder Aussperrung, ebenso fällt die Unterstützung fort bei Entlassung infolge schlechten Betragens.

Die Arbeitslosenversicherung steht im engsten Zusammenhang mit den staatlichen Arbeitsnachweisen, an welche die Beiträge einzuzahlen sind und die auch im allgemeinen die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung übernehmen. Hier muß sich der Arbeitslose auch um eine neue Stelle bewerben und darf nur unter triftigen Gründen einen ihm angebotenen Posten ablehnen, wenn anders er der Arbeitslosenunterstützung nicht verlustig gehen will. Im Streitfalle trifft ein unparteiisches Schiedsgericht die Entscheidung, ob er die Stelle ablehnen darf oder nicht. Nach dem Vorschlag der Arbeitslosenversicherung werden jährlich eingenommen werden an Beiträgen von den Arbeitnehmern 1 100 000 Pfund, von den Arbeitgebern 900 000 Pfund, dazu der Staatszuschuß von 750 000 Pfund. Auch hier wird das Klebemarkensystem angewandt. Die Verwaltung der Gelder wird bei den Arbeitsnachweisen liegen, doch soll die Mitwirkung der Gewerksvereine, die bereits eine Arbeitslosenversicherung haben, nicht ausgeschaltet werden. Handelt es sich um einen organisierten Arbeitslosen, der durch seine Organisation Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, so erhält er die Unterstützung durch diese ausgezahlt und die Organisation erhält die durch die Zwangsversicherung dem Arbeitslosen zustehende Summe, also 7 bzw. 6 sh vom Arbeitsnachweis aus dem Arbeitslosenfonds zurück. Jede Gewerkschaft kann aber eine höhere Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Überhaupt ist in dem Entwurf Rücksicht darauf genommen worden, daß die Selbstversicherung gefördert wird. Zwangsweise wird die Versicherung nur für die genannten Gewerbe eingeführt. Die Gewerksvereine anderer Berufe jedoch, die eine Arbeitslosenversicherung bereits eingeführt haben oder einführen, erhalten einen Staatszuschuß direkt aus Staatsmitteln in der Höhe von $\frac{1}{6}$ dessen, was sie an Arbeitslosengeld zahlen. Hat z. B. der Gewerksverein eine Arbeitslosenunterstützung von 12 sh wöchentlich eingeführt, so ersetzt der Staat davon 2 sh.

Der Schatzkanzler schloß seine Ausführungen über diesen Gesetzesentwurf mit einem warmen Appell an alle Parteien des Hauses; er habe sich schon bei den Vorarbeiten bemüht, alles aus dem Gesetz auszumergen, was nach der einen oder anderen Richtung hin zu Parteistreitigkeiten Anlaß geben könne, und er bitte um die Mitarbeit aller Parteien zum weiteren Ausbau und zur Verbesserung des vorliegenden Planes. Der Schatzkanzler brückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß es gerade jetzt im Krönungsjahr des neuen Königs gelingen möchte, dies Werk sozialer Reform zu schaffen, das unfähiges unverschuldetes Elend aus Millionen von Häusern bannen würde. Die Führer der verschiedenen Parteien, Außen Chamberlain für die Konservativen, John Redmond für die Iren, Ramsay MacDonald für die Arbeiterpartei waren einmütig in der Beglückwünschung des Schatzkanzlers zu dem vorgelegten Plan und erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Parteien, am Zustandekommen des Gesetzes mitzuwirken. Auch in der öffentlichen Meinung findet der Plan lebhaft Zustimmung.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. In der Reihe der Abhandlungen über „Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland“ (Heft 1 Die Verhältnisse der jugendlichen Industrie-

arbeiter, von Oberregierungsrat Dr. Bittmann, Heft 2 Kriminalität und Sittlichkeit der Jugendlichen, von Amtsgerichtsrat Dr. Köhne, Heft 3 Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, von Dozent Dr. Kaup) ist nunmehr Heft 4 erschienen: „Bildung und Erziehung außerhalb der Schule — Jugendpflege“ von Hans Weidner (Jena, Gustav Fischer, Preis 25 M.). Der durch seine Tätigkeit auf diesem Gebiete wohl bekannte Verfasser bespricht nach einer einleitenden Darlegung seines Standpunktes diejenigen Instanzen, die für die Erziehung und Bildung der aus der Volksschule entlassenen jungen Leute besonders in Betracht kommen: die Familie, den Arbeitgeber und die Arbeit, den häuslichen Dienst, die Jugendpflege, deren Träger kirchliche Organisationen oder solche anderer Art sind. Seine Vorschläge lauten kurz zusammengefaßt:

1. Elternbelehrung in Besprechungen und durch populär-pädagogische Schriften.
2. Kontrolle der Wohnverhältnisse der Jugendlichen.
3. Größere Beachtung der pädagogischen Seite der Dienstbotenfrage (Wohnung, Ausbildung, Unterricht, Anschluß).
4. Anstellung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen.
5. Unterstützung von Jugendvereinen usw.
6. Errichtung von Jugendheimen.
7. Mitarbeit der Gebildeten in Jugendvereinen und Jugendheimen.
8. Ausbau der Jugendarbeit der Turnvereine.
9. Auflösung der proletarischen Jugendarbeit von der sozialdemokratischen Parteipropaganda.
10. Einrichtung von Jugendämtern (Zentralen für Jugendpflege).
11. Überwachung des Zuzugs von Jugendlichen in die Großstadt und Unterhufsthäuser für ihre erste Unterbringung.
12. Verschärfung der Erziehungsverpflichtung.
13. Fortbildungsunterricht und Fach- bzw. Haushaltungsunterricht für alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts über das 14. Jahr hinaus.
14. Arbeitszwang für Jugendliche (entsprechend Schulzwang).

Das Heft kommt gerade noch rechtzeitig für die Verhandlungen der Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Heft 5, das noch aussteht, wird die Fortbildungsschule behandeln; Landesgewerbeamt Dr. Kühne hat die Bearbeitung übernommen.

Schriften des Internationalen Arbeitsamts. Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und die hierfür getroffenen Maßnahmen sind seit Jahren Gegenstand des Studiums und der Verhandlungen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. 22 Staaten Europas haben eine staatliche Gewerbeaufsicht, nur die Türkei, Griechenland, Montenegro, San Marino und Monaco entbehren bis jetzt einer solchen. Bulgarien, Rumänien und Serbien haben zwar staatliche Gewerbeaufsicht, veröffentlichen jedoch keine amtlichen Berichte. Aber auch bei der großen Mehrzahl der Länder, die solche Berichte veröffentlichen, herrschen keineswegs dieselben Grundsätze sowohl in den Maßnahmen selbst und ihrer Durchführung als in der Berichterstattung. Es war daher eine höchst mühevollen Arbeit des Internationalen Arbeitsamts, den Auftrag der Genfer und Luzerner Delegiertenversammlungen, eine vergleichende Übersicht der Gewerbeaufsicht in Europa herzustellen, auszuführen, und es bedurfte dazu der eifrigen Mitwirkung der Staatsregierungen und der Landessektionen. Nunmehr aber ist der „erste vergleichende Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahmen“ nach jahrelanger Vorbereitung erschienen (Jena, Gustav Fischer). Das erste Kapitel über Umfang und Intensität der Gewerbeaufsicht enthält eine Analyse der Statistik der Gewerbeaufsicht in Europa, die zum ersten Male hier geliefert und im Anhang in Tabellenform wiedergegeben wird. Zugleich wird hier der gesetzliche und verwaltungspolitische Rahmen der Aufsichtstätigkeit vergleichend dargestellt. Das zweite Kapitel über die Organisation der Inspektion behandelt Bildungsgang, hierarchische Gliederung der Inspektion, ihr Verhältnis zu anderen Behörden, ihre Befugnisse, ihre Spezialisierung. Das dritte Kapitel erörtert die Fragen der Mitwirkung von Arbeitern und Arbeiterverbänden an dem Vollzuge; das vierte Kapitel behandelt seine allgemeine Durchführung, vor allem die Regelung der Berufungsgewalt. Das letzte Kapitel gibt eine Übersicht über die derzeit vorliegenden Pläne einer Reform der Inspektion. Angefügt sind zwei tabellarische Darstellungen über die Statistik sowie über die Organisation und Bestellung der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die sehr wertvolle Arbeit stellt das weit zerstreute, oft sehr mühselig zu beschaffende Material sorgfältig geordnet und übersichtlich zusammen. Freilich bleiben Lücken und Unstimmigkeiten, aber diese liegen in den Dingen selbst,

die in den verschiedenen Ländern verschieden gestaltet sind. Es ist eine lohnende Aufgabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die Anregungen zu einer möglichst gleichartigen Organisation, Durchführung und Berichterstattung der Gewerbeaufsicht weiter zu verfolgen.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die Versuche einer staatssozialistischen Wirtschaftsregelung von Bundes wegen in Australien

sind in letzter Zeit auf starken Widerstand im Lande gestoßen, wie die Volksabstimmung über zwei neue Zusätze zur Bundesverfassung bezüglich der wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Bundesregierung zeigt. Die Bundesregierung, die in den Händen der Arbeiterpartei ist, wollte ihre bisher ziemlich beschränkte Machtposition in Industrie- und Handelsfragen gegenüber den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten erweitern, um auf diesem Wege gewissen staatssozialistischen Forderungen leichter zum Durchbruch zu verhelfen. Schon früher hatte Premierminister Deakin ähnliches versucht mit Hilfe der Klausel in der Verfassung, die der Bundesregierung Steuerhoheitsrechte zuweist. Durch Verkopplung eines Steuergesetzes mit einem Zollgesetz hatte er den Weg für die Einführung der new protection gefunden, jenes eigenartigen gewerbepolitischen Systems, das die Interessen der Fabrikanten, der Arbeiter und der Verbraucher gleichzeitig zu fördern trachtet. Das Muster dieser gewerbepolitischen Versuche der Bundesregierung bildeten der Customs Tariff 1906 und der Excise Tariff 1906 für die landwirtschaftliche Maschinenfabrikation. Diese Zoll- und Steuergemeinschaft war so konstruiert, daß ein hoher Zoll den Fabrikanten der Maschinen in Australien schützte, daß der Fabrikant aber gleichzeitig eine hohe Inlandsteuer zu entrichten hatte, falls die Ware nicht unter Arbeitsbedingungen hergestellt wurde, die vom Parlament als anständig angesehen werden oder den Urteilen der bundesstaatlichen Einigungsämter und Schiedsgerichte entsprechen. Endlich setzte das Zoll- und Steuergesetz von 1906 im Interesse der Verbraucher bestimmte Höchstpreise für die Fabrikate fest. (Vergl. Soz. Pr. XVII. 276/77.)

Das Wesen dieses neuen Protektionismus sollte eben darin bestehen, daß er nicht nur den Fabrikanten zugutekäme, während vielleicht den Verbrauchern die Preise verteuert würden, sondern daß auch die Gesamtheit der wirtschaftenden Staatsbürger in ihrer Lebenshaltung gesichert und gefördert werde. Aber dieser Versuch der Bundesregierung, ihre staatssozialistische Wirtschaftspolitik über die bisherigen Schranken hinaus auf die Einzelstaaten zu erstrecken und die ganze Gewerbe- und Handelsgesetzgebung so allmählich auf Umwegen an sich zu ziehen, wurde schon sehr bald durchkreuzt. Die Fabrikanten und der Staat Victoria fochten im Jahre 1908 vor dem High Court das 1907 in Kraft getretene Zoll- und Steuergesetz als verfassungswidrig an und erzielten die Richtigerklärung des Bundesgesetzes. Nunmehr mußte die Bundesregierung, um ihre staatssozialistischen Wirtschaftspläne verwirklichen zu können, zu einer offenen, bündigen Verfassungsänderung schreiten. Diesem Zweck dienten die beiden gegenwärtigen Vorlagen. Die eine wollte dem Bundesparlament Vollmacht über alle Angelegenheiten des Handels und der Industrie, die bisher den Bundesstaaten unterstanden, zusprechen; nach der anderen sollte das Bundesparlament alle Unternehmungen, die es für Monopole erachtet, verstaatlichen dürfen, d. h. gegen gerechte Entschädigung des bisherigen Unternehmers in eigenen Besitz und eigene Verwaltung nehmen. Kamentlich die Erfahrungen mit der monopolisierten Zuckerraffinerieindustrie, die trotz aller Zuwendungen des Staates an die Zuckerpflanzer, die keine farbigen Arbeiter mehr beschäftigen, den Zuckerverbrauchern hohe Preise diktieren, hatten den Gedanken gewedt, die privaten Industriemonopole in staatliche Monopole zu verwandeln.

Die Volksabstimmung, die zur Genehmigung dieser Verfassungsänderung nötig war, hat aber am 26. April deutlich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung entschieden. Die erstere Vorlage wurde mit 687 000 gegen 443 000 Stimmen abgelehnt, und mit ähnlichem Stimmverhältnis wurde auch die andere Vorlage verworfen. Welches die treibenden Kräfte bei diesem Abstimmungsergebnis waren — ob sich die Volksmehrheit gegen die staatssozialistischen Pläne an sich aussprechen oder ob sie nur die Machterweiterung der Bundesregierung hemmen wollte — das läßt sich allerdings zur Zeit noch nicht klar erkennen.

Soziale Zustände.

Der frühere Arbeitschluß für städtische Arbeiter an den Vorabenden der Sonn- und Festtage macht, wie eine Zusammenstellung in den „Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städte-tags“ (Nr. 4 vom 1. Mai 1911) ergibt, unverkennbare Fortschritte. Von den 165 Verbandsstädten haben 65 einen früheren Arbeitschluß ohne Lohnabzug an allen oder einzelnen Vorabenden von Sonn- und Festtagen. In 37 dieser Städte ist dieser frühere Arbeitschluß für sämtliche Betriebe (teilweise allerdings mit Ausnahme der Schlachthofarbeiter, des Feizers- und Maschinenpersonals usw.), in den anderen 28 Städten ist die Arbeitskürzung an diesen Tagen nur für einzelne Betriebe oder für die einzelnen Betriebe verschieden geregelt eingeführt. Die Arbeitskürzung an den gewöhnlichen Sonntagen beträgt meist nur eine Stunde, während an den Vorabenden der Festtage durchschnittlich 2—3 Stunden früher geschlossen wird, allerdings häufig unter Fortfall der Vesperpause, zuweilen auch unter Wegfall oder Kürzung der Mittagspause. Einen allgemeinen freien Sonntagsnachmittag (Arbeitschluß 1 Uhr mittags) für die städtischen Arbeiter hat nur Barmen eingeführt, doch werden dafür die Pausen auch an den übrigen Wochentagen um eine Viertelstunde gekürzt, so daß die wöchentliche Arbeitszeit ungefähr dieselbe wie früher bleibt. — In allen Fällen wird für den verkürzten Arbeitstag der volle Tageslohn gezahlt. Muß ausnahmsweise an diesen Vorabenden in der sonst freien Zeit gearbeitet werden, so gewähren die meisten Städte dafür keine besondere Entschädigung. Nur einige haben für solche Fälle Überstundenlohntafeln vorgesehen:

Augsburg (Schlachthof), Berlin (Wasserwerk-Werkstatt und Straßenkolonne 50 %), Köln (Schlachthof), Düsseldorf (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke), Karlsruhe (50 bzw. 25 %), Königsberg, Mannheim (12,5 %, ausgenommen Straßenbahnamt), Mülhausen (50 %), München (25 bzw. 50 %), Nürnberg (25 bzw. 50 %), Straßburg (88 1/2 %), Wandsbek und Wiesbaden (100 %).

Auch diejenigen Arbeiter, welche überhaupt nicht an der Vergünstigung teilnehmen können, erhalten für die Arbeit bis zum gewöhnlichen Arbeitschluß meist keine besondere Entschädigung. Nur Metz gewährt den Schlacht- und Viehhofarbeitern für die Mehrarbeit (nach 4 Uhr) an diesen Tagen 33 1/3 % Zuschlag zum vollen Lohn. Ebenso wird in Elberfeld den Tages- und Schichtarbeitern mit zwölfstündiger Schicht, die an solchen Tagen arbeiten müssen, die Zeit nach 4 oder 6 Uhr bis zum normalen Tageschichtschluß (7 Uhr) besonders und als Überstunden bezahlt.

Die Gründung eines „Hausdienstausschusses“ für Groß-Berlin ist von einer am 5. Mai im Bürgerhalle des Berliner Rathauses tagenden Versammlung beschlossen worden, an der sich insbesondere eine große Anzahl von Frauen- und Diensthovenvereinigungen (genannt seien beispielsweise der Berliner Hausfrauenverein, der Berliner Diensthovenverein, der deutsch-evangelische Frauenbund, der katholische Frauenbund, der jüdische Frauenbund, der Verein Wohlfahrt der weiblichen Jugend) sowie einige auf dem Gebiete der Sozialpolitik tätige neutrale Organisationen (Bureau für Sozialpolitik, Ständiger Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen) beteiligten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein Referat der Vorsitzenden des Berliner Diensthovenvereins, Fräulein Elisabeth von Knebel-Doebert, über den „gegenwärtigen Stand der Diensthovenbewegung und die Notwendigkeit der Gründung eines Hausdienstausschusses“. In der Diskussion fand die gegebene Anregung allseitige lebhafteste Zustimmung, wenn auch die Fragen: Begrenzung des speziellen Arbeitsgebiets dieser neuesten Groß-Berliner sozialen Veranstaltung, Zusammensetzung des Ausschusses und seine Arbeitsweise, noch der Klärung harren. Die Leitung des vorläufigen Ausschusses liegt in den Händen des Direktors P. Burdhardt.

Der Kampf gegen die Anmierungskneipen in Worms ist durch den Erlaß einer Kellnerinnenverordnung in Angriff genommen worden, die jetzt die Genehmigung des Ministeriums gefunden hat. Die Verordnung enthält Bestimmungen über die Einrichtung der Wirtschaften (Verbot verfekter Plätze), schreibt vor, daß Kellnerinnen weder auf Trinkgelber, noch auf Prozente der verkauften Getränke angewiesen sein dürfen und daß sie im Hause wohnen müssen. Verbieten ist auch das Anbringen von Zeichen, z. B. von roten Laternen, aus denen hervorgeht, daß eine Wirtschaft weibliche Bedienung hat. — An dieser Verordnung ist besonders die Verbindung mit dem Kampf gegen das Trinkgelberwesen bemerkenswert, welches mit Recht als eine der Wurzeln des Kellnerinnenelends auch in sittlicher Hinsicht angesehen wird. Dahingestellt bleiben muß, ob sich der Zwang, im Hause des Gastwirts zu wohnen, bewähren wird.

Die Frage eines allgemeinen Mindestlohns in England wurde Ende April im Unterhause durch einen Antrag des Arbeiterabgeordneten W. Crooks aufgeworfen. Der Antrag, der den seit Jahren von den britischen Gewerkevereinstongreifen

wiederholten Forderungen entspricht, lautete: „Das Recht jeder Familie im Lande auf ein Einkommen, das genügt, die Familienmitglieder in Anstand und Bequemlichkeit zu unterhalten, muß anerkannt werden,“ deshalb müsse ein allgemeiner Mindestlohn von 30 Schilling die Woche für jeden erwachsenen Arbeiter gesetzlich festgelegt werden und die Regierung müsse diesen Lohnsatz in ihren Betrieben anerkennen. Crooks führte zur Begründung seiner Forderung an, daß die Regierung für den Unterhalt (Nahrung) eines Soldaten wöchentlich 5 Schilling und 7 Pence ausbebe und daß die Nahrungskosten der Kinder, die der Pflege des Ministeriums für Sozialverwaltung anvertraut sind, von den Ärzten der Regierung auf 2 Schilling und 3 1/2 Pence die Woche festgesetzt worden seien. Diesen Ziffern stellte er das Haushaltsbudget einer gewöhnlichen Londoner Arbeiterfamilie gegenüber, deren Einkommen 27 Schilling beträgt. Die wöchentlichen Ausgaben dieser Familien setzen sich, wie folgt, zusammen:

Miete	8 Schilling
Kohlen	1 - 4 Pence
Verschiedene Gegenstände und Licht	1 - 6 -
Kleider	1 - 2 -
Krankenkasse	1 -
Versicherung	1 -
Altersversorgung	1 -
Nahrung (vier Personen)	12 -

Selbst bei einem Lohne von 30 Schilling die Woche sei es in England schwer, ein anständiges und menschenwürdiges Dasein zu führen. Diejenigen, die so viel von der Verteidigung des Reiches redeten, möchten bedenken, daß die Grundlagen des Reiches in den Rücken der Arbeiterfrauen zu suchen seien. Der Antrag wurde von dem Arbeiterabg. Thorne unterstützt, der die Regierung aufforderte, dem Beispiel verschiedener Städte, worunter sich auch sein Wahlkreis West Ham befinde, zu folgen, die schon den in der Resolution geforderten Mindestlohn angenommen hätten. Von radikal-liberaler Seite trat für den Antrag Abg. Chiozza Money ein. Er wies darauf hin, daß die Resolution durchaus keine revolutionäre Forderung enthalte. Während der letzten fünfzehn Jahre seien die Löhne in einer gewissen Gruppe wichtiger Industrien um 13% gestiegen; zu gleicher Zeit seien aber auch die Preise der Nahrungsmittel im Kleinverkauf um 180% gestiegen. Es habe mithin ein Sinken der Einkünfte stattgefunden. Diesem Sinken der Löhne stehe ein gewaltiges Anwachsen der steuerpflichtigen Einkommen (von mehr als 160 Pfund Sterling) gegenüber, wie aus den Ziffern der Einkommensteuerveranlagung hervorgehe. Der Vertreter der Regierung (Handelsministerium) verwies demgegenüber auf die großen Kosten, die die Annahme des Antrags verursachen würde. Von 7 300 000 Personen, deren Einkommen bekannt sei, verdienten 60% weit weniger als 30 Schilling die Woche. Die Einführung des vorgeschlagenen Mindestlohns würde die Produktionskosten erhöhen und der ausländischen Konkurrenz Vorteile bringen. Die Höhe der Löhne müsse sich nach Angebot und Nachfrage richten. Zu einer Abstimmung kam es nicht, da ein konservativer Abgeordneter Sir F. Banbury den Antrag „hinausredete“, d. h. absichtlich so lange sprach, bis die für den Antrag verfügbare Zeit überschritten war.

Ein Preisausschreiben für soziale Junentkolonisation erläßt der Bund Deutscher Bodenreformer, um Vorschläge zu gewinnen für die Rechtsformen der neuen Bauernstellen und neuen Dörfer, die auf staatlichem Boden durch Kultivierung von Moor- und Weidlandereien gewonnen werden sollen. Für den neuen Einzelwirt gilt es, die Gefahren auszuschließen, die die heutige Verschuldungsfreiheit mit sich bringt, der Dorfgemeinschaft aber von vornherein so viel Mittel zu sichern, daß für alle Zwecke der Kirche, Schule, Fortbildung und Wohlfahrtspflege reichlich gesorgt ist. Es handelt sich um über zwei Millionen Hektar Land, das die preussische Regierung zu kultivieren gedenkt. Der Preis beträgt 1000 M. Die Arbeiten dürfen 6 Bogen im Format der Zeitschrift „Bodenreform“ nicht überschreiten. Nähere Bedingungen sind zu beziehen von der Geschäftsstelle der „Bodenreform“, Berlin NW., Lessingstr. 11.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Tarifverhandlungen im deutschen Buchbindergewerbe.

Der Dreistädte-tarif, der im Jahre 1906 nach langem Kampf zwischen dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer und dem Verband deutscher Buchbinder, unter freundschaftlicher Mitwirkung des Vorsitzenden des Tarifamts der Buchdrucker, für Berlin, Leipzig

und Stuttgart abgeschlossen worden war, läuft am 1. Juli dieses Jahres ab und ist von den Buchbindergehilfen durch gleichlautende Beschlüsse der am 21. März in den drei Städten abgehaltenen Versammlungen gekündigt worden. Die Gehilfen sind niemals mit dem unter ungünstigen Bedingungen zustande gekommenen Tarif von 1906 recht zufrieden gewesen. Die Arbeitszeit ist seit 1896 unverkürzt geblieben, der 1907 ein wenig revidierte Akkordtarif enthält manche Posten, die seit 1900 sich nicht geändert haben, und die Mindeststundenlöhne von 1906 sind durch die Teuerung des letzten Jahres in ihrem Werte stark beeinträchtigt worden. Die Einführung vieler technisch vollendeter Maschinen und das immer stärkere Vordringen der Frauenarbeit im Buchbindergewerbe haben die Arbeitsverhältnisse im ganzen sehr stark beeinflusst, wenn auch in den wiederholten gemeinsamen Beratungen der Vorstände der beiderseitigen Verbände manche Möglichkeiten und Streitpunkte, die sich aus diesen technischen und sozialen Verschiebungen ergaben, einer friedlichen Aussprache und teilweisen Regelung unterzogen werden konnten. Allerdings konnten oft gerade die schwerwiegendsten Änderungen nicht genügend gemeistert werden. So hatte sich noch die letzte gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Vorstände am 22. Oktober in Leipzig vergeblich mit folgenden Fragen befaßt: Tarifliche Regelung der Entlohnung an den neuen Schnellbreitern, Befestigung der automatischen Falzmaschinen und Entlohnung des an denselben beschäftigten Personals, Befestigung der Deckenmachmaschinen, Befestigung der Broschüre-einhangemaschinen und Bezahlung der an ihnen tätigen Personen.

Die Gehilfenschaft erwartet nun von der Erneuerung des gekündigten Dreistädte-tarifs eine Befriedigung vieler ihrer bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen, vor allem auch in der Arbeitszeit- und Lohnfrage, namentlich erstrebt sie eine durchgreifende Revision des Akkordtarifs und eine scharfe Regelung der überstundenarbeit und ihrer Bezahlung. Weiter fordert sie Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit, eine neue Lehrlingsstaffel und paritätische Arbeitsnachweise.

Im einzelnen werden verlangt für Buchbinder, die mindestens 6 Jahre im Beruf tätig sind, vom 1. Juli 1911 ab in Berlin 62 M., in Leipzig 58 M. und in Stuttgart 66 M. Stundenlohn; vom 1. Oktober 1913 ab in Berlin 65 M., in Leipzig 62 M. und in Stuttgart 60 M. Bis hier wurden in diesen drei Städten 52, 50 und 48 M. gezahlt. Für geübte Buchbindereitarbeiterinnen werden vom 1. Juli 1911 ab für Berlin 88 M., für Leipzig und Stuttgart 80 M.; vom 1. Oktober 1913 ab für Berlin 41 M., für Leipzig und Stuttgart 82 M. Stundenlohn verlangt. Bis hier betrug der Stundenlohn für diese Arbeiterinnen höchst in den drei Städten 32, 26 und 25 M. Für ungeübte Arbeiterinnen sollen im ersten Halbjahr in Stuttgart und Leipzig 18 M., in Berlin 22 M.; im 7. bis 9. Monat: in Stuttgart und Leipzig 21 M., in Berlin 28 M.; im 10. bis 12. Monat: in Stuttgart und Leipzig 24 M., in Berlin 30 M. gezahlt werden. Nach Verlauf eines Jahres erhalten diese Arbeiterinnen den Mindestlohn für geübte Arbeiterinnen. — Die bisher bestehende 9stündige Arbeitszeit soll für 5 Tage der Woche in Geltung bleiben, an Sonnabenden jedoch verkürzt werden.

Der Dreistädte-tarif beherrscht jetzt etwa 9000 Arbeiter, über 3000 in Berlin, über 4000 in Leipzig und 1500 in Stuttgart. Etwa 90 % dieser Arbeiter sollen organisiert sein. Neben diesem Dreistädte-tarif besteht das deutsche Buchbindergewerbe zahlreiche örtliche Tarifverträge, die jedoch mit dem Dreistädte-tarif in keinem Zusammenhang stehen.

Die neuen Tarifvertragsverhandlungen sind am 2. Mai im Buchgewerbehaus zu Leipzig zwischen den Vertretern der beiderseitigen Verbände eröffnet worden. Beide Verbandsvorstände haben ausführliche Entwürfe zu dem neuen Tarifvertrage vorgelegt, die erklärlicherweise vielfach von einander abwichen. Die bisherigen Verhandlungen haben sich aber erfolgversprechend angelaufen.

Sie ergaben zunächst eine Verständigung über die Arbeitszeit, die künftig auf 52 1/2 Stunden in der Woche verkürzt werden soll. Sodann wurde den Gehilfen (auch den Schnellpressern und Spezialarbeitern) eine Aufbesserung der Mindestlöhne um 4 M. vom 1. Juli 1911 ab und um weitere 2 M. vom 1. Juli 1913 ab zugesprochen. Geübte Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten entsprechend 8 + 1 M. Zulage auf die Mindestlöhne; Spezialarbeiterinnen sollen vom 1. Juli ab in Stuttgart, Leipzig, Berlin 29, 30 und 39 M., vom 1. Oktober ab 30, 31 und 39 M. erhalten. Für Arbeiterinnen unter 16 Jahren wurde eine neue Lohnklasse (14, 15 und 16 M. im ersten Jahr; 20, 21 und 28 M. im zweiten Jahr) geschaffen, ebenso für ungeübte ältere Arbeiterinnen. Die über Mindestlohn bezahlten Arbeiter sollen entsprechend aufgebessert werden. Über die Überstundenlöhne kam keine Verständigung zustande, auch nicht über die Arbeitsnachweise. Dagegen wurde die Lehrlingsstaffel geregelt und die tarifliche Entlohnung der Heimarbeit vereinbart.

Am 22. Mai werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Tariffbewegungen in der Binnenschifffahrt. Anfang März traten die Oberschiffer in eine Lohnbewegung ein. Die Löhne hatten bisher monatlich 95 M für Bootleute, 100–115 M für Steuerleute betragen, die Arbeitszeit 11 Stunden. Gefordert wurden für Steuerleute nach Größe der Fahrzeuge 120–180, für Bootleute 110 M. Für Überstunden, die bisher mit höchstens 25 M bezahlt wurden, sollten 50 bis 75 M gegeben werden. Die Einbehaltung von sogenannten „Nachschuß“ in Höhe von 3–6 M monatlich sollte beseitigt werden; dieser Nachschuß wurde bisher erst am Schluß der Schiffsfahrtszeit ausbezahlt, falls sich der Schiffsmann „gut geführt“ hatte. Die Forderungen wurden am 9. März eingereicht; Ende März kamen Verhandlungen zustande, die anfangs in Berlin geführt und am 1. April in Breslau erfolgreich beendet wurden. Der neue Tarif sieht vom 1. Juli 1911 ab eine monatliche Vohnzulage von 5 M, Beseitigung des Nachschusses, der zum Lohn geschlagen wird, und 50 M Lohn für Überstunden vor. Außerdem wurde eine Kommission aus Vertretern des Arbeitgeberverbandes für Binnenschifffahrt, Ortsgruppe „Oder“, und des Transportarbeiterverbandes zur Schlichtung von Streitigkeiten gebildet, die sich aus dem Tarif ergeben. Die Vertragsdauer beträgt 1½ Jahre, die Kündigungsfrist 2 Monate. In Frage kommen etwa 500 Boots- und Steuerleute. — In Meißen und Umgegend sind die Bootleute der Stein-, Kohlen- und Güterschifffahrt in eine Lohnbewegung getreten. Es handelt sich um 18 Firmen mit etwa 90 Fahrzeugen. Die Elbschiffer verlangen eine Erhöhung des Tagelohns von 3,50 auf 4,50 M.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Aus den Kreisen der mittleren Grubenbeamten erhalten wir folgende Zuschrift: Die Budgetkommission des preussischen Landtages hat sich mit der Frage der Rentabilität der Staatsbergwerke beschäftigt und gewisse Grundzüge aufgestellt, die befolgt werden sollen, um die Ertragsfähigkeit zu steigern. Unter anderem ist auch der Vorschlag gemacht worden, die mittleren Grubenbeamten, als: Obersteiger, Fahrsteiger und Steiger nicht mehr als Staatsbeamte, sondern im Privatservicevertrag anzustellen. Man glaubt, staatlich angestellte Beamte hätten nicht das genügende Interesse am Betrieb; außerdem verhinere die feste Anstellung die Anwendung von Maßnahmen, die den Zweck haben, die Beamten zu größerer Leistung anzuspornen; 3. B. Drohung mit Entlassung, Kürzung des Gehalts, Zahlung von Prämien usw. In Verfolg dieser Vorschläge hat man am 1. April d. J. in Saarbrücken keine Steiger mehr staatlich angestellt. Der Vorwurf der Ineffizienz hat die heute noch staatlich angestellten Bergbeamten außerordentlich erbittert. Sie sagen sich, mit der gleichen Begründung könne man gegen alle staatlichen Beamten vorgehen und ihre Überführung ins Privatserviceverhältnis beantragen. In einer am 2. April in Saarbrücken abgehaltenen Versammlung, die sehr erregt verlief und die von fast sämtlichen Beamten des Reviers besucht war, haben sie (wie in Sp. 935 kurz gemeldet) zu der Entschärfung Stellung genommen. Es wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die in der Tonhalle Saarbrücken versammelten 700 technischen Grubenbeamten — Obersteiger, Fahrsteiger und Steiger — sind entrüstet über den Beschluß der Budgetkommission. Die technischen Grubenbeamten wieder in das frühere Privatverhältnis zurückzuführen. Die Beamten empfinden diesen Beschluß als eine unerbittliche Schmach und Demütigung, zumal höhere Bergbeamte gerade den Steigern öfters öffentlich das Zeugnis ausstellen, daß kein sonstiger Beamtenstand solche Anforderungen verlange wie der Beruf des Steigers. Die Versammlung hat das Gefühl, daß durch die Überführung der technischen Grubenbeamten in das Privatverhältnis die Stellung der höheren Bergbeamten hauptsächlich herausgehoben und die ersteren dafür mit ihren selbständigen Regungen wieder niedergedrückt werden sollen. Die Versammlung will kein Mittel unversucht lassen, das Staatsbeamtenverhältnis zu belassen, und hofft bestimmt, daß das Abgeordnetenhaus den Beschluß der Budgetkommission nach genügender Aufklärung wieder aufheben wird.“

Auf Grund dieser Versammlung und der gefaßten Resolution hat die kgl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken den Vorsitzenden des Verbandes der staatlichen Grubensteiger zu Protokoll vernommen und ihn „im Interesse des Dienstes“ sofort nach der fiskalischen Zeche Rheinbaben bei Völtrop im Ruhrrevier verlegt. Der Verband der staatlichen Grubensteiger hat daraufhin die Erhebung eines Extrabeitrags in Höhe von 20 M beschlossen, um dem Vorsitzenden die entstehenden geldlichen Schädigungen zu ersetzen. — Aus „zuverlässiger Quelle“ wird der „Röln. Ztg.“ von Saarbrücken gemeldet, „daß die Absicht der Regierung, den technischen Grubenbeamten ihren staatlichen Beamtencharakter zu nehmen, fallen gelassen worden ist.“ Offenbar eine gute Wirkung des Protestes der Beamten.

Der Deutsche Bankbeamten-Verein hat im April 1911 die Mitgliederzahl 25 000 überschritten, eine höchst achtungswerte Leistung für eine Privatbeamtenorganisation, deren Gründung erst im Jahre 1894 erfolgt ist. Zuerst war das Wachstum des Vereins allerdings langsam gewesen, im Jahre 1908 waren ungefähr 4000 Mitglieder vorhanden. 1905 wurde aber schon die Zahl 5000 erreicht, und nun setzte der große Aufschwung ein, nicht zum mindesten dank der Rührigkeit des Vorsitzenden und Geschäftsführers des Vereins, Hrn. Fürstenberg, der den Verein auch im Auschuß der Gesellschaft für Soziale Reform vertritt. 1907 wurde die Zahl 10 000, 1909 die Zahl 15 000 und im April 1910 die Zahl 20 000 überschritten. Gegenwärtig sind über 25 000 Mitglieder vorhanden, die sich auf 83 Zweigvereine und ungefähr 200 Ortsgruppen verteilen. Der größte Zweigverein besteht in Berlin; ihm gehören über 4500 Bankbeamte an. Es ist auch gelungen, unter den im Ausland arbeitenden Berufsgeoffenen festen Fuß zu fassen: so bestehen Zweigvereine in London und Paris und Ortsgruppen in Antwerpen, Brüssel und Mailand. Vertrauensmänner hat der Verband u. a. in Petersburg, Rom, Rio de Janeiro, Buenos Aires und Valparaiso. Die soziale Tätigkeit war lebhaft und erfolgreich. Auf dem Gebiete der Sonntagsruhe, des Sonnabend-Frühschlusses, des Urlaubs und der banttechnischen Fortbildung sind nicht unbedeutende Fortschritte gemacht worden. Über die im Jahre 1909 in Gemeinschaft mit dem Bankerverband gegründete Allgemeine Pensionskasse, der gegen 1000 Bankfirmen angeschlossen sind, haben wir feinerzeit ausführlich berichtet. Die Vereinsleitung hat sich stets bemüht, ein gutes Verhältnis zu den Arbeitgebern zu pflegen. Auch an den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten hat der Verein stets Anteil genommen. Die Interessen der Bankbeamten sind bei dem Verein in guten, rührigen Händen.

Der Deutsche Werksmeisterverband, Sitz in Düsseldorf, der zur Zeit 52 000 Mitglieder zählt, tagte während der Ostertage in Straßburg. Die Versammlung beschloß eine Erhebung über die wirtschaftlichen und Anstellungsverhältnisse der Werksmeister, für die als erste Rate 10 000 M eingestellt wurden. Weiter nahm sie Stellung zum Koalitionsrecht der Angestellten und forderte die Streichung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sowie Erlass eines Gesetzes, das den Berufsvereinen Rechtsfähigkeit verleiht. Weiter erkannte die Versammlung den Entwurf der Angestelltenversicherung als brauchbare Unterlage an, falls darin die von den Angestellten geäußerten Wünsche Berücksichtigung finden. Die Aufnahme weiblicher Werksmeister, für die sich eine große Minderheit erklärte, wurde abgelehnt. Für die Invalidenheime, deren Bau vom Verbandsrat in Aussicht genommen ist, wurden rund 90 000 M zur Verfügung gestellt, ferner für die Unterstützung bedürftiger Mitglieder aus den Überschüssen der Sterbekasse für die Jahre 1911 und 1912 je 240 000 M. Endlich wurde eine neue Sterbekassala beschlossen, die auch den minderbezahlten Werksmeistern den Beitritt ermöglichen wird.

Zentralverband der Gastwirtsgehilfen Deutschlands. Die erste Generalversammlung hat am 28. März in Stuttgart stattgefunden. Die Vorsitzende, Frau Duvernoy, verlas in ihrem Geschäftsbericht ein Schreiben des württembergischen Ministeriums des Innern, in dem betont wird, alle Eingaben und Gesuche könnten erst Erfolg haben, wenn die Fürsorge für den Gastwirtsgehilfenstand in dessen Selbsthilfe ihre Unterstützung finde. Die Verbandssekretärin, Frä. Hermann, die selbst früher Kellnerin war, sprach über „Organisation und Agitation“ und betonte die Notwendigkeit der Hausagitation, da mit Versammlungen wenig zu erreichen sei. Arbeiterssekretär Brug sprach über „Wie verstärken wir unseren Einfluß auf die Lokal- und Tagespresse“ und gab hierfür einige praktische Winke. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kellnerinnen-schutzes sofort und gründlich eingreifen muß. Die Bundesratsverordnung vom Jahre 1902 genüge in keiner Weise. Gewünscht wird, daß 1. für die Kellnerinnen eine gesetzlich festzulegende einjährige Lehrzeit eingeführt und die Berufsausübung für weibliche Personen unter 21 Jahren verboten wird, daß 2. monatlicher Mindestlohn von 80 M gewährt, 3. mindestens vierwöchige gesetzliche Kündigungsfrist eingeführt und sonntäglich den Kellnerinnen Freiheit zum Besuche des Gottesdienstes gewährt wird; 4. Verbot jedweder Abgaben für Brot, Zündhölzer, Zahntoilette usw.; 5. Verbot der Verwendung von Dienstmädchen als Kellnerinnen in der Gast- und Schankwirtschaft; 6. Standesgemäßes, der Wohnungsinnspektion unterstelltes Logis und Verbote weiblicher Bedienung nach 12 Uhr nachts.

Der dänische Gewerkschaftskongress, welcher vom 25. bis 28. April in Kopenhagen stattfand, stand unter dem Drucke der drohenden Aussperrungen (vergl. Sp. 968). Zwei Tage vor seinem Beginn wurde ihm die wichtigste Frage der Lohnkämpfe zur Entscheidung überwiesen: ob fünfjährige Tarife abgeschlossen werden sollen oder nicht. Obgleich diese Frage anfänglich verneint worden war, beschloß der Kongress am 27. April, auf der Grundlage der Zugeständnisse der Unternehmer in die fünfjährige Vertragsdauer einzwilligen und die Arbeitervertreter entsprechend zu bevollmächtigen. Nachdem die vorhergehende Nacht die Einigungs-verhandlungen unter den größten Bemühungen des staatlichen Vermittlers bis 6 Uhr morgens durchgeführt worden waren, traten 5 Uhr nachmittags die Vertreter bereits wieder zur entscheidenden Sitzung zusammen und kamen nach fünfstündiger Beratung zur

Einigung. Die Verkündung dieses Ergebnisses wurde vom Kongreß mit Schweigen aufgenommen. Es herrschte die Meinung vor, daß die Länge der Gebundenheit in einem argen Mißverhältnis zu den geringen Erfolgen stehe. Freilich war diese Nachgiebigkeit dringend notwendig, da die große Arbeitslosigkeit der letzten Jahre die Kräfte sehr geschwächt hatte und das Vermögen der Organisationen nur mit schweren Verlusten flüssig zu machen gewesen wäre, nachdem, gerade infolge der drohenden Aussperrung, die Kurse außerordentlich stark gefallen waren. — Hinter der Befürchtung um die Aussperrungen traten alle anderen Beratungsgegenstände völlig zurück. Zu diesen zählten u. a. die Heimarbeit, deren wesentliche Einschränkung durch Gesetz gefordert wurde, ferner die Frage der genossenschaftlichen Unternehmungen (eine Konsum- und Produktionsgenossenschaft soll in Kopenhagen errichtet werden, wenn 50 000 Anteile zu 10 Kronen eingezahlt sind; die genossenschaftlichen Unternehmungen der dänischen Bauern und die des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sollen nachgeahmt werden); weiter wurde eine Kommission zur Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Organisationen errichtet und über die Arbeitslosen- und die Abrüstungsfrage beraten.

Eine weitere Beschränkung des Gewerkevereinsrechts in Großbritannien bedeutet ein neues Urteil, das die Chancery-Abteilung Ende April, in den Spuren des Osborne-Urteils fortschreitend, gegen den Maschinenbauerverband gefällt hat. Auf die Klage eines Verbandsmitglieds wurde nämlich ein gerichtlicher Eingehaltsbefehl gegen die Gewerkschaft erlassen, wonach sie fortan von ihren Mitgliedern keine freiwilligen Beiträge mehr für die Zwecke der Arbeitervertretungen in den städtischen Verwaltungskörperschaften erheben darf. Während die bisherigen Osborne-Urteile nur die zwangsweise Erhebung von Beiträgen für die parlamentarische Arbeitervertretung verboten, wird nunmehr auch die Einziehung von freiwilligen Beiträgen für alle sonstigen politischen Vertretungszwecke unterbunden; denn, so führte Richter Barker aus, die freiwillige Beitragsleistung laufe bei den Gewerkschaften in der Praxis doch auf einen moralischen Zwang hinaus. Die Reform des britischen Gewerkevereinsrechts durch ein Gesetz wird, nach diesen Gerichtsurteilen, die alles ins Ungewisse führen, immer dringlicher.

Streiks und Aussperrungen.

Eine Tarifbewegung im Bäckereigewerbe hat anfangs März begonnen und dauert noch an. Gefordert wird hauptsächlich ein 36stündiger Ruhetag.

In Berlin wurde eine Einigung vor allem durch den Gegensatz zwischen den freigewerkschaftlich Organisierten und den Gelben erschwert. Die Ersteren verlangten, daß bei Verhandlungen die Letzteren nicht zugelassen würden. Die Forderungen des Zentralverbandes waren außer dem 36stündigen Ruhetag: Endgültige Einführung der sechsständigen Arbeitswoche; Beseitigung der Reste des Kost- und Logiszwanges; Schaffung eines auskömmlichen Minimallohnes (27 M.); Einführung des zehnstündigen Arbeitstages; paritätischer Arbeitsnachweis. Die Gelben dagegen begnügten sich damit, 22 M. Mindestlohn und 22stündige Sonntagsruhe zu fordern. — Schließlich wurde vor dem Einigungsamt in Verhandlungen getreten, ohne daß die Gelben vertreten waren; mit ihnen finden nach Abschluß der einigungsamtlichen Verhandlungen Sonderverhandlungen statt.

In Breslau wurde der 12stündige Maximalarbeitstag, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, 14tägige Kündigung, paritätischer Arbeitsnachweis, Begrenzung der Lehrlingszahl, Tarifamt für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag und Mindestlohn von 22 M. gefordert. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und Vermittlungsversuche des Bürgermeisters Trentin sind gescheitert.

In Frankfurt a. M. forderten die Bäckerarbeiter 25 M. Mindestlohn und den paritätischen Arbeitsnachweis. Der 36stündige Ruhetag ist hier bereits für 42 Betriebe im vorigen Jahre durch mehrwöchigen Streik errungen worden; gegen die Betriebe, die ihn damals nicht bewilligten, richtet sich der diesjährige Kampf ganz besonders.

In Magdeburg ist dem Innungsvorstand der schon voriges Jahr von einem Teile der Bäckermeister anerkannte Tarifvertrag erneut unterbreitet worden.

In Landshut, Passau, Moosburg, Dachau und vielen kleinen Orten Oberbayerns sind günstige Tarife abgeschlossen worden; der Landshuter Tarif enthält u. a. 3 Tage Urlaub nach einjähriger und 6 Tage nach 8jähriger Beschäftigung. — In Lötz ist es zum Streik gekommen.

In Stuttgart forderten die Arbeiter an Stelle des wöchentlichen Ruhetags 1 Woche Ferien nach einjähriger, 1 1/2 Wochen nach 3-jähriger und 2 Wochen nach 5-jähriger Beschäftigung, ferner effektive Maximalarbeitszeit von 11 Stunden, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, 22 M. Mindestlohn und Sicherung der Koalitionsfreiheit. Die Meister lehnten diese Forderungen ab und haben einen Revers unterschrieben,

der im Falle der Bewilligung 150 M. Vertragsstrafe vorsieht. (Derartige Vereinbarungen sind bekanntlich nichtig.)

In Hamburg wird der Achtstundentag in Betrieben mit Wechsel- und Logiszwang gefordert. Hier ist es zum Streik gekommen. 118 Betriebe mit 700 Arbeitern haben indessen die Arbeiterforderungen bereits anerkannt.

In Bremen ist es vor dem Einigungsamt bereits zum Tarifabschluß gekommen. Der Mindestlohn beträgt jetzt 22 M. in den ersten zwei Jahren nach der Lehrzeit, dann 24 M., die Arbeitszeit 12 Stunden. Kost und Wohnung werden nur gewährt, wenn der Geselle dies schriftlich im Nachweisbureau erklärt. Der Innungsnachweis wird durch ein Mitglied des Gesellenausschusses ergänzt.

Auch in Österreich ist es zu mehreren Arbeitskämpfen im Bäckereigewerbe gekommen; in Pola wurde der Neunstundentag und Erhöhung der Lohnsätze um 2—4 Kronen auf friedlichem Wege erreicht, während es in Preßburg und in Triest zum Streik gekommen ist. Dieser wurde in Triest nach 4 Tagen mit gutem Erfolg beendet und brachte etwa die gleichen Errungenschaften wie der Vertrag in Pola. — In Italien sind größere Aussperrungen erfolgt: so in Novarra, Mailand und Turin. Sie stellen den Protest der Meister gegen die Regierung dar, weil diese das Gesetz vom 22. März 1908 betr. Beseitigung der Nachtarbeit (vergl. XVII, 1088) erlassen hat, welches angeblich „unhaltbare Zustände“ geschaffen haben soll.

Das Ende des Hafenarbeiterkampfes in Mannheim (Sp. 909) ist nach einwöchiger Verhandlung vor dem Mannheimer Einigungsamt durch Abschluß von fünf Tarifverträgen herbeigeführt worden. In diesen wird für das Jahr 1912 eine Verkürzung an Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich zugestanden, ferner tritt eine sofortige Lohnerhöhung von 90 Pf. bzw. 1 M. die Woche ein. Für Akkordarbeiter ist ein prozentualer Zuschlag vorgelesen, der ungefähr dieselbe Lohnerhöhung ausmachen dürfte. Die Holz- und Bordarbeiter erhalten sofort eine stündliche Zulage von 2 Pf. und in den folgenden Tarifjahren je einen weiteren Pfennig. Die Stückarbeiter erhalten außer der jetzigen Lohnerhöhung von 90 Pf. im Jahre 1914 eine weitere Wochenzulage von 60 Pf., die Kranen- und Elevatorführer außer der jetzigen Zulage von 1 M. im Jahre 1913 eine nochmalige Zulage von 50 Pf. Die Sätze des Getreide-Akkordtarifs von 1906 verstehen sich für das Tarifjahr 1911/12 mit einem Zuschlag von 4 1/2 % für 1912/13 von 5 1/2 %, für 1913/14 von 6 1/2 %, für 1914/15 von 7 1/2 %. Das Maschinenpersonal der oberheinischen Reedereien erhält günstigeren Ruhezeitverhältnissen und Erhöhung der Überstundenätze um 10 Pf.; die Löhne steigen hier von 1911 bis 1914 allmählich um 1,50 M. wöchentlich. Die Arbeiter nahmen am 3. Mai die Arbeit wieder auf. Die berufsmäßigen Streikbrecher sind bereits wieder abgehoben worden. — Zu der von uns unter Hinweis auf sozialdemokratische Führerberichte wiedergegebenen Mitteilung, die badiische Bahnverwaltung habe Arbeiter unter Androhung der Entlassung gezwungen, auch in die Schiffsräume zu gehen und Schauerarbeit zu verrichten, schreibt uns die Großherzogliche Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen, daß unsere Quelle unwahre Angaben gemacht habe. Die Generaldirektion stellt vielmehr fest: „Wohl haben einige am Umschlag interessierte Firmen das Ansinnen gestellt, die Eisenbahnverwaltung solle ihnen Einschläge liefern; dies wurde aber abgelehnt. Nachgehend war hierfür außer grundsätzlichen Erwägungen auch die Tatsache, daß das in den Werfthallen beschäftigte Arbeiterpersonal der Eisenbahnverwaltung zwar im Hallendienst und Verladen von Eisenbahnwagen geübt ist, aber die Schiffsarbeit mit ihren besonderen Gefahren nicht kennt.“

Aussperrungen wegen der Meisler sind wieder, wie immer, wenn der 1. Mai auf einen Wochentag fällt, in größerem Umfang erfolgt. In Berlin wurden etwa 6700 Holzarbeiter in 320 Betrieben, meist auf 3 Tage, ausgesperrt; ferner trafen die Aussperrungen in Berlin 500 Metallarbeiter und etwa 150 Zimmerer. In Hamburg wurden 10 000 Metallarbeiter 1—10 Tage ausgesperrt, in Bremen 8000 Metall- und 800 Holzarbeiter auf 2—3 Tage. Über 1000 Werftarbeiter wurden in Flensburg, 2000 Metallarbeiter in Braunschweig betroffen. In Hannover wurden 600, in Königsberg 500, in Leipzig 800 Holzarbeiter ausgesperrt. Geringeren Umfang erreichten die Aussperrungen in Frankfurt a. M., Dresden, Augsburg, Stuttgart und einigen anderen Orten; fast überall handelt es sich um Holz- oder Metallarbeiter.

Das Ende des Frankenhäuser Knopfabbeiterstreiks (Sp. 845) ist mit dem Abschluß eines Tarifvertrags zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und Vertretern des Arbeitgeberverbandes erfolgt. Erreicht sind wesentliche Lohnaufbesserungen und Anerkennung der Organisation. Am Kampfe waren 500 Arbeiter beteiligt; seine Dauer war, da wiederholte Vermittlungsversuche des Oberbürgermeisters von Frankenhäusen am Widerstande der Arbeitgeber scheiterten, annähernd 8 Monate.

Arbeiterschutz.

Bauarbeiterschutz in Hessen.

Man schreibt uns: Auf die Tatsache, daß die hessische Regierung den gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetz vorgelegt hat, das den Bauarbeiterschutz im Großherzogtum regeln soll, ist unter knapper Bezeichnung der Begleitumstände in Spalte 693 dieses Blattes hingewiesen worden. Schon seit Jahren bestand diese Absicht. Ihre Ausführung wurde verzögert durch den Wunsch, ein möglichst umfassendes Gebiet in die Regelung einzubegreifen, allen Beteiligten nach Anhörung ihrer Wünsche im Rahmen der bestehenden Ordnung Rechnung zu tragen und namentlich auch Rücksicht zu nehmen auf brennende Fragen, einmal nach der Seite der erneuerungsbedürftigen allgemeinen Bauordnung hin und andererseits auch auf die stets in Aus- und Aufbau sich befindenden Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften. Nach beiden Richtungen ist nun wohl ein gewisses Ziel erreicht worden, und damit schien auch die Zeit gekommen, auf dem Gesetzeswege vorzugehen.

Staatsrechtlich war der Weg der Verordnung an sich nicht zu betreten: der hessischen Zentralbehörde steht das Recht der Landesverordnung nicht zu. Auf bestehende Gesetze aufzubauen, wäre nur möglich gewesen, wenn Teile der Materie unberücksichtigt hätten bleiben können. Die allgemeine Bauordnung gibt keine Grundlage für die Wohlfahrtsseinrichtungen in weitestem Sinne, die Gewerbeordnung kann nur im Kreise der gewerblichen Arbeiter Geltung finden; dann fehlen aber die sogenannten Regiebauten, und namentlich die Einziehung der verantwortlichen Personen, die nicht Arbeitgeber sind, hätte unterbleiben müssen. So entschloß sich die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes, das den sachlichen Umfang beschreibt und das äußerliche Gebiet umgreift, den technischen Teil aber auf den für diesen Fall gesetzlich zugestandenem Weg der Verordnung verweist.

Dieser technische Teil soll die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen, auch für nicht beschäftigte Personen, und diejenigen zum Schutze von Gesundheit und Sittlichkeit umfassen. Der Schutz beschäftigter Personen ist klar vorgezeichnet in den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften. Die vielseitige und langjährige Erfahrung dieser Versicherungsträger und ihrer Ausführungsorgane konnte schon um ihrer Wichtigkeit und Bedeutung willen nicht umgangen werden, zumal ja auch die Gewerbeordnung, an der doch auch nicht vorübergegangen werden kann, ihnen einen gewissen Einfluß auf die polizeiliche Ordnung der Dinge zuschreibt. Allerdings ist diese Sachlage auch nicht ohne Einwirkung auf die Forderung der Überprüfung der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften gewesen. Durch die Aufnahme der Vorschriften wird auch die Zweifelpflichtigkeit verschieden gearteter und gestalteter Anordnungen vermieden. Außerlich wird sich dies schon dadurch kundtun, daß nicht noch mehr Plakate aufgehängt zu werden brauchen. Daran knüpfend wird der Schutz des Publikums behandelt werden. Eins ohne das andere ist technisch nicht denkbar; die Berührungspunkte der beiderseitigen Grundgedanken sind zu mannigfaltig. Die Beachtung gesundheitlicher und sittlicher Forderungen wird sich an die Vorschriften in § 120b bis d O. anschließen. Eingehend soll die Frage der ungenügenden Dichtung bei Winterbauten, die Fensterfrage und die Trockenheizung der Bauten, die Kofstorbfrage, gelöst werden.

Von den rein technischen Problemen stehen natürlich im Vordergrund der Gerüstbau, die Abdeckung der Stodwerke, die Dacharbeiten, die Treppen- und Aufgangssicherung für die Arbeiter, der Passantenchutz für das Publikum. Nun wirft sich sofort die Frage auf: Wer haftet für diese Einrichtungen, wer ist verantwortlich für die Befolgung der Vorschriften überhaupt? Das Gesetz geht hierin sehr weit. Wenn es die sogenannten Regiebauten, die Bauten, die von nicht gewerbmäßigen Unternehmern in das Geltungsbereich hereinziehen will, so darf die Strafgewalt des Staates vor diesen keinen Halt machen. Auch diese Unternehmer und ihre Angestellten, sei es in Verbindung mit gewerbmäßig handelnden Personen oder nicht, sind mit den Strafen bis zu 300 M. bedroht. Im übrigen haben die Vorschriften der §§ 147 Abs. 4 und 151 O. Gültigkeit. Unabhängig vom Strafverfahren ist den Aufsichtsorganen die zwangsweise Durchführung der Vorschriften zugestanden. Das Verfahren hierfür wird auch durch die Verordnung geregelt werden.

Nicht in die Regelung hineingezogen ist, wie es scheint, eine andere Frage, die immer mehr bei der praktischen Anwendung der Schutzvorkehrungen in Erscheinung treten wird, die allerdings in ihrem ganzen Verlauf und auch in ihrem Zusammenhange mit dem

Bau und seinem Fortschreiten vielleicht noch nicht diejenige Klärung erfahren hat, welche für staatlichen Eingriff nötig wäre. Wie viele Schutzvorkehrungen nicht allein den Arbeitern dienen, sondern zugleich auch nach ihrer ganzen Einrichtung dem Publikum zugute kommen, so ist es technisch nicht möglich und wirtschaftlich widersinnig, Schutzvorrichtungen auf eine gewisse Arbeiterart beschränken zu wollen. In der Tat hat ja wohl bis jetzt stillschweigend der eine Unternehmer dem anderen sein Gerüst zum Gebrauch überlassen, er hat nicht danach gefragt, ob andere als seine Arbeiter den Treppenaufgang benutzen, er hat nach Abschluß seiner Arbeiten die Schutzvorkehrungen für das Publikum nicht abgebrochen, wenn ein anderer Unternehmer bei seinen Arbeiten etwa die gleichen oder eine ähnliche hätte herstellen müssen. Wohlfahrtsseinrichtungen, die der zuerst tätige Gewerbeunternehmer errichtet hat, sind stillschweigend von den Arbeitern der anderen benutzt worden. Nun bringt das Gesetz die erhöhte, erweiterte Verantwortlichkeit. Diese wird wohl die seither versteckten Unstimmigkeiten eher zum Ausdruck bringen um so mehr als die gegenseitige Benutzung von Einrichtungen ein stillschweigendes Einverständnis voraussetzen kann und zivilrechtliche Forderungen auf Grund einer solchen nicht ausgeschlossen sind. Setzt schon äußern sich ja die Wünsche der Handwerksmeister bei Arbeitsvergeben nach der Richtung hin, daß nur dem Auftraggeber die Verpflichtung für alle polizeilichen Anforderungen zu fallen solle; allerdings stehen dabei wohl die Kosten in erster Linie. In diesem Widerstreit der Interessen und Meinungen wäre eine gesetzliche Festlegung erwünscht, wohl aber auch inhaltlich und der Form nach schwer ausführbar gewesen. Da unsere ganze Technik unter dem Zeichen der Arbeitsteilung steht — aus welchen Gründen ist ja hier nicht zu erörtern —, so wirft sich doch die Frage auf, ob nicht wirtschaftlich und technisch vorteilhafter eine neue Unternehmerart begründet und ausgebaut werden könnte, die alle diese Einrichtungen zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und Sittlichkeit an Bauten gegen Entgelt liefert. Sie würde bald durch ausgedehnte und eingehende technische Erfahrung den Anforderungen trotz wirtschaftlicher Selbständigkeit billiger und besser gerecht werden können.

Ein eigener Abschnitt ist im Gesetz der Aufsicht gewidmet. Wünsche der Arbeitgeber und Arbeiter, bestehende Einrichtungen, vorhandene Beispiele standen hier im Widerspruch. Das Gesetz weist die Aufsicht den Baupolizeibehörden zu, denjenigen Behörden also, denen seither die Beaufsichtigung der allgemeinen Bauordnung und der lokalen Polizeiverordnungen übertragen war. Es nähert sich also mehr dem Standpunkte, daß die polizeiliche Beaufsichtigung der Gemeinden und der Gemeindeverbände eine wichtigere Rolle bei den Bauten spiele als der reichsgesetzlich schon vorher geregelte Arbeiterschutz, der dem Staate zufällt. Es ist anzunehmen, daß hierbei vor allen Dingen technische Erwägungen, namentlich die seitherigen Erfahrungen der Baupolizei, die Vorbildung ihrer Organe den Ausschlag gegeben haben, wenn auch vielleicht Zweckmäßigkeitsgründe nicht ohne Einfluß geblieben sind. Die Organe der Baupolizeibehörden müssen ja ohnehin in bestimmten Zeiteinschnitten die Bauten betreten. Bei dieser Gelegenheit kann und soll die Prüfung der gesundheits- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften vorgenommen werden, und daß dies öfters und wiederkehrend geschieht, darin liegt eine besondere Sicherheit für die Befolgung der Verordnungsvorschriften. Die vom Reiche angeordnete Überwachung der Bauten durch die Gewerbeaufsichtsbeamten soll damit in keiner Weise beschränkt sein. Die praktische Ausführung wird eben eine Ergänzung beider Arten bringen und bringen müssen. Eine Frage allerdings wäre hierbei noch offen. Die abgeschlossene, in sich und nach außen fest begrenzte, nach Inhalt und Sachlichkeit genau umschriebene Verordnung beschränkt eben die Beaufsichtigung in gewissem Maße auf ihre Vorschriften. Die Bewegungsfreiheit der Organe ist ohne Zweifel gebunden; die Bindung, so vorteilhaft sie in den allgemeinen, gleichmäßig sich darstellenden Grundlagen der Sicherung sich zeigen mag, in außerordentlichen, auf die Eigenart einzelner besonderer Erscheinungen und auf technischen Fortschritten gewachsenen Fällen kann sie aber als eine Einengung und Verhinderung des raschen, zielbewußten Eingreifens empfunden werden. Hier wird und muß der Spielraum des § 120a des Reichsgesetzes berücksichtigt werden können.

Einer besonderen mit Nachdruck vertretenen Forderung organisierter Arbeiter, die Überwachung gewählten, aus der Arbeiterschaft entnommenen Beamten zu übertragen, ist nicht berücksichtigt. Es mag dabei dahin gestellt bleiben, in welchen Grenzen dieser Wunsch Zwecken der Gewerkschaftsbewegung und Absichten der politischen Verbände dienen sollte, in welchem Maße namentlich nach Erfüllung der Bestrebung auf einen besonderen Bauarbeiter-

schuß diese wohl von vornherein der Ablehnung verfallene Forderung noch als Mittel zum Zweck angewandt werden soll — die heftigste Regierung wird nicht gewillt gewesen sein, in diesem Augenblick ihre Staatsaufsicht an Beamte abzugeben, die sie nicht selbst zu ihren Zwecken, zu Zwecken einer aus ihrer Initiative entsprungenen Gesetzesregelung ausgewählt hat. Wenn, wie immer allseitig hervorgehoben wird, technische Kenntnisse, Erfahrungen in der Wirkung eines Gesetzes auf beiden Seiten des Arbeitsverhältnisses nötig sind, um zum gezielten Ende zu gelangen, so wird die Berufung nur fachlich gelernter Arbeiter, die ein besonderes Interesse an den reinen Arbeiterforderungen haben, zu diesem Zwecke doch wohl umgangen werden müssen. Es ist auch kaum im Rahmen der Durchführung eines solchen Gesetzes möglich, die Schutzvorkehrungen für die beschäftigten Maurer durch einen gelernten Maurer und die für die beschäftigten Zimmerleute durch einen Zimmermann und so für alle Facharten prüfen zu lassen. Damit wäre niemandem, nicht dem Arbeitgeber, nicht dem Publikum und nicht dem Arbeiter als solchem gedient. Über dieser von einer Seite erhobenen Forderung und ihrer Verwirklichung steht gebietend das Gesamtinteresse des Staates und seiner verschieden gearteten Glieder.

Mögen die vorstehenden Ausführungen vielleicht für einzelne Leser, für die Bewohner einzelner Bundesstaaten, denen die Verwirklichung des Gedankens eines erfolgreichen Bauarbeiter-schutzes schon gelungen ist, wenig oder auch nichts neues bringen — große Teile des Reiches stehen noch aus, große Staaten haben wegen der zusammenfassenden und einheitlichen Beschützung dieser Arbeiterart noch keine Schritte getan. Daher ist wohl der Gedanke begründet, daß diese aus den Ausführungen Anregung schöpfen könnten.

Arbeiterschuttsfragen im Reichstag. Am 4. Mai beschäftigte sich der Reichstag mit verschiedenen Petitionen, die die Regelung von Arbeitsverhältnissen betrafen. An erster Stelle stand wieder einmal die Bäckereierordnung, und zwar die vom Bundesrat aufgestellten Grundzüge und die von den Einzelregierungen erlassenen Vorschriften über die bauliche Beschaffenheit der Bäckereien. Zahlreiche Eingaben von Bäckermeistern und Hausbesitzern beschwerten sich namentlich über die rückwirkende Kraft dieser Bestimmungen, und die Kommission des Reichstags empfahl die Überweisung dieser Petitionen, soweit sie Forderungen einer schonenden Durchführung der Verordnung enthalten, dem Reichstanzler zur Erwägung. Das Haus stimmte diesem Antrage zu. Dann kamen Petitionen über den Erlaß eines Reichstheatergesetzes zur Sprache. Verschiedene Frauenvereine bitten, den Erlaß eines solchen Gesetzes zu beschleunigen, das allen Bühnenangehörigen ein Mindestmaß von hygienischem wie rechtlichem Schutz gewährleistet und den besonderen Interessen der weiblichen Bühnenangehörigen Rechnung trägt durch Regelung der Kostümfraße (Lieferung des historischen und modernen Kostüms) sowie durch einen größeren Schutz der Mutterschaft (Berücksichtigung der Sonntage, Beseitigung des Schwangerschaftsparagraphen sowie des Heiratsverbots, Einführung einer Mutterschaftsversicherung). Die Kommission beantragte, diese Petitionen mit Rücksicht darauf, daß Vorarbeiten zu einem Reichstheatergesetz im Gange sind, dem Reichstanzler als Material zu überweisen. Auch hier stimmte das Plenum zu. In einer anderen Petition bietet Fräulein Anna Buchholz in Elberfeld für den Fall des Inkrafttretens einer Reichs- oder Staatsversicherung zum Schutze deutscher Bühnenangehöriger die Stiftung von 100 000 M. an. Diese Eingabe wurde dem Reichstanzler zur Kenntnisnahme überwiesen. Dagegen wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt eine Eingabe von Fußgeschäften um Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung. Dieser verbietet, daß Arbeiterinnen am Vorabend von Sonn- und Feiertagen über 6 Uhr nachmittags hinaus beschäftigt werden. Die Eingabe führt aus, daß hierdurch die Fußgeschäfte hart betroffen werden, da sie lediglich von der Saison und dem laufenden Publikum abhängig seien, ihren etwaigen Bedarf nicht voraussehen, deshalb auch nicht auf Vorrat bezw. Lager arbeiten können. Daher bittet die Eingabe darum, daß gerade am Sonnabend gestattet werde, länger, vielleicht bis 9 Uhr abends, zu arbeiten.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Nachlese zur Hinterbliebenenversicherung.

Von Sophie Susmann-Berlin.

Die Vorlage zur Hinterbliebenenversicherung hat in berufenen Kreisen eine rege Diskussion ausgelöst und ihre Früchte getragen, von denen wir freilich nicht wissen, ob und wann wir sie in die Scheuern sammeln werden. Allgemein werden die Grundlagen des Entwurfs gebilligt, im einzelnen ist aber scharfe Kritik geübt, Einnahmen sind erhoben und Vorschläge gemacht worden. Wir geben hier einen kurzen Überblick:

Von der Witwenversicherung wird von vielen verlangt, daß sie nicht nur invaliden, sondern auch erwerbsfähigen Witwen zugute kommen soll. Einige verlangen Rente in beschränkter Höhe für alle arbeitsfähigen Witwen ohne Unterschied. Andere ziehen den Kreis enger; die gesunde Witwe soll die Rente — in Höhe eines Waisenanteils — und so lange erhalten, als sie unversorgte Kinder hat, damit sie nicht gezwungen ist, dem Erwerb nachzugehen, statt ihre Mutterpflichten zu erfüllen. Ein Ziel, dessen Verwirklichung jedem am Herzen liegen muß, das aber ebenso gut — wie ich schon früher darlegte — durch entsprechend erhöhte Waisenrenten erreicht werden kann.

Biel Anhang findet die Forderung, daß die Invalidenwitwenrente schon bewilligt werden soll, wenn der Arbeitsverdienst unter die Hälfte gesunken ist, statt unter ein Drittel, und ferner, daß sie ohne Rücksicht auf Erwerbsfähigkeit Witmen, die das 70. Lebensjahr (einige treten sogar für das 65. ein) erreicht haben, gewährt werde.

Witwenrente wird von seiten der Sozialdemokratie auch für die uneheliche Mutter verlangt, wenn der verstorbene Vater ihres Kindes versichert war und ihren Unterhalt zumeist bestritten hatte. — Düttmann schlägt vor, daß der Anspruch auf Invalidenwitwenrente auch trotz der Wiederverheiratung weiter bestehen bleibt, und ferner, daß der Frau das Anrecht auf Invalidenversicherung, das sie vor der Ehe erwarb, durch die Beitragszahlung des Mannes aufrecht erhalten werde. — Von verschiedenen Seiten wird angeregt, daß die geplante Zusatzversicherung für die Hinterbliebenenversicherung fruchtbar gemacht wird dadurch, daß der Ehemann auf die Karte seiner Frau Zusatzzahlungen leistet. Weymann weist auf die große Bedeutung dieser Zusatzzahlungen hin, die die Rente der Ehefrau beträchtlich erhöhen könnten und in jedem Falle gezahlt werden, wenn Invalidität vorliegt, da es ein Erlöschen der Anwartschaft auf die Zusatzrente nicht gibt.

Die Waisenversicherung soll nach mehrfachen Wünschen den unehelichen Kindern auch einen Anspruch gewähren bei dem Tode des versicherten Vaters, nicht nur der versicherten Mutter. Sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften wollen ihnen die gleichen Rechte geben wie den ehelichen. Andere, und ihnen möchte ich zustimmen, verlangen Teilrenten für sie, entsprechend den Alimenter, zu denen der uneheliche Vater verpflichtet war.

Obgleich die Gewährung der Waisenrenten bis zu vollendetem 15. Lebensjahre schon einen Fortschritt gegen die herrschende Auffassung bedeutet, wird doch von vielen noch Verlängerung gefordert bis zum 16., ja von einigen bis zu zurückgelegtem 17. Jahre, bis zu Beendigung der Lehrzeit. Damit dieser Zweck wirklich erreicht wird, schlägt Konrad Agahd sehr richtig vor, daß die Verlängerung nur stattfinden soll, wenn der Nachweis erbracht ist, daß das Kind wirklich einen Beruf erlernt.

Wollwaisen befürwortet Weymann statt in Anstalten auch in Familienpflege unterzubringen und die Renten dann, wenn nötig, für sie zu erhöhen. Ohnehin würden sie oft größere, event. Doppelrenten erhalten, wenn dem Wunsch entsprochen würde, daß die Versicherung der Mutter die Kinder in jedem Falle zur Waisenrente berechtigt, nicht nur wenn sie vaterlos sind. Dann würden auch die Kinder des erwerbsfähigen Vaters Waisenrenten erhalten. Außerdem wird für ihn, wenn er unerwachsene Kinder hat, nach dem Tode der versicherten Frau noch eine beschränkte Witwenrente verlangt, da ihm durch das Fehlen der Hausmutter Kosten erwachsen, wenn er Haus und Kinder nicht verwahrlosen lassen will.

Die Nebenleistungen der Versicherung, Witwen- und Waisengeld für selbstversicherte Witwen, finden nicht allgemeinen Beifall, sie sollen nach einiger Ansicht fortfallen, damit die Hauptleistungen um so mehr erhöht werden können. Dem könnte man in bezug auf Waisengeld zustimmen, wenn die Waisenrenten verlängert werden. Für das Witwengeld kann ich mich dieser Auffassung nicht anschließen, sondern möchte im Gegenteil an meinem Vorschlag festhalten, für den außer Dr. Marie Bernhardt noch der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen eintritt, daß das Witwengeld allen Witmen bei dem Tode des Ehegatten gezahlt werde, auch denen, die nicht selbst versichert sind. Schmittmann wendet dagegen ein, daß das Volk in der Regel mit einmaligen größeren Zahlungen nichts anzufangen wisse. Gewiß trifft das oft zu; wenn aber die Zahlung bei einer bestimmten Gelegenheit erfolgt, wie hier, doch längst nicht immer. Das Witwengeld würde der Witwe den Übergang in den neuen Lebensabschnitt erleichtern, und der ihr für jeden, auch für die einzelstehende gesunde Witwe schwer genug. Sie kann sich z. B. eine Näh- oder Strickmaschine anschaffen, kann eine Handtierung erlernen usw. Und wie lebhaft das Bedürfnis ist, zuweilen eine größere Summe in der Hand zu haben, beweist

am schlagendsten das starke Anwachsen der Volksversicherung, auf das die Begründung hinweist.

Scharfe Kritik übt Landesversicherungs-Assessor Seelmann im „Berliner Tageblatt“ an §§ 1282, 1283, nach denen die freiwilligen Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung nur zur Hälfte anzurechnen sind. Mit Recht betont er, zu welchen Schwierigkeiten und Verschleppungen es führen muß, wenn bei der Berechnung bei jedem Beitrag festgestellt werden soll, ob er auf Grund der Pflicht- oder der freiwilligen Weiterversicherung geleistet worden ist. Auch Düttmann weist auf die Härten hin, die entstehen müssen, wenn diese Paragraphen nicht beseitigt würden.

So verschiedenartig aber die Ansprüche sind, die an den Gesetzentwurf gestellt werden, in einem Punkte sind alle einig: in der Forderung höherer Renten, besonders für die Waisen, als sie die Vorlage ins Auge faßt. Wie hoch sie bemessen sein sollen, darin gehen die Ansichten auseinander.

Nach den Wünschen des Sozialdemokratischen Parteitags soll die Rente für die erwerbsfähige Witwe 20 % des Arbeitsverdienstes des verstorbenen Gatten betragen, für die invalide 33 1/3 %, und soll bei zunehmender Arbeitsunfähigkeit und höherem Alter steigen; wenn völlige Hilflosigkeit vorliegt, bis zu 100 % des Einkommens, das der verstorbene Gemann aus seiner Arbeit bezog.

Der 5. allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands trat dafür ein, daß jede erwerbsfähige Witwe mindestens 180 M Jahresrente erhält, die invalide 360 M, jede Waise ebenfalls 180 M.

Von anderen Seiten wird als Mindestforderung monatlich 5 M für eine Waise aufgestellt, Düttmann verlangt je nach den verschiedenen Lohnklassen 50 bis 77 M jährlich. Die freien Gewerkschaften stellen gar keine bestimmte Forderung, sie verlangen nur, daß die Hinterbliebenenrenten hoch genug bemessen seien, um die öffentliche Fürsorge überflüssig zu machen. Dieser Standpunkt wird von allen geteilt, und auch darin herrscht volle Übereinstimmung, daß dies bei der niedrigen Skala der Renten, die der Gesetzgeber annimmt, nicht überall erreicht werden kann. Eingewandt wird freilich dagegen, daß, wenn sie erhöht würden, die Familie sich besser stellen würde als bei Lebzeiten des Vaters, falls er Invalidenrente bezog. Dieser berechtigte Einwand ist hinfällig geworden durch den Beschluß der Kommission für die Reichsversicherung, dem § 1275a die Bestimmung hinzuzufügen, daß der invalide Hausvater für jedes Kind unter 15 Jahren einen Zuschlag von 10 % zu seiner Rente erhält.

Ein reichhaltiger bunter Wunschzettel wird Regierung und Reichstag überreicht. Es wäre Selbsttäuschung, anzunehmen, daß an maßgebender Stelle starke Reigung besteht, über die Leistungen, die der Entwurf in der Kommissionsfassung vorsieht, hinauszugehen. Die meisten Wünsche sind schon nach der ersten Veröffentlichung des Entwurfs laut geworden, und doch ist in der zweiten nicht die mindeste Notiz von ihnen genommen, und abgesehen von dem eben erwähnten Paragraphen hat auch die Kommission wenig gebessert. Wir werden uns sehr bescheiden müssen. Jedenfalls ist die Frage durch die Erörterungen gefördert, geklärt und vertieft worden. Wir wissen jetzt, wie eine ideale Witwen- und Waisenversicherung aussehen muß, und können für ihre Verwirklichung kämpfen, damit sie uns in nicht zu ferner Zeit zuteil wird. Vor der Hand ist Beschränkung geboten, damit die notwendigsten Verbesserungen durchgeführt werden. Vor allen Dingen, wenn nicht Verbitterung in weite Kreise getragen werden soll, müssen die Beiträge, ob pflichtig, ob freiwillig, stets voll anzurechnen und ferner die Renten, besonders für die Waisen, wesentlich erhöht werden. So wünschenswert es ist, daß die invalide Witwe die Rente schon bei Herabfallen ihres Verdienstes unter die Hälfte erhält, und jede Witwe mit 70 Jahren ohne Rücksicht auf Erwerbsfähigkeit — nicht immer liegt dazu dringende Notwendigkeit vor. Manche alte Witwe wird von ihren Kindern gut unterstützt, andere haben sich etwas erspart, vielleicht sich in eine Rentenanstalt eingekauft oder sie hätten es tun können. Und so nötig höhere Bemessung der Witwenrente ist, es ist den Frauen in vielen Fällen die Möglichkeit gegeben, die Anwartschaft auf die höhere Invalidenrente zu erwerben, durch Selbsthilfe, die nie hoch genug bewertet werden kann, sich ein höheres Einkommen bei Alter und Arbeitsunfähigkeit zu sichern. Gewiß sind Witwen- und Waisenrenten auch für den erwerbsfähigen Witwer sehr wünschenswert, damit Haushalt und Kinder nicht verkommen. Vielleicht aber hat der Mann eine Verwandte, die ihm beisteht, und meist geht er bald eine neue Ehe ein.

Fast immer hilfsbedürftig ist dagegen die Arbeiterwitwe mit unversorgten Kindern. Ersparnisse hat sie keine, Unterstützung von Eltern und Verwandten kaum je zu erwarten. In ländlichen und

kleinen, nichtwohlhabenden städtischen Gemeinden, wird die Versicherung ihr, wie schon früher dargelegt, einigen Nutzen bringen und ebenso den Vollwaisen, deren Lage besonders auf dem Lande oft bitter traurig ist. Nicht selten sucht der Armenverband ihre Aufnahme in Pflegestellen zu verhindern oder sie daraus zu entfernen, aus Furcht, daß sie ortsangehörig werden und der Kommune zur Last fallen. In Bayern kommt es öfter vor, daß arme Waisen bei den Familien des Ortes reihum essen müssen und das zu versorgende Kind öffentlich versteigert wird an den, der das geringste Pflegegeld verlangt! Hier wird die Waisenversicherung trotz ihrer bescheidenen Leistungen schon Abhilfe bringen, da ihre Renten auf dem Lande meist höher ausfallen werden als die Armenunterstützungen. Die öffentliche Fürsorge wird entbehrlich und die Waisen, wenn sie Anspruch an die Versicherung haben, werden nicht mehr heimatlos sein. Und auch für die Witwe mit Kindern wird die gesetzliche Armenpflege durch die Versicherung ausgeschaltet. Hier können wir dankbar einen wenn auch kleinen Fortschritt verzeichnen.

Das entgegengesetzte Bild aber bieten Großstädte und Industriestädte mit teurer Lebenshaltung. Daß dort die Versicherung viel weniger leistet als die öffentliche Fürsorge, ergibt sich bereits aus meiner Gegenüberstellung der Renten, wie sie der Gesetzentwurf plant, mit den Armengebern, die eine Reihe deutscher Städte nach den Ermittlungen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit an Witwen und Waisen gewähren. Noch viel ungünstiger fällt ein Vergleich der Renten mit den Armenunterstützungen der Stadt Leipzig aus, den das dortige Arbeitersekretariat veröffentlicht (Soz. Praxis XIX Sp. 597). Immer werden die Armenverwaltungen, um zu ergänzen, hier weiter eingreifen müssen. Für Doppelwaisen, die von großen Kommunen meist ansehnlich versorgt werden, hat das nicht viel zu bedeuten: Kinder empfinden das Drückende gesetzlicher Armenpflege noch nicht. Anders die verwitwete Mutter. Sie wird sich besser stellen als bisher, denn die Gemeinden, da sie nicht mehr nötig haben, die ganze Unterstützung zu zahlen, werden ihre Beihilfen reichlich bemessen, wie dies ja auch bei der Invalidenversicherung geschieht. Aber die Hinterbliebenenversicherung wird ihren wichtigsten Zweck nicht erreichen: alle Witwen und Waisen so zu stellen, daß sie ihre Existenz dem Recht, nicht der Gnade verdanken, vor allem zu ermöglichen, daß auch die verwitwete Mutter ein freier Mensch bleibt, damit sie aufrechten Sinnes und lauterem Herzens ihren Mutterberuf ausüben kann. Besserstellung der Witwe mit Kindern, sei es durch entsprechende Erhöhung der Waisenrente, sei es durch Gewährung einer Rente an die Mutter, bis ihre Kinder erwachsen sind, mit besonderer Berücksichtigung der höchsten Lohnklassen, die für große wohlhabende Kommunen in Betracht kommen, das muß unsere dringendste Forderung sein.

Allerdings müssen dann mehr Mittel bereitgestellt werden, als vorgesehen sind. Um sie aufzubringen, sind die verschiedensten Vorschläge gemacht: Erhöhung der Beiträge, des ständigen Reichszuschusses, weitere Überweisung etwaiger Zollüberschüsse, eine andere Methode der Beitragsberechnung, Zuschüsse der Kommunen. Ob unsere Industrie noch stärkere Belastung ertragen kann, erscheint zweifelhaft. Damit sie nur auf die stärksten Schultern gelegt wird, schlägt der „Ständige Ausschuss für Arbeiterinneninteressen“ vor, die Beiträge nur in der höchsten Lohnklasse stufenweise bis zu 54 % zu erhöhen. Dadurch würden 90 Millionen für die Hinterbliebenen-Versicherung frei, statt der 39 Millionen, die bei dem Höchstfuß von 46 % erzielt würden. Fraglich ist auch, ob bei der augenblicklichen Finanzlage des Reichs Aussicht auf einen größeren Reichszuschuß vorhanden ist. Sehr einleuchtend setzt Düttmann auseinander, wie bei der von ihm vorgeschlagenen Beitragsberechnung sich bedeutend höhere Renten für diejenigen, die der Versicherung ständig angehören, erzielen lassen auf Kosten derer, die erst dann eintreten, wenn sie die Invalidität schon vor Augen sehen. Bevor die Verwirklichung dieses Gedankens erfolgt, wird die Frage aber wohl noch viel diskutiert werden.

Als gangbarster Weg, für den die meisten eintreten, empfiehlt sich die Heranziehung der Kommunen, weil dadurch an keiner Stelle eine Mehrbelastung eintritt. Wenn die Hinterbliebenenversicherung Gesetz wird, werden die Gemeinden bedeutend weniger Armenunterstützung zahlen, belasten doch die Witwen und Waisen den Armenetat mit am meisten. Und so erscheint es gerecht, daß sie Beihilfen an die Versicherung geben, damit diese befriedigend ausgebaut wird und die demütigende Armenunterstützung an die einzelne Witwe und Waise aufhören kann. In späterer Zeit können

hoffentlich noch andere Quellen erschlossen werden. Jedenfalls, wenn auch Vorsicht geboten ist, sollte man nicht zu ängstlich über die Deckungsfrage denken. Heute erscheint die Hinterbliebenenversicherung als eine schwere Belastung, man fürchtet sich vor der großen Ausgabe. Nichtet man aber den Blick in die Zukunft, so wird man sich sagen, daß, was heute Belastung ist, einst Entlastung bedeuten kann. Wenn gerade in Großstädten trotz unserer zahlreichen Fürsorgebestrebungen die Verrohung der Jugend immer mehr um sich greift, so ist sicher ein Hauptgrund, daß das Band zwischen Mutter und Kind heute so viel lockerer ist als in früheren Tagen. Dr. Köhne stellte fest, daß Kinder aus zerstörten Familien, von Verwitweten, Geschiedenen, Unehelichen den größten Prozentsatz zur Fürsorgeerziehung stellen. Wenn dadurch zunächst bewiesen ist, daß zu einer rechten Erziehung Vater und Mutter gehören, so trägt die elende soziale Lage dieser Familien doch sehr viel dazu bei, sie macht es der Mutter unmöglich, ihren Kindern zu leben. Würde die Hinterbliebenenversicherung sie so stellen, daß sie, ohne Armenpflege und Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen, ihren Mutterpflichten gerecht werden kann, so wäre das eine soziale Tat von wirklicher Bedeutung, es wäre vorbeugende Jugendfürsorge, die nicht nur Fürsorgeerziehung und Jugendgerichte oft entbehrlich machen, sondern auch die Ausgaben für Krankenhäuser, Besserungsanstalten, Gefängnisse wesentlich verringern würde.

Technische und finanzielle Bedenken sollten nicht ins Gewicht fallen, wenn es gilt, den Kindern die Mutter zurückzugeben. Die Mittel, die aufgewendet werden, werden hohe Zinsen tragen, denn sie stärken die körperliche und sittliche Gesundheit des Volkes, die die Grundlage nationaler Wohlfahrt ist. Erfüllte die Hinterbliebenenversicherung diese Aufgabe, dann würde sie nicht nur grundförmlich, sondern tatsächlich einen großen Fortschritt bedeuten, der vorbildlich werden könnte für alle Nationen. Wird sie in diesem Sinne ausgestaltet werden?

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung hat am 5. Mai begonnen. Zum ersten Buche „Gemeinsame Vorschriften“ liegen 33 sozialdemokratische und 5 Änderungsanträge der Fortschrittlichen Volkspartei vor. In den Berichten über diese zweite Lesung werden wir nur diejenigen Beschlüsse mitteilen, die eine Änderung der Kommissionsbeschlüsse zur Folge haben. Die nicht aufgeführten Paragrafen gelten mithin als angenommen in der Fassung der Kommission. Zu § 20 (Haftung der Mitglieder der Organe der Versicherungsträger) wurde ein das Verhandlungsverfahren betreffender Antrag der Kompromißparteien der Kommission angenommen. — Zu § 36 (Errichtung der Versicherungsämter als selbständige Behörden in Bundesstaaten, in denen nur ein Obergerichtsamt besteht) wurde beschlossen, daß diese Ausnahmebestimmung auf Hamburg beschränkt bleiben soll. — Bei § 49 (Wahl der Versicherungsvertreter zum Versicherungsamt) wurde entsprechend einem Vorschlage der Kompromißparteien bestimmt, daß bei den knappschaftlichen Krankenkassen nicht die Vertreter der Versicherten im Vorstand wählen, sondern die für den Bezirk des Versicherungsamts zuständigen Knappschaftsältesten, und bei den Ersatzkassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamts zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen. — Zu § 69 (Kosten der Versicherungsämter) wurde am 6. Mai ein Antrag der Kompromißparteien angenommen, wonach auch in den den Gemeindebehörden angegliederten Versicherungsämtern die Bezüge der Versicherungsvertreter dem Staate aufzuerlegen sind. § 92 (Kosten der Obergerichtsämter) wurde in der Kommissionsfassung angenommen. Zu § 105 wurde auch für die Wahl der Beisitzer beim Reichsversicherungsamt die Wahlmännwahl eingeführt. Bei § 125 wurde bestimmt, daß bei der Übertragung von Aufgaben des Versicherungsamts an Organe von Knappschaftskassen usw. Spruchbefugnisse ausgeschlossen sein sollen. § 136 erhielt folgende Fassung:

„Bei Zahnkrankheiten, mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten, kann die Behandlung außer durch Zahnärzte mit Zustimmung des Versicherten auch durch Zahntechniker gewährt werden. Die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, wieweit auch Heilbediener und Heilgehülften zugelassen werden können. Sie bestimmt ferner, wer als Zahntechniker im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist.“

Ministerialdirektor Caspar gab auf Anregung aus dem Hause hierzu die Erklärung ab, daß Zahntechniker, die sich in jahrelanger Praxis bewährt haben, zu einer nochmaligen Prüfung nicht herangezogen werden sollen. — Nach Erledigung des ersten Buches wurde die Beratung des zweiten Buches „Krankenversicherung“ in Angriff genommen. Die Gehaltsgrenze von 2000 M wurde beibehalten. Bei § 181 (Statutarische Ausdehnung der Krankenver-

sicherung auf Familienangehörige des Arbeitgebers), der von der Kommission gestrichen worden ist, wurde am 6. Mai die Beratung wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses abgebrochen. Am 8. Mai wurde die Wiedereinführung von § 181 abgelehnt und dann die Beratung bis zu § 209 weitergeführt.

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung, dessen wesentlichsten Inhalt wir bereits Sp. 584 mitgeteilt haben, wurde im Reichstag am 2. Mai nach kurzer Beratung der Kommission für die Reichsversicherungsordnung überwiesen. Der Anschauung des Staatssekretärs des Innern in seinen einleitenden Worten, daß die Vorschriften des Entwurfs der Natur der Sache nach in der Hauptfrage weder eine hervorragende wirtschaftliche, noch eine hervorragende politische Bedeutung hätten, trat die Mehrheit der Fraktionsredner nicht bei, wenigstens soweit es sich um die Bestimmungen über die Anstellungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten handelt. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten waren alle Parteien darin einig, daß die Möglichkeit gegeben werden muß, formell unanfechtbare, aber „in fraudem legis und in bewußtem Hinblick auf die kommende Reichsversicherungsordnung“ zustande gekommene Verträge zu beseitigen. Der hierfür im Entwurf vorgesehene Weg wurde dagegen von den verschiedensten Seiten bekämpft. Auch die vorgesehene Regelung der Gehaltsverhältnisse der Kassenbeamten stieß auf lebhaftes Bedenken, da auch hier die wohlverordneten Ansprüche der Beamten nicht genügend gewahrt seien. Der Staatssekretär betonte, daß es den Regierungen fernliege, wohlverordnete Rechte anzutasten, und er erklärte sich weiter bereit, die hier gegebenen Anregungen in der Kommission weiter zu verfolgen. Der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei forderte, daß die gewöhnlichen Rechtsgarantien in allen in Frage stehenden Fällen, insbesondere auch in dem Verfahren bei der Entfernung eines Beamten wegen Unfähigkeit nicht ausgeschaltet werden dürften. Gegenüber den geradezu maßlosen Angriffen des sozialdemokratischen Redners, der das neue Angestelltenrecht als einen „Akt der Revolution“ bezeichnete und von „unerhörten Vergewaltigungen“ sprach, wies der Staatssekretär darauf hin, daß die Dienstordnung kraft Gesetzes die Angestellten der Kassen in der Ausübung ihrer religiösen und politischen Anschauungen und Pflichten außerhalb des Dienstes ausdrücklich schützt. — Die von dem Zentrumsredner gegebene Anregung, der Hinterbliebenenversicherung rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1910 beizulegen, wurde vom Staatssekretär nicht völlig zurückgewiesen, er hob jedoch hervor, daß nach sorgfältigster Berechnung hierfür so große Mittel erforderlich seien, wie sie gegenwärtig nicht zur Verfügung ständen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Hilfskassen-gesetzes (vergl. Sp. 618), der im Reichstag in erster Lesung am 2. und 3. Mai beraten wurde, wurde ebenfalls der Kommission für die Reichsversicherungsordnung überwiesen. Auch hier waren sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten darüber einig, daß der Entwurf eine brauchbare Grundlage für die Weiterbehandlung der Frage darstelle.

Gehaltsgrenze und Versicherungsträger. Man schreibt uns: In den Gründen, mit denen fast die gesamte organisierte Privatbeamtenschaft eine Erweiterung der sozialen Versicherung, insbesondere eine Beseitigung oder Hinaufhebung der Gehaltsgrenze für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung vertritt, gehört auch der Hinweis, daß die Zahl der Arbeiter mit mehr als 2000 M. sicher erheblich größer ist als die Zahl der Angestellten mit solchem Einkommen. Denn in der Begründung des Entwurfs eines Versicherungsgezetes für Angestellte wird nach Gehaltsstatistiken verschiedener Verbände geschätzt, daß von den 2 Millionen Angestellten, die für die Pensionsversicherung in Betracht kommen (und von denen ein großer Teil der Reichsversicherungsordnung überhaupt nicht untersteht) nur etwa der vierte Teil mehr als 2000 M. jährlich bezieht. Diese Zahl beweist zugleich, daß eine Erhöhung oder Beseitigung der Gehaltsgrenze keinen allzu großen Einfluß auf die Versicherungsanstalten haben würde. Das Reichsamt des Innern schätzt die Zahl der Angestellten zwischen 16 und 60 Jahren in den Berufsabteilungen A (Land- und Forstwirtschaft), B (Industrie, Bergbau und Baugesen) und C (Handel und Verkehr) zusammen in den Gehaltsstufen

	männlich	weiblich	zusammen
2—8000 M. auf	840 000	22 000	862 000
8—5000 M. "	128 000	1 600	130 000
über 5000 M. "	24 000	—	24 000.

Weber die einzelnen Gehaltsstufen noch ihre Gesamtheit spielen gegenüber den 16 Millionen Versicherten der Reichsversicherungs-

ordnung eine Rolle; umso weniger als ein großer Teil von ihnen schon freiwillig versichert ist und die Erziehung der freiwilligen Versicherung durch die Zwangsversicherung für die Versicherungsträger stets günstig wirkt. Denn abgesehen von besonderen Begünstigungen in der Invalidenversicherung bedingt jede freiwillige Versicherung den Eintritt der ungünstigen Risiken und das Fernbleiben der günstigen, belastet also die Kasse über Gebühr und schädigt ihre Leistungen auf Kosten der Zwangsversicherten. Die Begründung zum Entwurfe eines Versicherungsgesetzes für Angestellte legt die Nachteile dieser Risikoausswahl treffend dar, sodaß man sich wundern muß, warum weder der Bundesrat noch die Reichstagskommission die richtigen Folgerungen daraus für die ASD. gezogen hat.

Dr. Heinz Pothhoff, M. d. R.

Volks-erziehung.

Aus welchen Gründen wird die Fabriklehre der Handwerkslehre vorgezogen?

Es ist eine allgemeine Klage der Handwerksmeister, daß es ihnen nicht möglich ist, tüchtige Lehrlinge in ausreichender Zahl zu erhalten. Die jungen Leute gehen heute als Lehrlinge oder noch häufiger als jugendliche Arbeiter in die Fabriken statt zu einem Handwerksmeister. Über die Ursachen dieser Erscheinung sprechen sich die Berichte der Großh. Hessischen Gewerbeinspektion vom Jahre 1908 und 1909 aus (in den Mitteilungen der Großh. Hessischen Zentrale für die Landesstatistik). Die jungen Leute, welche nach ihrem Austritt aus der Schule in die Fabriken gehen, sind in der Regel als jugendliche Arbeiter aufzufassen; doch kommen eigentliche Lehrlinge, denen eine handwerksmäßige Ausbildung vermittelt wird, vor in fabrikmäßigen Betrieben der Industrie der Steine und Erden, der Metallverarbeitung, der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, jedoch auch hier neben der Ausbildung jugendlicher Arbeiter zu Teilarbeiten, z. B. in Möbelfabriken und in den polygraphischen Gewerben. Warum gehen nun die Lehrlinge in die Fabrik zur Lehre statt zu einem Handwerksmeister? Es sind im allgemeinen drei Gründe:

Die Fabrik bietet bare Verdienste von Anfang an und Aussicht auf baldigen höheren Lohn sowie Stetigkeit der Arbeit nach vollendeter Lehrzeit. Ein Bericht über eine Möbelfabrik beleuchtet gut diese Verhältnisse. In diesem Betriebe waren ältere Handwerker, denen der ursprüngliche Beruf keinen ausreichenden Lebensunterhalt zu bieten vermochte. Sie unterzogen sich deshalb der Mühe, nochmals eine Lehre durchzumachen, in der sie von Anfang an verdienten und bereits im zweiten Jahr Tagesverdienste bis 4 M. erzielten; es handelte sich um ehemalige Stuhlmacher, Drechsler, Schuhmacher, Schneider, Maurer u. a. Die Eltern sagen sich auch vielfach, daß ihre Kinder als Handwerker doch nur schwer selbständig werden können und ziehen aus diesem Grunde die Fabrikarbeit vor, die dem unselbständigen Arbeiter ein weiteres Feld bietet. 2. Die Fabriklehre gilt als besser als die bei einem Handwerksmeister. Die moderne Fabrik bietet bessere technische Hilfsmittel, ferner ist der zum Anlernen bestimmte Meister, Werksführer oder Arbeiter im allgemeinen auch dem gewöhnlichen Handwerksmeister an technischen Kenntnissen überlegen. Endlich, und dieser Umstand erscheint wichtig, fallen in der Fabrik häusliche Berührungen für den Lehrmeister sowie Botengänge u. dergl. fort, welche sonst die Ausbildung erheblich behindern. 3. Die Fabriklehre bietet ferner dem Lehrling größere persönliche Freiheit. Seine Arbeitszeit ist durch die Gewerbeordnung scharf begrenzt, während sie im Handwerk vom Arbeitgeber ausgedehnt werden kann. Diese Regelmäßigkeit der Arbeitszeit ist auch den Eltern, welche ihre Kinder selbst beschäftigen, sehr angenehm. Endlich fällt Wohnung und Kost und damit auch die Aufsicht und Zucht des Lehrherrn außerhalb der Arbeitszeit fort. Den Eltern bleibt der eigene Einfluß auf die Erziehung so voll gemacht.

Im allgemeinen sind wohl in den Berichten der Gewerbeinspektoren die Gründe für die Bevorzugung der Fabriklehre richtig gesehen. Es ist aber doch zu beachten, daß gerade auch von Seiten der industriellen Unternehmungen oft über einen Mangel an hochqualifizierten Arbeitern, die sich vielfach aus dem Handwerkerstande ergänzen, Klage geführt wird. Es liegt eben so, daß Arbeiter, die eine Lehre durchgemacht haben, überhaupt seltener werden.

Ferner möchten wir darauf hinweisen, daß in Amerika besondere Schulen mit vollem Tagesunterricht für die handwerksmäßige Ausbildung mit gutem Erfolg bestehen.

Ragdeburg.

Dr. A. Grünspan.

Die Aufnahme einer Statistik im Interesse der Jugendfürsorge ist vom preussischen Kultusminister angeordnet worden. Die Statistik, die nach Kreisen durchgeführt wird, erstreckt sich auf folgende Fragen:

1. Wieviel Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren haben sich angeschlossen: a) kirchlichen (evangelischen, katholischen und jüdischen) Vereinigungen, b) nationalen Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen, c) Jugendvereinen im Anschluß an ländliche, gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen, d) Jugendvereinen im Anschluß an Mittel- und Volksschulen, e) sonstigen im vaterländischen Sinne geleiteten Vereinigungen? 2. Wieviel Jugendliche nahmen an den Veranstaltungen teil, ohne derartigen Vereinen anzugehören? 3. Zahl der Jugendheime. Als Stichtag gilt der 31. März 1911.

Medizinalbeamte und Jugendfürsorge. Auf der 27. Tagung des preussischen Medizinalbeamtenvereins am 28. April in Berlin wurde u. a. die Tätigkeit der Medizinalbeamten vor dem Jugendgericht und bei Vollzug des Fürsorgegesetzes erörtert. Der Referent Dr. Bürger, Assistent am Institut für Staatsarzneikunde in Berlin, hob hervor, daß die Erfolge der Fürsorge für die Jugendlichen hauptsächlich darin beruhen, daß die Kriminalität nicht zugenommen hat, bei der ungelungenen Entwicklung unserer Großstädte mit ihrem Gefolge von Not und Elend wäre das sonst sicher der Fall gewesen. In seinen weiteren Ausführungen forderte er, daß bei allen zweifelhaften Fällen, ob bei Jugendlichen Zurechnungsfähigkeit vorhanden sei, vor Erhebung der Anklage oder vor der Eröffnung des Hauptverfahrens Sachverständige gehört würden, und zwar grundsätzlich nur Ärzte, die allerdings die Angaben von Geistlichen, Lehrern, Jugendgerichtshöfen verwerten könnten. Als Jugendgerichtsarzte sollten nicht Kinder- oder Nervenärzte angestellt werden, sondern besonders erfahrene Gerichtsarzte. Die Medizinalbeamten, namentlich die Gerichtsarzte, müßten eben vor allem auch dahin wirken, daß die Kinder und die Jugendlichen nicht erst, wenn sie kriminell geworden sind, sondern schon bei drohender Verwahrlosung der Fürsorge überwiesen würden. Die Frage, welche Art der Fürsorge in jedem einzelnen Falle geeignet erscheint, ob Schutzaußsicht oder Familien- oder Anstaltspflege, sei außerordentlich schwierig zu beantworten, und hier müßten kriminalistisch und pädagogisch erfahrene Richter, Pädagogen und Ärzte zusammenwirken. Für unklare Fälle sollte eine besondere Anstalt als Beobachtungsstation errichtet werden.

Die 12. Konferenz der deutschen Rettungshausverbände und Erziehungverbände (München, 26. April) sprach sich einmütig gegen die Herabsetzung vom 18. auf das 16. Lebensjahr bei der Überweisung zur Fürsorgeerziehung aus und forderte, daß diejenigen Bundesstaaten, welche bisher nur bis zum 16. Lebensjahre überweisen, die Altersgrenze auf 18 Jahre hinaufsetzen.

Die gleichzeitig tagende 10. Asylnkonferenz beschäftigte sich mit der Beziehung der Schutzaufsicht zur Fürsorgeerziehung; sie nahm eine Anzahl Leitsätze an, in der die Schutzaufsicht als notwendiges Ergebnis aus der Wirksamkeit der Jugendgerichte und der Vereinstätigkeit für Jugendfürsorge erklärt wird; sie bilde eine nicht zu unterschätzende Ergänzung der Fürsorgeerziehung in allen Fällen, in welchen Fürsorgeerziehung nicht geeignet erscheint und welche früher sich selbst überlassen blieben. Weiter heißt es dann in den Leitsätzen: Niemals könne in solchen Fällen, welche nach dem gewissenhaften Urteil des Jugendrichters unter das Fürsorgegesetz gehören und seine Anwendung erfordern, die Schutzaufsicht als Ersatz benutzt werden, da sie dazu weder genügend geschulte, noch genügend kontrollierte Organe besitze und ihre Anwendung in diesen Fällen nichts anderes als eine Umgehung des so segensreichen Fürsorgeerziehungsgesetzes bedeuten würde. Die Begründung, man könne bei Anwendung der Schutzaufsicht statt der Fürsorgeerziehung öffentliche Gelder sparen, sei mit Entrüstung abzuweisen, da diese Gelder gesetzlich und großzügig gewährleistet seien und kaum andere öffentliche Gelder so gut, d. h. mit so hohen ideellen Sätzen angelegt würden als die Fürsorgeerziehungsgelder.

Schulspeisung während der Ferien in England. In der Sitzung des Unterhauses vom 19. April beantragte Abgeordneter Somett (Arbeiterpartei) eine Ergänzung des Schulspeisungsgesetzes von 1906 dahin, daß auch während der Ferien Mahlzeiten an Schulkinder verabreicht werden können. Die Erfahrung habe gezeigt, daß das Bedürfnis zur Ausfüllung dieser Lücke dringend sei; Kinder, deren Befinden sich dank regelmäßiger Speisung während der Schule sehr gehoben habe, seien in den Ferien, wo keine Speisung stattfände, wieder in Verfall geraten. Von keiner Seite begegnete dieser Antrag Widerspruch, sondern fand allgemeinen Beifall.

Volksgeundheit.

Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Von Dr. Agnes Bluhm, Berlin.

(II. 1)

2. Die Krankheitsverhältnisse der beiden Geschlechter.

Die Gesundheitsgefährdung einer bestimmten Bevölkerungsklasse findet ihren Ausdruck nicht lediglich in der Sterblichkeit, sondern wesentlich auch in den Krankheitsverhältnissen, wobei wiederum nicht nur die Erkrankungs Häufigkeit, sondern auch die sog. Fall- und Tageletalität,¹⁾ d. h. die auf eine bestimmte Anzahl von Krankheitsfällen oder -tagen entfallende Zahl von Todesfällen, zu berücksichtigen ist. Da es brauchbare Krankheitsstatistiken fast nur für die in der Leipziger Kasse vertretenen Berufe gibt, so fehlt es uns für diese an einem Vergleichsobjekt. Wir müssen uns deshalb auf eine Gegenüberstellung der Morbidität der männlichen und weiblichen Kassenmitglieder beschränken.

Auf 100 ein Jahr lang beobachtete Personen entfielen in der männlichen Pflichtmitgliedschaft 39,6 Krankheitsfälle, in der weiblichen 41,8. Bei den freiwilligen Mitgliedern ist das Verhältnis ein umgekehrtes, nämlich 78,5‰ : 66,9‰, was sich aus dem erwähnten verschiedenen Charakter der männlichen und weiblichen freiwilligen Mitgliedschaft erklärt. Die Beobachtung nach zehnjährigen Altersklassen ergibt, daß die Erkrankungskurve der männlichen Pflichtmitglieder allmählich ansteigt, während diejenige der weiblichen zunächst einen sehr lebhaften und dann langsameren Anstieg zeigt unter Übertreffung der männlichen Morbidität bis zum vollendeten 54. Jahre. Dann sinkt die weibliche Kurve wieder ziemlich stark. Sie bleibt jetzt dauernd unter der männlichen, übertrefft aber ihr eigenes bisheriges Maximum wieder in der 65/74-jährigen Altersklasse. Es ist charakteristisch, daß die Frauen vom 55. Lebensjahre ab, also nach Erlöschen der Geschlechtsfunktionen, eine nicht unbeträchtlich geringere Erkrankungs Häufigkeit als die Männer zeigen. Daß in Leipzig auf die weiblichen Pflichtmitglieder mehr Krankheitsstage entfallen als auf die männlichen und daß es bei den freiwilligen umgekehrt ist, entspricht unserer Erwartung.²⁾ Es ist aber auch bei den versicherungspflichtigen Frauen die durchschnittliche Krankheitsdauer etwas länger als bei den Männern, nämlich 24,6 Tage für den Krankheitsfall. In der freiwilligen Mitgliedschaft ist die Krankheitsdauer bei beiden Geschlechtern gleich. Der Unterschied in der Krankheitsdauer verschärft sich zu Ungunsten der Frauen beim Vergleich der 25/34-jährigen Altersklasse, also in der Hauptgebärfähigkeit. Hier entfallen bei den versicherungspflichtigen Männern auf einen Krankheitsfall 20,5 Tage, bei den Frauen 26,6; bei den männlichen Freiwilligen 30,8 Tage, bei den weiblichen 36,8. Wir müssen daraus auf einen Einfluß der Mutterschaft auf die weibliche Krankheitsdauer schließen. Daß dieser Einfluß kein direkter ist, d. h. daß das Plus der weiblichen Krankheitsdauer nicht lediglich durch die Wochenbettserkrankungen selbst hervorgerufen wird, erhellt daraus, daß die durchschnittliche weibliche Krankheitsdauer nach Ausschaltung der letzteren nur sehr wenig sinkt, nämlich in der betreffenden Altersklasse bei den Pflichtmitgliedern auf 26,2; bei den freiwilligen auf 36,3. Es vermindert die Gattungstätigkeit die Widerstandsfähigkeit des weiblichen Organismus gegen Krankheit in nicht unerheblichem Maße. In der 25/34-jährigen Altersklasse übertreffen die weiblichen Pflichtmitglieder die männlichen nicht unbeträchtlich, nämlich um 2,24‰ der Personen in Bezug auf die Zahl der Aussteuerungsfälle,³⁾ während sie im Durchschnitt sämtlicher Altersklassen in dieser Hinsicht viel günstiger dastehen als die Männer.⁴⁾

Daß die Frauen bezüglich der Fall- und Tageletalität vor den Männern bevorzugt sind, mußte nach dem, was wir über ihre geringere Sterblichkeit sagten, erwartet werden.

Ziehen wir das Fazit aus den vorstehenden Vergleichen, so kommen wir wohl zu dem gleichen Schluß wie Rosenfeld bei der

Wiener Arbeiterschaft, nämlich „daß wir demnach im allgemeinen von einer geringeren Widerstandskraft des einen oder andern Geschlechts gegenüber der Berufseinrichtung nicht reden können,“ weil „die Frauen neben ihrer Berufstätigkeit noch der Schwangerschaft ausgelegt sind, wodurch das häufiger vorkommende geringe Morbiditätsplus zu Ungunsten der Frauen wohl erklärt werden kann.“ Für den sozialen Praktiker kommt es natürlich auf die Feststellung dieses Morbiditätsplus, das in Leipzig im allgemeinen etwas größer ist als in Wien, an; denn es macht einen größeren geseglichen Schutz für die Frauen notwendig.

3. Die Gesundheitsgefährdung in den verschiedenen Berufen.

Um die Gesundheitsgefährdung in den einzelnen Berufen zu erkennen, ist in Band I berechnet worden, wie sich dieselben in Bezug auf Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Todesfälle gegenüber der Gesamtheit der Mitglieder (natürlich nur der erwerbstätigen d. h. versicherungspflichtigen) verhalten. Überdurchschnittlich in Bezug auf alle drei Faktoren sind fünf männliche und drei weibliche Berufe und zwar männliche: die Freiluftarbeiter (Boolmänner, Eisarbeiter, Fensterreiniger, Arbeiter in Holz- und Kohlenhandlungen, Laternenanzünder, Straßenreiniger usw.), die Steinmehrer, die Bierbrauer, die Arbeiter in Papier- und Pappefabriken und die Arbeiter in Handelsbetrieben mit Abfällen, Knochen, Lumpen, Tierhaaren usw.; weibliche: Arbeiterinnen in der Chemischen Industrie, in Bunt- und Luxuspapierfabriken und in Maschinenfabriken. Die letztgenannte männliche und weibliche Berufsart ist so schwach besetzt, daß hier der Zufall nicht auszuschließen ist und wir sie deshalb am besten außer acht lassen. Unterdurchschnittlich in allen drei Beziehungen sind die männlichen Berufe: Maurer, Tischler, Zint-, Stahl- und Kupferdrucker, Maschinisten und Heizer, Riemen- und Sattler sowie Stukkateure; und ein weiblicher, nämlich derjenige der Wäscherinnen und Plätterinnen.

Bei den erst erwähnten vier männlichen Berufen, die sich sowohl durch eine überdurchschnittliche Mortalität als auch Morbidität auszeichnen, zeigt sich die Überbelastung mit Krankheitsstagen und Todesfällen in allen drei zwanzigjährigen Altersklassen und steigt mit zunehmendem Alter schnell an. Hierin liegt, da es sich der Berufsart nach nicht um eine Auslese besonders schwächlicher Individuen handeln kann, der Beweis, daß diese Berufe die Lebenskraft besonders schnell aufzehren. Bei den Freiluftarbeitern spielen, wie zu erwarten, unter den Todesursachen die Krankheiten der Atmungsorgane die Hauptrolle. Die Tuberkulosesterblichkeit ist bei ihnen charakteristischer Weise nur in der 55/74-jährigen Altersklasse höher als bei der Allgemeinheit. Dagegen ist die Tuberkulose, worauf namentlich Sommerfeld seit längerem immer wieder hingewiesen hat, die typische Berufskrankheit der Steinmehrer. Ihr fallen im besten Mannesalter (35/54 Jahre) 17,77‰ dieser Arbeiter in Leipzig zum Opfer, das sind 14,45‰ mehr als bei der Allgemeinheit der männlichen Pflichtmitglieder. Wir kommen hierauf später noch einmal zurück. Bei den Bierbauern treten die Herzkrankheiten als Todesursache in den Vordergrund. Sie weisen namentlich in der 35/54-jährigen Altersklasse ein nicht unbeträchtliches Plus an Todesfällen gegenüber der Allgemeinheit der Arbeiter auf (4,46‰ : 1,09‰). Die allgemeine männliche Sterblichkeit an Herzkrankheiten betrug in Preußen 1896—1900 zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr 0,27‰; zwischen dem 40. und 50. 0,59‰ und zwischen dem 50. und 60. 1,15‰. In Bayern belief sie sich 1893—1902 in den gleichen Altersklassen auf 0,59, 1,24 und 2,67‰. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die erhebliche Übersterblichkeit der Bierbrauer im besten Mannesalter an Herzkrankheiten mit ihrem berufsmäßigen Biergenuß in Verbindung bringen. Ihm fällt wohl auch zum großen Teil das Plus der Todesfälle an Verdauungsorganen zwischen 35 und 54 Jahren zur Last. Es ist der grobe Unfug des in den Tagelohn einbezogenen Freibieres, dessen gesundheitsgefährliche Wirkung hier zum Ausdruck kommt. Nicht nur der Alkoholgehalt des Bieres, sondern auch die große Flüssigkeitsmenge wirkt ungünstig auf die Kreislauf- und Verdauungsorgane ein.

Bei den Arbeitern in Papierfabriken entfällt die Übersterblichkeit wesentlich auf die 55/74-jährige Altersklasse. Erkrankungen der Atmungsorgane, Tuberkulose aller Art und Verletzungen, und unter diesen wiederum die Betriebsunfälle sind es, welche in erster Linie für dieses Mortalitätsplus verantwortlich sind.

Bzüglich der Erkrankungs Häufigkeit in den 4 besonders ungünstigen männlichen Berufen ergibt das Studium des Tabellenwerkes folgendes: Wie zu erwarten war, zeigen die Freiluft-

¹⁾ Vergl. Nr. 81 Sp. 978.

²⁾ Letalität = Tödtlichkeit.

³⁾ Auf 100 Pflichtmitglieder kommen Krankheitsstage: Männer: 855; Frauen: 1030. Auf 100 freiwillige Mitglieder kommen Krankheitsstage: Männer: 2860; Frauen: 2439.

⁴⁾ Über 13 bzw. 26 oder 34 Wochen dauernde Krankheiten, für welche die Kasse über diese Zeit hinaus keine Entschädigung zu leisten hat.

⁵⁾ Auf 100 000 versicherungspflichtige Mitglieder kommen Aussteuerungsfälle: Männer: 730; Frauen: 572.

arbeiter ein erhebliches Plus an Erkrankungen der Atmungsorgane in allen Altersklassen; ebenso weisen die Steinmehrer eine sehr gesteigerte Erkrankungshäufigkeit an Tuberkulose auf; zwischen 35 und 54 Jahren kommen bei ihnen auf 1000 Personen 46,1 Tuberkulosefälle. Dagegen erhebt sich die Zahl der Herzleiden bei den Brauereiarbeitern (ohne Berücksichtigung der Altersklassen) nicht sehr viel über diejenige der Gesamtheit ($6,1\text{‰} : 5,9\text{‰}$) und wird von derjenigen der Freiluftarbeiter um $2,2\text{‰}$ übertroffen, was wohl mit dem häufigeren Gelenkrheumatismus der letzteren zusammenhängt. Daß trotzdem die Brauer in der 35/54- und 55/74-jährigen Altersklasse gegenüber der Allgemeinheit und in der 35/54-jährigen gegenüber den Freiluftarbeitern eine beträchtliche Übersterblichkeit an Herzleiden zeigen, weist darauf hin, daß bei ihnen ein Moment hinzukommt, das den Verlauf der Krankheit ungünstig beeinflusst, und das wohl in ihrem überdurchschnittlichen Biergenuss gesucht werden muß. Daß derselbe aber nicht nur für den ungünstigen Verlauf, sondern auch für die Entstehung ihrer Herzleiden mitverantwortlich ist, wird dadurch wahrscheinlich, daß sie in der 15/34-jährigen Altersklasse ein Minus an Herzkrankheiten von $1,4\text{‰}$ gegenüber der Allgemeinheit zeigen. Die schädliche Wirkung des Alkoholgenußes macht sich ja erst nach einer Reihe von Jahren bemerkbar.

Trotzdem die Todesfälle an Krankheiten der Atmungsorgane bei den Papier- und Papierarbeitern diejenigen der Allgemeinheit namentlich in der 55/74-jährigen Altersklasse sehr beträchtlich, nämlich um $9,58\text{‰}$ der Personen, übertreffen, bleibt ihre Erkrankungshäufigkeit an diesen Leiden in dem erwähnten Alter um $28,4\text{‰}$ gegenüber derjenigen der Allgemeinheit zurück. Wenn nicht der Zufall der nicht großen Zahl hierbei eine Rolle spielt, müßte man an eine den tödlichen Verlauf dieser Krankheiten begünstigende Berufswirkung denken.

Was die zwei ungünstigsten weiblichen Berufsarten anbetrifft (die Arbeiterinnen in Maschinensfabriken müssen, wie gesagt, der geringen Besetzung wegen ausscheiden), so begegnen wir hier, wie auch bei einer Reihe männlicher Berufe, dem Phänomen, daß einer Tuberkulosesterblichkeit in den jüngeren und mittleren Altersklassen (15/34 und 35/54) eine Untersterblichkeit zwischen 55 und 74 Jahren folgt, was als eine Auslesewirkung angesehen werden muß. Den Hauptbeitrag zur Übersterblichkeit liefern bei den Arbeiterinnen in der Chemischen Industrie die Herzkrankheiten, die wie ein Vergleich der Krankheitsfälle zwischen 15 und 24 Jahren mit der gleichen Altersklasse der Allgemeinheit zeigt, zwar nicht durch den Beruf erworben, aber doch wohl in ihrem Verlauf ungünstig beeinflusst werden. Das Mortalitätsplus der Arbeiterinnen in Bunt- und Zugschneidfabriken ist in der 15/34-jährigen Altersklasse wesentlich auf Krankheiten der Verdauungsorgane zu schieben, welche diese Arbeiterinnen in allen Altersklassen mit einer großen Überzahl von Krankheitsfällen belasten. In der 35/54- und der 55/74-jährigen Altersklasse wird die Übersterblichkeit in erster Linie durch bösartige Neubildungen bewirkt. Die Ursachen der bösartigen Geschwulstbildungen sind noch stark in Dunkel gehüllt, und die Frage ist eine so komplizierte, daß es viel zu gewagt wäre, hier eine Beziehung zwischen Beruf und Krankheit zu konstruieren. Immerhin ist es auffällig, daß auch bei den männlichen Buntpapierarbeitern die Todesfälle an bösartigen Neubildungen eine weit über durchschnittliche Höhe zeigen, wenn auch die absoluten Zahlen sehr niedrig sind, so daß der Zufall nicht ausgeschlossen ist. (Fortsetzung folgt.)

Mängel in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung Bayerns werden im Generalbericht der bayerischen Sanitätsverwaltung aus den verschiedenen Landesgebieten festgestellt. So berichtet der Amtsarzt von Obersberg von einem starken Rückgang der Ernährung, „da die Milchverwertung derart intensiv ist, daß trotz der hohen Produktion von zirka 30 Millionen Litern eine Verwertung im Haushalt bereits kaum mehr in Frage kommt“. Nach dem Bericht des Amtsarztes in Neumarkt „bewirkt die fast gänzliche Ausschaltung der Vollmilch eine Unterernährung der ohnedies schwächlichen Kinder, und bei deren Verwendung zu harten Arbeiten Zunahme von Wirbelsäulenverkrümmung, auch höheren Formen von Kyphose (Verbuckelung) und Skoliose (seitlicher Verkrümmung der Wirbelsäule)“. Auch der Amtsarzt von Weigenburg i. B. erwähnt unter den nachteiligen Folgen des Molkebetriebes das Fehlen der bisherigen nahrhaften Mehlspeisen, Alkoholkonsum statt der früheren Milchsuppe als Zwischenmahlzeit. Desgleichen berichtet der Amtsarzt von Krumbach über Unterernährung mit dem gänzlichen Entzuge der Milchmahlzeit, „nachdem sogar in den besten Bauernhäusern statt Butter Kunstfett verkauft, den Kindern statt wie früher Butterbrot oder Milch

jetzt Zichorienbrühe oder Bier gegeben werde“. Der Amtsarzt von Lindau führt den Rückgang der Militärauglichkeit (durchschnittlich nur 42% Taugliche gegen 60% im Jahre 1902) vorwiegend auf Unterernährung infolge Ausschusses der Milchmahlzeit zurück. Der Bericht von Mindelheim besagt: „Mit Zunahme der Dampf-, Molkereien und Käseereien verschwindet bei den Kleinföhrnern auch der letzte Tropfen Milch ohne Rücksicht auf den Bedarf für die heranwachsende Jugend, die Säuglinge und die Armen, für welche die Milchmahlzeit aus den Molkereien um 15 Pf. pro Liter zurückgekauft werden muß; außerdem erhalten die Säuglinge Mehlspeisen, die übrigen Kinder statt Milch Wasserjuppen, sogenannten Kaffee oder Brei. Der Milchmangel verschlechtert die Säuglingsernährung, begünstigt im zweiten bis fünften Jahre Rachitis, bei den Adoleszenten (Heranwachsenden) Zurückbleiben des Knochenwachstums, bei den Älteren Nachlassen der Widerstandskraft gegen Schädlichkeiten.“ Die amtssärztlichen Feststellungen in Bayern bilden eine traurige Ergänzung zu den allgemeinen Untersuchungsergebnissen Dr. Raups über die „Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung“ (Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 1910).

Die **Wurmkrankheit der Bergleute**, durch die vor einer Reihe von Jahren eine große Anzahl von Bergwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks versenkt war, die aber infolge energischer Maßnahmen bis auf eine verschwindende Anzahl von Krankheitsfällen zurückgedrängt werden konnte, tritt in letzter Zeit im Bochumer Revier wieder auf und hat neue Untersuchungen notwendig gemacht. So wurde dem Märkischen Sprecher zufolge ein großer Teil der Bergleute der Zeche Präsident im katholischen Krankenhaus in Bochum zur Beobachtung gestellt, und bei einer Anzahl von Bergleuten wurden Wurmerkrankungen festgestellt. Auch auf einigen Zechen im Mülheimer Revier und an der Lippe wurden Krankheitserscheinungen beobachtet. Anscheinend ist die Krankheit vom Auslande her neu eingeschleppt worden.

Zur **Stärkung der Gesundheit der städtischen Beamten in Schöneberg** hat dessen neuer Erster Bürgermeister Dominicus eine bemerkenswerte Anordnung getroffen. Die Supernumerare, das sind die jüngsten städtischen Beamten, erhalten wöchentlich eine Stunde dienstfrei, während der sie unter Leitung eines städtischen Turnlehrers Turnübungen und Spiele unternehmen müssen, soweit sie auf Grund einer Untersuchung durch den städtischen Sanitätsrat hierzu für geeignet erklärt worden sind. — Wenn es zunächst auch nur eine Stunde wöchentlich ist, die die im städtischen Dienste stehenden jungen Leute zu körperlichen Übungen verwenden müssen, so ist doch der in der Verfügung des neuen Schöneberger Oberbürgermeisters zum Ausdruck gebrachte Gedanke, daß auch eine Dienstbehörde sich um die gesundheitliche Entwicklung der ihr anvertrauten jungen Leute zu kümmern habe, von größter Bedeutung.

Ein **Deutscher Zentralverband für Rettungswesen** ist von den im Deutschen Reich bestehenden Vereinigungen und Körperschaften für erste Hilfe und Rettungswesen gegründet worden. Unter anderen haben sich ihm angeschlossen das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, die Deutsche Gesellschaft für Samariter- und Rettungswesen, das Deutsche Zentralkomitee für Rettungswesen in Preußen, der Deutsche Reichs-Feuerwehrverband, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die Zentralstelle für das Rettungswesen an Binnen- und Küstengewässern, der Deutsch-österreichische Alpenverein, der Verband für erste Hilfe in Berlin und der Ärzteverein des Berliner Rettungswesens. Der Verband bezweckt vorwiegend die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder sowie die wissenschaftliche Pflege des Rettungswesens. Zu Vorsitzenden sind der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts Dr. Bum und der Ministerialrat im bayerischen Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten Dr. C. in München gewählt worden.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Aufwärts! Bücher zur Belehrung und Erholung. Herausgegeben von Georg Volk, Geschäftsführer des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung. Verlag von E. Grieser, Frankfurt a. M. Preis des Bändchens 15—30 Pf.

6 weitere Hefte der bekannten Sammlung (Nr. 11—16) sind erschienen: Karl Wenpfort, ein deutscher Nordpolfahrer, von Alexander Burger; Fritz Reuter, ein Bild seines Lebens und Schaffens, von Richard Dohje; Bergleute. 3 Erzählungen aus dem Bergmannsleben, von Hans Ludwig Vintenbach; Berufswahl und Berufsausbildung in Handel, Gewerbe und Industrie. I. allgemeiner Teil, von Heinrich Bad; Ernährung in gesunden und kranken Tagen, von Dr. med. Th. Plaut; Meisterwerke moderner Technik: Die Dampfmaschine, von Wilhelm Mayer. — Einigen dieser empfehlenswerten kleinen Bücher sind Abbildungen beigegeben.

Der **Goldwahn**. Von Walter L. Hausmann. Berlin. 1911. Puttmann & Mühlbrecht. Preis 8 M. 536 Seiten.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Pettizelle.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Kürzlich sind erschienen:

Diskontpolitik.

Gedanken

über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie von

Preis: 6 Mark.

Otto Schwarz,

Geheimer Oberfinanzrat.

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: **Allgemeines über Diskontpolitik.** Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontpolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. **Diskontpolitische Hilfsmittel.** 1. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Erleichterung des Goldverkehrs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufpreis. Erschwerung des Goldverkehrs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämienpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Goldersparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Goldmarkts. 2. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Diskontveränderungen als wirksamstes Mittel der Diskontpolitik. **Gesamtergebnis der Diskontpolitik in England, Frankreich und Deutschland.** I. **Einschränkende Faktoren der Diskontpolitik.** Einfluß des gesamten Wirtschaftslebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsbilanz. Luxus. Vorhandensein weiterer der Durchschnittsdiskontsätze beeinflussender Faktoren. **Einfluss der bankverfassungsrechtlichen Vorschriften auf den Diskont.** Verfassungsgesetze der Bank von England. Verfassungsgesetze der Reichsbank. Verfassungsgesetze der Bank von Frankreich. Einfluss der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontpolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittelladeckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkontingenterstellung in Deutschland. Einschränkung der Bargeldzirkulation in Deutschland. **Einfluss des gesamten Bank- und Kreditsystems auf die Diskontpolitik.** Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluss der Grossbankenentwicklung auf die Stellung der Zentralbanken im allgemeinen. II. **„Freie“ Bank- und Diskontpolitik.** Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestierung in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesvers.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 100 Pfennig halbjährlich.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Es soll fortan ganz besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erörterung der wichtigsten Änderungen, die das Recht durch die bevorstehende Reform erleidet, so daß der laufende Jahrgang auch nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch ein wertvolles Nachschlagewerk sein wird.

Eine ganze Reihe von Versicherungsträgern und anderen Stellen bezieht das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung besonders wertvoll.

Im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig ist
soeben neu erschienen:

Das Persönliche im modernen Unternehmertum.

Von

Kurt Wiedenfeld.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: I. Die Aufgabe der Unternehmung. II. Der französische Unternehmertypus. III. Das englische Unternehmertum. 1. Der Selbständigkeitsdrang. — 2. Das technische Interesse. — 3. Die Abneigung gegen Preisunterbietung und Marktkämpfe. IV. Der nordamerikanische Unternehmer. V. Der deutsche Unternehmercharakter in seinen Grundzügen. 1. Der Selbständigkeitsdrang. — 2. Diszipliniertheit und Organisationsgabe. — 3. Der Sinn für wissenschaftliche Technik. VI. Charakteristische Unterschiedlichkeiten im deutschen Unternehmertum. 1. Vergleich verschiedener Industriezweige. 2. Vergleich verschiedener Unternehmungen gleicher Industriezweige. VII. Die Steigerung in der Bedeutung der Unternehmer-Persönlichkeit. 1. Die Ansprüche an die Unternehmerleistungen früher und jetzt. — 2. Der Kampf zwischen Unternehmertum und Kapital. VIII. Der moderne Unternehmer als Kulturfaktor.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker. in Berlin W. 8, Mauersstr. 43. 44.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Firma B. G. Teubner, Leipzig und Berlin bei.

Moral u. Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.

Von

Dr. Franz Meisel,

Oberfinanzrat der k. k. Finanz-Prokuratur in Prag.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Einleitung. (Steuererechtigkeit, Einkommensteuer, Steuermoral und Steuerethik.) — II. Steuermoral? (Ergebnisse der Beanstandung.) — III. Der Fiskalismus und die legale Steuerentlastung. (Die Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens.) — IV. Die rechtswidrige Entlastung und das strafbare Unrecht. (Die Ergebnisse des Strafverfahrens.) — V. Die Stellung und die Stärke der Parteien. — VI. Rückblick.

Die Ursachen

des

technischen Fortschrittes.

Von

Otto Kammerer in Charlottenburg.

(Erweiterter Sonderabdruck aus dem 132. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.) Mit 48 Schaubilder.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Gliederung. — Kraftgewinnung. — Kraftverteilung. — Stoffgewinnung durch Bergbau. — Stoffverarbeitung im Hüttenwerk. — Stoffverarbeitung im Stahlwerk. — Metallbearbeitung. — Erzarbeit. — Fernverkehr. — Siebungstechnik. — Kriegstechnik. — Die Verwertung des Menschen in der Technik. — Zusammenfassung.

Leopold von Ranke als Politiker.

Historisch-psychologische Studie
über das Verhältnis des reinen Historikers
zur praktischen Politik.

Von

Otto Dietrich.

Preis: 15 Mark.

Aus dem Inhalt: Einleitung: Die Nation der autonomen Denker und Dichter. — Erstes Kapitel: Die Genesis des autonomen Historikers. — Zweites Kapitel: Der Entdecker der politischen Kunst. — Drittes Kapitel: Die deutschen politischen Gewalten des neuen Jahrhunderts. — Viertes Kapitel: Der Historiker auf dem Wege zu seinen Mägen. — Fünftes Kapitel: Ranke als Publizist. — Sechstes Kapitel: Die halbpolitische Epoche. — Siebentes Kapitel: Der Historiker und seine Mägen. — Achtes Kapitel: Der Historiker und das neue Reich.

Neue Folge des Reformblatts für Arbeiter-Versicherung. 7. Jahrgang.

Zentralblatt der Reichsversicherung

Zeitschrift für sozialrechtliche und sozialmedizinische Fragen.

Verlag: Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a/M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 10 M. pro Jahr. Herausgeber: Prof. Dr. Stier-Somlo, Bonn.

Als Zentralorgan des gesamten Rechts der Reichsversicherungsordnung hat sich das „Zentralblatt“ (früher Reformblatt) die wissenschaftliche Förderung des geltenden Rechts und die Pflege der Reformbestrebungen zur Aufgabe gemacht. Eine reichhaltige Rechtsprechung und eine für die Praxis speziell bestimmte Rechtsauskunftsstelle machen die Zeitschrift zu einem für

Versicherungsämter, Krankenkassen, Kassenärzte, Juristen und alle sozialpolitisch interessierten Kreise unentbehrlichen Hilfsmittel der täglichen Praxis.

Vorzügliches Insertionsorgan. Probenummern gratis.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie der Verlag entgegen.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Hollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11. bis 13. Mai). 1017
Das Werden des einheitlichen Privatbeamtenrechts. Von Dr. Heinz Potthoff, W. d. R. 1023
Soziale Probleme 1025
Ein Feldzug gegen die Landstreicher in England. Von Dr. Ernst Schulze, Hamburg.
Legitimationszwang für ausländische Arbeiter im Großherzogtum Hessen. Die Anstellungsverhältnisse bei der Berliner „Viktoria“ — Dienstgeheimnis.
Die Arbeitszeit im Handel in der Schweiz.
Rechtspflege 1028
Die Behandlung der Jugendlichen im neuen Strafgesetzbuch.
Firmengeschenke an gelbe Werberklassen — keine steuerfreie „fiktive Pflichtleistung“.
Zur Frage „Unfittliche Mietverträge“.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 1029
Die Akten der Tarifvereinbarungen im Holzgewerbe.
Kein Tarifvertrag im Berliner Fensterputzergewerbe.
Der erste nationale Tarifvertrag im britischen Buchdruckgewerbe.
Die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts in Spanien.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 1030
Ostertagungen des Christen- und Arbeitervereins.
Der 5. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Kleinrentalvereine.
Der Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine.
Der Verein der Deutschen Kaufleute.
Die Stellung der Prinzipalsmitglieder im Vereine für Handlungs-Commiss von 1868.
Ein Reichsverband der kaufmännischen Angestelltenvereine Schwedens.

Streits und Aussperrungen 1032
Bergarbeiterbewegung.
Die Tarifbewegung im Bädergewerbe.
Straßenbahnerstreiks.
Streikaußschreitungen in Bärn.
Arbeiterfrage 1032
Die bairische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.
Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Bekleidungs- und Schuhmacher- und Schuhwerk in Italien.
Der gesetzliche Arbeitskündentag für die Frauen in Kalifornien.
Arbeiterversicherung. Sparwesen 1034
Entschliessungen von Unternehmerverbänden zur Privatangeestellten-Versicherung (Bayerische Angestellten-Versicherung. XV.)
Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung.
Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1036
Die öffentliche Arbeitsnachweisbewegung in der Schweiz.
Das städtische Arbeitsamt in Nürnberg.
Genossenschaftswesen 1038
Die Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1910.
Eine amtliche Erhebung über das belgische Genossenschaftswesen für das letzte Menschenalter.
Staatliche Konsumvereinsförderung in Ungarn.
Volksversicherung 1040
Der 2. Instruktionkursus für moderne evangelische Jugendarbeit.
Praktische Belämpfung der Schuldenliteratur in Stettin.
Die finanziellen Ergebnisse der Berufsvormundschaft.
Volksgeundheit 1042
Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Oststrassenkassette für Leipzig und Umgebung. Von Dr. Agnes Blum, Berlin. III.
Literarische Mitteilungen 1046

hat Professor Dr. Franke in der vorigen Nummer (Sp. 986) ausführlich dargelegt; wir können uns deshalb hier auf den eigentlichen Versammlungsbericht beschränken.

Die Ortsgruppe Berlin hatte — gleichsam zur Einführung in das eigentliche Verhandlungsthema — an einem Begrüßungsabende am 11. Mai den Berliner Stadtschulrat Herrn Dr. Michaelis um ein Referat über den gegenwärtigen Zustand und die nächsten Aufgaben des Berliner Fortbildungsschulwesens ersucht, und so konnte denn die Versammlung einen Einblick tun in das riesige Getriebe, das heute das Berliner Fortbildungsschulwesen darstellt. Von der Überzeugung ausgehend, daß es sich nur auf der Grundlage der geschichtlichen Entwicklung verstehen lasse, entrollte der Redner ein ausführliches Bild des geschichtlichen Werdeganges des Berliner Fortbildungsschulwesens seit seiner Begründung 1799. Handelte es sich damals bloß um die Fortbildung der in der Schule zurückgebliebenen Schüler durch freie Vereinstätigkeit (unentgeltlicher Sonntagnachmittagsunterricht), so brachte die zweite Epoche (seit 1848) unter Mitwirkung des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen die Fortbildung der aus der Schule entlassenen Gewerbebesessenen in drei städtischen Fortbildungsschulen. Die dritte, seit 1872 datierende, Entwicklungsperiode sah die Errichtung eigentlicher fachlicher Anstalten für gewerbliche und kaufmännische Angestellte durch Staat, Stadt, Innungen und gewerbliche Vereine und als ihre Krönung die Begründung der ersten Handwerkerfortbildungsschule (1880), die eine Zusammenfassung des gesamten Fortbildungs- und Fachunterrichts ermöglichte. Die letzte, 1905 einsetzende Periode schuf endlich die Pflichtfortbildungsschule, die Wahlschulen zwar einschränkend, aber nicht verdrängend. Und hier sind die weitesten Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft gegeben — schon jetzt werden mehr als 100 Berufsarten in den Pflichtfortbildungsschulen gelehrt; die Fortbildungsschulen für Mädchen nehmen heute bereits einen großen Raum ein und können durchgeführt werden, sobald die gesetzliche Möglichkeit hierzu vorliegt; die Fortbildungsschule für schwach Begabte ist ebenfalls schon ins Leben getreten. Immer wieder betonte jedoch der Vortragende, daß die Pflichtfortbildungsschule eine Berufsschule sein und bleiben müsse und daß jeder Versuch, ihr mehr aufzubürden, als sie leisten könne, die Entwicklung um fast ein Menschenalter zurückwerfen würde.

In seiner Begrüßungsrede beim Beginn der eigentlichen Verhandlungen (12. Mai) wies der Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Freiherr v. Berlepsch, auf die große Bedeutung hin, die die gegenwärtigen Verhandlungen der Gesellschaft haben, da es sich um die Zukunft des ganzen Vaterlandes handle. Die Verhandlungen sollten die öffentliche Meinung darüber aufklären, was hier auf dem Spiele stehe. Und Freiherr v. Berlepsch erkannte freimütig an, daß die vergangene und gegenwärtige Generation an der lohnarbeitenden Jugend ein schweres soziales Unrecht begangen haben. Glücklicherweise werde die Frage der Jugendfürsorge jetzt in den weitesten Kreisen erörtert, und deshalb sei auch der gegenwärtige Moment der Gesellschaft für Soziale Reform als der geeignete erschienen, diese Fragen in Angriff zu nehmen.

Welches Interesse die Verhandlungen boten, bewies neben der großen Teilnahme an den Verhandlungen aus allen Kreisen der Bevölkerung die stattliche Reihe von Vertretern der höchsten Reichs- und Landesbehörden und der Kommunalverwaltungen und die auf Kongressen sonst nicht zu beobachtende Tatsache, daß die Beteiligung am zweiten Verhandlungstage eine noch stärkere war als am

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. (Berlin, 11. bis 13. Mai.)

Die Gründe, die die Gesellschaft veranlaßt haben, sich mit der Jugendfrage, vor allem soweit die gewerblichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren in Betracht kommen, zu beschäftigen,

ersten, wozu vielleicht auch beitrug, daß die Themen des zweiten Tages gerade in der Jetztzeit in den weitesten bürgerlichen Kreisen noch lebhafteres Interesse finden als der Berufsschutz der jugendlichen Arbeiter, über den am ersten Tage Obermedizinalrat Professor Dr. von Gruber-München referierte.

Es waren große, bedeutungsvolle Gesichtspunkte, von denen aus er seine Forderungen für den Berufsschutz der jugendlichen Arbeiter begründete: gilt doch Gruber mit Recht als einer der hauptsächlichsten Vorkämpfer für Massenhigiene. Bei seinen Ausführungen nahm er als tatsächliches statistisches Material die in der dritten vorbereitenden Schrift von Dr. Kaup niedergelegten Zahlen als Unterlage, ohne freilich die auf den Tabellen über die Militartauglichkeit aufgebauten Raupischen Schlussfolgerungen, daß sich unsere junge Generation in einem Zustande tatsächlicher Degenerierung befinde, völlig anzuerkennen. In Fragen, die so wichtig sind für die Zukunft unseres Staats wie wenig andere, steht also heut noch Vermutung gegen Vermutung. Unzweifelhaft ist dagegen nach den Gruberschen Ausführungen, daß die Gesundheitsverhältnisse unserer jungen Männer recht ungünstig sind, und das ist zurückzuführen auf den mangelhaften Schutz unserer männlichen Jugend im Alter von 16 bis 20 Jahren. Die gegenwärtige Schutzgrenze von 16 Jahren ist physiologisch absolut nicht begründet. Gruber zeigte nun, wie sich ein strikter Beweis dafür führen läßt, daß bei den mangelhaften Gesundheitsverhältnissen unserer jugendlichen Berufsschäden mitwirken: vor allem spielt die rapide steigende Tuberkulosesterblichkeit nach dem 15. Lebensjahre und die prozentuale Unfallhäufigkeit bei den Jugendlichen hier eine große Rolle. Ähnlich verhält es sich bei den weiblichen Jugendlichen und den jungen Frauen. Und neben den Berufsschäden sind es besonders die Geschlechtskrankheiten, die auf die Gesundheit und auf die Tüchtigkeit des Nachwuchses schwer schädigend einwirken.

Unter den Abhilfsmitteln nannte Gruber den Ausbau des Schularztsystems, die Aufstellung und Fortführung von Gesundheitskassen, ja, er verlangt, daß die gewerblich tätige Jugend wenigstens bis zum 18., wenn möglich sogar bis zum 20. Jahre unter ständiger ärztlicher Kontrolle gehalten werden müsse. Bei der Berufswahl müsse aber der Schularzt unter allen Umständen mitwirken. Weiter verlangt er den vollständigen Ausschluß der Nachtarbeit der Jugendlichen, die Einrechnung der Fortbildungsschulzeit in die Maximalarbeitszeit, die Schaffung eines Ausgleichs zwischen geistiger und körperlicher Ermüdung usw. Für die Mädchen müsse vor allem der halbtägige Unterricht und die halbtägige gewerbliche Arbeit durchgeführt werden.

Freilich würden alle gesetzlichen Maßnahmen nichts nützen, wenn die Jugend nicht selbst alle diese Bestrebungen kräftig unterstütze. Den steigenden Versuchungen gegenüber müsse die Selbstbeherrschung sich betätigen. Es sei erklärlich, daß vielfach gerade die Eintönigkeit der Arbeit den Wunsch auslöse, sich auszuleben. Die Folge hiervon sei der Verfall der Familie, dieses kleine Fels der Gegenwart, und damit im Zusammenhang stehend der auffallende Rückgang der Fruchtbarkeit. Die Dauerehe sei aber eine der wichtigsten hygienischen Institutionen für beide Eheleute. Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, alles Hintanzuhalten, was zur weiteren Zerstörung der Ehe beitragen kann, und alles zu tun, um die Lebenden zu schützen, zu pflegen, zu erhalten. Eine bessere Zukunft für unser Volk ist nur dann möglich, wenn es gelingt, die Qualität der neugeborenen Menschen zu verbessern. Alle unsere gegenwärtigen sozialen Einrichtungen sind nur Surrogate für das, was wir nicht so leicht durchführen können, was aber unser stetes Ziel bleiben muß: das Gedeihen des Nachwuchses im Schoße der Familie.

Mit Recht betonte der Vorsitzende der Gesellschaft, Freiherr v. Berlepsch, daß die von Professor v. Gruber entwickelten Gedanken bei den künftigen Arbeiten der Gesellschaft in der Jugendschuttsfrage die Richtlinien bilden würden. Und auch sämtliche Diskussionen stimmten grundsätzlich den Gruberschen Ausführungen bei und gaben zum Teil wertvolle weitere Anregungen. Der Hamburger Arzt Dr. Fürst, der aus eigener Erfahrung als Schularzt sprach, betonte die Notwendigkeit der ärztlichen Mitwirkung bei der Berufswahl und verlangte den Ausbau unseres jetzigen Schularztsystems: der im Hauptamt tätige Schularzt müsse sich zum Jugendfürsorgearzt entwickeln, der das Kind durch die ganze Schulzeit hindurch beobachtet. Die Generalsekretärin des Verbandes katholischer erwerbstätiger Frauen, Frä. Schmidt, wies auf die Bedeutung der Elternabende für eine richtige Berufswahl hin — eine geeignete Arbeit für die Berufsvereine der Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch sonst gab sie mannigfache beachtenswerte

Hinhalte: die Rolle, die die Gesetzbücher für die Berufswahl spielen könnten, wenn sie richtig ausgestaltet würden, die Bedeutung aufklärerischer hygienischer Aufsätze in den kleinen Blättern und Blättchen, da unser Volk noch immer den Glauben an alles habe, was es gedruckt zu lesen bekommt; und vor allem den Wert der Mitarbeit gebildeter Frauen in den Berufsvereinen der Arbeiterinnen. Professor Lennhoff-Berlin zeigte an einem Beispiel zahlenmäßig, welch ungeheuren Wert für den jugendlichen Arbeiter eine regelmäßige Erholung hat, und regte an, die zeitweilige Beschäftigung städtischer Arbeiter z. B. mit Erntearbeiten zu organisieren. Dadurch erhalte der Landmann eine billige Arbeitskraft, und so wäre es möglich, die Kosten für den Landaufenthalt städtischer Arbeiter in mäßigen Grenzen zu halten, ja diesen vielleicht sogar wirtschaftlich zu gestalten. Stadtverordneter Goldschmidt-Berlin führte aus, wie mit der wachsenden Volkskraft auch die industrielle Tüchtigkeit wachse. Deshalb werde die Nation, die den Jugendschutz veräume, von denen, die die Notwendigkeit eines umfassenden Jugendschutzes erkennen und diesen durchführen, überflügelt werden. Eine Anzahl Vertreter verschiedener Berufsorganisationen wies auf den für bestimmte Gewerbe ganz besonders notwendigen Schutz hin. So wurde die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Drehsternmuster gefordert, ferner die Schaffung von Handelsinspektoren, die schärfere Beaufsichtigung der Handwerksbetriebe, die Einrichtung einer geordneten Lehrstellenvermittlung usw.

Aber auch weitergreifende Fragen wurden aufgeworfen. Frä. Agnes Hermann-Berlin (Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte) glaubte, daß für die starke Abnahme der Fruchtbarkeit die wirtschaftlichen Verhältnisse ausschlaggebend sind. Sie stellte deshalb die jetzt freilich noch fremd klingende, sie und da aber in nördlichen Ländern und in deutschen Gemeinden schon erfüllte Forderung, daß bei der Bemessung des Lohnes dem Bedürfnis mehr Rechnung getragen werden müsse, d. h. daß ein Vater von so und so viel Kindern für dieselbe Arbeit mehr Lohn erhalten müsse als der Unverheiratete. Auch die Frage, wie weit die Frau überhaupt berufstätig sein dürfe, wurde am ersten Tage gestreift, um am zweiten Tage dann breiter erörtert zu werden. Es war also eine Fülle der verschiedenartigsten Anregungen, die Professor von Gruber mit seinen Ausführungen gegeben hatte.

* * *

Am zweiten Tage sprach zunächst Oberbürgermeister Cuno-Hagen, M. d. R., über die Fortbildungsschulen, insbesondere über die Pflichtfortbildungsschulen, denn nur diese könnten in Betracht kommen, wenn man die Fortbildungsschule als eine Anstalt zur fürsorglichen Fortbildung der Jugend betrachte. Der Referent, der an der Spitze einer großen aufstrebenden Industriestadt steht und auf dem Gebiete der Organisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens selbst viel geleistet hat, schöpfte bei seinen Darstellungen aus der Fülle eigener Erfahrung. Er wies darauf hin, wie der Aufschwung unseres Fortbildungsschulwesens von dem Zeitpunkt an datiere, da auf Bismarcks Veranlassung das gesamte gewerbliche Fortbildungsschulwesen in Preußen dem Handelsminister unterstellt und dadurch in unmittelbare Verbindung mit dem gewerblichen Leben gebracht worden war, wie der Widerstand der Handwerksmeister allmählich überwunden worden sei, wie sich aber die Großindustrie vor allem in Rheinland-Westfalen gegenüber dem Fortbildungsschulzwang namentlich für die Bergarbeiter durchaus ablehnend verhalte. Mehr als die Hälfte aller jugendlichen Arbeiter ist dort noch den Segnungen der Fortbildungsschule entzogen. Die Schule entläßt den jugendlichen Menschen gerade in dem Moment, wo er am aufnahmefähigsten geworden ist und gibt ihn völlig unkontrollierbaren Einflüssen preis. Hier ist es die Pflicht des Staates, sich des jungen Arbeiters anzunehmen, und die geeignete Stelle hierfür ist die Fortbildungsschule. Aber welche Schwierigkeiten bestehen bei der heutigen gesetzlichen Zerpfitterung für eine Gemeinde, wenn sie wirklich den Fortbildungsschulzwang einführen will! Wie oft geschieht es nicht, gerade in Rheinland-Westfalen, daß, wenn die Gemeindevertreter glücklich für die Einführung des Fortbildungsschulzwangs gewonnen worden sind, die Rechen diese Beschlüsse einfach unmöglich machen! Und welcher Schaden wird dem Handwerk zugefügt, wenn dessen Lehrlinge dem Fortbildungsschulzwange unterliegen, die Bergarbeiter derselben Gemeinde aber nicht! Diese Zustände drängen zu der Forderung: allgemeine Fortbildungsschulpflicht für die gesamte gewerblich tätige Jugend von 14 bis 17 Jahren ohne jede Ausnahme. Von diesem Standpunkte aus könne auch das im Entwurf vorliegende preussische Pflichtfortbildungsschulgesetz nur als eine Abschlagszahlung betrachtet werden. Für die Bergarbeiter sei aber schon jetzt eine besondere

gesetzliche Bestimmung insofern notwendig, da sich hier und zwar aus rein örtlichen Verhältnissen die Pflichtfortbildungsschulen nicht an die einzelnen Gemeinden anlehnen könnten.

Im weiteren führte Cuno dann aus, wie die moderne Pflichtfortbildungsschule eine Berufsschule ist und sein muß. Der Unterricht konzentriert sich gewissermaßen um den Beruf, er muß dem berechtigten Egoismus des jugendlichen Arbeiters, im Berufe vorwärts zu gelangen, entgegenkommen. Redner trat für einen vernünftig verstandenen staatsbürgerlichen Unterricht ein und bekannte sich hier im allgemeinen als Anhänger Kerschensteiners. Auch für die ländliche Fortbildungsschule forderte er, daß sie nicht eine bloße Wiederholung der allgemeinen Volksschule sei, auch sie müsse an den Beruf anknüpfen, müsse Lust und Liebe zur heimatischen Scholle wecken. Dagegen lehnte er die Einführung des Religionsunterrichts entschieden ab. — Zu der Frage der Einführung der Pflichtfortbildungsschule auch für die weibliche Jugend empfahl der Referent, eine abwartende Stellung einzunehmen. Es sei besser, erst bei den männlichen Jugendlichen in dieser Beziehung Erfahrungen zu sammeln. Die enorme Steigerung der in der Industrie beschäftigten Mädchen sei eine Tatsache, wobei sie hauptsächlich als ungelernete Arbeiterinnen auftreten. Nach seiner Auffassung sei die wirtschaftliche Fortbildung der jungen Mädchen die hauptsächlichste Aufgabe der Pflichtfortbildungsschule, um sie für das spätere Leben als Frauen und Mütter tauglich zu machen. Das Beste sei jedenfalls, den Streit, ob das eine oder das andere notwendiger sei, zu begraben und, auf dem Boden des praktischen Lebens stehend, das zu nehmen, was man im gegenwärtigen Moment überhaupt bekommen könne und darauf weiterzubauen, gleichgültig, ob es sich im einzelnen Falle um hauswirtschaftlichen oder gewerblichen Unterricht handelt.

Im letzten Referat behandelte Pastor Walter Classen, der Leiter des Hammerbrook'schen Volksheims, ein zum großen Hamburger Volksheim gehörendes Anstalt, das Thema: Jugendpflege, und der Vortrag dieses so gar nicht pastoral wirkenden Pastors bedeutete geradezu ein Erlebnis, wie auch der Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies — eine Beifallsbezeugung, wie sie die Gesellschaft für Soziale Reform bisher nicht kannte. Wer eine Darstellung unserer gesamten Jugendpflegebestrebungen erwartet hatte, der ist freilich nicht auf seine Kosten gekommen, denn alles, was Classen gab, waren Erfahrungen persönlicher Art aus seiner Arbeit an und mit den Hamburger Jungen, denen er die besten Kräfte seines Lebens widmet, Selbsterlebens, Selbstgesehenes, Selbstgeschaffenes. Eine psychologische Betrachtung unserer männlichen Jugendlichen, sagt er, zwingt zu einer Scheidung derselben in zwei ganz verschiedene Gruppen: die 14- bis 17-jährigen (um runde Ziffern zu nennen, denn selbstverständlich ist die Entwicklung bei den einzelnen verschieden) und die älteren Jugendlichen. Bei den ersteren ist der Wille sehr stark, der Verstand verhält sich rein rezeptiv, das Urteilsvermögen ist insofern unreif, schwankend, abspringend. Hier ist eine starke Führung notwendig, aber kein Vorgeföhler, sondern der König des altgermanischen Rechts, dem nur die eigene Autorität zur Seite steht. Eine nach Vereinsgrundsätzen durchgeführte Selbstverwaltung, wie sie vielfach empfohlen wird, ist hier absolut unmöglich. In dem eigentlichen Jünglingsalter dagegen ist der Wille womöglich noch mächtiger, aber der Verstand wird stärker, vor allem wächst das Verstandes- und das Gefühlsbedürfnis. Hier muß man dem Verstande auch entgegenkommen durch Vorträge, wobei sich freilich der Redner hüten muß, seine Meinung dem jugendlichen Hörer aufdrängen zu wollen, und vor allem: der Hörer muß das unbeschränkte Fragerecht haben und das Recht, seine Meinung zu den Vorträgen uneingeschränkt zu äußern. Was Classen hier an Anregungen bot, war ganz außerordentlich wertvoll, ebenso auch seine Ausführungen über die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend.

Die äußerst lebhafteste Aussprache, die sich an diese beiden Vorträge angeschlossen, brachte zum Teil fruchtbare Ergänzungen zu den eigentlichen Verhandlungsthemen, zum Teil erschöpfte sie sich in der Frage, in welcher Form die Pflichtfortbildungsschule auch für die weibliche Jugend notwendig und zweckmäßig sei, und auch die Zweckmäßigkeit der Einführung des Religionsunterrichts in die Fortbildungsschule wurde mehrfach berührt. So bekannte sich erster Bürgermeister Dominicus-Schöneberg als Anhänger Kerschensteiners und befürwortete die Einführung des praktischen Unterrichts in den Pflichtfortbildungsschulunterricht, durch den der Widerstand der Arbeitgeber ganz von selbst beseitigt werde, und weiter empfahl er, die im preussischen Entwurf über die Pflichtfortbildungsschule gegebene Möglichkeit, auch körperliche Übungen in den Plan der Pflichtfortbildungsschule aufzunehmen, auszunutzen, eine Forderung, die später vom Leiter des Berliner gewerblichen Fach-

und Fortbildungsschulwesens Dr. Grundscheid aufs energischste bekämpft wurde — wieder einmal ein nicht uninteressanter Gegenstand zwischen Berlin und einem sozial fortgeschrittenen Vorort. Fräulein Henschke, die Vorsteherin der Viktoria-Fortbildungsschule, stimmte den Cuno'schen Ausführungen zu, daß die weibliche Jugend durch Vernachlässigung einer der beiden Ausbildungsmöglichkeiten (wirtschaftlich und gewerblich) geschädigt werden würde, und verlangte die weitere Heranbildung der weiblichen Jugendlichen nach der Entlassung aus der Volksschule, gleichgültig welchem Berufe oder Stande sie angehören, als eine nationale Pflicht. Die Hauptaufgabe bestehe jedoch darin, diese Weiterbildung mit einer ethisierenden Idee zu durchdringen, die weibliche Jugend zwischen 14 und 18 Jahren müsse sittlich in die rechten Bahnen geleitet werden, das sei eine der wesentlichsten Aufgaben der Pflichtfortbildungsschule, und hierbei komme es weniger auf die Anzahl der Wochenstunden an als vielmehr darauf, wie diese Aufgabe erfaßt und wie intensiv gearbeitet werde. Die Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Pflichtfortbildungsschule wurde expressis verbis leblich von Herrn Pastor Bayer, dem Vertreter des Breslauer Fürstbischöfs Dr. Kopp, vertreten, der betonte, daß eine Ethisierung nur auf dem Boden einer bestimmten Weltanschauung möglich sei, und aus diesem Bedürfnis heraus erwache der Wunsch nach einer religiösen Unterweisung. Alle übrigen Redner, die dies Thema bewährten, lehnten dagegen die Einführung des Religionsunterrichts ausdrücklich ab.

Die Forderung, daß auch für die weibliche Jugend die Pflichtfortbildungsschule in erster Linie Berufsschule sein müsse, wurde von den verschiedensten Richtungen und mit mannigfachen guten Gründen vertreten, von den Handlungsgehilfinnen und den Heimarbeiterinnen ebenso wie von den Vertreterinnen des Frauenstimmrechts, und auch eine Reihe Vertreter männlicher Berufsvereine sekundierte hier kräftig. Denn die vorgebrachte Argumentation ist zweifellos richtig: wir haben eine außerordentlich große Anzahl von Frauen, die erwerbstätig sein müssen, und diese können mit demselben Recht wie die männlichen Jugendlichen beanspruchen, daß sie eine ordentliche Vor- und Ausbildung erhalten, und zwar eine gleichwertige wie die männliche Jugend. Solange das nicht der Fall ist, wird die weibliche Arbeiterin stets die Lohnrückenlinie bleiben. Aber auch diejenigen, die die Berufsausbildung der Frau in erster Linie als eine Erziehung zur Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, als eine Möglichkeit, Persönlichkeitswerte zu wecken, aufzufassen, fanden lebhaften Widerhall.

Eine weite klangende Lücke bleibt freilich für die Gegenwart bestehen. Professor von Gruber betonte allen den Bestrebungen der erwerbstätigen Frauen gegenüber nachdrücklich, eine Hebung der menschlichen Zustände im großen sei nur möglich, wenn die Qualität der Geborenen gehoben würde, denn die Geburt vermöge mehr als alles andere; das soziale Pflichtgefühl müsse deshalb dafür gewendet werden, daß die Frau ihren eigentlichen Beruf wieder erlange und es die vornehmste Aufgabe der Gesellschaft sei, den weiblichen Körper bei voller Tüchtigkeit zu erhalten, damit er imstande sei, gesunde Früchte zu tragen. Aber demgegenüber wies klar und bestimmt Helene Simon darauf hin, daß auch die Volkswirtschaft, wenn auch vielleicht immer nur für beschränkte Zeiten, bestimmten Gesetzen unterworfen sei, und in der Gegenwart sei nicht nur ein fortschreitendes, gleichmäßiges Ansteigen der Frauenarbeit statistisch nachweisbar, sondern die Frauenarbeit sei auch im nationalen Interesse in der Jetztzeit eine absolute Notwendigkeit, da bei Ausschließung der Frauenhände auch nicht entfernt genügende Arbeitskräfte vorhanden seien, um noch ohne weit mehr ausländische Arbeitskräfte die notwendige Produktion durchführen zu können. Dr. Kaup wies hierzu zutreffend darauf hin, daß die sämtlichen Rednerinnen immer nur die äußere häusliche Berufsarbeit im Auge gehabt hätten. Wenn wir aber eine Berufsausbildung der Frauen verlangen, so sollten wir auch eine Modernisierung und Vertiefung der Heimarbeit verlangen. Dann sei die doppelte Ausbildung der Frau nach der wirtschaftlichen wie nach der beruflichen Seite hin um so eher durchführbar, aber auch um so notwendiger.

Aus der Fülle der Einzelheiten, die die mehrstündige Aussprache brachte und die auch nicht einmal auszugsweise hier wiedergegeben werden können, seien nur noch die Ausführungen des Geschäftsführers des Hamburger Volksheims, Dr. Heinz Marr, erwähnt, die ähnlich wie die Classen'schen Ausführungen wirkten, weil sie das Bekenntnis enthielten, wie die Hamburger Volksheimarbeit von den Hauptbeteiligten aufgefaßt wird: praktische soziale Kleinarbeit, persönliche, anteilnehmende, opferwillige Mitarbeit des sozial Befähigten unter Ausschaltung jeder Parteirichtung, aber doch, wie einer der späteren Redner zutreffend hervorhob, aufge-

baut auf einer innerlich religiösen Überzeugung. Interessant war es auch, daß Marx die ganze Jugendliehen- Frage als ein Signal erscheint für die beginnende Einsicht, daß es bei den großen sozialen Fragen vor allem auf die Kultur der Innenträfte des Menschen ankommt.

Zur Frage der Einführung des Religionsunterrichts in den Plan der Pflichtfortbildungsschule wird die Gesellschaft für Soziale Reform zwar keine Stellung nehmen, wie Hr. v. Berlepsch in seinem Schlußwort hervorhob. Denn ihr gehören die verschiedensten konfessionellen und parteipolitischen Richtungen an, sie sieht ja gerade in der Sammlung aller dieser verschiedenen Elemente zur gemeinsamen sozialen Arbeit ihre Aufgabe, und sie darf deshalb von Gesellschaft wegen zu derartigen Fragen keine Stellung nehmen, wenn sie nicht ihre Existenz selbst in Frage stellen will. Im übrigen aber hat auch diese Tagung ihren Zweck erfüllt, die öffentliche Meinung aufzuklären und aufzurütteln, damit sie Hand anlegt, die unhaltbaren Zustände, wie sie sich in der Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen herausgebildet haben, zu ändern, zu bessern. Hr. v. Berlepsch unterstrich zum Schluß noch einmal, was er einleitend bereits gesagt hatte: Die vergangene und die gegenwärtige Generation haben an der Jugend eine schwere Schuld gutzumachen, und es sei vor allem Pflicht der Besitzenden und Gebildeten, diese Schuld zu tilgen. Daß hierbei die Erhöhung des Schulalters bis zum 18. Lebensjahre eine große Rolle spielen werde, erscheine unzweifelhaft, dies Ziel sei aber auch mit Hilfe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz voraussichtlich zu erreichen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform kann sonach auf diese Tagung mit großer Befriedigung zurückblicken. Zeigt sie auch eine Fülle von großen und schweren, weittragenden Aufgaben, so hat sie doch hoffentlich auch in vielen die Erkenntnis von neuem bestärkt, daß gerade auf sozialem Gebiete nichts so notwendig ist zur Erreichung von Erfolgen als die unausgesetzte persönliche Mitarbeit des einzelnen Menschen.

F. C.

Das Werden des einheitlichen Privatbeamtenrechts.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.

Die außerordentliche Zersplitterung und logisch gar nicht begründete Zersplitterung der Rechtsbestimmungen über das Dienstverhältnis der Privatangestellten ist eine Folge einerseits unserer Sozialpolitik überhaupt, die namentlich auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages eine Gelegenheitsgesetzgebung war; andererseits der Tatsache, daß die verschiedenen Berufsgruppen der Angestellten nach einander sich entwickelten, sich als Gruppe fühlten, sich organisierten, in die Politik eintraten. Das Unbefriedigende der gegenwärtigen Rechtszustände mußte empfunden werden in dem Maße, in dem die einzelnen Gruppen sich und ihr Recht kennen lernten und durch die Pensionsbewegung in Verbindung miteinander traten. Das erste praktische Ergebnis war der Wunsch nach einer Gleichstellung mit dem Rechte der am meisten berücksichtigten Gruppe, der Handlungsgehilfen. Diesem Wunsche hat der Reichstag wiederholt Rechnung getragen: durch Annahme eines Antrags auf Übertragung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf die Bureauangestellten (zuletzt noch im März 1911) und durch den sogenannten „Technikertag“ im März 1906, an dem ein gemeinsamer Antrag von vier Fraktionen die Forderung nach einer Gleichstellung aller technischen Angestellten mit den kaufmännischen erhob. Die „Technikerkommission“ des Reichstags verarbeitete ihn zu einem guten Gesetzesentwurf; dieser verfiel aber dem Vorse so mancher Vorlage durch die Auflösung des Parlaments. Das gleiche Schicksal wurde einer von der Regierung 1907 eingebrachten entsprechenden Novelle zur Gewerbeordnung durch einen Sessionsschluß beschieden. Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstagsmehrheit und Bundesrat über die Konkurrenzklause und die Gehaltszahlung in Krankheitsfällen hat eine Wiederholung der Novelle gehindert.

Ungefähr gleichzeitig mit dem „Technikertag“ setzte auch eine allgemeine Bewegung der verschiedensten Angestelltengruppen nach einheitlichem Rechte ein, vorbereitet durch die Pensionsausschüsse und durch eine Konferenz, die der Brenneisenbündel Anfang 1904 nach Berlin eingeladen hatte, um in zwei Einzelfragen des Projektionsrechtes ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Eine Folge davon war mein Aufsatz „Einheitliches Privatbeamtenrecht“ im Junihefte 1906 der Annalen des Deutschen Reichs, der im Sonderabzuge bei allen Organisationen verbreitet wurde und namentlich bei den Technikern rege Unterstützung fand.

Praktische Bedeutung erhielt die Veröffentlichung dadurch, daß die Gesellschaft für Soziale Reform den Gedanken aufgriff,

einen besonderen Angestelltenausschuß einsetzte, die Frankfurter Hauptversammlung von 1909 ganz der Privatbeamtenfrage widmete und auch seitdem unermüdet als neutrale Vermittlungsstelle die Wünsche der angeschlossenen Verbände zu vereinheitlichen und zu vertreten sucht. Die Schriften der Gesellschaft, Heft 25—31, enthalten das beste und vollständigste Material über die tatsächliche und rechtliche Lage des neuen Mittelstandes. Durch dieses dankenswerte Eingreifen der Gesellschaft für Soziale Reform ist das Bestreben nach einheitlichem Rechte zu einer Standesbewegung und zu einem beachtenswerten Faktor der Sozialpolitik geworden. Das zeigt sich am deutlichsten in der Fülle der Anträge, die alle Parteien im Reichstage seitdem gestellt haben, die aber gerade infolge ihrer Überfülle alle unerledigt in den Papierkorb sinken, so daß sie nur als Stimmungssymptome Bedeutung haben.

Von größerer Wichtigkeit ist, daß unter dem Einflusse dieser Stimmung nun auch der berufenste Vertreter der deutschen Rechtswissenschaft und Rechtsanwendung, der Deutsche Juristentag, sich der Frage angenommen hat. Im Mittelpunkt der Verhandlungen des XXX. Juristentages zu Danzig im September 1910 standen Referate des früheren österreichischen Justizministers Klein und des deutschen Reichstagsabgeordneten Zund über die Frage: „Empfiehlt es sich, soziale Schutzvorschriften in der Art der für Handlungsgehilfen bestehenden für Privatangestellte überhaupt zu treffen?“ Beide Berichterstatter kamen ebenso wie die schriftlichen Gutachten von Prof. Dertmann und mir zu einer grundsätzlichen Bejahung der Frage. Auch in der Debatte konnte sachlich nichts dagegen eingewandt werden, und der Beschluß beginnt mit dem Satz: „Die für Handlungsgehilfen bestehenden Schutzvorschriften sind als zwingendes Recht auf alle Privatangestellten auszudehnen, die höhere Dienste zu leisten haben.“ Aber der Deutsche Juristentag erkannte in seiner Mehrheit auch an, daß die gegenwärtigen Vorschriften des Handelsgesetzbuches nicht genügen, er forderte Verbesserungen bezüglich der Konkurrenzklause und der Gehaltszahlung in Krankheitsfällen und beauftragte schließlich seine ständige Deputation: „auf die Tagesordnung des nächsten Juristentages die Frage zu setzen, welche sonstigen sozialen Schutzvorschriften gleichmäßig für alle Privatangestellten zu treffen seien, um die Schaffung eines einheitlichen Rechtes für den Dienstvertrag der Privatangestellten vorzubereiten.“

Dieser Schlußsatz ist das wichtigste Ergebnis der Danziger Tagung, denn er ist der Weg zum Weiterstreiten. Die ständige Deputation ist dem Auftrage auch bereits nachgekommen, indem sie Gutachten erbelen hat über die Frage: „Welche sozialen Schutzvorschriften sind außer den für Handlungsgehilfen bestehenden für alle Privatangestellten gleichmäßig zu erlassen?“ Die Gutachten dürften im Laufe des nächsten Winters erscheinen. Der nächste Juristentag findet im Herbst 1912 statt. Er dürfte auf längere Zeit für die Förderung und Gestaltung des Privatbeamtenrechts maßgebend sein. Die Angestellten und ihre Organisationen haben also alle Veranlassung, gerade in den nächsten fünfzehn Monaten der Frage alle Aufmerksamkeit zu widmen und den Juristen mit gutem Material zu dienen, damit die Antwort des 31. Juristentages so ausfällt, wie es im Interesse der Angestellten und der Volksgemeinschaft zu wünschen ist.

Ein günstiges Geschick fügt es, daß die entscheidende theoretische Vorbereitung des einheitlichen Angestelltenrechts zeitlich zusammenfällt mit der politischen Vorbereitung. Das laufende Jahr wird uns die Neuwahlen zum Reichstage bringen. Und was es bedeutet, wenn eine Zweimillionschicht eine bringende soziale Forderung im Wahlkampfe einmütig hervorhebt, das haben die Privatbeamten 1907 gesehen. Damals sind sie zum ersten Male aktiv in die Politik als Gruppe eingetreten und haben jedem Kandidaten die damals brennende Frage vorgelegt: „Wie steht du zur Pensionsversicherung?“ Die Folge war eine Einmütigkeit des Parlaments in dieser Frage, wie sie selten ist; und wenn vielleicht das Gesetz nun doch nicht mehr zustande kommt, dann liegt die Schuld ganz sicher nicht am guten Willen des Reichstags. In der kommenden Wahlbewegung wird das Versicherungsrecht praktisch kaum eine große Rolle spielen, denn die Verantwortung wird allen Parteien etwas Selbstverständliches sein. Aber wichtig ist es, jedem Kandidaten die Frage ans Herz zu legen: „Wie steht du zu einem einheitlichen sozialen Rechte der Angestellten?“ Wenn tausend Männer, die gern im Reichstage Gesetzgeber würden, sich intensiv mit dieser Idee befassen müssen, so ist das eine wirkungsvolle Propaganda. Und wenn Organisationen und Wissenschaft richtig zusammenwirken, so kann das nächste Jahr fünf uns ein tüchtiges Stück vorwärts bringen.

Soziale Zustände.

Ein Feldzug gegen die Landstreicher in England.

Von Dr. Ernst Schuke, Hamburg.

Nicht ganz so arg wie in den Vereinigten Staaten, aber doch auch schlimm genug, hat sich die Landstreicherplage im letzten Menschenalter in einigen Teilen Englands entwickelt. So nuchtern der Engländer in vielen Dingen sein kann, so sehr vermag er sich andererseits doch auch wieder sentimentalen Einflüssen hinzugeben. Von der weiblichen Hälfte der Bevölkerung gilt dies in noch höherem Maße. Setzt so ein Schlingel von Tramp ein wehleidiges Gesicht auf und erzählt irgend eine erlogene Geschichte von Familienunglück und unverschuldeter Arbeitslosigkeit und versteht er gar noch die Kunst, eine Träne in seiner Stimme zittern zu lassen, so schmelzen die Herzen der Köchinnen und Hausfrauen, die von diesen faulen Gefellen angebettelt werden, wie Butter, und ihre linke Hand weiß nicht, was die rechte tut. So war es denn nicht einmal eine Seltenheit, daß lesthin geriebene Landstreicher ihren Kollegen gegenüber rühmten, daß sie es wöchentlich auf eine Bareinnahme bis zu 60 *M* zu bringen vermöchten — ganz abgesehen von Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken, Tabak, alkoholischen Getränken und anderen Dingen, die ihren Augen lieblich sind.

Die offensbare Vernachlässigung in der richtigen Überwachung des Landstreicherwesens und die Unterlassung zweckmäßiger Maßnahmen zu seiner Bekämpfung hat allmählich dazu geführt, daß sich in einzelnen Grafschaften die Zahl der Tramps in erschreckender Weise gemehrt hat. Insbesondere in den südwestlichen Grafschaften, die zu den schönsten Teilen Englands gehören und die namentlich im Frühling und Sommer von Tausenden von Erholungsbedürftigen und Naturschwärmern aufgesucht werden, hat sie in ganz ungebührlicher Weise zugenommen.

Die Grafschaften (Counties), die etwa den preussischen Kreisen entsprechen, zählen zu ihren Machtbefugnissen auch die, entsprechende Polizeiverordnungen gegen die Landstreicher zu erlassen. Daß dies in vielen Grafschaften nicht mit dem nötigen Nachdruck geschehen ist, mag als Hauptursache der erschreckenden Vermehrung der Tramps angesehen werden. Ein Regierungsbeamter, Mr. E. D. Court, der das Amt eines Local Government Board Inspector bekleidet, hat jetzt versucht, den Grafschaftsbehörden den Star zu stechen.

Er hat z. B. nachgewiesen, daß in Cornwall, dessen Küstendreck in Großbritannien häufig als die englische Riviera bezeichnet wird, im Jahre 1899 nur 1360 Tramps gezählt wurden — 1908 dagegen 16 000, also etwa 12 mal so viel! Damit stimmen die Beobachtungen in einzelnen Gemeinden bzw. Gemeindeguppen überein. Beispielsweise hat Canon Purcell angegeben, daß in St. Austell Union im Jahre 1900 erst 88 Tramps gezählt wurden — 1909 dagegen die unangenehme Ziffer von 2197. Viel hat dazu unbeabsichtigtweise die Beklamme beigetragen, die von den englischen Eisenbahngesellschaften für die Riviera von Cornwall gemacht wird. An allen Ecken und Enden Englands kann man z. B. augenblicklich ein sehr geschicktes Plakat sehen, das neben einer verkleinerten Karte Italiens eine Karte Cornwalls wiedergibt, welches in den allgemeinen Umrissen ungefähr dieselbe Gestalt besitzt, nur sich zu Italien wie das Bild zum Spiegelbilde verhält. Die Herren Tramps, soweit sie lesen können, fühlen sich von solchen Ankündigungen angezogen. Außerdem spricht sich in Landstreicherkreisen schnell herum, wo sich besonders gute Jagdgründe befinden. Und wenn im Mai die Knospen springen, werden eben zu allererst diese Gefellen von dem Wunsche gepackt, eine schöne Sommerreise anzutreten und sich einmal wieder die englische Riviera etwas anzusehen. Dort sind sie bisher törichterweise so mit Sammelhandschuhen angefaßt worden, daß ihre Zahl, wie geschilbert, über die Maßen in die Höhe gegangen ist. Mr. E. D. Court ist nun aber bestrebt, diese Entwicklung aufzuhalten und wieder zurückzuzwingen. Er hat alle in Betracht kommenden Behörden zu scharfem Vorgehen gegen die Tramps aufgefordert. Sein Appell hat Verständnis gefunden, weil die Landstreicherplage schon gar zu arg geworden ist.

Daß die Behörden allein jedoch bei allem energischen Vorgehen mit der Landstreicherplage nicht fertig werden können, weiß man in England ebenfugut wie anderswo. Man ist deshalb bestrebt, auch das große Publikum aufzuklären. Plakate, Drucksachen, die in großen Mengen verschickt werden, Vorträge, Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze sind die Mittel, die hauptsächlich angewendet werden, um das große Publikum aufzuklären und insbesondere alle übel angebrachte Sentimentalität auszurotten.

Aber die Landstreicherplage ist nicht auf Cornwall beschränkt. Auch z. B. in den Grafschaften Berkshire, Devon und Dorset ist sie stark spürbar. In letzterer betrug die Zahl der auf kurze Zeit verhafteten Landstreicher im Jahre 1903: 27 631, während sie 1909 auf 44 124 gestiegen war. Allein im letzten Jahre war eine Zunahme um 6191 zu verzeichnen. Der Polizeichef von Dorset ist über diese Entwicklung entsetzt. Er hat der Dorset Mendicity Society — die natürlich trotz ihres Namens nicht eine Gesellschaft für, sondern gegen Bettellei ist — auf ihrer 40. Jahresversammlung die Ansicht vorgebracht, daß die Zahl der Tramps, wenn nicht energische Maßnahmen ergriffen werden, wahrscheinlich in demselben Verhältnis weiter steigen wird.

Eine gute Ausnahme stellt Suffex dar. In East Suffex ist im Oktober 1908 das sogenannte „Way and Food Ticket-System“ eingeführt worden, dem eine erhebliche Verringerung der Landstreicherplage zugeschrieben wird. Es besteht darin, daß alle „bona-fide workmen“ ein Nachtlager und einen Schein erhalten, gegen dessen Abgabe sie sich auf ihrem weiteren Wege Essen geben lassen können. Der Ausschuss gegen das Landstreicherwesen (Committee on Vagrancy) hat den Begriff der bona-fide workmen dahin definiert, daß es sich um Leute handele, die dem Vorsteher eines Arbeitshauses überzeugend nachweisen, daß sie während der letzten Zeit — am besten während der letzten 3 Monate — irgend eine regelmäßige Arbeit gehabt haben, also nicht nur einen Tag lang irgendwo eine Arbeit verrichtet haben, die Scheinarbeit sein könnte; daß sie ferner gute Aussichten haben, in dem Ort, an den sie sich begeben wollen und der auf dem Way and Food Ticket angegeben sein muß, dauernde Arbeit zu erhalten; oder sie müssen doch zum mindesten Gründe nachweisen können, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß sie dort solche Arbeit erhalten werden. Gegen alle um ein Nachtlager und einen Schein bittenden Leute, die diesen Nachweis nicht führen können, die daher nicht als „bona-fide workmen“ betrachtet werden können, soll dagegen mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Mr. E. J. Waugh, Schriftführer des Ausschusses des East Sussex County Committee on casual paupers, zugleich Clerk (wir müßten vielleicht sagen: Gemeindefekretär) der Cuckfield Union, hat mit diesem System ausgezeichnete Erfolge erzielt. Nach ihm betrugen die Zahlen der „casual paupers“ in der Cuckfield Union:

1895	12 115
1904	2 194
1905	8 410
1908	8 787
1909	1 812

Mr. Waugh hat sich durch seine geschickte Behandlung des Problems auch in den benachbarten Grafschaften so großen Ruf erworben, daß er jetzt häufig in Cornwall und anderweitig zugezogen wird, um geeignete Mittel zur Unterdrückung der Landstreicherplage anzugeben. Man beabsichtigt endlich, dem Beispiel von Suffex zu folgen. Ohne ein gemeinschaftliches Vorgehen der verschiedenen Grafschaften wird sich die Landstreicherplage auch nicht gut einschränken, geschweige denn ausrotten lassen. Würde doch die Folge des scharfen Vorgehens einer Grafschaft, während die anderen untätig verharren, nur sein, daß die Herren Tramps sich von dem einen Teil des Landes in den anderen zurückziehen — wie sie dies in den letzten 10 Jahren häufig genug getan haben. Seitdem man in Suffex so energische Schritte getan hat, wird diese Grafschaft unter ihnen mit drei großen Kreuzen bezeichnet. „Ware Sussex!“ ist die Warnung, die der eine dem anderen gibt. Jetzt wünschen auch die anderen Grafschaften des Südwestens, daß die Tramps vor ihnen gleiche Hochachtung an den Tag legen und daß es dann auch heißen möge: „Weide Berkshire! Weide Devon! Weide Dorset!“

Legitimationszwang für ausländische Arbeiter im Großherzogtum Hessen. Im Ministerium fand am 27. April eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft und Gewerbe über die Frage der ausländischen Arbeiter statt. Die hessische Landwirtschaft könne, so wurde ausgeführt, ohne fremde Arbeiter nicht auskommen, für Industrie und Handwerk aber seien sie entbehrlich. Trotzdem würden ausländische Arbeiter in Ziegeleibetrieben, der Zementfabrikation, Steinbrüchen, dem Berg-, Bahn- und Tiefbau, der Porzellanindustrie, Zuckerfabriken und Rorkstopfengeschäften sowie in der Kleidermacherei und Seidenfabrikation beschäftigt. Mißstände und besonders schlechte Erfahrungen hätten sich bei der Verwendung Auswärtiger nicht ergeben. Einzelne Gemaltätigkeiten hätten sich nur unter den Genossen derselben Nation abgepielt.

Auch Klagen über Lohnrückereien seien nicht laut geworden. Italienische Arbeiter seien gewerkschaftlich organisiert, die Polen und Kroaten dagegen nicht. Letztere könnten als Dualitätsarbeiter gegenüber den Italienern nicht in Betracht kommen. Die scharfen Maßregeln, wie sie in Preußen, besonders an der Oligrenze, für nötig befunden würden, seien für Hessen entbehrlich. An den Vertragsbrüchen, wie sie auch die heftige Landwirtschaft zu beklagen hat, seien vermutlich vielfach die Agenten schuld. Der Einführung des Legitimationszwanges für Hessen wurde von allen Seiten zugestimmt. Eine Wirkung verspricht man sich aber nur, wenn auch die süddeutschen Nachbarländer sich diesem Verfahren anschließen. Eine Beschränkung der Arbeitszeit oder der Beschäftigungsart, wie sie Preußen für polnische Ausländer kennt, wird in Hessen nicht für notwendig gehalten; die Entscheidung, ob Vertragsbruch vorliegt, soll den Verwaltungsbehörden überwiesen werden.

Die Anstellungsverhältnisse bei der Berliner „Viktoria“ — Dienstgeheimnis. Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten hat an seine bei den verschiedensten Gesellschaften tätigen Kollegen einen Fragebogen versandt, in dem über die Höhe der Gehälter, die Dauer der Arbeitszeit sowie über Urlaubs- und Pensionsgewährung Auskunft begehrt wird. Die „Viktoria zu Berlin“ hat darauf an ihre sämtlichen Generalagenturen und Inzassostellen im Deutschen Reich folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten versendet an unsere Beamten umfangreiche Fragebogen zur Ausfüllung, angeblich zu statistischen Zwecken. Wir verbieten hiermit allen Beamten, diese Fragebogen auszufüllen oder irgendwelche Auskünfte über interne Angelegenheiten an Außenstehende zu geben. Zuwiderhandlungen würden die Entlassung der Betroffenen nach sich ziehen.“

Es ist zweifellos, daß dieses „Verbot“ der „Viktoria“ weit über das Ziel hinauschießt und einen unberechtigten Eingriff in das Recht des einzelnen Beamten darstellt, denn die Fragen, welche Gehalt der einzelne Beamte bezieht, welche Arbeitszeit er hat und ob ihm Urlaub und Pension gewährt wird, sind keine internen Angelegenheiten des Arbeitgebers, sondern Lebensfragen nicht bloß für den Angestellten selbst, sondern auch für seinen ganzen Stand und weiterhin auch für die Gesamtheit der Arbeitnehmer; dadurch aber gewinnen derartige Fragen auch ein erhebliches öffentliches Interesse.

Die Arbeitszeit im Handel in der Schweiz wurde durch eine Erhebung untersucht, die der Schweizerische Kaufmännische Verein im Februar 1910 veranstaltete. Sie erstreckte sich über 2295 Betriebe mit zusammen 26 892 Gehilfen. Der Bericht über die Untersuchung*) gesteht, daß die kleinen Betriebe in zu geringem Maße berücksichtigt, die Banken bei der Auswahl der Branchen dagegen zu sehr in den Vordergrund getreten seien, was die Richtigkeit des gewonnenen Bildes natürlich beeinträchtigt. Danach erscheint die Arbeitszeit günstig in Bureaus: 70,70% aller Betriebe mit 83,40% der Bureauangestellten arbeiten bis zu 9¼ Stunden täglich; vom Bankenpersonal sind in 50% der Betriebe 57,90% der Gehilfen bis zu 10¼ Stunden täglich beschäftigt, während in 9 Betrieben mit 30 Angestellten sogar länger als 13¼ Stunden am Tage gearbeitet wird. Von den Lehrlingen, die ihrer Mehrzahl nach in Bureaus tätig sind und die in ihrer Freizeit gewöhnlich noch Fortbildungskurse besuchen müssen, haben 69,10% in 64,60% der Betriebe bis 9¼ stündige Arbeitszeit. Mehr als 10¼ Stunden lang arbeiten in 10% der Betriebe 7,50% der Lehrlinge. Von den Hilfsarbeitern (Bäckern, Austrägern usw.) haben 40% in 27,50% der Betriebe 9½—10¼ stündige Tageslicht. — Im allgemeinen steigt die Arbeitszeit mit sinkender Ortsgröße, während sich die Mittagspause verkürzt. Diese erstreckt sich bei der Mehrzahl der Bureaus über zwei Stunden, in den Ladengeschäften dauert sie meist 1¼—1½ Stunden. Ungeleitete Arbeitszeit ist in der Schweiz nicht gebräuchlich. Überarbeit, die in zahlreichen Fällen im ganzen während 2,3 und mehr Monaten zu leisten ist, kam in 35,70% der untersuchten Betriebe bei 22,20% aller Angestellten vor. — Die im Handel beschäftigten Personen werden, zumal im Sommer, häufig schon um 6 Uhr entlassen; Geschäftsfluß nach acht Uhr ist selten. Der freie Samstagmittag ist in vielen Orten der Schweiz „Plakusance“. Erholungsurlaub pflegt dem Bureaupersonal, besonders im Bankfach, gewährt zu werden, nur 17% der untersuchten Bureaubetriebe bewilligten überhaupt keinen solchen. Weniger günstig liegen diese Verhältnisse in Ladengeschäften. — Ein Vergleich der Ergebnisse der Erhebung des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins mit deutschen Verhältnissen wird dadurch erschwert, daß die Berechnung der Betriebsgrößeklassen von der unrigen wesentlich abweicht;

*) Zürich, Berl. des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins, 1911.

vor allem aber fehlt in dem Bericht jede Beziehung der Zahl der untersuchten Betriebs- und Handelsangestellten zur Gesamtzahl der in der Schweiz überhaupt vorhandenen, die erst einen Maßstab für die Bedeutung der Untersuchung gegeben hätte.

Rechtspflege.

Die Behandlung der Jugendlichen im neuen Strafgesetzbuch. Die von Professor Freudenthal-Frankfurt a. M. in der „Internationalen Kriminalistischen Vereinigung“ zur Behandlung der Jugendlichenfrage gemachten Vorschläge (vergl. Sp. 961) erscheinen uns so wichtig, daß wir sie hier vollständig wiedergeben:

1. Die Erlassung eines deutschen Jugendstrafgesetzes ist in erster Linie zu erstreben. 2. Die Vorschläge des Borentwurfs betreffend Jugendliche, ausgestaltet vom Gegenentwurf, bedeuten einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem geltenden Rechte. 3. Zu sichern ist bei Jugendlichen u. a.: a) Freisprechung mangels der Fähigkeit, das Unrecht der Tat einzusehen, und des Willens, dieser Einsicht gemäß zu bestimmen, b) Zulassung von Erziehung statt Strafe, wo erstere nach der Beschaffenheit der Tat sowie dem Charakter und der bisherigen Führung des Jugendlichen einer Strafe vorzuziehen ist, c) Zulassung von Erziehung im Borentwurf auch neben anderen als Freiheitsstrafen und d) Zulassung auch anderer Erziehungsmaßregeln als der staatlich überwachten Erziehung. 4. Für den Fall von Freiheitsstrafen nicht unter einem Jahre gegen 16- bis 20jährige sind besondere Anstalten (Jugend-Gefängnisse unter Verwertung der amerikanischen Erfahrungen des Reformsystems und der englischen des Borstal-Systems) zu errichten. 5. Die Zuweisung zu ihnen erfolgt neben der Strafe und, wenn diese drei Monate nicht übersteigt, an ihrer Stelle bis zur Besserung, jedoch auf nicht weniger als ein Jahr und auf nicht mehr als drei Jahre. 6. Die Zulässigkeit von Einzelhaft ist bei Jugendlichen wesentlich zu beschränken. 7. Die obligatorische Trennung der voll zurechnungsfähigen Jugendlichen von vermindert Zurechnungsfähigen im Borentwurf erscheint unnötig. 8. Die Schlußaufstift ist in umfassender Weise ins künftige Strafgesetzbuch aufzunehmen und nach den amerikanischen Erfahrungen der „probation“ und der „parole“ auszugestalten. 9. Die Fesseln des Borentwurfs für die Lösung von Vorstrafen sind bei Jugendlichen zu kürzen. 10. Die vorläufige Entlassung Jugendlicher ist zum regelmäßigen Bestandteile des Strafvollzuges an Jugendlichen zu machen und schon nach vier Monaten für zulässig zu erklären. 11. Die Sonderbestimmungen des Borentwurfs über strafbare Handlungen gegen Jugendliche bedürfen des Ausbaues.

Bemerkt sei noch, daß in der Diskussion zu diesem Punkte Geheimrat Admiralitätsrat Felisch-Berlin nicht nur ein neues Jugendstrafgesetz, sondern die Erlassung eines großen einheitlichen deutschen Jugendgesetzes verlangte; die Kommission für den Borentwurf eines Strafgesetzbuchs hätte an dieses Jugendgesetz freilich auch dann nicht herangehen können, wenn sie es selbst gemollt hätte, da diese Kommission sich lediglich aus Juristen zusammengesetzt habe, während hier auch Geistliche, Lehrer, Ärzte und Hygieniker mitsprechen mußten.

Firmengeschenke an gelbe Wertvereinskassen — keine steuerfreie „sittliche Pflichtleistung“. Unter dieser Überschrift hatte die „Soz. Prax.“ auf Sp. 815 eine bemerkenswerte Rechtsentscheidung zur Frage der Steuerpflicht freiwilliger Zuwendungen an Betriebspensionskassen mitgeteilt. Die Entscheidung führte aus, daß im vorliegenden Falle die Firma die Schenkung an den gelben Wertverein ihres eigenen Vorteils wegen gemacht habe, um sich einen abhängigen Arbeiterstamm heranzubilden; deshalb sei die Schenkung steuerpflichtig. Irrtümlicherweise war diese Entscheidung damals als eine Reichsgerichtsentscheidung bezeichnet worden. Tatsächlich handelt es sich aber um ein Urteil I. Instanz des Landgerichts Danabruß, das infolge Nichterhaltung der Berufungsfrist seitens des zur Steuerzahlung verurteilten Wertvereins rechtskräftig geworden ist, so daß die oberen Instanzen sich mit der Sache nicht mehr zu befassen hatten. An den Sp. 815 mitgeteilten Ausführungen des Wertvereins über die Notwendigkeit der Zuwendung und an der Urteilsbedeutung des Gerichts I. Instanz ändert sich dadurch freilich nichts.

Zur Frage „Unsittliche Mietverträge“ ist jetzt auch vom österreichischen Obersten Gerichtshof eine interessante Entscheidung gefällt worden. Es handelt sich um einen Mietvertrag, in dem sich folgende Klausel fand:

„Erfolgt die Bezahlung des Zinses nicht pünktlich am 1. des Zinsquartales, so ist der Vermieter berechtigt, an jedem ihm beliebigen Tage eine zehntägige gerichtliche Kündigung anzubringen, bezüglich welcher der Mieter hiermit ausdrücklich auf jedes Einmündungsrecht verzichtet.“

In den Urteilsgründen heißt es u. a.:

„Die Abmachung war ungültig, weil sie dem Mieter derart harte Bedingungen auferlegte, daß sie als sittenwidrig angesehen werden

mühten. Die Mietbedingungen entbehren zufolge der ausdrücklichen Vorschrift des § 937 a, b BGB., monach allgemeine, unbestimmte Verzichtselementen auf Einwendungen ohne Wirkung sind, jeder Rechtsgültigkeit. . . . Sogenannte Jahreswohnungen, das sind solche mit Vierteljahrszins und mit vierteljährlicher Kündigung sind eben nicht an jedem beliebigen Tage jedes beliebigen Monats zu beziehen, man erhält sie in der Regel zu den Quartalsterminen beziehbar. Die Herabdrückung der Kündigungsfrist auf zehn Tage, die Verschärfung durch die Bestimmung, daß diese gekündigte Kündigung an jedem dem Vermieter beliebigen Tage bewirkt werden könne, verletzen in solchem Maße die bei einem so unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, wie es die Wohnung ist, notwendige Rücksichtnahme auf den Vertragsgegenseiten, sind derart gegen das soziale Gefühl verstößend, daß diese Bestimmung als unsittlich und darum nach der bezogenen Gesetzesstelle als rechtsungültig angesehen werden muß. Die richterliche Hilfe zur Durchsetzung derartigen Vertragsbestimmungen muß um so mehr versagt werden, wenn sie, wie gegebenenfalls, in ein gedrucktes Formular Aufnahme gefunden haben, welches erfahrungsgemäß nicht oder nicht sorgfältig gelesen zu werden pflegt. Es muß hintergehalten werden, daß auf diesem Wege verderbliche Folgen herbeigeführt werden, die ein vernünftiger und sich nicht geradezu in einer wirtschaftlichen oder persönlichen Zwangslage befindlicher Mietsluster bei klarer Überlegung kaum jemals freiwillig auf sich nehmen wird."

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern.

Die Läden der Tarifvereinbarungen im Holzgewerbe sind in diesem Jahre größer als bei den früheren Abschlüssen. In mehreren Orten ist es zu Streiks und Aussperrungen (Sp. 751, 784, 850) gekommen, die noch immer andauern. So besonders in Hamburg. Dort wird der Kampf mit jener ganzen Erbitterung geführt, die durch das Aufkommen der berufsmäßigen Streikbrecherei in die heutigen Arbeitskämpfe gekommen ist. In einer ganzen Anzahl von Großstädten bemühen sich Agenten um die Beschaffung Arbeitswilliger. Die Streikleitung hat mit 68 Betrieben, die sich an der Aussperrung nicht beteiligt haben, Einzelverträge abgeschlossen, welche die 56stündige Arbeitswoche und 65 \mathcal{M} Mindeststundenlohn sowie die Anerkennung des Arbeitsnachweises des Deutschen Holzarbeiterverbandes bringen. In allen Betrieben, die die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt haben, ist die Arbeit niedergelegt worden. Das Gewerbegericht hat zu Einigungsverhandlungen eingeladen. — Der Streik in Fürth ist nach 5wöchiger Dauer dadurch beendet worden, daß in Berlin zentrale Verhandlungen stattfanden, deren Ergebnis die Streikenden zustimmten; die Stundenlöhne steigen in 4 Vertragsjahren um insgesamt 7 \mathcal{M} , die Entschädigung über die Arbeitszeitverkürzung bleibt den beiderseitigen Zentralvorständen als Schiedsgericht vorbehalten. Die Arbeit ist am 5. Mai wieder aufgenommen worden. — In Nürnberg schloß der Holzarbeiterverband für die Kaminindustrie einen Tarif auf 4 Jahre mit 54 \mathcal{M} , von 1913 ab mit 52stündiger Arbeitszeit, freiem Samstagnachmittag und wesentlichen Lohnerhöhungen ab; derselbe Verband errang in den Sägewerken Nürnberg-Fürth die 58 \mathcal{M} , von 1913 ab 57stündige Arbeitswoche, 40—49 \mathcal{M} Mindeststundenlohn, Lohnerhöhungen um 7 \mathcal{M} stündlich im Laufe von 3 Jahren und Regelung von Streitfällen aus dem Vertrage gemeinsam durch Betriebsleitung und Arbeiterkommission. — In Finsterwalde wird noch immer gestreikt. — Eine etwa 2000 Arbeiter treffende Aussperrung ist in Memel Anfangs Mai verhängt worden; Verhandlungen über einen Tarif waren gescheitert; die Arbeiter verlangten sofort 35 \mathcal{M} Mindeststundenlohn und 10% weitere Lohnerhöhung 1912. — In Mainz sind am 4. Mai die Holzarbeiter und Bildhauer in den Streik getreten; gefordert werden 48 \mathcal{M} Mindeststundenlohn, Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden und Einsetzung einer Schlichtungskommission. — Die Tischler sind in Rosenheim Ende April in den Streik getreten; in Flensburg schlossen sie mit den Arbeitgebern einen 4jährigen Tarifvertrag, der eine Stundenloohnerhöhung um 6 \mathcal{M} und Arbeitszeitverkürzung um wöchentlich 2 Stunden brachte. Auch in Chemnitz haben die Modell- und Fabrikischler einen neuen Tarif erreicht. Sie waren mit den Formern und Gießern zugleich ausgesperrt worden (Sp. 819) und haben nun auch an deren Erfolgen teilgenommen: die Arbeitszeit ist auf 58½ Stunden herabgesetzt, der Lohn um 1—5 \mathcal{M} stündlich erhöht worden. — Auch im Ausland sind mehrere Holzarbeiterkämpfe zu verzeichnen, so in Zürich, wo um den freien Samstagnachmittag gerungen wird, und in Bozen, wo ein für die Arbeiter ungünstiger 3jähriger Tarifvertrag im Tischlergewerbe abgeschlossen worden ist.

Rein Tarifvertrag im Berliner Fensterputzergewerbe. Verhandlungen zur Schaffung eines Tarifvertrags für das gesamte Fensterputzergewerbe Berlins sind gescheitert; der Schiedspruch des Einigungsamtes, welcher den Arbeitern 26,10 \mathcal{M} Anfangslohn, 26 \mathcal{M} im zweiten und 28 \mathcal{M} im dritten Jahre bei 9stündiger Arbeitszeit zusprach, wurde nach langen Erörterungen von den Arbeitern einstimmig abgelehnt. Dem Firmentarif bei der Fensterreinigungsanstalt der Glaserinnung (Sp. 661), der in längerem Streit errungen war (Sp. 582), ist inzwischen bei einem zweiten größeren Betriebe ein Tarif gefolgt (Fensterreinigungsanstalt „Reform“); er sieht 26 \mathcal{M} Mindeststundenlohn, vom 1. Juni 1911 ab 27 \mathcal{M} und Steigen desselben während der 2jährigen Vertragsdauer auf 30 \mathcal{M} sowie 3—6 Tage Sommerurlaub vor.

Der erste nationale Tarifvertrag im britischen Buchdruckgewerbe ist Anfang Mai als Frucht der Segebewegung, die seit Monaten die Betriebe heunruhigte und Anfang Februar in London zum offenen Kampf führte, am 8. Mai abgeschlossen worden; er gilt für ganz England mit Ausnahme Londons, das in seinem Kampf um die 50-Stundenwoche fortfährt, für Irland und Wales und zwar für 3 Jahre und bringt den Provinzleuten die Bewilligung der 51-Stundenwoche an Stelle der bisherigen 52 Stunden; in Städten, wo zurzeit noch länger als 52 Stunden gearbeitet wird, tritt die Verkürzung auf 51 Stunden erst im Laufe eines Zeitabschnittes ein. Leeds, Birmingham, Bradford und Nottingham behalten ihre Arbeitswochen von weniger als 51 Stunden bei. Dieser Vergleich ist auf der Zusammenkunft der Vertreter beider Lager in Leeds Anfang März beschlossen worden, bedurfte aber doch der Zustimmung der Mitglieder. Der Erfolg für die Provinzleuten ist nicht sehr groß, verglichen mit den ursprünglichen Kampfzielen, aber immerhin ein Fortschritt, der bei der Urabstimmung von den Gewerkschaftsmitgliedern mit 2/3-Mehrheit gutgeheißen worden ist. In London, wo die Mehrzahl der Firmen die 50-Stunden-Woche bewilligt hat — ursprünglich wurde die 48-Stundenwoche angestrebt — leisten noch einige sehr bedeutende Firmen dem Drängen der Gehilfen entschlossenen Widerstand, da es ihnen an Arbeitswilligen, darunter aus Deutschland bezogenen Streikbrechern, nicht fehlt.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts in Spanien erstrebt neben anderen Zwecken der Anfang Mai veröffentlichte Regierungsentwurf zum neuen Vereinsgesetze. Er überträgt nämlich den Berufsvereinigungen das Recht zum Abschluß rechtsverbindlicher Arbeitsverträge. Gleichzeitig wird die Rechtsfähigkeit und die Bewegungsfreiheit der Berufsvereine wie aller übrigen weltlichen Vereine sehr erweitert und der bisherigen Willkür der Behörden in der Behandlung und Auflösung der Vereine ein Ende gemacht. Höchstens 20tägige Sperren dürfen die Verwaltungsbehörden künftig noch über die Vereine verhängen. Das Recht des Inverbindtretens wird den Vereinen freigegeben. Auch den Staatsangestellten, soweit sie nicht im Dienste der bewaffneten Staatsgewalt stehen, wird das Recht zur Berufsvereinsbildung gewährt, jedoch die Beteiligung an Streiks zur Störung der öffentlichen Dienste verboten.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Öffertagungen von Kirch- und anderschen Gewerkschaften. In Krefeld tagte die 14. ordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts der Deutschen Textilarbeiter. Der Geschäftsbericht ergab eine Mitgliederzahl von 6789, darunter 2169 Frauen. Der Verlust von 1908 (840 Mitglieder) ist wieder eingeholt worden und eine Weiterentwicklung zu verzeichnen. Der Kassenbericht wies in den 8 Berichtsjahren durchschnittlich etwa 44 000 \mathcal{M} Einnahmen und 43 000 \mathcal{M} Ausgaben nach. Von letzteren fiel in allen drei Jahren je 1/4 auf Arbeitslosenunterstützung. Das Vermögen des Gewerkschafts betrug Ende 1910 40 244 \mathcal{M} . — Das Hauptreferat hielt Verbandsvorsitzender Goldschmidt-Berlin über die neuere Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften. Bei der Statutenberatung wurde eine Beitragserhöhung von 5 \mathcal{M} wöchentlich beschlossen. — In Berlin trat die 4. ordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts der Frauen und Mädchen zusammen. Der Geschäftsbericht ergab eine geringe Steigerung des Mitgliederbestandes; Fabrik- und Heimarbeiterinnen sind ungefähr in gleicher Zahl Mitglieder. Das Vermögen des Vereins beträgt 2084 \mathcal{M} ; an Unterstützungen hat der Gewerkschaft im ganzen 2968 \mathcal{M} in der Berichtszeit verausgabt. Das Hauptreferat hielt Fräulein Anna Pappitz über „Die Arbeiterin als Hausfrau und Mutter“.

Der 5. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Kellnerlokalevereine (christliche Gewerkschaft) fand vom 25.—27. April in Dresden statt. Der Geschäftsbericht ergab eine Steigerung der Mitgliederzahl um 61 v. H. auf 2000, der Kassenbericht Ausgaben für Krankenunterstützung in Höhe von 6100, für Sterbegelder 1000 und für Rechtschutz 600 \mathcal{M} .

Der Verbandstag beschloß, eine Gemahregelunterstützung zu gründen und die Gesellschaft für Soziale Reform in ihren Bestrebungen zur Hebung des Arbeiterstandes rege zu unterstützen. Im Anschluß an Vorträge über das Stellenvermittlergesetz und Arbeitsnachweisfragen sowie über den Arbeiterschutz im Gastwirtsgerwerbe wurden Resolutionen gefaßt, in denen die strenge Durchführung des Stellenvermittlergesetzes, die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise gefordert und die ablehnende Stellung der Regierung gegen die Einbeziehung der gesamten gastwirtschaftlichen Angestellten unter das Unfallversicherungsgezet bedauert wird.

Der Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine hielt am 2. Mai zu Berlin seine Hauptversammlung unter Leitung seines Vorsitzenden Generals von Loebell ab. Die Führer der zum Hauptausschuß gehörigen Organisationen von Arbeiter- und Handwerkgesellen waren zahlreich erschienen. Die Berichte über die Fortschritte ihrer Organisationen sprachen vielfach die Überzeugung aus, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterkraft, darunter auch zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen, noch heute für vaterländische Ideale empfänglich und für die nationale Arbeiterbewegung zugänglich seien. Der Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände umfaßt zurzeit: 1. Den Bund Deutscher Werkvereine, der von 29 Vereinen begründet worden ist; er zählt jetzt 47 Vereine. Mehrere neugegründete Werkvereine sind dem Bunde noch nicht angeschlossen. Die Berliner nationalen Werkvereine haben im letzten Jahre durchschnittlich um 1000 Mitglieder in jedem Monat zugenommen. Ihre 20 000 Mitglieder, die hauptsächlich unter den Metallarbeitern zu finden sind, beherrschen einige Berliner Großbetriebe bereits völlig. 2. Den Bund vaterländischer Arbeitervereine, der im letzten Jahre 21 neue Vereine begründet hat und dadurch auf 185 Vereine mit 80 000 Mitgliedern angewachsen ist. Der Bund hat beschlossen, seine Zeitung, die Deutsche Treue, die bisher nur zweimal monatlich erschien, in eine Wochenchrift umzuwandeln. 3. Die Sächsischen nationalen Arbeitervereine, die jetzt 12 Vereine mit rund 12 000 Mitgliedern zählen. Sie besitzen ein Vermögen von 80 000 M. und haben bisher rund 80 000 M. Unterstüßungen an ihre Mitglieder ausgezahlt. 4. Die Organisationen der nationalen Handwerkgesellen, die über Fortschritte ihrer Bewegung, insbesondere bei den Bäckern und Fleischern berichten konnten. Die Gesellen-Bruderschaften schließen sich überall zu Gewerkschaften zusammen, die sich bereits über das ganze Reich erstrecken.

Der Verein der Deutschen Kaufleute (Stz Berlin) kann in seinem Jahresbericht auf eine erfreuliche Entwicklung seiner Unterstüßungskassen im Jahre 1910 hinweisen. Während in den Jahren 1908 und 1909 die Auszahlungen an Stellenlose 50 166 M. und 50 817 M. betrugen, erreichten sie 1910 nur die Höhe von 48 781 M. Das Vermögen der Stellenlosenunterstüßungskasse erhielt einen Zuwachs von 13 047 M. Die Kasse für alte und invalide Mitglieder zahlte 2465 M. aus und erfuhr einen Vermögenszuwachs von 16 707 M. Die Kranken- und Begräbniskasse zahlte 171 900 M. aus und vermehrte ihr Vermögen um 18 989 M. Insgesamt zahlten die Kassen des Vereins bis Ende 1910: 2 498 794 M., und der gesamte Vermögensstand des Vereins und seiner Kassen betrug am Schluß des Jahres 1910: 495 588 M. Der Verein kam dadurch in die Lage, sich ein eigenes Geschäftshaus, Alte Jakobstraße 81/82, zu erwerben. Alle Leistungen des Vereins, wie das angefallene Vermögen, stammen nur aus den Beiträgen der Mitglieder. Der Verein nimmt nur Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen als Mitglieder auf. An den sozialen Bestrebungen für die Handlungsgehilfen nahm der Verein regen Anteil. Gegenwärtig ist der Verein im Reich durch 186 Ortsvereine und Zahlstellen vertreten, außerdem gehören ihm noch Mitglieder an 620 Orten an.

Die Stellung der Prinzipalsmitglieder im Vereine für Handlungs-Kommiss von 1858, die etwa 12 % der rund 105 000 Mitglieder des Vereins ausmachen, wurde auf der Vertreterversammlung am 29. und 30. April in Leipzig, bis in die Nacht sich erstreckenden Verhandlungen erörtert. Der Antrag von 500 Mitgliedern, wonach Prinzipalsmitglieder bei den Wahlen von Vereinsorganen kein Stimmrecht haben sollen und nicht gewählt werden dürfen, wurde in geheimer Sitzung mit großer Mehrheit abgelehnt; dagegen stimmten zwei Drittel der Vertreter für einen Antrag des Aufsichtsrats und der Verwaltung, die Mitglieder in ordentliche (Gehilfen) und außerordentliche (Prinzipale) einzuteilen und letzteren das aktive und passive Wahlrecht zu den Vereinsförperschaften nur dann zu geben, wenn sie denselben Beitrag wie die ordentlichen Mitglieder entrichten. Doch reichte diese Zweidrittelmehrheit zur Verwirklichung des Antrags nicht aus, da für Satzungsänderungen eine Dreiviertelmehrheit erforderlich ist. Endlich verständigte man sich über folgenden Beschluß: „Der jährliche Beitrag ist regelmäßig 12 M.; mit ihm sind die vollen Mitgliedsrechte verbunden. Mitglieder, welche eine Firma führen, sowie Vorstandsmitglieder einer Aktien- oder ähnlichen Gewerkschaft, die auf das aktive und passive Wahlrecht zur Hauptversammlung und zum Aufsichtsrat keinen Anspruch erheben, gelten als außerordentliche mit einem Jahresbeitrage von mindestens 6 M.“ Die Annahme dieses Antrags erfolgte mit allen gegen 17 Stimmen. — Die Frage der Prinzipalsmitglieder in den Privatbeamtenverbänden beginnt diesen immer mehr Kopfzerbrechen zu machen.

Ein Reichsverband der kaufmännischen Angestelltenvereine Schwedens ist nach Meldungen des „Konfessionärs“ im Werden. „Sveriges Kontoristforening“ hatte alle wichtigen Handlungsgehilfenvereine

Schwedens und auch die Gesamtheit der Geschäftsreisenden und Detailverläufer nach Stockholm zur gemeinschaftlichen Beratung eingeladen und auf dieser Versammlung, die von der Hälfte der geladenen Vereine besetzt war, die Satzungen für den Reichsverband entworfen. Darnach soll der Verband im friedlichen Zusammenwirken mit den Prinzipalen die Interessen der Angestellten fördern, Streitfragen zwischen Chef und Angestellten beglichen und die Angestellten in Notfällen wie Krankheit, Stellenlosigkeit, Militärdienst, Alter usw. unterstützen. Die Ordnung der Pensionsverhältnisse soll unter Heranziehung der Chefs zu regelmäßigen Beiträgen und unter finanzieller Beteiligung des Staates erfolgen. Der Jahresbeitrag für die Mitglieder des Reichsverbands soll 25 Ore betragen.

Streiks und Aussperrungen.

Bergarbeiterbewegung (Sp. 935, 968). Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat der Streik an Umfang erheblich zugenommen und umfaßt jetzt etwa 6000 Mann, etwa 60 v. H. der Belegschaften. Die Unternehmer lehnen Verhandlungen ab; die Arbeitswilligen erhalten besonders hohe Löhne. — Im Ruhrbezirk sind Einigungsversuche gescheitert. — Dagegen ist die Luga-Delesnitzer Bewegung durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beendet worden. Die Bergwerksbesitzer wollen bei günstiger Geschäftslage Lohnaufbesserung gewähren. Vorläufig ist die Bewegung an der Schwäche der Arbeiterorganisationen gescheitert.

Die Tarifbewegung im Bäckergewerbe (Sp. 1000) hat folgende Weiterentwicklung genommen: In Berlin wurde am 12. Mai ein Schiedsspruch gefaßt, welcher u. a. die Aufhebung der bisherigen Arbeitsnachweise zugunsten eines neuen paritätischen Nachweises forderte, die Kosti- und Wohnungsgewährung nur für Lehrlinge zuläßt, 25,50 M. vorläufigen Mindestlohn (bis 1. April 1913 auf 26,50 M. ansteigend) und den 86stündigen Ruhetag je nach Betriebsgröße alle Wochen bis alle 4 Wochen gewährt. Ebenso ist die Arbeitszeit abgestuft und die Lehrlingszahl kontingentiert. Der Tarif soll 8 Jahre gelten. Die Gehilfen haben den Schiedsspruch angenommen. — In Frankfurt a. M. ist ein Tarifvertrag zustande gekommen, der den Ruhetag je nach Betriebsgröße, ähnlich dem Berliner Schiedsspruch, gewährt und einen Mindestlohn von 23—24 M., vom 1. Oktober 25 M., vorsieht. Der Tarif dauert 4 Jahre, die Gelben sind bei seiner Überwachung völlig ausgeschaltet; ihr Arbeitsnachweis darf von den Meistern nicht benutzt werden. — In Magdeburg lehnten die Meister den vorgeschlagenen Tarif ab, die Gehilfen haben das Einigungsamt angerufen. — In Karlsruhe haben die Gehilfen am 9. beschlossen, einen Tarifvorschlagn an die Unternehmer einzureichen. — In Hamburg und Altona ist der Streik in den Kleinbetrieben erfolglos beendet und dauert nur noch in 4 Großbetrieben an.

Straßenbahnerstreiks. In Bremen brach am 9. Mai ein Streik der Straßenbahner aus, der freilich nur 3 Tage dauerte. Der Zentralvorstand des Transportarbeiterverbandes hatte zwar vor diesem Streik gewarnt, die Ortsverwaltung widerlegte sich aber nicht der großen Mehrheit, die sich für den sofortigen Streik aussprach („Massen und Führer!“); die Folge war eine vollständige Niederlage der Streitenden, unter denen es an Disziplin fehlte und die nun, insoweit die Stellen nicht bereits anderweit besetzt sind, zu den alten Bedingungen wieder angetreten sind. Der Streik hatte im wesentlichen die Entlassung eines Fahrers zum Anlaß, die für ungerechtfertigt angesehen wurde. Für die Leichtfertigkeit des Ausstandes mochte der Erfolg des vorigen Streiks (Sp. 111, 144) im Oktober 1910 mitbestimmend gewirkt haben. — In Waldenburg streikt seit dem 7. Mai das gesamte Fahr- und Werkpersonal der Niederschlesischen Elektrischen Kleinbahn-Gesellschaft (154 Mann); der Betrieb wird durch berufsmäßige Hamburger Streikbrecher aufrecht erhalten. — In Rom streikt das Personal der privaten Straßenbahnen seit dem 8. Mai, die kommunalen Bahnen verkehren weiter. Der Streik trifft den Fremdenverkehr schwer und ist ganz unerwartet ausgebrochen.

Streikaußsreitungen in Zürich sind während eines etwa 2000 Mann umfassenden Bauarbeiterausstandes vorgekommen. Gegen die arbeitswillige Minderzahl gingen insbesondere italienische Arbeiter gewalttätig vor, während die einheimischen Arbeiter und das Publikum gegen die Ausschreitenden Partei nahmen. Massenausweisungen, Militäraufgebote und Beschränkungen der Versammlungsfreiheit sind zur Unterdrückung der Unruhen angeordnet worden.

Arbeiterschutz.

Die badische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Die badischen Industrieverhältnisse gestalteten sich im Berichtsjahr noch immer schwierig. In einigen Industriezweigen trat die erhoffte Besserung ein, in andern jedoch blieb der Geschäftsgang schleppend. Trotzdem wurden Arbeiterentlassungen in größerem Um-

sange vermieden, sondern mehr Arbeitszeitbeschränkungen vorgenommen und weniger fremde Arbeiter eingestellt. Einen lebhaften Aufschwung nahm die Uhrenindustrie sowie die Herstellung von Musikinstrumenten. Hier nahm dadurch die Zahl der Heimarbeiter und in bedenklichem Maße auch die Kinderarbeit zu. Schwere Krisen hatten jedoch die Baumwollindustrie und die Zigarrenindustrie durchzumachen.

Der badiſche Gewerbeauſſicht waren im Jahre 1910 unterſtellt 10751 Betriebe mit inſgeſamt 246864 Arbeitern (darunter 66615 weibliche über 16 Jahren; 22798 männliche und Jugendliche und 532 Knaben und Mädchen). Zur Reviſion gelangten 6262 (= 58,2 %) der Betriebe mit 173635 (= 70,3 %) Arbeitern. Im ganzen wurden 7422 Reviſionen ausgeführt, darunter 74 Unfallunterſuchungen. Vergleichende Zahlen mit dem Vorjahre ſind auch in Baden dieſmal nicht möglich, da der Geltungsbereich der Gewerbeordnung ſeit dem 1. Januar 1910 vergrößert iſt.

Während im allgemeinen der Zehnstundentag der Fabrikarbeiterinnen dort, wo nicht bereits eine kürzere Arbeitszeit beſteht, auch für die männlichen Arbeiter den Zehnstundentag im Gefolge hat, iſt dieſe Erſcheinung in der badiſchen Zigarrenindustrie, namentlich in den Dorf-Filialen, ausgeblieben, und die männlichen Arbeiter haben eine bis zwei Stunden länger zu arbeiten als die Frauen. Über lange Arbeitszeiten wird in der chemiſchen Industrie und in den kleinen Elektrizitäts-, Waſſer- und Gaswerken geſlagt. Dort ſamen Wechſelſchichten mit einer Arbeitsbereiſchaft von 24, ja ſogar 48 Stunden vor. Nicht nur lange Arbeitsbereiſchaft, ſondern tatſächlich angeſtrengte Arbeit von 36 Stunden Dauer beim Ausladen der Schiffe in den Kohlenlagern ſamen zur Kenntnis.

Da inſolge des Inkrafttretens der neuen Beſtimmungen der GD. die Arbeitsordnungen der Betriebe vielfach umgeändert oder neu erlaſſen werden mußten, ſo ging das Beſtreben der badiſchen Gewerbeauſſichtsbeamten mit Erfolg darauf hin, die Unternehmer zur Annahme möglichſt kurzer, klar geſaßter Arbeitsordnungen zu bewegen, wozu von der Fabrikſpekſion eine einheitliche Vorlage aufgeſtellt war. Eine Reihe von Auflagen der Gewerbeſpekſion betrafen Verbeſſerungen auf dem Gebiete der Staubabſaugung ſowie der Waſſerverſorgung, um geſundheitsſchädliche Einflüſſe zu mindern. Sehr viel Schwierigkeiten macht noch die Durchführung der Bäderverordnung. Ebenſo iſt es noch ſchwierig, den Verordnungen über die Maler-, Züncher- uſw. Arbeiten Geltung zu verſchaffen, da bei ſolchen neuen gewerbehygieniſchen Maßnahmen die Arbeiterſchaft ſelbſt oft Widerſtand leiſtet, da ſie deren Bedeutung unterſchätzt. Auch die Mißbrandfälle, denen in dem Bericht beſondere Beachtung geſchenkt wird, werden oft durch Nichtbeachtung im Anfang der Erkrankung verſchlimmert. Eine beſondere Vorſicht iſt beim Ausſchleusen zu Kaiſonarbeiten notwendig. Bei der Errichtung von Staumehren am Oberrhein werden jezt ſolche Arbeiten in einer Tiefe von 15 m unter dem Waſſerſpiegel vorgenommen. Das Ausſchleusen geſchieht nach einem von Prof. Halbane-Drford aufgeſtellten System derart, daß die Arbeiter in beſtimmten Abſätzen an den veränderten Atmosphärendruck gewöhnt werden.

Die badiſche Fabrikſpekſion hat von jeher den wirtſchaftlichen Verhältniſſen der Arbeiterſchaft durch Sonderunterſuchungen Beachtung geſchenkt. Auch in dieſem Jahre wurden erſtens die Verhältniſſe der 127 Arbeiter, die unter Leitung der Fabrikſpekſion die Weltausſtellung in Brüſſel beſuchten (Vergl. Soz. Pr. 3g. XX Sp. 706) näher unterſucht, ferner iſt dem Jahresbericht eine kurze monographiſche Darſtellung über „Die wirtſchaftliche Lage der Arbeiter in 35 Mannheimer Fabriken“ aus der Feder von Regierungsrat Dr. Föhlſch beigegeben. Wir behalten uns vor, auf dieſe Erhebung beſonders einzugehen. Ebenſo werden wir die in dem badiſchen Bericht enthaltenen Mitteilungen über die Durchführung der neuen Beſtimmungen betr. Arbeiterinnenſchutz ſowie über die Durchführung des Kinderſchutzgeſetzes geſondert, d. h. in Verbindung mit den darauf bezüglichen Berichten aus den andern Bundesſtaaten behandeln.

Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Beſtandungsgerwerbe für die Zuſchneider. Während biſher Zuſchneider an Sonn- und Feſttagen im Schneidergerwerbe nicht beſchäftigt werden dürfen, hat der preuſſiſche Handelsminiſter in einem Zuſatz zur Ausführungsanweiſung für die Gewerbeordnung (§ 105 c) bei Ziffer 171 a ſeit dem 19. Mai 1911 geſtattet: Es kann in Betrieben, die Kleidungsſtücke nach Maß anfertigen, die Beſchäftigung eines Zuſchneiders zum Zwecke des Maßnehmens geſtattet werden. Dieſe Beſchäftigung darf nur in der Zeit nach Beendigung des Hauptgottesdienſtes bis ſpäteſtens 2 Uhr nachmittags erfolgen. Es hatte ſich nämlich die Unzuſtändigkeit in zahlreichen Betrieben, wo der Geſchäftsinhaber nur kaufmänniſch, aber nicht techniſch

geſchult iſt, herausgeſtellt, daß bei Kundenbeſtellungen an Sonntagen ein Fachmann zum Maßnehmen fehlte, weil der Zuſchneider im Geſchäfte Sonntags nicht anweſend ſein durfte. Das wird jezt geändert, die Regierungspräſidenten ſind nunmehr befugt, örtliche Ausnahmen zu geſtatten.

Der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit in Italien. Das aus dem Jahre 1909 ſtammende italieniſche Geſetz über Frauen- und Kinderarbeit iſt durch eine Reihe von Geſetzesänderungen und Durchführungsverordnungen aus dem Jahre 1910 teilweise abgeändert. Die „Soziale Rundſchau“ vom Februar 1911 bringt eine Zuſammenſtellung der wichtigſten Beſtimmungen nach dem jezt geltenden Recht. Die Schutzbeſtimmungen finden Anwendung auf alle induſtriellen Werkſtätten, in denen mindedeſtens 5 Arbeitskräfte beſchäftigt werden, ferner auch auf alle kleineren Betriebe, die mit motoriſcher Kraft arbeiten, auf Steinbrüche, Bergwerke und auf alle gewerbsmäßig betriebenen Werkſtätten von Veranſtaltungen. Als Regel dürfen Kinder erſt nach vollendetem 12. Jahr zur Arbeit zugelassen werden, bei Steinbrüchen, Bergwerken und für die Schwefelgruben Siziliens erſt nach vollendetem 13. oder 14. Lebensjahr. Frauen iſt die Arbeit „unter Tage“ verboten. Für beſonders geſundheitsgefährliche Arbeiten, die durch die Ausführungsbeſtimmungen feſtgeſetzt werden, dürfen Knaben erſt vom 15. Jahre an, weibliche Arbeiten erſt vom 21. Jahre an zugelassen werden, aber auch nur unter beſtimmten Vorſichtsmaßregeln. Der Maximalarbeitsſtag für Kinder unter 15 Jahren beträgt 11 Stunden, für Frauen 12 Stunden ausſchließlich der Pausen. Wird in Schichten gearbeitet, ſo dürfen dieſe 8½ Stunden nicht überſteigen. Die Ruhepausen müſſen je nach der Länge der Arbeitszeit mindedeſtens 1, 1½ oder 2 Stunden inſgeſamt betragen. Die Nacharbeit iſt für den geſchützten Perſonenkreis als Regel verboten. Jenen Gewerben, welche mit leicht verderblichen Stoffen arbeiten, können Ausnahmen von Fall zu Fall bewilligt werden. Für die Wöchnerinnen beſteht ein Arbeitsverbot von 4 Wochen. Eine Eigenart des italieniſchen Arbeiterinnenſchutzgeſetzes iſt die Vorſchrift, daß alle Fabriken, welche mindedeſtens 50 Arbeiterinnen beſchäftigen, einen beſonderen, den hygieniſchen Anforderungen entſprechenden Raum zum Stillen der Säuglinge bereitſtellen müſſen und daß den Frauen die nötige Zeit zum Stillen freigegeben werden muß. — Alle durch das Geſetz geſchützten Perſonen, Frauen wie Kinder, ſind von Zeit zu Zeit ärztlich daraufhin zu unterſuchen, ob ſie körperlich der Art ihrer Arbeit gewachſen ſind. Die Koſten der ärztlichen Unterſuchung trägt die Gemeinde. Die geſchützten Perſonen müſſen ein Arbeitsbuch haben, in das außer den Daten über die perſönlichen Verhältniſſe auch eine Beſcheinigung über den ärztlichen Befund kommen muß, ſowie bei Kindern eine Beſtätigung, daß ſie den Elementarunterricht abſolvieren haben. Andere Beſtimmungen betreffen die Betriebshygiene, die Anzeigepflicht der Betriebsinhaber, die Führung von Regiſtern über die beſchäftigten Frauen und Kinder ſowie über die Regelung der Arbeitszeiten und Pausen, ferner den Erlaß von Arbeitsordnungen. Die Ausführung des Geſetzes obliegt dem Miniſter für Ackerbau, Industrie und Handel, welcher die erforderliche Überwachung durch Gewerbeinſpektoren, Verginſpektoren ſowie durch die Organe der Polizei ausüben läßt.

Der geſetzliche Achtstundentag für die Frauen in Kalifornien. Ein kürzlich angenommenes Geſetz ſchreibt den Achtstundentag für die Arbeiterinnen aller Gewerbe, mit Ausnahme der Früchte- und Gemüſekonſervierung, vor und bedroht Zuwiderhandlungen mit Geldſtrafen von 50 bis 200 Dollars oder mit Gefängnißſtrafe von 5 bis 30 Tagen.

Arbeiterverſicherung. Sparkaſſen.

Entſcheidungen von Unternehmerverbänden zur Privatangegliſten-Verſicherung.

(Zur Angegliſten-Verſicherung. XV.)

Die Kommiſſionen für Sozialpolitik und für Kleinhandel des deutſchen Handelstags (4. April) haben ſich damit einverſtanden erklärt, daß dem Bedürfnis der Privatangegliſten nach einer weitergehenden Invalidiſtät-, Alters- und Hinterbliebenenverſicherung, als ſie durch die geltenden Geſetze oder den Entwurf einer Reichsverſicherungsordnung geboten wird, auf dem Wege der Reichsgeſetzgebung halbiſt Rechnung getragen wird, haben aber die vorgeschlagene Lösung der Frage mit aller Entſchiedenheit abgelehnt. Dieſer Lösung ſtänden zunächſt wichtige Bedenken einer finanziellen Überlaſtung der Angegliſten und Arbeitgeber, inſbeſondere der Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler,

entgegen und zwar um so mehr, als die hohen Beiträge des Entwurfs zur Deduktion der vorgesehenen Leistungen vermutlich noch nicht einmal ausreichen würden. Außerdem würden aber die für die Sonderkasse geforderten höheren Leistungen nicht abzuweisende gleiche Ansprüche der Arbeiter hervorrufen, deren Erfüllung die Existenzfähigkeit zahlreicher Gewerbebetriebe geradezu in Frage stellen würde. Mit der Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die Angestellten mit höherem Einkommen als 3000 M und damit auf Personen, die sich in einer wirtschaftlich besseren Lage befinden als ein sehr großer Teil der selbständigen Gewerbetreibenden, würde das Grundprinzip unserer ganzen Sozialversicherung, den wirtschaftlich Schwachen Schutz vor Not zu gewähren, verlassen und die Entfaltung des Triebes der Selbsthilfe, dieses wichtigen Faktors jedes Fortschritts, gehemmt. Es wird deshalb unter Ablehnung der Sonderkasse Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Angestellten bis zum Gehalt von 3000 M mit dem Rechte freiwilliger Weiterversicherung als Ausbau der Invalidenversicherung gefordert, besonders da auch hinsichtlich der Berufsinvalidität der Invaliditätsbegriff des Invalidengesetzes den Ansprüchen der Angestellten bei verständiger Auslegung, abgesehen von dem an sich nicht berechtigten Unterschiede zwischen Halb- und Drittel-Erwerbsunfähigkeit, nicht weniger Rechnung trage als der Invaliditätsbegriff des Sondergesetzes, wie ihn die Begründung des Entwurfs erläutert. — Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht anzunehmen, daß das Plenum des Handelstags von diesen Kommissionsbeschlüssen abweichen wird.

Die Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller (28. April) erklärte unter Bezugnahme auf ihre am 28. Oktober 1907 ausgesprochene Bereitwilligkeit, eine reichsgesetzliche Zwangsversicherung der Angestellten zu fördern unter der Voraussetzung, daß sich diese Versicherung in angemessenen Grenzen halte, nur die geringer besoldeten Angestellten umfasse und das Fortbestehen der Werkspensionskassen ermöglicht werde, daß der vorliegende Entwurf diesen Anforderungen nicht gerecht werde. Nach Darlegung und Begründung der Einwendungen betreffend Umfang und Wesen der Versicherung, Rechnungsunterlagen und das Verhältnis zu den bestehenden Versicherungseinrichtungen erklärt der Centralverband eingehende Untersuchungen für notwendig, ob die sachlich überaus wichtige Frage der Angestelltenversicherung nicht auf einem andern Wege, etwa im Anschluß an die Invalidenversicherung, einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden könne. Die gegen den Gedanken dieses Anschlusses von der Begründung zum Entwurf vorgebrachten Einwendungen könnten nicht als stichhaltig erachtet werden, insbesondere ließen Schätzungen der Kosten dieses Ausbaus und Stichproben, die an den Löhnen und Gehältern einer Reihe von industriellen Werken vorgenommen sind, die von der Regierung vorgebrachten finanziellen Bedenken als nicht berechtigt erscheinen. Der Centralverband werde seine Mitwirkung bei den zur völligen Klarstellung der einschlägigen Verhältnisse erforderlichen statistischen Erhebungen gern zur Verfügung stellen. Zum Schlusse spricht er die Erwartung aus, daß seinen Einwendungen gegenüber politische Beweggründe von vorübergehender Bedeutung, insbesondere Wahlrückichten, vollkommen zurückgestellt würden und daß darum eine überstürzte Annahme des Entwurfs unterbleibe.

Auch der Deutsche Eisenhüttenstag (Düsseldorf, 30. April) hat sich scharf gegen den Entwurf ausgesprochen, besonders gegen die Festsetzung der Versicherungspflicht bis zur Gehaltsgrenze von 5000 M; durch sie würden der Zwangsversicherung auch solche Kreise unterworfen, die im allgemeinen einer staatlichen Fürsorge nicht bedürften, auch würde sie zu einer fortschreitenden Abschwächung der Selbstverantwortlichkeit und zur Unterstützung des Verlangens nach einer allgemeinen Staatsbürgerversicherung führen. Weiter verlangte der Verein Beschränkung der Versicherung auf die Angestellten bis zur Gehaltsgrenze von 3000 M, auch müsse den Angestellten mit Hochschulbildung das Recht eingeräumt werden, auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit zu werden. Bestehende Pensionskassen und Einrichtungen zur Förderung der Lebensversicherung sollten unter erleichterten Bedingungen als Ersatzinstitute zugelassen werden. Endlich sollte unter Vermeidung jeder Übereilung aufs sorgfältigste geprüft werden, ob nicht die Versicherung anstatt durch Errichtung einer Sonderkasse vorteilhafter durch einen entsprechenden Ausbau der Invalidenversicherung bewirkt werden könne.

Im Gegenjahre zu diesen Äußerungen hat der Verband thüringischer Industrieller (Weimar, 29. und 30. April) nach ausführlicher Erörterung des Für und Wider hinsichtlich der

Sonderkasse erklärt, daß die Industrie von ihrem Standpunkt aus für die Errichtung einer Sonderkasse stimmen müsse, daß es sich aber zunächst noch für die Industrie, der durch den Entwurf neue weitgehende Lasten aufgebürdet würden, darum handle, daß von der Regierung erst noch weiteres Zahlenmaterial über die Kosten des von der Minderheit geforderten Ausbaus der Invalidenversicherung beigebracht werden müsse. Der Verband beschloß einstimmig, die Regierung zur Beschaffung dieser weiteren Unterlagen aufzufordern, dann erst könne eine bestimmte Stellungnahme des Verbandes erfolgen.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung (vergl. Sp. 1007). Die Beratung wurde am 9. Mai bei § 210 fortgesetzt. Zu den Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen (§ 257) wurde ein Antrag der Kompromißparteien angenommen, der die in den §§ 253, 260 enthaltene Bestimmung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, wenn sie den Bestand der Ortskrankenkassen nicht gefährden, auf künftig neu zu errichtende Betriebskrankenkassen beschränkt wird. Auf die jetzt bestehenden Betriebskrankenkassen soll diese Bestimmung dementsprechend nicht Anwendung finden, ebenso wenig auf neu errichtete Krankenkassen, sobald ihre behördliche Zulassung einmal ausgesprochen ist. Die Gefährdung einer bestehenden Ortskrankenkasse soll dann angenommen werden, wenn sie nach Errichtung der Betriebskrankenkasse nicht mehr als 1000 Mitglieder behält; in dieser Beziehung geht der Antrag zugunsten der bestehenden Ortskrankenkassen über die Kommissionsbeschlüsse hinaus, da hiernach eine Ortskrankenkasse schon mit mehr als 250 Mitgliedern nicht als gefährdet angesehen werden sollte. Diese Bestimmungen des Antrags sollen auch für die Innungskrankenkassen gelten (§§ 260—268). Nach diesen Bestimmungen ist also, vorbehaltlich der sonstigen oben erwähnten in der RVO. ausgesprochenen Bedingungen, die erforderliche Mindestzahl der Versicherten bei Betriebs- und Innungskrankenkassen, wenn es sich um neuerrichtete Kassen handelt, 150, bei bereits bestehenden Kassen 100, bei landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtskassen 50. Unter den weiter nach den Kommissionsbeschlüssen angenommenen Paragraphen befinden sich die Bestimmungen über die Vorstandswahl, die Anstellung der Kassenbeamten, die Dienstordnung, der vorweg genommene § 412 über die Drittelung der Beiträge und die Bestimmungen über die Vorstandswahlen in den Landkrankenkassen, weiter die Bestimmungen über die Wahl der Beisitzer in den Ortskrankenkassen sowie der gesamte Abschnitt über das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern. Eingefügt wurde lediglich ein neuer § 355a, der den Kassenvorstand (bei Kassen aller Art) verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen, wofür die oberste Verwaltungsbehörde näheres bestimmen kann, und, abgesehen von einer redaktionellen Änderung in § 376, ein Zusatz zu § 385, der das Versicherungsamt ermächtigt, in geeigneten Fällen Abweichungen von der Bestimmung, daß alle Apothekenbesitzer und Verwalter im Bereiche der Kasse den Vereinbarungen zwischen Kassenvorstand und Apothekern über Vorzugsbedingungen beitreten können, zu gestatten. Die Beratung ist am 15. Mai bis § 520a gelangt.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die öffentliche Arbeitsnachweispbewegung in der Schweiz

hat mit der Zusammenfassung der öffentlichen Nachweise im Jahre 1905 gute Fortschritte gemacht. Die Vermittlungstätigkeit der dem Verbands angehörnden 12 (1909: 11) Arbeitsämter stellte sich seit 1905 wie folgt:

Jahr	Offene Stellen			Arbeitsuchende			Besetzte Stellen			Durchschnittliche
	Männer	Frauen	Zusammen	Männer	Frauen	Zusammen	Männer	Frauen	Zusammen	
1905	36496	28120	64616	41251	18104	59355	25704	18539	44243	49978
1906	39647	22862	62509	50242	16297	66539	27670	12045	39715	35416
1907	44063	25903	69966	50984	18051	69035	33048	13265	46313	33401
1908	37685	23171	60856	54366	17426	71792	29158	11057	40215	56057
1909	39989	24614	64603	54076	18354	72430	31395	12478	43873	59516

Für das Jahr 1909 bedeutet die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise, daß sie 67,9 % der offenen Stellen besetzt haben. Von den Stellenangeboten entfielen 48 881 auf den totalen Arbeitsmarkt, 15 672 auf den interlokalen; von den ersteren wurden 36 468, von den letzteren 7405 befriedigt. Für männliche Arbeitsuchende waren 39 989 offene

Stellen angeboten, die zu 78,5 % besetzt wurden, für weibliche Arbeitssuchende 24 614 offene Stellen, von denen 50,8 % besetzt werden konnten. Zu der Gesamtsumme der Arbeitssuchenden von 72 480 kommt noch die Zahl von 59 516 Durchreisenden, die ohne eingeschrieben zu sein, nach Arbeit nachgefragt hatten.

Am 1. März 1910 ist dann in der Schweiz der Bundesbeschluss betreffend die Förderung des Arbeitsnachweises durch den Bund vom 29. Oktober 1909 in Kraft getreten, gemäß dem bei Erfüllung gewisser Bedingungen (paritätische Verwaltungskommissionen, Anschluß an die Zentralleitung usw.) öffentlichen Arbeitsnachweisen, seien es Arbeitsämter oder Arbeitsnachweiskontrollbüros der Kantone oder Gemeinden, oder seien es kantonale Verbände für Naturalverpflegung, sofern und soweit sie sich am öffentlichen Arbeitsnachweis beteiligen, Beiträge geleistet werden (vergl. XIX Sp. 468). Auch paritätische Facharbeitsnachweise können Beiträge erhalten. Vorbedingung ist bei allen, daß die Nachweise in Fällen von Streiks, Aussperrung und Sperren weiter vermitteln, nur die ihre Dienste in Anspruch nehmenden Personen von den Streitigkeiten in Kenntnis setzen. Im Anschluß an den Bundesbeschluss wurden gemäß Art. 2 dieses Gesetzes „Einheimische Grundzüge für den Geschäftsbetrieb und den gegenseitigen Verkehr der öffentlichen Arbeitsämter“ unter dem 12. November 1910 erlassen, gemäß denen der Zentraldienst so geregelt ist, daß Mittwoch und Samstag durch die Zentralstelle die Salangenlisten an alle einheimische, auch einige ausländische Nachweisanstalten versandt werden. Für die Nachweise der Naturalverpflegung ist fast gleichzeitig (5. September 1910) ein Regulativ ergangen, nach dessen Bestimmungen die Arbeitsvermittlung im Anschluß an die öffentlichen Nachweise erfolgen soll. Der Nachweis der Naturalverpflegungsstation wird an den nächsten öffentlichen Nachweis angegliedert oder als dessen Filiale beigezogen, wobei das betreffende Arbeitsamt die Aufgabe einer Zentralstelle für alle ihm so angegliederten Nachweise von Naturalverpflegungsstationen übernimmt. — Der Verband schweizerischer Arbeitsämter hat auch im Anschluß an den Bundesbeschluss am 6. Juli 1910 seine Satzungen geändert und die ihm auf Grund des Beschlusses obliegenden Pflichten, Beaufsichtigung, Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften usw., sachgemäß festgelegt. Es steht zu erwarten, daß diese Förderung der öffentlichen Nachweise einen günstigen Einfluß auf die Organisation des Arbeitsmarktes in der Schweiz haben werden, statistisch erfassen läßt er sich aber bis jetzt noch nicht.

Dr. E. F. W.

Das städtische Arbeitsamt in Nürnberg, wie der bisherige dortige städtische Arbeitsnachweis jetzt amtlich heißt, hat, wie aus seinem 14. Geschäftsbericht für 1909 hervorgeht, im Berichtsjahre dadurch eine Erweiterung erfahren, daß ihm eine Vermittlungssammelstelle für städtische Arbeiter angegliedert worden ist. Weiter wurde im September 1909 im Benehmen mit den Gastwirtschaftsvereinigungen und den Organisationen der Angestellten eine besondere Abteilung für die Vermittlung von Hotel- und Wirtschaftspersonal eingerichtet und zur Versorgung der Geschäfte ein mit den Verhältnissen vertrauter Fachmann angestellt. Bei der Vermittlungssammelstelle für städtische Arbeiter standen 1304 Stellengesuche 240 Angebote gegenüber; diese Stellen wurden auch besetzt; ferner wurden 1147 Mann als Hilfsarbeiter zur Straßenreinigung bei Schneefall zugewiesen. Unter der großen Zahl Stellenjuchender befanden sich viele, die infolge Erwerbsbeschränkung die Erlangung einer leichten Arbeit in städtischen Betrieben anstrebten. Der Bericht beklagt die starken Sonderbestrebungen von Berufsverbänden, den Arbeitsnachweis mehr wie bisher an sich zu ziehen. Am 1. Oktober 1909 haben die bayerischen Metallindustriellen einen eigenen Nachweis errichtet, der außer den Metallarbeitern alle in den angeschlossenen Betrieben benötigten gelernten und ungelernten Arbeiter vermittelt. Die Schlossermeister Bayerns planen die Gründung eines eigenen Nachweises für das ganze Königreich, der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe hat eine Vermittlung mit dem städtischen Arbeitsamt endgültig abgelehnt, ein größerer Teil der Innungen plant eine weitere Ausgestaltung ihrer Arbeitsnachweise, weshalb auch die Vermittlung mit dem Wanderunterstützungsverein, der hauptsächlich für die Innungen vermittelt, nicht zustande gekommen ist. Von welcher Kurzsichtigkeit die leitenden Nürnberger Kreise hinsichtlich der Arbeitsnachweisfrage sind, zeigt deutlich die vom Gesamtmagistrat ausgesprochene Ablehnung des vom Ausschuss für das städtische Arbeitsamt angenommenen Antrags, daß von der Übernahme städtischer Arbeiten und Lieferungen solche Unternehmer ausgeschlossen sein sollen, die zur Ausführung ihrer Arbeiten die nötigen Arbeitskräfte nicht vom städtischen Arbeitsamt

beziehen. Die Lehrstellenvermittlung ist dank dem Zusammenarbeiten mit der Schule sehr stark gewachsen. Zur Förderung des Verkehrs der weiblichen Abteilung wurden 4000 gedruckte Umlaufschreiben an Dienstherrschaften versandt und ungefähr 10 000 Hinweiszetteln in den Schulen an die zur Entlassung kommenden Mädchen, dann an weibliche Dienstboten durch das gemeindliche Meldeamt, Sparkasse, Krankenhaus, Armenpflege, gemeindliches Vermittlungsamt usw. verteilt. Trotz dieser großen Kellame wurde der Mangel an brauchbaren Dienstboten für häusliche Dienste und insbesondere für das Wirtschaftsgewerbe nicht behoben und auch die gewerbmäßige Stellenvermittlung nicht eingeschränkt. Von 5798 besetzten Stellen für weibliche Personen kamen 67,78 % auf ungelernete Arbeiterinnen, 6,02 % auf Hotel- und Wirtschaftspersonal, 19,38 % auf das Privatpersonal, 6,31 % auf gewerbliche Arbeiterinnen, 0,10 % auf Lehrlinge, 0,38 % auf kaufmännisches Personal und 0,07 % auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiterinnen bzw. Dienstboten. Die Verhandlungen mit dem Zentralverband der Hausangestellten und den Charitativen Vereinen, welche sich mit der Stellenvermittlung befassen, hatten lediglich den Erfolg, daß drei Vereine sich hierzu bereit erklärten. Mit den übrigen Vereinen konnte teils aus finanziellen, teils aus anderen Gründen ein Übereinkommen bisher nicht erzielt werden. Von der Gesamttätigkeit der Nürnberger Arbeitsnachweise trafen im Berichtsjahre auf:

	Stellengesuche	Stellenangebote	Stellenbesetzungen
	%	%	%
1. Arbeitsamt	80 702 = 84,5	21 219 = 28,8	16 860 = 81,3
2. Charitative Vereine	291 = 0,3	206 = 0,3	60 = 0,1
3. Facharbeitsnachweise der Innungen	2 872 = 3,1	2 089 = 2,7	1 921 = 3,7
4. Arbeitgebervereinig.	21 279 = 28,9	15 895 = 21,3	11 088 = 21,2
5. Arbeitnehmervereinig.	7 186 = 8,1	5 458 = 7,3	4 442 = 8,5
6. Gewerbmäßige Stellenvermittlung	26 700 = 30,0	23 665 = 29,9	18 875 = 85,2
	89 080 = 100,0	74 482 = 100,0	52 246 = 100,0

Der Bericht bemerkt hierzu, daß diese Zahlen bei der derzeitigen großen Zersplitterung des Arbeitsnachweises kein genaues Bild über die wirkliche Lage des Nürnberger Arbeitsmarktes geben. Der Überblick werde besonders durch das Nebeneinanderbestehen mehrerer Arbeitsnachweise für einen und denselben Beruf sehr erschwert. Viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer benützten gleichzeitig verschiedene Arbeitsnachweise, so daß ein Teil der Stellengesuche und Stellenangebote mehrmals gezählt werde, auch finde noch eine große Anzahl von Stellengesuchen und Stellenangeboten anderweitig ohne Benützung eines Arbeitsnachweises durch Zeitungsinsertate, Umlauf u. a. ihre Erledigung.

Genossenschaftswesen.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1910. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine gibt soeben den Jahresbericht für 1910 heraus, der recht günstige Ergebnisse verzeichnet. Der Umsatz betrug nahezu 89 Millionen Mark gegenüber 75 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der Gesellschafter ist von 633 auf 675 gestiegen. Die Zahl der Konsumvereine, die von der Gesellschaft beziehen, ist jedoch erheblich höher, sie betrug 1910 1554. Das Geschäftsjahr war dem Bericht zufolge recht lebhaft. Von Bedeutung ist die Lieferung einer Reihe weiterer Artikel in eigener Packung mit der Marke G. E. G. Diese Packungen führen nicht nur zu einer Ermäßigung der Preise, sondern stärken auch die Position der Konsumanten gegenüber den Fabrikanten. Besonders interessant ist der diesjährige Bericht dadurch, daß er für die Zigarrenfabriken über ein volles Jahr der Eigenproduktion berichten kann. Die Seifenfabrik hat ebenfalls in diesem Berichtsjahre ihre Eigenproduktion begonnen. Die ersten Lieferungen erfolgten im Juli, im Dezember betrug der Umsatz bereits 670 000 kg. Belief sich der Gesamtumsatz der Seifenfabrik in 6 Monaten auf 1,37 Millionen Mark, so ist für das laufende Jahr auf weit mehr als das doppelte dieses Umsatzes zu rechnen. Das Personal der Seifenfabrik zählt 189 Köpfe. Die Zigarrenfabriken steigerten ihren Umsatz von 27,8 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark. Diese Steigerung um 8 % ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil das Jahr 1910 noch durchaus unter den Nachwirkungen der Tabakzollerhöhung stand. Das zeigt sich auch in den Angaben über die Zigarrenfabrik; die Zigarren niedrigerer Preislage fanden gegen früher bedeutend mehr Nachfrage, während die teureren Zigarren weniger

verlangt wurden. Die drei Fabriken (Hamburg, Frankenberg, Hohenheim) beschäftigten zusammen durchschnittlich 489 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bankabteilung, die über das zweite Jahr ihres Bestehens berichtet, ist von den Konsumvereinen schon bedeutend mehr in Anspruch genommen worden als im ersten Jahre. Ihr Umlauf im Giroverkehr stieg im Debit von 35 Millionen Mark auf 62,4 Millionen Mark, im Kredit von 34,9 Millionen Mark auf 63,3 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz auf allen Konten einer Seite des Hauptbuchs betrug 347,5 Millionen Mark gegenüber 243 Millionen Mark im Vorjahre. Infolge der Übernahme und Einrichtung der Produktionsbetriebe ist die Kopfgeld des Personals außerordentlich gestiegen. Am 31. Dezember 1910 beschäftigte die Großeinkaufsgesellschaft 1145 Personen, deren Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften geregelt sind. Die vorjährige Finanzpolitik, die die Großeinkaufsgesellschaft stets ausgezeichnet hat, setzt sie auch jetzt fort. Von dem Reingewinn, der rund 1 Million Mark beträgt, zahlt sie nur 167 000 M. als Rückvergütung an die Vereine aus, dagegen macht sie dem Reserve- und Dispositionsfonds außerordentlich große Zurechnungen, so daß sich ihr Betriebskapital, von dem in Grundstücken festgelegten Kapital völlig abgesehen, nach Genehmigung des Gewinnverteilungsantrages durch die Generalversammlung auf 4,7 Millionen Mark stellen wird. — sa —

Eine amtliche Erhebung über das belgische Genossenschaftswesen für das letzte Menschenalter, die mit dem Jahre 1873, in dem das Genossenschaftsgesetz erlassen worden ist, einsetzt und alle Genossenschaften mit Ausnahme der landwirtschaftlichen umfaßt, gibt ein anschauliches Bild von der starken Durchdringung der belgischen Volkswirtschaft mit genossenschaftlichen Bestrebungen. Während der 35 Jahre seit 1873 sind insgesamt 1728 Genossenschaften gegründet worden. Die Gründungstätigkeit, die zaghaft begann, hat sich ständig gesteigert.

Von den 1728 Genossenschaften waren 688 Konsumvereine, 160 Produktionsgenossenschaften von Unternehmern, 189 Versicherungsgenossenschaften, 129 Rohstoffgenossenschaften, 100 Kreditvereine, 55 Arbeiter-Produktionsgenossenschaften, 41 Genossenschaften von Hafenarbeitern, 88 Wohngenossenschaften und 17 Genossenschaftsapotheken. Von diesen vielen Gründungen hatte jedoch nur ein Teil Bestand. 788 Genossenschaften sind eingegangen; es verblieben also noch 945 Genossenschaften. Konsumvereine, die stärkste Gruppe unter den belgischen Genossenschaften, bestehen gegenwärtig noch 391. Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1908 für die 878 Vereine, die ihre Umsatzzahlen angaben, 88,5 Millionen Fr. Bei über 800 Vereinen blieb der Jahresumsatz unter 250 000 Fr. Mehr als eine Million Fr. erzielten nur 12 Vereine. Über eigene Betriebe haben 291 Genossenschaften berichtet. Von ihnen betrieben 182 eine Bäckerei, davon sind 46 lediglich Brotkonsumvereine. In größerem Stile wird auch Bierbrauerei betrieben, nämlich von 41 Vereinen. Schlächtereien haben 16 Vereine, jedoch nirgends mit befriedigendem Erfolg. Auffallend groß ist die Zahl der Vereine, die Tuchwaren führten, nämlich 236, während 270 Genossenschaften Spezereien führten. Die Gesamtmitgliedszahl betrug, soweit feststellbar, 205 000. Sehr zahlreich sind die kleinen Vereine, welche unter 500 Mitglieder haben, zu ihnen gehören mehr als zwei Drittel. Nur 11 Vereine zählen mehr als 8000 Mitglieder. Die größten Vereine weisen 16 000 und 25 000 Mitglieder auf. Die 17 Genossenschaftsapotheken, die in der Hauptsache von Krankenkassen gebildet werden, hatten einen Umlauf von 11 Millionen Fr. Arbeiter-Produktionsgenossenschaften wurden in der Berichtszeit nur 55 gegründet, von denen sich 29 wieder auflösten, so daß jetzt noch 28 mit 2800 Mitgliedern und rund 2 Millionen Fr. Umlauf bestehen. Eine eigentümliche Bildung sind die Hafenarbeitergenossenschaften, „Nations“ genannt, die teilweise ins 18. Jahrhundert zurückreichen; 27 von 29 bestehenden haben ihren Sitz in Antwerpen. Im ganzen wurden 41 gegründet; ein erheblicher Teil ist also auch hier wieder eingegangen. Von 100 gegründeten Kreditgenossenschaften waren 1908 noch 45 vorhanden.

Staatliche Konsumvereinsförderung in Ungarn. Zur Milderung der ungünstigen Wohnungsverhältnisse in Budapest hat die ungarische Regierung an der Pannlinie der Stadt eine Anzahl Kolonien mit Arbeiterhäusern zu errichten begonnen. Im ganzen sollen 8—10 000 Familien untergebracht werden. Es stehen 12 Millionen Kr. zur Verfügung. Die erste dieser Kolonien in Rispet umfaßt 960 Wohnhäuser mit 4200 Wohnungen. Die ungarische Regierung ist nicht nur bemüht, die Kolonie mit Volksbad, Volksbibliothek, Kindergarten und ähnlichem zu versehen, sie will auch für die Versorgung mit Lebensmitteln Vorkehrungen treffen, und zwar hält sie bezeichnenderweise nicht den Bau von Läden, in denen sich kleine Krämer niederlassen, für das richtige, sondern die Gründung eines Konsumvereins. Das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist daher um Unterlagen für eine derartige Gründung ersucht worden und hat dieser Bitte eifrigst entsprochen. Es ist für die gegenwärtige Lage bezeichnend,

bemerkt die „Konsumgenossensch. Rundschau“ dazu, daß in Deutschland über Bedrängungen der Konsumvereine durch Staatsbehörden, wie z. B. die Eisenbahndirektionen, zu berichten ist, während eine ausländische Behörde diese verpönten Konsumvereine für das geeignetste Mittel hält, ihre Arbeiterkolonien mit Lebensmitteln zu versorgen.

Volkserziehung.

Der 2. Instruktionkursus für moderne evangelische Jugendarbeit, veranstaltet vom Bund deutscher Jugendvereine, fand vom 7. bis 10. Mai in Berlin statt. Führende Männer der evangelischen Jugendpflege berichteten ihren Zuhörern — den zumeist dem geistlichen Stande angehörigen Leitern solcher Vereine, die der Bund in allen Gauen Deutschlands umschließt — über die grundsätzliche Behandlung einzelner Sondergebiete ihrer Arbeit. So betonte Pfarrer Clemens Schulz-Hamburg in seinem Vortrag über „Die pädagogischen Grundregeln im Vereinsleben“, daß alle Arbeit an der heranwachsenden Jugend Erziehungsarbeit sein müsse, daß diese aber eine Kunst sei, die allein in der Liebe zur Jugend geübt werde, die erfinderisch macht in der Wahl echter Formen und Mittel. Als Ziel der Erziehung bezeichnete Licentiat Dr. Hollmann-Nikolassee die pflichtbewusste sittliche Persönlichkeit. Aber, so führte er aus, dies Ziel sei nicht erreichbar ohne Religion. Daraus folgt die Notwendigkeit religiöser Beeinflussung im Jugendverein, die aber nicht geschehen muß in der überlieferten kirchlichen Form der Jünglingsvereine, sondern, gerade im Interesse der Kirche, in freier, fröhlicher Weise, am wirksamsten im lebendigen Vorbild des Leiters. — In den Mittelpunkt seiner Erörterungen zur „Frage der geschlechtlichen Erziehung im Jugendverein“ stellte Pfarrer Lic. Zurbellen-Frankfurt a. M. eine positive Forderung: Die Erziehung zur Freude am sittlichen Ideal der reinen Ehe. — Eindrucksvoll waren die Worte Walter Classens aus Hamburg von der staatsbürgerlichen Erziehung. Der egoistische Freiheitstrieb, der besonders die Großstadtyugend so unsozial macht, muß der Kameradschaftlichkeit weichen. Auf dem Turnboden vor allem erzieht man die Knaben zu friedlichem Wirken in der Gemeinschaft. Die reifere Arbeiterjugend von 17 bis 18 Jahren, die eine genügende Kenntnis der bürgerlichen Zustände in Fortbildungsschule und Gewerkschaft erwirbt, mache man mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts bekannt. In freier Aussprache soll man ihr wieder und wieder den Mangel eigener Erfahrung entgegenhalten und so die Herrschaft der Phrase überwinden, damit erreiche man das Ziel: Achtung vor der inneren Freiheit des Mitbürgers, die dem Deutschen so schwer fällt. — In der Diskussion dieses Themas, die mehrfach die Wechselbeziehungen zwischen Jugendverein und Sozialdemokratie berührte, trat allerdings bei einem Teil der Versammlung die Unkenntnis der theoretischen Grundlagen dieser Partei zutage und führte zu mancherlei Mißverständnissen. Mit den wesentlichen Gedanken des Marxismus muß sich in unserer Zeit jeder Leiter eines Jugendvereins vertraut machen, da sich Reflere dieser Anschauungswelt frühzeitig in den Köpfen unserer Jugendlichen bereits im Elternhause festsetzen und der Jugendvereinsleiter eine aufklärende Erörterung von solchen Jungen ohne eigene sichere Kenntnisse nicht dauernd erfolgreich vornehmen kann.

Gewerbeinspektor Dr. Bender-Charlottenburg trug der Versammlung die Arbeiterchutzgesetze vor, soweit sie für die Jugendlichen von Bedeutung sind. Über die Beratung bei der Berufswahl sprach Waisenhausdirektor Petersen-Hamburg, der über reiche praktische Erfahrungen verfügt. Als hauptsächlich Gesichtspunkt bezeichnete er die Prüfung von Neigung und Fähigkeiten des Jugendlichen und die der Aussichten im anzurathenden Beruf. — Es dürfte von Nutzen sein, wenn bei Wiederholung des Instruktionkursus auch ein Rationalökonom zu Worte käme, der die wirtschaftlichen Bewegungen und ihre Zusammenhänge mit den Jugendfragen erörterte und die Relativität der vielseitigen Vorschläge zur Verbesserung des Jugendschutzes in Haus und Gewerbe gegenüber den bunten sozialwirtschaftlichen Zuständen der Gegenwart eindringlich beleuchtete.

In einem Aufruf zum Ausbau der Jugendarbeit, in der er ein Zeichen der Mündigkeit und Reife unserer Nation erblickt, forderte Marinepfarrer Weider-Berlin, daß sie Volksfrage werde, an der alle teilnehmen, auch die Jugend der besitzenden Klassen. Demnach bleibt die Qualität des Erreichten maßgebend für den Wert dieser Arbeit, nicht aber die Quantität. — An der Hand einer Fülle konkreter Einzelbeispiele, die in ihrer Einfachheit offen-

hlich den Stempel praktischen Erprobtheits trugen, schilderte Divisionspfarrer Koesse-Diehnhausen die Technik der Jugendarbeit in der Stadt, hinter der die Gemeinde stehen müsse als Trägerin der positiven Aufgaben des Christentums. — Von der Jugendarbeit auf dem Lande berichtete Remble, Leiter der ländlichen Fortbildungsschulkurse für die Provinz Brandenburg. Diese Arbeit hat mit ungleich größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als ihre städtische Schwester, da es ihr an Hilfskräften und an einer umfassenden Organisation fehlt und da sie nicht interkonfessionell sein kann. Über die Frage, ob die ländliche Jugendarbeit sich im dargebotenen Stoff auf das Landleben beschränken oder ob sie vielmehr dem Dorfbewohner Kenntnis anderer Dinge vermitteln solle, brachte die Debatte keine Einigung. In jedem Einzelfall wird sie sich den agrarpolitischen Sonderverhältnissen anpassen müssen, die unser Vaterland in so mannigfachen Spielarten aufweist.

Praktische Bekämpfung der Schundliteratur in Stettin. Nach einer Mitteilung in den „Blättern für Volksbibliotheken und Lesesälen“ (März-Aprilheft 1911) hatte der Magistrat noch vor Eröffnung der von ihm selbst mit Hilfe der Dichter-Gedächtnis-Stiftung veranstalteten Ausstellung gegen die Schundliteratur durch Vermittlung des Superintendents an sämtliche Geistliche die Bitte gerichtet, ihren Konfirmanden mitzuteilen, daß sie ihre Schundhefte in der Stadtbibliothek, wo die Ausstellung stattfand, gegen gute Volkschriften umtauschen möchten. Von diesem Vorschlag wurde ausgiebiger Gebrauch gemacht, nachdem sich einige Jungen durch ein paar Proben überzeugt hatten, daß man wirklich gute Bücher bekomme. In wenigen Tagen waren über 6000 Hefte aus den Händen der Kinder in Empfang genommen. Daß die guten Volkschriften, Hefte aus den „Bunten Büchern“, den „Biesbadener Volksbüchern“, der „Aheimischen Hausbücherei“ und der „Hausbücher der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung“, allgemeinen Anklang fanden, beweist die starke Nachfrage in den Papierläden, die sich nach einer den Kindern mitgegebenen Liste mit Vorräten aus den genannten Sammlungen versehen hatten.

Die finanziellen Ergebnisse der Berufsvormundschaft. Schon mehrfach haben wir, auch ziffernmäßig, auf die großen Erfolge einzelner Berufsvormundschaften hingewiesen. Es ist nun außerordentlich interessant, zu sehen, wie verschiedenartig die finanziellen Ergebnisse der Berufsvormundschaften sind, je nachdem sie im einzelnen geführt werden, denn anders sind die großen Unterschiede, die hier zutage treten, nicht zu erklären. Aus einer Anzahl städtischer Rechenschaftsberichte für 1909 geben wir folgende Ziffern wieder:

In Köln (511 000 Einwohner) unterstanden 1258 Kinder der Berufsvormundschaft. An Abfindungssummen wurden 29 000 M., an Unterhaltsrenten 40 700 M., zusammen also 69 700 M., im Berichtsjahr eingezogen. Das am Jahreschluß von der amtlichen Vormundschaft verwaltete Mündelvermögen betrug 55 688 M.

In Halberstadt, das noch nicht einmal den zehnten Teil der Bevölkerung von Köln aufweist (etwa 46 000 Einwohner), wurde die Berufsvormundschaft am 1. April 1908 eingeführt. In dieser Zeit (also zwei Jahre) wurden 12 800 M. Abfindungssummen für die Mündel gezahlt und von solchen außerehelichen Vätern, die nicht freiwillig zahlen wollten, 5300 M. Unterhaltsbeiträge beigetrieben. Das für die 144 Mündel verwaltete Geld betrug 13 800 M.

In Düsseldorf (354 000 Einwohner) unterstanden am Schluß des Berichtsjahrs 636 Mündel der Generalvormundschaft, der Zugang im Jahre 1909 betrug 147. An Alimenten wurden nur 4000 M. vereinnahmt, die Gesamtspareinlagen für die Mündel betrugen 29 000 M.

In Charlottenburg (285 000 Einwohner) standen am Schluß des Berichtsjahrs 1149 Mündel unter Generalvormundschaft. An Zahlungen gingen im Berichtsjahr, meist in kleinen Beiträgen, einschließlich der Teilzahlungen auf Abfindungen im ganzen 78 169,87 M. ein. Davon wurden 33 321,34 M. an die Mütter und Plegemütter und 7937,34 M. an das städtische Einziehungsamt für Kinder, die sich in städtischer Pflege befanden, gezahlt.

In Elberfeld (zirka 170 000 Einwohner) unterstanden am Schluß des Berichtsjahrs 899 Mündel der Berufsvormundschaft. Die Soll-einnahme der außerehelichen Mütter wurde auf 69 000 M. geschätzt. Nach von Zeit zu Zeit vorgenommenen Feststellungen wurden direkt an die Mütter von den verpflichteten außerehelichen Vätern 18 000 M. gezahlt, vom Berufsvormunde wurden eingezogen nur 10 500 M., so daß rund 40 500 M. als nicht eingegangen zu betrachten sind. An Abfindungssummen wurde in einem Falle 400 M., in einem zweiten Falle 3300 M., die in verschiedenen Raten gezahlt werden sollen, vereinbart; für eine im Vorjahre vereinbarte Abfindungssumme von 8100 M. wurden Ratenzahlungen bewilligt. Als Sparguthaben wurden insgesamt 2400 M. der Sparkasse zugeführt.

In München-Glabach (67 500 Einwohner), wo eine Ausdehnung der Berufsvormundschaft auf alle unehelichen Minderjährigen am 1. Januar 1909 erfolgte, unterstanden am Schluß des Berichtsjahrs 213 Mündel dem Generalvormunde. Es wurden durch vollstreckbare Verhandlung des Vormundschaftsgerichts mit den unehelichen Vätern und dem Berufsvormund 81 Väter zur Zahlung von jährlich insgesamt 7800 M. Unterhaltungsbeiträgen verpflichtet. Verurteilt,

Unterhaltungsbeiträge im voraus zu zahlen, wurden 52 uneheliche Väter für 12 452 M. (5 zu 300 M., 41 zu 240 M., 1 zu 200 M., 1 zu 192 M., 4 zu 180 M.). An jährlichen Unterhaltungsbeiträgen ergaben sich also insgesamt 19 752 M. In vier Fällen wurden als Abfindung zusammen 4700 M. gezahlt. In 27 Fällen wurde die Vaterschaft anerkannt und Heirat der Kindesmutter in Aussicht gestellt; bestimmte Unterhaltungsbeiträge wurden aber nicht zugesandt. Die Väter sorgen jedoch in den meisten Fällen für die Kinder. Die in der Berichtszeit (15 Monate; 1. Januar 1909 bis 31. März 1910) tatsächlich gezahlten Alimente betrugen rund 14 500 M.

In Dsnabrück (64 000 Einwohner) betrug die Zahl der am 1. April 1910 unter Generalvormundschaft stehenden Mündel 18. An Alimenten wurden von den außerehelichen Vätern 285 M. eingezogen, wie der Verwaltungsbericht hierzu bemerkt: „allerdings oft erst nach Androhung von Zwangsmitteln.“

In Halle a. S. (180 000 Einwohner) bestanden am Schluß des Berichtsjahrs 921 Vormundschaften für den Berufsvormund. Es wurden im Berichtsjahre vereinnahmt aus Abfindungen 8200 M., aus regelmäßigen Zahlungen an den Berufsvormund 26 000 M., aus Pfändungen 8500 M., aus Unterhaltsgeldern der Mutter 1100 M., zusammen also 44 000 M. Ferner wurden an die Mütter bzw. Pflegemütter mit Zustimmung und unter Kontrolle des Berufsvormunds gezahlt rund 37 500 M., so daß den außerehelichen Müttern tatsächlich 81 500 M. zufflossen. Auf 73 Sparkassenbüchern waren 6500 M. ersparte Unterhaltsgelder eingezahlt.

In Krefeld (128 700 Einwohner) wurde der Berufsvormund für 156 Mündel bestellt, von denen am Schluß des Berichtsjahrs 120 übrig blieben. Die für diese Kinder eingegangenen Unterhaltsbeiträge beliefen sich auf 6500 M.

In Zierlohn (80 700 Einwohner) unterstanden 54 Mündel der Berufsvormundschaft, für die 577 M. auf Grund der Urteile und Anerkennungsnote von den außerehelichen Vätern eingingen.

In Magdeburg (252 000 Einwohner) waren es am Schluß des Berichtsjahrs 1240 Mündel, für die im Berichtsjahre 181 800 M. eingingen. Von diesem Betrage wurden 29 100 M. in der Sparkasse für die Mündel sicher gestellt.

Volksgeundheit.

Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Von Dr. Agnes Bluhm, Berlin.

III.)

Die Gesundheitsgefährdung durch bestimmte Krankheiten.

Aus der Fülle der Krankheitsarten und -formen seien hier nur einige wenige hervorgehoben. Da haben wir zunächst:

Die Unfälle, insbesondere Betriebsunfälle.

„Fast ein Fünftel der Krankheitsfälle aller Mitglieder sind durch Unfall verursacht.“ (I. S. 42). „Mehr als ein dreizehntel der Krankheitsfälle aller Mitglieder ist durch Betriebsunfall verursacht.“ (I. S. 43). Von 100 Krankheitslagen sämtlicher Mitglieder entfallen 15,5 auf Unfälle; 7,7 auf Betriebsunfälle. Auf 100 männliche Pflichtmitglieder kommen 9,7 Unfälle (darunter 4,18 Betriebsunfälle); auf 100 weibliche 2,9 (0,87). Bei den freiwilligen Mitgliedern ist das Verhältnis 9,4 (1,88); 2,6 (0,10). Wenn nach der neuesten amtlichen Erhebung¹⁾ 11,8% aller Tagesbetriebsunfälle und 35,0% aller Nachtbetriebsunfälle auf mangelhafte Beleuchtung von Gängen und Arbeitsplätzen, mangelhafte Aufsicht und mangelhafte Einrichtungen der Werke zurückzuführen sind, so geht hieraus hervor, daß die Unkosten einer ausgedehnten Gewerbeaufsicht durch den Gewinn an ersparten Kranken- und Invalidengeldern wohl aufgewogen würden. Denn: legt man das bei der amtlichen Erhebung gesundene Häufigkeitsverhältnis zwischen Tag- und Nachtunfällen (rund 85 : 15) zugrunde, so läßt sich berechnen, daß die Leipziger Ortskrankenkasse allein an vermeidbaren, von seiten des Arbeitgeber verschuldeten Betriebsunfallkrankheitslagen 98 620 Tages- und 51 521 Nachtunfalltage in den Jahren 1887—1904 hätte ersparen können. Das würde, wenn man die Unkosten pro Krankentag mit 1,88 M. (entsprechend den Knappschaftskassen i. J. 1901) veranschlagt, eine Ersparnis von 282 265 M. in 18 Jahren, also von 15 666 M. jährlich bedeuten haben. Dazu kommen die viel häufigeren von seiten des Arbeiters verschuldeten, durch eine umfangreichere Gewerbeaufsicht aber gleichfalls sehr einschränkenden Unfälle.

¹⁾ Vergl. Nr. 81 Sp. 978, Nr. 82 Sp. 1011.

²⁾ Vergl. Abelsdorf: Die Unfallhäufigkeit in den gewerblichen Betrieben während der Nachtschicht. Arch. f. soziale Hygiene, Bd. VI, S. 1. 1910/11.

Die Bleivergiftung.

Unter den chronischen Vergiftungen³⁾ durch anorganische Gifte nimmt die Bleivergiftung einen so hervorragenden Platz ein, daß wir die übrigen auch da vernachlässigen können, wo diese im Tabellenwerk nicht von ihr abgefordert worden sind, natürlich unter der Voraussetzung, daß der betreffende Beruf nicht auf die Vorherrschaft eines anderen Giftes schließen läßt. Während bei den männlichen Pflichtmitgliedern auf 100 000 Personen 351 Bleivergiftungen kommen, entfallen auf 100 000 männliche Freiwillige 770. Innerhalb der weiblichen Mitgliedschaften ist das Verhältnis ein fast genau umgekehrtes, nämlich 100 : 49, was sich aus der Eigenart der weiblichen freiwilligen Mitgliedschaft erklärt. Wir können deshalb bei einem Vergleich der Geschlechter nur die Pflichtmitglieder heranziehen.

Die Bleivergiftung tritt unter so verschiedenen Krankheitsbildern auf, daß sie statistisch niemals ganz zu erfassen ist. So äußert sie sich beim weiblichen Geschlecht häufig nur in habituellem Abort. Die Erkrankungsziffer der Frauen (1,09/100) muß deshalb im Vergleich zu derjenigen der Männer notwendigerweise zu niedrig erscheinen, da die auf Bleivergiftung beruhenden Aborte hier selbstverständlich nicht einbegriffen sind. Vielleicht würde aber der Einfluß derselben auf die weibliche Erkrankungsziffer durch denjenigen der Gicht auf die männliche wieder ausgeglichen werden. Denn wie aus einer in Band I angestellten Untersuchung über die Häufigkeit der Gicht im Polygraphischen Gewerbe und in den anderen 25 „Bleiberufen“⁴⁾ einerseits und in den „Nicht-Bleiberufen“ andererseits hervorgeht, muß innerhalb der ersteren die Gicht als eine Folge der Bleivergiftung angesehen werden.⁵⁾

Unter den männlichen Bleiberufen zeigen die höchste Erkrankungsziffer die Maler, Radierer, Anstreicher mit 60,4/100. Es folgen die Schriftsetzer mit 43,4; die Schriftgießer mit 39,2; die Porzellanmaler mit 34,8; die Arbeiter in Buntpapierfabriken mit 16,0; die Arbeiter in Maßstabfabriken mit 13,1; die Buchdrucker mit 10,9; die Feilenhauer mit 10,1; die Arbeiter in Röhrenwalzwerken, Draht- und Wellblechfabriken mit 6,5; Klempner, Installateure mit 5,4; Lithographen, Rotenstecher, Graveure mit 4,1 usw.

Die starke Gefährdung der Maler usw. stimmt mit den Erfahrungen der Wiener Krankenkassen (Telek) überein. Dagegen sind in Wien innerhalb des Polygraphischen Gewerbes die Schriftgießer in ungleich höherem Maße bedroht als die Schriftsetzer. Die Leipziger Erfahrung der häufigeren Erkrankung der letzteren stimmt mit der Preussischen (Raup) überein. In gewissem Gegensatz zu Wien steht auch die relativ geringere Häufigkeit der Bleivergiftung bei den Leipziger Hilfsarbeiterinnen in Schriftgießereien. Direkt vergleichen lassen sich die Zahlen nicht, da die Erfassung der Personen eine verschiedene ist. Während aber innerhalb des Polygraphischen Gewerbes diese Hilfsarbeiterinnen die durch Bleivergiftung am meisten gefährdete Arbeiterkategorie darstellen, kommen sie in Leipzig mit einer Erkrankungshäufigkeit von 36,3/100 erst an dritter Stelle. Die auf eine Bleivergiftung entfallende Anzahl von Krankheits Tagen ist freilich bei den Leipzigerinnen um 2,3 Tage größer als bei den Wienerinnen.

Als der gefährlichste weibliche Bleiberuf erweist sich nach der Leipziger Statistik derjenige der Polierinnen in Metall, der mit 86,7 Bleivergiftungsfällen auf 1000 Personen gleichzeitig die Gefährlichkeit der männlichen Bleiberufe weit übertrifft. Wenn wir noch dazu hören, daß bei diesen Arbeiterinnen 53,20/100 aller Schwangerschaften vorzeitig mit Fehl- und Frühgeburt endigen, so scheint hier Abhilfe dringend geboten zu sein. Überdurchschnittlich erkranken ferner die Arbeiterinnen in Maßstabfabriken mit 25,60/100 (die Männer nur mit 13,10/100); die Arbeiterinnen in Maschinenfabriken mit 4,60/100; die Hilfsarbeiterinnen in Buchdruckereien mit 5,40/100; die Arbeiterinnen in Buchbindereien und Kartonnagefabriken mit 3,40/100; endlich die Arbeiterinnen in Spielwaren-, Stoch- u. a. Fabriken mit 1,40/100. Für einige Bleiberufe ist der geringen Befragung wegen keine Verarbeitung nach Krankheiten erfolgt, z. B. u. a. für die Porzellanmalerinnen. Ebenso fehlt für die Polierinnen in Metall, da ihre Zahl unter 10 000 liegt, die

Angabe der Todesfälle. Ihre durchschnittliche Bleikrankheitsdauer ist mit 36,2 Tagen eine verhältnismäßig hohe, so daß es sich bei ihnen wahrscheinlich um eine ebenso in- wie extensive Gefährdung handelt.

Es wurde schon durch die österreichischen Erfahrungen (Raup) wahrscheinlich gemacht, daß die Bleivergiftung der Tuberkulose den Weg ebnet; die Leipziger bestätigen dies. Vielleicht übernimmt dabei die bekannte, auch in der vorliegenden Statistik erscheinende Blutarmut der Bleiarbeiter die Vermittlerrolle. Wissen wir doch, daß blutarme Menschen weniger widerstandsfähig gegen tuberkulöse Infektion sind als normalblütige.

Die Tuberkulose

spielt unter den Krankheits- und Todesursachen der Leipziger Rassenmitglieder eine so hervorragende Rolle, daß es geboten erscheint, auf die diesbezüglichen Verhältnisse etwas näher einzugehen.

Von 100 Todesfällen sind verursacht durch Tuberkulose (aller Art)

bei den männlichen Pflichtmitgliedern	30,4;
bei den weiblichen Pflichtmitgliedern	39,7;
bei den männlichen Freiwilligen	35,7;
bei den weiblichen Freiwilligen	38,8.

Bei gleicher Befragung der Altersklassen würden in Bayern 1893 bis 1902 von 100 Sterbefällen der 15 Jahre und darüber alten, männlichen und weiblichen Bevölkerung nur 27,6 durch Tuberkulose veranlaßt sein worden.⁶⁾ Es ist eine bekannte und leicht erklärliche Tatsache, daß die Tuberkulose unter der unbemittelten Bevölkerung verbreiteter ist und größere Opfer an Menschenleben fordert als unter der bemittelten. Es könnte deshalb sein, daß das starke Vorherrschen der Tuberkulose unter den Todesursachen der Leipziger Rassenmitglieder dadurch bedingt ist, daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz unter ihnen bereits tuberkulös erkrankt oder besonders stark für Tuberkulose disponiert in den Beruf eintritt. Dies ist nun aber nicht der Fall, wie aus einem Vergleich ihrer Tuberkulosesterblichkeit mit derjenigen der Preussischen Bevölkerung 1896—1900 unter Berücksichtigung der Altersklassen hervorgeht.⁶⁾

Danach starben in Preußen von 100 000 Männern im Alter von 15 bis 20 Jahren an Tuberkulose 147, von den Leipziger Arbeitern der gleichen Altersklasse aber nur 93. Natürlich gelten für diesen Vergleich die gleichen Bedenken wie für denjenigen in Band I des vorliegenden Wertes angestellten, die allgemeine Sterblichkeit betreffend. Es würde aber die Tuberkulosesterblichkeit der Leipziger 15- bis 20jährigen Arbeiter diejenige der gleichaltrigen Preußen nur dann erreichen, wenn man annähme, daß bei 1/5 sämtlicher Aussteuerungsfälle dieser Altersklasse außerhalb der Rassenmitgliedschaft der Tod an Tuberkulose erfolgte. Es geht hieraus hervor, daß die Leipziger Arbeiter bei ihrem Eintritt in den Beruf kaum stärker für eine tödliche Tuberkulose disponiert sein dürfen als die männliche preussische Bevölkerung des gleichen Alters. Die ungünstige Einwirkung der Berufsarbeit ergibt sich auch aus dem weiteren Vergleich der beiden Kurven.

Bei der preussischen männlichen Bevölkerung verhält sich die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose in der 15/19jährigen Altersklasse zu derjenigen in der 20/24jährigen wie 100:178; bei den Leipziger Arbeitern wie 100:267. Bei beiden Gruppen steigt die Sterblichkeit mit zunehmendem Alter, bei den Arbeitern bis zum 40. Lebensjahre schneller, von da ab langsamer als bei der preussischen männlichen Gesamtbevölkerung. Vom 50. Jahre ab zeigen die ersteren eine Untersterblichkeit an Tuberkulose gegenüber den letzteren, die zwischen 60 und 70 Jahren so groß ist, daß sie durch die außerhalb der Rassenmitgliedschaft erfolgenden Arbeiter-todesfälle allein wohl nicht ganz ausgeglichen werden dürfte. Sie ist aller Wahrscheinlichkeit nach — worauf auch das erwähnte relativ langsame Tempo, in welchem die Tuberkulosedodesfälle bei den Arbeitern jenseits des 40. Lebensjahres zunehmen, hindeutet — als eine Auslesewirkung anzusehen: Wer sich trotz der die Tuberkulose förderlichen Berufsarbeit die Widerstandsfähigkeit gegen diese Krankheit über das 50. Lebensjahr hinaus bewahrt, besitzt eine über den Durchschnitt seiner Altersklasse hinausgehende Konstitutionskraft.

Auch bei den weiblichen Rassenmitgliedern ist der Anstieg der Tuberkulosesterblichkeit in der 20/24jährigen Altersklasse ein sehr viel steilerer als bei der weiblichen preussischen Gesamtbevölkerung; und auch bei ihnen besteht gegenüber der letzteren bis zum 50. Lebensjahre eine nicht unbedeutliche Übersterblichkeit; dann tritt Untersterblichkeit ein, die wiederum zwischen 60 und 70 Jahren

³⁾ Die akuten Vergiftungen spielen eine so geringe Rolle, daß sie unberücksichtigt bleiben können.

⁴⁾ Als „Bleiberufe“ sind solche Berufe betrachtet, in denen in mehr als 2 von den 12 fünfjährigen Altersklassen Krankheitsfälle durch Bleivergiftung vorgekommen sind.

⁵⁾ Dagegen ist der Versuch, die besonders im bleigefährdeten Polygraphischen Gewerbe häufigen Rückenmarksleiden als Bleikrankheit zu erweitern nicht gelungen. Die Zahlen sind zu klein, um statistische Schlussfolgerungen zuzulassen.

⁶⁾ Vergl. Prinzing, Medizinische Statist.

eine solche Höhe erreicht, daß sie durch die innerhalb der Invalidenversicherung erfolgenden Todesfälle an Tuberkulose kaum vollständig beglichen werden dürfte. Diese weibliche Kurve ist außerordentlich charakteristisch. Prägt sich doch in ihr abermals der Einfluß der Geschlechtsstabilität aufs schärfste aus. Vom 20. Lebensjahre ansteigend, erreicht sie ihren Höhepunkt, wenn man nach fünfjährigen Altersklassen rechnet, zwischen 30 und 35 Jahren mit 382 Todesfällen auf 100 000 Mitglieder und sinkt dann wieder kontinuierlich ab. Daß dieser Höhepunkt zeitlich etwas hinter demjenigen der Wochenbettsturve (zwischen 25 und 30 Jahren) liegt, erklärt sich aus dem chronischen Verlauf der Tuberkulose. Wäre es allein die Verminderung der körperlichen Widerstandsfähigkeit durch die Gebärtätigkeit, die hier zum Ausdruck kommt, so müßte auch die Kurve der weiblichen preußischen Gesamtbevölkerung einen solchen Gipfel zeigen. Diese steigt aber ähnlich wie die männliche Kurve, mit Ausnahme einer sehr geringen Senkung zwischen 40 und 50 Jahren, kontinuierlich an. Dies zwingt uns wiederum zu dem Schluß: Es ist das Zusammentreffen von Berufs- und Gattungsleistung, welches die Übersterblichkeit der Leipziger Arbeiterinnen an Tuberkulose zwischen dem 20. und 50. Lebensjahr bewirkt.

Leider muß ich es mir aus Mangel an Raum versagen, an der Hand des Tabellenwerkes den besonderen Berufsschädlichkeiten nachzugehen, welche die hohe Tuberkulosesterblichkeit der Leipziger Rassenmitglieder gerade in den besten Lebensjahren herbeiführen. Es sei nur einiges wenige hier hervorgehoben.

Der Beziehungen zwischen Blei und Tuberkulose haben wir bereits gedacht. Daß auch der Alkohol zu den tuberkulosefreundlichen Giften gehört, beweisen die Bierbrauer, die nicht nur in Leipzig, sondern, wie ich Prinzing's Handbuch entnehme, auch in England eine erst im Laufe der Berufstätigkeit einsetzende überdurchschnittliche Sterblichkeit an Tuberkulose aufweisen. Dasselbe gilt für die Küfer in der Schweiz. Der Tuberkuloseerbfur par excellence ist derjenige der Steinmetzen. Dies wird wiederum durch die Leipziger Statistik bestätigt. Es starben von 1000 Steinmetzen allein an Tuberkulose fast so viel wie von 1000 männlichen Pflichtmitgliedern aller Berufe an sämtlichen Krankheiten zusammen genommen (7,29: 7,65 %/100). Von 100 Todesfällen fielen, wie wir sehen, bei der Allgemeinheit der versicherungspflichtigen Männer 30,46 der Tuberkulose zur Last, bei den Steinmetzen 54,34. Dazu kommen noch die Todesfälle an meist entzündlichen Erkrankungen der Atmungsorgane, die bei ihnen 3,2 %/100, bei der Allgemeinheit nur 1,51 %/100 der Mitglieder betragen. Die 5,0 %/100 betragende allgemeine Übersterblichkeit der Steinmetzen (12,65: 7,65 %/100) wird leblich durch diese beiden Krankheitsgruppen bewirkt. Ziehen wir die durch Tuberkulose und Krankheiten der Atmungsorgane bewirkten Todesfälle von der Gesamtsterblichkeit ab, so sinkt diese bei den Steinmetzen von 12,65 auf 2,14 %/100, bei der Allgemeinheit aber nur von 7,65 auf 3,81 %/100. Wie ein Vergleich nach Altersklassen zeigt, spielt die relativ schwache Befestigung der höheren Altersklassen bei den Steinmetzen dabei keine Rolle. In der obersten Altersklasse (65/74 Jahre) ist bei ihnen weder ein Erkrankungs- noch ein Todesfall an Tuberkulose verzeichnet. In der 15/24jährigen Altersklasse ist die Tuberkulosesterblichkeit der Steinmetzen um 0,47 %/100 und ihre Gesamtsterblichkeit um 1,17 %/100 geringer als bei jenen der Allgemeinheit. Sie stellen also eine konstitutionell besonders günstige Auslese aus der letzteren dar. Die Bekämpfung der Steinhauertuberkulose im besonderen ist demnach nicht nur aus humanitären oder sozialökonomischen, sondern auch aus rassehygienischen Gründen dringend geboten. Es entzieht sich meinem Urteil, wie groß die technischen Schwierigkeiten sind, welche sich einer Assanierung der Steinhauwerkstätten und -plätze entgegenstellen. Völlig unüberwindlich dürften sie kaum sein. Die Aufgabe ist jedenfalls eine außerordentlich dankbare.

Was die Tuberkulose der weiblichen Pflichtmitglieder betrifft, so läßt sich durch genaues Studium der Erkrankungshäufigkeit und der Sterblichkeit in den verschiedenen Altersklassen zeigen, daß die Tätigkeit der Anlegerinnen und Punktiererinnen sowie der Hilfsarbeiterinnen in Buchdruckereien, der Schriftgießereiarbeiterinnen⁷⁾ und diejenige der Putzmakerinnen die Entstehung und den ungünstigen Verlauf der Krankheit befördern. Bei den Putzmakerinnen ist es wohl die mangelnde Hygiene der Arbeitsstätte im Verein mit der gebückten Haltung, welche der Tuberkuloseeignung

der an sich schon schwächeren Elemente unheilvoll entgegenkommt. Nicht unerwähnt möchte ich im Hinblick auf die meines Erachtens völlig unberechtigten Forderungen Bedenken gegen den kaufmännischen Beruf der Frau die Tatsache lassen, daß das weibliche Bureau-, Kontor- und Ladenpersonal in allen Altersklassen eine unterdurchschnittliche Tuberkulosesterblichkeit zeigt, während die männlichen Vertreter dieser Berufsgruppe in 3 von 6 zehnjährigen Altersklassen eine Übersterblichkeit besitzen.

(Schluß folgt.)

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Amerikanisches Volksbildungswesen. Von Wilhelm Müller, Schuldirektor a. D. Mit 8 Beilagen. Verlegt bei Eugen Diederichs, Jena 1910. Fr. 2,50 M.

Die lehrwerte Schrift gibt einen Überblick über alle Arten des amerikanischen Volksschulwesens, vom Kindergarten an bis zu den Stätten wissenschaftlicher Ausbildung; daneben finden auch die freiwilligen Volkshochschulkurse, die Jugendgerichtsbewegung, das Bibliothekswesen Berücksichtigung. Da die Vereinigten Staaten mit eigenartigen schwierigen Fragen zu rechnen haben, d. h. vor allem die Umwandlung des starken Einwandererstroms in gute amerikanische Staatsbürger anstreben müssen, und da man ferner dort mit weniger alten Überlieferungen oder auch Vorurteilen zu rechnen hat, so weisen auch die verschiedenen Zweige des Bildungswesens ganz eigenartige Erscheinungen auf. Namentlich die in neuerer Zeit auch in Deutschland sich ausbreitenden Bestrebungen, die Volksschule in eine Arbeitsschule umzuwandeln, können an einigen amerikanischen Vorbildern gute Anregung schöpfen. Im ganzen zeigt das Buch ein erfreuliches Bild, wie neben dem auf den Gelderwerb und auf Geschäftsinteressen gerichteten Sinn des Volks sich doch eine immer stärker werdende Strömung bemerkbar macht, die auf materielle und geistige Hebung der Massen hinstrebt.

Das Zuwachssteuergesetz vom 14. Februar mit den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 28. März 1911. Mit Einleitung, Erläuterungen und Berechnungsbeispielen von Dr. Albert Sädekum, M. d. R. Sammlung deutscher Gesetze. Herausgegeben von Dr. Heinrich Wimpfheimer. Mannheim und Leipzig 1911. Verlag von J. Bensheimer. (Gebd. 2.50 M.)

Wie der Verfasser in seinem Vorwort ausdrücklich hervorhebt, hat er aus der Begründung der Regierungsvorlage, dem gesamten Verhandlungsmaterial des Reichstags und der vorhandenen Literatur alles zusammengetragen, was geeignet ist, in das Dunkel der oftmals wirklich schwer verständlichen Gesetzesbestimmungen soviel Licht zu bringen, daß sie sich auch dem Verständnis des Laien erschließen. Ein Vorzug dieses Kommentars ist die Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats, die hier zum erstenmal zur Erläuterung des Gesetzes herangezogen und selbst erläutert werden. Da der Verfasser als Vorsitzender der Reichstagskommission, die sich mit der Durcharbeitung des Gesetzes zu befassen hatte, mit der ganzen Materie besonders vertraut erscheint, dürften diese seine Erläuterungen immer Interesse beanspruchen.

3. Altenrath, Berufswahl und Lehrstellenvermittlung. M. Glabach, Volksvereinsverlag. 1911. 46 S. 8°. Preis geh. 1 M.

Wie der Verfasser ausführlich, lassen mangelnde Einsicht und das Spiel des Zufalls einen großen Teil unserer schulentlassenen Jugend ungeeignete Berufe wählen. Mannigfache ökonomische, physische und ethische Schädigungen des einzelnen sind die Folge dieses Mißstandes, der in letzter Linie auf Staatsleben und Volkswirtschaft einwirken muß. Gemeinsame Arbeit der Schule, des Arbeitsnachweises und der Organisationen des Handwerks — wie solche heute schon in München, Strassburg und Pforzheim, wenn auch noch nicht mit ausreichendem Erfolg, geleistet wird — soll unter Beistand des Arztes gründlichen Wandel schaffen. — Sollte nicht auch durch ein Zusammengehen von Schule und Großindustrie eine Organisation ins Leben zu rufen sein, die bei Wahl des Berufes und Vermittlung passender Lehrstellen unsern gewerblichen Nachwuchs in einer Weise zu beraten vermöchte, die den Anforderungen unserer Zeit weit mehr entspräche, als das bei den heute bestehenden Organisationen anscheinend der Fall ist?

25 Jahre Unfallverhütung. Eine Studie, den deutschen Berufsorganisationen zugeeignet vom Verein deutscher Divisions-Ingenieure E. B. von Ing. C. Bauer und Prof. M. Gary. Berlin. 1910. A. Seydel. Preis 10 M.

Arbeitschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode. 2. verbesserte Auflage von: Der Arbeitsunterricht. Von Privatdozent Robert Seidel. Zürich. 1910. Art. Institut Dr. F. H. H. Preis 2 M. 130 Seiten.

Die Prostituierten und das Strafrecht. Von H. Schmölder. München. 1911. Ernst Reinhardt. Preis 1 M.

⁷⁾ Für diese sind, da ihre Zahl unter 2500 liegt, die Todesfälle an Tuberkulose nicht angegeben.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

In Kürze erscheinen:

Die Bedeutung der Philosophie Hegels für die Gegenwart

VON

Dr. Emil Hammacher,

Privatdozent für Philosophie an der Universität Bonn.

Preis 2 Mark 50 Pfg.

Zur Geschichte der Vermögenssteuern

VON

Dr. phil. Bruno Moll.

Preis 3 Mark 50 Pfg.

Sobald ist erschienen:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von **Gustav Schmoller.**

XXXV. Jahrgang. 2. Heft. Preis: 12 Mark.

Inhalt: Die Steigerung der Preise. Von B. J. Ashley (Deutsch von L. Kagenstein). — Die Verwaltung von London. Von Hermann Büchel. — Die staats- und völkerrrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Schiffsfahrtsabgaben im Deutschen Reich. Von G. Groß. — Spanische Agrarpolitiker des 17. Jahrhunderts. Von Rudolf Leonhard. — Ursachen für die Entwicklung des Reichsbankdiskonts in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Dezember 1909. Von Karl Gorgs. — Zur Geschichte des ungarischen Ministeriums Fejérváry. Von Julius Bunzel. — Die Frauenarbeit nach den beiden letzten Volkszählungen. Von J. Silbermann. — Die Organisation der gewerblichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) und ihre Bedeutung für das Gewerbe. Von J. B. Brandt. — Der Arbeitsmarkt der Redakteure. Eine statistische Untersuchung. Von Paul Stollhoff. — Die „innere Kolonisation“ in England. Von Hermann Levy. — Statistischer Maschinenbetrieb in Hinsicht auf das Verhältnis von Reichs- und Landesstatistik. Von Paul Kollmann. — Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Eine Würdigung. Von Friedrich Freiherrn von Wieser.

Kürzlich sind erschienen:

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabbacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. zu Münden-Glabbad im Rheinland.

VON

Dr. phil. Marie Bernays.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.)

Preis: 9 Mark 60 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozeß und ihre Arbeiterschaft. 1. Teil: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschicksal. — Wertstatistikgemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Teil: Zur Psychologie der Textilarbeit. — Einfluß der Rindheitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluß von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Grundzüge der Handelspolitik.

VON

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königl. Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung

VON

Preis: 10 Mark. **Dr. Pfau-Rom.** Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. — Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirtschaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Auslandsmehrwert und das Aufgeld. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik. Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzesystems. — Das Schutzesystem ohne Zölle. — Die Handelspolitik und die Zölle. — Die Bevölkerung und die Handelspolitik. — Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichturns. — Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder Schutz Zoll. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung. — Das Maß des Zolles. — Übertragung und Einschneiden der Zölle. — Die Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung. — Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft

in der

Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie.

Mit Beiträgen

VON

Dr.-Ing. von Biełkowski, Dr. H. Hünke, Dr. Cl. Heiß,

Dr. J. Deutsch und Dr. Dora Landé.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 134. Band.)

Preis: 11 Mark 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: 1. Untersuchungen über Arbeitsleistung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Fabrikfabrik. Von Dr.-Ing. von Biełkowski. Mit 12 Diagrammen im Text. Anhang: Statistische Angaben über den Arbeitslohn in seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und den Arbeitsbedingungen. 2. Auslese und Anpassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe mit besonderer Rücksichtnahme auf die Schmachthine. Von Dr. Hans Hünke. Einleitung: A. Kurze Übersicht über die technische Entwicklung der Schmachthine. B. Vorbereitung der Schmachthine. C. Einwirkung der Maschine auf die Produktionsverhältnisse. D. Einwirkung der Maschine auf die Betriebsverhältnisse. — Abfahrverhältnisse. — Die Wirkung der Maschine auf die Nebenindustrie. D. Schmachthine und Tarif. E. Die Lage der Schmachthine: Die Schmachthine und ihre Arbeit. — Die Vertätigung des Arbeiters im Betriebe. — Die Lebenshaltung der Arbeiter an der Maschine. — Die sanitären Verhältnisse. — Schluß. 3. Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik. Von Dr. Cl. Heiß. Einleitung. Die sozialen Wirkungen der modernen Fabrikorganisation. — Anstrengung durch die Arbeit. — Die Arbeitszeit und Ermüdung. — Herkunft und Abstammung. — Schuttsverhältnisse und Herkunft. — Berufswahl. — Die Lehre. — Die Lehre nach der Fragebogenerhebung. — Militärverhältnisse. — Familienverhältnisse. — Wohnungsverhältnisse. — Erholung und geistiges Leben. — Was und warum ich Sonntags arbeite. — Lebensziel. 4. Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Die Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. 5. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Dr. Dora Landé. Einleitung. — Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeitszeit in der Berliner Maschinenindustrie. — Die Lohnverhältnisse. — Alterszusammensetzung der Arbeiterschaft. — Arbeitszeit. — Gewerbliche Mitarbeit der Ehefrauen. — Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. Schlußwort. — Tabellen.

Die Finnländische Frage im Jahre 1911

:: Ein orientierender Überblick ::
über den gegenwärtigen Stand des
finnländischen Verfassungskampfes.
Von einem Mitglied des Finnländischen Landtags.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Einleitung. — Die sogenannte Reichsgesetzgebungsfrage. — Die Militärfrage. — Die Stellung der Russen in Finnland. — Lebt Finnland auf Kosten Rußlands? — Finnlands Finanz- und Budgetrecht. — Finnlands auswärtiger Handel. — Literaturverzeichnis über Finnland und die finnländische Frage.

Kaufmännisch gebildeter

Verbandssekretär,

jung, im Verkehr mit Behörden bewandert,
vertraut mit Krankenkassen, Rechtsschutz und
Stellenvermittlungswesen. Repräsentabel, red-
nerisch und organisatorisch gut befähigt, sucht
sich zu verändern. Offerten unter „E. 2262“
an **Haasenstein & Vogler, A.-G.,**
Leipzig erbeten.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Hollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die Reform der bayerischen Heimat- und Armen-gesetzgebung. Von Regierungsrat Rolf Schreiber, München. 1049
- Sozialpolitik und Wohnungslongreß. Von Dr. R. v. Mangoldt, Frankfurt a. M. 1053
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitererschutz. 1055
- Die Verhandlungen der 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.
- Die Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M.
- Die Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform.
- Allgemeine Sozialpolitik. 1056
- Staatsverträge über Arbeiterversicherung.
- Ein Landarbeiterprogramm.
- Die fünfte Konferenz der Zentralkstelle für Volkswohlfahrt.
- Der Evangelisch-Soziale Kongreß.
- Soziale Zustände. 1057
- Deutsche und fremde Arbeitskräfte am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals.
- Die bessere Ausnutzung des Tageslichts in England.
- Arbeiter- und Unternehmervereinigungen. 1060
- Beamtenauschüsse in Staatsbetrieben.
- Die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland. G. B.
- Streiks und Ausperrungen. 1061
- Fortbildungsschule und Streik im Klempnergewerbe in Stettin.
- Die Vermeidung der dänischen Ausperrung.
- Der Streik der wallonischen Bergarbeiter.
- Gemeinnützige Rechtsauskunft. 1062
- Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen.
- Eine Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. April 1911, betreffend die Verfolgung von Ansprüchen auf Entschädigung für Unfallfolgen.
- Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftstellen. Von Sekretär G. Schumann, Pforzheim.
- Aus den Berichten deutscher Rechts-Auskunftstellen. I.
- Richtlinien für die gemeinnützige Rechtsauskunft.
- Arbeiterversicherung. Sparkasten 1066
- Arbeiterobstruktion gegen die staatliche Altersversicherung in Frankreich.
- Die zweite Session der Reichsversicherungsordnung.
- Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung in der Kommission.
- Das Spar-Prämien-System bei der städtischen Sparkasse in Posen.
- Steuerezahlung aus Sparkastenguthaben.
- Geschenksparskassenbücher in Merseburg.
- Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1070
- Die Deutsche Feldarbeiterzentrale.
- Die Stellenvermittlung für Gastwirtschaften in Chicago.
- Genossenschaftswesen. 1073
- Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine.
- Die Großeinkaufs-Gesellschaft im Jahre 1910.
- Volksgesundheitswesen. 1074
- Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Von Dr. Agnes Blum, Berlin. IV (Schluß).
- Der 1. österreichische Tuberkulosekongreß.
- Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Nürnberg.
- Ein Bierverbot auf den Kruppischen Stahlwerken.
- Literarische Mitteilungen. 1078

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die Reform der bayerischen Heimat- und Armen-gesetzgebung.

Von Regierungsrat Rolf Schreiber, München.

Die bayerische Heimat- und Armen-gesetzgebung steht vor einem bedeutsamen Wendepunkt. Im Sommer 1908 haben die beiden Kammern des Landtags an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, sie möge „behuß Gewinnung der notwendigen Unterlagen

zu einer Neugestaltung des bayerischen Armenwesens“ die erforderlichen Erhebungen pflegen und sodann „baldigst einen entsprechenden Geszentwurf vorlegen“. Eine Reihe von „Richtpunkten“ bezeichnete zugleich den Weg, auf dem die Lösung der Aufgabe gedacht war.

Dieser Beschluß hat eine lange und wechselvolle Vorgeschichte. Als es sich in den Novembertagen des Jahres 1870 darum handelte, die Rechtsgebiete festzulegen, in denen Bayerns staatsrechtliche Sonderstellung auch nach dem Eintritt in die Reichsgemeinschaft gewahrt bleiben sollte, war das bayerische Gesetz über Heimat, Verheirathung und Aufenthalt vom 16. April 1868 erst seit kurzem in Kraft. Es war allgemein als ein großer Fortschritt empfunden worden, und besondere Mißstände hatten sich nicht gezeigt, während das norddeutsche Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 infolge verschiedener Mängel und nach der Lage der damaligen Verhältnisse für Bayern in keiner Weise passend schien. So fand es fast einstimmigen Beifall im Lande, daß sich die bayerische Staatsregierung in den Schlußprotokollen der Versailler Verträge den Fortbestand der bayerischen Heimatgesetzgebung durch ein Reservatrecht sicherte, das späterhin in Art. 4 Ziff. 1 der Reichsverfassung seine ausdrückliche Sanction fand.

Der Gegensatz der preussisch-norddeutschen und der bayerischen Regelung des Armen- und Heimatwesens gipfelt in dem Unterschied der Begriffe „Heimat“ und „Unterstützungswohnsitz“. „Heimat“ ist für den Bayern die öffentlich-rechtliche Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gemeindeverband. Sie wird erworben vor allem durch die Geburt, unter bestimmten Voraussetzungen aber auch durch Erziehung, Verheirathung, Verleihung u. a. Unter ihren Wirkungen — die sich ebensowenig wie die der „Staatsangehörigkeit“ durch eine allgemeine Formel ausdrücken lassen — erscheint am wichtigsten die Bestimmung, daß der Aufenthalt in der Heimatgemeinde aus polizeilichen Gründen nicht verwehrt werden darf, ferner der Anspruch auf Armenunterstützung gegenüber der Heimatgemeinde im Falle der Hilfsbedürftigkeit. Jeder Bayer soll eine „Heimat“ haben und sie nicht anders verlieren können als durch den, an mehr oder minder schwere Bedingungen geknüpften Erwerb einer neuen Heimat. Hierdurch gewinnt, wie die Begründung zum Gesetz vom 6. Juni 1870 richtig hervorhebt, die bayerische Heimat ihr eigentümliches Gepräge der Stetigkeit und Unzerstörbarkeit, im entschiedensten Gegensatz zu dem preussischen Grundsatz des leicht zu erwerbenden, aber auch ebenso leicht zu verlierenden Unterstützungswohnsitzes. Der letztere fußt nämlich völlig in dem Prinzip der Freizügigkeit, dem es widerstrebt, den einzelnen an seine Scholle zu binden. An die Stelle der durch Geburt erworbenen und den Besitzer in der Regel lebenslang begleitenden Heimat setzte vielmehr das preussische Recht den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch Zeitablauf.

Beide Systeme sind, wie Max v. Sengel schon 1896 hervorhob, der Ausdruck unter sich verschiedener Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung. Das System des Unterstützungswohnsitzes entspricht mehr einer in Fluß geratenen, das der Heimat einer mehr festen Bevölkerung. Und so galt auch die bayerische Heimatgesetzgebung geraume Zeit für ein ebenso kostbares wie wohlbegründetes Reservatrecht, denn noch besaß die überwiegende Mehrheit der Angehörigen jeder Gemeinde durch den Aufenthalt daselbst die tatsächliche, nicht bloß juristische Eigenschaft eines „Gemeinsdgenossen und Schutzverwandten.“ Allein die wirtschaftlichen Verhältnisse änderten sich mit Riesenschritten.

Die ungeahnte vervollkommnung aller Verkehrsmittel, die neu-gewonnenen Grundrechte der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit haben im Verein mit der zunehmenden Industrialisierung der Städte auch in Bayern eine immer größere Beweglichkeit der Bevölkerung herbeigeführt und während der letzten Jahrzehnte eine völlige Veränderung der Siedlungsverhältnisse, im Sinne einer tatsächlichen Lösung der Bevölkerung von der heimatischen Scholle zur Folge gehabt. Das Heimatprinzip konnte seiner ganzen Natur nach auf diese Verschiebungen nur geringe Rücksicht nehmen, und so kam es, daß die Gemeinden, insbesondere die ländlichen, mehr und mehr mit der Fürsorge für abgewanderte und heimat-entfremdete Personen oder deren Familien belastet wurden, von deren Arbeits- und Steuerkraft sie niemals Vorteil gehabt haben.

Eine Anzahl von Novellen — am einschneidendsten jene des Jahres 1896 — versuchte freilich, dem Zuge der Zeit Rechnung zu tragen, indem sie die Bedingungen des Erwerbs einer neuen Heimat in der Aufenthaltsgemeinde erleichterte; sie haben jedoch, statt die Luft zwischen Heimat und Wohnsitz zu schließen, lediglich ihre Verbreiterung hintangehalten. Lauter denn je waren die Klagen, welche aus allen Teilen des Königreichs, vor allem aus den Landgemeinden, über die unerträgliche Steigerung der Armenlasten und ihre ungerechte Verteilung erschollen und zuletzt in dem eingangs erwähnten Landtagsbeschlusse ein Echo fanden. Freilich war man nachgerade der „kleinen Mittel“ müde geworden; Regierung und Parlament scheinen entschlossen, diesmal ganze Arbeit zu machen.

Dem ersten Teile des Beschlusses ist bereits Rechnung getragen, das Bayerische Statistische Landesamt, das mit der Sammlung und Bearbeitung der notwendigen Unterlagen beauftragt war, hat vor kurzem die Ergebnisse der Arbeit in Form einer umfangreichen Denkschrift herausgegeben,¹⁾ und man darf kühnlich behaupten, daß wohl nur wenigen Gesekentwürfen ein Material von ähnlicher Fülle, Präzision und Übersichtlichkeit zur Verfügung stand. Im übrigen fanden sich sämtliche Erwartungen bestätigt, wenn nicht übertrieben.

Die Seßhaftigkeit der Bevölkerung, von der die bayerische Heimatgesetzgebung ausging, ist nicht mehr vorhanden. Umfangreiche Wanderungen haben stattgefunden; von der Bevölkerung Bayerns war 1907 nur mehr etwas über die Hälfte bodenständig, d. h. in der Aufenthaltsgemeinde geboren. Wie Geburts- und Aufenthaltsgemeinde, so fallen auch Heimats- und Aufenthaltsgemeinde in hohem Grade auseinander; man darf annehmen, daß die einem Heimatverbande angehörigen Personen zur Hälfte aus solchen Personen bestehen, die der betreffenden Gemeinde den Rücken gekehrt haben. Die Zuschüsse aus der Gemeindefasse zur Armenkasse zeigen eine gewaltig aufstrebende Tendenz. Über 1100 Gemeinden (14,4%) müssen mit mehr als 50%, 207 Gemeinden mit mehr als 100% des Steuersolls die Armenkasse speisen. Diese hohe Armenbelastung findet sich überwiegend in den kleinen und kleinsten Gemeinden. Ein erheblicher Teil des Unterstützungsaufwandes (in Niederbayern die Hälfte!) ist für Personen bestimmt, die außerhalb der Heimatgemeinde wohnen, als sie hilfsbedürftig wurden, deren Lebensverhältnisse also den Heimatgemeinden nicht genügend bekannt sind und deren Armenversorgung unrationell werden muß.

Nachdem dergestalt die Notwendigkeit einer Reform klar erwiesen, steht die bayerische Staatsregierung vor der Aufgabe, dem Landtage den gewünschten Gesekentwurf vorzulegen.

Die Frist bis zum nächsten Zusammentritt der Kammern ermöglicht es, auch hier mit ungemeiner Gründlichkeit vorzugehen. Das Ministerium des Innern hat deshalb in diesen Tagen — unter kurzer Darlegung der Richtlinien, in denen sich die Reform bewegen wird (oder doch bewegen kann!) — eine große Anzahl von mittleren und unteren Verwaltungsbehörden zur gutachtlichen Berichterstattung aufgefordert.

Ohne der Entscheidung der zuständigen Stelle vorzugreifen, kann jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß sich für die Durchführung aller als notwendig erwiesenen Reformen nur zwei Möglichkeiten eröffnen werden:

entweder die Beschränkung auf eine nochmalige Änderung des Heimat- und des Armengesetzes (evtl. nur des letzteren) oder der Eintritt in den Geltungsbereich des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz — unter Aufgabe des für Bayern bestehenden Sonderrechts.

¹⁾ Das Heimat- und Armenwesen in Bayern, Statistische Unterlagen zur Reform der bayerischen Heimat- und Armengesetzgebung, Heft 83 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, 213 Seiten. Bearbeitet von Regierungsassessor R. Deder.

Der in der Tagespresse noch hie und da auftauchende Vorschlag der Übernahme sämtlicher Armenlasten auf den Staat — der wegen der Unmöglichkeit jeder Individualisierung sowie der zu erwartenden enormen Steigerung der Armenlasten jedem Kenner der Verhältnisse völlig utopisch erscheint — dürfte dagegen kaum mehr zur Debatte gestellt werden.

Wird das Heimatprinzip beibehalten, so wird vor allem dem modernen Wanderverkehr Rechnung getragen werden müssen durch Herabsetzung der Wartezeit und Erleichterung der sonstigen Bedingungen für den Erwerb einer neuen Heimat, Einführung eines Heimaterwerbs kraft Gesetzes ohne besondere Verleihung, Wegfall der Heimatgebühren, des Berechtigungszugewinnes u. a. m. — Maßnahmen, die wohl nur einen bayerischen Leserkreis interessieren.

Die Reform soll aber, dem Vernehmen nach, noch weitere Kreise ziehen. Geplant sei z. B. ein Ausbau des Instituts der Naturalverpflegung (Wanderarbeitsstätten) in dem Sinne, daß den Distrikten und unmittelbaren Städten die gesetzliche Verpflichtung auferlegt wird, an bestimmten Orten solche Stationen zu errichten. Der Gedanke, daß jede Armenunterstützung durch Arbeitsleistung abverdient werden muß, ist sicherlich ebenso ethisch hochstehend wie wirtschaftlich, und man darf hoffen, daß ein planmäßiger Ausbau dieser Einrichtungen den gewünschten Erfolg zeitigen und die vielen Zweifel, die jetzt noch — auch von Praktikern! — gehegt werden, zum Verschwinden bringen wird.

Denkmalen Zweck, eine Entlastung der Armenkassen, verfolgt ferner das geplante schärfere Vorgehen gegen Arbeitscheu und säumige Unterhaltungspflichtige durch Einführung des polizeilichen Arbeitszwanges in „Armenarbeitsanstalten“, wie sie z. B. in Württemberg, Hamburg und anderswärts bestehen. Die vorbeugende Tätigkeit der Armenpflege soll durch größere Fühlung mit der Privatwohltätigkeit (bekanntlich ein Problem, um dessen Lösung man sich seit Montgelas vergeblich bemüht hat) sowie durch Änderung des Machtbereichs und der Zusammenfassung des Armenpflegsbereichs (Frauen!) gefördert werden. Wenn endlich an die Notwendigkeit einer schärferen Umgrenzung des Begriffs der „objektiven Hilfsbedürftigkeit“ erinnert und damit das Gespenst einer Auflösung der Arbeitslosenfrage (wegen der Gewährung von Armenunterstützung an Arbeitslose!) an die Wand gemalt werden darf, so erscheint die Vermutung gerechtfertigt, daß es in der kommenden Landtagssession zu ebenso interessanten wie ausgedehnten Debatten kommen wird.

Bei dieser Gelegenheit werden auch die Gegensätze von Stadt und Land scharf aufeinanderplagen, denn es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß die geplante Neuordnung der Dinge die Armenlasten der Städte gewaltig vermehren wird. Der bayerische Städtetag wird deshalb wohl in Bälde zum Schutze seiner Interessen mobil machen, das sattem bekannte Argument aber nicht entkräften können, daß die Städte von der Zuwanderung der arbeitskräftigen ländlichen Bevölkerung wirtschaftliche Vorteile ziehen und diese nach den Grundsätzen der ausgleichenden Gerechtigkeit auch mit der Übernahme der Unterstützungspflicht zu qualifizieren haben. Eine gesteigerte finanzielle Belastung der Städte infolge der Reform ist — auch bei Wahrung des „Heimatprinzips“ — wohl unvermeidbar.

Auch bei Wahrung des Heimatprinzips! Man wird trotz der Knappheit der bisherigen Darstellung den Eindruck gewonnen haben, daß die geplante Abänderung des Heimat- und Armengesetzes im ganzen und großen nichts anderes ist als eine Übernahme von Normen des Unterstützungswohnsitzgesetzes, unter Vermeidung des Namens. Erstlich aus diesem Grunde, sodann deshalb, weil Bayern bei dem außerordentlich lebhaften Bevölkerungsaustausch mit den übrigen deutschen Bundesstaaten weit weniger Menschen gewinnt, als es an sie abgibt, sich bei Annahme des Reichsgesetzes über den U.W. also gegenüber den anderen Bundesstaaten finanziell sehr gut stellen würde, werden die maßgebenden Stellen die letztere Möglichkeit ernstlich ins Auge fassen müssen.

Der Kernpunkt dieser Frage liegt freilich auf politischem Gebiet: Der Eintritt in den Geltungsbereich des U.W. Gesetzes bedingt die Aufgabe des (eingangs erwähnten) bayerischen Reservatrechts, und noch Piloty²⁾ hat (1907) einen solchen Verzicht für unmöglich gehalten. Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, zu untersuchen, ob sich die tatsächlichen Verhältnisse und die Stimmung der Volksvertretung inzwischen soweit geändert haben, daß eine

²⁾ „Wie man auch mit einem Reservatrecht selbst zu Schaden kommen kann“ von Prof. Dr. R. Piloty in den Bl. f. administrative Praxis. Bd. 57 S. 282 ff.

Staatsregierung der Krone im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem solchen Schritte raten kann. Das eine steht jedenfalls fest, daß eine faktische Einführung der Grundsätze des Unterstützungswohnsitzes ohne den Eintritt in die Reichsgemeinschaft sowohl vom Standpunkte der Rechtseinheit aus gebauerlich wie auch wirtschaftlich verfehlt wäre, da Bayern hierdurch um die geschätzten finanziellen Vorteile gebracht würde. Vielleicht aber ließe sich ein Weg finden, das gewünschte Ziel ohne förmliche Aufgabe des Reservatrechts zu erreichen!³⁾

Die Möglichkeit, den Inhalt des Reichsgesetzes über den MW. als Landesgesetz zu erlassen, erscheint zunächst um deswillen unbillig, weil § 1 Abs. II des MWG. die Vorteile des Gesetzes nur denjenigen Deutschen vorbehält, welche dem Geltungsbereich des Reichsgesetzes angehören. Allein diese Bestimmung ließe sich, wie jedes Gesetz, ändern. Wenn einer Anregung Bayerns entsprechend Bundesrat und Reichstag die Aufhebung des Absatzes II a. a. D. beschließen, dann gelten die Prinzipien des Unterstützungswohnsitzes einheitlich für ganz Deutschland, überwiegend kraft Reichs-, in Bayern kraft Landesgesetzes, das bayrische Sonderrecht aber „ruht“, ohne förmlichen Verzicht, durch einfache Nichtausübung. Und die Frage der Aufgabe eines Kronrechts (während der Regentschaft!) braucht nicht aufgerollt zu werden.

Daß der hier vorgeschlagene Weg nicht der geradeste ist, macht ihn für die Politik nicht ungangbar; im übrigen ist er auch nur für den Fall empfohlen, daß sich die Schwierigkeiten, welche dem in erster Linie angustrebenden Eintritt in die Reichsgemeinschaft entgegenstehen, auf andere Weise nicht überwinden lassen.

Sozialpolitik und Wohnungskongreß.

Von Dr. R. v. Mangoldt, Frankfurt a. M.

Auch der wärmste Anhänger der industriellen Sozialpolitik muß ihre wirksame Ergänzung durch andere sozialpolitische Maßnahmen wünschen und fordern, insbesondere durch eine kräftige Wohnungspolitik. Wie oft lesen wir von den Klagen der Gewerbetreibenden, daß selbst erhebliche Lohnfortschritte wieder wettgemacht werden durch Mietssteigerungen! Und daß es ohne eine gründliche Besserung unserer Wohnungsverhältnisse keine wirklich befriedigenden Zustände der großen Massen unserer ärmeren Bevölkerung gibt, bedarf weiter keines Beweises. Merkwürdig ist aber, wie verhältnismäßig unausgebaut trotzdem dieses ganze Wohnungsgebiet ist. Zwar fehlt es wahrlich nicht an eifriger und hingebender Arbeit auf diesem Felde, aber diese Arbeit hat sich bisher doch überwiegend auf kleinere Ausschnitte aus dem gewaltigen Gesamtproblem erstreckt, wo praktische Erfolge leichter zu erzielen waren, so z. B. auf die gemeinnützige Bautätigkeit und deren Förderung, sowie auf die Reformierung der Bauordnungen und Bebauungspläne. An die großen entscheidenden Fragen wagt sich aber die Reformbewegung bei uns erst jetzt langsam heran. Diese entscheidenden Fragen sind vor allem: wie erhalten wir billigen Bau- und An siedlungsboden und wie kommen wir zu einer billigen, flott arbeitenden, von Mißständen freien Bautätigkeit?

Zur Förderung dieser großen Aufgaben soll nun der Zweite Deutsche Wohnungskongreß, der vom 11. bis 14. Juni in Leipzig abgehalten werden wird, dienen⁴⁾. Der Kongreß wird veranstaltet von den hervorragenden Wohnungsreform-Vereinigungen des ganzen Reiches, wie z. B. den großen Provinzialvereinen für Wohnungswesen, dem Deutschen Verein für Wohnungsreform, dem Bund Deutscher Bodenreformer, dem Verband Deutscher Mietervereine, der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft usw. Doch finden sich in dem großen Organisationsausschüsse auch Vertreter zahlreicher sonstiger, mit der Wohnungsreform in Fühlung stehender großer Körperschaften, wie z. B. der Landes-Versicherungsanstalten, der Krankenkassen, großer Ständesorganisationen, der Inneren Mission, verschiedener Frauenverbände usw. Internationale Wohnungskongresse gibt es schon seit längerer Zeit. Sie können sich jedoch naturgemäß mit den Zuständen und Bedingungen eines einzelnen Landes nur verhältnismäßig wenig beschäftigen. Der erste Deutsche Wohnungskongreß wurde im Herbst 1904 in Frankfurt a. M. abgehalten. Seit dieser Zeit hat sich nun aber die Reformarbeit, die an den einzelnen Stellen auf dem Gebiet des Wohnungswesens bei uns geleistet wird, ganz

außerordentlich vermehrt und vertieft. In Westfalen, Bayern und Baden sind rührige Landes- bzw. Provinzialvereine für Wohnungswesen entstanden oder zu starker Entwicklung gekommen, Württemberg und Bayern haben eine Zentralwohnungsinpektion eingerichtet; in Bayern wird überhaupt auf allen in Betracht kommenden Gebieten in den letzten Jahren eifrig gearbeitet. Die Gartenstadtbewegung ist mächtig angeschwollen und hat zu einer ganzen Reihe praktischer Gründungen geführt. Der Erwerb umfassender Ländereien durch unsere Gemeinden hat sich stark entwickelt, das Erbbaurecht ist vielfach angewendet worden, und mehr und mehr begegnen wir auch Versuchen, das Baureditproblem durch öffentliche Gewährung der zweiten Hypothek zu lösen. Noch zittern auch die großen Kämpfe um die Zuwachssteuer nach, und auch Theorie und Wissenschaft haben in den seit dem ersten Kongreß abgelaufenen fast sieben Jahren erhebliche Fortschritte gemacht.

Diesen ganzen Strom der Reformbewegung will nun der bevorstehende Wohnungskongreß für die beiden eben genannten Hauptpunkte aller Wohnungsreform, die Bodenfrage und die Baupolitik und Bautätigkeitsfrage, zusammenfassend nutzbar machen. Diese beiden großen Fragen bilden die zwei Hauptgegenstände des Kongresses. Das erste Hauptthema „Bodenfrage und Bodenpolitik in großen und kleinen Orten“ ist untergeteilt in die beiden Themen „Unsere öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Bodenfrage“ und „Unsere öffentlichen Körperschaften als Terrainunternehmer in der Bodenfrage“. Das entspricht den zwei Hauptrichtungen, in denen die so schicksalsschwere Bodenfrage durch öffentliches Eingreifen zu lösen ist: durch eine veränderte Richtung der behördlichen Vorschriften einerseits und durch eine positive öffentliche Landpolitik andererseits. In der ersteren Richtung wird auf dem Kongreß insbesondere die Frage: wie müssen wir unsere behördlichen Vorschriften einrichten, um billiges Bauland zu erhalten, eine eindringende Erörterung aus sachverständigem Munde erfahren. Die so wichtigen und aktuellen Fragen der Umlage, der Verbesserung des Enteignungsrechtes und seiner Anwendung, einer verbesserten Deckung der Straßenkosten und anderes mehr werden hier zur Darlegung kommen, ebenso aber auch die außerordentlich wichtige Frage, ob wir es in Deutschland nicht vielleicht auch mit einer gewissen Überspannung der behördlichen Vorschriften und Auflagen in unserer Stadterweiterung zu tun haben und ob wir dadurch nicht gerade die Erreichung des ersehnten Zieles einer gründlichen Verbesserung unserer Wohnungs- und An siedlungsverhältnisse erschwert statt erleichtert haben. Auch der sich mehr und mehr bahnbrechenden Erkenntnis, daß wir, um von dem Mietskasernenystem loszukommen, insbesondere das kleine Ein- und Zweifamilien-Reihenhaus pflegen müssen, wird ein reichlicher Raum gegönnt werden.

Daran schließt sich dann die Behandlung der positiven Landpolitik unserer Gemeinden, des Staates usw. Unsere Gemeinden haben in den letzten 15 Jahren allmählich recht bedeutende Landmassen erworben, aber deren Verwendung im sozialpolitischen Sinne liegt noch sehr im argen. Vorderhand zahlen wir sehr häufig einfach die übertriebenen Bodenpreise, die wir früher an die privaten Terrainunternehmer bezahlten, jetzt an die Gemeinden; und was die Verwertungs- und Preispolitik, die der Staatsfiskus mit seinem in und bei den Städten gelegenen Lande treibt, anlangt, so ist sie mehr berüchtigt als berühmt. Hier harren des Kongresses große Aufgaben in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die weittragenden Gesichtspunkte der Dezentralisation, des lokalen Verkehrs wesens usw. verbinden sich naturgemäß mit der positiven Landpolitik und mannigfache wertvolle neuere Versuche und Erfahrungen sozialpolitisch fortgeschrittener Gemeinden sind auf diesem ganzen Felde für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Bei der Baureditfrage wiederum interessiert jetzt vor allem die Beschaffung der zweiten Hypothek. Erste Hypotheken, also etwa bis zu 60% des Wertes des Bauunternehmens, sind ja verhältnismäßig leicht zu bekommen, aber die Klagen über die Schwierigkeit und die Zenerung des weiter benötigten Geldes, eben der zweiten Hypothek, sind allgemein. Hier liegt zurzeit noch eins der größten Hindernisse für eine durchgreifende Verbesserung unseres Wohnungswesens vor. Der Kongreß wird sich daher der dankbaren Aufgabe widmen, bei dem zweiten Hauptgegenstand insbesondere diese Frage zu erörtern, und daß diese Erörterung nicht ganz fruchtlos verlaufen wird, dafür bürgen die auch hier gewonnenen hervorragenden Sachkenner sowie die zahlreichen im Gange befindlichen Reformversuche. Endlich wird einer besonderen Behandlung noch die Frage der Beleihung des Erbbaurechts, die für die Anwendung dieser Rechtsform ja von entscheidender Bedeutung ist, unterzogen werden.

³⁾ Auch Piloty deutet a. a. D. einen Ausweg an.

⁴⁾ Die Drucklagen des Kongresses, Auskünfte usw. sind kostenlos zu erhalten von der Geschäftsstelle des Kongresses, Frankfurt a. M., Hochstraße 23 (Deutscher Verein für Wohnungsreform).

An den Kongreß werden sich in Leipzig Besichtigungen der hervorragenden gemeinnützigen Wohnungsanlagen, der Schrebergärten usw. anschließen sowie ein gemeinsamer Ausflug nach Dresden zur Internationalen Hygiene-Ausstellung und zur Besichtigung der Gartenstadt Hellerau.

Nach den bereits vorliegenden Anmeldungen darf auf eine sehr zahlreiche Beteiligung am Kongresse und auf gediegene Leistungen auch in der Diskussion gerechnet werden. Und wenn der Kongreß auch nur einen Bruchteil der vorliegenden großen Aufgaben löst, so wird er schon ein gutes Stück Arbeit leisten — nicht nur für die Sache der Wohnungsreform, sondern auch für die der Sozialpolitik im allgemeinen!

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Verhandlungen der 5. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform sind stenographisch aufgenommen und werden in den „Schriften“ der Gesellschaft als Heft 38/39 (Jena, Gustav Fischer) erscheinen. Wir teilen dies mit als Antwort auf die zahlreich einklaufenden Anfragen, die ein lebhaftes Interesse an der Veröffentlichung der Referate und Debatten zeigen.

Die Vereinigung für Soziale Reform Schwerin i. M. (Ortsgruppe Mecklenburg der Gesellschaft für Soziale Reform) hat schon seit längerer Zeit die Gründung eines Verbandes für Jugendpflege angestrebt, um durch ein Zusammenarbeiten der zum Schutze der schulentlassenen Jugendlichen bestehenden Vereine und sonstigen hierfür interessierten Organisationen und Einzelpersonen umfassende Vorrichtungen zum Schutze der heranwachsenden Jugend gegen sittliche und gesundheitliche Gefahren zu schaffen. Nach mehreren Vorbesprechungen veranstaltete die Vereinigung in Verbindung mit mehreren anderen Vereinen am 21. April eine öffentliche Versammlung. In dieser sprach der Geschäftsführer des Deutschen Jugendverbandes, Lehrer Holz (Charlottenburg), über „Notwendigkeit und praktische Durchführung einer umfassenden Jugendpflege“ mit dem Erfolge, daß noch an demselben Abend ein Teil der Erschienenen den Beitritt zu dem in Schwerin zu gründenden Verband für Jugendpflege erklärte. Die Gründungsversammlung fand hierauf am 3. Mai statt. Korporativ sind diesem Verbande bis jetzt beigetreten: die Vereinigung für Soziale Reform, der Schweriner Frauenverein, die Ortsgruppe Schwerin des Deutschen Bundes abstinenter Frauen, der Distrikt Mecklenburg F. D. G. L., der Guttempler-Sportverein, die Wehrlose der Guttempler „Weg zur Kraft“, die Vereinigung „Altwandervogel“, der Evangelische Arbeiterverein, der Verein für naturgemäße Gesundheitspflege, der Männerturnverein, der Katholische Gesellenverein und der Katholische Lehrlingsverein. Außerdem haben sich eine beträchtliche Anzahl von Einzelpersonen, Männer und Frauen aus den verschiedensten Ständen und Berufen, dem Verbande angeschlossen. — Am 9. Mai hielt die Vereinigung ihre Jahresversammlung ab, in der über ihre Tätigkeit während des abgelaufenen Jahres berichtet wurde. Unter anderem hat die Vereinigung angestrebt die Ausdehnung der Krankenfürsorge auf den Jahressatz, die Anstellung von Schulärzten an den städtischen und höheren Schulen des Landes, die Einführung einer Berufs- oder Sammelmündschaft, die Gründung einer Ortsgruppe des Deutschen Räuferbundes. Auch wegen Abgabe ärztlicher Gutachten im Rentenstreitverfahren und auf dem Gebiete der Wohnungsreform hat die Vereinigung Schritte unternommen. Zur Reform der Landessteuergesetzgebung hat sie beim mecklenburgischen Landtage die Ausdehnung der Steuerfreiheit auf alle Personen mit nicht mehr als 900 M. Jahreseinkommen (gegen 500 M. der Regierungsvorlage) und zur Deckung des hierdurch verursachten Steuerausfalls die stärkere Heranziehung der Steuerpflichtigen mit mehr als 20 000 M. Jahreseinkommen sowie der Aktiengesellschaften und ähnlicher Kapitalaffiziationen beantragt.

Die Ortsgruppe Königsberg der Gesellschaft für Soziale Reform hielt Ende April ihre letzte Winterversammlung ab. In einem öffentlichen Vortragsabend sprach Professor Broda aus Paris vom Institut für den internationalen Austausch fortgeschrittlicher Erfahrungen über „Industrie-konstitutionalismus in Australien“. Er schilderte eingehend die sozialpolitische Gesetzgebung des Landes und beschäftigte sich besonders mit den Lohnkommissionen und den gewerblichen Schiedsgerichten, die sich bestens bewährt hätten. Aus dem Vorbild der australischen Gesetzgebung könne Deutschland viel lernen; freilich sei es noch nicht reif, die Frage der gesetzlichen Regelung der Löhne in derselben Weise wie Australien für die gesamte Industrie zu regeln, wohl aber für die Heimarbeiter. Für diese Gelege zu erlassen, sei möglich und geboten, denn das Elend in dieser Betriebsform schreie nach einer gesetzlichen Regelung. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der verschiedene der geschilderten Probleme weiter erörtert wurden; namentlich drehte sich die Erörterung

um die Heimarbeit, und man war darin einig, daß für diese eine gesetzliche Regelung der Löhne, wie sie zuletzt auch England eingeführt habe, erfolgen müsse.

Allgemeine Sozialpolitik.

Staatsverträge über Arbeiterversicherung. Der neue Handelsvertrag zwischen Deutschland und Schweden enthält in Artikel 2 folgende Bestimmung:

Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, in freundschaftlichem Einvernehmen die Behandlung der schwedischen Arbeiter in Deutschland und der deutschen Arbeiter in Schweden hinsichtlich der Arbeiterversicherung zu dem Zwecke zu prüfen, um durch geeignete Vereinbarungen den Arbeitern des einen Landes im anderen Lande eine Behandlung zu sichern, die ihnen möglichst gleichwertige Vorteile bietet.

Diese Vereinbarungen werden unabhängig von dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags durch ein besonderes Abkommen festgelegt werden.

Diese sozialpolitische Klausel enthielt bereits der deutsch-schwedische Handelsvertrag vom 8. Mai 1906 in gleichem Wortlaut. Ähnliche Bestimmungen haben die Handelsverträge Deutschlands mit Österreich-Ungarn vom 25. Januar 1905 und mit Italien vom 3. Dezember 1904. Die darin vorgesehenen besonderen Abkommen sind aber trotz der langen seit dem Abschluß der Verträge verstrichenen Zeit nicht vereinbart worden. Die Regelung der Ausländerfrage in der A.S.D. und die Verhandlung über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag bieten dem Reichstag Gelegenheit, diese sozialpolitischen Klauseln einmal gründlich zu beleuchten.

Ein Landarbeiterprogramm will die Fortschrittliche Volkspartei Pommerns laut Beschluß ihres Stettiner Vertretertages durch einen Ausschuß ausarbeiten lassen. Sie hat zunächst folgende Richtlinien dafür aufgestellt:

1. Hebung der rechtlichen Stellung: Beseitigung des veralteten Gesinderechts und zeitgemäßer Ersatz auf reichsgesetzlicher Grundlage; Aufhebung des Koalitionsverbots, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts.

2. Hebung der wirtschaftlichen Lage: weitestgehende innere Kolonisation; allmählicher Abbau des Schutzollsystems auf industriellem wie landwirtschaftlichem Gebiet; Stellungnahme zur Schnitterfrage; Einführung des Fortbildungsschulwesens auch für Landarbeiter.

3. Hebung der sozialen Lage: Ausdehnung der Krankenversicherung auf Landarbeiter und Gefinde unter gleichen Bedingungen wie für die gewerblichen Arbeiter; Volksschulwesen und Volksbibliotheken; Berufung auch von Landarbeitern zu Schöffen und Geschworenen unter gleichzeitiger gesetzlicher Einführung von Tage- und Meisegeltern.

Die Schaffung einer Rechtsauskunftsstelle und Rechtsberatung für liberal organisierte Landarbeiter wurde gleichzeitig auf dem Vertretertage angeregt.

Die fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt wird vom 19. bis 21. Juni d. J. in Elberfeld stattfinden. Den Verhandlungsgegenstand bildet das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. I. Hauptreferat: Grundfragen der Berufsausbildung und des Lehrlingswesens: Landesgewerbeamt Dr. Kühne, Berlin. Korreferate: a) das Lehrlingswesen im Handwerk: Dr. Wilden, Geschäftsführer der Handwerkskammer in Düsseldorf, b) das Lehrlingswesen in der Industrie: Dipl.-Ing. Fr. Frölich, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, Düsseldorf, c) das Lehrlingswesen im Handel: Professor Behrend, Studiendirektor der Handelshochschule in Mannheim. II. Hauptreferat: Das gewerbliche Schulwesen, namentlich die Fortbildungsschule und ihre Bedeutung für die Berufserziehung: Fortbildungsschuldirektor Haese, Charlottenburg. III. Hauptreferat: Berufswahl und Lehrstellenvermittlung: Privatdozent Dr. H. Wolff, Direktor des Statistischen Amtes, Halle a. S.

Der Evangelisch-Soziale Kongreß hält seine 22. Tagung vom 6. bis 8. Juni in Danzig ab; auf der 20. stehen: Eröffnungsbrede des Bist. Geheimen Rates Professor Horna. Vortrag von Professor Lütius, Göttingen: „Wie lassen sich die sittlichen Ideale des Evangeliums in das gegenwärtige Leben überführen?“ Vorträge von Ministerialdirektor Dr. Ziel und Pfarrer Gehl, Mülhausen: Die Landflucht; Seminarbibliothek Schulrat Rütters, Weimar, und Fr. Henschke, Berlin: Die Schule als Faktor der sozialen Erziehung.

Soziale Zustände.

Deutsche und fremde Arbeitskräfte am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Die vom Kaiserlichen Kanalamt zu Kiel im Jahre 1909 festgesetzten Allgemeinen Bestimmungen über die Annahme und Entlassung von Arbeitern beim Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals¹⁾ schreiben u. a. vor:

„Es sind vorzugsweise deutsche Arbeiter zu beschäftigen, soweit sie sich in genügender Zahl melden und zur Kanalarbeit eignen. Zur Beschäftigung von Ausländern ist die Genehmigung des Präsidenten des Kanalamtes erforderlich. Kroaten dürfen nicht angenommen werden.“

Die durch . . . Arbeitsnachweise . . . Empfohlenen sollen bei der Annahme nach Möglichkeit berücksichtigt werden, wenn sie für die Kanalarbeit brauchbar sind.

Soweit die Unternehmer die notwendige Zahl der Arbeiter durch ihre Werbung nicht erlangen, haben sie die Vermittlung der Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen.

Die Befugnis zur Annahme von Arbeitern darf nur Vertretern — nicht Schachtleistern — des Unternehmers übertragen werden, die hierzu durch eine ausdrückliche widerrufliche Befähigung des Präsidenten des Kaiserlichen Kanalamtes für geeignet erklärt sind.“

Schon in diesen — wie andern — Vorschriften wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß bei der Einstellung der für den Erweiterungsbau erforderlichen Arbeitskräfte vorzugsweise deutsche Arbeiter in Betracht kommen sollen und daß Ausländer gewissermaßen nur als Ausnahme von der Regel zugelassen werden dürfen. Wiederholt ist nun aber in der Presse und auch sonst behauptet worden, daß entgegen jenen Bestimmungen mehr und mehr ausländische Arbeiter zur Einstellung gelangt seien. Zuletzt geschah dies in der Sitzung des Reichstags am 20. März d. J. bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Severing, der darauf hinwies, daß beim Kaiser-Wilhelm-Kanal Galizier, Italiener und Russen beschäftigt werden, obwohl es an deutschen Arbeitern nicht fehle; die Werbungen der ausländischen Arbeiter dauerten auch in diesem Jahre fort und es würden diese von den Agenten unter allerlei Vorpiegelungen nach Deutschland gelockt. Demgegenüber hob der Direktor im Reichsamt des Innern, Herr von Jonquières, u. a. hervor:

Trotz der großen Schwierigkeiten, die die Kanalarbeiten böten, habe man es fertig gebracht, 70 % der Stellen mit deutschen Arbeitern zu besetzen; der Rest bestiehe aus allerlei Ausländern, Italienern sowohl wie Polen. Beide würden aus nationalpolitischen Gründen an sich nicht gern genommen, aber es lasse sich bei der schweren Arbeit nicht ganz vermeiden. Bei den Polen sei es ja bekannt, daß sie sich zu Wasserarbeiten besonders eignen. Bei den Italienern seien es gewissermaßen erst Versuche; sie würden aber als geeigneter Ersatz empfohlen. Die Arbeiter, die sich gemeldet hätten und bereit gewesen seien, besonders schwere Arbeiten zu leisten, wären dem teilweise nicht gewachsen gewesen; es seien solche gewesen, die diese Arbeit nicht gewohnt waren und die sie nur als Notbehelf betrachteten. So habe sich die ausschließlichste Beschäftigung deutscher Arbeiter nicht durchführen lassen.

Anscheinend ist der Vertreter des Staatssekretärs des Innern über die Verhältnisse nicht in allen Punkten genau unterrichtet gewesen. Zu Anfang des Monats März waren durch den Vorsitzenden des Verbandes nordelbischer Arbeitsnachweise auf Grund mehrfach vorgebrachter Klagen diejenigen dem Verbands angehörenden Nachweise, die früher für die Heranziehung von Arbeitern für den Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals in Anspruch genommen waren, zur Berichterstattung über ihre neuerliche Tätigkeit auf diesem Gebiet aufgefordert worden. Darauf lauteten die Antworten wie folgt:

Klensburg. „In diesem Jahre hat der hiesige Nachweis noch keine Aufträge von Unternehmern am Kanalbau erhalten. Wenn unter günstigen Lohnbedingungen (mindestens 40 \mathcal{M} Stundenlohn) Arbeiter von dort aus gesucht würden, so wäre es wohl möglich, von Zeit zu Zeit von hier aus Arbeiterkolonnen in Stärke von 10 bis 20 Mann zu senden, sofern den Arbeitern die Reise entweder vergütet oder das Reisegeld durch Voreinbezug bezahlt würde.“

Hamburg (Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft): „Bei unserm Nachweis sind seit Juni 1910 keine Bestellungen auf Arbeitskräfte zum Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals gemacht worden. Daß vielfach ausländische Arbeiter dort angestellt sind, ergibt sich daraus, daß fast täglich hier Österreicher bezw. Galizier um Arbeit nachfragen, die bisher beim Kanalbau beschäftigt waren . . . Wenn sich die betreffenden Firmen zu einem bestimmten Minimallohnfuß und zur

Gewährung eines Reisegeldvorschlusses entschließen möchten, so kann behauptet werden, daß auch passende Arbeitskräfte von der hiesigen Arbeitsnachweiskeit zugewiesen werden können.“

Spehse: „Bei uns werden keine Arbeiter für den Erweiterungsbau verlangt. Wie wir erfahren haben, ist den Unternehmern die Erlaubnis erteilt worden, fremde Arbeiter zu beschäftigen.“

Kiel (Allgemeine Arbeitsnachweiskeit): „Bei dem Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals sind in letzter Zeit vorzugsweise ausländische Arbeiter (Ruthenen usw.) eingestellt worden. Die Heranziehung dieser Arbeiter ist weder durch uns noch durch eine andere gemeinnützige oder öffentliche Arbeitsnachweiskeit in der Provinz erfolgt.“

Neudamm: „Unser Arbeitsnachweis hat fortlaufend Arbeitskräfte: Erdbauer, Schlosser, Feizer, Kesselschmiede, Lokomotivführer, Baggermeister vermittelt. Zurzeit liegen auch noch Aufträge für Erdbauer vor. Nach unseren Erfahrungen geht aber das Bestreben der Bauunternehmer dahin, tatsächlich Ausländer als Arbeiter zu bekommen. Um das Bedürfnis nach solchen glaubhaft zu machen, werden Schachtleister losgeschickt, die alles mögliche von Arbeitslosen in den Herbergen und Straßen auf sammeln. Solches zum größten Teile unbrauchbare Menschenmaterial wird dann den in Frage kommenden Anstalten vorgeführt, um darzutun, daß andere Arbeitskräfte nicht zu erhalten sind. Es können unserer Ansicht nach aus allen Ecken unserer Provinz wie des deutschen Vaterlandes genügend Arbeiter herangezogen werden, wenn diesen ein angemessener Lohn von mindestens 40 \mathcal{M} pro Stunde gezahlt würde. Warum haben diejenigen Firmen, die 40 \mathcal{M} zahlen, keinen Leutenmangel? Hier sind Firmen, die ganze Trupps fremder Arbeiter sich mit großen Opfern kommen lassen, denen die Leute aber wieder fortgelaufen sind, weil sie zu niedrig bezahlt werden (mit 35 und 36 \mathcal{M} Stundenlohn).“

Die vorstehenden Stimmen dürfen um so mehr als unbefangene Zeugnisse dafür gelten, daß die Arbeiterverhältnisse am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals nicht so sind, wie man wünschen möchte, weil die betreffenden — öffentlichen oder gemeinnützigen — Arbeitsnachweiskeiten von Anfang an sich redlich bemüht haben, Hand in Hand mit dem Kaiserlichen Kanalamt und auch den Bauunternehmern, die an sich nicht leichte Aufgabe der Beschaffung der geeigneten Arbeitskräfte zu erfüllen. Das Kaiserliche Kanalamt hat es an gutem Willen, das richtige zu treffen, nicht fehlen lassen; die Unternehmer scheinen aber sicher bald ihr Bestreben namentlich darauf gerichtet zu haben, vor allem billige Arbeitskräfte zu erlangen, und als solche eigneten sich am besten die Ausländer. Gewiß soll zugegeben werden, daß für einzelne Arbeiten an einem derartigen Unternehmen diese oder jene Ausländer sich besonders gut bewähren. In der Hauptsache handelt es sich hier aber doch — für diese Auffassung liegen zu viele unantastbare Beweise vor — um die Frage eines mehr oder minder niedrig bemessenen Stundenlohnes. Das mag mit veranlaßt worden sein durch die Art der Vergütung der Arbeiter: im Wege der öffentlichen Ausschreibung, unter Übertragung an den Mindestfordernden; nur darf nicht übersehen werden, daß unter solchen Umständen eine wirkliche Bevorzugung der einheimischen, der deutschen Arbeitskräfte sich als unmöglich erweist. Bödig ausgeschaltet sein dürfte der in den Bestimmungen des Kaiserlichen Kanalamtes erwähnte „Vertreter“ des Unternehmers, unter dem man einen Beamten und eine ganz besonders legitimierte Persönlichkeit verstehen mußte. Mehr und mehr ist die maßgebende Mittelsperson der Schachtleister geworden, der in Wirklichkeit ganz allein über Annahme und Entlassung der Arbeiter zu entscheiden hat.

Im Zusammenhang hiermit steht denn auch die Tatsache, daß viel minderwertiges Volk in die Gegend des Kanals und in die Provinz gezogen worden ist. Wenn gegenwärtig die Zahl der Insassen in den Korrigendenanstalten Schleswig-Holsteins in bedauerlicher Weise zugenommen hat, so hängt das bis zu einem gewissen Grade mit dem Mangel an Organisation der Arbeiterbeschaffung für den Kanalbau zusammen, auch die Mehrzahl des Bettels und vor allem der Rohheitsverbrechen auf der Landstraße und im Kanalgebiet — trotz der so wohlgemeinten und zum Teile trefflich durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkohols unter den Kanalarbeitern — ist offenbar auf die gleiche Tatsache zurückzuführen. Selbst die Entstehung mehrerer Fälle ansteckender Erkrankungen auf der Kanalstraße, deren Verbreitung dank der wirksamen gesundheitspolizeilichen Vorkehrungen glücklicherweise verhütet worden ist, hat in eben denselben Verhältnissen ihren Ausgangspunkt. Kurz zusammengefaßt wird man sagen müssen, daß das jetzt am Kanal beschäftigte Personal durch den starken Einschlag fremdländischer Elemente nicht gewonnen hat.

Die jetzt gebräuchlichen Mittel und Wege der Arbeiterbeschaffung entziehen sich im wesentlichen der Öffentlichkeit. Die Hauptsäden scheint die Deutsche Feldarbeiterzentrale in der Hand zu halten, obwohl man sich immer wieder fragt, was diese

¹⁾ Vergl. „Arbeiterwohlfahrt beim Kaiser-Wilhelm-Kanal“, Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1909.

private Organisation, die doch sonst lediglich der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit ausländischen Arbeitskräften sich widmet, mit dem Kanalbau zu tun hat. Mit dem Eingreifen der Feldarbeiterzentrale dürfte die eigentümliche Erscheinung zusammenhängen, daß nicht selten ausländische Arbeiter, die als Saisonarbeiter, Sachseingänger usw. für landwirtschaftliche Zwecke ins Land gebracht sind, bald nachher zum Kanalbau übertreten und dort anscheinend völlig unbeachtet zugelassen werden, ein Verfahren, das doch unmöglich im Sinne der Landwirtschaft liegen kann!

Das vorhin mitgeteilte aktenmäßige Material, welches die systematische Beiseitenschiebung der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweiskeitellen vor Augen führte, ist seinerzeit dem Präsidenten des Kaiserlichen Kanalamts zur Kenntnis mitgeteilt worden. In der darauf am 29. März erteilten Antwort heißt es u. a.:

„Es ist möglich, daß zurzeit eine über das erwünschte Maß hinausgehende Beschäftigung von Ausländern stattfindet. Dies findet seine Erklärung darin, daß den Unternehmern von den Preussischen Behörden auferlegt ist, Versuche mit Ruthenen und anderen einwandfreien Ausländern zu machen, um die bisher beschäftigten ausländischen Polen zu ersetzen. Diese sollen bis zu dem Vorliegen des Ergebnisses der Versuche stillschweigend gebuldet werden. Da die als Ertrag bestimmten Ausländer jetzt eingetroffen sind, die Unternehmer aber ihre bisher beschäftigten, in der Arbeit bewährten Polen bis zur Entscheidung der Preussischen Behörden nicht entlassen wollen, so haben sie zurzeit ihren Bedarf an Arbeitskräften voll gedeckt und können deshalb weitere Arbeiter nicht einstellen. Es ist dies jedoch nur ein vorübergehender Zustand, der lediglich so lange dauern wird, bis sich eine Entscheidung der Preussischen Behörden darüber ergeben wird, ob die Auslands Polen endgültig zum Kanalbau zuzulassen sind oder ob sie durch andere Arbeiter ersetzt werden können. Je nachdem wird dann eine Abnahme der Ausländer, sei es der Polen, sei es der andern, eintreten.“

Die überreichten Berichte der Arbeitsnachweiskeitellen erklären, sie seien bei Gewährung von Reiseflohen und bei Zahlung eines angemessenen Mindestlohnes, als welcher ein Stundenlohn von 40 Pf. bezeichnet wird, wohl in der Lage, genügend deutsche Arbeiter zu vermitteln. Die Gewährung der Reiseflohen haben die Unternehmer früher abgelehnt. Ich kann dies Verhalten nach ihren Erfahrungen wohl verstehen. Eine zu weitgehende Einwirkung auf die Lohnhöhe halte ich für nicht unbedenklich; die Unternehmer haben bei Übernahme der Arbeiten bestimmte Lohnsätze in ihre Berechnungen eingelegt, die durch Erhöhung des Stundenlohns auch nur um Pfennige völlig umgeworfen werden könnten. Die Folge wäre eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Unternehmer, für die ich mit der Verantwortung tragen würde. Die meisten Unternehmer zahlen übrigens einen Stundenlohn von 38 Pf., der sich für brauchbare und geschickte Arbeiter durch die gewährten Prämien auf 40 Pf. und darüber erhöht. Wenn ich auch zugeben will, daß durch die Zusage eines Stundenlohnes von 40 Pf. ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit und Brauchbarkeit des einzelnen Arbeiters sich eine größere Zahl deutscher Arbeiter als bisher für die Arbeit am Kanal gewinnen lassen würde, so kann ich nach meinen bisherigen Erfahrungen doch nicht glauben, daß dies in einem erheblichen, wesentlich ins Gewicht fallenden Umfange geschehen würde.

Ich behalte indessen den Grundsatz, daß geeignete deutsche Arbeiter allen Ausländern vorzuziehen sind, gleichwohl dauernd im Auge und werde mit allen Mitteln darnach streben, daß die jetzige umfangreiche Beschäftigung von Ausländern nur ein durch die Maßnahmen der preussischen Behörden erklärlicher vorübergehender Zustand bleibt. Dies werde ich den Unternehmern besonders einschärfen mit der Befehung, zur Gewinnung deutscher Arbeiter der öffentlichen Nachweiskeitellen zu benutzen.“

Eine Verfügung in diesem Sinne ist am gleichen Tage (29. März) an die Bauämter des Kaiser-Wilhelm-Kanals ergangen. Darin wird u. a. gesagt:

„Die Unternehmer haben sich, wenn sie wieder Bedarf an Arbeitern haben, ersichtlich um die Gewinnung deutscher Arbeiter zu bemühen. Nach den mir vorliegenden Berichten der für den Kanal hauptsächlich in Betracht kommenden, im Verbands nordelbischer Arbeitsnachweiskeitellen zusammengeeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachweise sind diese in dem letzten halben Jahre überhaupt nicht oder doch nur in sehr beschränktem Umfange von den Unternehmern in Anspruch genommen worden. Diese Nachweise erklären, bei Gewährung von Reiseflohen und eines Mindestlohnes von 40 Pf. die Stunde wohl in der Lage zu sein, brauchbare deutsche Arbeiter an den Kanal zu bringen. Ich beabsichtige nicht, in diesen Beziehungen einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, ich muß aber entschieden darauf bestehen, daß die Unternehmer wieder mehr Deutsche einstellen und sich zu ihrer Gewinnung der öffentlichen Arbeitsnachweise bedienen. Ergeben die im April fälligen Berichte über die Verhältnisse der Kanalarbeiter, daß von den Unternehmern oder einigen von ihnen deutsche Arbeiter nicht in der möglichen Zahl beschäftigt werden, so wäre ich zu meinem Bedauern gezwungen, ihnen meine Genehmigung zur weiteren Einstellung von Ausländern zu versagen und deren Entlassung zu fordern.“

Gegenüber den unleugbaren Mißständen, die sich zeitweilig in den Arbeiterverhältnissen am Kaiser-Wilhelm-Kanal infolge der Bevorzugung der ausländischen Elemente eingeschlichen haben²⁾, klingt dieses deutliche Wort außerordentlich erfreulich. Es scheint jetzt, daß wiederum einmal festere Zügel angelegt werden sollen, um bei der Fertigstellung des die Nord- und die Ostsee verbindenden gewaltigen Wasserweges — fürwahr doch eines vaterländischen Wertes von größter Bedeutung — die einseitigen Interessen der Unternehmer zurückdrängen und nationale Arbeiterinteressen aufs neue in den Vordergrund zu stellen. Die Wendung hat bereits gewirkt: es werden neuerdings tatsächlich unsere deutschen Arbeitsnachweise benutzt; deutsche Arbeitskräfte werden angenommen, und wir bezweifeln nicht, daß sie, bei richtiger Auswahl, genau so gut ihren Mann stehen werden wie die Ausländer. Wird sind auch davon überzeugt, daß die Arbeitsnachweiskeitellen den Bedarf an geeigneten Arbeitskräften ungleich besser dann zu liefern vermögen, wenn sie nicht mehr nur gelegentlich und ausbühlsweise benutzt, sondern zu regelmäßigen Bezugsstätten des Arbeiterpersonals für den Kanalbau ausgestaltet werden. H.

Die bessere Ausnutzung des Tageslichts in England. Zugunsten des Gesetzesentwurfs von William Willet, durch ein gesetzlich bestimmtes Vor- bzw. Zurückstellen der Uhren im Frühjahr und Herbst die allgemein gültigen Arbeitszeiten so zu ändern, daß eine bessere Ausnutzung des Tageslichts erfolge, fand kürzlich eine eindrucksvolle Kundgebung in der Guildhall in London statt. Diese Versammlung hat dadurch erhöhte Bedeutung, daß der Minister Winston Churchill der Hauptsprecher war und eine Entschließung zugunsten des Gesetzesentwurfs einbrachte. Wie Churchill in seiner Rede mitteilte, haben sich bereits 46 Handelskammern, 170 städtische Körperschaften, 265 Parlamentarier, 39 Gewerksvereine und 338 andere Vereine verschiedenster Art für die Annahme der „Daylight Saving Bill“ ausgesprochen, die einen Gewinn von 154 hellen Arbeitsstunden im Jahr darstellen würde.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Beamtenausschüsse in Staatsbetrieben. Bei den Beratungen des Reichstags über den Postetat (9. März) machte Abgeordneter Dr. Struve bemerkenswerte Ausführungen über die kollektive Interessenvertretung öffentlicher Beamten. Er sagte:

„Man sagt jetzt darüber, daß immer wieder neue Petitionen und Wünsche der Beamten an uns (Abgeordnete) kommen. Ja, meine Herren, was sollen denn die Beamten anders machen? Wie sollen sie denn ihre Wünsche zur Sprache bringen? Sie können doch nicht im Instanzwege diese Sachen vertreten, weil eben keine Fühlung zwischen der Spitze der Verwaltung und der großen Masse der Beamten besteht. Deswegen muß der Reichstag alle diese Arbeiten machen. Ich meine aber, die Verwaltung müßte doch darauf hinwirken, einen Weg zu suchen, um diese Sachen aus den Reichstagsverhandlungen herauszubringen, um selbst ein direktes Verhältnis zu der Beamtenschaft zu bekommen. Hier können wir außerordentlich viel vom Ausland lernen. In Dänemark z. B. verhandeln die Verwaltungen direkt mit den Beamtensorganisationen. Diese Beamtensorganisationen haben in Dänemark sogar das Recht, wenn eine Einigung mit ihrer Verwaltung nicht erzielt wird, sich an das Gesamtministerium zu wenden und dort vor dem Gesamtministerium ihre Wünsche als Beamtenvertretung vorzutragen. In England werden Wünsche und Beschwerden der Postbeamten durch eine gemeinsame Kommission erledigt, die sich aus Vertretern der Postverwaltung und der Beamtensorganisation zusammensetzt. In Frankreich bestehen enge Beziehungen zwischen der Verwaltung und der Beamtenschaft. In der Kammer wurde die Mitwirkung der

²⁾ Diese Mißstände treten nochmals in einem vom Arbeitsnachweise des Gemeinnützigen Vereins des Kreises Rendsburg für den Monat März erstatteten Berichte besonders augenfällig zutage: „Erfreulicherweise macht sich eine sehr wesentliche Abnahme minderwertiger Arbeiter, sogenannter „Monarchen“, und arbeitscheuer Personen bemerkbar, was in der Hauptsache der Einrichtung einer Wanderarbeitsstätte zu danken ist. An ihre Stelle sind leider Galizier, Österreicher und Russisch-Polen getreten, die in geschlossenen Trupps den Arbeitsnachweis aufsuchen, hilflos und der deutschen Sprache nicht mächtig. Bei einem Trupp solcher Arbeiter aus Colina ist festgestellt worden, daß diese schon im Jahre 1910 für eine Unternehmungsfirma in Kiel engagiert worden sind; die Legitimationspapiere waren für die Firma von dem Grenzamt in Rattowig ausgestellt. Andere Trupps, denen vom Arbeitsnachweise die Rückreise in die Heimat ermöglicht wurde in der Annahme, daß Ausländer am Kanal nicht beschäftigt werden dürften, waren ebenfalls mit Legitimationskarten, für eine Firma am Kanal ausgestellt, versehen.“

Postbeamten an der Verwaltung ihrer Behörde lobend hervorgehoben, und jetzt nach dem Entwurf des neuen französischen Beamtengesetzes sollen conseils d'administration gebildet werden, die zur Hälfte aus Ernannten und zur anderen Hälfte aus von den Beamten gewählten Vertretern bestehen sollen; zu ihrer Zuständigkeit soll sogar das Disziplinarverfahren der unteren Instanz selbst mitgerechnet werden. Und bei unserem Bundesreunde Österreich bestehen seit Jahren bei der Eisenbahn Beamtenausschüsse, die sogenannten Personalkommissionen. Da meine ich, es müßte auch bei uns möglich sein, eine ähnliche Institution zu schaffen, die einen friedlichen Austrag der Wünsche und Beschwerden der Beamten herbeiführen müßte. Was soll es, daß die Beamtenorganisationen immer durch den Umweg über die Parteien und durch dieses doch wirklich so komplizierte und durch unsere Parteien so vielfältige Verfahren ihre Wünsche zur Sprache bringen, wo die Wünsche der Beamten doch dem Herrn Staatssekretär direkt vorgetragen werden können? Ich glaube, es würde viel praktischer und viel ersprießlicher sein, wenn sich alles still wie beim Bundesrat im Schoße der Beamtenchaft selbst abspielen würde und nicht erst alles durch den Reichstag hindurchgeht.

Darauf erwiderte der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetzle:

Wenn dann der Herr Abgeordnete auf die fremden Länder gekommen ist und es so dargestellt hat, als ob es für die Beamten in allen Ländern besser wäre als bei uns, so, glaube ich, kennt er doch die Verhältnisse recht schlecht. Ich bewundere, daß er den Mut gehabt hat, darauf als vorbildlich hinzuweisen, nachdem vor kurzem in einem Nachbarlande Verhältnisse obgewaltet haben, daß jeder wirklich sagen muß: wenn Ausschüsse solche Folgen zeitigen, dann bewahre uns der Herr vor solchen schönen Einrichtungen!

Die Antwort des Staatssekretärs zielt an den Darlegungen des Abgeordneten Dr. Struve vorbei. Wie dieser auch durch einen Zwischenruf sofort feststellte, hatte er keineswegs behauptet, daß die Lage der Postbeamten in anderen Ländern besser wäre als in Deutschland, sondern die grundsätzliche, wichtige Frage an der Hand ausländischer Beispiele erörtert, wie sich die nun einmal unumgängliche Interessenvertretung der Beamten innerhalb des großen Rahmens der staatlichen Verwaltungsbetriebe organisieren läßt, um eine lebendige und ehrliche Fühlung zwischen Leitung und Angestellten zu ermöglichen. Die Schwierigkeiten in einzelnen ausländischen Verwaltungsbetrieben auf die meist erst in den letzten Jahren errichteten Beamtenausschüsse zurückzuführen, wie es der Herr Staatssekretär versuche, widerspricht der geschichtlichen Tatsache, daß vor der Errichtung der Ausschüsse meist unheimlichere Verhältnisse bestanden, und bedeutet überhaupt eine sozialwissenschaftlich seltsame Verwechselung von post hoc und propter hoc.

Die Soziale Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, E. V., der Verbände mit 800 000 Mitgliedern angeschlossen sind, faßt folgenden Beschluß: „Die Soziale Geschäftsstelle legt auf Errichtung von Arbeitskammern im Interesse der gesamten Organisation des Volkslebens großes Gewicht. Arbeitskammern, die von Kaiser Wilhelm I. und II. verheißten worden, sind für die ruhige Entwicklung der Arbeiterbewegung und für die Eingliederung des Arbeiterstandes in den nationalen Körper von höchster Wichtigkeit. Allerdings halten wir für notwendig, wenn der Arbeiterstand staatlich organisiert werden soll, daß die Organisationsbeamten von der Wahlfähigkeit nicht ausgeschlossen werden.“

Streiks und Aussperrungen.

Fortbildungsschule und Streik im Klempnergewerbe in Stettin. Seit mehreren Monaten versuchten die Klempner und Rohrleger in Stettin zu günstigeren Lohnbedingungen zu gelangen. Eine vertragliche Regelung bestand bisher nicht. Mangels einer Einigung brach Ende April der Streik aus. Die Klempnerinnung beantragte darauf beim Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule Befreiung der Lehrlinge vom Unterricht für die Dauer des Streiks. Auf Anregung des Vorsitzenden des Kuratoriums, des Stadtrats Dr. Gradenwitz, fanden daraufhin unter seiner Leitung Einigungsverhandlungen statt, welche zur eingehenden vertraglichen Regelung des Arbeitsverhältnisses und Festsetzung erhöhter Löhne führten. Der Lohn beträgt vom ersten bis fünften Jahre nach beendeter Lehrzeit 37, 40, 43, 47, 50 \mathcal{M} , vom sechsten Jahre ab 52 \mathcal{M} . Vom 1. April 1912 erhöhen sich die Löhne durchweg um 1 \mathcal{M} . Der Vertrag läuft bis 31. März 1913 und dann immer ein Jahr weiter, falls er nicht drei Monate vorher gekündigt wird. G.

Die Vermeidung der dänischen Aussperrung (Sp. 968) schien Mitte Mai fraglich geworden zu sein, da die nichtorganisierten Klempner zu einer Einigung mit den Arbeitgebern nicht zu bewegen waren. Die gesamte übrige Arbeiterschaft war gegen die Klempner, deren Verhalten beinahe eine Aussperrung von etwa 40 000 Arbeitern zur Folge gehabt hätte, äußerst erbittert; die

Klempner scheinen von anarcho-syndikalistischer Seite in unverantwortlichster Weise verhetzt worden zu sein, während namhafte Sozialisten sich bemühten, sie zur Vernunft zu bringen. Wie aber von Anfang an erwartet werden durfte (Sp. 969), verhinderte die Größe der Gefahr, daß es zum Äußersten kam: am 16. Mai kam ein vorläufiges Übereinkommen, am 17. ein endgültiger Vertrag zustande. Die am 15. Mai verhängte Aussperrung wurde sofort aufgehoben.

Der Streik der wallisischen Bergarbeiter, der auf den sogenannten Cambrina-Jedem bereits über 6½ Monate sich hinzog (Sp. 208) und 12 000 Arbeiter mit ihren Familien zum Teil in Elend gebracht hat, ist am 15. Mai endlich beigelegt worden. Noch vor kurzem war ein Einigungsvorschlag der Grubenbesitzer, der allerdings sehr scharfe Bedingungen enthielt, von den Streitenden mit 7041 gegen 309 Stimmen abgelehnt worden. Diese trotige Zähigkeit der kämpfenden Arbeiterschaft hatte auf das gesamte Bürgertum in England einen tiefen Eindruck gemacht. Der Kampf der Bergarbeiter im Rhondbathal hatte damals schon insgesamt 4 Millionen \mathcal{M} an Unterstützungen verschlungen, und die Zentralorganisationen der Bergarbeiter drohten, zumal da der ganze Streik eigentlich gegen den Willen der Zentralkomitees geführt wurde, aus Geldmangel die Unterstützungen einzustellen. Daraufhin tauchten in den Bergarbeiterreihen wieder Generalsstreikpläne auf, die jedoch keinen ernsthaften Hintergrund hatten. Nun endlich haben sich die Arbeiter mit den Bergwerksbesitzern auf einer neutralen Linie zusammengefunden.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Eine Verfügung des preussischen Justizministers vom 7. April 1911, betreffend die Verfolgung von Ansprüchen auf Entschädigung für Unfallsfolgen, besagt:

Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen, vertreten durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Kaiser in Nixdorf (Rathaus), ist bereit zu vermitteln, daß Personen, die Ansprüche auf Entschädigung für Unfallsfolgen geltend machen, einen erfahrenen Rechtsverständigen mit der unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte in dem Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt beauftragen.

Die Amtsgerichte werden hierauf aufmerksam gemacht und veranlaßt, soweit ihnen in Vormundschaftsachen die Aufsicht über die Verfolgung solcher Ansprüche obliegt, darauf hinzuwirken, daß von dem Anerbieten des genannten Verbandes Gebrauch gemacht wird.

Die Verfügung ist die Antwort auf eine Eingabe des Vorstandes des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen vom 31. Januar 1911. In dieser hatte sich der Verband unter Bezugnahme darauf, daß vielfach von den Amtsgerichten zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Berufsgenossenschaften Pfleger bestellt würden, die jedoch, wie verschiedentlich beobachtet worden, hauptsächlich aus Unkenntnis der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen die Rechte ihrer Pfleglinge mit geringer Sachkenntnis und negativem Erfolge wahrgenommen hätten, erboten, die Durchführung derartiger Ansprüche ohne Entgelt zu übernehmen, sofern eine Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt in Frage komme.

Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder durch die Rechtsauskunftsstellen.

Von Sekretär Gößmann, Pforzheim.

Die Erfahrung lehrt täglich, wie notwendig es ist, daß den Vormündern unehelicher Kinder in der Verfolgung der ihren Mündeln gegen die Väter zustehenden Unterhaltsansprüche von rechtlich kundiger und erfahrener Seite Unterstützung geleistet werde. Gründe verschiedener Art verursachen, daß die Rechte der Kinder nicht genügend gewahrt und die Unterhaltsansprüche gar nicht oder in sehr geringem Maße durchgesetzt werden: mangelnde Rechts- und Prozeßkenntnisse, Scheu vor dem Gang auf das manchmal weit entfernte Gericht, Schreibensungemachtheit und oft auch Mangel an Zeit und Interesse. Besonders häufig begegnet man aber einer behauerlichen Lässigkeit und Energielosigkeit. Bei vielen Rindesvätern führen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen weniger wegen des Fehlens geeigneter zugreifbarer Vermögensobjekte als vielmehr deshalb zu keinem Ziele, weil sich der Schuldner auf alle möglichen Weisen der Vollstreckung zu entziehen versteht. Ein Vor-

mund, der schließlich nicht einmal mit dem Mündel verwandt ist und somit nicht das in der Verwandtschaft begründete größere Interesse an seinem Schutzbefohlenen hat, verliert schon nach wenigen Fehlschlägen die Lust zu weiterem Vorgehen. Kommen hierzu noch durch wiederholte Gänge verursachte Zeit- und Verdienstveräumnisse, Unannehmlichkeiten mit Drittschuldnern und dergleichen, dann hält die entstandene pessimistische Stimmung den Vormund von weiteren Schritten ab. Noch ungünstiger wird die Sache für das Kind, wenn die Mutter als Vormünderin bestellt ist und sich vom Kindesvater durch Versprechungen oder Drohungen beeinflussen läßt oder wenn letzterer sich ins Ausland begibt. Dann fällt eben das Kind der Armenbehörde zur Last, wenn nicht mitleidige Verwandte oder fremde Personen es auf eigene Kosten versorgen und erziehen oder wenn es nicht die Kindesmutter selbst unter vielen Entbehrungen durchs Leben zu bringen sucht.

Unter solchen Umständen tut eine Person not, welche die Verfolgung der Unterhaltsansprüche der unehelichen Kinder mehr bürokratisch betreibt und den oben geschilderten lähmenden Einflüssen samt ihren Folgen nicht unterworfen ist. Der die besten Aussichten und Erfolge gewährleistende Zustand wäre wohl das Bestehen einer Berufs- oder Sammelvormundschaft. Da jedoch in absehbarer Zeit diese Einrichtung nicht allgemein einzuführen sein wird, muß gegenwärtig von anderer Seite Hilfe kommen. Diese Hilfeleistung obliegt in erster Linie den Rechtsauskunftsstellen. Hier öffnet sich ihnen sogar ein weites Feld segensreicher und dankbarer Tätigkeit. Die städtische Rechtsauskunftsstelle Pforzheim kann eine Reihe befriedigender Erfolge verzeichnen, von denen mit Bestimmtheit behauptet werden kann, daß sie ohne Eingreifen der Stelle nicht oder in geringerem Umfange erzielt worden wären. Eine an die Erwähnung solcher Fälle im Geschäftsbericht geknüpfte Anregung, die Vormünder möchten nötigenfalls vom Vormundschaftsgericht zum Besuch der Rechtsauskunftsstelle veranlaßt werden, haben die Vormundschaftsabteilungen des Amtsgerichts lebhaft begrüßt, den Wert und die Nützlichkeit der Inanspruchnahme der Stelle durch die Vormünder betont und ihren grundsätzlichen Standpunkt dargelegt, in welcher Weise die Hilfeleistung gedacht sei. In wesentlicher Übereinstimmung der beiderseitigen Ansichten wurde vereinbart, daß das Amtsgericht die Vormünder schon bei der Bestellung schriftlich oder mündlich auf die Rechtsauskunftsstelle aufmerksam macht. Außerdem werden die Mündelvertreter bei jeder Gelegenheit an die Stelle verwiesen (in gebräuchliche Formulare ist bereits ein entsprechender Vordruck aufgenommen). Wenn hierzu noch in Betracht gezogen wird, daß auch das Ständesamt und die Waisenräte in geeigneten Fällen die Beteiligten an die Stelle verweisen, so ist eine Gewähr dafür gegeben, daß die Inanspruchnahme möglichst früh und rechtzeitig erfolgt. Zur Klageerhebung wird geschritten, sobald ein Versuch vergleichsweiser Erledigung mit dem Kindesvater scheitert oder keinen Erfolg verspricht. Klagen vor dem Amtsgericht Pforzheim werden in der Regel durch die Vormünder selbst geführt; nur in Ausnahmefällen vertritt ein Beamter der Rechtsauskunftsstelle die Sache vor Gericht. Erst die Zwangsvollstreckung wird von der Stelle eingeleitet und durchgeführt. Dagegen werden alle auswärts anhängig zu machenden Klagen durch Vermittlung der Rechtsauskunftsstelle geführt. Nach Erwirkung des Armenrechts und Beordnung eines Rechtsanwalts wird für den Vormund mit ersterem der erforderliche Schriftwechsel gepflogen und nach Urteilsfällung die Zwangsvollstreckung betrieben. Die erforderlichen Armutszeugnisse werden vom Amtsgericht der Rechtsauskunftsstelle stets kurzer Hand überandt; Prozeß- und Vormundschaftsaktien stehen in allen Fällen, in denen die Rechtsauskunftsstelle mit der Sache befaßt ist, dem Beamten zur Einsichtnahme offen. Auch findet zwischen Vormundschaftsgericht und Stelle schriftlicher Verkehr statt. Bei dieser Art des Zusammenarbeitens kann jedem Fall die gleich intensive Behandlung zuteil werden, wie wenn ein Beamter der Rechtsauskunftsstelle zum Vormund oder Mitvormund bestellt wird. Wenn ein besonders gelagerter Fall diese Maßregel erheischt, findet auch eine Verpflichtung des Sekretärs der Stelle zum Vormund statt.

Obwohl diese Ausführungen nur zum Gegenstand haben, wie die Rechtsauskunftsstellen durch Vereinbarungen mit den Vormundschaftsbehörden eine tatkräftige Unterstützung der Vormünder unehelicher Kinder herbeiführen können, so möge hier doch der Wunsch ausgesprochen werden, daß die Rechtsauskunftsstellen im Verbandsorgan ständig ihre Erfahrungen austauschen, die sie in der Verfolgung von Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder gegen Väter, die sich im Auslande aufhalten, gemacht haben. Welches großen Wert dies hat, bedarf keiner Erörterung.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910. I.

1. Der Verein für öffentliche Rechtsauskunft in Dresden, der über sein viertes Geschäftsjahr berichtet, hat durch seinen Vorsitzenden Professor Dr. Esche einen Bericht erstattet, der sich dadurch auszeichnet, daß er die gesamte Entwicklung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsbewegung mit in seine Betrachtung zieht. Auch sonst bieten einzelne seiner Mitteilungen Interesse, so die Tatsache, daß die Stadt Dresden den Beitritt zum Verbands der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen abgelehnt hat, während das Königlich Sächsische Ministerium des Innern die Bestrebungen des Verbandes zu fördern sucht; es hat bei den Kreishauptmannschaften des Landes angeregt, die nachgeordneten Behörden und beteiligten Kreise auf das Anerkennen des Verbandes, auch die ländliche Bevölkerung bei ihren Rentenansprüchen vor dem Reichsversicherungsamt zu vertreten, hinzuweisen und die Benutzung der von dem Verbands getroffenen Einrichtungen zu empfehlen. Wieviel die Stadtgemeinde Dresden der Rechtsauskunftsstelle Zuzuschuß gibt, ist aus dem Berichte nicht ersichtlich. Die Gesamtzahl der Personen, die die Rechtsauskunftsstelle 1910 besucht haben, betrug 8989, die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte 9551. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 687. Zu der Tatsache, daß bei weitem die meisten Auskünfte, nämlich 1537, das Mietrecht betrafen, bemerkt der Bericht, daß dies für den ersten Blick vielleicht auffällig erscheine, und fährt dann fort:

Wir verstehen es aber, wenn wir durch durchaus glaubhafte Mitteilungen sehr vieler Mieter erfahren, wie ungünstig die Wohnungsverhältnisse der unbemittelten Kreise sind. Nur zu oft sehen wir uns veranlaßt, den Mietern, die wegen Ungeziefers oder Feuchtigkeit nicht alle gemieteten Räumlichkeiten benutzen können, deshalb den Mietzins nicht voll entrichten wollen, zu raten, sich an die Wohnungsinsektion zu wenden. Nach unseren Erfahrungen ist nur zu wünschen, daß diese Behörde von den ihr zustehenden Befugnissen energisch Gebrauch macht. Vielleicht folgt einmal Dresden dem guten Beispiel in anderen Ländern, in denen mit beachtlichem Erfolg gebildete Frauen an der ständigen Wohnungsinsektion teilnehmen.

Zur Charakterisierung mancher Dresdener Hausbesitzer heißt es weiter:

So verbieten manche Mietverträge, ohne Erlaubnis des Vermieters die ermieteten Räume weiter zu vermieten, Untermieter anzunehmen. Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot soll die sofortige Auflösung des Mietverhältnisses zur Folge haben. Auf die Bitte des Mieters, der nur durch Untervermietung in der Lage ist, die Wohnung zu bestreiten, erklärt sich der Vermieter manchmal mit solcher weiteren Vermietung einverstanden. Gleichwohl verlangt der Vermieter später von seinem Mieter sofortige Räumung der Wohnung wegen solcher Untervermietung. Er beruft sich dann darauf, daß nach den Bestimmungen des Mietvertrags mündliche Vereinbarungen über das Mietverhältnis ungültig sind.

Daß die Tätigkeit der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen in immer weiteren Kreisen anerkannt wird, wird in dem Berichte mehrfach hervorgehoben. So haben verschiedene auswärtige Rechtsanwälte, die als Vertreter armer Parteien bestellt waren, die von ihnen vertretenen Personen veranlaßt, der Rechtsauskunftsstelle den Sachverhalt ausführlich mitzuteilen mit der Bitte, diese Mitteilung entsprechend verarbeitet dem Anwalt zu übermitteln. Die Heranziehung von Referendaren zur freiwilligen Mitarbeit ist nicht gelungen; zwei (!) hatten sich zwar gemeldet, doch trat aus beruflichen Gründen keiner in Tätigkeit. Dagegen haben eine größere Anzahl Regierungsräte und Regierungssamtmänner der beiden Dresdener Amtshauptmannschaften ihre Dienste der Rechtsauskunftsstelle zur Verfügung gestellt, ebenso auch eine Anzahl Richter der beiden dortigen Landgerichte, nachdem das Justizministerium seine früheren Bedenken gegen die Teilnahme richterlicher Beamter an der Rechtsauskunft aufgegeben hatte. — Auch die Erfahrungen der Rechtsauskunftsstelle auf dem Gebiete des materiellen Rechts und seiner wünschenswerten Weiterbildung zeigen den besonderen Wert der gemeinnützigen Rechtsauskunftsbewegung nach dieser Richtung hin. So weist der Bericht angesichts der fast rechtlosen Stellung der unehelichen Kinder darauf hin, daß diese erst dann erhalten würden, was ihnen gebührt, und daß dann auch das Verantwortlichkeitsgefühl so vieler leichtsinniger Männer geschärft werde, wenn auch den unehelichen Kindern ein gesetzliches Erbrecht ihrem natürlichen Vater gegenüber zugesprochen würde. Zur Frage des Erbrechts im allgemeinen bemerkt der Bericht folgendes:

Aber nicht nur der Mangel eines Erbrechts, sondern umgekehrt auch der Zwang, Erbe zu werden, erscheint unter Umständen unbillig. Der Inhaber eines Geschäfts oder einer kleinen Nahrung stirbt und hinterläßt seine Ehefrau und unmündige Kinder. Er ist völlig verschuldet. Die Witwe will sich vom Nachlaß nicht ausdrücklich los-

sagen, weil sie dies für „lieblos“ ansieht. Bösigt rechtsunheimlich verabsäumt sie auch, Aufgebot der Nachlassgläubiger oder Nachlassverwaltung oder Nachlasskonkurs zu beantragen. Sie läßt die sechsmonatige Frist, innerhalb deren sie den Nachlass ausschlagen kann, ungenützt verstreichen. Sie bemüht sich vielmehr, wie sie glaubt im Interesse ihrer Kinder und in der redlichsten Absicht, mit den Mitteln des Nachlasses das Geschäft weiter zu betreiben, die Nahrung weiter zu bewirtschaften. Die Folge ist, sie und ihre Kinder haften mit ihrem ganzen Vermögen für die Verbindlichkeiten des überschuldeten Erblassers (BGB. §§ 1942, 1943, 1944, 1967, 1973, 1975). Ist es nicht eigentlich widersinnig, daß wir gezwungen sind, das, was uns ohne unseren Willen aufgedrungen wird (die Erbschaft, Erbe zu sein), innerhalb einer kurzen Frist — besonders kurz, wenn man die Sorgen und Obliegenheiten nach einem Todesfall berücksichtigt — wieder los zu werden, damit uns nicht der größte Nachteil dadurch erwächst? Warum werden wir nicht erst dann Erbe und verpflichtet aus diesem Rechtsverhältnis, wenn wir die Berufung zur Erbschaft innerhalb der gestellten Frist angenommen haben?

Es ist also eine Fülle praktischer Anregungen, die dieser Dresdener Bericht gibt; wir haben ihn deshalb auch an die Spitze unserer diesjährigen Mitteilungen aus den Berichten der deutschen Rechtsauskunftsstellen gestellt.

2. Die städtische Rechtsauskunftsstelle Regensburg berichtet über ihr 5. Geschäftsjahr. Der Stadtmagistrat verfügte am 9. August 1910, daß unter Vorbehalt späterer anderweiter Regelung die städtischen Geschäftsräume an Sonn- und Feiertagen verkehrsweise geschlossen bleiben, da der Besuch an Sonn- und Feiertagen von jeher sehr schwach war. Es hat sich seitdem gezeigt, daß hierdurch niemand benachteiligt wurde und daß die Inanspruchnahme der Auskunftsstelle im Berichtsjahre eine Einbuße nicht erlitten hat. Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte betrug 4237, in 142 Fällen wurden Gesuche und Schriftsätze angefertigt. 78% der Anfragen betrafen das Privatrecht. Hervorgehoben wird das Anwachsen der Inanspruchnahme gegen Schuldfirmen und die Feststellung der Tatsache, daß die Ratssuchenden die von ihnen unterschriebenen Verträge fast niemals gelesen hatten.

3. Die Rechtsauskunftsstelle für das Herzogtum Gotha erstattet ihren ersten Jahresbericht (1. Januar 1910 bis 31. März 1911). Die Einwohnerzahl des Erstredungsgebiets der Auskunftsstelle beträgt 182 380. Die Rechtsauskunftsstelle wurde in dieser Zeit von 4794 Personen besucht, von denen 1096 sie in ein und derselben Sache wiederholt besuchten. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 653. Die unter dem Schutze der Gothaer Ortsgruppe des Deutsch-evangelischen Frauenbundes gegründete Sonder-Rechtschutzstelle für Frauen, die Frauen und Mädchen der minderbemittelten Stände ohne Rücksicht auf Konfession durch Frauen in ihren Rechtsnöten mit Rat, Schutz und Hilfe beistehen, ihnen auch bei Inanspruchnahme einer Wohlfahrts-Einrichtung behilflich sein will, benützt die gleichen Räume wie die allgemeine Rechtsauskunftsstelle. Von Seiten dieser ist, wie es in dem Berichte heißt, diese neue Einrichtung mit Freuden begrüßt worden, da sie geeignet sei, ihre eigenen Aufgaben mit zu fördern und durch gegenseitige Unterstützung, durch gemeinsame Arbeit dem Gedanken der Gerechtigkeit und Billigkeit zum Siege zu verhelfen.

Nichtlinien für die gemeinnützige Rechtsauskunft. Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen hat eine Anzahl von Richtlinien aufgestellt, die vorzüglich geeignet sind, die sozialdemokratischen Angriffe auf die gemeinnützige Rechtsauskunft als solche zu entkräften. Den Teil der Richtlinien, der die grundsätzliche Tätigkeit der Rechtsauskunftsstellen behandelt, geben wir nachstehend wieder. Ein weiterer Teil behandelt die Frage der Einrichtung von Rechtsauskunftsstellen.

Die Auskunftsstellen sollen den Minderbemittelten, die die Hilfe eines Anwalts nicht in Anspruch nehmen können, den Anwalt ersetzen. Sie sollen sie beraten und ihnen bei der Durchführung ihrer Ansprüche behilflich sein. Den Minderbemittelten stehen die Auskunftsstellen auf allen Rechtsgebieten zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeitsvertragsrechts legen sie besonderen Wert darauf, auch die Arbeitgeber zu beraten. Hierzu befähigt sie ihre eigene ausgebildete Tätigkeit gerade auf diesem Gebiete und die Tatsache, daß die meisten Anwälte sich mit diesem Gebiete kaum eingehend beschäftigen können.

Die Auskunftsstellen üben ihre Tätigkeit grundsätzlich unentgeltlich aus. Schreibgebühren und Porto werden sie sich erheben lassen, aber auch hiervon immer absehen bei Bedürftigkeit des Beratenen. Nicht die Rechtsbelehrung, sondern die praktische Rechtsberatung ist Aufgabe der Auskunftsstelle. Ist der Ratssuchende zu ungewandt, seine Sache selbst zu führen, so nimmt die Auskunftsstelle auch den Rechtsbetrieb in die Hand, unterstützt ihn durch Übernahme des notwendigen Schriftverkehrs. Von den ordentlichen Gerichten kann im Armenrecht ein Anwalt oder ein Vertreter für die mündliche Verhandlung bestellt werden. Die Auskunftsstelle sieht deshalb von der Übernahme dieser Vertretung grundsätzlich ab. Vertretungen vor den Kaufmanns- und

Gewerbegerichten werden nur übernommen, wenn der Klient sich nicht selbst vertreten kann und andere Vertretung nicht zu beschaffen ist. Dagegen wird die Vertretung regelmäßig in Arbeiterversicherungssachen übernommen und immer vor dem Reichs-Versicherungsamt. Der Verband hat dort einen eigenen Vertreter bestellt.

Die Rechtsauskunftsstelle soll dem Rechte zum Siege verhelfen durch Klarstellung des Sachverhalts und der Rechtslage. In der Regel teilt sie dem Gegner die vom Klienten gegebene Schilderung des Sachverhalts mit und knüpft daran ihre Rechtsansicht unter dem Vorbehalt, daß die ihr gegebene Sachdarstellung richtig ist. In gleicher Weise behandelt sie eine etwaige Antwort des Gegners. Wünscht auch dieser ihre Beratung, so belehrt sie ihn in gleicher Weise. Sie identifiziert sich nicht mit dem Interesse dessen, der sie zuerst in Anspruch nimmt, sondern versucht, durch friedliche Schlichtung unnütze Prozesse zu vermeiden.

In unlauteren und aussichtslosen Sachen verlagert die Auskunftsstelle ihre Hilfe. Die Auskunftsstelle arbeitet gemeinnützig und hält sich unabhängig von politischen oder konfessionellen Bestrebungen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Arbeiterobstruktion gegen die staatliche Altersversicherung in Frankreich.

Außerordentlich charakteristische Vorgänge spielen sich gegenwärtig in Frankreich ab, die das Inkrafttreten des am 5. April 1910 beschlossenen Altersrentengesetzes (vergl. Soz. Prag. XIX. Sp. 705) am 3. Juli 1911 in Frage stellen. Und zwar sind es die Versicherten selbst, die Arbeiter, für die das Gesetz in erster Linie geschaffen ist, welche durch passive Resistenz die Durchführung des Gesetzes hintertreiben. Der Hauptgrund für diesen Widerstand ist wohl nicht so sehr die Unzufriedenheit mit den allerdings unbefriedigenden Organisationsmängeln des Gesetzes und seinen geringen Leistungen (niedrige Renten, hohe Altersgrenze von 65 Jahren, die nur den Bezug einer „Totenrente“ zuläßt, kümmerliche und nur vorübergehende Staatszuschüsse usw.), sondern eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen das ganze System der Zwangsversicherung durch den „Bourgeoisstaat“. Mögen auch reaktionäre Gemeindevormaltungen und gewisse Unternehmerrschichten, die von der sozialen Versicherung (9 Franken auf den Kopf des Arbeiters im Jahre) eine schwere Belastung ihrer Produktion befürchten, zur Aufreizung der Arbeiter gegen das Altersrentengesetz beigetragen haben, vor allem sind es doch die revolutionär-syndikalistischen Arbeiterorganisationen, die ihre Mitglieder systematisch mit Mißtrauen gegen die staatliche Fürsorgeordnung erfüllen, indem sie teils an die anarchisierenden Instinkte, teils an die kleinbürgerliche Kurzichtigkeit der französischen Arbeiter in Geldfragen appellieren. So verdächtige man das Kapitalisationsverfahren der Versicherung als ein Manöver des Bourgeoisstaates, der aus den Arbeiterbeiträgen große Kapitalien zu militaristischen Zwecken und zu bürokratischer Beamtenwirtschaft beschaffen wolle. Nachdem Jules Guesdes Antrag auf Abschaffung der Arbeiterbeiträge und Beschaffung der Versicherungsmittel durch progressive Nachlassbesteuerung in der Deputiertenkammer am 28. Januar 1911 abgelehnt worden war, hat die Confédération Générale du Travail ihren Beschluß vom Toulouser Kongreß (Oktober 1910), gegen das Gesetz zu agitieren, mit heftiger Entschlossenheit durchgeführt und es so zu dem gegenwärtigen Zustand gebracht: die Mehrzahl der Arbeiter will an vielen Orten von der Versicherung nichts wissen, boykottiert die Versicherungsstellen förmlich und entzieht sich der Eintragung in die Versichertenlisten. Alle öffentlichen Aufklärungsversuche des Arbeitsministeriums (Sp. 822) haben sich bisher als erfolglos erwiesen. Zwar sind die Nachrichten, daß sich bis zu dem amtlichen Schlußtermin der Eintragung, dem 3. Mai, allgemein kaum 5 v. H. der Versicherten — in Paris nur 37 000 von 500 000 — für die Listen angemeldet haben (vergl. l'Aurore, den 3. Mai), vom Arbeitsminister Paul-Boncour als böse Übertreibungen bezeichnet worden — lagen doch aus einzelnen Departements Anmeldungen von mehr als 50 v. H. bis zu 90 v. H. der Versicherten vor! —: Tatsache ist doch, daß der Minister eine längere Nachfrist für die Eintragungen hat setzen müssen und daß die sozialdemokratische Fraktion, die seinerzeit fast einmütig für das Gesetz gestimmt hat, sich jetzt Seite an Seite mit den reformistischen Gewerkschaften und den im Gesetz besonders berücksichtigten freien Hilfskräften der öffentlichen Agitation für die Durchführung des Gesetzes widmen muß, damit das ganze Versicherungswerk nicht in letzter Stunde noch an der Beitragsverweigerung der Versicherten scheitert. Zaurès führt in der „Humanité“ eine förmliche Aufklärungskampagne zugunsten des Altersrentengesetzes und legt allen revolutionären Gegnern

dar, daß sie mit ihrer blindwütigen Obstruktion nicht eine Verbesserung dieses angeblichen „Schwindel- und Gaunergesetzes“ erreichen, sondern die industrielle Gegnerschaft der Zwangsversicherung nur verstärken; möglicherweise würde diese noch einmal durch eine Art „selbsthilfsförmigen und humanitär aufgeputzten Scheinfürsorgeystems“ verdrängt werden. Mit dieser lebhaften Fürsprache für das Staatsversicherungsgesetz bezweckt Jaurès natürlich gleichzeitig eine Verleumdung des Parlamentarismus gegenüber den anarchistischen Syndikalisten, die, voran die neue Fraktion „Bataille syndicaliste“, die gegenwärtige Gelegenheit weidlich gegen die sozialistische und deren positiven Reformismus auszunutzen suchen. Selten sind die widerstreitenden Strömungen in der französischen Arbeiterchaft so grell zutage getreten, wie heuer im Kampfe um die Durchführung eines Wohlfahrtswerkes für die Arbeiterchaft. Auch zeigen die Vorgänge, daß die Verbandsinteressen in diesem Falle den Syndikalisten wieder einmal höher stehen als die Arbeiterinteressen, denen mit der schnellen praktischen Erprobung des Gesetzes und der daraus sich notwendig ergebenden Reform seiner Gebrechen gewiß am besten gebiet wäre. Drohen doch den über 35 Jahre alten versicherungspflichtigen Arbeitern, die sich bis zum 15. Mai nicht gemeldet haben, die Staatszuschüsse verloren zu gehen, und die Arbeitgeber haben inzwischen dank dem Fernbleiben der organisierten radikalen Arbeiter die Möglichkeit, die Entsendung gefügiger Arbeitervertreter in die Verwaltungsorganisationen der Versicherungskassen fast wirkungsvoll zu beeinflussen. Die Arbeiter hätten also allen Grund, den Aufrufen der „Office socialiste des retraites“ Folge zu leisten, zumal dieses ihnen immer wieder ausführlich auseinanderlegt, zu wem nützlich, für die Arbeiterchaft förderlichen Anlagen (Arbeiterwohnungen, Arbeitergärten und Wohlfahrtsanleihen der Gemeinden) das angeammelte Versicherungskapital allein verwendet werden darf.

W. Z.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung (vergl. Sp. 1036). Zu §§ 419 und 420 wurde ein Zusatzantrag der Kompromißparteien angenommen, wonach auch bei den Landfrankenklassen der Gemeindeverband die Verwaltung der Kasse übernehmen kann, wenn auch bei 8% des Grundlohns die Regelleistungen nicht gedeckt werden, der Gemeindeverband also die Beihilfen aus eigenen Mitteln zu leisten hat. — § 515a, nach dem die statutarischen Bestimmungen, die die Versicherung der Hausgewerbetreibenden regeln, in Geltung bleiben können, erhielt einen Zusatz, wonach Voraussetzung der Genehmigung ist, daß Auftraggeber und Hausgewerbetreibende im Bezirk des Versicherungsamts oder in dem von der obersten Verwaltungsbehörde nach örtlichen Bedürfnissen bestimmten größeren Bezirke ihren Betriebsitz haben und daß die den Hausgewerbetreibenden zugebilligten Leistungen denen dieses Gesetzes mindestens gleichwertig sind. In § 525 (Aufzählung der Paragraphen, die auch für die Knappschaftskassen gelten) wurde die Bezugnahme auf § 226 (Auscheiden von Versicherten bei Erwerbslosigkeit) eingefügt. § 525a (geheime Wahl der Knappschaftskassen) erhielt folgenden Zusatz:

„In die Generalversammlung und den Vorstand einer Knappschaftskrankenkasse können auch Knappschaftsinvaliden gewählt werden, wenn sie als Mitglied Beiträge zur Krankenkasse zahlen.“

Weitere unwesentliche Änderungen betreffend Kontrollbestimmungen usw. wurden entsprechend den Anträgen der Kompromißparteien zu den §§ 530, 542, 546 unter Streichung des § 543 angenommen. Damit war auch das zweite Buch der RVO. (Krankenversicherung) erledigt, und es wurde in die Beratung des dritten Buches (Unfallversicherung) eingetreten. § 569a. (Versicherungsfreiheit bestimmter Betriebsunternehmer) erhielt folgenden Zusatz: „Er (d. h. der Berufsgenossenschaftsvorstand) widerruft die Befreiung, sobald ihre Voraussetzung nicht mehr vorliegt.“ In § 572a (Außertrittreten der Versicherung) wurde anstatt der Worte „wenn der Beitrag nicht rechtzeitig bezahlt worden ist“ gesetzt: „wenn der Beitrag trotz Mahnung nicht bezahlt worden ist.“ — In § 747a wurde bestimmt, daß der Bundesrat schon im Jahre 1913 (Kommissionsbeschluss: 1921) dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen hat. § 834 wurde gestrichen, da bereits § 127 den gleichen Inhalt hat. In § 847 wurde hinzugefügt, daß fremdsprachliche Abdrucke der Unfallverhütungs- und Überwachungs Vorschriften hergestellt werden müssen, wenn 50 fremdsprachliche Arbeiter beschäftigt sind, von denen 25 gemeinsame Muttersprache haben. Bei § 896 wurde beschlossen, daß, wo ein Anspruch auf Rente nicht besteht, auch die Möglichkeit, zivilrechtlich gegen den schuldigen Unternehmer vorzugehen, zuzulassen. In § 1156 (Umlage- und Erhebungsverfahren) wurde

an Stelle 3000 M. (Jahresarbeitsverdienst) 5000 M. gesetzt. Die übrigen Änderungen zum dritten Buche waren mehr redaktioneller Art. — Darauf wurde in die Beratung des vierten Buches: Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eingetreten, das ohne wesentliche Änderungen angenommen wurde. Lediglich die Abstimmung über § 1341 (Beauftragung des Haushaltsplans der Versicherungsanstalten durch die Aufsichtsbehörden, falls die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet erscheint) wurde bis zum 22. Mai vertagt. — Das fünfte Buch (Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu anderen Verpflichteten) wurde ebenfalls ohne wesentliche Änderungen genehmigt. — Am 22. Mai soll die zweite Lesung der RVO. zu Ende geführt werden. Die dritte Lesung soll zwischen dem 29. Mai und 2. Juni stattfinden.

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung in der Kommission. Ursprünglich hatte die Reichsversicherungskommission zunächst das Gesetz über die Aufhebung der Freien Hilfskassen beraten wollen. Ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission bat aber, diese Vorlage mit Rücksicht auf die durch die Plenarberatung der Reichsversicherungsordnung überarbeiteten Mitglieder der Kommission nicht schon jetzt zur Beratung zu stellen, sondern es bis zum Herbst zu vertagen. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtige keine Verschleppung. Die Kommission beschloß, dem Wunsche insoweit Rechnung zu tragen, daß zunächst das Einführungsgezet zur RVO. beraten werden solle. Demgemäß begann diese Beratung am 18. Mai. Zu den „Allgemeinen Vorschriften“ wurde ein Antrag angenommen, nach welchem dem Bundesrat das Recht gegeben wird, die Amtsdauer der bisherigen Versicherungsvertreter eventuell zu verlängern, da es nach den Ausführungen des Regierungsvertreters zweifelhaft ist, wann, in Ansehung der neuen Bestimmungen der RVO., die Amtsperiode der gegenwärtigen Vertreter abläuft; es seien also Übergangsbestimmungen nötig, nach Durchführung der Neuorganisation der Versicherungsbehörden sollen dann die Neuwahlen stattfinden. Art. 7 erhielt folgende Fassung:

„Soweit Vorschriften der Reichsversicherungsordnung in Kraft treten, bevor Versicherungsämter bestehen, treten für die Aufgaben, die ihnen das Gesetz zuweist, die unteren Verwaltungsbehörden, beziehungsweise die bisherigen Schiedsgerichte ein.“ (Nach der Vorlage sollte die oberste Verwaltungsbehörde die Befugnis haben, diese Aufgaben „anderen vorhandenen Behörden“ zu übertragen.)

Art. 8 Abs. 1 wurde, wie folgt, gefaßt:

„Das Versicherungsamt zieht an Stelle der Versicherungsvertreter die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten bei der unteren Verwaltungsbehörde oder Rentenstelle zu.“

In Art. 9 wurde die Bestimmung eingefügt, daß auf Antrag beteiligter Krankenkassen das Versicherungsamt anordnen kann, daß zu seiner Beschlussfassung über die Herstellung und Änderung der äußeren und inneren Verfassung der Krankenkassen besondere Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl gewählt werden.

In Art. 13 wurde die Frist, während der die Versicherungsanstalt dem Oberversicherungsamt bisher dem Schiedsgericht zur Verfügung gestellte Beamte zu belassen hat, auf den 31. Dezember 1914 festgesetzt. Art. 16 erhielt folgende Fassung:

„Umfang der Mitgliederkreis einer gemeinsamen Ortskrankenkasse bereits einen großen Teil der nach dem Krankenversicherungsgesetz Ortskassenpflichtigen des Bezirkes, so kann mit Genehmigung des Oberversicherungsamts diese Kasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse ausgestaltet werden.“

Die Art. 30 bis 32, die die Verhältnisse der Angestellten der Krankenkassen regeln, erhielten eine durchgreifende Umgestaltung. Die Mehrheit der Kommission ging dabei von dem Gedanken aus, daß in vertragsmäßig erworbene Rechte nur insoweit eingegriffen werden dürfe, als die Verträge den guten Sitten widersprechen oder als sie mit Rücksicht auf das bevorstehende Inkrafttreten der RVO. und zur Umgehung dieses Gesetzes abgeschlossen seien. Demnach sollen zunächst für alle beim Inkrafttreten der Versicherungsordnung bereits vorhandenen Angestellten die Bestimmungen des § 365b dieses Gesetzes gelten, wonach Kündigung und Entlassung aus einem wichtigen Grunde nicht ausgeschlossen werden darf und wonach ferner die Entlassung erfolgen muß bei mißbräuchlicher politischer oder religiöser Betätigung. Die vor dem 1. Januar 1908 vereinbarten Gehaltsbezüge einschließlich der Pensionsansprüche dieser Beamten sollen unvermindert bleiben, auch wenn sie den in der Dienstordnung festzustellenden Besoldungsplan übersteigen. Die nach diesem Zeitpunkt vereinbarten, den Besoldungsplan übersteigenden Gehaltsbezüge sind weiter zu gewähren, wenn die (von

der Mehrheit beider Gruppen im Vorstand zu beschließende) Dienstordnung es zuläßt, außerdem wenn im Einzelfalle auf Antrag des Vorstandes das Versicherungsamt die Genehmigung dazu erteilt. Diese Genehmigung ist zu verfahren, wenn die Bezüge zu den Sätzen des Besoldungsplans in auffälligem Mißverhältnis stehen; sie kann versagt werden, soweit der Wert der Bezüge den der Bezüge nach dem Besoldungsplan um mehr als den vierten Teil übersteigt oder erst nach dem 1. Juli 1910 vereinbart worden ist. (Letzterer Termin wurde gewählt mit Rücksicht auf die um diese Zeit in der Reichstagskommission stattgehabte Verhandlung über den bekannten Düsseldorf'schen Vertrag.) Können die höheren Bezüge nicht weitergezahlt werden und erklärt sich der Angestellte nicht bereit, das Vertragsverhältnis nach dem Tage, zu dem ihm frühestens gekündigt oder er entlassen werden kann, unter den Bedingungen des Besoldungsplans fortzusetzen, so hat der Kassenvorstand so zeitig als möglich von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrechte Gebrauch zu machen. Er kann dazu vom Versicherungsamt angehalten werden. — Das Versicherungsamt (Beschlussausschuß) kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung anordnen, daß einem ihr unterstellten Angestellten, dessen Fähigkeiten für die ihm übertragene Stelle offenbar nicht ausreichen, im Dienste der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird. Es kann zugleich bestimmen, daß dem Angestellten seine höheren Bezüge zu belassen sind, soweit sie nicht zu den Sätzen, die der Besoldungsplan für die neue Stelle vorsieht, in einem auffälligen Mißverhältnis stehen. Vor Erlass der Anordnung sind der Kassenvorstand und der Angestellte zu hören; sie ist beiden zuzustellen. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlusskammer) endgültig. Der Angestellte hat binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung der endgültigen Anordnung dem Kassenvorstand zu erklären, ob er bereit ist, die Stelle zu übernehmen. Erklärt er sich nicht bereit, so hat ihm der Vorstand das Vertragsverhältnis mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Kann er das Vertragsverhältnis schon zu einem früheren Tage lösen, so hat er von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrechte so zeitig als möglich Gebrauch zu machen. § 367 Abs. 2 der RVO. gilt entsprechend.

Angekommen wurde ein neuer § 32a, nach welchem Verträge, die beim Inkrafttreten der RVO. mit Krankenhäusern bestehen, nach 2 Jahren enden, sofern nicht die §§ 199, 381 RVO. dem entgegenstehen (Krankenhausbehandlung an Stelle von Krankenpflege und Krankengeld). Artikel 33, monach Vertragsverhältnisse, die bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zwischen Kassen und Ärzten bestehen, spätestens nach fünf Jahren enden, wurde gestrichen. Art. 34 Abs. 1 erhielt folgende Fassung:

„Landesrechtliche Vorschriften, die den Dienstberechtigten zur Sorge für Kur und Pflege des erkrankten Kindes verpflichten, werden aufgehoben, vorbehaltlich § 464 RVO.“

Art. 47 (die Vermögenslage der Berufsgenossenschaften betreffend) wurde gestrichen. — Die erste Lesung des Einführungs-gesetzes zur RVO. wurde zu Ende geführt und die zweite Lesung unmittelbar darauf begonnen. Hierbei wurde zu Art. 15 ein Zusatz angenommen, wonach Zuschlag zum Sterbegeld für alle Versicherten zu zahlen ist. In Art. 20 wurde eingefügt, daß Beschwerden „binnen einem Monat“ erhoben werden können. In Art. 25a wurde in einem Zusatz ausgesprochen, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes die in § 528 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Hilfskassen und ihre Mitglieder, anstelle der §§ 6 und 12 des Hilfskassengesetzes die §§ 529, 533 und 535 treten. Der Art. 25c erhielt folgenden Zusatz:

„Eingeführte Hilfskassen, die nicht als Ersatzkassen zugelassen werden, haben ihren versicherungspflichtigen Mitgliedern in Unterstützungsfällen die Leistungen für die in der Satzung festgesetzte Zeit forzugewähren.“

Das Spar-Prämien-System bei der städtischen Sparkasse in Posen will (vergl. Mitteilungen der Zentralstelle des deutschen Städtetages vom 30. März 1911) Teile der Zinsüberschüsse durch Verlosung derselben zur Belohnung fleißiger Sparer nach bestimmten Grundfällen verwenden. Die rechtliche Zulässigkeit der Verlosungen steht nach Ansicht des Magistrats außer Zweifel. Verbote seien nach § 286 StGB. nur die Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Auspielungen ohne obrigkeitliche Erlaubnis. Da nur Sparer der städtischen Sparkasse an der Verlosung teilnehmen dürfen, und zwar nur solche, die ganz bestimmten Berufs- und Einkommensklassen angehören und vom Sparkassenvorstand zugelassen werden, so fehle der Verlosung das Kriterium der Öffentlichkeit. Auch die Stempelspflicht (Tarifnummer 5 des Reichsstempelgesetzes) entfalle hiernach.

Zur Teilnahme werden männliche und weibliche Sparer der Städtischen Sparkasse zu Posen zugelassen, welche in der Stadt Posen wohnhaft, als Handwerker, Gewerbetreibende, Angestellte, Beamte, Militärpersonen, Dienstboten oder Arbeiter tätig sind und deren Einkommen 2000 M. pro Jahr nicht übersteigt; ebenso Ehefrauen solcher Personen, sofern nicht schon der Ehemann an der Prämienverlosung teilnimmt. Es sind mindestens 12 M. im Jahre zu sparen. Die Anmeldung zur Teilnahme hat jeweilig 14 Tage vor Beginn des neuen Rechnungsjahres bei der Sparkasse zu erfolgen. Im Monat April findet für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verlosung der Sparprämien statt. Diese betragen, falls die Zahl der Sparer 1000 nicht überschreitet: 1 à 300 M. = 300, 5 à 100 M. = 500, 26 à 50 M. = 1300, 86 à 25 M. = 900, Sa. 3000 M. Die Zahl der Prämien à 25 M. erhöht sich für jedes 1000 weiterer Sparer um 800 M. — Jeder Teilnehmer erhält bei seiner Anmeldung ein Los. Die Nummer jedes Loses wird auf dem Sparkonto des Teilnehmers notiert. Wer die Bedingungen nicht erfüllt hat, dessen Los scheidet für die Verlosung aus. Die Überwachung der Verlosung geschieht durch drei Mitglieder des Sparkassenvorstandes. Die Gewinne werden den Sparkassenbüchern der Gewinner zugeschrieben. Die gezogenen Nummern werden mit der Höhe des auf jede Nummer entfallenden Gewinnes durch Anschlag in der Sparkasse bekannt gegeben.

Steuerzahlung aus Sparkassenguthaben. Wir hatten bei der Mitteilung XIX Sp. 599, daß die Elberfelder Stadtverwaltung die Zahlung der Steuern durch Überweisung aus Sparkassenguthaben zugelassen habe, im Anschluß an eine im „Stadtverordneten“ zu dieser Frage erschienene Notiz Bedenken gegen diese Art der Steuererhebung geltend gemacht, da nach einer alten Erfahrung von Sparkassenverwaltern abgehobene Beträge nicht so leicht wieder aufgefunden werden. Es ist interessant, daß nach den Mitteilungen der Elberfelder Sparkasse sich dies System tatsächlich nicht nur bewährt hat, sondern daß durch diese Maßnahme der Sparfain nicht etwa geschwächt, sondern gefördert worden ist. Wir entnehmen den „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages“ (II. Nr. 19/20, 1910) hierzu folgendes:

Die Sparkasse hat in dem verflossenen Berichtsjahr um rund 5 Millionen und bis zum September v. J. um rund 7 1/2 Millionen zugenommen, während seit Bestehen der Kasse (1822) bis 1909 nur ein Gesamteinlagenbestand von 40 Millionen erzielt worden war. Diese außergewöhnliche Steigerung wird hauptsächlich auf den erwähnten Zahlungsmodus zurückgeführt, da die den Steuerzetteln beigefügten Antragsformulare zugleich ein ausgezeichnetes Akkumulationsmittel für die Sparkasse darstellen. Die Maßnahme hat sich aber nicht bloß für den weiteren Ausbau des Spargedankens als günstig erwiesen, sondern stellt auch eine erhebliche Erleichterung der Steuerverwaltung dar, insbesondere insofern die zu überweisenden Steuerbeträge in einer Summe abgeführt werden, was der Steuerkasse zugleich Erleichterung an Arbeit sowie eine Zinseinnahme gewährt. Für die Steuerüberweisung kommen hauptsächlich Städte in Betracht, die nur eine einzige Steuerzahlstelle und kein Abholungs-system besitzen, da hier den Steuerzahlern zugleich weite Wege erspart werden. Insgesamt haben in Elberfeld im ersten Berichtsjahr von etwa 45 000 Steuerpflichtigen, deren Steuerzetteln die Antragsformulare beigefügt waren, 1100 die Überweisung beantragt, also etwas über 2 %. Auch in Hanau, M.-Glabbach und Stettin ist das genannte Überweisungsverfahren eingeführt worden und hat sich gleichfalls bis jetzt bewährt. In M.-Glabbach, wo von rund 28 000 Steuerzahlern 770 die Einrichtung benutzen (700 zahlen durch Bank), bestanden anfänglich Bedenken seitens der Sparer, daß die Einrichtung zugunsten der Steuerbehörde ausgenutzt werden könnte, dieselben scheinen jedoch geschwunden zu sein. Stettin hebt u. a., wie Elberfeld, hervor, daß neue Sparer gewonnen werden, bisher machten hier rund 880 Sparer von der Einrichtung Gebrauch. Hanau und M.-Glabbach haben (soweit hier bekannt) tägliche, Elberfeld hat zehntägige, Stettin monatliche Verzinsung.

Geschenksparkassenbücher in Merseburg. Auf Kosten der Stadt erhält seit Anfang 1911 jedes neugeborene Kind ein Sparkassenbuch über 1 M. Nach vollendetem 21. Lebensjahre soll der Inhaber darüber frei verfügen können; bis dahin soll ein Sperrvermerk die gänzliche Abhebung verhindern. Der Zweck der Geschenksparkassenbücher soll sein, auf die Jugend und deren Eltern erziehlend zu wirken und den Sparfain anzuregen. In Betracht kommen jährlich 700 Kinder. Beim Tode des Kindes haben die Eltern über das Buch zu verfügen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die Deutsche Gelbarbeiterzentralstelle.

Über die deutsche Gelbarbeiterzentralstelle ist nur wenig Material für die Öffentlichkeit vorhanden, so wichtig dieses Institut auch für unser Wirtschaftsleben ist. Man ist angewiesen auf die Jahresberichte dieses Instituts, die Angaben in den Jahresberichten der Landwirtschafstammern und gelegentliche Notizen. Daß so wenig über diese Institution bekanntgegeben wird, hat seine Ursache

darin, daß die ganze Organisation noch im Bildungsprozesse begriffen ist und eine endgültige Lösung in der Frage der Auslandsarbeiter noch nicht vorliegt. Die Deutsche Feldarbeiterzentralstelle ist ein rechtsfähiger Verein. Nach § 1 ihrer Satzungen vom 1. Juli 1907 ist der Zweck des Vereins: „die Vermittlung von Dienstverträgen mit ausländischen, vornehmlich landwirtschaftlichen Arbeitern und die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Fragen.“ Die überwiegende Tätigkeit liegt jetzt in der Erfüllung des letzteren Ziels.

Hervorgegangen ist die Feldarbeiterzentrale auf Grund von älteren Bestrebungen aus der „Zentralstelle zur Beschaffung deutscher Ansiedler und Feldarbeiter“. Nach ihrer Gründung im Jahre 1905 übernahm sie dann von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg die von dieser zur Übernahme von ausländischen Arbeitern eingerichteten Grenzstationen in Myslowitz, Neukönig und Annaberg gegen eine Entschädigung von 20 000 M. Den Landwirtschaftskammern wurde der Anschluß an die Feldarbeiterzentrale anempfohlen, was diese nach und nach befolgt haben. Die Feldarbeiterzentrale, obwohl eine rein private und privatrechtliche Organisation, war unter Zustimmung und Beihilfe der Regierung zustande gekommen und hat mit der Zeit staatliche Funktionen an sich gezogen. Ihr Ziel faßt die Feldarbeiterzentrale wie folgt zusammen: „Beseitigung der auf dem Gebiete des ausländischen Arbeiterwesens bestehenden Mißstände; und diese Mißstände lassen sich wieder in zwei Hauptpunkte zusammenfassen: die Nachstellung der Agenten mit ihren nach vielen Richtungen üblen Begleiterscheinungen und der immer mehr überhandnehmende Kontraktbruch.“ Der Nachstellung der Agenten begegnet die Feldarbeiterzentrale mit dem Streben eines Zusammenschlusses der Arbeitgeber, um die gesamte Nachfrage nach Arbeitskräften einheitlich an den Markt zu bringen und allmählich immermehr den direkten Vertragschluß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. Als Grundlage dazu dient ein Netz von Grenzstellen, um „das Arbeitsangebot — die Verträge — den Arbeitern in erreichbare Nähe zu bringen.“

Den Grund zu dem zweiten Mißstand sieht die Feldarbeiterzentrale darin, daß der ausländische Arbeiter ohne nachteilige Folgen, zivil- oder strafrechtlicher Art, den Kontraktbruch begehen kann. Da man strafrechtlich der großen Schar Kontraktbrüchiger nicht oder nur schwer beikommen könne, müsse man den Kontraktbrüchigen dadurch strafen, daß man ihm die Verwertung seiner Arbeitskraft in Deutschland, die einen hohen wirtschaftlichen Wert für ihn darstelle, unmöglich mache. Und dieses Ziel sei zu erreichen durch eine genaue Legitimation der Arbeiter, was wiederum ein umfangreiches Netz von Grenzstellen erfordere. Die Grundlage für diese Legitimation sei aber, daß das Legitimationspapier als Ausweispapier allgemein Gültigkeit habe und allein beweisend sei. „Diese allgemeine und ausschließliche Gültigkeit verlangt die Ausstellung durch die Behörden“; da einestheils nur ein Bruchteil der Steuerzahler ein Interesse an der Legitimation habe und zum Zwecke der Arbeitsvermittlung auch eine Grenzstellenorganisation nötig sei, so sei es nützlich und praktisch: „diese Vermittlungsorganisation gleichzeitig zur Trägerin der Reform des Legitimierungswesens zu machen und der Regierung als solche zur Verfügung zu stellen.“

In Preußen ist dann durch Verfügung vom 21. Dezember 1907 der Feldarbeiterzentralstelle zu Berlin die Legitimation der ausländischen Arbeiter übertragen worden, zunächst für die aus Rußland und Österreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter. Durch Verfügung vom 30. Dezember 1908 wurde die Verpflichtung der Auslandsarbeiter auf Verschaffung von Inlandsausweispapieren durch die Feldarbeiterzentrale auf sämtliche ausländische Arbeiter ausgedehnt. Diese Verfügungen wurden dann durch Erlasse vom 4. Dezember 1908, 6. Oktober 1909 und 27. November 1909 ausgestaltet. — Die Grenzorganisation wurde jährlich besser ausgebaut. Hatte die Feldarbeiterzentrale im ersten Jahre nur mit vier Grenzstellen gearbeitet, so bestanden am 30. September 1906 schon acht, 1908/09 waren schon 40 Grenzämter bezw. Abfertigungsstellen vorhanden, 1909/10 45. Zur Kontrolle der Grenzstellen wurden fünf Inspektionsbezirke errichtet und eine Oberinspektion in Berlin. Den Umfang der Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale kann man auch an der Größe des Beamtenapparats ermessen. Ende des Geschäftsjahrs 1909/10 waren in Berlin 220 ständige, in den Grenzämtern 219 ständige und 58 Hilfsbeamte beschäftigt. — Neben Preußen waren auch die anderen Staaten zum Legitimierungszwang übergegangen; es hatten bis Oktober 1909 folgende Staaten ihn eingeführt:

Königreich Preußen.

Königreich Sachsen, allerdings zunächst mit einigen Einschränkungen.

Großherzogtümer: Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar.

Herzogtümer: Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Meinigen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha.

Fürstentümer: Lippe, Schaumburg-Lippe, Waldeck, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen.

Freie Stadt Lübeck.

Die Vermittlungstätigkeit der Feldarbeiterzentrale betrug in den ersten 18 Monaten ihres Bestehens (vom 1. April 1905 bis 30. September 1906) 23 091 Saisonarbeiter oder im Monatsdurchschnitt 1283.

Die Vermittlung für Landwirtschaft und Industrie seit Oktober 1906.

I. Landwirtschaft:

	1906/07			1907/08			1908/09			1909/10		
	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten
Männer . .	19 888	15 546	78,4	28 875	26 214	90,8	31 221	28 006	90,0	36 728	35 218	95,9
Frauen . .	12 093	6 125	50,7	21 299	16 281	76,4	31 079	27 249	87,7	45 764	30 992	67,7
Insgesamt	31 981	21 671	67,8	50 804	42 495	83,6	62 300	55 255	88,8	82 492	66 210	80,3

II. Industrie:

	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten
Männer . .	10 008	9 413	94,1	13 458	11 761	87,5	11 808	9 851	83,4	11 798	9 284	78,7
Frauen . .	345	340	98,5	575	498	86,6	407	291	71,5	585	507	86,7
Insgesamt	10 353	9 753	94,1	14 033	12 259	87,3	12 215	10 142	83,0	12 383	9 791	79,1

III. Landwirtschaft und Industrie:

	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten	Be- stellt	Ber- mittelt	o. d. Be- stellten
Männer . .	29 886	24 959	83,5	42 331	37 975	89,7	46 024	42 857	93,1	48 516	44 502	91,7
Frauen . .	12 438	6 465	52,0	22 504	16 774	74,5	31 486	27 540	87,5	36 349	31 499	86,7
Insgesamt	42 324	31 424	74,2	64 835	54 749	84,4	77 510	70 397	90,8	84 865	76 001	89,6

Auf den weiteren Ausbau der Vermittlungsorganisation wird großer Wert gelegt, auch ist man mit den beteiligten Kreisen im Ausland in Verbindung getreten, so daß, wie der Jahresbericht 1909/10 sagt, „begründete Aussicht besteht, es werde sich schon im nächsten Jahre auf diesem so schwierigen Gebiete ein nicht unansehnlicher Erfolg zeigen. Allerdings wird es sich dabei vor allem um die Versorgung unserer Industrie handeln.“

Die Vermittlungstätigkeit der Feldarbeiterzentrale ist immerhin noch gering, wenn man sie mit der Zahl der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter vergleicht, wie sie sich aus der Legitimationstätigkeit dieses Instituts ergibt. Es wurden legitimiert:

1907/08	444 677 Arbeiter
1908/09	598 848
1909/10	642 988

Das Hauptkontingent stellen die russischen Polen (1909/10) mit 239 879, dann folgen Polen aus Galizien 83 447, Ruthenen aus Galizien 81 956, Niederländer und Belgier 53 995. Von den in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September Legitimierten gingen 1909/10 60,1 % in die Landwirtschaft (363 983), 39,9 % in die Industrie (242 238). — Man ersieht aus diesen Zahlen schon, daß die überwiegende Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale nicht in der Vermittlung, sondern in der Legitimierung liegt. In einem Amte, Stralkowo, wurden an einem Tage im April 1910 allein 4404 Arbeiter legitimiert. —

Die Beurteilung der Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale ist sehr verschieden. So äußerte Professor Sieda auf der Tagung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise am 28. Oktober 1910: „Auch die Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale, die seit Jahren auch für die Industrie vermittelt, halte ich für durchaus verhängnisvoll.“ In der Reichstagsitzung vom 7. Juli 1909 wurde der Legitimationszwang als rechtswidrig angegriffen, da die Feldarbeiterzentrale für die Ausstellung der Legitimationskarte eine Gebühr erhebe. Der Reichsverband z. B. stellt in Frage, ob es richtig ist, „die Ausfertigung der Legitimation lediglich der Feldarbeiterzentrale, also einem Privatinstitut, zu überlassen und ob die beabsichtigten Wirkungen und Erfolge eingetreten sind oder sich auf dem geplanten Wege überhaupt erreichen lassen.“

Dr. C. S. M.

Die Stellenvermittlung für Gastwirtschaftsangehörige in Chicago hat das öffentliche Interesse seit längerer Zeit stark auf sich gelenkt. Die Keller-, Kellnerinnen- und Köchevereinigungen von Chicago haben sich zur Bekämpfung der sogenannten „Vampire saloons“ verbündet, welche Stellen an diejenigen Bewerber, die am meisten für Getränke bezahlten, vermitteln. Auf einer gemeinsamen Versammlung dieser Vereinigungen, die der Besprechung dieser verächtlichen Geschäftspraktiken galt, wurde eine Geschichte ihrer Entstehung und Entwicklung zum Monopol mit allen Details an Namen und Daten gegeben. Der Ursprung liegt bis 1889 zurück; da war ein neuer Geschäftsführer zur Leitung eines der größten Chicagoer Hotels von New York her über-

nommen worden. Dieser begann damit, sein Personal bei einem bestimmten Geschäft zu mieten, das damals gerade eröffnet wurde und dessen Erfolg damit gesichert war. Ein Konkurrenzgeschäft verschaffte sich die Vermittlung für den ganzen Kellnerbedarf einer der größten Eisenbahngesellschaften. Dieser „Vampire saloon“ hat die ausschließliche Vermittlung für die meisten der ganz großen und viele der bescheideneren Hotels und Restaurants an sich gebracht, sowie diejenigen für die Sommervergügnungsparks, insofern sie in privaten Händen waren, mit einer einzigen Ausnahme, und für viele Landhotels. Für diese und viele andere Plätze ist es ausgeschlossen, eine Stelle ohne Vermittlung dieser geradezu demoralisierenden Ausbeuter zu bekommen.

Die Berufsvereine begannen ihr Vorgehen mit einer scharfen Kritik der staatlichen Arbeitsnachweise und der labor commissioners, daß sie es an der Verfolgung der Saloons fehlen ließen und Arbeitsvermittlungen ohne Konzession zuließen. Sie forderten die ganze Strenge des Gesetzes und wandten sich an die organisierte Arbeiterschaft, an die Presse und an alle auf Fortschritt und Gerechtigkeit gerichteten Institutionen mit dem Ersuchen, sich mit ihnen zum Kampfe gegen diese Ungerechtigkeit zu verbünden. Die Unterzeichner des Aufrufs empfahlen zugleich ihre Organisation als die Trägerin einer leistungsfähigen Stellenvermittlung und Unterstützungskasse. Die amerikanische Zeitschrift für Volkswohlfahrt „The Survey“ legt den Gastwirten nahe, sich des Ausbeutertums in der Stellenvermittlung zu entledigen; es würde sich auch finanziell lohnen und ihnen ständigeres Personal gewährleisten. Vor allem aber sollen die Kirchen und die Mäßigkeitsvereinigungen ihren Einfluß mit denjenigen der Gastwirtschaftsgehilfenverbände vereinen, um die Stellenvermittlungsverhältnisse einmal unter die Lupe zu nehmen und der Kritik der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Genossenschaftswesen.

Der Steuerkampf gegen die Konsumvereine.

Im preussischen Abgeordnetenhaus beriet die verstärkte Handels- und Gewerkekommission über den konservativen Antrag Hammer gegen die Steuerfreiheit der festen Kundenrückvergütungen der Konsumvereine und nahm ihn am 16. Mai in folgender Fassung an: die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens bei der organischen Neuordnung des Einkommensteuergesetzes, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der dem § 15 des Einkommensteuergesetzes vom 9. Juni 1906 eine Bestimmung einfügt, wonach bei den in § 1 Nr. 5 bezeichneten nichtphysischen Personen jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatten oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung als verteilte Dividende gilt. Der Vertreter des Finanzministers erklärte, daß die Heranziehung der als sogenannte „Kundenprämien“ gewährten Rabatte zur Einkommensteuer dem Minister durchaus sympathisch sei, betonte aber in demselben Atemzuge auf die besorgte Anfrage eines Abgeordneten, ob nun nicht etwa auch die Rabattsparrvereine von der Steuer getroffen würden, daß dies vollständig ausgeschlossen sei, da ja die Rabattsparrvereine keine nichtphysischen Personen und auch keine Genossenschaften im Sinne des Einkommensteuergesetzes wären. Und gleichzeitig wurde ein Zusatzantrag, daß die Regierung bei der Neubearbeitung des Einkommensteuergesetzes von 1906 nun auch die Besteuerung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Rücksicht ziehen solle, abgelehnt. — Diese Verhandlungen verdienen festgehalten zu werden als ein betrübliches Zeichen dafür, wie engherzige parteipolitische Interessen blind machen nicht nur für volkswirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeiten, sondern auch für elementare Erfordernisse ausgleichender sozialer Gerechtigkeit. Die Rabattsparrvereine, deren inneren Widerspruch jetzt allmählich die Kaufmannschaft selber einzusehen und abzuschütteln beginnt, sollen gegen jede Steuerbeschwerde gefeit bleiben, ebenso die landwirtschaftlichen Genossenschaften, obgleich sie das Händlerium auf dem Lande ganz anders verdrängen als etwa die Konsumvereine in der Stadt. Nur die Konsumvereine, die sich um die Versorgung der unbemittelten Arbeiterschaft mit guter, preiswerter Ware gegen Barzahlung ein sozialgeschichtliches Verdienst erworben haben, sollen durch Ausnahmegesetze schikaniert werden. Der Erfolg dieser Art Politik wird, abgesehen von ihren ethischen Wirkungen, der sein, daß die Konsumvereine ihre Warenverkaufspreise niedriger ansetzen, den sogenannten Kundenrabatt also dem Mitglied bei jedesmaligem Einkaufe sofort gewähren, anstatt die Rückvergütungsbeiträge bis zum Jahresende aufzusammeln und dem Mitglied dann als Sparsumme auszuhändigen. Diese Preiskonkurrenz, in der die Konsumvereine bisher sich Zurückhaltung auferlegt haben, wird die Kleinhändler wahrscheinlich schwerer treffen als die gegenwärtige Rückvergütungspraxis. Und der Herr Finanzminister, dem diese Ausnahmegesetzgebung so sympathisch ist, dürfte wahrscheinlich nicht viel Kundenrabattsteuern zu greifen bekommen. Es besteht wenig Hoffnung, daß das Abgeordnetenhaus den Beschluß seines Ausschusses umstößt; es sind zu viel Egoistengruppen

am Werke, ihre parteipolitischen Vertreter scharf zu machen gegen die Konsumvereine. Selbst die Handelskammer Köln hat sich jetzt mit einer Denkschrift in die Reihe der Bekämpfer der Konsumvereine gestellt und in aller Deutlichkeit darin ausgesprochen, daß man den Konsumvereinen künftig nicht mehr bloß von hinten herum, sondern auch offen zu Leibe gehen müsse; es sollen die Konsumvereine also nicht bloß steuerlich „gleichgestellt“ (siehe oben!) und den Beamten jede Tätigkeit in den Konsumvereinen unterlagt werden, sondern es soll auch die Ausdehnung der Beamtenkonsumvereine und Werkkonsumanstalten durch Einführung eines Bedürfnisnachweises beschränkt und den Konsumvereinen das Lieferantengeschäft „unmöglich“ gemacht werden. Die Kontrolle über die Konsumvereine soll ferner verschärft und besonders beim Margarineverkauf anders als bisher gehandhabt werden.

Wann wird man zu der Erkenntnis kommen, daß eine kleine Ausnahmepolitik gegenüber der volkswirtschaftlich notwendigen Reorganisation des Zwischenhandels für die Massenbedarfsdeckung ein Übel ist und daß selbst ein völliges Verbot der Konsumvereine den Kleinhändlern, soweit sie unfähig oder überflüssig sind, nicht den Rundschäftsbedarf und den Nahrungsstand wie in zünftigen Zeiten zu wahren vermöchte! W. Z.

Die Großeinkaufs-Gesellschaften im Jahre 1910. In Nr. 17 der „Konf. Rundschau“ berichtet Dr. Hans Müller über die Umsätze der Großeinkaufs-Gesellschaften im verflossenen Jahre:

Es ergielten:

	M	%
Englische Großeinkaufs-Gesellschaft, Manchester	581 856 660	= 58,4
Schottische „Glasgow“	145 768 160	= 16,0
Deutsche „Hamburg“	88 669 649	= 9,8
Dänische „Kopenhagen“	51 624 224	= 5,7
Schweizerische „Basel“	22 212 671	= 2,4
Österreichische „Wien“	16 869 511	= 1,8
Ungarische „Budapest“	15 978 791	= 1,7
Finnische „Helsingfors“	10 888 062	= 1,2
Französische (Magasin de Gros) I Paris	5 990 628	= 0,7
Holländische Großeinkaufs-Gesellschaft, Rotterdam	5 888 687	= 0,6
Schwedische „Stockholm“	5 078 005	= 0,6
Russische „Moskau“	4 287 226	= 0,4
Belgische „Antwerpen“	3 591 996	= 0,4
Französische (Coopérative de Gros) II Paris	1 181 298	= 0,1
Norwegische Großeinkaufs-Gesellschaft, Christiania	1 078 886	= 0,1
Tschechische „Prag“	814 000	—

An der Spitze steht die englische Großeinkaufs-Gesellschaft, deren Umsatz noch immer größer ist als der aller übrigen zusammen. Ihr folgt die schottische, und an dritter Stelle steht wiederum die deutsche, die seit 1907 die dänische Großeinkaufs-Gesellschaft an Umsatz übertrifft. Frankreich zählt 2 Großeinkaufs-Gesellschaften, von denen allerdings die eine, die Cooperative de Gros in Paris, recht unbedeutend ist. Der Anteil der einzelnen Großeinkaufs-Gesellschaften an dem Gesamtumsatz der Konsumvereine ihres Landes ist recht verschieden und entspricht durchaus nicht der absoluten Umsatzgröße. Hier steht vielmehr Dänemark mit rund 76 % an der Spitze, ihm folgt Schottland mit 73 %, während die englische Großeinkaufs-Gesellschaft nur 44,2 % des Umsatzes der englischen Konsumvereine deckt, Deutschland folgt mit 23,8 % hinter Ungarn, Finnland und der Schweiz. Am schwächsten beteiligten sich die französischen Konsumvereine am Großeinkauf; die beiden in Frankreich bestehenden Großeinkaufs-Gesellschaften vermittelten nur 3,8 % des Gesamtumsatzes. —sa—

Volksgesundheits.

Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Von Dr. Agnes Blüth, Berlin.

IV. (Schluß.) 1)

Der Alkoholismus

hat in einem Anhang zu Band III eine sehr dankenswerte Sonderdarstellung und in Band I eine eingehende Besprechung gefunden. Bemerkenswert sei, daß nur die schweren Formen des chronischen Alkoholismus in Betracht gezogen worden sind und daß in der zum Vergleich herangezogenen „Allgemeinheit“ der männlichen Pflichtmitglieder nicht nur jene mit einbegriffen sind, sondern daß sich unter denselben sicherlich nicht wenige „unmäßige Trinker“

1) Vergl. Nr. 81 Sp. 978, Nr. 82 Sp. 1011, Nr. 83 Sp. 1042.

befunden haben. Dadurch erscheinen die eigentümlichen Merkmale des Alkoholismus abgeschwächt. Sie treten aber trotzdem noch ungemein deutlich zutage. Die wirtschaftliche Bedeutung des Alkoholismus wird ins rechte Licht gesetzt durch die Angaben über den häufigen Stellen- und Berufswechsel der Alkoholiker. Der Vergleich ihrer Krankheitsverhältnisse mit denjenigen der Allgemeinheit der männlichen Rassenmitglieder ergibt folgendes:

In allen Altersklassen von der 25/34-jährigen an erkranken die Alkoholiker über $2\frac{1}{2}$ mal so oft als die Allgemeinheit und erdulden über doppelt so viel Krankheitstage als diese. Neben einer großen Anzahl von kurz dauernden Erkrankungen weisen sie, wie die Aussteuerungsfälle zeigen, eine nicht unerhebliche Zahl von langdauernden auf. Ihre Sterblichkeit ist eine bedeutend gesteigerte. Sie beträgt in der 25/34-jährigen Altersklasse das 2,3-fache, in der 35/44-jährigen das 2,9-fache von derjenigen der Allgemeinheit; dabei stehen sie bezüglich der Fall- und Tagesletalität günstiger da als diese. Daß sie vom 25. Lebensjahre an ein sehr beträchtliches Plus von Unfällen und Betriebsunfällen aufweisen, hat nichts Überraschendes, ist aber wirtschaftlich für die Rasse von Bedeutung. Da die Alkoholiker durchschnittlich doppelt so viel Krankheitstage erdulden wie die Allgemeinheit, so verursachen sie der Rasse sehr beträchtliche Mehrkosten. Es läßt sich berechnen, daß die 4847 ein Jahr lang beobachteten Trinker in den Jahren 1887—1904 der Leipziger Ortskrankenkasse durch ihre Trunkucht einen Schaden von über 81 000 *M.*, also von über 4500 *M.* jährlich, zugefügt haben, wenn man die Unkosten eines Krankheitstages mit 1,88 *M.* veranschlagt.²⁾ Hieraus folgt, daß die Krankenkassen in ihrem eigenen Interesse handeln würden, wenn sie sich mehr als bisher an der Antialkoholbewegung beteiligten.

Nach dem oben Gesagten und nach den mitgeteilten Daten über die Bierbrauer sollte man erwarten, daß insbesondere die Tuberkulosesterblichkeit der Alkoholiker gesteigert sein würde. Dies ist nun nicht der Fall. Es stehen im Gegenteil die Berufe, in denen die Alkoholiker besonders stark vertreten sind (mit Ausnahme der Bierbrauer und Branntweinbrenner, was in der „Besprechung“ übersehen ist) wenigstens in der 25/34-jährigen Altersklasse, welcher ein großer Teil der Alkoholiker angehört, günstiger in bezug auf die Todesfälle an Tuberkulose da als die Allgemeinheit. Es erklärt sich dies daraus, daß es sich bei ihnen fast ausnahmslos um Berufe handelt, welche eine große Körperkraft erfordern, denen sich also von vornherein besonders kräftige Individuen zuwenden, die der Tuberkulose weniger unterworfen sind als der Durchschnitt. Der Alkohol hat nun (mit Ausnahme der Brauer und Branntweinbrenner) der Tuberkulose gegenüber diese angeborene größere Widerstandskraft nicht in dem Maße aufzuheben vermocht wie z. B. gegenüber den Nervenkrankheiten, den Entzündungen der Atmungsorgane usw. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß bei den Alkoholikern auf 1000 Personen 1,2 Fälle von Krebs der Verdauungsorgane entfallen; bei der Allgemeinheit dagegen nur 0,40.

Die Wochenbetten

sind ja zwar nicht als Krankheiten zu betrachten und, soweit sie normal verlaufen, im Tabellenwert auch nicht als solche behandelt. Es ist aber in hohem Grade dankenswert, daß sie in einem Anhang zu Band IV eine Sonderdarstellung erfahren haben. Nach dem, was wir über die Beweggründe zur freiwilligen Mitgliedschaft bei den Frauen bereits mitgeteilt haben, ist es nicht erstaunlich, daß auf 1000 freiwillige Mitglieder 427,9, auf 1000 Pflichtmitglieder dagegen nur 42,9 Wochenbetten kommen. „Da lediglich nur die Wöchnerinnen-Unterstützung der Ortskrankenkasse den Freiwilligen in dem gleichen Ausmaße wie den Versicherungspflichtigen zuteil wird, so kann der Eintritt in die freiwillige Mitgliedschaft nur durch das Bedürfnis nach Ruhe vor der Entbindung veranlaßt sein. Diese Ruhe verschaffen sich die Frauen auf ihre eigenen Kosten unter Ausfall des Arbeitslohnes — damals gab es noch keine Schwangeren-Unterstützung. Von welcher Bedeutung diese Ruhe ist, geht daraus hervor, daß die Frühgeburten bei den Erwerbstätigen 1,7% der Wochenbetten, bei den Freiwilligen aber nur 0,3% derselben ausmachen. Die enorme Überzahl an Fehlgeburten bei den Pflichtmitgliedern (15,5% gegenüber 2,3% bei den Freiwilligen) darf dagegen nicht ausschließlich der Berufsarbeit zur Last gelegt werden. Hier dürfte die Willkür eine ganz unbedeutende Rolle gespielt haben. Erhebt sich doch

die Zahl der Fehl- und Frühgeburten bei dem versicherungspflichtigen Bureau- und Kontorpersonal bei einer Geburtenziffer von nur 5,9‰ auf 34,3‰ dieser Geburten. Sie ist also fast doppelt so hoch wie bei dem Durchschnitt sämtlicher Pflichtmitglieder, bei dem sie 17,2‰ beträgt, und dies trotzdem die Berufsarbeit der Kontoristin usw. in keiner Weise eine vorzeitige Unterbrechung der Schwangerschaft begünstigt. Auch das Badenpersonal und die Dienstmädchen und Köchinnen zeigen einen weit überdurchschnittlichen Prozentsatz an Früh- und Fehlgeburten. Das ist ganz charakteristisch. Es sind eben solche Berufe, in denen die außergewöhnliche Schwangerschaft wegen des Verkehrs mit Ehe oder Publikum besonders unangenehm empfunden wird.

Fast ausschließlich dem Beruf zuzuschreiben ist dagegen die enorme Zahl der Früh- und Fehlgeburten bei den Polierinnen in Metall. Hier haben 30 unter 56 Schwangerschaften (also 53,6%) mit Früh- oder Fehlgeburt geendet, während sämtliche 40 Schwangerschaften der freiwilligen Mitglieder ausgetragen wurden. Es ist das Blei, welches hier seine fruchtbarstörende Wirkung entfaltet hat. Nach Sternberg endigen bei den Kapselpulvererinnen über 30% der Schwangerschaften mit Abort. Bei den Wiener Arbeiterinnen in Schriffigehereien konnte ich 29% Früh- und Fehlgeburten feststellen. In Leipzig beträgt ihre Zahl bei letzteren 22,9%. Auch in der freiwilligen Mitgliedschaft übersteigen hier die Fehl- und Frühgeburten der Gießereiarbeiterinnen den Durchschnitt nicht ganz unbedeutend (4,2% : 2,8%). Dies erklärt sich daraus, daß sich hierbei wohl manche chronisch vergiftete Frau befindet, die nicht mehr imstande ist, ein Kind auszutragen, oder daß der Eintritt in die freiwillige Mitgliedschaft zu spät erfolgt ist. Auf Bleivergiftung dürfte wohl auch die überdurchschnittliche Früh- und Fehlgeburtsziffer der Arbeiterinnen in Maßstabsfabriken zurückzuführen sein.

Eine relativ hohe Anzahl von Vergiftungen (18,3‰), aber eine unterdurchschnittliche Früh- und Fehlgeburtszahl (14,7%) zeigen innerhalb der Pflichtmitgliedschaft die Arbeiterinnen in Gummifabriken. Danach würde der Schwefelkohlenstoff, der zum Vulkanisieren des Kautschuks benutzt wird, nicht die Rolle in der Abortiologie spielen, die man ihm bisher zuschrieb.

Eine Unterzahl von Aborten in der Pflichtmitgliedschaft, aber eine Überzahl in der freiwilligen Mitgliedschaft zeigen eine Reihe von Berufen, in denen die Heimarbeit stark vertreten ist. Die Zugehörigkeit zur freiwilligen Mitgliedschaft ist hier nicht durch das Bedürfnis der Ruhe in der Schwangerschaft, sondern durch die Arbeitsform bedingt. Die Arbeit wird meist bis zur Niederkunft fortgesetzt, und das Plus an Früh- und Fehlgeburten ist auch hier eine Folge zu langer fortgesetzter Erwerbstätigkeit.

In bezug auf die eigentlichen Wochenbettkrankheiten stehen die freiwilligen Mitglieder ungünstiger da als die versicherungspflichtigen, wahrscheinlich, weil sie durchschnittlich die schwächeren sind. Die langdauernden Wochenbettkrankheiten sind aber wiederum bei den Pflichtmitgliedern häufiger (5,5% : 2,1%); ebenso die Todesfälle im Wochenbett (3,2‰ : 2,5‰ der Wochenbetten). Daß die erwerbstätigen Frauen sehr viel stärker beteiligt sind an den „Schwangerschaftszufällen“ (Blutungen, unstillbares Erbrechen usw.), erscheint fast selbstverständlich.

Alles in allem können wir sagen, daß das Kapitel „Wochenbetten“ der Leipziger Statistik die Notwendigkeit einer Mutterkasserversicherung in das grellste Licht rückt. Die Gewerbenovelle vom 28. Dezember 1908 ist in dieser Hinsicht völlig unzureichend. § 137 Abs. 6 der Gewerbeordnung lautet bekanntlich: „Arbeiterinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft, im ganzen 8 Wochen, nicht beschäftigt werden. Ihr Wiedereintritt ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens 6 Wochen verflossen sind.“ Dieser vermeintliche 14-tägige Schwangerschutz ist, da der Geburtstermin sich nicht auf den Tag berechnen läßt, unter Umständen illusorisch. Der Wöchnerinnen- und Schwangerschutz ist zusammen auf 12 Wochen auszudehnen, von denen mindestens 4 vor und mindestens 6 nach der Entbindung liegen müssen. Zu ermöglichen ist die mit dieser Forderung verbundene Leistung nur durch eine besondere Mutterschaftsversicherung. Daß sich in Leipzig und Umgegend nicht wenige Frauen die bringende nötige Ruhe während der letzten Schwangerschaftswochen auf eigene Kosten verschaffen, ist nur der Ausdruck eines gesunden Bedürfnisses, nicht aber ein Beweis für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen im allgemeinen. Da die Befriedigung dieses Ruhebedürfnisses nicht nur der Mutter selbst zugute kommt, sondern auch der Nachkommen(schaft) und damit dem

²⁾ Obige Zahlen sind noch zu niedrig, weil ja in der Allgemeinheit die Trinker mit eingegriffen sind und das Plus an Sterbegeldern, welches die Angehörigen der gestorbenen Alkoholiker erhalten, nicht mitberechnet ist.

³⁾ Dies ist von Thiray und Roger am Gewicht der Neugeborenen nachgewiesen worden.

Staate, so sollte sie nicht jeder Frau ermöglicht, sondern sie sollte, soweit möglich, geordnet erzogen werden. Der außerordentlich niedrige Prozentsatz an Früh- und Fehlgeburten bei den freiwilligen Mitgliedern (2,6 %) ist ein Beweis für die hohe Gebärbarkeit der in Rede stehenden Bevölkerungsklasse.⁴⁾ Wenn nun diese freiwilligen, wie wir sahen, im großen ganzen die schwächeren Elemente sind, um wieviel größer müßte dann noch bei angemessener Schonung die Gebärbarkeit bei den kräftigeren Pflichtmitgliedern sein. Der Staat schützt sich selbst, wenn er die Fortpflanzung dieser Frauen schützt.

Der 1. österreichische Tuberkulosekongress, der von einem Ausschusse, an dessen Spitze Dr. Hans Graf Latzky stand, vorbereitet war, fand vom 13. bis 15. Mai in Wien statt. In den nicht-öffentlichen Beratungen sprach Professor Dr. Sternberg über die Bekämpfung der Tuberkulose in den öffentlichen Krankenhäusern und forderte die strenge Durchführung der seit 1904 angeordneten Sonderung der Tuberkulösen von anderen Kranken, sowie Ausdehnung der Prophylaxe; insbesondere müsse eine Verbesserung der Unterkunftsräume, Schaffung eines vollen Ruhetags wöchentlich für das Pflegepersonal, entsprechende Diensterteilung usw. gefordert werden. Für die Heilbehandlung sei eine Trennung der Schwermkranken von den Heilbaren wünschenswert; die Krankensäle müßten sonnig liegen und große Fenster haben, die Gg- und Trinktöpfe einwandfrei gereinigt werden. Dann sprach Dr. Ernest Löwenstein über das Verhältnis von Sozialversicherung und Tuberkulosebekämpfung; er forderte dringend eine taugliche Invalidenversicherung und den Ausbau der Krankenversicherung unter Versicherungszwang aller unselbständigen Erwerbstätigen. Ebenso nötig sei die zwangsweise Angehörigenversicherung für die niedrigsten Lohnklassen. Das Gesetz müsse aber auch Vorschriften enthalten, die ein früh einsetzendes und umfassendes Heilverfahren durch die Versicherung gewährleisten. Ein dritter Vortrag, von Dr. Taussig (Prag) gehalten, befürwortete die Errichtung eines Zentraltuberkulosemuseums in Wien. Die öffentlichen Verhandlungen brachten Vorträge von Dr. Hamburger über die Tuberkulose im Kindesalter, von Dr. Pollat über die der Säuglinge; ferner von Dr. v. Schrötter über die Bedeutung der österreichischen adriatischen Küste für die Tuberkulosebekämpfung, von Professor Sternberg über die Tuberkulose in der Großstadt und von Dr. Reisinger über die Tuberkulosebekämpfung auf dem Lande, endlich sprachen Chefarzt Dr. Czech über die Tuberkulosefürsorge im Gremium der Wiener Kaufmannschaft, Dr. Schiff über die Verhältnisse der Wiener Genossenschaftskrankenkassen und Dr. Teletzky über Tuberkulose-sanatorium.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Nürnberg seit der 1905 eingeführten Säuglingsfürsorge wird nach einer vom Nürnberger Bezirksarzt aufgemachten Statistik durch folgende Zahlen veranschaulicht. Es starben von den Kindern im ersten Lebensjahre: 1905: 25,4 %; 1906: 22,2 %; 1907: 20,2 %; 1908: 20,2 %; 1909: 19,6 %; 1910: 18,2 %. Der Rückgang der Sterblichkeitsziffer beträgt sonach mehr als 7 %. Demgegenüber betrug die Gesamtsterblichkeitsziffer in ganz Bayern 1907: 25,2 % und zwar in den unmittelbaren Städten 22,4 % und in den Landgemeinden 20,2 %.

Ein **Bierverbot auf den Krupp'schen Stahlwerken** ist seit dem 1. November 1910 in Kraft, nachdem der Bierverkauf und -Genuss seit 1888 freigestellt gewesen war. In den Krupp'schen Mitteilungen, Nr. 43 (1910), bestimmt das Direktorium: „Nachdem der Branntwein bereits durch § 21 der Arbeitsordnung für die Gußstahlfabrik verboten ist, sehen wir uns veranlaßt, auch den seit einiger Zeit im Sinken begriffenen Biergenuss im Bereich der Betriebe zu unterjagen. Es wird daher für den Umgang der Gußstahlfabrik folgendes bestimmt: 1. Das Einbringen und Trinken von Bier innerhalb der Gußstahlfabrik ist vom 1. November d. J. an nicht mehr gestattet. 2. Es werden demgemäß von dem genannten Zeitpunkt an keine Bierseine mehr ausgefäßt. Die Ausgabe von erfrischenden Getränken, insbesondere Mineralwasser, vor

⁴⁾ Gelegentlich einer noch unveröffentlichten Statistik über Kindererzeugung und -sterblichkeit innerhalb des gebildeten und bemittelten Mittelstands und der höheren Stände, konnte ich bei den bisher bearbeiteten 856 Familien einen Konzeptionsverlust von 7,9 % durch Fehl- und Frühgeburt feststellen.

Es darf natürlich nicht vergessen werden, daß die Zahl der Fehlgeburten bei den freiwilligen Mitgliedern steigen würde, wenn diese Frauen sämtlich gleich zu Beginn der Schwangerschaft in die freiwillige Mitgliedschaft eintreten würden. So erfolgt der Eintritt oftmals erst, nachdem eine Fehlgeburt nicht mehr möglich ist, d. h. nach der 28. Woche. Die sehr niedrige Frühgeburtsziffer spricht aber für Fortpflanzungsfähigkeit dieser Frauen.

allem aber von Milch, wird an den bisherigen Bierausgabestellen, jetztigen „Kantinen“, in gesteigertem Maße zu den alten Preisen erfolgen.“

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Deutschland als Weltmacht. 40 Jahre Deutsches Reich. Unter Mitarbeit deutscher Gelehrter, Offiziere und Fachmänner herausgegeben vom Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldatenfreunde, Verlag Kameradschaft, Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H. Berlin W. 85. 850 S., 500 Abbild. Geb. 4 M.

Diese Festschrift, herausgegeben von Dr. Ballerstedt, ist ihrem Inhalt und ihren Mitarbeitern nach weit mehr als nur eine Festschrift. Aus dem Inhalt der 9 Abschnitte heben wir hervor: I. Volk und Staat. Prof. Horn über deutsche Staatsentwicklung; Prof. Weise über deutsche Sprache; v. Heberg über Finanzen. II. Wirtschaftliche Verhältnisse. Dr. Schulze, Geschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, über Landwirtschaft; Professor Schnappach über Forstwirtschaft; Prof. Dr. Ing. Blum über die Eisenbahnen; Dr. Stresemann über die Industrie. III. Soziale Verhältnisse. Der Abschnitt bringt fünf Arbeiten: von dem Syndikus der Hauptstelle der Deutschen Arbeitgeber-Verbände Dr. jur. Tändler eine Darstellung der deutschen Arbeitsverhältnisse, von Oberbergat Kraß eine Schilderung der Arbeiterversicherung; ferner behandelt Geheimrat Dr. Flügge die soziale Entwicklung, Prof. Manes das Versicherungswesen und der Generalsekretär des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes Dr. H. C. Krueger das Vereinswesen. IV. Über Technik, Literatur, Kunstgewerbe schreiben Dr. Kollmann, Prof. Sprenger, Direktor Peter Jensen; über V. Bildungswesen, VI. Kirchen, VII. Gesundheitswesen, VIII. Wehrkraft folgen 18 Aufsätze. IX. Über Politik, Kolonien, Auswärtiges schreiben Prof. Stier-Somlo, B. von Radowitz und P. Lindenbergh. Uns interessiert in diesem vielseitigen Buche besonders der dritte Abschnitt, und wir verhehlen nicht, daß wir gern hier einen Arbeiter selbst hätten sprechen hören. Die Schilderung über die deutschen Arbeitsverhältnisse wäre allerdings wesentlich anders ausgefallen als die, welche der Arbeitgebersyndikus Dr. Tändler gibt. Wie in dem Abschnitt über die Wirtschaftlichen Verhältnisse einseitig Schutzgötter zu Worte kommen, so fehlt in demjenigen über Soziale Verhältnisse die stärkere Betonung des Arbeiterstandpunktes. Und so gern man den hier gebotenen Beiträgen das Bestreben nach Objektivität zuerkennen mag, so wird doch dieser Mangel dadurch nicht ausgeglichen. Das Buch will aber ausdrücklich objektiv sein und beweist diese Absicht auch u. a. dadurch, daß es innerhalb der Beiträge der Arbeitgeber und Gelehrten verschiedene unausgeglichene Widersprüche stehen läßt. Dies letztere gilt ganz besonders von einigen umstrittenen Fragen der sozialen Reform. Stresemann z. B. sagt, trotz starker Verurteilung des gewerkschaftlichen „Terrorismus“ und der „überstürzten Sozialpolitik“ u. a. folgendes: „Nur die Stärkung des Organisationsgedankens auf beiden Seiten steht als Bleibendes dieser Entwicklung vor unseren Augen, und man kann nicht als Urteil, aber wohl als Hoffnung die Meinung ausdrücken, daß dieser bewaffnete Friede auf beiden Seiten und das infolge der Stärke der beiderseitigen Organisationen immer wachsende Mangel der Arbeitseinstellungen den Kampf in Zukunft mehr vermindern und den Wunsch nach friedlicher Verständigung so stärken möge, daß das volkswirtschaftliche Leben unter den Erschütterungen großer Arbeitsverhältnisse nicht noch mehr leide als bisher.“ Das kann doch schwerlich anders gedeutet werden, denn als Empfehlung der Vertragspolitik. Auch Geheimrat Dr. Flügge, dem wir in der Darstellung des Ursprungs und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie sowie der Anlässe zum Sozialistengesetz zum Teil nicht folgen können, spricht im Sinne der Tarifverträge zum sozialen Frieden. Dagegen sagt Dr. Tändler in seiner Schilderung deutscher Arbeitsverhältnisse: „Dem Unternehmer, gegen den doch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Front gerichtet ist, kann man doch nicht zumuten, daß er nun diese Gewerkschaften noch besonders „anerkennt“ und daß er ihre Macht noch stärken soll. Die sozialpolitischen Bestrebungen, die von außerhalb der Industrie kommen, geben aber alle mehr oder weniger offen auf eine Verstärkung der Macht dieser Gewerkschaften hinaus: die Forderung des „unbeschränkten Koalitionsrechts“, die übertriebene Betonung der Tarifvertragsidee, das Verlangen staatlicher Eingriffe in die Arbeitskampfe, in die Lohnfrage, in die Arbeitsvermittlung, die Forderung von Arbeitskammern, Arbeitslosenversicherung auf Genter Grundlage u. a. m.“ Diese Auslassungen stehen in einem augenscheinlichen Widerspruch zu Stresemanns Worten von der „friedlichen Verständigung“. Wenn wir aber auch die Behandlung der sozialen Frage in diesem Buche vielfach ansprechen müssen, so werden doch auch hier einzelne hübsche und nützliche Anregungen gegeben. Und im Anrege scheint uns überhaupt der Wert dieses Wertes zu liegen; es ist kein Lexikon deutschen Lebens und Strebens, aber es ist ein Wegweiser für die intensivere Arbeit auf dem Wege staats-ärgerlicher Bildung.

Der **Schuldkampf im Bezirk Dippoldiswalde** in den Jahren 1900 bis 1910. Von R. Hunger. Leipzig. 1911. Dörffling & Franke. Preis 1 M. 97 Seiten.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Pettizelle.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat.

Die Polenfrage.

Von

Dr. Ludwig Bernhard,

ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Zweite, bearbeitete Auflage. Mit zwei Karten.

Preis: geheftet 6 M., gebunden in Leinwand 7 M. 40 Pfg.

Inhalt: Erstes Buch. Die Organisation der Polen in Preußen. — Erster Teil. Die Herrschaft der polnischen „Emigration“ (1831 bis 1863). — Zweiter Teil. Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin (1864–1893). — Dritter Teil. Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen. — Zweites Buch. Das polnische Finanzwesen. — Erster Teil. Die Zentralleitung des polnischen Genossenschaftsverbandes. — Zweiter Teil. Die Verbandsbank. — Dritter Teil. Das Netz der polnischen Genossenschaften. — Vierter Teil. Die Kreditpolitik der Polen. — Fünftes Buch. Der Kampf um den Boden. — Erster Teil. Die Ausbildung der Kampfmethoden. — Zweiter Teil. Die deutsche Gegenaktion. — Schluß. Die polnische Arbeiterfrage. — Schlagwörterverzeichnis.

Die russische Goldwährung.

Von

W. Fajans.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 141.)

Preis: 4 Mark 50 Pfennige.

Aus dem Inhalt. Einleitung. Grundzüge zur Geschichte der russischen Papierwährung. — Die Währungsverhältnisse Russlands seit der Durchführung der Geldreform bis auf die Gegenwart. — Die Frage des Währungsmetalls. — Die Fixierung des Rubelkurses und die Devaluation. — Die gesetzliche Regelung der Deckungsfrage und ihre Würdigung. — Die inländische Goldgewinnung. — Die Politik der Goldansammlung. — Die Politik Wittes. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Abschluss der Geldreform. — Allgemeine Würdigung der Währungsreform. — Die Wandlungen des Geldverkehrs seit dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges. — Der Geldverkehr und der Krieg. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Friedensabschluss. — Die währungspolitische Bedeutung der Vergrößerung der Staatsschuld seit 1904. — Zweiter Abschnitt. Die Gestaltungstendenzen der russischen Handelsbilanz. — Die Zukunft der Getreideausfuhr. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr durch Extensivierung des Getreidebaus. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr auf Kosten der Volksernährung. — Die Ausfuhr der übrigen wichtigen Exportartikel und die Aussichten auf eine Einschränkung des Exports. — Die Holz-, Flachs-, Eier-, Butter- und Naphtausfuhr. — Die Aussichten auf eine Einschränkung des Imports. — Die Aussichten auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Goldindustrie. — Literaturverzeichnis. — Schlussbetrachtung.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von

Theodor Vogelstein.

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Handbuch der Löhnungsmethoden.

Eine Bearbeitung von David S. Schloß
„Methods of Industrial Remuneration“.

Von

Dr. Ludwig Bernhard.

Preis: Geheftet 7 Mark 60 Pfg., gebunden 8 Mark 60 Pfg.

Inhalt: Einführung. I. Die Verwendung mathematischer Ausdrucksformen in der Rationalökonomie. II. Die Theorie der Löhnungsmethoden. — Erstes Kapitel. Die verschiedenen Arten der Löhne. — Zweites Kapitel. Die gemeinsamen Grundlagen aller Lohnformen. — Drittes Kapitel. Der Zeitlohn. — Viertes Kapitel. Der Wertlohn. — Fünftes Kapitel. Der Stücklohn. — Sechstes Kapitel. Die Gewinne der Arbeiter gegen die Stückerarbeit (mit einem Zusatz über die Wirkung der Stücklohnung auf Arbeitsleistung und Arbeitslohn). — Siebentes Kapitel. Die progressiven Löhne (Prämienysteme). — Achtes Kapitel. Der Gruppen- oder Gruppenlohn. — Neuntes Kapitel. Der Gruppen-Stücklohn. — Zehntes Kapitel. Die progressiven Gruppenlöhne (Gruppen-Prämienysteme). — Elftes Kapitel. Die Kontraktarbeit (Stoffmeisterlöhne). — Zwölftes Kapitel. Die genossenschaftliche Arbeit. — Dreizehntes Kapitel. Die Stücklohnung der Werksführer. — Vierzehntes Kapitel. Das Zwischenmeisterlöhnsystem. — Fünfzehntes Kapitel. Einwände gegen das Zwischenmeisterlöhnsystem; das „Schwimmsystem“. — Sechzehntes Kapitel. Zusammenfassende Betrachtung über die hauptsächlichsten Lohnsysteme (mit 4 Tafeln). — Siebzehntes Kapitel. Die Zukunft der Löhnungsmethoden.

Das russische Bankwesen.

Von

Rudolf Claus.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 131.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Vorwort. Literatur. I. Die staatlichen Kreditanstalten. — Die Kreditanstalten bis zur Bankreform. — Die Staatsbank. — Die Bauern-Agrarbank. — Die Adels-Agrarbank. — Sparkassen und Leihkassen. — Stadtgemeindefbanken und städtische Leihhäuser. — II. Gegenseitige Kreditanstalten. — Land-Hypothekendarlehen auf Gegenseitigkeit. — Städtische Kreditgesellschaften (Hypothekendarlehen). — Gegenseitige Kreditgesellschaften (Handelsbanken). — III. Aktienbanken und Bankers. — Aktienhandelsbanken. — Aktien-Hypothekendarlehen. — Leihhäuser auf Aktien. — Bankers. — IV. Kleinkreditanstalten. — Organisation und Gesetzgebung. — V. Die Arbeitsteilung im russischen Bankwesen. — Kreditbilletts, Depositionen, Kontoforrentguthaben. — Wechselkredit, Lombard, Spezial-Kontoforrent, Emissionsgesellschaft. — Der kurzfristige ländliche Kredit. — Der Hypotheken- und Faustpfandkredit. — Schluß.

Wirtschaftsstudien aus Südamerika speziell über Chile.

Von

Dr. Rudolf Dunker.

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark 20 Pfennig.

Inhalt. Einleitung. Das überseeische Geschäft und seine Risiken. — Erster Teil. Die Republik Chile. — I. Lage, Umfang, Bewohner, Geschichte und Verfassung. — II. Staatsfinanzen. — Geldverfassung. — Budgets. — III. Privatwirtschaft. 1. Bodenprodukte. 2. Industrie. 3. Handel und Verkehr. — IV. Kritische Schilderung der Ereignisse und Zustände im chilenischen Wirtschaftsleben seit Ende 1904. 1. Papieremissionen und Boom-Jahre 1905–1907. 2. Chilenische Banken und deren Verwicklung mit Staatsinteressen. 3. Staatsverschwendungen, Gründungsfehler, Überimport und Valuta-Entwertung. Die daraus entspringende Krise in der Staats- und Privatwirtschaft. — Verschuldung an das Ausland und Verwendung der letztjährigen Anleiheerlöse. — Die ständigen Bauprojekte der Regierung. — Kurse der Staatsanleihen und die finanzielle Kraft von Chile. — Die Stellungnahme der Regierung, des Kongresses und sonstiger Interessenten zur „Situacion Economica“. — Der chilenische Wechselkurs und seine Aussichten. Zweiter Teil. Kurzer geschichtlicher Abriss der Papiergeldwirtschaft in den übrigen südamerikanischen Republiken. — Argentinien. Brasilien. Peru. Bolivien. Uruguay. Paraguay. Columbien. Ecuador und Venezuela. — Schlusskapitel. Valuta, Kredit und Kapital.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Eittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W. 8, Neuenstr. 43. 44.

Der Nummer liegt eine Verlagsanzeige von Herm. Beyer's Verlag, Leipzig-M. bei.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendammstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Reichsversicherungsordnung — angenommen! Von Dr. Felix Claus, Berlin . . . 1081
Der Entwurf eines Versicherungs-gesetzes für Angestellte. 1086

Allgemeine Sozialpolitik . . . 1091
Arbeiter- und Beamtenfragen auf den staatlichen Bergwerken Preussens.

Soziale Zustände . . . 1092
Fabrikindustrie und Fabrikarbeiter im Gouvernement Moskau. Von Dr. phil. Elisabeth Gownig, Moskau.
Der Arbeitsmarkt im Monat April. Die Arbeitsverhältnisse in französischen und deutschen Kolonien.

Rechtspflege . . . 1094
Die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte im Jahre 1910.

Die Mitwirkung der Schule bei der Jugendstrafrechtspflege in Bayern.
Die Jugendgerichtshilfe in Hannover. Nochmals: das Ehrenwort in der Konturrenkaufsel.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern . . . 1096
Der nationale Tarifvertrag für die dänische Maschinenbaubranche.
Eine Mindestgehaltsbewegung der britischen Handelsgesellschaften in den Ladengeschäften.
Heimarbeiterinnen und Tarifvertrag.

Organisationen der Arbeiter, Schiffe, Magellanten und Beamten . . . 1098
Die Deutschen Gewerbetarife (G.D.) im Jahre 1910.
Der Austritt des Vereins deutscher Kaufleute aus dem Verbands der Gewerbetarife (G.D.).
Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte.

Streiks und Aussperrungen . . 1098
Die Tarifbewegung im Bädergewerbe. Der Kampf im Holzgewerbe.

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Arbeiterfrage . . . 1099
Die bayerische Gewerbeaufsicht 1910.

Arztlicher Dienst in den Kleinbetrieben Frankreichs.

Ein spanisches Bergarbeitergesetz.

Arbeiterversicherung. Sparkassen 1101
Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Invalidität und Berufsunfähigkeit. Von Dr. Heinz Potthoff, Dr. d. R., Berlin.
Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung.

Das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Der Umfang der versicherungspflichtigen Tätigkeit nach dem URSG.
Die Entwicklung der eingeschriebenen Hilfskassen.

Wohlfahrts-einrichtungen . . . 1104

Das Zusammenwirken der gewerblichen Berufsorganisationen mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe.

Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit.

Gemeinnütziger Bezirksverein Pirna. Ein städtisches Fürsorgeamt für entlassene Gefängnisstrafe in Berlin.

Wohlfahrts-einrichtungen . . . 1105

Befehallen für Landkreise. Von Hugo Otto Zimmer, Hamburg.

Die Errichtung von Schifferkinderkolonien.

Beethovens Neunte Symphonie vor Arbeitern.

Wohnungswesen . . . 1107

Ausstellungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterhausgeräten.

Spezialkommissionen für Wohnungsreform.

Literarische Mitteilungen . . . 1109

stellen versuchen, noch ein Verrat am arbeitenden Volke, als den es einige sozialdemokratische Heftblätter verläutern, es ist nichts weiter als ein Meisterstück bürokratischer Gesetzesmacherei, ein aus Kompromissen zusammengeschweißtes Paragraphengefüge, dessen einzelne Bestimmungen in der Form, in der sie endlich angenommen worden sind, überwiegend nicht sachlichen Erwägungen, guten Gründen, sozialpolitischer Einsicht ihre Entstehung verdanken, sondern die vornehmlich aus „taktischen Erwägungen“ heraus geboren sind. Und es ist schließlich ein bescheidener Trost, wenn der Staatssekretär des Innern in seiner Schlussrede sich in dem Bewusstsein wiegte, daß es gelungen sei, über manche Schwierigkeiten und manche Differenzen hinweg ein großes und gutes Stück vaterländischer Arbeit zu leisten.

Welch ein weites Feld hat der soziale Versicherungs-gedanke durchwandern müssen von jenem ersten (unveröffentlichten) Wiederselbstschen Entwurfe an, der die vereinigten und vereinheitlichten Ortskrankenkassen zum Träger des gemeinsamen Unterbaues unserer gesamten Arbeiterversicherung machen wollte, bis der große Plan in dem Paragraphengefüge der Reichsversicherungsordnung straukelte und jetzt endlich durch den in der Reichsversicherungsordnung verkörpertem Schematismus gebändigt vor uns liegt! Unwillkürlich richten sich unsere Blicke mit einem gewissen Reiz auf England, wo der Schatzkanzler, neben einer Versicherung für Arbeitslose gewisser Berufszweige, eine Kranken- und Invalidenversicherungs-Vorlage einbringt, die klar, durchsichtig, einheitlich das gesamte arbeitende Volk, alles was wir hier zu den Minderbemittelten rechnen, umfaßt — voller Reiz nicht nur deshalb, weil in der durch die sozialpolitischen Kämpfe der letzten Zeit gewonnenen Erkenntnis von dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang unseres modernen Lebens sämtliche Parteien des englischen Unterhauses der Vorlage sympathisch gegenüberstehen, sondern auch deshalb, weil das englische Volk dank seiner energigisch ausgebauten Nachschuß- und Erbschaftsteuer in der glücklichen Lage ist, derartige Aufwendungen im Interesse der Gesund- und Tüchtigerhaltung der breitesten Massen des Volkes zu machen, auf der zuletzt doch auch alle politischen Erfolge beruhen.

Daß bei dem von den Mehrheitsparteien beobachteten Prinzip, die ASD. aus taktischen Erwägungen heraus aufzubauen, viele gesunde sozialpolitische Gedanken im Keime ersticken mußten, erscheint nicht weiter verwunderlich. Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung war doch im großen und ganzen nichts anderes als ein abgekartetes Spiel, und wenn die Mehrheitsparteien in letzter Stunde sich noch entschlossen, eine zweite Lesung im einzelnen tatsächlich vorzunehmen, während die Minderheitsparteien, obwohl sie doch von der Ausichtslosigkeit ihres Vorgehens von vornherein überzeugt waren, unermüdlich Antrag auf Antrag stellten und begründeten, so waren hierfür bei beiden Gruppen vornehmlich Wahlrücksichten maßgebend. Und ihnen ist ja schließlich auch nur die Annahme des ganzen Gesetzeswerkes zu danken. Das ist das Bedauerliche an dem nun vorliegenden tatsächlichen Endergebnis, denn der große Plan einer einheitlichen Neuordnung des Reichsversicherungswesens hätte wahrlich ein besseres Schicksal verdient. Und diese Gelegenheit, eine organische Reform unseres einst von der ganzen zivilisierten Welt bewundernten sozialen Versicherungswesens zu schaffen, ist verpaßt worden, auf Jahre hinaus, ja vielleicht für Jahrzehnte aus kleinlichen Partei- und Interessenrücksichten, denen die Regierung, die überhaupt nur etwas zustande bringen wollte, nicht gewachsen war.

Die Reichsversicherungsordnung — angenommen!

Der Würfel ist gefallen, der Reichstag hat am 30. Mai die Reichsversicherungsordnung in dritter Lesung mit 232 gegen 58 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen angenommen und damit einen mehrjährigen Kampf beendet, der heftiger und leidenschaftlicher geführt worden ist, als der Kampf um die einzelnen Versicherungs-gesetze bei ihrer Einführung. Und trotz der Hitze des Kampfes vermag seine endliche Beendigung bei niemandem eine echte, freudige Begeisterung zu erwecken. Denn das geschaffene Werk ist weder eine sozialpolitische Tat, als die es einige hinzu-

So wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ist es freilich immer noch besser, daß die Reichsversicherungsordnung glücklich im Hafen gelandet ist, als daß sie im letzten Moment noch vor der Einfahrt zerschellt wäre. Denn die tatsächlich aufgewandte, ganz außerordentlich große Arbeit, die von der Versicherungskommission geleistet worden ist, ist wenigstens nun nicht ganz vergeblich gewesen, und ein großer Teil der Neugestaltung bedeutet ja auch, wie wir schon wiederholt anerkannt haben, einen unzweifelhaften sozialpolitischen Fortschritt. Nur daß eben die Erfolge auch nicht annähernd dem Wert der geleisteten Arbeit entsprechen, ganz abgesehen von einzelnen Bestimmungen, die direkt als Rückschritte anzusehen sind!

Die hauptsächlichsten positiven Ergebnisse sind — mit kurzen Stichworten bezeichnet — die folgenden (über die Einzelheiten der Beschlüsse haben wir fortlaufend berichtet):

Einheitlichkeit des ganzen Versicherungsverfahrens; Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung auf 6 bis 7 Millionen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter und unfähige Arbeiter; eine geringe Ausdehnung des Mutter- und Säuglingsschutzes (verlängerte Wochenhilfe*), Stillgelber; die Möglichkeit, für hochgelohnte Arbeiter das Krankengeld zu erhöhen; Erweiterung des Kreises der Unfallversicherungspflichtigen in bescheidenem Umfang; Erhöhung der Grenze für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten; Einführung des Entschadungsverfahrens bei der Unfallrentenfestsetzung; Einführung der Hinterbliebenenversicherung; Einführung der Kinderrenten, wonach sich die Invalidenrente für jedes Kind unter 15 Jahren um ein Zehntel bis zum 1/5-jährigen Betrage der Rente erhöht; Entlastung des Reichsversicherungsamts.

In letzter Stunde, am vorletzten Verhandlungstage ist auf Antrag der Kompromißparteien die Versicherungsgrenze für die Krankenversicherung auf 2500 *M.* erhöht worden. Aber auch trotz dieses unstrittig sehr erfreulichen Beschlusses ist es nur ein außerordentlich bescheidenes Maß von Fortschritten, das erreicht worden ist, und diese „Errungenschaften“ erscheinen noch ungleich geringfügiger, wenn man sie an den Forderungen mißt, die nicht etwa nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von der fortschrittlichen Volkspartei, dem Zentrum und den Nationalliberalen eingebracht und als erstrebenswert hingestellt worden sind. Hält man dazu die nur allzuberechtigten Wünsche, die außerhalb des Hauses in Form von Petitionen und Resolutionen aufgestellt worden sind, dann schrumpfen die endlichen Ergebnisse an Bedeutung noch weit mehr zusammen. Das gilt, um nur die marantesten Fragen zu streifen, in erster Linie von den Wünschen, die den Mutter- und Säuglingsschutz betreffen und deren Ablehnung ganz besonders beklagt werden muß. Auf unserer starken Volksvermehrung beruht doch im letzten Grunde Deutschlands Leistungsfähigkeit und damit Deutschlands Macht und Ansehen, auf dieser für einen Kulturstaat fast einzig dastehenden natürlichen Fruchtbarkeit, die leider nur durch eine übermäßig hohe Säuglingssterblichkeit bisher vielfach wieder nichtig gemacht wird. Nun sind wir im Gegensatz zu den meisten anderen Nationen in der glücklichen Lage, Organisationen zu besitzen, die hier helfend und fördernd eingreifen können, die nur darauf warten, sich hier betätigen zu dürfen, aber der Reichstag versagt — aus finanziellen Gründen! Die Herabsetzung der Altersrentengrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr, einst von den Sozialdemokraten lebhaft bekämpft, die in ihrer auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge oft bezeugten Kurzsichtigkeit mit der Erfüllung dieser Forderung nur die Geschäfte der Agrarier zu besorgen wähnten — jetzt eine auch von sehr vielen rechtsstehenden Politikern vertretene Forderung, erleidet das gleiche Schicksal: der Reichstag lehnt sie ebenfalls aus finanziellen Gründen ab. Damit es aber so aussieht, als ob die Kompromißmehrheit diesem von der Gesamtheit der arbeitenden Klassen heftigsten Wunsch sympathisch gegenübersteht, beschließt der Reichstag als Art. 71b des Einführungsgesetzes mit einem Fuße schon in den Fersen stehend, daß der Bundesrat im Jahre 1915 dem Reichstage die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlussfassung vorlegen soll — ein papierner Beschluß, der natürlich nichts besagt und nur über das Versagen der gegenwärtigen Sozialpolitik hinwegtäuschen soll. Weiter: aus finanziellen Gründen werden die Waisenrenten, auf die man seit vielen Jahren immer wieder vertrauensvoll hingewiesen

hat, im Jahre 1912, wenn sie nun endlich zur Auszahlung an die ihres Ernährers — notabene nach dem 31. Dezember 1911 — beraubten Waisen kommen, ganze 25 *M.* betragen.

Und wo das finanzielle „Unannehmbar“ nicht dazu ausreichte, jeden gefunden sozialpolitischen Fortschritt totzuschlagen, wurden andere Waffen mobil gemacht. Die Schaffung großer leistungsfähiger Ortskrankenkassen mit der Verteilung des Versicherungsrisikos auf möglichst breite Schultern, ohne die, wie von einwandfreier Seite längst nachgewiesen, eine Kranken- und Konvalenszentenfürsorge großen Stils einfach unmöglich ist, lehnt der Reichstag ab — aus Furcht vor der „roten Gefahr“, die in Wirklichkeit kaum besteht, die aber von den hinter den Sonderkassen stehenden Industriellen und Agrariern in geschickter Weise an die Wand gemalt wird. Und die Folge davon ist, daß die Gründung neuer Zergerkassen begünstigt wird. Die Gemeindefrankenversicherung, die man auf der einen Seite zu Grabe trägt, steht auf der anderen Seite in karikatürhafter Form als Landfrankenkaße wieder auf, und die Mehrheit, die die Reichsversicherungsordnung unter allen Umständen durchbringen will, schluckt alle diese widerwärtigen Bestimmungen bloß, weil sie die Stimmen der äußersten Rechten nicht entbehren kann. Zu derartigen Beschlüssen, die geradezu als bedenklich im Sinne der guten Sitten bezeichnet werden müssen, gehört insbesondere auch das ausdrückliche Verbot für das doch auf diesem Gebiete gerade glänzend bewährte Reichsversicherungsamt, an Stelle der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Unfallversicherungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen (§ 967), wahrlich ein starkes Stück, das hier im agrarischen Geldbeuteliinteresse auf Kosten der Arbeitergesundheit geleistet worden ist.

Das rote Gespenst — und hier trägt die sozialdemokratische Partei durch ihr aufreizendes Verhalten zweifellos einen großen Teil der Verantwortung — machte es weiter nicht nur von vornherein unmöglich, die Krankenkassen als Träger unseres gesamten Versicherungsgedankens auszubauen, es ist auch Schuld an den angestifteten Vorschriften über die getrennte Abstimmung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Krankenkassen bei der Wahl der Beamten und Änderung der Satzungen, Vorschriften, die eine Verkürzung hergebrachter Arbeiterrechte bedeuten und, wie ein Reber bei der dritten Lesung mit Recht befürchtete, gerade dort, wo starke politische Gegensätze vorhanden sind, diese nur vermehren, ja die politischen Kämpfe selbst da, wo sie bisher nicht vorhanden waren, hineintragen werden.

Endlich die Ausdehnung der Krankenversicherung. Hier hatte die Kommission in erster Lesung die Versicherungsgrenze bereits auf 2500 *M.* heraufgesetzt, war dann aber mutig zurückgewichen mit Rücksicht auf die Ärzte, die es infolge ihrer ausgezeichneten Organisation verstanden hatten, der Reichstagsmehrheit zu suggerieren, daß das wirtschaftliche Gedeihen eines angeblich bedrohten Standes wichtiger sei als dieser notwendigste sozialpolitische Fortschritt. Und aus dem gleichen Grunde war auch eine Lösung der Ärztefrage unmöglich. Nachdem auch in der zweiten Lesung noch die 2000 *M.* Grenze beibehalten worden war, hat der Reichstag unmittelbar vor Zoretschluß, wie bereits oben erwähnt, die Versicherungsgrenze wieder auf 2500 *M.* hinaufgesetzt. Die Geschichte dieses sozialpolitischen Fortschritts zeigt aufs deutlichste, welchen Motiven die einzelnen Beschlüsse ihre Entstehung verdanken.

Wenn wir heute trotzdem nicht vor einem „Berge von Scherben“ stehen und mit der Reichsversicherungsordnung als einem positiven Geseßsfaktor zu rechnen haben, so heißt es fortan für die praktische Arbeit der Zukunft, diese Entstehungsgeschichte der Reichsversicherungsordnung zu vergessen und nach Kräften — ein jeder an seiner Stelle — mitzuarbeiten, damit sich das neue Werk möglichst bald und vorteilhaft einlebe. Wir möchten in diesem Augenblick nur noch dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Fortschritte, die die Reichsversicherungsordnung tatsächlich bringt, nun auch wirklich zum Segen der Versicherten ausfallen und daß nicht bürokratische Auslegungskünste versuchen werden, auch diese wenigen Errungenschaften wieder weggemacht zu werden, wie wir das ja in Deutschland so oft erleben.

Berlin.

Dr. Felix Claus.

*) Aber auch dieser Fortschritt ist im letzten Moment durch einen Kompromißantrag der Mehrheitsparteien insofern erheblich eingeschränkt worden, als für Mitglieder der Landfrankenkaßen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen, die Satzung bestimmen kann, daß die Dauer des Wochenlohnbezugs auf mindestens 4 und höchstens 8 Wochen festgesetzt werden kann — als ob die Landarbeiterinnen den Mutter- und Säuglingsschutz nicht genau so notwendig gebrauchten, als die gewerblichen Arbeiterinnen!

Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung, deren Generaldiskussion fast zwei volle Tage ausfüllte, zeigte noch einmal die Gruppierung der Parteien, deren Vertreter sämtlich in ausführlichen Reden ihren Standpunkt zu den einzelnen Problemen darlegten. Den Wert dieser Reden dürfte am besten der Staatssekretär des Innern charakterisiert haben, der sie als Rückzug-

gefechte bezeichnete, die auf das Schlüßergebnis keinen Einfluß haben würden. Während der Zentrumsvertreter alle Vorzüge des neuen Werkes breit ausmalte und ihm der konservative brillant sekundierte, wobei beide in den Zahlen schwelgten, die als Mehrkosten künftig für unsere soziale Versicherung aufgewandt werden sollen, fügte der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, wie er selbst sagte, nach den Unsummen von Licht, die die Vorredner über die Reichsversicherungsordnung ausgegossen, den notwendigen Schatten hinzu, damit das menschliche Auge nicht durch das Übermaß von Licht geschädigt werde, jedoch wollte er die wenigen vorhandenen Lichtseiten nicht ganz verkennen. Zum Schluß führte dieser Redner (Dr. Rugdan) aus, für ihn und seine politischen Freunde sei es sehr schwer, sich bei der Schlußabstimmung zu entscheiden. Ein Teil derselben sage, daß ihm gerade die Bestimmungen, die in bezug auf die innere Verfassung der Krankenkassen und in bezug auf die Landkrankenkassen getroffen sind, es unmöglich machten, dem Gesetz zuzustimmen. Er selbst und der überwiegende Teil seiner Freunde würden für das Gesetz stimmen, nicht etwa in dem Gefühl, etwas Großes getan zu haben, sondern in einer sehr, sehr großen Resignation. Er wäge vollständig kühl die Mängel des Gesetzes mit seinen Verbesserungen ab und sage: Wenn ich so stimme, werde ich einem Teil dieser Verbesserungen zur Durchführung verhelfen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß, wenn das Gesetz in dritter Lesung zustande käme, sie dann sofort alle ihre Kräfte aufbieten würden, um eine Abänderung desselben herbeizuführen, und daß, wenn sie stark genug seien, keine politischen oder parlamentarischen Rücksichten sie davon abhalten würden, diese Änderung durchzusetzen. Der Vertreter der Nationalliberalen stellte mit Genugtuung fest, „daß es der Mehrheit gelungen sei, diese große Gesetzesarbeit — die größte nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch — so weit zu fördern.“ Ein Ideal sei das Gesetz freilich nicht. Da die Erfüllung der sozialdemokratischen Wünsche unsere Industrie konkurrenzunfähig und die Arbeiter damit brotlos gemacht hätte, so hätte sich die nationalliberale Partei, die mit Stolz auf die erlebte Arbeit zurückblende, auf das Erreichbare beschränkt, „ihre sozialpolitische Vergangenheit biete die Gewähr, daß sie bis an die Grenzen des Möglichen gegangen sei.“ Insbesondere hob dieser Redner im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die das „Attentat auf die Selbstverwaltung“ immer wieder betonten, hervor, daß die Selbstverwaltung nicht beschränkt worden sei. Die wichtigste Arbeit der Kassen vorstände sei doch nicht, Beamte anzustellen und Statuten abzuändern, sondern die Kassenleistungen zu bemessen. In dieser Beziehung sei an ihren Besugnissen nichts geändert worden. Interessant war die Abrechnung des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück mit der ABD. in der Kompromißfassung. Er machte kein Fehl daraus, daß der Entwurf durch die Arbeit des Reichstags manche Veränderung erfahren habe, die er nicht gewünscht hätte; die Systematik des Gesetzes sei vielfach durchlöchert, die Richtlinien des Gesetzes seien vielfach verschoben, die Linien, in die die Regierung die Entwicklung der ganzen Verwaltung unserer sozialpolitischen Angelegenheiten bringen wollte, hätte sie nicht überall festhalten können. Er fuhr dann fort:

Es liegt in der Natur aller konstitutionellen Staatswesen, daß ihre Gesetzgebung eine Kette von Kompromissen zwischen der Regierung und dem Parlament darstellt. Und diese Mängel hatten allen den Gesetzen an, die wir im Laufe der Jahre verabschiedet haben und noch weiter verabschiedet werden, und dieser unerfreuliche Charakter des Kompromisses wird naturgemäß verstärkt, wenn in dem Parlament, wie bei uns, eine große Anzahl von Parteien sitzt, deren keine die Möglichkeit hat, ihren Willen durchzusetzen, sondern schließlich die Regierung genötigt ist, nicht nur für ihre eigene Sache zu reden, sondern auch den ehrlichen Wähler zwischen den Parteien zu spielen, um den einzelnen Parteien eine mögliche Durchführung ihrer Wünsche zu ermöglichen, ein Geschäft, für das wir keine Provision bekommen, sondern für das wir auch noch die Kosten zu tragen haben.

Gegenüber dem Vorwurf, daß die Regierung zu einer Entrechnung der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen die Hand geboten habe, erklärte der Staatssekretär:

Ich habe die Überzeugung, daß es sich hier nicht um eine Entrechnung, sondern um eine gerechte Verteilung der Rechte bei der Verwaltung der Krankenkassen handelt. Ich habe die Überzeugung, daß es sich nicht um eine Beschränkung der Selbstverwaltung handelt, und ich habe vor allen Dingen die Überzeugung, daß, je mehr es uns gelingt, die Verwaltung der Krankenkassen zu neutralisieren, um so mehr die Wege frei werden für die Entwicklung, die gerade von Ihrer Seite (nach links) gewünscht wird, nämlich zu einer Zentralisation der Kassen, die im Interesse der wachsenden Leistungsfähigkeit gewiß erwünscht ist, die aber so lange unerreichbar ist und von keinem Reichstage bewilligt werden wird, so lange nicht die absolute Freiheit und Unabhängigkeit

der Verwaltung der Krankenkassen von politischen Einflüssen sichergestellt ist. Also nach dieser Richtung hin bedeutet der Entwurf nicht eine Verschlechterung, sondern eine Ertragskraft, die eine gesunde und zweckentsprechende Entwicklung der Kassen für die Zukunft sichert.

Der Staatssekretär wiederholte dann noch einmal: wenn auf dem Gebiete der Organisation nicht alles erreicht sei, was die verbündeten Regierungen erwarteten, so sei doch — und darin liege für sie die Berechtigung aller der Konzessionen, die sie im Laufe der Verhandlungen gemacht — auf dem Gebiete der Fürsorge ein Beträchtliches erreicht, so daß die Annahme dieses Gesetzentwurfs einen erheblichen Fortschritt bedeuten werde. „Deshalb freuen wir uns, daß es uns gelungen ist, uns mit einer großen Mehrheit des Hauses zu einigen.“ Zum Schluß dankte er allen denen, die an diesem Gesetze mitgearbeitet und zu seiner Verabschiedung mit beigetragen hätten, wobei er besonders anerkannte, „daß die Gegner dieses Entwurfs ihn wohl bekämpft, aber mit ritterlichen Waffen bekämpft und dem Bestreben, den Gesetzentwurf zu verabschieden, nicht Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben.“

Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Nachdem Ende Januar der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte im Reichsanzeiger erschienen war — die „Soz. Prax.“ hat damals den wesentlichsten Inhalt dieses Vorentwurfs mitgeteilt (Sp. 514) — und die Kritik auf allen Seiten eingeleitet hatte und zwar, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, durchweg eine maßvolle, sachliche Kritik, hatte man hoffen können, daß der definitive Entwurf in veränderter Gestalt an den Reichstag kommen oder daß er doch wenigstens einem mehr oder minder großen Teile der vorgebrachten Wünsche und Bedenken Rechnung tragen würde. Leider ist dies nicht geschehen. Der Entwurf, der dem Reichstag am 20. Mai zugegangen ist, ist, wenn man von ein paar mehr formellen Änderungen abliest, genau so geblieben, mit einer einzigen Ausnahme: die Bestimmungen über die privaten Pensionseinrichtungen, also gerade über die Materie, in der die beiden sich befindenden Privatbeamtengruppen einig waren in der Anerkennung des Vorentwurfs — diese Bestimmungen sind geändert worden, auf Drängen der Schwerindustrie, die eins ihrer besten Machtmittel im Kampfe um das „Herr im Hause“-Sein nicht preisgeben will, denn dem Drängen einzelner Privatbeamtengruppen, die aus kurzfristigem Egoismus für die Anerkennung privater Pensionseinrichtungen als Ersatzklassen eintreten, hätte die Regierung wohl kaum nachgegeben.

Der Umfang der Versicherung ist im gegenwärtigen Entwurf genau so wenig scharf umgrenzt, wie im Vorentwurf, obwohl sämtliche kritischen Stimmen einmütig diese Unklarheit hervorgehoben hatten. Was nützt es, daß aus der Begründung allerdings hervorgeht, daß alle männlichen und weiblichen Angestellten zwischen 16 und 60 Jahren, die gegen Entgelt im Jahresbetrage von nicht mehr als 5000 M. beschäftigt werden, versicherungspflichtig sind — im Gesetz selbst ist dies nicht klar gesagt, und darauf kommt es doch vor allem an. Warum überläßt man auch hier wieder dem Reichstag, das im Gesetze selbst auszusprechen, was man will, denn daß der Reichstag hier auf eine absolut klare Fassung bringen muß, ist doch selbstverständlich.

Auch die übrigen Bestimmungen des Vorentwurfs über die Art des Entgelts, über die Befreiung von der Versicherungspflicht, über die Erstattung von Beiträgen, über die Einteilung der Gehaltsklassen, die Leistungen der Versicherung (Ruhegeld, Hinterbliebenenrente, Heilverfahren), die Aufbringung der Mittel durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Vorschriften über das Verfahren sind im wesentlichen unverändert geblieben, wir können deshalb hier einfach auf die Ausführungen Sp. 514 ff. verweisen.

Die Frage: Ausbau der Invalidenversicherung oder Sonderklasse? ist bekanntlich zugunsten der Sonderklasse entschieden worden, und das dürfte heute schon einwandfrei feststehen, daß eine Angestelltenversicherung in den kommenden Jahren überhaupt nur denkbar ist auf dem Boden der Sonderklasse. Zweifellos wäre der Ausbau der allgemeinen Invalidenversicherung und die Einfügung der Angestelltenversicherung in den vorhandenen Versicherungs-Apparat das Wünschenswertere gewesen, sowohl der Kostenersparnis halber als auch um den vielen Schwierigkeiten zu entgehen, die sich für alle diejenigen Gruppen von Versicherten herausstellen werden, hinsichtlich deren es sehr zweifelhaft ist, ob man sie tatsächlich der Doppelversicherung unterstellen soll, z. B. Schreiberinnen in Schreibmaschinenbureaus, und vor allem auch hinsichtlich derer, die heute

als Arbeiter beschäftigt werden und morgen als Werkführer oder Poliere eine Angestelltenstellung einnehmen. Aber nachdem das Schicksal der Reichsversicherungsordnung besiegelt ist, wäre es töricht, sich der Illusion hinzugeben, als ob ein Ausbau der Invalidenversicherung noch jetzt möglich wäre. Nachdem die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Reichsversicherungsordnung abgelehnt worden ist, bleibt als einziger Ausweg für die Angestelltenversicherung nur die Sonderkasse übrig — mit ihren Vorzügen und ihren Mängeln. Ja, wenn der Reichstag in wirklicher Erkenntnis, was uns auf sozial-politischem Gebiete not tut, die Versicherungsgrenze für die Invalidenversicherung allgemein auf 3000 M. festgesetzt hätte, dann wäre der weitere Ausbau der Invalidenversicherung für die Angestellten mit Leichtigkeit durchzuführen gewesen. Wird doch jetzt bereits der meiste Teil der Angestellten von der 2000 M.-Grenze umfaßt! Beim Hinaufsetzen der Versicherungsgrenze auf 3000 M. wäre nur noch ein sehr kleiner Teil von Angestellten übrig geblieben, und für diese wäre dann vielleicht auch einer der anderen vorgeschlagenen Wege gangbar gewesen, um ihnen die Vorteile einer Versicherung zugänglich zu machen. So aber bleibt, wie gesagt, kein anderer Ausweg als die Sonderkasse, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die selbstverständlich ihren Sitz in Berlin haben muß.

Ihre Ausgestaltung ist im Entwurf im großen und ganzen dieselbe geblieben wie im Vorentwurf. Auf den ersten Augenblick freilich erscheint eine Vereinfachung insofern eingetreten zu sein, als der Vorentwurf als ihre Organe 1. das Direktorium, 2. den Verwaltungsrat, 3. den Verwaltungsausschuß, 4. die Rentenausschüsse und 5. die Vertrauensmänner aufzählte, während in § 99 des Entwurfs der Verwaltungsausschuß fehlt. Dieser ist aber nur in der Aufzählung als besonderes Organ weggelassen worden, selbstverständlich besteht er auch im jetzigen Entwurf weiter und muß auch als solcher weiterbestehen, da ein so großes Gebilde wie der Verwaltungsrat, wenn die Zahl der Beisitzer auch nur noch je 12 gegenüber 25 im Vorentwurf betragen soll, nicht genügende Aktionsfreiheit hat. Während dem Verwaltungsrat im Vorentwurf nur eine gutachtliche Tätigkeit eingeräumt war, ist ihm im definitiven Entwurf die Beschlussfassung über die Festsetzung des Vorschlags sowie die Abnahme des Rechnungsabchlusses und der Bilanzen vorbehalten worden. Dagegen ist gestrichen worden, daß er bei Besetzung erledigter Stellen im Direktorium mit Ausnahme der Stelle des Präsidenten und bei Erwerb und Veräußerung von Grundstücken gutachtlich zu hören ist — eine Beschränkung des Selbstverwaltungsprinzips, die mir zu weitgehend erscheint. Im übrigen stimmen die Vorschriften des Vorentwurfs und des definitiven Entwurfs in der Ausgestaltung der Reichsversicherungsanstalt und ihrer Organe im allgemeinen überein, und dies ist auch der Teil des Gesetzes, gegen den sich die wenigsten Bedenken richten dürften. Wenn nun auch, wie ich wohl weiß, gerade diese Bestimmungen scharf angegriffen werden, weil sie das ursprünglich in Aussicht gestellte Selbstverwaltungsrecht völlig illusorisch machten, so vermag ich mich dieser Anschauung nicht anzuschließen. Denn die Stellung, die dem Rentenausschuß, und auf den kommt doch schließlich alles an, eingeräumt wird, ist eine so absolut freie und verständige, wie sie besser kaum gedacht werden kann. Er ist zwar Organ der Reichsversicherungsanstalt und hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde, er ist aber bei Feststellung und Anweisung von Ruhegeld, Renten und Abfindung sowie bei der Entziehung und Einstellung von Ruhegeld und Renten an Weisungen der Reichsversicherungsanstalt nicht gebunden. Auch die Stellung der Vertrauensmänner erscheint durchaus im Interesse eines vernünftigen Selbstverwaltungsgedankens. Natürlich wird alles darauf ankommen, was die Beteiligten aus diesen Institutionen zu machen verstehen — das Gesetz selbst gibt hier die weitesten Möglichkeiten!

Und auch was die eigentliche Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt anlangt, so vermag ich mich dem Rufe nach größeren Selbstverwaltungsbefugnissen nicht anzuschließen. Die Haupttätigkeit dieser Anstalt wird sich in einer reinen Finanzgebarung und daneben in einem ungeheuren Rechnungswerke erschöpfen, beides Tätigkeiten mit starken finanziellen Folgen, für die am letzten Ende das Reich mit seinem Vermögen haften soll — wie eine solche Anstalt nichtbureaufkräftig verwaltet werden soll, ist mir unverständlich. Ob man dem Verwaltungsrat noch diese oder jene Befugnis im einzelnen zuweisen soll, erscheint mir nebensächlich gegenüber der Unmöglichkeit, die Selbstverwaltung, d. h. doch eine immer mehr oder weniger ehrenamtliche Tätigkeit, hier durchzuführen.

Der Vorsitzende des Rentenausschusses wird vom Reichskanzler nach Anhören der obersten Verwaltungsbehörde, für deren Bezirk

der Rentenausschuß errichtet ist, ernannt. Hier ist auch vorgesehen, daß zum Vorsitzenden, ebenso wie auch zu seinem Stellvertreter, ein mittelbarer oder unmittelbarer Reichs- oder Staatsbeamter im Nebenamt ernannt wird. Höhere Spruch- und Beschlussbehörde sind die Schiedsgerichte, die durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats für größere Gebiete errichtet werden sollen; die oberste Spruch- und Beschlussbehörde endlich ist das Oberschiedsgericht in Berlin.

Diese Bestimmungen scheinen mir die schärfsten Bedenken herauszufordern. Hier werden neue Organisationen mit einem neuen großen Beamtenapparat geschaffen in demselben Augenblick, wo durch die Reichsversicherungsordnung ein gleichartiger Aufbau für das ganze Deutsche Reich geschaffen wird — einer der wenigen Vorteile, die die Reichsversicherungsordnung bringt. Hier ist der suggestive Einfluß des Hauptausschusses zur Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten unverkennbar. Die führenden Leute dieses Ausschusses betonen immer wieder, auf die besonderen Rentenausschüsse, die besonderen Schiedsgerichte, das besondere Oberschiedsgericht müsse der größte Wert gelegt werden, denn die Lebens- und Standesinteressen und infolgedessen auch die Beurteilung der Invalidität usw. seien bei den Privatangestellten so fundamental verschieden von den Verhältnissen der nur der Reichsversicherungsordnung unterstellten Versicherungspflichtigen, daß es ganz unmöglich sei, daß dieselben Organe für beide Gruppen in gleichangemessener Weise Recht sprechen könnten. Ich will mich hier nicht darauf einlassen, die völlige Unhaltbarkeit der Anschauung von der absoluten Verschiedenheit dieser beiden großen Arbeitnehmergruppen zu widerlegen, die lediglich für einzelne Großstädte zutrifft, denn daß beispielsweise ein Proturist der A.G. in Berlin, der Geschäftsführer einer Bach- und Schließgesellschaft in einer kleinen Industriestadt und ein junger Mann in einem Kolonialwarengeschäft an der polnischen Grenze — alle drei unzweifelhaft Privatangestellte im Sinne des Entwurfs — eine gleichartige Gesellschaftsrichtigkeit verkörpern, wird man beim besten Willen nicht behaupten können. Aber selbst wenn die Behauptung richtig wäre, daß die Differenzierung dieser beiden Gruppen von Arbeitnehmern so weit vorgeschritten wäre, daß sich ihre Angehörigen gegenseitig nicht mehr verstehen, so würde der Einwand gegen dieselben rechtspredenden Organe doch nur zutreffen auf die Beisitzer, niemals aber auf die Vorsitzenden, die doch wahrscheinlich in den überwiegenden Fällen Juristen oder höhere Verwaltungsbeamte sein werden.

Hier wird m. E. der Reichstag energisch durchgreifen und fordern müssen, daß die Vorsitzenden der Rentenausschüsse unbedingt die Vorsitzenden der Versicherungsämter sein müssen, daß die Schiedsgerichtsfunktionen von den Oberversicherungsämtern ausgeübt werden und daß vor allem auch hier die oberste Instanz das Reichsversicherungsamt sein muß. Die Beisitzerfrage sollte man nicht absolut regeln. Freilich weisen die Anhänger des Hauptausschusses vor allem darauf hin, daß durch Einführung der Rentenausschüsse und Schiedsgerichte, wie sie im Entwurf vorgesehen sind, insofern viel Kosten gespart würden, als sonst sehr oft nur wegen eines einzigen Anspruchs die besonderen Privatangestelltenbeisitzer zu einer Sitzung einberufen würden. Deshalb eben sollte man die Frage, ob besondere Angestelltenbeisitzer überhaupt gewählt oder im einzelnen Falle zugezogen werden sollen, ruhig den einzelnen Versicherungsämtern überlassen.

Ein weiteres wesentliches prinzipielles Bedenken erregt der Entwurf insofern, als die Beamten der Reichsversicherungsanstalt zwar die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten haben sollen — sie werden also sowohl was ihre Befoldung, ihren Urlaub, als auch ihr Ruhegehalt anlangt, ganz beträchtlich besser dastehen als die sämtlichen bei der Reichsversicherungsanstalt Versicherten — daß dagegen ihre Pensionen und sonstigen Dienstbezüge sowie die Pensionen und Unterstützungen für ihre Hinterbliebenen von der Reichsversicherungsanstalt getragen werden sollen, also aus den Mitteln stammen, die durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden. So berechtigt es sein mag — wenigstens vom gegenwärtigen finanziellen Standpunkt aus — daß das Reich durch die Privatangestellten-Versicherung nicht mit Zuschüssen zu den Renten belastet wird, so unberechtigt erscheint es auf der andern Seite, Reichsbeamte mit den Rechten der Reichsbeamten aus privaten Mitteln zu besolden. Ich habe oben ausgeführt, daß mir die bureaufkräftige Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt unbedingt notwendig erscheint, ebenso daß ihre Verwaltung durch Reichsbeamte eine unbedingte Notwendigkeit ist — dann aber darf sich das Reich auch nicht der Verpflichtung entziehen, diese Beamten zu bezahlen. Und die hierfür in Frage

kommenenden Summen sind auch nicht so groß, daß sie das Reich nicht aufbringen könnte, selbst wenn die Kosten nicht unbedeutend höher sein sollten als die im Entwurf berechneten 3,15 Mill. Mark. Zu berücksichtigen ist hierbei noch, daß durch eine Angliederung der Versicherungsorgane an diejenigen der Reichsversicherungsordnung selbstverständlich eine ganz wesentliche Kostenersparnis erzielt werden würde. Hindeuten will ich nur darauf, daß es bei Ersparrung dieser Kosten für die Reichsversicherungsanstalt möglich wäre, das Ruhegeld und die Hinterbliebenenrente etwas zu erhöhen, und daß der gleiche Erfolg weiter erreicht würde durch Befreiung der vorgesehenen Erstattungsansprüche, eine Maßnahme, die durch nichts gerechtfertigt wird und gegen die sich auch die sämtlichen Privatangestellten-Vereinigungen, in diesem Falle doch gewiß die berufensten Vertreter der Privatangestellten, gewendet haben, da durch sie lediglich die Vermögenslage der Reichsversicherungsanstalt geschwächt werden würde, ohne daß der gewünschte Erfolg, die Schaffung kleiner selbstständiger Existenzen zu begünstigen, erreicht werden wird. Eine weitere Maßnahme, das Ruhegeld und die Witwenrente noch um eine Kleinigkeit zu erhöhen, würde die Befreiung der Waisenrenten sein, die in dem beabsichtigten minimalen Ausmaß keineswegs geeignet sind, zur Erziehung von Kindern mit „höheren“ Ansprüchen zu dienen, und die auch mit Rücksicht auf die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Waisenrenten und Waisenaussteuern am ersten entbehrt werden können, besonders da in den besser bezahlten Angestelltenkreisen beim plötzlichen Tode des Ernährers für die Kinder erfahrungsgemäß durch besser situierte Angehörige immer noch eher gesorgt werden kann als in den Kreisen mit einem Einkommen bis zu 2000 M.

Was unter diesen Voraussetzungen mit der (durchschnittlichen) Gesamtpremie von etwa 8 Prozent des Gehalts tatsächlich geschaffen werden kann, läßt sich ohne ziffernmäßige Berechnung nicht sagen — immerhin spricht eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß auf diese Art das Ruhegeld den Sätzen der zweiten Denkschrift angenähert werden könnte. Daß der Durchschnittssatz von 8 Prozent sowohl unsere Arbeitgeber wie unsere Arbeitnehmer zu stark belastet, glaube ich nicht. Es wird natürlich darauf ankommen, wer alles zuletzt der Privatangestelltenversicherung unterstellt werden wird, um bei dem obenangeführten Beispiel zu bleiben, jede Maschinenschreiberin in einem sog. Schreibmaschinenbureau als Privatangestellte angesehen — ein solches Mädchen pflegt in Berlin mit 40, oft auch nur mit 30 M. monatlichem Gehalt anzufangen — so würden wir allerdings eine Unmasse Versicherte in die Privatangestellten-Versicherung bekommen, die den auf sie entfallenden Beitragsanteil von 4% nur sehr schwer tragen können. Für den eigentlichen Privatbeamten erscheint dagegen dieser Satz nicht zu hoch, wie dies auch von den verschiedensten Interessentenvereinigungen der Privatangestellten anerkannt worden ist. Und daß unsere Industrie diese Belastung sehr wohl zu tragen vermag, wird man ohne weiteres daraus schließen dürfen, daß sich ja ihre anerkanntesten Vertreter zur Übernahme einer nicht so sehr viel geringeren Last für die allgemeine Krankenversicherung bereit erklärt hatten, wenn dafür die Hälfstellung der Krankentassenbeiträge eingeführt worden wäre.

Den Schwerpunkt der Bestimmungen des definitiven Entwurfs im Vergleich zum Borentwurf bilden, wie bereits eingangs erwähnt, die Vorschriften über die privaten Pensionsanstalten, die in den §§ 362 bis 377 enthalten sind. Hier wird zwischen Zuschuß- und Ersatzklassen unterschieden. Die ersteren zahlen die gesetzlichen Prämien an die Pensionsanstalt und empfangen dafür von dieser die Versicherungsleistungen; in ihrem Verhältnis zu ihren Mitgliedern tritt eine Änderung nicht ein (§§ 362 bis 366). Die Beteiligung bei den letzteren, d. h. den Ersatzklassen, soll dagegen von der Versicherung bei der Reichsversicherungsanstalt befreit sein. Die wesentlichsten Bestimmungen über die Ersatzklassen besagen folgendes:

Der Bundesrat bestimmt auf Antrag, daß Fabriks-, Betriebs-, Haus-, Seemanns- und ähnliche Klassen auch als Ersatzklassen zugelassen werden können. Dieser Antrag ist vom Vorstände der Kasse oder der Mehrheit der bei ihr versicherten Angestellten zu stellen. Die Klassen müssen, um als Ersatzklassen zu genügen, vor Verkündung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes errichtet sein und sämtliche Versicherungsleistungen der Unternehmungen, für die sie errichtet sind, aufnehmen. Die Klassenleistungen müssen den reichsgesetzlichen Leistungen mindestens gleichwertig und in dieser Höhe gewährleistet sein. Die Gewährleistung kann auch dadurch nachgewiesen sein, daß die den Klassen obliegenden Leistungen bei einem Rückversicherungsverbande sichergestellt sind, der vom Reichsamt des Innern als leistungsfähig anerkannt ist. Die Beiträge der Arbeitgeber zu den Klassen müssen mindestens den reichsgesetzlichen Arbeitgeberbeiträgen gleichkommen, wobei besondere Zuwendungen der Arbeitgeber anzurechnen sind. Den Versicherten muß

bei der Verwaltung der Kasse und bei der Entscheidung über die Gewährung von Klassenleistungen eine den Vorschriften des Privatbeamtenversicherungsgesetzes entsprechende Mitwirkung eingeräumt sein.

Im übrigen sind Bestimmungen getroffen, die die Freizügigkeit im Umfang der reichsgesetzlichen Leistungen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sichern sollen.

Zu diesem Zweck wird vorgeschrieben, daß bei Berechnung der Wartezeit, des Ruhegeldes und der Renten für den reichsgesetzlichen Anspruch die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes bei Ersatzklassen und bei der Reichsversicherungsanstalt zurückgelegte Beitragszeit angerechnet wird. War der Versicherte bis zum Eintritt des Versicherungsfalles immer bei derselben Ersatzklasse versichert, so kommt die Reichsversicherungsanstalt weder für die Festsetzung noch für die Zahlungen der Leistungen in Frage. Beide richten sich alsdann nach der Kassenfassung. Der Entwurf nimmt im Gegensatz zum österreichischen Gesetz davon Abstand, beim Übertritt von einer Ersatzklasse zu einer anderen oder zur Reichsversicherungsanstalt oder umgekehrt, einen Ausgleich durch Überweisung der zur Deckung des Anspruchs rechnerisch erforderlichen Prämienreserve herbeizuführen. Der Entwurf schreibt vielmehr vor, daß jede Ersatzklasse beim Austritt eines Kassenmitglieds der Reichsversicherungsanstalt eine Bescheinigung zu übersenden hat, die über die Dauer der Mitgliedschaft bei Inkrafttreten des Gesetzes und über die Gehaltsklassen Auskunft gibt, in die das Mitglied während dieser Mitgliedschaft einzureihen gewesen wäre. Diese Bescheinigung soll dazu dienen, beim Eintritt des reichsgesetzlichen Versicherungsfalles die reichsgesetzlichen Leistungen und den Anteil festzusetzen, den hiervon die beteiligten Ersatzklassen zu tragen haben.

In der Begründung der Vorlage wird hinsichtlich der Ersatzklassen betont, daß den weitergehenden Wünschen auf Zulassung von Pensionsanstaltungen als Ersatzklassen nur insoweit entgegenkommen werden könne, als nicht die Interessen der Allgemeinheit geschädigt werden. Die Zulassung müsse auf solche Einrichtungen beschränkt werden, die bei Verkündung des Gesetzes bereits bestehen. Wollte man weiter gehen, so würde dadurch der Reichsversicherungsanstalt eine schwere Schädigung zugefügt werden. Die Interessen der Allgemeinheit würden weiterhin geschädigt werden, wenn den bereits bestehenden Klassen zugestanden würde, daß sie eine Risikenauswahl treffen können.

Es ist außerordentlich charakteristisch, daß die im Januar 1911 erschienene „Denkschrift der Allgemeinen Pensionsanstalt für Angestellte in Wien zur Novellierung des Pensionsgesetzes vom 16. Dezember 1906“ auf Grund der Erfahrungen, die in Österreich bei der Durchführung dieses Gesetzes gemacht worden sind, Ersatzeinrichtungen nur in der Form zulassen will, die unser jetziger Entwurf für die Zuschußklassen vorsieht. Daß unsere Regierung trotzdem die Zulassung von Ersatzklassen vorschlägt, zeugt von einem besonderen Mut, der um so seltsamer berührt, als der Borentwurf die Zulassung von Ersatzklassen mit der Wirkung, daß Zugehörigkeit zu ihnen von der Versicherung bei der Versicherungsanstalt befreit, abgelehnt hatte. Es läßt sich im gegenwärtigen Moment natürlich noch nicht klar übersehen, wie die Wirkung dieser neuen Bestimmungen sein wird und ob nicht durch dieses Zugeständnis an die bestehenden Klassen die Reichsversicherungsanstalt so geschwächt wird, daß dadurch sich eine Erhöhung der Beiträge als notwendig erweist. Eine sehr große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, und die Erfahrungen in Österreich sollten uns wirklich davor bewahren, das gleiche unglückliche Experiment noch einmal zu wiederholen, besonders da versicherungstechnische Kreise die rechnerischen Unterlagen des Entwurfs schon jetzt bezweifeln. Deshalb muß gegen die Zulassung der Ersatzklassen energischer Widerspruch erhoben werden. Denn wenn auch die Begründung davon ausgeht, daß den bereits bestehenden Klassen die Risikenauswahl nicht zugestanden werden dürfe, so wird in der Praxis die Risikenauswahl doch immer stattfinden. Es wird eben genau so wie bei sämtlichen Fabrikkrankenklassen gemacht werden, d. h. die Firma schließt nur mit solchen Personen Verträge ab, die das Gesundheitsattest ihres Vertrauensarztes erhalten. Jede Schwächung der Reichsversicherungsanstalt muß aber notwendigerweise zu einer Diskreditierung der ganzen Privatangestellten-Versicherung führen.

Sind sonach auch einzelne schwere Bedenken gegen den Entwurf geltend zu machen, so muß doch daran festgehalten werden, daß — alles in allem genommen — der Entwurf eine brauchbare Unterlage für die Beratungen des Reichstags bietet. Gewiß soll ein so großes sozialpolitisches Werk, wie es die Einführung der Privatangestellten-Versicherung ist, nicht übers Knie gebrochen werden. Andererseits erscheint aber auch kein Grund vorhanden zu sein, den Entwurf vom gegenwärtigen Reichstag nicht mehr verabschieden zu lassen, denn er ist mit verhältnismäßig geringen Änderungen zu einem brauchbaren Gesetz umzugestalten. F. C.

Allgemeine Sozialpolitik.

Arbeiter- und Beamtenfragen auf den staatlichen Bergwerken Preussens wurden am 22. und 23. Mai im Abgeordnetenhaus bei den Verhandlungen über die schlechte Rentabilität der Staatsgruben berührt. Die Wirtschaftlichkeit der staatlichen Gruben im Saargebiet steht hinter derjenigen der Privatbetriebe zurück; Arbeiter und Beamte, untere und obere, seien unzufrieden, so hatte die Budgetkommission durch einen Unterausschuß festgestellt. Ihr Berichterstatter, Hirsch-Essen, suchte die Ursachen für die ungünstige Rentabilität zunächst in der Lohnpolitik, welche die staatliche Bergverwaltung im Hinblick auf die historische Entwicklung der Arbeiterverhältnisse im Saargebiet und am Harz aus sozialpolitischen Erwägungen heraus befolge. Die staatliche Bergverwaltung dürfe aber keine Versorgungsanstalt sein. Ferner leide die Bergverwaltung unter Mängeln organisatorischer Art auf dem Gebiete der Beamten- und Arbeiterverhältnisse. Und schließlich trage die Bergverwaltung durch ihre Preispolitik nicht den Produktions- und Absatzverhältnissen des Bergbaues genügend Rechnung. Die Budgetkommission hatte darum den Antrag gestellt, die Regierung um Abhilfemaßnahmen zu ersuchen. Diese sollten in erster Linie auch darauf zielen, die Mängel a) in den Verhältnissen der höheren Beamten, b) in den Verhältnissen der mittleren Beamten, c) in den Verhältnissen der Arbeiter abzustellen, unter besonderer Prüfung, ob die Lohnpolitik im Saarrevier im Interesse des staatlichen Bergbaues wie der Arbeiter aufrecht erhalten werden kann. Bei den Verhandlungen im Hause wurde von konservativer und nationalliberaler Seite im einzelnen die Schaffung zu vieler staatlicher Beamtenstellen und die Gleichmacherei der Löhne ohne Rücksicht auf die Leistungen bemängelt. Verminderung der Beamtenzahl, Entstaatlichung des Dienstverhältnisses, weniger übertriebene Humanität in der Lohngebarung sei zu empfehlen. Der Regierungsvertreter, Oberberghauptmann v. Belsen, legte demgegenüber dar, daß der Rückgang der Leistungen in anderen als persönlichen Verhältnissen seinen Grund habe:

„Ich kann nicht anerkennen, daß die geringeren Leistungen durch eine besondere Arbeiterpolitik hervorgerufen sind, sondern sie beruhen auf den natürlichen Verhältnissen. Die höchsten Leistungen hat immer Ober Schlesien infolge der natürlichen Verhältnisse, dann kommt Westfalen und dann Saarbrücken. Wer die Leistungen dieser Gebiete gleichmäßig werten will, der kennt die Verhältnisse nicht und versteht sie nicht. Es ist nicht richtig, daß die Zahl der höheren Beamten zu groß ist. Wir haben nicht die gleiche Auswahl wie die Privatindustrie, die viel mehr zahlen kann. Die Arbeiter betrachten die staatliche Anstellung als Auszeichnung, und es wäre sehr gefährlich, diese Gefühle nicht zu berücksichtigen. Es ist sehr fraglich, ob es zweckmäßig wäre, den vor 20 Jahren getanen Schritt der staatlichen Anstellung der Betriebsbeamten zurückzutun. Sie überschätzen aber auch die Bedeutung dieses Punktes. Wenn die Beamten früher auch nur vertragsmäßige Beamte waren, so wurde ihnen doch nur in den seltensten Fällen gekündigt; sie waren so gut wie Staatsbeamte. Das gebe ich allerdings zu, daß dadurch, daß man Privatbeamte nicht nur kündigt, sondern auch entlassen kann, das Privatbeamtenwesen einen Vorteil für die Bergverwaltung hat. Aber ob man deswegen ein unseren Beamten liebgewordenes Verhältnis aufheben soll, kann ich heute nicht mit ja beantworten. Nun komme ich auf die Gleichmacherei! Wenn Sie sich die Zahlen ansehen, dann ist das gar nicht so schlimm. Daß man einem Manne, der ohne sein Verschulden nicht auf seinen Lohn gekommen ist, einen Ausgleich gewährt, das ist nicht nur entzündbar, das ist unsere Pflicht. Die Löhne der Saarbrücker Arbeiter sind nicht zu hoch, sie sind zu niedrig! Es tut uns leid, daß wir ihnen nicht höhere Löhne geben können; wir können dort nicht so hohe Löhne zahlen wie in Westfalen. Ich gebe zu, daß ich bezüglich Saarbrückens skeptischer in die Zukunft sehe als bezüglich der anderen Betriebe. Überschließen ich gut, auch der Harz, in Westfalen haben wir eine Übergangsperiode.“

Brust und Zmibusch (Zentrum) und Veinert (Soz.) glaubten das militärische Subordinationswesen, das die Beamten gegenüber den Bergarbeitern durchsetzen wollen, rügen zu müssen; das störe oft das gute Einvernehmen. Erstere forderten insbesondere eine Beschleunigung des Disziplinarverfahrens, Veinert die Abschaffung des Prämienystems; Zmibusch glaubt, daß mindestens eine Reform des Prämienystems nötig sei, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten. Ferner sollte der staatliche Bergbau den Versuch der praktischen Einführung der Tarifverträge machen, habe doch selbst die „Deutsche Bergwerkszeitung“ allerlei Gutes über die Tarifverträge erzählt. Das Haus stimmte schließlich dem oben erwähnten Antrag der Budgetkommission zu.

Soziale Zustände.

Fabrikindustrie und Fabrikarbeiter im Gouvernement Moskau.

Nicht nur die Ausländer, sondern die Russen selbst kennen dieses große rätselhafte Land leider sehr wenig. Auf allen Gebieten des wirtschaftlich-sozialen Lebens Rußlands stoßen wir auf beinahe vollständigen Mangel der tatsächlichen statistischen Untersuchungen. Auch in rein wirtschaftlichen Fragen, zu deren Lösung vor allem ein zahlenmäßiges Fundament gelegt sein muß, wird meistens nach Empfinden und allgemeinen Beobachtungen geurteilt — und es ist klar, was für Ergebnisse daraus kommen können. An staatlich organisierten statistischen Erhebungen fehlt es beinahe vollständig. Diese Unkenntnis der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse wird besonders fühlbar, wenn irgend welche Gesetzgebung auf diesem Gebiete geplant wird, und man steht hilflos vor der Frage, auf welche Weise man eingreifen sollte.

So auch augenblicklich, wo die staatliche Versicherung der Fabrikarbeiter auf der Tagesordnung steht — diesbezügliche Entwürfe sollen nächsten in der Duma besprochen werden — der Mangel statistischen Materials über die Fabrikbetriebe und Fabrikarbeiter Rußlands wird die Durchführung der geplanten Gesetzgebung sicherlich sehr erschweren. Die jährlich erscheinenden allgemeinen Berichte der Fabrikinspektoren Rußlands — Sonderberichte werden nicht veröffentlicht — sind sehr knapp gefaßt und geben ganz spärliche allgemeine Zahlen der Fabrikbetriebe und Fabrikarbeiter, ohne nach Gewerbearten und dergleichen zu gruppieren. Auch sind diese Zahlen nicht immer zuverlässig, da es gewöhnlich den einzelnen Fabrikinspektoren an Mitteln und auch an Zeit fehlt, um die Ergebnisse sorgfältig prüfen zu können.

Desto mehr ist das neue hervorragende Werk vom Moskauer Fabrikinspektor Kusminich-Vanin zu begrüßen, das auf Grund umfassender Erhebungen und langjähriger Beobachtungen mit Unterstützung der gesamten Moskauer Fabrikinspektion die Fabrikindustrie und die Lage der Fabrikbevölkerung — wenigstens in den Betrieben, die der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstehen — des Gouvernements Moskau und der Stadt selbst, eines der größten Industriezentren Rußlands, in dem Zeitraum vom 1. Januar 1901 bis 1. Januar 1909 von verschiedenen Seiten untersucht.

Das ganze umfassende Werk gibt in großen Tabellen und Diagrammen Auskünfte auf alle Fragen des wirtschaftlichen Lebens der Fabrikarbeiter — so über Geschlecht und Alter, Gruppierung nach Gewerbearten, Höhe des Arbeitslohns und sein Verhältnis zur Schulbildung (d. h. zur Fähigkeit des Lesens und Schreibens), dann des Arbeitstags, Wohnungsverhältnisse, Befestigungsart, Zusammenhang mit den Landarbeiten u. ähnl. mehr.

Das Gesamtwerk ist noch nicht veröffentlicht. Ein Teil ist im Druck, es wird wahrscheinlich auf der Dresdener Ausstellung ausliegen. Erschienen ist zunächst nur ein Abschnitt unter dem Titel „Die Fabrikindustrie im Gouvernement Moskau nach den Zahlen vom 1. Januar 1909“. Greifen wir einige charakteristische Zahlen davon heraus:

Im Gouvernement Moskau einschließlich der Stadt selbst gab es Anfang 1909 1877 Fabrikbetriebe (davon in Moskau selbst 794 = 57,7 v. H.) mit 308 261 Arbeitern (in Moskau 118 681 = 38,5 v. H.). Davon waren Männer im Gouvernement 192 487 = 62,4 v. H., in Moskau selbst 80 498 = 41,8 v. H. Frauen 115 824 = 37,8 v. H. bezw. 88 188 = 32,9 v. H.

Die Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern bilden nur 4 v. H.; 501–1000 = 4,7 v. H.; 101–500 = 24,3 v. H.; 51–100 = 22,8 v. H.; 21–50 = 28,8 v. H.; 20 und weniger = 16,1 v. H. Die kleinen Betriebe überwiegen also stark.

Anders erscheint uns das Bild, wenn wir nach der Arbeiterzahl rechnen. Dann fallen in die erste Gruppe der Riesenbetriebe 46,9 v. H., in die zweite Gruppe 15,9 v. H., in die dritte 24,8 v. H. und schließlich auf alle Betriebe mit weniger als 100 Arbeitern nur 12,8 v. H. der gesamten Arbeiterzahl.

Nach der Zahl der Betriebe und auch der Arbeiter nimmt die Textilindustrie die erste Stelle ein. So fallen 42,8 v. H. aller Betriebe mit 67,9 v. H. aller Arbeiter auf diese Gruppe; von den Arbeitern sind 56,1 v. H. Männer und 87,9 v. H. Frauen. Die zweite Stelle nimmt die Metallverarbeitung ein, die aber 19,2 v. H. Betriebe und 11,9 v. H. der Arbeiter beschäftigt. Die anderen Gewerbegruppen spielen eine ganz geringe Rolle.

Moskau ist das Zentrum der russischen Textilindustrie und namentlich der Baumwollproduktion (16,5 v. H. der Betriebe und 43,7 v. H. der Arbeiter).

Erst wenn das ganze Werk publiziert ist, wird man das gesamte Bild der industriellen Entwicklung Moskaus und der Lage

der Fabrikarbeiter vor sich haben und die mühevollen Arbeit des Verfassers würdigen können. Mögen seinem Beispiele auch andere folgen und solche wertvollen Untersuchungen auch für andere Gebiete Auslands unternehmen.

Rostau.

Dr. phil. Elisabeth Gownik.

Der Arbeitsmarkt im Monat April weist nach dem „Reichsarbeitsblatt“ dieselbe andauernde Besserung auf wie im März. Besonders im Baugewerbe, das im Vormonate noch ziemlich still lag, hat infolge der günstigen Witterung der Beschäftigungsgrad in den meisten Teilen Deutschlands wesentlich zugenommen. Auch auf dem Ruhrkohlenmarkte machte sich eine Besserung geltend. Gut war der Geschäftsgang der elektrischen und chemischen Industrie. Befriedigend war der Geschäftsgang im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, in der Roheisenerzeugung und in den Stahlwerken. Auch die Maschinenindustrie hatte zumeist zufriedenstellend zu tun, nur wird vielfach über gebrückte Preise geklagt. In der Kaliindustrie war der Geschäftsgang normal, doch zeigte sich eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonate. Über unbefriedigenden Absatz klagten die ober- und niederschlesischen Steinkohlenwerke. Recht ungünstig lauten auch die Berichte aus der Textilindustrie; als besonders schlecht wird die Lage der Baumwollspinnereien und der Tuchindustrie bezeichnet. Unbefriedigend beschäftigt war auch die Fenster- und Spiegelglasindustrie sowie die Möbelfabrikation.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im April stark zugenommen. Es ergab sich am 1. Mai 1911 gegenüber dem 1. April eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder (abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten) um insgesamt 120 621 (102 494 männliche und 18 127 weibliche Mitglieder). Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 107, der der weiblichen von 100 auf 103 gestiegen.

Über die Arbeitslosigkeit im April berichteten 21 Fachverbände mit 1 283 736 Mitgliedern; von diesen waren Ende April 1911 1,8 v. H. arbeitslos; Ende April 1910 betrug die Arbeitslosenziffer bei den gleichen Verbänden 1,9 v. H., Ende März 1911 2,1 v. H. Es ist also gegen beide Vergleichstage eine Besserung festzustellen.

Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen auf eine Besserung gegenüber dem Vormonate und dem Vorjahre schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im April 1911 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 143, bei den weiblichen Personen 79 Arbeitsgelegenheiten gegen 157 bzw. 76 im März 1911 und 166 bzw. 86 im April 1910.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkte flaute die allgemeine Lage nach Beendigung der Vierteljahrs- und Saisonarbeiten wie alljährlich etwas ab; im Vergleich mit dem Vorjahr ist jedoch eine Besserung für männliche Arbeitskräfte zu verzeichnen. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg war die Erwerbsmöglichkeit für ungelernete und gelernte Arbeiter günstig. Auch im Rheinland und in Westfalen wird die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen als nicht ungünstig bezeichnet. Nach Berichten aus Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck waren die Arbeitsverhältnisse durchaus günstig. Die Aufwärtsbewegung des Beschäftigungsgrades hat in Bayern und Württemberg angehalten; in Baden ist ein gewisser Stillstand eingetreten.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrugen im April 148 688 575 M., das sind 8 011 506 M. mehr als im gleichen Monate des Vorjahrs. Dieses bedeutet eine Mehreinnahme von 21 M. oder 0,7 v. H. auf 1 km. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Ostern dieses Jahr in den Berichtsmonat, voriges Jahr in den März fiel.

Die Arbeitsverhältnisse in französischen und deutschen Kolonien. Die französische Regierung schickt auf Ersuchen der Vertreter der Kolonien einen der französischen Fabrikinspektoren nach der Insel Martinique, um dort die Arbeitsverhältnisse der gewerblichen wie auch der landwirtschaftlichen Arbeiter zu untersuchen. Es waren in letzter Zeit vielfach Äußerungen über dort herrschende Mißstände an die Öffentlichkeit gedrungen, namentlich über die Zustände auf den Zuckerplantagen, wo auch viele Kinderarbeit herrscht.

Über die Kinderausbeutung in einigen Gegenden von Deutsch-Ostafrika wird auch durch die evangelisch-lutherische Mission geklagt; hauptsächlich spürt man in den Missionschulen diesen Einfluß, da der Besuch der Schulen nachläßt. Einer der Missionare aus Maschame und Ruscha berichtet, daß es dort Farmen gibt, die sich überhaupt ganz und gar auf Kinderarbeit stützen. Die Regierung tue nichts dagegen, nachdem ein früherer Versuch, durch eine Art Nachtrag zur Arbeiterordnung wenigstens den schlimmsten

Auswüchsen der Kinderbeschäftigung zu wehren, fehlgeschlagen war. Die Mission meint, daß infolge des dümmsten Egoismus mancher Altiengeseßschaften und der Farmer ein ganzes Geschlecht von Kindern durch diese übermäßige Ausbeutung verdorben wird.

Rechtspflege.

Die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin-Mitte im Jahre 1910 unterzieht der Berliner Jugendrichter Amtsgerichtsrat Dr. Köhne-Berlin in Nr. 9 der „Deutschen Juristen-Zeitung“ (1. Mai 1911) einer ausführlichen Besprechung. Hiernach sind im Berichtsjahre bei diesem Gericht eine Anzahl bedeutsamer Neuerungen eingeführt worden. Die große Mehrzahl der verantwortlich vernommenen bzw. angeklagten Jugendlichen wird einer ärztlichen Untersuchung auf ihre geistige und körperliche Gesundheit unterworfen. Diese Untersuchung erfolgt als vormundschaftsrichterliche Maßnahme, ohne daß ein Zwang ausgeübt wird; sie geschieht kostenlos durch sich freiwillig zur Verfügung stellende Ärzte bei allen Beschuligten, die der Aufforderung entsprechen. Über das Ergebnis sendet der Arzt eine Mitteilung an das Gericht. Ergibt sich aus dieser Mitteilung ein Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten, wird der Arzt als Sachverständiger zur Hauptverhandlung geladen. Hat der Arzt körperliche Defekte festgestellt, so wird durch Belehrung und vormundschaftsrichterliche Maßnahmen auf angemessene Behandlung hingewirkt. Dies Verfahren hat sich, wie Köhne bemerkt, als sehr segensreich erwiesen. Von 895 Personen, die i. J. 1910 die Aufforderung erhielten, haben sich 684 Untersuchungen lassen; bei 100 Personen hat der Arzt eine psychische Abnormität festgestellt und ist deshalb zur Hauptverhandlung geladen worden, aber nur in der größeren Hälfte dieser Fälle ist eine Freisprechung gemäß §§ 51 oder 56 StGB. erfolgt.

Ferner wird neuerdings, im Gegensatz zur früher beobachteten Praxis, wenn es sich um Polizeiübertretungen von Personen, die der oberen Altersgrenze nahestehen, handelt und Zweifel an ihrer Einsichtsfähigkeit nicht bestehen, Strafbefehl erlassen, ebenso auch wegen Gewerbsunzucht gegen weibliche Personen, die sich bereits in einer Erziehungsanstalt befinden, da es beiden Kategorien gegenüber wünschenswert erschien, die öffentliche Verurteilung mit ihrem großen Apparat zu vermeiden. — In allen Fällen, in denen die Einsichtsfähigkeit nicht ganz außer Frage steht, findet eine verantwortliche Vernehmung des Beschuligten im Ermittlungsverfahren durch den Jugendrichter statt, und dieser äußert sich dann gutachtlich darüber, ob er die nach § 56 StGB. erforderliche Einsicht für vorhanden erachtet, und, falls er diese Frage verneint, weiter dahin, daß die Anklageerhebung unterbleibt. Dies Verfahren, dessen gesetzliche Zulässigkeit bestritten sei, empfehle sich aus praktischen und erzieherischen Gründen. Die erforderlichen vormundschaftsrichterlichen Maßnahmen schließen sich dann gleich an die Vernehmung im Vorverfahren an, greifen also früher ein und stützen sich auf eine bessere Kenntnis des Jugendlichen, der leichter geneigt ist, sich dem Richter aufzuschließen, wenn er mit ihm und dem Gerichtsschreiber allein ist, als wenn er in der Sitzung vor dem Spruchkollegium steht. — Endlich erfolgt im Verfahren auf Anordnung der Fürsorgeerziehung die Anhörung der Polizeibehörde und des Komunalverbandes nicht mehr im Wege der Äußerung, sondern mündlich in einem Schlußtermin, zu welchem diese Behörden ihre Vertreter senden und auch die Eltern, Auskunftspersonen, mitunter auch die beteiligten Jugendlichen selbst geladen werden. Dies Verfahren, sagt Köhne, trage zur Beschleunigung wie zur Vertiefung bei. In der Aussprache zwischen den Behörden würden bald von dieser, bald von jener Seite Wege gezeigt, deren Beschreitung eine Besserung des Jugendlichen gewährleisten, ohne daß zu dem äußersten Mittel der Fürsorgeerziehung gegriffen werden müsse.

Die Zahl der Abgeurteilten betrug 1884 (1408 männl., 426 weibl.), davon 86 zwei-, 1 dreimal, gegen das Vorjahr mehr 81; dagegen hat eine erhebliche Verminderung der mehrmals Verurteilten stattgefunden. Zur Zeit des Urteils standen im Alter:

	von 12 bis 14 Jahren	von 14 bis 16 Jahren	von 16 bis 18 Jahren
Jungen	209	887	862
Mädchen	34	104	288

Vorbestraft waren 248 Angeklagte (180 einmal, 42 zweimal, 14 dreimal, 7 viermal, 4 fünfmal und einer sechsmal). Die Anklageerhebung (einschließlich der mit einem Strafbefehl bedachten) erfolgte wegen Diebstahls in 740 Fällen, Mordraub: 33, Hauserschlagung: 153, Betrug: 51, Hehlerei: 38, Körperverletzung: 51, Hausfriedensbruch: 9, Verleumdung: 17, Bedrohung: 8, Widerstands gegen die Staatsgewalt: 8 Fälle. Von den Übertretungen stehen an erster Stelle diejenigen der

Straßenpolizeiordnung mit 188 Fällen, Gewerbsunzucht: 155, Betteln: 79, Obdachlosigkeit: 69, Verübung groben Unfugs und ruhestörenden Lärms: 76 Fälle. Von den Angeklagten wurden 424 freigesprochen bzw. außer Verfolgung gesetzt, darunter 132 wegen mangelnder Einsicht; 976 wurden mit Verweis, 255 mit Geldstrafe und 217 mit Freiheitsstrafe belegt und zwar mit 1 bis 7 Tage: 62; über 1 Woche bis 1 Monat: 97; über 1 bis 3 Monat: 87; über 3 bis 6 Monat: 14; mehr: 7. 152 Personen wurden zur Strafaussetzung mit Aussicht auf bedingte Begnadigung empfohlen.

An die strafgerichtliche Tätigkeit schlossen sich in 1179 Fällen vormundschaftsrichterliche Maßnahmen. 827 Angeklagte wurden der Schutzaufsicht der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge oder einer anderen karitativen Stelle empfohlen, in 58 Fällen wurden Vormundschaften, Pflegschaften oder Beistandschaften neu angeordnet oder von auswärtig übernommen, in 6 Fällen wurden die örtlich zuständigen auswärtigen Gerichte auf die Gefährdung der Angeklagten aufmerksam gemacht, in 8 Fällen fand eine Einwirkung auf Eltern oder Erzieher statt, in 285 Fällen ist das Fürsorgeerziehungsverfahren eingeleitet worden.

Das Verfahren gegenüber den obdachlosen jugendlichen Personen, die polizeilich ausgegriffen und dem Richter wegen der verschiedensten Delikte, meist aber wegen Übertretungen vorgeführt werden (vergl. XIX, 1281), wurde auch im Berichtsjahre in gleicher Weise mit erfreulichem Erfolge fortgesetzt — im ganzen handelte es sich um 788 Siftierte. Zahlreiche Jugendliche, die sich ihr Heim in einem unbedachten Augenblick verschertzen und nun allen Verführungen der Straße, des städtischen Obdachs und übler Sotale ausgesetzt waren, wurden so mit Hilfe des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen ihren Angehörigen zugeführt oder mit Obdach und ständiger Arbeit versorgt.

Von den 1908 und 1909 Beurteilten sind 189 rückfällig geworden. Bei 1256, darunter 507 Fürsorgezöglingen, ist die Führung kontrolliert worden. Es führten sich dauernd gut 978, zuerst schlecht, dann besser 88, unzuverlässig 85, schlecht 160. Die übrigen Beurteilten sind nicht kontrolliert, meist, weil das Delikt, wegen dessen Beurteilung erfolgte, kriminalpolitisch unerheblich war oder weil ihre Umgebung sichere Gewähr für ihre Besserung bot, in einer kleinen Zahl von Fällen auch, weil sie dem Gesichtskreis des Jugendgerichts entzogen waren.

Verurteilung wurde in 86 Fällen eingeleitet, in 10 Fällen vor der Entscheidung in II. Instanz jedoch zurückgezogen. 16 Fälle waren am Jahreschluss noch unerledigt; nur in 1 Falle wurde das Urteil abgeändert — ein untrügliches Zeichen für das Ansehen und das segensreiche Wirken des Jugendgerichts.

Die Mitwirkung der Schule bei der Jugendstrafrechtspflege in Bayern regelt ein sehr bemerkenswerter gemeinsamer Erlaß der Staatsministerien der Justiz und des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 7. April 1911.

Hiernach hat der Staatsanwalt oder der Amtsanwalt auch von der Bewilligung einer Bewährungsfrist, von deren Widerruf und vom Erlaß der Strafe an die Schulvorstände Mitteilung zu machen. Die Mitteilungen soll die Schulbehörde dem zuständigen Pfarrvorstand zur Kenntnis bringen, wenn er nicht selbst der Schulinspektor ist. Die Staatsanwaltschaft hat ferner im Strafverfahren gegen Schüler, wenn hierzu nach Lage des Falles ein Anlaß besteht, die Schulbehörden um ein Gutachten über die Persönlichkeit des Beschuldigten und um die Befähigung von Umständen zu ersuchen, welche für die strafgerichtliche Verantwortlichkeit des Beschuldigten, für Art und Höhe der Strafe oder für die Bewilligung einer Bewährungsfrist von Bedeutung sein können. Sie soll sich an die Schulbehörden auch dann wenden, wenn Zweifel darüber bestehen, ob der Widerruf der Bewilligung einer Bewährungsfrist beantragt werden soll, und wenn zu erwarten ist, daß dadurch zur Klärung der Frage beigetragen wird. Der Ministerialerlaß legt weiter die Grundsätze der bedingten Begnadigung dar und weist die Schulbehörden an, sie bei ihren Gutachten über die Bewilligung und den Widerruf einer Bewährungsfrist zu beachten. Schließlich nimmt sie die Mithilfe der Schule zur Erreichung der erzieherischen Zwecke der bedingten Begnadigung unmittelbar in Anspruch. Sie schreibt vor, daß die Staatsanwaltschaft, wenn Schülern eine Bewährungsfrist bewilligt ist, die Schulbehörde zu ersuchen hat, dies dem Schüler zu eröffnen. Der Schulvorstand soll unter Zuziehung des Klassenlehrers des Schülers, aber in Abwesenheit der Mitschüler, die Eröffnung in eigener Person vornehmen. Der Schüler ist dabei über die Bedeutung der Bewilligung einer Bewährungsfrist zu belehren und angemessen zu ermahnen. Auch ist durch erzieherische Einwirkung während des Laufes der Bewährungsfrist dafür zu sorgen, daß die Bewilligung der Bewährungsfrist ihren Zweck erfüllt.

Die Jugendgerichtshilfe in Hannover verdient wegen des ihr eigenen Geschäftsganges besondere Erwähnung. Der Erste Amtsanwalt, der als Jugendstaatsanwalt fungiert, sendet, wie die „Soz. Kultur“ berichtet, sobald eine Anzeige gegen eine jugendliche Person einläuft, dem Ausschuss für Jugendbeschäftigung ein Schreiben, worin um Anstellung der Ermittlungen über häusliche Verhältnisse, Vorleben und Führung des Jugendlichen gebeten wird. Dem Schreiben sind in der Regel die Akten beigelegt. Aus diesen wird in der Geschäftsstelle des Ausschusses ein kurzer Auszug angefertigt, der in einem Erhebungs schreiben des Ausschusses einem Helfer oder einer Helferin weitergegeben wird. Diese ziehen dann innerhalb der gesetzten Frist, in der Regel in zehn bis zwölf

Tagen, die Erhebungen ein, die sie in einem schriftlichen Berichte zusammenfassen, der in doppelter Ausführung an die Geschäftsstelle zurückergeht. Das eine Exemplar bleibt bei den Akten des Ausschusses, das andere wird mit den Gerichtsakten an die Staatsanwaltschaft gesandt. Zu den Aufgaben der Helfer und Helferrinnen gehört außer den eben geschilderten Ermittlungen unter Umständen auf Antrag des Jugendrichters und mit Genehmigung des Jugendrichters die Verteidigung in der Hauptverhandlung und nach dieser die Übernahme der etwa notwendigen Schutzaufsicht. Zu den Sitzungen des Jugendgerichts, die regelmäßig jeden Dienstag stattfinden, entsendet der Ausschuss eine Vertretung. Auch die Helfer und Helferrinnen werden von den sie und ihre Schützlinge angehenden Sitzungen benachrichtigt, damit sie daran teilnehmen können. Der Ausschuss arbeitet also in der Hauptsache direkt mit den Helfern. Nur die katholischen und die reformierten Helfer, die Mitglieder des Lehrer- und Lehrerinnenvereins und die seit kurzem tätigen Mitglieder der Arbeiterorganisationen werden durch Vermittlung einer Zentralstelle in Anspruch genommen, die auch die Verantwortung für sie trägt.

Nochmals: Das Ehrenwort in der Konkurrenzklause. Ein Urteil, das sich inhaltlich mit dem Sp. 814 mitgeteilten Reichsgerichtsurteil deckt, zeitlich aber vor demselben liegt, fällt das Landgericht Braunschweig am 22. Februar 1911. In diesem Falle hatte sich der Angestellte auf Ehrenwort verpflichten müssen, nach seinem etwaigen Austritt aus seiner Stellung seiner bisherigen Firma in Europa weder direkt noch indirekt Konkurrenz zu machen bei einer Konventionalstrafe von 15 000 M für jeden einzelnen Fall, und war, als er später doch bei einer Konkurrentenfirma eintrat, auf Wiederaustritt und Zahlung der Konventionalstrafe verurteilt worden. In dem die Klage abweisenden Urteil heißt es u. a.:

Die Vertragsbestimmungen nehmen lediglich (RG-Entscheidungen 68 281) unter Nichtberücksichtigung der Vermögensstellung des Beklagten während seiner ganzen Lebenszeit in einseitiger Weise das Interesse der Klägerin wahr, während von einem auch nur versuchten Ausgleich der beiderseitigen Interessen keine Rede ist.

Mit Recht hat aber Beklagter neben jenen Bestimmungen das schwerste Gewicht auf seine Verpflichtungen mittels Ehrenwortes zum Schutze der lediglich finanziellen einseitigen Interessen der Klägerin gelegt. Es ist bereits in der oben angeführten Entscheidung des Reichsgerichts ausgesprochen und in einer ferneren (Juristische Wochenschrift 1911 S. 29 Nr. 7) wiederholt, daß die Ehre, weil sie als ideales Gut einen Teil des Persönlichkeitsrechts des Menschen bilde und eine Grundlage seiner Existenz ist, nicht ohne weiteres in vermögensrechtlichen Beziehungen zugunsten anderer verwendet werden kann. Irgend ein ideales oder persönliches Moment aber, das die Bindung des Beklagten an seine Verpflichtungen mittels des Rechtsguts der Ehre zu recht fertigen geeignet sein könnte, ist hier nicht hervorzuheben; namentlich ist von einer besonderen Vertrauensstellung des Beklagten oder von der Geheimhaltung bestimmter anvertrauter Tatsachen nicht die Rede. Klägerin wollte offenbar durch die ehrenwörtliche Verpflichtung des Beklagten einen besonders wirksamen Druck auf ihn ausüben, den Vertrag peinlich genau innezuhalten und sich nicht der Gefahr auszusetzen, des Ehrenwortbruchs geziehen zu werden und damit eine Minderung seines Ansehens zu erleiden. Klägerin rechnete damit und konnte damit rechnen, daß der Beklagte als Angehöriger der Kreise mit Hochschulbildung den Druck der ehrenwörtlichen Bindung weit stärker empfinden mußte, als den der Vertragsstrafe.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Der nationale Tarifvertrag für die dänische Maschinenbauindustrie ist von dem Arbeitgeberverband und dem Schmiede- und Maschinenbauerverband um weitere fünf Jahre verlängert worden. Der früher 35 Ore betragende Mindestlohn ist auf 37 Ore erhöht und wird vom 1. Februar 1914 ab sich auf 38 Ore stellen. Die Arbeitszeit, die bisher mit Ausnahme der vier Wintermonate November bis Februar, in denen 9 Stunden gearbeitet wurde, 10 Stunden betrug, ist auf 9 1/2 Stunden verkürzt worden, ferner hat jeder Arbeiter Anspruch auf drei Tage Sommerurlaub (ohne Lohnfortzahlung). Das dänische „Fachblatt für Schmiede- und Maschinenarbeiter“ spricht sich — wir folgen einer Übersetzung der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“ — über diesen Vertrag also aus:

„Der Vertragsabschluss kam für einen Teil unserer Mitgliedschaft überraschend, obgleich dafür eigentlich kein Grund vorhanden ist, denn die Erfahrungen lehren, daß in diesen Tagen ein Ergebnis erst im letzten Augenblick herauspringt, wenn der Termin schon im Abflauen ist.“ Der Verbandsvorsitzende hat in der Vertreterversammlung des Verbandes, die diesen Vertrag mit 101 gegen 6 Stimmen annahm, ausgeführt: „Ich möchte gern die Aufmerksamkeit auf den Abstand zwischen Mindestlohn und Durchschnittslohn lenken, 1902 stand der Mindestlohn

auf 32 Dere, während der Durchschnittslohn nach unserer Statistik 36,5 Dere, also 4,5 mehr betrug. Nach unserer Lohnstatistik von 1908 hat bei einem Mindestlohn von 35 Dere sich der Abstand auf 5,5 Dere erhöht. Neuerdings ist dieser Abstand auf 5,5 Dere gestiegen."

Das Fachblatt erklärt dazu:

"Es ist also Grund zu der Feststellung vorhanden, wie diese Zahlen mit erwünschter Deutlichkeit zeigen, daß die seinerzeit stark geäußerte Furcht unbegründet war, der Mindestlohn könnte den höheren Lohnstufen schaden, ebenso daß es unserer Organisation geglückt ist, Lohn erhöhungen für ältere und tüchtigere Arbeiter durchzuführen. . . . Vor allen Dingen dürfen wir den Mindestlohn niemals zum Normallohn machen. Die Ansprüche an die persönliche Tüchtigkeit und an die Handfertigkeit sind in einem so weitverzweigten Fach wie dem unserigen so sehr verschieden, daß Einheitlichkeit im Lohn eine Unmöglichkeit ist. . . . Es kommt hinzu, daß der Mindestlohn in unserm Fach nicht einseitig und nicht zu hastig und ohne die nötige Rücksicht darauf gehoben werden darf, was die in der Industrie beschäftigten Hilfsarbeiter durchführen können. (In Dänemark sind die Hilfsarbeiter im Arbeitsmandatsverband besonders organisiert.) Hier liegt eine Konkurrenzfrage vor, die sich schon in manchem andern Fach als eine Gefahr erwiesen hat, so daß es notwendig ist, darauf seine Aufmerksamkeit zu richten, wenn man sich den vollen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen seines Faches erhalten will."

"Schließlich haben wir, ehe wir die Lohnbestimmungen verlassen, noch zu bemerken, daß die alten Bestimmungen über die Affordarbeit beibehalten worden sind, und darin werden wir nach wie vor von dem Prinzip ausgehen, das in der Januar-Übereinkunft von 1902 festgesetzt worden ist, nämlich, Afford in möglichst großer Ausdehnung und feste Preisverzeichnisse in allen fabrikmäßigen Produktionszweigen."

Eine Mindestgehaltsbewegung der britischen Handlungsgehilfen in den Ladengeschäften ist gegenwärtig im Gange. Der Verwaltungsausschuß der National Amalgamated Union of Shop- Assistants, Warehousemen and Clerks hat die Zweigvereine zur Festsetzung örtlicher Standardgehälter aufgefordert, die entsprechend den besonderen Verhältnissen des Platzes und den Kosten der Lebenshaltung zu bemessen sind. In den Provinzen darf das Gehalt für die Woche in Kolonialwaren-, Schuh- und Freilebungs- geschäften jedoch nicht weniger als 24 sh, in Konfektions-, Posa- menten- und ähnlichen Geschäften nicht weniger als 26 sh betragen. In London soll das Mindestgehalt in beiden Fällen um 5 sh höher sein. Jedes männliche Mitglied der Union muß sich verpflichten, seine Stellung mit geringerem Gehalte anzunehmen. Für weibliche Mitglieder ist das Mindestgehalt um je 7 sh weniger ange- setzt. Etwa hundert Zweigvereine sind bisher dieser Aufforderung gefolgt. Die Gemeindebehörden sind aufgefordert worden, bei öffentlichen Verdingungen die fair wages clause in den Vertrag aufzunehmen, und haben in vielen Fällen ihre Bereitwilligkeit aus- gesprochen, da ja die britischen Staats- und Gemeindebehörden seit einem halben Menschenalter daran gewöhnt sind, bei der Ver- gebung ihrer Arbeiten sich auch um die anständige Entlohnung der dazu verwendeten Arbeiter zu kümmern. Der Handlungs- gehilfenverband will natürlich auch unmittelbar auf die Prinzipale einwirken, daß sie die Mindestgehaltssforderungen anerkennen.

Heimarbeiterinnen und Tarifvertrag. Zum ersten Male hat der „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ in Königsberg mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneider- gewerbe“ einen Sondertarif abgeschlossen. Es bestand ein Tarif mit dem Zentralverbande der Schneider und Schneiderinnen und dem Ver- bande christlicher Schneider und Wäschearbeiter, dem deutschen Gewerkverein der Schneider und Schneiderinnen, der von diesen drei Organisationen zum 1. April 1911 gekündigt wurde, da Lohn- erhöhungen bewirkt werden sollten. Da auch für die Gruppe Königs- berg des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands der Tarif für einen Teil seiner Mitglieder — Schneiderinnen, Konfektions- und Westenarbeiterinnen — in Betracht kam, bemühte sich der Vorstand um Zulassung zu den Verhandlungen und zum Tarifabschluß beim Vor- stand des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe. Von diesem wurde die Entsendung von zwei nicht stimmberechtigten Vertreterinnen der Gruppe Königsberg des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen zu den Verhandlungen genehmigt, die Zulassung zur Tarifunterschrift aber in Frage gestellt. Die anderen drei Arbeitnehmerorganisationen weigerten sich leider zunächst, den Gewerkverein der Heimarbeiterinnen als selbst- ständige Organisation anzuerkennen, obgleich sie von der Zulassung zu den Verhandlungen benachrichtigt wurden und der Gruppenvorstand gleichzeitig den Arbeitnehmervertretern mitteilte, daß der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen in der ganzen Sache Seite an Seite mit den männlichen Organisationen stehen wollte. Da zwei derselben auch weiterhin diese Weigerung aufrecht erhielten, entschloß sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, mit dem Gewerkverein der Heimarbeiterinnen einen Sondertarif für die in Betracht kommenden Positionen abzu- schließen. Für die Heimarbeiterinnensache bedeutet dies einen Schritt vorwärts auf dem Wege gewerkschaftlicher Anerkennung, und es ist wohl sicher zu hoffen, daß dieser Anerkennung von seiten der Arbeit-

geberverbandes endlich auch diejenige der Arbeitnehmerorganisationen folgen wird, deren Haltung vom Standpunkt der Interessengemeinschaft den Heimarbeiterinnen unbegreiflich erscheint.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Deutschen Gewerkvereine (G.-D.) im Jahre 1910 um- faßten 2263 Ortsvereine mit 122 571 Mitgliedern gegen 2 102 Vereine mit 108 028 Mitgliedern 1909. Während die Mehrzahl der kleineren Verbände eine Abnahme oder nur geringe Zunahme zu verzeichnen hatten, stieg die Mitgliederzahl des größten Verbandes (Maschinenbauer) von 37 647 auf 40 584, die des Vereins der Deutschen Kaufleute von 18 300 auf 18 585 und die des Gewerk- vereins der Fabrik- und Handarbeiter von 15 597 auf 17 038. Weniger als 1000 Mitglieder haben 8 Gewerkvereine (1909: 10). Die Einnahmen betrugen 1910: 2 926 693 M gegen 2 806 220 M. 1909, die Ausgaben 2 816 731 M gegen 2 594 202 M. Die Hauptposten unter den Ausgaben bilden die Krankenunterstützung mit 887 254 M, die Arbeitslosenunterstützung mit 230 756 M (davon allein 116 429 M im Gewerkverein der Maschinenbauer — gegen 341 009 M im Jahre 1909) und die Unterstützung in Lohnkämpfen mit 339 927 M (1909: 148 228 M). Das Gesamt- vermögen der deutschen Gewerkvereine betrug 1910 4 677 190 M, gegen 4 372 495 M im Jahre 1909. Im Jahre 1911 sollen die Mitgliederziffern der deutschen Gewerkvereine inzwischen auf 130 000 angewachsen sein. Eine schwere Einbuße werden sie allerdings er- leiden, wenn der Verein deutscher Kaufleute seinen jüngsten Ver- treterbeschuß, aus dem Verbanne der Gewerkvereine auszutreten, verwirklichen sollte.

Der Austritt des Vereins deutscher Kaufleute aus dem Verbanne der Gewerkvereine (G.-D.) (siehe oben), der schon seit Jahren als wahrscheinlich angesehen werden mußte, ist auf dem Vertretertage am 21. Mai in Berlin beschlossen worden. Von den anwesenden 30 Vertretern waren nur 8 Gegner der Trennung. Der Grund ist die Unzufriedenheit des Vereins mit der Zentral- leitung der Gewerkvereine bei Wahrnehmung der Interessen der Handlungsgehilfen. Insbesondere gab die Haltung der Zentrale in der Frage der Arbeitskammern dem Verein zu Klagen Anlaß, daneben die Stellung zum Achtuhrlabenschluß, zur Sonntagsruhe und zu Gehaltsfragen; aber auch die Geldfrage scheint mitgespielt zu haben. Der Verein zahlte bisher 6000 M. an den Gewerk- vereinsverband. — Der Verein deutscher Kaufleute war der zweitgrößte Gewerkverein und umfaßte 18 585 Mitglieder in 186 Ortsvereinen; seine Einnahmen mit mehr als 390 000 M, seine Ausgaben mit etwa 375 000 M und sein Vermögen mit 367 190 M wiesen ihm ebenfalls den zweiten Platz unter allen Gewerkvereinen zu. Der Verein will nun eine selbstständige ge- werkschaftliche Handlungsgehilfenorganisation bilden.

Der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte (F. V. Berlin), hat im letzten Jahre um 4000 Mitglieder zugenommen, so daß er jetzt nahezu 80 000 Mitglieder zählt, die sich auf 70 Ortsgruppen und 400 Orte mit einzelfühenden Mitgliedern erstrecken. Dem Stellennach- weis waren 14 972 offene Stellen und 14 044 Bewerbungen gemeldet, wovon 6841 durch Vermittlung des Verbandes erledigt werden konnten; die Gehälter der Verkäuferinnen haben eine Steigerung erfahren, während die Gehaltsfaktoren beim Kontor- personal noch nicht zum Abschluß gekommen zu sein scheint. Um dem übermäßigen Andrang von jungen Mädchen zu dieser Tätigkeit ent- gegenzutreten, erlassen die Ortsgruppen regelmäßig zum Schluß des Jahres Warnungen und fordern zum Besuche einer guten Handelsschule mit mindestens einjährigem Kursus auf. Die Rechtschutzabteilungen des Verbandes wurden etwa 6000 mal mündlich wie schriftlich angegangen. An geregelter Stellenlosenunterstützung, auf welche die Mitglieder ohne Nachweis der Bedürftigkeit ein Anrecht haben, wurden 8100 M. aus- gegeben, an sonstigen Unterstützungen 1800 M. Auf Betreiben einzelner Ortsgruppen des Verbandes ist die Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen Angestellten des Handels ausgedehnt worden. Von dem Verbandsorgan „Zeitschrift für weibliche Handlungsgehilfen“ erscheint eine besondere Ausgabe für die jugendlichen Mitglieder. Der Alters- heimfonds des Verbandes beträgt 16 000 M. Dem Jahresbericht, der jedem unentgeltlich zur Verfügung steht, ist ein Anhang beigelegt: „Ver- drängt die Frau den Mann?“

Streiks und Aussperrungen.

Die Tarifbewegung im Bäckereigewerbe (Sp. 999, 1032) hat zu mehreren schweren Konflikten geführt:

In Berlin haben die Meister den Schiedsspruch nicht angenommen; am 19. Mai verhandelten sie mit dem gelben Bäckerbund und gelangten

mit diesem zu einer Vereinbarung, nach der die Sonntagsruhe von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr als polizeiliches Bäderverbot festgelegt werden soll; ferner soll ein Arbeitsnachweis unter paritätischer Aufsicht von 6 Meistern und 6 Gesellen errichtet werden, dessen Kosten, insoweit sie nicht durch eine Einschreibgebühr der Arbeitssuchenden von 20 \mathcal{M} gedeckt werden, die Innungen tragen. Der Kost- und Logiszwang soll beseitigt, dem freien Willen, beim Meister Wohnung zu nehmen, indessen keine Schranke gesetzt werden. Als Mindestlohn wurde bis 1. April 1913 25 \mathcal{M} , dann 26 \mathcal{M} festgelegt; Zuschüssen sollen 5 \mathcal{M} , Knecht- und Badmeister 6 \mathcal{M} erhalten, Übersunden mit 70 \mathcal{M} vergütet werden. Außerdem ist die Lehrlingszahl kontingentiert. Die Tarifdauer soll 8 Jahre betragen. — Die frei organisierten Bäckerarbeiter beschloßen nach längeren Erwägungen in einer Vertrauensmännerkonferenz am 23. und zwei großen Versammlungen am 26. Mai, in den Streik zu treten; die geschlossene Verbandsversammlung beschloß den Streik mit 2090 gegen 65 Stimmen, die öffentliche einstimmig. An der letzteren nahmen auch zahlreiche Unorganisierte teil; es zeigt sich also, daß eine verschwindende Minderheit bedenklich Gesinnungen innerhalb des Verbandes waren, während die nicht gewerkschaftlich Geschulten reiflos den Streik aufnehmen zu können glaubten — ein Vorgang, der für das Verantwortlichkeitsgefühl organisierter Arbeiter zu sprechen scheint. Die von den im Zentralverband organisierten Bäckern nach Ablehnung des Schiedspruchs durch die Meister erneut eingereichten Tarifvorschläge, die vor allem den 36stündigen Ruhetag enthalten, sind von 1122 Bäckermeistern noch bis zum Streikbeschluss angenommen worden; 24 Stunden später war diese Zahl bereits auf 1617 gestiegen. Infolgedessen streikten bereits nur noch 1940 Bäckerarbeiter, während 3897 bereits zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Natürlich wirkte auf die Nachgiebigkeit vieler Meister besonders der gefürchtete Boykott ein, der durch Veröffentlichung der Firmen, die bewilligt haben, in großen Arbeiterzeitungen und durch Ausgabe eines die Bewilligung feststellenden Plakates durch den Zentralverband umfassend vorbereitet war. — Gleichfalls zum Streik gekommen ist es in Breslau, wo der Streikbeschluss mit 418 gegen 2 Stimmen gefasst wurde. Auch hier ist der Boykott die wirksamste Waffe der Arbeiterschaft, hat aber bisher nicht zu so überraschenden Ergebnissen wie in Berlin geführt. — In Dresden hat nun ebenfalls eine Tarifbewegung begonnen, deren Forderungen die üblichen sind: 36stündiger Ruhetag, paritätischer Arbeitsnachweis und Beseitigung des Kost- und Logiszwangs; als Mindestlohn werden 28 \mathcal{M} gefordert. — Der Streik in Hamburg, der sich gegen vier Großbetriebe richtet, wird unverändert weitergeführt.

Der Kampf im Holzgewerbe (Sp. 751, 784, 850, 1029) dauert in Hamburg noch an. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt haben am 23. Mai einen Schiedspruch gezeitigt, zu dem die Parteien sich bis zum 3. Juni zu erklären haben. Er wurde mit 3 gegen 2 Stimmen abgegeben; sein Hauptinhalt sieht die Errichtung des heizungsstrittenen paritätischen Arbeitsnachweises vor, gestattet aber den Unternehmern, auch außerhalb der Reihenfolge der eingetragenen Anmeldungen Arbeiter einzustellen, wenn der betr. Arbeiter einverstanden ist; sogar noch nicht eingetragene Arbeiter dürfen eingestellt werden, wenn sie mit entsprechender Bescheinigung zum Nachweis gesandt und dort nachträglich eingetragen werden. Hierbei sind die Arbeitsbedingungen vorzulegen, bei deren Rücküber einstimmung mit dem (— vorerst noch nicht abgeschlossenen —) Tarifvertrag die Eintragung verweigert werden kann. In einem zweiten Absatz verlangt der Schiedspruch Verhandlungen über einen Tarif, der über den Arbeitsnachweis dem Schiedspruch Entsprechendes enthält; insoweit eine Einigung nicht zustande komme, solle das Hamburger Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden.

Arbeiterschutz.

Die bayerische Gewerbeaufsicht 1910.

Der Beamtenstand wurde im Berichtsjahr um 1 Gewerberat sowie um 1 Assistenten und 1 Assistentin aus dem Arbeiterstande vermehrt. Aber trotz dieser Vermehrung zeigt die Revisionsstätigkeit keine höheren Verhältnisahlen als in den Vorjahren, weil der Aufgabekreis durch die 1910 in Kraft getretene Abänderung der Gewerbeordnung gewachsen ist. Der Gewerbeaufsicht waren 33 300 fabriktähnliche Betriebe mit insgesamt 552 953 Arbeitern unterstellt; davon gelangten 11 889 (= 44,7 v. H.) Betriebe mit 434 833 (= 78,6 v. H.) Arbeitern zur Revision. Dazu treten noch 21 236 Anlagen mit 51 969 Arbeitern, für die auf Grund des § 120 e GO. besondere Bestimmungen erlassen sind, sofern sie nicht unter den Begriff der ohne weiteres der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe fallen. Hier von gelangten nur 3947 (= 18,6 v. H.) Anlagen mit 14 825 (= 28,5 v. H.) Arbeitern zur Revision. Der Zentralinspektor weist darum mit Recht darauf hin, wie wünschenswert es sei, daß gerade diesen kleinen sog. „Berordnungsbetrieben“ eine

erhöhte Beaufsichtigung zuteil wird, daß dies aber nur bei einer wesentlichen Vermehrung des Beamtenstandes möglich sei.

Gegenüber dem Vorjahr war mit Ausnahme einzelner Industriezweige eine Belebung des Geschäftsganges zu spüren, so daß auch die verschiedenen Arbeiterkategorien steigende Zahlen aufwiesen. Am stärksten war die Zunahme bei den weiblichen erwachsenen Arbeitern (um 6,3 v. H.) und bei den weiblichen Jugendlichen (um 8,7 v. H.). Die Arbeitszeit hat an vielen Stellen eine Verkürzung erfahren, teils durch Tarifvereinbarungen, aber namentlich auch dort, wo männliche und weibliche Arbeiter zusammen beschäftigt sind, wurde die Arbeitszeit der Männer dem Zehnstunden-tag der Frauen angepaßt. In größerem Umfang wurde am Sonnabend, bei Wegfall der Mittagspause, schon um 2 Uhr geschlossen, während das Geleß nur den Arbeitschluß um 5 Uhr verlangt. Über die anderweitigen Wirkungen der mit dem 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Arbeiterinnenschutzbestimmungen werden wir im Zusammenhang mit den Beobachtungen aus den andern Bundesstaaten berichten. Die Sonntagsarbeit ist im steten Rückgang begriffen, da sie auch von den Arbeitgebern als zu teuer erkannt wird. In Tarifen wird sie vielfach entweder ganz ausgeschlossen oder mit hohen Lohnzuschlägen belegt.

Die Fehung der Geschäftslage brachte auch eine Mehrung der Arbeiterausstände mit sich. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamts betrug die Zahl der Ausstände 260 (im Vorjahr 171), die der Aussperrungen 76 (20). An den ersteren waren 18 968 (11 454), an den letzteren 19 712 (2146) Arbeiter beteiligt. Am weitest stärksten war das Baugewerbe hiervon betroffen. Vollen Erfolg hatten 66 Ausstände und 7 Aussperrungen, teilweisen Erfolg 131 Ausstände und 57 Aussperrungen, erfolglos blieben 63 Ausstände und 12 Aussperrungen.

Die ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Jugendlischen-Schutzgesetze haben infolge der Abänderungen der Gewerbeordnung wesentlich, d. h. um 2264 Fälle, zugenommen. Vielfach handelte es sich allerdings um Verstöße formaler Art. Schwerer wiegen die Verstöße gegen das Verbot der Nachtarbeit, die wieder am häufigsten in Ziegeleien und Getreidemöhlen zu beanstanden war. Bezüglich der Lehrlingsverhältnisse ist Besserung zu spüren, wozu der sich ausdehnende Fortbildungs- und Fachschulunterricht beiträgt. Dagegen läßt die Durchführung des Kinderschutzgesetzes noch viel zu wünschen übrig.

Die Zahl der Unfälle hat eine bedauerliche Vermehrung erfahren, trotzdem Verbesserungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung ständig vorgenommen werden und auch das Verständnis für diese Bestrebungen sowohl bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern wächst. Die Zahl der gemeldeten Unfälle stieg von 15 876 im Vorjahr auf 17 888 im Berichtsjahr. Wenn auch die größte Steigerung auf die jetzt sorgfältiger als früher gemeldeten leichteren Unfälle trifft, die um 1683 zunahmen, so stiegen doch auch die Todesfälle um 45, die schweren Unfälle um 61. Als Ursachen der auffallenden Mehrung der Unfälle sieht der Zentralinspektor das Wachsen der Arbeiterzahl überhaupt die intensivierte Tätigkeit infolge der Belebung der Geschäftslage, die vermehrte Verwendung von Maschinen sowie das Zusammentreffen einiger Massenunglücksfälle an. Nach einer zusammenfassenden Berechnung trafen im Berichtsjahr auf 1000 beschäftigte Arbeiter 25,4 Verletzte, also ein recht hoher Verhältnissatz.

Die Löhne erfuhren an manchen Stellen infolge des besseren Geschäftsganges teils freiwillig, teils infolge von Lohnkämpfen eine Aufbesserung. Von einer Besserung der Lebenshaltung kann trotzdem nicht gesprochen werden, da die Preise der Lebensbedürfnisse fortgesetzt stiegen. Stellenweise kam es auch zu Verdienstminderungen infolge der verkürzten Arbeitszeit, und die Lage für die davon Betroffenen wurde dann erst recht schwierig. Manche erfreulichen Fortschritte sind dagegen auf dem Gebiete der Wohlfahrts-einrichtungen zu verzeichnen, namentlich an Einrichtungen, die das Aufziehen der Kinder erleichtern sollen. Um die geistige Fortbildung der Arbeiterschaft bemühen sich neben Volksbildungsvereinen auch die Arbeiterorganisationen, und auch einige Großbetriebe haben Bibliotheken für ihre Arbeiter und Angestellten geschaffen. Ein lebhafter Fortschritt ist bezüglich der Einführung von jährlichem Urlaub fast in allen Bezirken zu beobachten.

Ärztlicher Dienst in den Bleibetrieben Frankreichs. Der französische Arbeitsminister hat ein Dekret erlassen, durch welches in jenen Betrieben, in denen die Arbeiter zufolge ihrer Beschäftigung der Gefahr der Bleivergiftung ausgesetzt sind, ein regelmäßiger ärztlicher Dienst eingeführt wird, der durch einen vom

Betriebsinhaber bezeichneten Arzt vorzunehmen ist. Diese Arbeiten sind: Abreiben von silberhaltigem Blei, Herstellung elektrischer Akkumulatoren, Arbeiter in Hüttenwerken, Erzeugung und Verarbeitung von Kristallglas, Herstellung und Verwendung von bleihaltigem Email, Töpferwarenerzeugung, Porzellan- und Fayencemalerei, keramische Chromolithographie und Herstellung von Bleiverbindungen, Bleiorziden, Bleisalzen und Bleifarben. Zu diesen genannten Arbeiten darf kein Arbeiter herangezogen werden, wenn er nicht mit einem von dem Arzt ausgestellten Zeugnis versehen ist, welches konstatiert, daß er weder ein Zeichen von Bleivergiftung noch irgend einer anderen Krankheit, die ihn für eine Bleivergiftung besonders empfänglich macht, aufweist; eine Weiterbeschäftigung ist nur dann zulässig, wenn das Zeugnis einen Monat nach der Aufnahme und in der Folge einmal vierteljährlich erneuert wird. Außer den regelmäßigen ärztlichen Besichtigungen muß der Betriebsinhaber jeden Arbeiter, welcher sich durch die ihm zugewiesenen Arbeiten unwohl fühlt oder der den Wunsch nach einer ärztlichen Untersuchung ausspricht, durch einen Arzt untersuchen lassen. Ein besonderes Verzeichnis ist fortlaufend über die kranken Arbeiter zu führen.

Ein spanisches Bergarbeitergesetz ist am 27. Dezember 1910 erlassen worden. Es setzt die Höchstarbeitszeit unter der Erde auf 9 Stunden, über der Erde auf 9½ Stunden fest. Eingerechnet sind hierbei die Zeiten vom Eintritt in den Schacht bis zur Ankunft an der Arbeitsstelle und von dieser bis zum Verlassen des Schachts; nicht eingerechnet aber sind die Ruhepausen während der Arbeit, für die übrigens keine gesetzliche Regelung eintritt. Dagegen sind Arbeitsunterbrechungen, deren Anlaß nicht im Arbeiter selbst liegt, miteingerechnet. Im Notfalle kann die Arbeitszeit verlängert werden, aber nur um die unbedingt zu Reparaturen notwendige Zeit; die Verantwortung hierfür trägt der Unternehmer selbst, und er muß den zuständigen Behörden jeweils davon Mitteilung machen. Die Arbeitszeit kann verdoppelt werden, wenn die Arbeiten nicht ohne besondere Gefährdung unterbrochen werden können und wenn, im ausdrücklichen Einverständnis mit den Arbeitern, im Falle eiliger Reparaturen ein voller Ruhetag auf die doppelte Arbeitszeit folgt. Die Einwilligung der Behörden ist in diesen Fällen stets erforderlich. — Nur 6 Stunden darf die Arbeitszeit dort betragen, wo die gewöhnliche Temperatur 32° C. oder mehr ist und wo der Fußboden mit Wasser oder Schlamm bedeckt ist. Übersteigt die Temperatur 42°, so ist Arbeit nur angeduldet, dringlicher Gefahr zulässig. — Frauenarbeit und Arbeit von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren ist verboten.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Invalidity und Berufsunfähigkeit.

Zur Terminologie der Reichsversicherung.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.

Bisher arbeiten alle unsere Versicherungsgesetze mit dem Begriffe der „Erwerbsunfähigkeit“. Alle verstehen aber etwas anderes darunter. Deswegen ist es durchaus zu begrüßen, wenn die Reichsversicherungsordnung, welche die bisherigen Einzelgesetze zusammenfaßt, nun auch eine einheitliche Terminologie schafft und an Stelle des vieldeutigen Begriffs „Erwerbsunfähigkeit“ drei Begriffe setzt, welche sachlich genau dasselbe bezeichnen sollen, was bisher mit dem einen Ausdruck bezeichnet wurde.

Voraussetzung von Bezügen aus der Krankenversicherung ist die „Arbeitsunfähigkeit“, das heißt der Zustand, in dem der Versicherte durch Krankheit gehindert ist, seine bisherige Arbeit zu leisten. Der Begriff sieht völlig vom Wirtschaftlichen ab; eine Beschränkung des Erwerbes oder der Erwerbsfähigkeit braucht nicht einzutreten. Es kommt nur auf den körperlichen Zustand an; die Fortsetzung der Arbeitstätigkeit muß unmöglich oder mit Gefahr für die Gesundheit verbunden sein. Man kann auch nicht dem Versicherten eine andere, weniger anstrengende, seiner Gesundheit besser zuträgliche Ersatzarbeit zuweisen. Wenn er „seiner“ Arbeit nicht mehr leisten kann oder auf ärztliche Anordnung nicht leisten soll, ist er rentenberechtigt. Hier handelt es sich also um eine Versicherung vorübergehender Berufsunfähigkeit im engsten Sinne, die man treffend *Stellungsinvalidität* nennt.

Weiter geht es bei der Voraussetzung für den Bezug der Unfallrente, die mit dem bisherigen Worte „Erwerbsunfähigkeit“ bezeichnet wird. Abgesehen davon, daß die Ursache in einem Betriebsunfall liegen muß, ist notwendig eine Beschränkung der Er-

werbsfähigkeit. Der Ausdruck *Erwerbsunfähigkeit* ist ungenau, denn volle Erwerbsunfähigkeit kommt kaum vor, und Renten werden auch schon bei einer Erwerbsbeschränkung von einigen Hundertteilen gewährt; und zwar in dem Maße der Erwerbsbeschränkung. Hier ist die wirtschaftliche Einbuße ausschlaggebend, nicht die körperliche. Wenn ein Verletzter sich an den Verlust eines Körpergliedes oder einen anderen dauernden Schaden so gewöhnt hat, daß seine Arbeitsfähigkeit dadurch nicht merklich gehindert ist und er tatsächlich denselben Verdienst wie ein Gesunder hat, so kann ihm die Rente entzogen werden. Es handelt sich auch nicht um Versicherung der Berufs- oder Stellungsinvalidität, sondern um die Erwerbsunfähigkeit im weitesten Sinne. Aber wenn auch die Reichsversicherungsordnung (im Gegensatz zum Barentwurf) ebenso wenig wie die bisherigen Unfallgesetze eine Grenze für eine Ersatzarbeit zieht, so muß doch angenommen werden, daß der Versicherte nur auf eine solche Tätigkeit verwiesen werden kann, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann.

Diese beschränkte Erwerbsunfähigkeit, für die ich den Ausdruck „*Standesinvalidität*“ vorgeschlagen habe, ist ausdrücklich zur Grundlage genommen für die Invalidenversicherung und für die Witwenrenten. Hier ist der Ausdruck „*Invalidity*“ neu eingeführt, der sich von der „*Erwerbsunfähigkeit*“ der Unfallversicherung (abgesehen von der Ursache) durch das Maß unterscheidet. Invalide ist, wer zu mindestens zwei Dritteln erwerbsunfähig ist, das heißt, wer nicht mehr durch Arbeit ein Drittel dessen verdienen kann, was ein Gesunder mit ähnlicher Ausbildung und Stellung zu verdienen pflegt. Es ist klar, daß diese „*Standesinvalidität*“ von ganz verschiedener Bedeutung für die einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern sein muß. Ein Tagelöhner ist erst dann invalide, wenn er überhaupt nicht mehr ein Drittel erarbeiten kann. Ein hochqualifizierter Arbeiter, erst recht ein Angestellter kann nur auf eine Ersatzarbeit verwiesen werden, die seiner bisherigen Tätigkeit verwandt ist. Kein Prokurist braucht als Straßenkehrer, keine Lehrerin als Wäschfrau zu arbeiten, um statt der Invalidenrente das Lohn Drittel zu verdienen. Der Invaliditätsbegriff streift hier sehr nahe an eine Berufsunfähigkeit im weiteren Sinne des Wortes heran.

Das ist von Wichtigkeit, weil in dem Streite um eine staatliche Pensionsversicherung der Angestellten das Wort „*Berufsunvalidity*“ eine ungeliebte Rolle gespielt hat und der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte dem mit dem neuen Begriffe „*Berufsunfähigkeit*“ entgegengeronnen ist, der durchaus geeignet ist, zu Mißverständnissen zu führen. Denn nach der genaueren Umschreibung im Gesetze und erst recht nach der amtlichen Begründung ist klar, daß diese Berufsunfähigkeit mit dem „*Beruf*“ des Versicherten im engeren Sinne nicht mehr zu tun hat als der Begriff „*Invalidity*“ in der Reichsversicherungsordnung. Der gesamte Kreis der Versicherten, also der Privatangestellten, wird (genau wie in Österreich) als ein „*Beruf*“ angesehen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß „*Invalidity*“ zwei Drittel Erwerbsbeschränkung, „*Berufsunfähigkeit*“ halbe Erwerbsbeschränkung bedeutet. Beides mit Beziehung auf eine Tätigkeit, die dem Versicherten unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und bisherigen Tätigkeit zugemutet werden kann. Das Wort „*Berufsunfähigkeit*“ ist deswegen nicht glücklich gewählt und muß namentlich wegen seiner Vorgeschichte zunächst zu Mißverständnissen und später wahrscheinlich zu Enttäuschungen der Angestellten führen. Denn was ihnen das Versicherungsgesetz mit seinen verhältnismäßig hohen Prämien bietet, ist nicht das, was sie ursprünglich erstrebt haben und was im Rahmen einer allgemeinen Zwangsversicherung ganz unmöglich ist; sondern nur eine quantitative Verbesserung dessen, was das geltende Invalidengesetz ihnen schon gewährte: nur daß das Mindestmaß des Verdienstes und die Rentenhöhe heraufgesetzt sind.

Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung (vergl. Sp. 1067). Abgesehen von einer Anzahl redaktioneller Änderungen wurde in § 1662 (es handelt sich hier um die Möglichkeit, daß das Reichsversicherungsamt, falls die Entschädigungspflicht eines Versicherungsträgers endgültig feststeht, ein wegen desselben Unfalls gegen einen anderen Versicherungsträger anhängiges Verfahren einstellt) eine wesentliche Änderung insofern beschlossen, als hier an Stelle des Reichsversicherungsamts das Landesversicherungsamt tritt, wenn sich der Bezirk keines der beteiligten Versicherungsträger über das Gebiet des Bundesstaates hinaus erstreckt; soweit jedoch ein Versicherungsträger mit beteiligt ist, für den das Reichsversicherungsamt oder ein anderes Landesversicherungsamt zuständig ist, entscheidet das Reichsversicherungsamt. § 1341 (vergl. Sp. 1068)

wurde in der Kommissionsfassung angenommen. Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung war damit beendet. Über die dritte Lesung berichtet der Zeitartikel (Sp. 1081); über die in der dritten Lesung abgeänderten einzelnen Beschlüsse werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung. Die zweite Lesung in der der Kommission wurde am 23. Mai zu Ende geführt, ohne daß noch wesentliche Änderungen vorgenommen worden sind (vergl. Sp. 1068). Da nach einer Erklärung der Regierung die von den Sozialdemokraten beantragte rückwirkende Kraft der Hinterbliebenenversicherung auf den 1. Januar 1910 eine Mehrbelastung des Reichs um 48 und der Versicherungsträger um rund 90 Millionen bedeuten würden, für welche keine Deckung vorhanden sei, wurde dieser Antrag abgelehnt. Der Anspruch auf die Hinterbliebenenrente wird also am 1. Januar 1912, d. h. für solche Witwen und Waisen beginnen, deren Ernährer nach dem 31. Dezember 1911 verstorben ist.

Am 30. Mai wurde nach Annahme der Reichsversicherungsordnung die zweite Lesung im Plenum begonnen. Die Artikel 58 und 59 erhielten folgende Fassung:

Art. 58: „Bis zum 31. Dezember 1930 werden auf die Wartezeit für den Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge auch die nach dem Invaliden-Versicherungsgesetz entrichteten Beiträge angerechnet. Nach diesem Zeitpunkt kommen auf die Wartezeit nur die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 entrichteten Beiträge in Anrechnung.“

Art. 59: „Für die Bemessung der Hinterbliebenenbezüge wird zur Berechnung des Grundbetrags der Invalidenrente die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 an 500 Beitragswochen fehlende Zahl aus den höchsten nach dem Invaliden-Versicherungsgesetz entrichteten Beiträgen ergänzt. Reicht die Zahl dieser Beiträge hierzu nicht aus, so gilt für die fehlenden die Lohnklasse I. Für die Steigerungssätze sind nur die Beiträge anzurechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind.“

Weiter wurde als Art. 71 b der Sp. 1083 bereits erwähnte Beschluß eingefügt, wonach der Bundesrat 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat. — Da zu den §§ 30 bis 32 c erneute Abänderungsvorschläge vorliegen, wurden diese Paragraphen an die Kommission zurückverwiesen, die am 31. Mai hierüber Beschluß fassen wird.

Der Umfang der versicherungspflichtigen Tätigkeit nach dem GLBG. Eine Firma betreibt eine Tierhaarmäscherei und Haarputzerei mit Dampfbetrieb sowie eine Produkten- und Fellhandlung. Der Sohn des Inhabers, der zu den Angestellten der Firma gehört, erlitt einen Unfall, indem er, als er im Auftrag seines Vaters in den Geschäftsräumen eines Geschäftsfreundes der Firma eine Rechnung bezahlte, von einem Jagdhunde dieses Geschäftsfreundes durch einen Biß in die rechte Hand verletzt wurde. Die Verletzung führte infolge Hinzutretens einer Blutvergiftung eine schwere körperliche Schädigung des Verletzten und eine Beeinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit herbei. Die Lederindustrieberufsgenossenschaft erkannte das Vorliegen eines Betriebsunfalles sowie ihre Entschädigungspflicht an und zahlte Unfallrente. Auf deren Ersatz nahm sie den Geschäftsfreund in Anspruch, der auch in allen Instanzen verurteilt wurde. In den Gründen des Reichsgerichtsurteils (IV. 3. 12/1910) heißt es u. a.:

Aus den tatsächlichen Feststellungen, die das Oberlandesgericht getroffen hat, darf unbedingt entnommen werden, daß die rein kaufmännische Tätigkeit, für die nicht einmal besondere Leute angestellt waren, in dem Geschäft des Vaters des Verletzten gegenüber der gewerblichen Tätigkeit nur eine ganz untergeordnete Bedeutung hatte und daß auch der Verletzte überwiegend gewerbliche und nur nebenher auch kaufmännische Dienste zu leisten hatte. Ist dem aber so, dann steht die Anwendbarkeit des § 8 GLBG. und damit das Vorliegen eines Betriebsunfalls außer allem Zweifel, zumal wenn man berücksichtigt, daß in den Fällen der vorliegenden Art die — nicht bloß vorübergehende — Verwendung eines durch Dampf bewegten Triebwerks die Versicherungspflicht des ganzen gewerblichen Betriebs begründet (§ 2 des GLBG.), einerlei ob der einzelne Arbeiter mit dem Triebwerke in Berührung kommt oder nicht. Nun sagt zwar die Revision, daß die hier in Frage kommenden tatsächlichen Feststellungen des Berufungsrichters ohne prozeßgerichtliche Unterlage seien. Das kann aber nicht anerkannt werden. In der Zeugenaussage des Vaters des Verletzten findet sich freilich am Schluß die Bemerkung, sein Sohn habe, wenn einmal mehr zu tun gewesen sei, auch in der Fabrik mithelfen müssen, vorher jedoch ist gesagt, daß sein Sohn in dem Geschäft als Kutscher und Arbeitsmann tätig sei, bei allem helfe, was im Geschäft vorkomme, auch einkaufe und verkaufe, Rechnungen bezahle, auf Reisen gehe, schriftliche Arbeiten mache u. dgl. Ebenso hat der Verletzte selbst bekundet, er habe bei seinem Vater keine bestimmte Tätigkeit gehabt, sondern bei allem geholfen, was im Geschäft vorgekommen sei, „als Arbeiter, als Kutscher usw.“. Auf Grund dieser Befundungen konnte der Berufungsrichter sehr wohl die Feststellungen treffen, die er getroffen hat.

Die Entwicklung der eingeschriebenen Hilfskassen, die mit Rücksicht auf den dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf über die Hilfskassen von Interesse ist, war nach einer Zusammenstellung in der „Arbeiter-Versorgung“ (Nr. 84 vom 11. Mai) folgende: In dem Zeitraum 1885 bis 1909 sank die Zahl der Kassen von 1901 auf 1676, was auf zahlreiche Vereinigungen dieser Kassen zurückzuführen ist, ihre durchschnittliche Mitgliederzahl stieg aber in demselben Zeitraum von 747 438 auf 1 896 179. Dabei stiegen die Einnahmen von 11 600 000 M. auf 40 025 022 M. und die Ausgaben von 10 161 035 M. auf 38 062 050 M. Das Vermögen wuchs von 4 285 716 M. auf 28 438 259 M. Die außerhalb der reichsgesetzlichen Krankenversicherung stehenden eingeschriebenen Hilfskassen haben sich in dem Gesamtzeitraum von 1885 bis 1909 von 96 Kassen mit durchschnittlich 16 716 Mitgliedern auf 889 Kassen mit 505 660 Mitgliedern vermehrt. Die Einnahmen sind von 216 985 M. auf 18 137 465 M. und die Ausgaben von 161 582 M. auf 12 807 722 M. gestiegen. Das Vermögen wuchs von 126 901 auf 9 028 182 M. Mehr als die Hälfte sämtlicher eingeschriebener Hilfskassen, nämlich 885, haben ihren Sitz in Preußen. Bayern hat nur 40, das Königreich Sachsen 181 usw. Am stärksten ist das Hilfskassenwesen in Hamburg ausgebildet. Dasselbst haben 70 Hilfskassen mit 403 889 Mitgliedern (das ist rund ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl aller Kassen) ihren Sitz.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Das Zusammenwirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften mit dem Roten Kreuz auf dem Gebiete der ersten Hilfe hat nunmehr eine greifbare Gestalt angenommen. In einer Konferenz des Reichsversicherungsamts mit Vertretern des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz und des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften sind die vom Reichsversicherungsamt für diesen Zweck ausgearbeiteten Leitsätze einstimmig gutgeheißen worden.

Danach sollen die Vereine vom Roten Kreuz männliche und weibliche Betriebsangestellte als freiwillige Betriebsshelfer auf Kosten der Berufsgenossenschaften ausbilden. Als gemeinsame Organe für dieses Zusammengehen sind vorgesehen: 1. Als Zentralstelle ein ständiger Hauptausschuß für Deutschland unter dem Vorsteher des Präsidenten des Reichsversicherungsamts, bestehend aus Mitgliedern dieses Amtes sowie Vertretern des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz und des Verbandes der Berufsgenossenschaften; 2. für die örtlichen Angelegenheiten Ortsausschüsse aus Vertretern der örtlichen Organe des Roten Kreuzes und der Berufsgenossenschaften und, soweit möglich, der beteiligten Stadtverwaltungen. Der Hauptausschuß, der sich bereits gebildet hat und vorläufig aus drei Vertretern jeder Gruppe nebst je einem Stellvertreter besteht, soll Vertreter aus möglichst vielen Landesstellen Deutschlands in sich vereinigen. Eine Vergrößerung des Hauptausschusses für spätere Zeit ist deshalb auch vorgesehen.

Die Ausbildung von Betriebsshelfern wird zunächst in den Städten Berlin, Siegen, Liegnitz, Guskirchen, Nürnberg, Neullingen und Mannheim durchgeführt werden. Die Einbeziehung weiterer Orte ist schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen. In den genannten Städten sind mit Genehmigung des Hauptausschusses Ortsausschüsse zusammengetreten, und die örtlichen Vorbereitungen für die Ausbildungskurse sind bereits im Gange. Bei dem Ortsausschuß Berlin, dessen Vorsitz und laufende Geschäfte im Reichsversicherungsamt geführt werden, waren Ende 1910 schon 1200 Anmeldungen von Betriebsangestellten zur Ausbildung eingegangen, so daß die ersten Kurse im Januar eröffnet werden konnten.

Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit. Die im Jahre 1897 von Stadtrat Münsterberg begründete Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit, Berlin, Bernburgerstr. 24/25, macht sich zur Aufgabe, den auf die Gebiete von Armenpflege und Wohltätigkeit bezüglichen Stoff sowohl des Inlandes wie des Auslandes zu sammeln, zu sichten und systematisch zu verzeichnen, um daraus an Behörden, Vereine und Privatpersonen Auskunft zu erteilen.

Wie wir einem Bericht über die Auskunftstätigkeit der Zentralstelle in der Zeitschrift für das Armenwesen entnehmen, wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910 insgesamt 444 Auskünfte erteilt und damit die Zahlen der Vorjahre erheblich überschritten, die für 1909: 378, 1908: 378, 1907: 382, 1906: 388 betragen. Am stärksten vertreten ist naturgemäß Groß-Berlin mit 252 Auskünften; auf das übrige Deutschland entfallen 115, auf das Ausland 77 Auskünfte. In 84 Fällen ging die Anfrage von städtischen Behörden, vorwiegend Armenverwaltungen aus, in 29 Fällen von Vereinigungen und Anstaltsvorständen, in 19 Fällen von Auskunftsstellen, in 11 Fällen von Redaktionen von Zeitschriften, Jahrbüchern u. dgl., in den übrigen 851 Fällen von Einzelpersonen. Dem Gegenstand nach verteilen sich die Auskünfte auf beinahe alle Gebiete der Fürsorge.

Die Auskunftserteilung geschieht sowohl mündlich wie schriftlich völlig unentgeltlich (Geschäftsstunden täglich von 1/9—1/2 Uhr).

Die Bücherei der Zentralfstelle umfaßte Ende 1910 insgesamt 2550 Bände; nicht mitenthalten sind in dieser Zahl die periodischen Veröffentlichungen und die Zeitschriften, deren im ganzen etwa 100 gehalten werden. Die Verleihung von Büchern geschieht ebenfalls kostenlos.

Gemeinnütziger Bezirksverein Pirna. Unter dieser Bezeichnung ist von dem Pirnaer Amtshauptmann v. Kozig, der in sozialpolitischen Kreisen auch als Verfasser des bedeutenden Wertes: „Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England“ einen weitbekannten Namen besitzt, ein Verein für Volkswohl ins Leben gerufen worden, der zum Ziel hat: „Zusammenfassung und Organisation möglichst aller für die gemeinnützige Tätigkeit geeigneten Kräfte im Bezirk ohne Ansehen politischer oder konfessioneller Gegensätze zwecks Förderung der Volkswohlfahrt im weitesten Sinne des Wortes und unter Ausschluß jedweder politischen Zwecke und Erörterungen“. Im einzelnen: Förderung von Volksbüchereien und Lesehallen, sonstige Verbreitung guten tendenzlosen Lesestoffes, insbesondere auch für die Jugend und Bekämpfung der Schuldliteratur, Veranstaltung belehrender oder unterhaltender Vorträge und Aufführungen, Pflege von Jugendspielen und Jugendfürsorge überhaupt, Verbreitung von Koch- und Haushaltungsunterricht sowie Vadelgelegenheit, Tuberkulose- und Säuglingsfürsorge, Zahnpflege, Ferienkolonien, Förderung des Gewerbesleißes und der Landwirtschaft, beispielsweise durch Viehzucht und Obstbau, Förderung der Qualitätsarbeit in Handwerk und Gewerbe durch Begünstigung guter beruflicher Ausbildung und Arbeit, Hebung des Fremdenverkehrs, Errichtung unparteiischer Arbeitsnachweise unter Berücksichtigung der nicht großstädtischen Verhältnisse, Heimaufsuchung und städtische wie ländliche Wohlfahrtspflege überhaupt. — Bei der Gründungsversammlung waren bereits 6000 M. Jahresbeiträge gezeichnet. Nach den Beschlüssen der Versammlung wird von den Einnahmen dieses Jahres etwa je ein Drittel zur Bekämpfung der Tuberkulose und zur Hebung von Volksbüchereien und der Jugendpflege Verwendung finden, während im übrigen Entschädigung noch vorbehalten bleibt.

Ein städtisches Fürsorgeamt für entlassene Geisteskranken in Berlin soll demnächst eingerichtet werden unter Leitung eines Irrenarztes, der die gesamte pflegerische Tätigkeit nach psychiatrischen Gesichtspunkten zu beaufsichtigen hat und außerdem den Pfleger in allen ärztlichen Fragen berät. Die pflegerische Tätigkeit soll durch eine vollbeschäftigte und besoldete Pflegerin, die Erfahrung im Umgang mit Geisteskranken haben muß, besorgt werden mit Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern und Helfertinnen, die sämtlich gleichfalls für den Verkehr mit Geisteskranken besonders geeignet sein müssen. Die büreaumäßige Tätigkeit und die pflegerische Tätigkeit, soweit sie sich auf geschäftliche Angelegenheiten erstreckt, wird einem Bureaubeamten übertragen. Vorläufig wird nur eine Stelle errichtet. Ihr soll zunächst nur eine beschränkte Zahl von ortsangehörigen Entlassenen der Irrenanstalt Herzberge überwiesen werden, deren Höhe sich nach der Leistungsfähigkeit des Amtes und den verfügbaren Mitteln richten wird. Die Verwaltungskosten des ersten Jahres einschließlich der Kosten der ersten Einrichtung werden auf 20 000 M. geschätzt.

Volks-erziehung.

Lesehallen für Landstreicher.

Von Hugo Otto Zimmer-Hamburg.

Jede Stadt und jedes Dorf haben heute eine Bibliothek zur öffentlichen Benutzung. Und fast immer ist damit eine Lesehalle oder ein Lesezimmer verbunden. Jedermann, ob reich oder arm, darf diese Einrichtungen benutzen, mag er um eines wissenschaftlichen Zweckes willen kommen oder nur um seine Zeitungen zu lesen oder sich in freien Stunden zu beschäftigen. Verbotten ist niemand der Zutritt, sofern er reinlich ist und die Ordnung und Ruhe nicht stört. Und doch sind immer bestimmte Menschengruppen ausgeschlossen, sie kommen von selbst nicht, weil sie sich als nicht dazugehörig betrachten.

Der Arbeiter wird nicht dort verkehren, wo schon das Äußere eines vornehm und reichvoll eingerichteten Lesezimmers vorzugsweise auf die Gebildeten, die Lehrer und Beamten und Kaufleute, zugeschnitten ist, und selbst in einfachen Lesezimmern, wo mancher Arbeiter nach gelanger Arbeit, wenn er den Arbeitsmittel mit dem Straßenrock verwechselt hat, gern verkehrt, wird man vergeblich die suchen, die zu den ärmsten und einfachsten der Arbeiter gehören, und niemals die von der Landstraße finden.

Die öffentlichen Bibliotheken haben in den letzten Jahrzehnten einen unvergleichlichen Siegeszug durchs Land genommen, sie sind ein kulturpolitischer Faktor ersten Ranges geworden, und keine Gemeinde und Regierung verschließt sich mehr der Einsicht, daß öffentliche Bibliotheken ein notwendiger Bestandteil gesunder kultureller Entwicklung sind, nur gehen sie alle verschiedene Wege, und die meisten glauben, wenn sie in irgend einer Form — gewöhnlich in der, die wenig Geld kostet — eine Bücherei eingerichtet haben, in genügender Weise ihre Pflicht erfüllt zu haben. Sehen

wir genauer zu, so steht die Leserschaft in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl, und die Masse der Leser gehört immer denselben Berufsgruppen an. So ist es in der Ausleihe, so ist es noch mehr bei der Benutzung des Lesezimmers. Das ist nicht Abhängigkeit, das ist aber die Folge der Organisation. Es mangelt an Differenzierung. Soweit der Leseaal in Betracht kommt, ist die Differenzierung nur durch Filialen möglich. Ganz abgesehen von anderen Gründen, die die Einrichtung von Zweigstellen in den verschiedenen Stadtteilen notwendig machen, ist sie schon deswegen nötig, weil sich in den verschiedenen Stadtteilen verwandte Berufsgruppen konzentrieren. Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen. Es gibt ganze Gruppen von Menschen, die von der Lektüre, von der so veredelnden Umgebung von Büchern ausgeschlossen sind. Die einfachsten unter den Arbeitern, die Heimatlosen, die heute hier und morgen da arbeiten, die Wandern, die Bettler, die Arbeitslosen — mit den Aufsichtsbehörden und mit der Polizei machen sie immer und oft Bekanntschaft, nie mit dem Buch, mit dem guten Buch.

Ich mußte nicht, daß die Idee, auch diese Menschen für die veredelnde und bildende Lektüre zu gewinnen, bereits auf neutraler Grundlage ausgeführt ist, da bringt das „Hamburger Fremdenblatt“ in Nummer 84 vom 8. April 1911 folgende Mitteilung aus Rishninomgorod:

„In Rishninomgorod besteht eine Lesehalle für den in russischen Romanen häufig geschilderten Typus der Vohjaten, der Barfüßler, Landstreicher, oder, wie wir sagen würden: Pannbräuer. Sie ist im Jahre 1900 auf städtische Kosten neben dem Nachtschlaf gegründet worden und eroberte sich in kürzester Zeit die Sympathie der ärmsten und elendesten Bagabunden. Die Halle ist für diese Leute ein Bildungs-zentrum, ein Ort aus einer anderen Welt. Das Zimmer ist klein und schmugig, die Luft unmöglich, es gibt keinen freien Platz — alles ist besetzt. Kinder, Greise, Entgelte, Arbeitslose, alle sitzen sie da auf Stühlen, auf der Diele, auf Bänken, stehen oder lehnen an der Wand, gefangen vom Zauber des Buches, das sie lesen. Sie lesen mit äußerster Hingebung, mit brennender Aufmerksamkeit, sie vergessen Zeit, Raum und Elend, sie erleben alles, was da in ihrem Buche steht. Lautloses Schweigen herrscht in dem Zimmer, nur zuweilen vom Seufzen oder einem kurzen Ausruf unterbrochen, der durch das hochregierte Gefühl sich aus der Brust ringt. Die Leute wählen nicht nach dem Katalog, sie nehmen das erste beste Buch oder lassen sich vom Einband, einem Bilde auf dem Deckel oder einem lockenden Titel beeinflussen. Der Andrang ist immer, im Winter und Sommer und zu allen Tageszeiten so groß, daß schon längst weitere Räume hätten geschafft werden müssen. Aber die finanziellen Verhältnisse der Stadt sind schlecht, und es ist bei dem einen dürftigen Zimmer geblieben.“

Vielleicht gibt es noch mehr Versuche dieser Art, Versuche ganz verschiedener Art, doch sicher immer nur vereinzelt. Daß die Bibliotheksarbeit sich auch auf diese Kreise von Menschen ausdehnen kann, ist noch so wenig bekannt, daß es noch langer aufklärerischer Arbeit bedarf, um auch hierfür Stimmung zu machen. Wir müssen aber die Kulturwelt des Buches allen öffnen, den Erwachsenen, den Meisen, denen, die lesen können und das Buch zu gebrauchen wissen, und denen, die das lernen wollen und lernen sollen — auch den Kindern, auch den Geistigarmen, den Einsamen und Verstoßenen.

Den Kindern Bibliotheken zu schaffen ist man jetzt allenthalben bei der Arbeit; wenn auch diese Bewegung noch in den allerersten Anfängen steht, so ist doch klar zu erkennen, daß der Weg beschritten ist und zum Ziele durchgebaut werden wird. Man könnte fast sagen, daß die Kinder für die Bibliotheksbildungsarbeit das Wichtigste sind, weil erst die den ganzen Nutzen der in den Bibliotheken liegenden Macht haben werden, die die besten Aufnahmebedingungen mitbringen, die von Jugend auf für die veredelnde Kultur des Buches erzogen sind. Das schließt aber nicht aus, uns auch gerade an die zu wenden, die von vornherein davon ausgeschlossen zu sein scheinen.

Darum fordere ich, daß zunächst überall da, wo ein Obdachlosenanstalt und ähnliche Einrichtungen bestehen, eine kleine Bibliothek eingerichtet wird. Diese wird zunächst nur in einem Lesezimmer bestehen, in dem die Besucher all das finden, was für sie geeignet ist. Es wird Aufgabe der in sozialen Dingen erfahrensten und in der Behandlung der menschlichen Seele erprobtesten Menschen sein, die Lektüre für diese Bibliotheksbenutzer zusammenzustellen. Selbstverständlich muß auch dieses Lesezimmer überall da, wo eine öffentliche Bibliothek besteht, der Zentralleitung dieser Bibliothek einverleibt sein, genau so wie alle in der Stadt vorhandenen öffentlichen Leseeinrichtungen an einer Stelle, eben dieser öffentlichen Zentralbibliothek, zentralisiert sein müssen — aus ökonomischen und bibliothekstechnischen Gründen, vor allem aber auch deswegen, weil nur so an diesen kleinen Außenposten wirklich erfolgreich gearbeitet werden kann.

Es gibt jedoch noch mehr Stellen in einer Stadt, wo viele Menschen aus Berufsgründen zusammenkommen, es gibt Durchgangsstellen, öffentliche und private, die täglich von vielen Menschen benutzt werden. Ich denke da z. B. an die Arbeitsnachweise und Hauptstellenvermittlungsbüreaus. Es ist nicht unmöglich, auch mit diesen Stellen in irgend einer Form eine Lesemöglichkeit zu verbinden, wo die Besucher, ohne daß sie es wollen und ohne daß sie es so recht merken, für die gute Lektüre gewonnen werden. Sie finden dort gute Zeitschriften, natürlich auch ihre Zeitungen, kleine Bücher mit kurzen Erzählungen und überall den Hinweis, an welchen Stellen und zu welchen Stunden sie diese und andere Bücher in den Ausgabestellen der öffentlichen Bibliothek erhalten können. Sie finden dann dort auf ein Leseschilder aufgedruckt, auffällig: „was sollen wir lesen?“ Und dann sind darunter aufgeführt eine Auswahl der vielen billigen, gerade für die große Masse geeigneten Bücher von 10 *M* bis zu 1 *M*; auf einem andern Leseschilder — oder auch an anderer Stelle — finden sie die deutlich in die Augen fallende Aufschrift: „Was sollen wir unseren Kindern mitbringen?“ Und da ist dann eine Auswahl der guten Jugendchriften vom Zweipennigheft aufwärts zu finden, ebenfalls mit der Angabe, daß die Bücher alle in den Ausgabestellen der öffentlichen Bibliothek zu finden sind.*)

Und so möchte ich noch einen Schritt weitergehen. Die Wartezimmer der Ärzte und Rechtsanwälte sind ebenfalls ein fruchtbares Feld für diese Art der Bibliotheksbildungsarbeit. Es wäre sicher ein leichtes, mit dem Ärzteverein und dem Anwaltverein in irgend einer Form ein Abkommen zu treffen, in den Wartezimmern in ähnlicher Weise, wie ich es für die Lesezimmer bei den Arbeitsnachweisen angedeutet habe, Lektüre auszulegen, wiederum unter der Oberleitung der Zentralstelle.

Hierher gehören auch die Bibliotheken für Krankenhäuser, für die Kasernen und dergleichen, für die seit einiger Zeit mit nachstehendem Erfolg Dr. Ernst Schulze wirbt, die aber noch sehr der besonderen Pflege bedürfen.

Ich kann hier im einzelnen nicht ausführlicher werden, die Andeutungen werden aber genügen, um zu zeigen, daß die kommunale Tätigkeit auf dem Bibliotheksgebiete mit der Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek nicht beendet ist und daß gerade in sozialer Hinsicht nach dieser Richtung hin noch vieles zu tun ist.

Die Errichtung von Schifferkinderhorten wird an den märkischen Wasserstraßen geplant. Die Regierung hat zu diesem Zwecke bereits mit einer Anzahl Gemeinden, die in der Nähe von Wasserläufen liegen, Fühlung genommen. Die Horte sollen entweder selbständig eingerichtet oder bestehenden Kindergärten angegliedert werden. Dadurch würden die Gemeinderatschulen, deren Gesamtunterricht von dem nur vorübergehenden Besuche der Schifferkinder oft gehemmt wird, entlastet, auch würde für die letzteren auch während der Frühjahrs-, Sommer- und Herbstzeit ein besonderer Unterricht ermöglicht.

Beethoven's Neunte Symphonie vor Arbeitern. Die große Tonschöpfung des Meisters wurde am 14. und 15. Mai in zwei Konzerten der Zentralkommission für Arbeiterbildungswesen in Hamburg aufgeführt. Eine große Schar von Sängern und Sängerinnen wirkte in Chor und Solopartien mit und half so die großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, um bereitwillig gerade diese Komposition den Arbeitern lange vorzuziehen. Das gewaltige Konzert dem die große Leonore-Duvertüre voranging, weckte unter den Tausenden von Hörern aus der Arbeiterschaft einen Sturm von Begeisterung.

Wohnungswesen.

Ausstellungen von Arbeiterwohnungen und Arbeiterhausgerät.

In Deutschland haben wir es gelernt, uns mit stolzem Bewußtsein als Kinder dieses technischen Zeitalters zu fühlen, und mit festem Mut merken wir den zerklüfteten Mantel vergangener Kultur von den Schultern, der in seinem unechten Auspuß Brunt und Arbeitsweise verstorbenen Generationen trügerisch nachaffen wollte. Mit unsern Maschinen haben wir uns ein neues Gewand geschaffen, und daß es ihren Stempel trägt, ist uns eben recht. Den frischen Windhauch, der unser Kunstgewerbe mächtig emporträgt, spürt man in allen Schichten des Volkes; und während Bundesstaaten und Städte die Geschöpfe ihres Fleißes jetzt prächtig vor aller Welt zur Schau stellen, ist man auch im Kleinen emsig bemüht, etwas von diesem neudeutschen Kunstsinne in der Welt der Enge, in dem Arbeiterhaushalt sich auswirken zu

lassen: Proben davon liefern einige Ausstellungsunternehmungen, die in den letzten Wochen in Berlin und in Westdeutschland unter lebhafter Mitwirkung der Arbeiterschaft veranstaltet worden sind. So hat die Kommission für vorbildliche Arbeiterwohnungen, der unter vielen anderen auch Paul Göhre und Johannes Sassenbach angehören, im Berliner Gewerkschaftshaus am Engelfufer eine Musterwohnung von zwei Zimmern und Küche nach Entwürfen von Hermann Münchhausen ausgestellt. Die Räume, in denen außer den Möbeln noch eine kleine Sammlung guten, modernen Hausrats, wie Tisch-, Küchen- und Waschgeschirr, Lampen und Wandschmuck untergebracht sind, können bis zum Oktober Mittwochs und Sonnabends von 6—9 Uhr, Sonntags von 12—2 Uhr unentgeltlich besichtigt werden. Der fröhlich-blaue Olstrich der Kücheneinrichtung erfreut das Auge des Besuchers; in matt olivbraunem Ton sind die schlicht geformten Kiefern Möbel von Schlaf- und Wohnzimmer gehalten, während farbenfrohe gemusterte Decken und Vorhänge, ein paar Steinbrüche an den Wänden und frische Blumen am Fenster Leben und Munterkeit in die kleine Wohnung bringen. Eine Schrift, die für 10 *M* in der Ausstellung käuflich ist, will dem Besucher sagen, was er hier lernen soll: daß Möbel vor allem zweckmäßig sein müssen, daß man kein anderes Material vorzuziehen, sondern das wirklich verarbeitete zur Geltung bringen soll, daß man ein Zimmer nicht durch Gardinen verdunkeln müsse und dergleichen mehr. Sie enthält ferner ein Preisverzeichnis der ausgestellten Gegenstände. Leider werden nur sehr wenige Arbeiter die Kosten dieser Möbel (rund 900 *M*) aufwenden können. Ob viele von ihnen ästhetisch schon so weit erzogen sind, daß sie an der ehrlichen Einfachheit einer solchen Einrichtung Gefallen finden, ist fraglich. Es dürfte interessant sein, wenn nach Schluß der Ausstellung bekannt gegeben würde, wie viele Bestellungen aus Arbeiterkreisen bei der Möbelfabrik eingegangen sind, die ihre Erzeugnisse jetzt am Engelfufer zur Schau stellt. Jedenfalls ist die Veranstaltung an sich höchst dankenswert und wird gewiß mancherlei Anregung geben.

Eine ähnliche Ausstellung, die die Organisationen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ins Leben riefen, findet, wie der „Polgarbeiter“ berichtet, zurzeit in Gelsenkirchen statt. Eingereichte Wohnungen von zwei und drei Zimmern werden dort gezeigt, deren Möbelstücke eigens für diesen Zweck von Mitgliedern der Gelsenkirchener Schreinerinnung angefertigt wurden. Eine Reihe von Vorträgen im Ausstellungsraum gibt den Besuchern gleichzeitig Gelegenheit, sich über einzelne Fragen aus dem Gebiet des Arbeiterwohnungswesens zu unterrichten.

Auf Anregung der Arbeiterschaft haben die Schreiner und Tischler von M. Gladbach kürzlich — so schreibt die Westdeutsche Arbeiterzeitung — nach Zeichnungen tüchtiger Fortbildungsschüler im ganzen 18 Zimmer- und Wohnungseinrichtungen gefertigt und ausgestellt, deren Preis grundsätzlich je 300 *M* nicht übersteigen durfte. Pappel- und Kiefernholz lieferten diesen Möbeln das Material, das bald in Naturfarbe, bald in blauer, grüner oder roter Beizung verarbeitet war.

Ähnliche Möbel wie hier und in der Ausstellung des Berliner Gewerkschaftshauses wurden auch noch an anderer Stelle Groß Berlins, in Kleins Festsälen, Hafenheide 13, an der Hixdorfer Grenze vorgeführt, und zwar wurde der Eindruck hier noch erhöht durch das drastische Gegenbeispiel einer typischen „guten Stube“ mit nippesbestelltem Vertikow und rotem Plüschsofa. Aber die Einrichtungsgegenstände waren hier nicht die Hauptsache; wesentlich war vielmehr der Rahmen, der sie einst umschließen soll: die Kleinwohnungen der Hixdorfer Baugenossenschaft „Ideal“, eingetrl. Gen. m. b. H. Die genannte Gesellschaft hat sich auf einem an der Ringbahn belegenden Gebäude von rund 4000 Quadratrußen das Vorkaufsrecht gesichert und führt nun in zahlreichen Plänen, farbigen Skizzen und plastischen Modellen einen Bebauungsplan vor, der zunächst für die Hälfte des Gebietes berechnet ist, im Bedarfsfall aber über die ganze Fläche hin ausgeführt werden soll. Der Grundgedanke des Entwurfs ist folgender: Ein Ring zweistöckiger Häuser, deren jedes für vier Familien Platz bietet, während im Erdgeschoß Geschäftsräume vorgesehen sind, umschließt, nur von einigen „Wohnstraßen“ und Einfahrten durchbrochen, in festem Gürtel das gesamte große Gelände, auf dem sich inmitten gründer Gärten die heiteren Gruppen größerer und kleinerer Reihenhäuschen erheben.

Diese letzteren selbst sind nichts anderes als aneinandergebaute kleine und kleinste Einfamilienhäuser mit Erdgeschoß, einem Stodwerk und Dachboden, mit geschützter Veranda und einem eigenen Stückchen Gartenland, das die buschige Fede von dem des Nachbarn abschließt. Alle Wohnungen, von denen die kleinsten aus „Wohnküche“ und Schlaf-

*) Die hier gemachten Vorschläge können auch für den Kampf gegen die Schmutzlitteratur gelten. Anm. d. Red.

zimmer, die größten aus Küche, Wohnzimmer und 3 Schlafzimmern bestehend, besitzen einen Keller, ein Bad und eigene Anlage für Warmwasser-Verorgung. Die Häuser des Gürtels werden von einer Zentrale aus mit warmem Wasser gespeist; auch jede ihrer Wohnungen verfügt über ein Badezimmer; Anspruch auf Garten steht den Bewohnern gleichfalls zu. In dem gemeinschaftlichen Wasch- und Plättzhaus sollen die vollkommensten Apparate den Hausfrauen einen Teil ihrer Mühe abnehmen. — Die Wohnungen werden an Mitglieder der Genossenschaft „Ideal“ (Eintritt 3 M., Geschäftsanteil 200 M., Zinsen 4 %) je nach der Größe zum Preise von 25–48 M. monatlich miethweise abgegeben werden. — Man glaubt, daß dank geringer Reparaturkosten bei selten wechselnden Mietern, wegen niedriger Baukosten und aller sonstigen wirtschaftlichen Vorteile des Großbetriebs dennoch bei diesen Mietsäßen die Rentabilität des Unternehmens gesichert sei. Natürlich kann ein Außenstehender die Richtigkeit der Kalkulation nicht beurteilen. — Indessen gibt ein Gang durch die malerischen Gartenhöfe der „Idealpassage“ (Hirzdorf, Reichelsstraße 8), einer Etagenhaus-Siedlung der Genossenschaft „Ideal“, herabdes Zeugnis davon, daß einer ihrer Pläne schon steinerne Wirklichkeit geworden ist. Auch in diesen Kleinwohnungshäusern hat jede Familie ihr eigenes Bad, Anschluß an Warmwasser-Verorgung, Zentralheizung und Entschädlungsanlage.

Die Ausstellung in der Hafenheide ist ferner von einer Reihe namhafter Architekten (Vog-Kürnberg, Verleppsch-Walendas und And. Hansen - München - Pasing) beschriftet, die dort Besiedlungspläne von Gartenstädten mit Kleinwohnungsbau vorführen. Dr. F. Eg.

Spezialkommissionen für Wohnungsreform, zunächst für den Industriebezirk in Rheinland-Westfalen, schlägt Regierungsrat Alfred Wille-Gumbinnen in Nr. 13 des „Grenzboten“ in einem „Problem des Industriebezirks“ beileitenden Aufsatz vor.

Zu den dringendsten Aufgaben der Verwaltung gehöre im Industriebezirk die Lösung der Wohnungsfrage. Was der Aufgabe hier ihr besonderes Gepräge gebe, ist, daß sie nicht im Rahmen einer einzelnen Stadt zu lösen sei — ein Hindernis, zugleich aber auch ein großer Vorzug. In diesem Reuland der Industrie, wie es besonders mit der neueren Ausbreitung des Bergbaues nach Norden und Westen täglich gewonnen wird, sei eine zweckmäßige Anlage der Wohnstätten am ehesten möglich, weil noch Raum vorhanden ist; nur müsse der Spekulation entgegengewirkt werden. Zu diesem Zwecke sei für den ganzen Bezirk eine gemeinsame Organisation zu schaffen, mit der Aufgabe der Förderung des Wohnungswezens, mit entsprechenden Befugnissen und finanziellen Hilfsquellen. Ebenso wie hier die Schaffung großer Parzellen inmitten der Zertrümmerung der Natur durch die Industrialisierung des Landes möglich werden müsse, sei es möglich, über den ganzen Bezirk hin und ohne Rücksicht auf Gemeindegrenzen Kolonien kleiner Eigenhäuser umherzustreuen. Alles dies könne jedoch nur durchgeführt werden durch Schaffung einer zu diesem Zweck besonders zu errichtenden Behörde mit genügenden öffentlich-rechtlichen Befugnissen zur Durchsetzung planmäßiger Anlagen, arbeitend unter Mitwirkung von gewählten Mitgliedern aus den Kreisen der Beteiligten, besonders der Gemeinden, eine Art „Spezialkommission für Wohnungsreform“, an die sich dann Gesellschaften gemeinnützigen Charakters anschließen müßten, die die Errichtung von Kolonien für industrielle Unternehmungen, Arbeitergenossenschaften und Gemeinden zu übernehmen hätten, außerdem eine zweckmäßige Organisation des Hypothekendarlehens und Ausbildung der Rechtsnormen des Erbbaurechts. Von der Gestaltung des Wohnungswezens im Industriebezirk hänge so unendlich viel ab, daß außerordentliche Maßnahmen nirgends wie hier gerechtfertigt seien.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Der Bleibergbau von Mechernich in der Voreifel, eine wirtschafts- und sozialpolitische Studie von Dr. F. Imle. Gustav Fischer. Jena 1911. 5 M.

Ein Sommeraufenthalt der Verfasserin in den Vorbergen der Eifel ist die äußere Entstehungsbasis dieses Buches gewesen, das in seinem historischen Teile — übrigens dem besten der ganzen Arbeit — die Entwicklung des Bleibergbaues in einem von der Natur mit Erzen überreich ausgestatteten Winkel Deutschlands schildert. Die Wirtschaftsgeschichte dieses abgelegenen Erdenfleckchens spiegelt im kleinen treulich die ökonomischen Bildungen wieder, die die große Welt draußen im Wechsel der Zeiten hervorgebracht hat: In mittelalterlich-handwerksmäßiger Selbstständigkeit befährt der „Eigenlöhner“ den Berg und verbindet sich nur gelegentlich zur Aufbereitung des gewonnenen Erzes mit einem Genossen. Um dem Landesherrn guten Ertrag zu sichern, stellt ihm der Merkantilismus den rheinischen Großkaufmann zur Seite, der, im Besitz umfassender Konzeptionen, kapitalistisch vorgeht und den schwächeren Konkurrenten in die Rolle eines Lieferanten niederzwingt. Dieser Entwicklungsprozeß setzt sich nicht friedlich durch, und erst das französische Recht und nach ihm das preussische Berggesetz schaffen

strenge Klarheit. Schließlich — um die Mitte des 19. Jahrhunderts — ist der Mechernicher Bergwerks-Aktienverein, die Konzentration aller umliegenden Gruben, allein auf dem Plane geblieben. Im Jahre 1908 beschließt diese Gesellschaft die Liquidation wegen ungenügender Rentabilität. Die Ursache dieses Mißstandes erblickt die Verfasserin in unzureichender Verwendung und Entlohnung der Arbeiterkraft im Betrieb. So würden Jugendliche zu Verrichtungen herangezogen, die einen erfahrenen Mann erforderten, Lohnreduktionen lähmten den Eifer solcher Arbeiter, die im Gedinge beschäftigt seien, während im allgemeinen der Zeitlohn, sehr zum Nachteil des Ganzen stark bevorzugt werde. Die vorwiegend landwirtschaftlich tätigen Bergleute seien mit einem geringen Schichtlohn zufrieden, da sie sich in der Grube von ihrer Feldarbeit ausschließen. Ähnliche Beispiele werden reichlich angeführt. Indessen ist das Material einseitig zusammengestellt — die Angaben stammen lediglich aus der Arbeiterkraft — und nicht ohne Tendenz verarbeitet. Deshalb müssen die sozialpolitischen Betrachtungen des Inleschen Buches im Leser mannigfache Zweifel an ihrer Stichhaltigkeit erwecken.

Muster-gültige Entwürfe für ländliche Arbeiterwohnungen. Hervorgegangen aus einem Wettbewerbe. Preisgekrönt und angekauft arbeiten. Herausgegeben im Auftrage der Landes-Versicherungs-Anstalt Rheinland. 82 Tafeln großen Formats mit Text in Mappe. Westdeutsche Verlagsanstalt. Wiesbaden 85. Preis: 10 M. Porto 50 Pf.

Das Werk enthält 21 verschiedene Entwürfe für Ein-, Zwei- und Vierfamilienhäuser mit anschließenden Stallungen, die sich nach Belieben erweitern lassen. Die Pläne sind hinsichtlich Grundrissposition und Aufbau für das ganze Reich vorbildlich. Das Hauptgewicht wurde auf eine billige Herstellung aus bodenständigem Material, vorteilhafte Raumausnutzung und geschmackvolles Äußere gelegt. Geringfügige Änderungen lassen die Pläne den Lebensgewohnheiten der ländlichen Bevölkerung jeder Gegend leicht anpassen. Die Ausführung dieser Häuser nach den Plänen ist jedermann ohne besondere Erlaubnis oder Honorarzahlung gestattet; sonach kann jeder Baumeister oder Bau-techniker nach diesen Plänen die Bauzeichnungen selbst kostenlos herstellen. Die Preise für Einfamilienhäuser stellen sich nach den vorliegenden Entwürfen auf 8800 M., für Zweifamilienhäuser auf 7000 M., für Vierfamilienhäuser auf 18 000 M.

Theodor Volbehr. Führer durch das Kaiser Friedrich-Museum der Stadt Magdeburg. 1910.

Durch einen klaren, übersichtlichen Anschauungsunterricht will die Sammlung, die das Buch erläutern soll, jedem Bewohner der Stadt „das Verstehen der Kulturwelt, in der er lebt, erleichtern“. Der trefflich abgefaßte Katalog wird ohne Zweifel wesentlich zur Lösung dieser Aufgabe beitragen. Jedes der Werke reiner wie angewandter Kunst, die das Museum in reizvoll chronologischer Anordnung umschließt, wird der Beschauer an der Hand dieser Zeilen als den Ausdruck einer bestimmten Kulturepoche zu erfassen lernen und in dieser wieder das Kind großer welt- und wirtschaftshistorischer Ereignisse erblicken. Überall ist auf die Geschichte Magdeburgs nach Möglichkeit Bezug genommen. Die technischen Bemerkungen werden das Interesse der handarbeitenden Bevölkerung in Sonderheit fesseln.

Das graphische Gewerbe auf der Weltausstellung in Brüssel 1910. Berichte von den Beamten der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. Hamburg. 1911. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. 44 Seiten.

Die Berufskrankheiten der Land- und Forstarbeiter. Von Dr. Richard Bernstein. Stuttgart. 1910. Ferdinand Enke. 211 Seiten.

Moderne Kommunal финанzen im Landkreis Reddinghausen. Von Dr. Alfred Schoppacher. Leipzig. 1910. C. L. Hirschfeld. 280 Seiten.

Staatsverwaltung und Selbstverwaltung. Staatliche Rechtspflege und Sondergerichtsbarkeit im Stadistaat Bologna unter der ausgebildeten Demokratie. Von Dr. Wilhelm Schels. Karlsruhe. 1911. G. Braunsche Hofbuchhandlung. Preis 1,50 M. 95 Seiten.

Juristenbildung. Insbesondere die Vorbildung der Rechtsanwälte in ihrer Entwicklung bis heute von Georg Reibnitz. Mainz. 1911. Verlag der Zentralbuchhandlung Deutscher Rechtsanwälte G. m. b. H. 162 Seiten.

Freie Advokatur und numerus clausus. Ein Referat von Georg Reibnitz. Mainz. 1911. Verlag der Zentralbuchhandlung Deutscher Rechtsanwälte G. m. b. H. 115 Seiten.

Die Deutsche Post als Vermittlerin von Warenverkehr. Von Dr. Oswald Hammer. Leipzig. 1911. C. L. Hirschfeld. Preis 2,40 M. 116 Seiten.

Die Prostituierten und das Strafrecht. Von R. Schmölber, Senatspräsident in Hamm. Reinhardt, München 1911. Preis 1 M.

Die Arztefrage und der Staat. Von Prof. Dr. Stier-Somlo. Schnapper, Frankfurt a. M. 1910. 40 S.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben erschienen:

Die Bedeutung der Philosophie Hegels für die Gegenwart

von

Dr. Emil Hammacher,

Privatdozent für Philosophie an der Universität Bonn.

Preis 2 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Einleitung. Der anthropologische Ursprung von Hegels Idealismus. — Erstes Kapitel. Skizze einer Geschichte des nachkantischen Idealismus. — Zweites Kapitel. Die Wiederholung des nachkantischen Idealismus in der Gegenwart. — Drittes Kapitel. Die Ablehnung des absoluten Idealismus. — Viertes Kapitel. Der Wahrheitsgehalt des absoluten Idealismus. — Die Grundlegung der Philosophie im Problem des Transzendentalen. — Das Problem des Empirischen. — Das Problem des Transzendenten. — Das Zugleichsein des Empirischen und Transzendenten im Selbstbewusstsein. — Die biologische Möglichkeit des Selbstbewusstseins. — Rückblick auf die Lösung der Aufgabe. — Belegstellen und Ergänzungen. — Register.

Die Besteuerung nach dem Überfluß

(nach der Ersparnismöglichkeit).

Ein Beitrag zur organischen Neuordnung
der direkten Steuern in Preußen.

Von

Bürgermeister H. Weissenborn
in Halberstadt.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: I. Die allgemeinen Richtlinien für die organische Fortbildung der direkten Staatssteuern. — II. Die bisher befürwortete Überflußsteuer und ihre Kritik. — III. Die Überflußsteuer als Steuer nach der Ersparnismöglichkeit. — IV. Die praktische Ausgestaltung der Überflußsteuer und ihre Bedeutung für die Steuerreform.

Einbanddecken

zu Jahrgang XIX der „Sozialen Praxis“ (in brauner Ganzleinand und in der Art der Decken zu den vorhergehenden Jahrgängen) sind zum Preise von 1 Mark 50 Pfg. durch jede Sortiments-Buchhandlung zu beziehen.

Soeben ist erschienen:

Kommentar zur Gewerbeordnung

von

Dr. Robert von Landmann,
kgl. bayer. Staatsminister a. D.

Sechste, völlig neu bearbeitete Auflage.

Erster Band: **Einleitung und Gewerbeordnung.** Tit. I—V nebst Anhang.
VIII, 884 Seiten. Lex. 8^o. Gebunden M. 15.—.

Der zweite Band wird gegen Ende des laufenden Jahres erscheinen.

C. F. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, Oskar Beck, München.

II. Deutscher Wohnungskongress

Leipzig 11. bis 14. Juni 1911

Sämtliche Veranstaltungen in den Sälen des
Centraltheaters am Thomasring

Sonntag den 11. Juni, abends 8 Uhr: Ansprachen und Begrüßungen.

Montag den 12. Juni, vorm. 9¹/₄ Uhr: Eröffnungsansprache: Graf Posadowsky-Wehner.

Erster Hauptgegenstand: Bodenfrage und Bodenpolitik in großen und kleinen Orten. I. Vortrag: Unsere öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Bodenfrage.

Referenten: Stadtsyndikus Dr. Landmann, Mannheim. Stadtrat Dr. Luppe und Stadtverordneter Rechtsanwalt Dr. Heilbrunn-Frankfurt a. M.

II. Vortrag: Unsere öffentl. Körperschaften als Terrainunternehmer in der Bodenfrage.

Referent: Stadtrat Professor Dr. Stein-Frankfurt a. M.

Diskussion über beide Vorträge zusammen.

Abends 8¹/₄ Uhr einfaches gemeinsames Essen.

Dienstag den 13. Juni, vormittags 9¹/₄ Uhr:

Zweiter Hauptgegenstand: Die Finanzierung unserer Bautätigkeit in großen und kleinen Orten, ihre Mängel und ihre Reform.

I. Einleitender Hauptvortrag, unter besonderer Berücksichtigung der Beschaffung der II. Hypothek.

Referent: Professor Dr. Wuttke-Dresden. Korreferent: Landesbankrat Reusch, Wiesbaden.

Diskussion. II. Die Beleihung des Erbaurechtes und wirtschaftlich verwandter Formen gebundenen Grundbesitzes.

Referent: Geh. Justizrat Professor Dr. Erman-Münster.

Abends 8¹/₄ Uhr: Öffentliche Versammlung im großen Verhandlungssaal.

Vorträge über „Wohnungsfrage und Staat“, „Die Wohnungsfrage und die Frauen“.

(Frl. Paula Müller, Hannover, Vors. d. dtsh. ev. Frauenbundes.)

„Wohnungsfrage und Industrie.“

(D. Friedr. Naumann, Schöneberg-Berlin M. d. R.)

Für diejenigen, welche die Versammlung nicht mitzumachen wünschen, sowie für die Zeit nach der Versammlung: Zwangloses Zusammensein von 9 Uhr ab in besonderen Sälen des Centraltheaters.

Mittwoch den 14. Juni: Besichtigungen in Leipzig.

Donnerstag den 15. Juni: Ausflug nach Dresden zur Internationalen Hygiene-Ausstellung und zur Gartenstadt Hellerau.

Mitgliedskarte des Kongresses 10 M.

Geschäftsstelle des Kongresses Frankfurt a. M., Hochstr. 28

(Dtsch. Verein für Wohnungsreform)

vom 6. Juni ab: Leipzig Centraltheater

Der Vorstand des II. Deutschen Wohnungskongresses

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Kürzlich ist erschienen:

Moral u. Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.

Von

Dr. Franz Meißel,

Oberfinanzrat der k. k. Finanz-Prokuratur in Prag.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Einleitung. (Steuergerechtigkeit, Einkommensteuer, Steuermoral und Steuertechnik.) — II. Steuermoral? (Ergebnisse der Beanstandung.) — III. Der Fiskalismus und die legale Steuerentlastung. (Die Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens.) — IV. Die rechtswidrige Entlastung und das strafbare Unrecht. (Die Ergebnisse des Strafverfahrens.) — V. Die Stellung und die Stärke der Parteien. — VI. Rückblicke.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit? Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M. 1113

Reaktion und Reform im Koalitionsrecht. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin 1118

Organisationen der Arbeiter, Schiffen, Angestellten und Beamten. . . 1121

Hauptversammlungen freier Gewerkschaften. 500 000 Mitglieder im Deutschen Metallarbeiterverband. Die sogenannte Osborne-Bill. 1123

Streiks und Aussperrungen . . 1123

Die Arbeitskämpfe im Bäckereigewerbe. Die Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter. Ein Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben Berlins. Eine große Textilarbeiteraussperrung im Münsterlande. Der Lohnkampf auf der Danziger Schiffbauwerft. Der Straßenbahnstreik in Waldburg. Das Ende des Züricher Bauarbeiterstreiks. Ein Hafenarbeiter- und Seemannsstreik in Flume. 1134

Arbeiterversicherung 1125

Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910. Arbeiterzuzug in Japan. 1127

Arbeiterversicherung. Sparkassen 1127

Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung. Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung. Die rechtliche Zulässigkeit von schwarzen Listen der mit den Krankenkassenbeiträgen rückständigen Arbeitgeber. Eine Unfallversicherung für die Landwirtschaft in Italien. 1130

Volkserziehung 1130

Der preussische Gesetzentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen. Der Gesetzentwurf betreffend Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen. 1131

Volksgesundheit 1131

Die Schulspeisung in Karlsruhe. Von Sonja Kronstein, Karlsruhe i. B. Rauch und Ruß in deutschen Großstädten. Ein internationaler Kongress für Säuglingskühl. 1134

Literarische Mitteilungen 1134

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Was leistet der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit?

Von Abgeordnetem Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M.

Im Jahresbericht der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle zu Frankfurt a. M. sind einige Zahlen veröffentlicht, die allgemeines Interesse verdienen, weil sie nicht lediglich die Geschäftsstatistik der Frankfurter Vermittlungsstelle geben, sondern versuchen, Vergleiche mit den gleichartigen Zahlen aus anderen Städten zu ziehen, und daraus Folgerungen zu entwickeln über das Maß der Bedeutsamkeit, das der öffentliche Arbeitsnachweis zurzeit beanspruchen kann. Wir entnehmen dem Bericht zunächst eine Tabelle, die zeigt, wie in der Stadt, über die berichtet wird, die öffentliche Arbeitsvermittlung in von Jahr zu Jahr wachsendem Maße benutzt wird. Mit Ziffern, die nichts enthalten als die absoluten Zahlen der Vermittlungen in den einzelnen Jahren, hätte sich ein solcher Vergleich natürlich nicht ermöglichen lassen. Der Bericht bringt daher die absoluten Zahlen ins Verhältnis zu der Einwohnerzahl.

Jahr	Einwohnerzahl	Zahl der vermittelten Stellen	Ausgabe nach der Jahresrechnung	Davon durch Einnahme gedeckt	Eine Vermittlung entfiel auf Einwohner	Kosten der einzelnen Vermittlung
1	2	3	4	5	6	7
1895	209 000	6 492	—	—	32,19	—
1896	285 000	9 699	10 475	94	24,23	1,08
1897	242 000	12 455	11 113	63	19,43	0,89
1898	250 000	15 297	12 726	64	16,34	0,83
1899	256 000	18 655	13 965	92	13,72	0,75
1900	266 000	20 881	16 039	63	12,74	0,77
1901	280 000	22 072	15 896	98	12,69	0,72
1902	302 000	25 352	16 256	34	11,91	0,64
1903	309 000	29 216	17 532	90	10,58	0,60
1904	318 000	34 050	19 431	87	9,34	0,57
1905	336 000	37 896	20 746	42	9,10	0,55
1906	343 000	37 780	23 733	92	9,04	0,63
1907	352 000	37 622	27 100	65	9,38	0,72
1908	360 000	37 631	33 854	61	9,83	0,90
1909	369 000	43 995	36 754	06	8,39	0,83

So zeigt sich, daß im Jahre 1895, dem ersten Jahr der Tätigkeit des öffentlichen, paritätisch organisierten Arbeitsnachweises in Frankfurt eine Vermittlung auf 32,19 Einwohner entfiel (209 000 Einwohner, 6442 Vermittlungen); im Jahre 1909 aber eine auf 8,39 (369 000 Einwohner, 36 754 Vermittlungen). Die Zahl der Vermittlungen hat also zwar um mehr als das Fünffache, der Grad der Benutzung aber nur um etwa das Vierfache zugenommen.

Stadt	Einwohnerzahl 1905	Offene Stellen*) 1909	Arbeitsgesuche*) 1909	Befetzte Stellen*) 1909	Auf 1000 Einwohner kommen befetzte Stellen	Auf Einwohner kommt befetzte Stelle
1	2	3	4	5	6	7
Berlin	2 040 148	122 983	162 211	99 827	48,93	20,44
Breslau	470 904	15 200	16 810	12 844	27,28	36,66
Cassel	120 467	14 039	23 106	9 971	82,76	12,08
Cöln	428 722	26 327	52 676	28 880	55,70	17,83
Düsseldorf . . .	253 274	32 039	43 626	27 481	108,50	9,22
Erfurt	98 549	18 134	15 815	10 524	106,47	9,39
Frankfurt a. M. .	334 978	43 885	76 748	37 631	112,34	8,81
Hannover	250 024	23 604	51 999	17 840	71,35	14,01
Königsberg . . .	223 770	8 818	13 225	7 070	81,59	81,65
Magdeburg . . .	240 633	22 450	31 776	18 309	76,08	18,14
Posen	136 808	29 732	36 678	25 023	182,91	5,47
Wiesbaden . . .	100 953	20 235	23 098	13 628	134,99	7,41
Nichtpreussische Städte						
Mainz	91 179	8 376	17 532	6 017	65,99	15,15
München	538 983	79 088	85 572	64 516	119,70	8,35
Stuttgart	249 286	79 251	99 102	63 181	253,25	3,96
Strasbourg . . .	167 678	26 042	42 264	19 034	113,52	8,81

Zimmerlin steht aber Frankfurt, wie die zweite Tabelle zeigt, unter den preussischen Städten wenigstens, noch recht günstig da. Vergleicht man nach derselben Methode die Vermittlungstätigkeit in den verschiedenen Städten, — wozu die Einwohnerzahlen der Volkszählung von 1905 und die Zahlen der Geschäftsstatistik der

*) Kalender-Angabe nach dem Bericht des preuss. Handelsministers.

Arbeitsnachweise für 1909 zur Verfügung standen, — so kommt z. B. in Berlin eine Vermittlung auf 20,44 Einwohner, in Düsseldorf auf 9,34, in Frankfurt auf 8,81, — also genau so viel wie in Straßburg (8,81), etwas mehr sogar als in München (8,85) aber erheblich weniger als in Stuttgart (3,96).

Man kann gegen diese Vergleiche einwenden, daß die bloßen Zahlen der bewirkten Vermittlungen wenig besagen; auch dann, wenn sie durch die Bezugnahme auf die Einwohnerzahl vergleichbar gemacht worden sind. Innerlich haben ja die Einwohnerzahlen und die Zahlen der speziell bei der öffentlichen Vermittlungsstelle innerhalb jeder dieser Städte vermittelten Verträge nichts mit einander zu tun. In einer Stadt mit vielen Fabriken, deren jede viele, wenn auch auswärts wohnende Arbeiter beschäftigt, mögen in einem Jahr viel mehr Arbeitsverträge abgeschlossen werden, als in einer anderen gleich großen Stadt, die keine Fabriken hat. Werden aber die Arbeitsverträge der Fabrikstadt der Hauptsache nach nicht durch den öffentlichen Arbeitsnachweis, sondern durch die modernen Arbeiterbeschaffungsanstalten — die sogenannten Arbeitgeber-Nachweise — vermittelt, so wird der öffentliche Arbeitsnachweis naturgemäß kleinere Zahlen aufzuweisen haben, als in dem anderen Ort, in dem vielleicht, wie in Wiesbaden, Kur- und Bade-Industrie vorherrscht, die fast den gesamten, während der kurzen Fremdenaison erforderlichen Mehrbedarf an Arbeitskräften (Dienstboten, Gastwirtschaftsgehilfen usw.) durch den öffentlichen Nachweis bezieht. Und wenn die öffentliche Vermittlungsstelle in einer Stadt sehr viel für die Beschaffung von Gelegenheitsarbeitern (Aushelfern, Tagelöhner usw.) in Anspruch genommen wird, so mag sie leicht zu einer viel günstigeren Geschäftsstatistik kommen, als in einer anderen Stadt, in der sie hauptsächlich langfristige, dauernde Arbeitsverträge vermittelt, also eigentlich eine viel bessere und wertvollere Leistung vollbracht hat.

Ohne weiteres und von vornherein ist hiernach zuzugeben, daß der Versuch, die Leistungen der öffentlichen Arbeitsvermittlung in den verschiedenen Städten durch Bezugnahme auf die Einwohnerzahl vergleichbar zu machen, so interessant er ist, doch nur einen begrenzten Wert hat. Viel wertvoller wäre, wenn man vergleichen könnte, welche Art Arbeitsverträge von den öffentlichen Nachweisen in den verschiedenen Städten vermittelt werden? Der meiste Teil der überhaupt innerhalb einer gegebenen Zeit abgeschlossenen Arbeitsverträge es sind und in welcher Art die übrigen Verträge zustande kommen? Hierüber Material zu gewinnen, ist allerdings recht schwer. Der Bericht macht aber auch in dieser Beziehung wenigstens einen Versuch, der schon deshalb der Beachtung wert ist, weil er einer der ersten, wenn nicht der erste seiner Art ist. Er bemerkt hierüber:

Die hiesige Ortskrankenkasse hatte nach ihrem letzten Jahresbericht im Jahre 1909 184 960 Anmeldungen. Diese 184 960 Arbeitsverträge dürfen aber nicht mit den 43 995 durch die Arbeitsvermittlungsstelle vermittelten verglichen werden, weil bei der Ortskrankenkasse zunächst auch Kaufleute, mit denen die Arbeitsvermittlungsstelle nichts zu tun hat, andererseits keine Aushilfsarbeiter, Dienstboten und nach auswärts in Arbeitsvertrag getretenen Arbeiter zur Anmeldung gelangen. Die Zahl der letzteren wird zusammengetragen mit der Zahl der auswärtigen Arbeitgeber, denen Arbeiter durch uns zugefandt wurden: 7982, rund 8000; nicht krantenversicherungspflichtige Arbeitsverträge (solche, die von vornherein auf weniger wie 6 Tage geschlossen wurden) sind durch uns, insbesondere in der landwirtschaftlichen Abteilung, und ferner in der Abteilung für Keller, sowie in der Frauenabteilung vermittelt worden, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Krankenversicherungspflicht nach dem Ortsstatut vom 18. Dezember 1908 eintritt, sowie die Beschäftigung tatsächlich 6 Arbeitstage gedauert hat, so daß es falsch wäre, sämtliche hier am Orte bewirkten Vermittlungen landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter, Aushilfsarbeiter und Aushilfskellner usw. als solche zu betrachten, die bei der Ortskrankenkasse nicht zur Anmeldung gekommen sind. Kein schätzungsweise mag angenommen werden, daß zu den nicht versicherungspflichtigen Verträgen etwa 20 000 gehören, was etwa ebensoviel wäre, als die Zahl der überhaupt vermittelten Frauen und Mädchen beträgt, die ja zum großen Teil (Dienstmädchen, tageweise beschäftigte Putzfrauen usw.) nicht krantenkassenpflichtig sind. Dann würden von den 43 995 durch die Arbeitsvermittlungsstelle vermittelten Stellen 28 000 sein, die bei der Ortskrankenkasse nicht (durch Anmeldung des neu eingetretenen Arbeiters) zur Erscheinung gekommen sind, während die verbleibenden rund 16 000 vermittelten Arbeiter hier krantenkassenpflichtig gewesen wären.

Andererseits handelt es sich unter den 184 960 Anmeldungen, die bei der Ortskrankenkasse erfolgten, bei etwa Zweifünftel um kaufmännische Stellen.*)

*) Da die Ortskrankenkasse die Berufsgruppen nicht unterscheidet, erfolgt diese Annahme rein schätzungsweise, sie entspricht indes dem Verhältnis, das nach der Berufsstatistik zwischen der Zahl der in Berufsgruppe B: „Industrie“ und Berufsgruppe C: „Handel und Verkehr“ Beschäftigten besteht.

Von den rund 185 000 bei der Ortskrankenkasse angemeldeten Verträgen würden also rund 54 000 wegfallen, so daß den 16 000 durch die Arbeitsvermittlungsstelle für hiesige Arbeitgeber vermittelten krantenkassenpflichtigen gewerblichen Arbeitsverträgen 81 000 derartige Verträge gegenüberstünden, die überhaupt im Laufe des Jahres zustandekamen. Die Arbeitsvermittlungsstelle würde alsdann etwa ein Fünftel der hier am Orte zur Ausführung gelangten nicht kaufmännischen und nicht auf ganz kurze Zeit abgeschlossenen Arbeitsverträge vermittelt haben, ein Resultat, das immerhin einen bedeutenden Fortschritt bedeutet gegenüber dem, allerdings nur schätzungsweise gefundenen, über das in unserem Jahresberichte von 1902 berichtet war, wo die Zahl der Vermittlungen auf höchstens $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ der überhaupt während des Jahres abgeschlossenen Arbeitsverträge berechnet wurde.

Eine gewisse, wenngleich sehr schwache Kontrolle der beiden Berechnungen bietet die Tabelle 1 durch den Nachweis, daß im Jahre 1901 eine Vermittlung auf 12,88 Einwohner entfiel, im Berichtsjahr aber bereits auf 8,81.

Es wäre in hohem Grade wünschenswert, wenn ähnliche Berechnungen auch von andern öffentlichen und allgemeinen Arbeitsnachweisen angestellt und hierbei die in Frankfurt angewandte Methode und die versuchten Abschätzungen gründlich nachgeprüft würden.

Indes braucht für unsere Erörterungen auf die etwaigen Ungenauigkeiten und auf die angreifbaren Punkte der Berechnung nicht eingegangen zu werden; es genügt, wenn ich bemerke, daß das Endergebnis vielleicht sogar noch zu günstig ist. Nehmen wir aber einmal an, es sei richtig: der städtische Arbeitsnachweis in Frankfurt vermittelte tatsächlich etwa ein Fünftel der in Frankfurt zum Vollzug gelangenden, relativ dauernden gewerblichen Arbeitsverträge; und wenden wir uns dann zu den Ziffern der oben abgedruckten Tabellen zurück.

Der Frankfurter Arbeitsnachweis wird nach diesen Ziffern verhältnismäßig mehr in Anspruch genommen, als der der meisten anderen preussischen Städte; vermittelt er also knapp ein Fünftel der zu besetzenden Stellen, so ist anzunehmen, daß der Anteil, den der öffentliche Arbeitsnachweis in den anderen Städten an der Befriedigung des Arbeitsmarktes hat, noch geringer ist. Dies spricht durchaus nicht gegen den öffentlichen Arbeitsnachweis; er ist eine noch junge Institution, und er hat es nicht so bequem, wie die Arbeiterbeschaffungsanstalten der Großunternehmer in Industrie und Landwirtschaft. Denn diese — die, sachlich und logisch ungenau, so genannten „Arbeitgeber-nachweise“ — brauchen sich nur um die Wünsche und Bedürfnisse des einen Vertragsteils — der Arbeitgeber — und nur um die Verhältnisse in wenigen Industriezweigen (Bergbau, schweren Industrie, landwirtschaftlichem Großbetrieb) zu kümmern. Und immerhin dürfte sogar schon jetzt keine andere Art der Arbeitsvermittlung absolut höhere Zahlen aufzuweisen haben, als der öffentliche Arbeitsnachweis; außer vielleicht dem nicht im Gewerbe sondern mehr im Handel üblichen und deshalb zunächst nicht in Betracht kommenden Arbeitsnachweis der Zeitungen (Annoncen).

Immerhin enthält aber die Frankfurter Berechnung ernste Lehren, und zwar vor allem für diejenigen, die — wie ich selbst — die öffentliche Organisation des Arbeitsnachweises für eine der wichtigsten, grundlegenden Aufgaben der gesamten öffentlichen Verwaltung halten.

Wenn der öffentliche Arbeitsnachweis bisher nur einen relativ so kleinen Teil der für ihn in Betracht kommenden Arbeitsverträge vermittelt, so können an ihn noch nicht die gleichen Ansprüche gestellt werden, und so kann er noch nicht die gleichen Rechte in Anspruch nehmen, als wenn er den Arbeitsmarkt der Hauptsache nach beherrschte, die Arbeitsvermittlung wenigstens zum größten Teil monopolisiert hätte.

Wer den Arbeitsmarkt hat, beherrscht die Volkswirtschaft. Wäre der öffentliche Arbeitsnachweis für den Arbeitsmarkt maßgebend, — so wäre sein Verhalten ausschlaggebend in allen Lohnkämpfen, so könnte er jede beginnende Lohnbewegung nach Belieben unterdrücken oder stärken. Wenn aber der öffentliche Arbeitsnachweis knapp den fünften Teil der Verträge vermittelt, und überdies der Hauptsache nach nur die in seiner Nähe zum Abschluß gelangenden, so ist es reine Torheit, wenn jetzt, so wie irgendwo eine Kollektivarbeitsstreitigkeit, eine Tarifdifferenz, entsteht oder droht, sofort der Ruf ertönt, daß der öffentliche Arbeitsnachweis seine Tätigkeit einstellen müsse, keinen Auftrag aus dem Gewerbe oder aus der Gegend annehmen dürfe, in der die Aussperrung oder die Lohnbewegung inszeniert werden soll. Der öffentliche Arbeitsnachweis muß stark werden; und jede solche Unterbrechung schwächt ihn, weil sie seine Tätigkeit ohne Not stört.

Er muß die Unternehmer und Arbeiter gewöhnen, daß sie sich an ihn oder an die wesentlich gleichartigen Nachweise der Tariforganisationen und nicht an die Arbeiterbeschaffungsanstalten, die gewerblichen Vermittler, die kleinen Zwangsarbeitsnachweise der Gewerkschaften wenden; und wenn er stets wieder, bald als „Streitbrechnachweis“, bald als die „von den Sozialdemokraten beherrschte städtische Einrichtung“ angegriffen wird, so wird stets wieder das Mißtrauen gegen ihn wachsen. Und dafür, ob Arbeiter Streitarbeit annehmen, ob Unternehmer ausgeperrte Arbeiter beschäftigen, ist maßgebend ausschließlich und allein das ihnen innewohnende Klassenbewußtsein, ihre Überzeugung von der Gerechtigkeit und Notwendigkeit des Lohnkampfes. Hier müssen also die Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften eingreifen durch die Presse, Versammlungen, Plakate, Streikposten usw., nicht aber durch allgemeine Angriffe gegen den öffentlichen Arbeitsnachweis, die nur dessen Entwicklung und damit die Interessen der beiden am Abschluß von Arbeitsverträgen interessierten Parteien schädigen.

Andererseits kann aber auch eine Institution, die zurzeit höchstens ein Fünftel ihres Arbeitsfeldes tatsächlich bebaut, nicht beanspruchen, daß ihr das ganze Feld ausschließlich überlassen wird. Ein Gesetz, das die private Arbeitsvermittlung, sei es die von gewerblichen Vermittlern, sei es die von Berufsorganisationen betriebene, verbietet, wäre entschieden verfehlt; und es ist gut, daß die vor zwei Jahren aus Merseburg mit viel Geräusch veröffentlichten Entwürfe keinen Erfolg hatten. Was wir im öffentlichen Arbeitsnachweis vom Staate verlangen müssen, ist pekuniäre Hilfe und administrative Unterstützung, damit wir wachsen; aber nicht die Zuweisung von Aufgaben, denen wir zurzeit noch nicht gewachsen sind. Wir haben Anspruch auf Hilfe und Unterstützung; denn wir sichern die Unabhängigkeit der Schwachen im Arbeitsvertrag; wir verhindern, daß die kapitalträchtigsten Betriebe die Arbeiterbeschaffung ebenso nach ihren einseitigen Interessen gestalten, wie sie die Kohlenförderung oder den Eisenimport und -export durch ihre Syndikate usw. dirigieren und regulieren; wir sorgen dafür, daß die Pausen im Löhnerwerb und die Unterbrechungen im Produktionsprozeß tunlichst verringert werden auch für die von den großstädtischen Arbeitsmärkten entfernt wohnenden Arbeiter und Arbeitgeber. Aber wir müssen, um diesen Aufgaben gewachsen zu sein, stärker werden; die Organisation des Arbeitsmarktes muß sich namentlich auch dahin ausdehnen, wo weder gewerbliche Vermittler noch die Organe der Arbeiterbeschaffungs-Anstalten vorhanden sind: auf die Landstrafen (Arbeitsnachweis in Verbindung mit Wanderarbeitsstätten), auf die kleinen Orte und das flache Land. Und es muß durch die öffentliche Verwaltung dafür gesorgt werden, daß der inländische Arbeitsmarkt nicht nach Willkür und im Interesse Einzelner durch Import ausländischer Arbeitskräfte gestört werde. Alles das sind Aufgaben, die nicht einfach durch ein Gesetz gelöst werden können, sondern die ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Organisationen der Verbandsparteien im Arbeitsvertrag mit den Organisationen der kommunalen Selbstverwaltung und der Staatsregierung fordern. Es handelt sich eben nicht um die Monopolisierung einer Form des Arbeitsnachweises, sondern es muß das zweifelloso vorhandene öffentliche Interesse am leichten und günstigen Abschlusse des für die ganze Lebensführung entscheidenden Vertrags und des Arbeitsvertrags der Unvermögenden in Einklang gebracht werden mit dem gleichfalls wichtigen Interesse der im Besitz der Produktionsmittel befindlichen, viel „vermögenden“ Unternehmer am raschen Bezug der ihnen genehmsten Arbeitskräfte. Daß zurzeit und bis jetzt der Staat sich um diesen Interessenausgleich noch fast nicht bekümmert hat, — das ist die Ursache, daß die allein auf den Arbeitsvertrag angewiesenen Unvermögenden vielfach daran verzweifelt haben, daß der Arbeitsvertrag ein taugliches Mittel sei, um ihnen eine ihren Pflichten gegen sich selbst und gegen die Ihren entsprechende Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Organisation des Arbeitsmarktes, aber die Organisation auf freier paritätischer Grundlage, in Anerkennung der Tatsache, daß beide Parteien im Arbeitsvertrag gleichberechtigt sind, könnte eines der Mittel sein, um ihnen diesen Glauben wiederzugeben; wie weit wir aber zurzeit noch von dieser Organisation entfernt sind, zeigen die angeführten Zahlen; und ein Gesetz kann stets nur aussprechen, was ist, kann aber nie ersetzen, was nur durch allmähliche Entwicklung und planmäßige Arbeit werden kann.

Reaktion und Reform im Koalitionsrecht.

Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin.

Über die Unzulänglichkeit des bestehenden Koalitionsrechts in Deutschland sind sich alle beteiligten Kreise, Arbeitgeber und Arbeiter, Sozialreformer und Juristen einig. Freilich, in den Beweggründen, die zu dieser allgemeinen pessimistischen Kritik der §§ 152 und 153 RGD. führen, gehen die verschiedenen Parteien völlig auseinander. Den Arbeitgebern ist das Strafrecht wider die Koalitionsvergehen und die Übergriffe des Organisationszwanges, soweit sich solche auf der Seite der Arbeitergewerkschaften ereignen, nicht scharf und wirkungsvoll genug; den Arbeitern dagegen gibt die Rechtsprechung auf Grund der Strafbestimmungen des § 153 RGD., die gegen die übereifrige Verbearbeit der Organisationen zielen und praktisch fast ausschließlich auf die Arbeiterkoalitionen angewandt werden, ständigen Anlaß zu Klagen über eine einseitige Klassenjustiz gegen die gewerkschaftliche Propaganda. Die Sozialpolitiker erblicken das Bedenkliche der bestehenden Koalitionsrechtsregelung in der Tatsache, daß sie sich als eine Ausnahmegegesetzgebung gegen die für die Arbeiterschaft besonders unentbehrlichen Kollektivbestrebungen zur Vertretung ihrer Masseninteressen darstellt: Handlungen, die im Eifer der Organisationsarbeit aus einem starkentwickelten Solidaritätsgefühl und Korpsgeist heraus gegen die Außenwelt, die Abtrünnigen und die Streitbrecher, unternommen werden, erfahren eine außergewöhnlich scharfe Bestrafung, statt daß sie nach den Normen des allgemeinen Strafrechts unter billiger Berücksichtigung der Begleitumstände — Erregung, Glauben an die Gerechtigkeit der eigenen Sache, Entrüstung über die Solidaritätsfeinde — abgeurteilt würden. Hinzu kommt, daß auch eine zivilrechtliche Ausnahmebestellung den Koalitionen im § 152 Abs. 2 RGD. aufgezwungen worden ist, die die Gewerkschaften daran hindert, mit den gewöhnlichen Rechtsmitteln der bürgerlichen Vereine oder der Unternehmerartelle ihre Mitglieder bei der Fahne zu halten und zur Befolgung der Satzungen und Beschlüsse zu zwingen. Die Arbeitergewerkschaften werden also durch die unglückliche Ordnung unseres Koalitionsrechts geradezu systematisch zur Anwendung sozialer Zwangsmittel gegen die lässigen und abtrünnigen Mitglieder gedrängt, wobei sie dann allzu leicht in die Fußangeln und Fallstricke des für solche sozialorganisatorischen Zwangsmaßnahmen besonders zurechtgeschmiedeten § 153 RGD. geraten.

Seit Jahren laufen die Bestrebungen der interessierten Kreise, dieser nicht nur unzumutbaren, sondern auch einer geläuterten Rechtspolitik unwürdigen Ordnung des Koalitionsrechts und seiner Ausübungsbeschränken ein Ende zu setzen. Aus Gewerkschafts- und Privatbeamtenkreisen ist der Ruf laut geworden: Weg mit den gesamten Sonderbestimmungen der §§ 152 und 153 RGD. überhaupt!, nachdem der Unterzeichner vor etwa drei Jahren in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ juristisch und sozialpolitisch diese glatte Amputation als das brauchbarste Heilmittel für die bisherigen Koalitionsrechtsnöte im Gegensatz zu den sonst vorgeschlagenen mannigfaltigen Flickversuchen auseinandergelegt hatte. Eine Bewegung zur Beseitigung der §§ 152 und 153 RGD. hat jedoch die Parteien der Arbeitgeber und der gelben Arbeiter zu um so eifrigeren Anstrengungen für eine Verschärfung des Ausnahmegesetzes gegen Koalitionsübergriffe ermuntert. Seit einem Jahre ist eine systematische Sammlung in den deutschen Arbeitgeberverbänden im Gange, um Berichtsstoff über den unerträglichen Terrorismus der organisierten Arbeiterschaft gegen Unorganisierte als Beweis für die Notwendigkeit eines verschärften „Arbeitswilligenschutzes“ zu beschaffen. Ja, es werden neuerdings von Arbeitgeberverbänden Prämien bis zu 50 M. ausgeschrieben für die Meldung jedes einzelnen Terrorismusfalles, der zur gerichtlichen Verurteilung gebracht werden kann. Auch eine öffentliche Wendung in der Rechtsprechung mancher deutschen Gerichtshöfe zu besonders scharfer Sultiz gegen die Koalitionsfänger ist an den Plätzen, wo die „Gelben“ und der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ Oberwasser haben, neuerlich zu verspüren, so daß es nicht schwer fällt, eine Gegensammlung von Beispielen dafür aufzubringen, wie bereits unter den bestehenden Gesetzen eine drakonische Rechtschutzpraxis zugunsten der organisationsunwilligen Arbeiter und Streitbrecher im Schwange ist. Gleichwohl ist eine Fülle von Petitionen einzelner Arbeitgeberverbände und Innungen dem Reichstage zugegangen, um Stimmung für eine Verschärfung des Koalitionsstrafrechts zu machen. Die Petitionskommission des Reichstags hat Mitte Mai eine Reihe solcher Eingaben der Regierung als Material überwiesen, in denen der Erlaß von Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen gegen Bedrohung und

Mißhandlung und der Gewerbetreibenden gegen Berrufserklärungen, Boykott usw. gefordert wird. Die Eingaben führen übereinstimmend aus, daß für die Arbeitswilligen ein größerer gesetzlicher Schutz vonnöten sei gegen Belästigungen durch Streikposten, gegen Bedrohung und Mißhandlungen Arbeitswilliger. Bereits früher hatte Graf Pölabowsky erklärt, daß diese Fragen bei der Beratung des neuen Strafgesetzbuchs geregelt werden sollten. Durch die Anfrage eines Abgeordneten, ob die Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs sich mit dieser Frage bereits beschäftigt habe und ob die verbündeten Regierungen Maßnahmen zur Abstellung hervorgetretener Mißstände auf diesem Gebiete treffen würden, wurde schließlich die Reichsregierung jetzt zu einer erneuten Erklärung herausgefordert. Ein Vertreter des Reichsjustizamts, Geh. Regierungsrat Dr. Zoel, führte aus:

Die Frage, ob die Vorschriften des Strafgesetzbuchs und die bestehenden gewerberechtlichen Bestimmungen für den notwendigen Schutz der Arbeitswilligen gegen Gewalttätigkeiten und der Gewerbetreibenden gegen frivole Berrufserklärungen aus Anlaß von Lohnkämpfen und politischen Wahlen ausreichen, bedürfe einer eingehenden Prüfung. Anfang April dieses Jahres sei im Reichsjustizamt eine Kommission zur Aufstellung des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs zusammengetreten. Diese Kommission werde auch die in den Petitionen berührten strafrechtlichen Fragen zu erörtern und ihr etwa notwendig erscheinende Vorschläge zu machen haben. Mit Rücksicht hierauf empfehle es sich, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen. Das in den Petitionen weiter ausgedrückte Verlangen, eine Schadensersatzpflicht der Gewerkschaften und Verbände, auch soweit sie nicht eingetragene Vereine seien, für unzulässige Handlungen ihrer Organe gesetzlich festzulegen, stehe in engem Zusammenhange mit der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Diese Frage berühre nicht in erster Linie den Geschäftsbereich des Reichsjustizamts; es könne im gegenwärtigen Zeitpunkt hierüber eine Erklärung für die Reichsverwaltung nicht abgegeben werden.

Ein Vertreter des Reichsversicherungsamts, Regierungsrat Dr. Pöehler, stimmte diesen Ausführungen des Justizressorts bei. Sachlich bedeuten sie freilich keinerlei Klärung der Frage. Vielmehr ist nur bestätigt, daß ihre Entscheidung bis zur allgemeinen Reform des Strafgesetzbuchs verlagert werden soll. Selbständige Ausnahmevorschriften, die sich als solche ihrer ganzen Fassung nach auch äußerlich kennzeichnen, will ja die derzeitige Reichsregierung vermeiden. Man braucht sich nur der Erklärungen des Reichskanzlers (Sp. 332) zu erinnern.

Eine Wandlung im Koalitionsrecht dürfte nach diesen Erklärungen des Regierungsvertreters also erst in den kommenden Jahren im Rahmen eines vorwiegend juristischen Gesetzeswertes, unter Hinzunahme der sozialpolitischen Momente, sich vollziehen. Diejenigen aber, die von dieser juristischen Neuordnung sich eine wesentliche Verschärfung der strafrechtlichen Normen gegen Koalitionsübergreife versprechen, werden vielleicht enttäuscht werden; denn in den maßgebenden, weiterblickenden Juristenzirkeln, die sich durch das etwas allzu laut gewordene „Terrorismusgeschrei“ gegenüber den Gewerkschaften nicht länger mehr heissen lassen und in ihrem Urteil über den sittlichen und kulturellen Wert der Solidaritätspflichten durch das Gebaren der pilzartig aufstrebenden gewerkschaftlichen Streikbrecherunternehmungen nur befestigt worden sind, bringt, im Gegensatz zu den subjektiven Auffassungen einiger beunruhigten Amtsgerichte, aufsteigend mehr und mehr die Ansicht durch, daß der wirtschaftliche Terrorismus der Arbeiterkoalitionen nicht mit anderem Maße als der übrigen Berufsstände, insonderheit der Unternehmerartelle und der Aussperrungsverbände der Arbeitgeber, gemessen werden dürfe; vielmehr müsse die ausnahmerechtliche Behandlung jener „Terrorismus“ akte nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

Jedenfalls bewegt sich in diesem Sinne die neueste Gesetzesauslegung und Rechtsprechung des Reichsgerichts. Seit etwa einem Jahre, also gerade während der Zeit, in der die Agitation für die Verschärfung des Strafrechts gegen die Koalitionsfänger am leidenschaftlichsten sich gebärdet, hat das Reichsgericht die übereifrige Anwendung des Ausnahmeparagraphen 153 RGD. bei Koalitionsvergehen scharf beanstandet und in sehr enge Schranken zurückgewiesen; es hat die Untergerichte — kurz gesagt — darauf hingewiesen, daß § 153 RGD. nur für solche Fälle da sei, die sich nach den Normen des Allgemeinen Strafgesetzbuchs nicht aburteilen ließen.

Zum ersten Male hat das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 14. April 1910 in einer Revisionssache streikender Bergleute aus dem Mansfelder Arbeitskamps diese neue, grundsätzlich und praktisch wichtige Anschauung vertreten, indem es aus der Entstehungsgeschichte des § 153 RGD. und aus dessen Schlußsatz: „sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt“, die Schlußfolgerung ableitete, § 153 sei nur eine subsidiäre Strafnorm, die erst dann Platz greife, wenn nicht bereits

das allgemeine deutsche Strafgesetzbuch einen vom § 153 RGD. umfaßten Tatbestand mit einer Strafe bedrohe, die in ihrem Höchstmaße eine härtere Ahndung ermöglicht, als § 153 zuläßt, und wenn nicht auf Grund solcher allgemeinen Strafrechtsnormen eine Bestrafung eintreten muß. (vgl. Soz. Pr. XIX, Sp. 955).

In dem erwähnten Mansfelder Falle hatte das Reichsgericht demgemäß gerügt, daß die Eislebener Strafkammer den einen Streikenden nicht bloß aus § 153 RGD., sondern wegen Vergehens gegen § 153 RGD. in Idealkonkurrenz mit § 185 StGB. (Beleidigung) und § 240 (Nötigung) verurteilt hatte, obwohl §§ 185 und 240 höhere Strafmaße als § 153 zuließen. Der neue abweichende Standpunkt des Reichsgerichts, für den übrigens in Entscheidungen aus den Jahren 1906 und 1909 schon Ansätze vorliegen, entspricht auch dem allgemeinen Grundgedanken des § 73 StGB. (Gesetzeskonkurrenz), wonach nur dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe (höchstes Strafmaß und härteste Straftat) androht, angewendet werden darf. Bei solcher Auffassung wird der § 153 RGD. wieder in die bescheidene Stellung eines subsidiären Strafgesetzes für besondere Berrufs- und Organisationszwangshandlungen herabgedrückt und die Aburteilung der bei Koalitionsmaßnahmen unterlaufenden Beleidigungen, Nötigungen, Mißhandlungen, so wie es sich in einem Rechtsstaate gehört, dem allgemeinen Strafrecht unterstellt. Das kann gewiß unter Umständen zu einer stärkeren Ahndung der Koalitionsvergehen als bisher nach § 153 RGD. führen, da eben die höheren Strafmaße der §§ 185, 240 usw. StGB. Platz greifen können, aber es erschüttert diese Anwendungsregel andererseits auch die bisherige Übung, jeden Streikführer, der einen Streikbrecher schief angesehen oder gar „Nichttraucher“ genannt hatte, auf Grund des § 153 ins Gefängnis zu stecken, während eine bescheidene Geldstrafe nach § 185 zulässig gewesen wäre. Außerdem verlangen Vergehen gegen § 153 RGD. Verfolgung von Amts wegen, während zum Beleidigungsprozeß überwiegend ein besonderer Antrag des Beleidigten nötig ist. Der drafonischen Rechtsprechung gegen den gewerkschaftlichen „Terrorismus“ ist mit der Einengung des Geltungsbereiches des § 153 RGD. eine Hauptstütze entzogen, und das Odium eines Ausnahmestrafrechts, das unserer Justiz gegen Streikende bisher anhaftete, wird sich künftig ein wenig abschwächen.

Freilich ist dazu erforderlich, daß die Gesetzesauslegungsregel, die das Reichsgericht neu verkündet hat, nun aus den olympischen Höhen der Leipziger Theorie auch wirksam in die Urteilspraxis der Untergerichte übergehe. Vorläufig fehlt es da noch vielfach. In den zum Teil Aufsehen erregenden Prozessen, die sich in Hamburg an die Werftarbeiteraussperrung angeschlossen, beantragte z. B. der Staatsanwalt noch lebhafte im Interesse der Arbeitswilligen exemplarische Strafen gegen die Streikposten, weil Körperverletzung und Nötigung in Idealkonkurrenz mit Vergehen gegen § 153 RGD. vorlägen.

Vor dem Leipziger Schöffengericht kamen nach den Berichten der Arbeiterpresse in letzter Zeit viele Verurteilungen nach § 153 RGD. vor, weil Streikbrecher sich beleidigt gefühlt hatten, gleichviel ob sie Strafantrag wegen Beleidigung gestellt hatten oder nicht. Und es ergab sich die merkwürdige Erscheinung, daß einfache Beleidigungen von Streikbrechern mehrfach mit einem Monat Gefängnis auf Grund von § 153 geahndet wurden, während sie ein andermal nach § 185 StGB. mit 20 M. Geldstrafe abgeurteilt wurden.

Sind solche Entscheidungen letzterer Art, die sich vom § 153 RGD. nach Möglichkeit emanzipieren, auch noch selten, so verdienen sie doch ernsthafte öffentliche Beachtung als Zeichen dafür, daß sich die Gerichtspraxis in Sachen des Koalitionsrechts zu wandeln beginnt.

Bezeichnend dafür ist auch die Entscheidung, die die Eislebener Strafkammer in einer der durch das Reichsgericht am 14. April 1910 aufgehobenen Sachen in der erneuten Verhandlung gefällt hat. Der Angeklagte war zunächst wegen versuchter Nötigung in Idealkonkurrenz mit dem Vergehen gegen § 153 RGD. zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Nach der Revision lautete das Urteil (20. Juni 1910), da § 153 nicht mehr zur Anwendung kommen durfte, lediglich wegen versuchter Nötigung auf 30 M. Geldstrafe.

Von größter Wichtigkeit aber ist eine im Mai 1911 bekannt gewordene Entscheidung des Kammergerichts in folgendem Falle:

Das Berliner Landgericht hatte wegen einiger Vorfälle beim Schmiedestreik den Schmied St. auf Grund des § 153 RGD. in Idealkonkurrenz mit versuchter Nötigung (§ 240 StGB.) und den Schmied Kr. ähnlich wegen Berrufserklärung in Tateinheit mit Körperverletzung je zu mehreren Tagen Gefängnis verurteilt. Ebenso einige Bürstenmacher wegen ähnlicher Vorfälle beim Bürstenmacherstreik. Das Kammergericht hob die Urteile in diesen drei Fällen

auf und verwies die Sachen zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der Senat vertritt jetzt die Auffassung, daß aus § 153 nur verurteilt werden könne, wenn nicht ein anderes Strafgesetz härtere Strafen festsetze. In solchen Fällen nehme fortan das Kammergericht keine Idealkonkurrenz mehr an (wie bisher), sondern Gesetzeskonkurrenz. Daraus folge die Aufhebung der Urteile und die Zurückverweisung der Sachen an die Vorinstanz, damit diese nunmehr die Sachen im Sinne der neuen Auffassung des Kammergerichts behandle.

Das Urteil des Kammergerichts ist ganz darauf zugeschnitten, Schule zu machen und den vom Reichsgericht im vorigen Jahre dargelegten Auslegungsgrundsätzen einen starken Resonanzboden zu schaffen. Damit ist der Weg für eine erhebliche formalrechtliche und prinzipiell bedeutungsvolle Änderung in unserer Koalitions- und Streikgesetzgebung geöffnet und geebnet. Mag sich materiell im Strafmaß für Koalitionsvergehen zunächst auch nicht viel ändern — hier weisen die kriminalistischen Konjunkturschwankungen zur Zeit eher auf eine Verschärfung als auf eine Milderung hin, — die Basis für die rechtliche Beurteilung und Behandlung der Koalitionsvergehen ist doch gründlich verschoben, und zwar in einem Sinne, der die sozialrechtlichen Kritiker befriedigen muß: Das Ausnahmestrafrecht gegen die Vergehen, die dem Solidaritätsstreik der Arbeiter entspringen, ist auf ein Mindestmaß eingeeengt worden, zu einer Zeit, in der das Drängen der Scharfmacher lauter denn je auf eine Erweiterung dieses Ausnahmestrafrechts zielt.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Hauptversammlungen freier Gewerkschaften fanden in diesen Wochen in großer Zahl statt, sodaß eine summarische Betrachtung das Gegebene scheint.

19. Hauptversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer (8.—8. April in Leipzig). Mitgliederbestand Ende 1910: 56 069. Das Jahr 1910 stand im Zeichen der großen Bauausperrung. 87 Tarifverträge für 9528 Zimmerer in 1156 Betrieben liefen 1910 ab. 25 873 Verbandsmitglieder wurden ausgesperrt. Die Kosten betrugen 1 706 833 M., der Lohnausfall 4 669 100 M. (für 929 771 Tage). Für 566 Bahlstellen sind Lohnverhöhnungen zwischen 1 und 14 M. stündlich erreicht worden, für 56 Bahlstellen Arbeitszeitverkürzung bis zu 1 Stunde. Der Hauptvortrag der Tagung betraf die „Stellung zu den Tarifverträgen“; der Redner, Brinckmann, Redakteur des Fachorgans, wendete sich gegen die Bestrebungen, einen langjährigen Reichstarif für die Zimmerer zu schaffen, weil das Baugewerbe nicht mit dem Buchdruckergerwerbe zu vergleichen sei, sondern weit mehr der Spekulation Spielraum lasse, plötzliche Steigerungen der Bautätigkeit bringe und somit eine gewisse Freiheit des Arbeiters zur Ausnutzung der Konjunktur wünschenswert erscheinen lasse. In der Aussprache meinten mehrere Redner, ein Reichstarif werde wohl doch kommen müssen. Ein anderes Referat erkannte die Fortschritte im Bauarbeiterstreik an und verlangte starke Propaganda für dessen Weiterentwicklung.

12. Hauptversammlung des Zentralverbandes der Schiffszimmerer (7.—12. Mai in Berlin). Mitgliederbestand 3900. Wichtigster Beschluß: bei Ausbruch eines Streiks kann Mitgliedern, die noch nicht 3 Monate dem Verbands angehören, die halbe Streikunterstützung gezahlt werden.

13. Hauptversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder (8.—13. Mai in München). Mitgliederzahl, trotz starker Fluktuation, jetzt 41 900; tariflich geregelt sind die Arbeitsverhältnisse von etwa 58 000 Personen. — Eine Vorlage des Vorstandes zur Erwerbslosenunterstützung wurde heftig angegriffen und auch nach Umarbeitung durch einen Ausschuß abgelehnt. Ein gesetzliches Verbot der Verwendung bleibaltiger Farben wurde gefordert. Ein Vorschlag zur erfolgreichen Durchführung der Tarifbewegungen bei Ablauf des Reichstarifvertrags war von den Mitgliedern aufgestellt, die Forderungen sollen aber erst nach Durcharbeitung in den Bezirkskonferenzen durch Ausschüsse zentralistisch vertreten werden. Eine Gehaltsaufbesserung der Gewerkschaftsbeamten wurde abgelehnt, obwohl die Gehälter seit 6 Jahren nicht erhöht worden waren.

14. Hauptversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter (14.—20. Mai in München). Die Zahl der 14 859 Mitglieder beträgt nur ein Drittel der organisationsfähigen Berufsgenossen. Über Bekämpfung der Heimarbeit sprach Göttinger-Berlin; es handelt sich hier um etwa 4500 Handschuhmacher, größtenteils Frauen. Man forderte u. a. Gewinnung der Heimarbeiter für den Verband und Einbeziehung des Verbots der Haus- und Überzeitarbeit in die Tarifverträge.

7. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (15.—20. Mai in Hannover). Mitgliederzahl 1908: 58 529. 1911: 62 514. 98 % der gelernten Buchdrucker sind organisiert. 1908/10 wurden 7 264 770 M. Unterstützungen ausgezahlt. Die Arbeitslosigkeit war besonders groß und sinkt erst jetzt (1910: 4,8 %). Die Einführung von Sekundärschulmaschinen, von denen bisher 8400 verwendet werden, macht sich fühlbar. Der Geschäftsbericht betont scharf die Neutralität des Verbandes als den richtigen Weg. Für die Verschmelzung mit dem Buchbinderverband ist keine rechte Stimmung da, weil die Buchdrucker ihren Tarif für ungleich entwickelter halten als die bisherigen Buchbinderarbeitsverträge, und weil sie bisher auf Fernhaltung der Frauenarbeit Wert gelegt haben, während sie im Buchbindergerwerbe blüht. Man will den Gedanken des „Graphischen Industriearbeiterverbandes“ also erst noch ausreifen lassen. In geschlossener Sitzung wurde über die allgemeine tarifliche Lage und über Anträge auf ein größeres Mitbestimmungsrecht der Mitglieder bei Abschluß des Tarifs verhandelt; hierbei kam u. a. das Bestreben zum Ausdruck, dem Gutenbergbund unter allen Umständen die gleichberechtigte Anerkennung zu versagen. Die geschlossene Sitzung faßte ihr Ergebnis in zwei Entschlüssen zusammen, in denen eine Revision des Tarifs unter Rücksicht auf die Lebensmittelerhöhung und das Bestreben nach kürzerer Arbeitszeit, Einschränkung der Überstunden und Ausgestaltung der Arbeitsnachweise gefordert, dagegen aber auch der Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit mit den Unternehmern und die schärfste Mißbilligung aller Tarifbrüche ausgedrückt wird. In den öffentlichen Sitzungsbesprechungen trat besonders der Wunsch hervor, Mitglieder, die sich selbständig machen, grundsätzlich aus dem Verbands auszuscheiden; die Verbandsleitung wandte sich scharf gegen derartige Anträge, da es vollkommen genüge, ehemaligen Gehilfen dann auszuscheiden, wenn sie sich gegen die Interessen des Verbandes vergingen, nicht aber schon deshalb, weil sie sich selbständig machten. Zur Maifeier forderte ein Stettiner Redner, gegenüber dem Parteitagabschlusse, daß jeder Sozialdemokrat, der den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begehre, seinen Tagesverdienst an den Unterstützungsfonds abzuliefern habe: der Verband, und überhaupt die Gewerkschaften, sollten erklären, daß von ihnen „derartigen einseitigen, nur von der politischen Vertretung der Arbeiterchaft gefassten Beschlüssen ein entschiedenes Veto entgegengebracht wird“. — Die Frage des Redners, wie der Verband bzw. der Vorstand sich solchen Mitgliedern gegenüberstelle, denen durch die Nichtbefolgung des Beschlusses materieller Schaden erwächst, beantwortete der Vorsitzende dahin: Wir betätigen in dieser Frage unsere politische Neutralität dadurch, daß wir sagen: Wir hindern Euch nicht, diesem Parteibeschlusse nachzukommen, wenn Ihr als Parteigenossen Euch dazu verpflichtet fühlt. Kommt Ihr ihm nicht nach, und es erleiden Euch dadurch wirtschaftliche Nachteile, so habt Ihr den Schutz der Organisation. Nach weiterer Erörterung über diese Frage wurde angeregt, auf dem Gewerkschaftskongress die Abschaffung der Maifeier zu beantragen; der Vorstand ließ keinen Zweifel daran, daß er selbst diese Meinung der Hauptversammlung teile.

19. Hauptversammlung der Bergarbeiter Deutschlands (21. bis 27. Mai in Bochum). Mitgliederzahl des alten Verbandes 1907: 111 476, 1911: 123 437. Die Fluktuation ist sehr stark. Der Vorstandsbereich stellt ein leidliches Gelingen mit dem Hirsch-Dunckerischen Bergarbeiterverein und der polnischen Gewerkschaft fest, während es ein Pattieren mit Gelben, „Reichstreuen“ und Anarchosozialisten nicht geben könne; ganz kläglich sei das Verhältnis zu den Christlichen Gewerkschaften geworden, besonders wegen des politischen Gegensatzes. Die Beseitigung des Unternehmernachweises, zugunsten des paritätischen, wird gefordert, ferner die Beseitigung der Lohnabzüge für Grubenlicht beim Bergbauischen Verein Dortmund. Auf die Schädlichkeit des Alkohols soll bei Beginn jeder Versammlung des Verbandes hingewiesen werden. Zur Maifeier führte Abg. Sachse aus, er halte sie für nützlich, könne aber nicht billigen, daß ihrtweigen Hunderttausende von Mark aus den Gewerkschaftskassen geopfert würden; Partei und Gewerkschaft müßten daher gemeinsam eine Markasse schaffen; bis dahin solle dort, wo mit der Gefahr einer Ausperrung zu rechnen sei, eine andere Art festlicher Kundgebung veranstaltet werden an Stelle der Arbeitsruhe. Verschiedenartig wurde die Verlegung auf den ersten Sonntag im Mai dringend gefordert. Ein Vortrag über den Stand des gesetzlichen Bergarbeitergesetzes gipfelte in der Forderung eines Reichsberggesetzes, für welches eine Entschlüsselung folgende Richtlinien aufstellte:

1. Die Höchstdauer der Schichtzeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie darf nicht mehr wie acht Stunden betragen.
2. Über- und Nebenschichten sind nur zur Rettung von Menschenleben oder zur Vermeidung außerordentlicher Betriebsstörungen zulässig.
3. Vor nahesten Arbeitsorten und solchen, die mehr als 28 Grad Celsius Wärme aufweisen, ist die Arbeitszeit auf höchstens sechs Stunden zu bemessen.
4. Überwachung der strengen Durchführung der zum Schutze der Belegschaften erlassenen Vorschriften durch von der Arbeiterchaft in einem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Verfahren gewählte Werkkontrollen. Dieselben sind, um sie wirtschaftlich unabhängig zu machen, aus öffentlichen Mitteln ausreichend zu besolden. Die Kontrolltätigkeit dieser Personen muß eine fortgesetzte sein.
5. Gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die Knappschaftsmitglieder bei allen knappschaftlichen Vertreterwahlen. Knappschaftsinvaliden und

freiwillig fortsetzende Rassenmitglieder dürfen vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen werden."

Endlich wurden von 254 Anträgen auf Satzungsänderungen 24 berücksichtigt.

10. Hauptversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter (22 bis 27. Mai in Ilmenau). Nur knapp die Hälfte aller Glasarbeiter ist im Zentralverband organisiert, und die schlechte Lage der Industrie drückt sich in der Bewegung der Mitgliederzahlen aus; 1908: 17 218, 1909 nur 14 625, Ende 1910: 15 742. Für die Verschmelzung mit den Töpfer- und Porzellanarbeitern zu einem „Keramischen Industrieverband“ ist große Neigung vorhanden. Bei Beratung des Streifreglements wurde Unterstützung vom vierten Tage ab beschlossen; die Mitglieder, die noch nicht 18 Wochen dem Verbands angehören, sollen in allen Stadien 3/4 weniger erhalten.

4. Verbandstag der Blumen- und Blätterarbeiter (25. bis 27. Mai in Berlin); 900 Mitglieder, darunter zur Hälfte Frauen, größtenteils Heimarbeiterinnen, deren Organisation die kürzlich verstorbene Vorsitzende, Emma Zhrer, sich besonders angelegen sein ließ. Zwecks Verschmelzung mit den Putzmachern wird beschlossen, den nächsten Verbandstag zu gleicher Zeit und am gleichen Orte mit der Hauptversammlung der Putzmacher abzuhalten.

500 000 Mitglieder im Deutschen Metallarbeiterverband! Als Industrieverband besteht die Metallarbeiterorganisation erst seit 20 Jahren. In einer besonderen Festnummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird die Entwicklungsgeschichte der Einheitsorganisation, ihre räumliche und berufliche Verteilung und Ausbreitung geschildert. Gute berührt in einem Aufsatz: „Der schwache Punkt“ die geringen bisherigen Erfolge in der Organisation der Feuerarbeiter der Grobbleisenindustrie. Davis-Birmingham schildert die „Metallarbeiter-Internationale“. Der Metallarbeiterverband kann auf ein großartiges Stück Organisationsgeschichte und auf mannigfache Erfolge zurückblicken. Aber seine Führer dürften besonnen genug sein, um sich nicht durch den Nimbus der großen Zahl betäuseln zu lassen. Gerade in der übermäßig starken, für eine Zentrale kaum noch übersehbaren Ausdehnung des aus Dutzenden von Branchen zusammengefügten Industrieverbandes liegt auch eine gewisse Gefahr, ein Moment tatsächlicher Schwäche unter Umständen. Gewerkschaftstheoretiker werden an gewisse Phasen in der Entwicklungsgeschichte der englischen Gewerkschaften denken. Die Krienerentwicklung der Organisation stellt den Metallarbeiterverband vor immer schwierigeren Aufgaben. Mögen die Verwaltungskunst und die gewerkschaftspolitischen Fähigkeiten der bestellten Verbandsleiter ständig mit diesen Aufgaben wachsen!

Die sogenannte Osborne-Bill, d. h. die Gesetzesvorlage zur Reform der Rechtsprechung, wie sie in den verschiedenen Gerichtsurteilen in Sachen Osborne gegen Gewerkschaften mit politischen Beitragspflichten zu Tage getreten ist, ist vom Minister des Innern, Churchill, fast gleichzeitig mit der Vorlage, die für die Parlamentsmitgliedern Entschädigungen aus staatlichen Mitteln einführt, Ende Mai im Unterhause eingebracht worden. Die Vorlage versucht die Regelung der Beitragsenthebung für politische Zwecke durch die Gewerkschaften auf folgendem Kompromißwege. Sie bestimmt, daß Gewerkschaften zwar für alle Zwecke Gelder verwenden dürfen, für politische jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen und in bestimmten Grenzen: Angelegenheiten, die mit den Gewerkschaften selbst zusammenhängen (sozialpolitische) bleiben unbeschränkt; im übrigen, d. h. also für parteipolitische Zwecke muß eine Mehrheit durch Abstimmung die Ausgaben genehmigt haben; ferner muß die Ausgabe aus einer besondern Kasse erfolgen, zu der die Beiträge freiwillig sind. Kein Mitglied darf irgendwie gezwungen werden, gegen seinen Willen Beiträge für parteipolitische Zwecke zu leisten. Es soll durch Nichtzahlung solcher Beiträge sich keines Rechtes, abgesehen von der Benutzung der politischen Sonderfonds, verlustig machen. Über die Bedeutung dieser Vorlage für die Fortbildung des britischen Gewerkschaftsrechts und über ihre Aufnahme durch das Parlament und die Trade Unions selbst wird sich die „Soz. Prax.“ demnächst eingehend äußern.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe im Bäckereigewerbe (Sp. 999, 1032, 1098) nehmen einen für die Gehilfen bisher recht günstigen Verlauf.

Besonders in Berlin ist der Erfolg überraschend und nachhaltig. Eine Woche nach Beginn des Streiks arbeiteten bereits fast 4600 Gehilfen in etwa 2200 Betrieben zu den neuen Bedingungen; die Zahl der Streikenden war auf weniger als 600 gesunken. Damit konnte der Streik bereits als gewonnen gelten. — Schwierigkeiten bereite, wie

man das ja in Lohnkämpfen gewohnt ist, einmal wieder die Polizei. Sie duldet mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit nicht das Aushängen von Bewilligungspalaten in Schaufenstern, wobei sie sich auf ein vor Jahren gefälltes Urteil beruft. Die Palate wurden nun im Innern der Läden angebracht, waren aber auch da nicht einmal vor der Polizei überall sicher.

Ähnlich verhielt sich die Polizei auch in Breslau; hier konfiszierte sie überhaupt einfach die Palate; außerdem behaupten sozialdemokratische Blätter, sie habe plötzlich Revisionen in den tarifstreuen Bäckereien veranlaßt, die anderen Betriebe aber nicht revidiert. Die Zahl der anfänglich Streikenden (377) sank in wenigen Tagen infolge von Bewilligungen und infolge Abreise auf 151; unter den Ausständigen fanden sich 11 Streikbrecher. Am 2. Juni wurde der Kampf abgebrochen; der Boykott dauert aber noch an. — In Hamburg dauert der gegen die vier Großbetriebe gerichtete Streik an; in den anderen von der Bewegung betroffenen Städten sind Veränderungen nicht zu verzeichnen.

Die Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter hat mit dem Schiedsspruch (Sp. 1099) des Einigungsamts ihr Ende nicht gefunden. Schon wenige Tage später teilten die Unternehmer dem Gewerbegerichtsvorsitzenden, Dr. Boysen, mit, daß sie den Schiedsspruch nicht annähmen. Dies mußte überraschen, da der Spruch den Unternehmerwünschen sehr weit entgegenkommt. Die Arbeiter hatten anfangs gleichfalls Miene gemacht, den Spruch abzulehnen, sagten aber nach seiner Ablehnung durch die Arbeitgeber, sie hätten den Schiedsspruch angenommen, wenn die Unternehmer dasselbe getan hätten. Am 30. Mai versuchte Dr. Boysen erneut eine Versprechung anzubahnen, erhielt aber vom Arbeitgeberschutzverband die Antwort, er lehne weitere Verhandlungen ab und werde daher zu einer Versprechung gar nicht erst Vertreter senden. Natürlich trugen diese Vorfälle zu einer wesentlichen Verschärfung des Kampfes bei. Die Unternehmer setzten Ausschüsse zur Neuordnung der Akkordtarife mit dem Ziele ihrer Herabsetzung ein; die Gewerkschaft gewährte den Streikenden am 1. Juni Rietsunterstützung (10 bis 15 M.). Hohe Sonderbeiträge werden erhoben. — In Kelfheim ist die Aussperrung beendet; die Arbeiter erreichten eine kleine Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Ein Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben Berlins ist am 16. Mai ausgebrochen. 75 v. H. der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter streikten, nachdem Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer gescheitert waren. Diese sind durch die Arbeitseinstellung aber in einige Verlegenheit gekommen und haben am 31. Mai durch große Zeitungsanzeigen kundgetan, sie seien gezwungen, „die Lieferungen, sowohl in Konstruktionen als auch in bearbeiteten und unbearbeiteten T- und U-Eisen vom Freitag, den 2. Juni abends, ab einzustellen. In derselben Erklärung wird merkwürdigerweise den Arbeitern ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie nach der ersten erfolglosen Versprechung in den Streik eingetreten seien, obwohl gerade diese einzige Versprechung nur unter großen Widerständen einiger Unternehmer überhaupt zustande gekommen war, sodaß der Wunsch zu weiteren Beratungen nicht gerade ersichtlich war.“

Eine große Textilarbeiteraussperrung im Münsterlande ist infolge eines Firmentreits in Gesele am 22. Mai auf kurze Zeit verhängt worden. Sie traf etwa 4500 Arbeiter, die fast ausschließlich im Zentralverband christlicher Textilarbeiter organisiert waren. Die Arbeiterforderungen (Lohnerhöhung, gerechtere Verteilung der Ketten, Vergütung für die Verarbeitung minderwertigen Materials usw.), waren bereits anfangs des Jahres gestellt und im Laufe monatelanger Verhandlungen auch teilweise gewährt worden. Auf die Erfüllung der verbleibenden Wünsche verzichteten die Arbeiter am 15. Mai um des Friedens willen. Die Unternehmer wollten aber eine schriftliche Bescheinigung darüber, daß der Kampf erfolglos gewesen sei und die Wiederaufnahme der Arbeit unbedingt erfolge. Die Weigerung, eine solche Erklärung abzugeben, veranlaßte die Arbeitgeber zu der Aussperrung; diese fand am 31. Mai dadurch ein Ende, daß der Arbeitgeberverband nur noch die Abgabe einer Erklärung forderte, die für die Arbeiter weniger beschämend war und auch den Tatsachen besser gerecht ward. Diese Forderung glaubten die Arbeiter im Interesse des Friedens annehmen zu sollen, so daß am 1. Juni die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Der Lohnkampf auf der Danziger Schiffanwerft (Sp. 910) hat Anfang Mai zur Aussperrung der nicht streikenden Arbeiter geführt; gegen die Inhaber von Wohnungen der der Werft gehörigen Wohlfahrtskolonie wurde schonungslos vorgegangen, indem alle Streikenden, die die Wohnungen nicht gutwillig verließen, durch Ermittlungsflagen dazu gezwungen wurden. Dabei wurde vor Gericht erklärt, die Werkswohnungen seien doch nicht allein im Interesse der Ar-

beiter da, sondern seien in erster Linie im Interesse der Firma errichtet. Nun waren aber nicht genug leere Wohnungen in Danzig vorhanden, und die Wohlfahrtswohnungen der „Reichskolonie“ (für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft errichtet) wurden, obwohl sie zum Teil leer standen, den Streikenden nicht freigegeben; so wanderten denn zahlreiche Arbeiter der Schichau-Werft ganz ab. Die letztere gibt nicht im mindesten nach, sondern droht mit Verlegung der Werft ins Ausland, wo ihr „viele verlockende Anerbieten“ von den Regierungen verschiedener Staaten gemacht worden seien. Es erscheint doch bedenklich, daß ein Betrieb vom Range der Schichau-Werft mit solchen Gedanken spielt, statt die überaus bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die hinter den in andern Werften bezahlten Löhnen noch wesentlich zurückbleiben, zu bewilligen.

Der **Straßenbahnstreik in Waldenburg** (Sp. 1082) hat nach zehntägiger Dauer mit einer völligen Niederlage der Ausständigen geendet. Für sie waren aus Hamburg Ersatzkräfte bezogen worden, auch hatten sich in den eigenen Reihen Streikbrecher gefunden. Mit Wendigung des Streiks wurde gleichzeitig der Boykott der Bahn beschloffen; seine Durchführbarkeit wird abzuwarten sein. Leider ist es während des Streiks zu einigen kleineren Ausschreitungen gekommen, die von den Behörden einzelner Orte des Kreises mit Veröffentlichung des Aufrufparagrafen in den Ortsblättern und mit dem Türschlußbefehl bei eintretender Dunkelheit beantwortet wurden. Die organisierten Arbeiter leugnen jede Beziehung zu den Vorfällen und sehen in ihnen nur die Folge provokatörischen Vorgehens der Polizei, die z. B. jedem einzelnen von Streikbrechern bedienten Straßenbahnwagen eine starke Schutzmaße mitgegeben habe.

Das **Ende des Ähricher Bauarbeiterstreiks**, der grobe Ausschreitungen italienischer Arbeiter gezeitigt hatte (Sp. 1082), ist recht glücklich. Langwierige Vergleichsverhandlungen verliefen erfolglos, da die Unternehmer nicht nachgaben; darnach beschloffen die Arbeiter am 22. Mai, auf weitere Verhandlungen nicht einzugehen, sondern die ganze Bewegung auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verlegen. Der ganze Streit machte den Eindruck des Unüberlegten; der wirtschaftliche Aufschwung verführt jetzt häufig zu leichtsinnigem Vorgehen und fordert dann unnütze Opfer.

Ein **Hafenarbeiter- und Seemannsstreik in Fiume** ist Ende Mai entstanden. Die Streikgleiten begannen bei den Angestellten der Ungarisch-kroatischen Schiffsahrtsgesellschaft und dehnten sich dann auf sämtliche Seeleute und Hafenarbeiter aus, so daß einzelne Dampfer nicht abgehen konnten. Zwei Kreuzer und ein Torpedoboot sind in den Hafen von Fiume entsandt worden; die Folge dieser Maßnahme war ein Solidaritätsstreikbeschuß aller organisierten Arbeiter von Fiume. In Griechenland werden Streikbrecher angeworben. Die Schiffskapitäne sind, soweit sie die Streikenden unterstützen, gemahregelt worden.

Arbeiterschutz.

Die württembergische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Der württembergischen Gewerbeaufsicht waren im Berichtsjahr 12 405 Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern und diesen gleichgestellt Anlagen mit insgesamt 241 237 Arbeitern unterstellt. Dazu kamen noch 4381 Betriebe, für welche besondere Bundesratsverordnungen bestehen. Von den Betrieben der ersten Art gelangten 10 759 (86,7 v. H.) mit 223 466 Arbeitern (92,6 v. H.), von den Betrieben der anderen Art 2895 (66,1 v. H.) zur Revision. Im ganzen wurden in den beiden Arten von Betrieben 14 111 Revisionen ausgeführt, dazu kommen noch 46 Revisionen in rein handwerksmäßigen Betrieben und 436 Revisionen, um die Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu kontrollieren.

Infolge des Inkrafttretens der Gewerbeordnungsnovelle erfuhr vielfach die Arbeitszeit eine andere Regelung; namentlich wurden vielfach die Pausen an den Sonnabenden geändert, da die Einführung des 10-Stundentags an den anderen Wochentagen keine Schwierigkeiten machte. In Betrieben mit höher gearteter Arbeit und mit vorwiegend männlicher Arbeiterschaft hatten diese selbst sich schon kürzere Arbeitszeiten errungen, als den Arbeiterinnen erst durch das neue Gesetz gesichert werden mußte. Über zu lange Arbeitszeiten ist dagegen noch vielfach in den sog. Verordnungs-betrieben, den Bäckereien, Getreidemühlen, Gast- und Schankwirtschaften, Steinbrüchen zu klagen. In den Getreidemühlen bildet ähnlich wie bei den Gastwirtschaften das leidige Tringeldwesen häufig einen Hemmschuh für die Durchführung der Verordnungen über die Mindestruhezeit. Die Wahlburgen, ebenso wie die Kellner und Kellnerinnen, gehen nicht von der Arbeitsstätte fort, bis der letzte Kunde befriedigt ist und sie das übliche Trinkgeld erhalten haben. Nur in den größeren Hotels und Gasthäusern erhält das Personal allmählich die vorgeschriebenen Ruhezeiten, da sich die Inhaber besser auf Vertretungen einrichten.

Mit dem Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle war auch der Erlass zahlreicher neuer Arbeitsordnungen verbunden. Bei der Begutachtung sorgte die Gewerbeinspektion dafür, daß die Arbeitsordnungen eine Form erhielten, wie sie einer kulturell vorgeschrittenen Arbeiterschaft entsprechen, d. h. daß etwa kränkende Bestimmungen über das Verhalten im Betrieb ausgemerzt wurden. Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen schreitet nicht in dem Maße fort, wie es wünschenswert wäre, doch erhielten sie dort, wo sie bestanden, eine erhöhte Bedeutung, da sie bei der notwendig gewordenen anderweitigen Regelung der Pausen für jugendliche und Arbeiterinnen vorher zu hören sind. Diese durch das Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle bedingten Änderungen für die Beschäftigung der Arbeiterinnen werden im diesjährigen Bericht sehr eingehend behandelt, namentlich auch im Hinblick darauf, wie man in manchen Betrieben durch technische und organisatorische Verbesserungen einen etwaigen Rückgang der Produktion infolge der gekürzten Arbeitszeit mit Erfolg vorzubeugen suchte. Auf diese Darlegungen wird später, im Zusammenhang mit den Berichten aus den andern deutschen Bundesstaaten über die Beschäftigung von Arbeiterinnen, noch näher eingegangen werden.

Die Zahl der Lohnbewegungen war im Berichtsjahr höher als im Vorjahr. Zur Kenntnis der Gewerbeinspektion gelangten 140 Lohnbewegungen, welche sich teils auf einzelne Betriebe, teils auf ganze Gewerbe erstreckten. Besonders umfassend war die im Baugewerbe aus Anlaß des Tarifablaufs entstandene Bewegung. Besonders ausführlich wird über die Streit- und Aussperrungsbewegung in der Schuhindustrie in Tübingen berichtet, zu deren Beilegung mehrfach die Hilfe des Gewerbeinspektors angerufen wurde. Die Bewegung brachte den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, bei entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne, eine Verlängerung der Mittagspause und tariflich festgelegten Zuschlag für Überstunden.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter hat sich stark vermehrt. Die Gründe hierfür sind in der Hauptsache der günstigen Geschäftslage zuzuschreiben, aber auch dem Umstand, daß die jungen Leute sich mehr den größeren Betrieben als den Werkstätten des Handwerks zuwenden. Das Lehrlingswesen läßt eine wesentliche Besserung spüren sowohl durch die fortschreitende Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule, als besonders auch dadurch, daß die Handwerkskammern die Kontrolle der Ausbildung der Lehrlinge in die Hand genommen haben und sowohl der Lehrlingszuchterei wie der früher üblichen Ausnutzung der Lehrlinge zu häuslichen Verrichtungen entgegentreten. In den Städten Heilbronn, Gmünd und Heidenheim ist die Pflichtfortbildungsschule auch für Mädchen eingeführt und ein Teil der Fortbildungsschulstunden wird dem hauswirtschaftlichen Unterricht gewidmet.

Die Durchführung des Kinderschutzgesetzes macht noch immer viel Schwierigkeiten; namentlich wird, wie auch in den Vorjahren schon, beklagt, daß kein Eintragungszwang durch die Schulen besteht, so daß namentlich bei den Revisionen in Gebirgsdörfern viel Zeit dadurch verloren geht, die erwerbstätigen Kinder überhaupt erst aufzufinden. Es werden dann einige praktische Beispiele der gering entlohnenden Kinderarbeit geboten, u. a. das mühsame Spinnelsteden in der Uhrenindustrie, das auch die Sehkraft der Kinder schwer gefährdet; solche Arbeiten könnten wohl durch die Technik auch automatisch besorgt werden, doch fehlt der Ansporn zu solchen Fortschritten, solange sich so billige Kinderhände dafür finden.

Aus dem Bericht über die Unfälle und die gesundheitsgefährlichen Einflüsse verdient eine Stelle Beachtung, welche auf den Vorteil eines Zusammenarbeitens der Gewerbeinspektion mit einer Ortskrankenkasse hinweist. Durch einen der Kassenskontrollen wurde ermittelt, daß in einem bestimmten Betrieb ganz besonders häufige Erkrankungen vorkommen. Es wurde denn auch bei einer darauf hin erfolgten Revision die besonders große Erhaltungsgefahr im Betriebe, sowie die Ansteckungsgefahr durch einige tuberkulöse Mitarbeiter festgestellt, und auf Minderung dieser Gefahren durch geeignete Lüftung und Sauberkeitsmaßregeln hingewirkt. In Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen ist wachsendes Verständnis für die Erfordernisse der Gewerbehygiene und Unfallverhütung vorhanden.

Die wirtschaftlichen Zustände werden im allgemeinen als günstig bezeichnet. Eine schwerwiegende Ausnahme bilden jedoch die Baumwollspinnereien und -webereien, die das ganze Jahr sehr unter den Kursschwankungen der Rohbaumwolle zu leiden hatten. Auch die Kämpfe im Baugewerbe hatten die Gesamtlage ungünstig beeinflusst, wenn auch nicht so stark, wie im Anfang zu fürchten stand. Die Löhne wurden, der günstigen Geschäftslage

entsprechend, vielfach erhöht. Das Wohnungswesen läßt namentlich in den Städten für die geringer besoldeten Arbeiter viel zu wünschen übrig, dagegen zeigt sich stellenweise eine Besserung der Wohnverhältnisse auf dem Lande. In Gegenden, wo früher nur Landwirtschaft herrschte, und wo jetzt industrielle Unternehmungen vordringen, hebt der in die Familie kommende Barverdienst die Ansprüche der Einwohner auch an die Wohnungen, und saubere Arbeiterhäuser verdrängen die baufälligen Tagelöhnerwohnungen.

Arbeiterschutz in Japan. Nach langen Kämpfen der Regierung Japans gegen die Großindustriellen ist am 28. März 1911 eine Arbeiterschutzvorlage Gesetz geworden, welche sich auf alle „gefährlichen oder gesundheitsgefährlichen“ Betriebe — die nicht eingetragenen werden durch Kaiserliche Verordnung bezeichnet — mit mehr als 15 Arbeitern bezieht. Die Regierung hatte ursprünglich alle Betriebe mit 10 Arbeitern regeln wollen. Bestimmt wird ein Verbot der Kinderarbeit bis zum Alter von 12 Jahren, eine Begrenzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und für Jugendliche unter 15 Jahren auf 12 Stunden täglich, und ein Verbot der Nachtarbeit Jugendlichen zwischen 10 und 4 Uhr. Frauen und Jugendlichen ist ferner die Bedienung elektrischer Maschinen und die Arbeit in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben verboten. Endlich wird ein Anrecht auf Unterstützung seitens der Unternehmer im Falle von Krankheit, Unfall und Tod begründet, sofern es sich nicht um eigenes Verschulden des Arbeiters handelt. Keine einzige Bestimmung des Gesetzes kann nicht durch ministerielle Erlasse unwirksam gemacht werden, wenn ein vermeintliches Bedürfnis dazu vorliegt. So sind ausnahmsweise Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden zulässig. Insgesamt werden etwa 10 000 Fabriken mit rund 600 000 Arbeitern dem gesetzlichen Arbeiterschutz unterstellt. Für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz sind Geldstrafen bis zu etwa 1000 *M* angedroht. Bei dem Mangel systematischer Fabrikaufsicht werden allerdings zahlreiche Gesetzesverletzungen trotzdem nicht verhindert werden können. Man wird überhaupt gut tun, dieses ganze Gesetz in seiner Tragweite nicht zu überschätzen und lediglich als einen ersten Schritt auf dem Wege zu sozialer Gesetzgebung größeren Stils anzusehen. Immerhin ist dieser Anfang beachtenswert, weil er zeigt, daß eben jedes Land mit dem Eintritt in die heutige Zivilisation auch den Übergang zur sozialen Pflichterfüllung vollzieht. Die so oft gegen unsere Sozialpolitik geltend gemachte Formel von der schwindenden Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande verliert von ihrer Klarheit, wenn man bedenkt, daß die industrielle Entwicklung selbst in einem Staate soziale Gesetze mit ihren Lasten nach sich zieht, der noch bis vor kurzem als Dorado großindustrieller Ausbeutungsfreiheit galt.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung (vergl. Sp. 1103) wurde am 31. Mai in zweiter und dritter Lesung zu Ende geführt, nachdem die an die Kommission zurückverwiesenen §§ 30 bis 32 in der Kommission die folgende Fassung erhalten hatten. Diese neue Fassung soll dazu dienen, die Umgehung der Bestimmungen des Einführungs-gesetzes und der Reichsversicherungsordnung in der Angestelltenfrage zu verhindern, da sich herausgestellt hatte und auch von sozialdemokratischen Abgeordneten zugegeben werden mußte, daß derartige Umgehungsversuche in größerer Zahl bereits in die Wege geleitet worden waren. Weiter soll auch diese neue Fassung die Angestellten in der Übergangszeit vor Entlassung aus politischen Gründen schützen:

Art. 30. Vorbehaltlich des § 362 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung unterliegen der Dienstordnung auch die bei ihrem Erlasse schon vorhandenen Kassenangeestellten, soweit sie nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind oder deren Rechte und Pflichten nach § 369 der Reichsversicherungsordnung erhalten. — Für diese Angestellten gilt alles, was die Reichsversicherungsordnung für die nach ihr der Dienstordnung unterliegenden Angestellten vorschreibt. Die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen Vertragsbestimmungen über Kündigung oder Entlassung, die mit diesen Angestellten vor dem 1. Juli 1910 vereinbart worden sind, bleiben aufrecht erhalten, soweit nicht Art. 31 bis 32b entgegenstehen. — Der Dienstordnung unterliegen nicht die Kassenangeestellten, die bis zu deren Inkrafttreten den Dienstvertrag kündigen. Mit dies ein Angestellter, so endigt das Dienstverhältnis mit Ablauf von 6 Monaten oder, wenn er nach dem Vertrage zu einem früheren Tage kündigen kann, mit diesem.

Art. 31. Übersteigen die Bezüge eines Angestellten, der nach Art. 30 der Dienstordnung unterstellt ist, die Sätze des Besoldungsplans, so sind die Bezüge fortzuzahlen, wenn sie vor dem 1. Januar 1908 oder

gemäß einer vor diesem Tage aufgestellten Besoldungsordnung in dieser Höhe vereinbart worden sind oder wenn es die Dienstordnung bestimmt. — Im übrigen kann das Versicherungsamt (Beschlussausschuß) auf Antrag des Kassenvorstandes genehmigen, daß sie fortgezahlt werden. Der Antrag kann nur binnen einem Monate nach Inkrafttreten der Dienstordnung gestellt werden. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Bezüge zu den Sätzen des Besoldungsplans in einem auffälligen Mißverhältnis stehen. Im übrigen kann die Genehmigung verweigert werden, so weit der Wert der Bezüge den der Bezüge nach dem Besoldungsplan um mehr als den vierten Teil übersteigt oder erst nach dem 1. Juli 1910 vereinbart worden ist. — Wird die Genehmigung verweigert, so hat der Kassenvorstand die Beschwerde an das Oberversicherungsamt (Beschlusskammer). Dieses entscheidet endgültig. — Was hiernach für die Bezüge eines Angestellten gilt, gilt auch für seine Anwartschaft auf Ruhegeld, Bartegeld oder ähnliche Bezüge sowie auf Fürsorge für seine Hinterbliebenen.

Art. 31a. Können die höheren Bezüge nach Art. 31 nicht weitergezahlt werden und erklärt sich der Angestellte nicht bereit, das Vertragsverhältnis nach dem Tage, zu dem ihm frühestens gekündigt oder er entlassen werden kann, unter den Bedingungen des Besoldungsplans fortzusetzen, so hat der Kassenvorstand so zeitig als möglich von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrechte Gebrauch zu machen. § 367 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung gilt entsprechend.

Art. 32. Das Versicherungsamt (Beschlussausschuß) kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung anordnen, daß einem ihr nach Art. 30 unterstellten Angestellten, dessen Sachkenntnis und Leistungen für seine Stelle offenbar nicht ausreichen, im Dienste der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird, die seinen Sachkenntnissen und Leistungen entspricht. Voraussetzung ist, daß nicht der Angestellte in seiner oder einer ähnlichen Stelle bei der Kasse bereits seit länger als fünf Jahren tätig ist. Auf einen Mangel an Sachkenntnissen darf nicht aus dem Umstand geschlossen werden, daß der Angestellte keinen bestimmten Bildungsgang zurückgelegt hat. — Das Versicherungsamt kann zugleich bestimmen, daß dem Angestellten seine höheren Bezüge zu belassen sind, soweit sie nicht in auffälliger Mißverhältnis zu den Sätzen stehen, die der Besoldungsplan für die neu zugewiesene Stelle vorsieht. — Vor Erlass der Anordnung sind der Kassenvorstand und der Angestellte zu hören; sie ist beiden zuzustellen. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlusskammer) und auf weitere Beschwerde das Reichsversicherungsamt (Beschlussrat). Die Frist für die Beschwerde und für die weitere Beschwerde beträgt je einen Monat. — Der Angestellte hat binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung der endgültigen Anordnung dem Kassenvorstande zu erklären, ob er bereit ist, die Stelle zu übernehmen. Erklärt er sich nicht bereit, so hat ihm der Vorstand das Vertragsverhältnis mit einer Frist von sechs Monaten zu kündigen. Kann er das Vertragsverhältnis schon zu einem früheren Tage lösen, so hat er von seinem Kündigungs- oder Entlassungsrechte so zeitig als möglich Gebrauch zu machen. § 367 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung gilt entsprechend.

Art. 32a. Die §§ 361a, 361b, 363b Abs. 2–6, § 368 der Reichsversicherungsordnung treten sofort in Kraft für alle Angestellten, die künftig der Dienstordnung unterstehen sollen. Dabei treten, so lange die Versicherungsämter und die Oberversicherungsämter noch nicht errichtet sind, an Stelle der Versicherungsämter die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, an die Stelle der Oberversicherungsämter das Reichsversicherungsamt (Landesversicherungsamt). — Für das Verfahren und die Fristen gelten entsprechend die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Spruchverfahren. Der Reichskanzler kann hierüber näheres bestimmen.

Art. 32b. Rechtshandlungen, die nach dem 1. Januar 1908 vorgenommen sind, sind unwirksam, so weit sie die Durchführung der Art. 30 bis 32a vereiteln, oder wesentlich erschweren. Das gleiche gilt für die vor dem Inkrafttreten der Dienstordnung getroffenen Vertragsbestimmungen, welche vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen den Krankenkassen und den Angestellten wegen oder aus Anlaß der Kündigung oder Entlassung den ordentlichen Gerichten entziehen.

Art. 32c. Hat ein Angestellter in der Zeit zwischen dem 30. Mai 1911 und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes seine Kündigung oder Entlassung erhalten, so hat, wenn er es bis zum 14. Tage nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragt, der Kassenvorstand erneut über die Kündigung oder Entlassung zu beschließen; die frühere Kündigung oder Entlassung wird, falls sie nicht endgültig bestätigt wird, unwirksam.

Art. 32d. Vertragsverhältnisse, die beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern bestehen, enden spätestens zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt, so weit sie der Anwendung des § 199 Abs. 5 oder des § 381 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung entgegenstehen.

Die Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Kassenangeestellten haben in der endgültigen Ausgestaltung des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung im wesentlichen eine solche Fassung erhalten, daß die auch von uns gegen den Regierungsentwurf geäußerten Bedenken in der Hauptsache als behoben angesehen werden können.

Die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung (vergl. den Leitartikel in voriger Nummer Sp. 1081). In § 177 wurde die Versicherungsgrenze für die Krankenversicherung auf 2500 *M* erhöht.

In § 210 wurde den Landfrankenaffen die Befugnis gewährt, die sonst vorgeschriebene achtmäßige Dauer der Gewährung des Wochengeldes bis auf vier Wochen zu verkürzen. Zu § 525a wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß Berginvaliden, die als freiwillige Mitglieder Beiträge zur Knappschaftskasse zahlen, das Wahlrecht haben, auch wenn sie nicht mehr auf dem Bergwerk arbeiten. In § 560 (Aufzählung der unfallversicherungspflichtigen Betriebe) erhielt Ziff. 10 folgende Fassung:

„Betriebe zur Beförderung von Personen oder Gütern und Holzfallungsbetriebe, wenn sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht.“

Als Ziff. 11 wurde hinzugefügt:

„Unter der gleichen Voraussetzung (Nr. 10) Betriebe zur Behandlung und Handhabung der Ware. Das Reichsversicherungsamt bestimmt, welche kaufmännischen Unternehmen als Kleinbetriebe der Unfallversicherung nicht unterliegen.“

In § 612, nach dem den Verwandten der aufsteigenden Linie, die der Verstorbene „ganz oder überwiegend“ aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente von zusammen $\frac{1}{5}$ des Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren ist, wurden die Worte „ganz oder überwiegend“ durch das Wort „wesentlich“ ersetzt. Als § 640a wurde folgende Bestimmung eingefügt:

„Insofern durch Gesetz oder Vertrag dem Reiche, einem Bundesstaate, öffentlichen Verbänden oder Körperschaften das alleinige Recht vorbehalten wird, auf einer Wasserstraße Binnenschifffahrt oder einen Teil davon (Schleppschifffahrt und dergl.) auszuüben, gehören diese Betriebe den für sie gebildeten Berufsgenossenschaften an.“

In § 847 wurde trotz des energischen Widerspruchs der Regierungvertreter die Bestimmung angefügt, daß auch die die Unfallversicherungsvorschriften ergänzenden baupolizeilichen Vorschriften in einem Betriebe, in dem der deutschen Sprache nicht mächtige Arbeiter beschäftigt werden, falls 25 von ihnen gemeinsam eine andere Muttersprache sprechen, in dieser Sprache bekannt zu machen sind. In § 896 wurde im Gegensatz zur zweiten Lesung im Plenum der Kommissionsbeschluß wieder hergestellt, der die Beschränkung der Schadenersatzpflicht des Unternehmers nach anderen gesetzlichen Vorschriften für den Fall strafgerichtlicher Feststellung, daß er den Unfall vorzüglich herbeigeführt hat, auch dann ausgesprochen, wenn die Geschädigten keinen Anspruch auf Rente haben. — Beim vierten Buche „Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“ bestätigte ein Regierungvertreter, daß auch die Befassung der Luftschiffahrzeuge der Versicherungspflicht unterliegen sollen. Alle übrigen Änderungen waren mehr redaktioneller Natur. — Bei der Gesamtabstimmung über die Reichsversicherungsordnung stimmten außer den Sozialdemokraten zehn Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei gegen das Gesetz, während sich die Polen und der Abg. Kämpf (Fortschr. Volkspartei) der Stimme enthielten. — Der Bundesrat hat am 1. Juni der Reichsversicherungsordnung und dem Einführungsgezet zugestimmt.

Die rechtliche Zulässigkeit von schwarzen Listen der mit den Krankenkassenbeiträgen rückständigen Arbeitgeber ist vom preussischen Obergerichtsgericht (Urteil des III. Senats vom 18. Mai 1911) anerkannt worden. Die vereinigte Ortskrankenkasse der Handwerker zu Köln gab seit vielen Jahren bereits ein solches Verzeichnis heraus und legte es ihrem gedruckten Jahresberichte bei. In der Liste sind den Namen der Arbeitgeber Bemerkungen hinzugefügt, wie „unpündbar“ usw. Das Verzeichnis wurde so zu etwa 400 Stück verbreitet und gelangte an etwa 80 andere Krankenkassen, 80 Ärzte und über 200 Vertreter zur Generalversammlung. Dies Verfahren, das bei vielen Krankenkassen üblich ist, hielt der Oberbürgermeister von Köln für unzulässig, weil es einen Verstoß gegen die guten Sitten darstelle, und verbot die Beilegung eines derartigen Verzeichnisses zum Jahresbericht als Aufsichtsbehörde, indem er den Vorstandsmitgliedern für jede Zuwiderhandlung eine Geldstrafe androhte. Außerdem wies er sie darauf hin, daß sie für jeden Schaden, den dieses Verfahren mit sich bringen würde, verantwortlich seien. Gegen die Verfügung erhob die Kasse Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Der Bezirksausschuß wies sie ab. Er erblickte in dem Vorgehen gleichfalls einen Verstoß gegen die guten Sitten und eventuell eine schwere Kreditbeschädigung derjenigen Arbeitgeber, die nur vorübergehend zahlungsunfähig geworden seien und so gehindert würden, wieder emporzukommen. Das Obergerichtsgericht hob die Vorentscheidung auf und setzte die Verfügung des Oberbürgermeisters außer Kraft. Ein Verstoß gegen die guten Sitten nach § 138 BGB. liege nicht vor, weil man es hier nicht mit einem Rechtsgeschäft zu tun habe. Und § 826 BGB. könne nicht in Frage kommen, weil für ihn stets die

Voraussetzung einer illoyalen Handlung sei, wie das Reichsgericht in seiner ständigen Rechtsprechung ausführe. Die Kasse aber habe nur sich vor Schäden bewahren und niemanden schädigen wollen. Auch sonst gäbe es keine gesetzliche Bestimmung, die ein solches in unanfechtbarer Form zutage tretendes Vorgehen der Kasse verbiete.

Eine Unfallversicherung für die Landwirtschaft in Italien wird in einem dem Senat vorliegenden Entwurfe geplant, und zwar sollen von dieser alle irgendwie land- oder forstwirtschaftlich beschäftigten Angestellten- und Arbeiter-schichten, einschließlich Viehzucht und Verarbeitung oder Beförderung ländlicher Erzeugnisse, erfaßt werden, insofern der Verdienst 7 Lire täglich nicht überschreitet. Die Versicherung soll im Todesfalle für männliche erwachsene Arbeiter 2000 Lire, für weibliche erwachsene Arbeiterinnen 1000 Lire gewähren; für Kinder sind 500 Lire vorgesehen. Bei dauernder Arbeitsunfähigkeit sollen an erwachsene Männer 2500 Lire, an Frauen oder Kinder 1200 Lire gegeben werden. Bei dauernder teilweiser Arbeitsunfähigkeit soll von der für ganzliche Unfähigkeit angesetzten Summe ein entsprechender Abzug nach Maßgabe der Arbeitsfähigkeit gemacht werden, vorausgesetzt, daß diese letztere noch mindestens 20 v. H. beträgt. Trifft der Unfall eine Witwe, die den Familienunterhalt aufzubringen hat, so wird die Entschädigung für sie wie für einen erwachsenen Arbeiter festgelegt.

Volks-erziehung.

Der preussische Gesetzentwurf über das städtische Fortbildungsschulwesen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses, welche den Gesetzentwurf durchzuberalen hat (vergl. Soz. Pr. 39. XX Sp. 761 und 834) ist vor den Pfingstferien mit der ersten Lesung fertig geworden. Die weiteren Beratungen wurden bis nach Pfingsten vertagt. Bei den Kommissionsberatungen wurde der Regierungsentwurf in einer Reihe wichtiger Punkte durch eine aus den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei gebildete Minderheit gestützt, während die aus Konservativen und Zentrum gebildete Mehrheit es in der ersten Lesung stellenweise zu Beschlüssen gebracht hat, denen die Regierung vorläufig noch ein Unannehmbar entgegensetzt. Die wichtigsten Punkte der Verhandlungen sowie Änderungen des Regierungsentwurfs knüpfen sich an die folgenden Vorschriften. Zum § 1, der die Aufgaben der Fortbildungsschule umgrenzt und darunter auch die staatsbürgerliche Erziehung aufnimmt, wurde mit 11 gegen 8 Stimmen ein Antrag angenommen, daß wöchentlich 30 Minuten Religionsunterricht obligatorisch einzuführen seien.

Zur Begründung des Verlangens nach Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wurde von einem Zentrumsabgeordneten auf Württemberg und Bayern verwiesen, wo dieser Unterricht bereits eingeführt sei und zu Klagen keinen Anlaß gegeben habe.

Ein Regierungskommissar schränkte diese Behauptung dahin ein, daß in Württemberg der obligatorische Religionsunterricht nur an der sogenannten allgemeinen Fortbildungsschule bestesse. In den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen werde er nicht erteilt. Im übrigen hätten gerade die in Württemberg und Bayern gesammelten Erfahrungen die preussische Staatsregierung veranlaßt, von dem obligatorischen Religionsunterricht abzusehen. Praktische Schulmänner hätten über ihn ein wenig günstiges Urteil abgegeben.

Zu den §§ 2 und 3, welche Organisationsfragen betreffen, wurden Anträge angenommen, nach welchen vor der Beschlußfassung über Errichtung von Schulen neben der Gemeinde und Kommunalaufsichtsbehörde auch die Handwerks- und die Handelskammer zu hören ist, ferner soll die Zusammenlegung der Gemeinden außer von der Einwohnerzahl auch noch von der Gleichartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig zu machen sein.

Die in Petitionen beantragte Ausdehnung des obligatorischen Unterrichts auf die weibliche Jugend wurde der Kosten wegen und da man erst Erfahrungen mit der Pflichtfortbildungsschule für die Knaben machen wolle, abgelehnt.

Über die Beteiligung des Staates an den Kosten des Fortbildungsschulwesens wurde ein von freikonservativer Seite gestellter Antrag angenommen, der Staat solle auf den Kopf der Schüler mindestens 10 M. beisteuern. Vom Finanzminister wurde betont, daß die Staatsregierung bereit sei, über diese Summe hinauszugehen, sobald das Bedürfnis dazu vorliege. Dem Landtag soll alljährlich über die Verteilung des Fonds in den einzelnen Regierungsbezirken eine Aufstellung vorgelegt werden. Die Zahl der jährlichen Unter-

richtsstunden, die im Regierungsentwurf mit 160 angesetzt war, soll nach einem Zentrumsantrag mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf 140 herabgesetzt werden können.

Bei der Beratung des § 12 sowie der vom Zentrum neu beantragten §§ 12a und 12b handelte es sich hauptsächlich um die Fragen des Bestätigungsrechts der Regierung gegenüber dem Schulvorstand, sowie um die Zuziehung der Geistlichen zur Schulverwaltung. Das Bestätigungsrecht, also auch ein etwaiges Ablehnungsrecht aus parteipolitischen Gründen gegenüber Sozialdemokraten, wurde der Regierung zugestanden, nur die Fortschrittliche Volkspartei stimmte dagegen. Nach § 12b sollen von Amts wegen zu den Mitgliedern der Fortbildungsschulkommissionen die Ortsgeistlichen und, wo 20 jüdische Fortbildungsschüler vorhanden sind, auch der Ortsrabbiner gehören. Gegen diesen Paragraphen hatten sich Vertreter der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei ausgesprochen. Der Minister hatte erklärt, daß mit dieser Bestimmung das Gesetz unannehmbar sei. Der § 12b wurde jedoch mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich schließlich noch beim § 19, der dem Minister für Handel und Gewerbe den Erlaß von Bestimmungen über die Lehrpläne und über die Bildung und Zusammenfassung der Schulvorstände überträgt. Von konservativer Seite wurde beantragt, daß im § 19 statt: „wird der Minister für Handel und Gewerbe“ gesetzt wird: „werden der Minister für Handel und Gewerbe und der Unterrichtsminister beauftragt“. Der Handelsminister wehrte sich gegen diesen Antrag, den er als Mißtrauen gegen seine Verwaltung auffassen würde. Durch Kabinettsorder vom Jahre 1884 seien die Fortbildungsschulen dem Handelsminister unterstellt. Ein Grund, von dieser Kabinettsorder abzuweichen, liege nicht vor. Der Minister fand Unterstützung bei den volksparteilichen und nationalliberalen Mitgliedern der Kommission. Der Antrag der Konservativen wurde jedoch schließlich angenommen, nachdem sich die Antragsteller allerdings vorbehalten hatten, eventuell in der zweiten Lesung ihre Ansicht zu revidieren. Die übrigen hier nicht erwähnten Bestimmungen des Gesetzes fanden meist in der Form der Regierungsvorlage oder nur mit redaktionellen Änderungen Annahme.

Der Gesetzentwurf betr. Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Westfalen, sowie in der Rheinprovinz und in den Hohenzollernschen Landen, über dessen Behandlung im Herrenhause in der *Soz. Pr.* XX, Sp. 825 und 890 berichtet wurde, gelangte am 10. Mai in erster Lesung vor das Abgeordnetenhaus. Die Begründung übernahm Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer. Der Gesetzentwurf fand im allgemeinen eine günstige Aufnahme bei allen Parteien. Unterschiede in der Auffassung traten auch bei der ländlichen Fortbildungsschule ebenso wie bei der städtischen Fortbildungsschule in der Frage des Religionsunterrichts hervor. Der Vertreter des Zentrums verlangte obligatorische Einführung des Religionsunterrichts, die Vertreter der konservativen und der freikonservativen Partei wollten nur fakultative Bestimmungen hierüber, die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei lehnten die Einführung des Religionsunterrichts ab. Von dem Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei wurde ferner angeregt, das Gesetz auch auf die Provinzen Posen und Westpreußen auszudehnen.

Der Gesetzentwurf wurde schließlich zur Kommissionsberatung überwiesen, und zwar wird ihn dieselbe Kommission behandeln, die auch den Gesetzentwurf über die städtischen Pflichtfortbildungsschulen bearbeitet.

Volksgesundheit.

Die Schulspeisung in Karlsruhe.

Von Sonja Kronstein, Karlsruhe i. B.

Wie in vielen anderen Städten, verankert die Karlsruher Schulspeisung die erste Anregung zu ihrer Existenz dem Erscheinen des Buches von Helene Simon „Schule und Brot“. ¹⁾ Im Jahre 1907, also gleich nach der Herausgabe des genannten Buches, fingen Frauen aus den Vereinen „Frauenbildung—Frauenstudium“ und „Rechtsauskunftsstelle für Frauen“ an, sich eingehend mit der Frage der Schulspeisung zu befassen. Im Laufe der sozialen Tätigkeit trifft man stets auf eine größere Anzahl von Familien, deren Kinder sichtlich unterernährt sind, und die durch die Ab-

wesenheit der Eltern während der Mittagszeit schwer geschädigt werden. Wohl existierte schon damals in Karlsruhe die Abgabe von Frühstückskarten, aber diese Einrichtung war damals noch sehr primitiv. Die Kinder mußten in eine der betreffenden Schule nahegelegene Wirtschaft gehen, wo sie gegen Vorzeigen der Karte Milch und Brot erhielten. ²⁾ Von dieser Einrichtung wurde noch im Jahre 1907 sehr wenig Gebrauch gemacht. In Karlsruhe sind verhältnismäßig wenig verheiratete Frauen in der Industrie beschäftigt, müssen also nicht morgens in aller Frühe das Haus verlassen, sondern sie sind mehr als Wasch- und Putzfrauen oder in Geschäften tätig und können über Mittag nicht heimkommen, so daß also eine Mittagspeisung für die Kinder nötiger ist. Die genannten Frauvereine veranstalteten am 29. April 1908 eine Versammlung, zu der Persönlichkeiten aus allen Parteien und Ständen eingeladen wurden, und der auch Helene Simon beizuhnte. Es wurde ein Komitee gewählt, das aus Pfarrern, Lehrern, Frauen aus den veranstaltenden Vereinen und aus Vertretern anderer Vereine bestand. Nach der Meinung dieses Komitees mußte die Schulverwaltung durch Erhebungen feststellen können, ob in Karlsruhe eine Schulspeisung überhaupt und ob die Abgabe von Frühstück oder Mittagessen nötiger sei. In diesem Sinne wurde eine Petition an die Schulkommission eingereicht, die von mehr als dreißig Vereinen unterschrieben wurde. Wegen der großen technischen Schwierigkeiten und der damit verbundenen Belastung der Lehrer, lehnte es der Stadtrat ab, Erhebungen in der Schule machen zu lassen. Er entschied sich aber im Herbst 1909 für die Einrichtung einer Mittagspeisung an einer Schule. Es wurden dafür 2000 M. aus der Wohltätigkeitskasse bewilligt. Nur bei nachgewiesener Armut sollten die Kinder Freispeisung erhalten. Wenn der Vater einen regelmäßigen Verdienst hätte, sollte er 18 M. täglich für jedes Kind zahlen, bei Familien mit großer Kinderzahl sollte eine Ermäßigung auf 10 M. eintreten. Später wurde der Maximalbetrag auf 15 M. die Minimalzahlung auf 5 M. herabgesetzt. Die Eltern müssen sich bei der Rechtsauskunftsstelle für Frauen melden. Diese hat zunächst die Verhältnisse zu prüfen und dem Armenrat ihre Eindrücke mitzuteilen. Der Armenrat prüft dann nochmals die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Familie und bestimmt, ob Freispeisung erfolgen kann oder nicht.

Im ersten Winter und Frühjahr (vom 13. Dezember 1909 bis zum 15. Juni 1910) wurden in einer Schule 80—90 Kinder täglich gespeist, von denen aber nur ganz wenige (etwa 3 Kinder) zahlten. Aus diesem Umstand glaubten nun viele die Schlußfolgerung ziehen zu dürfen, daß die Schulspeisung das Verantwortungsfühl der Eltern herabmindere. Es wurden in unserer Stadt Stimmen laut, daß ein Bedürfnis für die Schulspeisung gar nicht vorliege, daß die Eltern ihre Kinder nur speisen lassen, weil es nichts koste.

Da man nicht an der Hand von statistischen Erhebungen das Gegenteil beweisen konnte, so mußte aus Rücksicht auf diese Stimmung die Prüfung der Verhältnisse verschärft werden. Aber die Zahl der als bedürftig erkannten Kinder verminderte sich durchaus nicht. Als im Herbst 1910 wieder mit der Schulspeisung begonnen wurde, war sehr bald in der einen Schule wieder die gleiche Zahl freispeisender Kinder vorhanden, wie bisher, es kamen nur verschiedene zahlende Kinder noch hinzu.

Der Stadtrat erklärte sich auf eine Eingabe hin bereit, die Schulspeisung in einem zweiten Stadtteil zu eröffnen und stellte auch hier ein Schulzimmer zur Verfügung. In dieser zweiten Schule werden täglich 40 Kinder gespeist. Die kleinere Zahl erklärt sich jedenfalls aus den beiden Tatsachen, daß diese Schule in einem weniger armen Stadtteil gelegen und daß diese Einrichtung, die erst seit dem 23. Januar 1911 besteht, noch nicht genügend bekannt ist.

Es wird vielleicht für die Allgemeinheit nicht uninteressant sein, wenn an zwei ganz verschiedenen Fällen einige Zahlen über Einnahmen und Ausgaben, die anlässlich der Prüfungen gesammelt wurden, an dieser Stelle mitgeteilt werden.

Frau C. ist Witwe mit drei Kindern, wovon zwei schulpflichtig und eines jünger ist. Sie ist Näherin und verdient im Kundenhaus 1,50 M. am Tag und ihr Essen. Wenn nicht im Kundenhaus, verdient sie 1 M. und muß sich selbst verköstigen. Im Monat Oktober war sie nur 6 mal im Kundenhaus. Da sie sonst niemand bei sich hat, muß sie sich unter allen Umständen 1—2 Tage in der Woche ihrem Haushalt widmen.

²⁾ Inzwischen hat sich auch diese Einrichtung ausgebaut. Jetzt wird in mehreren Schulen Milch und Brot von den Schuldienern besorgt und in der Schule abgegeben.

¹⁾ Verlag von Leopold Voß, Hamburg und Leipzig 1907.

Einnahmen	monatlich	Ausgaben	monatlich
Armenunterstützung . . .	11,08	Kolonialwaren . . .	13,77
Verdienst . . .	27,50	Kohlen . . .	3,20
Verdienst durch Zeitung- tragen . . .	8,00	Erdöl . . .	1,20
Außerordentliche Zuwendg. . .	4,00	Milch . . .	5,20
	51,18	Brot . . .	9,20
		Seife . . .	0,80
		Schuhe (Rep.) . . .	3,20
		Miete . . .	11,68
			48,41

Es blieben nur 2,78 M übrig für Fleisch, Kleidung, Arbeitsgeräte (Nadeln, Nähmaschinen usw.) und für Anschaffung von Hausgeräten (Besen, Kochtöpfe usw.). In einem günstigen Monat stellt sie sich auf etwa 10 M besser, kann aber dann an Wochentagen nie zu Hause kochen.

Wie nötig aber auch Kinder von nicht armenunterstützten Eltern die Schulspeisung in vielen Fällen haben, mag folgendes Beispiel bezeugen.

Die Familie K. hat eine feste Einnahme von 80 M monatlich. Die Frau erwartet das fünfte Kind, das älteste ist 10 Jahre alt, zwei besuchen die Schule. Der Mann, ein solider Arbeiter (Diener in einem Geschäft), braucht für sich monatlich			
Beser und Frühstück . . .	8,00 M	Kleidung und Unvorher-	
Miete . . .	18,33	gesehenes . . .	3,10 M
Heizung u. Beleuchtung . . .	5,60	Bäder (Seife) . . .	1,20
Stiefel mit Reparaturen . . .	8,10	Steuer und Umlage . . .	1,20
Abzahlung für ein Bett . . .	4,00		49,83 M

Für Nahrungsmittel hat somit die Familie kaum mehr als eine Mark täglich. Die Frau ist sehr sparsam und kann auch kochen. Sie gebraucht täglich

1 Liter Milch . . .	0,22 M	Kaffee (Kornkaffee) . . .	0,08 M
Brot . . .	0,48	Zucker . . .	0,07
			0,83 M

Es bleiben für die ganze Familie 18 M täglich um außer Kaffee und Brot etwas zu kaufen. Wenn die zwei schulpflichtigen Kinder an der Schulspeisung teilnehmen, kann die übrige Familie ein besseres Mittagessen haben.

Die Verwaltung der Karlsruher Schulspeisung liegt in Händen eines Ausschusses von Männern und Frauen, an dessen Spitze ein Vertreter der Stadtverwaltung steht. Die Arbeit (Ausstellung, Buchführung und Aufsicht) wird von Frauen und Mädchen freiwillig geleistet. Das Essen (Suppe, Gemüse und Fleisch) wird in zwei den betreffenden Schulen nahegelegenen Volkstüchen gekocht und in Kochkisten transportiert. Diese Volkstüchen gehören dem Badischen Frauenverein, dem die Stadt den Selbstkostenpreis, 15 M für die Portion, zahlt. Außerdem bekommt jedes Kind noch ein großes Stück Brot.

Um die Wohltätigkeitskasse nicht mehr als mit den vom Bürgerausschuß bewilligten 2000 M zu belasten, werden nur die Kosten für diejenigen Kinder, deren Eltern nicht armenunterstützt sind, aus der Wohltätigkeitskasse gedeckt. In diesem Fall werden sie nicht als armenunterstützt angesehen. Für die Kinder aber, deren Eltern ohnehin dauernd armenunterstützt sind, zahlt die Armenkasse.

Unser Besuch, die ganze Einrichtung nicht als Wohltätigkeitsfache, sondern als Schulangelegenheit zu behandeln, wurde abgelehnt. Sie ist, wie in den meisten deutschen Städten, Wohltätigkeitsfache geblieben.

Obgleich die städtische Schulverwaltung der Schulspeisung in letzter Zeit viel Interesse entgegenbringt, legt sie Wert darauf, die Angelegenheit von den eigentlichen Zwecken der Schule getrennt behandeln zu wissen. Wohl haben auch hier schon einzelne Lehrer die Ansicht ausgesprochen, daß die bessere Ernährung der Kinder den Unterricht erleichtere; aber im großen und ganzen zeigt die Lehrerschaft wenig Interesse dafür. Da nun aber nur mit Hilfe der Lehrer und Schulärzte mit Sicherheit festgestellt werden könnte, inwiefern die Schulspeisung einem allgemeinen Bedürfnis entspricht und welche Resultate nach Ablauf eines Schuljahres erzielt worden sind, so müssen wir uns in Ermangelung dieses Hilfsmittels auf allgemeine und persönliche Eindrücke beschränken. So konnten wir denn bei vielen Kindern eine augenscheinliche Erholung bemerken. — Sehr wichtig erscheint auch der kulturelle Einfluß, den die aufstrebenden Frauen auf die Kinder ausüben. Dank dem großen Interesse, das die mitarbeitenden Frauen an den Kindern nehmen, wird manches Familienelend gelindert; manches Kind, das sich auf gefährlicher Bahn befindet, wird durch rasches Eingreifen der Frauen gerettet. Von einer Herabminderung des Verantwortlichkeitsgefühls bei den Eltern ist nichts wahrzunehmen. Nur ganz selten, ja fast nie, wenden sich Eltern an das Komitee, wenn nicht ein wirkliches

Bedürfnis vorliegt. Der beste Beweis für diese Wahrnehmung ist der schwächere Besuch der Schulspeisung in der Weststadt, wo weniger Bedürftige wohnen. Im großen und ganzen entschließen sich die Bedürftigen in Karlsruhe nur schwer, ihre Kinder an der Schulspeisung teilnehmen zu lassen und behalten sie, sowie eine Besserung ihrer Einkommensverhältnisse eingetreten ist, freiwillig daheim. Sehr oft aber schiden sie die Kinder auch nicht zum Essen, weil diese von 12—2 Uhr Zeitungen austragen oder sonstige Dienstleistungen ausüben. Leider hat das Komitee für Schulspeisung kein Mittel, diesem Übel zu steuern, obgleich nach der letzten Verfügung über gewerbliche Kinderarbeit³⁾ ein direktes Verbot vorliegt, es sei denn Anzeige bei der Polizei, was aber aus verschiedenen Gründen nicht wünschenswert wäre. Wenn die Schulspeisung für die einmal als bedürftig erkannten und zur Speisung zugelassenen Kinder als obligatorisch betrachtet werden könnte, dann würde auch diesem Übel abgeholfen werden können.

Aus dem Gesagten geht zur Genüge hervor, daß die Karlsruher Schulspeisung sich zwar noch im Entwicklungsstadium befindet, daß sie aber auf dem besten Wege ist, eine mustergültige Einrichtung zu werden. Es wäre nur sehr zu wünschen, daß hier und in ganz Deutschland die Lehrerschaft sich mehr mit der Frage der Schulspeisung befassen möge. Wie ich höre, will sich der Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein bei seiner Tagung in Nürnberg mit unserer Sache beschäftigen. Es ist zu hoffen, daß bald ein größeres Interesse für die Schulspeisung in allen Kreisen, besonders aber in Lehrerkreisen erwachen wird. Erst wenn Schul- und Armenverwaltung gemeinsam an dem Ausbau der Einrichtung arbeiten werden, kann die Schulspeisung zu einem nationalen und kulturellen Segen für Deutschland werden.

Rauch und Ruß in deutschen Großstädten. Der durch seine langjährigen Forschungen auf diesem Gebiete bekannte Kreisarzt Dr. Ascher-Königsberg hat mit Unterstützung des Prof. E. v. Eschmarch in Göttingen im Jahre 1910 in zahlreichen deutschen Städten nach einem einheitlichen Filterverfahren (500 l Luft wurden durch weißes Papierfilter gesaugt und der Verschmutzungsgrad mittels einer Farbestaffel von 1 bis 6 festgestellt) den Gehalt der Luft an Rauch und Ruß untersuchen lassen und zwar hauptsächlich im Juli und im Dezember dreimal täglich. Darnach ergab sich (die Ziffern in Klammern beziehen sich auf Juli): Tübingen 0,5 (0,06), Meran 1,7 (—), Berlin 1,76 (1,4), Königsberg 1,38 (0,18), Hamburg 2,12 (1,49), Frankfurt a. M. 2,22 (1,28), Köln 2,42 (2,29), Leipzig 2,69 (1,0), Danzig 2,9 (1,26), Dresden 2,93 (1,02), Chemnitz 3,6 (2,31), Deuthen 4,97 (3,57).

Ein internationaler Kongreß für Säuglingschutz wird vom 11. bis 15. September d. J. in Berlin unter der Oberhoheit der Kaiserin stattfinden. Es ist dies der dritte Kongreß dieser Art, die Vorgänger fanden 1905 in Paris und 1907 in Brüssel statt. Für die Tagung, die im Reichstagsgebäude abgehalten wird, sind Allgemeinsitzungen sowie Abteilungsberatungen vorgesehen; die Magistratsräte von Berlin und Charlottenburg werden den Kongreß offiziell begrüßen, ein Ausflug nach Dresden zur Besichtigung der Hygieneausstellung schließt sich an. Die Hauptvorträge des Kongresses werden sein: Geh. Medizinrat Prof. Dr. Feubner-Berlin über: Physiologie und Pathologie des Säuglingsalters im Universitätsunterricht; Zurquau vom Ministerium des Innern, Paris, über: Historische Entwicklung des Kinderchutzes; Ministerialrat v. Ruffy-Budapest über: Staatlicher Säuglingschutz. Das Generalsekretariat hat der Leiter des Auguste-Victoriahauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Prof. Dr. Keller, Charlottenburg, Rohlfischstr. 3, übernommen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Der Goldwahn. Die Bedeutung der Goldzentralisation für das Wirtschaftsleben. Von Walter F. Hausmann, Berlin. Preis 8 M. Puttkammer und Mühlbrecht. Berlin 1911. 586 S.

Standesfragen der deutschen Rechtsanwälte. Heft I: Freie Advokatur und numerus clausus. Von Georg Reibnig. — Heft II: Juristenbildung, insbesondere die Vorbildung der Rechtsanwälte in ihrer Entwicklung bis heute. Mainz 1911. Verlag der Zentralbuchhandlung deutscher Rechtsanwälte.

Die deutsche Post als Vermittlerin von Warenverkehr. Von Dr. Oswald Hammer. Leipzig, C. L. Hirschfeld 1911. Preis 2,40 M.

³⁾ Vom 3. April 1911 Nr. 35 972 b III.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Petitzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Persönliche im modernen Unternehmertum.

Von
Kurt Wiedensfeld.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: I. Die Aufgabe der Unternehmung. II. Der französische Unternehmertypus. III. Das englische Unternehmertum. 1. Der Selbständigkeitsdrang. — 2. Das technische Interesse. — 3. Die Abneigung gegen Preisunterbietung und Marktkämpfe. IV. Der nordamerikanische Unternehmer. V. Der deutsche Unternehmercharakter in seinen Grundzügen. 1. Der Selbständigkeitsdrang. — 2. Diszipliniertheit und Organisationsgabe. — 3. Der Sinn für wissenschaftliche Technik. VI. Charakteristische Unternehmertypen im deutschen Unternehmertum. 1. Vergleich verschiedener Industriezweige. 2. Vergleich verschiedener Unternehmungen gleicher Industriezweige. VII. Die Steigerung in der Bedeutung der Unternehmer-Persönlichkeit. 1. Die Ansprüche an die Unternehmerleistungen früher und jetzt. — 2. Der Kampf zwischen Unternehmertum und Kapital. VIII. Der moderne Unternehmer als Kulturfaktor.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von
Werner Heunmeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Nachhaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbecken Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzversorgung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Verlag Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M. 2.

Soeben erschienen:

Die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen des Reichstags.

Von

Gustav Hoch

Mitglied des Reichstags und der Kommission für die RVO.

Wem die umfangreichen Reichstagsbände nicht zur Verfügung stehen, findet in dieser Schrift einen zuverlässigen und wertvollen Führer.

Preis: Mk. 1.—.

Der staatsrechtliche Ausgleich

zwischen

Österreich und Ungarn.

Von

Dr. Ivan Bolger,

Privatdozenten der k. k. Wiener Universität.

Preis: 9 Mark.

Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Entstehungsgeschichte der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867. — II. Der ungarische Gesetzentwurf XII vom Jahre 1867. — III. Das österreichische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. — IV. Gegenüberstellung der Bestimmungen des österreichischen und des ungarischen Ausgleichsgesetzes. 1. Einleitung. 2. Ausgangspunkt. Grundideen und Gesichtspunkte. 3. Kosten des Postulates. 4. Die auswärtigen Angelegenheiten. 5. Das Kriegswesen. 6. Das Finanzwesen. 7. Die Quote. 8. Die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. A. Grundvoraussetzungen. B. Das gemeinsame Ministerium. C. Die Delegationen. a) Rechtsgrund- und Zweckbestimmung. b) Zusammenfassung. Wahlen. Verlust der Mitgliedschaft. Eintritt von Ersatzmännern. c) Wahlperioden und Funktionsdauer. d) Unzulässigkeit von Instruktionen. e) Immunität der Delegierten. f) Jährliche Einberufung. Versammlungsort. g) Präsidium. Schriftführer. Geschäftsordnung. h) Beratung und Beschlussfassung. Öffentlichkeit der Sitzungen. i) Verkehr der beiden Delegationen. k) Gemeinsame Abstimmung. l) Wirkungsbereich und Verfahren. Interpellationsrecht. Kostenvoranschlag. Rechnungslegung. Genehmigung und Vollzug der Beschlüsse. Initiativrecht. m) Anlage des gemeinsamen Ministeriums. n) Schluss der Session. o) Auflösung des Reichsrates oder des Reichstages. — 9. Partiiert gemeinsame Angelegenheiten. a) Rechtsnatur. b) Staatsschulden. c) Zoll- und Handelsverhältnisse. Indirekte Steuern. Verwendung der Holleinkünfte. Münzwesen und Geldfuß. Eisenbahnen. d) Vorbehalt des selbständigen Verfügungsrechtes. 10. Schlussbestimmungen.

Soeben ist im Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig erschienen:

Die Besteuerung nach dem Überfluß (nach der Ersparnismöglichkeit).

Ein Beitrag zur organischen Neuordnung der direkten Steuern in Preußen.

Von Bürgermeister **H. Weissenborn** in Halberstadt.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: I. Die allgemeinen Richtlinien für die organische Fortbildung der direkten Staatssteuern. — II. Die bisher befürwortete Überflußsteuer und ihre Kritik. — III. Die Überflußsteuer als Steuer nach der Ersparnismöglichkeit. — IV. Die praktische Ausgestaltung der Überflußsteuer und ihre Bedeutung für die Steuerreform.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Eittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W. 8, Mauerstr. 43, 44.

Diese Nummer enthält Verlagsanzeigen von **B. G. Teubner, Leipzig** und von der Librairie des Sciences Politiques et Sociales. **Marc. Rivière & Co., 31, rue Jacob, Paris.**

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesvers.-Assessor Seelmann.

Verlag von **Ad. Littmann, Oldenburg i. Gr.**

Preis, durch die Post: 1 M. halbjährlich.

Sonderausgaben für Rheinland-Westfalen, Bayern usw. halbjährlich 1,20 M.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weitest möglicher Verbreitung. Sobald der Entwurf der Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden ist, wird der Versicherungsbote eine Darstellung des neuen Rechts bringen, die die Unterschiede zwischen dem neuen und dem geltenden Recht besonders hervorheben wird. Der laufende Jahrgang wird daher dauernd ein wertvolles Nachschlagewerk sein.

Viele Versicherungssträger und andere Stellen beziehen das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung im Briefkasten besonders wertvoll.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Das englische Arbeitslosen-Versicherungsgesetz. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg. 1137

Soziale Sorgen im Lichte des Evangeliums. Von Privatdozent Dr. Waldeemar Zimmermann, Berlin. 1142

Allgemeine Sozialpolitik. 1148

Die Regelung der Rechtsverhältnisse der häuslichen Diensthöfen. 1148

Soziale Zustände. 1148

Die Mißstände im Bäckereigewerbe. Die Löhne der Landarbeiter in Großbritannien. 1150

Rechtspflege. 1150

„Recht und Wirtschaft“. Keine Berufungslosigkeit eines Gewerbegerichts. 1150

Gewerbliche Aufhebung des Ausschlusses aus Arbeitervereinen in Dänemark. 1150

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten. 1152

Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. 1152

Der 14. Verbandsvertretertag der katholischen Arbeitervereine (Eich Berlin). 1152

Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine. 1152

Streik und Aussperrungen. 1153

Das Ende des Berliner Bäckereistreiks. Ein Seemannstreik in Southampton. 1153

Arbeiterstreik. 1153

Die bremische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910. 1153

Ein Hamburger Vergesetz ohne Arbeiterstreik. 1153

Ein Steinhauerstreikgesetz in Holland. 1153

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. 1155

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. 1155

Die Arbeitslosenzählung in Nürnberg am 11. und 12. Januar 1911. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Stettin. 1156

Wohlfahrts-Einrichtungen. 1156

Der Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege. 1156

Der Berliner Hauspflegeverein. Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime. 1157

Wohlfahrtslehre. 1157

Die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung. Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen. Die Regelung des weiblichen Lehrlingswesens in Baden. Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen. Eine „soziale Woche“ des katholischen Volksbundes in Österreich. 1159

Wohlfahrtslehre. 1159

Die Berufskrankheiten der Bürstenmacher. Von Dr. med. W. Hanauer, Frankfurt a. M. Schulgesundheitspflege und Schulärzte. Ein Kursus für Unfallheilung und Gewerbekrankheiten. Eine neue Professur für soziale Hygiene. Mutterchutz und Rassenhygiene. 1163

Wohnungswesen. 1163

Die 21. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer. Fabrikwohnungswesen in Deutschland. Wohnungsfürsorge in Stuttgart. 1166

Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte, Einigungsämter. 1166

Streik der Arbeitgeberbeihilfer am Kaufmannsgericht. Die Bayerische Gewerbegerichtsstatistik 1910. 1166

Literarische Mitteilungen. 1166

arbeitung verdient dieser Entwurf die größte Aufmerksamkeit aller Interessenten.

Der Entwurf unterscheidet: a) eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für bestimmte Berufe und b) die Begünstigung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für alle Berufe.

A. Die obligatorische Arbeitslosenversicherung ist beabsichtigt für folgende Gewerbe: Baugewerbe, Schiffbau- und Metallgewerbe. Dieser Aufgabekreis des neuen Gesetzes ist um deswillen interessant, weil Schiffbau- und Baugewerbe ausgesprochene Saisongewerbe sind. An Beiträgen müssen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 20 *M* zahlen für jede Beitragsperiode. Als Beitragsperiode gilt — und das ist, was wir nachher sehen werden, sehr wichtig — der Zeitraum von einer Woche oder weniger. Der Staat trägt ein Drittel des Gesamtbeitrags von Unternehmer und Arbeiter zusammen bei. Für die Art der Zahlung der Beiträge hat das englische Gesetz unsere deutsche Invalidenversicherung zum Muster genommen. Der Arbeitgeber hat also den Beitrag für sich und den Arbeitnehmer zusammen in der Form einer 40 *M*-Marke einzulösen. Der einzige Unterschied ist der, daß der Arbeiter in England diese Marken gefleht bekommt nicht in eine Karte, die nur 2 Jahre gilt, sondern in ein Buch, das er dauernd behält.

Voraussetzung der Unterstützung ist zunächst eine Arbeit von 26 Wochen in dem entsprechenden Berufe. Dann darf selbstverständlich der Grund der Arbeitslosigkeit nicht in Streik oder Aussperrung bestehen. Hier macht jedoch das englische Gesetz folgenden interessanten Vorschlag, daß nämlich eine Arbeitslosigkeit, deren Grund Streik oder Aussperrung war, nur solange nicht zur Arbeitslosenunterstützung berechtigt, als der Streik oder die Aussperrung fortdauert. Von dem Moment der Beendigung des Streiks oder der Aussperrung ab soll auch ein solcher Arbeitsloser, dessen Arbeitslosigkeit ursprünglich auf Streik oder Aussperrung beruhte, Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Es ist dies ein von großem Wohlwollen diktiert, mir durchaus billig erscheinender Grundsatz.

Weiter hat selbstverständlich keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung derjenige Arbeitslose, der seine Beschäftigung durch eigene Schuld verloren oder freiwillig die Arbeit ohne gerechte Ursache aufgegeben hat. Auch hier begrenzt jedoch der englische Gesetzentwurf die Zeit des Ausschlusses eines solchen Arbeitslosen von der Unterstützung auf eine bestimmte Dauer und zwar auf sechs Wochen von dem Datum des Austritts aus der Beschäftigung. Auch diese Bestimmung ist außerordentlich wohlwollend für die Arbeitslosen. Interessant ist, daß genau dieselbe Karenzzeit von 6 Wochen auch für die Gefangenen gilt dergestalt, daß nach Ablauf von sechs Wochen nach der Entlassung aus dem Gefängnis auch ein früherer Gefangener Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat. — Durch die Festsetzung einer einwöchentlichen Karenzzeit vor dem Bezug jeder Arbeitslosenunterstützung folgt das englische Gesetz den wohl allgemein in Deutschland bestehenden Statuten der Gewerkschaften.

Die Unterstützungshöhe beträgt für die Woche 7 *M* für die Metallindustrie und den Schiffbau und 6 *M* in der Woche für die Arbeiter des Baugewerbes. Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt 15 Wochen in den letzten 12 Monaten, und darüber hinaus ist bestimmt, daß nicht mehr als eine Woche Unterstützung bezogen werden kann für je fünf Wochen Beitragszahlung. Diese Bestimmung ist als Gegengewicht gegen arbeitscheue Ele-

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Das englische Arbeitslosen-Versicherungsgesetz.

Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg.

Vor einigen Wochen hat die englische Regierung bekanntlich im Unterhause den Entwurf eines großen Volksversicherungsgesetzes (National Insurance Bill) eingebracht, dessen zweiter Teil sich mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit beschäftigt (vgl. Soz. Prax. XX. Sp. 988). Es ist dies das erste Mal, daß ein großer Staat es versucht, die Arbeitslosenversicherung obligatorisch durchzuführen, und deshalb sowie wegen der außerordentlich gründlichen Aus-

mente gedacht. Interessant ist, daß das Handelsministerium die Vollmacht bekommen soll, den Unterstützungssatz zu ändern innerhalb der Grenzen von 6 bis 8 *M* pro Woche, und daß es ebenfalls berechtigt sein soll, die Maximalfrist von 15 Wochen herabzusetzen. Auch noch größere Änderungen in diesen gesetzlichen Bestimmungen sind möglich in einem Verwaltungsverfahren nach vorangegangener öffentlicher Enquete. Es ist dies die typische englische Form, wie sie in dem Fabrikgesetz niedergelegt ist. Eine derartige Regelung hat ihr Analogon in den Vollmachten des deutschen Bundesrats für die Ausdehnung der Invalidenversicherung, geht aber wohl über die Vollmachten, die das deutsche Invalidenversicherungsgesetz dem Bundesrat bisher gewährt hat, noch erheblich hinaus.

Die Verwaltung und Durchführung der Arbeitslosenunterstützung überweist das englische Gesetz den staatlichen Arbeitsnachweisen und schließt sich damit den Anschauungen derer an, die auch in Deutschland den Arbeitsnachweis als die Voraussetzung und das Rückgrat für eine öffentliche Organisation der Arbeitslosenversicherung hingestellt haben. Wer also arbeitslos wird, kommt mit seinem Dittlungsbusche auf den Arbeitsnachweis und verlangt die Unterstützung. Zur Abfertigung dieser Leute werden besondere „Versicherungsbeamte“ bei dem Arbeitsnachweis angestellt. Es entspricht dieser „Insurance officer“ wohl in etwas dem Versicherungsamtmannt unserer neuen Reichsversicherung. Gegen die Entscheidungen des Versicherungsbeamten hat der betreffende Arbeitslose das Recht der Beschwerde an einen Beschwerdebhof, der sich zusammensetzt aus je einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem Vorsitz eines Unparteiischen. Es entspricht diese Regelung dem Vorgange der Straßburger Arbeitslosenversicherungsordnung. Um eine möglichst schnelle Rechtsprechung zu erreichen, sollen diese Beschwerdebgerichthöfe wöchentlich einmal Sitzung abhalten. Ihr Spruch ist für den Arbeitslosen mit Kosten nicht verknüpft. Für den Fall, daß der Arbeitslose von dem Gerichtshof zum Erscheinen von auswärts bestellt wird, hat er Anspruch auf Reisegeld. Falls die Entscheidung dieses Beschwerdebgerichthofes mit der Entscheidung des Versicherungsbeamten übereinstimmt, ist sie endgültig. Falls sie nicht übereinstimmt, hat der Arbeitslose das Recht der weiteren Beschwerde, und zwar entscheidet dann endgültig ein einziger sachverständiger Unparteiischer. Das englische Prinzip der Rechtsprechung durch nur einen Richter findet sich also auch hier in diesem Verfahren. Für uns Deutsche, die wir als obere Instanz über einen kollegialen Gerichtshof uns nur einen weiteren kollegialen Gerichtshof mit womöglich größerer Zahl der Beisitzer vorstellen können, ist diese Regelung gewiß sehr interessant.

Was aber den englischen Arbeitslosenversicherungs-Gesekentwurf in meinen Augen besonders auszeichnet, das ist die Vorsicht und Überlegung, die bei der Durcharbeitung dieses Entwurfs in der Richtung hervortritt, daß man durch diese Gesetzgebung die Gefahr der Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu vermeiden sucht und im Gegenteil von vornherein auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit hinzusteuern sucht.

In dieser Richtung hofft der Gesekentwurf zunächst eine Verminderung der Arbeitslosigkeit durch die Hebung der Frequenz der öffentlichen Arbeitsnachweise, die seines Erachtens eine Folge dieser Gesetzgebung sein wird. Da jeder Arbeitslose gezwungen ist, um Unterstützung zu erhalten, sich alsbald auf dem staatlichen Arbeitsnachweis zu melden, ist in der Tat wohl ohne weiteres zu erwarten, daß in Zukunft auch die Arbeitgeber diese Arbeitsnachweise in der Erwartung, dort regelmäßig Arbeitslose finden zu können, mehr benutzen werden. Nach den Erfahrungen, die z. B. in Straßburg gemacht worden sind, kann man eine derartige Erwartung als zutreffend wohl annehmen.

Zweifelhaft erscheint mir die andere Hoffnung des Gesekentwurfs, daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit deshalb eintreten wird, weil die Arbeitgeber durch ihre Zwangsbeiträge an einer möglichst großen Verminderung der Arbeitslosigkeit interessiert sein werden. In dieser Richtung argumentiert der Gesekentwurf folgendermaßen: Der Staat garantiert nicht für die Zahlung der in dem Gesetz versprochenen Unterstützungsbeträge. Für den Fall von schweren Krisen ist zwar vorgesehen, daß das Reichsschatzamt dem Arbeitslosenversicherungsfonds einen entsprechenden Vorschuß gibt, um ihn in die Lage zu versetzen, den an ihn gerichteten Anträgen zu entsprechen. In diesen Fällen soll jedoch alsbald ein Beschluß darüber gefaßt werden, in welcher Weise die Arbeitslosenversicherung mit ihren eigenen Mitteln weiter aufrecht erhalten werden kann. Es würde also in diesen Fällen eine Erhöhung der Beiträge oder eine Herabsetzung der Unterstützungs-

sätze zu beschließen sein. Das Gesetz erwartet nun von den Unternehmern, daß sie, um eine derartige Erhöhung der Beiträge zu vermeiden, sich ihrerseits bemühen werden, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Mir scheint ein Erfolg dieser Deduktion recht fraglich.

Sehr vernünftig dagegen sind eine Reihe von Einzelschriften, die alle den Zweck haben, die Arbeitslosigkeit möglichst zu vermindern. In dieser Richtung soll zunächst wirken die bereits vorher kurz erwähnte Bestimmung, daß als Beitragsperiode gilt der Zeitraum von einer Woche oder weniger. Der Erfolg dieser Bestimmung ist, daß der Unternehmer und Arbeiter mehr Beiträge zu entrichten hat bei vorübergehender Gelegenheitsarbeit. Wenn also ein Unternehmer einen Bautagelöhner auch nur einen Tag in der Woche gebraucht hat, so ist der Unternehmer und Arbeiter zur Bezahlung des vollen Wochenbeitrags von je 20 *ſ* gezwungen. Durch diese Bestimmung hofft das englische Gesetz die Unternehmer zu veranlassen, einen möglichst ständigen Stamm von Arbeitern zu beschäftigen. Wer verfolgt hat, wie die Erörterungen der Reform des englischen Armenwesens in den letzten Jahren immer mehr von dem Problem der casual workmen beeinflusst werden, kann die Bedeutung dieser Frage für die englischen Verhältnisse ermessen. In derselben Richtung der Begünstigung von ständiger Arbeit liegt eine Bestimmung, wonach ein Arbeitgeber sich durch die Vorauszahlung von 15 *M* für ein Jahr für ein und denselben Arbeiter von der Zahlung der 52 Wochenbeiträge befreien kann. Die 52 Wochenbeiträge à 40 *ſ* würden den Betrag von 20,80 *M* ausmachen, so daß die 15 *M* Abonnementsbeitrag eine erhebliche Ermäßigung darstellen.

Weiter ist vorgesehen, daß ein Arbeiter bei der Erreichung des 60. Lebensjahres oder, falls er endgültig das betreffende Gewerbe aufgibt, schon bei Erreichung des 55. Lebensjahres seine gezahlten Arbeitslosenversicherungsbeiträge von dem Arbeitslosenversicherungsfonds zurückerhalten kann, insoweit diese seine Beiträge allein (ohne die Beiträge des Unternehmers oder des Staates) höher sind als die Unterstützungen, die er von diesem Fonds bezogen hat. Diese Summe bekommt er dann mit 2½ % Zinsen herausbezahlt. Eine derartige Bestimmung hat den Zweck, den tüchtigen Arbeiter, der seltener arbeitslos wird, vor Neid gegen die obligatorische Arbeitslosenversicherung zu schützen. Es sollen damit augenscheinlich die Mißstände, die insbesondere bei der Regelung in St. Gallen seinerzeit bemerkt worden sind, vermieden werden. Endlich soll derjenige Unternehmer, der im Falle von Krisen statt zu Arbeiterentlassungen zu einer Verkürzung der Arbeitszeit schreitet, vom Staate durch eine gewisse Verminderung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge unterstützt werden.

Von großer Bedeutung für die Inanspruchnahme der öffentlichen Arbeitsnachweise ist ferner die Bestimmung, daß sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter ein Abonnement mit dem Arbeitsnachweis abschließen kann. Der Unternehmer würde z. B. mit dem Arbeitsnachweis sich dahin vereinbaren, daß der Arbeitsnachweis ihm die Verpflichtung des Markenlebens abnimmt und daß die aufeinander folgenden Perioden der Beschäftigung auch verschiedener Arbeiter bei dem betreffenden Unternehmer zusammengeordnet werden und als eine einzige ununterbrochene Periode von Beschäftigung eines einzigen Arbeiters gelten. Die Gegenleistung des Unternehmers wäre, daß er sich verpflichtet, im Falle von Neueinstellung von Arbeitern regelmäßig den öffentlichen Arbeitsnachweis zu benutzen. Durch diese Abonnementsmöglichkeit wird die oben erwähnte weitere Abonnementserleichterung der 15 *M* pro Jahr dem Unternehmer erst wirklich ermöglicht. Ebenso soll dem Arbeiter die Möglichkeit des Abonnements bei dem Arbeitsnachweis gegeben sein, so daß einem solchen Arbeiter, der durch den öffentlichen Arbeitsnachweis bei einem oder mehreren Unternehmern beschäftigt wird, es erlaubt ist, nur einen Beitrag pro Woche zu bezahlen, auch dann, wenn er während dieser Periode bei verschiedenen Unternehmern beschäftigt war. Weiter ist vorgesehen, daß, wenn die Arbeitslosigkeit ihren Grund in einem Mangel an Geschicklichkeit und technischer Ausbildung hat, der betreffende Arbeitslose von der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung aufgefordert werden kann, einen entsprechenden Kursus in technischer Ausbildung zu absolvieren. Es entspricht diese Idee genau einem Vorschlage, den ich in dem Arbeitslosenversicherungsbericht der Stadt Straßburg im Jahre 1909 aus der Praxis heraus gemacht habe. Besonders interessant ist aber die Straffolge, die das englische Gesetz an die Nichtachtung eines derartigen Vorschlages der Verwaltung durch den Arbeitslosen knüpft. Weigert sich nämlich der Arbeitslose, einen derartigen Kursus mitzumachen, so soll diese Tatsache in Rechnung gezogen werden bei der Entscheidung der Frage, welche Art von Arbeit für diesen Arbeitslosen passend ist.

Alle diese Bestimmungen sind erlassen in der Absicht, den Arbeitern eine möglichst regelmäßige und dauernde Beschäftigung zu verschaffen und jeden Anreiz zur freiwilligen Arbeitslosigkeit infolge dieses Gesetzes zu vermeiden. Man kann sich der Anerkennung nicht entziehen, daß diese Bestimmungen einen außerordentlich praktischen Geist atmen.

B. Neben dieser obligatorischen Arbeitslosenversicherung im Bau- und Schiffbaugewerbe sowie in der Metallindustrie ist nun von dem Gesetz gleichzeitig die Begünstigung der freiwilligen Arbeitslosenversicherung vorgesehen und zwar zunächst in der Weise, daß in den obligatorisch versicherten Gewerben die Gewerkschaften ermuntert werden, ihre Arbeitslosenversicherung neben der obligatorischen Reichs-Arbeitslosenversicherung beizubehalten. Um die Gewerkschaften hierzu aufzumuntern, ist vorgesehen, daß im Falle einer derartigen Gewerkschafts-Arbeitslosenversicherung die Auszahlung auch der Reichs-Arbeitslosenunterstützungen statt durch den öffentlichen Arbeitsnachweis durch die Gewerkschaften erfolgen kann. Auch hier sind Einzelvorschriften vorgesehen, die in einer besonderen Weise die Mithilfe der Organisation bei dieser staatlichen Arbeitslosenversicherung regeln. Außerdem aber ist für diejenigen Gewerkschaften, die zunächst eine obligatorische Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt wissen wollen, in dem Gesetzentwurf vorgesehen die Gewährung von Unterstützung des Staates nach dem Genter System an diejenigen Gewerkschaften, die ihrerseits freiwillig eine solche Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, aus besonderen staatlichen Fonds und zwar derart, daß der Staat $\frac{1}{6}$ der Unterstützungssumme der Verbände zahlt, wobei das Maximum der Unterstützungen der Verbände 12 M. pro Woche beträgt. Hierdurch soll eine allgemeine freiwillige Arbeitslosenversicherung inauguriert werden. Endlich hat das Handelsministerium grundsätzlich die Vollmacht, die Zwangs-Arbeitslosenversicherung auch auf andere Gewerbe auszudehnen nach vorheriger öffentlicher Untersuchung. Im einzelnen sieht das Gesetz dann noch vor die Errichtung von Kontrollinspektionen, die die Durchführung des Klebezuges nach der Art unserer Invalidenversicherungsanstalten zu überwachen haben, und einer Menge von weiteren praktischen und vernünftigen Details.

Die obligatorische Arbeitslosenversicherung soll umfassen 2 421 000 Arbeiter über 18 Jahre. Davon entfallen 1 110 000 Arbeiter auf das Metallgewerbe und den Schiffbau und 1 321 000 auf das Baugewerbe. Von diesen 2 421 000 obligatorisch Versicherten sind zurzeit nur 462 000 in Gewerkschaften organisiert und von diesen auch wiederum nur 350 000 in solchen Gewerkschaften, die bereits eine freiwillige Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Es haben also bisher nur 14 % derjenigen Arbeiter, für die diese obligatorische Versicherungseinrichtung geplant ist, eine freiwillige Arbeitslosenunterstützungsfürsorge eingerichtet.

Wenn man zum Schluß ein Urteil über den Gesamtcharakter dieses englischen Gesetzentwurfs abgeben will, so muß man zunächst seine aufrichtige Bewunderung aussprechen für die große Energie, mit der die jetzige englische Regierung sich an dieses Problem heranwagt. In der Tat ist es erstaunlich, daß, nachdem erst vor zwei Jahren in England das Arbeitsnachweisgesetz erlassen worden ist, schon jetzt die englische Regierung es wagt, eine Arbeitslosenversicherung auf diesem Unterbau aufzubauen. Ob dieser Versuch nicht doch noch etwas verfrüht ist, will mir zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls aber darf nach der Art, wie dieser Gesetzentwurf bis in die Einzelheiten hinein praktisch durchgearbeitet ist, erwartet werden, daß die Regierung alles tun wird, um die Durchführung des Gesetzes zweckmäßig zu gestalten.

Sodann ist für uns Deutsche erfreulich der Triumph des Beispiels der deutschen Versicherungsgesetzgebung, der in diesem neuen englischen Gesetzentwurf zu erblicken ist. Dieser Sieg des deutschen Gedankens mit seinem Prinzip der Zwangsbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird um so sichtbarer, wenn man das erst vor einigen Jahren erlassene englische Alterspensionsgesetz gegenüberstellt, das ja bekanntlich die Pensionierung der Arbeiter lediglich auf Staatskosten ohne eigene Beiträge der Arbeiter oder Arbeitgeber vorgesehen hat. So wenig glücklich mir dieses Gesetz auch bezüglich seiner Regelung im einzelnen erschien, um so erfreulicher ist der jetzige Arbeitslosen-Versicherungsgesetzentwurf. Aber auf der anderen Seite muß uns das neueste englische Vorgehen auch mit Reiz erfüllen. Wir sind durch einen derartig lähnen Entwurf unstreitig überholt, und das ist um so bedauerlicher, als die Engländer auch den anderen Gedanken, der die Grundlage für diese Organisation der englischen Arbeitslosenfürsorge darstellt, die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, sich aus Deutschland geholt haben.

Möge der Deutsche Städtetag, der im September dieses Jahres bekanntlich die Frage der Arbeitslosenversicherung behandeln wird, aus diesem neuesten englischen Vorgehen die geeignete Lehre ziehen und insbesondere dahin streben, daß nun endlich auch für uns in Deutschland der Unterbau für eine deutsche obligatorische Arbeitslosenversicherung geschaffen wird, und das ist: Eine einheitliche Regelung des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Soziale Sorgen im Lichte des Evangeliums.

Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin.

Im Norden und im Süden des Vaterlandes waren in der Pfingstwoche wiederum Hunderte von evangelischen Christen zusammengekommen, um für die großen Zweifelsfragen der Gegenwart auf den Gebieten sittlicher Menschenbildung und sozialer Berufsnot Antworten in den ewigen Quellen christlicher Heils- und Zukunftslehre zu suchen. In Danzig hielt der Evangelisch-Soziale Kongreß am 7. und 8. Juni seine 22. Tagung unter lebhafter Beteiligung zumal der Männer und Frauen des Ostens ab; in Nürnberg vereinte zur selben Stunde der 16. Kirchlich-soziale Kongreß die dichten Scharen seiner Getreuen. Behörden und Körperschaften aller Art bekundeten hier wie dort durch würdige Begrüßungen, daß sie das immaterielle Streben dieser völlig unpolitischen, jeder aktuellen Massenwirkung baren Vereinigungen zu schätzen wissen. Man erkennt eben doch noch nicht ganz, daß in unserer Epoche eines faden, routinisierten Opportunismus und smartesten Amerikanismus in den wirtschaftlichen und — Gott sei's gegnagt! — auch den liberalen Berufen von Zeit zu Zeit eine religiös befinnliche Einfuhr der Gebildeten und Besitzenden, eine idealistische Orientierung an den alten sittlichen Wahrheiten des Christentums in freimütiger kritischer Aussprache, ohne Schielen nach oben und nach unten, nützlich und heilsam sein muß. Leider sind die Kreise des Evangelisch-sozialen Kongresses und der Kirchlich-sozialen Konferenz, die sich im allgemeinen nur durch den mehr oder minder strengen Respekt ihrer Mitglieder mehrheiten vor der kirchlichen Glaubensautorität unterscheiden, verhältnismäßig recht klein; der Evangelisch-soziale Kongreß zählt nach dem Geschäftsbericht des Generalsekretärs Lic. Schneemelcher gegenwärtig erst 1631 Mitglieder; die Freie Kirchlich-soziale Konferenz hatte Ende 1910 laut Mitteilungen des Lic. Rumm 4015 Männer und Frauen um sich gesammelt. Die Fermentwirkung beider Organisationen wird ferner dadurch begrenzt, daß in ihnen die Pastoren und Professoren, wenn auch nicht der Zahl, so doch dem Einfluß nach, tonangebend sind und deshalb die tiefere Verflechtung der sozial-evangelischen Gedanken mit den praktischen Schaffenssphären des Volkes, z. B. mit der Gedankenwelt des Unternehmertums, der Richter- und Beamtenhaft, nur wenig zur Entwicklung gekommen ist. Gewiß strahlen von jeder Tagung der Vereinigungen vorübergehend starke Wirkungen aus; durch das Medium der Presse ziehen ihre Verhandlungen weite Wellenkreise bis in die fernsten Winkel, aber die an sich schon abgeschwächten Wirkungen des Zeitungsberichts zerflattern oft schnell im Trubel des Pfingstverkehrs, und in wenigen Wochen ist meist der letzte Nachhall der schönen Worte und Gedanken dieser Kongresse in der Öffentlichkeit ganz verrauscht. Nur die selten erscheinenden Blätter der beiden Vereinigungen halten einige Tausende im Banne der sozial-christlichen Gedanken auch zwischen den Kongressen fest und streuen in der Stille manchen nützlichen Samen aus. Aber ein sozialethisches Massenfühlen und -wollen im Zeichen des Evangeliums, wie es in England innerhalb und außerhalb der Kirche oft genug zu beobachten ist und wie es einst Gaydy, wenn auch auf etwas eigene Weise, in einigen deutschen Großstädten zu wecken gewußt hat, ist weder dem Evangelisch-sozialen Kongreß noch der Kirchlich-sozialen Konferenz bisher zu entzünden gelungen. Ja, der „Antisozialismus“ ist lebhafter denn je im Schwange und sucht sich sogar durch ein förmliches System ein philosophisches Ansehen zu geben, jetzt, nachdem die beiden evangelischen Gruppen ein halbes Menschenalter und länger ihre Mission zur sozialethischen Erziehung des deutschen Volkes betrieben haben.

Des allen sind wir eingedenk, wenn unser Ohr heuer wieder den bald mahnenden, bald begeisternden Reden der Kongresse in Danzig und Nürnberg lauscht. Wir wissen uns von einer Überschätzung ihrer Wirkungen frei, und dennoch freuen wir uns jedes Jahr zu Pfingsten aufs neue, daß in Deutschland noch diese Tribünen des freien evangelisch-sozialen Wortes, diese Tribunale bestehen, wo vom Standpunkt religiös-gefestigter Sittlichkeit aus über die sozialen Fehler und Sünden unserer Zeit Gericht gehalten und

dem Volke, oben und unten, in Amt und Erwerb, ins Gewissen gerebet wird. Die idealistische Glut, die einst das schönste Teil deutschen Volkstums war, an der sich in den schlimmsten Zeiten unserer Geschichte die Kraft zum Guten und Großen immer wieder siegreich entzündet hat, sie droht ja in der schönen Gegenwart, wo alles auf den Erwerbszweck und Machtbegehrt abgestellt ist und kaum eine Sache mehr rein um ihrer selbst willen getan wird, in der Asche zu erstickten. In solcher Zeit ist die ethisch-soziale Bewegung, in der die sozial-evangelischen Gemeinschaften neben den katholisch-sozialen obenanstehen, solange der ethische Gehalt des Sozialismus durch den Klassenegoismus seiner Erzkundler getrübt ist, doppelt notwendig und berufen, die heilige Flamme vor dem Verlöschen zu hüten; sie bietet die tröstliche Gewähr, daß für die innerliche Erneuerung des Volkes im Geiste brüderlicher Achtung und Hilfs-gemeinschaft, ohne den alle Sozialpolitik flüchtig bleibt und das an sich notwendige Ringen der Berufsstände zur Volkszerfetzung führen muß, die Bahn Schritt für Schritt wieder freigemacht wird.

* * *

Der Evangelisch-soziale Kongreß in Danzig hatte sich mit zwei Fragen auseinanderzusetzen, die auch für die praktische Sozialpolitik und Volkswohlfahrtspflege von großer Bedeutung sind und deren Erörterung darum in der „Sozialen Praxis“ festgehalten werden muß: „die Landflucht“ und „die Schule als Mittel sozialer Erziehung“. In gewissem inneren Zusammenhange mit letzteren Gegenstand stand der erste Vortrag des Kongresses, in dem Prof. Julius (Göttingen) die Frage behandelte: „Wie lassen sich die sittlichen Ideale des Evangeliums in das gegenwärtige Leben überführen?“ Diesen thematischen Erörterungen schloß der Vorsitzende des Kongresses, Wirkl. Geh. Rat Professor Harnack, wie üblich in Gestalt einer Begrüßungsrede eine allgemeine Übersicht über den Stand der dringlichsten sozialen Aufgaben der Gegenwart voraus.

Harnack ging besonders auf den Abschluß der Reichsversicherungsordnung ein, die ihm als umfangreiches, mühseliges Gesetzgebungs-werk dankbare Hochachtung abnötigt, wenn er auch ihre schweren Mängel nicht verkennt. Die Beibehaltung der hohen Altersgrenze und vor allem die Mängel der Wöchnerinnenpflege sind nach Harnacks Meinung in einem Lande, dessen Säuglingssterblichkeit geradezu einen Schandfleck auf seinem glänzenden Kleide bedeute, vor allem zu beklagen, aber daneben auch manche Verschlechterungen der Versicherungsverfassung, da sie aus ungerechtfertigtem Mißtrauen gegen das Volk und aus fiskalischem Kleinmuth geboren seien. Mit Bewunderung blickt Harnack auf das neue englische Gesetzgebungswerk und tröstet sich nur mit dem Gedanken, daß Deutschland die wegweisenden Gedanken dafür geliefert habe. Auch der durch die englische Versicherung erhöhte Ausgleich in den Konkurrenzgrundlagen zwischen England und Deutschland auf dem Weltmarkt sei zu begrüßen. Der größte Gewinn aller Sozialversicherung, erklärt Harnack allgemein, liegt aber darin, daß die Arbeiter-klassen, vor der dringenden Not mit ihrer Familie geschützt, an Arbeits- und Lebensfreudigkeit gewinnen. „Denn was muß unser oberstes Ziel sein? Daß sich jeder an der Stelle, an der er steht, wirklich innerlich und äußerlich wohl fühlt und in diesem Gefühl auch ein positives Verhältnis zu dem Ganzen, zum Staat gewinnt! Nur so können wir ein einiges Volk sein und werden. Die Wohnungsfrage und die Frage: wie erhalten, wie schaffen wir inmitten des Räuberwerks der Maschinen und des ganzen zwingenden Arbeitsbetriebes die Kraft, Freudigkeit und Selbstständigkeit des Individuums? sind wirtschaftliche Grundfragen und deshalb auch unsere Grundfragen.“

Harnack geißelt den Widerspruch zwischen dem Gehen- und Gesehenlassen in der Wohnungsfrage und dem neuerlichen Eifer in der Säuglings- und Sittlichkeitsfürsorge, die doch immer an den schlechten Wohnungsverhältnissen wieder zuhanden werden müßten. Hier gelte es, scharf zu kämpfen. „Das schlimmste soziale Erbäuel unserer Tage aber sind, so schloß Harnack, der Kassengeist und der Kassenhochmuth. Denn er vor allem hält die Selbstständigkeit und Freudigkeit großer Schichten des Volkes darübert, nicht der Mangel an Brot. Wohl sind wir ein gerechtes Volk. Aber es fehlt uns an jener feinsten Gerechtigkeit, die jedermann mit Achtung entgegenkommt, und an jener Höflichkeit des Herzens und der Formen, die die Standesunterschiede auf dem Gebiete ausgleicht, auf dem sie ausgeglichen werden können. Aus diesem Mangel entspringen böse Folgen, die wir selbst nicht wollen, ja offenbare Ungerechtigkeiten! Achte deinen Nächsten, auch deinen Gegner, wie dich selbst und nimm ihn als achtungswürdige Persönlichkeit. Das ist der erste Schritt zur Erfüllung der evangelischen Forderung: liebe deinen Nächsten! Wünschen wir ihm, daß er sich in seinen Beruf und Stand wohl befinden möge, wollen wir ihn für das Gemeinwesen, den Staat gewinnen, so müssen wir als Mensch zum Menschen zu ihm sprechen und ihm sozusagen mindestens das Existenzminimum geistiger und wirtschaftlicher Selbstständigkeit, Freiheit und Ehre einräumen. Auch dürfen wir nicht so für ihn sorgen, daß wir ihn bevormunden und ihm alle eigene Sorge und Selbstentscheidung abnehmen. Das ist eine sittliche Pflicht.“

Die Frage der Landflucht wurde von einem der besten Kenner der ländlichen Verhältnisse, Ministerialdirektor Dr. Thiel, nach ihren Wurzeln und Wirkungen gründlich zergliedert.

800 000 Menschen sind aus den preussischen Landkreisen in der Zeit von 1895 bis 1906 nach den größeren Städten abgewandert. In den Städten häufen und drängen sich die Menschen, auf dem Lande fehlen sie. Und wieviel Volkseigenart geht bei dieser Menschen-verschiebung verloren! Die abgewanderten deutschen, protestantischen Arbeiter werden durch ausländische, slavische katholische Arbeiter ersetzt, die große Ersparnissummen in die Heimat schicken, wo sie oft zu deutschfeindlichen Zwecken verwendet werden. Die Ursachen der Landflucht sieht Thiel in dem Wunsch nach besseren Lebensstellungen und Lebensbedingungen, die die Stadt mit ihren höheren Löhnen, ihren besseren Schulen, ihren Vergnügungen, ihrer größeren Unabhängigkeit verspricht. Schon Bismarck hat betont, daß gerade die Tüchtigsten und Strebsamsten abwandern. In der durch Schule und Militär gehobenen Volksbildung liegt ein Stachel zum Vorwärtstreben. Der nicht willkürlich vergrößerbare, an die Naturbedingungen gebundene landwirtschaftliche Betrieb kann ferner nicht beliebige Menschengahnen ohne weiteres wie die Industrie aufnehmen. Zur Abwehr der Landflucht ist die mechanische Beschränkung der Freizügigkeit nicht geeignet und nicht durchführbar. Allerdings sollte eine scharfe Wohnungspolizei die Unter-kunft in den Städten erschweren. Wichtiger aber ist, die Lebensbedin-gungen auf dem Lande den städtischen gleichwertig zu machen: durch Wohlfahrts- und Jugendpflege, Haushaltungsschulen und ländliche Vergnügungen. Ferner ist statt des Störigkeitsverhältnisses im Osten eine modernere Behandlung der ländlichen Arbeiter durchzuführen. Die ungelernete körperliche Arbeit muß besser gewürdigt werden. Dem Streben des Einzelnen, auf dem Lande sich emporzuarbeiten, eine eigene Scholle zu erringen, muß man Raum geben. Vom städtischen Großgrundbesitz kann noch viel Land zu Kleinbesitzungen aufgeteilt werden, ehe die gute hannoversche Mischung von Groß- und Kleinbesitz erreicht ist. Die Kleinbesitzung würde auch den Selbstständigen, die mit der Saisonarbeit verbunden sind, Abbruch tun, da sie dem Arbeiter über Winter Beschäftigung im eigenen Heim gewährt. Die Arbeiterrentengutsbildung, in der Preußen hinter Mecklenburg und den nordischen Ländern, ja neuerdings auch hinter England weit zurück ist, muß energischer be-trieben werden.

Die äußerst lebhafteste Aussprache, die sich an den Vortrag an-schloß, strebte nach zwei Richtungen: einmal suchte sie die wahren Ursachen der Landflucht noch deutlicher zu enthüllen, als es in dem Vortrag von Thiel geschehen, zum anderen trachtete sie, die Mittel und Wege zur Beseitigung der Landflucht genauer zu beleuchten. Mit ungehinderter Schärfe rückten die Reichstagsabgeordneten Fegter und D. Kaumann die Tatsache ins volle Licht, daß Großgrundbesitzverteilung und Landflucht in einem geradezu gesetzmäßigen Zusammenhange stehen und daß die neuere Förderung der Fidei-kommisbildung in Preußen die Grundbesitzhäufung in wenigen Händen künstlich steigere. Allerdings fügte Kaumann gegenüber den Einwendungen von Prof. Hans Delbrück, der die Fidei-kommisse mit Notwendigkeiten der Forstverwaltung und der Erhaltung des Familienfinances verteidigte, sehr richtig hinzu, daß mehr als die Bodenbindung durch Fideikommissionen die Erbfolge auf dem Lande, die meist das Besitztum einem Kinde überweist, während die anderen Kinder kümmerlich abgefunden werden, bei der Verdrängung der Bewohner vom platten Lande mitspreche. So wird über-dies der Familienfinances, den Delbrück für die Fideikommissionen in Anspruch nimmt, bei den dem Boden entwurzelten Landarbeitern geradezu zerstört. — Damit ist z. T. auch schon widerlegt, was der westpreussische Amtsrichter Heidenheim-Strahburg ausführt, daß nämlich die Rechtsform des Grundbesitzes gar nichts mit der Landflucht zu tun haben solle. Heidenheim, der an seinem Amtsgericht wohl zugleich Grundbuchrichter ist, hätte aber selber bedenken müssen, daß die hypothekarische Verschuldung des Bodens, der die Grundbesitzer als ein unteilbares Ganze dem Hypothekengläubiger verhaftet, die Loslösung kleiner Adressen an landhungrige Arbeiter und Kleinrentler geradezu unmöglich macht, daß also unser deutsches Hypothekenrecht „Gläubigerfideikommission“, wie es Sering einmal genannt hat, schafft, die viel schlimmer als die Familien-fideikommissionen den Boden zu ungunsten der kleinen Landkultivatoren sperren. Übrigens ist auch von Sering in seiner gründlichen Untersuchung über „Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande“, deren Thesen 1910 die Zustimmung des Preussischen Landes-ökonomikollegiums gefunden haben, aber selbstamerweise auf dem Danziger Kongreß nicht erwähnt wurden, der andere Einwand Heidenheims, daß der Großgrundbesitz als Träger der erforderlichen Getreideüberproduktion unentbehrlich sei, längst auf ein nur bescheidenes Maß von Berechtigung eingeschränkt worden. Nimmt man hinzu, was von den Rednern in der Aussprache über unzumutbare Vandalenarbeiterbehandlung gerade auch im Bereich der Rittergüter vorgebracht wurde, wie die Wohlfahrtspflege nach Pro-

Professor Sohnreus drastischer Erzählung hier und da gehandhabt wird, wie die evangelische Arbeiterfürsorge trotz einzelner Musterleistungen (Bericht von Pastor Ebel-Ruschaen) im Vergleich zu der sicheren Volkslenkung katholischer Geistlicher mitunter versagt, so erhellt aus allem, welche schweren sozialreformerischen Aufgaben im östlichen Latifundiengebiet noch geleistet werden müssen, damit das Landvolk der Ostmark nicht länger „unstet und flüchtig“ bleibe. Ob das Koalitionsrecht, das den Landarbeitern Altpreußens seit 1854 besonders nachdrücklich versagt ist, unter diesen sozialreformerischen Aufgaben gar keine Rolle spielt, wie von einzelnen Rednern behauptet wurde, soll hier nicht erörtert werden. Jedenfalls hat sich Ministerialdirektor Tiel in seinem Schlusswort bei diesem Punkte viel vorsichtiger ausgedrückt; er sagte: „Zum Koalitionsrecht der Landarbeiter mag man stehen, wie man will; aber in den meisten Fällen ist für die Abwanderung nicht der Gebanke maßgebend: Du hast kein Koalitionsrecht wie der industrielle Arbeiter. Soweit ist unsere landwirtschaftliche Bevölkerung noch nicht gekommen.“

Die Verhandlungen über die Schule als Mittel der sozialen Erziehung, die durch Vorträge des Weimarer Schulrats Muthesius und der Berliner Lehrerin Margarete Hensche eingeleitet wurden, führten mitten hinein in das böse Dilemma, an dem unser öffentliches Leben, ja, unsere Kultur überhaupt in erster Linie krankt, in den Zwiespalt zwischen der Sozialisierungs- tendenz der öffentlichen Einrichtungen und dem Individualisierungs- streben der modernen Persönlichkeit. Während diese sich frei bewegen und über sich selbst hinaus entwickeln will, bringt die öffentliche Sozialisierungsarbeit an der Masse eine gewisse Kivellierung notwendig mit sich, die den einzelnen in der Entfaltung seiner Eigenart hemmt, und sie erfordert zugleich eine Summe von Zwangsautorität in der Leitung, die dem demokratischen Selbstbestimmungsdrange der Geleiteten widerspricht.

Wie oben bereits angedeutet, ist dieser Zwiespalt unserer sozialen Kultur auch von Professor Titius in seinem allgemeinen Vortrage über die Verwirklichung der sittlichen Ideale des Evangeliums im gegenwärtigen Leben und in den daran anschließenden Ausführungen von Professor Baumgarten, Prof. Rade und insbesondere noch von H. Raumann am ersten Kongresttage enthüllt worden. „Nicht Steigerung der Kultur, so wichtig sie ist, sondern Wirkung, persönliches Leben, Festigung der Gesinnung bezeichnen das ethische Ziel des Evangeliums“, so hieß es bei Titius. Aber, so fuhr er fort, „wie vermag Gesetzesbefolgung sittliche Persönlichkeiten zu erzeugen oder zu binden? Gesetze können das demokratische Ideal, welche das allgemein Menschliche pflegen und den Persönlichkeitswert in allen Menschen wecken und heben will, nicht verwirklichen.“ Nur der kategorische Imperativ: „Du sollst“, und zwar aus innerer sittlicher Notwendigkeit! kann hier helfen. Wie aber seine Erfüllung von dem verlangen, der in stumpfsinniger Teilarbeit hilflos zu verkommen droht? Also geht es doch wieder nicht ohne ein neues soziales Recht, das erst die Arbeit auch der Geringsten adelt, nicht ohne Stärkung aller Gemeinschaften, die Träger sittlicher Ideale sind. Raumann hatte gegenüber diesen sich kreuzenden Forderungen von Titius guten Grund zu dem Einwand, daß hier die älteren evangelisch-sozialen Grundzüge in protestantisch-idealistische umgebogen seien, um angesichts der fortschreitenden öffentlichen, berufsorganisatorischen oder staatsgesetzlichen Zwangsreglung der christlichen Nächstenhilfe das Ideal persönlicher Christenpflichtserfüllung, wie es die Bergpredigt meinte, nicht verlöschen zu lassen. Mit dieser Umdeutung verurteilt Titius auch die genossenschaftliche Sozialisierungsarbeit, ja den Klassenkampf zu heiligen, indem er eben jegliche Betätigung der Persönlichkeit in der Arbeit wie in der Fürsorge für die Berufsinteressen als sittliche Pflicht geädelt wissen wolle. Das aber sei eine Abwandlung des über den Beruf hinausweisenden evangelischen Sittlichkeitsideals. — Titius hat sie, so scheint es uns beim nachträglichen Überdenken dieser Aussprüche, vornehmen müssen, um den gekennzeichneten Zwiespalt zwischen der sozialfürsorglichen, autoritativ bestimmten Zwangsordnung der letzten Jahrzehnte und dem jetzt wieder einsetzenden demokratisch gerichteten Streben nach Entfaltung der Persönlichkeitsrechte als evangelischer Ethiker überbrücken zu können. Am klarsten kam dieser Zwiespalt übrigens in Rades Worten zum Ausdruck, der geradezu sagte: „Für die Mitarbeit an der Verwirklichung des (evangelischen) sittlichen Ideals im öffentlichen Leben sind die sozialen Gesetze und die Zentralisierung (einheitliche Zwangsreglung!) der Wohlfahrtspflege eine Erschwerung, weil sie die Tendenz haben, die helfende persönliche Leistung des einzelnen durch bloße Steuern und Geldzahlungen zu ersetzen.“ (Dabei ist doch die gesamte Sozialgesetzgebung letzten Endes den Forderungen eben dieses sittlichen Ideals entspringend!) Und wenn man schließlich so weit wie Professor Baumgarten geht, zu behaupten, daß der Mündigkeitsdrang der Massen in der Gegenwart, d. h. der sittliche Selbstbestimmungsdrang auf demokratischer Basis, übertrieben sei, daß statt dessen Autorität und Unterordnung nach klaren Sittennormen und in festen Zuschformen neu zu beleben seien, so erhält die These von der zwiespältigen evangelischen Sozialethik unserer Zeit, die Titius vergeblich zu überbrücken suchte, eine besonders scharfe Note.

Bei den Verhandlungen über den sozialen Erziehungswert der Schule erfuhren die widersprechenden Vorstellungen von dem, was dem evangelisch-sozialen Sittlichkeitsideal in der Gegenwart am besten entspräche, eine Zuspitzung auf die konkrete Frage: Soll mehr die Autorität, d. h. von oben geregelte Ordnung und Zucht, bei der die Menschen der Masse in ihrem vorgeschriebenen Pflichtenkreise getreulich ihre Kräfte auswirken und sich im übrigen bescheiden lernen, oder mehr die demokratisch freigewollte Gemeinschaft, in der der kulturellen Selbstentfaltung der Persönlichkeit Raum und Nährboden gegeben wird, die Ausgestaltung unseres Schulwesens für Schüler, Lehrer und Eltern bestimmen?

Die beiden Hauptredner, Schulrat Muthesius und Fräulein Hensche, neigten mehr zu der letzteren Auffassung, obgleich sie die damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten für die Verwaltung, die Erziehung, ja für die hergebrachte gesellschaftliche Ordnung nicht verkannnten. So kritisierte Muthesius die ständische Organisation unserer Volksschulen, die bescheidene Bemessung des geistigen Existenzminimums für die große Masse, die tiefe Kluft zwischen Volksschule und höherer Schule, die im Verein mit ihrem eifersüchtig gepflegten Berechtigungsweien zwischen die verschiedenen Schichten der Nation neben den wirtschaftlichen Gegensätzen noch einen Bildungskeil treibt und den Lehrerstand in eine kastenmäßig sich gegeneinander abschließende Hierarchie von Bildungsbeamtengruppen zerstückelt. Die Schule in ihrer heutigen Form, die so das Trennende über das Einigende stellt, kann schwerlich ihre sozial-erziehende, ausgleichende, versöhnende Funktion erfüllen und wird es in Zukunft noch schwerer, je mehr Nachwuchs aus sozialdemokratischen, in einseitigen Klassenvorstellungen aufgezogenen Arbeiterschichten in den Schülertreife, aber auch in der Volksschullehrerschaft vordringt. Wie sollen dann in der zur reinen Proletarierschule gewordenen Volksschule die großen nationalen Erziehungsaufgaben, die ethischen volksverbindenden Gemeinschaftsideale gepflegt werden? Die Vorbedingungen für eine fruchtbare, sozialerzieherische Wirkung der Schule sind also bisher nicht erfüllt, wenn auch Staat, Gemeinden und private Wohltätigkeit im einzelnen manches zu bessern versuchen. Es gibt noch zu viel Schuleinrichtungen, die antisozial wirken, z. B. die hermetische Absperrung der Lehrer von den Eltern, falls diese irgendwie sozialdemokratisch gesinnt sind. Wie soll da Schule und Volk zur Zusammenarbeit kommen? Die Schule selbst muß zum Musterbeispiel sozialen Gemeinschaftslebens ausgebildet werden: Jede Schulkasse eine Arbeitsgemeinschaft, Mitwirkung der Schüler an Stelle des autoritären Schulregiments, die Schule ein Abbild des wirklichen Lebens, für das sie den Schüler vorbereiten soll.

Wie nun die soziale Erziehung durch die Schule bewirkt im einzelnen geleistet werden könne, das führte Fräulein Hensche näher aus. Erstens organisatorisch durch Beseitigung des jetzt herrschenden aufgeklärten Absolutismus des Schulmonarchen; die Schüler sollen aus Schuluntertanen zu Schulbürgern werden, aber ohne Ausartung in Spielerei und ohne Beeinträchtigung der Schularbeit. Zum zweiten: Die Schule soll aus einer Lern- eine Arbeitsschule werden und zwar eine Schule kooperativer Arbeit, bei der einer dem andern hilft und einer auf den andern angewiesen ist. Weitere Mittel sind eine soziale Betrachtungsweise als Prinzip und die Einfügung einzelner Unterrichtsgegenstände bürgerkundlicher und volkswirtschaftlicher Art ohne Gesinnungszüchtung, endlich als Vorbild eine soziale Gesinnung und Betätigung der Lehrerschaft. In allen Gegenständen vom frühen Kindesalter an muß diese soziale Gesinnung gepflegt werden unter Anknüpfung an das in dem Kinde wurzelnde starke Gerechtigkeitsgefühl. In der Jugend der höheren Klassen, der sozial Bevorrechtigten und künftig sozial führenden ist das soziale Verantwortungsgefühl zu wecken, während in der Fortbildungsschule, aus der die breite Masse mit ihren politischen Rechten und ihren wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten hervorgeht, vor allem das Wesen des Staates als Organisation der Gesamtheit zum Verständnis zu bringen ist. Soziale Erziehung erfordert eine Schule der Charakterbildung, die die Gemeinschaftspflicht in den Vordergrund stellt, ohne dabei die selbständige Leistung und Entwicklung des einzelnen zu unterdrücken.

In der Aussprache über diese beiden Vorträge wurden die Zeitgedanken von den meisten Rednern nochmals im einzelnen unterstrichen. Nur Professor Baumgarten-Tiel bekundete wiederum scharf seinen Pessimismus hinsichtlich der Bildungs- und Erziehungsmöglichkeiten unter den breiten Massen. Talente und Fähigkeiten seien nicht so reich verstreut, vor allem aber gestatteten die wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht, alle intellektuellen und künstlerischen Kulturgüter den Massen zu vermitteln. Vielmehr sollte man die Menschen der Masse dazu erziehen, ein jeder in seinem Kreise, in den er nun einmal gestellt ist, mit Hingabe seine Aufgabe zu erfüllen. Das höchste Glück der Menschen hänge doch nicht etwa von dem Umfang ihrer Beteiligung an den Kulturgütern ab. Auch für die Volksschullehrer sei solche „Kulturfeligkeit“ nicht zu empfehlen. Sie sollten auf ihrem Posten das leisten, was das arbeitende Volk in der Schule braucht, aber nicht überflüssigerweise über ihren Stand hinaus streben. Der Sinn für Autorität und Unterordnung müsse bleiben, deshalb sei auch

die konstitutionelle Schulverfassung abzulehnen. Rade, Gregory und die Geschwister Herz aus Sachsen traten Baumgarten nachdrücklich entgegen. Rade und andere, am warmherzigsten Frau Professor Titius, aber kämpften noch in einem zweiten Hauptpunkte gegen die autoritative Verengung des Schulgesetzes, nämlich da, wo er ein förmliches Erziehungsmonopol über die Kinder anstrebt, ohne nach dem Recht und Willen der natürlichen Erzieher des Kindes, der Eltern, zu fragen. Schulgemeinschaften, die die Eltern der Schulkinder umschließen und zur Aussprache mit tüchtigen Lehrern und Lehrerinnen zusammenführen, sollten geschaffen werden, so forderte Frau Titius, damit ein Wechselstrom guter Erziehungsgedanken und -erfahrungen zwischen Elternhaus und Schule hind- und herflute und dazu beitrage, das sozialethische Ideal zum lebendigen Gemeingut der Schule sowohl wie der Familien zu machen.

Auch auf dem Nürnberger Kirchlich-sozialen Kongresse wurde das Autoritätsproblem eingehend besprochen, jedoch vorwiegend von einem grundsätzlich anderen Standpunkt aus als in Danzig. Prof. Lejus-Königsberg leitete die Verhandlungen darüber mit einem Vortrage über „wahre und falsche Autorität“ ein; allerdings behandelte er mehr die Autoritätsfragen in der kirchlichen Welt als die im politischen und sozialen Leben. Er kritisierte nur die „falschen Autoritäten“, die den Egoismus der Einzelstände durch ihre Lehren großziehen und die sittliche Durchbildung des Rechtslebens verhindern, sowie den Verfall der strengen autoritativen häuslichen und Schulzucht. In seiner Rede und den Ausführungen der Diskussionsredner klang mehrfach der Geist wieder, der in Danzig aus Baumgartens Darlegungen gesprochen hatte. Die Erhaltung hergebrachter Kulturschätze auf geistigem und sittlichem Gebiete, so meinte der Kongressvorsitzende, Geheimrat Prof. Seeburg, sei ohne Autorität unmöglich. Freilich sollte die Autorität mehr eine von innen herausstrahlende als eine äußerlich angemaßte Eigenschaft der Führenden sein. Lic. Mumm führte das für das Gewerkschaftsleben weiter aus. Die Beziehungen zwischen freiwilliger Organisation und amtlicher Autorität sollten sich immer mehr auf Grund innerlicher Autorität regeln. Gewerkschaftssekretär Gutsche-Elberfeld forderte ähnliches für die Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die übrigen sozialpolitischen Erörterungen des Kirchlich-sozialen Kongresses bezogen sich auf Einzelfragen. So gelangte ein Bericht des Vorsitzenden des Zentralverbandes Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, Karl Höser-Elberfeld, über Staatsarbeiterverbände zum Vortrag, der nach einer Silberüber der fünfteiligen Vielfältigkeit dieser Organisationen ihre Sonderstellung in der Gesamtindustriearbeiterschaft stützte und die christlich-nationale Bewegung in diesen Reihen im Gegensatz zur Sozialdemokratie kennzeichnete. Der Kongress erklärte nach kurzer Aussprache, in der Justizrat Meyer-Lilut die Verweigerung des Streikrechts der Staatsarbeiter besonders unterstrich, folgendes:

„Der 16. Kirchlich-soziale Kongress bezeichnet es als eine erfreuliche Erscheinung, daß unter Führung süddeutscher Staaten, den Staatsarbeitern und Staatsunterbeamten weitestgehend das Organisationsrecht gewährt worden ist. Der Kongress ist der Überzeugung, daß die im Dienst erforderliche Disziplin dadurch nicht gebrochen wird, sondern gestärkt werden kann. Voraussetzung dazu ist, daß die Verbände durch einen christlich-nationalen Geist bestimmt werden.“

In der Frauengruppe des Kongresses sprach Pastor Elger aus Lüttringhausen über die soziale Lage der Schauspielerinnen und empfahl Staatshilfe (Reichstheatergesetz, Ausdehnung des § 174 RStGB.), ferner Selbsthilfe (Berufsorganisation, Begründung von Fürsorgeeinrichtungen, Schauspielerkammern) und Nächstenhilfe (Erziehung des Publikums zur Würdigung der Schauspielerinnen als Künstlerinnen statt als Geschlechtswesen, Beistand der Frauenvereine, Theaterüberwachungsaußenkommissionen, Kostümverkaufsstellen). Im Bericht der Frauengruppen über ihre Tätigkeitsfelder wurde mitgeteilt, daß sie im Verein mit anderen sozialen Frauenorganisationen eine Erhebung über die Landarbeiterinnenverhältnisse demnächst vornehmen werden. Eine andere Unterversammlung des Kongresses beriet über die kirchliche und soziale Erziehung des Studententums und brachte soziale Studentensekretariate, Auskunftsstellen sowie Beteiligung der Studenten an den Veranstaltungen der nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereine in Vorschlag. Die Hauptversammlung am Schluß des Kongresses war der „sozialen Bedeutung des Mittelstandes“ gewidmet, über die Handelskammersekretär Dr. Wienbeck-Pannover an der Hand folgender Leitsätze sprach:

1. Mittelstand heißt die Gesamtheit derjenigen Staatsbürger, die, ohne Großunternehmer zu sein, einen selbständigen Beruf betreiben.
2. Theorie und Praxis lehren, daß der deutsche Mittelstand in seiner

Daseinsberechtigung und Entwicklungsfähigkeit auch durch die neuere Volkswirtschaft nicht beeinträchtigt worden ist. 3. Aus der Daseinsberechtigung eines Standes folgt seine soziale Bedeutung, d. h. eine Summe von Pflichten und Rechten gegenüber Staat und Gesellschaft. 4. Pflichten gegen Staat und Gesellschaft erfüllt der deutsche Mittelstand durch namhafte Beteiligung an der Steuerleistung, der Selbstverwaltung und der Standeserziehung. 5. Als Recht, d. h. berechtigte Gegenleistung fordert der Mittelstand vom Staat Anerkennung und Schutz seiner Standesinteressen durch Gesetzgebung und Verwaltung. 6. Als Recht fordert der Mittelstand ferner besonnene Würdigung seiner Interessen durch eine gesunde Volksanschauung. Mit gerechter Staatswirtschaft und christlicher Weltanschauung verträgt es sich nicht, den Mittelstand dauernd abfälliger Beurteilung und absichtlicher Verdrängung im weiten Volkstreifen preiszugeben, sondern Staat und Gesellschaft müssen danach streben, durch Wort und Tat die öffentliche Meinung über den Mittelstand klar und wahr zu gestalten und dadurch dem noch immer national und christlich denkenden Mittelstande die notwendige Berufsfreudigkeit zu bewahren.

Nach angeregter Aussprache, die neben der Warenhausfrage die Bedeutung des neuen Mittelstandes und auch die Tarifabschlüsse zwischen Handwerksmeistern und sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Ausschaltung der christlichen Vereine kritisch berührte, stimmte der Kirchlich-soziale Kongress diesen Leitsätzen bei.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die Regelung der Rechtsverhältnisse der häuslichen Dienstmädchen kam am 17. Mai in der Petitionskommission des Reichstags zur Sprache. Den Anlaß bildeten eine Eingabe des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig sowie mehrere in Frauenversammlungen gefasste Entschlüsse mit der Forderung, an Stelle der veralteten einzeltaatlichen Gesindeordnungen eine reichsgesetzliche Regelung des Dienstmädchenverhältnisses treten zu lassen. Die ausführlich begründete Eingabe des Verbandes der Handlungsgehilfen wies darauf hin, wie in allen Berufen die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen zunehme, nur im Dienstmädchenberuf falle sie. Eine Ursache hierfür bilde die unbefriedigende Lage des Berufes, da die Entwicklung des Dienstmädchenrechts nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten habe. Es beständen heute im Deutschen Reich 60 Gesindeordnungen, darunter 3 aus der Zeit von 1700 bis 1800, 13 aus der Zeit von 1801 bis 1830 und 20 aus der Zeit von 1831 bis 1850. Die Eingabe schlug vor, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung folgende Punkte besonders zu berücksichtigen seien: Begrenzung der Arbeitszeit; Höhe des Entgelts; Beschaffenheit der Schlafräume; Kündigung; das Verfahren bei Streitigkeiten; die Form des Vertrages; die Stellung zur Versicherungsgeesegebung.

Bei der Kommissionsberatung gab der Vertreter der Regierung die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen noch heute auf demselben Standpunkt ständen wie bei der Einführung des BGB.; als man damals eine reichsgesetzliche Regelung des Gesindeverhältnisses verlangte, sei die Regierung dagegen gewesen, weil die Verhältnisse und Anschauungen in den verschiedenen Teilen Deutschlands zu verschieden seien. Dem gegenüber wiesen die Befürworter der Eingabe darauf hin, daß man diese Verschiedenheit der Verhältnisse auch gegenüber der Gewerbeordnung einwenden könne, und doch umfasse diese sowohl weltliche wie östliche Bezirke, die Großindustrie wie kleine handwerksmäßige Betriebe. Man könne den Verschiedenheiten dadurch Rechnung tragen, daß das Reichsgesetz nur die Grundbestimmungen gebe und den Bundesstaaten das Recht bliebe, diese Vorschriften durch Sonderbestimmungen für ihre Verhältnisse zu ergänzen.

Die Kommission beschloß endlich, den Reichstag zu ersuchen, die betreffenden Petitionen dem Reichstanzler „zur Ermäßigung“ zu überweisen, während der Berichterstatter zunächst die Überweisung „zur Berücksichtigung“ verlangt hatte.

Soziale Zustände.

Die Mißstände im Bädereigewerbe.

Im Bädereigewerbe lassen sich, wie von den Arbeitern selbst gegeben wird, schwer dauernde gewerkschaftliche Erfolge erringen. Es besteht eine starke Fluktuation unter den Mitgliedern, die sich durch gewerkschaftliche Unterstüßungseinrichtungen kaum hemmen läßt. Die Hauptmißstände des Berufes, die auch dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß entgegenwirken, sind die Nacharbeit sowie der noch vielfach herrschende Kost- und Logiszwang. Die Nacharbeit

ist bereits ausführlich in der „Soz. Pr.“ behandelt worden, (Sg. XIX Sp. 10, 704, 818). Über den „Kost- und Logiszwang im Bäckergerwerbe“*) ist kürzlich eine Arbeit erschienen, die beachtenswerter Material zu dieser Frage zusammenträgt. Der Verfasser weist darauf hin, wie die beiden Krebschäden des Gewerbes, die Nachtarbeit und der Kost- und Logiszwang, eng zusammenhängen. Aus der angeblichen Notwendigkeit der Nachtarbeit heraus wird es begründet, daß die Gesellen im Hause des Meisters wohnen müßten, aber gerade durch das aus den patriarchalischen Zeiten herkommende Im-Hause-Wohnen der Gesellen hat sich die steile Arbeitsbereitschaft, auch in den Nacht- oder frühesten Morgenstunden, entwickelt. Der Verfasser gibt zu, daß in kleinen Städten und auf dem Lande, wo unverheiratete Gesellen schwer andere Unterkunft und Verpflegung finden würden, das Kost- und Logiswesen eine gewisse Berechtigung haben mag. Aber in den allermeisten Fällen birgt das Kost- und Logiswesen eine Benachteiligung der Arbeitnehmer und schwere soziale Schäden in sich. Es fehlt beim Kost- und Logiswesen jedes sichere Nachrechnen darüber, ob das, was den Gesellen an Wohnung und Nahrung geboten wird, einen Ausgleich bietet für den weit geringeren Lohn, den er gegenüber andern Arbeiterschichten erhält. In der Mehrzahl der Fälle wird der Verdacht bestanden, daß der Meister durch das Kost- und Logiswesen Vorteil habe. Die mannigfachen, auch durch die amtlichen Untersuchungen aufgedeckten Mißstände in den Schlafstellen der Gesellen bestätigen diesen Verdacht. Jedenfalls gibt gerade das Kost- und Logiswesen auch den meisten Anlaß zu Streitigkeiten des Meisters — und namentlich der Frau Meisterin! — mit den Gesellen, so daß dieses patriarchalische System, anstatt die Ständigkeit im Arbeitsverhältnis zu stärken, im Gegenteil zu häufigem Wechsel der Stellungen führt. Ein schwerer Mißstand von allgemeiner Bedeutung ist ferner, daß durch den Kost- und Logiszwang die Verheiratung der Gesellen unmöglich gemacht wird. Das führt zu größerer Ausschweifung der lebigen Gesellen, auch finden ältere Gesellen überhaupt schwer Anstellung. Statt dessen findet im Bäckergerwerbe eine üppige Lehrlingszucht statt. Der Kampf der Arbeitnehmer gegen das Kost- und Logiswesen wird zunächst am stärksten in den Großstädten geführt. Den meisten Erfolg hatten diese Bestrebungen bis jetzt in Hamburg, wo seit 1904 das Kost- und Logiswesen so gut wie beseitigt ist, und in Berlin. Es verdient übrigens Beachtung, daß, nachdem die Schwierigkeiten der Übergangszeit überwunden sind, auch die Mehrzahl der Meister in Hamburg froh ist, von dem Streit und Ärger schaffenden Kost- und Logiswesen befreit zu sein. Es können jetzt mehr verheiratete Gesellen eingestellt werden und, wie die Innung berichtet, zeichnen sich diese durch größere Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit aus.

Daß die heute noch im Bäckergerwerbe vorherrschenden Mißstände nicht unweigerlich mit der Arbeit verbunden zu sein brauchen, sondern oft ihre Ursache nur in einer falschen Einteilung haben, zeigt eine andere kürzlich erschienene Untersuchung: „Bäckergerwerbe und Konsumvereine.“**) Hier wird der Nachweis geführt, wie weit überlegen in der eigentlichen Vorkücherei der Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb ist, wie durch bessere Ofen und Anwendung von Kneimashinen die Arbeit nicht nur bedeutend billiger, sondern auch gesundheitlich einwandfreier sowohl für den Hersteller wie für den Verbraucher geschafft werden kann. Alle Vorteile des Großbetriebs, verbunden mit den Vorteilen eines bestimmten Absatzes, haben sich die großen Bäckereien der Konsumvereine zunutze machen können, so daß sie auch ihren Arbeitern und Angestellten sehr günstige, tariflich geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse bieten können. Trotz der Überlegenheit des Großbetriebs aber konnte sich auch der Kleinbetrieb im Bäckergerwerbe noch sehr gut halten. Denn der Großbetrieb weist die Vorteile fast nur bei der Schwarz- und Graubrot-Bäckerei auf, während alles sogenannte Feingebäck (Milchbrot, Kuchen) besser und auch nicht teurer im Kleinbetrieb hergestellt werden kann. Die Verbände der Bäckermeister entfallen vielfach einen heftigen Kampf gegen die Großbetriebe, namentlich gegen die Konsumvereine, gegen die sie allerlei Ausnahmegesetze (Besteuerung, Verbot an die Beamten, Konsumvereinen beizutreten und ähnliches mehr) fordern. Anstatt dieses aussichtslosen Kampfes sollten sie lieber darauf hin arbeiten, die an sich noch immer aussichtsreichen Kleinbetriebe leistungs- und lebensfähiger zu machen. Ein schwerer Mißstand, der in den beiden angeführten Schriften angeführt wird, liegt in der Lehr-

lingszucht, wodurch die Meister sich selbst immer wieder eine erschwerte Konkurrenz bereiten. Auch lassen sich viel zu viel Gesellen dazu verleiten, zum Teil verlockt durch Hauswirte, die ihre Bäden als Bäckereien ausnützen wollen, ohne jedes Kapital ein Geschäft zu eröffnen. Diese kleineren Betriebe können sich wieder nur durch größte Ausbeutung der Gesellen und Lehrlinge halten, so daß die schwerste Gefahr für das Bäckergerwerbe nicht in den Großbetrieben, sondern in den unregelmäßigen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen des Gewerbes selbst liegt.

Daß nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland schwere Mißstände im Bäckergerwerbe bestehen, zeigt eine Untersuchung, die kürzlich über die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen im Bäckergerwerbe im Birmingham ausgeführt worden ist. Die Untersuchung ergab Arbeitszeiten von etwa 90 Stunden wöchentlich, sehr niedrige Löhne, dazu die bekannten schweren gesundheitlichen Gefahren des Berufes, die durch die lange Arbeitszeit und das Arbeiten in schlechten, ungesunden Arbeitsstätten noch verschärft werden. Auf Grund der aufgedeckten Mißstände will die Gewerkschaft der Bäcker beantragen, daß auch die Bäckerei als eine „Schwitzindustrie“ unter das neue englische Lohnämtergesetz gestellt wird und eine Regelung der Arbeitszeiten und der Löhne durch die Lohnämter erfolgt. Die Bäckereiarbeiter fordern Festlegung einer Maximalarbeitszeit von 54 Stunden in der Woche bei einem Mindestlohn von 28 Schilling.

Die Löhne der Landarbeiter in Großbritannien. Eine Rundfrage, die das Board of Trade 1907 an eine große Zahl von Farmern gesandt hatte, ist von 15 800 Landwirten beantwortet worden, die insgesamt 78 000 Arbeiter beschäftigten. In den Kreis der Untersuchung wurden nur männliche Arbeitskräfte gezogen, weil Frauen und Kinder in der Regel bloß vorübergehend als bezahlte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig sind und weil man die Unterjochung auf regelmäßig, also nicht ausschließliche beschäftigte Arbeiter beschränken wollte. Die Antworten der 15 800 Farmer sind von Asmuth in einem interessanten Bericht veröffentlicht worden, der die Ergebnisse des Jahres 1907, auf die er sich gründet, in folgenden Hauptziffern zusammenfaßt: Die Löhne der landwirtschaftlich beschäftigten Arbeiter betragen

in England	wöchentlich	18 s 4 d	jährlich	47 £ 15 s
in Wales	-	18 s	-	46 £ 18 s
in Schottland	-	19 s 7 d	-	50 £ 19 s
in Irland	-	11 s 8 d	-	29 £ 4 s.

Es ergibt sich also ein sehr scharfer Unterschied zwischen der östlichen und der westlichen Insel Großbritanniens: in England, Wales und Schottland sind die landwirtschaftlichen Löhne durchschnittlich fast doppelt so hoch als in Irland. Leichter ist, daß Schottland durchschnittlich die höchsten Löhne aufweist. Im ganzen haben sich die Löhne gegenüber der Zeit vor 9 Jahren, als die erste derartige Untersuchung vorgenommen wurde (1898), für England um ungefähr 5 %, für Schottland sogar um etwa 8 % gehoben. In bestimmten landwirtschaftlichen Betrieben beträgt die Zunahme seit dem Jahr 1880 für England 10 %, für Schottland 17 %, für Irland sogar 24 %. Bei letzterer Ziffer ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß die Löhne an sich sehr niedrig sind, so daß eine starke Steigerung notwendig wäre, um sie auf eine annähernd gleiche Höhe mit den Löhnen in England und Wales oder Schottland zu bringen. Gewöhnliche Landwirtschaftsarbeiter pflegen nach der Untersuchung von Asmuth einen wöchentlichen Durchschnittslohn von 17 s 6 d zu erhalten, Sträßen erhalten 19 s 7 d, Viehweide 19 s 1 d, Pferdebetriebe 18 s 9 d. Sch.

Rechtspflege.

„Recht und Wirtschaft“. Der unter diesem Namen jüngst gegründete Verein (Sp. 679, 845) hat die erste Nummer seiner „Nachrichten“ (Schriftleiter Reg.-Rat Dr. Nathenau) herausgegeben. Ein „Aufruf“ des Ausschusses für Vor- und Auszubildung bittet um Einlieferung von erledigten Akten, Vertragsurkunden, Vereinsakten, Wechseln, Grundbuchauszügen, Urteilsausfertigungen usw., um sie den Universitäten als Anschauungsstoff für den juristischen Unterricht zur Verfügung zu stellen (Vorsteher des Geheimrat Prof. Dr. Hellwig, Brunenwald, Auerbachstraße 7). Weiter behandeln die „Nachrichten“ die Entstehung und Zusammensetzung des Vereins und sein Verhältnis zu dem Deutschen Richterbund und dem Juristentag. Im Richterbund regen sich gerade in letzter Zeit wieder laute Stimmen, die die Durchfuhr der Rechtspflege mit Laienelementen als eine schwere Schädigung und Ehrenkränkung des Justizberufs bezeichnen. Aus der Tätigkeit des Vereins „Recht und Wirtschaft“ können die „Nachrichten“ bisher nur die Errichtung von 8 Ausschüssen erwähnen. Bei der Zusammensetzung

*) Von Josef Weinärlner, Marburg, Elwert Verlag 1910.

**) Von Conrad Goldschmidt, 101. Stück der Münchener volkswirtschaftlichen Studien. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart 1910.

dieser Ausschüsse, deren Mitglieder allerdings noch nicht vollständig namhaft gemacht worden sind, fällt auf, daß sich unter den aufgeführten 50 Personen ein einziger Richterjurist und zwei, höchstens drei nicht im Justizdienst oder im juristischen Lehramt tätige Juristen befinden. Diese Zusammensetzung der Ausschüsse läßt sich mit dem Programm des Vereins, „Recht und Wirtschaft“ in innige sachliche und persönliche Fühlung zu bringen, nicht wohl vereinbaren und wird die interessierten Nicht-Juristen, die Laien, auf deren Mitwirkung das Programm des Vereins Nachdruck legt, nicht gerade zur Mitgliedschaft anlocken. Auch die vorläufige Liste der ständigen Mitarbeiter für die geplante Monatschrift „Recht und Wirtschaft“ weist dieselbe Einseitigkeit in der Zusammensetzung auf, obgleich bei der Aufstellung des Arbeitsplans der Zeitschrift wiederum eindringlich hervorgehoben wird: „Juristen und Richterjuristen zugleich werden lernend und lehrend, gebend und nehmend zusammen arbeiten“. Wenn die Vereinigung ihrem Zwecke, die Juristen aus dem lastenmäßigen und formelhaften Denken herauszuführen und im lebendigen Ströme des wirtschaftlichen Schaffens eine „geistige Wiedergeburt“ erleben zu lassen, näher kommen will, so wird sie die Durchbringung ihrer Mitarbeiterreihen und Ausschüsse mit Richterjuristen wirksamer betreiben müssen.

Keine Berufungsfähigkeit eines Gewerbegerichtsurteils, das durch Zusammenziehen mehrerer Klagen die Summe von 100 *M.* übersteigt! Das Landgericht Augsburg hat, wie wir der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Nr. 6 vom 15. März 1911 entnehmen, in der vorstehend angegebenen Weise entschieden und hierzu folgende Begründung gegeben (II F. 50/10 vom 22. Juni 1910).

Bei Gewerbegerichten ist die Berufung nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 *M.* übersteigt (§ 55 Abs. 1 GGG.). Den Streitgegenstand bildet der Anspruch, den der Kläger geltend macht. Der Wert dieses Anspruchs stellt den Wert des Streitgegenstandes dar. In keinem der anhängigen Rechtsstreitigkeiten überschreitet der Anspruch des Klägers den Betrag von 100 *M.*, also auch nicht den Wert des Streitgegenstandes. Die Berufung gegen die Entscheidung des Gewerbegerichts ist somit unzulässig. Der Umstand, daß das Gewerbegericht die Verbindung der Rechtsstreite anordnete, ändert daran nichts. Sie erfolgte lediglich zum Zwecke der gleichzeitigen Verhandlung, also aus prozessualen Gründen. Sie konnte auch zu keinem anderen Zweck erfolgen (§§ 26 ff. a. a. D., § 147 ZPO.). Die Verbindung der Rechtsstreite betraf jedoch lediglich die Form, in der über sie verhandelt werden sollte; die Frage der Zuständigkeit der Rechtsmittel gegen die Entscheidung bleibt unberührt. Die Auffassung, daß die Wirkung der Verbindung der Rechtsstreite auf die Gleichzeitigkeit der Entscheidung beschränkt blieb und sich nicht darüber hinaus auf die Zuständigkeit der Berufung gegen die Entscheidung erstreckte, steht im Einklang mit dem Zwecke des GGG., die Rechtsstreite bei den Gewerbegerichten möglichst rasch der Erledigung zuzuführen (§§ 21 ff.). Diesem Zwecke dient auch die Bestimmung, daß die Berufung gegen Urteile der Gewerbegerichte nur zulässig ist, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 *M.* übersteigt, daß sie also nur beschränkt zulässig ist. Dieser Bestimmung widerspricht die Annahme, die Verbindung der Rechtsstreite würde über die Form des Verfahrens hinaus auf die Zulässigkeit der Berufung. Sie könnte durch die Verbindung der Rechtsstreite umgangen werden. Damit würde der Zweck einer raschen Erledigung beeinträchtigt. Die Berufung der Beklagten war sonach als unzulässig zu verwerfen (§ 535 ZPO.).

Gerichtliche Aufhebung des Ausschlusses aus Arbeiterfachvereinen in Dänemark. Man schreibt uns: Das Hof- und Stadtgericht (staatliche Unterinstanz) in Kopenhagen hat am 24. April 1911 zwei Urteile gefällt, wodurch zwei dortige Fachvereine dazu gezwungen werden, ausgeschlossene Mitglieder wieder aufzunehmen. — Der Schlächtereiarbeiterverein hatte das Mitglied C. M. aus dem Vereine ausgeschlossen, weil C. M. sich geweigert hatte, 20 Kronen einem früheren Arbeitsgenossen als Schadensersatz zu bezahlen, wozu er vom Vereine verurteilt worden war. Von dem Gericht wurde das Urteil gefällt, daß der Verein, unter Androhung von Geldstrafe für jeden Tag des Zuwiderhandelns, C. M. wiederum als Mitglied aufnehmen müsse; auf irgend eine Entschädigung habe der Arbeiter jedoch keinen Anspruch. — Im anderen Falle wurde der Erbe- und Betonarbeiterverein verurteilt, das Mitglied J. M., das vom Vereine ausgeschlossen war, gegen Androhung einer Geldstrafe von 10 Kr. für jeden Tag der Widersetzung wieder aufzunehmen; außerdem wurde der Verein zu einer Entschädigung von 1000 Kr. an J. M. und zur Bezahlung der Unkosten des Gerichtshandels verurteilt. J. Ingerslev.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands tagte am 6. und 7. Juni in Leipzig unter reger Anteilnahme von Behörden und Sozialpolitikern. Professor Dr. von Wendtstern-Breslau sprach über Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Der Vortrag war von dem Glauben an die Zukunft der nationalen Arbeiterbewegung und ihren endlichen Sieg über die Sozialdemokratie durchdrungen. Dem Ausdruck optimistischer Hochschätzung der Volksschichten von Geist, Amt und Bildung ließ der Redner eine vernichtende Kritik der „kulturfeindlichen Bestrebungen“ der sozialdemokratischen Arbeitermassen folgen.

Wendtstern schilderte die Gefahr, die für die nicht-sozialdemokratische Arbeiterkraft bestehe, nämlich mit dieser von Staat und Gesellschaft gehaßten sozialdemokratischen Arbeiterkraft in gleiche Verbannung geworfen zu werden. Zahlreiche Kräfte seien am Werke, die Arbeiterkraft, die sich unfähig erweise, die sozialdemokratischen Regungen in ihrem Schoße zu überwinden, in einen schlechteren Rechtszustand zu versetzen. Die soziale Richtung in Verwaltung und Staatswissenschaft solle überall, so drängen viel einflußreiche Persönlichkeiten, durch die autoritär-kapitalistische Richtung ersetzt werden. Nur eine christlich-national geführte Arbeiterkraft, die sich auch bei den nächsten Wahlen als siegreiche Kampftruppe gegenüber der sozialdemokratisch verdorbenen Arbeiterkraft erweise, gebe einige — wenn auch nur unsichere — Gewähr, daß keine Rückwärtsrendierung im Arbeiterrecht, keine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse eintrete, ja daß vielleicht sogar Verbesserungen eintreten. Wendtstern hofft, daß bei so gearteter Mitarbeit der Arbeiterkraft mit Staat und Bürgerschaft unter Überwindung des sozialdemokratischen Klassenkampfes „die Verdrängnis der Jahrtausende gut gemacht wird, daß wir wirklich ein würdiges Arbeiterrecht erhalten“, daß die richtige „Mittellinie“ gezogen, nämlich das Eigentum an den Produktionsmitteln als ein „Amt“ ausgestaltet wird, das neben Rechten Pflichten auferlegt und so auch dem Schutzbedürfnis der menschlichen Arbeitskraft Genüge tun wird.

Darnach berührte der Vorsitzende D. Weber in seinem Geschäftsbericht die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorgänge der letzten Jahre, zu denen die evangelischen Arbeitervereine gelegentlich in Eingaben Stellung genommen haben. Weber teilte weiter mit, daß eine ganze Anzahl Arbeitersekretäre von den Vereinen angestellt worden sind. Auch die Arbeiterinnenvereine entwickelten sich ausgezeichnet, ebenso die Jugendgruppen. Die verschiedenen Hilfsklassen der Vereine, Krankenkasse, Sterbekasse, Baugenossenschaftskasse, Rohlenklassen, Konfirmandenspartassen usw., haben einen bedeutenden Aufschwung genommen und verfügen zum Teil über ansehnliches Vermögen. In den Vereinen herrscht ein außerordentlich reges Leben, die Zahl der Vereine ist im vergangenen Jahr gestiegen von 685 auf 761, die Mitgliederzahl von 107 400 auf 115 031. Die Tagung war von 250 Delegierten besucht, die sich mit großer Begeisterung an der Aussprache über die berührten Fragen und über die agitatorischen Aufgaben der Arbeitervereine beteiligten.

Der 14. Verbandsvertretertag der katholischen Arbeitervereine (Stz. Berlin) fand am 6. und 7. Juni in Berlin statt. Es bestanden jetzt 1229 Verbandsvereine; die Mitgliederzahl ist nur wenig gewachsen und wird etwa 130 000 betragen. Der Bericht stellt mit Genugtuung die Erfolge der Berufsgruppen bei Tarifabschlüssen zusammen, „die trotz der hartnäckigen Bestrebungen der vereinigten christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, die katholische Berufsorganisation von den Tarifverträgen auszuschließen, erreicht wurden“. Die von Lic. Journelle geleiteten Verhandlungen betrafen die Reichsversicherungsordnung, welche „mit größter Befriedigung“ begrüßt wurde, den Hausarbeitergesetzentwurf, dessen Errichtung und Ausgestaltung durch Lohnämter gefordert wurde, und die Arbeitskammervorlage, deren Gesetzgebung man dringlich forderte. Die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aber müsse anerkannt werden. Die Pflichten der katholischen Arbeiter gegen den Papst betraf eine Entschließung, die unter Zurückweisung aller gegen den Papst gerichteten Angriffe betonte: der Verband erblicke „auch auf sozialem Gebiete im Stellvertreter Christi den gotteigsten Lehrer und Hirten in den weittragenden Fragen der Religion und Sittlichkeit“ und werde in der Überzeugung, daß das Lohn- und Arbeitsverhältnis nur mit Zuhilfenahme der Kirche wirklich erfolgreich gebessert werden könne, „den Weisungen des Heiligen Vaters, welche die christliche Erneuerung des Arbeitsverhältnisses bezwecken“, gehorchen. Eine große öffentliche Versammlung Berliner katholischer Arbeiter brachte am 7. Juni bei einer Kettelergedenktage diesen Gedanken in einem Telegramm an

den Papst zum Ausdruck. Am 8. Juni wurde zum preussischen Pflichtfortbildungsschulgesetzentwurf eine Entschließung angenommen, die die Einfügung des Religionsunterrichtes forderte, dessen bisheriger Ausschluss nur ein Missverstehen des Wesens der Fortbildungsschule bedeute; der Religionsunterricht werde gerade zur Vervollständigung der fachlichen Arbeit und Förderung der beruflichen Leistungsfähigkeit dienen und eine sittenreine, königstreue Generation heranbilden.

Der Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine, dem viele örtliche Kaufmannschaften und einige größere Verbände mit insgesamt 70 000 Mitgliedern angehören, sprach auf seiner Hauptversammlung (28. und 29. Mai in Wiesbaden) sein Bedauern darüber aus, daß die Beschlüsse des Reichstags über die Mindestmitgliedszahl eine ganze Reihe einwandfreier kaufmännischer Krantentassen, deren finanzielle Sicherheit außer Zweifel stand, ihres Charakters als Erbschaften entkleidet und dadurch ihrer Lebensfähigkeit beraubt hätten. Der Verband erwartet vom Bundesrat, daß er von der ihm im Gesetz zugesprochenen Berechtigung, die Mindestmitgliedszahl auf 250 Personen herabzusetzen, bei allen bestehenden kaufmännischen Krantentassen Gebrauch machen wird. Freudig begrüßte der Wiesbadener Tag die Gründung der Deutschen Gesellschaft zur Errichtung von Kaufmannserholungsheimen und beschloß, als Mitglied beizutreten und alle angeschlossenen kaufmännischen Vereine zur Nachfolge aufzufordern. Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten sprach man die Erwartung aus, daß der Reichstag den Entwurf in der kommenden Herbstsession zur Verabschiedung bringen werde. Bedauert wurde, daß die vereinigten Kommissionen für Sozialpolitik und für Kleinhandel des Deutschen Handelstages sich dem Entwurf so wenig freundlich gegenübergestellt haben. Die dem Verband angehörenden selbständigen und unselbständigen Kaufleute dagegen sind bereit, die durch die Privatangestelltenversicherung erwachsenden Lasten zu tragen. Die ernsthafteste Erziehung und Ausbildung der weiblichen Handelsangestellten wurde für ein wirksames Mittel zur Regelung der ständig anwachsenden Frauenarbeit im Handelsgewerbe erklärt. Die Durchführung eines obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für weibliche Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, eine staatliche Beaufsichtigung der Handelsschulen für Mädchen, und zwar in allen Bundesstaaten, sowie die Einführung einer praktischen Lehrzeit für weibliche Angestellte sei zu fordern, ferner ein Verbot der Frauenarbeit in Betrieben mit gesundheitlichen oder sittlichen Gefahren.

Streiks und Aussperrungen.

Das Ende des Berliner Bäckerstreiks (Sp. 1123) ist am 7. Juni in einer Gewerkschaftsversammlung beschlossen worden, nachdem von 3400 Bäckereien mit 7000 Gesellen 2220 mit 4603 Gesellen bewilligt hatten und die Zahl der Streikenden auf 390 gesunken war. Da diese Zahl nicht größer war als die der Arbeitslosen vor Streikbeginn, wurde der Abbruch des erfolgreichen Streiks beschlossen. Gegen die Bäckereien, die nicht bewilligt haben, soll indessen der Kleinkrieg fortgesetzt werden. — In Schöneberg hatte übrigens die Zwangssinnung den Meistern 100 M. Geldstrafe für den Fall angedroht, daß sie das Bewilligungsplakat im Laden aushängten. — In Magdeburg dauert der Kampf unverändert fort.

Ein Seemannsstreik in Southampton ist Anfang Juni entstanden. Die Mannschaft eines White-Star-Dampfers weigerte sich, an Bord zu gehen, wenn nicht die Lohnsätze auf 6 Pfund monatlich erhöht würden. Die Gesellschaft lehnte ab und suchte in Nordengland Streikbrecher anzuwerben. Ähnlich wie in Southampton steht ein Streik auch in Clyde bei den Küstenschiffahrtsgesellschaften bevor. Der Präsident der Vereinigung der Seeleute und Seizer hat an die Unternehmer nochmals das dringende Ersuchen um Nachgiebigkeit gerichtet, da er die Seizer und Seeleute nicht mehr länger zurückhalten könne. In Southampton sind auch die Kohlenträger in den Streik getreten und haben die Ausfahrt eines Ameritadampfers verhindert; endlich waren auch die Mäler, die Transportschiffe zur Königsrevue anschieben sollten, in den Streik getreten, aber sie haben sich mit 4 Schilling wöchentlich Lohn-erhöhung begnügt. — Ähnlich liegen die Verhältnisse in Antwerpen, wo die Schiffskreder sich geweigert haben, im Feuerwesen den grundlegenden Forderungen der Mannschaften nachzugeben.

Arbeiterschutz.

Die bremische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Das Wirtschaftsleben in Bremen stand im Berichtsjahr unter dem Zeichen einer aufsteigenden Konjunktur, nur die bremische Zigarrenindustrie hat infolge der Tabaksteuer hinsichtlich der Arbeiterzahl Verluste zu verzeichnen. Nicht nur ist der Verbrauch an Tabak an sich zurückgegangen, sondern es werden auch geringere Arten verlangt an Stelle der früher geforderten besseren Sorten,

die gerade in Bremen hergestellt werden. Infolge des Aufschwunges sind in verschiedenen Erwerbsgruppen auch Lohnsteigerungen erzielt worden. — Gegenüber 18 wirtschaftlichen Kämpfen im Vorjahre ist deren Zahl im Berichtsjahr nach den amtlichen Mitteilungen auf 25 gestiegen; hiervon waren 21 Streiks (17 im Vorjahr) und 4 Aussperrungen (1 im Vorjahr). 2 Bewegungen hatten vollen Erfolg, 7 der Hauptsache nach, 6 geringen Erfolg, 7 blieben ohne Erfolg, bei 3 Fällen blieb die Sache unentschieden.

Bei den Revisionen mußte mehrfach die Verwendung jugendlicher Arbeiter an ganz besonders gefährlichen Stellen und Maschinen gerügt werden. Überhaupt mußte auf die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mit besonderem Nachdruck geachtet werden. Für 317 Anlagen, wobei allerdings Neuanlagen und Umbauten mit in Betracht kommen, mußten Anordnungen auf unsaltdiehem Gebiet getroffen werden. Ferner wurden für 191 Anlagen Anordnungen erlassen, die sich auf den Schutz vor gesundheitsgefährlichen Einflüssen beziehen. Besonderer Wert wurde auf Schaffung guter Luftverhältnisse, Beseitigung von Gasen, Dämpfen und dergl. gelegt.

Der Bericht der bremischen Gewerbeinspektion enthält einige beachtenswerte Mitteilungen über das Kost- und Wohnungs- wesen. Gelegentlich der Besichtigung der Schlächtereien und Bäckereien sind auch die Schlaf- und Wohnräume der Gesellen und Lehrlinge nachgesehen worden, die außer einer verschwindend geringen Zahl verheirateter Gesellen sämtlich Kost und Wohnung bei ihrem Arbeitgeber haben.

Sind auch gegen früher schon Verbesserungen erzielt worden und trifft man vereinzelt auch auf gute Zustände, so lassen doch in den meisten Fällen die Räume viel zu wünschen übrig. Wie stark aber nicht nur die Gesellen, sondern auch die Konsumenten an einer Besserung der Wohnverhältnisse des Personals beteiligt sind, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht:

„Wie die Beobachtung gelehrt hat, ist der Einfluß der Art der Wohnungsverhältnisse auf den kulturellen Hoch- oder Tiefstand der Gesellen und der heranwachsenden Lehrlinge ein bedeutender und hängt hiervon namentlich in Bäckereien die saubere Zubereitung und die Güte des hergestellten wichtigsten Nahrungsmittels in hohem Grade ab.“

Zur Verbesserung des Arbeiterwohnungs wesens sind in Bremen einige bedeutende Unternehmungen im Gange. Die Schaffung eines groß angelegten Industriehafengeländes an der Weser und die Hinauslegung mancher Großbetriebe in dies Gebiet machten die Bereitstellung von Arbeiterwohnungen in größerem Maße notwendig. Der Bremische Staat gab daher an einen zu diesem Zwecke gebildeten gemeinnützigen „Bremer Verein für Arbeiterwohnungen“ den nötigen Grund und Boden in Erbbaurecht; der Verein begann selbst mit einem Kapital von 100 000 M. und mit 3 prozentigen Darlehen seitens der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte die Erstellung von Arbeiterwohnhäusern. Bis jetzt sind 44 Häuser mit 100 Wohnungen errichtet, im ganzen sind zunächst 100 Häuser vorgesehen. Am 1. Oktober 1910 ist auch die durch das Wohnungspflegegesetz vom Juli 1910 vorgesehene Wohnungsinspektion in Kraft getreten.

Ein Hamburger Vergesetz ohne Arbeiterschutz. Der Gas- ausbruch bei Neuenhamppe hat den Hamburger Senat veranlaßt, am 29. Mai der Bürgerschaft den Entwurf eines neuen Vergesetzes vorzulegen. Diese Vorlage enthielt keine Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter. Die Sozialdemokraten beantragten daher die Einfügung eines entsprechenden Abschnitts von 16 Paragraphen, die sich größtenteils wörtlich mit den Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 80 ff. des Preussischen Vergesetzes decken. Abweichend gefordert wurde insbesondere die Einrichtung eines Arbeiterausschusses schon bei 21 Mann Belegschaft (Preußen in § 80 f. bei mindestens 100 Mann), Schutz gegen Beschuldigungen im Zeugnis, die das Fortkommen erschweren (Preußen gewährt in § 84, 3 nur Schutz gegen „unbegründete Beschuldigungen, welche die fernere Beschäftigung hindern würden“), der Achthunderttag und ein allgemeines, nur in wirklichem Notfall durchbrechbares Verbot von Übersichten, sowie Sonntagsruhe (in Preußen wird hier im wesentlichen nur durch § 80 b die Regelung der Verpflichtung zu Übersichten innerhalb der Arbeitsordnung gefordert; die Sonntagsruhe in Bergwerken ist reichsgesetzlich durch § 105 b RGO. [RGOI. 12] geregelt). — Zu den Vorschlägen der Sozialdemokraten stellte sich auch ein Teil der andern Parteigruppen nicht grundsätzlich ablehnend; der Senat ließ aber zum Ausdruck bringen, er betrachte das Gesetz bewußt nur als Torso und wünsche seine eilige Verabschiedung; eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter

werde gewiß einmal nötig werden; vorläufig handle es sich doch aber, praktisch betrachtet, noch gar nicht um einen bergmännischen Betrieb, und in Neuengamme werde der Staat als Arbeitgeber seinen sozialen Pflichten auch ohne Arbeiterschutzesetzgebung nachkommen. Die Sozialdemokraten zogen schließlich ihren Antrag zurück und behielten sich vor, ihn später wieder einzubringen. — Angesichts der wirtschaftlichen Verluste, die aus einer Verzögerung der Annahme des Gesetzes hätten entstehen können, wird man diese Haltung durchaus billigen, andererseits freilich die Schwierigkeiten nicht gering achten, die erfahrungsgemäß späteren Ergänzungen einmal eingewurzelter gesetzgeberischer Werke entgegen zu stehen pflegen.

Ein **Steinhauerarbeitsgesetz in Holland** ist im Mai 1910 vom Reichstag angenommen worden. Darnach dürfen künftig zur Steinhauerarbeit nur Arbeiter zugelassen werden, die vom 14. bis zum 21. Lebensjahre eine Arbeitskarte führen, auf der ihnen nach ärztlicher Untersuchung bescheinigt wird, daß sie zu dieser Arbeit in gesundheitlicher Hinsicht tauglich sind. Jeder Steinhauer in dem angegebenen Alter muß sich wiederholt der ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Für Steinhauer unter 17 Jahren darf die Arbeitszeit im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes $8\frac{1}{2}$ Stunden nicht überschreiten, späterhin nicht mehr als $7\frac{1}{2}$ Stunden am Tag. Für Steinhauer über 17 Jahre darf die Arbeitszeit ebenso nur 10 und später 9 Stunden betragen. Steinhauerarbeit bei künstlichem Licht ist verboten. Die Steinhauerarbeit muß nach dreistündiger Dauer durch eine Pause unterbrochen werden. Altkorarbeit für Arbeiter unter 15 Jahren ist untersagt. Diese Bestimmungen gelten auch für die im Betriebe arbeitenden Söhne des Unternehmers. Ein abgelehnter sozialdemokratischer Antrag hatte ein völliges Verbot der Sandsteinbearbeitung gefordert.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist am 27. Mai in Berlin als deutsche Abteilung der im Herbst 1910 in Paris begründeten Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben getreten. Zahlreiche Verwaltungsbeamte der Stadtgemeinden, einzelne Vertreter von Staats- und Reichsbehörden, Gelehrte und sozialpolitische Fachleute waren auf Einladung des zweiten Vorsitzenden der Internationalen Vereinigung, Dr. Freund, (Landesversicherungsanstalt Berlin) erschienen. Regierungsrat Dr. Feig vom Kaiserlichen Statistischen Amt leitete die Gründungsversammlung mit einer Übersicht über die Aufgaben ein, die noch auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit zu lösen sind, hinsichtlich z. B. der genauen Statistik und der Fragen zur Arbeitsbeschaffung, Versicherung, Unterstützung usw. Die inneren Beziehungen zwischen den einzelnen Einrichtungen, besonders zwischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, seien noch unentwickelt. Die ersten Aufgaben des neuen Vereins erblickte Dr. Freund in der Sammlung aller erreichbaren Materials, besonders über die Geschäftsergebnisse der verschiedenen Einrichtungen, damit der Verein Gemeinden und Korporationen, die neue Einrichtungen schaffen wollen, mit Material an die Hand gehen könne; ferner empfahl Dr. Freund einen engen Anschluß an die Vereinigungen der Arbeitsnachweise, die Veranstaltung öffentlicher Erörterungen und endlich Bearbeitung und Vorbereitung der von der Internationalen Vereinigung gestellten Aufgaben. Oberbürgermeister Dominicus lenkte die Aufmerksamkeit auf den neuen englischen Gesetzentwurf. Es wurde dann die Gründung der Gesellschaft beschlossen. Zweck der Gesellschaft soll sein: „das Problem der Arbeitslosigkeit und der Mittel zu ihrer Bekämpfung zu studieren, alle hierauf bezüglichen Materialien zu sammeln und die einschlägigen Fragen in Versammlungen zu erörtern.“

In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Dr. Freund-Berlin, als I. Stellvertreter der Direktor im Kaiserlich Statistischen Amt Dr. Zacher-Berlin, als II. Stellvertreter Beigeordneter Fuchs-Köln, als Schatzmeister der Direktor der Dresdner Bank Herbert Gutmann-Berlin, als Schriftführer Reg.-Rat Feig-Berlin und als Beisitzer Stadtrat Maas-Berlin, Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, Reichsrat Frhr. v. Freyberg-München, Geh. Ober-Reg.-Rat Wittmann-Karlsruhe, Professor Dr. Jastrow-Charlottenburg, als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Geschäftsführer des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Dr. Weder-Berlin.

Mitglied der Gesellschaft kann jeder werden, der vom Vorstande auf seinen Antrag zugelassen wird: Einzelpersonen, Körperschaften, Behörden, Vereine. Der Mindestbeitrag des Mitglieds soll 10 M betragen.

Mindestens 80 v. H. der Beiträge sollen an die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeführt werden. Die Gesellschaft will mit dem Verband deutscher Arbeitsnachweise untätig zusammen arbeiten und dies auch äußerlich durch Unterhaltung einer gemeinsamen Geschäftsstelle und gemeinschaftliche Tagungen zum Ausdruck bringen.

Die Muttergesellschaft, die Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, hat soeben durch ihren Generalsekretär Dr. Lazard (Paris, Rue de Babylone 34) im Verlag Marcel Riviere et Cie. die Verhandlungsberichte der Internationalen Konferenz über Arbeitslosigkeit vom 18. bis 21. September 1910 in drei Bänden der Öffentlichkeit übergeben. Band I (195 S.) enthält den Abdruck der vorbereitenden Schriftstücke und den Bericht über die einzelnen Sitzungen am 18. bis 21. September sowie den Inhalt der Verhandlungen über Arbeitslosenstatistik, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Überwachung und Begründung der Internationalen Vereinigung; ferner eine kurze Inhaltsstizze der Gutachten, Denkschriften, Statistiken usw., die auf der Herbsttagung in Paris vorgelegt worden sind. Die Bände II und III, je etwa 500 Seiten stark, bringen diese Berichte und Gutachten, 46 an der Zahl, im Wortlaut zum Abdruck und fügen kurze Inhaltsangaben in den beiden anderen Kongresssprachen, jeweils bei. Drei zusammenfassende Berichte beschließen das Werk.

Die **Arbeitslosenzählung in Nürnberg am 11. und 12. Januar 1911**, die durch 160 städtische Beamte und Bedienstete durch Erfragung von Haus zu Haus stattfand, hatte folgendes Ergebnis:

Es wurden ermittelt 1510 männliche, 84 weibliche, zusammen 1594 Arbeitslose. Nach ihrer letzten Beschäftigung gehörten an dem Baumgewerbe 597, dann folgen Industrie der Maschinen um 166, Metallverarbeitung 164, Holz- und Schnitzstoffe 119, Handelsgewerbe 112 usw. Einen bestimmten Beruf nicht gelernt hatten 24,15 %, im gelernten Beruf zuletzt tätig waren 58,33 %, im gelernten Beruf zuletzt nicht mehr tätig waren 22,33 % der Arbeitslosen. 68,33 % von ihnen waren ledig. Auf das Alter bis zu 20 Jahren entfielen 22,40 %, 20 bis 25 Jahren 21,9 %, 25 bis 30 Jahren 15,15 %, 30 bis 35 Jahren 11,79 % der Arbeitslosen. Als Arbeitslose zugezogen waren 17,13 % der Gezählten. Die Dauer der Arbeitslosigkeit war 1 Tag bis 1 Woche bei 15,21 %, 1 bis 2 Wochen bei 14,34 %, 2 bis 3 Wochen bei 15,15 % der Arbeitslosen. Mehr als ein Jahr arbeitslos waren 1,38 %. Als Gründe für den Austritt aus der Beschäftigung wurden angegeben: eigene Kündigung wegen der Lohnverhältnisse 5,38 %, sonstige und nicht näher angegebene Gründe 14,87 %, Entlassung wegen Einschränkung des Betriebs (Arbeitsmangel) 53,97 %, sonstige und nicht näher angegebene Gründe 12,78 %, Krankheit (seit Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit ohne Stelle) 6,40 %; alle übrigen Gründe spielen gegenüber diesen Zahlen keine Rolle. Streik und Aussperrung waren mit 0,38 % beteiligt. — Auf 100 Krankenkassenmitglieder kamen 1,37 % Arbeitslose.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Stettin ist durch Einrichtung eines Holzzerkleinerungspalastes in die Wege geleitet worden. Beschäftigt wurden besonders solche Arbeitsfähige, die Armenunterstützung in Anspruch nahmen. Der Betrieb wurde am 20. Februar 1911 eröffnet und am 29. April 1911 vorläufig geschlossen. Das nötige Klobenholz wurde aus den städtischen Forsten bezogen und zerkleinert an die städtischen und andere Behörden und an Private abgegeben. Auch wurde die Zerkleinerung von geliefertem Klobenholz übernommen. Die Preise waren dieselben wie bei den Holzhändlern. Die Arbeiter wurden meist durch Vermittlung der städtischen Armenkommission vorstehend, einzelne auch von der Fürsorgestelle für Alkoholtrinker überwiesen. Die Beschäftigung wurde von vornherein auf 5 Tage beschränkt, um den Trieb zum Auffuchen anderer Arbeit rege zu halten. Es wurde ein Stundenlohn von 20 Pf gezahlt, so daß die Arbeiter bei neunstündiger Arbeitszeit täglich 1,80 M verdienten. Täglich wurden durchschnittlich 25–30 Leute beschäftigt, denen insgesamt etwa 2000 M Lohn gezahlt worden sind und die in der oben angegebenen Zeit etwa 800 cbm Holz zerkleinert und abgefahren haben. Der Andrang von Arbeitsuchenden war zeitweise so stark, daß nur die Einheimischen und von diesen in erster Linie die Verheirateten berücksichtigt werden konnten. Die Erfahrungen mit dieser neuen Wohlfahrtseinrichtung sind bisher durchaus günstig. Unzuträglichkeiten haben sich nicht fühlbar gemacht. Abfall für das zerkleinerte Holz war im genügenden Maße vorhanden. Der Versuch soll im nächsten Winter in vergrößertem Maßstabe wiederholt, auch soll für die Arbeitenden die Möglichkeit geschaffen werden, ein warmes Mittagessen zu erhalten.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Der **Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl)**, der vor 30 Jahren in M.-Glabbech von dem Fabrikbesitzer Franz Brandis, Professor Dr. Fige-Münster und ihren katholischen Freunden gegründet wurde als „Verband katholischer

Industrieller und Arbeiterfreunde" zur Förderung der religiösen, sittlichen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes, konnte auf der heutigen Mittagung mit Befriedigung auf sein wachsendes Werk Rückschau und Umschau halten. Besonders große Verdienste hatte sich der Verband in den ersten Jahrzehnten seiner Tätigkeit in der privaten Wohlfahrtspflege, in der Förderung des katholisch-sozialen Vereinswesens und auf dem Gebiete der Sozialpolitik erworben. Dann wurde 1905 den veränderten sozialen Erfordernissen der Neuzeit entsprechend auf seiner Hauptversammlung in Reuß das Tätigkeitsgebiet des Verbandes erweitert. Der bisherige Name „Arbeiterwohl" wurde in den jetzigen umgeändert, ebenso die Zeitschrift „Arbeiterwohl" zu der jetzigen umfang- und inhaltreichen Monatschrift „Soziale Kultur" ausgebaut. Gemäß dem erweiterten Programm erstrebt der Verband nunmehr „die Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Kultur und des sozialen Fortschritts in unserm Volk auf dem Boden des Christentums". Er wendet sich vor allem an die gebildeten und besitzenden Katholiken, um sie zu unterrichten und zur Mitarbeit anzuregen; insbesondere läßt er sich die Förderung der religiösen, sittlichen und materiellen Interessen des Arbeiterstandes angelegen sein. Neben der Zeitschrift „Soziale Kultur" veröffentlicht er in freier Folge Einzelabhandlungen auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege; veranstaltet Konferenzen zur Klärung und Bearbeitung schwieriger Fragen auf dem Gebiete der praktischen Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege in Stadt und Land unter Festlegung ihrer Ergebnisse in Denkschriften und Eingaben; erörtert besonders wichtige Fragen auf Generalversammlungen und Kursen; erteilt Rat und Auskünfte in allen einschlägigen Fragen und wirkt bei der Förderung und Ausgestaltung des sozialen Vereinswesens und der gesamten Wohlfahrtspflege mit.

Der Berliner Hauspflegerverein (Bureau Königsgräber Straße 97/98) versendet seinen 14. Jahresbericht über das Jahr 1910. Trotz dem der Verein durch mehrere Todesfälle schwere Verluste in den Reihen seiner Vorstandsmitglieder hatte, konnte doch die Arbeit rüstig weiter schreiten und weist gegenüber den Vorjahren wiederum eine Steigerung auf. Die Zahl der durch den Verein geleisteten Pflegen betrug 6089 gegenüber 5768 im Vorjahr. Die Pflegerinnen, die von dem Verein aus in die Familien geschickt werden, in denen vorübergehend für die Arbeit der Hausfrau Ersatz geschaffen werden muß, arbeiten sich immer besser in diese Aufgaben hinein. Die Stadt Berlin förderte die Bestrebungen des Vereins durch einen Zuschuß von 5000 M., die Landesversicherungsanstalt gab 2000 M. Auch andere Behörden, so die Eisenbahndirektion, Oberpostdirektion, Polizei, ferner auch große industrielle Unternehmungen unterstützten die Bestrebungen des Vereins, indem sie größere Jahresbeiträge zahlten, wofür ihre Angestellten dann in Krankheitsfällen ein Anrecht auf Stellung einer Hauspflegerin durch den Verein gewinnen.

Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns- und Handlungslehrlinge hielt Anfang Juni in Wiesbaden ihre erste Mitgliederversammlung ab. Obgleich sie erst vor zwei Monaten ins Leben getreten ist, sind seither schon über 1 1/2 Millionen Mark Zeichnungen und Stiftungen erfolgt. Allein der Jahresbeitrag der in den letzten zwei Wochen eingetretenen Mitglieder übersteigt den Betrag von 40 000 M. Der in den Erholungsheimen zur Erhebung gelangende Verpflegungssatz je Kopf beträgt 2,40 M. bis höchstens 3 M. Mit dem Bau einer Anzahl Heime wird in diesem Jahre schon begonnen werden, an der See wie im Hochgebirge und Mittelgebirge.

Volks-erziehung.

Die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung versendet ihren Bericht für das Jahr 1910. Aus den allgemeinen Bemerkungen, die den eigentlichen Tätigkeitsbericht einleiten, geht hervor, wie zeitgemäß die Gründung des Instituts war, denn immer mehr Erscheinungen weisen darauf hin, wie sehr die Bedürfnisse des praktischen Lebens die Methode und den Inhalt aller Arten des Lehrbetriebs beeinflussen und damit eine Rückwirkung auf die Wissenschaft selbst ausüben. Bei dieser allgemeinen Grundrichtung kann es nicht überraschen, daß auch die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung sich hat tüchtig entwickeln können, deren programmatische Aufgabe darin besteht, wirtschaftliche Kenntnisse und wirtschaftliches Verständnis zu verbreiten. Über diese sich in neuerer Zeit geltend machenden Strömungen heißt es u. a.:

„Wissenschaft und Praxis vereinigen sich, um ihre Jünger mit einem besseren Rüstzeug für das Leben und seine Anforderungen auszustatten: das Denken soll geschärft, der Wille soll geklärt werden. Das ist das gemeinsame Ideal, das in den mannigfachen Berufen erreicht werden soll, dem aber mit allem Fleiße da besonders entgegenzustreben ist, wo, wie im modernen, nach Betätigung orientiertem Leben, das Problem der besten Verwaltung im weitesten Sinne des

Wortes, in Staat, Kommune und Privatbetrieb eine Rolle spielt. Hier, wo die in der Wirklichkeit unlösliche Dreieinigkeit von Technik, Recht und Wirtschaft in ihrer ganzen großen Bedeutung auftaucht, setzen denn auch die Reformbestrebungen besonders scharf ein: Lehrer und Lernende werden gleichzeitig davon aufs Lebhafteste berührt.

In der Technik, in der Ingenieurwelt sind die großen Vereine und Verbände neben der weiteren Ausgestaltung der technisch-naturwissenschaftlichen Bildung auf Durchführung einer starken Berücksichtigung der wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Fächer bei der Aus- und Fortbildung der Ingenieure bedacht. Und je nachdem man die Ausbildung des Ingenieurs als solche modernisieren will oder aber sein Studium nur als Grundlage für spätere rein verwaltende Tätigkeit fordert, treten die neuen Ansprüche verschiedentlich intensiv auf. Die Rechtsentwicklung in Justiz und Verwaltung soll nach den Bedürfnissen der Gegenwart gefördert werden — aus diesem Gesichtspunkt hat sich kürzlich eine „Vereinigung für zeitgemäße Rechtspflege und Verwaltung" gebildet. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Ausbildung hat die Handelshochschulidee einen weiteren Fortschritt gemacht. Bayern hat die seit längerer Zeit vorbereitete Handelshochschule eröffnet. Es steht zu erwarten, daß nunmehr die Periode der Neugründungen (wenn man von der Ausgestaltung der Königsberger Handelshochschulkurse zu einer Handelshochschule absteht) vorüber ist, und daß die kommende Zeit dem inneren Ausbau des Lehrbetriebs an den Handelshochschulen gewidmet sein wird.

Aus der Tätigkeit der Gesellschaft sind wieder die, von ihr veranstalteten Fortbildungskurse für höhere Verwaltungsbeamte hervorzuheben. Im Berichtsjahre fanden der 11. und 12. Kursus dieser Art von 2 Monaten Dauer statt. Die Zahl der Teilnehmer dieser Kurse wird absichtlich in niedrigen Grenzen (30 bis 40) gehalten, trotzdem bei dieser geringen Anzahl die Unkosten bei weitem nicht gedeckt werden. Aus der Verwaltung fast aller Bundesstaaten waren Teilnehmer entsandt worden. Die Gesellschaft arbeitet zur Veranstaltung von Vortragskursen oder auch Einzelvorlesungen je nach Bedarf und Vereinbarung auch Hand in Hand mit anderen Organisationen, so mit dem Verbands für das kaufmännische Unterrichtswesen, mit dem Architektenverein-Berlin, verschiedenen Ortsgruppen des Verbandes Deutscher Ingenieure, dem Deutschen Ausschusse für technische Schulwesen, dem Deutschen volkswirtschaftlichen Verbands u. a. Außerdem ist die Gesellschaft beteiligt an den noch nicht ganz abgeschlossenen Vorarbeiten zur Gründung einer „Gesellschaft Deutscher Metallhütten und Bergleute", deren Zweck auf „die Erzielung eines innigen Zusammenwirkens von Wissenschaft und Praxis im deutschen Metallhütten- und Bergbauwesen" gerichtet ist.

Die Organisation der Fortbildungsschule für Mädchen bildete eine der Hauptfragen, die auf der Tagung des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins (Pfingsten 1911 in Nürnberg) behandelt wurden. Die Vortragende Dr. Rosa Kempt-München legte ihren Ausführungen eine Reihe sehr ausführlicher Zeitsätze zugrunde. Diese fordern, besonders angesichts des heutigen Standes der Volkswirtschaft, wonach die Teilnahme der Frau am Erwerbsleben nicht mehr entbehrt werden kann, die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen als wichtigstes Hilfsmittel zur Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit. Die Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen sind nach der Berufstellung der Mädchen in 4 Hauptgruppen zu gliedern und entsprechend zu organisieren: landwirtschaftliche, gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche. Die Verquickung der Berufsschulung mit dem Haushaltungsunterricht, die vielfach bei den noch wenig geklärten Ansichten über die Mädchenfortbildungsschule eine Rolle spielt, wurde von der Vortragenden durchaus abgelehnt. In dem betreffenden Zeitsatz heißt es zu diesem Punkt:

Die Fortbildungsschule für jede dieser 4 Gruppen muß einheitlich der Berufsbildung dienen. Hauswirtschaft kann daher nur dort im Lehrplan aufgenommen werden, wo sie einen Teil der Berufstätigkeit der Mädchen ausmacht. Aus der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschule scheidet sie daher vollständig aus, und in der landwirtschaftlichen bildet sie nur einen Bruchteil des Unterrichts.

Über die Aufgaben, welche im einzelnen die 4 genannten Hauptkategorien zu erfüllen haben, heißt es u. a.:

Daß für die landwirtschaftliche Schule die produktive Tätigkeit der Frau im Mittelpunkt stehen müsse; für die gewerbliche Schule wird der Nachdruck auf beruflich spezialisierte Fachklassen gelegt; für die kaufmännische Schule wird Gleichheit im Lehrplan für beide Geschlechter gefordert, aber Trennung der Ausbildung für Laden und Kontor. Für die hauswirtschaftliche Schule wird gefordert, daß sie bei genügender Schülerinnenzahl in mehrere Fachklassen für Mädchen, Stubenmädchen, Alleinmädchen gegliedert wird; für die erwerbslosen Hausstöchter soll die hauswirtschaftliche Schule möglichst der sozialen Lage der Volksschichten angepaßt werden, für welche sie bestimmt ist.

Die Regelung des weiblichen Lehrlingswesens in Baden. Nach langwierigen Verhandlungen haben die Vertreter der vier badischen Handwerkskammern schließlich sich dahin geeinigt, daß im allgemeinen zwischen männlichen und weiblichen Lehrlingen kein Unterschied gemacht werden soll. Die für die männlichen Lehrlinge geltenden Vorschriften, besonders die dreijährige Lehrzeit und die Bestimmung über die Höchstzahl der in einem Betriebe zulässigen Lehrlinge sollen grundsätzlich auch für die weiblichen Lehrlinge gelten. Ausnahmen dürfen nur von Fall zu Fall vom Vorstand der Handwerkskammer gestattet werden. Bei Lehrlinginnen, die das Gewerbe nur für den eigenen Hausgebrauch erlernen wollen, wird der Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrags nicht verlangt; jedoch ist nach Ablauf einer Beschäftigungsdauer von vier Wochen der Handwerkskammer zu melden, wie lange das Mädchen weiter beschäftigt werden soll. Bei längerer Beschäftigung ist auch für diese Mädchen nach Ablauf der ersten sechs Monate ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen. Für weibliche Lehrlinge gilt der Vorbrud des gleichen Lehrvertragsformulars wie für männliche, nur auf farbigem Papier. Auch heißt es „Lehrherrin“ statt „Lehrherr“ und „Lehrmädchen“ statt „Lehrling“. Schwierigkeiten verursacht in der nächsten Zeit für einige Frauenberufe die Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1908 (Kleiner Befähigungsnachweis), wonach die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur solchen Personen zusteht, die entweder eine Meisterprüfung bestanden oder die Anleitungsbefugnisse durch die untere Verwaltungsbehörde verliehen erhalten haben; hier wird die Regierung für einzelne Frauenberufe Erleichterungen zugestehen müssen.

Die Beschulung blinder und taubstummer Kinder in Preußen. Der Gesetzentwurf, der die Verpflichtung der Gemeinden zur Beschulung und, wenn nötig, auch Unterbringung blinder und taubstummer Kinder in geeigneten Erziehungsanstalten bezweckt, wurde Ende Mai in zweiter und dritter Lesung vom Abgeordnetenhaus verabschiedet und zwar im wesentlichen in der Fassung, die auch das Herrenhaus angenommen hatte (Zg. XX, Sp. 892). Es gelangten als Ergänzung zu dem Gesetz noch zwei Resolutionen zur Annahme, welche die mit der Durchberatung des Gesetzes betraute Kommission vorlegte. In der ersten Resolution wird die Regierung ersucht, der Beschulung und Ausbildung der gleichzeitig taubstumm und blinden Kinder besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, in der zweiten wird um eine Neuordnung der staatlichen Zuschüsse an die Provinzial- und Bezirksverbände insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge für Irre, Sieche, Epileptiker, Taubstumme und Blinde gebeten.

Eine „soziale Woche“ des katholischen Volksbundes in Österreich wird vom 4. bis 10. September 1911 in Wien abgehalten. Zur Verhandlung kommen folgende Themen: Die Entwicklung der Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. — Grundsätze, Ziele und Methode der sozialen Reformarbeit. — Die Wege der österreichischen Agrarpolitik. — Lebensfähigkeit und Lebensbedingungen des gewerblichen Mittelstandes. — Katholische Gesellenvereine. — Die Hebung des Arbeiterstandes als Kulturproblem. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung. — Die katholischen Arbeitervereine. — Der Sozialismus. — Die Frau in der sozialen Bewegung. Der Preis der Teilnehmerkarte beträgt 4 Kr., für Mitglieder christlicher Arbeiterorganisationen und katholische Studenten 2 Kr.

Volksgesundheit.

Die Berufskrankheiten der Bürstenmacher.

Als Berufsgefahren der Bürstenbinder in gesundheitlicher Hinsicht führt Professor Sommerfeld die Einatmung von Staub verschiedener Herkunft an (Haare, Vorsten, Pflanzenteilen, Sand), vereinzelt Verwendung von Bleiunterlagen beim Abklugen der überstehenden Vorstehaare, die Reizung der Augenlider durch Staubteilchen, die Ansteckung durch milzbrandhaltiges Material.

Der Vorstehstaub ist ein organischer Staub, und es verdient der Schmutz, der diesem Staub anhaftet, die größte Beachtung. Der Staub erzeugt, wenn er sich in den Atmungsorganen einlagert, Husten und Auswurf, es entstehen Luftröhren- und Kehlkopfkatarrhe sowie Entzündungen und Erweiterung der Lunge. Schließlich kann sich die Tuberkulose in derartig geschwächten Lungen ansiedeln. Als Berufskrankheit der Bürstenmacher ist der Milzbrand anzuführen. Die Krankheit entsteht durch die Milzbrandbakterien, deren Keime (Sporen) außerordentlich lebens- und widerstandsfähig sind und sich in den Haaren, die von milzbrandkranken Tieren stammen, erhalten und den Menschen anstecken;

namentlich ausländische Haare sind hier verdächtig. Der Milzbrand tritt bald örtlich auf, teils als Allgemeinerkrankung. Die örtliche Erkrankung zeigt sich in Form eines Karbunkelgeschwürs, das meist in Heilung übergeht. Die Allgemeinerkrankung entsteht durch Einatmung oder Verschlucken milzbrandhaltigen Staubes, sie tritt dann als Lungenmilzbrand und Darmmilzbrand auf und endet meist tödlich. Zur Verhütung des Milzbrands ist Reinigen, Befeuchten und Desinfektion der Vorsten nötig. Die Desinfektion der Vorsten durch strömenden Wasserdampf muß obligatorisch erfolgen, ehe irgend eine andere Hantierung mit denselben zugelassen wird, also noch vor dem Sortieren der Haare. Neben der Desinfektion durch strömenden Wasserdampf sind als die wichtigsten Maßnahmen zur Verhütung der Ansteckung folgende zu nennen: Größte Sauberkeit im Fabrikraume, der Arbeitskleider und der Arbeiter selbst. Die Flächen der Arbeitsräume sollten daher sämtlich maschinenhergestellt werden, um ständig einer gründlichen Reinigung und Desinfektion unterworfen werden zu können. Die Arbeitskleider sind vor Beginn der Arbeit anzulegen, sollen stets in der Fabrik verbleiben, häufig gewaschen und ausgekocht werden. Für die Arbeiter sind Vorkehrungen zu treffen, damit sie vor dem Verlassen der Fabrik eine gründliche Reinigung des ganzen Körpers, namentlich aber entblößter Stellen vornehmen können, und für die Durchführung dieser Maßregel ist Sorge zu tragen. Endlich ist es geboten, die Arbeit nicht mit entblößten Armen zu verrichten, sondern dieselben mit glatten dichten Stoffen zu bekleiden, welche am Handgelenk einen staubdichten Abschluß gestatten; letzterer ist auch an den Fußgelenken anzulegen.

Da die Vorsten jedoch durch die Desinfektion mit strömendem Wasserdampf an Gewicht und Farbe verlieren, so ist auf internationalem Wege die Desinfektion sämtlicher Rohmaterialien vor der Verarbeitung zu erstreben. Die Dampfdesinfektion der ausländischen Vorsten hat an der Grenze zu erfolgen.

Sehr sorgfältige Nachweise über das Vorkommen von Milzbrand bei Bürstenarbeitern geben die Berichte der Gewerbeinspektoren. Es ergibt sich aus denselben, daß sich in jedem Jahre einige Fälle von Milzbrand bei den Bürstenarbeitern in Deutschland ereignen, die zum Teil tödlich endigen. Manche Fälle sind in ihrer Entstehung rätselhaft. So erkrankte ausweislich des letzten Jahresberichts der preussischen Gewerbeinspektion im Bezirk Rassel ein Mädchen, das mit dem Belleben von Pinseln beschäftigt war, die aus indischen Ziegenhaaren angefertigt waren. Die Erkrankung war um so rätselhafter, als ausländische Tierhaare zurzeit gar keine Verwendung gefunden hatten. In Arnberg ereignete sich eine Milzbrandkrankung einer mit dem Bündeln der nicht desinfizierten Vorsten im Betriebe beschäftigten Arbeiterin. Der Gewerbeinspektor ordnete daraufhin an, daß die Arbeiter während ihrer Tätigkeit stets geschlossene Schutzmäntel tragen, die oft zu waschen sind. Personen mit unreiner Haut oder mit offenen Wunden im Gesicht oder an den Händen sind von Arbeiten, bei denen Milzbrand zu befürchten ist, auszuschließen. Bei den Milzbrandkrankungen besteht nun der Verdacht, daß an den vom Großhandel bezogenen Haaren nicht desinfizierte ausländische dabei waren.

Anerkannt werden von den Fabrikinspektoren Fortschritte bezüglich der Desinfektion der Haare und Vorsten, wozu in den Fabriken zweckentsprechende Apparate eingerichtet werden, bei denen das Beschneiden und Entleeren in durch Zwischenwänden getrennten Räumen erfolgt. In den Desinfektionsanlagen der Vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg wird zur vollen Sicherheit, daß die zu desinfizierende Ware im Apparat auch nach allen Seiten auf die entsprechende Temperatur gebracht wird, in der Mitte der Ware ein elektrisches Kontaktthermometer mit Metallkugel, welche bei 103° schmilzt, angebracht und erst nach dem Infolge Schmelzens dieser Kugel ertönenden Signal wird die Dampfströmung unterbrochen.

Ein Erkrankungsfall betraf eine jugendliche Arbeiterin, welche in einer kleinen Bürstenmacherei in Nürnberg mit der Herstellung, hauptsächlich mit dem Beschneiden von Zylinder- und Flaschenwischern sowie Putzbürsten beschäftigt war. Trotz der in der Werkstätte angehängten Warnung wurde eine am Rinn des Mädchens entstandene Pustel von keiner Seite beachtet und nach einigen Tagen von demselben mit den Fingernägeln abgetraht. Erst auf die dadurch entstandene Blutung und heftige Entzündung erfolgte die Anrufung eines Arztes, der Milzbrand konstatierte. Die eingehende Untersuchung ergab, daß neben den desinfizierten Vorsten und Haaren auch eine ganze Menge chinesische Ziegenhaare zur Verarbeitung gelangte, welche von einem Exporteur nebenher aus England bezogen wurden und bei deren bakteriologischer Untersuchung im städtischen Krankenhause Milzbrandkeime nachgewiesen werden

konnten. Im letzten Jahre wurden in Bayern 8 Milzbrandfälle beobachtet, davon 2 tödliche, 5 davon betrafen die Pinselindustrie. In der Pfalz konnte beobachtet werden, daß Risten, in welche un desinfizierte chinesische Borsten eingepackt waren, zum Versand desinfizierter Borsten verwendet wurden.

Allein 5 Fälle von Milzbrandkrankungen ereigneten sich in der Pinselindustrie Mittelfrankens. Hiervon nahm ein Fall einen tödlichen Verlauf. Der Verstorbene war mit der Bearbeitung von grauen Borsten, vermischt mit weißen, aus Italien bezogenen Borsten beschäftigt. Die bakteriologische Untersuchung des beschlagnahmten Materials ergab, daß besonders die aus dem Ausland stammenden Borsten, welche nachweislich in der städtischen Desinfektionsanstalt Nürnberg desinfiziert worden waren, Milzbrandsporen enthielten. Eine andere erkrankte Arbeiterin hatte imitierte Dachshaare (ausländische Ziegenhaare) verarbeitet, die vorschriftsmäßig desinfiziert worden waren.

Sind die behördlichen Vorschriften über die Bürstenindustrie in den Fabriken noch einigermaßen leicht durchzuführen und zu kontrollieren, so ist das nur schwer möglich bei der sogenannten Heimarbeit und in Gefängnissen und Wohlthätigkeitsanstalten, in welchen ebenfalls Bürstenbinderei betrieben wird. Deshalb besteht hier nicht nur eine große Gefahr für die Arbeiter, sondern auch für die Umgebung, ja auch für die Konsumenten. Es ist daher verlangt worden, daß die Heimarbeit in der Bürstenindustrie gesetzlich verboten werde, zum mindesten müßten jedoch die bundesrätlichen Vorschriften von 1902 auch auf die Heimarbeit Anwendung finden. Die Heimarbeit ist besonders im Schwarzwald, Westerwald und Erzgebirge verbreitet. Bedenklich ist die ausgebreitete Kinder- und Frauenarbeit in derselben, sowie die oft sehr lange Arbeitszeit. Ebenso sind die Wohnräume oft unzulänglich. Es müßten hier entsprechende Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten erlassen werden. Dieselben müssen hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sein. Sie dürfen weder zum Schlafen, Wohnen, noch Essen benutzt werden. Auch soll die Heimarbeit der Kontrolle der Gewerbeinspektoren unterliegen. Besondere Aufmerksamkeit ist der Kinderarbeit zu schenken, oft findet man, daß in Pinselfabriken, die auch in der Heimarbeit arbeiten lassen, die Heimarbeiter ihre eigenen Kinder bis tief in die Nacht hinein mit dem Zurichten der Pinsel und Bürsten beschäftigen.

Frankfurt a. M.

Dr. med. W. Hanauer.

Schulgesundheitspflege und Schulärzte. Auf der Tagung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege (Anfang Juni in Dresden) forderte Geh. Med.-Rat Leubuscher-Neiningen die Einführung der Schulärzte auch für die höheren Lehranstalten. Die Anerkennung der Berechtigung der Schulärzte an einem Teile der Volksschulen bedinge mit logischer Konsequenz die Einführung der Schulärzte an allen Volksschulen und auch allen höheren Lehranstalten. Die höheren Schulen können gegenüber den hygienischen Bestrebungen weder mit Rücksicht auf die Familienverhältnisse noch auf Grund der Organisation der Schulen eine Ausnahmestellung beanspruchen. Die Familien gewähren durchaus nicht immer Garantie für die richtige hygienische Erziehung oder den gesunden Nachwuchs und größere Wohlhabenheit bedinge noch keinen kräftigeren Nachwuchs. In der lebhaften Aussprache fanden die Grundgedanken viel Zustimmung. Doch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Deckung der Kosten des Schularztes an den höheren Schulen durch die Eltern erfolgen soll, damit Staat und Gemeinde nicht noch mehr belastet werden.

Zur zweiten Hauptfrage der Tagung: „Was drängt zu einer Reform des Elementarunterrichts und wie ist sie durchzuführen?“ wurden je ein medizinisches und ein pädagogisches Referat gehalten. Die Reformvorschläge gingen darauf hin, den Elementarunterricht unter Rücksichtnahme auf die körperliche und geistige Entwicklung der Böglinge zu erteilen als Arbeitsunterricht im Freien und in der Schulküche, der die Selbsttätigkeit des Kindes in Anspruch nimmt und die spätere Schularbeit entsprechend vorbereitet. Um den Elementarunterricht in dieser Form durchzuführen zu können, muß der Lehrer die Klasse mehrere Jahre hintereinander leiten, vollständige Freiheit in Auswahl und Behandlung des Stoffes genießen und vom Stundenplanzwang befreit sein.

Über die Berufswahl endlich sprach Stadtschulinspektor Dr. Baedorf-Donn. Eine verkürrte Berufswahl sei gleichbedeutend mit einem verfehlten Leben, wodurch die Früchte der Schulhygiene wieder zerstört werden. Heutzutage finde in vielen Fällen überhaupt keine Berufswahl mehr statt, sondern nur eine Wahl der Gelegenheit zum Geldverdienen. Die bereits in Angriff genommene Bekämpfung der erkannten Schäden bei der Berufswahl müsse im Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Faktoren planmäßig fortgesetzt werden, auch dadurch würde ein wichtiges Stück Volkshygiene geleistet.

Die 3. Hauptversammlung der Vereinigung der Schulärzte Deutschlands, die im Anschluß an obige Tagung in Dresden stattfand, betriet vor allem über die „Krankheitsfürsorge für Schul-

Kinder“. Dr. Bölgau-Charlottenburg und Dr. Thiele-Chemnitz legten an der Hand ausführlicher Vorträge vornehmlich die Punkte dar, auf die bei der schulärztlichen Überwachung besonders zu achten ist, u. a. Aussonderung und gesonderte Fürsorge für die durch Seh-, Hör- oder andere Störungen behinderten Kinder, Fürsorge für schwächliche Kinder in Ferienheimen, Einwirkung auf die Eltern durch Elternberatungskunden, Einführung der Familienversicherung durch die Krankenkassen, um möglichst breite Schichten der Volksschulkinder mit einzubeziehen, endlich die Bekämpfung der Unterernährung durch Schulpfahrungen. Für Unbemittelte seien unentgeltliche Behandlungsmöglichkeiten in Form von Polikliniken oder durch Armenärzte (Armen-spezialärzte) zu schaffen oder in Anspruch zu nehmen. Die Kosten der Schulkinderbehandlung habe die Allgemeinheit, nicht die Schule zu tragen. Die Einrichtung von besonderen Schulkliniken oder Schulpolikliniken empfehle sich nicht. Dagegen habe der Schularzt in enger Fühlung mit den allgemeinen und besonderen Fürsorgeeinrichtungen sowie den ärztlichen Behandlungsmöglichkeiten zu bleiben. Zweckmäßig sei es, sich der Hilfe einer Schulschwester (Schulpflegerin) zu bedienen. Die Anstellung einer oder mehrerer Schulschwester empfehle sich für alle Großstädte. Die Schulschwester soll feststellen, weshalb die Rückschlüsse des Schularztes nicht befolgt worden sind. Sie soll sich hierbei über die häuslichen Verhältnisse der Schulkinder unterrichten und soll auf die Eltern durch freundliche Rücksprache und durch Belehrung einzuwirken suchen. Falls es nötig ist, soll sie die Behandlungsbedürftigen Kinder selbst zum Arzt führen und für die Anschaffung der etwa verordneten Brillen und Bandagen Sorge tragen. Sie soll ferner, wo es not tut, die Hilfe der Armenverwaltung oder der vorhandenen Wohlfahrtsinstitutionen für die ihr überwiesenen Kinder anrufen. Ein die Einrichtung eines deutschen schulhygienischen Museums erstrebender Antrag fand einstimmige Annahme. In diesem Antrage begründete die Versammlung den Gedanken, die schulhygienische Abteilung der Internationalen Hygiene-Ausstellung als Museum dauernd zu erhalten, und beauftragte den Vorstand mit den weiteren Schritten.

Ein Kursus für Unfallheilung und Gewerbekrankheiten wird vom Institut für Gewerbehygiene zu Frankfurt a. M. in Gemeinschaft mit der städtischen Verwaltung vom 25. September bis 7. Oktober 1911 veranstaltet. Er soll in der Praxis stehenden Ärzten Gelegenheit geben, die Resultate der neuesten Forschungen des in Frage stehenden Gebietes und die Vorzüge neuer Behandlungsmethoden kennen zu lernen.

Das Gebiet der Unfallheilung wird von den erfahrensten Spezialisten und Klinikern in 5 Vorträgen behandelt werden: Gewerbekrankheiten des Auges, Trauma und innere Krankheiten, Traumatische Psychosen und Neurosen, Gewerbekrankheiten des Ohres, Verletzungen. Im zweiten Teil des Kurses wird Professor Dr. R. B. Lehmann, Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Würzburg, eine allgemeine Pathologie der Gewerbekrankheiten (mit Ausnahme der von Spezialisten behandelten Gebiete) in etwa 8 Stunden vortragen. Spezialthematika werden behandelt von 7 Spezialärzten und Institutsleitern: Vergiftungen durch Arsenwasserstoff, Bleivergiftung, Anilismus, Vergiftung durch nitrose Gase, Schädliche Gase in der chemischen Industrie, ihre Pathologie und Verhütung, Gewerbliche Erkrankungen der Haut, Fragen der experimentellen Gewerbe-Toxikologie, Gewerbebetrieb und Infektion. Über allgemeine Themen werden sprechen: Stabsarzt Sanitätsrat Dr. Koenig: „Der Einfluß der Gefährdung auf gewerbliche Erkrankungen“ und Sanitätsrat Weesmann, Direktor der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Mainz: „Die Praxis der Berufsgenossenschaften bei der Rentensfestsetzung“. Einige Übungen über Untersuchungsmethoden, Röntgendiagnostik werden sich anschließen. Professor Dr. Herzheimer wird Demonstrationen von Hautkranken veranstalten.

Endlich sind vorgesehen die Besichtigung des Instituts für Gewerbehygiene, des städtischen hygienischen Instituts, des Instituts für experimentelle Therapie, des Georg Speyer-Hauses, des biologischen Instituts, ein Rundgang durch das städtische Krankenhaus Sachsenhausen und Führungen durch Wohlfahrtsinstitutionen der Industrie. Für die Teilnahme am Kursus wird lediglich eine Einschreibgebühr von 20 M erhoben. Das endgültige Programm mit Stunden-einteilung wird Anfang September durch das Institut für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Börsenstraße 19, unentgeltlich an Teilnehmer versandt werden.

Eine neue Professur für soziale Hygiene ist an der Straßburger Universität errichtet und dem außerordentlichen Professor Dr. E. Levy, der bisher in Heidelberg Hygiene und Bakteriologie vertrat, übertragen worden.

Mutterschutz und Rassenhygiene kamen auf der Hauptversammlung des Deutschen Bundes für Mutterschutz (Mitte Mai in Breslau) neben Fragen der Ehereform zur Erörterung. So sprachen Dr. Martin Götjen-Dreslau und Maria Wischniewska über „Mutterschutz durch Erziehung und Aufklärung“.

Der erste Redner betonte die schweren sozialen Mißstände, namentlich das Wohnungsleben und das durch die Berufsarbeit zu frühe Vergreifen der jungen Mädchen von der Familie, die den Nährboden

für die große Zahl der außerehelichen Geburten geben. Es sei dringend nötig, den gefährdeten jungen Mädchen die Schädigungen, die sich aus der unehelichen Fortpflanzung für Mutter und Kind ergeben, so eindringlich vor die Seele zu führen, daß sie auf Grund einer besseren Erkenntnis dem Einfluß ihrer sozialen Verhältnisse einen möglichst großen Widerstand leisten. Neben der Belehrung über die Gefahren der Unehelichkeit seien die sittlichen Anschauungen der Volksmassen, zumal die heranwachsenden beiderlei Geschlechts, auch in Bezug auf das Geschlechtsleben zu beeinflussen. Es sei eine Aufgabe der staatlichen Unterrichtsverwaltung, der Zentralbehörde des öffentlichen Erziehungswesens, und der freiwilligen Wohlfahrts-Vereine in dieser Richtung zu wirken. In ähnlichem Sinne sprach auch die zweite Rednerin, die außerdem noch betonte, wie auch durch gründliche Berufsbildung und gelernte Berufsarbeit, die sie körperlich und geistig in Anspruch nimmt, ein Schutz der Mädchen gefördert würde.

Beide Redner traten auch für hygienische Belehrung der zukünftigen Mütter wie der Mütter selbst ein, um sie für ihre verantwortungsvolle Aufgabe zu schulen. — Die größere Gefährdung der unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen schilderte auch Prof. Dr. Spann-Brünn an der Hand der seinerzeit in Frankfurt a. M. von der Zentrale für private Fürsorge durchgeführten Erhebungen. Er forderte zum besseren Schutz der unehelichen Kinder den Ausbau der Berufsvormundschaft als selbstständiges Gebiet der Sozialpolitik. Die verschiedenen Maßnahmen, die das täglich an Bedeutung wachsende Problem der Verbindung von Beruf und Mutterschaft erleichtern können, besprach Dr. Eugenreich-Berlin in seinem Vortrag „Mutterschaftsarbeit und Mutterschutz“. Er verwies hier namentlich auf die Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen und der Hauspflegereine und forderte einen erweiterten Schutz durch die Krankenkassen. Eine der wesentlichsten Grundlagen des Mutterschutzes sei auch die gründliche Schulung des Mädchens zur Mutter. Da aber der größte Teil aller Mädchen unmittelbar nach der Schulentlassung dem Erwerb nachgeht und da der Fortbildungsschulunterricht für Mädchen noch nicht allgemein und obligatorisch ist, so sei dieser Unterricht bereits in die Schule zu verlegen.

Wohnungswesen.

Die 21. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer, die vom 4. bis 7. Juni im Rahmen der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden stattfand, zeigte von neuem, daß die Probleme der Bodenreform samt allen damit in Verbindung stehenden volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen die steigende Beachtung meistester Volkskreise erregen. Das Wohnungswesen wurde diesmal bei einem Begrüßungsabend in einem Privathause auch solchen Gesellschaftskreisen nahegebracht, die sich gewöhnlich um diese Dinge wenig genug kümmern, durch einen Vortrag des Vorsitzenden Adolf Damaschke über „Die sozialen Pflichten der höheren Stände“. Die eigentliche Tagung wurde eingeleitet durch eine Reihe von Begrüßungsansprachen ausföhrlich zahlreicher Vertreter maßgebender Staats- und Gemeindebehörden und halböffentlicher Körperschaften.

Mit freudiger Genugtuung konnte der Vorsitzende auf die erfolgreiche Mitarbeit des Bundes deutscher Bodenreformer am Zustandekommen der Reichs-Zuwachssteuer hinweisen, der er durch seine Werbetätigkeit den Weg gebahnt habe. Freilich entspricht diese Steuer in ihrer jetzigen Form keineswegs allen Wünschen der Bodenreformer; trotzdem sei von diesem Gesetz eine im Sinne der Bodenreform weiter auflörende Wirkung zu erwarten, weil Zehntausende von Staats- und Gemeindebehörden sich nun von Amts wegen mehr und mehr mit den Fragen der Grundrentenbewegung und einer gerechten Bodenbesitzbesteuerung befassen müssen. Weiter aber müßten die bodenreformerischen Gedanken, dem spekulativen Mißbrauch des Grund und Bodens entgegenzutreten, auch für die äußere und innere Kolonisation in Anwendung kommen.

In einem Vortrag über „Säuglingsfürsorge und Wohnungsfrage“ legte Prof. Dr. Siegert-Köln den bekannten Zusammenhang zwischen Wohnungswesen und Säuglingssterblichkeit klar. Prof. Dr. Vertmann-Erlangen behandelte die Reform des Enteignungsrechts. Er zerlegte sein Thema in die drei Fragen: Wann (d. h. unter welchen Voraussetzungen und in welchen Fällen) kann enteignet werden, bis zu welchen Grenzen ist die Enteignung möglich und nach welchen Gesichtspunkten ist die Höhe der Entschädigung zu regeln. Der Redner legte bei der Besprechung dieser drei Zeile das in den wichtigsten deutschen Bundesstaaten Preußen, Bayern und Sachsen geltende Recht dar und knüpfte daran eine Kritik und Reformvorschlöge vom bodenreformerischen Standpunkt aus. Er verlangt, daß nicht die Einzel-

staaten, sondern das Reich ein großzügiges Enteignungsgesetz auf bodenreformerischer Grundlage schaffen solle. In der darauffolgenden Debatte beschloß die Generalversammlung, sich den von Prof. Vertmann entwickelten Gesichtspunkten anzuschließen und sie durch den Vorstand dem Deutschen Juristentag für dessen bevorstehende Verhandlungen über eine Reform des Enteignungsrechts zur Verdrückung zu unterbreiten.

Über die Bedeutung der Bodenreform für kleinere und mittlere Gemeinden wurde ein Vortrag des erkrankten Bürgermeisters Dr. Trenay-Bensheim verlesen, der die Notwendigkeit einer Wohnungsfürsorge und Bodenreform an den Verhältnissen kleiner Stadtgemeinden nachzuweisen versuchte. Bürgermeister Rehmacher von der Landgemeinde Langenseld im Rheinland forderte auch für das platte Land die Einführung der Grundwertsteuer, die Verwendung der Wertzuwachssteuer, soweit die Gemeinden an ihr Anteil haben, für Bodenreformzwecke, Erwerbung von möglichst viel Grundbesitz, wenn das der Gemeinde zu annehmbaren Preisen möglich ist, und zielbewußt durchzuföhrnde Bebauungspläne. Zum Schluß sprach Stadtrat Sembrot-Königsberg über die Steuer nach dem gemeinen Wert und ihre Ausgestaltung. Der Redner ging von preußischen Verhältnissen aus, unterzog die technische Durchführung und Ertragsfähigkeit dieser Steuer einer ausführlichen kritischen Betrachtung und empfahl schließlich die steuerliche Differenzierung bebauter und unbebauter Grundstücke. In dem Geschäftsbericht konnte Damaschke, obwohl er diesmal nur die Zeit von 7 Monaten umfaßt, mitteilen, daß in dieser Zeit die Zahl der Eingemüglieder des Bundes um über 900 gestiegen ist. In derselben Zeit hat sich auch die Zahl der körperschaftlichen Mitglieder vermehrt; der Bund zählte auf dem Bundestag 1906 in Düsseldorf 256, auf dem Bundestag 1908 in Stuttgart 381, am 1. April 1911 583 körperschaftliche Mitglieder, darunter Staatsbehörden und Gemeinden, Beamtenvereine, Gewerbe-, Bildungs-, Gesundheits- und Mäßigkeitsvereine, Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen, Mietervereine, Bau- und Siedlungsgenossenschaften.

Fabrikwohnungswesen in Deutschland. Eine Kommission zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges, die von den freien Gewerkschaften eingesetzt war, sammelte im Jahre 1907 im Wege einer Umfrage innerhalb ihrer Kreise Material zur Beurteilung des Fabrikwohnungswesens. Das Ergebnis dieser Erhebung, die ursprünglich zugleich die Wirkungen des Fabrikwohnungswesens auf die Löhne feststellen sollte, was sich indessen als undurchführbar erwies, liegt jetzt in einer Bearbeitung von Janßen vor.¹⁾ Die Unterlagen für die statistischen Angaben dieser Schrift sind 3066 ausgefüllten Fragebogen entnommen, die über ebensoviele Wohnungen in 118 Betrieben mit insgesamt 48 802 beschäftigten Arbeitern, von denen 9280 in Mietwohnungen lebten, Auskunft erteilten. Eine Schilderung der „allgemeinen Verhältnisse“ in den untersuchten Wohnungen brachte eine weitere Umfrage bei den Verbandsfunktionären ein, von der „ein wortgetreuer Abdruck allgemein nicht erfolgen“ konnte; eingefandte Mietverträge und Hausordnungen, die die Bearbeitung nur in einem Auszug bringt, ergänzten das Material.

Wir entnehmen der Janssenschen Zusammenstellung die folgenden Daten:

Von den 3066 untersuchten Wohnungen, die in verschiedenen Gegenden Deutschlands belegen waren, gehörte die Mehrzahl Betrieben des Bergbaus (50,06 %) und der Glasindustrie (85,32 %) an. Über 54 % dieser Wohnungen umfaßten 3 und mehr Zimmer, weitere 41,8 % deren 2. Der Flächeninhalt der Wohnungen ausschließlich der Küche betrug bei 71,48 % 30 qm (Forderung der sächsischen Bauordnung) und mehr, bei nur 8,13 % 68 qm (Forderungen Kurella: Wohnungsnot und Wohnungsjammer). 20,7 % aller Räume waren nicht heizbar, etwa 24 % hatten nicht die von Kubner als Minimum geforderte Belichtung (Fensterfläche zur Bodenfläche wie 1 : 5), Badgelegenheit konnten nur 2,7 % der Wohnungen aufweisen, während fast alle über einen Keller, sehr viele über einen Stall, ungeföhr die Hälfte über Boden und Trodenboden und etwa ein Viertel über eine Waschküche verfügten. In 76 % aller untersuchten Fälle steht den Bewohnern von Mietwohnungen Feld- und Gartenbenutzung zu. — Im Durchschnitt leben in jeder der von der Erhebung erfaßten Wohnungen 5,48 Personen, und nur in 2 Fällen, bei denen es sich aber um Logierräume für erwachsene Ziegeleiarbeiter handelt, wird diese Zahl erheblich überschritten. — Im Gesamtdurchschnitt kamen 8,51 qm Bodenfläche auf die Person. Einer Anforderung von 105 cbm Luftraum für eine Familie von 8 Erwachsenen und 2 Kindern konnten rund 28 % der Wohnungen nicht genügen. Von 2898 Wohnungen, über deren Mietpreise Angaben vor-

¹⁾ Berlin 1910, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

lagen, kosteten 96,1 % bis zu 200 M., 85,13 bis zu 150 M. jährlich, der Durchschnittspreis aller betrug 107,17 M. Auch nach den allgemeinen Äußerungen der Gewerkschaftsfunktionäre bleiben die Mietpreise der Werkwohnungen meist erheblich hinter den ortsüblichen Preisen der Kleinwohnungen zurück.

Wesentlich düsterer als diese knappe Zusammenfassung erscheint das Bild, das Janssen in der Bearbeitung auf Grund der gleichen Zahlen entwirft. Grundsätzlich werden gegen die Werkwohnungen die oft wiederholten und auch als stichhaltig anerkannten Argumente ins Feld geführt, wie z. B. die häufig damit verbundene Beschränkung der Freizügigkeit und vor allem der Koalitionsfreiheit des Arbeiters. Es wird ferner bemerkt, daß die Fabrikwohnungen, da sie ihrem Besitzer in der Regel eine mäßige Verzinsung des Baukapitals eintrügen, zu Unrecht als Wohlfahrtsanstalten angesehen würden, und es wird als wahrscheinlich hingestellt, daß die niedrigen Preise der Werkwohnungen, in denen 25 % der Arbeiter der untersuchten Betriebe untergebracht sind, ungünstig auf die Lohnhöhe der Gesamtarbeiterschaft zurückwirken. Im besonderen werden die Wohnungen als hygienisch unzulänglich getabelt. Dem ist u. E. jedoch entgegenzuhalten, daß in Anbetracht unseres weit und breit herrschenden Wohnungselends doch auch darauf gesehen werden müßte, ob und wie weit sich selbst unzulängliche Werkwohnungen über dies Maß erheben; auch kann eine Untersuchung, die noch nicht den 42. Teil aller deutschen Werkwohnungen — Kost (das moderne Wohnungsproblem) schätzt die Zahl der von industriellen Arbeitgebern erbauten Arbeiterwohnungen auf weit über 150 000 — ergäbe und die zumal manche als hygienisch zweifelsfrei bekannten Werkwohnungen übergeht, zur Verallgemeinerung ihrer Ergebnisse wenig taugen. Endlich kann die Vermutung, daß die Billigkeit der Fabrikwohnungen auf die Höhe des Lohnes aller Arbeiter von Einfluß sei, nicht so allgemein aufgestellt werden; vielmehr tritt meistens ein von Einzelfall zu Einzelfall verschiedenes Resultat zutage, in der Wohnungsfrage u. a. bedingt durch die Machtstellung von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer einerseits, durch die lokalen Wohnungsverhältnisse andererseits.

Wohnungsfürsorge in Stuttgart. Man schreibt uns: Die Stadt Stuttgart hat in den letzten zehn Jahren einen rapiden Aufschwung genommen, indem sie ihre Einwohnerzahl in dieser Zeit von 176 699 auf 285 689 erhöhte. Mit diesem Emporwachen der Gemeinde zur Großstadt und der Zunahme der Bevölkerung hält die Wohnungsbauaktivität nicht gleichen Schritt, so daß bereits seit Jahren eine fühlbare Wohnungsnot besteht. Besonders an kleinen Wohnungen ist eine außerordentliche Knappheit zu beklagen. So standen am 1. Januar d. Js. nur knapp 1 % leerstehende Wohnungen zur Verfügung, während man in der Regel 8 % als Normalfall annimmt. Die Folge dieser Wohnungsknappheit ist, daß sich die Preise der Wohnungen in ständiger Aufwärtsbewegung befinden und nahezu eine für Arbeiterverhältnisse unerträgliche Höhe erreicht haben. Ein Mietaufwand von 25 bis 80 % des Einkommens bildet die Regel, und selbst ein solcher von 40 % ist nichts seltenes. Diese Verhältnisse bringen es mit sich, daß die ärmere Bevölkerung in steigendem Maße nicht nur an die Peripherie der Stadt, sondern darüber hinaus in die näher gelegenen Vororte gedrängt wird. In den Verwaltungen dieser Gemeinden betrachtet man diesen Zustrom mit sehr gemischten Gefühlen, denn deren an und für sich schon schwache finanzielle Leistungsfähigkeit erfährt dadurch keine Stärkung. In zwei Fällen mußte sich auch bereits die Stadtverwaltung Stuttgart dazu verstehen, jährliche Zuschüsse zu dem Schul- und Straßenbauaufwand dieser Vorortgemeinden zu bewilligen und ihnen außerdem noch sonstige Vorteile einzuräumen. Obwohl diese Verhältnisse längst als unhaltbare erkannt werden mußten, hat man sich bisher lediglich darauf beschränkt, einige Häuser mit kleinen Wohnungen für eine Anzahl städtischer Arbeiter zu erstellen und einer Baugenossenschaft von Eisenbahnangestellten wie auch dem Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen ein größeres Darlehen zur Errichtung von Wohnhäusern zu geben. Der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat zwar in den letzten Jahren eine ziemlich umfangreiche Tätigkeit entfaltet und insgesamt etwa 1500 Kleinwohnungen erstellt. Allein das reicht nicht zu und vermag das bestehende Wohnungsbedürfnis nicht zu befriedigen. Die Stadtverwaltung kommt infolgedessen auf die Dauer nicht darüber hinweg, hier nachdrücklich eingzugreifen. Es kann hierbei nur der Eigenbau von Kleinwohnungen oder eine ausreichende Förderung von gemeinnützigen Baugenossenschaften in Frage kommen. In letzterer Richtung ist bei der Verabschiedung des diesjährigen Etats ein kleiner Anfang gemacht worden, insofern, als die innere Abteilung des Gemeinderats beschloß, die von einer Arbeiter-Baugenossenschaft für den Bau von 70 Einfamilienhäusern erforderliche Zinsgarantie zu übernehmen und ihr außerdem bei der Beschaffung des Baukapitals an die Hand zu gehen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einstellung von 600 000 M. in den Etat für die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern wurde zwar abgelehnt, aber es waren im wesentlichen doch nur formelle, keine prinzipiellen Bedenken, die man dagegen erhob. Man will der

gemachten Anregung dadurch entsprechen, daß der geforderte Betrag den vorhandenen Resmitteln entnommen werden soll. Für die prekäre Lage des Stuttgarter Wohnungsmarktes bedeuten diese Vorgänge nicht allzu viel. Es steht aber zu hoffen, daß man noch weitergehende Maßnahmen treffen wird. Die finanzielle Lage der Stadt hat sich im letzten Jahre sehr günstig gestaltet, so daß ein Mangel an Mitteln nicht in Frage kommen kann.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Streik der Arbeitgeberbeisitzer am Kaufmannsgericht. In Frankfurt a. M. hatten die Prinzipalsbeisitzer ihrem Protest gegen einen Antrag mehrerer Ausschußmitglieder, der die preussische Regierung um Vorschriften über die Höchstzahl von Handlungslehrlingen ersuchen wollte, durch einen einmütigen Streik Ausdruck gegeben. Der Vorsitzende hatte ordnungsgemäß sämtliche Ausschußmitglieder zu einer Sitzung eingeladen, aber nur die Beisitzer erschienen. Die Prinzipalsbeisitzer schickten eine gemeinsame Erklärung ein, daß sie „eine Debatte über die Angelegenheit für unfruchtbar und gänzlich zwecklos halten und darum fernbleiben“. Der Vorsitzende verhängte darauf über jeden der streikenden Beisitzer gemäß dem Kaufmannsgerichtsgesetz eine Ordnungsstrafe. Die Beisitzer erhoben beim Landgericht dagegen Beschwerde, indem sie ausführten, daß das Frankfurter Orlsstatut ausdrücklich vorherige Strafanandrohung verlange, wenn später eine Strafe wegen Veräumnis zu verhängen wäre. Eine Strafanandrohung enthalte aber die Vorladung in diesem Falle nicht. Außerdem könne eine Ordnungsstrafe nur bei Veräumnis einer Spruchszugung, nicht einer Ausschlußszugung verhängt werden. Auch setze Bestrafung Pflichtverletzung voraus, eine solche liege aber nicht vor. Die Beisitzer hätten schließlich auch ihr Fernbleiben entschuldigt, eine Bestrafung sei aber nur bei unentschuldigtem Fernbleiben zu erwägen. Das Landgericht trat diesen Ausführungen nicht bei, sondern verwurfs diese Beschwerde. Es sei Pflicht der Beisitzer, zu allen Sitzungen, zu denen sie geladen werden, zu erscheinen, darum läge hier eine gemeinsame Pflichtverletzung vor, die zu bestrafen war. Die Mitteilung, man halte die Debatte für zwecklos, sei alles andere als eine Entschuldigung für das Fernbleiben.

Die Bayerische Gewerbegerichtsstatistik 1910 erstreckt sich auf 61 Gewerbegerichte (im Vorjahre 60) einschließlich der beiden Berggewerbegerichte zu München und Zweibrücken. 7456 Rechtsstreitigkeiten (1909: 6968, 1908: 6980, 1907: 6534) wurden vor sie gebracht, darunter 448 (1909: 742, 1908: 448, 1907: 566) von Arbeitgebern. Durch Vergleich wurden 44,5 % (46,5 %) der Streitigkeiten erledigt, durch kontraktorisches Urteil 21 % (16,1 %). Der gegen das Vorjahr höhere Prozentsatz der durch Urteil erledigten Fälle ist dadurch verursacht, daß 849 bei einem Gewerbegericht während eines Streiks erhobene Arbeitnehmerklagen durch Urteil ihre Erledigung fanden. Von den durch kontraktorisches Urteil erledigten Sachen dauerte das Verfahren in 896 Fällen weniger als eine Woche, in 827 Fällen eine Woche bis zu zwei Wochen, in 270 Fällen zwei Wochen bis einen Monat, in 88 Fällen einen Monat bis drei Monate und in 11 Fällen drei Monate und mehr. An der Gesamtzahl sind beteiligt München mit 2746 (1909: 2680), Nürnberg mit 601 (576), Birmasens mit 587 (488), Würzburg mit 428 (401), Ludwigshafen a. Rh. mit 414 (395), Augsburg mit 276 (308), Jülich mit 248 (206), Kaiserslautern mit 202 (177) Sachen. Die Statistik berichtet über drei Distriktsgewerbegerichte und außerdem über zwei Gewerbegerichte, die einen größeren Bruchteil der Landgemeinden eines Distrikts umfassen. Als Einigungsamt wurden die Gewerbegerichte in 181 Fällen angerufen (1909: 187, 1908: 146, 1907: 127, 1916: 155, 1905: 78, 1904: 47, 1903: 88) und zwar in 124 Fällen von beiden Seiten, in 20 Fällen nur seitens der Arbeitgeber und in 89 Fällen nur seitens der Arbeiter. (Hierzu 2 Fälle gemäß § 65 GGG. d. h. in Streitfällen, die nicht die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses betrafen). Vereinbarungen wurden in 108 Fällen erzielt, Schiedsprüche ergingen 9, denen sich in 7 Fällen beide Teile unterwarfen. Weder eine Vereinbarung noch ein Schiedspruch ist in 64 Fällen zustande gekommen. Auf München fielen 111 Anrufungen, 81 Vereinbarungen und 1 Schiedspruch.

Literarische Mitteilungen.

Kritik des Entwurfs eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. Verhandlungen des Deutschen Vereins für Versicherungs-Wissenschaft, 15. Febr. 1911. Berlin, Mittler u. Sohn 1911. Klaus Wagner-Roemich: Wohnungsfrage und Antikapitalismus. Berlin, Verlag von D. Garing 1910.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Jurist,

liter. tätig, beteiligt sich an liter. Arbeiten, auch auf sozialrechtl. Gebiet. Angeb. unter A. B. an Duncker & Humblot, Leipzig, erbeten.

Akademik.

ohne Examen, längere Zeit in Rom-munalverm. tätig, wünscht Stellung b. j. Verein oder ähnl. Maß. Anspr. Offerten unter H. K. 3355 an Haasen-stein & Vogler A.-G., Berlin W. 8.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Unternehmertum oder Gemeinbetriebe?

Von

Emil Schiff.

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungs- und Fachschulen

und die industriellen und kommerziellen Schulen in den Vereinigten
:: Staaten von Nord-Amerika ::

Ein Vergleich.

Von

Dr. Frederick W. Roman.

Staats- u. sozialwissenschaftliche Forsch. Heft 151.)

Preis: 5 Mark.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superstitiellen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauzins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Bauland. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurechtsvertrag.

Eschen ist erschienen:

Die Baugeldbeschaffung für städtische Wohnhausbauten in Dresden und Bautzen.

Untersucht und dargestellt

von

Dr.-Ing. Hans Kruschwitz,
Architekt.

Abhandlungen aus dem volkswirtschaftlichen Seminar
:: der Technischen Hochschule zu Dresden. ::

Herausgegeben von

Robert Wuttke.

Preis: 2 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Literaturverzeichnis. — I. Einleitung: Begriffsbestimmung. — Grenzen der Untersuchung. — Allgemeine Kosten und Bedingungen. — Grundlagen für die Baugeldhöhe. — II. Dresdner Baugeldgeber: Der private Grundbesitzer. — Der Baulieferant. — Die Hypothekenbanken. — Die Vertreter der Hypothekenbanken. — Andere Kreditinstitute und Banken. — Die Zerraingesellschaften. — III. Bankner Baugeldgeber: Der Privatmann. — Der Agent. — Die Spartassen. — IV. Nähere Betrachtungen über: Private Bodenspekulation. Die Baugeldkosten gegenüber der festen Hypothek. — Treuhänder. — Baugeldbedingungen vor 1904. — Die bauliche Entwicklung Bautzens 1899 bis 1908. — Grundbesitzwechsel in Dresden. — V. Vergleiche zwischen Dresden und Bautzen. VI. Besserungsvorschläge: Einführung des zweiten Teils des Reichsgesetzes betreffend Sicherung der Bauforderungen. — Selbsthilfe der Handwerker? — Unterbinden der Bodenspekulation. — Erleichterung der Beschaffung von II. Hypotheken. — VII. Tabellen. — VIII. Baugeldverträge.

Kongostaat und Kongoreform

Zwei Studien
über

die Entwicklung des Kongostaates

von

Professor G. K. Anton in Jena

und

die Reformen im Belgischen Kongo

von

Ernst von Bornhaupt in Berlin

Mit zwei Karten im Text.

Preis: 2 Mark.

Kürzlich erschien:

Diskontpolitik.

Gedanken über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie

von

Otto Schwarz,

Gehelmer Oberfinanzrat.

Preis: 6 Mark.

Aus dem Inhalt: Allgemeines über Diskontpolitik. Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontpolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. Diskontpolitische Hilfsmittel. 1. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Erleichterung des Gold-eingangs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufpreis. Erschwerung des Goldausgangs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämienpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Gold-orsparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Goldmarkts. 2. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Diskontveränderungen als wirksames Mittel der Diskontpolitik. Gesamtergebnis der Diskontpolitik in England, Frankreich und Deutschland. I. Ein-schränkende Faktoren der Diskontpolitik. Einfluss des gesamten Wirtschaft-lebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsbilanz. Luxus. Vorhandensein weiterer die Durchschnittsdiskontsätze beeinflussender Faktoren. Einfluss der bank-verfassungsgesetzlichen Vorschriften auf den Diskont. Verfassungsgesetze der Bank von England. Verfassungsgesetze der Reichsbank. Verfassungsgesetze der Bank von Frankreich. Einfluss der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontpolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittelbaar-deckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkontingierung in Deutschland. Einschränkung der Bargeldzirkulation in Deutschland. Einfluss des gesamten Bank- und Kredit-systems auf die Diskontpolitik. Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluss der Grossbankentwicklung auf die Stellung der Zentralbanken im allgemeinen. II. „Freie“ Bank- und Diskontpolitik. Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestition in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Werner Sombart:

Die Juden und das Wirtschaftsleben.

Preis geheftet 9 Mark, in Halbpergament 11 Mark.

Inhalt: Vorwort. Erster Abschnitt: Der Anteil der Juden am Auf-bau der modernen Volkswirtschaft. Erstes Kapitel. Ermittlungsmethoden. — Art und Umfang des Anteils. Zweites Kapitel. Die Verschiebung des Wirtschaftszentrums seit dem 16. Jahrhundert. Drittes Kapitel. Die Belebung des internationalen Warenhandels. Viertes Kapitel. Die Begründung der modernen Kolonialwirtschaft. Fünftes Kapitel. Die Begründung des modernen Staates. Sechstes Kapitel: Die Kommerzialisierung des Wirtschaftslebens. Siebentes Kapitel: Die Herausbildung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung. Zweiter Abschnitt. Die Be-fähigung der Juden zum Kapitalismus. Achtes Kapitel: Das Problem. Neuntes Kapitel. Die Funktionen der kapitalistischen Wirtschaftssubjekte. Zehntes Kapitel. Die objektive Eignung des Juden zum Kapitalismus. Elftes Kapitel: Die Bedeutung der jüdischen Religion für das Wirtschafts-leben. Zwölftes Kapitel. Jüdische Eigenart. I. Das Problem. II. Ein Lösungs-versuch. III. Jüdisches Wesen im Dienste des Kapitalismus. Dritter Abschnitt: Wie jüdisches Wesen entstand. Dreizehntes Kapitel. Das Rassenproblem. Vierzehntes Kapitel. Das Schicksal des jüdischen Volkes. Quellen und Literaturverzeichnis.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Gittenfeld, Hofbuchdrucker in Berlin W. 8. Mauerstr. 43. 44.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien bei über die im Erscheinen begriffene vierte, neubearbeitete und vermehrte Auflage von **Drehms Tierleben.**

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorfsr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Amerikanische Sozialversicherung.** Von Prof. Dr. Alfred Manes, Berlin 1169
Der 2. deutsche Wohnungskongress. Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin 1173
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz** 1180
Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeiterrinnenschutz. Die österreichische Sektion der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz.
- Allgemeine Sozialpolitik** 1181
Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911).
Das preussische Fortbildungsschulgesetz.
- Soziale Zustände** 1183
Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910.
Eine Landarbeitersammlung.
- Rechtspflege** 1185
Der Strafbolzung an den Jugendlichen. Der Deutsche Juristentag 1912.
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern** 1186
Eine ernste Verlegung des Buchdruckertarifs im Berliner Zeitungsgewerbe.
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten** 1188
Pünkttagungen Deutscher Gewerksvereine (Gitsch-Dunder).
Die deutschen Gewerkschaftsstellstelle im Jahre 1910.
Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung.
Die deutschen Rufflehrerinnen.
Der 8. Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands.
- Streiks und Aussperrungen** 1190
Der internationale Seemannsstreik.
- Bergarbeiterbewegung.**
Bäckerstreiks.
Arbeiterversicherung. Spartakisten 1191
Über das Inkrafttreten der Reichsversicherung.
Der Verband zur Hebung der Interessen der deutschen Betriebskassen.
Die nordischen Arbeiterversicherungs-Kongresse.
Die Krankenversicherungspflicht von Zeitungsaussträgerinnen bei geringen Lohnverhältnissen.
- Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis** 1192
Die preussischen kommunalen und mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweissen.
Der erste Versuch eines staatlichen Facharbeitsnachweises in Deutschland.
Die deutschen Gastwirte für den paritätischen Arbeitsnachweis.
Ein thüringischer Arbeitsnachweisverband.
Fahrpreismäßigung für Arbeitssuchende in Österreich.
- Volksbildung** 1194
Staatlich organisiertes Volksbildungswesen in Polen.
Das Fortbildungsschulgesetz für das Land Koburg.
Lehrerausbildung für die ländlichen Fortbildungsschulen.
Räuferspflichten in der Reisezeit.
Kinderbibliotheken und -lesezimmer.
Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter.
- Volksgeundheit** 1196
Die Tätigkeit des bayerischen Landesgewerbearztes 1910.
Alkoholgenuss und Arbeitsleistung.
Wanderbadehäuser.
Der erste Unterrichtskursus für Ärzte in der Lungentuberkulose.
- Literarische Mitteilungen** 1198

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Amerikanische Sozialversicherung.

Von Prof. Dr. Alfred Manes-Berlin.

Seit an dieser Stelle zum letzten Male zusammenhängend über die Ausbreitung der Sozialversicherungsidee in Amerika berichtet worden ist (vergleiche XVI. Jahrgang, Nr. 26, vom 28. März 1907), sind maßgebende Kreise der Vereinigten Staaten für die Bewegung gewonnen worden. Zwei Strömungen lassen sich in den letzten Jahren deutlich in Amerika unterscheiden, welche beide darauf hin-

auslaufen, eine Arbeiterversicherung zu schaffen, beide unzweifelhaft beeinflusst durch das Beispiel Deutschlands und einiger anderer europäischer Kulturstaaten. Die eine Richtung scheint vorerst nur die Versorgung der Arbeiter gegen Alter und Invalidität zu begünstigen, die andere sich zunächst auf die Entschädigung der Arbeiter bei Unfällen beschränken zu wollen. Diese geht aus von humanitären, der Armenfürsorge nahestehenden Kreisen, namentlich der Russell Sage Foundation, diese von den amerikanischen Industriellen, insbesondere der American Association of Manufacturers.

In beide Bewegungen hinein ragen Bestrebungen der privaten Versicherungs-Gesellschaften, welche, von der Überzeugung geleitet, daß eine umfassende soziale Versicherung in Amerika Fuß fassen werde, sich zum Teil nicht ohne Erfolg zu beweisen bemühen, daß auch kapitalistische Unternehmungen imstande sind, Träger sozialer Versicherung zu werden. Was die Regierung betrifft, so fördert diese beide hier angedeuteten Richtungen in gleicher Weise, indem sie ebenso gründliche wie umfangreiche Veröffentlichungen über die Sozialversicherung in andern Ländern bietet, Werke, die teilweise fast die gesamte vorhandene Literatur an systematischer Übersichtlichkeit übertreffen und zum Teil selbst für uns Deutsche Material bieten über unsere eigne Versicherung, das uns bisher fremd war. So bringt beispielsweise das Septemberheft 1910 des vom Department of Commerce and Labor herausgegebenen Bulletin of Labor Nr. 90 eine internationale vergleichende statistische Studie aus der Feder von Miles W. Dawson über die Kosten der Arbeiterunfallversicherung in den wichtigsten Ländern unter Berücksichtigung einer sehr großen Anzahl verschiedener Industriezweige. Eine treffliche Darstellung der in Amerika vorhandenen arbeiterversicherungsähnlichen Einrichtungen enthält der 23. Jahresbericht des Commissioner of Labor, während der 24. in zwei starken Bänden die europäische Arbeiterversicherung zur Darstellung bringt. An Informationsmaterial fehlt es also jetzt in Amerika nicht mehr, nachdem u. a. auch eine Darstellung der europäischen Arbeiterversicherung von Dr. Lee K. Frankel in Gemeinschaft mit Miles W. Dawson als eine Veröffentlichung der Russell Sage Foundation vor wenigen Monaten erschienen ist. Dazu kommt als neuestes Werk eine im Auftrag des Zentralverbandes der amerikanischen Industriellen verfaßte Darstellung von Schwedman und Emery über Accident Prevention and Relief, welche ebenso wie die angeführten andern Werke auf eingehenden persönlichen Studien der Verfasser beruht, die diese während vieler Monate in Deutschland und einigen benachbarten Staaten gemacht haben. Alle bemühen sich, den Amerikanern zu zeigen, daß der bewundernswerte Aufschwung der deutschen Industrie, wenn er nicht durch die Sozialversicherung mitveranlaßt, jedenfalls durch die Kosten für diese in keiner Weise aufgehalten worden sei.

Selbst wer aus eigener Erfahrung die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung kennt und zu schätzen weiß, ist häufig überrascht, wie begeistert fast alle Amerikaner sind, welche unsere Sozialversicherung zum Gegenstand ihrer Studien gemacht haben. Daß sich die im Auftrage der amerikanischen Regierung oder industrieller Korporationen in Deutschland studierenden Amerikaner keineswegs hierbei von oberflächlichen Eindrücken leiten ließen, sondern aufs gründlichste alle in Betracht kommenden Fragen zu erforschen suchten und, gleichviel von wem sie delegiert gewesen sein mögen, mit Unternehmern wie mit Arbeitern, mit Regierungsstellen wie mit Vertretern der Wissenschaft Fühlung nahmen, kann ich aus

wiederholter eigener Erfahrung nur bestätigen. Zum Studium der in dem letztgenannten Werk dargestellten Unfallverhütung dürften die Verfasser übrigens angeregt worden sein durch das von dem verbleibenden W. H. Tolman gegründete und seit vielen Jahren wirksame American Institute of Social Service in New York, eine Art ständiger Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt nach Charlottenburger Muster. Wie in den Monatsblättern für Arbeiterversicherung, 4. Jahrgang Nr. 10, hervorgehoben wird, will diese Anstalt nicht nur auf dem Wege der Ausstellung weiten Kreisen Kenntnis von Arbeiterschutzmaßnahmen geben und damit die Unfallverhütung in den Betrieben anstreben, die dem Unternehmer vom Gesetz noch nicht vorgeschrieben und daher noch wenig eingeführt ist; sie macht es sich vielmehr zur Aufgabe, die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit des Schutzes der Arbeiter durch Versicherung zu überzeugen, und weist zu diesem Zweck immer wieder auf die großen Erfolge der deutschen Arbeiterversicherung hin.

Von neueren tatsächlichen Vorgängen verdienen folgende besondere Beachtung: Eine größere Reihe amerikanischer Unionstaaten hat in den letzten Monaten das Problem einer Arbeiter-Unfallversicherung erörtert, nachdem entsprechende Anträge in den Parlamenten vorgebracht worden waren. Auch hat alsdann, wie ich schon in der Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft berichtet habe, Ende November 1910 eine Konferenz der Mitglieder von 12 Kommissionen verschiedener amerikanischer Staaten, Unternehmerverbänden, Regierungsbehörden usw. stattgefunden, und folgendes einheitliche Programm für die Ausgestaltung der künftigen Arbeiterunfallversicherung aufgestellt.

Sämtliche Industrien sollen der Versicherung unterstellt werden. Alle Unfälle sollen entschädigt werden, auch die durch Fahrlässigkeit herbeigeführten. Eine Unterscheidung der Angestellten soll nicht eintreten. Bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit sollen Renten, bei dauernder ebenfalls Renten gezahlt werden, die jedoch dann unter Zustimmung einer staatlichen Behörde in Kapitalzahlung umgewandelt werden können. Die Leistungen sollen betragen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit 50% des Lohnes, jedoch höchstens 10 Dollars die Woche, mindestens aber 5 Dollars. Beträgt der Lohn weniger als 5 Dollars, so wird der ganze Lohn bezahlt. Die Zahlungen erfolgen für höchstens 300 Wochen; dieselben Leistungen treten ein bei dauernder Arbeitsunfähigkeit. Ist die Arbeitsunfähigkeit nicht, wie in den beiden vorgenannten Fällen angenommen wurde, eine völlige, sondern nur eine teilweise, so verringern sich die Entschädigungsleistungen im Verhältnis. Tritt durch den Unfall der Tod ein, so betragen die Entschädigungen zwischen 25 und 60% des Lohnes, je nachdem der Verstorbene nur eine Witwe ohne Kinder oder eine solche mit Kindern hinterlassen hat. Das Maximum beträgt auch hier 10 Dollars die Woche, das Minimum 5 Dollars und wird nicht länger als 300 Wochen gewährt. Hinterläßt der Verstorbene keine von ihm abhängigen Angehörigen, so werden die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung getragen, im Höchstfalle bis zu 200 Dollars. Für den Bezug von Krankengeld wird eine Karenzfrist von zwei Wochen eingeführt; in diesem Falle soll jedoch freie ärztliche Behandlung oder Unterbringung in einem Krankenhaus gewährt werden, im Gesamtwert von höchstens 100 Dollars. Auf Angehörige des Verlegten, welche außerhalb des betreffenden Staates wohnen, sowie auf uneheliche Kinder soll sich die Versicherung nicht erstrecken. Zur Deckung der Kosten sollen die Angestellten nicht herangezogen werden. Verpflichtet sich der Unternehmer zur Erfüllung aller dieser Forderungen, so soll er, vorausgesetzt, daß die staatliche Genehmigung im Einzelfalle erfolgt, nicht veranlaßt werden können, irgend einer Versicherung sich anzuschließen. Streitigkeiten sollen durch ein Schiedsgericht Erledigung finden. Gefordert wurde eine staatliche Zwangsversicherung; falls diese nicht möglich sein sollte, die Anordnung einer Haftpflicht, jedoch mit der Möglichkeit, daß der Unternehmer diese Haftpflicht auf Versicherungsanstalten überträgt, die unter einer Staatsaufsicht stehen. Alle übrigen, denselben Gegenstand behandelnden Gesetze sollen außer Kraft erklärt werden.

Die Frage, ob Sozialversicherung oder nur staatliche Anordnung der Haftpflicht nach dem Muster des deutschen Reichshaftpflichtgesetzes, bleibt also offen; immerhin ist die Aufstellung eines solchen einheitlichen Programms von außerordentlich großer Bedeutung und zeigt den großen Fortschritt, welchen Amerika auf dem Gebiete sozialer Arbeiterfürsorge in der letzten Zeit gemacht hat. Zu bemängeln ist, daß die Resolution die Versicherung nicht mehr in den Vordergrund rückt, als sie es getan hat, die Dauer der Entschädigungen zeitlich begrenzt und namentlich zu kurze Zeit für die Hinterbliebenen sorgen will.

Im Zusammenhang hiermit mag darauf hingewiesen werden, daß die Nationalvereinigung amerikanischer Industrieller sich zugunsten des deutschen Unfallversicherungssystems, jedoch mit einer Reihe von Abweichungen, ausgesprochen hat. Ihr sind unlängst unter anderem auch in einer Resolution mehrere angesehenere Interessentenverbände gefolgt. Die Unfälle sollen nach dem Wunsche der Industriellen aus einem Fonds gezahlt werden, zu welchem die Arbeiter 40%, die Unternehmer 45% und der Staat 5 1/2% beitragen, während die übrigen 9 1/2% aus den Zinsen eines Reservefonds gedeckt werden sollen.

Anfang Dezember 1910 wurde von Vertretern von 20 Unfallversicherungsgesellschaften in New York ein Bureau für Arbeiterentschädigung, Workmens Compensation Service and Information Bureau, gegründet. Dieses soll in der Vorbereitung der Versicherung für die Arbeiterunfälle behilflich sein, ferner das Unfallverhütungswesen fördern, Informationen und Statistiken sammeln, die Interessen der Unfallversicherungsgesellschaften vertreten, die Erfahrungen der Gesellschaften untereinander austauschen, vor allem aber darauf hinwirken, daß die Privatanstalten Träger der künftigen Arbeiterunfallversicherung werden.

Ganz neuerdings ist nun aber, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, ein außerordentlicher Rückschlag in der Sozialversicherungsbewegung Amerikas eingetreten. Es hat nämlich durch seine Entscheidung vom 24. März 1911 der New Yorker Appellationsgerichtshof das erst im Vorjahre für den Staat New York eingeführte und gegenüber der früheren dort herrschenden Praxis immerhin große Fortschritte aufweisende Arbeiterentschädigungsgesetz als verfassungswidrig bezeichnet und damit außer Kraft gesetzt. Es ist also hier genau so gegangen, wie es schon im Jahre 1904 im Staate Maryland einem Unfallversicherungsgesetzentwurf ergangen ist (vergl. „Soziale Praxis“, XIII. Jahrg. Nr. 36 vom 2. Juni 1904, Spalte 949). Allein, dieses sensationelle Urteil, welches auch außerhalb der Grenzen New Yorks das größte Erstaunen hervorgerufen hat, ist nur scheinbar ein Rückschlag, in Wirklichkeit aber ein sicheres Zeichen dafür, daß auch in Amerika dem alten System der Haftpflichtgesetzgebung die letzte Stunde geschlagen hat und eine moderne und allein richtige Fürsorge für Arbeiterunfälle durch Versicherung baldigst kommen wird. Beweis dafür ist die Begründung des Urteils, aus der nach dem New York Law Journal vom 3. und 4. April 1911 einige Sätze anzuführen ich nicht unterlassen möchte.

Das Arbeiterentschädigungsgesetz wird für verfassungswidrig gehalten, weil es ohne das durch die Verfassung verbürgte ordnungsmäßige Verfahren Bürgern Vermögen entzieht. (Vergl. Verfassung des Staates New York, Sektion VI, Art. 1 und Verfassung der Vereinigten Staaten, Absatz XIV.) Der Gerichtshof weist darauf hin, daß er zu dieser Entscheidung kommen müsse, weil er verpflichtet sei, alle ökonomischen, philosophischen und moralischen Betrachtungen der Hauptfrage unterzuordnen, ob ein Gesetz dem Buchstaben und dem Geiste der geschriebenen Verfassungen des Staates und des Bundes entspricht. Die Bemühungen in den Unionsstaaten, Haftpflicht-Entschädigungsgesetze ähnlicher Art einzuführen, dürften unter diesen Umständen zwecklos sein. Daß die amerikanischen Richter keineswegs etwa sich bei dieser Entscheidung von Unternehmerrücksichtlichkeit haben leiten lassen, daß sie vielmehr weit fortgeschrittene sozialpolitische Auffassungen haben, geht aus einigen Sätzen der Urteilsbegründung hervor:

„Ein einzelner Bürger . . . kann nicht gezwungen werden, einen andern zu entschädigen, der durch Zufall oder eigenes Verschulden Verletzungen erlitten hat, außer, wenn nach Art einer Besteuerung die Last hierfür auf alle oder wenigstens auf alle Berufsgenossen umgelegt wird . . .“

Hier ist also auf das allerdeutlichste das Prinzip als richtig anerkannt, welches in den Berufsgenossenschaften der deutschen Arbeiterunfallversicherung zum ersten Male seinen Ausdruck gefunden hat, und es ist gar nicht überraschend, daß ein amerikanischer Richter sich dieser Auffassung anschließt, nachdem amerikanische Industrielle wiederholt klar und deutlich die gleiche Auffassung bekundet haben. Man weiß jedoch nicht recht, ob man diese Berufsgenossenschafts-Organisation obligatorisch oder fakultativ machen soll. Zu einer Entscheidung wird die Frage wohl spätestens auf dem nächsten Internationalen Sozialversicherungskongress kommen, der im Herbst 1913 in Washington abgehalten werden soll. Präsident Taft hat in seiner Botschaft zu Anfang des laufenden Jahres die Bewilligung entsprechender Mittel für den Kongress beantragt.

Die am einfachsten erscheinende Lösung der Frage: Änderung der Verfassung, hat wenig Aussicht auf Erfüllung, weil man be-

kannlich in Amerika mit staunenswerter Zähigkeit am Buchstaben der die Konstitution regelnden Gesetze festhält.

Da neuerdings in Deutschland die privaten Lebensversicherungs-gesellschaften in ihrer Kritik des Gesellschaftswurfs einer Angestelltenversicherung den Vorschlag gemacht haben, daß sie Träger dieser Versicherung sein wollen, welche sie dann zweckmäßiger und billiger durchzuführen in der Lage wären, sei noch auf das schon kurz erwähnte Bestreben amerikanischer privater Versicherungsanstalten hingewiesen. Diese suchen, über die negative Kritik hinausgehend, so früh als möglich selbst positiv etwas zu leisten, um in der Öffentlichkeit darzutun, daß auch private Organisationen den Zwecken der Sozialpolitik dienen können. In diesem Zusammenhang erscheint das Vorgehen der Metropolitan Company, der größten Volksversicherungsgesellschaft Amerikas und der Welt, als ein äußerst geschicktes Geschäftsmanöver. Die Gesellschaft verbreitet seit einiger Zeit in Millionen von Exemplaren populäre illustrierte Flugblätter und Broschüren, welche aufklären über die wichtigsten Epidemien, namentlich die Tuberkulose, und Anweisungen zu ihrer Verhütung und Bekämpfung enthalten. Die Metropolitan sendet ferner bei eintretenden Erkrankungen von Versicherten Krankenschwestern zur unentgeltlichen Hilfeleistung und hat sogar die Absicht, große Sanatorien für die Versicherten zu errichten und hier die durch gewisse ansteckende Krankheiten mit dem Tode Bedrohten auf Kosten der Gesellschaft zu heilen. Dieser letzte Plan ist freilich bisher zufolge verwaltungsrechtlicher Schwierigkeiten noch nicht verwirklicht worden. Aber schon das Vorgehen der Gesellschaft im übrigen zeigt, daß hier eine große amerikanische Aktiengesellschaft ihrem sonst rein kapitalistisch betriebenen Volksversicherungsgeschäft ein sozial-humanes Reis aufpropft, wie wir es in Deutschland bei den Trägern der staatlichen obligatorischen Invalidenversicherung der Arbeiter durch das Heilverfahren bekommen haben. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß tatsächlich diese sozialen Versicherungsträger das Vorbild für jene amerikanische Aktiengesellschaft gewesen sind.

Ob der Versuch der Metropolitan freilich von Erfolg gekrönt sein wird, muß dahingestellt bleiben. Zurzeit scheint es allerdings, als ob man in manchen Kreisen der Union für die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter von Staats wegen nicht viel übrig hat. Ein Bericht der im Staate Massachusetts ernannten Kommission zur Prüfung des Problems einer Arbeiteraltersversorgung hat sich wenigstens im wesentlichen damit begnügt, für die Benutzung der bestehenden Privateinrichtungen zu plädieren; das deutsche System der Versicherung, wie das australisch-englische der Versorgung ohne Beiträge der Versicherten aus allgemeinen Staatsmitteln wird aber nicht empfohlen. Nichtsdestoweniger macht unzweifelhaft die Idee der Sozialversicherung nach deutschem Muster in Amerika große Fortschritte und wird zweifelsohne in absehbarer Zeit also jenseits des Ozeans zu Erfolg gelangen. Und damit kann Freund wie Feind deutscher Sozialversicherung zufrieden sein.

Der zweite deutsche Wohnungskongress.

Von Dr. Gerhard Kessler, Berlin.

Der zweite deutsche Wohnungskongress (Leipzig, 11. bis 14. Juni 1911, Vorsitzender Dr. Graf von Posadowsky; über Vorgeschichte und Veranstaltung vergl. Soz. Pr. XX, Sp. 1053 ff.) gab nach sieben Arbeitsjahren den deutschen Wohnungsreformern endlich wieder eine Gelegenheit, sich über Ziele, Aussichten und Mittel ihrer Arbeit in einem großen Kreise sachverständiger Praktiker und Theoretiker auszusprechen. Um den Kongress nicht mit grundsätzlichen Erörterungen zu belasten, die jeder aus der Literatur zur Genüge kennt, waren Gegner der Wohnungsreform diesmal von vornherein nur ausnahmsweise zur Teilnahme zugelassen; das Wort ergriff von dieser Seite lediglich der Syndikus des Verbandes der Terraininteressenten Deutschlands. Von Regierungen waren das Reich sowie Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, dagegen nicht Preußen vertreten. Deutsche Stadtgemeinden waren mehr als hundert beteiligt; ihre Vertreter gaben dem Kongress das Gepräge. Aus Groß-Berlin machten sich leider nur die Vororte bemerkbar, von den 144 Berliner Stadtverordneten war nach der Teilnehmerliste des Kongresses nicht ein einziger anwesend. Dagegen waren Wien und Budapest mehrfach vertreten!

Wer von dem Kongresse radikale Forderungen oder ein großes Gebäude weittragender Programmsätze erwartet hatte, kam nicht auf seine Rechnung. Die Erörterungen suchten fast durchweg nach Hilfsmitteln in greifbarster Nähe, nach Anregungen für die un-

mittelbare Gegenwartarbeit der Wohnungsreform; sie bewegten sich einmal um die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften als Behörden und als Geländeunternehmer in der Bodenfrage, sodann um die Finanzierung des Bauens, insbesondere Beschaffung zweiter Hypotheken und Verleihung des Erbbaurechts. Darüber hinaus den tiefsten Wurzeln des großstädtischen Wohnungselends, dem Bodenschulden- und Hypothekenrecht und dem Gemeindevahlrecht bis auf den Grund nachzugehen, wurde von den meisten Rednern fast ängstlich vermieden. Diese sachliche Konzentration machte den Kongress ohne Zweifel für die praktischen Verwaltungsmänner besonders fruchtbar und lehrreich, sie bedeutet aber wahrscheinlich für die Wirkung in die Weite, für die Klärung der breiten Massen, die doch die ganze Wohnungsreformbewegung tragen sollen und müssen, in gewissem Maße eine verpaßte Gelegenheit. Die Hilfe der Reichsregierung wurde auf dem Kongresse mehr als einmal angerufen, man forderte ein Reichsentlehnungsgesetz, ein Reichserbbaugesetz, aber das Reichswohnungsgesetz, das der Deutsche Verein für Wohnungsreform in früheren Jahren auf seine Fahne geschrieben hatte, tauchte nur noch einmal, in der Eröffnungsansprache des Grafen Posadowsky, als fernes Ziel am Horizonte auf. Im allgemeinen begnügte man sich, dem 9. Beisatz des Berichterstatters Dr. Landmann zuzustimmen:

„Das Reich hat durch Erhebungen seiner Behörden oder besonderer Kommissionen die rechtlichen und wirtschaftlichen Mängel, welche die Ursachen unserer unbefriedigenden Bodenverhältnisse bilden, feststellen zu lassen, um einwandfreie Unterlagen für ein Programm großzügiger Boden- und Wohnungsreformen durch Gesetzgebung und Verwaltung zu schaffen.“

Beiseidener kann ein Kongress für Wohnungsreform sich kaum ausdrücken.

Der Ehrenvorsitzende des Kongresses, Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, gab in seiner Eröffnungsansprache einen Überblick über die großen Bevölkerungsveränderungen in Deutschland während der letzten 100 Jahre, deren Ergebnis heute eine dicht zusammengebrängte großstädtische Bevölkerung, 20 % der Volksgesamtheit, ist. Die Wohnungsnot der großstädtischen Massen ist erst im Zusammenhang mit der Sozialpolitik des letzten Menschenalters entbedt worden. Einzeluntersuchungen für zahlreiche Großstädte ergaben Zustände, die allen Anforderungen der Gesundheit und Sittlichkeit widersprechen; hohe Säuglingssterblichkeit, Rückgang der Geburtenziffer, Siedtum und Verbrechen wurden vielfach als Folgen der Überbevölkerung in den Kleinwohnungen nachgewiesen. Als Mittel der Wohnungsreform nannte der Redner ein Reichswohnungsgesetz verbunden mit Wohnungsaufsicht, systematische Förderung des Kleinwohnungsbaues, Ausbau des Erbbaurechts. Die Absicht des Herrenhauses, aus dem Programm des Zweckverbandes Groß-Berlin den Kleinwohnungsbau zu streichen, bezeichnete er als politischen Fehler. Die Reichszumachsteuer werde keine ausreichende Waffe gegen die Bodenspekulation bilden, sondern auf die Mieter abgewälzt werden. Die Sozialpolitik dürfe und könne so wenig stillstehen wie die Handelspolitik. Allen Freunden dieser Arbeit für die Gesundung unseres Volkstums gelte das Bibelwort: „Laßt uns Gutes tun und nicht müde werden!“

Über die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Bodenfrage wurden drei Berichte erstattet. Stadtsyndikus Dr. Landmann-Mannheim besprach die Maßnahmen obrigkeitlicher Natur, die zur Schaffung billigen städtischen An siedlungs-bodens möglich sind.

Allgemeines Mittel ist die Vermehrung des Angebots von baureifem Gelände. Heute herrscht für die Minderbemittelten vielfach ein An siedlungszwang in bestimmten eng begrenzten und dicht besetzten Quartieren. Die Gemeinde muß demgegenüber bewußt dezentralisieren, die Peripheriebesiedelung durch Verlehrs-politik und besonders durch rechtzeitige Eingemeindungen erleichtern. Die Eingemeindung hat mit dem Widerstande der ländlichen Vorortbevölkerung nicht selten, mit einer agrar-romantischen Abneigung der Regierungen vor dem Entstehen neuer städtischer Großgemeinden sehr häufig zu rechnen; aber nur die Eingemeindung sichert eine gesunde Entwicklung zugleich für Stadt und Vorort, der Zweckverband hingegen ist stets ein Nothelfer. Ist ein gefährlicher Nothelfer; denn er kann zu ungleicher, ungerechter Belastung einzelner Gemeinden führen und durch mißbräuchliche Handhabung der Aufsichtsgewalt des Staats die Kräfte der Großstadt einzwängen und lähmen. — Mittelbar verbilligend auf den städtischen Bodenmarkt wirkt die Schaffung zahlreicher neuer Ortsstraßen. Je mehr fertige Straßen, um so größer die Masse des baureifen Landes. Erleichterung der Fertigstellung von Wohnstraßen ist das notwendige Gegengewicht gegen das — an sich unerläßliche — Verbot des wilden Bauens. Die Straßen- und Kanalbaubeiträge der Anlieger sollten nicht erst bei der Überbauung der angrenzenden Grundstücke, sondern

schon bei der Straßenherstellung fällig werden (ein Vorschlag, der freilich die Gemeinden entlastet, aber die Preise des Bodens zweifellos weiter verteuern würde). Die Zwangsumlegung von Grundstücken ist reichs- oder mindestens landesgesetzlich zu regeln. Das preussische System des Erlasses von Sondergesetzen für die Umlegung in einzelnen Städten (Frankfurt, Bosen) ist nicht dauernd haltbar und von Baden längst überholt. Auch die Zonenenteignung ist rechtlich auszubauen, nicht nur als Mittel zur Sanierung schlechter Stadtviertel, sondern auch, um unbebautes Gelände für die gemeinnützige Wohnungsfürsorge zu gewinnen; dabei ist aber unbedingte Sicherheit zu schaffen, daß das so gewonnene Bauland niemals zu andern, spekulativen Zwecken verwendet wird (Vormerkungen). Die sämtlichen Enteignungsmöglichkeiten sind einheitlich zu regeln und insbesondere die Entschädigungsgrundsätze unter sozialen Gesichtspunkten neu aufzubauen durch ein Enteignungsgesetz. Die Mitwirkung der Gerichte beim Schätzverfahren wäre möglichst zu beschränken; öffentliche Schätzungsämter, die mit dem Wirtschaftsleben in steter Berührung stehen, sind anzustreben, auch im Interesse der Erleichterung und Sicherung des Realcredits. Falls die Taten sind heute oft die Ursachen zu ungesunder Preisentwicklung in ganzen Stadtvierteln.

Stadttrat Dr. Luppe-Frankfurt behandelte die Möglichkeit, durch Bauordnungen und Bebauungspläne den Bau gesunder und billiger Wohnungen zu erleichtern.

Eine weiträumige, hygienisch, technisch und architektonisch einwandfreie Bebauung ist nicht billig; eine allgemeine und unvermittelte Durchschiebung aller theoretischen Forderungen würde heute in unseren Städten zu unerwünschten Wohnungspreisen führen. Man muß also das Maß der Forderungen nach den tatsächlich bereits vorhandenen Bodenmindestpreisen richten und im übrigen nachprüfen, wie weit auf den beizugebenden Baupunkten baupolizeiliche Erleichterungen im Interesse weiträumiger Bebauung die Baukosten vermindern und inwieweit Beschränkungen der baulichen Ausnutzung des Bodens die Steigerung der Bodenpreise hemmen können. Der Bebauungsplan soll unter diesen Gesichtspunkten möglichst für das ganze Stadtgebiet angelegt und nicht nur nach Verkehrsbedürfnissen eingerichtet werden. Große Baublöcke, nicht zu tiefe Bauplätze, möglichst wenige breite Prachtstraßen und leere Tiefenplätze sind anzustreben; bei weiträumiger, niedriger Bebauung genügen für die Wohngebäude viel geringere Straßenbreiten als für die Hauptadern des Verkehrs. Die Bauordnung kann den Bodenpreis sehr wesentlich beeinflussen; stärkere bauliche Ausnutzung wirkt stets preissteigernd, Einschränkungen können das Wachsen zumindest verzögern, manchmal hintanhalten; in sogenannten Villenvierteln wirkt aber auch die Beschränkung preissteigernd. Die Bauordnung muß ausgehen von einer baulichen Bodenausnutzung, die preiswerte Kleinwohnungen für das billigste baureife Gelände in den Außenbezirken ermöglicht. Hier darf höchstens ein Übergeschoß und das Dachgeschoß zugelassen werden (also nie mehr als drei Familien übereinander), dazu Freilaufung von 50 % der Grundfläche ohne den Vorgarten, Ausschluß von Seitenflügeln und Hintergebäuden, rückwärtige Baufluchtlinien, Belegung der Freiflächen mit Schrebergärten, die im Laufe der Stadtentwicklung nicht weiter nach außen verlegt werden dürfen. Von der so bebauten Peripherie aus ist nach der Innenstadt zu steigend eine stärkere Bauausnutzung zu gestalten, entsprechend den höheren Bodenpreisen. Auch sind von vornherein neben diesen Bebauungsstufen besondere Villen-, Wohn-, Fabrik- und gemischte Viertel vorzusehen, um allen Bedürfnissen einer großstädtischen Bevölkerung zu begegnen. Eine Baupolitik, die nur Wohlhabende anzulocken sucht, ist vorübergehend für den Stadtsäckel ertragreich, für die Dauer aber fehlerhaft.

Wie weit steigende Geschosshöhe die Baukosten der einzelnen Wohnung verringert, ist umstritten. Das aber ist sicher, daß der Kleinwohnungsbau durch Erleichterungen in der Bauordnung erheblich verbilligt werden kann. Kellernwohnungen sind nie zuzulassen, aber hygienisch einwandfreie Dachwohnungen mag man als Behausung für Gemeinderarme gestatten. Der Bauwick ist selten zu empfehlen; er schafft lichtarme Gänge, ziemlich tiefe Bebauung, verbreitet auch den Lärm und Staub der Straße bis ins Innere des Baublocks. Besser ist das Reihenhäuser ohne Flügelbauten mit gemeinsamem Innenhof, wobei darauf zu achten ist, daß keine Wohnung und kein Baublock ohne Querlüftung bleibt. Bei weiträumiger Bebauung mit solchen Reihenhäusern empfehlen sich zur Verringerung der Baukosten baupolizeiliche Erleichterungen hinsichtlich der Geschosshöhe, Mauerstärke, Treppen- und Flurbreite, Verwendung von Fachwerk, Abwasserbeseitigung usw., daneben Ermäßigung der Gebühren und unentgeltliche Bauberatung. Auch solche baulichen Erleichterungen können übrigens, statt die Wohnungen zu verbilligen, die Bodenpreise steigern; darum sollten sie möglichst nur gemeinnützigen Baugesellschaften und ähnlichen Körperschaften genährt werden, die eine Sicherheit dafür bieten, daß kein spekulativer Mißbrauch erfolgt, sondern wirklich eine Verbilligung der Kleinhauswohnungen eintritt.

Der dritte Redner, Rechtsanwalt Dr. Feilbrunn-Frankfurt (Main), ergänzte die praktischen Vorschläge der Vorredner durch mehr grundsätzliche Betrachtungen über eine öffentlich-rechtliche Regelung der Baugrundausschließung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Nicht die Industrialisierung, nicht der Kapitalismus verschulden unsere Wohnungsnot; Großbritannien hat bei starker Industrialisierung

und älterem Kapitalismus weit gesündere Wohnungszustände als wir. Die Ursachen liegen in der Rechtsstellung, die der städtische Siedlungsboden bei uns bekommen hat: privatrechtlich ist er mobilisiert, ist er völlig zur Ware geworden, öffentlich-rechtlich dagegen ist er so stark gebunden und belastet, daß ihm die wichtigsten Voraussetzungen für die Bildung eines billigen Marktpreises, nämlich freie Konkurrenz und geringe Produktionskosten, im allgemeinen fehlen. Beständen diese Voraussetzungen für den Markt des städtischen Baulandes, so würde die Entwicklung des Bodens zur Ware nicht so verhängnisvoll für unser Wohnungswesen verlaufen. Zu den öffentlichen Rechtsnormen, die die Konkurrenz auf dem Bodenmarkt hemmen und den Boden mittelbar mit hohen Produktionskosten belasten, rechnet der Redner vor allem das preussische Ansiedlungsgesetz für die älteren Provinzen von 1876/1904, das Fluchtliniengesetz von 1875 und die auf Grund des § 12 des Fluchtliniengesetzes erlassenen Ortsstatute. Das Ansiedlungsgesetz gestattet den Kreisaußenbüros, dem Ansiedlungslustigen beträchtliche Lasten für Wege und für öffentliche Verbände aufzuerlegen, das Fluchtliniengesetz gibt dem Gemeindevorstande das Recht, aber nicht die Pflicht, Fluchtlinien festzusetzen, und weist die Gemeinden an, ihre Kosten für Straßenneuanlagen auf die angrenzenden Eigentümer im Augenblick des Hausbaues nach dem Maßstabe der Frontlänge (oder der bebauungsfähigen Fläche: Kommunalabgabengesetz § 10) umzulegen. Die Ortsstatute können für alle Grundstücke, die nicht an „fertig hergestellten“ Straßen liegen, ein Bauverbot einführen. Der vom Gesetzgeber nicht genauer umschriebene Begriff der „fertig hergestellten“ Straße hat sich nun in der Praxis der Gemeindeverwaltung leider ständig erweitert und vielerorts ohne jede Differenzierung nach Lage und Zweck der Straße einen einheitlichen Großstadtstraßentypus ergeben, der für die Erschließung von Bauland an der Peripherie verhängnisvoll geworden ist. Die Zahl der „fertig hergestellten“ Straßen wird aus fiskalischen Gründen vielfach künstlich niedrig gehalten, Konzeptionen zum Straßenneubau sind schwer zu bekommen; wer außerhalb der beschränkten, im Sinne des Ortsstatuts baureifen Zone bauen will, stößt auf das kommunale Bauverbot und erlangt den notwendigen Baubauspens oft nur gegen Baraufwendungen, die über die Straßenkosten im Sinne des Fluchtliniengesetzes (§ 15) weit hinausgehen. Die Gemeinden können so mit § 12 des Fluchtliniengesetzes bedeutende Einnahmen erzielen (wofür ein drastisches Wort von Miquel beigebracht wurde), aber sie verringern zugleich die freie Konkurrenz des Baulandes am Orte, verteuern die Produktionskosten für die Bauflächen und führen eine unerfreulich langsame, rückwärtige und kostspielige Erstellung neuer Wohnungen herbei. In Städten, die das Bauverbot in dieser Weise handhaben, wird der Kleinhausbau regelmäßig zu teuer und unterbleibt gänzlich. Die hohen Straßenkosten erschweren zudem den Urbesitzern und den kapitalistisch schwachen Bauunternehmern das Bauen und begünstigen das Eindringen des Großkapitals in die Geländeererschließung und Wohnungserstellung.

Die englische Entwicklung ist genau entgegengesetzt verlaufen. Privatrechtlich ist der Boden hier viel gebundener als bei uns (Erbbau, unentworfener Hypothekendarlehen), dagegen sind die öffentlich-rechtlichen Beschränkungen sehr unbedeutend; der Bebauungsplan wird vom Eigentümer aufgestellt, die sonstigen Lasten sind so gering, daß selbst in London Vororten baureifes Land weniger kostet als in Frankfurt allein die Anlagebeiträge zum Straßenbau. Wollen wir den privatrechtlichen Warencharakter des städtischen Ansiedlungsbodens beibehalten — er ließe sich durch Förderung des Erbbaus einschränken — so müssen wir dem Grundbesitz weit mehr Bewegungsfreiheit nach der öffentlich-rechtlichen Seite hin geben: einen Rechtsanspruch auf die Festlegung der Fluchtlinien und den Bau von Straßen, eine gesetzliche Beschränkung der gemeindlichen Ansprüche bei Baubauspens auf die unmittelbaren Straßenbaukosten, Differenzierung der Anforderungen an den Straßenbau, um Kleinwohnungsquartiere möglich zu machen, vielleicht auch Verzicht auf die spezialisierte Kostenberechnung und -umlegung beim Straßenbau und prozentuale Beitragsleistungen unter Entlassung der Kleinwohnungen, endlich Schaffung eines billigen, praktischen Rechtswegs für Streitfälle zwischen Grundbesitz und Gemeinde aus obigen Gesichtspunkten.

Den Ausführungen Dr. Feilbrunns, die im wesentlichen auf das amerikanische private Stadterweiterungsverfahren hinauslaufen und einen individualistischen Gegenvorschlag gegen v. Mangoldt's Idee einer öffentlichen Stadterweiterung darstellen, folgte ein Bericht des Frankfurter Stadtrats Professor Dr. Stein über die öffentlichen Körperschaften als Geländeunternehmer.

Daß die Gemeinden und Kreise eigene Bodenpolitik nicht nur treiben können und dürfen, sondern müssen, um des eigenen Bedarfs wie um der Gemeininteresse willen, setzte der Redner als unter Wohnungsreformen anerkannt voraus. Die private Bodenspekulation hat vor der öffentlichen Körperschaft auf diesem Gebiete freilich einen großen Vorsprung. Die Bodenspekulation ist autokratistisch organisiert, arbeitet unbefürchtet um Wohlwollen und Kritik der Umwelt, heute leise und heimlich beim Einkauf, morgen laut und lärmend durch Ankäufe und Verkauf, unbefürchtet in der Preisbildung, von Fall zu Fall Gelegenheiten nützend, während auf der Gegenseite die Gemeinde ständig vor der Öffentlichkeit kaufen und verkaufen muß, beaufsichtigt durch das Stadtparlament, die Presse, die Interessenten, belastet durch Vorschriften, Instanzen und Verantwortlichkeiten, ständig unter dem Dankefleckel des „Präzedenzfalls“ und der „Konsequenz“. Alle Vorteile, die die Gemeinde dadurch hat, daß sie die Ziele der

städtischen Entwicklung am besten und genauesten kennt und die Privatkapitalisten an Finanzkraft und geschäftlicher Lebensdauer durchweg übertrifft, werden durch die fast schrankenlose Öffentlichkeit ihrer Geschäftsführung zunichte gemacht. Wenn der Privatkapitalist, um Käufer anzulocken, die ersten Grundstücke einer jungen Gegend beinahe verschenkt, so kann die Gemeinde ihm auf diesem Wege niemals folgen; aber rascher und stiller — und darum billiger — arbeiten könnte sie, wenn das Stadtparlament nur auf ein gewisses Maß von Gemeinregieren in die Einzelheiten der Grundstücksgeschäfte verzichtet, die Grundstücksämter und -deputationen mit mehr Vollmachten ausstükt, möglichst viele Geschäfte hinter verschlossenen Türen erledigt oder doch bis zum Abschluß vorbereitet, auch mehr Vertrauen in das Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeindebeamten setzt. Ein großer Teil des heutigen vielgeschmähten Verwaltungsbureaucratismus und Fiskalismus ist nichts als eine Frucht der ständigen demokratischen Kontrolle, die auch dem kleinsten selbständigen Schritt der Beamten mit Argusaugen folgt. Ein mit Anleihkapital ausgerüsteter Grundstücksfonds ist für die zielbewusste Bodenpolitik der Gemeinde unentbehrlich. Es empfiehlt sich nicht, große Lagerbestände an unverwendbaren Grundstücken zu halten, vielmehr muß flüssig gekauft und flüssig verkauft werden, sonst drohen überraschende Zinsverluste und Kollagen, die mit Schleudern enden. Auch sind viele freie Verkäufe besser als wenige mit wohl-gemeinten Beschränkungen und Vorverboten belastete. Die sozialen Aufgaben des städtischen Geländegeschäfts werden erheblich gefördert werden können, wenn möglichst bald neben die gemeinnützige Bautätigkeit auch eine gemeinnützige Bodenerhaltung tritt.

Die Erörterung der vier Vorträge ergab zu einigen Punkten beachtenswerte Ergänzungen. In der Beurteilung der Frage „Zweckverband oder Eingemeindung?“ fand Dr. Landmann von Groß-Berliner Seite (Dr. Licht-Schöneberg und Dr. Glücksmann-Nixdorf) volle Zustimmung, während Dr. von Mangoldt in dem Zweckverbandsgebot doch einen Hoffnungsschimmer für Groß-Berlin auch nach der Seite der Wohnungs- und Siedlungsreform finden wollte. Die ablehnende Haltung der Herrenhausmehrheit gegenüber dem Kleinwohnhausbau als Zweckverbandsaufgabe wurde von Graf Posadowsky und Dr. von Mangoldt lebhaft bedauert, von Dr. Licht-Schöneberg aber für bedeutungslos erklärt; tatsächlich werde der Zweckverband diese Aufgabe niemals angreifen, weil keine der beteiligten Gemeinden bereit sein werde, sich für die Gesamtheit diese kostspielige Last aufzubürden. Der Zweckverband, der die steuerliche Selbständigkeit der Gemeinden bestehen läßt, wird außerstande sein, den Egoismus der einzelnen zu brechen. — In Sachen des Straßenbaus erwartete Dr. Licht von einer sofortigen Umlegung der Kosten auf die Geländebesitzer (im Gegensatz zu der nachträglichen auf die Bauunternehmer) eine Beschleunigung der Bautätigkeit. In Königsberg i. Pr. hat nach Mitteilung des Stadtrats Sembrigt die Verteilung auch aller mittelbaren Straßenbaukosten auf die Angrenzenden nicht veräußernd gewirkt; durch starkes Angebot sind hier vielmehr die Bodenpreise in den letzten sieben Jahren um 50% gestiegen. Übrigens hat Königsberg eine Normalstraße im Sinne Dr. Heilbrunn nicht.

Für die Frage der Bauordnungen legte Oberbaurat Baumeister-Karlruhe seine bekannten Berechnungen über das Verhältnis von Gehöfzähl und Bauaufwand bei verschiedenen Bodenpreisen vor. Bei niedrigen Bodenpreisen (unter 30 M für 1 qm) ist eine Wohnung von 90 qm Bodenfläche im dreigeschossigen Doppelhaus um eine so verschwindend kleine Summe (etwa 30 M) teurer als im fünfstöckigen Hause, daß man in solchen Fällen die Schaffung von mehr als drei Stockwerken ohne Schädigung des Grundbesitzes einfach verbieten kann. Nur bei hohen Bodenpreisen verbilligt eine höhere Überbauung die Kosten der einzelnen Wohnung in erheblichem Maße. Daß die Bauordnung neben den vorhandenen Bodenpreisen auch die vorhandene Gliederung der gesellschaftlichen Wohnquartiere berücksichtigen muß, betonte Dr. Glücksmann-Nixdorf; gegenwärtig sei in der Arbeiterstadt Nixdorf die Anlegung je einer Kellerwohnung auf jedem Grundstück erlaubt, weil gewisse Südwestvororte Berlins solche Wohnungen für ihre Portiers benötigen! — Dr. Möller als Vertreter der organisierten Terraininteressenten wünschte die Schaffung von Grundstücks-kammern zur amtlichen Vertretung des Wohnungsgewerbes, das heute unter dilettantischen Verbesserungsversuchen leide; demgegenüber wies Abg. Dr. Südekum und Pastor Köpcke darauf hin, daß die Stadtparlamente sich infolge des preussischen Kommunalwahlrechts von jeher als Interessensvertretungen des Grundbesitzes betätigt hätten. Dr. Glücksmann warnte angesichts der vielfältigen Vorschläge vor der Schaffung neuer Instanzen und Behörden; eine Durchbringung des bestehenden Verwaltungsapparates mit sozialer Gewinnung sei viel erwünschter. Beigeordneter Schmidt-Essen verwies auf die zahlreichen Fälle, in denen Militär-, Eisenbahn-, Forst- und andere Staatsbehörden ihre

Grundstücksverkäufe lediglich nach fiskalischen Rücksichten vollzogen haben, ohne jedes Verständnis für die Bedürfnisse der benachbarten Gemeinden; unsere Wohnungspolitik entbehrt noch des planmäßigen Zusammenarbeitens zwischen Staat und Kommune, während ein Hand-in-Hand-Arbeiten mit gemeinnützigen Vereinen (Gartenstädten, Baugenossenschaften) sich immer mehr einbürgert. Den rechten Geist für alle diese Arbeit bringt aber nur der mit — das betonen Graf Posadowsky und Abg. Dr. Südekum mit vollem Rechte — der nicht nur weitsichtig und zweckmäßig verwaht, sondern fittliche Aufgaben in der Wohnungsreform erfüllen will.

Zum zweiten Hauptthema, der Frage nach der Finanzierung der Bautätigkeit, insbesondere der Beschaffung II. Hypotheken und der Beleihung des Erbbaurechts, sprachen zwei Berichterstatter. Geheimrat Professor Dr. Buttkie-Dresden behandelte die Hypothekenfragen im wesentlichen im Hinblick auf das Baugewerbe und die am Wohnungsbau interessierten Gemeinden, Landesbaurat Reusch-Wiesbaden mehr vom Gesichtspunkte der an der Hypothekengewährung interessierten öffentlich garantierten Geldinstitute (Spartassen usw.).

Dr. Buttkie schätzte den jährlichen Geldbedarf für Bauzwecke in Deutschland auf 2 1/2 Milliarden, etwa die Hälfte des jährlichen Zuwachses an Volkvermögen, die dauernden Anlagen im Wohnungsbau auf 80 bis 100 Milliarden; ein großer Teil dieser Anlagen nimmt in der Form von Pfandbriefen am Geldverkehr teil. Das Bauen mit eigenem Kapital und das Bewohnen und Vermieten des selbstgebauten Hauses nimmt immer mehr ab. Unter Bodentreditrecht erleichtert die Verschuldung so sehr, daß an Stelle des alten Hausbesitzers heute ein Vermieter getreten ist, dem meist kaum noch 8 bis 10% des Hauswertes hinter den Hypotheken zu eigen gehören. Mit diesem kleinen Kapital trägt er das Risiko für die Hypothekengläubiger und hält sich möglichst an den Mieten schadlos. Der größte Teil des Mietzinses wandelt sich in Hypothekenzins um und steht als solcher in die Taschen vermögender Mieter, die als Hypothekengläubiger an der Erhaltung und Steigerung der heutigen Boden- und Wohnungssteuerung wesentlich interessiert sind. Der reiche Mieter hat auch deshalb meist wenig Verständnis für die Wohnungsreform. Die Hypothek dient unter gleichen Rechtsformen zwei verschiedenen Wirtschaftsvorgängen beim Hausbau und beim Hausverkauf, zuerst dem Bauunternehmer, dann dem dauernden Vermieter, dem sogenannten „Hausbesitzer“. Der Bauunternehmer — selbst kapitalstark — erhält meist von Dritten gegen Sicherstellung das Baugeld, das die Grunderwerbs- und Baukosten ohne den Unternehmergewinn deckt. Die Beschaffung des letzten Baugeldes ist meist schwierig und kostspielig; Agenten, Baustellenhändler und Vermittler aller Art machen Zwischengewinne, so daß sehr hohe Zinssätze, in Dresden 12 bis 14%, vereinzelt bis zu 22%, herauskommen, wodurch die Kosten des Baus und der Wohnungen verteuert werden. Nach Bauabschluß erfolgt im günstigen Falle der Verkauf des Hauses, wobei die Hypotheken neu geregelt werden. Die II. Hypothek pflegt zur Begleichung der Handwerkerforderungen verwendet zu werden. Erste Hypotheken, in der Regel bis zu 1/2 des Wertes reichend, haben heute ihren organisierten Markt; II. Hypotheken sind schwer zu beschaffen, meist nur mit Hilfe von Agenten. Aufzutreiben ist gewöhnlich auch eine I. Hypothek bis zu 85 oder 90% bei einiger Bemühung, aber die Umstände wirken veräußernd. Gemeinnützige Bauunternehmungen erhalten meist öffentliche Gelder zur II. Hypothek; für den allgemeinen Baubedarf kommen solche Quellen nicht in Frage. Auch die Geldinstitute, die mündelsichere Papiere ausgeben, können zur Organisierung des Marktes der II. Hypotheken nicht herangezogen werden; es müssen vielmehr eigene Kreditinstitute mit Staats- und Gemeinbehilfe ins Leben gerufen werden, Grundbesitzerbanken mit städtischer Garantie und Ähnliches, wofür Ansätze ja schon vielfach vorliegen. Die Städte könnten durch diese Beteiligung am Bodentreditgeschäft gleichzeitig die Bauformen und Wohnungsgrößen aller Neubauten beeinflussen und dem soliden Bauhandwerk und Bauunternehmertum wesentliche Dienste leisten.

Landesbaurat Reusch schätzte den jährlichen Kapitalbedarf für Wohnungsbau auf 1 1/2 bis 2 Milliarden, von denen je 400 Millionen — nur für erste Hypotheken — durch Spartassen und Hypothekenbanken ausgebracht werden, der Rest durch sonstige Banken, Landesbanken, Landesversicherungsanstalten und Privatkapital. Die Spartassen pflegen durchschnittlich 4 1/4% Zins zu fordern, im Höchstfall 4 3/4%, ähnlich auch die Hypothekenbanken, die trotz dieser mäßigen Sätze durchschnittlich 8 1/2% Dividende erwirtschaften. Für die I. Hypotheken ergaben sich aus alledem sehr günstige Kreditverhältnisse, die sich nur dann verschlechtern würden, wenn man die Spartassen im Sinne des preussischen Gegenteilmurres von 1906 wirklich zwingen sollte, einen größeren Teil ihrer Gelder in Effekten anzulegen. Alsdann würden etwa 100 Millionen jährlich dem Hypothekenmarkt entzogen werden; gleichzeitig würde die Verzinsung der Sparassengelder sinken und der Zustrom von neuen Spargeldern entsprechend nachlassen. Störend würde es auch wirken, wenn man den Spartassen jede Hypothekengewährung außerhalb ihres wirtschaftlichen Bezirks verbieten wollte. Schon heute ziehen die Depositionsbanken durch den Ausbau ihrer Kassen viel kleineres Kapital auf den Effektenmarkt, das bisher durch die Spartassen dem Hypothekenmarkt zuzufloß. Dem könnte dadurch entgegengetreten werden, daß die Spartassen und Landeskreditinstitute sich zum Erwerb und zur Verwaltung von Hypotheken

dem Publikum zur Verfügung stellen. Die Hypothekenvermittlung könnte eine öffentliche Aufgabe werden nach Art der Arbeitsvermittlung (?). Die eigene Beleihung von II. Hypotheken kann für die Geldinstitute mit öffentlicher Garantie natürlich nur in beschränktem Umfang in Betracht kommen. Immerhin könnte man sie bis zum Werte von 75 oder 80% unter folgenden Bedingungen gestatten: 1. nur für höchstens 5% der Kapitalien, 2. nur für Gebäude mit Kleinwohnungen (woburd das Spargeld den kleinen Sparern selbst wieder zugute käme), 3. nur für neue Gebäude, die gewissen hygienischen Ansprüchen genügen, 4. nur gegen die Verpflichtung einer jährlichen Tilgung mit mindestens $2\frac{1}{2}\%$, 5. nur mit Bildung eines Sonderreservfonds, der bis zur Höhe von 25% des in dieser Weise angelegten Kapitals zu bringen wäre. Da die gesamten Sparfassenkapitalien rund 20 Milliarden betragen, würde rund 1 Milliarde auf diesem Wege in II. Hypotheken für Kleinwohnungen angelegt werden können. Tatsächlich beleihen schon heute hannoversche Sparfassen Arbeiterhäuser bis zu 75% und verwandte westdeutsche Anstalten (in Rheinland, Westfalen, Hessen, Oldenburg) tun Ähnliches wenigstens bei Bürgschaftsleistung.

Die Besprechung der beiden Vorträge verlief nicht allzu fruchtbar für die Sache der Wohnungsreform. Sieht man von umfangreichen Auseinandersetzungen über die Liquidität der Sparfassen ab, die sachlich interessant, aber hier kaum am rechten Platze waren, so beschränkten sich die meisten Diskussionsredner auf Randbemerkungen und Nachträge zu den Vorschlägen der Berichterstatter, ohne den Grundgedanken — Erleichterung der Bodenverschuldung mit öffentlicher Hilfe — kritisch zu untersuchen. Geh. Staatsrat Budde von der Berliner Hypothekenbank wies für die ihm bekannten Hypothekenbanken jeden Verdacht auf Teilnahme an der Ausnutzung von Bauunternehmern als grundlos zurück. Die teuersten Grundstücke unserer Großstädte, führte er weiter aus, trügen nicht Wohnhäuser, sondern rein gewerbliche Gebäude; solche Grundstücke bis zu 90% hypothekarisch zu belasten, sei nach jeder Richtung, auch für die Wohnungsreform, unbedenklich. Die Hypothekenbanken kämen für eine Beleihung über 60% keinesfalls in Betracht. Aus dem Frankfurter Baugewerbe berichtete Dr. Eahn, daß dort der Kleinwohnungsbau fast ausschließlich von ganz unsoliden „Baulöwen“ betrieben werde, die mit Baugeldern zu 9 bis 12% Zins arbeiten und wegen des Risikos auch von allen Handwerkern mit hohen Aufschlägen belegt werden. Alles das wirkt natürlich verteuern auf die kleinen Wohnungen, und die gemeinnützige Bautätigkeit vermag dagegen wenig, da sie nur 5% des Bedarfs erstellt. Durch Ordnung des Marktes der II. Hypotheken werde man auch die soliden Bauunternehmer heranziehen; außerdem müsse aber auch die Stadt selbst bauen oder durch Genossenschaften bauen lassen. Zur Sicherung der II. Hypotheken wurden von verschiedenen Seiten Hypothekenversicherung gegen Konkursverluste, Bürgschaftsgenossenschaften, staatliche oder private Garantiefonds usw. vorgeschlagen; die städtische oder städtisch unterstützte Bank für II. Hypotheken lehnte in der Erörterung immer wieder. Dr. Fresenius, Direktor der Darmstädter Landeshypothekenbank, warnte aus Gründen kapitalistischer Vorsicht vor den Vorschlägen von Dr. Reufsch, und allein Prof. Dr. Erman-Münster erhob vom Gesichtspunkte der Bodenreform aus prinzipiellen Einspruch gegen den Grundgedanken der beiden Referate, gegen eine öffentliche Unterstützung unserer zunehmenden Bodenverschuldung. Der Verfasser dieses Berichts hält diesen Widerspruch für vollberechtigt. In der Tat ist ja nicht der Wucherzins von 12 bis 14% für kurzfristige Baugelder die Ursache unserer Wohnungssteigerung. Solche Zinssätze sind früher noch häufiger gewesen. Schulz-Delitzsch hat 14% seinerzeit als billig bezeichnet, ein Aufsat in der Zeitschrift des preussischen statistischen Bureaus von 1860 spricht von 7 bis 22%, und wo diese Sätze seit 50 Jahren etwas zurückgegangen sind, ist eine Wirkung für die Mieter nicht spürbar gewesen. Nicht die Verteuerung des Bauens treibt die Mieten hoch, sondern die Verteuerung des Bodens. Jede Verbilligung des Bauens, so führte auch Prof. Erman aus, jede Erleichterung des Bankredits kommt heute, solange unser Grundbuch Bodenschuld und Pauschuld, unproduktiven und Meliorationskredit nicht scheidet, im letzten Grunde der Bodenpekulation zugute. Dem soliden Baugewerbe soll eine Milliarde zugeführt werden, in dem Danaidenfaß der Hypothekenspekulation wird sie verschwinden. Es wäre ja zweifellos ein Fortschritt, Hypotheken, an denen soziale und hygienische Verpflichtungen haften, und Hypotheken mit Tilgungszwang einzuführen. Aber so lange die Bodenwerte rascher wachsen, als die Hauswerte sinken, wird der Durchschnittshausbesitzer neuen Schläges in unseren Großstädten auf die Wohlfahrt der Amortisation verzichten. Gelingt es aber, durch eine Reform des Grundbuchwesens der unproduktiven Bodenpreistreiber endlich ein Ende zu machen, so werden die überlebenden Hausbesitzer schon von selbst und ohne Zwang mit der Hypothekentilgung beginnen,

genau wie jeder Fabrikant seine Maschinen abschreibt. Gegenwärtig würde eine städtische Unterstützung der Hypothekenverschuldung vermuthlich im Endergebnis nur eine neue Haufe der städtischen Bodenpreise herbeiführen.

Den letzten Vortrag des Wohnungskongresses hielt Geh. Justizrat Prof. Dr. Erman-Münster über die Beleihung des Erbbaurechts und wirtschaftlich verwandter Formen des gebundenen Grundbesitzes.

Rechtlich gebundener Bauboden liegt vor beim Erbbaurecht, beim „Ulmer Wiederkauf“ und beim preussischen Arbeiterrentengut. Letzteres kommt wegen seines Mindestmaßes von 1250 qm für das städtische Wohnungswesen zurzeit nicht in Betracht; der Verein „Arbeiterheim“ in Bethel erstrebt eine Herabsetzung der Untergrenze auf 500 qm. Bei aller Bebauung gebundenen Bodens wird im Gegensatz zum städtischen freien Boden das Baugeld in selten Fällen amortisiert; das Bauen wird verteuert, aber der Boden ist billiger. Wirtschaftlich steht der Erbbaupächter günstiger da als der Eigentümer mit Ulmer Wiederkauf, weil er den Tag der Rückgabe im Gegensatz zu diesem genau kennt. Die Ulmer Wiederkaufsvormerkung bringt bei der Rückgabe mit dem Eigentum auch die Hypotheken zu Fall, wenn der Wiederkaufsberechtigte ihnen nicht freiwillig einen Vorrang eingeräumt hat. Dagegen kann der Erbbauberechtigte ohne weiteres vollwertige Hypotheken aufnehmen. Schwer beleihbar ist nur Erbbaurecht mit Sonderverpflichtungen, insbesondere mit „auflösenden Bedingungen“. Neutrales Erbbaurecht dagegen kann als zeitliches Eigentum gelten und unbedenklich beleihen werden; eine Amortisationshypothek zu 4 und $\frac{1}{2}\%$, in 56 Jahren tilgbar bei weit längerer Erbbaubefristung, bietet volle Sicherheit. Hausverwüstungen gegen Ende der Pachtzeit kann durch Hausabfindungsverträge entgegengearbeitet werden; den Abfindungsanspruch kann der Hypothekar sich zur Sicherung verpfänden lassen. Eine derart gesicherte Hypothek auf Erbbaurecht ist nach §§ 1807, 1017 BGB. rechtlich mündelsicher, so daß Landesversicherungsanstalten, Sparfassen, Hypothekenbanken usw. Erbbaurechte unbedenklich beleihen können. Ein Reichserbbaugesetz ist im wesentlichen nur erwünscht, um den Kredit des Erbbaurechts gegen jeden Verdacht zu sichern. Eine Erbbaubank, wie die Bodenreformer sie erstreben, wäre als Gegengewicht gegen die an den Mietskasernen interessierten Hypothekenbanken erstrebenswert, ein Gedanke, den der Bodenreformer Pohlmann-Deimold in der Erörterung noch näher ausführte. Abgeordneter Schröder-Kassel wies darauf hin, daß die Stellung des Reichsversicherungsamts zur Mündelsicherheit des Erbbaurechts zurzeit noch nicht ganz klar sei.

Daß der 2. Deutsche Wohnungskongreß keine Ergebnisse in der Form gedruckter Entschließungen gezeitigt hat, ist gewiß kein Fehler. Für die praktische Wohnungsreformarbeit hat er, auch wenn man nicht allen Vorschlägen seiner Redner zustimmen kann, zweifellos manche wichtige Wege gewiesen. Erfreulich war das Bild, das er von dem Umfange der ganzen Bewegung, insbesondere von dem Eifer der Wohnungsreformarbeit in einzelnen deutschen Städten gab. Wenn es gelingt, in der theoretischen Vertiefung stets gleichen Schritt zu halten mit den praktischen Fortschritten, so darf die deutsche Wohnungsreform auf eine gute Zukunft hoffen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Internationale Frauenbewegung und internationaler Arbeiterinnenschutz. Man schreibt uns aus Stockholm: Verschiedene Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, so in Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Ungarn, haben schon die Erfahrung gemacht, daß dann, wenn die Regierung und das Parlament darangehen, das Berner Übereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen durchzuführen, ein heftiger Widerstand aus den Reihen der organisierten Frauenbewegung heraus gegen dieses Gesetz entfaltet wird. Während die organisierte deutsche Frauenbewegung erfreulicherweise geschlossen für einen gesonderten Arbeiterinnenschutz eintritt, machen sich in den genannten Ländern Stimmen geltend, die in völliger Verkennung der volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Notwendigkeit des Arbeiterinnenschutzes gegen diese sogenannte Beschränkung der Frauenarbeit protestieren. Diese Strömung ist übrigens nicht nur innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung vorhanden, sondern in den nordischen Ländern findet sie sich auch unter den sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen. Aus Anlaß des kürzlich in Stockholm tagenden Internationalen Kongresses für Frauenstimmrecht sollte nun die Gelegenheit benützt werden, um eine internationale Liga gegen den gesonderten Arbeiterinnenschutz zu gründen. Die Vorarbeiten hierzu waren von Holland ausgeführt worden. Die Einberufer dieser zur Konstituierung bestimmten Sitzung betonten zwar, daß sie nicht gegen den Arbeiterinnenschutz an

sich seien, aber die diesbezüglichen Gesetze sollten nur für beide Geschlechter gelten dürfen. Die geplante Gründung sollte eine Art Gegengründung gegen die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz bilden, der die internationale gesetzliche Regelung der Frauenarbeit zuzuschreiben ist. Erfreulicherweise war der Widerstand gegen diese Neugründung so stark, daß die Einberufung selbst zum Schluß der Diskussion zugeben mußten, es sei unmöglich, ihre Absicht durchzuführen, hier gleich in Stockholm die neue Liga zu bilden. Von Vertreterinnen der deutschen sowie der amerikanischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz wurde sehr energisch für den gesonderten Arbeiterinnenschutz eingetreten und die Bemühungen der Internationalen Vereinigung um den Schutz der Frauenarbeit gerühmt. Unterstützung fanden sie bei zwei Vertreterinnen der englischen und amerikanischen Frauengewerkschaften und der norwegischen Fabrikinspektion, die vor allem forderten, daß man solche Gründung und eine internationale Stellungnahme gegen den gesonderten Arbeiterinnenschutz nicht beschließen dürfe, ohne die arbeitenden Frauen selbst zu hören. Die Veranstalterinnen der Konferenz waren also für diesmal geschlagen, und der Gedanke von der Notwendigkeit eines gesonderten Arbeiterinnenschutzes hatte gesiegt. Aber man wollte doch nicht ganz das Feld räumen. So ist ein kleines Komitee gebildet worden, das im Stillen weiter arbeiten will. Vielleicht wird man ein andermal vorsichtiger sein und die Vertreter der gegenteiligen Ansichten überhaupt nicht mehr zulassen, um die geplante Gründung ungehindert vollziehen zu können. Aber man gewann aus der Besprechung in Stockholm doch den Eindruck, daß der Gedanke des gesonderten Arbeiterinnenschutzes bereits so stark und fest wurzelt, daß die Gegenagitation wohl zeitweise das Zustandekommen der Gesetze in einzelnen Ländern erschweren kann, eine internationale Gegenagitation jedoch keinerlei Bedeutung gewinnen wird.

Die österreichische Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat kürzlich an die Regierung Eingaben gerichtet, in denen sie die Beschlüsse der in Lugano abgehaltenen Tagung der genannten Vereinigung vertritt und um deren Durchführung in Österreich ersucht. In der Frage der Regelung der Heimarbeit erblickt die Gesellschaft in der gesetzlichen Anerkennung der zwischen Heimarbeitern und Verlegern geschlossenen Tarifverträge sowie in der Schaffung paritätischer Lohnämter nach englischem Muster das wichtigste Mittel einer erfolgreichen Heimarbeiterpolitik. Zum Schutze der Arbeiter gegen Bleivergiftung verlangt die Gesellschaft eine strengere Durchführung der Verordnung betr. Bekämpfung der Bleigefahr unter Malern, Anstreichern und Lackierern und der Verordnung betr. die Einfuhr und den Verkehr mit bleihaltigen Farben und Atten, ferner — wegen der zahlreichen Vergiftungen infolge Verwendung des Miniums bei Eisenkonstruktionsarbeitern — die Durchführung von Versuchen über die Erzielbarkeit des Miniums; endlich fordert sie die Ausgestaltung des Regierungsentwurfs über die Bekämpfung der Bleivergiftungen in den poligraphischen Gewerben, der jetzt in manchen Beziehungen, namentlich hinsichtlich der Maximaltemperatur, der Regelung des Prossierens usw., hinter den Anforderungen der Luganer Beschlüsse zurückbleibt, sowie eine baldige gewerbehygienische Regelung der keramischen Industrie. Weiter tritt die Gesellschaft für den Schutz der Saisonarbeiter ein und ersucht um möglichst baldige Einführung des sanitären Maximalarbeitstages sowie um Erhebungen über die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben und über Arbeiterurlaub.

Allgemeine Sozialpolitik.

Aus der sozialen Gesetzgebung Nordamerikas (Jahr 1911).

Das Kinderarbeitsgesetz des Staates Indiana setzt das Mindestalter für Kinder, die als Farmarbeiter oder Diensthofen verwendet werden, mit 14 Jahren und für solche, die während des Sommers beim Fruchtthandel arbeiten, mit 12 Jahren fest und beschränkt die Arbeitszeit auf 48 Stunden die Woche oder auf 8 Stunden je Tag, ausgenommen jene Fälle, in welchen der Vater bzw. Vormund des Kindes mit der Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich einverstanden ist; die Arbeitszeit hat zwischen die Zeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu fallen. Das Gesetz verbietet auch die Verwendung von Kindern unter 16 Jahren zu gewissen gefährlichen Beschäftigungen. Wiederholte Übertretungen einer der Bestimmungen dieses Gesetzes werden mit Geld- und Gefängnisstrafen im Höchstmaße von 200 Dollars bzw. 30 Tagen geahndet.

Um der Blindheit unter Kindern vorzubeugen, bestimmt ein Gesetz, daß jede Geburt innerhalb 36 Stunden anzugehen ist, welcher Anzeiger ein Bericht über die Beschaffenheit der Augen des Säuglings beizufügen ist; zeigen die Augen eine Entzündung, so hat ein Gesundheitsbeamter das Kind zu untersuchen und nötigenfalls die ärztliche

Behandlung zu veranlassen. Können die Eltern für die Arztkosten nicht aufkommen, so hat die Gemeinde die Kosten zu tragen. Ein weiteres Gesetz empfiehlt die Ernennung von Schulärzten. Andere Gesetze, welche die Kinderwohlfahrt bezwecken, beziehen sich auf die Errichtung öffentlicher Spielplätze und unentgeltlicher Kindergärten, auf den Fortbildungs- und Abendunterricht, auf die Pflege der Schulhygiene und auf Bestimmungen über die Annahme vernachlässigter Kinder. Außerdem wurden fast 550 000 \$ für die Errichtung von Irrenanstalten, von Institutionen für die Behandlung tuberkulöser Personen und von Schulen für Taube bewilligt. Weitere Gesetze bestimmen, daß Mädchen, die in einer staatlichen Besserungsanstalt untergebracht sind und deren Benehmen auf die anderen Mädchen schädlich wirkt, von diesen zu isolieren sind, und daß in Reformschulen und Besserungsanstalten keine geistig minderwertigen Kinder aufgenommen werden dürfen. In fünf Städten wurde eine Matrone ernannt, welche die Vergangenheit der dem Stadtgericht eingelieferten Frauen und Mädchen zu erforschen und zugleich die Aufsicht über sie zu führen hat. Ein „white slave“-Gesetz verbietet die Kuppelei; die Strafe für das erste Vergehen beträgt mindestens zwei Jahre Gefängnis und 800 \$ Geldstrafe. Endlich steht ein weiteres Gesetz die Errichtung von unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsbüros in den fünf größten Städten sowie die Ernennung einer Kommission vor, welche sich über die Errichtung einer staatlichen Strafform zu äußern hat.

Die gesetzgebende Körperschaft von New Hampshire schuf unter anderem ein Unternehmerhaftpflicht- und ein Arbeiterentschädigungsgesetz. Das Gesetz findet auf alle Arbeiter, die bei Eisenbahnen, bei Aufzügen, bei mit Dampf oder Elektrizität betriebenen Apparaten, bei Dampfesseln sowie in Steinbrüchen, Bergwerken oder Gießereien beschäftigt sind, Anwendung. Die Unternehmer dieser Betriebe sind für alle Verletzungen ihrer Bediensteten haftbar, ausgenommen in Fällen, in welchen das Verschulden den Arbeiter selbst trifft (Trunkenheit, Nichtbeachtung der Vorsichtsmaßregeln, grobe Fahrlässigkeit). Hat ein Unfall den Tod zur Folge, so gebührt den Hinterbliebenen der 150fache durchschnittliche Wochenverdienst (Maximum 3000 Dollars); bei ganzlicher oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit hat der vom Unfall Betroffene auf einen Wochenlohn Anspruch, der jedoch die Hälfte der Differenz zwischen den durchschnittlichen Wochenlöhnen vor und nach dem Unfall nicht übersteigen darf (Maximum 10 Dollars pro Woche für höchstens 300 Wochen). Für die ersten zwei Wochen nach dem Unfall ist keine Entschädigung zu leisten.

Andere Gesetze beziehen sich auf die Registrierung aller Fälle von Tuberkuloseerkrankungen, auf die Regelung der Kinderheime und der Entbindungsanstalten, auf den Neubau einer Irrenanstalt, eines Sanatoriums für Tuberkulose und einer Schule für geisteschwache Kinder, auf die Einführung eines neuen Kinderarbeitsgesetzes, auf Bestimmungen, die die Verhütung einer Erblindung der Kinder bezwecken, sowie auf die Einführung eines Schiedsgerichts für Arbeitsstreitigkeiten.

Der gesetzgebenden Körperschaft von Missouri wurden nicht weniger als 21 sozialpolitische Gesetzentwürfe vorgelegt, von welchen 14 angenommen und 7 abgemiesen wurden. Die angenommenen Gesetze lassen sich folgendermaßen einteilen:

1. Kinderschutz. a) Weitergehendes Verbot der Verwendung von Kindern unter 14 Jahren zur Arbeit (ausgenommen für landwirtschaftliche oder häusliche Arbeiten), Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren auf 8 Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche, keine Arbeitszeit nach 7 Uhr abends, Verwendung der Kinder nur zu gewissen spezifizierten Beschäftigungen, Regelung des Straßenhandels; b) Schaffung eines Jugendgerichtsgesetzes für die sechs Bezirke mit 50 000 oder mehr Einwohnern; c) Auszahlung einer Rente aus dem Bezirksfonds an arme Witwen oder Frauen von Verbrechern, die Kinder unter 14 Jahren haben, auf Grund eines vom Jugendgerichtsrichter ausgestellten Zertifikats (bezieht sich jedoch nur auf Kansas City); d) Überweisung der Kontrolle der Industrieschule in St. Louis, welche hauptsächlich verlassene und leichtsinnige Kinder beherbergt, vom Staat an das Municipio; e) Errichtung eines Vormundschaftsamts, welches die Abgabe von Kindern in Pflegeheime veranlassen kann; die Verpflegskosten werden aus öffentlichen Fonds bezahlt; f) Bestrafung dafür, wenn ein Kind unter 16 Jahren verlassen wird, und zwar in demselben Ausmaße, das ausgelegt ist, wenn eine Frau im Stiche gelassen wird.

2. Schutz der erwachsenen Arbeiter. a) Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit pro Tag oder einer 54stündigen Arbeitszeit pro Woche für Frauen, die in Fabriken, Handelsgeschäften, Wäschereien oder Werkstätten beschäftigt sind; b) allmähliches Verbot der Verwendung von Sträflingen zu privaten Arbeiten und dafür Heranziehung der Sträflinge zu staatlichen Arbeiten; c) Verdrängung der Darlehnsmacher durch Errichtung von Pfandleihanstalten.

3. Öffentliche Gesundheitspflege. a) Errichtung von öffentlichen Hospitälern für Tuberkulose; b) Sanitäre Vorschriften für alle Betriebe, die Nahrungsmittel erzeugen oder verkaufen.

4. Unterrichtswesen, und zwar a) Errichtung von landwirtschaftlichen Hochschulen; b) Errichtung von Institutionen für Verbrecher.

Die gesetzgebende Körperschaft von Washington schuf ein Arbeiterentschädigungsgesetz, dem zufolge die Witwe des einem Unfall erlegenen Arbeiters 75 Dollars als Zeichenbeitrag, ferner eine monatliche Rente von 20 Dollars und für jedes Kind unter 16 Jahren 5 Dollars je Monat zu erhalten hat; doch sollen die gesamten Zahlungen 35 Dollars im Monat nicht übersteigen. Im Falle sich die Witwe wieder verheiratet, erhält sie eine Abfindung von 240 Dollars, d. i. die zwölfwache Monatsrente; die Unterstützung für Kinder unter 16 Jahren bleibt jedoch auch im Falle der Wiederverheiratung aufrecht.

Die gesetzgebende Körperschaft des Staates Kansas schuf ebenfalls ein Arbeiterentschädigungsgesetz, ferner ein Gesetz, das für alle Kohlenbergwerke Badehäuser fordert; auch sind die Kohlenbergwerke mit Telefonen auszurüsten. Endlich wurde ein Haftpflichtgesetz für Eisenbahnen sowie eine Vergewaltigungsgesetz geschaffen. — d.

Das preussische Fortbildungsschulgesetz, das die männliche Jugend zwischen 14 und 18 Jahren in allen Städten über 10 000 Einwohnern zum Besuch von Fortbildungsschulen verpflichtet will, wird aller Voraussicht nach in dieser Landtagsession nicht zur Verabschiedung kommen, sondern in der Kommission liegen bleiben. Hier ist der Entwurf durch Zentrum und Konservative mehrfach in wichtigen Punkten derart abgeändert worden, daß die Regierung durch den Minister für Handel und Gewerbe schärfsten Einspruch dagegen erhoben hat (vergl. Sp. 1130). Da ein Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten durch eine Vereinbarung zwischen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses und der Staatsregierung schwerlich noch gefunden wird, soll die Vorlage unerledigt bleiben. Im Interesse der Fach- und Fortbildung unseres gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchses wäre diese Tatsache aufs tiefste zu bedauern. Möglicherweise wird der politischen Konstellation auch noch die Ausdehnung der ländlichen Fortbildungsschule auf weitere Provinzen zum Opfer fallen.

Soziale Zustände.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Mannheim 1890 und 1910.

Die badische Gewerbeaufsicht ist auch im Berichtsjahre 1910 der Gewohnheit treu geblieben, bestimmte Einzelgebiete durch monographische Darstellungen genauer zu durchforschen, und zwar knüpft sie in diesem Jahre an eine vor 20 Jahren erschienene Untersuchung an. Der damalige Vorstand der badischen Fabrikinspektion Woerishoffer hatte 1890 seine bekannte Monographie über die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim*) erscheinen lassen. Es erschien daher von Wert, nach Verlauf von 20 Jahren zu prüfen, ob und inwieweit sich die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft in dem gleichen Industriegebiet verschoben hätten. Die im Anhang des Berichts der badischen Gewerbeinspektion für 1910 mitgeteilte Untersuchung ist von Regierungsrat Dr. Fröhlich bearbeitet. Es bestand jedoch nicht die Absicht, den Untersuchungen den gleichen Umfang und die gleiche Ausführlichkeit wie damals zu geben, sondern es sollten nur die wichtigsten Punkte, um die es sich bei einer Vergleichen handelt, hervorgehoben werden.

Im Jahre 1890 waren für die Erhebungen 47 Fabriken aufzuzählen. Soweit diese Betriebe noch vorhanden waren oder den alten Charakter bewahrt hatten, wurde die Erhebung diesmal wieder auf sie erstreckt. Aber trotzdem diesmal nur 35 Fabriken behandelt wurden, betrug doch die Zahl der von der Statistik erfassten Personen 11 938 (gegen 9231 vor 20 Jahren). Die Grundlage der Lohnstatistik bildet der individuelle Wochenlohn, der bei allen Untersuchungen der badischen Fabrikinspektion als Maßstab anwandelt wird. Der Lohnhebung wurden je 2 Wochen im ersten und 2 Wochen im zweiten Halbjahr zugrunde gelegt und hiernach der Durchschnittslohn festgestellt. Von den Arbeitern in den 35 untersuchten Betrieben verdienten 28 v. H. weniger als 15 \mathcal{M} . in der Woche (1890 hatten in denselben Fabriken 40 v. H. unter 15 \mathcal{M} . verdient); bei 19 v. H. liegt der Wochenverdienst zwischen 15 und 24 \mathcal{M} . (1890 bei 45 v. H.); 53 v. H. verdienen mehr als 24 \mathcal{M} . in der Woche (1890 = 15 v. H.). Von sämtlichen Arbeitern kamen 1166 oder 9,8 v. H. auf einen Wochenverdienst von über 35 \mathcal{M} . In der untersten Lohnstufe unter 15 \mathcal{M} . finden sich

hauptsächlich die jugendlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen, denn nur selten gelangen Frauen zu einem höheren Wochenlohn als 15 \mathcal{M} . Lohnsteigerungen sind allerdings auch hier zu spüren, denn 1890 blieben noch 81 v. H. der Frauen unter Wochenlöhnen von 10 \mathcal{M} ., während heute 50 v. H. über diesen Betrag hinauskommen. — Bei den Männerlöhnen kommt sehr deutlich der Zusammenhang zwischen tariflicher Regelung und Lohnhöhe zur Geltung. In Industrien, in denen vor 20 Jahren völlig ungeregelte Lohnverhältnisse herrschten und die Arbeiterschaft ungelern und unfähig war, haben sich mit dem Einsetzen der tariflichen Regelungen allgemein geltende Grundlöhne herausgebildet, und in den tariflich geregelten Gewerben, namentlich im Buchdruckgewerbe, sind auch die erzielten Lohnsteigerungen am erheblichsten. Außer in der Lohnfrage sind auch in der Verkürzung der Arbeitszeit Fortschritte für die Arbeiter erzielt.

Aber trotz dieser Fortschritte in den beiden wichtigsten Fragen des Arbeitsverhältnisses hat die Lage der Arbeiterschaft doch nach mancher Richtung hin eine Erschwerung gegenüber den Erhebungen vor 20 Jahren erfahren. Das kommt namentlich in der wachsenden Notwendigkeit des Miterwerbens der Ehefrauen zum Ausdruck. In ähnlicher Weise wie bei der Untersuchung 1890 wurden auch diesmal die Verhältnisse einzelner Arbeiterfamilien näher untersucht. Es handelt sich diesmal um 26 Familien, die durchweg in geordneten Verhältnissen leben, da ja nur solche Familien bereit und imstande sind, zuverlässige Auskunft zu geben. Mit wenigen Ausnahmen lassen sich Einnahmen und Ausgaben dieser Familien nur in Einklang bringen, wenn zu dem Verdienst des Mannes noch Nebeneinnahmen kommen; 31,15 v. H. der Gesamteinnahmen fließen aus dem Erwerb von Frau, Kindern oder sonstigen Quellen. Vor 20 Jahren schrieb Woerishoffer über diesen Punkt:

„Die Einnahmen bestehen hier ganz vorwiegend aus dem Verdienst des Mannes, was im Gegensatz zu vielen anderen Industriebezirken als ein gesunder Zustand bezeichnet werden muß. Die Frau arbeitet fast niemals in der Fabrik und ist nur ganz ausnahmsweise in der Lage, zur Erhöhung der Einnahmen beizutragen. In den meisten Fällen, in welchen die Frau durch ihre Arbeit zu den Einnahmen der Familie beiträgt, beträgt ihr Verdienst nur einen kleinen Teil desjenigen des Mannes.“

Jetzt sind in 14 von den 26 Familien die Frauen regelmäßig erwerbsfähig und verdienen 21,5 v. H. von dem Einkommen ihrer Männer und 15,1 v. H. des Gesamteinkommens ihrer Familie. — Das unerfreulichste Bild in der wirtschaftlichen Lage bildet die Wohnungsfrage. Entweder muß sich die Familie auf Kosten der Behaglichkeit in der Wohnung aufs äußerste einschränken, oder sie muß einen so großen Teil des Einkommens auf die Miete wenden, daß wieder an allen anderen Ausgaben gespart werden muß. Der für Mietaufwendungen gemachte Betrag schwankt zwischen 8 und 21 v. H.; der Durchschnitt beträgt — bei Ausscheidung der Familien, die freie oder billige Fabrikwohnungen inne haben — 14,8 v. H. Von den weiteren Ausgabenposten sind Durchschnittszahlen ermittelt für die Ausgaben für Lebens- und Genussmittel, wofür 59,9 v. H. der Einnahmen verwandt werden; für alkoholische Getränke, Vergnügungen, Tabak werden im Durchschnitt 7,4 v. H. der Einnahmen verwandt, für Vereine, Organisation und Bekleidung beträgt der Durchschnittsaufwand 1,4 v. H. der Gesamteinnahme.

Eine Landarbeitersausstellung ist wie in den letzten 3 Jahren auch heuer mit der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu Kassel (22.—27. Juni) verbunden. In diesem Jahre aber wurde ihr besondere Sorgfalt gewidmet und sie umfaßt, wie in Leipzig, das gesamte Gebiet der Landarbeit umfassen. Sehr reiche Karten zeigen die Abwanderungen vom Lande und geben einen Überblick über die Zahl der ausländischen Arbeiter, die Jahr für Jahr zu uns ins Land kommen. Wie der Zuzug der qualitativ minderwertigen ausländischen Wanderarbeiter einzuschränken und die Landflucht zu bekämpfen ist, das sollen die Schaubilder über Ansiedlung von Kleinbauern und Landarbeitern klar machen. Pläne und Modelle von Ansiedlungs- und Landarbeiterhäusern schildern die Tätigkeit der staatlichen und privaten Ansiedlungsgesellschaften. Weiterhin wird die Arbeitszeit der Landarbeiter in den verschiedensten Gegenden Deutschlands dargestellt, und es werden daran anknüpfend die vielfachen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Ausnutzung der arbeitsfreien Zeit, namentlich während der Wintermonate, durch Ausstellung von Hausfleißzeugnissen aller Art, wie selbstgewebten Stoffen, Spitzen, Holzarbeiten, Töpfereien u. a. m., gezeigt. Auch zweedmähige Webstühle werden in Tätigkeit vorgeführt. In einem anderen Teil der Ausstellung liegen Musterverträge mit Landarbeitern aus, wie sie der Sonderausschuß für Musterverträge be-

*) Verlag von Ferd. Thiergarten, Karlsruhe.

arbeitet hat, ferner wird in geeigneter Weise auf die Bedeutung der verschiedenen Lohnformen (Geldlohn, Naturallohn, Akkordlohn) hingewiesen und Landarbeiter-Budgets werden solchen städtischer Arbeiter gegenübergestellt. Daneben finden die Bestrebungen zur körperlichen und geistigen Ausbildung der Landarbeiter, z. B. Schaffung zweckmäßiger und gesunder Wohnungen, hygienisch einmündiger Arbeitskleidung, vernünftiger Körperpflege, körperlicher Ausbildung und Darbietung gesunder geistiger Nahrung, Veredelung der Geselligkeit auf dem Lande, ihren Platz. Eingehend wird auch die Landarbeiterfrage im Rahmen des Einzelbetriebes dargestellt.

Nachschleife.

Der Strafvollzug an den Jugendlichen. Auf der 16. Jahresversammlung des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamten — Mannheim, 6. bis 9. Juni — die sich mit der Frage des Strafvollzugs beschäftigte, wurde eine große Anzahl von Thesen angenommen über Freiheitsstrafen, sichernde Maßnahmen, bedingte Strafaussetzung und Behandlung der Jugendlichen. Die Thesen über die beiden letzteren Fragen haben folgenden Wortlaut:

Bedingte Strafaussetzung.

Die gesetzliche Regelung wird unter Hervorhebung folgender Punkte empfohlen: 1. Die Strafgrenze zur möglichen Gewährung der Strafaussetzung soll sechs Monate Freiheitsstrafe bilden.

2. Es ist wünschenswert, daß der Verurteilte, insbesondere der Jugendliche, in geeigneten Fällen während der Probezeit einer Schutzaufsicht unterstellt wird.

Behandlung der Jugendlichen.

1. Auf Gefängnisstrafe gegen Jugendliche darf primär nicht unter einem Monat erkannt werden. Haftstrafe ist ausgeschlossen.

2. Statt einer Freiheitsstrafe Jugendlicher sowie neben einer solchen kann die Überweisung zur staatlich überwachten Erziehung angeordnet werden. Die Überweisung zu solcher Erziehung soll insbesondere dann erfolgen, wenn die Tat hauptsächlich als Folge mangelhafter Erziehung erscheint. Ist anzunehmen, daß solche Erziehungsmaßregeln nicht genügen, um den Täter an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen, so ist lediglich auf Strafe zu erkennen.

3. Jugendliche sollen Freiheitsstrafen nur in besonderen und ausschließlich für sie bestimmten Anstalten oder völlig getrennten Abteilungen verbüßen. Dabei sind erstmalig bestrafte Jugendliche von vorbestraften Jugendlichen vollständig zu trennen.

4. Aus Straf- und Erziehungsanstalten entlassene oder trotz Verübung einer Straftat außerhalb solcher Anstalten verbleibende Jugendliche können unter Schutzaufsicht gestellt werden, wenn es in ihrem Interesse liegt.

Betreffs der Schutzaufsicht.

Die Bestimmungen über die Schutzaufsicht sind durch den Bundesrat zu erlassen. — Die Schutzaufsicht ist auszuüben durch bestellte Fürsorger (für weibliche durch Fürsorgerinnen), zunächst aus den Schutzvereinen, in Beratung, Bewahrung, Hilfe und Unterbringung; der Fürsorger hat auch die Arbeitsbeschaffung zu verwalten. — Die Bewahrung öffentlicher Mittel für den Jugendschutz ist dringend erwünscht.

Der Deutsche Juristentag 1912, der in Wien tagen wird, wird u. a. folgende Thematika behandeln (im ganzen werden es nach dem Vorschläge der ständigen Deputation 13 sein):

Sind für die Zwecke der Beleihung von Erbbaurechten durch Hypothekendarlehen und andere Kreditinstitute die Bestimmungen des geltenden Rechtes ausreichend, oder erscheint — und in welchem Sinne — eine Ergänzung dieser Bestimmungen geboten?

Empfiehlt sich eine Fortbildung des geltenden Schadenersatzrechtes durch besondere gesetzliche Bestimmungen über die Haftung für Schäden, die verursacht werden: a) durch Errichtung, Bestand und Betrieb elektrischer Anlagen und Fernleitungen; b) durch die Verwendung von Luftschiffen und Flugmaschinen?

Welche der für Privatangestellte außerhalb des Handelsgesetzbuchs geltenden sozialen Schutzvorschriften eignen sich zur Erleichterung auf alle Privatangestellten?

Die Freiheitsstrafe nach dem Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.

Die Sicherungsmaßnahmen nach dem Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.

Die Todesstrafe.

Was kann geschehen, um bei der Ausbildung (vor oder nach Abschluß des Universitätsstudiums) das Verständnis der Juristen für psychologische, wirtschaftliche und soziologische Fragen in erhöhtem Maße zu fördern?

Sind die Grundsätze der Mündlichkeit der Verhandlung und der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme in dem jetzt geltenden deutschen Zivilprozeß zweckmäßig durchgeführt, oder welche Änderungen empfehlen sich für den Fall einer durchgreifenden Neugestaltung des bürgerlichen Rechtsstreits?

Cartifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Eine erste Verletzung des Buchdrucker-Tarifs im Berliner Zeitungsgewerbe.

die sich die Maschinenmeister am Freitag, den 16. Juni, nachmittags, im Betriebe von August Scherl zu schulden kommen ließen, hat auch in der breiten Öffentlichkeit Aufsehen erregt, weil sie die beiden anderen Riesenbetriebe der Berliner Zeitungswelt, Rudolf Mosse und Ullstein, gleichfalls in ihre Kreise hinein zog und fünfviertel Millionen regelmäßige Zeitungsbezieher am Sonnabend um ihre gewohnte Morgenblattlektüre brachte. Es ist nicht der erste Fall von Tarifvertragsverletzung, der sich hier in einem Berliner Zeitungsbetriebe ereignet hat. Der Buchdrucker-Tarif ist den ständig wachsenden und wechselnden Kompliziertheiten des Zeitungs-großbetriebes noch nicht fein genug in allen Punkten angepaßt; es bestehen Lücken und Unzulänglichkeiten, die leicht Stoff zu Meinungen und Zwistigkeiten geben, sofern nicht ein wirklich tarifgemeinschaftlicher Geist die beiden Parteien, Betriebsleitung und Arbeiterschaft, beherrscht und zu schneller friedlicher Verständigung über die strittigen Tarifpunkte führt. An solchem Geist lebendigen tariflichen Pflichtbewußtseins haben es z. B. die Hilfsarbeiter in den Berliner Zeitungsbetrieben des öfteren fehlen lassen. Sie stehen allerdings auch erst seit 1906 unter tariflicher Jurisdiktion. Das Gefühl der Macht, das ihnen die Beschäftigung an den Gieß- und Druckmaschinen gibt, bei denen jede Störung die pünktliche Leitung des Zeitungsbetriebes in Frage stellt, mag zu der selbstherrlichen Auffassung des Tarifvertragsverhältnisses, die sich in dem an passiven Resistenz fast streifenden Verhalten mancher Hilfsarbeitergruppen gelegentlich befandete, beigetragen haben. Etwas von diesem gefährlichen Einflusse starken Machtbewußtseins hat auch bei den Maschinenmeistern, den Vorgesetzten des Hilfsarbeiterpersonals an den Druckmaschinen, sich seit längerer Zeit fühlbar gemacht. Die Maschinenmeister haben sich inmitten der raschen Ausdehnung der Druckmaschinentechnik im Buchdruckbetriebe eine angesehene Stellung zu sichern gewußt. Nur gelernte Buchdrucker dürfen, obgleich die Vorbildung des Maschinenmeisters wesentlich maschinentechnischer Art ist, die wichtigeren Druckmaschinen bedienen. Das ist im Buchdrucker-Tarif von 1906, der zum ersten Male Sonderbestimmungen für Maschinenmeister aufstellte, ausdrücklich festgelegt und ist ein Zeichen für ihre starke Position. So ist vielleicht psychologisch zu erklären, daß es mit diesen privilegierten Arbeitern, deren Arbeitsbedingungen in allen Einzelheiten tariflich zu regeln natürlich auf den ersten Wurf 1906 nicht völlig gelungen ist, verhältnismäßig häufiger als mit anderen Buchdruckergruppen Schwierigkeiten gab. Allerdings ließen sie sich fast noch immer ohne offenen Streit erledigen.

Anders liefen die Dinge aber in der Zeitungsdruckerei von August Scherl seit Ende des vorigen Jahres bei den Rotationsmaschinenmeistern.

Streitigkeiten dieser Firma wegen Entlassungen und Übersundenarbeit von Maschinenmeistern beschäftigten mehrfach das Tarifschiedsgericht und das Tarifamt der Buchdrucker. Die Regelung der Arbeitszeiten, die bisher im täglichen Wechsel 14 und 4 Stunden betragen hatte, ließ sich mit den Tarifnormen, die auf täglich neunstündige Arbeitszeit lauten, nicht ohne weiteres vereinbaren. Nach längeren Beratungen beschloß das Tarifamt am 28. April, eine Bierschichteneinteilung für die Rotationsmaschinenmeister zu empfehlen, die am 8. Mai in Kraft treten sollte. Da diese neue Arbeitseinteilung aber den Maschinenmeistern unbequemere als die alte erschien, so forderten sie, gestützt auf einen besonderen, von 1907 bis 1911 laufenden Hausvertrag, Beibehaltung der alten Zeiteinteilung. Als die Firma das ablehnte, kam es am 8. Mai zum Stocken der Arbeit; die Abendausgabe des „Berl. Lokal-Anzeigers“ konnte erst mit starker Verspätung erscheinen. Um den Betrieb nicht weiter zu gefährden, ließ es die Firma vorläufig bei der alten Arbeitseinteilung, übergab aber gleichzeitig den Fall dem Tarifschiedsgericht mit einer Klage auf Tarif- und Arbeitsvertragsbruch gegen die beteiligten Maschinenmeister und mit einer Schadenersatzforderung auf 10 000 M. Das Tarifschiedsgericht entschied, daß nur ein Arbeitsvertragsbruch, aber mangels vorausgegangener Verwarnung kein Tarifbruch vorliege; das Tarifamt jedoch, an das die Firma Scherl Berufung einlegte, entschied am 9. Juni einstimmig:

1. Die beklagten Rotationsmaschinenmeister haben sich eines groben Tarifbruchs schuldig gemacht, begangen durch absichtliche Nichtbefolgung einer Entscheidung des Tarifamts vom 28. April 1911. Die Beklagten haben dadurch ihre Tariftreue verwirkt. Von dem Ausschluß der Beklagten aus der Tarifgemeinschaft wird abgesehen. Den Beklagten wird eine scharfe Verwarnung erteilt mit dem Hinzufügen, daß im Wiederholungsfall unverzüglich Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft erfolgen muß und wird.

2. Die vom Tarifamt am 28. April in Gegenwart der Parteiparteien festgesetzte Arbeitszeit tritt nunmehr bestimmt am Montag, den 12. Juni, in Kraft.

3. Die Vertrauensleute H. und W. werden für schuldig erklärt, den am 8. Mai durch die Beklagten begangenen Kontraktbruch und Tarifbruch nicht verhindert zu haben. Das Tarifamt muß sogar für das tarifbrüchige Verhalten des Personals die beiden Vertrauensleute verantwortlich machen und glaubt, daß das Verbleiben derselben in dem Betriebe der klagenden Firma einem friedlichen Arbeitsverhältnis im Wege steht. Auch erachtet das Tarifamt die beklagten Vertrauensleute H. und W. zur Wahrnehmung eines Amtes als Vertrauensmänner nicht für qualifiziert.

Als daraufhin die Firma Scherl die beiden Maschinenmeister H. und W. entließ, erklärten sich aber die Maschinenmeister mit diesen ihren Vertrauensleuten solidarisch, verlangten deren Wiedereinstellung, und als ihrem Verlangen keine Folge gegeben wurde, drohten sie sämtlich mit ihrer Kündigung. Die Führer der Gehilfenorganisationen legten sich sofort ins Mittel und suchten einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Dieser schien bereits erreicht, da ließen sich die Maschinenmeister nach dem Weggange ihrer Bauvorstandsleute dennoch zur Arbeitseinstellung hinreißten, obwohl auch die sämtlichen Vertrauensleute der andern Druckereiarbeiter einmütig gegen die Maschinenmeister Stellung genommen hatten. Trotzdem beharrten die in Frage kommenden 37 Arbeiter auf ihrem Standpunkt. Sie galten sofort für die Buchdruckerorganisation als aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen. Nun hatten sich die Firmen Woffe und Ullstein auf Grund von Vereinbarungen angesichts des Vertragsbruchs der Maschinenmeistergruppe bereit erklärt, die Scherlschen Blätter in ihren Druckereien herstellen zu lassen, die Führer der Arbeiterorganisationen hatten das ausdrücklich gebilligt und den Maschinenmeistern der beiden Firmen erklärt, daß sie diese Arbeit, die keineswegs Streitarbeit sei, leisten müßten, widrigenfalls die Firmen Ullstein und Woffe das Recht hätten, sie zu entlassen. Trotzdem weigerten sich jetzt auch bei Ullstein und Woffe die Maschinenmeister, für die tarifbrüchige Gruppe in der Scherlschen Offizin einzuspringen. Daraufhin erklärten sich die Firmen Ullstein und Woffe für verpflichtet, um nicht aus der unversöhnlichen Zwangslage einer Konkurrenzfirma Nutzen zu ziehen, auch ihre Blätter nicht erscheinen zu lassen.

Durch gemeinschaftliche Erklärungen der drei Firmen, des Tarifamts und der Vorstände des Buchdrucker- (Gehilfen-) und des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes wurde die Öffentlichkeit in Berlin am Sonnabend morgen von diesen Vorgängen unterrichtet. Die meisten Berliner Tageszeitungsbetriebe verließen darauf eine Solidaritätskundgebung für die drei Vorkämpferfirmen.

Wegen dieser weiten Ausstrahlungen auf den Tummelplatz der öffentlichen Meinung hat der geschädigte Tarifbruchfall eine Sensation entfaltet, die mit seiner inneren Bedeutung für das Tarifvertragswesen in keinem rechten Verhältnis steht. Einige Duzend Buchdruckergehilfen sind tarifuntreu geworden aus dem Gefühl falsch geleiteter Solidarität mit ihren Wortführern, die seit Wochen, ja Monaten für sie eine ziemlich verwickelte Angelegenheit vertreten haben. Der Firma Scherl und den mit ihr in Verabredung stehenden Großbetrieben ist der Gebuldsfaben gerissen; sie haben in sehr beachtenswerter Solidarität beschlossen, gegenüber den stets schwierig zu behandelnden, über-solidarischen Maschinenmeistern endlich einmal ein Exempel zu statuieren, das weit über den kleinen Kreis der Tarifbrecher hinaus starken Eindruck machen sollte. Dieser Zweck ist erreicht. Ja, schon sind einige scharfmacherische Gruppen laut an der Arbeit, aus diesen Vorgängen Kapital gegen den Tarifgebanken überhaupt und die Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften zu schlagen. Demgegenüber ist mit allem Nachdruck zu betonen, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsvorstände mit geradezu vorbildlicher Tariftreue in diesem Fall gehandelt haben. Daß sie den Tarifbruch der Maschinenmeister nicht verhindern konnten, dafür liegen die Ursachen anderswo. Mit der Tarifgemeinschaft selbst haben sie nichts zu tun.

Inzwischen ist am Montag, den 19. Juni, abends, bereits unter Mitwirkung der Vorstände des Tarifamts und der beteiligten Verbände, sowie der Vertreter von Woffe und Ullstein im Hause Scherl die Einigung zwischen der Firma und dem Zehn-männerausschuß ihrer technischen Arbeiterschaft erfolgt: Von den 37 früheren Rotationsmaschinenmeistern werden 30 wieder eingestellt; die Stellen der übrigen 7 sind dauernd anderweit besetzt. Die Arbeiterschaft darf 3 von diesen 7 zu verabschiedenden bezeichnen. Das Hilfsarbeiterpersonal, das zur Unterstützung der Maschinenmeister ausländisch geworden war, wird nach Bedarf des Druckmaschinenbetriebs wieder eingestellt. Auf die Forderung einer Sühnegebühr von 10000 M verzichtet die Firma Scherl, da der Gehilfenverband ohne weiteres sich für die Zahlung der Vertragsbruchstrafe, die das Tarifschiedsgericht über die 37 Maschinenmeister verhängen wird, bereit erklärt hat.

W. Z.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Präsidiumtagungen Deutscher Gewerkschaften (Hirsch-Duncker).

15. Vertretertag des Gewerkschaftsvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (6. bis 12. Juni 1911 in Berlin). In Anwesenheit von Vertretern des Reichsamts des Innern und der städtischen Behörden sprach Gleichauf über die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichsarbeitsrechts. Er forderte die gleichberechtigte Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß neben dem Unternehmer und seinen Schutz als Staatsbürger und Familienvater; außerdem wurde die Errichtung eines Reichseinstellungsamts unter Hinweis auf Dr. Frhrn. v. Berlepsch's Vortrag gefordert. Gieseler erörterte die Lage der Arbeiter in der Hütten- und Bergwerksindustrie. Er stellte auf Grund berufsgenossenschaftlicher Zahlen einen Rückgang des Durchschnittslohns in Rheinland und Westfalen von 1907 bis 1909 um 27,53 M. in Süddeutschland um 26,9 M. fest; für die rheinländisch-westfälischen Hüttenarbeiter ergebe das einen Gesamtlöhnausfall von 5 140 721 M. Aber auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse seien sehr bedenklich. Die Bundesratsverordnung vom 1. April 1909 werde sehr mangelhaft befolgt; Feststellungen im April 1911 hätten ergeben, daß von 86 Werken nur neun die vorgeschriebenen Pausen einhielten. Ferner seien die gesundheitlichen Verhältnisse, die Arbeiterbehandlung und die Erfahrungen mit Wohlfahrtsanstalten meist recht schlecht. Eine einstimmige Entschlieung forderte: für die Feuerarbeiter den gesetzlichen Achtstundentag und die Beseitigung der 24 stündigen Sonntagschicht, für alle anderen Arbeiter der Hütten- und Bergwerksbetriebe die 10 stündige Arbeitszeit; ferner die geregelte Durchführung der Bundesratsverordnung von 1909, eine Mindestruhepause von 12 Stunden zwischen zwei Arbeitsschichten auch bei Überlundenarbeit und höhere Bestrafung von Übertretungen derartiger Vorschriften; weiter eine ganze Reihe von einzelnen gesundheitsfördernden Einrichtungen, endlich ein ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit Jugendlichen in den Hütten- und Bergwerksbetrieben und ein gesetzlich gewährleistetes Mitbestimmungsrecht bei Wohlfahrtsanstalten.

1. Beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis des einzelnen Werkes sind dem Arbeiter auf Verlangen die Beiträge zurückzuzahlen.
2. Die Arbeiter, die ihre Beiträge nicht zurückgefordert haben, sind beim Antritt einer neuen Arbeitsstelle mit vollen Rechten in die Pensionskasse dieses Werkes zu übernehmen.
3. Weiter sollen in dem Falle, daß die Beiträge nicht zurückgefordert werden, beim Ausscheiden aus der Arbeitsstelle die bereits erworbenen Rechte ohne weiteres bestehen bleiben, auch dann, wenn der Arbeiter nicht Mitglied einer anderen Pensionskasse wird, die ihn mit vollen Rechten übernimmt.
4. Dem Arbeiter soll es freistehen, durch Zahlung freiwilliger Beiträge auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis weitere Rechte zu erwerben.

Ein Vertreter des schwedischen Arbeiterbundes schilderte als Gast die Erfahrungen beim schwedischen Großstreik. Taktische, agitatorische und andere innergewerkschaftliche Fragen füllten die übrigen Tage aus.

11. Hauptversammlung des Gewerkschaftsvereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (5. bis 10. Juni 1911 in Magdeburg). Mitgliederzahl 1907: 15 846; 1910: 17 088. Vermögen 819 185 M. Die Tarifvertragspolitik des Verbandes erzielte manche Erfolge. Der Vorsitzende sprach über Agitation zur Organisation der ländlichen Arbeiter und über „Berufstrennung“.

13. Vertretertag des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter (5. bis 10. Juni in Berlin). Privatdozent Dr. Oppenheimer sprach über die Ursachen der sozialen Not, die er bekanntlich im Großgrundbesitz sucht. Wichtig ist folgende Entschlieung:

„Der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis, wie er heute an vielen Orten besteht und von den sozialdemokratischen Verbänden gefordert wird, bietet für den Gewerkschaften keinen Vorteil, vielmehr eine Schädigung, weil die Erfahrung lehrt, daß unter dem Schein der Parität dort Sonderinteressen gefördert werden.“

Hauptversammlung des Gewerkschaftsvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter (5. bis 10. Juni in Berlin). Die Kasse fordert Schonung vor größeren Belastungen in nächster Zeit. Im Geschäftsbericht wurde die Erfolglosigkeit der Bemühungen zur Änderung des § 115 RGO. bedauert, die die Verpflichtung der Unternehmer einschließen sollte, Zutaten, Werkzeuge usw. selbst zu bezahlen.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910 sind von den freien Gewerkschaften weiter entwickelt worden. Die Zahl der Kartelle betrug 1910 684 gegen 654 1909. Die 656 hiervon an der Statistik der Generalkommission beteiligten Kartelle umfassen 8883 Gewerkschaften mit 1 892 752 Mitgliedern. Neben 8852 Zweigvereinen der der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände mit 1 884 774 Mitgliedern gehören hierzu 27 Zweigvereine des Verbands der süddeutschen Eisenbahner mit 7637 Mit-

gliedern, 3 Zweigvereine des Verbands der technischen Bühnenarbeiter mit 297 Mitgliedern und die dem Geraer Kartell angeschlossenen Zweigvereine des Verbands der Zeichner mit 44 Mitgliedern. Außerdem sind den Kartellen angeschlossen, ohne eigentliche Gewerkschaften zu sein: der Verband der freien Gastwirte (!) mit 20 Zweigvereinen und 443 Mitgliedern und der Verband der Hausangestellten und Diensthöten mit 20 Zweigvereinen und 4758 Mitgliedern. Die Vermehrung des Kartellbestandes geht auf das Hinzutreten kleinerer Orte zurück; sie ist hauptsächlich den großen Kartellen mit mehr als 2500 Mitgliedern zugute gekommen, besonders den 13 mehr als 25 000 Mitgliedern umfassenden Kartellen, die allein um 123 423 Mitglieder zugenommen haben. Im Jahre 1910 sind 2500 allgemeine und 1248 Einzelberufsversammlungen abgehalten worden. Der Bericht klagt bei dieser Gelegenheit über die Saalabreiterei, um derenwillen 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48), während an 86 Orten überhaupt keine Versammlung abgehalten werden konnte. 128 Kartelle veranstalteten 133 statistische Erhebungen, darunter 9 die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und 42 die Arbeitslosigkeit betreffend. In 139 Orten bestanden Beschwerdebüros für Gewerbeinspektionsachen, in 48 Orten Ausschüsse zur Bekämpfung des Koff- und Wohnwesens beim Arbeitgeber und in 228 Orten Bauarbeiter-Schuttschüsse. Besonders wichtig sind die Kartelle für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit: 496 Kartelle unterhielten gemeinsame Bibliotheken (1909: 464), und 71 (1909: 54) haben Lesezimmer eingerichtet. Bildungsausschüsse bestehen in 290 Orten (1909: 272) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 293 (1909: 284). Die beiden letzteren Einrichtungen werden von vielen Kartellen gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei unterhalten. Gewerkschaftshäuser bestanden 1910 in 53 Orten, in der Regel genossenschaftlich errichtet und geführt; im Anschluß an diese Häuser werden Herbergen in eigener Regie von 28 Kartellen unterhalten. 203 Kartelle haben Rechtsanwaltsstellen, 96 Arbeitersekretariate.

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. Während des deutschen Malerverbands tags trat in München eine Internationale Malerkonferenz mit dem Zwecke, die Vorbedingungen eines späteren Internationalen Malerkongresses zu besprechen, zusammen. Vertreten waren außer Deutschland Österreich, Ungarn, Dänemark, die Schweiz, Holland und Schweden. Der Vorsitzende des deutschen Malerverbands begründete die Erweiterung der internationalen Beziehungen mit dem internationalen Kartellvertrag, den Unternehmerorganisationen des Malergewerbes abgeschlossen haben. Auch habe besonders die Geschichte der letzten Kämpfe in Ungarn und Schweden gezeigt, daß der 1907 abgeschlossene Gewerkschaftsvertrag nicht mehr genüge, daß eine engere Verbindung besonders auch mit Amerika, Belgien, England und Frankreich geschaffen und deshalb ein internationales Sekretariat eingerichtet werden müsse. In der Erörterung wurde gewünscht, auch Italien einzubeziehen, ferner taktische Fragen ebenfalls international zu behandeln, die Mitgliedsbücher einheitlich zu gestalten, überall „Wochen“ statt Monatsbeiträge zu fordern, Reiselegitimationen auszustellen und den ersten internationalen Kongreß möglichst noch im laufenden Jahre abzuhalten.

Ein erster Internationaler Kongreß der Postangestellten fand am 6. Juni in Paris unter Beteiligung von England, Bulgarien, Luxemburg, Italien, Holland, der Schweiz und Frankreich statt. Die österreichischen Postbeamten waren durch ein Verbot der Postverwaltung an der Entsendung von Vertretern verhindert worden, die dänischen erklärten den Gedanken bei aller Sympathie für noch nicht zeitgemäß; aus Belgien, Kanada, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Türkei lagen Begrüßungsschreiben vor. Es wurde die Gründung eines Internationalen Verbands der Post- und Telegraphenangestellten beschlossen, dessen Leitung ein international zusammengefügtes Bureau erhielt; der Beitrag beträgt jährlich $2\frac{1}{2}$ Centimes für jedes Mitglied der nationalen Verbände. Die Aufgaben der neuen Internationale sollen sein:

1. Die Erleichterung des Studiums aller Berufsfragen;
2. die Förderung der Verbesserung der moralischen und materiellen Stellung der Postangestellten;
3. die Organisation der internationalen Solidarität unter allen Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten.

Die deutschen Musiklehrerinnen haben sich auf ihrem 8. Verbandstag (8. bis 10. Juni 1911 in Nürnberg) eingehend mit den sozialen Mitten ihres Berufs befaßt. Auguste Rathenau (Dresden) sprach über die soziale Lage der Musiklehrerinnen

an der Hand einer privaten Statistik des Verbandes, der eine Abteilung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins bildet. Von 2000 verandten Fragebogen sind 463 beantwortet worden, z. T. unvollständig. Es ergibt sich: Am meisten wird Klavier gelehrt, dann folgt Gesang. Kein Zusammenhang ist ersichtlich zwischen Ausbildung und materieller Lage, so daß man wohl auf das Vorwiegen persönlicher Beziehungen bei der Erlangung von Schülern schließen darf. Nur 33 v. H. haben genügend Schüler, 16 v. H. sind überbürdet. Das Jahreseinkommen schwankt meist zwischen 500 und 2000 M.; Privatstunden erzielen oft kaum 1 M., nur bei etwa 20 v. H. mehr als 3 M. In Großstädten, wo das Musikproletariat sich am leichtesten unterbietet, sind Einkommen von 100 bis 500 M. im Jahre nicht allzu selten; über 2000 M. kommt kaum ein Viertel aller Musiklehrerinnen. Die Konkurrenz der Volksschullehrer und Seminaristen ist besonders groß. In Musiklehranstalten ist die Unsicherheit des Verdienstes zwar nicht vorhanden, doch erhalten mitunter die Lehrerinnen hier nur $\frac{1}{3}$ vom Schülerhonorar, während der Direktor das übrige erhält. Zur Abhilfe schlug Fr. Rathenau vor: größere Anforderungen zwecks besserer Auslese, Aufklärung des Publikums über die Kostspieligkeit der Vorbildung, staatliche Prüfung aller Musiklehrerinnen, Altersversorgung und Festsetzung eines Mindesthonorars durch die Organisation. Von der Reform der höheren Mädchenschule mit ihrem längeren Schulbesuch und den größeren Anforderungen verspricht sich die Vortragende eine Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse der Musiklehrerinnen, da im Hause dann weniger Zeit zur Pflege der Musik bleiben werde.

Der 8. Verbandstag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Verhandlungsleiter: Dr. Pieper, M. d. R. (Düsseldorf, 12. Juni 1911). Der Geschäftsbericht ergab eine Mitgliederzahl (1910) von 171 802 in 8 Diözesanverbänden mit 261 Vereinen (1909: 159 000 Mitglieder). Abgeordneter Beder sprach über die Reichsversicherungsordnung und die sozialdemokratische Bekämpfung derselben. Eine Entschließung verlangte die stärkere Heranziehung der Jugendlichen und die Gründung örtlicher konfessioneller Ausschüsse, bestehend aus Vertretern der Jugend-, Arbeiter- und Gesellenvereine, zur Förderung und Ausgestaltung der kirchlichen Organisation zwecks Wahrnehmung der Interessen der jugendlichen Arbeiter.

Streiks und Aussperrungen.

Der internationale Seemannsstreik, der in Southampton begonnen wurde (Sp. 1153), hat in England, Belgien, Holland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika um sich gegriffen. Die Forderungen der englischen Seeleute sind:

1. Gründung eines Schiedsgerichtsbureaus.
2. Festlegung der Mindestlöhne.
3. Feuerung entsprechend dem Tonnengehalt der Dampfer.
4. Beseitigung der ärztlichen Untersuchung durch die Vertrauensärzte des Reedereiverbandes.
5. Abschaffung des bisherigen Brauchs, die Mannschaften in den Lokalitäten der Reedergesellschaft anzuheuern.
6. Auszahlung eines Lohnvorschlusses während der Reise und nicht erst nach Beendigung derselben.
7. Berechtigung der Seeleute, bei der Unterzeichnung des Lohnkontrakts einen Arbeiterdelegierten heranzuziehen.
8. Festsetzung der Arbeitszeit nach Stunden und Regelung des Überstundenwesens.
9. Verbesserung der Schlafstellen.

Die Bewegung hat in Southampton und Liverpool wesentliche Bedeutung gewonnen; hier sind auch einige Zugeständnisse in Lohnfragen erreicht worden, um verschiedenen großen Dampfern die Möglichkeit der Ausfahrt zu verschaffen. In den anderen englischen Hafenstädten macht sich der Streik wenig bemerkbar. — In Belgien richtet sich der Kampf außer auf Lohnerhöhung vor allem gegen die „shippingmasters“, Stellenvermittler, die für kleinere Schiffsfahrtsunternehmungen die Anmusterung fast allein in der Hand haben und sich hohe Gebühren sichern. Vermittlungsversuche des Bürgermeisters von Antwerpen sind erfolglos geblieben, da die Reeder jede Verhandlung ablehnen, die Verbandsleiter nur als Feinde betrachten und ihnen jedes Recht einer Interessenvertretung der Seeleute abstreiten. Erfolge sind in der belgischen Bewegung bisher nicht zu verzeichnen; der Streik macht sich noch wenig bemerkbar. Auch in Holland ist die Streiklage nicht sehr günstig. Die Forderungen erstrecken sich hier auf die Befestigung, das Versicherungswesen, Lohnerhöhung, Beseitigung der körperlichen Untersuchung für die Dienstauglichkeit, bessere Wohnungen an Bord usw. In Rotterdam werden als Lohnerhöhung 5–10 Gulden monatlich bei höherer Bezahlung von Überstunden und Sonntagsarbeit gefordert; in Amsterdam soll die monatliche Erhöhung 3–6 Gulden betragen. Der Rotterdammer Lloyd hat Chinesen als Arbeitswillige in Vereinskraft; in Amsterdam haben wiederholte Einigungsversuche infolge der Hartnäckigkeit der

Needer keinen Erfolg gehabt. — In Marseille fand der Gedanke eines Anschlusses an die Bewegung wenig Anhänger. — Dagegen hat der Verband der amerikanischen Seeleute, der etwa 20 000 im Küstenverkehr angestellte Seeleute umfaßt, den Streik verkündet; seine Hauptforderung ist auf eine Lohnerhöhung gerichtet; die transatlantischen Linien werden hiervon nicht betroffen.

Bergarbeiterbewegung (Sp. 968, 1082). Der Streik auf der Zeche „Glückauf-Segen“ ist am 16. Juni beendet worden. Die Führer des Alten Verbandes, des Hirsch-Dunckerischen Gewerkevereins und der Polnischen Berufsvereinigungen rieten von weiterem Streik ab; die Arbeit wurde unverzüglich bedingungslos wieder aufgenommen. Die Zeche stellte aber nur 700 von ihren 1800 ehemaligen Arbeitern wieder ein. Mehrere hundert Mann sind durch den Zusammenbruch unterirdischer Strecken während des Streiks arbeitslos geworden.

Bäckerstreiks (Sp. 1153) sind am 13. Juni in Mannheim und am 15. Juni in Dresden entstanden. In Mannheim, wo die Bäckerinnung den Schiedsspruch des Einigungsamts abgelehnt hatte, handelt es sich um etwa 300 Gehilfen, während 118 Gehilfen in 67 Betrieben arbeiten, die die Arbeiterforderungen bewilligt haben; in Dresden streikten etwa 600 Bäckerarbeiter, während 81 Bäckereien mit 195 Gefellen und 18 Lehrlingen bewilligt haben. In beiden Städten wird der Streik durch Boykott ergänzt. — In Breslau dauert der Boykott gleichfalls noch an; gegen das dortige sozialdemokratische Blatt hat die Innung eine einseitige Verfügung erwirkt, welche die weitere Bekanntgabe der tarifstreuen Meister in Infrascriptform verbietet!

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Über das Inkrafttreten der Reichsversicherung wird in einer offiziellen Korrespondenz folgendes mitgeteilt:

Ein Zeitpunkt für das Inkrafttreten von Bestimmungen des neuen Gesetzes ist bekanntlich nur für die Hinterbliebenenversicherung festgelegt, die mit dem 1. Januar nächsten Jahres zur Durchführung gelangt. Die Vorbereitungen hierzu erstrecken sich im wesentlichen auf die Verhandlungen mit der Reichspostverwaltung über die Herstellung und den Verlauf der neuen Versicherungsmarken. Im übrigen ist das Inkrafttreten des Gesetzes oder seiner einzelnen Teile kaiserlicher Verordnung überlassen. Die umfangreichsten Vorarbeiten wird die Neuordnung der Krankenversicherung notwendig machen, an denen die Reichsbehörden, der Bundesrat und auch die Landesbehörden beteiligt sind. Auf die letzteren entfällt in erster Linie die Umorganisation der Krankenkassen, Bildung der Allgemeinen Ortskrankenkassen, Zulassung bestehender Kassen usw. Außerdem ist die Einrichtung der neuen Versicherungsbehörden Sache der Landesregierungen. Da für diese Behörden eine ganze Reihe neuer Ausgaben entstehen, für welche Mittel nicht vorhanden sind, so wird die Einrichtung der Behörden jedenfalls erst mit dem Etatsjahr 1912 zur Durchführung gelangen. Der Bundesrat hat für die in die Krankenversicherung neu einzubeziehenden Kreise, insbesondere für die Hausgewerbetreibenden, bei denen noch eine ganze Reihe schwieriger Fragen zu lösen ist, die allgemeinen Bedingungen für die Versicherung festzustellen. Außerdem dürfte die Errichtung eines neuen Normalstatuts für Krankenkassen erforderlich werden. Auf Grund dieses Normalstatuts werden dann die Krankenkassen nach ihrer Neuorganisation ihre Statuten aufstellen haben, die der Genehmigung der oberen Verwaltungsbehörde oder aber bereits des Oberversicherungsamts bedürfen. Erst wenn alle diese Vorarbeiten zum Abschluß gebracht sind, wird es möglich sein, die Krankenversicherung in ihrem neuen Umfang nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Kraft zu setzen. Daß dies vor Mitte des nächsten Jahres möglich sein wird, läßt sich kaum annehmen.

Der Verband zur Hebung der Interessen der deutschen Betriebskassen, der zurzeit 20 Unterverbände mit 2592 Betriebskrankenkassen und über zwei Millionen versicherten Mitgliedern umfaßt, rühmte auf seiner diesjährigen Tagung (Dresden, 14. Juni) sein Verdienst, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unserer Krankenversicherung unbedingt notwendige Zentralisation der Krankenkassenwesens gescheitert ist. In dem an die Presse versandten offiziellen Bericht heißt es hierzu:

... das Reichsamt des Innern habe stets eine weitgehende Zentralisation des Krankenkassenwesens, der namentlich die Betriebskrankenkassen zum Opfer gebracht werden sollten, im Auge gehabt. Der Verband habe immer wieder die vielen, großen praktischen Bedenken, die in der Krankenversicherung gegen eine allgemeine Zentralisation sprechen, dargelegt und gezeigt, daß die Betriebskrankenkassen den Versicherten eine ausgedehntere Krankheitsfürsorge als die zentralisierten Ortskrankenkassen zuteil werden lassen, trotzdem aber durchschnittlich geringere Beiträge erheben und auch über höhere Rücklagen verfügen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Betriebskrankenkassen meist dadurch, daß sie sich die günstigen Risiken

heraussuchen, zu den Mehrleistungen gegenüber den Ortskrankenkassen in der Lage sind. Einen guten Beleg hierfür veröffentlicht die „Breslauer Volksmacht“ vom 6. Mai 1911.

Darnach erhielt ein auf Kosten einer Betriebskrankenkasse in Essen in einer Lungenheilanstalt behandelter Arbeiter, nachdem er als gebessert entlassen war, vom Vorstand der Betriebskrankenkasse ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wurde, daß ihm nach Rücksprache und im Einverständnis mit der Firma, die die Betriebskasse errichtete, anheim gestellt werde, sich auf seine Kosten in einer freien Hilfskasse zu versichern und somit aus der Betriebskrankenkasse auszutreten. „Wollen Sie das nicht tun“, so heißt es in dem Schreiben weiter, „dann bedauern wir, Ihnen mitteln zu müssen, daß Sie nicht nur aus unserer Kasse, sondern auch aus dem Betriebe der Firma ausscheiden“.

Mit der Regelung der Arzt- und Apothekenfrage in der Reichsversicherungsordnung ist der Verband unzufrieden, da sie den gegenwärtigen schlimmen Zustand aufrecht erhalte, daß die Krankenkassen den koalitierten Ärzten in der Hauptsache in die Hand gegeben seien.

Die nordischen Arbeiterversicherungs-Kongresse. Dem im Jahre 1907 in Kopenhagen abgehaltenen ersten Arbeiterversicherungs-Kongress folgte ein zweiter Kongress in Stockholm am 6. bis 8. Oktober 1910, der nachstehende Fragen erörterte: Krankenversicherung und Unfallversicherung, Sterblichkeit unter Unfall-Unfallinvaliden, Unfälle in der Dienstverrichtung der Beherpflichtigen, Konstitutive Bestimmungen in den Unfallversicherungsgesetzen, Schwülste in Zusammenhang mit Trauma, Traumatische Neurosen, die Prinzipien für die Invaliditäts-Berechnung in der sozialen Versicherung, Traumatische Lumbago, Trauma und Tuberkulose, Leistenbrüche, die Unfallversicherungsgesetze und die auswärtigen Arbeiter. Die Kongressverhandlungen liegen jetzt in Druck vor. Sie sind vom Sekretär des Kongresses, von Krusenstjerna, im schwedischen Reichsversicherungsamt ausgearbeitet. Der nächste Kongress findet in Kristiania 1913 statt. Es ist gegenwärtig ein Ausschuss beschäftigt, die Verhandlungen zu diesem Kongress vorzubereiten. Als Mitglieder in diesem Ausschuss sind folgende Personen ernannt: für Schweden der Chef des schwedischen Reichsversicherungsamts John Ray, der Bureau-Direktor in demselben Amt, J. Tengstrand, und der Oberarzt, Professor med. Dr. J. Alerman mit dem Rolar F. von Krusenstjerna als Sekretär; für Dänemark Vorsitzender im Arbeiterversicherungsamt D. Philipsen, Professor, med. Dr. E. A. Thorming, Stadtverordneter A. Gustafsen, Direktor A. Helweg mit Kontorchef Tage Sörensen als Sekretär, für Norwegen der Chef des norwegischen Reichsversicherungsamts Th. Ström, Direktor E. Dwiglad und der Oberarzt A. Böhler.

Die Krankenversicherungspflicht von Zeitungsaussträgerinnen bei geringen Lohnverhältnissen ist neuerdings auch vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof Nr. 68/10 vom 19. Dezember 1910 anerkannt worden. Es handelte sich um eine verheiratete Arbeiterin, die für den Verlag einer Tageszeitung bei einer täglichen Beschäftigung von beinahe 1 1/2 Stunden und einem Wochenverdienst von 1,50 M. das Ausstragen der Zeitungen besorgte. In der Begründung wird u. a. hervorgehoben: Eine Beschäftigung „gegen Lohn“ liegt im allgemeinen dann vor, wenn das für die Arbeit gewährte Entgelt begrifflich als Lohn angesprochen werden kann und nicht etwa bloß den Charakter eines Zwingeldes trägt. Ob dies im Einzelfall anzunehmen ist, muß unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, der wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte gewürdigt werden.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die preussischen kommunalen und mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen im Jahre 1910. Am 1. Januar 1911 bestanden 265 gegen 256 im Vorjahre, 160 (158) waren kommunale Arbeitsnachweise, davon 48 (56) mit kollektionaler und 112 (102) mit bureaukratischen Verwaltung, 105 (98) Nachweise mit kommunaler Unterstützung. Zwei Arbeitsnachweisverbände sind neu errichtet worden, der Verband niedersächsischer Arbeitsnachweise in Hannover für das Gebiet der Provinz Hannover, das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig und das Fürstentum Schaumburg-Lippe sowie der rheinische Arbeitsnachweisverband in Köln für die ganze Rheinprovinz. Für ganz Preußen bestehen zurzeit acht solcher Verbände, die sämtlich dem Verbands deutscher Arbeitsnachweise angeschlossen sind. Nach der Gesamtstatistik für alle Nachweise wurden Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
1907 . . .	655 460	804 607	488 653
1908 . . .	608 492	999 153	461 189
1909 . . .	659 428	1 109 339	542 121
1910 . . .	641 818	1 168 648	655 623

Die Steigerung der Tätigkeit dieser Arbeitsnachweise ist ganz außerordentlich bemerkenswert.

Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt die 17 (im Vorjahre 16) Arbeitsnachweisstellen in Berlin (138 389), Frankfurt a. M. (43 996), Düsseldorf (88 207), Posen (29 858), Köln

(28 719), Hannover (28 718), Magdeburg (21 696), Dortmund (19 607), Charlottenburg (17 594), Essen (15 689), Elberfeld (15 834), Wiesbaden (15 604), Kiel (14 468), Breslau (13 477), Schöneberg (12 359), Warmen (11 861) und Rassel (11 148), mehr als 5000 bis 10 000 Stellen die Arbeitsnachweise in Erfurt (9829), Bielefeld (8882), Mirdorf (8878), Aachen (7885), Königsberg i. Pr. (7337), Flensburg (5514), Brandenburg (5265), Hamm (5238) und Duisburg (5210).

Einige kleinere Nachweistellen sind wiederum eingegangen; neu gegründet wurden solche in Friedrichshagen (Regierungsbezirk Potsdam), sowie in Glas, Ramlau, Reichenbach, Schweidnitz, Steinau, Strehlen und Waldenburg (Regierungsbezirk Breslau).

Die Errichtung besonderer Facharbeitsnachweise für Gast- und Schankwirtschaftsangestellte bei den allgemeinen Arbeitsnachweistellen hat im letzten Jahre sehr gute Fortschritte gemacht.

Neu errichtet sind solche Facharbeitsnachweise in Aachen, Bochum, Bonn, Köln, Rassel, Götting, Hagen i. W. und Halle a. d. S. Ein schließlich der bereits früher begründeten Facharbeitsnachweise in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Flensburg, Frankfurt a. M., Göttingen, Hannover, Magdeburg, Osnabrück und Wiesbaden sind nunmehr 20 gemeinnützigen allgemeinen Arbeitsnachweistellen in Preußen solche Einrichtungen angegliedert.

In 7 Fällen sind die Arbeitsnachweise Rechtsauskunftsstellen angegeschlossen.

Der erste Versuch eines staatlichen Facharbeitsnachweises in Deutschland ist, wie in Nr. 8 des „Arbeitsmarkt“ (20. Mai 1911) berichtet wird, das von der Fürstlich Bippeschen Regierung 1851 erlassene Zieglergesetz. Dieses teilte die wichtigsten Wandergebiete in drei Bezirke, für die je ein Ziegleragent bestimmt war, an den folgende Anforderungen gestellt wurden:

„Es müssen durchaus rechlliche und unbescholtene Männer sein, welche von der Ziegelfabrikation die nötige technische Kenntnis, zugleich aber auch diejenige allgemeine Bildung besitzen, welche erforderlich ist, um mit Leuten aus allen Ständen zu verkehren, einen Kontrakt zwischen Zieglerherren und Reisern in tadelloser Form aufzusetzen, einen gründlichen Bericht zu erstatten und eine ordentliche Korrespondenz zu führen.“

Neben der eigentlichen Vermittlung lag den Agenten auch mancherlei Fürsorgeleistung für die in der Fremde befindlichen Zieglerarbeiter ob. Überhaupt sollten sie überall, wo es Not tat, besonders bei Erkrankungen den Zieglerarbeitern Beistand leisten; ferner hatten sie darauf zu achten, daß diesen in der Fremde gesunde Wohnung und Nahrung geboten wurde und daß sie sich zu keiner körperlich schädlichen Arbeit gebrauchen ließen. Andererseits hatten sie möglichst dahin zu wirken, daß die Zieglerarbeiter während ihres Aufenthalts im Auslande einen ordentlichen Lebenswandel führten, und hatten sie, wenn nötig, zu ermahnen oder ihre Entlassung zu veranlassen.

Bei Abschluß der Kontrakte hatte der Agent auf Schriftlichkeit und Zahlung ortsüblicher Löhne zu achten. Im allgemeinen war ihnen für die drei Bezirke ein Vermittlungsmonopol eingeräumt; sie durften dafür gesetzlich fixierte Gebühren erheben, mußten aber der Regierung eine Konzessionsabgabe von 100 bis 150 Talern entrichten, die zu $\frac{1}{3}$ dem Armenfonds, zu $\frac{2}{3}$ der Kranken- und Sterbekasse der Zieglerarbeiter zufließ. Übrigens waren Arbeiter, die durch Krankheit und dergl. in bedrängte Lage geraten waren, von der Zahlung der Gebühr befreit. Jährlich mußte der Ziegleragent schließlich ein Verzeichnis der vermittelten Arbeiter der Regierung einreichen und später über den Gang des Gewerbes, Verdienst, Gesundheitszustand der Arbeiter usw. ausführlich Bericht erstatten. Da aber die ganze Organisation ohne eine Mitwirkung der Beteiligten in der Luft schweben würde, wurde das ganze Gewerbe staatlicherseits organisiert, indem aus den Zieglerarbeitern eines jeden der drei Bezirke eine Genossenschaft gebildet wurde, die unter den von der Regierung als Ziegleragenten für geeignet erachteten Bewerbern eine Wahl treffen konnte. Stimmberechtigt bei der Generalversammlung waren indessen nur die Zieglermeister, die einen Auschuß von 6 bis 12 Mitgliedern wählten, der dem Ziegleragenten beratend zur Seite stand. Für Streitigkeiten, die bei der Verteilung des Verdienstes entstanden, war ein Schiedsgericht vorgesehen. Leider wurde das 1851 geschaffene Gesetz und damit die sich daran anschließende Organisation durch Einführung der Gewerbeordnung von 1869 aufgehoben.

Die deutschen Gastwirte für den paritätischen Arbeitsnachweis. Auf dem 38. deutschen Gastwirtetag (Braunschweig, 13. bis 15. Juni) wurden gewisse Auswüchse im gewerblichen Stellenvermittlungswesen mit erfreulicher Offenheit gegeißelt, und es wurde die paritätische und kostenfreie Arbeitsvermittlung angesichts der

übermäßigen Ausbeutung im Gastwirtsgewerbe von einzelnen Nebnern, die auch das Stellenvermittlergesetz freudig begrüßten, energig gefordert. Der Verband erklärte zum Schluß in einer Entschließung, daß er dem paritätischen Arbeitsnachweis sehr wohlwollend gegenüberstehe und jederzeit bereit sei, ihn mit Wort und Tat zu unterstützen.

Ein thüringischer Arbeitsnachweisverband ist im Mai 1911 von den thüringischen Regierungen gegründet worden. Er bezweckt, die bestehenden Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung treten zu lassen, neue Arbeitsnachweise zu gründen und die jeweils vorhandenen überschüssigen Arbeitskräfte innerhalb Thüringens auszutauschen. Der Verband besteht aus 12 Mitgliedern aus Kreisen des Handwerks, des Handels und der Landwirtschaft. Gemeinden und gewerbliche Organisationen und Korporationen, die sich die Förderung der Arbeitsnachweise angelegen sein lassen wollen, können ihm beitreten.

Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende in Österreich. Den fortgesetzten Bemühungen des Reichsverbandes der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalten in Österreich (vgl. Soz. Praxis, XVIII. Jahrg., Sp. 986) ist es gelungen, eine Fahrpreisermäßigung auf den österreichischen Staatsbahnen für jene Arbeiter zu erwirken, welche seitens einer öffentlichen oder gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsstelle eine auswärtige Arbeitsstelle zugewiesen erhalten. Und zwar werden solche Arbeiter bei Fahrten auf Entfernungen über 50 km in der dritten Klasse der Personen- und gemischten Züge zum halben tarifmäßigen Fahrpreise befördert. Die Fahrarten zum halben Preise werden von den Fahrkartenausgabestellen gegen Vorlage eines von der Arbeitsvermittlungsstelle nach dem vorgeschriebenen Muster ausgefertigten Ausweises verabsolgt, in dem die Person des Arbeitsuchenden, die zu befahrende Strecke und der Reisetag angegeben und bescheinigt sein muß, daß dem Inhaber eine Arbeitsstelle vermittelt worden ist. Ld.

Volkserziehung.

Staatlich organisiertes Volksbildungswesen in Posen.

Auf der ostdeutschen Ausstellung, die vor allem eine Übersicht der Leistungen von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in den Marken jenseits der Elbe geben will, hat man auch der Arbeit des Unterrichtswezens Raum gegönnt; dieser letzteren ist ein fein gegliederter Apparat vollstündiger Büchereien zuzurechnen, der — wovon die Posener Ausstellung gleichfalls ein Bild gibt*) — weithin durch die Provinz Posen für die Pflege deutschen Geistes wirkt. Die Wanderbücherei ist das leitende Prinzip dieser Organisation, die der preussische Staat mit einem jährlichen Aufwand von etwa 33—35 000 M. trägt, während die Provinz mit ihren Kreisen und Städten, Vereinen und Privatpersonen mit bescheidenen Beiträgen sein Kulturwerk unterstützt. In jedem der 46 Landkreise sind je nach Bedarf eine oder mehrere — im ganzen 50 — Kreiswanderbüchereien eingerichtet, die zum Teil in früheren Anstalten wurzeln. Indessen haben diese Zentralen nach außen nur verwaltungstechnische Bedeutung, da die unmittelbare Verteilung der Bücher an das Publikum durch Volksschullehrer, Pfarrer und andere geeignete Persönlichkeiten in den zahlreichen Ausgabestellen (780 im Berichtsjahre 1909/10) rings im Lande geschieht, denen die Kreisbüchereien alljährlich im Herbst leihweise Sammlungen von durchschnittlich 500 Bänden zufließen. Im Mittelpunkt dieses Reges steht die Provinzialwanderbücherei, eine eigene Abteilung der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen, die einerseits aus ihren reicheren Schätzen in wechselndem Austausch die Büchervorräte der kleineren Kreisbibliotheken ergänzt, andererseits diese Tochteranstalten und deren Nebenstellen mit ihrem Rat unterstützt und durch die Person ihres Direktors die Leistungen des gesamten Büchereiwesens in der Provinz beaufsichtigt.

Diese spiegeln sich in den folgenden Angaben, in denen jedoch die zwei größten Städte, Posen und Bromberg, deren Lesbedarf Kaiser-Wilhelm- und Stadtbibliothek gesondert decken, nicht berücksichtigt sind. Die Zahl der eingeschriebenen Leser betrug im letzten Jahre 31 206; ihnen standen im ganzen 121 119 Bände zur Verfügung; sie entfielen 886 827. Unter den Lesern, die Angehörige aller Stände umfassen, sind vornehmlich Landwirte und Gärtner (25,7%) sowie Lehrlinge und Schüler (24,7%) zahlreich vertreten. In den Mitteilungen über die Wahl des Leseschiffes fällt die besonders starke Inanspruchnahme unterhaltender Schriften (84% + 6% Familienblätter und dergl.) auf, während Werte aus dem Gebiete der Technik, Naturwissenschaften, Medizin und Philosophie, im Gegensatz zu den Erfahrungen anderer

*) Vgl.: Das staatlich organisierte Volksbibliothekswesen und die Zentralstelle für Volksunterhaltung in der Provinz Posen aus Anlaß der „Ostdeutschen Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft im Jahre 1911“, dargestellt von Professor Dr. Rudolf Focke, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek.

Volksbibliotheken, merkwürdig selten gelesen werden, ein Umstand, der vermutlich in der Zusammensetzung der Büchereien der Provinz Posen seinen Grund hat.

Gleichfalls der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek angeschlossen ist die Zentralstelle für Volksunterhaltung in der Provinz Posen, die Projektionsapparate und Lichtbilderserien, fertige Vorträge oder Material zu solchen, Programme für Unterhaltungsabende, Musikalien und ähnliches in die Landkreise hinaussendet und so in den Wintermonaten die geselligen Veranstaltungen der deutschen Siedler im Osten belebt.

Das Fortbildungsschulgesetz für das Land Koburg, das Ende April 1911 vom Landtage genehmigt worden ist, sieht für diejenigen Orte, an denen die erforderlichen Einrichtungen getroffen werden können, für Mädchen die Errichtung von Fortbildungsschulen mit mindestens einjähriger Schulpflicht vor, wobei aber tunlichst auf Ausbildung in der Hauswirtschaft Bedacht zu nehmen ist. Die Fortbildungsschulpflicht für Knaben ist eine zweijährige, in den Immediatstädten eine dreijährige.

Lehrerausbildung für die ländlichen Fortbildungsschulen. Zur Ausbildung von Volksschullehrern für die Aufgaben der ländlichen Fortbildungsschule finden in diesem Jahre auf Veranlassung des preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 20 Lehrgänge statt, 8 mehr als im Vorjahre. Die Lehrgänge erstrecken sich meist über einen Zeitraum von etwa vier Wochen mit 120 bis 160 Unterrichtsstunden. Den Unterricht erteilen außer erfahrenen Fortbildungsschulmännern hauptsächlich Landwirtschaftslehrer und Verwaltungsbeamte. An jedem Lehrgange können bis 40 Personen teilnehmen. Lehrer, in deren Gemeinden bereits eine ländliche Fortbildungsschule besteht oder in nächster Zeit begründet werden soll, werden vorzugsweise berücksichtigt.

Käuferpflichten in der Reisezeit. Der Deutsche Käuferbund verbreitet folgenden Aufruf:

Ferien! Reisezeit! — Jeder, der in der glücklichen Lage ist, einige Sommerwochen der Ruhe und Erholung widmen zu können, macht Pläne, studiert die Landkarte, ergänzt seine Garderobe, kurz trifft seine Vorbereitungen. Da erscheint es uns angebracht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß alle Einkäufe zur Reise möglichst bald geschehen sollten. Reisekoffer, Bekleidungsstücke, Geschenke u. a. m., alles hat in den Läden der Käufer. Darum richtet der Deutsche Käuferbund (Friedenau-Berlin, Rubensstr. 22) an alle Kauflustigen — und wer zählte nicht zu ihnen? — die dringende Bitte, schon jetzt zu überlegen, was sie anschaffen wünschen, und unverzüglich mit dem Einkauf zu beginnen. Wer gar noch Gegenstände angefertigt haben will, der beeile sich doppelt. Nur noch drei Wochen trennen uns vom allgemeinen Schluß und damit von der Hauptreisezeit. Es liegt ja im Interesse der Käufer selbst, nicht erst im letzten Augenblick in die Läden zu stürzen, wo dann „in der Hitze des Gefechts“ kein Zeit zu seinem Recht kommt. — Wer eine Reise macht, um in schöner Natur Heilung oder auch nur Erfrischung und Ruhe zu suchen, der denke bei seinen Vorbereitungen auch einmal an die große Schar derer, die trotz schwerer Arbeit jahrein jahraus sich einen solchen Genuß nicht verschaffen können, die hinter dem Ladenisch all die verlockenden Dinge: Kleidungsstücke, Reisekoffer, Sportausrüstungen verkaufen und nie in die Lage kommen, sie selbst zu benutzen. Und der Käufer versuche wenigstens durch rechtzeitiges Bedenken all seiner Wünsche, durch frühzeitiges Bestellen, durch rechtzeitigen Einkauf, durch pünktliches Bezahlen gelieferter Sachen eine unnötige Heißjagd zu vermeiden, ein trauriges Darben der Menschen zu verhindern, die für ihn gearbeitet haben, die in einer heißen kleinen Stadtwohnung ihr ohnehin kleines Budget herunterzutrauben müssen, weil gedankenlose Menschen in die Sommerfrische reiten, ohne ihre Schulden zu bezahlen! — Aber unsere Wünsche gehen noch weiter! Auch in der Reisezeit, auch in der Sommerfrische, in Bädern und Kurplätzen vergesse man seine Nebenmenschen nicht. Auch an diesen Plätzen wohnen und arbeiten Menschen, die ein Ruhebedürfnis haben. Auch in Badeplätzen sollte man nicht nach 8 Uhr abends einkaufen, auch wenn die Läden bis 10 und 11 Uhr geöffnet sind. Man hat ja den ganzen Tag nichts anderes zu tun! Man sollte es sich auch in der Reisezeit zur Pflicht machen, die Sonntagsruhe einzuhalten. Es ist eine kleine, nicht nennenswerte Mühe für jeden einzelnen und kann — nicht beachtet — zur Plage von vielen Tausenden werden. Darum mache sich jeder unsere Lösung zu eigen und handle danach, gleichviel ob er in der Heimat oder in der Fremde ist: Wer lebt, muß kaufen — Wer kauft, hat Macht — Und Macht verpflichtet!

Kindersbibliotheken und -lesezimmer. Über die Erfahrungen, die man mit Kinderlesejimmern gemacht hat, teilt H. D. Zimmer-Hamburg-Eppendorf in der Frankf. Zeitg. vom 15. Mai auf Grund einer Umfrage einiges mit, indem er gleichzeitig die Forderung vertritt, diese jüngsten Sprößlinge des deutschen Bibliothekswesens überall da, wo öffentliche Büchereien vorhanden sind, deren Hauptverwaltung zu unterstellen. Zimmer berichtet weiter von 2 Kinderlesehallen, die der Volksbund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild in Berlin, und zwar im Moabit und im Norden der Stadt, errichtet hat. Die erste dieser Anstalten, im Eckzimmer einer städtischen Markthalle belegen, vereinigt viermal wöchentlich von 4 bis 7 Uhr etwa 80 bis 100 Knaben und Mädchen zu stiller Lektüre, während eine zweite Lesehalle täglich von 200 bis 300 Kindern besucht wird. Kleinere Ge-

schwister dürfen mitgebracht werden, was zu Störungen keinen Anlaß gegeben hat. Größere Knaben, die in ihren schulfreien Stunden vielfach schon dem Gelderwerb nachgehen müssen, sind unter den Gästen der Kinderlesezimmer selten. — Mit einem Vorrat von 520 Bänden, der später auf 750 vermehrt wurde, eröffneten laut Bericht der „Bildungsarbeit“ (Februar 1911) die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen des XVI. Wiener Stadtbezirks (Dietring) im Januar 1910 eine Jugendbibliothek, zu der sich sogleich 88 Kinder als Leser gemeldet hatten, deren Zahl bis zum Dezember 1910 auf 600 stieg. Von diesen erschienen im letzten Vierteljahr an jedem der zwei Ausleihtage der Woche 200 bis 290; im ganzen wurden an 77 Bibliothekstagen 18 996 Bände entliehen. Der vorhandene Lesestoff ist mit Rücksicht auf das Alter der Kinder in drei Abteilungen geordnet. Statistische Aufzeichnungen über die Wahl der Lektüre haben ergeben, daß heitere Stoffe die jugendlichen Leser am meisten locken. Unter den Autoren gehören Busch, Cooper, die Gebrüder Grimm, Andersen und Gustav Schwab zu den beliebtesten.

Ein Ausbildungskursus für Jugendvereinsleiter wird von der „Ver-einigung zur Förderung der schulentlassenen männlichen Jugend“ in Hamburg vom 18. September bis 15. Oktober veranstaltet. Vor allem sollen künftige Jugendvereinsleiter oder Anfänger in dieser Arbeit gefördert werden; Studenten aller Fakultäten, Referendare, Kandidaten, Lehrer, Ingenieure, Techniker, Kaufleute können an diesem Kursus teilnehmen. Die Vorträge werden sich durchaus auf die Anleitung zur praktischen Arbeit beziehen. Auch die Fragen der pathologischen Erscheinungen, ferner Turnen, Spiel, Theaterpiel und die Probleme der Weltanschauung, Ethik sollen behandelt werden. Während der vier Wochen des Kurses werden die Teilnehmer in den verschiedenen Hamburger Vereinen eingeführt. Sollten einzelne Teilnehmer während der ganzen Universitätsferien oder für noch längere Zeit in Hamburg bleiben wollen, so sind sie als Mitarbeiter auf allen Zweigen der Jugendpflege nach Wahl und Neigung willkommen. Im Arbeitsstadteil wird Wohnung auf Wunsch vermittelt. Anmeldungen werden an Walther F. Classen, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21, erbeten.

Volksgesundheits.

Die Tätigkeit des bayerischen Landesgewerbearztes 1910.

Den Berichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 ist ein Sonderbericht des Landesgewerbearztes Dr. Koellch beigelegt. Die Einrichtung eines hygienischen Beraters als Ergänzung zum Gewerbeaufsichtsdienst ist erst vor 2 Jahren in Bayern geschaffen worden; der vorliegende Bericht über das zweite Dienstjahr zeigt eine vielseitige und fruchtbringende Wirksamkeit auf sozialhygienischem Gebiete. Sowohl bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, ferner bei Ärzten, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften finden die Aufgaben des Landesgewerbearztes volles Verständnis und Förderung.

Zu den Aufgaben des Landesgewerbearztes gehört neben der Erstattung hygienischer Gutachten bei den mit den Gewerbeaufsichtsbeamten gemeinsam ausgeführten Betriebsrevisionen eine rege schriftstellerische Tätigkeit zu aufklärenden Zwecken. So wurden zu gegebener Zeit Ratsschlüsse für die Berufswahl vom gewerbehygienischen Standpunkt aus durch die Tagespresse verbreitet, ferner eine Reihe von Gutachten für Fachkongresse erstattet und entsprechende Arbeiten in der medizinischen Fachpresse veröffentlicht, um auch in der Ärztemwelt erhöhtes Verständnis und dadurch Mitarbeit für die Aufgaben der Gewerbehygiene zu gewinnen. Weitere Untersuchungen über bestimmte mit der Berufsarbeit verbundene Erkrankungen, so über die Schädigungen durch Zaponlack, über die chronische Bleivergiftung, Staubschädigungen und ähnliches mehr sind im Gange. Ebenso wurden besondere Erhebungen im Malergewerbe angestellt, deren Ergebnisse wahrscheinlich noch im Laufe des Jahres 1911 zur Veröffentlichung gelangen. Die wissenschaftlichen Arbeiten des Landesgewerbearztes wurden durch die Beschaffung einer instrumentellen Ausrüstung und Bereitstellung eines ständigen Arbeitsplatzes im Hygienischen Institute München gefördert.

Die praktische Revisions-tätigkeit umfaßte 135 Revisionen mit 13 420 Arbeitern. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Bleivergiftungen zugewandt. Für diejenigen Industriezweige, die besonders gefährdet schienen (Zöpper- und Hafnergewerbe, Malergewerbe, Papierprägereien) wurde streng darauf geachtet, daß eine Art Bleiprophylaxe durchgeführt wurde, die namentlich in der Bereitstellung besonderer Arbeitsanzüge, reichliche Waschgelegenheit, Entfernung schwangerer Frauen von der Arbeit, Anleitung zu persönlicher Reinlichkeit usw. bestand. Ebenso wurde in allen Betrieben auf Verbesserungen in den Methoden der Staubbeseitigung hingewirkt.

Wie man uns ferner schreibt, soll auch der Frage des Zusammenhanges von Berufstätigkeit und Frauenkrankheiten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Landesgewerbearzt hat ein Schreiben an die Frauenärzte gesandt, in dem er darauf hinweist, daß die zunehmende berufliche und gewerbliche Beschäftigung der Frau dazu tränge, den Einfluß der Berufstätigkeit auf die Entstehung der Frauenkrankheiten genau zu studieren. Wie in vielen anderen Beziehungen finden sich auch hierüber in der gewerbehygienischen Literatur nur einige unbestimmte Angaben vor, es fehlen jedoch exakte und zahlenmäßige Nachweise über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von derartigen ursächlichen Beziehungen. Der Landesgewerbearzt bittet daher, daß in Zukunft beim Krankenergamen die gewerbliche oder berufliche Ursache besonders berücksichtigt werde und hierüber in den Krankengeschichten kurze Notizen aufgenommen würden. Das Material könnte gelegentlich veröffentlicht, eventuell später durch Dr. Koelsch gesammelt werden.

Alkoholgenuss und Arbeitsleistung. Daß der Genuss auch nur geringer Alkoholvermengen die Leistungsfähigkeit sowohl des Gehirns wie der Muskeln herabsetzt, ist experimentell längst nachgewiesen. Ebenso ist der Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit und Alkoholgenuss längst erwiesen. Wie hoch — rein zahlenmäßig — ein großes Wert die Alkoholenhaltigkeit bewertet, zeigt die Einführung von Prämien auf Alkoholenhaltigkeit auf den Röchlingchen Eisen- und Stahlwerken in Böttlingen an der Saar. Die betreffende Bekanntmachung an die Arbeiter hat folgenden Wortlaut: „Wir teilen hiermit unserer Belegschaft mit, daß wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß diejenigen Arbeiter auch für den Hüttenbetrieb wertvoller sind, die gar keinen Alkohol genießen. Wir haben uns daher entschlossen, diejenigen Arbeiter, die länger als ein Jahr der Guttemplerloge angehören, Prämien in folgender Höhe genießen zu lassen: Solche Arbeiter, die ein Jahr Mitglied der Loge sind, erhalten vierteljährlich eine Prämie von 10 M.; für solche Arbeiter, die zwei Jahre in der genannten Loge sind, erhöht sich die Prämie um 5 M., also auf 15 M. vierteljährlich, und jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft bei der Guttemplerloge steigt die Prämie um 5 M.“

Wanderbadehäuser. Die Wirksamkeit der Volksbadeanstalten, die an bestimmten Punkten einer Stadt errichtet worden sind, pflegten über einen gewissen Umkreis nicht hinauszugehen. Die Amerikaner sind daher auf den Gedanken gekommen, diesen Umkreis dadurch zu erweitern, daß man den festen Volksbadeanstalten bewegliche, also Wanderbadehäuser, zur Seite stellte. Eine feste Badeanstalt mit eigenem Gelände läßt sich in den Großstädten unter 100 000 bis 200 000 M. nicht herstellen. Die Wanderbadehäuser aber sind weit billiger und gewähren außerdem den großen Vorzug, daß sie leicht von einer Stelle zur anderen verschoben werden können, je nach den wechselnden Bedürfnissen und der Zusammensetzung der Bevölkerung. In Baltimore hat man zuerst den Gedanken verwirklicht, man hat in einer der bevölkersten Stadtgegenden ein Grundstück, das nicht bebaut war, gemietet und hat ein Zelt errichtet. Die Badeanstalt hat ein Bureau, Warterzimmer, das zugleich als Ankleidezimmer dient, und das eigentliche Badezimmer. Hier hatte man ein einfaches Holzgestell errichtet, in welchem die Wasserrohre heraufgeführt wurden. Sie mündeten in vier Brausen, von denen jede durch einen Hebel von den Badenden selbst in Tätigkeit gesetzt werden konnte. Die Kosten der ganzen Anlage waren gering, sie beliefen sich auf 600 M., die Betriebskosten beliefen sich auf wöchentlich 80 bis 100 M. Der Besuch war von Anfang an recht günstig. Später hat man nicht nur kalte, sondern auch warme Brausebäder abgegeben.

Der erste Unterrichtszug für Ärzte in der Lungentuberkulose, gemeinsam vom „Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen“ und vom „Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ veranstaltet, ist am 6. Juni im Kaiserin-Friedrich-Hause in Berlin eröffnet worden. Geheimrat Prof. Dr. Kraus, der im Namen beider Vereinigungen die einleitende Ansprache hielt, wies darauf hin, welche grundsätzliche Bedeutung dem Gedanken zukomme, durch eine umfassende, Theorie und Praxis erschöpfende Belehrung die Ärzte zu guten Soldaten im Kampfe gegen die Tuberkulose zu erziehen. Gleiche Zyklen werden deshalb im Juli und Herbst von den Landesverbänden in Bayern und Hamburg veranstaltet; weitere Zyklen in anderen Bundesstaaten sollen folgen. Die Organisation gerade solcher Zyklen, die wie der vorliegende die strenge Wissenschaft mit der Sozialhygiene in glücklicher Weise verbinde, sei ein bisher vielleicht nicht genügend benutztes mächtiges Hilfsmittel im Kampfe gegen die Volkskrankheiten. Es sei deshalb in Aussicht genommen, auch auf anderen Gebieten, z. B. in der Säuglingsfürsorge unter Benützung der hier gewonnenen Erfahrungen ähnliche Unterrichtszyklen einzurichten. In dem ersten Vortrag über: „Die klinische Behandlung der Lungentuberkulose“ unterzog Geheimrat Kraus die gegenwärtig gebräuchlichen Methoden einer eingehenden kritischen Würdigung. Prof. Dr. A. Lennhoff sprach über „Die Prophylaxe der Tuberkulose“, wobei er alle einschlägigen Schutzmaßnahmen, insbesondere auch die sozialhygienischen Einrichtungen in übersichtlicher Weise erörterte. Von besonderem Interesse waren die

statistischen Mitteilungen, die dartaten, in wie naher Verbindung die Wohnungsnot mit der Tuberkulose steht und wie dringend notwendig es ist, daß die Kommunen in der sozialhygienischen Jugendsfürsorge gerade der Bekämpfung der Kinder-Tuberkulose in ihren mannigfachen Formen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. — 185 Ärzte nahmen an diesem ersten Unterrichtszug teil.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Adolf Damaschke, Volkstümliche Redekunst. Erfahrungen und Ratsschlüsse. Jena, Gustav Fischer 1911. 88 S.

Der bekannte Volkserzieher, der vielleicht mehr als andere in Deutschland seine Volksgenossen zum sozialen Nachdenken bestimmt und in der Bodenreformbewegung eine sozialpolitische Macht geschaffen hat, verdankt bekanntlich diese schönen Erfolge nicht bloß der Überzeugungskraft seiner volkswirtschaftlichen Gedanken, sondern ebenso sehr auch der eindringlich padenden, bald erschütternden, bald begeisterten Kunst seiner Rede. Über 2000 Reden hat er in den letzten 25 Jahren an das deutsche Volk in seinen verschiedenen Schichten gehalten. Es ist ihm nicht genug zu danken, daß er uns, die wir seinen Reden oft mit Freuden gelauscht haben, nun auch einmal einen Blick in die Werkstatt seiner volkstümlichen Redekunst tun läßt. Die Vorträge, die Damaschke über die Voraussetzungen und Grundlagen erfolgreicher Verebamkeit auf dem volkswirtschaftlichen Osterfuss der Bodenreformer gehalten hat, sind jetzt in einem freundlichen Büchlein der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Dies Büchlein ist kein kalter Leisefaden zur Stimmbildung und zum Entwurf von Reden, sondern gleicht einem warmherzigen Freunde, der suggestiv zu Dir spricht: „Du fühlst es gut, heut gilt es, Deine Überzeugung vor den andern zu vertreten. Du weisst, was Du willst und was gesagt werden muß. Du hast ein Herz und ein Hirn — wohlan, nun rede! Und rede so, wie man zu Dir reden möchte, um Dich zu überzeugen“. Denn das Geheimnis des Redezaubers beruht nach Damaschke darin, daß man ernsthaft an das, was man sagt, glaubt und auch andere zu diesem Glauben zu bringen hofft. Poetus est quod disertum facit! Aber auch Fleiß und Zucht gehören zur tüchtigen Rede. Das sagt Damaschke in der ihm eignen fesselnden und klaren Art in seinem Büchlein trefflich auseinander. Und wie sicher und freundlich gibt er nun an der Hand von Hunderten von Beispielen aus der Geschichte der Redekunst und aus eigenem Erleben dem, der sich strebend will bemühen, Anleitung zur Verebamkeit der Schwierigkeiten bei der Stoffwahl, bei der Gliederung, der Prägung des Ausdrucks, bei der Aneignung und dem Vortrag des also vorbereiteten Redestoffes. Es ist ein Genuß, das Büchlein zu lesen, und feiner, der in der Offenlichkeit zu reden hat, wird es ohne bleibenden Gewinn lesen.

Das Geschlechtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. Felix Dietrich, Gutzsch b. Leipzig 1911. Nr. 0,25 M.

Der Verfasser, der seit 10 Jahren an der Spitze der christlichen Gewerkschaft des Krankenpflegepersonals steht, behandelt in dieser kleinen Schrift ein Teilproblem des Krankenpflegepersonals, d. h. die Frage ob und wie weit ausschließlich weibliche Pflege auch auf Männerstationen zulässig sei. Eine Reihe von Äußerungen von Fachautoritäten, teils für, teils wider die weibliche Pflege auf Männerstationen werden angeführt. Die Mehrzahl der Ansichten scheint dahin zu gehen, daß die weibliche Pflege im allgemeinen einen Vorrang einnehmen wird, daß aber doch für bestimmte Abteilungen und Aufgaben der männliche Krankenpfleger unerlässlich ist, für dessen wirtschaftliche und berufliche Erhebung daher auch mit Nachdruck gesorgt werden muß.

Arbeitschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode. Von Robert Seidel, Privatdozent der Pädagogik. Zürich, Drell Hähl. Preis 2 M.

Staatsverwaltung und Selbstverwaltung. Staatliche Rechtspflege und Sondergerichtsbarkeit im Stadstaat Bologna unter der ausgebildeten Demokratie. Von Dr. Wilhelm Scheib. Karlsruhe, Braunscher Verlag 1911. Preis 1,50 M.

Moderne Kommunalfinanzien im Landkreis Reddinghausen. Ein Beitrag zur Finanzgeschichte des westfälischen Industriegebietes. Von Dr. Alfred Schappacher. Leipzig, C. F. Hirschfeld 1910. 230 S.

Die Berufskrankheiten der Land- und Forstarbeiter. Mit besonderer Berücksichtigung ihrer Berufshygiene. Von Dr. Richard Bernheim. Stuttgart, Ferd. Enke 1910.

Die Entwicklung eines modernen Industrieortes und die Lehren, die sich daraus für die industrielle Ansiedlungspolitik ergeben. Von Dr. Hans Kampffmeyer. Karlsruhe i. B., C. Braunscher Verlag 1910. 2,40 M.

Klaus Wagner-Roemmich: Jenseits von Demokratie und Sozialismus. Betrachtungen und Vorschläge über Kollektivwirtschaft, Parteibildung und Wählerverfahren. Berliner Druckerei- und Verlags-Gesellschaft, C. 25. 1910.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelnenpreis ist 60 Pf. für die dreifachpaltene Beitzelle.

In Kürze erscheint:

Die Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgesetz

Textausgabe mit Anmerkungen v. Gustav Hoch, M. d. R.

Preis bei Vorbestellung bis 1. Juli 4 Mark 50 Pfennig,
nach Erscheinen 5 Mark.

Da die erste Auflage schnell vergriffen sein wird,
:: so ist schleunige Bestellung erforderlich. ::

Verlag der Volkstümlichen Zeitschrift für prakt. Arbeiterversicherung,
Berlin NO. 43, Linienstraße 8.

Akademik. ohne Examen, längere Zeit in Kommunalverw. tätig, wünscht Stellung b. jöz. Verein oder ähnl. Mögl. Anspr. Offerten unter M. K. 3355 an Hansenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Städtepolitik im Gebiete des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes.

Von

Ludwig Bernhard.

(Sonderabdruck aus: „Preussische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes“. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 119, Teil I.)

Preis: 1 Mark.

Inhalt: Vorbemerkung. — Selbstverwaltung und Nationalitätenkampf. — Die Abwanderung der Juden. — Die Ausschaltung der Polen. — Die Vorherrschaft der Beamten. — Die Beseitigung des Steuerprivilegs. — Die sogen. „Gemeindeautonomie“. — Die „Einkreisung der Städte“. — Probleme.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Reisen in Bolivien und Peru ausgeführt 1908

Mit Unterstützung

des Herrn Professor Dr. Hans Meyer, der Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig und des früheren Kaiserlichen Gesandten Herrn von Waldhausen

von

Rudolf Hauthal.

Mit 123 Abbildungen auf 60 Tafeln, 14 Abbildungen im Text, einer Reiseroute, 3 Kartenskizzen und 6 Anhängen von S. Roth, H. Salfeld, W. Bergt, Pilger, Graf Berlepsch, Perlewitz, von Hasenkamp und R. Hauthal.

Preis 12 Mark.

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich.

Von

Adolf Günther und René Prévôt.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 114.)

Preis: 6 Mark.

Inhalt: Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland. Von Dr. Adolf Günther. 1. Teil. Das Recht des Arbeiters. 2. Teil. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber. 3. Teil. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in ihrem Verhältnis zum Rechte des Arbeiters. — Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Frankreich. Von Dr. René Prévôt. Der Patronage libre. Rechtliche Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis. Wohlfahrtseinrichtungen (spezieller Teil). Systematische Darstellung. — Schlussbemerkung.

Kürzlich erschienen:

Zur Geschichte der Vermögenssteuern

Von

Dr. phil. Bruno Moll.

Preis 3 Mark 50 Pf.

Inhalt: Der Vermögenssteuerbegriff. Erster Teil. Die Boden auf dem platten Lande der deutschen Territorien bis zum Ende des 14. Jahrhunderts. Literatur. — Vorbemerkung. — Einleitung zum ersten Teil. — Der Maßstab der Steuer. — Bonitierung. — Katen und Mühlen, Gebäude, Renten und Mobilia als Steuerobjekte. — Das Wesen der Hufensteuer. — Der Steuerbegriff. — Résumé. — Zweiter Teil. Die Steuern der deutschen Städte im Mittelalter. — Literatur. — Vorbemerkung. — Einleitung zum zweiten Teil. — Immobiliensteuern. — Rentenbesteuerung. — Mobiliarbesteuerung. — Das Wesen der Mobiliarsteuer. Der Steuerbegriff. — Begriffe der Steuern, die Immobilien und Mobilien umfassen. a) Der einheitliche, moderne Vermögenssteuerbegriff. b) Komplizierte Vermögenssteuerbegriffe. — Das Prinzip der festen Sätze. — Die Modi der Rentenbesteuerung. — Besteuerung des Grundbesitzes nach dem Ertrage. — Die Modi der Häuserbesteuerung. — Das Wesen des Ertragsprinzips in der Mobiliarbesteuerung. — Die Satzifferenzen. — Objektive Befreiungen. — Besteuerung von Handel und Gewerbe. — Alternativbegriffe. — Das Eindringen des Einkommensprinzips in die Vermögenssteuerbegriffe. — Die Einkommensteuer.

Das deutsche Wechseldiskontgeschäft.

Mit besonderer Berücksichtigung des Berliner Geldmarktes.

Von

W. Prion.

Preis: 7 Mark.

Inhalt: Das Privatdiskontgeschäft an der Börse. I. Die Geldgeber im Privatdiskontgeschäft. — II. Das Material im Privatdiskontgeschäft. — III. Die Organisation des Privatdiskontgeschäfts. — IV. Der Privatdiskontsatz und sein Verhältnis zu den übrigen Zinssätzen des Geldmarktes. — Das Diskontgeschäft der Zentralbank und der Großbanken. V. Das Diskontgeschäft der Reichsbank. — VI. Das Diskontgeschäft der Königl. Seehandlung (Preuß. Staatsbank). — VII. Das Diskontgeschäft der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussenkasse). — VIII. Das Diskontgeschäft der privaten Großbanken. — Das sonstige Diskontgeschäft des Landes. — IX. Das Diskontgeschäft der Provinzbanken. — X. Das Diskontgeschäft der Privatbankiers. — XI. Genossenschaftliche Diskontstellen. — XII. Das Diskontgeschäft der Sparkassen. — XIII. Der Wechsel im Wuchererredit. — Schlußbetrachtung.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr. Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. I. 1202

Soziale Zustände. 1206

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Eine Erwiderung von Dipl.-Ing. E. Bernhardt, Berlin. Die Buntstich- und Armenpflegelosen in den großen Städten. Billige Sonntagsruhe in den belgischen Militärlazaretten.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 1208 Nachträge zum Tarifvertragsbruch im Berliner Zeitungsbuchgewerbe. Von Dr. Waldemar Zimmermann.

Organisationen der Arbeiter, Schiffe, Angestellten und Beamten. 1211 Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. Der 12. deutsche Handlungsgehilfenkongress. Der Deutsche Bankbeamtenverein. Die polnische Berufsvereinsung.

Streik und Aussperrungen. 1213 Das Ende des Streiks der Eisenkonstruktionsarbeiter Berlins. Die Bäckereiarbeiterbewegung. Der internationale Seemannsstreik.

Arbeiterfürsorge. 1213 Die heftigste Gewerbeaufsicht im Jahre 1910. Arbeiterfürsorge in der chemischen Industrie. Zur Förderung des Bauarbeiter-schutzes in Wien.

Gemeinnützige Rechtsauskunft. 1215 Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen. Hauptversammlung des Verbandes der Rechtsauskunftstellen. Erweiterung der Tätigkeit des Verbandes. Rechtsauskunftstellen und Reichsversicherungsbewegung.

Richterliche Rechtsbelehrung. Von Rechtsanwalt Jacobsohn, Albed.

Gemeinnützige Rechtsauskunftstellen und Arbeitersekretariate. Von Rat Dr. Rinf, Albed.

Die Berichterstattung des Reichsarbeitsblatts über gemeinnützige Rechtsberatung.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftstellen für das Jahr 1910. II. Das Zentral-Arbeitersekretariat im Jahre 1910.

Arbeiterversicherung. Spartassen 1221 Zur Erschließung der Frage in der Privatangehörigenversicherung. Von Siegfried Lampe, Versicherungsbeamter in Magdeburg. Der 26. ordentliche Berufs-genossenschaftstag. Die Angestellten-Versicherung. Der gesetzliche Abschluß der schweizer Kranken- und Unfallversicherung.

Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1223 Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai. Die preussischen Arbeitsnachweisverbände. Der Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreisbauernschaft Dresden.

Wohlfahrts-Einrichtungen. 1225 Ein Ferienheim für weibliche Angestellte in Daun (Eifel). Die Gründung eines Wohlfahrtsverbandes für die Stadt Essen. Herbergen zur Heimat. Eine hauswirtschaftliche Zentrale für Bayern.

Genossenschaftswesen. 1226 Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Die britische Genossenschaftsbewegung.

Wohlfahrtswesen. 1227 Deutscher Arztetag. Alkohol und Arbeitsfähigkeit.

Literarische Mitteilungen. 1230

Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre.

Von Dr. Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

I.

Zimmer stärker drängen in unserer Zeit die sozialen Ideen nach Verwirklichung und Gestaltung im Leben. Die Frage nach ihrer Bedeutung und Berechtigung tritt vor der Frage nach ihrer Ausführung zurück. Dieses Interesse an der unmittelbaren Verwirklichungsform des sozialen Gedankens bekundet sich heute besonders deutlich auf demjenigen Gebiete, auf dem er am tiefsten eingedrungen ist: auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses. Die sozialpolitische Diskussion, der politische und soziale Kampf der Parteien und Berufsorganisationen, sie alle stoßen immer mehr auf Fragen des Arbeitsrechts, so daß der Gedanke der sozialen Reform heute tatsächlich grotzenteils zu einer Bewegung nach Fortentwicklung des Arbeitsrechts geführt hat. Die Bewegung erstreckt sich auf das ganze Arbeitsverhältnis, auf alle Beziehungen, die es umfaßt. Sie ist nicht beschränkt auf bestimmte Kategorien von Arbeitern, etwa die gewerblichen Arbeiter, und sie macht keinen Unterschied zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht, zwischen Reichsrecht und Landesrecht. Es ist eine Bewegung nach Erhöhung der rechtlichen Stellung der Arbeit überhaupt.

Eine knappe Skizzierung einiger Hauptfragen soll den Inhalt und die Bedeutung dieser Bewegung vor Augen führen. Sie wird zeigen, daß auf die Mitarbeit der Rechtslehre bei der Lösung dieser Fragen nicht mehr verzichtet werden kann, daß neue und große Aufgaben an sie herantreten, deren Durchführung im Gesamt-rahmen des allgemeinen Rechtes kaum noch möglich erscheint.

* * *

Das Streben nach einer Fortentwicklung des Arbeitsrechts zeigt sich in erster Linie auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags, wo das Bedürfnis nach einer neuen Ordnung des Rechtsstoffs erwacht ist. Es war in der Natur der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung begründet, daß sich ein Aufbau dieses Rechtsgebiets nach einheitlichem Plane nicht ermöglichen ließ, daß die Rechtsgestaltung von Fall zu Fall nach dem jeweiligen Bedürfnis, das sich geltend machte, und nach den jeweiligen Anschauungen, die in den Vordergrund traten, geschehen mußte. Die Folge dieser Entwicklung ist eine Zersplitterung der Rechtsquellen, welche die Auffindung und Anwendung der Rechtsätze erschwert, eine übertriebene Kasuistik, welche unnützer Weise den Rechtsstoff vermehrt und seine Übersichtlichkeit einschränkt, ein Mangel an allgemeinen Rechtsgrundsätzen, der dort zur Wiederholung gleicher Bestimmungen, hier zu Lücken führt, die innerlich nicht begründet sind, und schließlich eine Scheidung von Personenkategorien, die, trotzdem ein sachlicher Anlaß für ihre Trennung nicht vorliegt, doch einem verschiedenen und besonderen Rechte unterliegen. Es besteht daher zunächst ein Bedürfnis nach Vereinfachung des Rechtsstoffs. Zugleich ist eine Differenzierung erforderlich. Denn das heutige Arbeitsvertragsrecht besteht zu einem Teil aus Spezialgesetzen, die in der Regel durch die Bestimmungen des BGB. über den Dienstvertrag ergänzt werden, die ihrerseits wieder in den allgemeinen Teilen des BGB. ihre Ergänzung finden. Manche dieser Spezialisierungen hat, wie eben hervor-gehoben worden ist, keine Bedeutung mehr und kann verschwinden

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Aber für im sozialen Leben neu auftretende oder sich doch als besondere Einheit neu erfassende Berufsgruppen ist eine neue spezialrechtliche Regelung erforderlich. Es sei hier nur an die Bühnenkünstler erinnert, die heute mit guten Gründen um ein eigenes Recht kämpfen. Hier drängt die Differenzierung zur weiteren Spezialisierung, d. h. zur rechtlichen Anerkennung neuer Berufsrechte. Die Abhängigkeit des Dienstvertrages vom allgemeinen Recht, insbesondere vom allgemeinen Teil des Rechtes der Schuldverhältnisse, hat oft die Anwendung von Rechtsregeln zur Folge, die innerlich weder auf den persönlichen Charakter der Dienstleistung (wie etwa die Einrede des nicht erfüllten Vertrags, die Unmöglichkeit der Leistung, der Gläubigerverzug), noch auf die besonderen Erscheinungen des Arbeitswesens passen (wie etwa die Anwendung der Regeln des Gesellschaftsvertrags oder der Gesamtschuldverhältnisse auf den Gruppenakt). In dieser Richtung verlangt die Differenzierung, daß Vorschriften, die in erster Linie auf Sachleistungen und Kapitalvereinigungen zugeschnitten sind, vom Arbeitsvertrag ferngehalten werden, daß die Sonderart der Arbeitsleistung möglichst in sich geschlossenes, von anderen Rechtsteilen unabhängiges Sonderrecht findet. Der Dienstvertrag selbst ist in vielen Punkten hinter der sozial-wirtschaftlichen Arbeitsentwicklung zurückgeblieben. Er enthält im wesentlichen nur die Regelung des Zeitlohnvertrags, nicht aber auch eine Regelung des Akkordes, dieser die ganze Industrie durchdringenden, an Formen so reichen Abrede, deren mangelhafte Regelung gerade zu so vielen Arbeitszwisten führt. Differenzierung bedeutet also auch Anpassung des Rechts an neue Tatsachen, Aufteilung des Rechtstoffes an neue Grundformen, die das Leben, nicht überkommene Rechtsdogmatik, bietet.

Diese im Wege der Vereinfachung oder Differenzierung herbeizuführende Neuordnung bedeutet natürlich nicht nur eine technisch-formale Bearbeitung des Rechtstoffes. Sie verlangt auch eine inhaltliche Fortbildung des Rechts. Es können an dieser Stelle alle die Einzelforderungen, die sich hier von der Frage der Konkurrenzklause bis zu der Frage der Errichtung allgemeiner Arbeitsgerichte begegnen, nicht besprochen werden. Nur auf die doppelte Tendenz der Entwicklung im allgemeinen sei hingewiesen. Sie ist gerichtet auf die Emporhebung zurückgebliebener Arbeitsberufsrechte zu dem sozialen Niveau fortgeschrittener Arbeitsberufsrechte und auf die Erweiterung des dem Arbeitsvertrag eigentümlichen Schutzrechts.

Die Tendenz der Niveauausgleichung spricht sich vor allem in der bekannten, besonders von Potthoff in verdienstlicher Weise vertretenen Forderung eines einheitlichen Privatbeamtenrechts aus: Zurückgebliebene Angelegenheitsrechte sollen zum mindesten dem Handlungsgehilfenrechte gleichgestellt werden. Sie lebt auch in den Bestrebungen, manche Gebiete des Landesrechts, die im Dunkel kaum beachtet liegen, dem Lichte reichsgefehligen Schutzes zuzuführen. In dieser Beziehung brauchen nur das Landarbeiter-, das Gesinde- und das Bergarbeiterrecht genannt zu werden, um die Fülle der Fragen vor sich zu sehen, die die bloße Niveauausgleichung des Rechtstoffes an den Tag fördern kann.

Was aber die Erweiterung des Schutzrechts anlangt, so war bisher dieses Recht auf die Sicherstellung der elementarsten Lebensgüter des Arbeiters im Vollzug des Arbeitsvertrags beschränkt, des Lebens, der Gesundheit, der Eittlichkeit und in gewisser Beziehung auch der wirtschaftlichen Existenz. Inzwischen hat sich die Macht des Arbeitgebers auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die das Kleinunternehmen und den koalitierten Arbeitgeber schuf, über den Arbeitsvertrag hinaus gesteigert und damit die Persönlichkeit des Arbeiters auch außerhalb des Arbeitsvertrags gefährdet. Besonders Fleisch hat in jüngster Zeit von neuem wirkungsvoll auf diese Steigerung hingewiesen, auf diesen Übergang vom Arbeitsvertrag zur Arbeitsuntertänigkeit. Es bedarf hiernach der Aufnahme der Freiheit in den Kreis der vom Schutzrecht behüteten Lebensgüter. Der Schutz im Arbeitsvertrag soll sich zu einem Schutz vor dem Arbeitsvertrag erweitern. Diese Erweiterung des Schutzrechts nach der Seite der Freiheit löst sich in viele nüchterne Einzelfragen auf, die wiederum Rechtsfragen sind, z. B. in die Regelung der sogenannten Wohlfahrts- oder Betriebs-einrichtungen, besonders der Wertpensionskassen und des Fabrikwohnungswezens, der Stellung des Staates zu den einseitigen Arbeitsnachweisen, der Willkür der freiwilligen Kündigung des Arbeitsvertrags aus außerberuflichen Gründen, der „heimlichen Zustimmung“ der schwarzen Liste usw.

Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter werden nicht nur durch den Arbeitsvertrag, sie werden auch durch die Tatsache bestimmt, daß der Arbeiter mittels des Arbeitsvertrags zu-

gleich in einen Verband eintritt. Der Verband ist die Unternehmung. Dieser Verband hat in einer bestimmten von vornherein festgelegten Arbeitsregelung ein eigenes Sozialrecht, das zwischen der arbeitenden Masse und der Leitung nach einheitlichem Plane die Verbindung herstellt. Diese Verbindung schafft Arbeitsnormen, die in keinem Gesetze stehen und doch wie Gesetze wirken, die nicht durch die Arbeitsverträge festgestellt werden und doch als Arbeitsvertragsrecht gelten. In Wirklichkeit sind sie herrschaftliches Verbandsrecht, Ausfluß einer neuen sozialen Autonomie. Auf dieser Grundlage ist in unserer Zeit die Frage entstanden, wie die Arbeiter den Inhalt dieser Arbeitsnormen mitbestimmen können, die Frage nach der Arbeitsverfassung, die heute an Wichtigkeit und Tiefe der Frage nach einer neuen Ordnung des Rechts des Arbeitsvertrags nicht nachsteht. Sie hat im Leben durch die Arbeitsarbeitsverträge eine Antwort gefunden. Für das Recht handelt es sich darum, diese Verträge mit einer ihren Zwecken entsprechenden rechtlichen Regelung auszustatten. Daß es sich hierbei um eine schwere und tiefgreifende Aufgabe handelt, ist bekannt. Sie schließt eine Fülle von Einzelfragen in sich, von denen eine jede für sich ein schweres Rechtsproblem bildet, deren Lösung umso schwieriger ist, als die herkömmlichen Grundlagen des geltenden Privatrechts für sie nicht ausreichen, sodaß neue Grundgedanken gefunden werden müssen. Es sei nur hingewiesen auf die Fragen des persönlichen Geltungsbereichs, des Verhältnisses der im Tarifvertrag enthaltenen Arbeitsnormen zu abweichenden Festsetzungen im Arbeitsvertrag, der Formulierung der Rechtsfolgen beim Bruch des Tarifvertrags, die Fragen der Haftung der Verbände und der Behördenorganisation, die den Tarifverträgen zur Verfügung gestellt werden soll. Daneben steht die Frage der unmittelbaren staatlichen Förderung der Tarifverträge, wie sie heute hauptsächlich in einer Weiterentwicklung der sozialen freiwilligen Gerichtsbarkeit zum Ausdruck kommt, insbesondere der Einführung des Verhandlungszwangs vor den Einigungsämtern und der Begründung eines Reichseinigungsamtes.

Gesetzgebung und Staat können sich mit den Arbeitsarbeitsverträgen nicht befassen, ohne Stellung zu nehmen zu den Berufsverbänden, aus deren Tätigkeit die Verträge entstehen. So führt der Gedanke der Arbeitsverfassung von selbst zum Rechte der Berufsvereine. Die Berufsvereine sind nicht mehr nur Kampfvereine. Sie sind auch nicht mehr nur Unterstützungsvereine. Sie haben sich unter dem Einfluß der durch sie neu herbeigeführten Verbindungen in vielen Beziehungen zu Selbstverwaltungskörpern ausgewachsen, die bestimmte soziale Aufgaben erfüllen. Diese Funktion als Selbstverwaltungskörper, welche die Berufsverbände ausüben, kommt deutlich auch in den Tarifverträgen zum Ausdruck. Ohne Berufsverbände sind Tarifverträge nicht denkbar. Sie bilden nicht nur die Organe, die den Tarif abschließen, sie überwachen ihn auch und bewahren den Arbeitsfrieden vor Friedensbruch. Die Stellung der Gesetzgebung des Staates den Berufsverbänden gegenüber muß daher einer Revision unterzogen werden, die auf die Fortentwicklung des Arbeitsrechts nicht ohne Einfluß sein kann. Es handelt sich darum, aus dem Recht gegen die Koalition oder ohne die Koalition ein Koalitionsrecht zu schaffen, welches die Berufsvereine als notwendige Faktoren im sozialen Leben, insbesondere im Arbeitsverhältnis, anerkennt und sie zur Durchführung ihrer Aufgaben auch rechtlich fähig macht. Alle soziale Gesetzgebung, wie sie in Zukunft sich entwickelt, müßte zuerst daran denken, wie sie die Berufsverbände zur Mitarbeit heranziehen kann, wie sie als Selbstverwaltungskörper dem Gedanken der Arbeitsverfassung dienen können. Ob es hierzu eines besonderen Berufsvereinsgesetzes in erster Linie bedarf, mag zweifelhaft sein. Es scheint, als ob es zweckmäßiger wäre, in das freie Berufsvereinsleben nur nach und nach, je nach dem Bedürfnis und den konkreten Zwecken Rechtsteile einzubauen, die erforderlich sind, um bestimmte Aufgaben zu lösen. So scheint z. B. die Umfassung der bloßen Naturalobligation, die heute das Mitgliedschaftsverhältnis in einem Berufsvereine bedeutet, in ein gewöhnliches Rechtsverhältnis, welches bestimmte Rechte und Pflichten der Mitglieder normiert, und damit die Aufhebung des § 152 Abs. II der R.O. am besten zu gelingen bei Gelegenheit der gleichzeitigen Regelung der Arbeitsarbeitsverträge, die ein Berufsvereinsrecht insoweit ausbilden muß, als die Zwecke des Tarifvertrages es verlangen. Es ist also die Frage nach der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die noch vor wenigen Jahren im Vordergrund des Interesses stand, durchaus nicht die Hauptfrage in der Weiterentwicklung des Berufsvereinsrechts.

Damit sei der Überblick über einige Entwicklungsfragen des Arbeitsrechts geschlossen. Wer sie überblickt, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß das Arbeitsrecht heute zu den an

Problemen reichsten Rechtsgebieten gehört, die um so bedeutungsvoller sind, als ihre Lösung die gesamte soziale Struktur unseres Lebens berühren muß.

* * *

Für die Rechtslehre erwächst aus dem Zustande, in dem sich heute das Arbeitsrecht befindet, die Aufgabe einer besonderen Mitarbeit an der Lösung der bis zu ihrer Verwirklichung reif gewordenen Fragen. Denn jede Erörterung, die sich an diese Fragen anschließt, ist an Rechtsvorstellungen gebunden. Diese Vorstellungen kann nur die Rechtslehre erkennen, bilden und darlegen. Ihre Mitarbeit ist daher nach einer doppelten Richtung unentbehrlich: Sie muß den bestehenden Rechtszustand des Arbeitsrechts darlegen und sie muß die Rechtsformen zeigen, in denen die Fortentwicklung des Arbeitsrechts möglich ist. Schon ist die Erfüllung der ersten Aufgabe kein Neuland mehr. Von der allgemeinen Rechtslehre noch wenig beachtet, hat sich bereits eine Rechtslehre des bestehenden Arbeitsrechts entwickelt, die nur weiterer Pflege bedarf, um der Aufgabe, die ihr gestellt ist, vollkommen gerecht zu werden. Es ist ein langsamer, aber glänzender Aufstieg, der von den ersten Anregungen, die Dankwardt, Fleisch, Endemann u. a. gegeben haben, bis zu der Höhe führt, die das große, umfassende Werk Lotmars über den Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reichs bildet. Es handelt sich hier tatsächlich nur noch um Fortführung, Ergänzung und Auseinandersetzung bereits angeschnittener und zum Teil schon grundlegend behandelter Fragen, um Durchsetzung und Bekanntmachung der Ergebnisse in weiteren Kreisen. Was aber die andere Aufgabe, die rechtspolitische, anlangt, so stehen wir noch im ersten Anfang der Arbeit, aus der nur sozialpolitischen Erörterung über die Fortbildung des Arbeitsrechts die Frage nach der Gestaltung der Rechtsformen herauszunehmen und besonders zu behandeln.

Eprechen wir zunächst von der Erforschung des bestehenden Rechtszustandes auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses. Die Richtung, die hier die Rechtslehre nehmen muß, wird durch die Tatsache bestimmt, daß nicht alles Arbeitsrecht in den Gesetzen ausgesprochen und daß nicht alles in den Gesetzen ausgesprochene Arbeitsrecht im Leben auch wirksam ist. Ja, man kann sagen, daß vielleicht auf keinem Lebensgebiete der Widerspruch zwischen gesetztem und wirksamem Recht heute so groß ist wie hier auf dem Rechtsgebiet der Arbeit. Daraus folgt, daß die Rechtslehre nicht nur dogmatisch von den Gesetzen des Arbeitsrechts aus ihre Aufgabe lösen kann, sondern daß sie auch soziologisch¹⁾ die Vorkommnisse des Lebens untersuchen muß, daß also die herrschende dogmatische Methode der Rechtswissenschaft nicht ausreicht für die Erforschung des wirklich bestehenden Arbeitsrechts.

Immerhin ist diese herrschende Methode auch für die Erforschung des bestehenden Arbeitsrechts unentbehrlich. Denn sie allein kann jene geistige Durchleuchtung des Rechtsstoffes herbeiführen, ohne die seine Beherrschung nicht möglich ist. Sie verhilft dem Arbeitsrecht in seiner Bedeutung als Rechtsordnung zu der geistigen Form, die ältere Rechtsteile, wie das allgemeine bürgerliche Recht, das Handelsrecht, das Industrie- und Gewerbe-, schon längst besitzen. Die Anwendung der juristischen Denkmethode, wenn man will, der „Begriffsjurisprudenz“, darf also vom Arbeitsrecht nicht ferngehalten, im Gegenteil, sie muß alle seine Teile durchdringen. Nur so kann sich das Arbeitsrecht von dem Verfall befreien, indem es sich heute noch bei vielen Juristen befindet, daß es eigentlich ein halb politischer, volkswirtschaftlicher Gegenstand sei, welcher der streng juristischen Betrachtung widerstrebe. Diese Unterwerfung des Rechtsstoffes unter die juristischen Denkgesetze ist auf dem Gebiete des Arbeitsrechts um so dringlicher, je zerstückelter und zerstreuter, wie wir sahen, sein Rechtsstoff ist. Ohne sie ist die Lösung von Aufgaben, die der Fortentwicklung des Arbeitsrechts gestellt sind, wie z. B. die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, nicht denkbar. Was wir brauchen, ist also nicht nur die wirtschaftliche Einsicht in das Arbeitsrecht, seine sozialpolitische Wertung, es ist auch die einfache Logik seiner Rechtsordnung.

Allerdings, diese Dogmatik muß ergänzt werden durch die soziologische Methode, von der wir oben sprachen. Indem sie das Recht aus den sozialen Lebenszuständen selbst erschließt, vermag sie allein die Rechtswirklichkeit auf dem Gebiete des Arbeits-

verhältnisses zur Kenntnis und Darstellung zu bringen. Viele Beziehungen des Arbeitsvertrags z. B. können erst auf diese Weise für die rechtliche Betrachtung gewonnen werden. Man denke an die Fragen des Affords, an die verschiedenen Formen der Naturalvergütung, die im Gesetz kaum eine Regelung gefunden haben, aber im Leben eine entscheidende Geltung haben. Oder man denke an das Arbeitsverbandsrecht, welches seinen Stützpunkt nicht im Gesetz, sondern in der Tatsache der Unternehmung hat. Man erinnere sich der vielen Fragen, die der Arbeitskampf aufwirft, der Erscheinungen des Boykotts, der Sperre usw., von denen kein Gesetz spricht. Dasselbe gilt von den großen Gebieten des Berufsvereinswesens, das frei im Leben erwachsen ist und, wie z. B. das Streitversicherungswesen der Arbeitgeberverbände, zu einem großen Teile nur erkannt werden kann, wenn das Berufsvereinswesen selbst den Ausgangspunkt der rechtlichen Betrachtung bildet. Und nur die soziologische Methode vermag, was auf dem Gebiete des Arbeitsrechts so wichtig ist, nicht nur das Recht, sondern auch das Unrecht zu zeigen, das noch in manchen Winkeln, aber auch sonst auf großen Gebieten des Arbeitsrechts wuchert. Man vergleiche einmal den Inhalt vieler Arbeitsordnungen oder aber auch mancher Beamtenvorschriften mit dem Inhalt bestimmter Gesetze, etwa dem Verbot der Aufrechnung gegen Lohnforderungen, und man wird staunen, wie wenig wirksam oft doch selbst zwingendes Privatrecht im Leben ist. Schließlich weckt nur die auf das Leben selbst gerichtete Betrachtung das Recht aus seiner Starrheit und zeigt es in der Entwicklung, in der Unruhe des Werdens. Auf keinem Gebiete — das gewerbliche Organisationsrecht, wie es sich in den Kartellgebilden vollzieht, vielleicht ausgenommen — erweist sich unsere Zeit so sehr als eine Zeit des Übergangs, wie auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Wohin wir blicken, treffen wir Übergangsformen, sehen wir ein Ringen nach neuem Recht. Nur einer Rechtslehre, die an die Lebensaltbestände selbst herangeht, erschließt sich dieses Leben, erschließen sich alle die Reuanfänge, die das Arbeitsrecht in Wirklichkeit darbietet, die Tendenzen, die in die Zukunft deuten. Darum sollte kein Arbeitsrecht heute mehr betrieben werden ohne diese soziologische Methode.

(Schluß folgt.)

Soziale Zustände.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsban des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Eine Erwiderung

von Diplom-Ingenieur E. Bernhardt, Berlin.

In der am 25. Mai d. J. erschienenen Nr. 34 der Sozialen Praxis wurde ein Artikel „Deutsche und fremde Arbeitskräfte am Erweiterungsban des Kaiser-Wilhelm-Kanals“ veröffentlicht, der unter starker Verkennung der im Tiefbau herrschenden Verhältnisse die Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Neubauten am Kaiser-Wilhelm-Kanal bekämpft.

Diesem Aufsatz liegt die irrtümliche Voraussetzung zugrunde, daß es bei einigem guten Willen der in Betracht kommenden Unternehmerfirmen ohne weiteres gelingen würde, die für derartig schwierige Tiefbauarbeiten geeigneten Erdarbeiter unter den Arbeitslosen der größeren Städte aufzutreiben. Hierbei wird aber völlig vergessen, daß nicht jeder beschäftigungslose Mann für solche schwierigen Arbeiten geeignet ist. Wenn diese Arbeiten auch keine besondere berufliche Ausbildung erfordern, so werden doch sehr hohe Anforderungen an die physische Spannkraft der Leute gestellt. Kommt es hier doch oft vor, daß die Arbeiter an feuchter Arbeitsstelle bei strömendem Regen, Schnee oder Hagelwetter aushalten müssen, ohne daß ihnen die Gelegenheit gegeben werden kann, unter einem schützenden Dache Zuflucht zu suchen.

Diese besonderen physischen Anforderungen und nicht die angeblich niedrigen Löhne — die Arbeiter verdienen durchschnittlich einen Tagelohn von 5 M — sind es gewesen, die die Unternehmer veranlaßt haben, neben den inländischen auch ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, und zwar unter den letzteren die vor allem für nasse Erdarbeiten besonders qualifizierten Polen. Der Verfasser des Aufsatzes in der „Sozialen Praxis“ gibt selbst zu, daß „für einzelne Arbeiten an derartigen Unternehmungen diese oder jene Ausländer sich besonders gut bewähren“. Zu Unrecht wird nach alledem dem Vertreter des Staatssekretärs des Innern der Vorwurf ungenauer Information gemacht; er war durchaus gut unterrichtet, als er im Reichstag am 20. März d. J. darauf hin-

¹⁾ Vergl. zu obigen Andeutungen: Einzheimer, Die soziologische Methode in der Privatrechts-Wissenschaft, München 1909, und Ehrlich, Die Erforschung des lebenden Rechts, in Schmollers Jahrbuch XXXV S. 129 ff.

wies, daß es gelungen sei, insgesamt 70% Deutsche bei den Kanalbauten einzustellen, daß aber die einheimischen Arbeitskräfte den Anforderungen teilweise nicht gewachsen wären und deshalb an deren Stelle die polnischen Arbeiter gern verwendet würden.

Überhaupt hat die Zahl der Ausländer beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals keineswegs solche Verhältnisse herbeigeführt, wie man nach den in jenem Artikel lautwerdenden Klagen annehmen müßte, und noch weniger ist es berechtigt, auf Grund eines zum mindesten sehr ungenauen Bildes der tatsächlichen Verhältnisse den deutschen Unternehmerfirmen den Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung zu machen. Mit viel größerer Berechtigung könnte man diesen Vorwurf der deutschen Landwirtschaft gegenüber aussprechen, die in ganz anderem Umfange Arbeiter vom Ausland hereinzieht, als der deutsche Tiefbau.

Was die Zahl der tatsächlich beschäftigten deutschen Arbeitskräfte betrifft, so wurde sie, wie bereits erwähnt, vom Reichsamt des Innern auf 70% angegeben, welche Zahl selbstverständlich auf Grund amtlicher Ermittlungen festgestellt worden ist. Wenn danach nur 30% Ausländer und zwar Holländer, Deutsch-Österreicher, Deutsch-Russen, Dänen, Schweden, Italiener, Ruthenen, Griechen und Polen am Kaiser-Wilhelm-Kanal beschäftigt werden, so muß bestritten werden, daß das viele minderwertige Volk, welches in die Gegend des Kanals und in die Provinz Schleswig-Holstein gezogen worden ist, sich aus diesen Ausländern zusammensetzt. Diese meistens kräftigen und arbeitswilligen Leute, welche eine weite Reise von ihrer Heimat bis an die Baustelle gemacht haben, wollen ernstlich arbeiten, um Geld zu verdienen, während der starke Zug von einheimischer Arbeiter und insbesondere der größte Teil der aus den Arbeitsnachweisen den einzelnen Baustellen zugewiesenen Leute weder arbeitsfähig noch arbeitswillig ist und daher die Gelegenheit benutzt, bei dem großen Arbeitsmangel und den nahe beieinanderliegenden Baustellen der Unternehmerfirmen bei jeder Firma einige Tage zu arbeiten, dann die Baustelle zu wechseln und dabei den Kanal in seiner Längenausdehnung vorwärts und rückwärts zu durchwandern, wobei, falls die Arbeitsgelegenheit fehlt, auch gelegentlich bittend der Lebensunterhalt gesucht wird. Jedenfalls kann die Zunahme dieser Landplage, wie sie erfahrungsgemäß mehr oder weniger bei jedem größeren Tiefbau in die Erscheinung tritt, nicht ohne weiteres den ausländischen Arbeitern zur Last gelegt werden, sondern es sind nach meinen Beobachtungen hierbei vorwiegend die arbeitscheuen inländischen Leute beteiligt.

Was die Einstellung der Arbeiter bei den einzelnen Unternehmerfirmen anbelangt, so erfolgt diese nicht, wie in dem erwähnten Aufsatz hervorgehoben wird, durch die Schachtmeister, sondern durch besonders zuverlässige Beamte, welche hierzu von der Kanalverwaltung ihre Befähigung erhalten haben.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der gute deutsche ungelernete Arbeiter für die Zwecke der Tiefbauunternehmer durchaus willkommen und geeignet ist und daß solche Leute zu jeder Zeit immer und im ganzen Reiche lohnende Beschäftigung finden. Die Unternehmer des Kaiser-Wilhelm-Kanals müssen aber für sich in Anspruch nehmen, daß sie die nationalen Interessen in vollem Umfang wahren, wenn sie auch nicht die minderwertigen Arbeiter, welche ihnen bisher ausnahmslos aus den benachbarten Arbeitsnachweisen zugeführt wurden, einstellen oder dauernd beschäftigen können. Es fehlt ebenso, wie bei andern gewerblichen Betrieben, auch im Tiefbau die genügende Zahl deutscher Arbeiter, und so lange die übrige deutsche Industrie den heimischen Arbeitskräften, wie bisher, eine bequemere und leichtere Arbeitsgelegenheit bietet, kann man es den Arbeitern nicht verargen, wenn sie solche Tätigkeit den Erschwernissen bei Tiefbauten, fern vom Wohnsitz der Familie, dem Wind und Wetter ausgesetzt, vorziehen. Der verbleibende Arbeiterbedarf muß dann eben leider vom Ausland gedeckt werden.

Die Zunahme der Armenpflegekosten in den großen Städten behandelt ein Aufsatz des Ministerialrats Dr. Jahn in der Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts (1911, Heft 1). Danach entfielen in den Jahren 1880 und 1909 folgende Gesamt- und Kopfausgaben für Armenzwecke (in Mark):

Berlin . . . 1880	8756208	8,4	Breslau . . . 1895	1248786	8,4
1909	18172844	6,3	1908	2821687	5,7
Leipzig . . . 1885	768586	4,8	Düsseldorf . . 1880	811826	8,3
1909	4411289	8,3	1909	1611642	5,6
München . . . 1880	649899	2,9	Kärnberg . . . 1880	402680	4,1
1909	3084242	5,4	1909	1820000	4,3
Frankf. a. M. 1885	764807	5,0			
1909	8070271	8,3			

Alle 7 Städte weisen eine erhebliche Vermehrung der Armenlasten auf, am meisten Frankfurt a. M. und Leipzig. Immer-

hin ist es schwer, diese Ziffern mit einander zu vergleichen, weil man nicht weiß, wie weit gemeinnützige Stiftungen und private Wohltätigkeitsbestrebungen die gemeindliche Armenpflege entlasten, ob ehrenamtliche oder intensive berufliche Armenpflege vorwiegt und ob der Begriff „Armenfürsorge“ überall gleichmäßig aufgefaßt, die Ziffern also analog gewonnen sind. Für die offene Armenpflege, die sich nicht in geschlossenen Anstalten vollzieht, lassen sich vergleichbare Ziffern aus dem Jahre 1907 nach dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“ (herausgegeben von Prof. Dr. Reefe-Breslau, W. G. Korn 1910) XVII. Jahrg., S. 690 ff., für die 20 größten Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern entnehmen. Die Kosten auf den Kopf der Bevölkerung betrugen nämlich in

Berlin . . . 3,7 M	Königsberg . . 1,7 M	Essen . . . 1,3 M
Hamburg . . 2,5 -	Leipzig . . 1,6 -	Köln . . . 1,1 -
Charlottenburg 2,3 -	Dresden . . 1,6 -	Chemnitz . . 0,9 -
Frankfurt a. M. 1,9 -	München . . 1,5 -	Hannover . . 0,7 -
Kärnberg . . 1,9 -	Magdeburg . 1,5 -	Stuttgart . . 0,7 -
Düsseldorf . . 1,8 -	Bremen . . 1,5 -	Nürnberg . . 0,6 -
Breslau . . . 1,8 -	Stettin . . . 1,4 -	

Bölige Sonntagsruhe in den belgischen Militärlasernen hat der belgische Kriegsminister für alle Waffengattungen geboten. Fortan sollen alle Soldaten Sonntags ganz frei sein, um den Tag bei den Familienangehörigen zubringen zu können. Die kurzen Reisetrecken in Belgien gestatten das. Der Sonntagsurlaubsabzug muß vom Familienoberhaupt daheim unterzeichnet werden.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Nachklänge zum Tarifvertragsbruch im Berliner Zeitungsdruckgewerbe.

Während die Öffentlichkeit, seitdem sie ihre Zeitungen regelmäßig wieder erhält und der Anzeigendienst auf dem Waren- und Stellenmarkt wieder glatt und pünktlich sich abwickelt, über den Tariffall bei Scherl bereits zur Tagesordnung übergegangen ist, wirkt in den Kreisen der Beteiligten, der Arbeitgeber und der Arbeiter, ein Nachhall jener Ereignisse lebhaft fort. In den Prinzipalskreisen ist die rasche Beilegung des Zwistes dank der Solidarität der drei Zeitungsgrößbetriebe und dem energischen Eintreten der Organisationsleiter für die Tarifsache, mit großer Befriedigung aufgenommen worden; die Scharfmacher außerhalb und innerhalb des Buchdruckgewerbes, die den Prinzipalen bereits ein tönendes „Erwache, Buchdruckermeister!“ zuzurufen für gut fanden, sind allerdings dabei nicht auf ihre Kosten gekommen. Immerhin hat das Bewußtsein von der Notwendigkeit straffen Zusammenhaltens in den Reihen der Buchdruckunternehmer einen starken Antrieb erhalten, und die Solidaritätskundgebung der 19 Berliner Zeitungen (nur die „Nordd. Allgem. Ztg.“, der „Berliner Börsen-Kurier“ und der „Vorwärts“ fehlten mit ihren Unterschriften) für die drei bedrohten Zeitungsgrößbetriebe, unter deren Riesenwettkampf die anderen sonst täglich leiden, hat in der deutschen Verlegerwelt ein allgemeines Echo gefunden. Rag das Unterstützungs- und Ausschließungsangebot der 19 Zeitungen für die drei großen auch mehr platonisch gemeint gewesen sein, es bekundete eben doch, daß die Arbeitgeber im Druckgewerbe bei der Verteidigung ihrer tariflichen Rechte bereitwillig die Konkurrenzgegensätze zurückzustellen gesonnen sind; das wird naturgemäß die moralische Stellung der Arbeitgeber bei den im Herbst bevorstehenden Verhandlungen über die Tarifverneuerung erheblich verstärken. Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger am 21. Juni in Berlin ist denn auch das warme Eisen sogleich geschmiedet worden. Der Prinzipalsvorsitzende des Tarifausschusses der Buchdrucker, Geh. Komm.-Rat Bürgstein, der über die kommende Revision des Tarifvertrags zu sprechen hatte, wies in einem Exkurs über den Tarifzwist bei Scherl (laut Bericht in der „Köln. Volks-Ztg.“) „mit lebhaftester Genugtuung darauf hin, daß zwei Tage genügt, um die Arbeitnehmer, die den Weg der Ordnung hohen Wuts verlassen hätten, zum Eingeständnis des von ihnen begangenen Tarifbruchs zu führen und sie zu veranlassen, die ihnen auferlegte Buße auf sich zu nehmen. Zu verdanken sei dieses erfreuliche Ereignis nicht nur der glänzenden, vorbildlichen Solidarität der drei großen Firmen Scherl, Mosse und Ullstein, sondern auch dem durchaus korrekten Verhalten des Zentralvorstandes des Gehilfenverbandes und vor allem der Sympathie- und Kundgebung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die unzweifelhaft auf die Arbeiter einen starken Eindruck gemacht habe. Der stürmische Beifall, mit dem die Ausführungen aufgenommen wurden, bewies, daß auch die Hauptversammlung des

Verlegervereins den Verlauf als Sieg des Tarifgebantens und als Beweis des festen Willens der Zeitungsverleger ansetzt, in geschlossener Solidarität der weiteren Entwicklung der Tarifangelegenheit zu folgen." Schließlich wurde zu dieser Frage folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erklärt einmütig, daß seitens der Mitglieder des Vereins auf dem Gebiete des Buchdruckerarbeits einseitig, d. h. ohne Genehmigung des Vorstandes, keine Bewilligungen vorgenommen werden dürfen. Die anwesenden Mitglieder sind überdies bereit, eine diesbezügliche rechtsverbindliche Verpflichtung einzugehen.“

Wesentlich anders ist das Echo des Berliner Tarifwistes und seines Ausganges in den Reihen der Arbeiterschaft aufgenommen worden. Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Buchdruckergehilfen, hat, allerdings aus bewährter Tarifgemeinschaftstradition, mit den energischsten Ausdrücken den „beispiellosen Disziplinbruch“ der Rotationsmaschinenmeister, unter besonderem Hinweis auf die Entschließungen des letzten Gehilfentages in Hannover, die die Tarifverträge aufs schärfste mißbilligten, gebandmarkt und entrüstet ausgerufen: „Wir zweifeln nicht einen Augenblick, daß die Kollegenschaft in ganz Deutschland wie ein Mann das schärfste Verbot über die Disziplinbrecher aussprechen wird. Sie haben die Vertragstreue der Gehilfenschaft direkt verhöhnt, dem jetzt jubelnden Scharfmachertum die schärfsten Waffen in die Hand gedrückt . . . und haben die Interessen des Verbandes mit Füßen getreten. Darauf konnte es unter allen Umständen nur eine Antwort geben: Ausschluß aus der Organisation und öffentliche Verurteilung solcher unverantwortlichen Handlungsweise.“

Diese flammende Strafrede, die der Treuauffassung des „Korrespondent“ von den Vertragspflichten und der Bandsucht alle Ehre macht, trug aber den Emanzipationsströmungen unter der jüngeren Gehilfenschaft und den vom „Vorwärts“ beeinflussten selbstbewußten Berliner Kollegen nicht diplomatisch Rechnung, vielmehr entzündete sie leidenschaftlichen Widerspruch in diesen Kreisen. Eine Mitgliederversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, die am 21. Juni sich mit dem Scherzmeister befaßte, befandete nicht nur aufs allerentschiedenste, daß sie mit dem Verlauf der Angelegenheit und dem Verhalten des Tarifamts wie der Organisationsleiter keineswegs einverstanden sei, sondern wandte sich förmlich mit Ausdrücken der Empörung gegen die Kritik des „Korrespondenten“. Mit demonstrativem Jubel begrüßte die Mitgliederversammlung die beiden Maschinenmeister, die vom Tarifamt als Räbelsführer des Tarifbruchs bei Scherl verantwortlich gemacht und deshalb auch aus dem Gehilfenverbande ausgeschlossen worden sind, und erregte sich wohlgefällig an den Duzenden von Neben, die zur Beschönigung des tarifbrüchigen Verhaltens in der Versammlung gehalten wurden. Die Entlassung der beiden vorführenden Vertrauensmänner wurde geradezu als tarifwidrige Maßregelung gebrandet. Das Tarifamt hätte die beiden Vertrauensmänner, statt ihre Entlassung zu empfehlen, im Gegenteil vor Maßregelung schützen müssen. Eine vom Gauvorstand vorgeschlagene Entschließung wurde von der Versammlung wegen ihrer allzu milden Fassung beanstandet. In der schließlich angenommenen Entschließung heißt es:

Die Versammlung erkennt die unbedingte Verpflichtung der Verbandsmitglieder zur Anerkennung der Entscheidungen des Tarifamts sowohl als auch zur Respektierung der Anordnungen des Verbands- und Gauvorstandes ausdrücklich an und bedauert deshalb die entgegen den Beschlüssen des Vorstandes erfolgte Arbeitsniederlegung der Rotationsmaschinenmeister auf das Entschiedenste. Die Versammlung erblickt in der von der Geschäftsleitung der Firma Scherl seit längerer Zeit geübten unangemessenen Behandlung des Personals die Grundursachen der durch den Ausstand zum Ausdruck gekommenen Erregung; das Tarifamtsurteil beziehungsweise dessen Punkt 8 aber betrachtet sie als die unmittelbare Veranlassung zu dem Vorgehen der Rotationsmaschinenmeister. Die in dem Tarifamtsurteil ausgesprochene weitgehende Verantwortlichkeit der Vertrauensleute, insbesondere ihre Entlassung wegen Handlungen der gesamten Kollegen, erachtet die Versammlung als nicht durch das Tarifgesetz begründet und in ihren Konsequenzen als außerordentlich gefährlich nicht nur für das Weiterbestehen der Vertrauensmännerinstitution, sondern auch für die ganze, in erster Linie doch auf der Solidarität beruhende gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes.

Deshalb verlangt die Versammlung bei den maßgebenden Instanzen dringend, für eine Revision des Punktes 8 des Urteils sowie dafür zu wirken, daß derartige unhaltbare Entscheidungen künftig unterbleiben.

Weiterhin wurde in Zusatzbeschlüssen die Stellungnahme der Gehilfenvertreter des Tarifamts scharf verurteilt und Amtsniederlegung von ihnen gefordert. Die Haltung des „Korrespondent“ wurde mit Entrüstung gegeißelt, weil sie geeignet sei, die Buchdrucker in der Achtung der übrigen organisierten Arbeiterschaft herabzusetzen.

Wir wollen es dahingestellt lassen, ob dieses Verhalten der Berliner Mitgliederschaft des Buchdruckerverbandes gegenüber den erwählten Verbandsleitern und Verbandsvertretern in einem Falle von Tarifbruch, den die Gesamtheit der Vertrauensleute und der Betriebskollegen (außer den Maschinenmeistern) ebenso wie das Tarifamt und die öffentliche Meinung einmütig verdammt haben, dazu angeht, die Buchdrucker in der Achtung der übrigen organisierten Arbeiter heraufzusetzen. Es scheint uns unzweckmäßig, über die Kritiker des Tarifbruchs wie über ihre Antikritiker zu moralisieren. Aber eins wollen wir deutlich aussprechen, daß dieses nachträgliche Eintreten der Berliner Buchdruckergehilfen für Tarifvertrauensleute, die auf einen offenkundigen Bruch der Tarifgemeinschaft hingewirkt haben, von einer völligen Verkennung der Pflichten, die Vertrauensleute neben ihren Rechten haben, zeugt und die innere Festigkeit der Tarifgemeinschaft, die auf der unparteiisch-treuen Pflichterfüllung der Tariforgane nicht minder als auf der vernünftigen Regelung der Arbeitsnormen beruht, antastet. Die vom Tarifamt am 12. März 1907 erlassene Bekanntmachung zum Schutze der Vertrauensmänner gegen Maßregelung, die das Recht der kollektiven Interessenvertretung der Arbeiterschaft krönen soll, ist bisher nicht dazu gemißbraucht worden, Personen, welche die Tarifsucht und dadurch die Tarifgemeinschaft unterminieren, mit unfehlbarem Schutze zu umkleiden, sondern sie ist bisher noch immer in dem Geiste gehandhabt worden, der aus dem Schlußsatz der gemeinschaftlichen Tarifamtsklärung spricht:

„Von der Gehilfenschaft erwartet das Tarifamt, daß sie nur wirklich geeignete, besonnene Personen mit dem Amte eines Vertrauensmannes beehrt, die sich des ihnen erteilten Vertrauens in jeder Weise würdig erweisen und sich bewußt sind, daß sie neben der Vertretung der Rechte ihrer Kollegen auch dem Prinzipale gegenüber gewisse Pflichten haben. Die Aufgabe der Vertrauensmänner soll nicht sein, Differenzen zu schaffen, sondern bestehende oder auftauchende zu schlichten.“

Das Tarifamt ist, das sollten die Berliner Buchdruckergehilfen wohl bedenken, nicht dazu da, über Vertrauensmänner, die sich nach einmütigem Urteil von Prinzipals- und Gehilfenvertretern gegen den Geist der Tarifgemeinschaft versündigen, seine schützende Hand zu halten, sondern ist im Interesse der Tarifgemeinschaft sogar verpflichtet, auf die Ausschaltung ungeeigneter Vertrauensleute, die nur Differenzen schaffen und vertiefen, mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Es wäre zu beklagen, wenn die Berliner Gehilfenschaft dem Wesen der Tarifgemeinschaft nicht mehr soviel Verständnis entgegenbrächte, um aus mißgeleiteter Über-solidarität auch mit tarifschädigenden Vertrauensleuten durch Dick und Dünn zu gehen.

Aber mit diesem Vorstoß gegen die Logik der Tarifgemeinschaft erschöpft sich der Fehler der Berliner Gehilfenschaft nicht, sondern er birgt noch sozialpolitisch weit schwerere Bedenkslichkeiten. Wird schon jede Tarifvertragsverletzung von den Gegnern der kollektiv-paritätischen Verständigung der Arbeitgeber und Arbeiter mit Vergnügen als Beweisstoff für die Unbrauchbarkeit des Tarifvertragswesens ausgebeutet, wie viel mehr jede Verletzung am grünen Holze: in der klassischen Tarifgemeinschaft der Buchdrucker! Der Haupttrumpf, den die Tarifgegner sich vom Scherzmeister verschaffen, ist ihnen, dank der überlegenen Besonnenheit und Verantwortlichkeit der Organisationsleiter und Tarifamtsvertreter, schnell zwischen den Händen zerronnen. Soll nun durch das Vorgehen einiger verantwortungslosen Feihsportne in der Mitgliedermasse der Berliner Gehilfenschaft der für die Tarifgemeinschaft siegreiche Ausgang wieder in Frage gestellt werden? Das wäre Wasser auf die Mühle derer, die da den Gewerkschaften die Vertrags- und Verhandlungsfähigkeit absprechen und das Parlamentieren mit den Verbandsvertretern als verlorene Liebesmüh bezeichnen, weil die Mitgliedermasse schließlich die Vereinbarungen ihrer Führer höhnen in den Wind schlägt!

Wenn die Gewerkschaften in Deutschland nicht ihren alten Aufstraffer Zucht und Ordnung peinlich zu wahren wissen, sondern maßgebende Gruppen sich als disziplinlose, vertragsbrüchige Masse über die Schranken der Pflicht und über ihre selbstgegebenen Organisationsgesetze nach Belieben hinwegtreiben lassen, dann schädigen sie dadurch keineswegs bloß den Tarifgebanten, sondern letzten Endes vor allem den Kredit der Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung. Bei uns bisher alle Scharfmacherpläne gegen die Gewerkschaften seit 1890, alle die Gekentwürfe zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, zur Verkümmern des Koalitionsrechts, die Berufsvereinsvorlage usw. erfolgreich abgesehen worden sind, so verdanken das die Gewerkschaften dem optimistischen Vertrauen, das die öffentliche Meinung dem Ordnungssinne und Pflichtbewußtsein

der großen geschulten Organisationen entgegengebracht hat. Für solche Massen, die sich selbst vorzüglich in Zucht halten und ihre Interessenverwaltung in großem Stile verantwortungsbewußt zu organisieren verstehen, bedarf es keiner Ausnahmegefeße. Soll diese sympathische Stimmung der öffentlichen Meinung, die sich allzuleicht auch durch vereinzelte Ereignisse, wenn sie nur sensationell aufgedeckt und systematisch ausgebeutet werden, beeinflussen läßt, durch Unbesonnenheiten während der jetzigen kritischen sozialpolitischen Konjunktur erschüttert werden? Die Auflehnung der Mitgliedermassen gegen ihre erwählten verantwortlichen Führer mag im Einzelfalle nichts bedeuten; aber wenn sich derartige Vorkommnisse in letzter Zeit mehrten und nun gar in einem grundsätzlich wichtigen, von aller Welt beachteten Falle die besondere Art des Auftretens geradezu die öffentliche Meinung zum Widerspruch herausfordert, dann scheint es angebracht, auf die schweren mittelbaren Folgen, die solch Tun und Treiben für die Gewerkschaftsfrage als Ganzes nach sich ziehen kann, mahnend hinzuweisen. Die Buchdruckgehilfen Berlins dürfen über der persönlichen Kameradschaft nicht das Ganze vergessen: ein Stück deutscher Gewerkschaftslehre und Vertrags-treue steht auf dem Spiel! Waldeemar Zimmermann.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung (vgl. Sp. 1189). Ein achter Internationaler Textilarbeiterkongreß (Amsterdam, 12. bis 16. Juni 1911) war von 88 Vertretern besucht (außer 40 von England und 15 von Deutschland folgten von Österreich, Holland, Belgien, der Schweiz, Dänemark und Frankreich). Der Vertreter der holländischen Gewerkschaftszentrale schilderte in der Begrüßungsansprache die Entwicklung der niederländischen Gewerkschaften aus anarchistischen Utopisterei heraus vom Stadium der Phrase zu dem der Arbeit. Im Geschäftsbericht wurde u. a. das Osborne-Urteil als besonders verurteilenswert gekennzeichnet; ferner wurde festgestellt, die Arbeit der internationalen Organisation gestalte sich jetzt weit fruchtbringender als früher, das internationale Publikationsorgan bedürfe aber noch dringend des Ausbaues. Der internationale Streifonds wurde mit 186 000 Frs. angegeben; aus ihm sind in der Berichtszeit 2 700 Personen unterstützt worden. Über die Inanspruchnahme dieses Fonds wurden sehr heftige Debatten geführt; schließlich belief man es aber bei dem heutigen Zustande, daß mindestens 10 vom Hundert der organisierten Textilarbeiter eines Landes seit wenigstens 8 Wochen im Streit stehen müssen, ehe die Unterstützung seitens der Internationale eintritt. Sinkt der Fonds auf weniger als 100 000 Frs., so muß durch Extrasteuern bis zu 5 Cent auf das Mitglied wöchentlich diese Summe wiederhergestellt werden. Eine Entschließung über die Anwendung der technischen Fortschritte in der Textilindustrie verlangt, diese trotz ihrer für die Arbeiter schweren Folgen nicht zu hemmen, wohl aber Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Herabsetzung der Arbeitszeit in einem der verwirklichten Vermehrung der Produktivität der Arbeit entsprechenden Maße zu fordern; dies sei das einzige, was die organisierten Arbeiter tun könnten, solange die Produktionsmittel in Händen einer Klasse und nicht der Gemeinschaft seien. Diese Entschließung stieß anfangs auf den heftigen Widerspruch eines englischen Delegierten, der sich gegen ihren „sozialistischen Beigeschmack“ wandte; schließlich wurde sie aber einstimmig angenommen. Eine von englischer Seite eingebrachte Entschließung forderte für alle Textilbetriebe aller Länder den Achtfundentag; sie wurde angenommen, nachdem ein englischer Delegierter ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß jetzt nach jahrelangem internationalem Zusammenarbeiten alle englischen Textilarbeiter sich diese Forderung zu eigen gemacht hätten. Sodann wurde über Arbeiterschutz und Fabrikinspektion verhandelt. Die Engländer forderten hierzu die Entnahme von Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter selbst; ein deutscher Antrag verlangte genügend weibliche Gewerbeinspektoren und Ausdehnung der Aufsicht auf die Heimarbeit. Trübe Bilder gab ein belgischer Redner; in seinem Lande betrage die Sterblichkeit der Kinder unter 5 Jahren bei der Bevölkerung der Flachspinnereien 62 vom Hundert; in der der Kunstseidefabrikation werde Alkohol zur Herstellung der Ware verwendet; jeden Abend sei die Arbeiterin vom aufsteigenden Dunst benebelt, auch verleihe die gewerbliche Verwendung von Alkohol zum Alkoholgenuß usw. Es wurde erwähnt, daß in England durchschnittlich erst auf 1000 Betriebe ein Gewerbeaufsichtsbeamter komme, in Frankreich gar auf 1600 bis 1800. Die Entschließung wurde angenommen; ein österreichischer Zusatzantrag, der die Gewerbeaufsicht mit der nötigen Exekutionsgewalt ausstatten wollte, damit sie die gefundenen Übelstände aus eigener Machtvollkommenheit beseitigen könnte, erlangte nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit, da Engländer, Franzosen und Belgier gegen ihn stimmten. Dagegen fand eine Entschließung einstimmige Annahme, die ein gesetzliches Verbot der Geldstrafen und Lohnabzüge forderte. — Bei allgemeinen Auseinandersetzungen über die internationale Solidarität kam die mehr politische Richtung der deutschen Delegierten in Streit mit der mehr wirtschaftlichen Tendenz der Vertreter der Trade-Unions. Insbesondere spielte

hierbei das Gespräch des deutschen Kaisers mit dem englischen Arbeiterführer MacDonald eine Rolle; die deutschen und belgischen Vertreter griffen MacDonald heftig an.

Der 12. deutsche Handlungsgehilfenkongreß, einberufen vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband (Breslau, 18. und 19. Juni), nahm folgende Entschlüsse an: 1. Gegen die Bildung von Angestelltenausschüssen bei Handelskammern, da die Erfahrung gezeigt habe, daß solche Ausschüsse ohne Einfluß und Bedeutung seien. 2. Gegen Vereinheitlichung des Angestelltenrechts durch besonderes Dienstvertragsgesetz; zwar sei man damit einverstanden, daß die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Handlungsgehilfen wie bisher je nach Bedarf mit denen der übrigen Privatangestellten zusammen einheitlich geregelt werden (Sonntagsruhe, Krankenversicherung, Pensionsversicherung, Vereinigungsrecht usw.), auch habe man nichts dagegen einzuwenden, daß das Dienstvertragsrecht der übrigen Privatangestellten nach dem Vorbild des Privatrechts der Handlungsgehilfen geregelt werde, aber man lehne es ab, die Entwicklung des Handlungsgehilfenrechts durch die Vereinheitlichungsbestrebungen hemmen zu lassen, und fordere vielmehr eine Reform des Dienstvertragsrechts der Handlungsgehilfen, die sich innerhalb der historischen Rechtsgemeinschaft mit dem gesamten Handelsstande halte. 3. Für den Entwurf des Gesetzes über die Angestelltenversicherung unter Aufrechterhaltung der Forderungen des Hauptausschusses und Protest gegen die Zulassung von Ersatzklassen. 4. Gegen den kaufmännischen Fachunterricht für weibliche Angestellte, aber für Einführung des hauswirtschaftlichen Pflichtunterrichts für alle jungen Mädchen. 5. Für die völlige Aufhebung der Konkurrenzklausei unter Verwerfung der bekannten Vorschläge des preussischen Handelsministers. 6. Für Einführung der staatsbürgerlichen Erziehung mit Hilfe der Pflichtfortbildungsschule und Mitarbeit der kaufmännischen Korporationen und Verbände an der Jugendpflege. 7. Für Erhöhung der Anfangsgehälter der Gehilfen, gleichmäßige Gestaltung der Grundzüge in der kaufmännischen Stellenvermittlung, Beseitigung standesunwürdiger Gehälter, Propaganda für Tarifabmachungen. — Am Schluß von 1910 hatte der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband 121 012 Mitglieder, 1871 Ortsgruppen, über eine Million Mark Vermögen. In der Sparkasse des Verbandes befanden sich am Ende des Geschäftsjahres 1 686 918 M. Spareinlagen, während seine Versicherung gegen Stellenlosigkeit 114 428 M. Renten zur Auszahlung gebracht hat. Im Verlage des Verbandes erscheinen sechs Zeitschriften, die seinen Zwecken dienen. Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens hat der Verband durch die Veranstaltung von Unterrichtskursen, Vortragsabend, Studien- und Ferienfahrten und ähnliche Einrichtungen gemerkt. Bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten errang der Verband 1035 Stimmen. Zum ersten Vorsteher wurde G. Beschly, zum zweiten Rich Döring gewählt.

Der Deutsche Bankbeamtenverein besaßte sich auf seiner 10. Hauptversammlung (17. und 18. Juni in Nürnberg), auf der von den 20 000 Mitgliedern 16 000 durch Abgeordnete vertreten waren, hauptsächlich mit der Personalfrage des Bankgewerbes und der Pensionsversorgung. Der wiedergewählte Vorsitzende Fürstenberg wies darauf hin, daß neuerdings 71 Bankfirmen von Großbanken aufgekauft und von diesen wieder zahlreiche Niederlassungen in der Provinz und im Ausland angelegt seien. Damit sei für 90 v. H. der Bankbeamten die Selbständigmachung ausgeschlossen. Da ferner 2000 Frauen bereits ins Bankgewerbe eingebracht seien und 600 davon mit banktechnischen, die übrigen aber mit mechanischen Arbeiten beschäftigt würden, so bedrohe das alles den Lebensstand der Bankbeamten. Die Bankbeamten mühten, um nicht herabzusinken, ihre Rechte energisch verteidigen und, obwohl sie mit den Prinzipalen freundliche Beziehungen pflegen wollen, die Freizügigkeit und die Koalitionsfreiheit hochhalten; ferner die Eingehung von Konkurrenzklausein bei weniger als 3000 M. Gehalt ablehnen; auch sollen sie die Bildungsanforderungen an die Bankbeamten steigern helfen. Prof. Dr. Bonn, der Rektor der Münchener Handelshochschule, behandelte in längerem Vortrage diese Ausbildungsfragen. Weiterhin forderte die Versammlung ein reichsgesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit im Bankgewerbe und eine Erhöhung der Pfändungsgrenze für Privatbeamte. Zur Pensionsfrage der Bankbeamten bemerkte Fürstenberg, daß die vor 2 Jahren gegründete „Allgemeine Pensionskasse für Bankbeamte“ gut gedeihe. Nach dem Bericht über die Hauptversammlung der Pensionskasse, die am 11. Juni in Berlin unter Vorsitz von Geheimrat Dr. Nießer getagt hatte, waren Ende 1910 über 11 000 Bankbeamte bei dieser Kasse versichert; heute sollen es bereits 15 000 sein; nur die Deutsche Bank steht noch fern. Das Gesamtvermögen des Beamtenversicherungsvereins im Bankgewerbe belief sich Ende 1910 auf 2,9 und Mitte 1911 auf 4 Millionen Mark. Gegenüber den Angriffen auf die Kasse begrüßte der Bankbeamtenrat den Plan der Reichsregierung, bei der Einführung der allgemeinen Privatangestelltenversicherung diese Kasse als Ersatzanstalt zuzulassen. Aber hier forderte die Versammlung, der Gesetzgeber müsse auch den zugelassenen Ersatzanstalten die Annahme neuer Versicherungen künftighin gestatten.

Die polnische Berufsvereinigung, die kürzlich in Posen unter der Leitung des Vorsitzenden Sosinski-Bodum tagte, zählte im Jahre 1909 36 183, im Jahre 1910 66 970 Mitglieder. Davon entfielen auf die Abteilung der Bergarbeiter 36 387, auf die Abteilung der Hüttenarbeiter 11 386 Mitglieder. Man beschloß in

weisen, daß in Zukunft als Vertreter zu den Hauptversammlungen nur diejenigen Mitglieder wählbar sind, die mindestens eine fünfjährige Verbandszugehörigkeit aufweisen können. Zur Begründung dieses Antrags führte der Verbandsvorsitzende Sosinski aus, daß in die polnische Berufsvereinigung sich rote Agitatoren einzuschleiden versuchten. Die Versammlung beschloß ferner, den Sitz des Zentralvorstandes von Bochum nach Kattowitz, also in größere Nähe zu den Hauptpunkten der polnischen Bewegung zu verlegen.

Streiks und Aussperrungen.

Das Ende des Streiks der Eisenpustraktionsarbeiter Berlins (S. 1124) ist durch einige kleine Zugeständnisse der Unternehmer herbeigeführt worden. In Zukunft soll die Arbeitszeit wöchentlich 56 statt 60 Stunden betragen; ferner soll Sonnabends eine halbe Stunde auf Aufräumungsarbeiten und Umkleiden ohne Lohnabzug verwendet werden dürfen. Die Lohnerhöhung soll 5% betragen; in einem Jahre sollen erneute Verhandlungen über die Arbeitszeit stattfinden. Diese Bedingungen erschienen der Mehrheit (874 gegen 601) der zur Entscheidung einberufenen Versammlung nicht als ausreichend; da aber die Fortsetzung eines Streiks nach den Verbandsfakungen $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erfordert, so wurde der Streik am 21. Juni für beendet erklärt; die Arbeit ward am 26. Juni wieder allgemein aufgenommen.

Die Bäderarbeiterbewegung (Sp. 1191) hat in Göttingen (Witbg.) bei Ablehnung der Mindestlohnforderung von 19.// durch die Bäderinnung zum Nonfort geführt. In Mannheim ist der Bäderstreik mit vollem Erfolge beendet worden. Am 19. Juni fanden vor dem Einigungsamt Verhandlungen statt, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrags auf 3 Jahre endigten; betroffen sind 308 Betriebe mit 355 Gesellen. Erreicht wurde die Beseitigung des Kost- und Logiszwangs, 5-7 Tage Ferien; 11stündige Arbeitszeit; 50 % Überstundengebühr; Zugewinnung eines Organisationsvertreters der Gehilfen mit beratender Stimme in die Arbeitsnachweiskommission, der bisher nur die Gesellenausschüßmitglieder von Seiten der Gesellen angehörten.

Der internationale Seemannsstreik (Sp. 1190) hat in England, wo er am 14. und 15. Juni zwar in allen Häfen erklärt, aber doch erst allmählich durchgeführt worden ist, nimmend in einer Reihe von Seepfählen zu weiteren Erfolgen geführt. Die Stauer streikten in Southampton einige Tage lang; ebenso die Seeleute, Heizer und Stewards der Union Castle Line und der White Star Line in Southampton und in Liverpool; in diesen Fällen gaben die Reederei nach. In Glasgow wurde der Küstenhandel durch einen Streik von 2000 Hafenarbeitern lahmgelegt; das Bureaupersonal der Reedereien wurde zum Löschen und Verladen der Schiffe verwendet; in Hull streikten alle Hafenarbeiter und Seeleute. In London verteilt sich der Streik über zahlreiche Schiffsverkehrsunternehmen. Die Shipping Federation der Arbeitgeber kann nicht so machtvoll durchgreifen, wie man es erwartet hatte. In Liverpool hat der Vorsitzende des dortigen Streikausschusses, Tom Mann, durch Aufruf alle organisierten Seeleute, Heizer, Köche und Stewards aufgefordert, die Schiffe der zur Shipping Federation gehörenden Firmen am 26. Juli gleichzeitig zu verlassen. — In Belgien hat sich der Streik ebenfalls weiter ausgedehnt; Streikbrecher werden allerdings eifrig von den Shipping masters angeworben, angeblich auch aus Deutschland. Schwere Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei kommen daher mehrfach vor. — In Holland breitet sich der Streik nur langsam aus; es sollen jetzt (24. Juni) 1000 Seeleute ausständig sein; auch hier ist es zu Streitigkeiten zwischen Arbeitswilligen und Ausständigen gekommen. Die Reederei halten stark zusammen, namentlich um das von den Streikenden entworfenen Arbeitsreglement abzuwehren, das die Zucht an Bord nach ihrer Ansicht bedroht. — Der Streik der nordamerikanischen Küstenleute ist durch Zugeständnisse der Reederei beendet worden. — In London streikten etwa 2000 Seeleute; sie haben sich teilweise zu schweren Ausschreitungen hinreizen lassen, den Bahnhof gestürmt, einen Zug am Abfahren dadurch verhindert, daß sich 100 von ihnen auf die Gleise legten, ein Freudenfeuer mit ihren unbezahlten Steuerzetteln angezündet u. a. m.

Arbeiterschutz.

Die hessische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Der Gewerbeaufsicht waren im Berichtsjahre 6276 Betriebe mit insgesamt 113 151 Arbeitern unterstellt; davon gelangten 4532 Betriebe (72,2 %) mit 87 601 Arbeitern (77,4 %) zur Revision. Vergleichende Zahlen mit dem Vorjahre sind diesmal nicht zulässig, da durch das Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle manche Veränderungen im Dienstbereich hervorgekehrt sind. Über diese Veränderungen und auch über gewisse Gefahren der rein zahlenmäßigen Grenze für die Unterstellung der Betriebe unter die Gewerbeaufsicht heißt es in dem Bericht:

Eine ansehnliche Reihe von Betrieben ohne Verwendung elementarer Triebkraft ist früher, auch dann, wenn sie in ihrer Arbeiterzahl bedeutend schwanken oder unter der nun gezogenen Grenze blieben, nach Begründung und Gebrauch zu den Fabriken gezählt worden. Sie fallen aus dem Rahmen der Beaufsichtigung und der gesetzlichen Vorschriften nunmehr heraus, und an ihre Stelle sind andere Betriebe mehr handwerksmäßiger Art getreten, in denen die gezielte Anzahl von Arbeitskräften immer oder in der Hauptarbeitszeit beschäftigt ist. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese rein mechanische Zugehörigkeit ohne sachlichen Ausschlag in Zukunft wohl größere Schwankungen in den sonst sicheren Bestand der Betriebe herbeiführen wird, Schwankungen, die von der gewerblichen Leistung an sich, von der Gestaltung der Arbeitsweise und von dem wirtschaftlichen Erfolge im Betriebe und auf dem Markte abhängig sein werden. Der gezielte Schutz hat sich damit auf andere Gebiete verschoben; insbesondere erstreckt er sich nun auf das früher unberührte Gebiet des Baugewerbes. Dieser Ausdehnung stehen Ausfälle in anderen Betriebszweigen gegenüber.

Die Berichte der hessischen Beamten aus den verschiedenen Bezirken bringen manche beachtenswerten Einzelheiten gerade auch über Gewerbe, die nur infolge besonderer Bundesrats- oder bundesstaatlicher Verordnungen der Gewerbeaufsicht zugänglich sind, so u. a. über die Gast- und Schankwirtschaften und die Bäderereien. Für die Gasthausangestellten macht noch immer die Durchführung der Vorschriften über die Mindestruhezeit Schwierigkeiten. Es ist weniger die tägliche Ruhezeit und die 6stündige Ruhezeit in der zweiten Woche als namentlich die große Ruhepause von 24 Stunden, die nicht gewährt oder deren Unterbrechung stillschweigend geduldet wird. Wegen Verstößen auf diesem Gebiete wurden im Bezirke Darmstadt allein 10 Besitzer bestraft. Bei den Angestellten, die früher häufig selbst die 24stündige Ruhezeit zu umgehen suchten, scheint dagegen jetzt die Erkenntnis über die gesundheitliche Notwendigkeit dieser größeren Pause zu wachsen. „Die Angestellten streben nach der Ruhepause, auch auf Kosten eines Verdienstausfalles. Sie stellen ihr körperliches Wohl über die wirtschaftliche Beeinträchtigung“, schreibt der Gewerbeaufsichtsbeamte für Darmstadt. Der Beamte für Gießen muß dagegen von der besonderen Schwierigkeit der Durchführung der Ruhezeitverordnung in den Bädern berichten, wo die Gasthausangestellten selbst die Kontrolle durch ungenaue Angaben erschweren.

In das Gebiet der Hausindustrie leuchtet die hessische Gewerbeaufsicht hinein bei der Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen über die Lohnzahlungsbücher. Die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften stößt übrigens auf keine Schwierigkeiten mehr, und die Abrechnungen gestalten sich infolge der Lohnbücher einfacher und einheitlicher. Im Bezirke Darmstadt ist ein Anwachsen der Heimarbeiter festzustellen, in anderen Bezirken dagegen ist ein Rückgang der Zahl der Heimarbeiter eingetreten. Besonders schwere gesundheitliche Bedenken knüpfen sich an die Bearbeitung von Fellen in der Hausindustrie; andere Arbeiten waren an sich nicht gesundheitsgefährlich, wurden es aber durch die Enge und den Staub in den Heimarbeiterwohnungen.

Im Berichtsjahre sind eine Reihe wichtiger Tarifabschlüsse in Hessen zustande gekommen, teils waren es die örtlichen Vereinbarungen auf Grund der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bestehenden Reichstarife, so namentlich im Maler- und Schneidergewerbe, teils wichtige, für einzelne große Firmen geltende Tarife. In dem Berichte wird namentlich ein zwischen einer großen Brauerei bei Darmstadt und den Arbeitervertretungen abgeschlossener Tarifvertrag hervorgehoben wegen der Gründlichkeit und Sachkenntnis, mit der die Arbeiterverhältnisse behandelt sind. Der bis 1915 laufende Vertrag brachte den Arbeitern eine Verminderung der täglichen Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde und eine Erhöhung des Wochenlohns von 2 bis 3 M., ferner Ablosung des Hausstrunks, Gewährung von Urlaub, Regelung der vielmehr stritten Arbeitsverhältnisse der Jahrburschen.

Beachtenswerte Mitteilungen über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge finden sich in dem Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsamts der Stadt Mainz. Das Arbeitsamt hat neben seiner regelmäßigen Vermittlungstätigkeit in den Wintermonaten auch die Gesuche um Notstandsarbeiten zu prüfen und die Notstandsarbeiten zu vermitteln. Es liefen 806 Gesuche ein, die Höchstzahl, die bisher erfolgt ist. Es konnten alle Gesuche berücksichtigt werden. Auch die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung gehen an das Arbeitsamt. Das Zueinandergreifen beider Einrichtungen, d. h. der Zuweisung von Notstandsarbeiten und der Arbeitslosenunterstützung durch die organisatorische Verbindung beim Arbeitsamt hat sich sehr gut bewährt.

Über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes in Hessen ist in den Jahren 1904-1905 stets in Sonderbänden be-

richtet worden. In diesem Jahre sind die betreffenden Mitteilungen im Zusammenhange mit den übrigen Berichten veröffentlicht. Der besondern fleten Aufmerksamkeit, die gerade in Hessen von Anfang an der Durchführung des Kinderschutzgesetzes entgegengebracht wurde, ist es zu danken, daß die Zahlen der erwerbstätigen Kinder stetig zurückgegangen sind. Von der Gesamtzahl aller hessischen Volksschulkinder 206 880 waren 3644 oder 1,76 % erwerbstätig. Verhältnismäßig am stärksten ist der Rückgang im Kreise Worms gewesen, dort sank der Prozentsatz der gewerblich tätigen Kinder zur Gesamtzahl der Volksschulkinder stetig von 5,8 im Jahre 1903 auf 1,7 im Jahre 1910. Soweit also die Kinderarbeit gesetzlich zu erreichen ist, sind Fortschritte zu erzielen möglich. Umso mehr sind die Lücken zu bebauern, die im Kinderschutzgesetz noch klaffen. Auch in den diesjährigen hessischen Berichten wird erneut auf die vielfach vorkommende Übermüdung der Kinder durch landwirtschaftliche Arbeiten hingewiesen. Besonders gefährlich, und zwar sowohl körperlich wie sittlich durch das Zusammenarbeiten mit wenig guten Elementen erwachsener Arbeiter, ist die Verwendung der Kinder an und bei den Dreschmaschinen, die im Kreise Worms allein in 27 Orten nachweisbar war. Doch fehlt vorläufig jede gesetzliche Grundlage, dagegen einzuschreiten.

Auch über die Wirkung der Gewerbeordnungsnovelle betreffend Arbeitszeit der Arbeiterinnen enthalten die hessischen Berichte manche lehrreiche Beobachtungen, auf die noch später, sobald die Berichte auch für die übrigen Bundesstaaten vorliegen, einzugehen sein wird.

Arbeiterschutz in der chemischen Industrie. Unter Leitung des Geh. Oberregierungsrats Koch hat am 14. Juni eine vom Reichsamt des Innern einberufene Konferenz zur Beratung eines Entwurfs von Grundzügen für die Einrichtung und den Betrieb für Fabriken von Anilin- und Zwischenprodukten stattgefunden. Es nahmen an der Konferenz teil vom Reichsamt des Innern die Referenten für Arbeiterschutz, Delegierte verschiedener Bundesregierungen, fachverständige Ärzte, Gewerbeaufsichtsbeamte sowie Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter der chemischen Industrie; die Vertreter der Arbeiter waren von der Arbeiterschaft der betreffenden Fabriken frei gewählt. Den Beratungen war ein im Reichsamt des Innern aufgestellter Entwurf zugrunde gelegt, der nach Erläuterung durch Geheimrat Dr. Leymann mit unwesentlichen Änderungen die Zustimmung sowohl der beteiligten Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer fand. Sobald die Grundzüge endgültig festgestellt sind, wird ihre Veröffentlichung erfolgen.

Zur Förderung des Bauarbeiterschutzes in Wien wird ein eigenes Gewerbeinspektorat errichtet werden, und zwar laut Verordnung des Handelsministers vom 7. Mai 1911 für die Überwachung von Bau-, Erd- und Wasserbauarbeiten. Diese Bauarbeiten werden somit der Aufsicht der bisherigen Gewerbeinspektion entzogen. Nach § 2 unterliegen der Aufsicht dieses Gewerbeinspektorats sämtliche Bauarbeiten, soweit sie nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften einem anderen eigenen Spezial-Gewerbeinspektorat unterstellt sind. Eingeschlossen sind auch jene baugewerblichen Arbeiten, die außerhalb der festen Betriebsstätte der betreffenden Gewerbetreibenden ausgeführt werden. Dem Handelsminister steht es frei, die Aufsichtstätigkeit dieses Gewerbeinspektorats auch auf Bauarbeiten außerhalb des Wiener Gemeindegebiets auszudehnen. Eine gleiche Sonderaufsichtsbehörde für Bauarbeiter besteht bereits in Prag.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Hauptversammlung des Verbandes der Rechtsauskunftsstellen.

Die Hauptversammlung des Verbandes wird am 6. und 7. Oktober d. J. in Leipzig stattfinden. Für die Verhandlungen sind zwei volle Tage in Aussicht genommen; auch wird mit der Hauptversammlung eine Versammlung der Praktiker der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen (Leiter und Verwalter) verbunden werden. Den Hauptvortrag hat Professor Dr. Gsche in Dresden übernommen; er wird über die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen als Einrichtungen der Rechtspflege sprechen. Außerdem wird die Bekämpfung der Schwindelfirmen und Schwindelkassen und im Zusammenhange damit die Praxis der Abzahlungsgeschäfte behandelt werden. Als dritten Punkt sieht das Programm einen

Vortrag von Syndikus Dr. Dilloo aus Ober-Bangenbielau über die Zentralisierung des Rechtswesens vor. Dieses Programm, dessen weitere Einzelheiten demnächst an dieser Stelle mitgeteilt werden, trägt den praktischen Aufgaben der gemeinnützigen Rechtsauskunft in besonderem Maße Rechnung und wird daher hoffentlich auch besonderem Interesse begegnen. Die Wahl der Stadt Leipzig ist erfolgt, weil der Vorstand hier auf eine besonders zahlreiche Beteiligung glaubt rechnen zu dürfen und zugleich der Wunsch bestand, der neuerdings in Sachsen in erfreulicher Entwicklung befindlichen Rechtsauskunftsbewegung eine kräftige Förderung angedeihen zu lassen.

Erweiterung der Tätigkeit des Verbandes. Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen erteilt künftighin an seine Mitglieder auch Auskunft in Fragen der gewerblichen und sozialen Gesetzgebung (Arbeiterversicherungs-gesetze und Gewerbeordnung) und in Fragen der Alimenterbeitreibung. Der Vorstand hat sich zu diesem Zwecke mit angesehenen Spezialisten der einzelnen Rechtsgebiete und mit dem Archiv Deutscher Berufsvoormünder in Verbindung gesetzt. Anfragen sind nur an die Geschäftsstelle des Verbandes (Lübeck, Parade 1) zu richten; für die Beantwortung ist mit einer Frist von mindestens vierzehn Tagen zu rechnen.

Weiter hat der Verbandsvorstand mit dem Versicherungsschutzverband (G. B.) in Berlin ein Abkommen getroffen, durch das den Mitgliedern des Rechtsauskunftsstellenverbandes die Möglichkeit geboten wird, die Hilfe des Versicherungsschutzverbandes, der über umfangreiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens verfügt, in Privatversicherungsangelegenheiten in Anspruch zu nehmen.

Rechtsauskunftsstellen und Reichsversicherungsordnung. Bei dem Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen, der vom 18. September bis 7. Oktober dieses Jahres in Frankfurt a. M. stattfindet (vergl. Sp. 789), wird auch die neue Reichsversicherungsordnung zur Darstellung kommen, und zwar wird ihr eine besondere, auf etwa 20 Stunden berechnete Vorlesung gewidmet werden.

Richterliche Rechtsbelehrung.

Der Volkstümlichkeit von Recht und Rechtsprechung begehrt, dem drängt die Praxis tagtäglich eine Fülle von Wünschen nach Reformen auf. Je komplizierter die Gesetzgebung wird, je größer die Zahl der Gesetze, je größer die Hast des täglichen Lebens und dadurch bedingt das Verlangen nach Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens, um so mehr wächst auch die Aufgabe des Gesetzgebers, dafür zu sorgen, daß der Rechtsuchende mit dem veränderten und beschleunigten Rechtsbetriebe Fühlung und Schritt halten kann. Daß diesem Erfordernis nicht ausreichend genügt wird, dafür sei aus der Fülle des Materials heute nur ein Punkt hervorgehoben:

Weder für den Zivil- noch für den bürgerlichen Strafprozeß gilt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Vorschrift, daß der Beurteilte über Rechtsmittel und Rechtsbehelfe zu belehren ist. Dieser Mangel wird besonders fühlbar, wenn durch neue Gesetze Fristen abgekürzt werden, wie das z. B. für das Veräumnisverfahren durch Reichsgesetz seit 1. April 1910 geschehen ist. Dieselbe Gesetzgebung, die unverkennbar die Tendenz hat, die Rechtsuchenden von dem Beistand eines Rechtskundigen unabhängiger zu machen, mutet ihnen zu, sich selbst die Rechtskenntnis zu verschaffen, daß durch die Novelle für die seit 1. April 1910 erlassenen amtsgerichtlichen Veräumnisurteile die Frist zur Einlegung des Einspruchs nur noch eine Woche beträgt gemäß ZPO. §§ 508 Abs. 2 und 339 Abs. 1 gegen bislang zwei Wochen, rechnend vom Tage der Zustellung des Urteils. Auch die einwöchige Berufungsfrist gegen schöffengerichtliche Urteile und die einwöchige Frist für die Einlegung der Revision sind keineswegs ein Bestandteil der Rechtskenntnis des Volkes geworden. Es kommt in Strafsachen nicht selten vor, daß nach Entgegennahme der gerichtlichen Entscheidung der Beurteilte sofort erklärt, sich bei dem Urteil nicht beruhigen zu wollen, und ersahrungsgemäß erfolgt darauf zumeist der kurze Bescheid des Vorsitzenden, „die Sache sei in dieser Instanz zu Ende.“ Dieses Verfahren rechtfertigt sich aus einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 2. November 1893, und Loewe schließt sich in seinem Kommentar zu StrPO. § 355 dieser Ansicht an mit der Begründung, die sofortige Protokollierung der Rechtsmitteleinlegung sei mit der Würde des Gerichts unverträglich und begünstige den übereilten Gebrauch des Rechtsmittels, freilich auch mit dem Hinzufügen, der Angeklagte sei über die Wirkungs-

losigkeit seiner Erklärung und darüber zu belehren, was er behufs Einlegung des Rechtsmittels zu tun habe. Daß so aber regelmäßig verfahren werde, lehrt die Praxis keineswegs. Im übrigen ist, wenngleich die Tendenz des Reichsgerichts unbedingt gebilligt werden muß, die dafür ins Feld geführte Begründung nicht stichhaltig. Im Wortlaut des § 355 der StrPD. ist nicht erkennbar zum Ausdruck gelangt, daß nur die von dem selbständig und deshalb außerhalb der Sitzung fungierenden Gerichtsschreiber protokollierte Erklärung neben der zugelassenen schriftlichen Erklärung formgültig sei. So gilt denn auch nach der gemeinen Meinung die Erklärung, wenn sie sogleich in das Verhandlungsprotokoll aufgenommen wird, als wirksam. Zu einem die Interessen des Beurteilten gefährdenden Unrecht wird der Gebrauch der Zurückverweisungsbeugnis aber vollends, wenn die nur durch das Tatgefühl und soziale Verständnis, nicht aber durch das Gesetz diktierte Belehrung des Beurteilten über die Formalitäten des Rechtsmittels unterbleibt.

Von der großen Zahl der Berufungen und Einsprüche, zu denen erst nach Ablauf der kurzen Fristen der Beurteilte Schritte unternimmt, erfahren die hauptsächlich bei der Gesetzgebung Mitwirkenden nur wenig. Derartige Fälle beschäftigen im allgemeinen nur den Gerichtsschreiber und den Anwalt, welche ein zweckloses, weil verspätetes Vorgehen unterbinden. Die Fälle sind jedoch so häufig — und kämen sie nur vereinzelt vor, würde das auch nicht dagegen sprechen — daß mit Nachdruck für die Zivil- und Strafprozeßordnung hinsichtlich der Rechtsbehelfe und Rechtsmittel eine zwingende Gesetzesvorschrift verlangt werden muß, anlehnend an den Gedanken der §§ 453 Abs. 3 und 459 Abs. 2 der StrPD. und des § 327 Abs. 3 und 5 der Militärstrafgerichtsordnung: Der durch die Entscheidung Betroffene ist über die Zulässigkeit der dagegen ihm zustehenden Rechtsmittel und Rechtsbehelfe, über die dabei zu beobachtende Frist und über den dafür einzuschlagenden Weg zu belehren. Die Belehrung ist zweckmäßig in den Tenor der Entscheidung aufzunehmen.

Für die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, denen schon dadurch eine bedeutsame soziale Aufgabe zufällt, daß sie das Publikum mit den strengen gesetzlichen Regeln des Rechtslebens, wie etwa mit den §§ 326, 464, 545, 634 und 1944 vertraut zu machen haben, dürfte es eine dankenswerte Aufgabe sein, in der vorstehend gekennzeichneten Richtung aufklärend zu wirken und zur Vorbereitung der angeregten gesetzgeberischen Maßnahme ihre Erfahrungen zu sammeln.

Lübeck.

Rechtsanwalt Jacobsohn.

Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate.

Für die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen ergibt sich aus ihrer Eigenschaft als Einrichtungen der Rechtspflege und der Volkswohlfahrtspflege in gleicher Weise die Verpflichtung zu politischer Neutralität. Unbefürmert um die politische Stellung des einzelnen haben sie innerhalb ihres Aufgabenbereichs jedermann in gleicher Weise in seinen Rechtsangelegenheiten zu beraten und zu schützen, lediglich zum Zwecke der gemeinnützigen Rechtsberatung und ohne jede Nebenabsicht. Auskunftsstellen, die diesem Erfordernis nicht entsprechen, die, wie hauptsächlich viele Arbeitersekretariate, besonderen Wert auf ihr enges Verhältnis zu einer bestimmten Partei legen, mögen im einzelnen eine sachgemäße und segensreiche Tätigkeit entfalten, dem der gemeinnützigen Rechtsauskunft zugrunde liegenden allgemeinen Bedürfnis entsprechen sie aber wegen ihrer politischen Bindung nicht. Daher bleibt die Errichtung gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen auch an solchen Orten notwendig, an denen bereits Arbeitersekretariate oder Auskunftsstellen politischer Parteien bestehen, da nicht politische Momente, sondern gewichtige Gründe der Rechtspflege und der Volkswohlfahrtspflege die Errichtung gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen fordern. Aufgabe der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen ist es aber selbstverständlich nicht, die anderen Rechtsauskunftsstellen zu bekämpfen; ihre Aufgabe liegt vielmehr lediglich in dem positiven Wirken für die gemeinnützige Rechtsauskunft. Bietet sich dabei im einzelnen Falle Gelegenheit zum Zusammenarbeiten mit jenen anderen Rechtsauskunftsstellen, so werden dem die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen gewiß nicht aus dem Wege gehen. Erfahrungsgemäß vollzieht sich ein derartiges Zusammenarbeiten von beiden Seiten in der Regel ohne Schwierigkeiten. Nur in der öffentlichen Diskussion und Agitation begegnen wir immer wieder einem der gemeinnützigen Rechtsauskunft feindlichen Standpunkt, der trotz unzweifelhafter Neutralität der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen diese als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie hinstellt (s. vergl. die Ausführung des

Abgeordneten Reinert im Preussischen Landtag, Sp. 620). Aber dieser Standpunkt ist nicht unwandelbar. Werden doch neuerdings auch auf sozialdemokratischer Seite Stimmen für die gemeinnützige Rechtsauskunft laut. Zum Beweise sei auf die Ausführungen des jüngst erschienenen 16. Jahresberichts des Arbeitersekretariats in Nürnberg für das Jahr 1910 verwiesen. Freilich sind es nicht Gründe der allgemeinen Volkswohlfahrt, die hier zu einer verständigeren Stellungnahme führen, sondern der Wunsch, selbst entlastet zu werden.

„Seit zwei Jahren“, so schreibt der Bericht, „warten wir auf die gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle, die wegen Mangel an verfügbaren Mitteln immer von Jahr zu Jahr hinausgeschoben wurde. Die Errichtung wurde bereits im Jahre 1909 beschlossen, und in den Haushaltsantrag für das Jahr 1910 wurden auch Mittel eingelegt, aber wieder gestrichen. Durch die Streichung der Mittel wurde die Errichtung auf das Jahr 1911 verschoben und der Voranschlag für das Jahr 1911 hat den Betrag von 8120 M. vorgegeben, so daß jedenfalls mit dem 1. Juli 1911 die Rechtsauskunftsstelle ins Leben treten wird. Die Kosten pro Jahr haben sich durch die Steigerung der Beamtengehälter auf 6240 M. erhöht. Als Leiter der Rechtsauskunftsstelle ist ein Beamter im Range eines Kreisassessors vorgegeben, dem zur Führung der Geschäfte eine Schreibkraft beigegeben ist. Die Errichtung der städtischen Rechtsauskunftsstelle ist für unser Institut insofern von Bedeutung, als wir uns eine weitgehende Entlastung davon versprechen. Es werden sich die auskunftsuchenden teilweise an die städtische Rechtsauskunftsstelle wenden, und dadurch werden wir in die Lage versetzt, uns anderen Gebieten zuzuwenden; wir werden auch eher die Möglichkeit haben, die auftauchenden Fragen gründlicher zu bearbeiten. Außerdem wird jedenfalls die Rechtsversicherungsordnung neue Aufgaben für die Arbeitersekretariate bringen, so daß eine Entlastung nur erwünscht sein kann.“

Zu wünschen wäre, daß dieser verständige Standpunkt gegenüber der gemeinnützigen Rechtsauskunft auch andererseits bei den Sozialdemokraten an die Stelle des jetzt zumeist vertretenen, von wenig Verantwortlichkeitsgefühl für das Volkswohl zeugenden Standpunktes tritt.

Lübeck.

Rat Dr. Linl.

Die Berichterstattung des Reichsarbeitsblatts über gemeinnützige Rechtsberatung soll nach einer Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes bei der lebhaftesten Veröffentlichung über die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise künftig nur in größeren Zwischenräumen erfolgen. Daraufhin hatte der Vorstand des Verbandes der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen an das Kaiserliche Statistische Amt mit eingehender Begründung die Bitte gerichtet, jene Erhebungen und Veröffentlichungen wenigstens vor der Hand alljährlich fortzusetzen. Hierauf hat der Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes erwidert,

er verkenne keineswegs die Bedeutung der Gründe, die der Vorstand für eine zunächst noch jährliche Fortsetzung der Erhebungen geltend mache; demgegenüber stehe jedoch die namentlich auch vom Reichstage betonte Notwendigkeit einer Einschränkung der statistischen Arbeiten und des Umfangs der Veröffentlichungen. Eine alljährliche Wiederholung der Erhebungen im vorjährigen Rahmen könne daher nicht in Aussicht gestellt werden, doch werde es möglich sein, in den Jahren, die zwischen den größeren Erhebungen liegen, eine Umfrage bei den Rechtsauskunftsstellen zu veranstalten, die sich lediglich auf die Zahl der Auskünfte und Schriftsätze im Berichtsjahr erstreckte, um auf diese Weise ein Bild von der Weiterentwicklung der Rechtsauskunftsstellen zu geben.

Eine Fragekarte zur Beschaffung dieser Angaben ist dem Verbande nunmehr zugestellt und von der Geschäftsstelle des Verbandes an die einzelnen Rechtsauskunftsstellen, die auch an dieser Stelle um umgehende Ausfüllung und Rücksendung gebeten werden, gesandt worden.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910. II.

4. Der Gemeinnützige Verein für Rechtsauskunft (E.V.) in Groß-Berlin hat im Berichtsjahre durch Errichtung von Rechtsauskunftsstellen in sechs in den Kreisen Teltow und Niederbarnim gelegenen Vororten seinen Tätigkeitsbereich wesentlich erweitert. Die Statistik weist 39 719 neue Rechtsfälle nach. Interessant ist die verschiedenartige Beanspruchung der einzelnen Stellen, sowohl was die soziale Stellung der einzelnen Besucher als auch was die rechtlichen Auskunftsgebiete anlangt. Während in Charlottenburg die Zahl der „Selbständigen“ 3000 übersteigt, ist die höchste Ziffer der „Selbständigen“ in den übrigen Rechtsauskunftsstellen 673. Die soziale Verschiebung ist an den Gesamtziffern der neubearbeiteten Rechtsfälle mit 10% beteiligt, steigt in den Stellen im Norden und Osten auf 14, sinkt dagegen in Charlottenburg, wo die Zimmervermieterinnen einen großen Teil der

Klientel bilden, auf fast 6% herab. — Dagegen betragen die Mietsstreitigkeiten in Charlottenburg fast 13% und sinken in den erwähnten anderen Stellen auf 6% herab. Die Rixdorfer Stelle ist am 1. April 1911 aus dem Verein ausgeschieden und von der Stadt Rixdorf in eigene Verwaltung genommen worden. Getreu seinem Programm, daß der Verein in dem Moment seine Tätigkeit als erledigt ansehe, in dem eine geeignete städtische Körperschaft an seine Stelle tritt, begrüßt er den Beschluß der Rixdorfer städtischen Behörden, besonders da an dem vom Verein vertretenen Grundsatz der Freizügigkeit, d. h. daß jede Rechtsauskunftsstelle in Groß-Berlin für jeden Besucher offen steht, wo er auch wohnt, nichts geändert werden soll.

Der Verein beschäftigt nach Ausscheiden der Rixdorfer Stelle zwei Juristen mit zweitem Examen, zwei Juristen mit erstem Examen, einen Richterjuristen (früheren selbständigen Kommunalverwaltungsbeamten) und zwei Maschinenschreiberinnen als vollbeschäftigte Beamte und einen Juristen mit erstem Examen sowie eine juristisch geschulte Dame als durch die Arbeit in den Rechtsauskunftsstellen nicht voll beschäftigte Beamte. Die Verwaltung wird nach wie vor durch das Bureau für Sozialpolitik in Berlin W. 80, Rollendorfsstraße 29/30 unentgeltlich geführt.

Trotz der unzweifelhaft großen Leistungen des Vereins auf dem Gebiete der gemeinnützigen Rechtsauskunft hat der preussische Handelsminister dem Verein für das Etatsjahr 1911 die Staatsbeihilfe entzogen. — Die Frage der Beschaffung geeigneter Leiter für die Rechtsauskunftsstellen hat den Verein vielfach beschäftigt. Der Bericht sagt hierzu:

Auf Grund der Erfahrungen, die wir in unseren Stellen immer wieder bestätigt finden, muß der Leiter einer großen Rechtsauskunftsstelle unter allen Umständen ein Jurist sein, wenn möglich ein solcher, der das zweite Examen bestanden hat, obwohl wir auch gerade unter denen, die an dieser Klippe gescheitert sind, vielfach geeignete Auskunftsbeamte gefunden haben, besonders wenn sie nach ihrer eigentlichen Referendanzzeit in kaufmännischen und industriellen Betrieben tätig gewesen sind. Aber auch unter älteren Referendaren, die noch in der Vorbereitungszeit stehen, haben wir solche kennen gelernt, die sich vorzüglich zu Auskunftsbeamten eignen — es gehört eben zu einem guten Rechtsauskunftsbeamten noch wesentlich mehr als der bloße Besitz von Rechtskenntnissen: vor allem das Geschick, mit dem Publikum in solcher Weise zu verkehren, daß der unbemittelte Klient Achtung bekommt vor dem Wissen und Können des Rechtsauskunftsbeamten und doch dabei soviel Vertrauen zu diesem gewinnt, daß er seine Karten ganz aufdeckt. Das wird aber nur gelingen, wenn es der Beamte versteht, in möglichst kurzer Zeit den Kern der Sache, auf den es ankommt, herauszufinden, und die juristische Hilfe dann so einrichtet, daß mit dem geringsten Aufwand an Mitteln möglichst viel erreicht wird — das ist etwas, wofür auch der sonst weniger begabte Rechtssuchende gewöhnlich ein sehr gutes Verständnis hat.

Um nun nicht auf solche Juristen auf die Dauer angewiesen zu sein, die den Staats- oder sonstigen öffentlichen Dienst aus irgendeinem Grunde zu verlassen gezwungen waren, haben wir zu Beginn des Geschäftsjahres beim preussischen Herrn Justizminister den Antrag gestellt, uns die Beschäftigung von Gerichtsassessoren in unseren Rechtsauskunftsstellen zu gestatten und sie zu diesem Zwecke zu beurlauben. Durch Verfügung vom 21. April 1910 hat sich der Herr Minister hierzu bereit erklärt mit der Maßgabe, daß der im Dienstwege nachzusuchende Urlaub, falls nicht besondere Bedenken entgegenstehen, zunächst auf ein Jahr erleiht und auf weiteren Antrag um noch ein Jahr verlängert wird.

Diese äußerst dankenswerte Entschliebung des preussischen Justizministers ist auch über den Kreis unseres Vereins hinaus von großer Bedeutung für das ganze gemeinnützige Rechtsauskunftsweien, da hierdurch grundsätzlich auch für Preußen möglich wird, was in einigen anderen Bundesstaaten schon seit längerer Zeit zugelassen ist, nämlich die zeitweilige Beschäftigung von Juristen in Rechtsauskunftsstellen, ohne daß sie gezwungen werden, aus dem Justizdienst auszuscheiden. Und auch weit über die gemeinnützige Rechtsauskunft hinaus dürfte diese justizministerielle Entschliebung von großer Bedeutung sein. Bekanntlich spielt die Ausbildung unserer Juristen gegenwärtig wieder eine große Rolle — welches Gewicht dieser Frage beigemessen wird, zeigt am besten, daß sie auch auf dem Deutschen Anwaltskongress 1911 eins der beiden Verhandlungsthemen bilden wird. Und da sich die Stimmen, insbesondere auch aus berufener Munde, außerordentlich mehren, die auf die große Bedeutung hinweisen, die eine Beschäftigung der jungen Juristen in gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen im Interesse ihrer Ausbildung hat, so dürfte bei der neuerlichen Aufrollung der Frage der Ausbildung unserer Juristen die Frage ihrer Beschäftigung in gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen nicht zu umgehen sein. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt auch die Frage, wer eine Rechtsauskunftsstelle leitet, naturgemäß erhöhte Bedeutung.

5. Die städtische RA. in Chemnitz (3. Geschäftsjahr) zeigt eine Steigerung der behandelten Fälle von 4655 auf 5394 gegenüber dem Vorjahre. Mehr als 11% der Fälle wurden durch Rechtsanwälte erledigt, die nach wie vor in uneigennützigster Weise in der Chemnitzer Rechtsauskunftsstelle mitwirkten und deren Mitarbeit von den beteiligten Kreisen als eine Wohltat empfunden

und geschätzt wird. Zur Wahrung der Rechte der Rentner beim sächsischen Landesversicherungsamt läßt die Stelle sich neuerdings durch den Sekretär des Dresdener Vereins für öffentliche Rechtsauskunft vertreten.

6. Der Bericht der Allgemeinen Rechtsauskunftsstelle Düsseldorf (4490 Besucher gegen 3961 im Vorjahre) erwähnt, daß von einem Erfolg der eingelegten Rechtsmittel beim Reichsversicherungsamt nicht berichtet werden könne, und er hebt hierzu die ständige Klage der Rentenbewerber hervor, daß es ihnen nicht möglich sei, ärztliche Gutachten zu beschaffen, weil ihnen von den Ärzten erklärt werde, daß sie nur auf Ersuchen der Berufsgenossenschaft oder des Schiedsgerichts sich gutachtlich äußern würden. Daß hierdurch eine Rechtfertigung der Revision sehr erschwert werde und die Anordnung eines neuen ärztlichen Gutachtens kaum zu erhoffen sei, liege auf der Hand.

7. Die städtische RA. in Worms hat im Jahre 1909 bei 2529 Besuchern 1105 und 1910 bei 2016 Besuchern 916 Schriftsätze angefertigt. Die Anfertigung dieser großen Zahl von Schriftsätzen wird in dem Bericht für 1909 damit gerechtfertigt, daß „ohne die Anfertigung der notwendigen schriftlichen Arbeiten den Auskunftsfolgenden eine wirksame Hilfe nicht erteilt werden könne“. Die erfolgreichen Einigungen betrugen 1909 305, 1910 227. Es kamen Vergleichssummen bis 500 M. vor. Die Einigungsbestrebungen der RA. haben, wie in dem Bericht für 1909 hervorgehoben wird, einen wesentlichen Rückgang der Klagen aus dem gewerblichen und kaufmännischen Dienstvertrag zur Folge gehabt. Die Zahl der anhängig gemachten Klagen beträgt kaum noch die Hälfte wie in früheren Jahren.

8. Die RA. Kaiserslautern zeichnet sich ebenfalls durch eine sehr hohe Zahl von schriftlichen Bearbeitungen der Rechtsfälle aus. In der Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. März 1909 betrug die Zahl der erteilten Auskünfte 16 883, die Zahl der schriftlich angefertigten Arbeiten 4886, und 1910 wurden insgesamt 4969 Auskünfte erteilt mit 2066 Schriftsätzen.

Das Zentral-Arbeiterssekretariat im Jahre 1910. Das Sekretariat, das in erster Linie zur persönlichen Vertretung von Rentenanprechern vorm Reichsversicherungsamt von den Freien Gewerkschaften ins Leben gerufen worden ist, hatte einen Zugang von 2416 (2117) Sachen, die die Unfall-, Invaliden- und Knappschafts-pensionsversicherung betrafen; aus dem Jahre 1908 lagen noch 9, aus dem Jahre 1909 noch 1023 Sachen zur weiteren Bearbeitung vor. Insgesamt wurden 2245 Sachen erledigt; unerledigt blieben 1 Sache aus dem Jahre 1908, 23 aus 1909, 1179 aus 1910. Unter der Bewertung, daß auch alle Teilerfolge zugunsten des Verletzten rubriziert wurden, gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß über die 2079 erledigten Unfallstreitsachen:

Gegenstand des Streits	Zahl der Fälle	Die Sache wurde für den Verletzten		Die Vertretung wurde abgelehnt
		günstig	ungünstig	
Anerkennung des Betriebsunfalls	133	49	65	19
Höhe der ersten Rente	193	99	78	21
Herabsetzung der Rente	1811	483	583	245
Ob Krankheit Unfallfolge	186	59	97	30
Verhinderung der Unfallfolgen	90	20	58	17
Hilfslosenrente	4	2	2	—
Unterbliebenenrente	120	42	70	8
Widowenrente	10	2	6	2
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes	12	6	4	2
Unzulässiger Refus	5	—	4	1
Wiederaufnahme des Verfahrens	5	2	2	1
Verjährung	10	4	4	2
Summa	2079	768	963	348

In den zugunsten der Verletzten entschiedenen Unfallsachen wurde in 218 Fällen die Berufsgenossenschaft zur Gewährung von 2506 M. außergerichtlichen Kosten verpflichtet, die entweder durch das Erscheinen der Verletzten im Termin oder durch Beibringung ärztlicher Gutachten erwachsen waren.

Unter den 141 erledigten Invalidenstreitsachen waren 7 Berufungen, von denen 2 erfolglos, 4 erfolgreich waren; 1 wurde als aussichtslos zurückgezogen. Von den verbleibenden 134 Revisionen wurde in 38 Fällen die Vertretung als aussichtslos abgelehnt. Die Revision des Verletzten wurde 41mal zurückgewiesen, 8mal zurückgenommen, in 6 Fällen wurde der Revision stattgegeben, in 14 Fällen die Sache zur nochmaligen Verhandlung ans Schieds-

gericht zurückgewiesen. Die betreffenden Zahlen bei den Revisionen des Versicherungsträgers waren 11, 1, 6, 9.

Knappschaffs-Pensionsachen waren 25 zu erledigen, davon 1 beim Schiedsgericht, 24 beim Oberschiedsgericht.

In zwei Sachen, in denen es sich um die Anerkennung der Mitgliedschaft handelte, wurde nachträglich die Mitgliedschaft anerkannt. In vier Fällen mußte die Vertretung abgelehnt werden, weil die Revision nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu halten war. In neun Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen auf die Revision der Versicherten die Sache an das Schiedsgericht zurückverwiesen. In zwei Sachen geschah dieses auf die Revision des Knappschaffsvereins und in je einem Falle wurde der Revision des Versicherten und des Knappschaffsvereins stattgegeben und im letzten Falle die Revision des Knappschaffsvereins zurückgewiesen.

Außer diesen Rentenstreitsachen wurde das Sekretariat noch in 688 Sachen zur schriftlichen Auskunfterteilung angegangen, und es machten sich in diesen Fällen 1103 einzelne Auskünfte erforderlich. Die vom Sekretariat erteilten mündlichen Auskünfte, die in der Hauptsache die Versicherungsgeßgebung betrafen, sind nicht besonders gezählt worden.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Zur Erßklassenfrage in der Privatangestelltenversicherung.

Von Siegfried Lampe, Versicherungsbeamter in Magdeburg.

Die Erßklassenfrage ist meines Erachtens im Gegensatz zu der kürzlich von Dr. Claus in der „Soz. Prax.“ (Sp. 1086) vertretenen Ansicht in dem jetzigen Geßzentwurf, der die Zulassung bereits bestehender Privateinrichtungen bedeutet, recht glücklich gelöst worden. Die Zulassung neuzugründender Kassen erfolgt ja nicht bedingungslos, sondern wird davon abhängig gemacht, daß sie das durch Geß festgelegte Allgemeinheitsinteresse nicht verletzen. Wenn Österreich hierauf nicht Bedacht nahm, so sagt man, war das ein Fehler. Mancher hat aber schon gefragt, ob es denn überhaupt angebracht und notwendig sei, eine Reichsanstalt zum gewollten Zwecke einzusetzen. Der könne auf privatem Wege voll erreicht werden. Auch eine Sonderung nach Berufen läme alsdann vielleicht in Frage, was schon aus Gerechtigkeitsgründen etwas für sich hätte. Denn selbst auf dem Wege der (vielfach heftigt angefeindeten) Sonderkassen kommen wir zu einer unter Umständen recht verdrößlichen Gleichmacherei.

Will man die Reichsversicherungsanstalt, so kann man nur auf die bereits bestehenden Privatkasseneinrichtungen Bedacht nehmen. In dem erwähnten Aufsatz in der „Soz. Prax.“ (Sp. 1086) meint Dr. Claus, in seinen zukünftigen Wirkungen sei das Geß nicht zu übersehen; es sei aber möglich, ja wahrscheinlich, daß die Zulassung bestehender Kassen die Reichsanstalt so schwächen werde, daß Beitrags erhöhungen die Folge sein würden. Die rechnerischen Unterlagen der staatlichen Versicherungen seien jetzt schon unsicher genannt worden. Nur das Drängen der Schwerindustrie habe die Änderung des Entwurfs zu gunsten der privaten Erßklassen bewirkt; auf die wenigen einzelnen Privatbeamtengruppen, deren Sorge um die Erßhaltung ihrer Pensionsseinrichtungen und -ansprüche Dr. Claus kurzschichtigen Egoismus nennt, würde keine Rücksicht genommen worden sein.

Ich weiß nicht, ob die Schwerindustrie mit dem Schwergewicht ihrer Meinung das Jünglein an der Wage beeinflusst hat; es ist möglich. Aber man wolle bedenken: man scheidet sich an, eine Versorgung aller Privatangestellten durch Reichsgeß zu schaffen, und damit die Sache nicht zu teuer werde, soll es notwendig sein, die bisherigen, einwandfrei wirkenden Unternehmungen privater Natur, vielleicht lange schon segensreich wirkende und (was sehr wichtig!) Besseres leistende Institutionen, deren Leistungen durch bereits jahrzehntelange Beitragsopfer gerade auch den beteiligten Angestellten ermöglicht wurden und werden, zu zerschlagen? Reicht das nicht, auf dem billigsten Wege die ärgste Unbilligkeit begehen? Diese Institutionen zerschlagen heißt bisher erwachsene Rechtsansprüche vernichten, längst fällige oder mit jedem Tage fällig werdende so gut wie künftige Rechtsansprüche! Und wenn es sich noch um besitzutierte Leute handelte, dürfte man die Entschuldigungen gelten lassen: „Die können's verschmerzen.“ Das trifft hier wohl in den seltensten Fällen zu.

Gewiß fordert unser soziales Denken die Angestelltenversicherung. Bei Erß eines Geßes muß man jedoch zwischen versorgten und noch nicht versorgten Angestellten zu unter-

scheiden wissen. Man kann und darf nicht blind darüber hinweggehen wollen, daß solche Versicherungen mit allen ihren Konsequenzen bereits existieren. Daß man im Lager der Zulassungsgegner diese Versicherungen privaten Charakters seit langem scheel ansieht und die staatliche Gleichmacherei als Mittel ansieht, jene verschwinden zu machen, ist unleugbar. Der Geßgeber ist gezwungen, bisher existierende Versicherungsrichtungen an der Hand seines staatlichen Versorgungsideals zu würdigen. Eine solche Würdigung hat sich meines Wissens der führende Hauptauschuß nicht angelegen sein lassen. Das hat sich hier gerächt. Der Geßgeber muß existierende Kassen, die dem staatlichen Ideal mindestens entsprechen, anerkennen oder aber: der Staat müßte die verbürgten Ansprüche für sich verbindlich übernehmen. Ich glaube nur, dieser letztere Weg wäre noch teurer. Ganz natürlich und selbstverständlich steht es jeder Geßgebung frei, (auch sogar nach Erß eines bisherige berechnete Interessen schonenden Versorgungsgeßes) Mißstände zu beseitigen, die sich unter Umständen auf dem privaten Versorgungswege herausstellen. Aber auch das staatliche Verfahren wird seine Mängel mit der Zeit deutlich werden lassen. Es ist entschieden nicht wünschenswert, und es heißt die geplante Staatsversorgung diskreditieren, wenn man um ihrerwillen Raub und Schädigungen an minderbegüterten Privatversicherungsberechtigten unumgänglich findet.

Der 25. ordentliche Berufsgeßgenossenschaftstag (Eindau, 27. Mai).

Justizrat Dr. Reisser-Breslau berichtete über die Änderungen des Unfallversicherungsrechts in der Reichsversicherungsordnung. Sein Urteil ging dahin, daß das neue Recht dem bestehenden gegenüber keinen Fortschritt bedeute, daß vielmehr einzelnen Verbesserungen eine Fülle technischer mangelhafter Vorschriften gegenüberstehe, durch die lediglich eine Vermehrung des Schreibwerks und der Kosten entstände, wodurch Verschleppungen herbeigeführt werden würden. Trotzdem und trotz der Beschränkung des Rekurses würden die Berufsgeßgenossenschaften unter dem neuen Rechte, das ihre Selbstverwaltung und ihre vornehmsten Rechte nicht antastet, Leben und eine gedeßliche Wirksamkeit entfalten können, während ja der Entwurf und bis zu einem gewissen Grade auch die Regierungsvorlage sie zu einem Scheindasein verurteilt hätten.

Verwaltungsdirektor Regierungsrat a. D. Dr. Stöcker (Wohum) berichtete über Anlaß, Durchführung und Ergebnisse einer im vorigen Jahre von der Sektion 2 der Knappschaffs-Verßgenossenschaft veranstalteten Revision ihrer in Italien wohnenden Rentenempfänger. Dieser erstmalige Versuch einer Geßgenossenschaft, durch deutsche und italienische Gutachter gemeinsam in einer Arztekommmission Rentenempfänger im Auslande untersuchen zu lassen, sei gut gelungen.

Bei der Neubearbeitung der Normal-Unfallverßhütungsvorschriften, die sich infolge der gewaltigen Entwicklung der Industrie und der Fortschritte der Unfallverßhütungstechnik, insbesondere durch die Einführung der Elektrotechnik, als notwendig erwiesen hat, hat sich gezeigt, daß als Hindernis wirksamer Unfallverßhütung namentlich der Erß vielfacher, mit den berußgenossenschaftlichen Vorschriften und miteinander in Widerspruch stehender landespolizeilicher Verordnungen empfunden wird. Hieraus folgt eine zweckwidrige Belastung der Industrie und eine Erßschwerung des Arbeiterschutzes. Da bei der Ausbeßung der meisten Berufsgeßgenossenschaften über die Gebiete einer Reihe von Bundesstaaten eine Beseitigung dieses Übelsandes jedoch nur möglich ist, wenn zunächst eine Verßandigung der Bundesregierungen über einheitliche Verordnungen auf technischem Gebiete, z. B. über die Anlage und den Betrieb von Fahrträhnen, Dampffähren, elektrischen Anlagen u. a. herbeigeführt wird, wird der Verband die verbündeten Regierungen bitten, unter Zuziehung von Vertretern der Industrie Verhandlungen in die Wege zu leiten, die auf einen Ausgleich der vorhandenen Unstimmigkeiten gerichtet sind. — Zum Schluß wurde über die bisherigen Erfolge des Zusammenwirkens der Berufsgeßgenossenschaften mit dem Vereine vom Roten Kreuze berichtet (vergl. Sp. 1104).

Zur Angestelltenversicherung hat die Siebenerkommission des Hauptauschusses für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten am 22. Juni wiederum Stellung genommen. Die Verhandlungen, an denen auch Vertreter des Reichsamts des Innern teilnahmen, führten, wie mitgeteilt wird, zu dem Ergebnis, daß der Entwurf nach wie vor als eine brauchbare Grundlage für die Schaffung des Geßes anzusehen sei, dessen baldige Verabschiedung im Reichstag erstrebt werden müsse. Die Angestellten erwarten, daß der Reichstag die Beratung des Geßesentwurfs sofort nach seinem Zusammentritt vornehmen und den Wünschen des Hauptauschusses, soweit sie in dem Entwurf noch nicht verwirklicht sind, noch Geltung verschaffen wird. Die Siebenerkommission erkennt die vorgenommene Verbesserung der Selbstverwaltung an, hält aber im übrigen an den Forderungen des Hauptauschusses für die Ausgestaltung des Geßesentwurfs nachdrücklich fest.

Der geßliche Abschluß der schweizer Kranken- und Unfallversicherung ist durch die beiden eidgenössischen Räte an

13. Juni erfolgt. Der Nationalrat nahm das Gesetz, dessen Trennung in zwei Abstimmungsvorlagen von neun plutokratischen Abgeordneten vergeblich angestrebt wurde, mit 136 gegen 12 Stimmen bei Abwesenheit von 18 Abgeordneten an. Auch der einflussreiche Maschinenindustrielle Sulzer stimmte trotz aller Kritik an den Fehlern, die dem Gesetz seiner Meinung nach anhaften, dafür. Der Ständerat nahm das Gesetz einstimmig an. Der Präsident Biziger feierte in warmherziger Rede den gelungenen Abschluß des großen Werkes, das seit 1890 die Schweizer Gesetzgebung beschäftigte, im Jahre 1900 aber als lex Forrer bei der Volksabstimmung schlimm gescheitert war. Über die Bedeutung des Versicherungsgesetzes, das nun endlich auch die Schweiz in die Reihe der Sozialversicherungsstaaten einfügt, hat Ständerat Dr. Heer sich neulich in der „Soz. Praxis“ (Sp. 955) ausgesprochen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Mai im großen und ganzen gegen den Vormonat weiter gehoben. Besonders im Baugewerbe hielt infolge der guten Witterung die im vorigen Monate begonnene Besserung des Beschäftigungsgrads in den meisten Teilen Deutschlands an. Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist gegenüber dem Vormonat eine kleine Abschwächung eingetreten. Im Saarrevier konnten größere Mengen Kohlen im Vergleiche zum Vormonat gefördert und abgesetzt werden. Die ober- und niederschlesischen Kohlenwerke klagten über Mangel an Absatz. In der Braunkohlenindustrie war der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend. Gut war die Beschäftigung in der Metall- und Maschinenindustrie, in der elektrischen, chemischen Industrie, im Fleischnachbearbeitungs- wie auch im Schiffbau- und Expeditionsgewerbe. Dagegen wird in der Textilindustrie, hauptsächlich von den Baumwollspinnern und Webern, noch immer über ungenügenden Geschäftsgang und vielfach über gedrückte Preise geklagt. Unbefriedigend war größtenteils die Lage in der Tafelglas-, Kalk- und Papierindustrie, dagegen hatte die Holzindustrie durchschnittlich befriedigenden Geschäftsgang.

Auch die Arbeitslosenfiguren der Fachverbände lassen auf eine Besserung gegenüber dem Vormonat und Vorjahre schließen. Von den 1890 651 Mitgliedern der 47 Fachverbände, die im Mai berichtet haben, waren 1,6 v. H. arbeitslos gegen 20 v. H. in demselben Monat des Vorjahres und 1,80 v. H. im April d. J. bei Gegenüberstellung der gleichen Verbände.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Mai weiter bedeutend gehoben. Es ergab sich am 1. Juni 1911 gegenüber dem 1. Mai eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten, von insgesamt 89 711 (71 411 männlichen und 18 300 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 109, der der weiblichen von 100 auf 104 gestiegen.

Bei den hier allein berücksichtigten Arbeitsnachweisen, von denen vollständige Angaben vorliegen, kommen bei der Gesamtzahl im Berichtsmonat auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 144 gegen 188 im gleichen Monate des Vorjahres und 143 im Vormonat. Es würde daraus auf eine Besserung gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres zu schließen sein, während gegen den Vormonat der Andrang der Arbeitsuchenden etwa auf gleicher Höhe geblieben ist.

Für weibliche Personen kommen bei den festgestellten Gesamtzahlen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmonte 82 Arbeitsuchende, während die entsprechenden Zahlen 79 im Vormonat und 91 im Mai 1910 ergeben.

Die preussischen Arbeitsnachweisverbände, und zwar der mitteldeutsche, rheinische, westfälische, nordelbische, niedersächsische, sächsische und märkische Verband, besprachen am 21. Mai in Hannover gemeinsame Angelegenheiten. Dr. Schlotter-Frankfurt a. M. teilte in seinem Vortrag über die Subventionierung der preussischen Arbeitsnachweisverbände mit, daß nach einer Umfrage bei den beteiligten Verbänden die Unterfügungen in der Hauptsache vom Minister des Innern, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft ausbezahlt werden. Angesichts der hohen Zuschüsse der süddeutschen Staaten zu den Arbeitsnachweisverbänden müsse eine kräftigere geldliche Beihilfe des Staates zu diesem anerkannten wichtigen Zweig der sozialen Frage dringend gewünscht werden. Geh. Oberregierungsrat Neumann erwiderte, daß in Preußen die Verhältnisse anders seien als in Süddeutschland. Im Süden sei die Zentralisation strenger zur Durchführung gekommen; ferner dürfe man nicht außer acht lassen, daß für Preußen die Zuschüsse der Provinzen und der halböffentlichen Korporationen recht beträchtlich seien. — Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M. sprach über das Wanderarbeitsstättengesetz und die staatliche Unterfügung der preussischen Arbeitsnachweisverbände und kam zu dem Schluß, daß es bei der wenig einheitlichen und auch mäßigen finanziellen Unterstützung seitens des

Staates wohl das zweckmäßigste sei, die mit viel bedeutenderen und festeren Mitteln ausgestatteten Wanderarbeitsstätten als Grundlage der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises zu benutzen oder gar ihn direkt damit zu verbinden, hauptsächlich um dauernde staatliche Beihilfe zu erzielen. Dr. Freund-Berlin hielt eine zu enge Verbindung des öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweises mit den Wanderarbeitsstätten für die selbständige Entwicklung der allgemeinen Arbeitsnachweise recht bedenklich. Die Selbständigkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises müsse möglichst gewahrt werden. Schatzrat Dr. v. Campe, der Vorsitzende des Verbandes niedersächsischer Arbeitsnachweise, trat dafür ein, daß man zunächst an Bestehendes anknüpfen müsse, in der Praxis zeige sich von selbst, daß die verschiedenen Provinzen verschieden zu behandeln seien. — Wegen der gegenwärtigen Feststellung der Gebührentagen für gewerbmäßige Stellenvermittler sollen die Verbände sich mit den Regierungspräsidenten in Verbindung setzen. Die Bekämpfung der Schäden der gewerbmäßigen Stellenvermittlung sei um so leichter, je genauer man den Geschäftsbetrieb der Vermittler kenne.

Der Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Reichshauptmannschaft Dresden (vgl. XIX. Sp. 67) hat, wie aus dem ersten von ihm erstatteten Jahresbericht hervorgeht, mit nicht geringen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der Zeit von seiner Eröffnung am 1. Oktober 1909 bis 31. Dezember 1910, wurden zwar 46 837 offene Stellen, 50 500 Stellengesuche angemeldet und 41 434 Vermittlungen erzielt. Hiervon entfielen aber 44 219 offene Stellen, 40 946 Gesuche und 37 872 Vermittlungen auf unqualifizierte Lohnarbeiter und Hausdiensthilfen, und 29 953 vermittelten Frauen standen nur 11 481 Männer gegenüber. In den übrigen Berufsgruppen waren die Vermittlungen nur in der Landwirtschaft, in der Fabrikarbeit (ohne nähere Bezeichnung) und im Gastgewerbe nennenswert, aber auch hier überwiegen die Frauen. Die geringen Erfolge auf dem Gebiete der Industrie und des Handwerks haben ihren Grund in der vollständig ablehnenden Haltung, die seitens der Innungen und der Arbeitgeber der Großindustrie dem Arbeitsnachweise gegenüber eingenommen wurde. Während die Arbeitnehmer der Anstalt von Anfang an Vertrauen entgegenbrachten, beobachteten die Arbeitgeber und zwar insbesondere die Vertreter der Innungen ein geradezu feindseliges Verhalten, und zwar — wie aus den in dem Berichte geschilderten Verhandlungen der Handelskammer hervorgeht — ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, die Geschäftstätigkeit des Arbeitsnachweises kennen zu lernen. So standen den Stellengesuchen natürlich nur wenige Angebote gegenüber: in der Metallverarbeitung, trotz der günstigen Konjunktur, 1392 Gesuchen nur 555 Angebote. Die Stadtwahlverwaltung unterstützt, den Wünschen der Innungen entsprechend, den Arbeitsnachweis in keiner Weise. Nachdem sie sich anfangs an den Vorarbeiten beteiligt hatte, lehnte sie später jede Unterstützung des Verbandes ab, so daß die Gründung des Zentralarbeitsnachweises nur durch eine erhebliche Subvention des Ministeriums möglich wurde. Die für Streiks und Aussperrungen geltenden Bestimmungen lauten folgendermaßen:

„1. Bei Streiks und Aussperrungen dauert die Arbeitsvermittlung fort. 2. Das Vorhandensein eines Streiks oder einer Aussperrung darf von dem Arbeitsnachweis erst dann bekannt gegeben werden, wenn eine schriftliche Mitteilung seitens einer Arbeiterorganisation oder eines Arbeitgeberverbandes bezw. eines Arbeitgebers vorliegt. Werden von einer bestreikten oder in Aussperrung befindlichen Firma beim Arbeitsnachweis Arbeiter verlangt, so ist derselben von der Meldung der Differenzen Mitteilung zu machen und steht der Firma das Recht der Rückäußerung zu. Solange keine Rückäußerung erfolgt, ist die erste Meldung maßgebend. Ebenso verliert ein Widerspruch der ersten Meldung seine Wirksamkeit bezüglich der Mitteilung an die Arbeitsuchenden, wenn nicht einer etwaigen telephonischen oder mündlichen Mitteilung postwendend eine schriftliche Mitteilung folgt. 3. Die Mitteilung an die für die Arbeitsstellen ausgewählten Arbeiter erfolgt mit den Worten: „Bei der Firma bezw. unter der und der Berufsgruppe ist Streik oder Aussperrung entstanden“ oder „bei der Firma bezw. unter der und der Berufsgruppe soll Streik (Aussperrung) entstanden sein, die Firma (der Arbeiterverband) bestreitet dies“, und zwar am Schalter unter Hinweis auf den Anschlag an der Tafel. Weitere die Arbeiter in ihrer Entschliebung beeinflussende Zusätze sind untersagt. 4. Das eigenmächtige Verteilen oder Ankleben von agitatorischen Flugblättern im Bereich der Geschäftsstelle des Arbeitsnachweises, und zwar innerhalb der Räume sowie draußen am Hause selber ist verboten und hat die Entziehung des Arbeitsnachweises zur Folge. 5. Die vorstehenden Bestimmungen finden nur in dem Falle eines Streiks oder einer Aussperrung Anwendung und gelten keineswegs für alle dem Arbeitsnachweis bekannt werdenden Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern.“

Diese Bestimmungen sind dann durch den Beschluß der Verwaltungskommission dahin ergänzt worden, daß die Verlautbarung des Arbeitskonflikts seitens der Anstalt erst dann zu erfolgen hat, wenn die hiervon betroffene Firma Arbeiter verlangt.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Ein Ferienheim für weibliche Angestellte in Daun (Eifel) ist von der Firma Leonhard Zieh, A.-G. in Köln, errichtet und am 20. Juni eröffnet worden. Außer einem größeren Wirtschaftsgebäude mit Speiseaal, Lesezimmer, Bibliothek, Wohnküche, gedeckten Terrassen und einer geräumigen Küchenanlage sowie der Wohnung für die Hausverwalterin enthält das Heim zwei Schlafgebäude mit je 28 Betten in je 12 Zimmern, ferner einen Stall und ein Waschküchengebäude. Auf dem Grundstück befindet sich eine starke kohlensäure Stahlquelle. Den Besucherrinnen, die in diesem Heim mehrere Wochen bei Weiterbezug des Gehalts vollständig kostenlos verpflegt werden — auch die Fahrt nach und von Daun wird vergütet — ist somit Gelegenheit geboten, eine Ernt- und Baderkur im eigenen Haus durchzuführen zu können. Ein Arzt steht ebenfalls unentgeltlich zur Verfügung.

Die Gründung eines Wohlfahrtsverbandes für die Stadt Essen ist kürzlich beschlossen worden. Beigeordneter Dr. Ducevius legte in der Gründungsversammlung die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Verbandes dar, von dessen Wirksamkeit man erwarten dürfe, daß er den einzelnen Wohlfahrtsvereinen zahlreiche neue Mitglieder zuführen werde. In völliger Wahrung der Stellung eines jeden Vereins solle der Verband die Wohlfahrt der Stadt Essen organisieren. Eine Entlastung der öffentlichen Armenpflege sei nicht beabsichtigt, im Gegenteil würden die durch den Verband gemachten Zuwendungen auf die gesellschaftlich zu gewöhnliche Armenunterstützung nicht angerechnet. Insbesondere erstrebt der Verband zur Verfeinerung eines geregelten Reimungs-austausches zwischen sämtlichen Gliedern der öffentlichen und nichtöffentlichen Armen- und Wohlfahrtspflege die Errichtung einer diesen Organen zugänglichen Auskunftsstelle. In anderen Städten seien diese Auskunftsstellen geradezu zum Rückgrat der gesamten Wohlfahrtspflege geworden. Schon in nächster Zeit wird der Verband seine Tätigkeit beginnen. M.

Herbergen zur Heimat. Die Statistik des Deutschen Herbergvereins (Bethel u. Viefelsfeld) in dessen Zeitschrift „Der Wanderer“ ergibt, daß im Jahre 1910 in Deutschland 447 Herbergen zur Heimat bestanden. Es verkehrten darin im ganzen 2 587 499 Gäste in 4 658 885 Schlafnächten. Mit 215 Herbergen waren Verpflegungsstationen oder Wanderarbeitsstätten verbunden; in diesen wurden 593 283 mittellose Wandergäste verpflegt. Die von Kommunalverbänden oder Vereinen gezahlten Verpflegungskosten betrugen zusammen 892 164 M. (gegen 1909 57 500 M. weniger). 817 Herbergen dienten zugleich als Kost- und Logierhäuser (Wohnheime) für 34 580 Kostgänger (Arbeitsgesellen, Einlogierer). Diese Verbindung erleichtert es vielen wandernden Arbeitssuchenden, sogleich am Herbergsort in Arbeit zu treten, während sie sonst in Ermangelung passender Unterkunft weiter wandern müßten. — Arbeit finden durch Vermittlung der Herbergen, zu deren Aufgaben von jeher der Arbeitsnachweis gehört, 159 119 Arbeitssuchende, meist wandernde. Von je 100 Eingeführten erhielten je 6,38 Arbeit (gegen 4,97 im Jahre 1909; in dieser Vermehrung tritt die Verringerung der wirtschaftlichen Gesamtanlage und Mehrung des Arbeitsangebotes deutlich hervor). Innerhalb der letzten 20 Jahre (1890—1910) war die Zahl der Übernachtungen am höchsten in den Jahren 1902 (4 498 815) und 1909 (4 727 297), am niedrigsten im Jahre 1890 (2 746 680). Der Deutsche Herbergverein, Gesamtverein der 15 Landes- und Provinzial-Herbergverbände, besteht jetzt 25 Jahre, während die erste Herberge zur Heimat schon vor 57 Jahren (1854 in Bonn) als erste allgemeinsoziale Reformherberge auf christlicher Grundlage errichtet wurde. (G. L. H. Berthes). Die 21. Mitgliederversammlung (Hauptversammlung) mit 25-jähriger Erinnerungsfeier findet vom 6.—8. Juli in Bethel bei Viefelsfeld statt. Das Programm wird Mitarbeitern und Freunden der Wanderfürsorgebestrebungen des Deutschen Herbergvereins auf Wunsch von dessen Geschäftsstelle in Bethel übersandt.

Eine hauswirtschaftliche Zentrale für Bayern ist kürzlich gegründet worden, die eine der Landwirtschaftszentrale vergleichbare Organisation darstellen soll als ein Glied des großen Deutschen hauswirtschaftlichen Verbandes. Von diesem sollen in den größeren deutschen Bezirken späterhin noch mehrere derartige Zentren ins Leben gerufen werden. Die hauswirtschaftliche Zentrale macht sich zur Aufgabe, eine Beratungs-, Auskunfts- und Prüfungsstelle zu bilden für alle die Hauswirtschaft betreffenden Fragen, sowie teilzunehmen an den Aufgaben zur Förderung der Volksgesundheitspflege. Zu diesem Zwecke hat die Zentrale folgende Organisation und Arbeitseinteilung getroffen: 1. Schaffung einer Auskunftsstelle für hauswirtschaftliche Fragen, speziell über neue hauswirtschaftliche Maschinen, Apparate, technisch-chemische Präparate usw. 2. Um solche Fragen eingehendst beantworten zu können, wurde eine praktisch-hauswirtschaftliche, eine technische und eine chemische Prüfungsstelle geschaffen. Die Firmen hauswirtschaftlicher Apparate und chemisch-technischer Präparate werden aufgefordert, ihre Produkte hier untersuchen und begutachten zu lassen. Die Resultate der Untersuchung werden, falls sie günstig lauten, in entsprechender Weise publiziert. 3. Förderung von Einrichtungen für wirtschaftliche Belehrung: Kurse, Vorträge, Ausstellungen, Wanderschulung und sonstige Veranstaltungen, die eine Einführung in hygienische, volkswirtschaftliche und technische Fragen bezwecken. 4. Statistische Erhebungen über Ernährungsverhältnisse und sonstige wirtschaftliche und hygienische Fragen und die Bearbeitung des gewonnenen Materials.

Genossenschaftswesen.

Der 8. Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine fand vom 19. bis 21. Juni in Leipzig statt. Nach den Berichten waren dem Verbands 1910: 1109 Vereine mit 1 171 763 Mitgliedern angeschlossen (1909: 1077 Vereine mit 1 047 975 Mitgliedern); der Gesamtumsatz hat 433 Millionen Mark erreicht, während die Zahl der beschäftigten Personen 19 000 beträgt. Generalsekretär Kaufmann betonte die Wichtigkeit friedlicher Gestaltung des Arbeitsverhältnisses im Genossenschaftswesen; er begründete daher die große Zahl der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge. Gerade das Bestreben, nur sozial einwandfrei produzierte Waren zu führen, bringe freilich eine Belastung der Genossenschaften mit sich, die im Preise zum Ausdruck kommen müsse; da sei es nötig, den Konsumenten klarzumachen, daß es unmoralisch ist, unter allen Umständen den billigsten Preisen nachzulaufen. Kaufmann wandte sich in seinem Bericht dann der Frage der Lehrlingsausbildung zu; er verlangte eine sachgemäße Ausbildung mit anschließender Übernahme derselben durch andere Genossenschaften unter Benützung des hierfür eingerichteten gemeinsamen Arbeitsnachweises der Zentralverbände der Konsumvereine und der Handlungsgehilfen; zu verurteilen sei übrigens die ausschließliche Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in den Warenabgabestellen größerer Konsumvereine. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werde auch die Bekämpfung der Schäden des Volksversicherungswesens geplant; es solle eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“ geschaffen werden, die den Zwecken der heutigen privaten Versicherungsgesellschaften dienen solle. Eine hierauf bezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen; auch den in diesen Tagen in Dresden zusammengetretenen Gewerkschaftskongress beschäftigte diese „Volksfürsorge“; Zentralverbands- und Gewerkschaftskongress geben ihre grundsätzliche Einwilligung zu diesem Unternehmen, während die nähere Ausführung den leitenden Körperschaften überlassen werden soll. — Ein Bericht über die Entwicklung der Unterstützungskasse des Zentralverbands besagte, daß dieser jetzt 177 Vereine mit 4825 Personen angehören; die Einnahmen waren 1910: 509 255 M., die Ausgaben 45 683 M.; das Vermögen betrug Ende 1910: 1 583 463 M.; die Kassenzeit von 5 Jahren seit Gründung der Kasse bis zur Zahlung der ersten Unterstützungen ist am 1. Januar abgelaufen. — Am zweiten Verhandlungstage sprach Professor Dr. Staubinger über das Konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen. Er regte an, Konsumgenossenschaftliche Bezirksunterrichtskurse unter Befolgung der Lehrkräfte aus dem Bildungsfonds und nötigenfalls bei Unterstützung der Kuristen einzurichten. Eine Entschließung dieses Sinnes fand einstimmige Annahme und bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts in der Richtung tieferer Fundierung des genossenschaftlichen Denkens unter den Funktionären der Bewegung. Gegen Ende der Tagung, in deren Verlauf noch mehrere Vorträge gehalten wurden, kam die alte Frage der Neutralität des Zentralverbandes in politischer Beziehung anlässlich einer Reihe von Aufsätzen Kaufmanns über Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaftsbewegung zur Sprache. Kaufmann und v. Elm vertraten energisch den Neutralitätsstandpunkt unter großem Beifall fast des ganzen Genossenschaftstages. — Gleichzeitig fand in Leipzig eine genossenschaftliche Ausstellung statt, welche Tabellen über die Entwicklung der Konsumvereine, Eigenerzeugnisse der Verlagsanstalt des Zentralverbandes, Produkte der Großeinkaufsgesellschaft, Darstellungen von deren Betriebsanlagen, Modelle, Photographien usw. bot.

Im Anschlusse an den Genossenschaftstag fand am 22. Juni die 27. Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Leipzig statt. Nach dem Geschäftsbericht ist die Zahl der Gesellschafter von 633 im Jahre 1909 auf 675 (1910) gestiegen; der Warenumsatz erreichte 88 669 649 M., — 18½ Millionen mehr als 1909. Die Kaffeeösterei hatte 1910 einen Gesamtumsatz von 1 698 161 kg; der Umsatz der tabak-industriellen Produktionsbetriebe betrug 30 113 Tische Zigarren, die Zahl ihrer Arbeiter 565; die Seifenfabrik in Riesa erzielte im Juli 1910: 59 886 kg oder 27 151 M., im Dezember bereits 670 827 kg oder 325 744 M. Der 1910 erzielte Reingewinn betrug 1 015 758 M.; dem Reservefonds wurden 46 853 M., dem Dispositionsfonds 327 968 M. überwiesen; der erstere hat jetzt eine Höhe von mehr als 3 Millionen Mark erreicht. Die Generalversammlung gab ihre Einwilligung zu den für neue Produktionsbetriebe erforderlichen Neubauten in Riesa.

Die britische Genossenschaftsbewegung lieferte auf dem 43. Genossenschaftstage in Bradford (Wington 1911) wieder ein

glänzendes Bild von ihren vielseitigen erfolgreichen Bestrebungen: Der Jahresbericht für 1910 ergab eine Mitgliederzahl von 2 585 300 (+ 76 500 gegenüber 1909), einen Gesamtumsatz, einschließlich der in den Verläufen der einzelnen Genossenschaften wiederkehrenden Umsätze der beiden Grozeinkaufsgesellschaften (nahezu 70 Millionen Mark), von 2277 Millionen Mark (+ 54,5 Millionen) und einen Gesamtüberschuß von 245,3 Millionen (+ 0,3 Millionen). In der Eröffnungsrede der Tagung wurde zugleich auch die Frage behandelt, wie die Genossenschaften die Produktionsbedingungen neben der Warenverteilung zugunsten der arbeitenden Massen beeinflussen könnten. Die Bestrebungen zweier Genossenschaften nach Festsetzung eines allgemeinen Mindestlohnes für Genossenschaftsangestellte (24 Schilling wöchentlich für 21-jährige männliche, 17 für 20-jährige weibliche) sind in dieser Richtung vorbildlich. „Die Produkte einer Industrie, die nicht ein gesittetes Leben ermöglichen,“ so erklärte man, „sind entweder unnütz oder unrichtig verteilt.“ Indessen müsse die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaften mit den Privatgeschäften gewahrt werden. Deshalb sei es Pflicht der Angestellten, die genossenschaftliche Entwicklung und den Absatz ihrer Waren möglichst zu fördern, ferner sich gewerkschaftlich zu betätigen und auf die Erhöhung der Löhne auf der ganzen Linie hinzuwirken. Auch politische Fragen spielten in den Genossenschaftstagen hinein. Das Parlamentarische Komitee hatte die Genossenschaftler aufgefordert, im Sinne unverfälschter Erhaltung der verfassungsmäßigen Volksrechte bei den Wahlen zu wirken. Das richtete sich indirekt gegen die Konservativen. In der Aussprache wurde teils gegen jede Hereinziehung politischer Fragen protestiert, da die Konservativen 40 v. H. der Mitglieder ausmachten, teils der Aufruf verteidigt. Andere forderten wieder die Schaffung einer besonderen genossenschaftlichen Parlamentsvertretung. J. Maddison erklärte, daß der Aufruf an sich seiner eignen Auffassung entspreche habe, daß es aber besser sei, jede politische Frage draußen zu lassen. „Lassen wir die Politiker einmal in unsere Bewegung herein, so werden sie sie von Anfang bis zu Ende ausnützen. Wir haben hier ein großes gemeinsames Arbeitsfeld und dürfen nichts tun, was sich selbstschädigenden Konservativen das Zusammenarbeiten unmöglich machen müßte. Wir brauchen alle und dürfen keinen ausschließen.“ Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Das Zusammenwirken mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften (jetzt nahezu 40 Millionen *M* jährlichen Umsatz) wurde begrüßt, ebenso eine von Maddison beantragte und dem Abgeordneten Barnes befürwortete Rundgebung für die internationale Friedensbewegung und die Schiedsverträge. In einer besonderen Sitzung für Bildungswesen wies die Hauptrednerin Margarete Romilan darauf hin, daß die Vereine rund 1 800 000 *M* für Bildungszwecke ausgeben. Sie empfahl die Errichtung von Landhochschulen nach dänischem Muster.

Volksgesundheit.

Deutscher Arztag.

Dem 38. Deutschen Arztag ging auch diesmal wieder die Tagung des „Verbandes zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Arztesandes“, des sogenannten Leipziger Verbandes, voran (Stuttgart, 22./24. Juni). Es herrschte eine ausgesprochene Kampfstimmung. Der Vorsitzende Dr. Hartmann-Leipzig erklärte, trotz der Zusicherungen Bülow's und Bethmann Hollwegs, daß die ärztlichen Interessen bei der Neuordnung der Reichsversicherung nicht geschädigt werden und daß die Organisation der Ärzte keine Schwächung erleiden solle, habe sich schließlich doch gezeigt, daß die Ärzte lediglich auf Selbsthilfe angewiesen seien. Auf Grund der Reichsversicherungsordnung müßten die bestehenden ärztlichen Verträge mit den Kassen genau geprüft werden, besonders wegen der Einbeziehung der Einkommensgrenze von 2000 bis 2500 *M* in die Versicherung. Sicherlich würden daraus viele neue, schwere Kämpfe entstehen. Um diese mit aller Entschiedenheit durchzuführen zu können, beantragte er die Bestellung eines Beirates, zu dem aus allen 22 Bezirken Vertreter gewählt werden sollen:

„Der Beirat wird auch zu prüfen haben, ob im gegebenen Falle von dem Mittel der Aussperrung Gebrauch gemacht werden soll. Nachdem der Gesetzgeber keine Rücksicht auf die Interessen der Ärzte genommen hat, bleibt uns nur übrig, uns selbst zu helfen. Mit den fünf-Groschen-Honoraren muß aufgeräumt werden, die freie Arztwahl muß überall durchgeführt werden.“

Die Bestellung dieses Beirates wurde gutgeheißen. — Gegenüber den freien Hilfskassen wurde nach einem ausführlichen Referat

von Scholl-München über die Schwindelkassen folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Die freien Hilfskassen sind geeignet, die freie Arztpraxis immer mehr einzuschränken und die Freiheit des Arztesandes zu gefährden, was nicht nur nicht im Interesse der Ärzte, sondern ebensowenig in dem der Patienten gelegen ist. 2. Bei den freien Hilfskassen sind zu unterscheiden: a) Berufsrankenkassen, das sind die eigentlichen Erwerbskassen; b) Zuschußkassen; c) private Krankenkassen. 3. Mit den Berufsrankenkassen sind keine einzelnen Verträge, sondern nur Tarifverträge durch den Leipziger Verband abzuschließen, und zwar nur für versicherungspflichtige Mitglieder dieser Kassen. 4. Bei den Zuschußkassen, welche keine freie ärztliche Hilfe gewähren, können freie Abkommen getroffen werden bezüglich Honorierung. Das Prinzip der freien Arztwahl muß aber gewahrt werden. 5. Mit Privatrankenkassen, Schwindelkassen, dürfen keine Verträge betreffs ärztlicher Behandlung abgeschlossen werden, die Mitglieder solcher Kassen sind als Privatpatienten zu behandeln. Es dürfen keine Abkommen betreffs ärztlicher Gutachtung durch sogenannte Vertrauensärzte getroffen werden, es dürfen weder Aufnahmen noch Nachuntersuchungen für diese Kassen gemacht werden. Insbesondere dürfen die Kassenscheine behufs Krankengeldanweisung nicht ausgefüllt werden. Bestehende Verträge und Abkommen mit solchen Kassen sind so bald als möglich zu kündigen.

Zum Privatangestellten- Versicherungsgesetz erklärte der Verband die voraussetzliche Unterstellung von einigen Ärztegruppen (Assistenten, Schiffsärzte) unter die Zwangsversicherung als nicht im Interesse der Ärzte, da diese Beschäftigungen meist nur vorübergehend der Art seien; die von diesen Ärzten gezahlten Beiträge würden also nur anderen Kreisen zugute kommen. Allgemein lehnte der Verband den Entwurf, soweit er den ärztlichen Stand einer Zwangsversicherung unterwerfen will, aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Der Arztag stellte sich dann auf den gleichen Standpunkt und verlangte im Privatangestellten- Versicherungsgesetz eine Bestimmung, wonach Ärzte von der Versicherung überhaupt ausgeschlossen sein sollen.

Der eigentliche Arztag stand, soweit seine Mehrheit in Frage kommt, ebenfalls im Zeichen der Kampfstimmung, wenn auch hier einige bemerkenswerte gegenteilige Stimmen nicht fehlten. Der Vorsitzende, Geheimrat Löffler, erklärte unter stürmischem Beifall, die Neuordnung der Arzfrage in der Reichsversicherungsordnung sei als ungenügend anzusehen:

„Der Gesetzgeber hat sich nicht fähig erwiesen, die Aufgabe zu lösen. . . Wenn der Gesetzgeber selbst die Lösung der Frage nicht im Angriff genommen hat, so mußten wir zur Selbsthilfe greifen. Jetzt ist für uns der Beweis erbracht, daß die Hoffnung auf Hilfe durch den Gesetzgeber eine trügerische gewesen ist, daß von ihm auch in absehbarer Zeit nichts zu erwarten ist. . . man ließ sich aus politischen Rücksichten betören, noch kurz vor Jahreschluss die 2000-*M*-Grenze zu erhöhen. Man vergaß indessen, daß man es mit einem festorganisierten Stand zu tun hatte, und man zwang ihn, das wirksame Mittel der Selbsthilfe in die Hand zu nehmen. Wir müssen diesen Weg betreten. Freilich wird die deutsche Ärzteschaft trotz aller gegenteiligen Ausstreunungen es verschmähen, vom Wege des Gesetzes abzuweichen oder ein Kampfmittel zur Anwendung zu bringen, das mit der Ethik des ärztlichen Berufes nicht vereinbar ist.“

Und denselben Geist atmete das Referat von Streffer-Leipzig über die durch die Reichsversicherungsordnung für den Arztesand geschaffenen Verhältnisse. Die hierzu angenommene Resolution, die die Ärzte anweist, nur durch das Mittel der Selbsthilfe und der Organisation den ärztlichen Berufsstand frei zu halten und so die Gesundheitspflege vor Gefahren zu schützen, beauftragt den Ausschuß des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Ärzte, Maßnahmen vorzubereiten, um unverzüglich gemeinsam mit dem Vorstand der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Verbandszentrale zur Prüfung aller Kassenarzt-Verträge zu errichten, und macht den örtlichen Prüfungsstellen zur Pflicht, jeden Kassenarztvertrag der Zentralstelle einzuschicken und vor Unterzeichnung die Rückäußerung der Zentralstelle abzuwarten. Zur Förderung und weiteren Durchführung der freien Arztwahl, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, seien paritätische Einigungskommissionen und Schiedsgerichte notwendig. Ferner seien Bestimmungen über die Errichtung von Kontroll-Instanzen zu erlassen, um die Behandlung von Kranken durch Kurpfuscher auf Kosten der Krankenkassen unmöglich zu machen und um eine den Verhältnissen angemessene Honorierung der ärztlichen Arbeit zu gewährleisten. Auch für die Behandlung derjenigen, die durch Erhöhung der Versicherungsgrenze und durch Ausdehnung der Versicherung auf selbständige private Kreise der freien ärztlichen Behandlung entzogen sind, und aller Mitglieder von Krankenkassen, die über 2000 *M* Gesamteinkommen haben, verlangt die Resolution die Sicherstellung der Honorarsätze für private Behandlung.

Bemerkenswert ist, daß Munter-Berlin die durch die ABD. geschaffene Lage nicht so pessimistisch ansah, daß Epstein-München in der Beurteilung der Erhöhung der Versicherungsgrenze der Mehrheit nicht zustimmte und daß ein ostpreussischer Arzt bezüglich der Ablehnung der Kurpfuscher mehr Berücksichtigung der ländlichen Verhältnisse wünschte. „Es geht nicht an, so rigorose Forderungen zu stellen. Unser Fachorgan ist überhaupt viel zu scharf. Viele meiner Kollegen in Ostpreußen halten die Sprache unserer Fachzeitung für viel zu schroff.“

Zu der Frage „Die Stellung des Arztes im Strafgesetzbuch“ wurde eine Anzahl von ausführlichen Vorträgen angenommen sowie eine Resolution, in der die Ausdehnung der gesetzlichen Schweigepflicht über Privatgeheimnisse auch auf Angestellte privater Versicherungsträger für erforderlich erklärt wird unter der Begründung, daß die privaten Versicherungsgesellschaften gewohnheitsmäßig ärztliche Gutachten über Personen, die sich zur Aufnahme melden, untereinander austauschen. Es könne den Ärzten nicht gleichgültig sein, daß ohne ihr Wissen private Geheimnisse der Patienten an dritte unbekannte Stellen geraten.

Von den Begrüßungsreden sei insbesondere diejenige des Prääsidenten des württembergischen Landesmedizinalkollegiums Dr. Kestle als Vertreters des württembergischen Staatsministeriums erwähnt, der darauf hinwies, daß die württembergischen Ärzte und die württembergischen Krankenkassenverbände, unterstützt durch Erlasse des Ministeriums, eine Vereinbarung zur Regelung ihres Verhältnisses im Sinne der organisierten freien Ärzewahl getroffen haben. Dieses Verhältnis hätte sich so gestaltet, daß beide Teile davon befriedigt sind. Die württembergischen Verhältnisse gälten ja vielfach als vorbildlich. Namens des Staatsministeriums könne er erklären, daß ein Grund zu den lautgewordenen Befürchtungen über die Haltung der württembergischen Regierung gegenüber der Reichsversicherungsordnung nicht vorhanden sei.

Alkohol und Arbeitsfähigkeit lautete der Hauptgegenstand der Verhandlungen, die der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke auf seiner 28. Jahresversammlung in Düsseldorf (21. und 22. Juni) pflog. Geheimer Medizinalrat Dr. Luczel-Marburg besprach, ausgehend von den sich widersprechenden Urteilen über den Nähr- und Genußwert geistiger Getränke, die Stoffwechselversuche, welche zeigen, daß dem Alkohol als Nahrungsmittel eine praktische Bedeutung nicht zukommt.

Die Muskelkraft wird anfänglich nur unbedeutend gesteigert, dann aber dauernd herabgesetzt. Die Auslösung der Bewegung wird zwar erleichtert, aber auf allen Gebieten der Seelentätigkeit ist selbst nach schwachem Alkoholgenuß eine Verlangsamung und Erschwerung der Leistung festzustellen. Die Störungen durch den Alkohol wachsen mit der Schwierigkeit der Arbeit. Dabei besteht überall subjektiv das Gefühl der Arbeitsverleinerung trotz objektiv nachweisbarer Abnahme der Leistung. Jeder, der täglich bei der Arbeit und in den Arbeitspausen ein bestimmtes Quantum trinkt, ist in seiner Leistungsfähigkeit gefährdet. Das Experiment zwingt auch zu der Annahme, daß durch jede Wiederholung des Alkoholgenußes neue Veränderungen im Körpergewebe kommen werden. Im Rausch finden wir alle Züge in vergrößertem Maße wieder.

Unter der Alkoholwirkung leidet, so folgert Dr. Luczel, sowohl die körperliche als auch besonders die geistige Arbeit: bei der körperlichen vor allem die Präzision, die Ausdauer, die Gewandtheit, die Schnelligkeit. In um so höherem Grade macht sich die Schädigung geltend, je mehr geistige Elemente die Arbeitsleistung enthält. In Berufsstreifen, die sich vorwiegend geistig beschäftigen, gilt Enthaltung auch von mäßigem Alkoholgenuß bei der Arbeit heute als selbstverständlich. Allgemeine Übereinstimmung besteht auch darüber, daß wissenschaftliche und künstlerische Leistungen unter dem Einfluß des Alkohols nicht gewinnen, sondern leiden. Der Redner ging dann noch auf den chronischen Alkoholismus ein. Er wies auch hin auf die Beziehungen zwischen Trunksucht der Eltern und Trunksucht, Nephritis und Stillunfähigkeit der Nachkommen sowie auf die besondere Gefährdung der Leistungsfähigkeit jugendlicher Arbeiter durch den Alkoholgenuß. Der durch alle Schichten der Bevölkerung verbreitete Alkoholismus mit seinen unmittelbaren und mittelbaren Rückwirkungen auf die Gesamtleistungsfähigkeit bedeutet für die Nation eine Verringerung der produktiven Kräfte und eine Mehrung der unproduktiven Ausgaben. Dabei gibt es Einzelfälle zulässigen ausnahmsweisen Alkoholgenußes. Es muß aber für jede wirtschaftliche Arbeit die Forderung der Enthaltung von alkoholischen Getränken bei der Arbeit in den Arbeits-

pausen, ferner das Unterlassen eines regelmäßigen täglichen Genusses auch kleiner Mengen aufgestellt werden.

Vom militärischen Standpunkt führte Oberstabsarzt Professor Dr. Bischoff-Berlin aus, daß die körperlichen Dauerleistungen der Truppe, ferner die intellektuellen und ethischen Anforderungen, vor allem ein hochentwickeltes Pflichtgefühl als Grundlage, strenger Disziplin, durch Alkoholmißbrauch beeinträchtigt würden; so bilde der Alkohol geradezu eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Disziplin. Von einem erheblichen chronischen Alkoholgenuß sei allerdings in unserer Armee nicht die Rede. Der in Wort und Schrift, durch Erschgenüsse und durch erziehlige Einwirkung geführte Kampf gegen Ausschreitungen im Alkoholgenuß hat gute Früchte gezeitigt. Die Lazarettzugänge wegen Alkoholvergiftung sind allmählich zurückgegangen von 0,29 bis 0,42 v. H. der Kopfstärke in den Jahren 1873 bis 1887, auf 0,07 v. H. in den Jahren 1905/7. Bei der großen Bedeutung der Pflege kameradschaftlichen Verkehrs für die Erziehung der Mannschaft sei es jedoch am Platze, den herrschenden Sitten eine gewisse Freiheit zu lassen. Verabreichung guter Erfrischungsgetränke und das Beispiel der nicht alkoholtrinkenden Kameraden sei da von großem Werte. Sehr zu begrüßen sei es, daß der Alkohol aus der planmäßigen Friedens- und Kriegsverpflegung beseitigt ist.

Gewerbeinspektor Dr. Denter-Düsseldorf erörterte den Einfluß des Alkohols auf die Leistungsfähigkeit der gewerblichen Arbeit in Verbindung mit der eng damit verknüpften Frage der Betriebssicherheit. An der Hand statistischer Tabellen unterzog er diese Verhältnisse einer kritischen Untersuchung.

Auf der Tagung des Verbandes deutscher Trinkerheilstätten, die diesen Verhandlungen vorausging, sprach Dr. Collo-Stettin, der das Sanatorium Buchheide leitet, über Trinkerbehandlung ein und jezt, wobei auch einige Seitenhiebe auf das Stammschreiben der Kleinstadt abfielen, und Amtsrichter a. D. Bauer-München über das Pollardsystem.

Es handelt sich hier um den bedingten Strafausschub, den der Polizeirichter Pollard von St. Louis seit 10 Jahren gegenüber straffälligen Alkoholikern erfolgreich handhabt; wenn sie sich nämlich zu völliger Enthaltensamkeit auf ein Jahr verpflichten, so wird der Strafvollzug ausgesetzt. Bei Vorbruch wird die Strafe vollzogen. Gewohnheitstrinker und Gewohnheitsverbrecher nimmt Pollard aus und wendet das Verfahren hauptsächlich bei solchen an, die zum erstenmal vor Gericht stehen. 95 % der Fälle verlaufen günstig. Das Pollardsche System ist Gesetz im Staate Vermont und in Großbritannien und Irland, in ersterem Staate mit allgemeiner Zwangsgeltung, in letzterem freiwillig. Auch in Australien hat es Eingang gefunden. Ähnliche Erhebungen in England haben ergeben, daß es sich bewährt. In Deutschland und in der Schweiz kam man unabhängig von Pollard fast auf den gleichen Gedanken. In den Kantonen Bern und Luzern ist beim bedingten Straferlaß die Weisung gestattet, daß der Verurteilte sich während der Probezeit der geistigen Getränke zu enthalten hat. Vom Berner Obergericht als Berufungsgericht wird diese Weisung als gut bezeichnet. Die Enthaltensamkeitsweisung mit Schutzaufsicht ist auch in dem Vorentwurf zum schweizerischen Strafgesetzbuch aufgenommen. Auch in Deutschland ist die Einführung des Pollardsystems notwendig. Wohl enthält der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch eine glückliche Neuerung, nämlich die Unterbringung Trunksüchtiger in Trinkerheilanstalten durch den Strafrichter. Aber Vorbeugung durch bedingte Strafausschub unter Einführung der Schutzaufsicht wäre besser. Das Verfahren sei jezt schon möglich bei der bedingten Begnadigung. Der von den Professoren Kahl, v. Lilienthal, v. List und Goldschmidt aufgestellte Gegenentwurf zum Vorentwurf eines deutschen Strafgesetzbuchs (§ 92) komme diesem Gedanken in weitem Maße entgegen.

Mit einer Sonderversammlung der Frauen schloß die Tagung des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke; er umfaßt jezt 221 Vereine mit 37 500 Mitgliedern.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Das Buchdruckgewerbe. Die volkswirtschaftliche Bedeutung seiner technischen Entwicklung. Von Alfred Heller. Verlag der Buchhandlung Rationalverein, München. Preis 4,50 M.

Soziale Kämpfe in Frankfurt a. M. Vom Mittelalter bis an die Schwelle der großen Revolution. Von Max Duard. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. 1911. Preis 40 Pf.

Rose Blätter aus meinem Leben. Von Dr. Julius Bachem. Freiburg i. Br., Herberische Verlagsbuchhandlung 1911.

Bayerische Kommunalpolitik. Von Karl Weiß. Buchhandlung Rationalverein, München. 1911.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Petitzeile.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, Mauerstraße 43/44

Zur Reichsversicherungsordnung

(Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung)

die soeben vom Reichstag angenommen wurde, erscheinen in meinem Verlage folgende drei Ausgaben:

1. Textausgabe mit Einführungsgesetz nebst Einleitung und Sachregister.

Gebunden. Ladenpreis: M. 2,60; Vorzugspreis bis zum 1. Dezember 1911: M. 2.—.
Ausgabe-Termin: Im Laufe des Juni.

2. Erläuterte Taschenausgaben von Dr. Franz Hoffmann, Geheimem Ober-Regierungsrat,

Vortragendem Rat im Königl. Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe. (Heymanns Taschengesetzsammlung.) Vier selbständige Bändchen:

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Krankenversicherung. (7. Auflage.) | Gebunden 3—4 M. |
| 2. Gewerbe-Unfallversicherung. (4. Auflage.) | Gebunden 3—4 M. |
| 3. Landwirtschaftliche Unfallversicherung. (2. Auflage.) | Gebunden 2—3 M. |
| 4. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. (5. Auflage.) | Gebunden 3—4 M. |

In jedem Bändchen finden sich das 1. Buch (Gemeinsame Vorschriften) und diejenigen Teile des 5. und 6. Buches (Verfahren usw.) der R.V.O., die für den betreffenden Versicherungsweig von Bedeutung sind.

3. Kommentar in 5 Bänden von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts: Senatsvorsitzendem, Geh.

Reg.-Rat Hanow, Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. F. Hoffmann, Vortragendem Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Regierungsräten Dr. Lehmann, Moesle und Dr. Kabeling. — (Gegenstück zu Brauchitsch, Preuß. Verwaltungsgesetze). Der große Kommentar in 5 Bänden zu etwa je 10 M. schließt sich an das System der R.V.O. an; die einzelnen Versicherungszweige (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung) haben daher keine in sich abgeschlossene Darstellung erfahren.

- I. Gemeinsame Vorschriften. Einführungsgesetz. Von Senatsvorsitzendem, Geh. Reg.-Rat Hanow.
- II. Krankenversicherung. Von Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. F. Hoffmann, vortr. Rat im Handelsministerium.
- III. Unfallversicherung. Von Regierungsräten Moesle und Dr. Kabeling.
- IV. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Von Senatsvorsitzendem, Geh. Reg.-Rat Hanow und Reg.-Rat Dr. Lehmann.
- V. Verfahren usw. (Buch 5 und 6 der R.V.O.). Von Reg.-Rat Dr. Lehmann.

Die Bände sind auch einzeln käuflich.

Hoffmann, Dr. Franz, Geh. Ober-Reg.-Rat, Gewerbeordnung

Erläuterte Taschenausgabe mit allen Ausführungsbestimmungen für das Reich und Preußen.

11. und 12. Auflage. Neubearbeitung Juni 1911. Preis geb. 5 M.

Der bereits in zehn Auflagen bewährte Kommentar braucht heute keine Worte der Empfehlung mehr. Die Neubearbeitung berücksichtigt das Stellenvermittlergesetz und das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung; die Rechtsprechung ist in weiterem Maße als bisher herangezogen worden.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 80, Mollendammstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre. Von Dr. Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. II. (Schluß). 1233
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeitsschutz 1237
- Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeitsschutzgesetze.
- Die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des Internationalen Arbeitsschutzes.
- Allgemeine Sozialpolitik 1238
- Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht.
- Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 1240
- Neuer Tarifabschluß in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeit.
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände 1241
- Die Organisation der Arbeitgeber in Deutschland.
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten 1244
- Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. I.
- Streiks und Aussperrungen 1249
- Der Streik der Seeleute in England.
- Die Streikdrohungen der Marinetechniker auf der Kaiserlichen Werft.
- Arbeitsschutz 1251
- Internationales Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen.
- Internationales Übereinkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Händholzindustrie.
- Die hamburgische Gewerbeinspektion 1910.
- Arbeitsschutzforderungen für die Glasindustrie.
- Arbeiterversicherung. Sparkasten 1253
- Zur Kritik der englischen Arbeiterversicherungspläne.
- Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.
- Die Angestelltenversicherung.
- Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Pöschum während des Urlaubs.
- Der Verband zur Hebung der Interessen der Deutschen Betriebskrankenkassen.
- Vollversicherung 1256
- Die preussischen Fortbildungsschulvorlagen.
- Der erste Verbandstag der Deutschen Kinderschutts- und Jugendfürsorgevereine.
- Der Freie Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim.
- Die Berliner Arbeiterbüchereien.
- Vollgesundheits 1258
- Schulpeisung. Von Helene Simon, Berlin.
- Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.
- Gegen die Verwendung von Bleifarben.
- Die Internationale Ausstellung gegen den Alkoholismus.
- Literarische Mitteilungen 1262

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre.

Von Dr. Hugo Einzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

II.

Sprechen wir kurz von dem Material, welches diese in den vorstehenden Ausführungen dargelegte Methode zu bearbeiten hat. Es sind die Rechtsvorgänge selbst. Dahin gehören in erster Linie die Verträge, wie sie tatsächlich auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes abgeschlossen werden. Solche Verträge können auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes unter Umständen eine so große Rolle spielen, daß ihre Erforschung ein besonderes Studium erfordert. Man denke z. B. an den Buchdruckerart. Oder man

denke an die verschiedenen Vertragsmuster, nach denen Landarbeiterverträge abgeschlossen werden, an die verschiedenen Konkurrenzklauuselverträge usw. Es kommen weiterhin in Betracht die verschiedenen Urkunden, welche die Organisation der Berufsvereine und der verschiedenen selbst geschaffenen sozialen Einrichtungen, wie Arbeitsnachweise usw., betreffen, also insbesondere die Statuten und Geschäftsordnungen. Wichtigen Aufschluß gibt fernerhin das große Gebiet der einseitigen Rechtsakte im Leben der modernen Unternehmung. Man denke an die Arbeitsordnungen, an die tausendfälligen, in keinem Gesetz vorgesehenen einseitigen Verwaltungshandlungen, wie sie in jedem Betrieb vorkommen, an die Arbeitsanweisungen und die Verhaltensmaßregeln, an die Vorschriften über Lohnberechnung, Lohnauszahlung und Arbeiterannahme, an die Einrichtung der Alfordzettel usw. Aus alledem wird erst das innere Leben der Unternehmung auch juristisch klar. Und man vergesse auch nicht die Gewohnheiten und Übungen, deren Erforschung auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes noch kaum in Angriff genommen ist. Das Studium aller dieser Erkenntnisquellen ist zu ergänzen durch die unmittelbare Beobachtung des Arbeitsverkehres selbst. Denn nicht immer ist beispielsweise der Inhalt des Vertrages oder der Wortlaut einer Arbeitsinstruktion das Abbild des tatsächlichen Geschehens. Vertragsbestimmungen können unbeachtet bleiben, Instruktionen kann zuwider gehandelt werden.

Man kann all dies, was die Rechtslehre zu erforschen und zu beobachten hat, die Realien des Arbeitsrechtes nennen. Sie sind so wichtig wie die Gesetze, die den Stoff der dogmatischen Methode bilden. Zu diesen Realien gehören auch die Rechtsideen, die das Arbeitsrecht bilden, die Rechtsvorstellungen, die seine Entwicklung begleiten. Ihre Erforschung gehört zur Rechtslehre, wie die Theorien über dem Ursprung des Lebens zur Naturwissenschaft gehören. Daß die allgemeine Rechtslehre im großen und ganzen bis heute die Lehre von den Rechtsidealen vernachlässigt hat, ist für die Lehre des Arbeitsrechtes, dieses jüngsten Reises am Baume der Jurisprudenz, gerade ein Ansporn, sie in Angriff zu nehmen. Nun strömen erst in die Rechtslehre alle die Pläne, Wünsche und Ideale ein, welche die sozialen Bewegungen tragen, die geistigen Elemente des Rechts, die gleichsam über den Gesetzen schweben. Natürlich hat sie die Rechtslehre, ihren Zwecken entsprechend, besonders zu bearbeiten. Sie sind als Rechtsideen darzustellen, d. h. die Rechtsvorstellungen sind auszusondern aus allem Beiwerk der Philosophie und Rationalökonomie. So gewinnt die Lehre des Arbeitsrechtes Anteil an all den großen sozialen Theorien unserer Zeit. Wie denkt sich der Sozialismus die Fortentwicklung des Arbeitsrechtes? Welche Rechtsideen für die Entwicklung des Arbeitsrechtes liefert der Anarchismus? Welche Rechtsideen leben im sozialen Liberalismus? Wie sind die Gedanken von der Organisation der Arbeit, etwa bei Louis Blanc oder Marso, rechtlich darzustellen? Das sind nur einige Fragen, die sich hier vorbringen.

Was nunmehr die rechtspolitische Aufgabe der Rechtslehre anlangt, so ist die Erforschung und Darlegung der Rechtsformen, in denen die Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes erfolgen kann, notwendig, um Richtpunkte zu gewinnen sowohl für die soziale Bewegung wie auch für die Gesetzgebung. Die Auffstellung solcher Richtpunkte bedeutet nicht, daß die Rechtslehre von sich aus dem Leben vorschreiben könne, in welcher Richtung es sich zu bewegen habe. Eine solche bürokratische Auffassung wäre eine Überhebung der Jurisprudenz, die nur zu ihrer völligen Ausschaltung führen

müßte. Die Aufstellung der Richtpunkte hat den Sinn, daß die im Leben treibende Kraft — soweit sie überhaupt rechtlicher Hilfe bedarf, was in jedem Fall wohl zu überlegen ist — gleichsam zu ihrem Selbstbewußtsein erhoben, daß der in den Erscheinungen und Forderungen des sozialen Lebens zu Tage tretende Gestaltungstrieb auf die Stufe durchdachter rechtlicher Vorstellungen und Mittel erhoben werden soll. So aufgefaßt, ist die Rechtspolitik dem Leben wertvoll. Sie klärt und beugt vor. Die bloße sozialpolitische Betrachtungsweise, welche die Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit bestimmter Maßregeln erörtert, wird hierdurch nicht verdrängt, sie wird vorausgesetzt und ergänzt, indem in dieser Erörterung die Rechtsfrage d. i. die Frage der rechtlichen Gestaltung im einzelnen ihre besondere Bearbeitung findet.

Es würde zunächst die soziale Bewegung, wie sie im Kampf der Parteien und Berufsorganisationen zum Ausdruck kommt, an Kraft und Bedeutung gewinnen, wenn sie nicht nur allgemeine Reformwünsche ausspräche, sondern wenn sie auch bestimmte rechtlich formulierte Forderungen aufzustellen vermöchte. Man denke z. B. an den Gedanken der Sicherung der Freiheit vor dem Arbeitsvertrag, wie er oben erörtert ist. Er ist ein Wunsch und Streben aller Klassen der Arbeiter und Angestellten. Doch wie diese Sicherung im einzelnen wirklich zu erreichen ist, finden wir schwerlich in den oft erregten Erörterungen des täglichen Kampfes. Dazu bedarf es der Mitarbeit gestaltender Rechtslehre, welche erst jenem Gedanken den rechtlichen Ausdruck verleiht. Und ebenso verhält es sich mit anderen „Forderungen des Tages“, wie der Schaffung eines „einheitlichen Arbeitsrechts“, einer „gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags“ usw. Was bedeuten diese Forderungen, wenn nicht die Form sichtbar wird, in der sie sich rechtlich verwirklichen können?

Es würde die gestaltende Rechtslehre aber auch der Gesetzgebung wertvolle Dienste leisten können. Die Gesetzgebung erfolgt heute oft, besonders auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, planlos, ist zu sehr nur Gelegenheitsarbeit ohne grundsätzliche Erfassung des Gegenstandes, manchmal ohne genaue Kenntnis sozial wesentlicher Tatsachen (vergl. z. B. den früheren Gesetzentwurf zur Erlangung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine). Eine auch auf rechtspolitischem Gebiete hochentwickelte Rechtslehre ist die beste Gewähr dafür, daß die Gesetzgebung ihre Aufgabe erfüllen wird. Denn so gewiß ein gutes Gesetz die Lehre fördert, so gewiß vermag eine auch rechtspolitisch ausgereifte Rechtslehre eine unzureichende Gesetzgebung zu hindern, wenn sich die Gesetzgebung, etwa aus politischen Gründen, nicht gerade absichtlich der vorgearbeiteten Reform entgegenstellen will, was natürlich möglich ist. Die Rechtslehre arbeitet die Rechtsgedanken aus, prüft sie nach ihrer Wirkung auf bestehendes Recht und künftige Rechtsanwendung, setzt sich mit allen Einwänden und Möglichkeiten auseinander, so daß der Gesetzgeber, wenn der Tag seines Handels gekommen ist, nur aufzugreifen braucht, was schon fertig vor ihm liegt. Eine solche Rechtslehre beschleunigt zugleich den Gang der Gesetzgebung, indem sie die Klärung der Materie, die der Gesetzgeber oft als ungeklärt bezeichnen muß, herbeiführt. Eine tief und groß erfasste rechtspolitische Rechtslehre kann so mithelfen, daß unsere Zeit ihren Verus zur Ausbildung eines sozialen, modernen Arbeitsrechts in hohem Maße ergreift und ausübt.

Zum Schluß eine allgemeine Bemerkung, welche die Durchführung der beiden soeben besprochenen Aufgaben der Rechtslehre betrifft. Sie sind nicht vollkommen zu lösen, wenn der Blick nur an der Entwicklung des eigenen heimischen Rechts haftet, wenn nicht auch eine Einsicht in den geschichtlichen Werdegang des Arbeitsrechts vorhanden ist.

Die Bewegung des Arbeitsrechts mit seinen vielen neuen Fragen ist eine Bewegung, die sich in allen Kulturländern, zum Teil in gleicher Weise, vollzieht. Sie führt zu bestimmten Forderungen, die die soziale Bewegung in diesen Ländern erhebt, zu Gesetzentwürfen und zur literarischen Behandlung des gesamten Rechtsstoffes. Dies alles auf Grund eines bestimmten Rechts und seiner Judikatur. Es ist für den deutschen Juristen von großer Bedeutung, diesen fremden Rechtszustand und seine Entwicklung kennen zu lernen. Wenn auch das Recht eines jeden Landes seine besonderen Voraussetzungen hat und dabei jedes Recht seine besondere Entwicklung haben wird, so ist es doch notwendig, den fremden Rechtszustand zur Vergleichung heranzuziehen, nicht nur, um ihn in seiner Eigenart kennen zu lernen, sondern auch, um prüfen zu können, ob Bestandteile des fremden Rechts für das heimische Recht verwendbar sind. Bisher hat im wesentlichen die sozialpolitische Literatur sich mit den fremden Rechtszuständen befaßt. Die Rechtslehre wird künftighin von ihrem Standpunkt aus,

der mehr auf die Form und die Struktur des fremden Rechts gerichtet ist, die rechtsvergleichende Aufgabe zu erfüllen haben.

Wie jedes Rechtsgebiet, so hat auch das Arbeitsrecht seine Geschichte. Aber was wissen wir heute von der Rechtsgeschichte der Arbeit? Es kommt nicht nur auf eine Dogmengeschichte der Rechtsätze und Rechtsbegriffe an. Es kommt auch darauf an, die Entwicklung der sozialen Daseinsformen, in denen Arbeit geleistet worden ist, als deren letzte Erscheinung die moderne Unternehmung vor uns steht, kennen zu lernen, die Rechtsgeschichte der Arbeit in der Geschichte menschlicher Abhängigkeit überhaupt aufzuspüren. Hierbei kommt nicht nur die Folge der Rechtsformen in Frage, sondern auch die Entwicklung der einen Rechtsform in die andere, das Innenleben der Rechtsveränderung. Denn gerade die Einsicht in die Kräfte, die die Rechtsumbildungen in der Geschichte bewirkt haben, interessieren uns, weil wir selbst in einem solchen Prozeß der Rechtsumbildung leben. Der Gewinn solcher Erkenntnis wäre groß: Wir gewinnen die Unbefangenheit unseren eigenen Räten und Wägen gegenüber.

Dies die wesentlichen Aufgaben, die heute der Rechtslehre auf dem Gebiete des Arbeitsrechts harren. Raum ein anderes Gebiet dürfte der Erprobung des neuen sozialen Geistes, den die Reformbewegung in der Rechtswissenschaft anzukündigen scheint, reicheren Lohn verheißen!

* * *

Diese Aufgaben können indessen nicht gelöst werden, wenn das Arbeitsrecht von der Rechtslehre, wie dies heute üblich ist, nur gelegentlich in den verschiedenen Materien des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts als deren Anhängsel behandelt wird. Sie muß sich des Arbeitsrechts als einer gedachten Einheit aller Regeln annehmen, die Arbeit in fremdem Dienst betreffen, wie sie in vielen verschiedenen Rechtsquellen verstreut sind, einerlei, ob sie öffentliches Recht, ob sie Privatrecht enthalten. Nur so kann das Arbeitsrecht diejenige intensive Förderung erfahren, welche es braucht. Daraus ergibt sich zum Schluß die unabwiesbare Forderung: Die Rechtslehre hat das Arbeitsrecht als eine besondere Rechtsdisziplin anzusehen und zu betreiben.

Wenn wir im einzelnen die Gründe kurz zusammenfassen sollen, welche diese Forderung erhärten, so sind es die folgenden:

1. Die Bedeutung des Rechtsstoffes. Immer größer wird die Zahl der Existenzen, die auf den Arbeitsvertrag angewiesen sind, für die das Arbeitsrecht die Grundlage ihres Lebens ist. Das Arbeitsrecht ist der Kern des sozialen Lebens.
2. Die Eigenart des Rechtsstoffes. Es gibt kein Rechtsgebiet, in dem öffentliches Recht und Privatrecht so innig verschmolzen sind, wie das Arbeitsrecht. Die allgemeine Rechtslehre trennt öffentliches Recht und Privatrecht. Das Arbeitsrecht kann nur als Einheit von öffentlichem Recht und Privatrecht begriffen werden.
3. Die besondere Behandlung, welche das Arbeitsrecht verlangt. Sie kann nur auf sozialer Grundlage erfolgen, um das bestehende Recht zu erkennen, um das künftige Recht zu gestalten. Die herrschende Rechtslehre ist dogmatisch und positiv. Die Lehre vom Arbeitsrecht muß auch soziologisch und rechtspolitisch sein.
4. Die Notwendigkeit bestimmter Hilfswissenschaften. Als solche Hilfswissenschaften kommen die Soziologie, die Sozialpolitik und die Fabrikorganisationslehre in Betracht. Sie alle sind in der Rechtslehre zu verarbeiten. Eine Lehre des Arbeitsrechts im Anschluß an andere Rechtsgebiete vermag dies nicht.
5. Schließlich die Einheit des Ziels! Es beruht auf dem unsere Zeit durchbringenden Gedanken von der Einheit aller menschlichen Arbeit als Leistung menschlicher Persönlichkeit und der besonderen Funktion ihres Rechts, in einem Zeitalter eines fast hemmungslosen Güterlebens der Menschenerhaltung zu dienen. Es ist das einheitliche, rein auf die Bedürfnisse des Arbeitsverhältnisses gestellte Arbeitsrecht unserer Zeit, im Gegensatz zu allem Güter- und Warenrecht.

Was gefordert werden muß, ist also eine wahrhaft staatswissenschaftliche Behandlung des Arbeitsrechts als einer besonderen Rechtsdisziplin, wie sie vor allen Lorenz v. Stein¹⁾ allgemein für die Rechtslehre ersehnt hat. Die Aufmerksamkeit und die Mitarbeit aller sozial interessierten Juristen sollte für sie zu gewinnen sein. Denn nur durch eine Summe von Einzelleistungen, die planvoll zusammenarbeiten und sich gegenseitig anregen, kann ihr Ziel erreicht werden. Möchten sie eine Stätte finden, die Ge-

¹⁾ In seinem heute wieder sehr aktuell gewordenen Buch „Gegenwart und Zukunft der Rechts- und Staatswissenschaft Deutschlands“, 1876.

legenheit und Raum für ihre Betätigung darbietet, die das Bewußtsein von der Bedeutung des Arbeitsrechts festigt und verbreitet, die seine Behandlung vor engem Zünftlerum und Dilettantismus, vor Utopisterei und interessierten Vorurteilen durch wissenschaftliche Vertiefung zu schützen weiß! Das Leben, die Wissenschaft und nicht zuletzt die Berufsauffassung der Juristen selbst, denen sich der Blick in eine der tiefsten Bewegungen unserer Zeit neu erschloffe, deren Arbeit einen neuen Sinn gewönne, würden dem Bemühen dankbar sein.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Internationale Reform der amtlichen Nachweise über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. Zugleich mit dem ersten vergleichenden Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahmen, der im Internationalen Arbeitsamt ausgearbeitet wurde (Sp. 992), haben das Bureau und die Sektionsvorstände den Regierungen eine Eingabe überreicht, die eine Reihe von Wünschen im Interesse der Beseitigung und Gleichartigkeit der amtlichen Gewerbeinspektionsberichte vorbringt. Diese Wünsche beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Die Art und Zahl der der Gewerbeaufsicht unterworfenen Betriebe und Arbeiter.
2. Die Zahl der inspezierten Betriebe und Arbeiter.
3. Die Zahl der Besuche der Aufsichtsbeamten unter Hervorhebung der Nachbesuche.
4. Die Zahl der Anzeigen wegen Übertretungen der Arbeiterschutzgesetze und die Zahl der gerichtlich bestraften Fälle.
5. Die Art und die Ergebnisse der Beteiligung der Arbeiter an der Beaufsichtigung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze a) durch Eingliederung von Arbeitern in das Gewerbeaufsichtspersonal; b) durch Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen der Gewerbeaufsicht und den organisierten und den nichtorganisierten Arbeitern; c) durch Ermöglichung gerichtlicher Vertretung durch die Arbeiterberufsverbände.
6. Köpfe und Legenden der in den Inspektionsberichten enthaltenen Tabellen sollen neben der Landessprache in einer der Hauptsprachen abgefaßt werden.

Von der Gesellschaft für Soziale Reform ist diese Eingabe, deren Forderungen ausführlich begründet werden, dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) am 23. Juni überreicht worden. Für unsere deutschen Verhältnisse ist dazu zu bemerken, daß die aufgeführten Wünsche fast durchweg bereits erfüllt sind — nur zum 5. Punkt weisen die Gewerbeinspektionsberichte der meisten Einzelstaaten eine Lücke auf, weil eben Arbeiter nicht an der Überwachung der Schutzvorschriften beteiligt werden. Die Eingabe, die für die meisten ausländischen Industriestaaten eine viel größere Bedeutung hat als für Deutschland, ist auch insofern bemerkenswert, als die Internationale Vereinigung damit eine Aufgabe wieder aufnimmt, die die auf Einladung des Kaisers einberufene Arbeiterschutzkonferenz von Berlin 1890 zwar gestellt, aber ungelöst gelassen hat.

Die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des Internationalen Arbeiterschutzes hat nach dem Bericht ihres Vorstandes über das Jahr 1910 ihre 11. Generalversammlung am 28. Juni 1910 in Bern abgehalten. Ihr Präsident Bundesrat Frey wies in seiner Begrüßung auf den Entwicklungsgang hin, den der Gedanke des Arbeiterschutzes genommen hat, indem er mit besonderer Genugtuung konstatierte, daß auch in den eidgenössischen Räten sich im Laufe der Zeit ein fester Kern von Volksvertretern gebildet hat, die entschlossen sind, den Arbeiterschutz im Bereiche der Möglichkeit zu fördern. Vor wenigen Jahrzehnten noch war man geneigt, den Ruf nach Arbeiterschutz als eine revolutionäre Verleumdung zu stigmatisieren; aber die Ansichten über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind andere geworden. Zwar auch heute noch sei der Irrtum sehr verbreitet, als komme der Arbeiterschutz ausschließlich dem Arbeiter zugute, während er doch offenbar der ganzen bürgerlichen Gesellschaft diene als eine Sache der Gerechtigkeit, des sozialen Friedens und der Kultur. Mit Bedauern stellte der Präsident fest, daß die Vereinigung zwar in ihrer Mitte eine Anzahl der bedeutendsten schweizerischen Industriellen besitze, daß aber im ganzen diese Bevölkerungsschicht verhältnismäßig noch äußerst schwach in der Vereinigung vertreten sei. Das sollte anders werden; denn auch die Industriellen und Gewerbetreibenden hätten ein greifbares Interesse an einer konsequenten Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und namentlich an seiner Regelung auf internationalem Boden. Sektionen hat die Vereinigung in Zürich, wo man sich mit der Nacharbeit im Bädergewerbe beschäftigt hat, Bern (Fabrikinspektion), Basel, Schaffhausen, Genf (Seimarbeit, Nacharbeit der Bäder); in Luzern ist eine Sektion in der Bildung begriffen. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1910: 529, darunter die Re-

gierungen der Kantone Zürich, Bern, Basel Stadt und Land, Schaffhausen, Genf, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Appenzell, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Neuchâtel.

Allgemeine Sozialpolitik.

Soziologische Betrachtungen zum Arbeitsrecht.

Auf der Darmstädter Tagung der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie (Pflingsten 1911) erforderten nicht nur zwei Sonderfragen: „Die Regelung der Affordarbeit“ und „Die Frauenerwerbsarbeit“, über die Magistratsrat Wölbling, Berlin und Privatdozent Dr. Dorn-München sprachen, die Beachtung des Sozialpolitikers, sondern auch die allgemeinen Darlegungen anderer Redner über die sozialwissenschaftlichen Momente in der Rechtslehre und der Rechtsprechung lieferten manchen bemerkenswerten Exkurs, der für die praktische Sozialpolitik von Interesse ist. So verdient der entschiedene Widerspruch, mit dem sich Dr. Berolzheimer in einem Vortrage über „die Gefahren einer Gefühlsjurisprudenz der Gegenwart“ gegen die neuen Strömungen der Freiheitschule (vergl. den Aufsatz von Köhne, „Soz. Prax.“ XX, 257) und gegen die freie Fortbildung der Rechtsprechung im sozial-ethischen Sinne wandte, zum mindesten als ein Kennzeichen für den Stand des Meinungsstreits Erwähnung. Sentimentalität und die Scheu vor dem Vorwurf der Weltfremdheit würden den Richter, der in seinen Entscheidungen nicht durch feste Rechtsnormen gebunden sei, zu einer hallos schwanfenden Justiz treiben. Freie Rechtswissenschaft, die die Juristen vor Verdächtigung im Buchstabenrecht zu wahren wisse, sei das, was wir brauchen, nicht aber freie Rechtsfindung. — Die Befruchtung der Rechtswissenschaft durch die Soziologie, die das soziale Verhältnis der Menschen auch in seinen sittlichen und rechtlichen Ausstrahlungen entwicklungsgeschichtlich zu erforschen und systematisch zu gliedern trachtet, bildete den Gegenstand geistvoller Auseinandersetzungen zwischen Prof. Köhler-Berlin und Prof. Loennies-Kiel. Von ihren getrennten Standpunkten aus — Köhler sieht im Intellektualismus das höchste Gut, Loennies in der Verwirklichung der durch den Gemeinschaftsgedanken vertieften Ideale des Naturrechts — bewerten sie die Durchdringung von Rechtsphilosophie und Soziologie verschieden hoch, doch halten beide sie bis zu gewissem Grade für geboten.

Klarer als diese theoretischen Auseinandersetzungen befandete die Frage des Affordarbeitsrechts, die am zweiten Verhandlungstage erörtert wurde, die Notwendigkeit soziologischer Forschung für die Fortbildung der Rechtswissenschaft. Denn so mannigfache Lehren über den Affordvertrag in der Rechtsdogmatik seit längerer Zeit vorgetragen wurden, sie hingen doch alle in der Luft und haben einer ganz neuen Konstruktion des Affordvertragsstypus und seiner Rechtswirkungen weichen müssen, als die sozialwissenschaftliche Erforschung der wirklichen Affordarbeitsverhältnisse durch die Gewerberichter und die Sozialpolitiker eingeleitet hatte. Der Berliner Gewerberichter Wölbling, der durch besonders eingehende Studien solche soziologische Pionierarbeit für das Affordarbeitsrecht geleistet hat, legte aus seinen Erfahrungen und Forschungen (vergl. Wölbling, Der Affordvertrag und der Tarifvertrag. Guttentag, Berlin 1908, und Wölbling, Grundsätze des Affordvertrags. Guttentag 1909) auf dem Darmstädter Juristenkongresse folgendes dar:

Wir werden auf Menschenalter noch immer mit einer erheblichen Ausdehnung der Affordarbeit zu tun haben. Soweit sich daher Mängel bei dem jetzigen Zustand zeigen, müssen sie abgewendet werden, wie auch die Gestaltung des Arbeitsvertrags oder der Produktion in einer ferneren Zukunft sein mag. Die gegenwärtige Rechtslage, die Wölbling genauer schildert, zettelt zahlreiche Mängel, wie sich in der gewerblichen Praxis immer wieder herausstellt. Der Affordvertrag ist eine Form des Dienstvertrags, von welcher man aber sagen muß, daß sie im bürgerlichen Gesetzbuche keine Behandlung gefunden hat. Einzelnes ist in Spezialgesetzen behandelt, wie im Handelsgesetzbuche, der Seemannsordnung, der Gewerbeordnung und dem Binnenfließfahrtsgeese. Theorie und Praxis haben freilich den Affordvertrag oft als Werkvertrag behandelt. Ein gewisser Fatalismus hat sich unserer Arbeitgeber auch in bezug auf die Rechtsfrage des Arbeitsvertrags bemächtigt. Da dieser zugunsten des Arbeiters durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung einige Änderungen erfahren hat, glauben sie, das sei eine Schraube ohne Ende, sie sind daher nur darauf bedacht, Nachteile der modernen Arbeitergesetzgebung möglichst lange von sich abzuhalten. Gegen die Bestimmungen über die Lohnsicherung (§ 115 der Gewerbeordnung) und noch mehr gegen ihre gesamte Tendenz verstoßen viele Arbeitsverträge und besonders die Arbeitsordnungen, die die Affordverträge regeln. Bei Zeitlöhnen sind verschleierte Verstöße gegen die Lohnsicherungsbestimmungen nicht so leicht möglich.

Bei der oft recht dürftigen Fassung der Parteirechte und -pflichten sind die Verstöße nicht immer leicht erkennbar. In einer genaueren Formulierung der Verträge liegen die Keime zu einer Besserung im Sinne der Ausgestaltung der Afforde zu einem nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch betätigten und als solchem geachteten Rechtsverhältnis. Von Rationalisten ist gesagt worden, daß die Affordverträge nicht die Bedeutung einer rechtlichen Bindung haben. Allerdings, die Elemente einer Billenseinigung hier festzustellen, wird oft nicht leicht sein. Sie besteht aber dennoch, und wollte man sie beim Afford leugnen, so müßte man sie bei vielen Arbeitsverträgen überhaupt in Abrede stellen, besonders in der Industrie. Zu dem Uebelstande, daß die Rechtsverhältnisse wenig sorgfältig behandelt werden, kommt noch die Abneigung eines großen Teiles der Arbeiterschaft gegen die Affordarbeit, besonders der öffentlichen Vertretungen der Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Zwar ist es niemals zu einer allgemeinen Verwerfung der Affordarbeit durch die Arbeiter gekommen; eine Reihe von Gewerkschaften hat eingehende Affordtarife abgeschlossen und denkt nicht an eine Abschaffung derselben. Der Fehler mangelhafter Vereinbarung des Affords ist übrigens häufig, keineswegs aber die Regel. Der Vortragende betrachtet dann die Verhältnisse im Auslande und fährt fort: Die Arbeiter ertreiben die Gewährleistung eines Stundenlohnes, der dem Durchschnittsverdienst eines normalen Affordarbeiters entspricht. Das würde die Aufhebung der Affordarbeit bedeuten. Der Abschluß freier Verträge solle gefördert werden, besonders durch die Errichtung eines Reichseinigungsamts. Der heute beim Afford bestehende papierne Apparat bilde eine Quelle zahlreicher Betrügereien. Eine schriftliche Beurkundung des Affords solle allgemein vorgeschrieben werden. Die Industrie solle sich nicht scheuen, den Afford in Tarifverträgen festzulegen. Allerdings verbindet das Bestreben der Industrie, die Affordlöhne systematisch herabzusetzen, den Abschluß von Tarifverträgen in bezug auf die Affordarbeit. Die bergrechtlichen Bestimmungen könnte man bei der gegenseitigen Regelung der Affordarbeit zugrunde legen, ohne sie aber wörtlich zu übernehmen. Die fertiggestellte Arbeit müsse dem Arbeiter möglichst bald abgenommen und geprüft werden. Der Zahlung des Lohnes sollte eine für den Arbeiter verständliche Abrechnung des Affordpreises zugrunde liegen, die am Tage der Lohnzahlung auszuhandigen ist. Ein Mißbrauch ist die willkürliche Zusammenfassung verschiedener Affordarbeiten bei der Abrechnung. Das Arbeitsverhältnis darf nicht einseitig gelöst werden, bevor die übernommenen Affordarbeiten fertiggestellt sind. Eine gegenseitige Regelung bei Abnahme der Arbeit (bei Heimarbeit) ist zu empfehlen. Energetische Abhilfe sei ferner dringend geboten hinsichtlich der Kolonnenarbeit im Afford. Vor allem sollten die Strohänner beseitigt werden, zumal da die Arbeit bestehe, das Kolonnenystem weiter auszubilden. Die Gewerkschaften sollten anstatt theoretischer Bekämpfung der Affordarbeit mehr Nachdruck auf ihre gerechte Handhabung legen. Die Arbeiter würden so mehr erreichen als durch Versuche einer grundsätzlichen Änderung des Arbeitsvertrags. Ein sehr gutes Beispiel für ein erfolgreiches Bestreben, die Affordarbeit durch allgemeine Bestimmungen vertraglich zu regeln, ist der Tarifvertrag in der Berliner Holzindustrie aus dem Jahre 1910. Man solle nicht auf eine gesetzliche Regelung der Affordarbeit warten, für welche der Vortragende bereits früher einen Entwurf veröffentlicht hat (vgl. Gewerbe- und Kaufmannsgericht XV Sp. 812 bis 814), sondern sollte auch schon jetzt die praktische Handhabung ohne Inanspruchnahme des Gesetzgebers reformieren.

Auch die letzte Frage, die der Darmstädter Kongreß erörterte, die Frauenerwerbsarbeit als Gesetzgebungsproblem, konnte eine fruchtbare Behandlung nur auf soziologischer Basis finden.

Der Vortragende, Dr. Dorn-München, ging aus von den besonderen Schwierigkeiten, die sich der wissenschaftlichen Erkenntnis der Frauenerwerbsarbeit entgegenstellen und gab dann eingehend eine wirtschaftlich-statistische Schilderung über die Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in ihren einzelnen Berufsgruppen, in ihrer sozialen Schichtung und ihrer Gliederung nach Alter und Familienstand (vgl. den Vortrag von Dr. Dorn. 1909. Soz. Prag. XIX, 66). Er kam zu dem Ergebnisse, daß auch in Zukunft mit einer Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, namentlich auch der Ehefrauenerwerbsarbeit, gerechnet werden müsse, daß aber die Frauenerwerbsarbeit als Gesamterwerbsarbeit jedenfalls nicht gekennzeichnet werde durch ein Aufsteigen zu höheren Leistungen oder durch qualitative Hebung, sondern eher durch ein Sinken ihrer volkswirtschaftlichen Durchschnittsqualitäten. Gegenüber den volkswirtschaftlichen, rasenbiologischen, sozialethischen und allgemeinen kulturellen Gefahren dieser Entwicklung machte Dorn eine Reihe von Vorschlägen für das Eingreifen von Staat und Gemeinde, namentlich auch in der Eigenschaft als Arbeitgeber erwerbender Frauen. Weiter forderte Dorn, daß die allgemeine Bildung mehr als bisher ausgedehnt werde auf die Notwendigkeit künftiger Erwerbsarbeit, und daß auch für besondere Berufsbildung der Frauen in ausreichender Menge und Güte gesorgt werde. Bei Betrachtung der Stellung der Frau in dem Beruf unterschied der Redner die materielle, soziale, öffentlich-rechtliche Stellung der erwerbenden Frau und ihren Stand als Gattin und Mutter. Er empfahl in jeder Richtung eine Reihe zweckentsprechender Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Politik, unterließ aber nicht, ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Selbsthilfe, namentlich im Rahmen der Genossenschaften zu verweisen.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Neuer Tarifabschluß in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeit.

In den drei, hauptsächlich für die Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie in Betracht kommenden Städten Berlin, Offenbach/Frankfurt und Stuttgart ist es zwischen der „Vereinigung der Portefeuilles- und Reiseartikelfabrikanten Deutschlands“ und dem Verbands der Sattler und Portefeuller zu einem fünfjährigen Tarifabschluß gekommen, dessen Bedeutung weit über die Grenzen der direkt Beteiligten hinausgeht.

Bekanntlich ist Offenbach a. M. mit seiner näheren Umgebung der Stammsitz der Portefeuillesindustrie Deutschlands. Daneben kommt Berlin, an dritter Stelle Stuttgart in Betracht. Es folgen Leipzig, Freiberg i. S., Dresden und Solingen. In Nürnberg und Erlangen werden vorzugsweise Taschnecessaires hergestellt. In den erwähnten drei Orten werden rund 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lederwarenindustrie beschäftigt, wovon weit über 3000 teils als Heimarbeiter, teils als Hilfskräfte der Zwischenmeister tätig sind. Trotz des schon sechs Jahre währenden Tarifverhältnisses ist die Konkurrenz der Zwischenmeister untereinander immer größer geworden. Durch Einstellung billiger und williger Arbeitskräfte hielten sie sich schadlos. Dadurch wurden aber die Löhne der Werkstattarbeiter stark nach unten beeinflusst. Der Verband der Sattler und Portefeuller erkannte bald die Gefahr und mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften suchte er ihr entgegenzuwirken. Zuerst wurden die Werkstattarbeiter, die Hilfsarbeiter der Zwischenmeister und die Heimarbeiter organisiert, so daß von den 7500 in Frage kommenden Personen 6000 dem Verbands der Sattler und Portefeuller angehören. Dann wurde anlässlich des Tarifablaufs am 30. Juni 1911 der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten ein Entwurf unterbreitet, dessen Kernpunkt die Einschaltung der Heimarbeit gewesen ist. Durch mehrwöchige Verhandlungen gelang es, ohne Arbeitseinstellung in bezug auf die Heimarbeit folgendes zu erreichen:

Als Heimarbeiter darf nur der neu eingestellt werden, der das 21. Lebensjahr erreicht hat. Wer Hilfskräfte irgend welcher Art beschäftigen will, muß 24 Jahre alt sein. Auf Reiseartikel und Wappen dürfen Heimarbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden. Den Heimarbeitern werden alle Futuraturen geliefert, oder es wird ihnen eine angemessene Entschädigung gezahlt, die nicht in dem Arbeitslohn verrechnet werden darf. Wird der im Herbst zu beratende Hausarbeitergeheimrat Gesetz, und findet dies Gesetz auf die Portefeuillesindustrie belastende Anwendung, so tragen die Unternehmer die daraus den Heimarbeitern entstehenden Kosten. Heimarbeiter, die nur für einen Arbeitgeber arbeiten, sind gegen Krankheit und Invalidität zu versichern, wozu die Unternehmer die Hälfte bzw. ein Drittel des gesetzlichen Beitrags leisten. Auch bei freiwillig Versicherten ist dieser Beitrag zu leisten. Die Arbeitszeit bei den Zwischenmeistern in der Stadt beträgt in Berlin 53 Stunden, ab 1. Juli 1914 52 Stunden; bei den Zwischenmeistern in Offenbach 54 Stunden, ab 1. Juli 1914 53 Stunden; bei den Zwischenmeistern auf den ländlichen Orten Offenbachs war weder die Arbeitszeit noch der Mindestlohn geregelt. Jetzt darf auch im Lande freize ab 1. Juli 1911 nicht länger als 56 Stunden, ab 1. Juli 1912 nicht länger als 55 Stunden und ab 1. Juli 1914 nicht länger als 54 Stunden wöchentlich gearbeitet werden. Zwischenmeister haben zum mindesten dieselben Löhne wie die Fabrikanten zu zahlen. Die Fabrikanten sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Zwischenmeister die tariflichen Vereinbarungen einhalten. Wer dem nicht nachkommt, den dürfen sie nicht beschäftigen. Tun sie es doch, so können sie in ihrem Hauptbetriebe und ihren Zweigniederlassungen bestraft werden. Dasselbe Schicksal trifft alle Zwischenmeisterbetriebe, die für den betreffenden Fabrikanten arbeiten. Zudem kann der Fabrikant von der Schlichtungskommission mit einer Geldbuße bis zu 1000 M. belegt werden. Arbeitet ein Heimarbeiter oder Zwischenmeister unter dem vereinbarten Lohne, so hat die Arbeiterorganisation die Pflicht, den billiger Arbeitenden und den Fabrikanten vor das Tribunal der Schlichtungskommission zu fordern. Hier wird die Differenz eingeklagt, fällt aber den am Verträge beteiligten Organisationen zu. Außerdem kann der Fabrikant wie der billiger Arbeitende in eine Geldstrafe genommen werden. Unternehmer, die Werkstattarbeiter entlassen, dürfen an deren Stelle keine Hausarbeiter einstellen.

Diese wichtigsten Bestimmungen sind geeignet, geordnete Verhältnisse einzuführen und die Fabrikanten von unlauterer Schmutz-

konkurrenz zu befreien. Auch ist zu erwarten, daß die Gesetzgebung zum Schutze der Heimarbeiter günstig beeinflusst wird. Die anderen Bestimmungen des Tarifvertrags, soweit sie Lohnerhöhungen ufm. vorsehen, treffen in gleichem Maße auf die Heimarbeiter wie auf die Fabrikarbeiter zu.

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. Juli 1911 an in Berlin und Freiberg i. S. 58 1/2 in Stuttgart 58 Stunden wöchentlich. In Berlin wird sie am 1. Juli 1914 auf 52 Stunden verkürzt. In Offenbach 54 Stunden, vom 1. Juli 1914 ab 53 Stunden. Sonnabends muß um 5 Uhr, an den Vorabenden hoher Feiertage spätestens um 4 Uhr Arbeitsluß sein, ohne daß wegen der Verkürzung der Arbeitszeit ein Lohnabzug stattfinden darf. In Berlin sind die Mindestlöhne für Ausgelernte um 7 bis 9 \mathcal{M} , in Offenbach und Stuttgart um 2 bis 4 \mathcal{M} erhöht worden. Die Mindestlöhne für vollgültige Arbeiter betragen in Berlin 55 \mathcal{M} , in Offenbach 48 \mathcal{M} , vom 1. Juli 1913 an 44 \mathcal{M} die Stunde. Die Löhne der Zeilohnarbeiterinnen wurden in Offenbach durchschnittlich um 1 \mathcal{M} erhöht, in Berlin durch Annahme des von den Arbeitern vorgelegten Entwurfs völlig neu geregelt. Hier betragen die Mindestlöhne für Arbeiterinnen unter 16 Jahren: a) Im ersten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 17 \mathcal{M} , im zweiten 20 \mathcal{M} , im dritten 23 \mathcal{M} und im vierten Halbjahr 25 \mathcal{M} stündlich. b) Für ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre in den ersten sechs Monaten ihrer Berufstätigkeit 23 \mathcal{M} , in den nächsten drei Monaten 25 \mathcal{M} und in den folgenden drei Monaten 28 \mathcal{M} . Nach Ablauf dieser Zeit (1 Jahr) erhalten die Arbeiterinnen den Mindestlohn unter c und d. c) Für geübte Hilfsarbeiterinnen, wozu auch eingeübte Ansmiererrinnen gehören, 30 \mathcal{M} . d) Zuschneiderinnen und Stepperinnen im dritten Halbjahr ihrer Berufstätigkeit 32 \mathcal{M} , im vierten Halbjahr 35 \mathcal{M} . Perfekte Stepperinnen erhalten einen Mindestlohn von 38 \mathcal{M} , perfekte Pasplerinnen einen solchen von 40 \mathcal{M} .

Alle Zeilohnarbeiterinnen erhalten am 1. Juli 1911 eine Lohnzulage von 5 v. H. Ebenso in Berlin alle Zeilohnarbeiter. Diejenigen, die am 1. Juli 1913 weniger als 34 \mathcal{M} die Woche verdienen, erhalten nochmals 5 v. H. Zulage.

In Stuttgart wurden die 10% Zulage in folgender Weise geregelt: Am 1. Juli 1911 4 %; diejenigen, die am 1. Juli 1912 weniger als 38 \mathcal{M} die Woche verdienen, 2 % und dann am 1. Juli 1913 und 1. Juli 1914 nochmals je 2 %. In Offenbach gibt es am 1. Juli 1911 8 % Zulage, dann am 1. Juli 1912 8 % und am 1. Juli der folgenden zwei Jahre wieder 2 % all denen, die weniger als 38 \mathcal{M} die Woche verdienen.

Alle Akkordlöhne müssen revidiert und durchschnittlich um 5 v. H. erhöht werden. Die Akkordlöhne werden vom Unternehmer in Gemeinschaft mit den Arbeitern festgesetzt und haben bindende Kraft. Wo eine Einigung nicht erzielt werden kann, entscheidet die Schlichtungskommission, die auch über alle anderen aus dem Vertrag entstehenden Differenzen entscheidet. Auf Antrag der Organisationen kann Berufung beim Zentraltarifamt eingelegt werden.

Nachdem die Fabrikanten ihre Zustimmung zu den Abmachungen gegeben haben, geschah dies auch am 22. Juni bei den Arbeitern. Der Vertrag läuft bis zum 30. Juni 1916.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Die Organisation der Arbeitgeber in Deutschland.

Auf den letzten Gewerkschaftstagen und besonders auch auf dem Dresdener Gewerkschaftskongreß wiesen zahlreiche Redner mit mahnendem Nachdruck darauf hin, daß die ziffernmäßigen Fortschritte der Gewerkschaften, so beachtlich sie an sich auch seien, doch hinter der Zunahme der Arbeitgeberverbände zurückblieben. In einem Begrüßungsaussatz, den Webel für den Gewerkschaftskongreß in der „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlicht hat, heißt es z. B.:

„Die Unternehmerverschaft hat in weit höherem Maße als bisher die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der fachgewerblichen Organisation begriffen und durchgeführt, nachdem sie anfangs von einer solchen Organisation nichts wissen wollte. Erst Schüler, wurde sie bald Meister.“

In der Tat erweist die emsige Tätigkeit der Arbeitgeberverbände, das energische Auftreten bei allen Lohnbewegungen, die Steigerung der Aussperrungen von einigen hundert auf 1115 (in fast 11 000 Betrieben mit 214 000 Arbeitern) im Jahre 1910 den Eindruck, als ob der Organisationsbereich und die Kampfesmacht der Arbeitgeberverbände sich außerordentlich in die Breite entwickeln. Während wir aber für die Gewerkschaften der Arbeiter, dank der langjährigen Durchbildung der Organisationsverwaltung und ihrer statistischen Aufzeichnungen, Jahr für Jahr genau den Zuwachs an Mitgliedern und finanziellen Mitteln verfolgen und also feststellen können, daß zwischen Ende 1909 und Ende 1910 die freien Gewerkschaften von 2 017 000 auf 2 276 000, die christlichen von 270 751 auf 295 129, die Hirsch-Dunderschen von 108 028

auf 122 571 Mitglieder angewachsen sind, läßt sich die Bestandsveränderung der Arbeitgeberverbände bisher statistisch nicht so genau erfassen. Wir erfreuen uns zwar seit 3 Jahren der relativ besten Statistik der Arbeitgeberverbände, die es überhaupt bisher in einem Industriestaat gibt, aber diese Statistik hat angesichts der Jugend, der Unfertigkeit in der Verwaltung und der Mitgliedschulung der Arbeitgeberverbände, vielleicht auch infolge einer gewissen Abneigung der Verbände, ihre Stärke oder Schwäche vor der Öffentlichkeit zu verraten, noch so viele Lücken und Unzulänglichkeiten, daß man nicht ohne weiteres aus den dargebotenen statistischen Ziffern sich ein genaues Bild von der wirklichen Ausdehnung und dem Entwicklungstempo der Verbände machen kann.

So darf man aus den Mitteilungen, die das Reichsarbeitsblatt (Nr. 6) über „Die Arbeitgeberverbände im Deutschen Reich“ zu Beginn des Jahres 1911“ jetzt veröffentlicht hat und die für 1911 ein Mehr von 315 Verbänden, von 112 329 Mitgliedern und 172 760 Arbeitern in den Verbandsbetrieben gegenüber 1910 melden, nicht den Schluß ziehen, als ob darin das Wachstum der deutschen Arbeitgeberverbände im letzten Jahre ziffernmäßig zum Ausdruck käme. Vielmehr bedeuten die genannten Ziffern nur das Ergebnis der verbesserten Statistik der berichtstatistischen Verbände. Manche von ihnen fehlten im Vorjahre noch ganz in der Statistik, da ihr Bestehen nicht bekannt war oder sie die Meldung der Mitglieder- und Arbeiterzahlen unterlassen hatten. So fehlten z. B. im Vorjahre der deutsche Arbeitgeberverband für die Landwirtschaft (mit 10 000 Mitgliedern und 40 000 Arbeitern) und der für die Zigarrenindustrie (mit 784 Firmen und 120 000 Arbeitern) völlig in der Berichterstattung. Der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie hatte seine Mitgliederzahl (von etwa 1800 Firmen) nicht angegeben, der Verband der Schuh- und Schäftfabrikanten hatte die Zahlung der in seinen Mitgliedsbetrieben beschäftigten 35 800 Arbeiter unterlassen. Andererseits sind ältere Verbände, die bisher überwiegend wirtschaftliche Interessenvereinigungen waren, neuerdings auch unter die Arbeitgeberorganisationen gegangen oder doch erst jetzt als solche erkannt und in die Statistik aufgenommen worden.

Außerdem lassen sich bei der innigen Verflechtung von Orts-, Landes- und Reichsverbänden zur Berufsinteressenpflege mit gemischten Arbeitgeberlandesorganisationen Doppelzählungen vorläufig noch nicht ganz vermeiden, so sehr auch das Kaiserliche Statistische Amt diese auszumerzen bemüht ist. Die ziffernmäßigen Veränderungen innerhalb der einzelnen Sparten: „Reichs-, Bezirks- und Ortsverband“ haben vollends dynamisch wenig zu bedeuten, da hier bei der jugendlichen Unfertigkeit der Verbandsorganisation fortwährend Umbildungen, Umschreibungen, Neuzusammenfassungen alter Mitgliedergruppen zu anderen Einheiten vorkommen oder auch Bezirksgruppen sich von Reichsverbänden lösen, wie z. B. der Verband der Berliner Baugeschäfte vom Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe. Nur durch einen Zufall ist unter diesen Umständen die Endsumme der 1911 gezählten Landes- und Bezirksverbände (474) die gleiche wie 1910; denn innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen haben sich die Bezirksorganisationen bisweilen um 25, ja um 50 v. H. vermehrt oder vermindert. Der Zuwachs an wirklich neuen Mitgliederzahlen und neuen Arbeitgeberverbandsgründungen läßt sich aus der Statistik von 1911 durch Vergleich mit 1910 nicht klar herauskühlen. Nur aus einer Gründungszeitstatistik läßt sich entnehmen, daß im Laufe des Jahres 1910 6 Reichsverbände, 18 Landes- oder Bezirksverbände und 75 Ortsverbände neugebildet worden sind. Wie weit die Zusammenfassungen bereits bestehender Organisationselemente mitgespielt haben, wäre aber auch hier zu berücksichtigen.

Mit diesen und anderen Vorbehalten nur darf man die Endsummen der Arbeitgeberverbandsstatistik, die uns für das Ende der Jahre 1910 und 1909 vorliegt, betrachten. Aber auch dann bietet sie noch eine Fülle sozialer Belehrung.

Am stärksten erweiterten — nach den statistischen Aufzeichnungen von 1909 und 1910 — ihren Organisationsbereich, gemessen an der Zahl der von den Mitgliedsbetrieben beschäftigten Arbeiter, die Arbeitgeberverbände der Gruppe Landwirtschaft, Handeltsgärtnerei und Hochseefischerei (12 637 Firmen mit 77 082 Arbeitern statt 5949 mit 31 080), die der Nahrungs- und Genussmittelindustrien (10 446 Betriebe mit 184 254 statt 8031 mit 126 700), die des Bekleidungsgewerbes (besonders Schneiderei und Schuhmacherei: 9140 Firmen mit 112 588 Arbeitern statt 3973 mit 60 820). Eine auffällige Abnahme der von den Mitgliedsfirmen gemeldeten Arbeiterzahlen wiesen das Baugewerbe (51 832 Firmen mit 448 845 Arbeitern statt 51 038 mit 525 132), die polygraphischen Gewerbe (5468 mit 75 656 statt 5551 mit 79 295) und das

Arbeitgeberorganisationen Gewerbegruppen Anfang 1911	In den einzelnen Gruppen sind nachgewiesen					Von den Verbänden in Sp. 2-4 beschäftigten sich		Zahl der		
	Reichs- ver- bände	Landes- oder Bezirks- ver- bände	Orts- ver- bände	zu- sam- men	davon mit Angaben über		nur all- gemein mit Arbeiter- fragen	im besonderen mit dem Verhältnisse zwischen Mitgliedern und Arbeitern	Mitglieder bei den Verbänden in Spalte 6 u. 7	Arbeiter
					Mit- glieder	Ar- beiter				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	3	7	36	46	18	16	32	14	12 687	77 082
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	1	9	—	10	8	7	2	8	250	455 401
Stein- und Erdindustrie	15	33	52	100	69	52	22	78	3 094	196 511
Metall- und Maschinenindustrie	16	96	71	188	150	104	4	179	13 258	749 885
Chemische Industrie	1	—	3	4	4	4	1	3	104	28 858
Textilindustrie	3	18	70	91	42	39	5	86	3 302	492 829
Papierindustrie	7	11	19	37	35	32	15	22	869	49 280
Lederindustrie	4	10	85	49	24	24	2	47	1 314	14 839
Holz- und Schnitzstoffindustrie	3	6	166	175	153	148	—	175	4 986	65 387
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5	43	84	132	111	98	15	117	10 446	184 254
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	8	22	212	242	215	207	30	212	9 140	112 588
Baugewerbe	11	116	1 227	1 354	811	369	19	1 335	51 832	448 845
Poligraphische Gewerbe	6	49	74	129	129	124	—	129	5 468	75 656
Handels- und Verkehrsgewerbe	6	14	112	132	71	43	11	121	3 985	96 003
Gast- und Schankwirtschaft	—	—	4	4	4	2	—	4	404	880
Freie Berufe (Theater, Musik)	2	23	78	103	2	2	—	103	514	25 000
Summe: Berufliche Verbände	91	457	2 243	2 791	1 846	1 271	158	2 633	121 603	3 068 298
Hierzu: Gemischte Verbände	2	17	118	137	83	80	21	116	5 821	959 142
Summe überhaupt	1911 1910	93 84	474 474	2 861 2 055	2 928 2 618	1 929 1 414	179 121	2 749 2 492	127 424 115 095	4 027 440 3 854 680

Handels- und Verkehrsgewerbe auf (3985 Firmen mit 96 003 Arbeitern statt 3028 mit 100 671). Am stärksten sind die Arbeitgeberverbände nach wie vor in der Metall- und Maschinenindustrie, dem Bergbau, dem Baugewerbe und der Textilindustrie entwickelt.

Die beiden großen gemischten Reichsverbände stehen Ende 1910 etwa auf demselben Nivau wie Ende 1909. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat mit 50 000 Arbeitgebern von 1 600 000 Arbeitern einen gewissen Sättigungspunkt anscheinend erreicht, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände wuchs innerhalb des Jahres 1910 um 67 Mitgliedsbetriebe mit 23 184 Arbeitern; sie zählte demgemäß am 1. Februar 1911 6656 Mitglieder mit 1 051 000 Arbeitern.

Lehrreich ist ein Vergleich des Organisationsumfanges auf der Arbeitgeberseite und auf der Arbeiterseite in den Hauptindustriezweigen. Stellt man die Arbeiterzahlen der organisierten Firmen, soweit Angaben vorliegen, und die Mitgliedsziffern der drei Gewerkschaftsrichtungen (freie, christliche und Hirsch-Dundersche) einander gegenüber, so ergibt sich nach dem Reichs-Arbeitsblatt (S. 428) folgendes Bild:

Gewerbegruppen	Zahl der	
	bei den Arbeit- geberverbänden erfaßten	gewerkschaftlich organisierten
	Arbeiter	
Bergbau	455 401	209 905
Industrie der Steine und Erden	196 511	53 794
Metallindustrie	749 885	561 859
Textilindustrie	492 829	164 665
Lederindustrie	14 839	41 928
Holzindustrie	65 887	195 849
Industrie der Nahrungs- und Genuss- mittel	184 254	118 587
Bekleidungsgewerbe	96 841 ¹⁾	115 672
Baugewerbe	448 845	422 147
Poligraphisches Gewerbe ²⁾	75 656	101 261
Handels- und Verkehrsgewerbe	96 003	152 954

Es ist nicht erforderlich, wie die Ziffern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammengestellt sind; denn sie bleiben mehrfach, obwohl sie alle drei Gewerkschaftsrichtungen umfassen sollen, hinter den Zahlen zurück, die allein die freien Gewerkschaften über ihren Mitgliederbestand in den einzelnen Gewerbegruppen angeben. So berechnen die freien Gewerkschaften in den Industrien der

¹⁾ Die Arbeiter des Deutschen Wäschereiverbandes sind abgezogen.

²⁾ Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat nur gelernte Gehilfen angegeben. Dagegen sind unter den organisierten Arbeitern 15 891 Buchdruckerhilfsarbeiter.

Steine und Erden 62 757 freiorganisierte, in der Leder- und Papierindustrie zusammen 65 527, im Handels- und Verkehrsgewerbe 167 783 Mitglieder. Darnach würden sich die Nachziffern der Gewerkschaften vereinzelt doch etwas besser im Vergleich zu den Arbeitgeberverbandsziffern stellen. Jedoch ist es schwer, zu entscheiden, wie weit die Ziffern in beiden Reihen konformurabel sind.

Das Zentrum der Arbeitgebermacht ist das industrielle Rheinland; es folgen die Stadt Berlin (7000 organisierte Firmen mit 200 000 Arbeitern; doch haben manche Verbände nur ihren Sitz in Berlin, während die Firmenmitglieder oft außerhalb haufen), ferner das Königreich Sachsen, das rechtsrheinische Bayern und Schlesien. Soweit Angaben von den Ortsverbänden, die man geographisch bestimmten Plätzen zuweisen kann, vorliegen, stützen diese sich im allgemeinen sehr stark auf die Großstädte. Ein Viertel der Ortsverbände, und zwar die größten, die über 30 000 Firmen (von 54 845 in allen Ortsverbänden gezählten) mit rund über 1/2 Million Arbeiter umfassen dürften, haben ihren Sitz in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. In Landgemeinden wirken nur 55 Ortsverbände mit noch nicht 1000 kleinen Mitgliedsfirmen. Diese Verteilung entspricht naturgemäß der Ausbreitung der Industrie und der Arbeitergewerkschaften in den Städten.

Über die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände auf einzelnen charakteristischen Gebieten wird das Reichsarbeitsblatt späterhin berichten.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Freien Gewerkschaften hielten nach dreijähriger Pause ihre Tagung in der Woche vom 26. Juni bis 1. Juli in Dresden ab. 388 Delegierte vertraten auf ihr 2 276 395 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Unter den Delegierten befand sich eine große Zahl bekannter Gewerkschaftsführer und Reichstagsmitglieder. Was diese Tagung auszeichnete, war vor allem die sachliche und würdige Form der Verhandlungen. Kein parteipolitisches Interesse gewann in ihrem Verlaufe jemals die Oberhand gegenüber dem rein gewerkschaftlichen. Die wenigen Anlässe, die in der Tagesordnung zum Austausch größerer Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft hätten liegen können, wurden bereits dadurch beseitigt, daß die betreffenden Anträge nicht einmal die erforderliche Unterstützung von 20 Delegierten fanden. In dieser Weise wurden Anträge, an der Gewerkschaftsschule nur „Parteigenossen, die den Klassenkampf in klarer Weise lehren“, tätig sein zu lassen, für die Majorität volle Arbeitsruhe zur Pflicht

zu machen und Calwers Arbeiten nicht mehr im „Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen, abgetan, während ein Antrag auf Vereinigung von Partei- und Gewerkschaftsschule von den Antragstellern zurückgezogen wurde. Hiernach blieben nur noch Angelegenheiten zur Erörterung, in denen im wesentlichen Übereinstimmung herrschte; dadurch fehlte es der Tagung an dramatischen Höhepunkten, während die praktische Arbeit wesentlich gefördert wurde.

Legien, der sich mit Leipart und Schliche in den Vorsitz teilte, wandte sich in seiner Eröffnungsrede gegen Regierung und Unternehmer, in seinem Rechenschaftsbericht mehr gegen die Gegner im eigenen Lager. In der ersten Ansprache besprach er besonders die neue Kampfmethode der Unternehmer, angriffsweise vorzugehen und den Ablauf der Tarifverträge tunlichst auf einen Zeitpunkt zu verlegen; aus dieser Taktik würden in Zukunft noch viel schwerere Kämpfe entspringen als bisher. Und da müßte die Arbeiterschaft ganz auf die eigene Kraft vertrauen, denn von der Regierung habe sie nichts zu erwarten. Die Reichsversicherungsordnung habe dies ebenso bewiesen wie das Verhalten der sächsischen Regierung zu dem Plane einer gewerkschaftlichen Heimarbeitersausstellung im Rahmen der Internationalen Hygieneausstellung. Gerade im letzteren Falle sei das Entgegenkommen der Gewerkschaften außerordentlich groß gewesen, und der Einwand, es habe eine tendenziöse Darstellung der Zustände in der Heimarbeit befürchtet werden müssen, falle in sich zusammen, wenn man bedenke, daß die Zustände in der Heimarbeit so seien, daß schlechterdings jede Tendenz einer solchen Ausstellung nur schönfärberei sein könne. Gleichwohl sei es nicht zu bedauern, daß die Tagung in Dresden stattfinde, zumal die Dresdener Arbeiterschaft durch ihren Organisationsseifer hierauf längst einen Anspruch habe.

Nach der Begrüßungsrede eines Dresdner Gewerkschaftsvertreters, der besonders auf die Zustände unter dem alten sächsischen Vereins- und unter dem Sozialistengesetz in Dresden einging, und Ansprachen ausländischer Delegierter (Schweden, Österreich, Ungarn), sowie des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Kaufmann, folgte Legiens Rechenschaftsbericht der Generalkommission, welcher nur eine Ergänzung zu dem schriftlich vorliegenden Bericht bot. Hier klang die große Debatte lebhaft nach, die vor einigen Monaten über das Thema „Rassen und Führer“ stattgefunden hatte. Zur Rechtfertigung der scharfen Erwiderung der Generalkommission auf Dr. Pannekoeks Versuch, das Vertrauen der organisierten Arbeiter zu ihren Gewerkschaftsführern zu erschüttern, protestierte Legien gegen die Behauptung solcher praktisch ganz ungeschulten Parteigenossen, die gewerkschaftliche Arbeit sei Eispfahnsarbeit. Und die kräftigen Worte, die er hierbei fand, wurden von der Versammlung mit ostentativem Beifall begleitet. Ebenso scharf vermahnte sich Legien gegen die Angriffe auf das Zusammenarbeiten mit Reichsbehörden in statistischen Angelegenheiten. Diese Zusammenarbeit habe sich durchaus erfreulich gestaltet und müsse auch auf die Streikstatistik ausgedehnt werden, die heute auf Grund der Angaben der unteren Verwaltungsbehörden noch vollkommen versage; das sei auch von leitenden Persönlichkeiten im statistischen Amt schon vor Jahren zugegeben worden. Mit dem Rechenschaftsbericht, der sich u. a. auch noch gegen den Legitimationskartenzwang ausländischer Arbeiter wandte, erklärten sich alle Diskussionsredner einverstanden.

Die Einzelpunkte der Tagesordnung, die sodann zur Behandlung kamen, lassen sich, ohne Rücksicht auf ihre zeitliche Aufeinanderfolge, in innergewerkschaftliche und solche allgemeiner Natur einteilen. Zu den ersteren gehörte vor allem ein Antrag auf Errichtung einer Unterstützungskasse für Arbeitskämpfe, die die Kräfte einer Einzelorganisation übersteigen. Diesem Antrag stand ein anderer gegenüber, der die jeweilige Erhebung besonderer Beiträge von den Verbänden bei großen Aussperrungen seitens der Generalkommission vorsah; die Einzelorganisationen sollten nach eigenem Belieben diese Mittel aufbringen (Sammlung oder Umlage). Beide Anträge wurden der Vorstandskonferenz überwiesen, doch hatte der erstere, vom Bildhauer Dupont begründet, wenig Gegenliebe beim Kongress gefunden. Während für ihn geltend gemacht wurde, es sei gefährlich, immer erst ad hoc „den Klingenbeutel umgehen zu lassen“, wurde andererseits gesagt, er sei auf einen „Generalstreifonds“ gerichtet und müsse schon deshalb abgelehnt werden. Neben der Diskussion über diesen Punkt trat diejenige über einen Antrag des Zentralverbandes der Hausangestellten, ihre Organisation moralisch und materiell zu unterstützen und vor allem mehr weibliche Hilfskräfte heranzubilden, sehr zurück; es wurde vereinzelt bestritten, daß für Erfolge unter Arbeiterinnen weibliche Agitatoren geeigneter seien als männliche; aber überwiegend wurde dies doch als Tatsache anerkannt. Der

Antrag wurde angenommen; in ihm wird auch empfohlen, die Arbeiterschaft über die bestehenden Gefindeordnungen, unter denen ihre Kinder als Hausangestellte zu arbeiten haben, aufzuklären.

Bei den Gewerkschaftskursen wurde die Einführung „soziologischen und kulturwissenschaftlichen“ Unterrichts gewünscht; es wurde mehrfach gesagt, bisher fehle das rechte einigende Band zwischen den Einzelmaterien, die in den Gewerkschaftskursen gelehrt würden. Auch eine Verlängerung der Kurse wurde angeregt. Die Generalkommission machte dagegen geltend, bei Verlängerung der Kurse müßten die Gewerkschaften eine gewisse Gewähr dafür übernehmen, daß die Teilnehmer später in den Dienst der Gewerkschaften übernommen werden könnten; gerade darin, daß die Gewerkschaften das nicht könnten, unterschieden sich ihre Kurse von denen der Partei, die in ihrer Schule Funktionen für sich heranbilde. Dieser Gesichtspunkt fand zwar nicht ungeteilte Anerkennung, doch wurde der Antrag auf Verlängerung der Kurse immerhin zurückgezogen.

Mit verwandten Materien befaßte sich auch der Vortrag Sassenbachs am letzten Tage des Kongresses über „Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften“. Er führte aus, daß diese Bestrebungen in den Organisationen nicht Selbstzweck, sondern Mittel seien. Daher könne auch nicht verlangt werden, daß hier eine Art Perfectionismus der Volksschulbildung geboten werde. Wünsche, wie der nach Erteilung von Stenographieunterricht oder gar Esperanto seien deshalb unangebracht. Wohl aber müsse das ganze Bildungswesen besser organisiert, die Heranziehung von Vortragsrednern für ganze Industriegebiete geregelt und mehr als bisher auf knappe Fassung der Vorträge gedrungen werden. Das Vortragswesen habe die Mitglieder erst zum Nachdenken angeregt und müsse auch heute noch größere Aufmerksamkeit verlangen, als ihm bisher zuteil wird. Besser als früher sei die Gewerkschaftspresse in ihren der allgemeinen Bildung dienenden Aufgaben geworden. Dagegen liege das Bibliothekswesen noch sehr im Argen. Gewöhnlich kauften die Bibliotheken einige „Favoriten“, die in jeder einzelnen zu finden seien; bei Zusammenlegung mehrerer Bibliotheken trete dann diese völlige Einseitigkeit außerordentlich unangenehm hervor. Die Musterverzeichnisse, die in den letzten Jahren erschienen seien, hätten zwar auch ein wenig Besserung gebracht, könnten aber natürlich die Gefahr einer überall wiederkehrenden Einheitsbibliothek nicht vermindern. Vor allem sei nötig, daß der Bibliothekar nicht, wie früher, einer der untersten Gewerkschaftsbeamten sei, sondern literarisches Verständnis besitze und nicht einfach nehme, was er eben billig erhalten könne. Die Diskussion brachte eine ergänzende Rede des Vorsitzenden des Parteibildungsausschusses, Schulz, der die häufige Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft auf dem Gebiete des Bildungswesens besonders hervorhob und einige Richtlinien aus seinen Erfahrungen heraus bot. Er empfahl auch die Berücksichtigung des künstlerischen Interesses der Mitglieder, wogegen sich in der weiteren Diskussion das Bedenken erhob, daß eine zu große Zersplitterung zu Halbheiten führen werde; vor allem aber dürfe gerade das Künstlerische nicht doktrinär sozialistisch behandelt werden, wie das in einigen Parteibüchern geschehe; so sollte z. B. in den Bibliotheken zwar mehr Unterhaltungsliteratur beschafft werden, da ja nach ihr große Nachfrage sei, nicht aber sollten dabei die neueren und besonders die dem Sozialismus zuneigenden Schriftsteller außergewöhnlich stark berücksichtigt werden; auch von den Klassikern und älteren bürgerlichen Schriftstellern könne der moderne Arbeiter noch sehr viel lernen. Schulz hatte sich auch gegen eine Forderung der Zeitsätze Sassenbachs gewendet, in dem als Voraussetzung der Teilnahme an den örtlichen Bildungsausschüssen nicht nur paritätische Vertretung der Gewerkschaften in diesen Ausschüssen gefordert, sondern auch verlangt wurde, daß diejenigen Lehrgegenstände, die das Gebiet der Gewerkschaften behandeln, auch im Sinne der Gewerkschaften vorgetragen werden. Gleichwohl fanden die Zeitsätze in der von Sassenbach festgelegten und nur an wenigen anderen Stellen durch Vereinbarung mit Schulz abgeänderten Zeitsätze die einstimmige Billigung des Kongresses.

Von sonstigen innergewerkschaftlichen Angelegenheiten verdient eine Aufforderung zur Herbeiführung von Verschmelzungen von Branchenverbänden zu leistungsfähigen Industrieverbänden deshalb Erwähnung, weil sie, miemohl sie ja nur einen Wunsch des Kongresses den Einzelorganisationen gegenüber ausdrückt, die Tendenz kennzeichnet, die seit einiger Zeit durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung geht, kleine Verbände zugunsten größerer aufzugeben. Daß freilich hierbei nicht schematisch verfahren werden kann, bewies ein anderer Antrag, der die Generalkommission zu Verhandlungen mit dem Ziele der Verschmelzung aller in der Nahrungs- und Genußmittelbranche bestehenden Verbände zu einem einzigen

großen Zentralverbände auffordern wollte. Von einer meist aus Vertretern anderer Branchen gebildeten Minderheit befürwortet, wurde er in namenhafter Abstimmung abgelehnt.

Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission (13) wurde diesmal unverändert gelassen; in der Zusammensetzung änderte sich nur ein Sitz; statt Drunsels wurde der Bergarbeitervertreter Sachs in der Stichwahl neu gewählt; die bisherigen Mitglieder erzielten größtenteils sehr bedeutende Stimmengiffern, so Legien 348 von 368 Anwesenden.

Zwischen den innergewerkschaftlichen und den allgemeinen Fragen nahmen eine Mittelstellung die Vereinbarungen der Generalkommission mit dem Sekretariat des Zentralverbands deutscher Konsumvereine ein. Sie wurden dem Kongreß zur Bestätigung vorgelegt und fanden, von kleinen Beanstandungen abgesehen, ungeheilte Billigung. Es handelt sich um eine ganze Reihe von Punkten, die zum Teil auch auf dem Leipziger Genossenschaftstage (vergl. Sp. 1226) eine wesentliche Rolle spielten. Zunächst richtet sich der gemeinsame Kampf beider Organisationen gegen die Schäden der Heimarbeit. Ihr soll der Boden möglichst entzogen werden; ihre Produkte sollen von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Arbeiterschaft ausgeschlossen werden; die Arbeiter sollen hier auch dann meiden, wenn die in geordneten Betrieben hergestellten Waren teurer sind als die Heimarbeitserzeugnisse; die Konsumvereine ihrerseits sollen die letzteren überhaupt nicht führen; und beide Organisationen sollen einander unterstützen in der Beschaffung tatsächlichen Materials über die Produktionsverhältnisse und durch Preispropaganda. Ähnlich sollen die Strafanstaltserzeugnisse behandelt werden. Eine weitere Vereinbarung betrifft die Stellung der Konsumvereine zu den Tarifverträgen. Auch hier soll die wirtschaftliche Macht der Konsumgenossenschaften als Warenkäufer in den Dienst des Fortschritts der Arbeiterklasse gestellt werden. Die Konsumvereine sollen Lieferungsverträge vorzugsweise an Firmen mit tariflich geregelten Löhnen geben und, insoweit schriftliche Wertverträge vorliegen, die Tarifklausel aufnehmen. Die Gewerkschaften ihrerseits sollen über Lieferanten der Konsumvereine nur dann den Boykott verhängen dürfen, wenn sowohl die Generalkommission ihre Zustimmung gibt, als auch ein Vermittlungsversuch des Generalsekretärs des Zentralverbands deutscher Konsumvereine erfolglos geblieben ist. Endlich anerkennen die Gewerkschaften, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion der Konsumvereine eine Aufgabe der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und, soweit bedruckte und unbedruckte Papierwaren und Papier in Frage kommen, der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ist.

Die Errichtung besonderer Produktionsgenossenschaften wird demgemäß nur dann gebilligt, wenn es sich um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirks zur gemeinsamen Produktion, bzw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktionsgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind, handelt, oder wenn von organisierten Arbeitern unternommene sogenannte Arbeiterproduktionsgenossenschaften in Betracht kommen, wie sie oft nach erfolglosen Streiks gegründet werden; in beiden Fällen wird das Einverständnis mit dem Zentralverband, der Großeinkaufsgesellschaft und der zuständigen Gewerkschaftsleitung gefordert. Ohne diese Vorbedingungen erfüllt zu haben, soll keine Produktionsgenossenschaft Anspruch auf geschäftlichen Verkehr mit den dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereinen haben. Diese Maßnahmen sind von den jahrzehntelangen Erfahrungen mit Produktionsgenossenschaften, denen der Anschluß an den organisierten Konsum fehlt, diktiert und werden wohl dazu beitragen, die Erkenntnis der großen Gefahren leichtfertiger produktionsgenossenschaftlicher Unternehmungen in die Arbeitermassen zu tragen.

Von weitaus größter Bedeutung unter allen Vereinbarungen dürfte indessen der Plan einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Volksfürsorge“ werden. Den großen Versicherungsgeellschaften, die mit außerordentlich hohen Gewinnen arbeiten, soll eine ganz lose Unterstützungsvereinigung, — nur im Falle von Schwierigkeiten seitens der Aufsichtsbehörden will man eine andere Form (Genossenschaft, Aktiengesellschaft, Gegenseitigkeitsvereinigung) wählen, — entgegengestellt werden, die jedem gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisierten die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung bei Tod, Alter und zur Versorgung der Kinder gibt, ohne daß er einen Pfennig des eingezahlten Kapitals verlieren könnte. Ein Rechtsanspruch kann bei der geplanten losen Form der von Gewerkschaften und Genossenschaften in ihrer Gesamtheit zu gründenden Vereinigung nicht gewährt werden; gleichwohl hat diese andere wesentliche Vorzüge und soll nur dann aufgegeben werden, wenn sie, im Gegensatz zur bisherigen Auslegung

des Gesetzes über die Privatversicherung, nicht zugelassen und die Sicherstellung eines Rechtsanspruchs verlangt wird, zu dem eine der genannten andern Organisationsformen erforderlich wäre. Daß das Unternehmen von den Genossenschaften nicht allein, sondern mit den Gewerkschaften gemeinsam geplant wird, hat seinen Grund nicht nur darin, daß die Gewerkschaften an sich schon ein Interesse haben, daß die Mittel organisierter Arbeiter nicht Unternehmungen zufließen, die mit unverhältnismäßigem Gewinn arbeiten und mehr oder weniger dürftige Leistungen hinter geschickt verwendeten Reklameziffern verbergen, sondern auch darin, daß die Gewerkschaften den Werbeapparat stellen und damit die Kosten bedeutend herabmindern sollen; Propagandakosten werden dadurch ebenso gering werden wie etwaige Provisionen, da die Gewerkschafts- (und auch die Partei-)presse den Eifer der Mitglieder ergötzen wird.

In der Diskussion zu dem inhaltsreichen und hoffnungsvollen Vortrage Bauers über diese „Volksfürsorge“ wurde mehrfach gewünscht, auch Unfall- und Krankenfürsorge in die neue Einrichtung einzubeziehen; hiervoor warnten indessen Kaufmann, Robert Schmidt und Umbreit ganz entschieden; man dürfe das Schiffelein nicht gleich zu Anfang überlasten; außerdem schlägt die Einbeziehung aller anderen Versicherungsarten den Gewerkschaften geradezu ins Gesicht. Schließlich wurde im Sinne des Referats eine Entschließung einstimmig angenommen. Ein Zusatzantrag Diesterlof betraf die Einbeziehung der Unfälle auf dem Wege von und zu der Werkstatt und der Unfälle der Gewerkschaftsbeamten; er wurde der Generalkommission überwiesen; seine besondere Bedeutung liegt darin, daß er der Abonnentenversicherung mancher Zeitungen den Boden abgraben will.

Unter den allgemeineren Fragen betreffenden Punkten der Tagesordnung befaßte sich, ebenso wie die erste Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen, ein Referat mit der Heimarbeit und dem im Herbst wieder vor den Reichstag gelangenden Hausarbeitsgesetz. In seinem Vortrag wies Deichmann-Bremen die Mängel der bisherigen Heimarbeitsregelungen und des neuen Hausarbeitsgesetzes nach und zitierte aus Bittmanns und Arnolds Werken über die Heimarbeit in Baden und im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiete besonders bezeichnende Stellen über die Not der Heimarbeiter. Die Behauptung, daß die Heimarbeit zurückgehe, könne trotz der Reichsstatistiken nicht ohne weiteres anerkannt werden. Besonders schlimm seien die Zustände in Sachsen, wo 36 v. H. aller deutschen Heimarbeiterinnen (31 v. H. aller Heimarbeiter überhaupt) zu suchen seien. Angeichts der Verhältnisse im Erzgebirge sei es nicht verwunderlich, wenn die sächsische Regierung in der Angelegenheit der Heimarbeitsausstellung den Unternehmern nachgegeben habe. Deichmann forderte allgemein einen Mindestlohnraum von 12 ohm für jeden Arbeiter, Trennung von Koch-, Schlaf- und Arbeitsräumen, Ausdehnung des Kinderschutzes, womöglich bis zum 18. Lebensjahre, und vor allen Dingen, in Übereinstimmung mit dem Heimarbeitertag am 12. Januar 1911, Lohnämter. Diese Forderung ist es, auf die sich seit Jahren nun alle Kreise konzentrieren, die dem Heimarbeitselend ein Ende machen wollen; es war daher nur selbstverständlich, daß der Gewerkschaftskongreß sie mit allem Nachdruck zum Ausdruck brachte.

In der Diskussion wandte sich Sinn-Berlin (Blumenarbeiter) mit größter Schärfe gegen die Blumentage. Wie zu erwarten war, haben diese einen starken Lohnbruch zur Folge gehabt: Ein Groß Margareten wurde früher für 90 \mathcal{M} , seit dem Aufkommen der Blumentage für 60 \mathcal{M} , später gar bisweilen nur für 42 \mathcal{M} verkauft. Entsprechend solchem Nachgeben der Wohltätigkeit zuliebe wurden die Löhne für gepresste Kornblumen z. B. von 30 \mathcal{M} erst auf 25 und schließlich auf 7 \mathcal{M} gedrückt; wenn nun auch dabei berücksichtigt werden muß, daß die Mehrleistung nicht einfach arithmetisch mit der Zahl der gepressten Blumen zunimmt, so ist der Lohnsturz doch so ungeheuer, daß diese Mitteilung Sinns vielleicht den Eifer der Veranstalter der Blumentage, ein Übel durch das andere heilen zu wollen, etwas zu mäßigen vermag. Das schlimmste ist, daß die gedrückten Löhne sich zu verewigen drohen und nicht einfach höheren wieder weichen, wenn die Blumentage vorüber sind. Viele Diskussionsredner bekämpften die Regierung als untätig beim Schutze der Heimarbeiter; die Hauptsache bleibe doch eben die Selbsthilfe durch Organisation, wie die Erfolge in der Portefeuilleindustrie besonders bewiesen. Dieser Standpunkt kam vielleicht sogar zu oft zum Ausdruck, so verständlich seine Betonung auf einem Gewerkschaftskongreß auch sein mag. Die Selbsthilfe ist nun schon seit Jahrzehnten versucht worden, aber, wie ein anderer Redner richtig bemerkte, noch fast immer an der Unfähigkeit der Heimarbeiter zu Opfern für ihre Organisation gescheitert. Erst muß diese Fähigkeit überhaupt durch einen staat-

lichen Eingriff in die Lohnfrage geschaffen werden, dann wird, nach englischem Beispiel, die Organisierbarkeit und das Interesse an der Selbsthilfe von selbst kommen. Nach langer, aber ohne Gegenfäße verlaufener Diskussion wurde Deichmanns Resolution einstimmig angenommen. Sie bekundet die Übereinstimmung mit dem Seimarbeiterkongreß 1904 und dem Seimarbertertag 1911 und gibt im übrigen die im Referate bekundeten Ansichten wieder.

(Schluß folgt.)

Streiks und Aussperrungen.

Der Streik der Seeleute in England und Holland

hat in der letzten Juniwoche, wider Erwarten der schlecht unterrichteten Öffentlichkeit, einen Umfang angenommen, der das Reedereigewerbe in wichtigem Teile still zu legen drohte. Die Shipping Federation der Reeder, die im Gefühle überragender Macht den Streik im Keime zu ersticken vermeinte, ohne den Forderungen der Seeleute irgendwie entgegenkommen zu müssen, und die Versuche des englischen Handelsministeriums, noch vor Ausbruch des Streiks ein Einigungsamt zu errichten, schroff abgelehnt hat, ist jetzt zum Verhandeln bereit. Sie stimmt nunmehr dem Interventionsverlangen der Kaufleute und Gewerbetreibenden zu, deren Warenbezug durch das Stillliegen der Schiffe empfindlich gestört ist, und die darum ein vermittelndes Eingreifen des Handelsamts wünschen. Auf der anderen Seite aber schwillt den Seeleuten und den ihnen nahestehenden Transportarbeitern auf den Docks, den Leichtern, den Güterböden, Fuhrwerken und Eisenbahnen das Wachbrennfeuer angesichts des siegreichen Aufschwunges ihrer Bewegung. Die Transportarbeiter auf dem Lande sind bereit, Schiffs Güter, die trotz des Seeleutestreiks ihren Bestimmungsorten zutreiben, also von Streikbrechern und den Mitgliedern der Free Labour Association weiterbefördert werden, als „durch Streikbruch infiziert“ zu behandeln, d. h. ihnen das Lösen und den Weitertransport auf Wagen und Eisenbahnen abzuschneiden. Daß es dabei zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Gelben sowie den Polizei- und Militäraufgeboten kommt, die zum Schutze der Arbeitswilligen an wichtigen Hafenplätzen wie Liverpool, Hull, Amsterdam usw. zusammengezogen sind, liegt auf der Hand. Was an den zahlreichen sensationellen Nachrichten hierüber nun aber wirklich Wahres ist, läßt sich nicht sagen. Zahlreiche Schiffs- und Dockfirmen, namentlich die außerhalb der Shipping Federation stehenden, aber auch einzelne ihrer Mitglieder, haben die Forderungen der streikenden Seeleute und Hafenarbeiter bewilligt.

Soviel über den Stand der Dinge im allgemeinen. Die wichtigsten besonderen Ereignisse der letzten Woche waren die gleichzeitig in London am 28. Juni abgehaltenen Beratungen der Reeder und die des Nationalen Transportarbeiterverbandes, der Vereinigungen von Seeleuten, Dockarbeitern, Eisenbahnern, Fuhrleuten und anderen Verkehrsarbeitern mit etwa 120 000 Mitgliedern umfaßt, und endlich die Einigungsverhandlungen in Hull. Die Londoner Sitzung der Shipping Federation, an der etwa 100 Vertreter von Schiffsahrtsgesellschaften aus allen Häfen des Königreichs unter Vorsitz von Sir Walter Runciman teilnahmen, führte zu dem Beschlusse, „daß nach Ansicht der Konferenz angesichts der heutigen Geschäftslage eine mäßige Lohnerhöhung in größeren Abteilungen der Schiffsahrtindustrie und in gewissen Häfen zugestanden werden könnte“. Weiter sei der Shipping Federation zu empfehlen, einen einheitlichen Lohnstarif innerhalb gewisser Grenzen, die die örtlichen Erfordernisse berücksichtigen, aufzustellen und künftig ihre Tätigkeit auf Lohnstreitigkeiten auszudehnen, sowie eine Staffel für Entschädigungen auszuarbeiten, die Schiffseigentümern zu zahlen sind, die ihre Schiffe abtadeln müssen, weil sie zu den vom örtlichen Schiffseigentümer-Verband festgesetzten Lohnsätzen im Arbeitsvermittlungsamte der Shipping Federation keine Leute erhalten können. Endlich wurde einmütig beschlossen, die Forderung einer Anerkennung der Gewerkschaft der Seeleute und Seizer rund abzuschlagen.

Da in einzelnen Hafenplätzen, vor allem in Liverpool, die der Shipping Federation angehörigen Reedervereine bereits beschlossen hatten, ihren Mitgliedern freie Hand im Verhandeln mit den See- und Hafenarbeitern zu lassen, so ist die Londoner Einheitskundgebung der Reeder zu spät gekommen und hat damit auch ihre Wirkung verfehlt. Wirkungsvoller ist die Londoner Zusammenkunft der Vertreter des Transportarbeiterverbandes ausgefallen, die sich für ein einheitliches Zusammengehen aller in Betracht kommenden Gewerkschaften aussprach. Es wurden sogar sehr energische Maßnahmen angebroht, falls der Ausstand der Seeleute nicht bis zum 1. Juli zu ihrer Zufriedenheit beigelegt sein sollte. Wohl

unter dem Einfluß dieser aufsteigenden Kundgebung haben die See- und Hafenarbeiter in Hull am 29. Juni die Einigungsverhandlungen mit dem dortigen Reederverband, die Astwith vom Handelsministerium zusammen mit seinem Gehilfen Isaac Mitchell, dem früheren Sekretär der General Federation of Trade Unions, leitete, zum Scheitern gebracht, da die Bewilligungen der Reeder nicht weit genug gingen. Nach sechsstündigen mühseligen Verhandlungen hatte Astwith 30 Reeder und 6 Arbeiterführer, die See- und Feuerleute, Dockarbeiter, Leichtearbeiter und Kohlenträger vertraten, endlich auf folgender Grundlage zur Verständigung gebracht: 1. Die Arbeiter dürfen nicht gezwungen werden, die Arbeitskarten (tickets) der Federation oder der Free Labour Association vorzuweisen. 2. Den Arbeitern steht die Rückkehr zur Arbeit ohne weiteres offen. 3. Dockarbeiter sollen Sonntags einen halben Tag frei haben. 4. See- und Feuerleute sollen in der Woche einen halben Tag frei haben. 5. Die Löhne der See- und Feuerleute sollen 32 1/2 s. die Woche betragen; das bedeutet eine Zulage von 2 1/2 s. Der Monatslohn für Vollmatrosen soll 90 s., für Heizer 95 s. betragen. — In einer geradezu dramatischen Massenversammlung vor dem Burenkriegdenkmal der Stadt Hull aber schrien 12 000 Streikende und Gefinnungsgeoffenen diese Einigungsvorschläge nieder: „Lieber hungern als das!“ Während Astwith nach diesem bösen Ergebnis des ersten Einigungsvorschlages die Verhandlungen zwischen Reedern und Arbeiterführern auf neue aufnahm, vollzogen sich auf den Hafentrafiken Hulls mühe Auftritte unter den erregten Massen, so daß Militär im benachbarten Yort in Bereitschaft gestellt wurde. — Beim Schluß der Redaktion trifft die Nachricht von einer überraschenden Wendung des Kampfes in England ein. Die Arbeiterführer, vor allem Samuel Wilson vom Transportarbeiterverband, haben die aufgeregten und bereits unter Hunger leidenden Massen soweit beschwichtigt, daß sie am 2. Juli in Hull allenthalben beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sofern die Reeder, abgesehen von den bereits gemachten Zugeständnissen, allen Hafenarbeitern Lohnerhöhungen gewähren und versprechen, mit den Vertretern aller anderen Arbeitergruppen deren Wünsche zu erörtern. Das Handelsamt hat daraufhin die Unterhandlungen durch Astwith zwischen den Streikparteien wieder aufnehmen lassen, der in kurzer Zeit einen Vergleich am 3. Juli zu Stande brachte. Die Aufnahme ist noch am selben Tage in den meisten Häfen erfolgt.

Auf dem Festlande hat bisher der See- und Hafenarbeiterstreik nur in Amsterdam ernste Störungen des Verkehrs verursacht. Die fest unter Kautionsleistung angestellten Hafenarbeiter, die sich dem Streik trotzdem angeschlossen hatten, haben den letzten Termin (28. Juni) zur Wiederaufnahme der Arbeit, den die Gesellschaften gestellt hatten, verstreichen lassen, ohne zur Arbeit zurückzukehren. Die Hafenarbeiter streikten aus Sympathie mit den Seeleuten, stellen aber keine Forderungen auf. Die Kautionen der Vertragsarbeiter in Höhe von 50 und 100 Gulden gelten als verfallen. Die Arbeitgeber des Schiffsahrtsgewerbes drohen nun zum 3. Juli die allgemeine Aussperrung an. Ähnlich wie im Jahre 1903 greift der Streik auf andere Gruppen von Arbeitern über. So haben die Fuhrleute Forderungen auf Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit gestellt. Auch die Woolsarbeiter haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Die Schiffsahrtsgesellschaft „Dzean“ hat angeboten, den Seeleuten die geforderte Lohnerhöhung von 6 Gulden monatlich zu geben und bezüglich der anderen Forderungen (Abkündigung des Prämienwesens, der Konduitenlisten, der Körpermusterung, sechsmonatliche Lohnauszahlung bei Krankheiten usw.) mit den Streikenden in wohlwollende Unterhandlung zu treten. Der Streik bezieht sich nur auf die regelmäßigen Linien, die allerdings die wichtigsten im Hafen von Amsterdam sind, und umfaßt etwa 2500 Mann. Die Unternehmer, die Gelegenheitsfrachtfahrten machen und etwa 1000 Hafenarbeiter beschäftigen, haben mit diesen einen Tarifvertrag für die Löhne. Die Streikenden haben Posten aufgestellt, um die namentlich von Deutschland kommenden Streikbrecher abzufangen. Polizei und Militär ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung in großer Zahl aufgeboden. In Rotterdam wird der Seeverkehr durch Arbeitswilligenersatz fast in vollem Umfange fortgeführt. In Antwerpen ist am 1. Juli eine Verständigung auf der Grundlage der Hamburger Löhne mit zwei großen Reederfirmen erfolgt. Diesem Abkommen haben sich die andern Firmen am 3. Juli angeschlossen. Künftig werden die Heizer im regelmäßigen Tagesdienst 8, die Seeleute 12 Stunden beschäftigt; Überstunden werden bezahlt. Auch steht die Gründung einer Arbeitsbörse für Seeleute in Antwerpen unmittelbar bevor, da sich ergeben hat, daß das Feuerunwesen in der Tat ein allgemeiner Abelsand geworden ist. In Gent setzt

eine Bewegung der Hafenarbeiter ein, da diese durch den englischen Streik leiden, der die Güter mit großer Verspätung eintreffen läßt.

In Deutschland verhalten sich die Seeleute und Hafenarbeiter bemerkenswert ruhig. Sie begnügten sich bisher mit einer öffentlichen Mahnung, nicht als Streibbrecher den ausländischen Kameraden in den Rücken zu fallen und den Streibbrecheragenten, zumal der holländischen Reedereien, die alles erreichbare Menschenmaterial von den Heden und Jäunen auflesen, aus dem Wege zu gehen.

Streikdrohungen der Marinetechniker auf der Kaiserlichen Werft sind das neueste Alarmzeichen dafür, daß die Sozialpolitik in der Marineverwaltung, die früher anderen Verwaltungsbehörden als Vorbild empfohlen werden konnte, in letzter Zeit öfters eigenartige Wege wandelt, die nicht zum sozialen Frieden führen. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts bestimmt habe, daß neu einzustellende Techniker nur noch auf Privatdienstvertrag, also ohne Aussicht auf spätere feste Anstellung mit Beamtenprivileg und Pensionsberechtigung, angenommen werden dürfen. Ersparnisgründe sollen diesen Erlaß, der die Techniker künftig erheblich unsicherer stellt, veranlaßt haben. Einige Marinebehörden haben diesen Erlaß nun mit rückwirkender Kraft derart gehandhabt, daß sie den bereits angestellten Technikern zum 1. Juli kündigten und ihre Weiterbeschäftigung von der Anerkennung eines neuen Dienstvertrages abhängig machten. Diese Dienstverträge waren aber, abgesehen von der Versagung künftiger fester Anstellung, auch in Einzelheiten ungünstiger als die bisherigen Verträge. So gewährt das neue Vertragsmuster z. B. das Gehalt bei Krankheit nur bis zu 14 Tagen und besagt ferner wörtlich: „Dauert die Krankheit länger als 4 Wochen, so wird in der Regel gekündigt.“ Ein Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sonntagsarbeit und Überstunden werden nicht bezahlt. Ein Erbindecker erkennt der Vertrag nicht an. Dieses Vertragsmuster erinnert also an die ungünstigsten Formularverträge der Privatindustrie, gegen die sich die Technikerbewegung seit langem zur Wehr setzt. Zahlreiche Techniker der Marineverwaltung haben denn auch in Eingaben an ihre vorgesetzten Behörden um Abänderung des Vertrages gebeten, der in keiner Beziehung den sonst in Reichs- und Staatsbetrieben üblichen Verträgen entspreche. Diese Gesuche und auch eine Bitte des Deutschen Technikerverbandes um eine Audienz beim Staatssekretär des Reichsmarineamts sind indes nicht berücksichtigt worden. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat dem Verband deutscher Technikervereine mitgeteilt, daß er es grundsätzlich ablehne, über das Dienstverhältnis der im Bereich der Marineintendanturen beschäftigten Techniker in Erörterungen einzutreten. Sämtliche Techniker der Marineintendantur und der Bauämter in Kiel haben daraufhin beschlossen, die Annahme der Verträge abzulehnen und ihre Unterschrift zu verweigern. Die Antwort der Marineintendanturen in Kiel und Wilhelmshaven auf dieses bei sich selbstachtenden Männern notwendige Verhalten war nicht etwa ein Versuch, sich mit den bisherigen Mitarbeitern über die Verbesserung des unglücklichen Dienstvertragsentwurfs zu verständigen, sondern die Entlassung der Aufrechten zum 1. Juli und 1. August. Der Deutsche Technikerverband, dem die meisten der entlassenen Herren angehören, erklärt zu diesen Vorgängen.

„Das Reichsmarineamt hat damit bewiesen, daß es nicht gewillt ist, die so notwendige Besserung der sozialen Verhältnisse in seinen Betrieben herbeizuführen, sondern eher geneigt ist, sie zu verschlechtern. Der Deutsche Technikerverband, der die Aktion zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse in den Marinebetrieben eingeleitet hat, wird die Betroffenen mit dem ganzen Gehalt unterstützen und die technischen Verbände werden den Marinebehörden keine technischen Arbeitskräfte vermitteln.“

Seit fünf Jahren bemüht sich der Reichstag, gebunden durch mehrfache Versprechungen gegenüber den Technikerorganisationen, um die Verbesserung des Technikerrechts. Inzwischen kommt ein Ressort derselben Reichsregierung, die an diesen Bestrebungen mitarbeiten zu wollen versichert hat, und schraubt die Dienstvertragsrechte der Techniker in Einzelheiten noch unter das hergebrachte soziale Niveau zurück. Das kann zu nichts Gutem führen. Wie der Reichstag zu diesen Fragen steht, hat er bei der Beratung über die Petitionen der Marinetechniker am 16. Februar 1911 erst nachdrücklich bekundet. Die Reichsmarineverwaltung aber kümmert das nicht.

Arbeiterschutz.

Internationales Übereinkommen über das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen. Das Übereinkommen haben bis jetzt innerhalb der vorgesehenen Frist ratifiziert:

Deutschland, Österreich, Ungarn, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweiz.

Für diese Staaten tritt das Übereinkommen am 14. Januar 1912 in Kraft. Den Beitritt haben gemäß Art. 6 und 9 des Übereinkommens erklärt:

	Datum der Beitritts-Erklärung	Datum des Inkrafttretens
Frankreich, Kolonien: Algerien	26. März 1909	14. Jan. 1912
Tunis	15. Jan. 1910	15. Jan. 1912
Großbritannien, Kolonien: Ceylon, Fidschi-Inseln, Gibraltar, Gold- küste, Leeward-Inseln, Neuseeland, Nordnigeria, Trinidad, Uganda- Protectorat, Süd-Rhodesia	21. Febr. 1908	14. Jan. 1912
Italien	29. Dez. 1909	14. Jan. 1912
Schweden	14. Jan. 1910	14. Jan. 1912

Internationales Übereinkommen über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Zündholzindustrie. Das Übereinkommen haben bis jetzt innerhalb der vorgesehenen Frist ratifiziert:

Deutschland, Dänemark (mit Faröer-Inseln und den Antillen), Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweiz.

Für diese Staaten tritt das Übereinkommen am 1. Januar 1912 in Kraft.

Den Beitritt haben gemäß Art. 3 und 5 des Übereinkommens erklärt:

	Datum der Beitritts-Erklärung	Datum des Inkrafttretens
Frankreich, Kolonien: Somalilüste, Réunion, Madagaskar und Depen- denzen, Französisch-Westafrika, De- nariische Besitzungen, Neukaledonien	26. Nov. 1909	26. Nov. 1914
Tunis	15. Jan. 1910	15. Jan. 1915
Großbritannien und Irland	28. Dez. 1908	28. Dez. 1913
Britische Kolonien:		
Orange River	3. Mai 1909	3. Mai 1914
Cypern, Ostafrika - Protectorat, Gibraltar, Malta, Mauritius, Seychellen, Südnigeria, Uganda-Protectorat	4. Jan. 1910	4. Jan. 1915
Nordnigeria	24. Febr. 1910	24. Febr. 1915
Leeward-Inseln	26. März 1910	26. März 1915
Fidschi-Inseln	20. Juni 1910	20. Juni 1915
Gambia, Goldküste, Sierra Leone	22. Okt. 1910	22. Okt. 1915
Vereinigte Staaten von Südafrika rückwirkend auf den	6. Dez. 1910	6. Dez. 1915
Bermudas	3. Mai 1909	3. Mai 1914
Italien	19. Dez. 1910	19. Dez. 1915
Niederländisch-Indien	6. Juli 1910	6. Juli 1915
Spanien	7. März 1910	7. März 1915
	29. Okt. 1909	29. Okt. 1914

Autonome Phosphor-Verbote (ohne Beitritt zum Berner Übereinkommen, jedoch unter dessen Einwirkung) sind ergangen im Australischen Staatenbund, 8. Dezember 1908, und in Neuseeland, 17. September 1910.

Die hamburgische Gewerbeinspektion 1910. In der Hamburger Arbeiterschaft machte sich auch im Berichtsjahre das Streben nach verkürzter Arbeitszeit erfolgreich geltend. In Betrieben, in denen gelehrte Arbeit vorherrscht, ist vereinzelt schon die achtkündige, in der Regel die 9- oder 9 1/2-kündige Arbeitszeit eingeführt; in Betrieben mit ungelernter Arbeit herrscht noch der zehn-kündige Arbeitstag vor. Sehr lange Arbeitszeiten wurden dagegen im Konditor- und Friseurgewerbe aufgezeichnet, bei den umfassen den Ermittlungen, die der Durchführung der Sonntagsruhe galten. Da, wo sich gegen die lange Arbeitszeit gesetzlich nicht einschreiten ließ, namentlich am Sonntag in Konditoreien, die mit Gastwirtschaft verbunden sind, wurde wenigstens mit Erfolg darauf hingewirkt, daß den Angestellten nach der langen Arbeitszeit eine ausgiebige Nachtruhe gewährt wurde.

Infolge des Inkrafttretens der Gewerbeordnungs-Novelle mußten vielfach in den Betrieben neue Arbeitsordnungen erlassen werden, deren Prüfung viel Zeit der Gewerbeaufsicht in Anspruch nahm. Zunächst mußten 60 v. H. der eingereichten Arbeitsordnungen beanstanden werden. Die Gewerbeinspektion stellte selbst den Entwurf einer Arbeitsordnung zur Verfügung, oder es wurde auch mehrfach mit Erfolg angeregt, daß Unternehmerverbände einheitliche Arbeitsordnungen für die Betriebe ihrer Mitglieder einführen. Infolge der Änderung der Arbeitsordnungen traten auch die Arbeiterausschüsse im Berichtsjahre stärker als sonst in Tätigkeit. Auch in der Arbeiterschaft wächst das Verständnis für die Bedeutung solcher Ausschüsse. Auf das Drängen der organisierten Arbeiterschaft haben sich auch die Werften und größeren Maschinenfabriken zur Einführung von Arbeiterausschüssen veranlaßt gesehen, die nach gleichmäßigen, vom Arbeitgeberverband aufgestellten Satzungen gebildet sind.

Im Berichtsjahre kamen im Hamburger Staatsgebiet 15 Streiks und 2 Aussperrungen größeren Umfangs vor; namentlich der bekannte Werftarbeiterstreik war von einschneidender Bedeutung, da er viele Hamburger Industriezweige in Mitleidenhaft zog. Tarifverträge von größerer Bedeutung wurden im Malergewerbe und in der Buchbinderei abgeschlossen.

Die Veränderungen, welche die Gewerbeordnungsnovelle für die Beschäftigung der Arbeiterinnen mit sich brachte, ließen sich im allgemeinen leicht durchführen. Bei der Durchführung der neuen Bestimmungen haben die Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisationen verständnisvoll mitgewirkt. Ebenso wird das Bestreben der von den Gewerkschaften gebildeten Kinderchutauschüsse, die Durchführung des Gesetzes auf gutlichem Wege, und, wo diese versagt, durch Anzeige bei der Behörde zu fördern, als dankenswert anerkannt.

Aus den Mitteilungen über Wohlfahrtsanstalten usw. sei hervorgehoben, daß die hanseatische Landesversicherungsanstalt dem gemeinnützigen Wohnungsbau eine große Förderung durch die Vergabe billiger Hypotheken zuteil werden ließ. Im Berichtsjahre waren 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Mark dafür vorgesehen. Besonders hervorgehoben werden die Leistungen des Bauvereins Hamburg, des Konsum-Bau- und Sparvereins „Produktion“, der Schiffszimmergenossenschaft sowie der Hamburg-Amerika-Linie auf dem Gebiete der Einrichtung von billigen und gesunden Arbeiterwohnungen. Der hamburgische Staat hat ferner ein großes Grundstück zur Errichtung eines Arbeiterinnenheims unentgeltlich überlassen; das Heim wird außer Speise- und Unterhaltungsräumen auch 40–50 Einzelzimmer für alleinstehende, gewerblich tätige Mädchen enthalten.

Arbeiterchutforderungen für die Glasindustrie wurden auf den „Reichs-Branchenkonferenzen“ die im Anschluß an die Hauptversammlung des Glasarbeiterverbandes (Sp. 1123) abgehalten wurden, eingehend erörtert.

Die Glaskleifer forderten den 8 stündigen Tag und die Beseitigung des Zwischenmeisterstems sowie des damit verbundenen Kost- und Wohnzwangs; ferner die Beschränkung der Lehrlingszahl (1 Lehrling auf 5 Schleifer), endlich genügende Lüftung der Betriebsräume, tägliche Reinigung, Verarbeitung von nur warmem Wasser. Die 8 stündige Arbeitszeit forderten auch die Flaschenmacher; sie wandten sich zugleich gegen die mit der 3 schichtigen Arbeitsweise verbundene Nacharbeit und verlangten ein Arbeitsverbot zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens. Ferner forderten sie einen einheitlichen Lohnsatz für alle Fabriken und alle Sorten von Flaschen, Abschaffung des Prämienstems und völlige Trennung zwischen Miets- und Arbeitsvertrag. — Die Flaschenmacher stimmen mit den Glaskleifern in der Forderung der Lehrlingszahlbeschränkung überein; diese wird ebenfalls erhoben von den Glasbläsern. Daneben fordern die letzteren gute Lüftung der Arbeitsräume durch Exhaustoren, fugenfreie Fußböden, sog. Quecksilbertische in isolierten Räumen bei Ausführung von Quecksilberarbeiten, Gesichtsmasken gegen die Einatmung von Säuredämpfen und Gummihandschuhe gegen Säureverbrühungen, sämtlich unentgeltlich von den Fabrikanten zu liefern. Wegen das Heimarbeitelend ward, bei grundsätzlicher Festhalten am Ziele der Beseitigung des ganzen Systems, vorläufig die Errichtung von Lohnämtern gefordert.

Die Hohlglasarbeiter verlangten die 9 stündige Schicht und die Beseitigung des Zwischenmeisterstems. Die Flaschenglasmacher wünschen außerdem auch den Abschluß eines Tarifvertrags mit den Arbeitgeberchutverband auf der Grundlage eines Mindestlohns von 60 Pf. stündlich und die Beseitigung des Fabrikwohnungswezens.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Zur Kritik der englischen Arbeiterversicherungspläne.

Von sehr beachtenswerter Seite geht uns eine Zuschrift zu, die wir um ihrer sachlichen Aufklärung willen bringen. Die Zuschrift lautet:

„Als am 4. Mai der englische Schatzkanzler Lloyd George dem Unterhause in längerer Rede ein Gesetz vorlegte, das die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit einführen will, war nicht nur die liberale Presse Englands von dem Plane begeistert, sondern auch in Deutschland rühmte man die Großzügigkeit, mit der hier die Frage einer sozialen Versicherung gelöst wird. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß gerade zu der Zeit, als durch die Beratung der ABD. die Frage der Organisation der Krankenversicherung der Parteien lebhaft bewegte, die Rede des englischen Schatzkanzlers gehalten wurde, in der er ankündigte, daß in weitestgehendem Maße die Durchführung der Krankenversicherung den bestehenden Friendly Societies, d. h.

Krankentassen, die von den Arbeitern selbst geschaffen und geleitet werden, übertragen werden solle. Wie es in Deutschland leider gegenüber dem Ausland üblich ist, wurde der englische Gesetzentwurf sofort als Muster hingestellt. Schrieb doch eine Zeitung: „Der englische Entwurf knüpft an den eigentlichen Geist unserer sozialen Gesetzgebung an und führt den Gedanken, der Bismarck in dieser Versicherung ein Instrument des Friedens sehen ließ, folgerichtig weiter.“ während sich der deutsche Gesetzgeber bei der Reichsversicherungsordnung „von dem engherzigen Schematismus nicht lösen konnte und infolgedessen diesen Wechselbalg gebär, das deutsche Meisterwerk bürokratischer Gesetzesmacherei.“ Inzwischen ist der Text des englischen Gesetzentwurfs bekannt geworden, auch sind die Denkschriften der Regierung zum Entwurf dem Parlament zugegangen. An der Hand dieses Materials läßt sich nun prüfen, ob das Lob, das die englische und die deutsche Presse dem Entwurfe gespendet haben, in allen Punkten verdient ist.

Wenn man das Kapitel, das über die Organisation der als Versicherungsträger zugelassenen Krankentassen handelt, liest, so findet man acht Zulassungsbedingungen für eine solche friendly society. An erster Stelle steht die Forderung der absoluten Selbstverwaltung. An diese zwei Worte hat sich die deutsche Presse gehalten, obgleich einige der übrigen Bedingungen die absolute Selbstverwaltung gehörig einschränken. Denn es wird weiter gefordert u. a.: für die Wahl der Vorstandsmitglieder, ihrer Stellvertreter usw. durch die Mitglieder gelten die Vorschriften, welche die staatliche Aufsichtsbehörde, das Versicherungsamt, genehmigt hat oder die das Gesetz vorschreibt; örtliche wie zentrale Kontrolle der Maßnahmen zur ärztlichen Versorgung der Mitglieder und der Auszahlung von Krankenunterstützungen; für alle Streitfälle aus dem Versicherungsverhältnis muß Berufung an ein Schiedsgericht vorgesehen sein, dessen Mitglieder vom staatlichen Versicherungsamt bestimmt werden; die Krankentasse muß eine Kautions stellen oder in anderer Weise den Staat schadlos halten können bei Unterschleifen ihrer Beamten; für die staatliche Versicherung muß besonders Rechnung geführt werden; den weiteren Vorschriften des Gesetzes muß unbedingt entsprochen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen, die ein Versicherungsträger hauptsächlich erfüllen muß, sind nun folgende:

1. Die Buch- und Rechnungsführung für die staatliche Versicherung bedarf der Genehmigung des Schatzamts.
2. Alle diese Bücher und Rechnungen sind auf Erfordern der Regierung zur Nachprüfung vorzulegen.
3. In der Regel soll alle drei Jahre eine verificationstechnische Bilanz der Regierung eingereicht werden.
4. Sollte die Bilanz einen Überschuß oder einen Fehlbetrag ergeben, so müssen die Vorschriften des Gesetzes befolgt werden. Im Falle eines Überschusses können die Leistungen erhöht werden; der Vorstand hat dazu die Genehmigung des staatlichen Versicherungsamts einzuholen. Ist dagegen ein Fehlbetrag vorhanden, so muß der Vorstand Vorschläge machen, ob der Fehlbetrag durch eine Beitragserhöhung oder eine Ermäßigung der Krankenfürsorge oder eine Verlängerung der Wartezeit für die Krankenbezüge auf ein Jahr beseitigt werden soll. Auch hier bedürfen die Vorschläge der Genehmigung durch das staatliche Versicherungsamt. Ist innerhalb 6 Monaten nach der Feststellung eines Fehlbetrags nichts zu seiner Deckung unternommen, so übernimmt das staatliche Versicherungsamt die Verwaltung des Versicherungsträgers und sorgt für alsbaldige Beseitigung des Fehlbetrags; dabei kann es höhere Beiträge im Wege des Lohnabzugs erzwingen.
5. Haben sich kleinere Krankentassen zusammengeschlossen, um gemeinsam die Zulassung zur Durchführung der staatlichen Versicherung nach den obengenannten Bedingungen zu erreichen, so können sie nur mit Genehmigung des Versicherungsamts aus dem Kassenverbande ausscheiden.
6. Bei Streitigkeiten zwischen Kassen im Kassenverbande und zwischen Mitgliedern muß eine Berufung an Schiedsrichter, die vom Versicherungsamt ernannt sind, zulässig sein.

„Hiermit ist aber die Aufsichtstätigkeit des Staates noch lange nicht erschöpft. Der staatlichen Genehmigung unterliegen die Anlegung verfügbarer Bestände der Versicherungsträger; die Regierung verlangt, daß für die Verwaltungskosten besondere Rechnung geführt werde; sie regelt die Abfindung der von einem Versicherungsträger ausgeschlossenen Versicherten, prüft die Altersverteilung der einzelnen Kassen und regelt die Deckung des anfänglichen Fehlbetrags, der durch die Aufnahme von Mitgliedern, die im Alter von mehr als 16 Jahren beitreten, entstanden ist. Der Staat kontrolliert weiter die Krankheitsverhältnisse in denjenigen Berufen und Betrieben, die eine höhere Krankenziffer als

die vom Schahamt zu veröffentlichende Tafel länger als drei Jahre hindurch aufweisen u. a.

„Wenn man die lange Liste der Vorschriften, die das Gesetz vorsieht, durchliest, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß der Grundsatz der absoluten Selbstverwaltung, der vorangestellt wurde, doch nur auf dem Papier steht. Man vergleiche einmal die englischen Vorschriften mit ihrer Unzahl von Sicherheits-schlössern mit denjenigen der Deutschen RVO. über die Erbschaften, die den hauptsächlichsten Versicherungsträgern in England, den friendly societies, entsprechen, und man wird zugeben müssen, daß die deutsche Reichsversicherungsordnung doch den Rassen ein Maß von Selbstverwaltung gewährt, um das sie jede friendly society später beneiden wird. Endlich kommt hinzu, daß die friendly societies kaum die Hälfte der Versicherten umfassen; für alle anderen Versicherten aber stellt die neue Versicherung lediglich die Errichtung einer Zwangssparkasse bei den Postanstalten dar, an deren Verwaltung die sogenannten „Versicherten“ überhaupt keinen Anteil haben.“

Wir möchten dazu nur bemerken, daß aus diesem einen Punkte des englischen Gesetzentwurfs sicher kein Rückschluß auf den ganzen Plan gezogen werden darf, der trotzdem ein groß angelegtes Reformwerk darstellt, das England zur Ehre und zum Nutzen gereicht.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden wird durch eine aus den Referenten der sozialpolitischen Abteilungen des Reichsamts des Innern und des preussischen Handelsministeriums bestehende Kommission vorbereitet, die vom 1. bis 17. Juli die hauptsächlichsten Gebiete der Hausindustrie besuchen wird, um sich mit den beteiligten Industrien in Verbindung zu setzen.

Besucht werden Hamburg, Ründe, Herford, Bielefeld, Arefeld, Eberfeld, Köln, Offenbach, Lichtenfels, Kronach, Sonneberg, Plauen, Dresden, Breslau und Reichenbach, wo die Verhältnisse der Hausarbeit in der Zigarren-, Leinen-, Spitzen-, Lederwaren-, Spielwaren-, Korbmacherei-, Nahrungsmittelindustrie und der Konfektion in Frage kommen. Daß die Eisenindustrie in Solingen in die Erhebungen nicht eingeschlossen ist, hat seine Ursache darin, daß dort durch Erbschaft die Hausgewerbetreibenden bereits der Ortskrankenkasse angehören. Mit der Stadt Berlin sollen entsprechende Verhandlungen im Herbst stattfinden.

Die wichtigsten Fragen, die der Regelung durch den Bundesrat unterliegen und für die daher die Unterlagen beschafft werden müssen, sind: die Verrechnung der Zuschüsse der Rassen untereinander, die Listenaufstellung über die beschäftigten Hausgewerbetreibenden für die Landkrankenkassen durch die Auftraggeber und die Bestimmung über die Unterlagen zur Nachprüfung der Zuschüsse. Außerdem müssen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung eine Reihe weiterer Punkte geregelt werden, so die besonderen Verhältnisse in der Kuppen- und Korbmacherei sowie der Maschinenindustrie, die Verrechnung der Roh- und Hilfsstoffe, wo verschiedenartige Materialien je in kleinerem Umfang zur Verwendung gelangen, und die Verrechnung des Auftraggeberzuschusses in den Fällen, wo sich der Hausgewerbetreibende bei der Herstellung des Fabrikats der Hilfeleistung anderer selbständiger Hausarbeiter bedient.

Zur Angestellten-Versicherung hat am 30. Juni in Berlin eine Versammlung von Gegnern des Regierungsentwurfs aus den Kreisen der Angestellten, der Unternehmer, der Versicherungsgesellschaften usw. beschlossen, eine Arbeitszentrale zu schaffen, die bis zum Wiederauftritt des Reichstags Anfang Oktober Grundzüge für andere Systeme der Angestelltenversicherung ausarbeiten soll und zwar einmal nach der Seite des Ausbaues der Invalidenversicherung und dann nach der Seite der Übertragung der Versicherung der Angestellten auf die privaten Lebensversicherungsgesellschaften.

Beitragsleistungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum während des Urlaubs. In der Nummer 30 der „Sozialen Praxis“ befindet sich ein uns aus bergmännischen Kreisen eingekannter Aufsatz über diese Angelegenheit, zu der wir vom Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen-Muhl nachstehende Zuschrift erhalten, die wir zur Klarstellung mitteilen:

„Im Anschluß an das durch die Entscheidung des Oberschiedsgerichts vom 24. November 1910 bedingte Rundschreiben des Allgemeinen Knappschaftsvereins betreffend Zahlung von Beiträgen für Urlaubszeiten vom 31. Januar 1911 wird in Nr. 30 behauptet:

„Die Zechen haben auf Grund dieses Rundschreibens ihre Beamten angewiesen, längeren Urlaub (d. h. von mehr als 5 Tagen) nur dann zu erteilen, wenn sich die Leute verpflichten, daß ihnen die Beiträge für die Urlaubszeit von ihrem noch im Besitz der Zechen befindlichen Lohne abgezogen werden können; oder aber sie müssen den Betrag, falls kein Lohn mehr vorhanden ist, vorher deponieren“, und weiter „die Entscheidung des Oberschiedsgerichts bedingt eine Verschlechterung des bis-

herigen Zustandes, denn der Arbeiter verdient einmal nichts während der Urlaubszeit, muß aber trotzdem die doppelten Beiträge bezahlen.“

Es trifft nun keineswegs zu, daß die Werkverwaltungen die Anweisung haben ergehen lassen, einen Urlaub über 5 Tage nur bei Übernahme der Verpflichtung zur Tragung der doppelten, also der Werks- und Versichertenbeiträge, zu erteilen. Ganz abgesehen davon, daß sich eine derartige Vereinbarung schon mit Rücksicht auf die gesetzliche Verpflichtung zur Tragung eines bestimmten Anteils der Beiträge seitens der Arbeitgeber verbietet, lautet die Anweisung in der Tat dahin, Urlaub nur für die Zeit zu erteilen, die durch Beiträge gedeckt ist. Letzteres ist der Fall, wenn auch nur ein Arbeitstag in die Woche fällt; für diese Zeit trägt natürlich das Werk seinen Anteil der Beiträge. Will nun ein Arbeiter einen längeren Urlaub haben, sagen wir über 14 Tage hinaus, so würde im Falle seiner Beurlaubung auf Grund der überschiedsgerichtlichen Entscheidung der Übelstand eintreten, daß einmal der Arbeiter seinen Beitragsanteil zahlen muß in einer Zeit, in der er nichts verdient, und andererseits auch die Werke Beiträge leisten müssen für die Zeiten, in denen eine Arbeitsleistung seitens der betreffenden Arbeiter nicht erfolgt ist. Die Verwaltungen haben sich daher nicht zum mindesten auch im Interesse der Arbeiter entschlossen, diejenigen Arbeiter, die einen längeren Urlaub nachsuchen, zu entlassen, indem gleichzeitig mit ihnen für einen später liegenden, bestimmten Zeitpunkt ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen wird. Auf diese Weise werden Arbeitgeber wie Arbeitnehmern unnötige Beitragsleistungen erspart, so daß tatsächlich der Arbeiter gegenüber dem früheren Zustand nicht schlechter gestellt ist. Dies wäre nur dann der Fall gewesen, wenn die Verwaltungen mit Rücksicht auf das überschiedsgerichtliche Urteil von einer Urlaubsbeteiligung in Zukunft gänzlich abgesehen hätten. Noch sei darauf hingewiesen, daß anstatt der Entlassung eine Beurlaubung auch für längere Urlaubszeiten stets dann erfolgt, wenn aus der Entlassung dem betreffenden Arbeiter irgendwelche Schädigung seiner knappschaftlichen Rechte entstehen könnte. In diesem Falle übernehmen die Werke ihren Beitragsanteil auch für den längeren Urlaub.“

Der Verband zur Hebung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen teilt uns mit, daß unsere Sp. 1192 mitgeteilte, der Breslauer Volkswacht vom 6. Mai 1911 entnommene Notiz — wonach ein Mitglied einer Essener Betriebskrankenkasse, das aus der Lungenheilstätte als gebessert zurückgekehrt war, vor die Alternative gestellt worden sei, entweder sich in einer freien Hilfskasse zu versichern oder aus dem Betrieb auszuschneiden — unzutreffend ist. Aus dem uns zur Verfügung gestellten Material geht hervor, daß der Arbeiter eines Betriebes in Nieder-Riemstadt, der, wie aus der ausführlich mitgeteilten Geschichte dieses Arbeiters erhellt, durch eigenes Verschulden der Kasse schon sehr erhebliche Kosten gemacht hatte, einen Brief von der Betriebskrankenkasse erhalten hat, in dem es zum Schluß heißt:

„Wie Sie ja nun selbst genau wissen, hat auch Ihr früherer Lebenswandel einen großen Teil Schuld an Ihrer Krankheit und stellen wir Ihnen deshalb nach Rücksprache und im Einverständnis mit der Firma anheim, sich auf Ihre Kosten in einer dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Krankenkasse selbst zu versichern und somit aus unserer Krankenkasse auszutreten. Wenn wir sehen, daß Sie durch einen soliden Lebenswandel und durch allgemein geordnetes Leben für Ihre Gesundheit besorgt sind, so sind wir eventuell bereit, Sie später wieder in unsere Kasse aufzunehmen. Wollen Sie dies nicht tun, dann bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Sie nicht nur aus unserer Kasse, sondern auch aus dem Betriebe der Firma Wacker & Doerr ausschneiden.“

Volkserziehung.

Die preussischen Fortbildungsschulvorlagen sind, wie wir es in Sp. 1183 vorausgesehen haben, leider nicht zur Verabschiedung gekommen. Der am 28. Juni eingetretene Sessions-schluß hat die beiden Entwürfe, sowohl den für die städtische Pflichtfortbildungsschule als den für die ländliche, hinfällig gemacht. Die Regierung und die Kommissionsmehrheit des Abgeordnetenhauses haben sich nicht einigen können, und im Namen des Staatsministeriums hat der Handelsminister mehrere Beschlüsse der Kommission für unannehmbar erklärt. So ist ein großes und heiliges Kulturwerk zu unserm lebhaftesten Bedauern ins Stocken geraten und wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß diese Stockung bald überwunden wird und die unerlässlich notwendige Ausgestaltung und Ausbreitung der Fortbildung unserer in der Erwerbsarbeit stehenden Jugend in Stadt und Land ihren Fortgang nimmt.

Der erste Verbandstag der Deutschen Kinderschut- und Jugendfürsorgevereine (18. Juni in Chemnitz) war von Lehrern,

Juristen und behördlichen Vertretern lebhaft besucht. Die Begrüßungsbredner betonten stark die Wechselbeziehungen zwischen Kindererziehung, Jugendfürsorge und Rechtspflege. Die Aufgaben der Frau im Dienste des Kinderschutzes und in der Jugendfürsorge, sagte Frau Franke-Augustin (Leipzig) in einem der Hauptvorträge der Tagung auseinander. Die Veranlagung weise die Frau immer dahin, Kinder zu hegen und zu pflegen. Sie leiste damit genau dasselbe wie der Mann im Erwerbsleben oder im Dienste des Staates. Die heutige Frau der höheren Stände entziehe sich zumeist der Pflicht, ihre Kinder zu pflegen, ohne daran zu denken, um wieviel reine Freude sie sich dadurch bringt. Heute treffe man die Frau auf allen Gebieten des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge. Die Aufgabe der Kinderschuttsvereine sei es, die moderne Frau zurückzugewinnen für die häusliche Erziehung, damit in Zukunft, wie dies in den früheren Zeiten der Fall war, die Mutter-schaft als das Höchste bezeichnet werden könne, während man sie heute zum Teil als Dual empfinde. Im Anschluß an diese Ausführungen forderte die Rednerin die soziale und geistige Gleichberechtigung mit dem Manne. Das Recht der Frau müsse es jedoch sein, die Erziehung und den Schutz der Kinder zu übernehmen, um in geordnete Familienverhältnisse zurückzukehren, zum Wohle der ganzen Rasse und der zukünftigen Generation. — Über „Gesetzliche Maßnahmen für Jugendfürsorge und Jugendgerichte“ sprach Amtsgerichtspräsident Heinzmann (Chemnitz). An der Hand des Gesetzes gab der Redner die Hauptzüge des sächsischen Fürsorgegesetzes bekannt und betonte, daß die öffentliche Aufsicht als das wesentlichste in der Fürsorgeerziehung zu betrachten sei. Hinsichtlich der Jugendgerichte erwähnte der Redner, daß viel weniger Strafen verhängt werden müßten und daß gegenwärtig ein Ausschuß Beratungen darüber anstelle, ob es angängig sei, in dem geplanten neuen Strafgesetzbuch die Strafen heraufzurücken, so daß Jugendliche überhaupt erst vom vierzehnten Lebensjahr an bestraft werden können. Dann sollen sie nicht in Gefängnissen, sondern in Erziehungsanstalten untergebracht werden. Die jungen Leute sollen nach dem neuen Entwurf nicht mehr vor die Strafkammer, sondern vor das Amtsgericht gestellt und als Schöffen Lehrer, Mitglieder von Fürsorgevereinen und Frauen verwendet werden, die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge Erfahrungen gesammelt haben. Weiter soll den Gerichten in dem zu schaffenden neuen Gesetz anheimgegeben werden, in Fällen, in denen kein öffentliches Interesse vorliege, von der Anklage überhaupt abzusehen. Zum Schluß erzählte Pastor Bahnsen (Hamburg) fesselnd über seine Streifzüge auf dem Gebiete der Jugendfürsorge in Amerika. Mit der Befichtigung der Kinderstube des Chemnitzer Vereins endete die Tagung.

Der Freie Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim ist eine auf dem Gebiete der Volkserziehung geschaffene Neugründung, die um deswillen besondere Beachtung verdient, weil sich Angehörige aller Bevölkerungsschichten zu dem Zwecke zusammengeschlossen haben, „um die bildende Kunst dem Verständnis möglichst aller Schichten der Mannheimer Bevölkerung zu erschließen, um ihr Wesen und ihre Früchte wieder in innigeren Zusammenhang mit dem Leben jedes Einzelnen zu bringen.“ Die zur Erreichung dieses Zweckes vorläufig beabsichtigten Unternehmungen sind folgende:

1. Eine „Akademie für jedermann“, d. h. die Veranstaltung von regelmäßigen Lichtbildabenden mit Vortrag oder Vorlesung über Kunst und verwandte Gebiete in einem eigens dafür von der Stadtgemeinde eingerichteten und zur Verfügung gestellten Saale der Kunsthalle;
2. Einrichtung einer ständigen, jedermann zugänglichen Rat- und Auskunftsstelle in der Kunsthalle für Kunstpflege des täglichen Lebens, insbesondere für künstlerische Wohnungspflege;
3. Planmäßige Kunstpropaganda vielseitigster Art durch Ausstellungen, Verbreitung geeigneter Schriften und Merkblätter, Veröffentlichungen der Tagespresse, zielbewusstes Zusammenwirken aller zur Förderung der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks in Mannheim bereits vorhandenen oder noch entstehenden Organisationen u. a. m.;
4. Soweit außerdem noch Mittel verfügbar sein sollten:

Die Erwerbung geeigneter Kunstwerke für die Kunsthalle, das kunstwissenschaftliche Institut und die Akademie sowie insbesondere zur Verteilung als Haus- und Wandschmuck an die Teilnehmer des Bundes zu billigen Preisen.

Die dem Bunde Angehörigen haben das Recht zur unentgeltlichen Znanpruchnahme der unter Ziffer 2 erwähnten Auskunftsstelle und zur Teilnahme an den übrigen Unternehmungen unter noch festzusetzenden vorzugsweisen Bedingungen.

Die Berliner Arbeiterbüchereien sind auch im Jahre 1910 in ihrer bisherigen Vereinzelung geblieben. Nach wie vor wird jede

der 40 Büchereien für sich verwaltet, obwohl die Berliner Gewerkschaftskommission auf eine Zentralisierung bereits seit einiger Zeit hindrängt. Zum ersten Male ist 1909 eine umfassende Übersicht über die in den verschiedenen Arbeiterbüchereien vorhandenen Werke und deren Benutzung gegeben worden. Bei der künftig geplanten Zentralisation denkt man nicht etwa an eine Zusammenhäufung der Bücherschätze auf einer Stelle, — im Gegenteil erscheinen mehr Ausgabestellen als bisher nötig — sondern vielmehr an eine einheitlicher geleitete Verwaltung und Finanzierung. Zu dem Bücherbestand des Jahres 1909 sind, wie der „Vorwärts“ berichtet, im Laufe des Jahres 1910 noch 3000 Bände hinzugekommen, so daß in 40 Büchereien jetzt rund 48 000 Bände vorhanden sind. Die Ausleihziffer hat sich um 30 000 erhöht, bei den Metallarbeitern allein wurden gegen das Jahr 1909 16 000 Bände mehr ausgeliehen. Demnach sind im Berichtsjahre 1910 insgesamt 157 000 Bände ausgeliehen worden. Die aufgewandten Gelder haben sich gegen 1909, wo sie 18 898 M. betrugen, nicht vermehrt. Wohl aber planen einzelne Bibliotheksverwaltungen, so z. B. die des Holzarbeiterverbandes, größere Umänderungen und Ergänzungen des Bücherbestandes für das laufende Jahr. Der Metallarbeiterverband gab 3209 M., der Holzarbeiterverband 1558 M. für Neuanfassungen aus. Einzelne Verbände verfahren jedoch auch anders. So will der Gärtnerverband in Zukunft nur noch die für seine Mitglieder in Frage kommende fachwissenschaftliche Literatur pflegen und im übrigen seine Mitglieder an die Heymannsche Bücherei verweisen. Die Bauhilfsarbeiter sind dadurch zum Genuß einer Bibliothek gekommen, daß sie sich mit dem Verband der Maurer verschmolzen haben. Bemerkenswert ist, daß der Metallarbeiterverband das Jugendschrifttum stark pflegt; in seiner gutgeleiteten Bücherei befinden sich 628 Jugendschriften. Erstreulich ist es, daß im Buchbinderverband die weiblichen Mitglieder eine starke Leserschaft stellen. Sie benutzten zusammen 1886 mal die Bücherei. In der Hinführung der Leser zu besseren schöpferischen und sozialwissenschaftlichen Werken haben die Büchereiverwalter zuweilen noch einen schweren Stand. Einige Verbände, u. a. auch die Holzarbeiter, haben deshalb die Neuerung eingeführt, die Bücherverzeichnisse mit Einleitungen in die Literaturgebiete zu versehen. Auch der Inhalt einzelner, besonders empfehlenswerter Werke wird kurz skizziert. So soll der unerfahrene Leser ohne umständliche Vorwundung auf wertvollere Schriften hingewiesen und sein oft unklares Interesse für bestimmte Stoffgebiete und fruchtbare literarische Streifzüge geweckt werden.

Volksgesundheit.

Schulspeisung.

Von Helene Simon-Berlin.

Der „Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1909/10“ erörtert die Schwierigkeit der Zurückstellung schwächlicher Schulkinder. Sehr häufig begegne man dem Widerstand von Eltern, die sich der häuslichen Abwartung entziehen möchten oder Hinausschiebung der Erwerbstätigkeit ihrer Kinder fürchten. Dann aber, bei sehr ungünstigen häuslichen Verhältnissen, seien die Schädlichkeiten im Elternhaus vielfach noch größer als die der Schulanprüche, weil dem Schüler „unter der Dohut der Lehrkräfte und Schulärzte hygienische Vorteile, wie Beobachtung der Reinlichkeit, Schulspeisung usw. geboten werden, die im Elternhause ihm nicht zuteil werden“.

In diesem Hinweis steckt das ganze Problem des Kinderschutzes. Bis wir die Wege zu ausreichender Überwachung der noch nicht schulpflichtigen Kleinen gefunden haben, gewinnen die Möglichkeiten der Körperpflege in der Schule doppelten Wert, zweiseitige Dringlichkeit: sie müssen sowohl nach vorwärts als nach rückwärts wirken; sie müssen nicht nur neuen Schäden vorbeugen, sondern auch schon erlittene Schäden ausmerzen.

Wo die Mütter tagsüber auswärts arbeiten und daheim nicht vertreten sind, ist natürlich die Fortversorgung das anzustrebende Ziel. England hat, freilich in völlig unzureichender Zahl, für arbeitslose Schüler die „Day Industrial Schools“: Tagesschulen, in denen bei voller, je nach der Lage der Eltern entgeltlicher oder unentgeltlicher Beschäftigung, neben dem Elementarunterricht gewerblicher Unterricht erteilt wird.

Weder unsere Väter noch die englischen Tagesschulen haben indes die oberste Notwendigkeit der Schulspeisung als solcher auf. Zunächst weil in vielen Fällen in der Tat nicht die Aussicht, sondern die der Schulzeit und den Schulanprüchen an-

gemessene Befestigung fehlt. Vornehmend aber aus dem höchst einfachen Grunde: weil die Nürnberger immer noch keinen hängen, sie hätten ihn denn. Es ist leichter und billiger (die Beachtung erziehlicher Beeinflussung, guter Tischmanieren usw. immer vorausgesetzt), Kindern innerhalb oder in der Nähe der Schulen Frühstück oder Mittagkost zu gewähren, als Horte oder Tageschulen zu beschaffen. Ist erst die nötige Anzahl Horte vorhanden, so kann die Speisung, die ihrer Natur nach in Rücksicht auf die Schulanforderungen unaufschiebbar ist, jederzeit in die Horte verlegt und mit allen ihren Vorzügen verbunden werden. Andererseits kann die Schulspeisung, wo sie, wie z. B. in München, mit der Beaufsichtigung der Kinder in den Freistunden verbunden ist, sich zu einer Art Hortsystems gestalten. Diese Gestaltung fehlt uns heute in der Reichshauptstadt. Die Berliner Schuldeputation hat deshalb auf Anregung des Stadtschulrats Fischer, der schon seit vielen Jahren für die Hortidee eintritt, beschlossen, die aus Stadtmitteln erfolgende Speisung der in Horten bereits untergebrachten Kinder diesen Anstalten zu übertragen. Die Berliner Horte können aber nur 4000 Schüler aufnehmen. Der Erziehung bedürftig sind 14 000 Kinder. Die Zahl der Schüler, die des warmen Frühstücks oder des Mittagbrotes bedürfen, ist noch weit größer. Sollen sie warten bis zum Ausbau der Horte? Oder soll man nicht vielmehr forsicheren, von Fall zu Fall Speisungen in die neu entstehenden Horte zu verlegen? Dazu kommt, daß, abgesehen vom Fehlen der Horte, die Mehrzahl der Anstalten in der Provinz überhaupt erst um 4 Uhr geöffnet werden. In Karlsruhe haben die Horte aus diesem Grunde die Übernahme der Schulspeisung, die jetzt in zwei hübschen Schulräumen erfolgt¹⁾, glatt abgelehnt.

Man kann über die Einrichtung und Zweckgestaltung von Horten sehr verschiedener Ansicht sein. Trotzdem: Gebt uns die Horte in der Form, die ihr für gut haltet, und kein Freund der Schulspeisung wird sich befinden, euren Anstalten die Speisung zu übertragen. Das „A peu près der Dinge“ spielt, wenn irgendwo, so gewiß bei der Schulspeisung vorläufig eine entscheidende Rolle. Eine warme Suppe ist unter allen Umständen dem Unterricht förderlicher als ein leerer Magen. Und in hübschen Porträts ist sie sicher noch beförmlicher als in überfüllten Kinderläden. Frau Sidney Webb hat einmal gesagt: zuerst muß unser soziales Programm für anständige Koch- und Wohnräume sorgen; dann folgt die gute Stube. Als diese gute Stube erscheint vielleicht in unserer Frage, neben einer erziehlichen Ausgestaltung der bloßen Schulspeisung bedürftiger Kinder, die Tageschule, die mit dem Volksschulunterricht die Unterweisung in technisch gewerblichen Fächern und für die Mädchen auch im Haushaltungsweisen vereinigt, ähnlich dem Lehrplan in der Fürsorgeerziehungsanstalt des Pastor Plag.

Aber schon die bloße Schulspeisung kann, wo sie systematisch mit der Prüfung der häuslichen Verhältnisse verbunden wird, ein Mittel zur Beeinflussung der allgemeinen Lebenslage der Schüler werden. Bei richtiger Handhabung vermag sie die Brücke zwischen Schule und Haus zu schlagen. Hier liegen tausend unausgeschöpfte, ja sogar kaum noch erkannte Möglichkeiten.

Je größer die Stadt, je schwerer der Zugang zu den Familien des Volkes. Überaus lehrreich ist es, wie London in dieser Richtung durch Kinderschutzkommissionen, deren Ausgangspunkt die Schulspeisung ist, an die Familie des Schülers zu gelangen sucht.

Berlin hat 223 759 Gemeindeforschulinder. 7246, das ist 3,2 v. H. (1908/09 waren es 2,9 v. H.) standen wegen ungenügenden Kräftezustandes unter schulärztlicher Überwachung. Der Schularzt Dr. Grünbaum fand bei 276 Kindern mit ungenügendem Kräftezustand unter den ursächlichen Momenten 61 mal ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse.

„Den unterernährten und bedürftigen Kindern wurde auch in diesem Jahre unentgeltlich erstes und zweites Frühstück, sowie Mittagspeisung zuteil.“ — „Für die Mittagspeisung wurden in diesem Jahre von der Stadt 103 930 M. aufgewendet und 941 258 Portionen an bedürftige Kinder verabreicht.“²⁾ Alle diese Kinder konnten und können auf die Horte nicht warten. Die Mehrzahl dieser Kinder wird der besseren Hauspflege bedürfen. Die Mehrzahl dieser Kinder wird bedürftige Geschwister haben. Es ist nicht Sache der Schule, diese weiteren Aufgaben zu verfolgen. Andere Instanzen müssen hier selbständig oder in Verbindung mit der Schule einsetzen. Jedenfalls geben die häuslichen Recherchen zum Zwecke der

¹⁾ Vgl. Die Schulspeisung in Karlsruhe Nr. 86 Jahrgang XX dieser Zeitschrift.

²⁾ Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1909/10. Berlin 1911.

Zulassung zur Schulspeisung die zunächst erforderliche Auskunft an die Hand, sind gleichsam erste Pfadfinder auf schwierigen und verschlungenen Wegen.

So gewinnt die Bewegung für Schulspeisung Bedeutung weit hinaus über ihren unmittelbaren Zweck. Allein diesem unmittelbaren Zweck: Verbannung der Nahrungsnot aus allen öffentlichen Schulen, in der Stadt und auf dem Lande, gilt unser erster Feldzug.

Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hielt am 10. Juni in Berlin die 15. Hauptversammlung unter Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück ab, der in seiner Begrüßungsansprache vor allem die prophylaktische Tätigkeit bei der Bekämpfung der Tuberkulose betonte. Die Tätigkeit des Komitees richtet sich deshalb auch immer mehr auf den Ausbau der Fürsorgestellen (Wohnungsdesinfektion, Wohnungshygiene, Fürsorge für tuberkuloseverdächtige Kinder). Die Bearbeitung dieses Gebietes sei jedoch besonders schwierig, weil weder die Krankenkassen, noch die Versicherungsanstalten in der Lage seien, hier in demselben Maße einzuschreiten wie auf dem Gebiete der Fürsorge für Erwachsene. Auch eine Verpflichtung der Gemeinden, auf diesem Gebiete einzutreten, sei nicht ohne weiteres zu konstruieren. Um so dankbarer müsse daher anerkannt werden, daß viele Kommunen hier bereits tatkräftig vorgegangen sind.

Nach dem Geschäftsbericht betrugen die Einnahmen einschließlich eines Bestandes von 370 000 M. 500 000 M., die Ausgaben 800 000 M., wovon 177 800 M. auf Beihilfen für Heilstätten und andere Einrichtungen entfielen. Für die Bekämpfung des Lupus betrugen die besonders verrechneten Einnahmen einschließlich eines Bestandes von 93 000 M. 158 000 M., die Ausgaben 80 000 M. Der Mitgliederbestand war einschließlich 54 Neueingetretenen am 1. Januar 1911 rund 1500. Zurzeit bestehen in Deutschland 99 Volkshelldstätten, drei Anstalten für Lungentranke verschiedener Stadien und 34 Privatanstalten mit im ganzen 14 186 Betten für erwachsene heilbare Lungentranke, so daß bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von 8 Monaten jährlich über 56 000 Kranke in ständige Heilbehandlung genommen werden können. Für Kinder mit ausgeprägter Tuberkulose bestehen 22 Kinderheilstätten mit 1000 Betten; in 86 Anstalten mit 8122 Betten können stoffulose und tuberkulosebedingte Kinder Unterkunft finden. Ferner bestehen 99 Wald-erholungsstätten, von denen einige jedoch nur in der Nacht geöffnet sind, für leicht Lungentranke, die bei Tage ihrem Erwerb nachgehen können; die Erfolge dieser Einrichtung, die von Amerika übernommen worden ist, waren bisher recht gut, so daß eine weitere Ausdehnung in Aussicht genommen ist. In 15 Waldschulen wird vollwertiger Unterricht erteilt; mit Ausnahme einer (in Charlottenburg), die Kinder höherer Schulen aufnimmt, sind sie lediglich für Volksschüler bestimmt. Für Lungentranke in vorgeschrittenem Stadium sind 144 besondere Pflegeheime oder Sonderabteilungen bei allgemeinen Krankenhäusern vorhanden, die sich jedoch leider bei den Kranken keiner Beliebtheit erfreuen. Es muß daher noch immer der größte Teil der Kranken in den Wohnungen verbleiben und dort möglichst isoliert werden. Diese Aufgabe fällt hauptsächlich 525 Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungentranke und ihren Angehörigen zu. Die gleichen Aufgaben werden im Großherzogtum Baden von 887 Tuberkuloseauschüssen ausgeübt. Auch 20 Polikliniken beteiligen sich an den Aufgaben der Fürsorgestellen.

Über „Die Aufgaben der Gemeinden zur Kinderfürsorge bei der Tuberkulosebekämpfung“ sprachen der Breslauer Kinderarzt Professor Dr. Frhr. v. Pirquet und Beigeordneter Dr. med. Krautwig-Köln.

Ersterer erklärte als Hauptaufgabe die Unterdrückung der tuberkulösen Infektion im ersten Lebensjahre durch die Entfernung des tuberkulösen Erkrankten aus der Familie, die verhältnismäßig am leichtesten durchzuführende Maßnahme, oder durch die Herausnahme der zu schädlichen Kinder aus der Familie; eine Separierung in der Familie, die im Notfall angestrebt werden müsse, lasse sich mit Sicherheit kaum durchführen. Als praktische Aufgabe für die Tätigkeit der Gemeinden regte Pirquet folgendes an: Man möge die der Pflege der Stadt anbefohlenen Waisen Kinder in zwei Gruppen teilen, solche, die auf die Pirquet-Reaktion negativ reagieren, also tuberkulosefrei sind, und solche, die an sekundärer Tuberkulose leiden; man möge sie dann getrennt erziehen, nachdem man auch im gleichen Sinne die Auswahl der Pfleger und Lehrer getroffen hat. Damit werde man sowohl praktisch sehr viel erreichen als auch für die Behandlung reiche Erfahrungen sammeln. Endlich werde ein solches System viel zur Entscheidung der noch immer nicht geklärten Frage beitragen, ob die Tuberkulose der Erwachsenen wirklich, wie er selbst annimmt, auf die Kindertuberkulose zurückzuführen ist. Dr. Krautwig betonte vor allem die fehlende Fürsorge für die Kinder vom 2. bis 6. Lebensjahr. Kuren in besonderen Kurorten seien im allgemeinen nicht notwendig, die Hauptsache sei, daß der Kurerfolg auch gesichert werde. Die Kinder müssen nach der Kur in regelmäßigen Zwischenräumen vom Arzt untersucht werden, damit bei einer Verschlimmerung des Zustandes sofort Maßregeln getroffen werden können.

Sanitätsrat Wolff-Reiboldsgrün vertritt den Standpunkt, daß die Entfernung der erkrankten Erwachsenen aus der Familie recht wenig helfe, man müsse die Kinder in ihrer am meisten gefährdeten Zeit, der Zeit des Wachstums, herausnehmen und sie völlig in ländliche Umgebung bringen.

Geheimrat Kirchner vom preussischen Ministerium des Innern gab zum Schluß seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß für das Reich und Preußen eine Anzeigepflicht der Tuberkuloseerkrankungen nicht besteht, während Bayern sie bereits eingeführt hat. Vor allem müßten die Gemeinden ihr Augenmerk auf die Durchführung der Desinfektion bei jedem Wohnungswechsel richten, denn die Quelle der Tuberkulose sei der kranke Mensch, deswegen müsse der Kranke von dem Gesunden isoliert werden.

Gegen die Verwendung von Bleifarben. In einem Artikel über Todesfälle und Erkrankungen durch gewerbliche Gifte, den die „Mitteilungen des Instituts für Gewerbehygiene“ zu Frankfurt a. M. (Nr. 6) an Hand der preussischen Gewerbeinspektionsberichte veröffentlichen, äußert sich der Redakteur des Blattes Gewerbeberater Dr. Fischer-Berlin wie folgt:

Schließlich seien noch die Bleierkrankungen erwähnt, . . . unter welchen die Arbeiter der Waggonfabriken und Bräckenbauanstalten anscheinend am meisten zu leiden hatten, und zwar vornehmlich diejenigen, die mit bleihaltigen Farben in Berührung kamen. Mit Recht wird dem Bunsche Ausdruck verliehen, daß die Eisenbahnverwaltungen die Verwendung solcher Farben nicht zur Bedingung machen sollten. Daß sie entbehrlich sind, scheint das Vorgehen der sächsischen und einiger süddeutschen Eisenbahnverwaltungen zu beweisen, die die Verwendung bleihaltiger Farben im Waggonbau sogar verbieten. In den Anstreicherverwerfstätten von zwei Bräckenbauanstalten und einer Eisenbahnwagenbauanstalt wurden bei 22 % der Arbeiter Zeichen leichter Bleierkrankungen festgestellt. Auch aus einer Maschinenfabrik werden 4 Fälle von Bleivergiftung, darunter ein schwerer, infolge bleihaltiger Anstrichfarben gemeldet, weshalb diese zur Benutzung bleifreier Farben überging.

Die Internationale Ausstellung gegen den Alkoholismus, die anlässlich des Internationalen Guttemplerlages vom 5. bis 14. Juni in Hamburg stattfand, kann ein besonderes Interesse für sich in Anspruch nehmen, und zwar deshalb, weil sie nicht nur — wie sonst die antialkoholischen Ausstellungen — die Wirkung des Alkohols und seine Bekämpfung veranschaulicht, sondern auch positiv zu zeigen versucht, womit man die Stelle des Alkohols ausfüllen will. Man schreibt uns darüber: Außer Deutschland waren vor allen Dingen Schweden (das Idealland der Abstinenz), England und Norwegen vertreten. Der negative Teil der Ausstellung, der die Wirkung des Alkohols und seine Bekämpfung darstellte, bot wohl kaum etwas Neues gegenüber früheren Ausstellungen. Tabellen, die ein Bild von der Veränderung der inneren Organe durch den Alkohol geben, statistische Nachweise über den Zusammenhang zwischen Alkohol und Sterblichkeitsverhältnissen, Nahrungsmöglichkeiten, Verbrechen, Vererbung und anderen Dingen sind bekannt, aber doch immer noch nicht bekannt genug, so daß eine wiederholte Vorführung solcher Darstellungen, solange sie nicht tendenziös ausgebaut werden, von Nutzen sein kann. Wichtiger aber noch war der positive Teil der Ausstellung, der den Besuchern sagen sollte: Seht, solche Mittel stehen uns zur Verfügung, um den Alkohol zu ersetzen. So hatte man eine große Anzahl von Arbeiten (Schnitzereien zc.) ausgelegt, die in den Jugendblogen des Guttempler-Ordens hergestellt waren; und wenn mit diesen Arbeiten auch nichts weiter bewiesen wird, als daß die Zeit in den Jugendblogen gut verwendet wird, so ist das Gelingen dieses Beweises immerhin beachtenswert. Ferner war dem Sport, vor allem der Turnerei, ein breiter Raum gewidmet. Besonders Interesse erweckte die Gartenstadt-Ausstellung, die durch Modelle und Abbildungen von billigen Arbeiter-Familienhäusern (Berlin, Hamburg, München, Ulm, Krupp'sche Arbeiterhäuser) und durch den Vergleich zwischen diesen und den heutigen meistens erbärmlichen Arbeiter-Stadt-Wohnungen die Aufmerksamkeit auf die Gartenstadtbewegung lenken wollte. Was man in geistiger Beziehung leisten kann, sollte eine Darstellung des Kampfes gegen die Schundliteratur zeigen. Außerdem hatten noch der Verein für Kinderschutz und Jugendwohlfahrt, das Rauhe Haus, das Blaue Kreuz, der Arbeiter-Abstinenz-Bund, der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und Andere Spezialausstellungen veranstaltet. Im Ganzen bot die Ausstellung ein reiches Material für denjenigen, der sich darin vertiefen wollte, für jeden Besucher aber zum mindesten interessante Anregungen. Man hat den Vorwurf erhoben, die Anti-Alkohol-Bewegung habe kein Recht, sich mit der Gartenstadtbewegung, dem Kampf gegen die Schundliteratur, turnerischen Bestrebungen und anderen Dingen zu identifizieren. Allein, das tut sie auch gar nicht; die Ausstellung sollte nur zeigen, daß alle diese Dinge neben dem Hauptzweck, der Alkoholbekämpfung, Nebenzwecke sind und sein müssen. Damit muß man aber die Berechtigung, diese Nebenbestrebungen in einer Ausstellung gegen den Alkohol zur Darstellung zu bringen, anerkennen, ganz abgesehen davon, daß man diesen Nebenausstellungen — gleichgültig, ob sie gerade innerhalb dieser Hauptausstellung am Platze sind — einen nicht unbeträchtlichen Wert beimessen muß. H. G. Schm.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Untersuchungen zum Maschinenproblem in der Volkswirtschaftslehre, Rückblick und Ausblick. Eine dogmengeschichtliche Studie mit besonderer Berücksichtigung der klassischen Schule von Carl Ergang. Freiburger volkswirtschaftliche Abhandlungen. 1. Band, 2. Ergänzungsheft. Karlsruhe 1911, G. Brauns. 186 S. 8,00 M.

In einem bestimmten Punkt — bei den Gedanken über die Einwirkung der Maschine auf das Wirtschaftsleben — hat der Verfasser einen sentretchen Schnitt durch jene Sammlung verwaltungstechnischer Maßregeln und sozialökonomischer Theorien gelegt, die seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts in der geistigen Kämmer der Volkswirtschaftslehre aufgehäuft wurde. Auf Grund eingehender literarischer Studien läßt er in langer Reihe die Träger der glänzenden Namen neben Berühmtheiten minderen Ranges am Leser vorüberziehen und entwirft genau, wie das Maschinenwesen sich in diesen Köpfen spiegelt. Mißtraulich zumeist betrachtet der Merkantilist das neue Wunderwerk, das den Nahrungsraum und damit das erwünschte Anwachsen der Bevölkerung einzuschränken droht. Aber seine oft krausen Ansprüche und gewaltigen Abwehrversuche erweisen nur noch als historische Kuriosa neugierige Bewunderung. Anders die Klassiker, denen die junge Großindustrie Britanniens das Problem schon in durchaus moderner Formulierung entgegenhält. Nicht nur mit Rücksicht auf Produktion und Absatz untersucht ihr Scharfsinn die Frage, sondern er betrachtet auch ihre soziale Seite. Eingehend wird das Maschinenproblem zum erstenmal von Ricardo behandelt. An ihn und Sismondi knüpft das System von Karl Marx an: Die Maschine vermag nur im sozialistischen Staat höchst segensreich zu wirken, während sie unter der Geißel des Kapitalismus Fluch schafft. Bemerkenswert ist das Schlußkapitel des Ergangschen Buches, in dem an der Hand neuerer Einzeluntersuchungen das Maschinenproblem der Gegenwart behandelt wird. Durch Verbilligung der Produktion haben wir der Maschine zweifellos auf gewissen Gebieten eine ungeheure Verbreitung des Verbrauchs zu danken, während sie auf anderen (Verkehrswesen) das Gepein der steigenden Grundrente nicht dauernd zu bannen vermag. Allen diesen Einflüssen ist auch der Lohn des Arbeiters unterworfen. An der Maschine selbst weicht die große Schaar der Handlanger dem hoch gelohnten, gelehrten Arbeiter, der viele Automaten zugleich beaufsichtigt, und dem — abgesehen von seiner materiellen Lage — auch die verstärkte Arbeitszeit eine höhere kulturelle Entwicklung ermöglicht. Der plötzlichen Arbeitslosigkeit bei Einführung neuer Maschinen kann — bei Verzicht auf Streik und Cécanny — der Tarifvertrag einen Riegel vorschieben (z. B. Segmaschinen). — In einem Anhang ist die Entstehungsgeschichte einiger historisch und volkswirtschaftlich bedeutsamer Maschinen erzählt.

Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen. Veranlaßt und herausgegeben vom Deutschen Ausschuss für technisches Schulwesen. Bd. II: Arbeiten auf dem Gebiete des technischen Mittelschulwesens. V. G. Teubner, Leipzig 1911. 169 S.

Der Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen, dem eine Reihe von Fachorganisationen sowohl aus Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerkreisen angeschlossen sind, ist bestrebt, Klärung und Ordnung über das technische Schulwesen zu verbreiten. In einem 1910 im gleichen Verlag erschienenen Bande sind die Arbeiten veröffentlicht, welche sich auf das staatliche Mittelschulwesen beziehen, der vorliegende Band behandelt die nichtstaatlichen technischen Mittelschulen. Aus den Untersuchungen des Ausschusses, ergab sich, daß sich auf diesem Gebiete neben manchem Erfreulichen doch auch Mißstände herausgebildet haben, die den technischen Beruf und auch die Industrie zu schädigen geeignet sind. Der Ausschuss hat daher an sämtliche Regierungen eine Eingabe gerichtet, die gleichfalls in dem vorliegenden Bande abgedruckt ist, um eine Abhilfe anzubahnen. Es handelt sich namentlich um feste Abgrenzung der höheren, mittleren und niederen Schulgattungen, sowie um dementprechende Regeln über Aufnahmebedingungen und Ziel der Anstalten.

Die Staatswirtschaftliche Fakultät der Universität Würzburg. Festschrift zur Feier des 825. Bestehens der Universität von Prof. Dr. G. v. Schanz, 3. St. Rektor. Würzburg. G. Schöps. V. G. 1911. 74 S.

Die Erforschung des Entwicklungsganges der staatswissenschaftlichen Studien an den Universitäten, die bisher nur für Jena und Halle in eingehenden Monographien erfolgt ist, während für die übrigen Akademien nur vereinzelte Berichte (vergl. Materialien und Gutachten zur Ausbildung der volkswirtschaftlichen Fachbeamten) vorliegen, hat durch diese Abhandlung von Schanz eine wünschenswerte Bereicherung erfahren. Namentlich der starke Anhang zur Rede (S. 45–74) birgt viel geschichtlich lehrreichen Urkundenstoff. Allgemeine Beachtung aber werden die Schlussworte der Rede finden, in denen Schanz mit einem „Gefühl der Besonnenheit“ die raschen und starken Veränderungen in der Stellung der Universitäten und der Universitätslehrer während der kurzen Zeit seit 1895, wo Schanz zum ersten Male das Rektorat bekleidete, Revue passieren läßt. Schanz hofft aber, daß die Universitäten die „Krisis, in der sie sich unteugbar befinden“, überwinden und sich zu neuer Blüte emporzuschwingen.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Beilage.

Kürzlich ist im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig erschienen:

Die Besteuerung nach dem Überfluß

(nach der Ersparnismöglichkeit).

Ein Beitrag zur organischen Neuordnung der direkten Steuern in Preußen.

Von Bürgermeister H. Weissenborn in Halberstadt.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: I. Die allgemeinen Richtlinien für die organische Fortbildung der direkten Staatssteuern. — II. Die bisher befürwortete Überflußsteuer und ihre Kritik. — III. Die Überflußsteuer als Steuer nach der Ersparnismöglichkeit. — IV. Die praktische Ausgestaltung der Überflußsteuer und ihre Bedeutung für die Steuerreform.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Dittmann. * Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Litzmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 1 M. halbjährlich.

Sonderausgaben für Rheinland-Westfalen, Bayern usw. halbjährlich 1,20 M.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Sobald der Entwurf der Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden ist, wird der Versicherungsbote eine Darstellung des neuen Rechts bringen, die die Unterschiede zwischen dem neuen und dem geltenden Recht besonders hervorheben wird. Der laufende Jahrgang wird daher dauernd ein wertvolles Nachschlagewerk sein.

Viele Versicherungsträger und andere Stellen beziehen das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung im Briefkasten besonders wertvoll.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Die Landesbank der Rheinprovinz.

Von

Helmuth Poensgen.

(Forschungen, staats- und wissenschaftliche von Schmoller. Heft 153.)

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Quellenangabe. I. Die verschiedenen Organisationsformen des Grund- und Korporationskredits. II. Geschichte der Landesbank. 1. Die Immobilien- und Grundkreditverhältnisse in der Rheinprovinz um 1850. 2. Gründung und Organisation der Rheinischen Provinzialhilfskassen. 3. Ausbau der Hilfskassen zur Landesbank der Rheinprovinz. III. Organisation und Verwaltung der Landesbank. 1. Haftung des Provinzialverbandes. 2. Verwaltungsorgane. 3. Privilegien der Landesbank. IV. Die Betriebsmittel der Landesbank. 1. Ihre Fonds. 2. Die Kapitalien aus dem regulären Bankverkehr. a) Depositen. b) Kontokorrentgelder. 3. Durch Ausgabe von Rheinprovinzialanleihscheinen beschaffte Kapitalien. V. Tätigkeit und wirtschaftliche Bedeutung der Landesbank. A. Die Landesbank als Finanzinstitut der Provinzialverwaltung. 1. als Kasseninstitut. 2. als Bankinstitut. a) Annahme der Provinzialgelder als Depositen. b) Gewährung kurz- und langfristigen Kredits. 3. als Erwerbsinstitut. B. Die Landesbank als Zentralstelle der öffentlichen Kassen, besonders der Sparkassen der Rheinprovinz. C. Die Landesbank als Korporations- und Hypothekarkreditinstitut. 1. die Verbindung beider Kreditarten; Konkurrenz der Darlehensgesuche. 2. die Landesbank als Korporations- und Kommunalkreditinstitut. 3. die Landesbank als Hypothekarkreditinstitut für den städtischen Grundbesitz. 4. die Landesbank als ländliches Grundkreditinstitut. a) Zweck und Form des ländlichen Grundkredits. b) andere Kreditgeber für den ländlichen Grundbesitz in der Rheinprovinz. c) der ländliche Hypothekarkredit der Landesbank.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Unternehmertum oder Gemeinbetriebe?

Von Emil Schiff.

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Bei unserem Statistischen Amte ist die Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters, welcher gegebenenfalls auch die Vertretung des Direktors übernehmen kann, zum 1. Oktober d. Js. zu besetzen.

Die Vergütung beträgt 3180 Mark, steigt nach drei Jahren auf 3540 Mark und in weiteren dreijährigen Perioden bis auf 5280 Mark. Beschäftigungszeit außerhalb der Charlottenburger Verwaltung kann eventuell angerechnet werden. Die Annahme erfolgt auf Privatdienstvertrag mit monatlicher Kündigung. Ruhegeld sowie Witwen- und Waisengeld kann nach Maßgabe der geltenden Grundsätze gewährt werden.

Meldungen von Bewerbern, welche möglichst nicht über 35 Jahre alt sind und akademisches Studium sowie genügende Praxis nachweisen können, sind bis zum 20. Juli d. Js. unter Beifügung einer Lebensbeschreibung und von Zeugnisabschriften an uns — zu Tg. Nr. 15 — einzureichen.

Zur persönlichen Vorstellung ist eine besondere Aufforderung abzuwarten.

Charlottenburg, den 28. Juni 1911.

Der Magistrat.

Grundzüge der Handelspolitik.

Von

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königlich Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung

von

Preis: 10 Mark. Dr. Pfau-Rom. Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. — Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirtschaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Auslandswechsel und das Ausland. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik. Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzsystems. — Das Schutzsystem ohne Zölle. — Die Handelspolitik und die Zölle. — Die Bevölkerung und die Handelspolitik. — Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichums. — Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder Schutz Zoll. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung. — Das Maß des Zolles. — Übertragung und Einschneiden der Zölle. — Die Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung. — Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie.

Dargestellt an den Verhältnissen der „Glabacher Spinnerei und Weberei“ A.-G. zu München-Gladbach im Rheinland.

Von

Dr. phil. Marie Bernays.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 133. Band.)

Preis: 9 Mark 60 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort der Herausgeber. — Vorwort der Verfasserin. — Einleitung. — Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozess und ihre Arbeiterschaft. 1. Teil: Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft. Die Auslese nach Alter und geographischer Provenienz. — Die Auslese nach beruflicher Provenienz und Lebensschicksal. — Abstammung und Familie. — Das Berufsschicksal. — Werkstattgemeinschaft. — Der Militärdienst. — Das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft. 2. Teil: Zur Psychophysiologie der Textilarbeit. — Einfluss der Kindheitsumgebung auf die Arbeitsleistung. — Allgemeine Erörterungen. — Einfluss von Eigenart und Lebensverhältnissen auf die Arbeitsleistung. — Arbeitszeit und Jahreszeit in ihren Wirkungen auf die Arbeitsleistung.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W. 8, Mauersir. 43. 44.

Dieser Nummer ist eine Beilage der Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin N. 24, beigelegt.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorferstr. 29/30
Anspruch: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. 18.—21. Juni, Elberfeld. Von Dr. Altenrath, Berlin 1265
- Soziale Zustände. 1272
- Industrielle Arbeiter und Arbeitslöhne in Japan.
- Die Kreuzband deutscher Rechtsanwälte und Notare, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
- tariffvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. 1275
- Der Dreifachtarif im Buchbindergewerbe.
- Das Urteil der Bauvorsteher über den Tarifbruch in den Berliner Zeitungsdrukereien.
- Arbeitgeber- und Unternehmerverbände. 1277
- Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände.
- Deutscher Industrie- und Handelsverband.
- Eine internationale Verständigung der Arbeitgeber in der Stahlindustrie.
- Organisationen der Arbeiter, Schiffsleute, Angestellten und Beamten. . . 1278
- Der VIII. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. II. Von Dr. A. Heyde, Berlin.
- Eine Reichsorganisation der deutschen Gemeindebeamten.
- Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen.
- Eine französische Gewerkschaftskonferenz.
- Streit und Ausperrungen. . . 1284
- Die Sperre gegen die technischen Betriebe der Marineverwaltung in Kiel und Wilhelmshaven.
- Der Kampf im Holzwasser Hamburg. Bäderstreik.
- Ein Formstreik in Pommern.
- Der Seemannstreik in England und Holland.
- Arbeiterversicherung. Charitäten 1286
- Ärzte und Krankenkassen in Groß-Stuttgart und Umgebung.
- Noch einmal: Ersparnisse in der Angestelltenversicherung. Von Dr. Heinz Potthoff, Düsseldorf.
- Eine Alters- und Invalidenversicherung der Hebammen in Bremen.
- Volksbildung. 1288
- Ein Normalplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen.
- Die Münchener Versuchsschule.
- Der 12. Kongress für Volks- und Jugendpflege.
- Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (G. B.) 1910.
- Volkskunde. 1290
- Die Bekämpfung der Kinder- (Säuglings-)sterblichkeit in Freiburg i. Br. Von Dr. Jos. Ehrler, Freiburg.
- Sozialhygienische Frauenforderungen.
- Sozialpolitik im Verkehrswesen. 1292
- Das Kartell der Verbände sächsischer und süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamten.
- Wohlfahrtsanstalten für die babilischen Eisenbahner.
- Die Eisenbahnverkehrsregelung in Frankreich.
- Literarische Mitteilungen. . . . 1293

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Das Lehrlingswesen und die Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses.

Fünfte Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt.)*
18.—21. Juni, Elberfeld.

Als Thema für ihre fünfte Konferenz hatte die Zentralstelle wiederum einen Gegenstand gewählt, der mit dem gewerblichen Leben, insbesondere auch mit der Industrie in engstem Zusammenhang steht, nämlich die Frage des Lehrlingswesens und der Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses. Die Zentralstelle hat dadurch bekundet, daß sie sich nicht schrecken läßt durch die Feind-

schaft, die ihr anlässlich der Braunschweiger Konferenz über „Aufgaben und Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege“ seitens des Vereins für die wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes unter Führung des Herrn Dr. A. Tille erwachsen ist, daß sie vielmehr gesonnen ist, ruhig und fest auf ihrem Wege vorwärtszuschreiten und positive Arbeit zu leisten. Der Erfolg hat auch gezeigt, daß sie damit das Richtige getroffen hat. Führende Firmen der verschiedensten Industrien, Fabrikantenvereine und sonstige industrielle Kreise waren vertreten. Das Reichsamt des Innern, das Reichsmarineamt, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, das württembergische Ministerium des Innern und eine Reihe anderer Behörden hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch aus den anderen in Frage kommenden Kreisen des Handels, des Handwerks, der Gewerkschaften, der Fortbildungsschulmänner, der Stadtmagistrate und sozialen Vereine war der Besuch außerordentlich zahlreich.

Für die Beratungen hatte die Zentralstelle für Volkswohlfahrt einen von ihrem Dezernenten Dr. jur. Altenrath verfaßten Vorbericht herausgegeben. Dieser Vorbericht gibt eine umfassende Darstellung der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes des Lehrlingswesens in Handwerk und Industrie, einen Überblick über den gesetzlichen und zahlenmäßigen Stand des Fortbildungsschulwesens und eine Erörterung der bisherigen Versuche auf dem Gebiete der Berufswahl und Lehrstellenvermittlung. Was die Handwerkslehre anbetrifft, so wird auf Grund eines umfangreichen Materials und besonderer Erhebungen der Zentralstelle festgestellt, daß sich die Verhältnisse seit dem Handwerksvertrag vom Jahre 1897 dank der Tätigkeit insbesondere der Handwerkskammern ganz erheblich gebessert haben. Es wird aber auch der Nachweis geführt, daß immer noch Mängel und Mißstände zutage treten, und daß es noch einer intensiven Arbeit der Organisation des Handwerks bedarf, damit das Lehrlingswesen den daran zu stellenden Anforderungen entspricht. Die Mittel, die hierbei besonders in Frage kommen (Tätigkeit der Handwerkskammern und Innungen, Regelung des Beauftragtenwesens, Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gefellenstädten, Lehrlingswerkstätten und Lehrwerkstätten usw.) werden eingehend erörtert. Hinsichtlich der Industrie wird nachgewiesen, daß zwar die Entwicklung der Technik in wachsendem Umfange dazu führt, gelernter Arbeit in ungelernter oder angelernter umzuwandeln, daß aber doch noch ein ganz erheblicher und zum Teil wachsender Bedarf nach wohl ausgebildeten, tüchtigen Arbeitskräften besteht. Aus den Erhebungen der Zentralstelle, den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und den Zahlen der Statistik geht auch hervor, daß sich die Industrie ihrer Aufgaben auf diesem Gebiete mehr und mehr bewußt wird und in steigendem Maße Lehrlinge, zum Teil in vorbildlichster Weise, heranbildet. Die Vertragsverhältnisse, die Art der Ausbildung der Fabriklehrlinge, insbesondere die industriellen Lehrwerkstätten werden eingehend erörtert. Der Überblick über das Fortbildungsschulwesen und das gewerbliche Schulwesen ergibt, daß diese Schulen in steigendem Umfang in den Dienst der Berufserziehung gestellt werden. Im letzten Abschnitt wird dann die Frage behandelt, auf welche Weise durch eine sorgfältige, nach den Fähigkeiten und Eigenschaften der Jugendlichen und nach den Anforderungen des Berufs geleitete Berufswahl und Lehrstellenvermittlung, eine möglichst große Zahl befähigter Schulentlassener geeigneten Berufen zugeführt werden kann.

Als erster Referent erstattete Landesgewerbeamt Dr. Kühne-Berlin ein allgemeines Referat über „Grundfragen der Berufserziehung und des Lehrlingswesens“. Er schilderte in großen Zügen die geschichtliche Entwicklung der Berufserziehung, die in drei großen Stufen vor sich geht: Familien-erziehung, Standeserziehung, Staatserziehung. Ursprünglich wächst der junge Mensch gleichsam von selbst in den zukünftigen Beruf hinein. Im Mittelalter übernahm die Gemeinschaft der Berufs-

*) Wegen Raummangels verspätet. Die Red.

genossen, die Gilde oder Zunft die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses. In der Neuzeit seit der Erfindung der Dampfmaschine und der Einführung der Gewerbefreiheit gewinnt die öffentliche Erziehung unter Aufsicht des Staates erhöhte Bedeutung. Zu allen Zeiten kommt hinzu der Einfluß der Kirche und der Umwelt.

Aufgabe der Gegenwart sei es, die verschiedenen Erziehungsmächte entsprechend den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in die richtigen Beziehungen zu setzen und sie zu gemeinsamer einheitlicher Erziehungsarbeit zusammenzuführen.

Die Familie habe ebenso wie durch die Jahrhunderte der Kulturentwicklung hindurch den Grund der Erziehung zu legen; sie leiste aber insbesondere infolge der veränderten Wohn- und Arbeitsverhältnisse viel weniger für die Vorbereitung zum Berufe. Die Pflanzstätte müsse so viel als möglich die Volksschule ausfüllen. Sie sei nicht mehr die Verneschule, die nur die elementaren Kenntnisse vermittele, sie sei auch heute schon eine Erziehungsschule, die zur Pünktlichkeit und Pflichttreue, zu Gehorsam und Fleiß anleite. Allerdings sei es notwendig, daß die Fähigkeiten, mit denen mehr als 90 % der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt verdienen, schon in der Schule besser ausgebildet würden. Dem Werkunterricht sei daher mehr Raum zu geben, die Selbsttätigkeit zu fördern, die Schule mehr und mehr zu einer Arbeitsgemeinschaft umzubilden. Im besonderen müsse von ihr gefordert werden, daß sie die Berufswahl in der richtigen Weise vorbereiten helfe.

Eine umfassende berufliche Ausbildung wird, wie der Redner dann weiter ausführte, durch die moderne wirtschaftliche Entwicklung nicht überflüssig gemacht. Wenn auch mehr als zwei Fünftel aller gewerblichen Arbeiter ungelernete Arbeit verrichten, so ist doch das Handwerk auch heute noch durchaus lebensfähig, und die vervollkommnung der Technik führt dazu, daß für die Bedienung und Überwachung der Maschinen gut ausgebildete Arbeitskräfte notwendig sind. Ein hochgebildeter Arbeiterstand ist Voraussetzung auch für die Qualitätsproduktion, die für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ein großer Mangel ist es, daß wir andauernd gelernte Arbeiter aus dem Auslande herbeiholen müssen, und daß das Handwerk vielfach nicht so tüchtige Kräfte als Nachwuchs erhält, wie wünschenswert wäre.

Die Erlernung eines Berufes ist erst recht von Vorteil, vom Standpunkte des einzelnen aus gesehen. Die wirtschaftlichen Aussichten sind wesentlich besser, vor allem bietet der Beruf ein einheitliches Lebensziel, das nicht nur für die Entwicklung der körperlichen und geistigen Kräfte, sondern auch für die Erziehung zum sittlichen Charakter von größtem Werte ist.

Als Form der Ausbildung ist nach wie vor die praktische Lehre zweckmäßig, die die beste Grundlage für die Berufserziehung vermittelt. Sie ist daher nach Möglichkeit zu stützen und zu fördern. Die praktische Ausbildung bedarf der Ergänzung durch die Fortbildungsschule, die fachliche, geschäftliche und staatsbürgerliche Stoffe im engsten Anschluß an den Beruf zu behandeln hat. Aufgabe aller beteiligten Kreise ist es, für die zweckmäßige Berufserziehung des heranwachsenden Geschlechts Sorge zu tragen, von dessen wirtschaftlicher und sittlicher Tüchtigkeit die Zukunft des Volkes und Staates mit abhängt.

Nach diesem allgemeinen Referat über die Grundfragen des Problems folgten dann drei Korreferate über das Lehrlingswesen in Handwerk, Industrie und Handel.

Zunächst sprach über das Lehrlingswesen im Handwerk Herr Dr. Wilden, Geschäftsführer der Handwerkskammer in Düsseldorf. Er bezeichnete das Lehrlingswesen im Handwerk als formell aufs Beste geordnet auf Grund der Gewerbeordnung, besonders der neuen Novellen. Das sei die Folge der Tradition, die sich im Handwerk von alters her erhalten habe. Immerhin sei manches noch verbesserungsbedürftig, was freilich einer gesetzlichen Regelung entzogen sei. Namentlich stellte er hierfür folgende Grundsätze auf:

Als Lehrlinge sollen nur solche Personen angenommen werden, die die erforderlichen Schulkennntnisse besitzen und nicht an Krankheiten, körperlichen und geistigen Gebrechen leiden, die sie für das betreffende Gewerbe untauglich machen. Deshalb empfiehlt sich schon bei der Lehrstellenvermittlung die Mitwirkung eines Arztes, der hierzu sein Gutachten abgibt. Die durch den Lehrvertrag festzusetzende Dauer der Lehrzeit ist ausgiebig, mindestens aber auf drei Jahre zu bemessen. Eine Lehrzeit von vier Jahren ist anzustreben.

Dem Lehrling ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren, entweder Lohn und Wohnung, unter Umständen auch Kleidung oder ein Geldlohn, teils aus erzieherischen Gründen, teils um den Eltern hierdurch es zu ermöglichen, ihre Kinder einem gelernten Berufe zuzuführen.

Die Beschäftigung des Lehrlings mit anderen, nicht zu seinem Gewerbe gehörigen Arbeiten ist verboten. Etwa mit dem Gewerbebetrieb

verbundene Botengänge sind auf das geringste Mindestmaß zu beschränken. Keinesfalls dürfen sie die geordnete Ausbildung beeinträchtigen.

Die Ausbildung des Lehrlings hat sich hauptsächlich auf die praktische Unterweisung in der Werkstatt zu erstrecken. Deren Ergänzung, namentlich für die sachtheoretische Ausbildung, ist die Fortbildungsschule. Sie ist als Vorbereitung auf den Beruf der Schüler diesem anzupassen (Berufsschule). Wenn die Schule sich daneben der Jugendfürsorge widmet, im besonderen der Heranbildung sittlicher und vaterländischer Erziehung sowie der Körperpflege, so ist hierauf keinesfalls der Schulzwang auszudehnen.

Die Fortbildungsschule kann nur Ergänzung, nicht Ersatz der Meisterlehre zur Vermittlung theoretischer Fachkenntnisse sein. Etwaige praktische Unterweisung in sogenannten Lehrwerkstätten ist nur für solche Arbeitsverrichtungen angebracht, die zu erlernen die Werkstatt keine oder nicht ausreichende Gelegenheit bietet.

Mit Nachdruck hob der Redner hervor, daß die Innungen, die auf wirtschaftspolitischen Gebieten schon manche Erfolge zu verzeichnen hätten, auf dem Gebiete des Lehrlingswesens ein weites Arbeitsfeld vor sich hätten, dem sie viel mehr, als es bis jetzt geschehen sei, ihre Aufmerksamkeit zuwenden müßten.

Es folgte sodann ein Referat von Dipl.-Ing. Fr. Frölich, Geschäftsführer des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten in Düsseldorf, über das Lehrlingswesen in der Industrie.

Einleitend führte er aus, daß auf dem Gebiete des Lehrlingswesens in der Industrie die statistischen Unterlagen mangelhaft sind, da der Unterschied zwischen Fabrik und Handwerk nicht einwandfrei festgelegt ist; die Statistik gibt daher nur Anhaltspunkte für die Erörterung, diese genügen aber für die Behandlung der großen Fragen, auf die es in diesem Kreise ankommt. Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten, die besonders zwischen Industrie und Handwerk noch vorhanden sind, betreffen Einzelheiten und liegen auf wirtschaftspolitischen Gebieten, sie dürften die Konferenz wohl kaum beschäftigen. Von den als industriell im engeren Sinne anzusehenden Gewerben weisen die Betriebe der mechanischen Industrie mitaus die größte Zahl der Lehrlinge auf, und auch in bezug auf das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Arbeiter stehen die übrigen Industriezweige hinter der Metallindustrie und besonders hinter der Maschinenindustrie zurück.

Vorher sich der Vortragende seinem Sondergebiet, dem Lehrlingswesen in der Industrie, zuwendet, erörtert er einige allgemeine grundlegende Begriffe, deren Umgrenzung notwendig ist, um irrtümliche Auffassungen zu verhüten. Als wesentliches Merkmal des industriellen Betriebes gegenüber dem handwerksmäßigen bezeichnet er die Verwendung maschineller Hilfsmittel unter gleichzeitiger Anwendung des Grundsatzes der Arbeitsteilung. Dieser Arbeitsweise muß die Lehrlingausbildung angepaßt sein. Solange die Industrie in einzelnen Zweigen die handwerksmäßige Betriebsweise fortführte, konnte sie im Handwerk ausgebildete Arbeiter als Facharbeiter beschäftigen; in dem Maße, wie sie die handwerksmäßige Betriebsweise aus ihren Werkstätten verbannt, genügen diese den Anforderungen des Fabrikbetriebes nicht mehr, und da bieten sich ihr zwei Möglichkeiten: entweder sie gibt den vom Handwerk ausgebildeten Arbeitern eine Zusatzausbildung, oder aber sie bildet selbst Lehrlinge aus. Der erste Weg ist auf die Dauer nicht durchführbar.

Eine Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses kommt in der Industrie nur in Frage für die „Facharbeiter“. Außer den „Facharbeitern“ beschäftigt die Industrie in großer Zahl „angelernte Arbeiter“ und „Hilfsarbeiter“; die beiden letztgenannten Gruppen rekrutieren sich aus den jugendlichen Arbeitern ohne Lehrvertrag, deren die Industrie ebenso bedarf wie der Lehrlinge.

Die Ausbildung der Lehrlinge in der Industrie muß ebenfalls handwerksmäßig vor sich gehen; auch die Industrie verlangt von den Facharbeitern eine genaue Kenntnis der einschlägigen Facharbeiten sowie eine gewisse Geschicklichkeit, und die Tätigkeit der industriellen Facharbeiter nutzt die so erworbenen Fähigkeiten auch voll aus. Für diejenigen Arbeiter, die geringere Anforderungen stellen, werden angelernte Arbeiter beschäftigt.

Die Industrie hat nicht nur die moralische Pflicht, sondern auch ein lebhaftes eigenes Interesse an der Ausbildung des Nachwuchses ihrer Facharbeiterschaft. Eine zeitweilig zu geringe Betätigung wird sich alsbald durch vermehrte Aufmerksamkeit von selbst ausgleichen. Man überlasse daher die Regelung der Industrie und hüte sich vor Eingriffen von außen, namentlich seitens des Staates; schematisierende Vorschriften können leicht hemmend wirken; ebenso muß der Ausbau der Ausbildung in den einzelnen Gewerben den Fachvereinigungen überlassen bleiben.

Welche Anforderungen sind an die Berufsbildung in der Industrie zu stellen? Die Zahl der Lehrlinge muß in einem gewissen Verhältnis stehen zur Zahl der Facharbeiter, das sich richtet nach der Dauer der Lehrzeit und nach der durchschnittlichen Arbeitsfähigkeit des ausgebildeten Facharbeiters. Betriebe, die regelmäßig Facharbeiter an andere gewerbliche Betriebe abgeben, welche selbst nicht in der Lage sind, Facharbeiter auszubilden, müssen einen entsprechend höheren Prozentsatz ausbilden. Betriebe für massenmäßige Herstellung mit weit getriebener Arbeitsteilung sind nicht geeignet, um Lehrlinge auszubilden. Obwohl verschiedene Fragen des Lehrverhältnisses bereits gesetzlich geregelt sind, so empfiehlt es sich doch, einen schriftlichen Lehrvertrag abzuschließen. Die Lehrzeit ist außerordentlich verschieden, eine übermäßige Verkürzung stellt den Erfolg der Lehre in Frage; daher erscheint eine Mindestzeit von drei Jahren angemessen, deren Erhöhung auf vier Jahre, wenigstens für zahlreiche Gewerbe, anzustreben ist. Aus erzieherischen Gründen ist eine Entschädigung des Lehrlings erwünscht, die zweckmäßig mit der Zeit steigt. Prämien und ähnliche Maßnahmen erscheinen geeignet, den Eifer des Lehrlings anzuregen. Teilnahme an Stückarbeiten und Beteiligung am Akkord sollten frühestens in der zweiten Hälfte der Lehrzeit gestattet sein. Der weitere Ausbau des Lehrvertrags ist den Fachvereinigungen zu überlassen, die hierfür mehr und mehr Interesse gewinnen.

Die praktische Ausbildung in der Fabrikwerkstatt ist die eigentliche Grundlage der Berufserziehung und muß es auch bleiben. Sie muß sich eng anschließen an die Erfordernisse des jeweiligen Betriebs und muß einem bestimmten Plane folgen, der eine gute Ausbildung gewährleistet. Eine Beschäftigung der Lehrlinge als Hilfsarbeiter ist zu vermeiden. Lehrlingsabteilungen und Lehrlingswerkstätten haben sowohl auf die fachliche Ausbildung als auch die allgemeine Erziehung der Lehrlinge günstigen Einfluß. Lehrwerkstätten, d. h. Fachschulen mit praktischem Unterricht, sind nur dort angängig, wo eine Gewähr für gute praktische Ausbildung durch die Industrie nicht gegeben ist. Neben der praktischen Ausbildung ist auch eine schulmäßige Unterweisung notwendig, die im allgemeinen von der gewerblichen Fortbildungsschule gegeben wird. Der Vortragende warnte vor einer Überschiebung der Fortbildungsschule und ihrer Wirkungen, da die Schulzeit beschränkt ist und sein muß. Es liegt durchaus im Interesse der Industrie, namentlich der größeren Betriebe, Werkfortbildungsschulen einzurichten und zu unterhalten, soweit die Kosten dafür aufgebracht werden können; andernfalls haben die Lehrlinge die öffentlichen gewerblichen Fortbildungsschulen zu besuchen. Die gewerbliche Fortbildungsschule muß eine Berufsschule sein; die Berufserziehung darf durch andere Unterrichtsgegenstände nicht beeinträchtigt werden. Diese können höchstens, soweit dies allerdings überhaupt wünschenswert erscheint, an die Fortbildungsschule angegliedert werden. In ihren Lehrzielen muß sich die Fortbildungsschule eine weite Beschränkung auferlegen. Der Fachunterricht muß durch Fachleute erteilt werden. Die Fortbildungsschulpflicht ist für die Lehrlinge durchaus erwünscht; die jugendlichen Arbeiter ohne Lehrvertrag sind dagegen in bezug auf die Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule, die Dauer der Schulzeit und die Art des Unterrichts anders zu behandeln als die Lehrlinge. Bei Festsetzung des Unterrichts ist auf den Werkbetrieb weitgehendste Rücksicht zu nehmen. Ein förmlicher Abschluß der Berufsbildung findet in der Industrie heute nur in vereinzelten Fällen statt; es ist aber dringend zu wünschen, daß alle Lehrlinge in der Industrie eine Abschlußprüfung vor einem von der Industrie eingesetzten fachmännischen Ausschuss ablegen. Diese Prüfung ist als Gesellenprüfung im Sinne der Gewerbeordnung durchzuführen und anzuerkennen.

Zum Schluß wies der Vortragende auf den Nutzen hin, der durch eine geregelte Lehrlingsausbildung der Industrie in ihrer Gesamtheit und auch jedem Einzelunternehmen erwächst. Eine gute Berufsausbildung ist die notwendige Vorbedingung für die Weiterbildung des Facharbeiters zum gehobenen Arbeiter, Vorarbeiter und Meister; eine geordnete Lehrlingsausbildung ermöglicht daher die Auswahl und Förderung der tüchtigen Lehrlinge mit dem Endziel, Vorarbeiter und Meister heranzuziehen.

Das dritte Korreferat über das Lehrlingswesen im Handel erstattete Herr Dr. Kanter, volkswirtschaftlicher Beirat der Handelskammer in Braunschweig. Nach Ansicht des Redners ist eine mehrjährige praktische Lehre im Handelsgewerbe für männliche Personen im deutschen Kulturgebiet noch durchaus üblich. Unter den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen, der Zunahme von Großbetrieben auf der einen und von sehr kleinen Betrieben auf

der anderen Seite und durch viele technische Neuerungen, die die Organisation der Handelsbetriebe umgestaltet haben, ist der Inhalt der praktischen Lehre stark verändert worden. Der Lehrling erhält nicht mehr überall eine Übersicht über das Geschäft als Ganzes, sondern er wird häufig nur zum Teilarbeiter herangezogen. Da auch der Beruf der kaufmännischen Angestellten sich inhaltlich vielfach verändert hat, ist diese Entwicklung des Lehrlingswesens nach der Meinung des Referenten in der Praxis nicht aufzuhalten. Die Entwicklung im Handel geht dahin, daß in der Hauptsache nur kaufmännische Angestellte, d. h. Personen, deren Beruf die Verrichtung von Teilfunktionen des Handelsbetriebs bildet, gebraucht werden, daneben aber nur wenig angestellte Kaufleute, d. h. Personen, denen die selbständige Führung und Leitung auch nur eines Teiles eines großen Handelsbetriebs übertragen wird. Auch in den kleinsten Betrieben werden keine sehr hohen Ansprüche an organisatorische und spezifisch-kaufmännische Talente gestellt.

Die Einheit des Handelsbetriebs dem Lehrling zu vermitteln, ist Aufgabe der Fortbildungsschule, die neben der erzieherischen Beeinflussung des jungen Mannes außerdem noch die bessere Ausbildung für einen größeren Kreis von Teilfunktionen zu vermitteln hat.

Die organisatorische Umgestaltung der Handelsbetriebe zeigt sich am stärksten in der Beschäftigung der jungen Mädchen, bei denen eine geordnete Lehrzeit die Ausnahme bildet, und die für ihren Beruf als Teilfunktionärinnen im Kontorbetriebe zweckmäßig durch vorbereitende Schulen, für ihren Beruf als Verkäuferinnen durch Fortbildungsschulen neben der praktischen Tätigkeit ausgebildet werden müssen.

In der Diskussion, die nunmehr über die vier Referate gemeinsam stattfand, ergab sich hinsichtlich der von den Referenten vertretenen Forderungen für das Lehrlingswesen in Handwerk und Industrie vollkommene Einmütigkeit. Insbesondere betonten Direktor Reuhaus von der Firma Borsig in Tegel und Marine-Direktur Krell von der Kaiserlichen Werft in Kiel die Notwendigkeit einer systematischen Lehrlingsausbildung in der Metallindustrie. Herr Krell konnte mit gutem Grunde auf die Bemühungen der Kaiserlichen Werften hinweisen, denen die Privatindustrie nachzusehen müsse. Herr Stadler von der Möbelfabrik B. Stadler in Paderborn wies auf die Notwendigkeit einer besseren Lehrlingsausbildung in der Möbeldindustrie hin und schilderte die Einrichtungen, die er in seinem Betriebe getroffen hat.

Für das Handelsgewerbe erntete der Referent in der Diskussion durchaus nicht allseitigen Beifall. Im Gegenteil, nicht nur die Vertreter der Handlungsgehilfen, sondern auch Dr. Wiedemann, Geschäftsführer der Handelskammer in Elberfeld und Stadtrat Dr. Grabenwitz-Stettin wiesen eingehend nach, daß auch für die Lehrlinge im Handelsgewerbe eine allseitige Ausbildung dringend erforderlich sei, nicht nur im Interesse des späteren Fortwärtkommens der jungen Leute selbst, sondern auch im Interesse des Handelsgewerbes selbst, für das die bestausgebildeten Kräfte gerade gut genug seien.

Am zweiten Tage wurde über das Fortbildungsschulwesen und über Berufswahl und Lehrstellenvermittlung verhandelt. Zuerst hielt Fortbildungsschuldirektor Haefel-Charlottenburg einen Vortrag über „das gewerbliche Schulwesen, insbesondere die Fortbildungsschulen und deren Bedeutung für die Berufserziehung“. Der Redner erläuterte folgenden Grundgedanken: Die Berufserziehung umfaßt Berufsbildung und Berufsausbildung. Die Berufsbildung ist der Teil der Bildung im weiteren Sinne, bei dem die bildenden Elemente einem bestimmten Berufe entnommen werden und bei der Anwendung auf einen bestimmten Beruf abzielen. Berufsbildung unterscheidet sich nicht im Wesen von allgemeiner Bildung, sondern dadurch, daß sie zugleich mit der Erkenntnis durch Anwendung den Menschen in einem Berufe sicher und heimisch macht und Berufserkenntnisse vermittelt. Auf die Tatsache gründen die gewerblichen Schulen im Rahmen der gesamten Bildungsarbeit ihren Charakter als Berufsschulen. Da die Bildungsarbeit ebenfalls Erziehungsaufgaben erfüllt, so ist sie in diesem Sinne auch eine Erziehungsschule. Man darf aber nicht umgekehrt den Schluß daraus ziehen, daß die gewerblichen Schulen auch zwangsweise die Lehrstoffe zu geben hätten, die in den allgemein bildenden Schulen nach historischem Brauch in der Religion gesucht werden. Diese Forderung ist ein haltloser Trugschluß, der vom Standpunkte der Berufsbildung zu schärfstem Widerspruch herausfordert. Neben der Berufsbildung kommt die Ausbildung in Frage. Sie trifft weniger den geistigen Gehalt einer Persönlichkeit als vielmehr die äußeren Bedingungen des Berufes, technisches Können und Wissen sowie den durch Übung

erworbenen Grad der Fertigkeit in der praktischen Anwendung des Erlernten. Es können viele Personen bei dem gleichen Grad der Ausbildung dennoch einen verschiedenen Grad der Berufsbildung haben. Berufsbildung und Berufsausbildung gehören unbedingt zusammen, um wertvolle Kräfte für die menschliche Gesellschaft heranzubilden. Für die Berufsbildung kommen gewerbliche Schulen aller Art in Frage. Für die praktische und handwerkliche Ausbildung ist entweder Meisterwerkstatt allein oder Schulwerkstatt allein oder beide nebeneinanderwirkend vorzuziehen. Auf den Universitäten ist Bildung und Ausbildung harmonisch vereinigt. Bei den technischen Hochschulen kommt die Ausbildung im praktischen Leben hinzu. Man begnügt sich jedoch nicht mit dieser notwendigen Maßnahme, sondern verbindet Bildung und Ausbildung durch Versuchsanstalten usw. Ähnlich geschieht es bei den technischen Mittelschulen. Wünschenswert ist auch die Verbindung von Bildung und Ausbildung durch Schulwerkstätten bei Kunstgewerbe, Handwerker-, Fach- und Fortbildungsschulen. Die Schulwerkstatt allein gewährleistet keine hinreichende gewerbliche Ausbildung. Sie hat die Vorzüge, daß die Ausbildungsarbeit auf neutralem Boden außerhalb des wirtschaftlichen Wettbewerbes liegt und nach Belieben den ganzen Ausbildungsengang durchgeistigen kann. Sie hat den Nachteil, daß sie an den Lehrling nicht die Lebenswirklichkeit des Berufes heranbringt, wie die Meisterwerkstatt, die mitten im praktischen Leben steht. Die Meisterwerkstatt allein zeigt bei ihren großen Vorzügen auch Eigenarten, die der Ergänzung bedürfen, nämlich dort, wo nicht alle Seiten des Berufes berücksichtigt werden können wegen der wirtschaftlichen Eigenart eines Ortes oder einer Stadtgegend, bei Spezialisierung der Handwerke. Die Lehrwerkstatt hat außerdem noch den Vorteil, daß sie dem Zeichenunterricht und den anderen Unterrichtsgegenständen dienstbar ist. Bei der Bedeutung der Berufsbildung ist daran zu erinnern, daß in der Vergangenheit die Stätten größter Leistung des Handwerks auch Berufsbildungsangelegenheiten für die Handwerker aufwiesen. In der heutigen Zeit ist es notwendiger, Belehrungen durch die Schule zu geben. Dampf, Elektrizität, Maschinen und alles was uns umgibt, erfordern Kenntnisse, die ein Gewerbetreibender heute nicht mehr entbehren kann. — Das Arbeitsfeld der Berufsbildung umfaßt Belehrungen über die Person des Gewerbetreibenden, über technologische Fragen und über staatsbürgerliche Stoffe; alles kommt darauf an, Menschen von Wert zu bilden. Die Berufsbildung macht den Menschen auch nach der wirtschaftlichen Seite hin wertvoller. Sie ist die Bedeutung, sowohl für den einzelnen Menschen und seiner Familie, als auch für das Wohlergehen des Staates und endlich liegt ihre große Bedeutung darin, daß sie auch nach der ideellen und sittlichen Seite hin Werte schafft, die allein die gesunde Zukunft unseres Volkes gewährleisten können.

An letzter Stelle erstattete Privatdozent Dr. H. Wolff, Direktor des Statistischen Amtes in Halle a. d. S., ein Referat über „Berufswahl und Lehrstellenvermittlung“. Der Redner gibt einen historischen Überblick über die Entwicklung der Lehrlingsfrage hinsichtlich des Erfolges des Handwerternachwuchses und kommt zu dem Ergebnis, daß sich unter der großindustriellen Betriebsweise naturgemäß Schwierigkeiten ergeben mußten. Der unregelmäßige Zugang zu den einzelnen Berufen habe sowohl für das Gewerbe selbst, wie für die gewerblichen Arbeitskräfte eine Reihe von Nachteilen im Gefolge gehabt. Die Volkswirtschaft beginnt sich endlich mit diesem Problem zu beschäftigen, nachdem sie bisher mehr die ethische Seite, die Sozialpolitik für die gewerbliche Arbeit gepflegt hat.

Es erscheine wünschenswert, eine Organisation der Berufswahl und Lehrstellenvermittlung anzubahnen. Von den Schulen, den Arbeitsnachweisen, gemeinnützigen Vereinen, Innungen usw. seien bereits Versuche auf diesem Gebiete gemacht worden, die aber im allgemeinen keine besonderen Erfolge gezeitigt hätten. Der Redner schlug daher vor, besondere Berufsämter einzurichten, die die Sache planmäßig organisieren sollten. Als Beispiel schildert er einen Versuch, den er selbst mit einer solchen Einrichtung, die als „Elternsprechstunde“ begonnen wurde, in Halle gemacht hat und der auf einem Zusammenwirken der Schule, des Arbeitsnachweises, des Schulrates und der gewerblichen Korporationen beruht.

In der Diskussion wurde zunächst von den Fortbildungsschulmännern der berufliche Charakter der Fortbildungsschule betont. Rektor Siercks-Schleswig warnte davor, für die ungelerten Arbeiter weniger Stunden zu verlangen. Gerade sie bedürften des Unterrichts am meisten. Der Vorsitzende des Elberfelder Innungsausschusses warnte vor den Schulwerkstätten, da sie den Verhältnissen und Bedürfnissen des praktischen Lebens nicht gerecht würden,

würdigte aber nicht den beruflich-erzieherischen Wert der Werkstätten. Dipl.-Ing. Frölich wies nochmals darauf hin, daß man der Fortbildungsschule nicht zu viel zumuten dürfe. Bei den verhältnismäßig wenigen Unterrichtsstunden sei eine gewisse Beschränkung am Platze. Von verschiedenen Seiten wurde eine größere Berücksichtigung der kleineren Städte und ländlichen Orte hinsichtlich der Förderung des Fortbildungsschulwesens verlangt. Die kleineren Gemeinden sollten verpflichtet werden, sich zum Betriebe von Fortbildungsschulen zusammenzutun.

Die Vorschläge des Referenten Dr. Wolff, die eine vermehrte Förderung der Berufswahl und Lehrstellenvermittlung namentlich seitens der Volksschule verlangten, wurden gebilligt.

Zum Schluß trug Landesgewerberat Dr. Kühne eine Anzahl Leitsätze vor, die die Referenten als ihre gemeinsame Anschauung und als Ergebnis der Diskussion ansehen zu dürfen glaubten. Als Vertreter des schon abgereisten Dr. Kanter hatte Dr. Wiedemann, Geschäftsführer der Elberfelder Handelskammer, bei der Abfassung mitgewirkt.

1. Handwerk und Industrie haben ein lebhaftes Interesse daran, daß sie eine hinreichend große Zahl tüchtiger und vielseitiger Facharbeiter (Gesellen und Gehilfen) ausbilden. Diese sind namentlich notwendig für die Erzeugung von Qualitätsarbeit, für die rasche Anpassung an technische Neuerungen, und damit für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte. Auch für den Handel in allen seinen Zweigen ist eine gebiegene Fachausbildung unerlässlich.
2. Eine wichtige Aufgabe der Volksschule ist es, durch Arbeits-erziehung auf das künftige Berufsleben vorzubereiten und bei der Wahl des Berufs beratend mitzuwirken.
3. Die Berufswahl ist planmäßig zu organisieren.
4. Die Ausbildung hat durch die praktische Lehre zu erfolgen, die nicht als ein bloßes Arbeitsverhältnis, sondern als ein auf sittlicher Grundlage beruhendes Erziehungsverhältnis aufzufassen ist.
5. Bei der Einstellung der Lehrlinge ist ein schriftlicher Lehrvertrag abzuschließen, der die Rechte und Pflichten der beiden vertragsschließenden Parteien enthält. Die Dauer der Lehrzeit soll mindestens drei Jahre betragen.
6. Die Ausbildung in der Lehre ist so planmäßig und vielseitig zu gestalten, als es der Betrieb irgend gestattet.
7. Dem Lehrling ist aus wirtschaftlichen und erzieherischen Gründen Kost und Wohnung oder eine angemessene, mit der Zeit steigende Geldentschädigung zu gewähren.
8. Neben der praktischen Lehre, welche die Grundlage der Lehrlings-erziehung darstellt, ist auch eine schulmäßige Unterweisung notwendig, die im allgemeinen durch die Pflichtfortbildungsschulen (kaufmännische, gewerbliche Wertfortbildungsschulen) zu leisten ist. Diese muß Berufsschule sein, der Unterricht ist in enger Beziehung zu dem Berufe zu bringen, auch die staatsbürgerlichen Belehrungen sind an die berufskundlichen Stoffe anzuschließen.
9. Die rein schulmäßige Ausbildung für den Beruf ist nur dann als Ersatz der Lehrlingsausbildung zulässig, wenn die Praxis keine hinreichende Vorbildung zu geben vermag. Wo eine Ergänzung der Lehrlingsausbildung notwendig ist, können Lehrwerkstätten an gewerblichen Schulen (Handwerker- und Kunstgewerbeschulen, Innungsfachschulen, Fortbildungsschulen) gute Dienste leisten.
10. Es ist dringend zu wünschen, daß alle Lehrlinge vor fachmännischen Ausschüssen eine Abschlußprüfung ablegen.
11. Aufgabe der beteiligten Kreise, der Handels- und Handwerkskammern, der Innungen und Fachverbände ist es, in ihren Kreisen auf eine zweckmäßige Ausgestaltung der praktischen Lehre und der Fortbildungsschule hinzuwirken.

Die Leitsätze fanden allseitige Zustimmung, und wenn auch Resolutionen auf den Konferenzen nicht gefaßt werden, so haben sie doch faktisch den Wert einer Resolution. Es kann daher mit Befriedigung festgestellt werden, daß die so verschiedenartigen auf der Konferenz vertretenen Kreise in dieser wichtigen Fragen so einmütige Anschauungen bekundet haben.

Berlin.

Dr. Altentrath.

Soziale Zustände.

Industrielle Arbeiter und Arbeitslöhne in Japan.

Interessante Aufschlüsse über Zusammensetzung und Entlohnung der Arbeiter in Japan gibt das „Finanzielle und wirtschaftliche Jahrbuch für Japan“, herausgegeben vom Kaiserlichen Finanzministerium in Tokio, das jetzt im 10. Jahrgang vorliegt. Für die im Lande hergestellten Waren sind die wichtigsten Unternehmungen die Spinnereien, Webereien, die Fabrikation von japanischem

und europäischen Papier, von Streichhölzern, von Lackwaren und Strohhäpfchen.

Die Spinnereien beschäftigten täglich (1907) durchschnittlich 14 828 Arbeiter und 61 788 Arbeiterinnen. Es wurden im Jahre 880 Tage bei 21 Stunden Arbeitszeit gearbeitet. Der Arbeitslohn stellte sich für einen Arbeiter täglich auf 0,410 Yen (1 Yen = 2,004 M.), für eine Arbeiterin auf 0,270 Yen.

Weit mehr Arbeitskräfte sind in der Weberei beschäftigt. Hier produzieren nebeneinander große Unternehmungen und hausgewerbliche Arbeiter. Im ganzen wurden 1907 489 926 Webereien gezählt, bei denen 788 608 Webstühle in Tätigkeit waren, davon 764 449 Handstühle, und in denen 758 505 Personen beschäftigt waren, davon allein 726 282 Frauen. Diese Zahlen bedeuten einen numerischen Rückgang, da 1898 noch 654 196 Webereien bestanden mit 1 040 958 beschäftigten Arbeitskräften. In der Produktion wurde dagegen von 1898 auf 1907 eine Steigerung im Werte von 148 789 198 Yen auf 22 824 873 Yen erzielt. Diese Produktionssteigerung wurde vor allem durch die großen Unternehmungen mit fortgeschrittener Technik erzielt. Unter den in industriellen Webereien beschäftigten 107 483 Arbeitskräften finden wir 98 749 weibliche, von denen nicht weniger als 13 982 unter 14 Jahren waren. Die Arbeitslöhne stellten sich 1908 auf 0,400 Yen für Männer und 0,260 Yen für Frauen, was innerhalb von 10 Jahren eine Steigerung von 0,300 Yen bzw. 0,187 Yen bedeutet.

Mit der Herstellung von japanischem Papier besaßen sich 59 800 Familien. Auch hier beobachtet man trotz Rückgangs der Zahl der Arbeitskräfte eine Steigerung der Produktion. Der Tagelohn für einen vollwertigen Arbeiter betrug 1907 0,400 Yen. Das europäische Papier wird nur in großen Fabriken hergestellt. 21 Unternehmungen mit 16 588 682 Yen investiertem Kapital beschäftigten 5 579 Arbeiter, darunter 1 645 Frauen, und einen erheblichen Prozentsatz Kinder unter 14 Jahren.

Die Streichholzfabrikation, deren Gesamtproduktion rund 15 Millionen Yen beträgt, geht von 257 Familien aus, die dabei 28 715 Arbeiter beschäftigen und zwar überwiegend Frauen (16 778).

Die Herstellung von Porzellan und Töpferwaren, deren Produktion auf ungefähr 13 Millionen Yen bewertet wird, ging von 5 875 Familien aus, die 28 675 Arbeiter in Arbeit hatten. In diesen überwiegend handwerklichen Betrieben waren 22 118 männliche und nur 6 562 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Tagelohn betrug 0,550 Yen.

Lackwaren wurden in 5 794 Arbeitsstätten von 17 105 Arbeitskräften, 14 579 Männern und 2 526 Frauen, hergestellt, Strohhäpfchen in 78 158 Arbeitsstätten von 256 784 Arbeitern, und zwar 68 495 Männern und 198 289 Frauen.

1898 wurden insgesamt 7 085 industrielle Arbeitsstätten ermittelt, von denen 2 964 mit Motoren arbeiteten. In diesen Unternehmungen waren 415 205 Arbeitskräfte beschäftigt und zwar 177 633 männliche, 234 573 weibliche. 1907 war die Zahl der Arbeitsstätten auf 10 938 gestiegen, fast die Hälfte davon mit motorischer Kraft. Beschäftigung fanden 257 356 Männer und 385 936 Frauen. Der Altersgliederung nach ergab sich, daß von diesen Arbeitskräften 57 597 unter 14 Jahren waren, davon 44 071 Mädchen. Der Tageslohn für diese Kinder betrug durchschnittlich 18—20 Sen (100 Sen = 1 Yen = 2,0024 M.).

Die Arbeitslöhne in Japan sind noch sehr niedrig, eine Tatsache, die bei der wachsenden internationalen Konkurrenzfähigkeit Japans von ganz besonderer Bedeutung ist.

Die bestbezahlten Arbeiter sind die Ziegelbrenner, die täglich 0,300 Yen verdienen. Es folgen die Steinmetzen und Ziegelbadecker mit einem Tagesverdienst von 0,270 Yen, die Schiffszimmerleute mit 0,210 Yen. Am schlechtesten bezahlt sind von industriellen Arbeitern die Soga-brenner, die einen Monatslohn von 8,34 Yen haben oder 0,270 Yen täglich, die Reisreiniger mit 0,240 Yen und die Zuckerbäder mit 0,200 Yen. Einfache Tagelöhner verdienen durchschnittlich 0,400 Yen, die Löhne des übrigen gelernten Arbeiter schwanken zwischen 0,450 Yen und 0,700 Yen.

Die Löhne für weibliche Arbeitskräfte stellen sich durchschnittlich um die Hälfte niedriger, eine Tatsache, die bei dem Umstande, daß ein so hoher Prozentsatz Frauen in den Gewerben beschäftigt ist, sehr ins Gewicht fällt. Die Zahl der Frauen steht etwas zurück hinter der der Männer. Am 31. Dezember 1909 wurden im eigentlichen Japan gezählt 25 143 385 Männer gegenüber 24 626 319 Frauen. Sehr niedrig stehen auch die Löhne für landwirtschaftliche Arbeiter. Der Jahreslohn betrug nicht mehr als 39,310 Yen. Etwas besser stellen sich die Löhne für die Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Nebengewerben beschäftigt sind. In der wichtigsten Rohstofffabrikation (Ausfuhrwert 1908 108 609 052 Yen) waren 397 339 Anlagen vorhanden, darunter 4 758 Spinnereien und 392 581 Hauszwirner. Zurzeit finden in Japan noch 60 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft und deren Nebengewerben ihren Unterhalt.

Im allgemeinen haben sich die Arbeitslöhne in Japan ständig verbessert, und vor allem in den Jahren nach dem russisch-japanischen Kriege haben sie stark angezogen.

Dies zeigt überflüssig eine Tabelle aus dem statistischen Jahrbuch, deren Verhältnisfiguren, wenn man die im Jahre 1900 festgestellten Durchschnittslöhne mit 100 ansetzt, für das Jahr 1907 bei den einzelnen Berufsgruppen auf 120 bis 156,8 lauten. Die geringsten Lohnsteigerungen erfuhr darnach Weberinnen (20 v. H.), die Landarbeiter (27,4 v. H.), und die Schuhmacher (23,4 v. H.). Die größten Lohnaufbesserungen wurden den Ziegelbadeckern (47,5 v. H.), den Ziegelbrennern (53,3 v. H.) und den weiblichen Bediensteten (55,8 v. H.) zuteil.

Die Tendenz steigender Löhne hat, wie aus anderen Veröffentlichungen zu ersehen ist, auch in den Jahren 1908—1910 angehalten, bei einigen Gewerben liegt sogar ein sprunghaftes Anwachsen vor.

Dr. E. S. M.

Die Treuhand deutscher Rechtsanwälte und Notare, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Unter diesem Titel hat Rechtsanwalt Hans Goldau-Mainz eine kleine Broschüre erscheinen lassen,* durch die er zu einem Zusammenschluß aller deutschen Rechtsanwälte und Notare zu einer Treuhandgesellschaft aufruft. Das Schlagwort von der Weltfremdheit der Richter sei verständlich, man müßte aber noch hinzufügen: und der meisten Rechtsanwälte und anderen Juristen. Denn überall kämen zu den Regeln der Juristen eine Unzahl neuer Verkehrsregeln, die noch nicht Jurisprudenz geworden und die den Juristen fremd seien. Deshalb müsse man die Juristen tauglich machen für ihre Aufgaben und müsse die nötigen organisatorischen Einrichtungen treffen, die die Juristen an die richtige Stelle führen und sie unterstützen und ergänzen. Eine solche Einrichtung soll die „Treuhandgesellschaft deutscher Rechtsanwälte und Notare“ sein. Dem Verfasser schwebt hier einmal der englische trustee, der Einzeltreuhänder, vor — es gibt in England über 20 000 solicitors, unstudierte Rechtsanwälte, die als Vertrauensmänner, Berater, Vermögensverwalter fungieren — und dann die trust-company, die Treuhandgesellschaft der englischen Kolonien und der Vereinigten Staaten. In Deutschland gebe es zwar schon eine Reihe Treuhandgesellschaften, an denen auch immer Rechtsanwälte beteiligt seien. Diese großkapitalistischen Unternehmungen seien aber geeignet, der außergerichtlichen Tätigkeit und Vertrauensstellung der Rechtsanwälte das Lebenslicht auszublauen.

Wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt, sagt Goldau, „werden die Rechtsanwälte immer mehr Angestellte werden und diejenigen, welche einen Ruhm darin sehen, ohne Vorgesetzte und Amtspflichten als freie Männer das Recht zu vertreten, auf das enge Gebiet der gerichtlichen Verhandlung gedrängt. Dann geht Deutschland das verloren, was ihm bisher zu großem Vorteil gereichte: ein Stand von Beratern, Geschäftsführern, Vertrauensmännern, die unabhängig und dem Klienten persönlich nahe vertraut sind, zugleich aber Richterqualität und die Autorität des öffentlichen Amtes besitzen.“

Das müssen wir uns erhalten; und dazu ist das erste Mittel die Errichtung einer Treuhandgesellschaft, die alles das leistet, was die trust-company Amerikas und die neuauftretenden deutschen Treuhandgesellschaften leisten, die zugleich aber den Geschäftskreis der Rechtsanwälte erhält und erweitert und ihm die nötige Beihilfe in den zum Teil neuen, großen Aufgaben gewährt.“

Als die von dieser Treuhandgesellschaft zu übernehmenden Aufgaben nennt Goldau Konkursverwaltungen, Verwaltung großer Vermögen, Führung größerer Vormundschaften, Übernahme von Stiftungen, Verwaltung von Vorbehaltsgut der verheirateten Frauen und von Erbschaften für Kinder, Liquidation von Gesellschaften, Arrangements von Schuldnern mit ihren Gläubigern, Revisionen für alle Arten von Geschäftsführungen, insbesondere auch von Aktiengesellschaften, Anfertigung von Steuererklärungen, Beratung bei Gründung von Aktiengesellschaften und Syndikaten. Ferner die Übernahme der im Bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen Treuhandgeschäfte sowie die Hinterlegung von Geldern, über welche Prozeßparteien durch Übereinkunft verfügen können und die Vertretung von Besitzern von Wertpapieren.

Sämtliche Rechtsanwälte, die an der Vermittlung des Unternehmens mitarbeiten wollen, sollen sich zu einem eingetragenen „Treuhanderverein“ zusammenschließen, und dieser Treuhanderverein soll die eigentliche „Treuhandgesellschaft deutscher Rechtsanwälte und Notare“ als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in der Weise übernehmen, daß er die Anteile kauft. Hierfür werden dann noch weitere Vorschläge im einzelnen gemacht. Zum Schluß sagt der Verfasser:

Die neue Organisation wird die den einzelnen anvertrauten Vermögen in Verwahr nehmen und anlegen, sie wird ohne eigenes Risiko

*) Standesfragen der deutschen Rechtsanwälte. Heft IV. Mainz 1911. Verlag der Zentralbuchhandlung deutscher Rechtsanwälte G. m. b. H.

Hunderttausenden einen Schutz gewähren können, wie es der Staat nicht besser kann. Sie wird die Anwaltschaft zu neuen Ufern führen, neue Gebiete zur Bebauung eröffnen. Sie wird auch neue Rechtsgedanken auslösen und in neue Formen gießen. Großes gewollt zu haben, ist schon genug. Das Können ist ein Gottesgeschenk. Also wollen wir es unternehmen.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Der Dreistädtearif im Buchbindergewerbe

Ist nach wochenlangen Verhandlungen der Verbandsvorstände beider Lager glücklich unter Dach gebracht worden. Am 2. Mai hatten die Beratungen in Leipzig begonnen und zu einer Verständigung über die Arbeitszeit geführt (vergl. Soz. Prag. Sp. 996). Dagegen hatten die Verhandlungen über die Lohnfrage, die zunächst ergebnislos verliefen, auf einige Wochen vertagt werden müssen. Als sie am 22. und 23. Mai in Leipzig wieder aufgenommen wurden, zeigte sich, daß auch die Zwischenzeit noch keine völlige Klärung der Meinungen über die Überstundenlöhnung und die Affordberechnungsgrundlagen gebracht hatte. Erst nach langen Auseinandersetzungen wurde endlich als Aufschlag für die erste Überstunde 12 % für die zweite 15 und für die dritte 20 % festgesetzt. Gegenüber den bisherigen Verhältnissen beträgt die Erhöhung bei der ersten Stunde 2 % und bei den Arbeiterinnen 1 %. Berlin hatte diese Zuschläge bereits seit langem. Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die bisher überhaupt nicht geregelt war, wird in Zukunft die Stunde mit 30 % Aufschlag berechnet.

Der Affordberechnung nach Formaten soll allenthalben die Deckelgröße, im Zweifelsfalle der nach Papier gefaltete Bogen zugrunde gelegt werden. Die Bogenberechnung bleibt wie bisher; ein viel umstrittener Antrag der Arbeitgeber, wonach bei Dreibruchbogen auch für gewisse Formate 8 Blatt Text, Bilder oder Karten als ein Bogen berechnet werden sollten, wurde abgelehnt.

Die von den Arbeitern angeregte allgemeine Einführung gleichzeitiger Arbeitsnachweise fand wenig Gegenliebe bei den Arbeitgebern. Nur zu einer örtlichen Regelung dieser Angelegenheit ließen sie sich bereit finden. Bei der Maschinenfrage gab es aufs neue lebhaftere Auseinandersetzungen.

Die Arbeitgeber verwiesen bei der Besetzung der Schnelldruckpressen auf die Konkurrenz der Buchdruckereien und der Luxuspapierfabriken. Sie erblickten einen Widerspruch darin, daß die Arbeiterkassen die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den gefährlichen Phönix- und Vitoriapressen freigegeben habe, nicht aber an den später zur Einführung gelangten, leichter zu bedienenden andern Systemen, obgleich auch für das an diesen Maschinen beschäftigte männliche Personal der Lohn für Schnellpresser verlangt und bezahlt wurde. Diesen Gründen konnten sich auch die Arbeitervertreter nicht verschließen, und man einigte sich auf folgende Bestimmung: „Das an Schnelldruckpressen sämtlicher Systeme beschäftigte Personal muß zu Zweidritteln aus Pressern und kann zu einem Drittel aus Mädchen bzw. Hilfspersonal bestehen.“ Bisher durften Phönix- und Vitoriapressen zur Hälfte von Arbeiterinnen bedient werden.

Die Forderung der Arbeiter: „An jeder Deckenmachmaschine ist mindestens ein Gehilfe zu beschäftigen“ fand bei den Arbeitgebern so starken Widerspruch, daß die Gehilfen sie fallen ließen. Für den zweiten Gehilfen an der Fertigmachmaschine wurde ein angemessener Stundenlohn, der nicht unter dem Mindestlohn sein darf, festgesetzt. An neuen Maschinen sind die Arbeiter solange nach Vereinbarung zu entlohnen, bis auf Antrag einer der beiden Parteien durch Tarifamtsbeschuß allgemein gültige Affordsätze geschaffen sind.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs, so beschloß man weiter, gelten alle früheren entgegenstehenden Abmachungen für aufgehoben. Die tarifwidrige Leipziger Sonderabmachung, wonach für Arbeiterinnen, die Gehilfenarbeit verrichten, ein Abzug von 20 v. H. zulässig war, wurde auf diese Weise trotz heftiger Gegenvorstellungen der Leipziger Arbeitgeber ebenfalls zunichte gemacht. Jedoch behielten sich die Leipziger Arbeitgeber vor, bei der Beratung der Affordpreise für leichtere Arbeiten entsprechende Anträge zu stellen.

Die Tarifdauer wurde wieder auf fünf Jahre festgesetzt. Ein Antrag der Arbeitervertreter auf eine dreijährige Gültigkeitsdauer oder auf eine weitere Erhöhung der am 2. und 3. Mai festgesetzten Mindeststundenlöhne wurde von den Arbeitgebervertretern mit hellem Entsetzen zurückgewiesen, da ihnen jetzt schon die Kollegen die bittersten Vorwürfe ob ihres weiten Entgegenkommens gegen die Arbeiter machten. Die Kündigungsfrist wurde wie vordem auf drei Monate bemessen, obwohl die Arbeitgeber eine Verlängerung auf sechs Monate gern gesehen hätten.

Damit waren die Verhandlungen des 22. und 23. Mai erschöpft. Für die Beratung der Affordtarife wurde ein Sonderauschuß von je fünf Arbeitgeber- und Arbeitervertretern eingesetzt, der nach Pfingsten in Leipzig seine Beratungen aufnahm. Das war das schwierigste Kapitel der Vertragserneuerung. Die von vornherein in Aussicht genommene zweiwöchige Beratungsdauer ist noch um eine volle Woche überschritten worden. Erst am 28. Juni konnte das Ergebnis der Beratungen den Verbänden beider Lager zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Der gesamte Affordtarif ist einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen und für fast sämtliche Arbeitergruppen aufgebessert worden. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, den Vorlaut der verschiedenen Tarifpunkte möglichst zweifelsfrei zu gestalten und auszuführen, um die bisher vielfach zutage getretenen falschen Auslegungen zu beseitigen. Aber auch der neue Tarif bleibt ungeheuer kompliziert und enthält 1046 Affordstellen mit rund 13 000 einzelnen Preisbestimmungen. Die Bestimmungen des Affordtarifs sollen deshalb erst vom 21. Juli an durchgeführt werden, während die übrigen Tarifvertragsregeln am 1. Juli in Kraft treten sollten. Die Drudlegung des Gesamtarifs kann nämlich trotz aller Anstrengungen nicht vor Mitte Juli beendet werden.

Die Verbandsversammlungen der Buchbindergehilfenschaft in den drei Tarifstädten Berlin, Leipzig und Stuttgart, die insgesamt etwa 8500 bis 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, haben ebenso wie der Arbeitgeberverband zu den Vereinbarungen der Vertreter inzwischen Stellung genommen. Die Aufnahme des Tarifs durch die Gehilfen in Berlin war keineswegs freundlich. Scharfe Kritik erfuhren die Tarifsätze, die für Berlin viel zu niedrig seien. Der bisherige Sondertarif für Berlin ist nämlich jetzt im allgemeinen Gesamtarif aufgegangen; immerhin sind zahlreiche Ortszuschläge für Berlin vorgezogen. Außerdem schweben in Berlin Verhandlungen mit den Arbeitgebern, damit den bisher über Mindestlohn bezahlten Arbeitern und Arbeiterinnen eine angemessene Lohnzulage, entsprechend der allgemeinen Tarifierhöhung, zuteil werde. Bei den Leipziger Tarifberatungen hatten die Arbeitgebervertreter die Berechtigung dieses Ausgleichs zugestanden. Nur weil an den Leipziger Abmachungen nichts mehr zu ändern war und der Tarifvertragsabschluß bereits durch die Bevollmächtigten rechtlich vollzogen war, fanden sich schließlich die Berliner Gehilfen mit der Tatsache des neuen Tarifs grollend ab. Die in der Versammlung am 5. Juli angenommene Entschließung bringt die Grundstimmung der Gehilfen zu bemerkenswertem Ausdruck:

„Die Versammlung hat mit Entrüstung Kenntnis von dem Tarifabschluß genommen. Sie bedauert lebhaft, durch Vergebung der Vollmacht an ihre Vertreter nicht in der Lage zu sein, den Tarif abzulehnen. Sie kann in dem Abschluß einen ihrer Lage entsprechenden Fortschritt nicht erblicken.“

Daß der Dreistädtearif für die sozial bereits vorangeschrittenen Berliner Gehilfen bei der diesmaligen Erneuerung wenig Fortschritte bringen konnte, sondern erst einmal die Arbeitsbedingungen an den übrigen Produktionsorten des Gewerbes auf die annähernd gleiche Höhe bringen mußte, ist eine Wesensnotwendigkeit der auf nationale Geltung hindrängenden Tarifverträge.

Das Urteil der Gauvorsteher über den Tarifbruch in den Berliner Zeitungsdruckereien. Nachdem die Tarifinstanzen, die Prinzipalsvereine und die Berliner Gehilfenschaft sowie die Hilfsarbeiter des Buchdruckgewerbes ihre widersprechenden Ansichten zu dem Falle geäußert hatten, rief der Hauptvorstand des Verbandes Deutscher Buchdrucker zum 3. und 4. Juli eine Zusammenkunft sämtlicher Gauvorsteher des Verbandes nach Berlin ein. Das Ergebnis dieser Beratungen war die einstimmige Erklärung, „daß der Beschluß des Tarifamts in betreff der Vertrauensmänner genannter Firma nach der gepflogenen Aussprache als verständlich anzusehen ist und seine Begründung in den wiederholten tariflichen Verstößen findet.“

Sodann heißt es in der Erklärung:

„Weiter verurteilt die Konferenz die wiederholten Tarif- und Disziplinbrüche in Berlin, die nicht allein die Tarifgemeinschaft, sondern auch die Organisation als Vertragskontrahent aufs tiefste zu schädigen geeignet sind und die weitere Entwicklung auf diesem Gebiete gefährden müssen, auf das schärfste. Die Konferenz fordert demgemäß alle Mitglieder auf, im Interesse der Einheit der Organisation sich den Bestimmungen des Statuts und den Beschlüssen der Generalversammlungen auf das stricteste zu unterstellen und beauftragt den Verbandsvorstand, gegen Disziplinbrüche mit den im Statut gegebenen Mitteln energisch vorzugehen.“

Die Solidaritätserklärung der Vertrauensmänner und Personale mit den kontraktbrüchigen Maschinenmeistern kann die Konferenz nur als ein vollständiges Verkennen der tatsächlichen Verhältnisse sowie der Vertragstreue und der Verbandsdisziplin bezeichnen.

Die Gauvertreter erklären ihren festen Willen, an den bewährten Grundsätzen der Organisation und der Tariftgemeinschaft unter allen Umständen festzuhalten, selbst dann, wenn die zurzeit in Berlin vorhandene Strömung diesen Boden verlassen sollte.

Die das Ansehen der Organisation aufs schwerste schädigenden Vorkommnisse in der Berliner Vereinsversammlung vom 21. Juni 1911, sowie das Anrufen außenstehender Kreise in internen Organisationsangelegenheiten verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste und erklärt sich mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes und der Haltung des „Korrespondent“ einverstanden.

Die Konferenz erblickt in der ungehörigen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Tarifamts wie die Stellungnahme des Verbandsvorstandes glossiert haben, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker in ihren Handlungen seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben; sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einnischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterchaft liegt und deshalb auch von den Buchdruckern zurückgewiesen werden muß.

Die scharfe Zurechtweisung, die die Gauvorsitzer der Berliner Gehilfenschaft hier zuteil werden ließen (vergl. hierzu Soz. Nr. 1208), hat auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Vertreter des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die am 7. Juli tagte, hellen Widerspruch entflammte. Eine Entschiedenheit zuteil Versammlung protestiert gegen den Standpunkt der Gauvorsitzer, der dem Vertrauensmännerinstitut den schärfsten Schlag versehe und das Solidaritätsgefühl untergrabe. Die beiden Berliner Gauvorsitzer wurden besonders gerüffelt. Für die gemäßregelten Mitglieder wurde volle Redefreiheit im „Korrespondent“ zu ihrer Rechtfertigung gefordert. Der Rabulismus in der jüngeren, noch nicht durch schwere Arbeitskämpfe und Tariferfahrungen geläuterten Gehilfenschaft Berlins droht die bevorstehenden Tarifverhandlungen sehr zu erschweren.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände. Nach einem Vortrage des Direktors Heins vom „Deutschen Arbeitgeberverband für Landwirtschaft“ will die Organisation der ländlichen Arbeitgeber in erster Linie nicht eine Kampforganisation sein, sondern „am sozialen Werk mitarbeiten“. Der Deutsche Arbeitgeberverband für Landwirtschaft (Sitz Hamburg) wurde im Oktober 1908 in Schleswig-Holstein gegründet und zählt heute reichlich 11 000 Mitglieder, die etwa 40 000 bis 50 000 Arbeiter beschäftigen und hauptsächlich in Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und den Hansestädten sitzen. Neuerdings ist der Verein ostpreussischer Landwirte in Königsberg dem Arbeitgeberverband beigetreten. An 13 verschiedenen Orten hat er eigene Nachweise eingerichtet. Er steht mit den industriellen Arbeitgeberverbänden in einem festen Kartellverhältnis, um die Überweisung von Arbeit und Arbeitern zu erleichtern. Die Hamburger Zentralstelle des Arbeitgeberverbandes gibt seit 1909 jede Woche eine Übersicht über den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt und die offenen Stellen heraus. In den ersten beiden Jahren hat der Verband 3541 und 7798 Arbeitskräfte vermittelt. Der Leitgedanke für die Organisation dieser Arbeitsvermittlung des deutschen Arbeitgeberbundes für die Landwirtschaft ist die Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs. Die „kontrafisten Leute“ werden vom Verbands in jeder Weise bevorzugt; sie erhalten auch unentgeltliche Rechtsauskunft. — Die uneigennütige Schaffung einer Rechtsbelehrungsstelle für die Landarbeiter durch ihre eigenen Arbeitgeber ist besonders bemerkenswert. Zu den Aufgaben dieser Auskunftsstelle wird es vielleicht auch gehören, die Landarbeiter über ihre öffentlich-rechtliche Stellung zu unterrichten und ihnen klar zu machen, daß das Koalitionsrecht, das ihre Arbeitgeber so erfolgreich anzuwenden verstehen, den Landarbeitern von jeher versagt geblieben, ja durch ein besonderes preussisches Gesetz unter Strafandrohung abgesprochen worden ist.

Deutscher Industrieverband. Auf der Waitagung der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen, die 1906 gegründet und jetzt in „Industrieverband“ umgetauft worden ist, berichtete der Vorsitzende, Dr. Böpkel-Leipzig, Mitglied des Landtags, über einen erfolgreichen Geschäftsgang. Die Mitgliederzahl hat sich von 1296 am 1. Januar 1910 auf 2408 am 1. Januar 1911 mit einer Jahreslohnsumme von 191 Millionen Mark und einer Arbeiterzahl von 192 000 gehoben. Die 156 Arbeitsentstellungen erforderlichen im Jahre 1910 einen Entschädigungsaufwand von 229 539 M. 151 Streiks konnten unter voller Wahrung der Arbeitgeberinteressen verhütet werden. Am 1. Juli 1911 waren über 2500 Firmen mit 204 000 Arbeitern

und 210 Millionen Mark Lohn dem Verbands angeschlossen. In diesem letzten Halbjahre wurden 181 Arbeiterbewegungen, darunter 85 Streiks und 8 Aussperrungen, dem Verband gemeldet. In 88 Fällen wurde eine Arbeitsstilllegung verhütet. Für 90 entschädigungsberechtigte Arbeitsentstellungen wurden 151 000 M. Entschädigungsansprüche gestellt.

Eine internationale Verständigung der Arbeitgeber in der Stahlindustrie scheint im Werke zu sein. Die Vertreter der Eisen- und Stahlwerke aus 10 Industriestaaten Europas und Nordamerikas, die am 5. Juli in Brüssel zu einer Aussprache zusammengekommen sind, haben nämlich ihre Beratungen nicht nur auf gemeinschaftliche Wirtschaftsfragen und korporative Verständigung über die Preise, die Begrenzung der Absatzgebiete und die Transportfragen erstreckt, sondern auch die Frage des Arbeitslohns in ihre Erörterungen einbezogen. Unter den 20 Vertretern der deutschen Stahlindustrie trat besonders der Abgesandte der Kruppwerke, Frhr. v. Bodenhausen, als Wortführer hervor.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der VIII. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

II.

(Vergl. Sp. 1244 ff.)

Im Mittelpunkt der ganzen Tagung stand der Vortrag des Berliner Rechtsanwalts Dr. Heinemann über „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Borentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“. Sein Vortrag, mit großem Interesse aufgenommen, nahm zwei Stunden, die Debatte zwei Tage in Anspruch. Die Wichtigkeit des Themas darf eine ausführliche Wiedergabe der Grundzüge der Rede Dr. Heinemanns beanspruchen, der es zwar an parteipolitisch zugeschnittenen Schärfen nicht fehlte, die aber sozialrechtlich von erheblicher Bedeutung war. Die Grundgedanken Dr. Heinemanns waren etwa folgende:

Die Motive zu der Novelle zum Strafgesetzbuch machen beim Erpressungsparagrafen das Zugeständnis, daß die bisherige Rechtsprechung, nach der sich ein Arbeiter der Erpressung schuldig macht, der durch Drohung mit Arbeitsentstellung die Gegenpartei zu Zugeständnissen bewegen will, unhaltbar sei; sie widerspreche dem Geiste des § 152 RStD. Ihr Ausgangspunkt ist eine Reichsgerichtsentcheidung gewesen, in der gesagt wird, der Arbeiter könne zwar das Angebot seiner Arbeitsleistung an willkürliche Bedingungen knüpfen, dürfe aber nicht bis zur Ausübung eines Willenszwanges gehen. Für diesen aber bilden die Kriterien erstens das Hervortreten mit einseitigen Forderungen und zweitens die Form der Vorbringung solcher Forderungen. Wie man als Partei andere als einseitige Forderungen stellen kann, ist unklar; wo die Grenzen in der Form liegen — es waren „höhnische und dreiste Rienen“ beanstandet worden —, ist nicht festzustellen. Daß Arbeitskämpfe stets mit Willenszwang verbunden sind, ist außerdem selbstverständlich; das ist in der Rechtsprechung auch längst anerkannt und den schwarzen Listen der Unternehmer gegenüber schon zum Ausdruck gebracht worden, indem Arbeiterklagen wegen Verletzung der Existenz durch diese Listen zurückgewiesen worden sind, weil ein solcher Willenszwang, wie er durch sie ausgeübt werde, im Wesen des heutigen Wirtschaftslebens liege.

Durch die jetzige Rechtsprechung wird geradezu ein Druck ausgeübt, Ausgleichsverhandlungen zu vermeiden. Der gegenwärtige Begriff der Erpressung setzt nun eine Drohung mit dem Ziele, sich oder einem anderen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, voraus; als rechtswidrig aber gilt in der Rechtsprechung ein Vermögensvorteil, auf den ein Rechtsanspruch nicht besteht. Auf Lohnerhöhungen besteht ein solcher Anspruch natürlich nicht, sodaß auf die Ankündigung des Streiks bei Verhandlungen über etwaige Lohnerhöhungen Strafbarkeit vorliegt, während die Ausföhrung des Streiks gesetzlich als zulässig anerkannt ist. Die Novelle und der Borentwurf wollen nun dem Erpressungsbegriff ein weiteres Tatbestandsmerkmal anfügen, indem die Absicht des Täters auf Vermögensbeschädigung eines anderen gerichtet sein muß. Dadurch soll es unmöglich gemacht werden, daß ein Arbeiter bei dem Versuch „angemessener“ Verwertung seiner Arbeitskraft mit dem Gesetz in Widerspruch gerät; bei der Beurteilung der „angemessenen“ Verwertung soll der Wert der gegenseitigen Leistungen in Betracht gezogen werden. Wie aber soll der „wahre Wert“ bestimmt werden? Man zieht den Strafrichter da mitten in

wirtschaftliche Streitfragen hinein und schafft eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen. (Dabei ist es obendrein fraglich, ob der Richter überhaupt in solche Erwägungen eintritt, die die Motive zwar anregen, die der Wortlaut des Gesetzes aber nicht unbedingt fordert, da er von der „Abnötigung eines Vermögensvorteils“ spricht und diese ja schließlich in jeder Lohnforderung liegt.)

Die Unangemessenheit des Lohnes, eine an sich rein zivilrechtliche Frage, soll nun strafrechtliche Folgen schwerster Art haben, denn besonders schwere Fälle sollen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden dürfen und ein „besonders schwerer Fall“ dann vorliegen, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat ungewöhnlich bedeutend und der verbrecherische Wille des Täters ungewöhnlich stark und verwerflich erscheint. Selbst wenn sich aber das Gericht mit Gefängnisstrafe begnügt, kann es nebenher auch auf Unterbringung in ein Arbeitshaus bis zu 3 Jahren erkennen, „wenn die Tat auf Arbeitsscheu zurückzuführen ist“. Dieser Begriff der Arbeitsscheu ist für streitende Arbeiter wie geschaffen. Ist wird in Urteilen gegen Streikführer gesagt, sie hätten andere Arbeiter von ihrer „ehrliehen Arbeit“ abhalten wollen; von diesem Begriff der „ehrliehen Arbeit“ der Streibreaker bis zu dem der Arbeitsscheu der Streitenden ist nur ein kleiner Schritt. Besser als im Borentwurf wird im v. Litzschen Gegenentwurf der Erpressungsbegriff gesagt; dort ist von der „Absicht, einen dem Rechte zuwiderlaufenden Vermögensvorteil sich zu verschaffen“ die Rede. Diese Fassung ist durchaus brauchbar, da Lohnhöhung nie dem Rechte zuwiderlaufen kann. Auch der Gedanke des Prof. Frank-Lübigen in Anlehnung an das neue norwegische Strafgesetzbuch ist gut: er geht vom Begriff der Drohung aus und sagt, die Ankündigung eines verkehrsmäßigen Übels sei niemals Drohung.

Der Erpressungsparagraph ist nun bisher auch oft im Zusammenhang mit § 153 RGD. angewendet worden. Dieser spricht zwar nur von Verabredungen, die Rechtsanwendung argumentiert aber, daß auch bei ihm, wie im § 152, die Vereinigungen mit gemeint seien. Wenn nun z. B. Arbeiter sich weigern, mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten, wird diese nur dem in allen anderen Ständen als berechtigt anerkannten Ehrbegriff des Klassenbewußten Arbeiters entspringende Handlungsweise von der Judikatur milanter dem Bestreben zugehoben, durch Zwang zum Eintritt in den Verband diesem einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auf den er keinen Anspruch hat, der also rechtswidrig ist. Damit ist das Tatbestandsmerkmal der Erpressung gegeben, auf die höhere Strafen stehen als unmittelbar im § 153, der die Anwendung des allgemeinen Strafgesetzes für den Fall höherer Strafanandrohung ausdrücklich vorsieht. Die Hineinarbeitung der Nebengesetze wie des § 153 RGD. in die allgemeine Kodifikation des Strafrechts muß unbedingt gefordert werden; hierin ist der Litzsche Gegenentwurf dem Borentwurf weit überlegen; vor allem aber muß bei dieser Gelegenheit die im § 153 gelegene Koalitionsbeschränkung beseitigt werden. Diesem unheilvollen Gesetz fallen um lächerlicher Ursachen willen heute unzählige Arbeiter zum Opfer, zumal es die „Ehrverletzung“ vorsieht, die keinen Wahrheitsbeweis zuläßt, um straffrei zu werden, die also, dem heutigen Begriffe der Beleidigung gegenüber, eine Ausnahmestellung für die Streibreaker mit sich bringt. In dieser Hinsicht ist auch der Litzsche Entwurf unbrauchbar; er übernimmt den § 153 in veränderter Form und gewährt auch Schutz gegen die Hinderung am Gebrauche des Koalitionsrechts. Aber die Strafen, die er vorsieht, gehen über das heutige Maß noch weit hinaus, und es muß die Entfernung des ganzen Gedankens gefordert werden, den gegen die Arbeiter gerichteten § 153 in irgend einer Gestalt, wenn auch unter gleichzeitiger Schaffung des Schutzes des Koalitionsrechts, ins neue Strafgesetz aufzunehmen.

Auch der Nötigungsbegriff im Borentwurf ist unbrauchbar; zwar wird in den Motiven die Anwendbarkeit auf Boykotte ausdrücklich bestritten, die Fassung des neuen Gesetzes läßt sie aber durchaus zu. Es ist da vom Nötigen durch Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung in rechtswidriger Absicht die Rede; „in rechtswidriger Absicht“ aber geschieht, was sich auf keinen einklagbaren Rechtsanspruch gründet, und „Drohung“ ist die „Ankündigung eines Übels“. Dieses Gesetz ist also sogar auf Streikandrohungen für den Fall bestimmter Handlungen usw. des Arbeitgebers anwendbar. Und wiederum ist hier der Litzsche Gedanke der Absicht eines dem Rechte zuwiderlaufenden Erfolges weit vorzuziehen. Besonders gefährlich ist § 241 des Entwurfs: „Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis 1000 M. bestraft.“ Da ist alles Kautschuk, da

liegen ganz ungeheure Gefahren für die Gewerkschaftsbewegung. Die Gefährlichkeit der Drohung muß sich auch keineswegs gegen die Person des Unternehmers richten, sondern braucht sich nur auf „Rechtsgüter“ ganz allgemein zu erstrecken. Auch das Portemonnaie des Besizenden ist ein solches Rechtsgut. Und gegen diesen § 241 war somit das Zuchthausgesetz noch das reine Eldorado für die organisierte Arbeiterschaft.

Endlich wird durch den Entwurf vielen Arbeitern das Koalitionsrecht genommen, die heute noch dem § 152 RGD. unterstehen. So will § 184 des Entwurfs mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren bestrafen, wer vorsätzlich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn oder der Post oder einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt verhindert.“ Dieses Gesetz raubt die Koalitionsfreiheit den Berkehr-, Gas- und Elektrizitätsarbeitern, vielen Gemeinde- und Staatsarbeitern, Seeleuten, Metallarbeitern usw.; wenigstens wird ihnen das Streikrecht gesetzlich abgesprochen und zwar ohne Rücksicht auf die Frage, ob die Arbeitgeber Staat, Gemeinde oder Private sind. Der Litzsche Entwurf ist hierin nicht besser als der Borentwurf. Die „Rechtswidrigkeit“, die hier mit Vertragsbruch identisch sein sollte, wird zwar in den Motiven als Voraussetzung der Strafe betont, kommt aber im Gesetzesentwurf selbst überhaupt nicht zum Ausdruck; käme sie aber zum Ausdruck, so wäre über diesen Begriff noch viel Streit möglich und seine Verwendung im Sinne der Arbeitseinstellung ohne Kündigung noch sehr unsicher. Auch die Unfugspargraphen kehren im Entwurf wieder und werden wie bisher gegen die gewerkschaftliche Arbeit verwendet werden (Streikposten u. dergl.).

Der Entwurf muß also als gefährlich und unbrauchbar angesehen und seine Gesetzwerdung unbedingt verhindert werden.

* * *

Man wird diese Ausführungen auch dann für lehrreich ansehen müssen, wenn man ihre Zuspihungen und Verallgemeinerungen nicht billigt und auch in einzelnen grundsätzlichen Fragen anderer Meinung als Dr. Heinemann ist. Daß Gesetz und Rechtsprechung heute oft noch nicht das erforderliche Verständnis für die sozialen Vorgänge unserer Zeit haben, ist fast unbestritten, und daß der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch zumindest noch recht wesentlicher Änderungen bedarf, soll gerade angesichts der Wahrscheinlichkeit jahrzehntelanger unveränderter Geltung der neuen Kodifikation rechtzeitig erkannt werden. Dr. Heinemann hat mit reichlich viel Findigkeit alle gegen die Arbeiterschaft irgendwie verwendbaren Gesetze zusammengestellt, — aber es ist leider nicht zu leugnen, daß er in dieser Findigkeit Vorbilder in einzelnen Gerichtsentscheidungen gehabt hat. Und so sehr der Borentwurf allgemeiner Klassenjustiz zurückgewiesen werden soll, so ehrlich muß anerkannt werden, daß es angesichts vieler Urteile besonders aus § 153 RGD. als unabwiesbare Notwendigkeit angesehen werden muß, in den sozialrechtlich wichtigsten Strafgesetzen jede Kautschukbestimmung zu vermeiden und eindeutige, klare Tatbestandsmerkmale an Stelle der gegenwärtigen zu setzen, die an das Ermessen des Richters Anforderungen stellen, denen er, wenigstens vorläufig, gemeinhin noch nicht gewachsen ist.

Die Erörterung zu diesem Punkte der Tagesordnung hielt sich naturgemäß nicht auf der Höhe des Vortrags. Im wesentlichen wurden immer neue Beispiele für die Mängel der seitherigen Streikjudikatur vorgebracht. Nur Brunner vom Transportarbeiterverband machte längere grundsätzliche Ausführungen zu den §§ 184, 185 des Entwurfs, die indessen durchaus im Sinne Dr. Heinemanns gehalten waren und darum hier übergangen werden können. Wider Erwarten wurde der Koalitionsurteile kaum Erwähnung getan; gerade die im Schwurgerichtsurteil seinerzeit herausgearbeitete Unterscheidung zwischen dem am Streit beteiligten, aufgeregten und darum milder zu beurteilenden Ruhestörern und den grundsätzlichen Madaumachern, die schärfer zu beurteilen seien, hätte zum Kampfe gegen den einen solchen Unterscheidung geradezu hohnsprechenden Geist des § 153, der für psychologisch besonders begreifliche Vergehen außergewöhnlich hohe Strafen androht, mit Nutzen verwendet werden können. Ebenso war auch ein klares Bekenntnis gegen die Gewalttaten an Arbeitswilligen zu vermissen. Als Kulturbewegung muß die Gewerkschaftsbewegung rohe Gewalt als Kampfmittel in aller nur möglichen Deutlichkeit verwerfen, und ein Gewerkschaftstongreß, der über Koalitionsrecht verhandelt, ist durchaus geeignet, das zum Ausdruck zu bringen. Je klarer der Wille der Organisationen ist, derartige Dinge nicht zu dulden, desto leichter wird es allen Gegnern eines außergewöhnlichen Streibreakerschutzes sein, gegen ihn anzukämpfen. Eine Ge-

legenheit, den Scharfmachern eine der beliebtesten ihrer Waffen zu entwinden, ist damit leider versäumt worden.

* * *

Stellte das Thema „Koalitionsrecht“ an sich nichts Neues in der Geschichte der Gewerkschaftskongresse dar, so bedeutete die Behandlung der Privatangestelltenfrage, die an sich der Arbeitererschaft ein wenig ferner liegt, eine entschiedene Erweiterung des bisher von solchen Tagungen behandelten Gebietes. Die Unruhe der Versammlung war freilich gerade bei diesem Punkte der Tagesordnung so groß, daß man die Frage, ob das Thema allgemein interessierte, billigerweise nicht ohne weiteres bejahen kann. Und es muß auch gesagt werden, daß der Vortrag Paul Vanges über die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben die wenigst bedeutende Leistung unter den Referaten darstellte. Etwas Neues enthielt der Vortrag nicht. Vange ging davon aus, daß in der Regel die Tätigkeit der Privatangestellten kein Durchgangsstadium mehr darstelle, sondern einen Lebensberuf. Meist komme zwar den Privatbeamten eine besondere Stellung im Betriebe zu, doch stehe ihre wirtschaftliche Lage in entschiedenem Widerspruch zu der Stellung als Schwalmer des Unternehmers. Vielmehr gehöre der Privatbeamte, — wiewohl natürlich diese Schicht nicht als einheitliches Ganzes aufzufassen sei, — auf die Seite der besitzlosen Proletarier, der Arbeiter. Dem Versuche der Unternehmer, Angestellte und Arbeiter gegeneinander auszuspielen, um beide auszubeuten, müsse durch Aufklärung über die Gleichartigkeit der Interessen beider entgegengearbeitet werden. Insbesondere müßten die Privatangestellten vom Koalitionsrechte ausgiebigeren Gebrauch machen, dürften keiner mittelständlerischen Agitation zugänglich sein und müßten, in Übereinstimmung mit der sozialdemokratischen Partei, durchgreifende Schutzgesetze fordern.

Im Gegensatz zu dem unvollständigen und nicht neuartigen Bilde, das dieser Vortrag und die unbedeutende Diskussion, die ihm folgte, boten, griff Robert Schmidt in seinem großzügigen Referate über das keineswegs für Gewerkschaftstagungen neuartige Thema „Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung“ entscheidend tiefer und gewann der Materie gar manche neue Seite ab. Seine fast zweistündigen Ausführungen begannen mit einer reizvollen Betrachtung über die technische Entwicklung, die keineswegs abgeschlossen sei, sondern im Gegenteil noch große Möglichkeiten vor sich habe. Das kühne Zukunftsgemälde, das Reichstagsabgeordneter Schmidt hier entwarf, wurde von den Zuhörern ein wenig belächelt, wohl aber über Gebühr, da er durchaus nichts außerhalb der Möglichkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit Liegendes vorbrachte. Als unmittelbare Folge der Technik sah Schmidt das immer größere Vordringen weiblicher Arbeit an; auch in der Landwirtschaft aber sei die Ausnutzung der Frauenarbeit erstaunlich groß, und im Handel, wo die Zahl der männlichen Arbeitskräfte um nur 45 v. H. gestiegen sei, habe die Zunahme der Frauenarbeit zwischen den beiden letzten Betriebszählungen 70 v. H. erreicht und übertreffe damit noch wesentlich die entsprechende Zahl in der Industrie. Dieser Erscheinung gegenüber sei es unangebracht, einfach zu sagen: „Die Frau gehört ins Haus“; sie werde mehr und mehr in die Berufsarbeit hineingerissen, und damit müsse einfach als Tatsache gerechnet werden. Dieser Entwicklung und der zunehmenden Entwertung des Geldes, die einen großen Teil der höheren Löhne illusorisch mache, stehe der Arbeiter mit dem natürlichen Bestreben, ihre Gefahren, die er nicht beseitigen könne, doch wenigstens zu mildern, gegenüber.

Und hier setze sein Verlangen nach Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung ein. Betrachte man insbesondere die Leistungen der heutigen Arbeiterversicherung, so dürfe man nicht die aufgewandten Gesamtsummen ansehen und dann diese Lasten als unerschwinglich für eine konkurrenzbedrohte Industrie bezeichnen, sondern müsse fragen: Was leistet die Versicherung für den einzelnen? Und da müsse die Antwort lauten: Noch immer recht wenig. Die Reichsversicherungsordnung sei durchaus zu verurteilen; ihre wenigen Vorzüge überwiegen nicht die Tendenz, Arbeiterrechte zu schmälern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe daher recht daran getan, das Gesetzeswerk abzulehnen. Nun aber gelte es, den wertvollen nationalen Besitz, welchen die Arbeitskraft des Proletariats darstelle, vor weiterer Verschleuderung zu bewahren durch eine wirklich gründliche Sozialpolitik; diese werde nicht zur Konkurrenzunfähigkeit der Industrie führen, sondern, wie bisher, zu ihrem Aufschwung beitragen, da das Interesse der Industrie ebenso wie das der ganzen Nation nicht in uneingeschränkter Ausnutzung der Arbeitskraft, sondern in der Erhaltung der Arbeitskraft, Energie und Intelligenz liege.

In der Debatte wies Paula Thiede auf die mangelhafte Berücksichtigung der Frauen in der RVD hin; das Frauenstimmrecht erweise sich dadurch einmal wieder als unentbehrlich. Von anderen Rednern wurden die Regelung des ländlichen Wöchnerinnenschutzes und die Faltung der christlichen Gewerkschaftsvertreter im Reichstage scharf angegriffen; ein Redner verlangte besonderen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung in der chemischen Industrie. Schließlich gelangte, nachdem von anderen Rednern noch mehr Bau- und Bergarbeiterschutz und ein durchgreifendes Bleifarbenverbot gefordert worden war (— beim letzten Punkte fielen wieder einige Bemerkungen gegen die Hygieneausstellung, in der das Material zur Bleifarbenfrage sehr leichtfertig ausgestellt und ein offener Fehler in einer Tabelle nach Hinweis durch den Redner einfach überpinselt worden sei —), wurde eine Entschließung angenommen, in der das Scheitern einiger sozialpolitischer Gesetze bedauert und ein Maximalarbeitstag, Verbot der Nacht- und der Kinderarbeit und mehr Arbeiterinnenschutz gefordert wird.

Endlich bleibt noch der Vortrag Umbrechts über „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung“ zu erwähnen. Zu ihm lag eine treffliche Denkschrift der Generalkommission vor, in der das Material zur Arbeitslosenunterstützungsfrage zusammengefasst ist; diese Denkschrift bedeutet ein großes Verdienst der Generalkommission und wird als Sammlung aller einschlägigen Gesetze, Vorlagen usw. (außer der neuen englischen) auch weit über die Gewerkschaften hinaus willkommen sein. Umbrechts Vortrag war mit großem Zahlenmaterial belegt und kam zu dem Ergebnis, daß eine Arbeitslosenstatistik sowohl, wie eine Arbeitslosenfürsorge Sache des Zusammenwirkens von Reich, Staat und Gemeinde mit den Gewerkschaften sein müsse. Der Einwand, eine Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung bedeute eine öffentliche Unterstützung des Klassenkampfes, sei gänzlich verfehlt; im Gegenteil habe bisher die Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Arbeitslosenunterstützung einfach eine Pflicht öffentlicher Körperchaften diesen abgenommen. Was den Arbeitsnachweis anlange, so sei das Stellenvermittlungs-gesetz vom 2. Juni 1910 zwar zu begrüßen, doch müsse der Kampf nicht nur den Auswüchsen der berufsmäßigen Arbeitsvermittlung, sondern dieser selbst gelten, und vor allem auch der Arbeiterbeschaffung durch Unternehmensnachweise. In den letzteren herrschten noch ungläubliche Zustände. Bisweilen würden durch sie Arbeiter, die über 42 Jahre alt sind, einfach als zu alt ausgeschaltet, und der Nachweis des Zechenverbandes im Ruhrrevier bestehe, nach Mitteilungen Dr. Dominikus', eine Kartenregistratur mit 530 000 Namen, die im Sinne einer schwarzen Liste gehandhabt werde.

Die Arbeitgebernachweise müßten überhaupt verboten werden, und es genüge nicht die von Dr. Kessler auf dem Breslauer Arbeitsnachweiskon-greß verlangte paritätische Beaufsichtigung und die Begrenzung der Dauer für Sperrung einzelner Arbeiten. Ebenförmig befriedige der Vorschlag einzelner Theoretiker, welche die paritätischen Arbeitsnachweise den Arbeitgebern dadurch schmähhaft zu machen versucht hätten, daß sie sagten, bei der Vermittlung solle nicht nur den Arbeitern von Arbeitskämpfen bei dem vermittelten Arbeitgeber, sondern auch dem Unternehmer davon Mitteilung gemacht werden, daß ein Arbeiter ein „Streifer“ sei, d. h. aus einem Streikort komme. Dadurch werde nur dem Arbeitgeber die Führung einer schwarzen Liste vom Nachweis abgenommen. Endlich wandte sich Umbrecht noch gegen die Feldarbeiterzentrale mit ihren Legitimationskarten; neuerdings sei sie gar bestrebt, auch industriellen Arbeitgebern ausländische Arbeiter als Streikbrecher zu vermitteln.

In der Diskussion besprach ein Vertreter des Gemeinbedarberverbandes Mißstände im Badewesen; das Stellenvermittlungs-gesetz werde umgangen durch Prospekte, in denen durch vierwöchigen Kurs perfekte Ausbildung im Badewesen versprochen wird; dafür werden 150 bis 300 M. verlangt, während nur ganz minderwertige Beschäftigung geboten wird, bei der gar nichts gelernt werden kann. Zum Schlusse wurde dann ein Zeugnis ausgestellt, zu dessen Ausfertigung sich leider immer wieder Ärzte finden; dann sei der auf solchen „Fachschoolen“ Vorgebildete „geprüfter Heilgehilfe und Masseur“ oder „Bademeister“. Und da entwickelte sich nun ein ungeheures Überangebot mit Lohnbrud; die schlechte Bezahlung erzeuge Ergänzung durch Trinkgelder, und damit treten alle demoralisierenden Momente auf, die diese unwürdigste aller Lohnformen auch im Gastwirts-gewerbe mit sich bringe. Auch in Krankenhäusern, Irrenanstalten usw. machten sich die Folgen dieser Mißstände in unerhörter Weise bemerkbar; das Birkowfrankenhaus wies z. B. eine jährliche Fluktuation des Personals von 150 v. H. auf; kaum ein einziger der Angestellten sei vom städtischen paritätischen Nachweis beschafft.

Nachdem dann noch gegen die Kostlandsarbeiten gesprochen worden war, die kein Hilfsmittel gegen die Arbeitslosigkeit darstellen könnten, wandte sich Hugo Boecksch (Gastwirtsgehilfenverband), der zu den einschlägigen Fragen schon in der Kongreßnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ Stellung genommen hatte, gegen den in Umbreis Resolution enthaltenen Passus, bei Streiks und Aussperrungen müsse der paritätische Nachweis seine Tätigkeit einstellen. Mindestens solle, wo dies nicht der Fall sei, nach Boeckschs Meinung nicht die Mitarbeit am Nachweis aufgegeben werden. Schließlich sei überhaupt, im Gegensatz zu der herrschenden Auffassung in Gewerkschaftstreiks, im Gegensatz aber erst recht zur Anschauung der Theoretiker über die Mitteilungspflicht, daß ein Arbeiter „Streiker“ sei, die einzige richtige Neutralität darin zu suchen, daß der Nachweis in Arbeitskämpfen ruhig weiter vermittele und es der Aufklärungsarbeit der Organisationen überlasse, über die Kämpfe zu unterrichten. In der Frage der Gebührenfreiheit, die in der Resolution ebenfalls wieder gefordert wurde, meinte Boecksch, diese sei zwar das Ziel, doch sollten die Gewerkschaften ihre Mitarbeit nicht von seiner Erreichung abhängig machen. Natürlich solle nicht der arme Teufel, der Arbeit sucht, auch noch Gebühren zahlen, sondern die Organisation solle diese für Organisierte pauschaliter auf sich übernehmen, während der Unorganisierte allerdings zu einer ganz kleinen Gebühr herangezogen werden könne. Der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten habe seine volle Berechtigung in der Verschiedenheit der Leistungen beider für die Entwicklung des paritätischen Nachweises und weil natürlich die Organisation keinen Anlaß habe, mit ihren aus Mitgliederbeiträgen entstandenen Mitteln Unorganisierte, die sich diesen Leistungen für die Standeshebung entziehen, mit durchzuschleppen. Das Ideal bleibe freilich die Gebührenfreiheit schlechthin durch Unterhaltung des Nachweises aus öffentlichen Mitteln.

Boeckschs Ausführungen, denen besonders von einem Holzarbeitervertreter mit dem Hinweis auf die in der Holzindustrie längst erkämpfte Einstellung der Vermittlungstätigkeit bei Streiks widersprochen wurde, erregten unter den Kongreßteilnehmern teilweise die Vorstellung, als wolle Boecksch Änderungen haben, wo bisher die Berücksichtigung der Arbeitskämpfe im Nachweis durchgeführt werde oder wo Gebührenfreiheit bestehe; hiergegen wandte er sich ein zweites Mal und erklärte, zu seinen Ausführungen vor allem durch die Fassung der Resolution veranlaßt worden zu sein, er wolle nur klarstellen, ob man gegen einen Kongreßbeschluß verstoße oder nicht, wenn man sich an Nachweisen beteilige, die den Forderungen der Entschließung nicht nachkämen. Dies wurde verneint und die im Sinne der Ausführungen Umbreis gehaltene Resolution unverändert angenommen.

Wie sich schon aus dieser Skizze vom Verlauf der Tagung ergibt, ist sie von großer Sachlichkeit und vom Willen zu ernster Arbeit getragen gewesen. Dem entsprach es nur, wenn ein kleiner Zwischenfall gebührend schnell beigelegt wurde: aus einigen Berliner Druckereien war an den Kongreß die Aufforderung ergangen, sich zu dem Schiedsspruch des Tarifamts (Sp. 1186, 1208) im Berliner Buchdruckerlarifstreit zu äußern; Legien lehnte das kurz und entschieden ab und verwies auf die zuständigen Organisationsinstanzen. Der Vorfall war bezeichnend für den Wunsch des Kongresses, keine hohle Demonstration zu treiben, sondern die gestellten Aufgaben würdig zu leisten. In diesem Sinne hatte Schlichte im Schlußwort recht, wenn er den 8. Gewerkschaftskongreß als einen der besten bezeichnete.

Berlin.

Dr. L. Heyde.

Eine Reichsorganisation der deutschen Gemeindebeamten wird vorbereitet. Die Anregung dazu geht von den Zentralverbänden der bayerischen und der preussischen Gemeindebeamten aus; am 18. Juni hat in Frankfurt a. M. eine vorbereitende Konferenz stattgefunden, bei der die Delegierten von Verbänden aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Bremen, Elbisch-Vöhringen anwesend waren, die etwa 90 000 Mitglieder zählen. Die Versammlung sprach sich grundsätzlich für einen engeren Zusammenschluß der Gemeindebeamtenverbände Deutschlands aus; die endgültige Beschlusfassung soll im Herbst dieses Jahres auf dem 1. deutschen Gemeindebeamtenkongreß in München stattfinden. Sitz des zukünftigen Bundes soll nach dem Satzungsentwurf Berlin sein und der Zweck des Bundes soll bestehen in der Förderung der wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Interessen der deutschen Gemeindebeamten. Mitglied des Bundes können nicht einzelne Gemeindebeamte oder einzelne Lokalverbände, sondern lediglich Landesorganisationen werden. Die Organe des Bundes sollen sein: der geschäftsführende

Ausschuß, die Delegiertenversammlung und der deutsche Gemeindebeamtenrat.

Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen (Frankfurt a. M., 2. Juli). Die Vereinigung (die fast 8000 Mitglieder zählt) äbte nach einem Vortrag von Justizrat Dr. Fuld-Mainz eine scharfe Kritik an dem Entwurfe der Angestelltenversicherung: die Leistungen seien gegenüber den Beiträgen zu niedrig, von einer Selbstverwaltung sei keine Rede. Redakteur Düllo-Berlin forderte die Einführung von Mindestlöhnen. In einer Resolution wurde allgemeine Sonntagsruhe verlangt, eine andere forderte eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Kontoren.

Eine französische Gewerkschaftskonferenz, die Ende Juni in Paris gelagt hat, beschäftigte sich an erster Stelle mit der Altersversicherung. Es wurde mit 104 gegen 11 Stimmen beschlossen, das Prinzip der Altersrente zwar anzuerkennen, das gegenwärtige Gesetz aber zu Fall zu bringen, weil es die Arbeiter zu Beiträgen heranziehe. Diese Beiträge müßten verweigert und die Versicherungsschritte zerstört werden. Sodann wurde die Forderung des Aktionärentags aufs neue bekräftigt, hinzugefügt aber die Forderung der Bestrebungen für einen freien Sonnabendnachmittag ohne Lohnkürzung. Die weiteren Verhandlungen beschäftigten sich mit inneren Gewerkschaftsfragen (Reiseunterstützung, Finanzen, Arbeitshörsen). Den Gewerkschaftsbeamten wurde nahegelegt, auf politische Mandate zu verzichten, da der „politische Ehrgeiz eine große Gefahr“ für die Arbeiterorganisationen bedeute. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die dem Internationalen Sekretariat angeschlossen sind, wurde auf 450 000 angegeben. Die Verhandlungen standen vorwiegend unter dem Einfluß der Anarchosyndikalisten.

Streiks und Aussperrungen.

Die Sperre gegen die technischen Betriebe der Marineverwaltung in Kiel und Wilhelmshaven hat außer den Garnisonbaubetrieben neuerdings auch die Maschinen-, Schiffbau- und Torpedoreports der Kaiserlichen Werft erfaßt. Abgesehen von den technischen Zeichnern, Bauaufsichtern und Vauschreibern haben hier auch einige Konstrukteure das neue unflexible Vertragsmuster zur Unterdrückung erhalten. Neben dem Deutschen Technikerverband hat nunmehr der Bund der technisch-industriellen Beamten eine solidarische Abwehrbewegung gegen diese Stellenverschlechterungen eingeleitet. Das Vorgehen der Reichsmarineverwaltung hat auf allen Seiten Fremden geweckt. So erschienen gerichtete Blätter wie das „Hamburger Fremdenblatt“, der „Dresdner Anzeiger“, der „Reichsbote“ verurteilen einmütig die Herabdrückung einer wichtigen Angestelltengruppe unter das hergebrachte und sonst allgemein anerkannte soziale Niveau. Besonders scharf wendet sich der „Reichsbote“ gegen die neue Dienstvertragspolitik der Marineverwaltung:

Die Reichsmarineverwaltung darf nicht verkennen, wie bedenklich es ist, in einen Kreis geachteter, tüchtiger Menschen Erbitterung und Unzufriedenheit hineinzutragen, in einen Kreis, der unzählige Berufsangehörigen im weiteren Sinne umfaßt, die sich alle in ihren Kollegen von der Marine mit getroffen fühlen. Es ist selbstverständlich, daß der gesamte Stand der Techniker es als eine Zurücksetzung, als eine Mißachtung empfindet, wenn man seine Kollegen plötzlich in eine Rechtslage hinabdrückt, die vor der des gewöhnlichen Tagelöhners kaum mehr viel voraus hat. Dieser Versuch muß nun so mehr befremden, als der Kaiser selber den Wert der Technik vor aller Welt in einer Weise anerkannt hat, die vordem niemand geahnt hatte.

Es wäre nicht nur sachlich geboten, sondern auch politisch klug, wenn die Marineverwaltung das neue Vertragsmuster nach Anhörung der Technikervertreter revidierte, ehe sie durch die Solidarität der organisierten Techniker dazu veranlaßt würde.

Der Kampf im Holzgewerbe Hamburgs, der nun schon vier Monate währt, dreht sich bekanntlich in erster Linie um den Arbeitsnachweis. Hierüber fanden am 7. Juli neue Vermittlungsverhandlungen unter Vorsitz des Bürgerchaftspräsidenten Dr. Engel statt. Vorgebracht wurde von Dr. Kaumann, Vorstandsmittglied des Arbeitsnachweises der Patriotischen Gesellschaft, daß Arbeitgeber und Arbeiter im Holzgewerbe die Errichtung des Arbeitsnachweises dieser gemeinnützigen Institution übertragen, die ihn als Fachabteilung ihrem allgemeinen Nachweis angliedert und sämtliche Kosten übernimmt: es wird eine paritätische Überwachungskommission mit einem unparteiischen Vorstand bestellt, Arbeitgeber und Arbeiter bedienen sich grundsätzlich dieses Nachweises, Ausnahmen werden vereinbart, die Vermittlung erfolgt ohne Rücksicht auf Zugehörigkeit zu einer Organisation, kein Arbeitgeber ist verpflichtet, den ihm zugewiesenen Arbeiter, kein Arbeiter die ihm zugewiesene Stelle anzunehmen. Zu einer Einigung auf dieser Grundlage kam es jedoch nicht, da die Vertreter der Arbeiter zwar grundsätzlich zustimmten, jedoch einige Gegenvorschläge machten, die die Arbeit-

geber ablehnten. Schließlich wurden die Verhandlungen vertagt. Während nach diesem Vermittlungsversuch Arbeitgeber und Arbeiter in Versammlungen erklärten, auf ihrem Standpunkt verharren zu wollen, hatte bereits am 6. Juli eine Anzahl kleiner Meister öffentlich sich für eine Einigung mit den Arbeitern ausgesprochen: Die kleinen Unternehmer hätten andere Interessen wie die großen Arbeitgeber, die im Schuhverband maßgebend seien, und sie träten entschieden für eine paritätische Organisation der Arbeitsvermittlung ein, die doch einmal kommen müsse im Interesse des gesamten Gewerbes und des sozialen Friedens. Ohnehin hätten sich im Laufe des Kampfes schon 250 Arbeitgeber mit 1800 Arbeitern geeinigt. Vorläufig allerdings scheint diese Schwenkung kleiner Unternehmer auf den Hamburger Arbeitgeberschutzverband im Holzgewerbe keinen Eindruck zu machen.

Bäderstreik (Sp. 1191) bestehen jetzt in Dresden, Leipzig, Kiel, Danzig und Mannheim. In Dresden wird der Boykott nach Möglichkeit durchgeführt; auch die Gewerkschaftskongreßteilnehmer wurden zu peinlicher Weidung boykottierter Badware aufgefordert. Ein Inhaltsbefehl droht Geldstrafe bis zu 1500 *M* oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall an, daß verbreitet wird, die Schlafräume der Gehilfen entsprächen nicht den gesundheits-, gewerbe- und wohnungspolizeilichen Vorschriften und für jeden Fall der Verbreitung von Abbildungen solcher Schlafräume. Die 11. Zivilkammer des Landgerichts führt zur Begründung aus, der Boykott sei an sich ein erlaubtes Kampfmittel, die beabsichtigten Veröffentlichungen besagter Art widersprechen aber der Wahrheit und seien daher auf Grund des § 826 BGB. als gegen die guten Sitten verstoßend, zu untersagen; die Antragsteller hätten die Unwahrheit der Veröffentlichungen durch Vorlegung einer Bescheinigung des Bäderobermeisters (!) W., des Rechtsanwalts R. und Gewerbeamts B. glaubhaft gemacht. Die Gesellen haben gegen diesen Inhaltsbefehl Beschwerde eingelegt und machen u. a. geltend, daß photographische Aufnahmen ungenügender Wohnräume doch nicht wohl unwahr sein und gegen die guten Sitten verstoßen könnten. Die Bäderinnung droht die üblichen Strafen gegen Tarifbewilliger an, findet aber teilweise hartnäckigen Widerstand im eigenen Lager. — In Leipzig wurde der Streik mit überwältigender Mehrheit beschlossen; gefordert werden: Beseitigung des Kost- und Wohnzwangs, Wochenlohn von 23 *M* und Zwölfstundentag. Betroffen werden etwa 600 Arbeiter. — In Kiel werden insbesondere 25 *M* wöchentlich, 50 *M* Überstundenlohn, 12 Stunden Arbeitszeit und wöchentlich ein Ruhetag nach Maßgabe des neuen Berliner Tarifvertrags gefordert. 48 Bäderereien mit 157 Gehilfen bewilligten sofort bei Ausbruch des Kampfes. — In Danzig, wo die Forderungen ähnlich sind, stehen 106 Gesellen in Streik, während 73 zu den neuen Bedingungen arbeiten. — In Gillingen ist auf 3 Jahre ein Tarif für 68 Bäderereien zustande gekommen; er enthält: 11 stündige Arbeitszeit, Erlass des Kostzwangs durch 10 *M* wöchentliche Entschädigung, 40 *M* Überstundenlohn, gleichzeitiges Tarifamt. — In Elberfeld wurde ein Tarif mit 29 *M* Mindestlohn für Bäder, 31 *M* für Leigmacher und Ofenarbeiter, 33 *M* für Badmeister abgeschlossen; die Arbeitszeit wird auf 63 Stunden herabgesetzt, Überstunden werden mit 65 *M* bezahlt, Feiertagsarbeit zum Überstundensatz. Außerdem sind Ferien je nach Beschäftigungsdauer vorgelesen; Kontrahenten sind der Verband der Bäder und die Ortsgruppe des rheinisch-westfälischen Brotfabrikantenverbandes; in den Kleinbetrieben von Darmen und Elberfeld wurde indessen in den Streik getreten; beteiligt sind etwa 100 Gehilfen, doch hat sofort 1/4 der Betriebe die Forderungen der Gehilfen bewilligt. — Auch in Österreich sind einige Erfolge der Bäder zu verzeichnen, so besonders in Innsbruck, wo der Tarif von 1907 ohne Streik verbessert wurde (Mindestlohnserhöhung um 2 bis 3 Kronen, Verkürzung der Arbeitszeit, Begrenzung der Überstundenzahl, Stellung des Kollektivvertrags unter die Sanktion des § 124b der Gewerbeordnung usw.). Auch in Marburg wurden ähnliche Erfolge ohne Kampf erreicht.

Ein **Formierstreik in Pommern** umfaßt etwa 1000 Ausständige und ist nach erfolglosen Verhandlungen, die schon seit Mai geführt werden, vor etwa einem Monat entstanden. Die Arbeiterforderungen sind:

1. 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 2. Vermeidung oder Höherbezahlung der Überstunden, 3. Regelung der Akkordarbeit durch Verbot willkürlicher Abzüge, Garantie eines Durchschnittsverdienstes bei neuen Arbeiten und Festsetzung von Mindestlöhnen zu diesem Zweck, 3. Regelung der Frage der Auszubehaltung, 5. sanitäre Forderungen, 6. Aufhebung der Kündigungsfrist, 7. Lohnzahlung am Freitag jeder Woche und 8. Einsetzung eines Arbeiterausschusses.

Fast alle Betriebe sind stillgelegt. Der Verein der Eisenwerke Pommerns und der Markt hatte anfangs mit den beteiligten Gewerkschaften (Metallarbeiterverband und S.-D.-Gewerksverein) verhandelt.

Das Gewerbegericht Rüdernünde wollte aber einige Wochen später unter Ausschaltung der Organisationsleitungen Verhandlungen herbeiführen. Darauf gingen die Arbeiter nicht ein. Ein anderer Streitpunkt ist der der Einbeziehung des Ortes Wolgast; die Arbeiter verlangen sie, das Gewerbegericht will Wolgast indessen ausschließen.

Der Seemannsstreik in England und Holland darf noch immer nicht als beendet gelten. Immerhin ist an einigen Stellen bereits eine Einigung erfolgt. Das Ergebnis der Verhandlungen, die in Hull zur Wiederaufnahme der Arbeit geführt haben (Sp. 1250) sind: wesentliche Lohnerhöhungen (Mindestlohn für Seeleute 90 Schilling, für Heizer 95, Dockarbeiter 1/2 d Stundenzulage), Anerkennung der Gewerkschaften, Abschaffung des Zwangs zur Arbeitsvermittlung durch den Reedernachweis, Erlaubnis der Anwesenheit eines von den Arbeitern beauftragten Arztes bei der ärztlichen Untersuchung der Mannschaften, Regelung des Einigungswesens (das Handelsministerium soll entscheiden, falls unter den Parteien keine Einigung zustandekommt) und Gewährung des Halbfeiertags (Sonntags) für verschiedene Arbeiterschichten. Auch in Liverpool, Grimsby, Belfast, Southfield und Surrey ist der Ausstand zugunsten der Seeleute beendet worden, während in London, Glasgow und Leith noch keine oder doch keine völlige Einigung erreicht wurde. In Manchester ist es zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen; die letztere wurde durch zusammengezogenes Militär verstärkt. Es gelang aber, hier Frieden zwischen Reedern und Seeleuten durch wiederholte Verhandlungen zu schaffen. In London haben die Reeder ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, allen Bedingungen zuzustimmen, welche ihren Angestellten von der Hafenbehörde angeboten werden sollten, oder die Frage der Lohnsätze der des Lord Mayor zu überlassen. — Ungemein schwere Streikunruhen sind auch in Amsterdam entstanden; im Hafenviertel durften die Einwohner die Häuser nicht verlassen; Arbeitswillige wurden mit Steinen beworfen, und zwischen Schutzleuten und Militär und den Ausständigen wurden Schüsse gewechselt. Die Gewerkschaftsführer mahnten zur Ruhe. Der Handelsminister sucht zu vermitteln. — In Antwerpen erklärte sich die Vereinigung der Reedereien zur Anerkennung der Hamburger Lohnsätze bereit; die Arbeiter verlangten freilich neben der Bezahlung der Überstunden während eines Hafenaufenthalts auch die der Überstunden auf See. Damit war die Red Star Line nicht einverstanden, während die anderen Gesellschaften nachgaben, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Sowohl in England wie in Belgien und Holland hat mehrfach ein Übergreifen der Bewegung auf andere Transportarbeiterschichten stattgefunden. Die Folgen des Kampfes machen sich mitunter stark bemerkbar, so in Manchester, wo die Kraftanlage des Postamts infolge Kohlenmangels versagte und neben der Beleuchtung auch die Röhre post nicht funktionierte.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Ärzte und Krankenkassen in Groß-Stuttgart und Umgebung.

Bekanntlich hat die Reichsversicherung eine Lösung der Ärztefrage nicht gebracht, und durch die im letzten Moment beschlossene Heraussetzung der Versicherungsgrenze auf 2500 *M* wird sich für sehr viele Kassen die Revidierung der bisher mit den Krankenkassen geschlossenen Verträge notwendig machen. Es sind denn auch schon aus ärztlichen Kreisen Stimmen laut geworden, die um deswillen die Heraussetzung der Versicherungsgrenze begrüßen, weil sie hoffen, daß die vielen gleichzeitigen Neuverhandlungen über die Ärzteverträge die Position der Ärzte den Kassen gegenüber stärken werden. Die Kassenarzfrage wird also bis auf weiteres nicht von der sozialpolitischen Tagesordnung verschwinden. Wir wollen deshalb hier nochmals auf die Stuttgarter Ärzteverhältnisse hinweisen an Hand eines unter obiger Überschrift in Nr. 10 der „Arbeiter-Versorgung“ (1. April 1911) veröffentlichten Artikels des Verwaltungsdirektors Gauer in Stuttgart.

Ende 1910 lief der fünfjährige Vertrag ab, der zwischen dem Verein für freie Arztwahl und dem Ortskrankenkassenverband Stuttgart über die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder und den Familienangehörigen geschlossen worden war. Bei den im August 1910 stattfindenden Verhandlungen über den Neuabschluß des Vertrags stellten die Ärzte eine Anzahl von Forderungen auf, deren Erfüllung, wie die Kassen nachwiesen, ohne eine Einschränkung der Kassenleistungen oder Erhöhung der Kassenbeiträge unmöglich gewesen wäre. Da die Kassen jedoch anerkannten, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Verteuerung sämtlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens eine allmähliche Steigerung des Arzthonorars zu gewähren sei, wurden ausführliche Verhandlungen über ein beiderseitiges

Entgegenkommen gepflogen, die „danke dem sozialpolitischen Verständnis der Vertreter der Ärzte, welche an den Verhandlungen teilgenommen und dabei nicht nur auf die Geldinteressen ihres Standes, sondern auch auf die Finanzlage der Kassen und deren Weiterentwicklung zum Wohle der Kranken die gebührende Rücksicht genommen haben“, zum Abschluß eines zehnjährigen Vertrags bis zum 31. Dezember 1920 führten, in dem die Honorarsätze usw. speziell geregelt worden sind. Von besonderem Interesse sind nun die Vertragsbestimmungen, nach denen die Ortskrankenkassenverwaltung verpflichtet ist, über die Tätigkeit sämtlicher mit ihr im Vertragsverhältnis stehenden Ärzte folgende statistische Erhebungen nach Ablauf jeden Kalenderjahrs zu veranstalten:

1. Welchen Aufwand hat der einzelne Arzt für 1 Person oder Karte verursacht (Mitglieder und Angehörige zusammengekommen): a) für Medikamente; b) für Alkohola; c) für einfache Bäder, balneo- und elektrotherapeutische Anwendungen und sonstige physikalische Methoden; d) für Brillen, Bruchbänder usw., Verbandstoffe; e) für Nährmittel.

2. Wie viele Tage Erwerbsunfähigkeit treffen bei jedem Arzt auf jede Karte oder Person, und zwar ausgerechnet auf den Durchschnitt sämtlicher von dem betreffenden Arzt behandelten Mitglieder (nicht Angehöriger).

Diese statistischen Erhebungen sind nämlich als Richtlinien für die Beurteilung der ordnungsmäßigen Befolgung der vereinbarten Instruktion durch die Ärzte heranzuziehen. In den Samerschen Ausführungen heißt es hierzu weiter:

Diejenigen Ärzte der Ortskrankenkassen, welche gegen die zwischen dem Ortskrankenkassenverband und dem Verein für freie Arztwahl vereinbarte Instruktion handeln, werden auf Antrag des Verbandsvorstandes oder des Ausschusses des Vereins für freie Arztwahl durch Beschluß der gemeinschaftlichen Beschwerdekommmission verwarnet.

Nach einer Verwarnung kann auf Antrag eines der beiden Antragsberechtigten eine Geldstrafe bis zu 10 v. H. der Summe, die der betreffende Arzt bei der letzten vollendeten Abrechnung von den Stuttgarter Ortskrankenkassen eingenommen hat, eintreten.

Handelt dieser Arzt beharrlich weiter gegen die Instruktion, so kann eine Geldstrafe bis zu 20 v. H. ausgesprochen werden.

Die Strafen fließen dem benachteiligten Ortskrankenkassenverband Stuttgart zu.

Erweisen sich alle diese Maßregeln als fruchtlos, so kann der Betreffende auf Antrag des Vorstandes des Ortskrankenkassenverbandes oder des Ausschusses des Vereins für freie Arztwahl durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß der Beschwerdekommmission zeitweise oder dauernd von der Praxis bei den Stuttgarter Ortskrankenkassen ausgeschlossen werden.

Der Beschwerdekommmission steht auch das Recht zu, bei sonstigen Verstößen auf Antrag des Vorstandes des Ortskrankenkassenverbandes oder des Vereins für freie Arztwahl Verwarnungen zu erteilen und bei Wiederholungen den zeitweisen oder dauernden Ausschluß eines Arztes von der Praxis bei den Ortskrankenkassen Stuttgarts durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß der Kommmission zu verfügen. Den angeklagten Ärzten muß Gelegenheit zur mündlichen Äußerung vor der Beschwerdekommmission gegeben werden.

Hat sich ein Arzt in drei aufeinanderfolgenden Jahren keine Strafe zugezogen, so zählen frühere Strafen nicht mit.

Differenzen, welche aus der Auslegung des abgeschlossenen Vertrags sich ergeben sollten, werden mit Ausschluß der ordentlichen Gerichte durch die vom Ehlinger Delegiertenverband im Einvernehmen mit dem württembergischen Krankenkassenverband eingefetzten Schiedsgerichte entschieden.

Dass die Stuttgarter Ortskrankenkasse beim Abschluß des neuen Vertrags auf das Bestehen eines zehnjährigen korporativen Vertragsverhältnisses mit dem Verein für freie Arztwahl bereits zurückblicken konnten, hat den Abschluß des neuen Vertrags zweifellos sehr erleichtert, und es erscheint außerordentlich bedeutungsvoll, was Camer hierüber sagt:

Obwohl auch die Stuttgarter Ortskrankenkassen im Jahre 1900 mit gemischten Gefühlen dem Drängen der Versicherten nach Einführung der freien Arztwahl wohl nachgegeben haben, so haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre doch gezeigt, daß bei einem von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeiten auch bei dem großen Widerstreit der Interessen stets diejenigen der Krankenkassen gebührend berücksichtigt worden sind. Besonderen über Ärzte oder aber auch von Ärzten über Patienten, die bei einem Mitgliederstand von nunmehr über 80 000 und einer ausgedehnten Familienbehandlung, wie sie die Stuttgarter Ortskrankenkassen gewähren, nie ganz verschwinden werden, haben bei den zuständigen Beratungen stets die nötige objektive Beurteilung und Würdigung gefunden.

Streitfälle, welche jeweils der Einigungs-kommmission oder den Schiedsgerichten im Laufe der Vertragsdauer unterbreitet worden sind, sind stets streng sachlich und unparteiisch behandelt und entschieden worden. Auch in den sonstigen Kommissionen haben sich die Kontrahenten gegenseitig Gelegenheit zur Orientierung in zwangloser Aussprache gegeben und die hierbei gegebenen Anregungen entsprechend verwertet.

Man ist nur zu leicht versucht, die vermehrten Ausgaben bei den Krankenkassen, welche wohl überall im langsamen aber stetigen Steigen begriffen sind, lediglich auf das Konto der freien Arztwahl zu schreiben, trotzdem ein sicheres Zahlenmaterial bei dem großen Wechsel der auf

den Gesundheitszustand der Kassenklientel wirkenden Einflüsse einerseits, der oft mangelnden Arbeitsgelegenheit andererseits nie gewonnen werden kann. Wenn aber ärztlicherseits diejenigen Garantien zur Unterbindung einer Ausbeutung der Kassen geboten werden, wie sie uns in dem neuen Vertrag gegeben worden und von dem einzelnen Arzt wohl beim Vertragsabschluß nie in solch wirksamer Weise zu erreichen sind, kann nach unseren nunmehr zehnjährigen Erfahrungen die freie Arztwahl unbedenklich eingeführt werden.

Noch einmal: Erbschaften in der Angestelltenversicherung. Es wird uns geschrieben: Wenn Herr Lampe in Nr. 30, Sp. 1221/22, die Nichtzulassung von Erbschaften in der Angestelltenversicherung mit „Raub und Schädigungen an minderbegüterten Privatversicherungsberechtigten“ bezeichnet, so hat er nicht erfaßt, worauf es ankommt. Niemand soll „beraubt“ werden. Daß die abgeschlossenen Verträge respektiert werden, ist selbstverständlich. Der Geselzentwurf sieht ausdrücklich vor, daß jeder Angestellte, der irgend eine Kapital- oder Rentenversicherung auf den Todes- oder Lebensfall in gewöhnlicher Höhe abgeschlossen hat, von weiterer Versicherungspflicht befreit wird. Dagegen hat sich auch niemand gewandt. In dem Streite um die Erbschaften aber handelt es sich darum, ob auch nach Erlaß des Gesetzes private Versicherungsverträge abgeschlossen und als Befreiung von der gesetzlichen Pflicht wirksam werden sollen. Das würde bedeuten, daß die privaten Anstalten alle guten Risiken (Gesunde, Junge, Ledige, Frauen) mit günstigen Bedingungen an sich zögen, die schlechten Risiken (Alte, Kränkliche, Kinderreiche) aber der Reichsanstalt überließen. Dagegen wehren sich die Angestellten mit Recht, weil das die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt beeinträchtigen muß.

Düsseldorf.

Dr. Heinz Potthoff.

Eine Alters- und Invalidenversicherung der Hebammen in Bremen ist durch Gesetz vom 29. April 1911 eingeführt worden. Danach hat eine Hebamme, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen ihren Beruf im bremischen Staatsgebiet ausgeübt hat, vom vollendeten 65. Lebensjahr an oder bei Eintritt von Invalidität Anspruch auf eine Rente von jährlich mindestens 360 M.; diese Rente steigt bis zum Höchstbetrage von 600 M. An Beiträgen hat jede Hebamme während Ausübung ihres Berufes für jede Entbindung, bei der sie Beistand geleistet hat, 50 % an die Staatskasse zu zahlen.

Volks-erziehung.

Ein Normalschulplan für das gewerbliche Schulwesen in Sachsen ist vom Ministerium des Innern herausgegeben worden. Er setzt für die Gewerbeschulen, gewerblichen Fortbildungsschulen und Fachschulen folgende Unterrichtsfächer fest:

1. Deutsche Sprache (einschließlich Geschäftsaussatz). 2. Rechnen und Geometrie. 3. Buchführung (einschließlich Buchslehre). 4. Bürgerkunde. 5. Natur- und Materialkunde. 6. Freihandzeichnen. 7. Projektionszeichnen. 8. Technischen Fachunterricht.

Diese Fächer sind in zweckentsprechender Weise auf drei Schuljahre und acht Wochenstunden verteilt. Besonderes Interesse haben auch für weitere Kreise die Ausführungen über den technischen Fachunterricht, er umfaßt Fachzeichnen, Modellieren und die Anfertigung solcher praktischer Arbeiten, die den Fachzeichnenunterricht oder die Meisterlehre ergänzen sollen. Der Unterricht im Fachzeichnen hat in erster Linie den Zweck, die Schüler so weit zu fördern, daß sie Werkstattzeichnungen richtig verstehen und danach arbeiten können. Außerdem soll auch hier, wie im Freihandzeichnen, die Geschmacksbildung der Schüler gefördert werden. Praktischer Unterricht zur Ergänzung der Meisterlehre kann erteilt werden:

an Barbieren und Friseure (Haararbeiten), Buchdrucker und Schriftsetzer (Zonplatten- und Linoleumschnitt, Übungen im Rischen von Buchdruckarten), Maurer (Ausführung von Steinverbänden, Gewölbbeteilungen und Treppentrucktionsteilen in kleinem Maßstabe), Zimmerer (Ausführung schwieriger Holzkonstruktionen in kleinem Maßstabe, z. B. Grot, Kehl- und Schiffsperren), Tischler (Ausführung schwieriger Holzverbindungen, Beizen von Hölzern), Metallarbeiter (Treiarbeiten, Schmiedearbeiten, Herstellung von Schablonen), Schuhmacher (Bodenbau), Tapezierer (Delorierarbeiten, Polsterarbeiten), Fleischer (praktische Übungen im Schlachthofe), Kellner (Tafelbeden, Servieren). Der Lehrplan ist vollständig erschienen in den vom Verband sächsischer Gewerbeschulmänner herausgegebenen Monatsblättern, Verlag von Neßker, Dresden, Georgplatz).

Der Lehrplan ist danach ganz auf Berufs- und Fachbildung abgestellt.

Die Münchener Versuchsschule, die seit September 1910 besteht, verdient Aufmerksamkeit, weil hier die Ideen, die Kerscheneiter für ältere Schüler verwirklicht hat, für die Kleinsten der Kleinen in die Praxis umgesetzt werden. Die Schule besteht, wie

wir der „Kommunalen Praxis“ (Nr. 25 vom 24. Juni 1911) entnehmen, aus vier Klassen, drei Kindergartenklassen für Kinder zwischen drei und sechs und einer Volksschulklasse für Kinder zwischen sechs und sieben Jahren. Die Grundlagen für die Versuchsschule sind die praktische Arbeit und die Arbeitsgemeinschaft; ihre Ziele sind Bildung, Selbstzucht und Gemeinnut. Unter praktischer Arbeit in der Schule wird verstanden die Mitarbeit des Schülers an dem ihm gebotenen Stoff, und zwar in eigener körperlicher und geistiger Betätigung. Die Arbeit steht im Mittelpunkt der Erziehung; in ihr sieht die Versuchsschule den Ausgangspunkt der Erfahrungen und der Belehrung.

Im Kindergarten tritt die Arbeit auf in Form von Flechten, Modellieren, Kolorieren, Zeichnen, Ausschneiden, Kleben, Nähen, Ordnen, Hand- und Gesichtswaschen, Schuhwecheln, Zähneputzen, Gärtnern, Singen, Spielen usw. In der Regel werden Gegenstände angefertigt, die auch einigen Reiz und Wert für die Kinder haben: Puppen, Puppenkleider, Häuser, Wagen, Eisenbahnen und dergleichen.

Unter Arbeitsgemeinschaft ist eine Einteilung der Schule in Gruppen zu verstehen, denen gemeinsame Aufgaben zugeteilt werden. Die Schüler arbeiten da nicht allein, sondern mit drei, vier oder mehr anderen zusammen. Die Schüler einer Gruppe sind zur gegenseitigen Dienstleistung verpflichtet, sie arbeiten nicht nur gemeinschaftlich, sondern sie helfen sich gegenseitig, der Stärkere unterstützt den Schwächeren, die Geübteren gehen den Ungeübteren mit Rat und Tat zur Hand.

Eine wichtige Neuerung ist der Versuch, Kinder vom dritten Jahre an in die Beherrschung einer zweiten Sprache einzuführen!

Rationell kann der Versuch nur gestaltet werden, wenn man den Anfang in den Kindergarten verlegt. In diesem Alter nehmen Kinder Sprache mühelos auf. Die Beschäftigungen im Kindergarten werden deshalb zum Teil in englischer Sprache geführt. Dabei handelt es sich selbstverständlich um keinen Sprachunterricht, sondern lediglich um ein kindliches Plaudern in der Fremdsprache, bis die Kinder später befähigt sind, einen Teil ihres Fachunterrichts in dieser Sprache zu erhalten. In der Volksschule, so wird angenommen, würde dann eine Stunde täglich genügen, um das Gewonnene zu befestigen und weiter zu entwickeln.

Der 12. Kongress für Volks- und Jugendspiele, der am 1. und 2. Juli in Dresden tagte, legte davon Zeugnis ab, wie sehr man jetzt in allen Kreisen der Frage der körperlichen Erhaltung Beachtung schenkt. Vertreter der Regierungen aus den Kultus- und Kriegsministerien, ferner Vertreter der Städte, Schulverwaltungen, Ärzte u. a. nahmen an den Verhandlungen teil. Am ersten Tage wurden interne Sitzungen abgehalten, ein Vortrag über die Hygieneausstellung gehalten und verschiedene Jugendspiele vorgeführt. Aus den Veralungen der inneren Angelegenheiten konnte später mitgeteilt werden, daß der Ausschuss beschloffen habe, auch Frauen zu seinen Arbeiten zuzuziehen, um künftig auch der Frage der körperlichen Ausbildung der Mädchen mehr Beachtung zu schenken. Die eigentlichen Kongressverhandlungen eröffnete der Vorsitzende, Direktionsrat und preussischer Landtagsabgeordneter v. Schenkendorff-Görlich mit einer Ansprache über „Nationale Erziehung und Leibesübungen“, in der er die Notwendigkeit einer Erziehung im nationalen Sinne zu körperlicher und sittlicher Hygiene betonte. Nach zahlreichen Begrüßungsansprachen folgte ein wissenschaftlich gehaltener, von zahlreichen Lichtbildern unterstützter Vortrag von Prof. Dr. Imke-Berlin über „Physiologie der Spiele und Leibesübungen“, worin er namentlich auf die Wirkungen der Leibesübungen auf Muskel- und Herzfähigkeit hinwies. Überanstrengung und übertriebene Leistungen seien zu vermeiden. Schließlich sprach Turninspektor Möller-Altona über „Die Frau und die Körperkultur“ und forderte Verbreitung physiologischer Kenntnisse zur Verbesserung der Körperpflege und mehr geeignete Turn- und Bewegungsübungen für Mädchen.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (G. B.) 1910. Das Anwachsen der Tätigkeit der Zentrale ist sehr bedeutend; es wurden 1060 praktische Einzelfälle, 2007 Fälle für die Berliner Jugendgerichtshilfe und 1133 durch die Fürsorgestelle beim Rgl. Polizeipräsidium in Berlin erledigt. Interessant ist die statistische Übersicht über die Herkunft der Fälle. Es wurden zugewiesen:

von Zeitungsredaktionen . . . 1908 = 6, 1909 = 22, 1910 = 44 Fälle,
- Geistlichen u. Lehrern . . . 1908 = 89, 1909 = 56, 1910 = 121
- Ärzten u. Gem.-Schwestern . . . 1908 = 40, 1909 = 48, 1910 = 69
Ähnliches Wachstum in den Überweisungen durch Polizei-Ämter, von Vereinen u. Anstalten . . . 1908 = 89, 1909 = 94, 1910 = 180 Fälle.

Ein neues Arbeitsgebiet der Zentrale bildet die Vermittlung von Adoptionen. Der Bericht sagt hierzu:

Um der gewerbmäßigen Vermittlung von Adoptionen entgegenzuwirken, die den Vermittlern die Tasche füllen, das Wohl und Wehe der Kinder aber unbeachtet lassen, strafwürdiges Verschachern der Kinder, triviales Stacheln des Egoismus, hat die Abteilung I in den letzten Monaten zunächst im kleinen Umfange mit der Vermittlung von Adop-

tionen begonnen. Durch ein Zeitungsauschnitts-Abonnement erhält die Stelle Kenntnis von gewerbmäßigen Vermittlern, ferner von privaten Nachfragen nach Adoptiv-Eltern und -Kindern. Auf Grund dieses Materials und des uns aus anderen Quellen zustießenden werden von uns Verhandlungen eingeleitet, die bereits 14 mal zu wirklich sehr befriedigenden Ergebnissen, zu Gutes verheißenden Annahmen an Kindesstatt geführt haben.

In der Jugendgerichtshilfe arbeiten zurzeit 76 Korporationen in der Berliner Jugendgerichtshilfe mit: 12 humanitär-charitative, 13 konfessionell-charitative, 10 Frauenvereine, 9 Berufsvereine, 1 Loge, 30 kirchliche Korporationen. Die Tätigkeit der Fürsorgestelle beim Polizeipräsidium ist so gewachsen, daß die Anstellung eines weiteren Beamten unbedingt erforderlich erscheint.

Die Abteilung für Materialsammlung und Auskunftsverteilung, welche auf Zeitungsauschnitts-Abonnement, auf eigener fortlaufender Durchsicht von 51 Zeitschriften, von Gemeindeblättern, Parlamentsberichten und Druckschriften aller für die Jugendfürsorge wichtigen Vereine fußt, unterstützt die praktische Tätigkeit, indem sie den Blick der Beamtinnen auf Neueinrichtungen und neue Methoden lenkt, in besonderen Einzelfällen aus ihrem Material Rat erteilt und das nötige Material für Konferenzen, Versammlungen, Eingaben usw. zusammenstellt.

Dem Bericht sind eine Anzahl Aufsätze beigelegt, von denen besonders auf die folgenden: Das „fremde“ Kind; Ein Kapitel von der Annahme an Kindesstatt; über die Wirkungen des Verweises; Vor den Toren der Staatsgewalt; Lebensbilder aus dem Polizeigefängnis hingewiesen sei.

Volksgesundheit.

Die Bekämpfung der Kinder-(Säuglings-)sterblichkeit in Freiburg i. Br.

Von Dr. Jos. Ehler in Freiburg.

Die Stadt Freiburg gehört zu denjenigen Gemeinden, welche am frühesten und nachhaltigsten praktische Sozialpolitik getrieben haben. Wie sie auf dem wichtigen Gebiete der Wohnungsfürsorge durch Errichtung von gesunden und billigen Mietwohnungen — bisher im ganzen 266 — für die minderbemittelten Bevölkerungskreise Vorbildliches geleistet hat, so war sie auch eine der ersten Gemeinden, welche eine zielbewusste Säuglingsfürsorge in Angriff genommen und eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung eingeführt haben.

In den folgenden Ausführungen sollen die besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und deren Erfolge kurz dargestellt werden. In erster Linie ist hierbei die Gewährung von Stillprämien zur Förderung des Stillens zu erwähnen. Seit 1906 erhalten bedürftige Mütter (verheiratete und ledige), welche ihren festen Wohnsitz in Freiburg haben und ihre Kinder unter Ausschluß anderweiter Nahrung selbst stillen, bis zur Höchstdauer von 2½ Monaten aus Mitteln der Stadtkasse und Stiftungen eine Selbsthilfe von 6 M für je 14 Tage.

Es wurden verausgabt:

im Jahre 1906 an 442 Mütter	8890 M
„ „ 1907 „ 401 „	8676 „
„ „ 1908 „ 402 „	9008 „
„ „ 1909 „ 848 „	7719 „
„ „ 1910 „ 853 „	7989 „

Armenunterstützung bezogen neben den Stillprämien

im Jahre 1906	55 Mütter
„ „ 1907	58 „
„ „ 1908	73 „
„ „ 1909	108 „
„ „ 1910	69 „

Die Bedürftigkeitsgrenze ist auf ein Tageseinkommen der Familie von 3 M beim Vorhandensein eines Kindes und je 50 M mehr für jedes weitere Kind festgesetzt. Besondere Verhältnisse (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unglück in der Familie usw.) werden im Einzelfall jeweils gebührend berücksichtigt. Die erstmalige Festätigung des Stillens erfolgt durch den behandelnden Arzt oder die Hebamme. Die Feststellung der Bedürftigkeit besorgt eine Beamtin und die Kontrolle des Stillens der Stadtarzt, bei welchem sich die Mütter jeweils vor Abholung der Prämie einzufinden haben; dieser geht ihnen auch gegebenenfalls mit ärztlichem Rat an die Hand. Der Verwaltungsapparat ist so einfach wie möglich organisiert (Verwendung von Formularen, Festsetzung einer bestimmten Zeit zur ärztlichen Kontrolle und Abholung der Prämie, Zentralisierung der sämtlichen Verwaltungsgeschäfte im Rathaus). Die Einrichtung hat sich durchaus bewährt; denn die

Säuglingssterblichkeit hat seitdem, wie weiter unten noch näher dargelegt wird, nicht unerheblich abgenommen. Es haben dazu aber ferner noch beigetragen:

1. Die Unterbringung der durch den Armenrat zu versorgenden Säuglinge bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres (meist $\frac{1}{4}$ Jahre) in private Einzelpflege statt in Anstalts-(Massen-)Pflege, wodurch die Sterblichkeit dieser armen Geschöpfe auf das normale Maß beschränkt wurde.

2. Die vertragliche Verpflichtung der Pflegemütter, die ihnen vom Armenrat überwiesenen Kinder jeden Monat mindestens einmal dem von dieser Behörde bestellten Ziehlinderarzt im Städtischen Kinderhospital vorzustellen.

3. Die Vornahme einer regelmäßigen häuslichen Kontrolle der Pflegestellen durch Damen des Luise-Frauenvereins (wöchentlich einmal), die städtische Armenkontrollleurin und die staatliche Polizeipflegerin (vierteljährlich einmal).

Als ein hervorragendes Mittel zur Bekämpfung der Sterblichkeit unter den übrigen, der Armenbehörde nicht unterstellten, gegen Entgelt in Freiburg untergebrachten Pflegekinder hat sich ferner die von der staatlichen Polizeibehörde mit Zustimmung des Stadtrats angeordnete Verpflichtung der Pflegemütter bewährt, auch diese Kinder der gleichen von der Stadt eingerichteten ärztlichen Fürsorgestelle allmonatlich vorzustellen; diese Kinder werden ebenfalls von den Damen des Luise-Frauenvereins (alle 8 bis 14 Tage) und der Polizeipflegerin, welche in der Kinderpflege besonders ausgebildet ist (vierteljährlich einmal), kontrolliert.

Dem verständnisvollen Zusammenwirken von staatlichen und städtischen Behörden mit dem Luise-Frauenverein war bisher ein außerordentlich günstiger Erfolg insofern beschieden, als die Kinder-(Säuglings-)Sterblichkeit einen wesentlichen Rückgang erfahren hat. Während die Gesamsterblichkeit sich von 24,0 (auf 1000 Einwohner) im Jahre 1900, auf 21,8 im Jahre 1905 und auf 18,7 im Jahre 1910 vermindert hat, ist die Sterbeziffer der Säuglinge in der gleichen Zeit von 25,3 % (der Lebendgeborenen) auf 17,3 und 11,0 % zurückgegangen. Im Großherzogtum Baden ist dieselbe von 22,9 auf 19,7 und 17,3 % (1909) gesunken. Bezüglich der Gesamsterblichkeit stehen die beiden Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg unter den größeren badiſchen Städten bekanntlich an der Spitze, in der Kindersterblichkeit aber nimmt Freiburg seit 1907 die unterste Stelle ein. Charakteristisch für die intensive Säuglingsfürsorge ist, daß die Sterbeziffer bei den unehelichen Kindern relativ viel stärker als bei den ehelichen abgenommen hat. Bei jenen ist sie nämlich von 48,3 % im Jahre 1900 auf 26,9 % im Jahre 1905 und 12,9 % im Jahre 1910, also um über das Dreieinhalbfache (im Großherzogtum von 33,8 % auf 28,4 und 23,5 % [im Jahre 1909]) gesunken, bei den ehelichen aber nur von 20,9 % auf 15,4 und 10,8 %.

Diese außergewöhnlich günstigen Resultate, welche von keiner süddeutschen Großstadt auch nur annähernd erreicht werden, sind außer anderen Ursachen (Witterungsverhältnisse, Tätigkeit des Städtischen Kinderhospitals, Beaufsichtigung der Pflegestellen durch den Luise-Frauenverein) hauptsächlich auf die besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit zurückzuführen, mit welchen die Stadtverwaltung Freiburgs offenbar das Übel an der Wurzel angefaßt hat.

Sozialhygienische Frauenforderungen. Im Rahmen der Hygiene-Ausstellung in Dresden fand am 3. und 4. Juli eine von Dresdener fortschrittlichen Frauenvereinen veranstaltete Konferenz unter dem Gesamttitel: Hygiene und Frauenstimmrecht statt, auf welcher einige wichtige Arbeitsgebiete der Frauenbewegung, hauptsächlich vom Standpunkte der Volkshygiene aus erörtert wurden. Als erste Rednerin behandelte Adelheid von Welged-Dresden die Frage „Kinderschutz und Jugendfürsorge“. Auf reiches Material gestützt, legte sie den Stand dessen dar, was auf dem Gebiete bisher durch gesetzgeberische und kommunale Maßnahmen sowie durch Vereinsstätigkeit geschaffen ist, doch seien angesichts der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und im Interesse der Volksgesundheit noch weitergehende soziale Reformen notwendig, vor allem mehr Säuglingsschutz, Fürsorge für das vorerschulspflichtige Alter, Vertiefung der Schulhygiene, Einschränkung der erwerbsmäßigen Kinderarbeit auch auf dem Lande und in häuslichen Diensten. Über die Frage des Arbeiterinnenschutzes sprach Elise Lüders-Berlin, indem sie den Nachdruck auf die Behandlung des schwierigsten Problems, der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, legte. Da diese Arbeit aus Gründen sowohl volkswirtschaftlicher, wie privatswirtschaftlicher Natur nicht auszuschalten ist, so müssen durch Gesetz, Gemeinden, Vereinsarbeit und private Initiative

Maßnahmen angebahnt werden, um die Verbindung von Beruf und Mutterschaft zu erleichtern. Mutterschutz dürfe aber nicht nur in den acht Wochen Wöchnerinnenschutz bestehen, sondern er müsse indirekt auch schon das junge Mädchen umfassen. Hier trat die Referentin namentlich für Erhöhung der Altersgrenze für den besonderen Jugendschutz auf 18 Jahre, sowie für die bessere Berufsbildung der Mädchen ein. Nachdem die Rednerin auch noch die Verhältnisse der Heimarbeit kurz beleuchtet und hier den Nachdruck auf die Regelung der Lohnfrage gelegt hatte, ging sie auch auf die neue Reichsversicherungsordnung, d. h. namentlich auf die Behandlung der Mutterschutzfrage im Reichstag ein, der leider den Wünschen der organisierten deutschen Frauen, auch der aus ganz rechts stehenden Kreisen, in dieser Frage nicht Gehör gegeben habe. — Das dunkelste Gebiet des Volkslebens berührte das Referat von Frau Weidemann-Hamburg über die Reglementierung der Prostitution, die sich in wissenschaftlich gründlicher, tatvoller und dabei überaus warmherziger Art mit diesem Thema auseinandersetzte. Sie verurteilte das herrschende System nicht nur als unsittlich und antisozial, sondern auch als gesundheitsgefährlich. Anstatt hygienisch zu wirken, befördere dies System geradezu die Verseuchung des Volkes, da es eine falsche Sicherheit vor Ansteckung vorspiegele, die es in Wahrheit nicht erfüllen könne. — In dem letzten der Hauptreferate wurde durch Amtsrichter F. Popert die Alkoholfrage behandelt. Nach Ansicht des Referenten sei der Hauptkampf gegen das Alkoholkapital zu führen, das die öffentliche Meinung durch Beeinflussung der Presse, die vielfach durch den Inseratenteil von ihr abhängig sei, absichtlich irreführe. Man werde dem Alkoholkapital durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegenzutreten müssen, doch strebt auch das Alkoholkapital gerade seinerseits nach der Herrschaft über die Gesetzgebung, um so dem Alkoholisismus ewige Dauer verleihen zu können. Der danach kommende Kampf um die Gesetzgebung werde nur dann zugunsten der Massenhgiene entschieden werden, wenn die Frauenstimmrechtsbewegung siegt und damit der Mutterinstinkt der Frau eine Macht im öffentlichen Leben wird. — Die Notwendigkeit der Mitwirkung der Frau an der Gesetzgebung hatten auch die drei anderen Referate betont, da alle weitergehenden Forderungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, des Arbeiterinnenschutzes, der Sittlichkeitsfrage gesetzgeberische Maßnahmen notwendig machten, die eben bisher in den Parlamenten nicht genügend zu ihrem Rechte gekommen sind.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Das Kartell der Verbände sächsischer und süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamten, das Ende Mai in Regensburg zusammen mit der Vertreterversammlung des Bayerischen Eisenbahnbeamtenvereins seinen zweiten Kartelltag abhielt, fordert: Festsetzung von drei Höchsthundensmaßen von 70, 60 und 48 Stunden für die Kalenderwoche, entsprechend dem Werte der Leistungen, Gewährung von jährlich 52, von je zwei Ruhentagen begrenzten Ruhetagen von mindestens 33 stündiger ununterbrochener Dauer, von denen ein Drittel auf Sonn- und Festtage zu entfallen hätte, ferner höhere Bewertung des Nachdienstes derart, daß die in die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fallenden Dienststunden $1\frac{1}{2}$ fach angerechnet, sowie Festsetzung von nicht mehr als drei Nachschichten innerhalb einer Woche. Da die einzelstaatliche Regelung sehr schwierig ist — die badiſche Regierung hat sie als zur Zuständigkeit der Reichsinstanzen gehörend, abgelehnt —, so erklärt das Kartell, daß nur von Reich wegen eine allgemein befriedigende Reform veranlaßt werden kann, und erwartet, daß der Antrag Bassermann und Gen.: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals reichsgesetzlich geregelt wird — noch in dieser Session des Reichstages eine für das deutsche Eisenbahnpersonal zufriedenstellende Erledigung finden werde. Eine zweite Entschließung verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Strafgesetz, „daß die fahrlässige Gefährdung des Betriebes einer Eisenbahn durch einen Eisenbahnbeamten bei Gelegenheit der Ausführung seiner Dienstobliegenheiten nur in den Fällen bestraft werden soll, in denen dem Beamten ein grobes Verschulden zur Last fällt“. Die für diese Fälle als entnehmend empfundene Gefängnisstrafe möge in Wegfall gebracht und die im Vorentwurf vorgesehene Höchstgeldstrafe von 5000 auf 2000 M herabgesetzt werden. — Bei der Frage nach der Erweiterung des Kartells betonte der Vertreter Niedenburg, daß die Zeitverhältnisse den Zusammenschluß des gesamten mittleren Eisenbahnbeamtenstandes Deutschlands als dringendes Bedürfnis erscheinen ließen. Die Leitung des Kartells ging sachungsgemäß auf Bayern über und wurde in die Hände des Eisenbahnsekretärs Schneider, Pasing, gelegt.

Wohlfahrts Einrichtungen für die badiſchen Eisenbahner bedeuten die von der Verwaltung auf einigen Bahnhöfen, namentlich auf entlegenen

Werkstatt- und Rangierbahnhöfen geschaffenen 76 Kantinen, die den Angestellten um billigen Preis alkoholfreie kalte und warme Getränke und Speisen liefern. Während vor Einrichtung der Kantinen vom Eisenbahnpersonal Sodawasser und Limonaden wenig genossen wurden, haben sieben Erzeugungsanstalten, die mit den Kantinen verbunden waren, im Jahre 1908 fast $\frac{3}{4}$ Millionen Flaschen Sodawasser und fast 1 Million Flaschen Limonade hergestellt, die zu sehr billigen Preisen zum Teil an den Herstellungsorten selbst verbraucht, zum Teil nach anderen Stationen verfrachtet wurden. An Orten, an denen keine Dienstkantinen bestehen, sind die Bahnhofsärzte verpflichtet, dem Eisenbahnpersonal alkoholfreie Getränke und kalte und warme Speisen zu Ausnahmepreisen zu liefern.

Die Eisenbahnermaßregelung in Frankreich bildet nach wie vor eine grundsätzliche Streitfrage zwischen der Regierung und den Privatbahngesellschaften. Die Verwaltungsräte der Eisenbahnen hatten die Zumutung der Regierung scharf abgelehnt, um des lieben Friedens willen dem Beschluß der Deputiertenkammer vom 14. April, der Wiedereinstellung aller entlassenen Streikenden fordernde, Folge zu leisten. Dieser Schlußatz entbehrte allerdings auch der Zustimmung des Senats. Die Bahnverwaltungen stützten sich auf ihre Stellung als Privatunternehmungen, in die der Staat in einer so wichtigen Frage wie der Angestellten Disziplin nicht störend eingreifen dürfe. Aber diese individualistische Ansicht wurde von der Regierung und von bekannten Sozialpolitikern nicht geteilt, da es sich bei den Eisenbahnen, trotz der privaten Eigentumsform, um Verkehrsunternehmungen von bedeutendem öffentlichen Interesse handelte. Der christlich-soziale Comte de Mun erklärte öffentlich: „Wenn es sich um den Streik handelt, ruft man das öffentliche Interesse an, das die Gesellschaften zu Unternehmern von einem besonderen Schlag mache, und handelt es sich um die Maßregelung, so beruft man sich auf die Freiheit der Industrie, die aus den Gesellschaften Unternehmer gleich den anderen mache.“ Dafür betitelte ihn der „Temps“ als den „Bundesgenossen der Anarchie“. Ein Ausweg aus der verzwickten Lage aber muß gefunden werden. Toffin, der Sekretär des Lokomotivführer- und Heizerverbandes, hatte vorgeschlagen, daß der Staat die gemahregelten Eisenbahner in seinen Dienst übernehme; aber das wäre beinahe einem Rückzug vor den Gesellschaften und einer Preisgabe des Koalitionsrechts gleich gekommen. 500 von den 2200 Gemahregelten sind nämlich Gewerkschaftsvertrauensmänner. Da dieser Vorschlag also auf Widerstand stieß, so leitete Toffin die Entfesselung einer weiten öffentlichen Agitation zugunsten der Gemahregelten ein, die nötigenfalls in einem 24stündigen Demonstrationsstreik aller Gewerbe gipfeln soll. Man wollte die Regierung moralisch zwingen, ihren Willen bei den Gesellschaften durchzusetzen, zumal da das Gesetz vom 27. März 1852 ihr die Befugnis verleiht, die Entlassung jedes Angestellten von den Bahnen zu fordern, also ihr weitgehende Eingriffe in die inneren Personalfragen des Betriebs grundsätzlich zuzustehen. Die Regierung brauche, so führte man witzig aus, ja nur die Entlassung der widerstrebenden Bahndirektoren zu fordern und das Hindernis für die Wiedereinstellung der Gemahregelten sei sofort beseitigt. Durch den plötzlichen Kabinettswechsel sind die Aussichten der Sozialisten, mit ihren Forderungen zugunsten der Gemahregelten durchzubringen, noch weiter verschlechtert worden. Die erneuten Interpellationen, die die sozialistischen Abgeordneten Thomas, Colly und Jaurès am 10. Juli wegen der Nichteinstellung der entlassenen Eisenbahner vorbrachten, wurden auf energisches Drängen des neuen Ministerpräsidenten Caillaux durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Jaurès will nunmehr ein besonderes Gesetz zur Errichtung eines eigenen Disziplinarrates für die Entlassung von Eisenbahnern beantragen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Fortpflanzung, Vererbung, Rassenhygiene. Von Prof. Dr. M. v. Gruber und Privatdozent Dr. G. Rüdin. München, J. F. Lehmanns Verlag.

Auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden ist in der Gruppe „Rassenhygiene“ der erste Versuch gemacht worden, die Tatsachen der Fortpflanzung, Vererbung und Rassenhygiene in allgemeinverständlicher Zusammenfassung dem weitesten Besucherkreise anschaulich vorzuführen. Eine große Anzahl von Forschern haben dazu Naturobjekte, Originaltafeln, Vorlagen für Tafeln, Photographien geliefert, und da der Inhalt der Tabellen und Tafeln ohne ausführliche Erläuterung Laien nicht rasch und klar zum Verständnis gebracht werden kann, so hat M. v. Gruber es übernommen, in der Form eines Katalogs zu

dieser Gruppenausstellung einen Text zu schreiben, der uns zusammen mit den 280 Abbildungen einen ganz ausgezeichneten Leitfaden durch dies schwierige, weitverzweigte Gebiet der Wissenschaft in die Hand gibt, dessen neu errungene Einsichten für unsere gesamte Natur- und Kulturauffassung und für unser praktisches Handeln die größte Bedeutung besitzen. Gruber ist nicht nur ein großer Forscher und Lehrer, sondern er versteht es auch in meisterhafter Weise, die Tatsachen und Meinungen wirkungsvoll zu gruppieren und ebenso klar wie eindringlich zu schildern. In 9 Kapiteln führt er uns, unter ständiger Anlehnung an bildliche Darstellungen, durch die Gebiete der Fortpflanzung, Variabilität, Selektion, Vererbung, Degeneration, Rassenhygiene und des Neomalthusianismus; den Beschluß macht eine kurzgefaßte Bibliographie von Dr. R. Miers. Das wertvolle Buch ist als Einführung und erste Orientierung über den Stand einer Wissenschaft, die jeden einzelnen ebenso wie jede Gemeinschaft der Menschheit aufs stärkste angeht, hervorragend geeignet, und das bescheiden als „Kataloq“ bezeichnete Handbuch hat bleibenden Wert.

Der Mädchenhandel. Von Major a. D. J. Wagner. Verlegt bei Dr. P. Langenscheidt, Berlin-Lichterfelde, 1911.

Der Verfasser, Schriftführer des Deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels, schildert hier aus den Erfahrungen seines Amtes heraus die niederträchtigen Organisationen und Schleichwege dieses weißen Sklavenhandels sowie die Quellen, aus denen er seine unglücklichen Opfer bezieht; ebenso zeigt er die Wege und Maßnahmen zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Der sittliche Ernst und das warme Mitgefühl, die die Darstellung erfüllen, werden dem Deutschen Nationalkomitee gewiß viele Freunde und Helfer zuführen.

Die Tuberkulose und die hygienischen Mißstände auf dem Lande. Ihre Entstehung, Verbreitung, Verhütung und Bekämpfung. Von Dr. P. Jacob, Professor an der Universität Berlin. Mit einer Anzahl Abbildungen im Text und einer kartographisch-statistischen Aufnahme. Berlin. Carl Seymanns Verlag. 1911.

Der Verfasser hat seine Ermittlungen mit Hilfe von besonders ausgebildeten Fürsorgestelleninspektoren in dem Kreise Gümmling, Regierungsbezirk Osnabrück, angestellt und sämtliche Einwohner des Kreises, sowohl die Erwachsenen als die Kinder, daraufhin untersucht, ob Tuberkulose bei ihnen bestände. Die sich hieraus ergebenden Resultate waren: Die hygienischen Mißstände sind auf dem Lande vielfach weit größer als in den Städten. Der schlimmste unter ihnen ist die Beschaffenheit der Wohnhäuser, von denen etwa die Hälfte nicht den geringsten hygienischen Anforderungen entsprechen, ferner deren Zimmereinrichtung, namentlich hinsichtlich der Schlafgelegenheit. Die Dorfwirtschaften und die Dorfschulen befinden sich meist in sehr schlechtem Zustande. Die Ernährung der Landbewohner ist unzureichend und ungewöhnlich; vielfach herrscht auf dem Lande geradezu Mangel. Reinlichkeit, Haut- und Zahnpflege sind äußerst dürftig. Die Drüsen-tuberkulose ist unter vielen Dorfkindern, welche die Schule verlassen, bis zu 70 % verbreitet. Der Prozentsatz der an Lungenschwindsucht erkrankten und verstorbenen Erwachsenen ist auf dem Lande oft doppelt so groß als in den Städten. In vielen Dörfern bestehen förmliche Zentren der tuberkulösen Durchseuchung. Die Hauptursache für die enorme Verbreitung der Tuberkulose unter der ländlichen Bevölkerung liegt in der mangelhaften Beschaffenheit der Wohnungen. Des weiteren untersucht der Verfasser die Möglichkeiten der Abhilfe für diese furchtbaren Zustände. — Es sind wohl wenige Bücher in den letzten Jahren geschrieben worden, die die „Fürsorge“ der preussischen Regierung für das platte Land in hygienischer Beziehung so scharf an den Platz stellen wie dieses.

Erbrecht, Testament und Nachlaßregelung. Familienbuch für jedermann. Mit Familienstammbaum, Angaben über Erbschaftsteuer, Stempelsteuern, Musterbeispielen und sonstigen praktischen Hinweisen. Selbstverlag des Beamten-Wirtschafts-Bereins Berlin G. m. b. H., Sieglitz, Fritschstraße 7.

Ein ganz brauchbares Büchlein, das auch manchem Leiter einer Rechtsauskunftsstelle willkommen sein dürfte.

Fürsorge-Erziehung in ihrer Anwendung auf noch nicht schulpflichtige Kinder. Von J. F. Landsberg, Amtsgerichtsrat in Lennep. Veröffentlichungen des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf. Berlin. Carl Seymann. 1910.

Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Schöneberg. Von Hermann Leidig, Stadtrat und Mitglied des Magistrats von Schöneberg. 1911. 8°. Preis 1 M. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 35.

Bei dem großen Interesse, das diesem ersten Versuch einer Groß-Berliner Gemeinde im In- und Ausland entgegengebracht wird, bildet die kleine Schrift ein interessantes Dokument auf diesem wichtigen Gebiete.

Die Landwirtschaftliche Unfallversicherung im Deutschen Reich 1888—1908. Festschrift zum Jubiläum der Unfall- und Invalidenversicherung 1910. Herausgegeben von der Ständigen Kommission der Deutschen Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Berlin 1910. Verlag von Behrend & Co.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Pettizelle.

In Kürze erscheint:

Die Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgesetz

Textausgabe mit Anmerkungen v. Gustav Hoch, M. d. R.

Preis gebunden 5 Mark.

Da die erste Auflage schnell vergriffen sein wird,
:: so ist schleunige Bestellung erforderlich. ::

Verlag der Volkstümlichen Zeitschrift für prakt. Arbeiterversicherung,

Berlin NO. 43, Linienstraße 8.

Verlag von Duncker & Humblot
in Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Reisen in Bolivien und Peru ausgeführt 1908

Mit Unterstützung

des Herrn Professor Dr. Hans Meyer, der
Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig und
des früheren Kaiserlichen Gesandten Herrn
von Waldhausen

von

Rudolf Hauthal.

Mit 123 Abbildungen auf 60 Tafeln, 14 Abbildungen im
Text, einer Reiseroute, 3 Kartenskizzen und 6 Anhängen
von S. Roth, H. Salfeld, W. Bergt, Pilger, Graf Berlepsch,
Perlewitz, von Hasenkamp und R. Hauthal.

Preis 12 Mark.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Kürzlich sind erschienen:

Der finnländische Verfassungskampf: Der Stolypinsche Gesetzentwurf.

Zwei Teile. Preis: 4 Mark 80 Pfg.

I. Die vorbereitenden Verhandlungen.

Nach offiziellen Urkunden herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 1 Mark 60 Pfg.

II. Die Antwort des finnländisch. Landtags.

Übersetzt und herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Petition des finnländischen Landtags

vom 26. Mai 1910

über die Aufrechterhaltung der Grundgesetze Finnlands.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Finnland und Rußland.

Die internationale Londoner Konferenz vom 28. Februar bis 1. März 1910.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat.

Die Polenfrage.

Von Dr. Ludwig Bernhard,

ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Zweite, bearbeitete Auflage. Mit zwei Karten.

Preis: geheftet 6 M., gebunden in Leinwand 7 M. 40 Pfg.

Inhalt: Erstes Buch. Die Organisation der Polen in Preußen. — Erster Teil. Die Herrschaft der polnischen „Emigration“ (1831 bis 1863). — Zweiter Teil. Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin (1864–1893). — Dritter Teil. Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen. — Zweites Buch. Das polnische Finanzwesen. — Erster Teil. Die Zentralleitung des polnischen Genossenschaftsverbandes. — Zweiter Teil. Die Verbandsbank. — Dritter Teil. Das Netz der polnischen Genossenschaften. — Vierter Teil. Die Kreditpolitik der Polen. — Drittes Buch. Der Kampf um den Boden. — Erster Teil. Die Ausbildung der Kampfmethoden. — Zweiter Teil. Die deutsche Gegenaktion. — Schluß. Die polnische Arbeiterfrage. — Schlagwörterverzeichnis.

Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig.

Das soeben ausgegebene dritte Heft von

Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

herausgegeben von

Dr. Carl Grünberg

o. ö. Professor d. politischen Ökonomie a. d. Universität Wien

enthält nachstehende Abhandlungen:

Professor Dr. L. von Bortkiewicz in Berlin:

Die Rodbertus'sche Grundrententheorie und die Marx'sche Lehre von der absoluten Grundrente. II. Artikel.

Dr. Roger Picard in Paris: Die Klassenkampftheorie am Vorabend der französischen Revolution.

Dr. Franz Mehring in Berlin-Steglitz: Johann Jacoby und die wissenschaftlichen Sozialisten.

Professor Dr. John R. Commons an der Universität Wisconsin in Madison: Zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation in den Vereinigten Staaten.

Die neue Zeitschrift hat trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits eine weite Verbreitung u. allseitig günstige Aufnahme gefunden.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen des In- und Auslandes zum Preise von M. 12.— für den Jahrgang (bei direkter Zusendung M. 0.60 für Inland, M. 1.20 für Ausland an Porto mehr).

Jährlich erscheinen 3 Hefte im Gesamtumfange von 30—32 Bogen.

In unserem Verlage sind soeben erschienen:

Staatsideale unserer Klassiker von Dr. G. Falter. Preis: M. 3.—.

Wirtschaftsgeschichte und Gegenwart von Professor Dr. Theo Sommerlad. Preis: M. 1.80.

Der wirtschaftliche Fortschritt, sein Verlauf und Wesen von Professor Dr. Waldemar Mitscherlich. Preis: M. 5.—, gebunden M. 6.—.

Die Deutsche Post als Vermittlerin von Warenverkehr von Dr. Oswald Hammer. Preis: M. 2.40.

Der Kampf gegen die Wohlfahrtseinrichtungen in Grossbetrieben von Dr. phil. Alfred Jacobsohn. Preis: 2.—.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 6 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Mollendorfsr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die sozialpolitische Entartung
der öffentlichen Leihhäuser.
Von Professor Dr. Robert
Schächner, Jena 1297

Ablehnung von Einigungsver-
handlungen im mitteldeut-
schen Bergarbeiterstreik. Ein
Beitrag zur Förderung des Reichs-
einigungsamts. 1300

Gesellschaft für Soziale Reform. In-
ternationale Vereinigung für sozia-
len Arbeiterkampf 1305
Die britische Gesellschaft für Arbeiter-
gesetzgebung.
Vom Bulletin des Internationalen
Arbeitsamts. 1306

Soziale Zustände. 1305
Konjunktur und Arbeiterent-
lassungen. Von Dr. Arthur
Grünspan, Magdeburg.
Die bessere Ausnutzung des Tages-
lichts. 1307

Arbeitgeber- und Unternehmerver-
bände 1307
Internationaler Zusammen-
schluß der Arbeitgeber.
Das Rechtsverhältnis der Innungen
zu den Arbeitgeberverbänden.
Ein Arbeitgeberverband für das
deutsche Fleischergewerbe.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Knechte und Beamten. . . 1308
Die christlichen Gewerkschaften
im Jahre 1910.
Der Gewerbeverein christlicher Berg-
arbeiter Deutschlands.
Gewerkschaftsfragen vor den Zentral-
verbandsvorständen.
Hauptversammlungen freier
Gewerkschaften.
Der Landarbeiterverband.

Streik und Aussperrungen . . 1314
Der Formertreik in Pommern be-
endet.
Ein Streik der Feldarbeiterinnen.
Eine Massenaussperrung in Norwegen.
Große Arbeitskämpfe im Baugewerbe
des Auslandes.

Arbeiterversicherung. Sparkassen 1315
Die Anpassung der Ortsfran-
kenkassen an die Reichsver-
sicherungsordnung.
Die gemeinnützigen Vermögensanlagen
der Träger der Invalidenversicherung.
Gemeinverständlicher Führer durch die
deutsche Arbeiterversicherung nach der
Reichsversicherungsordnung.
Über den Umfang der Heilungskosten
bei Betriebsunfällen.
Betriebsunfall infolge einer „Gefahr
des täglichen Lebens“. Von Professor
Lange, Rixdorf.

Wohlfahrtsanstalten . . . 1321
Die Wirksamkeit der Zentralstelle für
Volkswohlfahrt.
Ein Institut für soziale Arbeit in
München.
Die ständige Ausstellung für Arbeiter-
wohlfahrt.
Erholungshelm für Kaufleute.
Der Berliner Frauenverein gegen den
Alkoholismus.

Volksgesundheit 1323
Die Internationale Hygiene-
ausstellung. Dresden 1911. Von
Dr. Erich Franke, Frankfurt
a. M. I.
Das Institut für Gewerbehygiene in
Frankfurt a. M.
Die amtliche Stellung der Schulärzte.

Literarische Mitteilungen . . . 1326

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur
mit voller Quellenangabe.

Die sozialpolitische Entartung der öffentlichen Leihhäuser.

Von Professor Dr. Robert Schächner, Jena.

Das älteste Institut sozialer Fürsorge ist das Leihhaus. Es wurde von der Kirche bereits im 15. Jahrhundert im Kampfe gegen den Wucher geschaffen und verbreitete sich dann über viele Länder.

Einen besonderen Aufschwung erhielt diese Institution in der Zeit des Humanismus, wo Staat, Gemeinden und gemeinnützige Korporationen die Bekämpfung der Bettelarmut unternahmen. Wie Sparkassen geschaffen wurden, um durch sie in guten Tagen Notpennige für schlechte anzusammeln, so sollte das Leihhaus den

Barmittellosen in den Stand setzen, unter Verpfändung seines Eigentums in den größten Notzeiten Darlehen zu günstigen Bedingungen zu erhalten. Es war die Selbsthilfe, der in diesen Anstalten Betätigung geboten wurde, nachdem die Staaten und Gemeinden in der Not der Kriegsläufe finanziell überbürdet und den Armenlasten nicht gewachsen waren, für diese Aufgabe auch nicht genügend gereift waren; später trat der Egoismus der öffentlichen Kassen hervor, sich durch jene Einrichtungen zu entlasten. Viele brachte der Wucher, der in Zeiten der Geldknappheit zu Zinsbegehren führte, die oft dem Kapital selbst gleich kamen, ja es selbst überstiegen, an den Bettelstab. Der Kampf gegen ihn war der Gründungszweck der Kassen, wie das aus vielen alten Leihhausnormativen ersichtlich; ist so sagt auch noch das erste Regulativ des Elberfelder Leihhauses vom Jahre 1821 bezeichnend: „Dem Wucher, der hier stets und besonders zum Schaden des geringen Bürgers im Geheimen sein unerlaubtes Wesen getrieben, Schranken zu setzen, den Bedürftigen, der in dem Falle bedürftig wird, Sachen seines Eigentums zu verpfänden, vor allen und jeden Übervorteilungen zu bewahren, hat auch hier veranlaßt, ein öffentliches Leihhaus zu errichten“.

Sparkasse und Leihhaus erschienen als Zwillingbrüder in der Fürsorgegütigkeit der Gemeinden, das Sparen war prophylaktischer Natur, es sollte vor dem Leihhaus bewahren, doch dieses schien als ultimum refugium für den, der nicht sparen konnte oder der seine Ersparnisse aufgezehrt hatte; außerdem sollte und konnte die Sparkasse behilflich sein, die Pfandleihsumme wieder allmählich aufzubringen. Die nahe Verwandtschaft der Zwecke der Institutionen führte vielfach sogar zu einer finanziellen Vereinigung, wobei man über sah, daß ungünstige Zeiten die Sparkassen leerten, während gleichzeitig die Ansprüche an die Leihhäuser stiegen; nach vielen schlimmen Erfahrungen wurde diese enge Verbindung meist gelöst.

Das 19. Jahrhundert brachte dann freilich bald ganz andere Maßnahmen gegen Altersnot, Krankheit und sonstige Bedrängnis, so daß man auf jene Institution geringfügig herabzusehen begann. Gerade die, die soziale Reformen propagierten und ihre Durchführung betrieben, verloren für die patriarchalischen Sparkassen wie das patriarchalische Leihhaus das Verständnis. Nachdem seit Lassalle selbst in Kreisen, die in der sozialen Gesetzgebung eine führende Rolle spielten, das Sparwesen geringfügig behandelt wurde und das Leihhaus in seiner Notwendigkeit immer mehr erkannt wurde, hat es am richtigen Ernst zu zeitgemäßen Reformen jener Institutionen gefehlt; andere haben sich wohl ein sittliches Mantelchen umgehängt, wenn sie dem Leihhaus den Charakter einer sozialpolitischen Institution direkt bestritten.

Das Leihhaus teilte das Schicksal der Sparkasse, das ich im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hinreichend gezeichnet zu haben glaube; es hat mehr und mehr aufgehört, seine sozialpolitische Funktion zu erfüllen, von sorgfältiger sozialer Kleinarbeit ist wenig zu finden, ja man schämt sich nicht, es als Einnahmequelle zu benutzen.

Als die Montes pietatis, monti di pietà, monts de piété oder wie sie sonst ehemals hießen, zuerst auftraten, arbeitete man mit Kapital, das durch milde Stiftungen beschafft war, und konnte so auf den im kanonischen Rechte verbotenen Zins verzichten. Leo X verlieh dann im Jahre 1515 den Anstalten das Recht Vergütungen anzunehmen, soweit es die Unkosten erforderten, das gab den Institutionen eine größere Verbreitung. Der Humanismus des 18. Jahrhunderts und seine Philanthropen erlaubten auch nur die

Deckung der unerläßlichsten Unkosten, wobei unentgeltliche Dienste im Ehrenamt wie kostenloser Bereitstellung von Räumen ganz allgemein waren. Wie sehr der niedrigst mögliche Zins angestrebt wurde, zeigt die Geschichte des Dresdener Leihhauses, das 1792 den Zins von 9 auf 8, 1795 auf 6 v. H. herabsetzte und sich nur durch dringende Notlagen zu seiner Erhöhung veranlassen ließ.*) In neuerer Zeit wurde das Hauptgründungsprinzip, das in der Milderung der bittersten Not Zweck und Aufgabe sah und deshalb möglichst billige Darlehen bieten wollte, immer mehr verletzt. Außerdem ist ein träger Konservatismus eingegriffen, der mit alten Mißbräuchen sich abfindet und auch den Zinsfuß oft ohne innere Notwendigkeit jahrzehntelang gleich läßt.

Die ungünstigsten Darlehensbedingungen haben die geringwertigsten Gegenstände, da sie viele Unkosten machen, während größere Pfänder oft weit geringeren Zins zahlen müssen. So hat Köln 24 v. H. Darlehenszins bei Darlehen bis zu 15 M., dann 18 v. H. bis zu 30 M., dann 12 v. H. bis 300 M., dann 9 v. H. bis 1000 M. und 6 v. H. für Darlehen über 1000 M.; Krefeld, Halle a. S., Duisburg, Flensburg, Königshütte verlangen 24 v. H. bei allen Pfändern bis zu 30 M., darüber hinaus 12 v. H., Hamburg erhält 18 v. H. bei Darlehen bis zu 30 M., darüber hinaus 9 v. H. Elberfeld verlangt 12 v. H. bei Darlehen bis zu 30 M., 10 v. H. bis zu 150 M. und 8 v. H. darüber. Wenn Seutemann in dem Artikel „öffentliche Leihhäuser“ im „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“ meint, daß die Heranziehung wertvoller Pfänder durch günstigere Gebührensätze im allgemeinen Interesse liegt, so dürfte dies da entfallen, wo die höheren Pfänder sogar relativ so viel günstiger gestellt sind, daß sie weniger als die niederen Pfänder zu den allgemeinen Unkosten beitragen, denn die höheren Pfänder haben nur dann eine sozialpolitische Funktion, wenn sie zur Entlastung der kleinen Pfänder beitragen, nicht aber dann, wenn diese sogar zur Verbilligung der großen herangezogen werden. Die ganz ungehörliche Belastung der niederen Pfänder in den angeführten Beispielen geht wohl daraus hervor, wenn wir vernehmen, daß in München das Leihhaus einen allgemeinen Zins von 12 — zwölf — v. H. hat und trotzdem nur die Pfänder unter 19 — neunzehn — M. ihre Unkosten nicht decken. Für die kleinen Pfandleiher, die oft alle Wochen ihr Pfand erneuern, und ihrer ist keine kleine Zahl — es handelt sich hier hauptsächlich um Verpfänden von Sonntagskleidern, — was nirgends bei den Pfandanstalten im Zins berücksichtigt wird, ergeben sich in Folge von Zinsminimalgebühren, die sich meist auf ein Monat berechnen, Zinsleistungen bis zu 100 v. H. Bekanntlich finden sich selbst bei vielen Privatallehanstalten, die auf hohen Gewinn ausgehen, 24 v. H. als höchster Satz. Es scheint vom sozialpolitischen Standpunkt aus gerechtfertigt, einen gleichen Zins für alle Darlehen zu verlangen; daß hierdurch die großen Pfänder nicht abgeschreckt werden, zeigen die zahlreichen deutschen Leihhäuser, die solchen befehlen.

Neben jenen Darlehenszinsen treten dann noch eine Reihe von Gebühren, die als Fixgebühren für den Pfandschein, das Lagern, die Einschätzung, das Protokollieren ganz kleine Darlehen besonders schwer treffen und neue Prozente zu jenen unerträglichen Zinsen hinzufügen. Schwer trifft es auch die kleinen Pfänder, wenn die Erneuerungen, die oft alle halbe Jahre erfolgen müssen, als völlig neue Pfandgeschäfte behandelt und gebucht werden, so daß alle Fixgebühren neu anfallen. In einigen Städten, wie Breslau, Hamburg, Augsburg, Freiburg, Görlitz, ist man jetzt dazu übergegangen, den alten Pfandschein ohne besondere Gebühren auf die neue Periode zu übernehmen. Auch die Einlösungsgebühren für verfallene Pfänder betragen oft 5 v. H. (z. B. in Dresden) und mehr und lasten hart.

Den kleinen Pfandleihern fällt es auch oft schwer, in das ferne, oft in der Mitte der Stadt beim Rathaus befindliche Leihhaus zu gehen, manche scheuen sich auch, es aufzusuchen, wenn es in den besten Vierteln der Stadt liegt. Im armutserlöschenden Noth mit einem Bett vielleicht viele Kilometer weit gehen! — wie nahe liegt es hier, eine private Leihstätte aufzusuchen. Die Verlegung der Leihhäuser in die Arbeiterviertel — so in Dortmund — oder die Errichtung mehrerer Zweigstellen — München hat 4 Leihhäuser — hat sich sehr bemüht. Die Einrichtung von Pfandvermittlern und Pfänderfassern ist ein gutes Beginnen, sofern nicht bei der Beanspruchung dieser neue Gebühren zu den kaum erschwinglichen des Leihhauses treten.

Dabei haben die kleinen Pfänder besonders ungünstige Bedingungen, da für sie ein schlechter Absatz sich findet; oft werden sie

*) Diese und andere Tatsachen wurden mir bekannt, als ich die Mitglieder meines volkswirtschaftlichen Seminars die Leihhausfrage in ihrem Heimatorte bearbeiten ließ.

nur zu $\frac{1}{2}$ ihres Wertes beliehen, während Schmuckgegenstände und andere höherwertige Objekte $\frac{3}{4}$ bis $\frac{4}{5}$ erhalten. Ungünstig ist auch, wenn bei vielen Leihhäusern die Taxatoren für ihre Einschätzung haftbar sind und die Waren, wenn sie nicht die Taxation bei der Versteigerung erreichen, zu übernehmen haben; das führt, ganz abgesehen von der Möglichkeit unerblicher Wagnationen, zu sehr niederen Einschätzungen, die eben jene geringwertigen, schwerer absehbaren Massenobjekte am härtesten treffen.

Bei vielen Leihhäusern ist der niederste Darlehensbetrag 2 M., in Braunschweig gar 3 M., während andere mit Beleihung von 1 M. an den Bedürfnissen der Bedürftigsten entgegenkommen.

Zu allen diesen Nachteilen für den kleinen Verpfänder tritt dann noch hinzu, daß die Leihhäuser den Überschuß bei Versteigerungserlösen nur kurze Zeit aufheben, nach deren Verlauf er der Anstalt verfällt. Für wertvollere Pfänder ist die Verfallfrist auch oft weit länger, als für die niederen Beträge. Dortmund läßt z. B. bei Pfändern bis zu 30 M. den Überschuß nach 6 Wochen verfallen, bei anderen Pfändern erst nach einem Jahre. Bei dem Fluktuieren der Bevölkerung, bei der in Sorgen und Kummer begründeten Vergeßlichkeit ist es eine grausame Maßregel, von der meist jämmerlichen Beleihung auch noch den Versteigerungsüberschuß an sich zu reißen. Dabei war 1909 z. B. der bei der Versteigerung erzielte durchschnittliche Mehrerlös beim Leihamt München I 5 M.; von 26 813 in München versteigerten Pfändern brachten 759 Mehrerlöse.

Wenn wir dann auch noch sehen, daß die öffentlichen Leihanstalten nur zu gewissen Tagesstunden offen sind, so z. B. in Dresden von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags und gerade dann geschlossen sind, wenn die Arbeiterbevölkerung Zeit hat, so ist es kein Wunder, wenn der Wucher der Privatallehanstalten noch blüht. Privatallehanstalten fragen meist nicht nach Namen, wie das bei vielen öffentlichen Leihanstalten der Fall ist, — so hat z. B. Altona Legitimationszwang, viele andere behalten sich Ausweis vor, — weisen nicht so leicht zurück wegen Bedenken über die Eigentümer-eigenschaft, — eine Furcht, die gerade viele Ehrliche von den öffentlichen Anstalten fern hält, — dann haben sie auch eine höhere Beleihungsgrenze, da sie meist selbst Händler in Altwaren sind, suchen den Verleiher mit beständiger Lebenswürdigkeit zu umgarnen, wo bei den öffentlichen Instituten am Geschäft uninteressierter Bureautratismus schroff und herlos waltet, bieten sich zu jeder Stunde an und ersparen dem Verschämten den Weg über die Freitreppe des Leihhauses. Wie lockend ist der Wucher, dem alle Pfandvermittlungsgelege nicht begegnen können; warum bekämpfen ihn die öffentlichen Leihanstalten nicht besser?

Leider sehen manche Städte in den Leihanstalten willkommenen Einnahmequellen für die eigene Tasche, andere suchen mit der Not der Armsten die Not anderer Armen zu lindern, wieder andere sammeln für die Leihhäuser ungemessen hohe eigene Vermögen an, die im günstigsten Falle eine unnötig hohe Belastung der Gegenwart für die Zukunft sind, bei der Möglichkeit, Leihkapitalien zu $\frac{3}{2}$ bis 4 % erhalten zu können, aber auch nicht notwendig erscheinen.

Hamburg hat im Jahre 1909 51 897 M. der Stadtkasse zugewiesen; die Berliner Seehandlung hat mit dem Berliner Leihhaus 46 672 M. erübrigt, diese Summe wurde wohltätigen Zwecken zugeführt. Wie wenig die Verwendungszwecke kritisch untersucht werden, bezeugt die Tatsache, daß in Berlin die nicht abgeholten Versteigerungsüberschüsse an die Mothesche Stiftung für unverheiratete Töchter von Beamten und Offizieren gehen. Dresden gab 1907 6000 M. der Stadtkasse, 8860 M. für Wohltätigkeitszwecke und 22 190 M. für den Leihhausreferendums, 1909 war der Reingewinn 32 911 M., wovon 15 000 M. zur Speisung bedürftiger Schulkinder und 8955 M. dem Armenamt für den Fonds zur Unterstützung würdiger Dresdener Einwohner und Arbeiter überwiesen wurden. Mannheim überwies 1907 17 863 M. und Straßburg 16 673 M. den Reserven.

In München verlangt die Stadt, ebenso wie bei der Sparkasse, abgesehen von der Deckung aller Verwaltungskosten eine Abgabe für „Aufsicht und Garantieleistung“, die 1909 16 108 M. betrug, woneben man noch einen Betriebsüberschuß von 40 990 M. erzielte.

Diese Summen wären meist groß genug, um Zinsermäßigungen zu gestalten. Immer aber ließen sich soziale Vorteile für die dürftigsten Verpfänder, wie Verzicht auf gewisse Fixgebühren, besonders auch auf Erneuerungsgebühren, Offenhalten der Anstalt am Abend und vor allem Aufbeahrung der Versteigerungsüberschüsse einführen. Jede Verwendung von Überschüssen außerhalb des Rahmens des Leihhauses ist als besondere steuerliche Be-

lastung der wirtschaftlich Schwächsten für die Zwecke der Stadtbefürnisse auf das schärfste zu verurteilen.

Dabei sind diese Erübrigungen stark durch die notorisch unpraktischen Aufbewahrungseinrichtungen, ein Übermaß des Schreibwerkes und eine in Stadtgemeinden oft vorzufindende Beamtenhypertrophie ungünstig beeinflusst. Durch entsprechende Ausgestaltung der Objekte, Pfandbesichtigungen u. a. m., überhaupt durch Umgestaltung des Geschäftsverkehrs nach kaufmännischen Prinzipien, statt der schwerfälligen und veralteten Schemata des heutigen Geschäftsganges könnte auch auf den Erlös der Pfänder günstig eingewirkt werden.

Seutemann meint nun: „Dadurch, daß die öffentlichen Leihhäuser meist ohne erhebliche Unterbilanz arbeiten,“ — die meisten erzielen sogar Überschüsse — „wird ihre soziale Wirksamkeit auch besser gesichert, als wenn erhebliche gemeindliche Zuschüsse immer wieder Widerspruch gegen die Einrichtung wahrnehmen.“

Die Gegnerchaft gegen diese Einrichtung kann nur von Personen ausgehen, die nicht den geringsten Einblick in den Kundenkreis der Leihhäuser haben. Die Leihhäuser sind in der Tat heute noch unbedingt notwendige Hilfsinstitute weiter Kreise. Schon die Geringfügigkeit der Darlehenssummen weisen genügend auf die Art der Kundschaft hin. In Kassel betrug $\frac{2}{3}$ aller Pfänder 2 bis 3 *M.*, der Gesamtdarlehensdurchschnitt des Leihhauses in Wismar war 9 *M.*, bei dem Leihhause des Arbeiterviertels in der Lilienstraße in München betrug die durchschnittliche Belehnungssumme im Jahre 1909 6,84 *M.* Die Darlehenssummen fast aller deutscher Leihhäuser schwanken im Durchschnitt zwischen 5 und 10 *M.*

Auch die Art der Hauptwaren: Betten, Nähmaschinen, Regulatoren neben billigen Uhren und Ringen sind bezeichnend für die Kundschaft.

Eine Berufs- und Personenstandsstatistik Berlins zeigt uns die Qualität der bedeutendsten Kundengruppen:

Personen, mit denen im Oktober 1907 die ersten 3000 Pfandgeschäfte abgeschlossen wurden	Zahl	Darlehen	%	Die verschiedenen Bevölkerungsklassen waren als Darlehensnehmer beteiligt in Prozenten		
				Anfang 1907	Ende Oktober 1906	Ende Oktober 1905
Handwerker, Gewerbetreibende u. Handeltreibende	1878	75 466	57,66	62,90	64,06	63,57
Witwen u. unverheiratete weibliche Personen	560	25 788	19,70	18,66	16,17	18,47
Tage- u. Fabrikarbeiter	270	4 197	3,20	9,10	8,60	8,50
Beamte des Staates u. der Kommune	125	5 848	4,47	4,17	5,17	4,07

Die Handwerker und Gewerbetreibenden bilden freilich eine eigenartige Kundschaft; bei ihnen handelt es sich meist um Verpfändung von Rohmaterialien und Warenbeständen. Viele Leihhäuser weisen freilich Rohstoffe, neue Waren wie Halbfabrikate ab und verschließen damit dem notleidenden Mittelstand die Hilfe. Freilich wäre es besser, Handwerk und Handel hätte eigene Kreditorganisationen, die jene erübrigen; wie notwendig das wäre, zeigt die Tatsache, daß in Berlin 1907 in 1364 Fällen für 256 924 *M.* solcher Waren „lombardiert“ wurden; so lange jenes nicht der Fall ist, muß ihre Abweisung beim Leihhaus als Härte erscheinen. Der Einwand, daß die Versteigerung der Waren durch die Leihhäuser auf den Warenpreis drückt, wird um seine Bedeutung gebracht, wenn man bedenkt, daß sonst eben der Konkurs die Waren zur noch mehr preisdrückenden gerichtlichen Versteigerung brächte.

Auch eine Politik, die jede Wertpapierbeleihung ausschließt, erscheint verfehlt; so lange nicht die Spartassen oder Gemeindebanken Lombarddarlehen für Wertpapiere von geringem Betrage geben, ist die Pfandleihanstalt die gebotene Anstalt, denn wo sollen sonst kleine Wertpapierbeträge angemessen lombardiert werden? Und ist es nicht wertvoll, den kleinen Leuten das ererbte oder mühsam erworbene Papier nach Möglichkeit zu erhalten, statt es dem Verkauf auszuliefern, womit der Geldvergeudung des nicht benötigten Restes die Türe geöffnet und die Sparbarkeit unter Umständen für immer vernichtet wird? Die Leihanstalten gewähren hier meist gleich günstigen Zinssatz wie die Reichsbank und sind hier sozialer als in ihren anderen Geschäften. Zu Lombardgeschäften, die in viele Tausende gehen, besteht freilich kein Anlaß. Hier sind die Leihanstalten unnötig.

Endlich hat sich längst gezeigt, daß die Tage vor Festen im allgemeinen nicht Verleihungs-, sondern Einlösungstage sind: man sucht die besseren Kleider, die man verpfändete, zurückzuerhalten. In Dresden hat das Volksfest der Dresdener Vogelwiese keine Steigerung der Verpfändungen aufzuweisen, in München wurden

im Januar, im Karnevalsmonat (!), die meisten Pfänder ausgelöst, die Reubelehungen zeigen hier weder im Januar, noch im Februar eine irgendwie außergewöhnliche Ziffer.

Die meisten Verpfändungen erfolgen bei allen Leihhäusern an den Mietzahlungsterminen und beim Eintritt der kalten Jahreszeit. Die allgemeine Wirtschaftslage spiegelt sich überall im Pfandleihverkehr. Alles dies gibt ein deutliches Zeugnis von der tatsächlichen sozialpolitischen Funktion der Leihanstalten.

Und mögen selbst Leichtsinnige an die Türe der Leihhäuser pochen, so bewahrt das Leihhaus auch diese oft vor dem Wucherer, der sie völlig ruinieren würde, und vor dem Verbrecher.

Wenn deshalb in den deutschen Leihhäusern soziale Gesichtspunkte so völlig außer Acht gelassen werden, ist das höchst beklagenswert. Unter allen Umständen muß auch gesucht werden, den Pfandleihern ihre Objekte zu erhalten. Gewinn zu machen vermag niemals gerechtfertigt zu werden, ja man kann festlich den Gemeinden besondere Aufwendungen zumuten, da durch die höchstmögliche Förderung der Kunden seitens der Leihanstalten die Armenlasten verringert werden. Die bitterste Not zu lindern, vor den wucherischen Privatleihern und vor Verbrechen zu wahren, ist den Leihhäusern um so mehr möglich, je mehr sie soziale Gesichtspunkte als allein maßgebend walten lassen. Eine Reform in diesem Sinne tut unseren deutschen Leihhäusern bitter not.

Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik.

Ein Beitrag zur Forderung des Reichseinigungsamts.

Ende Juni d. J. wandten sich drei Vertreter der im Streik begriffenen Berg- und Fabrikarbeiter des Zeiß-Weissenfels-Altenburger Reviers an den Staatsminister Freiherrn von Verlepsch mit dem Ersuchen um seine Vermittlung zur Herbeiführung einer Beendigung des Streiks. Sie legten dar: Die Zahl der Ausständigen in dem gedachten Reviere beläuft sich auf etwa 6000, von denen etwa 5000 dem Bergarbeiter-Verband, etwa 370 der freien Gewerkschaft der Maschinisten und Heizer und je etwa 120 dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein und dem Polnischen Bergarbeiter-Verband als Mitglieder angehören, gegenüber einer Gesamtbelegschaft von etwa 11 000. Hierzu treten noch etwa 2000 Ausständige in angrenzenden Bezirken (Braunschweig-Oberlausitz). Die Forderungen der Arbeiter sind im wesentlichen folgende:

1. Abschluß eines Tarifvertrages,
2. Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde, um 2 Stunden bei den Arbeitern, die jetzt eine 10 stündige Arbeitszeit haben,
3. Erhöhung der Löhne durchgehend um etwa 10 % und Festsetzung eines Mindestlohnes.

Diese Forderungen waren, zusammengefaßt im Entwurfe zu einem Tarifvertrage, bereits Mitte März den Werkverwaltungen eingereicht worden. Letztere hatten die Vertreter der Arbeiterverbände durch gleichlautendes Schreiben vom 11. April 1911 benachrichtigt, daß sie nicht in der Lage seien, mit den Antragstellern oder mit den von ihnen genannten Organisationen zu verhandeln, da Wünsche und Anträge der Belegschaften der Braunkohlenwerke von den durch Gesetz oder Arbeitsordnung bestimmten Vertretern an sie zu richten seien. Materiell war den Forderungen gegenüber kurz darauf hingewiesen worden, daß, obgleich der Braunkohlenbergbau sich seit 1907 wirtschaftlich in ungünstiger Lage befände, die Löhne im Gedinge nur wenig, im Schichtlohn gar nicht herabgegangen seien, daß im Jahre 1910 wieder eine Aufwärtsbewegung der Löhne stattgefunden habe und daß diese weiter steigen würden, wenn die wirtschaftliche Lage sich bessern würde. In dem vorgeschlagenen Tarifvertrage könnten die Werkverwaltungen nach den Erfahrungen, die in anderen deutschen Industrien und auch im englischen Bergbau gemacht seien und nach Äußerungen der gewerkschaftlichen Presse weder die Gewähr für eine ruhige Entwicklung der Braunkohlenindustrie noch eine Aussicht auf friedliche Verhältnisse mit den in den Verbänden stehenden Arbeitern finden. Die Eigenart des Braunkohlenbergbaus schließe die Aufstellung und erspriechliche Anwendung eines Lohn tariffs aus und verbiete die Festsetzung eines Mindestlohns im Gedinge, wie sie sich aus den Bedingungen des Tarifvertrags ergeben würde. Eine Verkürzung der bestehenden Arbeitszeit sei gesundheitlich nicht notwendig und wirtschaftlich nicht durchführbar.

Nach der so erfolgten Ablehnung von Verhandlungen waren die Arbeiter am 7. Mai nach vorhergegangener vorchriftsmäßiger

Kündigung in den Ausstand getreten. Vor Beginn des Streiks war von ihren Vertretern noch die Vermittlung des Berghauptmanns zu Halle angerufen worden. Mittels Schreibens vom 9. Mai hatte dieser mitgeteilt, daß er von den Vertretern des deutschen Braunkohlen-Industrievereins auf seine Anfrage, ob sie geneigt seien, seine Vermittlung anzunehmen, die Antwort erhalten habe, daß die beteiligten Bergbauunternehmer sich einmütig gegen die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen entschieden hätten. Unter diesen Umständen könne der deutsche Braunkohlen-Industrieverein weder Verhandlungen einleiten, noch die Vermittlung des Berghauptmanns dazu erbitten.

Auf Grund dieser mündlich gegebenen und in ihrem wesentlichen Teile durch Schriftstücke belegten Darstellung übernahm Staatsminister Freiherr von Berlepsch den Versuch einer Vermittlung unter der ihm von den Vertretern der Ausständigen erteilten Ermächtigung, sich zunächst mit dem Berghauptmann in Halle über den einzuschlagenden zweckmäßigsten Weg in Verbindung zu setzen. Das Ergebnis einer zu diesem Zwecke von ihm erbetenen Besprechung mit dem Berghauptmann war, daß dieser es übernahm, dem Vorstände des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins von der Tatsache Mitteilung zu machen, daß die Ausständigen die Vermittlung des Staatsministers Freiherrn von Berlepsch zur Herbeiführung einer Beendigung des Ausstandes nachgesucht hätten und daß dieser bereit sei, die Vermittlung eintreten zu lassen, wenn die beteiligten Werkverwaltungen geneigt seien, sie anzunehmen. Freiherr von Berlepsch ersuchte gleichzeitig den Berghauptmann, dem Deutschen Braunkohlen-Industrieverein, falls dessen Mitglieder bei dem Beschlusse beharren würden, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln, den Vorschlag vorzulegen, von den Bergarbeiterausschüssen Vertreter wählen zu lassen und die Verhandlungen mit diesen Vertretern zu führen.

Unter dem 2. Juli sandte der Berghauptmann an den Freiherrn von Berlepsch Abschrift eines Schreibens des Vorstehenden des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins, in dem das Anbieten einer Vermittlung, so dankbar es an sich zu begrüßen sei, abgelehnt wurde. In dem Schreiben wird bemerkt, daß in einer stattgehabten Versammlung sowohl die Mitglieder des Vereins, wie die allein stehenden Verwaltungen sich einmütig zu der Überzeugung bekannt hätten, daß mit den in Frage stehenden Arbeiterverbänden nicht verhandelt werden könne. Die in dem jetzigen Kampfe aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedenen Leute hätten sich durch dieses Ausscheiden jeder gesetzlichen oder arbeitsordnungsmäßigen Vertretungsmöglichkeit auch in den Arbeiterausschüssen beraubt und könnten den Bergwerksvertretern gegenüber nur als Einzelpersonen in Betracht kommen. Der Braunkohlen-Industrieverein sei seiner Verfassung nach außerstande, Abkommen mit Arbeitern oder deren Verbänden zu treffen.

Nach dieser Benachrichtigung mußte Freiherr von Berlepsch den Versuch einer Vermittlung zur Herbeiführung einer Beendigung des Streiks fallen lassen.

* * *

Angeichts der ungünstigen Absatzkonjunktur im Braunkohlen-Geschäft, welche die Arbeitseinstellung den Werken zum Teil beinahe willkommen erscheinen ließ, überrascht es nicht besonders, daß die Werkbesitzer sich gegen die Höhe der Forderungen der Bergarbeiter ablehnend verhalten und selbst kleinere Zugeständnisse verweigern wollen, obwohl zum mindesten die Arbeitszeitverhältnisse auf den mitteldeutschen Braunkohlenwerken nach einer Reform dringend verlangen. Des Fremden dagegen muß die Art und Weise, wie die Werkverwaltungen jede direkte Aussprache mit den unzufriedenen Arbeitern verhindert haben. Solche direkte Aussprache, in der die Firmen durch eingehende Rechtfertigung der Nichtbewilligungen und durch sachliche Auseinandersetzung mit den von den Arbeitern vorgebrachten Gegengründen wenigstens der Arbeiterschaft die Überzeugung hätten beibringen können, daß nicht „böser Wille“, sondern wirtschaftliche Notwendigkeiten größeren Zugeständnissen im Wege ständen, hätte den Ablehnungen die Bitterkeit genommen und die Beunruhigung in den Bergarbeiterkreisen erheblich dämpfen können, ohne den Bergverwaltungen große Mühe und Kosten zu verursachen und ihre Machtstellung gegenüber den Arbeitern in diesem Kampfe zu beeinträchtigen. Vielmehr hätte die Stellung der Werkbesitzer eine moralische Kräftigung erfahren, wenn sie ihr Verhalten mit guten Gründen gegenüber den Arbeitern verteidigt hätten.

Die Werkverwaltungen hatten anfänglich wohl auch Verständnis für die taktische und praktische Nützlichkeit solcher Aussprache, indem

sie zwar die Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden nach altfränkischem Prinzip ablehnten, aber den Arbeitern anheimstellten, auf dem durch Gesetz und Arbeitsordnung geregeltem Wege über die Arbeiterausschüsse mit ihren Werkverwaltungen zu verhandeln.

Bald aber zeigte es sich, daß dieser Hinweis auf die Verhandlungsmöglichkeit in den primitiven Formen der Ausschüßberatungen von den Firmen gar nicht ernsthaft gemeint war, sondern nur ein Manöver bilde, um der Aussprache mit der Arbeiterschaft überhaupt aus dem Wege zu gehen. Denn als die Arbeiterschaft sich entschlossen hatte, im Notfall auch durch die Arbeiterausschüsse die Verhandlungen mit den Werkverwaltungen herbeizuführen — das bekundet der oben geschilderte Verlauf der Einigungsversuche —, da erklärten die Werke plötzlich, daß die Arbeiterausschüsse bei Ausbruch eines Streiks keinerlei Vertretungsbefugnisse für die streikenden Arbeiter mehr hätten.

Wenn die Werkverwaltungen diese Auffassung von der Unzuständigkeit der Arbeiterausschüsse im Streikfalle hatten, warum haben sie denn die Arbeiter überhaupt auf diesen Instanzenweg verwiesen? Obendrein ist die Auffassung von der Unzuständigkeit der Arbeiterausschüsse im Streikfalle rechtlich und sachlich nicht zu halten. Denn die Arbeiterausschüsse werden auf bestimmte Zeit gewählt und bestehen so lange weiter, auch wenn der Betrieb des Werkes eine Zeit lang ruht oder die Arbeiter, welche den Ausschüß gewählt haben, von der Grube abgekehrt oder durch neue Arbeiter ersetzt sind. Ein Streik der Belegschaft ändert am allermeisten etwas an der Rechtsstellung des Ausschusses, da der Streik noch keineswegs eine völlige Lösung des Arbeitsverhältnisses, sondern zunächst nur eine Suspension bedeutet, aus der erst weitere aktive Schritte des Arbeitgebers oder der Arbeiter eine endgültige Aufhebung der beiderseitigen Arbeitsvertragsbeziehungen machen. Wesen und Zweck der Arbeiterausschüsse vor allem aber erfordern gerade in den kritischen Zeiten eines Streiks mit besonderer Dringlichkeit, daß dieses Verständigungsinstrument, und zwar das einzige, das nach Ablehnung der Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation übrig bleibt, weiter funktioniere, um die Verkehrsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht ganz abreißen zu lassen, sondern für Wiederherstellung des Friedens zu wirken.

Es ist denn auch unseres Wissens das erste Mal, daß Arbeitgeber das Verhandeln mit dem Arbeiterausschüß in Streikfällen aus rechtlicher Unzuständigkeitsgründe willen abgelehnt haben: wo früher solche Verhandlungen abgelehnt wurden, haben die Arbeitgeber offen und ehrlich erklärt, sie wollten grundsätzlich überhaupt nicht mit den streikenden Arbeitern verhandeln. Durch das Vorgehen der Braunkohlenindustriellen ist ein neuer eigenartiger Präzedenzfall insofern geschaffen worden, als die Arbeitgeber die grundsätzliche Ablehnung von Verhandlungen in offener Form gescheut haben, sondern sie mit rechtlichen Ausflüchten zu beschönigen versuchten. Das bessert die Sache des sozialen Verhandlungsprinzips zwar keineswegs: die besondere Art des Beschönigungsversuchs im vorliegenden Falle wird aber auch den Gegnern des Verhandlungsprinzips keine rechte Freude bereiten. Denn die Arbeiterorganisationen werden sich das Argument der Braunkohlenindustriellen für künftige Streikfälle merken. Sollten da wiederum die Unternehmer die von den Gewerkschaften nachgesuchten Verhandlungen mit dem beliebten Hinweis, daß dafür die Arbeiterausschüsse da seien, verweigern, so werden die Gewerkschaften demgegenüber auf die im Zeig-Weißenfeller Falle behauptete Unzuständigkeit der Arbeiterausschüsse hinweisen und damit indirekt die Berufsorganisation als die einzig in Frage kommende Vertretung der Streikenden legitimieren. Ob der Deutsche Braunkohlenverein diese unausbleiblichen Folgewirkungen seiner Taktik gewollt hat, ist wohl zu bezweifeln.

Noch eine andere Erwägung drängt sich aus Verlauf und Ausgang der oben geschilderten Geschehnisse auf: auch in diesem Falle hat es von vornherein wieder an einer berufenen Einigungsinstanz gefehlt. Ein Berggewerbegericht existiert im Bezirke des Braunkohlenbergbaues nicht, die örtlichen Gewerbegerichte können für den über weite Bezirke verbreiteten Streik wohl auch der mangelnden Sachkunde wegen nicht in Betracht kommen. Die Vermittlung dritter Personen, des Berghauptmanns wie des Freiherrn v. Berlepsch, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Für jeden zivilrechtlichen Streit — und handle es sich nur um 10 \mathcal{A} Wert — sind feste Instanzen zur Entscheidung bestellt und jede Selbsthilfe ist verpönt. Hier aber, wo es sich nicht nur um Wohl und Wehe von Tausenden von Arbeitern und ihren Familien,

sondern auch um sehr beträchtliche Interessen des Gemeinwohls handelt, ist es völlig in das Belieben einer kleinen Anzahl von Personen gestellt, ob sie eine friedliche Schlichtung des Streiks zulassen oder verweigern wollen, ja sogar ob sie es auch nur auf einen Versuch einer solchen Lösung ankommen lassen. Das ist ein Überbleibsel des Faustrechts, das in den modernen Kulturstaat nicht hineingeht. Es müssen von Staats wegen Instanzen geschaffen werden, die, mit den erforderlichen Autoritäten und Befugnissen bekleidet, die Vertreter der streitenden Parteien vor sich laden und zur Verhandlung veranlassen. Der in Rede stehende Vorgang ist ein neuer Beleg für die Notwendigkeit eines Reichseinstigungsamts.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die britische Gesellschaft für Arbeitergesetzgebung, die englische Sektion der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz, verweist in ihrem Jahresbericht auf die bedeutsame Tatsache, daß die englische Regierung 1910 zum erstenmal amtlich durch drei Delegierte auf der 6. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung vertreten war. Die Zahl der Mitglieder der Sektion steigt stetig, wenn auch langsam; in ihrem Vorstand sind Vertreter aller Parlamentsparteien, Gelehrte, Unternehmer, Arbeiterführer zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Die Gesellschaft gibt jetzt eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift heraus unter dem Titel *World's Labour Laws*; das erste Heft enthält eine Übersicht über den Stand der Mindestlohnsetzung, über die Arbeiterschutzgesetze in Japan, Ostindien, ferner über die Regelung der Verwendung von gewerblichen Gütern in Holland und Belgien, über die Arbeitszeit in Bergwerken, die Schutzgesetzgebung in kaufmännischen Läden und Kontoren usw. Eine große Anzahl von Vorträgen in Vereinen und Versammlungen hat weitere Kreise für die Aufgaben des internationalen Arbeiterschutzes interessiert. Auch in verschiedenen Kolonien wirkt die britische Sektion für den gleichen Zweck, so namentlich in Neu-Seeland und Kanada. (Adresse der Britischen Sektion: London WC, 4 Bloomsbury Square.)

Das Bulletin des Internationalen Arbeitsamts (Jena, Gustav Fischer) sind Heft 4 und 5 des 10. Bandes, Jahrgang 1911, erschienen. Der Inhalt ist diesmal besonders interessant: Die Arbeiterschutzgesetze von Indien und Japan, neue Vorschriften für die Heimarbeit in England, die schweizerische Gesetzgebung über den Dienstvertrag (30. März 1911). Dazu eine sehr reichhaltige Bibliographie.

Soziale Zustände.

Konjunktur und Arbeiterentlassungen.

Als vornehmste Wirkung einer Krise auf die Arbeiterklasse ist die Abnahme ihres Beschäftigungsgrades zu bezeichnen; umgekehrt wird als Kennzeichen der Hochkonjunktur die Zunahme des Beschäftigungsgrades gelten. Hieraus scheint sich logisch zu ergeben, daß das Kennzeichen der Krise eine steigende Zahl der Arbeiterentlassungen, das Kennzeichen der Konjunktur aber die Abnahme der Arbeiterentlassungen ist. Die Richtigkeit dieses Schlusses nachzuprüfen ist man im Lande der obligatorischen Arbeiterkrankenversicherung sehr leicht in der Lage. In dem Jahresbericht des statistischen Amtes der Stadt Magdeburg hat sich Prof. Landsberg, der Direktor des Amtes, dieser Aufgabe unterzogen und ist dabei zu außerordentlich interessanten Ergebnissen gelangt, die, obwohl sie nur aus Magdeburger Material gewonnen sind, doch allgemeine Bedeutung haben. Die Untersuchung zeigt auch, daß das statistische Material unserer Krankenkassen bei weitem noch nicht genügend bei allgemeinen Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit beachtet wird, und vor allem, daß auch die Methode dieser Untersuchung einer Fortbildung fähig und bedürftig ist. Wir folgen der Untersuchung Prof. Landsbergs. Es heißt in dem Jahresbericht:

Der Höhepunkt der Konjunktur im Jahre 1906 hat nicht, wie man eigentlich erwarten sollte, eine Abnahme der Abmeldungen zur Folge, sondern umgekehrt eine Zunahme, während der tiefste Stand der Einstellungen (1908) zugleich auch den tiefsten Stand der Abmeldungen bringt. Es wird nicht ohne Interesse sein, diese Erscheinung an Hand einer Zusammenstellung der An- und Abmeldungen für die hauptsächlichsten der unterschiedenen Gewerbegruppen seit 1906 näher zu verfolgen:

Gewerbegruppen	Anmeldungen				Abmeldungen			
	1906	1907	1908	1909	1906	1907	1908	1909
A. Männliches Geschlecht:								
Metal- u. Maschinenindustrie	12861	10645	4994	4804	11582	10761	6867	4814
Nahrungsmittelindustrie	4218	3627	2866	2797	4285	3549	3014	2646
Baugeschäfte	11778	9100	10892	14679	12381	9231	10049	14019
Handelsbetriebe	6407	6779	5422	5885	6270	6464	5395	5212
B. Weibliches Geschlecht:								
Nahrungsmittelindustrie	8128	2911	2514	2981	2960	2817	2544	2845
Handelsbetriebe	8944	4186	4212	4818	3726	8840	3989	8998

Trotz aller Verschiedenheit der An- und Abmeldungen zeigt sich in allen Gewerbegruppen gewissermaßen gesetzmäßig: In den Zeiten der umfangreichsten Einstellungen erfolgen auch die stärksten Abmeldungen, in den Zeiten der niedrigsten Einstellungen die geringsten Abmeldungen. Maßgebend für die Bewegung des Beschäftigungsgrades der Arbeiter ist natürlich die Differenz zwischen Anmeldungen und Abmeldungen, denn diese bestimmt die Bewegung der Gesamtzahl der Beschäftigten, d. i. eben der gesamte Mitgliederbestand der Krankenkassen. Landsberg findet nun ein objektives Maß für die Häufigkeit der Abmeldungen, welches gleichzeitig ein Maß der Wahrscheinlichkeit ist, daß der einzelne Arbeiter im Laufe des Jahres entlassen wird. Er berechnet nämlich die Zahl der Abmeldungen auf 100 krantenversicherungspflichtige Arbeiter des mittleren Jahresbestandes und führt dann aus:

Im ganzen erscheint die Zahl der Abmeldungen überhaupt außerordentlich hoch, da 1906 auf 100 männliche krantenversicherungspflichtige Arbeiter rund 125, auf 100 Arbeiterinnen sogar 147 Abmeldungen entfielen und 1909 immer noch 101 bzw. 138. Die höchsten Zahlen weisen die Bauhandwerker und Arbeiter auf. In der Dristkrantenklasse der Maurer kamen 1909 beim männlichen Geschlecht auf 100 Pflichtmitglieder 426 Entlassungen, bei den Malern 321, bei den Zimmerern 228, und auch bei der Neustädter Klasse für Handwerk und Gewerbe findet sich infolge der Zugehörigkeit des Baugewerbes die Zahl von 287 %. Sehr hohe Zahlen der Abmeldungen weisen ferner auf die Gastwirtschaftsbetriebe (beim männlichen Geschlecht 202 auf 100 Pflichtmitglieder), die Fuhrgeschäfte (195), Tapezierer (184), Klempner (184), Gärtner usw. (160), Schuhmacher (146), Schneider (Drist- und Zunftkrantenklasse zusammen 103). Besonders niedrig stehen — von den Betriebskrantenklassen völlig abgesehen —, eigentlich nur die Bäcker; hier entfielen auf 100 männliche Pflichtmitglieder nur 28 Abmeldungen, während z. B. bei den Fleischern 109 gezählt sind. Daß nicht nur die Art des Gewerbes, sondern auch der Betrieb von Einfluß ist, zeigt ein Blick auf die Betriebskrantenklassen. Selbst die Baubetriebe weisen hier zwar hohe (175 auf 100 Arbeiter), aber doch erheblich niedrigere Zahlen auf als die Dristkrantenklassen für Bauarbeiter. Höher als 100 v. H. standen noch die Klassen der Zuckerraffinerien (124), während bei der Schokoladen- und Zichorienindustrie nur 35, bei den Brauereien sogar nur 8 Abmeldungen auf 100 männliche Arbeiter zu verzeichnen waren. Auch bei den Betrieben der Maschinenindustrie sind mäßige Zahlen beobachtet, so entfielen auf 100 Arbeiter bei den vier kleineren Betrieben (bis 500 Arbeiter) 34, den zwei mittleren Betrieben (500—1000 Arbeitern) 20, den 5 Großbetrieben sogar nur 18 Abmeldungen. Noch niedrigere Ziffern weisen die öffentlichen Betriebe der Post (13 v. H.) und Eisenbahn (3 v. H.) auf, während die Klasse der Stadt Magdeburg mit 96 Entlassungen (nach Abzug der Notstandsarbeiter 84) auf 100 männliche Mitglieder infolge der städtischen Saisonbetriebe (Garten-, Friedhöfe, Hafenverwaltung usw.) sehr hoch steht.

Das weibliche Geschlecht steht hinsichtlich der Abmeldungen in der Regel höher als das männliche, so bei der Gastwirtschaft (284 gegen 202), den Schneidern (158 gegen 103), den Betriebskrantenklassen der Zuckerraffinerien (142 gegen 124), der Schokoladen- und Zichorienfabrikation (102 gegen 35), der Dristkrantenklasse der graphischen Betriebe (99 gegen 56) usw. Etwas günstiger stehen die Frauen in der kaufmännischen Dristkrantenklasse (119 gegen 122), was auf die Andersartigkeit der Stellung im Berufsleben gegenüber dem männlichen Geschlecht zurückzuführen wird.

Eine genauere Untersuchung dieser Verhältnisse würde zur Voraussetzung haben, daß die Abmeldungen nach Ursache des Austritts (Kündigung des Arbeitgebers, des Arbeitnehmers usw.) getrennt werden könnten. So steht z. B. 1909 die Zahl der Abmeldungen bei der Tischlerklasse besonders hoch infolge eines Streiks, indem von den nachgewiesenen 862 Abmeldungen 253 auf den 8. Juli, den Beginn des Streiks, fielen. Von solchen besonderen Fällen abgesehen, wird jedoch nach dem bei den Arbeitslosenzählungen erlangten Material der größte Teil der Abmeldungen auf Entlassungen infolge Arbeitsmangels entfallen. Deshalb ist auch die Zahl der Abmeldungen bei den Saisongewerben besonders groß; aber auch sonst dürfte derjenige Teil der

Einstellungen, welcher nicht zu dauernder Beschäftigung, sondern nur für eine gewisse Zeit erfolgt, verhältnismäßig erheblich sein und, wie das Anschwellen der Anmeldungen mit dem Ansteigen der Einstellungen zeigt, gerade bei günstiger Konjunktur zunehmen. Im einzelnen wird das natürlich je nach der Art des Gewerbes und der Arbeit in sehr verschiedenem Grade der Fall sein, z. B. bei der von jedem ohne weiteres zu leistenden Arbeit in größerem Umfange vorzukommen als dort, wo besondere Fertigkeit und Übung erforderlich ist. Deshalb ist auch die Zahl der Anmeldungen beim weiblichen Geschlecht im allgemeinen größer als beim männlichen.

Diese Ausführungen Landsbergs werfen ein besonderes Licht auf die bekannte Organisation der Industrie, zu gewissen einfachen Einrichtungen, welche gegenüber der qualifizierten Arbeit natürlich die Mehrheit bilden, keinen Arbeiterstamm zu halten, sondern je nach Bedarf die Arbeitskräfte heranzuziehen und wieder abzulösen. Eine solche Organisation erfordert einen ständigen Stamm von Arbeitslosen selbst in der Zeit der Hochkonjunktur und sie funktioniert um so prompter, je besser die Arbeitsvermittlung organisiert ist. Daß in diesen Verhältnissen also der Arbeitsnachweis eine gewisse verschärfende Rolle spielt, ist nicht zu leugnen und auch schon von anderer Seite hervorgehoben.

Magdeburg.

Dr. Arthur Grünspan.

Die bessere Ausnutzung des Tageslichts, für die in England die Regelung durch einen eigenen Gesehtentwurf vorgeschlagen wird (Soz. Pr. XX, 202), beginnt jetzt auch in der deutschen Industrie erörtert zu werden. Ein Fachorgan der Textilindustrie, die in Berlin erscheinende „Textil-Woche“, behandelte die in England gemachten Vorschläge in wohlwollendster Weise und stellte die Frage auch für die deutsche Geschäftswelt in ihren Spalten zur Erörterung. Aus den Antworten deutscher Geschäftsleute, die bisher eingegangen sind, ist zu ersehen, daß grundsätzliche Einwände dagegen auch von diesen nicht erhoben werden. Geltend gemacht wird von verschiedenen Seiten, daß eine internationale Regelung der veränderten Tagesstunden unumgänglich wäre, und daß das ganze öffentliche Leben, Verkehrsmittel usw., daran teilnehmen müßte. Schließlich bemerkt ein bekannter Industrieller, daß am besten auch gleich die ganze englische Einteilung und ihre kürzere Arbeitszeit nachzuahmen wäre. Als eine große Erschwerung des gesamten Geschäftslebens in Deutschland, namentlich in Großstädten, wird allgemein das Fehlen einer einheitlichen Tagesordnung empfunden, was mit den verschiedenartigen für die Mahlzeiten angelegten Stunden in Zusammenhang steht.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeitgeber.

Der Dritte Internationale Bauarbeitgeber-Kongreß, der im Oktober 1911 in Rom abgehalten wird, soll sich mit folgenden Dingen beschäftigen: 1. Organisation der Arbeitgeber, Streiks, Aussperrungen, Streitversicherung, Tarifverträge. 2. Einschränkung der Arbeitszeit und deren Einwirkung auf die Produktivität des Arbeiters und die Höhe des Lohnes. 3. Baugewerbliches Fachschul- und Lehrlingswesen. Anschließend finden gemeinsame Studienreisen durch Italien statt. Die Teilnahme an den Veranstaltungen steht jedem Fachmann, nach vorheriger Anmeldung bei dem Internationalen Ausschuss in Brüssel, Großer Platz 6, frei.

Der erste allgemeine internationale Arbeitgeber-Kongreß für Industrie und Landwirtschaft findet Ende September in Turin statt. Folgende drei Hauptpunkte stehen auf der Tagesordnung: Die Arbeitgeberorganisationen und ihr gegenwärtiger Zustand, Taktik und Aktion; Von den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden, ferner: Die Arbeitgeber und die soziale Gesetzgebung.

Nimmt man die kürzlich abgehaltenen Beratungen der Stahlindustriellen aller Welt in Brüssel (Sp. 1278), die Internationale Vereinigung der Baumwollindustriellen, die in 16 Ländern Betriebe mit 7 1/2 Millionen Spindeln umfaßt, die Gesamtorganisation der Reederei-Firmen an der Nordsee hinzu, um nicht all die Einzelvereinbarungen der Arbeitgeberverbände der Nachbarstaaten im Baugewerbe, im Malergewerbe, im Hotelgewerbe und die engen Beziehungen zwischen den Arbeitgeberverbänden Österreichs, der Schweiz und Schwedens mit denjenigen Deutschlands zu erwähnen, so ergibt sich bereits ein ganz statisches Bild von der blau-gelben Internationale des Arbeitgebertums. Ob sie mehr leisten wird als die noch immer problematische gewerkschaftliche Internationale der Arbeiterschaft?

Das Rechtsverhältnis der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden hat der preussische Handelsminister in einem Bescheid an einen Regierungspräsidenten noch einmal genauer umschrieben, obgleich es nach dem Wortlaut und der praktischen Handhabung

des § 152 Abs. 2 G.D. eigentlich niemandem zweifelhaft sein sollte. Der Handelsminister erklärt,

„daß durch den Anschluß einer Innung an einen Arbeitgeberverband nur die Innung als solche Mitglied des Arbeitgeberverbandes wird, und daß daher die Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes für die einzelnen Innungsmitglieder keine unmittelbare Wirksamkeit haben. Was die fernere Frage anlangt, inwiefern die einem Arbeitgeberverband beigetretenen Innungen befugt sind, ihre Mitglieder zur Befolgung der Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes anzuhalten, so kommen hierfür neben den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen die Vorschriften der Gewerbeordnung über die zulässigen Aufgaben der Innung in Betracht. In dieser Hinsicht würde die Anwendung irgendwelcher Zwangsmittel seitens der Innung gegen ihre Mitglieder zur Durchführung einer von dem Arbeitgeberverband beschlossenen Aussperrung von Arbeitern mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Koalitionsfreiheit nicht vereinbar sein.“

Die eigentlich kritische Streitfrage, ob die Innungen, denen § 81 a Abs. 2 die Pflege eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen zur Pflicht macht, aus allgemeinen Innungsmitteln den gewöhnlich nach der Kopfzahl der Mitglieder oder der Gesellen gestellten Mitgliedsbeitrag zum Arbeitgeberverband bezahlen und an Kampfumlagen des Arbeitgeberverbandes für Aussperrungszwecke sich durch Innungszuschüsse beteiligen dürfen, ist durch diesen Bescheid des Handelsministers allerdings wieder nicht berührt und bisher überhaupt nicht öffentlich erörtert worden. Bei allen, die den Anschluß von Innungen an die Arbeitgeberverbände gutheißen, mag freilich eine begriffliche Scheu bestehen, diese Frage anzuschneiden, denn § 88 A.G.D. erklärt die Erhebung von Beiträgen durch die Innungen oder die Verwendung von Innungsmitteln „zu anderen Zwecken als der Erfüllung der statutarisch oder durch das Gesetz bestimmten Aufgaben der Innung“ ausdrücklich für unzulässig. Die Unterstützung eines Arbeitgeberverbandes und seiner Aussperrungskassen dürfte aber wohl niemand zu den statutarischen Aufgaben einer Innung erheben wollen. Denn Innungen sind öffentlich-rechtlich privilegierte Korporationen, die nicht einseitigen Interessen im Arbeitskämpfe tributär gemacht werden dürfen.

Ein Arbeitgeberverband für das deutsche Fleischer-gewerbe ist am 21. Juni in München auf der Tagung des Deutschen Fleischerverbandes ins Leben gerufen worden, nachdem ein Ausschuss des Fleischerverbandes sich seit einem Jahre mit den Vorberatungen dazu befaßt hatte. Der Münchener Tagung wurden folgende Satzungsentwürfe für den Verband und die Ortsgruppen vorgelegt.

Der Schutzverband soll eine Vereinigung der selbständigen Gewerbetreibenden des Fleischer-gewerbes sein; sein Sitz befindet sich am Sitz des Deutschen Fleischerverbandes. Der Schutzverband bezweckt den engen Zusammenschluß der Fleischerbetriebsinhaber zur Abwehr unberechtigter Forderungen gewerblicher Hilfskräfte, die Unterstützung seiner Mitglieder bei Lohnkämpfen sowie die Entschädigung von Mitgliedern bei unverschuldetem Boykott oder unverschuldeten Berufsverlusten.

Zur Erreichung dieses Zweckes sollen dienen: 1. Zusammenfassung der auf das gleiche Ziel gerichteten Ortsgruppen, die Gründung weiterer Ortsgruppen und Bildung von Unterverbänden; 2. Schaffung gemeinschaftlicher Einrichtungen zur Erreichung der Verbandszwecke, hauptsächlich die Ansammlung ausreichender Geldmittel zur Entschädigung seiner durch Streit, Berufsverlust und Boykott geschädigten Mitglieder. 3. Der Anschluß an andere Arbeitgeberverbände sowie an Einrichtungen, die gemeinsam von diesen zur Förderung der Verbandszwecke errichtet werden. Als Mitglieder können nur Angehörige des Deutschen Fleischerverbandes aufgenommen werden. Innerhalb des allgemeinen Verbandes werden an den einzelnen Orten Ortsgruppen gebildet. Streitigkeiten innerhalb des Schutzverbandes werden durch ein Schiedsgericht entschieden.

Damit hat der Deutsche Fleischerverband, der schon vor zwei Jahren in der amtlichen Statistik der Arbeitgeberverbände einmal als Arbeitgeberverband figuriert hatte, dann aber gestrichen worden war, weil er sich zu wenig als Kampfverband betätigte, seine Absicht, das Fleischer-gewerbe auch für die Aufgaben streif zu organisieren, anscheinend erreicht. Der Deutsche Fleischerverband selbst umfaßt über 40 000 Meister und Geschäftsinhaber und verfügt über die größte deutsche Fachzeitung.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Die Jahresrückschau des „Zentralblattes“ der christlichen Gewerkschaften verläumt nie, die großen Ereignisse der Arbeiterbewegung auch grundsätzlich und kritisch zu würdigen. Im letzten

Jahre 1910 verdienen nach Ansicht des Berichterstatters vor allem die großen Aussperrungen der Unternehmer im Baugewerbe und in der Werkstoffindustrie eine besondere Bewertung vom Standpunkt der Gewerkschaften aus. Der für die Arbeiter günstige Ausgang dieser beiden Hauptschlüsse, mit denen das vereinte Arbeitgeberium der ältesten und bestorganisierten Industrien die Gewerkschaften im Kern zu treffen suchte, insbesondere die Bereitschaft zu Vertragsverhandlungen bei dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, sind von den organisierten Arbeitern als ein überzeugendes Zeichen für die Macht des gewerkschaftlichen Gedankens begrüßt worden. Die pessimistischen Behauptungen von Prof. Harms-Riel, „daß die Gewerkschaften auf die Dauer gegen die gewaltigen Arbeitgeberorganisationen mit ihren unererschöpflichen Machtmitteln nicht aufkommen können“, erscheinen dem Jahresberichterstatter der christlichen Gewerkschaften gründlich widerlegt, wenn sich auch die Gewerkschaften durch die gegenteiligen Behauptungen des Prof. Adolf Weber-Köln, daß die Arbeitgeberverbände sich vorläufig und wahrscheinlich auch in ihrer Mehrheit dauernd schwächer zeigen als die Arbeiterorganisationen, nicht in falsche Sicherheit wiegen lassen werden. Durchs Klagen über den deprimierenden Ausgang der letzten drei großen Arbeitskämpfe sind, das wollen die Gewerkschaften nicht vergessen, schließlich doch wieder ausgleichungen in den Auf, daß die deutschen Industriellen nun mit doppelter Opferwilligkeit und Rücksichtslosigkeit den Plan verwirklichen müßten, „die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten“.

Die Auffassung der Unternehmer, daß ihnen der Staat mit gesetzgeberischer Hilfe gegen die Gewerkschaften beizubringen müsse, um die in schwieriger Konkurrenzstellung befindliche deutsche Industrie in ihrer Weiterentwicklung zu sichern, nennt das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in seinem Jahresrückblick außerordentlich kleinlich; obendrein stünde sie zu dem Verlangen der Unternehmer nach gesetzlichem Schutz für ihre eigenen Interessenorganisationen (Kartelle) in schneidendem Widerspruch. Einen Ausweg aus den gegenwärtigen unbefriedigenden Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erblickt das christliche „Zentralblatt“ nur darin, daß die Industriellen sich endlich bereit finden, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen sich an einen Tisch zu sachlicher Aussprache zu setzen, dadurch das bereits vorhandene Verständnis der Arbeiterschaft für die Stellung der Industrie fördern und so dem Demagogentum in der Arbeiterbewegung das Konzept verderben.

Das christliche Zentralblatt wendet sich in seinem Bericht der Tarifvertragsfrage als einem zweiten Problem zu, das im letzten Jahre bemerkenswerte Erscheinungen gezeigt habe. Es verurteilt nämlich scharf die abfällige Art und Weise, wie einzelne radikale Gewerkschaftsblätter sich über die Tarifverträge und die Vertragspolitik der Gewerkschaften ausgelassen haben. Uns scheint, daß man den starken Worten des „Zimmerers“ und des „Vereinsanzeigers“ (der Maler) nicht allzugroßes Gewicht beimessen darf, sondern sich vielmehr an die Taten der Zimmerer- und der Malerorganisation auf tarifvertraglichem Gebiete halten sollte; sie weisen einen anderen Entwicklungsgang der Dinge als die einseitigen strategischen Predigten einzelner Beamten, bei denen der Wunsch und die Gesinnung mitunter die sozialökonomische Einsicht überwiegen. Sehr richtig bemerkt übrigens auch das christliche Zentralblatt:

„Unser Wirtschaftsorganismus und das gewerbliche Leben sind viel zu kompliziert, als daß sie sich nach Diktat oder mit einigen Kraftworten regulieren ließen.“

Weiter heißt es dann zur Kennzeichnung des Standpunktes der christlichen Gewerkschaften:

„Für die christlichen Gewerkschaften ist der Tarifvertrag nicht lediglich eine Machfrage: Für sie ist er vielmehr eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung.“

Eine dritte wichtige Frage für die christlichen Gewerkschaften war im Jahre 1910 die Regelung des Verhältnisses zu den katholischen Fachabteilungen, zu dessen Verschärfung auch ausländische Intriganten eifrig beigetragen hatten. Die christlichen Gewerkschaften ließen sich, wie der Jahresbericht sagt, durch alle Quertreibereien ihrer Gegner im kirchlichen und weltlichen Lager nicht betören, sondern hielten ihnen eine autoritative kirchliche Kundgebung entgegen, „daß aus religiösen Gesichtspunkten heraus an dem Charakter und der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften nichts auszusetzen sei“.

Im übrigen, so möchte die Redaktion der „Soz. Praxis“ hier anmerken, wäre diese ganze Streitfrage, wie sich christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zueinander stellen sollen, angesichts der zahlenmäßigen Schwäche der Fachabteilungen, unwesentlich, wenn nicht hinter den Fachabteilern die ganze Berliner

Richtung der katholischen Arbeitervereine und der Einfluß ihrer hohen kirchlichen Gönner ständen. Die ziffernmäßige Ausdehnung der katholischen Fachabteilungen war erst jüngst von dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Beder-Berlin in der „Köln. Volksztg.“ auf 17 180 Mitglieder (gegen 18 500 im Vorjahr) mit 227 000 M. Einnahmen und 107 000 M. Vermögen geschätzt worden. Die Ziffern sind verschwindend klein, verglichen mit denen der christlichen Gewerkschaften, und weisen überdies nach Beders Schätzung eine rückläufige Bewegung aus.

Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den katholischen Arbeitervereinen Westdeutschlands ist andauernd gut, zu den konfessionellen Jugendvereinen hat es sich günstiger und enger gestaltet.

Schließlich sucht der Jahresbericht das ablehnende Verhalten des christlichen Bergarbeiterverbandes gegenüber der Aufforderung des bei den Knappschafts- und Sicherheitsmännerwahlen überraschend siegreichen „alten“ Bergarbeiterverbandes, mit ihm eine gemeinsame Lohnbewegung zu veranstalten, zu rechtfertigen: Die Mitglieder des alten Verbandes seien bei solchen Bewegungen unberechenbar und hätten sich vielleicht durch sozialdemokratische Rabulistik in einen unvorbereiteten, großen und aussichtslosen Kampf hineintreiben lassen. Infolge der einmütigen Ablehnung des christlichen Verbandes mußte der alte Verband bekanntlich die Bewegung verlagern.

* * *

Im Jahresdurchschnitt 1910 zählten die christlichen Gewerkschaften 295 129 Mitglieder gegen 270 751 im Vorjahre (Zunahme 24 376 = 9 %). Bis zum Schlusse des Jahres 1910 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf 316 115 gegen 280 061 am Vorjahrschluß, Zunahme 36 054 = 12,8 %.

Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften betrug am Jahreschluß:

Jahr	Mitglieder	Jahr	Mitglieder
1901	84 497	1906	260 040
1902	84 667	1907	284 649
1903	91 440	1908	260 767
1904	118 917	1909	280 061
1905	191 690	1910	316 115

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1911 hatten die christlichen Gewerkschaften eine weitere Zunahme von rund 30 000, so daß ihr gegenwärtiger Mitgliederbestand sich zwischen 340 000 und 350 000 bewegt. Am meisten nahmen 1910 zu: Metallarbeiter (9861), Zementarbeiter (9869), deutsche Eisenbahnhandwerker und Arbeiter (8014), Holzarbeiter (2095), Tabakarbeiter (1824) und Bergarbeiter (1121).

Auch die Klassenverhältnisse haben sich sehr gut gestaltet.

Bei sämtlichen christlichen Gewerkschaften zusammen:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1901	895 867	209 538	197 592
1905	2 448 122	2 150 511	1 249 408
1909	4 612 920	3 848 504	5 865 888
1910	5 490 994	4 916 270	6 118 710

Die Ausgaben entfielen hauptsächlich auf Streit- und Gemäßigungsunterstützung (1910: 1 239 500 M., 1909: 489 023 M.), Krankengeld (1910: 634 469 M., 1909: 647 723 M.), Agitation (588 596 M. — 448 218 M.), Verbandsorgan (420 039 M. — 404 050 M.), Sterbegeld (205 013 M. — 197 089 M.) und Verwaltungsausgaben (204 145 M. — 198 452 M.). Der Bauarbeiterkampf hinterläßt seine Spuren in der Streitunterstützungssumme. Nur im Jahre des Bergarbeiterkampfes, 1905, waren sie einmal annähernd so hoch (1 000 320 M.). Sonst überwog fast immer die Summe der übrigen Unterstützungen die Ausgaben für Streit- und Gemäßigungsunterstützung.

Eine Neuerung im Einnahmewesen ist die Einführung von Beitragsklassen für jugendliche Arbeiter (meist wöchentlich 10 Pf.), die sich zahlreich für die Mitgliedschaft gewinnen ließen. Im übrigen bestehen meist Staffelleistungen, die bis zu 80 Pf. und 1 M. für die Woche hinaufreichen.

Wie die Streitunterstützungsausgaben schon anzeigten, war das Jahr 1910 für viele christliche Gewerkschaften eins der bewegungsreichen. Die Verbände der großindustriellen Gewerbe haben begonnen, aus ihrer Reserve hervorzutreten, und ein Teil der Verbände für die handwerksmäßigen Berufe sah nahezu die Hälfte bis zu zwei Dritteln ihrer Mitgliedschaft in Bewegungen verwickelt.

Den Löwenanteil von den Bewegungen beanspruchte die Tarifbewegung in den handwerksmäßigen Berufen. Vor allem im Baugewerbe. Die Erscheinungen des Kampfes und seine Lehren für alle Beteiligten wie für die gesamte Volkswirtschaft bilden noch heute den Gegenstand leidenschaftlicher Erörterung.

Eine Gegenüberstellung der nicht friedlich verlaufenen Bewegungen läßt auf beiden Seiten die Angriffsluft wiederum etwas gesteigert erscheinen — die Aussperrung im Baugewerbe natürlich außer acht gelassen.

Das Gesamtbild der Bewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren, war folgendes, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Jahre 1910 insgesamt 2113 Streiks mit 155 680 Beteiligten und 1115 Aussperrungen mit 214 129 betroffenen Arbeitern amtlich gezählt worden sind.

	Beteiligte Personen			
	1909	1910	1909	1910
Angriffstreiks . . .	112	182	2 686	4 766
Abwehrtreiks . . .	75	55	1 772	1 454
Aussperrungen . . .	49	53	2 552	16 156

Charakteristisch ist besonders der Rückgang und fast verschwindende Anteil der Abwehrtreiks, dessen Hauptkontingent auf die Metallindustrie entfällt, während im Vorjahre Textilindustrie und Baugewerbe den Hauptanteil gestellt hatten. In der großen Steigerung der Angriffstreiks spiegelt sich das Streben der organisierten Arbeiter wieder, die Verluste während der wirtschaftlichen Krise mit dem Eintritt einer besseren Geschäftslage wettzumachen. Verhältnismäßig sind die meisten Angriffstreiks in den handwerksmäßigen Berufen zu verzeichnen, was mit den fortgeschrittenen Organisationsverhältnissen und der damit bedingten größeren Nachstellung der Arbeiterschaft zu erklären ist. In der Großindustrie ist mit der Inszenierung eines Streiks auch stets eine viel größere Verantwortung im Hinblick auf die Konsequenzen verbunden, und dieser Verantwortung sind sich die Arbeiterführer — wenigstens im christlichen Lager — voll und ganz bewußt. Aus der wesentlich häufigeren Offensive der Arbeiter resultiert auch die Steigerung der Zahl der Aussperrungen, von denen der Löwenanteil auf die Bauarbeiter entfällt.

Die meisten Kämpfe drehten sich natürlich um Lohnforderungen, darnach um Arbeitszeitverkürzung; häufig waren sie aber auch zur Abwehr von Verschlechterungen geboten. Der Ausgang war:

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Angriffstreiks . . .	48	79	32	85	30	18
Abwehrtreiks . . .	25	28	22	17	27	15
Aussperrungen . . .	18	18	25	25	6	9

Die materiellen Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit kommen in den Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die das Zentralblatt statistisch zusammenstellt, und in den Fortschritten auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens zum Ausdruck. Im Jahre 1910 wurden von christlichen Berufsverbänden insgesamt 453 Tarifverträge abgeschlossen, gegenüber 188 im Jahre vorher. Die Zahl der Tarife, an denen die christlichen Gewerkschaften am Jahreschluss überhaupt beteiligt waren, stieg von 785 auf 957. Eine Anzahl dieser Verträge, so im Maler- und Baugewerbe, sind Bestandteile der jeweiligen Reichstarife.

Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften wirkt am Schlusse seines Jahresberichts Blicke in die Organisationspraxis der einzelnen Verbände; insbesondere geht es auf die Kämpfe des Gutenbergbundes um seine Stellung gegenüber dem Buchdruckerverband und auf die Ergebnisse des bayerischen Eisenbahnerverbandes ein.

Der Jahresbericht klingt in zukunftsfrohe Worte aus und ermuntert die Streiter im christlichen Gewerkschaftslager vorwärts zu arbeiten, eingebettet der großen Lösung, die Freiherr v. Werlepp während des Kölner Kongresses den christlichen Gewerkschaften zugerufen hat: zu ringen um die volle Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit den im Besitz der Macht befindlichen Klassen, ohne Klassenkampf, aber doch in dem Bewußtsein, daß der Arbeiterstand bisher von Staat und Gesellschaft noch nicht erhalten hat, was er zu verlangen hat!

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, den man als Grund und Eckstein der christlichen Gewerkschaften bezeichnen kann, hielt vom 10. bis 12. Juli seine Generalversammlung unter Leitung seines Vorsitzenden Köster ab, der in seiner Begrüßungsansprache betonte, so notwendig eine getrennte Ständes- und Interessenvertretung von Unternehmern und Arbeitern sei, so brauche sich diese Scheidung doch nicht zum Klassenkampf auszuwachsen. Der Geschäftsbericht verweist auf die guten Folgen der im Jahre vorher beschlossenen Trennung von Reichsschutz und Agitation; ebenso bewährte sich die Auszahlung sämtlicher fahrgangsgemäßer Unterzählungen durch die Hauptkasse, damit sei eine Eriparnis von 60 000 bis 70 000 M. erzielt worden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse von 1910 rund 83 000, die Mitgliederbeiträge 1,4 Mill. M., für Reichsschutz wurden 75 000 M. aufgewendet; dank dieser Einrichtung wurden in den letzten beiden Jahren an Renten usw. an 418 000 M. nachgeliefert. Über die Sozialpolitik in den Parlamenten sprach Abgeordneter Behrens: die Grundforderung des Reichsberggesetzes stehe immer wieder auf die Ablehnung der Regierungen, so müsse man

jede Gelegenheit benutzen, um nach und nach einer reichsgesetzlichen Regelung der Bergarbeiterangelegenheiten näher zu kommen. Die Besprechung des Zeichenverbandsnachweises habe heilsam gewirkt. Die Reichsversicherungsordnung bringe für die Bergleute einige Verbesserungen dadurch, daß die Vertreter zu den Knappschaftskassen in geheimer Wahl zu bestellen und auch Invaliden wählbar sind, wenn sie Beiträge zahlen. Für das Arbeitskammergesetz müsse an der Wahl der Berufsvereinsbeamten festgehalten werden. Ergänzend wies Abgeordneter Imbusch auf die Änderungen der Berggesetze in Bayern, Sachsen, Elsaß-Lothringen und einigen kleineren Staaten hin: überall diene das preussische Vorgehen als Muster und so komme man allmählich zu einer Gleichartigkeit der Berggesetzgebung im ganzen Reiche. Verbessert werden müßten noch vor allem die Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, die Arbeitszeit, das Knappschaftswesen, die Beteiligung der Arbeiter an der Grubentkontrolle und bei der Lohnfestsetzung. Sehr eindringlich sprach Effert über die Jugendblinden, um deren Gewinnung und Organisation sich die christlichen Gewerkschaften eifrig bemühen müßten; den konfessionellen Jugendvereinen soll damit keine Konkurrenz gemacht werden. Resolutionen fordern die Erhöhung der Löhne in den Staatsgruben des Saargebietes, die Einschränkung der Überstunden, die Wahrung der Freizügigkeit, die paritätische Handhabung der Arbeitsvermittlung. Eine Rede des Redakteurs G. Imbusch über Zweck und Aufgabe der christlichen Bergarbeiterbewegung, die sich durch ihren vermittelnden Ton auszeichnete, bildete den Höhepunkt der Tagung. Der Gewerbeverein vertrat nachdrücklich die wirtschaftlichen Interessen der Bergleute, er erstrebe ihre geistige und sittliche Erhebung. Aber er stelle nur durchführbare Forderungen, er suche nicht die Industrie zu schädigen, er gehe auf friedlichen Wegen vor, scheue aber auch den Kampf nicht. Die Stellung und Funktion der Unternehmer werde gebührend gewürdigt. Doch die Gleichberechtigung bei der Festsetzung des Arbeitsvertrags müsse man erringen. Die christliche Organisation gehe selbstständig vor; sie stehe fest auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung; die Rechte anderer Berufsstände respektiere sie; parteipolitisch sei man neutral, aber Gegner der Sozialdemokratie, der Gewerbeverein stehe auf christlichem Boden, halte aber fest an der Interkonfessionalität, dabei ständen die Katholiken wie die Evangelischen treu zu ihrer Konfession; er erstrebe eine Verständigung zwischen Bildungschrift und Arbeiterchaft. In der Aussprache wurde die Ablage an die Sozialdemokratie noch verschärft. Die nächste Generalversammlung ist in zwei Jahren.

Gewerkschaftsfragen vor den Zentralverbandsvorständen. Eine gut besuchte Vertreterkonferenz der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände, die am 13. und 14. Juni in Berlin wiederum stattgefunden hat, besprach den neuerdings von dem Konsumgenossenschaftsverbande angeregten Plan, gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften Volksfürsorge zu treiben und ein genossenschaftliches Unterstüßungswesen als Konkurrenz gegen die kapitalistisch ausbeutenden Volksversicherungsunternehmungen zu organisieren, für das die Gewerkschaften vor allem die Werbearbeit besorgen sollten. In Großbritannien blüht die genossenschaftliche Volksversicherung bereits seit einigen Jahren. Ein Entwurf zur Verwirklichung solchen Planes auf deutschem Boden, den ein Ausschuss seit einiger Zeit vertreten hatte, lag der Konferenz der Zentralverbände vor und fand ihre grundsätzliche Zustimmung. Der Dresdener Gewerkschaftskongress hat gemäß den Beschlüssen der Konferenz inzwischen über diese Frage entscheidend beraten.

Dem ersten Verhandlungspunkt folgte ein Vortrag von Leipzig (Holzarbeiterverband) über das Recht des Tarifvertrags, der eine umfangreiche Stoffsammlung zu dieser Frage enthielt. Der Vortrag wird gedruckt den Gewerkschaftsbeamten zugänglich gemacht werden. Ferner beschloß die Konferenz den Beitritt der Generalkommission zur Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, deren Gründungsversammlung in Paris die Generalkommission 1910 beschiedt hatte (vergl. Soz. Pr. Sp. 437).

Zur Frage der Kartellbeiträge für Gewerkschaftshäuser legte die Generalkommission entsprechend einem früheren Auftrag das Ergebnis einer Umfrage vor. Die Konferenz vertagte auch die Beschlußfassung, bis die Generalkommission bestimmte Vorschläge zur Lösung der Frage ihr unterbreiten wird.

Über Grenzstreitigkeiten zwischen dem Brauereiarbeiterverband und den Maschinisten und Heizern erzielten die Mitglieder der Konferenz in längerer Aussprache mit den Vertretern beider Gruppen eine Verständigung auf der Grundlage eines ausführlichen Kartellvertrages. Er besagt u. a. folgendes:

Für Maschinisten und Heizer, die überwiegend im Kessel- und Maschinenraum beschäftigt werden, ist der Verband der Maschinisten und Heizer zuständig, während diejenigen Maschinisten und Heizer, die überwiegend mit Brauereiarbeiten beschäftigt werden, zum Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter gehören. Der gegenwärtige Besitzstand wird gewahrt. Den Brauerei- und Mühlenarbeitern, die dauernd zur Tätigkeit im Kessel- und Maschinenraum übergehen und bereits Mitglied des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter sind, steht es frei, in ihrem alten Verbands zu bleiben oder überzutreten. Die Arbeits-

vermittlung soll durch örtliche Vereinbarungen geregelt werden. Vor der Einleitung von Lohnbewegungen hat, wenn beide Organisationen in Frage kommen, eine Verständigung zwischen den Verbänden stattzufinden.

Zwischen den übrigen mit dem Brauereiarbeiterverbände in Grenzstreitigkeiten befindlichen Handwerkerorganisationen sollen Vereinbarungen auf der gleichen Grundlage getroffen werden. Die Verhandlungen zwischen den Brauereiarbeitern und den Transportarbeitern haben noch nicht zum Ziele geführt.

Hauptversammlungen freier Gewerkschaften.

10. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (6. bis 10. Juni 1911 in Mannheim). Mitgliederbestand 1910: 464 016, jetzt über 500 000 (vergl. Sp. 1128); Hauptgruppe: Schlosser (etwa 27 v. H.). Starke Fluktuation (1910: 209 166 Zugänge gegen 118 499 Abgänge); immerhin eine Besserung gegen früher. Im Anfang der Verhandlungen wirkten die Erörterungen über „Massen und Führer“ (Sp. 879) stark nach, als vom Verstarbeiterstreik und den mit ihm zusammenhängenden innergewerkschaftlichen Streitigkeiten gesprochen wurde. Dann wurde zur Frage der Verschmelzung mit dem Schmiedeverband Stellung genommen und dazu beschlossen, in der Organisationsform jedenfalls keine Änderung eintreten zu lassen, da die bestehende Form allen Berufen, dem Kleinsten wie dem größten, gerecht werden könne. — Ein Antrag, die Arbeitsruhe am 1. Mai intensiver als bisher zu propagieren, wurde mit 124 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden aber auch Anträge, in der „Metallarbeiterzeitung“ die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage nur noch referierend zu behandeln, sowie in ihr auf die schädliche Wirkung des Alkohols hinzuweisen. — Ferner wurde ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge ohne jede Ausnahmegewährung beschlossen. — Ein Vortrag über die Arbeitsvermittlung in der Metallindustrie zeitigte eine Entschiedenheit, in der „trotz der ihnen heute noch anhaftenden Mängel paritätische Arbeitsnachweise als gute Ansätze zur Erzielung praktischer Einrichtungen für die Arbeitsvermittlung angesehen werden“, während den Arbeitgeber nachweisen entschiedener Kampf angesagt wird. In der Diskussion war einerseits geltend gemacht worden, die Parität in den paritätischen Nachweisen sei nicht weit her und es bestehe kein Anlaß, sich für sie allzusehr zu erwärmen; andererseits aber war von einigen Arbeitgeber nachweisen erzählt worden, es werde dort mit Gummischlauch und Revolver seitens der Beamten vorgegangen. Ein Antrag, von den Gemeindevorständen den paritätischen Nachweisen zu fordern, wurde abgelehnt. Dem Vorstand überwiesen wurde ein Antrag, die Mobellischler zum Übertritt in den Metallarbeiterverband zu veranlassen.

Die 12. Hauptversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen (München, 9.—12. Juli) beschäftigte sich eingehend mit dem Verhältnisse der Lagerhalterorganisation zum Zentralverband deutscher Konsumvereine. Sie lehnte mit erdrückender Mehrheit einen Antrag auf Aufhebung der sogenannten Leipziger Resolution ab, in der gesagt wird, die Zustimmung zum Dienstvertrag müsse davon abhängig gemacht werden, ob der Zentralverband Entgegenkommen in seinem bisherigen § 8 zeige; dort wird bestimmt, der Lagerhalter habe auf Überschüsse aus der Mantovergütung für Verluste wegen Schwund- und Diebstahlverlusten oder endschuldigen Irrtums, die nicht durch ein Manko am Ende einer Abrechnungsperiode gebraucht sind, keinen Anspruch. Die Lagerhalter verlangen die Übertragung des gesamten Überschusses und Defizits auf das nächste Geschäftsjahr oder Übertragung von beiden in Höhe von 1/3 %; es sei eine stillschweigende Forderung, daß Überschüsse den Lagerhaltern ebenso zugute kämen wie sie etwaige Verluste tragen müßten. Die Debatte förderte mancherlei Angriffe gegen die Konsumvereine, die nur mit dem Hinweis zurückgewiesen wurden, auch diese Genossenschaften könnten sich dem ganzen kapitalistischen Systeme nicht entziehen. Im übrigen wurde betont, die Leipziger Resolution mache ja den Abschluß von Tarifverträgen nicht unmöglich, sondern stelle nur Mindestbedingungen auf, denen bei einzelnen Vereinen auch bereits entsprochen worden sei. Auch ein Vortrag über die Konsumvereine als Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung zeitigte wiederholt Angriffe auf den Zentralverband; die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien noch sehr oft keineswegs musterhaft, und auch das Koalitionsrecht werde noch mitunter verweigert. Endlich hand noch die Verschmelzungsfrage zur Debatte. Ein Vertreter der Transportarbeiter erklärte die Verschmelzung mit seinem Verband für unmöglich, während der Handlungsgehilfenverband seine Bereitwilligkeit zur Aufnahme des Lagerhalterverbandes ausdrücken ließ. Für diese Verschmelzung wurden einstimmig Verhandlungen beschlossen, in denen noch die einzelnen Übertrittsbestimmungen erörtert werden sollen. — Die Stellenlosenunterstützung des Lagerhalterverbandes soll in Zukunft bei einem Jahr Mitgliedschaft in den ersten vier Wochen 15 M betragen; später steigt die Zahl der Wochen, nicht die Höhe der Unterstützung.

Der Landarbeiterverband, der vor zwei Jahren neben dem Fabrikarbeiterverbande sich als selbständige freie Gewerkschaft der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter aufgetan hat, zählt trotz der kurzen Zeit des Bestehens Anfang 1911 schon 11 282 Mitglieder in 425 Ortsgruppen, die sich auf 5 Agitationsbezirke verteilen: Gau Westelbisch-Pommern (2051 Mitglieder), Gau Mitteldeutschland (2948 Mitglieder),

Gau Bayern (2001 Mitglieder), Gau Südwestdeutschland (1800 Mitglieder), der Gau des Verbandsvorstandes (übriges Deutschland) (2487 Mitglieder). Von den bestehenden 425 Ortsgruppen werden bereits 400 von den Mitgliedern selbst verwaltet, während die Verwaltung der übrigen von Vertrauensleuten aus anderen Arbeiterverbänden besorgt wird. Das Verbandsorgan „Der Landarbeiter“ erscheint gegenwärtig zu 20 000 Stüd. Die Agitation erfordert erhebliche Mittel, da sie auf dem Lande mehr Schwierigkeiten bietet als in Städten. Zusammen mit den Arbeitgebern suchen Amtsvorsteher und Gendarmen die verhasste Organisation vom Lande fernzuhalten. Den Wirten, so heißt es im Bericht, wird verboten, ihr Lokal herzugeben, und mehrfach versuchten die Behörden, die Organisation zu einer politischen zu stempeln und wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz strafend einzuschreiten. Unter 10 anhängigen Straffällen mußten die Gerichte, teils erst in zweiter Instanz, siebenmal die Polizeibehörden durch freisprechende Urteile belehren, daß auch dem Landarbeiterverbande gegenüber das Gesetz zu beachten ist. Erhebliche Arbeitsverbesserungen konnte der Verband bereits vereinzelt für die Mitglieder erzielen. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von 1136 M. Das Unterstützungswesen erstreckt sich auf Krankheit, Mähregelung und freien Rechtsschutz. Insgesamt wurden durch den Verbandsvorstand bis jetzt 661 Rechtsschutzfälle behandelt, von denen 318 vollständig erledigt sind, während 243 Fälle noch schweben. Die Mehrzahl der Fälle bezieht sich auf Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, Forderungen an Reklamationen, Deputat, Entschädigungen wegen rechtswidriger Entlassung und ähnliches. In 59 Fällen konnte mit vollem Erfolg auf dem Wege der Klage, bei einzelnen auch durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber die Summe von 2968 M für die Mitglieder herausgeholt werden. Es handelte sich meist um Beträge zwischen 20 und 50 M, die aber auf dem Lande bei den sehr niedrigen Parlöhnen für den einzelnen sehr ins Gewicht fielen. In Straffachen konnte 13mal ein Freispruch erzielt werden. Ebenso konnte in 50 Fällen, die die Arbeiterversicherung betreffen, mehr oder weniger Erfolg erzielt werden.

Streiks und Aussperrungen.

Der Formerstreik in Pommern beendet. Das Gewerbegericht Udermünde hat den Wünschen der Arbeiter auf Einbeziehung des Ortes Wolgast in die Verhandlungen (Sp. 1285) und auf Zulassung der Organisationsvertreter als Vertrauensmänner stattgegeben und in 9 stündiger Verhandlung eine Einigung erzielt. Vereint ist:

1. die 14tägige Kündigungsfrist wird bis zum 1. Januar 1912 versuchsweise aufgehoben; dann finden nötigenfalls neue Verhandlungen hierüber statt;

2. die Lohnberechnung findet 14tägig, die Lohnzahlung Freitag statt. Ein Abschlag in voller Höhe des verdienten Wochenlohns (Lohnperiode: Mittwoch früh bis Dienstag abend) wird ohne besonderes Verlangen jedem Arbeiter an den Freitagen der Zwischenwochen ausbezahlt;

3. die Lohnerhöhung erfolgt: a) im Afford durch betriebsweise Vereinbarungen, wobei Hand- und Rohrformer in Torgelow dann in ihren Löhnen aufgebessert werden sollen, wenn sie bisher weniger als 5 M täglich verdienten, in Udermünde und Pasewalk, wenn sie weniger als 4,50 M verdienten; für Maschinen- und Plattformer sind die entsprechenden Sätze 4,50 und 4 M; für die Wolgaster Stahlformer ist 6 M vorgelesen; b) bei Stundenlohn durch Aufbesserung aller Löhne unter täglich 3 M um 8 v. H., zwischen 3 M und 4,50 M um 5 v. H.;

4. bei neuen Affordpreisen wird der Verdienst des Arbeiters während der drei letzten Lohnperioden zugrunde gelegt und gewährleistet; alte Affordpreise dürfen nur bei Änderungen an der Arbeit oder Arbeitsmethode herabgesetzt werden; unverschuldeter Ausbruch wird in voller Höhe des Affordverdienstes bezahlt.

Die beiden Organisationen haben diesen Vereinbarungen zugestimmt.

Ein Streik der Feldarbeiterinnen ist im Dorf Geismar bei Göttingen ausgebrochen. Sind an sich Landarbeiterstreiks noch eine Seltenheit in Deutschland im Vergleich besonders mit den zahlreichen Landarbeiterstreiks im südlicheren Europa, so verdient der Geismarer Streik auch wegen seiner Streiturfsachen besondere Beachtung. Die sogenannten Tagelöhnerfrauen in Geismar bekommen für schwere Feldarbeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr eine Mark. Aber die Frauen fordern nicht mehr Lohn; sie wollen nur ihre Arbeitszeit statt um 7 Uhr schon um 6 Uhr beenden, da ihnen sonst für ihre häuslichen Pflichten keine Zeit bleibt. Es handelt sich hauptsächlich um Frauen, deren Männer in Göttingen arbeiten. Da die Männer infolge der großen Entfernung von der Arbeitsstätte meist mittags kein warmes Essen bekommen, ist es nötig, daß die Frauen abends eher zu Hause sind, damit sie noch kochen können. Und dann wollen auch die Kinder, die den ganzen Tag sich selbst überlassen sind, ihre Mutter einmal haben. Da die Gutsbesitzer die Arbeitszeitverkürzung ablehnten, so kam es in mehreren Betrieben zur Arbeitseinstellung. Nur in fünf Betrieben ist der Sechshrfeierabend bewilligt worden. Die übrigen Besitzer drohen

mit der Einstellung von polnischen Arbeitern, obwohl diese 1,20 M für den Tag bekommen.

Eine Massenaußsperrung in Norwegen ist die schwere Folge eines Zwists im Eisenerzbau; einige Gruben hatten vor Jahresfrist mit organisierten Arbeitern Firmentarife abgeschlossen, die von der zentralen Unternehmervereinigung nicht sanktioniert wurden, weil die Löhne „zu hoch und zu detailliert“ waren. Die Arbeitgeberorganisation kündigte zugleich sämtliche Bergwerksverträge und zog die Verhandlungen monatelang hin. Die Arbeiter verlangten Abschluß derselben bis zum 8. Juni; als die Unternehmer keinerlei Entgegenkommen zeigten, reichten 3000 Bergarbeiter ihre Kündigung ein und forderten 5 Dere stündliche Lohnerhöhung und Erlass des bisherigen geringen Lohnes von 18 Dere durch einen solchen von 22 Dere. Die Unternehmer wollen 2 1/2 Dere stündlich zugestehen und den geringsten Lohn auf 23 Dere erhöhen. Neben diesen Veränderungen wollen die Arbeitgeber freilich in Einzelfällen auch die Beibehaltung und vertragliche Festlegung bisheriger Löhne oder gar Lohnkürzungen durchsetzen. Nach dem Scheitern neuer Verhandlungen begann der Kampf, den die Arbeiter mit einem strengen Alkoholverbot für alle an ihm beteiligten Arbeiter unterstützten. Die Unternehmer begannen nun systematisch einen Ausspernungsplan durchzuführen und sperrten am 8. Juli zunächst 16 000 Arbeiter in 96 Betrieben aus; es handelt sich um Sägewerke und Hoblereien, Zellulose- und Papierfabriken und Holzschleifereien; am 15. Juli sollte die Aussperrung auf insgesamt 235 Betriebe mit zusammen 32 000 Arbeitern erweitert werden. Freilich stieß der Beschluß der Zentralvereinigung vielfach auf Widerstand, zumal in den beteiligten Industrien größtenteils Tarifverträge gelten, die nun durch die Aussperrung einfach durchbrochen werden mußten. Auch wurden durch die Beschlässe des Unternehmerverbandes besonders diejenigen Maschinenfabriken schwer betroffen, die die Geräte für den Walfang bis zum Frühjahr fertigstellen sollten. Diese Firmen drängten zu einer Vermittlung. Neue Verhandlungen, welche die Regierung unter Vorsitz eines aus dem Stortingspräsidenten Halvorsen und dem Sozialistenführer Dr. Erichsen bestehenden Ausschusses zwischen einem Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmervertretern eingeleitet hat, drohen aber zu scheitern, weil die Arbeitgeber nicht nur den Bergarbeiterzwist in einen Vergleich einbeziehen wollen, sondern auch eine ganze Reihe anderer, mit dem derzeitigen Kampfe in keinem ursächlichen Zusammenhang stehender Arbeitsstreitigkeiten bei dieser Gelegenheit mit regeln wollen; die Arbeiter lehnen dies vorerst noch ab.

Große Arbeitskämpfe im Baugewerbe des Auslandes spielen sich jetzt in Paris und in Schweden ab. Das schwedische Baugewerbe stand kürzlich vor einer Tarifierneuerung, die indessen nicht zustande kam, besonders weil die Arbeiter die von den Arbeitgebern geforderte Vertragsdauer von 5 Jahren für zu lang erachteten. Der staatliche Einigungsbeamte bemühte sich nun wiederholt um friedliche Beilegung des Streites; er verfaßte einen neuen Vorschlag, der die 5jährige Tarisdauer beibehielt und allmähliches Steigen der Löhne vorsah. Die Arbeitgeber waren trotz schwerer Bedenken mit diesem Vorschlag einverstanden, während die Arbeiter ihn ablehnten; sie hätten sich schließlich der 5jährigen Tarisdauer gefügt, hätten aber die Lohnstaffel für ungünstig. Nachdem dieser Versuch gütlicher Einigung erfolglos geblieben war, sperrten am 10. Juli die Arbeitgeber einen wesentlichen Teil der Arbeiterschaft aus; die Zahl wird sehr verschieden angegeben; sie scheint jedoch die von den Unternehmern angekündigte Höhe von 40 000 bisher kaum zur Hälfte zu erreichen. — Dagegen übertraf die anfänglichen Erwartungen an Ausdehnung der in denselben Tagen entstandene Streik der Bauarbeiter in Paris. In wenigen Tagen erreichte er die Zahl von 65 000 unter 80 000 überhaupt in Frage kommenden Arbeitern. Anlaß war das Zwischenmeister-System, gegen das auch der Kammer ein Antrag vorliegt, sowie die Forderung des Meinstenbetrags. Zwischen Polizei, Arbeitswilligen und Streikenden sind schwere Zusammenstöße erfolgt. Unter starkem Polizeischutz sind am 17. Juli nach dreitägiger Pause die Bauplätze wieder geöffnet worden.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Anpassung der Ortskrankenkassen an die Reichsversicherungsordnung

Es war wohl die Wichtigkeit dieser Frage, die dem diesjährigen 18. Deutschen Ortskrankentag (Dresden, 10.—12. Juli) eine so starke Beteiligung aus allen deutschen Gauen zugeführt hat.

322 Kassen waren durch 749 Abgeordnete vertreten, darunter auch zahlreiche Vertreter der Arbeitgeber. Außerdem nahmen gegen 50 Gäste an den Verhandlungen teil, unter ihnen Vertreter des Reichsversicherungsamts, des sächsischen Staatsministeriums, der sächsischen Landesversicherungsanstalt, sowie der Kreishauptmannschaft und der Stadt Dresden. Die ganze Tagesordnung war von der oben genannten Frage beherrscht. Eine Reihe von Berichten wurde zu den verschiedenen Einzelpunkten erstattet. Besonders erfreulich war dabei das auf allen Seiten hervortretende Bestreben, trotz der Einwände, die man gegen die neue Reichsversicherungsordnung zu erheben hatte, als sie im Stadium der parlamentarischen Verhandlung war, nun mit den Tatsachen der abgeschlossenen Gesetzgebung zu rechnen und die neuen Bestimmungen so durchzuführen, wie es nur irgendwie das Interesse der Versicherten erheischt. So betonte auch der Vorsitzende, Fräulein Dr. Dresden, in seiner Eröffnungsrede, daß jetzt an Stelle der Kritik die Belehrung einzusetzen habe. Er übermittelte dem Kongreß die Grüße des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann, der in der vergangenen Woche in Dresden war und das Heim der Ortskrankenkassen besucht hatte. Bei dieser Gelegenheit habe der Präsident die nachdrückliche Versicherung abgegeben, daß er alles tun werde, um auch mit den Ortskrankenkassen in ein ebenso gutes Verhältnis zu treten wie mit den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten.

Zur Sache selbst sprach zunächst Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal und zwar über die behördliche Organisation, die Aufsicht, die Rechtshilfe und die Strafvorschriften.

Der Redner besprach die grundsätzlichen Änderungen gegenüber dem früheren Zustand. Die neue Organisation setzt an die Stelle der bisherigen Zersplitterung und Unklarheit gemeinsame Unterlagen für die Gesamtheit der sozialen Versicherung. Es ist ein gemeinsamer Unterbau vorhanden.

Bei der Frage der Aufsicht betonte der Redner, daß die Aufsicht zu den Kassen in keinem Vorgesetztenverhältnis stehe; die Aufsicht erstreckt sich nur auf die Geschäftsmäßigkeit, nicht auf die Zweckmäßigkeit von Kassenanordnungen. Darum steht auch künftig der Aufsichtsbehörde gegenüber der Verwaltung der Krankenkassen weder das Recht der Kritik noch das Recht des Tadelns zu. Sie habe auch nicht das Recht, Krankenkassenangestellte und Kassenvorstände wegen ihrer politischen oder religiösen Ansichten an sich zu verfolgen. Von großer Bedeutung seien die neuen Bestimmungen über die Rechtshilfe. Zur Rechtshilfe verpflichtet sind alle Versicherungsträger, aber auch die Gerichte. Der Gegenstand der Rechtshilfe ist jedoch lediglich der Vollzug der Reichsversicherungsordnung. Hier wird ein Rechtsschutz für den Arbeitnehmer durchgeführt, indem er gegen alle Benachteiligungen geschützt wird, die ihm aus der Verrichtung eines Ehrenamts bei den Krankenkassen entstehen, ferner ist der Versicherte geschützt durch die Verpflichtung der Geheimhaltung von Krankheiten, die er während des Versicherungsverhältnisses erleidet. Dem Schutze der Versicherten entspricht aber auch ein Schutz der Unternehmer gegen den Verrat von Geschäfts- und Betriebsereignissen. Die vermögensrechtliche Haftung des Unternehmers bei hinterzogenen Beträgen ist nach den neuen Bestimmungen dahin erhöht worden, daß er eine Strafe bis zum fünffachen Betrage der hinterzogenen Summen zu zahlen hat.

Bei dem Punkt Umfang der Krankenversicherung wies der Berichterstatter Bureauvorstand Frenzel-Dresden darauf hin, daß es Aufgabe der Kassen wäre, die neuen, versicherungsberechtigten Kreise so schnell als möglich heranzuziehen, um spätere Streitigkeiten und Nachzahlungen zu vermeiden. Durch die Presse, Merkblätter usw. müsse hier Belehrung in die betreffenden Kreise getragen werden.

Weiter behandelte der Geschäftsführer der Kasse Berliner Kaufleute Albert Rohn die Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten und entwarf dabei ein großzügiges Bild von einer anzustrebenden geradezu idealen Wirksamkeit der Krankenkassen.

Er bezeichnete als Fortschritt des Gesetzes, daß es den Kassen das Recht einräumt, auch Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Dieses Recht sollten die Kassen möglichst ausnützen, denn die vorbeugenden Maßnahmen könnten einer der wichtigsten Zweige der sozialen Versicherung werden. Die Mittel zur Verhütung von Krankheiten seien vielfältig. Um aber zu erkennen, was zu verhüten ist, müsse eine sorgsame Krankenstatistik mehr als bisher gepflegt werden. Wichtig seien ferner die Vorschriften, die den Kassen erlauben, ihre Schutzmaßnahmen auch auf die Umgebung des Erkrankten auszudehnen. Den Krankenkassen sei damit die Möglichkeit eingeräumt, Hilfe und Beratung durch Krankenschwestern und Krankenpfleger zu gewähren, auch in den Fällen, wo eine Krankenhausbehandlung geboten, aber nicht ausführbar ist. Die Kassen dürften sich nicht an die Mindestleistungen halten, denn die Krankenkassen sind nicht dazu berufen, ihre Reservesfonds zu stärken. Es müsse aus diesem Gesetze nun herausgeholt werden, was für die Versicherten herauszuholen ist.

Als solche über das Mindestmaß hinausgehende Leistungen führte Redner namentlich die Fürsorge für die Genesenden an, sowie die Erweiterung des Mutterschutzes, soweit es die Vorschriften über die Wochenhilfe nur irgend gestatten.

Bei der Krankenkontrolle wird mehr und mehr die Mitarbeit der Frau notwendig, denn die Kranken- und Hauspflege und die Gewährung von Stillgeld setzt weibliche Kontrollbeamte voraus. Redner bespricht weiter die Maßnahmen der Krankenkassen im Kampfe gegen den Alkoholismus, die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten, den Lupus und vor allem den Krebs. Hier muß durch Merkblätter Aufklärung unter den Mitgliedern verbreitet werden, vielleicht im Zusammenarbeiten mit gemeinnützigen Gesellschaften, wie dem Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Verabfolgung von Desinfektionsmitteln müsse kostenlos erfolgen. Den gemeinnützigen Milchausschankstellen müssen die Krankenkassen Unterstützung zuteil werden lassen, ebenso den Erholungsstätten und den Nacht-Walderholungsstätten.

In dem letzten Vortrage des ersten Verhandlungstags behandelte Kassenvorsitzender Wittl-München die Leistungen der Kassen.

Er besprach ausführlich die neuen Bestimmungen über Krankengeldzahlung und Krankenhausbehandlung im Vergleiche zu dem früheren Zustande. Er legte ferner den Kassen nahe, von dem Rechte keinen Gebrauch zu machen, die Landarbeiter dort, wo keine Landkassen bestehen, nicht aufzunehmen.

Am zweiten Verhandlungstage sprach zunächst Kassenvorsitzender Pollender-Leipzig über die Träger der Krankenversicherung und die Kassenverbände; es sei jetzt die Möglichkeit gegeben, in der Zentralisation des Kassenwesens einen Schritt weiter zu kommen.

Kassenvorsitzender Gräf-Frankfurt a. M. behandelte die Neuordnung der Verfassung der Kassen.

Er kritisierte namentlich die Bestimmung, daß die Versicherten aus den Kassen auscheiden müßten, sofern ihr Einkommen über 4000 M. steige. Diese Vorschrift, die auf Betreiben der Ärzte in die Reichsversicherungsordnung gekommen sei, beraube den Versicherten, der vielleicht lange Jahre Beiträge geleistet habe, seiner wohlverdienenen Rechte. Auch sei ja nie gesagt, ob das Einkommen nicht wieder unter die 4000 M.-Grenze sinke. Auch für die Kassen sei diese Vorschrift ein Nachteil, denn die Versicherten mit höheren Einkommen seien ihre besten Risiken. Der Redner behandelte ferner ausführlich die Vorstandswahl. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu seiner Einigung über die Person des Vorsitzenden kommen, greift die Behörde ein. Redner hofft jedoch, daß beide Teile zu der Erkenntnis kommen werden, daß die Krankenkassen ein Institut sind, in dem nach besten Kräften nur zur Unterstützung der Kranken gewirkt werden muß. Sollte man sich 25 Jahre lang in 99 Fällen von 100 geeinigt, so werde das auch weiter möglich sein. Auch würden es die Arbeitnehmer ganz gern sehen, wenn die „Dornenkrone des Vorsitzenden“ auch der Arbeitgeber einmal übernimmt. Der Arbeitgeber wird da allerdings in einer viel schwierigeren Lage sein als der Arbeitnehmer, weil dieser der Vertrauensmann der Versicherten ist, die umgekehrt dem Arbeitgeber bei all seinen Maßnahmen viel eher Mißtrauen entgegenbringen. Bei den Vorschriften über die Arbeitgeberwahlen für die Vorstandsämter bemängelte der Redner, daß die Großindustriellen gegenüber den Kleinrentnern ein zu starkes Übergewicht erhalten, da das Verhältniswahlssystem in diesem Falle nicht geeignet sei, ein richtiges Bild der Vertretung zu geben.

Justizrat Meyer-Frankenthal besprach sodann das Beamtenrecht.

Das geltende Recht zwischen den Angestellten und den Krankenkassen beruhte auf den Grundsätzen des Privatvertrags. Beide Teile waren in der Ausgestaltung des Dienstvertrags unbeschränkt. Von diesem Grundsatz der Vertragsfreiheit haben die Krankenkassen anfänglich ausgiebigen Gebrauch gemacht. Es ist erst allmählich eine freiwillige Beschränkung der Vertragsfreiheit nach der Richtung eingetreten, daß die Verträge zu Tarifverträgen würden und einen sozialen Inhalt erhielten. Der Redner bespricht dann eingehend die vom Gesetze neu geforderte Dienstordnung. Die Krankenkassen müssen möglichst klare Bestimmungen in die Dienstordnung hineinbringen, um Streitigkeiten zwischen den Beamten und den Kassen zu vermeiden. Es wird hier Aufgabe des Zentralverbandes sein, möglichst bald eine Musterdienstordnung auszuarbeiten. Die vom Gesetze vorgeschriebenen Dienstordnungen dürfen nicht die politische und religiöse Beteiligung der Beamten außerhalb ihres Dienstes treffen; die Vorstände sind aber zur Entlassung der Beamten verpflichtet, wenn ein Beamter seine Dienstzeit und sein Dienstverhältnis zu religiöser oder politischer Betätigung mißbraucht. Wenn die Vorstände nämlich die Bestimmungen des Gesetzes nicht anwenden, können sie vom Oberaufsichtsamt dazu angehalten werden. In Zukunft wird die Anstellung von Beamten auf Kompromissen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruhen. Es muß eine Übereinstimmung beider Teile stattfinden, wenn nicht das Versicherungsamt eingreifen soll. Ein Tarifvertrag im engeren Sinne wird nicht möglich sein, aber es werden immerhin gewisse Vereinbarungen zwischen den Organisationen möglich sein. Die Befürchtungen der Angestellten in bezug auf Gehalt, Ruhegehalt usw. werden sich nach Ansicht des Redners nicht als zutreffend erweisen. Man darf die Zu-

versicht hegen, daß eine vernünftige Aufsichtsbehörde in Deutschland sich nicht dagegen wehren wird, daß die Dienstverträge einen sozialen Inhalt haben. Man kann sich auch nicht vorstellen, daß die erworbenen Rechte in bezug auf Gehalt von den Aufsichtsbehörden beseitigt werden.

Der Vortrag und die Erörterung über das Verhältnis zu den Ärzten (Berichterstatler Starke-Dresden) gestaltete sich hauptsächlich zu einer Auseinandersetzung für und wider das System der freien Arztwahl. Der Hauptvertreter der Richtung für die freie Arztwahl, die aber im Zentralverband der Ortskrankenkassen in der Minderheit ist, war Pollender-Leipzig, der Hauptvertreter der Gegner dieses Systems war außer dem Vortragenden auch Frähdorf-Dresden. Die Leipziger Ortskrankenkasse hat die freie Arztwahl eingeführt und die besten Erfahrungen damit gemacht. Pollender, als Vertreter dieser Klasse, ist in Wort und Schrift für die freie Arztwahl eingetreten, und sein Material wird häufig vom Leipziger Ärzteverband, der im wirtschaftlichen Kampfe mit den Ortskrankenkassen steht, benutzt. Abgeordneter Frähdorf hatte nun die Stellungnahme Pollenders kritisiert und behauptet, daß die guten Erfahrungen der Leipziger und der mit ihr gleichgesinnten Kassenvorstände nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen seien, daß die Haltung der auf anderem Standpunkte stehenden Kassen die Ärzte gewissermaßen noch in Schach halte. Pollender wollte sich das Recht, die Erfahrungen der größten deutschen Krankenkasse der Allgemeinheit zugänglich zu machen, nicht nehmen lassen. Nachdem dieser Zwischenfall erledigt war, sprach Bureauvorstand Frenzel (Dresden) über Haushaltsplan und innere Einrichtung:

In sehr ausführlichem Vortrage erörterte er die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, die den Krankenkassen die Pflicht der Aufstellung eines Haushaltsplans auferlegen, sowie das Wesen und die Organisation des Haushaltsplans. Er schloß mit dem Wunsche, daß die deutschen Ortskrankenkassen bei Aufstellung ihrer Richtlinien möglichst gleiche Wege gehen möchten, damit auch die finanzielle Seite der Sache möglichst einheitlich und damit möglichst überflüssig gestaltet werde.

Das Verhältnis der Krankenkassen in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber gegenüber ihren Angestellten betraf der Bericht des Tarifamts über die fernere Gestaltung des Tarifvertrags. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung sind Tarifverträge in der früheren Form zwischen Kassen und Angestellten nicht mehr möglich. Doch ist zur Umgestaltung eine Frist von zwei Jahren gegeben. Die tarifarischen Abmachungen mit den Angestellten müssen jetzt in die Dienstordnung hineingearbeitet werden und diese muß so beschaffen sein, daß sie die Genehmigung der Aufsichtsbehörde findet. Die Angestellten wünschten, daß der Ende dieses Jahres ablaufende Tarif, wenn auch nicht in der Form, so doch seinem Inhalt nach, wieder erneuert und einige den Angestellten günstige Änderungen hinsichtlich Gehalt und Ründbarkeit getroffen werden. Die geschäftsführende Kasse Dresden und andere wünschten dagegen, daß die Tariffrage überhaupt auf zwei Jahre vertagt wird. Zur Vorberörterung war ein Ausschuß eingesetzt, der auch mit der Vertretung des Angestelltenverbandes verhandelte. Es sind von beiden Seiten Vorschläge gemacht, unter denen jene der Kassenverwaltung auch eine Erhöhung von 100 M. auf jede Gehaltsklasse vorsehen. Es ist in den beiderseitigen Beratungen ein Vermittlungsvorschlag zustande gekommen, der das Mindestgehalt, Dienstalterszulagen und die Mitwirkung der Angestellten bei Durchführung und Festsetzung der Vereinbarungen mit ihnen festlegt.

Bei den Vorberatungen hatten sich jedoch zwei Streitpunkte herausgestellt.

Die Vertreter der Beamtenorganisation verlangten, daß die Anstellung von Kassenbeamten Sache der Tarifvertretung sein soll. Die Mitglieder der Kommission waren aber der Ansicht, daß die Anstellung der Beamten Sache der Kassenverwaltung sein und bleiben muß. Der zweite Streitpunkt betraf die Entlassung. Die Reichsversicherungsordnung sieht eine beschränkte lebenslängliche Anstellung erst vom 11. Dienstjahre an vor, während die Organisation der Angestellten sie schon vom 1. oder mindestens vom 3. Dienstjahre an durch tarifarische Vereinbarung verlangt.

Nach längeren Verhandlungen kamen jedoch beide Teile überein, daß sofort Verhandlungen über eine den neuen Verhältnissen entsprechende Dienstordnung geführt werden, bei denen jedoch die beiden Forderungen der Bureauangestellten zurückgestellt werden. Die Vertreter der letzteren erklärten, daß sie erst ihre Organisation fragen müssen, aber dabei persönlich sich in dem angegebenen Sinne betätigen wollen. Demgegenüber erfolgt wiederum die Zusicherung, daß die zugesagte Gehaltserhöhung auf jeden Fall erfolgen solle, ganz gleich, welchen Verlauf die übrigen Verhandlungen über die Dienstordnung nehmen würden.

Aus den weiteren Verhandlungen sei noch erwähnt, daß der Verband der Ortskassen Musterkassungen ausarbeiten wird für die

künftige Gestaltung der Ortskrankenkassen, und der Präsident des Reichsversicherungsamts, Geheimrat Dr. Kaufmann, hat zugesagt, daß diese in seinem Amte geprüft werden sollen. Auch das Reichsversicherungsamt wird übrigens derartige Zeichnungen ausarbeiten, und man will dabei Kassenvertreter zuziehen. Es wurde ferner beschlossen, beim Bundesrate vorstellig zu werden, daß er eine einheitliche Statistik bei den Krankenkassen veranlaßt. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Köln gewählt.

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Träger der Invalidenversicherung (vergl. Reichs-Arbeitsblatt Nr. 4, April 1911) betrugen Ende 1910 937 Millionen Mark, sie haben sich also seit 1904 mehr als verdoppelt. Von den 937 Millionen waren 124,1 zurückgezahlt, so daß der tatsächliche Bestand an Anlagen 812,9 Millionen Mark beträgt. Während 1904 die gemeinnützigen Anlagen rund 32,7 v. H. des 1160,4 Millionen Mark betragenden Gesamtvermögens sämtlicher Versicherungsträger ausmachten, waren es 1909 45,9 v. H. von 1574,1 Millionen Mark. Von den bis Ende 1910 verwendeten 937 Millionen waren 59,9 Millionen Mark für eigene Veranstaltungen der Versicherungsträger (Lungenheilstätten, Sanatorien, Krankenhäuser, Invalidenheime) ausgegeben worden. — Die gewährten Darlehen umfassen die drei Gruppen: Wohnungsdarlehen, Darlehen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege.

Die Darlehen zum Baue von Arbeiterfamilienwohnungen betragen im ganzen 801,3 Millionen Mark, jene zum Baue von Ledigenheimen (Hospizen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.) 18,9 Millionen Mark, so daß bis zum Schlusse des Jahres 1910 820,1 Millionen Mark für diese Zwecke ausgeliehen waren, wovon etwa 39,6 Millionen Mark auf das Jahr 1910 entfallen. Die Darlehensempfänger sind in vier Gruppen zerlegt. An Genossenschaften, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen sind 200,2, an weitere Kommunalverbände, (Provinzen, Kreise, Gemeinden, Sparkassen und sonstige Anstalten oder Verbände des öffentlichen Rechts 39,9, an Arbeitnehmer (Versicherte) 63,1 und an Arbeitgeber 16,6 Millionen Mark ausgeliehen worden. Es gewährte die Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz 56,9, Hannover 34,9, Westfalen 33,7, Königreich Sachsen 25,3, Baden 22,6, Württemberg 17,9, die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Pommerschen Eisenbahngemeinschaft 14,7, Hessen-Raffian 13,7 Millionen Mark.

Die Darlehen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses wurden hergegeben für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur, Aufforstung, Wegebau, Kleinbahnen, Hebung der Viehzucht, Linderung der Futtermittelnot usw. Sie betrugen bis Ende 1910 109,9 Millionen Mark. Dieser Betrag stellt aber nicht die ganze Summe der von den Versicherungsträgern zugunsten der ländlichen Bevölkerung hergegebenen Mittel dar, da die für den Arbeiterwohnungsbau ausgegebenen Beträge auch die Darlehen zur Verbesserung des Wohnungsbedürfnisses ländlicher Arbeiter umfassen und von den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtsleistungen ein Betrag von über 198 Millionen Mark auf Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern entfällt. Mittelbar ist die Landwirtschaft noch dadurch gefördert worden, daß eine größere Anzahl von Versicherungsträgern landschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihepfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. im Nennwerte von 126,3 Millionen Mark angekauft haben.

Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege wurden 447,4 Millionen Mark ausgegeben. Davon entfallen 97,0 Millionen auf den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, auf Heilstätten, Invaliden- und Erholungsheime, sowie auf die Kranken- und Invalidenpflege überhaupt. 152,3 Millionen sind zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen und Friedhöfen ausgegeben. Die zur Hebung der Volksbildung bewilligten Darlehen machen 82,3 Millionen aus. Dazu kommen 115,9 Millionen für sonstige Wohlfahrtszwecke. In dieser Gruppe befinden sich namentlich Darlehen zum Baue von Gas- und Elektrizitätswerken, Lokal- und Straßenbahnen, für Straßen-, Kanal-, Hafen-, Brücken-, Damm- und Uferwerksbauten, für Flußregulierungen, Erwerbung von Wasserrechten, Vermeidung von Hochwasserschäden, Bau von Fallsperrn sowie zur Förderung des Gewerbes, ferner Darlehen zum Baue von Kirchen, kirchlichen Gemeindehäusern, christlichen Vereins- und Versammlungshäusern, Heimen für Gemeindeschwestern, Lehrerinnen, Seemannsheimen usw. Ferner finden sich hier Darlehen zur Errichtung von Kleinkinderbewahranstalten, Waisenhäusern, Kochschulen, Armenhäusern, Arbeiterkolonien, Kretinenanstalten, Rettungshäusern für gefallene Mädchen und gefährdete Kinder, für Spar- und Konsumvereine, Volkstheater, Badeanstalten, Feuerlöschwesen und für Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

An der Spitze steht die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen mit 86,2, dann folgt Westfalen mit 48,1 Mill. Mark. — Von den 320,1 Mill. Mark, die für die Arbeiterwohnungsfürsorge bis Ende 1910 ausgeliehen wurden, sind 46,3 Mill. Mark, also

etwa 14,5 % nicht mündelsicher angelegt. Auf dem Gebiete der allgemeinen Wohlfahrtspflege stehen dem Gesamtaufwande von 447,4 Mill. Mark nur 6,9 Mill. Mark, d. h. etwa 1,5 % nicht mündelsichere Anlagen gegenüber.

Bei den eigenen Veranstaltungen der Versicherungsträger zugunsten der Versicherten handelt es sich um 37 Lungenheilanstalten, 35 Sanatorien, Genesungs-, Kranken- und Erholungshäuser und 13 Invalidenheime, in denen rund 7700 Betten zur Aufnahme von Kranken und Invaliden vorhanden sind, ein Zentralarbeitsnachweisgebäude (Berlin), ein Geschäftsgehilfenheim (Baden), eine Walderholungsstätte (Rheinprovinz) und 5 Doppelhäuser mit 128 Familienwohnungen und 10 Häuser mit 120 Wohnungen der Arbeiterpensionskasse der Sächsischen Staatsbahnen und der Pensionskasse der Reichseisenbahnen. Nahezu der dritte Teil der eigenen Aufwendungen (18,2 Mill. Mark) entfällt auf die eigenen Veranstaltungen der Landesversicherungsanstalt Berlin; dann folgt Schlesien mit 4,5 Mill. Mark. 8 Versicherungsträger (darunter 4 Kaffeeanstalten) haben bisher eigene Heilanstalten oder sonstige Wohlfahrtsanstalten noch nicht ins Leben gerufen.

Ein gemeinverständlicher Führer durch die deutsche Arbeiterversicherung nach der Reichsversicherungsordnung, der sich zur Massenverbreitung eignet, ist von Geh. Reg.-Rat Düttmann, dem Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, im Verlage von Stefan Seibel, Altona (S.-A.) herausgegeben worden. Geheimrat Düttmann, der den Lesern der „Sozialen Praxis“ durch seine wertvollen kritischen Beiträge zu den Beratungen über die Reichsversicherungsordnung wohl bekannt ist, hat in diesem „Leitfaden“ auf 46 Seiten ungefähr das zusammengefaßt, was der nichtfachmännlich Gebildete von dem Wesen, dem Aufbau und den Leistungen der Sozialversicherung in ihrer neuesten Gestalt wissen muß. An eine kurze geschichtliche Einleitung schließt sich also eine knappe Darstellung der Einrichtungen der Versicherung; sodann wird die Frage für die drei Versicherungsweige beantwortet: wer muß sich versichern und wer kann sich versichern? Es folgt die Schilderung der Beitragsordnungen und der Leistungen für die drei Versicherungsweige und die Kennzeichnung des Weges, auf dem man die Ansprüche geltend machen muß. Hinweise auf besondere Pflichten der Arbeitgeber und der Versicherten beschließen das kleine Heft, dessen Benützung durch ein Schlagwortverzeichnis noch erleichtert wird. Das Heftchen kostet 30 Pf., 50 Stück werden zu 13,50 M., 100 Stück zu 25 M. abgegeben.

Über den Umfang der Heilungskosten bei Betriebsunfällen hat das Reichsgericht (III. 185/10) ein interessantes Urteil gefällt.

Ein im Dienste verunglückter Oberpostkassener hatte im Klagewege vom Fiskus den Ersatz der Kosten für täglich 1 1/2 Liter Milch, zwei Eier und kräftigere Fleischkost, die er wegen seines Lungenleidens habe aufwenden müssen, verlangt, da die Oberpostdirektion erklärt hatte, sie sehe sich nicht in der Lage, dem Beamten diese Beträge weiterhin zu zahlen. Der ärztliche Sachverständige hatte vor dem Landgericht ausgeführt, der Beamte bedürfe bei der Art seines Leidens auch weiterhin der Stärkung, es genüge aber, wenn ihm einen Tag um den andern erhöhte Beträge zu seiner Ernährung bewilligt würden. Das Landgericht hatte deshalb dem Kläger, wenigstens die Hälfte der verlangten Summe zugesprochen. Das Oberlandesgericht Köln aber war über diese Bezüge hinausgegangen und hatte auf Zahlung von mehr erkannt, indem es ausführte: Es sei zweifellos, daß der Beamte an einem Lungenleiden frante, daß er im Dienste sich zugezogen habe. Zur Behebung müßten ihm als Heilungskosten jederzeit Mittel geboten werden, die entweder überhaupt notwendig oder nach der besonderen Art des Leidens und den Lebensverhältnissen des Beamten erforderlich seien. Bei der Frage, inwieweit das Leiden des Klägers durch erhöhte Fleischkost behoben werden könne, müsse das Gutachten des Arztes den Vorzug erhalten, der den Kläger von jeher behandelt habe. Dieser habe ausgeführt, daß der körperliche Schwachzustand des Beamten der Entwicklung seines Leidens gefährlich werden könne. Um diesen Zustand zu kräftigen, genügten die vom Landgericht zugesprochenen Beträge nicht, deshalb seien dem Kläger alle die Summen zu erlegen, die er auf Anordnung seines Arztes zur Kräftigung seines Körpers angewendet habe.

Die Revision des Fiskus wurde vom Reichsgerichte zurückgewiesen.

Betriebsunfall infolge einer „Gefahr des täglichen Lebens“. Eine recht bemerkenswerte Feststellung zu dieser alten Streitfrage findet sich in dem Bericht der Reichstagskommission über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Es heißt dort (§. 28 Abs. 4):

„Ein Abgeordneter sprach, ohne Widerspruch zu finden, seine Genehmigung aus über neuere (im Bd. 3, S. 586 der Neuauflage des Handbuchs der Unfallversicherung veröffentlichte) Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts, wonach die reichsgerichtliche Unfallversicherung sich auf alle Gefahren erwidert, die der Betrieb bietet, und wonach hierzu auch die „Gefahren des täglichen Lebens“ gehören, sofern der Versicherte infolge seiner Betriebs Tätigkeit ausgesetzt ist. Öffent-

lich lasse sich das Reichs-Versicherungsamt durch noch so starke Treibereien bestimmter einflussreicher Kreise von dieser, dem Sinne der Gesetzgeber ungewissenhaft entsprechenden Rechtsprechung, nicht wieder abbringen."

Gemeint waren die Bestrebungen gewisser übereifriger berufsgenossenschaftlicher Geschäftsführer, sowie die offenbar von ähnlicher Seite herrührenden Presseäußerungen, die von der Knappschafts-Berufsgenossenschaft im „Kompas" (1910, S. 26 ff.) veröffentlicht wurden. Nach der einmütigen, von Regierungsseite nicht widersprochenen und somit auch von ihr wohl gutgeheißenen Auffassung der Kommission steht es also nunmehr als der Wille der Gesetzgeber fest, daß Fälle, wie sie den Gegenstand der von der Kommission angeführten Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts und des Reichsgerichts gebildet haben, Betriebsunfälle sind.

Ein Arbeiter erleidet demnach einen Betriebsunfall, wenn er bei der Betriebsarbeit von einer verirrten Kugel getroffen, auf einem Betriebsgang von einem Geistesgestörten oder Betrunklenen angegriffen oder von einer über die Straße laufenden Kuh überrannt wird, wenn ihn bei der Betriebsarbeit oder auf einem Betriebswege ein Insekt sticht oder der Blitz erschlägt, ohne daß nach dem Grunde gesucht zu werden braucht, wie die Kugel, der Geistesgestörte, der Betrunkene, die Kuh, das Insekt und der Blitz gerade in den Betrieb und zu dem betreffenden Arbeiter gekommen sind.

Als man für das Gebiet der Unfallversicherung in der früheren Rechtsprechung den Begriff der „Gefahr des täglichen, gewöhnlichen Lebens" schuf, stand man zweifellos unter dem Einfluß des Reichs-Gesetzpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871, das eine Verpflichtung zum Schadenersatz dann ausschließt, wenn der Unfall durch höhere Gewalt verursacht worden ist. Eine solche Einschränkung ist aber dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz fremd, denn nach seinem klaren Wortlaut versichert es den Arbeiter „gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle". Heute ist man endlich wieder zu dem klaren Gesetzer selbst zurückgekehrt, und diese neue Rechtsprechung sowie eine authentische Interpretation tragen in verständiger Weise auch dem natürlichen Empfinden des Versicherten Rechnung, dem es unbegreiflich sein muß, daß ein Unfall „bei dem Betriebe" nicht vorliegen solle, wenn er mit gesundem Körper in den Betrieb hineinkam und ihn mit einer darin erlittenen Verletzung wieder verließ.

Niddorf.

Affessor Lange.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Wirksamkeit der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt läßt sich an der Hand des Tätigkeitsberichts für die Zeit vom 1. April 1910 bis 1911 verfolgen. Bedauerlicherweise ist in dieser Zeit ein ständiger Rückgang der Mitgliederzahl erfolgt, eine Erscheinung, die ihren Grund teils in dem mangelnden Verständnis weiter Kreise für die Arbeit der Zentralfstelle haben mag, teils auch darin, daß die Richtung führender Persönlichkeiten dieses Instituts den Anschauungen mancher Mitgliedergruppen nicht entspricht. Die heftigen Anfeindungen der Zentralfstelle durch die von Dr. Al. Tille inspirierten Großindustriellen des Südwestens sind ein Zeugnis dafür. Die Tätigkeit der Zentralfstelle kommt vor allem in Konferenzen und zahlreichen Veröffentlichungen — von denen bekanntlich einige wie Concordia und Volksbildungsarchiv periodischen Charakter tragen — zum Ausdruck. Einen Begriff von der mehr praktischen Arbeit der Zentralfstelle gibt andererseits die Tatsache, daß sie im Berichtsjahre schriftlich in 514 Fällen, mündlich aber sehr viel häufiger Auskunft erteilte. Die letzte Informationsreise der Zentralfstelle führte nach Südwestdeutschland, wo im Anschluß an kommunale und private gewerbliche Betriebe zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen in Augenschein genommen wurden. Auf der letzten Konferenz in Elberfeld (Sp. 1265 ff.) wurde das Thema: Behrungsweisen und Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses erörtert; hierzu waren die Unterlagen im Wege einer umfassenden Erhebung bei den geeigneten Organen unserer Volkswirtschaft besorgt worden. Auf dem Gebiete der Bauberatung und der Organisation der Wohnungsreform wurde ein Ausschuß gebildet, der in seinem Mitgliederkreise die Vertreter geeigneter Körperchaften umschließt. Eine seiner nächsten Aufgaben ist die Einrichtung provinzieller Zentralen für Wohnungsreform und Bauberatung. — Die Abteilung II der Zentralfstelle kann sich im Jahresberichte rühmen, daß sie von den meisten Organisationen für Jugendpflege als der Mittelpunkt ihrer Bestrebungen in Deutschland angesehen wird. Die Erweiterung ihrer Sachkommission durch Aufnahme solcher Persönlichkeiten, die auf den Sondergebieten des Volksbildungswesens führend sind, bezeichnet die diesem gewidmete Abteilung als das für sie bedeutsamste Ergebnis des verfloffenen

Jahres. Aus einer Konferenz, die im Mai veranstaltet wurde und vielseitige Teilnahme fand, ging eine Kommission für den Kampf gegen die Schundliteratur hervor, die alsbald ihre praktische Wirksamkeit beginnen soll. Die Abteilung für Gesundheitspflege war im letzten Jahre wesentlich mit der Fertigstellung einer umfangreichen Schrift über „Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung" beschäftigt, die auch von einigen Ministerien verschiedener Bundesstaaten zur Verteilung an geeignete Behörden bezogen wurde. Dies läßt erhoffen, daß die zuständigen Organe für die ländliche Gesundheitspflege der Ernährungsfrage ihre Aufmerksamkeit zuwenden werden. Ferner wurde im Berichtsjahre eine große Zahl von Photographien und Plänen über sozialhygienische Einrichtungen gesammelt, die bei Ausflügen und Vorträgen Verwendung finden.

Ein Institut für soziale Arbeit in München ist aus Frauenkreisen heraus gebildet worden. Es ist entstanden aus der früheren „Abteilung für soziale Arbeit" des Vereins für Fraueninteressen, die zu einer selbständigen Vereinigung umgestaltet wurde, um in dieser neuen Form ihr erweitertes Arbeitsfeld besser bearbeiten zu können. Das Institut vereinigt nach seinem Arbeitsplan die Aufgabenteile, die manche soziale Auskunftsstellen erfüllen, es will aber daneben auch eine propagandistische Aufgabe erfüllen, indem es für Vertiefung und Vermehrung der sozialen Frauenarbeit eintritt, namentlich auch die Eingliederung der Frauen in die Kommunalverwaltungen zu fördern sucht. Nach seinen Statuten hat sich das Institut vor allem die folgenden Aufgaben gestellt:

wissenschaftliche Bearbeitung sozialpolitischer Fragen sowie Veröffentlichungen und Vornahme statistischer Erhebungen auf einschlägigem Gebiete; Abhaltung von Versammlungen, Vorträgen und Konferenzen, insbesondere durch Veranstaltung der „Kurse für soziale Frauenbildung" — zur Vorbereitung auf die berufsmäßige und soziale Arbeit; schriftliche und mündliche Auskunftserteilung aus dem Gebiet der sozialen Praxis, über die örtlichen privaten und kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen, Sammlung einschlägigen Materials; Anregung und Gründung neuer gemeinnütziger Unternehmungen um etwaige bemerkbare Lücken bei der Ausgestaltung der Volkswohlfahrtspflege auszufüllen.

Die Förderung und Propaganda für praktische soziale Arbeit soll vor allem durch eine Vermittlungsstelle für freiwillige und berufliche soziale Tätigkeit erfolgen. Die Leitung des Instituts liegt in der Hand einer Nationalökonomin. Ein Beirat, gebildet aus hervorragenden Gelehrten und Sachverständigen, die auf den einschlägigen Wissensgebieten tätig sind, wird dem Institut mit Ratschlägen zur Seite stehen. Alle Anfragen sind zu richten an das „Institut für soziale Arbeit", München, Briennerstr. 37.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Trauhofstr. 16, in der Einrichtungen der Unfallverhütung, der Gewerbehygiene und der sozialen Wohlfahrtspflege dargeboten werden, hat, wie uns die Verwaltung mitteilt, folgende Besuchszeiten: an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vorm. 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr, Dienstag und Donnerstag außerdem von 6 bis 9 Uhr abends; an den Sonntagen nachm. von 1 bis 5 Uhr; am ersten Weihnachts-, Ostern- und Pfingsttage bleibt die Ausstellung geschlossen, an den übrigen Festtagen ist sie wie an den Sonntagen geöffnet. Gruppenbesichtigungen unter besonderer Führung innerhalb der üblichen Besuchszeit, sofern die Anmeldung spätestens eine Woche vor dem Besuch erfolgt; Höchstzahl der Gruppe 40 Personen. Der Besuch ist unentgeltlich.

Erholungsheim für Kaufleute. In der Nähe der Stadt Balzrode, im schönsten Teile der Lüneburger Heide, ist am 2. Juli ein kaufmännisches Erholungsheim eingeweiht worden, das gleichzeitig 80 Personen Unterkunft gewähren kann. Das Heim, dessen Grundsteinlegung im Mai vorigen Jahres erfolgte, ist eine Jubiläumsgabe der Mitglieder des kaufmännischen Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 in Hamburg. Der Grundriss wurde vor drei Jahren beim fünfzigjährigen Bestehen der Organisation in Höhe von 50 000 M. überreicht. Die Bau- und Einrichtungskosten, welche mit 104 000 M. veranschlagt wurden, sind inzwischen bis auf 8000 M. durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden. Die Kosten für Wohnung und volle Verpflegung werden sich auf 3 bis 3,50 M. stellen. Die Gemeinde Balzrode hat nicht nur den Bauplatz zur Verfügung gestellt, ein Richtmaß gelegt und Begegnungen vorgenommen, sondern auch einen Barzuschuß von 10 000 M. zu den Baukosten geleistet.

Der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholsmiss, Geschäftsstelle Wilmersdorf, Tübingerstr. 1, der erst drei Jahre besteht, betreibt nach dem Bericht für 1910 jetzt 2 große Erfrischungshallen, ferner 5 Erfrischungskarren und drei alkoholfreie Bistros im Kriminalgericht. Im Jahre 1910 verkaufte er in diesen Betrieben 604 995 Portionen, darunter allein an Milch (Glas, Flasche, Satte) 115 885 Portionen. Die städtische Warmhalle in Charlottenburg, wie der städtische Unterkunftsraum in Schöneberg unterstehen der Leitung des Vereins. Bei seinen Mütter-

abenden ist der Bürgeraal des Berliner Rathhauses stets überfüllt. Eine 8. Erfrischungshalle am Görlitzer Bahnhof ist im Entstehen.

Auch eine Fürsorgestelle für alkoholtrante Frauen hat der Verein im Berichtsjahr im Anschluß an das Zentralkomitee der Fürsorgestellen (Geheimrat Pütter) eröffnet. Dort haben im Laufe der 11 Monate 35 Trinkerinnen, zumeist den gebildeten Ständen angehörig, seine Fürsorge in Anspruch genommen. In 4 Fällen ist es gelungen, die Kranken abstinent zu machen. Mehrere Fälle sind noch in Behandlung. Es erbat auch männliche Alkoholtrante die Fürsorge des Vereins. Die ärztliche Behandlung der Kranken hat der Psychiater Dr. v. Kapff übernommen.

Volksgeundheit.

Die Internationale Hygieneausstellung, Dresden 1911.

Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M.

I.

Der Plan, in einer großen Ausstellung die Hygiene aller Zeiten und Völker darzustellen, ist sicherlich zeitgemäß und dankenswert. Solche Übersichten, unparteiisch durchgeführt, zeigen, wieviel erreicht ist und was noch zu tun übrig bleibt, sie erwecken die Aufmerksamkeit der großen Menge und tragen zu deren Belehrung und Aufklärung mehr bei als alle „Gesundheitsbüchlein“ und andere hygienische Schriften.

Die Dresdener Hygieneausstellung sollte einem ins Leben gerufenen Lehrbuch gleich eine Darstellung aller Gebiete der Gesundheitspflege geben. Das ist ein sehr weit gestecktes Ziel. Aber es liegt auch eine Beschränkung darin: ein populäres Lehrbuch enthält nur wissenschaftlich Bewiesenes unter Vermeidung von allem, was noch nicht völlig geklärt ist. Die Ausstellung hat die weite Grenze der absoluten Vollständigkeit nicht immer erreicht, das Gebiet der unentschiedenen Fragen aber öfters betreten. Das ist für eine sich an die Allgemeinheit wendende Ausstellung ein Fehler, da der Laie nur zu sehr geneigt ist, Theorien und Hypothesen übergroßen Wert beizumessen.

Die Hygieneausstellung ist aber mehr geworden als ein Lehrbuch. Wenn wir bei dem Vergleich bleiben wollen, so können wir sagen, die populäre Abteilung gleicht einem Leisefaden der Hygiene, die Gesamtausstellung einem großen Nachschlagewerk (mit Verzeichnis der einschlägigen Industrien), das völlig durchzuarbeiten nur in monatelanger fleißiger Tätigkeit möglich ist.

Nicht nur durch die Menge des angesammelten Stoffes — die Dresdener Ausstellung ist mit 325 000 qm Bodenfläche und 80 000 qm bebauten Raumes größer als die Brüsseler Weltausstellung 1910 — auch durch die Art der Anordnung ragt die Dresdener Ausstellung rühmlich hervor. Zwei Teile sind völlig einheitlich — die populäre und die historisch-ethnologische Abteilung. In allen anderen Teilen ist zwischen wissenschaftlicher und industrieller Ausstellung unterschieden. Um einen wissenschaftlichen Kern, der von der Ausstellungsleitung einheitlich geplant und zusammengetragen wurde, gruppiert sich die die Ergebnisse der Theorie in die Praxis übertragende Industrie. Durch diese Einteilung ist der bunte, jahrmärktähnliche Eindruck, das gewohnte Bild mancher großen Ausstellung, erfolgreich vermieden worden. Unabhängig von der wissenschaftlichen Leitung hat das Ausland in eigenen Bauten ausgestellt. So ist die Ausstellung wohl geeignet, uns einen Überblick über den heutigen Stand der Bestrebungen der Volksgesundheitspflege zu geben.

Außerst lehrreich ist ein Gang durch die historische Abteilung. Wie viel können wir doch auf manchen Gebieten aus vergangenen Tagen noch lernen; wir erinnern nur an die Bäder des klassischen Altertums, an dessen Leibesübungen, an den bei manchen unzivilisierten Völkern besser als bei vielen Kulturenationen durchgeführten Wöchnerinnenschutz u. a. m. Andererseits sind wir freilich auch weit über frühere Zustände hinausgeschritten. Die Hilfsmittel der mittelalterlichen Krankenpflege, Zwangsjade und Zwangsstuhl, die primitiven Methoden der Unterbringung von Gefangenen, die unhygienischen Zustände der Abfallbeseitigung früherer Zeit erregen heute eigenartige Gefühle. Von den Ursprüngen einer Arbeiterfürsorge sehen wir eine „Veistube“ aus Freiberg i. S., die zur Zeit ihrer Entstehung sicherlich ein großer Fortschritt war, deren Ursprünglichkeit heute weit überholt, in der Praxis in ihrer ganzen Einfachheit aber doch hier und da noch anzutreffen ist. Eigentümlich mutet uns heute auch der Name „Veistube“ für diesen alten Aufenthaltsraum der Bergleute an. Einige alte Schutzmästen gegen Gase, aus Ramazzini wohl bekannt, Modelle primitiver

Ventilation in Arbeitsräumen, heute beinahe verschollene Arbeitsmethoden illustrieren außerdem das Gebiet der Gewerbehygiene früherer Jahrhunderte. Dem Wohnungswesen in Stadt und Land, der Hygiene des Reisens und der Ernährung, der Ausbildung der Ärzte und Behandlung der Kranken sind hier weitere Abteilungen gewidmet. Gibt die historische Abteilung ein Bild der Entwicklung der Hygiene Europas, so gewährt die ethnologische Unterabteilung die Möglichkeit des Vergleiches mit fremden Ländern. In beiden Abteilungen ist so unendlich viel des Wissenswerten, meist in wertvollen Originalen, zusammengebracht, daß der Gedanke ihrer Auflösung nach Schluß der Ausstellung schmerzlich berührt. Hier ist Stoff zu einem Museum der Geschichte der Hygiene in unvergleichlicher Weise aufgehäuft.

Ähnlich vollständig ist die Abteilung „Der Mensch“, die auf Anregung des Geheimrats Lingner arrangierte populäre Abteilung. In wundervollen Stücken, unter Aufwendung jahrelanger Arbeit hat hier ein Stab von Gelehrten und Künstlern ein Hygienemuseum geschaffen, das weit über die kurze Frist einer Ausstellung Wert besitzt. Für den Sozialreformer ist hier zunächst die Gruppe der Ernährung wichtig. In stets anregender Form ist hier Zusammenfassung, Nährwert und Preis der hauptsächlichsten Nahrungsmittel dargestellt; die Gruppe sei allen, die mit Volksernährung zu tun haben, zum Studium angelegentlich empfohlen, ebenso die Vorführung der Schädlichkeit von Genußmitteln wie Kaffee, Thee, Alkohol u. dergl. Die großen Volksleiden Tuberkulose, Pest, Cholera, Typhus, Ruhr, Gelbfieber, Malaria finden durch Bilder, plastische Darstellungen und Statistiken gute Darstellung. Weniger vollständig ist hier die Abteilung „Verkehrshygiene“, in manchen Stücken auch keineswegs einwandfrei. So ist z. B. die Darstellung des in Fabriken auf den Kopf treffenden Luftstroms von einseitiger Industriefreundlichkeit getragen und die Beanstandung der Arbeiterpresse, aus welchen statistischen Erhebungen denn hervorginge, daß in der Industrie allgemein 70 cbm Luftstrom wie behauptet auf jeden Arbeiter käme statt der durchschnittlich geforderten 35 cbm, vollkommen berechtigt. Aus einer weiteren Zusammenstellung von Bildern erhellt der große Nutzen von Leibesübungen für die Erhaltung der Gesundheit. Soviel wir hören, soll das in der populären Abteilung gesammelte Material auch nach Schluß der Ausstellung in Form eines Museums erhalten bleiben. Hierbei könnten ja die angeführten Mängel gebessert werden.

Der rechte Flügel des „Steinpalastes“ ist der wissenschaftlichen Darstellung der Volkskrankheiten gewidmet. Aus diesen sind besonders zur Schau gebracht der Krebs, die Geschlechtskrankheiten, die Zahn- und Tropenkrankheiten. So vollendet das hier zusammengetragene Material ist, so sehr haben wir den Eindruck, daß hier doch an manchen Stellen für eine Ausstellung des Guten zu viel ist. Hier wird nicht nur Belehrung und heilsamer Schrecken erzeugt, sondern bei vielen Besuchern ganz zweifellos auch eine Angst vor ansteckenden Krankheiten, die bei dem heutigen Stand der medizinischen Wissenschaft nicht gerechtfertigt ist. Volles Verständnis für die zur Schau gebrachten Objekte besitzt ohnehin nur der Fachmann. Die wissenschaftliche Höhe dieses Teiles der Ausstellung ist nur durch Mitwirkung aller großen deutschen Forschungsinstitute möglich geworden, wie überhaupt bei dem ganzen Werke die selbstlose und hingebende Arbeit aller beteiligten Kreise zu rühmen ist. Diese Mitarbeit gesichert zu haben ist ein großes Verdienst der Ausstellungsleitung. Diesen Teilen schließt sich die unter Leitung des Reichsversicherungsamts durchgeführte Gruppe „Deutsche Arbeiterversicherung“ an, die sich außerdem durch einen wertvollen Sonderkatalog auszeichnet. Hier haben Reichsversicherungsamt und Bayerisches Landesversicherungsamt, Orts- und Betriebskrankentassen, Gewerbliche und Landwirtschaftliche Berufsvereine durch Tabellen, Druckschriften und Photographien ein Bild ihrer Tätigkeit gegeben. Eine vollständige Darstellung der deutschen Arbeiterversicherung ist nicht erreicht worden, haben doch z. B. von den 66 gewerblichen Berufsvereinigungen nur 16 sich beteiligt; immerhin bietet die Gruppe viel des Sehenswerten.

Die bis jetzt besprochenen Teile waren im wesentlichen ohne Zuziehung der Industrie entstanden. Bei den folgenden hat diese in der eingangs angedeuteten Weise mitgewirkt, wodurch das Bild an Einseitigkeit verliert. Die Halle 11, „Chemie, wissenschaftliche Instrumente, Kosmetik“ sind reine Industriegruppen und interessieren uns hier wenig. Halle 13, „Bäder und Kurorte“ bringt gute Zusammenstellungen über die Bedeutung von Licht und Luft für die Erhaltung der Gesundheit. Die Wirkung des in der Luft stets mehr oder weniger enthaltenen Rauchs, Rußes und der gesundheitschädlichen Gase wird in einer Reihe interessanter Dar-

bietungen erläutert. Ebenfalls reich beschriftet ist die wissenschaftliche Gruppe „Balneologie“. Daß die Heilbäder und Heilmittelfabrikanten hier fast vollzählig vertreten sind, bedarf kaum einer besonderen Erwähnung. Man kann in dieser Halle so ziemlich alle Trinktturen Mitteleuropas absolvieren.

Halle 15 führt uns auf das wichtige Gebiet der Säuglings- und Jugendfürsorge sowie der Schulhygiene. Die enorme Bedeutung dieser Gebiete ist ja noch nicht seit allzulanger Zeit erkannt, heute aber desto mehr gewürdigt. Dementsprechend umfassend ist auch ihre Darstellung in Dresden. Hier haben sich außer den in allen Gruppen vertretenen hygienischen Instituten der Universitäten ganz besonders die Stadtverwaltungen beteiligt, so daß tatsächlich eine recht gute Übersicht erreicht worden ist. (Schluß folgt)

Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., über dessen Gründung wir (XIX Sp. 1163) ausführlich berichtet haben, zeigt in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1910, daß es die Aufgaben, die es sich gestellt, im Berichtsjahre ein gutes Stück gefördert hat. Neben der starken Inanspruchnahme des Instituts zur Erteilung von Auskünften — als Fragesteller kommen hauptsächlich Fabrikanten, Arbeiter, Aufsichtsbeamte, Hygieniker in Betracht — steht an erster Stelle die Herausgabe der vom Gewerbeamt Dr. Fischer-Berlin redigierten „Mitteilungen des Instituts für Gewerbehygiene“, die als Monatsbeilage der „Sozial-Technik“ erscheinen (vergl. hierüber Sp. 730). Als erste größere Veröffentlichung erscheint unter dem Titel „Schriften des Instituts für Gewerbehygiene“ im Verlag der Polytechnischen Buchhandlung A. Seydel, Berlin, eine Arbeit über Schädigungen durch Chromate in zwei Teilen. Im ersten behandelt Gewerbeinspektor Dr. Fischer „die industrielle Herstellung und Verwendung der Chromverbindungen, die dabei entstehenden Gesundheitsgefahren für die Arbeiter und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung“, im zweiten Teil bespricht Professor Dr. R. D. Lehmann, Würzburg, die medizinische Seite der Frage, namentlich auf Grund seiner Tierversuche. Ferner hat das Institut ein „Reisblatt für Hüftenarbeiter“ herausgegeben, das wir bereits Sp. 442 mitgeteilt haben. Ein Versuch, das in den Ortskrankenkassen ruhende Material über Gewerbekrankheiten zu bearbeiten, führte zu der Überzeugung, daß bei der beim heutigen Modus nicht zu vermeidenden Ungenauigkeit der ärztlichen und anderen Angaben der enorme Zeitaufwand, den die Durcharbeitung auch nur eines einzigen Jahrganges erforderte (in Frankfurt a. M. ist die Anzahl der Karten im Jahr etwa 90 000!), kein entsprechendes Ergebnis liefern würde. Beteiligt war das Institut an dem medizinischen Lehrgang des Auschusses für Volksvorlesungen und am 11. und 12. Fortbildungskursus für höhere Verwaltungsbeamte. Im Herbst 1911 wird ein Kursus für Unfallheilung und Gewerbekrankheiten veranstaltet werden (Sp. 1162). — Das Museum des Instituts erfuhr eine große Bereicherung durch die systematische Sammlung gewerblicher Staubarten, in der über 250 Staubproben der Industrie enthalten sind.

Die amtliche Stellung der Schulärzte. Die Frage, ob die Gemeinden besser daran tun, Schulärzte im Haupt- oder Nebenamt anzustellen, erörtert der städtische Schularzt in Chemnitz, Dr. med. Adolf Thiele, in Heft 7/8 von Fischers Zeitschrift für Praxis und Gesetzgebung. Er tritt entschieden für die hauptamtliche Stellung ein, die namentlich in der Großstadt unbedingt notwendig sei. Der Schularzt, der dies Amt nur neben seiner Praxis behandle, werde manchmal durch Inanspruchnahme bei plötzlichen Unfällen, Verbindungen usw. direkt aus der Schule fortgeholt; er behalte auch nicht Zeit genug, die praktischen Erfahrungen aus seiner schulärztlichen Tätigkeit wissenschaftlich zu verarbeiten. Dies sei aber notwendig, da die Schulgesundheitspflege als Teilgebiet der Sozialhygiene eine Wissenschaft geworden sei, die stetig neue Ereignisse bringe. Der Verfasser berechnet aber auch an der Hand der Chemnitzer Erfahrungen, daß die Gemeinden sich auch pekuniär besser finden, wenn sie Schulärzte im Hauptamt anstellen. In Chemnitz sind an Stelle der früher angestellten 17 Schulärzte im Nebenamt jetzt 3 Schulärzte im Hauptamt getreten, deren Honorare insgesamt noch etwas geringer sind als die früher für die 17 nebenamtlich tätigen Schulärzte. Trotzdem können diese 3 Ärzte im Hauptamt wegen der besseren Zusammenfassung der Arbeit nicht nur daselbe leisten an schulärztlichen Untersuchungen wie früher die größere Anzahl der nebenamtlichen Schulärzte, sondern sie erfüllen außerdem noch eine Reihe von Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialhygiene und Jugendfürsorge, wie Reihen-

untersuchungen der Turnanfänger; Abhalten von Elternberatungsstunden; Teilnahme an den Sitzungen des Schulgesundheitsausschusses, Mitwirkung bei der sozialen, öffentlichen und privaten Fürsorge (Ferienkolonie, Walderholungsstätte, Schulbad, Kinderschutz und Fürsorgeerziehung, Jugendgericht).

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Not von Mutter und Kind und die Wege zur Linderung. Ein Führer durch die Wohlfahrtsarbeit und die Anstalten für Mutter und Kind in Groß-Berlin. Verlag der Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Groß-Berlin. Berlin W. 9, Potsdamerstr. 131a. Pr. 0,50 M.

Die vorliegende Schrift war zunächst zu dem Zwecke bestimmt, die bei dem Blumentage in Berlin mitwirkenden Helferinnen über die Notwendigkeit sozialer Hilfe für Mutter und Kind zu unterrichten. Mag man auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus schwere Bedenken gegen die Art der Geldbeschaffung durch Blumentage haben, so kann doch zugegeben werden, daß die Veranstalter in Berlin sich wenigstens bemüht haben, die Ideen der auf sozialem Gebiete meist gänzlich unwissenden Helferinnen über Aufgabe und Zweck sozialer Arbeit zu vertiefen. Die vorliegende kleine Schrift enthält einen theoretischen Teil, der in eindringlicher Weise die Not von Mutter und Kind in den besitzlosen Kreisen schildert, während der zweite praktische Teil einen übersichtlichen Wegweiser durch die verschiedenen in Groß-Berlin bestehenden Fürsorgeeinrichtungen für Mutter- und Kinderschutz bildet. Auch über den ursprünglichen Rahmen, Belehrung der Helferinnen des Hilfstages, hinaus verdient die kleine Schrift Verbreitung und wird namentlich in Groß-Berlin bei der Beratung von Müttern, die aus irgend einem Grunde besonderer Fürsorge bedürfen, nützliche Dienste leisten.

Die Verhandlungen des 22. Evangelisch-sozialen Kongresses. Göttingen. Vandenhoeck und Ruprecht.

Die „Soziale Praxis“ hat über den Verlauf des in Danzig am 6.—8. Juni d. J. abgehaltenen Kongresses in Nr. 37 Sp. 1142 berichtet. Unsere Leser seien aber nachdrücklich auf die stenographischen Protokolle der Referate und Debatten hingewiesen. Sie werden aus den Verhandlungen über die Thematika: 1. Wie lassen sich die sittlichen Ideale des Evangeliums in das gegenwärtige Leben überführen? 2. Die Landflucht, 3. Die Schule als Faktor der sozialen Erziehung reiche Belehrung und Anregung schöpfen.

Das Wesen der politischen Freiheit. Von Prof. Dr. L. v. Wiese, Hannover. Tübingen 1911. Verlag von J. C. B. Mohr.

Eine akademische Kaisersgeburtstagsrede voll mancher guten Gedanken: „Im tiefsten Grunde liegt das Wesen der politischen Freiheit in dem Bewußtsein der eigenen sittlichen Freiheit, in der Achtung der Freiheit unserer Mitbürger und nicht zuletzt in der freiwilligen, aber überzeugten Ehrfurcht vor der Autorität des Monarchen, in dem sich die Idee des einheitlichen Staatsganges verkörpert.“

Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a. S. 1909/10. Heft 18 der Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a. S. Druckeri Gebauer-Schwetfische 1911. Preis 1,50 M.

Rationale Jugendvorträge, veranstaltet von der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Dismartenvereins. B. G. Teubner, Leipzig 1910. Preis 1,50 M.

Praktische Organisation des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge im Bezirke des Vormundschafts- und Jugendgerichts. Von Franz Janitsch, t. t. Landgerichtsrat, Eger. Wien 1910. Manzische t. t. Hof-Verlags- und Universitätsbuchhandlung.

Trunksucht als Todesursache und Säuglingssterblichkeit in Basel. Erläuterungen und Zahlenmaterial zu den in der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 vorgeführten Tafeln. Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt.

A. Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung. Von Dr. Hans Wehberg. Carl Georgi 1911.

Modern Gemeentebekeer (Moderne Gemeindepolitik). Onder redactie van J. Gerritsy. 2 Bände. Preis 6 fl. Rotterdam. G. Delwel. 1911.

Jean Jaurès: L'organisation socialiste de la France. L'armée nouvelle. Paris, Jules Rouff et Cie. 1911.

Zumachsteuer-Gesetz. Erläutert von Dr. Hans Simon. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart 1911. Preis 8,50 M.

Sakob Jagger, der Reiche. Studien und Quellen, I. Von Prof. Dr. Max Janzen. 8. Heft der Studien zur Jagger-Geschichte. Leipzig, Dunder und Humblot 1910. Preis 10 M.

Aus englischen Gartenstädten. Beobachtungen und Ergebnisse einer sozialen Studienreise. Hrsg. von der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft. 1910. Renaissance-Verlag Berlin-Grünwald.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreigespaltene Petitzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Es haben sich neu erschienen:

Geschichtsbilder

aus

Leopold von Ranke's Werken.

Zusammengestellt

von **Dr. Max Hoffmann,**

Gymnasialprofessor a. D.

Mit einem Bildnis Leopold von Ranke's.

Zweite unveränderte Auflage, nach dem Tode des Herausgebers erschienen.

Preis: 6 M., gebunden 7 M.

Inhalt: Einleitung. — Grundsätze Ranke'scher Geschichtsschreibung. Ursprung des Christentums. — Staat und Kirche. — Kallertum und Papsttum. — Kaiser Maximilian I. — Kaiser Karl V. — Martin Luther. — Luther's Einwirkung auf die deutsche Literatur. — Die Türken vor Wien 1529. — Karls V. Flucht aus Innsbruck 1552. — Kaiser Karl V. nach seiner Abdankung. — Deutsche Wissenschaft und Literatur in der Reformationszeit. — Deutschland nach dem Augsburger Religionsfrieden. — Ignatius Loyola. — Ausbreitung der Jesuiten in Deutschland. — Die Bauten der Päpste des 16. Jahrhunderts in Rom. — Die Republik Venedig nach der Mitte des 16. Jahrhunderts. — Philipp II., König von Spanien. — Die spanische Armada. Begründung der englischen Seemacht. — Elisabeth, Königin von England. — Bacon und Shakespeare. — Heinrich IV., König von Frankreich. — Fortsetzung der Gegenreformation in Deutschland. — Deutschland vor dem Dreißigjährigen Kriege. — Wallenstein. — Der westfälische Friede. — Kardinal Richelieu. — Kardinal Mazarin. — Ludwig XIV., König von Frankreich. — Frankreichs Handel und Kolonialwesen unter Colbert. — Besetzung Straßburgs durch die Franzosen 1681. — Vermählung der Pfalz durch die Franzosen 1689. — Ludwig XIV. Ausgang; Rückblick auf seine Staatsverwaltung. — Karl I., König von England. — Oliver Cromwell. — Seekrieg zwischen England und Holland 1665–1667. — Wilhelm III., König von England. — Wilhelm III. und das Parlament von 1689. — Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg. — Staatsverwaltung König Friedrich Wilhelms I. von Preußen. — Besitzergreifung von Schlesien durch Friedrich den Großen. — Einrichtung der preussischen Regierung in Schlesien. — Friedrichs des Großen Denk- und Regierungswiese. — Ausbruch des Siebenjährigen Krieges. — Der Feldzug von 1760. — Friedrich der Große und die deutsche Literatur. — Friedrichs des Großen Ausgang; Rückblick auf seine Staatsverwaltung. — Der Rückzug aus Frankreich 1792. — Der Friede zu Basel. — Der Friede zu Tilsit 1807. — Hardenberg, Stein und Scharnhorst. — Napoleon I. und Papst Pius VII. — Napoleon I. und Napoleon III. — Der deutsche Zollverein. — Die Ablehnung der deutschen Kaiserwürde 1849. — Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. — Der Krieg gegen Österreich 1866. — Der Krieg gegen Frankreich 1870. — Fürst Bismarck. — Register.

Handel und Verkehr der Deutschen Hanse in Flandern

während des vierzehnten Jahrhunderts.

Von

Dr. phil. Konrad Bahr.

Inhaltsverzeichnis. Erster Teil. Flandern und sein Verhältnis zur deutschen Hanse. 1. Die Erteilung der ersten gemeinsamen landesherrlichen und städtischen Privilegien an die Deutschen (1252–1309). — 2. Die Zeit der ruhigen Fortentwicklung des deutschen Handels in Flandern und das Emporkommen des flandrischen Städte (1310–1350). — 3. Streitigkeiten zwischen Deutschen und Flandern. Die erste hansische Handelssperre gegen Flandern (1350 bis 1360). — 4. Der Kampf Ludwigs von Male gegen seine Städte und gegen die Vorzugsstellung der deutschen Hanse in Flandern (1360–1382). — 5. Der Regierungsantritt Philipps von Burgund. Die zweite hansische Handelssperre gegen Flandern (1382–1392). — Exkurs. Die Datierung der Klageschriften und Privilegienentwürfe der Jahre 1358 und 1359. — Zweiter Teil. Verkehr und Rechtsstellung der deutschen Hanse in Flandern. 1. Erlaubnis zum freien Verkehr und Handel. — 2. Aufenthalt und Ansiedlung der Deutschen in Flandern. — 3. Die Sicherung des Verkehrs und Handels. — 4. Der Stapel. — 5. Der hansische Warenhandel in Flandern. — 6. Das Abgabewesen. — 7. Die Münze. — 8. Die Hafenordnung. — 9. Flandrische Einrichtungen im Dienste des fremden Geschäftsverkehrs.

Früher erschien:

Staatliche Theorie des Geldes.

Von

Georg Friedrich Knapp.

Preis: geheftet 8 Mark 80 Pf., gebunden 10 Mark.

Wustrau, Wirtschafts- u. Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Ritterguts.

Von

Carl Brinkmann.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forsch. Heft 153.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: I. Die älteste Zeit. — 1. Die Grundherrschaft. — 2. Die Verfassung der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. — 3. Die Kirchenverfassung. — II. Der Verfall der Teilherrschaft. 1. Bis zum Dreißigjährigen Kriege. — 2. Die Kriegszeit. — 3. Anfänge von Melioration. — 4. Die Gutswirtschaft Hans Joachim v. Zieten's. — 5. Die Vereinigung der Gutsanteile. — III. Rittergut und Staat. — 1. Anfänge der Staatsaufsicht. — 2. Die allgemeine Separation. — 3. Das Urbar. — 4. Die Regulierung. — IV. Der neuere Großbetrieb. — 1. Wirtschaftsmethode und Arbeitsverfassung. — 2. Die Torfstiche. — 3. Das Fideikommiß und seine Ausdehnung.

Die

Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem

in

Bosnien und der Herzegowina.

Von **Dr. Karl Grünberg,**

Professor an der Universität Wien.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — 1. Grundbesitzumsordnung und ländliche Verfassung in vorromanischer Zeit. — 2. Einflüsse der türkischen Herrschaft und des islamitischen Rechts auf die Grundbesitzumsordnung und die ländliche Verfassung. — 3. Struktur und Funktionierung der ländlichen Verfassung in der Gegenwart. — 4. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage in der ersten Zeit nach der Okkupation. — 5. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage 1880–1910. — 6. Das im April 1911 beschlossene Ablösungsgesetz. — 7. Kritik und Schlußfolgerungen. — Nachtrag.

Früher erschienen:

Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit.

Gesammelte Vorträge von

Georg Friedrich Knapp.

Zweite, vermehrte Auflage. Preis: 2 M. 40 Pf.

Inhalt: Der Ursprung der Sklaverei in den Kolonien. — Die bäuerliche Leibeigenschaft im Osten. — Die Erbsuntertänigkeit und die kapitalistische Wirtschaft. — Die Landarbeiter bei der Stein- und Gartenbergischen Gesetzgebung. — Landarbeiter und innere Kolonisation. — Anmerkungen.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superfeudalen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. — II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Bandarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurechtsvertrag.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Fortbildungsschule in Preußen	1330
Soziale Zustände	1333
Nochmals die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Von Bundesversicherungsrat Hansen, Kiel.	
Kaufmännische Mittelstands- und Angestellten-Fragen.	
Wachtpflege	1335
Die endgültige Entscheidung über die frühere Berufspraxis des Besenverbandes.	
Die Berechnung des pfändungsfreien Lohnneinkommens.	
Die Strafbarkeit des blauen Montags in Bayern.	
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern	1337
Der Buchdrucker und die Krise in der Gewerkschaft.	
Der erste Tarifvertrag für Arbeiter der Flugzeugindustrie.	
Verbot von bezahlter Privatarbeit im Tarifvertrage.	
Arbeitgeber- und Unternehmerverbände	1339
Aus der Praxis der Streikentschädigungsgesellschaften.	
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten	1340
Die britische General Federation of Trade Unions.	
Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen.	
Die väterländischen Arbeitervereine.	
Der Deutsche Technikerverband.	
Die soziale Lage des Ministerstandes.	
Streiks und Ausperrungen	1343
Ein Straßenbahnstreik in Straßburg.	
Eine Ausperrung in der Breslauer Konfektion.	
Der Seemannsstreik in England und Holland.	
Die Bauarbeiterkämpfe des Auslandes.	
Die norwegische Warenausperrung.	
Arbeiterfragen	1344
Die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen.	
Ein neues Vergesetz für Belgien.	
Die Neuordnung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark.	
Die Frauennacharbeit in Finnland.	

Arbeiterversicherung. Sparkassen	1346
Eine starke Protestbewegung gegen die Arbeiterversicherung in der Schweiz. Die Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung. Berufswechsel Unfallverlehter. Die Krankenversicherung im Jahre 1909.	
Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung	1347
Die Arbeitslosenversicherung in Belgien. Arbeitslosenversicherung in Schwab. Gmünd. Die dänische Arbeitslosenversicherung im Geschäftsjahre 1909/10.	
Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis	1349
Vom „Markt der ausländischen Arbeiter“. Der paritätische Arbeitsnachweis im Gastwirtsgewerbe. Die Düsseldorf'sche Arbeitsnachweisstatistik. Ein Zentralarbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften in der Schweiz. Die Tätigkeit der staatlichen Arbeitsnachweise in Großbritannien im Jahre 1910.	
Wohlfahrtsanstaltungen	1351
Genossenschaftsbewegung und Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Die erste deutsche Kinderhortkonferenz.	
Wohlfahrt	1352
Beiträge zur Jugendpflanzfrage. Erhebungen über die Jugendpflege. Die Überwachung der gewerblichen Beschäftigung von Schulkindern in Preußen. Schulpflege in England.	
Wohlfahrtsarbeit	1354
Die Internationale Hygieneausstellung. Dresden 1911. Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M. II. Hautkrankheiten von Holzarbeitern.	
Wohnungswesen	1357
Hausbesitzer- und Mieterrechte im bürgerlichen Recht. Eine Zentralstelle für Wohnungswesen in Sachsen. Wohnungswesen und Zweckverband Groß-Berlin. Das Ledigenheim in Stuttgart.	
Literarische Mitteilungen	1358

Die Fortbildungsschule in Preußen.

Wer in der Berufsbildung und staatsbürgerlichen Erziehung der gewerblichen und kaufmännischen Jugend eine der wichtigsten Aufgaben des Staates erblickt, von deren glücklicher und umfassender Lösung die nationale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes zum großen Teile abhängt, mußte aufs schmerzlichste von dem Scheitern der beiden Gesetzesvorlagen betroffen werden, in denen die preussische Staatsregierung die Durchführung der Fortbildungsschule in Stadt und Land planmäßig in Angriff nahm. Seitdem vor 25 Jahren Fürst Bismarck das gewerbliche Bildungswesen vom Kultusministerium abgetrennt und dem Ministerium für Handel und Gewerbe zugewiesen hatte, weil nur im Rahmen der gesamten Gewerbeverwaltung die Fort- und Fachbildung gedeihen kann, wie andererseits die Früchte dieser Bildung der Industrie, dem Handwerk und dem Handel zugute kommen, hat sich das Fortbildungsschulwesen mächtig entfaltet, im Gleichmaß und in treibender Wechselwirkung mit dem wirtschaftlichen Aufstieg. 1884 bestanden in Preußen nur 664 gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen mit 58 371 Schülern; im Etat waren dafür nur 182 000 M. ausgewiesen. 1910 aber gab es fast 4 mal so viel städtische Schulen mit 5 mal soviel Zöglingen (dazu noch 60 000 ländliche), und der Staatshaushalt wirft fast 4 Millionen dafür aus. Jetzt sollte auf der mit so großem Erfolg betretenen Bahn ein neuer Schritt vorwärts getan werden: mit Durchführung der Pflichtfortbildungsschule in Städten von mindestens 10 000 Einwohnern wären beinahe 100 000 neue Schüler in die Berufsbildung und staatsbürgerliche Erziehung einbezogen worden und die Ausdehnung der Fortbildungsschule auf 6 Provinzen hätte auch für die Landbevölkerung neue Möglichkeiten geschaffen. Wider Erwarten sind diese Hoffnungen zusehender geworden, zwischen der Staatsregierung und der Mehrheit der Abgeordnetenhauskommission war eine Einigung nicht zu erzielen. Jedoch scheint dieser Mißerfolg die Regierung nicht zu entmutigen. Das Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlicht in seiner neuesten Nummer vom 18. Juli neue Bestimmungen¹⁾ des Ministers über Einrichtung und Lehrpläne der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, die von 1912 an zur Durchführung kommen sollen. Unter den obwaltenden Umständen verdienen diese Vorschriften eine besondere Beachtung und wir teilen daher ihren wesentlichen Inhalt mit.

An die Spitze ist als Aufgabe der Schule der Satz gestellt: „Die Pflichtfortbildungsschule hat die Aufgabe, die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken.“ Bei der Durchführung dieses obersten Grundsatzes tritt überall neben die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen auch die Stärkung des Charakters der Schüler. So heißt es u. a.: Der Unterricht hat auf die Eigenart des Lebensalters zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre Rücksicht zu nehmen. Das gesteigerte Ehrgefühl und der Drang zur Selbständigkeit sind für die Erziehung nutzbar zu machen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß die Bildung des Charakters auf sittlich-religiöser Grundlage gefördert wird.²⁾

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

¹⁾ Abdrücke zu beziehen durch Carl Heymanns Verlag, Berlin; Preis 40 Pf.

²⁾ In Kraft bleibt neben den neuen Bestimmungen ein gemeinsamer Erlass der Minister für geistliche und Unterrichtsangelegenheiten, für Land-

Der Unterrichtsstoff ist so auszuwählen, daß er den Lebens- und Berufsinteressen der Schüler dient und die Arbeitsfreudigkeit erhöht. Daher sind besonders solche Stoffe zu berücksichtigen, die dem Erfahrungskreis der jungen Leute entnommen sind oder sich an diesen eng anschließen. Namentlich sind anschauliche Beispiele aus den beruflichen und örtlichen Verhältnissen auszuwählen. Von entscheidender Wichtigkeit ist die richtige Beschränkung in der Stoffmenge. Die Überfüllung mit Stoffen, zu deren ausreichender Behandlung die Zeit mangelt, ist zu meiden. Nur soviel Stoff ist zu bieten, daß Zeit für ein wirkliches Durchbringen und Verarbeiten, für Übung und Wiederholung vorhanden ist. Das Lehrverfahren hat sich von dem für das Kindesalter berechneten in wesentlichen Punkten zu unterscheiden und ist so zu gestalten, wie es für junge Leute, die in das Berufsleben eingetreten sind, zweckmäßig ist. Die Form von Frage und Antwort darf weder bei der Behandlung neuer Stoffe noch bei der Wiederholung den gesamten Unterricht beherrschen. Je nach der Eigenart des Stoffes sind auch Besprechungen in freierer Form, die ein gemeinsames Erarbeiten des Neuen zum Ziele haben, oder kleinere zusammenhängende Darstellungen des Lehrers oder einzelner Schüler anzuwenden. Möglichst oft sind Aufgaben zu stellen, die die Erfahrungen der Schüler benutzen und ihre lebendige Mitarbeit erfordern. Eine freie Wiederholung und Anwendung behandelte Stoffe durch die Schüler ist auf allen Stufen anzustreben. Immer muß das Ziel sein, die Schüler von der Leitung des Lehrers unabhängig zu machen und sie anzuspornen, daß sie sich auch nach dem Abschluß der Schule selbständig weiterbilden.

Für die gewerbliche Fortbildungsschule steht an erster Stelle unter den Lehrfächern die Berufs- und Bürgerkunde, der als Aufgabe zugeteilt wird: das Verständnis der Schüler für ihren Beruf nach Möglichkeit zu vertiefen und sie zu denkendem, pflichtbewusstem Arbeiten zu erziehen (Fachkunde); die für den einzelnen notwendigen Kenntnisse des geschäftlichen Lebens zu übermitteln (Geschäftskunde); den Zusammenhang des einzelnen und seiner Berufsarbeit mit dem Gemeinschaftsleben in Familie, Schule und Werkstatt, in Gemeinde, Staat und Reich zum Bewußtsein zu bringen, das Werden und Wesen wichtiger Einrichtungen des öffentlichen Lebens zu erklären, die Ehrfurcht vor der Verfassung und Rechtsordnung, die Liebe zu Heimat, Vaterland und Herrscher zu pflegen und Ziele für die freudige Mitarbeit im Staate vor Augen zu stellen (Bürgerkunde). Für die gemischtberuflichen Klassen sind solche Stoffe auszuwählen, die für alle Berufe gleichmäßig von Bedeutung sind. Aus der Fachkunde können daher nur die wichtigsten Rohstoffe und Arbeitsvorgänge kurz behandelt werden, im übrigen hat die Geschäfts- und Bürgerkunde den Mittelpunkt des Unterrichts zu bilden. Beispielsweise sind zu behandeln: die Fortbildungsschule, Lehr- und Arbeitsvertrag, Arbeitsnachweis, Post und Eisenbahn, Schriftverkehr mit der Zeitung, Kauf- und Schuldverhältnisse, Feuer- und Lebensversicherung, Genossenschafts- und Innungswesen, die wichtigsten Vorschriften über Lehrlinge und Gesellen aus der Gewerbeordnung; weiter die Gemeinde und ihre Einrichtungen (Sparkasse, Beleuchtung, Feuerwehr usw.), die Steuern, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, das Gewerbe- und Amtsgericht, die hauptsächlichsten Behörden, das Wichtigste über Verfassung und Verwaltung von Staat und Reich, über Heerwesen, Flotte und Kolonien. Für Klassen, die einen einzelnen Beruf oder eine Berufsgruppe umfassen, kommt daneben die Behandlung der Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Arbeitsvorgänge (Fachkunde) in Frage, soweit ein sachlich gebildeter Lehrer vorhanden ist. Auch in diesem Falle ist für die Behandlung der Geschäfts- und Bürgerkunde genügende Zeit vorzusehen. In den Klassen der gelernten Fabrikarbeiter ist die Geschäftskunde nur soweit zu behandeln, als sie für den dauernd unselbständigen Arbeiter von Wichtigkeit ist. Für die Klassen der ungelernten Arbeiter sind besonders zu berücksichtigen: Arbeits- und Verkehrsverhältnisse, Gesundheitslehre (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Körperpflege, Arbeit

und Erholung), Anstandslehre, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Belehrungen.

Der Unterricht in der Fachkunde hat tunlichst von dem Verfahren der Werkstatt auszugehen, das für den Lehrling Notwendige zu betonen und nach Möglichkeit einfache Versuche, Proben, Modelle, Skizzen usw. zu verwenden. Für die Geschäftskunde sind häufig wiederkehrende Geschäftsvorfälle des Gewerbebetriebs, die sich möglichst zu kleinen Geschäftsgängen zusammenschließen, in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. So lassen sich z. B. Ein- und Verkauf, Mängelrüge und Rücepflcht, die wirtschaftliche Bedeutung des Wechsels und seine Gefahren, die Versendung mit Post und Eisenbahn u. a. an der Hand von Beispielen entwickeln. Auch der Lehrvertrag der Handwerkskammer, die Anknüpfungen und Nachrichten der Zeitung, das Sparkassenbuch und Versicherungsverträge bieten gute Anknüpfungspunkte. Ebenso sind die Belehrungen über Bürgerkunde an das Nächstliegende anzuschließen, z. B. an die Satzungen der Fortbildungsschule und der Ortskrankenkasse, an den Steuerzettel, an den Haushaltsplan der Gemeinde und ähnliches. Die Pflichten und Rechte, die sich aus den Beziehungen des Berufs zum Gemeinschaftsleben ergeben, sowie die Einrichtungen der Gemeinde sind in erster Linie zu behandeln. Die dort gewonnenen Anschauungen sind für die Besprechung der staatlichen Einrichtungen zu benutzen. Die Erörterung wirtschaftlicher und rechtlicher Grundbegriffe muß zurücktreten, eine planmäßige Darstellung ihrer Zusammenhänge ist nicht Sache der Fortbildungsschule. Wohl aber empfiehlt es sich, auf die geschichtliche Entwicklung einzelner Einrichtungen und die vorbildliche Arbeit großer Männer hinzuweisen. Vor allem soll der junge Mensch die Überzeugung gewinnen, daß er später zur Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten berufen und daher für sie mitverantwortlich ist. Selbstverständlich ist jedes Hereinziehen der Parteipolitik in die Schule streng zu vermeiden. Von hervorragender Bedeutung für die staatsbürgerliche Erziehung kann vor allem das Turnen und Jugendspiel sein, wenn es in der rechten Weise zu Mut, Selbstdisziplin und freiwilliger Unterordnung anleitet.

Für die kaufmännischen Fortbildungsschulen wird über die Handelskunde gesagt: Die Handelskunde hat die Aufgabe, dem Lehrling die wichtigsten kaufmännischen Fachkenntnisse zu vermitteln und ihn so zu dentendem, pflichtbewusstem Arbeiten zu erziehen. Die Handelskunde ist mit dem Unterricht im Deutschen und im Schriftverkehr zu einer Einheit zu verbinden. Daher hat sie auch die Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck zu fördern und die sachgemäße Anwendung der wichtigsten geschäftlichen Briefe und Bordrucke einzuüben. Für Deutsch und Schriftverkehr ist etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit zu verwenden. Die Auswahl und die Verteilung des Stoffes hat auf die Vorbildung der Schüler und die besonderen örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen; im allgemeinen sind die Verhältnisse des Warenhandels besonders eingehend zu besprechen. In der Regel sind zu behandeln: In der Unterstufe: Der Lehrling in Geschäft und Schule. Einrichtungen des Geschäfts, Verkehr mit den Kunden, Ein- und Verkauf. Verkehrswesen: Post, Eisenbahn, Frachtgeschäft. In der Mittelstufe: Warenhandel, Kreditwesen, insbesondere Wechsel und Scheck. In der Oberstufe: Bank- und Börsenwesen, Verkehr mit den Behörden, das Wichtigste über Handelskauf, Handelsstand und Handelsgesellschaften; zusammenfassende Wiederholungen.

In der Handelskunde ist (ebenso wie in der Fachkunde der gewerblichen Fortbildungsschulen) im allgemeinen von vorbildlichen Geschäftsvorfällen des Handelsbetriebs auszugehen, die sich möglichst zu Geschäftsgängen zusammenschließen. So läßt sich z. B. beim Handelskauf Angebot und Annahme, Erfüllung und Bezug, Abnahme und Zahlung, Mängelrüge und Rücepflcht entwickeln, die Versendung mit Post und Eisenbahn, der Umlauf des Wechsels, der Verkehr mit Bank und Börse erläutern. Auch die Satzungen der Fortbildungsschule, der Lehrvertrag, Anzeigen und Nachrichten der Zeitung, das Sparkassen- und Depostitenbuch, der Steuerzettel, der Kurszettel, Versicherungsverträge u. a. bieten gute Anknüpfungspunkte. An diese Beispiele sind auch die wirtschaftlichen und rechtlichen Belehrungen anzuschließen. Auch bei den zusammenfassenden Wiederholungen in der Oberstufe ist in der gleichen Weise zu verfahren. Gelegentlich können auch Hinweise auf die geschichtliche Entwicklung einer Einrichtung, z. B. des Postwesens, des Wechsels, der Börse, zur Belebung und Vertiefung des Unterrichts beitragen. Zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung ist bei geeigneten Stoffen nachdrücklich zu betonen, daß der Handel nicht nur dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil dienen soll, sondern daß

wirtschaft und für Handel und Gewerbe vom 26. März 1897, in dem heißt: „Es ist wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte den Zöglingen der gewerblichen und ländlichen Fortbildungsschulen eine Förderung ihrer religiösen Erziehung zuteil werden. Dies kann, da die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Lehr- und Stundenplan der Fortbildungsschule nicht möglich ist, am besten dadurch erreicht werden, daß die Geistlichen beider Konfessionen durch Unterweisung und belehrende Vorträge, die womöglich in den Räumen der Fortbildungsschulen und im Anschluß an den Unterricht stattfinden, der religiöse Erkenntnis der Zöglinge zu vertiefen und ihren religiösen Sinn zu wecken und zu fördern suchen.“

er auf sittlichen Grundlagen beruhen muß und große Aufgaben für die Volkswirtschaft zu erfüllen hat. Von diesem Gesichtspunkt aus sind z. B. das Verhältnis zwischen Geschäftsinhaber und Angestellten, die Bedeutung von Treu und Glauben im Handel, die Voraussetzung des Kredits, die Zweckmäßigkeit der Wechselstrenge, die einheitliche Regelung des Geld- und Zollwesens u. a. zu betrachten.

Die Schüler sollen die Fähigkeit erlangen, die wichtigsten im kaufmännischen und bürgerlichen Leben vorkommenden schriftlichen Arbeiten selbständig, gewandt und formgerecht auszuführen und sich über Dinge ihres Erfahrungskreises klar und bestimmt auszudrücken. Die schriftlichen Arbeiten sind aufs engste mit der Berufslunde zu verbinden. Sie haben den dort behandelten Stoff weiter zu verarbeiten und durch Übung zu befestigen. Eine besonders eingehende, zeitraubende Vorbereitung der schriftlichen Arbeiten außerhalb dieses Rahmens ist zu vermeiden. Insbesondere für den Geschäftsbriefwechsel ergeben sich aus dem Geschäftsgange heraus Voraussetzungen und Zweck, wirtschaftliche und rechtliche Folgen des Schreibens. Die Klarheit über die Sache ist die Vorbedingung für die zweckmäßige Gliederung der Gedanken und die rechte sprachliche Gestaltung. Die Briefe werden daher aus den gegebenen Verhältnissen, so weit als möglich, selbständig zu entwickeln sein. ... In allen Stunden ist Wert darauf zu legen, daß die Schüler lernen, sich klar und bestimmt auszudrücken. Um die Fertigkeit des mündlichen Ausdrucks zu entwickeln, ist zusammenhängendes Sprechen andauernd zu üben. ... Die im Leben üblichen Fremdwörter sind nach Sinn und Schreibweise zu erklären. Soweit gute deutsche Wörter vorhanden sind, müssen diese regelmäßig angewandt werden.

Diese Auszüge aus den Bestimmungen⁹⁾ des Ministers für Handel und Gewerbe kennzeichnen den Geist, der in den Fortbildungsschulen walten soll. Es kommt darin die Überzeugung, die schon in einem Bericht des Landesgewerbeamts von 1907 niedergelegt ist, zum kraftvollen Ausdruck, „daß die wirtschaftlichen Fragen auch Bildungsfragen sind und daß einzelne Personen wie ganze Berufe und Klassen um so besser sich behaupten und vorwärts kommen, je tüchtiger ihre technische und kaufmännische Bildung ist, mit der sie in den Wettbewerb eintreten. Das Landesgewerbeamt ist aber ebenso davon durchdrungen, daß über die Vermittlung praktischer brauchbaren Wissens und Könnens die allgemeinen Erziehungsaufgaben nicht vernachlässigt werden dürfen und daß namentlich die staatsbürgerliche Erziehung nachdrücklich gefördert werden muß“. Wäre der Entwurf der Pflichtfortbildungsschule Gesetz geworden, so hätte der Geltungsbereich der neuen Bestimmungen mit einem Aufschwung eine gewaltige Erweiterung erfahren. Nun geht die Entwicklung langsamer, Schritt für Schritt, nicht allgemein, sondern nur hier und dort vorwärts. Aber in den beteiligten Kreisen, vornehmlich in den Gemeindeverwaltungen, bei den führenden Männern der Fertiginindustrie, des Handwerks und der Kaufmannschaft ist die Überzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Berufs- und Fachausbildung der jungen Leute beiderlei Geschlechts so festgewurzelt, daß die Bemühungen des Ministers für Handel und Gewerbe sicher an zahlreichen Stellen die kräftigste Unterstützung finden werden. Hoffentlich bringt dann im Herbst die — von der Reichstagskommission einstimmig angenommene — Novelle zu § 120 der Gewerbeordnung eine neue Handhabe zur Durchführung der Fortbildungsschule auch für gewerbliche Arbeiterinnen im Alter von 14–18 Jahren. So wird auch ohne staatlichen Zwang, aber unter staatlicher Führung mit freiwilliger Entschliebung der Gemeinden die Pflichtfortbildungsschule ihren Siegeszug fortsetzen und den gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchs zur Ausübung seines Berufs und zur Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten tüchtig machen. Die neuen Bestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe weisen zu diesem Ziel den richtigen Weg.

⁹⁾ Aus den Vorschriften über die äußere Einrichtung der Fortbildungsschulen sei folgendes mitgeteilt: Die Zahl der Schüler einer gewerblichen Klasse soll nicht mehr als 80, nicht weniger als 20 (15 bei den kaufmännischen Schulen) betragen. Eine Klasse ist zu teilen, wenn die Zahl dauernd 40 überschreitet. Für Zeichen- und einlässige Schulen beträgt die höchste Zahl 80. Die jährliche Unterrichtszeit beträgt mindestens 240 Stunden in 40 Wochen zu 6 Stunden. Eine Erhöhung ist erwünscht.

Soziale Zustände.

Nochmals die Beschäftigung ausländischer Arbeiter am Erweiterungsban des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

Von Landesversicherungsrat Hansen in Kiel.

Die Antwort des Herrn Diplom-Ingenieurs E. Bernhardt in Nr. 39 der „Sozialen Praxis“ auf meinen Aufsatz in Nr. 34 dieser Zeitschrift darf nicht unwidersprochen bleiben.

Ohne weiteres soll, wie das auch schon früher von mir ausgesprochen ist, bereitwillig anerkannt werden, daß ein Unternehmen von dem Umfange und der Vielgestaltigkeit des Erweiterungsbaues des Kaiser-Wilhelm-Kanals ganz besondere Bedürfnisse mit sich führt und insbesondere, daß wohl nicht alle an die nötigen Arbeitskräfte zu stellenden Anforderungen von deutschen Arbeitern befriedigt werden können. So wird denn auch gegen eine teilweise Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte nichts einzuwenden sein. Was aber in jenem ersten Aufsatz beanstandet wurde, war der auffällige, durch nichts erklärte Umstand, daß in der Zeit vom Herbst, teilweise schon von Juni vorigen Jahres bis in den Frühling dieses Jahres fast gar keine deutschen Arbeitskräfte dort mehr zur Einstellung gekommen waren und daß die sämtlichen Arbeitsnachweisstellen, die von Anfang an für die Vermittlung von Arbeitern mit in Anspruch genommen wurden, sich ohne ersichtliche Ursache ausgegallert haben. Es ist von mir betont worden, daß der angebotene Stundenlohn von 38 Pfennigen und daneben die Verweigerung des Erlasses oder auch nur der vorzuschweisen Zahlung der Reisekosten von der Arbeitsnachweis- bis zur Arbeitsstelle als der Hauptgrund zu betrachten sei, weshalb die Arbeitsnachweise den Bauunternehmern am Kanal Arbeiter nicht zuführen vermöchten. Das sage ich auch noch heute. Die Angabe in Nr. 39, daß der Tagelohn durchschnittlich 5 M. betrage, beweist nichts gegen die meinige. Fünf Mark mögen bei Witterungsbedingtheit der sogenannten qualifizierten und der bei besonderen Verhältnissen (nassen Tiefbauarbeiten u. dergl.) beschäftigten Arbeiten und unter Einrechnung lang anhaltender Überstundenbeschäftigung „für den Tag“ herauskommen. In Wirklichkeit sind jedoch — wofür die Beweise sich in meinen Händen befinden — bis ganz vor kurzem 38 Pfennige für die Stunde bei den gewöhnlichen Erdbauarbeiten als Anfangslohn geboten worden. Erst dieser Tage gehen einzelne Unternehmer von 38 auf 40 Pfennige hinauf.

In diesem verhältnismäßig niedrigen Lohnsatz — und darin ganz allein — liegt die Erklärung für das Unvermögen der Arbeitsnachweise, den Kanalbauunternehmern gute deutsche Arbeiter zu vermitteln. Es ist nicht angebracht, ein anderes zu behaupten, und vor allem nicht richtig, gewissermaßen den Anschein zu erwecken, als ob unsere Arbeitsnachweise ausnahmslos minderwertiges Personal — „weder arbeitsfähige noch arbeitswillige Leute“ — zu liefern in der Lage seien. Jede Dualität von Arbeitern kann zur Verfügung gestellt werden, wenn nur der zu zahlende Lohn ein angemessener ist.

Im Gegensatz zu Ingenieur Bernhards Darlegungen muß daran festgehalten werden, daß die minderwertigen Arbeitskräfte, die so oft den begreiflichen Kummer der Unternehmer bilden, überwiegend von anderer Seite herkommen. Insbesondere mache ich noch wie vor die Deutsche Feldarbeiterzentrale für zahlreiche der zu Tage tretenden Mängel in den Arbeiterverhältnissen am Kanal verantwortlich. Es liegen wiederum aus jüngster Zeit Beschwerden vor, die aufs neue die Frage tun lassen, wie es gerechtfertigt werden kann, daß die Deutsche Feldarbeiterzentrale, die doch wohl nur für die Beschaffung von Landarbeitern ins Leben gerufen worden ist, als Vermittlungsstelle für Arbeiter zum Kanalbau verwendet wird, wobei sie dieser — ihr anscheinend fremden Aufgabe — in so mangelhafter Weise nachkommt.

Daß die Kaiserliche Kanalverwaltung die jüngsthin eingetretene Überflutung mit ausländischen Arbeitskräften nicht ruhig anseht, bedunet nicht nur die früher von mir mitgeteilte Verfügung vom 29. März, sondern auch ein unterm 16. Juni d. J. von dem Kanalamtspräsidenten an die Bauunternehmer gerichteter Erlass, in dem ihnen empfohlen wird, die Tragung der Zureisefkosten für die durch die öffentlichen Arbeitsnachweisstellen zu vermittelnden Arbeiter in Erwägung zu ziehen. Zum Schluß heißt es wörtlich: „Ich wiederhole hierbei, daß von Seiten des Herrn Staatssekretärs des Innern auf die Einhaltung des Grundsatzes, daß vorzugsweise geeignete deutsche Arbeiter zu beschäftigen sind, der allergrößte Wert gelegt wird.“ Ohne begründeten Anlaß dürfte dieser Wink schwerlich gegeben worden sein. Seit Mitte Juni 1911 sind nun tatsächlich von

einzelnen Unternehmern die Arbeitsnachweise wieder benutzt worden, aber ein Erfolg hat sich erst in den allerletzten Tagen gezeigt, d. h. nachdem die erwähnte, hinter dem in der Gegend und für die betreffende Arbeit üblichen Satz zurückbleibende Lohnvergütung eine Aufbesserung erfahren hat.

Ich beschränke mich auf diese wesentlichen Tatsachen. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß ich nichts von den übrigen Einzelheiten meines Auftrages zurückzunehmen habe. Die von den in der Nähe des Kanalgebiets gelegenen Arbeitsnachweisen, die kein anderes Interesse haben, als nach bestem Vermögen dem Volkswohle zu dienen, gemachten und von mir ganz objektiv zusammengestellten Beobachtungen stehen, wie mir scheint, an Beweiskraft nicht hinter den Ansichten des Herrn Bernhard zurück.

Kaufmännische Mittelstands- und Angestellten-Fragen. Der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, der Mitte Juli seinen Verbandstag in Duisburg abhielt, umfaßt sowohl Angestellte, wie auch selbständig gewordene Kaufleute. Auch auf seiner Tagung standen daher sowohl reine Angestellten-Fragen, wie auch das Thema „kaufmännische Mittelstandspolitik“ zur Verhandlung. Aus der Behandlung der Angestellten-Fragen sei erwähnt, daß der Verband sich im allgemeinen zustimmend zu dem jetzt vorliegenden Entwurf der Privatangestellten-Versicherung aussprach, daß den angeschlossenen Vereinen empfohlen wurde, sich mit eigenen Kandidatenlisten an den Kaufmannsgerichtswahlen zu beteiligen, daß ferner eine Reihe von Forderungen an die soziale Gesetzgebung gestellt wurden, um die Ausbildung, die Arbeitsverhältnisse, sowie das Fortkommen der Handelsangestellten zu erleichtern. Die Forderungen für eine kaufmännische Mittelstandspolitik gingen u. a. auf gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens, Schutz des seßhaften Detailhandels gegen das Hausiergewerbe, Sonderbesteuerung der Warenhäuser und Konsumvereine, die Veranlassung einer Erhebung über die heutige Lage des Kleinhandels, um zuverlässige Unterlagen für weitere gesetzgeberische Maßnahmen zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes zu schaffen.

Der Tagung des Verbandes ging eine Beratung der Vertreter der Jugendabteilungen voraus. Der Verband zählt jetzt 67 Jugend-Abteilungen mit 8665 Mitgliedern, während die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes über 25 000 beträgt.

Rechtspflege.

Die endgültige Entscheidung über die frühere Berrufspraxis des Zechenverbandes hat das Oberlandesgericht Hamm als oberste Instanz jetzt gefällt. Zehn Mitglieder des Bergarbeiterverbandes hatten bekanntlich den Zechenverband, der sie sechs Monate lang von der Arbeit auf den Verbandszechen ausgesperrt hatte, auf Schadenersatz verklagt und hatten vor dem Landgericht Essen ein Urteil erzielt, wonach der Zechenverband ihnen den durch den Veruruf entstandenen Schaden, soweit die Aussperrung über 6 Wochen gedauert hatte, entschädigen sollte. Zwei Kläger unter den zehn waren allerdings abgewiesen worden. Beide Parteien hatten gegen das Essener Urteil beim Oberlandesgericht Berufung eingelegt, die Kläger, weil sie auch für die ersten sechs Wochen der Aussperrung eine Entschädigung verlangten und die beiden Abgewiesenen sich nicht dabei beruhigen wollten. Der Zechenverband hatte rundweg Aufhebung des Urteils und Abweisung der Kläger beantragt. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte das Urteil des Essener Landgerichts im allgemeinen, hob es aber hinsichtlich der Sachen der beiden Abgewiesenen auf und verurteilte den Zechenverband, dem einen den ihm durch die Aussperrung entstandenen Schaden voll zu ersetzen, dem anderen den Schaden insoweit zu ersetzen, als er länger als sechs Wochen ausgesperrt war. Das Urteil des Oberlandesgerichts ist endgültig, da das Reichsgericht infolge des Betrages der Revisionssumme nicht mehr angerufen werden kann.

Dieses Urteil findet eine gewisse Ergänzung in einem erst kürzlich genauer bekannt gewordenen Urteil des Landgerichts Dortmund, das am 8. Februar 1911 zugunsten eines Bergmannes ergangen ist, der am 14. Dezember 1908 von der Zeche Erwald in S. ohne ausreichenden Grund fristlos entlassen worden war. Da die Zeche dem vertragswidrig Entlassenen die für solche Fälle von der gemeinschaftlichen Arbeitsordnung der Zechen vorgesehene Entschädigung von 6 Schichtlöhnen verweigerte, so verklagte der Arbeiter die Firma vor dem Berggewerbegericht, und zwar nunmehr auf Ersatz des vollen Lohnausfalls, der ihm durch die unzeitige Entlassung und die daraus folgende Nichtannahme auf allen Gruben des Zechenverbandes verursacht worden war. Das Berggewerbegericht sprach ihm zwar die sechs Schichten Lohn als Schadenersatz zu, wies ihn aber mit seinen weitergehenden Ansprüchen ab. Das Landgericht Dortmund jedoch erklärte die Forderung des Klägers dem Grund nach für berechtigt und zwar aus folgenden Erwägungen:

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß in der hier fraglichen Zeit zwischen den zu dem Zechenverband zusammengeschlossenen Zechen des genannten Gebietes, zu denen die Beklagte gehörte, ein Abkommen dahin bestand, daß Arbeiter, die nicht eine auf Monatslohn lautende Abkehr aufweisen konnten, von der Annahme auf einer andern dem Verbande angehörigen Zeche auf die Dauer von sechs Monaten ausgeschlossen waren, es sei denn, daß Krankheit den Grund des vorzeitigen Ausscheidens bildete. In dem vom Kläger vorgelegten Arbeitsbuche ist als Tag der Entlassung der 14. Dezember 1908 eingetragen, ohne einen Vermerk, daß die Entlassung wegen Krankheit erfolgt sei, so daß die andern Verbandszechen aus der Eintragung entnehmen mußten, die Entlassung des Klägers sei auf Vertragsbruch zurückzuführen. Da der Kläger während des Winters 1908 und des Frühjahr 1909 sich im rheinisch-westfälischen Zechengebiet aufgehalten hat und die weitaus größte Zahl der dortigen Zechen dem Verbande angehören, so besteht ein erheblicher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Angabe des Klägers, er habe keine Arbeit finden können und Schaden erlitten, auf Wahrheit beruht. Dieser Schaden war die Folge der vorzeitigen ungerechtfertigten Entlassung in Verbindung mit jenem Abkommen der Zechen des Verbandes und gemäß § 276 BGB. muß die Beklagte wegen Vertragsbruchs für weiteren Schaden als ersatzpflichtig gelten. . . . Durch jenes Abkommen mit den übrigen Verbandszechen hatte die Beklagte für den Fall vorzeitiger, nicht auf Krankheit zurückzuführender Entlassung eines Arbeiters die Grundlagen eines Schadens geschaffen, der den Umfang der gewöhnlichen Schadensfolge vorzeitiger Lösung eines mit vierzehntägiger Kündigung abgeschlossenen Arbeitsvertrags weit übertraf. Die Beklagte mußte, daß bei solcher Entlassung die Erlangung von Arbeitsgelegenheit für die nächsten Monate wesentlich erschwert sein werde und daß die Erwerbschwierigkeiten sich ergeben würden, gleichviel ob die Entlassung gerechtfertigt war oder nicht. Sah sie diese Schädigung aber voraus, die für den Betroffenen den Charakter einer Strafe hatte, so handelte sie wider Treu und Glauben, wenn sie sich durch Hinweis auf § 5 der Arbeitsordnung, der im Jahre 1906 vor dem Abkommen der Zechen nicht für solche Fälle geschaffen wurde, von weitergehender Ersatzpflicht befreien wollte. Der Anspruch des Klägers auf Schadenersatz war mithin dem Grunde nach für gerechtfertigt zu erklären.

Das Dortmunder Urteil verdammt also die Verhängung einer langen Arbeitsperre, wenn eine Firma, im Vertrauen auf die niedrige Beschränkung der Vertragsbruchstrafe durch die Arbeitsordnung, eine willkürliche vorzeitige Entlassung des Arbeiters herbeiführt, auf das schärfste und fordert volle Entschädigung des Entlassenen. Waren die Arbeiter an der vertragswidrigen Lösung des Arbeitsverhältnisses schuld, so erscheint dem Landgericht Essen eine Sperre von 6 Wochen allenfalls zulässig; eine längere Sperre aber macht die Zeche ersatzpflichtig.

Die Berechnung des pfändungsfreien Lohn Einkommens ist durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm geklärt worden. Ein Kaufmann in Caternberg hatte gegen mehrere Arbeiter, die Waren von ihm gekauft, aber nicht bezahlt hatten, rechtskräftige Urteile erwirkt und den Lohn dieser Leute, die auf einer Zeche beschäftigt waren, pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen, soweit der Lohn monatlich den Betrag von 125 M. überstieg. Die Zechenkasse brachte die Versicherungsbeiträge für Alters- und Krankenversicherung von der wirklich verdienten Lohnsumme vorweg in Abzug, ließ dann den einzelnen Arbeitern 125 M. zukommen und zahlte erst den verbleibenden Rest an den betrieblenden Pfändungsgläubiger aus. Der machte geltend, der ganze Verdienstebetrag über 125 M. sei pfändbar, die Versicherungsbeiträge dürfen nicht abgezogen werden. Wegen des durch die Abzüge erwachsenen Schadens von 600 M. erhob er gegen die Zeche Klage. Die vierte Zivilkammer des Landgerichts Essen verurteilte auch die Zeche, an den Kläger den Betrag von 600 M. herauszuzahlen. Die genannten Gefälle seien eine Vergütung im Sinne des Lohnbeschlagnahmegesetzes; unter Vergütung sei jeder dem Berechtigten zu gewährende Vermögensvorteil zu verstehen. Zur Feststellung des Gesamtbetrages der Vergütung mußten alle Teile und Arten der Vergütung, auch die nicht bar zur Auszahlung kommenden Teile zusammengezählt werden. Das Oberlandesgericht hob das Urteil jedoch auf und wies die Klage kostenpflichtig ab. Das von der Zechenverwaltung vorgenommene Abzugsverfahren entspreche durchaus den Gesetzen, weil die Pfändung nur auf diejenigen Beträge sich erstrecken könne, die nach Abzug der Gefälle noch den Betrag von 125 M. übersteigen.

Die Strafbarkeit des blauen Montags in Bayern besteht bemerkenswerter Weise noch, wenn auch meist nur auf dem Papier. Im Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern findet sich nämlich noch folgende Bestimmung:

Handwerksgehilfen, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, welche den sogenannten blauen Montag feiern, werden an Geld bis zu 45 M. oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft. Die Bestimmungen sehen

auch für hartnäckigen Ungehorsam oder Widerpenstigkeit gegen be-
rechtigte Anordnungen oder Aufträge der Arbeitgeber oder deren Stell-
vertreter und gröbliche Verletzung der schuldigen Achtung die gleiche
Bestrafung vor, ebenso wenn ohne genügenden Rechtfertigungsgrund
zur bedungenen Zeit nicht in Arbeit, oder vor Ablauf der bedungenen
Zeit aus der Arbeit getreten wird, oder eine Entziehung von der Arbeit
an den dazu bestimmten Tagen oder Stunden erfolgt.

Das Einführungsgezet für das Bürgerliche Gesetzbuch in
Bayern hat dieses Ausnahmegezet trotz der Proteste der Sozial-
demokraten nicht beseitigt. Die bayerische Regierung aber will ihm
nunmehr doch ein Ende machen. Freilich geht das nicht ohne
weiteres; es sind dazu noch Erhebungen nötig.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Der Buchdruckerarif und die Krisis in der Gehilfenschaft.

Der Geltungsbereich der Buchdruckerarifgemeinschaft hat sich
laut „Verzeichnis der tariftreuen Druckereien“ vom 30. April 1911
widerum um einige hundert Betriebe und um einige tausend
Gehilfen erweitert, obgleich 324 Firmen mit 939 Gehilfen an
31 Orten im letzten Geschäftsjahre aus der Tarifgemeinschaft ge-
strichen werden mußten (288 Betriebe wegen Erlöschens der Firma
und 36 Betriebe mit 85 Gehilfen wegen Nichtanerkennung des
Tarifs). Der zahlenmäßige Entwicklungsgang der Tarifgemeinschaft
in den letzten 15 Jahren war folgender:

1897:	1681	tariftreue Firmen und	18 840	Gehilfen in	469	Orten
1900:	3115	"	30 680	"	1002	"
1905:	5184	"	45 868	"	1552	"
1906:	5588	"	49 497	"	1659	"
1907:	6254	"	54 558	"	1808	"
1908:	6611	"	57 211	"	1942	"
1909:	6971	"	59 852	"	2007	"
1910:	7801	"	61 627	"	2098	"
1911:	7659	"	64 081	"	2158	"

Die Ziffern von 1906 bis 1911 stellen die Entfaltung der
Tarifgemeinschaft während des letzten Vertragslauftrums dar, das
mit diesem Jahre seinem Ende zuneigt. Die Abänderung des
Tarifs ist bereits unter Beachtung der tariflichen Fristen beim
Tarifamt beantragt worden. Bis zum 13. August müssen die
Einzelheiten der Abänderungsanträge in genauer Fassung und Be-
gründung von mindestens vier Prinzipals- oder vier Gehilfen-
vertretern im Auftrage ihrer Kreise beim Tarifamt eingereicht werden.

Daß die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe diesmal
wieder heiße Auseinandersetzungen bringen werden, liegt angesichts
der sozialwirtschaftlichen und technischen Verschiebungen des letzten
Jahrfünfts auf der Hand. Entscheidend für den Charakter und die
Bedeutung der heurigen Tarifverhandlung aber ist die Stimmungs-
wandlung in weiten Kreisen der großstädtischen Gehilfenschaft. Bei
dem jüngsten Berliner Maschinenmeisterzwist ist diese Wandlung ja
zur Genüge offenbar geworden. Der Radikalismus und der Über-
druß an der vertraglichen Selbstzügung, die obendrein für die
großstädtischen über Minimum entlohnenden Gehilfen nicht mehr durch
besondere materielle Vorteile schmacht gemacht wird, sind nicht
nur in Berlin, sondern auch in Leipzig und Hamburg stark aus-
geprägt; jedenfalls führen sie hier das große Wort in den Ver-
sammlungen, da die große Masse der Stillen und Passiven, in der
die besonnenen und älteren Elemente stecken, sich an den Versammlungen
und Kundgebungen meist wenig beteiligt oder darauf
verzichtet, mit den gesinnungsstarken Männern sich über nützliche
sachliche Notwendigkeiten auseinanderzusetzen; ja sie liest nicht ein-
mal das Fachblatt des Verbandes. Die drei genannten Großstadt-
gaue, die mit ihren 19 000 Verbandsmitgliedern fast ein Drittel
der Gesamtgehilfenschaft ausmachen, geben aber nur allzuleicht auch
für andere Gaue den Ton an. Wie es aus den Kundgebungen
von Berlin, Leipzig, Hamburg ins Reich hinaus hallte, so hallte es
aus einer ganzen Reihe weiterer städtischer Gaue, wenn auch in
etwas abgeschwächter Form, zurück. Glücklicherweise hat sich die
„Provinz“ keineswegs in den Bann der großstädtischen Radikalen
begeben, sondern in der Mehrzahl sich auf den Boden der Beschlüsse
der Gauvorstellertkonferenz (Sp. 1276) gestellt. Zu diesem Ergebnis
hat außer der mannhaften Haltung des „Korrespondent“ wohl nicht
wenig die verständige Sprechweise der Gewerkschaftspresse aus den
verschiedensten Industriekreisen beigetragen. Mit besonderer Ent-
schiedenheit hat der „Korrespondent“ die Einmischung der sozial-
demokratischen Parteipresse in den Tarifbruchzwist zurückgewiesen:

„Mit einer derartigen Auspeitschung werden keine Arbeiter zur
Innehaltung der abgeschlossenen Verträge erzogen, auch nicht zur Re-

spektierung eines Generalversammlungsbeschlusses, wie er für die
Berliner Angelegenheit doch vorlag. Der Schluß dieser Geheißel klingt
im Hinblick auf unsere Tarifrevision in eine Drohung aus, die uns
veranlaßt, diese Bemühungen um das Wohl und Wehe der Buchdrucker
entschieden zurückzuweisen. Die Buchdrucker sind selbst Manns genug,
zu wissen, was sie in jedem Falle zu tun haben. Derartige Fanfaren
zum Herbst verbiten wir uns ganz energisch. . .“

„Man lasse die Buchdrucker in Ruhe und lasse sie ihre Sachen
unter sich ausmachen, wie auch wir der sozialdemokratischen Partei
lassen, was ihr ist. Fordert man uns aber heraus, und das ist hier
wieder einmal ganz gehörig geschehen, dann wundert man sich auch
nicht und spare sich das Altwetberflemmen, wenn entsprechend zurückge-
zahlt wird.“

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission erteilt eben-
falls in überlegen ruhiger Form dem „Vormärts“ einige Ek-
sationen über die Stellung und die Pflichten der Vertrauensmänner
in der Tarifgemeinschaft und verurteilt den Vertragsbruch der
Vertrauensleute doppelt, weil sie eben Vertrauensleute seien. „Es
hiesse den Unternehmern einen Freibrief auf Vertragsbruch aus-
stellen, wollten die Gewerkschaften ihre schützende Hand über Tarif-
brecher im eigenen Lager halten.“ Und das „Korrespondenzblatt“
kann es sich nicht versagen, zum Schluß den „Vormärts“ ganz
besonders darauf hinzuweisen, daß laut der Feststellungen Döblins
in einem eben erschienenen Aufsatz des „Korrespondenzblatt“, den der
„Vormärts“ als „nichts Neues enthaltend“ seinen Lesern vor-
enthalten hatte, das Tarifamt der Buchdrucker „bereits vor Jahr
und Tag ein gleiches Urteil (gegen tarifbrüchige Vertrauensmänner)
gefällt hat, ohne daß die jetzigen Prinzipwächter einen Anstoß daran
genommen hätten“. Ähnlich wie das „Korrespondenzblatt“ der
Generalkommission verfechten noch eine ganze Reihe von Gewerkschafts-
blättern den Standpunkt strenger Tariftreue und scharfer Verbands-
zucht. Aus den beachtenswerten Darlegungen des „Grundsteins“, des
erfahrenen Fachblattes der Maurer, sei folgende Stelle wieder-
gegeben:

„Wenn sich eine demokratische Organisation selbst Gesetze gibt, dann
müssen die Mitglieder der Organisation diese Gesetze auch halten, und
wenn man, wie wir, von den Unternehmern die Einhaltung der Tarife
fordert und Tarifbrüche verurteilt, dann kann man den Arbeitern gegen-
über unmöglich das Gegenteil rechtfertigen. . . . Ein Gewerkschafts-
blatt hat nicht die Aufgabe, Seitenprünge einzelner Mitglieder öffent-
lich zu bemängeln, sondern es soll dem großen Interesse der Gesamt-
organisation dienen. Und das hat der „Korrespondent“ in diesem Falle
nach besten Kräften getan.“

Daß unter den 60 Gewerkschaftsblättern auch einige den Seiten-
springern die Stange hielten, darf natürlich nicht überraschen. Nur
bei der „Holzarbeiterzeitung“, deren ernsthaftes, besonnenes Urteil
sich gewöhnlich weiter Beachtung erfreut, überrascht in diesem Falle
die übereilte Parteinnahme gegen die Tarifamtsentscheidung. Immer-
hin hält sich — das ist zu betonen — die gesamte Gewerkschafts-
presse, auch da, wo sie gegen die Tarifbruchhandlung im Buchdrucker-
lager Stellung nimmt, von dem Tone rein, in dem hier und da
die sozialdemokratische politische Presse gegen das „Schindluderpiel“
der „Arbeitervertreter“ — das sind die Gehilfenvertreter im Tarif-
amt und die Gauvorsteher! — und gegen die „gelbe Streifbretter-
organisation“ — das ist der Buchdrucker(gehilfen)verband! — vom
Leber zieht.

Diesen Anrempelungen und den Quertreibereien einzelner Tarif-
feinde im Gehilfenlager, aus denen manche schon eine Spaltung
des Verbandes herauslesen wollen, hat der Verbandsvorstand der
Buchdruckergehilfen in einer Erklärung vom 14. Juli 1911 ein
geharmonisiertes „Quos ego!“ entgegengesetzt. Die wichtigsten Stellen
lauten:

„Kollegen! Die bedauerliche Handlungsweise der Rotationsdrucker
und die dagegen ergriffenen Maßnahmen haben einigen Mitgliedern die
gewünschte Handhabe geboten, ihre Abneigung gegen den Tarifvertrag
und die durch denselben geschaffene gewerbliche Ordnung in einer Weise
zum Ausdruck zu bringen, die ebenso sehr gegen die guten Sitten wie
gegen das Verbandsinteresse verstößt.“

Die Versammlungen in Berlin dienen trotz aller wohlmeinenden
Bemühungen des Gauvorstandes nicht mehr der gegenseitigen Auf-
klärung, sondern lediglich der Beschimpfung der Personen, welche durch
das Vertrauen der Gesamtheit berufen sind, die Beschlüsse der General-
versammlung auszuführen.

Durch Herabwürdigung dieser Vertrauenspersonen des Gesamt-
verbandes sucht man das gesteckte Ziel, einen neuen Kurs herbeizu-
führen, zu erreichen, indem man die Amtsniederlegung derselben er-
zwingen will, um dann Vertreter einer der bisherigen entgegengesetzten
Verbandspolitiken ans Ruder zu bringen. Daß diese Tätigkeit mit den
Beschlüssen der Generalversammlung nicht in Einklang zu bringen ist,
ist selbstverständlich. Die systematische Untergrabung des Vertrauens
zu diesen Funktionären muß organisationsmäßig wirken; sie bietet
daher ohne weiteres dem Vorstände die Handhabe, auf Grund des

Statuts mit dem Ausschlusse vorzugehen. Wenn von diesem äußersten Schritte noch Abstand genommen wurde, so lediglich deshalb, um ihn nicht ohne vorhergehende Warnung zu unternehmen. Der Vorstand will jedoch keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn die betreffenden Mitglieder ihre die Verbandstatut untergrabende und ehrabschneiderische Tätigkeit gegen die Verbands- und Tariffunktionäre fortsetzen sollten, rücksichtslos gegen sie vorgegangen wird. Ihnen gegenüber sei noch besonders bemerkt, daß sie ihr Ziel mit den angewandten Mitteln unter keinen Umständen erreichen werden. Die Vertreter in den Zentralinstanzen betrachten es als ihre Ehrenpflicht, gerade jetzt auf ihrem Posten auszuharren, um die Beschlüsse der Generalversammlung zur Durchführung zu bringen, und die Ziele, die den Verband groß gemacht und auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft bahnbrechend für die gesamte Arbeiterschaft gewesen sind, mit aller Energie weiter zu verfolgen.

Der große Teil der Verbandsmitglieder, welcher noch nicht begriffen hat, wohin der Weg führen muß, den jene Organisationschädiger beschreiten wollen, möge sich vor Augen halten, daß wir in wenigen Wochen vor neuen Tarifberatungen stehen, und daß die Kosten der Tätigkeit der radikalen Phraseure die große Masse bezahlen muß, wenn sie nicht den Beweis liefert, daß der Verband gewillt und fähig ist, seine Vertragsfähigkeit und Vertragstreue zu beweisen.

Darum fort mit allen Quertreibereien und Einigkeit in dem Bestreben, das Errungene zu fördern und zu befestigen!

Man sollte meinen, daß die elementarste Überlegung auch die jugendlichen Teile der Gehilfenschaft, die noch keinen Tarifkampf durchgemacht haben, doch zu der Einsicht führen muß: zur Vorbereitung der Tarifverhandlungen, bei denen die Gehilfenschaft durch das moralische Gewicht ihrer machtvollen Organisation die Prinzipale zu Zugeständnissen bewegen will, eignen sich die gegenwärtigen Auflehnungsversuche im eigenen Lager, die Bestrebungen, an der Verbandszucht und der Autorität der gewählten Führer zu rütteln, herzlich wenig.

Der erste Tarifvertrag für Arbeiter der Fluggzeugindustrie ist von der „International Association of Machinists“ und der „Aerial Navigation Company of America“ abgeschlossen worden. Der Vertrag fordert eine Probezeit von einem halben Monat für jeden neu bei der Gesellschaft eintretenden Mechaniker, Lehrlinge müssen eine vierjährige Lehrzeit von je 800 Tagen durchmachen, und zwar darf nur auf je acht Maschinenisten ein Lehrling eingestellt werden. Nach Beendigung der Probezeit erhält der Mechaniker 42 1/2 cts. die Stunde bei insgesamt 9ständiger Arbeitsdauer. Für Überstunden gibt es 50 % Zuschlag. Der Vertrag grenzt natürlich auch gemäß den Sitten amerikanischer Gewerkschaften die Arbeiten der Mechaniker gegen die anderer Berufswege deutlich ab.

Verbot bezahlter Privatarbeit im Tarifvertrage. Der neue Tarifvertrag für das Tischlergewerbe in Fougères (Frankreich) vom 1. April 1911 enthält die Vorschrift, daß die Arbeiter außerhalb der zehnstündigen Arbeit in der Werkstatt keinerlei anderweitige Arbeit gegen Bezahlung verrichten dürfen; ihre Arbeitskraft soll unerschöpft durch fremde Arbeitgeber ausschließlich dem Hauptarbeitgeber zur Verfügung stehen.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

Aus der Praxis der Streikentschädigungsgesellschaften

erzählt der Verhandlungsbericht der „Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ über die Ausschussung vom 12. Juni 1911 einiges Bemerkenswerte. Auf der von 51 Vertretern, Vorsitzenden und Sekretären verschiedener Arbeitgeberverbände besuchten Tagung erörterte Freiherr von Reismwig, der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, die Abänderungen des Streikentschädigungssystems, die die bisherigen fünfjährigen Erfahrungen als notwendig erwiesen hatten. Erforderlich sind danach die Einbeziehung des Transportgewerbes unter den gleichen Bedingungen, die für die „Gesellschaft des Zentralverbandes der Arbeitgeber im Transportgewerbe Deutschlands zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ maßgebend sind; zweitens die Vermeidung solcher Kürzungen der Entschädigungen, wie sie schon wiederholt und besonders im letzten Geschäftsjahr infolge der unzureichenden Gesellschaftsmittel notwendig waren; drittens die Schaffung eines Reservefonds, aus dem Entschädigungen schon während der Streiks gezahlt werden könnten. Der Vortragende betonte, daß in den 5 Geschäftsjahren an Entschädigungsleistungen der Gesellschaft 191 000 M. ausfallen mußten, weil die Mittel nicht langten. Der Beitragsatz für das Mitglied betrug 1 M. auf je Tausend der vorausgabten Lohnsumme, er soll jetzt auf 2 M. gesteigert werden. Die Misere würde nicht eingetreten sein, wenn man immer schon 2 M. statt 1 M. erhoben hätte, es würde dann zurzeit sogar noch ein Bestand von etwa

40 000 M. verfügbar gewesen sein. Wenn die Beitragserhöhung nicht erfolge, müsse sofort der in den Satzungen vorgesehene Nachschuß eingefordert werden, womit noch nicht einmal die Möglichkeit einer Zahlung während oder gleich nach Beendigung des Streiks gegeben sei. Der Vortragende stellte, wie üblich, wenn die Arbeitgeber unter sich sind, die vortreffliche finanzielle Rüstung der Gewerkschaften als nachahmenswertes Vorbild den Arbeitgebern vor, die bisher nur geringe Opfer für ihre Organisationen zu spenden bereit sind. Der Antrag Reismwig, den jährlichen Mitgliedsbeitrag auf 2 M. für 1000 M. Lohnsumme festzusetzen, wurde schließlich angenommen, ebenso der Antrag: „Zur Schaffung eines Reservefonds, der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 50 M. auf 1000 M. Lohnsumme erhoben werden.“ Ein Antrag des Kieler Arbeitgebervertreterers Frauen, im Gegensatz zu dem Satzungsentscheid des Vorstandes die Auszahlung der Unterstützungen nach Maßgabe der gezahlten Löhne bereits während des Streiks oder der Aussperrung allwöchentlich vorzunehmen, stieß auf Ablehnung; ebenso ein Antrag aus dem Hamburger Baugewerbe, den Beitrag statt auf 2 M. gleich auf 5 M. zu erhöhen, und ein Antrag Jansen-Kiel, den Jahresbeitrag für das Jahr 1911 zweimal zu erheben, um im nächsten Jahr sofort eine wöchentliche oder monatliche Unterstützung gewähren zu können. Auch der Antrag, die neuen Beitragsbeschlüsse wie die gesamten Änderungen der Satzungen mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1911 ab in Geltung treten zu lassen, wurde abgelehnt und der 1. Januar 1912 als Anfangspunkt gewählt.

Allen diesen weitgehenden Forderungen suchten die Hauptwortführer der Versammlung die Spitze abzubringen, indem sie auf die Vorwürfe hinwiesen, die auf die später auszufahrenden Entschädigungen gewährt werden könnten, wenn die verfügbaren Mittel es gestatteten.

Was nun die Höhe der zugestandenen Streik- und Aussperrungsentschädigungen (§ 17 der Satzungen) anlangt, so soll der Aufsichtsrat hierbei nach folgenden Gesichtspunkten verfahren: Es kann für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung bis zur Höhe von 20 v. H. des durchschnittlichen Tagesverdienstes bewilligt werden, also z. B. für 1000 Arbeiter bei einem Durchschnittstagesverdienst von 4 M. täglich 1000 M. Diese volle Entschädigung kann indes nur bezahlt werden, wenn die Zahl der bei einer Firma beschäftigten Arbeiter 1000 nicht übersteigt. Für mehr als 1000 Arbeiter können nur folgende Entschädigungen auf Tausend bezahlt werden:

Von 1001— 2000 Arbeiter	16 v. H. =	640 M.
2001— 4000	12 „ =	960 „
4001— 8000	8 „ =	1200 „
8001— 10000	4 „ =	820 „

Die bekannten inneren Schwierigkeiten der Organisation der Arbeitgeber, von denen keiner gern für den andern die Kastanien aus dem Feuer holt und zur Aufrechterhaltung des bestreikten Konkurrenten nicht gerade mit opferwilliger Begeisterung in die Tasche greift, werden durch diese Verhandlungen wieder einmal belegt. Angesichts dieser finanziellen Sparsamkeit der organisierten Arbeitgeber, die sich auch bei den letzten Bauarbeiter- und Werftarbeiteraussperrungen sehr empfindlich fühlbar gemacht und die Arbeitgeber schließlich zum Nachgeben bestimmt hat, ist es nicht überraschend, daß die Arbeitgeberpresse und die ihr nahestehende politische Tagespresse alle halben Jahre immer wieder die neidvolle Epistel von der unerhörten Besteuerung der Arbeiter durch die Gewerkschaften den verehrlichen Lesern aufstischt. Auch gegenwärtig mindet sich diese Seeschlange wiederum durch die Blätter. Es handelt sich, abgesehen von dem Unfug, Staatssteuern mit Kassenbeiträgen für Versicherungs- und Kampfwende zu vergleichen, im Grunde hier nur um die alte Fabel von den Trauben, die zu hoch hängen. Die Arbeitgeberverbände und ihre journalistische Wortführer würden stolz und froh sein, wenn ihre Organisationen in gleich erfolgreicher Weise die „Steuerschraube“ bei ihren Mitgliedern handhaben könnten. Daß solches möglich werde, dazu bedarf es aber gewiß noch langjähriger Erziehung und Erfahrung im Lager der Arbeitgeberverbände, wenn sie vielleicht auch nicht so lange Zeit wie vordem bei den Arbeitern in Anspruch nehmen wird.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die britische General Federation of Trade Unions, die am 6. und 7. Juli in Dundee ihre 12. Jahreskonferenz in Anwesenheit dreier deutscher und eines französischen Gewerkschafts-

vertreter abhielt, hat im letzten Geschäftsjahre die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften (135) nicht vermehren und auch die Rasse der Gewerkschaftler nur von 703 091 auf 711 994 steigern können. Insgesamt ist erst ein knappes Drittel aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Großbritanniens dem Gesamtbund angeschlossen. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Überwindung der bösen Zersplitterung im britischen Gewerkschaftswesen durch Verschmelzung zusammengehöriger Vereine und die Regelung des für deutsche Anschauungen höchst befremdlichen Verhältnisses zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Die ungelernten Arbeiter, von denen 78 000 dem Verbande angehören, beklagen sich darüber, daß sie Beiträge für Unterstützungen entrichten, die ihnen nur in einem sehr beschränkten Maße gewährt werden. Nach den Verbandssatzungen haben Mitglieder, die nicht direkt an einem Streik oder einer Aussperrung beteiligt sind, kein Recht auf Unterstützung. Ungelernte Arbeiter werden aber fast immer bei einem Streik gelernter Arbeiter in Mitleidenenschaft gezogen, sie können daher nur auf Unterstützung vom Verbande rechnen, wenn sie selbst einen Streik anfangen, was nicht häufig vorkommt. Sie fühlen sich daher benachteiligt. Um auch die indirekt an Streiks oder Aussperrungen beteiligten Mitglieder unterstützen zu können, mußte der Verband die Beiträge erhöhen. Die Beiträge wurden jedoch schon im Jahre 1905 herabgesetzt, und es ist daher sehr zweifelhaft, ob sie ohne Schaden für die Organisation wieder erhöht werden können. Während der Beratungen drohte ein Vertreter der ungelernten Arbeiter, daß seine Gewerkschaft nicht allein aus dem Verbande austreten, sondern ihn auch bekämpfen werde, wenn sich die Dinge nicht änderten. Die kastenmäßige Sonderbündel der gelernten Arbeiter einer Industrie unter Ausschluß der ungelernten, obwohl beide sich bei der Produktion in die Hand arbeiten müssen und die Arbeitseinstellung der einen die Stilllegung der Beschäftigung der anderen zur Folge hat, treibt also sonderbare Blüten. Wie gesagt, spricht bei der unzulänglichen Regelung der Streikunterstützung für die ungelernten Arbeiter auch die schwächliche Finanzlage der Federation deutlich mit. Im Jahre 1910 stiegen die Ausgaben auf 74 952 £ gegen 11 808 £ im Vorjahr und übertrafen die Einnahmen um 39 648 £. Die Aussperrung der Kesselschmiede, die Mitglieder des Verbandes sind und es nur diesem Umstande verdanken, daß ihre früher so stark und stolz dastehende Gewerkschaft im Jahre 1910 nicht von der Bildfläche verschwand, hat so viel Geldopfer erfordert. Die Zahl der Streikfälle überhaupt, mit denen sich der Bund 1910 zu befassen hatte, betrug nur 510 gegen 550 im Vorjahr; aber die Zahl der darin verwickelten Organisationsmitglieder war von 6400 auf 23 600 emporgeschnellt und hatte 72 320 £ Unterstützungen erfordert. Die mit der Finanzfrage zusammenhängende Vorlage der Regierung, die den Gewerkschaften das durch das Osborneurteil verlorene Recht auf politische Aktion zurückzugeben will, aber die Beiträge für politische Zwecke nicht als obligatorisch gelten lassen will, wurde natürlich ebenfalls auf der Konferenz besprochen.

Der Bericht sagte dazu: „Das Zugeständnis dieses Rechtes der Befreiung von den (politischen) Beiträgen wird in sechs Wochen mehr Erbitterung hervorrufen, als der alte politische Beitrag in sechs Jahren erzeugte.“

Kundgebungen für den Weltfrieden und für die streitenden Seelen lebten die Stimmung der Konferenz.

Der Deutsche Verband der Krankenpfleger und -pflegerinnen hielt Anfang Juli in Berlin seinen 3. Delegiertentag ab. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 1420 in 140 Orten Deutschlands und des Auslandes. Der Kassenbericht schließt in Einnahmen und Ausgaben für die letzten 2 Jahre mit 36 000 M. ab. Die Ausgaben erstrecken sich auf Unterstützungen, Bildungszwecke, Fachzeitschrift, Stellenvermittlung, Verwaltung usw. Die Gründung eines Krankenpflegererholungsheims wird erstrebt. Seit 1. April 1909 besteht eine obligatorisch eingeführte Krankengeld-Zuschußkasse, die über 1000 M. an Mitglieder gezahlt hat. Der Verband beschloß, einen Zentralstellennachweis für ganz Deutschland ab 1. Oktober 1911 zu gründen. Der Hauptvorstand und die Ortsgruppen zeichneten sofort die dazu erforderliche Summe. Den Hauptvortrag auf der Tagung hielt Dr. med. A. Rabe-Berlin über „Die soziale Organisation der Krankenpflegerpersonen vom Standpunkte der Volkswirtschaft“. Rabe forderte im Interesse der Kranken und des Krankenpflegerberufs den Abschluß schriftlicher Verträge zwischen Auftraggebern (Behörden, öffentlichen oder privaten Körperschaften oder Einzelpersonen) und Pflegerpersonen. Diese Verträge sollen letzten Endes als Grundlage für ein nach Artikel 4, Nr. 15 der Reichsverfassung als Maßregel der Realpolizei zu erlassendes Reichsgesetz — Pflegetarifrecht — dienen,

das nach Anhörung der Krankenpflegerorganisationen erlassen werden soll. Bis dahin soll wenigstens die Ausnahmestellung der Krankenpflegerpersonen hinsichtlich des Arbeiterschutzes in der Gewerbeordnung beseitigt und auch für Lohnstreitigkeiten das Gewerbegericht zuständig erklärt werden. Der Redner forderte ferner Zentralisierung der Stellenvermittlung, kommunale Zuschüsse zu Arbeitslosenstellen für Krankenpfleger, sowie die Einrichtung staatlicher Krankenpflegelammern.

Die vaterländischen Arbeitervereine erfreuen sich bekanntlich hoher Gönnerschaft, die im „Ausschuß zur Förderung von Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ vereint ist. Unter den Mitgliedern befinden sich auch die Reichstagsabgeordneten Pauli (Konservativ), Dr. Görte (nationalliberal) und Nieseberg (wirtschaftliche Vereinigung). Nach seinem Jahresbericht für 1910 hat dieser Ausschuß 41 351 M. für seine Zwecke zusammengebracht und davon ein Bureau unterhalten, eine Zeitungskorrespondenz veröffentlicht, Arbeitersekretariate unterstützt, neue vaterländische Vereine gegründet und die Zeitschrift „Deutsche Treue“ herausgegeben. Für die Jahre 1911 und 1912 sind dem Förderungsausschuß je 15 000 M. wieder in Aussicht gestellt, um weitere „wirtschaftsriedliche“ Arbeitersekretariate einzurichten. Im Jahre 1910 sind laut Jahresbericht 60 neue nationale Arbeitervereine begründet worden. Außerdem traten ins Leben der „Bund deutscher Werkvereine“ und der „Hauptausschuß der nationalen Arbeiterverbände“ (vergl. S. Pr. 107, 366). Dem Hauptausschuß sollen Vereine mit insgesamt 110 000 Mitgliedern angehören. Außer dem genannten Bund der Werkvereine gehören ihm, wie berichtet, an der Bund vaterländischer Arbeitervereine, der Bund der Bäckergehilfen, der Nationale Arbeiterverband für das Königreich Sachsen, der Bund vaterländischer Arbeitervereine im Herzogtum Altenburg, das Deutsche Arbeiterkartell Unterelbe und der Zentralausschuß seemannischer Berufsvereine. Neben der „Deutschen Treue“ veröffentlichen das „Südwestdeutsche Arbeiterblatt“ in Mannheim und die „Nationale Volkszeitung“ in Krimmichau die Sache der „vaterländischen Arbeitervereine“.

Der Deutsche Technikerverband, der jetzt gegen 80 000 Mitglieder zählt, hat am 17. und 18. Juli in Dresden eine Wanderversammlung abgehalten. Im Vordergrund stand begreiflicherweise der Kampf gegen die Marineverwaltung (Sp. 1251, 1284). In einer Erklärung dazu sagt der Verband: „Entlassung bei Krankheit, weniger Gehalt, beschränktes Koalitionsrecht und noch andere Bedingungen veranlassen die Marine-techniker, die ihnen vorgelegten Verträge nicht zu unterschreiben, weshalb ihnen gekündigt wurde. Es hat sich also auf den kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshafen das gleiche ereignet, worüber wir in der Privatindustrie klagen: einseitige Ausnutzung der Vertragsfreiheit zu ungunsten der Arbeitnehmer. Der Kampf um den Arbeitsvertrag ruft uns alle auf den Plan!“ Architekt Schubert hielt einen Vortrag über Technik und Wirtschaft, an dessen Schluß er eindringlich betonte, auch für den Techniker erfordere die Zeit ein stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die Erkenntnis, daß ohne Organisation die Arbeit entwertet werde, dringe überall durch. Die Freiheit der Persönlichkeit innerhalb der Organisation werde auch den Technikerberuf wirtschaftlich weiter bringen. Über die Bedeutung der Tarifverträge im Wirtschaftsleben sprach Geheimrat Dr. Buttle. Seine Überzeugung ist, daß die von den Tarifverträgen beeinflussten Arbeitskämpfe immer mehr an Schärfe verlieren und daß diese Kämpfe ihren Höhepunkt überhaupt in absehbarer Zeit werden überschritten haben. Wenig Gutes mußte Architekt Kaufmann (Berlin) dem jetzigen Reichstag in seinem Verhältnis zu den technischen Angestellten nachzulegen. Kaum eine Forderung der technischen Angestellten habe er erfüllt. An die Privatangestellten in den Reichsbetrieben sei bei der Besoldungsordnung kaum gedacht worden. Wie schlecht man die technischen Angestellten bei der Gewerbeordnungs-Novelle behandelt, sei bekannt. Selbst die Frage der Arbeitskammern sei ungelöst geblieben. Auch in der Reichsversicherungsordnung habe man den Techniker schlecht zu behandeln versucht. Gegen das ganze Verhalten von Regierung und Reichstag zu dem Stande der Techniker müsse dieser scharfe Protest ergehen.

Die soziale Lage des Rüstlerstandes. Einblicke in die Mißstände, unter denen der Rüstlerstand besonders zu leiden hat, boten die Verhandlungen des 24. Vertretertages des Allgemeinen deutschen Rüstlerverbandes, die vom 18. bis 21. Juli in Jittau stattfanden. Dem Verbande sind jetzt etwa 14 500 Mitglieder in 168 Lokalvereinen angeschlossen. Aber trotzdem damit etwa 68 vom Hundert aller Zivilrüstler im Verbande organisiert sind, ist es doch bisher wenig gelungen, den beiden Hauptmißständen des Berufes, der Konkurrenz durch die Militärmusik sowie durch die Lehrlingskapellen, entgegenzutreten. Diese beiden Punkte nehmen, neben der Beratung innerer Vereinsangelegenheiten, stets den breitesten Raum in den Verhandlungen ein. Um den Mißständen im Lehrlingswesen zu steuern, soll immer wieder versucht werden, von der Gesetzgebung zu erlangen, daß die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 30. Mai 1908 auch auf den Rüstlerberuf Anwendung finden. Es sollen nur solche Personen die Befugnis zur Ausbildung von Lehr-

lingen haben, die eine Meisterprüfung vor einer von einer höheren Verwaltungsbehörde eingerichteten Prüfungskommission bestanden haben. Weiter soll angestrebt werden, eine Lehrlingskassa festzulegen zur Herbeiführung eines bestimmten Verhältnisses zwischen der Zahl der Gehilfen und der Zahl der Lehrlinge in den einzelnen musikalischen Betrieben bis zu einer bestimmten Höchstzahl von Lehrlingen. Der Fortbildungsschulzwang ist für Musikergehilfen, Lehrlinge und Volontäre bis zum 18. Lebensjahre durchzuführen. Am Schluß der Lehrzeit ist durch Ablegung einer pflichtgemäßen Prüfung der Nachweis der musikalischen Bildung zu erbringen. Die Konkurrenz der Militärkapellen ist an manchen Stellen etwas gemildert, wo die Militärbehörden bereits etwas Entgegenkommen zeigten und die Militärbehörden wenigstens nicht unter den für Zivilmusiker geltenden Tariffähigkeiten spielen lassen. Aber im allgemeinen sind die Militärbehörden noch sehr ablehnend. Der Kartellvertrag mit der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen und dem Deutschen Chorsängerverband zur gegenseitigen Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen wurde bestätigt. Auch mit der Artistenloge soll ein ähnlicher Vertrag geschlossen werden, da viele Verbandsmitglieder in den Orchestern der Varietés beschäftigt sind.

Der eigentlichen Delegiertenversammlung des Verbandes ging eine Tagung des Deutschen Orchesterbundes voraus, der innerhalb des Verbandes eine Interessengemeinschaft der Kapellen, städtischen Orchester und Theaterorchester darstellt. Der Bund hat eine Statistik über die Dienstverhältnisse der Orchestermusiker aufgenommen, die als Unterlage dient für die Bestrebungen der Organisation zur Herbeiführung einheitlicher Verträge und einer einheitlichen Gehaltsbasis. Zum Abschluß eines Minimaltarifvertrages ist es bereits mit dem Verband der deutschen Orchester- und Chorleiter gekommen.

Streiks und Aussperrungen.

Ein **Strassenbahnerstreik in Strassburg** führte am 21. Juli zu völligem Stillstand des Strassenbahnbetriebes. Die Strassenbahner forderten 102,17 M monatlichen Lohn im ersten Halbjahr, 105,22 M im zweiten, 107,50 M im dritten und vierten, und 110 M im fünften und sechsten, dann jährlich 5 M weiteres Steigen bis zum Höchstgehalte von 160 M, sowie den Zehnstundentag. Bisher begannen die Lohnsätze mit 96 M und stiegen bis 150 M. Verhandlungen, in denen Erster Bürgermeister Dr. Schwander, Beigeordneter Cohnmann, Arbeitsamtsvorsteher Friedrich und Direktor Löwe besonders um den Frieden bemüht waren, führten sehr rasch zu einer Einigung auf der Grundlage der Arbeiterforderungen. Vor allem aber wurde auch die Organisation von der Strassenbahndirektion anerkannt. Direktor Loewe vom städtischen Elektrizitätswerk hatte hierzu geraten mit dem Hinweis darauf, daß er im Elektrizitätswerk seit drei Jahren die Gewerkschaft anerkannt und die besten Erfahrungen damit gemacht habe, zumal da wirklich der Arbeiterauschuss manchmal nicht genüge. Die Strassenbahndirektion verschloß sich diesen Ausführungen nicht; die Strassenbahner nahmen den Erfolg mit großer Genugtuung auf.

Eine **Aussperrung in der Breslauer Konfektion** hat am 24. Juli begonnen. Einigungsverhandlungen über die Beilegung eines in der Herren- und Knabenkonfektion Breslau vor kurzem ausgebrochenen Streiks scheiterten an den geringen Zugeständnissen der Unternehmer, welche keine allgemeine Lohnerhöhung eintreten lassen, sondern nur die Löhne für einzelne Stücke um 5 oder 10 M aufbessern wollten, obendrein unter völligem Ausschluß der Kinderkonfektion. Die Aussperrung betrifft mehrere tausend in den drei Gewerkschaftsrichtungen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der **Seemannsstreik in England und Holland** (Sp. 1286) nähert sich jetzt seinem Ende. In Amsterdam lehnten freilich vorerst noch die Needer alle Vermittlungsversuche des Arbeitsministers ab. Dagegen ist in Rotterdam der Streik beendet. Erreicht wurden 3 Gulden monatliche Lohnerhöhung (gefordert waren 5); der Erfolg ist also gering; der Abbruch des Streiks erfolgte vor allem infolge des dauernd sehr großen Zugangs deutscher Streikbrecher. Die Lohnerhöhung tritt am 1. Januar 1912 ein; 3 Jahre lang verpflichtet sich die Organisation, keine neuen Forderungen zu stellen. Eine kleine anarcho-syndikalistische Gruppe von Seeleuten führt den Kampf, natürlich ohne jede Aussicht auf Erfolg, fort. In Antwerpen, wo im allgemeinen Friede geschlossen ist, hat das Verhalten der Red Star Line starke Erbitterung hervorgerufen, nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch bei den andern Reedern selbst. Diese fürchten ein neues Aufleben des Streiks mit Hineinziehung der Dockarbeiter und Fuhrleute. Auch hier sind viele Deutsche als Streikbrecher tätig und werden höher gelohnt, als die Forderungen der Streikenden verlangen. — Aus England ist die Beilegung des Dockarbeiterstreiks in Leith zu berichten. Dagegen sind in Kewport die Dockarbeiter, Kohlen-

verlader und Transportarbeiter in den Streik getreten. In Hull kam es vorübergehend nochmals zu Aufregungen, in Cardiff zu schweren Ausschreitungen. Der Führer des dortigen Streiks, Hauptmann a. D. Tupper, war verhaftet worden, und in seiner Abwesenheit gemanneten Unorganisierte und Wob die Oberhand, so daß mühevolle Vorkommnisse eintraten. Nach der Haftentlassung Toppers trat wieder Ruhe ein; Verhandlungen unter Vorsitz des Lordmayors führten zur grundsätzlichen Annahme eines Lohnangebots der Schiffseigner durch die Seemannsunion. Die Unruhen in Cardiff dürften auf die Erregung vom walisischen Bergarbeiterstreik her, der seit Oktober 1910 sich hinschleppt, mit zurückzuführen sein.

Die **Bauarbeiterkämpfe des Auslands** (Sp. 1315) haben einen sehr verschiedenartigen Verlauf genommen. In Paris ist der Streik nach zehntägiger Dauer völlig erfolglos abgebrochen worden. Diese Niederlage ist für den französischen Syndikalismus ungemein beschämend, wie auch in deutschen sozialistischen Arbeiterblättern anerkannt wird. Der Streik war, so berechtigt auch die Forderungen sein mochten, offenbar ohne jede ruhige Erwägung der Kräfteverteilung begonnen worden; am Ende rieten die Streikführer den Arbeitern, den neunstündentag nun durch einfaches Abbrechen der Arbeit nach 9 Stunden und durch verlangsamtes Arbeiten zu erzwingen, — „als ob, wenn dies möglich wäre,“ schreibt ein deutsches Arbeiterblatt dazu, „man überhaupt hätte zum Ausstand greifen müssen!“ Als einzige für die Arbeiter günstige Folgeerscheinung tritt jetzt ein Zentralisationsbestreben der Verbände ein: die 34 Bauarbeitergewerkschaften wollen sich zusammenschließen zu einem großen Berufsverband. Gleiche Bestrebungen bestehen allerdings auch im Arbeitgeberlager. — In Schweden dauert dagegen die Bauarbeiteraussperrung noch an. Den beabsichtigten Umfang hat sie freilich infolge Solidaritätsmangels im Arbeitgeberlager immer noch nicht erreicht. Der Zentrale Arbeitgeberverband hat jetzt sogar beschlossen, seinen Mitgliedern zu erlauben, auf Bauten, die bis zum Oktober fertig sein müssen, mit Unorganisierten (die bisher mitausgesperrt waren) weiterzuarbeiten. Der Einigungsbeamte hat am 22. Juli neue Vergleichsvorschläge gemacht.

Die **norwegische Massenaussperrung** (Sp. 1315) hat, nachdem die Verhandlungen unter Vorsitz des Störchingspräsidenten Halvorsen und des Sozialistenführers Pastor Dr. Grifsen den Arbeitgebern kein Anlaß waren, die weitere Ausdehnung der Aussperrung, der öffentlichen Meinung nachgebend, einstweilen auszusetzen, jetzt einen Umfang von etwa 40 000 Beteiligten erreicht. Dieser Arbeitskampf ist der größte, den Norwegen bisher gesehen hat. Die Verhandlungen sind am 22. Juli als aussichtslos abgebrochen worden. Die von der Aussperrung nicht betroffenen organisierten Arbeiter leisten der Landeszentrale möglichst 1 Krone Streikunterstützung. Eine Erweiterung der Aussperrung auf das Baugewerbe und einige andere Industriezweige soll bevorstehen. — Aus Christiania, 23. Juli, wird der „Trk. Sig.“ gemeldet: Vilestreems Zellulosefabrik bezahlte 15 000 Kronen Buße und trat aus dem Arbeitgeberverband aus, um der angeordneten Aussperrung zu entgehen.

Arbeiterbesch.

Die **Hauptstelle für das Grubenrettungswesen**. Auf Grund seines vorjährigen Beschlusses hat der Bergbauische Verein durch einen Untersuchungsausschuß Säbungen für die Hauptstelle sowie Anweisungen für die Einrichtung und Unterhaltung von Rettungstruppen ausarbeiten lassen. Außer dem Leiter wurden noch zwei Revisionsbeamte angestellt. Bis zum 31. März 1911 wurden von den Beamten der Hauptstelle auf den angeschlossenen 219 Schachtanlagen 361 Prüfungen der Atmungsgeräte und sonstigen Einrichtungen für das Grubenrettungswesen vorgenommen, außerdem nahmen die Beamten noch an 29 Übungen, größtenteils von Rettungstruppen und Sanitätskolonnen teil. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz hat sich an den Bergbauischen Verein gewandt, um bei solchen Übungsgelegenheiten auf ein gemeinschaftliches Arbeiten hinzuwirken. Die Prüfungsbesuche haben ergeben, daß zahlreiche Werke schon ein sehr gut ausgebildetes Grubenrettungswesen besitzen. Andere sind wohl mit Atmungsgeräten ausgerüstet, ohne jedoch über genügende Mannschaften zu verfügen, und manche Anlagen hatten bisher überhaupt noch keine Einrichtungen für das Grubenrettungswesen. Am 1. Oktober 1910 befanden 109 selbständige Schachtanlagen brauchbare Sauerstoff-Atmungsgeräte. Inzwischen sind — meist durch Vermittlung der Hauptstelle — zahlreiche Atmungsgeräte und Wiederbeleber in Auftrag gegeben worden. An der von den Beamten der Berggewerkschaftskasse in der Bochumer Bergschule abgehaltenen Kurse haben 108 Führer und 60 Gerätemarte teilgenommen. Im Berichtsjahre sind auf den Gruben des dortigen Reviers die Atmungsgeräte auch im Ernstfalle wiederholt zur Anwendung gelangt. Ferner sind die Geräte mehrfach bei Bekämpfung von Grubenbränden sowie bei Schlagwetteransammlungen benutzt worden.

Ein neues Berggesetz für Belgien ist im Juni 1911 erlassen worden als Ergänzung und Änderung der bisher geltenden Berggesetze von 1810 und 1836. Es regelt im ersten Teil sehr ausführlich die Bedingungen, unter welchen eine Konzession zum Betriebe von Bergwerken oder Steinbrüchen zu erteilen ist und enthält im zweiten Teil einige Vorschriften über Arbeiterschutz und Aufsicht. Die wichtigste Arbeiterschutzvorschrift ist die, daß nach einer Übergangsfrist von 3 Jahren den Frauen sowie Knaben unter 14 Jahren die Arbeit unter Tage verboten sein wird. Die Unternehmer sind ferner gesetzlich verpflichtet, ihren Arbeitern Brausebäder zur Verfügung zu stellen. Über alle angestellten Arbeiter, über Arbeitszeiten, Pausen usw. sind genaue Listen zu führen. Den Aufsichtsbeamten ist jederzeit Eintritt zu gestatten, auf Wunsch Einblick in die Bücher zu geben und jede gewünschte Auskunft sowohl von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite zu geben. Für Verstöße gegen die Bestimmungen über den Arbeiterschutz und die Vergaufficht sind Strafen in Höhe von 26 bis 5000 Frs. vorgesehen; in bestimmten Fällen, bei Nichtzulassung der Aufsichtsbeamten, tritt außerdem noch strafrechtliche Verfolgung ein.

Die Neuodifizierung der Fabrikarbeitsgesetzgebung in Dänemark bezweckt eine Vorlage, die die Regierung dem Reichstag im Februar gemäß § 34 des alten Fabrikgesetzes von 1901 unterbreitet hat. Doch sollen auch die Unfallverhütungsbestimmungen des Gesetzes von 1899 in das neue Fabrikgesetz hineingearbeitet werden. Die grundsätzlichen Fortschritte und Neuerungen des Revisionsentwurfs bestehen in folgendem: Das Schutzhalter für Kinder, die zur gewerblichen Fabrikarbeit herangezogen werden dürfen, wird auf 14 Jahre heraufgesetzt; jedenfalls dürfen schulpflichtige Kinder nicht beschäftigt werden. Für die Heimarbeit kann künftig der Minister des Innern den sichtbaren Anschlag der Lohnsätze und den Meldezwang vorschreiben, sowie gesundheitsgefährliche Arbeiten ganz verbieten. Die Bestimmungen des Fabrikgesetzes sollen ferner auf gemeinschaftliche Mietwerkstätten und auf die Zwischenmeisterbetriebe Anwendung finden. Auch hier müssen die Arbeitgeber die unmittelbare oder mittelbare von ihnen beschäftigten Arbeiter der Gewerbeaufsichtsbehörde melden. Die höchste Arbeitsdauer wird für die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 10 Stunden zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends festgesetzt; in die Arbeitszeit müssen mindestens zwei halbstündige Pausen fallen. Nachtarbeit der Jugendlichen, falls sie zu ihrer Fachausbildung nötig ist, darf vom Minister ausnahmsweise zugelassen werden. Bei Arbeiterinnen gilt ein Mindestruhegebot für 11 Stunden; zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens muß stets die Arbeit ruhen. 60 Ausnahmetage im Jahre sind zulässig. In besonders ungesunden Industrien kann der Minister nach Anhörung der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände die Arbeitsdauer allgemein beschränken. Die Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes von 1904 sind unverändert in die Fabrikgesetzvorlage von 1911 übernommen. Die Arbeiter erhalten das Recht, Arbeiterschutzausschüsse im Betriebe zu bilden, die dem Gewerbeaufsichtsbeamten Meldungen erstatten und ihm bei seinen Fabrikbesichtigungen einen Begleiter aus ihrer Mitte zur Verfügung stellen können. Im übrigen wird die gemeindliche Fabrikaufsicht neben der staatlich zentralisierten aufrechterhalten und zwar besonders für landwirtschaftliche Industriebetriebe, Mühlen, Nahrungsmittelfabriken und wenig gefahrvolle Betriebe. Die Gemeinderäte können hierfür „Maschineninspektoren“ auf 4 Jahre bestellen, die für jede Maschine und jeden Motor ihres Überwachungsbezirks jährlich eine Krone Vergütung erhalten. Sie unterstehen der Leitung der Fabrikinspektoren, zumal in Zweifels- und Streitfällen. Der Minister erläßt Geschäftsanweisungen für sie.

Die Frauennachtarbeit in Finnland. Eine Erhebung, die im Auftrage des kaiserlichen Senats im Herbst 1909 stattgefunden hat, stellte neben der Ausdehnung der Nachtarbeit in der Industrie die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedingungen dieser Beschäftigung, sowie die Meinung der Arbeiterinnen über ein Verbot der Nachtarbeit fest.

In 142 Betrieben, unter denen Schneidemählen sowie Unternehmen der Papier- und Textilindustrie vorherrschen, waren zusammen 8258 Frauen, und zwar fast die Hälfte von diesen regelmäßig, während der Nachtzeit beschäftigt. Noch nicht ein Viertel der untersuchten Betriebe mit 14,8 % aller Nachtarbeiterinnen hat 8 achbstündige Schichten nacheinander, in einigen sind die Arbeiterinnen mit Rücksicht auf den Gang der Maschinen während 12 Stunden ununterbrochen beschäftigt. Günstiger liegen die Verhältnisse bei den Typographenarbeiterinnen.

Wie ein Vergleich der in der Nacht tätigen Frauen (ohne Unterchied der Beschäftigung) mit den anderen Arbeiterinnen zeigt, ist der Gesundheitszustand der ersteren wesentlich schlechter als der

der letzteren, mit Ausnahme der Näherinnen (nicht befriedigend in 19,8 % aller Fälle). Und zwar stehen die Nachtarbeiterinnen, die am häufigsten an allgemeiner Nervenschwäche leiden (855 = 35,2 % von 2659 Nachtarbeiterinnen), besonders in der Altersklasse von 20 bis 29 Jahren gesundheitlich hinter den anderen Arbeiterinnen zurück. Diese Tatsache wird ohne weiteres verständlich, wenn man erfährt, daß 34,1 % der Nachtarbeiterinnen weniger und nur 41,4 % viel mehr als 5 Stunden täglich schliefen! Dennoch sprachen sich 49,4 % von 2386 dieser Arbeiterinnen bedauerlicherweise gegen ein Verbot der Nachtarbeit aus und nur 19,9 % forderten dies Verbot entweder für Frauen allein oder für beide Geschlechter. Leider haben auch die weiblichen Abgeordneten des finnischen Landtags auf Grund der vorliegenden Untersuchung bei den parlamentarischen Erörterungen das Verbot der Nachtarbeit zu Falle gebracht, und Finnland kann daher vorläufig noch nicht in die Reihe der Länder treten, die aus gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Gründen diesen gesonderten Arbeiterinnenschutz einführen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Eine starke Protestbewegung gegen die Arbeiterversicherung in der Schweiz hat wiederum eingelegt. Schon einmal ist die Versicherung durch eine Volksabstimmung zu Fall gekommen: die im Oktober 1899 fast einstimmig von den Schweizerischen Räten angenommenen Gesetze wurden im Referendum am 20. Mai 1900 mit 342 000 gegen 148 000 Stimmen verworfen. Und es fehlt nicht an Stimmen in der Schweiz, die der am 13. Juni d. J. angenommenen Kranken- und Unfallversicherung ein gleiches Los prophezeien. Die Gegnerschaft rekrutiert sich aus den großen Versicherungsgesellschaften, manchen Unternehmern, namentlich der Textilindustrie, während die Maschinenfabrikanten Freunde des Gesetzes sind, fast allen Handelskammern außer Bern und den Konservativen der französischen Kantone. Es kann schon heute keinem Zweifel unterliegen, daß bis zum 12. September ds. J., dem letzten Termin, die für ein Referendumsbegehren nötigen 30 000 Stimmen aufgebracht werden, und es bedarf aller Anstrengungen der sozialpolitisch interessierten Parteien und gewerblichen Arbeiter, um der Schweiz die Beschämung zu ersparen, daß die Arbeiterversicherung abermals verworfen wird.

Die Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung (Sp. 974) hat ihre Tätigkeit durch Einsetzung von Arbeitsausschüssen aufgenommen. Die erste Kommission, die Grundzüge für den Ausbau der Invalidenversicherung ausarbeiten soll, setzte Unterausschüsse ein, die sich mit den mathematischen Grundlagen des Ausbaues der Invalidenversicherung, der Frage der finanziellen Belastung für Arbeitgeber und Angestellte und der hiermit in Zusammenhang stehenden Verteilung der Angestellten und Arbeitgeber auf die verschiedenen Gehaltsklassen beschäftigen. Die zweite Kommission, die eine Lösung des Privatbeamtenversicherungsproblems unter Mitwirkung der privaten Lebensversicherungsgesellschaften anstrebt, bildete Unterausschüsse, die Organisationspläne für die durch Übertragung auf eine Gemeinschaft von Lebensversicherungsgesellschaften zu schaffende Angestelltenversicherung nach der versicherungstechnischen und verwaltungsrechtlichen Seite herstellen.

Berufswechsel Unfallverlester. Die Unfallversicherungsgesetzgebung entschädigt nicht den Verdienstausfall des einzelnen, sondern legt den Abmessungen ihrer Entschädigungen immer die Verhältnisse des allgemeinen Arbeitermarktes zugrunde. So ergibt sich für eine Reihe von Unfallverletzten die Notwendigkeit, umzulernen, einen Berufswechsel vorzunehmen. Nun gibt es aber eine Reihe von Rentenempfängern, welche von sich aus nicht mehr allein die körperliche Kraft besitzen, sich in ein neues Arbeitsfeld einzugewöhnen. Dr. Brunewald-München macht daher den Vorschlag, für solche Unfallverletzte, welche nach der Art ihrer Verletzung ihrem Berufe nicht mehr nachgehen können und auch sonst auf dem Arbeitsmarkt kein oder nur ein minderwertiges Beschäftigungsfeld finden, Anpassungsschulen einzurichten, in welchen sie die ihnen verbliebenen Fähigkeiten angemessen zu verwerten lernen. Nach genügender Lehrzeit soll solchen Zöglingen die Rente teilweise oder ganz kapitalisiert werden, so daß sie damit die Mittel zur Selbständigkeit gewinnen. Während die Schwierigkeit der Organisation solcher Schulen nicht allzu groß erscheint, bedarf die Kapitalisierung von Unfallrenten einer Änderung der bestehenden Gesetze. Der für die Berufslosenentschaften zurzeit vorhandene gesetzliche Zwang, eine Kapitalisierung nur bei Renten unter 15 % vorzunehmen, wird allerseits als äußerst störend und einengend empfunden. So würde, wie Dr. Brunewald sehr richtig hervorhebt, das große Kontingent der Unfallrentenvertranten erheblich zusammenfallen, wenn hier eine vorsichtige Kapitalsabfindung an Stelle der oft lebenslänglichen

Rassenarten	Zahl der Rassen	Mitglieder im Durchschnitt des Jahres	Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit		Krankheitsstage mit Krankengeld oder Behandlung im Krankenhaus		Krankheitskosten		Vermögen
			überhaupt	auf ein Mitglied	überhaupt	auf ein Mitglied	überhaupt	auf ein Mitglied	
Gemeindekrankenversicherung	8 254	1 625 542	481 461	0,37	8 941 088	5,50	21 887 566	13,46	2 697 347
Ortskrankenassen	4 775	6 504 585	2 696 548	0,41	57 840 010	8,82	157 852 501	24,37	125 546 407
Betriebskrankenassen	7 974	8 159 169	1 462 409	0,16	27 952 522	8,85	98 214 880	81,09	113 811 176
Baukrankenassen	45	19 188	14 708	0,77	280 180	14,60	788 144	40,11	165 285
Innungskrankenassen	801	288 776	109 427	0,39	2 237 078	7,88	6 568 146	23,15	5 892 572
Eingeführte Hilfstassen	1 286	890 519	820 587	0,36	6 899 515	7,19	19 728 265	22,15	19 410 077
Landesrechtliche Hilfstassen	144	87 006	10 658	0,29	218 029	5,89	675 792	18,36	1 818 649
Zusammen	1909	28 279	12 519 785	0,40	108 368 412	8,36	305 710 294	24,12	268 841 462
	1908	28 240	12 324 094	0,42	108 894 299	8,48	297 876 804	24,18	254 303 933

Renten treten könnte, ein Verfahren, welches in der Schweiz die Regel bildet. Die hierfür notwendige Gesetzesänderung müßte, dem Vorschlage des Verfassers entsprechend, sich in nachfolgender Form bewegen: „Das Reichsversicherungsamt ist berechtigt, in ihm geeignet erscheinenden Fällen auf Antrag der Berufsgenossenschaft oder der Rentenempfänger die Umwandlung jeder Rente in eine einmalige oder ratenweise Kapitalrentschädigung anzuordnen.“

Die Krankenversicherung im Jahre 1909 (nach der Zusammenstellung im Kaiserl. Statistischen Amt). Über die Zahl der Rassen, die durchschnittliche Mitgliederzahl, die Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit, die Krankheitsstage mit Krankengeld oder Behandlung im Krankenhaus, die Krankheitskosten, und zwar die letzteren drei Gruppen je überhaupt und auf ein Mitglied berechnet, und über das Vermögen der einzelnen Rassenarten gibt obenstehende Tabelle eine Auskunft:

Der Zuwachs an Mitgliedern (gegen das Vorjahr rund 196 000) zeigt sich hauptsächlich wieder bei den Ortskrankenassen mit 185 000, Gemeindekrankenversicherung 87 000, den Innungskrankenassen 15 000, Landesrechtlichen Hilfstassen 1000. Einen Rückgang in der Mitgliederzahl zeigen die Eingeführten Hilfstassen mit 28 000, Betriebskrankenassen 15 000, Baukrankenassen 4000. Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Ersatzleistungen, sonstige Einnahmen, abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betrugen 851 105 831 M., darunter Beiträge (einschl. Zusatzbeiträge und Eintrittsgelder) 380 550 626 M. Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersatzleistungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungskosten, abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf 884 568 748 M., darunter Krankheitskosten 305 710 294 M., die sich verteilen auf:

ärztliche Behandlung	71 885 248 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	44 470 182 „
Krankengelder	184 456 485 „
Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen	6 107 017 „
Sterbegelder	7 424 408 „
Anstaltsverpflegung	41 706 517 „
Fürsorge für Retonvalejanten	210 492 „

Die Verwaltungskosten, abzüglich derer für die Invalidenversicherung, betrugen 19 266 124 M., auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenassen 2,36 M., bei den Innungskrankenassen 2,69 M., bei den Eingeführten Hilfstassen 2,71 M. und bei den Landesrechtlichen Hilfstassen 1,57 M. Bei den Betriebs- und Baukrankenassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindekrankenversicherung ganz von den Gemeinden getragen. Bei allen Rassen überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten auf ein Mitglied daher nur auf 1,54 M. durchschnittlich.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Die Arbeitslosenversicherung in Belgien.

Das amtliche Organ des belgischen Arbeitsamts, die Revue du Travail, veröffentlicht in der Juninummer 1911 eine Zusammenstellung über die historische Entwicklung, die Organisation und den gegenwärtigen Stand der belgischen öffentlichen Arbeitslosenversicherung. Vorbildlich war die seit Ende 1898 in Gent getroffene Einrichtung, Zuschüsse aus städtischen Mitteln an diejenigen Berufsverbände zu geben, die ihren Mitgliedern eine Arbeitslosenversicherung gewährten. Dies Vorgehen wurde allmählich in allen größeren Industriebezirken eingeführt und gemeindliche Arbeitslosenfonds, entweder für eine Gemeinde allein oder auch für mehrere Gemeinden zusammen gebildet. Im Jahre 1904 befanden bereits 12 solcher Fonds, im Jahre 1910 ist die Zahl auf 22 Fonds für zusammen 50 Gemeinden gestiegen.

Trotzdem die Arbeitslosenfonds kommunale Einrichtungen sind, ist doch stets eine von der übrigen Stadtverwaltung völlig getrennte Verwaltung durchgeführt. Die Fonds haben ihr eigenes Statut, sowie ihren eigenen Vorstand, der sich aus Vertretern der Städt-

verwaltungen sowie der Arbeiterschaft zusammensetzt. Den 22 bestehenden kommunalen Fonds waren im Jahre 1910 362 Berufsvereine angeschlossen, die ein Anrecht auf den städtischen Zuschuß zu ihren Arbeitslosenassen haben. Hierbei sind am stärksten vertreten das Baugewerbe mit 54 Vereinen, die Textilindustrie (51 Vereine), Holz- und Möbelindustrie (46 Vereine), Metallindustrie (38 Vereine), Buchdruckgewerbe (36 Vereine).

Die günstigen Wirkungen der städtischen Arbeitslosenfonds regten auch den Staat an, Mittel für die Arbeitslosenfürsorge bereit zu stellen. Im Jahre 1907 wurden zum ersten Male 10000 Fr. für diesen Zweck in den Etat eingestellt, im Jahre 1908 20000 Fr., im Jahre 1910 wurden 40 000 Fr. dafür bewilligt. Diese staatlichen Fonds werden in verschiedener Weise verteilt: sie gehen entweder als Zuschüsse an die kommunalen Fonds oder sie werden auch direkt an die den kommunalen Fonds angeschlossenen Berufsvereine gegeben; oder aber es werden auch staatliche Zuschüsse an solche Arbeitslosenassen gegeben, welche die vom Staate aufgestellten Bedingungen in bezug auf Leistungen und Verwaltung erfüllen, ohne aber den kommunalen Fonds angeschlossen zu sein.

Auch die verschiedenen kommunalen Fonds haben verschiedene Arten der Verteilung der Gelder. Diese werden 1) entweder im ganzen jährlich an den Berufsverein gegeben, entsprechend der Höhe der durch ihn an die Arbeitslosen ausgezahlten Summe, oder 2) jeder Versicherte, der arbeitslos wird, bekommt direkt einen entsprechenden Zuschuß aus den öffentlichen Mitteln als Ergänzung der ihm aus der Kasse seines Berufsvereins zustehenden Summe. Schließlich werden aus den Fonds auch Unterstützungen an Arbeitslose gezahlt, die bei keiner Kasse versichert waren, doch sind das eben reine Unterstützungen je nach der Not und je nach den zur Verfügung stehenden Mitteln, und nicht wie bei den anderen Arten durch Selbstversicherung erworbene Rechte. Am meisten verbreitet ist der zu 2) genannte Weg; 97 % der öffentlichen Mittel gelangen auf diese Weise zur Verteilung. Im ganzen zahlten im Jahre 1910 die den öffentlichen Fonds angeschlossenen Verbände 196 434,36 Fr. Arbeitslosenunterstützung an 17 568 Arbeitslose für 148 295³/₈ Tage der Arbeitslosigkeit. Die aus den öffentlichen Fonds zur Auszahlung kommenden Summen beliefen sich insgesamt auf 86 218,05 Fr.

In der Revue du Travail wird die folgende beachtenswerte Tabelle mitgeteilt über die Aufwendungen, die im letzten Jahrzehnt auf den Kopf des Arbeitslosen von den Verbänden wie aus den öffentlichen Rassen gemacht worden sind:

Durchschnittssumme, die auf 1 Arbeitslosen kam	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Durch die Verbände	8,56	20,33	23,61	28,72	19,51	17,87	16,40	17,82	12,32	11,36
Durch die öffentlichen Fonds	2,99	9,06	12,88	16,41	10,44	9,39	7,61	7,54	6,08	5,37
Zusammen	11,55	29,41	36,55	45,13	29,95	27,16	24,01	25,16	18,40	16,73

Wie aus der Tabelle ersichtlich, sind die Aufwendungen für den einzelnen Arbeitslosen seit 1904 ständig gesunken; das Jahr 1910 zeigt außer 1901 die niedrigsten Zahlen. Auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit, auf den Kopf des Arbeitslosen berechnet, war 1910 am geringsten von allen Jahren; sie betrug 8¹/₂ Tage, gegenüber 10 Tagen im Jahre 1902, 14 i. S. 1903, 18: 1904, 16: 1905, 14: 1906, 11¹/₂: 1907, 12: 1908, 9¹/₂: 1909.

Nach einer alle Industriezweige und das ganze Jahr umfassenden Statistik des belgischen Arbeitsamts kamen nach den Mitteilungen der Berufsverbände auf je 1000 ihrer Mitglieder im Jahre 1910 3038 Tage der Arbeitslosigkeit. Die entsprechenden Zahlen für 1909 waren 2988 (auf 1000 Mitglieder). Sind also die allgemeinen Zahlen ungefähr gleich geblieben, d. h. in dem

einen Jahr etwas über, im anderen etwas unter 3 Tage Arbeitslosigkeit pro Mitglied, so weisen doch die ausführlichen Tabellen, in denen jede Industrie und jeder Monat gesondert registriert ist, sehr beträchtliche Schwankungen der Stärkegrade der Arbeitslosigkeit zwischen 1909 und 1910 auf.

Arbeitslosenversicherung in Schwab.-Gmünd. Man schreibt uns: Die Stadtverwaltung hat beschlossen, eine Arbeitslosenversicherung einzurichten. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, hat aber den vom Stadtschultheißenamt vorgelegten Satzungsentwurf abgelehnt. Somit besteht der grundsätzliche Beschluß zwar in Kraft, kann jedoch so lange nicht durchgeführt werden, bis ein Statut die Genehmigung beider Kollegien gefunden hat. Die Entscheidung hierüber wird vermutlich erst nach den nächsten Gemeinderatswahlen im Dezember dieses Jahres fallen.

Die dänische Arbeitslosenversicherung im Geschäftsjahre 1909/10. Nach einem Bericht in Nr. 47 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften“ betrug die Zahl der staatlich anerkannten Arbeitslosenklassen am 31. März 1910 48 mit 65 289 Mitgliedern. Es wird berechnet, daß von den organisationsfähigen Industriearbeitern 54 % gegen Arbeitslosigkeit versichert seien, und hierzu bemerkt:

Man könne ruhig annehmen, daß selbst bei obligatorischer, staatlich durchgeführter Versicherungspflicht kaum ein größerer Prozentsatz der Gesamtarbeiterschaft in so kurzer Zeit der Versicherung unterstellt sein würde. Der in Dänemark eingeschlagene Weg der staatlichen Unterstützung der Arbeitslosenklassen bedeute daher zweifellos eine vollauf praktische Lösung des Problems.

Weiter wird hervorgehoben, daß die dänische Arbeitslosenversicherung vor allem auch die Versicherung der hausgewerblichen Arbeiter ermöglicht habe. — Die Leistungen beliefen sich im Berichtsjahre auf 1 473 872 Kronen als direkte Unterstützung arbeitsloser Mitglieder in 47 Klassen. Eine Klasse kam noch nicht für die Unterstützungsleistung in Betracht, weil sie neu gegründet war und erst ein Karenzjahr zurückzulegen hat, bevor ihre Mitglieder unterstützungsberichtigt werden. Die Verwaltungskosten betrugen einschließlich 59 522 Kr. für die Arbeitsvermittlung 184 000 Kr.

Die Einnahmen der Arbeitslosenklassen gestalteten sich folgendermaßen: Ordentliche Mitgliedsbeiträge 1 090 678,67 Kr., Extrabeiträge 15 766,77 Kr., Beiträge nicht berechtigter Mitglieder 5 110,70 Kr., sonstige Beiträge (Eintrittsgelder, Strafgelder usw.) 1 755,23 Kr., Geschenke 4801,44 Kr., Zinsen 28 275,95 Kr., Staatszuschuß zu den Ausgaben des vorhergehenden Rechnungsjahres 576 159,23 Kr., Zuschüsse der Gemeinden für das gleiche Jahr 262 141,24 Kr., insgesamt 1 969 674,48 Kr. Der Staatszuschuß beträgt $\frac{1}{3}$ der jährlichen Aufwendungen und die Gemeinden sind berechtigt, ein weiteres Sechstel zuzuschlagen, so daß im Höchstfalle eine Rückerstattung der Hälfte der Aufwendungen stattfindet. Die Rückerstattung erfolgt erst nach Abschluß des Rechnungsjahres, so daß in den jährlichen Abrechnungen der öffentliche Zuschuß zu den Ausgaben des Vorjahres erst als Einnahme erscheint.

Der Bestand der anerkannten Klassen belief sich am Schluß des vorhergehenden Geschäftsjahres auf 346 855 Kr. Am Schluß des Geschäftsjahres 1909/10 war das Vermögen der Klassen auf 658 438 Kr. oder um 311 583 Kr. gestiegen. Diese Zunahme hatte ihren Grund nicht in verminderter Arbeitslosigkeit, sie ergab sich vielmehr aus den Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln. Durch das neue Staatsgesetz für das Finanzjahr 1910/11 ist der Staatszuschuß an die Gemeinden zur Unterstützung ihrer Wohlfahrtsleistungen auf 450 000 Kr. erhöht worden, unter Einbeziehung des Teils des Staatszuschusses, der aus dem Finanzjahr 1909/10 nicht erhoben worden ist.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Vom „Markt der ausländischen Arbeiter“ — wir übernehmen diesen uns höchst unympathischen, aber für die Auffassung der betreffenden Vermittlungsstelle sehr bezeichnenden Ausdruck — berichtet die „Deutsche Feldarbeiterzentrale“ in Berlin ständig in Monatsübersichten, die nicht nur wegen ihres Inhalts, sondern auch wegen ihres Tons die Beachtung aller Sozialpolitiker verdienen. Und dies umso mehr, als diese Zentrale sich längst nicht mehr bloß mit der Beschaffung und Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt, wie ihr Name besagt, sondern auch mehr und mehr übergreift in die Versorgung industrieller Unternehmungen mit ausländischen Arbeitern. In dem Bericht vom Juni heißt es:

Der Arbeitermangel hielt an, und ihm stand wieder gesteigerte Nachfrage gegenüber, die keine ausreichende Deckung finden konnte. Von Wanderarbeitern aus Rußland kamen nur kleine Trupps über die Grenze nebst vereinzelten Nachzügeln, die meistens feste Stellen hatten; die wenigen von ihnen, die ohne feste Verträge kamen, stellten ungewöhnlich hohe Lohnforderungen. Trotz aller aufgewendeten Mühen

und Kosten waren die auf dem Markt fehlenden Arbeitskräfte nicht zu beschaffen. Wenn es auch gelang, aus den entfernteren Gegenden Rußlands Leute zu bekommen, so reichten diese doch für den erhöhten Bedarf nicht aus, und ganz besonders machte sich hierbei ein empfindlicher Mangel an weiblichen Arbeitskräften bemerkbar. Starke Amerika-Auswanderung und gesteigerte Holzeinfuhr auf der Weichsel entzogen dem Arbeitsmarkt viele junge und kräftige Leute, die früher in Deutschland Beschäftigung gesucht hatten. Dazu kommt noch, daß die russischen und polnischen Arbeitgeber angesichts des auch in Rußland immer fühlbarer werdenden Arbeitermangels ihre Löhne wesentlich erhöhten und so einen großen Teil ihrer arbeitenden Landsleute zurückhielten. In den galizischen Bezirken ist die Schwierigkeit der Leutebeschaffung noch gewachsen und eine Änderung dieser Lage auch nicht abzusehen. Es konnten, obwohl seitens der Landwirtschaft wie auch der Industrie eine rege Nachfrage herrschte, nur wenige Arbeitskräfte aus den entfernteren Gegenden Galiziens herangeholt werden, und dies war auch nur mit Aufwendung großer Kosten möglich. In Ungarn hielten die guten Ernteausichten die Leute zurück. Das Arbeiterangebot ließ daher in Südbungarn ganz nach; Oberungarn, besonders Slavonien, kamen zwar noch in kleineren Trupps über die Grenze, sie konnten aber den Bedarf nicht decken. . . . Die Zuwanderung der italienischen Arbeiter ließ erheblich nach. Zwar war das Angebot noch ziemlich lebhaft, aber den Arbeitern fehlte meistens das Reisegeld, und die Arbeitgeber, die in dieser Beziehung trübe Erfahrungen gemacht hatten, konnten sich nicht entschließen, Vorstöße zu bewilligen: ein Beweis, daß ihr Bedarf nicht besonders groß war. Anders lag die Sache bei den französischen Gruben, die den Arbeitern das Reisegeld bis zum Bestimmungsort vorlegten und auch zum großen Teil auf die Rückerstattung verzichteten. Gegen Ende des Monats wurde die Nachfrage der Arbeitgeber etwas lebhafter, die auch entsprechende Deckung fand. Holländische Arbeiter fanden in ihrer Heimat ausreichende Arbeitsgelegenheit und gute Löhne, der Zuzug hörte daher bis auf wenige Erdarbeiter ganz auf, und an der dänischen Grenze zeigte sich zwar eine geringe Nachfrage nach Arbeitern, aber auch nur geringes Angebot.

Der Bericht der Feldarbeiterzentrale ist ganz in den Ausdrücken abgefaßt, die für den Warenmarkt gang und gäbe sind. In Deutschland spricht man sonst vom „Arbeitsmarkt“, das „Reichsarbeitsblatt“ braucht beständig diesen Ausdruck. Die Feldarbeiterzentrale aber kennt nur einen „Markt der ausländischen Arbeiter“, wo die Arbeiter als Ware nach Angebot und Nachfrage hin- und hergeschoben, d. h. gleichsam „gehandelt“ werden.

Die Düsseldorfer Arbeitsnachweisstatistik hat, da einheitliche Bestimmungen bei der heutigen Verfassung der Arbeitsnachweise nicht gegeben werden können, folgende Einrichtungen getroffen, damit ein tatsächliches Bild des Arbeitsmarktes gewonnen wird:

1. Es werden keine Reste der Vormonate gezählt, was bei der stetig wechselnden Bevölkerung zu falschen Statistiken führt; 2. nur die sich im Laufe des Monats neu meldenden Personen, nicht die Arbeitsgesuche werden gezählt; 3. nur nachweisbar besetzte Stellen werden als vermittelt gebucht. (Der Nachweis der Resultate wird dadurch erzielt, daß die Invalidentarte des Zugewiesenen festgehalten und bei Einstellung an den Arbeitgeber durch die Post gefandt wird.) 4. Die Vormerkfrist ist statt auf 14 Tage auf eine unbegrenzte Zeit festgesetzt. (Hierdurch werden Doppelzählungen vermieden.) 5. Bei Ausschüßstellen wird keine neue Einschreibung der Arbeiter vorgenommen, sondern ihnen ihre alte Nummer beilassen; 6. bei Ausschüßstellen wird nur die Stelle, nicht jeder Tag der Arbeit als vermittelte Stelle gebucht. (Als Ausschüßstelle gilt ein Arbeitsverhältnis, welches seiner Dauer nach nicht den Zeitraum einer Woche in sich birgt.)

Der 6. Jahresbericht der Allgemeinen Arbeitsnachweisstelle in Düsseldorf bemerkt hierzu:

Diese Einrichtung hat bewirkt, daß ein tatsächlich richtiges Bild über den Markt gegeben werden konnte, soweit es der Anfall überhaupt möglich ist. Gehen auch dadurch die indirekt vermittelten Stellen verloren, deren Zahl sich wohl auf ein Zehntel des Gesamtergebnisses belaufen dürfte, so muß doch andererseits anerkannt werden, daß die angegebene Zahl der offenen, der gesuchten wie auch vermittelten Stellen nachweisbar vorhanden ist, und ist die Verwendung dieser Unterlage zu statistischen Zwecken in jeder Weise unanschätbar. Das Bestreben, stets gutes Personal zu vermitteln, hat dazu geführt, daß nur solche Arbeitsuchende, welche im Besitze von ordnungsmäßigen Papieren sind, Berücksichtigung finden. (Mit Arbeitsuchenden, welche nicht im Besitze von ordnungsmäßigen Papieren waren, sind durchweg schlechte Erfahrungen gemacht worden.) Ohne Ausweispapiere wird keiner angenommen, es sei denn, daß nachgewiesenermaßen die Beibringung derselben nicht angängig ist, was von Fall zu Fall geprüft wird.

Die Zufassung der Invalidentarte durch die Post hat das Portofonto zwar belastet, aber diese Einrichtung ist immerhin noch wesentlich billiger als die früheren Verfahren.

Der paritätische Arbeitsnachweis im Gastwirtsgewerbe wird in folgender Entschliessung des Verbandstages der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands (5. bis 7. Juli) gefordert:

Der sechste ordentliche Verbandstag in Halle a/S. erklärt es als zwingende Notwendigkeit, daß für das Gast- und Schankwirtsgewerbe städtische paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden.

Um diese lebensfähig zu machen, müssen die Zuschüsse aus städtischen Mitteln so bemessen sein, daß die zur Zahlung Verpflichteten nicht über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden.

Von den sonstigen Beschlüssen des Kongresses sei erwähnt, daß die Abänderung des § 33 RGD. in der Richtung der Gleichberechtigung des Gastwirts mit jedem anderen Gewerbetreibenden gefordert und daß die Unterstützung der Arbeiterschaft durch Einkauf von zu Tariflöhnen und unter anständigen Arbeitsbedingungen hergestellten Waren erneut gelobt wurde. Zur Frage des Kellnerschutzes wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Ein Zentralarbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften in der Schweiz ist in St. Gallen (Schweiz) eingerichtet worden. Die Vermittlung ist unentgeltlich für Arbeiter aller Berufe.

Die Tätigkeit der staatlichen Arbeitsnachweise in Großbritannien im Jahre 1910. Im Februar 1910 wurden 82 Arbeitsnachweise eröffnet, ihre Zahl stieg im Juni auf 103, im September auf 124, im Dezember auf 146.

Die Zahl der in den elf Monaten angebotenen Stellen betrug 458 948, jene der Vermittlungen 374 818. Am Jahresfluß blieben 64 768 Personen in die Arbeitslosenregister eingetragen (weniger als in jedem der zehn vorhergegangenen Monate). Die meisten Vermittlungen weist der Dezember auf, 66 647, doch befanden sich hierunter 25 184 Vermittlungen für Ausbilsdienst bei den Postämtern während der Weihnachtzeit. — Die Frequenz der öffentlichen Arbeitsnachweise ist bisher verhältnismäßig gering geblieben; die gewerkschaftlichen Vermittlungsstellen und das Umsehen von Tür zu Tür sind noch immer von sehr großer Bedeutung. Unter den Arbeitern, die durch die öffentlichen Arbeitsnachweise Beschäftigung erhielten, waren die Transportarbeiter mit 58 398 am stärksten vertreten; dann folgen die Bauarbeiter (48 100), die Lohnarbeiter mit unbestimmtem Beruf (48 296), die Metall-, Maschinen- und Wagenbauarbeiter (38 699), die Arbeiter für häusliche Einrichtungen (29 166), die Ausbilsarbeiter für den Postdienst (25 967) usw.

Von je 100 angebotenen Stellen wurden im Durchschnitt 82 besetzt und zwar in England und Wales 80, in Schottland 92, und in Irland 69. — Von den angebotenen Stellen waren solche für erwachsene Männer 297 276, für Knaben 49 972, Frauen 85 677, Mädchen 26 019; von den besetzten Stellen waren 258 290 für Männer, 38 702 für Knaben, 62 764 für Frauen und 19 557 für Mädchen. Weibliche Personen wurden vermittelt: für häusliche Einrichtungen (ausgenommen häusliche Dienstmädchen) 27 124, für die Nahrungsmittel-, Getränke- und Beherbergungsgewerbe 9041, die Textilgewerbe 8586, die Kleidermacheri 7807 usw. Am Jahresfluß verblieben über 1000 Personen in den Arbeitslosenregistern in acht Städten, und zwar in London 17 267, in Manchester 2190, in Leeds 1166, in Birmingham 1166, in Liverpool 1026, in Glasgow 1947, in Edinburgh 1098 und in Dublin 1568. Der Umfang der Arbeitslosigkeit war freilich in allen Städten weit größer, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Genossenschaftsbewegung und Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Die 27. Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, die am 18. und 14. Juli in Hannover tagte, beschäftigte sich neben inneren Verwaltungs- und landwirtschaftlichen Fachfragen auch mit einigen Gebieten der ländlichen Wohlfahrtspflege. Dem Verbande hat zurzeit 24 774 Genossenschaften angeschlossen, er umfaßt also einen großen Kreis landwirtschaftlichen Lebens, und es ist daher um so mehr erfreulich, wenn der Verband neben den rein wirtschaftlichen Fachaufgaben auch Fragen der Wohlfahrtspflege anregt. Ein berufener Kenner, Prof. Söhren, sprach über „Förderung der Wohlfahrtspflege durch Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften“. Nachdem der Redner Mittel und Wege angegeben, wie die genossenschaftliche Hilfe einsetzen könne, um durch geeignete Wohlfahrtspflege einen besseren Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen und der Landflucht entgegen zu wirken, wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Genossenschaftstag den angeschlossenen Verbänden und Einzelgenossenschaften die energiegelbe Förderung der ländlichen Wohlfahrtspflege, insbesondere die Ausföhrung über deren Ziele in Versammlungen und Kursen und die Herstellung von Arbeitsgemeinschaften mit anderen Organen der Wohlfahrtspflege empfiehlt. In der Erörterung hatte u. a. Kreisarzt Dr. Dorn (Hannover) auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der Tuberkulose sowie der Säuglingssterblichkeit auf dem Lande hingewiesen.

Die in letzter Zeit vielfach besprochene Frage der Unterernährung auf dem Lande behandelte Generalsekretär Dr. v. Altrod mit einem Vortrage: „Hat die Entwicklung des Mollereigenossenschaftswesens einen nachteiligen Einfluß auf die Ernährungsverhältnisse der Landbevölkerung ausgeübt?“ Die Genossenschaften bestreiten zwar, daß die Verhältnisse so ungünstig liegen, wie sie in der bekannten Raupischen Schrift geschildert sind und der Reichsverband hat eine Denkschrift als Kritik der Raupischen Schrift herausgegeben, dennoch aber müssen wohl Gefahren vorliegen, denn die Notwendigkeit der Aufklärung der Bevölke-

rung, daß sie genügend Milch für den Hausbedarf behalten muß, kommt doch auch in der folgenden zur Annahme gelangten Entschließung zum Ausdruck: „Die Mollereigenossenschaften üben in der Regel einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Rindviehzucht und die rationelle und bequeme Verwertung der Milch aus und tragen dadurch wesentlich zum Wohlstande der Bevölkerung bei. Etwa sich zeigenden einseitigen Bestrebungen der Beteiligten nach möglichst hohen Gelderträgen und nicht genügender Zurückbehaltung von Haushaltsmilch infolge mangelhaften Verständnisses für eine zweckentsprechende Ernährung insbesondere der Säuglinge und Kinder muß im Interesse der Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung in geeigneter Weise rechtzeitig entgegengetreten werden.“

Die erste deutsche Kinderhortkonferenz fand auf Anregung der Deutschen Zentrale für die Jugendfürsorge Ende Juni in Dresden statt. Die Tagesordnung umfaßte die verschiedensten Gebiete dieser neuen Bewegung in der sozialen Fürsorgetätigkeit für die schulpflichtige Jugend. Der Vorsitzende Prof. Pörrer v. Soden betonte, daß Kinderhorte eigentlich erst notwendig geworden sind in unseren durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse veränderten Zeiten. Über die Grundsätze, nach denen die Auswahl der Kinder für die Horte vorgenommen werden soll, referierte Fräulein v. Gierde, die Vorsitzende des Jugendheims in Charlottenburg. Sie wandte sich gegen die planlose Vermehrung der Horte und noch stärker gegen die planlose Aufnahme der Kinder. Sie verlangte vielmehr engen Anschluß der Horte an die Schule; auch sei die Forterziehung auf solche Kinder zu beschränken, bei denen aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen die Elternerziehung verlagert. Jeder Fall müsse einzeln geprüft und einzeln entschieden werden. Hierzu bedürfe es, besonders in den Großstädten, eigener Schulpflegerrinnen im Hauptberuf, die mit Schule, Elternhaus und Armenverwaltung in Verbindung stehen müssen.

Nachdem Willy Dröcher vom Pestalozzi-Fröbelhaus in Berlin und Direktor Babil-Weipzig, Vors. des sächsischen Landesverbandes zur Förderung des Handfertigkeitsunterrichts über die Beschäftigung der Kinder in den Kinderhorten gesprochen hatten, wandte man sich wieder einer organisatorischen Frage zu: wie weit sich eine Verstaatlichung oder Verstaatlichung der Kinderhorte empfiehlt. Professor Dr. Reinhardt-Frankfurt a. M. und Lehrer Knauth-Dresden stellten sich hierbei auf den Standpunkt, daß der Betrieb der Kinderhorte durch besondere Vereine zu geschehen hat. Staat und Gemeinde haben zwar an der Fürsorge für die aufsichtslose Jugend ein großes Interesse, die vollständige Übernahme jedoch der Kinderhorte durch die staatlichen oder städtischen Verwaltungen empfiehlt sich nach der Ansicht beider Redner nicht. Auch in der Diskussion stellte sich die Mehrzahl der Redner auf den Standpunkt, daß eine Verstaatlichung oder Verstaatlichung der Kinderhorte nicht zu empfehlen sei. Von anderer Seite wurde dem jedoch widersprochen, und es wurde aus Städten, in denen bereits die Kinderhorte verstaatlicht sind, mitgeteilt, daß dort die Kommunalisierung erfolgt ist ohne die von der anderen Richtung befürchteten unangenehmen Begleitererscheinungen der Bureaucratie.

Holserziehung.

Beiträge zur Jugendlichenfrage.

Die Verhandlungen der letzten Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform im Mai d. J. in Berlin über die Lage der jugendlichen Lohnarbeiter, sowie die diese Tagung vorbereitenden Schriften der Gesellschaft üben erfreulicherweise eine nachhaltige Wirkung aus. In einer ganzen Reihe sozialpolitischer Blätter, in der Tagespresse, auf Kongressen begegnet man Ausführungen über die Jugendlichenfrage, die als Unterlage die Schriften der Gesellschaft benutzen (Heft 34—37. Verlag von G. Fischer, Jena).

In einem Artikel „Menschenökonomie und Warenökonomie“ von Franz Oppenheimer (Der Säemann, Juni 1911) greift der Verfasser auf die Verhandlungen der Gesellschaft für Soziale Reform und ihre Schriften zurück, die sich mit „dem bösesten Problem der Gegenwart“ beschäftigt haben. Der Grundgedanke seines Aufsatzes ist der Vorwurf gegen die heutige Gesellschaftsordnung, daß sie an der Volkskraft Raubbau treibe: sie sei Warenökonomie und sollte doch Menschenökonomie sein, meint Oppenheimer unter Benützung eines Schlagworts des Wiener Soziologen Rudolf Goldscheid. Ein ernster Mahnruf, daß es so nicht weiter gehen könne, seien die steigende Kriminalität sowie die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Jugendlichen. Zu beiden Punkten bieten die Schriften von Köhne und Raup ein reiches Material. Aber selbst die weitgehenden Forderungen, die in den Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform für den Berufsschutz der Jugendlichen sowie für die neben dem Beruf hergehende Jugendpflege aufgestellt werden, bieten, nach des Verfassers Meinung, dennoch kein ausreichendes Mittel, um den drohenden sittlichen und körperlichen Gefahren für die Volkskraft zu begegnen. Als einziges Mittel, welches dem Übel an die Wurzel greift, erscheint ihm

innere Kolonisation im größten Maßstabe. Der Verfasser sagt hierzu:

„Alle Übel, mit denen wir ohnmächtig kämpfen, stammen aus der Landflucht, und diese ist die Folge einer schlimmen Verteilung des nationalen Bodens. . . . Eering forderte kürzlich die schnelle Parzellierung von einer Million Hektaren in Ostbrien. Für den Anfang mag das genügen! Aber schnell muß es gehen! Wir müssen das Volk neu mit dem Boden verwurzeln, um die Landflucht zu stoppen, die Großstadtbildung zu hemmen, den Lohn der Stadtarbeiter zu heben.“

Die Frage des Zusammenschlusses der Jugendpflegebestrebungen behandelt Hans Weider-Berlin, der auch eine der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform verfaßt hat, in der Zeitschrift der Zentrale für Volkswohlfahrt „Concordia“ vom 1. Juli 1911. Der Aufsatz soll als Beitrag dienen zur Begründung von Ausschüssen für Jugendpflege, in denen die verschiedenen auf diesem Gebiete arbeitenden Vereine in loser Form zusammengefaßt werden, um einer Zersplitterung vorzubeugen. In der Jugendpflege unterscheidet man die geschlossene Form, d. h. die auf Mitglieder bestimmter Vereine, Jugendvereine, Lehrlingsvereine, konfessionelle Vereine usw. beschränkte Fürsorge, oder die offene Form, wie die freieren, meist an die Schule oder Heime angegliederten Bestrebungen. Beide Formen haben ihre Berechtigung; für die auf Grund des Erlasses des Kultusministers einzusetzenden Jugendpflegebestrebungen wird allerdings die freiere Form zu wählen sein. Nach des Verfassers Meinung werden in der Jugendpflege immer Sonderorganisationen bestehen können, die den verschiedenen Bedürfnissen oder auch den verschiedenen Weltanschauungen Rechnung tragen. Trotzdem empfiehlt sich die Bildung gemeinsamer Ausschüsse, die gewisse Aufgaben besser lösen können, als es dem Einzelverein möglich ist. Als solche Aufgaben bezeichnet Weider z. B. neben dem Vorsteil, daß die verschiedenen in der Jugendpflege tätigen Personen sich überhaupt mehr kennen lernen, die Lösung der Spielplatz- und Turnhallenfrage; Schaffung von Bade- und Schwimmgelegenheit; Sorge für geeignete Aufenthaltsräume (Jugendheime); Schaffung einer Zentrale für Vermittlung von Vorträgen; Organisation der Hilfe bei der Berufswahl; Sorge für Wohngelegenheit für die ortsfremde Jugend und ähnliches mehr. — Bei allen Jugendpflegebestrebungen sei die männliche und weibliche Jugend gleichmäßig zu berücksichtigen; gerade weil die staatlichen Beihilfen der weiblichen Jugend erst in zweiter Linie zugute kommen sollen, habe die kommunale und private Initiative doppelt Veranlassung, diesen Zweig der Jugendpflege planmäßig mit in Angriff zu nehmen.

Auf die Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform nahm auch mehrfach ein Vortrag Bezug, den Prof. Dr. Thielemann-Julba auf dem praktisch-sozialen Kursus für Gesellenvereinspräsidenten in Fulda hielt und in welchem er ausführlich den Erlass des Kultusministers bespricht. Der Vortrag ist in der „Sozialen Kultur“ vom Juli 1911 abgedruckt.

Eine bessere organisatorische Zusammenfassung der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine fordert unter ähnlichen Gesichtspunkten wie Thielemann der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Stegerwald-Röln in der „Sozialen Revue“ (Heft III, 1911). Gegenüber den immer größer werdenden Aufgaben trete die starke Zentralisation der katholischen Arbeitervereinsbewegung als eine immer mehr fühlbare Schwäche hervor: Heute bestehen im katholischen Arbeitervereinslager Deutschlands sechs verschiedene Verbände (mit insgesamt 467 368 Mitgliedern), von denen jeder für sich, völlig unabhängig von den anderen, arbeitet. So geben sie z. B. sieben verschiedene Vereinsblätter heraus, was eine bedeutende Vergeudung an Geld und Kraft bedeute. Stegerwald macht eine Reihe von Vorschlägen, wie die Arbeit der katholischen Arbeitervereine und auch das Handinhandarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften ausgebaut werden könnte. Noch größer aber als in den Arbeitervereinen sei die Zersplitterung in der katholischen Jugendvereinsbewegung. Die Zusammenfassung der katholischen Junglingsvereine in den Diözesanverbänden und in dem Gesamtverbande sei eine außerordentlich lofe. Zeitschriften werden eine ganze Anzahl herausgegeben: nicht weniger als vierzehn werden namentlich aufgeführt. Fast nirgends sind hauptamtlich tätige Jugendvereinsleiter anzutreffen. Nach Ansicht des Verfassers erwachsen der katholischen Jugendbewegung folgende Aufgaben: Straffere Organisation; Anstellung hauptamtlich tätiger Kräfte; systematisches Zusammenarbeiten zwischen Jugend-, Gesellen- und Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften; an die Stelle der vielen Jugendblätter soll möglichst ein einheitliches, nach allen Richtungen hin gut ausgestattetes Organ treten.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß auch auf der Hauptversammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter (10. bis 12. Juli in Köln) das Interesse der Gewerkschaften an der Jugendfrage mit einem Vortrage von Gewerkschaftssekretär Effert befaßt wurde. Er wies darauf hin, daß heute schon etwa 100 000 Jugendlichen unter 18 Jahren in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisiert seien, denen die christlichen Gewerkschaften nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz gegenüberstellen könnten. Die Jugendfrage sei naturgemäß auch für die christlichen Gewerkschaften eine Lebensfrage geworden. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit des Handinhandarbeitens mit den konfessionellen Vereinen. Die Leitung des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter hatte der Generalversammlung vorgeschlagen, von der Gründung eigener Jugendabteilungen abzusehen. Dagegen sollen den Jugendlichen gegen einen geringen Wochenbeitrag für Zeiten der Krankheit und Not entsprechende Unterstützungen geboten werden. Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen zu.

Erhebungen über die Jugendpflege in Preußen. Vom Kultusministerium werden zurzeit Erhebungen über die Jugendfürsorge veranstaltet. Es soll festgestellt werden, wie groß in den einzelnen Kreisen die Anzahl der Jugendheime ist, wieviel Jugendliche sich zu patriotischen Jugendvereinigungen zusammengeschlossen haben und im Anschluß an welche Schulen das eventuell geschehen ist, schließlich wieviel Jugendliche sich an sonstige Vereine angeschlossen haben, die in vaterländischem Sinne geleitet werden. Auf Grundlage dieser Erhebungen soll die Förderung der Jugendpflege nach einheitlichen Gesichtspunkten betrieben werden.

Die Überwachung der gewerblichen Beschäftigung von Schulkindern in Preußen regelt eine neue Verfügung des Kultusministers, durch welche die Verfügungen aus den Jahren 1904 und 1909 aufgehoben werden. Die Schule soll feststellen, wieviel bei ihren gewerblich beschäftigten Schulkindern die Bestimmungen des Kinderbeschäftigungsgesetzes befolgt werden. Wenn Übertretungen der gesetzlichen Vorschriften ermittelt werden, soll durch Vorstellungen bei den Eltern oder bei den Gewerbetreibenden die Beseitigung des ungeordneten Zustandes erstrebt werden. Läßt sich das nicht erreichen, so soll dem Kreisschulinspektor Bericht erstattet werden. Für jede Schulkasse ist ein Verzeichnis sämtlicher gewerblich beschäftigten fremden und eignen Kinder zu führen. Die Beschäftigung ist durch Befragen der Kinder festzustellen. Die Verzeichnisse sind für jedes Kalenderjahr abzuschließen und dem Kreisschulinspektor bei den Schulrevisionen zur Einsicht vorzulegen. Zum 1. Juni und 1. Dezember jedes Jahres sind den Kreisschulinspektoren Abschriften dieser Verzeichnisse einzureichen.

Schulspeisung in England. Aus dem letzten amtlichen Bericht über die Ausführung des Schulspeisungsgesetzes von 1906 geht hervor, daß die auf Grund des Gesetzes durch die lokalen Behörden erfolgten Maßnahmen eine geringe Steigerung erfahren haben. Der jetzt veröffentlichte Bericht umfaßt das Jahr 1909/10 und endet am 31. März 1910. Zu dieser Zeit hatten 327 Orts-Schulbehörden Einrichtungen für Schulspeisung getroffen. In 128 dieser Behörden waren eigene Schulspeisungskommissionen gebildet worden. 198 Behörden gegen (210 im Vorjahre) lehnten es ausdrücklich ab, das Gesetz anzuwenden, da in ihrem Bezirke kein Bedürfnis für die Schulspeisung bestände oder weil durch freiwillige Vereins-tätigkeit ausreichend gesorgt würde.

Im Berichtsjahre wurden in allen Gemeinden zusammen an Steuern für die Schulspeisung erhoben 134 105 Pfund (gegen 72 333 Pfund im Vorjahre). Durch freiwillige Beiträge wurden aufgebracht 9813 Pfund (17 831 Pfund), durch Bezahlung seitens der Eltern wurden 906 Pfund (335 Pfund) erlangt. Die Zahlen aller an Kindern verabsorgten Mahlzeiten, die im Vorjahr in London 4 546 771 und im übrigen England 9 671 789 betrug, stiegen im Berichtsjahr in London auf 7 335 469, zeigten aber im übrigen England ein Sinken auf 8 766 635. Unter den Gemeinden, welche die größte Anzahl von Kindern regelmäßig zu versorgen hatten, stehen außer London obenan Birmingham mit 9678 Kindern, Manchester mit 7421, Newcastle on Tyne mit 6888, Leeds mit 6867. — Trotz der Fortschritte, die in der Durchführung des Gesetzes gegenüber dem Vorjahre bestehen, macht der Berichterstatter, Sir Robert Morant, doch darauf aufmerksam, daß die Gefahr besteht, daß die Schulspeisung als eine Art Almosen ausgeführt wird, während der Sinn des Gesetzes doch gerade darin liegt, sie als Ergänzung der Erziehungsmaßnahmen aufzufassen. Darum müsse auch durch geeignete und saubere Ausstattung der Speiseeinrichtungen in diesem erziehlischen Sinne auf die Kinder eingewirkt werden.

Volksgesundheits.

Die Internationale Hygieneausstellung, Dresden 1911.

Von Dr. Erich Franke, Frankfurt a. M.

II.

Für den Gewerbehygieniker kommt die große Halle „Beruf und Arbeit“ am meisten in Betracht. Das schwierige Gebiet der Physiologie der Arbeit ist freilich nicht in dem geplanten Umfange zustande gekommen — für den Fachmann nicht überraschend. Die Gruppe: „Die chemische Industrie und die Gesundheit“ ist nach dem Gesamtkatalog im wesentlichen vom Hygienischen Institut Würzburg und dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. Main veranstaltet. Die wichtigsten Rohstoffe und Fabrikate der chemischen Industrie sind hier zusammengestellt unter Hinweis auf die Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit der einzelnen Stoffe für die Gesundheit des Erzeugers oder Verwenders und Angabe der Methoden, diese Gefährlichkeit zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken. Zu dieser Gruppe war Material vom Verband deutscher Fabrikarbeiter angeboten worden, das aber leider ungelesen und ungeprüft abgewiesen wurde. Das ist im Interesse der Sache zu bedauern; durch die Zulassung nach Prüfung durch den Gruppenvorsitzenden, wie sie bei allen angebotenen Gegenständen erfolgte, wäre sicherlich manches Gebiet vollständiger dargestellt worden, als es jetzt möglich war, wobei unwissenschaftliche Objekte durch diese Prüfung hätten eliminiert werden können. Festgestellt sei nur nach uns von authentischer Stelle gewordenen Informationen, daß die wissenschaftliche Abteilung des Ausstellungsamtes keine Schuld an dieser Abweisung trägt, ebenso wenig wie an der Zurückweisung der Gewerkschaften, die zur Heimarbeitsausstellung beitragen wollten. Hier war nach dem Grundsatz *audiat et altera pars* Beteiligung der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer als Bedingung zum Zustandekommen der Gruppe gefordert worden. Die sächsische Regierung, getrieben von den einheimischen Industriellen, hat jedoch die Ausstellung der Arbeitgeber verhindert, die Arbeitnehmer wurden in unnötiger Brüstung — Ablehnung der von ihnen vorgeschlagenen neutralen Sachverständigen in verlegender Form — zurückgewiesen: der Erfolg war, daß die ganze Ausstellung von vielen Seiten als einseitig industriefreundlich angesehen wurde und schon vor ihrer Eröffnung das Odium der Parteilichkeit an sich trug. Sicher nicht zum Vorteil des Ganzen.

Die neben den gewerblichen Giften untergebrachte spezielle Berufshygiene rollt vor allem die Staubfrage auf. Mehrere Sammlungen zeigen Staub und Staubmikrophotogramme, eine reiche Anzahl von Bildern und Modellen, zahlreiche Moulagen von Staublungen illustrieren das Gebiet. Daneben werden eine Reihe aus anderen Gründen gesundheitsgefährliche Arbeitsmethoden vorgeführt, ferner sind Modelle und Bilder von ungefährlicheren Ersatzverfahren vertreten. Das Gebiet des Milzbrandes ist in einer Sondergruppe des bayerischen Arbeitermuseums gut behandelt.

Als dritte wissenschaftliche Gruppe sind die Wohlfahrtsanstaltungen der Industrie hier untergebracht, denen sich soziale Bestrebungen der Städte auf dem Gebiete des Wohnungswesens anschließen. Um diese drei Gruppen erstrecken sich die Vertreter der einschlägigen Industrie, also in erster Linie Entstaubungs- und Luftbefeuchtungsanlagen. Ziemlich alle großen Firmen sind hier vertreten, so daß ein guter Überblick der Leistungsfähigkeit der deutschen Fabrik dieser Branche zu gewinnen ist.

„Ansiedlung und Bohnung“ ist der Name der Riesenhalle, die uns die Wichtigkeit hygienischer Grundsätze für die Erbauung, Heizung, Beleuchtung und Reinigung unserer Häuser und Städte zeigt. Wie es die Sache mit sich bringt, haben zum wissenschaftlichen Teile fast nur die Stadtverwaltungen Beiträge geliefert. Sanierung alter Viertel, Erbauung neuer Stadtteile zu bestimmtem Zwecke (Willen- oder Industrieviertel usw.), Pläne neuartiger Einrichtungen wie Gartenstädte werden hier vorgeführt, wohnungsstatistische Erhebungen und Reformbestrebungen im Kleinwohnungsbau schließen sich an. Die gesundheitlich guten Methoden der Heizung, Lüftung und Beleuchtung sind in großen Sondergruppen zusammengefaßt, ebenso das wichtige Gebiet der Städtereinigung, der Wasserversorgung und des Beseitigungswesens. Daß hier sich die Industrie besonders lebhaft beteiligt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die Aufzählung der hier ausstellenden Firmen 42 Seiten des Katalogs füllt. Neben vielen für Wohnräume brauchbaren Gegenständen sind auch manche für die Industrie in Frage kommenden vertreten, wie Dampföfen für Massenverpflegung, Wasch- und Badeeinrichtungen, hygienische Trinkbrunnen, Klosettanlagen und dergleichen mehr, Vorrichtungen zur Reinigung von Wasser

und Abwässern, Heizanlagen, Beleuchtungskörper usw. Besonders hübsch ist die Kollektivausstellung des Verbandes deutscher Zentralheizungs-Industrieller.

Halle 55 bringt die wichtigen Gebiete des Alkoholismus, der Rassenhygiene, der Kleidung und des Badewesens zur Anschauung, von denen uns namentlich die Gruppe Rassenhygiene durch übersichtliche Anordnung und gute Auswahl der Objekte aufgefallen ist. Die Bekämpfung des Alkoholismus auf der Ausstellung ermüdet etwas durch häufige Wiederholungen; so ist das Wachstumsmodell einer Trinkerleber an mindestens 4—5 Stellen zu finden. Das Bild der umrahmenden Industrie wird hier schon bunter als in den anderen Hallen, steigert sich allerdings noch nicht zu der Kaleidopsopartigkeit, die es in der Halle der Nahrungs- und Genussmittel annimmt. Hier fällt der für eine Hygieneausstellung etwas aufdringliche Tempel der deutschen Brauereindustrie auf. Die lebhaft betonte hygienische Herstellung des Bieres rechtfertigt keineswegs, daß man es fast als Allheilmittel für die Verdauung usw. preist. Diese Halle trägt überhaupt am meisten das übliche Ausstellungsgepräge, man glaubt sich auf einen großen Jahrmakel versetzt. Rettung aus diesem Wirrwarr bringt die Flucht in den wissenschaftlichen Teil, in dem die Darstellungen der populären Abteilung vertieft und erweitert sind. Zusammensetzung und Verdaulichkeit der Nahrungsmittel, Versorgung mit Milch und Fleisch, Unterscheidung zwischen ehbaren und giftigen Stoffen, Prüfung und Erkennung gefälschter Nahrungsmittel sind hier veranschaulicht.

Die letzten großen Hallen zeigen den heutigen Stand der Hygiene des Verkehrs und von Krankenfürsorge und Rettungswesen. Namentlich bei der Älteren sind Wohlfahrtsanstaltungen von Verkehrsunternehmungen und Besserung von Arbeitsplätzen (z. B. Lokomotivführerstand) gut berücksichtigt. In kleinen Pavillons sind Bestrebungen zum Besten von Geisteskranken, Gefangenen und Krüppeln untergebracht, von denen besonders der den Krüppeln gewidmete Raum durch außerordentlich fleißig zusammengetragenes Material auffällt. Ein gutes Tuberkulose-Museum schließt sich an, sein Studium sei lebhaft empfohlen. Verbunden mit der Ausstellung ist ein großer Sportplatz, auf dem Gelegenheit zur Ausübung fast jeden Sommersports und zu Wettkämpfen gegeben ist. Von Bedeutung könnte das Landsbad werden als Vorbild eines transportablen Volksschwimmbades, allerdings bei wesentlich anderen Benutzungsgebühren.

Soweit der deutsche Hauptteil der Ausstellung, dem sich einige fremde Staaten in eigenen Bauten anschließen. Von diesen hat der eine Teil auf engem Raume all das zusammengetragen, was in irgend einem, mehr oder weniger engen, Zusammenhange mit Hygiene steht, also gewissermaßen eine Verkleinerung der ganzen Hygieneausstellung. Es ist klar, daß diese Pavillons durch Übersichtlichkeit sich nicht auszeichnen. Ein anderer Teil hat nur das ausgestellt, was ihm speziell eigentümlich ist; hierdurch entstanden kleine Sonderausstellungen, die gut übersichtlich sind und das allgemeinste Interesse erregen. Als Musterbeispiel der ersten Gruppe sei China genannt, dessen Abteilung die Bunttheit eines Warenhauses aufweist; als Exempel der zweiten Gruppe kann am besten Brasilien dienen, das in der Hauptsache die Bekämpfung des Gelbfiebers, der Chagaskrankheit und der Folgen des Schlangenbisses sowie die Erzeugnisse seines serumtherapeutischen und Impfinstituts zur Schau bringt. Von Einzelheiten sei auf die elektropathologische Sonderausstellung (Prof. Dr. Kolisko) hingewiesen, die im österr. Pavillon zu finden ist. Durch die Wichtigkeit der Materie, die interessanten Objekte und die übersichtliche Anordnung übertrug sie den Durchschnitt des Gebotenen bei weitem. Frankreich führt neben anderem die Wirksamkeit und Anwendungsmöglichkeit der Entdeckungen Pasteurs vor, im russischen Bau ist gutes Material über Infektionskrankheiten (Cholera, Pest, Lepra, Malaria usw.) ausgestellt. Außer den genannten Staaten sind noch vertreten England (ohne Mitwirkung der Regierung), Japan, Italien, die Schweiz, Spanien und Ungarn, endlich die Stadt Amsterdam.

Der Ausstellung sind noch angefügt einige Einzel- und Mehrfamilienhäuser des sächsischen Vereins für Heimatschutz und ein Mustergehöft. Daß auch Vergnügungsetablissemments nicht fehlen, braucht kaum gesagt zu werden.

Diese Zeilen konnten nichts als einen kurzen Überblick bieten, eine erschöpfende Behandlung alles dessen, was für den Leserkreis dieses Blattes auf der Ausstellung von Interesse ist, würde Bände füllen. Aber eines wird aus diesem Überblick hervorgehen: daß die Ausstellung sowohl nach Anordnung wie nach Darstellung neue Wege gegangen ist, daß sie trotz mancher Mängel eine Vollständigkeit und Übersichtlichkeit aufweist, wie man sie nur selten zu sehen bekommt. Sie wird die Bestrebungen der Gesundheitspflege weiten

Kreisen bekannt machen und so einen ideellen Erfolg haben, der im Interesse der Volksgesundheit höher zu bewerten ist als der größte materielle Erfolg, den je eine Ausstellung gehabt hat. Dem Manne, der die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1911 ins Leben rief, gebührt der Dank der Nation.

Hautkrankheiten von Holzarbeitern. Unter den Arbeitern der Tischlereien und Sägewerke sind mehrfach eigenartige Hauterkrankungen beobachtet worden, die nach sachverständiger Ansicht auf die gesundheitschädliche Wirkung des bei der Bearbeitung gewisser Holzarten entstehenden Staubes zurückzuführen sind. Im allgemeinen scheinen vor den inländischen Holzarten nur wenige, von den ausländischen dagegen verhältnismäßig viele gesundheitschädlich zu sein. Da die Einfuhr und die Verarbeitung fremder Hölzer immer mehr zunimmt, so ist anzunehmen, daß auch die dadurch hervorgerufenen Erkrankungen weiter zunehmen werden. Dafür spricht auch, daß in der letzten Zeit sehr viel mehr Fälle bekannt geworden sind als früher. Infolgedessen hat der Reichskanzler das Kaiserliche Gesundheitsamt beauftragt, sich zu der Frage gutachtlich zu äußern. In dem daraufhin erstatteten Berichte des Kaiserlichen Gesundheitsamts ist eine Zusammenstellung der bisher bekannt gewordenen Erkrankungen und der nach den bisherigen Erfahrungen als gesundheitschädlich anzusehenden Holzarten enthalten. In der wissenschaftlichen Literatur führt diese Krankheit den Namen Satinholzdermatitis. Von Hölzern, bei deren Bearbeitung solche Erkrankungen häufig auftreten, nennt das Reichsgesundheitsamt insbesondere: Ostindisches Satinholz, Satinholz aus Jamaika, westindisches Mahagoniholz, westafrikanisches Mahagoniholz, Rosenholz, afrikanischer Buchsbaum, ostindisches Teakholz, Satin- oder Alashholz aus Guyana, Satin- oder Alashholz von den Antillen, afrikanisches Ebenholz, Ebenholz von den Molukken, Maralaidobuchsbaum. Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe veröffentlicht das Gutachten des Reichsgesundheitsamts in Nr. 13 des Ministerialblatts vom 8. Juli und weist die Gewerbeaufsichtsbeamten an, diesen Erkrankungen der Holzarbeiter besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wohnungswesen.

Hausbesitzer- und Mieterrechte im bürgerlichen Recht. Auf dem 33. Deutschen Hausbesitzerkongress, der vom 17. bis 19. Juli in Chemnitz stattfand, spielte die Stellung der Juristen zum Mietrecht eine Hauptrolle. Die Unzufriedenheit der Hausbesitzer mit der nach ihrer Meinung zu milden Auffassung der Gerichte bei Mietsstreitigkeiten kam namentlich bei dem Bericht über „Mietsprellerei“ (Ref. Stadtverordneter Barth-Erfurt) zum Ausdruck. Der Referent behauptet die Aufhebung des Kahlpfändungsrechts durch das BGB., da seitdem die böswilligen Mietsprellereien stark zugenommen hätten. Es wurden zu diesem Punkte der Tagesordnung verschiedene Anträge eingereicht, die alle auf eine Verschärfung der Gesetze oder verstärkte Anwendung durch die Gerichte hingen. Von mehreren Rednern wurde jedoch gewarnt, die Gesetzgebung anzurufen, denn man müsse befürchten, daß Gesetze zustande kommen, welche den Hausbesitzer schädigen. Der Tropfen „sozialen Ols“, mit dem der Gesetzgeber gesalbt sein solle, sei schon zu einer „ganzen Ölschicht“ geworden. Es wurde deshalb mehr empfohlen, die Hausbesitzer möchten den Weg der Selbsthilfe beschreiten und sich durch schwarze Listen, Vorausbezahlungen der Miete, Abschluß von Versicherungen gegen Mietsverluste schützen. — Recht scharfe Worte fielen auch gegen den Deutschen Juristentag, der eine Umfrage in Sachen der Wohnungsreform veranstaltete, aber dabei nur die Interessen der Mieter wahr nähme. Ferner nahm man in der Diskussion auch gegen den im Juni in Leipzig abgehaltenen Wohnungskongress Stellung, namentlich gegen die Ausführungen des Grafen Posadowsky.

Der Geist, der die Hausbesitzertagungen beseelt, kam auch in der Eröffnungsrede des Verbandsdirektors, Justizrat Dr. Baumer-Spandau, sowie in einem Referat von Dr. A. Tille-Saarbrücken über „Das deutsche Grund- und Hausunternehmertum und das Wohnungsgewerbe“. Der erste Redner leugnete, daß ein Wohnungsmangel bestände, vielmehr sei überall reiches Vorrat vorhanden. Der zweite Redner sprach über „die Flut von Vorkäufen“, die dem Haus- und Grundbesitzertum aufgebürdet würden und kritisierte alle neueren vom Reiche und den Gemeinden ausgehenden Bestrebungen zur Wohnungsreform.

Die Hausbesitzervereine planen übrigens eine stärkere Organisation und wollen in einem neu zu gründenden „Deutschen Hausbesitzerbund“ einen festen wirtschaftspolitischen Zusammenschluß aller deutschen Hausbesitzer herbeiführen. Diese wirtschaftspolitische Organisation soll namentlich auch bei den kommenden Reichstagswahlen Geltung zu gewinnen suchen, indem von jedem Kandidaten die Erklärung verlangt wird, er verpflichte sich, gegen jede Sonderbelastung des Hausbesitzes zu stimmen. Als Ort des nächsten Verbandstages im Mai 1912 wurde Berlin bestimmt, wo gleichzeitig der zweite internationale Hausbesitzerkongress stattfinden wird.

Eine Zentralstelle für Wohnungswesen in Sachsen ist im Anschluß an den zweiten deutschen Wohnungskongress in Leipzig am 15. Juni in Dresden gegründet worden. Die Vorarbeiten zur Ausbildung dieser neuen Zentralstelle wurden in die Hände des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz gelegt.

Wohnungswesen und Zweckverband Groß-Berlin. Das preussische Abgeordnetenhaus hatte die Frage des Kleinwohnungsbaues bezw. die Erwerbung von Flächen hierzu als Programmpunkt des Zweckverbandes mit aufgenommen. Später hat es sich aber mit der vom Herrenhaus vorgenommenen Streichung dieses Programmpunktes einverstanden erklärt, jedoch eine Resolution auf baldtunlichste Vorlegung eines Gesetzes wegen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und Industriezentren angenommen. Eine von fortschrittlicher Seite eingebrachte Resolution auf baldmöglichste Vorlegung eines allgemeinen Wohnungsgesetzes wurde abgelehnt.

Ein Ledigenheim in Stuttgart ist vom Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen daselbst errichtet worden. Ohne Luxus, aber mit sicherem, schlichtem Geschmack und voll Licht und Luft steht der monumentale Bau jetzt fertig da. Die 4 oberen Stockwerke enthalten je 27 Zimmer und 2 Räume mit offenen Veranden, die zum Fugen der Kleider und Stiefel bestimmt sind. Von den 108 Zimmern sind 16 zum Alleinbewohnen und die übrigen 92 je für 2 Bewohner eingerichtet, so daß das Heim im ganzen 200 Männer beherbergen kann. Alle Zimmer sind sehr hell, mit freier Aussicht. Die Möblierung ist ganz einfach und doch sehr behaglich. Im Erdgeschoß befinden sich geräumige Kasse, die den Bewohnern zur Verfügung stehen: ein Lesezimmer, daneben ein Unterhaltungszimmer und eine Speisewirtschaft (nach dem Muster der hiesigen Volkskassenhäuser eingerichtet), in der nur alkoholfreie Getränke und Speisen nach einem billigen Tarif verabreicht werden. Im Untergeschoß sind Brausebäder eingerichtet und außerdem eine große Waschküche nebst Bügelzimmer usw., wo die eigene Wäsche der Anstalt, sowie auch, soweit dies gewünscht wird, die Wäsche der Bewohner des Heims gereinigt wird. Die Preise für die Wohnungen sind sehr mäßig; sie bewegen sich für ein Zimmer zum Alleinbewohnen je nach Lage und Größe zwischen 2,50 M und 2,80 M für die Woche und für ein Zimmer mit 2 Betten zwischen 1,40 M und 1,60 M für die Woche für jeden Bewohner. Die trefflich eingerichtete Anstalt eignet sich nicht allein für Lohnarbeiter im engeren Sinne, sondern auch für junge Kaufleute und Techniker.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten. Unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands dargestellt von E. Witowski, Direktor im Reichsversicherungsamt. Sammlung Kösel. Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung. Reimpen u. München. 1910.

Das klar und vollständig geschriebene Werkchen eignet sich, um den Leser über die wesentlichsten Bestimmungen des umfassenden Gebiets schnell und zuverlässig zu orientieren.

Bericht über die Organisation des städtischen Kinderschutzes in Brunn und über dessen Tätigkeit im ersten Halbjahr seines Bestandes. Von Dr. Siegfried Kraus. Brunn 1911, Verlag des Stadtrates.

Gewerbegerichtsgesetz. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Von Leo Mugdan, Stadtrat zu Berlin. 7. neu bearbeitete Auflage von B. Cuno, Oberbürgermeister zu Hagen i. Westf. Nr. 81 der Guttentag'schen Sammlung deutscher Reichsgesetze. Berlin 1911. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung.

Entscheidungen des Bundesamts für das Heimatwesen. Bd. 48 enthaltend die in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis zum 1. März 1911 ergangenen wichtigsten Entscheidungen. Mit einem die 48 Bände umfassenden alphabetischen Sachregister. Berlin 1911. Verlag von Franz Vahlen.

Beiträge zur Jugendfürsorge. Herausgegeben von der Hauptstelle für Jugendfürsorge in Nürnberg. Nürnberg, U. E. Sebal.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Sieben ist erschienen:

Reichsversicherungsordnung

Textausgabe mit alphabetischem Sachregister

XVII, 474 Seiten H. 8°

In rote Leinwand gebunden M. 2.—

Im Herbst erscheint: **Handausgabe der Reichsversicherungsordnung** mit Erläuterungen von Prof. Dr. Stier-Somlo (Bonn). Etwa 60 Bogen 8°. Preis gebunden etwa M. 7.—

C. F. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Ostkar Beck München (Wilhelmstr. 9)

Beamter

für eine Organisation von Privatangehörigen gesucht. Der Betreffende muß in der Sozialpolitik bewandert sein. Juristische Kenntnisse erwünscht, doch nicht Bedingung. Bewerbungen unter kurzer Angabe bisheriger Tätigkeit u. B. T. Postamt 50. 16, Berlin.

Im Verlag von Duncker & Humblot ist soeben erschienen:

Die sozialökonomischen Grundlagen der Staats- und Wirtschaftslehren von Aristoteles.

Preis 4 M. Von Dr. Joh. Kinkel. Preis 4 M.

Verlag Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M.

Demnächst erscheint:

Die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung und ihrer Nebengesetze

erläutert

von

Justizrat Dr. Mayer,

Rechtsanwalt in Frankenthal

Vorsitzender der Vereinigung pfälzischer Krankenkassen

Kommentar in drei Lieferungen.

Preis: ca. M. 6.— pro Lieferung.

Der bekannte Krankenkassenpraktiker behandelt die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung, also das erste, zweite, fünfte und sechste Buch, sowie die darauf bezüglichen Stellen des Einführungsgesetzes im Zusammenhange mit den bisherigen und dem übrigen bürgerlichen und öffentlichen Recht und wird der Kommentar der Praxis ein Führer auf dem Gebiete des Krankenversicherungsrechts sein.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Diskontpolitik.

Gedanken über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie von

Preis 6 Mark. Otto Schwarz, Preis 6 Mark.
Geheimer Oberfinanzrat.

Aus dem Inhalt: **Allgemeines über Diskontpolitik.** Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontpolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. Diskontpolitische Hilfsmittel. 1. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Erleichterung des Goldengangs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufpreis. Erschwerung des Goldausgangs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämiumpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Goldersparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Goldmarkts. 2. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Diskontveränderungen als wirksames Mittel der Diskontpolitik. Gesamtergebnis der Diskontpolitik in England, Frankreich und Deutschland. I. Einschränkung der Faktoren der Diskontpolitik. Einfluß des gesamten Wirtschaftslebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsbilanz. Luxus. Vorhandensein weiterer die Durchschnittsdiskontsätze beeinflussender Faktoren. Einfluß der bankverfassungsrechtlichen Vorschriften auf den Diskont. Verfassungsgesetz der Bank von England. Verfassungsgesetz der Reichsbank. Verfassungsgesetz der Bank von Frankreich. Einfluß der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontpolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittelhaarddeckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkongingentierung in Deutschland. Einschränkung der Bargeldzirkulation in Deutschland. Einfluß des gesamten Bank- und Kreditystems auf die Diskontpolitik. Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluß der Grossbankentwicklung auf die Stellung der Zentralbanken im allgemeinen. II. „Freie“ Bank- und Diskontpolitik. Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestierung in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Auslese und Anpassung

der

Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik u. Maschinenindustrie.

Mit Beiträgen

von

Dr.-Ing. von Sienkowski, Dr. H. Hinke, Dr. Cl. Heiß,
Dr. J. Deutsch und Dr. Dora Landé.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 134. Band.)

Preis: 11 Mark 20 Pfg.

Aus dem Inhalt: 1. Untersuchungen über Arbeitsleistung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Fabrik. Von Dr.-Ing. Dipl.-Ing. von Sienkowski. Mit 12 Diagrammen im Text. Anhang: Statistische Angaben über den Alkoholismus in seiner Abhängigkeit von der Jahreszeit und den Arbeitsbedingungen. 2. Auslese und Anpassung der Arbeiter im Buchdruckgewerbe mit besonderer Rücksichtnahme auf die Segmaschine. Von Dr. Hans Hinke. Einleitung: A. Kurze Übersicht über die technische Entwicklung der Segmaschine. B. Verbreitung der Segmaschine. C. Einwirkung der Maschine auf die Produktionsverhältnisse: Aufhebung der Handarbeit. — Die Einwirkung auf die Betriebsverhältnisse. — Abgabeverhältnisse. — Die Wirkung der Maschine auf die Nebenindustrie. D. Segmaschine und Tarif. E. Die Lage der Maschinenfabrik: Die Maschinenfabrik und ihre Arbeit. — Die Betätigung des Arbeiters im Betrieb. — Die Lebenshaltung der Arbeiter an der Maschine. — Die sanitären Verhältnisse. — Schluss. 3. Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik. Von Dr. Cl. Heiß. Einleitung. Die sozialen Wirkungen der modernen Fabrikorganisation. — Anstrengung durch die Arbeit. — Die Arbeitszeit und Ermüdung. — Herkunft und Abstammung. — Schulverhältnisse und Herkunft. — Berufswahl. — Die Lehre. — Die Lehre nach der Fragebogen-erhebung. — Militärverhältnisse. — Familienverhältnisse. — Wohnungsverhältnisse. — Erholung und geistiges Leben. — Was und warum ich Sonntags arbeite. — Lebensziel. 4. Auslese und Anpassung der Arbeiter in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken in Wien. Von Dr. Julius Deutsch. Die Entwicklung des Betriebes. — Die Organisation des Betriebes. — Die Arbeiter des Betriebes. 5. Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von Dr. Dora Landé. Einleitung. Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeiter der Berliner Maschinenindustrie. — Die Arbeit in der Berliner Maschinenindustrie. — Die Lohnverhältnisse. — Alterszusammensetzung der Arbeiterschaft. — Arbeitszeit. — Gewerliche Mitarbeit der Ehefrauen. — Frauenarbeit in der Maschinenindustrie. — Schlusswort. — Tabellen.

Sieben ist im Verlag von Duncker & Humblot neu erschienen und durch jede Sortimentsbuchhandlung zu beziehen:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von Gustav Schmoller.

XXXV. Jahrgang. 3. Heft. Preis: 12 Mark.

Inhalt: Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Gustav Cohn. — Die politische Wohlfahrtbewegung in der Ostmark und ihre Ursachen. Von Waldemar Meißner. — Maximal- und Minimaltarif. Von Hans V. Rudloff. — Zur Frage der sozialen Belastung unserer Industrie. Von Friedrich Leitz. — Über den englischen Parlamentarismus. Vortrag. Von Carl Brinmann. — Franz Anton von Blanc. Ein Sozialpolitiker der liberalen-josephinischen Zeit. Von Karl Grünberg. — Das rheinisch-westfälische Arbeiterlohnstudium und seine Auflösung (unter Berücksichtigung der anderen deutschen Arbeiterlohnstudien). I. Von August Hillinghaus. — Die Organisation der gewerblichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) und ihre Bedeutung für das Gewerbe. II. Von J. W. Brandt. — Gutsherren und Landarbeiter in Ostdeutschland. Von August Glatteit. — Bericht über die 30. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Von Emil Münsterberg. — Moderne Geldtheorie im österreichisch-ungarischen Bankprivilegium. Von Walter Federn. — Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft. Kritische Betrachtungen zu den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Von Ernst Bernhardt. — Die Juden und das Wirtschaftleben. Von Ludwig Neuchwanger. — Erklärung des Herausgebers zu dem Streite zwischen Herrn Prof. Schallmayer und Herrn Prof. Tönnies.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Hollendorfsstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

An die Abonnenten der Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ hat in den letzten Jahren ihr Arbeitsgebiet und ihren Umfang beträchtlich erweitert. Neben dem Ausbau aller Abteilungen sind insbesondere noch in den Kreis der Berichterstattung und Kritik gezogen die Erscheinungen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksbildung, der Hygiene, der Arbeitslosigkeit, der gemeinnützigen Rechtsauskunft. Der Fortführung dieser Aufgaben soll demnächst an die Seite treten die planmäßige Behandlung des Arbeitsrechts (vergl. den Leitartikel dieser Nummer).

Diese Vermehrung des Inhalts, die auch eine räumliche Erweiterung des Blattes um fast ein Drittel des früheren Umfangs mit sich gebracht hat, ist mit einer so erheblichen Steigerung der Herstellungskosten verbunden, daß wir uns genötigt sehen, mit Beginn des neuen, 21. Jahrgangs vom 1. Oktober d. J. an das Bezugsgeld für ein Vierteljahr von 3 auf 4 M., für das ganze Jahr somit von 12 auf 16 M. zu erhöhen.

Jedoch wird den der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossenen Vereinen und Verbänden bei Entnahme von 50 Exemplaren der bisherige Bezugspreis von 3 M. vierteljährlich weiter gewährt werden, ebenso den Buchhandlungen, durch welche Mitglieder jener Vereine und Verbände gleichfalls 50 Exemplare oder mehr beziehen.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Die Verlagsbuchhandlung.
Duncker & Humblot.Die Redaktion.
Prof. Dr. E. Franke.

Inhalt.

Zur Reform des Arbeitsrechts. 1361	Organisationen der Arbeiter, Schiffs-, Angestellten und Beamten. 1373	Arbeiterdank. 1379	Volksgesundheitswesen. 1386
Zu Bischof von Kettlers Gedächtnis. 1365	Die Gewerkschaftsinternationale 1909. I. Eine gemischte Bergbeamtenorganisation. 1377	Die Gewerbeaufsicht in Europa. Gegen die Phosphorämbdölger in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1382	Der Geburten-Mißgang in Deutschland. Der Umfang der praktischen Säuglingsfürsorge in Deutschland. Die Gefahr der Tuberkuloseübertragung durch Nahrungsmittel. Zur Hygiene in metallverarbeitenden Betrieben. Eine Berufskrankheit bei Herstellung von Glühlampen. 1388
Soziale Zustände. 1367	Bund der Kaufmännischen Angestellten. Streik und Aussperrungen. 1377	Die österreichische Pensionsanstalt für Angestellte. Der Plan einer kantonalen Alters- und Invalidenversicherung in Zürich. Unfallversicherung in den Vereinigten Staaten von Amerika. 1384	Die deutsche Gartenstadtbewegung. Die Wohnungsverhältnisse der Hausverwalter. Die Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumsgiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtsanstalten in Wien. Literarische Mitteilungen. 1390
Bum Untergange der Handweberei in Schlesien. Von Wittgen, Gewerbeassessor, Hirschberg i. Schl. 1369	Das Verhalten von Staat, Parlament und Gemeinden in dem Massenarbeitskampf der norwegischen Industrie. Verhütung einer großen Glasarbeiteraussperrung durch verbandswise Einigungsverhandlungen. Die Aussperrung auf der Schiffsbauwerft in Danzig. Der Ausstand der Seeleute und Hafenarbeiter in England und Holland. Ein Streik der Knopfabriker in Amerika. 1384	Der deutsche Arbeitsmarkt im Juni. Ausländische Arbeiter in Deutschland 1910. Ergebnisse der Arbeitsvermittlung in Österreich im Jahre 1909. Ein Arbeitsvermittlungsgezet in Finnland. 1384	
Das Trinkgeld im Gastwirtsgerwerbe. Rechtspflege. 1369	Das freie deutsche Koalitionsrecht. 1371		
Das freie deutsche Koalitionsrecht. 1371	Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern. 1371		
Zur Stempelpllichtigkeit der Tarifverträge. 1371	Der neue Buchbindertarif in kombinierten Buchdruckereibetrieben. Ein amerikanisches Gegenstück zum Tarifbruchzwang im Berliner Druckgewerbe. 1371		

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Zur Reform des Arbeitsrechts.

Unter lebhafter Befürwortung des Ausschusses, dem Mitglieder fast aller bürgerlichen Parteien und sozialpolitischen Interessensorganisationen angehören, hat die Gesellschaft für Soziale Reform auf der letzten Hauptversammlung beschlossen, den Fragen des Arbeitsrechts in den kommenden Jahren ihre Wirksamkeit zu widmen, und zwar nach der gewohnten Methode: die bestehenden arbeitsrechtlichen Zustände sollen von Sachleuten kritisch auf ihre innere sachliche Zweckmäßigkeit geprüft und mit den Forderungen der fort-

schreitenden sozialwirtschaftlichen Entwicklung und den Wünschen der nächstbeteiligten Interessentengruppen auf der Arbeiter- wie der Arbeitgeberseite verglichen werden; auf Grund dieser theoretischen wie praktischen Untersuchungen wären dann die Grundzüge für eine Reform des Arbeitsrechts zu entwickeln.

Bereits früher hatte die Gesellschaft einzelnen Problemen des Arbeitsrechts ihr Interesse zugewandt, so z. B. den Rechtsverhältnissen im Gärtner- und im Gastwirtsgerwerbe und dem Recht der kollektiven Interessenvertretung der Arbeiterschaft in Vereinen, Gewerkschaften und Arbeitskammern. Aber es handelte sich bei diesen

und ähnlichen Fragen damals vorwiegend um praktisch-sozialpolitische Erörterungen der rechtlichen Zeitgedanken und Grundsätze und weniger um die Behandlung der juristischen Seiten des Problems, um die Verwirklichungsformen und die Fortbildung der Arbeitsrechtsdogmatik. Erstmals bei der Bearbeitung des Privatbeamtenrechts, die neben dem Versicherungsrecht auch das des Gesundheitsgesetzes und das Vertragsrecht der Privatangestellten ins Auge faßte, hat die Gesellschaft für Soziale Reform wenigstens ein bestimmt umgrenztes Teilgebiet des Arbeitsrechts systematisch nicht nur nach der sozialpolitischen, sondern auch nach der rechtspolitischen Seite analysiert und dargestellt. Nunmehr also gedenkt die Gesellschaft die große, bisher noch wenig angestrebte Aufgabe in Angriff zu nehmen, das gesamte Feld des Arbeitsrechts, wenn auch Schritt für Schritt, so doch nach einheitlichem Plane zu durchforschen und an der Hand der modernen Erkenntnisse auf wirtschaftlich-technischem, sozialhygienischem und ethisch-pädagogischem Gebiete die Gesichtspunkte zu gewinnen, die für einen systematischen Neubau des Arbeitsrechts als Richtschnur dienen und in Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht bloß ihr Echo, sondern auch die praktisch brauchbare, logisch einwandfreie Ausdrucksform finden sollen.

Für die „Soziale Praxis“, die seit der Gründung der „Gesellschaft für Soziale Reform“ in treuer Waffenbrüderschaft mit ihr um die Lösung der von der Gesellschaft begonnenen Aufgaben ringen hat, ist dieses neue Vorhaben der Gesellschaft ein willkommenes Anlaß, auch ihrerseits mit verdoppelten Kräften das Feld des Arbeitsrechts unter den Pflug zu nehmen und die theoretische und praktische Orientierung auf diesem unvergleichlich wichtigen und fruchtbaren Rechtsboden, der von der Wissenschaft bisher arg vernachlässigt worden ist, mit noch stärkerem Eifer als vordem zu fördern. Gewiß hat die „Soziale Praxis“ seit ihrem Bestehen den Fragen des Arbeitsrechts ihr lebhaftes Interesse zugewandt und zur praktischen Förderung sozialer Rechtsprechung seit 20 Jahren eine Fülle von kritischem und tatsächlichen Material in Aufsätzen und Notizen sowie in besonderen Beilagen („Das Gewerbegericht“ und „Gemeinnützige Rechtsauskunft“) veröffentlicht. Aber der Umfang und die Bedeutung der arbeitsrechtlichen Probleme sind, in den letzten Jahren besonders, so ungeahnt rasch gewachsen, daß eine Erweiterung und Vertiefung der bisher mehr aphoristischen Behandlungsweise dieser Fragen zu einer systematischen literarischen Pflege der Wissenschaft und Praxis vom Arbeitsrecht dringend geboten erscheint. Nach den vortrefflichen Darlegungen Einzelheimers in dem Aufsatz über „Die Fortentwicklung des Arbeitsrechts und die Aufgaben der Rechtslehre“ (Soziale Praxis Nr. 39 und 40) bedarf es keiner Ausführungen mehr über die Wichtigkeit solches arbeitsrechtlichen Studiums. Auch bedarf es wohl kaum einer Erläuterung, warum eine Zeitschrift, wie die „Soziale Praxis“, die, ihrem Namen entsprechend, vor allem den praktischen sozialpolitischen Aufgaben dienen will, dazu berufen ist, solchen kritischen und reformatorischen Bestrebungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts eine besondere Pflegestätte zu schaffen.

Bei dem Gange der sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland sind wir heute auf einer Stufe angelangt, auf der große neue soziale Fürsorgegeschöpfungen von Gesetzes wegen fürs erste nicht zu erwarten sind. Die Reform der Sozialversicherung ist mit der Reichsversicherungsordnung und der bevorstehenden Privatbeamtenversicherung für längere Jahre abgeschlossen. Eine allgemeine gesetzliche Arbeitslosenversicherung wäre die einzige grundsätzlich neue Aufgabe, die hinsichtlich der Vorsorge für die Arbeiter in gesundheitlichen und Beschäftigungsnotlagen in absehbarer Zeit noch zu meistern wäre. Im übrigen handelt es sich in der Arbeiterversicherung wie beim Arbeiterschutz jetzt wesentlich nur um innere Durchbildung und feinere Ausgestaltung der vorhandenen gesetzlichen Grundlagen für besondere Arbeitergruppen, vor allem aber um Dervollkommung der praktisch-rechtlichen Handhabung der bewährten Schutz- und Vorsorgeprinzipien. Es liegt auf der Hand, daß auch hier also besonders arbeitsrechtliche Aufgaben, wie z. B. hinsichtlich der Versicherungsrechtsprechung und der kasuistischen Anwendung der gesetzlichen Gesundheits- und Sittenschutznormen, zu lösen sind.

Im allgemeinen aber werden die Fragen der Fürsorge für den äußeren Menschen im Arbeitsbetriebe, zum Schutze von Leib und Leben und zur Abwehr von Not bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, nachdem die deutsche Sozialpolitik sich ein Menschenalter hindurch vorwiegend auf sie konzentriert hatte, künftig an Bedeutung etwas zurücktreten hinter den Fragen, wie dem inneren Menschen, der sittlich und kulturell aufstrebenden Persönlichkeit im wachsenden Massenbetriebe der Arbeit, in der der Mensch immer mehr zur Nummer herabzusinken droht, Genüge geschehen könne.

„Die soziale Frage ist nicht eigentlich eine Hungerfrage, eine Almosenfrage, sondern eine Auseinandersetzungsfrage,“ so hat Robertus schon vor einem halben Jahrhundert den Kern der sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit formuliert. Wir haben es seitdem immer tiefer erkannt und sprechen es heute in demselben Sinne, wenn auch mit etwas anderen Worten aus: die soziale Frage ist eine Rechtsfrage, ist die Frage, wie bei der steigenden Kompliziertheit der wirtschaftlich-sozialen Beziehungen und Gegensätze nicht nur die materiellen, berufsständischen Interessen, sondern vor allem auch die Persönlichkeitsinteressen und die menschlichen Werte der Angehörigen der schwächeren Wirtschaftsgruppen gegen das selbstlichere Vordrängen begünstigter stärkerer Wirtschaftsgruppen geschützt und in einen gesunden Ausgleich mit gegenüberstehenden Rechts- und Machtansprüchen gebracht werden können. Bezogen auf das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern lautet die Frage, die den Inbegriff der arbeitsrechtlichen Probleme bildet, folgendermaßen:

Wie ist das Verkehrsrecht der Arbeit, das die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter als beseelten Produktionsfaktoren und als empfindenden Persönlichkeiten regelt, zu gestalten, damit ihre grundsätzliche Gleichberechtigung als Vertragskontrahent, als Mensch und als Staatsbürger vom Papier des Gesetzes in die Wirklichkeit übersezt wird und gleichzeitig die ungehemmte Entfaltung der vollwirtschaftlich notwendigen Produktivität gewährleistet bleibt?

Dieses Arbeitsverkehrsrecht ist nicht bloß individueller, sondern ebensosehr auch kollektiver Natur, je nachdem es eben Einzelbeziehungen aus dem Arbeitsverhältnis oder Solidarnormen der Arbeitsgemeinschaft des Betriebes betrifft; es erstreckt aber seine Geltung auch über den Betriebsbereich hinaus, soweit es nämlich gilt, die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten des Arbeiters gegen Koalitionsverbote und politische Verfügungen der Arbeitgebermacht, gegen die Folgen der Verquickung von Arbeitsvertrag und Mietsvertrag, Versicherungsvertrag usw. sicher zu stellen.

Die Ordnung dieses Verkehrsrechts ist bisher zum allergrößten Teile der Alltagspraxis und Willkür der Vertragsparteien überlassen worden. Das wenige, was das bürgerliche Gesetzbuch und die Gewerbeordnung über die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag, über Leistung und Gegenleistung, Kündigung und Entlassung, Lohnabzüge und Lohnzahlungsformen usw. sagt, ist so unzulänglich, oft auch so wenig den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt, daß das wirkliche Arbeitsrecht, das die Praxis der Werkstatt, die Arbeitsordnung, der Formularvertrag, die Tarifverträge und die Gewerbegerichte geschaffen haben, oft in wichtigen Etüden sich aus eigenen Wurzeln, außerhalb des geschriebenen Rechts, hat bilden müssen. Naturgemäß nicht immer so, wie es dem „richtigen Recht“, das in sich widerspruchsfrei ist und eine gesunde Zukunftsentwicklung verbürgt, entspricht, sondern häufig genug so, wie es die wechselnden Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gerade mit sich bringen. Es erübrigt sich, Beispiele hier anzuführen. Wo hin man im Arbeitsvertragsrecht blickt, Klassen Lügen und Widersprüche. Ein Akkordvertrags- und Tarifvertragsrecht kennt das deutsche Sozialrecht überhaupt nicht. Surrogatbestimmungen müssen hier ausbessern.

Und doch kann es für eine Sozialpolitik, die über der hygienisch-wirtschaftlichen Fürsorge für die Bedürftigen nicht ihr höheres nationales und sittliches Ziel vergißt, nämlich Menschen zu bilden, die im Frieden miteinander froh zum Besten des Ganzen zu schaffen fähig sind, kaum ein größeres Bedenken geben, als dieser Zustand: Wo die Regelung der Rechts- und Verkehrsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller Klarheit und Sicherheit ermangelt, da müssen tagtäglich Reibungen entstehen, weil niemand die Grenzen kennt, bis zu denen die Arbeiter und die Arbeitgeber in der Interessenausensetzung mit dem anderen Teile individuell oder kollektiv gehen dürfen. Aus diesem üppigen Nährboden für Rechtsfaberei und für das reizsame Bemühen ungedachter Behandlung entspringen, weil Gesetz und Jurisprudenz diese Auseinandersetzungsprobleme bisher der Willkür der Beteiligten größtenteils selbst überlassen hat, die verhängnisvollsten Konfliktsstoffe, die den sozialen Frieden täglich und stündlich bedrohen. Hier muß aus sozialpolitischen Gründen mit aller Energie endlich Meliorationsarbeit geleistet und rechtliche Ordnung und Klarheit angestrebt werden.

Wieviel weitere arbeitsrechtliche Spezialprobleme aber rufen neben den eben gekennzeichneten Hauptproblemen nach der sie meistern den Hand! Das ganze Recht der kollektiven Interessen- und Kampforganisationen liegt noch im Argen, das fachliche Ausbildungs- und Prüfungswesen wirkt heute ständig neue rechtliche Streitfragen auf.

Die Techniker, die Künstler, die Eisenbahner, die Landarbeiter enthalten überhaupt noch dessen, was Anspruch auf den Namen „modernes Arbeitsrecht“ erheben könnte. Die Zersplitterung des Arbeitsrechts in zahllose bunte und sich oft widersprechende Einzelgesetze, in denen sich nur noch Spezialisten zurechtfinden, verlangt nach vereinheitlichender Kodifikation, damit das Gefühl der Rechtssicherheit bei den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhöht und der Austrag ärgerlicher, zeitraubender Streitfragen über sachliche oder örtliche Zuständigkeit vor den Gerichten vermindert werde.

Diese Andeutungen genügen, um die erhebliche praktische sozialpolitische Bedeutung, die einer Reform des Arbeitsrechts in dem geschilderten Sinne innewohnt, zu kennzeichnen. Diese Reform liegt im Interesse der Arbeiter, der Arbeitgeber, der Behörden wie der gesamten Gesellschaft, für die jede Besserung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nur von Vorteil sein kann. Mit einer gewissen Notwendigkeit muß sich also der Schwerpunkt der deutschen Sozialpolitik in der Richtung auf dieses bisher so wenig gepflegte Reformgebiet verschieben. Den Weg hierfür zu ebnen, die Ziele und Richtlinien zu klären, wird darum eine nützliche Aufgabe gerade auch für die „Soziale Praxis“ sein, um so mehr, als jedem Versuch in dieser Richtung sich außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstellen, die nur durch wohl organisierte Gemeinschaftsarbeit überwunden werden können.

Die Redaktion der „Sozialen Praxis“.

In Bischof von Kettlers Gedächtnis.

Die katholischen Sozialpolitiker feiern in diesem Jahre die hundertste Wiederkehr des Geburtstags des großen Bischofs von Mainz, der in Deutschland schon vor mehr als 60 Jahren unter politischen Kämpfen und der Herrschaft des Manchesterismus das Banner der Sozialreform entfaltet hat. Aber die Wirkung seiner Persönlichkeit, seiner Lehre und die Wirkung seines Programms beschränkt sich keineswegs auf seine katholischen Glaubensgenossen. Ohne Unterschied der Konfession und der Partei sind ihm alle Sozialreformer verpflichtet, die in der Fürsorge des Staats für die Massen eine ebenso wichtige Aufgabe erblicken wie in ihrer Erziehung zur Selbsthilfe im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Viele sozialpolitische Maßnahmen und Einrichtungen gehen auf Kettlers Forderungen zurück, manche von diesen harren der Verwirklichung, das Wehen seines Geistes ist heute noch zu spüren in der Sozialreform. Darum haben auch diese Blätter Anlaß, seiner dankbar zu gedenken.

Wilhelm Emanuel von Ketteler, als Sohn eines alten westfälischen Geschlechts am Weihnachtstag 1811 geboren, wandte sich erst im 30. Lebensjahre von der juristischen Beamtenlaufbahn ab dem Priesterstande zu. Als Kaplan in Beckum, dann als Pfarrer in Hopsten, später als Probst in Berlin trat er den Bedürfnissen und Nöten des Volks in Land und Stadt persönlich nahe. Zahlreich sind die Taten des Erbarmens und der wertvollen Hilfe, die aus seiner Tätigkeit berichtet werden. Ein Haß gegen alle Ungerechtigkeit, eine heiße Liebe für die Armen und Elenden besetzte ihn. Aber er blieb nicht bei der Sorge um den einzelnen stehen, immer schärfer bildete sich seine Überzeugung aus, daß Staatshilfe und Selbsthilfe die breiten Schichten zu einem edleren Dasein heben müßten. So führte sein Weg von der Caritas zur Sozialpolitik.

Das Vertrauen seiner westfälischen Heimat entsandte ihn im Jahre 1848 in das Parlament zu Frankfurt a. M. Mit einem Schläge wurde sein Name in ganz Deutschland bekannt durch die ergreifende Rede am Grabe der ermordeten Abgeordneten von Auerwald und Fürst Wismarsky: „Ich höre den Hilferuf für unsere armen leidensvollen Mitbrüder, und wer, der sich nicht beide Augen ausgerissen, kann es leugnen, daß die Not unter unsern armen Mitbrüdern entsetzlich groß ist, und wer, der sich das Herz nicht aus der Brust gerissen, stimmt nicht aus voller Seele ein in diesen Hilferuf?“ so tönte in die Klage um die beiden Toten der Hammer um das Volk hinein. Zwei Wochen nachher, auf dem ersten Katholikentage in Mainz, am 4. Oktober 1848, rief Ketteler zur Tat auf: „Eine Aufgabe für die nächste Zukunft rege ich in Ihren Herzen nochmals an, die Aufgabe der Religion bezüglich der sozialen Verhältnisse. Die schwerste Frage, die bei allen gesetzlichen Bestimmungen, bei allen Staatsformen noch nicht gelöst ist, das ist die soziale Frage.“ Den „Armen des deutschen Volkes“ galt beim Mahle jenes Tags sein Trinkl-

spruch, und in den berühmten sechs Predigten, die er am Schlusse des Jahres 1848 im Dom zu Mainz hielt, bilden die sozialen Fragen Anfang und Ende seiner Ausführungen: „Wollen wir die Zeit erkennen, so müssen wir die soziale Frage zu ergründen suchen. Wer sie begreift, der erkennt die Gegenwart; wer sie nicht begreift, dem ist Gegenwart und Zukunft ein Rätsel.“

Er handelte nach seinen Worten. Zum Bischof von Mainz im Jahre 1851 berufen, wurde er Vorkämpfer einer planmäßigen Sozialreform im Geiste des Christentums. Die Achtung vor der Menschenwürde des Arbeiters, seine sittliche Hebung, die Wahrung seines Familienlebens, die Erziehung und staatsbürgerliche Pflichten führten ihn, der sich selbst einen „Arbeiterfreund“ nannte, zu ganz bestimmten sozialpolitischen Forderungen: Gesetzlicher Schutz der Arbeiterkinder und Arbeiterfrauen gegen die Ausbeutung der Gelmacht. Schutz der Arbeitskraft durch Gesetze über Arbeitszeit und Sonntagsruhe. Gesetzlicher Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter bezüglich der Arbeitsloale. Aufstellung von Inspektoren zur Kontrolle der zum Schutze des Arbeiterstandes erlassenen Gesetze. Als Höchstarbeitszeit forderte er (1873) den Zehn-stundentag, zum allerwenigsten den Elftundentag. Er trat für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter ein und gründete selbst einen Verein für Wohnungsbeschaffung. Spar- und Darlehnskassen befürwortete er, der genossenschaftlichen Selbsthilfe wandte er seine Aufmerksamkeit zu, für die von Lassalle geplanten Produktivassoziationen wollte er eine namhafte Summe aufwenden, für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter hatte er vollstes Verständnis, erkannte auch die Arbeitseinstellung als berechtigtes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter an, die Versorgung der Arbeitsunfähigen forderte er als unumgänglich. So dringend ihm die wirtschaftliche Hebung der Massen geboten schien, so unablässig wies er auf die Notwendigkeit sittlicher Läuterung nach den Lehren des Christentums hin.

Aus seinen wichtigsten Schriften (Arbeiterfrage und Christentum, Predigten, Briefe, Die Katholiken im Deutschen Reich) seien hier einige Stellen angeführt, die für die Denkweise und die sozialpolitische Stellung Kettlers Zeugnis ablegen. So spricht er dem Arbeiter eine Würde zu, die in ihm ruhe, wie ein Edelstein tief im Schacht eines Berges, mit hohen Erbschichten bedeckt, unter allem menschlichen Elend, aller Not und Verkommenheit: „Ich halte die Fabrikarbeit der Kinder für eine entsetzliche Grausamkeit . . . ich halte sie vielfach für einen langsamen Mord am Leibe und an der Seele der Kinder.“ Die Frau des Arbeiters soll vor allem Mutter sein und für das Heim des Arbeiters sorgen; darum forderte er ein Verbot der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken. Auf seine Veranlassung befürwortete die 21. Generalversammlung deutscher Katholiken in Mainz „die Bildung von Genossenschaften für Erbauung gesunder Arbeiterwohnungen“. In einer Rede, die er am 19. November 1865 beim Stiftungsfest eines Gesellenvereins hielt, sagte er: „für den Staat, für die ganze Gesellschaft kann es in unseren Tagen kaum ein höheres Interesse geben, als den Arbeiterstand vor dem Verderben zu bewahren.“ Der Arbeiterstand sei berechtigt, vom Staate Schutz für sich, für seine Gesundheit, seine Arbeitskraft und seine Familie zu fordern. „Der isolierte Arbeiter ist schwach, nicht nur die Arbeiterfrau und das Arbeiterkind.“ Darum ist Organisation in Gewerkschaften und Genossenschaften nötig: „Das ganze genossenschaftliche Wesen ist ein Natur- und Grundgesetz des Menschenwesens.“ „In den Gewerkschaften liegt wirklich ein Kern, der wenigstens den Weg zeigt, auf dem eine allgemeine Organisation erstrebt werden könnte. Eine bleibende, in ihnen liegende Wahrheit ist es aber, daß eine Organisation des Arbeiterstandes sich anschließen muß an die Verschiedenheit ihrer Beschäftigungen.“

Bischof von Ketteler hat für sein sozialpolitisches Programm auch im Reichstag gewirkt, dem er 1871 kurze Zeit angehört hat. In der Zentrumsparlei fand er starke Unterstützung, und es sind seine Gedanken, auf die sich der bekannte Arbeiterchutzantrag seines Neffen, des Grafen Galen, vom 19. März 1877 stützte. Aber es bedurfte noch langjähriger Mühe, bis dessen wichtigste Forderungen erreicht wurden. Ketteler hat dies nicht mehr erlebt; er starb nach einem vorüberlichen Wandel, geliebt und verehrt, am 13. Juli 1877. Aber die Saat, die seine Hand gestreut hat, ist aufgegangen, und sein Vermächtnis wird wohl gehütet: „Wir werden immer Ketteler als denjenigen bezeichnen, dem wir unser soziales Programm verdanken“, hat Abg. Nitz, der treue Eckardt der Sozialreform in der Zentrumsparlei, erklärt. Haben Lassalle und Marx die Massen zum Sturm aufgerufen, hat der Verein für Sozialpolitik wissenschaftlich die Notwendigkeit sozialer Reformen

begründet, so hat der große Bischof von Mainz das Banner der Sozialreform im christlichen Geist entfaltet.*) Sein Name lebt daher auch bei uns in Dankbarkeit und Ehren fort. E. Fr.

Soziale Zustände.

Zum Untergange der Handweberei in Schlesien.

Die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung in der Vervollkommnung der Maschinen und die damit verbundene Verbesserung der Arbeitsmethoden hat zur Folge, daß die alten, ursprünglichen Industriezweige, welche sich den geänderten Verhältnissen nicht anpassen vermögen, dem Untergange geweiht sind. Ein markantes Beispiel hierfür bietet bekanntlich die Handweberei. Allmählich zwar, aber mit ständig zunehmender Geschwindigkeit vollzieht sich die Wandlung, und die Zeit läßt sich schon jetzt voraussehen, wo die typische Gestalt des Handwebers verschwindet und der letzte Handwebstuhl einem Museum zugeführt wird.

Die Handelskammer in Landeshut, dem Zentrum der schlesischen Leinenindustrie, hat sich seit Jahren der Mühe unterzogen, zusammen mit den zuständigen Behörden, alljährlich über die Zahl und die Tätigkeit der in ihrem Bezirke vorhandenen Handweberei Erhebungen anzustellen. Die im folgenden zusammengestellten Ergebnisse geben trotz ihrer Lückenhaftigkeit und ihres Mangels an absoluter Genauigkeit doch ein deutliches Bild über den Rückgang der Handweberei, während die Angaben über die Zahl der mechanisch betriebenen Webstühle und der an ihnen beschäftigten Personen einen Zusammenhang zwischen dem Niedergange der Handweberei und einem Aufschwunge der mechanischen Weberei erkennen lassen.

Jahr	Zahl der in Betrieb gewesenen Webstühle	Zahl der Weber, gegen Lohn und selbständig	Zahl der gefertigten Stühle	Auf je dem Webstuhl wurden durchschnittlich gefertigt	Jeder Weber fertigte durchschnittlich
				Stück	Stück
1888	4 227	8 716	228 451	54	61,5
1889	5 154	4 060	268 692	51,2	64,9
1890	4 007	8 885	228 725	57,0	67,6
1891	3 607	8 298	175 165	48,6	58,9
1892	4 662	8 751	244 756	52,5	65,3
1893	4 482	6 618	211 068	44,9	58,4
1894	3 815	?	221 825	—	—
1895	4 115	?	219 760	—	—
1896	4 076	?	218 876	—	—
1897	4 075	?	227 504	—	—
1898	8 268	?	117 112	—	—
1899	3 085	2 901	111 789	36,2	88,5
1900	2 958	2 777	109 322	37,0	89,4
1901	2 681	2 522	98 579	36,6	87,1
1902	2 499	2 860	78 816	31,5	83,4
1903	2 287	2 175	76 986	33,7	85,4
1904	2 810	2 200	84 500	30,6	40,3
1905	2 248	2 191	83 302	37,1	88,0
1906	2 028	1 842	71 588	35,3	38,9
1907	2 011	1 912	78 426	38,7	37,3
1908	1 829	1 809	62 856	34,2	84,7
1909	1 821	1 751	66 900	36,5	88,2
1910	1 684	1 675	89 619	24,4	24,8

Während sich die Zahl der mit Handweben beschäftigten Personen und die Menge ihrer Produktion bis zu Anfang der 1890er Jahre auf ziemlich gleicher Höhe hielten, setzte gegen die Jahrhundertwende ein unaufhaltsam fortschreitender starker Rückgang ein. Im Jahre 1890 wurden noch auf etwa 4000 Handwebstühlen 228 000 Stück angefertigt; im Jahre 1900 dagegen waren nur noch etwa 2950 Webstühle in Betrieb, welche nur etwas mehr als 110 000 Stück lieferten. In 10 Jahren war also die Zahl der Webstühle um 26 % gefallen bei einer Produktionsverminderung von rund 53 %. Nach 5 Jahren (1905) liefen nur noch ungefähr 2250 Webstühle, und die erzeugte Stückzahl sank auf wenig mehr als 83 000. Es war also eine weitere Abnahme

von 24, bzw. 25 % zu verzeichnen. Im verfloffenen Jahre konnten nur noch 1634 Stühle mit einer Jahresproduktion von rund 40 000 Stück gezählt werden. Während sich also in den letzten 20 Jahren die Zahl der in Betrieb befindlichen Webstühle um etwa 59 % verringert hat, ist die jährliche Produktion in derselben Zeit um mehr als 82 % zurückgegangen.

Die Entwicklung der mechanischen Weberei vollzog sich dagegen in aufsteigender Linie. Im Jahre 1900 wurden in den vorhandenen 18 mechanischen Webereien des Bezirks mit insgesamt 2871 Webstühlen 2559 Personen beschäftigt. Bereits nach 5 Jahren waren 3429 Stühle in Betrieb bei einer Arbeiterzahl von 2763 Personen, und im Jahre 1910 hatte sich die Zahl der Webstühle bis auf 3709 vermehrt, während die Zahl der beschäftigten Personen bis auf rund 3400 stieg. In einem Zeitraume von 10 Jahren hat sich also die Zahl der mechanischen Webstühle um 30 % vermehrt, während diejenige der Arbeiterschaft um denselben Prozentsatz zugenommen hat.

Der Rückgang in der Handweberei im allgemeinen ist darauf zurückzuführen, daß ein kräftiger Nachwuchs vollkommen fehlt. Anstatt den Beruf ihrer Eltern zu ergreifen, suchen die jungen Leute die bequemere und auch meist besser bezahlte Beschäftigung in der Fabrik auf. Wesentlich hierbei ist auch der Umstand, daß die Arbeitszeit in den mechanischen Webereien durchwegs auf 10 Stunden beschränkt ist, während der Handweberei von morgens früh bis abends spät ohne längere Pausen, oft 12 und mehr Stunden, täglich am Webstuhl sitzen muß, um den zu seinem und seiner Familie Unterhalt erforderlichen Arbeitsverdienst zu erreichen.

Der Grund für den bedeutenden Rückgang in der durchschnittlichen Produktion eines Webers im Jahre 1888 von 61,5 Stück auf 24,8 im Jahre 1910 ist hauptsächlich darin zu suchen, daß mehr und mehr auch die arbeitskräftigen Weber lieber auf ihre Selbständigkeit verzichten und sich ihrem alten Berufe abwenden, um anderwärts lohnenderer Beschäftigung sich zuzuwenden. Dazu kommt noch, daß die Handweberei immer mehr nur im Nebenberufe ausgeübt wird. Von den im Jahre 1910 gezählten 714 Familien, welche die Handweberei im Nebenberufe ausübten, sind etwa die Hälfte Landwirte, welche in der Regel nur im Winter am Webstuhl arbeiten. An sonstigen Berufen sind vertreten: Land- und Fabrikarbeiter, deren Frauen weben oder welche selbst weben, wenn sie sonst arbeitslos sind, ferner Handwerker, kleine Handelsleute und Invaliden. Aber auch von den 823 Familien, für welche die Handweberei noch den Hauptberuf bildet, wird in 250 Fällen neben der Handweberei noch eine andere Beschäftigung betrieben. Die Zahl derer, welche die Handweberei ohne Nebenbeschäftigung nur im Hauptberufe ausüben, ist also als außerordentlich gering zu bezeichnen. Sie wird durchweg nur von alten Leuten und alleinstehenden Frauen ausgeübt.

Naturngemäß ist auch die ganze Zusammensetzung der in der Handweberei tätigen Personen, wie bei allen aussterbenden Bevölkerungsgruppen derart, daß die höheren Altersstufen verhältnismäßig stärker vertreten sind als die jüngeren. Wie die Zählung im Jahre 1910 ergeben hat, sind von den etwa 2700 noch mit Handweberei arbeitenden, einschließlich Spulern, beschäftigten Personen etwas über 400 weniger als 30 Jahre alt. Es sind dies hauptsächlich Kinder, welche zum Spulen und zu anderen Vorbereitungsarbeiten herangezogen werden. Im Alter von 31—40 Jahren befanden sich etwa 350 Personen, im Alter von 41—50 etwa 500, im Alter von 51—60 rund 700, im Alter von 61—70 noch annähernd 700 und über 70 Jahre waren 206 Personen alt. Als besonders bezeichnend verdient hervorgehoben zu werden, daß diejenigen, welche die Handweberei ohne eine Nebenbeschäftigung betreiben, mit geringen Ausnahmen sämtlich über 60 Jahre alt sind.

Auch andernorts sind die gleichen Beobachtungen über einen rapiden Rückgang der Handweberei gemacht worden. Das Ergebnis der Erhebungen im Kreise Landeshut kann daher nicht mit Unrecht verallgemeinert und aus ihm der Schluß gezogen werden, daß mit dem Aussterben der noch lebenden Weber auch die Handweberei aufhören wird zu existieren. Der Staat sucht zwar die Handweberei zu erhalten, indem die Armee-, Marine- und andere Behörden Lieferungen an leistungsfähige Firmen unter der Bedingung vergeben, daß die Stoffe von Handwebern angefertigt sein müssen, aber diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, um den Untergang zu verhüten.

Hirschberg i. Schl.

Wittgen, Gewerbeassessor.

*) Eine Schrift von Joh. Mundmiller S. J. „Bischof v. Ketteler als Vorkämpfer der christlichen Sozialreform“, München 1911 (Buchhandlung des Verbandes südd. kath. Arbeitervereine) wird manchem Leser eine willkommene Gabe sein. Der „Volksverein“, Zeitschrift des Volksvereins f. d. kath. Deutschland, W.-Glabach, widmet das 4. Heft seines 21. Jahrgangs, 1911, dem Gedächtnis Kettelers.

Das Trinkgeld im Gastwirtsgerwerbe wird jetzt von einer Liga gegen das Trinkgeld in Frankreich auf neue Art bekämpft. Die Mitglieder der Liga erhalten für monatlich 50 Cts. eine Karte, deren Vorzeigung vom Trinkgeldgeben befreit. Die Liga arbeitet mit den Organisationen zusammen, um dies zu erreichen. Der Gedanke ist, wenn mit den so zustandekommenden Mitteln die Berufsorganisationen gestützt und besonders im Kampfe gegen das Trinkgeldwesen gefördert werden, an sich nicht schlecht, wird allerdings auf außerordentlich große Widerstände in Kellnerkreisen stoßen, da ja nur ein kleiner Teil der Gastwirtsgehilfen organisiert ist und Verständnis für Abschaffung des entwürdigenden Trinkgeldwesens hat.

In Sp. 714 hatten wir ein Nürnberger Gewerbegerichtsurteil wiedergegeben, in dem ein Vertrag, der gar keinen festen Lohn, sondern nur Trinkgelberentlohnung vorsieht, als gegen die guten Sitten verstößend und daher ungültig angesehen wurde. In einem ganz ebenso liegenden Falle hat jetzt das Gewerbegericht Schweidnitz leider anders geurteilt. Eine Kellnerin beanspruchte nach Verlassen einer Stellung „rückständigen Lohn“, ohne daß ein Lohn vereinbart worden war. Das Gewerbegericht wies sie ab, „da sie mit den Engagementsbedingungen einverstanden gewesen sei“. Das Nürnberger Urteil war fraglos von größerem sozialen Verständnis getragen gewesen, als diese Schweidnitzer Entscheidung.

Rechtspflege.

Das freie deutsche Koalitionsrecht!

Die Zuderfabrik Klein-Wanzleben im Regierungsbezirk Magdeburg hat mit einer Anzahl Bauarbeiter einen auf 5 Jahre lautenden Arbeitsvertrag abgeschlossen, der folgendes bestimmt:

„Sobald die Bauarbeit ruht, werden wir in den übrigen Betrieben wie Speicher, Zuderfabrik usw. beschäftigt, und erhalten dort die zurzeit gängigen Akkord- bzw. Tagelöhne. . . Wir treten aus dem Verbands der Maurervereinigung aus, weil wir annehmen, denselben nicht mehr nötig zu haben, weil wir bei einer renommierten Firma in Arbeit treten und unsere Existenz gesichert sehen.“

Die bisher dem Verband gezahlten Beiträge erstattet uns die Zuderfabrik vergütet zurück, daß sie nach dem verfloßenen ersten Vertragsjahr die eine, nach dem zweiten die zweite Hälfte zahlt.“

Im Breslauer Konfektionsarbeiterkampf hat der Arbeitgeberverband Ende Juli 1911 den Beschluß gefaßt, alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auch in den nicht bestreikten Geschäften auszusperrern. Um nun die Gerechten von den Ungerechten zu scheiden, zwingt der Arbeitgeberverband die Heimarbeiter, die in der Konfektion tätig sind, durch ein hochnotpeinliches Verfahren ihren Abscheu gegen den Kampf um die besseren Löhne zu manifestieren. Den Heimarbeitern wird folgender Verpflichtungsschein zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich — sowie meine Ehefrau, — ich — für meine Tochter (Mündel) versichere — versichern — hierdurch an Eidesstatt, daß ich — wir — zwar bisher einer der 8 Organisationen (Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter, Filiale Breslau, Christlicher Verband der Schneider, Schneiderinnen u. v. B., Zahlstelle Breslau, Gewerbeverein der Schneider u. v. B., Ortsverein Breslau, angehört haben, aus derselben aber ausgetreten bin — sind.“

Ich — wir — bin — sind — bereit, für die von obigen Organisationen konfiskierten Firmen zu arbeiten und dies durch Vorlegung von Arbeitszetteln einer dieser Firma nachzuweisen.

Die Abmeldung aus der Organisation ist durch einen von der beschäftigten Firma zur Absendung zu bringenden Einschreibebrief nachzuweisen, wenn ich nicht auf andere Weise den Nachweis zweifellos erbringen kann.

Breslau, den 1911.

Unterschrift Wohnung“

„Ihr laßt den Armen schuldig werden!“

Mit derselben Spekulation auf die juristische Unerfahrenheit der Arbeiter benutzen rheinländische und thüringische Arbeitgeber folgenden Bordruck, den verschiedene Gewerkschaftsblätter mitteilen:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder in den letzten zwei Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehört habe oder angehöre, welche bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irgend welcher Art gewährt.“

Ich verpflichte mich unter Bezugnahme auf diese Erklärung für den Fall, daß mich meine Arbeitgeberin infolge einer Aussperrung nicht weiter beschäftigen kann, und unter der Voraussetzung, daß sie mir während der Dauer der Aussperrung und bis zu längstens 18 Wochen $\frac{2}{3}$ meines bisherigen Stundenlohnes zahlt, mich meiner Arbeitgeberin auf die Zeit der normalen Arbeitsdauer zur Verfügung zu halten. Ich verpflichte mich ferner, keinerlei Unterstützungen an Ausgesperrte oder

freitrende Arbeiter oder deren Vereinigungen zu leisten, meiner Arbeitgeberin sofort Mitteilung zu machen, wenn ich eine andere Beschäftigung annehme, und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Es ist mir bekannt, daß ich mich eines Betruges schuldig machen würde, wenn ich verschweige, daß ich einer der oben gekennzeichneten Organisationen angehöre.“

(Datum)

Name

Wie harmlos ist dagegen die Praxis der Maschinenfabrik Augsburg, die, falls ihre Arbeiter nicht aus eigenem Triebe dem gelben Werkverein anhängen und die Mitgliedsbeiträge zu zahlen unterlassen, den Säumigen einen im Fabrikbureau hergestellten Vollmachtschein zur Unterschrift vorlegt, um so den etwas angegriffenen Finanzen des Werkvereins wieder aufzuhelfen:

„Der Unterzeichnete ermächtigt und ersucht die Maschinenfabrik Augsburg, den Jahresbeitrag zum Arbeiterverein von Werk Augsburg . . . auf seine Rechnung an den Arbeiterverein von Werk Augsburg abzuführen.“

Etwas deutlichere Erziehungsmittel zu der Koalitions-„Freiheit“, wie die Firma sie meint, verwendet die chemische Fabrik Th. Goldschmidt & Söhne, die kürzlich in einer Streitschrift „Ein Schlußfall sozialdemokratischer Verheugung“ psychologisch bemerkenswerte Ansichten über die Selbstbestimmungsfreiheit der Arbeiter und über die Verquickung von Arbeitsvertrag und Pensionskassenvertrag der Öffentlichkeit vorgetragen hat. Die Firma veröffentlichte folgenden Anschlag:

Ich warne . . die Arbeiter, Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu bleiben oder zu werden, sowie den Verband oder seine Vertreter mit Beiträgen oder Informationen zu unterstützen und seine Versammlungen zu besuchen. Zuwiderhandelnde haben ihre Entlassung zu gewärtigen.

Kurz darauf erfolgte „aus der Mitte und aus den eigensten Wünschen der Arbeiter heraus“ die Gründung eines Werkvereins zur Pflege des guten Einvernehmens zwischen der Firma und der Arbeitererschaft. Die Aufnahme geschieht auf Grund folgenden Scheines:

„Hierdurch beantrage ich meine Aufnahme in den Werkverein Th. Goldschmidt & Söhne, mit dem Bemerken, daß ich kein Sozialdemokrat bin und keiner gewerkschaftlichen Organisation angehöre. Sollte sich nach meiner Aufnahme das Gegenteil herausstellen, so bin ich mit meiner sofortigen Ausschlusung unter Verlust aller Ansprüche an den Verein einverstanden.“

Die Firma liefert den Werkvereinsangehörigen außer dem „Essener Generalanzeiger“ (zum Viertelsspreiße) den „Dund“, die Wochenchrift der Gelben, und unterstützt den Werkverein durch 10prozentige Verzinsung der jährlichen Neueinlagen seiner Mitglieder in die Sparkasse und durch mancherlei persönliche Leistungen. „Denn besonders in der chemischen Industrie, in der die Kampfgesellschaften bisher noch wenig Fuß gefaßt haben, ist der Boden für die Bildung solcher Vereine gut geeignet“, erklärt Dr. Goldschmidt, indem er seine Vereinskraft erklärt, den verarmten Firmen mit Druckfachen und Rat und durch Entsendung seines Sozialsekretärs zu helfen.

Die „Koalitionsfreiheit“, wie sie sich hier im gewölbten Spiegel des Arbeitgeberbetrums darstellt, weist aber ähnlich verzerrte Abbilder auch auf der Arbeiterseite auf. Namentlich die Außenleiter mancher freien Gewerkschaften wissen ein Lied davon zu singen. Die Überspannungen des Korpsgeistes, die ein Zusammenarbeiten mit Unorganisierten oder Andersorganisierten auch ohne besonderen Beschwerdegrund zu verhindern trachten, seien hier übergangen, weil andere Gesellschaftsschichten in dieser Hinsicht oft noch rigorosere als die Arbeiter auftreten. Aber die Aufbietung des großen Kirchenbannes der sozialdemokratischen Partei, um Außenleiter der gewerkschaftlichen Koalition zu züchtigen, geht über die Grenzen erträglicher Solidarität denn doch hinaus. So beantragte z. B. der Bevollmächtigte des deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Breslau, jünger bei der dortigen sozialdemokratischen Parteiorganisation den Parteiausschluß eines Schmiedegehilfen, der früher dem Deutschen Metallarbeiterverband angehört hatte, dann aber mit Kollegen zum Wiesenthalischen Metallarbeiterverband übergetreten war und eine besondere Zahlstelle desselben in Breslau gegründet hatte: der Abtrünnige habe Zersplitterung in die Reihen der Breslauer Metallarbeiter getragen und sei darum nicht würdig, der Partei länger anzugehören. Man verschmähte sogar nicht, den sozialdemokratischen Parteitagsbeschuß von Nürnberg 1908 wiederauszugraben, der jede Mitarbeit von Parteigenossen in den lokalistischen Gewerkschaften sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband (Wiesenthal) für unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie erklärte. Wohl oder übel mußte sich der Breslauer Parteivorstand dem gewerkschaftlichen Nachspruche fügen und dem

seit 20 Jahren in der Partei als Mitglied tätigen Genossen den Ausschluß antündigen, falls er nicht seine Tätigkeit und Mitgliedschaft im Wiesenhaltschen Deutschen Metallarbeiterverband niederlege!

Man mag die Wiesenhaltsche Gewerkschaftszersplitterung noch so entschieden verwerfen — die Verschränkung des freien Entschlusses, sich nach eigenem Ermessen zu organisieren, mit den hier geübten Mitteln steht, auch wenn man berücksichtigt, daß hier Arbeiter sich von ihrer Organisationseifer sucht hinreißen lassen, doch auf demselben sittlichen Niveau wie die Methode der Arbeitgeber, den Arbeitern mittels Zunderbrot und Peitsche das Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht in Koalitionsfragen zu nehmen.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Zur Stempelspflichtigkeit der Tarifverträge. Der preussische Finanzminister hat auf erneute Vorstellungen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der um Aufhebung der früheren Entscheidung ersuchte, in der die auf Grund des Vertragsmusters abgeschlossenen Tarifverträge für stempelspflichtig erklärt worden waren, am 12. Juli folgendes geantwortet:

„Auf die Vorstellung vom 4. Mai 1911 erwidere ich Ihnen, daß ich mich außerstande sehe, meinen Bescheid vom 10. August 1910 — III 15 478 — abzuändern, durch den ich ausgesprochen habe, daß Verträge von der Fassung des mir damals vorgelegten, mit der Überschrift „Vertrag“ versehenen Modells (die sogen. örtlichen Tarifverträge) des in Tarifstelle 71, 2 des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 vorgeschriebenen Stempels von 8 M bedürfen. Nach § 8 des Stempelsteuergesetzes richtet sich die Stempelspflichtigkeit einer Urkunde nach ihrem Inhalt. Die oben erwähnten Verträge enthalten aber keine Bestimmung dahin, daß sie keinerlei vermögensrechtliche Wirkungen haben sollen, und sie verweisen auch nicht auf den Hauptvertrag oder die protokollarischen Erklärungen, so daß der Hauptvertrag oder die protokollarischen Erklärungen im Sinne des Stempelsteuergesetzes als Teil der Urkunde anzusehen wären. Daß die protokollarischen Erklärungen von denselben Leitern der Zentralorganisationen abgegeben worden sind, die den Hauptvertrag und das Vertragsmuster unterschrieben haben, kommt für die Beurteilung der Frage, ob und welcher Stempel zu den örtlichen Tarifverträgen zu verwenden ist, nicht in Betracht, da für diese Frage nach dem angeführten § 8 Abs. 1 des Stempelsteuergesetzes lediglich der Inhalt dieser Verträge maßgebend ist. Zu einer Abweichung von den Vorschriften des Stempelsteuergesetzes bin ich nicht ermächtigt.“

Damit ist die Frage, wie wir seinerzeit schon (Sp. 815) darlegten, rechtspolitisch aber noch nicht erledigt. Denn der Zustand, daß Tarifverträge, je nachdem sie die Behörde auszuliegen beliebt, einmal stempelpflichtig, das andere Mal stempelfrei sein sollen, ist unhaltbar; und bei den engen Wechselbeziehungen zwischen Arbeitsvertrag und Tarifvertrag stört das Stempelbedenken ständig.

Der neue Buchbinderarbeitsvertrag in kombinierten Buchdruckereibetrieben. Die Berliner Buchbindergehilfen haben nach Abschluß des Dreistädtearbeitsvertrags für Berlin, Leipzig und Stuttgart (vergl. Sp. 1275) von den Berliner Druckereien, die sich Buchbinderwerkstätten angegliedert haben, aber nicht dem Verband der Buchbinderereibesitzer, sondern dem Buchdruckerprinzipalsvereine angehören, die Anerkennung des neuen Tarifs gefordert, sind jedoch bei der Mehrzahl zunächst auf entschiedene Weigerung gestoßen. Daraufhin beschloßen die organisierten Buchbindergehilfen Berlins, mit allen gesetzlichen Mitteln die Einführung des Tarifs unter Aufrechterhaltung der bereits bestehenden „besseren Verhältnisse“ auch bei den Druckereien zu erzwingen und für den Fall, daß die Druckereibesitzer den Vertrag bis zum 17. Juli nicht angenommen hätten, die Ankündigung des Streiks ins Auge zu fassen. Demgegenüber empfahl der Verein Berliner Buchdruckerereibesitzer durch Rundschreiben seinen Mitgliedern, hinsichtlich der Bewilligungen eine abwartende Stellung einzunehmen. Sie wurden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß bei Einführung des Stundenlohns die Feiertagsbezahlung in Wegfall komme. Den Prinzipalen sollte dadurch die Annahme des Tarifs schmackhafter gemacht werden, während die Gehilfen in einer solchen Auslegung eine meilenweite Verschlechterung erblickten, die mit der Bestimmung des neuen Tarifs, daß bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen, im Widerspruch stünde. Nachdem aber 16 Druckereien den Buchbinderarbeitsvertrag anerkannt hatten, schritten die Verhandlungen über den korporativen Abschluß eines Tarifvertrags zwischen dem Vereine Berliner Buchdruckerereibesitzer und der Zahlstelle Berlin des Buchbindergehilfenverbandes rasch zu einem befriedigenden Ende. Schon am 24. Juli konnte die Gehilfenschaft zu dem vereinbarten Tarifvertragsentwurf,

dem ersten in Berlin zwischen Buchdruckereien und Buchbindergehilfen, Stellung nehmen und ihm trotz der Gegnerschaft einer scharf widersprechenden Minderheit die Zustimmung erteilen. Bei den Beratungen über den neuen Tarifvertrag, der bis 1916 gelten soll und sich von dem Dreistädtearbeitsvertrag für Berlin, Leipzig und Stuttgart in Einzelpunkten unterscheidet, machte besonders die Regelung der Arbeitszeit Schwierigkeiten. Die Buchdruckerereibesitzer wollten sich keinesfalls auf die verkürzte Arbeitsdauer des Dreistädtearbeitsvertrags einlassen, sondern setzten es durch, daß die Arbeitszeit für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderereiarbeiterinnen dieselbe sei wie die den Buchdruckern durch den Tarif vorgeschriebene Arbeitszeit. Sie beträgt für Berlin 53 1/2 Stunden, bei durchgehender Arbeitszeit 52 Stunden. In Buchdruckereien jedoch, wo für das Buchbinderpersonal die 53-stündige Arbeitszeit besteht, gestattet der neue Buchbinderarbeitsvertrag keine Verlängerung. Hinsichtlich der Löhne haben die Buchdruckerereibesitzer weitergehende Zugeständnisse gemacht als die Buchbinderereibesitzer. Die Mindestlöhne sind nicht als Stundenlöhne, sondern als Wochenlöhne festgelegt, so daß auch die Feiertage mitbezahlt werden. Die Löhne sind meist um 1 M höher als die Allgemeinlöhne sonst für das Buchbinderergewerbe.

Der Mindestlohn beträgt danach in den Buchdruckereien für gelernte Buchbinder vom sechsten Jahre der Berufstätigkeit ab 8,50 M, im fünften Jahre 24,50 M, im vierten Jahre 28 M; für Spezialarbeiter 32 M, an Schnellpressen, Deckenmachmaschinen und Fertigmachmaschinen 37,50 M. Vom 1. Oktober 1913 ab steigen alle diese Sätze um 1 M. Für ungeübte Arbeiterinnen ist der Lohn für das erste Halbjahr der Berufstätigkeit auf 11 M, für das nächste Vierteljahr auf 13 M, für das folgende auf 14 M festgelegt. Nach einjähriger Berufstätigkeit tritt der Mindestlohn der geübten Arbeiterinnen in Kraft, der auf 19 M festgelegt ist. Für bestimmte Spezialarbeiterinnen ist der Mindestlohn 21 M, vom 1. Oktober 1913 ab 21,50 M. Beim Bronzieren müssen die Arbeiterinnen einen um 1 M erhöhten Wochenlohn erhalten. Für Akkordarbeit gilt der mit dem Buchbinderereibesitzerverband abgeschlossene Akkordtarif. Der § 616 BGB. ist insoweit anerkannt, als in bestimmt ausgeführten Fällen bei Versäumnissen bis zu drei Stunden ein Abzug vom Wochenlohn nicht stattfindet und den Akkordarbeitern in solchen Fällen 50 M pro Stunde vergütet wird. Ferner ist eine allgemeine Lohnerhöhung von 1 M für die Buchbinder und 50 M für die Buchbinderereiarbeiterinnen festgelegt, soweit eine solche Erhöhung nicht durch den Tarifvertrag selbst eintritt.

Für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag ist das Schiedsgericht für das Buchbinderergewerbe in Berlin, als Berufungsinstanz das Tarifamt der Buchbinder in Leipzig zuständig. In Streitfällen ist den Anordnungen der Geschäftsleitung solange Folge zu leisten, bis die tariflichen Instanzen gesprochen haben. Solange eine Entscheidung dieser Instanzen nicht vorliegt, dürfen Arbeitsniederlegungen oder Massenkündigungen nicht stattfinden. Weiter empfiehlt der Tarif die Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises der Buchbinder. Die Buchdruckerprinzipale beanspruchen eine Vertretung im Kuratorium dieses Nachweises gegen das Anerbieten, auch zu den Kosten des Nachweises beizutragen. — Im Anschluß an die nunmehr in den Hauptplätzen Deutschlands durchgeführte Tarifierneuerung hat der Verband deutscher Buchbinderereibesitzer in Verbindung mit der Leipziger Buchbinderinnung eine allgemeine Erhöhung der Preise für Buchbinderarbeiten um 10 v. H. beschlossen.

Ein amerikanisches Gegenstück zum Tarifbruchzwang im Berliner Druckergewerbe berichtet der „Korrespondent“ aus Chicago. In den Zeitungen „The Examiner“ und „The American“ waren Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verwaltung und den Maschinenlegern ausgebrochen. Eine Einigung konnte trotz dem einwandfreien Verhalten der ersteren — sie wollten den strikten Lohnbetrag bis zur Entscheidung durch das Schiedsgericht beim Verbandsvorsitzenden in Verwahr geben — nicht erzielt werden, weil die Maschinenleger forderten, ihrem Verlangen schon vor der Entscheidung Folge zu geben. Eines Nachmittags um 3 Uhr verließen daraufhin die Maschinenleger die Arbeitsstätte. Die Zeitungsverleger telegraphierten sofort den Vorfall an den Verbandsvorsitzenden der Gehilfen, Lyncb, der wiederum sofort durch Fernsprecher die Ortsgruppe Chicago aufforderte, die Streitenden nach den Druckereien zurückzubeeindern, da eine Bestimmung in dem zwischen der American Newspaper Publishers Association und der Buchdruckerunion abgeschlossenen Vertrage laute, daß vor einer Arbeitsniederlegung oder Ausperrung alle Wege und friedlichen Mittel zur Beilegung versucht werden müßten. Als die Ratsschläge Lyncbs erfolglos blieben, sandte dieser einfach telegraphisch an die Vertrauensmänner der Zeitungen „Chicago-Tribune“, „Record Herald“, „Inter-Ocean“, „Post“, „Journal“, „News“, „American“ und „Examiner“ Verhandlungsmacht geltend, daß sie eine Anzahl Kollegen auf Verlangen der vom Streik betroffenen Zeitungen zur Verfügung stellten, damit das Erscheinen der Zeitungen möglich sei. Als die Streikenden von diesem entschiedenen Vorgehen des Verbandsvorsitzenden vernahmen, besannen

ne sich eines Besseren und lehrten selbst zurück. Ein Zwist, der das Ansehen des Gewerkevereins hätte schädigen müssen, ist somit verhütet worden. Diese Art der Beilegung ist als ganz natürlich betrachtet worden, ohne große Kommentare von links und rechts hervorzurufen.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Gewerkschaftsinternationale 1909

wird, vor allem nach der statistischen Seite hin, im 7. Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, herausgegeben vom internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen (Verlag der Generalkommission, 1911), dargestellt. Aus diesem Bericht seien folgende Zahlen zum Vergleich der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaften verschiedener Länder niedergegeben:

in	Zahl der organisationsfähigen Arbeiter		Zahl der organisierten Arbeiter	Davon den Landeszentralen angegeschlossen	Rassenbestand der Organisationen	
	nach b. Jahlung v. Jan.	1901	1901	1901	überhaupt	der Zentralorganisationen
1. England	14 962 511	1901	2 406 746	708 091	112 758 220	?
2. Frankreich	?	—	977 850	857 746	—	—
3. Belgien	822 976	1901	188 928	102 511	—	—
4. Niederl.	776 411	1899	145 000	40 628	1 868 688	1 868 688
5. Schweden	1 891 000	1900	148 649	108 079	1 636 107	1 069 240
6. Dänemark	4 554 851	1900	455 401	415 256	8 144 926	8 144 926
7. Ungarn	2 198 827	1900	85 266	85 266	955 246	955 246
8. Schweiz	890 291	1905	112 618	66 174	1 257 221	1 257 221
9. Italien	7 787 166	1901	788 588	859 888	*) 29 928	29 928
10. Spanien	6 459 414	1900	40 984	40 984	—	—
11. U. S. A.	?	—	1 710 488	1 710 488	—	—
12. Deutschl.	18 790 289	1907	2 427 650	1 882 667	52 840 064	48 480 982

*) Ziffern unzuverlässig.

Insgesamt bestehen jetzt 20 Landeszentralen mit 6 098 262 Mitgliedern. Nach den hier gegebenen Ziffern hat Deutschland jetzt das „Mutterland der Gewerkschaftsbewegung“, England, an Zahl der Organisierten überflügelt.

In den Einzelberichten erwähnen die englischen Gewerkschaften, daß im Berichtsjahre außerordentlich viele Lohnkürzungen stattgefunden haben. Freilich stehen diesen erhebliche Verkürzungen der Arbeitszeit gegenüber (559 679 Arbeiter erlangten eine Verkürzung von insgesamt mehr als 2 Millionen Stunden); die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt jetzt 52 1/2 Stunden. Weiter erwähnt der Bericht eine Besserung des Arbeitsmarktes im Berichtsjahre, die Schwierigkeiten der parlamentarischen Arbeiterbewegung infolge des Dabornwurfs und die Errichtung der Lohnämter für die Heimarbeit. Im Gegensatz zu sonstigen Urteilen kommt der Bericht zu dem Ergebnis, die Lohnämter hätten noch nicht viel erreicht. Der Mindestlohn im Kettenmachergewerbe habe erst durch einen Streik zur Anerkennung gebracht werden müssen; es habe sich wieder gezeigt, daß man nicht mit ein paar gesetzlichen Maßnahmen das goldene Zeitalter erreichen könne. Wertwürdigerweise spricht dieser Bericht nur von dem Mindestlohn der Kettenmacher, während er die drei anderen bisher mit Lohnämtern ausgestatteten Industrien gar nicht erwähnt. Es sei deshalb in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen Gertrud Dyrenfurths (Sp. 231) und die Briefe Sir Ch. B. Dillies und des Bischofs von Birmingham (Sp. 161), sowie auf das Gutachten Askwills (Sp. 486) zurückzuverweisen. Der englische Gewerkschaftsbericht verhält sich auch den staatlichen Arbeitsbörsen gegenüber, die das Jahr 1909 gebracht hat, sehr abwartend; insbesondere wird getadelt, daß die Beiräte, die das Gesetz vorsch, nicht sofort in Tätigkeit getreten sind und den Arbeitern eine entsprechende Vertretung gewährt haben.

Der französische Bericht spricht von den mehr oder weniger demonstrativen Veranstaltungen der confédération générale du travail bei allen möglichen ungewerkschaftlichen Anlässen; darin erschöpft sich dieser Bericht ziemlich und vermag daher nur als neuer Beleg für die Andersartigkeit der französischen Gewerkschaften gegenüber denen der Nachbarländer gewertet zu werden.

Überreiches und streng sachliches Material bietet Belgien; die dortige Commission Syndicale setzt freilich in ihre eigenen Angaben nur geringes Vertrauen, so lange das föderalistische System nicht vom zentralistischen abgelöst wird. Nur für Tabakindustrie und Baugewerbe können vorerst gründliche Angaben gemacht werden, weil in diesen Zweigen Zentralverbände bestehen. Unter diesen

Borbehalten kann dem belgischen Bericht entnommen werden, daß, bei Nichtberücksichtigung der liberalen Gewerkschaften, 1909 von 822 976 Arbeitern 102 511 in sozialistischen oder unabhängigen Gewerkschaften, 36 417 in christlichen organisiert waren. Für das Baugewerbe (mit Malergewerbe) betragen die drei entsprechenden Zahlen 67 238, 2 036 und 2 696, für die Tabakindustrie 10 318, 2 400 und 0. Im Bergbau lauteten sie: 145 277, 26 727 (größte Gewerkschaft Belgiens) und 4 292, für die Metallindustrie: 93 050, 13 819 und 3 439, und für die Textilindustrie: 159 729, 18 000 und 9 140. Unter den Gesetzgebungsakten, die der Bericht über Belgien aufzählt, bedarf besonders das Gesetz vom 15. Mai 1910 der Erwähnung, durch welches vom 31. März 1912 ab das Gewerbegerichtswahlrecht von allen staatsangehörigen Arbeitern und Arbeiterinnen im Alter von mehr als 25 Jahren ausgeübt werden wird, insoweit diese Personen seit mindestens einem Jahre ihren Beruf in dem Bezirk des Gewerbegerichts ausüben.

Der niederländische Bericht erwähnt den Rückgang der anarchistischen Zentrale und das Aufkommen einer „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung als Zentrale der Interkonfessionellen; diesen steht ein „römisch-katholischer Fachverband“ gegenüber. Die bedeutendsten der dem „Niederländischen Verband van Vakvorenningen“ angeschlossenen Gewerkschaften waren die der Diamantarbeiter mit 8 628 Mitgliedern am 1. Januar 1910, die der Gemeindearbeiter mit 4 055, der Tabakarbeiter mit 3 298 und der Eisenbahner mit 2 715 Mitarbeitern. Unter den 40 628 insgesamt im N. V. V. organisierten Arbeitern befanden sich 2 261 Frauen. Der niederländische Bericht führt weiter aus, daß 1909 von 117 Streiks 37 voll erfolgreich, 43 teilweise erfolgreich und 35 erfolglos geendet haben; von den Aussperrungen hatten 7 Erfolg, 16 teilweisen und 16 keinen Erfolg. Endlich wird einer im Sommer 1909 in Amsterdam veranstalteten Heimarbeitersausstellung gedacht, an der die Gewerkschaften mitarbeiteten; nach Abschluß neuerer Untersuchungen über die Heimarbeit soll kräftig für die Hausarbeiter eingetreten werden.

Der Bericht der schwedischen Gewerkschaften sieht sich wie eine Rechtfertigung des Großstreiks von 1909 an. Es wird ausführlich und an der Hand von Dokumenten dargelegt, wie die Taktik der Arbeitgeber, angriffsweise gegen die Gewerkschaften vorzugehen, diesen Kampf notwendig gemacht habe. Es habe sich um die Ergänzung der Gewerkschaften gehandelt, und in diesem Sinne sei der Erfolg des Kampfes immerhin nicht unbefriedigend ausgefallen. — Über die Arbeitskämpfe Schwedens in den letzten Jahren unterrichtet folgende Tabelle:

Arbeitskämpfe im Jahre:	Ergebnis:		Vergleich
	Stieg der		
	Arbeitgeber:	Arbeitnehmer:	
1908	87	45	47
1904	68	68	78
1905	47	71	58
1906	78	116	90
1907	70	99	126
1908	84	77	101
1909	56	84	85

Der norwegische Bericht gibt für 1909 folgende Ergebnisse von Arbeitseinstellungen an:

	Zahl der Arbeitseinstellungen	Beteiligte Arbeiter	Davon organisiert	Belorente Arbeitsfrage	Unterstützung
					Rr.
Erfolgreich für die Arbeiter (ganz oder teilweise) . .	42	2 248	1 979	87 558	112 487
Erfolglos	11	750	507	21 414	81 088
Am Jahreschlusse noch nicht beendet	18	647	596	61 876	76 244

Tarifverträge wurden abgeschlossen:

	Zahl der Verträge	Zahl der Arbeiter	Davon organisiert	Erzielte Lohnerhöhungen	
				insgesamt	auf den Kopf
Ohne Arbeitseinstellung . . .	88	6 209	5 484	462 959	74,56
Mit Arbeitseinstellung . . .	81	2 878	2 859	172 689	60,00
Zusammen	119	9 087	7 798	635 698	70,00

Hier zeigt sich also, daß auf gutlichem Wege mehr erreicht worden ist als auf dem Wege des Kampfes (74,56 gegen 60 Kr. auf den Kopf). — Sehr genaue Angaben macht dieser Bericht über die Solidarität der norwegischen Arbeiter im schwedischen Großstreik. Es werden die Summen angegeben, die von den Einzelverbänden und der Landesorganisation aufgebracht worden sind, insgesamt 535 866 Kr., von denen 315 725 die Landesorganisation, 105 000 der Metallarbeiter- und 90 000 der Fabrikarbeiterverband geleistet haben, während alle anderen Verbände unter 10 000 Kr. zurückbleiben, ja zum Teil nur wenige hundert Kronen beigetragen haben. — Wichtig sind auch die Angaben über die Arbeitslosen; insofern sie das Störthing anerkennen, erhalten sie öffentliche Zuschüsse laut Gesetz. Bis Ende 1909 waren nur 9 Klassen anerkannt (die der Verbände der Holzarbeiter, Buchdrucker, Metallarbeiter und Möbelschneider und der Christiantaier Vereine der Handschuhmacher, Lederwarenarbeiter, Tapezierer und Hölzlerarbeiter). Der Gesamtschutz wird für die Zeit vom 1. November 1908 bis 1. Oktober 1909 auf etwa 38 000 Kr. geschätzt.

Schließlich enthält der norwegische Bericht noch Angaben über das am 1. Juli 1911 in Kraft getretene Krankenversicherungsgesetz vom 18. September 1909, an dem besonders die Beitragserhebung interessant ist,¹⁾ sowie über das öffentliche Einigungswesen. Zum Studium dieser Frage hatten die Staatsbehörden eine Kommission, bestehend aus zwei Juristen, einem Parlamentarier und den beiden Führern der gewerkschaftlichen Landesorganisation und des Arbeitgebervereins, eingesetzt. Diese stellte sich zu den Grundfragen des Vermittlungsgedankens folgendermaßen: 1. es sollen zur Behandlung von Arbeitsstreitigkeiten, die nicht zwischen den Organisationen friedlich beigelegt werden können, Vermittlungsräte und ein Schiedsgerichtsrat eingesetzt werden; 2. einer Arbeitseinstellung muß die vergebliche Verhandlung vor einem der Vermittlungsräte vorausgegangen sein; 3. handelt es sich nur um Rechtskonflikte (also Streitigkeiten aus der Auslegung oder Überbreitung bestehender Verträge), so geht die Sache, unter Verbot der Arbeitseinstellung, an den Schiedsgerichtsrat als letzte Instanz; 4. handelt es sich aber um Interessenkonflikte (also Streitigkeiten über die Regelung des Arbeitslohns, der sonstigen Arbeitsbedingungen oder -Verhältnisse), so muß, nach dem Vorschlag der Mehrheit der Kommission, auch hier der Schiedsgerichtsrat als letzte Instanz angerufen werden; seine Entscheidung schließt eine Arbeitseinstellung aus, falls sie einstimmig erfolgt; andernfalls kann eine Arbeitseinstellung erfolgen. Die Minderheit der Kommission schlägt dagegen vor, nach vergeblichen Einigungsversuchen des Vermittlungsrats die Anrufung des Schiedsgerichtsrats nicht obligatorisch zu machen, sondern Arbeitseinstellung zu gestatten; einigen sich aber beide Teile auf Anrufung des Schiedsgerichtsrats, so ist dessen Entscheidung bindend. Diese Vorschläge verdienen, angeichts der auch im Deutschen Reich lebendigen Bemühungen um den Ausbau des öffentlichen Einigungswesens und die Errichtung eines Reichseinigungsamts, große Beachtung. Über die Vorschläge des Staatsministers Frhr. v. Berlepsch geht das norwegische Gutachten noch sehr wesentlich hinaus.

Es folgt dann der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, aus dem nur wenig erwähnt sei. So wird besonders die Zunahme der weiblichen Mitglieder betont (1892: 4355, 1909: 133 888), welche im Verhältnis zur Gesamtzahl 1892 1,8 v. H., 1909 aber 7,8 v. H. darstellten; die organisierte Frauenarbeit ist vor allem in der Textilindustrie (1909: 34 986) zu finden, daneben, aber in weitem Abstände hinter dieser, in den Verbänden der Metall-, Fabrik- und Tabakarbeiter. — Über die Höhe der Beiträge gibt der Bericht folgende Tabelle:

Einen Wochenbeitrag von:				
bis 20 J. zahlten	59 947 Mitgl., d. f.	8,28 v. H.,	gegen 1908	5,10 v. H.
21—30	126 221	6,92	1908	8,81
31—40	584 894	29,18	1908	29,94
41—50	504 436	27,52	1908	26,97
51—60	480 981	26,24	1908	24,56
über 60	125 57	6,86	1908	5,52

Die Tendenz zum höheren Beitrag hat also angehalten; in gleichem Maße stiegen auch Einnahmen, Ausgaben und Kassenvermögen, die 1891 6,68, 1902 und 2,56, 1908 26,50, 22,96 und

¹⁾ Für die Versicherungspflichtigen:
^{2/10} vom Mitglied selbst,
^{1/10} vom Arbeitgeber,
^{1/10} von der betr. Gemeinde,
^{2/10} vom Staate.
 Vergl. im übrigen XIX, 1409.

Für die freiwillig Versicherten:
^{2/10} vom Mitglied,
^{1/10} von der Gemeinde,
^{2/10} vom Staate.

22,80, 1909 27,37, 25,24 und 23,78 M. pro Kopf betragen. — Über die Kartelle, die sehr reichlich behandelt werden, läßt sich u. a. aus dem Bericht folgende Zusammenstellung herleiten:

	Kartelle	Angehörigene Gewerkschaften	Ausfuhrstellen oder Sekretariate ob. Volksbüreau
Freie Gewerkschaften ²⁾	1902 365	4 742	33
	1909 619	8 548	112
H.-D. Gewerksvereine	1902 128	495	1
	1909 171	755	26
Christliche Gewerkschaften	1902 32	91	8
	1909 129	669	121

Von den sonstigen Berichtsgegenständen ist sehr vieles bereits bekannt; der Bericht bietet in gedrängter Form ein gewaltiges statistisches Material, das großenteils freilich schon in anderen Veröffentlichungen zu finden war. — Zu den Gesetzgebungswerken, die im Jahre 1909 in der Entwicklung standen, wird schließlich auch noch kurz Stellung genommen; das Stellenvermittlergesetz wird im ganzen begrüßt, zum Arbeitskammergesetz die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, zum Hausarbeitsgesetz die Regelung der Lohnfrage gefordert, während das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung — der Bericht ist vom Oktober 1910 datiert — noch stark bezweifelt wird. (Schluß folgt.)

Eine gemischte Bergbeamtenorganisation stellt der Verband der Vereine technischer Grubenbeamten im Oberbergamtsbezirk Dortmund dar. Er umfaßt alle Angestellten vom jüngsten Hilfssteiger bis zum Direktor; die höheren Beamten, die zugleich Arbeitgeberstellungen gegenüber den unteren Beamten einnehmen, geben naturgemäß in den Vereinen den Ton an. In der Festschrift, die der Grubeninspektor Schleicher, der Vorsitzende des Verbandes, zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Verbandes hielt, brachte er es zum deutlichen Ausdruck, was die Arbeitgeber für die Verbandsmitglieder getan und wie sie ihm das Gepräge gegeben haben. Zur Förderung der gemeinschaftlichen Interessen der Verbandsmitglieder sei man konsequent und erfolgreich in der Erkennung der Gemeinschaft der Interessen zwischen Arbeitgeber und Beamten allezeit Hand in Hand mit den Arbeitgebern gegangen. Den Werksbesitzern gelte der Dank für die Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes. Was 2 Millionen deutscher Privatbeamten zu erreichen suchen, sei den Grubenbeamten bereits seit Jahren gesichert. Die von den Grubenbeamten vor 20 Jahren „im Vertrauen auf die eigene Kraft“ gegründete Pensions-, Witwen- und Waisenkasse sei durch das Eintreten des Bergbaulichen Vereins vor weiterem Niedergang bewahrt worden. Schleicher wies schließlich darauf hin, wie die Bergwerksbesitzer durch die Unterhaltung der Bergschulen für die Ausbildung der Grubenbeamten sorgen, für eine Ausbildung, die es dem befähigten Arbeiter ermögliche, als Beamter in die höchsten Stellungen aufzusteigen.

„Bund der Kaufmännischen Angestellten“ nennt sich die neueste Organisationsgründung unter der Handlungsgehilfenschaft. Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat dabei wohl nicht bloß Pate gestanden, sondern kann sogar die stille Vaterkraft für die Schöpfung beanspruchen. Nachdem monatelang durch eine gedruckte Zeitungskorrespondenz „Der Kaufmännische Angestellte“ der Boden für den neuen Sammlungsversuch vorbereitet worden war, ist am 12. Juli in Berlin von einigen Persönlichkeiten, die im Namen einiger hundert Handlungsgehilfen Erklärungen abgaben, der neue Bund beschlossen worden. Man wirft unwillkürlich die Frage auf: Was soll neben den bereits bestehenden 20 Handlungsgehilfsenverbänden nun noch dieser 21.? Die „D. Industriebeamten-Ztg.“, der vorläufige Moniteur des neuen Bundes, gibt auf die Frage, ob diese Gründung wirklich notwendig war, folgende Antwort:

„Und sie war notwendig! Denn wenn auch nominell bereits an die fünfhunderttausend Handlungsgehilfen „organisiert“ sind, wenn auch bei den Kaufmannsgerichtswahlen und bei wichtigen Fragen der Gesetzgebung ein wilder, leider allzu wilder Streit der Verbände sich dem Auge des öffentlichen Beobachters darbietet, so hat es doch bislang an zweierlei gefehlt: Einmal an einer wirklich unabhängigen Organisation ernsthaften gewerkschaftlichen Charakters, zum anderen an einer Spezialorganisation für die industriellen kaufmännischen Angestellten, für das große Heer des Richtverkaufspersonals, für das eine Lebensfrage nicht existiert, dem zum Teil schon die Sonntagsruhe gesichert ist und deren Arbeit sich auch sonst unter wesentlich anderen Bedingungen vollzieht als die der eigentlichen Handlungsgehilfen. . . . Ferner heißt es da: „Keine dieser (bestehenden) Organisationen ist bisher im Stande gewesen, die Gehaltsfrage der Angestellten ihrer Lösung zuzuführen.“ Und: „In unserer Zeit des rücksichtslosen Erwerbskampfes hat der Harmoniepunkt der alten Verbände jede Berechtigung verloren.“ . . . „Deshalb Ausschluss der Arbeitgeber! Der paritätische Charakter der alten Verbände hat zu ihrem Stosstoß in der Frage des Arbeitsvertrags geführt. Die Unabhängigkeit der Organisation gegen alle anders gerichteten Interessen muß unbedingt gesichert werden. Politisch neutral, gewerkschaftlich radikal! Das soll die Lösung sein!“

²⁾ 1902 berichteten 98 v. H., 1909 94,66 v. H. der Kartelle; die Ziffern beziehen sich also nur auf diese Kartelle und erheben nicht auf völlige Richtigkeit Anspruch.

Streiks und Aussperrungen.

Das Verhalten von Staat, Parlament und Gemeinden in dem Massenarbeitskampf der norwegischen Industrie

verdient ernsthafte Beachtung. Die Behörden sind sich in diesem Lande der starken Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen seit langem bewußt, daß sie sich nicht mit verchränkten Armen hinstellen und mit einigen mechanischen Polizeianweisungen gegenüber dem verheerenden Ringen der großen Verbände in der gewerblichen Arbeitswelt ihr Gewissen fatalistisch salbieren dürfen, sondern Norwegen hat seit Jahren das öffentliche gewerbliche Einigungsverfahren zu entwickeln gesucht (vgl. XIX, 945 und XX, 1375) und sich durch die natürlich bei einer so schwierigen neuen Aufgabe unausbleiblichen Fehlschläge nicht in dem Eifer beirren lassen, kampfoverhütende und friedensstiftende Einrichtungen zu schaffen. Auch beim Ausbruch des gegenwärtigen Kiesenkampfes waren die amtlichen Vermittler sofort auf dem Platze. Leider waren sie nicht beim ersten Anlauf erfolgreich, da der Arbeitgeberbund durch die sofortige Aussperrung von $\frac{2}{3}$ aller organisierten Arbeiter so viel Feindseligkeit im Gegenlager gemeldet hatte, daß eine Annäherung der streitenden Parteien schwerer als in gewöhnlichen Streiffällen war. Gleichwohl ließ sich die Regierung nicht abschrecken und griff sofort die Gelegenheit zu einer Verbesserung des gesetzlichen Einigungsverfahrens auf, als aus dem Parlament heraus, und zwar bezeichnenderweise von dem früheren Justizminister Castberg, Vorschläge dazu gemacht wurden. Castberg beantragte nämlich beim Storting die sofortige Schaffung eines Gesetzes für Zwangs-Schiedsgerichte bei Arbeitszweifeln und zwar mit Rückwirkung auf den bestehenden Arbeitskampf. Gleichzeitig erfolgte von anderer Seite ein Antrag auf Schaffung eines Gesetzes über obligatorische staatliche Vermittlung vor Ausbruch eines Arbeitskampfes und auf Errichtung fakultativer Schiedsgerichte. Dieser Antrag hat bei den Führern sämtlicher Fraktionen, auch der Sozialdemokraten, und ebenso bei der Regierung wärmste Zustimmung gefunden und wurde noch am Tage der Einbringung (25. Juli) außerhalb der Tagesordnung zur Beratung gestellt und wurde sofort ein Ausschuß zur Förderung dieser Reformpläne eingesetzt. Allerdings war man im Storting bei den Verhandlungen über diese Angelegenheit einig, daß es nicht gut angängig sei, jetzt ein Gesetz mit rückwirkender Kraft zu machen, mit dem man auf die Beendigung der gegenwärtigen Massenausperrung hinwirken könnte. Ein Entwurf zu einem verbesserten Einigungsamtsgesetz ist überdies schon vor längerer Zeit begonnen worden, und man war im Storting allgemein der Ansicht, daß eine Überhaftung dieser gesetzgeberischen Arbeit ihre schweren Bedenken habe. Darum gab man dem Ausschuß keine gebundene Marschroute für seine Beratungen mit.

Während dieser parlamentarischen Aktion rief der Staatsminister Ronow am 27. Juli die Vorsitzenden der Arbeitgeberorganisationen zu neuen Besprechungen nach dem Stortingsgebäude, über deren Ergebnisse bisher allerdings nichts weiter verlautet, als daß neue Sitzungen anberaumt seien. Inzwischen sind auch die Gemeindevsverwaltungen der von der Aussperrung besonders betroffenen Industrieorte nicht müßig geblieben, sondern haben Maßnahmen erwogen, wie der Verelendung der ihrer Einkommensquellen beraubten Arbeiter durch Beschaffung anderweiter Arbeitsgelegenheiten vorzubeugen sei. Der in der Mehrheit allerdings sozialdemokratische Kreisarschüß von Nedra Eter hat die Trockenlegungs- und Meliorationsarbeiten in einem Gemeindeforsste und Bau von gemeindlichen Kohlenlagern beschlossen, um die von der Gewerkschaft unterstützten Organisierten täglich 3 Stunden lang, die jeder Unterflügung baren unorganisierten Arbeiter aber 6 Stunden lang mit Arbeit, die bis zu 4 Kronen täglich einbringen soll, zu versehen. Aber auch andere, nicht gerade sozialdemokratische Gemeindevsverwaltungen bezeugen den Ausgesperrten talfräftig ihre Sympathien, da die Erbitterung über das Vorgehen der Großunternehmer und vor allem der zu $\frac{2}{3}$ aus Ausländern bestehenden Bergwerksgefellschaften in den Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen wie auch bei zahlreichen kleinen Arbeitgebern, die unter der Geschäftssperre schwer leiden und den Aussperrungsverfügungen der Arbeitgeberverbände nicht Folge leisten wollen, weit verbreitet ist. Die Stadt Vileström hat 3000 Kronen und die dortige Bezirksverwaltung 7500 Kronen, also zusammen 10 500 Kronen, für Rotstandsarbeiten zur Beschäftigung der Ausgesperrten bewilligt. In Gidsvold soll der Bau eines gemeindlichen Wasserwerkes in Angriff genommen werden.

Verhütung einer großen Glasarbeiterausperrung durch verbandsweise Einigungsverhandlungen. In Kauscha bei Görlitz fand voriges Jahr bei einer Beleuchtungs-glasfirma, A. H. S. Nach-

folger, ein Streik zur Abwehr einer Lohnreduktion statt. Er endete mit Beibehaltung der früheren Bedingungen. Gleichzeitig versprachen die Arbeiter, bei den beiden Konkurrenzfirmen in Kauscha bei nächster Gelegenheit eine Gleichstellung der Löhne mit denen der Firma A. H. S. Nachf. anzustreben. Die Tarife liefen in diesen Fabriken am 1. April 1911 ab, wurden rechtzeitig gekündigt und sollten, nach Wunsch der Arbeiter, durch Verhandlungen unter Verbesserung der Löhne erneuert werden. Lohnerhöhung und Verhandlungen lehnten die Firmen aber ab; es kam zur Aussperrung. Und dieser Aussperrung schloß sich sonderbarerweise die Firma A. H. S. Nachf. am 29. April an, obwohl sie selbst die Gleichstellung der Löhne jener Firmen gewünscht hatte und trotzdem, daß sie noch durch einen bis 1. August 1911 laufenden Tarifvertrag gebunden war; die Aussperrung sollte nur dann zurückgenommen werden, wenn auch die Arbeiter der beiden anderen Firmen die Arbeit bedingungslos wieder aufnahmen. Die ständigen Widersprüche des Verhaltens der Firma A. H. S. Nachf. gehen auf einen Beschluß des Arbeitgeberverbandes deutscher Glasfabrikanten zurück. Dieser beschloß, am 29. Juli auch alle übrigen in Schlesien und dem Königreich Sachsen organisierten Arbeiter auszusperrten. Davon sollten etwa 10 000 Glasarbeiter betroffen werden. Angesichts des beginnenden Kampfes, der schon in Hirschfelde seine Schatten durch Messerstechereien zwischen polnischen Arbeitswilligen und Streikposten vorauswarf, kam es indessen in letzter Stunde noch zu Einigungsverhandlungen, die wohl auch durch die mangelnde Solidarität im Arbeitgeberlager — die Firma Siemens-Dresden erklärte z. B., sie nehme an der Aussperrung nicht teil, da sie dem Verband nicht angehöre — mit veranlaßt wurden. Diese Verhandlungen führten zur Beilegung der Streitigkeiten und zur Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses. Die Einigung erfolgte auf Grundlage der bei der Firma A. H. S. Nachf. gezahlten Akkordlöhne; die derzeitige Lohnkürzung von 5 % wird zur Hälfte jetzt, zur anderen Hälfte Ende dieses Jahres beseitigt. Der Tarifvertrag, der diese Zugeständnisse der Firmen festlegt, gilt vom 1. August 1911 bis 1. Oktober 1912; neue Verhandlungen sollen zwei Monate vor Ablauf beginnen; wird der Tarif nicht gekündigt, so gilt er ein Jahr weiter. — So hat Kauscha zwar einen vermeidbaren Glasarbeiterkampf von 20 Wochen Dauer gesehen, doch ist die angebotene Kiesenausperrung noch glücklich vermieden worden.

Die Aussperrung auf der Schiffswerft in Danzig, die samt dem vorausgegangenen Streik nun bereits 16 Wochen lang 1500 Mann von der Arbeit fernhält, zeigt trotz verschiedener Einigungsversuche von sozialreformerischer und amtlicher Seite und trotz der Massenkundgebungen der Arbeiterschaft, darunter auch der auf der Elbinger Hauptwerft Beschäftigten, noch keine Aussicht auf Beilegung.

Der Ausstand der Seelente und Hafenarbeiter in England und Holland ist, nachdem das letzte Aufzucken in den Cardiff Revolten rasch wieder verklodert ist und in Amsterdam die Vereinigung der Hafenarbeiter, wenn auch gegen eine starke, unversöhnliche Minderheit, die Wiederaufnahme der Arbeit am 26. Juli beschlossen hat, endgültig als erledigt anzusehen.

Ein Streik der Knopfarbeiter in Amerika. Aus Washington wird uns geschrieben: Ein Streik von 3000 Knopfmachern, darunter 1000 Frauen, in Muscatine, Iowa, hat großes Aufsehen gemacht. Die Ursache war eine Lohnherabsetzung, die durch ein System von Abzügen der von jedem Arbeiter hergestellten Knopfmahl entstanden sein soll. Die Arbeiterorganisation in Muscatine war immer sehr schwach gewesen, aber die Entrüstung über die behauptete Unehrlichkeit der Fabrikanten — die Knöpfe wurden nicht gezählt, sondern gewogen, und es soll ständig zu geringes Gewicht angegeben worden sein — war so stark, daß alle Arbeiter einschließlich vieler Knopfmacher und der Heimarbeiter, die weniger als 6 Cents (25 Pf.) für die Stunde bekamen, sofort der Gewerkschaft beitraten. Darauf schlossen die Unternehmer die Fabriken, und als sie sie nach 14 Tagen wieder öffneten, weigerten sie sich, zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder wieder einzustellen. Die Gewerkschaft erklärte dies Verhalten der Unternehmer für eine Aussperrung und antwortete mit einem Streik. Ihre Forderungen waren, daß 1. kein Unterschied zwischen Mitgliedern der Gewerkschaft und Nichtmitgliedern gemacht werden dürfe und daß 2. ein aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzter Ausschuss eine gerechte Methode für Wiegen und Zählen der Knöpfe aufstellen solle. Der Kampf dauerte mehr als drei Monate und wurde schließlich durch den Arbeitskommissar des Staats geschlichtet. Seine Entscheidung bedeutete einen Erfolg der Arbeiter, wurde aber nicht von allen Arbeitgebern angenommen. Endlich gelang es dem Gouverneur des Staates Iowa, eine allgemeine Verständigung zu erreichen, wonach die erste Forderung voll zugestanden worden ist, und die zweite insofern, daß Vertreter der Arbeiter dem Wiegen und Zählen der Knöpfe auf ihren Wunsch zur Kontrolle beizumohnen können.

Arbeiterschutz.

Die Gewerbeaufsicht in Europa.

Die letzte Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts, auf die in der „Soz. Prax.“ Jahrg. XX Sp. 992 bereits hingewiesen, enthält ein reiches, übersichtlich geordnetes Material über den gegenwärtigen Stand der Gewerbeaufsicht in den europäischen Staaten.¹⁾ Aus der Schrift geht an verschiedenen Stellen klar hervor, welcher Einfluß von Deutschland aus auf die Einrichtungen auch in andern Ländern geübt worden ist und daß Deutschland nach mancher Richtung hin am planmäßigsten die zur Überwachung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze notwendigen Einrichtungen getroffen hat.

Sobald überhaupt Arbeiterschutzgesetze erlassen werden, ergibt sich auch die Notwendigkeit, besondere Organe zur Überwachung der Betriebe einzufügen. Trotzdem ist die Einrichtung der Gewerbeaufsicht verhältnismäßig noch jungen Datums. Beim Zusammentreten der ersten Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Berlin im Jahre 1889 waren nur 7 europäische Staaten vorhanden, die eigene staatliche Aufsichtsbehörden zur Überwachung des Vollzugs der Arbeiterschutzgesetze besaßen: Großbritannien, Dänemark, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Rußland, Österreich. Beeinflußt durch die Arbeiterbewegungen des Jahres 1889 sowie durch das angebahnte internationale Vorgehen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wurde die Einführung staatlicher Arbeitsinspektoren noch im selben Jahre durch vier weitere Staaten: Belgien, Niederlande, Finnland und Schweden beschlossen. Gegenwärtig ist die Notwendigkeit einer staatlichen Gewerbeaufsicht von 22 europäischen Staaten anerkannt, nur die Türkei, Griechenland, Montenegro, San Marino und Monaco entbehren bis jetzt einer solchen Einrichtung.

Auch die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat sich mehrfach auf ihren Tagungen mit der Frage der Gewerbeaufsicht beschäftigt. Auf der Tagung 1906 wurde beschlossen, die Sektionen zur Berichterstattung darüber zu veranlassen, welche Maßnahmen auf gesetzlichem oder Verordnungswege in den betreffenden Ländern zur Sicherung der Durchführung der Arbeiterschutzgebung getroffen sind.²⁾ In der vorliegenden Broschüre sind die Berichte der Sektionen in den europäischen Ländern verarbeitet worden, die Gewerbeaufsicht in den außereuropäischen Ländern soll in einem zweiten Bande behandelt werden.

Soweit wie möglich sind die Berichte, die nach einem einheitlichen Fragebogen hergestellt waren, nach derselben Disposition, die der Fragebogen enthielt, in eine vergleichende Darstellung gebracht. Alle diese Vergleiche nach den verschiedenen Gesichtspunkten hin müssen jedoch von vornherein mit einem gewissen Vorbehalt aufgenommen werden. Denn einerseits sind die Grenzen für die Amtstätigkeit in den verschiedenen Ländern sehr verschieden gezogen, sowohl im Hinblick auf die Arten der der Aufsicht unterstellten Betriebe, wie auch im Hinblick darauf, ob die Gewerbeaufsicht mehr oder weniger stark durch die Lokalbehörde oder Sanitätsbeamte unterstützt wird. Andererseits bestehen noch keinerlei einheitliche Richtlinien für die Statistik und Art der Berichterstattung. Auf diesem letzteren Felde eine größere Einheitlichkeit zu erzielen, ist der Zweck einer Eingabe, die auf Grund des vorliegenden Materials vom Internationalen Arbeitsamt sowie den Sektionen an die Regierungen eingereicht worden ist. („Soz. Prax.“ Jahrg. XX Sp. 1237). Schließlich muß bei der Beurteilung vergleichender Zahlen auch in Betracht gezogen werden, ob es sich um kleinere Aufsichtsbezirke handelt, in denen die unterstellten Betriebe bequem von den Beamten zu erreichen sind, oder ob dünn besiedelte Länder in Frage kommen, in denen die Beamten oft weite Reisen zurücklegen müssen, um zu den weit auseinander liegenden Betrieben zu gelangen.

Eine wichtige Unterstützung des Aufsichtsdienstes ist die Anzeigepflicht. Aber nur in 10 Staaten von den 22, und zwar

¹⁾ Erster vergleichender Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze getroffenen Maßnahmen. Die Gewerbeaufsicht in Europa. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1911. 111 Seiten.

²⁾ Für Deutschland liegen folgende Berichte vor: Die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze und die Gewerbeinspektion in Deutschland, von Dr. W. Kähler, Berlin 1908. Die Weiterbildung der Gewerbeinspektion in Deutschland. In Ergänzung des früheren Berichts erstattet von Dr. W. Kähler. (Soziale Praxis, Sonderabdruck, Jahrg. XIX, Nr. 11, 12 und 13.) Gewerberat Vöjser: Die Gewerbeaufsicht in Deutschland. (Manuskript.)

Die beiden Schriften von Kähler sind zum Preise von 0,50 M und 0,30 M gegen Einlegung in Briefmarken durch das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W 30, Kollendörferstr. 29/30, zu beziehen.

in Deutschland, Österreich, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Ungarn, Rußland, Norwegen, Schweden, Schweiz besteht sie. Nur dort, wo diese Anzeigepflicht der Unternehmungen bei der Betriebseröffnung besteht, ist es auch möglich, die Zahl der der Aufsicht unterstellten Betriebe genau festzustellen. Die absoluten Zahlen der Revisionen betrugen im Jahre 1909 in Großbritannien 424 737, Deutschland 250 856, Österreich 27 500, Rußland 24 779, Frankreich 200 623. Die Personalfürke der Gewerbeaufsicht ist selbstverständlich für die Intensität des Aufsichtsdienstes von größter Bedeutung. Die stärkste Besetzung dieses Verwaltungszweiges, ohne Bergbehörden, weisen auf: Deutschland (543 Personen), Rußland (268), Großbritannien (200), Frankreich (139), Österreich (107). In Großbritannien treten allerdings zu den 200 Fabrikinspektoren noch die Sanitätsinspektoren. Die Zahl der im Gewerbeaufsichtsdienst tätigen Frauen betrug 1909 in Deutschland 29 gegenüber 18 in England, 18 in Frankreich und 5 in Österreich.

Sehr beachtenswert erscheint die folgende Tabelle, welche die auf je einen Beamten im Durchschnitt entfallenden Revisionen mit der Zahl der dabei erfassten Erwerbstätigen angibt. Doch müssen gerade bei diesen Zahlen alle oben angegebenen Vorbehalte berücksichtigt werden:

Es entfielen auf einen Beamten:

	Revisionen	Erwerbstätige der Industrie (ohne Bergbau)
Deutsches Reich	505,7	20 780
Österreich	811,5	88 828
Belgien	848,9	86 118
Dänemark	668,9	11 488
Spanien	351,9	50 815
Finnland	486,9	56 669
Frankreich	1 443,9	48 894
Großbritannien	2 128,7	86 187
Ungarn	191,5	21 676
Italien	447,7	85 485
Luxemburg	212,5	18 876
Norwegen	850,5	127 698
Niederlande	401,9	12 756
Portugal	178,9	58 020
Rußland	92,5	20 884
Schweden	256,0	50 168
Schweiz	985,1	77 111

Die Heimwerkstätten und die Heimarbeit unterliegen in den meisten Ländern keiner Kontrolle, nur Großbritannien und die Niederlande versuchen den Kinder- und Jugendschutz, Lizenziierungszwang, Sanitätschutz durchzuführen, doch wird die Unzulänglichkeit der Inspektion der Heimarbeit in beiden Ländern konstatiert. Einen teilweisen Schutz der Heimarbeit, soweit Motor- oder gesundheitsgefährliche Betriebe in Betracht kommen, sehen die Gesetze von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg vor, ferner besteht in Deutschland und Österreich das Trudverbod, in Deutschland stellt außerdem das Kinderschutzgesetz einen gesetzlichen Eingriff in das Gebiet der Heimarbeit dar. Großbritannien hat dann noch das neue Gesetz zum Schutz des Mindestlohns. Besondere Beamte der Gewerämter sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes betraut, doch sind die Fabrikinspektoren beauftragt, sie in dieser Arbeit zu unterstützen.

Für den Bildungsgang der Inspektoren bestehen die ausführlichsten Vorschriften in Preußen, Sachsen, Frankreich, ferner haben auch Großbritannien, Niederlande, Rußland bestimmte, aber etwas freiere Vorschriften. In allen übrigen Ländern liegt es im freien Ermessen der Verwaltung, das ihr geeignet scheinende Personal heranzuziehen. Hierbei wird je nach Bedarf auf die technische, kaufmännische, akademische, ärztliche Vorbildung Rücksicht genommen.

Die innere Organisation der Gewerbeaufsicht ist je nach der geschichtlichen Entwicklung und je nach der Einrichtung der übrigen Verwaltungszweige verschieden. Vorherrschend ist das System der Zentralisierung, d. h., daß die Beamten einer Zentralstelle untergeordnet sind, um eine gleichmäßige Berichterstattung und in Zweifelsfällen gleichmäßige Durchführung der Gesetze zu erlangen. Die Mitwirkung von Lokal- oder anderen Behörden an den Aufgaben der Gewerbeinspektion ist gleichfalls nach geschichtlichem Vorkommen und je nach Art der allgemeinen Verfassung sehr verschiedenartig geregelt. Für die Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich gewisse Grundrechte herausgebildet, so namentlich das Recht auf ungehinderten Eintritt, das Recht, die Arbeiter zu befragen, das Recht, bestimmte Anordnungen für die Betriebe zu erlassen. In manchen Staaten haben sie auch

bei der Genehmigung von neuen Betrieben mitzuwirken, sie können in einigen Staaten auch bei Verstößen direkt Strafen verhängen, während sie in anderen nur Verwarnungen erteilen und Strafanzeige erstatten können. Zur Sicherung der Arbeiterschutzgesetze sind in fast allen Staaten, die solche Gesetze haben, auch Strafen für Übertretungen vorgegeben. Es fehlt jedoch bisher noch an ausreichendem internationalen Material, ob und in welcher Höhe diese Strafen in den verschiedenen Ländern zur Anwendung kommen. Deutschland, dessen Statistik in dieser Hinsicht schon am meisten ausgebildet ist, bringt in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zwar Tabellen über die ermittelten Zuwiderhandlungen und die Zahl der Strafen, aber nichts über die Höhe der Strafen. Aus dem Text wird nur vielfach bekannt, daß die ordentlichen Gerichte die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten leider sehr wenig unterstützen, indem die Strafen oft lächerlich gering bemessen werden. (Vergl. den Artikel über die Gewerbeaufsicht in Preußen 1910. „Soz. Praxis“ Jahrg. XX Sp. 969).

In den meisten Staaten ist der Gewerbeinspektion auch in mehr oder minder weitgehendem Maße der Schutz der Arbeiter gegen Unfälle und gewerbliche Krankheiten und im Zusammenhange damit die Unfalluntersuchung übertragen. Eine rege Tätigkeit wird auf diesem Gebiete gerade von den deutschen Beamten ausgeübt, die hierin von den Aufsichtsbeamten der Berufs-genossenschaften unterstützt werden. Damit die Gewerbeaufsichtsbeamten diesen Zweig der Tätigkeit ausüben können, schreiben die meisten Gesetze vor, daß der Gewerbeaufsichtsbehörde von jedem Unfall Anzeige zu erstatten ist. In Großbritannien und im Königreich Sachsen besteht außerdem noch die Pflicht zur Anzeige aller gewerblichen Vergiftungen, in Österreich besteht diese Vorschrift nur für die Phosphorvergiftungen.

Die Mitwirkung von Ärzten ist in verschiedener Weise geregelt. Entweder sind die Ärzte mit besonderem Aufgabekreis der Gewerbeinspektion fest eingegliedert, oder bestimmten Amtsärzten sind besondere Befugnisse übertragen, (z. B. in Großbritannien den „Certifying Surgeons“, ferner gibt es Ärzte bei der Gewerbeaufsicht in Baden, Belgien, Rumänien); oder Ärzte werden als Mitarbeiter oder als Berater zu gutachtlicher Äußerung zugezogen (z. B. in Preußen die Kreisärzte, in Bayern der Landes-gewerbearzt, in Finnland sind die städtischen Gesundheitsämter zur Mitarbeit verpflichtet und ähnliches mehr).

Neben der Mitwirkung der Ärzte ist bei der Gewerbeaufsicht Wert zu legen auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft. Der Eintritt von Angehörigen der Arbeiterklasse in die Verwaltung der Gewerbeaufsicht wird entweder so bewerkstelligt, daß der Arbeiter den üblichen Prüfungen wie jeder Kandidat unterworfen wird (Großbritannien) oder es werden, gerade um Arbeiterkandidaten zu gewinnen, Prüfungsvereinfachungen geschaffen (Frankreich). Ein dritter Weg ist der, daß die Arbeiter nicht als Inspektoren, wohl aber als Assistenten eingegliedert werden für einen besonderen Aufgabekreis, der keine höheren technischen und wissenschaftlichen Ansprüche stellt. Diese Einrichtung haben mehrere der süddeutschen Bundesstaaten getroffen, ferner Österreich und Italien.

Eine indirekte Mitwirkung der Arbeiterschaft zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze findet dadurch statt, daß die Arbeiterberufsverbände, Arbeitersekretariate und Arbeiterausschüsse die Gewerbeinspektion durch Auskunft oder Übermittlung von Beschwerden im Dienste unterstützen. Diese Art der Mitwirkung ist zwar nirgends gesetzlich vorgeschrieben, bürgert sich aber in der Praxis mehr und mehr ein.

Der Fragebogen, auf Grund dessen das Material von den verschiedenen Sektionen erlangt ist, enthielt als letzten Punkt die Frage, ob Reformpläne in bezug auf die Organisation der Gewerbeaufsicht bestehen. Aus den Antworten ergibt sich folgendes Gesamtbild: In den Ländern, in welchen die Gewerbeaufsicht erst seit wenigen Jahren besteht, erstrebt man als nächste Reform die Loslösung von den Lokalbehörden; wo dieser Prozeß bereits vollzogen ist, wird größere Selbstständigkeit von den politischen Gemeinden; wo auch diese Stufe bereits erreicht ist, handelt es sich bei den Reformvorschlägen meist um Vermehrung des Beamtenstabes sowie um größere Spezialisierung der Arbeitsgebiete. Diese Forderungen werden namentlich für England erhoben. Aber auch Deutschland, trotzdem es bereits über den weitaus größten Beamtenstab verfügt, gebraucht eine Vermehrung der Beamten, weil der Aufgabekreis infolge der neuesten sozialpolitischen Gesetzgebung gewachsen ist, weil ferner auf Grund der §§ 120 a bis 120 d der Gewerbeordnung zahlreiche Spezialvorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter bestehen, deren Kontrolle eine große Arbeitsbelastung für die Gewerbeaufsichtsbeamten bedeutet.

Auch in einigen anderen Staaten (z. B. Schweden, Schweiz, Dänemark) macht sich eine Vermehrung des Beamtenstabes notwendig, weil durch die Erweiterung der Fabrikgesetze auch Erweiterungen im Gewerbeaufsichtsdienst bedingt werden.

Bei allen diesen notwendig werdenden Neueinrichtungen und Reformen wird die vorliegende Arbeit des Internationalen Arbeitsamts gute Dienste leisten, da sie Vergleiche ermöglicht und Hinweise auf die möglichst wirksame Ausgestaltung des Gewerbeaufsichtsdienstes bringt. In organisatorischer und rechtlicher Hinsicht können hier die deutschen Einrichtungen für manche Länder als Vorbild wirken.

Gegen die Phosphorzündhölzer in den Vereinigten Staaten von Amerika richtet sich ein dem Kongreß vorgelegter Gesetzesentwurf, über den uns aus Washington geschrieben wird: Auf die mit giftigem Phosphor hergestellten Zündhölzer soll eine Steuer gelegt werden, die so hoch ist, daß es für die Zündholzfabriken vorteilhafter ist, Zündhölzer mit unschädlichem Phosphorsäurekalk herzustellen als mit weißem (gelbem) Phosphor. Zweck dieses Vorgehens ist die Absicht, mit einem Schlage in der ganzen Union der Verwendung von giftigem Phosphor für Zündhölzer ein Ende zu machen, um nicht abwarten zu müssen, bis jeder Einzelstaat durch Schutzvorschriften dies erreicht. Die Gesetzesvorlage ist die unmittelbare Folge eines Berichts über die verheerenden Wirkungen der Phosphornekrose in Zündholzfabriken, dessen Verfasser der Sekretär der amerikanischen Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, Dr. John B. Andrews, (vergl. Sp. 787) ist.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die österreichische Pensionsanstalt für Angestellte.

In der dritten Hauptversammlung am 28. Juni 1910 hat die Anstalt ihren Rechenschaftsbericht für das zweite Geschäftsjahr 1910 vorgelegt. Daraus ergibt sich folgendes Bild über die Finanzgebarung der staatlichen Versicherung der Privatbeamten in Österreich. Ende 1910 belief sich die Gesamtzahl der bei der Anstalt Versicherten auf nur 92 465 Personen, das ist trotz intensiver Tätigkeit des Außeninspektionsdienstes, der 23 915 Angestellte zur Anmeldung brachte, bloß 5117 mehr als am Ende des Vorjahres, aber 1779 weniger als beim Abschluß der ersten Bilanz am 31. Juli 1909. Und diese 92 465 Personen bilden nicht einmal einen festen Versichertenstamm, sondern es sind im Laufe des Jahres 1910 48 000 Privatangestellte bei der Pensionsanstalt neu eingetreten, während 43 000 gleichzeitig ausgeschieden sind. Der Wechsel erstreckt sich also auf fast die Hälfte der Versicherten.

Dieser starke Wiederabfall erklärt sich aus den zahlreichen Übertritten der Angestellten zu den Ersatzeinrichtungen (in den ersten beiden Geschäftsjahren 42 926!) und durch das Auscheiden vieler Angestellten aus der Versicherungspflicht infolge „Standesveränderung“ oder Stellenlosigkeit. Von den Versicherten waren 80 420 „aktive“ männliche und 12 045 „aktive“ weibliche Angestellte. Die vorwiegende Gruppe (24,4%) der männlichen Versicherten gehört der dritten Gehaltsklasse (1200 bis 1800 Kr. Jahresbezüge) an. Geringeres Einkommen hatten die 23,6% Angestellten in den Klassen I und II (600 bis 1200 Kr.); mehr als 1800 Kr. bis zu 3000 Kr. bezogen 32,5% der Männer und über 3000 Kr. 20,5%. Die weiblichen Angestellten besetzten vor allem die untersten beiden Gehaltsklassen [I. (600 bis 900 Kr.) mit 33,5% — II. (900 bis 1200 Kr.) mit 35,9%]. Auf die bei den Männern vorwiegende dritte Gehaltsklasse entfielen noch 22,2% der weiblichen Angestellten. Über 1800 Kr. aber bezogen nur 8,4%, und davon auch noch die weit überwiegende Mehrzahl (5,9%) nur 1800 bis 2400 Kr. Besserer Besoldung als 200 Kr. im Monat konnten sich insgesamt nur 305 versicherte Privatbeamtinnen rühmen.

Der durchschnittliche Jahresbezug bei den männlichen Angestellten wurde für das Jahr 1910 auf 2099 Kr. (1909: 2161 Kr.) berechnet, für die weiblichen Angestellten auf 1164 Kr. (1909: 1155 Kr.). Die Gehaltsklassenänderungen, über die die Versicherungsanstalt bei den einzelnen Versicherten genau Buch führt, machten im Jahre 1910 bei den Männern 11 185 Fälle aus, bei den Frauen 1525. Es handelt sich im wesentlichen um Aufstieg in bessere Gehaltsklassen, und nicht, wie ursprünglich befürchtet worden war, um Herabdrückung der Angestellten in niedrigere Klassen zur Ersparung von Prämienbeiträgen. Die Gehaltsklassenveränderungen machen nur 10% aller Veränderungen aus. Die Versicherungsanstalt sieht angesichts der 1286 Fälle von Gehaltskürzungen, die

ihr bloß gemeldet wurden, die Behauptung als widerlegt an, daß die gegenwärtige Grundbetragsbestimmung für die Versicherten sich oft als ungünstig erweise. Im Zusammenhang mit der Gehaltsklassenbesetzung ist noch die Stellenlosigkeit der Versicherten zu erwähnen, die in der häufigen Unterbrechung der Mitgliedzeit zutage tritt. Die Gesamtzahl der Unterbrechungen betrug in den beiden ersten Geschäftsjahren 584 + 3815, die Gesamtdauer der Unterbrechungen 1385 + 15 439 Monate, so daß also im Durchschnitt auf einen Stellenlosigkeitsfall fast 4 Monate, weit über 100 Tage entfallen. Verrechnet man die Gesamtzeit der beschäftigungslosen Tage auf die Gesamtzahl der versicherten Angestellten, so würden auf jeden 1,42 Stellenlosigkeitstage entfallen.

Entsprechend der Gehaltsklassenbesetzung bezifferte sich die Höhe der zur Pensionsbemessung anrechenbaren versicherten Bezüge (Gehaltsklassenminimum) für die 80 420 Männer auf rund 140 Millionen Kronen; die bisher für diese Gruppe angesammelte Prämienreserve beträgt fast genau 30 Millionen Kronen. Für die 12 045 Frauen sind insgesamt Bezüge von 11,6 Millionen Kronen versichert. An Prämienreserven sind für sie 1 2/3 Millionen Kronen angesammelt.

An Prämienreserveanteilen für den Einkauf von Dienstjahren infolge Übertritts aus einem Ersatzinstitut zur Pensionsanstalt (insgesamt 1365 Fälle) wurden nur 245 570 Kr. eingezahlt, für Prämien- und Reserveveränderungen aber 289 795 Kr. ausgezahlt, und zwar fast ganz an die 20 687 zu Ersatzeinrichtungen über tretenden Angestellten.

Der Gesamtbetrag der Prämien, die laut Vorschrift in den beiden Geschäftsjahren hätten eingehen müssen, lautet auf 41 552 556 Kr. Tatsächlich sind aber nur 28 491 674 Kr. eingegangen. Rückständig blieben also Prämienzahlungen in Höhe von mehr als 13 Millionen, das sind 31,43% der vorschriftsmäßig fälligen Prämien. Die außerordentlich hohe Ziffer der rückständigen Prämien ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil jener Arbeitgeber, welche die Versicherungspflichtigkeit von Angestellten angefochten haben, unter Hinweis auf die ausbleibende Wirkung ihrer Einsprüche keine Beiträge abstattete.

Daraus drohen aber der Versicherungsanstalt so beträchtliche Kapitals- und Zinsverluste zu entstehen, daß sie beim Ministerium des Innern gebeten hat, wenigstens in allen den Fällen die aufschiebende Wirkung der Einsprüche zu versagen, wo die erkennenden Verwaltungsinstanzen die Versicherungspflicht bejahen. Wenn man bedenkt, daß in dem Bezirk Wien auf 9,6 Millionen Kronen tatsächlich erfolgte Prämieneingänge 5,4 Millionen Kronen Prämienrückstände entfallen, daß in Lemberg gar die Summe der Prämienrückstände derjenigen der Prämieneingänge fast gleichkommt, so liegt allerdings Gefahr für den finanziellen Bestand der Pensionsversicherung vor. Die Tatsache ferner, daß sich trotz der scharfen Prüfungstätigkeit des Audienstes und ungeachtet der Bemühungen einiger industrieller und kaufmännischer Organisationen, die ihre Mitglieder zur Vervollständigung der Anmeldung der Versicherungspflichtigen drängen, doch noch ein sehr erheblicher Teil der Dienstgeber und der Angestellten um die Versicherung herumdrückt, kommt als ein weiterer bedrohlicher Umstand für die Privatbeamtenversicherung in Frage.

Vorläufig hat zwar die Versicherungsanstalt noch wenig zu leisten, da innerhalb der noch bis 1919 fortlaufenden zehnjährigen Wartezeit nur dann Renten usw. zu zahlen sind, wenn die Erwerbsfähigkeit oder der Tod des Versicherten „infolge eines in Ausübung des Dienstes erlittenen oder mit dem Dienst im Zusammenhang stehenden Unfalles“ eingetreten ist.

Die gesamten positiven Versicherungsleistungen der Pensionsanstalt für Invaliden- und Witwenpensionen, Erziehungsbeiträge und Abfertigungen beliefen sich daher 1910 nur auf 364 936 Kr. Um so höher waren in dieser Zeit infolge der passiven Resistenz der Arbeitgeber und der Versicherungspflichtigen sowie infolge des Taubenschlagverkehrs mit den Ersatzkassen die Verwaltungskosten; sie betrugen 1 093 729 Kr., das heißt 5,14 v. H. der vorgeschriebenen Prämien. Der anfänglich vorgesehene Regiebetrag der Anstalt von durchschnittlich 3,06 v. H. der Bruttoprämie, über dessen Niedrigkeit die Anstalt allerdings schon im ersten Bilanzbericht ernsthaft geklagt hatte, ist also erheblich angeschwollen. Die Kapitalanlagen der Pensionsanstalt verzinsten sich mit 747 881 Kr., das sind durchschnittlich 4,35 v. H. Das Berichtsjahr 1910 schloß mit einem Überschuß von 239 731 Kr. ab, der zur Abschreibung eines Teils der noch ungetilgten Gründungskosten (273 235 Kr.) und zur Ausstattung einer Unterstützungskasse für Stellenlose sowie des Sicherheitsfonds, der damit die Höhe von 1 064 330 Kr. erreicht, verwendet werden soll. Infolge der Konkurrenz der Ersatz-

institute, bei denen reichlich zwei Fünftel der Privatangestellten versichert sind, gestalten sich die Finanzen der Pensionsanstalt, obgleich sie vorläufig noch wenig für Versicherungsleistungen in Anspruch genommen ist, alles in allem nicht gerade glänzend.

Der Plan einer kantonalen Alters- und Invalidenversicherung in Zürich wird demnächst der Volksabstimmung unterbreitet werden. Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt allerdings nur vor, zunächst einen Versicherungshort anzusammeln, während er über die Form der zukünftigen Versicherung sich noch ausschweigt. Der Versicherungshort soll gebildet werden aus 600 000 Fr., die der staatlichen Hilfskasse, die 1 246 229 Fr. besitzt, entnommen werden, ferner aus den Überschüssen der Staatsrechnungen von 1907, 1908 und 1909 im Gesamtbetrag von 950 662 Fr., durch Zumeisungen aus etwaigen Einnahmeüberschüssen der Staatsrechnungen, aus Beiträgen von der genannten staatlichen Hilfskasse, insofern sie die Summe von 500 000 Fr. übersteigt, und endlich aus Zinsen, Legaten und Schenkungen. Das anfängliche Grundkapital des geplanten Versicherungshortes wäre danach auf mindestens 1 1/2 Millionen Frank zu beziffern.

Unfallversicherung in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Ergänzung des Aufsatzes in Sp. 1169 schreibt man uns aus Washington vom 12. Juli: In den Vereinigten Staaten finden gegenwärtig die Probleme der Haftpflicht des Unternehmers, die Entschädigung der Arbeiter und die Zwangsversicherung gegen Unfälle das größte Interesse. Besondere Ausschüsse für das Studium dieser Fragen sind in den letzten zwei Jahren etwa in einem Duzend Staaten eingesetzt worden, ebenso auch von der Bundesregierung. Arbeiterentschädigungsgeetze sind überdies zu Anfang des Jahres 1911 in 9 Staaten angenommen worden. Das erste von diesen Gesetzen aber, das für New York, wurde im April durch den Appellhof dieses Staates für verfassungswidrig erklärt. Diese Entscheidung hatte zur Folge, daß nun die Aufmerksamkeit von dem englischen System der Entschädigung auf dem Wege freiwilliger Versicherung weg zu dem deutschen System der staatlichen Zwangsversicherung hingelenkt worden ist, von der man annimmt, daß es nicht für verfassungswidrig von den Gerichtshöfen erklärt werden wird. Ein Staat an der pazifischen Küste, Washington, hat ein Zwangsversicherungsgesetz eingeführt, und ein Staat in der Mitte, Wisconsin, hat ein Gesetz angenommen, das Versicherung unter gewissen Umständen einführt. Der Schutz der Arbeiter gegen Unfälle ist neuerdings in verschiedenen großen Versammlungen erörtert worden, so in der Nationalen Metallindustrie-Gesellschaft in New York und in der Amerikanischen Akademie für Politische und Soziale Wissenschaften in Philadelphie.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juni hat sich, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 7 mitteilt, nach den Berichten aus der Industrie auf der Höhe des Vormonats gehalten, einige große Gewerbe weisen jedoch einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat die mit der wärmeren Jahreszeit zusammenhängende kleine Abschwächung angehalten, die auch im rheinischen Braunkohlenbezirk sich bemerkbar machte. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, in dem der Streik im Berichtsmonte noch anhält, kann eine Veränderung nicht festgestellt werden. Befriedigend war der Geschäftsgang im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau und in der Maschinenindustrie. Die Beschäftigung im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau ließ viel zu wünschen übrig. Das Kali-Syndikat bezeichnet den Geschäftsgang als mäßig. Die Baumwollspinnereien und die Tuchindustrie waren mit wenigen Ausnahmen schlecht beschäftigt. Eine weitere Belebung zeigt das Baugewerbe, und einen klaren Geschäftsgang meldet die elektrische und die chemische Industrie.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Juni nachgelassen. Es ergab sich am 1. Juli 1911 gegenüber dem 1. Juni eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von 27 900 (3968 männlichen, 23 937 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen der gleiche geblieben wie im Vormonate, nämlich 109, während er beim weiblichen Geschlechte von 104 im Mai auf 102 zurückgegangen ist.

Über die Arbeitslosigkeit im Juni berichten 58 Fachverbände mit 1 947 441 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,6 v. H. arbeitslos. Ende Juni 1910 betrug die Arbeitslosenzahl 2,0 v. H., Ende Mai d. J. 1,6 v. H.; es ist also gegenüber dem Vorjahr eine

Besserung zu verzeichnen, während der Beschäftigungsgrad nach diesen Arbeitslosenziffern dem Vormonate gegenüber keine Veränderung aufweist.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen wie die Berichte der Krankenkassen und die aus der Industrie eine kleine Verschlechterung erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Juni 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 146 Arbeitsgesuche gegen 165 im gleichen Monate des Vorjahrs und 144 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 85, 88, bezw. 82.

Ausländische Arbeiter in Deutschland 1910. Der letzte Bericht der Feldarbeiterzentrale ergibt, daß laut Ausweis der Legimationskarten im letzten Jahr in der deutschen Landwirtschaft und Industrie 588 354 fremdländische Arbeiter beschäftigt waren. Den größten Anteil an dieser Zahl haben die Polen mit 323 326 Arbeitern, es folgen die Ruthenen mit 82 092 Arbeitern, die Ungarn mit 23 209, die Italiener mit 39 672, Niederländer und Belgier mit 53 995 und Deutsche aus Rußland und Österreich mit rund 66 000. Den größten Anteil dieser fremdländischen Arbeiter verbraucht die Landwirtschaft. Das Verhältnis ist folgendes:

	Landwirtschaft	Industrie
Polen	281 818	30 891
Ruthenen	47 190	29 840
Italiener	70	86 000

Da die Feldarbeiterzentrale bis jetzt nur einen Teil, wenn auch einen sehr großen, der Beschaffung ausländischer Arbeiter in Händen hat, so ist die Gesamtzahl der fremden Arbeiter in Deutschland noch viel größer als angegeben — es kommen vor allem die Ausländer, die in Süddeutschland, Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen, z. B. auch in Sachsen beschäftigt werden, in Betracht, dann aber auch erhebliche Mengen von Ausländern, die die Industrie im westlichen Preußen heranzieht. Alles in allem wird die Zahl der fremdländischen Arbeiter 1910 in ganz Deutschland nicht viel hinter der Million zurückgeblieben sein.

Ergebnisse der Arbeitsvermittlung in Österreich im Jahre 1909 schildert ein Heft des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes (Wien, A. Höber 1911. 93 S. 1,50 Kr.). Es faßt die in der „Sozialen Rundschau“ monatlich veröffentlichten Ausweise über die Tätigkeit der einzelnen Anstalten, über die Vermittlungsergebnisse für einzelne Berufsgruppen und wichtigere Berufsgruppen zusammen, kombiniert sie mit den Anstaltskategorien und mit den Verwaltungsgebieten und bringt einige bisher unveröffentlichte Spezialtabellen über den lokalen und interlokalen Verkehr, über die Dauer der Arbeitslosigkeit der Stellensuchenden, über die persönlichen Verhältnisse der untergebrachten Personen und über die kurzfristigen Dienste und Saisonengagements. Eine tizliche Einleitung schildert die Änderungen in der Organisation der Arbeitsvermittlung sowie in der Berichterstattung und statistischen Aufarbeitung und hebt die wichtigsten Ergebnisse hervor. Im Jahre 1909 haben dem Arbeitsstatistischen Amte 877 Vermittlungsanstalten über ihre Tätigkeit regelmäßig berichtet, und zwar 265 Anstalten von Ländern, Bezirken, Gemeinden, 39 Gewerbevereinigungen, 6 Arbeitgeber- und 139 Arbeitnehmerorganisationen, 14 Vereine für Arbeitsvermittlung, 36 sonstige Organisationen, 30 konfessionierte Dienstvermittlungen und 348 Naturalversorgungsstationen. Im ganzen wurden von diesen Anstalten bei 676 660 Stellenangeboten und 777 990 Stellengesuchen 508 283 Stellenvermittlungen bewirkt. Durchschnittlich standen je 9 offenen Stellen 10 Stellenbewerber gegenüber. Von den letzteren wurden zwei Drittel untergebracht. Von je 1000 dieser Vermittlungen entfielen 53,8 auf Männer, 43,8 auf Frauen und 2,4 Lehrlinge, und zwar wurden von je 1000 vermittelten Arbeitskräften 563 in der Industrie untergebracht, 331 in der Haushaltung, 73 in der Landwirtschaft, der Rest (33) im Handel und in freien Berufen. Der größte Teil der statistisch erfaßten Vermittlungsfälle entfällt auf Niederösterreich (54,3 %) und Böhmen (36,9 %). Unter den berichtenden Anstalten haben die größte Zahl von Vermittlungen die städtischen Anstalten in Wien (144 552) und in Prag (23 436) aufzuweisen.

Ein Arbeitsvermittlungsgesetz in Finnland ist vom Landtag im Juni 1911 angenommen worden. Das Recht, Arbeitsvermittlungsanstalten zu unterhalten, wird nur Gemeinden und solchen Vereinen gewährt, die Arbeitsnachweise zu unentgeltlicher Benutzung für Arbeitgeber und Arbeitsuchende errichten. Gleichzeitig verbietet das Gesetz Einzelpersonen, Gesellschaften oder genossenschaftlichen Geschäftsbetrieben, eine Stellenvermittlung zu betreiben, soweit es sich nicht um den eigenen Bedarf an Arbeitskräften handelt. Damit wird die gewerbliche Stellenvermittlung in Finnland beseitigt zugunsten der öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise.

Volksgesundheit.

Der Geburten-Rückgang in Deutschland wird in einem Artikel der „Köln. Ztg.“ von Dr. Otto Wost wie folgt besprochen: „Die Volkszählung von 1905 hat dem, der sehen wollte, gezeigt, daß auch Deutschland sich in Gefahr begibt, des alten Ruhms seines unerbundenen, jugendkräftigen Volkstums und — viel mehr! — des bislang stets erfreulich stattlichen Zugangs an nationalwirtschaftlicher Kraft allmählich verlustig zu gehen; die letztveröffentlichten Reichsstatistiken über die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigen die Weiterverfolgung dieser Linie. Es fielen jährlich im Deutschen Reich auf je 1000 Einwohner einschließlich der Totgeborenen

im Durchschnitt des Jahres	Geborene	Storbene	Recht Geborene als Storbene
1886/1890	37,90	25,80	12,10
1891/1895	37,52	24,54	12,98
1896/1900	37,16	22,43	14,73
1901/1905	35,44	20,99	14,45
1906/1909	33,04	18,81	14,23

Diese Zahlen sprechen für sich: die bislang stark ansteigende Kurve hat ihren Höhepunkt überschritten und geht bergab. Im letzten Jahre, für das die Ergebnisse vorliegen, ergibt sich nur noch ein Geburtenüberschuß von 13,8 auf 1000 der Bevölkerung. Es mag sein, daß auch diese Quote recht ansehnlich ist gegenüber andern benachbarten Ländern: zahlreichen Staaten des Ostens gegenüber ist sie es nicht mehr. Und vor allem: bei dieser Betrachtung kommt es weniger auf den gegenwärtigen Stand als vielmehr auf die Tendenz der Entwicklung an; ist doch, hat sie einmal Platz gegriffen, nicht abzusehen, wann und wo sie Halt machen wird. Noch in den letzten Wochen nach der Veröffentlichung der Hauptergebnisse der Volkszählung von 1910 ist mannigfach mit einem starken Unterton nationalen Stolzes behauptet worden, die volksvermehrnde Kraft Deutschlands sei ungebrochen. Die mitgeteilten Zahlen beweisen, daß dies nicht mehr ohne Einschränkung zutrifft und, wenn Macaulays Wort noch gilt, monach es letzten Endes doch immer die Menschen sind, die die Volkswirtschaft machen, so enthält sich bei genauerer Betrachtung eines zunächst nicht allzu gewichtig erscheinenden Vorgangs ein Problem, ernstester Beachtung wert. Für die Jahre 1906—1909 drückt sich die sinkende Tendenz des Überschusses in folgenden Ziffern aus: 14,9, 14,2, 14, 13,8.

Der Umfang der praktischen Säuglingsfürsorge in Deutschland läßt sich nach den Ermittlungen der Zentralstelle des Deutschen Städtebundes wenigstens für die Städte ziffernmäßig beantworten. Darnach gibt es 99 Stellen in 45 Städten.

Köln hat die meisten, nämlich 18 Stellen, Berlin hat 7, Charlottenburg und Nürnberg haben je 6, Magdeburg und Essen je 5, Aachen, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig und Posen je 4, die übrigen 88 haben je 1 Stelle. Außerdem haben einige Städte zwar Fürsorgestellen eingerichtet, diese dienen jedoch nur der Überwachung der Kinder oder auch aller unehelichen Kinder, so z. B. in Düsseldorf, Göttingen, Kattowitz, Kiel, Mülhausen i. G., Rostock, Zwickau. Ferner hat Straßburg eine Zentrale für Säuglingsfürsorge mit Fürsorgetätigkeit durch 4 Kinderärzte, es werden jedoch nur schwächliche und kränkliche Säuglinge berücksichtigt. In den Universitätsstädten Freiburg i. Br., Göttingen und Königsberg erfolgt die Beratung durch die Universitätsklinik, die Stadtverwaltungen tragen hierfür die Kosten oder haben doch einen namhaften Beitrag dazu bewilligt. In einer größeren Anzahl weiterer Städte (aufgeführt werden 18) ist die Mutterberatungsstelle eine Vereinseinrichtung, zu der die Stadt Zuschüsse gibt. Gelsenkirchen gab einen einmaligen derartigen Zuschuß von 9000 M., Altona und Lünen geben jährlich 2000 M., Bamberg, Kassel, Würzburg jährlich 1000 M. usw. Die Errichtung von städtischen Mutterberatungsstellen ist in Vorbereitung resp. geplant in Bielefeld, Ludwigshafen, Mülheim (Rhein), Opladen, Saarbrücken, Reg. In sämtlichen Fällen betrachten es die Stellen als ihre Hauptaufgabe: ärztliche Beratung, häusliche Kontrolle durch Pflegerinnen, Gewährung von Stillprämien und Stillbeihilfen und bei Unmöglichkeit des Stillens Verabreichung von Kindermilch. Leiter der Beratungsstellen ist regelmäßig ein Spezialarzt, dem Fürsorgegeschwister oder ehrenamtlich tätige Kontrolldamen beigegeben sind. Mehrfach, z. B. in Berlin, Breslau, Charlottenburg, Göttingen, Mülheim (Ruhr), sind mit der Fürsorgestelle Milchküchen verbunden. Beim ersten Besuch der Fürsorgestellen werden die Personalien des Kindes aufgenommen (Personalkarte), dann wird dieses gewogen und ärztlich untersucht. Wünschenswert ist, daß die Kontrolldauer eine möglichst lange ist. In Aachen z. B. dauert die Fürsorge acht Lebensmonate. Stillunterstützungen und Stillprämien werden in 46 deutschen Städten, darunter natürlich auch solchen, die Fürsorgestellen haben, gewährt. Zusammenprämien gewähren 5 Städte. Eigene Milchküchen gibt es in 26 Städten.

Die Gefahr der Tuberkuloseübertragung durch Milchkenn. Das Ergebnis einer außerordentlich sorgfältigen, mühevollen, unter

Aufwendung aller nur denkbaren Vorsichtsmaßregeln durchgeführten experimentellen Forschung, die sich auf die verschiedensten Tiere erstreckte und einen Zeitraum von zehn Jahren umfaßte, liegt in einem vielbändigen Bericht der königlichen englischen Tuberkulosekommission vor. Die Einsetzung der Kommission erfolgte infolge eines Kongresses in London im Jahre 1891, auf welchem die Frage angeschnitten wurde, ob die Tuberkulose nur von Mensch zu Mensch oder auch vom Tier zum Menschen und umgekehrt erfolge. Eine Reihe von Forschern nahmen eine Zeilang nur das erstere an, die Kommission kam jedoch zu der Überzeugung, daß die schweren Fälle von Phthisis, das heißt Lungentuberkulose, Schwindsucht, beim erwachsenen Menschen auch durch den Bazillus der Rindertuberkulose verursacht werden können. Damit ist natürlich notwendig, im Kampfe gegen die Tuberkulose bei Menschen auch der Rindertuberkulose und der Übertragungsgefahr durch die Milch tuberkulöser Kühe besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit diesen neuen Forschungen ist wohl in Verbindung zu bringen, daß der Präsident des Local Government Board, John Burns, die Absicht hat, eine Vorlage einzubringen, deren Zweck es ist, die Lieferung reiner Milch an das Publikum zu garantieren. Das englische Landwirtschaftsamt hat schon seit anderthalb Jahren die notwendigen Untersuchungen angestellt, um in Verbindung mit den Lokalbehörden festzustellen, wie eine Garantie für die gute Qualität der Milch gegeben werden könnte. Unter dem neuen Gesetz werden alle Milchhandlungen und alle Personen, die mit Milch handeln oder Milch an das Publikum liefern, registriert werden müssen. Die Lokalbehörden werden die Vollmacht erhalten, die zum Verkauf ausgetobene Milch, wo sie immer wollen, zu untersuchen und alle tuberkulöse Milch sofort zu konfiszieren und darauf zu sehen, daß die Kühe, von denen die Milch stammt, sofort getötet werden. Die Kühe selbst sollen auch von Zeit zu Zeit untersucht werden und der Besitzer einer jeden kranken Kuh wird gezwungen werden, sie zu töten. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Strafen belegt.

Zur Hygiene in metallverarbeitenden Betrieben. Aus der Tatsache, daß Bleiverbindungen mit Seife sich zu Weisse umsetzen, welche an der Haut mit großer Zähigkeit haften, ist ohne weiteres klar, daß Seife zur Reinigung der Hände von Bleiverbindungen ungeeignet ist. Ingenieur-Chemiker Dr. Sacher in Düsseldorf empfiehlt in „Soziale Medizin und Hygiene“ als bestes Waschmittel den Chlorkalk und zwar auf Grund täglicher Anwendung seit acht Jahren. Derselbe teilt mit der Seife die Eigenschaft der Schaumbildung, wirkt sowohl chemisch als auch mechanisch reinigend und vermag die Hände in kurzer Zeit von allen metallischen Verunreinigungen und Metallverbindungen zu befreien. Chlorkalk ist daher in dieser Hinsicht im wahren Sinne des Wortes ein Universalwaschmittel erster Klasse und sollte in allen metallverarbeitenden Betrieben, insbesondere dort, wo Blei, Quecksilber, Kupfer, Antimon, Arsen, Bismut, Zink, Chrom und Mangan, sei es in metallischer Form, sei es in Form von Verbindungen, verarbeitet werden, Verwendung finden. Dazu ist der Preis des Chlorkalkes sehr gering. Zu einer Waschung der Hände genügen in der Regel 2 g, so daß sich bei einem Kilopreise von 20 M. hundert Waschungen auf 4 M. stellen. Die stark desinfizierende Wirkung des Chlorkalkes bietet in hygienischer Beziehung noch einen weiteren Vorteil. Der Chlorkalk hat als Waschmittel keinerlei schädliche Wirkungen auf die Haut und das Blut. Selbst aufgesprungene Hände können ohne Schaden mit Chlorkalk gewaschen werden.

Eine Berufskrankheit bei Verfertigung von Glühlampen hat Dr. Telety-Wien in mehreren Fällen beobachtet und in der Wiener Gesellschaft der Ärzte dargelegt. Es waren drei Arbeiterinnen aus einer Glühlampenfabrik, bei denen sich zunächst eine Lähmung am Unterarm und an der Hand der linken Seite gezeigt hatte. Dann war das Leiden bis zum Schwund der zwischen den Handknochen liegenden Muskeln vorgeschritten. Der Ausgang der Erkrankung war ohne Zweifel in einer Entzündung der Nerven auf der Seite des Ellenbogens des Unterarmes zu suchen, und diese war wiederum durch einen fortgesetzten Druck hervorgerufen. Es stellte sich heraus, daß die eine dieser Arbeiterinnen, die noch am wenigsten schwer betroffen war, die Hand bei der Arbeit auf eine Brettante aufgestützt hatte, während die beiden schwer erkrankten Arbeiterinnen, bei denen auch der Unterarm in Mitleidenchaft gezogen war, mit aufgestütztem linken Ellbogen gearbeitet hatten. In einem der Fälle war die Erkrankung bereits nach zweiwöchiger Beschäftigung in der Fabrik eingetreten. Professor Sternberg bestätigte aus seiner Erfahrung, daß hier eine Berufskrankheit bei der Glühlampenfabrikation vorliegt. Außerdem ging aus der sachmännischen Erörterung hervor, daß fränkliche Veränderungen an der linken Hand überaus häufig vorkommen, sich aber wahrscheinlich nur unter der Mitwirkung noch anderer ungünstiger Umstände bis zu wirklichen Leiden steigern. Der Nerv des Ellenbogens ist im allgemeinen als

recht empfindlich anzusehen und seine rücksichtslose Behandlung kann zu schweren Folgen führen, wie sie sich in diesen Fällen gezeigt haben und auch sonst aus ähnlichen Gründen vorkommen. Professor Zandler führte bei derselben Gelegenheit einen Fall vor, wo fast sämtliche Muskeln zwischen den Handknochen nicht nur gelähmt, sondern geradezu verkümmert waren. Besonders leicht verletzbar sind die betreffenden Nerven an der Beugeseite des Handgelenks, weil bei starker Biegung der Nerv unmittelbar unter die Haut zu liegen kommt und durch Druck oder Beschädigung der Haut leicht in ernste Mitleidenchaft gezogen werden kann.

Wohnungswesen.

Die deutsche Gartenstadtbewegung hat, wie auf der 9. Hauptversammlung der „Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft“ (Dresden, 10. Juni) zum Ausdruck kam, im letzten Jahre sehr gute Fortschritte gemacht. In vielen Orten ist man von der Theorie zur praktischen Bautätigkeit übergegangen, in andern Orten ist diese erheblich erweitert, namentlich in Wandsbeck, Hoppegarten, Gützkow, Rathshof, Hellerau, Neumünster, Hüttenau; auch die Genossenschaft in Stuttgart will jetzt die Bautätigkeit aufnehmen. In Straßburg i. E. hat die Stadtverwaltung die Gartenstadtbewegung nachdrücklich gefördert durch Bürgschaft für die vom Reichsamt des Innern gegebenen Hypotheken und den Erlaß einer den Kleinwohnungsbau erheblich erleichternden Bauordnung. Die Gartenstadt-Gesellschaft Karlsruhe wird im nächsten Monat mit dem Bauen beginnen und in diesem Jahre noch 60 Wohngebäude unter Dach bringen, auch die Gesellschaft in Nürnberg steht vor dem Baubeginn, ebenso will man in Mannheim und in der Gartenkolonie „Reform“ bei Magdeburg anfangen. Die Gartenstadtgesellschaft zählt gegenwärtig etwa 1200 Mitglieder, unter ihnen 37 Städte und 3 Dorfgemeinden.

In den Vorträgen zeigte der Bremer Architekt Baaner an dem Beispiel von Bremen den nachteiligen Einfluß, welchen die Bauordnungen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts auf die Entwicklung des Wohnhausbaues geübt haben. Die verbreitete Meinung, daß im Stagenhaus eine Wohnung billiger herzustellen wäre als im niederen Kleinhaus, und damit die gewichtigsten Gründe gegen den viel gesünderen Flachbau könnten heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. An Anlagen, die er selbst in Delmenhorst ausgeführt hat, bewies der Redner sogar die Überlegenheit des niederen Kleinhauses. Für die Kleinwohnung sei daher das Einfamilienreihenhaus die billigste Bauform. Wenn diese bis heute nur in so geringem Maße zur Anwendung kommen kann, so liege dies vor allem an unseren Bauordnungen, die keine Selbständigkeit erlauben und die besonderen Bedingungen des Kleinhauses nicht berücksichtigen. Dann aber auch an unseren Bauplanungen, bei welchen viel zu viel Wert auf die Straßenbreite und -gestaltung gelegt werde. Wir hätten uns damit das englische Urteil verdient: „Die Deutschen haben zwar schönere Städte als wir, schönere Straßen, aber nur auf Kosten einer gesunden Wohnweise“. Wir müßten heute eine Scheidung von Wohn- und Geschäfts- und gewerblichen Vierteln anstreben, auch schmale, leicht besetzte Wohnstraßen und eigentliche Verkehrsstraßen bauen.

Dr. Keller-Berlin sprach über die Einwirkung von Bauordnung und Bauplan auf den Bodenpreis. Er suchte nachzuweisen, daß der Preis des Bodens keineswegs immer in dem Maße zurückgeht, wie seine Bebaubarkeit eingeschränkt wird, auch wandte er sich gegen die Ansicht, daß die Tätigkeit eines baulandverliehenen Baustellenhändlers unter allen Umständen die Baustelle verteuere und also unsozial sei. Vom Standpunkte des Kleinwohnungsbauers verurteilte er das preussische Fluchtliniengesetz, das bei seiner wenig rücksichtsvollen Anwendung viel Bauland vor den Städten von der baldigen Bebauung ausschließe. Er forderte die Dezentralisierung der Städte und die Abwanderung der Industrie auf das Land, die man durch Schaffung von Verkehrsmöglichkeiten vorbereiten solle. Man müsse sich endlich von der Vorstellung befreien, daß die Entwicklung der Industrie in Deutschland unbedingt mit einem immer weiteren Anwachsen der Großstädte gleichbedeutend sei.

R. E. Osthaus besprach die allgemeinen Richtlinien des neuen Städtebaus. Der Gartenstadtbewegung solle bei ihren großen Bauanlagen eine überaus wichtige, aber auch schwierige städtebauliche Aufgabe zu, für die unsere Architekten noch wenig vorbereitet seien. Die Planung einer Gartenstadt setze eine genaue Erfassung des ganzen kulturellen Problems voraus. Die Gartenstadt könne nicht das Rousseausche Ideal von der Rückkehr zur Natur verwirklichen wollen, dürfte aber auch nicht zurückfallen in die Subkultur der Kleinstädte, sondern sie müsse die gesamte städtische Kultur auf ihren neuen Boden mitnehmen. Die planmäßige Zusammenfassung der Siedlung solle dann auch in der Anlage der Straßen, der Lage der zentralen öffentlichen Gebäude, der Gliederung und Steigerung der Baumassen zum Ausdruck kommen. Das Element des Städtebaus, das Haus mit seiner rechtseitigen Grundform, verlange auch im großen und ganzen ein rechtseitiges Straßennetz, von dem man nur in zwingenden Fällen (Flußlauf, Anhöhe) abweichen sollte. Die letzten Auffassungen fanden bei der nachfolgenden Aussprache viele Gegner.

Die Gartenstadt Hellerau, die am Schluß der Tagung besichtigt wurde, zeigt die vortreffliche Entwicklung eines gutgeleiteten Gartenstadunternehmens. Obwohl der Boden (140 Hektar) im Prinzip dauerndes Eigentum einer Gesellschaft bleibt, so daß eine Wertsteigerung des Terrains niemals dem einzelnen zufällt, sondern der Gemeinschaft, indem später alle Pachtaberschüsse für gemeinnützige Zwecke, für Schulen, für gemeinsame Anlagen, Straßenbau, Elektrizitätswerke usw. verwendet werden, sind jetzt bereits über $\frac{1}{3}$ aller Bewohner freiwillige Ansiedler, die wirtschaftlich mit den Werkstätten für Handwerkskunst, dem wirtschaftlichen Ausgangspunkt der ganzen Siedlung, gar nichts zu tun haben. Zurzeit sind etwa 130 Kleinhäuser und 20 Villen bewohnt, nachdem Inapp vor zwei Jahren mit dem ersten Bau begonnen wurde; bis jetzt sind etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen in ganz Hellerau investiert, Ende des Jahres werden es 7 sein. Die kleinsten Familienhäuser mit Küche und drei Zimmern können schon um 260 \mathcal{M} . vermietet werden, ebensogut werden höhere Ansprüche befriedigt und Kleinhäuser bis zu fünf Zimmern mit Bad für 600 \mathcal{M} . vergeben. Willen können in jeder Ausföhrung gebaut werden, nur müssen sie sich, wie alles in Hellerau, dem künstlerischen Rahmen der ganzen Anlage einfügen.

Die Wohnungsverhältnisse der Hausverwalter. In einem Artikel des „Verl. Tagebl.“ Nr. 53, in welchem Stadtrat Steinborn, Wilmersdorf, die eigentümlichen sozialen Verhältnisse der Hausverwalter und Portiers darlegt, werden auch einige Streiflichter auf die Wohnungsverhältnisse geworfen, die vielfach den einfachsten Geboten der Hygiene und Sittlichkeit Hohn sprechen. Der Verfasser entrollt hier einige Bilder aus dem äußerlich prunkvollen Teile, dem sog. Berlin WW.:

„Ein Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von zwei und acht Jahren bewohnt einen Raum von etwa 3 Kubikmetern Luftinhalt, der seine Belüftung nur durch die Scheiben der nach dem Hof führenden Tür erhält. Der Raum dient zum Bohnen, Schlafen und Kochen; zu lästigen ist er nur durch Öffnen der Tür. Der Mann ist infolge Darmliegegens des Köpfererwerbes meist ohne Arbeit. Das Ehepaar erhält monatlich außer Wohnung 25 \mathcal{M} Lohn. Ein ehemaliger Straßenbahnangestellter hat mit Frau und einem dreizehnjährigen Sohn eine 1 $\frac{1}{2}$ Meter unter dem Straßenniveau liegende Wohnung inne, bestehend aus Stube und Küche. Die Wohnung ist so nah, daß die Möbel von der Wand abgerückt werden müssen. Der Mann ist schwer lungenkrank, war letzten Sommer auf Kosten der Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn vom 1. Juli bis 7. November in einer Lungenheilstätte. Lohn erhält er vom Birt 25 \mathcal{M} monatlich und 89 \mathcal{M} Pension von der Großen Berliner Straßenbahn. Eine Portierfrau, die schwer tuberkulös ist, bewohnt mit zwei Kindern und einer 76jährigen Mutter eine nach dem Hof gelegene Stube von circa 40 Kubikmeter Luftraum und hat nur noch eine kleine Küche außerdem zur Verfügung. Ein Ehepaar, von dem der Mann — 27 Jahre alt — schwer tuberkulös ist, hat eine im Hof belegene einzimmerige Wohnung inne, die eine Belüftung nur durch ein Lärchenfenster erhält. Das Ehepaar besitzt ein zweijähriges Kind.“

In den älteren Stadtteilen sind die Zustände oft noch schlimmer. Aber gerade bei Neubauten müßte es doch als einfache Pflicht gelten, auch bei den Portierwohnungen die Gesetze der Hygiene zu beachten. Leider aber wird dies von den Baumeistern unterlassen. Ebenso finden sich auch häufig in den sog. hochherrschastlichen Wohnungen von Berlin WW. Gelasse für die Diensthboten, die in schreiendem Gegensatz zu der übrigen Wohnung stehen, bei der aller Komfort der Neuzeit zur Anwendung gelangt. Hier sollte auch eine Art „Käufermoral“ der Mieter einsetzen, indem sie Wohnungen mit schlechten Diensthbotengelassen oder Häuser mit ungenügenden Portierwohnungen meiden.

Die Kaiser Franz Josef I.-Anstalt für Volkswohnungen und Wohlfahrtsrichtungen in Wien übergab am 11. Juni 1910 das neugegründete Männerheim im 17. Gemeindebezirk der Befriedelung. Im Berichtsjahre 1910 wurden in den beiden Männerheimen (im 17. und 20. Gemeindebezirk) von zusammen 10 210 Schlafgästen über 100 000 Schlafabteilanweisungen für 188 200 bezw. 200 889 Betten gelöst; von der Gesamtzahl der Betten waren 72,57 % bezw. 99,99 % vermietet. Die durchschnittliche Wohndauer der einzelnen Mieter betrug 26,9 bezw. 87,9 Tage. Mehr als die Hälfte der Schlafgäste (51,99 % bezw. 54,99 %) fanden im Alter von 21 bis 35 Jahren. 78,19 % bezw. 84,99 % waren ledig und dem Berufe nach 49,99 % bezw. 89,99 % gewerbliche Arbeiter, 20,33 % Land-, 26,99 % Hilfsarbeiter usw. An die Schlafgäste wurden 6774 bezw. 17 279 Fußbäder, 4084 bezw. 5144 Brausebäder und 1457 bezw. 8206 Bannenbäder verabfolgt; aus der Bäckerei gelangten 6729 bezw. 7901 Bächer zur Verteilung. Die Hilfe des Hausarztes wurde von 407 bezw. 826 Schlafgästen in 1147 bezw. 1185 Ordinationen in Anspruch genommen; die Marodenabteilung verzeichnete 469 bezw. 796 Kranfentage. Das Reinertragnis der beiden

Männerheime betrug 3,4 bezw. 4,5 %. — Die Breitensee Kolonie war das ganze Jahr hindurch nahezu voll besetzt; am Jahresende wohnten in den Familienhäusern einschl. des Ledigenheims für Männer zusammen 1749 Personen. Die überwiegende Mehrzahl der Bewohner gehörte dem Arbeiterstande an. Die Badeanstalt verabsolgte an 235 Badetagen 88 557 Brausebäder. Die 82 Ruggartenbeete im Lobmeyrhof waren sämtlich vermietet. Die Rentabilität des Stistungshofs einschl. des Ledigenheims belief sich auf 3,9 % und jene des Lobmeyrhofs auf 8,4 %. Der Lobmeyrhof soll durch Zubau von 7 Häusern mit zusammen etwa 110 Familienwohnungen ausgestellt werden. Das buchmäßige Reinertrögen der Stistung beträgt 2 563 753,50 \mathcal{R} .

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgesetz. Textausgabe. Mit Einleitung und Sachregister. Herausgegeben von Geh. Regierungsrat A. Dittmann. Altenburg S.-A., Stephan Geibel Verlag, 1911.

Eine ebenso handliche wie gut ausgestattete Ausgabe in solidem Einband, mit klarem Antiquadruk auf festem Papier. Die Einleitung, die der als hervorragender Sachverständiger allgemein anerkannte Herausgeber dem Text vorausschickt, gibt dem Leser die sehr erwünschte Orientierung.

Bemerkungen zum Vorentwurf des Strafgesetzbuchs. Herausgegeben von der Justiz-Kommission des Deutschen Vereins für Psychiatrie. Jena 1910. Gustav Fischer.

Das Staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft. Rede, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 24. Februar 1911 von Dr. Bernhard Harms, ordentl. Professor und Direktor des Staatswissenschaftlichen Instituts an der Universität Kiel. Jena 1911. Gustav Fischer.

Über Unfall und Krebskrankheit. Von Dr. S. Löwenstein, jetzt Volontärassistent an der chirurgischen Klinik des städtischen Krankenhauses in Frankfurt a/M. Aus dem Institute für Krebsforschung in Heidelberg. Tübingen 1910. J. Neumannsche Buchhandlung.

Die Fürsorgeerziehung in Preußen. Ihre Anordnung, Ausführung, ihre Kosten und Erfolge. Von Dr. Jar. Wilhelm Gorze, Landesassessor der Provinz Brandenburg. Berlin 1910. Franz Böhlen.

Zumachsteuergesetz vom 14. Februar 1911. Kommentar von Prof. Dr. Stier-Somlo in Bonn. Nürnberg und Leipzig. Verlag von U. S. Seebald. 1911.

Der Vater wert! Ein dramatisches Sittenbild in einem Aufzuge aus der Vorzeit unseres Vaterlandes für Wehrlosen und Jugend-Enthaltungskreis-Vereine von Franziskus Hänel. — Eine Frauenpflicht. Von Frau Gerken-Leitgeb. Vortrag, gehalten auf der 19. Jahresversammlung von Deutschlands Großloge II des Internationalen Guttemplerordens zu Steint in Jahre 1908. Dritte Auflage. — Kind und Alkohol. Von G. Dammeier. Zweite Auflage. — Belehr. Siedenbürgisches Volkschauspiel mit Gesang in zwei Aufzügen. Von Felene Wächner. Sämtlich im Guttempler-Verlag. Hamburg 20.

Gesundheits- und Wohlfahrtspflege der Stadt Elberfeld. Von Kreis- und Stadtrat Med.-Rat Dr. Wolff und Direktor des städt. Nat. Amtes Dr. Raab. Elberfeld 1910. Verlag von J. G. Vorn.

Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Karl Korn. Herausgegeben von der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Berlin 1910. Verlag: Buchhandlung Bornwärts.

Schüttlers Fortbildungsschulkatalog 1911/12. Kritischer Wegweiser durch das Gesamtgebiet der Fortbildungsschulliteratur und der Werke, die sich für Volks- und Fortbildungsschulbibliotheken eignen, nebst einem Verzeichnis von Schriften über Fürsorge und Jugendpflege. F. Grubes Buchhandlung und Antiquariat (Alfred Trösch). Hannover.

Die privaten Versicherungs-Unternehmungen in der Schweiz im Jahre 1909. Bericht des eidgenössischen Versicherungsamts. 24. Jahrgang. Bern. Kommissionsverlag A. Francke. 1911.

Über Beamtenhilfsklassen in der Schweiz und im Kanton St. Gallen im besonderen. Von Othmar Müller, Staats-Schreiber in St. Gallen. Separatabzug aus der 8. Lieferung der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“. 47. Jahrgang. 1911.

Staatliche Submissionspolitik in Bayern. Münchener Volkswirtschaftliche Studien. 98. Stück. Von E. Feuchtwanger, Doktor der Staatswirtschaft. Stuttgart und Berlin. 1910. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 8.00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpennige Zeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Sieheben sind neu erschienen und durch jede Sortimentsbuchhandlung zu beziehen:

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

Herausgegeben von

Gustav Schmoller.

XXXV. Jahrgang. 3. Heft. Preis: 12 Mark.

Inhalt: Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Gustav Cohn. — Die polnische Boykottbewegung in der Ostmark und ihre Ausfichten. Von Walbemar Mitscherlich. — Maximal- und Minimaltarif. Von Hans L. Rudloff. — Zur Frage der sozialen Belastung unserer Industrie. Von Friedrich Lenz. — Über den englischen Parlamentarismus. Vortrag. Von Carl Brinmann. — Franz Anton von Blanc. Ein Sozialpolitiker der thesesianisch-josefinischen Zeit. Von Karl Grünberg. — Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat und seine Auflösung (unter Berücksichtigung der anderen deutschen Kohlen Syndikate). I. Von August Gillinghaus. — Die Organisation der gewerblichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) und ihre Bedeutung für das Gewerbe. II. Von F. W. Brandt. — Güterherrschaft und Landarbeiter in Ostdeutschland. Von August Stalweit. — Bericht über die 30. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Von Emil Münsterberg. — Moderne Geldtheorie im österreichisch-ungarischen Bankprivilegium. Von Walther Federn. — Auslese und Anpassung der Arbeiterklasse. Kritische Betrachtungen zu den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Von Ernst Bernhardt. — Die Juden und das Wirtschaftsleben. Von Ludwig Feuchtwanger. — Erklärung des Herausgebers zu dem Streite zwischen Herrn Prof. Schallmayer und Herrn Prof. Tönnies.

Handel und Verkehr der Deutschen Hanse in Flandern

während des XIV. Jahrhunderts.

Von

Dr. phil. Konrad Bahr.

Preis: 5 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Erster Teil. **Flandern und sein Verhältnis zur deutschen Hanse.** 1. Die Erteilung der ersten gemeinsamen landesherrlichen und städtischen Privilegien an die Deutschen (1252—1309). — 2. Die Zeit der ruhigen Fortentwicklung des deutschen Handels in Flandern und das Emporkommen der flandrischen Städte (1310—1350). — 3. Streitigkeiten zwischen Deutschen und Flandern. Die erste hansische Handelsperre gegen Flandern (1350 bis 1360). — 4. Der Kampf Ludwigs von Male gegen seine Städte und gegen die Vorzugstellung der deutschen Hanse in Flandern (1360—1382). — 5. Der Regierungsantritt Philipps von Burgund. Die zweite hansische Handelsperre gegen Flandern (1382—1392). — Exkurs. Die Datierung der Klageschriften und Privilegienentwürfe der Jahre 1358 und 1359. — Zweiter Teil. **Verkehr und Rechtstellung der deutschen Hanse in Flandern.** 1. Erlaubnis zum freien Verkehr und Handel. — 2. Aufenthalt und Ansiedlung der Deutschen in Flandern. — 3. Die Sicherung des Verkehrs und Handels. — 4. Der Stapel. — 5. Der hansische Warenhandel in Flandern. — 6. Das Abgabewesen. — 7. Die Münze. — 8. Die Hafenordnung. — 9. Flandrische Einrichtungen im Dienste des fremden Geschäftsverkehrs.

Wustrau, Wirtschafts- u. Verfassungsgeschichte eines brandenburgischen Ritterguts.

Von Carl Brinkmann.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forsch. Heft 155.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: I. Die älteste Zeit. — 1. Die Grundherrschaft. — 2. Die Verfassung der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. — 3. Die Kirchenverfassung. — II. Der Verfall der Teilherrschaft. 1. Bis zum Dreißigjährigen Kriege. — 2. Die Kriegszeit. — 3. Anfänge von Melioration. — 4. Die Gutswirtschaft Hans Joachim v. Zietens. — 5. Die Vereinigung der Gutsanteile. — III. Rittergut und Staat. — 1. Anfänge der Staatsaufsicht. — 2. Die allgemeine Separation. — 3. Das Urbar. — 4. Die Regulierung. — IV. Der neuere Großbetrieb. — 1. Wirtschaftsmethode und Arbeitsverfassung. — 2. Die Torfstiche. — 3. Das Fideikommiß und seine Ausdehnung.

Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem in Bosnien und der Herzegowina.

Von

Dr. Karl Grünberg,

Professor an der Universität Wien.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — 1. Grundelgentumsordnung und ländliche Verfassung in vorromanischer Zeit. — 2. Einflüsse der türkischen Herrschaft und des islamitischen Rechts auf die Grundelgentumsordnung und die ländliche Verfassung. — 3. Struktur und Funktionalisierung der ländlichen Verfassung in der Gegenwart. — 4. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage in der ersten Zeit nach der Okkupation. — 5. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage 1880—1910. — 6. Das im April 1911 beschlossene Ablösungsgesetz. — 7. Kritik und Schlußfolgerungen. — Nachtrag.

Reisen in Bolivien und Peru ausgeführt 1908

Mit Unterstützung

des Herrn Professor Dr. Hans Meyer, der Gesellschaft für Erdkunde zu Leipzig und des früheren Kaiserlichen Gesandten Herrn von Waldhausen

von

Rudolf Hauthal.

Mit 123 Abbildungen auf 60 Tafeln, 14 Abbildungen im Text, einer Reiseroute, 3 Kartenskizzen und 6 Anhängen von S. Roth, H. Salfeld, W. Bergt, Pilger, Graf Berlepsch, Perlewitz, von Hasenkamp und R. Hauthal.

Preis 12 Mark.

Kürzlich erschien:

Grundzüge der Handelspolitik.

Von

Dr. Luigi Fontana-Russo,

Professor an der Königl. Handels-Hochschule in Rom.

Autorisierte Übersetzung von Dr. Pfbaum-Rom.

Preis: 10 Mark.

Aus dem Inhalt: Vorwort. Erstes Buch. Der internationale Handel. — Die Vergleichswerte der Kosten und die internationalen Werte. — Die wirtschaftliche Bilanz. — Das Geld im internationalen Handel. — Der Auslandsmehel und das Aufgeld. — Zweites Buch. Die Theorie der Handelspolitik. Die Wirtschaftspolitik und die Handelspolitik. — Die beiden Systeme der Handelspolitik. — Die besten Formen des Schutzsystems. — Das Schutzsystem ohne Hölle. — Die Handelspolitik und die Zölle. — Die Bevölkerung und die Handelspolitik. — Die Handelspolitik und die Verteilung des Reichtums. — Die Handelspolitik zwischen Mutterland und Kolonien. — Die Faktoren der Handelspolitik und der politische Kampf um das Vorrecht von Freihandel oder Schutz. — Drittes Buch. Die Technik der Handelspolitik. Die Zollordnung. — Das Maß des Zolles. — Übertragung und Einschneiden der Zölle. — Die Handelsverträge. — Die Zollautonomie und die Klausel der Meistbegünstigung. — Handelsstatistiken und ihre Vergleichbarkeit. — Alphabetisches Sachregister.

Früher erschien:

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich.

Von

Adolf Günther und René Prévôt.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 114.)

Preis: 6 Mark.

Inhalt: Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland. Von Dr. Adolf Günther. 1. Teil. Das Recht des Arbeiters. 2. Teil. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber. 8. Teil. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in ihrem Verhältnis zum Rechte des Arbeiters. — Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Frankreich. Von Dr. René Prévôt. Der Patronage libre. Rechtliche Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis. Wohlfahrtseinrichtungen (spezieller Teil). Systematische Darstellung. — Schlußbemerkung.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Vom 1. Internationalen Jugendgerichtskongress. Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911. Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg. 1394	Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik. 1398
Allgemeine Sozialpolitik. . . . 1399	Unabhängigkeit im Privatbeamtenverhältnis. Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.
Soziale Zustände. 1400	Beiträge zu den Gehaltsverhältnissen der Krankenpflegerinnen. Von Charlotte Reichel.
Rechtspflege. 1402	Betriebsunfall bei Beschäftigung eines Luftschiffs. Von Effessor Lange, Ritzdorf.
Kommunale Sozialpolitik. . . . 1403	Die Errichtung einer städtischen Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten. . 1404	Die Gewerkschaftsinternationale 1909. II.
Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine.	Der 23. Internationale Bergarbeiterkongress.
Streik und Aussperrungen. . 1407	Marinetechiker und Reichsmarineamt.
Arbeitskampfe in der deutschen Metallindustrie.	Arbeitsknechtung in der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen.
Dacharbeiterstreik in London.	
Gemeinnützige Rechtsauskunft. 1409	Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftstellen.
Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftstellen.	Die Mitwirkung von preussischen Referendaren bei Rechtsauskunftstellen.

Rechtsauskunftstellen und Erntefürsorge.	Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftstellen für das Jahr 1910. III.
Die Arbeitersekretariate und Auskunftstellen der freien Gewerkschaften 1910.	Rechtsauskunftstellen und Frauen-Rechtschutzstellen.
3. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeitersekretäre.	Die Rechtsauskunftstellen in Deutschland und England.
Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Gilsheim.	Arbeiterversicherung. Sparkasten 1215
Ämliche Veröffentlichung der R.V.D.	Die Dienstverhältnisse der Krankenpflegeteamen.
Belehrende Vorträge über die Reichsversicherungsordnung.	Die englische Arbeiterversicherungs-vorlage.
Genossenschaftswesen. 1417	Der Steuerkampf der Konsumvereine in Hamburg.
Die schweizer Konsumvereinsbewegung.	Sozialpolitik im Verkehrswesen. 1418
Die Geltung der gewerbergerichtlichen Schutzbestimmungen für die privaten Gewerbebetriebe.	Zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Preußen.
Sicherheitsmänner im Eisenbahnbetrieb.	Wohnungswesen. 1420
Baugenossenschaft Dresden-Land.	Ein Einigungsamt für Mietstreitigkeiten.
Die Förderung des Kleinwohnungsbaues.	Die Wohnungsverhältnisse in Rönigsberg i. Pr.
Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter. 1422	Die Tätigkeit im Gewerbegerichte in Preußen 1910.
Literarische Mitteilungen. . . . 1422	

Vom 1. Internationalen Jugendgerichtskongress.

Paris, 29. Juni bis 1. Juli 1911.

Von Dr. Wilhelm Bloch, Charlottenburg.

Der Wunsch, nachdem eine Reihe von Kulturstaaten sich längere Zeit mit dem Problem der Jugendgerichte, teils theoretisch, teils praktisch beschäftigt hat, einen internationalen Gedankenaustausch zu veranlassen, um, wenn möglich, gemeinsame Richtlinien zu finden, bildete die Grundlage des Pariser Kongresses. In der Tat waren viele Staaten vertreten; die Gesamtzahl der Teilnehmer erscheint dagegen mit 100 bis 150 nicht sehr beträchtlich. Insbesondere fand ich Deutschland quantitativ zu gering vertreten; aus Preußen war nur der verdienstvolle Vorkämpfer der Bewegung, Amtsgerichtsrat Koehne, Berlin, zugegen. Dazu kamen 5 bayerische Vertreter, ein neuer Beweis dafür, welch lebhaftes Interesse die bayerische Staatsverwaltung den Jugendgerichten entgegenbringt.

Während auf unsern beiden nationalen Jugendgerichtstagen, in Charlottenburg 1909 und in München 1910, die juristischen Fragen stark im Vordergrund standen, bezogen sich von den drei Fragen der Pariser Tagesordnung zwei auf die Jugendgerichtshilfe. Was soll man unter diesen Umständen dazu sagen, daß aus ganz Deutschland — wenn man nicht den Münchener Reichsrat Grieser hinzurechnen will — nur zwei Vertreter der Jugendgerichtshilfe aus Berlin (Hr. von Uszt) und Charlottenburg (der Verfasser) zugegen waren? Wir konnten doch, trotz größter Mühe, unmöglich die örtlich gänzlich verschieden gestalteten Organisationen ganz Deutschlands vertreten. Ich wage die Behauptung aufzustellen, daß es Pflicht der öffentlichen Gewalten gewesen wäre, für geeignete Vertreter zu sorgen, denn da die Jugendgerichtshilfe überwiegend von Kräften der Wohltätigkeitsvereine ausgeübt wird, so kann doch lediglich die Geldfrage der Grund der geringen Vertretung gewesen sein. Wo war z. B. das sonst so rührige und Paris viel näher gelegene Frankfurt a. M.?

Der Kongress brachte es mit sich, daß die Franzosen in der Debatte und auch sonst ein natürliches Übergewicht hatten. Das verschaffte uns den Vorteil, daß wir in die französische Jugendgerichtsbewegung den tiefsten Einblick gewinnen konnten. Hier ist alles im Fluß. Es ist auch an der Zeit, daß in Frankreich ein Jugendgerichtsgesetz bald Gesetz wird. Nach der heutigen Gesetzgebung besitzen die Franzosen z. B. noch nicht einmal eine untere Mündigkeitsgrenze der Strafbarkeit. Ein neues Spezialgesetz setzt diese Grenze auf 13 Jahre fest. Das Gesetz, das manchen Wandlungen unterworfen war, hat bereits die Zustimmung des Senats gefunden, ist auch bereits nach unserm Kongress am 12. Juli d. J. einmal in der Deputiertenkammer beraten, aber nicht verabschiedet worden, so daß es erst nach den Ferien im Oktober wieder auf die Tagesordnung kommen kann. Die Pariser haben seit 1907 eine Spezialisierung des Jugendgerichts insofern, als alle Jugendtatsachen an dieselbe Kammer kommen, die Montags Jugendtatsachen hält. Sie hatten auch den Kongress zu einer Sitzung eingeladen. Sie hätten das vielleicht nicht tun sollen, denn das Bild, das sich da entrollte, war zu unerfreulich. Es ist traurig zu denken, daß diese Verhandlungsart schon einen Fortschritt gegen früher bedeutet. Ich erwähne nur: 50 bis 60 Fälle in einer Sitzung; ein großer Saal, der, obgleich die Öffentlichkeit nach Möglichkeit beschränkt ist, angefüllt ist mit dichtgedrängten Scharen Neugieriger; jugendliche Angeklagte, die stets von Schutzleuten, von denen vier

hinter ihnen sitzen, auf die Anklagebank geführt werden. Das Gericht besteht aus drei Berufsrichtern. Wir erfuhren, daß die Jugendrichter bisher oft wechselten. Interessant war für uns die Rolle des Staatsanwalts, der der ganzen Sitzung, ohne das Wort zu ergreifen, beizuhöhen. Auf dem Kongreß hörten wir auch einen der verteidigenden weiblichen Rechtsanwältinnen, Madame Marie Verona, die eine einflußreiche Rolle in der jugendlichen-Bewegung zu spielen scheint.

Der Wunsch, auf dem Kongreß zu möglichst einstimmigen Beschlüssen zu gelangen, war gewiß berechtigt. Die Folge davon war aber, daß man sich an recht allgemeine Wendungen halten mußte. Trotzdem sind Beschlüsse mitunter gefaßt worden, die für einzelne Länder nach Lage ihrer Gesetzgebung gar keinen Sinn geben können.

Die erste Frage betraf die „Spezialisierung der Rechtsprechung für Jugendliche“. Es sollte untersucht werden, auf welchen Hauptgrundlagen die Jugendgerichte beruhen müssen, um ihre größtmögliche Wirksamkeit im Kampfe gegen die jugendliche Kriminalität entfalten zu können. Man hat sich im wesentlichen dabei auf einen Boden gestellt, der uns sympathisch ist und auch in vielem unseren Verhältnissen entspricht. Die Frage: Strafe oder Erziehung scheint sich nach den Berichten der verschiedensten Länder in einem Stadium allgemeiner Überspannung des Begriffs der Erziehung an Stelle der Strafe zu befinden. Wir erleben ja in Deutschland schon manche Reaktion dagegen, und so mußte selbst Koehne in Paris auch auf die Bedeutung der Strafe hinweisen. Zum Beschluß erhoben wurde die Notwendigkeit der Verteidigung (nicht erforderlich aber durch einen Rechtsanwalt) und die fakultative Beteiligung des Staatsanwalts, ein Vorschlag, der bei uns in München eigentlich nur Heiterkeit ausgelöst hatte. . . . Wenn ein so großer Nachdruck auf die Frage: Einzelrichter oder Kollegialgericht gelegt wurde und man sich zugunsten des Einzelrichters aussprach, so ist das damit zu erklären, daß ja bei dem — gedachten — Idealtribunal keine Trennung von Strafgericht und Vormundschaftsgericht mehr bestehen würde. Die Gründe, die man zugunsten des Einzelrichters anführt, liegen überwiegend in dem vertrauten Charakter der Verhandlung zwischen Richter und Jugendlichen. Das besitzen wir ja aber zurzeit trotz der Schöffengerichte infolge der Personalunion der Jugendrichter.

Über die erforderliche Beschränkung der Öffentlichkeit herrschte ziemlich allgemeine Einmütigkeit. Nur will man, nach unseren deutschen Begriffen, der Presse zu scharf auf den Leib; Berichte aus Verhandlungen sollen mit Geldstrafe belegt werden, ebenso die Veröffentlichung der Bilder der Angeklagten u. dgl. Koehne mußte bei diesem Anlasse die Verdienste der deutschen Presse um die Jugendgerichtsbewegung hervorheben. Aber wer Einblick in die französischen Zeitungen genommen hat, wird den Kongreßbeschlüssen zu würdigen wissen.

Wenn beschlossen wurde, daß das Jugendgericht seine erste Entscheidung stets ändern kann, wenn es das Verhalten des jugendlichen erfordert, so ist das nur zu verstehen, wenn man sich vor Augen hält, daß das Jugendgericht im allgemeinen überhaupt kein Urteil mehr spricht — das würde ja nach unseren deutschen Gesetzen auch fast so sein — sondern nur noch vormundschaftliche Maßnahmen ergreift. Der Kongreß hat sich manchen Gelegenheiten und Gesekentwürfen angeschlossen, indem er sich z. B. für eine Bestrafung — Geldstrafe oder Gefängnis — derjenigen Eltern seitens des Jugendgerichts aussprach, die infolge Vernachlässigung der Erziehung ihrer Kinder als verantwortlich für deren Straftaten anzusehen sind. Ein entsprechender Vorschlag fand sich in der Tat in vielen Berichten; jedoch wurde von einer Seite darauf hingewiesen, wie schwer die Tatbestandsmerkmale dieses — negativen — Delikts festzustellen seien.

Die Anhänger unserer Bewegung haben im allgemeinen immer die gleichen Grundanschauungen über die Notwendigkeit der Jugendgerichte. Um aber einmal etwas, was mir ganz originell zu sein scheint, zu erwähnen, so tritt ein französischer Berichterstatter dafür ein, daß auch Kinder unter zwölf Jahren vor Gericht erscheinen sollen. Das habe keine schlechten, sondern gute Wirkungen auf das kindliche Gemütsleben! Wenn man den Knaben mit 12 Jahren nicht vor Gericht stellte, so fände man ihn mit 16, 17 Jahren in hoffnungslosem Zustande doch dort nieder! Derselbe Berichterstatter hält auch — um es hier gleich vorweg zu nehmen — die Anwendung der Schutzaußsicht an den meisten Kindern über 12 Jahre für ausichtslos!

Unter der großen Fülle von Material, das dem Kongreß unterbreitet wurde, finden sich manche Einzelpunkte, die man mit Erstaunen vernimmt. Dazu rechne ich z. B. die Tatsache, daß in

unserem Nachbarstaate Belgien der Justizminister schon am 30. November 1892 einen Erlass unterzeichnet hat, der die uns heute wichtigsten Grundlagen enthält; insbesondere wird auf die genaue Untersuchung des Milieus des jugendlichen und auf eine enge Verbindung mit den Jugendfürsorge-Vereinen hingewiesen. In der Praxis jedoch soll der Erlass nicht genügende Berücksichtigung gefunden haben.

Die zweite Frage betraf die Rolle der Wohltätigkeitsvereine, insbesondere gegenüber den Jugendgerichten und dem Staat. Ihr hat der Kongreß die meiste Zeit gewidmet; meines Erachtens mit Unrecht. Denn eine Reihe der behandelten Fragen waren nicht von großer Bedeutung, andere lösen sich einzig und allein durch örtliche Gewohnheit. Ich kann es beispielsweise nicht für ein wichtiges Problem halten, ob die Vereine, denen man die Jugendlichen zur Überwachung anvertraut, in irgend einer Form staatliche Anerkennung brauchen oder nicht. Auch hat man lange über die Art und Weise verhandelt, wie der Staat die Aufsicht und die Kontrolle über diese Vereine ausüben soll. Daß diese so heiß umstrittenen Dinge bei uns keine Rolle spielen, wird dadurch bewiesen, daß zu der ganzen zweiten Frage aus Deutschland überhaupt kein Bericht vorlag. Der Kongreß sprach sich für die Zulässigkeit des Eingreifens in die Gerichtsverhandlung seitens der Vertreter der Vereine aus, doch schien es, als ob der bei uns übliche Modus, nach dem ein Vortergreifen im allgemeinen sich durch einen vorherigen schriftlichen Bericht erübrigt, den Beifall der Versammlung fand. Da man bei dieser Gelegenheit, offenbar unter dem Eindruck des französischen Verfahrens, von der Anwesenheit eines Verteidigers ausging, so wies ich darauf hin, daß wir uns bei fast völliger Abwesenheit von Verteidigern sehr wohl befinden, auch dürfe man den bekannten nachteiligen Einfluß auf den Angeklagten nicht unterschätzen.

Über die Frage, ob der Verein sich wegen seiner Kosten an den Staat oder an die betreffende Familie halten könne, war es schwer zu einer Einigung zu kommen. Für die Vertreter der Ansicht, daß der Staat unbedingt auch materielle Hilfe leisten müsse — auch ich gehöre zu ihnen — war es interessant zu erfahren, daß in Frankreich die Vereine in gewissen Fällen eine bestimmte Summe Erziehungskosten pro Tag und Kind erhalten. Und Oriefer-München konnte berichten, daß die bayerische Regierung nunmehr auch zu einer pekuniären Unterstützung der Jugendgerichtshilfe übergegangen sei. Das berechtigt zu den besten Hoffnungen auch in Preußen!

Was die Heranziehung der Eltern zu den Kosten der Unterhaltung betrifft, so ergab sich, daß diese im Prinzip wünschenswert, im praktischen Leben aber sehr selten möglich sei, wenn die Kinder aus ihrer Familie herausgenommen sind. Gegen eine Verquickung der materiellen Seite mit der erzieherischen wandte ich mich, als Vertreter der Jugendgerichtshilfe. Es ist nicht angängig, daß uns unsere oft schon mühsame Arbeit noch dadurch erschwert wird, daß die materiellen Interessen der Eltern in Frage kommen. Voraussetzung manches aussichtsreichen Erziehungserfolges ist allerdings das Vorhandensein von Geldmitteln. So lange der Staat sich nicht auf seine Pflichten besinnt, muß die Privatwohltätigkeit eingreifen. Wie oft muß man aber noch darauf hinweisen, welche enormen Ersparnisse der Staat durch unsere Tätigkeit hat! Aus einem Lande wurden dafür sehr lehrreiche Ziffern beigebracht. Colorado berechnet die dem Staate jährlich durch Jugendgericht und Schutzaußsicht ersparnde Ersparnis auf 300 000 Frs.

Die dritte Frage — für den Leser dieses Blattes vielleicht die interessanteste — betraf die Schutzaußsicht. Wenn man — und darauf kommt es ja schließlich auf internationalen Kongressen an — nach möglichst übereinstimmenden Meinungen unter den verschiedenen Völkern fragt, so muß hier gesagt werden, daß die Übereinstimmung sehr groß war. Über das Wesen der Schutzaußsicht ist einfach nichts Neues mehr zu sagen, jedermann verbindet damit einen bestimmten Begriff. Man hatte bei allen Fragen Unterfragen gestellt, und das muß anerkannt werden, daß dadurch eine große Übersichtlichkeit erzielt wurde. Manche Frage hätte ich allerdings kaum vor dem Forum eines internationalen Kongresses zu finden erwartet, z. B. die, ob die Schutzaußsicht auf beide Geschlechter angewendet werden soll. Man hat darüber ganz ernsthaft berichtet, natürlich hat sich niemand im negativen Sinne ausgesprochen. Dabei sei erwähnt, daß sich mehrmals die Ansicht fand: die Mädchen müssen alle unter weibliche Schutzaußsicht, aber auch bei den Jungen eignen sich manche für weibliche Schutzaußsicht!*) —

*) Es entspricht das auch unserer Charlottenburger Praxis.

Die Frage, ob die probation officers bezahlt oder nicht bezahlt (bezw. also beruflich oder ehrenamtlich tätig) sein sollen, kann nunmehr wohl als endgültig gelöst betrachtet werden. Nur das gemischte System hat Existenzberechtigung. Was die besoldeten Beamten betrifft, so sei hervorgehoben, daß Petersburg deren 5 hat und zwar 4 Männer und 1 Frau, und, da sie alle die gleiche Arbeit leisten, so erhält auch diese weibliche Kraft wie die übrigen das Jahresgehalt von 1200 Rubeln, immerhin ein interessanter Beitrag zur Frage der Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit.

Eine eigenartige Idee, die ich schon deshalb der Öffentlichkeit nicht vorenthalten will, weil sie aus Deutschland kommt (Vedder-Dresden) ist folgende: Wie die Männer gegen den äußeren Feind kämpfen (militärische Dienstpflicht), so erscheinen die Frauen besonders geeignet zum Kampfe gegen den inneren Feind der jugendlichen Kriminalität. Es würde von Vorteil für die Sache sein, wenn man den Frauen, die ihre Kräfte in den Dienst des sozialen Erziehungswerkes stellen, dieselben kommunalen und politischen Rechte wie den Männern gäbe. Es hätte in der den Frauen sehr wohlgefallenen Versammlung eine interessante Debatte geben können, wenn nicht der Vertreter des Gedankens an der Teilnahme verhindert gewesen wäre.

Der letzte Punkt — ich muß, wie gesagt, den Kern der Verhandlungen unterwähnt lassen, weil für uns Deutsche über die Aufgaben und Ziele der Schutzaufsicht nichts Neues zu berichten ist — betraf die Dauer der Schutzaufsicht. Es gereicht mir zur Freude, daß der Kongreß hier die einzig mögliche Lösung angenommen hat, nämlich, daß die Aufsicht im Prinzip bis zur Volljährigkeit dauern soll. Nur im Falle, daß frühere vollkommene Besserung eingetreten ist oder daß schärfere Maßnahmen sich als nötig erwiesen haben, endet sie früher. Von zwei Seiten, England und Rußland, ist die mir völlig unverständliche Auffassung vertreten, daß die Schutzaufsicht 6 Monate, höchstens 1 Jahr dauert. Ich kann, trotz der Verdienste und Erfolge, die beide Länder erzielt zu haben scheinen, nicht umhin zu erklären, daß das ein Nichtverstehen der Zwecke der Schutzaufsicht darstellt. Mir wurde persönlich gesagt, wenn jemand 6 Monate sich gut führt, kann man annehmen, daß er nicht rückfällig wird!

Der Kongreß sprach den Wunsch aus, daß denjenigen, die als Helfer an der Arbeit sich beteiligen wollen, möglichst eine technische, d. h. juristische und praktische Ausbildung zuteil wird. Wir Groß-Berliner können uns wohl das Zeugnis ausstellen, daß wir diesem Wunsche seit langem nachkommen.

Zum Schlusse gab es — ich kann es nicht anders sagen — eine Überraschung; es wurde eine Resolution eingebracht und fast einstimmig angenommen dahingehend: „Der Kongreß wünscht, daß die zuständigen Behörden besonders Lehrer und Lehrerinnen für die Sache der Schutzaufsicht gewinnen und daß sie ihnen eine moralische und materielle Belohnung entsprechend den auf diesem Gebiete erworbenen Verdiensten zusichern.“ Da eine Begründung nicht erfolgte, muß ich mich auf die Wiedergabe ohne Kommentar beschränken.

Wie vorauszusehen war, wurde eine internationale Kommission gewählt, die Zeit und Ort eines zweiten Kongresses festsetzen soll.

Es seien mir noch einige persönliche Bemerkungen gestattet. Die Organisation des Kongresses verdient — von einigen Einzelheiten abgesehen — volle Anerkennung. Die schwierigen Verhandlungen gingen glatt von statten, und wir müssen den verschiedenen beteiligten französischen Stellen Dank sagen. Ich will auch noch hervorheben, daß gerade wir Deutschen mit außerordentlicher Liebenswürdigkeit behandelt wurden. Daß Fräulein von Liszt's Ausführungen über die Jugendgerichtshilfsstätigkeit der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“ besonderes Interesse fanden, ist zugleich ein Beweis, daß man wohl nirgends anderwärts ein so fein nach innen und außen durchgearbeitetes System besitzt oder auch nur kennt wie in Berlin. Daß die Tätigkeit der Ärzte beim Kongreß keine Erwähnung fand, bedaure ich; nach dem Bericht gibt es doch noch einige Länder, die sich ihrer offenbar nicht ausreichend bei der vorliegenden Aufgabe bedienen.

Die Wirkung des Kongresses wird sich sicher bald in der Geseßgebung verschiedener Länder zeigen, und das ist schon ein schöner erster Erfolg.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein und die Ablehnung von Einigungsverhandlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik.

In Nr. 42 unserer Zeitschrift hatten wir eine Darstellung über den Verlauf des Ausstandes im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik gebracht. Hierzu geht uns vom „Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein“, gez. Fabian, aus Halle vom 5. August folgende Zuschrift zu:

Es ist unrichtig, daß die Werkverwaltungen jede direkte Aussprache mit den unzufriedenen Arbeitern verhindert haben. Richtig ist vielmehr, daß die Werkverwaltungen, nachdem sie in dem Schreiben an die Vertreter der Arbeiterverbände vom 11. April d. J. darauf hingewiesen hatten, daß Anträge und Wünsche der Belegschaften der Braunkohlenbergwerke von den durch Gesetz oder Arbeitsordnung bestimmten Vertretern an sie zu richten seien, die Arbeiterausschüsse bzw. Vertreter der Belegschaften auf deren Antrag in der Woche vom 16. bis 22. April zur Entgegennahme ihrer Wünsche empfangen haben. Die Betriebsverwaltungen haben hierbei den Arbeitervertretern, die lediglich die Wünsche der Organisationen vorbrachten, nochmals ihren bereits in dem Schreiben vom 11. April niedergelegten Standpunkt auseinandergesetzt und teils die Wünsche direkt abgelehnt, größtenteils aber ihnen etwa 8 Tage später, d. h. in der Woche vom 23. bis 29. April weitere Verhandlungen oder endgültige Antworten in Aussicht gestellt. Diese sind indes von den Arbeiterverbänden nicht abgewartet worden. Schon am 23. April wurde in Bergarbeiterversammlungen einmütig beschlossen, am 24. April die Kündigungen einzureichen, nachdem die Verbandsleitung bereits seit dem 14. April die Kündigungszeile hatte verteilen, unterschreiben und einsammeln lassen. Gleichwohl haben die angekündigten weiteren Ausschusssitzungen stattgefunden.

Nachdem mit den zahlreichen Leuten auch eine große Anzahl von Arbeiterausschusssmitgliedern abgelehrt waren, mußten die Werkverwaltungen auf ihren einzelnen Anlagen Ersatzwahlen stattfinden lassen, weil nach § 80 f o des ABG. das Amt eines Arbeiterausschusssmitgliedes erlischt, sobald es aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Die Ersatzwahlen haben stattgefunden, und da nach § 80 f b a. d. d. der Wahltermin 4 Wochen vor der Wahl durch Anschlag bekannt zu machen ist und nach der Arbeitsordnung in der Regel eine Ersatzwahl in 6 Wochen stattzufinden hat, so waren die durch die Abkehr von Ausschusssmitgliedern unvollständig gewordenen Arbeiterausschüsse etwa Mitte Juni wieder ergänzt.

Der von dem Herrn Staatsminister von Berlepsch ausgehende Gedanke, „falls die Werksbesitzer bei dem Beschlusse beharren würden, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln, von den Bergarbeiterausschüssen Vertreter wählen zu lassen und die Verhandlungen mit diesen Vertretern zu führen“, konnte nicht aufgenommen werden, weil 1. in den zur Zeit des Vermittelungsvorschlages durch Nachwahl ergänzten Arbeiterausschüssen die gemeinsam Abgekehrten nicht mehr vertreten waren, und weil 2. nach § 80 f i ABG. dem Arbeiterausschuß es nur obliegt darauf hinzuwirken, daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt, und er Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des Bergwerkes beziehen, zur Kenntnis des Werksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern hat. Ausdrücklich ist also durch Gesetz „die Tätigkeit des Ausschusses auf das einzelne Bergwerk beschränkt, um so einen Zusammenschluß der Ausschüsse zu gemeinschaftlichen Maßnahmen zu verhindern und klarzustellen, daß sie nur Instrumente der Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf den einzelnen Werken sind“. (Komm.-Ber. des Abgeordnetenhauses 1905 S. 12, 16, 17.)

Aus vorstehenden Gründen sind die von Ihnen aus dem Verhalten der Bergwerksbesitzer gezogenen Folgerungen sowie die daran geknüpften Ausführungen unzutreffend.

In einem an den Herausgeber dieser Zeitschrift persönlich gerichteten Schreiben wird ferner der Vorwurf erhoben, man habe es unterlassen, sich „eine einwandfreie und vollständige Darstellung der Vorgänge zu verschaffen“. Darauf haben wir zu erwidern, daß der Unternehmerverband Partei und Interessent ist und daß wir gerade unseren Pflichten als Herausgeber einer unparteiischen Zeitung entsprochen haben, indem wir einem Berichte Raum gaben, der von einer uninteressierten, neutralen und wohlunterrichteten Seite stammt. In der Hauptsache bestätigt die Zuschrift des Unternehmerverbandes auch nur die Angaben

unseres ersten Berichts. Denn erstens wird zugestanden, daß man vor Ausbruch des Streiks die Wünsche der Arbeiter schriftlich und mündlich rundweg abgelehnt hat. Eine Verhandlung kann man das föhlich nicht nennen, und wenn die Arbeiter nach dieser Weigerung nicht weiter zum „Verhandeln“ bereit waren, so kann man ihnen das nicht allzusehr verargen, wenn es auch faktisch richtiger gewesen wäre, nochmals den Versuch zu machen. Was dann aber weiter die Darlegung betrifft, daß die Arbeiterausschüsse den gesetzlichen Vorschriften gemäß nach Ausbruch des Streiks nicht mehr verhandlungsfähig gewesen seien, so geben wir zu, daß nach dem Buchstaben des Gesetzes eine derartige Konstruktion möglich ist, abgesehen von der jetzt meist verneinten Rechtsfrage, ob mit dem Streik das Arbeitsverhältnis gelöst und damit das Mandat im Ausschuss erloschen ist. Dem Sinne nach aber läuft es doch darauf hinaus, daß man eben nicht verhandeln wollte. Und darauf kommt es wahrlich allein an: Nach Ausbruch des Streiks haben die Unternehmer Verhandlungen in irgendeiner Form, die bei gutem Willen und Entgegenkommen der Arbeitgeber leicht zu finden gewesen wäre, nicht führen wollen, sondern die Macht, in deren Besitz sie selbst sich wußten, sollte entscheiden. Daß sie dabei „korrekt und auf dem Boden des Gesetzes stehend“, wie ihre Aufschrift an den Herausgeber sagt, gehandelt haben, mag ihnen ein Trost gewähren. Andere Leute erblicken darin nur eine Bestätigung des Wortes, daß der Buchstabe tötet, aber der Geist lebendig macht. Denn seit Jahren und Jahren weisen wir ja gerade darauf hin, daß hier in unseren gesetzlichen Einrichtungen eine breite Lücke klast, die jetzt vielfach durch Machtkämpfe zum Schaden des Gemeinwohls ausgefüllt wird, während wir Institutionen für eine friedlich-schiedliche Verhandlung und Einigung fordern, in letzter Linie ein Reichseinigungsamt. Auch die Darstellung der Unternehmer, die wir oben mitgeteilt haben, kann uns in diesem Verlangen nur bestärken.

Allgemeine Sozialpolitik.

Unabhängigkeit im Privatbeamtenverhältnis.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.

Da es für den Angestellten nicht wie für den öffentlichen Beamten eine feste Gehaltskala mit wachsenden Sätzen gibt, so ist er auf eine individuelle Beeinflussung seines Arbeitgebers für die Steigerung des Gehalts angewiesen. Die wichtigste Waffe für ihn ist der Stellungswechsel. Er allein ermöglicht vielen Beamten, sich aus unzureichenden Stellungen in bessere Verhältnisse herauszuheben. Die Furcht vor einem Verlust eines tüchtigen Angestellten, namentlich vor einem Wegengagieren durch die Konkurrenz, ist eins der wirksamsten Motive zu Gehaltserhöhungen. Deswegen müssen die Angestellten Wert auf unbedingte Freizügigkeit legen. Die deutsche Gesetzgebung kommt diesem Bedürfnis allgemein nur soweit entgegen, daß sie für jeden auf längere Zeit abgeschlossenen Dienstvertrag die Kündigungsfrist durch den Angestellten nach 5 Jahren ausspricht; Gewerbeordnung und Handelsgesetzbuch außerdem noch darin, daß sie die Gültigkeit von Konkurrenzklauseln beschränken. Denn diese Klauseln sind das wichtigste Mittel zur Hinderung eines Stellenwechsels, und schon um der Freiheit willen müssen die Angestellten diese unsozialen Abmachungen bekämpfen. Am gefährlichsten für sie sind die sogenannten heimlichen Klauseln, d. h. Abmachungen zwischen den Firmen, nicht ohne gegenseitiges Einverständnis Angestellte der Konkurrenz in Dienst zu nehmen. Privatbeamtenverbände haben vielfach um strafrechtliche Ahndung solcher Vereinbarungen petitioniert; es dürfte genügen, wenn sie als unbedingt ungültig und zum Schadenersatz verpflichtend erklärt würden. Das gleiche gilt von der Hinderung arbeitswilliger Angestellter durch schwarze Listen, wie sie leider selbst Staatsbehörden verwenden. Dagegen wäre eine scharfe Strafe wohl am Platze gegen diejenigen Arbeitgeber, welche ihre Angestellten durch Abgabe des Ehrenworts in scharfe, rechtlich unzulässige Konkurrenzklauseln oder ähnliche Beschränkungen zwingen. Denn darin liegt ein verwerflicher Mißbrauch der Ehre des Mitmenschen, die genau so strafbar sein sollte wie das Ehrenwort beim Kreditwucher.

Das zweite große Hemmnis der Freizügigkeit sind die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, namentlich Pensionskassen, denen der Angestellte angehören muß und deren Beitrag ihm ohne weiteres vom Gehalt abgezogen wird. Sie unterscheiden sich von Privatversicherungsgesellschaften dadurch, daß beim Austritt aus dem

Dienstverhältnis oder auch bei der Kündigung kurz vor dem Eintritt des Versicherungsfalles der Angestellte seiner Rechte verlustig geht und nur einen Teil seiner Beiträge zurückerhält. Hervorragende Sachverständige haben diese Verquickung von Arbeitsvertrag und Zwangsversicherung nach bestehendem Rechte für unzulässig erklärt, die Gewerbegerichte haben sich dem meist angeschlossen; aber die Landgerichte als Berufungsinstanz haben die Urteile wieder aufgehoben. Sie sehen keinen Verstoß gegen die guten Sitten darin, wenn Pensionskassen Versicherungsbedingungen haben, die einer geschäftlichen Versicherungsgesellschaft durch Gesetz verboten sind. Wann werden wir endlich den Grundsatz durchführen, daß sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen und öffentliche Anstalten nicht unsozialer sein dürfen als Erwerbsunternehmungen?! Ähnliches gilt von den Beamtenwohnungen und einer Verquickung des Dienstvertrags mit dem Mietvertrag.

Die schlimmste Seite des modernen großgewerblichen Arbeitsverhältnisses aber ist, daß der Arbeitgeber durch das Dienstverhältnis auch über den Betrieb hinaus Gewalt über den Angestellten erhält. Je mehr Menschen auf ein Arbeitsverhältnis angewiesen sind, je mehr die Betriebsmittel sich in wenigen Händen konzentrieren, desto übermächtiger werden die Leiter dieser Betriebe gegenüber dem einzelnen Angestellten. Dieser muß die Arbeit unter den gebotenen Bedingungen annehmen. Aus dem formell freien Arbeitsvertrage wird das einseitige Vorschreiben der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Und dieser benutzt vielfach seine wirtschaftliche Macht, um in das Familienleben und die Staatsbürgerrechte der Beamten einzugreifen. In manchem Betriebe bedarf der Angestellte wie ein öffentlicher Beamter einer Heiratsverlaubnis. In anderen ist ihm vorgeschrieben, wen er in seine Wohnung aufnehmen darf oder muß. Die politische Freiheit steht auf dem Papiere, so lange eine Wahl, die den Wünschen des Arbeitgebers nicht entspricht, mit der Kündigung beantwortet wird. Die Heranziehung der Angestellten zu staatlichen Ehrenämtern, als Schöffen, Geschworne, Stadtvorordner, Beisitzer in den Kaufmannsgerichten, in den Organen der sozialen Versicherung, ist abhängig von dem guten Willen der Arbeitgeber, die ihm Urlaub dazu erteilen müssen. All die schönen Einrichtungen der Gewerbegerichte oder Arbeitskammern fallen zusammen in dem Augenblicke, in dem das organisierte Unternehmertum sie nicht dulden will, sich an den Arbeiten nicht beteiligt und die Beisitzer entläßt. Gemäß ordnet das Gesetz an, daß der Arbeitgeber dem Angestellten für die Erfüllung solcher Pflichten Urlaub gewähren muß und ihn nicht hindern darf. Aber es verwehrt ihm nicht, einem solchen Angestellten zum nächsten ordentlichen Termin zu kündigen oder ihn nicht in Dienst zu nehmen. Das freie Kündigungsrecht des Großunternehmers macht das Arbeitsverhältnis aus dem Rechtsverhältnis zu einem Machtverhältnis, dessen Beseitigung eine der schwierigsten, aber auch wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist.

Soziale Zustände.

Beiträge zu den Gehaltsverhältnissen der Krankenpflegerinnen.

In den „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages“ werden in der Nummer vom 20. Juli 1911¹⁾ die Ergebnisse einer Umfrage über die Pflegeschäften in städtischen Krankenhäusern veröffentlicht und dabei auch die Gehaltsverhältnisse berücksichtigt. Danach erhalten die Schwestern in

Berlin 420—600 M., jährlich um 20 M. steigend, Charlottenburg 480—720 M., alle 2 Jahre um 60 M. steigend, Dortmund 420—600 M., alle 2 Jahre um 60 M. steigend, Düsseldorf 420—600 M., alle 3 Jahre um 60 M. steigend, Götting 300—600 M., alle Jahre um 25 M. steigend, Königshütte 400—850 M., alle 3 Jahre um 75 M. steigend, Offenbach 30 M. monatlich, jährlich um 5 M. bis 45 M. steigend und 100 M. jährlich Pensionsversicherungsbeiträge beim „Deutschen Anker“, Duedlinburg 360—600 M., alle 3 Jahre um 60 M. steigend, Rixdorf 480 bis 720 M., alle 3 Jahre um 60 M. steigend, Zehorn 300—480 M., alle 3 Jahre 2 mal um 30 und 8 mal um 40 M. steigend, Leipzig 24 M. monatlich, nach 2 Jahren 27, nach 3 Jahren 29 M., bei freier Station, wobei die verschiedenartige Ansehung auffällt. Für Götting heißt es z. B.: „Die Naturalleistungen werden bei den Schwestern mit 750, bei der Oberschwester mit 900 M. angesetzt“, in Königshütte sind die entsprechenden Angaben dagegen nur 300 M. für die Schwestern und 400 M. für Oberschwester.

Außer acht gelassen sind die Bezüge der Schwestern in Oberpfalz, über die die „Mitteilungen“ auch Auskunft geben, sowie eine besondere „Lehrzulage“ in Offenbach und „Prämien“ nach 5, 10 und 15 Dienstjahren in Leipzig.

¹⁾ Artikel: Eigene Schwesternschaften an städtischen Krankenanstalten.

Diese Angaben können jedoch leicht ein zu günstiges Bild ergeben, denn es sind Abzüge für Invalidenversicherung und Steuern zu berücksichtigen, und namentlich verschlingt der Ferienaufenthalt einen verhältnismäßig großen Teil des Gehaltes. Kostgeldbezüge während des Urlaubs sind leider nämlich noch keineswegs überall die Regel. Neuerdings hat sich die Stadt Zeitz, die oben nicht mit angeführt ist, zu einer Kostgeldentschädigung von 50 M während des Urlaubs entschlossen, zahlbar vom nächsten Jahr an. Über die Sorge, die ein Urlaub ohne Entschädigung den Schwestern bereiten kann, heißt es in der Broschüre: „Dienstvertrag der Krankenpflegerinnen“:²⁾ „Es fehlt die wohlthätige Bestimmung der Gefindeordnung, wonach dem Dienstpersonal in solchen Fällen ein Kostgeld gezahlt werden muß. . . Die Unterhaltungskosten in den Ferien bilden eine ständige Quelle der Sorge für die Schwestern, so daß ihnen oftmals die Wohlfahrt der Erholungszeit zur Plage wird. Selbst die Stadt Berlin hat sich bisher noch nicht zu freiwilligen Leistungen in dieser Hinsicht entschlossen.“ Es liegt auf der Hand, daß etwa 100 M oder mehr für einen wenn auch bescheidenen Ferienaufenthalt, falls keine Verwandten zur Aufnahme der Schwester bereit sind, sehr schwer ins Gewicht fallen.

Dazu kommt, daß die Krankenpflegerinnen gewöhnlich nur die untersten Stufen der Gehaltskala erreichen. Die Berufsorganisation, die ca. 3000 Mitglieder der verschiedensten Kategorien umfaßt, hat eine durchschnittliche Dienstzeit von nur 7½ Jahren ausgerechnet, und der württembergische Staatsminister des Innern äußerte kürzlich im Landtage:³⁾ „Der Dienst der Wärter und Wärterinnen stellt an die physische Kraft und an die Nerven so hohe Anforderungen, daß nur jugendlich kräftige Leute dieser Aufgabe gewachsen sind; ein Wärter in vorgerückten Jahren und eine Wärterin in solchen Jahren sind für den Dienst einfach nicht mehr brauchbar. Es besteht daher in einem Teil des Deutschen Reiches, so in Hessen, daß Grundfaß, daß sämtliche Wärter und Wärterinnen nach sechs Jahren aus dem Anstaltsdienst entlassen werden.“ (NB.: Mit einer Abgangsprämie). Selbst wenn man nun für die angeführten städtischen Schwestern, die sich doch immerhin in bevorzugten Verhältnissen befinden, etwas bessere Verhältnisse in Bezug auf die Länge der Dienstzeit annehmen will, so können doch Angaben wie bei Königshütte „bis 850 M“ irreführend wirken, da diese Summe voraussichtlich doch kaum jemals erreicht werden wird.

Immerhin, die angeführten Gehälter sind verhältnismäßig gut zu nennen gegen das, was durchweg von den Diakonissenanstalten und meist vom Roten Kreuz geboten wird. Daß die Diakonissinnen nur ein „Taschengeld“ beziehen, ist allgemein bekannt, nicht aber, daß die Bezüge von Kaiserwerth: 105 M jährlich, wofür auch ein Teil der Kleidung zu bestreiten ist, als Durchschnittsentslohnung gelten können. Erhebliche Abweichungen nach oben und unten kommen vor, z. B. Dresden: 80 M jährlich, Münster i. W. (Diakonissen Mutterhaus Frauenhülse für das Ausland): 180 M jährlich für Ausgebildete. Nürnberg zahlt nach der Eingsegnung nur 5 M monatlich bei täglicher Arbeitszeit von 6–9 Uhr und außerdem ohne besondere Ruhezeit alle drei bis vier Tage eine fünfstündige Nachtwache (also dann ein Arbeitstag von 20 Stunden!) Die in den Flugblättern des Roten Kreuz gemachte Gehaltsangabe „300–600 M“ ist viel zu hoch gegriffen, besonders wenn man wieder bedenkt, daß praktisch doch in der Hauptsache die Gehälter in den ersten Arbeitsjahren am meisten in Betracht kommen. Nachstehend einige Angaben über die wirklichen Verhältnisse:

(Sämtliche Angaben beziehen sich auf ausgebildete Schwestern): Olaghaus, Stuttgart: Keine Belohnung, sondern nur ein „Taschengeld“; — Weidenburg: im 1. Dienstjahr 27 M vierteljährlich, für die drei nächsten Jahre 60 M jedes Vierteljahr und dann 75 M vierteljährlich; — Elberfeld: im 2. Jahr 180 M, jedes fernere Jahr 80 M mehr bis zu 380 M, nach zehnjähriger Dienstzeit 390 M; — Vaterländischer Frauenverein Frankfurt a. M. (dieser Art Anstalten gehören zum Roten Kreuz): im 1. Jahr nach der Ausbildung 200 M, im 2. 240 M, steigend jedes Jahr um 40 M, so daß also nach 10 Dienstjahren erst 560 M bezogen werden; — Bethesda-Geseten: 240 M, steigend bis 400 M nach zehnjähriger Dienstzeit; — Westfalen: 180 M, steigend bis 420 M nach zehnjähriger Dienstzeit. Die Beispiele dafür, daß die Angabe „300–600 M“ bei weitem zu günstig ist, ließen sich vervielfältigen.

Bei der Gehaltsfrage sind auch die teilweise unendlich langen Arbeitszeiten zu bedenken. Zwar, die direkt städtisch angestellten Schwestern pflegen verhältnismäßig (!) noch einigermaßen menschenwürdige Arbeitszeiten zu haben, Berlin z. B. 10½ Stunden effektive Arbeitszeit, bei Nachtwachen aber 13 Stunden. Die Mutterhäuser

haben dagegen auch jetzt noch z. T. Arbeitszeiten, die man nicht für möglich halten sollte. So heißt es z. B. im Prospekt der Olagshwestern, Rotes Kreuz, Stuttgart: „Wenn es irgend möglich ist, sollen die Schwestern am Tage nach der Nachtwache zu geeigneter Zeit einige Stunden schlafen“, und bei den Diakonissen ist gar folgender extremer Fall bekannt geworden: Eine junge Schwester hat jahrelang als einzige Pflegerin in einem Krankenhaus mit 25 Betten gearbeitet (also auch Nachtwache geleistet!), davon 15–20 dauernd belegt mit Kranken jeder Art. Sie hatte überhaupt für alles nur ein Dienstmädchen zur Verfügung, mußte also auch noch den Haushalt leiten und selbst kochen, ja auch noch den Garten bebauen und Gemüse zum Verkauf ziehen. Oft hat sie bis 3 Uhr gewacht und dann bis 6 Uhr im Garten gearbeitet. Zugegeben sei aber, daß sich die Verhältnisse in den letzten 10 Jahren gebessert haben und daß teilweise auch die Mutterhäuser bestrebt sind, sich den modernen Anschauungen mehr oder weniger anzupassen. Charlotte Reichel.

Rechtspflege.

Betriebsunfall bei Besichtigung eines Luftschiffes. Wie die Fortschritte der Technik in die Unfallversicherung und Rechtsprechung hineinpielen und wie schwierig oft die rechtliche Beurteilung der Frage ist, ob ein Unfall „bei dem Betriebe“ vorliegt, zeigt folgender Fall. Ein Otmüller begab sich am 16. September 1909 mit anderen Arbeitern von seinem im dritten Stock der Fabrik gelegenen Arbeitsplatz auf einen von der Fabrik nach dem Redar führenden Aufstieg, um von dort das Großschiff Luftschiff zu besuchen. Der Aufstieg gehörte zu einem Kran der Fabrik, und der Kläger — wenn er auch dort regelmäßig nicht zu arbeiten hatte — war berechtigt, ihn zu betreten. Die Erlaubnis zur Besichtigung des Luftschiffes war den Arbeitern gegeben; die Unterbrechung der Arbeit mochte etwa eine halbe Stunde gedauert haben. Der Kläger ist nun nicht verunglückt, als er nach dem Luftschiff sah, sondern er hatte zufällig einen auf dem Kranhäuschen sitzenden Kanarienvogel bemerkt. Um ihn besser sehen zu können, ging er, nach eigener Angabe, ohne daran zu denken, daß er bereits am Ende des Stegs stand, noch einige Schritte rückwärts und stürzte in den Redar. Hierbei hat er sich Verletzungen an der linken Hand, an den Knien und Füßen zugezogen. Das Reichsversicherungsamt hat das Vorliegen eines Betriebsunfalls verneint und zwar mit folgender Begründung:

„Voraussetzung für die Annahme, daß ein Unfall sich „bei dem Betriebe“ ereignet (§ 1 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes) ist, daß die Zweckbestimmung der Tätigkeit, die Anlaß zu dem Unfall gegeben hat, auf den Betrieb gerichtet war. Die Tätigkeit darf nicht bloß eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgen, die mit dem Betriebe keinen Zusammenhang haben. Dies grundsätzliche Erfordernis hat das Rekursgericht, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, in wiederholten Entscheidungen dahin ausgelegt, daß der Arbeiter während seines Aufenthalts an der Betriebsstätte nicht nur bei den dem Betrieb unmittelbar dienenden Einrichtungen versichert ist, sondern auch bei denjenigen Handlungen, die er während einer kurzen Unterbrechung der Betriebsstätigkeit zu eigenwirtschaftlichen Zwecken vornimmt, vorausgesetzt, daß es sich hierbei um Tätigkeiten handelt, wie sie sich naturgemäß aus dem längeren Aufenthalte des Arbeiters auf der Betriebsstätte ergeben, und daß der Arbeiter durch ihre Ausführung nicht betriebsfremden Gefahren ausgesetzt wird. So hat das Reichsversicherungsamt unter anderem in einer Rekursentscheidung vom 6. Mai 1908 — Prozeßliste 19294 — den Unfall eines Installateurs, den dieser auf einem Neubau erlitt, als er auf das Gerüst, das er im übrigen öfter bei seiner Betriebsarbeit zu betreten hatte, gestiegen war, um einen Leitzug anzusehen, als Betriebsunfall anerkannt. In einer neueren Entscheidung vom 18. November 1910 — Prozeßliste 5602/10 — hat das Reichsversicherungsamt einen Unfall als Betriebsunfall angesehen, den eine Arbeiterin erlitt, als sie gemeinsam mit wohl allen Mitarbeitern die Arbeit ausgeübt hat, um nach dem zum ersten Male über Ratzen fliegenden Zepplinschen Luftschiff zu sehen. Das Reichsversicherungsamt hat in dieser Entscheidung ausgeführt, daß das eine menschlich durchaus verständliche, den Interessen des Betriebes auch kaum zuwiderlaufende Handlung gewesen sei, die dem Willen des Unternehmers nicht widersprach und den Verletzten auch keiner betriebsfremden Gefahr aussetzte.“

Im vorliegenden Falle hat der Senat auch bei Anwendung des oben wiedergegebenen Grundgesetzes einen Betriebsunfall trotz der Ähnlichkeit der Sachlage mit der zuletzt erwähnten Entscheidung nicht anerkennen können. Die Frage, ob der Kläger, als er am 16. September 1909 auf den Aufstieg hinausging, um von dort aus das Luftschiff zu sehen, innerhalb des örtlichen Bereichs der Betriebsstätte geblieben ist, ist nach dem eingangs über die Betriebsstätte Gesagten zu bejahen. Damit steht an sich aber auch weiter zugunsten des Klägers fest, daß

²⁾ Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1,40 M, 1910.

³⁾ Mitgeteilt in Nr. 14 der Zeitschrift „Der Krankenpfleger“.

die Gefahr, von dem Laufstran abzukürzen, für ihn nicht eine betriebsfremde Gefahr war, denn er war ihr auch bei seiner Betriebsarbeit ausgesetzt. Gleichwohl liegt hier kein Betriebsunfall vor. Auch wenn man die Beschäftigung des Großhändlers Lufschiffes trotz der ziemlich langen und offenbar allgemeinen Unterbrechung der Arbeit in Übereinstimmung mit der angeführten Rekursentscheidung vom 18. November 1910 — und der Senat hatte keinen Anlaß, von dieser Auffassung abzuweichen — in Rücksicht auf das außergewöhnliche des Ereignisses noch dem Betriebe zurechnen will, so ist hier doch wesentlich und entscheidend, daß der Kläger nicht hierbei verunglückt ist, sondern bei dem auch äußerlich durch das besondere weitere Zurücktreten des Klägers auf den Laufsteg gesonderten Schauen nach einem Kanarienvogel. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Kläger den Zusammenhang mit dem Betriebe unterbrochen haben würde, wenn er lediglich, um nach diesem Vogel zu sehen, seinen Arbeitsplatz verlassen und den immerhin ziemlich entfernten Laufsteg aufgesucht hätte, auf dem er zu jener Zeit nicht zu arbeiten hatte. Die Verbindung des an sich ohne Zweifel nicht den Betriebszwecken dienenden Aufenthalts des Klägers auf dem Laufsteg überhaupt mit dem Betriebe blieb eben nur infolge des besonderen allgemeinen Interesses bestehen, das das Erscheinen des Lufschiffes bei allen zur Fabrik gehörenden Personen erklärlicherweise erweckte und das dazu geführt hat, daß der Betriebsunternehmer die längere Unterbrechung der Arbeit zuließ, offenbar ohne selbst darin eine Lösung der Arbeiter von dem Betriebe anzunehmen. Diese ausnahmsweise Annahme der Betriebszugehörigkeit kann nun aber nicht dazu führen, auch weitere, zweifellos dem Betriebe nicht zugehörige Tätigkeiten, die sich an eine solche ausnahmsweise noch dem Betriebe zuzurechnende Tätigkeit anschließen, noch als unter dem Betrieb fallend anzuerkennen lediglich deshalb, weil sie in einem gewissen Zusammenhange mit der ersten Tätigkeit stehen. Es würde dies eine Ausdehnung der Versicherungspflicht bedeuten, die mit dem Begriff des Betriebsunfalls nicht vereinbar wäre. Da der Kläger bei einer von dem Betrieb losgelösten Handlung verunglückt ist, ist es auch ohne Bedeutung, daß eine Betriebsbeirückung, der Laufsteg, zu dem Unfall mitgewirkt hat.“ (Pr. L. 16219/10^{6B}.)

Nitzdorf.

Lange, Assessor.

Kommunale Sozialpolitik.

Die Errichtung einer städtischen Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf ist von den dortigen Stadtverordneten beschlossen worden und wird im Oktober d. J. ihre Tätigkeit beginnen. Der Zweck dieser neuartigen Akademie ist die Ausbildung leitender Kommunalbeamter, insbesondere künftiger Stadt- und Landbürgermeister, auf der Grundlage hochschulmäßigen Unterrichts, der einerseits die für den Kommunalbeamten wichtigen Rechts- und Wirtschaftsmaterien, andererseits die verschiedenen Gebiete der kommunalen Praxis berücksichtigt. Als Teilnehmerkreis sollen zugelassen werden: bereits im Amt befindliche Kommunalbeamte, die ihre Kenntnisse vertiefen und erweitern wollen; ferner Referendare und Rechtsbesessene, inaktive Offiziere, Nationalökonomien, Techniker usw.; Abiturienten höherer Lehranstalten. Als Norm für die Zulassung als Vollhörer wird das Abiturientenexamen an einer neunstufigen höheren Lehranstalt oder die Ablegung als gleichwertig zu erachtender Prüfungen (wie z. B. des Offiziersexamens) gefordert, man wird jedoch Ausnahmen machen, namentlich insoweit es sich um bereits in der kommunalen Praxis tätig Gewesene handelt. Den Vollhörern soll Gelegenheit zur Ablegung einer Prüfung am Schluß des Studienjahrs gegeben werden. Gasthörer sollen sowohl für die Gesamtheit des Studienbetriebs als auch für einzelne Vorlesungen zugelassen werden. Die Dauer des Studiums ist auf zwei Semester bemessen, von denen das eine von Mitte oder Ende Oktober bis Ende Januar oder Mitte Februar, das andere von Mitte oder Ende April bis Ende Juni jedes Jahres laufen soll. Die Akademie, die eine rein städtische Anstalt sein wird, soll von einem Direktorium geleitet werden, von dessen Mitgliedern eins besolbet sein wird und die Funktionen des „Studien-Direktors“ ausüben soll. Die gesamten jährlichen Aufwendungen für die Akademie sind auf 20 000 M. jährlich veranschlagt. — Die Anregung zu dieser Neuschöpfung kommt von dem Bonner Universitätsprofessor Dr. Stier-Somlo, der als Studienleiter der Akademie berufen worden ist. — Anfang August ist das vorläufige Vorlesungsverzeichnis veröffentlicht worden, Anfang September wird das spezialisierte folgen. Interessenten erteilt das Oberbürgermeisteramt zu Düsseldorf weitere Auskunft.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Gewerkschaftsinternationale 1909.

II. (Fortsetzung statt Schluß.)

Im österreichischen Bericht wird ausgeführt, die tschechischen Separatisten würden mit ihrem Vorgehen zwar die Gesamtbewegung schädigen, ihr aber nicht die Lebensfähigkeit nehmen; eine leichte Aufgabe sei der „Kampf gegen sechs Fronten“ freilich nicht, und Rücksichtslosigkeit sei statt aller Sentimentalität dringend am Platze. — Unter den einzelnen Verbänden waren 1909 die bedeutendsten die der Eisenbahner (60 661 Mitglieder), der Metallarbeiter (50 858) und der Textilarbeiter (42 666); die stärkste Jahreszunahme hatten die Eisenbahner und die Handlungsgehilfen zu verzeichnen, während außerordentlich große Verluste vor allem bei den Metallarbeitern und Maurern, daneben bei Berg-, Textil-, Holz- und Glasarbeitern bemerkenswert waren; die Verluste sind teilweise auf den Übertritt zu den tschechoslowakischen Verbänden zurückzuführen. — Der Vermögensbestand auf den Kopf des Gewerkschaftsmitglieds betrug 1905 16,88, 1909 23,53 Kr.; unter den Ausgaben überragt die Arbeitslosenunterstützung mit 3,33 Kr. auf den Kopf alle anderen Leistungen; am nächsten kommt diesem Posten derjenige für Bildungszwecke mit 2,33 Kr., dann folgen 2,34 Kr. für Krankenunterstützung. — Unter den 104 Fachblättern der österreichischen Zentralorganisationen befinden sich 7 deutsche, 7 tschechische und 3 polnische Wochenblätter, während 5 deutsche, 4 tschechische und ein polnisches Fachblatt vierzehntägig und 38 deutsche, 24 tschechische und 6 polnische Gewerkschaftsblätter noch seltener (ein- bis dreimal monatlich) erscheinen. Neben den 50 deutschen, 35 tschechischen und 20 polnischen Blättern erscheinen auch 5 italienische, 3 slowenische und 1 ruthenisches Organ; alle diese jedoch erscheinen höchstens zweimal monatlich. Die Auflage aller Blätter zusammen ist monatlich 469 430, wovon 68 v. H. den deutschen, 25 den tschechischen, 4 1/2 den polnischen und 1/8 den italienischen Blättern zuzuschreiben sind, während Slowenen und Ruthenen nur 1 v. H. zusammen stellen.

Die Zahl der Streiks war 1909 nur 495, gegen 721 im Vorjahr und 1086 im Jahre 1907. Es streikten 60 824 Personen in 1 307 Betrieben mit 102 810 Beschäftigten; 1908 waren die entsprechenden Ziffern 78 562, 2702 und 135 871 gewesen, 1907 gar 176 789, 6130 und 287 662. Die Ursache zum Streik war meist in Unzufriedenheit mit den Löhnen, Entlassung von Arbeitern oder Vertrauensmännern oder Unzufriedenheit mit der Arbeitszeit begründet, und zwar lag die erste Ursache vor:

1907 in 70, 1908 in 68, 1909 in 61 Fällen,

die zweite:

1907 in 11, 1908 in 12, 1909 in 13,

und die dritte:

1907 in 26, 1908 in 19, und 1909 in 10, Fällen.

Der Erfolg der Streiks war folgender:

	1907	1908	1909	Fällen,
Voll in	187	160	88	
Teilweise in	592	808	212	
Keiner in	309	253	175	
bei	18 155	10 162	4 335	Streikenden,
bei	121 958	87 336	32 655	
bei	86 681	31 064	19 275	

Die Zahl der Aussperrungen war 1909 20 (1908: 85, 1906: 50) mit 581 betroffenen Betrieben (1908: 268, 1906: 1832), in denen 16 216 Personen beschäftigt waren (1908: 13 425, 1906: 80 522), von denen 12 813 ausgesperrt wurden (1908: 9583, 1906: 67 872). Tarifverträge wurden 1908 insgesamt 886 abgeschlossen; an ihnen waren 58 961 Arbeiter beteiligt; im 1. Halbjahre 1909 kamen für 60 874 Arbeiter Tarifverträge zum Abschluß.

Der Bericht bemerkt, die wirtschaftliche Krisis sei dem Abschluß von Tarifen ungünstig gewesen, warnt aber überhaupt vor einer Überschätzung ihrer Bedeutung, wie sie früher bisweilen zu finden gewesen sei. Schließlich wendet sich der Bericht ausführlich den sozialpolitischen Jahresereignissen zu und bespricht die Verordnung des Handelsministers zum Schutze bei Hochbauten (7. Februar 1907), die des Ackerbauministers über die Kinder und Jugendlichen im Bergbau (8. Juni 1907), die Bleifarbenverordnung des Handelsministers (15. April 1908), die Verordnung desselben Ministers über den Arbeiterschutz bei Steinbrüchen, Bohmgruben usw., ferner die Blei- und Zinkhüttenverordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten (22. Juli 1908), die Arbeitszeitverordnung des Eisenbahnministeriums (4. November 1908), den Erlaß des Handels-

ministers über die Konzeptionierung von Stellenvermittlern für das Gastwirtsgerwerbe (29. März 1909) und die Gesamtministerialverordnung über die Vergebung staatlicher Lieferungen. Ferner wird erwähnt: die Verordnung des Handelsministeriums zur Reform der Gewerbeinspektion (6. April 1909), die Verordnung über Kleinfarbenzufuhr nach Österreich (26. April 1909), die Erlasse des Handelsministers über die Sonntagsruhe im Gastwirtsgerwerbe (8. Mai 1909) und über die Zündhölzchenfrage (30. Januar 1909, 24. Mai 1909; Gesetz publiziert: 13. Juli 1909), weiter: die beiden Handlungsgehilfengesetze vom 4. Februar 1910 und endlich der Erlass des Finanzministers, betr. 51-Stundenwoche in den Tabakfabriken. Am 3. Februar 1909 wurden die Arbeiterschutzbestimmungen der österreichischen Gewerbeordnung auf das neue Reichsgebiet (Bosnien und Herzegowina) übertragen, am 15. Februar 1909 ein Gesetz über die Arbeiterkrankenversicherung für diese Länder erlassen. So gibt der österreichische Bericht eine wohl lückenlose Darstellung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in Österreich zwischen 1907 und 1910.

Aus Ungarn wird vor allem über furchtbare Wohnungsnot in allen Städten des Landes berichtet. Dann geht der Bericht zur Schilderung der vereinsrechtlichen Praxis über und beklagt die großen Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften, im Gegensatz zu des Ministerpräsidenten Versprechen einer liberalen Anwendung des Gesetzes, in den Weg gelegt werden. Auf diese Schwierigkeiten wird teilweise der Rückgang der ungarischen Gewerkschaften zurückgeführt, welcher 1909 nicht weniger als 16 788 Mitglieder betrug (von 102 054 auf 85 266). Bei dem Rückgang ist bemerkenswert, daß die Ziffer der männlichen Mitglieder, die an sich freilich der der weiblichen fast 18fach überlegen war, um 16 v. H., die der weiblichen aber nur um 6 v. H. gesunken ist; diese Erscheinung wird im Bericht nicht zu erklären gesucht, und so verbielt es sich, die Frage aufzuwerfen, ob besonders eigenartige Verhältnisse diese Entwicklung erklären oder ob die allmählich mehr und mehr in ihrer Bedeutung erkannte Fähigkeit und Ausdauer der physischen und psychischen Eigenart der Frau der schweren Organisationsarbeit auf der einen Seite ein größeres Verharren in der Organisation anderseits gegenüberzustellen hat.

Unter den Gewerkschaften Ungarns waren die bedeutendsten Ende 1909 die der Metallarbeiter mit 13 616 Mitgliedern (1908: 21 942), die der Holzarbeiter mit 11 351 (gegen 12 102) und die der Bauarbeiter mit 9 720 Mitgliedern (1908 noch mit 15 500 Mitgliedern an zweiter Stelle!); zugenommen hat von den größeren Organisationen nur der Buchdruckerverein (von 8 918 auf 9 154), von den mittleren die Vereine der Lebensmittelbranchen- und der Leberarbeiter; um mehr als 50 v. H. hat die früher verhältnismäßig nicht unbedeutende Feldarbeiterorganisation an Mitgliedern eingebüßt. Waren die bisher einzeln angeführten Gewerkschaften Landesorganisationen, so bestehen neben den Zentralverbänden (27) auch noch 18 Lokalorganisationen, die größtenteils noch sehr junge und unbedeutende Gruppen darstellen. Bemerkenswert sind ihrer höchsten Mitgliederzahl wegen die Bergarbeiter, deren Mitgliederziffer von 1840 auf 2054 gestiegen ist, die Lastfuhrwerker (gleichgebliebene Ziffer) und die Kellner. Diese letzteren sind in zwei Organisationen gespalten: die der Kaffeehauskellner hat ein Sinken der Mitgliederzahl von 1137 auf 1080, die der Restaurationskellner ein Steigen von 900 auf 1094 zu verzeichnen. Die Veränderungen in der Mitgliederziffer wirkten auch auf die Klassenverhältnisse ein; die Einnahmen sanken um etwa $\frac{1}{4}$ Million Kronen, die Ausgaben freilich um mehr als $\frac{1}{2}$ Million. Die Kasse wies Ende 1909 etwa 1 421 000 Kr. Vermögen auf. — Über die Arbeitskämpfe der letzten fünf Jahre werden statistische Angaben gemacht. Ihnen sei folgendes entnommen:

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Aussp.	Beteiligte Arbeiter	Berlorgene Arbeitstage	Ergebnis:			
					Lohnserhöhung		Arbeitszeitverlängerung	
					für ... Arbeiter	um ... Kr.	für ... Arbeiter	um ... Stunden
1905	346	86	58 512	1 889 235	89 798	3 081 188	82 418	60 038
1906	652	70	60 780	1 019 399	79 333	6 689 066	65 115	68 097
1907	488	133	44 276	1 825 483	75 282	5 680 241	19 587	18 962
1908	251	71	19 414	410 442	7 415	415 445	5 333	4 246
1909	181	32	18 419	418 888	10 140	665 989	5 557	8 066

Diese Ziffern zeigen u. a. einen Rückgang kleinerer Lohnkämpfe, an deren Stelle umfangreichere und vor allem langwierigere in geringerer Zahl getreten sind. Da diese Beobachtung allgemein gemacht werden kann und zum Teil mit der „neuen Taktik“

der Unternehmerverbände bei Aussperrungen zusammenhängt, darf den an sich Zufälle nicht ausschließenden Ziffern des in diesem Bericht statistisch belegten Auftrags doch eine gewisse typische Bedeutung beigemessen werden. — Tarifverträge wurden 1909 in 7 Industrien verzeichnet, sind aber verhältnismäßig recht selten gewesen. (Schluß folgt.)

Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine (Sitz München) umfaßt heute rund 102 000 Mitglieder, von welchen auf Bayern 65 000, auf Bärnttemberg 16 000 und auf Baden 22 000 Mitglieder entfallen. Die Steigerung des Mitgliederzuwachses im Jahre 1910 war mäßig (2600), die innere organisatorische Festigung hat durch Bildung von 91 Bezirksverbänden Fortschritte gemacht. Der Zwangsbezug des Verbandsorgans „Der Arbeiter“ (München) erweiterte sich. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder übertrifft die der Abonnenten immerhin noch um 20 000. Man hat es, so geht aus dem Jahresbericht hervor, im Süden, von einigen Orten mit sehr starker Industrietätigkeit abgesehen, fast durchweg mit einer Industriearbeiterschaft der ersten Generation zu tun, die, selbst noch aus ländlichen Verhältnissen stammend und zum großen Teil in halb- oder ganz ländlicher Umgebung wohnend, schwer für die soziale Arbeit im eigentlichen Sinne zu erwärmen ist. Auch die Gewerkschaftsbewegung kommt nur langsam, doch mit sicherem zahlenmäßigen Bestande zur Geltung. Die katholischen Arbeitervereine wollen ihren Bestand künftig vor allem auch auf dem Lande erweitern. Die Industrie geht immer mehr auf das Land. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie wirkt hier anstachelnd. Der Verbandsstatistik des Arbeiterverbandes angegliedert ist jene über den Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine. Im Jahre 1906 gegründet, gewann dieser Verband ohne nennenswerte Agitation bis zum Schlusse des Jahres 1910 108 Vereine mit 12 103 ordentlichen Mitgliedern. In den Arbeiterinnenvereinen befinden sich 1218 Dienstmädchen, die man sonst, wo es möglich ist, in besonderen Dienstmädchenvereinen zu sammeln pflegt, um die Einheitlichkeit der Bewegung zu wahren. Sämtliche Vereine haben das Verbandsblatt „Die Arbeiterin“ zwangsweise eingeführt. Der Verband der weiblichen Jugendvereine für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen, die sich aus den früheren „Patronagen“ entwickelt und seit dem Würzburger Verbandstage völlig reorganisiert haben, wird im Anschluß an die Statistik des Arbeiterinnenverbandes aufgeführt. Die weiblichen Jugendvereine zählen in Süddeutschland und vorwiegend in Bayern über 5000 Mitglieder in 74 Vereinen. Die männlichen Jugendvereine mögen etwa 12 000 Mitglieder besitzen. Die von Siegerwald in der „Sozialen Revue“ vorgeschlagene Zentralisation der Bewegung der katholischen Arbeiter- und Junglingsvereine wird voraussichtlich in Süddeutschland bald angestrebt werden.

Der 23. Internationale Bergarbeiterkongreß (London, 24.—28. Juli) war von mehr als 160 Delegierten aus Großbritannien (127), Deutschland (16), Belgien (7), Frankreich (8), Schweden, Österreich, Holland besucht, die zusammen gegen 900 000 Bergleute vertraten. Nach einer Rundschreibung für den Weltfrieden beschäftigte man sich mit der Frage der Einsetzung von Arbeiteraufsichtsbeamten; man beharrte auf der alten Forderung, wonach in den Bergwerken praktische erfahrene Inspektoren angestellt sind, die vom Staate bezahlt und von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden. Bezüglich der Kohleregelung wurden die Festschließung eines zum Lebensunterhalt ausreichenden Mindestlohnes und die Einführung von Tarifverträgen gefordert. Was die Arbeitszeit betrifft, so trat man wieder für die gesetzliche Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt ein, an besonders heißen und nassen Orten dürfe die Arbeitsdauer 6 Stunden nicht überschreiten; ferner wurde ein französischer Antrag auf Einführung einer 48stündigen Höchstarbeitswoche angenommen. Ferner forderte der Kongreß für Verunglückte, invalide, alte Bergleute eine auskömmliche Rente. Auch die Forderung der Bergwerkverstaatlichung erschien wieder: die Bodenschätze gehören der Nation und müssen vom Staate zum Nutzen des ganzen Volkes ausgebeutet werden. Auf Antrag der britischen Bergarbeiter nahm der Kongreß eine Resolution an, worin er sein tiefstes Bedauern darüber ausdrückt, daß die Zahl der Grubenunfälle mit und ohne tödlichen Ausgang über und unter Tage in den verschiedenen bergbautreibenden Ländern noch immer im Steigen begriffen sei. Der Kongreß fordert die Regierungen auf, unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, um ein größeres Maß der Sicherheit für die Bergarbeiter herbeizuführen. In der Debatte wiesen die deutschen Delegierten auf die sehr hohe Unfallziffer in deutschen Bergwerken hin. Stark betont wurden die elenden Wohnungsverhältnisse in vielen Kohlenzirkeln, die Regierungen mühten hier einzuschreiten. Ein Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren im Bergbau fand einstimmige Annahme, dagegen enthielten sich die englischen und französischen Delegierten bei der Forderung des Verbots der Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren in der Grube der Abstinenz. Einstimmig wurde die Gewährung von 14 Tagen Ferien verlangt, jetzt besteht nur vereinzelt in Deutschland ein kurzer Erholungsurlaub. Wie in fast allen früheren Kongressen beschäftigte man sich auch diesmal wieder mit der Frage der Produktionsregelung, ohne zu praktischen Ergebnissen zu gelangen. Nach dem Bericht des Prüfungsausschusses stellt sich das Verhältnis der Organisierten zu den Beschäftigten folgendermaßen: England 1 Million Beschäftigte: 605 100 Organisierte; Frankreich

210 000 Beschäftigte; 40 000 Organisierte; Belgien 128 000 Beschäftigte; 28 000 Organisierte; Deutschland 800 000 Beschäftigte; 168 652 in den drei vertretenen Verbänden Organisierte (der Christliche Gewerbeverein mit 80 000 Mitgliedern war in London nicht vertreten); Holland 6000 Beschäftigte; 1000 Organisierte; Schweden 10 000 Beschäftigte; 2000 Organisierte; Österreich 145 700 Beschäftigte; 18 700 Organisierte.

Streiks und Aussperrungen.

Marinetechniker und Reichsmarineamt. In letzter Stunde ist durch ein Einlenken des Staatssekretärs des Reichsmarineamts verhütet worden, daß die Bewegung der Marinetechniker (Sp. 1284) die äußersten Konsequenzen gezogen hat. Während es sich anfangs nur um 28 Bautechniker gehandelt hatte, die fast alle im Deutschen Technikerverband organisiert sind, trat bei der hartnäckigen Weigerung des Reichsmarineamts, von ihren unsozialen Forderungen (Umwandlung des Beamtenverhältnisses in Privatbeamtenstellung mit Verlust der Pensionsberechtigung, Kürzung des Anfangsgehaltes, Verschlechterung der Kündigungsbedingungen usw.) eine allgemeine Solidarität aller Techniker zutage. Wie die „Deutsche Technikerzeitung“ (Heft 32) berichtet, gaben sämtliche Stimmzettel der im Technikerverband organisierten Techniker in Kiel und Wilhelmshaven, die eine geheime Abstimmung Ende Juli veranstaltet hatten, den Entschluß des Ausscheidens kund; ebenso sei die Stimmung in Helgoland, Müritwil, Cuxhaven, Sonderburg gewesen. Auch die im Bunde der technisch-industriellen Beamten organisierten Techniker der Maschinen-, Schiffbau- und Torpedorefforts halten sich von vornherein mit den Bautechnikern solidarisch erklärt und ebenfalls die Anerkennung jenes Dienstvertrages verweigert und ihre Kündigung für den 15. August in Aussicht gestellt. Beide Organisationen hatten den stellenlos werdenden Mitgliedern volle Gehaltszahlung zugesagt. Während noch am 22. Juli ein Erlaß des Staatssekretärs erklärt hatte, daß er in der Lohnfrage mit sich reden lassen würde, daß er die Überführung der Beamten in die Stellung als privatrechtlich Angestellte erleichtern und schließlich auch „reduktionsartige Änderungen“ des Vertragsmusters gutheißen werde, zeigte sich angesichts der solidarischen Entschlossenheit der Marinetechniker und ihrer Organisationen bei den äußeren Ämtern in den letzten Zultagen größere Nachgiebigkeit: die am 1. August ausgeschiedenen 28 Bautechniker (Kiel, Wilhelmshaven, Danzig) blieben auf Wunsch ihrer direkten Vorgesetzten vorläufig in Tätigkeit, da dringende Arbeiten vorlagen und ihnen die allerdings unverbindliche Zusicherung gegeben wurde, daß ihre Wünsche, deren Berechtigung durchaus anerkannt wurde, vom Reichsmarineamt schließlich doch erfüllt werden würden. Am 3. August lief dann eine Mitteilung des Staatssekretärs ein, er sei bereit, die von der Kündigung Betroffenen wählen zu lassen: sie mögen entweder in ihr früheres Beamtenverhältnis zurückkehren oder aber einen neuen Dienstvertrag eingehen. Auf dieses Zugeständnis hin traten die Techniker wieder in ihre Stellung ein, und der Konflikt ist damit, wie man aus Technikerkreisen schreibt, zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Wir wollen hoffen, daß ein endgültiger Friede folgt. Der ganze bedauerliche Vorgang, der eine wichtige Beamtengruppe der Reichsmarineverwaltung in die höchste Erregung versetzt und in eine entschlossene Abwehrstellung gedrängt hat, wäre sicher vermieden worden, wenn das Reichsmarineamt sich von vornherein auf den Verhandlungsstandpunkt gestellt hätte. Aber ebenso wie es die Einstellung von Beamtenausschüssen, die die Sache ihrer Kollegen führen, ablehnt, so hat es jede direkte Verhandlung mit den Organisationen der Techniker verweigert, die für ihre Mitglieder eintreten. So kam es zu einem Konflikt, der mit einem Erfolg für die Techniker geendet hat, während auf dem Verhandlungswege sicher ein beide Teile befriedigender Ausweg zu finden gewesen wäre.

Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie. An verschiedenen Orten fast gleichzeitig sind in den Metallgewerben Arbeitskämpfe ausgebrochen, die einen ernsten Charakter tragen. Fast stets nehmen die Dinge denselben Verlauf: bei einer oder mehreren Firmen entstehen Streitigkeiten wegen Lohnforderungen, die Arbeiter legen die Arbeit nieder, darauf kündigen die Arbeitgeberverbände eine Aussperrung an, erfolgt sie, so drohen die Arbeiter mit dem allgemeinen Streik. In Stuttgart hat erfreulicherweise eine Aussperrung in den Daimlerwerken bald durch Verhandlungen zwischen der Leitung des Unternehmens und der Arbeiterorganisation ein Ende gefunden. Ebenso wurde in Düsseldorf in der Hauptsache wegen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung bei 26 Firmen nach kurzem Ausstand eine Ver-

ständigung erzielt. Anders in Nürnberg; nach wochenlangen ergebnislosen Verhandlungen sind am 31. Juli die Arbeiter von 12 Firmen der Blechspielwarenindustrie in den Ausstand getreten. Daraufhin richtete der Verband bayerischer Metallindustrieller an die Arbeiterorganisation die Aufforderung, in den betreffenden Firmen die Arbeit bis 7. August wieder aufzunehmen, widrigenfalls 60 Prozent aller Arbeiter ausgesperrt werden würden. Diese Aufforderung beantwortete die Arbeiterorganisation in einer Versammlung damit, daß sie einstimmig beschloß, am 5. August in den Generalstreik zu treten. Es kamen über 8000 Arbeiter in Betracht. Auch in Thüringen gärt es an mehreren Orten. Verhandlungen haben zwar hier und da zu einer Verständigung geführt. Um aber einen Druck auf die noch Ausständigen zu üben, wurde zunächst am 29. Juli eine Aussperrung in Eisenach und Zschershausen beschlossen; dann aber heißt es in dem Rundschreiben des Verbandes Thüringer Metallindustrieller weiter: „Werden jedoch nicht alle schwebenden Differenzen nunmehr beigelegt, so erfolgt die Gesamtaussperrung des Verbandes am 5. August. Unser Verband zeigt also nochmals ein außerordentliches Entgegenkommen (!) und es steht nunmehr bei der Arbeiterschaft, darauf hinzuwirken, daß eine Einigung erzielt wird, andererseits unweigerlich die Gesamtaussperrung erfolgen muß.“ Diese Drohung ist denn auch verwirklicht worden und am 5. August nachmittags ist die Aussperrung von 9000 Arbeitern erfolgt. Noch bedeutungsvoller sind die Kämpfe im Königreich Sachsen. In Leipzig streikten seit einiger Zeit 450 Arbeiter in den Gelbmehlfabriken. Da diese einer Aufforderung der Arbeitgeber, die Arbeit wieder aufzunehmen, am 25. Juli nicht Folge leisteten, sperrten die Unternehmer weitere 600 Arbeiter aus, und als dies nicht wirkte, beschloß am 28. Juli der Arbeitgeberverband die Aussperrung von 60% aller Arbeiter am 5. August für den Fall, daß eine Einigung nicht erzielt werden sollte. Am 4. August aber nahmen die dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörenden Arbeiter in elf stark besuchten Versammlungen zu dieser angedrohten Maßregel Stellung und erklärten sich mit den Kämpfenden solidarisch. Denselben Beschluß faßte eine Versammlung des christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes. Die Folge war, daß tags darauf wirklich 60%, d. h. 12 000 Mann, in Leipzig ausgesperrt wurden. Ob die übrigen 40% noch beschäftigten Arbeiter von den Aussperrten zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt werden, bleibt abzuwarten. Ferner verlautet, daß das sächsische Kartell der Metallindustriellen, bestehend aus den Bezirksverbänden Chemnitz, Dresden und Leipzig, beschlossen hat, dem Leipziger Verband zu Hilfe zu kommen. Auch soll der Hauptverband in Berlin um Eingreifen ersucht werden. Auch aus Berlin, Breslau, Annen, Barmen-Elsberfeld, Bohwinkel und anderen Orten werden Differenzen in Metallgewerbe gemeldet. Soll es wirklich aus kleinen Ursachen zu einem Riesenkampf in einem Gewerbe kommen, wo die stärksten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter bestehen?

ArbeitsEinstellung in der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigschafen. Wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung waren die Arbeiter des Indigo- und Anilinmagazins bei der Direktion vorstellig geworden. Diese lehnte jede Verhandlung ab. Darauf legten 146 Arbeiter der genannten Abteilung am 20. Juli die Arbeit nieder. Ihnen schlossen sich die Arbeiter des Alizarinmagazins an, da sie aus einem Anschlag der Fabrikleitung ebenfalls eine Ablehnung ihrer Wünsche herauslasen: Wer am 22. Juli die Arbeit nicht wieder aufnehme, sollte entlassen werden. Versuche einer Verständigung stießen bei der Direktion auf Widerstand. Nun breitete sich der Streik von Tag zu Tag mehr aus, auch die Arbeiter anderer Betriebsabteilungen legten die Arbeit nieder, so daß schließlich weit über 3000 Arbeiter von insgesamt 8000 Anfang August im Ausstand waren. Durch Anschlag ließ die Firma verkünden, daß alle der Fabrik treu bleibenden Arbeiter einen Lohnzuschlag von 6 M. in der Woche während der Dauer des Ausstandes erhalten sollten, Jugendliche 3 und 2 M. Dieses Geld sollte jedoch erst nach Beendigung des Streiks zur Auszahlung gelangen. Dieser Anschlag hatte aber die von der Direktion erhoffte Wirkung nicht, im Gegenteil: jetzt lehnten vielfach die in Beschäftigung Gebliebenen Streikarbeit ab. Auch in den Reihen der „Gelben“ wankt es. Die Direktion verstand in neuen Anschlägen, daß die Arbeitswilligen jede Gewalttat melden sollten, damit gerichtliche Bestrafung eintreten könne. Starke Gendarmereiposten sind aufgebaut. Doch verlautet bis jetzt nichts von Unruhen. Nach abermaliger Ablehnung von Verhandlungen haben nunmehr die Arbeiterorganisationen zum Generalstreik aufgefordert. Verlangt werden 10 % Lohnerhöhung, Abschaffung der 24 Stunden-Schicht, Einstellung aller ausländischen Arbeiter. Es wäre — wie die „Köln. Zig.“ sehr richtig bemerkt — im öffentlichen Interesse, das hier von immer mehr oder minder mitberührt wird, zu wünschen, daß man beiderseitig bald in ruhige Verhandlungen eintrete.

Dockarbeiterstreik in London. Nachdem schon seit längerer Zeit eine starke Unzufriedenheit unter den Londoner Hafendarbeitern bemerkt war, ist am 1. August ein Streik unter den Dockarbeitern, Stauern und

Leichterschiffen ausgebrochen, der bald gegen 20 000 Leute umfaßte. Viele Schiffe, darunter solche mit Lebensmitteln, konnten nicht entladen werden. Die Streitenden fordern Lohnerhöhungen für Tagesarbeit und Überstunden sowie Bezahlung der Wartezeiten. Erfreulicherweise haben die Reederei sofort und die Arbeiter nach einigem Zögern dem Vorschlag des Handelsamts zugestimmt, die Streitpunkte einem Schiedsgericht zu übertragen, dessen Vorsitz der Präsident der Handelskammer von London führt. Bereits am 4. und 5. August fanden unter seiner Leitung Besprechungen der Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter statt und am 5. abends wurde in einer großen Versammlung auf dem Trafalgar-Platz das den Arbeitern günstige Ergebnis einer Lohnerhöhung mitgeteilt. Gleichwohl nahmen die Dockarbeiter die Beschäftigung nicht wieder auf, da inzwischen die Fuhrleute und andere Transportarbeiter, 25 000 an der Zahl, in den Ausstand getreten waren. Doch sind auch hier Verhandlungen für eine Verständigung im Gange, denen ein baldiges Ergebnis zu wünschen ist, da ernste Schwierigkeiten für die Verpflegung der Flottenstadt drohen.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Ausbildungskurs für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen. Wie wir bereits mitteilen, wird auf dem diesjährigen, vom 18. September bis 7. Oktober in Frankfurt a. M. stattfindenden Kurs die neue Reichsversicherungsordnung zur Darstellung kommen, und zwar wird dies in besonderen Vorlesungen geschehen, die vom 18. bis 29. September stattfinden. Für die Teilnehmer nur an diesen Vorträgen ist eine ermäßigte Einschreibgebühr von 15 M festgesetzt worden. Anmeldungen sind an das Soziale Museum, Frankfurt a. M., Jordanstraße 19, zu richten.

Die Mitwirkung von preussischen Referendaren bei Rechtsauskunftsstellen wird durch eine allgemeine Verfügung des preussischen Justizministers vom 24. Juni 1911, wie folgt, geregelt:

Die Mitwirkung von Referendaren bei Rechtsauskunftsstellen ist geeignet, diese Stellen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und die Referendare in ihrer Ausbildung zu fördern. Referendaren, die in ihrer Ausbildung schon genügend vorgeschritten und nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen dazu geeignet sind, kann deshalb gestattet werden, bei Rechtsauskunftsstellen mitzuwirken, die von Gemeinden oder von gemeinnützigen Vereinen unterhalten werden.

Weiter hat der preussische Justizminister zur Ausführung dieser Bestimmung noch die folgende Rundverfügung vom 29. Juni 1911 an die Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberstaatsanwälte erlassen:

I. Für die Genehmigung der Mitwirkung von Referendaren bei Rechtsauskunftsstellen gelten folgende Grundsätze:

1. Die Mitwirkung erfolgt ohne Unterbrechung des vorgeschriebenen Vorbereitungsdienstes und darf diesen nicht beeinträchtigen; sie ist eine freiwillige; den Referendaren darf eine Vergütung für die Mitwirkung nicht gewährt werden.
2. In der Regel soll die Genehmigung zu der Mitwirkung Referendaren erst von dem Zeitpunkt ab erteilt werden, von dem ab sie einem Amtsgerichte zum zweiten Male überwiesen werden.
3. Die Referendare haben dem Antrag auf Genehmigung die Erklärung der Rechtsauskunftsstelle oder der diese unterhaltenden Gemeinde oder Vereinigung beizufügen, daß sie der Mitwirkung zustimmen.
4. Vor der Genehmigung ist der für den Sitz der Rechtsauskunftsstelle zuständige Regierungspräsident zu hören.

II. Gerichtsassessoren soll die Mitwirkung bei Rechtsauskunftsstellen als Nebenbeschäftigung nicht gestattet werden; sie können indessen zur Beschäftigung bei den Rechtsauskunftsstellen, bei denen Referendare mitwirken dürfen, von den Provinzialbehörden in entsprechender Anwendung des § 10 Abs. 1 V Nr. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 14. Juni 1909 (Just. Min. Bl. S. 207) beurlaubt werden; dies gilt auch dann, wenn die Beschäftigung gegen Entgelt erfolgt; vor der Beurlaubung ist der für den Sitz der Rechtsauskunftsstelle zuständige Regierungspräsident zu hören.

Rechtsauskunftsstellen und Trinkerfürsorge.

Wie kaum eine andere Wohlfahrts-Einrichtung sind die Rechtsauskunftsstellen infolge ihrer mannigfachen, unmittelbaren Beziehungen zu den bedürftigen Schichten unseres Volkes in der Lage, soziale Schäden kennen zu lernen und ihre Ursachen festzustellen. Daß solche Erkenntnisse und Feststellungen alsdann sehr häufig dazu führen, Abhilfemaßnahmen in die Wege zu leiten, das zeigt die

Entwicklung zahlreicher Rechtsauskunftsstellen zu örtlichen Zentralstellen der Wohlfahrtspflege. Wiederholt ist bereits auf die in dieser Beziehung bei der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle in Lübeck sich zeigende Tendenz verwiesen. In Lübeck hat die Rechtsauskunftsstelle der öffentlichen Schreibstube zu einer blühenden Entwicklung verholfen, sie hat die öffentliche Stellenvermittlung für Hausangestellte und die Zentrale für Krankenpflege mit Erfolg ausgebaut und durch das früher bereits in der „Sozialen Praxis“ des näheren geschilderte Verfahren (vergl. Sp. 116) die Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle auf dem Gebiete der Alimenterbeitreibung in bedeutender Weise ausgestaltet. Eine weitere, auf Veranlassung der Rechtsauskunftsstelle ins Leben gerufene Wohlfahrts-Einrichtung ist die seit Jahresfrist in Tätigkeit befindliche öffentliche Trinkerfürsorgestelle; sie hat jüngst ihren ersten Jahresbericht erstattet, der in ausgezeichnete Weise die Gründung, die Aufgaben und die Tätigkeit der Stelle schildert und in einem eingehenden Schlußkapitel vom „Trinkerelend in Lübeck“ unter Beibringung eines reichen Tatsachenmaterials berichtet. Die Trunksüchtigen dem Alkoholismus zu entreißen, mußte vor Begründung der Trinkerfürsorgestelle meist mißlingen, da die vom Gesetz gebotenen Handhaben (insbesondere Heilverfahren und Entmündigung) nur dann Erfolg versprechen, wenn sie auf Grund einer planmäßig organisierten Trinkerfürsorge erfolgen. Eine solche zu schaffen, erwies sich nicht als schwer.

Die hauptsächlich an der Trinkerfürsorge beteiligten Stellen, die Allgemeine Armenanstalt, das Polizeiamt, die Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte, die Ortskrankenasse, der Guttemplerorden, der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, der Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene und sittlich Verwahrloste und die verschiedenen Frauenvereine bildeten auf Veranlassung der Rechtsauskunftsstelle durch Entsendung je eines Vertreters einen Ausschuß, der durch Beiträge der genannten Behörden und Vereinigungen die erforderlichen Mittel beschaffte, der in dem Direktor des Statistischen Amtes (Dr. Hartwig) einen besonders geeigneten ehrenamtlichen Leiter fand und daher ohne weiteres zur Begründung der Stelle schreiten konnte.

Welch reiches Arbeitsfeld die neue Stelle vorgefunden hat, läßt ihr Bericht mit aller Deutlichkeit erkennen. Die Trinkerfürsorgestelle ist räumlich mit der Rechtsauskunftsstelle verbunden. Ein Hauptteil der Überweisungen an die Trinkerfürsorgestelle erfolgt durch die Rechtsauskunftsstelle; sie erledigt auch in der Hauptsache die eigentlichen Rechtsangelegenheiten, wie die Stellung des Antrags auf Entmündigung oder auf Einleitung einer vorläufigen Vormundschaft. Die eigentliche Fürsorgetätigkeit wird von der Trinkerfürsorgestelle mit Hilfe der Behörden und zahlreicher freiwilliger Helfer aus dem Kreise der Guttempler geübt. Wie sehr auf diese Weise die Trinkerfürsorgestelle des Ausbaus fähig ist, das zeigt die Zahl der in einem Jahre gestellten Entmündigungsanträge. Während in der Zeit von 1900 bis 1903 auf 100 000 Einwohner im Deutschen Reich 1,2 bis 1,7 Entmündigungsbeschlüsse entfielen und in Lübeck (110 000 Einwohner) seit Erlass des Bürgerlichen Gesetzbuchs jährlich eine, höchstens zwei Entmündigungen wegen Trunksucht ausgesprochen wurden, sind von der Trinkerfürsorgestelle im ersten Jahre ihrer Wirksamkeit 22 Entmündigungsanträge veranlaßt worden, trotzdem der Entmündigungsantrag nur das ultimum refugium bildet. Die Handhabe, die das Gesetz in der Entmündigung im Kampfe gegen die Trunksucht bietet, läßt sich bei zweckentsprechender Organisation der Trinkerfürsorge für deren Aufgaben weit mehr nutzbar machen, als dies bisher geschehen ist. Nach dieser Richtung hin selbst vorzugehen oder an anderen Stellen die Anregung hierzu zu geben, dürfte auch für andere Rechtsauskunftsstellen eine dankenswerte Aufgabe sein.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910. III.

9. In Braunschweig, in dem die städtische RA. erst zwei Jahre besteht, ist die Zahl der Besucher auf 7381 (6793 im Vorjahre), die Zahl der Auskünfte auf 7521 (6958) gestiegen. Sehr groß ist hier die Zahl der in der Rechtsauskunftsstelle erzielten außergerichtlichen Einigungen (465), von denen 383 den gewerblichen Arbeits- und Lohnvertrag, 52 den kaufmännischen Dienst- und Lehrvertrag, 9 die Gefindeordnung, 15 den Dienstvertrag nach dem BGB. und 6 sonstige bürgerliche Rechtsstreitigkeiten betrafen. Der Bericht hebt hervor,

„daß die vermittelnde Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle bei Streitigkeiten sich im Laufe der Zeit eine gewisse Wertschätzung erworben hat. Sehr häufig wird seitens der in ihrem vermeintlichen Rechte geschädigten

Personen von vornherein der Wunsch ausgesprochen, zunächst mit der Gegenpartei in gütliche Verhandlungen zu treten, und erst wenn diese erfolglos verlaufen sind, wird der Antrag auf Verfolgung der Angelegenheit im Prozeßwege gestellt."

10. Die Volksauskunft in Königsberg i. Pr. weist 7934 Auskünfte gegen 6741 im Vorjahre nach, also eine sehr bemerkenswerte Steigerung.

11. Die RA. der Firma Dierig in Langenbielau, deren Geschäfte durch den Syndikus der Firma und zwei Hilfsarbeiter erledigt werden, wurde von 219 männlichen und 152 weiblichen Arbeitern und von 49 Handlungs- und Gewerbegehilfen in Anspruch genommen. In den Jahresberichten der Königl. Preussischen Regierungen- und Gewerbeberate 1910 findet sich über diese RA. folgender Bericht:

"In 471 Angelegenheiten wurde Auskunft gegeben, zu deren Erledigung 727 Schriftsätze zu fertigen waren. Von 69 Prozessen, die auf Betreiben der Stelle geführt wurden, sind 34 gewonnen, 2 verloren und 8 durch Vergleich erledigt worden; die übrigen schweben. Die überwiegende Zahl der Prozesse und Zwangsvollstreckungen betraf den Unterhalt der unehelichen Kinder, deren Zahl in Langenbielau groß ist. Um den erheblichen Mängeln entgegenzuwirken, die mit der Verzögerung der in der Regel dem Arbeiterstande entnommenen Vormünder verbunden sind, hat der Leiter der Stelle sich gegenüber dem Vormundschaftsgericht erboten, gemäß § 1797 BGB. die Mitvormundschaft über sämtliche unehelichen Kinder der Arbeiterinnen der Firma zu übernehmen. Die Verhandlungen hierüber waren am Jahreschluß noch nicht beendet. Weiter hat die Stelle den Arbeitern in Versicherungsangelegenheiten, in Armensachen, in Strafsachen und in einer Reihe anderer Rechtsangelegenheiten hilfreich zur Seite gestanden. Wie sich ihre Tätigkeit gegen das Winkelkonsulentenwesen richtete, so war sie auch erfolgreich bemüht, ihre Klienten vor den gröblichen Übervorteilungen durch gewisse Abzählungsgeheiß zu schützen, die geradezu ein Fluch für die Arbeiterbevölkerung sind. Das Vorgehen der Firma darf als vorbildlich bezeichnet werden, zumal die Zahl der bisher von Einzelarbeitgebern errichteten Rechtsauskunftsstellen überaus gering ist."

12. Das Leipziger Volksbureau (7528 Besucher, 8336 Auskünfte) erörtert in seinem Bericht nochmals die Frage der Gebührenreherhebung für die Erteilung von Auskünften.

Die Erhebung einer mäßigen Gebühr ist f. Zt. bei der Gründung des Volksbureaus auf das eingehendste erwogen und schließlich vorgeesehen worden, weil kein Grund vorlag, von der Regel abzuweichen, daß jede wirtschaftliche Leistung auch eine Gegenleistung erfordert. Freilich, wo die Mittel fehlen, wo dauernd oder vorübergehend ein Notstand vorliegt, erleidet diese Regel selbstverständlich Ausnahmen. Hier muß die notwendige Hilfeleistung unter Verzicht auf Gegenleistung erfolgen, sei es im Wege gesetzlicher Armenfürsorge oder privater Wohltätigkeit. Indessen mit Recht bezeichnet es Roscher (System der Volkswirtschaft, 5. Band) als einen leitenden Grundfals jeder guten Armenpflege, Almosen nicht über das dringend Gebotene hinaus zu geben. Soweit nicht dringende Not eine völlig unentgeltliche Hilfeleistung gebietet, da treten jene Einrichtungen ein, die wir unter dem System der "sozialen Fürsorge" zusammenzufassen gewohnt sind, aufgebaut auf dem Grundfals, daß diejenigen, denen sie dienen sollen, sich auch selbst an ihrer Verwaltung, andererseits aber auch an ihren Kosten beteiligen sollen. Dieser Grundfals beherrscht unsere Arbeiterversicherungsgeetze wie überhaupt unsere gesamte soziale Gesetzgebung, er ist der leitende Gedanke auch zahlreicher Einrichtungen und Anstalten privater Fürsorge. Auch die völlige Unentgeltlichkeit der Rechtsauskunft ist notwendig nur für die verhältnismäßig geringe Zahl der Allerärmsten; zwanzig oder dreißig Pfennige für eine Rechtsauskunft kann und konnte auch im Berichtsjahre der weitaus größte Teil der Besucher öffentlicher Rechtsauskunftsstellen sehr wohl erübrigen. Unsere eigene nun mehr als 5 jährige Erfahrung hat uns gezeigt, daß fast alle Auskunftsuchenden diese mäßige Gebühr nicht nur bezahlen können, sondern die Bezahlung sehr häufig auch ausdrücklich wünschen und sie jedenfalls als etwas Selbstverständliches ansehen. Es ist nicht anzunehmen, daß auch nur ein einziger Auskunftsuchender sich durch die bedingte Gebührenpflicht von der Inanspruchnahme unseres Volksbureaus hat abhalten lassen. Und handelt es sich für den einzelnen, auch einschließlich etwaiger Schreibgebühren und Portoauslagen, doch immer nur um kleine Beträge, so wird andererseits die Summe der jährlichen Gebühren stets einen nicht unwesentlichen Beitrag zu den Gesamtkosten der betreffenden Rechtsauskunftsstelle bedeuten, auf den man ohne Not nicht verzichten wollen. Hiervon ausgehend werden wir, die wir nicht eine städtische, sondern eine Vereinsauskunftsstelle sind, die Erhebung einer geringen Gebühr auch fernerhin nicht nur als einen willkommenen und vom Standpunkt der Gemeinnützigkeit aus unbedenklichen Beitrag zu unseren Unkosten, sondern auch als eine grundsätzlich notwendige Bedingung unserer Tätigkeit ansehen.

13. Die städtische RA. in Essen (Ruhr) überläßt neuerdings ihre Räumlichkeiten für einen Nachmittag wöchentlich der vom Verein Frauenwohl eingerichteten Rechtschutzstelle für Frauen.

(Vergl. hierzu „Rechtsauskunftsstellen und Frauen-Rechtschutzstellen“ Sp. 1413).

Unter den 6646 (5919) Auskünften fällt wiederum die große Anzahl von Mietsstreitigkeiten (1176) auf. Der Bericht sagt hierzu u. a.:

Während die Mieter darüber klagen, daß sie nach dem Mietvertrage nur Pflichten, aber keine Rechte hätten und ganz der Willkür des Vermieters ausgeliefert seien, beschwerten sich diese umgekehrt, daß es ihnen an genügenden rechtlichen Mitteln fehle, um ihre Vertragsrechte zu sichern und durchzuführen. Ob hier durch Einsetzung von Schiedsgerichten für Mieter und Vermieter, wie sie verschiedentlich befürwortet werden, abgeholfen werden kann, scheint zweifelhaft. Jedenfalls wäre eine raschere Erledigung von Mietsstreitigkeiten, als es jetzt der Fall ist, sehr erwünscht. Vor allem gilt dies von Räumungsklagen und Klagen wegen Zurückbehaltung unpantbarbarer Sachen, die außerordentlich häufig sind und eine möglichst ungeäumte Erledigung fordern, wenn nicht wertvolle Interessen beeinträchtigt werden sollen.

Auch für die Erledigung der Unfallsachen wünscht der Bericht ein flotteres Tempo. Bei manchen Berufsgenossenschaften ziehe sich das Verfahren leider außerordentlich in die Länge, so daß der Verletzte häufig der Armenpflege anheimfällt und später den Nachteil hat, sich von der mühsam errungenen Rente die Aufwendungen der Armenverwaltung kürzen lassen zu müssen. Die in diesem Bericht ausgesprochenen Wünsche auf ergiebige Beteiligung des Rentenbewerbers am Rentenverfahren sind durch die Annahme der Reichsversicherungsordnung hinfällig geworden. Hervorgehoben sei jedoch, daß auch nach diesem Berichte die Rentenbewerber im dortigen Bezirke fast ausnahmslos darüber klagen, daß es ihnen nicht möglich sei, sich zwecks Begründung ihrer Ansprüche ärztliche Gutachten zu beschaffen, weil ihnen von den Ärzten erklärt würde, daß sie nur auf Ersuchen der Berufsgenossenschaften oder des Schiedsgerichts sich gutachtlich äußern würden. Der Bericht bemerkt hierzu:

Hierdurch wird zunächst dem Verletzten die Verfolgung seiner Rechte, namentlich in der Berufungs- und Revisionsinstanz, sehr erschwert. Denn es ist in den meisten Fällen nicht möglich, ohne Beibringung eines ärztlichen Gutachtens mit Aussicht auf Erfolg Rechtsmittel einzulegen. Eine weitere Folge des ablehnenden Verhaltens der Ärzte ist, daß die Rentenbewerber die Unparteilichkeit der Ärzte anzweifeln und ihre Rechte und Interessen benachteiligt glauben. Es ist oft kaum möglich, das Mißtrauen, daß der Arzt auf Seiten der Berufsgenossenschaft stehe und „es mit ihr nicht verderben wolle“, auszurufen.

Weiter gibt dieser Bericht noch Anregungen für die Abänderung des Lohnbeschlagnahmengesetzes (vergl. Sp. 838).

Die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen der freien Gewerkschaften 1910 (vergl. Nr. 5 der Statistischen Beilage des Correspondenzblattes der Generalkommission vom 17. Juni). Das Jahr 1909 hatte mit 110 Sekretariaten abgeschlossen; neu errichtet wurden 1910: 5 Sekretariate. Berichtet haben für das Jahr 1910 112 Sekretariate; von diesen sind 12 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, von denen 10 auch anderen Personen, nicht nur Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, Auskunft erteilen.

Von den berichtenden 112 Sekretariaten unterstanden 66 dem am Ort bestehenden Kartell und wurden von diesem verwaltet. Für 42 Sekretariate bestand eine besondere Verwaltungskommission. 11 Rechtschutzbureaus des Bergarbeiterverbandes unterliegen dem Vorstande dieses Verbandes, das Sekretariat Waldenburg i. Schl. wird vom Bergarbeiterverband und dem Kartell Waldenburg verwaltet. Das Sekretariat St. Johann-Saarbrücken unterliegt der Generalkommission, das Sekretariat in Coburg einem Kuratorium, bestehend aus je einem Vertreter der Regierung und der Stadt und je 2 Arbeitgebern und Arbeitnehmern.*)

Auskunft geben allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, 78 Sekretariate. 94 (85 im Vorjahre) Sekretariate übernehmen persönliche Vertretungen. Mit Genugtuung wird konstatiert, daß es den Sekretariaten nach und nach gelungen ist, fast überall ihre Anerkennung als ordentliche Vertreter bei den Gerichten durchzusetzen. Wo dies nicht der Fall sei, könne man von Ausnahme sprechen. Statistik wird von 75 Sekretariaten betrieben. Gewerkschaftliche Tätigkeit, also Agitation für die Gewerkschaften, Einberufung von Versammlungen, Leitung und Verwaltung kleiner Zahlstellen, Leitung des Kartells am Ort und ähnliche gewerkschaftliche Arbeiten haben 79 Sekretariate zu erledigen. An einigen dieser 79 Sekretariate macht die gewerkschaftliche Tätigkeit einen erheblichen Umfang der Gesamttätigkeit des Sekretariats aus. Dort, wo das

*) Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht angängig erscheint, dies Sekretariat als ein Sekretariat der Freien Gewerkschaften anzusehen, besonders da dies, wie der Bericht an anderer Stelle selbst erwähnt, aus Staats- und Gemeindemitteln erhalten wird.

Sekretariat Arbeiten gewerkschaftlicher Art nicht zu erledigen hat, bestehen an einigen Orten neben dem Arbeiterssekretariat besondere Gewerkschaftssekretariate, an anderen Orten können die Sekretariate mit anderen Arbeiten, als die des Rechtschutzes nicht belastet werden, da diese allein die volle Arbeitskraft des Sekretariats in Anspruch nimmt. Die Zahl derjenigen Orte, an welchen das Sekretariat durch besondere Beiträge der Mitglieder unterhalten wird, wird immer geringer. Die Organisationen sind nach und nach immer mehr die Träger der Sekretariate geworden.

Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden stieg von 543 304 auf 579 085. 28 631 Personen waren sonstige Personen, also Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende, selbständige Handwerker oder sonst unter dem Sammelbegriff „Sonstige Personen“ zusammengefaßte Auskunftsuchende. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsuchenden Personen 70,9 %.

Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 610 897, 540 474 mündlich, 85 379 schriftlich. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze, 141 083, weist einen kleinen Rückgang auf, der aber unerheblich ist; Frankfurt a. M. und Köln a. Rh. fehlen hier mit Angaben. Von den angefertigten Schriftsätzen entfallen auf das Gebiet der Arbeiterversicherung 84,7, auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 21,0, auf bürgerliches Recht 16,1, auf Arbeits- und Dienstvertrag 9,7 %.

Persönliche Vertretungen wurden 5880 ausgeführt, und zwar 3404 vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, 16 vor dem Schiedsgericht für die Staatsbahnen, 280 vor den Landesversicherungsämtern, 267 vor dem Reichsversicherungsamt. Letztere Fälle sind nur solche, die von den Arbeiterssekretariaten selbst vor dem Reichsversicherungsamt vertreten worden waren, nicht solche, welche das Zentralarbeiterssekretariat zum Zwecke der Vertretung übernommen hat. Ferner wurden vertreten 840 Fälle vor dem Gewerbe-, Kaufmanns- oder Bergschiedsgericht, 694 Fälle vor dem Amts- oder Gemeindegericht und 278 Fälle vor den Verwaltungsbehörden und -gerichten. Der Ausgang der von 89 Sekretariaten vertretenen Rechtsfälle wurde in 16 847 Fällen bekannt. Davon waren 11 784 oder 69,9 % erfolgreich, 5068 oder 30,0 % erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen betrafen 4001 oder 33,9 % die Unfallversicherung, 874 oder 7,4 % die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen, 646 oder 6,4 % Invalidenversicherung und 1889 Fälle oder 15,0 % betrafen den Arbeits- und Dienstvertrag.

Über Einnahmen und Ausgaben haben 100 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahmen betrugen 523 176 M., die Gesamtausgaben 462 148 M. Und zwar gingen den Sekretariaten zu von den Gewerkschaftskartellen 172 881 M., von den beteiligten Organisationen 184 546 M., als laufende Beiträge der Mitglieder 107 086 M.

Über die Gehalts- und Bureauverhältnisse der Arbeiterssekretariate wird erstmalig berichtet.

In 98 Sekretariaten wurden 147 festbesoldete Sekretäre und Hilfsarbeiter bzw. Hilfsarbeiterinnen beschäftigt. 19 Sekretariate wurden im Nebenamt verwaltet. Die Gehälter der Sekretäre und Hilfsarbeiter bewegen sich zwischen 720 und 3000 M. pro Jahr, bis 2000 M. hatten 43 Angestellte, mehr als 2000 bis 2400 M. hatten 51 und über 2400 M. Jahresgehalt hatten 53 Angestellte. Die festgesetzte Bureauzeit beträgt in den meisten Fällen 8 Stunden, an einigen Orten weniger, jährliche Erholungsferien geben von den Sekretariaten mit voll besoldeten Angestellten 86 (zwischen 1 und 4 Wochen schwankend), die Kündigungsfrist ist in der Regel vierteljährlich. In 10 Stellen wird auch Sonntags Sprechstunde abgehalten.

Die Zahl der Auskunftsstellen betrug am Jahresluß 203 (172). Die von den Auskunftsstellen erteilten Auskünfte stiegen von 40 226 auf 46 346.

178 Auskunftsstellen erteilten unentgeltlich Auskunft an alle Auskunftsuchende, 80 nur an Gewerkschaftsmitglieder. In drei von letzteren wurde auch Parteimitgliedern unentgeltlich Auskunft erteilt, in einer weiteren neben diesen auch den Nichtorganisationsfähigen. Die Auskunftserteilung besorgt in 59 Auskunftsstellen der Parteivorstände, in 119 Orten ist eine andere Person mit der Auskunftserteilung betraut, an 26 Orten wird diese Tätigkeit von mehreren Personen ausgeübt. Neben der mündlichen erteilen 174 Auskunftsstellen auch schriftliche Auskünfte. 14 225 Schriftsätze sind von 140 Auskunftsstellen angefertigt, 881 persönliche Vertretungen von 89 Auskunftsstellen wahrgenommen worden. Die höchste Frequenz hatte auch in diesem Jahre Birmaßens (1662 Auskünfte). Von den 46 346 erteilten Auskünften betrafen Arbeiterversicherung 12 747, Bürgerliches Recht 8225, Arbeits- und Dienstvertrag 6714, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 5768, Arbeiterbewegung 1600, Privatversicherung 1050. Für 4253 erteilte Auskünfte fehlen Spezialangaben.

Rechtsauskunftsstellen und Frauen-Rechtsschutzstellen. Der jüngst veröffentlichte 7. Jahresbericht des Rechtsschutzverbandes für Frauen ergibt, daß von den dem Frauen-Rechtsschutzverband angeschlossenen Rechtsschutzstellen im abgelaufenen Jahre u. a. 2333 Fragen des Mietrechts, 1017 Fragen des Sachenrechts, 1790 Erb-

rechts-, 1467 Strafrechts- und 1929 Fälle des Versicherungsrechts, sowie 1061 Angelegenheiten, den Zivilprozeß und die Konkursordnung betreffend, behandelt worden sind. Da unseres Wissens nur eine Frauen-Rechtsschutzstelle mit Juristinnen besetzt ist, kann man sich angesichts jener Zahlen des Gefühls nicht erwehren, daß die Leiterinnen der Frauen-Rechtsschutzstellen trotz ihres Eifers zur Erledigung von Rechtsangelegenheiten der erwähnten Art vielfach nicht imstande sind. Jeder Leiter einer Rechtsauskunftsstelle weiß, wie oft auch juristisch recht zweifelhafte und keineswegs leicht zu beantwortende Fragen aus den bezeichneten Rechtsgebieten die Rechtsauskunftsstellen beschäftigen, Fragen, deren sachgemäße Erledigung unter allen Umständen eine gründliche Vorbildung erfordert. Die vielfach vorhandene Möglichkeit, in zweifelhaften Fällen außerhalb der Sprechstunden den Rat eines Juristen in Anspruch zu nehmen, kann schon um deswillen jene Bedenken nicht zerstreuen, weil nicht selten dem Laien ungewissen ercheinende Momente juristisch von wesentlicher, ja ausschlaggebender Bedeutung sind und daher von den Damen, soweit sie keine gründliche juristische Vorbildung haben, nur zu leicht übersehen werden können. Erwägungen dieser Art mögen es auch gewesen sein, die in Essen (Ruhr) die Stadtverwaltung veranlaßt haben, der vom „Verein Frauenwohl“ seit einigen Jahren eingerichteten Rechtsschutzstelle für Frauen die Räume der städtischen Rechtsauskunftsstelle für einen Nachmittag wöchentlich nur unter der Voraussetzung zu überlassen, daß die Auskunftserteilung sich auf solche Angelegenheiten beschränke, in denen, wie z. B. in Ehe-, Alimentations- und Waisensachen, Frauen und Mädchen erfahrungsgemäß sich gern an Frauen wenden, daß dagegen die Auskunftserteilung in rein rechtlichen Sachen der städtischen Rechtsauskunftsstelle vorbehalten bleibt. Um auch äußerlich dieser Änderung ihres bisherigen Tätigkeitsgebietes Ausdruck zu geben, bezeichnet sich die bisherige Rechtsschutzstelle jetzt als Auskunftsstelle und Beratungsstelle für Frauen. Gleichzeitig kam man überein, daß die Auskunftsstelle und Beratungsstelle für Frauen sich in Fällen, in denen sie selbst nicht in der Lage ist, eine Auskunft zu erteilen, an die städtische Rechtsauskunftsstelle wendet. Eine derartige Abgrenzung des Wirkungskreises dürfte sich auch für andere Orte empfehlen, in denen neben öffentlichen Rechtsauskunftsstellen noch Frauen-Rechtsschutzstellen bestehen.

3. Konferenz der freigewerkschaftlichen Arbeiterssekretäre (Dresden, 3. und 4. Juli). Vertreten waren 85 Sekretariate durch 91 Delegierte. In der allgemeinen Besprechung wurde von mehreren Delegierten der Standpunkt vertreten, daß die Arbeiterssekretäre es ihrer Würde schuldig seien, Vertretungen da abzulehnen, wo sie innerlich von der völligen Aussichtslosigkeit überzeugt seien. Beschlossen wurde, die Jahresberichte, die durch ihre große Zahl an Bedeutung verloren haben, auf die eigentliche Tätigkeit der Sekretariate einzuschränken. Rechtsfragen sollen in den Berichten nicht mehr besprochen werden. Da aber die Verfolgung der Rechtssprechung und die Förderung ihrer Entwicklung als notwendig anerkannt wird, so sprach sich die Konferenz einstimmig für die vom 1. Januar 1912 zu schaffende monatliche Rechtsbeilage des „Correspondenzblattes“ aus, nachdem zuvor der Antrag auf Herausgabe eines eigenen wöchentlichen sozialpolitischen Organs mit 45 gegen 48 Stimmen abgelehnt worden war.

In einem Vortrage über die Rechtssprechung des Reichsversicherungsamts belämpfte Müller-Berlin den Vorwurf zunehmender Rentensucht mit dem Einwande, die Returse der Verletzten seien nicht, die der Berufsgenossenschaften aber bestomehr gestiegen. Erstere seien von 42 v. H. im Jahre 1886 auf 27 v. H. 1910 gesunken, während gleichzeitig die letzteren von 19,8 v. H. (1880) auf 85 v. H. (1910) gestiegen seien; erfolgreich seien von den ersteren 1890 23 v. H., 1910 17,3 v. H., von den letzteren in den gleichen Jahren 85 bzw. 55 v. H. gewesen. Dabei sei das Moment der „Gewöhnung an Unfallfolgen“ besonders in der Rechtssprechung hervorgetreten; bei Verlust eines Auges sei die Herabsetzung der Renten von 33 auf 25 v. H. besonders wichtig. Mehrfach sei das Reichsgericht weitherziger als das Reichsversicherungsamt gewesen, doch sei anzuerkennen, daß letzteres jetzt „Unfälle des täglichen Lebens“, wenn sie sich bei der Arbeit ereignen, den Betriebsunfällen gleichstelle. Die berufsgenossenschaftlichen Bestrebungen müßten durch Aufklärung bekämpft, jede Kritik aber maßvoll gehalten werden.

Die Frage der Haftpflicht, die von Fette-Stuttgart für möglich gehalten wurde, beschloß man, der Generalkommission zur Klärung und Lösung zu überweisen, gegebenenfalls müsse eine Gesamtversicherung der Sekretariate abgeschlossen werden.

Die Rechtsauskunftsstellen in Deutschland und England. In amtlichen Kreisen Englands schenkt man der Entwicklung der unentgeltlichen, gemeinnützigen Erteilung von Rechtsauskunft und Rechtshilfe an Unbemittelte in Deutschland große Aufmerksamkeit. Davon gibt Feignis ein Auszug in der „Board of Trade Labour Gazette“, Juliheft 1911, Seite 284 f., der eine statistische Übersicht über die Bewegung nach dem „Rechts-Arbeitsblatt“ gibt und der Sympathie für diese sozialpolitische

Hilfsfähigkeit Ausdruck verleiht. England hat solche Einrichtungen bis jetzt noch nicht.

Eine städtische Rechtsauskunftsstelle in Hilbesheim ist Ende Juni eröffnet worden. Die Auskünfte werden mündlich erteilt, bei der Anfertigung von Schriftsätzen oder Eingaben sind für die Schreibeite in der Regel 10 \mathcal{M} zu entrichten.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Ämtliche Veröffentlichung der RVO. Die am 1. August ausgegebene Nr. 42 des Reichsgesetzblatts enthält die Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 und das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung vom gleichen Datum.

Die Dienstverhältnisse der Krankenkassenbeamten, insbesondere das Verfahren bei Anstellung, Kündigung und Entlassung von Angestellten und Beamten der Krankenkassen sowie bei Streitigkeiten aus deren Dienstverhältnissen, regelt auf Grund Art. 38 Abs. 1 des Einführungsgezetes zur RVO. der nachfolgende Erlaß des Reichskanzlers. Bekanntlich sind die hierauf bezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung mit ihrer jetzt erfolgten Bekanntmachung in Kraft getreten. Es sind deshalb für die Zeit, in der Versicherungsämter und Oberversicherungsämter noch nicht errichtet sind, besondere Bestimmungen notwendig. Diese lauten:

§ 1. Für die nach Artikel 38 Abs. 1 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zugewiesenen Aufgaben sind diejenigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zuständig, in deren Bezirken die beteiligten Krankenkassen ihren Sitz haben.

§ 2. Soweit das Reichsversicherungsamt (Landesversicherungsamt) für die im Artikel 38 Abs. 1 a. a. D. bezeichneten Angelegenheiten zur Entscheidung berufen ist, entscheidet das Landesversicherungsamt, wenn der Bezirk der Krankenkasse nicht über das Gebiet des Bundesstaates hinaus reicht, im übrigen entscheidet das Reichsversicherungsamt. Ist die Entscheidung von einem Spruchsenat zu treffen, so entscheiden bei dem Reichsversicherungsamt der verstärkte Senat, bei den Landesversicherungsämtern die vorhandenen Senate.

§ 3. Für die Befähigung der Beschlüsse des Krankenkassenvorstandes nach § 349 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, für die widerrufliche Bestellung der für die Geschäftsführung der Krankenkasse erforderlichen Personen und für die endgültige Übertragung der Stelle an die widerruflich Angestellten nach § 350 a. a. D., sowie für die Zustimmung und die Genehmigung nach § 354 Abs. 2, 6 a. a. D. sind der Vorsitzende des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, für die Genehmigung zur endgültigen Übertragung der Stelle (§ 350 a. a. D.) die mit Erledigung dieser Angelegenheiten betrauten Beamten des Reichsversicherungsamts (Landesversicherungsamts) zuständig.

§ 4. Über Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse der Angestellten (§ 358 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung) entscheidet das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Auf Beschwerde (§ 349 Abs. 3, § 358 Abs. 1 a. a. D.) entscheiden die im § 2 Abs. 2 dieser Bekanntmachung bezeichneten Senate des Reichsversicherungsamts (Landesversicherungsamts).

§ 5. Die Beschwerdefrist beträgt einen Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung; für die Frist gelten die §§ 124 bis 184 der Reichsversicherungsordnung.

§ 6. Solange die im § 35 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Bestimmungen über das Verfahren vor den Versicherungsbehörden noch nicht in Kraft getreten sind, gelten auch für die im Artikel 38 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten die allgemeinen Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900, und der Kaiserlichen Verordnung, betreffend den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichsversicherungsamts vom 19. Oktober 1900, sowie der für das Verfahren vor den Landesversicherungsämtern erlassenen Verordnungen der Landesregierungen.

§ 7. Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, bei denen mehrere Spruchabteilungen bestehen, bestimmen, welche Spruchabteilung die im Artikel 38 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten zu erledigen hat. Das Entsprechende gilt für Landesversicherungsämter, bei denen mehrere Senate bestehen.

§ 8. Für das Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung und im Falle des § 354 Abs. 6 der Reichsversicherungsordnung gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Will der Vorstand der Krankenkasse nach § 354 Abs. 2 a. a. D. oder der Vorsitzende des Vorstandes nach § 354 Abs. 6 a. a. D. einen Angestellten entlassen, so ist diesem eine Anschuldungsschrift mitzuteilen. Der Angeschuldigte ist zu hören, er kann sich auch des Beistandes eines Verteidigers bedienen.

2. Wegen den übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand, der die Entlassung ausspricht, steht dem An-

gestellten die Beschwerde an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu. Vor dessen Entscheidung findet eine mündliche Verhandlung statt, in welcher der Beschwerdeführer persönlich erscheinen, sich auch durch einen Verteidiger vertreten lassen kann. Das Schiedsgericht kann nach freiem Ermessen Beweis erheben, für diesen gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung; das Schiedsgericht entscheidet nach freier, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpfter Überzeugung.

8. Die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 gelten entsprechend für das Verfahren bei Entscheidung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts in den Fällen, in denen dieser nach § 354 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung die Zustimmung zu einem Beschluß der Vorstandsmehrheit über die Entlassung oder nach § 354 Abs. 6 a. a. D. die Genehmigung zu der von dem Vorsitzenden des Vorstandes ausgesprochenen Entlassung zu erteilen hat. Auch in diesen Fällen ist gegen den Beschluß, der die Entlassung ausspricht, die Beschwerde an das Schiedsgericht zulässig.

4. Gegen die Entscheidungen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung ist die weitere Beschwerde statthaft, über welche die in § 2 Abs. 2 dieser Bekanntmachung bezeichneten Senate des Reichsversicherungsamts (Landesversicherungsamts) entscheiden. Auch hierfür gelten die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 entsprechend.

Belehrende Vorträge über die Reichsversicherungsordnung werden in Rülheim (Rhein) mit Unterstützung der sämtlichen Krankenkassenvorstände, der katholischen Arbeitervereine, der Christlichen Gewerkschaften, der Gruben- und Hüttenbeamten und mehrerer anderer Vereinigungen von dem dortigen Oberstadtssekretär Prof. Dr. v. d. Hoffen veranstaltet werden, um allen an der Reichsversicherungsordnung Interessierten Gelegenheit zu geben, die Hauptbestimmungen des neuen Rechts kennen zu lernen. Insbesondere werden der Kreis der Versicherten, die Leistungen, die Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten, die Geltendmachung der Ansprüche, die Pflichten und Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, kurz die Versicherungspflicht und das Versicherungsrecht, bei der Prophylaxe die Krankenhaus-, Invaliden- und Hauspflege, Säuglingsfürsorge, Wochenhilfe, Mutterchutz, Genesungsheime, besonders auch die Invaliden- und die Hinterbliebenenversicherung, dann die Aufsicht, Rechtspflege, Beamtenrecht und die Ärzte- und Apothekenfrage vorgetragen und beraten werden. Politische Erörterungen und Kritik am Bestehenden werden gänzlich ausgeschlossen sein. — Derartige rein belehrende Vorträge sind mit Freude zu begrüßen, und es wäre wünschenswert, wenn dies Vorgehen recht viel nachgeahmt würde, da sich durch solche Vorträge mit anschließender Aussprache die neuen Bestimmungen sicherlich rasch in den beteiligten Kreisen einbürgern werden.

Die englische Arbeiterversicherungsvorlage kommt, je weiter die parlamentarische Beratung fortschreitet, in desto größere Schwierigkeiten. Als der Schatzkanzler vor etwa 3 Monaten den Entwurf, der gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit versichern soll, mit einer großen Rede dem Unterhause vorlegte, herrschte allgemeine freudige Zustimmung: alle Parteien, Liberale, Unionisten, Arbeiter und Freen gaben ihre grundsätzliche Zustimmung und priesen die große Tat der Regierung. Schon damals aber regten sich die Gegner außerhalb des Parlaments. Scharfe Einwände erhoben die Ärzte, die Sozialdemokraten verwurften die Beitragspflicht der Arbeiter und wollten die Kosten allein dem Staate und dem Unternehmer aufbürden, alle Freunde des Manchestertums brachten die tausendmal gehörten Einwände gegen jede Staatshilfe vor, unter den Gewerkschaften und Genossenschaften entstanden Befürchtungen, daß sie Schaden haben könnten. Die wirklichen Schwierigkeiten aber entstanden erst, als die Vorlage in die Ausschussberatung kam. Wiederholt mußte die Verhandlung tags, ja wochenlang wegen des großen Verfassungskampfes unterbrochen werden, dessen Druck schließlich auch die Konservativen allmählich in die Opposition gegen den Entwurf trieb. Hunderte von Amendements liefen ein, die Annahme der einen Anträge schuf neue Gegner, die Ablehnung der andern verstärkte die Zustimmung. Der Schatzkanzler kämpfte heldenhaft für sein Werk, gab nach, wo er wirkliche Verbesserungen sah, blieb fest, wo er Schädigungen seiner Pläne erkannte. Die schlimmste Wendung trat Ende Juli ein, als der Führer der Arbeiterpartei, der Abg. Ramsay MacDonald, bei einer verhältnismäßig untergeordneten Frage — das Krankengeld soll dann nicht weiterbezogen werden, wenn die Unfallentschädigung 10 \mathcal{M} in der Woche übersteigt — erklärte, die Arbeiterpartei werde aus einem Anhänger ein Gegner der Versicherung. Die leidenschaftliche Agitation der Sozialdemokraten und Fabier mag zu dieser Schwelung beigetragen haben, dann aber auch Zustände an die Ärzte und die Agrarier, die die Regierung gemacht hat. Nun weist das Unterhaus trotz der wachsenden Opposition zwar immer noch eine sichere Mehrheit für die Arbeiterversicherung auf, aber die Zeit für ihre Verabschiedung wird knapp. Am 5. August war die Ausschussberatung erst bis Kapitel 15 gebrungen, der Entwurf hat deren aber 87. Von der Kranken- und

Invalidenversicherung ist erst etwa ein Viertel durchberaten (Gebungsbereich des Gesetzes, Beitragsverteilung, Leistungen), es stehen noch sehr umstrittene Fragen aus, und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist noch gar nicht in Angriff genommen. Dazu läßt der Kampf der Regierung mit dem Oberhaus ersichtlich die Latenzkraft auf dem Gebiete der Sozialreform. So ist es sicher, daß der Gesetzentwurf in dieser Session, die am 18. August schließt, nicht zu Ende beraten wird, man verschiebt ihn auf eine Herbsttagung, und die Gegner in und außer dem Parlament bieten alles auf, um aus diesem Aufschub eine Vernichtung des großen Werkes zu machen. Selbstverständliche haben sich auch in Deutschland unverständliche Leute dazu verleiten lassen, die Bedeutung des englischen Versicherungsplans herabzusetzen und damit ihren englischen Gegnern Waffen zu liefern. Wir möchten diesem törichtem Vorgehen, das aus manchen Einzelheiten zu einer Geringschätzung des Ganzen kommt, entgegenhalten, was einer der besten Kenner des gesamten Versicherungswesens, Prof. Dr. Ranes, in einem Aufsatze der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft“ (Band 9, 4. Heft, 1. Juli 1911) schreibt: „Die englische Sozialversicherungsvorlage hat auch eine außerordentlich große weltwirtschaftliche Bedeutung, insofern einerseits in dem Kampf um den Weltmarkt die britische Industrie künftig mindestens die gleiche, wahrscheinlich aber viel größere soziale Lasten zu tragen haben wird als die deutsche, während andererseits die englischen Arbeiter mindestens die gleichen volkshygienischen und andere Vorteile genießen werden, die der deutschen Sozialversicherung entspringen.“ Prof. Ranes hält es für möglich, daß dem Mutterlande auch die großen Kolonien folgen werden, so daß die soziale Zwangsversicherung zu einer internationalen Institution wird. Nach diesem Ziele hin arbeiten seit Jahren die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Internationale Kongress der Sozialversicherung.

Genossenschaftswesen.

Der Steuerkampf der Konsumvereine in Hamburg

hat mit der Annahme der Konsumvereinssteuer durch den Senat am 30. Juni keineswegs sein Ende gefunden. Die Ungerechtigkeit und Unzumutbarkeit war ja auch bei den Schlussberatungen der Bürgerschaft, zumal in einer Rede des Bankier Warburg von der Reden, aufs neue so greifbar dargelegt worden, daß kein Zweifel herrschen konnte: Die Konsumvereinssteuer würde bei ihrer praktischen Durchführung gewiß noch auf manche Hindernisse stoßen und die 150 000 M., die der Hamburgische Staat bei schematischer Annahme einer 8%igen Umsatzdividende als Mindesteinkommen einer Warenverfleißunternehmung aus den Konsumvereinen heraus schlagen will, schwerlich einbringen. „Diese Schutzsteuer (für die Händler), die ganz und gar dem hanseatischen Gefühl widerspricht, wird ihren Freunden noch viel Kopfzerbrechen machen“, schrieb das „Hambg. Fremdenblatt“. In eigenartiger Weise beginnen sich diese Voraussetzungen bereits heute zu bewahrheiten. Der Hauptkonsumverein Hamburgs, die „Produktion“, hat sich aus einer Genossenschaft in eine Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Der „Konsum“, „Bau- und Sparverein Produktion“ macht darüber folgende Mitteilung:

Handelsgesellschaft „Produktion“ m. b. H.

Unter dieser Firma ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in das Handelsregister mit einem Kapital von 100 000 M. eingetragen worden. Als Gegenstand des Unternehmens ist angegeben: Betreiben von Handelsgeschäften aller Art, Herstellung, Fabrikation und Vertrieb von Nahrungsmitteln, Kolonialwaren, Materialwaren, Landesprodukten, Produkten und Fabrikaten der Lebens- und Genussmittelbranche, ferner Haushaltungs- und Wirtschaftsgegenständen, Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Kurz-, Galanterie- und Luxuswaren.

Diese Gesellschaft soll die Handels- und Produktionsbetriebe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ übernehmen. Die Genossenschaft steht sich infolge der Gesetz gewordenen Ausnahmebesteuerung zu dieser Maßnahme gezwungen.

Im übrigen bleibt die alte Firma Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in unveränderter Weise bestehen, und die Rechte der Mitglieder werden in keiner Weise berührt.

Zu dieser Abzweigung der Handelstätigkeit der Genossenschaft „Produktion“ bedarf es noch der Zustimmung ihres Mitglieder-Ausschusses und ihrer Generalversammlung.

Was diese Umwandlung der Genossenschaft in eine G. m. b. H. hinsichtlich der Besteuerung bedeutet, darüber kann man in den „Hamburger Nachrichten“ folgendes nachlesen:

Die vermehrten Staatseinkommen Hamburgs werden jährlich um etwa 70 000 M. gekürzt werden, dadurch, daß der sozialdemokratische (!) Konsumverein „Produktion“ sich als eine Handelsgesellschaft m. b. H.

in das Handelsregister hat eintragen lassen. Daß es sich um dasselbe Unternehmen handelt, sehen wir daraus, daß die Personen der Geschäftsführer die gleichen sind. Die „Handelsgesellschaft Produktion“ gibt als Gegenstand des Unternehmens an: (vergl. die oben genannten Geschäftszwecke). Das Stammkapital beträgt nur 100 000 M. Aber das ist wohl mehr Fiktion, um geringeren Gewinn zu notieren. Zudem wird die Firma sozusagen im eigenen Hause kaufen; dazu hat man ja die Großverkaufsgesellschaft.

Die „Produktion“ ist also jetzt kein Konsumverein mehr, sondern eine Handelsfirma, die überall verlaufen kann. Demgemäß fällt sie auch nicht unter die Konsumvereinssteuer. Die bisherige Rückvergütung wird natürlich in Rabatt umgewandelt werden. Es handelt sich selbstverständlich um ein Unternehmen zur Umgehung der Steuer; man hat in diesen Kreisen kein Interesse daran, dem Staate diese geringe Mehreinnahme zu gewähren.

Auf einen Schelm an derthalbe! So scheint sich jetzt die Konsumbesteuerungsfrage in Hamburg zu lösen. Freilich bedarf es noch des formellen Abschlusses der Umwandlung, der Zustimmung der bisherigen Genossenschaftsmitglieder und der Liquidationsabwicklung. Auch regen sich bereits in den erfindungsreichen Reihen der Konsumvereinsgegner neue Pläne, wie der Konsumverein auch in dem neuen Gewande zu schröpfen sei. So erwägen die „Hamb. Nachr.“, „ob man nicht in der Großverkaufsgesellschaft die versteckten Gewinne steuerlich fassen kann“.

Wir glauben kaum“, so schreibt das Blatt, „daß der hamburgische, von Kaufleuten und guten Rechnern orientierte Gesetzgeber sich durch solche Winkelzüge ein Schnippchen schlagen lassen wird. Es zeigt sich eben hier, daß wir recht hatten, wenn wir von einem Ausnahmezustande sprachen, der auch gesetzliche Ausnahmebestimmungen fordere. Der gesamte vielgegliederte Konsumvereinsbetrieb Deutschlands ist ein wohlorganisirter Ausnahmebetrieb, ist eine Verschönerung gegen unsere wirtschaftlichen Grundsätze, unter denen wir leben. Man sieht jetzt, daß wir recht hatten, wenn wir erklärten, daß wir mit akademisch-objektiver und paritätischer Behandlung diesen Völkern am Volkskörper nicht zu Leibe gehen können und daß wir nicht nur Steuer-mache, sondern Steuerpolitik zu treiben haben.“

Es genügt wohl, diese sozialwirtschaftliche Offenbarung niedriger zu hängen. Denn die bittere Ungerechtigkeit, mit der hier erfolgreiche Selbsthilfeschöpfungen der unbemittelten Klassen von Politikern behandelt werden, die in den für Tausende von Kleingeldisten verhängnisvollen, großkapitalistischen Erwerbsorganisationen geniale Unternehmertaten erblicken, liegt ja auf der Hand. Sachlich wäre zu der Unterstellung, daß die steuerfähigen Gewinne in der Großverkaufsgesellschaft versteckt werden, zu bemerken, daß diese Gesellschaft mit beschränkter Haftung laut Geschäftsbericht im letzten Jahre 53 051,75 M. Steuern nach den Bestimmungen des Hamburger Einkommensteuergesetzes gezahlt hat. Wie bei dem Lieferantenverhältnis der Großverkaufsgesellschaft zur „Produktion“ die Gewinne der Produkten verschleiert und bei der Großverkaufsgesellschaft „weggebucht“ werden können, wird wohl das Geschäftsgeheimnis der „Hambg. Nachr.“ bleiben.

Die schweizer Konsumvereinsbewegung, deren Vertreter Anfang Juli im Thurgau tagten, drängt ebenso wie die englische und die deutsche dahin, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemäß den Regeln der Gewerkschaften zu verbessern. Jedoch wurde auf der genannten Tagung der Antrag des Aufsichtsrats, mit dem Gewerkschaftsbund ein Übereinkommen über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Anerkennung der Organisation, gegenseitige Hilfeleistung bei wirtschaftspolitischen Aktionen oder wo es sich um Förderung oder Gefährdung einer von beiden Organisationen durch wirtschaftliche oder politische Aktionen handelt, abzuschließen, namentlich von Vertretern der Inner- und Westschweiz bekämpft und als Gefahr für die Neutralität bezeichnet. Die katholischen und liberalen Elemente der Konsumvereine fürchten ein Eindringen sozialistischer Gedankengänge. Drum wurde die Entscheidung über den Antrag auf das nächste Jahr verlagert. Dagegen waren sich die Konsumvereinsvertreter einig im Widerspruch gegen die Politik der Lebensmittelerhöhung und in der Forderung, eine etwaige Initiative auf ein verfassungsmäßiges Verbot der Lebensmittelpreise zu unterstützen.

Sozialpolitik im Verkehrswesen.

Die Geltung der gewerberechtlichen Schutzbestimmungen für die privaten Erwerbsbetriebe in Bahnhofsgeländen ist durch einen gemeinsamen Erlaß der preussischen Minister für Handel, für Kultus und für Inneres vom Mai 1911 wiederum eingeschränkt worden, denn dieser Erlaß stellt eine weitere Ausdehnung des sonntäglichen Betriebs des Bahnhofsbuchhandels in Aussicht.

Durch Erlass vom 22. November 1910 war der Regierungspräsident ermächtigt worden, bis auf weiteres den Bahnhofsbuchhandel auf den Hauptbahnhöfen in Frankfurt a. M. und Wiesbaden außerhalb der Bahnsteigsperrre an Sonn- und Festtagen auf Grund des § 105 a O. D. auch während der für das Handelsgewerbe im allgemeinen nicht freigegebenen Stunden unter der Bedingung zuzulassen, daß den außerhalb der Bahnsteigsperrre beschäftigten Angestellten die vorgeschriebenen Ruhezeiten gewährt werden. Unter Aufrechterhaltung des Grundbegriffs, daß der Bahnhofsbuchhandel — jedenfalls, insoweit er außerhalb der Bahnsteigsperrre stattfindet — als Handelsgewerbe den Sonntagsruhevorschriften des § 105 b Abs. 2 O. D. unterliegt, ist für jene beiden Bahnhöfe die vorbezeichnete Ausnahmegewährung vorgesehen worden, weil dort im Hinblick auf den außerordentlich starken Fremdenverkehr die sonntägliche Beschränkung des Bahnhofsbuchhandels nicht in gleicher Weise berechtigt erscheint, wie auf den meisten anderen Bahnhöfen, und weil außerdem in Frankfurt und Wiesbaden eine erhebliche Schädigung der übrigen Buchhändler und Zeitungsverkäufer durch die dem Bahnhofsbuchhandel eingeräumte Vergünstigung unter den gegebenen örtlichen Verhältnissen nicht zu befürchten ist. Nachdem inzwischen für eine Reihe von anderen Bahnhöfen die gleiche Vergünstigung von den Bahnhofsbuchhändlern erbeten und von einzelnen Regierungspräsidenten befürwortet worden ist, haben sich die zuständigen Ressortminister damit einverstanden erklärt, daß auf solchen Bahnhöfen, wo für den Bahnhofsbuchhandel die Verhältnisse ähnlich liegen, wie in Frankfurt a. M. und Wiesbaden, auch der sonntägliche Betrieb des Bahnhofsbuchhandels auf Grund des § 105 a O. D. entsprechend geregelt wird. Voraussetzung für eine solche Freiregelung ist, daß der betreffende Bahnhof einen besonders starken Fremdenverkehr aufweist und daß durch die dem Bahnhofsbuchhandel zugestandene Vergünstigung den übrigen Zeitungsverkäufern und Buchhändlern kein erheblicher Nachteil droht. Auch ist ausnahmslos die Bedingung zu stellen, daß die Angestellten, welche Sonntags außerhalb der für das Handelsgewerbe allgemein freigegebenen Verkaufsstunden beschäftigt werden, entweder an jedem dritten Sonntage volle 86 Stunden oder an jedem zweiten Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von der Arbeit freizulassen sind.

Da die Buchhandelsgeschäfte überwiegend Sonntags ihre Geschäfte geschlossen halten, so ist die regelmäßige 36 stündige Sonntagsruhe der Buchhandlungsgehilfen bereits soziale Anstandsregel geworden. Sie wird durch die Einschränkung der vollen Ruhelage auf „jeden dritten Sonntag“ empfindlich durchbrochen.

Auch auf dem letzten Verbandstag der Friseur-, Barbier- und Perrückenmacher-Zünfte im Juli 1911 wurden Klagen über die Konkurrenz der Bahnhofsfrisiergeschäfte laut, die natürlich nicht nur Reisende, sondern auch Nichtreisende an Sonntagen außerhalb der gesetzlich zugelassenen Stunden behandeln und dadurch der Bewegung, die eine bessere Regelung des Adressenflusses im Friseur-gewerbe anstrebt, wachsende Hindernisse bereiten.

Zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Preußen empfiehlt der Eisenbahnminister, wie es in einem Erlass an die Eisenbahndirektionen heißt, in Erweiterung der bisherigen Maßnahmen (Überlassung von Dienstland, Förderung der Obstbaum- und Bienenzucht), die Bediensteten, insbesondere soweit sie in ländlichen Bezirken wohnen, auf die wesentlichen Vorteile einer rationellen Kleintierzucht, insbesondere der Ziegen- und Kaninchenzucht hinzuweisen und sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Der Minister gibt auch Fingerzeige, wie Anregung und Belehrung der Bediensteten in dieser Hinsicht erfolgen soll, daß sie freie Fahrt zu Fachausstellungen erhalten, daß sie Vereinen für Ziegen-, Kaninchen- und Kleintierzucht beitreten sollen usw. Zeitchriften, diese Angelegenheit betreffend, werden von jetzt an in den Aufenthaltsräumen des Personals ausgelegt.

Sicherheitsmänner im Eisenbahnbetrieb, so lautet eine Forderung der österreichischen Eisenbahner, die auf der jüngsten Vertretertagung der österreichischen Eisenbahnerorganisation (Wien-Favoriten, Juni 1911) mit Nachdruck wiederholt worden ist. Der Berichterstatter Rudolf Müller führte zur Begründung der Forderung folgendes aus:

Die Inspektion im Eisenbahnwesen bedarf einer modernen sozialpolitischen Ausgestaltung. Mit Rücksicht auf die besondere Gefährlichkeit des Bergbaues sind durch ein Sondergesetz Sicherheitsmänner im Bergbau eingestellt. Auch Eisenbahnen sind ein sehr gefährlicher Betrieb, auch hier wären Sicherheitsmänner unbedingt nötig, nicht nur im Interesse der Eisenbahnerschaft, sondern auch im Interesse des ungehörten Betriebes. Redner schildert den Wirkungsbereich und den Wert dieser Einrichtung für die Eisenbahner. Die Sicherheitsmänner können aber ihre Aufgabe nur dann voll erfüllen, wenn sie vom Personal frei gewählt werden würden, von den Verwaltungen ganz unabhängig und für die Zeit ihrer Wirksamkeit unantastbar wären. Sie müßten auch immer in enger Fühlung mit der Organisation bleiben. Mit der Einführung der Sicherheitsmänner werde der Arbeiterschutz sehr viel gewinnen.

Die Vertreterversammlung nahm folgende Entschließung an:

Seitdem eine Eisenbahnerorganisation besteht, wird das Verlangen nach unabhängigen Bahnsicherheitsmännern gestellt. Dieser Wunsch wurde im Laufe der Jahre stets lebhafter und fand in dem Antrage (Gesetz-

wurf) im Parlament bereits seinen Ausdruck. Die Zentralleitung wird aufgefordert, mit unlichster Raschheit alle Vorbereitungen zu treffen, damit ein Stück gesetzlicher Personalschutz (Arbeiterschutz) auf den Eisenbahnen geschaffen werde. Derselbe wäre durch Eingaben an das 1. t. Arbeitsstatistische Amt als auch durch eine Petition an die beiden Häuser des Reichsrates und durch selbständige Anträge im Parlament zu betreiben.

Diese Bahnsicherheitsmänner sollen nach dem Muster der Sicherheitsmänner beim Bergbau verlangt werden, welche durch freie Wahl gewählt und mit Immunität ausgestattet sind. Diesen Bahnsicherheitsmännern soll die Kontrolle über die Einhaltung der bahnpolizeilichen und jener Vorschriften obliegen, die im Interesse der Verkehrssicherheit erlassen wurden; namentlich hätten sie die Vorkehrungen für die persönliche Sicherheit zu bewachen.

Wohnungswesen.

Baugenossenschaft Dresden-Land. Der vom Regierungsamtmann Dr. Schmitt erstattete Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaft in den Jahren 1908/10 zeigt, was auf dem Gebiete des gemeinnützigen Wohnungsbaues geleistet werden kann. Die Genossenschaft verfolgt mit ihren Bauten einen doppelten Zweck: Sie will einwandfreie Kleinwohnungen herstellen und zu billigen Preisen vermieten und außerdem durch die äußere und innere Form der Häuser vorbildlich für die Bautätigkeit im Bezirk wirken. In keiner Weise soll die Genossenschaft Wohltätigkeitsanstalt sein. Das Unternehmen soll dauernd wirtschaftlich arbeiten. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind zunächst die Genossenschaftsanteile. Im ganzen sind bisher 114 Genossen beigetreten, die Anteile in verschiedener Anzahl übernommen haben. Da auf die Anteile (200 M.) Katenzahlungen nachgelassen sind, haben sich die meisten Mieter der Genossenschaft beteiligt, wodurch sie ein Recht erwerben, bei den Vermietungen bevorzugt zu werden. Die Anteile geben den Anspruch auf eine Dividende bis zur Höhe von 4 %, die auf einen nicht voll eingezahlten Anteil fallende Dividende wird auf diesen gut geschrieben. Obwohl in den ersten Jahren der Entwicklung der künstlich erworbene Grund und Boden noch nicht voll bebaut ist und deshalb eine Verzinsung fordernd, der ein entsprechendes Mietertragnis noch nicht gegenübersteht, konnte für 1909 eine Dividende von 2 % festgesetzt werden.

Spareinlagen der Genossen werden nicht angenommen. Der Vorteil solcher leichtkündbaren Einlagen, die bedeutende flüssige Mittel nötig machen, werde immer allgemeiner als sehr zweifelhaft für Baugenossenschaften erkannt. Dagegen werden mit Hilfe einer Dresdener Bankfirma die Bauhandwerker bar bezahlt, wodurch Abschlässe über die Bauarbeiten zu vorteilhaften Preisen ermöglicht sind. Die Mieten werden in der Weise bestimmt, daß der tatsächlich bezahlte Preis des Grund und Bodens und der Bauwert zusammengerechnet und hierfür eine angemessene Verzinsung festgesetzt wird, wobei an der unteren Grenze der bei den deutschen gemeinnützigen Baugenossenschaften üblichen Sätze festgehalten wird. Die Bautosten dürfen also den so kapitalisierten Betrag der für vergleichbare Wohnungen ortsüblichen Mietzinsen nicht übersteigen.

Die Vorteile der Genossenschaftswohnungen — die Mietpreise sind nicht billiger — liegen, abgesehen von den Verträgen, die unter anderem den Genossen gegenüber die Kündigung stark einschränken und ein nachträglicher Steigern des Mietpreises praktisch so gut wie ausschließen, in der Bauweise der Genossenschaftshäuser. Sie bestehen meist aus Erd- und Obergeschloß, als günstigste Form das nach beiden Seiten freistehende Vierfamilienhaus mit zwei getrennten Eingängen. Bisher wurden erstellt 14 Vier-, 10 Zwei-, 8 Einfamilienhäuser mit insgesamt 93 Wohnungen.

Die Einteilung in Stube, Kammer, Küche wurde in 58 Wohnungen beibehalten, 25 Wohnungen haben noch eine weitere Kammer, nur 3 Wohnungen haben zwei, 7 mehr als vier Räume. Die Stube wurde auf das durch die sehr gleichmäßige Größe der üblichen Einrichtungsstücke gegebene Mindestmaß beschränkt, und dafür die Küche als Wohnküche möglichst behaglich ausgestaltet und vergrößert. Meist wurde von der Küche ein Teil für Kochofen, Ausguck und Wirtschaftsküch durch eine halb offene Wand abgetrennt und dadurch Wohnlichkeit des Raumes erzielt. Bei den zweiräumigen Wohnungen fällt die Stube fort. Dafür ist hier die Wohnküche durch eine Nische erweitert, die für die Wirtschaftszwecke bestimmt ist und auch den Ofen enthält. Die bewohnbare Grundfläche dieser Wohnungen beträgt 33 qm, sie werden nur an Familien mit beschränkter Kopzahl abgegeben. Die nutzbare Bodenfläche einer dreiräumigen Wohnung beträgt ohne Zubehör durchschnittlich 42 qm. Zu jeder Wohnung gehört ein reichlich großer Keller- und Bodenverlag; nur der Treppenboden und das Waschkloß, die überall vorhanden sind, werden von 2 bis 4 Familien gemeinsam benutzt. Der Hof und das zu jeder Wohnung gehörige Gartenland ist so bemessen, daß die Größe der Parzelle für ein Zweifamilienhaus durchschnittlich 300 qm beträgt, für ein Vierfamilienhaus das Doppelte. Von der Grundfläche sind 20 bis 27 % überbaut.

Zum Schluß hebt der Bericht noch einmal hervor, daß die gemeinnützige Bautätigkeit weder den Zweck hat, noch in der Lage ist, das solide Unternehmertum auszufallen. Sie könne nur dort eingreifen, wo dieses den Aufgaben nicht gewachsen ist, die ihm die Zunahme der Bevölkerung und das steigende Bedürfnis nach besserem Unterkommen stellen. Immerhin bleibe für die genossenschaftliche Arbeit im Bezirk noch ein reiches Feld der Betätigung innerhalb der ihr gezogenen Grenzen. Die günstige Entwicklung, die dem Unternehmen bisher möglich war, lasse hoffen, daß seine der Arbeiterwohlfaht und der heimatischen Bauweise dienenden Bestrebungen auch ferner die erwünschte wirtschaftliche Förderung erhielten.

Ein Einigungsamt für Mietstreitigkeiten, wie ein solches bereits 1907 für Solingen geschaffen wurde (Soz. Prax. 3g. XVIII Sp. 1091) ist jetzt auch in Frankfurt a. M. geschaffen worden. Die Anregung hierzu ging vom Mieterschutzverein aus, Unterhandlungen fanden zwischen dieser Mieterorganisation und den drei in Frankfurt bestehenden Hausbesitzervereinen statt. Man hofft, durch das Amt eine große Zahl von Streitigkeiten zwischen Mietern und Hausbesitzern auf dem nahezu kostenlosen und rasch ans Ziel führenden Wege des Schiedsgerichts erledigen und aus den Gerichten fernhalten zu können. Nur die Räumungs- und Mietzinsklagen fallen nicht in das Bereich des Einigungsamts, da die Hausbesitzerverbände darauf bestanden, daß hierfür das gerichtliche Verfahren beibehalten werden sollte. Das Einigungsamt besteht aus einem Vorsitzenden, der Beamter Staatsrichter sein muß, und zwei Beisitzern, die vom Mieterschutzverein und von den Hausbesitzervereinen zu ernennen sind; der bei der Verhandlung tätige Schriftführer muß sachengemäß ein städtischer Beamter sein. Das Gericht tagt in einem städtischen Räume. Der Oberlandesgerichtspräsident Spahn hat die Erlaubnis erteilt, daß sich Richter als Vorsitzende an der Einrichtung beteiligen. Andere Kosten als die Einschreibgebühr für die anrufende Partei von einer Mark entstehen bei diesem Verfahren nicht. Der Termin soll spätestens acht Tage nach der Anrufung stattfinden, und berufsmäßige Vertreter der Parteien sollen nicht zugelassen werden.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues, sowohl durch Maßnahmen der Selbsthilfe wie auch der Gemeinden und des Staates, bildete den Grundgedanken der Referate, die auf dem 16. Verbandstag der Baugenossenschaften Ende Juli in Hannover stattfanden. Über „Kleinwohnungsbau und Bebauungsplan“ sprach der Vorsitzende des Verbandes, Landrat Dr. Berthold-Blumenthal, der es mit Freude begrüßte, daß auch die Arbeitergenossenschaften anfangen, der Erstellung von Kleinhäusern in Gartensiedlungen mehr Beachtung zu schenken. Der Redner empfahl den in Frage kommenden Stadt- und Landgemeinden, durch landwirtschaftliche Umlegung ihrer Grundstücke bezietten eine gesunde Grundlage für die Besiedlung ihrer Feldmark zu schaffen. Die Baugenossenschaften würden sich den Trägern der Ansiedlungsfürsorge als willige und verständnisvolle Gehilfen zur Verfügung stellen. — Die Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau besprach Landesrat v. d. Osten-Hannover und beantwortete die stärkere Heranziehung des Privatkapitals für die ersten Hypotheken, dagegen Übernahme der zweiten Hypotheken durch Staat, Gemeinden oder Landesversicherungsanstalten. Weiter sprach Architekt Kröger-Hannover über Kleinwohnungsbau und Baupolizeiverordnungen. Er legte an Beispielen dar, daß die geltenden Polizeiverordnungen viel Mißgriffe enthielten, die dem Bauherrn schweres Geld kosteten und so bald wie möglich beseitigt werden müßten. An letzter Stelle sprach Reichsrat Scheidt-Hannover über Kleinwohnungsbau und Erbbaurecht. Die schwierige Frage hierbei sei, daß Hypotheken auf Grundstücke im Erbbaurecht nicht als mündelsicher gelten; das erschwert auch die Darlehenshergabe durch öffentliche Körperschaften. Eine allgemeine Feststellung der mündelsicheren Grenze von Gesetz wegen sei beim Erbbaurecht sehr schwierig, weil die Sicherheit der Erbbaurechts Hypotheken zum Teil von den einzelnen Bestimmungen des Erbbaurechts abhängig ist. Möglich erscheine dagegen der Erlaß von Bestimmungen über mündelsichere Beleihungen von Erbbaurechten bei Hypotheken der Landesversicherungsanstalten an gemeinnützige Baugenossenschaften.

Die Wohnungsverhältnisse in Königsberg i. Pr. haben, wie uns von dort geschrieben wird, durch die mit der Volkszählung verbunden gewesene Wohnungszählung eine interessante Beleuchtung erfahren. Die durch gelegentliche Feststellungen des städtischen statistischen Amtes ermittelte Wohnungsüberfüllung, besonders der kleinen Wohnungen, und die geringe Zahl von leerstehenden Wohnungen wurden durch die allgemeine Wohnungszählung nicht nur in vollem Umfange bestätigt, sondern es ergab sich auch, daß die Wohnungskosten recht hoch sind und die der anderen gleichgroßen und größeren Städte zum Teil nicht unerheblich übertreffen.

Die Zahl der reinen Mietwohnungen betrug in Königsberg am 1. Dezember 1910: 48 888, von denen 41 582 in Vorderhäusern und 7801 in Hinterhäusern lagen. Unter den Wohnungen in Vorderhäusern

gab es 18 850 — also nahezu die Hälfte der vorhandenen Wohnungen — mit nur einem heizbaren Zimmer (darunter wieder 1871 ohne Kabinett und ohne eigene Küche), 11 597 Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern usw. Von den Wohnungen im Hinterhause hatten 4406 ein heizbares Zimmer. — An Miete hatten die Inhaber der Mietwohnungen zusammen 18 679 560 M aufzubringen. Im einzelnen bewegten sich die Mietpreise für ein heizbares Zimmer mit Kabinett und eigener Küche von 100—800 M; die meisten kosteten 200—250 M; für zwei heizbare Zimmer mit Nebengelass wurden 150—600 M gezahlt, für drei Zimmer 500—700 M usw. Ganz allgemein macht sich von 1900—1910 eine Steigerung der Mietpreise in allen Stadtteilen geltend, zum Teil ist sie sogar recht erheblich. Die größeren Wohnungen über fünf Zimmer sind an der Erhöhung der Mieten nicht in gleichem Maße beteiligt. — Was die Belegungsziffer der Wohnungen anbelangt, so wohnten am 1. Dezember in Mietwohnungen 197 846 Personen, das sind rund 80% der Bevölkerung. 85 508 oder 84,76% wohnten in einem heizbaren Zimmer mit Küche, 6059 = 2,46% in einem Zimmer ohne Küche, 55 019 oder 22,38% in Wohnungen von zwei heizbaren Zimmern mit Küche, 1635 = 0,88% in Wohnungen von zwei Zimmern ohne eigene Küche. Danach wohnten 3/5 der gesamten Bevölkerung Königsbergs in Wohnungen von nicht mehr als zwei Zimmern. Ein starkes Zehntel der Bevölkerung, 26 097 Personen, wohnen in drei bis fünf Zimmern. Von den 1871 Wohnungen, die weder eine Küche noch ein Kabinett hatten, für die also nur ein einziger Raum zum Wohnen und Schlafen zur Verfügung stand, hatten 387 je 1 Bewohner, 351 je 2, 214 je 3, 175 je 4, 98 je 5, 68 je 6, 32 je 7, 27 je 8, 8 je 9 und 3 je 10 Bewohner. Von den Wohnungen mit einem Zimmer und Kabinett, aber ohne Küche hatten eine 12 Bewohner, je fünf 8, 9 und 10 Bewohner, 18 je 7 Bewohner; unter den Wohnungen von einem heizbaren Zimmer mit Küche, aber ohne Kabinett hatten 18 je 11 Bewohner, 24 je 10, 98 je 9 und 181 je 8 Einwohner. Von den Einzimmerwohnungen mit Kabinett und Küche wurden je eine von 12 bzw. 14 Personen, 2 von 18, 23 von 11 und 67 von 10 Personen bewohnt. — Eine allgemeine Besserung der Wohnungsverhältnisse wäre dringend zu wünschen; hoffentlich trägt die Enkeltung der alten Pregeßstadt, die jetzt begonnen worden ist, dazu bei, daß die zutage tretenden Mißstände, wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch wenigstens gemildert werden. gmlr.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichte in Preußen 1910. Insgesamt bestanden 587 Gewerbegerichte, darunter 321 Zinnungsschiedsgerichte und 10 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufen, schon vor Einführung des Gesetzes vorhandene staatliche Gewerbegerichte. Von der Gesamtzahl der Gewerbegerichte — ohne die Zinnungsschiedsgerichte — entfielen auf die östlichen Provinzen zusammen 106, auf die westlichen Provinzen 161, davon auf die Rheinprovinz 54 (einschließlich der zehn königlichen Gewerbegerichte); in Hohenzollern fehlten Gewerbegerichte. Bei den auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes errichteten 251 Gewerbegerichten waren im Berichtsjahre (einschließlich der aus den Vorjahren stammenden) 60 548 Rechtsstreitigkeiten anhängig (davon 14 809 oder fast ein Viertel allein in Berlin), und zwar auf Klage der Arbeiter 57 479, auf Klage der Arbeitgeber 2868 und auf Klage zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers 206. Bei den fünf Berg-Gewerbegerichten waren von den Arbeitern 1812 und von den Unternehmern 2 Klagen anhängig. Bei den zehn staatlichen Gewerbegerichten im Rheinlande waren von Arbeitern 12 127, von Arbeitgebern 991 und zwischen Arbeitern des gleichen Arbeitgebers 11 Rechtsstreitigkeiten anhängig. Im Durchschnitt entfielen demnach auf ein Gewerbegericht der ersten Art 241 Rechtsstreitigkeiten — die Höchstzahl erreichte Berlin, während fünf Gerichte überhaupt nicht in Tätigkeit traten, auf ein Berg-Gewerbegericht 268 und auf ein königliches fünfmal so viel, nämlich 1813 Streitigkeiten. Als Einigungsamt wurden die Gewerbegerichte in 128 Fällen angerufen, und zwar zweimal seitens der Arbeitgeber, 44 mal seitens der Arbeitnehmer und 77 mal von beiden Seiten. Eine Vereinbarung kam zustande in 40, ein Schiedsspruch in 81, weder eine Vereinbarung noch ein Schiedsspruch in 6 Fällen. Dem Schiedsspruch unterwarfen sich beide Teile in 28 Fällen, die Arbeitgeber allein dreimal, die Arbeitnehmer allein viermal. 12 Gutachten über gewerbliche Fragen wurden von zehn Gewerbegerichten auf Ersuchen von Staats- und Gemeindebehörden abgegeben.

Literarische Mitteilungen.

Zur Jahrhundertfeier der Eröffnung des Escherkanals am 8. Mai 1911. Festgabe auf den 8. Mai 1911, verfaßt von Gottfr. Heer. Olarus 1911.

Das Französische Bankwesen. Mit besonderer Berücksichtigung der drei Depostengroßbanken. Von Dr. Eugen Kaufmann. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Ergänzungsheft I. Tübingen 1911. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Einzelnenpreis ist 60 Pf. für die dreigeklebten Beilagen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Berrufe. Von Paul Dehn.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: Geschichtliches: Kapitän Boycott. — Das Ausschalten in der Zunft. — Die Absonderung der Ausfägen. — Ältere Vorkämpfer. — Kirchlicher Bann, Unterbitt, Exkommunikation. — Die erste irische Berrufe-aufforderung. — Der erste Berruf: Nordamerika gegen England. — Der erste irische Berruf. — Die Kontinentalperre. — Andere Berrufe. — Gesellschaftsberrufe: Der Arbeiterberruf bei den Chartisten. — Der Arbeiterberruf bei den Nordamerikanern. — Der Arbeiterberruf bei den Sozialdemokraten in Deutschland. — Sozialdemokratische Berrufe und Brandweinberrufe. — Der Berruf in sozialdemokratischer Auffassung. — Die Stellungnahme der Gewerkschaften. — Politische Berrufe. — Gegenberrufe. — Arbeiterberruf in Italien. — Mittelbare Berrufe durch die Arbeiterkontrollmarke. — Käuferbünde. — Andere Berrufe im Erwerbsleben. — Berrufe in der Presse. — Andere Berrufe in der Gesellschaft. — Gesetzgebung und Rechtspredung: Begriff des Berrufs. — § 153 der Gewerbeordnung. — Die Rechtspredung des Reichsgerichts. — Zur Verteilung politischer Berrufe. — Gesetzesvorschläge. — Der Berruf als unberechtigte Störung des wirtschaftlichen Friedens. — Anläufe in Österreich. — Die Rechtspredung in der nordamerikanischen Union. — Berrufe: Berruf der Portugiesen gegen die Engländer. — Berruf der Griechen gegen Frankreich. — Berruf der Iren gegen England. — Berruf der Griechen gegen Deutschland. — Berruf der Engländer gegen Deutschland. — Berruf der festländischen Arbeiter gegen England. — Berruf der Sozialdemokraten gegen Spanien. — Berruf Frankreichs gegen Argentinien. — Berruf der Schweiz gegen Deutschland. — Deutsche Berrufsvorläufe. — Dänische Berrufe gegen Deutschland. — Der tschechische Berruf. — Der polnische Berruf. — Panlawistische, magyarische, österreichische, kroatische Berrufsvorläufe. — Der italienische, türkische und serbische Berruf gegen Österreich. — Der türkische Berruf gegen Griechenland. — Der Berruf der Inder gegen die deutsche Ostafrikalanie. — Kleine Berrufe. — Der indische Berruf gegen die Engländer. — Der Berruf der Chinesen gegen die nordamerikanische Union, gegen Japan, gegen England und China. — Rückwirkungen. — Diplomatie und Berruf: Berruf und Berrufrecht. — Diplomatische Beschwerden über Berrufe von Seiten der österreichischen, ungarischen, griechischen, nordamerikanischen Regierung. — Ausbild.

Organisationsformen

der

Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika.

Von

Theodor Vogelstein.

Preis: 6 Mark 50 Pfg.

Aus dem Inhalt: Vorwort. — Inhaltsverzeichnis. — Verzeichnis der Abkürzungen. — I. Die Organisation der britischen Eisenindustrie. Erstes Kapitel. Die Grundlagen der Entwicklung und die Integrationserscheinungen. Zweites Kapitel. Monopolistische Organisationen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie Großbritanniens. — II. Organisationsformen der englischen Textilindustrie. — Erstes Kapitel. Die Baumwollindustrie. Zweites Kapitel. Die Wollindustrie. — III. Die Entstehung der amerikanischen Industrie. Eine Skizze. Erster Abschnitt. Von der Revolution bis zur Aufhebung des Embargo. — Zweiter Abschnitt. Der Amerikaner ante bellum. Dritter Abschnitt. Der Bürgerkrieg und die Neugestaltung. — IV. Die Organisation der amerikanischen Textilindustrie. — V. Richtlinien in der organisatorischen Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie. — Statistischer Anhang.

Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn.

Von

Dr. Ivan Jolger,

Privatdozenten der L. E. Wiener Universität.

Preis: 9 Mark.

Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Entschungsgeichte der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867. — II. Der ungarische Gesetzartikel XII vom Jahre 1867. — III. Das österreichische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. — IV. Gegenüberstellung der Bestimmungen des österreichischen und des ungarischen Ausgleichsgesetzes. 1. Einleitung. 2. Ausgangspunkt. Grundideen und Gesichtspunkte. 3. Kosten des Postalles. 4. Die auswärtigen Angelegenheiten. 5. Das Kriegswesen. 6. Das Finanzwesen. 7. Die Quote. 8. Die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. A. Grundvoraussetzungen. B. Das gemeinsame Ministerium. C. Die Delegationen. a) Rechtsgrund- und Zweckbestimmung. b) Zusammenfassung. Wahlen. Verlust der Mitgliedschaft. Eintritt von Ersatzmännern. c) Wahlperioden und Funktionsdauer. d) Unzulässigkeit von Instruktionen. e) Immunität der Delegierten. f) Jährliche Erneuerung. Versammlungsort. g) Präsidium. Schriftführer. Geschäftsordnung. h) Beratung und Beschlussfassung. Öffentlichkeit der Sitzungen. i) Berichter der beiden Delegationen. k) Gemeinsame Abstimmung. l) Wirkungskreis und Verfahren. Interpellationsrecht. Kostenveranschlag. Rechnungslegung. Genehmigung und Vollzug der Beschlüsse. Initiativrecht. m) Anklage des gemeinsamen Ministeriums. n) Schluss der Session. o) Auflösung des Reichsrates oder des Reichstages. — 9. Ratifizierung gemeinsame Angelegenheiten. a) Rechtsnatur. b) Staatsschulden c) Zoll- und Handelsverhältnisse. Indirekte Steuern. Verwendung der Einkünfte. Münzwesen und Geldfuß. Eisenbahnen. d) Vorbehalt des selbständigen Verfügungsrechtes. 10. Schlussbestimmungen.

Kurhessische Gewerbepolitik im 17. und 18. Jahrhundert.

Von

Dr. C. Brauns.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller. Heft 156.)

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Einleitung. Erster Abschnitt. Das hessische Zunftsystem vor der Zunftordnung vom Jahre 1693. (Die zünftige Gewerbeorganisation.) Zweiter Abschnitt. Übersicht über die hessische Gewerbepolitik bis zum Jahre 1693. Dritter Abschnitt. Die Zunftordnung vom Jahre 1693 und die hessische Gewerbepolitik unter Landgraf Carl seit 1693 bis zu seinem Tode (1730). Vierter Abschnitt. Das Erneuerte Zunftreglement von 1730 und die spätere hessische Zunftpolitik. (Die territoriale Gewerbeorganisation.) Fünfter Abschnitt. Die Durchführung des Reichsgesetzes von 1731 im Bistum Fulda. Sechster Abschnitt. Die territoriale Industrieförderung. Anhang. Zur Zunftordnung von 1616. (Kritische Bemerkungen zu Bovenlepen, die kurhessische Gewerbepolitik.)

Unternehmertum oder Gemeinbetriebe?

Von Emil Schiff.

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus.

Unter Berücksichtigung seiner Fortbildung und des Sozialismus überhaupt dargestellt und kritisch beleuchtet

von Dr. phil. et iur. Emil Hammacher,

Preis 17 Mark.

Privatdozenten der Philosophie an der Universität Bonn.

Preis geb. 19 Mark 50 Pfg.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. Erster Teil. Die Entwicklungsbedingungen des Marxismus. Hegel. Die Spaltung der Hegelschen Schule. Marx und Engels als Feuerbachianer. Die Beziehungen zum Materialismus, Liberalismus und Sozialismus. Die unumkehrbaren Lehren der Zeitgeschichte. — Zweiter Teil. Das System des dialektischen Materialismus. Allgemeine Voraussetzungen. — Logik und Dialektik. — Die Wissenschaft der unbelebten und belebten Natur. — Die historischen Wissenschaften. (Materialistische Geschichtsauffassung: Allgemeines. Erster Teil der materialistischen Geschichtsauffassung: Soziale Statik. — Die materialistische Geschichtsauffassung: Soziale

Dynamik. Die materialistische Geschichtsauffassung: Die einmalige Dialektik der Weltgeschichte. — Die angewandte Theorie des historischen Materialismus I. Die angewandte Theorie. Erste Fortsetzung. Die bürgerliche Epoche. — Die angewandte Theorie. Zweite Fortsetzung. Der Zukunftsstaat. — Dritter Teil. Kritik des Marxismus. Die logischen und metaphysischen Voraussetzungen. — Der Selbstwiderspruch der materialistischen Geschichtsauffassung. — Kritik der sozialen Statik. — Kritik der Dialektik. — Kritik der ökonomischen Theorien. — Der Wahrheitsgehalt der angewandten Geschichtsauffassung. — Der Sozialismus als ethische Notwendigkeit. — Schlusswort. Gesamtwürdigung des Marxismus.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die Arbeitslosenversicherung in
Cöln. Von Dr. F. Rademaker,
Cöln a. Rh. 1426Gesellschaft für Soziale Reform. In-
ternationale Vereinigung für ge-
sellschaftlichen Arbeiterkampf 1431Aus den ausländischen Sektionen der
Internationalen Vereinigung für
gesellschaftlichen Arbeiterkampf.Allgemeine Sozialpolitik 1432
Die Sozialpolitik auf dem 58.
Katholikentage in Mainz.Soziale Zustände. 1434
Die Stellung der Frau im Handwerk.
Familienlöhne.
Die Anstellungsverhältnisse bei der
„Victoria“ zu Berlin.Rechtspflege 1436
Die Mittagspause der Handlungs-
gehilfen.
Die Mitgabe von Hausarbeit an
Arbeitserinnen und jugendliche Ar-
beiter gemäß § 137a S.O.
Abzugsfähige Versicherungsbeiträge.Arbeiter- und Unternehmervertreter-
gen 1437
Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse.
Die Vertretung der Arbeiterinteressen
auf den britischen Staatstreffen.Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten. 1438Die Gewerkschaftsinternatio-
nale 1909. III. (Schluß).
Verbandstage freier Gewerkschaften.
8. Verbandstag der Stuckateure.
2. Verbandstag der Bureauangestellten
und der Verwaltungsbeamten der
Krankenkassen und Berufsge nossen-
schaften.Der Verband deutscher Handlungs-
gehilfen zu Leipzig.Die Verbündeten kaufmännischen
Bereine für weibliche Angestellte.Streiks und Ausperrungen. . . 1442
Ausstände der Verkehrsarbeiter
in England.
Arbeitskämpfe in der deutschen Metall-
industrie.Eine Massenklündigung der Berliner
Eisenkonstrukteure.Arbeitseinstellung in der badischen
Anilin- und Sodafabrik zu Ludwig-
hafen.Der Streik im mitteldeutschen Braun-
schweigengebiet.
Das Ende des Seemannsstreiks in
Amsterdam.
Der Arbeitskampf in Norwegen.

Arbeiterversicherung. Charlotten 1445

Der Einfluß der Ausdehnung der
Krankenversicherung auf bestehende
Verträge mit Ärzten.Die Amtsbauer der gegenwärtigen
nichtständigen Mitglieder des Reichs-
versicherungsamts aus dem Stande
der Arbeitgeber und der Versicherten.
Die Zusammenstellung der Jahres-
berichte der gewerblichen Berufs-
genossenschaften.

Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1446

Der Verwaltungstag der elsaß-
lothringischen Arbeitsämter.
Der kaufmännische Arbeitsmarkt im
1. Halbjahr 1911.Ausweislisten ausländischer Arbeiter
in Preußen.Arbeitsnachweis und Arbeitgeberver-
bände in der Holzindustrie.Der Bund deutscher Stellenvermittler.
Der Zentralarbeitsnachweis für den
Regierungsbezirk Dresden und die
Dresdener Stadtverordneten.Eine Fahrpreisermäßigung für Arbeit-
suchende in Österreich.

Genossenschaftswesen 1449

52. Allgemeiner Genossenschaftstag der
deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-
genossenschaften.Eine Konsumgenossenschaftliche Bank
in der Schweiz.

Vollzeitschulung 1450

Die Schuljahrsplanung nach Duisburger
System.Die Ernährung auf dem Lande und
die Volkseigenen Genossenschaften.Der Einfluß der Hitze auf die Säug-
lingssterblichkeit.Der Milchgeschäft in Werstätten
und Fabriken.Der Erfolg der Schöneberger Ferien-
spiele.Eiserkrankungen in Leipzig.
Der Schulartzdienst an den Fort-
bildungsschulen in Wien.

Literarische Mitteilungen 1454

Die Arbeitslosenversicherung in Cöln.

Von Dr. F. Rademaker-Cöln a. Rh.

Cöln hat seit 15 Jahren eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter. Sie steht allen männlichen Arbeitern über 18 Jahre offen, die wenigstens ein Jahr in der Stadtgemeinde ihren Wohnsitz haben, nicht dauernd arbeitsunfähig sind und eine regelmäßige Beschäftigung nachzuweisen vermögen. Der Wochenbeitrag beträgt für ungelernete Arbeiter 35 *M.*, für gelernte 45 *M.*. Im ganzen sind in den Monaten April bis Dezember 34 Beiträge zu leisten, wodurch für die Zeit vom 1. Dezember bis einschließlich 1. März im Falle „unverschuldeter“ Arbeitslosigkeit ein Anrecht auf Tagegeld erworben wird. Vom dritten Werktag nach Anmeldung der Arbeitslosigkeit an werden für die ersten zwanzig Tage 2 *M.* gezahlt, für die folgenden 28 Tage 1 *M.*. Vor allem wird dem Versicherten Arbeit nachzuweisen versucht, die seinem Berufe und seinem bisherigen Verdienste tunlichst entspricht. Der Arbeitslose ist zur Annahme verpflichtet, außer wenn die Stelle durch Ausgehörige zu sorgen haben, müssen auch nach auswärts gehen, wenn ihnen das Fahrgeld vergütet wird.

Die Ergebnisse der Kasse sind, abgesehen von der finanziellen Seite, nicht ungünstig gewesen. Sie erreichte im Geschäftsjahre 1908/09 mit 1957 Versicherten ihre höchste Mitgliederzahl. 1910/11 sank die Zahl auf 1787.

Die Ziffern mögen im Vergleiche mit der Größe Cölns gering erscheinen. Wenn man sie richtig würdigen will, muß man zuerst das tatsächliche Bedürfnis nach Arbeitslosenfürsorge im Winter zu bestimmen suchen. Dies ist möglich; denn die Stadt pflegte bisher während des Winters in einem solchen Umfange Notstandsarbeiten bereitzustellen, daß jeder, der arbeiten wollte, Beschäftigung finden konnte. Solchen, die für Steinschlag und Erdbarbeiten nicht in Frage kamen, wurde Gelegenheit zu leichter Arbeit, zu Holzzerkleinern und Schreibarbeit, geboten. In dem schlimmsten Jahre, dem Krisenjahre 1908/09, entfielen nun in den Monaten Dezember bis einschließlich Februar auf die Notstandsarbeiter 37 271 Arbeits-tage. Damit war dem gesamten Bedürfnis Genüge getan. In den gleichen Monaten zahlte die Versicherungskasse für 37 971 Tage Unterstützung. Sie war also an der Fürsorge für die Arbeitslosen mit 53,2 % beteiligt, ein Resultat, das gewiß nicht niedrig eingeschätzt werden darf. Daß die Versicherten auch mit der Höhe des Tagegeldes zufrieden waren, geht daraus hervor, daß sie sich nur in verschwindender Zahl zu den Notstandsarbeiten meldeten.

Gleichwohl verschloß sich die Stadtverwaltung nicht der Notwendigkeit einer Reform. Die Gesamtkosten der Notstandsarbeiten des Etatsjahrs 1908/09, d. i. die Differenz zwischen Ertrag der Arbeiten und ihren Kosten, beliefen sich auf 194 148,71 *M.*, die nur 1991 Arbeitern zugute kamen. Zu dieser Kostspieligkeit kam die allgemeine Unbeliebtheit der Arbeiten. Es galt also, sie entbehrlich zu machen, in erster Linie zu prüfen, ob sie nicht durch einen Ausbau der Versicherung ersetzt werden könnten, der sie zweifellos auch Konkurrenz gemacht haben.

Die geringe Neigung zur Annahme der Arbeiten lehrte aber auch im Verein mit der niedrigen Mitgliederzahl der Versicherung, daß in jener Bestimmung des Fürsorgebedürfnisses nur die krassesten Verhältnisse erfaßt wurden. Wären nämlich die hohen Arbeitslosenziffern der Kasse — in den letzten elf Geschäftsjahren niemals

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

unter hiezig vom Hundert — die normalen des Baugewerbes, so würde zweifellos ein größerer Teil der etwa 13 000 Bauarbeiter Cölns beigetreten sein; denn die Beiträge waren verhältnismäßig niedrig, so niedrig, daß sie durchschnittlich noch nicht 50% des Tagegeldes aufbrachten. Daher wurde angenommen, daß sich durchweg nur Arbeiter versicherten, die aus irgendeinem Grunde mehr als ihre Berufsgenossen von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht waren, während die besseren Risiken fern blieben. Auch sie sollten der Versicherung gewonnen werden; denn vermochten sie sich auch in den Tagen der Arbeitslosigkeit bisher aus eigener Kraft zu erhalten, so war doch zu vermuten, daß das vielfach nicht ohne Entbehrungen mit ihren Nachteilen für Arbeitslosigkeit und -freudigkeit geschehen konnte und daß auch für sie die Versicherung segensreich zu wirken berufen sei. Endlich war anzuerkennen, daß die Fürsorge sich nicht lediglich auf wenige Wintermonate, sondern auf das ganze Jahr erstrecken müsse, da Konjunkturschwankungen und, was die Ursachen unregelmäßiger Arbeitslosigkeit mehr sein mögen, zu jeder Jahreszeit Kräfte brach legen können und für manche Berufe gerade der Sommer stille Zeit ist.

Aber auch nach der finanziellen Seite erwies sich, wie angedeutet, eine Reform als nötig. Sollte die Versicherung weitere Kreise umfassen können, so mußte einem Zustand ein Ende gemacht werden, unter dem ein städtischer Zuschuß von jährlich 20 000 M, Beiträge von Ehrenmitgliedern und Zinsen von Einlagekapitalien mehr als die Hälfte der Ausgaben zu decken hatten.

So begann denn die Stadtverwaltung vor ungefähr zwei Jahren mit den Vorarbeiten für die Umgestaltung der Kasse.

Die erste Frage, die sie sich vorzulegen hatte, war, ob nicht im Hinblick auf die schlechten finanziellen Resultate jenen Recht zu geben sei, die eine Arbeitslosenversicherung für nicht rationell durchführbar erklärten. Sie wäre zu bejahen gewesen, wenn die Kasse da auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen wäre, wo man die wesentlichen Schwächen dieses Versicherungszweiges behauptet: in der Feststellung der „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeit und in der Verpflichtung zur Annahme nachgewiesener Arbeit.

Die Erfahrungen sind aber hier nur günstige gewesen. Die Auszahlung des Tagegeldes wurde von einer Bescheinigung des Unternehmers abhängig gemacht, in der der Grund der Entlassung angegeben sein mußte. Formulare für solche Atteste wurden im November jeden Jahres sämtlichen Baufirmen zugestellt. Verweigerte ein Arbeitgeber die Ausfüllung, so trat die Kassenverwaltung persönlich mit ihm in Verbindung, wodurch ausnahmslos ein günstiges Ergebnis erzielt wurde. Wertvoll für die Kontrolle war die Mitarbeit eines Ausschusses von Versicherten, der in zweifelhaften Fällen stets gehört wurde und sich über die Vorgänge auf sämtlichen Baustellen durchaus unterrichtet zeigte. Verwaltung und Ausschuß waren einig in dem Bestreben, jeden Anspruch auf das genaueste zu prüfen, so daß Mißbräuche kaum zu verzeichnen waren, zumal zur laufenden Kontrolle der Arbeitslosen eine zweimalige tägliche Meldung angeordnet war. — Geeignete Stellen nachzuweisen, war natürlich nur in beschränktem Grade möglich, da es sich durchweg um Saisonarbeiter handelte, die bei günstiger Witterung wieder bei denselben Unternehmern eintraten. Annahmeverweigerungen kamen fast nicht vor, in den letzten drei Geschäftsjahren nur sieben.

Gegen das System als solches ergaben sich somit keine Bedenken. Es konnte auf der vorhandenen Grundlage weitergebaut werden. In jenen beiden Kardinalpunkten schien nicht einmal eine Änderung der Bestimmungen erforderlich. Lediglich der Begriff der „unverschuldeten Arbeitslosigkeit“ wurde ersetzt durch den der „Arbeitslosigkeit, deren Grund nicht in der Person des Versicherten liegt“. Unverschuldet ist ja auch eine Arbeitslosigkeit, die durch Krankheit oder sonstige Unfähigkeit herbeigeführt wird und doch keinen Anspruch auf die Leistungen der Versicherung gewähren kann. Zwar gibt es auch einen Fall, wo der Grund zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses außerhalb der Person des Versicherten gegeben und gleichwohl das Tagegeld zu verlangen ist: die Aussperrung, soweit sie nicht provoziert ist. Aber diese Ausnahme erwacht nicht aus dem Wesen der Versicherung; sie ist nur eine Forderung der Billigkeit gegenüber den Unternehmern dort, wo ein Zuschuß aus öffentlichen Mitteln gewährt wird.

Die Umgestaltung mußte anderswo einsetzen, zuerst bei den Beiträgen. Hier war die doppelte Aufgabe zu lösen, die Kasse auf eine gesündere Basis zu stellen und zugleich die besseren Gefahren durch Herabsetzung der Beiträge heranzuziehen.

Die außerordentlich schlechte Risikoeigenschaft der Versicherten mußte auf persönlichen Momenten beruhen, auf Qualitäten also, die

bei der Festsetzung der Beiträge nicht berücksichtigt werden konnten. Hier konnte nur der Ausschluß helfen. Um diese Risiken fernzuhalten, wurde beschlossen, vor der Aufnahme den Nachweis längerer regelmäßiger Arbeit und eines Mindestverdienstes von 2,50 M für den Tag zu verlangen. Ursprünglich war auch eine obere Altersgrenze vorgesehen. Sie wurde aber auf Wunsch der zuständigen städtischen Kommission beseitigt und durch eine Erhöhung der Beiträge für Mitglieder über sechzig Jahre ersetzt. Eine Statistik der Kasse hatte gezeigt, daß der ältere Arbeiter zwar nicht leichter arbeitslos wird als der jüngere, aber schwerer eine neue Stelle findet.

Nicht zugelassen sollen nach der neuen Satzung auch Heimarbeiter und solche werden, die auf anderweitige Arbeitslosenunterstützung Anspruch haben, jene, weil ihre Arbeitslosigkeit nicht kontrollierbar ist, diese, um die Arbeiterorganisationen zu einer Rückversicherung bei der Kasse zu bewegen sowie um eine allzu hohe Unterstützung mit ihrem Anreiz zur Ausnutzung der Versicherung zu vermeiden. Im übrigen genügt es, wenn die Antragsteller seit 13 Wochen in Cöln wohnen oder in den 26 Wochen, die der Beitrittsmeldung vorhergingen, mindestens 13 Wochen in Cöln in ihrem Hauptberufe beschäftigt gewesen sind und noch dort arbeiten.

Die Aufnahmebeschränkungen wurden aus naheliegenden Gründen nicht so streng gewählt, daß nicht auch nach ihrer Einführung mit einer großen Zahl jener Risiken zu rechnen wäre, die eine durchaus rationell gestaltete Versicherung zurückweisen mußte. Um nun gleichwohl die wegen ihrer persönlichen Eigenschaften besseren Risiken nicht hierunter leiden zu lassen, wurde eine Beitrags-erstattung vorgesehen. Hat ein Mitglied in dreimal zweiundfünfzig einander unmittelbar folgenden Wochen Tagegeld nicht bezogen, so soll es 25% der in dieser Zeit geleisteten Beiträge vergütet erhalten. Wird auch dann die Kasse nicht in Anspruch genommen, so wird der gleiche Satz jedesmal nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen erstattet. So wird eine nachträgliche Staffelung der Beiträge erzielt. Wird sich diese Maßnahme bewähren, so soll sie zu einer Spareinrichtung ausgebaut werden.

Die Verschiedenartigkeit der Beiträge für gelernte und ungelernte Arbeiter wurde fallen gelassen. Sie war seinerzeit damit begründet worden, daß es schwerer sei, dem gelernten Versicherten Arbeit nachzuweisen als dem ungelernten. Beide Klassen hatten jedoch die Kasse gleichmäßig belastet. Auch die beliebte Unterscheidung nach Arbeitern mit und ohne Familienlast und nach der Höhe des Verdienstes wurde abgelehnt, da nicht nach Charitativem, sondern möglichst nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werden sollte.

So wurden die Beiträge, abgesehen von der Differenzierung nach dem Alter, lediglich nach dem Berufsrisiko festgesetzt. Zugrunde gelegt wurde das Material der Kasse und derjenigen Organisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. Die Zahlen hatten den Vorzug, sich nur auf die lokalen Verhältnisse zu beziehen, waren aber auf der anderen Seite sehr lückenhaft und boten auch zahlreiche Fehlerquellen. Die Lücken mußten durch Schätzung ausgefüllt werden, wobei die zugezogenen Gewerkschaftsvertreter begreiflicherweise dazu neigten, die Arbeitslosigkeit geringer anzusehen als die Stadtverwaltung. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, sie sind in einer von dem Beigeordneten Dr. Fuchs und dem Verfasser bearbeiteten Denkschrift*) enthalten. Nur sei erwähnt, daß auch untersucht wurde, inwieweit sich eine Periodizität der Arbeitslosigkeit feststellen lasse. Das Ergebnis war, daß in den letzten drei Geschäftsjahren der Versicherungskasse auf jedes bezugsberechtigte Mitglied 19,0 Unterstützungstage, in den vorletzten 15,2 Tage entfielen. Bildete man aber die fünfjährigen Perioden 1900/01 bis 1904/05 und 1905/06 bis 1909/10, so lauteten die Ziffern 16,8 und 17,5. Im ersten Falle betrug also die Differenz 3,2, im letzten nur 0,7 Tage. Leider war es nicht angängig, noch größere Perioden zu nehmen, weil in den ersten Geschäftsjahren die Wartezeit eine andere und außerdem die Mitgliederzahl zu klein war. Auch bei einigen Gewerkschaften konnte die Untersuchung für dreijährige Zeiträume angestellt werden. Es zeigte sich hier, daß zwar die Schwankungen ziemlich groß waren, daß sie aber doch weit geringer waren als beim Vergleiche der Jahresziffern.

Die Versicherten wurden in drei Gefahrenklassen eingeteilt: Klasse I: Diejenigen, deren Berufsart im folgenden nicht besonders aufgeführt ist, und aus den besonders aufgeführten Berufsarten alle diejenigen, welche gegen eine sechs- oder mehr-

*) Zu beziehen gegen Einsendung von 2,50 M durch die Versicherungskasse, Cöln, Badstraße 8.

wöchentliche Kündigungsfrist beschäftigt sind, ferner diejenigen, die seit mindestens einem Jahre in einem Reichs-, Staats- oder Gemeindebetriebe beschäftigt sind;

Klasse II: die im Kleidungs- und Bekleidungs- und Schankwirtschaft, in der Gärtnerei, dem Hilfs- und Handwerks- und Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe, den polygraphischen Gewerben und dem Reinigungsgewerbe beschäftigten gelernten und ungelernten Arbeiter mit Ausnahme der Bäcker und Konditoren, der Brauereiarbeiter, Lithographen, Schuhmacher und Steinbrücker, welche zur Klasse I gezählt werden, ferner die Dachbeder, die Glaser, die Steingut- und Porzellanarbeiter, die Strohhutmacher, die Tapezierer und die Zimmerer;

Klasse III: die im Baugewerbe, in den künstlerischen Gewerben, in der Landwirtschaft und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei, der Industrie der Steine und Erden und im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen mit Ausnahme der Transportarbeiter und der im Bureaudienst tätigen Angestellten, welche zur Klasse I gezählt werden, ferner die Bauanschläger.

Die laufenden Wochenbeiträge wurden festgesetzt

für Mitglieder der Klasse I	auf 15 \mathcal{M}
" " " " Klasse II	" 20 "
" " " " Klasse III	" 45 "

bei einer Versicherung nach Tarif A, d. i. auf 1,50 \mathcal{M} für die ersten zwanzig und 0,75 \mathcal{M} für die folgenden vierzig Tage der Arbeitslosigkeit,

für Mitglieder der Klasse I	auf 20 \mathcal{M}
" " " " Klasse II	" 80 "
" " " " Klasse III	" 60 "

bei einer Versicherung nach Tarif B, d. i. auf 2,00 \mathcal{M} für die ersten zwanzig und 1,00 \mathcal{M} für die weiteren vierzig Tage.

Die Beiträge für Mitglieder über 60 Jahre wurden um ein Viertel erhöht.

Diese Sätze stellen nicht die gesamte errechnete Prämie dar, da die Stadt einen Teil übernimmt, nämlich von den Beiträgen der beiden unteren Klassen 5 \mathcal{M} für die Woche, von denen der obersten Klasse 15 \mathcal{M} . Der städtische Zuschuß ist relativ geringer als bisher, denn in den letzten fünf Geschäftsjahren kostete jeder Versicherte der Stadt 13,16 \mathcal{M} im Jahre, künftig wird sich der Betrag auf 2,00 \mathcal{M} für Mitglieder der Klassen I und II und 7,50 \mathcal{M} für Bauarbeiter usw. ermäßigen.

Soweit die Reform des Beitragswesens.

Die Umgestaltung der Leistungen brachte neben der Ausdehnung auf das ganze Jahr statt der 48 tägigen die 60 tägige Unterstüßungsdauer und die wiedergegebenen beiden Tarife, also einen höheren und einen niedrigeren, damit sich jeder nach seinem Bedürfnis und seiner Leistungsfähigkeit versichern kann. Die Zahl der Karenztage wurde von zwei auf sechs erhöht, wodurch eine bedeutende Entlastung der Kasse erzielt werden soll. Fälle einer Arbeitslosigkeit bis sechs Tage treffen z. B. jeden Bauarbeiter wiederholt im Jahre mit solcher Gewißheit, daß sie nicht Gegenstand einer Versicherung sein können. Wollte man sie gleichwohl einbeziehen, so müßten die Beiträge eine Höhe erreichen, daß keiner wagen würde, sich zu versichern auf die Gefahr hin, zusätzlich einmal nicht arbeitslos zu werden. Hier ist nur der Weg des Sparsens möglich.

Die Bezugsberechtigung wurde von der Entrichtung von zwei- und fünfzig Wochenbeiträgen abhängig gemacht, die erstmalig in sechsundzwanzig Wochen geschehen kann. Diese Wartezeit soll den Eintritt solcher verhindern, die mit Gewißheit in nächster Zeit arbeitslos werden. Ob die Frist von sechsundzwanzig Wochen nicht doch abgekürzt werden kann, muß die Erfahrung lehren. Die in ihr geleisteten Beiträge werden nicht à fonds perdu gezahlt, sondern geben einen Anspruch auf die Kassenleistungen während zweiundfünfzig Wochen ohne Verpflichtung zur Beitragsleistung, wenn der Versicherte kündigt.

Leider mußte darauf verzichtet werden, auch auf teilweise Arbeitslosigkeit infolge von Betriebseinschränkungen usw. Rücksicht zu nehmen, da die Kasse schon zu sehr mit Versuchen beschwert schien, um auch dieses Experiment noch tragen zu können.

Neben der Bildung der Gefahrenklassen und der Ausdehnung der Leistungen auf das ganze Jahr ist der wichtigste Teil der Reform die Einführung einer Rückversicherung für Berufsvereine, die ihren Mitgliedern Arbeits- oder Stellenlosenunterstützung gewähren. Der Grundgedanke war hier, die Arbeitslosenunterstützungswesen durch Zuwendung des städtischen Zuschusses zu fördern, es aber auch bis zu einem gewissen Grade zu zentralisieren und so zu versuchen, eine Arbeitslosenversicherung

größeren Stils ins Leben zu rufen, die auf dem Prinzip der obligatorischen Versicherung aufgebaut sei. Die Denkschrift sagt hierüber:

„So wird den Organisationen ohne Arbeitslosenunterstützung deren Einführung durch Übernahme der Gefahr und Gewährung eines Zuschusses erleichtert, auf der anderen Seite den Vereinen mit Arbeitslosenunterstützung Anlaß zu ihrer Erhöhung gegeben. Indem die Lokalkassen zu einer Versicherung zusammengeschlossen werden, wird die Gefahr nach Möglichkeit verteilt und damit verringert; dadurch, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Unterstüßungsbestimmungen der beteiligten Vereine erzielt wird, ist die Grundlage zu einer vergleichenden Beobachtung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufen geschaffen. Da gleichwohl die Arbeitslosenunterstützung auch nach Berufen selbstständig organisiert bleibt, hat die neue Kasse den Vorteil, die Arbeitslosen von ihren eigenen, als Mitglieder der Lokalkassen unmittelbar interessierten Berufsangehörigen kontrolliert zu wissen. Eine solche Vereinigung selbständiger Berufsvereine unter einer Rückversicherung dürfte auch ein gangbarer Weg für eine obligatorische Arbeitslosenversicherung sein.“

Die hier erwähnten Lokalkassen sind die Voraussetzung der Rückversicherung. Sie werden von den örtlichen Gewerkschaften unabhängig von den Zentralverbänden gegründet und nehmen nur diejenigen auf, die seit einem Jahre in Köln wohnen oder arbeiten. Die Lokalkasse zahlt ausschließlich Arbeitslosenunterstützung, die mit der des Zentralverbandes zusammen mindestens fünfundsiebzig Pfennig höher sein muß als die Erstattungssätze der Rückversicherung. Diese Sätze sind für Tag und Fall nach Entrichtung von

52 Wochenbeiträgen	0,75 \mathcal{M}
104 " "	1,00 "
156 " "	1,25 "
208 und mehr Wochenbeiträgen	1,50 "

höchstens aber das Sechzigfache innerhalb zweiundfünfzig Wochen. Tagelohn für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit wird nicht ersetzt.

Sämtliche Lokalkassen werden nach einem Musterstatut gegründet.

Die Rückversicherten leisten laufende Wochenbeiträge, die niedriger sind als die der Unorganisierten, da sie ja auch ihre besten Risiken versichern müssen, die Arbeitslosen z. T. selbst kontrollieren und der Kasse erhebliche Verwaltungskosten ersparen.

Die Gefahrenreinteilung ist wie bei den Unorganisierten. Der Beitrag der untersten Klasse ist vier, der mittleren zehn, der obersten dreißig Pfennig. Hierzu kommt der städtische Zuschuß, der in der gleichen Weise verrechnet wird wie bei den unmittelbar Versicherten, nur daß er in der untersten Klasse vier statt fünf Pfennig in der Woche beträgt, da er in keinem Fall mehr als 100 % des von den Beteiligten gezahlten Satzes betragen soll.

Bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern ergab sich jedoch noch die Notwendigkeit von Übergangsbestimmungen, die es den Vorständen erleichtern sollten, die Hauptversammlung für den Anschluß zu gewinnen. In den beiden ersten Geschäftsjahren leisten daher die Gewerkschaften, wenn sie sich innerhalb sechs Wochen nach Inkrafttreten der neuen Satzung versichern, nur die Hälfte der oben genannten Beiträge, verzichten dafür aber darauf, bei etwaiger Kündigung ohne Verpflichtung zur Beitragsleistung zweiundfünfzig Wochen bezugsberechtigt zu bleiben. Es handelt sich also nur um einen bequemeren Zahlungsmodus, da die Beiträge für ein Jahr der Bezugsberechtigung in zwei Jahren entrichtet werden. Nach Ablauf dieser Frist soll in eine erneute Prüfung der Beiträge auf Grund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen eingetreten werden.

Für die beiden Probejahre hat die Stadt Köln einen Zuschuß bis zu 80 000 \mathcal{M} im ersten und 100 000 \mathcal{M} im zweiten Jahr bewilligt. Dieser Zuschuß gibt der Kasse nicht einen charitativen Charakter; denn er soll lediglich eine wirtschaftliche Maßnahme zur Erprobung einer Einrichtung sein, von der man eine wesentliche Förderung wichtiger produktiver Stände erwartet. Die Unterstüßung gilt daher auch weniger dem einzelnen als dem Unternehmen.

Frauen, soweit sie nicht organisiert sind, und Vereine kaufmännischer und technischer Angestellter werden vorläufig nicht zugelassen werden.

Am 26. Juli hat der Satzungsentwurf die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden. Am gleichen Tage ist damit die neue Kasse als Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit zu Köln, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, ins Leben getreten. Sie soll die andere Kasse nach Ablauf des Geschäftsjahres 1910/11 in sich aufnehmen. Ihre Organe sind die Hauptversammlung, der Gesamtvorstand, der geschäftsführende

Vorstand und der Ausschuss der Versicherten. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes, der zugleich Vorstand der Kasse im Sinne des Gesetzes ist, wird vom Oberbürgermeister nach Anhörung der Stadterordnetenversammlung ernannt, wie denn überhaupt der Stadt ein erheblicher Einfluss auf die Verwaltung gewährt wurde.

Wie weit die Reform das einleitend skizzierte Ziel erreichen wird, muß die Zeit lehren. So ist es sehr fraglich, ob sich weitere Kreise unter den Unorganisierten für eine solche Selbsthilfe interessieren lassen. Auch bei den bereits versicherten Bauarbeitern sind Bedenken zu erwarten, da sie sich durch die stärkere Belastung der schlechten Risiken getroffen fühlen werden und ihnen vor allem die unumgängliche Vermehrung der Karenztage unsympathisch ist. Jedenfalls glauben Stadtvertretung und -verwaltung, alle billigen Ansprüche genügend berücksichtigt zu haben, um künftig von Rotstandsarbeiten absehen zu können.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Aus den ausländischen Sektionen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Finnland hat eine eigene Landesektion begründet. Ihre Jahresversammlung fand am 8. April statt. In den Vorstand wurden gewählt: Versicherungsinspektor Hallsten (Vorsitzender), vortragender Rat im R. Senat Dr. Granrooth, Dr. Helminen, Dr. Gylling und Gewerbeinspektorin Abg. Fräulein Vera Jelti; zu stellvertretenden Mitgliedern: Direktor der Sozialen Zentralfstelle Bööt (Sekretär), Senator a. D. Dr. Jelti und Direktor der arbeitsstatistischen Abteilung des Industrieamts Snellmann. Die nächste Aufgabe ist, einen Entwurf zur Revision des jetzigen Unfallversicherungs- oder vielmehr Haftpflicht-Gesetzes in der nächsten Landtagsession zur Beratung zu bringen. In der Landtagsession Februar-Mai d. J. wurden u. a. folgende Gesetze und Beschlüsse angenommen: Die private Stellenvermittlung soll durch Gesetz ganz aufgehoben werden und nur kostenfreie, durch Gemeinde und gemeinnützige Vereine besorgte Vermittlung zulässig sein. Aufnahme von 200 000 F. Mark in das Budget für 1912 zur Unterstützung von Arbeitslosenklassen der Gemeinden oder der Gewerkschaften. — In Verbindung mit andern Gesellschaften sowie mit Behörden wird eine sozialpolitische Zentralfstelle geschaffen; ebenso wird eine ständige Ausstellung für Arbeiterschutz eröffnet. Die Sektion hat 95 Einzelmitglieder und 5 Vereine.

Frankreich. Die Sektion hat sich beschäftigt 1. mit den Berufskrankheiten; diese sollen als Arbeitsunfälle behandelt werden; 2. mit der Abstellung von Missetaten im Widertlageverfahren bei den Gewerbegegerichten; 3. mit der Reform der Einigungsämter und Schiedsgerichte, die obligatorisch gemacht werden sollen. Ein Antrag Lemire betreffend gesetzliches Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen unter 18 Jahren in ununterbrochenen Betrieben ist am 2. Juni von der Abgeordnetenkammer angenommen und dem Senat überwiesen worden.

Großbritannien. Die 6. Jahresversammlung der britischen Sektion fand am 29. Juni 1911 statt. Dem geschäftlichen Teile folgte eine öffentliche Versammlung unter dem Vorhänge des Staatssekretärs Seels. Dieser hob hervor, daß der ständige Fortschritt der internationalen Arbeiterschutzbestrebungen in allen Ländern zu bemerken sei und daß die Beförderung einseitiger wirtschaftlicher Belastung gerade durch die Bestrebungen der Vereinigung verhindert werde. Der Premierminister des australischen Staatenbundes, A. Fisher, hob hervor, daß auf der Kolonialkonferenz der Beschluß gefaßt worden sei, eine Kommission zur Untersuchung der Produktionsmethoden und Sozialpolitik aller Länder einzusetzen; er hoffe, daß die Ergebnisse dieser Untersuchungen der Vereinigung zugute kommen werden. Abgeordneter Ramsay Mc. Donald (Führer der Arbeiterpartei) wies darauf hin, daß infolge der engen Verbindung der Länder auf dem Weltmarkt die nationalen Minima der Kultur, dank den von der Vereinigung angeführten Verträgen, immer mehr in internationale Minima verwandelt werden.

Ungarn. In einer unter Vorsitz des Präsidenten, Staatssekretärs a. D. Szterenyi, am 4. April abgehaltenen Sitzung der Sektion erläuterte Dozent Dr. B. Heller den Gesetzentwurf betreffend Verbot der Nachtarbeit der Frauen. Beschlossen wurde eine Eingabe an das Parlament, die das Verbot der Mittags- von Arbeit nach Hause fordert und bittet, besonders durch Regelung der Kinderarbeit wie auch der Heimarbeit, die Übergangsschwierigkeiten zu mildern. In der Frage der Kinderarbeit wurde eine Sitzung am 27. Mai abgehalten, die nach einem Referat von Dr. Bud zu dem Beschluß kam, die Regierung um eine Erhebung der Kinderarbeit im Herbst zu bitten.

Spanien. Die Sektion wendet neuerdings ihre Aufmerksamkeit besonders der Heimarbeit und ihrer Regelung mit Betonung der Notwendigkeit der Errichtung von Lohnämtern zu (Bericht von Professor A. Castrovieja-Santiago).

Vereinigte Staaten von Amerika. Die amerikanische Sektion hat unter Leitung von Prof. Farnam eine rege Tätigkeit entfaltet, die

sich namentlich auf die Bekämpfung der Berufskrankheiten und die Unfallversicherung erstreckt hat. Die Zahl der Mitglieder ist erheblich gewachsen. Seit 1907 gibt die Sektion regelmäßig Schriften heraus. Neuerdings veröffentlicht sie in 4 Jahresschriften eine Revue der amerikanischen Arbeitsgesetzgebung. Heft 1 war vornehmlich der gewerblichen Hygiene, dem Maximalarbeitsstag der Frauen, der Unfallversicherung und den gewerblichen Giften gewidmet. Heft 2 behandelt Gesundheit, Sicherheit und Wohlfahrt in Fabriken (Unfallverhütung, Staub und Rauch, Luftraum, Licht, Reinlichkeit, Temperatur und Feuchtigkeit, wissenschaftliche Maßstäbe für die Gesetzgebung). Vorsitzender ist jetzt Prof. Seager von der Columbia-Universität, unter den Vizepräsidenten ist auch der Arbeiterführer Samuel Gompers; Sekretär ist John B. Andrews, New York (Geschäftsstelle 1 Madison Avenue, New York City).

Allgemeine Sozialpolitik.

Die Sozialpolitik auf dem 58. Katholikentage in Mainz.

Noch mehr als auf früheren Tagungen trat diesmal die Sozialreform auf der Generalversammlung in Mainz (7. bis 10. August) in den Vordergrund der Verhandlungen. Stand diese ganze gewaltige Heerschau der deutschen Katholiken doch im Zeichen der Erinnerung an den großen sozialpolitischen Bischof Emanuel von Ketteler, dessen hundertjährigen Geburtstag die Versammlung feierte! So war, nach der üblichen Eröffnung durch Aufzug und Begrüßung der Arbeiterscharen, gleich die erste öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Grafen Galen einer Gedächtnisrede Kettelers gewidmet, in der Freiherr von Hertling ihn als den Herold der christlichen Sozialreform pries. Und am Tage darauf hielt der Abgeordnete Justizrat Trimborn eine Rück- und Vorschau auf dem Gebiete der Sozialpolitik in der zweiten öffentlichen Versammlung: „Die Sozialpolitik war eine in unserer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung gegebene Notwendigkeit. Aber sie war und ist uns mehr. Sie war eine Forderung der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe, eine Gewissenspflicht. Deshalb haben wir Katholiken uns stets freudig in den Dienst der Sozialpolitik gestellt, deshalb gab es nie ein Zaudern und ein Streit um das „Ob“ in unseren Reihen, sondern höchstens um das „Wie“ und das „Wohin“. Und dieser Idealismus soll uns auch in Zukunft befeelen und unser Tun leiten. So wollen wir denn auch ferner die soziale Fahne hochhalten.“ Diese Worte Trimborns fanden stürmischen Beifall.

Von den Sonderversammlungen verdient namentlich die Tagung des Volksvereins für das katholische Deutschland das Interesse aller Sozialpolitiker. Auch ihre Verhandlungen standen im Zeichen Kettelers. „Der Volksverein ist der große soziale Verein, der die Kettelerschen Grundgedanken in zeitgemäßer Ausgestaltung zu verwirklichen sucht“, erklärte der Vorsitzende Fabrikant Franz Brandis, und er fügte hinzu: „Unser Wahrspruch: Soziale Arbeit für alle Berufsstände — wird zu Tat und Leben. Wirtschaftliches Ringen geht Hand in Hand mit der Steigerung geistigen Strebens und der Erstarrung religiöser Überzeugung.“ Generaldirektor Dr. Pieper feierte in Ketteler den Staatsmann, den großen Organisator auf dem Boden katholischer Sozialpolitik. Und Abgeordneter Gröber nannte Dr. Gladbach eine soziale Hochschule, die das geistige Erbe Kettelers pflegt. Den Jahresbericht erläuterte Direktor Dr. Braun:

Der Mitgliederbestand betrug Ende Juni 1911 70727 gegenüber 65264 Ende Juni 1910. Diese Mitglieder verteilen sich hauptsächlich auf West- und Süddeutschland. Die Zentralfstelle des Vereins in Dr. Gladbach beschäftigt 18 literarisch und rednerisch tätige Beamte mit abgeschlossener akademischer Bildung. Diese befassen sich teils mit der Organisation und Verwaltung des Vereins, teils mit Spezialarbeiten der einzelnen Ressorts (für Landwirtschaft, Industrie, Mittelstandsfragen usw.). Die Hausdrucker des Volksvereins-Verlags, die nur für Vereinszwecke beschäftigt sind, beschäftigt rund 82 Arbeiter und Beamte. Für die Zentralfstelle und den Verlag waren rund 50 kaufmännische Beamte tätig. Die Bildungs- und Schulungsarbeit des Vereins befaßt sich im Berichtsjahre vornehmlich mit denjenigen Fragen, welche durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuesten Zeit in den Vordergrund des Interesses gedrängt wurden (Reichsversicherung, Lebensmittelversorgung, Fragen der industriellen Produktion, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, unsere zukünftige Handelspolitik usw.). Des weiteren suchte der Verein dem Bedürfnis nach besserer staatsbürgerlicher Bildung und Schulung in den breiten Massen entgegenzukommen. Auf dem Gebiete der Arbeiterfrage ließ sich der Volksverein in der Erziehung der nichtsozialistischen Arbeiterwelt für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung anlegen sein. Bei der Bedienung der wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe der einzelnen Stände legte er besonderen Wert darauf, die Beteiligten in die Details der Berufsfragen einzuführen, sie ferner nicht bloß einseitig auf die Wahrnehmung ihrer Standes-

interessen hinzuweisen, sondern ihnen ihre Stellung in der gesamten Volkswirtschaft zu zeigen und sie den Ausgleich mit den Interessen anderer Stände ohne für das Gesamtwohl bedenkliche Kämpfe finden zu lassen. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahre der Jugendfürsorge zugewandt. Dementsprechend wurde speziell auch das Interesse für die Fortbildungsschule in Stadt und Land zu wecken gesucht. Nicht minder war der Volksverein ständig bemüht um die Volksbildungsbestrebungen im allgemeinen. Die Bestrebungen einer sozialen Interessierung der gebildeten Katholiken schon während ihrer Studienzeit fanden wie bisher nachhaltige Förderung.

Von der umfassenden Tätigkeit des Vereins legt am besten Zeugnis ab sein gewaltiger Schriftenvertrieb. Im Berichtsjahr wurden verbreitet die Vereinszeitschrift „Der Volksverein“ in 4 180 400 Exemplaren, Flugblätter 3 786 052, Agitationsmaterial 2 465 266, Material zur sozialen Interessierung der Gebildeten 275 481, Zeitungskorrespondenzen 120 000, Zeitschriften des Volksvereinsverlags 1 576 604, Zeitschriften des Volksvereinsverlags 724 942, Sonstiges 568 680, zusammen 13 692 875 Stüd. Die sozialwissenschaftliche Bibliothek zählt gegenwärtig rund 81 000 Bände. Die für die wissenschaftlichen Arbeiten an der Zentrale gehaltenen Zeitschriften und Tageszeitungen belaufen sich gegenwärtig auf 670.

Die Soziale Auskunftsstelle erteilte im Berichtsjahr wiederum mehr als 8000 Auskünfte, teils schriftlich, teils mündlich an Männer und Frauen, die um Musterstatuten, Pläne, aufklärende Literatur usw. baten. Sehr stark wurde die Soziale Auskunftsstelle im Berichtsjahr wieder vom Ausland in Anspruch genommen. Das im Berichtsjahr 1907/08 vom Volksverein in Berlin gegründete Soziale Archiv wurde weiter ausgebaut und räumlich vergrößert. Es hat die Aufgabe, alles für die Fragen der sozialen Gesetzgebung wertvolle Material aus den Parlamentsberichten, Akten, Denkschriften, Petitionen, Büchern, Zeitschriften und Tageszeitungen zu sammeln und zu ordnen.

Als ein wertvolles Mittel zur Förderung der Standesbewegungen durch Heranbildung und Schulung besonders interessierter Persönlichkeiten hat von jeher der Volksverein sein Kursus- und Versammlungs-wesen gepflegt. Die Anzahl der vom Volksverein an seiner Zentrale in Gladbach und im Lande veranstalteten Kurse hat im letzten Vereinsjahre zugenommen; auch die Teilnehmerzahl ist beträchtlich gestiegen. Es fanden statt zwei Volkswirtschaftliche Kurse, ein Kursus für Handlungsgeschäften, ein Sozialwissenschaftlicher Kursus für Lehrer, ein Kursus für Handwerker, einer für Landwirte, sowie ein Sozialer Kursus für öffentliche Beamte. Im Lande wurden für einzelne Stände Vortragszügen durch Vertreter der Zentrale abgehalten, so für Handwerker, Beamte, Lehrer in Städten und Kreisen. Die Zahl der Volksvereinsversammlungen, von denen die Zentrale Kenntnis erhielt, betrug im Berichtsjahre 3822. Im ganzen dürften über 5000 Versammlungen des Volksvereins stattgefunden haben.

In dieser umfassenden Tätigkeit des Volksvereins liegt die Gewähr einer planmäßigen Erziehung und Schulung der katholischen Bevölkerung in Deutschland für soziales Verständnis und für sozialpolitisches Handeln. Gestützt auf diese Arbeit wird die Zentrumsarbeit, so hoffen wir zuversichtlich, ihren Traditionen treu, auch künftig ein Anwalt der Sozialreform sein. Die Katholikenversammlung in Mainz, der Stadt Kettlers, hat sich aufs neue dieser großen Aufgabe gelobt.

Die Beschlüsse des 58. Katholikentages werden im Wortlaut von der „Köln. Volksztg.“ Nr. 686 (vom 12. August) mitgeteilt. Die auf „Soziale Fragen“ bezüglichen, im Ausschuss II. der Generalversammlung gefassten Entschlüsse beginnen mit einer Fuldigung an Bischof v. Ketteler, dem insbesondere die katholischen Arbeitervereine mit ihren mehr als 400 000 Mitgliedern zu Dank verpflichtet seien. Ihnen liege die systematische Bildung und Schulung der katholischen Arbeiter ob und damit die Stärkung des religiös-sittlichen Lebens des Arbeiterstandes, die Mitwirkung an seinem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg sowie die Hebung des häuslichen Lebens der Arbeiterfamilien. Dringend notwendig sei die planmäßige Fürsorge für die schulentlassene Jugend in Stadt und Land. Gefordert werden hierfür: allgemeine, pflichtmäßige Einführung der Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen, unter Aufnahme des obligatorischen Religionsunterrichts; Jugendpflege des Staates und der Gemeinde, unter Wahrung der Rechte der katholischen Jugendvereine, deren Ausbreitung empfohlen wird ebenso wie die Gründung von Schuttkomitees und Jugendauschüssen, wie denn überhaupt die Jugendpflege von allen Seiten nachdrücklich zu fördern ist. Der Religionsunterricht als obligatorischer Unterrichtsgegenstand in allen Fortbildungsschulen wird nochmals in einer besonderen Resolution gefordert. Der Altruismus für die soziale Wohlfahrt soll weitestgehende Aufmerksamkeit und Förderung zugewendet werden (Zentralauskunftsstelle in Aachen). Hinsichtlich des Mittelstands wird gesagt, es sei unbedingt nötig, daß er stets hinreichend Arbeit und Absatz habe, deshalb müsse man bei Einkäufen und Bestellungen nach Möglichkeit die Handwerker und Kleingewerbetreibenden berücksichtigen. Der letzte Beschluß betrifft den Schutz der jugendlichen Industriearbeiterinnen; hier werden gefordert: Beschäftigung und Freistellung der Mütter für die Erziehungsaufgaben; hauswirtschaftliche und berufliche Fortbildungsschule mit Berücksichtigung der weiblichen Eigenart und Bestimmung; Aufklärungsarbeit über den häuslichen Beruf bereits in der Schulzeit; Mitwirkung bei der Berufswahl; Erweiterung und Verstärkung des Schutzes in der Berufsarbeit.

Soziale Institute.

Die Stellung der Frau im Handwerk erörtert ein Erlaß, den der preussische Handelsminister unter dem 18. Juli d. J. an die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern gerichtet hat. Der Erlaß, der im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung vom 8. August 1911 veröffentlicht ist, geht davon aus, daß die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen für Handwerker gegenüber den weiblichen Gewerbetreibenden vielfach von einander abweicht:

Die Gewerbeordnung macht, abgesehen von den Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen, hinsichtlich der Ausübung des Gewerbebetriebes keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Gewerbetreibenden. Infolge dessen finden auch die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Lehrlingswesen, über die Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfungen und über die Befugnis zur Lehrlingshaltung gleichmäßig Anwendung. Was die Zulassung der Frauen zu den Gesellen- und Meisterprüfungen anlangt, so sei zu berücksichtigen, daß bis vor kurzem in den Bestimmungen über die Ausbildung und Anleitung von Lehrlingen sowie über die Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfungen weibliche Personen meistens nicht berücksichtigt waren. Es scheint daher billig, daß die Frauen während einer gewissen Übergangszeit zu den Prüfungen auch dann zugelassen werden, wenn sie die vorgeschriebene Lehr- und Gesellenzeit oder die Ablegung der Gesellenprüfung nicht nachzuweisen vermögen. Ebenso soll weiblichen Gewerbetreibenden gegenüber, denen aus besonderen Gründen die Ablegung der Meisterprüfung nicht zugemutet werden kann, z. B. Witwen, die den Betrieb ihres Mannes fortführen, von der in das Ermessen der Behörden gestellten Verlethung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen ein wohlwollender Gebrauch gemacht werden.

Der Erlaß bezweckt, daß die vorstehenden Grundsätze überall möglichst gleichmäßig zur Durchführung gelangen. Die Handwerkskammern sollen daher die von ihnen erlassenen Bestimmungen über die Regelung des Lehrlingswesens sowie die Meisterprüfungsordnungen einer Prüfung daraufhin unterziehen, inwieweit sie mit Rücksicht auf die weiblichen Handwerker einer Abänderung oder Ergänzung bedürfen oder ob etwa ganz neue Prüfungsordnungen für die hauptsächlich von Frauen betriebenen Handwerke erforderlich sind. Soweit sich durch die Veranziehung der weiblichen Handwerker die Einrichtung vermehrter Prüfungsausschüsse und Kommissionen als erforderlich herausstellt, soll Bedacht darauf genommen werden, daß für die Frauen besondere Ausschüsse und Kommissionen gebildet werden, in welche auch weibliche Handwerker zu berufen sind. Schließlich sollen auch geeignete Kurse zur beruflichen Ausbildung der Frauen veranstaltet und die Lehrstellenvermittlung auf weibliche Personen ausgedehnt werden. Der Minister ist bereit, hierfür staatliche Beihilfen zu bewilligen.

Familienlohn. Der alten idealen Forderung, daß der Lohn als ausreichender Lebenslohn den häuslichen Aufwandsbedürfnissen des Arbeiters Rechnung tragen, für verheiratete Arbeiter also je nach der Kopffzahl der unerwachsenen Kinder durch „Familienzulagen“ ergänzt und gegenüber dem der jungen unverheirateten Arbeiter erhöht werden solle, sind manche Stadtverwaltungen in gewissem Umfange bei der Befolgung ihrer städtischen Arbeiter nachgekommen. In den privaten Erwerbswirtschaften hindert ja der Druck der Konkurrenz meist derartige humanitären Regungen; der Anspruch des verheirateten Arbeiters auf Mehrlohn würde gewöhnlich die betrübliche Folge haben, daß er durch einen billigeren unverheirateten Arbeiter verdrängt werden würde. Nur die nicht bloß nach Konkurrenzrücksichten, sondern auch nach den Gesichtspunkten öffentlicher Wohlfahrt und Gemeinnützigkeit geleiteten städtischen und staatlichen Betriebe können unbedenklich eine gewisse Staffelung der Löhne je nach dem Familienstand des Arbeiters vornehmen und dem kinderreichen Vater eine Zulage gewissermaßen als Erziehungsprämie bewilligen. Die gesunde Aussicht einer größeren Kinderzahl ist für einen aufsteigenden Staat wie Deutschland, der dem Gespenst der Übervölkerung mutig ins Auge sehen kann, eine, wenn nicht die wichtigste Lebensfrage, mit der sich alle übrigen sozialen Fragen der Nation verknüpfen. So erblickt auch die „Zeitschrift für Jugendwohlfahrt“ in diesen Zulagen für kinderreiche Familien städtischer Arbeiter „eine Förderung der Kinderpflege und Jugendfürsorge“. Eine Zusammenstellung derselben Zeitschrift über die Städte, welche bereits Kinderzulagen gewähren, sei hier kurz wiedergegeben. Sie stützt sich allem Anschein nach auf das amtliche statistische Werk „Die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Gemeinbedienten in den deutschen Städten“ (Bd. 9 und 10 der „Beiträge zur Arbeiterstatistik“).

Die Einrichtung der Familienzulagen für städtische Arbeiter besteht bereits in Charlottenburg, Kottbus, Krefeld, Düsseldorf, Frankfurt a/M.,

Halberstadt, Halle, Hanau, Königsberg, Mainz, Straßburg. In Krefeld erhalten alle vollbeschäftigten männlichen oder weiblichen städtischen Arbeiter nach mindestens fünfjähriger Dienstzeit für eheliche Kinder unter 16 Jahren monatliche Zuschüsse: für 1 bis 2 Kinder 4 \mathcal{M} , für 3 bis 4 Kinder 8 \mathcal{M} , für 4 bis 5 und mehr Kinder 12 \mathcal{M} . Charlottenburg gewährt den städtischen Arbeitern auf Antrag für 4 Kinder jährlich 160 \mathcal{M} , für 5 Kinder 150 bis 800 \mathcal{M} , für 6 Kinder bis zu 450 \mathcal{M} (15 v. H. vom Arbeitslohn), bei mehr Kindern bis zu 600 \mathcal{M} (20 v. H. vom Arbeitslohn). In Frankfurt a. M. erhalten Familienväter, die als ständige städtische Arbeiter beschäftigt sind, Lohnerhöhungen und Mietszuschüsse. Ledige Arbeiter, die Familienangehörige zu unterhalten haben, werden den verheirateten in bezug auf die Zuschüsse gleichgestellt. In Straßburg erhalten die Familien der städtischen Arbeiter mit mehr als 8 Kindern unter 16 Jahren Zuschüsse von 6 bis 15 % des Grundlohns. Auch in Schöneberg ist, wie wir bereits XIX Sp. 1114 berichteten, vorgeschlagen worden, den kinderreichen Familien städtischer Arbeiter Familienzulagen zu gewähren. Verheiratete ständige Arbeiter sollen Familienzulage erhalten und zwar Arbeiter mit drei Kindern monatlich 10 \mathcal{M} , mit vier Kindern 12,50 \mathcal{M} , mit fünf Kindern 15 \mathcal{M} , mit sechs Kindern 17,50 \mathcal{M} , mit sieben und mehr Kindern 20 \mathcal{M} . Den verheirateten Arbeitern stehen die verwitweten und geschiedenen gleich. Die Zulage wird nur für eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder unter 16 Jahren gezahlt, und zwar nur für diejenigen, denen der Arbeiter Unterhalt zu gewähren hat und tatsächlich gewährt. Im Falle der Erkrankung eines bezugsberechtigten Arbeiters ist die Familienzulage bis zum Ende des Monats, in dem die letzte Arbeitslohnzahlung erfolgt, weiterzuzahlen. Der Magistrat ist berechtigt, die Zulage auch für die Zeit zu gewähren, während welcher der Arbeiter aus dem Arbeiterunterstützungsfonds Zulage erhält.

Daß ähnliche Löhnungsweisen, die eine Unterstützung und Förderung kinderreicher Arbeiterfamilien in sich schließen, besonders in kinderarmen Ländern wie Frankreich Beifall finden, ist begreiflich. Im Vorjahre hat der Abgeordnete Steeg angeregt, eine gesetzliche Regelung dieser Frage in Frankreich vorzunehmen und die Familienzulage an die kinderreichen bedürftigen Arbeiterhausaltungen aus dem Bereich der freiwilligen Armenpflege auf den Boden des öffentlichen Arbeitsvertragsrechts zu verpflanzen, die charitative Unterstützung in einen Rechtsanspruch zu verwandeln.

Die Anstellungsverhältnisse bei der „Viktoria“ zu Berlin — Dienstgeheimnis. Über diese Angelegenheit, die wir bereits in der Soz. Pr. Jg. XX Sp. 1027 behandelt haben, geht uns die folgende Zuschrift zu: Zwischen dem Verband der deutschen Versicherungsbeamten und der „Viktoria“ zu Berlin entstanden im April d. J. Differenzen, weil die „Viktoria“ ihren Beamten durch ein Geheimzirkular verboten hatte, den von dem genannten Verbands herausgegebenen statistischen Fragebogen auszufüllen. Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten hatte, als er von dem am 18. April d. J. erlassenen Zirkular Kenntnis erhielt, am 22. April unter ausführlicher Begründung die Generaldirektion der „Viktoria“ zur Jurisdiktion des Verbotes aufgefordert. Die „Viktoria“ fühlte sich erst nach einer nochmaligen Aufforderung veranlaßt, mit Brief vom 27. Mai d. J. dem Verbands mitzuteilen, daß sie seine „Legitimation zur Einmischung in unsere internen Geschäftsangelegenheiten“ nicht anerkenne. Sie schreibt dann weiter: „Wir wollen indes nicht unterlassen, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wir unseren Beamten die Auskunftserteilung nicht allgemein verboten haben, sondern nur soweit („in dieser Hinsicht“) sie sich „auf interne geschäftliche Angelegenheiten“ bezieht.“ Der Verband sandte hierauf der „Viktoria“ ein Exemplar des Fragebogens und wies darauf hin, daß dieser keine Fragen nach internen geschäftlichen Angelegenheiten enthält und daß es sich nicht allein um die Interessen der Beamten der „Viktoria“ handelt, sondern um die Ständesinteressen der deutschen Versicherungsbeamten. Die „Viktoria“ hat darauf nicht geantwortet und auch das Geheimzirkular nicht zurückgezogen. Es muß also angenommen werden, daß die „Viktoria“ die Urlaubs- und Pensionsverhältnisse sowie die Gehaltsbezüge und Arbeitszeit ihrer Beamten zu den „internen geschäftlichen Angelegenheiten“ rechnet. Darin liegt das Bedenliche, denn es werden Lebensfragen des gesamten Versicherungsbeamtenstandes berührt. Wenn der Arbeitgeber das Recht hat, seinen Angestellten die Auskunftserteilung über Angelegenheiten wie Gehälter, Urlaube, Pensionen und Arbeitszeit zu verbieten, dann ist der Angestellte einzig und allein der Willkür des Unternehmers unterworfen. Es wird aber auch das Koalitionsrecht für den Angestellten illusorisch, wenn es der Organisation unmöglich gemacht wird, sich über diese wichtigsten Angelegenheiten des einzelnen Angestellten und des ganzen Standes zu unterrichten, um die Beweise dafür zu beschaffen, ob die Einkommensverhältnisse den Lebens- und Wirtschaftsbedingungen entsprechen, ob auf die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit genügend Rücksicht genommen wird und wie die sonstigen Fürsorgeeinrichtungen beschaffen sind. Das Recht, die Zustände, unter denen der Versicherungsbeamte arbeiten und leben muß, statistisch festzustellen, muß dem Verbands der deutschen Versicherungsbeamten zugestanden werden, ebenso wie der Arbeitgeber das Recht hat, über wirkliche Geschäftsgeheimnisse seinem Angestellten jede Auskunftserteilung zu verbieten. Das Verbot hat aber auch keine praktische Bedeutung, wie es keine rechtliche hat. Denn es sind genügend Auskünfte über die Verhältnisse der „Viktoria“-Beamten vorhanden und

die Direktion kann eine Kritik dieser Verhältnisse nicht hindern. Die einzige Wirkung ihres Verbots ist eine Steigerung der Verschönerung unter ihren Beamten.

Rechtspflege.

Die Mittagspause der Handlungsgehilfen. Wegen Verfehlung gegen § 189c O. D. Abf. 3 (1 1/2 stündige Mittagspause für solche Gehilfen, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des Geschäfts einnehmen) war ein Kaufmann in Hamburg vom Schöffengericht verurteilt worden, weil er einer Ladengehilfin auf deren Wunsch eine Verkürzung der Mittagspause und dafür früheren Arbeitschluß am Abend gestattet hatte. Während das Landgericht auf seine Berufung ihn freisprach, verurteilte ihn das Oberlandesgericht auf Revision des Staatsanwalts aus folgenden Gründen:

In der Gewerbeordnung sollte im § 189c zwingendes Recht für alle Gewerbegehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen geschaffen werden; mit keinem Worte ist angedeutet, daß bestimmte werbliche Angestellte von der Regel ausgenommen werden könnten. Es kann schließlich auch nicht zwischen Personen, welche mittags ihre Hauptmahlzeit einnehmen, und anderen Personen als zwei verschiedenen Klassen unterschieden werden, da es, wie ohne weiteres klar ist, vom Belieben eines jeden abhängt, wann es ihm gefällt, seine Hauptmahlzeit einzunehmen. Die Gewerbetreibenden würden es in der Hand haben, alsbald nur Angestellte der zweiterwähnten Klasse zu haben, indem sie solche nur unter der Bedingung annehmen, daß sie zu denen gehören, welche ihre Hauptmahlzeit nicht mittags einnehmen. Das Gesetz, welches im Interesse der Wohlfahrt und Gesundheit der Gehilfen u. s. w. gegeben und zwingender Natur ist, würde damit stets umgangen werden können. In Wahrheit bedeutet es nichts anderes, als einen Verzicht auf die Mittagspause, wenn jemand erklärt, nicht am Mittag, sondern zu einer andern Zeit seine Hauptmahlzeit halten zu wollen. Daß im Einzelfalle einem Angestellten diese gesetzliche Regelung un bequem und unwillkommen sein kann und daß manche gern auf die gesetzliche Mittagspause zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit verzichten würden, leuchtet ein; dies vermag aber an der zwingenden Natur des Gesetzes nichts zu ändern.

Schon früher hat das Reichsgericht entschieden, daß eine Vereinbarung, die dem § 189c widerspreche, nicht statthaft ist.

Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 137a O. D. Der durch die Gewerbeordnungsnovelle vom 28. Dezember 1908 neu geschaffene § 137a besagt:

Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.

Ein vogtländischer Fabrikant, der seinen Arbeiterinnen Arbeit für ihre Angehörigen mitzugeben hatte und deshalb angezeigt worden war, bestritt, sich einer Verfehlung schuldig gemacht zu haben, da die Worte „für Rechnung Dritter“ nur heißen solle, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Arbeit nicht für Rechnung dritter Arbeitgeber zugewiesen werden dürfe, daß es dagegen zulässig sei, daß der Fabrikant den Arbeiterinnen Arbeit mitgäbe, damit z. B. ihre Familienangehörigen sie fertigstellen. Das zuständige Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, die Worte „für Rechnung Dritter überwiesen“ bezögen sich auch auf Arbeitnehmer, es sei also unerlaubt, den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Arbeit mitzugeben, die von anderen Arbeitern fertiggestellt werden soll, sprach aber den Fabrikanten frei, weil er sich in einem entschuldbaren Irrtum über den Sinn der Worte „auf Rechnung Dritter“ befunden habe. Demgegenüber erklärte das Landgericht in Plauen i. B. — der Staatsanwalt hatte wegen der Freisprechung in erster Instanz Berufung eingelegt — die Worte „für Rechnung Dritter“ bezögen sich ausschließlich auf Arbeitgeber und kam deshalb ebenfalls zu einer Freisprechung des Angeklagten.

Aus dem Wortlaut des § 137a O. D. lassen sich beide Möglichkeiten herauslesen. Die ganze Bestimmung hat jedoch nur dann einen Sinn, wenn man sie so auffaßt, wie es die Plauener Staatsanwaltschaft getan hat, daß die Überweisung von Arbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter auch dann verboten ist, wenn andere Arbeiter diese Arbeit verrichten sollen. Es handelt sich hier doch nicht um ausschließliche Heimarbeiterinnen, sondern um Arbeiterinnen, die Tags über in einem Betriebe die gesetzlich zulässige Zeit hindurch beschäftigt worden sind, und daß ein Arbeitgeber seinen eigenen Arbeiterinnen Arbeit, die für andere Arbeitgeber bestimmt ist, überweisen wird,

wird so gut wie ausgeschlossen sein. Für diesen wohl niemals vorkommenden Fall hätte die Bestimmung nicht aufgenommen zu werden brauchen. Wohl aber handelte es sich darum, Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß die Arbeiterin nicht nominell die Arbeit für dritte Personen, insbesondere für ihre Angehörigen mitbekommt, während sie sie tatsächlich selbst fertigstellt. Denn hierfür ist eine Kontrolle absolut unmöglich. Der ganze Paragraph ist also eine ausgesprochene Schutzbestimmung im Interesse des zehn- bzw. achtstündigen Maximalarbeitstags, und diese hat eben nur dann einen Sinn, wenn die Worte „für Rechnung Dritter“ auf jeden Dritten bezogen werden. Das erscheint auch, wenn man sich die Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen vergegenwärtigt, als die natürliche Auslegung, wenn auch nicht verkannt werden kann, daß die Fassung dieses Paragraphen, wie dies ja jetzt leider sehr häufig der Fall ist, nicht gerade glücklich ist.

Abzugsfähige Versicherungsbeiträge. Eine für Bankbeamte bedeutsame Entscheidung hat das preussische Oberverwaltungsgericht am 31. Mai d. J. erlassen. Im Gegensatz zu den Vorinstanzen stellte es fest, daß die von einem Bankbeamten an den Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) zu Berlin entrichteten Versicherungsbeiträge bei der Steuerermäßigung abzugsfähig sind, da nach den Satzungen dieses Vereins für die Versicherten zweifellos ein klagbarer Rechtsanspruch auf die bedingungsmaßigen Leistungen begründet und damit die gesetzliche Voraussetzung der Abzugsfähigkeit erfüllt sei.

Arbeiter- und Unternehmervertretungen.

Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse wird in dem Jahresbericht des Gewerberats für den Aufsichtsbezirk München für 1910 in folgender Weise gewürdigt:

Die Arbeiterausschüsse haben an Zahl zugenommen und finden mehr Beachtung. Sie üben in nicht wenigen Betrieben ihre Befugnisse aus und entfalten mancherorts eine rege Wirksamkeit bei Festsetzung von Stundelöhnen, Abänderung von Arbeitsordnungen, in Angelegenheiten des Arbeiterschutzes im Betriebe u. a. m. Von einzelnen Arbeitgebern, darunter dem Vorstand einer sehr gut geleiteten staatlichen Eisenbahnwerkstätte, wird der Arbeiterausschuß als ersprießlich eingeschätzt und behandelt. Die Anerkennung ist natürlich nicht einhellig und die Einrichtung der Arbeiterausschüsse, die begreiflicherweise in ihren Forderungen und ihrem Verhalten nicht immer das Richtige treffen, widerspricht manchem Arbeitgeber. Der Gewerbeaufsichtsbeamte erblickt in dem Arbeiterausschuß den vom Gesetze gewollten Vertrauensmann, das Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, und läßt sich die Führung der Arbeiterausschüsse angelegen sein, in der Überzeugung, damit der Sache des Arbeiterschutzes sowohl wie dem vorstehenden Ausgleich der Gegensätze zu dienen. Zu diesem Zwecke werden — mit Billigung der Arbeitgeber — bei den Betriebsbesichtigungen die jeweiligen Arbeiterausschüsse gehört und die nicht vereinzelt kundgegebenen Anliegen geprüft, und soweit angängig, vertreten oder aber es wird gegebenenfalls die Errichtung von Ausschüssen dringend angeregt. Die Arbeiterausschüsse werden auch hinsichtlich ihres Einflusses auf die Arbeiterchaft in Anspruch genommen und wurde z. B. in einer Leinwandfabrik auf solche Weise die Frage der ärztlichen Untersuchung der Arbeiter Bundesratsbekanntmachung vom 27. Juni 1906, § 10, RStBl. S. 555) sowie die Befolgung der Vorschrift, betreffend das Tragen von Arbeitskleidern, § 4 der obenbezeichneten Bestimmungen, geregelt. Desgleichen wurde nicht veräumt, vor Erlass von Verfügungen der R. Regierung auf Grund des § 189 der Gewerbeordnung die betreffenden Arbeiterausschüsse zu hören. Solcher Verfügungen, betreffend die Abkürzung der Mittagspause der Arbeiterinnen auf 1/2 Stunde, ergingen 7. Zu Verfügungen gemäß § 187a der Gewerbeordnung bestand kein Anlaß.

Die Vertretung der Arbeiterinteressen auf den britischen Staatswerften hat in einem Bericht des deutschen Reichsmarineamts über die Arbeiterpolitik der britischen Admiralität eine bemerkenswerte Schilderung erfahren. Es heißt darin:

Die Steigerung der Arbeiterzahl wurde bedingt durch die Zahl und Vergrößerung des Displacements der Schiffe, sowie schließlich durch das Drängen der Vertreter der örtlichen Arbeiterinteressen und der Arbeiterorganisationen im Parlament, das darauf abzielte, während der niedrigen Konjunktur den Arbeitslosen Beschäftigung auf den Werften zu verschaffen.

Es ist bemerkenswert, daß die Admiralität sich diesem Drucke nicht hat entziehen können und tatsächlich durch erhebliche Nachbewilligungen in den beiden letzten Jahren die Möglichkeit geschaffen hat, mehreren Tausend Arbeitern Beschäftigung auf den Werften zu geben. Die Admiralität hat überhaupt, wenn sie sich auch dem Verlangen nach Gleichstellung der Werftarbeiter mit den Arbeitern der Privatindustrie in bezug auf Lohnfragen mit einigem Erfolg widersetzt, doch in mancher anderen Beziehung den Arbeiterorganisationen gegenüber in den letzten Jahren größeres Entgegenkommen bewiesen. Schon im Jahre 1906

hat sie zum Beispiel bei Gelegenheit der jährlichen Rundreise auf den Werften Vertreter der Gewerksvereine empfangen und mit ihnen über Arbeiterverhältnisse auf den Werften verhandelt.

Als im Jahre 1908 eine der Werften dem örtlichen Trades and Labour Council das Recht bestritt, Beschwerden der Werftarbeiter vorzubringen, wandte sich das Council an die Admiralität, mit dem Antrag, die Lords der Admiralität möchten beim nächsten Besuch des Werftortes eine Abordnung aus seiner Mitte empfangen, um verschiedene Beschwerden der Werftarbeiter entgegenzunehmen, die dem Dockyard Grievances Committee — also einer besonderen Sammelstelle für solche Beschwerden — zugegangen seien. Außerdem wurde für den Sekretär des Council die Erlaubnis nachgesucht, Beschwerden der Werftarbeiter direkt der Werft mitzuteilen. Der Erste Lord war damit einverstanden, und es ist auch danach verfahren worden.

Der Bericht verbreitet sich dann weiter über die Reisen der Lords und weist darauf hin, daß diese nicht mehr soviel Bedeutung haben wie früher, weil die Technik soweit fortgeschritten ist usw. Dagegen seien die Reisen wiederum insofern bedeutungsvoller geworden, als sie dem Ersten Lord oder seinem Vertreter Gelegenheit geben, in persönliche Beziehungen zu den Arbeitern zu treten und deren Wünsche und Klagen selbst zu hören. Die Verhandlungen mit den Arbeitern finden ohne Weisheit der örtlichen direkten Vorgesetzten statt. Die Wünsche und Klagen sind teils persönlicher, teils allgemeiner Natur, im letzteren Falle spricht gewöhnlich jedes Handwerk für sich. Vor einigen Jahren hat sich der damalige Erste Lord im Begleitschreiben zu den Etatsanschlägen sehr günstig über die Einrichtung ausgesprochen und betont, daß sie nicht nur zur Besserung der allgemeinen Verhältnisse beigetragen, sondern auch Lohnaufbesserungen im jährlichen Betrage von 60 000 Pfund Sterling zur Folge gehabt hat.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die Gewerkschaftsinternationale 1909.

III. (Schluß.)

Der Bericht der schweizerischen Landesorganisation bringt zunächst eine geschichtliche und programmatische Darstellung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der jetzigen föderalistischen Organisationsform, die eine zentralistischere abgelöst hat. Der größte Einzelverband des Bundes war 1909 derjenige der Metallarbeiter mit 14 000 Mitgliedern; ihm kamen mit je 7000 am nächsten die Verbände der Holz- und der Uhrenarbeiter, während Textil- und Lebensmittelarbeiter etwas über 3000 Mitglieder hatten. Die Typographen erreichten diese Höhe gleichfalls ungefähr; neben diesen Verbänden hatten nur noch die Staats- und Gemeindearbeiter mehr als 2000 Mitglieder. — Die schweizerischen Gewerkschaften befaßten sich 1909 auch mit der Frage der gegenseitigen Hilfeleistung bei Arbeitskämpfen. Wie bei den deutschen Gewerkschaften, die auf dem 8. Gewerkschaftskongress für die Anlage eines „Generalstreikfonds“ sich nicht erwärmen konnten, wurde auch in der Schweiz ein ausführlich vorbereitetes Regulativ des Bundeskomitees betr. die Regelung der gegenseitigen Unterstützung in Arbeitsstreitigkeiten abgelehnt. Teils verhinderte die Furcht vor etwaigem Leichtsinne im Hervorrufen von Konflikten seitens der kleinen, unterstützungsbedürftigen Verbände die Mehrheitsbildung für eine feste Unterstützungsfestlegung, teils auch der Glaube an die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen über diese Fragen.

Der Bericht geht dann auf Arbeiterschutz- und Streikrechtsfragen in den Einzelkantonen ein. Erwähnt sei hiervon nur angedeutet der deutschen Strafrechtsreform die Gestalt, in die in Basel-Stadt der Große Rat ein dem deutschen § 153 RStB. entsprechendes Streikgesetz (Abänderung des § 164 des Strafgesetzbuchs) brachte:

„Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrbeleidigung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen sucht, an Verabredungen zum Behuf günstigerer Lohn- oder Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, an solchen Verabredungen teilzunehmen oder von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Geldbuße oder Haft bestraft.“

Das hier auffällt, ist, neben der geringen Strafe im Unterschiede zum deutschen Recht, sowie neben der gänzlich mißverständlichen Hineinziehung des Wortes „Verbindungen“ am Ende des Satzes, die freilich bei dem übrigen Juristendeutlich des Gesetzes nicht verwundern kann, die Strafandrohung auch für den Fall der

Behinderung an der Ausübung des Koalitionsrechts, nicht nur bei Verhinderung am Rücktritt oder beim Zwang zur Beteiligung. Diese, wenn man schon die Notwendigkeit eines Streikgesetzes nach Art unseres berühmten § 153 RSD. anerkennen will, doch wenigstens gerechtere Gleichmäßigkeit der Behandlung aller Angriffe auf die freie Entschliebung in Koalitions- und Streikfragen findet sich ganz ebenso, nur mit weit härterer Strafanzeige, im US-amerikanischen Gegenentwurf zur Strafrechtsreform. Außerdem unterscheidet sich die Baseler Fassung von der deutschen des § 153 durch den Begriff der „günstigeren“ Arbeitsbedingungen, an dessen Stelle im deutschen Gesetz „günstige“ Arbeitsbedingungen stehen.

Die Mitgliederbewegung der Schweizerischen Gewerkschaften zeigt seit 1907 eine Abnahme um mehr als 11 000 an, das ist etwa 14,3 v. H.; diese fällt weit überwiegend in das erste Jahr, während 1909 gegenüber 1908 nicht viel schlechter abschließt. — An Arbeitslosigkeit waren 1908 450, 1909 374 zu verzeichnen; 1908 wurden davon 304, 1909 283 friedlich beigelegt; zu Streiks kam es 1908 88-, 1909 68 mal, zu Aussperrungen 11- bzw. 4 mal. An den friedlichen Bewegungen waren 1908 28 743, 1909 39 516 Arbeiter und 1804 bzw. 1233 Arbeiterinnen beteiligt, während die Streiks und Aussperrungen 1908 7028 Arbeiter und 716 Arbeiterinnen, 1909 7388 Arbeiter und 16 Arbeiterinnen umfaßten. Alle diese Ziffern deuten wiederum auf die Konzentration der Arbeitskämpfe hin: weniger Einzelbewegungen, aber verhältnismäßig ungleich höhere Zahl der an ihnen Beteiligten. Während freilich z. B. Ungarn eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit durch die neueren Arbeitskämpfe feststellte, ergibt der schweizerische Bericht eine Verlängerung der Dauer der Einzelkonflikte. — Erreicht wurde in der Schweiz für 9117 an den Bewegungen Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um 3 1/2 Stunden durchschnittlich und für 11 999 Beteiligte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 30 Cts. täglich.

In Italien brachte das Jahr 1909 eine ganz außerordentliche Erhöhung der Gewerkschaftsmitgliedszahlen; freilich liegt diese Erscheinung größtenteils in einem besseren statistischen Erfassen begründet; dadurch ist die Ziffer für 1909 fast 1/4 Million höher als die für 1908. Der weitaus größte Verband ist in Italien die Gewerkschaft der Landarbeiter mit 140 687 Mitgliedern; dann folgen die Eisenbahnarbeiter mit fast 45 000 und die Bauarbeiter mit 43 000 Mitgliedern, während von den anderen Verbänden nur noch die Holz- und die Metallarbeiter mehr als 10 000 Mitglieder aufweisen. Die Zahl der Streiks war 1909:

	insgesamt	Die Zahl der Beteiligten ist bekannt von Kämpfen	mit Beteiligten
in der Industrie	952	915	149 556
in Landwirtschaft und Fischerei	140	126	46 576

In der Industrie fielen die meisten Kämpfe in April und Mai, in der Landwirtschaft in Mai und Juni.

Der spanische Bericht klagt über die schlechte Wirtschaftslage des Landes: die Auswanderung nehme ungeheuer zu; 1890—1900 seien 35 000 Personen ausgewandert, 1901—1905 schon 60 000, 1906—1909 gar 100 000 und 1910 müßte mit 150 000 gerechnet werden. — Von den Einzelverbänden der spanischen Gewerkschaften hatten im Juni 1910 die Eisenbahner 8053, die Rüstler 3700, die anderen Organisationen wesentlich weniger Mitglieder. Die wechselnde Größe der zentral organisierten Verbände geht aus folgender Zusammenstellung hervor. Die Zahl der Mitglieder von Sektionen, die der Landeszentrale angeschlossen waren, betrug:

November 1889	8 555	September 1907	30 066
September 1899	15 264	November 1909	43 562
Oktober 1901	31 558	Juni 1910	40 984
März 1904	56 900		

Arbeitskämpfe fanden 259 statt; ihr Ergebnis war:

Erfolg voll oder teilweise ohne Arbeitseinstellung	Erfolglos	Angriffskämpfe lagen vor in Fällen	Abwehrkämpfe
49	129	81	146
			118

Endlich der Bericht über die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dieser Bericht befaßt sich zunächst mit der Gesetzgebung und bezeichnet da die neuerliche Arbeiterchutzgesetzgebung als großen Erfolg der American Federation of Labor. Besonders hervorgehoben wird die Abänderung des Unternehmerhaftpflichtgesetzes. An diesen Teil des Berichts schließt sich eine kurze Bemerkung über die Schwankungen der amerikanischen Rechtsprechung gegenüber den organisierten Arbeitern an. Dann folgt eine Aufzählung der wichtigeren Gewerkschaftserfolge auf wirtschaftlichem Gebiete, nach Berufsgruppen geordnet.

Besonders bemerkenswert ist unter diesen Erfolgen der der Maschinenbauer (30 Cts. Lohnerhöhung täglich für 18 000 Personen; Arbeitszeitverkürzung um 1 Stunde für 25 000 Personen; daneben geringere Verbesserungen für weitere 50 000 Personen). — Der amerikanische Gewerkschaftsbund setzt sich jetzt zusammen aus

120 internationalen Verbänden (für B. St. A. und Canada),
89 Staatsverbänden,
682 städtischen Gewerkschaftskartellen,
481 Lokalgewerkschaften und
216 Distriktsverbänden.

Es konnten hier nur die bedeutendsten Stellen aus dem internationalen Bericht wiedergegeben werden, besonders auch unter Auslassung mehrerer kleinerer Länder. Das 247 Seiten starke Buch, dem ein Internationales Adressenverzeichnis der Gewerkschaften (40 S.) beigegeben ist, bietet, gerade wegen der mangelhaften Systematik, die bisher dem gestaltenden Willen der verschiedenen nationalen Zentralen volle Freiheit in der Auslese des ihnen wichtig Erscheinenden gewährt hat, eine große und noch zu wenig beachtete Fülle von Zahlen und Tatsachenmaterial, die dem Fleiße der Sekretäre der Landeszentralen und vor allem auch dem Herausgeber alle Ehre macht.

Verbandsstage freier Gewerkschaften. 8. Verbandstag der Stultateure, Gipser, Pfisterer und verwandten Berufsgenossen (17. bis 22. Juli 1911 in Dresden). Mitgliederzahl: rund 10 000. In den letzten 6 Jahren durchschnittlich jährlich 39,5 % Neuaufnahmen, von denen aber 82,5 % wieder verloren gingen. Die Haltung des Verbandsorgans wurde heftig kritisiert; einzelne Redner wünschten mehr, andere weniger politische Aufsätze; der Redakteur betonte, in erster Linie müsse das Fachorgan dem wirtschaftlichen, nicht dem politischen Kampfe dienen. Fast drei volle Tage und 60 Redner nahm sodann die Beratung über die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband in Anspruch. Die Schwierigkeit liegt in dem Wunsch eines Teiles der Stultateure, bald zu einer Erwerbslosenunterstützung zu gelangen; der Bauarbeiterverband kann dies nicht und weigert sich auch, für die Abteilung der Stultateure im Falle des Anschlusses eine derartige Einrichtung einzuführen. Eine Mehrheit war schließlich für den Anschluß vorhanden; doch soll endgültig erst eine Urabstimmung entscheiden, vor der noch die Bedingungen des Übertritts zu veröffentlichen seien; 1/3 der Mitglieder müßten sich indessen an der Urabstimmung beteiligen und zu 60 % für die Angliederung stimmen; dann erst kann diese vollzogen werden. Die Frage der Erwerbslosenunterstützung wird solange zurückgestellt. — Satzungsänderungen und Beitragsverbesserungen wurden beschlossen. Kritische Aussprache weckte das Zentralschiedsgericht; es bedeutet für die einen keine Förderung der Arbeiterinteressen; andre dagegen meinen, mit den Schiedssprüchen des Vorjahres könnten die Arbeiter weit zufriedener sein als die Unternehmer. — Die Streitfrage der Gewerkschaftsdemokratie kam auch hier zur Erörterung; vereinigt wurde bei Lohnbewegungen mehr Bewegungsfreiheit für die einzelnen Ortsgruppen gefordert; ein Mitglied der Generalkommission entgegnete darauf, auch bei Lohnbewegungen müsse das Wohl des Ganzen oben anstehen und ihm gegenüber die Freiheit der Ortsvereine zurücktreten. Die ganze Frage der Demokratie in den Gewerkschaften sei eben, so banal das auch klingen möge, eine Selbstfrage.

2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften (Köln, 7. bis 9. August). Der Geschäftsbericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1910, d. h. die Zeit seit der Verschmelzung des „Zentralvereins der Bureauangestellten“ mit dem „Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften“. In dieser Zeit ist die Mitgliederzahl von 4284 auf 5788 gestiegen bei sehr großer Fluktuation der Mitglieder (1909 betrug die Zunahme nur 327 trotz 1164 Aufnahmen). Als „gegnerische Verbände“ zählt zur Verwaltungsbehörde auf: den Verband der deutschen Versicherungsbeamten (Sitz München), den Bund deutscher Krankenkassenbeamten (Sitz Mannheim), den Verein der Beamten der deutschen Berufsgenossenschaften, die gegnerischen Verbände der Anwaltsangestellten, Leipziger, Wiesbadener Verband und einige andere kleine Vereinigungen. Die Lohnbewegungen 1909 und 1910 brachten folgende Erfolge: 1909 für 168 Personen zusammen 215 Stunden pro Woche Verkürzung der Arbeitszeit und für 298 Personen rund 8050 M. Erhöhung der Gehälter pro Monat; 1910 für 857 Personen rund 8500 M. Gehaltserhöhung pro Monat. — Auf Grund der Verhandlungen, an den 48 Delegierte teilnahmen, wurde der Vorstand beauftragt, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen baldmöglichst in die Wege zu leiten und, falls dies nicht erreichbar sei, mit dem Verband der Handlungsgehilfen baldmöglichst ein Kartellverhältnis anzubahnen. Nach den angenommenen neuen Statuten wird der Verband künftig den Namen führen: Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Die ordentlichen Beiträge betragen 40 M. (unter 18 Jahren), 80 M. (18 bis 20 Jahre), 1,50 M. (über 20 Jahre). Es folgten noch Berichte über „Das Angestelltenrecht nach der Reichsversicherungsordnung und dem Stande der Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Drickantentassen“ und „Die sozial-

politische Gesetzgebung und die Bureauangestellten". Hier wurde insbesondere gefordert die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen und ein gründlicher und umfassender Ausbau des Arbeitsvertragsrechts wie der Schutzgesetzgebung für die Angestellten überhaupt mit dem Ziele eines einheitlichen Privatangestellten- und Arbeitsrechts. Der Entwurf eines Versicherungsvertrags für Angestellte wurde in der vorliegenden Form schon mit Rücksicht auf die Zulassung von Erbschaften für unannehmbar erklärt.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der jetzt auf ein 80 jähriges Bestehen zurückblickt, hielt Anfang August in Köln a. Rh. seinen Verbandstag ab. Der Verband zählt gegenwärtig etwa 100 000 Mitglieder. Die Stellenvermittlung besetzte bisher über 80 000 Stellen, durch die Krankenkasse, die 48 000 Versicherte zählt, wurden seit ihrem Bestehen 12 1/2 Millionen an die Versicherten ausgezahlt. Der Verbandstag war von etwa 700 Vertretern aus allen Teilen des Reichs besucht, Vertreter der Staats- und Gemeindebehörden und bedeutender Gewerbe- und Handelsvertretungen sowie Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien nahmen an den Verhandlungen teil. Die Verhandlungen brachten zunächst einen allgemeinen Überblick von Felix Marquart-Leipzig über „die heutige soziale Lage auf dem Gebiete des Arbeitnehmer-Schutzes“, dann folgten eine Reihe von Berichten über Einzelfragen der kaufmännischen Sozialpolitik. So besprachen Mantel-Leipzig die eben abgeschlossene Reichsversicherungsordnung und Reif-Leipzig den vorliegenden Gesetzentwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Das Referat von Beckmann-Leipzig betraf die Gehaltsfrage. Er wies darauf hin, daß die Gehälter der kaufmännischen Angestellten im Verhältnis zu der andauernden Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, namentlich in den unteren Schichten, sehr zurückgeblieben seien. Um hierin Abhilfe zu schaffen, müsse u. a. von den Berufsvereinen auf die Einführung von Mindestgehältern, zunächst für alle Angestellten, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, hingearbeitet werden, deren Festsetzung von Vertretern der Prinzipale und Angestellten für männliche und weibliche Angestellte getrennt zu erfolgen habe. Die zu schaffenden amtlichen Interessensvertretungen der Handlungsgehilfen könnten dabei in geeigneter Weise zur Mitarbeit herangezogen werden. Zur Sicherung entsprechender Mindestleistungen müßte das kaufmännische Lehrlingswesen reformiert und der unmittelbar reichsgerichtliche Fortbildungsschulzwang eingeführt werden. Die in diesem Vortrage gewünschten Interessensvertretungen behandelte der nächste Bericht von Göge-Berlin. Der Redner, der über Handlungsgehilfenkammern sprach, lehnte, zugleich im Namen des Verbandes, die paritätische Grundlage für die kaufmännischen Interessensvertretungen ab und forderte Kammern, die nur aus Handlungsgehilfen gebildet sind. Diesen Kammern sollen sich dann allerdings paritätische, d. h. aus Prinzipalen und Angestellten bestehende Abteilungen anschließen, die die gemeinsamen Interessen zu pflegen hätten. Wichtige Fragen, die über den Rahmen der rein kaufmännischen Sozialpolitik hinausgingen und den Angestellten als Staatsbürger aufstießen, wurden in drei Referaten behandelt, die sich mit der Frage der staatsbürgerlichen Erziehung befaßten. Die Beteiligung der Handelsangestellten an den Aufgaben des öffentlichen Lebens sowie eine planmäßige Schulung dazu wurden gefordert. Aber alle Bestrebungen auf staatsbürgerliche Erziehung seien zwecklos, so lange die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Betätigung staatsbürgerlicher Pflichten und Rechte fehlen. Förderung sozialer Reform müsse daher von Arbeitgebern, Staat und Gemeinde gefordert werden. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Jugendpflege (Referat Felix Marquart-Leipzig), wodurch der Verband zeigt, daß er auch an diesem wichtigen Gebiete mitarbeiten will.

Die Verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte (Stz. Frankfurt a. M.), die im Frühjahr d. J. ihre Hauptversammlung in Dresden abhielten, konnten in diesem Jahre zugleich auf das zehnjährige Bestehen ihres Zusammenschlusses zurückblicken. Das verfloßene Jahr hatte nach dem Geschäftsbericht der Verbündeten einen erfreulichen Mitgliederzuwachs gebracht, sie zählen jetzt 17 000 Mitglieder in 48 Vereinen. Eine verstärkte Agitation wurde ermöglicht durch die im Vorjahr beschlossene Einteilung nach Bezirksverbänden. Die Verbündeten nahmen im Berichtsjahr zu allen schwebenden Fragen, welche die Lage der Handelsangestellten betreffen, Stellung. Eine Reihe dieser Fragen kam auch auf der Hauptversammlung zur Verhandlung. Zur Frage der Pensionsversicherung einigte man sich nach langer Erörterung auf folgende Einmütigkeit:

„Die Stellungnahme des Entwurfes gegenüber den weiblichen Privatangestellten ist eine unbefriedigende. Trotzdem diese die gleichen Beiträge wie die Männer entrichten müssen, erhalten sie nicht gleichwertige Leistungen. Die ihnen gewährten Sonderentschädigungen sind kein genügender Ausgleich für die ihnen zu gunsten der Witwenversorgung auferlegte höhere Belastung.“

„Daher fordern die „Verbündeten Vereine“: Nach dem Tode einer versicherten Person ist Hinterbliebenen-Rente zu zahlen 1. an den überlebenden erwerbsunfähigen Ehegatten, 2. an die hinterlassenen Kinder unter 18 Jahren, 3. falls Hinterbliebene zu 1. und 2. nicht vorhanden sind, an Eltern, wenn die versicherte Person deren Ernährer war. Ferner verlangen sie: 1. keine weitere Erhöhung der Beiträge, die der Entwurf vorsieht, 2. Erweiterung der Selbstverwaltung, 3. Wählbarkeit der Frauen zu allen Organen der Reichsversicherungsanstalt.“

Weiter wurden behandelt die Fragen des weiblichen Bildungswesens wie Fortbildungsschulen und Handelsschulen, sowie innere Angelegenheiten, welche hauptsächlich die Propaganda sowie den Ausbau der Stellenvermittlung betrafen. Zu erwähnen ist noch der Beitritt der Verbündeten zur deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime, da man hierin einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einführung des gesetzlichen Urlaubs erblickt.

Streiks und Aussperrungen.

Ausstände der Verkehrsarbeiter in England.

Wie ein hitziges Fieber haben Kampf und Ausstand die gewaltigen Massen der im Verkehr zu Wasser und zu Lande tätigen Arbeiter gepackt. Dem Streik der Seeleute, der zuletzt noch in Cardiff zu schweren Ausschreitungen geführt hat, aber jetzt in allen Häfen Großbritanniens beendet worden ist und zwar meist mit Erfolgen der Ausständigen, sind riesige Arbeitseinstellungen der verschiedenen Gruppen von Hafen- und Transportarbeitern in London gefolgt, sowie Streiks der Eisenbahner in Liverpool, Manchester, Hull, Newcastle und der Tramway-Angestellten in Glasgow. Soweit erkennbar, sind nicht die Gewerkschaftsführer, ja nicht einmal die organisierten Massen die treibenden Kräfte der Bewegung, die eine Gruppe nach der anderen mit in den Kampf zieht, sondern der Antrieb kommt aus den unorganisierten Arbeiterschichten, die die Gewerkschaften von unten schieben und drängen. Wenn hier oder dort mit einzelnen Gruppen Frieden geschlossen worden ist, springt das Flugfeuer auf andere über, und aus Sympathie verharren auch die ersten weiter im Ausstande. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverfürzungen werden überall verlangt und meist auch bewilligt, daneben aber werden namentlich unter den Eisenbahnern auch noch andere Forderungen laut, insbesondere bezüglich des 1906 eingeführten Schiedsgerichtsverfahrens. In London hat das Verhandlungsspringip, zu dem sich Arbeitgeber und Arbeiter unter Führung der Regierung bekennen, rasche Erfolge gebracht, anderswo hat es noch nicht zum Ziel geführt. Man wird sich kaum verhehlen können, daß in England eine Ära schwerer Arbeitskämpfe mit neuer Taktik und Gemalitäten angebrochen ist.

Im Hafen von London, dessen Riesenverkehr einen großen Teil der Lebensmittelfuhr der 7 Millionenstadt vermittelt, brach Ende Juli unerwartet ein Streik der Dockarbeiter aus, deren Zahl auf 30 000 angegeben wird. Sofort griff der Minister des Innern ein, unter Vorhitz des Präsidenten der Handelskammer fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter statt und in einer Massenversammlung auf dem Trafalgar Platz unter freiem Himmel konnte am 6. August eine Verständigung bekanntgegeben werden, die den Arbeitern Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverfürzungen brachte. Aber die Docks nahmen trotzdem die Arbeit noch nicht wieder auf, denn inzwischen waren die Lastfuhrleute, ebenfalls gegen 30 000 Mann, in den Ausstand getreten, und mit ihnen erklärten sich die Docks für solidarisch. Auch die letzten Gruppen der Hafenarbeiter, die Leichterbootsführer, Stauer und Kohlenträger mit gegen 30 000 Mann, schlossen sich an, und auf einzelnen Bahnhofen versagten Eisenbahner und Gepäckträger den Dienst. Fast 100 000 Mann waren im Ausstand. Besonders hemmend für das Leben der Riesenstadt wirkte der Streik der Fuhrleute. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Fleisch, Gemüse, Mehl, Butter, Eier, Reis, Obst, Käse, Milch geriet ins Stocken, Petroleum, Benzin, Kohlen, Eis mangelten, Rohstoffe für die Fabriken blieben liegen, der ganze Frachtverkehr stockte, die Preise der meisten Lebensmittel stiegen, ernste Ernährungsorgen meldeten sich, manche Fabriken stellten den Betrieb ein; auch an Störungen der Ordnung fehlte es nicht, wenn es auch nicht zu schweren Ausschreitungen kam. Gleichwohl sah sich die Regierung veranlaßt, beträchtliche Truppenmassen in der Umgegend Londons bereit zu halten. Im Unterhause kündigte der Minister des Innern an, man werde, wenn die Umstände es erforderten, energisch einschreiten, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Versorgung der Bevölkerung Londons zu beschaffen. Die Führer der Organisationen, Gosling und Tillett, mahnten die Streitenden zur Ruhe. Mittlerweile hatte das Handelsamt durch seinen bewährten Leiter gewerblicher Verhandlungen, Hrn. Askwith, Bepfechtungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter eingeleitet. In mühevollen, langwierigen Konferenzen wurde zunächst am 11. August nachts eine Einigung im Frachtfuhrergewerbe erreicht: es wurden den Fuhrleuten eine feste Regelung der Arbeitszeit (72 Stunden insgesamt in 6 Wochentagen,

an keinem Tag mehr als 14 Stunden) und Lohnsätze von 27 bis 38 *M* wöchentlich, je nach der Zahl der verwendeten Pferde, zugestanden. Auch mit den Kohlenträgern wurde eine Verständigung erzielt. — Schwieriger gestalteten sich dagegen die Verhandlungen mit den Leichterbootführern, die eine zehnstündige ununterbrochene Arbeitszeit und einheitliche Lohnregelung mit einem Grundlohn von 6 *M* forderten. Der Handelsminister äußerte sich zwar schon am 10. August im Unterhause hoffnungsvoll über ihren Ausgang, aber erst am 12. August nachts gelang es, zu einem vorläufigen Einvernehmen zu kommen. Die Streikleitung verkündete hierauf sofort öffentlich die Beendigung des Ausstandes, aber man ist darauf gefaßt, daß noch mehrere Tage vergehen, bis die Arbeit wieder ordentlich in Gang kommt; die Nachwehen des Ausstandes für die Bevölkerung werden wohl noch länger dauern. In einem Telegramm an den Handelsminister hat der König seine Befriedigung und seinen Dank für die Beilegung des Ausstandes ausgedrückt.

Nicht ausgeschlossen aber ist es auch, daß das kaum gelöschte Feuer in London wieder ausbricht. Denn die Eisenbahnerausstände in einigen großen Städten des Landes sind schlimme Brandherde. In Manchester legten die Träger und andere Arbeiter in der Nacht vom 12. August die Arbeit nieder, viele Lokomotivführer und Schaffner folgten, und mit jeder Stunde dehnte sich der Streik aus. Auch in Hull, Newcastle, Birmingham, ebenso, wie schon erwähnt, auf einigen Bahnhöfen von London sind Teilausstände des Personals erfolgt. Im ganzen nordwestlichen Eisenbahngebiet gärt es. Am schlimmsten liegen die Dinge in Liverpool. Dort legten am 7. August die Lastträger auf den Bahnhöfen die Arbeit nieder, 2000 bis 3000 Bahnangestellte folgten; sie verlangen eine Arbeitszeit von 54 Stunden und eine Lohnerhöhung um 2 *M* wöchentlich. In einigen Nachbarorten schloß sich das Personal dem Streik an. Am 10. August und den folgenden Tagen kam es zu argen Unruhen und Straßenkämpfen, als unter polizeilichem Schutz große Mengen von Gütern auf der Zentralstation verladen wurden. Am 13. August erneuerten sich die Straßenkämpfe zwischen Ausständigen und Polizisten, die durch Militär verstärkt wurden. Es kam zu erbitterten Schlächten, die bis in die Nacht dauerten und sich am 14. August erneuerten. Die Zahl der Ausständigen, Eisenbahner, Fuhrleute, Träger, Streckenarbeiter, soll 20 000 betragen. Da diese die Arbeit nicht wieder aufnehmen, haben die Arbeitgeber am 14. August 30 000 Dockarbeiter im Hafen ausgesperrt. Daraufhin hat die Streikleitung den Generalstreik für alle Transportarbeiter und Eisenbahnangestellte einschließlic der Zug- und Maschinenführer sowie der Weichensteller für Liverpool beschlossen, ein Beschluß, der inzwischen bereits in die Tat umgesetzt worden ist. Da inzwischen neue Eisenbahnerstreiks in Manchester und anderen Orten ausgebrochen sind, verbreitet sich die Beforgnis vor einem allgemeinen Ausstand der Eisenbahner mehr und mehr. Gefordert werden 1. offizielle Anerkennung ihrer Organisationen, 2. Abschaffung des „Versöhnungsrates“, der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern schlichten sollte, und 3. Lohnerhöhungen. Eine Vermittlungsaktion der Regierung wird hier auf besondere Schwierigkeiten stoßen, da die großen Eisenbahngesellschaften zumeist Gegner von Verhandlungen sind. Eine am 14. August in London abgehaltene Zusammenkunft der Leiter der großen Eisenbahngesellschaften hat denn auch schon beschlossen, der Forderung, den Vertrag, unter welchem die Leute jetzt arbeiten, aufzuheben, Widerstand zu leisten. Die Gesellschaften seien diesen Vertrag eingegangen auf Ersuchen des Handelsamts, weshalb das Amt nötigenfalls strenge Maßnahmen ergreifen mußte, die Arbeiter zu zwingen, ihren Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Auch die Angestellten der Londoner Untergrundbahnen drohen mit Streik. Die Gesellschaften haben daraufhin die Generalaussperrung ihrer sämtlichen Angestellten angedroht, falls nicht bis zum 16. die Angestellten ihre Forderungen einem Schiedsgericht übergeben haben. In Glasgow sind 2000 Fahrer und Schaffner der städtischen Straßenbahn in den Ausstand getreten, so daß der Betrieb ins Stocken geraten ist; auch hier kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei; doch erscheint hier eine baldige Einigung wahrscheinlich. Wie sich die Forderungen aber auch im einzelnen gestalten mögen, die Hauptsache ist, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung dort, wo sie verletzt worden, wiederhergestellt und daß sie nicht aufs neue gestört wird. Nach ihren Erklärungen im Unterhause ist die Regierung dazu fest entschlossen.

Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie. Wenngleich die Aussperrungen in Leipzig und in Thüringen, die am 5. August in Kraft getreten sind, nicht ganz den von der Leitung der Arbeitgeberverbände angeländigten Umfang angenommen haben (in Leipzig wird die Zahl der Ausgesperrten etwa 7—8000 betragen, während sie mit 12 000 angegeben wurde, in Thüringen sind 6000—6500 Arbeiter ausgesperrt worden), so liegt doch die große Gefahr nicht nur einer weiteren Ausdehnung, sondern auch einer Verschärfung des Konflikts vor. Die Arbeitgeberverbände, die selbst durchaus solidarisch auftreten, wollen nicht mit den Zentralleitungen der organisierten Metallarbeiter verhandeln; auch lehnen sie Tarifverträge mit Minimallohnen ab, erklären sich dagegen bereit zu Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in den einzelnen Werken. Um nun die Leipziger Arbeiter zur Nachgiebigkeit zu treiben, hat das Kartell der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller am 8. August einstimmig beschlossen, am 26. August 60 % der Gesamtbelegschaften der kartellierten Verbände auch in Chemnitz und Dresden auszusperrn, falls nicht bis zum 23. August die in Leipzig streikende Metallarbeiterschaft von ihrem Standpunkt abgegangen ist, daß über die eingereichten Forderungen nur mit den Organen des Deutschen Metallarbeiterverbandes verhandelt werden kann, und falls nicht gleichfalls bis zum 23. August im Wege direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen und ihren Arbeitern eine Einigung über die eingereichten Forderungen zustande gekommen ist. Weiter hat der Verband der Metallindustriellen in Leipzig beschlossen, alle nichtorganisierten Arbeiter, die von Verbandsmitgliedern ausgesperrt werden, bis zur Wiedereinstellung zu entschädigen, und zwar erhalten unverheiratete Arbeiter 15 *M* und verheiratete Arbeiter 20 *M* wöchentlich. (Diese Unterstützung ist größer als die von den Arbeiterverbänden gezahlte, die 13 und 17 *M* betragen soll.) Ferner ist beschlossen worden, daß jedes Verbandsmitglied die sechzigprozentige Aussperrung seiner Belegschaft bis zum 14. August unbedingt durchzuführen hat; im anderen Falle hat jedes Mitglied eine Buße von 50 *M* pro Mann und Tag an die Verbandskasse zu zahlen. Von der Aussperrung sollen laut Beschluß betroffen werden vor allem die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und erst dann die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften, wie der Hirsch-Dunderschen und der Christlichen, an allerletzter Stelle die nichtorganisierten Arbeiter. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes hat dagegen am 8. August an die Nichtausgesperrten in Leipzig die dringende Mahnung gerichtet, vorläufig nicht in falschem Solidaritätsgefühl eigenmächtig die Arbeit niederzulegen, sondern weiter zu arbeiten und neue Anordnungen der örtlichen Verbandsleitungen abzuwarten. Diese Weisung ist auch im allgemeinen befolgt worden. Auch in Thüringen soll für den 26. August eine Ausdehnung der Aussperrung geplant sein. Hiergegen wird von den Arbeiterorganisationen der Ausstand sämtlicher übrigen Arbeiter angedroht. Auch außerhalb des sächsisch-thüringischen Gebiets dauern die Arbeitskämpfe fort: so in Hagen i. Westf., Solingen, Elberfeld, Barmen, Bohnwinkel, Düsseldorf, Nürnberg, München; auch in Berlin treten Anzeichen von ernststen Differenzen auf. Die Leitung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in Berlin hat zurzeit noch keinen Beschluß über seine Stellungnahme gefaßt.

Unseres Erachtens ist es hohe Zeit, daß alle Maßregeln ergriffen werden, um den drohenden Ausbruch eines Riesenkampfes in der ganzen Metallindustrie des nördlichen, mittleren und westlichen Deutschlands zu verhüten. Welch gefährlich Ding eine Nachprobe mit einer Gesamtaussperrung werden kann, hat die Aussperrung der Bauarbeiter im vorigen Jahre gezeigt. Und der Verlauf des Werftarbeiterkampfes 1910 hat bewiesen, daß die Hauptleitung des Arbeitgeberverbandes im Metallgewerbe die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Verhandlungen und Abmachungen mit den Arbeiterorganisationen durchaus anerkennt. Mit solchen Ulfen, wie sie die Arbeitgeber in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Thüringen erlassen, werden die Unternehmer nicht den Sieg erringen, damit stärken sie nur die Solidarität und Kampfbereitschaft der Arbeiter. Wenn nicht an Ort und Stelle in Sachsen und Thüringen zuständige Personen die Vermittlung ergreifen und die Vertreter der streikenden Parteien zu Verhandlungen zusammenführen, haben hoffentlich die Gesamtleitung des Arbeitgeberverbandes und die Führer der Arbeiterberufsvereine die Einsicht und das Pflichtgefühl, über die Köpfe der lokalen Parteien hinweg, ebenso wie im Werftarbeiterkampf, in Besprechungen über eine Beilegung der Streitigkeiten und eine dauernde Regelung der Arbeitsverhältnisse in Tarifverträgen einzutreten. Verlassen auch diese Stellen, so bleibt nichts anders übrig als ein Eingreifen von

Reichs wegen wie bei der Bauarbeiter-Aussperrung, um eine große wirtschaftliche Kalamität zu verhüten.

Eine Massenaktion der Berliner Eisenkonstruktoren bei etwa 20 Eisenbauwerken hat am 13. August (zum 30. September d. J.) stattgefunden. Der Zweck dieses gemeinschaftlichen Vorgehens ist die Einführung eines Normaldienstvertrages und die einheitliche Regelung der Arbeitszeit, des Überstundenbeweises, des Erholungsurlaubs, der Bezahlung während der militärischen Übungen usw. für alle Eisenkonstruktoren.

Arbeitssequestration in der badischen Auliu- und Sodafabrik zu Ludwigshafen. Zur Beilegung des Ausstandes war der Vorstand der Betriebskrankenkasse an die Direktion der Fabrik herangetreten und hatte eine Reihe Vermittlungsvorschläge gemacht, die die Direktion mit folgendem Schreiben abgelehnt hat: „Die Erfahrungen, die wir machen mußten, haben uns zu der Überzeugung geführt, daß es für das Gedeihen der Fabrik und damit auch für die Wohlfahrt unserer Arbeiter unbedingt erforderlich ist, daß die Fekerei und Agitation gegen die Fabrikleitung innerhalb der Fabrik ein Ende nimmt. Wir haben den festen Willen, Leute, die sich verärgert zu schulden kommen lassen, unter unserm Arbeiterstand nicht mehr zu dulden. Wir sind unter Vorbehalt bereit, eine Anzahl Arbeiter wieder einzustellen.“ Daß sich nach diesem Bescheid der Direktion die Lage verschärft hat, ist begreiflich. Die Ausstandsbewegung greift weiter um sich. Die Organisationen der Metallarbeiter, Feitzer, Maschinenisten, Maurer, Holzarbeiter, Maler usw., die in der Fabrik beschäftigt waren oder noch sind, sprachen ihr Bedauern über die ablehnende Haltung der Direktion aus und baten erneut um Einleitung von Verhandlungen. Darauf antwortete die Direktion abermals mit Nein, sie bestche auf ihrem Standpunkt und nehme alle Folgen auf sich. Die Organisierten wollen nun die Kündigung einreichen.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlengruben. Aus Halle a/S. wird vom 10. August gemeldet, daß die ausländischen Bergleute, die seit 3 Monaten im Streik stehen, abermals Vertreter zur Einleitung von Verhandlungen an die Arbeitgeber gesandt haben. Diese aber halten an ihrem, in Sp. 1300 dargelegten Standpunkt fest und lehnen alle Forderungen rundweg ab. Der Streik geht zu Ende, die Arbeiter wollen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Macht der Arbeitgeber hat gesiegt. — Im Helmstedter Braunkohlengruben ist der Ausstand nach 9 Wochen Dauer ohne Erfolg am 10. August abgebrochen worden.

Das Ende des Seemannsstreiks in Amsterdam ist am 9. August mit 409 gegen 254 Stimmen beschlossen worden; als Gründe wurden angegeben die geringen Aussichten auf Erfolg von Verhandlungen und das Versiegen der Unterstützungsgelder. Sämtliche Großreederei haben nunmehr angekündigt, daß sie vom 30. September eine monatliche Lohn-erhöhung von 2 Gulden gewähren, entsprechend der im Ausstand erhobenen Forderung. — In Rotterdam sind die Maschinenisten und Feitzer der Hafen-Schleppdampfer wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Der Arbeitskampf in Norwegen (Sp. 1344) dauert fort. Nachdem die auf Anregung der Regierung geführten Vergleichsverhandlungen am 21. Juli ohne Ergebnis abgebrochen worden waren, auch der Vorschlag eines Schiedsgerichts keine Annahme gefunden hatte, beschloß der Arbeitgeberverband eine weitere Ausdehnung der Aussperrung; es scheint aber, als ob namentlich zahlreiche kleine Unternehmer diesem Beschluß nicht folgen. Ausgesperrt sollen jetzt im ganzen etwa 82 000 organisierte Arbeiter sein, denen sich 5000 Unorganisierte angeschlossen haben; dazu kommen noch 8000 streikende Bergarbeiter. In Kristiania richtet jetzt der Vorstand der organisierten Arbeitgeber der Bauberufe an die Arbeitgeberzentrale das dringende Ersuchen, die Aussperrung nicht auf das Baugewerbe auszudehnen. Die Hauptleitung des „Norwegischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes“ hat beschlossen, 50 000 Kronen sofort den ausgesperrten Metallarbeitern zur Verfügung zu stellen, namentlich den jüngeren Arbeitern, damit sie auswandern. Fast überall im Lande sind kommunale Koststandsarbeiten für die Ausgesperrten bereits eingeleitet. Die religiösen Vereine leiten Sammlungen für die Ausgesperrten ein, die Gemeinde Kristiania warf 60 000 Kr. für Kinder-speisungen aus, und sogar das Offizierkorps in Elverum übersandte einen Betrag für sie. Erneute Vergleichsverhandlungen scheitern abermals zu scheitern, da sich eine Einigung über die Lohnforderungen der Bergleute nicht erzielen läßt.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Der Einfluß der Ausdehnung der Krankenversicherung auf bestehende Verträge mit Ärzten wird vom Amtsgerichtsrat Hahn-Zehendorf in Nr. 15 der „Betriebskrankenkasse“ erörtert. Er kommt zu folgendem Schluß: Grundsätzlich sei davon auszugehen, daß die alten Verträge durch die gesetzliche Zuweisung neuer Personalklassen an die Krankenkassen genau so wenig berührt werden, wie in dem Falle, durch die Zuweisung aus §§ 18 a, 43 a ArbZG, d. h. wenn einer Ortskrankenkasse Personalklassen zugewiesen werden, für die die Kasse nicht errichtet worden ist. Und zwar gelte das auch dann, wenn ein Pauschalbetrag für jedes Kassenmitglied oder Bezahlung nach

Einzelleistungen vereinbart sei. Man könne hiergegen nicht einwenden, daß es bei dieser Art der Vergütung gleichgültig sei, worin der Zuwachs von Mitgliedern seinen Grund habe, da sich das Honorar gewissermaßen automatisch, entsprechend diesem Zuwachs, erhöhe. Entscheidend bleibe, daß sich die Vertragsabsicht auf diese neuen Mitglieder nicht mit erstreckt habe. Insbesondere könnten die Ärzte geltend machen, daß sie für die neuen, wirtschaftlich besser gestellten Mitglieder andere Bedingungen gestellt haben würden. Dann heißt es weiter:

Werden aber die Verträge von der Rechtsänderung nicht berührt, so ist auch nicht der geringste Grund für die Annahme vorhanden, daß mit dem Geltungsbeginn des Gesetzes die Verträge hinfällig werden sollten oder daß wenigstens im Sinne des § 626 BGB. ein „wichtiger Grund“ für die stillschweigende Kündigung der Verträge durch die Ärzte gegeben sei. In der „Berliner Ärzte-Korrespondenz“ Nr. 23 (vergl. Zentralbl. der Reichsverf. Nr. 12 S. 153, 154) hat Justizrat Dr. Korn für die Ärzte ein solches Kündigungsrecht wenigstens dann in Anspruch genommen, wenn die Kasse sich weigert, den Ärzten die neu hinzugekommenen Mitglieder, auf die sich die Vertragsabmachungen nicht beziehen, kenntlich zu machen. Auch das ist nicht zutreffend. Die Kenntlichmachung liegt nur im eigenen Interesse der Kasse. Weiß sie dem Ärzte die Behandlung von Mitgliedern zu, von denen er nicht erkennen kann, daß er sie vertragsmäßig zu behandeln verpflichtet ist, so kann er seine Dienste versagen oder die Behandlung übernehmen und dafür nach den Mindestsätzen der Tage liquidieren und so die Kasse nötigen, mindestens nachträglich darzulegen, daß es sich um Mitglieder handelt, die unter den Vertrag fallen. Hiernach wird die Rechtslage den Ärzten in keiner Weise derart erschwert, daß ihnen die Auszahlung des Vertrages nicht zumuten und folgeweise ein wichtiger Grund zur Kündigung gegeben wäre.

Die Amtsdauer der gegenwärtigen nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten ist durch eine Bestimmung des Bundesrats auf Grund des Art. 4 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung bis zum 31. Dezember 1913 verlängert worden.

Die Zusammenstellung der Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften für 1910 — bearbeitet vom Reichsversicherungsamt, 2. Heft ist zu den Amtlichen Nachrichten 1911 (Behrend & Co., Berlin) — läßt erkennen, daß das Verbandsjahr für die Bedeutung einer wirksamen Unfallverhütung auch im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Dem Bericht sind zusammenfassende Tabellen über die Überwachungsstätigkeit der einzelnen technischen Aufsichtsbeamten und über die Handhabung der Strafbefugnis gemäß § 112 Abs. 1 Ziff. 1 GUB. beigegeben, ebenso ein ausführliches Sachregister.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der Verwaltungstag der elsass-lothringischen Arbeitsämter.

Die paritätischen Arbeitsämter haben in Elsaß-Lothringen eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Die gewerblichen Stellenvermittler bleiben in ihren Leistungen weit hinter ihnen zurück und noch mehr die nicht gewerbliche Stellenvermittlung der Verbände der Arbeitgeber, die in anderen Bundesstaaten eine große Bedeutung hat. Unter dem Vorstehe des früheren Straßburger Weigeordneten, Regierungsrats Dominicus, des jetzigen Oberbürgermeisters von Schöneberg, sind die elsass-lothringischen Arbeitsämter oft bahnbrechend vorgegangen, wie z. B. mit der Einrichtung der Arbeitslosenversicherung nach dem Gentler System. Die Jahresversammlungen der Verwalter der elsass-lothringischen Arbeitsämter, auf denen die Erfahrungen des letzten Jahres ausgetauscht werden, erfreuen sich daher auch eines Ansehens, das weit über die Grenzen des Landes hinaus wirkt. Bei der am 15. Juli abgehaltenen Jahresversammlung waren auch die Arbeitsämter von Luxemburg, Basel, Zürich, Pforzheim, Baden-Baden, Karlsruhe, Frankfurt a. M., Berlin und Stuttgart vertreten.

Mit der Einrichtung einer besonderen Stelle für die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbsbeschränkte hat das Straßburger Arbeitsamt gute Erfahrungen gemacht. Es ist bekanntlich sehr schwer, solchen Leuten Stellen zu verschaffen. In schematischer Weise geht das gar nicht, es erfordert vielmehr ein ganz persönliches Eingehen auf die Verhältnisse des Arbeit-suchenden und persönliche Fühlungnahme mit dem die Stelle Vergebenden, der oft erst durch Darlegung der Verhältnisse dazu bestimmt werden muß, die Arbeit an Leute zu vergeben, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wohl als Erwerbsbeschränkte zu gelten haben, die aber für sehr viele Beschäftigungsarten doch als voll-

wertig anzusehen sind. In Strassburg hat man besondere Beamte ausschließlich mit diesen Arbeiten betraut und recht zufriedenstellende Resultate erreicht; denn so muß das Urteil lauten, wenn es im letzten Jahre gelang, in 509 Fällen Erwerbsbeschränkte unterzubringen. Es wurde von der Versammlung als notwendig bezeichnet, daß alle größeren Arbeitsämter sich in gleicher Weise dieser Aufgabe widmen.

Einbezogen in das Arbeitsgebiet der Arbeitsämter muß ferner die Vermittlung der Lehrlinge für das Handwerk werden. Es ist eine feststehende Tatsache, daß im Südwesten des Reichs der Nachwuchsstück für das Handwerk völlig unzureichend ist. Bei den schwierigen Lebensverhältnissen mögen und können die Eltern der hier in Frage kommenden Kinder es nicht mehr auf sich nehmen, diese für eine Ausbildung auszustatten und einige Jahre zu unterhalten; sie ziehen es in wachsendem Maße vor, ihre Kinder als ungelehrte Arbeiter, als Laufburschen usw. nach beendeter Schulbesuche die Erwerbstätigkeit sofort mit einem kleinen Verdienst beginnen zu lassen. Eine große Reihe von Lehrlingsgesuchen der Handwerker hat sich darum nicht erledigen lassen, andererseits sind vielfach durch das an und für sich sehr verdienstvolle Eingreifen der Lehrer männliche und weibliche Zöglinge, die die Schule verlassen, in wenig geeignete Plätze gebracht worden. Die Lehrer waren oft nicht in der Lage, prüfen zu können, ob die Stellen geeignet waren, und sie haben zudem nicht genügend erwogen, ob die Kinder für den gewählten Beruf körperlich geeignet erschienen. Daß hierin sehr viel gefehlt wurde, hat auch die Handwerkskammer zugestanden. Eine einheitliche Regelung (unter Hinzuziehung von Vertretern der Handwerkskammer und der Regierung) unter Vermittlung des Arbeitsamts wird deshalb als dringend notwendig bezeichnet. Der bisher von der Regierung ausgelegte Betrag von 500 M. zur Unterstützung bedürftiger Eltern zur Ausrüstung ihrer Kinder, die ein Handwerk lernen sollen, wurde als gänzlich ungenügend bezeichnet. Es sei notwendig, auch während der Ausbildungszeit den Lehrlingen Unterstützung zu gewähren. Vom Regierungsvertreter wurde erklärt, daß die Regierung, wenn auch nicht wie gewünscht 10 000 M., so doch 5000 M. in den nächsten Jahren einstellen wolle.

Zimmer mehr macht sich dann eine zu starke Einwanderung fremdländischer Arbeiter geltend. Wohl ist es richtig, daß ohne diese fremde Hilfe die deutsche Industrie nicht mehr auskommt, aber es ist ein direkter Notstand dadurch geschaffen worden, daß, während z. B. in Elsaß-Lothringen 32 000 Ausländer in der Industrie Beschäftigung finden, 10 000 Einheimische arbeitslos sind. Der anfängliche Widerwille der Arbeitgeber, Ausländer zu beschäftigen, hat im selben Maße abgenommen, wie der Zustrom der Ausländer wuchs. Der natürliche Schutz der Einheimischen gegen die Ausländer ist damit gefallen. Die lothringische Schwerindustrie ist den ausländischen Arbeitern schon teilweise ausgeliefert, und die in der Bildung begriffene oberelsässische Kaliindustrie beginnt das gleiche Bild zu zeigen. Hier sollen nun die Arbeitsämter helfend eingreifen. Dies kann natürlich nicht in einem völligen Ausschluß der Vermittlung von ausländischen Arbeitern bestehen. Das würde das Vertrauen zu ihrer Unparteilichkeit erschüttern und ihnen auch die Kundenschaft der Arbeitgeber entziehen, aber es sollen die Arbeitsämter bei gleicher Tüchtigkeit der Arbeitsuchenden doch in erster Linie bemüht sein, den einheimischen Arbeitern Stellen zu verschaffen. Um dies in Lothringen, wo die angegebenen Mißstände am deutlichsten in die Erscheinung treten, ermöglichen zu können, wird beabsichtigt, dort eine Unterzentrale ins Leben zu rufen, deren Vorsteher mit den Vertretern der dortigen Schwerindustrie persönlich in Verbindung zu treten hätte. Es muß anerkannt werden, daß auch die lothringischen Arbeitgeber es als einen Mißstand bezeichnen, wenn viele tausend ausländische Arbeiter Beschäftigung finden und die einheimischen Kräfte arbeitslos sind.

Seit dem Erlasse des kaiserlichen Ministeriums für Elsaß-Lothringen vom 21. Juli 1903, welcher die Zentralisation der gemeindlichen Arbeitsämter des Reichslandes schuf, haben diese sozialen Einrichtungen eine erfreuliche Ausbreitung erfahren und wiederholt dem Ausland bei der Gründung ähnlicher Einrichtungen als Vorbild gedient. Im Gegensatz zu den beiden elsaßischen Bezirken befinden sich bisher in Lothringen nur wenige gut ausgestattete Arbeitsämter, von denen nur das in Metz hauptsächlich verwaltert wird. Die Landeszentrale der Arbeitsämter erblickt deshalb die Hauptaufgabe der nächsten Zeit in der Gründung weiterer Arbeitsämter in diesem industriereichen Bezirke. J. E.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt im 1. Halbjahr 1911. Nach dem Reichsarbeitsblatte meldeten sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bei den Handlungsgehilfenverbänden 86 560 männliche und 12 685 weibliche Bewerber neu an, gegen 86 818 und 11 178 im ersten Halbjahr 1910. Die Zahl der Stellensuchenden männlichen Gehilfen ist demnach fast die gleiche geblieben, während die der weiblichen um 1462 gestiegen ist. Die Zahl der neu angemeldeten Vakanzten betrug 80 896 für männliche und 14 178 für weibliche Angestellte, gegen 28 152 und 11 872 in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Zahl der offenen Stellen für beide Geschlechter hat sich demnach wesentlich erhöht. Die größere Zahl der Stellenangebote, denen eine entsprechend höhere Bewerberzahl nicht gegenübersteht, ist ein Zeichen dafür, daß die Konjunktur noch immer günstig ist. Die Zahl der durch die Vereine erfolgten Vermittlungen stieg erfreulich ebenfalls erheblich. Sie betrug 12 087 für männliche und 6 285 für weibliche Angestellte, gegen 10 824 und 5 420 in den ersten sechs Monaten des Vorjahrs. An der Vermittlung für männliche Personen waren hauptsächlich vier Verbände, der Verein für Handlungs-konmis von 1868 in Hamburg, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verein in Frankfurt a. M. beteiligt. Die Vermittlungsziffern dieser Verbände betrugen der Reihe nach 4776, 2820, 1479 und 1042. Die Vermittlung weiblicher Personen erfolgte zum allergrößten Teil durch den Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte in Berlin und die Verbänden kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte in Frankfurt a. M.

Ausweisarten ausländischer Arbeiter in Preußen. Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern sind am 9. ds. alle Betriebe, in denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, daraufhin besucht worden, ob diese mit ordnungsmäßigen Ausweisarten versehen sind. Dem Ausweiszwange unterliegen bekanntlich alle ausländischen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Nationalität, soweit sie in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben beschäftigt sind.

Arbeitsnachweis und Arbeitgeberverbände in der Holzindustrie. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie in Hamburg hat am 5. August eine Resolution gefaßt, in der 500 Holzgewerbetreibende von Hamburg und Nachbarorten erklären, sie erblicken in dem Ausscheiden der Arbeitsvermittlung aus den wirtschaftlichen Kämpfen ein Mittel, um künftige Differenzen abzu-schwächen. Sie würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Patriotiche Gesellschaft ihre frühere Absicht, die Arbeitsvermittlung auf neutralen Boden zu verlegen, wieder aufnehmen und möglichst bald auf der Grundlage ihrer Vorschläge eine den Parteien entzogene Arbeitsvermittlungsstelle einrichten würde.

Demgegenüber hat der 28. Deutsche Tischlertag (Dresden, 7. August) sich — unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse in den Arbeiterorganisationen — auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt:

Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Organisation der Holzarbeiter die Frage der Arbeitsvermittlung zur Kampffrage gemacht habe und unter dem Deckmantel der Parität eine dominierende Stellung der Arbeiter verfolge. Der Tischlertag stellt insbesondere fest, daß die in einer Reihe von Großstädten eingeführten paritätischen Nachweise mit obligatorischer Benutzung zu schweren Schädigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt haben und vor einer Einführung dieser Art von Arbeitsnachweisen auf das eindringlichste gewarnt werden muß. Bei der großen Spezialisierung des Tischlergewerbes und den verschiedenartigen Ansprüchen der Betriebe nach qualifizierten Branchearbeitern muß das von Arbeitern geforderte und an den verschiedenen Plätzen eingeführte Nummern-System strikte abgelehnt werden. Solange die Arbeiterorganisationen nicht die Gewähr bieten, daß den berechtigten Wünschen der Arbeitgeber Rechnung getragen und Sicherheit dafür geboten wird, daß der Nachweis eine absolut neutrale Stelle ist, wo nichts weiter getrieben werden darf, als Arbeitslose an die für sie geeigneten Stellen zu vermitteln, lehnt es der Tischlertag ab, paritätische Arbeitsnachweise zu befrworten.

Der Bund deutscher Stellenvermittler, der Ende Juli in Frankfurt a. M. tagte, befaßte sich ausschließlich mit dem neuen Stellenvermittlergesetz vom 2. Juni 1910. Die dabei gegen das Gesetz gerichteten Angriffe — ein Redner sprach davon, das Reich habe ein schmachvolles Gesetz geschaffen — bewiesen aufs beste, daß das Gesetz diejenigen trifft, auf die es gemünzt gewesen ist. Daß die Taten vielleicht nicht überall das Richtige treffen, mag zugegeben werden. Die Versammlung gab zu dieser Frage ihrem Standpunkt dahin Ausdruck, daß die Festsetzung der Taten von gänzlich irrigen Anschauungen geleitet worden sei. Der Bund deutscher Stellenvermittler sehe sich deshalb veranlaßt, im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens zu beantragen, in eine nochmalige, eingehende Prüfung der Tatenfrage einzutreten, da sich die jetzige Festsetzung als vollständig unzulänglich gezeigt habe und somit jede weitere Existenzberechtigung für das Stellenvermittlergewerbe aufhören müsse.

Der Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk Dresden und die Dresdener Stadtverordneten. Der Rat der Stadt Dresden hatte vor einiger Zeit erneut beschlossen, dem Zentralarbeitsnachweis für den Regierungsbezirk der Kreishauptmannschaft Dresden mit einem jährlichen Beiträge von 10 000 *M* beizutreten und einen einmaligen Baukostenbeitrag von 2 000 *M* zu bewilligen. Die Dresdener Stadtverordneten haben jedoch am 6. Juli diese Vorlage abgelehnt unter Führung der sogenannten Mittelständler, wie der Führer dieser Gruppe erklärte, schon aus dem Grunde, weil die Ratsvorlage keine Streik Klausel enthalte, der Rat vielmehr vorschläge, daß sich der Arbeitsnachweis vollkommen neutral verhalten solle und zwar in der Weise, daß weder über einen Streik in einer Fabrik noch über die Tatsache, ob ein Arbeiter Streikender ist oder nicht, dem Arbeitgeber Mitteilung gemacht wird. Die sozialpolitische Rückständigkeit dieser Gruppe wird jedoch dadurch in ein ganz besonderes Licht gerückt, daß der Führer dieser Gruppe, Rechtsanwalt Kohnmann, der gleichzeitig Syndikus des Vereins Dresdener Gastwirte ist, von seinen eigenen „Arbeitgebern“ desavouiert wurde. Der Stadtverordnete Vornauer erklärte nämlich, die Gastwirte Dresdens ständen auf einem andern Standpunkt wie ihr Syndikus. Bis vor kurzer Zeit hätten auch sie hier einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, sie hätten sich aber bekehren lassen. Der Gastwirtstag des deutschen Gastwirtsverbandes mit über 50 000 Mitgliedern, der kürzlich in Braunschweig tagte, habe die Delegierten veranlaßt, ihre Vereine womöglich überall dem paritätischen Arbeitsnachweise anzuschließen. Auch die Dresdener Gastwirte hätten sich angeschlossen, allerdings mit Bedingungen. Sie würden zu den Kosten in beträchtlicher Höhe beitragen, aber ihre Abteilung solle unter eigener fachmännischer Leitung stehen. — Aber selbst dieser Appell war vergeblich.

Eine Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende in Österreich, die bisher nur auf den österreichischen Staatsbahnen gewährt wurde (vergl. Sp. 1194), wird seit dem 1. Juni auch von der k. k. priv. Südbahn für die österreichischen Linien gewährt. Die hierfür getroffenen Bestimmungen decken sich mit denen der österreichischen Staatsbahnen. Ein Fortschritt in den Bestimmungen der Südbahn ist jedoch insofern zu konstatieren, als bei Entfernungen bis zu 50 km halbe Fahrkosten der Fahrpreiszone 51 bis 150 km ausgesetzt werden, soweit sich der bezügliche Preis billiger stellt als der volle Tarif für die im Ausweise ersichtliche volle Relation, während die österreichischen Staatsbahnen bei Entfernungen bis zu 50 km bekanntlich keine Fahrpreisermäßigung gewähren. Ld.

Genossenschaftswesen.

52. Allgemeiner deutscher Genossenschaftstag der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Stettin, 9.—11. August). Aus dem vom Verbandsanwalt Abgeordneten Professor Dr. Crüger erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß im Deutschen Reich zu Beginn des Jahres 1911 30 555 Genossenschaften bestanden mit 4 471 721 Mitgliedern.

Davon entfallen auf die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes 980 066 Mitglieder. Das eigene Vermögen der Genossenschaften beläuft sich auf rund 640 Millionen Mark, davon 334 1/2 Millionen Mark Anteil der Genossenschaften des allgemeinen Verbandes. Der Umsatz sämtlicher Genossenschaften bezieht sich in der Gewährung von Kredit, Lebensmitteln, Rohmaterialien usw. auf rund 22 1/4 Milliarden. Der Anteil der Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes beträgt hiervon rund 18 Milliarden Mark.

Über Revisionsausführungen bei den Handwerker-genossenschaften berichtete Direktor Günther-Rastatt. Die Buchhaltung der Handwerker sei leider meistens sehr primitiv, deshalb seien Buchhaltungskurse notwendig. Dagegen warnte er vor dem zur Beseitigung der Kreditnot empfohlenen Mittel der Diskontierung der Buchforderungen, da dieser Vorschlag nicht geeignet sei, der Kreditnot wirklich abzuhelfen. Durch geborgtes Geld könne dem Handwerk nicht geholfen werden; dieses absorbiere nur den Gewinn. Dem Handwerk fehle infolge der Entwicklung der Industrie und der schwierigen Herstellungsweise des Handwerks der Umsatz; daher sei ihm nur zu helfen durch Vervollkommen seines Betriebes durch genossenschaftliche Organisation.

Über die Bekämpfung der Borgwirtschaft referierte der Direktor der Gewerbank zu Hannover Reinke, wobei er eine Anzahl von kaufmännischen Grundrissen für die kleinen Geschäftsleute aufstellte, darunter ein paar, die die Förderung der Barzahlung durch Ausbreitung des Rabattwesens und des Scheck- und Überweisungsverkehrs betreffen. Die Leitsätze wurden angenommen,

nachdem in der Debatte mehrfach auf den großen Wert der Barzahlung verwiesen worden war.

Anlässlich der Erörterung der Baugenossenschaften wurde von Landesversicherungsrat Hansen-Kiel entschieden ein Wohnungs-gesetz, sei es für das Reich, sei es für Preußen, gefordert. Magistratsrat Feierabend-München erklärte ein Baugenossenschaftsgesetz für dringend erforderlich. Der Vertreter des Reichsamts des Innern gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß man voraussichtlich zunächst abwarten werde, welche Wirkung die bei Verabschiedung des preußischen Zweckverbandsgesetzes angenommene Resolution auf baldtunliche Vorlegung eines Gesetzes wegen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und Industriezentren haben würde. Es wurde ein Beschluß angenommen, durch den den Baugenossenschaften, die in den Außenbezirken der Städte oder auf dem Lande eine Kolonie von kleinen Wohnhäusern errichten wollen, empfohlen wird, bei Ausarbeitung der Bauabzugs- und Baupläne tüchtige Sachverständige heranzuziehen. Weiter sollen sich die Genossenschaften, soweit Mittelwohnungen in Frage kommen, darauf beschränken, Baupläne zu verkaufen und sich auf die Bauart Einfluß zu sichern; die Eigenheimgenossenschaften sollen jedoch auch den Mitgliedern Einfluß auf die Baupläne zugestehen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag des Genossenschaftsanwalts, der erklärt, daß an der bisher vertretenen Auffassung unbedingt festgehalten werden müsse, daß die in dem Genossenschaftsgesetz vorgeschriebene Revision ein Akt der Selbstverwaltung der Genossenschaften sei; jeder Versuch, die Durchführung der Revision der Kontrolle durch die Behörden zu unterwerfen, sei unvereinbar mit der Tendenz des Genossenschaftsgesetzes.

Eine lebhafte Debatte entfielte der Antrag des Gesamtaus-schusses: „Die Genossenschaften als Mittel im Klassenkampfe zu verwenden, verlißt gegen ihre wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Den Genossenschaften ist den politischen Parteien gegenüber strengste Neutralität zur Pflicht zu machen“, eine Folge der Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen vom vorigen Jahre und des vorjährigen sozialdemokratischen Parteitage in Magdeburg über die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den Genossenschaften. Auch dieser Antrag wurde angenommen, ebenso ein Antrag, wonach der Genossenschaftstag wiederholt dagegen Verwahrung einlegt, daß durch die Gesetzgebung den Genossenschaften das Recht beschränkt wird, ihre Sparkasseneinrichtungen als solche zu bezeichnen. Das sei ein Spiel mit Worten. Nicht polizeiliche Maßnahmen könnten das Publikum davor schützen, daß es sein Geld einem nicht vertrauenswürdigen Geldinstitut übergibt, sondern nur Aufklärung und Erziehung zur Beurteilung wirtschaftlicher Verhältnisse.

Bei Besprechung der Konsumvereinsfrage wurden Referate gehalten über „Kaufmännische Prüfung und Beurteilung der Bilanzen“ — hierzu wurde eine Anzahl von Leitsätzen angenommen, in denen u. a. die doppelte Buchführung für die Konsumvereine dringend empfohlen wird —, über „Die Bedeutung der Zugehörigkeit zum Allgemeinen Verband“, „Die Konsumvereine und die fortschreitende Steigerung der Preise für Lebensmittel“, die „Lagerhalterfrage“.

Über die Liquidität der Baugenossenschaften berichtete Landesversicherungsrat Hansen-Kiel, der u. a. die Anschauung vertrat, daß die Zulassung von Spareinlagen aus den Mitgliederkreisen der Baugenossenschaften nicht ganz zu entbehren sei. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt; es wurde empfohlen, die ganze Frage weiter zu studieren.

Eine Konsumgenossenschaftliche Bank in der Schweiz hat der Verband der schweizerischen Konsumgenossenschaften nach bereits lange schwebenden Beratungen nunmehr errichtet. Mitte Juli eröffnete er in Basel eine Geschäftsstelle für den Geld-, Zahlungs- und Kreditverkehr von Konsumvereinen und verwandten genossenschaftlichen Organisationen in Verbindung mit der genossenschaftlichen Großeinkaufsstelle. Eine Geschäftsordnung enthält nähere Bestimmungen über die geschäftlichen Aufgaben der neuen Genossenschaftsbank, die auch die Aufgaben einer Gewerkschaftsbank erfüllen kann.

Volksgesundheit.

Die Schulzahnpflege nach Duisburger System zeigt einen sehr bemerkenswerten Weg, wie alle Gemeinden die so dringend notwendige Zahnpflege sämtlicher Schulkinder ohne wesentliche eigene Aufwendungen durchführen können. Der Leiter der Duisburger Schulzahnklinik Dr. Friedemann berichtet hierüber in Nr. 12 der „Schulzahnpflege“ (März 1911). Nach gründlicher Aufklärung

der Eltern der Volksschulkinder über den großen Nutzen der Zahnpflege im Kindesalter, die oft nicht ganz leicht ist, und Interessierung der Behörden für die „Kinderzahnpflege“, denn es sei natürlich von größtem Nutzen, daß die vorschulpflichtigen Kinder bereits an den Segnungen der geregelten Zahnpflege teilnehmen könnten, empfehle es sich, einen Ausschuß zu gründen mit dem Stadtoberhaupt an der Spitze und Zahnärzten, Ärzten, Schulmännern, Stadtverordneten und Verwaltungsbeamten als Mitgliedern. Dann handle es sich nur noch um die Aufbringung der Mittel für die Errichtung einer Zahnpflegestätte (bei 2 Operationsstühlen etwa 6000 M.), was in Duisburg durch private Sammlungen und mit Hilfe der Gewerkschaften, Krankenkassen und der Stadt möglich geworden sei. Zu der weit wichtigeren Frage: Wer trägt die Kosten für die Unterhaltung der Zahnpflegestätte? müsse man sich, solange die Zahnpflege nicht obligatorisch ist, vergewissern, ob überhaupt die Eltern bereit seien, ihre Kinder zahnärztlich behandeln zu lassen. In einem durch die Schule vermittelten Rundschreiben wurden den Eltern lebhaft die Gefahren vor Augen gestellt, welchen ihre Kinder ausgesetzt sind, wenn sie mit verfaultem Mund herumlaufen. Zum Schluß des Rundschreibens wurde ein kleines Opfer von den Eltern verlangt, welches darin bestehen sollte, daß sie für das erste schulpflichtige Kind im Jahre 1,00 M. bezahlen sollten und für jedes weitere Kind derselben Familie 0,50 M. oder im Schulmonat 10 Pf. resp. 5 Pf., da das Schuljahr zu 10 Monaten gerechnet wurde; es wurde auch erlaubt, das Geld monatlich mit 10 resp. 5 Pf. abzuliefern. Diese Maßnahme habe sich freilich nicht bewährt. Die Lehrer, die das Geschäft des Einsammelns übernehmen sollten, hätten die größte Last gehabt, das Geld pünktlich oder überhaupt nur zu bekommen. Andererseits wäre es vorgekommen, daß Kinder 3 oder 4 Monate bezahlten, sich dafür den Mund in Ordnung bringen ließen und dann australen. Ein Kind habe auf diese Weise 1 Stütz Zahn, 4 Füllungen und 1 Zahnreinigung erhalten! Im allgemeinen reiche das Geld für Plomben und Stütz Zähne im bescheidenen Umfange aus. Durch Zuhilfenahme der Presse hat man in Duisburg erreicht, daß von den 33 000 Schulkindern 19 400 Kinder die Unterschriften ihrer Eltern brachten, die dadurch ihre Teilnahme an der Errichtung einer Zahnpflegestätte für ihre Kinder bekundeten. Man könne erfahrungsgemäß rechnen, daß auf das Kind etwa 80 Pf. nach dem Satz: das erste 1 M., jedes weitere 0,50 M., kommen. So hätten sie von den 19 400 Kindern eine Summe von 15 520 M. zu erwarten. Dr. Friedemann glaubt, daß sich bei solchen Erfahrungen kaum irgendeine Stadt weigern wird, die nötigen Räume zur Verfügung zu stellen und sowohl für die nötige Installation, das nötige Licht, Wasser und die erforderliche Heizung zu sorgen. Auch in Duisburg sei dies der Fall gewesen. Ferner empfehle es sich, an die Stadt und die Waisenhäuser heranzutreten mit der Bitte, für die Waisenhäuser und die durch die Armenverwaltung unterstützten Kinder die Kosten zu übernehmen. Man werde gut tun, diesen beiden Einrichtungen den Preis dadurch noch zu ermäßigen, daß man die Kinder als eine Familie bezeichne und von jedem nur 0,50 M. fordere. — Damit die Kinder schnell und billig zur Zahnpflegestätte kommen können, befördert die nichtstädtische Straßenbahngesellschaft — die städtische Linie befördert die Kinder umsonst zur Klinik und zurück — die Kinder zum halben Preise. Die Gesellschaften konnten sich auf wiederholte Vorstellungen nicht der Tatsache verschließen, daß viele Erwachsene (nach den dortigen Zählungen 70 %) die Kinder begleiten und dann voll bezahlen. Alle diese Erwachsenen würden nicht die Strecke fahren, so daß also doch die Elektrischen nicht so arg viel Ausfall haben. Als diese Maßnahmen durch die Zeitungen bekannt wurden, traten noch mehr Kinder der Einrichtung bei. Die Zahl stieg von 19 400 auf 20 300 Kinder. Ein Vierteljahr später waren es 21 400 Kinder und Februar 1911 waren 21 992 Kinder beteiligt.

Über die Behandlung selbst und die erforderlichen Kontroll-einrichtungen heißt es in dem Friedemannschen Aufsatz:

Zuerst werden alle Kinder im Jahre zweimal in den Schulen untersucht. Diese Untersuchungen sollen keine großen wissenschaftlichen Leistungen sein, sondern da jedes Kind nach unserem System zu jeder Zeit der Spruchstunden kommen darf, handelt es sich nur darum, die ins Auge fallenden Fälle herauszugreifen.

Die Listen über die Schulkinder der Zahnpflege führt der Klassenlehrer. Diese Listen werden bei uns, nach Schulen und Klassen geordnet, in die Hauptbücher eingetragen. Jedes Kind erhält in dem Hauptbuch eine Nummer. Die Nummern laufen in derselben Schule von 1 an immer weiter fort nach der Zahl der Kinder. . . Das Einsammeln des Geldes bejagen die Lehrer für die einzelnen Klassen und liefern dies Geld den Direktoren ab. . . Das Geld wird im Haushaltsplane für Volksschulen außeretatmäßig gebucht.

Die Behandlung der Kinder muß durchaus exakt und von jeder Überbürdung frei sein. Das Kind muß im Wartezimmer wie auch im Operationszimmer genügend Zeit haben, die neuen Eindrücke auf sich einwirken zu lassen. Wenn Eltern dabei sind, fordere man sie auf jeden Fall auf, mit ins Operationszimmer zu kommen.

Die Buchführung ist bei diesem System sehr einfach. Jedes Kind gibt bei seinem Eintritt ins Zimmer seine Jahreskarte ab. Der Sekretär vermerkt auf einem Blockzettel die Nummer der Karte, die Schule und den Namen des Herrn, der das Kind zur Behandlung bekommt. Nach der Behandlung hat er dann nur noch die Leistungen auf den Zettel zu schreiben und dem Kinde die Karte zurückzugeben. Diese Zettel werden nach der Tageschlacht gezählt, um die Zahl der Sitzungen festzustellen, und die Leistungen werden durch den Sekretär in die Hauptbücher eingetragen.

Die Ernährung auf dem Lande und die Volkseigenenschaften.

Auf dem Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Hannover Ende Juli wurde die Frage des Einflusses des Volkseigenenschaftswesens auf die Ernährungsverhältnisse der Landbevölkerung erörtert, die bekanntlich neuerdings durch mehrere wissenschaftliche Untersuchungen mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt ist. Die in Hannover angenommene Resolution wird sowohl den landwirtschaftlichen wie den sozialen Gesichtspunkten, unter denen die Frage der Unterernährung der ländlichen Bevölkerung betrachtet werden muß, gerecht. „Die Volkseigenenschaften“, so wurde ausgeführt, „tragen dadurch, daß sie in der Regel einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Rindviehzucht und die bequeme Verwertung der Milch ausüben, wesentlich zum Wohlstande der Bevölkerung bei. Einseitigen Bestrebungen der Beteiligten nach nicht genügender Zurückbehaltung von Haushaltsmilch, um daraus möglichst hohen Gewinn zu erzielen, muß im Interesse der Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung, insbesondere der Ernährung der Säuglinge und Kinder, rechtzeitig entgegengetreten werden.“

Der Einfluß der Hitze auf die Säuglingssterblichkeit wird von H. Tiefmann, Privatdozent der Hygiene, und Dr. Alfred Lindemann, Assistent der inneren Abteilung des Rudolfs-Wirchow-Krankenhaus in Berlin, in der Nummer 2, Band 43, der „Deutschen Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege“ untersucht. Die Verfasser stellen der Behauptung, daß die größere Sterblichkeit der Säuglinge an heißen Tagen auf verdorbene Milch zurückzuführen sei, eine Reihe von Untersuchungen entgegen, aus denen zu schließen ist, daß auch eine direkte Einwirkung der Hitze die Säuglinge schädigt und deren Tod herbeiführt. Das von den Verfassern beigebrachte Material zeigt, daß Temperatur und Sterblichkeit auffallend parallel verlaufen, so daß stets hohe Wärmegrade fast unmittelbar von einer Steigerung der Sterblichkeit gefolgt sind. Diese Erscheinung, daß jeder Hitzewelle ein ungemein rascher Anstieg und sofortiger entsprechender Abfall der Sterblichkeit folgt, lasse sich mit einer Infektionshypothese nur sehr schwer oder gar nicht vereinigen. Wir hätten jedenfalls kein Analogon dafür, daß irgendeine Infektionskrankheit so unmittelbar von der Wärme beeinflusst wird. — Weiter geht aus den Untersuchungen hervor, daß an den Tagen sehr großer Hitze der Hauptteil der Sterblichkeit nicht auf Magen- und Darmaffektionen, Atrophie und Schwäche, sondern auf „andere Erkrankungen“ entfällt. Besonders lehrreich sind hierzu die Untersuchungen über die Sterblichkeit in den verschiedenen Stadien. Diese zeigen nämlich ganz einwandfrei, daß die im Keller untergebrachten Säuglinge eine auffallende Sonderstellung einnehmen, d. h. daß die Sterblichkeit dieser Säuglinge an heißen Tagen eine ganz auffallend niedrigere ist als bei den Säuglingen aus den höheren Stadien. Die Verfasser glauben, daß dies seinen Grund darin hat, daß die Kinder in den Kellermwohnungen vor Überhitzung geschützt sind. Und dieselbe günstige Verhältnis zeigte sich auch bei nur an der Brust ernährten, in Kellern untergebrachten Säuglingen, bei denen die Nahrungsmittelverderbnis überhaupt nicht in Frage kommen kann. Hiernach würde die größere Säuglingssterblichkeit an heißen Tagen auf eine Wirkung der Hitze auf die Nerven, also auf „Hitzschlag“ zurückzuführen sein, nicht so sehr beeinflusst von der Außenhitze als von der Hitze, die in den Wohnungen herrscht.

Der Milchausschank in Werkstätten und Fabriken. Die Aufmerksamkeit, die jetzt mehr und mehr der Ernährungsfrage der arbeitenden Bevölkerung zugewandt wird, kommt auch darin zum Ausdruck, daß im Reichsversicherungsamt vor einiger Zeit ein Vortrag gehalten wurde von Professor Kamp-Bonn, einem der Führer der Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchausschank in Rheinland-Westfalen, über die „Verknährung der Arbeiter und ihr Milchkonsum“. Dieser Vortrag ist jetzt im Druck erschienen.*)

Der Verfasser führt darin zunächst den Nachweis, daß Essen und Trinken während der Arbeitszeit niemals so wenig entbehrlich, niemals

*) Verlag von L. Schwann, Düsseldorf.

nötiger gewesen ist, als heute bei dem Streben nach immer kürzerer Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit dürfe nicht zum Fortfall aller Arbeitsunterbrechungen führen. Pausen müssen auch dem kurzen Arbeitstag eingeschaltet werden. Bei kürzern Arbeitspausen sei ihre beste Ausnutzung besonders wichtig. Sie sind, neben der Ausspannung von der Arbeit, auch zum Verzehren der Nahrung unentbehrlich. Je kürzer — bei gleichbleibender Arbeitsleistung — Arbeitszeit und Pausen werden, je mehr also die Arbeitskräfte sich konzentrieren müssen, desto konzentrierter, kräftiger und mehr stärkend müsse in den Pausen die Ernährung, die Nahrung beschaffen sein. Ihr bietet sich als billiges, erfrischendes und nahrhaftestes Lebensmittel die Milch. Kürzere Arbeitszeiten ohne beste Nahrung würden ein Raubbau an den Arbeiterkräften sein.

Aus diesen beachtenswerten Grundgedanken der Schrift ergibt sich, daß der Kampf gegen Alkoholismus, also auch der Kampf gegen vorzeitige Abnutzung der Kräfte des Arbeiters geführt werden muß, indem für eine gute Ernährung Sorge getragen wird. In diesem Sinne ist allerdings auch das Reichsversicherungsamt, sowie überhaupt alle Träger der Arbeiterversicherung sehr lebhaft an der Frage des Milchauschanks in den Werkstätten interessiert.

Der Erfolg der Schöneberger Ferienspiele hat die Schöneberger städtische Verwaltung veranlaßt, in diesem Jahre noch einen zweiten Platz für solche Knaben und Mädchen, „die nicht das Glück haben, während der Sommerferien verreisen zu können“, als Erholungsstätte zur Verfügung zu stellen. Die Spiele finden unter Aufsicht von Lehrern vormittags von 9—12 und nachmittags von 4—7 Uhr statt. In dem von der Deputation für Wohlfahrtspflege herausgegebenen Flugblatt heißt es hierzu:

„Weil im vorigen Jahre nach dem einstimmigen Urteil der Lehrer und Schularzte besonders die Kinder, welche regelmäßig die ganzen Ferien hindurch an den Spielen teilnahmen, sich in der Schule durch körperliche und geistige Frische und Spannkraft auszeichneten, gerade als ob sie in einer Sommerfrische gewesen wären, so empfehlen wir den Eltern aufs angelegentlichste, ihre Kinder auf den Spielplatz zu schicken. Um Störungen zu vermeiden, ist es geboten, daß die Kinder den Ratsschlägen und Weisungen der Spielleiter willig Folge leisten. Wir empfehlen, den Kindern Kaffee und Brot mitzugeben, Bier und andere geistige Getränke sind ausgeschlossen. Außerdem sind die Schulhöfe der Volksschulen wochentäglich von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends zur allgemeinen Benutzung der Einwohnerschaft, insbesondere den Kindern für Spielzwecke, freigegeben. Für etwaige Unfälle ist die Stadt nicht haftbar. Es eignen sich zum Besuche der Schulhöfe vorzugsweise Kinder, die noch nicht in die Schule gehen.“

Vleierkrankungen in Leipzig. Nach dem Jahresberichte des Stadtbezirksarztes in Leipzig sind im Jahre 1910 nicht weniger als 288 Fälle von Vleierkrankungen gemeldet worden, die zur Arbeitsunfähigkeit geführt haben — gegen 172 im Vorjahre. Von ihnen waren die meisten als Maler und Lackierer oder in Druckereten und Schriftgießereien beschäftigt. Außerdem wurden als bleikrank, aber erwerbsfähig von Ärzten der Drickrankenliste während des ersten Halbjahrs 1910 noch 120 Personen (im Vorjahre 84) behandelt, ebenfalls meist Schriftsetzer, Drucker, Schriftgießer, Maler. Der Stadtbezirksarzt fügt dieser Statistik die Bemerkung hinzu, die weite Verbreitung der Vleierkrankung unter den gewerblichen Arbeitern Leipzigs rechtfertige energische Maßnahmen zur Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Gefahr.

Der Schularztdienst an den Fortbildungsschulen in Wien, der vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor einem Jahre versuchsweise eingeführt worden ist, stellt sich nach dem Bericht, den der Landes-sanitätsinspektor Dr. Winter soeben über die erste Tätigkeit der Fortbildungsschularzte erstattet hat, als ein recht nützlichem Unternehmen dar. Außer dem Chefarzt Dr. Winter waren sechs Ärzte und eine Ärztin mit dem schulärztlichen Dienst betraut. Die ärztliche Untersuchung erstreckte sich auf 26 Fortbildungsschulen, von denen 25 unmittelbar dem Fortbildungsschulrat und eine, die Friseurlehre, der Genossenschaftsvorstellung untersteht. Außer den Untersuchungen leisteten die Ärzte auch hygienischen Unterricht. Auf jeden Arzt entfielen 100 Stunden, wovon ungefähr ein Drittel auf die ärztliche Untersuchung und zwei Drittel auf den Unterricht kommen. Die Schülerzahl betrug 3436 Lehrlinge, 2753 männliche und 683 weibliche. Anfangs suchten sich die Schüler der Untersuchung zu entziehen. Die Befürchtung, bei Feststellung eines Gebrechens den Lehrplatz zu verlieren, ferner eine gewisse Scham über den ungewaschenen Zustand und die unreine Leibwäsche waren die Ursache. Als sie jedoch das rücksichtsvolle, teilnehmende Verhalten der Ärzte erkannten, gewannen sie bald inniges Vertrauen. Auch ergab sich die erfreuliche Tatsache, daß die Gesundheitsverhältnisse zufriedenstellend waren. Nur drei Lehrlinge wurden für das Gewerbe ungeeignet befunden, als minder geeignet wurden 27 angegeben. Besonders hervorzuheben ist, daß kein Fall einer Geschlechtskrankheit und kein einziges Zeichen erlittener Mißhand-

lungen unter der Zahl von 3436 Schülern zu verzeichnen war. Im ganzen wurden bei 303 Krankheiten oder Gebrechen festgestellt, und 10 v. H. wurden als Überwachungslehrlinge geführt. Wertvoll sind auch die gesammelten Erfahrungen bei den verschiedenen Gewerben; sie werden bei sorgfältiger Fortsetzung der Beobachtungen Unterlagen schaffen, auf die man Ratsschlüsse über die Auswahl des Gewerbeberufs je nach der Eignung der Lehrlinge gründen kann.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Von Professor Dr. B. Wygodzinski. B. G. Teubner. Leipzig 1911. Fr. 6,00 M.

Das deutsche Genossenschaftswesen hat bisher noch keine umfassende Darstellung von unabhängiger Seite erfahren. Die bisher erschienenen Schriften waren entweder Schriften einzelner Verbände, oder sie behandelten nur bestimmte Zweige des Genossenschaftswesens, oder auch dort, wo es sich um allgemeinere Darstellungen handelte, waren die Verfasser Vertreter ganz bestimmter Richtungen. Das vorliegende Werk stellt nun eine Untersuchung aller Zweige des Genossenschaftswesens sowohl nach der theoretischen wie vor allem nach der praktischen Seite hin dar. Es sollte gezeigt werden, welche Rolle das Genossenschaftswesen im Wirtschaftsleben der Gegenwart spielt. Die drei Hauptabschnitte des Buches behandeln die geschichtliche Entwicklung des Genossenschaftswesens, die Struktur der Genossenschaften, die wirtschaftliche Betätigung der Genossenschaften. Ein Schlussabschnitt versucht die „Entwicklungstendenzen“ zu zeichnen. Sehr lehrreich ist der Einblick in das nach allen Seiten verzweigte und sehr verschiedenartige Wesen der Genossenschaften; sehr beachtenswert erscheinen die bisherigen Erfahrungen, die doch immer wieder lehren, daß trotz zahlreicher günstiger Erfolge auch das Genossenschaftswesen seine Grenzen findet, teilweise an Widerständen des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens, teilweise aber auch in der menschlichen Natur, bei der der Egoismus das echt genossenschaftliche Verhalten doch immer wieder sehr erschwert.

Vorträge der Geseftigung zu Dresden. 3. Band. 1911. Prof. Julius Bierhoff, Der moderne Mittelstand. 88 S. 1 M. — Th. Curti, Direktor der „Frankf. Ztg.“, Der Literatenstand und die Presse. 20 S. 1 M. — Otto Hünke, Der Beamtenstand. 78 S. 2 M.

Drei Fachleute sprechen in diesen Heften über soziale Standesfragen der „gehobenen“ Bevölkerungsschichten, vornehmlich der abhängigen Geistesarbeiter, deren Lebensbedingungen sich neuerdings ein eindringlicheres soziales Interesse erfreulicherweise zuwendet.

Johannes Volkelt, Kunst und Volkserziehung. Betrachtungen über die Kulturfragen der Gegenwart. G. H. Bockler Verlag, München. 184 S. Geb. 2,00 M.

Der bedeutende Würzburger Ästhetiker hat hier vier Volkshochschulvorträge in sorgfamer Überarbeitung zusammengefaßt, die sein „System der Ästhetik“ nach der ethisch-pädagogischen Seite ergänzen: Kunst und Moral. Künstlerische Erziehung. Die Kunst der Gegenwart in ihrem volkserzieherischen Werte. Die Kunst der Gegenwart in ihren Gefahren für die Volkserziehung. Psychologisch ethische Betrachtungen im Anschluß an die gegenwärtige Kunstentwicklung. Wieweit die Kunst geeignet ist, die Gefühle der Achtung und Pflicht zu entwickeln, ist nach Volkelt das Kriterium ihres volkserzieherischen Wertes.

Gesammelte gemeinnützige Volksbibliothek. I. Teil 1. bis 10. Heft. M.-Gladbach 1910. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. Preis: 0,50 M.

Die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen im Königreich Sachsen. Von Dr. Albrecht Graf von Montgelas. Leipzig 1911. Röder & Schünke (Kohberg'sche Buchhandlung). 70 S. Preis: 1,50 M.

Die Praxis der deutschen Arbeiterversicherung. Von Dr. Ferdinand Friedensburg. Berlin 1911. Carl Heymann. 48 S. Preis: 1 M.

Handbuch des geltenden Öffentlichen und Bürgerlichen Rechts. Von A. Jelle. Sechste Auflage, neu bearbeitet und herausgegeben von Reg.-Rat A. Korn, Dr. Gordan und Dr. Lehmann. Berlin 1911. Julius Springer. 612 S. Preis: 9 M.

Fabriksschulen. Von Curt Rohmann. Berlin 1911. Julius Springer. 148 S. Preis: 3,00 M.

Soziale Fürsorge für die Schwächlinge an unseren Volksschulen. Vortrag auf dem XI. Kongreß für Volks- und Jugendspiele in Barmen am 8. Juli 1910. Von Prof. Dr. F. A. Schmidt. Leipzig und Berlin 1910. B. G. Teubner. Preis: 0,50 M.

Die Organisation und Tätigkeit der Bauberatungsstellen. Vorträge und Verhandlungen der Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt am 6. Dezember 1910. Berlin 1911. Carl Heymann. 116 S. Preis: 8 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreigespaltene Pettizelle.

Verlag Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M.

Demnächst erscheint:

Die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung

und ihrer Nebengesetze

erläutert

von

Justizrat Dr. Mayer,

Rechtsanwalt in Frankenthal

Vorsitzender der Vereinigung pfälzischer Krankenkassen

Kommentar in drei Lieferungen.

Preis: ca. M. 6.— pro Lieferung.

Der bekannte Krankenkassenpraktiker behandelt die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung, also das erste, zweite, fünfte und sechste Buch, sowie die darauf bezüglichen Stellen des Einführungsgesetzes im Zusammenhang mit den bisherigen und dem übrigen bürgerlichen und öffentlichen Recht und wird der Kommentar der Praxis ein Führer auf dem Gebiete des Krankenversicherungsrechts sein.

Infolge Pensionierung des bisherigen Inhabers ist die Stelle des

Direktors

des hiesigen Statistischen Amtes zum 1. April nächsten Jahres neu zu besetzen. Das Gehalt der Stelle betrug bisher 5200 bis 7200 M.

Bei der Neubesezung kommen nur solche Bewerber in Betracht, die sich über vollkommene fachliche Ausbildung ausweisen, in ähnlichen Stellen bereits praktisch sich bewährt haben, sowie neben Gewandtheit und Regsamkeit eine genaue Kenntnis der städtischen Gemeindeverwaltung besitzen. Bei besonders guter Qualifikation können mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung höhere Gehaltsätze zugestanden werden.

Es ist in Aussicht genommen, die Anstellung zunächst auf einjährige Probe mit vierwöchigem Kündigungsrecht stattfinden zu lassen.

Anmeldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs sowie der erforderlichen Zeugnisse und Mitteilung der Gehaltsansprüche werden bis zum **1. November d. J.** unter der Adresse: „An den Herrn Oberbürgermeister, GStn, Rathaus“ erbeten.

GStn, den 31. Juli 1911.

Der Oberbürgermeister.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Gedächtnisrede

auf

Stadtrat Dr. jur. Emil Münsterberg,

gehalten am 2. April 1911

im Festsaale des Berliner Rathauses

von Dr. Paul Selisch,

Geheimen Admiralsratsrate, Abteilungschef im Reichsmarineamt.

Mit einem Verzeichnis d. Schriften Emil Münsterbergs als Anhang.

Preis: 60 Pfennig.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von Ad. Litzmann, Oldenburg i. Gr.

Preis, durch die Post: 1 M. halbjährlich.

Sonderausgaben für Rheinland-Westfalen, Bayern usw. halbjährlich 1,20 M.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weitest möglicher Verbreitung. Sobald der Entwurf der Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden ist, wird der Versicherungsbote eine Darstellung des neuen Rechts bringen, die die Unterschiede zwischen dem neuen und dem geltenden Recht besonders hervorheben wird. Der laufende Jahrgang wird daher dauernd ein wertvolles Nachschlagewerk sein.

Viele Versicherungsträger und andere Stellen beziehen das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung im Briefkasten besonders wertvoll.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Kongostaat und Kongoreform

Zwei Studien

über

die Entwicklung des Kongostaates

von

Professor G. K. Anton in Jena

und

die Reformen im Belgischen Kongo

von

Cristian von Bornhaupt in Berlin

Mit zwei Karten im Text.

Preis: 2 Mark.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Finnländische Frage im Jahre 1911

:: Ein orientierender Überblick ::
über den gegenwärtigen Stand des
finnländischen Verfassungskampfes.
Von einem Mitglied des Finnländischen Landtags.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Einleitung. — Die sogenannte Reichsgesetzgebungsfrage. — Die Militärfrage. — Die Stellung der Russen in Finnland. — Lebt Finnland auf Kosten Rußlands? — Finnlands Finanz- und Budgetrecht. — Finnlands auswärtiger Handel. — Literaturverzeichnis über Finnland und die finnländische Frage.

Die Städtepolitik

im Gebiete d. deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes.

Von Ludwig Bernhard.

(Sonderabdruck aus: „Preussische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes“. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 119, Teil I.)

Preis: 1 Mark.

Inhalt: Vorbemerkung. — Selbstverwaltung und Nationalitätenkampf. — Die Abwanderung der Juden. — Die Ausschaltung der Polen. — Die Vorherrschaft der Beamten. — Die Beilegung des Steuerprivilegs. — Die sogenannte „Gemeindeautonomie“. — Die „Einkreisung der Städte“. — Probleme.

Das Erbbaurecht.

Geschichtlich und wirtschaftlich dargestellt von

Dr. jur. D. Pesl,

Rechtsanwalt am Oberlandesgericht München.

Preis: 3 Mark 50 Pfennig.

Inhalt: Einleitung. I. Geschichte der superbiarischen Verhältnisse vom römischen Altertum bis zur Neuzeit. Im alten Rom. — Im deutschen Mittelalter. — In Preußen. — In Bayern. — In Sachsen. — In Frankreich. — In Belgien. — In Italien. — In Holland. — In der Schweiz. — In Schleswig-Holstein. — In Österreich. — In England. — In Rumänien usw. II. Das deutsche Erbbaurecht in wirtschaftlicher Beziehung. — Inhalt des Rechtes. — Dauer des Rechtes. — Erbbauszins. — Beendigung des Rechtes. — Die Gebäude. — Die Mietpreise. — Das Einfamilienhaus. — Das Baudarlehen. — III. Ergebnis. Anhang: Mustererbbaurechtsvertrag.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W. 8, Mauernstr. 43. 44.

Der heutigen Nummer liegen beiliegend: betr. Mayer, Krankenversicherungs-Kommentar zur Reichsversicherungsordnung bei.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Die gesetzliche Regelung des
Tarifvertragsrechts im Aus-
lande 1457
Vom Einigungsamte für Miets-
streitigkeiten in Solingen. Von
Dr. Karl Kehler, Solingen. 1462

Soziale Zustände 1463
Die Arbeiterverhältnisse in
den deutschen Schutzgebieten.

Rechtspflege 1466
Die Zulässigkeit des Boykotts als
wirtschaftliches Kampfmittel.
Berufliche Solidarität und der Be-
leidigungsparagraph.

Das „freie deutsche Koalitionsrecht“.

**Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten** . . 1469

Die freien Gewerkschaften im
Jahre 1910.
Der Verein für Handlungs-Kommiss
von 1858.

Streiks und Aussperrungen . . 1473

Die Arbeitskämpfe in England
und ihre Beilegung.
Die Arbeitskämpfe in der deutschen
Metallindustrie.

Massenkündigung der Berliner Eisen-
konstruktoren.

Ein Kellnerstreik in einem großen
Berliner Restaurant.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks in
der Oberlausitz.

Die Beendigung des Kampfes in der
Breslauer Konfektion.

Eine Aussperrung der christlichen
Tabakarbeiter am Niederzweil.

Die Arbeitseinstellung in der badischen
Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen

Arbeiterversicherung, Sparwesen 1476
Handwerker-Versicherung. Von
Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf.
Der Allgemeine Knappschaftsverein zu
Bochum 1910.

Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1479
Partitätscher Arbeitsnachweis und
Hauptverband Deutscher Arbeitgeber-
verbände im Malergewerbe.
Der Bezug der ausländischen Arbeiter
im Juli.
Die Tätigkeit des Verbandes West-
fälischer Arbeitsnachweise 1910.

Wohlfahrts-Einrichtungen . . . 1481

Der achte Jahresbericht des Sozialen
Museums in Frankfurt a. M.
Das Volksheim Hamburg.

Erholungsheim für Handwerker.

Volkserziehung 1483

Die Beratung der Jugend-
lichen bei der Berufswahl in
England.

Die Schaffung von Städtebühnentern
auf gemeinnütziger Grundlage.

Fünf Jahre Volksbildungsarbeit in
Südbayern.

Das Stuttgarter Jugendsekretariat.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Einigungsämter 1485

Die Bayerische Kaufmannsgerichts-
statistik 1910.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und
Kaufmannsgerichte in
Österreich.

Die erfolgreiche Vergleichstätigkeit der
Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Belgien.

Literarische Mitteilungen . . . 1486

mit der bedeutendsten Tarifvertragsorganisation, Großbritannien, Deutschland, die Vereinigten Staaten und die skandinavischen Länder entbehren eines bewußt geregelten Tarifvertragsrechts bis heute so gut wie ganz. Nur Australien und Neuseeland nehmen, da hier die Arbeitsstarifizierung überwiegend durch gesetzliche Zwangsordnung (Zwangsschiedsgerichte und Lohnämter) meist überhaupt erst geschaffen ist, eine legislative Ausnahmestellung unter den Ländern mit reicher Tarifvertragsstätigkeit ein. In den Industriestaaten mit verhältnismäßig starker oder doch erst junger Tarifvertragspraxis, wie Frankreich, Österreich, Italien, der Schweiz, Belgien, den Niederlanden, Spanien hingegen begegnen wir einem fruchtbaren gesetzgeberischen Eifer, das Tarifvertragswesen auf klaren, festen Rechtsgrund mit Hilfe öffentlicher Normen zu stellen, ja, wenn möglich, es durch die gesetzliche Fassung der Vorschriften in seiner raschen und leichten Ausdehnung zu begünstigen.

In der Schweiz hat der Kanton Genf schon im Jahre 1900 ein Gesetz „betreffend die Art der Feststellung der üblichen Tarife zwischen Arbeitern und Unternehmern und die Regelung von Kollektivstreitigkeiten, die zwischen ihnen entstehen können“ (neue Fassung dieses Gesetzes vom 20. März 1909) erlassen. In Frankreich spielen, abgesehen von früheren unbewußten Anläufen zur Tarifvertragsnormierung 1876 (Gesetzentwurf Lodron) und 1895 (Antrag Goblet zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts), die Kollektivvereinbarungen in den Anträgen und Entwürfen Millerands, Carriens und Clemenceaus von 1902 bis 1905 eine gewisse Rolle, allerdings bei Millerand nur innerhalb eines durch Gesetz und Verwaltungspraxis auferlegten Zwangsschiedsverfahrens. Dazu ist dann 1906 der Entwurf Doumergue zur Modifikation des gesamten Arbeitsrechts getreten, der ein besonderes Kapitel für das Tarifvertragsrecht vorsah, und 1910 hat die französische Regierung letzteres in einer selbständigen Sondergesetzesvorlage zu regeln unter-
nommen, worüber unten noch einiges zu sagen ist. In Österreich hat die Gewerbeordnungsnovelle von 1907 das Recht der von den Handwerkszwangsgenossenschaften abgeschlossenen Tarifverträge wenigstens dispositiv geordnet. Das Niederländische Arbeitsgesetz von 1907 hat, wenn auch sehr knapp, die privatrechtliche Natur der Tarifverträge in einzelnen Beziehungen klargestellt. In Italien hat die Regierung durch den obersten Arbeitsrat einen nach der privaten und öffentlich-rechtlichen Seite weisenden Gesetzesentwurf über die Concordati collettivi di tariffe im Jahre 1907 ausarbeiten lassen. Nimmt man der Vollständigkeit halber hinzu, daß Belgien bereits in seinem Gewerkschaftsgesetz von 1898 die Syndikate zum Abschluß von Tarifverträgen und zur Gerichtsstandsfähigkeit, d. h. zur Rechtsverfolgung aus Tarifverträgen befugte, und Dänemark in seinem Gesetz vom 12. März 1910 über das gewerbliche Einigungs- und Schiedswesen bei Tarifvertragsverletzungen den Schiedshof für zuständig erklärte, so ist der äußere Stand der Rechtsentwicklung und des gesetzgeberischen Eifers auf tarifvertraglichem Gebiete in den einzelnen Kulturstaaten bis 1910 angedeutet.

Das Jahr 1911 hat wiederum neue Triebe und Zweige an dem Baum der Tarifvertragsgesetzgebung gezeitigt; so in der Schweiz, in Spanien und in Belgien. Der spanische Versuch hält sich allerdings ganz bescheiden in dem Rahmen des neuesten Vereinsgesetzes, das ähnlich wie das belgische Syndikatsgesetz von 1898 den Berufsvereinen das Recht zum Abschluß rechtsverbindlicher Verträge überträgt (Sp. 1130). Die neue Rechtsordnung für das Tarifvertragswesen in der Schweiz stützt sich auf die Re-

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts im Auslande.

Die tatsächliche Entfaltung des Tarifvertragswesens geht mit den gesetzlichen Maßnahmen zu seiner rechtlichen Regelung keineswegs in allen Ländern parallel. Vielmehr läßt sich fast behaupten, daß die Länder mit der ausgebreitetsten und technisch bestentwickelten Tarifvertragspraxis hinsichtlich der gesetzlichen Ordnung des Tarifvertragsrechts meist weit zurückstehen hinter den jungen Tarifvertragsländern, die in der Planung von Tarifgesetzentwürfen auf behördlicher oder parlamentarischer Seite oft recht produktiv sind. An der Hand der internationalen Darstellung des Tarifvertragsproblems, die Dr. Walbemar Zimmermann jetzt im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, Bd. VII, in knappen Zügen veröffentlicht hat, läßt sich das Gesagte leicht belegen. Die Staaten

vision des Schweizerischen Obligationenrechts (5. Teil des Zivilgesetzbuches), die auf Grund der Beschlüsse des Bundesrats vom 8. März 1905 und vom 1. Juli 1909 von der Eidgenossenschaft am 30. März 1910 zum Abschluß gebracht worden ist. Der zehnte Titel „Dienstvertrag“ behandelt nämlich in den beiden Artikeln 322 und 323 auch die Tarifverträge, die vom Gesetzgeber hier (irreführend) Gesamtarbeitsverträge genannt werden:

Art. 322. Durch Vertrag von Arbeitgebern oder Arbeitgebervereinigungen mit Arbeitern oder Arbeitervereinigungen können bestimmte Vorschriften für die Dienstverhältnisse der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter aufgestellt werden. Ein solcher Gesamtarbeitsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form. Haben sich die Beteiligten über die Dauer des Gesamtarbeitsvertrags nicht geeinigt, so kann er nach Ablauf eines Jahres jederzeit auf sechs Monate gekündigt werden.

Art. 323. Dienstverträge, die von auf einen Gesamtarbeitsvertrag verpflichteten Arbeitgebern und Arbeitern abgeschlossen werden, sind, soweit sie den darin aufgestellten Bestimmungen widersprechen, nichtig. Die nichtigen Bestimmungen werden durch diejenigen des Gesamtarbeitsvertrags ersetzt.

Diese Bestimmungen erinnern im großen und ganzen an die beiden Paragraphen des niederländischen Arbeitswet, jedoch gehen sie bezüglich der automatisch zwingenden Rechtswirkung der Tarifnormen über die bloße Möglichkeit der Nichtigkeitserklärung der tarifwidrigen Sonderabreden, wie sie Holland ausgesprochen hat, hinaus. Das schweizer Gesetz teilt diese scharfe Regelung mit dem italienischen und dem letzten französischen Entwurf sowie mit dem Avantprojet de loi, das der Unterausschuß des Obersten Arbeitsrats in Belgien kürzlich veröffentlicht hat.

Dieser neueste belgische Entwurf gehört zu den ausführlichsten Versuchen, dem Tarifvertragswesen nach der privatrechtlichen wie der öffentlich-rechtlichen Seite von Gesetzes wegen beizukommen. Er übertrifft an Ausführlichkeit auch den französischen Entwurf, mit dem er übrigens in den Leitgedanken und der Normenauffstellung starke Verwandtschaft aufweist.

Der von dem auch in Deutschland als hochverdienter Sozialpolitiker bekannten Professor Dr. M. B. Brants-Löwen im Namen des Ausschusses erstattete Bericht über die Conventions collectives de travail gibt im ersten Teil eine geschichtliche Einleitung und eine allgemeine Kennzeichnung des Problems. Im weiteren werden dann die Rechtsfähigkeit, der Vertragsabschluß und sein Geltungsbereich, der zwingende Charakter und die Abdingbarkeit, die Ausdehnung der Verpflichtungen, die Verantwortungs- und Gewährleistungspflicht, endlich die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten und der Ausgleich von Tarifzwistigkeiten erörtert. Die Beschlüsse des Ausschusses haben die Zustimmung des Obersten Arbeitsrats gefunden; die wesentlichen Bestimmungen des aus 17 Artikeln bestehenden Gesetzentwurfs sind folgende:

Unter kollektivem Arbeitsstarifvertrag versteht man eine Vereinbarung, durch die eine Gruppe von Arbeitern mit einem Unternehmer oder einer Gruppe von Unternehmern die Vorschriften und Bedingungen regelt, die während einer bestimmten Zeit maßgebend für die abzuschließenden Einzelverträge sind. Vertragsschließende sind 1. Unternehmer und Arbeiter, die, jeder für sich, schriftlich den Auftrag erteilt haben, in ihrem Namen zu verhandeln; 2. diejenigen, welche im Augenblick des Vertragsabschlusses Mitglieder eines anerkannten (eingetragenen) Berufsvereins oder jedes anderen Vereins mit juristischer Persönlichkeit sind, falls sie nicht binnen drei Tagen nach der Hinterlegung des Vertrags durch eine gerichtlich niedergelegte Willenserklärung ihren Austritt aus dem Verein vollzogen haben; 3. diejenigen, welche nach Hinterlegung des Vertrags in einen Verein eintreten, der den Vertrag mit abgeschlossen hat. Juristische Persönlichkeit, die Kollektivverträge abschließen kann und die daraus entstehenden Folgen zu tragen hat, besitzen: 1. jeder anerkannte Berufsverein, 2. jede Gesellschaft, die beim Sekretär des Gewerbegerichts ihre den Anforderungen des Gesetzes entsprechenden Satzungen sowie die Liste des Vorstandes und der Mitglieder hinterlegt (Artikel 1—3).

Entgegen jeder anderslautenden Bestimmung ist der Arbeitsstarifvertrag, innerhalb der vorgesehenen Grenzen, maßgebend für alle Arbeitsverträge und Arbeitsordnungen, die für die Vertragsschließenden Geltung haben. Abweichende Bestimmungen sind nichtig und werden vollgültig durch die entsprechenden Vorschriften des Tarifvertrags ersetzt. Dieser ist gleichfalls auf alle Arbeitsverträge anzuwenden, die eine Partei mit einem fremden Dritten abschließt; in diesem Fall ist der tarifwidrige Arbeitsvertrag ohne Kündigung jederzeit lösbar (Artikel 4).

Der Arbeitsstarifvertrag muß schriftlich abgeschlossen werden; ein von den Parteien unterzeichneter Abdruck ist bei dem Sekretär des für den Vertragsort zuständigen Gewerbegerichts zu hinterlegen. Der Vertrag ist nur dann gültig, wenn die Vertreter der ihn abschließenden Vereine ein satzungsgemäßes oder ein besonderes, in der Generalversammlung erteiltes Mandat haben. Der Vertrag stellt fest die Zeit seiner Geltung, die Art seines Ablaufs, die Kündigungsfrist mit mindestens zwei Monaten, die Art seiner Verlängerung, die Bedingungen für Abänderung oder Erneuerung, die Örtlichkeiten und Zweige des

Gewerbes, auf die er Anwendung findet; die Geltungszeit darf keinesfalls drei Jahre übersteigen, im Falle stillschweigender Erneuerung läuft der Vertrag ein Jahr weiter (Artikel 5—7).

Die vertragsschließenden Parteien sind verpflichtet, die Ausführung des Vertrags loyal zu überwachen. Insbesondere haben sie gegen widerpenstige Mitglieder alle in den Satzungen vorgesehenen Disziplinar-mittel zu ergreifen, sie haften im Falle der Vertragsverletzung gemäß den Bestimmungen des Vertrags. Wenn ein Mitglied aus dem vertragsschließenden Verein austritt, so bleibt es gleichwohl für die ganze Vertragsdauer den Vertragspflichten unterworfen. Der Verein kann vor-tommendenfalls von dem ausgetretenen Mitglied nur den verfallenen und den laufenden Beitrag einziehen, abgesehen jedoch von dem Recht auf Einforderung eines Anteils am Schadenersatz bei Vertragsbruch. Eine gegenteilige Bestimmung ist nichtig. Die Satzungen müssen die Gewährleistung enthalten, welche der Verein für die Aufrechterhaltung des Vertrags zu erklären hat. Sie schreiben insbesondere die Schadloshaltung vor, die von den Mitgliedern eingefordert werden kann, welche den Vertragspflichten zuwiderhandeln. Der Verein kann seine Ansprüche vor dem Gewerbegericht verfolgen (Artikel 8—10).

Der Berufsverein oder die gesetzlich anerkannte Gesellschaft, die einem Kollektivvertrage zugestimmt haben, haften nicht für den Bruch von Einzelverträgen ihrer Mitglieder. Sie können die Ausführung dieser Einzelverträge nur kraft förmlicher Abmachungen gewährleisten. Beim Fehlen anderer Vorschriften kann beim Bruch eines Kollektivvertrags die schuldige Partei zu Schadenersatz verurteilt werden; dieser darf aber den Betrag von 25 Frs. für jedes Arbeitermitglied nicht überschreiten. Die vertragsschließenden Vorschriften über die Höhe des Schadenersatzes müssen für beide Parteien gleich sein; im Falle einer Ungleichheit kommt der höhere Betrag zur Anwendung. Jeder Verein hat das Recht des Rückgriffs auf diejenigen Mitglieder, die seine Verantwortlichkeit aufgerufen haben. Für die Sicherung der Verpflichtungen kann eine Sicherheit gestellt werden, die bei der Staatskasse zu hinterlegen ist. Der Berufsverein kann als Kläger oder Beklagter vor Gericht erscheinen zur Wahrung der Rechte seiner Mitglieder aus dem Kollektivvertrag, ohne Einschränkung des Rechts dieser Mitglieder, selbst direkt vorzugehen oder sich dem Einschreiten des Vereins anzuschließen (Artikel 11—14).

Die vertragsschließenden Parteien setzen eine aus der gleichen Zahl von Vertretern beiderseitig zusammengesetzte Kommission ein, die über die Auslegung des Vertrags, seine Abänderung oder Erneuerung zu befinden hat. Ebenso hat diese Kommission auch über etwaige Streitigkeiten nach einem bestimmten Verfahren zu entscheiden. Die Parteien sind verpflichtet, sich den einstimmig gefassten Sprächen zu unterwerfen. Im Falle mangelnder Übereinstimmung in der Kommission kann diese einen Schiedsrichter ernennen, der endgültig entscheidet; auch kann auf Wunsch der Parteien der Fall vor das Gewerbegericht gebracht werden (Artikel 15 und 16).

Vor dem 1. März jedes Jahres überreichen die vertragsschließenden Parteien dem Arbeitsamt zur Veröffentlichung in der Revue du Travail ein vollständiges Verzeichnis der auf ihre Veranlassung abgeschlossenen, erneuerten oder erloschenen Kollektivverträge während des abgelaufenen Jahres; beizufügen sind beglaubigte Abschriften jedes Vertrags, die Zahl der Arbeiter oder Angestellten und der Arbeitgeber, sowie ein Bericht über die Verhandlungen vor der gemischten Kommission, dem Schiedsrichter und dem Gewerbegericht (Artikel 17).

Zu diesem Entwurf bemerkt in seinem Schlusswort der Ausschußberichterstatter Prof. Brants: „Der gesetzliche Rahmen vermag vielleicht durch die Sicherung, die er den Vertragsschließenden gewähren kann, die Zahl der Verträge zu vermehren. Keinesfalls vermag er sie zu behindern, denn dieser Rahmen ist nicht zwingender Natur und nichts liegt im Wege, außerhalb seines Rechtsbereichs Vereinbarungen zu treffen. Nach dieser Maßgabe wäre ein derartiges Gesetz wohl geeignet, Erfahrungen zu sammeln, und der Schlußartikel (17) fordert die Regierung auf, die gewiß sehr lehrreichen Ergebnisse bekanntzugeben. Eine Unterstützung des Gesetzes würde übrigens in der Propaganda der Ideen liegen, die überall Arbeitsstarifverträge empfehlen zum Zweck der Errichtung einer besseren Ordnung der Arbeit und des gewerblichen Friedens.“ Der oberste Arbeitsrat in Belgien hat also dem auch von deutschen Tarifvertrags-theoretikern seit längerem vertretenen Gedanken zugestimmt, daß eine subsidiäre gesetzliche Regelung des Tarifvertrags, die nicht mit zwingender Faust, sondern nachhelfend, lüftungsgängig in das freie Entwicklungsgetriebe eingreift, die nicht Bahnen auf einem zurzeit noch gar nicht übersehbaren Felde vorschreiben, sondern die bereits beschrittenen Wege markieren und glätten will, im gegenwärtigen Stadium des Tarifvertragswesens die beste legislative Methode ist.

Dem sachlichen Inhalt nach bestehen, wie schon oben angedeutet, bemerkenswerte Parallelen zwischen dem belgischen Entwurf und der französischen Regierungsvorlage von 1910 (Soz. Prag. XIX Sp. 1179). Fast alle grundsätzlichen Streiffragen der Rechtsdogmatik der Tarifverträge sind in beiden Gesetzentwürfen im gleichen Sinne beantwortet. Wörtlich stimmen mit dem belgischen Entwurf die französischen Bestimmungen über die berechtigten und

verpflichteten Vertragsträger (Einzelpersonen, Gruppen, Vereinsmitglieder) überein. Auch die dreitägige Bedenkfrist für die Gewerkschaftsmitglieder ist bei beiden Vorlagen gemeinsam. Die automatisch zwingende Rechtswirkung der Tarifverträge, die beide Vorlagen vorsehen, war bereits oben betont worden. Doch ist der französische Vorschlag bezüglich des Vertragsabschlusses Tarifgebundener mit nicht tarifgebundenen Dritten nicht so schematisch scharf wie der belgische Borentwurf. Während Belgien stets auch im Verkehr mit Dritten den Tarif durchsetzen will, gewähren die französischen Gesetzgeber hier einen gewissen Spielraum für die individuelle Vertragsfreiheit, wohl mit Rücksicht auf die Gutgläubigkeit des Dritten, der mit einem Tarifgebundenen den Vertrag ohne Kenntnis von dessen Tarifpflichten abschließt. Der französische Entwurf unterscheidet also grundsätzlich deutlich die Fälle, ob beide Vertragsparteien oder nur einer von beiden den Vorschriften des Tarifvertrags unterstellt sind. Im ersten Falle unterliegt jeder zwischen ihnen abgeschlossene individuelle Vertrag notwendigerweise und ungeachtet jeder anderen Festsetzung den Vorschriften des Tarifvertrags. Im zweiten Falle finden diese Vorschriften nur in Ermangelung einer anderen Festsetzung Anwendung; indessen kann die durch die gemeinschaftliche Vereinbarung gebundene Partei, welche Bedingungen zugestanden hat, die den in dieser Vereinbarung festgelegten allgemeinen Regeln zuwiderlaufen, von ihren Mitunterzeichnern auf Grund der Nichterfüllung eingegangener Verpflichtungen gerichtlich belangt werden. Diese Vorschrift gewährleistet die Befolgung der allgemeinen Bestimmungen der Vereinbarung: durch die Entschädigungsansprüche setzt sie der Möglichkeit Widerstand entgegen, daß durch die Vereinbarung gebundene Arbeiter einem freien Arbeitgeber ihre Dienste zu Bedingungen leihen, die den allgemeinen Regeln dieser Vereinbarung zuwiderlaufen, und umgekehrt jener Möglichkeit, daß ein der Vereinbarung unterstellter Arbeitgeber unter schlechteren Bedingungen an der Vereinbarung unbeteiligte Arbeiter einstellt.

Die äußeren Formvorschriften gehen in dem belgischen Entwurf etwas weiter als in dem französischen, der nur von Schriftlichkeit und Hinterlegung spricht und die Kündigungs- und Ablaufsfristen, falls die Parteien selbst nichts vereinbart haben, anders bemisst als in Belgien (Kündigungsfrist von 1 Monat statt zwei Monaten, und Ablaufsfrist erst nach 5 Jahren statt nach 3 Jahren). Eingehender als in Belgien ordnet der französische Entwurf die Frage des individuellen Rücktritts eines aus dem vertragschließenden Berufsverein auscheidenden Mitglieds. Während dieses in Belgien dauernd tarifgebunden bleiben soll, kann es nach der französischen Vorlage wenigstens bei Verträgen von unbestimmter Dauer sich durch öffentliche Erklärung beim Tarifsekretariat frei machen.

Die Haftung aus dem Tarifvertrag ist wieder im belgischen Borentwurf sorgfamer geregelt als im französischen. Kamentlich ist die gesetzliche Einführung der beschränkten Haftung ein guter Gedanke, der auch in der deutschen Tarifvertragswissenschaft seit langem verfochten wird. Daß die Berufsvereine nicht von Gesetzes wegen für die Tarifverletzungen einzelner Mitglieder, an denen die Vereine trotz loyaler Tarifüberwachung unschuldig sind, einstehen sollen, ist in beiden Ländern vorgesehen. Im übrigen aber haben sich beide Entwürfe die Theorie der kumulativen Berechtigung und Verpflichtung von Berufsvereinen und Einzelmitgliedern aus dem Tarifverträge zu eigen gemacht und, soweit das praktisch durchführbar ist, selbständige Klageansprüche für Verein und Mitglieder daraus abgeleitet. Der französische Entwurf erklärt noch deutlicher als der belgische die an den Verträgen beteiligten physischen oder juristischen Personen für berechtigt, Entschädigungsansprüche geltend zu machen, sowohl gegen die individuellen oder Vereinsparteien, mit denen sie die Verträge abgeschlossen haben, als auch gegen die Mitglieder ihrer Vereinigung, welche die unterschriebenen Bedingungen nicht erfüllt haben. Auf Grund des gemeinschaftlichen Charakters des Schadens, der durch die individuellen Übertretungen der Verträge entstanden ist, können die an den Verträgen beteiligten juristischen Personen, gewöhnlich also die Berufsvereine, Entschädigungsansprüche, die aus den Vereinbarungen zugunsten jedes ihrer Mitglieder entstehen, geltend machen, ohne einen besonderen Auftrag des Interessenten nachweisen zu müssen, wofür dieser benachrichtigt worden ist und keinen Einspruch erhoben hat.

Auffallend ist, daß in dem französischen Entwurf Bestimmungen über das Schlichtungs- und Schiedswesen für die Fälle von Tarifstreitigkeiten und über die Tarifverneuerungsorgane fehlen, während der belgische diese Notwendigkeit, wenn auch nicht sehr eindringlich, so doch in brauchbaren Vorschlägen bedenklich.

Wenn auch von der Aufstellung dieser Gesetzesborentwürfe, zu denen man als dritten blutsverwandten Bruder, trotz seiner Besonderheiten in der Ortsüblichkeitsfrage, den Borentwurf des

italienischen Arbeitsrats reihen kann, bis zu ihrer Verwirklichung noch viele Reden durch die Parlamente halten werden und manche Abstriche und Zusätze das Gesicht dieser Vorschläge entstellen werden, so ist doch für den deutschen Tarifvertragspolitiker sehr viel aus diesen Entwürfen zu lernen, und insbesondere werden auch die deutschen Juristen manche hergebrachten, dogmatischen Vorurteile gegen die Konstruktion eines gemischten privat- und öffentlich-rechtlichen Vertragstypus an den romanischen Borentwürfen wirksam berichtigen können.

Vom Einigungsamte für Mietstreitigkeiten in Solingen.

Von Dr. Karl Rehler in Solingen.

Das Einigungsamt für Mietstreitigkeiten in Solingen, über dessen Einrichtung, Tätigkeit und Erfolge ich bereits zweimal in diesen Blättern berichtet habe (Jahrg. XVII Nr. 22 und XVIII Nr. 41), hat auch in den Jahren 1909 und 1910 erfolgreich zur Beilegung von Mietstreitigkeiten und Prozessen gewirkt. Im Jahre 1909 haben 38 und 1910 haben 45 Termine stattgefunden, zu denen 119 bzw. 149 Anträge auf Vermittlung vorlagen. Ein Vergleich der drei ersten (ganzen) Jahre der Tätigkeit des Einigungsamtes zeigt folgendes Ergebnis:

Anträge	1908	1909	1910
Durch Vergleich erledigt	65	57	66
Erfolglos verhandelt	22	26	33
Eine Partei nicht erschienen . .	42	36	50
Gesamtzahl	129	119	149

Die weitere Existenz des Einigungsamtes ist indessen ernstlich bedroht, und seine Entwicklung wird bald völlig unterbunden sein durch den lästigen Nehmer, genannt preußischer Steuerfiskus, der auf Grund des neuen Stempelsteuergesetzes beim Abschluß von Mietverträgen doppelt, ja dreifach profitieren will. Die Steuerbehörde hat es demgemäß fertig gebracht, die §§ 21 und 22 des zwischen dem Mieterverein und dem Hausbesitzerverein abgeschlossenen gemeinsamen Mietvertrags, der die Grundlage für das Einigungsamt bildet, für besonders stempelpflichtig zu erklären. Während § 21 bestimmt, daß „die Erhebung einer Klage aus dem Mietverhältnis nur zulässig sei, nachdem das Einigungsamt dem Kläger bescheinigt hat, daß das Einigungsamt um seine Vermittlung angegangen worden, daß aber der Versuch einer Vermittlung erfolglos geblieben ist“, war im § 22 „für alle Streitigkeiten, die aus Anlaß dieses Mietvertrags entstehen können, das königliche Amtsgericht in Solingen als zuständig erklärt“. Diese beiden Paragraphen bezeichnete die Steuerbehörde als „besondere Verträge im Mietvertrag“ und daher als besonders stempelpflichtig und forderte sogar für die Mietverträge unter 360 M., die nach dem Gesetz stempelfrei sind, je zwei Stempel von 50 Pf., für Verträge von höherem Werte natürlich den Mietpreisen entsprechende höhere Stempel. Da eine Anzahl von Vermietern wegen „Steuerhinterziehung“ (für die bereits früher abgeschlossenen Mietverträge!) in Strafe genommen worden war, so hat der Vorstand des Hausbesitzervereins, um seine Mitglieder vor weiteren Strafen zu schützen, diese durch die Zeitungen aufgefordert, die beiden Paragraphen in den Mietverträgen zu streichen.

Dies war allerdings nach Lage der Sache auch der einzig mögliche Ausweg. Nachdem alle persönlichen Verhandlungen mit der Steuerdirektion in Elberfeld erfolglos geblieben sind und nachdem endlich das Finanzministerium auf eine bezügliche Eingabe dahin entschieden hat, daß die Auffassung der Steuerbehörden richtig sei, konnte auch der Verwaltungsrat des Einigungsamtes, der sich aus Mitgliedern beider Vereine zusammensetzt, nicht umhin, diesen Ausweg gutzuheißen und die Streichung des § 21 zu beschließen. Denn seine Aufrechterhaltung würde nach niedriger Schätzung bei über 12 000 bestehenden Mietverträgen neben dem eigentlichen Mietsstempel noch einen besonderen Aufwand von etwa 10 000 M. an Stempelsteuer erfordert haben, eine Ausgabe, die die beiden Vereine natürlich nicht tragen konnten, die man aber auch den vertragschließenden Parteien nicht glauben aufbürden zu können. Um aber streitenden Parteien wenigstens die Möglichkeit zu geben, sich außergerichtlich und kostenlos auseinanderzusetzen und zu einigen, haben sich Mieterverein und Hausbesitzerverein nach längeren Verhandlungen dahin geeinigt, dem § 21 des gemeinsamen Mietvertrags künftighin folgende Fassung zu geben: „Vorher aus dem Mietverhältnis eine Klage anhängig gemacht wird, ist es ratsam, das . . . Einigungsamt zur Begleichung von Mietstreitigkeiten zunächst um seine Vermittlung anzugehen.“

Damit hört für beide Parteien der nach dem bisherigen Vertrag bestehende Zwang zur Anrufung des Einigungsamts auf; der Zwang aber war nach meinen Erfahrungen gerade das wirksamste Mittel, um die Parteien zu friedlicher Beilegung des Streites zu bringen und zu erziehen. Vermieter und Mieter werden künftighin sich nur dann noch an das Einigungsamt wenden, wenn sie Vorteil für sich von einer solchen Verhandlung erwarten. Namentlich die Vermieter und die Verwalter größerer Miethäuser und vieler Mietwohnungen, die sich schon seither nur mit Widerstreben dem Zwange gefügt haben, werden von nun ab mit ihren säumigen oder mißliebigen Mietern kurzen Prozeß machen und, wenn die Miete einmal im Rückstand geblieben ist, wieder wie früher kurzerhand zum Rabi laufen und den Kästigen auf die Straße setzen lassen. Das aber war ihnen durch unseren seitherigen gemeinsamen Mietvertrag und durch den Zwang zur Anrufung des Einigungsamts wenigstens etwas ershwert.

Steuerdirektion und Finanzminister haben also gesiegt! Geld bekommen sie zwar nicht, denn der neue § 21 ist nicht stempelsteuerpflichtig, aber — er ist der Anfang vom Ende der Einigungsämter für Mietsstreitigkeiten in Preußen. Und der Steuerfiskus ist ihr Totengräber! Da sich in den beiden letzten Jahren viele Mietervereine, die mit den Hausbesitzervereinen wegen Abschlußes gemeinsamer Mietverträge und Errichtung von Einigungsämtern in Verhandlungen getreten sind, mit der Bitte um Rat, um Überlassung der Säugungen, der Geschäftsordnung und der Formulare an das Solinger Einigungsamt gewandt haben, so seien hiermit alle zur Vorsicht ermahnt. Auf der einen Seite unterstützen die Justizbehörden, wie das Beispiel von Frankfurt a. M. (vergl. Sp. 1421) zeigt, die Bestrebungen nach friedlicher Schlichtung von Mietsstreitigkeiten in Einigungsämtern, indem sie richterlichen Beamten die Führung der Verhandlungen gestatten, auf der andern Seite erdrosselt der Steuerfiskus die neuen Einrichtungen mit rauher Hand!

Soziale Zustände.

Die Arbeiterverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten

sind in den letzten Jahren, unter der Kolonialverwaltung Dernburgs, durch verschiedene Vorschriften geregelt worden, in denen das Bestreben zum Ausdruck kommt, das früher einseitig verfolgte Unternehmerinteresse jetzt, nachdem die ersten Schwierigkeiten kolonialer Unternehmertätigkeit überwunden sind, durch die Rücksicht auf das Interesse der Eingeborenen einzuschränken und dadurch dem wohlverstandenen Gesamtinteresse der Kolonien zu dienen. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ hat in Nr. 5 eine knappe Zusammenstellung der neuen Verordnungen auf diesem Gebiete veröffentlicht. Ihr entnehmen wir folgendes:

a) Ostafrika. Zwei wichtige Verordnungen vom 27. Februar 1909 sind am 1. Mai in Kraft getreten. Die eine betrifft die Anwerbe, die andere die Arbeitsverhältnisse.

1. Anwerbeverordnung. Verboten wird die Anwerbung Eingeborener zum Militärdienst einer fremden Macht sowie zum Zwecke der Ausführung aus dem Schutzgebiet und der Schaustellung außerhalb desselben. Ausnahmen sind nur bei Gewähr für Rückkehr zulässig. Für die Anwerbung landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeiter außerhalb des Verwaltungsbezirks der Beschäftigungsstätte sind Anwerbscheine zu lösen. Als Sicherheit für die vom Anwerber etwa widerrechtlich verursachten Schäden und die von ihm verwirkten Strafen sowie für die den Angeworbenen gemachten Zusicherungen und für die Erfüllung der Verpflegungspflicht ist für jeden Angeworbenen eine Sicherheit von 5 Rupien, die unter Umständen auf 2 Rupien ermäßigt werden kann, zu hinterlegen.*)

Der Anwerbschein kann bei Besorgnis um die öffentliche Sicherheit und bei Nichtleistung der Kaution verweigert werden. Die Verweigerung ist auch die Folge einer innerhalb 2 Jahren vorausgegangenen Entziehung des Scheins. Dieser tritt ein, 1. wenn der Inhaber wegen eines Verbrechens bestraft wird, 2. wenn er mit dem Scheine Mißbrauch treibt, 3. wenn er sich Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Eigentum zuschulden kommen läßt, 4. wenn er ohne besondere Genehmigung an Mohammedaner oder Eingeborene Branntwein oder branntweinähnliche Getränke verabfolgt, 5. wenn er die Bestimmungen der Anwerbeordnung verstößt.

Der Anwerber hat die anzuwerbenden Arbeiter in ein Verzeichnis einzuschreiben, in welchem gleichzeitig der fragliche Betrieb, der vereinbarte Lohn und die Dauer der Arbeitsverpflichtung angegeben sind. Die Anzuwerbenden müssen alsdann der nächsten Verwaltungsstelle vorgeführt werden, welche feststellt, ob die Leute mit den im Verzeichnis vermerkten Arbeitsbedingungen tatsächlich einverstanden sind, und

solche, bei denen das nicht der Fall, sowie trunksüchtige und schwächliche Leute aus der Liste streicht.

Die Anwerbung für eine längere Arbeitszeit als 7 Kalendermonate oder 180 Arbeitstage ist unzulässig.

Der Anwerber hat für die Verpflegung der Arbeiter bis zum Eintreffen am Arbeitsort zu sorgen; andernfalls beschafft die Verwaltungsstelle des Bezirkes, in dem sich die Angeworbenen aufhalten, die Verpflegung auf Kosten des Verpflegten.

Die Verletzung dieser Vorschriften wird nach Maßgabe entsprechender Strafbestimmungen geahndet.

2. Arbeiterverordnung, betreffend das Arbeitsverhältnis zwischen nichteingeborenen Arbeitgebern und eingeborenen gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern. Die Verabredungen des Anwerbers über Arbeitslohn usw. sind auch für den Arbeitgeber bindend, falls er oder sein Vertreter nicht sofort nach Eintreffen der Arbeiter dagegen Widerspruch erhebt und die Annahme der Angeworbenen vor Eintritt in die Beschäftigung ablehnt.

Arbeiter, welche wegen zu großer Entfernung nicht täglich zu ihrem Wohnsitz zurückkehren können oder dauernd auf der Betriebsstätte untergebracht sind, haben außer auf Arbeitslohn Anspruch auf Verpflegungsgeld, das mindestens ein Drittel der vereinbarten Lohnvergütung betragen muß. Lohn und Verpflegungsgeld sind in bar zu entrichten, jedoch können an Stelle des letzteren nach freier Vereinbarung mit den Arbeitern gleichwertige Nahrungsmittel geliefert werden. Lohn ist auch an denjenigen Tagen zu zahlen, an welchen auf Anordnung des Arbeitgebers oder seiner Angestellten nicht gearbeitet worden ist. Als Sicherung gegen den durch etwaigen Vertragsbruch entstehenden Schaden darf in jedem Monat höchstens die Hälfte des Arbeitslohns einbehalten werden; der Betrag muß dem Arbeiter nach Beendigung der Arbeitsverpflichtung ausgezahlt werden.

Die Höchstarbeitszeit beträgt 10 Stunden; dem Arbeiter soll Zeit bleiben, noch bei Tageslicht seinen Haushalt zu versorgen. Überstunden müssen nach Bruchteilen der täglichen Arbeitszeit bezahlt werden. Arbeiter, die nicht täglich zu ihrem Wohnsitz zurückkehren können, erhalten vom Arbeitgeber auf dessen Kosten hygienisch und klimatisch angemessene Unterkunftsräume.

Bei Krankheit zahlt der Arbeitgeber Arznei- und Verbandskosten sowie die Kosten der von ihm zu beantragenden Beförderung nach einer Heilstätte und des Aufenthalts daselbst bis zur Beendigung des Vertragsverhältnisses, außerdem die Kosten der etwa erforderlichen Heimreise, sofern der Arbeiter nicht in der Lage ist, sie aufzubringen. Der Arbeitgeber darf vor Vertragsablauf zur Entlassung schreiten, 1. wenn der Arbeiter sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig macht, 2. wenn er seine Mitarbeiter aufwiegelt oder sich dauernd widerständig, trunksüchtig und nachlässig zeigt, 3. wenn er wegen Krankheit länger als 3 Wochen von der Arbeit ferngeblieben ist, 4. wenn sich bei ihm innerhalb von 8 Wochen nach Arbeitsantritt ein körperliches Gebrechen herausstellt, 5. wenn er mit seiner Entlassung einverstanden ist. — Der Arbeiter seinerseits darf aber den Dienst vor Vertragsablauf verlassen, 1. wenn der Arbeitgeber seine Verpflichtungen gröblich vernachlässigt, 2. wenn dieser oder seine Angestellten sich grobe Mißhandlungen zu Schulden kommen lassen, 3. wenn der Arbeiter durch Verletzung oder Krankheit ganz oder teilweise arbeitsunfähig geworden ist. Er hat in diesem Falle für den Rest der ursprünglichen Vertragsdauer Anspruch auf Lohn und Verpflegungsgeld, insoweit die Lage des Falles eine Schadloshaltung billig erscheinen läßt.

Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von hierfür eingesetzten Distriktskommissaren beobachtet; auf Verstöße gegen die Verordnung stehen Strafen, insbesondere aber auch auf den Versuch, Eingeborene zum Vertragsbruch zu verleiten, sowie auf die Einstellung von vertragsbrüchigen Arbeitern durch Arbeitgeber, wosfern „gewinn-süchtige Absicht“ zugrunde liegt.

Diese beiden Verordnungen haben bereits die besten Wirkungen gezeigt. Vor allem ist im Berichtsjahre 1909/10 die Zahl der eingeborenen Lohnarbeiter in Ostafrika um nicht weniger als 20 000, d. i. 80 v. H. gestiegen.

b) Kamerun. Ältere Verordnungen sind hier durch die Arbeiterverordnung vom 24. Mai 1909 ersetzt worden. Schon vorher war durch eine noch geltende Verordnung vom 17. April 1907 die Darlehnung farbiger Arbeiter bestimmt worden.

1. Darlehnungsverordnung. Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, die Löhne der Farbigen, die zu ihm in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehen (Arbeiter, Diener, Träger usw.), in barem Gelde auszugeben. Der Arbeitgeber kann vereinbaren, daß diese Farbigen freien Unterhalt bekommen; er darf ihnen aber keine Waren unter Anrechnung auf die Lohnzahlung kreditieren.

Strafandrohung: Geldstrafe bis 150 M., im Wiederholungsfall bis 1000 M., bei Nichtbeitreibung Haft oder Gefängnis. Die Verordnung ist in einigen Bezirken am 1. Juli 1907, in anderen am 1. April 1908 in Kraft getreten.

2. Arbeiterverordnung. Sie stellt dem Sinne nach eine Vereinigung der beiden in Ostafrika erlassenen Verordnungen über Anwerbewesen und Arbeitsverhältnisse dar. Die Anwerbung geht unter behördlicher Überwachung vor sich; Verpflegung und Unterkunft der Angeworbenen besorgt der Anwerber. Binnen zwei Wochen nach dem Eintreffen der Arbeiter am Bestimmungsorte sind schriftliche Verträge

*) 1 Rupie = 1/20 M.

Boykotts, der die Existenz des Klägers vernichten sollte, außer Verhältnis stehe zu dem erstrebten Ziele, der Gewinnung eines Saales. Hierzu erklärt das Reichsgericht, daß es sich für die Veranstalter nicht nur um den Saal, sondern um eine Gegenwehr gegen die Nichtachtung ihrer Ansprüche gehandelt habe: „sie verfuhrten daher nicht sittenwidrig, wenn sie ohne Rücksicht darauf, ob und welcher Schaden dem Kläger daraus erwuchs, ihre Gesinnungsgenossen aufforderten, mit ihnen durch Einstellung des Besuchs gegen eine ihnen seitens der Gemeinde angetane ungleiche Behandlung Einspruch zu erheben.“

Des weiteren aber führt das Reichsgericht aus, es sei daran festzuhalten, daß öffentliche Kundgebungen in Versammlungen, Flugblättern, Zeitungsartikeln einen an sich berechtigten Boykott zu einer unerlaubten Handlung machen können, wenn sie den Gegner in beschimpfender Weise angreifen oder mittels Unterdrückung oder Entstellung des wahren Sachverhalts in aufreizender Form die Leidenschaften der Volksklassen aufzustacheln suchen. Dabei sei allerdings zu berücksichtigen, „daß die Presse, die über den engeren Kreis der Gebildeten hinaus auf die weniger feinfühlig, an grobe Kost gewöhnte große Masse zu wirken suche, sich, gleichviel welcher Partei sie angehöre, beim politischen Kampfe starker und übertreibender Ausdrücke zu bedienen pflege, ohne daß das Volksempfinden darin einen Verstoß wider die guten Sitten erblicke“. So kann das Reichsgericht noch nichts Sittenwidriges darin finden, daß der „Vorwärts“ die Gemeindeverwaltung von Zehlendorf die personifizierte Interessenvertretung der Befehlenden genannt habe, aber es beanstandet mit dem Berufungsgericht die Ausdrücke der Flugblätter wie „echt progenhafte Manier“, „Ausbeuter des Arbeitsschweißes“, „Volksunterdrücker und Selbstschmäcker“ mit der Begründung: „Der wirtschaftliche wie der politische Kampf bedürfen solcher Beschimpfungen des Gegners nicht, sie können als Waffe vom Gesetz nicht geduldet werden.“ Andererseits irre das Berufungsgericht wieder darin, wenn es in dem rücksichtslosen Parteiterrorismus ein Handeln wider die guten Sitten findet. Hierzu wird ausgeführt:

„Keine Partei, die auf straffe Zucht unter ihren Mitgliedern hält, kann es dulden, daß ihre Befehle oder Beschlüsse von diesen unbeachtet gelassen werden. Es ist darum nicht unerlaubt, wenn sie die Beobachtung der Beschlüsse den Mitgliedern einschärft und den Lässigen oder Zuwiderhandelnden mit Strafen droht, denen sie sich satzungsmäßig für den Fall des Ungehorsams unterworfen haben.“

Das Reichsgericht läßt es ferner dahingestellt, ob das Boykottpostenstehen an sich schon verwerflich sei, jedenfalls aber sei es im fraglichen Falle über das Maß des Erträglichen und Statthaften hinausgegangen und in der wochenlangen Belagerung der Wirtschaft und Einschüchterung zahlreicher Besucher sei unbedenklich ein unmittelbarer Eingriff in den Gewerbebetrieb des Wirtes zu finden. Nach alledem könne sich eine Verpflichtung zum Schadensersatz höchstens aus der Verbreitung gewisser beschimpfender Flugblätter, aus dem verwerflichen Boykottpostenstehen und aus einzelnen Veröffentlichungen im „Vorwärts“ ergeben. Danach aber eine Haftung dem Grunde nach schlechthin zu konstruieren, sei verfehlt und das Urteil deshalb aufzuheben und zurückzuverweisen. (Bergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 76 S. 35 ff.)

Berufliche Solidarität und der Beleidigungsparagraph. In einem oberpfälzischen Städtchen, das seinen Stadtkreis sehr schlecht besoldete und auf eine Erhöhung der Bezüge, insbesondere für die in der Gemeindefrankensversicherung Versicherten nicht eingehen wollte, hatte dieser endlich seine Stellung gekündigt und dann seine Tätigkeit eingestellt. Die Stadtverwaltung hatte darauf unter etwas veränderten Bedingungen die Stadtkreisstelle ausgeschrieben, worauf sie ein jüngerer Kollege übernahm. Dadurch zog sich dieser die Gegnerschaft des bisherigen Stadtkreisarztes zu, der, abgesehen von anderen Beleidigungen, in einem Brief an den Stadtmagistrat erklärte, daß er den neuen Stadtkreisarzt nicht für einen Kollegen, noch weniger für einen anständigen Kollegen halte; mit dem Prädikat „Kollege“ verbinde er eine Wertschätzung, die er in diesem Falle nicht für angebracht halte. In der wegen dieser zweifellosen Beleidigungen anberaumten Schöffengerichtssitzung traten nicht nur sämtliche ärztliche „Sachverständige“ mit den schärfsten Worten gegen den „Streitbrecher“ auf — erwähnt wurde auch, daß der Arzt, bei dem der Kläger früher Assistent gewesen war, sein Verhalten als ehrlos und als eine nichtswürdige Handlung bezeichnet habe — es wurde auch festgestellt, daß der Ehrenrat der 6. Division in Regensburg in bezug auf die militärische Stellung des Klägers den schlichten Abschied beglückwünscht hatte, der auch erfolgt

ist. Das Schöffengericht sprach den Beklagten frei. In der Begründung wird u. a. ausgeführt:

Der Beklagte habe mit seiner Äußerung seine Mißachtung gegen den Kläger kundgeben wollen und zwar im Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Handlungsweise. Er habe aber in Wahrung seiner Ehre gehandelt. Er sei hierbei nicht zu weit gegangen. Mit der Werbung um die Stadtkreisstelle sei der Kläger dem Beklagten tatsächlich in den Rücken gefallen. Wenn der Kläger auch nicht Mitglied des Leipziger Verbandes sei, mußte doch berücksichtigt werden, daß der Beklagte zu diesem Verein gehöre. Es könne gleichgültig sein, ob die Sperrung der Stadtkreisstelle in S. berechtigt war oder nicht.

Die Berufungsinstanz kam ebenfalls zu einem freisprechenden Urteil. — Diese beiden Urteile verdienen ganz besondere Beachtung, wenn man sich die unglaublich harten Urteile vergegenwärtigt, die gemeinhin in Deutschland gegen Arbeiter, die im Kampfe um ihre Berufssolidarität sich zu einer Beleidigung hinreißten lassen, gefällt werden. Ganz besondere Beachtung aber verdient der Hinweis darauf, daß, wenn der Kläger auch selbst nicht Mitglied des „Leipziger Verbandes“ sei, doch hätte berücksichtigt werden müssen, daß der Beklagte zu diesem Verbands gehörte. Zu Ungunsten des „Streitbrechers“ wird hier also berücksichtigt, daß der Beklagte einer wirtschaftlichen Kampforganisation angehört, deren Zweck es ist, für ihre Mitglieder eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Hat man wohl schon jemals davon gehört, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft die gleiche Berücksichtigung gefunden hätte? Werden jetzt vielleicht andere Richter den Mut haben, ihren bayerischen Kollegen zu folgen?

Das „freie deutsche Koalitionsrecht“. Unter dieser Überschrift hatte die „Soz. Praxis“ in Nr. 44 (Sp. 1369) eine Reihe von Urkunden zusammengestellt, die zeigen, wie das Recht des Arbeiters, sich nach freiem Ermessen mit den Kameraden gewerkschaftlich zu koalieren, durch allerlei Verfügungen der Arbeitgeber, Entlassungsdrohungen, Zwangsverträge sowie durch Berufsmaßregeln gegenwärtiger Arbeiterorganisationen vielfach eingeschränkt wird. Einen dieser Belege bildete ein Anschlag der Firma Goldschmidt-Essen, der vor dem Fabrikarbeiterverbande warnte und „zuwiderhandelnde“ Arbeiter mit Entlassung bedrohte. Die Firma Goldschmidt-Essen schickte der Redaktion der „Soz. Praxis“ nun eine „Berichtigung“ zu diesem Punkte. Das Bemerkenswerte an dieser „Berichtigung“ ist, daß sie wortwörtlich das auf Sp. 1370 über die Warnungen und Drohungen der Firma Mitgeteilte bestätigt. Die Firma Goldschmidt scheint aber Wert darauf zu legen, die Motive, welche ihr zu dieser Drohung Anlaß geben, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Diesem Wunsche wollen wir gern Rechnung tragen, da die besonderen Motive für die Koalitionsrechtsverkürzung in unserer Berichtsstelle nicht genannt waren und immerhin einiges sozialpsychologisches Interesse bieten. (Mit preßgesetzlicher Berichtigungspflicht, wie die Firma Goldschmidt meint, hat diese Ergänzung unserer Mitteilung auf Sp. 1370 nichts zu tun.) Laut Darstellung der Firma Goldschmidt ging dem Teil des Anschlages, der die Warnung und Entlassungsdrohung enthielt und deshalb einzig für die obengenannte Belegsammlung in Betracht kam, folgende Motivierung voran:

„Seit geraumer Zeit versucht Herr Hilpmann als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes mit falschen oder entstellten Behauptungen die Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt gegen ihre Arbeitgeberin aufzubehnen. Die Firma hat bisher Beamte in diese Versammlung entsandt, um den Angriffen zu begegnen und die unwahren Behauptungen richtig zu stellen.“

„Da in der letzten Versammlung am 26. Juli die Vertreter der Firma, die Herren Ludwig und Dr. Sperling, ausgewiesen wurden, kann sich die Firma nicht mehr gegen die Angriffe des Fabrikarbeiterverbandes verteidigen. Es besteht somit die Gefahr, daß das gute Verhältnis zwischen der Firma und ihren Arbeitern getrübt wird, woraus Nachteile für beide Teile entstehen können.“

Daran schloß sich dann die Sp. 1370 zitierte kategorische Erklärung:

„Ich warne deshalb die Arbeiter, Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu bleiben oder zu werden sowie den Verband oder seine Vertreter mit Beiträgen oder Informationen zu unterstützen und seine Versammlungen zu besuchen. Zuwiderhandelnde haben ihre Entlassung zu gewärtigen.“

Zum Schluß heißt es in dem an uns gerichteten Schreiben: „Durch die Weglassung eines wichtigen Teiles des Anschlages ist also der Anschein erweckt, als wenn wir die Teilnahme unserer Arbeiter an Arbeiterorganisationen schlechthin nicht duldeten, während sich die Sache in Wirklichkeit so verhält, daß unseren Arbeitern nur die Teilnahme an dem von einem gewissen Hilpmann geleiteten Verbande untersagt ist, weil Hilpmann unsere Firma systematisch verleumdet und

uns durch Hinausweisen unserer Vertreter aus den Versammlungen die Möglichkeit nimmt, die Verleumdungen zu berichtigen."

Daß die Gewerkschaften mit falschen oder entstellten Behauptungen die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufheizen, ist der typische Vorwurf, mit dem die Arbeitgeber ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Arbeiterorganisationen zu rechtfertigen und das Verbot der Mitgliedschaft ihren Arbeitern gegenüber zu begründen suchen. Diese Begründung, die nur die Fehler an den Gewerkschaften sieht und ihre große Nützlichkeit und sachliche Notwendigkeit verkennet, kommt auch in der Kundgebung der Firma Goldschmidt zum Ausdruck und ändert nichts an der Tatsache, daß die Firma Goldschmidt ihren Arbeitern das Koalitionsrecht in Wirklichkeit beschränkt. Denn das Verbot der Teilnahme an einem bestimmten Verbands ist eben nichts anderes als eine unzweideutige Beschränkung des den Arbeitern durch das Gesetz gewährten freien Koalitionsrechts. Wenn sich ein einzelner Gewerkschaftsführer Verleumdungen zu Schulden kommen läßt, so ist es das gute Recht der Firma, mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln gegen diesen persönlich vorzugehen. Aber keine Verleumdung, und mag sie noch so schwer sein, gibt der Firma die Befugnis, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter zu verkürzen, wie sie das, um dies nochmals festzustellen, tatsächlich tut und in dem Schluß ihres Briefes an uns ausdrücklich anerkennt hat.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1910.

Die Organisation der gewerblichen Arbeiter — ebenso aber auch die der technischen und kaufmännischen Angestellten und auf der anderen Seite der industriellen Arbeitgeber — schreitet in Deutschland nach Überwindung der flauen Geschäftsjahre 1908 und 1909 mit starken Schritten voran. Deutschland hat auf diesem Gebiete das alte Gewerkschaftsland Großbritannien überholt und steht jetzt an der Spitze aller Länder. Ramentlich sind die Fortschritte im Jahre 1910 sehr beträchtlich. Schon früher haben wir die Angaben für die Deutschen Gewerksvereine (Sp. 1098) und die Christlichen Gewerkschaften (Sp. 1308) gebracht. Jetzt ist auch der Bericht über die freien, der sozialdemokratischen Führung folgenden Gewerkschaften erschienen (Statist. Beilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 6, vom 12. August), der in gewohnter sorgfältiger, umfassender Weise die Verhältnisse erörtert.

Die Mitgliederzahl für 1910 weist im Durchschnitt mit 2 017 298 gegen 1 832 667 im Jahre 1909 eine Zunahme von 10 % auf. Es sind darin nicht enthalten der Verband der Landarbeiter mit 11 232 und der Verband der Hausangestellten mit 4901 Mitgliedern, weil diese Organisationen nicht unter den gleichen Bedingungen leben wie die Berufsvereine der industriellen Arbeiter. Am Ende des Jahres 1910 war die Gesamtzahl der Mitglieder bereits wieder um 110 000 höher als im Jahresdurchschnitt, seitdem ist sie weiter gewachsen und wird zurzeit 2 1/4 Millionen wohl schon überschritten haben. 1895 hatten die freien Gewerkschaften erst 260 000 Mitglieder, 1898 rund 1/2 Million, 1904 war die erste Million erreicht. Von der Gesamtzahl waren 1 615 12 = 8 % weibliche Mitglieder. Die Zahl der Verbände hat sich von 57 auf 53 verringert, da sich die Mühlenarbeiter mit den Brauereien vereinigten, die Schirmmacher sich an die Holzarbeiter angliederten und die Verbände der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter sich zusammenschlossen. Die Konzentration der gewerkschaftlichen Organisation hat also Fortschritte gemacht. Die 53 Verbände hatten folgenden Mitgliederbestand:

Metallarbeiter 414 868, Maurer 178 626, Fabrikarbeiter 159 152, Holzarbeiter 158 767, Transportarbeiter 124 891, Bergarbeiter 120 498, Textilarbeiter 118 822, Bauhilfsarbeiter 61 867, Buchdrucker 60 923, Zimmerer 54 908, Maler 42 692, Schneider 42 152, Schuhmacher 39 954, Brauerei- und Mühlenarbeiter 37 076, Gemeindearbeiter 36 126, Tabakarbeiter 32 645, Buchbinder 26 934, Bäcker und Konditoren 21 944, Steinarbeiter 20 267, Maschinisten 19 560, Lithographen 17 215, Buchdruckereihilfsarbeiter 15 742, Schmiede 15 329, Glasarbeiter 14 830, Lederarbeiter 13 767, Porzellanarbeiter 12 418, Sattler und Portefeuilier 12 121, Handlungsgehilfen 11 523, Köpfer 11 885, Steinseher 10 586, Gastwirtschaftsgehilfen 10 320, Tapezierer 9 116, Gußmacher 8 975, Stuckateure 8 810, Böttcher 7 988, Dachbeder 6 792, Gärtner 5 561, Bureauangestellte 5 556, Kupfer- und Schmiede 4 482, Kürschner 4 369, Glaser 4 125, Schiffszimmerer 4 070, Bildhauer 3 676, Fleischer 3 524, Zigarrensortierer 3 090,

Bagerhalter 2 893, Friseur 2 090, Zivilmusiker 1 858, Asphaltseure 1 006, Isolierer und Steinholzleger 852, Blumenarbeiter 826, Zyklographen 470 und Rotenstecher 426. Die Hafenarbeiter hatten 11 621, die Seeleute 2 782, die Mühlenarbeiter 3 841 und die Schirmmacher 150 Mitglieder im Durchschnitt des Jahres.

Von den Berufsgruppen weisen die stärksten Prozentzahlen der Organisation die polygraphischen Gewerbe mit fast 69 % aller in ihnen Beschäftigten auf, Gemeindearbeiter 41 %, Holz-, Papier-, Ledergerber je fast 36 %, Baugewerbe über 33 %, Metallindustrie 31,4 %, Bergbau 24 %, Textilindustrie 15 %, am schwächsten sind Gärtner und Kellner organisiert. Von den weiblichen Mitgliedern fallen die meisten auf die Verbände der Textilarbeiter (39 524), Metallarbeiter (19 610), Fabrikarbeiter (19 213), Tabakarbeiter (15 400), Buchbinder (12 308). In der Zeit von 1905 bis 1910 hat sich die Zahl der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften mehr als verdoppelt; freilich bleibt ihr prozentualer Anteil noch weit hinter dem der Männer zurück; immerhin hat das alte Dogma von der Unorganisierbarkeit der Frauen doch einen starken Stoß erfahren.

Die Finanzen der Gewerkschaften haben trotz der gewaltigen Aussparungen im Baugewerbe und auf den Werften eine starke Steigerung erfahren. Und zwar sowohl durch Extrabeiträge im Gesamtbetrage von 4,4 Millionen Mark als in noch höherem Grade durch Steigerung der regelmäßigen Beiträge. Pro Kopf betrugen 1910 die Einnahmen 31,9 M., die Ausgaben 28,7 M., das Rassenvermögen 26 M. Die regelmäßigen Beiträge steigen von 7,20 M. jährlich auf bis zu 52 M. und mehr. 83 % der Mitglieder zahlen zwischen 30 und 60 M. Wochenbeiträge, 10 % bis zu 30 M., 7 % über 60 M. An regelmäßigen Verbandsbeiträgen wurden 1910 mehr als 48,8 Millionen gegen 41,6 Millionen im Vorjahre eingenommen, alle Einnahmen zusammen erreichten die gewaltige Zahl von 64,4 Millionen Mark. Das Vermögen belief sich auf 52,5 Millionen M.

Dem standen gegenüber rund 58 Millionen Ausgaben, die sich auf die Hauptposten folgendermaßen verteilen:

Organisationen	M.
Reiseunterstützung	42 1 015 984
Arbeitslosenunterstützung	43 6 075 522
Arbeitsunfähigen- (Kranken-) Unter- stützung	51 9 028 698
Invalidenunterstützung	8 504 771
Beihilfe in Sterbefällen	47 884 012
Beihilfe in Notfällen	50 548 567
Streiks im Verufe	50 19 068 972
Streiks in anderen Berufen und Ausland	44 584 688
Gemahregeltenunterstützung	48 809 788
Verbandsorgan.	57 2 208 860
Agitation	55 2 508 994
Druckschriften, Broschüren usw.	46 468 012
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	49 985 469
Verwaltungslosten, persönliche	57 1 019 888
Verwaltungsmaterial	56 671 264

Der Bericht der Generalkommission verweist hierzu auf die Tatsache, daß in den 4 Jahren 1907 bis 1910, die zum großen Teil unter einem wirtschaftlichen Druck standen, die Gewerkschaften für Unterstützungszwecke (Reise, Umzug, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefälle, Notfälle, Maßregelungen) mehr als 74 Millionen Mark aufgewendet haben, während der Betrag für die gleichen Zwecke 1891 bis 1906 noch nicht ganz 47 Millionen Mark ausgemacht hat. Allerdings sind die Unterstützungseinrichtungen in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut worden, namentlich die Unterstützung Arbeitsloser:

Während 1900 von 58 Zentralverbänden nur 21 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hatten 1910 von 53 Verbänden 41 diesen Unterstützungszweig eingeführt. Im Jahre 1900 hatten 281 071, im Jahre 1910 aber 1 666 262 Mitglieder der Verbände Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Dazu wird bemerkt: „Sind die Unterstützungseinrichtungen für die Gewerkschaften auch nicht Selbstzweck, so haben sie doch in ihrer heutigen Ausdehnung eine weitgehende volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie ermöglichen weiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung während der wirtschaftlichen Krisen eine Existenz und die Erhaltung der Arbeitskraft. Mit diesen Leistungen haben die Gewerkschaften wesentlich dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Industrie Deutschlands zu heben, denn diese hängt zum größten Teil davon ab, daß die Arbeiterschaft leistungsfähig ist. Um so mehr wäre es an der Zeit, daß die Faktoren, denen in erster Linie die Verpflichtung obliegt, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten, den Gewerkschaften die von ihnen zu tragenden Lasten erleichtern.“

Den fast 121 Millionen Mark Aufwand für Unterstützungen in den Jahren 1891 bis 1910 stehen insgesamt 91,4 Millionen Mark für Streiks und Aussparungen in derselben Zeit gegenüber.

Auch die Streikunterstützung ist, zum Teil infolge der Aussperrungen, erst in den letzten Jahren gewaltig angewachsen. Bis 1903 stieg sie selten über 2 Millionen Mark im Jahr. 1903 erreichte sie die Höhe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark und in den folgenden Jahren von $5\frac{3}{4}$, $9\frac{3}{4}$, $13\frac{3}{4}$, 13, 5 und 7 Millionen Mark, um 1910 schließlich auf die gewaltige Summe von 19 603 000 M. anzuschwellen. Ein großer Teil dieser Summe entfällt, wie der Bericht betont, auf die Aussperrungen der Bauarbeiter und der Werftarbeiter. Die hiervon betroffenen Verbände haben dabei 17,7 Millionen aufgebracht und zum größten Teil für die Aussperrten aufgewendet. Und warum, fragt der Bericht, diese Aufwendungen?

„Weil die Unternehmer glaubten, nach dem Rezipie des Zentralverbandes deutscher Industrieller handeln zu müssen, durch Massenaussperrungen die Gewerkschaften zu erdrosseln. Der Versuch ist wiederum mißlungen, aber die Unternehmer werden von ihrem Glauben an die Wirkung der Aussperrungen nicht geheilt sein. Sie werden noch weiter die Erfahrung machen müssen, daß ihr Aussperrungssystem die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder ständig erhöht. Diese Erfahrung wird zu der Erkenntnis führen, daß Organisationen, deren Existenz in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, nicht gewaltsam unterdrückt werden können.“

Soviel aus dem sehr lesenswerten, durch zahlreiche Tabellen unterstützten Bericht über die freien Gewerkschaften. Hingugefügt werden noch die wichtigsten Ziffern über die anderen Berufsvereine im Jahre 1910: Deutsche Gewerkschaften S.-D.: 122 571 Mitglieder, Christliche Gewerkschaften: 316 115 Mitglieder und 5,5 Millionen Einnahmen, 4,9 Millionen Ausgaben mit 6 Millionen Vermögen; unabhängige und lokale Vereine: 253 146. Insgesamt 2 688 144 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit rund 74 Millionen Einnahmen, 66 Millionen Ausgaben und 62,5 Millionen Vermögen. Dazu dann weiter 54 Verbände kaufmännischer und technischer Angestellter mit 745 824 Mitgliedern. Gelbe Verbände mit rund 80 000 Mitgliedern leiten zu den Arbeitgeberverbänden über, deren Mitgliederzahl auf 127 424 mit 4 Millionen beschäftigten Arbeitern angegeben wird. So steht man in beiden Lagern in starker Rüstung: si vis pacem, para bellum! Wann wird hüben wie drüben die Einsicht kommen, daß alle diese Rüstungen schließlich doch nur dem Frieden dienen müssen?

Der Verein für Handlungs-kommis von 1858 (Sitz Hamburg) hielt Mitte August einen Vereinsstag in München ab. Die bayerische Regierung, die Handelskammer München, der Hansabund sowie eine größere Anzahl befreundeter Privatbeamtenverbände hatten Vertreter entsandt. Der Verein, die älteste Organisation kaufmännischer Angestellter, zählt jetzt 106 000 Mitglieder in 600 Ortsgruppen. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten sprach zunächst H. Vogel-Berlin über die Angestelltenauschüsse in den bayerischen Handelskammern, doch wurde diese Form der Angestelltenvertretung nicht als genügend anerkannt, sondern der Verein tritt für paritätisch besetzte Kaufmannskammern auf territorialer Gliederung ein. Das Hauptreferat der Tagung bildete ein Vortrag von Dr. H. J. Thissen, Verwaltungsdirektor des Vereins, über das Verhältnis der Angestelltenpolitik zu allgemein sozialpolitischen und parteipolitischen Bestrebungen. Er unterzog darin die verschiedenen Strömungen der Handlungsgehilfen- und weiter der Angestelltenbewegung einem kritischen Überblick. Nach ihm muß eine größere Verständigung zwischen den Schichten des alten wie des neuen Mittelstandes gesucht werden, da sowohl die selbständigen wie die angestellten Glieder des Mittelstandes manche Interessen gemeinsam hätten, namentlich im Selbsthaltungskampfe gegen das Großkapital. Ein Zusammengehen mit der Arbeiterschaft könne nur von Fall zu Fall erwogen werden, namentlich sei der radikal-gewerkschaftliche, klassenpolitische Standpunkt, den die Arbeiterbewegung heute vorwiegend einnimmt, nicht ohne weiteres auf die Angestelltenbewegung übertragbar. In der Frage der Stellung zu den politischen Parteien betonte der Redner die Notwendigkeit strenger Neutralität, d. h. die Beurteilung der politischen Parteien rein nach ihren jeweiligen Leistungen für das Interessengebiet des Vereins. Als nächsten Verhandlungsgegenstand behandelte Viktor Klopfer „Die Frauenarbeit im Handelsgewerbe, eine Erziehungs- und Bildungsfrage“. Nach den zur Annahme gelangten Leitsätzen hat sich der Verein mit der Erwerbsarbeit der Frauen als einer wirtschaftlichen Notwendigkeit abgefunden, er verwirft sie nur da, wo „sie die Gefahr einer Herabdrückung oder gar Verdrängung der älteren, für Familie und Nation auch weit notwendigeren Männerarbeit mit sich bringt“. Daher wird verlangt: „Reformen schon in der allgemeinen Erziehung des Mädchens, vertiefte Berufsauffassung und gründlichere Berufsbildung der eine kaufmännische Stellung ernstlich und dauerhaft erstrebenden Frauen“, um das Überangebot ungeeigneter Elemente und den Lohndruck einzuschränken. Weiter heißt es: „Amtlich geförderte Beratungsstellen für die weibliche Berufswahl, eine planmäßige Jugendpflege auch für weibliche Berufstätige, Belehrungsabende für Eltern im Gewerbsleben stehender oder einen außerhäuslichen Beruf erstrebender Mädchen verdienen die öffentliche Aufmerksamkeit. Handarbeits- und Haushaltsunterricht sind schon während der allgemeinen Schulzeit

richtungsgebend durchzuführen, der Volksschule hat sich die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen unter 18 Jahren unmittelbar anzugliedern.“ Zum Schluß der Tagung wurde eine Entschließung, welche die Pensionsvericherung der Privatangestellten als spruchreife und höchst dringliche Aufgabe der Reichsgesetzgebung erklärt, angenommen.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe in England und ihre Beilegung.

Die Stürme, die Großbritannien bis ins Innerste erschüttert haben, sind plötzlich mit furchtbarer Gewalt losgebrochen, aber in der Tiefe, aus der sie kommen, gärt es schon lange. Auch in diesen Blättern ist wiederholt darauf hingewiesen, daß die gewerkschaftliche Bewegung in einer Umwandlung begriffen ist: die früher mit Recht gerühmte Autorität der erfahrenen Führer schwindet, die Massen nehmen die Entscheidung in die eigene Hand, das Riesenhier der ungelerten, meist unorganisierten Arbeiter drängt vorwärts ans Licht. Während die oberen Arbeiterschichten kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne errungen haben, sind die breiten Massen im Elend geblieben. Die Preise der Lebensbedürfnisse sind stark, um 18—20 %, gestiegen, aber die Löhne der Millionen Ungelehrten sind nach wie vor kärglich. Allzulange haben Regierung und Parlament auch mit sozialen Reformen gesäumt, die in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen (Alterspensionen, Ordnung des Arbeitsnachweises, Heimarbeitgesetzgebung) konnten in der kurzen Zeit ihres Bestehens durchgreifende Wirkungen nicht haben, und die Versicherungspläne der Regierung stehen noch in weitem Felde. Schwere Kämpfe der politischen Parteien haben die Massen aufgereizt, um deren Stimmen Liberale wie Konservative warben. So lag Zündstoff in Menge bereit. Der rasche, kaum erwartete Sieg der Seeleute scheint der Funken gewesen zu sein, der hier und dort den Brand entzündete. Und wie ein Flugfeuer sprangen Streik und Aussperrung nun von einem Gewerbe, von einem Orte zum andern, bis schließlich das ganze Land von dieser Epidemie ergriffen worden ist. Es mag auch etwas Wahres an der Ansicht sein, daß die entsehlige Hitze der letzten Wochen die schwer arbeitende Bevölkerung nervös überreizt hat. Jedenfalls war ein günstiger Nährboden für eine Bewegung da, die wie ein Wirbelwind die Massen mit sich fortriß.

Das hatte sich schon bei dem Ausstand im Hafen von London gezeigt. Eine Gruppe nach der andern legte die Arbeit nieder; zwar gelang es bald, durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter unter Führung des Handelsamtes und der Handelskammer Verträge abzuschließen. Aber jede Gruppe erklärte sich mit der andern solidarisch, und der Verkehr kam nicht eher wieder in Aufnahme, bis alle Gruppen befriedigt waren; auch dann dauerte es noch fast eine Woche, bis nach amtlicher Erklärung die Arbeit im Hafen von London wieder im vollen Betrieb war. Die letzte Einigungsverhandlung wurde erst am 18. August abgeschlossen: Reederei und Ausländer kamen überein, ihre Streitigkeiten der Entscheidung des Präsidenten der Sozialverwaltung oder eines von ihm ernannten Schiedsrichters zu übergeben. Damit war dem angedrohten Generalstreik der Transportarbeiter vorgebeugt. Mittlerweile war auch eine Anzahl kleinerer Streiks von insgesamt 15 000 Arbeiterinnen in Londoner Fabriken durch Bewilligung besserer Löhne, die bisher nur 7—10 M. wöchentlich betragen hatten, beendet worden. Aber schwerere und gefährlichere Kämpfe folgten: nach den Hafenarbeitern traten Eisenbahner und Trambahner in die Ausstandsbewegung ein. Und war es in London ohne erhebliche Unruhen abgegangen, so kam es anderswo, in Glasgow, Manchester, Wales, vor allem aber in Liverpool zu Ausschreitungen, die zu Brandstiftungen, Straßenschlachten führten und Tage hindurch anhielten. Übereinstimmend wird aber in der englischen Presse hervorgehoben, daß weniger die streikenden oder ausgesperrten Arbeiter in Liverpool die Tumulte erregten, als der gerade in dieser Hafenstadt besonders streitsüchtige Pöbel.

Schon während des Londoner Hafenstreiks in der ersten Augustwoche waren in der Hauptstadt wie in verschiedenen anderen großen Städten Einzelausstände auf den Bahnhöfen eingetreten. So weit die Berichte erkennen lassen, handelte es sich anfänglich nicht um eine planmäßige Bewegung, in der die Eisenbahner-Gewerkschaften die Führung gehabt hätten. Von den 610 000 Eisenbahnern der sämtlichen Bahnen, die bekanntlich alle in Privathänden sind, ist nur etwa ein Fünftel organisiert (Ende 1910 in 7 Trade Unions 116 214); auch hier trieben die Unorganisierten in den Ausstand. Ihr Druck, der namentlich im Westen und im Norden Englands zu Einzel- und Teilausständen in London, Liverpool, Manchester,

Sheffield, Birmingham, Leeds usw. führte, war indessen so mächtig, daß die Gewerkschaften und ihre Leiter ebenfalls in die Kampf-bewegung hineingeschoben wurden. Mit dem Generallstreit wurde schon am 14. August gedroht. Neben Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, da die Löhne jetzt meist nur 20—30 M. wöchentlich betragen und die tägliche Arbeitsdauer oft 12 Stunden übersteigt, wurde vor allem die Reform der Einigungsämter gefordert. Diese Einrichtungen waren Ende 1907 geschaffen worden, auf Betreiben der Regierung, um einem damals bevorstehenden allgemeinen Ausstande der Eisenbahner vorzubeugen. In diesen sog. Einigungsämtern verhandelten die Verwaltungen nur mit Vertretern ihrer eigenen Angestellten und Arbeiter unter Ausschluß der Organisationen; es waren also eigentlich mehr Arbeiterausschüsse als Einigungsämter, die Anerkennung der Gewerkschaften hatten die Eisenbahndirektionen ausdrücklich abgelehnt. Nur schwer hatten beide Teile sich damals zu einem Friedensschluß auf 6 Jahre verstanden. Trotzdem hatten in den verfloßenen Jahren die Einigungsämter manchen Streit friedlich beigelegt. Aber die Arbeiter beklagten sich mehr und mehr, daß sie von vornherein als Untergebene und Abhängige gegen die Autorität und Gewandtheit ihrer Direktoren im Nachteil seien und mit ihren Forderungen meist unterlägen. Darum sei eine Reform der Ämter dahin nötig, daß unter Anerkennung der Gewerkschaften die Direktionen mit deren Vertretern verhandelten. Dies aber lehnten die Gesellschaften jetzt rundweg ab und beschuldigten die Eisenbahner — mit Recht — des Vertragsbruchs, da die Einigungsämter noch 3 Jahre in Kraft sein sollten. Nur vor diesen wollten sie mit ihren Arbeitern verhandeln, Lohnerhöhungen aber lehnten sie sofort ab, trotzdem die Gewinnausschüttung der meisten und größten Bahnen im ersten Halbjahr 1911 eine namhafte Steigerung (16 Millionen Mark = 5 % gegen das Vorjahr) ergaben.

Als sich der Konflikt dermaßen zugespitzt hatte, griff die Regierung kräftig ein. Sie erklärte wiederholt im Unterhause, es würden geeignete Maßnahmen zur Unterdrückung von Ausschreitungen, zur Sicherung der Ordnung und zur Aufrechterhaltung des Verkehrs getroffen. Starke Truppenmengen wurden nach London und anderen großen Städten gezogen, Bahnhöfe besetzt, Straßen bewacht. Erneute Unruhen in Liverpool führten zum Einschreiten der Soldaten und zu blutigen Opfern. Gleichzeitig aber leitete die Regierung am 16. August Verhandlungen zwischen den Eisenbahndirektionen und den Arbeiterführern ein. Der Premierminister schlug die Einsetzung einer königlichen Untersuchungskommission vor; die Unternehmer stimmten zu, die Arbeiter lehnten ab, weil sie darin nur ein Verschleppungsmanöver erblickten. Von Liverpool wurde schon am 16. August die Lösung des Generallstreiks auf allen Bahnen ausgegeben. Aber trotzdem dauerten in London die Verhandlungen noch bis zum 17. August. Als ein Ergebnis nicht abzusehen war, erging dann am Abend dieses Tages in 1500 Telegrammen die Weisung zum allgemeinen Ausstand ins Land hinaus. In den folgenden Tagen wurde dann behauptet, daß an 200 000 Eisenbahner diesem Befehle gefolgt seien. In der Tat ruhte der Verkehr auf einem Duzend der Londoner Bahnhöfe fast vollständig, ebenso auf mehreren der von dort ausgehenden Straßen und an zahlreichen Verkehrszentren des Westens und Nordens. Aber von einem allgemeinen Stilllegen sämtlicher Linien des gesamten Eisenbahnnetzes war in den Tagen vom 18. bis 21. August doch keine Rede. Rund zwei Drittel der Eisenbahner war im Dienste geblieben, im Süden des Landes vollzog sich der Verkehr ohne erhebliche Störungen, auch im Osten konnte er aufrecht erhalten werden, ebenso in Schottland und Irland. Daß die schwere Störung auf den Bahnen des westlichen und nördlichen Englands auch in der Industrie dort ernste Unterbrechungen veranlassen würde, war natürlich: in den Bergwerks-, Metall- und Textilbezirken wurden große Arbeitermassen zum Feiern gezwungen. In London erhob sich noch dazu die ernste Sorge, daß auch die Untergrund- und Trambahnen versagen könnten, deren Personal ebenfalls von dem allgemeinen Fieber angesteckt worden ist. Aber eben so rasch wie der Ausstand ausgebrochen war, gelang es auch, ihn beizulegen. Dank den unermüdblichen Bemühungen des Premierministers, des Handelsministers und des Schatzkanzlers, die von den erfahrensten Vermittlungsbeamten unterstützt wurden, Dank auch der Mithilfe der parlamentarischen Führer der Arbeiterpartei wurde in zweitägigen Verhandlungen in der Nacht vom 19. auf 20. August eine Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften erzielt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Der Ausstand ist sofort zu beenden und die Arbeiterführer sollen sich nach besten Kräften bemühen, die Leute zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Alle Arbeiter, die durch Ausstand oder Aussperrung in den gegenwärtigen Streit verwickelt worden sind und sich innerhalb einer angemessenen Zeit wieder zur Arbeit melden, sollen von den Gesellschaften so bald als möglich wieder eingestellt werden. (Dieser Punkt machte die größten Schwierigkeiten). Niemand soll wegen Kontraktbruchs gerichtlich belangt oder sonstwie mit Strafen belegt werden.

Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um die Fragen zu regeln, die zwischen den Gesellschaften und denjenigen Kategorien ihrer Angestellten schweben, die in dem Einigungsabkommen von 1907 nicht mit einbegriffen waren, und zwar sollen diese Fragen durch eine Konferenz zwischen Vertretern der Gesellschaften und Vertretern ihrer Angestellten bis zur Berichterstattung durch eine besondere Untersuchungskommission geregelt werden. Beide Parteien leisten dieser Kommission jede Unterstützung.

Jede Frage, die wegen der Auslegung dieses Vergleichs auftauchen könnte, soll dem Handelsamt vorgelegt werden.

Weiter soll nach dem Vorschlag der Regierung eine Kommission eingesetzt werden, die die Wirkung des Einigungs- und Schiedsgerichtsabkommens von 1907 prüfen und darüber Bericht erstatten soll, welche Änderungen gegebenenfalls wünschenswert seien. Die Kommission soll aus fünf Vertretern bestehen, nämlich aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl mit einem unparteiischen Obmann. Sie soll ihre Arbeiten so schnell wie möglich erledigen. Beide Parteien haben die Versicherung gegeben, daß sie die Beschlüsse der Kommission annehmen wollen. Die Regierung hat ferner den Eisenbahngesellschaften zugesichert, daß sie in der nächsten Session dem Parlament ein Gesetz vorlegen wird, durch das wegen der Steigerung der Arbeitskosten, hervorgerufen durch die gegenwärtige Aufbesserung der Lage des Arbeiterpersonals, eine angemessene allgemeine Erhöhung der Tarife als gerechtfertigt erklärt werden soll. Nach Abschluß dieses Übereinkommens gaben die Arbeiterführer sofort die Weisung aus, den Streit zu beenden. Zwar sträubten sich an einzelnen Orten die Eisenbahner, diesem Befehl Folge zu leisten, aber im allgemeinen kam im Laufe des 20. und 21. August der Verkehr wieder in Ordnung.

So ist dank dem Eingreifen der Regierung die Gefahr ebenso rasch beschworen worden, wie sie entstanden war. Unternehmer und Gewerkschaftsführer haben sich die Hand gereicht, und wenn es auch zurzeit mehr ein Waffenstillstand als ein Friedensschluß ist, so besteht doch gute Hoffnung, daß nun bald feste Verträge und wirksame Einigungsrichtungen zustande kommen. Es war daher sehr verfrüht, wenn Blätter, die dem Zentralverband Deutscher Industrieller nahestehen, mit kaum verhelter Befriedigung erklärten, die ganzen, bisher in England hindurch erfolgreich geübten Verhandlungs- und Einigungsmethoden seien völlig zusammengebrochen. Im Bergbau, in der Textilindustrie, in den Metall-, Holz-, Leder- und zahlreichen anderen großen Gewerben steht dies Vermittlungs- und Einigungssystem noch unangefastet in Kraft; die letzte (August-) Nummer der „Labour Gazette“ berichtet z. B. über Einigungsfälle aus neun verschiedenen Industrien. Ohne Verhandlung und Übereinkommen hätten die Kämpfe der Seeleute meist ein nicht so rasches Ende gefunden. Dank der Vermittlung der Behörden führten Verhandlungen im jüngsten Ausstande der Hafenarbeiter und Fuhrleute Londons innerhalb 8 Tagen zum Friedensschluß. Und nun hat die Regierung auch für die Eisenbahnen den Frieden angebahnt, nachdem deren bisherige Einigungsämter versagt hatten, weil sie an schweren Mängeln litten. Wenn über ein Land schwere Seuchen hereinbrechen, versagen zeitweilig alle Schutzvorrichtungen. Deshalb aber nun auf jede Friedensinstitution zu verzichten, weil ein Krieg über sie hinwegbraust, scheint uns doch eine Kur à la Dr. Eisenbart. Wir müßten uns sehr täuschen, wenn die bitteren Erfahrungen, die England jetzt auszuhalten hat, nicht den ernstesten Willen zu sozialen Reformen aufs Neue in Regierung, Parlament und Gesellschaft kräftigen würden. Die Folge der Chartistenbewegung, die England in den 1830er und 1840er Jahren bis in seine Grundfesten erschüttert hat, waren innere Reformen, die fast ein halbes Jahrhundert dem Lande den Bürgerfrieden und einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufstieg gesichert haben. Die neuen Kämpfe werden, nach Wiederherstellung der Ordnung, davon sind wir überzeugt, das öffentliche Gemissen schärfen und ebenfalls zu Taten führen, die den neu entstandenen Bedürfnissen und Verhältnissen gerecht werden.

E. Fr.

Die Arbeitskämpfe in der deutschen Metallindustrie weisen heute (22. August) kaum ein anderes Bild auf als vor acht Tagen (Sp. 1444) und man kann wohl fragen: Ist es die Stille vor dem Sturm oder dient die Pause der Vorbereitung zum Frieden? Tatsache ist, daß die öffentliche Meinung überwiegend der Hoffnung

Ausdruck gibt, es möge zu Verhandlungen und zum Vertragsabschluß kommen. Auch in manchen Arbeitgeberkreisen scheint die Stimmung nicht gerade für den Kampf zu sein. So wird bestätigt, daß die am 5. August ins Werk gesetzte Aussperrung in Leipzig keineswegs den erwarteten Umfang angenommen hat. Auch in Dresden und Chemnitz soll die Kündigung für den 26. August keineswegs in allen dem Arbeitgeberverband angehörenden Betrieben erfolgt sein, ja es wird vom Austritt einiger Unternehmer aus dem Verband der Metallindustriellen berichtet. Möglicherweise, daß hier auch eine Wirkung der Androhung von Bußen für die säumigen Mitglieder vorliegt — eine Bestimmung, die bekanntlich mit dem § 152 Abs. 2 G.D. nicht zu vereinbaren ist. Auch das Versprechen der Arbeitgeber, den ausgesperrten Arbeitern, die keiner Organisation angehören, für den Verzicht auf ihr Koalitionsrecht Unterstützungsgelder zu zahlen, hat anscheinend den beabsichtigten Erfolg nicht. Sehr bitter äußert sich darüber der Leipziger „Arbeitsausschuß der nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen“, dessen Mitglieder nun ebenso behandelt werden wie die Angehörigen der anderen Organisationen. Der Hirsch-Dundersche Gewerkeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hatte den Rat der Stadt Leipzig ersucht, vermittelnd einzugreifen. Der Rat hat abgelehnt, jedoch betont, daß die zuständige Stelle für Einigungsverhandlungen das Leipziger Gewerbegericht sei, das jederzeit zur Verfügung stehe, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit wären. Nach § 65 des G.G. hat indessen der Vorsitzende des Gewerbegerichts die Befugnis, auch aus eigener Initiative auf die Anrufung des Einigungsamts hinzuwirken. Davon hat man aber noch nichts gehört. Auch die Leitung der Hauptstelle des Arbeitgeberverbandes ist bisher nicht aus ihrer Zurückhaltung herausgetreten. Wie in Sachsen, so hat auch in Thüringen die Aussperrung nicht den angelübten Umfang angenommen; die Bewegung ist einstweilen zum Stillstand gekommen. In München hat die vom Arbeitgeberverband für die kleinen und mittleren Betriebe der Maschinenindustrie angekündigte Aussperrung sich als Fehlschlag erwiesen. Im bergischen Industriebezirk sind die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Maschinenfabriken entschlossen, über die Forderungen der Arbeiter überhaupt nicht zu verhandeln; im Ausstand stehen etwa 1200 Mann. Wenn auch weite und einflußreiche Kreise in der Metallindustrie noch auf dem Standpunkte stehen, den Gewerkschaften die Anerkennung zu versagen, Verhandlungen zu verweigern und Tarifabschlüsse abzulehnen, so haben doch andererseits viele maßgebende Unternehmer auch in dieser Industrie den Herrenstandpunkt längst verlassen. Ob um eines veralteten Prinzips willen wirklich in der gegenwärtig gut mit Aufträgen bedachten deutschen Metallindustrie ein Meißenkampf ausbrechen soll, wird sich bald zeigen. Wir hoffen, daß die Einsicht der leitenden Persönlichkeiten zum Frieden führt.

Massenkündigung der Berliner Eisenkonstruktoren. Dem in Sp. 1445 mitgeteilten Vorgehen der Angestellten der Eisenkonstruktionsfirmen Berlins, die im Bunde der technisch-industriellen Beamten organisiert sind, sind, wie uns mitgeteilt wird, längere Verhandlungen zwischen dem Bunde und dem Verbande der Berliner Eisenbauanstalten vorausgegangen, bei denen jedoch der Arbeitgeberverband eine bestimmte Stellungnahme bisher vermied. Und den Bund der technisch-industriellen Beamten auf immer neue Termine vertröstete. Daraufhin haben die Eisenkonstruktoren ihren Vertragsentwurf den einzelnen Firmen zur Anerkennung unterbreitet und, um eine wirklich einheilige Regelung der Arbeitsverhältnisse zu erzielen und außerdem zu verhindern, daß wieder versucht würde, die Angelegenheit zu verschleppen, gleichzeitig ihre Kündigung zum 1. Oktober eingereicht. In Betracht kommen 266 Angestellte, das sind nach Abrechnung der Obergeringenteure und Bureauchefs rund 90 % der in den Berliner Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten technischen Angestellten. Da bei verschiedenen Firmen ein großer Teil der im Vertragsentwurf vorgesehene Bestimmungen bereits in Wirklichkeit ist, hegt die Organisation der Angestellten die Hoffnung, daß die Arbeitgeber eine Verständigung mit ihren Angestellten anstreben werden, um eine unnötige Verschärfung des Konfliktes zu vermeiden. Dies wird allerdings dadurch erschwert, daß der Arbeitgeberverband durch eine zu diesem Zweck besonders eingesetzte Kommission ebenfalls den Entwurf eines Dienstvertrages ausgearbeitet hat, der für die Angestellten eine wesentliche Verschlechterung der bisherigen Arbeitsverhältnisse bedeutet hätte und den sie deshalb von vornherein als unannehmbar bezeichneten. (Es ist darin u. a. die unentgeltliche Leistung von 50 Überstunden im Monat sowie die Anrechnung militärischer Übungen auf den Urlaub vorgesehen.) — Wenn beide

Gruppen den aufrichtigen Wunsch haben, gemeinsam zu einem annehmbaren Vertragsmuster zu kommen, so dürfte es doch nicht allzu schwierig sein, über die Einzelheiten des Vertrags ein Einverständnis zu erzielen.

Ein Kellnerstreik in einem großen Berliner Restaurant begann am Abend des 14. August. 31 Kellner des Schultze'schen Restaurants am Potsdamer Platz legten während des größten Betriebes plötzlich die Arbeit nieder und rechneten ab. Vorausgegangen war die Entlassung von 7 Kellnern durch den Unternehmer. Gefordert wurden 50 M. Monatslohn bei Abschaffung des Kostzwangs. Diese Forderung war schon zu Pfingsten bewilligt, dann aber am 1. Juli durch Vorlegung eines Reverses wieder beseitigt worden; durch die Unterschrift unter diesen erklärten die Kellner damals ihr Einverständnis mit den alten Bedingungen. Außer diesen Forderungen wurde jetzt auch Befreiung der Berrichtung von Dienstbotenarbeiten, besonders Gläserwaschen, gefordert. Am Morgen des 15. August begannen Einigungsverhandlungen, die schließlich tags darauf mit der Gewährung der Kellnerforderungen endeten. Die zunehmende Solidarität der Gastwirtsgehilfen war inzwischen durch eine vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen anläßlich des Streiks einberufene Versammlung zum Ausdruck gekommen, auf der die Arbeitsniederlegung als einziges Mittel zur Bekämpfung des Großkapitalismus im Gastwirtsgewerbe bezeichnet wurde.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks in der Oberlausitz (Sp. 936) ist nach 18wöchigem Kampf unter Bedingungen erfolgt, die einen Erfolg der Arbeiter, wenn auch keinen großen angesichts der Länge des Streiks, darstellten. Eine Reihe von Gruben hat die Löhne erhöht, auf anderen sind sonstige kleine Zugeständnisse gemacht worden, während einige Unternehmer wiederum die Beendigung des Streiks als Vorbedingung von Ervägungen über die Wünsche der Arbeiter erklärt haben.

Die Beendigung des Kampfes in der Breslauer Konfektion (Sp. 1843) ist am 19. August mit einem guten Erfolg für die Arbeiter durch Abschluß eines Tarifvertrags erfolgt. Dieser ist das Ergebnis langwieriger, anfänglich gescheiterter Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht. Erreicht ist eine Lohnzulage von 10 bis 12 v. H. für alle Artikel der Herren- und Knaben-Konfektion. Der neue Tarif gilt bis zum 31. Mai 1914. Die Arbeit wurde am 21. August wieder aufgenommen.

Eine Aussperrung christlicher Tabakarbeiter am Niederrhein ist am 5. August erfolgt. Schon am 13. Juli waren in Kalbdenkirchen 270 Arbeiter in 7 Fabriken ausgesperrt worden, nachdem kurz zuvor bei einer dortigen Firma 37 Arbeiter infolge von Lohnforderungen in den Streik getreten waren. Wiederholte örtliche Verhandlungen blieben erfolglos, so daß der Niederrheinische Zigarrenfabrikantenverband schließlich alle christlich organisierten Arbeiter — um solche hatte es sich in Kalbdenkirchen gehandelt — aussperrte; die anderen Gewerkschaftsrichtungen sind von der Aussperrung nicht betroffen worden und haben sich auch nicht solidarisch erklärt. Inzwischen haben Einigungsverhandlungen von Organisation zu Organisation stattgefunden, die bisher jedoch noch zu keinem Ziele geführt haben, hauptsächlich deshalb weil die Wiedereinstellung sämtlicher streikenden und ausgesperrten Arbeiter nicht garantiert werden sollte. Besonders Interesse bei diesen Verhandlungen verdient die hierbei zur Sprache gekommene Tatsache, daß von Arbeitgeberseite der Abschluß eines Tarifvertrags abgelehnt wurde, weil der Arbeitgeberbund dies den einzelnen Bezirksverbänden unterlagt habe.

Die Arbeitseinstellung in der badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen ist am 19. August beendet worden. Die ausländischen Arbeiter hatten noch die Vermittlung des zuständigen Bezirksamtmanns angelerufen, die Direktion der Fabrik hat jedoch jede Vermittlung abgelehnt. Es ist ihr auch gelungen den Betrieb aufrecht zu erhalten. In einer Zuschrift an die hauptsächlich beteiligten vier Verbände der Arbeitnehmer hatte die Direktion am 15. August mitgeteilt, daß sie nach wie vor bereit sei, ihren — schon merktlich geringer gewordenen — Bedarf an Arbeitskräften aus der Zahl der Streikenden zu nehmen und daß sie bis auf weiteres auch den wiedereingestellten Streikenden ihre bisherige Dienstzeit in Anrechnung bringen werde. Die Arbeiter haben nunmehr am 21. August die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Handwerker-Versicherung.

Von Dr. Alfred Schappacher, Düsseldorf.

Viele organisierte Handwerksmeister fordern bekanntlich schon lange eine staatliche Versicherung gegen Invalidität und Alter. Der Gesetzgeber hat sie demgegenüber auf die sogenannte Arbeiterversicherung verwiesen, die den selbstständigen Kleingewerbetreibenden die Möglichkeit gibt, sich gegen Invalidität und Alter freiwillig zu versichern. Leider haben die Handwerker von diesem Recht bisher herzlich wenig Gebrauch gemacht. Sie schätzen die Leistungen der Invalidenversicherung zu niedrig ein. Die neue Reichsversicherungssordnung hat nun das Recht der freiwilligen Versicherung noch weiter ausgebaut, namentlich durch die Schaffung der Zusatzversicherung. Trotzdem hegen viele Kreise des organisierten Kleingewerbes noch Mißtrauen gegen die freiwillige Ver-

sicherung. Sogar Handwerkskammern versprechen sich sehr wenig von der Neuregelung. Dagegen hat der Gesekentwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten mehr Beachtung gefunden. Die Handwerkskammer Halle ist weiter gegangen und hat dem Deutschen Handwerks- und Gewerbelamertag den Vorschlag unterbreitet, den selbständigen Handwerkern solle das Recht eingeräumt werden, sich auf Grund des Pensionsversicherungsgesetzes freiwillig zu versichern, da es viel größere Vorteile biete als die Arbeiterversicherung. Der Kamertag hat die Besprechung des Pensionsgesetzes auf die Tagesordnung seiner diesjährigen Tagung in Düsseldorf gesetzt, wo aller Wahrscheinlichkeit nach auch die von der Handwerkskammer Halle aufgegriffene Frage erörtert werden wird. Die Handwerkskammer Düsseldorf hat dazu ein bemerkenswertes Gutachten abgegeben, das der Öffentlichkeit in großen Zügen unterbreitet zu werden verdient. Es heißt da:

Die Anregung der Handwerkskammer Halle, den selbständigen Handwerkern solle die Möglichkeit eingeräumt werden, sich als freiwillig Versicherte in die Versicherung für private Angestellte einzeln zu lassen, hat vieles für sich. Die Vorteile hat die Handwerkskammer Halle bereits angedeutet. Der Anspruch auf Ruhegeld wird nämlich nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte bereits mit Vollendung des 65., nach dem Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungsgesetz erst mit Vollendung des 70. Lebensjahres erworben. Die Wahrscheinlichkeit ist natürlich größer, daß ein Handwerksmeister das 65. Lebensjahr erreicht, als das 70. Der Handwerkskammer Halle ist auch darin beizupflichten, daß die Bestimmung der Invalidität nach dem Invalidenversicherungsgesetz viel schwerer die Gewährung einer Rente erwarten läßt, als die der Berufsunfähigkeit im Pensionsversicherungsgesetz. Selbstverständlich büßt man eher die Hälfte der Arbeitsfähigkeit als $\frac{1}{3}$ der Erwerbsfähigkeit ein.

In einem Punkte allerdings scheint die Handwerkskammer Halle nicht ganz das Richtige getroffen zu haben. Sie behauptet nämlich ganz allgemein, die Invaliden- und Altersversicherung nach der neuen Reichsversicherungsgesetzordnung gewähre trotz der Zusatzversicherung wesentlich kleinere Renten als die Pensionsversicherung. Nach zuverlässigen Berechnungen haben Handwerksmeister, die $\frac{2}{3}$ ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, eine größere Rente aus der Invalidenversicherung als aus dem Pensionsversicherungsgesetz zu erwarten. Die einzelnen Zahlenbeispiele werden nachweisen, daß gerade durch die Möglichkeit, auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes Zusatzmarken zu kleben, die Invalidenrente unter Umständen eine wesentlich größere ist, als das Ruhegeld bei der Pensionsversicherung. Die Altersversicherung freilich gewährt viel kleinere Renten als das Pensionsversicherungsgesetz, weil zu der Altersrente bekanntlich keine Zusatzrenten gegeben werden.

Um den Vergleich zwischen beiden Versicherungsgattungen etwas zu erleichtern, ist bei allen Beispielen angenommen, der Handwerker sei vom 16.—23. Lebensjahre als Lehrling und Geselle tätig gewesen und habe sich dann freiwillig weiterversichert. Dann war er natürlich bis zum 23. Lebensjahre auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes versicherungspflichtig. Es ist ferner vorausgesetzt, daß dem Meister die auf Grund der Versicherungspflicht bei der Invalidenversicherung geleisteten Beiträge bei der freiwilligen Versicherung nach dem Pensionsversicherungsgesetz angerechnet werden, und zwar in dem gleichen Verhältnis, wie die innerhalb der gesetzlichen Wartezeit geleisteten Beiträge zur Pensionskasse.

1. Invalidenrente nach dem Invalidenversicherungsgesetz. Der Handwerker wird mit dem 16. Jahre versicherungspflichtig und macht sich mit dem 23. Lebensjahre selbständig. Er hat bis dahin 40 Beiträge in der ersten Lohnklasse, 40 Beiträge in der zweiten, 80 Beiträge in der dritten und 120 Beiträge in der vierten geleistet. Vom 23. Lebensjahre ab leistet er alljährlich 10 Beiträge in der fünften Lohnklasse. Wird er nun mit dem 45. Lebensjahre invalide, so beträgt seine Invalidenrente jährlich 187,30 M. Hat er 8 Kinder unter 15 Jahren, so erhält er außerdem eine jährliche Zuschußrente von 56,35 M.; demnach zusammen 243,65 M. Hat er sich nun außerdem im 30. Lebensjahre 420 Zusatzmarken gekauft, im 40. 600 Zusatzmarken, dann erhält er eine Zusatzrente von 186 M. jährlich. Dann beträgt seine gesamte Invalidenrente jährlich 429,65 M.

2. Ruhegeld bei der Berufsunfähigkeit nach dem Pensionsversicherungsgesetz. Der Handwerker ist bis zum 23. Lebensjahre bei der Invalidenversicherung versicherungspflichtig. Er macht sich nun selbständig und versichert sich freiwillig bei der Pensionsversicherung. Vom 23. bis 38. Lebensjahre leistet er alljährlich in der Lohnklasse E (1500.—2000 M.) 8 Monatsbeiträge von je 9,50 M. Vom 38. bis zum Jahre seiner Berufsunfähigkeit (45.) zahlt er dann jährlich 4 Monatsbeiträge zu 9,50 M. Er bekommt dann ein Ruhegehalt von insgesamt 382,50 M. Dafür hat er insgesamt 1465,00 M. an Beiträgen bezahlt. Bei der Invalidenversicherung hätte er unter ähnlichen Voraussetzungen nach dem ersten Beispiel allerhöchstens 150,00 M. an Bei-

trägen gezahlt, also 1815,00 M. weniger. Hätte er sich bei der Invalidenversicherung für 1020 M. Zusatzmarken gekauft, wie der Meister im ersten Beispiel, so hätte er eine um 96,50 M. höhere Rente erhalten und außerdem gegenüber der Pensionsversicherung noch 295,50 M. gespart. — Bisher haben wir es bei beiden Versicherungsarten mit einer Beitragsleistung zu tun gehabt, die den gesetzlichen Mindestforderungen entspricht. Wir nehmen nun an, der Meister zahlt die höchst zulässigen Beiträge pro Jahr. Im übrigen sind die Verhältnisse dieselben, wie bei den ersten zwei Beispielen.

3. Invalidenrente bei der Invalidenversicherung. Vom 23. bis 45. Lebensjahre kauft er jährlich 50 Beitragsmarken. Er erhält dann mit dem 45. Lebensjahre eine Invalidenrente von 304 M., mit Kinderzuschußrente für 8 Kinder unter 15 Jahren 895,50 M. jährlich. Er kauft sich außerdem für 5015 M. Zusatzmarken; und zwar im 30. Lebensjahre 2065, im 35. 1475 und im 40. schließlich 1475. Dafür erhält er eine jährliche Zusatzrente von nicht weniger als 1062 M. Dadurch erhöht sich seine Invalidenrente auf insgesamt 1457,50 M.

4. Ruhegeld bei der Berufsunfähigkeit nach dem Pensionsversicherungsgesetz. Der Meister leistet vom 23. bis 45. Lebensjahre je 12 Beiträge pro Jahr zu 26,00 M. (Lohnklasse 4000 bis 5000 M.). Im 45. Lebensjahre erhält er dann ein Ruhegeld von 1288 M., also 169,50 M. weniger als der Meister im Beispiel 2. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Meister bei der Invalidenversicherung noch 1479,00 M. gespart hat.

5. Altersrente bei der Altersversicherung. Vom 16. bis 23. Lebensjahre bezahlt der Meister die gleichen Beiträge wie in den vorigen Beispielen. Vom 23. Lebensjahre entrichtet er jährlich 30 Wochenbeiträge. Bis zum 70. Lebensjahre hat er insgesamt 721,00 M. bezahlt, dafür erhält er dann eine Altersrente von 230 M.

6. Ruhegeld bei der Pensionsversicherung. Bis zum 23. Lebensjahre leistet er dieselben Beiträge wie der Meister bei Beispiel 5. Vom 23. bis 65. Lebensjahre entrichtet er jährlich 8 Monatsbeiträge zu 16,00 M. in der Lohnklasse 2500 bis 3000 M. Diese Gesamtbeitragssumme beträgt dann 5622,00 M. Sein Ruhegeld beträgt danach 957,00 M. Es ist also wesentlich höher als das bei der Altersversicherung; dafür hat der Meister aber auch 4900,00 M. an Beiträgen mehr geleistet. Hätte er sich, wie der Meister in Beispiel 5, auf Grund der Altersversicherung versichert, so hätte er vielleicht diese Mehrleistungen auf Grund des Pensionsversicherungsgesetzes zu 4% verzinsbar anlegen können. Dadurch hätte sich seine Altersrente um 196 M. auf 426 M. erhöht. Allerdings wäre diese Rente doch erheblich hinter dem Ruhegeld zurückgeblieben, trotzdem er die gleichen Beiträge wie bei der Pensionsversicherung entrichtet hätte.

Nach alledem ist es nicht leicht, der einen oder der anderen Versicherungsform den Vorzug zu geben. Diese Frage läßt sich überhaupt nicht ein für allemal beantworten. In manchen Fällen ist die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besser, in anderen wieder die Pensionsversicherung. Immerhin ist es aber gut, wenn den Handwerksmeistern das Recht gegeben wird, sich auf Grund des Pensionsversicherungsgesetzes freiwillig zu versichern. Sie haben dann die Möglichkeit, zwischen den Versicherungsgattungen nach eigenem Gutdünken zu wählen.

Der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum 1910. Die Mitgliederzahl hat 850 000 überschritten (1907: 286 000; 1908: 309 000; 1909: 348 000). Nach dem Geschäftsbericht war der Gesundheitszustand günstig. Obgleich gegen 1909 die durchschnittliche Belegschaftsziffer von 348 389 auf 351 188 stieg, sank die Gesamtzahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen von 225 802 auf 212 403. In der Häufigkeit stehen an erster Stelle die rheumatischen Erkrankungen der Muskeln und Gelenke, an zweiter Stelle die Erkrankungen der Verdauungsorgane. Die Zahl der Blinddarmentzündungen stieg von 459 auf 500. Tödlich verliefen von den Betriebsverletzungen einschließlich einer Gasvergiftung 704 (705 im Vorjahre). Die mechanischen Betriebsverletzungen lassen in ihrer Gesamtheit (57 179 gegen 54 799 im Vorjahre) noch fortdauernd eine Zunahme erkennen, so daß ein Beharrungsstand noch nicht erreicht ist. In der Verwaltung sind 800 Beamte tätig, die Zahl der Knappschaftsärzte beträgt 402, die Zahl der Revierärzte 337, die Zahl der Spezialärzte 86. Der Verein besitzt zwei Krankenhäuser, eine Lungenheilstätte und ein Genußheim. Für Krankenzwecke wurden aufgewandt 16,4 Millionen Mark, davon 9,7 Millionen für Krankengeld, 8,3 Millionen für Krankenhauspfegekosten, 1,5 Millionen für Arzneien usw. und fast 2 Millionen Mark Honorar an die Ärzte. Die Pensionskasse des Knappschaftsvereins zahlte 16,5 Millionen Mark an laufenden Unterstufungen, davon 10,5 Millionen Invalidenrenten und rund 4 Millionen Witwenrenten. Die Einnahmen der drei vom Verein verwalteten Kassen (Kranken-, Pensions-, Invalidenrente) betrugen im Berichtsjahr 56,1 Millionen Mark (gegen 54,7 Millionen Mark im Jahre 1909), die Ausgaben 39,5 Millionen Mark (38,4). Der Bilanzwert des Vermögens des Vereins beziffert sich auf 173 Millionen Mark (150,1 Millionen Mark). Auf den Kopf der Belegschaft gerechnet, kann der Verein für das Jahr über etwa 200 M. verfügen. Seit vier Jahren ist das Vermögen von 105 auf 173 Millionen Mark gewachsen. Die reichsgesetzlichen Renten treten jetzt in voller Höhe neben die erhöhten knappschaftlichen Leistungen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Paritätischer Arbeitsnachweis und Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Während im Normaltarifvertrag von 1908, der in 56 Städten Süddeutschlands eingeführt wurde, und auch im Entwurf des Reichstarifvertrags paritätische Arbeitsnachweise nicht vorgesehen waren, wurde durch die Berliner Tarifverhandlungen 1909 auf Veranlassung der Gehilfenschaft ein § 11 in den Reichstarif eingefügt, wonach paritätische Arbeitsnachweise erstrebt werden sollen. Der Vorstand des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hat nun ein Regulatorio für paritätische Arbeitsnachweise ausgearbeitet und dieses seiner diesjährigen (5.) Hauptversammlung in Hamburg (14. August) vorgelegt. Daselbe bestimmt:

1. **Vermaltung.** Im Kuratorium die gleiche Zahl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. — Der Vorsitzende soll nach Möglichkeit ein unparteiischer Gewerberichter oder eine sonstige Person, die ein öffentliches Amt bekleidet, sein. — Er muß von beiden Parteien gewählt sein. Kommt eine Wahl nicht zustande, so ernannt die Ortsgruppe den Vorsitzenden. Berufung gegen die Wahl eventuell beim Gaurisamt. — Der Vorsitzende hat nur beratende, jedoch keine beschließende Stimme. — Wahl der Meisterbeisitzer erfolgt durch die Ortsgruppe, die der Gehilfenbeisitzer durch die Organisationen. — Jede Gehilfenorganisation am Orte, die den Vertragsparteien angehört, muß im Kuratorium vertreten sein. Kann einer Organisation auf Grund des Stützverhältnisses das Amt eines Beisitzers im Arbeitsnachweiskuratorium nicht zuerkannt werden, so hat die betreffende Organisation doch das Recht, einen Vertreter mit beratender Stimme zu den Sitzungen zu delegieren.

2. **Vermittlung.** Der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) wird von der örtlichen Organisation der Arbeitgeber gewählt; ergibt sich die Notwendigkeit, einen zweiten Arbeitsvermittler einstellen zu müssen, so ist die Gehilfenorganisation am Plage zu ersuchen, diese Wahl vorzunehmen. — Der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) führt die Hausordnung und haben sich die Arbeitssuchenden seinen Anordnungen zu fügen. — Der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) führt Listen, in denen die Arbeitssuchenden nach ihrer Qualität (mittlere Gehilfen, Junggehilfen, Anstreicher, Deckenmalen usw.) der Reihe nach, wie gemeldet, einzutragen sind. — Die Arbeitsvermittlung erfolgt in jeder Kategorie der Reihe nach. — Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, die vom Nachweis entsandten Arbeitnehmer einzustellen; er kann dieselben ohne Angabe von Gründen abweisen; dasselbe Recht steht aber auch den Arbeitnehmern zu. — Die Arbeitnehmer haben auf Verlangen dem Sprechmeister (Arbeitsvermittler) einen Ausweis zu erbringen, daß sie gelernte Malergehilfen oder Hilfsarbeiter (Anstreicher) sind. — Arbeitnehmer, welche sich zu Arbeiten anbieten, denen sie nicht gewachsen sind, sind dem Arbeitsnachweis zu melden, und ist der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) verpflichtet, diese in einer anderen Arbeiterkategorie an letzter Stelle einzutragen. — Der Sprechmeister (Arbeitsvermittler) ist berechtigt, auf besonderen Wunsch des Arbeitgebers bestimmte Arbeitnehmer außer der Reihe zu vermitteln. — Das Umschauen soll im allgemeinen unterbleiben; wird jedoch ausnahmsweise ein Arbeitnehmer ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises eingestellt, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, dieses dem Arbeitsnachweis zu melden, damit der so Eingestellte in die Listen des Arbeitsnachweises eingetragen werden kann. Die Einschreibe- und Vermittlungsgebühren sind trotzdem zu entrichten, und haften für den richtigen Eingang der Arbeitgeber.

3. **Kosten.** Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben zu gleichen Teilen zu den Kosten beizusteuern. Der Arbeiter hat eine Einschreibegebühr von mindestens 25 Pf., der Arbeitgeber eine Vermittlungsgebühr von mindestens 25 Pf. zu entrichten. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, bei Überweisung einer Arbeit den gesamten Betrag (50 Pf.) zu entrichten, der Arbeitgeber ist jedoch verpflichtet, beim ersten Lohnzahlungstermin den auf ihn entfallenden Betrag dem Arbeitnehmer zu ersetzen. Unorganisierte Arbeitnehmer zahlen dieselben Einschreibegebühren wie die Organisierten. Unorganisierte Arbeitgeber haben eine Vermittlungsgebühr von mindestens 2 Pf. vorher zu entrichten.

Diese Vorschläge wurden nach teilweise heftiger Debatte, bei der sich Freunde und Gegner des paritätischen Arbeitsnachweises scharf gegenüberstanden, angenommen. Weiter wurde beschlossen, daß bei Einführung paritätischer Arbeitsnachweise die Einwilligung des Hauptvorstandes, der unter Zugrundelegung der Vorschläge das Regulatorio für den betreffenden Ort zu prüfen hat, eingeholt werden soll; auch soll darauf hingewirkt werden, daß zu unparteiischen Vorsitzenden der Ortsarbeitsämter Gewerbegerichts-vorsitzende ernannt werden.

Der Zug der ausländischen Arbeiter im Juli. Unter diesem zutreffenden Titel sendet uns die „Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle“, die früher, wie wir in Sp. 1349 mit Bedauern festgestellt hatten, von einem „Markte ausländischer Arbeiter“ sprach, nachstehenden Bericht:

Der Zug der ausländischen Arbeiter im Juli bewegte sich im allgemeinen trotz der beginnenden Ernte in denselben Grenzen wie im

Mai und Juni, die große Hitze und die anhaltende Dürre waren nicht geeignet, eine erhebliche Änderung in der Gesamtzuwanderung herbeizuführen.

Bei den Wanderarbeitern aus Rußland zeigte sich an einzelnen Punkten der Nordostgrenze allerdings im Anfang des Monats eine vorübergehende Vermehrung des Zuzugs, so daß sich das Angebot und die Nachfrage so ziemlich das Gleichgewicht hielten. Auch gegen Ende des Berichtsmontats wanderten hier wieder mehr Arbeiter ein, die gegen guten Lohn besonders in der Weichselniederung Beschäftigung fanden. Es sind zum größten Teile Leute, die alljährlich um diese Zeit über die Grenze kommen, kleine Bauern, die ihr eigenes Besitztum haben und sich deswegen nicht gern weiter von der Grenze entfernen. Sie nehmen im Hochsommer auf etwa fünf Wochen in der Nähe der Landesgrenze Arbeit an, erleben dann ihre eigene Ernte und kommen später zur Kartoffelernte nochmals über die Grenze. Dagegen war an der ganzen Ost- und Südgrenze die Zuwanderung kaum nennenswert. Die Amerikauswanderung entzieht dem Lande andauernd zahlreiche Arbeitskräfte; dazu kommt, daß in diesem Jahre die Ernte im westlichen Rußland günstig zu sein scheint und die russischen und polnischen Arbeitgeber, um die Arbeiter im Lande zu halten, gute Löhne zahlen. Infolgedessen stellen die wenigen Arbeiter, die über die Grenze kamen, erheblich gesteigerte Lohnforderungen, denen die deutschen Arbeitgeber angesichts der weniger günstigen Ernteaussichten eine nur geringe Nachfrage gegenüberstellen. Auch für die nächsten Monate dürfte der Bedarf der deutschen landwirtschaftlichen Arbeitgeber nur gering sein, da die Hackfrüchte unter der anhaltenden Dürre sehr gelitten haben.

In Galizien lagen die Verhältnisse fast genau so wie in den beiden Vormonaten. Der Zug der Arbeiter war sehr gering und die Beschaffung der Leute sehr schwierig; doch war auch die Nachfrage gegenüber den Monaten Mai und Juni nur schwach. Die galizischen Großgrundbesitzer zahlten gute Löhne und hielten so die Arbeiter im Lande zurück. Andererseits entführte auch hier die starke Überseewanderung viele junge und kräftige Leute, die, wenn sie auch später in die Heimat zurückkehren, für die heimischen Arbeitsgebiete sowohl in der Landwirtschaft wie auch in der Industrie erfahrungsgemäß dauernd verloren sind. Das Angebot von Ungarn hörte ganz auf. Die mit dem Berichtsmontats beginnende Ernte hielt die Arbeiter im eigenen Lande zurück.

Der Zug italienischer Arbeiter war sehr gering. Nur mit den größten Schwierigkeiten konnte ein kleiner Teil des Bedarfs Deckung finden. Amerika, die Schweiz und Frankreich nehmen den größten Teil der weniger auswandernden Italiener in Beschlag. Für den Herbst ist in Basel die Errichtung eines französischen Anwerbebüros geplant, wodurch die Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung für Deutschland bedenklich gesteigert werden dürfte, zumal da die französischen Gruben sich in der Bewährung von Reisegeld und hoher Lohnzahlung als stark anziehend erweisen.

Holländer kamen zur Ernte ziemlich zahlreich über die Grenze, meistens lehrten sie in ihre vorjährigen Stellen wieder zurück. Da durch die anhaltende Hitze das Getreide fast überall zu gleicher Zeit reif geworden war, erfolgte auch eine gleichzeitige rege Nachfrage, der nicht genügend entsprochen werden konnte. Für die zweite Hälfte des Monats hielt sich die Nachfrage und das Angebot die Wage. Bei den Dänen war ein nennenswerter Zug nicht zu bemerken, auch lag keine Nachfrage vor. Der Mangel der dänischen Einwanderung ist um so auffallender, als ein starker Zug slawischer Arbeiter nach Dänemark festgestellt werden konnte.

Wir hoffen, diese Berichte der Feldarbeiter-Zentralstelle über den Zug auswärtiger Arbeiter, die eine wertvolle Ergänzung der Berichte des „Reichs-Arbeitsblatts“ über den inländischen Arbeitsmarkt bilden, in Zukunft regelmäßig bringen zu können.

Die Tätigkeit des Verbandes Westfälischer Arbeitsnachweise 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911). Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verband eine möglichst enge Fühlung mit den einzelnen Arbeitsnachweistellen erstrebt und daß er versucht, den Geschäftsführern der einzelnen Stellen Anregungen nach der Richtung hin zu geben, daß das Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im paritätischen Arbeitsnachweis ein gedeihliches ist. Was die Stellung zu den einzelnen Arbeitgeberverbänden anlangt, so hat der Verbandsvorstand seine Stellungnahme zu dem Zechenarbeitsnachweis dahin erweitert, daß im Verbandsgebiet Anordnung getroffen ist, daß arbeitssuchenden Bergarbeitern die Arbeitsnachweistellen des Zechenarbeitsnachweises bei Nachsuchung von Arbeit namhaft gemacht und sie dahin überwiesen werden. Die Gründung von Zechenarbeitsnachweisen steht im Beginn. Es bestehen gegenwärtig nur eine Anzahl Zechenarbeitsnachweise für das Gastwirtsgerwerbe. Die nächsten Aufgaben des Verbandes sind: Ausbau der Arbeitsvermittlung für die Landwirtschaft im Einverständnis mit der Landwirtschaftskammer; Ausbau der Dienstbotenvermittlung; Ausbau der Vermittlung für Erwerbsbeschränkte; Ausbau der Vermittlung für Reisewirten. Ebenso soll die Lehrstellenvermittlung, die z. B. durch den Arbeitsnachweis der Handwerkskammer in Dortmund einen ganz besonderen Aufschwung im Verbandsgebiet genommen hat, im Einverständnis mit den zuständigen Handwerkskammern weitere Förderung erfahren. Der Verband will jedoch den bestehenden Organisationen nicht vorgreifen, sondern lediglich mit dazu beitragen, die Lehrstellenvermittlung zu fördern. — 166 441 Arbeitssuchenden standen 96 576

offene Stellen gegenüber; befehrt wurden 68 572 Stellen. Der Bericht sagt hierzu: Da die Wanderarbeitsstätten seit Januar 1911 in dem Berichtsbild der Vermittlungstätigkeit mitterstehen, ist ein großer Prozentsatz der nicht befestigten Stellen darauf zurückzuführen, daß die mittellosen Wanderer, denen Umschau nach Arbeit verboten ist, als Arbeitssuchende mitgeführt werden müssen, trotzdem es schon der körperlichen Beschaffenheit und des hohen Alters dieser Arbeitsuchenden wegen gar nicht möglich ist, sie in dauernde Arbeit zu vermitteln.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Der achte Jahresbericht des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. Der Bericht gibt wieder von einer Fülle weitreichender Wohlfahrtsarbeit Kenntnis, die das Soziale Museum zugleich mit dem Verein für Förderung des Arbeiterwohnungswezens und verwandte Bestrebungen im Jahre 1910 geleistet hat. Die Bauberatungsstelle für gemeinnützige Bauvereine der Provinz Hessen-Rassau hat am 1. Januar 1911 ihre Tätigkeit begonnen.

Es ist dies eine Kommission von fünf Mitgliedern des Frankfurter Architekten- und Ingenieurvereins, die ihre Tätigkeit unentgeltlich ausübt, und zwar erstreckt sich ihre Tätigkeit auf Beratung, doch soll zeichnerische Überarbeitung von Plänen, insoweit sie innerhalb der Kommissionsfähigkeiten ausführbar ist, zugelassen sein. Weitergehende Tätigkeit, z. B. Umarbeitung von Plänen, Prüfung von Rechnungen usw., ist nicht Sache der Kommission. Diese wird zunächst probeweise auf ein Jahr in jedem geeigneten Falle ein nach ihrer Ansicht zu empfehlendes Mitglied des Frankfurter Architekten- und Ingenieurvereins zur Übernahme der Arbeit vorschlagen, auch mit diesem wegen angemessener Ermäßigung des sonst für diese Arbeit üblichen Honorars (nach Maßgabe der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure vom Jahre 1901) sich ins Einvernehmen setzen. Die Übernahme dieser letzteren Arbeiten durch Mitglieder der Kommission selbst ist ausgeschlossen.

Die im vorigen Bericht (vgl. XIX. Sp. 1505) erwähnte Aktion zur Feststellung der Tatsachen der bestehenden Wohnungssteuerung in Frankfurt a. M. und deren Ursachen und zur Aufstellung von Reformvorschlügen ist durch die Beendigung der Sachverständigenbefragung weitergeführt worden. Die in Aussicht genommene Denkschrift steht noch aus. — Wie im Vorjahre haben ein Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen und ein sozialer Einführungskursus am Friedberger Predigerseminar stattgefunden, ebenso eine größere Anzahl von Führungen auf sozialen Gebieten, auch die Jugendbildungs- und Jugendpflgearbeit ist in den bisherigen Bahnen fortgeführt worden.

Die soziale Auskunftsstelle wird in steigendem Maße in Anspruch genommen: 356 Fälle (gegenüber 303 im Vorjahre), von denen sich fast $\frac{1}{4}$ auf dem Gebiete des Wohnungswesens bewegen. In mehreren Fällen wurde die Auskunftsstelle bei Gründung oder Umgestaltung von Arbeiterpensionskassen in privaten Betrieben, wie überhaupt bei Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen privater Betriebe zur Mithilfe herangezogen. Der Bericht erwähnt hierbei:

Wir machten dabei die Wahrnehmung, daß die Arbeitgeber nur sehr schwer zu bewegen sind, sich den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 zu unterwerfen; man schätzt die Unabhängigkeit von behördlicher Aufsichtigung höher als die Vorteile einer sicheren rechtlichen und versicherungstechnischen Basis für das Unternehmen, und trotz unseres Zutretens ist es uns nicht immer gelungen, der Überzeugung von dem Gewicht dieser letzteren Vorteile zum Siege zu verhelfen.

Die vom Sozialen Museum und der Stadt Frankfurt gemeinsam unterhaltene und verwaltete gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle und die Rechtschutzstelle für Frauen erteilen zusammen im Berichtsjahre 28 009 Auskünfte, von denen auf die Frauenrechtschutzstelle 12 320 Fälle entfielen. Über die Mietheim-Aktien-gesellschaft und das Enteignungsgesetz der Stadt Newyork, über die der Bericht Material beibringt, werden wir an anderer Stelle berichten. — Als Anhang find dem Geschäftsbericht des Sozialen Museums beigegeben zwei Abhandlungen über „Rechts-, Organisations- und Finanzfragen von Wohlfahrtsvereinen“ und „Zur Frage der hypotherarischen Beleihung an zweiter Stelle“, sowie eine Mitteilung über „Volkswirtschaftlich und juristisch interessante Materien aus dem Betriebe der Rechtsauskunftsstelle“, auf die wir noch zurückkommen werden.

Das Volksheim Hamburg erstattet seinen 10. Jahresbericht über die Zeit 1910/11. Der Vorsitzende des Vorstandes Dr. W. Herz sagt in einem Aufsatz über die „Entwicklung der Idee und der Praxis des Volksheims“ am Schlusse u. a. folgendes:

Als wir vor zehn Jahren unsere Tätigkeit begannen, waren wir in den Augen unserer Mitbürger unpraktische „Ideologen“. Wie sieht es nun heute in der Welt aus? Die Notwendigkeit einer vorbeugenden

erzieherischen Sorge um das Wohl der Jugend ist in der letzten preußischen Thronrede betont worden; die „Grenzboten“ haben die Jugendfürsorge sogar als Wahlparole empfohlen; der preußische Landtag hat eine Million für ihre Zwecke bewilligt. Staatsbürgerlicher Unterricht — nein, sogar staatsbürgerliche Erziehung wird von allen Seiten gefordert; die Fortbildungsschule versucht, sie einem großen Teile des Volkes zu vermitteln. Die Erziehungsforderungen Pestalozzis und Wicherns haben in Kerschensteiner einen bedeutenden und allgemein anerkannten modernen Vertreter gefunden. Die hauswirtschaftliche Unterweisung nimmt stetig an Umfang zu. Wandern und Turnspiele werden offiziell von den Schulen gepflegt. Auch die Anknüpfung mit den Eltern der Zöglinge wird von verständigen Pädagogen gesucht. Nicht nur die Lehrer, auch die Gewerkschaften lassen sich die Pflege edler, verständlicher Kunst angelegen sein; die hiesige Oberschulbehörde ist bereit in den Kreis der Interessierten einzutreten. Zehrlingsheime werden von allerlei Berufsverbänden geschaffen. Endlich ist die Bedeutung gemeinnütziger Auskunftsstellen von vielen Gemeinden und Staaten durch bedeutende finanzielle Unterstützung anerkannt; und es hat sich bereits ein Verband dieser Stellen gebildet.

Alle diese Bestrebungen sind bei uns gepflegt worden, ehe sie anerkannt waren, und sind uns vor zehn Jahren als Aufgaben deutlich gewesen. Die Frage, ob wir „zeitgemäß“ sind, ob wir die Bedürfnisse des Volkes richtig erkannt haben, beantwortet sich danach von selbst. Inwiefern wir selbst anregend gewirkt haben, lassen wir dahingestellt; das ist schließlich von minderer Bedeutung.

Man darf wohl voraussagen, daß Staat und Gemeinde die Aufgaben der Volkswohlfahrt mehr und mehr zu den ihrigen machen werden. Gleichwohl wird daneben die freiwillige Arbeit nicht überflüssig werden; es wird sogar zu fragen sein, ob nicht der Staat ihrer zur Erreichung seiner Ziele bedarf. Eines steht dabei obenan: die geistliche Fürsorge und Förderung muß beruhen auf einem allgemeinen Gefühl der persönlichen Mitverantwortlichkeit, einer lebendigen Mitarbeit der Staatsbürger: sonst bewirkt sie, statt zu beleben, eine Erstarrung und erweckt nur das unberechtigte Gefühl, daß der einzelne in seinen Pflichten gegen die Gesellschaft entlastet sei. Das Gegenteil aber ist notwendig. Behördliche Erledigungen allein vermögen Aufgaben dieses Umfangs und dieser Tiefe nicht zu lösen; und es ist vielleicht nicht überflüssig, dies heute zu betonen.

Damit ist schon gesagt, daß unsere Arbeit auch für den Staat nicht gleichgültig ist, da sie die Vorbedingungen für eine staatsbürgerliche Gesinnung, ja geradezu diese selbst schafft. Daß wir aber auch dem Staat wertvolle äußere Hilfe leisten können, haben wir bei der Haushaltungsenquete 1907 erwiesen. Es handelte sich um eine genaue Darlegung der Verwendung des Einkommens, die ein genaues tägliches Aufschreiben seitens der Arbeiter während mehrerer Monate erforderte. Unsere Mitarbeiter haben durch ihre persönliche ermunternde Anleitung und fortlaufende Beratung zum ersten Ergebnis nicht wenig beigetragen. Es ist anerkannt worden, daß in keiner anderen Stadt die Bücher so getreulich und so genau geführt worden sind wie in Hamburg; der ganz überwiegende Teil dieser Bücher ist aber von den Volksheimbesuchern geliefert worden. Wir meinen, daß der Staat auch sonst Gelegenheit hätte, sich die Kenntnisse und Fähigkeiten, die wir uns auf dem Beobachtungsposten im Arbeiterstadtteil erworben haben, zunutze zu machen. Andererseits haben wir es als unsere Pflicht betrachtet, wenn unsere Beobachtungen die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens ergaben, dies öffentlich zu vertreten; so bei der Debatte über die Fortbildungsschule. Mit aufrichtigem Danke haben wir das Entgegenkommen der Behörden begrüßt, die uns Volksheimhallen und Spielplätze zur Verfügung stellten; mit Bedauern haben wir gesehen, daß selbst den Behörden die Nachvollkommenheiten fehlten, die zur Reinigung des Arbeiterviertels von allerhand moralischen Unrat — als da sind Karussellbetriebe mit ihren Beigaben, Schundbücher und gefährliche Kinematographen — erforderlich sind, von der unendlich wichtigen Wohnungsfrage hier zu schweigen. Wir können dem Staate mit unseren Wünschen nicht immer bequem sein. Aber wir vertrauen, daß unsere Objektivität anerkannt werden und unserer auf praktischer Erfahrung beruhenden Meinung einiges Gewicht zugesprochen werden wird.

Zehn Jahre sind eine kurze Spanne Zeit. Und doch kann sich viel darin ändern. Wer die Stimmung und Stellungnahme der Hamburger Arbeitgeber, namentlich der ganz großen, gegenüber sozialpolitischen Fragen, insbesondere der gewerkschaftlichen Frage, während des letzten Jahrzehntes verfolgt hat, der darf vielleicht auf weitere Wandlungen hoffen und vertrauen, daß die Bedeutung unserer Arbeit für Oben und Unten von immer weiteren Kreisen, namentlich der Kaufmannschaft, anerkannt werden wird und uns die geistigen Kräfte und die großen materiellen Mittel, deren wir bedürfen, gesichert werden.

„Das Volksheim will“, sagt das Vorwort, „sozial-getrennte Schichten, insbesondere Gebildete und Arbeiter, gesellig verbinden und dadurch zur Annäherung der Lebensanschauungen beitragen.“ Die Volksheimarbeit will auf dieser Grundlage alle sozialen Aufgaben pflegen, die ihrer Natur nach durch kollektive Bemühungen der Allgemeinheit oder der Standesorganisationen nicht erfüllt werden können, sondern unmittelbare, gebende und empfangende Einwirkung von Mensch zu Mensch fordern. Insbesondere also

alle Aufgaben der Willenserziehung, wie sie sich in der „Jugendfrage“ verheißungsvoll ankündigen.

„In der Dissonanz zwischen Kultur und Zivilisation, im wachsenden Mißverhältnis der inneren und äußeren Kräfte des modernen Lebens erblicken wir die eigentliche Ursache des sozialen Problems. Darum glauben wir, daß die Vertiefung des Gemeinfinns nur möglich ist, wenn die Maßnahmen zur Reform der äußeren Lebensbeziehungen von innen her ergänzt und unterstützt werden durch den Willen zur persönlichen Opferbereitschaft und Selbsterziehung. Dieser aber kann nur wachsen in konkreter Übung und Erprobung, und hier müssen die Freiergestellten vorangehend durch ihr Beispiel überzeugen.“

„Ohne die Notwendigkeit der bestehenden Gegenläge oder das Recht der Parteinahme zu leugnen, schließt das Volksheim innerhalb seiner Veranstaltungen alle politischen, konfessionellen oder sonstigen Parteibestrebungen aus.“

Erholungsheim für Handwerker. In erfreulicher Weise fangen die Handwerkskammern an, auch die soziale Fürsorge für die Handwerkerfreie aufzunehmen. So hat eine Reihe von Handwerkskammern Erholungsheime geschaffen, um den Handwerkern die Möglichkeit der Erholung bei günstigen Wohnungs- und Verpflegungspreisen zu bieten. Nachdem für den Kammerbezirk Breslau bereits in Neu-Gallenhain in der Grafschaft Glatz ein solches Erholungsheim entstanden ist, wollen auch die Handelskammern in Oppeln und Liegnitz in Oberschlesien und Niederschlesien solche Heime schaffen; eine gleiche Einrichtung an der Mosel bei Traben-Trarbach wird von den rheinischen, bessisch-nassauischen und westfälischen Handwerkskammern geplant, und ebenso wird die Handwerkskammer in Braunschweig im Harz ein Erholungsheim begründen. Die Behörden fördern diese Pläne durch Gewährung von Beihilfen oder durch Genehmigung von Lotterien und anderen ertragreichen Veranstaltungen.

Volkserziehung.

Der Beratung der Jugendlichen bei der Berufswahl in England wird seit Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. In einem Artikel der „Womens Industrial News“ vom Juli 1911 wird das Hand in Hand Arbeiten der verschiedenen Körperschaften geschildert, die sich der Frage auf dem besonders schwierigen Boden in London widmen. In den Ausführungsbestimmungen zum Arbeitsnachweisgesetz war bereits die Bildung von Beratungskommissionen für Jugendliche („Juvenile Advisory Committee“) vorgesehen. In London trat im August 1910 ein solches Zentralkomitee zur Arbeit zusammen. Es besteht aus 14 Mitgliedern, die für 3 Jahre vom Handelsministerium ernannt sind. Das Komitee wird gebildet aus 6 Vertretern der Londoner Erziehungsbehörde, 4 Mitgliedern des Verwaltungsrats der öffentlichen Arbeitsnachweise und 4 Vertretern von Vereinen, die sich mit Jugendfürsorge beschäftigen. Dies Zentralkomitee ist natürlich nicht imstande, die praktische Arbeit der Berufsberatung in jedem einzelnen Falle zu übernehmen, sondern ihm stehen dafür Lokalkomitees, die für jede Arbeitsnachweistelle in London geschaffen worden, zur Seite. Bei 10 der in London bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise ist solch Lokalkomitee bereits gebildet worden, doch muß ihre Zahl noch verdoppelt werden, da in London 20 Stellen bestehen. Diesen lokalen Beratungskommissionen gehören oft bis zu 30 Mitgliedern an, von denen jedes einzelne sich noch freiwillige Hilfskräfte heranziehen kann. Vertreten sind in diesen Lokalkomitees sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, Lehrer, die städtischen Erziehungsbehörden und gleichfalls die verschiedensten Organisationen, die sich um die Jugendwohlfahrt kümmern.

Die Lokalkomitees haben die Aufgabe, Sprechstunden zur Beratung der Jugendlichen in den Räumen des öffentlichen Arbeitsnachweises abzuhalten, sie sollen ferner versuchen, die Eltern und Jugendlichen dahin zu bringen, daß für die Berufsausbildung noch etwas getan wird, sie haben sich endlich auch nach der Berufswahl um den Jugendlichen in seiner Stellung zu kümmern, sollen namentlich den leicht strauchelnden Elementen weiter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Um ihre Aufgabe gut erfüllen zu können, werden die Lokalkomitees sowohl von den Erziehungsbehörden wie auch vom Handelsministerium mit Material unterstützt. Die Schulen liefern über jeden Abgehenden, der in einen Beruf eintreten will, jetzt einen ausführlichen Auskunftsbogen über seine körperlichen und geistigen Fähigkeiten, über die Lage der Eltern und ähnliches mehr. Das Handelsministerium wiederum unternimmt besondere Untersuchungen im Hinblick auf die Jugendberaterung über die Aussichten in bestimmten Berufen und stellt dies Material den Lokalkomitees zur

Verfügung. Aber auch dadurch, daß diese Beratungskommissionen unter demselben Dach wie der allgemeine Arbeitsnachweis ihre Sitzungen und Sprechstunden abhalten, bleiben sie ständig über die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes unterrichtet. Der Artikel in den „Womens Industrial News“ weist darauf hin, daß es wohl erst ganz allmählich gelingen werde, den vielen schlechten Gewohnheiten, die sich gerade bei der Berufswahl der Jugendlichen entgelt haben (mangelnde Berufsbildung, planloses Hin und Her von einer Stelle zur andern, das Stellenjagen auf Annoncen oder zufällige Bekanntmachung hin ohne Benutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises) entgegen zu wirken. Aber die Grundlage zu einer allmählichen Besserung auf diesem Gebiete sei durch die in London getroffene planmäßige Organisation geboten.

Die Schaffung von Städtebundtheatern auf gemeinnütziger Grundlage bespricht Dr. Armin Osterrieth in einem Aufsatz der Kommunalen Rundschau vom 1. August 1911 „Das Theater als Zweig der städtischen Verwaltung“. Bereits vor 10 Jahren trat der Leiter des Berliner Schillertheaters, Dr. Raphael Löwenfeld, für die Schaffung von Städtebundtheatern oder, besser gesagt, Verbandstheatern ein, um auch in kleineren Städten gute Theateraufführungen zu billigen Preisen zu ermöglichen. Der leitende Gedanke hierbei ist, daß benachbarte Städte, die allein zu schwach sind, ein Theater während einer Spielzeit zu unterhalten, sich zu gemeinsamer Veranstaltung verbinden, so daß dieselbe Truppe abwechselnd von Woche zu Woche oder auch von Monat zu Monat in den verschiedenen Städten spielen kann. Hierfür kann ja nun, wie es auch jetzt von den Städten meist mit ihren Stadttheatern geschieht, die Leitung an einen einzelnen Unternehmer gegeben werden. Will man die Sache aber auf eine mehr gemeinnützige Grundlage stellen, so wird vorgeschlagen, daß mehrere Städte zusammen einen rechtsfähigen Theaterverein bilden, der die finanzielle Unterlage bildet und der auch den ihm verantwortlichen Direktor anstellt. Noch einen Schritt weiter gehen die Vorschläge Dr. Osterrieths in dem erwähnten Artikel. Wie der Verfasser mitteilt, hat sich in der letzten Zeit auch die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger mit dem Problem des Städteverbandstheaters eingehend beschäftigt. Durch Beschluß der Delegiertenversammlung vom Jahre 1910 wurde das Präsidium der Genossenschaft beauftragt, für die Schaffung von Städtebundtheatern einzutreten und solche eventuell innerhalb der Grenzen der vorhandenen Mittel in eigene Regie zu übernehmen. Dadurch kann die ganze Frage in ein neues Fahrwasser kommen, weil durch die Übernahme von Städtebundtheatern seitens der Genossenschaft den kleinen Städten ihre Aufgabe um vieles erleichtert würde. Der Hauptgrund, aus dem die kleinen Städte bis jetzt vielfach von der Errichtung von Städtebundtheatern abgeschreckt worden sind, dürfte wohl darin zu suchen sein, daß sie das Risiko eines Mißlingens des Unternehmens scheuten. Dieses würde aber bei der Übernahme des Theaterbetriebs durch die Genossenschaft völlig von ihren Schultern genommen. Es würden aber zugleich soziale Fortschritte mit einer solchen Regelung verbunden sein, da die Genossenschaft als Arbeitgeberin mit den von ihr anzustellenden Schauspielern Dienstverträge abschließen müßte, wie sie eben von ihr als Arbeitnehmerorganisation erstrebt werden, unter Festsetzung von Mindestlöhnen, Befreiung vom Probemonat, Vieferung mindestens des historischen Kostüms usw.

Fünf Jahre Volksbildungsarbeit in Südbayern. Über die Wirksamkeit des 1906 gegründeten südbayerischen Verbandes zur Verbreitung von Volksbildung berichtet Prof. Dr. Sieper in den Münchener Neuesten Nachrichten vom 19. Juli.

In erster Linie setzt es sich der Verband zur Aufgabe, für Massenverbreitung guter und billiger Schriften tätig zu sein. Die Bibliothekskommission hat in Verbindung mit dem Schweizer Verein zur Verbreitung guter Schriften den Verkauf der Schweizer Schriften übernommen. Der Verband übernahm ferner die Gründung von Volksbüchereien. Es wurden teils ausgetauscht, teils neu gegründet Büchereien in Penzberg, Lauringen, Freilassing, Gumbelkingen und für den Verein der Handlungscommis. Außerdem wurde eine Bücherei für den Wohnungsverein in München besorgt. Der Einführung in das Verständnis der klassischen Dichtung diente insbesondere die künstlerische Volksbühne des Verbandes. Im Jahre 1909 allein veranstaltete der Verband 17 Vorstellungen, 2 in Oberammergau, 2 in Erding, 2 in Weilheim, 1 in Lauringen, 6 in Wasserburg, 2 in Mering, 1 in Traunstein und 1 in Markquartstein. Die Klassiker-Vorstellungen boten zunächst neben den künstlerischen auch finanzielle Schwierigkeiten, doch hat sich das ge-

bessert, seitdem eigene Ortsgruppen des Verbandes das Risiko für die Veranstaltungen tragen. Ein neuer Zweig der Verbandstätigkeit war die Veranstaltung von Wanderausstellungen, um den Sinn für guten Wanderschmutz zu wecken; in kleinen und kleinsten Städtchen der Provinz wurde eine nicht zu umfangreiche, aber sorgsam ausgewählte Kollektion der vorzüglichsten Reproduktionen, die die moderne Technik zu billigen Preisen geschaffen hat, vorgeführt. Bisher konnte die Wanderausstellung in 20 Städten und Märkten Südbayerns veranstaltet werden. Überraschend war der gute Besuch, aber auch die gute Wirkung, die sich in zahlreichen Bestellungen auf diese künstlerischen Reproduktionen äußerte. Zu den erfolgreichsten Unternehmungen des Verbandes sind auch die literarischen und musikalischen Unterhaltungsnachmittage zu rechnen, die zunächst in München stattfanden, dann aber auch in den Provinzstädten veranstaltet wurden.

Das **Stuttgarter Jugendsekretariat**, das 1910 errichtet worden ist und eine Erweiterung und Zentralisierung der Jugendarbeit erstrebt, ist eine Schöpfung des dortigen bereits seit 1864 tätigen Jugendvereins, dessen Tätigkeit sich im Laufe der Jahre immer ausschließlicher der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend zugewendet hat. Der Verein unterhält bereits drei Lehrlingsheime, ein Ledigenheim für Leute über 18 Jahre, zwei Herbergen zur Heimat und ein Fürsorgeheim für entlegene und gefährdete junge Leute und betätigt sich vor allem auf dem Gebiete der Feierabendeinrichtungen. Das Jugendsekretariat hat sich, abgesehen von der Sammlung einschlägigen Materials und der Unterhaltung einer Zentralbibliothek, folgende Aufgaben gestellt:

1. Es bildet den Mittelpunkt der Vereinsarbeit des Jugendvereins, empfängt die Übergebenen zuziehender Jugendlicher, verschafft sich die Adressen der schulentlassenen Einheimischen zum Zwecke der Einladung und verteilt sie auf die verschiedenen Zweigabteilungen. Es organisiert die allen Zweigabteilungen gemeinsamen Einrichtungen der Jugendmusik, des Jugendturnens und -Wanderns, gemeinsamer Feiern.

2. Es erteilt in Verbindung mit dem städtischen Arbeitsamt und den Innungen das ganze Jahr Auskünfte über Lehrstellen, treibt Lehrstellenvermittlung und ist beteiligt bei der städtischen Zentrale für Lehrstellenvermittlung. Es hilft Lehrverträge abschließen und vermittelt bei Streitigkeiten.

3. Es berät Eltern, die Schwierigkeiten mit Kindern haben, leitet vor mundschaftliche Maßnahmen ein, stellt Fürsorgeerziehungsanträge, zieht Löhne für gefährdete Jugendliche ein und verwaltet sie im Sinne elterlicher Fürsorge, nimmt Ersparnisse in Empfang im Zusammenhange mit der städtischen Sparkasse und sorgt für Wohnungen und Kosthäuser, soweit die Heime des Jugendvereins nicht zureichen.

4. Es treibt in Verbindung mit einer angeschlossenen freiwilligen Organisation die Jugendgerichtshilfe- und Polizeihilfe. Vom Gemeindevorstand ist es mit der Aufsicht über sämtliche Fürsorgezöglinge der Großstadt betraut.

5. Es hält Fühlung mit allen verwandten Einrichtungen und Bestrebungen.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Die **Bayerische Kaufmannsgerichtsstatistik** 1910 berichtet über 28 Kaufmannsgerichte (im Vorjahre 27). Die Gesamtzahl der angefallenen Streitigkeiten betrug 1325 (1884); davon entfielen auf München 762 (790), Nürnberg 176 (170), Würzburg 66 (76), Ludwigshafen a/Rh. 60 (44), Birmasens 40 (58), Augsburg 84 (47), Fürth 24 (22), Kaiserslautern 24 (22) Sachen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 8,2 % aller Sachen bis 20 M., bei 14,8 % 20–50 M., bei 20,8 % 50–100 M., bei 34 % 100–800 M., bei 18,4 % über 800 M.; in 4,2 % der Sachen ist er nicht festgestellt. 47,6 % (47,1 %) aller Sachen wurden durch Vergleich erledigt. In den 225 (219) Fällen, in denen Endurteile nach kontradiktorischer Verhandlung ergangen sind, dauerte das Verfahren bis zur Urteilsverkündung in 52 Fällen weniger als 1 Woche, in 74 Fällen 1 Woche bis (ausschließlich) 2 Wochen, in 53 Fällen 2 Wochen bis 1 Monat, in 86 Fällen 1 Monat bis 3 Monate und in 10 Fällen 3 Monate und mehr. Ansprüche aus einer Konkurrenzklause waren in 21 (21) Fällen Gegenstand des Streites. Als Einigungsamt wurden die Kaufmannsgerichte in 5 (0) Fällen tätig, und zwar in 4 Fällen auf Anrufung beider Teile, in 1 Falle auf Anrufung seitens der Gehilfen; in allen 5 Fällen kam eine Vereinbarung (nach § 70 GGG.) zustande. Gutachten wurden 21 abgegeben, Anträge (an Behörden usw.) 5 gestellt.

Die **Tätigkeit der Gewerbegerichte in Österreich**. Im Jahre 1910 wurden bei den 20 österreichischen Gewerbegerichten 26 405 Streitfälle erledigt. In 1322 Fällen waren die Arbeitgeber die Kläger, in 24 231 Fällen waren es Gehilfen oder Arbeiter, in 826 Fällen Lehrlinge.

12 157 Streitfälle galten Lohnfragen, 14 604 Fälle dem Antritte, der Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses, 641 Fälle betrafen die gleichen Fragen des Lehrverhältnisses. 8866 Fälle beschäftigten sich mit Leistungen oder Entschädigungsansprüchen aus dem Arbeitsverhältnisse und 170 Fälle mit jenen aus dem Lehrverhältnisse. Die Auszahlung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses betrafen 3453 Fälle, 52 Streitfälle ergaben sich aus der Angehörigkeit zu Pensions- oder Unterstützungskassen, 83 Klagen wurden wegen Kündigung, Räumung oder Mietzins von Wohnungen in Arbeiterhäusern eingebracht und 12 Fälle betrafen Klagen zwischen Arbeitern desselben Unternehmens wegen Ansprüchen auf Grund der Übernahme einer gemeinsamen Arbeit. In fünf Fällen betraf die Klage die Anfechtung der Entscheidung des schiedsgerichtlichen Ausschusses einer Gewerbe-genossenschaft.

Der eingeklagte Geldbetrag belief sich in 21 479 Fällen auf Summen bis 100 Kronen, in 4194 Fällen auf Summen bis 1000 Kronen und in 400 Fällen auf solche über 1000 Kronen. Durch Endurteil auf Grund Versäumnisses, Verzichtes und Anerkenntnisses wurden 2828 Fälle, durch anderes Endurteil 5039, durch Vergleich 7655 und auf andere Weise 10 906 Fälle erledigt. In 13 587 Fällen wurden die Beisitzer der Verhandlung zugezogen. Der Klageanspruch in den nach § 4 GGG. anhängig gewordenen Fällen wurde gänzlich zuerkannt bei 2970, teilweise zuerkannt bei 1235 und gänzlich abgewiesen bei 3662 Klagen. Das Verfahren von der Einbringung der Klage bis zur Beendigung des Prozesses dauerte in 2058 Fällen einen Tag.

Die **erfolgreiche Vergleichstätigkeit der Gewerbegerichte in Belgien** beleuchten die Statistiken der Conseils de prud'hommes von 1909 und 1910, die im Mai- und Juniheft der Revue du Travail von 1911 mitgeteilt werden. Die 33 Conseils waren im Jahre 1910 für 9306 Streitfälle zuständig (1909: 8768). Davon kam die große Masse vor den Bureaux de conciliation (Vergleichskammern) zur Erledigung: nämlich 5754 (1909: 5089); das sind 62 (59) v. H., während in Deutschland gewöhnlich nur 40 bis 50 v. H. der Gewerbegerichtsfälle im Vergleichswege enden. Von dem Rest der Fälle (1910: 3465 und 1909: 3603) erledigten die Parteien etwa zwei Drittel unter sich oder durch Verzicht der einen Gruppe. 1275 Fälle (1909: 1132) kamen vor die eigentlichen Conseils als höhere Instanz und wurden hier auch noch zu einem Drittel (1910: 405 und 1909: 491) friedlich ausgetragen. Nur 866 (1909: 702) fanden durch Urteil ihre Entschädigung. Die übrigen Fälle waren am Jahreschluß noch in der Schwebe. Unter Berücksichtigung der Vergleichserfolge von Bureaux und Conseils zusammen ergibt sich, daß die belgischen Gewerbegerichte gerade zwei Drittel aller vorgebrachten Streitfälle (1910: 66,6 v. H.; 1909: 63,6 v. H.) ohne Prozeßverfahren durch bloße Aussprache mit den Parteien zu erledigen wußten.

Literarische Mitteilungen.

Haus und Leben als Erziehungsmächte. Von Dr. Hermann Weimer. München 1911. C. F. Beck'sche Buchhandlung. 212 S. Preis: 8 M.

Holzpate und Ledigenheime der kath. Gesellenvereine. Von Mgr. Schweizer. Festschrift der sozialen Tagesfragen, herausgegeben vom Volksverein für das kath. Deutschland. R.-Gladbach 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. 116 S. Preis: 1,50 M.

Die Beamten- und Angenossenschaften im Rahmen der deutschen Angenossenschaftsbewegung. Von Dr. Rudolf Albrecht. 11. Festschrift der Tübinger Staatswissenschaftlichen Abhandlungen. Stuttgart 1911. Ferdinand Ende. 166 S. Preis: 7 M.

Anleitung zur Aufstellung von Arbeitsordnungen für gewerbliche Betriebe und offene Verkaufsstellen. Von Richard Berndt. Leipzig 1911. Böder & Schunke, Kollberg'sche Buchhandlung. Preis: 0,50 M.

Säuglings- und Jugendfürsorge. Von A. Uffenheimer. Leipzig 1910. Quelle & Meyer. Preis: 1,25 M.

Die private Volksversicherung, ihr Wesen und ihr Wert und die wichtigsten Reformbestrebungen. Von Dr. Paul Arthur Söhner. Tübingen 1911. Preis: 4 M.

Unfallverhütung und Betriebssicherheit. Herausgegeben von dem Verband der deutschen Berufsangestellten aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der gewerblichen Arbeiterversicherung. Berlin 1910. Carl Heymann. 1281 S. Preis: 20 M.

Herbert Spencer. Von Dr. R. Schwarze. 245. Bändchen aus Natur und Geisteswelt. Leipzig 1909. B. G. Teubner. Preis: 1,25 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Einzelgenusspreis ist 60 Pf. für die dreigekoppelte Beitzelle.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Soeben kam zur Ausgabe:

Das sechste Tausend von Werner Sombart: **Die Juden** und das Wirtschaftsleben.

Preis geheftet 9 Mark, in Halbpergament 11 Mark.

Inhalt: Vorwort. Erster Abschnitt: Der Anteil der Juden am Aufbau der modernen Volkswirtschaft. Erstes Kapitel. Ermittlungsmethoden. — Art und Umfang des Anteils. Zweites Kapitel. Die Verschlebung des Wirtschaftszentrums seit dem 16. Jahrhundert. Drittes Kapitel. Die Belebung des internationalen Warenhandels. Viertes Kapitel. Die Begründung der modernen Kolonialwirtschaft. Fünftes Kapitel. Die Begründung des modernen Staates. Sechstes Kapitel: Die Kommerzialisierung des Wirtschaftslebens. Siebentes Kapitel: Die Herausbildung einer kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung. Zweiter Abschnitt. Die Befähigung der Juden zum Kapitalismus. Achtes Kapitel: Das Problem. Neuntes Kapitel. Die Funktionen der kapitalistischen Wirtschaftssubjekte. Zehntes Kapitel. Die objektive Eignung des Juden zum Kapitalismus. Elftes Kapitel: Die Bedeutung der jüdischen Religion für das Wirtschaftsleben. Zwölftes Kapitel. Jüdische Eigenart. I. Das Problem. II. Ein Lösungsversuch. III. Jüdisches Wesen im Dienste des Kapitalismus. Dritter Abschnitt: Wie jüdisches Wesen entstand. Dreizehntes Kapitel. Das Rassenproblem. Vierzehntes Kapitel. Das Schicksal des jüdischen Volkes. Quellen und Literaturnachweis.

Kürzlich sind erschienen:

Die Baugeldbeschaffung für städtische Wohnhausbauten in Dresden und Bangen.

Untersucht und dargestellt

von Dr.-Ing. Hans Kruschwitz, Architekt.

Abhandlungen aus dem volkswirtschaftlichen Seminar
:: der Technischen Hochschule zu Dresden. ::

Herausgegeben von Robert Wuttke.

Preis: 2 Mark 50 Pfennige.

Inhalt: Literaturnachweis. — I. Einleitung: Begriffsbestimmung. — Grenzen der Untersuchung. — Allgemeine Kosten und Bedingungen. — Grundlagen für die Baugeldhöhe. — II. Dresdner Baugeldgeber: Der private Grundbesitzer. — Der Baulieferant. — Die Hypothekenbanken. — Die Vertreter der Hypothekenbanken. — Andere Kreditinstitute und Banken. — Die Terrängegenossenschaften. — III. Bangener Baugeldgeber: Der Privatmann. — Der Agent. — Die Sparkassen. — IV. Nähere Betrachtungen über: Private Bodenspekulation. — Die Baugeldlosen gegenüber der festen Hypothek. — Treuhänder. — Baugeldbedingungen vor 1904. — Die häufige Entwicklung Bangens 1899 bis 1908. — Grundbesitzwechsel in Dresden. — V. Vergleiche zwischen Dresden und Bangen. VI. Verbesserungsvorschläge: Einführung des zweiten Teils des Reichsgesetzes betreffend Sicherung der Bauforderungen. — Selbsthilfe der Handwerker? — Unterbinden der Bodenspekulation. — Erleichterung der Beschaffung von II. Hypotheken. — VII. Tabellen. — VIII. Baugeldverträge.

Die Wirtschaftsbücher. zweier Pfarrhäuser des Leipziger Kreises im vorigen Jahrhundert.

Ein Versuch zur Frage nach den Lebenskosten

von Georg Brand.

Preis: 3 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Widmung. — Einleitung. — Quellen und Ziel der Arbeit. — Wahl der Methode. — Ort. Land und Leute. Verkehr. — Zeiten. — Familien und Hausstände. — Einkommen. — Art der Haushaltungen. Lebensbedingungen. — Zu den Tabellen. — Bilanz. Schwankungen in den Ausgaben. — Schlussbemerkung. — Literatur. — Tabelle I—XXIV.

Die Agrarverfassung und das Grundentlastungsproblem in Bosnien und der Herzegowina.

Von

Dr. Karl Grünberg,

Professor an der Universität Wien.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Vorwort. — Einleitung. — 1. Grundentlastungsordnung und ländliche Verfassung in vorosmanischer Zeit. — 2. Einflüsse der türkischen Herrschaft und des islamischen Rechts auf die Grundeigentumsordnung und die ländliche Verfassung. — 3. Struktur und Funktionierung der ländlichen Verfassung in der Gegenwart. — 4. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage in der ersten Zeit nach der Okkupation. — 5. Die Stellung der österreichisch-ungarischen Verwaltung zur Agrarfrage 1880—1910. — 6. Das im April 1911 beschlossene Ablösungsgesetz. — 7. Kritik und Schlussfolgerungen. — Nachtrag.

Die Besteuerung nach dem Überfluß (nach der Ersparnismöglichkeit).

Ein Beitrag zur organischen Neuordnung
der direkten Steuern in Preußen.

Von Bürgermeister H. Weissenborn
in Halberstadt.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: I. Die allgemeinen Richtungslinien für die organische Fortbildung der direkten Staatssteuern. — II. Die bisher befürwortete Überflußsteuer und ihre Kritik. — III. Die Überflußsteuer als Steuer nach der Ersparnismöglichkeit. — IV. Die praktische Ausgestaltung der Überflußsteuer und ihre Bedeutung für die Steuerreform.

Zur Geschichte der Vermögenssteuern

von

Dr. phil. Bruno Moll.

Preis 3 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Der Vermögenssteuerbegriff. Erster Teil. Die Beden auf dem platten Lande der deutschen Territorien bis zum Ende des 14. Jahrhunderts. Literatur. — Vorbemerkung. — Einleitung zum ersten Teil. — Der Maßstab der Steuer. — Bonitierung. — Katen und Mühlen, Gebäude, Renten und Mobilia als Steuerobjekte. — Das Wesen der Hufensteuer. — Der Steuerbegriff. — Résumé. — Zweiter Teil. Die Steuern der deutschen Städte im Mittelalter. — Literatur. — Vorbemerkung. — Einleitung zum zweiten Teil. — Immobiliensteuern. — Rentenbesteuerung. — Mobiliarbesteuerung. — Das Wesen der Immobiliensteuer. Der Steuerbegriff. — Begriffe der Steuern, die Immobilien und Mobilien umfassen. a) Der einheitliche, moderne Vermögenssteuerbegriff. b) Komplizierte Vermögenssteuerbegriffe. — Das Prinzip der festen Sätze. — Die Modi der Rentenbesteuerung. — Besteuerung des Grundbesitzes nach dem Ertrage. — Die Modi der Häuserbesteuerung. — Das Wesen des Ertragsprinzips in der Immobilienbesteuerung. — Die Satzifferenzen. — Objektive Befreiungen. — Besteuerung von Handel und Gewerbe. — Alternativbegriffe. — Das Eindringen des Einkommensprinzips in die Vermögenssteuerbegriffe. — Die Einkommensteuer.

Früher erschien:

Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staat.

Die Polenfrage.

Von Dr. Ludwig Bernhardt,

ord. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Zweite, bearbeitete Auflage. Mit zwei Karten.

Preis: geheftet 6 M., gebunden in Leinwand 7 M. 40 Pfg.

Inhalt: Erstes Buch. Die Organisation der Polen in Preußen. — Erster Teil. Die Herrschaft der polnischen „Emigration“ (1831 bis 1863). — Zweiter Teil. Die Herrschaft der polnischen Fraktion in Berlin (1864—1893). — Dritter Teil. Die heutige Organisation der polnischen Bevölkerung in Preußen. — Zweites Buch. Das polnische Finanzwesen. — Erster Teil. Die Zentralleitung des polnischen Genossenschaftsverbandes. — Zweiter Teil. Die Verbandsbank. — Dritter Teil. Das Recht der polnischen Genossenschaften. — Vierter Teil. Die Kreditpolitik der Polen. — Drittes Buch. Der Kampf um den Boden. — Erster Teil. Die Ausbildung der Kampfmethoden. — Zweiter Teil. Die deutsche Gegenaktion. — Schluß. Die polnische Arbeiterfrage. — Schlagwörterverzeichnis.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Hollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 324.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Der Bürokratismus unserer Industrie. Von Magistratsrat Paul Wöbbling, Berlin . . 1489
Eine ernste Mahnung! (Aus dem Geschäftsbericht des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker an die Kreisvertreter für 1910/1911.) . . . 1492
Soziale Zustände 1496
Die Arbeitszeit in der Grobeisenindustrie Preußens im Jahre 1910. Von Professor Dr. E. Franke, Berlin.
Ende der Unterstützung von Tabakarbeitern.
Die Bewegung für die bessere Ausnützung des Tageslichts.
Rechtspflege 1501
Über ungesellige Verkonsumanstalten in Vöhringen.
Streitposten und Straßenordnung.
Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern . . . 1502
Aus dem Zentralschiedsgericht im Baugewerbe.
Ein Tarifvertrag im Berliner Kaffeehausgewerbe.
Tarifverfolg der Lithographen in Bittau.
Arbeitgeber- und Unternehmerverbände 1503
12. Deutscher Handwerks- und Gewerbetag.
Der 6. Allgemeine Deutsche Malertag.
Internationaler Malermeisterkongreß.
Organisation der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten . . 1505
Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz.
Griech.-Dundersche Gewerbetagsungen: 12. Delegiertentag der Deutschen Schneider und verwandten

Berufsgenossenschaften. — 10. Generalversammlung des Gewerkevereins der Bergarbeiter. — 6. Vertretertag des Gewerkevereins der Deutschen Gemeindegewerkschafter.
4. Verbandstag des Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter.
Kartellverband katholischer Arbeitervereine.
Die Gewerkschaften in England 1910.
Streiks und Aussperrungen . . 1508
Nachwehen und Lehren der Arbeitskämpfe in England.
Die Arbeitskämpfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie.
Straßenbahnbewegung in Berlin.
Ein Streik der Berliner Elektromonture.
Der Dantsinger Schiffsbauarbeiterstreik.
Das Ende der Massenausperrung in Norwegen.
Der Sieg der schwedischen Bauarbeiter.
Arbeiterkassen 1513
Die Mißbrandgefahr in den Gerbereien.
Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzes in London.
Verbot der Frauennachtarbeit in Portugal.
Arbeiterversicherung. Sparta 1514
Die Leipziger Ortskrankenkasse.
Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1516
Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli.
Die Häufigkeit des Stellenwechsels der weiblichen Diensthelfer. Von Dr. Arthur Grünspan, Magdeburg.
Die Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Baden.
Literarische Mitteilungen . . . 1518

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Der Bürokratismus unserer Industrie.

Von Magistratsrat Paul Wöbbling-Berlin.

In unseren Tagen pflegt man vielfach gegen den Bürokratismus anzukämpfen. Der Kampf kann sich natürlich nur gegen die Auswüchse dieses Systems richten, denn der Bürokratismus ist eine Erscheinung, die mit jeder größeren Verwaltung verbunden ist. Sie findet sich daher auch in großen Geschäftsbetrieben, zumal bei unseren industriellen Riesenunternehmungen mit ähnlichen Vorzügen, aber auch mit ähnlichen Mängeln wie bei der Staatsverwaltung.

Bürokratismus ist, wenn wir uns an das Wort halten, die Herrschaft der Bureau; man kann auch sagen, die Herrschaft durch Bureau, die man wiederum beherrscht. Ein großer Betrieb kann von einem Einzelnen nicht ohne Hilfsmittel regiert werden und eins der wichtigsten Hilfsmittel ist das Bureau. In ihm konzentriert sich der Betrieb, aber nur auf dem Papier. Die Mittel der Herrschaft sind Papier und Tinte, wozu heute noch das praktische, aber auch störende Haustelephon tritt. Der Leiter des Betriebs hat das ganze Material unmittelbar zur Hand. Aber nicht das ursprüngliche Material, sondern das bearbeitete. Er herrscht daher nur mittelbar. Er wird über alles unterrichtet, aber nur durch andere oder schriftlich. Er vermag vermittleils zahlreicher Beamten, sorgfältig geführter Akten alles zu erfassen, aber er sieht nicht mit eigenen Augen. Zwischen ihn und seinen Betrieb drängt sich das Bureau, sein Sklave, auf den er aber angewiesen ist, von dem er abhängig ist. Der Unternehmer will herrschen mit Hilfe des Bureau, das Bureau wird aber allmählich so einflußreich, daß es selbst herrscht, um so mehr, je größer der Betrieb wird, um so mehr, als auch Teile des Betriebs mit Bureau versehen werden, die wieder dem Hauptbureau unterstellt sind. Das eigentliche Objekt der Betriebsleitung, der gewerbliche Betrieb, verschwindet so vollkommen. Der Schriftverkehr von Bureau zu Bureau gelangt zu einer solchen Wichtigkeit, nimmt so viel Kraft in Anspruch, daß nicht mehr viel Zeit für den unmittelbaren Verkehr mit dem technischen Betrieb und den darin Beschäftigten übrig bleibt.

Nur ausnahmsweise haben die unteren Angestellten, insbesondere die Arbeiter, Zutritt zum obersten Chef oder seinen Vertretern. Man kennt sich gegenseitig nicht, der eine versteht die Sprache des anderen nicht mehr. Gegenseitige Mißverständnisse sind eine Quelle der bestehenden Feindschaft zwischen Angestellten und Unternehmern, einer Feindschaft, die sich jetzt auf die technischen Angestellten mit rapider Schnelligkeit zu erstrecken beginnt, da die Unternehmer immer noch nicht die richtigen Lehren aus der Arbeiterbewegung zu ziehen verstanden haben.

Die Bureau sollen ein Mittel sein, den Betrieb zu leiten und zu beherrschen. Die papierne Herrschaft ist aber nur eine äußerliche. Sie schließt so gut wie ganz die Beherrschung der Seelen aus, die der Kern jeder wirklichen Herrschaft ist. Das Schreiben überträgt seine Seelenlosigkeit auf den ganzen Betrieb. Das Schreibwesen wird zum kalten Formalismus und Schematismus. Dafür bieten unsere modernen Betriebe ein erschreckendes Beispiel. Immer und immer wieder habe ich beim Arbeitsvertrag auf diesen Mißstand hingewiesen. Papier ist geduldig, sagt man. Auf dem Papier entwirft man Systeme. Mit dem Papier glaubt man sie durchführen zu können, mit einem komplizierten papiernen Kontrollapparat, der scheinbar gut funktioniert. Die Arbeitszettel werden, ebenso wie beispielsweise polizeiliche Protokolle, berast ausgefüllt, daß alles stimmt, d. h. mit dem klüglichen erdachten System übereinstimmt, nicht aber mit der Wirklichkeit, da Arbeiter, Meister, Beamte fest davon überzeugt sind, daß sich das System praktisch überhaupt nicht durchführen läßt. Man täuscht sich und andere, und um neue Experimente zu vermeiden, berichtet man, daß alles gut funktioniere, so wie man es sich „oben“, d. h. am grünen Tisch im Bureau, ausgedacht hat. Bequemlichkeit — Feigheit — Betrügerei, diese drei Stadien der Entartung eines schematischen Bürokratismus weist auch das industrielle Bureauwesen auf, und die Arbeitermasse wehrt sich dagegen mit denselben Mitteln — nicht entschuldbar, aber erklärlich.

Als Beispiele für dieses Unwesen sei noch auf folgende typische Vorgänge hingewiesen: Wenn der Arbeiter in die Fabrik eintritt, besonders in einen großen Betrieb, so hat er zunächst Unterschriften zu leisten: „daß er die Arbeitsordnung erhalten hat“, „daß das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung lösbar ist“, „daß er einer Fabrikklasse beitrifft“ usw. Wenn man alle diese Dinge für wichtig hält, so müßte man sich schon der Mühe unterziehen, dem Arbeiter die Bedeutung dieser Vorgänge zu erklären, ihn von sinnlosen Unterschriften abzuhalten. Der Richter wird ja meist das Geschriebene gelten lassen müssen, und richtig ist es, daß die meisten Arbeiter von vornherein wissen, was sie zu unterschreiben haben. Es kommen aber doch auch Ausnahmen vor. Die Bureaubeamten sollen ihre Zeit nicht mit „unnützen“ Nebenvertröbeln, die Hauptsache ist, daß sie die Unterschrift bekommen. „Unterschreiben Sie nur, das hat keine Bedeutung“, „Sie müssen nur ihre Wohnung aufschreiben“ und ähnlich lauten die Zureben eines jungen, aber schon durch den Bureautratismus zur Maschine gewordenen Beamten, der sich selbst nie die Bedeutung der Unterschriften klargemacht hat. Der Arbeiter unterschreibt fatalistisch: wer kann alles das lesen und behalten, was einem da vorgelegt wird. Dazu kommen die vielen Vorschläge in der Fabrik: Arbeitsordnung, Unfallverhütungsvorschriften, Tarife, allerlei Polizeiverordnungen, deren Kenntnis von den Arbeitern verlangt wird. Selbst Gebildete verfahren ja unter ähnlichen Umständen oft nicht anders, wie der einfache Arbeiter, man denke an den Unfug langer Miets-, Versicherungsverträge, Hypotheken oder Kontokorrentverträge mit Bankten. Wer kann diese gedruckten, meist in schwer verständlichem Deutsch abgefaßten Verträge alle studieren, und was würde es nützen, da man sie doch bedingungslos annehmen muß?

Die Vielschreiberei zeigt sich in allen Zweigen des modernen Fabrikbetriebs. Die Schriftform, die eine wohlthätige Wirkung ausübt, wenn sie die Vielrederei verhindert, die Beteiligten zu kurzen, klaren Abreden zwingt, wird zur Plage, wenn man immer mehr anschwappende, mit jedem verlorenen Prozeß neu verlausulierte Formulare schafft, die alle Streitfälle, gewöhnlich zugunsten eines Teiles, verhindern sollen. Sie gehen an die Grenze des gesetzlich Zulässigen und führen schließlich zu einer demoralisierenden Umgehung der Gesetze, die in der großen Masse schließlich die Überzeugung erweckt, daß die Rechtswissenschaft nur Rechtsverbreitung sei. Gegen solche Auswüchse eines papiernen Bureautratismus sollten die Behörden, insbesondere die Gerichte mit aller Rücksichtlosigkeit vorgehen. Die Polizeibehörde sollte bei Durchsicht der Arbeitsordnungen nicht nur auf offenbare Gesetzeswidrigkeiten, sondern auch auf Zweifel und auf Unklarheiten aufmerksam machen, die der Gesetzeswidrigkeit gleichstehen.

Ein weiterer Ubelstand des Bureautratismus, der sich auch in unseren gewerblichen Betrieben wiederfindet, ist die ganz unsachgemäße Verschärfung hinter den Instanzenzug. Die verschiedenen Instanzen werden geschaffen im Interesse der Förderung der Geschäfte, sie werden aber benutzt, um die Geschäfte aufzuhalten und das Recht zu verhindern. Was man in der Staatsverwaltung bekämpft und zum Teil schon mit Erfolg bekämpft hat, die fortwährende und übertriebene Prüfung und Verneinung der Zuständigkeitsfrage, lediglich aus formalen Gründen, wenn eine nicht ausdrücklich für zuständig erklärte Behörde die Sache ohne jeden Schaden für die Allgemeinheit fördern könnte, steht in schönster Blüte in unseren großen gewerblichen Betrieben. Offenbar berechnete Ansprüche des Arbeiters werden abgewiesen, wenn er sich nicht an die richtige Stelle wendet. Wie er zu der richtigen Stelle gelangt, ist seine Sache. Selbst bei zweifelhaften Ansprüchen sollte man aber den Geschädigten stets zuvorkommend an die richtige Stelle verweisen, denn es ist eine Pflicht jedes Kontrahenten, für den Gegenkontrahenten in Ansehung des gemeinsamen Geschäfts stets zugänglich zu sein.

Das bürokratische System, bei dem eine Anordnung gewöhnlich durch Dritte weitergegeben wird, die nur eine formale Verantwortlichkeit haben, ist ein scharfes Instrument. Alle kleinen Rücksichten persönlicher Natur fallen bei der Durchführung der Anordnungen hinweg. Dadurch wird aber andererseits die ganze Stellung der Parteien des Arbeitsvertrages zueinander verschärft mit Folgen, die anerkanntermaßen die Leistungsfähigkeit des Betriebs schwer gefährden, ich erinnere an Streiks, Sperren, Boykotts u. dergl. Der Betriebsleiter selbst wird, wo er seine Anordnungen nicht selber ausführt, sondern durch ein seelenloses Bureau ausführen läßt, mit der Wirkung seiner Anordnungen nicht voll bekannt und erfährt dabei oft den wirklichen Grund der Unzufriedenheit bei einem aus kleinem Anlaß entstandenen Streit nicht.

Eine Folge des Bureautratismus ist die Neigung zu falschen Verallgemeinerungen, die sich auf dem Papier so leicht machen, die Benutzung solcher Vorbilder, z. B. des Staates, des Militärs oder großer Betriebe für kleinere Unternehmungen.

Die Verpflichtung, die gegebenen, oft stenographisch niedergeschriebenen Anweisungen möglichst genau auszuführen, veranlaßt den Bureaubeamten, tunlichst jede eigene Verantwortlichkeit abzulehnen. Das führt zu einer zaghaften Zurückhaltung und Vorsicht, die den Bureaubeamten pflichtwidrig verhindert, unangenehme Mitteilungen oder Anforderungen weiter zu melden. Zur Mittelsperson bestellt und sonst stets eifrig darauf bedacht, nicht umgangen zu werden, verweist er in solchen Fällen den Antragsteller doch unmittelbar an den mit der Entscheidung betrauten Vorgesetzten, wenn er nicht mit List die Unterschrift unter irgend eine der bereits vorrätigen gedruckten Reverse erlangen kann, die das Recht des Antragstellers vernichtet, worauf er mit seinem Schein in der Hand den Petenten achselzuckend entläßt. Der Bureaubeamte vermeidet es „ja“ oder „nein“ zu sagen, da er doch die Entscheidung nicht hat. Er sucht von dem andern möglichst viel zu hören und läßt ihn im Ungewissen. Diese durch den Bureaubeamten erzeugte Ungeheimheit, die er leicht aufklären könnte, wenn er nicht zu zaghaft wäre, macht den Arbeiter nervös und verleitet ihn zu erregten und beleidigenden Worten oder anderen Ausschreitungen.

Es bedarf keiner Ausführung, daß auch der Arbeiter den Einbruch der Feigheit hat und diese Eigenschaft auf den Unternehmer und schließlich auf das ganze industrielle System überträgt. Die wichtigste Voraussetzung für die Leitung eines Betriebs ist aber die Achtung von seiten der Angestellten. Diese Achtung kann leicht durch den Bureautratismus untergraben werden, der meist den Arbeiter verhindert, ein richtiges Bild von der Person des Unternehmers zu gewinnen. Wie die Erfahrung zeigt, kann diese Wirkung meist nicht durch die sogenannten Wohlfahrtsinstitutionen beseitigt werden. Wirken kann hier nur ein kühner Unternehmungsgeist, bei dem der Arbeiter sieht, daß sein Arbeitgeber unter Einsetzung seiner ganzen Person und seines Vermögens neue Werte schafft, die immer der Allgemeinheit zugute kommen, mag der Unternehmer auch sein reichliches Teil davon behalten, ein mutiges Hervortreten mit seiner Person auch gegenüber den Arbeitern, denen er die unangenehmen Wahrheiten selbst sagen muß, statt sie ihnen verblümt durch das Bureau beizubringen, eine großzügige Arbeiterpolitik, das sind Mittel, die auch heute noch Einbruch auf den Arbeiter machen. Kleiner und geheimer Mittel der Dämpfung dagegen, wie schwarze Listen, Kennzeichen auf den Entlassungsscheinen, sind Maßnahmen, deren Anwendung erst durch die Bureaus ermöglicht und von ihnen befördert wird und deren Wirkung sehr problematisch bleibt.

Statt zahlreicher Beamten ohne Verantwortung, übermacht und überwachend durch einen papiernen Kontrollapparat, würde die Leitung des Betriebs durch sorgfältig ausgebildete und ausgedachte vertrauenswürdige Beamte mit weitgehenden Vollmachten viele der Unzuträglichkeiten beseitigen, welche heute durch die Auswüchse der Bureauwirtschaft verursacht werden und welche der Gesundung unserer Arbeitsverhältnisse im Wege stehen. Diese selbständigen Kräfte, wie man sie noch in alten kaufmännischen Geschäften findet, werden heute durch eine falsche Anwendung des Bureauwesens lahmgelegt. Dabei denke ich nicht etwa nur an wenige obere Beamte, sondern an alle Betriebsingenieure, Betriebsstechniker und Meister, einen Beamtenkörper, der in naher und unmittelbarer Fühlung mit dem Unternehmer stehen muß, um seinen Geist und Willen auf die Arbeiterschaft wirken zu lassen. Wenn auch die alten patriarchalischen Zustände mit unseren modernen Unternehmungen nicht vereinbar sind, so ist es doch auch nicht nötig, die unmittelbare Fühlung zwischen Arbeiter und Unternehmer durch einen lähmenden und papiernen Bureautratismus auszuschließen. Eine Reform des Bureauwesens, für welches man in dem jetzigen Zustande nie ein volles Verständnis bei der Arbeiterschaft finden wird, sollte man sich daher in der Industrie angelegen sein lassen im Interesse beider Parteien der Arbeitsverträge.

Eine ernste Mahnung!

(Aus dem Geschäftsberichte des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker an die Kreisvertreter für 1910/1911.)*

Am 25. September soll der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker zu Beratungen zusammentreten; seine Aufgabe ist

*) Die „Soziale Praxis“ hat alljährlich einen größeren Auszug aus dem Geschäftsberichte des Buchdrucker-Tarifamts gegeben. Diesmal

es, die umfangreichen und bedeutsamen Wünsche der beiden Tarifvertragsparteien entgegen zu nehmen und tunlichst ihrer Erfüllung entgegen zu führen. . . . Eine Kündigung des Tarifs und damit ein Aufheben der Tarifgemeinschaft hat keine der beiden Tarifparteien beantragt. Vielmehr haben die Generalversammlungen der Prinzipal- und Gehilfenorganisationen, die im Mai d. Js. in Hamburg und Hannover tagten, überzeugend zu erkennen gegeben, daß man im Buchdruckgewerbe an der Tarifgemeinschaft auch für die Zukunft festhalten will. Beide Parteien haben aber gleichzeitig erklärt, daß durch die Revision des Tarifs ihren berechtigten Wünschen über Umgestaltung des Arbeits- und Tarifvertrags Rechnung getragen werden soll.

Zunächst ist es so gut wie selbstverständlich, daß die dahingehenden Anträge der beiden Tarifparteien in Ziel und Maß nicht übereinstimmen. Was die eine Partei für wünschenswert und erfüllbar hält, wird durch den Antrag der anderen Partei für unannehmbar hingestellt. Was diese Partei für des Lebens Unterhalt unentbehrlich und als gerechte Entlohnung für geleistete Arbeit beansprucht, findet jene Partei als mit den tatsächlichen Verhältnissen und Leistungen nicht in Einklang stehend. Auf der einen Seite will man die technischen Fortschritte im Gewerbe dem letzteren selbst dienstbar machen und einer beengenden Reglementierung der Arbeitsverrichtungen im Gewerbe entgegentreten, auf der anderen Seite dagegen ist das Bestreben vorhanden, die ständig vorwärts schreitende Technik als eine Erleichterung bei Erfüllung der Arbeitspflichten für sich zu reklamieren, die Wirkung dieser Umwälzung im Arbeitsprozeß auf die zur Arbeit bereiten und berufenen Kräfte tunlichst zu mildern und Bestimmungen zu treffen, die jede Arbeitsleistung im Gewerbe ausschließlich dem gelernten Buchdrucker zuweist. Hier das Verlangen, für ausreichenden Nachwuchs der Arbeitskräfte im Gewerbe zu sorgen, dort das Bemühen, hierunter die Arbeitsgelegenheit der schon vorhandenen Arbeitskräfte nicht zu kurz kommen zu lassen. In dieser Partei das Drängen nach kürzerer Arbeitszeit, nach weiterer Einschränkung jeder Überarbeit, bei jener Partei das Verlangen nach Berücksichtigung der allgemeinen gewerblichen Lage und derjenigen des Buchdrucks im besonderen.

So ungefähr lauten die Hauptwünsche, die beide Tarifparteien an die diesmalige Tarifrevision stellen. Man wird zugeben müssen, daß es sich hierbei um bauliche Veränderungen an dem Fundament unseres Tarifgebäudes handelt und daß eine gewisse Gefahr für das letztere mit den damit verbundenen Erschütterungen nicht ausgeschlossen ist. Daß es hierzu nicht kommen kann, werden die Mitglieder des Tarifausschusses als ihre erste Aufgabe zu betrachten haben. Bei ihrer Beratung und Beschlußfassung kann nicht maßgebend sein, daß sich Angehörige der einen Tarifpartei auf einen unzugänglichen oder glatt ablehnenden Standpunkt stellen, ebensowenig, wenn sich ein Teil der anderen Partei darin gefällt, ihren Vertretern vorzuschreiben, wo die Grenze für eine Verständigung liegt und in welchem Stadium der Verhandlung die letztere schließlich abzubrechen ist. Die Mitglieder des Tarifausschusses haben vielmehr zu prüfen, inwieweit die Anträge auf Revision des Tarifs berechtigt und innerhalb unseres Gewerbes zu erfüllen sind. Der bloße Wunsch der Parteien kann für die Revision des Tarifs unmöglich ausschlaggebend sein; denn jede der Parteien hätte dann das Recht, von der Erfüllung ihrer eigenen Wünsche die Entscheidung über gewerblichen Krieg oder Frieden abhängig zu machen. Ein starres Festhalten an sämtlichen programmatisch aufgestellten Sätzen für die Tarifrevision ist ausgeschlossen; jede Verhandlung innerhalb des Tarifausschusses würde sich dann erübrigen. . . .

Als sachliche Chronisten unserer Tarifgemeinschaft müssen wir aber bekunden, daß die Prinzipalität sich streng an die Weisungen ihrer Generalversammlung gehalten hat, während die Gehilfenschaft sich fast allgemein an das Programm ihrer Generalversammlung nicht gebunden erachtet hat und zum Teil arg über das Maß des Möglichen und Zulässigen hinausgegangen ist. Trotzdem kann konstatiert werden, daß die in einem Teile der Fachpresse bereits veröffentlichten prinzipiellen Gehilfenanträge, deren Beratung das Zustandekommen eines neuen Tarifabschlusses sehr in Frage gestellt haben würde, in der Gehilfenschaft die nach § 93 des Tarifs vorgesehene Unterstützung von vier Tarifreisen zum Teil nicht ge-

funden haben, demnach im Tarifausschuß auch nicht zur Diskussion stehen. Die Mehrheit der Gehilfenschaft will demnach die Verhandlungen nicht erschweren, sondern hat sich in ihrer Antragstellung darauf beschränkt, eine Verbesserung ihrer Lebenslage durch die tarifliche Gesetzgebung zu erreichen.

Wir verkennen trotzdem nicht, daß in einzelnen Anträgen beide Parteien prinzipielle Grundsätze zum Ausdruck bringen, bei deren Beratung Konzessionen und nochmals Konzessionen auf beiden Seiten gemacht werden müssen, wenn nicht an ihrer Beratung das Zustandekommen einer neuen tariflichen Vereinbarung scheitern soll. Beide Tarifparteien besitzen in den Mitgliedern des Tarifausschusses in der Schule des Lebens gereifte und im Tarifwesen vertraute Männer, denen es möglich sein wird, die Widersprüche und Gegensätze zwischen den beiden Tarifparteien zu klären und zu beseitigen und die gegenseitigen Beziehungen aus dem Arbeitsvertrag in gerechter Weise zu pflegen! Die Prinzipal- und Gehilfenorganisationen in unserem Gewerbe werden die Garantie dafür bieten, daß die Beschlüsse des Tarifausschusses für die Vertragsparteien unbedingt verbindlich sind; damit wäre der gewerbliche Frieden auch für die Dauer einer neuen Tarifperiode gesichert!

Wenn es richtig ist, daß man gerüstet sein muß, um den Frieden zu erhalten, so würde sich uns eine recht günstige Perspektive für die Tarifrevision eröffnen. Trotz aller Friedensbeteuerungen ist in beiden gewerblichen Gruppen nichts unterblieben, um für jeden Eventualfall gerüstet zu sein; das wird die Vermittlerrolle des Tarifausschusses gewiß erleichtern helfen. Wir haben an dieser Stelle die Chancen eines etwaigen gewerblichen Kampfes für beide Parteien nicht zu prüfen, scheuen uns aber auch nicht, die wahrscheinlichen Folgen desselben in wenigen Worten klar und offen auszusprechen: Anarchie auf dem Lohngebiete; Niedergang des Gewerbes und eine Rückwärtsbewegung aller Bestrebungen und Ziele des Buchdruckgewerbes bis unter den Stand vor 1896! Das ist unsere Überzeugung; deren Richtigkeit nachzuprüfen müssen wir beiden Tarifparteien überlassen. Von ihrer sachlichen Nachprüfung und verständigen Beachtung wird der Ausgang der Septemberberatung abhängig sein.

Man mühte meinen, daß die Erfahrungen und Erfolge, die innerhalb unseres Gewerbes in einer nunmehr 15jährigen Tarifperiode gesammelt und erzielt worden sind, ausreichen müßten, um jeden Streit über die Zweckmäßigkeit einer Tarifgemeinschaft auszuschließen. Daß die Anerkennung und Pflege gegenseitiger Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnisse zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft eine Selbstverständlichkeit, eine aus dem Menschenrechte geborene Entwicklung des gewerblichen Lebens ist, hat das Buchdruckgewerbe durch Schaffung der Tarifgemeinschaft als Grundsatz aufgestellt, und diesem Grundsatz ist es treu geblieben trotz zahlreicher innerer und äußerer Gegner. Das Fortschreiten in der Verbreitung der Tarifverträge im allgemeinen hat uns recht gegeben, und die großen, das Volkswohl eines Landes auf das schwerste erschütternden beruflichen Kämpfe, wie solche auch augenblicklich zu verzeichnen sind, werden den Staatsregierungen über kurz oder lang die Verpflichtung auferlegen, Mittel zu finden, um die gewerblichen Kämpfe zu verhüten. Das Buchdruckgewerbe hat bisher seinen Stolz darein gesetzt, sich selbst Gesetze zu schaffen und den Beweis dafür zu liefern, daß freiwillig übernommene Rechte und Pflichten wie staatlich auferlegte Gesetze zu respektieren sind; wir glauben auch nicht, daß es diesen Standpunkt aufgeben will. Dann aber müssen alle Glieder der Tarifgemeinschaft bestrebt sein, auch bei Umgestaltung dieser freiwilligen Gesetzgebung die Hand zur Verständigung zu bieten und auf einen gerechten und gefunden Ausgleich der beiderseitigen Ansprüche hinzuwirken. . . .

... Diese Achtung vor dem selbstgeschaffenen Gesetze konnte leider nicht verhindern, daß vereinzelt Gehilfengruppen sich fahrlässig oder absichtlich unter Bruch dieses Gesetzes der Selbsthilfe zugewendet haben und auf eigene Faust sich vermeintliches Recht zu verschaffen suchten. Wenn dies auch nur vereinzelt geschehen ist, so müssen doch diese Einzelfälle von Tarifs wegen auf das Schärfste verurteilt werden. Das Tarifamt spricht diesen bedauerlichen Vorgängen jede Berechtigung ab und erklärt an dieser Stelle, daß auch eine halbwegs begründete Ursache zu solchem Verhalten in keinem Falle vorlag. Wir nehmen hier auch Bezug auf eine Entscheidung des Tarifamts, betr. Disqualifizierung zweier Vertrauensmänner der Gehilfen, und erklären, daß das Tarifamt von der Gerechtigkeit seines Urteils nach wie vor überzeugt ist. Das Recht auf besonderen Schutz der Vertrauensmänner seitens der tariflichen Organe ist untrennbar von der korrekten Wahrnehmung der Pflichten seitens eines Vertrauensmannes. Die Vertrauensmänner

veröffentlichen wir den Wortlaut des allgemeinen Teiles (mit geringfügigen Kürzungen) unter Weglassung der statistischen Mitteilungen. Die Aussicht auf die in wenigen Wochen bevorstehenden Verhandlungen für die Erneuerung des Tarifs, der Rückblick auf die bekannten Vorgänge im Berliner Buchdruckgewerbe und die große Bedeutung des Dokuments selbst rechtfertigen dies unser Verfahren.

Die Red. der „Soz. Praxis“.

sollen auch nach dem Willen der Gehilfenschaft Vermittler bei Differenzen im einzelnen Betriebe sein; wer sein Amt als Vertrauensmann im entgegengelegten Sinne aufsaßt, mißbraucht sein Amt und gefährdet nicht nur die friedliche Zusammenarbeit innerhalb eines Betriebes, sondern er schädigt das Gewerbe und macht den Fortbestand der Tarifgemeinschaft unmöglich. . . .

Wir alle müssen zugeben, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit unserer Tarifgemeinschaft bei den Berufsangehörigen immer mehr durchgedrungen ist und daß nach außen hin der Gedanke der Tarifgemeinschaft sich verbreitet hat durch den fortgesetzten Gewinn neuer Mitglieder. Das hat leider das Auftauchen einer Gegenströmung bei einzelnen Mitgliedern nicht aufhalten können. Nur wer die Arbeit kennen lernen und richtig einschätzen will, den alle für den Fortschritt der Tarifgemeinschaft in Betracht kommenden Faktoren geleitet haben, um nach 15 Jahren über ein so befriedigendes Resultat berichten zu können, der wird den Wert der Tarifgemeinschaft richtig zu schätzen und auch ihre langsame Verbreitung zu deuten wissen. Die Stürmer in unserem Gewerbe wissen nur immer zu zeigen, wie manches anders und besser sein könnte; wie das zu erzielen möglich ist, sind sie zumeist im Zweifel, meinen aber, daß, wenn es auf friedlichem Wege nicht geht, man es im Kampfe bestimmt erreichen würde. Nur wer nicht rückwärts schauen will oder die Lage unseres Berufs aus früheren Zeiten gewerblicher Kämpfe nicht kennt, kann zu solchem Trugschluß kommen. Die Folgen eines solchen Kampfes wären für die Beteiligten dieselben wie früher, nur fürchten wir, daß die Nachwirkungen desselben gegen früher weit schwerer und empfindlicher in die Erscheinung treten würden. Das Gewerbe würde in den Zustand vor 1896 zum mindesten wieder zurückgebrängt werden — ob das eine für beide Parteien begehrenswerte Tarifbewegung sein könnte? . . .

In wenigen Wochen wird unser Parlament zusammentreten! Es wird sich dann zeigen, ob seine Mitglieder heute wie früher davon durchdrungen sind, daß es Aufgabe des Tarifausschusses ist und bleiben wird: unserem Gewerbe den Frieden zu erhalten! Unser Wille ist es, und wir hoffen, daß sich dieser Wille nicht nur bei sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses in die Tat umsetzen wird, sondern daß auch die Mandatgeber derselben, und zwar alle Berufsangehörigen, den Beschlüssen des Tarifausschusses gebührendes Verständnis entgegenbringen und deren Respektierung als eine selbstverständliche Pflicht betrachten werden! Die Achtung vor dem selbst geschaffenen tariflichen Gesetze muß über persönliche Unzufriedenheit gestellt, und es darf der Öffentlichkeit nicht das Schauspiel geboten werden, als ständen die Buchdrucker nicht unter allen Umständen hinter den Beschlüssen der von ihnen gewählten Führer! Wir bringen deshalb in Erinnerung, daß die Beschlüsse des Tarifausschusses für jeden Prinzipal und Gehilfen, der tariftreu sein will, bindende Kraft besitzen: Wir hoffen und erwarten, daß die vielerlei Schwierigkeiten, die einem neuen Tarifabschlusse zurzeit entgegenstehen, zu überwinden sein werden und daß die deutschen Buchdrucker einen annehmbaren gewerblichen Frieden einer sicherlich sehr heftigen gegenseitigen Belämpfung vorziehen werden. Das Ende eines solchen Kampfes wäre sowieso wieder das Verlangen nach einer neuen Tarifgemeinschaft; was aber in der Zwischenzeit zerstört und an gemeinsamer Arbeit verloren gegangen ist, würde einen dauernden Verlust für alle Gewerksangehörigen bedeuten! Wir wiederholen deshalb, was wir am Schlusse unseres Geschäftsberichts 1908/09 den Mitgliedern unserer Tarifgemeinschaft zugerufen hatten:

„Das Buchdruckgewerbe hat gegenüber der Allgemeinheit des Volkes auch eine Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch gewerbliche Störungen nicht Handel und Industrie, überhaupt die kommerziellen und geistigen Interessen des ganzen Volkes geschädigt und benachteiligt werden. Dieser Aufgabe wird sich das Buchdruckgewerbe nicht ohne zwingendsten Grund entziehen! Es hat aber noch eine andere Pflicht, und die besteht darin, durch das Festhalten an der Tarifgemeinschaft an dem möglichen Ausgleich sozialer Gegensätze nach Kräften mitzuwirken, im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unseres Berufs, und damit auch zum Nutzen der deutschen Arbeit!“

Kann mögen die Würfel fallen!

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Georg W. Bügenstein,
Prinzipalvorsitzender.

L. G. Giesede,
Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Soziale Zustände.

Die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie Preußens im Jahre 1910.

Die Bekanntmachung des Reichsanwalters über den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908 ist am 1. April 1909 in Kraft getreten, und in dem Jahresberichte der Gewerbeinspektoren für 1909 sind die Wahrnehmungen dieser Beamten über die Durchführung ihrer Vorschriften während durchschnittlich acht Monaten zum ersten Male mitgeteilt; wir haben darüber in Nr. 51 des 19. Jahrgangs dieser Zeitschrift referiert. Auch in den Berichten für das Jahr 1910 ist für Preußen wiederum der Wirksamkeit dieser Verordnung eingehende Beachtung gewidmet worden. Zwar ist ein Vergleich mit dem Vorjahre nicht in allen Punkten schlüssig durchzuführen, da die Beobachtungszeit nicht von gleicher Länge und die Aufstellung der Tabellen nicht dieselbe, sondern 1910 in mehr Einzelheiten gegliedert ist. Aber die großen Hauptziffern im Gesamtergebnis lassen sich, wenigstens annähernd, für beide Jahre wohl vergleichen und geben sicher die Richtung an, in der sich die Wirkung der Verordnung bisher erstreckt. Wenn wir uns bei diesem Überblick diesmal auf Preußen beschränken, so dient hierfür zur Rechtfertigung, daß Preußen allein mehr als neun Zehntel aller in der deutschen Großeisenindustrie beschäftigten Arbeiter aufweist und daß die Berichte der Gewerbeinspektoren aus den übrigen Einzelstaaten entweder noch nicht vorliegen oder, wo dies der Fall ist, an Ausführlichkeit der Mitteilungen nicht an die preussischen heranreichen.

Wie erinnerlich sein dürfte, ist die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 ein erster, sehr bescheidener Versuch der Regelung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie, deren vielfach übermäßige Länge seit einigen Jahren nachdrücklich beklagt wird. Die Verordnung geht in der Hauptsache eigentlich mehr auf eine Klärung und Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse durch Einführung von Verzeichnissen für jeden einzelnen Arbeiter, der über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit hinaus beschäftigt wird. Man will genau erfahren, wieviel Arbeiter, in welchen Betriebszweigen, wie oft und wie lange Überstunden leisten — in der Erwartung, daß Erkenntnis der Dinge den ersten Schritt zur Besserung einleitet. Dann wird, allerdings mit Zulassung zahlreicher Ausnahmen, auf Einhaltung bestimmter Pausen gedrungen. Endlich wird als wichtigste Schutzmaßnahme vorgeschrieben, daß vor dem Beginn der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden liegen muß; doch findet diese Bestimmung auf die Regelung der Beschäftigten keine Anwendung. In Notfällen, bei Naturereignissen oder Unglücksfällen, die den regelmäßigen Betrieb eines Werks unterbrechen, sind Ausnahmen sowohl von den Vorschriften über Pausen wie über die achttündige Ruhezeit zulässig. Dies der wesentliche Inhalt der Bekanntmachung.

Sie schien anfangs nicht ohne gute Wirkung zu sein. Die Berichte über die ersten acht Monate ihrer Geltung ermutigten, bei aller Vorsicht, doch zu Hoffnungen, die in diesen Blättern (Jahrgang XIX Sp. 1462) wie folgend ausgesprochen wurden: 1. Das bisher sehr dunkle Gebiet des Überstundenwesens ist ziemlich aufgeklärt worden; 2. dies hat zur Abstellung mancher Mißstände geführt; 3. die Forderung einer achttündigen Mindestruhezeit hat wenigstens eine Beschränkung der früher häufig ungemessenen Arbeitszeit bewirkt; 4. auch die Vorschriften über die Pausen haben eine größere Regelmäßigkeit in den Erholungszeiten bewirkt. Wir schlossen daran die Erwartung, daß der nicht ohne einigen Erfolg beschrittene Weg weiter zu einer Verminderung der Überstunden sowie der Sonntagsarbeit führen werde. Der Staatssekretär des Innern hat sich in der Reichstags-session vom 3. April 1910 auf diese unsere Ansicht berufen. Leider müssen wir jetzt feststellen, daß die Berichte für 1910 eine sehr erhebliche Zunahme der Überstunden und der Sonntagsarbeit in der Großeisenindustrie melden. Die Hauptziffern für den Vergleich in den beiden Jahren 1909 und 1910 sind:

1909 (Beobachtungszeit rund 8 Monate) waren in der Großeisenindustrie Preußens durchschnittlich in den regelmäßigen Arbeitszeiten beschäftigt fast 183 000 Arbeiter, davon leisteten durchschnittlich monatlich 73 000 = 40 vom Hundert Überarbeit mit insgesamt $8\frac{3}{4}$ Millionen Stunden, was auf das ganze Jahr 1909 berechnet rund 13 Millionen Überstunden ergibt.

1910 dagegen war die Arbeiterzahl auf etwa 195 000 gestiegen, von ihnen leisteten durchschnittlich monatlich fast 86 000 = 44 vom

Hundert Überarbeit mit insgesamt 18,6 Millionen Stunden, davon 7,5 Millionen Stunden an Sonntagen.*)

Das bedeutet für 1910 eine Steigerung der Zahl der Arbeiter um fast 7 vom Hundert, der Überarbeit leistenden Arbeiter um 18 vom Hundert, der Überstunden aber um 43 vom Hundert. Also eine mäßige Mehreinstellung von Arbeitern, eine erhebliche Vermehrung der Heranziehung zur Überarbeit, eine enorme Erhöhung der Gesamtdauer der Überstunden, wovon mehr als 40 % auf den Sonntag fallen.

Diese Überarbeit ist aber eine Zugabe zu einer ohnehin sehr langen Arbeitszeit. Während nach den Berichten der Gewerbeinspektoren die Arbeitszeit der erwachsenen Männer im allgemeinen sonst mehr und mehr eine Verkürzung erfährt, die häufig bis 9 und 8 Stunden effektiver Arbeitszeit sinkt, herrscht in der Grobeisenindustrie Deutschlands fast unbestritten die 12 Stunden-Schicht, einschließlich Pausen. 8 bis 9 Stunden-Schichten hatten bei einzelnen Hochöfen und Walzwerken nur etwa 2300 Arbeiter, 11 bis 11 1/4 Stunden-Schicht 1650, 12 1/2 bis 13 Stunden 840 Arbeiter. Mehr als 191 000 Arbeiter in Preußen hatten also 12 Stunden-Schichten, ganz abgesehen von den Wechsel-Schichten. Dabei wird hier und da erwähnt, daß noch eine Verlängerung der Arbeitszeiten beabsichtigt wird. In regelmäßigen Tag- und Nachtschichten werden zumeist 50 bis 60 % der Arbeiter, aber auch (in den Regierungsbezirken Trier und Aachen) 65 bis 73 % beschäftigt.

Betrachtet man die Dauer der Überarbeit im einzelnen, so sind die häufigsten Fälle solche von 1 bis 2 Stunden, die Fälle von mehr als 2 bis zu 5 Stunden sind weniger zahlreich, dann gehen aber die 5-, 6-, 7stündigen und noch längeren wieder in die Höhe; von den letzteren entfällt der größere Teil auf die Sonntagsarbeit. Die durchschnittliche Dauer der Überarbeit für Mann und Tag betrug z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf 40 Minuten bis eine Stunde an Werktagen und 3 bis 3 1/2 Stunden an Sonntagen. Im Regierungsbezirk Arnberg war sie etwas kürzer, im Regierungsbezirk Osnabrück ebenfalls (40 Minuten bzw. 2 1/2 Stunden), im Regierungsbezirk Trier 40 Minuten am Werktag. In diesen vier Bezirken allein sind rund 168 000 Arbeiter beschäftigt, von denen 75 000 fast 17 Millionen Überstunden geleistet haben, davon 7,8 Millionen an Sonntagen. Mit diesen Durchschnittszahlen ist natürlich nicht gesagt, daß nicht häufig sehr viel längere Überarbeit vorkommt: 12 Stunden regelmäßige Arbeitszeit, dazu 3 bis 4 Stunden Überarbeit sind nichts Seltenes, vereinzelt kommen noch viel längere Arbeitszeiten vor.

Auch die Berichte für 1910 bestätigen ebenso wie die des Vorjahrs, daß nicht die eigentlichen Feuerarbeiter diejenigen Arbeitergruppen sind, die am stärksten zur Leistung von Überarbeit herangezogen werden. Bei regelmäßigem Schichtwechsel ergibt sich das von selbst, da kommen Überstunden meist auf Rechnung des Ausbleibens, der Unpünktlichkeit und ähnlichen Verschuldens der Arbeiter. Bei einschichtigem Betriebe liegt die Sache anders; hier kommt oft genug die Häufung von Aufträgen, die Steigerung der Produktion, eingemurzelte Gewohnheit, der Wunsch nach Mehrverdienst, fehlerhafte Disposition usw. als Grund für die Verlängerung der Arbeitszeiten in Betracht. Noch mehr sprechen diese Gründe mit bei den Arbeiten für Reinigung, Reparatur, Heizung, Instandhaltung, Transport; dazu tritt dann in erheblichem Maße weiter die Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit dieser Verrichtungen, ohne deren Erledigung der ganze Betrieb stocken würde. Heizer, Kesselmänner, Maschinisten, Schlosser, Kranführer und ihre Gehilfen, Transportarbeiter, Tagelöhner — das sind die Arbeitergruppen, auf denen die Überarbeit und Sonntagsarbeit am meisten lastet. Nun wird man ohne Zögern zugeben, daß diese Hilfs- und Rotarbeiten niemals ganz auf Überstunden verzichten können, das liegt in der Natur der Sache. Fragt sich nur, ob nicht das Maß dieser zum Teil überaus langen, gesundheitschädlichen Arbeitsdauer sich nicht durch Mehreinstellung von Hilfskräften und durch kluge Zeit- und Geschäftseinteilung ganz erheblich einschränken läßt. Für eine bejahende Antwort geben die Berichte der Aufsichtsbeamten manche Tatsachen an.

Wenig erfreulich ist auch das Kapitel der Pausen, für deren Dauer und Zeitpunkt die Verordnung ohnehin ein reichhaltiges Arsenal von Ausnahmen enthält. Schon für das erste Jahr hatten wir darauf hingewiesen, daß in den verschiedenen Regierungsbezirken hier eine große Ungleichmäßigkeit in der Handhabung der Be-

willigung von Ausnahmen zu beobachten war. Diese Differenzen haben eher zu- als abgenommen. Auf manchen Werken ist, dank der Einnäherung der Gewerbeinspektoren, eine größere Regelmäßigkeit in der Einhaltung der Pausen erzielt worden, auf anderen hat die Beschränkung der Erholungszeiten während der Arbeit noch zugenommen. Besonders auffällig ist dies im Regierungsbezirk Trier geschehen: im Jahre 1909 wurden hier bei insgesamt 24 364 Arbeitern die Hauptpausen für 3456 Arbeiter = 14 % der Gesamtzahl teilweise sehr stark verkürzt; im Jahre 1910 hatte sich die Arbeiterschaft auf 25 440 erhöht, Verkürzung der Hauptpausen aber wurde bewilligt für 5367 Arbeiter = 20 % der Gesamtzahl; dabei erfuhr gerade die weitestgehende Einschränkung der Pausen (bis auf nur 1/2 Stunde) die größte Ausdehnung: 1909 wurden nur 815 Arbeiter davon betroffen, 1910 aber 2058! Über die Gründe dieser Verschlechterung schweigt der Bericht; es wäre wohl angebracht, daß diese bedauerliche Erscheinung amtlich festgestellt würde.

Das trübe Gesamtbild der Arbeitsverhältnisse in der Grobeisenindustrie ist jedoch nicht ganz ohne lichte Stellen. So haben Notfälle, Naturereignisse, Betriebsstörungen nur verhältnismäßig selten Anlaß zur Bewilligung von längeren Arbeitszeiten gegeben. Und, was wir besonders betonen, in unermüdlicher Fürsorge haben die Aufsichtsbeamten über die wichtigste Schutzvorschrift der Verordnung: die 8 stündige ununterbrochene Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten — abgesehen von den Wechsel-Schichten — gewacht. Hier ist eine Besserung gegen früher erreicht worden, obwohl die Zahl der Verfehlungen immer noch recht erheblich groß ist — Verfehlungen, die die Gerichte mit der üblichen Milde in solchen Dingen mit ganz geringen Geldstrafen: 3, 5 oder 10, höchstens 20 M., belegen. In einzelnen Regierungsbezirken, die allerdings mit ihrer geringen Zahl von Betrieben und Arbeitern gegenüber den Hauptstützen der Grobeisenindustrie nicht ins Gewicht fallen, ist auch ein bescheidener Rückgang der Überarbeit eingetreten.

Einige Ausführungen aus den Berichten der Regierungs- und Gewerbeämter für 1910 mögen die vorstehend mitgeteilten Angaben vervollständigen. So wird für den Regierungsbezirk Potsdam gesagt: „In der Hauptsache war die Überarbeit auf eilige Aufträge zurückzuführen . . . es wurden (beim Fehlen von Arbeitern) die entsprechenden Arbeiter der anderen Schicht wieder zur Überarbeit von mehr als 6 Stunden herangezogen, ohne daß ihnen die vorgeschriebene Ruhezeit von 8 Stunden vor Antritt der nächsten Schicht gewährt wurde.“ Stettin: „Es ist schriftlich und mündlich auf die Verkleinerung eingewirkt worden, die langen Überarbeiten abzustellen, und die zuletzt eingereichten Überarbeitslisten weisen auch eine wesentliche Besserung auf.“ Liegnitz: „Die Bestimmungen der Bekanntmachung haben bewirkt, daß die Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausfall gehabt haben und daß, um dessen Höhe zu erringen, an Stelle des Affordlohns Schichtlohn eingeführt worden ist. Infolgedessen sind die Fabrikationskosten erhöht worden.“ Osnabrück: „Überarbeit wird — zum wenigsten gelegentlich — in allen Eisenhütten geleistet, keine kommt ohne sie aus. . . . Alles in allem kann nicht verkant werden, daß die Durchführung der Bekanntmachung . . . einem früher weit über die Grenzen des Notwendigen ausgebreiteten Überstundenwesen gesteuert hat.“

„Der zunächst von den neuen Bestimmungen herbeigeführte Erzeugnisausfall hat sich durch veränderte Betriebsrichtungen oder eine veränderte Betriebsregelung im großen und ganzen abstellen lassen. Bisweilen sind inzwischen sogar Leistungsförderungen oder andere Vorteile zu verzeichnen gewesen, die von den sonst mit der Bekanntmachung immer noch nicht recht ausgeglichenen Werksleitern angenehm empfunden wurden. Beispielsweise ist in einem Walzwerke die tägliche Walzgutmenge unter dem Einflusse der Bekanntmachung zunächst von etwa 220 Tonnen auf rund 200 Tonnen gesunken, neuerdings aber wieder auf mehr als 280 bis 240 Tonnen gestiegen. Die Steigerung ist durch Einstellung einer genügenden Zahl von Ersatzleuten und durch Einführung von zwei achtschichtigen Schichten statt der früher üblichen zwei zwölfschichtigen erzielt worden. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die erhöhte Leistung schon in zweimal 8 = 16 Stunden erreicht wird und daß das Wert für die übrigen 8 Stunden des Tages die Ausgaben für den Betrieb der Walzenstraße erspart und diese Zeit für eine weitere Leistungssteigerung noch verfügbar hat.“

Magdeburg: „Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß vor dem Erlaß der Bekanntmachung die Fälle übermäßiger Ausdehnung der Arbeitsschichten und unzureichender Ruhezeiten für die Arbeiter ungleich häufiger eingetreten sein werden als heute und daß die Bekanntmachung hierin Wandel geschaffen hat, ohne auf die Produktion der Werke von hemmendem Einfluß

*) Die genauen Zahlen für das Jahr 1910 sind nach unserer Berechnung: 195 051 Arbeiter, von ihnen leisteten 85 680 Überarbeit mit insgesamt 18 688 573 1/2 Überstunden, davon 7 525 288 Stunden am Sonntag.

zu sein.“ Schleswig: „Die 8stündige Mindestruhezeit ist allen Arbeitern des Werks (das sonst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und eine starke Überarbeit aufzuweisen hatte) regelmäßig gewährt worden.“ Hildesheim: „Der auffällige Rückgang der Überstunden des Hochtiefwerks erklärt sich aus den im Vorjahr vorgenommenen Umbauten und Erweiterungen. . . . Auf den Umfang der Überarbeit waren die Produktionschwankungen von wesentlich geringerem Einfluß als die Betriebsstörungen. . . . In allen Fällen, in denen eine 16stündige Arbeitsdauer überschritten war, wurde der Beginn der nächsten Schicht soweit hinausgeschoben, daß den Arbeitern mindestens 8 Stunden Ruhe verblieben. . . . Die Feuerarbeiter waren mit Überstunden weniger belastet als die übrigen in den Produktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter. . . . Die Zahl der monatlichen regelmäßigen Arbeitsstunden eines Feuerarbeiters betrug im Hochtiefwerk 339, im Martinswerk 300, im Thomaswerk und im Walzwerk 292 Stunden.“ Osnabrück: „Ein Rückgang der Überarbeit war . . . für dieses Jahr nicht festzustellen. . . .“ Münster i. W. weist einen geringen Rückgang der Überarbeit nach: „Die Vorschrift über die Gewährung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 8 Stunden konnte innegehalten werden.“ Arnberg, das von weiteren Fortschritten einer Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit in den übrigen Gewerken zu berichten weiß, stellt für die Großindustrie „eine merkliche Vermehrung der geleisteten Überarbeit“ fest; nur für die Bezirke Unna und Lüdenscheid ergab sich eine Abnahme. „Auch die durchschnittliche Dauer der Überarbeit für Tag und Arbeiter ist gegen das Vorjahr von 0,41 Stunden auf 0,55 Stunden gestiegen.“

„Außer (den) aus dem Betriebe und dem Grade der Beschäftigung sich ergebenden unvermeidlichen Überarbeiten gibt es andere, die sehr wohl ganz vermieden oder doch bedeutend verkürzt werden könnten. Dem Bestreben vieler Betriebsleiter, dies Ziel zu erreichen, steht als allerdings oft die Gewohnheit und der Wunsch der Meister und Arbeiter entgegen, sich in der Überarbeit einen gut bezahlten Nebenverdienst zu erhalten. Wie erheblich eine energische Betriebsleitung das Unwesen der Überarbeit einschränken kann, zeigten die Verhältnisse eines Walzwerks, in welchem seit Eintritt eines neuen Betriebsleiters vom April bis Dezember nur 1961 Überstunden geleistet wurden, während in der gleichen Zeit des Vorjahrs 5090 Überstunden zur Berechnung gekommen sind.“

Dagegen halte man eine Mitteilung aus Trier, die zu berichten weiß, daß eine auffällige Steigerung der Überstunden in einem Stahlwerk auf einen Personalwechsel in der Betriebsleitung zurückzuführen ist. Während der frühere Leiter des Werks das Bestreben hatte, möglichst ohne Überarbeit auszukommen, sucht der jetzige durch Forcierung des Betriebs die Produktion zu steigern. Infolge dessen stiegen die Überstunden von 53 im Dezember 1909 auf 2384 im November 1910, also auf das 45fache! Allgemein sagt dieser Bericht:

„Ein nicht unerheblicher Teil der Überarbeit ist auf die Gewohnheit der in Betracht kommenden Betriebsbeamten zurückzuführen, die nur ungern von dem seit Jahren geübten Verfahren abgehen, zumal die Einschränkung der Überarbeit einen besonderen Grad von Geschicklichkeit in der Regelung der Arbeiten erfordert. Unterstützt wird das Verhalten der Betriebsleitungen vielfach durch das namentlich bei älteren Arbeitern mit kinderreichen Familien vorhandene Bestreben, durch äußerste Ausnutzung der Kräfte ihren Arbeitsverdienst nach Möglichkeit zu steigern.“

Wiesbaden: „Eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf mehr als 16 Stunden ist im ganzen 526 mal . . . vorgekommen.“ Der Bericht erwartet, daß die Überarbeit durch Verbesserungen in den Veranlagungen eingeschränkt werde. Coblenz weist eine leichte Abnahme der Überarbeit auf: „Besonders in letzter Zeit sind die Fälle, in denen die 8stündige Ruhezeit nicht eingehalten wurde, seltener geworden.“ Köln sagt, daß eine Ausdehnung der Schicht über 16 Stunden an Werktagen in 6707 Fällen stattgefunden hat; ein großer Teil davon stellte sich als verlängerte Sonntagsarbeit dar:

„Es wurden dort (in 8 Stahlwerken) häufig sämtliche Arbeiter der Tagsschicht bis zu 12 Stunden . . . überbeschäftigt. . . . Gegen die sich hieraus ergebende 24stündige Arbeitszeit konnte nicht eingeschritten werden, weil den Arbeitern vor der nächsten, am Montagmorgen um 6 Uhr beginnenden regelmäßigen Schicht eine 24stündige Ruhepause gewährt und damit dem § 4 genügt wurde. Der Leiter eines dieser Betriebe war früher der Meinung gewesen, eine Verlängerung der 12stündigen Schicht im Stahlwerk sei schon mit Rücksicht auf die durch eine zu lange Arbeitszeit eintretende Vergrößerung der Unfallgefahr unzulässig. Jedenfalls sei er nicht gewillt, die strafrechtliche Verantwortung für Unfälle zu übernehmen, die in diesen langen Schichten entstehen könnten. Nachdem die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 Schichten von mehr als 12stündiger Dauer zuge-

lassen hat, ist diese Besorgnis geschwunden.“ Das ist jedenfalls eine sehr unerfreuliche Folge der Verordnung!

Wir schließen diese Auslese aus den Äußerungen der Gewerbeaufsichtsbeamten mit einigen Stellen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Dieser ist mit 64 079 Arbeitern in 212 Betrieben und Werkstätten weitaus das bedeutendste Gebiet der Großindustrie in Deutschland, er überragt Arnberg mit 46 532 und Osnabrück mit 31 826 Arbeitern ganz erheblich. Aber er steht auch hinsichtlich der Überarbeit an der Spitze: 31 574 Arbeiter, 49 % der Gesamtzahl, leisteten durchschnittlich monatlich Überarbeit, die Zahl der Überstunden beträgt im ganzen Jahre 7,5 Millionen, davon 3,8 Millionen am Sonntag. Klagen der Werke über die ihnen durch die Auserlegung der Überarbeitszeitverhältnisse erwachsende große Belastung waren häufig. Andererseits wurde anerkannt, daß die Verzeichnisse den Werken wertvolles Kontrollmaterial für die Betriebsführung liefern und daß einsichtige Betriebsleiter darin ein willkommenes und wirksames Hilfsmittel erblickten, „um die zumeist recht kostspielige und wenig produktive Überarbeit möglichst einzuschränken.“ Die durchschnittliche Dauer der Überarbeit betrug in den Hauptbetrieben allgemein 0,55 und für die Sonntage 2,81, in den Reparaturwerkstätten allgemein 0,93 und für die Sonntage 3,53 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung der Überarbeit für Tag und Arbeiter von 0,55 auf 0,85 Stunden eingetreten. Bezüglich der Pausen hat sich nichts wesentliches geändert. Für etwa 8000 Arbeiter war eine Verkürzung der einstündigen Mittagspause um $\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{1}{2}$ Stunde bewilligt. In den meisten Fällen von mehr als 16stündiger Arbeitszeit wurde die 8stündige Ruhezeit vor der nächsten Schicht eingehalten. Zahlreiche Verstöße gegen die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit wurden festgestellt, so 726 Fälle, in denen Arbeiter am 2. oder 3. Sonntag nicht die erforderliche Ruhezeit erhalten hatten. Fälle, in denen Arbeiter bis zu 8 Sonntagen hintereinander und bis zu 12 Stunden beschäftigt wurden, gehörten in den ersten Monaten nicht zu den Seltenheiten, später hörten so schwere Verstöße ganz auf und auch die leichteren wurden seltener.

Auch aus diesen Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten erhellt aufs neue, daß die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1908 manche gute Wirkungen im einzelnen gehabt hat. Aber einen Damm gegen die Zunahme der Überarbeit im Ganzen hat sie nicht gebildet. Die Arbeitszeit in der Großindustrie ist mit wenigen Ausnahmen im Jahre 1910 noch gestiegen, wenn auch die Ruhezeiten jetzt regelmäßiger eingehalten werden. Besonders beklagenswert ist die Häufigkeit und die Dauer der Sonntagsarbeit, trotz Beseitigung der allerschlimmsten Ausschreitungen. Auch das Kapitel der Pausen bietet manch Unerquickliches, offenbar sind hier und da die Regierungspräsidenten nur zu leicht für Ausnahmebewilligungen zu haben. Angesichts dieser Tatsachen will uns zweifelhaft erscheinen, ob die Vorschriften der Bekanntmachung genügen, um die Überarbeit auf das wirklich notwendige Maß zurückzuführen, das bei richtiger Disposition der Betriebsleiter, geschickter Regelung der Produktion, Verbesserung der Veranlagungen, Lohnerhöhungen und Selbsttätigkeit der Arbeiter erreichbar und für die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit sowie die Sicherung des Familienlebens der Arbeiterschaft erforderlich wäre. Der Reichstag hat in der eingangs erwähnten Sitzung am 3. April d. Js. von schärferen Maßnahmen, die ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, vorläufig abgesehen und sich mit der Zusage des Staatssekretärs des Innern begnügt, die, gemäß einem Zentrumsantrag, eine Denkschrift über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie in Aussicht stellt. Vermutlich wird diese Denkschrift nicht viel mehr bringen, als was uns die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten seit zwei Jahren sagen. Und diese rechtfertigen das Verlangen nach Verschärfung des Arbeiterschutzes in der Großindustrie. E. Frandø.

Ende der Unterstützung von Tabakarbeitern. Durch das Tabaksteuergesetz vom Juli 1909 waren zur Unterstützung von Tabakarbeitern und Hausgewerbetreibenden, die durch die Änderung des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden waren, 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diese Summe war bereits am Ende des Sommers 1910 aufgebraucht, und es wurde daher durch den Etat für 1910 ein weiterer Betrag von 750 000 M für den gleichen Zweck bereit gestellt. Da aber auch diese Mittel nicht ausreichten, wurden vom Bundesrat im Juli 1910 Grundsätze für die Gewährung weiterer Beihilfen aufgestellt. Danach sollten bis zum 3. Dezember 1910 Unterstützungen gewährt werden, wobei eine

Abstufung in der Höhe für verheiratete und unverheiratete Arbeiter gemacht wurde. Der Reichskanzler wurde ermächtigt, in besonderen Fällen noch bis zum 1. April 1911 Beihilfen zu gewähren. Trotzdem sind aber auch über diesen Termin hinaus noch Beihilfen aus außerordentlichen Mitteln gezahlt worden. Diese Zahlungen geschähen auf Grund einer Erklärung des Reichsschatzsekretärs im Reichstag, nach der er sich für ermächtigt hielt, auch über die gesetzlich bewilligten Mittel hinaus Beihilfen zu gewähren. Mit dem 15. August haben nun die Unterstützungen endgültig ihr Ende erreicht, da selbst das Tabaksteuergesetz diesen Termin als den äußersten bestimmt hat, bis zu dem Beihilfen geleistet werden sollten. Im ganzen sind für die Unterstützung der Tabakarbeiter annähernd 6 750 000 M bezahlt worden, also fast 2 Millionen Mark mehr, als gesetzlich zur Verfügung gestellt waren.

Die Bewegung für die bessere Ausnützung des Tageslichts, die zunächst in England einsetzte, gewinnt auch in Deutschland mehr und mehr an Boden. Die Soz. Prax. berichtete bereits (Sg. XX Sp. 1307) von der Stellungnahme industrieller Kreise zu dieser Frage. Mit besonderem Eifer nimmt sich jetzt die Firma Sarotti, Berlin, der Sache an und sucht durch Verbreitung von Flugblättern sowie eines in der „Woche“ erschienenen Artikels von Professor Dr. C. Engel Anhänger für den Gedanken zu gewinnen. Auf Grund einer der Veröffentlichungen der Firma zu dieser Frage gingen ihr bereits 1400 Zustimmungserklärungen aus ganz Deutschland zu. In dem letzten sehr wirksamen Flugblatt „Sehnst du dich nach der Sonne“ heißt es u. a.: Was will die „Sommerzeit“? Im Sommer eine Stunde früheren Arbeitsanfang! Im Sommer eine Stunde früheren Arbeitsluß! Beides erzielt durch Vorstellen der Uhren um eine Stunde im April jeden Jahres, für die Dauer des Sommers. Gewinn: Für jedermann abends eine Stunde mehr Tageslicht — mehr Sonne zu seiner Erholung!

Rechtspflege.

Über ungesetzliche Werkkonsumanstalten in Lothringen berichtet das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 17 vom 21. August 1911). Eine Anzahl Lothringer Werksbesitzer hatten nach französischem Muster sogenannte „Economats“ errichtet, die im Rahmen des § 115 Abs. 2 G.D. Lebensmittel zum Selbstkostenpreis liefern sollten, während es in Wirklichkeit regelrechte Warenhäuser waren, in denen alles zu haben war: Lebensmittel, Bekleidungsstücke bis zu den feinsten Luxusgegenständen und — alkoholische Getränke. Die Verabfolgung der Waren geschah durchweg auf Borg und zwar so, daß die Art der Ware sowie deren Preis in ein Kontobuch eingetragen und der Betrag vom Lohne in Abzug gebracht wurde. Teilweise gab man auch sogenannte Gutscheine aus. Einige Werkkonsumanstalten stellten am Schlusse des Jahres eine Bilanz auf und verteilten den Überschuß in Form einer Dividende an diejenigen, die Waren entnommen hatten. Andere hielten die Aufstellung bzw. Veröffentlichung einer Bilanz nicht einmal für notwendig, sondern erklärten: wir verkaufen nur zum Selbstkostenpreis. Die Erzielung eines Gewinns sei ausgeschlossen. Trotz mannigfacher Beschwerden schritten die Aufsichtsbehörden nicht ein. Bei dem Streik der Erzbergarbeiter im Frühjahr 1907 wurden nach Einstellung der Arbeit auch die Werkkonsume für die Streikenden gesperrt. Da die Arbeitgeber aber auch den Lohn bis zum Fälligkeitstage inne behielten und die Geschäftsleute den Streikenden, die sonst ihren ganzen Bedarf im Werkkonsum deckten, keinen Kredit gewährten, so mußten die Arbeiter, um überhaupt Nahrungsmittel zu erhalten, die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen; andererseits wurde aber auch die Erbitterung gegen die Werkkonsumanstalten gesteigert. Nunmehr verklagten auf Veranlassung des Gewerkschaftsvereins 10 Bergleute die Besitzer eines Werkkonsumvereins auf Herauszahlung der Summe, die ihnen für die im Konsum entnommenen Waren in Abzug gebracht worden waren, im ganzen 5500 M. Das Landgericht Metz erklärte die Konsumanstalt als eine Wohlfahrts-Einrichtung im Sinne des § 117 G.D. und wies die Klage ab. Es wurde Berufung eingelegt, gleichzeitig aber auch gegen die Inhaber und Verwalter des betreffenden Konsumvereins wegen Vergehens gegen §§ 115, 119, 146 G.D. bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Auch die Staatsanwaltschaft mußte erst durch das Oberlandesgericht dazu gezwungen werden, Anklage zu erheben, und nunmehr wurden drei Direktoren und ein Konsumverwalter zu je 100 M Strafe kostenpflichtig verurteilt, weil in der Konsumanstalt nicht nur Lebensmittel, sondern auch andere Gegenstände, wie Kleider, Schuhe, Griffe, Schultzangen, alkoholische Getränke usw. verkauft wurden

und die Verkaufspreise auch die Anschaffungskosten überstiegen. Der Charakter als Wohlfahrts-Einrichtung wurde der Konsumanstalt abgesprochen. Die Revision wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Nunmehr — am 11. April 1911 — wurde auch in der Berufungsinanz über das Urteil des Landgerichts Metz verhandelt. In dem Urteil wurde, soweit es sich um die Lieferung von Feuerungs- und Beleuchtungsmitteln, Arznei, von Werkzeugen und Stoffen für übertragene Arbeiten handelte, ein Verstoß gegen die G.D. nicht erkannt, dagegen erklärt, daß die Lieferung aller anderen Waren in ungesetzlicher Weise erfolgt sei, und der Werksinhaber wurde verurteilt, die für dieselben abgezogenen Beträge auszu zahlen. Das „Zentralblatt“ bemerkt hierzu ziemlich bitter:

Die Besitzer und Verwalter der Werkkonsume haben sich seit Jahren fortgesetzt strafbarer Handlungen schuldig gemacht. Sie sind der Loyalität der deutschen Staatsanwaltschaft dank schuldig, denn dieselbe konnte, nachdem die Inhaber und Leiter einer Konsumanstalt des Vergehens gegen die G.D. überführt waren, gegen alle anderen Strafantrag stellen und so deren Verstrafung herbeiführen. Denn konnten sie aber auch ersatzpflichtig gemacht werden, weil die Dammierung der Waren ungesetzlich war. . . . Jahrelang, teilweise jahrzehntelang bestand dieser gesetzwidrige Zustand, der zur Erhebung von Klagen und Bemessung der Höhe der Ansprüche in Betracht gezogen werden könnte. Die Aufsichtsbehörde schweigt sich, nachdem die Gesetzwidrigkeit einwandfrei nachgewiesen ist, aus.

Streitposten und Strafenordnung. Bekanntlich versuchen einzelne Polizeibehörden immer wieder, mit Hilfe der Strafenordnungen das sonst nicht zu verbietende Streitpostenstehen zu unterbinden oder, wenn dies nicht geht, die Streitposten doch zu schikanieren. So hatte während des Kasellnerstreiks in Hamburg ein Schutzmann von einem Boykottzettelverteiler verlangt, daß er die vom Publikum weggeworfenen Zettel wieder aufheben solle, und als dieser sich weigerte, der Anordnung des Schutzmanns nachzukommen, war er auf Grund der Bestimmungen der Hamburger Strafenordnung in Strafe genommen worden. Während die beiden ersten Instanzen die Strafverfügung bestätigten, sprach ihn das hanseatische Oberlandesgericht frei, indem es u. a. ausführte:

Die Gehoramspflicht ist keineswegs unbegrenzt. Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 81 der Str.-O. ist, daß die Anordnung im Rahmen der im § 80 genannten Zwecke ergangen ist. Das angefochtene Urteil nimmt an, daß der Schutzmann seine Anordnung zum Zwecke der Erhaltung der Reinlichkeit getroffen habe. Das ist offenbar wörtlich nicht zutreffend. Denn die Straße war durch das Fortwerfen der Zettel bereits verunreinigt, als der Befehl des Schutzmanns erging und, was er bezweckte, war die Wiederherstellung der Reinlichkeit.

Des weiteren wird dann ausgeführt, daß eine Anordnung des Schutzmanns zur Wiederherstellung der Reinlichkeit doch immer nur gegen die Person gerichtet sein dürfe, die die Verunreinigung verursacht habe. Auch müsse gefordert werden, daß die Anordnung der Verunreinigung unmittelbar folge; ebenso müsse der Begriff des Verschuldens, um eine unzulässige Ausdehnung des Anordnungsrechts zu verhüten, eng ausgelegt werden. An allen diesen Voraussetzungen fehle es aber hier. — Das Ergebnis auch dieser Haupt- und Staatsaktion ist immer nur wieder: Kosten für die Staatskasse auf der einen Seite und ein ausgiebiger Agitationsstoff auf der andern Seite.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Aus dem Zentralschiedsgericht im Baugewerbe ist der seit herige Unparteiische Dr. Wiedfeldt ausgeschieden, da er als wirtschaftlicher Berater zur japanischen Regierung berufen worden ist. Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe sowie sämtliche beteiligten Arbeitgeberorganisationen haben sich nun bei der Wahl eines neuen Unparteiischen auf die Person des Gewerbegerichts-direktors Dr. Brenner-München geeinigt, der um die Beilegung von Arbeitskämpfen sich die größten Verdienste erworben hat. Dr. Brenner hat sich unter gewissen Bedingungen bereit erklärt, das Amt zu übernehmen. — Die wegen Eintritts Dr. Brenners in das Reichsamt des Innern als Nachfolger von Dr. Wiedfeldt eingeleiteten Verhandlungen, über die wir Sp. 964 berichteten, sind nach einer Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gescheitert. Dr. Brenner ersuchte, von einer definitiven Berufung in das Reichsamt abzusehen, erklärte sich aber bereit, gegebenenfalls bei großen wirtschaftlichen Fragen, besonders bei Lohnbewegungen im Deutschen Reich, sich dem Reichsamt des Innern zur Verfügung zu stellen, soweit er in München von seinem Amte abkömmlich sei.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Die 7. internationale Gewerkschaftskonferenz

fand vom 11. bis 13. August d. Js. in Budapest statt. Die sachliche Unwichtigkeit vieler Verhandlungspunkte ließ ein allzu hartes Auseinanderprallen der Gegensätze nicht zu, doch zeigten sich die nationalen Unterschiede bei allen, besonders aber den zahlreichen geschäftsordnungsmäßigen Beratungspunkten in einer immerhin nicht uninteressanten Weise. Natürlich standen sich vor allem die deutschen und die französischen Vertreter gegenüber oder, persönlich gefaßt: Legien auf der einen, Yvetot, der jüngst aus Deutschland ausgewiesene Anarchosyndikalist, mit Jouhaux auf der anderen Seite. Der größte Teil der Vertreter neigte sich mehr auf die deutsche Seite, so vor allem die sehr besonnenen Vertreter Hollands und Englands, während der österreichische Delegierte Hueber wiederholt ein wenig mehr den französischen Deduktionen zugänglich war. Im ganzen zeigte der Kongreß, auf dem mehr als 6 Millionen organisierter Arbeiter der ganzen Kulturwelt durch 26 Delegierte vertreten waren, deutlich, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht nur zahlenmäßig, sondern auch bezüglich ihrer Zielsicherheit und der klaren Beschränkung auf aller Deklamation fremde, wirklich gewerkschaftliche Arbeit unter allen den sozialistischen Parteien nahestehenden Gewerkschaften der verschiedenen Länder an erster Stelle steht.

Die Verhandlungen wurden mit zeitraubenden Debatten über die beiden amerikanischen Organisationen, die American Federation of Labor (A. F. L.) und die Workers of the World, begonnen. Gerade hierbei traten die Gegensätze sofort stark in die Erscheinung. Der anwesende Vertreter der Federation wurde von dem der Workers, die der Internationale nicht angeschlossen sind und ihren Delegierten daher nur als Gast mit dem Ersuchen um Aufnahme gefaßt hatten, in sehr ungehöriger Weise angegriffen und fand bei den Vertretern Deutschlands, Englands und Hollands Unterstützung, während sich Jouhaux ganz auf die Seite der französischen Syndikalismus verwandten Workers stellte. Österreichs Delegierter machte gegen die A. F. L. verschiedene Bedenken geltend; insbesondere sei ihr Vertreter eifriges Mitglied der Civic Federation (C. F.) und komme daher zu keiner klaren Kampfstellung gegen die Unternehmer. Die Civic Federation ist eine Organisation zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und bemüht sich, Arbeitgeber und -nehmer zusammenzuführen, um Streitfragen zu besprechen und möglicherweise zu beseitigen. Diese Tendenz bezeichnete Legien als „von Anfang an gut“, wobei er den amerikanischen Arbeitern die Entscheidung darüber überlassen wollte, ob sie es auch heute noch sei, und für Auscheidung der ganzen Frage nach der Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation eintret; der Vertreter der A. F. L. sei ordnungsgemäß durch das Vertrauen der amerikanischen Arbeiter delegiert worden, und ob er nebenbei einer liberalen oder konservativen Partei oder sonst irgend einer Organisation angehöre, gehe die Internationale Konferenz gar nichts an; er würde an Stelle des Amerikaners überhaupt auf die Frage nach seiner Zugehörigkeit zur C. F. gar nicht antworten.

In ähnlichem Sinne wurde von holländischer Seite gesprochen und die häufige Notwendigkeit von Verhandlungen in Arbeitskonflikten betont. Auch Englands Vertreter war der Meinung, die C. F. sei keineswegs arbeiterfeindlich und tue nichts anderes als z. B. die Londoner Handelskammer, deren Einigungs- und Schiedsgerichtsrat er selbst lange Zeit angehört habe; er werde an den Internationalen Konferenzen nicht mehr teilnehmen können, wenn die Mitgliedschaft zur C. F. dem Vertreter der A. F. L. zum Vorwurf gemacht werde. Jouhaux dagegen erging sich in Anwürfen gegen die C. F., welche eine Organisation des Harmoniebüfels der Klassen sei und sich in allen Aktionen gegen die Arbeiterklasse richte. Ebenso verwarf Hueber sowohl die C. F., weil sie den Klassenkampf verwische, als auch die A. F. L., von der er, in größtem Gegensatz zu dem Vertreter Englands, D'Grady, behauptete, sie leiste nichts für die Arbeiterklasse. Yvetot machte die amerikanischen Diners lächerlich, die von der C. F. für Arbeitgeber und Arbeiterführer veranstaltet wurden, mußte sich aber von mehreren Delegierten für das Hasen an solchen Kleinigkeiten gründlich zurechtweisen lassen. Appleton (England) betonte, gerade die gesellschaftliche Zusammenkunft von Vertretern der sich bekämpfenden Klassen sei ungemein lehrreich. „Yvetot wurde bisher noch nie vom Kaiser eingeladen“, fuhr Appleton fort, „sollte er dazu kommen, so wird er mir hoffentlich auch eine Einladung aussprechen, damit auch ich

Gelegenheit hätte, Personen und Dinge kennen zu lernen und beeinflussen zu können, mit denen wir nicht so leicht zusammenkommen.“

Nach diesem und manch anderem satirischen und scharfsinnigen Wort der Gemäßigten wurde endlich die Aufnahme der Workers of the World abgelehnt, nachdem kurz zuvor die Frage, ob Delegierte über ihre Zugehörigkeit zu anderen Organisationen der Konferenz auf Befragen Auskunft zu geben haben, gegen fünf Stimmen verneint worden war. Die A. F. L. gilt also als einzige und offizielle Vertretung der amerikanischen Arbeiter.

Eine gleichfalls sehr lange Debatte entstand über die Frage, wie oft in Zukunft die Konferenzen stattfinden sollten. Die Holländer beantragten, nur noch alle drei Jahre Konferenzen zu veranstalten und diese örtlich und zeitlich dem Internationalen Sozialistenkongreß anzupassen. Hiergegen sprach Legien, indem er auf die Arbeitshäufung bei solchen Zusammenlegungen hinwies; die Kongresse selbst litten darunter in jeder Hinsicht. Von Amerika erfolgte eine Einladung, 1914 einen Kongreß in San Francisco, gleichzeitig mit der Eröffnung des Panamakanals, zu veranstalten; die endgültige Entscheidung über diesen Antrag wurde bis 1913 zurückgestellt; dann soll die nächste Konferenz, deren Ort noch nicht feststeht, über die Einladung Beschluß fassen. — Ein einstimmig angenommener Antrag verlangt sodann, daß die Internationalen Berufssekretariate nur solche Organisationen zulassen sollen, die ihrer Landeszentrale angeschlossen sind.

Ein weiterer Verhandlungsgegenstand war die Frage der Veranstaltung internationaler Kongresse der Arbeiter und der Gründung einer Internationalen Arbeitsföderation. Gegen ersteren Vorschlag, der von Frankreich ausging, wandte sich Legien sehr lebhaft; er glaube, die Franzosen wollten da bloß dem Internationalen Sozialistenkongreß Konkurrenz machen, um auf diesem Wege Tendenzen zum Ausdruck zu bringen, für die die Internationalen Sozialistenkongresse nicht zu haben sind. Der letztere, von Amerika kommende Vorschlag dagegen, soweit es sich wenigstens um vorläufige Erwägungen in dieser Richtung handle, sei gut. Die Internationale Föderation ist als die organische Weiterbildung des heutigen Internationalen Sekretariats gedacht: so wie heute die einzelnen Verbände Landeszentralen bilden, so soll die Internationale Föderation die Zentrale der Landeszentralen und als solche auch mit mancherlei Befugnissen ausgestattet werden. Wenn diese Föderation, die freilich noch in weiter Ferne liegt und nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, dann Internationale Gewerkschaftskongresse einberufen wird, dann werden dies, nach Legiens Meinung, nicht Demonstrationen, sondern Organisationskongresse sein, im Gegensatz zu den heute von den Franzosen gewünschten Kongressen.

Von Amerika ging auch ein Antrag aus, welcher verlangte, die Konferenz solle allen Ländern nahelegen, daß in Zeiten industrieller Depression oder während und bei bevorstehenden Kämpfen die Abwanderung aus einem Lande in andere Länder verhindert werde. Sassenbach (Deutschland) verlangte, daß andererseits aber auch die Gleichberechtigung zureisender Mitglieder der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen statuiert werde. In England und Amerika würden da heute oft noch ganz unzulässige Schwierigkeiten gemacht. Die englischen Vertreter versprachen Abhilfe und wiesen im übrigen auf die Versuche mancher Regierungen, die Aus- bzw. Einwanderung durch Prämien, Reiseguschüsse usw. zu erleichtern, hin; eine Debatte im englischen Unterhause habe neulich gezeigt, daß dies auf Kosten aller Steuerzahler geschehe und sehr leicht zu staatlichen Streikbrecherttransporten führen könne. Dann wurde der amerikanische Antrag einstimmig angenommen.

Es folgte die Behandlung der Frage der Nachtarbeit. Schweden verlangte ein gesetzliches Verbot in allen Industrien, für die die Nachtarbeit nicht unbedingt notwendig sei. Von italienischer Seite wurde die lebhafteste Agitation der dortigen Gewerkschaften zur Abschaffung der Kinderarbeit und Frauenarbeit während der Nacht erwähnt; in der Bäckerei sei durch das vor Jahresfrist in Kraft getretene Gesetz vom 22. März 1908 die gesetzliche Abschaffung der Nachtarbeit durchgesetzt worden (XVII, Sp. 1088); ein weitergehender Gesetzentwurf liege dem Parlament vor. Yvetot betont: bei dieser Gelegenheit wieder seinen sattem bekannten Antiparlamentarismus und meinte, jede Landeszentrale müsse die Nachtarbeit eben mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln und den üblichen Methoden abzuschaffen suchen. Der Antrag Schwedens fand einstimmige Annahme.

Endlich wurde noch über die Bekämpfung der Heimarbeit verhandelt. Ein Antrag Hollands, ein Nationalkomitee zur Bekämpfung der Heimarbeit seitens jeder Landeszentrale zu gründen

oder einem schon bestehenden Komitee beizutreten, sowie diese Landeskomitees international einem Bureau permanent du Travail à domicile anzuschließen, wurde, obwohl Holland von ihm die Beteiligung am Internationalen Heimarbeitkongress in Zürich 1913 abhängig machte, abgelehnt. Legien meinte, in diesem Antrag liege eine zu große Bindung für die einzelstaatliche Taktik; er erklärte sich aber bereit, Material zu sammeln und gegebenenfalls an die Landeszentralen mit seinem Ratsschlag weiterzugeben. In dieser Debatte wies übrigens der Vertreter Bulgariens auf die riesige Entwicklung der Heimarbeit im Orient hin, der gegenüber man noch ganz machtlos sei.

Zum Schluß des Kongresses wurde Legien einstimmig zum Internationalen Sekretär wiedergewählt und ein Vorschlag der Franzosen, für das Internationale Sekretariat die Hilfsprache Esperanto einzuführen, abgelehnt.

Hirsch-Dundersche Gewerkevereinstagungen. 12. Delegiertentag der Deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen (Berlin 6. bis 13. August). Eine Entschließung wendet sich dagegen, daß den Arbeitern der Kgl. Vesteilungsämter gestattet wird, nach Feierabend für Privatgeschäfte zu arbeiten. Der Verbandsvorsitzende Paul Krüger spricht über das Vertragsverhältnis mit dem Arbeitgeberverband und besonders das paritätische Schiedsgericht, dessen Beschlüsse bindend sind; hiergegen wenden sich einzelne Delegierte und fordern für die Ortsvereine das Recht, den Schiedsspruch der Hauptvorstände anzuerkennen oder abzulehnen; die Mehrzahl ist aber für unveränderte Beibehaltung des bestehenden Vertrags, da jene Vorschläge den ganzen Vertrag illusorisch machen würden. Im Anschluß an einen weiteren Vortrag wird eine Entschließung zum Hausarbeitsgesetz angenommen, in der den Beschlüssen des Heimarbeitertags zugestimmt und vor allem auch die rasche Erledigung des Entwurfs gefordert wird. Ferner wird der Name des Vereins durch Aufnahme des Wortes „Schneiderinnen“ erweitert, die bisherige Altersgrenze und die Aufnahme selbständiger Kundenmeister, welche Arbeiter beschäftigen, beseitigt sowie die Arbeitslosenunterstützung schon nach einjähriger Mitgliedschaft gewährt. Endlich wird beschlossen, die Hilfskasse des Vereins (158 200 M. Vermögen) in eine Zuschußkasse umzuwandeln.

10. Generalversammlung des Gewerkevereins der Bergarbeiter. Der Tätigkeitsbericht erwähnt das Wachsen der Mitgliederzahl in den Jahren 1908 bis 1911 von 2064 auf 4200 und bespricht das Verhältnis zu den anderen Gewerkschaftsrichtungen. Goldschmidt-Berlin berichtet sodann über die Reichsversicherungsordnung. Brilla und Schmidt sprechen über den Stand der Berggesetzgebung und die Forderungen des Gewerkevereins auf knappschaftlichem Gebiete; eine hierzu einstimmig angenommene Entschließung verlangt ein einheitliches Reichsberggesetz, 8 stündige, bei mehr als 28° C oder Kälte 6 stündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, Anstellung von in geheimer und direkter Wahl durch die Belegschaften gewählten Arbeiterkontrolluren zur Grubenkontrolle, im Gegensatz zu den heutigen, von den Unternehmern zu abhängigen Sicherheitsmännern, ferner reichsrechtliche Festsetzung der geheimen und direkten Wahl für die Knappschaftswahlen, Wählbarkeit der Knappschaftsinvaliden und der freiwillig weiterzahlenden Rassenmitglieder, Vereinheitlichung und Konzentration des Knappschaftswesens, Erhöhung der Knappschaftskassenleistungen sowie Zahlung der Invalidenpension nach 25 Jahren Dienstzeit in Höhe von $\frac{2}{3}$ des Dauerlohnes ohne Nachweis der Invalidität. — Ein nach Erledigung der Tagesordnung eingegangener Antrag auf Herstellung und dauernde Erhaltung von Einigkeit unter den Bergarbeiterverbänden der verschiedenen Richtungen konnte nicht mehr verhandelt werden, fand aber keinen Grundgedanken nach Zustimmung.

Kurz vor Pfingsten, am 21. Mai, hatte außerdem der 6. Vertretertag des Gewerkevereins der Deutschen Gemeindearbeiter in Berlin stattgefunden. Der Mitgliederverlust in Groß-Berlin ist durch Zuwachs in Nürnberg, Bremen und andern Orten aufgewogen worden. Ein Vortrag über Jugendorganisation beschäftigte sich mit der Frage, ob die Ortsvereine selbst Jugendabteilungen mit eigener Verwaltung gründen und diese dann der Jugendabteilung des Verbandes der Gewerkevereine anschließen oder ob die Ortsvereine ersucht werden sollen, jugendliche Arbeiter den schon bestehenden Jugendabteilungen zuzuführen. Die Aussprache ergab größere Neigung zur ersteren als zur letzteren Organisationsform.

4. Verbandstag des Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter (13. bis 16. August in Herford). Mitgliederzahl Ende 1910: 7840 (Anfang 1909: 5385). Einnahmen 1909/1910: 168 000, Ausgaben 137 000, Verbandsvermögen Ende 1910: 77 150 M. Der Verband schreibt sich im Tätigkeitsbericht das Hauptverdienst an der Erlangung der Unterstützung der durch die Tabaksteuer von 1909 arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zu. 2268 Mitglieder nahmen an 101 Lohnbewegungen teil, von denen 5 zu Streiks und 2 zu Aussperrungen führten. Der Verbandstag erhöhte die Wochenbeiträge. Vorträge hielten Köblach-Düffeldorf über Tabakindustrie und Tabakarbeiterchaft und Eichenlaub-Heidelberg über die Agitation unter den Jugendlichen und Arbeiterinnen. Ein drittes Referat betraf die Frage der Lehrverträge in der Zigarrenindustrie, über deren gesetzliche Zulässigkeit der Verbandsvorstand baldmöglichst Klärung herbeiführen wird.

Kartellverband katholischer Arbeitervereine. Die Vorsitzenden der Verbände der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ost-Deutschlands haben am 7. August in Mainz einen Kartellverband begründet. 1975 Arbeitervereine mit 289 721 Mitgliedern sind in ihm vereint. Sein Zweck ist die gemeinsame Förderung der katholischen Arbeitervereinsbewegung durch Austausch von Anregungen und Erfahrungen und gemeinsame Stellungnahme zu wichtigen Fragen der christlichen Sozialreform usw. Dahin gehört auch nachdrückliche Förderung der christlichen Gewerkschaften. Der Kartellverband läßt den angeschlossenen Verbänden völlige Selbständigkeit. An seiner Spitze steht ein Ausschuß, gebildet aus den Vorsitzenden der angeschlossenen Verbände. Zum Ehrenpräsidenten wurde Abgeordneter Dr. Sige gewählt. (Außerhalb des Kartellverbandes stehen der Verband katholischer Männervereine des Bistums Straßburg [52 Vereine mit 12 970 Mitgliedern], der Meyer Diözesanverband [85 Vereine mit 8058 Mitgliedern] und der Verband der katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ [1229 Vereine mit 180 000 Mitgliedern]. Insgesamt weist das Reich 3291 katholische Arbeitervereine mit 435 749 Mitgliedern auf.)

Die Gewerkschaften in England 1910 weisen nach den amtlichen Berichten den höchsten Stand auf, den sie bisher erreichten. Insgesamt wurden Ende 1910 gezählt 2 426 592 Mitglieder, 3,4 % Zuwachs gegen das Vorjahr. Diese Millionen aber sind zerstückelt in 1154 Verbänden. Stark zurückgegangen sind die Gewerkschaften im Baugewerbe, die 1901 fast $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder zählten, 1910 aber 80 000 weniger, und die Gewerkschaften im Bekleidungsgebiete, die seit 1902 einen Rückgang von fast 20 000 verzeichnen. Alle übrigen Verbände sind gewachsen. Die größten Gewerkschaften sind:

Baugewerbe (71 Verbände) 157 796 Mitglieder; Bergwerke (84 Verbände) 729 728 Mitglieder; Metall- und Maschinengewerbe sowie Schiffbau (212 Verbände) 369 874 Mitglieder; Textilgewerbe (271 Verbände) 379 108 Mitglieder; Schuhmacher (12 Verbände) 84 457 Mitglieder; Schneider (29 Verbände) 82 326 Mitglieder; Eisenbahner (7 Verbände) 116 214 Mitglieder; Trambahner (17 Verbände) 42 691 Mitglieder; Seeleute, Hafenarbeiter (34 Verbände) 71 636 Mitglieder; Druckgewerbe (38 Verbände) 73 880 Mitglieder; Holzgewerbe (91 Verbände) 88 842 Mitglieder; Handlungsgehilfen (4 Verbände) 56 312 Mitglieder; andere Gewerbe (192 Verbände) 107 409 Mitglieder; sonstige Arbeiter (15 Verbände) 119 065 Mitglieder; Staats- und Gemeindearbeiter (77 Verbände) 97 757 Mitglieder. Beiläufige Mitglieder hatten die Gewerkschaften 221 272, zumieist in der Baumwollindustrie.

Die verschiedenen Vereine eines Gewerbes haben sich zu Föderationen zusammengeschlossen, hauptsächlich kommen hier in Betracht die Federation of trade unions, der Verband der Bergarbeiter und der der Metall-, Maschinen- und Schiffbauarbeiter. Auffällig ist die Schwäche der Organisation im Handelsgewerbe, von Trade unions der technischen Angestellten wird überhaupt nichts berichtet.

Streiks und Aussperrungen.

Nachwehen und Lehren der Arbeitskämpfe in England.

Der Sturm, der über das Arbeits- und Geschäftsleben Englands in den ersten drei Wochen dieses Monats dahinbrauste und die Nation in einem kritischen Augenblick bis an den Rand des Bürgerkriegs zu treiben drohte, ist beschwichtigt worden. Daß nicht mit einem Schläge überall völlige Ruhe und Ordnung wieder eintrat, ist nur natürlich. Solchen schweren Kämpfen folgen auch nach ihrer Beilegung manche Zufutungen und Nachwehen. Und darunter fallen auch Unruhen und Tumulte, die mit den Arbeitskämpfen in keiner unmittelbaren Verbindung stehen, wie die Ausschreitungen in mehreren walisischen Orten, wo es — etwas Unerhörtes in England — zu regelrechten Judenhetzen gekommen ist. Aber im allgemeinen wird übereinstimmend berichtet, daß fast überall die Dinge wieder in ihr altes Geleise zurückgekehrt sind. So vor allem im Hafen von London. Hier haben die Arbeiter der verschiedenen Gruppen nach einem Ausstand von wenigen Tagen durch Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter unter Beihilfe der Regierung sehr erhebliche Vorteile errungen: Schauerleute, Kohlenträger, Leichterführer, Frachtfuhrleute haben durchweg namhafte Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit erhalten; überall wurden von den Unternehmern die Gewerkschaften anerkannt. Auch eine letzte Gruppe von Arbeitern, die Fluß- und Küstenschiffer, hat sich am 24. August mit ihren Arbeitgebern geeinigt. Auch die Gefahr eines Streiks auf den Trambahnen in London ist zurzeit beseitigt, da die Direktoren den Angestellten Abhilfe ihrer Beschwerden am 25. August zugesagt haben.

In allen anderen großen Industriezentren ist ebenfalls Ruhe und Ordnung rasch wieder eingekehrt. Nur in Liverpool dauerte der

Ausstand noch einige Tage fort, der gegen 60000 Mann umfaßt. Zwar waren die Straßenkämpfe beendet, in denen die Hefe der Bevölkerung gegen Polizisten und Soldaten focht. Auch hatten die Reeder die Aussperrung der Dockarbeiter aufgehoben. Aber die Trambahngesellschaft hatte sich geweigert, 250 Streikende wieder einzustellen. Und sofort wurde von den Arbeiterführern die Fortdauer des Arbeitsstillstandes verkündet, und um einer kleinen Gruppe von Kollegen willen verharren Zehntausende im Ausstand. Ja, sie drohten, wenn die Trambahner nicht wieder eingestellt würden, mit der Organisierung eines Generalstreiks der Transportarbeiter in ganz England. Auf Ersuchen der Regierung hatten sich zwei Parlamentsvertreter von Liverpool mit dem Beamten des Handelsamts Herrn Chadleton, dem bekannten früheren Gewerkschaftsführer, zu einem Untersuchungsausschuß vereinigt, der eifrig bemüht war, die letzten Hindernisse des Friedensschlusses in Liverpool aus dem Wege zu räumen. Auch der berühmte Vermittler Astwirth vom Handelsamt begab sich nach Liverpool. Den vereinten Bemühungen gelang es am 25. August, die Wiedereinstellung der 250 Trambahner zu erreichen. Damit war auch hier der Friede geschlossen. Englands zweitgrößte Hafen- und Handelsstadt hat unter den Kämpfen schwer gelitten; namentlich wird die Einschränkung der Milchzufuhr beklagt, die eine namhafte Steigerung der Kindersterblichkeit zur Folge gehabt haben soll.

Verhältnismäßig rasch und glatt vollzog sich die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Eisenbahnen nach dem Friedensschluß in der Nacht vom 19. auf 20. August. Zwar zögerten an einzelnen Orten kleinere Trupps von Eisenbahnern noch einige Zeit, ehe sie zurückkehrten; auf einer der größten Linien der Midlands-Gesellschaft kam es zu Zwistigkeiten wegen der Wiedereinstellung, die indessen rasch durch Verhandlungen des leitenden Direktors mit dem Sekretär der Vereinigten Eisenbahnergewerkschaft beseitigt wurden; eine andere Gesellschaft, die Great Northern, die längst die Gewerkschaft anerkannt hat, war im Unklaren, ob sie unter die Vereinbarung falle. Aber diese Nachwehen kamen doch in kurzer Zeit ebenfalls zur Ruhe. Und schon am 23. August hat die von der Regierung einberufene Kommission ihre Tätigkeit begonnen. Ihre 5 Mitglieder sind nicht aus den Reihen der unmittelbar beteiligten Unternehmer und Eisenbahner entnommen. Um jeden Zwist auszuschließen und eine völlig unparteiische Untersuchung zu sichern, hat die Regierung bestellt als Vorsitzenden des Ausschusses den früheren irischen Unterstaatssekretär Sir David Harrel, als Vertreter der Arbeitgeber Sir Thomas A. Ellis, Sekretär der Vereinigung der Kohlengrubenbesitzer, und den Rechtsanwalt Gabriel Beale, Sachwalter großer Gesellschaften, für die Arbeiter das bekannte Mitglied der Arbeiterpartei im Unterhause Arthur Henderson und den früheren Gewerkschaftsführer John Burnett, der jetzt Haupt-Arbeitskorrespondent des Handelsamts ist. Aufgabe dieser Kommission ist, zu untersuchen, ob die Beschwerden der Eisenbahner gegen die Einigungsämter von 1907 begründet und welche Verbesserungen vorzunehmen sind. Dabei werden natürlich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner zur Sprache kommen, die zum Teil sehr schlecht sind. Die Durchschnittslöhne belaufen sich auf 24 bis 25 *M.* wöchentlich und sind seit 10 Jahren dieselben; die höchsten Löhne beziehen die Lokomotivführer mit 38 *M.*, in den unteren Schichten der Angestellten aber sinken sie bis auf 14 und 15 *M.* Dabei überschreiten die Arbeitszeiten häufig 12 und 13 Stunden täglich. Man erwartet mit großer Bestimmtheit eine wesentliche Verbesserung der Lage der Eisenbahner, deren Kosten freilich durch Tarifierhöhungen auf das Publikum abgewälzt werden sollen.

Die Haltung der Regierung im Eisenbahnerstreik gab Anlaß zu einer erregten Verhandlung im Unterhaus, das am 22. August vor seiner Vertagung bis Ende Oktober nochmals zusammentrat. Volle Anerkennung hatte die Regierung für ihre Friedensbemühungen in den früheren Londoner Arbeitskämpfen gefunden, wo dank dem Eingreifen des Handelsministers Buxton und des Ministers der Sozialverwaltung Burns so rasch und glücklich in den Tagen der zweiten Augustwoche der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf dem Wege von Verhandlungen erreicht worden war. Aber im Eisenbahnerausstand hatten Mißverständnisse den Ausgleich erschwert. Die Arbeiterführer behaupteten, der Premierminister Asquith habe anfangs die Eisenbahner durch Drohungen einzuschüchtern versucht, auf die Arbeitgeber aber keinen Druck ausgeübt. Der Vorschlag einer Untersuchungskommission sei nichts als ein Verschleppungsmannöver gewesen. Noch schlimmer aber habe das Aufgebot von 50 000 bis 60 000 Mann Soldaten durch den Kriegsminister Balgane und den Minister des Innern Churchill gewirkt. Und erst, als nun

wirklich am 17. August der Ausstand verkündet worden war, habe der Schatzkanzler Lloyd George, in Vertretung des erkrankten Premierministers, eingegriffen und durch starken Druck auf die Unternehmer die Verhandlungen zustande gebracht, die den Kampf nach 51 Stunden Dauer durch eine Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern unter Leitung der Regierung und Teilnahme von Mitgliedern der Arbeiterpartei beendet hätten. Diese Anklagen wurden im Unterhaus von dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Ramsey Mac Donald, und dem Sozialdemokraten Keir Hardie vorgebracht; letzterer hatte sich in leidenschaftlicher Hitze öffentlich zu der Beschuldigung verstiegen, der Premierminister habe gedroht, das Militär solle die Streikenden, die den Verkehr gewaltiam störten, niederschießen.

Die Verteidigung der Regierung fiel, da der Premierminister wegen eines Halsleidens sich auf kurze Bemerkungen beschränken mußte, vornehmlich dem Handelsminister und dem Schatzkanzler zu. Winston Churchill erklärte unter dem Beifall der überwiegenden Mehrheit des Hauses, die Pflicht, für Aufrechterhaltung der Ordnung und der Lebensmittelfuhr zu sorgen, rechtfertige vollkommen das Massenaufgebot von Soldaten auch in solchen Orten, deren Magistrate keinen militärischen Beistand gefordert hätten. Zu Zusammenstößen mit den Eisenbahnern sei es dabei nicht gekommen. Gegen Böselezeresse habe die bewaffnete Macht einschreiten müssen. Die Regierung habe vollkommene Unparteilichkeit bewahrt, aber ihre oberste Pflicht sei, die Interessen des Landes und der Bevölkerung wahrzunehmen, und das habe sie nach Kräften getan. Mit größter Schärfe wandte sich dann Lloyd George gegen die Beschuldigungen Keir Hardies: Die Äußerung, die er dem Premierminister zuschreibe, sei eine glatte Erfindung — wobei Keir Hardie dann trotz allen Sträubens zugeben mußte, nur vage Gerüchte seien seine Quelle. Allerdings sei, so fuhr der Schatzkanzler fort, der Vorschlag des Premiers auf Einsetzung einer Kommission mißverstanden worden. Doch sei sofort Aufklärung erfolgt, und als die Gewerkschaftsführer sich zu Verhandlungen bereit erklärten, habe die Regierung den Unternehmern die gebieterische Weisung erteilt, ebenfalls Vertreter zu solchen Verhandlungen zu entsenden. Dies sei denn auch nach einigem Zögern am 19. August mittags geschehen und in fast 11stündiger Konferenz, an der 2 Eisenbahndirektoren, 5 Gewerkschaftsführer, die Minister Lloyd George und Buxton mit einigen Beamten und der Abgeordnete Ramsey Mac Donald teilnahmen, sei das Friedensdokument unterzeichnet worden, das sofort die Aufhebung des Ausstandes und für die nahe Zukunft eine Untersuchung sowie hoffentlich auch eine Abhilfe der Beschwerden der Eisenbahner mit sich bringe. Diese Beweisführung des Schatzkanzlers fand den Beifall der Liberalen und der Unionisten, und auch ein Teil der Arbeiterpartei schloß sich an, während die radikalen Sozialisten grollend zur Seite standen. Der Vorschlag der Regierung, das Parlament bis Ende Oktober zu vertagen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Welche weiteren Folgen diese Arbeitskämpfe haben werden, das wäre heute vermessen vorauszusagen. Man muß vor allem die Ergebnisse der Erhebungen des Eisenbahnausschusses abwarten. Auch darf man begierig sein auf den Erfolg der sofort stark einsetzenden Propaganda für Verstaatlichung des gesamten Eisenbahnwesens. Ebenso wird man die Entwicklung in den Gewerkschaften aufmerksam verfolgen müssen, die jetzt begreiflicherweise einen großen Zulauf haben. Wohl möglich ist auch, daß hier und da noch weitere Kämpfe ausbrechen. Die Unruhe in den Massen, der Drang der Millionen ungelernter, unorganisierter Arbeiter nach vorwärts und aufwärts wird weiter gehen. Neue Formen der Vereinigung der Arbeitgeber und der Arbeiter bahnen sich an, neue Gestalten der Verhandlungs- und Einigungswezens bereiten sich vor. So hat bereits am 16. August der Abgeordnete W. Crooks, Mitglied der Arbeiterpartei, im Unterhause einen Antrag angekündigt, wonach jeder Streik für ungesetzlich gelten soll, dessen Streitgegenstand nicht vorher einem amtlichen Schiedsgericht vorgelegen hat. Das aus einem Regierungsmitglied und Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Anzahl bestehende Schiedsgericht hat die Herbeiführung einer Einigung zwischen den streitenden Parteien zu versuchen und einen Ausgleich zu formulieren. Dieser kann dann von den Parteien angenommen oder verworfen werden. Der letzte Fall kommt der Streiterklärung gleich. Ähnliche Vorschläge werden sicher noch mehr kommen. Wahrscheinlich bereitet auch die Regierung selbst eine Verbesserung und Stärkung des Einigungs- und Schiedswesens vor. Denn wenn die gewaltigen Ereignisse der letzten Wochen eine Lehre geben, so ist es die: Obwohl derartige Kämpfe niemals ganz aus der Welt zu schaffen sein werden, so ist ihre rasche Beendigung doch zu erzielen,

wenn Unternehmer und Arbeiter unter gegenseitiger Anerkennung der Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag und Zuziehung ihrer Organisationsvertreter sich zu Verhandlungen zusammenfinden, für die eine einsichtige und entschlossene Regierung die unparteiische und sachkundige Leitung übernimmt. Das Recht der Regierung, schlichtend und versöhnend in die Arbeitskämpfe einzugreifen, liegt in ihrer Pflicht der Ob Sorge für Staat und Volk. Die englische Regierung hat hiernach gehandelt, der Erfolg hat ihre Bemühungen gekrönt, das Gesamtministerium war in den schwierigen Augustwochen ein „Reichseinigungsamt“ und der König hat den Ministern öffentlich für ihre Friedensstätigkeit seinen wärmsten Dank ausgesprochen, ebenso wie die Nation ihnen dankt. E. Fr.

Die Arbeitskämpfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie. Die Zahl der in Leipzig am Lohnkämpfe Beteiligten wird für die abgelaufene Woche angegeben mit 1100 Streikenden, 5400 Ausgesperrten und 1500, die nachträglich dem Streik beigetreten sind, so daß insgesamt etwa 8000 Arbeiter am Kampfe beteiligt sein dürften. Um die Position der sächsisch-thüringischen Arbeitgeber zu stärken, hat der Verband Thüringer Metallindustrieller bei dem Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller eine Generalaussperrung beantragt, und nach einer Mitteilung der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ haben sich die Metallindustriellen von Rheinland und Westfalen bereits mit den sächsischen Fabriken solidarisch erklärt. Am 29. August haben auch bereits Verhandlungen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hierüber begonnen. Inzwischen hatten die Metallindustriellen von Chemnitz und Dresden bei beiden Parteien in Leipzig angeregt, daß eine freigewählte, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission, abseits und ohne Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen, zur Beilegung des Leipziger Konflikts verhandeln sollte. In zwei Leipziger Zeitungen wird die Sachlage so dargestellt, daß die Arbeiter um Verhandlungen nachgesucht hätten. Demgegenüber wird jedoch in der Arbeiterpresse ganz energisch betont, daß diese Darstellung wahrheitswidrig sei, der Wunsch zu Verhandlungen sei vielmehr von Chemnitz und Dresdener Arbeitgebern ausgegangen. Die freigewählte Kommission ist am 25. August zusammengetreten, die Verhandlungen sind jedoch nach kurzer Zeit abgebrochen worden. Der Grund hierfür ist folgender: Die Arbeitervertreter der Kommission verlangten beim Beginn der Verhandlungen, und zwar, wie sie behaupten, auf Grund einer ihnen bei den Vorbesprechungen gemachten Zusage, daß bei Nichtbeendigung der Verhandlungen bis zum 25. August abends diese trotzdem weitergeführt würden, ohne daß die für Dresden und Chemnitz angedrohten Aussperrungen durchgeführt würden. Da die Arbeitgebervertreter eine solche Erklärung ablehnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Daraufhin haben am 26. August 35 dem Verbands Deutscher Metallindustrieller angehörende Firmen des Bezirks Dresden ihre Arbeiter ausgesperrt. Trotzdem sind jedoch die Einigungsverhandlungen wieder aufgenommen worden.

Die Unterbrechung der Verhandlungen ist sehr bedauerlich, besonders da sie in Mißverständnissen seinen Grund zu haben scheint. Derartige Mißverständnisse wären zweifellos vermieden worden, wenn die Verhandlungen von Organisation zu Organisation geführt worden wären — auf Einladung und unter Führung einer unparteiischen, autoritativen Persönlichkeit oder Behörde. Die Abneigung der Arbeitgeber gegen die Arbeiterorganisationen erscheint gerade im vorliegenden Falle ganz unverstänlich, da die Arbeitgeber samt und sonders straff organisiert sind und sich nicht scheuen, mit ihrem Verbands in der breitesten Öffentlichkeit zu operieren. Nicht nur, daß sie, wie bereits mitgeteilt, ihre Mitglieder unter Strafanordnung zur Aussperrung eines Teils ihrer Arbeiter zwingen, sie sichern auch die Bezahlung der Unterstützung an die Nichtorganisierten aus der Kasse des Verbandes zu. Wozu also dieser gesuchte Ausweg einer Kommission, die abseits und ohne Mitwirkung der Organisationen verhandeln soll? Einen Wert haben die Kommissionsbeschlüsse doch nur dann, wenn die beiderseitigen Organisationen hinter ihnen stehen. Es erscheint unverstänlich, wie jemand glauben kann, auf die Sympathien der Allgemeinheit rechnen zu dürfen, wenn er für sich Rechte beansprucht, die er seinen Mitkontrahenten vorenthält, denn das Arbeitsverhältnis ist ein Vertragsverhältnis.

Straßenbaherbewegung in Berlin. In Berlin herrschte unter den Angestellten der Straßenbahnen seit mehreren Monaten große Mißstimmung, weil die Löhne im Verhältnis zur Teuerung und zu den Einnahmen der großen Gesellschaften außerordentlich

niedrig waren. Die Straßenbahner sind größtenteils im Transportarbeiterverband organisiert, von dem die Bewegung auch ausging und geleitet wurde. Seitens der Vertrauensleute der Straßenbahner wurden in einem Schreiben der Direktion folgende Wünsche vorgelegt:

Für Schaffner: Anfangslohn 105 \mathcal{M} im Monat, steigend jedes Jahr um 5 \mathcal{M} im Monat bis zum Höchstlohn von 150 \mathcal{M} im Monat.
Für Fahrer: Anfangslohn 125 \mathcal{M} im Monat, steigend jedes Jahr um 5 \mathcal{M} im Monat bis zum Höchstlohn von 170 \mathcal{M} im Monat.
Das Kilometergeld fällt fort.

Für das Erspersonal, Wagenwäscher und Streckenwärter: 1. In den ersten sechs Monaten Lohn täglich 4 \mathcal{M} und zwei bezahlte freie Tage im Monat. 2. Anstellung nach sechsmonatlichem Erspersonalverhältnis. 3. Überstunden sind mit 50 % zu bezahlen. 4. Einführung von Lohnzetteln. 5. Wahlrecht zur Wahl der Vertrauensmänner.

Ferner wurde folgende Regelung des Urlaubs gewünscht: Nach einjähriger Tätigkeit fünf Tage, steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu dem im vorigen Jahr festgesetzten Endtag. Die Schaffner wünschen ferner, daß die Höchstdienstleistung 11 Stunden nicht überschreiten soll.

Die Gefahr eines Ausstandes wurde am 26. August durch erfolgreiche Verhandlungen zwischen der Großen Berliner Straßenbahn und einer Kommission der Angestellten abgewendet. Die Gesellschaft gestand eine Erhöhung der Anfangslöhne um 5 \mathcal{M} monatlich zu, beseitigte in der Gehaltsstaffel einige Zwischenstufen und ließ das bisherige Höchstgehalt von 135 \mathcal{M} bereits nach 15 Dienstjahren eintreten (bisher nach 20 Jahren); nach 18 Jahren wurde ein neues Höchstgehalt von 140 \mathcal{M} angefügt. Ferner erhöhte die Direktion die Fahrerzulage von 50 auf 60 \mathcal{M} täglich. Dem Erspersonal gestand sie einen Tageslohn von 3,50 \mathcal{M} (bisher 3,20 \mathcal{M}) zu; die Wartezeit bis zum Anspruch auf Anstellung wurde von 2 Jahren auf 1 Jahr herabgesetzt. Außerdem erklärte sich die Gesellschaft zur Übernahme der Einlage in die Ruhegehaltskasse bereit, die $\frac{3}{4}$ des erstmaligen Monatsbetrags der Erhöhung ausmacht und sachungsgemäß eigentlich von den Angestellten selbst zu leisten wäre. — Diese Zugeständnisse (allein die Jahreslohnzulage beträgt in keinem Fall unter 60 \mathcal{M} , auf mehreren Gehaltsstufen aber erheblich mehr, zweimal sogar 120 \mathcal{M}) fanden in einer Straßenbahnerversammlung „als Abzlagszahlung“ gegen eine ziemlich große Minderheit Annahme. Als besonderer Erfolg wurde hierbei die Anerkennung der Organisation betrachtet.

Ein Streik der Berliner Elektromonteur ist bei einer größeren Anzahl Berliner Firmen am 28. August ausgebrochen. Ihm zugrunde liegt eine Tarifbewegung der Berliner Monteur. Diese hatten am 11. August durch den Deutschen Metallarbeiterverband einen gleichlautenden Tarifvertragsentwurf an etwa 350 Unternehmer gesandt mit der Bitte, den Vertragsentwurf anzuerkennen. Eine Antwort hierauf erhielten, wie der „Vorwärts“ hierzu mitteilt, die Monteur nicht, dagegen hätten die Unternehmer am 14. August in einer vertraulichen Aussprache u. a. beschlossen, weder dem Verbands zu antworten, noch auch Tarifverträge, und zwar weder mit dem Verbands noch mit den einzelnen Angestellten, abzuschließen. Daraufhin traten etwa 600 bis 600 Mann in den Ausstand. Die Arbeitgeber sollen, wie der Streikleiter in einer Versammlung am 26. August erklärte, am 25. August beschloffen haben, sich auf Einigungsverhandlungen, mit denen sich die Arbeitnehmer einverstanden erklärt hätten, nicht einzulassen, sondern eine teilweise Aussperrung durchzuführen; trotzdem finden Verhandlungen mit einzelnen Firmen statt. Dem gegenüber melden einige den Arbeitgeberkreisen nahestehende Berliner Blätter, daß die Anzahl der streikenden Monteur und Helfer nur etwa 5 v. H. aller Beschäftigten dieser Gruppe betrage und daß der größte Teil ihrer Plätze bereits wieder besetzt sei.

Der Danziger Schichauwerftarbeiterstreik, welcher am 24. April begonnen hatte, ist in einer am 28. August abgehaltenen Versammlung der Streikenden mit Zweidrittelmehrheit abzubrechen beschloffen worden. Am 28. August wurde die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. — Am 10. August hat inzwischen eine Lohnbewegung auf der Elbinger Schichauwerft mit der Einreichung folgender Forderungen begonnen: 1. Für alle Arbeiter, die 30 \mathcal{H} und weniger Stundenlohn haben, 3 \mathcal{H} Zulage. 2. Für alle Arbeiter, die 31 \mathcal{H} und mehr verdienen, 2 \mathcal{H} Zulage. 3. 10 v. H. Aufschlag auf alle Affordarbeiten. 4. 25 v. H. Aufschlag für Überstunden. 5. 50 v. H. Aufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit. 6. Ausbändigung des Affordzeits vor Beginn der Arbeit. 7. Freitags-Lohnzahlung. 8. Schaffung eines Arbeiterausschusses. Diese Forderungen wurden von einer etwa 4000 Köpfigen Versammlung aufgestellt. Die Versteilung verhandelte am 17. und 21. August mit dem Vorstands der Betriebskrankenkasse, wollte aber nur die Freitags-Lohnzahlung genehmigen, und auch diese nur, falls der Elbinger Magistrat Freitags die Schließung der Brantweinischänken auf 4 Uhr nachmittags festsetzt. Im übrigen verliefen die Verhandlungen ergebnislos.

Das Ende der Massenaussperrung in Norwegen (Sp. 1445) ist jetzt erfolgt; die Vermittlung des Störingspräsidenten Salvoorsen und des Sozialistenführers Pastor Grifsen hat, nachdem auch Ministerpräsident Wollert Konow persönlich eingegriffen hat, nach

außerordentlich langen Bemühungen die neunwöchige Aussperrung der 35 000 Arbeiter durch einen Ausgleich beendet, bei dem die Arbeiter ganz gut abschließen. Der Vergleich betrifft die Grubenarbeiter, die Elektromonture, die Maurer und die Arbeiter einer Nagelfabrik in Chrifstania, in der der Konflikt begonnen hatte. Bei vier Gruben hatten die Arbeiter vollen, bei zwei keinen nennenswerten Erfolg. Ferner machten zwei Fragen Schwierigkeiten: einmal die Anerkennung eines auf den Salangengruben vereinbarten Tarifs und zweitens die Einführung einer Mindestverdienstgarantie bei einzelnen Akkordgruppen. Erstere Frage wurde zugunsten der Arbeiter entschieden, letztere einem Schiedsgericht überwiesen, das in zwei Monaten eine bindende Entscheidung treffen soll. — Von acht Konfliktfragen sind eine völlig, vier überwiegend zugunsten der Arbeiter gelöst worden, während bei zwei Fragen die Arbeitgeber Erfolg hatten und endlich eine Frage, wie gesagt, einem Schiedsgericht überwiesen wurde. Dieses dürfte sich grundsätzlich zu einem Mindestlohn jener Art günstig stellen. — Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Beide Parteien gehen mit schweren Verlusten aus dem Kampfe hervor; die Arbeiter haben etwa 1 Million Kronen für Unterstützungen aufgewandt, die Arbeitgeber dürften noch wesentlich schwerer betroffen worden sein. Allgemein wird die musterghültige Haltung der Aussperrten, ihre Ruhe, Nüchternheit und Zucht anerkannt. Die norwegischen Erfahrungen ergeben aber mit denen der schwedischen Bauarbeiteraussperrung (siehe unten) zusammen, daß in Skandinavien vorerst nicht nur der Massenstreik, sondern ebenso auch die Massenaussperrung keine Erfolge für ihre Veranstalter hat: nur dem rechtzeitigen Eingreifen und der bewundernswürdigen Ausdauer der Vermittler ist der Friedensschluß zu verdanken, der noch schwerere Schäden für die junge Industrie Norwegens und für die Arbeiterschaft abgewandt hat. Auch das kraftvolle Eintreten der Öffentlichkeit für eine Beilegung des Konflikts hat günstig gewirkt, indem es die handelnden Parteien vom Abbruch der Verhandlungen zurückreden ließ, obwohl diese oft zu scheitern drohten.

Der Sieg der schwedischen Bauarbeiter ist das Ergebnis des harten Kampfes, den der zentrale Arbeitgeberverband Schwedens vor Wochen mit der Aussperrung aller Bauarbeiter unter Tarifbruch einleitete (Sp. 1315, 1340). An diesem Ergebnis trägt der Solidaritätsmangel der Arbeitgeber die Hauptschuld. Vergebens suchte der Zentralverband seine Mitglieder zusammenzuhalten, vergebens drohte er die Materialsperrung an (die Materiallieferanten gehören ihm gleichfalls an). Als Anfangs August der staatliche Vermittler einen neuen Vorschlag gemacht hatte (5 Jahre Vertragszeit und Lohnerhöhungen) und dieser vom Zentralausschuß der Arbeitgeber abgelehnt worden war, da ließ sich der völlige Zusammenbruch aller Verbandsdisziplin im Arbeitgeberlager nicht mehr aufhalten. In Göteborg kam ohne die sachungsmäßig nötige Genehmigung der Zentrale ein örtlicher Tarif zustande, und in zahlreichen anderen Städten wurde wenige Tage darauf das Göteborger Beispiel befolgt, ohne daß die Zentralleitung einzuschreiten wagte. Die Vorschläge des Vermittlers wurden die tatsächliche Grundlage der vielen neuen Tarife, die allorts abgeschlossen wurden, während die Leitung des zentralen Arbeitgeberverbands vollkommen ohnmächtig zusehen mußte und viele Mitglieder, besonders unter den kleineren Handwerkern, gegen sich aufbrachte; diese letzteren behaupten, die Schachtmacherei hätte überhaupt nur den Großkapitalisten zugute kommen können, selbst wenn sie Erfolg gehabt hätte.

Arbeiterschutz.

Die Milzbrandgefahr in den Gerbereien scheint nach den Anzeigen, die dem Reichsgesundheitsamt auf Grund der im September 1909 eingeführten Anzeigepflicht zugegangen sind, größer zu sein, als bisher angenommen wurde. Infolgedessen haben auf Anregung des Reichsfanzlers sämtliche Bundesregierungen, in deren Staatsgebiet Gerbereien vorhanden sind, die Gewerbeaufsichtsbeamten und Polizeibehörden aufs neue angewiesen, mit größtem Nachdruck gegen die Milzbrandgefahr vorzugehen, und ihnen empfohlen, ihren Maßnahmen die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften der Lederberufsgenossenschaft zugrunde zu legen. Diese sind unter Mitwirkung des kaiserlichen Gesundheitsamtes, des Reichsversicherungsamts und des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe aufgestellt und am 1. Oktober 1910 in Kraft getreten.

Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzes in London. Auf Grund des englischen Kinderschutzgesetzes von 1903 hat der Londoner Grafschaftsrat eine Reihe Ergänzungsverordnungen er-

lassen, die Mitte August in Kraft getreten sind. Hiernach darf kein schulpflichtiges Kind, Knabe oder Mädchen, unter 14 Jahren täglich länger als $3\frac{1}{2}$ Stunden beschäftigt werden und auch nicht vor $6\frac{1}{2}$ Uhr morgens oder später als $6\frac{1}{2}$ Uhr abends. An schulfreien Tagen darf die Arbeitszeit dieser Kinder bis zu 8 Stunden betragen und muß zwischen $6\frac{1}{2}$ Uhr morgens und 9 Uhr abends liegen. An Sonntagen ist eine dreistündige Kinderarbeit gestattet, die zwischen 7 Uhr morgens und 1 Uhr mittags liegen muß. Die Arbeit in Barbierläden ist für Kinder unter 14 Jahren überhaupt verboten. Die Vorschrift, daß die Kinderarbeit nicht vor $6\frac{1}{2}$ Uhr morgens beginnen darf, wird besonders im Milchhandel fühlbar werden, wo bisher kleine Knaben schon in den allerfrühesten Morgenstunden beschäftigt wurden.

Eine Reihe besonderer Verordnungen regelt dann noch die Beschäftigung Jugendlicher im Straßenhandel. Der Straßenhandel ist für Mädchen bis zum 16. Jahre ganz verboten, für junge Burschen zwischen 14 und 16 Jahren besonders geregelt. So dürfen sie den Straßenhandel nur zwischen 6 Uhr morgens und 9 Uhr abends ausüben. Sie müssen an sichtbarer Stelle ein Abzeichen tragen, wodurch angezeigt wird, daß sie durch den Grafschaftsrat die Erlaubnis zum Straßenhandel erhalten haben. Dies Abzeichen wird ihnen sofort entzogen, falls sie auf den Straßen betteln oder die sonstigen Bedingungen nicht erfüllen; die jugendlichen Verkäufer müssen z. B. dem Grafschaftsrat ihren Aufenthaltsort angeben und jeden Wechsel desselben anzeigen. Zum Handel irgendwelcher Art in Vergnügungsorten oder Gastwirtschaften dürfen Jugendliche unter 16 Jahren nicht verwandt werden.

Verbot der Frauennachtarbeit in Portugal. Ein Erlass der Regierung vom 24. Juni 1911 verbietet die Nachtarbeit aller Frauen ohne Altersunterschied in industriellen Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern. Als industrielle Unternehmungen im Sinne dieses Erlasses gelten die im Rundschreiben der Generaldirektion für Handel und Industrie vom 7. November 1908 aufgeführten Gewerbe, mit Ausnahme des Schaustellungsgewerbes, der Schifffahrt, der Landwirtschaft, der Fischerei, der Salzgewinnung, des Beherbergungs- und des Handelsgewerbes. Hinsichtlich der Dauer der Nachtruhe (elf Stunden), der Übergangsfrist, während der die Nachtruhe auf zehn Stunden verkürzt werden kann (drei Jahre) und der Ausnahmen schließt sich der Entwurf dem internationalen Berner Übereinkommen vom 26. September 1906 an. Zuständige Amtsstelle für die Erteilung der gesetzlich vorgegebenen Annahmewilligungen sind die Kreisgewerbeinspektoren. Für die Schafwollkammerei und -spinnerei, Bergwerke, die den übertagsbetrieb mindestens vier Monate im Jahre einstellen und Rübenzuckerfabriken tritt der Erlass erst 1919 in Kraft. Übertretungen des Erlasses werden zu Protokoll genommen und gerichtlich geahndet. Die Gewerbeinspektoren haben in ihren Jahresberichten über die Durchführung dieses Erlasses besonders Bericht zu erstatten.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die Leipziger Ortskrankenkasse

gibt in einem kleinen Festschen „Die Entwicklung und Tätigkeit der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend in Leipzig“ eine kurze Zusammenstellung über ihre Entwicklung und ihre Leistungen, die schlagend beweist, wie außerordentlich leistungsfähig eine zentralisierte, gut geleitete Ortskrankenkasse auch schon unter dem heutigen Krankenversicherungsgesetz ist — vorausgesetzt, daß weitblickende Männer die auch schon im jetzigen RVO. gegebenen Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Krankenversicherungswesens ausnützen.

Die im Jahre 1884 für Leipzig gegründeten 18 Ortskrankenkassen für einzelne Berufe und die Gemeindefrankenversicherung wurden bereits am 1. Januar 1887 zu einer großen gemeinsamen Kasse vereinigt, die auch die in einem Umkreise von 6 km gelegenen mehr oder weniger großen 42 Ortschaften mit umfaßte, die Kasse stellt also gewissermaßen eine Bezirkskrankenkasse dar. Sie ist mit gegenwärtig 183 000 bei ca. 27 250 Arbeitgebern beschäftigten Mitgliedern die größte Kasse Deutschlands. Die Zahl der Hauptversammlungsvertreter beträgt 533, der Vorstand besteht aus 19 Personen, von denen 13 den Kassenmitgliedern, 6 den Arbeitgebern angehören. Zur Erleichterung des Meldebewesens sind im ganzen Kassenbezirke 52 Meldestellen bei Inhabern offener Verkaufsstellen errichtet.

Sehr interessant ist nun, zu sehen, was die Leipziger Kasse über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen hinaus leistet.

Das Krankengeld wird bereits vom zweiten Tage ab gewährt und zwar für 84 Wochen anstatt 26; die Familienunterstützung für die in einem Krankenhause oder Genesungsheim Untergebrachten beträgt $\frac{2}{3}$ statt $\frac{1}{2}$ des diesen zuzulassenden Krankengeldes, auch erhält der unverheiratete Untergebrachte eine bare Unterstützung in Höhe eines Viertels des Krankengeldes; es wird eine Schwangerschaftsunterstützung für zwei Wochen in Höhe des Krankengeldes gewährt; ferner eine Verpflegung in Genesungsheimen; weiter aber erhalten die im Haushalte der Mitglieder wohnenden Familienangehörigen ohne eigenen Erwerb eine ausreichende Unterstützung: es werden nämlich im Falle der Erkrankung von Kindern, Ehegatten, Eltern, Groß- und Schwiegereltern, sofern diese nicht selbst Mitglied der Kasse sind, freie ärztliche Behandlung und Arznei (nicht aber Heilmittel) für die Dauer der Krankheit, höchstens jedoch für 18 Wochen und im Falle des Todes der Ehefrau oder eines Kindes, sofern diese nicht selbst Mitglied der Kasse sind, ein Sterbegeld von 40 M für die Ehefrau und von 20 M für ein Kind gewährt. Dazu sind die Höchstsätze für die Heilmittel und das Sterbegeld für die Mitglieder sehr hoch normiert.

Was allein die Familienunterstützung leistet, ergibt sich daraus, daß 1910 79 235 Ehefrauen, 161 948 Kinder und 7 577 sonstige Angehörige von Mitgliedern freie ärztliche Hilfe und Arznei auf Kosten der Kasse in Anspruch nahmen und für 472 Ehefrauen und 2484 Kinder von Mitgliedern das satzungsgemäße Sterbegeld gewährt wurde.

Kassenärzte sind 397 angestellt, darunter 130 Spezialärzte. Die Mitglieder haben unter diesen die Wahl, sind aber angewiesen, für Besuche des Arztes in der Wohnung des Kranken einen der nächstwohnenden Ärzte in Anspruch zu nehmen. Für die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder und deren Familienangehörigen zahlt die Kasse ein Pauschalhonorar von 7 M 25 Pf jährlich für das Mitglied, gleichviel ob krank oder gesund. Diese Pauschalsumme berechnet sich nach den aus den Monatszahlungen ermittelten Durchschnittsziffern des Mitgliederbestandes vom Vorjahre. Als Grundlage für die Honorarbemessung der Kassenärzte dienen die Mindestsätze der ärztlichen Gebührenliste, wonach die Ärzte die einzelnen Leistungen liquidieren. Je nach Höhe der hiernach sich ergebenden Gesamtiliquidationssumme partizipieren dann die Ärzte an der von der Kasse zu zahlenden Pauschalsumme.

Ferner sind drei Vertrauensärzte als Beamte der Kasse angestellt, denen die Untersuchung der freiwilligen Mitglieder vor der Aufnahme, die Nachuntersuchung der von den behandelnden Kassenärzten und Krankenkontrolluren aufgegebenen erwerbsunfähigen Mitglieder, die Begutachtung bei verordneten Heilmitteln, die Begutachtung sonstiger technischer Fragen und dergleichen obliegt.

Die Überwachung der kranken Mitglieder wird von 21 Berufs- und ca. 300 freiwilligen Krankenkontrolluren ausgeführt. Die freiwillige Krankenkontrolle setzt sich aus Mitgliedern (hauptsächlich Hauptversammlungsvertretern) zusammen; dieselben versehen diese Funktionen neben ihrem Berufe in ihrer freien Zeit in den Abendstunden und an den Sonntagen gegen geringe Entschädigung. — Die Auszahlung der baren Unterstützungen erfolgt Sonnabends, und zwar außer im Kassendebureau in 7 auf das Stadtgebiet verteilten Filialen.

Die Kasse verfügt auch über eine Anzahl Genesungsheime, von denen drei von dem früheren Kassenvorsitzenden Geh. Hofrat Dr. Wilmar Schwabe zur Verfügung gestellt worden sind. Täglich werden mehr als 250 Patienten in den Genesungsheimen versorgt, in den Jahren 1890 bis 1910 waren es insgesamt 27 285 Personen. Weiter verfügt die Kasse über ein eigenes Baderinstitut, dem eine Röntgeneinrichtung, ein elektrisches Lichtbad, ein besonderes Operationszimmer angegliedert sind. Auch zwei Walderholungsstätten stehen der Kasse für kranken Arbeiter zur Verfügung.

Die 1910 vereinnahmten Beiträge betrugen 6 986 816 M, die Ausgaben 7 072 709 M; das Vermögen bezifferte sich Ende 1910 auf 4 334 344 M.

Von den Ausgaben entfielen 1,49 Millionen Mark (21,1 %) auf ärztliche Behandlung, 2,7 Millionen Mark (38,5 %) auf Krankengeld an Mitglieder. Für Arznei und sonstige Heilmittel wurden 11,3, für Kur- und Verpflegungskosten in Krankenanstalten 9,7 % der Ausgaben gebucht; ebenso betrugen die Verwaltungskosten 9 %. Aus einer Gegenüberstellung der Gesamtausgaben in den Jahren 1884 bis 1910 geht hervor, daß 1910 die Ausgaben für ärztliche Behandlung (21,1 %: 20,7 %), für Krankengeld an Angehörige von Mitgliedern (2,5 %: 1,8 %), für Unterstützung an Wöchnerinnen (2 %: 1,8 %), für Kur- und Verpflegungskosten in Krankenanstalten (9,7 %: 8,7 %), für sonstige Ausgaben (3,7 %: 3,2 %) und für Verwaltungskosten (9 %: 8,5 %) gestiegen sind, während die Kosten für Arznei und sonstige Heilmittel von 11,3 auf 11,3, für Krankengeld an Mitglieder von 40,6 auf 38,5 und für Sterbegelder von 8 auf 2,1 % gefallen sind.

Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß durch eine Fülle von Maßnahmen, welche sich als Konsequenzen der Versicherungs-

gesetzgebung ergaben und tatsächlich gezogen wurden, die Sozialreform insbesondere eine Hebung der Gesamtlage der Arbeiterschaft in hygienischer Beziehung bewirkt habe, wie u. a. auch die Verminderung der Sterbefälle unter den Mitgliedern beweise. Da im Königreich Sachsen die Einziehung der Beiträge für die Invalidenversicherung und alle damit in Verbindung stehenden Arbeiten meist von den Krankenkassen besorgt werden, so unterzieht sich auch die Leipziger Kasse dieser Arbeit.

Die Zahl der der Invalidenversicherungspflicht Unterliegenden betrug im Jahre 1910 178 010, für die 2 801 670,18 M Beiträge gleichzeitig mit den Krankenversicherungsbeiträgen eingehoben wurden. Die Zahl der verwendeten Beitragsmarken belief sich auf 9 088 133 Stück im Werte von 2 788 043,54 M. Neuanzulegen waren 88 455, aufzurechnen 97 078 Quittungsarten. Für letztere mußten Bescheinigungen ausgestellt und den Arbeitgebern zur Aushändigung an die Versicherten, die aufgerechneten Karten selbst aber an die Landesversicherungsanstalt eingekandt werden. Ferner machte sich in zahlreichen Fällen die Nachsendung der Quittungsarten der aus dem Kassengebiete verzogenen und die Beziehung derselben für die zugezogenen Versicherten erforderlich. Die Anzahl der lediglich die Invalidenversicherung betreffenden Posteingänge betrug 52 757. In 2207 Fällen vermittelte die Ortskrankenkasse Anträge auf Übernahme des Heilverfahrens oder Gewährung von Heilmitteln durch die Landesversicherungsanstalt. Für diese Geschäftsführung erhält die Kasse 3 Zt. 6 % der Beitragseinnahmen als Entschädigung.

Sehr wertvoll ist auch eine Zusammenstellung, die die Leipziger Ortskrankenkasse für die Jahresversammlung des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen 1911 gefertigt hat unter dem Titel „Leipziger Materialien zur Kassenarztsfrage“. Sie enthält vor allem den Wortlaut der Verträge zwischen der Kasse und den ärztlichen Bezirksvereinen sowie zwischen der Kasse und den einzelnen Ärzten, ferner die Bestimmungen über ärztliche Vertrauenskommission, Einigungsausschuß und Schiedsgericht bei der Ortskrankenkasse und einen Auszug aus dem Ärzte-Regulativ der Kasse.

Wenn man die im vorliegenden kurz wiedergegebenen Leistungen dieser größten Kasse Deutschlands, die in dem gleichen Umfange, d. h. für sämtliche Versicherte von keiner anderen deutschen Krankenkasse auch nur annähernd erreicht werden, richtig würdigt, dann muß man es umso mehr bedauern, daß die von der Reichsregierung ursprünglich vertretenen Konzentrationsbestrebungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung bei den Beratungen im Reichstage so wenig Erfolg gehabt haben.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli hat sich nach dem Reichsarbeitsblatt, Nr. 8, wie folgt gestaltet: Nach den Berichten der Industrie hat sich die Lage des Arbeitsmarktes zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten; einige große Gewerbe, die um diese Jahreszeit ihre stille Zeit haben, weisen einen Niedgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkt trat eine gewisse Abschwächung hervor, da die Aufnahmefähigkeit für Ruhrkohlen der gesteigerten Förderung, welche die große Zahl der Arbeitstage des Monats zur Folge hatte, nicht ganz entsprach. Im Ober- und Niederschlesischen Kohlengebiete ließ die Beschäftigung viel zu wünschen übrig. In der Textilindustrie liegen die Baumwollspinnereien sehr darnieder. Auch die Tuch- und Leinwandfabrikation hatte zum Teil sehr ungünstigen Geschäftsgang. Die Maschinenindustrie, das Baugewerbe, die chemische Industrie hatten gut zu tun, und die elektrische Industrie konnte wie im Vormonate flotten Geschäftsgang berichten.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Juli nachgelassen. Es ergab sich am 1. August gegenüber dem 1. Juli eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen krank Gemeldeten von 26 768 (5722 männlichen, 21 046 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen etwas zurückgegangen und zwar, wenn der Stand vom 1. Januar gleich 100 gesetzt wird, von 109 auf 108, beim weiblichen Geschlechte von 102 auf 101.

Über die Arbeitslosigkeit im Juli berichten 51 Sachverbände mit 1 951 678 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,5 v. H. arbeitslos. Ende Juli 1910 betrug die Arbeitslosenzahl 1,5 v. H., Ende Juni d. J. 1,8 v. H.; es ist also gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung zu verzeichnen, während der Beschäftigungsgrad nach diesen Arbeitslosenziffern dem Vormonate gegenüber keine Veränderung aufweist.

Die Arbeitsnachweisziffern würden auf eine kleine Verbesserung schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Juli 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 141 Arbeitsgelegenheiten gegen 162 im gleichen Monate des Vorjahres und 146 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 89, 98 bezw. 85.

Die Häufigkeit des Stellenwechsels der weiblichen Dienstboten. Es wird uns geschrieben: Über Dienstbotenhaltung und ihren Stellenwechsel sind statistische Angaben äußerst selten. Daß die Dienstbotenhaltung zurückgeht, ist bekannt und durch die Zahlen der Volks- und Berufszählungen erwiesen. Über den Stellenwechsel veröffentlicht die statistische Stelle der Stadt Görlitz in ihren Jahresberichten seit einer Reihe von Jahren Angaben, auf Grund deren ich einige Verhältniszeffern berechnet habe. Görlitz ist eine Stadt mit starker Dienstbotenhaltung, da hier verhältnismäßig zahlreiche wohlhabende Rentner und Pensionäre leben. Bis zum Jahre 1908 hat denn auch die Dienstbotenhaltung von Jahr zu Jahr zugenommen, während sie von da ob eine Abnahme zeigt. Abgesehen von den absoluten Zahlen tritt dies auch in den Anteilen der Dienstboten an der weiblichen Bevölkerung hervor. Im Jahre 1902 waren von der gesamten weiblichen Bevölkerung 10,6 % Dienstboten. Der Anteil stieg dann bis auf 12,3 % in den Jahren 1907 und 1908 und ist dann auf 12,2 bzw. 12,1 % in 1909 und 1910 zurückgegangen. Während nun der Stellenwechsel bei den gewerblichen Arbeiterinnen bis zu 300 und mehr Prozent des Bestandes beträgt, wie die Statistik der An- und Abmeldungen bei den Krankenkassen zeigt, ist der Stellenwechsel bei den Dienstboten nach der Görlitzer Statistik sehr viel geringer. Im Jahre 1910 betrug der Wechsel nur 50 % des Bestandes, was besagen will, daß im Durchschnitt jeder Dienstbote 1 Jahr auf seiner Stelle bleibt. Der Dienstbotenwechsel zeigt im letzten Jahrzehnt eine abnehmende Tendenz. Im Jahre 1902 betrug der Wechsel 66,7 % des Bestandes, d. h. durchschnittlich bleibt jeder Dienstbote dreiviertel Jahr in seiner Stellung. Die durchschnittliche Verlängerung der Dienstbauer um ein Vierteljahr erklärt sich vielleicht aus dem geringer gewordenen Angebot, obwohl nicht zu verkennen ist, daß dieses auf der anderen Seite die Mädchen auch zur häufigeren Kündigung veranlassen kann.

Dr. Arthur Grünspan-Magdeburg.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises in Baden wurde bei einer Besprechung am 14. Januar im badischen Ministerium des Innern erörtert unter Teilnahme von Vertretern der Arbeitsnachweise, der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft, der Kreise und der Arbeitnehmerverbände sowie der Vorstände der Fabrikinspektion und des Landesgewerbeamts. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises schon jetzt wurde hierbei von verschiedenen Seiten für wünschenswert erklärt, es wurde aber auch anerkannt, daß die gesetzliche Regelung dieser Frage Reichsache sei. So lange die gesetzliche Regelung nicht erfolgt sei, müsse die Zentralisierung der Arbeitsnachweise in den Gemeinden, Kreisen und Einzelstaaten erstrebt werden, auch trotz der ablehnenden Haltung der von den Industriellen eingerichteten Nachweise. Für diese Zentralisierung hat der Verband badischer Arbeitsnachweise folgende beachtenswerte Vorfälle aufgestellt:

I. Allgemeine Grundsätze.

1. Von einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises ist vorerst abzusehen; vielmehr ist zunächst der weitere Ausbau durch Initiative des Verbandes und der einzelnen Anstalten mit Unterstützung durch Staat und Kreise durchzuführen. — 2. Ausdehnung der Vermittlungstätigkeit auf alle gelernten und ungelernten Berufe in Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Haushalt. — 3. Neue Anstalten sind nach Bedarf zu errichten, aber nur da, wo mindestens ein Beamter im Hauptamt angestellt werden kann (z. B. Billingen, Mosbach). — 4. Gleichzeitig mit dem Ausbau des Arbeitsnachweises ist eine Regelung der Fürsorge für Wanderarme durch Errichtung von Wanderarbeitsstätten mit Verpflegungsstationen im Sinne des Antrages vom 28. September 1907 anzustreben. — 5. Versuch der Konzentrierung der örtlichen Stellenvermittlung beim öffentlichen Arbeitsnachweis durch Anschluß aller nicht öffentlichen Vereins- und Facharbeitsnachweise. Mitwirkung aller in Betracht kommenden öffentlichen Körperschaften. — 6. Kellame und Propaganda nach einheitlichen Grundsätzen, insbesondere durch: a) Vererbung von Anmeldeformen an gewerbliche und landwirtschaftliche Organisationen, Bürgermeistämter, Einzelbetriebe; b) Anbringung von Schildern auf allen Bahnhöfen und in Eisenbahnwagen des badischen Personenverkehrs; c) Kellameinlagen in den Ortschaften; d) einheitliche Zeitungskellame; e) Hinweise in den Dienst- und Arbeitsbüchern und Invalidentarten. — 7. Einstellung der Arbeiter in staatliche und städtische Betriebe durch die öffentlichen Arbeitsnachweise, vertragmäßige Verpflichtung staatlicher und städtischer Unternehmer zur Benützung der öffentlichen Arbeitsnachweise. — 8. Einheitliche Bezeichnung „Arbeitsämter“. — 9. Einheitlichkeit der Vermittlungstechnik und Statistik. — 10. Fachmäßige Aus- und Fortbildung der Vermittlungsbeamten der Arbeitsämter. — 11. Herausgabe von Jahresberichten des Verbandes. Besuch der Einzelanstalten durch Beauftragte des Verbandes. — 12. Ausbau der Lehrlingsvermittlung (Velehrung über die Berufswahl, Herausgabe von Wegweiser für die Berufswahl, ärztliche Beratung

der Eltern, intensivere Mitwirkung der Schule, Schaffung ländlicher Vermittlungsstellen, Heranziehung der beteiligten Korporationen zu den Kosten der Lehrlingsvermittlung). — 13. Einrichtung von Fachabteilungen für einzelne Gewerbe bei den Arbeitsämtern, soweit ein Bedürfnis dazu vorhanden. — 14. Förderung der Referatistenvermittlung. — 15. Förderung der Vermittlung minderarbeitsfähiger und aus Heilstätten entlassener Personen. — 16. Ausgestaltung der zwischenörtlichen Vermittlung (öftere Herausgabe der Balanzenliste, Balanzenaustausch zwischen den Nachbarschaften und mit der Zentrale, häufigere Benützung des Fernsprechers).

II. Mitwirkung des Staates.

1. Zweckentsprechende Durchführung des Stellenvermittlergesetzes unter Heranziehung der Arbeitsämter. — 2. Anweisung der Bezirksverwaltungsstellen zu jeder Empfehlung und Förderung der Arbeitsämter. — 3. Regelmäßige Hinweise in den amtlichen Veröffentlichungen. — 4. Erweiterung der Fahrpreismäßigung (halber Personen- und Zugkassapreis). — 5. Vollständiger Erlass der Kosten für Porto und Telefonbenützung für den zwischenörtlichen Vermittlungsdienst aus der Staatskasse. — 6. Wesentliche Erhöhung des Staatszuschusses, insbesondere für die Gründung neuer Anstalten und Ausbau der vorhandenen, für eine ausgedehnte Kellame und Propaganda und für die Zwecke des Verbindungsdienstes. — 7. Regelung der Wanderarmenfürsorge. — 8. Mitwirkung bei Förderung der Lehrlingsvermittlung, u. a. Beteiligung der Schule, Beihilfe der Staatsstellen bei Ausgabe von Wegweisern zur Berufswahl.

III. Mitwirkung der Kreise.

1. Zuschüsse zum Aufwand des Verbandes und der einzelnen Anstalten. — 2. Mitwirkung bei der Regelung der Wanderarmenfürsorge.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Das Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriebeamten. Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Industriebeamten-Verlag G. m. b. H. Berlin NW. 52. Jährlich 4 Hefte à 1. / 50 M.

Das 1. Heft des 5. Jahrgangs 1911 zeichnet sich wieder durch große Reichhaltigkeit und Gediegenheit des Inhalts aus. Den Beginn macht eine gedankenvolle und form schöne Abhandlung von Direktor Dr. Rost-Düffeldorf über Technik und Volkswirtschaft. Daran schließt sich eine instruktive Übersicht über die Entscheidungen aus dem Gebiete des Arbeiterversicherungsrechts im Jahre 1910 von Assessor Seelmann-Oldenburg. Unter der Rubrik „Dokumente der Sozialpolitik“ wird der Gegenstand über die Angestelltenversicherung mitgeteilt. Die Soziale Rundschau bringt Aufsätze über die Angestelltenbewegung (Lüdemann), die deutsche Sozialpolitik (Zimmermann), Arbeiterchutz und Gewerbeinspektion (Fischer), Kommunale Sozialpolitik (Thissen), Amtliche Interessenvertretung (Eggermann), Freie wirtschaftliche Verbände (Fischer), Technik und Wirtschaft (Kollmann), Volksbildung (Hesse). Den Beschluß macht eine Parlamentsbeilage mit Verhandlungen aus dem Reichstag und dem badischen Landtage.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich. Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. 32. Jahrgang. 1911. Berlin, Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht. Preis 2 M.

Das allbewährte, längst zur unentbehrlichen Informationsquelle gewordene Jahrbuch bringt in seiner neuen Ausgabe wiederum sehr wesentliche Bereicherungen seines Inhalts. Fortgelassen sind nur einige ältere Abschnitte, auf die man stets in früheren Jahrgängen zurückgreifen kann (Altersgliederung und Familienstand, Nebenberuf, Ackerland, Hausgewerbe, Motoren, Arbeiterpersonal, Betriebe nach Größenklassen, diese Übersichten nach den Berufszählungen von 1895 u. 1907). Dafür sind aber neu hinzugekommen mehr als 80 Kapitel, von denen wir hier nur nennen: Tabellen über die Geburtenrate der Bevölkerung und der Erwerbstätigen, Statistik der Witwen und Waisen, Größe der Gewerbebetriebe und Kraftleistung der verwendeten Motoren, die Unternehmungsform der Gewerbebetriebe, die Aktiengesellschaften usw., Vergarbeiterlöhne 1909, Produktionsstatistik, Rechtsanwaltsstellen, Arbeiter in den Militär- und Marinebetrieben, landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung, Vermittlung industrieller Wanderarbeiter. Auch die internationalen Übersichten haben neue Zusätze erfahren. Beigegeben ist eine Tafel über die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Bundesstaaten 1909.

Soziale Medizin. Ein Lehrbuch für Ärzte, Studierende, Medizinal- und Verwaltungsbeamte, Sozialpolitiker, Behörden und Kommunen. Von Dr. W. Ewald. I. Band. Berlin 1911. Julius Springer. 592 S. Preis: 18 M.

Kurze Geschichte der Gewerbepolitik im 17. und 18. Jahrhundert. Von Dr. C. Brauns. Heft 166 der staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen. Leipzig 1911. Duncker & Humblot. 180 S. Preis: 8 M.

26 Jahre Unfallverhütung. Von Ing. E. Bauer und Prof. Dr. G. G. Berlin 1910. A. Seydel. 172 S. Preis: 10 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungen 7187) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltigen Zeilen.

Vorstandsmitglied eines großen Angestelltenverbandes, seit 6 Jahren i. der sozialer Bewegung stehend, mit 5 jähriger Praxis bei Handelskammer und Stadtverwaltungen und 4 semestrigem staatswissenschaftlichen Studium, bewährter Organisator, glänzender Vortrags- und Debatteredner, gewandter Stilist, wünscht sich, gestützt auf glänzende Zeugnisse und Empfehlungen, gelegentlich zu verändern. Suchender legt nur Wert auf leitenden, mit der notwendigen Dispositionsfähigkeit ausgestatteten Posten, mit dem eine öffentliche Wirksamkeit verbunden ist. Angebote unter H. 200 an Duncker & Humblot in Leipzig.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Bedeutung der Philosophie Hegels für die Gegenwart

von

Dr. Emil Hamnacher,

Privatdozent für Philosophie an der Universität Bonn.

Preis 2 Mark 50 Pfg.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Der Einfluß

der

Bank- und Geldverfassung auf die Diskontopolitik

im Deutschen Reich, in England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Von

Georg Schmidt.

Preis: 8 Mark.

Preis: 8 Mark.

Inhalt: Literatur. — Einleitung. — I. Begriff und Wesen des Diskonts. Der Wechsel. Die Wechseldiskonten: Börse und Banken. Bankdiskont und Marktdiskont. — II. Die Notenbanken und ihre Diskontopolitik. Die Banknoten. Die gesetzlichen Vorschriften über die Notenbanken. — Ausführung. — Erster Teil: Die Geld- und Notenbankgesetzgebung und die bankpolitischen Grundsätze der Zentralnotenbanken, soweit sie auf die Diskontbewegung einen Einfluß ausüben, in den einzelnen Ländern. England. Deutschland. Frankreich. Österreich-Ungarn. Niederlande. Belgien. — Zweiter Teil: Zusammenfassende Vergleichung der Gründe der Diskontbewegung, welche in der Geld- und Notenbankverfassung liegen. A. Vergleichung der Diskontbewegung in den sechs Ländern. B. Die Gründe der Diskontbewegung. Die Diskontopolitik und ihre beiden Hauptziele. Verschiedenes Verhalten der einzelnen Zentralbanken in der Verfolgung dieser beiden Ziele. Die Regulierung des Standes der Devisenkurse. Die Anpassung der Kreditnachfrage an die verfügbaren Kreditmittel der Banken. a) Die Kreditmittel und ihre Bedingungen. a) Die Bedingungen. b) Vergleichung der Kreditmittel. b) Die Inanspruchnahme des Kredits der sechs Banken im Vergleich. — Schlussbetrachtung. — Nachtrag: Das Gesetz betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. Juni 1909 und seine voraussichtlichen Einwirkungen auf die Bank- und Geldverfassung Deutschlands, auf die Diskontopolitik der Reichsbank und auf die Bewegung des Bankdiskontes.

Die russische Goldwährung.

Von

W. Fajans.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 141.)

Preis: 4 Mark 50 Pfennige.

Aus dem Inhalt: Einleitung. Grundzüge zur Geschichte der russischen Papierwährung. — Die Währungsverhältnisse Russlands seit der Durchführung der Geldreform bis auf die Gegenwart. — Die Frage des Währungsmetalls. — Die Fixierung des Rubelkurses und die Devaluation. — Die gesetzliche Regelung der Deckungsfrage und ihre Würdigung. — Die inländische Goldgewinnung. — Die Politik der Goldansammlung. — Die Politik Wittes. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Abschluss der Geldreform. — Allgemeine Würdigung der Währungsreform. — Die Wandlungen des Geldverkehrs seit dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges. — Der Geldverkehr und der Krieg. — Die Gestaltung der Währungsverhältnisse nach dem Friedensabschluss. — Die währungspolitische Bedeutung der Vergrößerung der Staatsschuld seit 1904. — Zweiter Abschnitt. Die Gestaltungstendenzen der russischen Handelsbilanz. — Die Zukunft der Getreideausfuhr. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr durch Extensivierung des Getreidebaus. — Die Aussichten auf eine Erhöhung der Getreideausfuhr auf Kosten der Volksernährung. — Die Ausfuhr der übrigen wichtigen Exportartikel und die Aussichten auf eine Einschränkung des Exports. — Die Holz-, Flachs-, Eier-, Butter- und Naphtaausfuhr. — Die Aussichten auf eine Einschränkung des Imports. — Die Aussichten auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Goldindustrie. — Literaturverzeichnis. — Schlussbetrachtung.

Diskontopolitik.

Gedanken über englische, französische und deutsche Bank-, Kredit- und Goldpolitik.

Eine vergleichende Studie von

Preis 6 Mark. Otto Schwarz, Preis 6 Mark.

Gehelmer Oberfinanzrat.

Aus dem Inhalt: Allgemeines über Diskontopolitik. Begriff des Diskonts. Begriff der Diskontopolitik. Wirkung der Diskontveränderungen. Diskontpolitische Hilfsmittel. 1. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Erleichterung des Gold-eingangs. Zinslose Vorschüsse. Goldankaufpreis. Erschwerung des Goldausgangs. Devisenpolitik. Goldguthaben im Ausland. Abgabe abgenutzter Münzen. Verkauf von Barrengold usw. Goldprämienpolitik. Nichtdiskontierung von Wechseln. Goldersparende Zahlungsmethoden. Schaffung eines Goldmarkts. 2. Hilfsmittel gegen Diskonterhöhung. Diskontveränderungen als wirksamstes Mittel der Diskontopolitik. Gesamtergebnis der Diskontopolitik in England, Frankreich und Deutschland. I. Einschränkungsfaktoren der Diskontopolitik. Einfluss des gesamten Wirtschaftslebens. Volkswohlstand. Handels- und Zahlungsbilanz. Luxus. Vorhandensein anderer durchschnittdiskontsätze beeinflussender Faktoren. Einfluss der bankverfassungsrechtlichen Vorschriften auf den Diskont. Verfassungsgesetze der Bank von England. Verfassungsgesetze der Reichsbank. Verfassungsgesetze der Bank von Frankreich. Einfluss der bankgesetzlichen Vorschriften auf die Zahlungsmethoden. Ersatz des Notenumlaufs durch Scheck und Giro. Note oder Scheck? Beeinflussung der Diskontopolitik durch die Bankverfassungen mehr indirekter Natur. Drittlanddeckung der Noten in Deutschland. Indirekte Notenkontingentierung in Deutschland. Einschränkung der Barzieldiskontierung in Deutschland. Einfluss des gesamten Bank- und Kreditsystems auf die Diskontopolitik. Das englische private Bankwesen. Das deutsche private Bankwesen. Das französische private Bankwesen. Einfluss der Grossbankentwicklung auf die Stellung der Zentralbanken im allgemeinen. II. „Freie“ Bank- und Diskontopolitik. Allgemeines. Verhalten bei Inanspruchnahme der Zentralbank aus Anlass besonderer Verhältnisse im Inlande. 1. Wirtschaftliche Hochkonjunktur mit gesteigerter Nachfrage nach kurzfristigem Kredit. 2. Zu grosse Kapitalinvestierung in langfristigen Kredit. Liquidität der Banken.

Das russische Bankwesen.

Von

Rudolf Claus.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Heft 131.)

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Vorwort. Literatur. I. Die staatlichen Kreditanstalten. — Die Kreditanstalten bis zur Bankreform. — Die Staatsbank. — Die Bauern-Agrarbank. — Die Adels-Agrarbank. — Sparkassen und Leihkassen. — Stadtgemeindefunktionen und städtische Leihhäuser. — II. Gegenseitige Kreditanstalten. — Land-Hypothekenbanken auf Gegenseitigkeit. — Städtische Kreditgesellschaften (Hypothekenbanken). — Gegenseitige Kreditgesellschaften (Handelsbanken). — III. Aktienbanken und Bankers. — Aktienhandelsbanken. — Aktien-Hypothekenbanken. — Leihhäuser auf Aktien. — Bankers. — IV. Kleinkreditanstalten. — Organisation und Gesetzgebung. — V. Die Arbeitsteilung im russischen Bankwesen. — Kreditbilletts, Depositen, Kontokorrentguthaben. — Wechselbank, Lombard, Spezial-Kontokorrent, Emissionsgeschäft. — Der kurzfristige ländliche Kredit. — Der Hypotheken- und Faustpfandkredit. — Schluss.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich

herausgegeben von

Gustav Schmoller.

XXXV. Jahrgang. 3. Heft. Preis: 12 Mark.

Inhalt: Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von Gustav Cohn. — Die polnische Sozialbewegung in der Dittmar und ihre Ausläufer. Von Waldemar Ritscherlich. — Maximal- und Minimaltarif. Von Hans L. Rudloff. — Zur Frage der sozialen Belastung unserer Industrie. Von Friedrich Lenz. — Über den englischen Parlamentarismus. Vortrag. Von Carl Brinkmann. — Franz Anton von Blanc. Ein Sozialpolitiker der liberalen-josephinischen Zeit. Von Karl Grünberg. — Das rheinisch-westfälische Robeisenindustrie und seine Auflösung (unter Berücksichtigung der anderen deutschen Robeisenindustrie). I. Von August Hillebrand. — Die Organisation der gewerblichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) und ihre Bedeutung für das Gewerbe. II. Von J. B. Brandt. — Gutsherrschaft und Landarbeiter in Ostdeutschland. Von August Skalweit. — Bericht über die 30. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Von Emil Wänsterberg. — Moderne Geldtheorie im österreichisch-ungarischen Bankprivilegium. Von Walter Jodern. — Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft. Kritische Betrachtungen zu den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Von Ernst Bernhard. — Die Juden und das Wirtschaftsleben. Von Ludwig Reichwanger. — Erklärung des Herausgebers zu dem Streite zwischen Herrn Prof. Schaffmayer und Herrn Prof. Tönnies.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendorffstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

An die Abonnenten der Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ hat in den letzten Jahren ihr Arbeitsgebiet und ihren Umfang beträchtlich erweitert. Neben dem Ausbau aller Abteilungen sind insbesondere noch in den Kreis der Berichterstattung und Kritik gezogen die Erscheinungen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksbildung, der Hygiene, der Arbeitslosigkeit, der gemeinnützigen Rechtsauskunft. Der Fortführung dieser Aufgaben soll demnächst an die Seite treten die planmäßige Behandlung des Arbeitsrechts.

Diese Vermehrung des Inhalts, die auch eine räumliche Erweiterung des Blattes um fast ein Drittel des früheren Umfangs mit sich gebracht hat, ist mit einer so erheblichen Steigerung der Herstellungskosten verbunden, daß wir uns genötigt sehen, mit Beginn des neuen, 21. Jahrgangs vom 1. Oktober d. J. an das Bezugsgeld für ein Vierteljahr von 3 auf 4 M. für das ganze Jahr somit von 12 auf 16 M. zu erhöhen.

Jedoch wird den der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossenen Vereinen und Verbänden bei Entnahme von 50 Exemplaren der bisherige Bezugspreis von 3 M. vierteljährlich weiter gewährt werden, ebenso den Buchhandlungen, durch welche Mitglieder jener Vereine und Verbände gleichfalls 50 Exemplare oder mehr beziehen.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Die Verlagsbuchhandlung.

Duncker & Humblot.

Die Redaktion.

Prof. Dr. E. Franke.

Inhalt.

Die sozialpolitische Lage in der Schweiz. Von Dr. Eugen Großmann, Zürich 1523

Allgemeine Sozialpolitik 1528

Obligatorische Einigungsämter für Arbeitsfreistellungen in England.
Eine Ehrung sozialer Friedensvermittler.
Das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums.
Eine soziale Zentralfstelle für Finnland.

Rechtspflege 1529

Eine Anwendung des § 152 G.D. gegen einen Arbeitgeberverband.
Zur Rechtsprechung aus § 153 G.D. Gegen Brandtweinergewinn von Kindern.
Strafverfolgung auf Grund des englischen Gewerksamtergesetzes.

Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern 1531

Tarifrevision im Buchdruckgewerbe.

Organisationen der Arbeiter, Schiffsleute, Angestellten und Beamten 1532

Ein sozialpolitisches Programm für das Krankenpflegepersonal.
5. Generalversammlung des Steigerverbandes.

Freigewerkschaftliche Tagungen.
Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter.
Der Bund der Werkvereine.
Fünfter ungarischer Gewerkschafts-Kongreß.

Streiks und Aussperrungen . . . 1534

Die Arbeitskämpfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie.
Eine Rundgebung zu den Arbeitskämpfen.
Der Streik der Berliner Elektromonture.
Ein Lohnkampf in der Solinger Stahlwarenindustrie.
Das Ende des Rotterdamer Seemannsstreiks.
Eine Aussperrung italienischer Glasarbeiter.
Nach den großen Arbeitskämpfen in England.

Arbeiterfrage 1537

Arbeitererschulungsvorschriften für die Buchfabrikation und die polygraphischen Gewerbe in Österreich.

Gemeinnützige Rechtsauskunft. 1539

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Das Programm der dritten Hauptversammlung des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.
Fortbildung der Juristen und Rechtsauskunftsstellen.

Die Gewährung von Rechts-hilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.
Von Rat Dr. Linz, Lübeck.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910. IV.

Die Beschäftigung von preussischen Referendaren in Rechtsauskunftsstellen.

Nachmal: Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtsauskunftsstellen. Von Margarethe Bennewitz, Vorsitzende des Rechtschutzverbandes für Frauen und Anna Bohn-Engelhardt.

Der Bericht des Vertreters der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.) am Reichsversicherungsamt für 1910.

Arbeiterversicherung. Sportstätten 1544

Die alsbaldige Neugründung von Betriebskrankenkassen.
Die Gewährung der freien Arztwahl bei den Düsseldorf-Krankenkassen.
Über das Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit im Sinne des JGG.

Arbeitsmarkt u. Arbeitsnachweis 1546

Die Wiedereröffnung des partikularistischen Arbeitsnachweises im Hamburger Holzgewerbe.
Der gemeinnützige Arbeitsnachweis in Neuport.

Vollversicherung 1548

Zur Jugendfürsorge auf der internationalen Hygieneausstellung in Dresden. Von Landrichter Ermel-Dithmarschen (Altona).
Ein Ausfluß über wirtschaftliche Fragen in Dresden.

Litterarische Mitteilungen 1550

Die sozialpolitische Lage in der Schweiz.

Von Dr. Eugen Großmann, Zürich.

Am 13. Juni 1911 haben die eidgenössischen Räte das neue Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung fertiggestellt. Unmittelbar nachher setzte die Referendumsbewegung dagegen ein, und es ist wahrscheinlich geworden, daß noch im Laufe dieses Jahres eine Volksabstimmung den endgültigen Entscheid über das Schicksal der Vorlage bringen wird. Der Abstimmungstag wird aber nicht nur für die weitere Entwicklung der Gesetzgebung über die Arbeiterversicherung in der Schweiz von hoher Bedeutung werden, sondern er wird auch einen Beitrag zur sozialpolitischen Erkenntnis von allgemeinem Werte liefern. Er wird den im In- und Auslande schon stark erschütterten Glauben an eine besonders große sozial-reformerische Leistungsfähigkeit der reinen Demokratie wieder etwas befestigen oder noch mehr vermindern. Diese allgemeine Bedeutung des gegenwärtigen Moments mag es rechtfertigen, daß an dieser Stelle kurz die Bilanz der schweizerischen Sozialpolitik gezogen wird.

Werfen wir zunächst einen raschen Blick auf den Stand der Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung, um den richtigen Maßstab für die Beurteilung der staatlichen Sozialpolitik zu gewinnen.

In der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung sind bekanntlich nur zwei Richtungen, die „freie“ und die „christliche“ zu unterscheiden. Über die Bedeutung der diesen Richtungen entsprechenden Organisationen sind wir erst seit wenigen Jahren einigermaßen genau unterrichtet. Noch der Jahresbericht des Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1904, in welchem die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf rund 40 800 angegeben wird, macht so starke Vorbehalte gegenüber der Richtigkeit dieser Ziffer, daß ihr nur ein geringer Wert beigelegt werden kann. Seit 1907 werden nun aber vom Gewerkschaftsbund alljährlich im großen und ganzen wohl auch richtige Übersichten über den Umfang der ihm angeschlossenen Organisationen herausgegeben. Danach betrug die Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften, welche dem Landesverbände angehören:

Ende	männlich	weiblich	im ganzen
1907	71 408	6216	77 624
1908	68 478	5772	74 250
1909	62 099	4076	66 175
1910	58 820	5043	63 863

Es zeigt sich also innerhalb der letzten vier Jahre ein nicht unbeträchtlicher Rückgang. Bei einigen Verbänden liegen die Ursachen dieser Erscheinung größtenteils in Kämpfen, deren unglücklicher Ausgang das Vertrauen der Arbeiter in die Organisation schwächte. So hatte der Verband der Maurer und Handlanger, der 1907 noch 6086 Mitglieder zählte, im Jahre 1910 deren nur noch 2400 zu verzeichnen. Die Lebens- und Genußmittelarbeiterorganisation, die 1909 noch 4290 Mitglieder umfaßte, wurde durch den mit einer Niederlage für die Arbeiter endenden Kampf im Brauereigewerbe (Sommer 1910) auf 3200 Mitglieder reduziert. Bei anderen Organisationen wie z. B. bei den Zergitarbeitern (1907: 10 194 Mitglieder, 1910: 7061) dürfte die Ungunst der Wirtschaftslage die Hauptursache für die rückläufige Entwicklung bilden.

Außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehen einige Organisationen, deren Richtung derjenigen der „freien“ im wesentlichen entspricht und die ihm nur aus mehr zufälligen Gründen nicht angehören, und die christlichen Gewerkschaften. Nach einer Zusammenstellung, die J. Greven im Oktoberheft 1910 der „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ gibt, hätte die christliche Berufsorganisation Mitte 1910 9 Zentralverbände, 124 Sektionen und 11 780 Mitglieder umfaßt. Die nicht zum Gewerkschaftsbunde gehörigen freien Gewerkschaften zählten nach einer Ende 1907 vorgenommenen Ermittlung 14 064 Mitglieder; seither sind fast alle in den Landesverband eingetreten, so daß in diese Kategorie nur noch eine sehr geringe Zahl von Arbeitern gehören dürfte.

Über die Bedeutung der Gewerkschaften im Vergleiche zur Gesamtzahl der Arbeiter hat das schweizerische Arbeitersekretariat, gestützt auf die Betriebszählung von 1905 und auf die Mitgliederbestände sämtlicher Organisationen (einschließlich der christlichen), für 1907 eine Untersuchung angestellt. Für die 19 wichtigsten Produktionszweige wurden 607 412 organisationsfähige Arbeiter (403 853 männliche und 203 559 weibliche) ermittelt, von denen 121 769 (115 570 männliche und 6184 weibliche) wirklich organisiert waren. Von den männlichen Arbeitern waren also nur 28 %, von den weiblichen nur 3 %, von der Gesamtzahl 20 % gewerkschaftlich organisiert.

In den einzelnen Branchen ist das Verhältnis natürlich ganz verschieden: Organisationen, die mehr als ein Drittel der Berufsangehörigen umfassen, wie z. B. die Eisenbahner (75,8 %), die Straßenbahner (53,8 %), die Maler und Gipser (43,2 %) und die Holzarbeiter (35,8 %), stehen ganz schwache Verbände wie die der Maurer und Handlanger (8,3 %), der Zergitarbeiter (5,8 %), Schneider (9,0 %), Leberarbeiter (7,8 %) gegenüber.

Mit Bezug auf den Wirkungskreis der Gewerkschaften läßt sich eine entschiedene Tendenz zur Ausdehnung feststellen. Die Gesamtausgaben der dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen 19 Verbände haben sich von 1906 bis 1909 von 828 840 Frchs. auf 1 133 902 Frchs. gehoben. Das Vermögen sämtlicher Verbände stieg von rund 250 000 Frchs. Ende 1899 auf 2 250 000 Frchs. zu Ende 1908. Eine erhebliche Ausdehnung haben namentlich die Unterstützungseinrichtungen genommen. Bei 13 Verbänden haben sich die Ausgaben für Reise-, Arbeitslosen-, Invaliden- und Krankenunterstützung von 1906 bis 1909 um 1,9 bis 37,7 % gehoben, während die Aufwendungen für Kampfszwecke bei 18 Verbänden (von insgesamt 19) um 0,5 bis 50,3 % zurückgegangen sind. Bei 8 Verbänden erscheint das Zurücktreten der Kriegsausgaben als ein von 1906 bis 1909 ununterbrochener Prozeß. Indessen ist diese Erscheinung nicht etwa als ein Abflauen des Kampfeifers zu deuten, sondern es macht sich hier ein Umstand deutlich bemerkbar, der auf eine Verminderung der gewerkschaftlichen Kämpfe hinarbeiten mußte, nämlich die bedeutende Erstarkung der Unternehmerverbände.

In allen wichtigen Produktionszweigen bestehen heute wohl-ausgebaute, finanziell zum Teil sehr leistungsfähige Organisationen der Arbeitgeber, von denen der schweizerische Bau- und Maschinenbauverein, der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinenindustrieller, der Verband zürcherischer Seidenfärbereien, der Verband der Arbeitgeber in der Textilindustrie, der Arbeitgeberverband schweizerischer Schuhindustrieller und der Verband schweizerischer Brauereien die wichtigsten sein dürften. Seit einigen Jahren haben sie sich auch zu einem „Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen“ zusammengeschlossen. Die verstärkte Widerstandskraft der Unternehmer hat sich bei allen Kämpfen der letzten Jahre klar gezeigt. Im Baugewerbe ist die Bewegung auf Einführung der neun- oder neuneinhalbstündigen Arbeitszeit, die vor vier bis fünf Jahren noch recht aussichtsreich erschien, vorläufig gänzlich zum Stillstand gekommen. Die Organisationen der Maurer und Zimmerleute sind heute wohl noch imstande, die Bauunternehmer zu schädigen, dagegen ist es beinahe sicher, daß sie auf dem Wege des Kampfes in den nächsten Jahren zu keiner Verfürzung der Arbeitszeit gelangen werden. Im Brauereigewerbe führte der im Sommer 1910 stattgefundene Kampf zu einer schweren Niederlage der Arbeiter. Auch im Holzarbeiterverbande, der vor einigen Jahren noch überaus kampflustig war, ist es etwas ruhiger geworden. Selbst die Gewerkschaften, die noch in der jüngsten Zeit Erfolge erstritten, wie z. B. die Metallarbeiter, die den Reunfundenstag im Installationsgewerbe erlangen konnten, mußten monatelange und sehr kostspielige Kämpfe darum führen und wurden durch deren Verlauf jedenfalls nicht sehr dazu ermuntert, mit den Forderungen der Arbeitszeitverfürzung und der Anerkennung ihrer Organisation als Vertragspartei bald auch an die Maschinenindustrie heranzutreten.

Es fragt sich, welche Folgen dieser die gewerkschaftliche Aktion einengende Zustand nach sich ziehen wird. Es wäre denkbar, daß er überall zu der Anbahnung einer sorgfältigen, bei jedem Schritt auch die Nachfolge in Ermüdung ziehenden Gewerkschaftspolitik führen würde. Es muß nun aber gesagt werden, daß die Wahrscheinlichkeit hierfür nicht allzu groß ist. Die Verhandlungen der Vorstandskonferenz des Gewerkschaftsbundes vom 10. November 1907, bei welchen zur Frage der Einigungsämter und Schiedsgerichte Stellung genommen wurde, haben klar gezeigt, daß der großen Mehrzahl der Delegierten der ganze Ideenkreis, der die Methode des parlamentarischen Verbandens, die Tarifverträge, die privaten und öffentlichen Einigungsämter umfaßt, noch ziemlich neu war. Die Begriffe „Vergleichsvorschlag“, „moralischer Schiedspruch“ und „vollziehbarer Schiedspruch“ wurden nicht auseinandergehalten, infolgedessen wurde in der Einführung staatlicher Einigungsämter ein Hemmnis für die gewerkschaftliche Organisation erblickt und jene Institution daher „verworfen“. Vergebens hatte der verdiente Rektor der Arbeiterbewegung, Hermann Greulich, sich bemüht, die Mißverständnisse aufzuklären, vergebens hatten die Typographen, gewiß kompetente Kenner des Gegenstandes, darauf hingewiesen, daß die paritätischen, privaten Einigungsämter erst auf einer hohen Stufe der Organisation so fest gefügt seien, daß sie unter Aus-

schaltung aller Drittpersonen auch schwierige und tiefgreifende Interessenfreileitungen erlebigen können, die Konferenz wollte nun einmal von irgendwelcher staatlicher Einmischung nichts wissen. Und doch hätte die einfachste Überlegung den überwiegend schwach organisierten Gewerkschaften sagen sollen, daß eins der sichersten Mittel zur Herbeiführung ihrer Anerkennung als Vertragspartei eben in der Einführung von staatlichen, mit dem Recht zur Erzwingung einer Aussprache zwischen den Parteien ausgerüsteten Einigungsämtern bestehen würde.

So ist es nicht ausgeschlossen, daß die Schwierigkeit, den Unternehmern neue Konzessionen abzurufen oder überhaupt mit ihnen zu verhandeln, einen Teil der Gewerkschaften wieder einmal in das Fahrwasser der Revolutionsromantik, der „direkten Aktion“, der „Sabotage“ usw. drängt. Im Baugewerbe z. B. machen sich schon bestimmte Anzeichen hierfür bemerkbar.

Ein originelles Mittel zur Überwindung der wachsenden Schwierigkeiten ist die Gründung von Produktiogenossenschaften. In verschiedenen größeren Städten, namentlich aber in Zürich, sind im Spiser-, Schreiner-, Spengler-, Zimmerleute-gewerbe von den Gewerkschaften solche Betriebe ins Leben gerufen worden, die, abgesehen von der durch die Ausschaltung des Unternehmergewinnes ermöglichten Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in Streikfällen auch eine wesentliche Verstärkung der Kampfposition der Arbeiter mit sich brachten. Ob sie die bekannten Klippen dieser Genossenschaftsform dauernd werden umschiffen können, bleibt abzuwarten.

Die raschesten Fortschritte haben auf dem Gebiete der Selbsthilfe bis jetzt unzweifelhaft die Konsumgenossenschaften gemacht. Der Umsatz der dem Zentralverband angehörenden Vereine stieg von 32,7 Millionen Francs im Jahre 1900 auf 43,7 Millionen Francs im Jahre 1910, die Zahl ihrer Mitglieder von 83 559 auf 111 303, der Verkehr mit dem Zentralverbande von 3,6 auf 27,7 Millionen Francs. Eine gewisse Gefahr für die weitere Entwicklung liegt allerdings in den Versuchen einzelner Gruppen von Mitgliedern, die Konsumvereine in die gewerkschaftlichen Kämpfe hineinzuziehen. Der frühere Sekretär des Zentralverbandes Dr. Hans Müller sah sich daher schon im Jahre 1907 veranlaßt, in einer sehr bedeutsamen Schrift über „Die Klassenkampftheorie und das Neutralitätsprinzip der Konsumgenossenschaftsbewegung“ eindringlich vor diesen Bestrebungen zu warnen, und es kann denn auch konstatiert werden, daß diese bis jetzt keinerlei Erfolge erzielt haben, es sei denn, man wolle den folgenden, vorsichtig abgefaßten Passus des Entwurfs zu einem Übereinkommen zwischen dem Verbande schweizerischer Konsumvereine und dem Gewerkschaftsbunde als solchem gelten lassen:

„Bei wirtschaftlichen oder politischen Aktionen, die geeignet sind, die Entwicklung der einen oder anderen Organisation wesentlich zu fördern oder ernstlich zu gefährden, kann eine Unterstützung der einen Partei durch die andere erfolgen, wenn der letzteren rechtzeitig Gelegenheit gegeben war, vorher in dieser Frage Stellung zu nehmen. Diese Hilfeleistung begrenzt sich durch die den in Betracht kommenden Organisationen gegebenen Kompetenzen und verfügbaren Mittel.“

Die auf Gegenseitigkeit beruhenden Hilfs-gesellschaften sind bekanntlich in der Schweiz ziemlich verbreitet. Die von Dr. Gutznecht für das Jahr 1903 durchgeführte Statistik wies 2006 solcher Rassen mit 505 947 Versicherten nach. Gegenüber dem Jahre 1880 bedeutet dies eine Zunahme der Rassen um 85 % und ein solcher der Mitglieder um 141 %. Die Mehrzahl der Versicherten (50,2 %) entfällt auf Rassen, die gegen Krankheit und Tod versichern, 25 % auf reine Krankenkassen, 10,6 % auf reine Sterbekassen, 6,2 % auf Rassen, die bei Krankheit, Tod und Invalidität Hilfe gewähren. Von 100 Einwohnern waren im Jahre 1903 12 gegen Krankheit versichert, d. h. also, es ist auf dem Boden der Freiwilligkeit etwas mehr als die Hälfte des Erfolges erzielt worden, den das Deutsche Reich in diesem Jahre aufzuweisen hatte (18 % Versicherte).

Überblickt man das Bild, das uns die soziale Selbsthilfe zeigt, so wird man sagen können, daß, so günstig auch die Aussichten sein mögen, welche sich der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung und den mit Besonnenheit vorgehenden Gewerkschaften eröffnen, doch keine Rede davon sein kann, daß mit ihrer Hilfe allein die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse in bald in dem wünschbaren Maße verbessert werden könnten. Die Ergänzung der Selbsthilfe durch die staatliche Sozialpolitik ist vielmehr in der Schweiz mindestens ebenso notwendig wie in irgend einem anderen Staate Mitteleuropas.

Erfüllt der schweizerische Bundesstaat seine sozialpolitischen Aufgaben?

Nehmen wir als Grundlage für die Beantwortung dieser Frage zunächst einmal die Forderungen, welche die Arbeiterklasse selbst erhebt. Es ist dieses Jahr just ein Vierteljahrhundert verstrichen, seit der schweizerische Arbeiterbund und das schweizerische Arbeiterssekretariat als parteipolitisch und religiös neutrale Organe für die Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter gegründet wurden. Zehn allgemeine Arbeitertage wurden von 1890 bis 1911 abgehalten, und in ihren Protokollen liegt ein reiches Material für die soziale Gesetzgebung bereit. Schon der Arbeitertag vom Jahre 1890 verhandelte über die Kranken- und Unfallversicherung — und der vom Jahre 1911 beriet immer noch über sie. Das Gekleid, sowohl am ersten wie am jüngsten Arbeitertage besprochen worden zu sein, hat auch das Bundesgesetz über die Fabrikarbeit vom Jahre 1877 getroffen. Unrealisierte Postulate sind auch die Einführung obligatorischer Berufsgenossenschaften, die unentgeltliche Krankenpflege, die eidgenössische Arbeitslosenversicherung, das Tabakmonopol. Die Forderung des internationalen Ausbaues der Arbeiterschutzes-gesetzgebung ist tatsächlich das einzige Postulat, das nicht gänzlich unerfüllt geblieben ist.

Legen wir an Stelle der Forderungen der Arbeiter den durch den Vergleich mit den umliegenden Kulturstaaten gegebenen Maßstab an die eidgenössische Sozialpolitik, so müssen wir auch hier ein ganz auffälliges Mißverhältnis zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte, konstatieren. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist das einzig greifbare Resultat das im Eingange dieses Aufsatzes erwähnte Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung vom 13. Juni 1911. Aber abgesehen davon, daß es noch nicht sicher ist, ob es wirklich in Kraft tritt, ist der durch den Inhalt dieses Gesetzes gegebene sozialpolitische Fortschritt als ungemein bescheiden zu bezeichnen. Einzig die Unfallversicherung entspricht ja ungefähr dem, was man vom Standpunkte moderner sozialer Gesetzgebung verlangen muß. Die Krankenversicherung entbehrt des Obligatoriums von Bundes wegen, und es ist den Kantonen und Gemeinden überlassen, ob sie zu seiner Einführung schreiten wollen. Da ihnen die Heranziehung der Arbeitgeber zu den Beiträgen durch das Bundesgesetz aber verboten wird, so werden bei der prekären Finanzlage der meisten Kantone viele Jahre vergehen, bis auch die Schweiz die obligatorische Krankenversicherung haben wird. An weitere Aufgaben der Arbeiterversicherung wie die allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung, die Witwen- und Waisenversicherung oder gar an die Pensionsversicherung der Privatbeamten ist für absehbare Zeit angesichts des bisherigen Tempos der Gesetzgebung nicht zu denken.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge beschränkt sich die Wirksamkeit der Eidgenossenschaft auf die gemäß Bundesbeschluss vom 29. Oktober 1909 zu leistende Unterstützung des öffentlichen Arbeitsnachweises; für die Förderung der Versicherung oder der Unterstützung der Arbeitslosen werden keine Mittel aufgewendet. Die seit langem in Aussicht genommene Revision der Fabrik-gesetzgebung hat, abgesehen von dem, was auf dem Wege internationaler Verträge erreicht wurde, bis jetzt nichts zutage gefördert als die Novelle vom 1. April 1905, durch welche die Arbeitszeit an Samstagen und Vorabenden vor Festtagen auf neun Stunden verkürzt wurde. Von der gerade für die Schweiz wichtigen Frage des Heimarbeiterschutzes wird kaum gesprochen. Eine Gesetzgebung über Einigungsämter und Schiedsgerichte fehlt ebenfalls, obgleich verschiedene ausgedehnte Streiks ihre Notwendigkeit bargetan haben und der Bundesrat seit Jahren mit der Prüfung der Frage betraut ist. Nicht einmal auf dem Gebiete der Sozialstatistik find, abgesehen von der erwähnten Arbeit über die Hilfs-gesellschaften, irgendwelche nennenswerte Leistungen zu verzeichnen, obgleich eins der sachkundigsten Mitglieder des Nationalrats, der thurgauische Regierungsrat Dr. Hofmann, immer wieder nachdrücklich nach solchen rief.

Der Mangel an sozialpolitischen Leistungen des Bundes erscheint in um so bedenklicherem Lichte, als seine Finanzlage durch-aus günstig ist. Die eidgenössischen Staatsrechnungen wiesen von 1900—1910 siebenmal Einnahmenüberschüsse im Gesamtbetrage von rund 33 Millionen Francs und nur viermal Ausgabenüberschüsse im Gesamtbetrage von rund 12 Millionen Francs auf und eine ganze Reihe von Steuerquellen sind noch gar nicht erschlossen.

Im Vergleich zur Eidgenossenschaft stehen selbst die Kantone, die nach der heutigen Lage des Verfassungsrechts und des Finanz-ausgleichs nicht mehr als Träger der großen Aufgaben der Sozialpolitik in Betracht kommen können, noch recht günstig da. Obgleich ihr Haushalt im wesentlichen auf die direkten Steuern angewiesen ist und die großen Kosten des Unterrichtswesens, des Straßenbaues,

der Rechtspflege, der Polizei fast ganz von ihnen bestritten werden müssen, machen doch verschiedene unter ihnen redliche Anstrengungen. So ist namentlich die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung in den letzten Jahren ins Auge gefaßt worden. Die Kantone Zürich, Appenzell a. Rh. und Glarus haben hierfür schon ganz erhebliche Fonds angesammelt, auch in Bern, Baselstadt, Solothurn, Aargau, St. Gallen wird die Frage studiert, Neuenburg und Waadt haben auf dem Boden der Freiwilligkeit bereits Kassen, geschaffen, und der Kanton Genf brachte es sogar bis zu einer fertigen, auf dem Boden des Obligatoriums stehenden Vorlage, die nur leider in der Volksabstimmung vom 7. August 1910 unterlag. Baselstadt und Genf sind auch schon zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genfer System gelangt.

Das stärkste sozialpolitische Leben aber pulsiert unzweifelhaft in den Gemeinden. Hier ist namentlich beachtenswert der Eifer, mit der sich eine Anzahl Städte, so namentlich Zürich, Bern, St. Gallen, Schaffhausen, der Wohnungs- und Bodenfrage durch Ausdehnung des öffentlichen Grundbesitzes, durch Eigenbau von Wohnungen (in Zürich sind hierfür schon über 7 1/2 Millionen Francs bewilligt), durch Unterstützung von Baugenossenschaften usw. annehmen. Musterhaftes wird auch in der Erfüllung der sozialen Aufgaben der Schule geleistet, die sich immer mehr zu einer Erziehungsanstalt für die Kinder, die infolge der Beanspruchung ihrer Eltern durch die Erwerbsarbeit einer richtigen Pflege entbehren, auswächst. Auch der Arbeitslosenfrage wird von den Gemeinden viel Aufmerksamkeit gewidmet; die größeren Städte besitzen nun fast alle kommunale Arbeitsnachweisämter, die unter sich wieder zu einem Verbands vereinigt sind und sich in die Hände arbeiten. Daneben ist vielfach auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die Kantone und die Gemeinden im ganzen genommen in sozialpolitischer Beziehung das leisten, was billigerweise von ihnen verlangt werden darf, daß dagegen der Bund, der eigentliche Träger der großen sozialpolitischen Aufgaben, stark im Rückstande ist. Für eine Erörterung der Ursachen dieser Erscheinung müssen wir uns hier mit einigen Andeutungen begnügen. Von Einfluß ist jedenfalls der Umstand, daß die spezifischen Vertreter der sozialpolitischen Forderungen in den eigenrößlichen Räten nicht dem Verbands der herrschenden, freisinnig-demokratischen Partei angehören, sondern die oppositionelle „sozialpolitische Gruppe“, die aus Sozialdemokraten und einigen Wilden besteht, bilden, und, da sie an Zahl wenig ins Gewicht fallen, jener gegenüber nicht entfernt so erfolgreich ihre Postulate geltend machen können, wie dies z. B. die Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie zu tun vermögen.

Dazu kommt, daß innerhalb der herrschenden Partei das Verständnis für und der Wille zu sozialpolitischen Reformen sehr wenig verbreitet ist. Männer, die davon überzeugt sind, daß für einen Industriestaat die Arbeiterfrage eins der allerwichtigsten Probleme der inneren Politik ist, und die sich die Mühe nicht verbieten lassen, es in allen seinen Details zu studieren, gibt es im Nationalrat außerhalb der sozialpolitischen Gruppe überhaupt nicht, und auch im Ständerat finden wir nur einige wenige entschiedene Befürworter einer tatkräftigen Sozialpolitik, so die Herren Alt-Bundesrat Lachenal (Genf), Dr. Peer (Glarus), Dr. Locher (Zürich), Heinrich Scherrer (St. Gallen). Die Mehrzahl der Abgeordneten stellt sich eben auf den bequemsten Standpunkt, daß die Sozialdemokratie schon für die wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter Sorge und kein Grund vorliege, deren Geschäfte zu versehen. Man übersieht dabei, daß eine herrschende Partei andere Pflichten hat als eine Minderheitspartei. Diese Pflichten sind dem Freisinn in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1910 über die Einführung der Verhältniswahl für den Nationalrat, der allgemein die Bedeutung eines Volksgerichts über den bisherigen Kurs beigelegt wurde und in welcher die oppositionelle Minderheit nur um rund 25 000 Stimmen (240 305 gegen 265 194) hinter der Mehrheit zurückblieb, zwar deutlich in Erinnerung gerufen worden. Ob mit dauerndem Erfolg, bleibt abzuwarten.

Sedenfalls steht fest, daß schon die nächsten zehn Jahre von schwerwiegender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Arbeiterfrage sein werden. Bleibt die soziale Gesetzgebung in diesem Zeitraume gegenüber dem Auslande und den berechtigten Forderungen der Arbeiter so sehr zurück wie bisher und werden gleichzeitig die Hoffnungen der Gewerkschaften, auf dem Boden der Selbsthilfe rasch vorwärts zu kommen, durch die Erstarrung der Unternehmerverbände erheblich gedämpft, so ist zu befürchten, daß die Empfindlichkeit der Schweizerischen Arbeiter für die Rezepte der französischen Bewegung, die jetzt schon einigermaßen vorhanden ist, noch

wesentlich gesteigert werden könnte. Es ist daher hohe Zeit, daß die verantwortlichen Faktoren einsehen, daß die Gefahren, die unserer auf den Export gerichteten Volkswirtschaft aus der Möglichkeit einer solchen Entwicklung drohen, weit mehr zu scheuen sind als die Lasten der Sozialpolitik.

Allgemeine Sozialpolitik.

Obligatorische Einigungsämter für Arbeitsstreitigkeiten in England

einzuführen, hat mitten in den großen Kämpfen des August der sozialistische Arbeiterabgeordnete Will Crooks-London beantragt. Der von ihm und seinen Freunden am 16. August, am Tage vor dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks, im Unterhaus angekündigte Gesetzesentwurf von 46 Paragraphen ist inzwischen im „Manchester Guardian“ veröffentlicht worden; der „Gewerksverein“ (Nr. 70, Berlin, 2. September) gibt daraus folgenden Auszug:

Wenn irgendwo eine Lohnstreitigkeit entsteht zwischen Unternehmern und ihren Arbeitern und die beiden Parteien können unter sich nicht einig werden, so sind sie, bevor ein Streik oder eine Aussperrung verkündet wird, verpflichtet, ein Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen. Dieses Verlangen hat sich an das Arbeitsamt des „Board of Trade“ zu richten, das verpflichtet ist, innerhalb fünfzehn Tagen ein solches Schiedsgericht einzusetzen. Jedes Schiedsgericht soll aus drei Personen bestehen, die das Arbeitsamt ernannt; jedoch haben Unternehmer und Arbeiter das Recht, je eine Person vorzuschlagen, und diese beiden zusammen schlagen den Dritten vor. Als solche Schiedsrichter können nur Personen auftreten, die in England beheimatet sind. Niemand darf Schiedsrichter sein, der irgend ein direktes materielles Interesse an dem Ausgang der Streitigkeit hat. Erst wenn das Schiedsgericht weder eine Einigung herbeiführen, noch einen Schiedsspruch aussprechen kann, der von den Parteien angenommen wird, darf ein Streik oder eine Aussperrung vorgenommen werden. Nur solche Streitigkeiten sollen dem Schiedsgericht überwiesen werden, bei der mehr als zehn Arbeiter beteiligt sind. Das Schiedsgericht soll die Sache genau untersuchen, es kann Zeugen vernehmen und alles tun, was ihm richtig und passend erscheint, um die Parteien zu einem anständigen Übereinkommen zu bringen. Ebenso kann es die Angelegenheit eine kurze Zeit verlagern, um den Parteien Gelegenheit zu geben, sich unter sich zu verständigen. Die Schiedsgerichte haben das Recht und die Macht, alle Baulichkeiten, Bergwerke, Fabriken und dergleichen zu besichtigen, wenn es das Interesse der Sache erfordert. Wer das Schiedsgericht an solchen Besichtigungen verhindert, kann mit einer Strafe bis zu 400 £ belegt werden. Die Schiedsrichter werden für die Zeit ihrer Tätigkeit aus staatlichen Mitteln bezahlt, sie dürfen unter keinen Umständen Gratifikationen oder sonstige Gelder von den Beteiligten annehmen. Ein Schiedsrichter, der solche Gelder annimmt, kann mit einer Geldstrafe bis zu 4000 £ belegt werden.

Kein Streik und auch keine Aussperrung darf also beginnen, bevor die Angelegenheit dem Schiedsgericht vorgelegt hat. Verlangen Unternehmer oder Arbeiter irgend eine Änderung in den bisherigen Arbeitsbedingungen, so müssen sie das mindestens dreißig Tage vorher der Gegenpartei mitteilen. Falls die Parteien sich über die geplante Änderung der Arbeitsbedingungen nicht einigen können und die Sache vor das Schiedsgericht gebracht wird, bleiben die bisherigen Arbeitsbedingungen solange bestehen, bis der Fall am Schiedsgericht erledigt ist. Ein Unternehmer, der eine Aussperrung erklärt, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, verfällt einer täglichen Geldstrafe von nicht weniger als 400 £ und nicht mehr als 4000 £ pro Tag der Dauer der Aussperrung. Ein Arbeiter, der an einem Streik teilnimmt entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, verfällt einer täglichen Geldstrafe von nicht weniger als 40 £ und nicht mehr als 200 £. Eine Person, die für eine ungesetzmäßige Aussperrung oder einen ungesetzmäßigen Streik agitiert, verfällt in eine Geldstrafe von nicht weniger als 200 £ und nicht mehr als 4000 £. Solange die Angelegenheit vor dem Schiedsgericht schwebt, ist es beiden Parteien gestattet, sich unter sich zu einigen.

Dieser Gesetzesentwurf, der bald nach dem Wiederbeginn des Parlaments Ende Oktober zweifellos in Beratung genommen wird, trägt den Titel „Labour Disputes Bill“ (Gesetz über Arbeitsstreitigkeiten) und wird unterstützt von einer Reihe anderer Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei wie Arthur Henderson, Beamter des Gewerksvereins der Eisenarbeiter, Geo. Barnes, früher Generalsekretär des Gewerksvereins der Maschinenbauer, und Enoch Edwards, Vorsitzender des Gesamtverbandes der Bergarbeitergewerkschaften. Einen ähnlichen Vorschlag hat schon am 15. August der Führer der Baumwollfabrikanten, der Großunternehmer Macar in Manchester, bei der Regierung eingereicht mit Unterstützung zahlreicher Industrieller und Kaufleute. So arbeiten in England Führer der Arbeitgeber und der Arbeiter zusammen mit der Regierung an der Verhütung und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

Eine Ehrung sozialer Friedensvermittler. Welche große Bedeutung der vermittelnden Friedensstätigkeit der beiden Leiter der Verhandlungen in dem soeben abgeschlossenen Arbeitskonflikt in Norwegen Stortingspräsidenten Halvorsen und Pastor Eriksen (vergl. Sp. 1512) vom König von Norwegen, der Regierung und Volksvertretung beigemessen wird, zeigen folgende Vorgänge: Der König hat beiden Männern schriftlich seinen Dank für ihre erfolgreichen Bemühungen ausgesprochen und ihnen gleichzeitig die Verdienstmedaille in Gold, die höchste Auszeichnung in Norwegen, die jetzt nur im Besitze von zwei noch lebenden Norwegern ist, verliehen. Der Storting nahm die Meldung von dem Friedensschluß im Arbeitskämpfe stehend entgegen.

Das Arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums hat, wie aus dem vom Vorstand des Amtes Geh. Rat Dr. Mataja erstatteten Bericht über das Jahr 1910 hervorgeht, eine umfangreiche und vielseitige Tätigkeit entfaltet. Eine der wichtigsten Arbeiten war die Veröffentlichung der Ergebnisse der umfangreichen Erhebung über den Stand der Kinderarbeit in Österreich im Jahre 1908. Im Jahre 1910 wurde der 1. Band der Bearbeitung, das Tabellenwerk, veröffentlicht; 155 769 Fragebogen dienten als Material. Der zweite Band wird die Beschreibung des Tabellenwerks enthalten. Das Arbeitsstatistische Amt wirkte ferner mit bei den Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse im Bädergewerbe, die vom sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses angeregt worden waren. Das Amt war weiter beschäftigt mit der Bearbeitung von Erhebungsmaterialien über die Arbeitszeit in Eishütten, Walzwerken, Glashütten. Auch wurde die Bearbeitung der Untersuchung über die Bleivergiftungen weiter gefördert.

Auch der in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsstatistischen Amt wirkende Arbeitsbeirat entfaltete eine rege Tätigkeit. Er hielt mehrfach Beratungen, teilweise unter Zuziehung von Sachverständigen, ab, um daraufhin Gutachten erstatten zu können über schwebende Fragen der Gesetzgebung, so über eine allgemeine Verkürzung der Arbeitsdauer in gewerblichen Unternehmungen, ferner über Regelung der Arbeitszeit, d. h. namentlich Einschränkung der Nachtarbeit in den Bädereien. Gutachten des Arbeitsbeirats wurden auch erstattet zu den vorliegenden Gesetzentwürfen über Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, über Wahl von Arbeiterausschüssen und Bestellung von Sicherheitsmännern beim Bergbau, über den Vorentwurf zum Strafgesetzbuch, soweit er sich auf die strafrechtliche Sicherung des Arbeiterschutzes bezog, und ähnliches mehr.

Das Arbeitsstatistische Amt hat im letzten Jahre eine Erweiterung dahin erfahren, daß ein „sozialpolitisches Archiv“ angelegt wurde, welches zum Zwecke zuverlässiger sozialpolitischer Information eine Sammlung aller erreichbaren sozialpolitischen Dokumente bilden soll; auch wird es eine systematisch geführte bibliographische Übersicht über die einschlägigen Erscheinungen in Büchern und Zeitschriften einrichten.

Eine soziale Zentralstelle für Finland. Wie uns aus Helsingfors geschrieben wird, haben sich auf Anregung der Finländischen Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der beiden volkswirtschaftlichen Vereine „Kansantaloudellinen Yhdistys“ und „Ekonomiska Samfundet i Finland“ im Anfang dieses Jahres verschiedene Behörden, Gesellschaften, Vereine und Stiftungen zu einem sozialen Zentralverbande zusammengeschlossen, dessen vornehmste Aufgabe es ist, eine soziale Zentralstelle für Finland in Helsingfors zu schaffen. Durch Zuschüsse von der Regierung und von einem privaten Wägen ist es ermöglicht, die Zentralstelle bereits im September, wenigstens in bescheidenem Umfange, zu eröffnen. Die Zentralstelle, der die Geschäftsstelle des Vereins zur Förderung der gemeinnützigen Bau-tätigkeit“ angegliedert wird, hat durch das Entgegenkommen der Kanzleikommission des Landtags Gelegenheit, in nächster räumlicher und sachlicher Verbindung mit der Landtagsbibliothek zu arbeiten.

Rechtspflege.

Eine Anwendung des § 152 G.D. gegen einen Arbeitgeberverband wird in Nr. 34 des „Correspondenzblattes“ (26. August 1911) mitgeteilt. Es handelt sich um eine Klage des Vorstandes der Freien Vereinigung der Schlächtermeister Lindens gegen einen Kollegen wegen Vertragsbruchs. Die Klage wurde vom Oberlandesgericht Celle am 13. Februar 1911 endgültig zurückgewiesen. Nach Ausführungen über die Zweifelhaftheit der vor-

handenen Aktivlegitimation wird dargelegt, daß der Einwand des Beklagten, die Vereinbarung der Konventionalstrafe entbehre der Klagbarkeit (§ 152 Abs. 2 G.D.), die Klage zu Falle bringe. Hierzu wird gesagt:

„Die durch den notariellen Vertrag vom 10. September 1909 begründete Vereinigung der Fleischermeister Lindens ist nach dem eigenen Vorbringen des Klägers geschlossen, um die Meister gegen das Vorgehen des Gewerkschaftsartikels, das zu jener Zeit mit allen Mitteln eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit der Fleischer-gesellen herbeizuführen suchte, zu schützen. Demgemäß ist es im Vertrage den Meistern zur Pflicht gemacht, bis zum 1. Oktober 1914 mit dem Zentralverband der Fleischergehilfen Deutschlands, seinen Vertretern oder Organisationen keinerlei mündliche oder schriftliche Vereinbarung betreffend Einstellung von Gesellen oder deren Arbeitsverhältnis zu treffen, mit ihren jetzigen oder künftigen Gesellen aber lediglich die Höhe des Lohnes zu vereinbaren und keinerlei weitere Abmachungen irgendwelcher Art zu treffen und zwar bei Verwirklichung einer Vertragsstrafe von 1000 M. Diese Bestimmung kennzeichnet den Verein als einen Schutz- und Kampfbund der Art, wie sie § 152 der Reichsgewerbeordnung treffen will. (Vergleiche Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band 50, Seite 28.) Es findet daher aus der getroffenen Strafbestimmung keine Klage statt.“

Zur Rechtsprechung aus § 153 G.D. ist ein Urteil bemerkenswert, das am 17. August vom Hamburger Schöffengericht IV gefällt worden ist. Ein Arbeitswilliger war eigens nach Hamburg gekommen, um während des Bäderstreiks als Arbeitswilliger zu arbeiten. Ein Streikender rebete lebhaft auf ihn ein, er solle sich doch dem Streik anschließen und Solidarität üben. Der Arbeitswillige gab aber deutlich kund, daß er nicht gewillt sei, sich vom Streikbruch abbringen zu lassen, und verhielt sich auf alles Zureden durchaus ablehnend. Nun sagte der Streikende in seinem Arger: „Du müßtest was in den Nacken haben!“ Der Arbeitswillige ließ den Streikenden festnehmen, und es wurde Klage aus § 153 G.D. erhoben. Der Amtsanwalt beantragte auf Grund dieses Gesetzes 1 Woche Gefängnis. Der Verteidiger machte aber geltend, der Arbeitswillige habe seinen festen Willen kundgegeben, daß er nun und nimmer vom Streikbruch ablassen wolle; von Drohung im Sinne des § 153 G.D. oder von Nötigung aus § 240 StGB. könne hier gar nicht die Rede sein, höchstens handele es sich um Beleidigung. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und führte aus, es handele sich nur um eine beleidigende Redensart; Drohung und Nötigung schieden aus, da der Arbeitswillige ja doch durch nichts zur Aufgabe seiner Absicht zu bewegen war. Allerdings müsse auf die empfindliche Geldstrafe von 40 M. bezw. 8 Tage Gefängnis, trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten, erkannt werden, da Arbeitswillige vor solchen Belästigungen geschützt werden müßten.

Wertvoll erscheint in diesem Urteil, daß hier die Frage, ob nach Lage der Verhältnisse der Streikende überhaupt annehmen konnte, daß eine Beleidigung den Anschluß an den Streik als Erfolg haben könne, aufgeworfen und damit mit dem Schematismus gebrochen wird, der in jeder Beleidigung usw. ein Vergehen gegen § 153 G.D. sieht, gleichgültig ob z. B. die Beleidigung nur aus Anlaß des Streikbruchs erfolgt oder ob es sich um einen Umstimmungsverlust des Streikbrechers handelt. Denn nur der letztere Tatbestand wird von § 153 G.D. umfaßt. Daß diese Unterscheidung im einzelnen Falle schwierig sein kann, soll nicht verkannt werden; dies darf aber natürlich den Richter nicht hindern, gerade hierauf sein Augenmerk zu richten. — Dagegen erscheint uns die Begründung der Strafhöhe völlig verfehlt. Wir haben Sp. 1467 auf ein Urteil aufmerksam gemacht, in dem ausgeführt wird, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen die Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Kampforganisation gerade bei Beleidigungen zu berücksichtigen sei und zwar in dem Sinne, daß auch der Kampforganisation eine Daseinsberechtigung zugesprochen wird, die von dem, der sich ihr nicht anschließen will, respektiert werden müsse. Dieser Standpunkt erscheint auch als der einzig mögliche für den Richter, denn vor dem Richter ist, soweit es sich um Beleidigungen handelt, der Organisierte und der Nichtorganisierte gleich. Ob der Richter dann im Einzelfalle soweit geht, auch der Form nach zweifellose Beleidigungen für straffrei zu erklären, weil der Beleidiger in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat, ist Sache des richterlichen Talents.

Gegen Brandtweingenuß von Kindern. Die Gültigkeit von Polizeiverordnungen, die dem Brandtweingenuß durch Kinder vorbeugen sollen, ist kürzlich vom Kammergericht anerkannt worden. Es handelte sich um eine für den Regierungsbezirk Düsseldorf erlassene Polizeiverordnung vom 11. Juni 1902, welche den Wirten usw. verbietet, an Kinder unter 14 Jahren Brandtwein zu verab-

reichen oder zu verkaufen. Das Kammergericht hat anerkannt, daß diese Verordnung in vollem Umfange gültig ist.

Zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften gehöre die öffentliche Ordnung mit Bezug auf die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und der Schutz von Leben und Gesundheit. Es sei nun davon auszugehen, daß Personen im jugendlichen Alter ganz besonders den schädlichen Einwirkungen des Alkohols ausgesetzt seien. Mit Bezug auf Kinder sei von einer nahe bevorstehenden Gefahr zu sprechen, wenn sie in die Möglichkeit des Branntweingenusses gebracht würden. Deshalb könne es den Vätern nicht nur verboten werden, Kindern Branntwein zum Genuß auf der Stelle zu verabreichen, sondern es sei auch das weitergehende Verbot zulässig, Kindern Branntwein zu verabfolgen oder zu verkaufen, auch wenn sie nur als Boten Erwachsener dienten. Leicht könnten sie dann heimlich zum Schnapsgenuß greifen, wenn es nicht verboten wäre, den nur als Boten dienenden Kindern Schnaps zu verabfolgen oder zu verkaufen.

Strafverfolgung auf Grund des englischen Gewerbämtergesetzes. Das Gesetz, welches in vier verschiedenen englischen Industriestrukturen einen gesetzlichen Mindestlohn sichert, ist kürzlich zum ersten Mal auch in einer Strafverfolgung zur Anwendung gelangt. Einer der vom Handelsministerium angestellten Inspektoren, welche die Durchführung des Gesetzes zu überwachen haben, hatte bei Durchsicht der Bücher entdeckt, daß ein Arbeitgeber der Ketten schmiederei drei jugendlichen Arbeitern einen niedrigeren Lohn gezahlt hatte, als das Geweramt vorgeschrieben hatte. Er hatte für ein bestimmtes Quantum Ketten nur 13 sh. gezahlt, während der festgesetzte Mindestlohn dafür 17 sh. betrug. Trotzdem der Angeklagte zu seiner Entschuldigung anführte, daß er die Bedeutung der „weißen Liste“ nicht verstanden hätte, wurde er doch zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Er mußte den Arbeitern die zu wenig gezahlten Löhne und außerdem 5 Pfund Geldstrafe zahlen, so daß ihm alles in allem (Löhne, Geldbuße, Kosten des Verfahrens) seine Übertretung des Gesetzes auf mehr als 32 Pfund (640 M.) zu stehen kam. Die „weiße Liste“, auf deren Unkenntnis sich der Angeklagte berief, gründet sich auf eine eigenartige Vorschrift des englischen Gewerbämtergesetzes. Als Regel treten die festgesetzten Löhne sechs Monate nach ihrer Veröffentlichung durch das Gewerämtergesetz in Kraft; diejenigen Arbeitgeber aber, welche sich durch Unterschreitung bereit erklären, die gesetzlich festgesetzten Mindestlöhne sofort zu zahlen, werden auf eine amtlich veröffentlichte weiße Liste gesetzt. In der Ketten schmiederei von Cradley Heath hatte sich nun gerade das Streben der Arbeiterschaft nach Veröffentlichung der Löhne darauf gerichtet, sämtliche Arbeitgeber zur sofortigen Zahlung der erhöhten Löhne zu bringen (vergl. Soz. Prax. Jahrg. XIX Sp. 1900). Dies Streben hatte auch Erfolg gehabt, und auch der Angeklagte hatte also die erhöhten Löhne sofort von der Veröffentlichung an zu zahlen und nicht erst nach Verlauf von sechs Monaten. — Der Urteilspruch ist darum so besonders beachtenswert, weil er zeigt, wie ernst die Inspektoren die Verfolgung von Verstößen gegen die gesetzlichen Mindestlöhne nehmen, wie sie aber erfreulicher Weise auch durch die Rechtspredigung darin unterstützt werden, dem Gesetz Beachtung zu erzwingen.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Tarifrevision im Buchdruckgewerbe. Am 25. September und den folgenden Tagen berät in Berlin der Tarifausschuß über die von Prinzipalen und Gehilfen angemeldeten Abänderungsanträge zur Revision des Tarifs. Zu den Verhandlungen sind eingeladen die ordentlichen Prinzipal- und Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses, der Deutsche Buchdruckerverein, der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Deutsche Verlegerverein, der Verein Deutscher Zeitungverleger, der Verein Deutscher Schriftgießereien, der Gutenbergbund, die Redakteure der „Zeitschrift“ und des „Korrespondent“ und die Mitglieder des Tarifamts. Die Zahl der eingereichten Abänderungsanträge ist sehr groß; sie beträgt für die §§ 1–43 des Tarifs 33 Anträge der Prinzipale und 32 der Gehilfen; dazu kommt weiter eine lange Reihe von Vorschlägen zu den §§ 44–81, die die Sonderbestimmungen für Maschinenfeger, Maschinenmeister, Stereotypen- und Galvanoplastiker regeln (25 Anträge der Gehilfen, 22 der Prinzipale); auch zu den Vorschriften über Ehren- und Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise, Vertrauensmänner liegen von beiden Seiten Wünsche vor. Die Arbeitszeit soll nach den Prinzipalansätzen wöchentlich 53½ Stunden ausschließlich der Pausen (täglich höchstens 10, mindestens 7, an Sonntagen mindestens 5 Stunden) betragen und zwar innerhalb der Zeit von 7 Uhr bzw. 6 Uhr früh bis 8 bzw. 9 Uhr

abends. Die Gehilfen fordern „eine den Verhältnissen unseres Gewerbes entsprechende verkürzte Arbeitszeit“, ohne nähere Bestimmung. Zu den Löhnen wird von den Gehilfen verlangt „eine Revision, die den verteuerten Lebensbedingungen der Arbeiter Rechnung trägt und deren materielle Lage aufbessert. Die beschlossene Lohnerhöhung soll allen, auch den über Minimum entlohnten Gehilfen zugute kommen.“ Ferner beantragen die Gehilfen eine „weitere Einschränkung der Überstunden in wirklich wirksamer Weise“. — Mit gespannter Aufmerksamkeit wird in der gesamten gewerblichen und sozialpolitischen Welt diese Verhandlung verfolgt werden.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Ein sozialpolitisches Programm für das Krankenpflegepersonal kam in mehreren Referaten zur Darstellung, die auf der zweiten Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonals am 21. und 22. August in Berlin stattfand. Das Krankenpflege-, Massage- und Baderpersonal bildet eine jetzt 2826 Mitglieder starke Sektion des Verbandes der Gemeinbedarftätigen (freie Gewerkschaft). Die rechtliche Stellung besprach Nibel-Wilmersdorf, der die bekannten Mißstände und Unfairheiten rügte, die dadurch entstehen, daß das Pflegepersonal teils der Gewerbeordnung, teils der Gesindeordnung, teils den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs untersteht. Die rechtliche Stellung wird ferner vielfach durch die geltenden Hausordnungen noch geschmälert. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wurden Zeitsätze angenommen mit der Forderung, daß das gesamte Personal der Reichsgewerbeordnung unterstellt wird. Damit sei gleichzeitig die Aufhebung der im § 154 der Gewerbeordnung für Heilanstalten und Gesehnsheime enthaltenen Ausnahmebestimmungen bedingt. Die im § 169 der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Befreiung von der Versicherungspflicht bedeute für das Personal eine Zurücksetzung den sonstigen Versicherten gegenüber. Die Beseitigung dieser Einschränkung sei deshalb notwendig. Ebenso würde die Unterstellung des Pflegepersonals unter die Unfallversicherung zu fordern sein. — Redakteur Dittmer-Berlin besprach die Prüfungsvorschriften und trat hierbei für obligatorische Bestimmungen ein, da der fakultative Charakter des Gesetzes über die Prüfungsvorschriften ein großer Nachteil sei. Derselbe Redner behandelte das Stellenvermittlungsgesetz und verlangte strengste Handhabung des Gesetzes gegenüber den privaten Stellenvermittlern sowie die Schaffung von paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweisen mit besonderen Fachabteilungen für das Krankenpflegepersonal. — In einem Bericht von Oskar Nibel-Wilmersdorf über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals wurden die Ergebnisse einer Statistik mitgeteilt, die der Gemeinbedarftätigenverband über die Arbeitsbedingungen der Pfleger ausgenommen hat. Danach beträgt die Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals bei 46,2 v. H. 12 bis 14 Stunden täglich, bei 39,3 v. H. über 14 bis 17½ Stunden. Die niedrigste Arbeitszeit von 10 Stunden haben nur 1,5 v. H. der Pfleger. Der Vortrag gipfelte in der Aufforderung einer Reihe von Forderungen, die das sozialpolitische Programm der Sektion darstellen. Außer den bereits oben mitgeteilten Forderungen in bezug auf die rechtliche Stellung sowie die Prüfungsvorschriften und den Arbeitsnachweis wurde verlangt: Zahlung angemessener Löhne unter Festsetzung von Minimalfällen und regelmäßigen Dienstalterszulagen. — Beseitigung des Tringelberufswesens. — Festsetzung einer Maximaldienstzeit von täglich 12 Stunden einschließlich der Frühstück-, Mittags- und Vesperpausen. Trennung des Nachtendienstes vom Tagesdienst durch Einführung von Doppelschichten. Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 86 Stunden. Anerkennung der persönlichen Freiheit während der dienstfreien Zeit. — Beseitigung des heutigen Kost- und Logiswesens. — Gleichstellung des männlichen und weiblichen Personals. Verbot weiblicher Pflege auf Männerstationen öffentlicher Anstalten. — Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubes unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für Kost und Logis.

5. Generalversammlung des Steigerverbandes (20. August in Kettwig). Der Bestand an Mitgliedern ist der gleiche geblieben; die Verbandsleitung führt diese Stodung der Entwicklung auf die Ungunst der Wertbirektionen zurück. Die Versammlungstätigkeit war gering. Der Stellenwechsel ist schwächer geworden 4 v. H. gegen 6 und 8 v. H. in den beiden Vorjahren. Mehrfach sind Gehaltskürzungen vorgekommen. Die Stagnation der Gesehgebung für die Privatbeamten wurde lebhaft beklagt. Debattiert wurde in einer Resolution die Art bzw. Entziehung der Verpflichtung der Steiger, wie sie trotz der Erklärungen des Handelsministeriums gehandhabt wird; gegen die Errichtung neuer Vergütungsklassen wurde wegen genügender Deckung des Bedarfs an Steigern protestiert; hinsichtlich des Versicherungsgesetzes für Angestellte wurde gebeten, die Grubenbeamten in den Knappschichtstassen zu lassen.

Freigewerkschaftliche Tagungen. 12. Verbandstag der Böttcher und Böttcherhilfsarbeiter (21. bis 25. August in Dresden). Der Geschäftsbericht stellt außergewöhnlich viel Lohnbewegungen fest; die Entwicklung des Verbandes ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die Fluktuation sehr groß. Unter den Anträgen zu diesem Bericht wendet sich einer gegen die scharfe Kampfweise des Verbandsorgans

gegen Dr. Pannetier; der Redakteur dieses Organs verteidigt die Schärfe, der Antrag auf künftige größere Sachlichkeit in allen Streitfragen wird aber angenommen. Lange Debatten knüpfen an die Verschmelzungsfrage an. Vor drei Jahren waren fast alle Delegierten gegen einen Anschluß an den Holzarbeiterverband gewesen, jetzt sind viele für ihn, andere sind auch für den Anschluß an den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. Mit 27 gegen 15 Stimmen wird, nachdem 28 Diskussionsredner (bei 42 Delegierten!) gesprochen haben, jede Verschmelzung abgelehnt wegen der Gefahr, daß ein geschlossener Übertritt doch nicht erfolgen würde. — Zur Satzungsberatung liegen 110 Anträge vor; diese werden nach Kommissionsberatung angenommen, inwieweit sie sich gegen jede Beitragsverhöhung richten und Änderungen in der Streit- und Erwerbslosenunterstützung betreffen. Ein Antrag auf Gehaltsverhöhung der Verbandsbeamten fand nach sehr langen Debatten eine knappe Mehrheit.

8. Konferenz der Gasarbeiter (Berlin, 23. bis 24. August 1911). Direktor Zimmer-Berlin bepricht den Fortschritt der Technik in der Gasproduktion, Hedmann-Mannheim die Einwirkung dieses Fortschritts auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Letzterer führte aus, die erste Folge der Einführung neuer Ofensysteme und anderer Maschinen- und Transportanlagen pflege oft Arbeitslosigkeit zu sein. Zu deren Abwendung müsse Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für alle Gasarbeiter und Laternenwärter gefordert werden; die überzähligen Gasarbeiter müßten in anderen städtischen Betrieben unter Befassung ihrer bereits erworbenen Rechte weiterbeschäftigt werden. In diesem Sinne wurde eine Entschließung einstimmig angenommen. Außerdem sprachen noch Dr. med. Janauer-Frankfurt a. M. über Berufskrankheiten der Gasarbeiter und Verbandsvorsitzender Mohs über das Koalitionsrecht der Gasarbeiter; er wies auf die Bestrebungen, dies Recht zu mindern, hin (§ 184 des Strafgesetzbuchs!) und betonte, den Gasarbeitern sei, wie die geringe Zahl von Gasarbeiterstreiks beweise, der Streik nur die ultima ratio, zu der sie nur mit vollem Verantwortungsgefühl ihre Zuflucht nähmen. Gerade die friedlichen Vereinbarungen würden aber durch die Möglichkeit des Streiks gefördert; deshalb könne dieses Recht nicht entbehrt werden. Auch in diesem Sinne wurde eine Entschließung einstimmig angenommen.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellanarbeiter (26. August bis 2. September 1911 in Berlin). 50 Delegierte vertreten etwa 18 000 Mitglieder. Der Verband hat von 1907 bis 1910 einen Rückgang der Mitgliederzahl um etwa 1800 zu verzeichnen und leidet an einer geradezu beispiellosen Fluktuation: 11 770 Mitglieder traten bei, 13 600 traten wieder aus binnen drei Jahren. Seit 1910 ist eine Besserung zu verzeichnen. Der Verlust wird vor allem auf unliebsame Beschlüsse des vorigen Verbandstags und auf Heterogenität in den eigenen Reihen zurückgeführt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht ein Verschmelzungsantrag zur Herbeiführung eines keramischen Industrieverbandes, wofür die Gasarbeiter und Töpfer die Herabsetzung der Unterstufungen des Porzellanarbeiterverbandes verlangen. Hiergegen erhebt sich teilweise Widerspruch; Bauer (Generalkommission) bekämpft die Angst um Unterstufungsstufungen; alle Unterstufungen müßten hinter den Löhnen zurückbleiben, und es sei viel wichtiger, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, als zur bloßen Unterstufungsvereinigung zu werden. Auch andere Redner warnen vor Überschätzung der Werbestraft der Unterstufungen; wo die Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation fehle, nützen keine hohen Unterstufungen etwas. Zur Verschmelzungsfrage sprechen 56 Redner. Anträge auf Vereinigung mit dem Industriearbeiterverband und auf Vereinigung aller Gewerkschaften zu einer großen Union (!) werden abgelehnt, die Verschmelzung nach Kommissionsberatung unter Herabsetzung der ohnehin unhaltbar hohen Unterstufungen grundsätzlich angenommen. Ein Antrag, die Gewerkschaftsschule wegen einseitiger Vertretung einer Richtung nicht mehr zu beschicken und statt dessen alle zwei Jahre ein Mitglied zur Parteischule zu entsenden, wird abgelehnt. Der Verbandsvorsitzende betont den rein wissenschaftlichen Charakter der Gewerkschaftsschule. Schließlich fordert eine Entschließung die 9stündige Arbeitszeit in der Porzellanindustrie. Heute herrscht noch 12 bis 18 stündige Arbeitszeit. Die anderen Verhandlungsgegenstände haben kein allgemeineres Interesse.

Der Bund der Werkvereine, der 1910 in Magdeburg gegründet wurde, hielt am 29. und 30. Juli seinen ersten Vertretertag in Dresden ab. Nach dem Geschäftsbericht schlossen sich in Magdeburg 17 Vereine mit 21 202 Mitgliedern zusammen, während jetzt 68 Werkvereine mit 56 585 Mitgliedern dem Bunde angeschlossen sind. Absteigend stehen noch einige größere auf gleicher Grundlage gebildete Werkvereine, deren Mitgliederzahl auf etwa 10 000 geschätzt wird. Die Berufe, auf die sich die dem Bunde angeschlossenen Arbeiter verteilen, sind in der Hauptsache: Bergbau, schwere Eisenindustrie, Maschinenindustrie, Textilindustrie, Elektroindustrie, Schiffbau, Wagonbau, Schuhindustrie und Gelbmetalindustrie. Die Werkvereine nehmen in den meisten Arbeiterfragen eine grundsätzlich andere Stellung ein als die drei Gewerkschaftsrichtungen (freie, christliche, kirchlich-dunkelsche). Wenn auch der Hauptkampf der Werkvereine sich gegen die Sozialdemokratie richtet, so bekämpfen sie nach dem Vorstandsbericht auch „die gewerkschaftlichen Kampforganisationen, weil deren wirtschaftliche Bestrebungen sich mit denen der Sozialdemokratie decken“. Wie aus den Berichten aus einzelnen Werkvereinen hervorgeht, spielt an einzelnen Stellen (Berlin z. B.) der Kampf gegen die „Roten“ die Hauptrolle, in anderen Gegenden (Rheinland-Westfalen) wird er ebenso heftig gegen die christlichen Gewerkschaften und die

kirchlich-dunkelschen Werkvereine geführt. Aus einer Reihe von Eingaben, die der Hauptausschuß zu verschiedenen dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfen gemacht hat, geht die gegenwärtige Haltung der Werkvereine gegenüber der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hervor. So sprach sich der Hauptausschuß zum Arbeitslammengesetz gegen die Mäßigkeit der Arbeiterkretäre aus; zur Reichsversicherungsordnung forderte er die Erhaltung der Betriebskrankenkassen; ferner forderte er stärkeren Schutz der „Arbeitswilligen“ durch Verschärfung der strafgesetzlichen Vorschriften. Von den weiteren Anträgen ist zu erwähnen die Schaffung einer Ausweisarte für sämtliche der nationalen Arbeiterbewegung angehörenden Arbeiter, damit diese sich bei Arbeitswechsel als Wertvereinträger legitimieren können. Um die Arbeiterjugend zu gewinnen, soll jeder Werkverein dahin streben, eine eigene Jugendabteilung zu gründen. Für die Schaffung einer geeigneten Jugendzeitschrift soll Sorge getragen werden. Weiter wurde der Bundesvorstand beauftragt, die Gründung einer Sterbekasse in die Wege zu leiten.

5. ungarischer Gewerkschaftskongreß (13. August 1911 in Budapest). 100 Delegierte vertreten 37 Organisationen mit 90 000 Mitgliedern; die Tagesordnung enthielt etwa dieselben Punkte wie die des deutschen Gewerkschaftskongresses. Über den Stand der ungarischen Gewerkschaftsbewegung bis 1909 vergl. Sp. 1405; 1910 ist ein kleiner Aufschwung erfolgt, der noch anhält. Zur Frage der Arbeitslosenversicherung beschloß der Kongreß, eine systematische Statistik unter Zuziehung der Gewerkschaften, gesetzliche Regelung (Herabsetzung) der Arbeitszeiten, Notstandsarbeiten zu gewerkschaftlich anerkannten Löhnen und Unterstützung der Arbeitslosenunterstützungskassen aus öffentlichen Geldern ohne Beschränkung der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung und politischen Stellungnahme zu fordern. Zur Frage der Streiktaktik verlangte der Kongreß die Errichtung einer gemeinsamen Widerstandskasse aus Beiträgen der Einzelorganisationen, die erst durch Erfüllung dieser Verpflichtung als zum Verband des ungarischen Gewerkschaftsrates gehörig gelten. Ferner forderte der Kongreß die Revision des Arbeiterversicherungsgesetzes und zum Punkte „Arbeiterchutz“ insbesondere eine gründliche Änderung des Gefindengesetzes, Arbeiterschutzgesetze für Bergarbeiter, achtstündige Arbeitszeit, 7 Uhr-Adenschluß und 36stündige Sonntagsruhe für die Handelsangestellten, Einbeziehung der Heimarbeiter unter das zu schaffende Gewerbegegesetz und die Arbeiterschutzgesetze, sowie Beseitigung aller die Landarbeiter treffenden Ausnahmegeetze. Schließlich wurde gegen die schlechten koalitionsrechtlichen Zustände und die Verwallungspraxis in Vereins- und Versammlungssachen lebhaft protestiert. Die Verhandlungen verliefen ruhig und sachlich.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe in der Sächsisch-Thüringischen Metallindustrie. Wie wir bereits Sp. 1511 mitteilten, hatten am 29. August die Verhandlungen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller über die Frage einer Generalaussperrung begonnen; gleichzeitig nahmen auch die Einigungsverhandlungen in Leipzig ihren Fortgang. Der Gesamtverband hat am 30. August beschlossen, zunächst den Verlauf der zurzeit noch in Leipzig schwebenden Verhandlungen abzuwarten und nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen. In dem Beschlusse heißt es dann weiter:

Der Gesamtverband erklärt jedoch, daß vor allem der Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugestanden werden dürfe. Sollten die Arbeitnehmer an diesen oder anderen die Leistungsfähigkeit der Metallindustrie untergrabenden Forderungen festhalten, so würde der Gesamtverband geschlossen hinter den betroffenen Bezirksverbänden stehen, ebenso beschließt der Ausschuß des Gesamtverbandes, dem Thüringer Bezirksverbande seine volle Unterstützung gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer zuteil werden zu lassen.

Die Verhandlungen in Leipzig, die sich zunächst mit den Lohnverhältnissen in der Gelbmetalindustrie, die den Anlaß zum gegenwärtigen Arbeitskämpfe gegeben haben, befaßten, sind bis zum 1. September fortgeführt, dann aber vertagt worden, damit sich beide Parteien erst mit ihren Organisationen insbesondere über die Lohnfrage beraten können. — Über die Zahl der an den Arbeitskämpfen Beteiligten gehen die Angaben auseinander. Zutreffend scheint eine Schätzung zu sein, die die Aussperrten im Leipziger und Chemnitzer Bezirke mit je 7000, im Dresdener Bezirke mit 4000 angibt, zu denen weiter noch 4000 Mann kommen dürften, die in Sympathiestreiks eingetreten sind. Von einer Aussperrung von 60 v. H. kann nach diesen Ziffern allerdings keine Rede sein.

Daß mit einer Generalaussperrung im gegenwärtigen Moment nicht zu rechnen ist, darf man auf Grund des Beschlusses des Ausschusses des Gesamtverbandes der Metallindustriellen annehmen. Dagegen bedarf dieser Beschluß eingehendster Beachtung wegen seiner ablehnenden Stellungnahme hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen. Nicht genug, daß eine außerordentlich große und von Jahr zu Jahr größer werdende Zahl von Arbeitgeberern anderer Industriezweige die hohe Bedeutung der Tarifverträge für die Erhaltung des gewerblichen Friedens anerkennt, gibt es doch auch bereits in der Metallindustrie selbst eine lange Reihe von Tarifverträgen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in den im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeiteten „Beiträgen zur Arbeiterstatistik“ Nr. 8 „Die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reich“ (Berlin, 1908) die Zahl der vom Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen, im Jahre 1906 gültigen Tarife auf 299 mit 9186 tariftreuen Betrieben und 82 207 tariflich entlohnenden Arbeitern (in 225 Orten) angegeben wird, und für Ende 1909 werden in dem amtlichen statistischen Werke 583 Tarife mit 13 470 Betrieben und 120 813 Arbeitern in der Metallindustrie aufgeführt, an deren Abschluß die verschiedensten Arbeiterorganisationen beteiligt sind. Der Beschluß des Deutschen Metallindustriellen-Verbands ist deshalb nur dadurch erklärlich, daß bei ihm vornehmlich Großindustrielle mitgewirkt haben, während bei den in der Metallindustrie bisher abgeschlossenen Tarifverträgen in erster Linie Kleingewerbetreibende in Betracht kommen, wenn auch nicht ausschließlich, wie schon daraus hervorgeht, daß bereits das amtliche Tarifwerk für 1906 feststellt, daß die Tarife in den rein handwerksmäßigen Betrieben nicht mehr so stark übermäßig, wie dies noch 1905 der Fall war. Schließlich ist doch auch die unter Führung des Vorstands des Metallindustriellenverbands im Herbst 1910 zustandegekommene Vereinbarung im Schiffbaugewerbe eine Art von Arbeitsarbeitsvertrag, und hier handelt es sich doch wahrlich um eine Großindustrie.

Eine Rundgebung zu den Arbeitskämpfen der letzten Zeit veröffentlicht der Ausschuß der Privatangestelltenvereine von Düsseldorf und Umgegend mit folgendem Beschluß:

Der Ausschuß der Privatangestelltenvereine sieht in den Arbeitskämpfen, den Massenausperrungen der Arbeiter einerseits und den Streiks der Arbeiter andererseits, eine schwere Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft und eine empfindliche Schädigung des Nationalvermögens. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, erachtet er als Pflicht der Regierung, des Reichstages und der sozial empfindenden Bürger des Reichs. Eine Lösung der schwierigen Frage ist möglich durch Erreichung unparteiischer Schiedsgerichte, deren Sprüche sich die Beteiligten zu unterwerfen haben.

Der Streik der Berliner Elektromonteur (vergl. Sp. 1512). Die Streikenden haben ihre Forderungen wesentlich ermäßigt, insbesondere soweit die Lohnhöhe in Betracht kommt. Da an den Abschluß eines Tarifvertrags zwischen dem Arbeitgeber- und dem Metallarbeiterverband nicht zu denken ist, haben die Streikenden beschlossen, daß die Forderungen jeder einzelnen Firma durch zwei Arbeiter überbracht werden sollen. Dies ist auch geschehen. Während der von den Arbeitern ursprünglich vorgelegte Tarifvertrag die Abschaffung der Alltagsarbeit verlangte, soll es jetzt bei den Einzelvereinbarungen mit den Firmen heißen, daß die Alltagsarbeit nach Möglichkeit zu vermeiden sei, wo aber im Notfall gearbeitet werde, müsse Stundenlohn garantiert sein.

Ein Lohnkampf in der Solinger Stahlwarenindustrie hat am 16. August begonnen. Die Federmeßerreider wollten das alte „Preisverzeichnis“ (Tarifvertrag) infolge der Lebensmittelerhöhung von einem neuen abgelöst wissen. Die 600 im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Reider arbeiteten deshalb gemeinsam mit den 180 dem Solinger Industriearbeiterverband angehörigen und den 56 christlich organisierten Kollegen ein neues Preisverzeichnis aus. Hierbei kam es aber zu Differenzen; der Industriearbeiterverband war gegen die vom Metallarbeiterverband geforderte Verminderung der „Qualitäten“ (Klassen, in die die einzelnen Arbeiten gehören) und gegen dessen hohe Lohnforderungen. Dadurch wurden den Fabrikanten nach Tarifbindung zwei Entwürfe vorgelegt. Derjenige des Industriearbeiterverbandes beruhte auf der alten technischen Grundlage des früheren Tarifs, während die beiden anderen Verbände die durch die technische Entwicklung wesentlich veränderte Arbeitsmethode in Betracht zogen. Die Fabrikanten beriefen eine Sitzung für alle Organisationen ein, in der zunächst der Ablauf des alten Tarifs verschoben wurde. Eine zweite Sitzung kam auch zu keiner Einigung, da die Unternehmer vom Metallarbeiterverband die Aufgabe einiger seiner Forderungen hinsichtlich der Qualitäten verlangte. Der Verband ging hierauf nicht ein und beschloß in einer Versammlung, in diesen Forderungen festzubleiben und den Industriearbeiterverband von weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern auszuschließen, solange dieser sein Preisverzeichnis nicht fallen ließe. Die Fabrikanten beschloßen aber, mit dem Industriearbeiterverband allein zu verhandeln; der christliche Metallarbeiterverband nahm denn auch an diesen Verhandlungen teil. Bald darauf wurde aber auch der frei-

gewerkschaftliche Verband wieder zu den gemeinsamen und auch zu Einzelverhandlungen herangezogen. Die Uneinigkeit der Verbände untereinander tat aber das Ihrige, um keine Einigung mit den Unternehmern zustande kommen zu lassen. Die im Metallarbeiterverband organisierten traten in den Streik und verlangten bei Einigungsverhandlungen am 28. August, daß auch die anders organisierten Arbeiter streiken sollten, falls weiter verhandelt werden solle. Das taten aber diese Verbände nicht, die Verhandlungen scheiterten, und am 28. August erhielten die Ausständigen Verstärkung durch die ebenfalls im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Taschen- und Federmeßerschleifer und durch die Ausmacher und Schlägereiarbeiter. Am 1. September traten auch noch 280 Scherenhärter hinzu und fordern ebenfalls eine Lohnerhöhung. Dadurch sollen die beiden in der Arbeit verharrenden Organisationen gezwungen werden, die Arbeit niederzulegen. Die Gesamtzahl der Streikenden dürfte 1200 übersteigen; der Metallarbeiterverband will weitere Gruppen in den Sympathiestreik treten lassen, wenn er nach Maßgabe der Verhältnisse auf diese Weise die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit bringen kann.

Das Ende des Rotterdamer Seemannsstreiks (Sp. 1445) ist durch die Erklärung der Reeder, im Schlepptampferbetrieb noch vor dem 1. Januar 1912 erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen eintreten lassen zu wollen, nach längeren Verhandlungen herbeigeführt worden. Der große Seemannsstreik ist im übrigen spurlos vergangen; nur noch etwa 40 Seeleute warten auf ihre Wiedereinstellung.

Eine Aussperrung italienischer Glasarbeiter hat 18 Betriebe mit etwa 2000 Arbeitern betroffen. In der Bleiglasbranche waren die Tarifverträge abgelaufen, ohne daß die Arbeiter ihre Verlängerung erreichen konnten. Die Unternehmer lehnten unter allerhand Vorwänden jede Unterhandlung über die Neusetzung von Verträgen ab und entließen die Arbeiter mit Ablauf der bisherigen Verträge. Die Arbeiterorganisation ist schwach und wird viel auswärtiger Hilfe bedürfen, um nicht zu unterliegen.

Nach den großen Arbeitskämpfen in England ist verhältnismäßig rasch Ruhe eingetreten. Zwar zuckt und gärt es noch hier und da, aber es wäre erstaunlich, wenn es anders wäre. Im Bereich der Midlands-Eisenbahn drohte einige Tage ein neuer Kampf auszubrechen, da etwa 40 streikende Angestellte trotz der Vereinbarung nur für schlechter bezahlte oder niedrigere Posten wieder eingestellt werden sollten. Jedoch wurde dieser Zwist durch Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Gewerkschaftssekretär bald beseitigt und die Bestimmung des Vertrags loyal am 31. August durchgeführt. In Grimsby traten Ende August Kohlenarbeiter in den Ausstand, doch gelang es auch hier sehr bald, zu einem Ausgleich zu kommen. Nach mehr als 10 Monaten hat nun auch in der letzten Augustwoche der Grubenstreik der 12 500 Arbeiter der Cambrian Trust Colliery in Süd-Wales nach vielen fehlgeschlagenen Einigungsversuchen und fast ununterbrochenen Verhandlungen endlich sein Ende erreicht. Mehrmals haben die Bergarbeiter die Abmachungen ihrer Vertreter desavouiert, und erst die entschiedene Drohung der Arbeiterverbände von Süd-Wales und Großbritannien, den Ausständigen jedes weitere Streikgeld zu entziehen, hat in einer Ende August abgehaltenen Delegiertenversammlung nach stürmischer Debatte zu dem Beschlusse geführt, daß die Streikenden zur Arbeit zurückkehren, sobald die Gruben wieder in betriebsfähigen Zustand gesetzt worden sind. Etwaige künftige auftauchende Streitpunkte sollen durch eine aus Vertretern der Bergarbeiter und der Grubenbesitzer des ganzen Süd-Wales-Kohlenfeldes zu bildende Kommission geschlichtet werden. Außerdem wurde eine mäßige Lohnerhöhung zugestanden. Nicht ausgeschlossen aber sind neue schwere Kämpfe im Kohlenbergbau. Die unterlegenen Intransigenten des Cambrianbezirks haben in einem Manifest zu einem Ausstand in ganz Wales aufgefordert, und auch aus den anderen großen Kohlengebieten wird von Streikabsichten gemeldet. Am 1. September war eine Konferenz der Führer der Bergarbeitergewerkschaften in Cardiff angesetzt, die über etwaige Forderungen der Arbeiter beraten sollten. Die Tagung ist aber in letzter Stunde abgesagt worden. Der bekannte Gewerkschaftsführer Abg. Abraham (Mabon), Präsident des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales, beschwor die Bergleute, sich nicht in einen Streik einzulassen. Ein solcher würde den Bezirk Wales von allen anderen Gruben im Lande trennen und die Arbeiter von der großen Bewegung ausschließen, die der Bergarbeiterverband Großbritannien unternommen hat. Anfang Oktober soll die Generalversammlung des britischen Bergarbeiterverbandes, der gegen 730 000 Mitglieder zählt, in Southport stattfinden; die Bergleute von Lancashire und Geshire haben dazu bereits eine Resolution eingeschickt, in der für das ganze Vereinigte Königreich ein Minimallohn von 7 *s* gefordert wird. Die Forderung soll sofort in den bestehenden Einigungsämtern zur Sprache gebracht werden; sollten sie die Werkbesitzer nicht bewilligen, so soll der allgemeine Bergarbeiter-

streit erklärt werden. — Eine sehr bemerkenswerte Schilderung von Streik und Aussperrung in Liverpool, wo die schlimmsten Ausschreitungen stattgefunden haben, veröffentlicht die „Köln. Zig.“ in einem Briefe vom 27. August; wir entnehmen ihm folgende Ausführungen:

Von einer Schreckensherrschaft des Böbels in der ganzen Stadt ist keine Rede gewesen. Liverpool ist wie alle englischen Städte sehr weitläufig gebaut. Abgesehen von der Straßenschlacht in Lime Street am ersten Tage spielte sich alles im nördlichen Stadteil ab, wo Schlägereien an der Tagesordnung sind, weil die irischen Katholiken und Protestanten ihre Streitigkeiten mit dem Knüttel auszulämpfen belieben. . . Auch daß das elektrische Licht ausgegangen sei, ist Fabel. . . Eins haben wir alle kennen gelernt: die Nacht einer gegliederten und festgeleiteten Arbeiterschaft. Größer als alle Besorgnis vor Unruhen war der Druck, den das Fortschreiten des Ausstandes auf jeden legte. Die Zeitung hat tatsächlich die Stadt beherrscht. Nur Transporte für die Krankenhäuser waren „offiziell“ erlaubt, sie mußten die Genfer Flagge führen. Unterstützt wurde dieser Einfluß durch die peinliche Neutralität der Behörden, die nur für Ordnung und die notwendige Lebensmittelzufuhr sorgten. Streikposten stehen war erlaubt. Oft winkte der Posten nur mit der Hand, und eine ganze Wagenkolonne lehrte um. Man kann nicht sagen, daß die Ausstandsleitung ihren Einfluß von ihrem Standpunkt aus mißbraucht habe. Sie hat die Polizei bei der Unterdrückung der Unruhen tatkräftig unterstützt. . . Die Unruhen fallen dem Teil der Streikenden zu Last, der mehr dem fünften als dem vierten Stande angehört. Damit ist das Problem des fünften Standes mit aller Schärfe aufgetaucht. Es verquittet sich für Liverpool in eigenartiger Weise mit der irischen Frage, da der größere Teil der Arbeiterschaft irisch ist. . . Uneingeschränktes Lob gebührt der Regierung, den städtischen Behörden und der Polizei. Die ruhige und beide Teile gleich vornehm behandelnde Vermittlungspolitik der Regierung hat größeren Schaden glänzend verhütet. Unsere deutschen Behörden könnten von der klugen Schonung lernen, mit der man hierzulande eine aufgeregte Bevölkerung behandelt. Das Militär war in der Regel verständig aufgestellt und wurde erst im letzten Notfall gerufen. Das höchste Lob gebührt aber den wackeren Schutzleuten. Um sie kann man England beneiden. Wo der deutsche Schutzmann durch Schneid zu wirken sucht, beherrscht sein englischer Genosse die Lage durch seine Ruhe. . . Daß im Getümmel der Straßenschlacht ein Schutzmann einen Ausständigen, der in den Kanal gestürzt war, mit eigener Lebensgefahr rettete, ist ein schönes Zeugnis für den humanen Sinn, mit dem der englische Polizist auch in schweren Zeiten seinen Dienst tut.

Die Königliche Kommission zur Untersuchung der Beschwerden der Eisenbahner hält täglich Sitzungen. Zuerst wurden die Aussagen der Gewerkschaftsführer gehört, die durchweg der Art der Errichtung und Verhandlung der Einigungsämter wenig günstig lauteten: Die Einberufung sei stets verzögert worden, wenn sie aber erfolgt war, dann habe es wiederum eine erhebliche lange Zeit gedauert, ehe die erwählten Vertreter zusammenkamen. So hätten die Forderungen der Arbeiter nicht genügende Berücksichtigung gefunden. Die schweren Kosten eines Schiedsgerichts und die Schwierigkeit, einen Schiedspruch zu erhalten, wurden ebenfalls gegen das bestehende System geltend gemacht. Die North Eastern-Eisenbahn, so führte Williams, der Sekretär des Vereinigten Verbandes der Eisenbahner, aus, habe den Weg gezeigt. Sie habe ein so zusammengefügtes Amt, daß es zu größerer Zufriedenheit arbeite als die Ämter nach dem Plane vom Jahre 1907. Die einzige Hoffnung auf Frieden sei die, den Leuten eine gewisse Garantie zu geben, die sie überzeuge, daß ihre Beschwerden in richtiger Weise behandelt und entschieden würden. Der Bericht der Kommission über ihre Verhandlungen wird erst Ende Oktober erscheinen.

Arbeiterschutz.

Arbeiterschutzvorschriften für die Zuckerraffination und die polygraphischen Gewerbe in Österreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das österreichische Handelsministerium hat am 22. August d. J. im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern zwei Verordnungen erlassen, mit welchen Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit sowohl der bei der Zuckerraffination als auch der in Buch- und Steindruckereien sowie in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter getroffen werden. Diese Verordnungen beruhen im wesentlichen auf Beschlüssen der Unfallverhütungskommission, die unter dem Vorsitz des Reichsratsabgeordneten Oberbaurat Günther durch ihre eingehenden Beratungen die sachliche Grundlage für die nunmehr mit Verordnungskraft ausgestatteten Schutzvorschriften geliefert hat. Auch ist es dieser Kommission gelungen, hinsichtlich der die graphischen Gewerbe betreffenden Verordnung, welche zuerst in Unternehmerkreisen lebhaftes An-

sehung erfahren hat, ein allseits befriedigendes Kompromiß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, das es der Regierung ermöglichte, die Interessen des Arbeiterschutzes mit jenen der Industrie in Einklang zu bringen.

Beide Verordnungen lehnen sich eng an den Betriebsprozeß der betreffenden Gewerbe an. Was insbesondere die Zuckerraffination anbelangt — es kommen da sowohl Rohzuckerraffinerien als auch Zuckerraffinerien in Betracht — so sollen durch die neuen Vorschriften nicht nur die durch den maschinellen Betrieb überhaupt bedingten Gefahren verhütet, sondern auch jene speziellen Gefährdungen hinlanggehalten werden, welche, wie z. B. Verbrühungsgefahr, schädliche Gase, Staubeentwicklung, Veräufung mit ätzenden Substanzen usw., die Arbeiter der Zuckerindustrie besonders bedrohen. Hierbei nimmt die Verordnung auf alle Stadien der Zuckerraffination, von der Einlieferung der Rübe angefangen, entsprechend Rücksicht; besondere Sicherheitsmaßnahmen werden hinsichtlich des Einstiegens der Arbeiter in die Melassegruben und anderer gefährlicher Arbeiten getroffen. Bemerkenswert erscheint auch die nunmehr vorgeschriebene periodische Überprüfung gewisser Apparate (Montejeus, Rezipienten, Zentrifugen usw.), eine Anordnung, die wegen der mit dem Betrieb dieser Einrichtungen verbundenen Gefahren dringend geboten erschien. Schließlich enthält die Verordnung auch eine Anzahl hygienischer Vorschriften und regelt das Verhalten der Arbeiter bei besonders gefährlichen Veranlassungen.

Die neuen Schutzvorschriften für die in Buch- und Steindruckereien sowie in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter sind vornehmlich von dem Gesichtspunkte der Bekämpfung der Bleigefahr zu beurteilen, der die genannten Arbeiterkategorien in hohem Grade ausgefetzt sind. Die nunmehr erlassene Verordnung bedeutet daher einen weiteren Schritt in der von der Regierung bereits vor mehreren Jahren eingeleiteten Aktion zur Bekämpfung der Bleivergiftungen in hüttenmännischen und gewerblichen Betrieben. Um dieses Ziel hinsichtlich der graphischen Gewerbe zu erreichen, trifft die neue Verordnung zunächst Bestimmungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und setzt hierbei insbesondere einen gewissen Mindestluftstrom für den einzelnen Arbeiter fest, welcher in gefährlichen Betriebsabteilungen größer bemessen wird als in den minder gefährlichen; auch werden hinsichtlich der Beschaffenheit der Fußböden und Wände in den Arbeitsräumen genaue Anordnungen getroffen, und die Benutzung von Souterrainlokalitäten zu gewissen Arbeiten wird untersagt. Von Bedeutung ist ferner das Verbot der Verwendung von Frauen und Jugendlichen zu gewissen besonders angeführten Arbeiten, die Statuierung der Deklarationspflicht beim Gebrauch bleihaltiger Farben sowie endlich die Festsetzung strenger Verhaltensvorschriften für die Arbeiter, insbesondere das im Betriebe in Kraft tretende Ez-, Trink- und Rauchverbot. Ein vollständiges Novum bildet die in der neuen Verordnung vorgesehene von Amts wegen erfolgende Untersuchung der Arbeiterschaft durch die Amtsärzte der politischen Behörden, welche Organe gegebenenfalls die Suspendierung solcher Arbeiter veranlassen können, bei denen das Vorhandensein einer Bleivergiftung konstatiert wurde. Diese Personen dürfen zu gewissen gefährlichen Arbeiten erst dann wieder verwendet werden, wenn dies von ärztlicher Seite als statthaft erklärt wurde. Der Verordnung ist ein Merkblatt beigegeben, welches über die Art der Bleivergiftung, deren erste Anzeichen und die Möglichkeiten ihrer Verhütung genaue Belehrung erteilt. Die Unternehmer sind verpflichtet, jedem Arbeiter, der zu gewissen gefährlichen Arbeiten verwendet wird, ein solches Merkblatt unentgeltlich auszufolgen.

Was den Wirksamkeitsbeginn der neuen Verordnungen anbelangt, so tritt die Verordnung betr. die Zuckerraffinerien am 1. Januar 1912, jene für die graphischen Gewerbe nach Ablauf eines Jahres vom Veröffentlichungstage an, somit am 29. August 1912 in Kraft. Nur hinsichtlich jener graphischen Betriebe, die nach der Publikation der Verordnung neu errichtet werden, haben deren Bestimmungen sofort Anwendung zu finden. Um den berechtigten Interessen von Industrie und Gewerbe entgegenzukommen, wird überdies in beiden Verordnungen verfügt, daß deren Vorschriften auf bestehende, bereits genehmigte Anlagen nur insofern Anwendung finden, als die dadurch bedingten Änderungen der Anlage ohne Beeinträchtigung der durch den Konsens erworbenen Rechte durchführbar sind, es sei denn, daß es sich um die Beseitigung von das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter offenbar gefährdenden Mängeln handelt oder daß die gestellten Anforderungen ohne unverhältnismäßigen Kostenaufwand und ohne größere Betriebsstörungen durchführbar sind.

Den nunmehr erlassenen Verordnungen sollen, wie verlautet, in kurzer Zeit auch Schutzvorschriften für solche Arbeiter folgen, die bei der Papierfabrikation, in Lack- und Firnisfabriken sowie in Holz verarbeitenden Betrieben beschäftigt sind. Die hierauf bezüglichen Anträge der Unfallverhütungskommission liegen bereits vor, und es ist der Erlaß der betreffenden Verordnungen in Kürze zu erwarten.

Gemeinnützige Rechtsauskunft.

Organ des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

Das Programm der dritten Hauptversammlung des Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen.

die am 6. und 7. Oktober 1911 in Leipzig stattfinden wird, sieht für den 5. Oktober, abends von 1/9 Uhr ab, ein zwangloses Beisammensein im Hotel Sachsenhof, Johannisplatz, vor. Die eigentlichen Verhandlungen, die in der Aula der Fortbildungsschule für Frauenberufe, Schillerstr. 9, am Augustusplatz, stattfinden, beginnen Freitag Vormittag 9 Uhr, Sonnabend 9 1/2 Uhr. Sonnabend Nachmittag 6 1/2 Uhr findet ein gemeinsames Essen im Ratskeller (Preis 3 M.) statt. Der Schluß der Verhandlungen ist auf Sonnabend Mittag 1 Uhr festgesetzt. Um 4 Uhr, am Sonnabend Nachmittag, findet eine Verwalterkonferenz statt. Die Tagesordnung der Hauptversammlung lautet:

1. Erstattung des Jahres- und Rassenberichts (1. Vorsitzender).
2. Die öffentlichen Rechtsauskunftsstellen im Dienste der Rechtspflege (Professor Dr. Esche, Dresden).
3. Die Organisation der gemeinnützigen Rechtsauskunft in kleineren Städten und auf dem Lande (Professor Dr. Stein, Frankfurt a/M.).
4. Die Praxis der Schwindelfirmen und Schwindellaffen und die Mißstände in der Praxis der Kredithäuser.
 - a) Die Praxis der Schwindelfirmen und ihre Bekämpfung (Gerichtsassessor Dr. Hüttner, Essen a/Ruhr).
 - b) Die Praxis der Schwindellaffen und ihre Bekämpfung (Sekretär Rosenkötter, Dresden).
 - c) Die Mißstände in der Praxis der Kredithäuser und ihre Bekämpfung (Dr. Schmitz, Langzig).
5. Politisches und militärisches Meldewesen im Dienste der Rechtsauskunftsstellen (Syndikus Dr. Dilloo, Oberlangensbielau).
6. Vorstandswahlen.
7. Sonstige Fragen und Anträge.

Für die Verwalterkonferenz sind folgende Fragen zur Besprechung in Aussicht genommen:

1. Die Ausgestaltung der Verbandstätigkeit zur Förderung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen. (Mitteilungen des Geschäftsführers).
2. Einrichtung und Führung der Statistik.
3. Gewährung von Rechtshilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.
4. Literarische Hilfsmittel für die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.
5. Die Bearbeitung von Rentensachen in den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.
6. Die Vertretung vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht bei Verhinderung der Partei.
7. Erfahrungen über die Geltendmachung von Unterhaltungsansprüchen.
8. Sonstige Anfragen und Anregungen aus der Versammlung.

Fortbildung der Juristen und Rechtsauskunftsstellen. Der Ausschuß für Fortbildungsfragen des kürzlich gegründeten Vereins Recht und Wirtschaft (vergl. Sp. 845) hat jetzt ein Rundschreiben ausgearbeitet, in welchem er alle diejenigen zur Äußerung ihrer Meinung auffordert, die zu der Frage der Fortbildung der Juristen brauchbares Material und persönliche Erfahrungen beibringen können. In dem Rundschreiben wird es für zunächst erforderlich erklärt, daß die Fortbildungsmöglichkeiten zusammengestellt werden und die Fortbildung in anderen Berufen zur Vergleichung herangezogen wird, damit alsdann gründlich und sicher beurteilt werden könne, was für Mängel die bestehenden Einrichtungen haben, wie sie abgestellt werden könnten und wie das ganze Fortbildungswesen allgemein gemacht werden könne. So sind vor allem Mitteilungen erwünscht über die bisherige Pflege der praktischen Fortbildung der Juristen in wirtschaftlichen Betrieben und über den Wert und Nutzen der Beschäftigung wirtschaftlicher Betriebe. Von besonderer Wichtigkeit erscheine aber die Beschäftigung in Rechtsauskunftsstellen, über die auch nähere Angaben aus praktischen Erfahrungen heraus gewünscht werden. Mitteilungen werden bis zum 15. Oktober an den Vorsitzenden der Vereinigung Recht und Wirtschaft, Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Börngen in Jena, erbeten.

Die Gewährung von Rechtshilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen.

ist in weitem Umfange üblich; ohne besondere Abmachungen und Beschlüsse hat sie sich als etwas Selbstverständliches eingebürgert; freilich sind ihr Grenzen gezogen, die nicht immer beachtet werden und die eine Erörterung an dieser Stelle geboten erscheinen lassen.

Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen erteilt den Mitgliedern des Verbandes Auskunft in Fragen der gewerblichen und sozialen Gesetzgebung, der Alimentenbeitreibung und der privaten Versicherung; außerdem übernimmt er bekanntlich die Vertretung vor dem Reichs-Versicherungsamt. In den bezeichneten Angelegenheiten kommt daher eine gegenseitige Gewährung von Rechtshilfe unter den Rechtsauskunftsstellen nicht in Frage. Auskunftsgesuche dieser Art sind an die Geschäftsstelle des Verbandes zu richten. In anderen Rechtsfragen wendet sich der ratsuchende Leiter einer Rechtsauskunftsstelle zweckmäßig an einen Juristen am Orte der Rechtsauskunftsstelle, dem er unmittelbar seine Fragen und Zweifel vorbringen kann. Bei jeder Rechtsauskunftsstelle, deren Leitung nicht einem akademisch gebildeten Juristen übertragen ist, wird man sich einen Juristen (Richter, Rechtsanwalt, rechtskundigen Stadtrat) sichern müssen, der dem Leiter für solche Auskunfterteilung zur Verfügung steht; die Inanspruchnahme auswärtiger Stellen wird alsdann kaum in Frage kommen. — Übrigens hat bislang die Geschäftsstelle des Verbandes auch Rechtsfragen allgemeiner Art beantwortet.

Handelt es sich um fremdes Recht, etwa um Fragen auswärtigen Gebieters, oder um Fragen des älteren Partikularrechts, so pflegen in einfacheren Angelegenheiten die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte bereitwillig Auskunft zu erteilen; in solchen Fällen wird man aber auch die Rechtsauskunftsstellen des betreffenden Rechtsgebiets zur Auskunfterteilung bereit finden; sind sie nicht selbst über die Frage hinreichend unterrichtet, werden sie doch die gewünschte Auskunft unschwer besorgen können.

Rechtshilfegesuchen, die eine völlige oder teilweise Übernahme des Rechtbetriebes zum Gegenstande haben, wird in der Regel in dem Umfange entsprochen werden, in dem die ersuchte Rechtsauskunftsstelle nach ihren eigenen Gepflogenheiten die Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten übernimmt. So wird jede Rechtsauskunftsstelle, die sich nicht grundsätzlich auf mündliche Auskunfterteilung beschränkt, zur Aufnahme von Erklärungen, zu Verhandlungen mit dritten Personen usw. bereit sein. Vertretungen vor den ordentlichen Gerichten werden in der Regel von den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen nicht übernommen; daher wird man auch entsprechenden Gesuchen anderer Rechtsauskunftsstellen in der Regel nicht Folge leisten können; nur in Fällen, in denen für die Beordnung eines Armenanwaltes oder für die Beschaffung einer anderweitigen Vertretung nicht mehr gesorgt werden kann, mag man es versuchen, ob es der Rechtsauskunftsstelle am Orte des Gerichts möglich ist, durch ihre Verbindungen wenigstens für eine Vertretung im ersten Termine zu sorgen und so den Erlaß eines Versäumnisurteils abzuwenden; man wird aber stets mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß eine auswärtige Rechtsauskunftsstelle derartigen Gesuchen nicht entsprechen kann, und wird sich daher, soweit irgend möglich, anders zu helfen suchen müssen. Ersuchen um Übernahme vor den Gerichten oder vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten kommen für solche Orte nicht in Frage, an denen bei Behinderung der Partei und bei der Unmöglichkeit, einen Vertreter selbst zu stellen, die Gerichte für Vertretung im Termine Sorge tragen; auch wo dieses Verfahren bei den Gerichten nicht geübt und anderweitige Vertretung nicht beschafft werden kann, wird man auf Übernahme der Vertretung durch die betreffende Rechtsauskunftsstelle nur rechnen können, wenn diese auch in ihren eigenen Sachen persönliche Vertretungen übernimmt. Wo dies nicht der Fall ist, wird eine solche Auskunftsstelle aber versuchen müssen, eine geeignete Persönlichkeit aus dem Stande der vertretungsbedürftigen Partei für die Übernahme der Vertretung zu gewinnen. Vertretungen vor den Schiedsgerichten werden bereitwillig übernommen werden, wenn die Termine am Orte der Rechtsauskunftsstelle stattfinden und diese persönliche Vertretungen in Schiedsgerichtssachen zu übernehmen pflegt. In anderen Fällen freilich wird man sich damit begnügen müssen, alles Bemerkenswerte zu den Akten zu bringen.

Diesen Regeln werden aber nur Rechtsauskunftsstellen an kleineren oder mittelgroßen Orten entsprechen können. In der Reichshauptstadt beispielsweise mit ihren tausendfältigen in alle Gegenden des Reichs gehenden Beziehungen würde dies für den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft dortselbst eine arge Zu-

mutung sein; er würde für die Wahrnehmung der auswärtigen Terminalsachen und für die Erledigung sonstiger Rechtshilfeersuchen besondere Beamte einstellen müssen, wollte er seine Hilfe uneingeschränkt nach den obigen Regeln zur Verfügung stellen. Daher wird man solche Zentralstellen zweckmäßig nur in besonders dringlichen und in keiner Weise anders zu erledigenden Fällen in Anspruch nehmen. Daß man alsdann auch bei dem Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin keine Fehlleistung tut, das haben mir praktische Erfahrungen wiederholt gezeigt.

Daß die Rechtshilfeersuchen unentgeltlich erledigt werden, wird auch für solche Rechtsauskunftsstellen selbstverständlich sein, die in ihrem eigenen Betriebe geringe Gebühren erheben. In Frage kann wohl nur die Auslagenerstattung kommen. Zumeist werden sich die Auslagen aber in so bescheidenen Grenzen halten, daß eine Erstattung nicht begehrt wird; wo aber auf die Erstattung der Auslagen Wert gelegt wird, ist dem von der ersuchenden Rechtsauskunftsstelle selbstverständlich zu entsprechen.

So sind der gegenseitigen Gewährung von Rechtshilfe unter den gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen Grenzen zu ziehen; diese Grenzen sind aber dermaßen weit gesteckt, daß man im allgemeinen bei anderen Rechtsauskunftsstellen und namentlich bei den Mitgliedern des Verbandes auf hilfsbereites Entgegenkommen und wechselseitige Unterstützung in den Aufgaben der gemeinnützigen Rechtsauskunft wird rechnen dürfen.

Lübeck.

Rat Dr. Vint.

Aus den Berichten deutscher Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1910. IV.

14. Die städtische RA. zu Darmstadt, die, 1907 gegründet, jetzt zum ersten Male Bericht erstattet hat, hebt hervor, daß die in den Satzungen vorgesehene Abgrenzung der Auskunftserteilung auf bestimmte Gebiete dem Bedürfnis des Publikums nach Beratung keineswegs genüge; im letzten Geschäftsjahr entfielen etwa 61 v. H. auf andere als in den Verzeichnissen verzeichnete Rechtsgebiete. Die Stelle hatte sich vielfach mit Forderungen aus Gewährung von Kost und Wohnung an russische Studenten, die flüchtig geworden sind, zu befassen. Sehr bezeichnend ist, daß ein Kaiserlicher Konsul aus Rußland auf eine eingeholte Auskunft antwortete:

„Mir ist die Tatsache, daß vielfach Einwohner deutscher Städte durch russische Studenten geschädigt werden, aus vielen Reklamationen recht wohl bekannt. Diesem Übelstande kann bei der Mangelhaftigkeit der russischen Rechtspflege durch energische Vertretung solcher Ansprüche durch die Kaiserlichen Konsularbehörden weniger abgeholfen werden, als durch immerwährende Warnungen an die deutschen Geschäftsleute, Wirte usw., bei der Gewährung von Kredit an ausländische, insbesondere russische Studenten die größte Vorsicht walten zu lassen.“

15. Der Jahresbericht der Stadtkölnischen gemeinnützigen RA. zeichnet sich wieder durch eine Fülle von mitgeteilten Rechtsfällen aus der dortigen Praxis aus, auf die wir leider mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum nicht näher eingehen können, die aber besonders kleineren RA. zum Studium zu empfehlen sind, vor allem der von der Kölner Stelle geführte Kampf gegen Schwindelbetrüben. Auffallend ist die geringe Anzahl von Schriftsätzen (2642) bei 18 079 erledigten Fällen.

16. Die RA. in Wiesbaden ist dem Verein für Auskunft über Wohlfahrtseinrichtungen und Rechtsfragen angegliedert. Der Bericht bemerkt, daß schon öfters Stimmen laut geworden seien, die eine Trennung des eigentlichen Rechtsschutzes von der Abteilung für soziale Fürsorge befürworteten. Die Erfahrung habe jedoch gelehrt, wie unzertrennlich die beiden Abteilungen des Vereins von einander seien, indem oft die Unterstützungsgesuche in das Rechtsgebiet hinüberstreifen und andererseits eine einfache Rechtsauskunft wirkungslos wäre, wenn ihr nicht einige Unterstützung mit Geldmitteln zur Seite stünde. Als wirksamer Bundesgenosse habe sich auch öfters der Arbeitsnachweis gezeigt.

17. Der Bericht der städtischen RA. zu Heilbronn, die 5106 Fälle erledigte, wobei die Zivilrechtsfälle stark überwiegen, hebt hervor, daß die Stelle recht oft in Alimentenfällen in Anspruch genommen worden sei. Das Zustandekommen des Gesetzes über die Berufsvormundschaft in Württemberg sei deshalb dankbar zu begrüßen, um so mehr, als es fast kein Rechtsgebiet gebe, auf dem soviel Not und Elend herrsche als hier. Da die dortige Rechtsauskunftsstelle bisher schon einen Teil der Aufgaben des künftigen Berufsvormundes erfüllt und sowieso vorwiegend mit den Kreisen, mit denen auch der Berufsvormund in Verbindung treten müsse, in Beziehung steht, so regt der Bericht an, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Berufsvormundschaft der Rechtsauskunftsstelle anzugliedern.

Die Beschäftigung von preussischen Referendaren in Rechtsauskunftsstellen (vergl. Sp. 1409) erörtert Landrichter Ermel-Altona in Nr. 15 der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Er führt dort u. a. aus, die Referendare selbst würden von ihrer Tätigkeit in der Rechtsauskunftsstelle reichen Gewinn haben können. Der Geschäftskreis der Rechtsauskunftsstelle beschränke sich nicht auf materielles und formelles Zivil- und Strafrecht, sondern umfasse mit dem Gewerberecht, Arbeiterversicherungsrecht u. a. Gebiete, die weit jenseits der normalen Tätigkeit von Anwalt und Gericht liegen, deren Kenntnis aber trotzdem für den Gegenwartsjuristen, möge er nun Richter, Anwalt oder Verwaltungsbeamter werden sollen, notwendig sei. Dann sagt er weiter:

Neben die Möglichkeit, in der Rechtsauskunftsstelle die theoretischen Kenntnisse zu befestigen, zu vertiefen und zu erweitern, tritt die Gelegenheit, sich praktische Gewandtheit im juristischen Gestalten zu erwerben, das, was dem Referendar laienhaft vorgetragen wird, rasch zu durchschauen, juristisch zu zergliedern und in die richtige Form zu bringen. Gegenüber der Tätigkeit beim Gericht arbeitet der Referendar hier selbständig, mit eigenem Verantwortlichkeitsgefühl, ohne Unterordnung unter den ausbildenden Richter und, wo man Gelegenheit gehabt hat, den Referendar zu beobachten, durchweg mit regem Eifer und großem Interesse. Ferner fördert der Verkehr mit dem Publikum der Rechtsauskunftsstelle das Verständnis des Referendars für seinen künftigen Beruf: er lernt die Redeweise des Volkes verstehen und wie er sich ausdrücken muß, um Mißverständnisse und Irrtümer zu vermeiden; er hört von Verhältnissen, Bedürfnissen und Rechtsanschauungen weiter Volkstreu, die ihn auf Gymnasium und Universität nicht interessierten und die später lernen zu lernen ihm die Gelegenheit mangelt. Zudem sehen die Klienten in ihm nicht den Beamten, dessen Autorität ein persönliches Nähertritten abweist, sondern ihren Vertrauensmann; ihm erschließen sie ihr Fühlen und Denken und zeigen sich in ihren Schwächen und Stärken. So lernt er die Wünsche und Bedürfnisse anderer Gesellschaftsschichten verstehen und richtiger einschätzen, als wenn er nur in der Entfernung mit ihnen lebt. ... Ein Referendar, der soeben erst sein Examen bestanden hat, ist freilich noch nicht geeignet, in der Rechtsauskunftsstelle sich zu betätigen. Ein umfassendes solides Wissen auf guter theoretischer Grundlage, klarer, praktischer Blick, Fähigkeit, schnell und dabei sorgfältig zu arbeiten, gebildet zuzuhören und richtig zu fragen, streng sachlich zu sein ohne Bureautätismus und ohne Kleinlichkeitsgefühl, Freundlichkeit und Seufzigkeit, aber Energie gegen Querulanten, sind Eigenschaften, die der junge Beamte sich in der Gerichtspraxis zumeist erst erwerben muß, ehe man ihm die verantwortliche Stellung eines Rechtsberaters seiner Kollegen anvertrauen darf. Ist er aber im Besitze solcher Eigenschaften, so wird unbedenklich seine — unentgeltliche — Beschäftigung bei einer Rechtsauskunftsstelle dem Vorbereitungsdienst beim Anwalt gleich zu werten sein und auf die vierjährige Dienstzeit angerechnet werden können.

Nochmals: Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtschutzstellen.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der Verfasser des Artikels „Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtschutzstellen“ in Nr. 45 der „Sozialen Praxis“ (Sp. 1413) nimmt die Statistik des VII. Jahresberichts des Rechtsschutzverbandes für Frauen zum Anlaß, gegen die Beschäftigung unserer Mitarbeiterinnen Bedenken zu äußern, die nach seiner Ansicht eine erhebliche Begrenzung unseres Wirkungskreises mündenwürdig erscheinen lassen. Wenn er als Vorbild dafür, wie er sich eine solche etwa denkt, auf das Abkommen der Frauenrechtschutzstelle Gießen mit der dortigen städtischen Rechtsauskunftsstelle hinweist, so ist diese Exemplifikation schon um deswillen verfehlt, weil Einsender über die tatsächliche Regelung jenes Verhältnisses — wie die nachfolgende Berichtigung unserer Gießener Stelle erkennen läßt — gerade in den Punkten falsch informiert ist, die er zur Unterstützung seiner Beweisführung heranzieht. Diese ist jedoch auch in sich nicht schlüssig. Der Verfasser, der wohl selbst Jurist ist, übersieht vor allen Dingen, daß von den öffentlichen Rechtsauskunftsstellen, denen nach seinem Vorschlag die Bearbeitung „rein rechtlicher“ Sachen unter Ausschluß der Frauenrechtschutzstellen vorbehalten bleiben soll, selbst nur ein ganz geringer Prozentsatz sich eines Leiters erfreut, der über diejenige gründliche juristische Vorbildung verfügt, die der Verfasser gerade für die Erledigung vieler Fragen aus dem Miet-, Sachen-, Erb-, Straf-, Prozeß- und Konkursrecht für unentbehrlich hält. Mit „Volljuristen“ sind nach meiner Kenntnis noch nicht 10 v. H. der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen besetzt, während schätzungsweise 75 v. H. von Beamten geleitet werden, die vielleicht die bürokratische Behandlung von Rechtsfällen beherrschen, zur sachgemäßen materiellen Behandlung der bezeichneten Fragen aber weder durch Vorbildung noch durch Schulung qualifiziert sein können. Wenn diese also ihrerseits bei gewissenhafter Arbeit doch immer wieder der Be-

ratung durch kompetentere Instanzen bedürfen werden — was sollte denn damit gewonnen sein, daß man für sie jene Materien monopolisierte und dabei grundsätzlich die im Rechtsschutz tätigen Frauen ausschloß, die an jedem Orte wenigstens einen Volljuristen zur Seite haben und von dessen bereitwilliger Beratung in richtiger Einschätzung ihres Könnens ausgedehnten Gebrauch machen. Bei einer solchen werden auch stets durch entsprechende Fragen des Beistandes die dem Laien etwa entgangenen juristisch beachtlichen Momente zur Sprache kommen, so daß sich eine rechtzeitige Vervollständigung des Tatbestandes, notfalls durch Rücksprache mit der Klientin, immer erzielen läßt. Sollte aber wirklich einmal — vielleicht, weil eine Befragung unterblieb — in dieser Richtung etwas übersehen werden, so, meine ich, bietet auch die Belegung der meisten öffentlichen Rechtsauskunftsstellen mit Nichtjuristen keine Gewähr für Vermeidung derartiger Versehen. Oder sollten dem Verfasser dahingehende Klagen über unsere Tätigkeit bekannt sein in einem Umfang, der auch nur einigermaßen seine Forderung rechtfertigen würde, unsere Arbeit auf den fraglichen Rechtsgebieten überhaupt auszuschalten? Und dann: sollten wirklich Ehe-, Waisen- und Alimentationsachen um so viel mehr, als jene streitigen Materien, der fachjuristischen Behandlung eintreten können, als daß sie der Verfasser nicht konsequenterweise auch zum Vorbehaltsgut der öffentlichen Rechtsauskunftsstellen erklären müßte? Und dann: unsere Priorität? Wir wissen und würdigen es, daß das Bessere der Feind des Guten ist; aber den Beweis, der uns unter diesem Gesichtspunkte veranlassen müßte, zurückzutreten, bleibt Verfasser denn doch schuldig. Und weiter: spricht nicht auch die meist langjährige Erfahrung unserer Leiterinnen für uns, die auch in Zukunft für jeden Personenwechsel gewährleistet ist durch die große Zahl des Nachwuchses, der in ständiger Mitarbeit geschnitten wird? Und dann: sind wir nicht in der Lage, unseren Besucherinnen weitergehende Hilfe zu leisten, als viele öffentliche Stellen, die sich auf die bloße Beratung beschränken, die Rechtsverfolgung und -vertretung aber nach Maßgabe der jeweiligen lokalen Vorschriften ablehnen müssen? Und endlich: welche der uns vorkommenden „rein rechtlichen“ Sachen ist so ganz und gar „rein rechtlich“, daß nicht auch ihr gegenüber das Moment der rückhaltlosen Aussprache von Frau zu Frau seinen unschätzbaren Wert äußerte? Auf dies sozial-ethische Moment sollte ich in diesen Blättern nicht erst hinweisen müssen — in ihm liegt die Daseinsberechtigung unserer Tätigkeit und ihres Grundlages weitest Ausdehnung beschlossen. In ihm auch m. E. die Richtlinie, nach der sich in dem vorliegenden „positiven Kompetenzkonflikt“ die Entscheidung zu orientieren hat. Ich glaube nicht, daß sie dem Verfasser jenes Artikels Recht geben wird.

Margarethe Bennewitz,
Vorstandende des Rechtsschutzverbandes für Frauen.

* * *

Zu der Notiz „Rechtsauskunftsstellen und Frauenrechtschutzstellen“ Sp. 1413 habe ich als Leiterin der vom Verein „Frauenwohl“ eingerichteten Rechtsschutzstelle in Essen-Muhr folgendes zu bemerken: Die Rat- und Auskunfterteilung der Frauenrechtschutzstelle beschränkt sich nicht, wie der Bericht sagt, nur auf Ehe-, Alimentations-, Vormundschafts-, Waisen- und Fürsorgeangelegenheiten; die Frauenrechtschutzstelle hat sich vielmehr ausdrücklich vorbehalten, alle ihr vorkommenden Fälle zu behandeln, in denen die rathuchenden Frauen von einer Frau beraten sein wollen. Dieser Vereinbarung, die für die Tätigkeit der Frauenrechtschutzstelle und ihr Verhältnis zur städtischen Rechtsauskunftsstelle außerordentlich wesentlich ist, ist in der Notiz keine Erwähnung getan, ebensowenig wie der, daß die städtische Rechtsauskunftsstelle verpflichtet ist, alle Frauen, die weiblichen Rates und Beistandes bedürfen, an die Frauenrechtschutzstelle zu verweisen. Da nach der Notiz nun diese Vereinbarung zwischen städtischer Rechtsauskunftsstelle und Frauenrechtschutzstelle anderen Städten zur Nachahmung empfohlen wird, halte ich es für wichtig, auf diese beiden Punkte der Abmachung ausdrücklich hinzuweisen.

Anna Bohn-Engelhardt.

Der Bericht des Vertreters der Deutschen Gewervereine (G.-V.) am Reichsversicherungsamt für 1910 beschäftigt sich einleitend mit der „neuen“ Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, d. h. der Ausdehnung des Gewöhnungsbegriffs, und kommt zu dem Schlusse, daß man sich wohl oder übel damit abfinden müsse, Streitigkeiten, besonders Fingerverletzungen, die auf Grund der derzeitigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts aussichtslos sind, müßten vom Reichsversicherungsamt ferngehalten werden.

„Je mehr die Arbeiter erkennen, daß nur aussichtsreiche Rekurse gemacht werden dürfen, um so eher werden wir imstande sein, das Rekursrecht dann teilweise gegen seine Gegner zu verteidigen.“ Und an einer anderen Stelle sagt der Bericht unter Bezugnahme auf diese Frage: „Ist uns auch die Stellungnahme zu den kleinen Renten nicht angenehm, so muß um so mehr anerkannt werden, daß das Amt bei Hinterbliebenenrentensachen und den Streitsachen über die Anerkennung der Betriebsunfälle in sozialem Sinne Recht spricht und den neuesten wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zu folgen sucht.“ Zur Bearbeitung gingen neu ein 356 Sachen, 328 Unfälle, 28 Invalidenrentensachen, 1 Krankenversicherungstreitverfahren, 1 Erbschaftstreitverfahren. In 232 Fällen der Unfallversicherung handelte es sich um § 88 GLBG. bezw. der gleichlautenden Paragraphen der anderen Unfallversicherungsgesetze (anderweite Feststellung der Rente bei Eintritt einer wesentlichen Veränderung in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind). Der Bericht weist darauf hin, daß nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung solche nicht mehr vor das Reichsversicherungsamt hätten kommen können.

Die Rechtsmittel waren eingelegt 286 mal durch die Versicherten, 70 mal durch die Versicherungsträger, 2 mal durch beide Parteien. Erledigt wurden im Berichtsjahre 818 Fälle, davon waren eingegangen 1908 5 Fälle, 1909 80 Fälle, 1910 288 Fälle. Am 1. Januar 1911 waren unerledigt 121 Fälle. Im Reichsversicherungsamt standen 325 mündliche Verhandlungen an. Von diesen waren 108 auf Grund der bisherigen Rechtsprechung oder der Gesetze entweder von vornherein aussichtslos oder sie erwiesen sich im Laufe des Verfahrens als undurchführbar. In 15 Fällen wurde Erhebung weiterer Beweise beschlossen. Zur Endentscheidung kam es in 202 Fällen. Davon endeten mit vollem Erfolg 52, mit teilweisem Erfolg 37, ohne Erfolg 113. Es wurden also in 44,1 v. H. ein Erfolg für die Verletzten erzielt, und zwar betrug der den Verletzten dadurch zufallende Rentenmehrbetrag auf 12 Monate berechnet 14 781,00 M gegen 11 761 M im Vorjahre. In 27 Fällen wurde die Übernahme einer Vertretung wegen offenkundiger Aussichtslosigkeit des Rechtsmittels abgelehnt.

Der Bericht hebt noch hervor, daß, während es früher unmöglich war, ärztliche Gutachten zu beschaffen, dies jetzt durch eine diesbezügliche Vereinbarung mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte in Berlin möglich sei. Diese Einrichtung habe sich als ein wertvolles Hilfsmittel bei medizinisch schwierig gelagerten Fällen erwiesen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die alsbaldige Neugründung von Betriebskrankenkassen wird jetzt vom „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ immer lauter gefordert, und ein hierauf gerichteter Aufruf wird in möglichst vielen Zeitungen verbreitet. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die für die Neugründung von Betriebskrankenkassen nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung bestehende Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden dürfen, für bestehende Betriebskrankenkassen nicht in Betracht komme. Es empfehle sich deshalb für alle diejenigen Betriebe, die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen werde, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen sei. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Gefährdung abhängig sei.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu, daß durch dieses Vorgehen der durch die Reichsversicherungsordnung vorgesehene Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos gemacht werden solle, es sei kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich sei und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden dürfe. Das Blatt weist dann weiter die Arbeiter darauf hin, daß sie bezw. ihre gewählten Vertreter ja bei der Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse gehört werden müßten, hierbei also ihre Gegenstände geltend machen könnten. Ebenfalls seien die Ortskrankenkassen einpruchsberechtigt. Der „Vorwärts“ hält es für ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller der aufgeführten berechtigten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ins Leben treten könnten.

Wir vermögen diesen Optimismus nicht zu teilen. Daß die Arbeiter im einzelnen Falle gegen die Errichtung einer Betriebs-

krankenkasse sich aussprechen, kommt so gut wie niemals in der Praxis vor, da die einzelne Betriebskrankenkasse den in ihr versicherten Arbeitern in den weitaus meisten Fällen aus den faßsam bekannten Gründen mehr leistet als die zuständige Ortskrankenkasse, und zwar am letzten Ende immer auf Kosten der übrigen Versicherten, denn bei einer allgemeinen Zwangsversicherung hat jede Sonderklasse naturgemäß die Tendenz, die in ihr Versicherten auf Kosten der übrigen besser zu stellen. Man kann es deshalb keinem Arbeiter, insbesondere nicht dem guten Arbeiter, der ständige Arbeit bevorzugt, verdenken, wenn er nicht gegen die Errichtung einer Fabrikkrankenkasse auftritt. Und auch der Behauptung, daß die schnelle Gründung von Fabrikkrankenkassen ungefährlich sei, vermögen wir nicht zuzustimmen, da dies weder dem Vorlaute des Krankenversicherungsgesetzes noch der Reichsversicherungsordnung widerspricht. Die tatsächlich vorhandene Möglichkeit, jetzt Fabrikkrankenkassen zu gründen, ist eben eine Folge der Art und Weise, wie die Reichsversicherungsordnung zustande gekommen ist. Von dem besonders im ersten Entwurf der Reichsversicherungsordnung noch deutlich zutage tretenden Bestreben der Regierung, auf eine immer stärkere Konzentration der Krankenkassen zugunsten großer einheitlicher Ortskrankenkassen hinzuwirken, hat der Reichstag immer mehr abgebrodelt, bis zum Schluß auf Grund der endgültigen Kompromisse der jetzige Zustand geschaffen worden ist.

Der Geschäftsführer des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen hat ja auch kürzlich in einem Vortrage über die Reichsversicherungsordnung erklärt, bei den Reichstagsverhandlungen sei die entschlossene Haltung der Mehrheitsparteien erfreulich gewesen, weniger erfreulich dagegen die Haltung der Reichsregierung, die, statt zu führen, selbst die Geführte war und die Geschäfte der Parteien besorgte, und in demselben Vortrag werden die Verdienste des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen um die Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung im sozialen Sinne ins rechte Licht gesetzt. Daß dieser Verband nun auch alle erreichbaren Mittel anwendet, um die im Interesse der Gesamtheit der Versicherten notwendige immer stärkere Konzentration der Krankenkassen zu hintertreiben und den in der Reichsversicherungsordnung stehenden guten Kern immer weiter auszuhöhlen, kann bei der ganzen Stellung, die der Verband den sozialen Fragen gegenüber einnimmt, nicht Wunder nehmen. Zu bedauern ist nur, daß die fortgesetzten Kompromisse, die zur endlichen Schaffung der Reichsversicherungsordnung geführt haben, den jetzigen Zustand möglich machen und daß die Regierungen untätig zusehen müssen, wie auch die wirklich sozialen Fortschritte, die die Reichsversicherungsordnung aufweist, durch die einseitigen Interessen gewisser Unternehmerkreise wieder weggemacht werden.

Die Bewährung der freien Arztwahl bei den Düsseldorf-Krankenkassen. Bereits im vorigen Jahre hatte die Krankenkassen-Kommission der Ärzte Düsseldorf und seiner Vororte in ihrem Jahresbericht einen statistischen Vergleich zwischen sämtlichen Zwangs- und freiwilligen Krankenkassen des Deutschen Reichs und denen Düsseldorf gezogen, aus dem sich ergab, daß die Düsseldorf-Krankenkassen gegen die andern sehr günstige Ergebnisse in den Jahren der freien Arztwahl hatten. Bei allen Krankenkassen machte sich eine jährliche Zunahme in der Beanspruchung von Krankenkassenunterstützungen bemerkbar, diese Zunahme ist aber bei der Gesamtheit der Krankenkassen viel größer als in Düsseldorf. In dem jetzt herausgegebenen neuen Jahresbericht der Krankenkassen-Kommission der Ärzte für 1910 ist die Statistik des Vorjahres nicht nur fortgesetzt, sondern auch im einzelnen auf die Düsseldorf-Ortskrankenkassen ausgedehnt worden, um den Behauptungen der Düsseldorf-Gemeinsamen Ortskrankenkasse entgegenzutreten, daß die freie Arztwahl der Grund der Unglücksjahre und der Steigerung der Kassenausgaben sei. Wie der Jahresbericht feststellt, hat auch die neue Untersuchung und Gegenüberstellung ergeben, daß nicht nur die Gesamtheit der Krankenkassen Düsseldorf günstige Ergebnisse als die Gesamtstatistik des Reichs aufweist, sondern daß auch besonders die Düsseldorf-Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Klagen über die freie Arztwahl keinen Anlaß habe. Das Düsseldorf-Organ sozialdemokratischer Organ, das der Mehrheit der Verwaltung der Gemeinsamen Ortskrankenkasse nahesteht, hat auch, wie der Jahresbericht ausdrücklich hervorhebt, unlängst selbst zugegeben, daß die Düsseldorf-Gemeinsame Ortskrankenkasse mit an erster Stelle stehe, wenn man ihre Beiträge und ihre Leistungen mit denen großer Ortskrankenkassen anderer Städte vergleicht. Die meisten Krankenkassen hätten höhere Beiträge und niedrigere Leistungen.

Die Krankenkassen, die bei der Krankenkassenkommission der Ärzte Düsseldorf und der Vororte in Betracht kommen, zählten im Jahre 1910

zusammen 90 946 Mitglieder. Im Berichtsjahre hatte die Kommission Beiträge mit drei Ortskrankenkassen, 92 Betriebskrankenkassen und 29 Innungs- und sonstigen Krankenkassen. 67 dieser Klassen hatten auch Familienversicherung mit 69 600 Mitgliedern. An der Rassenpraxis waren 194 Ärzte beteiligt.

Über das Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit im Sinne des ZVG. wird in einem Urteile des Reichsversicherungsamts ausgeführt:

„Ein körperlicher Zustand, der einen Versicherten an sich befähigt, die gesetzliche Mindestverdienstgrenze zu erreichen, kann allerdings dazu führen, den Versicherten trotzdem als erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu behandeln, aber nur dann, wenn der Versicherte Gefahr läuft, durch die Verrichtung der ihm den Mindestverdienst sichernden Arbeit die Erwerbsfähigkeit wieder zu verlieren. Die Beforsung, daß die Erwerbsfähigkeit nicht von Dauer sein werde, genügt nicht für die Fortdauer der Erwerbsunfähigkeit, auch wenn die Beforsung auf den Mangel an ausreichender Festigung der körperlichen Verhältnisse gestützt wird. Nur wenn sich sagen läßt, daß nach menschlichem Ermessen die Wiederaufnahme oder die Fortsetzung der Arbeit den Verluß der Erwerbsfähigkeit zur Folge haben werde, wird eine Fortdauer der Erwerbsunfähigkeit angenommen werden können.“

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die Wiedereröffnung des paritätischen Arbeitsnachweises im Hamburger Holzarbeitergewerbe ist am 21. August erfolgt. Der Hamburger-Altonaer Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe hatte einen Unternehmensnachweis erzwingen wollen, der Deutsche Holzarbeiterverband und der Arbeitgeberverein der Holzgewerbetreibenden, die neue Gruppe der Unternehmer, setzten jedoch die Beibehaltung des paritätischen Nachweises durch, obwohl der Kampf zwischen Arbeitgeberverband und Arbeitern fortbauert. Die Eröffnungsfeier brachte zwei Ansprachen, die als Kundgebungen für den sozialen Frieden Beachtung verdienen. Der Vertreter des Arbeitgebervereins führte u. a. aus:

„Schon am 7. Juli dieses Jahres habe ich in einer Versammlung über die Beweggründe gesprochen, welche für uns maßgebend waren, mit aller Energie für einen Arbeitsnachweis gemeinsam mit unseren Arbeitern, also in paritätischer Weise, einzutreten. Ich legte schon damals dar, daß es unserer Meinung nach selbstverständlich für jeden Unternehmer das wichtigste Geschäft sei, sich gute und willige und für das betreffende Unternehmen geeignete Arbeiter zu beschaffen. Da aber nun, wie Sie mir zugeben müssen, es sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer liegt, daß bei der gemeinsamen Arbeit kein störendes Moment, sondern ein gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Ziel obwalte, so ist es auch notwendig, daß gleich bei der ersten Auswahl der Mitarbeiter diejenige Sachkenntnis und Voraussicht geübt wird, welche notwendig ist, um die Arbeiter nur in solche Stellen zu vermitteln, in denen sie ihrer persönlichen Fähigkeit und Veranlagung gemäß Gutes leisten können und daher dort gern arbeiten wollen. Dieses Ziel aber, meine Herren, ist nur dann möglich, wenn die Arbeitsvermittlung fähig ist, bei der Besetzung der betreffenden Stellen die Eigenart des Betriebs sowohl, als auch die Eigenart des Arbeiters genügend zu berücksichtigen. Dieses aber wieder, meine Herren, darüber ist nach unserer Ansicht gar kein Zweifel möglich, kann nicht ausschließlich seitens der Arbeitgeber wie auch nicht ausschließlich seitens der Arbeitnehmer geschehen. Es gehört zweifellos die Erfahrung eines selbsttätig gewesenen Arbeiters auf der einen Seite, wie die Erfahrung eines selbstständig gewesenen Unternehmers auf der anderen Seite dazu, beiden Interessenten gemeinsam zu dienen. Gedanken dieser Art aber, ganz abgesehen von noch vielen anderen Momenten, sind die Grundidee für die Befürwortung des paritätischen Arbeitsnachweises bei uns gewesen, und auch aus diesem Grunde, meine Herren, werden Sie es verstehen, weshalb wir es für unrichtig hielten, den Arbeitsnachweis von sogenannter unparteilicher Seite geleitet zu sehen.“

Der Redner ging dann auf die Schwierigkeit des Amtes der Arbeitsvermittler ein und meinte, dazu gehöre auch Opferfreudigkeit und Idealismus. Die Unterstützung beider Teile durch gute Angaben über ihre Wünsche und durch Mäßigung in ihren Ansprüchen sei unentbehrlich für den Nachweis. Vor allem aber müsse immer im Auge behalten werden, daß der Arbeitsnachweis ein Instrument zur Förderung des gewerblichen Friedens und des Verständnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein solle; auch vom Holzarbeiterverband müsse verlangt werden, daß er den Nachweis als völlig unabhängige, selbständige Organisation betrachte. Beide Parteien hätten ja auch bereits keinen Zweifel daran gelassen, daß der paritätische Arbeitsnachweis durchaus kein Kampfmittel auf Seiten irgend einer Partei bilden dürfe.

Darauf erwiderte der Vertreter des Holzarbeiterverbandes, nachdem er die Wichtigkeit des vom Schutzverbände bekämpften Obligatoriums betont hatte, u. a. folgendes:

„Was den Einwand des Herrn Vorredners betrifft, daß etwaigen Versuchen unsererseits auf Inanspruchnahme des Nachweises zu Organi-

sationszwecken von Arbeitgeberseite entgegengesetzten werden würde, so erwidere ich hierauf, daß wir uns unserer Verantwortung viel zu sehr bewußt sind, um das Prinzip der Parität in solcher Weise zu verletzen. Wir wissen, daß dem paritätischen Arbeitsnachweis nur dann die Zukunft gehören wird, wenn selbiger sich das Vertrauen der Allgemeinheit zu erringen und seine Aufgabe möglichst vollkommen zu erfüllen imstande sein wird. Und diesen Standpunkt wird unsere Organisationsleitung nicht aus dem Auge verlieren, selbst wenn einzelne Mitglieder oder auch eine Zufallsmehrheit irgend eines Ortes um augenblicklicher Vorteile willen gelegentlich etwas anderes beschließen wollten. Der Verband als solcher würde dann seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen wissen.

Soweit die Schwierigkeiten, die den Arbeitsvermittlern bei ihrer Tätigkeit bevorstehen, von dem Herrn Vorredner geschildert worden sind, kann ich mich dem nur anschließen und richte daher die besondere Mahnung an unsere Mitglieder, die Arbeitsvermittler nach besten Kräften zu unterstützen. Sollten Fehler vorkommen, so sind diese nicht im Nachweis auszutragen, sondern an die Vertragsparteien zu melden, welche stets den guten Willen bekunden werden, allen Teilen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Und wo ein Wille ist, da ist auch stets ein Weg.

Noch gilt es, einen großen Teil unserer Arbeitgeber davon zu überzeugen, daß wir mit der Tätigkeit dieses Arbeitsnachweises dem ganzen Gewerbe und all seinen Angehörigen dienen werden und sie die Unrichtigkeit ihres jetzigen Standpunktes daher recht bald einsehen mögen. Da die übrigen Streitfragen erledigt sind, hängt der endgültige Friede eigentlich bloß noch davon ab, ob der Nachweis durch seine praktische Arbeit jene Befürchtungen rechtfertigt oder ob er sein wird, was seine Begründer von ihm erhoffen: ein Mittelpunkt des gegenseitigen Vertrauens und ein Friedenswert für das gesamte Holzgewerbe. Mögen nun die Arbeitsvermittler ihres Amtes walten.

Diese Auffassung vom paritätischen Arbeitsnachweis wird hoffentlich Gemeingut werden und auch dazu beitragen, das gerade im Holzgewerbe noch sehr weit verbreitete Mißtrauen gegen den paritätischen Nachweis durch Vermeidung jedes Übergriffs im einseitigen Interesse eines Kontrahenten allmählich zu beseitigen.

In der Holzindustrie ist auch noch eine andere Bewegung zur Erkenntnis gemeinamer Interessen von Arbeitgebern und Arbeitern im Werden. Es handelt sich da um den Kampf zwischen Möbelschneidern und -fabrikanten einerseits und Möbelschneidern andererseits. Bekanntlich vollzieht sich dieser Kampf bereits in der großen Öffentlichkeit in sehr interessanten Formen, indem die beiderseitigen Organisationen „Möbelmessen“ veranstalten und indem die Händler produktiv, die Fabrikanten Verkaufsgenossenschaften gründen, um gegenseitig einander überflüssig zu machen. Zu diesem heftigen Streit, der aus dem Verlangen der Händler, die Fabrikanten sollten nicht mehr an Private direkt verkaufen, entstanden ist, schreibt die freigewerkschaftliche „Holzarbeiterzeitung“ u. a.: „Wir haben schon wiederholt ausgesprochen, daß in dem Kampfe gegen die Übergriffe des Händlertums die Interessen der Arbeiter mit denen der Tischlermeister und Möbelfabrikanten durchaus harmonieren.“ Der Gedanke, daß ein Gewerbe trotz des Gegensatzes zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auch mancherlei gemeinsame Interessen hat, gewinnt also entschieden an Boden.

Die Kämpfe in der Holzindustrie sind freilich noch immer nicht allorts beendet. Trotz der Wiedereröffnung des paritätischen Nachweises dauert die Hamburger Aussperrung seitens des (alten) Arbeitgeberverbandes noch an; am 2. September ist ein erneuter Einigungsversuch an der Abneigung der Unternehmer gegen das Obligatorium beim paritätischen Nachweis gescheitert.

Der gemeinnützige Arbeitsnachweis in Newyork. Unter dem Vorsth von Otto L. Vannard hat sich in Newyork vor einiger Zeit eine „Amerikanische Arbeitsbörse“ (National Employment Exchange) gebildet, für die ein Garantiefonds von 100 000 Dollars gezeichnet wurde, um ihr für die ersten Jahre die Tätigkeit auf einer halb gemeinnützigen Basis zu ermöglichen. Dieser gemeinnützige Arbeitsnachweis hat jetzt seinen ersten Jahresbericht erstattet. Danach betrugen die Einnahmen 14 170 Dollars, während zur Deckung der Ausgaben noch 10 622 Dollars aus dem Garantiefonds entnommen werden mußten. Seine Entstehung verdankt dieser Arbeitsnachweis der in den Vereinigten Staaten vielleicht noch mehr als in Westeuropa zu beobachtenden Tatsache, daß die privaten Arbeitsnachweishäuser zum Teil ihre Klienten übel ausbeuten. In Nordamerika ist dies deshalb noch leichter als in Europa, weil die Stellensuchenden zum großen Teil Eingewanderte sind, die der Landessprache nicht oder nicht genügend mächtig sind und die nun von ihren des Englischen mächtigen Landsleuten rücksichtslos ausgebeutet werden. Verschiedene deutsche Schilderungen des Lebens in den Vereinigten Staaten verweisen bei ähnlichen Erfahrungen mit großer Bitterkeit; wird doch gerade dem Deutschen die Erlernung des Englischen vielfach schwer, und so fällt er oft

genug in die Hände ausbeuterischer Landsleute. Es ist bezeichnend für die Buntsprachigkeit Nordamerikas und für die Wichtigkeit der eben angegebenen Tatsache, daß der gemeinnützige Arbeitsnachweis in Newyork unter seinen Angestellten mehrere Dolmetscher hat, die zusammen nicht weniger als 17 Sprachen sprechen. Bisher unterhielt der Arbeitsnachweis zwei Bureaus in verschiedenen Straßen: eins für gelernte, eins für ungelernte Arbeiter. Ein drittes Bureau für männliche und weibliche Arbeitskräfte, die kaufmännische Stellungen suchen, ist neuerdings eröffnet worden. Durch letzteres wurden bis zum 30. September 1910 537 freie Stellen besetzt, durch die beiden ersteren in derselben Zeit 4120 Stellen.

Es wird in dem erwähnten Jahresbericht ausdrücklich hervorgehoben, daß die Nachfrage nach gelernten und ungelernten Arbeitern sehr groß sei, daß sich aber herausgestellt habe, daß eine große Zahl von Arbeitslosen gar nicht die Absicht habe, Arbeit zu übernehmen, auch wenn sie ihnen angeboten werde. Die Angebote von Stellen haben die von Arbeitsuchenden weit überstiegen. Auch an anderen üblen Erfahrungen hat es nicht gefehlt. Wurde einem Stellensuchenden Geld gegeben, um sich für eine bestimmte Stellung bewerben zu können, so ist es in einigen Fällen — zumal, wenn sie für die Reisekosten nichts zuzuschießen hatten — vorgekommen, daß sie mit dem Reisegeld auf und davon gingen, ohne sich um die nachgewiesene Stellung zu kümmern. Oder sie übernahmen zwar die Stelle, füllten sie aber nur ganz kurze Zeit aus. Manchmal waren allerdings gute Gründe dafür vorhanden: außergewöhnlich hohe Preise für Nahrung und Wohnung oder ähnliches. Vielfach aber fehlte es auch an solchen Gründen völlig. Vor allem klagt der Arbeitsnachweis darüber, daß es schwer sei, Leute zu finden, die gewillt seien, Stellen auf dem Lande oder auf Farmen anzunehmen. Anders gestaltet sich das Bild für die kaufmännischen Stellungen. Hier überwiegt das Angebot von Arbeitskräften erheblich die Nachfrage. Infolgedessen waren die Gehälter der ausgetretenen Stellungen zum Teil niedriger als die Löhne, die den Arbeitern geboten wurden.

Für die Eintragung in die Liste der Stellensuchenden und für die Vermittlung von Stellungen wurden von dem gemeinnützigen Arbeitsnachweis geringe Gebühren erhoben, weil man dahin streben möchte, das Unternehmen für die Dauer der Zeit ohne Zuschuß erhalten zu können. Die Erfolge des ersten Jahres sind allerdings verhältnismäßig gering. Vielleicht aber bringen schon die nächsten Jahre bessere Ergebnisse. Dr. E. Sch.

Holkerziehung.

Zur Jugendfürsorge auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden.

Von Landrichter Ermel-Dithmarschen (Altona).

I.

Der Jugendfürsorge ist auf dieser Speerschau der gesamten Hygiene ein ihrer Bedeutung entsprechender Raum gegeben worden. Das Hauptmaterial wird in den Hallen 54 und 55 vorgeführt; einzelnes findet sich verstreut in den Gruppen „Spiel und Sport“, „Krankenfürsorge“ und „Schulhygiene“. Ein Sonderkatalog des Bürgerkulturrefers Fritz Knauth in Dresden im Umfange von 77 Seiten verschafft einen trefflichen Überblick über staatliche, kommunale und freie Fürsorgearbeit und bildet eine dankenswerte Ergänzung zu dem vor kurzem in Buchform erschienenen Bericht des Bürgermeisters Dr. Schmidt über die Organisation der Jugendfürsorge in den Großstädten auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit im Jahre 1910. Den Lesern der „Sozialen Praxis“ werden die meisten Darbietungen aus dem Jugendfürsorgegebiet schon aus gelegentlichen Berichten der Zeitschrift bekannt sein. In nachstehendem soll nur aus der Fülle der Veranstaltungen besonders bemerkenswertes und nachahmenswürdiges hervorgehoben und besprochen werden.

Die Säuglingsfürsorge ist umfangreich vertreten. Die Karten und Tafeln des Kaiserlichen Gesundheitsamts führen uns die auch jetzt noch erschreckende Säuglingssterblichkeit in Deutschland vor Augen. Von zwei Millionen Neugeborener verfallen jährlich 400 000, also jedes fünfte Kind, während der Säuglingszeit einem vorzeitigen Tode. Deutschland steht in der Häufigkeit der Todesfälle gleich hinter Rußland und Rumänien. Man hat ausgerechnet, daß der Kostenwert eines Neugeborenen, d. h. die Ausgaben infolge Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett sowie der Einnahmefall, etwa 100 M. ausmacht. Das ergibt, mit der vorher angeführten Gesamtsäuglingssterblichkeit des Deutschen Reichs zusammengehalten, ein Kapital von 40 Millionen, das

jährlich umsonst zugrunde geht. Der Verlust, welchen unsere Volkskraft durch die Vinderung am Bevölkerungszuwachs erleidet, läßt sich zwar ziffermäßig schwer nachweisen, ist aber ein beträchtlicher Passivposten in der Bilanz unseres Nationalvermögens. Die Ursachen der Säuglingsnot zeigen uns die aufgehängten Tabellen und Karten klar: es sind die hygienisch ungünstigen Verhältnisse in der Ernährung, Wohnung, Pflege und Reinlichkeit bei den minderbemittelten Klassen. „Größtenteils die Säuglinge der notleidenden und armen Familien, niemals die der reichen Familien sterben an Magen- und Darmkrankheiten“, sagt die Tafel des Hygienischen Instituts in Graz. Die Zimmertemperatur in den engen unzulänglichen Wohnungen der dicht bebauten Arbeiterviertel liegt nach Dresdener Messungen 5 bis 10 Grad Celsius über der Lufttemperatur. Was das für die armen Säuglinge bedeutet, die Wochen und Monate lang so hohen Zimmertemperaturen ausgesetzt sind, haben uns jüngst bei der letzten großen Hitzewelle die Nachrichten über die Sommersterblichkeit der Säuglinge gezeigt. Zudem treten sie, wie eine andere Statistik auf der Ausstellung lehrt, zumeist weniger kräftig ins Leben: die Kinder der schwer arbeitenden Mütter sind bei der Geburt durchschnittlich um 300 Gramm leichter als die Neugeborenen der Mütter ohne schwere Arbeit; Frühgeburten und schwere Unterleibsleiden stellen sich häufig als Folgen des durch die Not gebotenen Arbeitszwanges im letzten Zeitraum der Schwangerschaft ein.

Ein Lichtbild in diesem grau in grau gefärbten Bilde sind die lebhaften, vielseitigen Organisationsbestrebungen seit dem Beginn unseres Jahrhunderts, diesem Teile der sozialen Not zu steuern. Mütterberatungsstellen, Wöchnerinnenheime, Säuglingsheime, Stellen zur Abgabe von Säuglingsmilch, Milchküchen, Stillprämiën, Stillstuben, Anfallstribünen und Säuglingsmuseen sind erfreuliche Zeichen der Reaktion gegen solche kulturwidrigen Verhältnisse. Die Ausstellung führt sie uns in Musterbeispielen vor. Und wenn Staat und Gemeinde im Verein mit freiwilliger Liebesarbeit schon manches zur Vinderung des Notstandes geschaffen haben, unendlich viel bleibt noch zu tun übrig. Das, was Darmstadt durch die Errichtung einer Fürsorgestelle für Säuglinge, vom allgemeinen Deutschen Frauenverein aus, seit 3 1/2 Jahren erreicht hat, die Säuglingssterblichkeit um mehr als 1/3 herabzusetzen und die niedrigste Säuglingssterblichkeit unter allen deutschen Großstädten und Mittelstädten zu haben, im Wettbewerb mit den vorbildlichen Zuständen in Norwegen, müssen auch andere Großstädte mit freigeigiger, weitsichtiger Gemeindepolitik zu erstreben sich bemühen und als recht umfangreiche, aber auch lohnende Arbeit sich zum Ziele setzen, alle Säuglinge und Mütter aus den weniger bemittelten Kreisen des Volkes planmäßig zu überwachen.

In der Waisepflege machen verschiedene Städte den Segen der Berufs- und Sammelvormundschaft deutlich durch Angaben, wie hohe Unterhaltsbeträge der Generalvormund in den letzten Jahren seit seiner Einführung von den Vätern unehelicher Kinder eingezogen hat. In Dresden hat sich seitdem die Sterblichkeit der unehelichen Kinder in den ersten Lebensjahren ganz außerordentlich vermindert: von 213 auf Tausend im Jahre 1903 sank sie auf 176 im Jahre 1908. Aus der Berliner Waisepflege ist erwähnenswert, daß dort die Waisendeputation selbst vom Kostgelde die Pflegekinder einkleidet und sie dadurch billiger, besser und praktischer in Kleidung hält, als es die Pflegeeltern je vermöchten.

Welch schwerem leiblichen und geistigen Elend die noch nicht schulpflichtigen Großstadtkinder häufig ausgesetzt sind, deren Eltern den Tag über in der Fabrik arbeiten und die Kleinkinder ohne oder ohne genügende Kost entweder in der Wohnung einschließen oder sich auf der Straße umhertreiben lassen, haben noch kürzlich die ergreifenden Einzeldarstellungen in dem Jahresberichte der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge von 1910 bewiesen. Krippen, Kinderhorte, Bewahranstalten, Kindergärten nach Fröbelschem und Oberlinischem Muster, Kleinkinderschulen finden wir ausgestellt, davon wenig städtische Einrichtungen, zumeist als Betätigung privater Charitas. Gerade hier liegt aber noch ein dankbares Arbeitsfeld für kommunale Sozialpolitik brach: kam es doch im November 1910 auf der Jugendfürsorgekonferenz der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge zur Sprache, wie ungeheuer z. B. in Berlin die Zahl der Kindergärten vermehrt werden müßte, um auch nur die Kinder der alleinstehenden, auf Erwerbsarbeit außer dem Hause angewiesenen Mütter unterzubringen.

Auf dem Gebiete der Fürsorge für das schulpflichtige Alter verdienen einige schulhygienische Darbietungen hervorgehoben zu werden. So die umlegbaren Schulbänke, die ohne Gefahr des Zinterverschüttens umgestürzt werden können und dadurch ein einwandfreies Reinigen des Schulzimmers ermöglichen. Das Staub-

absaugungsverfahren, wie es mehrere Großstädte in ihren Schulen bereits handhaben, scheint die beste Reinigungsweise. Einen praktischen Eindruck machen die Dortmunder Schulklosetts mit hoher glatter Fayencierwand ohne Holzfläche, so daß ein Beschmutzen ausgeschlossen ist. Musterhaft hygienisch sind die Dortmunder Trinkspringbrunnen: ohne Trinkteller trinken die Kinder an den frisch aufspringenden Wasserstrahlen, ihr Auslauf ist mit dem Munde nicht erreichbar, das nicht vom Munde ausgefangene Wasser fließt sofort ab. Die Trinkweise dürfte gesundheitlich einwandfreier als die Hamburger Schulbrunnenart sein, bei der die Trinkschalen nach der Benutzung selbsttätig gespült werden. — Das Bestreben vieler bemittelter Eltern, ihre Kinder in die Kleinstadt aufs Gymnasium zu geben, erklärt, schon im Interesse einer durchgebildeten Körperpflege, die Statistik eines kleinen Gymnasiums im Gebirge, wonach in einer neunklassigen Schule mit je 17 Schülern 52 v. H. schwimmen, 97 v. H. turnen, 98 v. H. Schlittschuh laufen, 89 v. H. rodeln und 50 v. H. Schneeschuh laufen.

Die Tatsache, daß die Volksschulkinder des Arbeiterstandes gegenüber den gleichaltrigen Kindern anderer Stände um ein Jahreswachstum an Gewicht und Körpergröße zurück sind, gibt zu denken. Mehrere Wandtafeln weisen das im einzelnen nach. Schulspeisungen auf städtische oder private Kosten versuchen zu helfen. Die Vorführungen des Vereins für Kinder-Volksschulen in Berlin und des Charlottenburger Jugendheims liefern für rückständige Großstädte auf diesem Gebiete nachahmenswerte Muster.

Charlottenburg und Lübeck führen uns im Bilde ihre Waldschulen vor für Kinder, die zwar den Anstrengungen des Schulbesuchs noch gewachsen sind, aber, um ihnen auf die Dauer gewachsen zu bleiben, während der Schulzeit eines Aufenthalts in kräftigender, gesunder Waldbluft bedürfen. Mehrere Bundesstaaten und Städte, besonders Hannover, stellen die Organisation ihres Hilfsschulwesens für Schwachbefähigte und geistig Geschwächte aus, die noch bildungsfähig sind, aber in der Normalschule Lehrern und Mitschülern ein Hemmschuh sein würden. Eine ausgehängte Tabelle macht aufmerksam, wie oft Alkoholisismus der Eltern den Keim geistiger Minderwertigkeit bei den Kindern legt. Von der segensreichen Wirkung der Ferienkolonien, Kinderheilstätten, Seehospize, Erholungsheime und Walderholungsstätten zeugen zahlreiche Tabellen. Erstaunlich ist die Tatsache, daß Kinder nach 18 wöchigem Aufenthalt an der See statt der sonst für diese Zeit normalen 2 Pfund 6 Pfund zugenommen haben. Nicht unbedeutend sind die Aufwendungen dafür: Hamburg hat 1910 368 543 M aufgebracht, die Hälfte davon aus privaten Mitteln, Berlin 253 934 M bei 5152 Kindern.

Die Staatsfürsorge für Blinde und Taube in deutschen Landen sehen wir an den Bildern einer Reihe von Anstalten und den Arbeitsleistungen ihrer Zöglinge. Als beste Fürsorge erweist sich für den einzelnen und im Interesse der Allgemeinheit die möglichste vollkommene Ausbildung für einen bestimmten Beruf. Wünschenswert wäre eine gleichermaßen ausgebehnnte Krüppelfürsorge. Die Ortsarmenverbände, denen in Preußen die Sorge für die Krüppel obliegt, vernachlässigen vielfach aus Mangel an Mitteln oder aus kurzfristiger Finanzpolitik diese Aufgabe. Die für den jugendlichen Krüppel ausgegebenen Mittel verzinzen sich aber, wie die Erfolge unserer leider noch sehr spärlich gesäten Krüppelheime dartun, später vorzüglich, denn der erwerbsfähig oder zum Teil erwerbsfähig gewordene Krüppel erspart seinem Armenverband ansehnliche Armenlasten und hat selbst das Bewußtsein, ein einigermaßen brauchbares Mitglied seines Gemeinwesens zu sein.

(Schluß folgt.)

Ein Kursus über wirtschaftliche Fragen in Dresden (2. bis 14. Oktober 1911) wird für Chemiker, Ingenieure, Juristen, Kaufleute, Verwaltungsbeamte von der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung zu Frankfurt a. M. mit Unterstützung der Geseftigung, der Handelskammer zu Dresden und des Verbandes Sächsischer Industrieller, Sitz Dresden, veranstaltet. Das Programm enthält u. a. Vorträge über Selbstkostenberechnung und Kalkulation, über Bilanzen, über Zahlungen- und Bankwesen, über Patentrecht, über Geschäftsbildung des Kaufmanns, über industrielle Probleme der Gegenwart, über Freihandel und Schutz Zoll, über Kartelle und Gewerksvereine, über Kolonialpolitik, über städtische, nationale und weltwirtschaftliche Fragen. Außerdem sind Führungen in der Hygiene-Ausstellung vorgesehen. (Auskunft beim Sekretariat der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung e. V. zu Frankfurt a. M., Jordanstraße 19).

Literarische Mitteilungen.

Geschichte der Nationalökonomie. Von Adolf Damaschke. Jena 1911. Gustav Fischer. Fr. 4 M. 574 S.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist RM. 3,00. Jede Nummer kostet 80 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreispaltige Zeitspalte.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Kürzlich sind erschienen:

Die Lohnämter in Victoria.

Von
Robert Boehringer.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller, Heft 154.)

Preis: 5 Mark.

Inhalt. Einleitung. Wirtschaftliche Struktur von Australien und Victoria. — Erstes Kapitel. Die Arbeiterschutzgesetzgebung in Australien. Übersicht über die geltenden Gesetze der australischen Einzelstaaten, Neuseelands und des Staatenbundes. Neue Lösungen des Lohnproblems: Lohnämter, Schiedsgerichte, New Protection. — Zweites Kapitel. Historische Darstellung der victorianischen Fabrikgesetzgebung. — Drittes Kapitel. Organisation und Wirksamkeit der Lohnämter und des Gerichtshofes. 1. Lohnämter. Errichtung, Bestellung der Mitglieder, Personal-Verfahren und Befugnisse, Entschelde (Fällung, Veröffentlichung, Inkrafttreten, Suspension und Aufhebung). 2. Gerichtshof für gewerbliche Berufungen. 3. Durchführung der Entschelde und Urteile. — Viertes Kapitel. Inhalt und Wirkung der Entschelde und Urteile in den sechs ersten und wichtigsten Lohnämtern. 1. Das Bäckeramt. 2. Das Schreineramt. 3. Das Kleideramt. 4. Das Schuhamt. 5. Das Hemdenamt. 6. Das Unterkleideramt (Weißwäschereiamt). — Fünftes Kapitel. Inhalt und Wirkung der Entschelde und Urteile nach Problemen. 1. Arbeitslohn. Mindestlöhne. Festsetzung der Mindestlöhne, Faktoren der Lohnfestsetzung, Möglichkeit der Lohnfestsetzung, Art und Höhe der festgesetzten Löhne. — Wirkung der Mindestlöhne: Lohnstatistik, Durchschnittslöhne, Lohnerhöhung, Einhaltung der Mindestlöhne, Stück- und Zeitlöhne, Löhne der Erwachsenen und Jugendlichen, Löhne der Männer und Frauen, Reallohn. Ausnahmen von den Mindestlöhnen: Alte, langsame und gebrechliche Arbeiter, Task-System, Arbeitslosigkeit, gesetzliche Regelung, Anwendung der Bewilligungsbestimmungen. Lehrlinge und Volontäre: Zerrüttung des Lehrlingswesens, kleiner Mindestlohn, Befugnisse der Ämter. Anzahl, Löhne. 2. Heimarbeit. Zustände vor der Regelung, Registrierung, Anzahl, Löhne. 3. Arbeitszeit. 48-Stundenwoche, Überzeitarbeit, Sonntagsarbeit. 4. Arbeitsvertragsknoten. 5. Gewerksvereine. Entwicklung, Statistik, Beziehungen zu den Lohnämtern. 6. Asiaten. Anzahl, Konkurrenz: Möbelschreinerel, Wäscherei. 7. Industrielle Entwicklung. Depression von 1893, Aufschwung seit 1895, Lohnamtergewerbe.

Kurhessische Gewerbepolitik im 17. und 18. Jahrhundert.

Von
Dr. C. Brauns.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller. Heft 158.)

Preis: 3 Mark.

Inhalt: Einleitung. Erster Abschnitt. Das hessische Zunftsystem vor der Zunftordnung vom Jahre 1693. (Die zünftige Gewerbeorganisation.) Zweiter Abschnitt. Übersicht über die hessische Gewerbepolitik bis zum Jahre 1693. Dritter Abschnitt. Die Zunftordnung vom Jahre 1693 und die hessische Gewerbepolitik unter Landgraf Carl seit 1693 bis zu seinem Tode (1730). Vierter Abschnitt. Das Erneuerte Zunftreglement von 1730 und die spätere hessische Zunftpolitik. (Die territoriale Gewerbeorganisation.) Fünfter Abschnitt. Die Durchführung des Reichsgesetzes von 1781 im Bistum Fulda. Sechster Abschnitt. Die territoriale Industriepflege. Anhang. Zur Zunftordnung von 1810. (Kritische Bemerkungen zu Bovensteinen, die kurhessische Gewerbepolitik.)

Moral und Technik

bei der

Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.

Von

Dr. Franz Meißel,

Oberfinanzrat der I. I. Finanz-Professur in Prag.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Einleitung. (Steuergerechtigkeit, Einkommensteuer, Steuermoral und Steuertechnik.) — II. Steuermoral? (Ergebnisse der Beantwortung.) — III. Der Fiskalismus und die legale Steuerentlastung. (Die Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens.) — IV. Die rechtswidrige Entlastung und das strafbare Unrecht. (Die Ergebnisse des Strafverfahrens.) — V. Die Stellungen und die Stärke der Parteien. — VI. Rückblende.

Die Ursachen

des

technischen Fortschrittes.

Von

Otto Kammerer in Charlottenburg.

(Erweiterter Sonderabdruck aus dem 192. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.) Mit 48 Ggäubildern.

Preis: 1 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Gliederung. — Kraftgewinnung. — Kraftverteilung. — Stoffgewinnung durch Bergbau. — Stoffverarbeitung im Hüttenwert. — Stoffverarbeitung im Stahlwerk. — Metallbearbeitung. — Erdbarbeit. — Fernverkehr. — Siedlungstechnik. — Kriegstechnik. — Die Bewertung des Menschen in der Technik. — Zusammenfassung.

Zur Geschichte

des

gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen

von der Gründung des Ordensstaates bis zur Steinschen Reform.

Von

Gustav Aubin.

Preis: 4 Mark 50 Pfennig.

Inhalt. Vorwort. Die ersten Anfänge des Ordensstaates. — Die Kolonisationspolitik des Ordens. Die soziale Gliederung im Lande. — Besitzverteilung, Betriebsgrößen und Arbeitsverfassung um die Wende des 14. Jahrhunderts. — Die Entwicklung eines Getreideexportes aus dem Ordenslande. Die kapitalistische Tendenz der Gutsherrschaften in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. — Die Entwicklung des gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisses im Zeitraum von 1410—1454. — Die Zeit von 1454 bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts. — Die Zeit von 1700—1806.

Die Bedeutung

der

Philosophie Hegels für die Gegenwart

von

Dr. Emil Hammacher,

Privatdozent für Philosophie an der Universität Bonn.

Preis 2 Mark 50 Pfg.

Inhalt: Einleitung. Der anthropologische Ursprung von Hegels Idealismus. — Erstes Kapitel. Skizze einer Geschichte des nachkantischen Idealismus. — Zweites Kapitel. Die Wiederholung des nachkantischen Idealismus in der Gegenwart. — Drittes Kapitel. Die Ablehnung des absoluten Idealismus. — Viertes Kapitel. Der Wahrheitsgehalt des absoluten Idealismus. — Die Grundlegung der Philosophie im Problem des Transzendentalen. — Das Problem des Empirischen. — Das Problem des Transzendenten. — Das Zugleichsein des Empirischen und Transzendenten im Selbstbewusstsein. — Die biologische Möglichkeit des Selbstbewusstseins. — Rückblick auf die Lösung der Aufgabe. — Belegstellen und Ergänzungen. — Register.

Die

Handelspolitik Bulgariens.

Von

Dr. Christo Abadjeff.

(Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen. Heft 143.)

Preis: 4 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Einleitung. Geschichtliches. — Die türkischen Kapitulationen. — Erster Abschnitt. Die Entwicklung der bulgarischen Handelspolitik seit 1879 bis zur Gegenwart. Der handels- und zollpolitische Zustand von 1879—1897. — Die Handelsverträge von 1896/97. — Die Handelsverträge von 1905. — Zweiter Abschnitt. Die Rückwirkungen der Handelspolitik auf die Volkswirtschaft. Die Gestaltung des Handelsverkehrs mit dem Ausland. — Die Landwirtschaft. — Die Industrie.

Früher ist erschienen:

Kaiserin Augusta.

Von

Hermann von Petersdorff.

Preis: 2 Mark.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdrucker, Berlin W. 8, Rauerstr. 43. 44

Dieser Nummer liegt eine Bestellkarte der Volkstümlichen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung bei.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 50, Mollendorferstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Rechtsprobleme der Arbeits-
verfassung. Von Dr. Heinz
Potthoff, M. d. R., Düsseldorf. 1554
Polizei und Reichsvereins-
gesetz. 1556

Soziale Zustände. 1560
Die Witwen Mündens. Von
Dr. B. Riese, München.
Bergarbeiterlöhne in Deutschland im
2. Vierteljahr 1911.
Eine geheime Konkurrenzklause in
fünf Breslauer Buzwarenhandlungen.
Förderung der kaufmännischen Sonntags-
ruhe durch die Konsumenten.
Gewinnbeteiligung in englischen Land-
wirtschaftsbetrieben. 1563

Rechtspflege 1563
Der Tatbestand des § 163 St. O.
Zur Beurteilung der sogenannten
Kündigungskrankheit.
Zum Streit um die Koalitionsfreiheit
der Arbeiter der Firma Th. Gold-
schmidt in Essen. 1565

**Tarifvereinbarungen zwischen Arbeits-
gebern und Arbeitern 1565**
Die Gültigkeit von Tarifverträgen.
Zwischen zwei Tarifverträgen.

**Arbeitgeber- und Unternehmerver-
bände 1565**
15. Generalversammlung des Bundes
der Industriellen.
Der Deutsche Industrie- und Gewerbe-
verband, Sitz Dresden.

**Organisationen der Arbeiter, Gehilfen,
Angestellten und Beamten . . . 1566**
Der 44. Kongress der englischen
Gewerkschaften.
Der 7. Bundestag des Bundes der
technisch-industriellen Beamten.
Das sozialpolitische Programm für das
Krankenpflegepersonal.

Streik und Ausperrungen . . 1570
Die Arbeitskämpfe in der schiff-
bauindustriellen Metallindustrie.
Ein allgemeiner Expeditiousarbeiter-
streik in Nürnberg.

Arbeiterschutz 1570
Arbeiterschutzgesetz in Uruguay.
Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
in Groß-Berlin.
Arbeiterschutz im Tiefbau.
Gesetzliche Lohnregelung für Heim-
arbeit in Frankreich.

Arbeiterversicherung. Spezialien 1572
Betriebsunfall durch Blitz und
Stichschlag. Von Assessor Lange,
Mitzdorf.

Zur Neugründung von Betriebs-
krankenkassen.
Ein bei einem Gefälligkeitsdienst er-
littener Unfall — Betriebsunfall.
Referendumsbegehren gegen die Ver-
sicherungsgeetze in der Schweiz.

**Arbeitslosigkeit und ihre Be-
kämpfung 1574**
Internationale Vereinigung zur Be-
kämpfung der Arbeitslosigkeit.
Die Arbeitslosenversicherung unter be-
sonderer Berücksichtigung der ver-
geltigen bayerischen Verhältnisse.

Wohlfahrt 1576
Zur Jugendfürsorge auf der
internationalen Hygieneaus-
stellung in Dresden. Von Land-
richter Ermel, Dithmarschen (Altona).
II. (Schluß)

Schulbildung in Deutschland und
Frankreich.
Bekämpfung der Schulliteratur und
Musterbüchereien für Lehrlingsheime.
Der Verkauf von Speiseeis an Schul-
kinder.
Der XVI. Frankfurter Fortbildungs-
kursus für höhere Verwaltungs-
beamte.

Wohlfahrt 1577
Zur Frage der Milchversorgung der
Städte.
Zur Durchführung des Mädchenturnens
in Preußen.
Speisung der Schulkinder in Preußen.
Zunahme der Nervenerkrankungen in
Deutschland.
Die gewerblichen Vergiftungen mit
Benzol.
Ärztliche Untersuchung der Lehrlinge
im Wiener Kaufmannsstand.
Tuberkulosebekämpfung in Nord-
amerika.

Wohnungswesen 1580
Der Stand der gesamten gemein-
nützigen Bautätigkeit in Frankfurt
a. M.
Fortschritte der Mieterbewegung.
Eine neue Kleinwohnungsanlage in
München.
Städtischer Wohnungsnachweis in
Freiburg im Breisgau.

Litterarische Mitteilungen . . . 1582

Rechtsprobleme der Arbeitsverfassung.

Von Dr. Heinz Potthoff, M. d. R.

Die beiden Hauptgründe für die Unvollkommenheit und Rückständigkeit unseres deutschen Arbeitsrechts sind oft genannt und behandelt worden: Unser Recht ist ein Sachenrecht und ein individuelles Recht, während das moderne Arbeitsverhältnis ein Personenrecht und ein Gemeinschaftsrecht verlangt. Unser Recht ist in zweifacher Beziehung unsozial und muß sozial werden. Als im römischen Rechte die Grundlagen unserer heute noch geltenden Gesetze sich bildeten, konnte das Arbeitsrecht ein Teil des Sachenrechts sein, weil der normale Arbeiter eine Sache war. Heute aber ist Gegenstand des Arbeitsvertrags nicht Kauf oder Miete eines Sachgutes (eines Haustieres, eines Sklaven), sondern Verfügung über einen Staatsbürger, der selbst Rechtssubjekt und am Vertrage beteiligt ist. Dieses absolut neue Rechtsverhältnis ist von unserem Gesetze noch nicht behandelt. Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch überhaupt Bestimmungen über den Dienstvertrag enthält, beziehen sich diese ausschließlich auf das individuelle Verhältnis eines Arbeiters zu einem Arbeitgeber. Auch hier sind sie durchaus unvollständig, und da die allgemeinen Gesetzesregeln über Verzug, Mehrleistung, Unmöglichkeit der Leistung usw. ganz überwiegend auf Sachleistungen zugeschnitten sind, so passen sie nicht auf Arbeitsleistungen; ihre Anwendung auf das Arbeitsverhältnis macht große Schwierigkeiten und gibt zu erheblichen Zweifeln, zu den verschiedensten Auslegungen Anlaß. Die Gesetzesvorschriften beziehen sich auch fast ausschließlich auf die eine Seite des Dienstverhältnisses: den Austausch von Arbeit gegen eine Vergütung.

Das Verhältnis hat aber noch andere Seiten.* Es ist zugleich ein Herrschaftsverhältnis. In jedem Dienstverhältnis findet eine Unterordnung des Dienstverpflichteten (Arbeitnehmer) unter die Anordnungen des Dienstberechtigten (Arbeitgeber) statt. Dieser hat das Direktionsrecht und das Disziplinarrecht. Beide werden vom Gesetz entweder als selbstverständlich vorausgesetzt (Bürgerliches Gesetzbuch) oder ausdrücklich festgelegt (Gewerbeordnung, Seemannsordnung, Beamtengeetze). Umfang und Handhabung der Leitung und Strafbefugnis aber werden grundsätzlich nicht durch Gesetz bestimmt, sondern sind dem Ermessen des Arbeitgebers (oder der vertraglichen Abmachung) überlassen. Nur die Beamtengeetze enthalten teilweise eine rechtliche Regelung dieser Frage. Auch die Seemannsordnung schützt den Arbeitnehmer einigermaßen vor Willkür des Schiffers. Die Gewerbeordnung und die Vergesetze begnügen sich mit einzelnen Spezialvorschriften, wonach namentlich keine entehrenden Strafen bedungen werden sollen und die strafweise Verwirfung des Lohnes beschränkt ist. Schließlich ist das Arbeitsverhältnis auch ein Verhältnis der persönlichen Fürsorge. Denn da heute die Person des Arbeitnehmers unlösbar in das Verhältnis verflochten ist, da er sich selbst leistet, so mußte die dem reinen Sachenrecht fremde Rücksicht auf die Person des Arbeitnehmers in das Arbeitsverhältnis einbezogen werden. Bürgerliches Gesetzbuch, Gewerbeordnung und Handelsgesetzbuch enthalten eine generelle Vorschrift, daß die Einrichtung des Betriebs möglichst Rücksicht auf Leben, Gesundheit, Sittlichkeit, Anstand und Religion des Arbeiters nehmen muß. Für einen

*) Unterscheidungen nach Einzelheimen, Der korporative Arbeitsnormenvertrag, erster Teil, Leipzig 1907.

Teil der Arbeitsverhältnisse (gewerbliche) ist diese allgemeine Regel durch Gesetz, Bundesratsverordnung oder Polizeivorschrift näher bestimmt worden, aber im großen und ganzen liegt die Durchführung im Ermessen des Arbeitgebers.

Wo das Gesetz schweigt, hat der Vertrag einzutreten. Aber auch der Arbeitsvertrag pflegt sehr lückenhaft zu sein; einerseits weil auch den Parteien die Neuheit und Eigenart des Rechtsverhältnisses, seine Unvergleichbarkeit mit den Rechtsgeschäften über Sachleistungen, noch nicht deutlich zum Bewußtsein gekommen ist; anderseits und hauptsächlich, weil die Kräfteverteilung beim Vertragschluß höchst ungleich ist. Im Großbetriebe, sei es der Industrie (Bergbau, Fabrik), sei es des Handels (Warenhaus, Bank), sei es der öffentlichen Verwaltung (Reich, Staat), ist der Arbeitgeber so ungemein viel stärker als der einzelne Arbeiter, Angestellte oder Beamte, daß von einem Vertragschluß oft kaum die Rede sein kann. Der Arbeitgeber hat sein bestimmtes Schema, in das der Arbeitnehmer sich fügen muß, wenn er überhaupt Arbeit und damit Existenzmöglichkeit haben will. Soweit besondere Abmachungen statfinden, beziehen sie sich auf Art der Tätigkeit, Lohn, Kündigungsfristen und dergleichen, also einige besonders wichtige Teile des Austausches von Arbeit gegen Vergütung (auch das ist in Gehaltsregulativen usw. oft schon festgelegt). Aber über die Leistung, Strafbefugnis und die Betriebseinrichtung wird fast nie etwas ausgemacht. Diese Dinge sind stets entweder durch eine einseitige Ordnung des Arbeitgebers geregelt oder ganz seiner Willkür überlassen.

Nun bringt aber das Arbeitsverhältnis nicht nur individuelle Beziehungen zwischen dem einzelnen Arbeiter und seinem Arbeitgeber, sondern auch gesellschaftliche Beziehungen, welche den einzelnen gemeinsam mit anderen als Glied der gesamten Arbeiterschaft oder einer Gruppe erfassen. Dieses sogenannte Solidarverhältnis hat sachliche Unterlagen, wie etwa die Räume zum Arbeiten, Essen, Waschen usw., die gemeinsam gebrauchten Arbeitsmittel, den Arbeitsgegenstand, der im spezialisierten Betriebe von Hand zu Hand geht; oder auch persönliche Unterlagen, wenn bestimmte Gruppen von Arbeitern zu einheitlicher Leistung zusammengefaßt sind und das Gesamtergebnis von der Arbeit jedes einzelnen abhängig ist. Diese Solidarverhältnisse finden sowohl im Privatrecht wie im Arbeitsvertrag so gut wie gar keine Berücksichtigung. Hier herrscht der Arbeitgeber fast unbeschränkt. Er ist noch Herr im Hause! —

Der Überblick zeigt, daß unser heutiges Arbeitsverhältnis recht weit davon entfernt ist, ein Rechtsverhältnis oder Vertragsverhältnis zu sein. In beiden Beziehungen steht es weit zurück hinter den üblichen Verhältnissen bei Sachleistungen wie Kauf, Miete usw. Für eine wachsende Mehrheit von Arbeitsverhältnissen findet die Festsetzung der Bedingungen ganz einseitig vom Arbeitgeber aus statt; soweit von einer Vereinbarung die Rede ist, beschränkt sie sich auf wenige Einzelheiten und überläßt das weitaus meiste dem Ermessen des Arbeitgebers; dessen Willkür und Befugnisse finden auch im Privatrecht nur sehr wenige Schranken. Weil aber der Arbeitgeber kein privates Interesse an den für ihn arbeitenden Mitbürgern hat und dadurch in die Versuchung geraten muß, ihre Arbeitskraft schonungslos auszunutzen, dadurch sich durch Raubbau an der Gesundheit des Arbeiters auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern, mußte aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen der Staat in das Arbeitsverhältnis eingreifen. Er hat das bekanntlich auf dem Wege des öffentlichen Rechtes getan. Alle Bestimmungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung begründen nicht Ansprüche des Arbeiters, sondern Ansprüche des Staates gegen den Arbeitgeber. Und dem ganzen bürokratischen Charakter unseres Staatswesens gemäß erfolgt der Eingriff auf dem Wege kasuistischer Spezialgesetzgebung oder Verwaltungsverordnung, aber nicht auf dem für die Gesetzgebung viel einfacheren, praktischeren und dabei viel wirksameren Wege einer Schaffung von Organen, welche den Arbeitern eine Mitwirkung an der Festsetzung aller Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Darin spiegelt sich ganz natürlich unser politischer Verfassungszustand. Das Deutsche Reich ist wie fast alle seine Bundesstaaten noch weit entfernt von Selbstverwaltung der Bürger. Reichskanzler, Staatssekretäre und Minister fühlen sich noch nicht als Geschäftsführer des Volkes, sondern als Diener der Monarchen. Sie empfinden die Volksvertretung als etwas den Gang der Staatsgeschäfte Störendes, halten eine Einwirkung des Parlaments auf die auswärtige Politik für etwas Unmögliches, suchen auch jedes Eingreifen in die Verwaltung und in das Arbeitsverhältnis der Reichs- und Staatsbeamten nach Möglichkeit zu hindern. Sie verhalten sich im Grunde genau so wie die großen Arbeitgeber,

die Herr im Hause bleiben wollen und eine Mitwirkung der Arbeiter bei Regelung der Betriebsverhältnisse für das Ende der Wirtschaft erklären. Solange sich das Parlament politisch den Herrenstandpunkt gefallen läßt, ist kaum anzunehmen, daß es sozialpolitisch den Herrenstandpunkt überwinden wird. Die Konstitution im Fabrikbetriebe wird nicht weiter fortschreiten, als die Konstitution im Staatsbetriebe gesichert und eingewöhnt ist. Deswegen dürfte das Ziel einer gesetzlichen Festlegung der Mitwirkung der Arbeiter bei der Gehaltung der Arbeitsbedingungen sich auf die Erreichung jenes bescheidenen Maßes beschränken, das auf politischem Gebiete besteht und das man dahin zusammenfassen kann: Die Befugnisse der Leitenden müssen auf Gesetzen beruhen und die Gesetze bedürfen der Zustimmung der Geleiteten durch eine gesetzlich geordnete Vertretungsgörperschaft.

Polizei und Reichsvereinsgesetz.

Das Überwachungsrecht der Polizei in öffentlichen Versammlungen ist nach einer sehr bemerkenswerten Entscheidung des preussischen Obergerichtsverwaltungsgerichts vom 14. Januar 1911 kein unbedingtes. In dem Urteil wird ausgeführt, daß das Reichsvereinsgesetz die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts bestimmten polizeilichen Beschränkungen, zum Teil unter strafrechtlicher Sicherung, unterwirft und die Polizei dazu berufe, die Innehaltung der gesetzlichen Schranken für die Ausübung jenes Rechtes zu überwachen. Dann heißt es weiter:

„Durch § 13 des Reichsvereinsgesetzes wird ihr dieses Recht für die daselbst bezeichneten Fälle, in gewissem Sinne als Korrelat der Anzeige- bzw. Genehmigungspflicht, unter bestimmten die Ausübung betreffenden Beschränkungen ausdrücklich gewährleistet. Unabhängig hiervon bleibt einmal die Verpflichtung, dem Strafgesetze zuwiderlaufende Handlungen zu verhindern bzw. zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen, und sodann die Verpflichtung selbständiger Feststellung darüber, ob die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme irgendwelcher, insbesondere auch einer vereinsrechtlichen Zuständigkeit der Polizei gegeben sind. Beiden, in den Aufgaben der Polizei mit Notwendigkeit begründeten Obliegenheiten kann diese nur dann genügen, wenn sie sich an Ort und Stelle von der Art der Veranlassung, dem Gange der Verhandlungen usw. Überzeugung zu verschaffen in der Lage ist. Daran kann sie weder durch das Hausrecht des Veranlassers oder Leiters der Versammlung noch durch diejenigen Beschränkungen gehindert werden, welche das Gesetz für die Ausübung des Überwachungsrechtes selbst im übrigen aufstellt. . . . Freilich ist diese Befugnis nicht ohne weiteres dem freien Belieben, geschweige denn der Willkür der Polizeibehörde anheimgegeben. Letztere muß sich vielmehr, wie bereits hervorgehoben, bei ihrem Vorgehen auf gesetzlichem Boden halten, und dies hängt im einzelnen Falle davon ab, ob die tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind, welche ein Vorgehen der Polizei zum Zwecke derartiger Ermittlungen nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen rechtfertigen. Das ist dann anzunehmen, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht begründen, daß eine Umgehung des Gesetzes in Frage steht, oder wenn anderweit begründeterweise damit gerechnet werden kann, daß gegenüber einer Versammlung die vereinsrechtliche oder eine sonstige Zuständigkeit der Polizei beteiligt sein würde. Im vorliegenden Falle hat weder der Polizeipräsident noch der beklagte Oberpräsident Umstände, welche einen Anhalt dafür zu bieten vermöchten, daß der Entsendung von Polizeibeamten in die Versammlung Erwägungen der vorstehend dargelegten Art zur Seite ständen, geltend gemacht, vielmehr die Befugnis zur Entsendung der Beamten lediglich auf § 13 des Vereinsgesetzes gestützt. Da dieser Gesetzesparagraf indessen nach den vorber gemachten Ausführungen die Entsendung nicht rechtfertigt, so war die Anordnung des Polizeipräsidenten und der sie aufrecht erhaltende Beschheid des Beklagten (d. i. des Oberpräsidenten) aufzuheben.“

Noch wesentlich weiter ist daselbstes Gericht in einer Entscheidung vom 24. Januar 1911 gegangen, bei der es sich um die Frage handelte, ob der Polizei das Recht zustehe, jede öffentliche Versammlung zu überwachen. In der Versammlung hatte Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der als Reichstagsabgeordneter selbst der Kommission für das Reichsvereinsgesetz angehört hatte, geltend gemacht, das Gesetz nehme, wie aus seiner Entstehungsgeschichte zu folgern, die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde nur für diejenigen Versammlungen in Anspruch, für welche es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedürfe. übrigens gehe schon aus der Klammer des § 13 Abs. 1 hervor, daß das Recht, Beauftragte zu entsenden, nur auf solche Versammlungen Anwendung finde, auf die sich die §§ 5, 6, 7, 8, 9 und 12 bezögen. Das seien politische öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen, ferner alle öffentlichen Versammlungen, auch unpolitische, unter freiem Himmel, und weiter alle öffentlichen Ver-

sammlungen (auch unpolitische), in denen in einer nichtdeutschen Sprache verhandelt werden solle. Das Obergerwaltungsgericht erklärte in dem Urteil die Überwachung der in Betracht gezogenen unpolitischen Jugendversammlung für unberechtigt, indem es sich der Ansicht des Vertreters der Klage anschloß, daß § 13 Abs. 1 nicht auf alle öffentlichen Versammlungen Anwendung finde, sondern nur auf die öffentlichen Versammlungen, auf die sich die im § 13 in Klammern angeführten Paragraphen bezögen. In der Begründung wurde aber weiter ausdrücklich noch erklärt, diese Entscheidung schließe nicht aus, daß die Polizei Beamte auch in andere Versammlungen entsenden könne, wenn Tatsachen vorliegen, die auch nur den Verdacht begründen, daß strafrechtlichen oder andern reichs-gesetzlichen Bestimmungen zuwidergehandelt werde. — Insofern deckt sich dies Urteil also mit dem oben mitgeteilten.

Demgegenüber hat nun das Reichsgericht durch Urteil vom 28. April 1911 festgestellt, daß die Polizei befugt sei, Beauftragte in jede öffentliche Versammlung zu entsenden, und daß demgemäß auch § 14 des Gesetzes (Auflösungsrecht der Polizei in bestimmten Fällen) auf jede öffentliche Versammlung anwendbar sei. Der preußische Minister des Innern hat daraufhin die Polizeibehörden beauftragt, dies in Zukunft zu beachten. — Es wird interessant sein, ob das preußische Obergerwaltungsgericht trotzdem bei seinem Standpunkt beharrt.

Die Auflösung von Versammlungen betrifft eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten aus dem Februar 1910, in der unter Bezugnahme auf eine Reichsgerichtsentscheidung vom 29. November 1910 darauf hingewiesen wird, daß, sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt worden ist (§ 16 des RStG), die Verpflichtung zur sofortigen Entsendung nicht nur dann besteht, wenn die Auflösungserklärung unrechtmäßig war, sondern auch dann, wenn mangels Öffentlichkeit der Versammlung die Entsendung von Beauftragten der Polizeibehörde tatsächlich unberechtigterweise erfolgt ist. Es wird hierzu weiter auf die Begründung zu dieser Reichsgerichtsentscheidung Bezug genommen, in der es heißt, daß für eine verschiedene Behandlung der die Rechtmäßigkeit der Auflösung bedingenden Voraussetzungen kein Grund vorliege.

Gerade darüber, ob eine Versammlung eine öffentliche und daher ein Beauftragter zu entsenden sei, könne naturgemäß bloß der Polizeibehörde, nicht aber den Veranstalter, Leitern und Teilnehmern der Versammlung die Entscheidung zustehen, und es müsse diese, selbst wenn sie irrig sein sollte, jenen gegenüber ebenso maßgebend sein, wie die auf einen ungesetzlichen Grund gestützte Auflösungserklärung. Wollte man den Genannten das Befinden über die Berechtigung der Entsendung und damit der Zulassung des Beauftragten einräumen, so würde damit ein Weg eröffnet sein, die Anwesenheit polizeilich Beauftragter in Versammlungen überhaupt auszuschließen, zum mindesten aber jede noch so berechtigte Auflösungserklärung, wenn nicht völlig unwirksam zu machen, so doch ihre Durchführung in unliebsamster Weise zu erschweren.

Es ist zweifellos richtig, daß die Polizeibehörde die Entscheidung darüber haben muß, ob eine Auflösung ausgesprochen und durchgeführt werden muß oder nicht, weil sonst das polizeiliche Verfügungsrecht überhaupt illusorisch werden würde. Um so dringender erscheint dafür aber auch die Pflicht der Polizeibehörden, nun endlich mit der Gepflogenheit zu brechen, ihr mißliebige Versammlungen einfach dadurch unmöglich zu machen, daß sie ein unzureichend begründetes Verbot aussprechen und es dem Betroffenen überlassen, sich bei den Gerichten ihr Recht zu suchen. Wenn der Staatssekretär des Innern sich bei der zweiten Lesung des Etats für 1911 im Reichstage darauf berufen hat, daß an die Zentralinstanz keine Klagen gekommen seien und daß er deshalb nicht eingreifen könne, so ist daraus keineswegs zu schließen, daß die Zahl der Unstimmigkeiten geringer geworden ist — die besonders in den Arbeiterblättern abgedruckten Verfügungen der Polizeibehörden beweisen das Gegenteil —, die Betroffenen ziehen jedoch vor, ihr Recht bei den höchsten Gerichten zu suchen, da sie dasselbe erfahrungsgemäß auch bei den höheren Verwaltungsinstanzen nur selten finden. Der nachstehend mitgeteilte Fall, der eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrifft, ist ein typisches Beispiel dafür.

Solche Versammlungen sowie Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen bedürfen nach dem Reichsvereinsgesetz bekanntlich der Genehmigung. Diese war in einem Falle, in dem die Versammlung in einem Garten hinter einem mit Stroh gedeckten Hause stattfinden sollte, von der zuständigen Polizeibehörde versagt worden, da, abgesehen davon, daß der Garteneingang nicht genügend breit sei und das eventuell in Aussicht genommene Feld sich infolge von Bodenentsetzungen nicht eigne, durch Personen, welche an der

Versammlung teilnehmen und Zigarren und Zigaretten rauchen, leicht ein Brand verursacht werden könne. Bezirksausschuß und Kreisausschuß bestätigten die Nichtgenehmigung der Versammlung mit Rücksicht auf die mögliche Feuergefahr, da ein Rauchverbot doch nichts nützen würde, weil die Leute es nicht beachten würden. Das Obergerwaltungsgericht hob am 30. März 1911 die Vorentscheidungen auf und erklärte das Verbot bezw. die Versagung der Genehmigung für ungerechtfertigt.

Grundsätzlich sei davon auszugehen, daß das Reichsvereinsgesetz das Versammlungsrecht gewährleiste. Wenn die Polizeibehörde befürchte, daß durch rauchende Teilnehmer an der Versammlung ein Brand hervorgerufen werden könne, so hätte sie deshalb nicht die Versammlung zu verbieten brauchen, sondern hätte das Rauchen untersagen und sich davon durch Anwesenheit in der Versammlung überzeugen sollen, ob auch ihr Verbot beachtet würde. Wäre ihr Verbot nicht beachtet worden, so hätte sie gegen die betreffenden Personen vorgehen können.

Alles das hätte sich die Polizeibehörde natürlich auch selbst sagen können, aber dann wäre eben die Vereitelung der geplanten Versammlung unmöglich gewesen.

In neuerer Zeit hat ein Amtsvorsteher sogar eine polnische Versammlung mit der Begründung verboten, „weil, wie die Erfahrung lehrt, die Grubenarbeiter an den Sonntagen sich dem Alkohol ergeben und daher leicht Schlägereien oder andere Sachen provozieren würden“, und dem polnischen Reichstagsabgeordneten Korianty wurde nach der „Voss. Ztg.“ die Genehmigung zu drei Versammlungen unter freiem Himmel versagt, weil solche Massenversammlungen unter freiem Himmel geeignet seien, den Schlaf der Japanen zu stören und die Tiere zu verärgern, was der Jagdpächter bitter empfinden könnte. Ein anderer Amtsvorsteher begründete das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel damit, daß die Versammlung voraussichtlich vorwiegend von Teilnehmern besucht werden würde, „bei denen der übermäßige Genuß geistiger Getränke an Sonntagen die Regel bildet“. Der Amtsvorsteher von Parsleben bei Halberstadt verbot im Juli d. J. nicht weniger wie dreimal hintereinander eine Versammlung, weil voraussichtlich der Fußweg, der neben dem Garten, in dem die Versammlung stattfinden sollte, herführt, von Neugierigen besetzt werden würde und dadurch Verkehrsstörungen entstünden, weshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten sei. In diesem Falle hat bereits der Landrat eingegriffen und bei Aufhebung des Verbots darauf hingewiesen, daß es Sache der Ortspolizei sei, den Verkehr auf dem Fußweg aufrecht zu erhalten. Geradezu unglaublich erscheint das folgende „amtliche“ Schreiben des Amtsvorstehers von Mehlaufen, das für sich selbst spricht:

„Zu Ihrer Vernehmung darüber, ob Sie dem Parteisekretär Linde aus Königsberg die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf Ihrem Grundstück in Alexen am 18. August erteilt haben, habe ich einen Termin auf Sonnabend, 12. August, vormittags 9 Uhr, in meinem Amtstokal in Mehlaufen anberaumt, zu welchem Sie hiermit eingeladen werden unter der Androhung, daß u. s. w.“

Eine neue Schilane einer Polizeibehörde ist, wie die „Deutsche Juristen-Zeitung“ Nr. 16/17 1911 mitteilt, durch Urteil des preußischen Obergerwaltungsgerichts vom 28. März 1911 (I. C. 12/11) zurückgewiesen worden. Es handelte sich hier um die Frage, ob der Veranstalter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder eines öffentlichen Aufzugs von der Polizeibehörde gezwungen werden kann, in dem Antrag außer der Angabe seines Vor- und Zunamens, seines Wohnorts und seiner Wohnung nach Straße und Hausnummer auch noch Angaben über seinen Stand und Beruf zu machen. Das Obergerwaltungsgericht hat hierzu ausgeführt:

Da das Gesetz bestimmte Vorschriften über die Art, wie sich der Veranstalter der Polizeibehörde erkennbar zu machen habe, nicht aufgestellt hat, so ist es ausreichend, wenn die Person des Veranstalters in solcher Weise bezeichnet werde, daß er von der Polizei vorgeladen oder zum Zwecke von Ermittlungen aufgesucht werden könne. Dazu genüge in der Regel die Angabe des Vor- und Zunamens, des Wohnorts und der Wohnung. Die Mitteilung, welchen Stand oder Beruf der Veranstalter habe, zu fordern, wie es bei den Anzeigen im polizeilichen Meldewesen vorgeschrieben zu sein pflegt, gehe über das Maß des Nötigen hinaus und könne ausnahmsweise nur dann begründet sein, wenn besondere Umstände noch Zweifel bestehen ließen.

Zur Frage, ob die Gewerkschaften als politische Vereine anzusehen sind, liegt eine Reihe widersprechender Urteile vor. Verschiedentlich sind von Gerichten 1. und 2. Instanz Zahlstellen des Textilarbeiter- und des Bergarbeiterverbandes als politische Vereine erklärt worden, ebenso ist es dem Malerverband und, wie schon früher entschieden, auch dem Fabrikarbeiterverband ergangen. Demgegenüber hat das Oberlandesgericht Breslau Gewerkschafts-

Partelle für nichtpolitische Vereine erklärt. Neuerdings hat nun das preussische Oberverwaltungsgericht die Zahlstelle Thorn des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für einen politischen Verein erklärt, da sie eine eigene Organisation besitze und auch Versammlungen veranstaltet habe, in welchen politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Als solche seien eben Angelegenheiten aufzufassen, welche die Verfassung, Verwaltung und Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten untereinander in sich begreifen. Da die Gewerkschaften in vielen Fällen unzweifelhaft einen Einfluß auf die Gesetzgebung erstreben, wird man voraussichtlich mit dieser Auffassung des Oberverwaltungsgerichts auch für die Zukunft rechnen müssen. Auch eine Ortsgruppe des Volksvereins für das katholische Deutschland ist in zwei Gerichtsinstanzen als selbständiger politischer Verein erklärt worden.

Die Frage: Versammlungsrecht und Polizeistunde ist kürzlich vom Oberlandesgericht Breslau erörtert worden. Es handelt sich darum, ob die Polizeistunde für Gastwirtschaften dort, wo sie besteht, auch für öffentliche Versammlungen gilt. Das OLG. Breslau hat diese Frage bejaht, indem es ausführt:

Der § 365 StGB. sei als eine heute noch zu Recht bestehende Einschränkung des Vereinsgesetzes anzusehen. Daß er in seinen Bestimmungen durch die Landesgesetzgebung ergänzt werde, gebe ihm noch keinen landesrechtlichen Charakter, denn alle Merkmale der Straftat selbst seien schon in ihm angegeben. Übrigens habe es bei anderem Anlaß auch das Kammergericht ausgesprochen, daß der § 365 nicht durch das Vereinsgesetz aufgehoben sei. Aber selbst als landespolizeiliche Bestimmung betrachtet, behalte der § 365 dem Vereinsgesetz gegenüber seine Gültigkeit als allgemeine Verkehrsvorschrift.

Diese wichtige Frage: Versammlungsrecht und Polizeistunde ist nun neuerdings auch in der Tagespresse mehrfach erörtert worden, wobei auch darauf hingewiesen worden ist, daß sich die Kommentatoren hier widersprechen. Während nämlich Fieber die Auflösung von Versammlungen, die in öffentlichen Lokalen stattfinden, wegen Eintritts der Polizeistunde für zulässig hält, wird dies von anderen, z. B. Friedenthal, Stier-Somlo und Wolzendorff bestritten. Geh. Justizrat Professor Dr. Anschütz hat sich in einer längeren Zuschrift ans „Berl. Tageblatt“ ebenfalls auf diesen letzteren Standpunkt gestellt und ausgeführt, daß die Befugnis der Polizeibehörden, Polizeistunde zu gebieten, in Preußen auf der Bestimmung des Allgemeinen Landrechts (§ 10 II 17) beruhe, wonach die Polizei die zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erforderlichen Anstalten zu treffen hat. Derartige Kautschukparagrafen des Landrechts seien aber, was seltsamerweise in der Verwaltungspraxis oft übersehen werde, durch § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes Vereinen gegenüber ganz aufgehoben und Versammlungen gegenüber sehr eingeschränkt. § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes laute:

„Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landrechts finden (nämlich: außer und neben den Bestimmungen des Vereinsgesetzes) Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.“

Dieser wichtige Satz sei vom Reichstag eingeschaltet worden, um willkürliche und schikanöse Beeinträchtigungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit auf Grund von Kautschukparagrafen der angegebenen Art zu verhindern. Nach weiterer Darlegung des Verhältnisses der landrechtlichen Bestimmungen zum Vereinsgesetz heißt es dann in den Anschütz'schen Ausführungen weiter:

Da nun niemand behaupten wird, daß das Taten einer Versammlung über die Polizeistunde hinaus zu einer Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Versammelten führt, die Polizeistunde vielmehr zu denjenigen Einrichtungen gehört, welche einen rein und ausgeprägt ordnungspolizeilichen Charakter haben, so sind die landesgesetzlichen Bestimmungen, welche die Festsetzung einer Polizeistunde gestatten, Versammlungen gegenüber durch § 1 Abs. 2 a. a. O. aufgehoben, unbeschadet des Rechts der Polizei, nach Eintritt der Polizeistunde den Geschäftsbetrieb in dem Versammlungsraum zu unterlagen.

Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bei der Beratung des Vereinsgesetzes zunächst in der Kommission der Antrag gestellt wurde, dem § 365 StGB. folgenden Zusatz anzufügen:

Die Polizeistunde findet keine Anwendung auf Versammlungen und auf Zusammenkünfte von Vereinen und die ihnen nach diesem Gesetze gleichstehenden Zusammenkünfte.

Bei der Begründung dieses Antrags wurde hervorgehoben, daß durch ihn vorgebeugt werden solle, daß nicht die Polizei generell oder für bestimmte Lokale die Polizeistunde etwa auf

10 Uhr festsetze, wie in Berliner Vororten geschehen, und dadurch Versammlungen vereitere. Der Regierungsvertreter erwiderte darauf, ein reichsgesetzlicher Eingriff in die Bestimmungen über die Polizeistunde, deren Regelung nach Maßgabe örtlicher Bedürfnisse und Gewohnheiten zu erfolgen pflege, erscheine weder angängig noch zweckmäßig, und daraufhin wurde auch der Antrag abgelehnt. Und dasselbe Schicksal hatte ein zur zweiten Lesung des Vereinsgesetzes im Plenum eingebrachter gleichlautender Antrag.

Hieraus geht hervor, daß sowohl die Mehrheit wie auch die Minderheit des Reichstags den von Professor Anschütz vertretenen Standpunkt nicht geteilt hat, die Minderheit, indem sie es für notwendig hielt, daß die Anwendung der Polizeistunde auf Versammlungen usw. durch eine besondere gesetzliche Abstimmung ausgeschlossen werden müsse, die Mehrheit, indem sie den Darlegungen des Regierungsvertreters folgte. Auch lassen sich die rechtlichen Ausführungen des Breslauer Oberlandesgerichtsurteils sehr wohl verteidigen. Voraussetzung ist hierfür allerdings, daß es sich um eine ortstatutarisch oder durch allgemeine Polizeiverordnungen eingeführte Polizeistunde handelt. Der neuerdings von Polizeibehörden gemachte Versuch, durch Sonderverfügungen für bestimmte Lokale an einzelnen Tagen, z. B. am 1. Mai, eine zeitigere Polizeistunde festzusetzen, verstößt selbstverständlich wider das Gesetz. Es muß deshalb in der Praxis zunächst jedenfalls damit gerechnet werden, daß die Auflösung von Versammlungen, die in öffentlichen Lokalen stattfinden, auf Grund eingetretener Polizeistunde als zulässig betrachtet wird. Deshalb liegt dem Veranstalter einer Versammlung in einem Lokale, für das Polizeistunde besteht, die Pflicht ob, für jede Versammlung rechtzeitig die Verlängerung der Polizeistunde bei den Polizeibehörden nachzufragen. Wird diese verweigert, so muß die Versammlung unweigerlich zur festgesetzten Polizeistunde geschlossen werden. Es ist zweifellos, daß die Polizei, besonders in ländlichen Orten, hierdurch ein nie verjagendes Mittel in den Händen hat, unbequemen Versammlungen einen Stein in den Weg zu legen, und gerade wo jetzt die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, ist dies von doppelter Bedeutung. Freilich sollten aber auch die oben mitgeteilten Urteile eine um so eindringlichere Mahnung für die Polizeibehörden sein, von der alten Praxis in Versammlungsangelegenheiten nun endlich abzugehen und nicht den Gerichten zu überlassen, das Vereinsgesetz unter fortgesetzter Desavouierung der Polizeibehörden durchzuführen.

F. C.

Soziale Zustände.

Die Witwen Münchens.

Um für den Einbezug der Witwen und Waisen in die reichsgesetzliche Sozialversicherung die notwendigen statistischen Unterlagen zu erhalten, wurden bekanntlich in die Haushaltungsliste der Berufszählung vom 12. Juni 1907 Fragen nach dem Beruf und der Berufstellung des verstorbenen Ehemannes bzw. Vaters aufgenommen.¹⁾ Von den städtischen statistischen Ämtern Deutschlands war allein dem Münchener die gesamte Aufbereitung der Erhebung übertragen; unter Anlehnung an eine unlängst darüber herausgegebene Publikation²⁾ dürften daher die nachstehenden Ausführungen über die Münchener Witwen nicht ohne Interesse sein. Es wurden am 12. Juni 1907 in München 25617 Witwen gezählt, welche 9,10% der derzeitigen weiblichen Gesamtbevölkerung

¹⁾ Das Ergebnis dieser Erhebung für das Reich ist (nach Band 203 der Statistik des Deutschen Reichs) in der Hauptsache folgendes: Insgesamt wurden gezählt 2 419 917 Witwen; davon gehörten an nach dem Beruf des verstorbenen Ehemannes:

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
A. der Landwirtschaft . . .	518 228	12 182	298 180
B. der Industrie . . .	368 686	54 586	588 913
C. dem Handel . . .	201 718	86 014	112 649
A—C.	1 088 627	102 762	994 742

Nicht erwerbstätige Waisen im Alter bis zu 18 Jahren wurden im ganzen 720 868 gezählt; davon nach dem Beruf des verstorbenen Vaters in

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
A. Landwirtschaft . . .	105 321	3 081	73 791
B. Industrie . . .	96 997	19 073	258 850
C. Handel . . .	51 224	12 428	47 558
A—C.	253 542	34 582	380 179

²⁾ „Beitragsentrichtung zur reichsgesetzlichen Invalidenversicherung: Invaliden- und Unfallrentner, Witwen und Waisen in München 1907.“ Eingeleberröftlichungen aus Bd. XXIII Heft 2 der „Mittellungen“.

und 13,1% der über 18 Jahre alten Frauen ausmachten. Ihr allgemeiner Prozentsatz zu den Ehefrauen betrug 30,1, während sich das prozentuale Verhältnis der unter 25 Jahre alten Witwen zu den gleichaltrigen verheirateten Frauen auf 1,6 und entsprechend für die 25 bis unter 30-jährigen auf 2,4, für die 30 bis 40-jährigen auf 6,8, für die 40 bis 50-jährigen auf 19,4 und die 50 bis 60-jährigen auf 59,0% stellte. In der Altersklasse 60 und mehr Jahre waren mehr als doppelt so viele Witwen (228,5%) wie Ehefrauen vorhanden.

Nach dem Beruf des verstorbenen Gatten gehörten 42,4% der Witwen zur Hauptberufsabteilung Industrie (B), 23,8% zu Handel und Verkehr (C), 16,5% zum öffentlichen Dienst und den freien Berufen (E), 7,1% zu den Berufslosen (F), 6,2% zur Lohnarbeit wechselnder Art (D = Tagelöhner, Dienstmänner, Boten usw.) und 4,0% zur Land- und Forstwirtschaft (A). Faßt man Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr (A—C) zusammen, so waren von den Ehemännern seinerzeit 43,8% selbständig, 44,1% als Arbeiter und 12,3% als Angestellte tätig gewesen.³⁾

Über das Lebensalter der Witwen nach Maßgabe des Berufs ihres verstorbenen Mannes unterrichten nachstehende Prozentangaben:

Von je 100 Witwen waren alt in		unter 25	25—30	30—40	40—50	50—60	60—70	über 70
A—C	Selbständige	0,3	0,8	6,8	14,9	27,1	29,7	20,9
	Angestellte	0,3	1,7	9,5	19,6	28,8	24,7	15,4
	Arbeiter	0,4	1,7	9,8	17,8	26,6	26,3	18,3
D	überhaupt	0,3	0,8	6,3	14,1	23,5	30,5	24,6
E	überhaupt	0,3	0,8	5,4	18,2	25,7	29,9	24,7
F	überhaupt	0,3	1,2	4,7	11,5	28,7	80,8	27,9

Eine Folgerung aus die Lebensdauer der Witwen in Ansehung ihrer sozialen Stellung ist aus diesen Ziffern nur teilweise angängig. Für die Berufsabteilungen A—C erscheint sie möglich, da die Witwen ehemals selbständiger Personen ein relativ höheres Alter als die der Angestellten und Arbeiter aufweisen, ein Umstand, der für die hinterbliebenen Gattinnen der früheren Beamten (E) noch mehr zutrifft. Bei den Witwen von Tagelöhnern (D) rührt dagegen die Häufung der höheren Altersklassen davon her, daß seinerzeit ihre im vorgeschrittenen Alter stehenden Ehemänner aus einem anderen Beruf zu der körperlich leichteren Tagelöhnerarbeit übergingen, wobei zu berücksichtigen ist, daß große Altersunterschiede zwischen Ehemann und Ehefrau in Arbeiterfamilien weniger vorkommen als in den Familien sozial Höherstehender. Das Überwiegen der Witwen von Rentnern (F) in den höheren Altersklassen beruht gleichfalls auf dem Wechsel des Berufs, indem sich der über eine Rente oder eine Pension verfügende, ältere Staats- oder Privatbeamte ins Privatleben zurückzieht, was trotz des erwähnten, an sich nicht seltenen Altersunterschieds zwischen den beiden Eheleuten im vorgeschrittenen Alter der Witwe zum Ausdruck gelangt.

Bei Gliederung der Witwen nach ihrer eigenen beruflichen Tätigkeit zeigt sich, daß ihre überwiegende Mehrzahl (58,0%) berufslos ist, erst in weiterem Abstände folgen die in der Industrie tätigen mit 10,8% und die in Handel und Verkehr beschäftigten mit 10,2%. 9,2% sind nach dem Tode des Gatten meist zu Verwandten übergesiedelt und als Familienangehörige (H) registriert. Auf die Zugehörigste, Tagelöhnerarbeit usw. (D) verdrängten Witwen entfallen 8,7%, die in eine Dienstbotenstelle (G) eingetretenen 1,8% und die im öffentlichen Dienst und den freien Berufen tätigen 1,4%. Endlich weist die Landwirtschaft einen Prozentsatz von 0,8 auf. Vorzugsweise war die Tätigkeit der Witwen in den Berufsabteilungen A—E eine hauptberufliche, auf der insbesondere ihre Lebensstellung bzw. ihr Einkommen oder dessen größter Teil beruhte. Der größte Teil (60,9%) der Berufslosen lebte von eigenem Vermögen, die übrigen von Pensionen, ihnen ausgesetzten Renten usw. Ob und in welchem Umfange letztere ihre Bezüge durch die Übernahme von Nebenbeschäftigungen aufzubessern suchten, konnte die Erhebung nicht feststellen. Überhaupt ist im Rahmen einer großen Erhebung wie der Berufs- und Betriebszählung eine einwandfreie Erfassung von Hausgewerbe und Heimarbeit nicht möglich, weshalb auch nicht mehr als 262 hauptberuflich und 25 nebenberuflich tätige verwitwete Heimarbeiterinnen in der Industrie gezählt wurden.

Bei Kombination des Berufs der verstorbenen Ehemänner mit dem gegenwärtigen der hinterbliebenen Witwen interessiert vor allem, wieviele der letzteren die berufliche Tätigkeit ihres Gatten weiter ausübten, ferner wieviele von ihnen zwecks Bestreitung des Lebensaufwandes zur Annahme einer sozial

geringer bewerteten Stellung gezwungen sind. Allerdings setzt dem die nicht ausreichend durchgeführte Spezifizierung der Berufsstellung Schranken. Wenn die Witwe eines selbständig gewesenen Mannes Zugehörigste verrichten muß, braucht sie ihre augenblickliche Beschäftigung nicht als eine niedrigere Dienstleistung anzusehen, da sie derartige Arbeiten vielleicht schon zu Lebzeiten des Ehemannes übernommen hatte, nachdem dieser — beispielsweise als allein- oder selbständiger Handwerker — ohne Beihilfe die Kosten des Lebensunterhalts nicht aufzubringen vermochte. Ohne Zweifel sind jedoch in den Ziffern der nachstehenden Übersicht nicht wenige Fälle enthalten, wo ein Übergang zu schwererer oder leichter körperlicher Arbeit (Zugehörigste, Abvermietung — einschl. Instandhaltung — von möblierten Zimmern) mangels vorhandener Subsistenzmittel geboten war, wozu die Übernahme von Heimarbeit (Hätlei, Stiderei, Striderei, Kleiderkonfektion, Weißnäherei, Verfertigung künstlicher Blumen usw.) kommt, die, wie erwähnt, keineswegs erschöpfend erfaßt werden konnte.

Die Witwen nach dem Beruf ihres verstorbenen Ehemannes, sowie nach ihrem eigenen Beruf.

Beruf des verstorbenen Ehemannes	Berufliche Tätigkeit der Witwen											
	A. Land- und Forstwirtschaft			B. Industrie			C. Handel und Verkehr			D. Lohnarbeit wechselnder Art		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c	d	e	f
A	39	8	11	5	17	13	10	8	467	829	11	185
B	1	6	18	2	10	10	5	83	1	92	87	6
C	4	2	476	12	141	276	5	92	217	50	2413	1855
D	1	6	61	6	52	82	7	29	65	21	605	380
E	5	7	491	11	647	858	5	272	941	88	2104	666
F	8	2	77	9	88	663	10	91	108	25	1525	1007
G	1	2	49	4	21	29	10	24	83	21	840	565
H	1	2	99	1	102	110	2	120	222	20	1817	844
I	2	8	66	1	110	84	1	58	389	12	627	284
J	1	1	74	6	45	91	5	88	73	92	8618	2651
K	1	1	24	1	37	55	1	46	125	81	1207	988
Zus.	57	180	1444	52	1210	1781	46	791	2219	368	14864	9045

¹⁾ Ohne Haupt- und Nebenberuf.

²⁾ a = Selbständige, b = Angestellte, c = Arbeiter.

Die Fälle, in denen die Witwe im Beruf, bzw. bei den Berufsabteilungen A—C in der Berufsstellung des verstorbenen Ehemannes verblieben ist, sind in vorstehender Übersicht besonders gekennzeichnet. Sofern Selbständige in Betracht kommen, handelt es sich meist um Weiterführung des bestehenden landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes, den die Witwe häufig solange zu leiten hat, bis ihn der erstgeborene, zur Zeit noch unmündige Sohn übernehmen kann. Andererseits fällt die nach Maßgabe des Berufs ihres verstorbenen Ehemannes den Angestellten oder Arbeitern zugerechnete Witwe unter die selbständigen Gewerbetreibenden, wenn sie nach seinem Tode einen Gemüsehandel, ein Auskoch- oder Milchgeschäft usw. aufmacht. Das Gegenstück hierzu bildet die bereits angeleitete Beschäftigung einer vorher zu a gehörigen Witwe in einem Gewerbebetrieb als Arbeiterin oder in einem Zugeschlag. Daß das Zugehen dem Dienen vorgezogen wird, beruht vor allem darauf, daß sich die Witwe ihrem eigenen Haushalt der Kinder wegen nicht ganz entziehen kann; sie wird auch sonst nicht gern geneigt sein, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Sofern sie dennoch eine Dienstbotenstelle antritt, ist sie durchgehends kinderlos.

Die Übersiedlung von Witwen zu Verwandten, denen sie vielleicht für ihren Unterhalt einen Beitrag zahlen, kommt in ihrer Eigenschaft als berufslose Familienangehörige zum Ausdruck.

München.

Dr. W. Klose.

Bergarbeiterlöhne in Deutschland im 2. Vierteljahr 1911. Nach der amtlichen Arbeiterlohnstatistik des Reichsstatistikbureaus für das zweite Vierteljahr 1911 sind die Löhne nur um ein geringes gestiegen. Der Durchschnittslohn für die Gesamtbelegschaft, einschließlich der jugendlichen Arbeiter, betrug im zweiten Vierteljahr 1911 für einen Mann und eine Schicht 4,86 M., gegen 4,81 M. im ersten Viertel 1911 und 4,81 M. im letzten Viertel 1910. Der Durchschnittslohn der Hauer, der eigentlichen Bergarbeiter, stellt sich auf 5,51 M. gegen 5,49 M. im ersten Viertel 1911 und 5,51 M. im letzten Viertel 1910. Die Zahl der verfahrenen Schichten ist wieder etwas gesunken: sie betrug 75 gegen 77 im ersten Viertel 1911 und 78 im letzten Viertel 1910. Auch die Zahl der Gesamtbelegschaft hat etwas abgenommen. Die Gesamtbelegschaft zählte 888 708 Mann gegen 841 508 im ersten Vierteljahr 1911 und

³⁾ Eine weitere Gliederung der Berufsstellung war von der Zählung in diesem Zusammenhange nicht durchgeführt worden.

886 571 im letzten Vierteljahr 1910. Die Gesamtlohnsumme ist daher ebenfalls gestiegen, um 8 Millionen Mark gegen die vorhergehenden beiden Vierteljahre. Immerhin sind im Ruhrrevier die Löhne erheblich höher als in den andern Bergbaurevieren des Reichs, wie folgende Übersicht zeigt:

B e s c h a f t	Schichtzahl		Schichtlohn in Mark		Vierteljahrslohn in Mark	
	I.	II.	I.	II.	I.	II.
Ruhrrevier . . . 388 708	77	75	4,61	4,66	856	350
Saarrevier . . . 52 856	78	69	4,3	4,01	292	278
Burmrevier . . . 23 148	76	75	4,55	4,56	344	340
Oberschlesien . . 115 793	70	68	8,15	3,6	241	285
Niederschlesien . . 27 892	76	78	3,26	3,27	249	239

Die niedersten Löhne haben wie immer die Bergleute in Schlesien, aber recht tief steht auch das fiskalische Saargebiet. Hier sind im 2. Vierteljahr durchschnittlich nur 69 Schichten verfahren worden. Dabei ist nicht nur der Durchschnittslohn für 1 Mann und 1 Schicht von 4,08 M auf 4,1 M gefallen, sondern auch das Vierteljahrslohnkommen für 1 Arbeiter von 292 M auf 278 M. Die Zahlen über die Schichten und Löhne im Saarrevier lassen die häufigen Meldungen über Abwanderung von Bergleuten aus dem Saarrevier begründet erscheinen. Das Organ der christlich organisierten Bergarbeiter, der „Bergknappe“, hatte in den letzten Wochen darauf hingewiesen und den Bergarbeitern im Saarrevier, die abwandern wollten, das Burmrevier empfohlen und seine Hilfe dazu in Aussicht gestellt.

Eine geheime Konkurrenzklausel in fünf Breslauer Pußwarenhandlungen veröffentlicht die „Kaufmännische Rundschau“ (Nr. 17 vom 1. September 1911). Danach haben die fünf Firmen vereinbart, daß Angestellte, die sich bei einer dieser Firmen in ungekündigter Stellung befinden, wechselseitig nicht engagiert werden dürfen. Bei vorkommender Bewerbung müsse daher eine Rückfrage bei dem betreffenden Prinzipal stattfinden. Ebenso müsse der Prinzipal über die Höhe des bisherigen Gehalts angefragt werden. Auch müsse sich das Personal bei Engagement für die Dauer einer Saison verpflichten, so daß es den Angestellten unmöglich sei, während dieser Zeit eine andere Stellung anzunehmen. Eine Anzahl von Angestelltenverbänden ersuchten darauf die Firmen und den Verband der Breslauer Pußgeschäfte um Aufschluß darüber, ob diese oder ähnliche Vereinbarungen in der Tat beständen, erhielten darauf aber vom Verbandsvorstand zugleich für die einzelnen Firmen die Mitteilung, daß für ihn keine Veranlassung vorliege, über interne Geschäftsangelegenheiten Aufschlüsse zu geben. — Derartige Fälle zeigen deutlich wie berechtigt die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Konkurrenzklauselfraße ist.

Förderung der kaufmännischen Sonntagsruhe durch die Konsumenten. Nachdem die Städte Mannheim und Karlsruhe die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wenigstens für die Sommermonate eingeführt haben, hat auch in Heidelberg eine energische Agitation für Sonntagsruhe eingesetzt. Im Anschluß an eine vom „Ausfluß zur Herbeiführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ einberufene öffentliche Versammlung erließen fünf Heidelberger Frauenvereine in der Heidelberger Presse eine „Erklärung“, durch welche sie ihre völlige Sympathie mit den Bestrebungen zur Förderung der Sonntagsruhe ausdrücken und ihre Mitglieder aufforderten, grundsätzlich alle Einkäufe an Sonntagen zu unterlassen.

Gewinnbeteiligung in englischen Landwirtschaftsbetrieben. Nach einer Mitteilung in der „Sozialen Kultur“ hat ein Molkereifarmenbesitzer, der seit 20 Jahren seinen Arbeitern eine jährliche Prämie zahlte, deren Gesamtsumme bis zum abgelauenen Jahre 180 000 M betrug, seit zwei Jahren ein Gewinnbeteiligungssystem eingeführt, nach dem auf Wunsch den Arbeitern die Prämie in die Farm eingezahlt wird. Die Einlagen der Arbeiter erhalten die gleiche Verzinsung wie das Kapital des Besitzers, mindestens aber 4 v. H. Drei Viertel aller Arbeiter, die an der Prämienverteilung beteiligt sind, das sind alle mit mehr als 7 M Wochenlohn, haben sich für die Gewinnbeteiligung entschieden. Auch ihre persönlichen Ersparnisse dürfen sie in dieser Weise anlegen. Auch auf zwei benachbarten Farmen sind ähnliche Beteiligungssysteme eingerichtet.

Rechtspflege.

Der Tatbestand des § 153 GO. Zwei führende Mitglieder des Bauarbeiterverbandes in Hamburg hatten bei Gelegenheit der Besprechung einer Sperraushebung geäußert, wenn die Sperre auch aufgehoben würde, so vermöchten sie kaum die Verbandsmittelglieder zu bestimmen, mit den Unorganisierten zusammenzuarbeiten.

Die Anklagebehörde folgte hieraus, die Nebenbündung sei geschehen, um die Unorganisierten zum Verbandsbeitritt zu bestimmen. Das Landgericht Hamburg kam zu einer Freisprechung. Zwar erblickte es in dem Vorgehen der Angeklagten eine Berufserklärung, da die von ihr betroffenen Leute nicht für würdig erachtet würden, in Gemeinschaft mit anderen zu arbeiten. Es fragte sich aber, welchen Zweck die Angeklagten mit ihrem Vorgehen gegen die Unorganisierten im Auge gehabt hätten. Würde dieser Zweck darin bestanden haben, die Leute zum Anschluß an den Verband zu veranlassen, so würde ein Vergehen gegen § 153 GO. vorliegen. Das könne aber nicht festgestellt werden. Es erscheine immerhin möglich, daß die Angeklagten und die dem Verbandsangehörigen Maurer auf den Anschluß der Unorganisierten an den Verband keinen Wert gelegt hätten, ihn nicht einmal für erwünscht hielten, daß vielmehr ihre Absicht lediglich sei, die Leute aus ihrer Arbeit zu entfernen, es ihnen auf die Dauer völlig unmöglich zu machen, in Hamburg als Maurer tätig zu sein. Dann war ihre Absicht nicht dahin gerichtet, die beiden Leute zur Teilnahme an einem Tun zu veranlassen, das mit der Berufserklärung bezweckte Resultat war vielmehr die Beseitigung zweier nach Meinung der Verbandsmitglieder störenden Elemente aus dem Kreise der Arbeiter. Die Voraussetzungen des § 153 GO. seien daher nicht gegeben. Daran ändere auch der Umstand nichts, daß als sicher angenommen werden könne, daß das Vorgehen der Angeklagten und des Verbandes nicht nur die unorganisierten Leute persönlich treffen, sondern auch darüber hinaus auf Dritte als warnendes Beispiel wirken und dadurch die Zwecke des Verbandes fördern sollte. Denn Voraussetzung der Strafbarkeit aus § 153 GO. sei, daß Berufserklärung, Drohung oder Ehrverletzung sich gegen die Person richte, die zum Anschluß an Vereinigungen und Verabredungen der fraglichen Art bestimmt werden sollte. Das Gericht habe ferner erwogen, ob in der über den betreffenden Bau verhängten Sperre eine gegen den Unternehmer gerichtete Berufserklärung zu sehen sei, deren Zweck gewesen wäre, diesen zu zwingen, die Unorganisierten zu entlassen. Wenn das auch anzunehmen sein sollte, so würde ein Vergehen gegen § 153 GO. nicht vorliegen. Denn das Vergehen der Angeklagten würde sich dann gegen den Unternehmer gerichtet haben, und die Entlassung der Unorganisierten würde nicht ein Folgeleiten des Unternehmers im Sinne des § 153 GO., sondern ein Unterliegen des Unternehmers einer nach § 152 GO. gestatteten Aktion gegenüber bedeuten.

Zur Beurteilung der sogenannten Kündigungskrankheit werden im „Reichs-Arbeitsblatt“ (August 1911) folgende interessante Urteile mitgeteilt. Eine Direktrice, der am 1. Juli zum 31. Juli gekündigt worden war, die aber sechswöchige Kündigungszeit zum Vierteljahrschluß beanspruchte, blieb seit dem 18. Juli wegen angeblicher Krankheit und Arbeitsunfähigkeit dem Geschäft fern; am 2. August meldete sie sich gesund, wurde aber nicht wieder angenommen. Ihrem Anspruch auf Gehaltszahlung seit 18. Juli bis Ende September entsprach das Generobericht Berlin für die ersten sechs Wochen (§ 133c Nr. 4 und Abs. 2 GO.), obwohl es hervorhob, daß es sich hier um die sogenannte Kündigungskrankheit zu handeln scheine. Das Gericht stellte sich trotz erheblicher Bedenken auf den Standpunkt, daß für die Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit lediglich die ärztliche Bescheinigung sowie der Umstand maßgebend sein müsse, daß auf Grund dieses ärztlichen Gutachtens die Krankenkasse für die Zeit vom 18. Juli bis 1. August Krankengeld an die Klägerin gezahlt hatte. Das Landgericht I Berlin wies jedoch mit Urteil vom 13. Dezember 1910 die Klage ab. Es kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß die Klägerin nicht arbeitsunfähig gewesen sei. Das ärztliche Gutachten beruhe im wesentlichen auf den Angaben der Klägerin, und auch wenn dasselbe für voll subjektiv glaubwürdig bestehen bleibe, so hätte doch die Feststellung getroffen werden müssen, daß dies Zeugnis darauf beruhe, daß die Klägerin dem Arzte ungeeignete Mitteilungen über ihren Gesundheitszustand gemacht habe. Die Klägerin sei also bei der langen Dauer ihres unbefugten Fehlens beharrlich den ihr nach dem Dienstvertrag obliegenden Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Zum Streit um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt in Essen (vergl. Sp. 1468) teilt uns der Gewerkschaftsbeamte Herr Hilpmann mit, daß die Behauptung, er habe die Firma Goldschmidt „systematisch verleumdet“, unzutreffend sei; das Hinzuweisen der Firmenbeamten aus den Versammlungen sei lediglich geschehen, um die in den Versammlungen anwesenden Arbeiter gegen Angebereien und Maßregelungen zu schützen. Keiner der Firmenvertreter hätte in den Versammlungen, in denen sie anwesend gewesen wären, „Verleumdungen berichtet“, wohl aber seien Arbeiter, die sich in den

früheren Versammlungen an der Debatte beteiligt hatten, entlassen worden, eine Maßregel, die die entlassenen Arbeiter auf die Angaben der in den Versammlungen anwesenden Firmenvorleiter zurückführten. Im Klagewege sei die Firma bisher noch nicht gegen ihn vorgegangen.

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern.

Die Gültigkeit von Tarifverträgen für Betriebe, die dem Verbands, der den Tarifvertrag abgeschlossen hat, nicht angehören, aber nach dem Tarifvertrag arbeiten lassen, ist vom Breslauer Gewerbegericht anerkannt worden. Ein dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe, der den Tarifvertrag für das Breslauer Maler- und Lackierergewerbe abgeschlossen hat, nicht angehörender Meister, der aber, wie auch seinen Gehilfen bekannt war, nach dem Tarif arbeiten läßt, hatte einen organisierten Gehilfen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen, weil nach dem Breslauer Tarifvertrag Kündigung ausgeschlossen ist. Die Klage des Gehilfen auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage wurde abgewiesen unter der Begründung, daß für die Parteien der im Tarif festgesetzte Kündigungsaußschluß Platz greife. Man könne annehmen, daß die Parteien Kündigungsaußschluß stillschweigend vereinbart haben. Wollten sie das Gegenteil, so hätten sie dies ausdrücklich zu erkennen geben müssen.

Zwischen zwei Tarifverträgen. Das Wiener Gewerbegericht beschloß kürzlich folgender Fall: Ein Metallarbeiter wurde beim Übergang einer Firma in andere Hände mit übernommen; sein Lohn wurde erhöht, aber über die Kündigung nichts vereinbart. Am 1. Juni 1911 lief der bisherige Tarifvertrag ab; am 10. Juni wurde dem Arbeiter mit dem Bemerkten gekündigt, er könne noch 14 Tage zu den bisherigen Bedingungen weiter arbeiten. Er weigerte sich, dies zu tun, und wurde darauf sofort entlassen. Vor dem Gewerbegericht klagte er den Lohn für die 14tägige Kündigungsfrist und zwar in Höhe der neuen Tarifvereinbarung ein. Die Verhandlung ergab, daß der neue Tarif vom 1. Juni 1911 ab bis 30. Juni 1913 gilt. Die Verhandlungen sind aber erst am 9. Juni zum Abschluß und der Vertrag Ende Juni zur Unterschrift gelangt. Am Tage der Entlassung (10. Juni) lag sonach zwar die Einigung der verhandelnden Organisationsvertreter, nicht aber die beiderseitige Zustimmung der Generalversammlungen der Organisationen vor. — Das Gewerbegericht wies die Klage ab. Zunächst machte es geltend, daß auf die Kündigungsfrist überhaupt kein Anspruch vorgelegt habe; der Kläger war vom Beklagten „übernommen“ worden, und jede Änderung im bisherigen Arbeitsvertrag bedurfte dabei besonderer Abmachung. Selbst wenn man indessen annehmen wollte, der Kündigungsaußschluß habe nicht zu Recht bestanden, so war der Beklagte aus § 82 lit. f der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung des Arbeiters berechtigt, weil dieser sich weigerte, unter den bisherigen Arbeitsbedingungen weiter zu arbeiten. Einen gültigen neuen Tarifvertrag hat es am 10. Juni noch nicht gegeben; es war noch nicht endgültig sicher, welche Bestimmungen er schließlich enthalten, und ob er rückwirkende Geltung vom 1. Juni ab haben würde.

Arbeitgeber- und Unternehmerverbände.

15. Generalversammlung des Bundes der Industriellen. (Dresden, 3.—5. September.) In Anwesenheit von etwa 300 Mitgliedern, unter Vorsitz von Kommarienrat Friedrich-Rosdam, erstattete Syndikus Dr. Schneider den Geschäftsbericht, der auch der sozialpolitischen Gesetze gedenkt: insbesondere der Reichsversicherungsordnung, der der Bund der Industriellen nicht grundsätzlich widerspreche, eine weitere sozialpolitische Mehrbelastung dürfe aber nur im Rahmen des Möglichen und Notwendigen erfolgen; mit der Ausdehnung der Versicherung auf die Hausindustrie ist der Bund einverstanden. Doch lehnt er die Errichtung von Lohnämtern für die Glendindustrie ab. Betreffs der Arbeitskammern habe sich die Regierung dem Standpunkt „der Industrie“ angeschlossen. Zur Angestelltenversicherung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Bund erklärt, er halte an seiner früheren Befürwortung einer über die Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes hinausgehenden gesetzlichen Pensionsversicherung für Privatangestellte fest, trotz der Bedenken, die sich aus dieser weiteren Belastung der deutschen Industrie ergeben:

Er hält die im Regierungsentwurf in Aussicht genommenen Leistungen in bezug auf das Ausmaß der Rentengewährung, den Beginn des Genusses im Zustand der Berufsinvaliddität oder im 65. Lebensjahr für berechtigt, da die Benutzung der Invalidenversicherung durch einen organisatorischen Ausbau vermittels Zulassung aus versicherungstechnischen Gründen unmöglich sei und überdies eine Differenzierung der Angestellten und Arbeiter im Rahmen des gleichen Gesetzes zu berechtigten Berufungen der Arbeiter führen würde. Da ferner der Ausbau der Invalidenversicherung bis zu 3000 „/ durch Anfügung neuer Lohn-

lassen nur unter völliger Umgestaltung der Invalidenversicherung möglich wäre und nach Schätzung des Reichsamts des Innern nicht geringere Kosten als die Sonderversicherung erfordern würde, ohne auch nur die Wünsche der Angestellten einigermaßen zu befriedigen, erklärt sich der Bund der Industriellen dafür, daß die Privatangestelltenversicherung in Form einer Sonderorganisation ohne Reichszuschuß durchgeführt wird. Der Bund der Industriellen verkennt freilich nicht, daß sich aus dem Vorhandensein zweier Versicherungen eine Reihe erheblicher Mängel ergeben werden, die aber nicht zu umgehen sind. Der Bund hofft aber, daß sich eine organisatorische Vereinfachung und eine weitere Berücksichtigung der Selbstverwaltung ermöglichen lassen wird. Der Bund der Industriellen kann um so eher dem Prinzip der Sonderlast zustimmen, als er der Überzeugung ist, daß die Sonderlast geeignet ist, das Standesbewußtsein der Angestellten zu stärken und sie damit vor dem Versinken in radikale politische und gewerkschaftliche Anschauungen abzuhalten.

Ministerialdirektor Roscher, obwohl Vertreter der sächsischen Regierung, bezeichnete es als eine wichtige, wenn auch schwierige Aufgabe, der tatsächlich vorhandenen Schutzlosigkeit der freien Entschließung der Arbeiter abzuwehren, die der Sozialdemokratie nicht angehören wollen. An Stelle des jetzigen Koalitionszwanges müsse Koalitionsfreiheit, an Stelle eines Zerfalls müsse das richtige Bild treten. — Organisations- und Koalitionsfragen berührte auch Abg. Dr. Strefemann in seinem Vortrage; er sagte etwa: Die Lage der Industriellen wird noch verschlechtert durch die wachsenden Kämpfe mit den Arbeitern, bei denen es sich nicht nur um den Lohn handle, sondern um die Herrschaft im Betrieb bis zum Zeichensaal der Techniker. Die beiderseitigen Organisationen könnten an sich zu Instrumenten des sozialen Friedens werden, wenn den Führern die Herrschaft über die Massen nicht zu oft entglitte. So geben auch Tarifverträge keinerlei Schutz mehr für die Einhaltung der getroffenen Abmachung. Es muß erst in höherem Maße durchgeführt werden, daß die Festmachung der vertragsschließenden Organisationen gegenseitig verbürgt wird. Die Industrie erwartet in diesem Kampf Verständnis und Würdigung ihrer Lage durch Staat und Gesetzgebung. Mit Koalitionsrecht und Reichstagswahlrecht müssen wir rechnen. Die Industrie kann ihre Situation nur durch Schaffung großer Arbeitgeberorganisationen, durch Streben nach Verstärkung ihres parlamentarischen Einflusses verbessern. Die Politik des Bundes der Industriellen sei nach seiner ganzen Zusammensetzung eine Politik der mittleren Linie; auch in der Sozialpolitik versuchte er durch Anerkennung der berechtigten Forderungen der Angestellten und nationalen Arbeiter ein Zusammenarbeiten mit ihnen möglich zu machen. Damit sei den Interessen der Industrie mehr gedient, als wenn man in jeder Forderung der arbeitenden Klassen einen Ausfluß sozialistischer Ideen sehe. — Der geschäftliche Teil der Tagung war mit diesem Vortrage zu Ende.

Der Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, hat seinen Mitgliederbestand seit Anfang dieses Jahres um etwa 600 Firmen vergrößert, er verfügt jetzt über 2622 Mitglieder, die bei einer Arbeiterzahl von 212 000 211 Millionen Mark jährliche Löhne zahlen. Dem Verband haben sich in letzter Zeit angeschlossen der Verband der Deutschen Schuh- und Schäftfabrikanten Bamberg, der Fabrikanten-Verein Birmensdorf und der Bund der Industriellen am Riesengebirge, Hirschberg i. Schl. Zurzeit gehören ihm 38 Branchen und gemischtgewerbliche Verbände industrieller Arbeitgeber fast aller Branchen an. Mit einigen anderen bedeutenden Arbeitgeberverbänden schweben Verhandlungen. Im Laufe dieses Jahres sind von Verbandsmitgliedern 91 Streiks und 40 Aussperrungen zur Anmeldung gebracht, während in 122 weiteren Fällen eine Arbeitseinstellung verhindert werden konnte. So sind beispielsweise Ende August d. J. Differenzen, die zwischen 4 Firmen in Nordhausen und ihren Arbeitern schwebten, nach dreitägigen Verhandlungen zwischen einem Beamten des Verbandes und den Vertretern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes beigelegt worden.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der 44. Kongreß der englischen Gewerkschaften.

Billing beherrschte von dem Eindruck der letzten großen Arbeitskämpfe der Seeleute, Hafen- und Transportarbeiter sowie der Eisenbahner trat am 4. September der 44. Gewerkschaftskongreß in Newcastle zusammen. Anwesend waren 521 Delegierte, die 1 1/2 Millionen organisierte Arbeiter und 221 Gewerkschaften vertraten; die Holzarbeiter hatten sich diesmal der Bescheidung enthalten; die weiblichen Delegierten waren geringer an Zahl, weil

manche Beamtinnen noch durch die Unruhe ihrer örtlichen Vereine in Anspruch genommen sind. Wie üblich ging der Eröffnung des Kongresses ein feierlicher Gottesdienst voraus, in dem der Prediger, Rektor einer Kirche in Orford und Professor der Nationalökonomie A. J. Carlyle, die Gewerkschaftsbewegung als eine große Kulturarbeit pries und die vollständige Kontrolle des Wirtschaftslebens durch das gesamte Volk als Ausweg aus dem Chaos bezeichnete. Der Bürgermeister von Newcastle und andere Behörden begrüßten, ebenfalls dem alten Herkommen getreu, den Kongreß. Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, Ruslin, Schachmeisters eines Textilarbeitervereins und Typus eines alten Trade-Unionisten, enttäuschte die Erwartungen etwas. Er bekannte sich als entschiedener Freund der staatlichen Kranken- und Invalidenversicherung, forderte die völlige Aufhebung des bekannten Osborne-Urteils, die Fertigstellung des Vergarbeitergesetzes und des Ladengehilfengesetzes und kam erst dann auf die letzten Streiks zu sprechen, wobei er eine bessere Ausgestaltung des Schieds- und Einigungswesens verlangte. Zum Schluß seiner Rede gab er der Überzeugung Ausdruck, daß zwischen den Arbeitern Englands und Deutschlands enge Freundschaft herrsche.

Die Arbeiten des Kongresses, deren Aktualität darunter leidet, daß die Tagesordnung samt Anträgen ein Vierteljahr vorher festgelegt wird, begannen mit einigen Dingen, die die Aufmerksamkeit der Delegierten nicht sehr beschäftigten. Ein Vertreter der Schuhmacher trat lebhaft dafür ein, daß die Arbeiter nur solches Schuhzeug tragen sollen, das die Vereinsmarke trägt, und der Kongreß beschloß demgemäß. Dann brachten zwei Delegierte der Ladengehilfen ihre Beschwerden vor; ihre Anträge zum Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit in offenen Läden und zum Verbot des Koffi- und Logiswesens wurden angenommen. Der Gewerkschaftsführer, Abgeordneter C. W. Bowerman, wurde an Stelle des verstorbenen W. C. Steadman zum ständigen Sekretär des Kongresses mit 6000 *M* Gehalt gewählt. Bei der Verlesung des Geschäftsberichts des Parlamentarischen Ausschusses brach aber dann der Sturm los. Einer freilichen Minderheit war dieser Bericht viel zu zahm, zu freundlich für die Regierung abgefaßt, und als darin die Anwesenheit von Vertretern des Handelsamts und des Ministeriums des Innern begrüßt wurde, kam es zu lautem Protest, obwohl der vom Ministerium des Innern entsandte Beamte der bekannte frühere Gewerkschaftsführer Chadleton war, der jetzt als Arbeitsbeirat angestellt ist. In heller Empörung schrie man, der Minister des Innern habe das Militär gegen die streikenden Arbeiter marschieren lassen, auf seinen Befehl hätten die Soldaten in Liverpool und anderen Orten scharf geschossen und das vergossene Blut komme über das Haupt des Ministers, der ein Feind der Arbeiter sei. Ein Antrag, der die Verwendung von Militär in Arbeitskämpfen verurteilt, wurde unter großem Tumult angenommen, obwohl er vielen Delegierten zu zahm erschien. Daran schloß sich eine recht konfuse Debatte, ob die jetzige bewaffnete Macht nicht durch eine Volksmiliz zu ersetzen sei, wobei mehrere Gewerkschaftsführer darauf hinielen, daß in der Schweiz auch die Miliz schon bei Streiks mit der Waffe eingeschritten sei. Schließlich wurde der Antrag auf Errichtung einer Miliz mit 1 500 000 Stimmen gegen die verschwindende Minderheit von 95 000 Stimmen abgelehnt.

Noch unter den Nachwehen dieser Debatte stand die Verhandlung über die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Kanäle, eine alte Forderung, die, diesmal mit besonders scharfen Ausfällen gegen die Direktoren und die Regierung gewürzt, wieder beschloffen wurde. Natürlich sprach sich der Kongreß auch für die völlige Aufhebung des Osborne-Urteils aus, das die Erhebung von Gewerkschaftsbeiträgen für politische Zwecke verbietet. Der Gewerkschaftsverein der Landarbeiter verlangte, daß in Ansehung der sehr niedrigen Löhne, die bis zu 8 *M* wöchentlich sinken, Lohnämter für ländliche Arbeiter errichtet würden, und der Kongreß stimmte einmütig dafür. Dann wurde beraten, wie man sich ein wirkungsvolles Presorgan schaffen könne, — bekanntlich liegt die Gewerkschaftspresse in England ganz im Argen; am meisten Mitleid zeigte sich für ein großes, täglich erscheinendes Blatt, doch kam es zu keinem Beschluß. Sehr scharf wandte man sich gegen die Geschäftsführung im Registeramt. Zur Unfallentschädigung wurde die Übernahme der Kosten für ärztliche Hilfe auf den Staat und die Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf Heimarbeiter gefordert. Weiter wurde beschloffen, daß die Arbeitszeit der männlichen Textilarbeiter mit der der weiblichen gleich sein soll. Auch protestierte der Kongreß gegen die Schmutzkonkurrenz der staatlichen Gefängnisarbeit. Ein Antrag auf Abschaffung der Arbeit von Kindern im schulpflichtigen Alter (der Halbzeiter) wurde mit großer Mehrheit gegen die Textilarbeiter von Lancashire, wo diese Beschäftigung verbreitet ist, angenommen. Aber alle diese Beschlüsse

finden nicht so recht die Teilnahme der Kongreßmitglieder, die offenbar darnach streben, in eine gründliche Aussprache über die Arbeitskämpfe einzutreten.

Auch am folgenden Tage (Donnerstag, 7. September) mußte diese Ungebuld sich noch zügeln. Denn es kam nun die Regierungsvorlage für die Versicherung gegen Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit zur Erörterung, nachdem zuvor nach kurzer Debatte ein Antrag, die Geldstrafen und Lohnabzüge in gewissen Industrien, namentlich in Ladengeschäften, zu verbieten, einstimmig angenommen worden war. In der Verhandlung über die Versicherungsgesetze sprachen sich viele Delegierte sehr scharf gegen die wichtigsten Bestimmungen aus, andere aber mahnten zur Mäßigung: es sei unsinnig, die Vorteile, die das Gesetz biete, zurückzuweisen, weil es nicht alle Wünsche erfülle. Bei der Abstimmung über verschiedene Anträge wurde mit 590 000 gegen 325 000 Stimmen der im Juni von der parlamentarischen Arbeiterpartei gefaßte Beschluß zugunsten der Beitragspflicht auch der Arbeiter bestätigt; dagegen wurde von dieser Regel eine Ausnahme für die schlechtbezahlten Arbeiter, die nur bis 15 *M* Wochenlohn verdienen, mit geringer Mehrheit (530 000 gegen 480 000 Stimmen) dank der lebhaften Fürsprache der Vertreterinnen der Heimarbeiterinnen durchgesetzt. Ein dritter Antrag, der weitere Vorteile für Unfallverletzte, Befreiung Arbeitsloser von der Beitragspflicht und ein Schiedsgericht für ärztliche Unterlassungssünden forderte, wurde ebenfalls angenommen. Nach Erledigung der Versicherungsfragen wandte sich der Kongreß dem staatlichen Arbeitsnachweis zu, der keineswegs allgemeine Billigung für seine Arbeitsmethode fand, schließlich aber doch mit 823 000 Stimmen gegen 547 000 gutgeheißen wurde.

Den trüben Gang der Verhandlungen unterbrach am 8. September eine Debatte über den „Arbeiteraufstand“, in der die Erregung sich Luft machte. Von der Kongreßleitung war eine Entschließung vorgelegt, in der der Kongreß sich verpflichtete, sein Äußerstes zu tun, die unterbezahlten Arbeiter aufzurütteln und ihren Willen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für einen zum Leben ausreichenden Lohn zu kämpfen, zu fördern. Die Befürwortung dieser Resolution durch die Abgeordneten O'Grady und Roberts erging sich in den schärfsten Ausdrücken, und der Kongreß stimmte ihnen einhellig zu. „So hat sich — wie die *Daily News*“ schreiben — der Kongreß völlig mit den jüngsten Streiks identifiziert und überdies, zur großen Freude der Radikalen, die Agitation noch ermuntert.“ Es folgte dann eine große Kundgebung für den Weltfrieden, die Arbeiter aller Länder seien einig in dem Abscheu gegen den Krieg. Dagegen will der Kongreß nichts wissen von den Vorbeugungs- und Schlichtungsmaßnahmen, mit denen der Gesetzentwurf W. Crooks (Sp. 1528) den Arbeitskämpfen begegnen will. Das ungehinderte Recht zum Ausstande wurde von allen Seiten gefordert, die Kampfesstimmung kam leidenschaftlich zum Ausdruck. Die Erregung der Delegierten hielt an, so daß die folgenden Debatten ganz aus der parlamentarischen Tradition herausfielen. Man nahm Resolutionen an, ohne ihren Inhalt genau zu prüfen, Redner wurden niedergeschrien, im Tumult mußte niemand so recht mehr, worum es sich handelte. So haben Entschließungen für „gerechte“ Löhne, weltlichen Schulunterricht u. a. m., die in dieser Unruhe gefaßt wurden, kaum einen Wert.

Der Abg. W. Crooks (Woolwich), der auf dem Kongreß in Newcastle fehlte, ist indessen durch die Beurteilung seiner Gesetzesvorschläge keineswegs entmutigt. In den Tagesblättern verteidigt er sein Vorgehen mit Eifer und Geschick: er denke gar nicht daran, die Streiks aus der Welt zu schaffen, aber diese Kämpfe, die so viel Jammer und Not mit sich brächten, sollten nur das letzte Mittel sein, wenn alle anderen versagten. Verhandlungen, Einigungsämter, Schiedsgerichte seien solche Wege zum friedlichen Ausgleich und würden der Arbeiterschaft mehr Nutzen bringen als die zahlreichen Streiks, von denen doch immer viele verloren gingen. Dies Ziel verfolge sein Antrag, den er aus eigenem Antrieb mit einigen Kollegen gestellt habe, die Arbeiterpartei als solche habe nichts damit zu tun. Aber er sei Manns genug, seinen Entwurf im Unterhaus zu vertreten. Auch der greise, hochangesehene Gewerkschaftsführer Abg. Burt, früherer Unterstaatssekretär im Handelsamt, warnte in einer öffentlichen Versammlung in Newcastle die Arbeiter vor einer Geringschätzung des Verhandlungs- und Einigungswesens, weil in einigen Fällen schlecht aufgebaute Institutionen versagten. Jedenfalls ist mit dem negativen Beschluß des Gewerkschaftskongresses diese Frage für die Arbeiterschaft entfernt nicht erledigt.

Vor dünnbesetztem Hause und fast mit Gleichgültigkeit behandelte der Kongreß in seiner letzten Sitzung am 9. September die wichtige Frage einer Annäherung oder Verschmelzung der drei

Zentralorganisationen des Trade Unionskongresses, des Parlamentarischen Komitees und der Arbeiterpartei. Man einigte sich dahin, das Parlamentarische Komitee mit der Aufgabe zu betrauen, gemeinsam mit dem Ausschuss der Arbeiterpartei die Zünftlichkeit einer Zentralorganisation zu erkörtern. Dann folgten die Wahlen für den Vorsitz des nächsten Kongresses, zu dessen Leitung der Abg. W. Thorne von den Gasarbeitern ausersehen ist, und für das Parlamentarische Komitee, in das 15 Gewerkschaftsführer entsandt wurden. Mit den üblichen Danksaugungen schloß der Kongress, dessen Verhandlungen nicht auf der Höhe der Situation standen. Die tiefe Erregung der letzten Kämpfe trübte vielfach das Urteil über die durch die neuen Ereignisse geschaffenen Notwendigkeiten, und die innere Verschmelzung der alten und der neuen Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung ist trotz der zahlreichen einstimmig gefaßten Beschlüsse keineswegs erfolgt.

Der 7. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten (Berlin, 8. September: beschäftigte sich an erster Stelle mit der Verbesserung der Privatangestellten. In Übereinstimmung mit dem Referenten Ingenieur Schweizer erklärte der Bundestag die Annahme der Reichsversicherungsordnung für einen schweren sozialpolitischen Fehler und behauptete, daß die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten nicht im organischen Zusammenhang mit unserer gesamten sozialen Versicherung geschaffen wird. Zum mindesten müßte der organisatorische Zusammenhang der Sonderversicherung mit der allgemeinen Invalidenversicherung unter gleichzeitiger Erweiterung der den Versicherten im Regierungsdienst zugesprochenen Selbstverwaltungsberechtigungen hergestellt, auch müßten unter allen Umständen die Erbschaften völlig ausgeschlossen werden. — Zur Frage Strafrechtsreform und Koalitionsrecht (Referent: Ruttner) erklärte der Bundestag in einer längeren Resolution u. a.: „Infolge einer völlig verfehlten sittlichen Wertung des Solidaritätsbegriffs wird der § 253 StGB. (Erpreßparagraf) auf Arbeiter und Angestellte angewandt, die in einer allen anderen Staatsbürgern erlaubten Weise Forderungen an ihren Vertragsgegner richten; ebenso wird dem Standesgenossen, der die sittlich verwerfliche Handlung des Solidaritätsbruchs begeht, durch § 153 StGB. ein besonderer Schutz zuteil, der dem sittlich einwandfrei handelnden Standesgenossen verweigert bleibt. Der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch läßt befürchten, daß die bevorstehende Strafrechtsreform den heutigen Zustand, anstatt ihn zu verbessern, noch verschlechtern wird. Die Bestimmungen über Nötigung, Landzwang und Aufwiegelung (§§ 240, 241, 184, 181 des Vorentwurfs) werden so erweitert, daß sie zu einer ungeheuerlichen Bedrohung des Koalitionsrechts werden. Das durch § 158 StGB. gegen die Arbeitnehmer statuierte Ausnahmefestgesetz wird bedauerlicherweise ganz unberührt gelassen. Auch die angebliche Verbesserung des Erpreßparagrafen bietet weder in der Fassung des Vorentwurfs noch in der der Novelle zum Strafgesetzbuch Gewähr für eine bessere Gerichtspraxis.“ Der Bundestag verlangt deshalb Beseitigung aller Vorschriften, durch die die Ausübung des Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wird und die den Charakter eines Ausnahmefestgesetzes gegen den Arbeitnehmer tragen. Gleichzeitig richtet er an die Organe der deutschen Rechtsprechung den Appell, schon jetzt durch eine dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechende Gesetzesauslegung der Anerkennung des Solidaritätsbegriffs durch die Rechtsprechung zum Durchbruch zu verhelfen. — Über die gewerkschaftlichen Kämpfe der Angestellten referierte Lüdemann-Berlin, der u. a. die Schaffung von Unterschlüpfeneinrichtungen mit ausgesprochen gewerkschaftlichem Kampfscharakter forderte, durch die das Solidaritätsgefühl der Angestellten immer mehr gestärkt werden müsse. Trotz mehrfacher Warnungen vor einem allzu hitzigen Vorgehen des Bundes wurde eine Resolution angenommen, die sich mit scharfen Worten gegen die ablehnende Haltung der Arbeitgeber in der Frage des Verbandens von Organisation zu Organisation wendet und weiter erklärt: „so sehr die technischen Angestellten dies bedauern, so hielten sie sich doch im Interesse ihres Standes für verpflichtet und wären bereit, den Kampf um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen.“ Da durch die vielen Maßregelungen die Kasse sehr in Anspruch genommen wird, wurde eine Erhöhung der Monatsbeiträge von 2 auf 8 M. beschlossen, um diejenigen, die im Interesse der Solidarität eines Gemäßigten ihre Stellung künden, in erhöhtem Maße zu unterstützen.

Das sozialpolitische Programm für das Krankenpflegepersonal, das wir in der vorigen Nummer Sp. 1582 mitteilten, hat während der Beratungen in einigen Punkten noch Änderungen erfahren. Wir teilen in folgendem die Punkte mit, die wir noch nicht in der geänderten Fassung gebracht hatten: Festsetzung einer Dienstzeit von täglich 8 Stunden. Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 36 Stunden. Persönliche Freiheit während der dienstfreien Zeit. Gleichstellung des männlichen und weiblichen Personals. Verbot weiblicher Pflege aus den männlichen Geschlechtsstationen öffentlichen Anstalten. Gewährung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung. Einführung öffentlicher unter paritätischer Verwaltung stehender Facharbeitsnächte. Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Anrechnung der Dienstzeit beim Stellenwechsel.

Streiks und Aussperrungen.

Die Arbeitskämpfe in der sächsisch-thüringischen Metallindustrie (vergl. Sp. 1534). Die Zugeständnisse der Arbeitgeber für die im Auslande befindlichen Metallarbeiter in Leipzig sind nach dem Berichte der Schlichtungskommission: 56 Stunden Arbeitszeit in der Woche, Überarbeit wird mit 25 v. H., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 v. H. Zuschlag bezahlt; stufenweise Lohn-erhöhung der einzelnen Gruppen von 1 bis 5 M. für die Stunde. Stundenlohnzuschlag für die Selbstmetallarbeiter von 1 M. Der zu zahlende Stundenlohn soll jedoch erst nach vierwöchiger Arbeitszeit festgesetzt werden. Diese Vorschläge sind von der Leipziger Arbeiterschaft am 7. September einstimmig zurückgewiesen worden. Andererseits haben die Arbeitgeber erklärt, daß sie weitere Zugeständnisse nicht machen könnten. Die Verhandlungen der Schlichtungskommission sollen jedoch wieder aufgenommen werden. Auch deutet ein Beschluß des Kartells der sächsischen Metallindustriellen vom 11. September, der die Aussperrungen in Chemnitz und Dresden mit dem 13. September abends für zunächst 14 Tage aufhebt, auf wachsende Friedensneigung. Auch in Gotha ist die Aussperrung aufgehoben. — In den Berliner Eisengießereien ist eine Verständigung über die Hauptpunkte des neuen Tarifvertrags erzielt.

Ein allgemeiner Expeditionsarbeiterstreik in Nürnberg und Fürth brach am 4. September aus und wurde am 7. September schon wieder beendet. 400 Arbeiter verlangten 4 M. wöchentlich, während die Arbeitgeber nur 2 M. bewilligen wollten. Die Bahnbehörde versuchte, die Zustellung von Güllrath- und Stückgütern mit Hilfskräften aufrecht zu erhalten, um die Ernährung der Städte nicht zu gefährden. Der jäh aufflackernde Streik ließ sich indessen, unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Nürnberger Gewerbegerichts, schon am 7. September durch einen 3jährigen Tarifvertrag beenden, ohne daß die erregte Stimmung der Streikenden zu Zusammenstößen mit Arbeitswilligen oder Polizei geführt hätte. — Die neuerdings eingeriffene mißbräuchliche Verwendung des Wortes „Generallstreik“ war auch hier wieder zu bemerken gewesen; die Kürze des Kampfes beweist, daß man mit allzu vollständigen Worten zur Bezeichnung verhältnismäßig unbedeutender Arbeitskämpfe etwas vorsichtiger umgehen sollte.

Arbeiterschutz.

Arbeiterschutzgesetz in Uruguay.

Die Regierung des Kleinsten Staates in Südamerika, Uruguay, hat vor kurzem der Volksvertretung einen Gesetzentwurf unterbreitet, der einen weitgehenden Schutz der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen soll. Schon vor einigen Jahren, als der gegenwärtige Präsident Batlle zum erstenmal die höchste Gewalt des Staates in Händen hatte, war dem Kongress ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Regelung der Arbeitszeit von Arbeitern und Beamten enthielt. Er wurde damals zurückgezogen, erfuhr dann im Ministerium des Innern einige Änderungen und ist nun den Kammern wieder zugestellt worden.

Die neue Vorlage regelt die Arbeitszeit von Angestellten und Arbeitern derart, daß die Arbeitszeit im allgemeinen 8 Stunden täglich nicht überschreiten darf, bei Personen von 16 bis 19 Jahren nicht 6 Stunden, bei solchen von 13 bis 16 Jahren nicht 4 Stunden. Jüngere Personen dürfen überhaupt nicht beschäftigt werden. In besonderen Fällen kann die Behörde eine Verlängerung der Arbeitszeit bis auf höchstens 12 bzw. 9 bzw. 6 Stunden gestatten. Ferner sind in der Vorlage Bestimmungen über die Schonung von arbeitenden Frauen in der Schwangerschafts- und Geburtszeit vorgesehen. Arbeitgeber, die gegen das Gesetz verstoßen, werden mit hohen Strafen bedroht. Die Durchführung des Gesetzes unterliegt einer fortlaufenden Kontrolle durch die Behörden.

Während die Bestimmungen über die tägliche Arbeitszeit und über den Schutz der weiblichen Arbeitskräfte keinen ernstlichen Widerspruch gefunden haben, wurden gegen eine andere Vorschrift schwere Bedenken erhoben: gegen die Bestimmung nämlich, daß künftig „für jede Serie von 6 Arbeitstagen ein freier Tag bestehen“ müsse. Über die Auslegung dieser etwas unklaren Vorschrift war man anfangs unsicher, bis eine authentische Interpretation dahin erfolgte, daß, abgesehen von den Sonntagen, in jeder Woche die Angestellten und Arbeiter noch einen freien Tag haben sollten. Nach Ansicht der uruguayischen Regierung genügt es also nicht, daß das Bibelwort „sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten Tage ruhen“ erfüllt werde; es soll vielmehr nur an fünf Tagen der Woche gearbeitet werden.

Es ist begreiflich, daß seitens der Arbeitgeber gegen diese Bestimmung lauter Widerspruch erhoben wird. In mehreren Versammlungen beschloffen die Leiter der bedeutendsten Industriebetriebe, Bank-, Eisenbahn-, Straßenbahn-Unternehmen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Gesetz nicht in dieser Form verabschiedet werde. Sie machen vor allem geltend, daß bei Annahme so weitgehender Schutzbestimmungen zahlreiche Unternehmungen unlohend würden und viel ausländisches Kapital aus dem Lande zurückgezogen werden würde. Es steht daher wohl zu erwarten, daß der Entwurf vor seiner Annahme erhebliche Änderungen erfahren wird.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Groß-Berlin.

Dem in Spalte 660 mitgeteilten Beschlusse der Berliner Stadtverordneten vom 16. Februar 1911 ist der Magistrat mit der Bedingung beigetreten, daß die Vororte ein gleiches Ortsstatut annehmen. Das hat zur Folge gehabt, daß die beschlossene Einschränkung der Sonntagsarbeit noch immer nicht eingeführt ist. Eine ganze Reihe von Vororten, darunter Schöneberg und Nixdorf, hat wie Berlin beschlossen, im Mai bis September von 8 bis 10 Uhr, im Oktober bis April von 12 bis 2 Uhr offen zu halten, während Charlottenburg Sommer und Winter einheitlich nur von 8 bis 10 Uhr offen halten will. Die Nahrungsmittel- und Blumenbranche soll überall die bisherigen Verkaufszeiten behalten. In Charlottenburg haben die Stadtverordneten die Einführung ihres Beschlusses an die Bedingung geknüpft, daß die Neuregelung gleichzeitig in Wilmersdorf und Schöneberg vorgenommen wird. Wilmersdorf hatte aber die mit der Gewerbeordnung in Widerspruch stehende Absicht, zwar die zugelassene Beschäftigungszeit der Handelsangestellten herabzumindern, die Verkaufszeiten aber unverändert zu lassen. Deshalb wandte sich der Wilmersdorfer Magistrat an die Vorortgemeinden mit dem Vorschlag einer Konferenz. Dieser Vorschlag hat leider manche Vorortgemeinden zum Abwarten veranlaßt, aber vergeblich harret man der Wilmersdorfer Konferenz, deren Einberufung ganz in Frage gestellt zu sein scheint. Das Zaudern des Berliner Magistrats und einzelner Vororte ist nicht recht zu verstehen. Als der Auktionsklatsch am 1. November 1908 nur für Berlin und einige Vororte angeordnet war, blieben sämtliche nördlichen Vororte ausgeschlossen. Sehr schnell sind aber — trotz der noch erforderlichen Abstimmungen der Kaufleute — alle Vororte freiwillig gefolgt. Genau so würde es wahrscheinlich auch mit der Sonntagsruhe gehen, wenn Berlin nur die ihm gebührende Führerrolle übernehmen wollte.

Arbeiterhaus im Tiefbau. Die von den beteiligten preussischen Ressortministern erlassenen „Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten“, haben jetzt abermals eine Ergänzung erfahren, durch die namentlich den Interessen der Tiefbauarbeiter Rechnung getragen wird. Im besonderen sollen die Baubuden künftig näher an die Beschäftigungsstelle herangelegt, die Buden selbst mit Zischen ausgestattet und im übrigen Maßnahmen getroffen werden, die den Tiefbauarbeitern ermöglichen, in unmittelbarer Nähe der Baubude ihre Speisen und Getränke zu erwärmen.

Gesetzliche Lohnregelung für Heimarbeit in Frankreich. Die gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Frage der Lohnregelung in schlecht bezahlten Industrien, von denen wir in der „Soz. Prax.“ Sg. XX Sp. 239 und 430 bereits berichteten, sind einen bedeutenden Schritt gespart worden. Wie die „Dokumente des Fortschritts“ in ihrem 6. Heft berichten, hat das französische Arbeitsministerium am 10. Januar 1911 der Permanenzkommission des Arbeitsrats den Entwurf eines Gesetzes unterbreitet, das die gesetzliche Regelung der Heimarbeit zum Zwecke hat. Der Entwurf sieht zunächst für die Seidenweberei, die Stoffweberei, die Wäscheherzeugung, Stiderei, Futterzeugung, Schuhfabrikation und Erzeugung von künstlichen Blumen, also für Gewerbe, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, und in denen gleichzeitig Heimarbeit vorherrscht, die Errichtung von Lohnkommissionen, die Minimallöhne festzusetzen haben, vor. Diese Lohnkommissionen können auch auf die übrigen freien Industrien ausgedehnt werden, sofern in einem Bezirke die Mehrheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, resp. beider Gruppen in der Wählerschaft, zu den bestehenden Arbeitsbeiräten sich dafür ausspricht. Die Minimallöhne, die für die Industrie zu gelten haben, werden in Plenarsitzungen der Kommissionen festgelegt und gegen sie findet keinerlei Appell statt, es sei denn im Falle von Verstößen gegen die vom Gesetze festgelegte Geschäftsordnung der Kommissionen. Die so festgelegten Minimallöhne werden der Bevölkerung durch Anschlag an den Gemeindegemeinden kundgegeben; ebenso werden die Geschäftsinhaber verpflichtet, die betreffenden festgelegten Minimallöhne an einem sichtbaren Punkte ihres Geschäftsgebäudes

anzuschlagen und speziell in jenen Betrieben, in denen Heimarbeit vorherrscht: in dem Raum, in dem die Rohstoffe den Arbeitern übergeben und die fertigen Waren entgegengenommen werden. Die Bezahlung der Minimallöhne ist obligatorisch; kein Geschäftsinhaber ist berechtigt, selbst mit Einverständnis der Arbeiter, niedrigere Löhne zu bezahlen.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Betriebsunfall durch Blitz und Hitzschlag.

Die abnormen Wärmetemperaturen, unter denen im Juli und August dieses Jahres die Bevölkerung des gesamten Reichsgebiets zu leiden hatte, haben bei zahlreichen gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern zu körperlichen Schädigungen durch Blitz und Hitzschlag geführt. Für den großen Kreis der unmittelbar und mittelbar Beteiligten dürften deshalb die Voraussetzungen von Interesse sein, unter denen das Reichs-Versicherungsamt Verletzungen durch Blitz oder Hitzschlag als Betriebsunfälle anerkennt, die von den gewerblichen bzw. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und den übrigen Versicherungsträgern zu entschädigen sind.

Unfälle, die durch Naturereignisse und außergewöhnliche Witterungsverhältnisse hervorgerufen werden, sind dann Betriebsunfälle, wenn der Versicherte Einwirkungen solcher Art gerade infolge seiner Tätigkeit im Betrieb ausgegesetzt war. Dies ist stets anzunehmen, falls sich nicht nachweisen läßt, daß der Versicherte auch ohne die Betriebsstätigkeit zu derselben Zeit derselben Gefahr erlegen wäre. Wird der Versicherte während der Betriebsstätigkeit vom Blitze getroffen, so liegt nach der neueren Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts stets ein Betriebsunfall vor und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Blitzschlag im Freien oder in geschütztem Raume erfolgte und gleichgültig, ob die für die Richtung der Blitzbahn maßgebend gewesenen Umstände zu erkennen sind oder nicht. Wo immer eine Person vom Blitze getroffen wird, gerade da sind die naturgesetzlichen Vorbedingungen für das Einschlagen des Blitzes vorhanden gewesen, ist also die Blitzgefahr größer gewesen als an anderen Stellen. (Vergl. Ref. Entsch. 2135, A. R. 1906, S. 268 und das Obergutachten von Professor Fergesell, A. R. 1905, S. 290.) Voraussetzung für das Vorliegen eines Betriebsunfalls ist allerdings, daß der vom Blitze Getroffene sich innerhalb des Betriebsbereichs befand. Abgelehnt wurde vom Reichs-Versicherungsamt die Entschädigung in einem Falle, wo sich Waldbarbeiter bei Herannahen eines Gewitters etwa 400 m von der Betriebsstätte entfernten und auf freiem Felde vom Blitze getroffen wurden, während in einem anderen Falle das Vorliegen eines Betriebsunfalls anerkannt wurde, wo ein Landwirt sich nur wenig von der Betriebsstätte entfernt hatte — er war unter eine auf dem Nachbargrundstücke befindliche Roggenmandel geflüchtet.

Für die Beurteilung von Blitzverletzungen auf Betriebsgängen sowie auf den Wegen von und zu der Betriebsstätte gelten die allgemeinen Grundzüge, wie sie in den Anmerkungen zu § 1 GlVBG. im Handbuch der Unfallversicherung, 3. Aufl., Bd. I, ausführlich behandelt werden. Bemerkt sei hier nur, daß Blitzverletzungen auf Wegen vom Hofe zur Feldarbeit und umgekehrt bei landwirtschaftlichen Arbeitern und versicherten landwirtschaftlichen Unternehmern, bei denen die Vermutung besteht, daß sie auch auf dem Hofe Betriebsarbeiten verrichtet hatten oder verrichten wollten, Betriebsunfälle sind. Diese Vermutung besteht jedoch nur bei den ständigen, nicht bei den nur vorübergehend beschäftigten Arbeitern. Ein Betriebsunfall wurde ferner nicht anerkannt in einem Falle, in welchem eine kleinere landwirtschaftliche Unternehmerin nach Beendigung ihrer für das Dominium geleisteten Arbeit sich auf ihr eigenes Feld begeben wollte und auf dem Wege — außerhalb des Bereichs des Dominiums und ihres eigenen Betriebs — vom Blitze erschlagen wurde.

Bei den Körperschädigungen durch Hitzeeinwirkung ist zu unterscheiden zwischen Hitzschlag und Sonnenstich. Hitzschlag tritt ein nach einer Überhitzung des gesamten Organismus, durch Vermehrung der Wärmebildung oder Verhinderung der Wärmeabgabe bzw. durch Zusammenwirken beider Vorgänge. Die Augentemperatur muß hoch sein, doch kann Hitzschlag auch bei bedecktem Himmel eintreten. Eine Erkrankung durch Sonnenstich (Insolation) kann dagegen nur dann erfolgen, wenn ein ruhender Körper, besonders der Kopf, der direkten Einwirkung der Sonnenstrahlen, zumal mittags, ausgesetzt gewesen ist, wenn auch bei verhältnismäßig niedriger Augentemperatur. Tatsächlich werden aber beide Erkrankungsformen selten allein, sondern fast stets in Mischformen beobachtet. Als Betriebsunfälle werden nun Hitzschläge nach der

Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts dann angesehen, wenn die Art oder der Ort der Betriebsarbeit wesentlich dazu beigetragen haben, die natürliche große Hitze und deren Einwirkung auf den Körper des Betroffenen noch zu steigern.

Als solche Umstände, welche die natürliche Hitze einwirkung steigern, kommen in Betracht: Arbeiten auf unbedeckten Gerüsten oder Neubauten, auf dem Dach eines Hauses, auf schattenlosen Plätzen, wo eine dauernde Einwirkung der Sonnenstrahlen besteht, an windgeschützten, heißen Orten, in schwüler, mit Wasserdampf gesättigter Luft, Arbeiten in einem geschlossenen Räume bei sehr hoher Außentemperatur, im Heizraum, am Ofen, in Kanälen und Trodenräumen; angestrengte Arbeit in der heißen Sonne, wie Bretterherunterlassen, Steinfarren, Lehmbaden, Ausroden von Wurzeln und Stöcken, endlich angestrengtes Arbeiten in gebückter Stellung oder verbunden mit häufigem Bücken, bei starker Staubentwicklung oder intensiver Rückstrahlung durch Gegenstände in der Nähe des Arbeitsplatzes.

Gerade beim Hitzschlag ist die sonst erforderliche Voraussetzung der „Plöcklichkeit“ der schädigenden Einwirkung nicht allzueng auszulegen. Entscheidend sind hier stets die besonderen Umstände des Einzelfalles. Ein Zeitraum von einigen Stunden, höchstens aber eine durch nicht zu lange Pausen unterbrochene Arbeitschicht muß als ein dem Erfordernis der Plöcklichkeit noch genügender verhältnismäßig kurzer Zeitraum aufgefaßt werden. Daß die Entstehung des Hitzschlags noch begünstigt wird durch die Körperkonstitution des Betroffenen, daß Konvaleszenten, Tuberkulöse, Blutarmer, Herzranke, Alkoholiker, fettreiche Personen usw. leichter vom Hitzschlag betroffen werden, ändert nichts an der rechtlichen Beurteilung. Auch hier ist wie in allen andern Fällen der Nachweis zu führen, daß der Verunglückte das Opfer einer wesentlich erhöhten Betriebsgefahr geworden ist. Auf die Schwierigkeit der Beurteilung des Krankheitsbildes durch den begutachtenden Arzt weist Fürbringer (Äztl. Sachverständigen-Zeitung, 1909, S. 25 ff.) besonders hin. Bei der Mannigfaltigkeit der atypischen Formen, in denen sich der Hitzschlag äußert, und mit Rücksicht auf die Nachkrankheiten, deren auslösende Ursache der Hitzschlag ist, dürfte deshalb stets in zweifelhaften Fällen auf Begutachtung von autoritativer Seite zu bringen sein.

Rigdorf.

Affessor Lange.

Zur Neugründung von Betriebskrankenkassen (Sp. 1544) wird uns von einem Reichstagsabgeordneten geschrieben: „In Ihren Bemerkungen über „die alsbaldige Neugründung von Betriebskrankenkassen“ in der letzten Nummer der „Sozialen Praxis“ erscheint mir der Hinweis darauf notwendig, daß die Meinung nicht richtig ist: „Die Regierungen müssen untätig zusehen, wie auch die wirklich sozialen Fortschritte, die die A.B.D. aufweist, durch die einseitigen Interessen gewisser Unternehmerkreise wieder wettgemacht werden.“ Vielmehr heißt es im Art. 1 GG.: „Die A.B.D. tritt, soweit es sich um die Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, sofort in Kraft.“ Und in der Begründung dieser Bestimmung (Drucksache Nr. 682, Seite 22) wird unter den Teilen der A.B.D., deren Bestimmungen hiernach sofort in Kraft treten müssen, „vor allem“ auch der 3. Abschnitt des 2. Buches, also der Abschnitt angeführt, der u. a. die Bestimmungen über die Errichtung der Betriebskrankenkassen enthält. Hiernach sind diese Bestimmungen bereits am 1. August, dem Tage der Veröffentlichung der A.B.D. und des GG. dazu, in Kraft getreten. Sollte dies aber bestritten werden, dann könnte — nach meiner Auffassung der Sachlage: mühte — von der Bestimmung des Art. 4 des GG. Gebrauch gemacht werden. Nach dieser Bestimmung werden die Tage, mit denen die übrigen Vorschriften der A.B.D. (für deren Inkrafttreten noch kein Tag festgesetzt ist) in Kraft treten, durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt. Auf diese Weise kann bestimmt werden, daß die Vorschriften über die Errichtung der Betriebskrankenkassen sofort in Kraft treten. Dann sind wenigstens die schlimmsten Mißbräuche unmöglich.“ Fragt sich nur, ob die Regierung geneigt ist, derartige Maßnahmen zu ergreifen.

Ein bei einem Gefährlichkeitsdienst erlittener Unfall — Betriebsunfall. Das Oberlandesgericht Hamm hat einen Unfall, den der Verunglückte erlitten hatte, als er einem Berufscollegen einen Gefährlichkeitsdienst erwies, als Betriebsunfall anerkannt. In dem Urteil wird ausführlich dargelegt, daß nach der Tendenz der Unfallversicherungsgesetze der Zusammenhang mit dem Betriebe schon dann als gegeben anzunehmen sei, wenn die Verletzung, bei der der Unfall sich ereignete, den Betrieb nur in mittelbarer Weise fördern konnte. Zahlreiche Gewerbebetriebe brächten es mit sich, daß Nebenverrichtungen mit ausgeführt würden, die streng genommen nicht in den Kreis der eigentlichen gewerblichen Betriebs-

tätigkeit fielen. Es würde den Anschauungen, die in den einzelnen Berufskreisen darüber herrschen, nicht entsprechen, wenn man solche Nebenverrichtungen bloß deshalb, weil sie begrifflich nicht unter die eigene Berufstätigkeit fallen, von dem Zusammenhange mit dieser ablösen und als betriebsfremde Handlungen ansehen würde. Ein Unfall, der sich bei Ausübung einer solchen Nebenverrichtung ereigne, sei deshalb als Betriebsunfall zu betrachten.

Referendumsbegehren gegen die Versicherungsgesetze in der Schweiz. Wie nunmehr feststeht, sind gegen 40 000 Unterschriften gegen das neue von der Bundesversammlung fast einstimmig angenommene eidgenössische Kranken- und Unfallversicherungsgesetz zusammengekommen, so daß das Gesetz jedenfalls dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden muß. Es scheint, daß hauptsächlich Versicherungsgesellschaften, die sich durch die im Gesetz vorgelegene Errichtung einer staatlichen, mit dem Monopol ausgerüsteten Unfallversicherungsgesellschaft beeinträchtigt fühlen, die Unterschriften sammeln betrieben haben. Der Bundesrat hat, der „Köln. Ztg.“ zufolge, beschlossen, die Volksabstimmung auf das kommende Jahr zu verschieben. Hoffentlich wird die Zwischenzeit von den Freunden des Gesetzes gut ausgenutzt.

Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Am 1. und 2. September tagte in Gent zum ersten Male das Komitee der Vereinigung unter Vorsitz des früheren französischen Ministerpräsidenten Leon Bourgeois und Dr. Freund-Berlin (Landesversicherungsanstalt Berlin); Deutschland war weiter durch die Herren Direktor Dr. Zacher (Kaiserliches Statistisches Amt), Unterstaatssekretär v. Mayr, Beigeordneter Fuchs-Köln und Stadtrat Fleck-Frankfurt a. M. vertreten. Die Vereinigung zählt zurzeit 625 Mitglieder, die sich auf die Landesverbände von 22 Staaten verteilen. Die Errichtung weiterer Landesverbände steht in Aussicht. Die Beratungen betrafen Fragen der inneren Organisation der Vereinigung, insbesondere die Beschaffung der Mittel zur Verbetätigung, die weitere Veröffentlichung der Vierteljahrshefte, in denen alles einschlägige Material gesammelt wird (für 1912 und 1913 sind die hierfür erforderlichen Mittel durch freiwillige Beiträge von Mitgliedern bereitgestellt worden), die Anstellung eines Hauptgeschäftsführers, der seinen Sitz in Gent hat. Weiter wurde beschlossen, daß in den Landesverbänden Arbeiter und Unternehmer tunlichst im gleichen Zahlenverhältnis vertreten sein sollen. — Die nächste Tagung findet 1912 in Zürich statt; 1913 soll in Gent anlässlich der Weltausstellung ein allgemeiner Kongress stattfinden.

Die Arbeitslosenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der derzeitigen bayerischen Verhältnisse bespricht Rechtsanwalt Dr. Rich. Müller-Ludwigshafen a. Rh. in Nr. 9 des „Arbeitsmarkt“ (20. Juni 1911). Obwohl die bayerische Staatsregierung bereits am 17. Juni 1909 die bayerischen Stände zu einer versuchsweisen Einführung der Arbeitslosenversicherung unter Übermittlung einer Musterfassung aufgefordert und am 11. September 1910 nochmals den Städten München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Ludwigshafen, Fürth, Kaiserslautern und Hof nahegelegt hatte, doch einen Versuch mit der Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage der ministeriellen Vorschläge (Kombination des Berner und Genter Systems, ergänzt durch Hinzufügung der Gewährung von Sparprämien) zu machen, ist dieser Appell bisher wirkungslos geblieben. Eine genaue Prüfung des Vorschlags der Regierung und Würdigung der Frage vom Standpunkte der Stadtverwaltung einer großen Stadt aus gibt nun Dr. Müller Anlaß zu Ausführungen, deren wesentlichster Inhalt sich, wie folgt, zusammenfassen läßt:

1. Die Vorschläge der Regierung bezwecken, eine Staatslast in eine Gemeindeflast zu verwandeln. Denn die Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit müsse als eine Last des Staates und zwar am richtigsten des Reiches erachtet werden, da die Arbeitslosigkeit eine Folge von Umständen sei, für die die einzelne Gemeinde nicht verantwortlich gemacht werden könne.

2. Niemand, der in Zeiten wirtschaftlich hochgepannter Konjunktur in eine große Stadt gekommen ist und dort Arbeit gefunden hat, kann ein Recht darauf haben, bei abflauender Konjunktur oder fehlender Arbeitsgelegenheit in dieser Stadt zu verlangen, daß die Stadt für ihn sorgt, bis er in dieser Stadt Arbeit hat. Die Pflicht der Allgemeinheit, für Arbeitslose zu sorgen, muß erst dann in Tätigkeit treten, wenn wirklich keine entsprechende Arbeitsgelegenheit mehr vorhanden ist.

3. Die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung seitens nur einzelner Städte würde notwendig den Zugang zu diesen Städten in unerwünschter Weise über das billige Maß hinaus erhöhen, die Landflucht

befördern und gerade diejenigen Arbeiterelemente am ersten in diese Städte treiben, die aus vielen in ihrer Person liegenden Gründen — Arbeitscheu, Unverträglichkeit, Hang zu leichtsinnigem Lebenswandel — ihre öftere Arbeitslosigkeit voraussehen.

4. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in nur einigen Städten würde weiterhin zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit in diesen Städten führen, indem dann manche Arbeitgeber bei abflauernder Konjunktur alle nur einigermaßen entbehrlichen Arbeiter entlassen und der „Durchhaltung“ durch die Allgemeinheit im Wege der Arbeitslosenversicherung überbürden würden, während sie jetzt noch vielfach auch während geringeren Geschäftsganges ihre an sich entbehrlichen Arbeiter soweit als möglich „durchzuhalten“ suchen.

5. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung in nur einigen Städten würde einen so erheblichen Zugang von Arbeitskräften nach diesen Städten begünstigen, daß zum Schaden der Arbeiter Lohnkürzungen und Lohnrückstellungen stattfinden würden.

6. Wenn eine Stadt sich zu einem Versuch der Einführung der Arbeitslosenversicherung entschließen wollte, so könnte dies nur unter der Zustimmung des Erlases eines erheblichen, mindestens des größten Teiles der von der Stadtgemeinde zu machenden Aufwendungen aus Staatsmitteln geschehen, wie dies nun auch z. B. bei Württemberg der Fall ist.

7. Unter den für eine Versicherung zu wählenden Systemen verdient zurzeit das reine Genter System den Vorzug, da bei diesem gerade die schwierigste Seite der Arbeitslosenversicherung, der Vollzug, der ausgiebigen Mitarbeit der Organisationen, also den Arbeitskollegen selbst überwiesen ist und bei dem finanziellen Interesse der Organisation an möglichst geringer Zuanpruchnahme ihrer Geldmittel hier der Gefahr einer gewissenlosen Ausbeutung der Versicherungseinrichtung am ehesten vorgebeugt wird, da ferner auch der schwerfällige bürokratische Apparat, wie ihn jede Versicherungskasse mit wöchentlicher Beitragsleistung der Arbeiter oder die Verwaltung von Spareinlagen mit sich bringt, dem Versicherungsträger erspart bleibt.

8. Die beste Lösung der Arbeitslosenfrage liegt zurzeit, solange Reich und Bundesstaaten sich nicht zur Durchführung dieser Staatsaufgabe entschließen, immer noch in der Bekämpfung ihrer Ursachen, nicht ihrer Wirkungen: darum in erster Linie Förderung des Arbeitsnachweises, in zweiter Linie rechtzeitige und ausgiebige Bereitstellung von Notstandsarbeiten.

Volkserziehung.

Zur Jugendfürsorge auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden.

Von Landrichter Ermel-Dihmarshen (Altona).

II. (Schluß.)

Die Einrichtungen zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend bewegen sich nach der Richtung, die Jugend durch Lehrstellenvermittlung nach der Schulentlassung einem geeigneten Berufe zuzuführen, sie in der obligatorischen Fortbildungsschule fortzubilden und in ihrer freien Zeit zu einem gesitteten und gesundheitsförderlichen Lebenswandel anzuhalten. Dieser letzte Punkt liegt zurzeit noch recht im argen; darüber vermag auch das, was uns die Dresdner Ausstellung schauen läßt, nicht hinwegzutäuschen. Die Tätigkeit der evangelischen Jünglings- und Jungfrauenvereine, der katholischen Gesellenvereine, der verschiedenen Volks- und Jugendheime in allen Ehren, aber sie erfährt nur einen geringen Bruchteil der über 4 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren. Der sozialdemokratischen Partei dürfen wir die Erziehung der schulentlassenen Jugend in ihren Jugendvereinen nicht überlassen, denn dort gibt es keine Körper- und Geistespflege ohne Verbrämung mit dem Parteistempel. Wie eine Jugendorganisation in großem Stile einzurichten und zu leiten ist, wie wir den deutschen Mann, den wir zum Schutze unserer Heimat brauchen, in der Zukunft erhalten, hat uns Landrat Dr. Hagen in seinem Kreise Herrschaft Schmalkalden handgreiflich vor Augen gestellt. Würden die glänzenden Erfolge seiner Jugendpflege, die in der Steigerung der Tauglichkeitsziffer bei den Aushebungen von 20 bis 30 % der früheren Jahre auf 65 bis 70 % des jüngsten Jahrganges bereiten Ausdruck finden, die führenden Persönlichkeiten der übrigen preussischen Kreise veranlassen, nach diesem leuchtenden Beispiel Jugendpflege zu treiben, die verhältnismäßig keine großen Mittel in Anspruch nimmt, so würde es bald besser um unsere Volksgesundheit und Volkskraft stehen. In den Städten sind es weniger die Mittel, welche fehlen, als die geeigneten Persönlichkeiten von Charakter, pädagogischem Geschick und mit warmem Herzen für die Arbeit an den „frischen, derben, gottgesegneten Schlingeln“. Auf der Jahresversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform im Mai d. Js. haben wir an dem Hamburger Walter Klassen eine solche Persönlichkeit kennen gelernt, die in der Arbeit von Mensch zu Mensch das Kulturleben des Volkes in die grauen, öden,

steinernen Quartiere des vierten Standes trägt. Hunderte derartiger Jugendberzieher sind uns vonnöten, wenn für die Körper- und Geistespflege der schulentlassenen Großstadtyugend etwas Wirkames und Nachhaltiges geschehen soll.

Von gewerblicher und privater Fürsorge für arbeitende Kinder und jugendliche Arbeiter ist nicht viel auf der Ausstellung zu bemerken. Auch Schmidt erklärt in seinem Buche über die Organisation der Jugendfürsorge, daß nach seinen Erhebungen in den 62 Städten über 100 000 Einwohner diese Art Fürsorge nicht besonders umfangreich ist. Wie dringend sie aber geboten ist, hat die vortreffliche Schrift des Berliner Sozialhygienikers Prof. Kaup über die Schädigung von Leben und Gesundheit der jugendlichen Arbeiter durch die Berufsarbeit im Anschluß an die Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse jedem, der sich nicht geflissentlich den traurigen Feststellungen verschließen will, eröffnet. Hat die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands nicht vor der Verwertung der jugendlichen Arbeitskraft Halt gemacht und solche erschreckenden Folgen für die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter gezeitigt, wie sie aus Dr. Kaups Untersuchungen hervorgehen, so muß neben den Ausgleich durch rationelle Körperpflege eine gesetzliche weitere Einschränkung ihrer Arbeitszeit treten und die Jugendlichen müssen, wie die Soldaten, unter wiederkehrende ärztliche Aufsicht gestellt werden. Der Mensch ist schließlich doch die Hauptsache. Nicht darauf kommt es an, daß Reichtümer gesammelt werden und Aktienkapitalien gute Dividenden abwerfen, sondern daß der beste Schatz des Landes, sein Menschenmaterial, in seinem weiblichen Teil als der Mutter kräftiger Geschlechter und in seiner Jugend als der Zukunft des Landes vor den Schädigungen der Industrie bewahrt bleibt, und Pflicht des Staates ist es, sobald das Vorhandensein dieser Schädigungen dargetan wird, tatkräftig mit Schutzmaßnahmen durchzugreifen, auch auf die Gefahr hin, daß es der deutschen Industrie zeitweilig im Wettkampfe auf dem Weltmarkte weniger gut gehen könnte, denn „die Volkswirtschaft, wo sie zum Ruin der Gesundheit führt, muß hinter der Gesundheitswirtschaft zurückstehen“, verfocht Dr. Gruber mit vollem Recht auf der Jahresversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Andere Staaten werden, gedrängt durch die eigene Arbeiterschaft, uns auf den Bahnen des Arbeiterschutzes folgen müssen.

Die Maßnahmen endlich zur Durchführung der Fürsorgeerziehung werden uns nach der Art der Fürsorgearbeit und den Erfolgen tabellarisch und in Bildern vorgewiesen. Das Königreich Sachsen, Schlesien, Brandenburg, die Rheinlande zeigen uns ihre äußerlich und innerlich musterfällig eingerichteten Erziehungsanstalten. Wäre es ebenso leicht, für das überaus schwierige Erziehungsamt Personen mit Wühlerschem Geiste in die Anstalten zu setzen, als sie zu bauen, so würde es zum besten um unsere Anstalts-erziehung bestellt sein. Interessant ist der Versuch des Landeshauptmanns von Westfalen mit seinen billigen auf dem Wasser schwimmenden Erziehungsanstalten, den beiden Dreimastern im Emdener Hafen „Mar zum Wenden“ — mit Beziehung auf die innere Wendung der Jüglinge — und „Germania“. Auf ihnen findet die theoretische Ausbildung statt; die praktische geschieht auf den für Segelfahrt eingerichteten Feringaloggern der Gesellschaft „Neptun“. Der neue Typ der Schiffsjungenausbildung mit seinem militärischen Zuschnitt soll sich gut bewährt haben. Entweichungen, das Kreuz der anderen Erziehungsanstalten, sind sehr selten; nach dem Urteil von Marinefachleuten ist der Durchschnitt der Jüglinge dem Durchschnitt des übrigen deutschen seemännischen Nachwuchses überlegen.

Als Gesamteindruck nehmen wir von der Gruppe Jugendfürsorge der Dresdener Ausstellung mit: vieles Vorbildliche haben Staat, Gemeinde und freiwillige Liebestätigkeit bisher geschaffen, viel mehr kann und muß noch geschehen. Der wohlhabende Deutsche sollte sich seine englischen und amerikanischen Standesgenossen zum Muster nehmen, der die ausgebehtesten und besten Wohlfahrtseinrichtungen dort entstehen läßt, wo die meisten Mißstände auftauchen. Staat und Gemeinde sollten sich wieder und immer wieder den Satz vor Augen halten, daß jedes Kind, welches für ein ordentliches tätiges Leben gewonnen wird, dem Staate und der Gemeinde nicht nur Geld erspart, sondern selbst ein Stück ihres Reichtums ist.

Schulbildung in Deutschland und Frankreich. Die Zahl der des Lesens und Schreibens unfähigen Personen, die alljährlich in das Heer und die Kriegsmarine eingestellt werden, gibt einen guten Maßstab des Kulturzustandes eines Volkes. Während 1909 im Deutschen Reich unter den für das Heer Ausgehobenen sich nur 0,02 v. H. und unter den für die Marine Ausgehobenen

0,08 v. H. Analphabeten befunden haben, sind in Frankreich die bezüglichen Zahlen 7,1 und 15,8 v. H. gewesen. Zur Hebung der daraus für die militärische Ausbildung und den Dienstbetrieb sich ergebenden Schwierigkeiten hat jedes französische Regiment und selbständige Bataillon Elementarschulen (cours primaires), und zwar innerhalb der Kompagnien usw., in denen an die zurückgebliebenen Mannschaften durch Unteroffiziere täglich Unterricht in den Fächern der Volksschule erteilt wird.

Bekämpfung der Schundliteratur und Musterbüchereien für Lehrlingsheime. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig) hat sich im Rahmen seiner Jugendpflegebestrebungen auch der Bekämpfung der Schundliteratur und der Verbreitung guter Bücher angenommen. Er veranstaltete in Verbindung mit seinem diesjährigen Verbandstag in Köln am 4. bis 6. August eine Ausstellung, in der Proben sämtlicher erreichbarer Erzeugnisse der Schundliteratur einer Auswahl guter billiger Schriften gegenübergestellt waren. Diese Sammlung rührt vom Dürerbunde her. Daneben aber hatte der Verband selbst eine „Musterbücherei für kaufmännische Lehrlingsheime“ zusammengestellt.

Die Bücher waren von den Verlegern unentgeltlich hergeliehen worden. Jedem Besucher wurde ein gedrucktes Verzeichnis mit allen erforderlichen bibliographischen Notizen ausgehändigt. In diesem Verzeichnis waren, um der verschiedenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Lehrlingsheime gerecht zu werden, die Bücher so gruppiert, daß zunächst eine Stammbücherei im Werte von etwa 120 M. vorgeführt wurde. Durch Ergänzungen ergaben sich dann weitere Kombinationen im Werte von etwa 226 M., 827 M. und 515 M. Jede dieser Kombinationen enthielt folgende Abteilungen: Aus deutscher und fremder Dichtung; Lebensbilder; Aus der vaterländischen Geschichte; Erdkunde, Wandern und Reisen; Naturkunde; Vom Staate; Des Kaufmanns Berufsweisen; Technik; Allgemeines.

Die Ausstellung der Musterbücherei zirkuliert jetzt bei den Kreisvereinen des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, so daß dort überall für die lokalen Einrichtungen der Jugendpflege eine gute Anregung und zugleich ein praktischer Begleiter gegeben wird.

Der Verkauf von Speiseeis an Schulkinder hat sich zu einem rechten Übelstand ausgebildet. Einmal werden die Kinder zur Raschhaftigkeit und zu unnützen Geldausgaben verleitet, andererseits entsteht durch die meist schlechte Beschaffenheit des Eises eine gesundheitliche Gefahr für sie. In einem zur Entscheidung gebrachten Falle hat das Kammergericht entschieden, daß Polizeiverordnungen, die den Verkauf von Speiseeis an Schulkinder unter 14 Jahren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. verbieten, rechtsgültig sind. Auf Grund dieses Urteils ersuchen jetzt die Regierungspräsidenten die Landräte, Polizeiverwaltungen und Gemeindevorstände, überall da, wo sich ein Bedürfnis zu einem solchen Polizeiverbot herausstellt, eine entsprechende Verordnung zu erlassen.

Der XVI. Frankfurter Fortbildungskursus für höhere Verwaltungsbeamte, an dem Herren aus der höheren Verwaltung sämtlicher größeren deutschen Bundesstaaten teilnehmen, beginnt am 16. Oktober. Das Programm enthält Vorträge und Besichtigungen, die in das soziale und wirtschaftliche Leben der Gegenwart einführen, ferner eine Einführung in die moderne Gemeindeverwaltung, verbunden mit Besichtigungen Frankfurter städtischer Betriebe; endlich findet eine Reihe von Besichtigungen von allgemeiner künstlerischer oder historischer Bedeutung statt. Der Kursus dauert bis zum 6. Dezember. Die Teilnehmergebühr beträgt 60 M. Die Zahl der nicht von Behörden delegierten Teilnehmer ist beschränkt. (Programmankündigungen, Anfragen und Anmeldungen sind an die Geschäftsführerin der Kurse: Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung e. V., Frankfurt a. M., Jordanstr. 19, zu richten.)

Volksgeundheit.

Zur Frage der Milchversorgung der Städte hat Dr. Ph. Arnolt, Mitglied des kgl. Bayer. Statist. Landesamts, in Conrads „Jahrbüchern“ (3. Folge, Band 41, Heft 5; Sena, Gustav Fischer 1911) eine sehr eingehende und wertvolle Abhandlung veröffentlicht, die zu folgenden Schlussfolgerungen kommt: „Mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung bereitet die Milchversorgung immer größere Schwierigkeiten. Nicht allein, daß ein räumlich sich immer weiter ausdehnendes Produktionsgebiet zur Bedarfsdeckung herangezogen werden muß. Es bestehen auch große Schwankungen in Angebot und Nachfrage, da einerseits die Milchproduktion unter dem Einfluß der verschiedensten Umstände wechselt und andererseits die Bevölkerung sich je nach der Jahreszeit auf der gleichen Besiedelungsfläche räumlich verschieden verteilt. Die Milch hat, bis sie vom Produzenten zum Konsumenten gelangt, weite Wege — größtenteils auf der Eisenbahn — zurückzulegen; die Folge ist, daß die Verührung von Produzent und Konsument verloren geht und daß zwischen beide als Mittelglied der Zwischenhandel tritt. Ökonomisch findet dies seinen Ausdruck in den höheren Preisen, die der städtische und namentlich der großstädtische

Konsument zu bezahlen hat, und hygienisch wird die Gefahr der Verunreinigung der Milch durch Schmutz und Bakterien ganz bedeutend gesteigert. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Forderung nach einer Reform der Milchversorgung immer dringender erhoben wird. Von den Hygienikern wird verlangt, daß dem Konsumenten eine hygienisch einwandfreie Milch zu mäßigem Preise geliefert wird, während andererseits die Produzenten einen den ständig steigenden Produktionskosten entsprechenden höheren Produzentenpreis fordern. Diese widerstreitenden Interessen miteinander in Einklang zu bringen, erscheint nur auf dem Wege der planmäßigen Regelung der Milchversorgung möglich, wie dies die erfolgreich durchgeführte Organisation der Milchversorgung in verschiedenen deutschen und außerdeutschen Städten beweist. Als Träger der Organisation können Privatunternehmer, Vereinigungen von Produzenten, Konsumenten oder Händlern, schließlich gemeinnützige Gesellschaften oder die Städte in Betracht kommen. Mit jeder dieser Organisationsformen kann, wie die geschilderten Beispiele beweisen, die Frage der städtischen Milchversorgung in befriedigender Weise gelöst werden. Der Erfolg hängt in erster Linie davon ab, daß einerseits die berechtigten Forderungen der Hygiene bezüglich Gewinnung, Reinigung und Haltbarmachung der Milch erfüllt werden und daß es andererseits gelingt, durch zweckmäßig eingerichtete Nebenbetriebe die Schwankungen in Angebot und Nachfrage auszugleichen. Diese beiden Forderungen vermögen nur Unternehmungen mit großem Umsatz zu erfüllen. Gleichgültig ist es hierbei, ob die Betriebe in dem Milchverbrauchszenrum oder in dem Milchversorgungsgebiete gelegen sind. In letzterem Falle muß jedoch Vorseeung getroffen werden, daß die Milch nach Verlassen der ländlichen Molkereien nicht wieder durch Schmutz oder Bakterien verunreinigt wird. Wenn trotz planmäßiger Regelung der Milchversorgung die Tendenz der Erhöhung der Konsumentenpreise sich da und dort bemerkbar macht, so ist zu berücksichtigen, daß die durch die Organisation erzielte Qualitätssteigerung der Milch einen vollen Gegenwert für die Preiserhöhung darstellt, so daß für den Konsumenten, wenn man den Marktwert und die Reinheit der Milch als Maßstab anlegt, in Wirklichkeit eine Preissteigerung nicht oder doch nur in sehr geringem Maße eingetreten ist.“

Zur Durchführung des Mädchenturnens in Preußen gingen den Kreisschulinpektoren und Gemeinden folgende ministeriellen Anweisungen zu: 1. Das Mädchenturnen ist verbindlich für die Mädchen der Volksschulen in Städten und stadähnlichen Ortschaften. Seine Einführung auch in den übrigen Volksschulen, wo die Verhältnisse es gestatten, ist zur Hebung der Volksgesundheit nach Möglichkeit zu fördern. 2. Wo das Mädchenturnen einen verbindlichen Unterrichtsgegenstand bildet, sind bei normaler Wochenstundenzahl für die Oberstufe drei, für die Mittelstufe zwei Stunden anzulegen. 3. Die Gesamtstundenzahl für die Woche darf für die Mittelstufe 28, für die Oberstufe 32 Stunden nicht überschreiten. Dabei werden die für den Hausunterricht bestimmten vier Stunden, die zweckmäßig auf die Zeit von 10 bis 2 Uhr zu legen sind, nur mit zwei Stunden auf die Unterrichtszeit angerechnet werden können, weil ein erheblicher Teil der für diesen Unterricht festgelegten Zeit lediglich von Handierungen leichterer Art, sowie von der Befestigung der Schülerinnen in Anspruch genommen wird. 4. Die Bestimmung der Fächer, deren Zeit zugunsten des Turnunterrichts einzuschränken ist, bleibt den Regierungen überlassen. Ausgeschlossen ist eine Kürzung des Religionsunterrichts; am ehesten ist eine Schönschreibstunde abzusetzen. Eine einheitliche Regelung für alle Schulen des Bezirks ist nicht erforderlich. Der Turnunterricht ist, soweit irgendwie tunlich, von weiblichen Lehrkräften zu erteilen.

Speisung der Schulkinder in Preußen. Der von der Medizinalabteilung des preussischen Kultusministeriums herausgegebene Bericht über das Gesundheitswesen in Preußen für das Jahr 1909 bringt in dem Abschnitt über Schulhygiene folgende Mitteilungen über Speisung der Schulkinder: In Königsberg i. Pr. wurde von Januar bis März in 14 Schulen warmes Frühstück verteilt und vielen Kindern auch warmes Mittagessen aus der städtischen Armenküche oder der Walter Siemens Volksküche gereicht. Der Verein zur Vorsehung armer Schulkinder sorgte für warme Winterkleider. In Königsberg (Neumarkt) erhalten die Gemeindegemeinschaften, welche einen weiten Weg zurücklegen haben, gegen Zahlung von 5 Pf. warmes Mittagessen aus der Volksküche. Im Regierungsbezirk Bromberg sind Wohlfahrts-einrichtungen für arme Schulkinder noch selten; sie bestehen meist in der Speisung und Beherbergung solcher Kinder, die wegen des weiten Schulweges über Mittag nicht nach Hause gehen können. In Berlin stellte der Verein zur Speisung armer Kinder und Notleidender in den Wintermonaten Mittel zur Verabreichung des zweiten Frühstücks zur

Verfügung; außerdem wurden vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 in den Kindervollstücken 885 823 Mittagssportionen geliefert, wofür die Stadtverwaltung 83 582,30 M. verausgabte. In Striegau sind 4 Milchauschankstellen für Volksschüler eingerichtet worden, an denen für 8 Pf. ein Glas Milch geboten wird. Warmes Frühstück und Mittagessen wurde in 158 355 Portionen an arme Schulkinder der Stadt Breslau während des Winters verabreicht; die Kosten wurden durch Sammlungen und einen städtischen Zuschuß gedeckt. In der Stadt Hameln nahmen an dem durch Wohltätigkeitszusendungen bereitgestellten warmen Milchfrühstück etwa 100 schwächliche und bedürftige Kinder nach Auswahl durch die Lehrer und Schulkärzte teil. Der Magistrat der Stadt Hannover überwies der Schulverwaltung zur Gewährung von Milchfrühstück 15 000 M. In der höheren Mädchenschule zu Peine erhielten die Schülerinnen in den Frühstückspausen warme Milch oder Kakao zum Selbstkostenpreise. In Frankfurt a. M. und Wiesbaden ist durch private Wohltätigkeit warmes Frühstück für arme Schulkinder besorgt worden. In Eupen wurde 1909 die Einrichtung getroffen, Schulkindern gegen Marken Milch zu billigem Preise zu verabfolgen.

Zunahme der Nervenkrankheiten in Deutschland. In einem in der „Deutschen Rundschau“ erschienenen Aufsatz „Über psychopathische Konstitution und Erziehung“ behandelt der bekannte Nervenarzt Professor Dr. Otto Bismwanger in Jena die Frage, ob die Geisteskrankheiten in Deutschland zugenommen haben. Er äußert sich wie folgt: Die landläufige Meinung von einer unheimlichen Zunahme der Geisteskrankheiten in den letzten Dezennien ist irrtümlich. — Andererseits muß freilich anerkannt werden, daß in allen sozialen Schichten ein Anwachsen der sogenannten nervösen Krankheitszustände unverkennbar ist. Hier fehlen uns allerdings genauere statistische Nachweisungen. Unsere soziale Gesetzgebung, insbesondere die Krankenversicherung und die vorbeugende Arbeit der Invaliditätsversicherung, wird mit zwingender Notwendigkeit dahin führen, daß in gleicher Weise, wie dies bei der Bekämpfung der Tuberkulose geschieht, Nervenanstalten oder Erholungsheime für nervös erschöpfte Personen in weiterem Umfange geschaffen werden. Erst dann wird die über längere Zeiträume fortgesetzte Statistik die Frage beantworten können, ob eine wirkliche Zunahme dieser Krankheitszustände Platz gegriffen hat. Denn eine anfängliche Steigerung der behandlungsbedürftigen Nervenkranken beweist nichts für die Zunahme dieser Krankheiten. Man ist deshalb gegenwärtig bei der Beurteilung dieser Frage auf rein persönliche Erfahrung angewiesen, und da möchte ich aus meiner hiesigen acht- und zwanzigjährigen Tätigkeit doch den Schluß ziehen, daß eine Zunahme der Nervenkrankheiten in allen Bevölkerungsklassen in den letzten Dezennien erfolgt ist. Auch die Steigerung der Selbstmorde in Deutschland muß als ein Anzeichen dafür gelten, daß ein Herabsinken der nervösen Leistungsfähigkeit oder der psychischen Widerstandskraft gegenüber den Anforderungen des Lebens eingetreten ist. Zusammenfassend spreche ich meine Überzeugung dahin aus, daß eine erhebliche Zunahme der ausgeprägten Geisteskrankheiten in Deutschland nicht zu verzeichnen ist, daß aber die unfertigen Zwischenstufen zwischen vollwertiger Leistungsfähigkeit auf psychisch-nervösem Gebiet und Geisteskrankheit zugenommen haben.

Die gewerblichen Vergiftungen mit Benzol und seinen Derivaten behandelt Dr. Fritz Eurschmann (Treppin-Werke, Bitterfeld) in einer Untersuchung, die die Deutsche Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege (Band 1911, Heft 2) publiziert. Er faßt seine Darlegungen in folgende Leitsätze zusammen:

1. Benzol und seine Derivate sind Gifte, und zwar wirken die Rohprodukte, Benzol und seine Homologe als Nervengifte mit Nebenwirkungen grobanatomischer Art, die Nitro- und Amidoverbindungen als reine Blutgifte; im speziellen sind die Nitroverbindungen als Blutkörperchen lösend, die Amidoverbindungen als Methämoglobinbildner aufzufassen.

2. Durch geeignete Prophylaxe sind die dem Arbeiter drohenden Gefahren, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, doch auf ein Minimum zurückzuführen.

3. Neben geeigneter Einrichtung des Betriebes wird diese Prophylaxe einmal in der toxiologischen Untersuchung neuer Produkte vor ihrer fabrikatorischen Herstellung und in der ständigen gesundheitlichen Überwachung durch einen Fabrikarzt zu suchen sein.

Ärztliche Untersuchung der Lehrlinge im Wiener Kaufmannsstand. Eine wichtige Neuenrichtung hat das Gremium der Wiener Kaufmannschaft getroffen. In der von dieser Körperschaft eingerichteten Handelsfachschule wird von diesem Schuljahre ab schulärztlicher Dienst eingeführt, und alle neu eintretenden Lehrlinge werden einer ärztlichen Untersuchung unterworfen. Diese Untersuchung wird nach Möglichkeit gleich bei der Einschreibung der Lehrlinge erfolgen. Sie bezweckt die Feststellung des Gesundheitszustandes des Lehrlings. Auf die Berufswahl kann allerdings bei dem Umstand, daß die Lehrlinge bereits mit Lehrvertrag aufgenommen sind und eine gesetzliche Handhabe zur Auflösung des

Lehrvertrages nicht gegeben ist, nicht mehr eingewirkt werden. Doch können manche Gebrechen aufgedeckt werden, von deren Vorhandensein weder die Lehrlinge selbst noch deren Angehörige und Lehrherren eine Kenntnis haben, wie zum Beispiel Kurz- und Schwachsichtigkeit, Schwerhörigkeit, Hauterkrankungen verschiedener Art usw. Es wird in vielen Fällen möglich sein, eine Behebung, mindestens eine Besserung des Fehlers zu erzielen und dem betreffenden Lehrling dadurch mehr Berufstauglichkeit zu verschaffen. Mit der ärztlichen Untersuchung wird aber noch mehr bezweckt: Ausscheidung der für den kaufmännischen Beruf völlig Untauglichen und Fürsorge für die schwächlichen Individuen, aus deren Reihen sich später die unter den kaufmännischen Angestellten so erschreckend hohe Zahl der Tuberkulösen rekrutiert. Wenn es auch nicht möglich ist, irgend einen Zwang zum Aufgeben eines ungeeigneten Berufs auf die Lehrlinge auszuüben, so kann doch durch gütliches Zureden manches erreicht werden und z. B. Herzleidenden oder tuberkulösen Kranken die Ergreifung anderer Berufe mit mehr Beschäftigung in guter Luft empfohlen werden.

Tuberkulosebekämpfung in Nordamerika. Die National Association for the Study and Prevention of Tuberculosis veröffentlicht in ihrem „Journal of the Outdoor Life“ den zweiten statistischen Jahresbericht über die Ausgaben zur Bekämpfung der Tuberkulose in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Jahre 1910 wurden darnach nahezu 15 000 000 Dollars für Tuberkulosebekämpfung verausgabt. Weit aus der größte Teil dieses Betrages, nämlich 11 876 500 Dollars, wurde für die Behandlung tuberkulöser Patienten in Sanatorien und Hospitälern verausgabt; die Anti-Tuberkulosegesellschaften verausgabten 760 500 Dollars und die Dispensaires 889 000 Dollars, während sich die Staats- und Municipalausgaben auf 1 750 000 Dollars beliefen. An den Ausgaben des Jahres 1910 partizipierten die drei wichtigsten Einzelstaaten in folgendem Maße:

Einzelstaat	Öffentliche Ausgaben (in Dollars)	Private Ausgaben (in Dollars)	Zusammen (in Dollars)
Neuyork	3 089 000	1 206 000	4 245 000
Pennsylvanien	1 431 000	678 000	2 104 000
Massachusetts	1 118 000	400 000	1 518 000

Die Zahl der Institutionen zur Bekämpfung der Tuberkulose belief sich am 1. April 1911 auf nahezu 1600; hierunter befanden sich 421 Sanatorien, Hospitäler und Tageserholungsstätten, 51 Anti-Tuberkulosevereinigungen, 342 Dispensaires, 68 Freiluftschulen und 98 Hospitäler für tuberkulöse Geistesranke und Sträflinge. Im Vergleich mit dem Jahre 1904 beträgt die Zunahme dieser Institutionen nahezu 700 % und im Vergleich mit dem Jahre 1908 über 105 %. Die erste Freiluftschule wurde in Providence (Rhode Island) am 1. Januar 1907 eröffnet; im Mai desselben Jahres wurde sodann eine in Pittsburg, im Juli 1908 eine solche in Boston und im Dezember desselben Jahres eine in Neuyork errichtet. Während des Jahres 1909 wurden 10 Freiluftschulen in 5 Städten, im Jahre 1910 bereits 16 solche Schulen in 12 Städten und bis 1. April 1911 abermals 8 Freiluftschulen in 5 Städten Nordamerikas eröffnet. Die National Association for the Study and Prevention of Tuberculosis fordert, daß für je 25 000 Bewohner, speziell in Städten, eine solche Freiluftschule errichtet werden soll. —d.

Wohnungswesen.

Der Stand der gesamten gemeinnützigen Bautätigkeit in Frankfurt a. M. war, wie wir einer Zusammenstellung im achten Bericht des „Sozialen Museums“ in Frankfurt a. M. entnehmen, am 31. Dezember 1910 folgender:

Nr.	Name des Veranlassers	Zahl der erbauten Häuser	Zahl der hergestellten Wohnungen	Zahl der Einwohner in den Wohnungen
1	Preussischer Staat	61	488	2 672
2	Stadt Frankfurt am Main	65	856	1 771
3	Altienbaugesellschaft für kleine Wohnungen	191	1 201	5 725
4	Altienbaugesellschaft Frankfurter Allee	76	546	2 170
5	Altienbaugesellschaft Hellerhof	74	761	ca. 8 000
6	Bau- und Sparverein	82	182	720
7	Beamten-Wohnungsverein	27	123	487
8	Frankfurter Gemeinnützige Baugesellschaft	87	526	1 922
9	Frankfurter Spar- und Bauverein von Eisenbahnbediensteten	18	144	622
10	Frankfurter Wohnungsgenossenschaft	16	188	508
11	Mietheim-Altienbaugesellschaft	20	160	ca. 500
12	Volks-Bau- und Sparverein	31	242	974
		698	4 862	21 021

Die unter 11 genannte Mietheim-Mietersgesellschaft ist ein neues unter Mitwirkung des Instituts für Gemeinwohl Anfang 1909 gegründetes Unternehmen; das Institut für Gemeinwohl hatte sich bereit erklärt, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, einerseits um dem Kleinwohnungsweisen zu dienen, andererseits um mitzuhelfen, zu einer Zeit niedergehender Konjunktur produktive Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Gesellschaft sollte deshalb auf wirtschaftlicher Grundlage errichtet werden, d. h. es sollte denjenigen, welche das Risiko des Unternehmens zu tragen bereit waren, der Reinertrag ohne Beschränkung zustehen, denn man war keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß infolge der veränderten Geldmarktsverhältnisse gemeinnütziges Kapital, d. h. solches, welches mit einer Höchstdividende von $\frac{3}{2}$ —4 % zufrieden ist, nicht in genügendem Maße aufzutreiben sein würde.

Es sollte erneut der Versuch gemacht werden, dem Kleinwohnungsweisen die Mittel des großen Geldmarktes zugänglich zu machen, und das war nur möglich, wenn den Geldgebern ein dem Risiko angemessenes Erträgnis in Aussicht gestellt werden konnte.

Da die Häuser auf städtischem Terrain in Erbpacht errichtet werden sollten, waren Verhandlungen mit den Stadtverordneten erforderlich. Diese bestanden darauf, daß die Höchstdividende auf 5 % zu beschränkt sei, daß anstatt der geplanten 22 nur 20 Häuser gebaut werden dürften und der Raum der wegfällenden zwei Häuser zwecks besserer Durchlüftung des Hofraumes unbebaut zu bleiben habe, daß alle Fenster mit Rollläden versehen und an allen Wohnungen, mit Ausnahme derjenigen im Erdgeschoß, eiserne Balkone anzubringen seien; endlich, daß der Durchschnittspreis 360 M. jährlich betrage.

Trotz dieser scharfen Forderungen, die besonders deshalb interessant sind, weil sie von einem Stadtverordnetenkollegium gestellt waren, gelang es, die Gesellschaft ins Leben zu rufen, und die 20 Häuser, die einen großen Hof von rund 3220 qm Flächeninhalt = 53 % des Geländes, mit 20 von einander getrennten Abteilen, je eines für jedes Haus, umschließen, sind bereits völlig bezogen. Da das die einzelnen Abteile trennende Drahtgitter dem Blick kein Hindernis entgegensetzt, erscheint der Hof, wie der Bericht hervorhebt, mit seinen das Auge erfreuenden Rasenflächen und Baumgruppen als ein einheitliches Ganzes. Die Wohnungen stellen zwei verschiedene Typen dar. Typ A mit etwas größerem Vorplatz, aber ohne Speisekammer, wofür als Ersatz ein Speiseschrank unter der Brüstung des Küchenfensters eingebaut ist, Typ B mit kleinerem Vorplatz, aber mit Speisekammer. Alle Räumlichkeiten, einschließlich des Klosets und der Speisekammer, stehen in direkter Verbindung mit der Außenatmosphäre. Es steht zu erwarten, daß unter normalen Verhältnissen die Erwartungen der Aktionäre im nächsten Jahre und den folgenden in Erfüllung gehen werden.

Schritte der Mieterbewegung lassen sich aus dem Jahresbericht des Verbandes deutscher Mietervereine feststellen, den der Vorsitzende Schriftsteller D. Reißiger auf dem Anfang September in Dresden abgehaltenen 12. Verbandstag erstattete. Zehn Vereine mit über 1800 Mitgliedern haben sich dem Verbandsangehören; im ganzen gibt es in Deutschland jetzt etwa 100 Mietervereine, von denen 74 dem Verbandsangehören. Der Verband suchte durch Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften betreffend Reichszumwachssteuer, Reichsversicherungsordnung, Verkauf des Tempelhofer Feldes im Sinne der Mieter zu wirken; er hält jetzt die Ausgestaltung des Mietsrechts für eine der wichtigsten Aufgaben der Bewegung und hat eine dementsprechende Denkschrift an den deutschen Juristentag eingereicht. Die einzelnen Mietervereine in den verschiedenen Städten arbeiten auch lokal praktisch, indem sie sich an Baugenossenschaften, Gartenstadtgründungen beteiligen oder zur Vereinbarung von Mietverträgen mit den örtlichen Hausbesitzerorganisationen gelangen und ähnliches mehr.

Die Verhandlungen selbst betrafen unter anderem die Kapitalbeschaffung und zwar sowohl für den privaten wie den gemeinnützigen Wohnungsbau. Hier wurde namentlich stärkere Förderung durch die Gemeinden gewünscht. — Die in dem Jahresbericht angesagte Frage der Reform des Mietrechts behandelte Rechtsanwalt M. Breit, namentlich im Hinblick auf die Umfrage des Deutschen Juristentages. Er forderte insbesondere einen größeren Schutz der Unbemittelten bei Mietervermietungen und Mietsaufrechnungen. Mit der Reform des Mietrechts müsse zugleich die Reform der Prozesse bei Mietsstreitigkeiten einhergehen; die Einführung von Einigungsämtern sei zu empfehlen. Mit der Tagung verbunden war eine öffentliche Propagandaversammlung, in der das Thema: „Wohnungsfrage und Volkswirtschaft“ in mehreren Ansprachen vom Standpunkte des Arztes, der Frauen und von der rechtlichen Seite aus behandelt wurden. Außerdem wurden Sonderversammlungen der Dresdener Ortsgruppe sowie des Verbandes der sächsischen Mietervereine gehalten, in denen besondere Dresdener sowie sächsische Wohnungsreformfragen behandelt wurden.

Eine neue Kleinwohnungsanlage in München ist durch den „Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse“ erstellt und

Anfang Juli eingeweiht worden. Der Verein, der jetzt 10 Jahre besteht, hat bei diesem neuen Block alle Erfahrungen und Fortschritte im Kleinwohnungsbau zu verwerten gesucht. Die Häuser sind nur zwei bis drei Stock hoch, auch liegen immer nur zwei bis drei Wohnungen auf demselben Stockwerk. Der häufigste Wohntypus ist die Wohnküche, nebst ein oder zwei Stuben. Zu jeder Wohnung gehört ein bedeckter Balkon, eigenes Klosett, Wasser- und Gasleitung. Für gute Durchlüftbarkeit ist überall Sorge getragen. Die Häuser liegen um einen großen Gartenhof herum. Ein Teil davon wird als Kuzgärten an die Mieter für 10 M. jährlich verpachtet. Ein eigener Kindergarten, wie auch schon in den älteren Anlagen des Vereins, ist wieder eingerichtet und als Neuheit ist eine Brausebadanlage geschaffen worden. Weiter ist beabsichtigt, eine gute Volksbibliothek für die Mieter des Häuserblocks zu schaffen.

Städtischer Wohnungsnachweis in Freiburg im Breisgau. Der Stadtrat hat vor kurzem beschlossen, daß die schon früher in Aussicht genommene Errichtung eines städtischen Wohnungsnachweises im Anschluß an das städtische Arbeitsamt — unter Einstellung der erforderlichen Mittel in den Voranschlag für 1912 — am 1. Januar 1912 ins Leben treten soll. Die hierdurch bedingte Änderung der Geschäftsordnung für das Arbeitsamt wurde vom Stadtrat den Vorschlägen der Kommission entsprechend genehmigt.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. Monographien herausgegeben im Auftrage des Wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeitausstellung Frankfurt a. M. 1908 von Prof. Dr. Paul Arndt. 2. Band. Verlag von Gustav Fischer. Jena 1911. 559 S.

Der vorliegende Band enthält, ähnlich wie der 1. Band, eine Reihe kurzer Monographien über bestimmte Hausindustrien des rhein-mainischen Wirtschaftsgebiets, die auf der Heimarbeitausstellung vertreten waren. In diesem Bande werden als wichtigste Zweige die Nagelschmiederei, Töpferei, Weberei, Stuhlflechterei u. a. behandelt. Außer den kurzen Einzeldarstellungen bringt dieser Band auch noch eine längere Arbeit von Dr. A. Suhrig, „Wirtschaftliche und soziale Bedingungen auf dem Hochtaunus“. Hier werden nicht einzelne Industrien, sondern die Gesamtlage bestimmter Dörfer mit viel Hausindustrie erforscht. Diese Abhandlung sollte in gewissem Sinne eine Fortsetzung und Ergänzung bilden zu den vor 25 Jahren gemachten Untersuchungen von Schnapper-Arndt, „Fünf Dörfergemeinden auf dem hohen Taunus“, die für diese Art bis ins kleinste gehender Untersuchungen bahnbrechend geworden sind.

Deslandres, Maurice. L'acheteur. Son rôle économique et social. Les Ligues sociales d'acheteurs. Paris, Librairie Félix Alcan. 1911. Preis 8 Frs.

Die Schrift ist eine Untersuchung der Ideen, die den sozialen Käuferligen zu Grunde liegen, sowie eine Darstellung der Entwicklung und der bisherigen Wirksamkeit der bis jetzt in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Schweiz, Deutschland bestehenden Verbände. Der Verfasser unterstützt aufs wärmste die Gedanken der sozialen Käuferverbände, durch Beding des Verantwortlichkeitsgefühls der Konsumenten manchen Mißständen in den Arbeitsverhältnissen der Handelsangestellten und Arbeiter zu begegnen. Leider ist die Darstellung etwas weilschweifig, registriert zu sehr jeden Einzelfall und bringt auch viel Wiederholungen, so daß dadurch die Wirkung des an sich guten und nützlichen Buches stark beeinträchtigt wird.

Reichsversicherungsordnung nebst dem Einführungsgefeze. Textausgabe mit alphabetischem Sachregister. L. & W. Beck, München. 2. M.

Die in Beck's Sammlung deutscher Reichsgefeze erschienene Ausgabe der Reichsversicherungsordnung hat bei 477 Seiten Umfang handliches Taschenformat. Dieser „Textausgabe“ wird derselbe Verlag eine von Professor Eiter-Somlo kurz erläuterte „Handausgabe“ von 60 bis 70 Bogen Stärke folgen lassen.

Frauenwirtschaft. Jahrbuch für das hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenwirken. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege. I. Jahrg. M.-Glabbad 1911. Volksvereinsverlag. 268 S. Preis: 4,50 M.

Die deutsche Arbeiterversicherung. Sonderausstellung auf der Internat. Hygieneausstellung. Dresden 1911. Katalog bearbeitet von Geh. Reg.-Rat Dr. G. A. Klein. Berlin 1911. Behrend & Co. 107 S.

Neue Preussische Beamten-Besoldungs-Ordnung vom 26. Mai 1909 nebst den Gefegen über Wohnungsgeldzuschuß und Kommunalsteuerprivileg. L. Schwarz & Co., Berlin. 128 S. 1 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsnr. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Verlag Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M.

Demnächst erscheint:

Die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung

und ihrer Nebengesetze

erläutert

von

Justizrat Dr. Mayer,

Rechtsanwalt in Frankenthal

Vorsitzender der Vereinigung pfälzischer Krankenkassen

Kommentar in drei Lieferungen.

Preis: ca. M. 6.— pro Lieferung.

Der bekannte Krankenkasenpraktiker behandelt die Krankenversicherung der Reichsversicherungsordnung, also das erste, zweite, fünfte und sechste Buch, sowie die darauf bezüglichen Stellen des Einführungsgesetzes im Zusammenhange mit den bisherigen und dem übrigen bürgerlichen und öffentlichen Recht und wird der Kommentar der Praxis ein Führer auf dem Gebiete des Krankenversicherungsrechts sein.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Früher ist erschienen:

Kaiserin Augusta.

Von

Hermann von Petersdorff.

Preis: 2 Mark.

Aus dem Inhalt: I. Bis zur Regentschaft. 1811—1857. 1. Erziehung und Heirat. 1811—1829. 2. Zwei Jahrzehnte gesellschaftlichen und erzieherischen Wirkens in Berlin. 1829—1848. 3. Die liberale Patriotin in den Revolutionsjahren. 1848—1850. 4. Der Koblenzer Hof. 1850—1857. II. Die Herrscherin. 1857—1890. 1. Regentschaft und Thronbesteigung. Sinkender Einfluß. 1858—1862. 2. Der Kampf gegen Bismarck im großen Jahrzehnt. 1862—1871. 3. Samariterarbeit in der Kriegszeit. 1862—1871. 4. Im kirchenpolitischen Streite. 5. Internationales und humanitäres Wirken in den letzten Jahrzehnten. 1871—1890. Übersicht der Quellen.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Persönliche im modernen Unternehmertum.

Von

Kurt Wiedenfeld.

Preis: 3 Mark.

Inhalt: I. Die Aufgabe der Untersuchung. II. Der französische Unternehmertypus. III. Das englische Unternehmertum. 1. Der Selbständigkeitsdrang. 2. Das technische Interesse. 3. Die Abneigung gegen Preisunterbietung und Marktkämpfe. IV. Der nordamerikanische Unternehmer. V. Der deutsche Unternehmercharakter in seinen Grundzügen. 1. Der Selbständigkeitsdrang. 2. Diszipliniertheit und Organisationsgabe. 3. Der Sinn für wissenschaftliche Technik. VI. Charakteristische Unternehmertypen im deutschen Unternehmertum. 1. Vergleich verschiedener Industriezweige. 2. Vergleich verschiedener Unternehmungen gleicher Industriezweige. VII. Die Steigerung in der Bedeutung der Unternehmer-Persönlichkeit. 1. Die Ansprüche an die Unternehmungen früher und jetzt. 2. Der Kampf zwischen Unternehmertum und Kapital. VIII. Der moderne Unternehmer als Kulturfaktor.

Junge Volkswirte oder Juristen

die Neigung haben, ihre Kraft den sozialpolitischen und literarischen Arbeiten eines modernen Berufsvereins von Privatangestellten zu widmen, wollen sich unter Einreichung eines kurz gefaßten Lebenslaufes, ihrer Zeugnisabschriften usw. melden beim

Bund der Technisch-Industriellen Beamten,

Berlin N.W. 52.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben ist erschienen:

Gedächtnisrede

auf

Stadtrat Dr. jur. Emil Münsterberg,

gehalten am 2. April 1911

im Festsaale des Berliner Rathauses

von Dr. Paul Felsch,

Geheimem Admiralsratsrate, Abteilungschef im Reichsmarineamt.

Nebst einem Verzeichnis d. Schriften Emil Münsterbergs als Anhang.

Preis: 60 Pfennig.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Neue Probleme des modernen Kulturlebens.

(Der „Staatswissenschaftlichen Abhandlungen“ zweite Reihe.)

Von

Karl Theodor von Inama-Sternegg.

Preis: 6 M., geb. 7,20 M.

Inhalt. Vorwort. — Aphorismen zur gegenwärtigen ökonomischen Weltpolitik. — Die gegenwärtigen Ausichten der weltwirtschaftlichen Entwicklung. — Japan und Mexiko. Eine Parallele. — Die pazifische Welt. — Schöpfung Soziologie. — Schmollers Volkswirtschaftslehre. — Stadt und Land. — Vom Nationalreich. — Wie man am besten sein Vermögen anlegt. — Technik als Kulturmacht. — Städtische Bodenpolitik. — Internationale Agrarpolitik. — Der Zweck statistischer Zählungen. — Statistik und Welthandel. — Reiseverkehr und Zahlungsbilanz. — Zur Kritik der Morastatistik.

Die Erstattung von öffentlichen Unterstützungen durch die Unterstützten und durch ihre Angehörigen.

Von

Stadtrat Rosenstock-Königsberg i. Pr.

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 93. Heft.) Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstützung durch den Unterstützten. 1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstützung als Vorbehalt. — b) Anspruch in Anerkennung an G.G. 3. B.G.B. Art. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlag. — Die Erstattung der Unterstützung durch die Angehörigen des Unterstützten. — Zusammenfassender Armenverband. — Statuten-Kollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstützten. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterhaltspflichtigen. — Schlußbetrachtungen. Anhang.

Die natürlichen Grundlagen für die Eisenindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Von

Werner Neumeister.

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Heft 150.)

Preis: 2 Mark.

Inhaltsverzeichnis. Die Voraussetzungen für die Eisenindustrie. — Die Bedeutung der amerikanischen Konkurrenz für die deutsche Eisenindustrie. — Die deutschen Kohlenvorkommen. — Die Steinkohlenvorkommen der Vereinigten Staaten. — Die deutschen Eisenerze. — Die Eisenerze der Vereinigten Staaten. — Die Eisenerze außerhalb Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Nachhaltigkeit, Gewinnungsverhältnisse und Transportlage der Kohlenbäden Deutschlands und der Vereinigten Staaten. — Die Erzverföhrung Deutschlands und der Vereinigten Staaten.

Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 3 Mark.

Redaktion: Berlin W 90, Nollendorfstr. 29/30
Ansprücher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

- Die Stellung des Deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung. Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg. 1585
- Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterkampf. 1591
- Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform. Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. 1592
- Allgemeine Sozialpolitik. 1592
- Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitages. 1594
- Soziale Zustände. 1594
- Britische und deutsche Arbeitslöhne. Von Arbeitersekretär Anton Erzeleng, Berlin. 1599
- Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten. 1599
- Vereinbarungen zwischen dem Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Griff-Dunder) und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. Eine Verschmelzung von Arbeiterverbänden in der Tabakindustrie. 1601
- Verbandstag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten. 1601
- Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands. 1601
- Streik und Aussperrungen. 1601
- Der Abbruch der Arbeitskämpfe in der sächsischen Metallindustrie. Der Streik der Berliner Elektromonteurs. 1602
- Das Ende der Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter am Rhein. Der Generalstreik in Elbass. 1602
- Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910. 1602
- Verbot der Frauen-Nacharbeit in Belgien. 1602
- Arbeitsmarkt. Arbeitsnachweis. 1605
- Die Bewegung der ausländischen Arbeiter in Deutschland während des Monats August. 1605
- Die staatliche Unterstützung der Arbeitsnachweisverbände in Preußen. 1605
- Die „Auslagen“ der gewerkschaftlichen Stellenvermittler. 1605
- Volksbildung. 1606
- Freiwillige Volksbildungsarbeit in Deutschland. 1606
- 8-Uhr-Abendschluß der Fortbildungsschule in Preußen. 1606
- Volksgefundheit. 1607
- Der 3. internationale Kongreß für Säuglingskult. 1607
8. Tagung des deutschen Medizinalbeamten-Vereins. 1607
- Das Heilverfahren bei Unfallverletzten. Ein Reichsmittelgesetz. Die Ridelkrähe. Die erste Ärtin in den österreichischen Tabakfabriken. 1610
- Wohnungswesen. 1610
- Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter in Bayern. 1610
- Das Enteignungsgesetz der Stadt Newyork. 1610
- Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter. 1612
- Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910. 1612
- Literarische Mitteilungen. 1613

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Die Stellung des Deutschen Städtetages zur Arbeitslosenversicherung.

Von Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg.

Am 12. September 1911 verhandelte der III. Deutsche Städtetag in Posen über die Frage der Arbeitslosenversicherung. Referenten waren die Herren Oberbürgermeister Wallraf-Köln und Dr. Abides-Frankfurt a. M. Während ersterer in einem oratorisch vollendeten Vortrage die den Lesern dieser Blätter bekannte Geschichte der bisherigen Bestrebungen auf diesem Gebiete schilderte, trug Abides die nachstehend abgedruckten, von ihm selbst verfaßten

und von dem Vorstande gebilligten Thesen für die Stellungnahme der Städte zu dieser Frage vor:

1. Von starker menschlicher Teilnahme für die Räte der unver- schuldet Arbeitslosen erfüllt, sind viele Stadtverwaltungen seit geraumer Zeit bemüht gewesen, Hilfe zu bringen, aber die Erfolge waren nur bescheiden. Das Verlangen nach einer umfassenden Arbeitslosenversicherung macht sich daher immer wieder geltend, und die Stadtverwaltungen haben um so mehr Anlaß zum Studium dieser Fragen, als neuerdings die bayrische und die babilische Staatsregierung versucht haben, den Städten in erster Linie die Verantwortung für die Organisation der Arbeitslosenversicherung zuzuwenden.

2. Den sichersten Ausgangspunkt der Untersuchungen bildet die auf Anregung des Reichstags vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Ab- teilung für Arbeiterstatistik (Regierungsrat Dr. Leo), herausgegebene große Denkschrift über die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Ausland und in Deutschland (1906), und zwar ist es vor allem wichtig, die Ausführungen dieser Denkschrift über Umfang und Ursachen der Arbeitslosigkeit, gegen welche die Versicherung geplant ist, b. h. der Arbeitslosigkeit eines arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiters, der eine angemessene Beschäftigung nicht finden kann, scharf und bestimmt zu erfassen.

3. Soweit die bisherigen Erfahrungen und Ermittlungen reichen, sind Gründe und Umfang der Arbeitslosigkeit und auch das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben äußerst verschieden. Ein großer Unterschied ist vor allem dadurch gegeben, daß in den Wetter- Saison-Gewerben, namentlich Landwirtschaft, Binnen-Schiffahrt und Bau- gewerbe mit Hilsgewerben, alljährlich an einer nach dem Jahresdurchschnitt in weitem Umfang feststellbaren Zahl von Tagen die Arbeit im Gewerbe aus klimatischen Gründen mit Sicherheit ausgeschlossen ist, während im übrigen die Arbeitslosigkeit durch Geschäftsschwüngen, Änderungen im Gewerbebetrieb, Überfüllung des Berufs und andere ungewisse Umstände verursacht wird. Ganz besonders geartet ist außerdem die Arbeitslosigkeit der sogenannten Gelegenheitsarbeiter. Das Versicherungsbedürfnis ist überdies in den einzelnen Berufsarten auch des- halb sehr verschieden, weil die Möglichkeit von Nebenwerb und Nebenbeschäftigung in der arbeitslosen Zeit außerordentlich verschieden ist. Eine sorgfältige Unterscheidung und eine geforderte, den eigen- tümlichen Verhältnissen der einzelnen Arbeiterklassen angepasste Behand- lung der verschiedenen Fälle und die Herausarbeitung der in den einzelnen Fällen ratsamen und verwendbaren Versicherungsrichtungen ist um so mehr geboten, als eine allgemeine Arbeiterversicherung zurzeit schon deshalb ausgeschlossen erscheint, weil ihre Voraussetzung — ein allgemeiner Arbeitsnachweis — nicht vorhanden ist und voraussichtlich auch in naher Zeit nicht vorhanden sein wird.

4. Die Grundfrage jeder Organisation für Arbeitslosenversicherung ist die Frage, ob und in welchem Umfang ein staatlicher Zwang an- gewandt werden soll. Für ihre Beantwortung ist der Umstand, daß im Deutschen Reich die Gewöhnung an Zwang auf diesem Gebiet weiter verbreitet ist als in den meisten andern Ländern, deren Arbeiterver- sicherung auf Freiwilligkeit beruht, bei Bezugnahme auf Maßnahmen des Auslandes sorgsam zu beachten. Jedenfalls sind bei uns hervor- ragende Kennen der Ansicht, daß durchgreifende Erfolge nur bei Zwang erreichbar sind, und auch wir müssen nach unsern Erfahrungen be- stätigen, daß die bisherigen Versuche freiwilliger Versicherung (sogen. Genter und Kölner System) gerade da, wo nach ziemlich allgemeiner Auffassung am dringendsten Hilfe nottut, bei den Bauarbeitern und den ungelerten Gelegenheitsarbeitern, nur ganz unzureichende Hilfe gebracht haben. Diese Erfahrung zeigt zugleich, daß die Frage des Zwanges keineswegs einheitlich behandelt werden kann, daß vielmehr für die einzelnen Arbeiterklassen eine Untersuchung unerlässlich ist, ob für sie mit Rücksicht auf die Stärke des Versicherungsbedürfnisses ein Versicherungszwang irgendwelcher Art im allgemeinen Interesse nötig und möglich ist, wobei auch der für einzelne Gewerbe mancherlei Vor- teile bietende Sparzwang mit zu berücksichtigen sein würde.

5. Eine fernere wichtige Frage betrifft die Ausbringung der Beiträge durch die zunächst Beteiligten, das heißt, die Arbeiter und Arbeitgeber, und kann gleichfalls nur für die einzelnen Gewerbe erfolgreich untersucht und beantwortet werden. Die Lage und Leistungsfähigkeit des Gewerbes, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Gewerben des Auslands, die Gründe der Arbeitslosigkeit im Gewerbe (klimatische und andere) spielen hierbei eine entscheidende Rolle; ebenso die Höhe der Löhne, die für viele Gewerbe jetzt durch Tarifverträge einheitlich geregelt sind.

6. Noch schwieriger liegt die prinzipiell wie praktisch außerordentlich wichtige und trotzdem oft leicht hin behandelte Frage der Zuschüsse aus öffentlichen Kassen, welche gleichfalls ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben nicht zutreffend beantwortet werden kann. Es ist z. B. kein Grund ersichtlich, warum eine öffentliche Beihilfe für Fälle gegeben werden soll, in denen die Arbeitslosigkeit nur aus klimatischen Gründen eintritt.

7. Ferner kann die Voraussetzung jeder Arbeitslosenversicherung, nämlich ein gutgeordneter Arbeitsnachweis, für die beruflich geschulten Arbeiter nur für die einzelnen Gewerbe geregelt werden.

8. Wenn hiernach sowohl die Gründe der Arbeitslosigkeit als das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden sind und auch die grundlegenden Fragen des Zwanges, der Verteilung der Beiträge, der öffentlichen Zuschüsse und des Arbeitsnachweises nur nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe beantwortet werden können, so ist die weitere Förderung einer rationellen Arbeiterversicherung nur durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben zu erzielen. Diese kann aber nicht von den Stadtverwaltungen allein, sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder den Landesregierungen durchgeführt werden. Die Überweisungen der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher nur eine Verlegenheitsauskunft, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von der Verantwortlichkeit zu befreien. Die Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus freiem Entschluß bisher Versicherungseinrichtungen irgendwelcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen diese versuchte Verschiebung der Verantwortlichkeiten Verwahrung einlegen und von den Regierungen fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet werden, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen hierbei, insbesondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter, hilfreiche Hand leisten können, werden sie gern dazu bereit sein. Daß diese Untersuchung die Verhältnisse der Bauarbeiter in erster Linie ins Auge zu fassen hätte, ergibt sich aus den Ausführungen unter Nr. 4. Bei diesen Untersuchungen wird auch zu prüfen sein, ob — zur Beschaffung schneller Hilfe unter besonderen örtlichen Verhältnissen — vor einer Erledigung der übrigen Fragen die obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre.

Diese Thesen zeichnen sich zunächst dadurch vor den sonst auf Kongressen üblichen Festläsen aus, daß sie nicht nur ganz kurze Schlagworte enthalten, sondern ein von einem einheitlichen Geiste konsequent und zielbewußt aufgebautes System von Gedanken darstellen.

Inhaltlich freilich bedeuten diese Thesen zunächst für den Freund einer energischen und positiven Förderung dieses Problems eine Enttäuschung. These 8 Absatz 3 wendet sich einleitend bloß negativ gegen die Zuteilung dieser Aufgaben an die Gemeinden und verlangt positiv lediglich die Forderung an die Regierungen, „daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet werden“. Wenn dann weiter gesagt wird: „soweit die Stadtverwaltungen hierbei, insbesondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheitsarbeiter hilfreiche Hand leisten können, werden sie gerne dazu bereit sein“, so erscheint die Zusage einer derartigen Hilfe der Gemeinden doch recht dürftig. Nur für die Bauarbeiter erkennt diese These 8 im Schlußsatz die Notwendigkeit an, ihre Verhältnisse in erster Linie zu untersuchen, aber auch hier wird nur vorgeschlagen, zu prüfen, „ob vor einer Erledigung der übrigen Fragen zunächst für einzelne Kommunalverbände reichs- oder landesgesetzlich eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen wäre“.

Hiernach war die Befürchtung verständlich, daß die bloße Annahme dieser Thesen den Erfolg haben würde, die Gemeinden zu einer Abschiebung dieser Frage bis auf weiteres zu veranlassen; ja, es war die Meinung vertreten, daß es einem Teil der Städte wohl wesentlich auf diese negative Lösung ankäme und daß sie eine positive Förderung gar nicht ungern verlagert sähen.

Wenn diese Meinung durch den Verlauf des Städtetags sich als berechtigt herausgestellt hätte, so wäre damit nicht nur die Frage der Arbeitslosenversicherung gehemmt, sondern auch meines Erachtens das Ansehen des Städtetags in der öffentlichen Meinung nicht mit Unrecht schwer geschädigt worden; denn dann wäre es

würdiger gewesen, seine ablehnende Stellung zu dieser Frage ohne den Vorwand langfristiger Untersuchungen zum Ausdruck gelangen zu lassen. Erfreulicherweise hat nun aber der Verlauf der Verhandlungen den Bestimmten unrecht gegeben; denn die an sich schon ungewöhnlich umfassenden Leitsätze fanden in den mündlichen Ausführungen von Abides eine etwa 1½ stündige weitere Umschreibung und Erläuterung, die von ebenso erstaunlicher Beherrschung der Einzelheiten wie weitblickender Kritik der Grundfragen des Problems zeugten. Wenn man auch in manchen Einzelheiten die Auffassung von Abides nicht teilen können, so wird man im wesentlichen dem großen Zuge seiner Deduktion folgen. Das eingehende Studium dieses Vortrages kann jedenfalls Interessenten als das wesentlichste Ergebnis der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete empfohlen werden.

Zur Sache selbst kann man die Ausführungen von Abides in folgende kurze drei Sätze zusammenfassen:

1. Das moderne Problem der Arbeitslosigkeit ist völlig verschieden nach Umfang, Grund und Wirkung für die verschiedenen Berufe; infolgedessen ist eine einheitliche Behandlung und Lösung des Problems, etwa im Wege einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, unmöglich. Die sorgfältigste Differenzierung ist vielmehr erforderlich.

2. Ungeeignet als Lösung erscheint der Weg der Freiwilligkeit, wohn insbesondere auch das Genter System zu rechnen ist.

3. Zu empfehlen ist vielmehr der Weg des partiellen Versicherungszwanges für einzelne Berufe, unter denen das Baugewerbe in erster Linie in Betracht kommt.

Prüft man hiernach die Stellung und Auslegung, die Abides den von ihm vertretenen Thesen gibt, so kommt man zu folgendem Urteil: Abides hat in seinem Referat wie im Schlußwort sich ausdrücklich als Freund der Arbeitslosenversicherung bekannt; er hat ferner erklärt, der von ihm angegebene Weg der partiellen Zwangsversicherung bedeute nach seiner Auffassung eine wesentliche Klärung der Frage und er fasse es als Pflicht der Regierung auf, diesen vom Städtetag ihr gewiesenen Weg zu verfolgen. Er ist aber noch weiter gegangen. Während in den Thesen auch für die dringendste Versicherungsfrage, die der Bauarbeiter, nur Untersuchungen verlangt wurde, gab Abides gleichzeitig positiv den Weg an, wie nach seiner Meinung dieses Problem gelöst werden müßte. Er verlangte ein Reichsgesetz, das den Bundesrat ermächtigt, für einzelne von ihm abzugrenzende Kommunalverbände nach einheitlich von ihm festzusetzenden Normen eine Zwangsarbeitslosenversicherung für Bauarbeiter einzuführen.

Der Umstand, daß Abides bei dieser Gelegenheit sich scharf gegen den Vorschlag ausspricht, einzelnen Gemeinden das Recht auf ortstatutarische Einführung einer solchen Versicherung zu gewähren, hat demgegenüber kein so großes Gewicht; denn wenn einmal dem Bundesrat ein solches Recht der Einführung der Versicherung für einzelne Bezirke gegeben ist, so bleibt es jeder Gemeinde, die den Wunsch hat, unbenommen, beim Bundesrat den Erlaß einer solchen Verordnung für ihren Bezirk zu beantragen. Und andererseits muß zugestanden werden, daß es bei der Zerrissenheit unserer politischen Bezirke notwendig ist, eine einheitliche Instanz zu bekommen, die für das ganze Reichsgebiet die wirtschaftlich zusammengehörigen Bezirke abgrenzt, für die sich der Erlaß eines solchen Ortstatuts empfiehlt.

Hiernach stellt das mündliche Referat von Abides unzweifelhaft eine höchst erfreuliche Ausdehnung der Thesen im positiven Sinne dar, und diese Wirkung wird noch verstärkt durch den im Laufe der Diskussion gestellten und zusammen mit den Thesen angenommenen Antrag Deutler, der den Vorstand verpflichtet, bei der Reichsregierung und dem Reichstag im Sinne dieser Thesen vorstellig zu werden.

Ein weiterer Versuch, diesen Verhandlungen einen positiven Abschluß zu verschaffen, ist allerdings leider mißlungen. Gemeinsam mit einer Reihe von Vertretern der verschiedensten Städte hatte ich folgenden Antrag gestellt:

„In der Überzeugung, daß der Arbeitsnachweis die Voraussetzung für jede Form der Arbeitslosenversicherung ist, erkennt der Deutsche Städtetag die einheitliche Organisation eines paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweises für ganz Deutschland als ein dringendes Bedürfnis an und richtet an die Reichsregierung und die Regierungen der Bundesstaaten das Ersuchen, baldmöglichst eine derartige Organisation zu schaffen.“

Daß diese Frage in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema der Arbeitslosenversicherung stand, kann nicht bestritten

werden. Trotzdem wendete Abides sich gegen diesen Antrag, weil einmal die Durchführung desselben Jahre erforderte und andererseits die vorherige Regelung der Arbeitsnachweisorganisation für das Problem der Bauarbeiter nicht in Betracht käme. Hierzu geistete sich in der Diskussion die Abneigung gegen die paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweise überhaupt, die von dem Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, der ein Freund des unparitätischen bergbaulichen Arbeitsnachweises ist, und dem Stadtverordneten-vorsteher-Stellvertreter von Dresden vertreten wurde. Nachdem diese für mich erstaunlich weitgehenden Differenzen hervorgetreten waren und es naturgemäß bei der langen Diskussion über das Hauptthema nicht möglich war, auf die Bedenken wegen des Arbeitsnachweises eingehend zu antworten, änderte ich zusammen mit dem Mitantagsteller, Oberbürgermeister Guno, den Antrag um in Überweisung desselben an den Vorstand als Material für die beschlossene Eingabe an die Reichsbehörden. Allein auch in dieser abgeschwächten Form wurde der Antrag gegen eine allerdings starke Minderheit abgelehnt.

Nachdem ich gesehen habe, welch große Unklarheit noch auf diesem Gebiete des Arbeitsnachweises besteht, muß ich mir vorbehalten, an anderer Stelle über diese einzelnen Fragen mich eingehend zu äußern. Hier kann ich aber das Bedauern nicht unterdrücken, daß trotz des Beispiels von England wir von der einheitlichen Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in Deutschland, dem klassischen Mutterlande des lokalen öffentlichen Arbeitsnachweises, noch so weit entfernt sind.

Indessen, für diese Tagung des Städtetages war der Arbeitsnachweis unstreitig eine Nebenfrage; in der Hauptfrage, der Arbeitslosenversicherung aber, dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß es gelungen ist, sich nicht auf ein totes Geleis hindrängen zu lassen, sondern vielmehr den maßgebenden Instanzen des Reichs mit aller Deutlichkeit den praktischen Weg anzugeben, auf dem schrittweise die Lösung des Problems, zunächst einmal für die Bauarbeiter, mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Möge der Vorstand des Städtetags diesen in der Verhandlung zutage getretenen Willen nach einem positiven Erfolg in seiner Eingabe an die Reichsbehörden mit aller Klarheit und Entschiedenheit zum Ausdruck bringen. Dann sollte es möglich sein, in ein bis zwei Jahren zum Erlaß der ersten derartigen Kommunalstatute zu schreiten.

* * *

Wir schließen an diese kritische Beleuchtung der Verhandlungen des Städtetags eine knappe Skizze der Referate und Debattereden nach Zeitungsberichten.

In seinem Referat verneinte zunächst Oberbürgermeister Ballraaf-Köln die Frage, ob die Stadtverwaltungen gesetzlich verpflichtet seien, eine über die Armenpflege hinausgehende Fürsorge für Arbeitslose einzurichten. Das Recht auf Arbeit erkennt die Gesetzgebung nicht an. Es scheint aber, als ob eine Wandlung vor sich geht, und zwar nach der Richtung, daß man nicht ein geschriebenes Recht auf Arbeit anerkennt, aber den öffentlichen Körperschaften Verpflichtungen auferlegt, nach dieser Richtung zu sorgen. Die Reichsregierung habe bisher eine Lösung dieser Frage nicht versucht. Allerdings habe 1902 der Reichstag eine Resolution angenommen, die eine Untersuchung durch eine Sachverständigenkommission fordert; das Ergebnis sei bisher nur die wertvolle Erhebung von 1906. So trivial der Satz klinge, daß man Arbeitslosigkeit am besten durch Arbeitsnachweise bekämpfen kann, so fundamental richtig sei er; denn die Arbeitsnachweise bilden die Grundlage der Arbeitskräfteverteilung und der Notstandsarbeiten. Die Notstandsarbeiten blieben aber immer nur ein notwendiges Übel. Sie seien beschränkt auf einige Kategorien von Arbeiten und stopften an einer Stelle ein Loch, während sie ein anderes öffnen. Wenn der Arbeitsnachweis verläge und Notstandsarbeiten nur im beschränkten Maße in Anwendung kommen könnten, so ergebe sich die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung. Früher hätten sich viele Kreise ablehnend verhalten; aber dieselben Bedenken seien auch gegen die Feuerversicherung, die Hagelversicherung und gegen jede Versicherung von vornherein erhoben und durch die Praxis doch beseitigt worden. Die Arbeitslosigkeit sei kein Notstand, der nur einzelne Personen trifft, sondern der die Gesamtheit bedroht. Die Frage der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.

Sehr eingehend sprach sich der zweite Referent Oberbürgermeister Abides-Frankfurt a. M. aus: Die größte Arbeitslosigkeit haben wir im Winter. Dies ist durch das Klima bedingt. Ebenso wichtig ist der Umstand, daß ein weiterer großer Teil von Arbeits-

losigkeit abhängig ist von der Saison. Weiter kommt hinzu als Ursache der Arbeitslosigkeit die Einführung neuer Maschinen. Dann kommen auch durch die Krisen in der Weltwirtschaft Arbeitslosigkeiten vor. Es ist nicht zu leugnen, daß manche gesetzgeberischen Maßnahmen Einfluß auf den Weltmarkt haben. Hieraus ist daher auch für das Reich eine gewisse Verpflichtung abzuleiten. Auch die Versicherung kann kein Allheilmittel sein. Es muß für jedes einzelne Gewerbe geprüft werden, ob ein Bedürfnis für eine Versicherung vorliegt und in welchem Maße hier Abhilfe geschafft werden kann. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Gemeinden nicht allzusehr belastet werden. Daher begrüße ich es, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung in eine Reihe von einzelnen Fragen sich auflöst. Damit wird auch die Frage der Zwangsversicherung und die Unterstützung des Arbeitsnachweises ein ganz anderes Gesicht gewinnen. An die Spitze unserer Forderungen setzen wir die Frage der Zwangs- oder freiwilligen Versicherung. Nach den bisherigen Erfahrungen müssen wir sagen, daß die reine Freiwilligkeit sich nirgends bewährt hat, selbst bei den Gewerkschaften nicht, so bewundernswert das ist, was sie an Opfern geleistet haben. Es fragt sich nun, ob die gewerkschaftlichen Organisationen als Träger der Versicherung aufzufassen sind und ob sie aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollen. Alle Vertreter des Gedankens, daß die Gemeinden eine Unterstützung geben sollen, sagen selbst, daß das nur ein mangelhafter Weg sei, der später zur Reichsunterstützung führen muß. Glaubt aber jemand, daß sich im Reich eine Mehrheit bilden wird, die Millionen von Unterstützung an die Angehörigen von Gewerkschaften auszahlen wird, die sich nur auf einen Teil der Mitglieder des Gewerbes erstrecken? Der stellungslose Kaufmann, der kleine Handwerker muß selbst für sich sorgen; weshalb soll eine Ausnahme zugunsten der Arbeiter gemacht werden? Die Gewerkschaften würden durch die öffentliche Unterstützung allerdings gefördert werden. In allen diesen Fällen aber bedeutet dann die öffentliche Unterstützung einen Eingriff in den Lohnkampf und in die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Das Gros der gewerkschaftlichen Mitglieder besteht aus Anhängern der Sozialdemokratie. Solange die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit in Deutschland hat, werden wir Andersgesinnten doch Bedenken tragen müssen, dieser Partei die Geldmittel an die Hand zu geben, um sich die Mehrheit zu schaffen. Mit welchem Recht soll eine öffentliche Unterstützung für Saisongewerbe Platz greifen? Jeder arbeitsfähige Mensch soll doch für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen und wenn jemand einem Gewerbe angehört, in dem er nur sechs Monate Arbeit hat, so muß er dafür sorgen, daß er in den übrigen sechs Monaten andere Arbeit hat. Die Arbeitslosen in großen Krisen zu unterstützen, ist Menschenpflicht. Aber die dauernde Unterstützung bedeutet einen Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung. Der Weg, den die Regierung uns gewiesen hat, nach dem Genter System die öffentliche Unterstützung zu Hilfe zu nehmen, ist ein Verlegenheitsweg gewesen, und ich kann den Gemeinden nur raten, den populären Strömungen nach dieser Richtung nicht nachzugeben. Die Regierung wird sich auf die Dauer einer allgemeinen Regelung nicht entziehen können. Mit großer Sorgfalt muß die Bedürfnisfrage bei den einzelnen Gewerben geprüft werden. Von allergrößter Bedeutung ist, daß die Arbeitgeber bei der Lösung der Aufgabe mitwirken. In vielen Fällen kann die Ursache der Arbeitslosigkeit nur durch den Arbeitgeber beseitigt werden, indem er mitwirkt und uns Beiträge zahlt. Auch die Leistungsfähigkeit des Gewerbes muß in Betracht gezogen werden. Die ganze Arbeitslosenversicherung ist eine wirtschaftliche Aufgabe für das ganze Reich. Es kann daher nicht die Regelung auf einige hundert Rathäuser verteilt werden, sondern die Frage muß einheitlich geregelt werden. Verschiedene Experimente in einzelnen Städten können uns nicht weiter helfen, die Gemeinden sind nicht geeignet, hier als Organisatoren aufzutreten. Bundesrat und Reichstag müssen ein Gesetz schaffen, das für bestimmte Gewerbe und bestimmte Bezirke im ganzen Reich zwangsweise die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einführt.

Diesem Referat trat in der Diskussion der Stadtverordnete Abgeordneter Giesberts-W. Gladbach entgegen: Aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters Abides lese er noch mehr als aus den Leisungen ein Widerstreben gegen die Arbeitslosenversicherung heraus. Hoffentlich würden sich aber die Gemeinden, die das Problem lösen zu können meinen, durch die Bedenken des Herrn Abides von weiteren Maßnahmen nicht abhalten lassen. Wenn die Städte, wie durchaus löblich, Millionen für Parks, Theater und andere Kulturbedürfnisse aufwenden, dürften sie auch nicht ablehnen, Mittel gegen die Arbeitslosigkeit zu bewilligen. Der

Staat sage, das Problem ist so, daß ich es nicht lösen kann, und der Vertreter einer der reichsten Städte Deutschlands sage hier, wir können nicht helfen: Denken Sie, welche Einwirkung das auf die Psyche des hungernden Arbeiter haben muß! Deshalb ist es gut, daß in den Schlußsätzen der Thesen gesagt wird, trotz der großen Schwierigkeiten müsse eine Lösung versucht werden. Es liegt eine moralische Verpflichtung für die Städte vor. In erster Linie haben doch die Städte die Folgen der Arbeitslosigkeit zu tragen. Das Anwachsen der Armenpflege, die Vermehrung der Verbrechen und damit der Unsicherheit sind Folgen der Arbeitslosigkeit und belasten die Städte. Die Städte müssen bestrebt sein, in den unteren Klassen aufrechte, stolze Bürger zu schaffen. Das kann nur geschehen, indem die Arbeiter gesichert werden gegen die Not der Arbeitslosigkeit. Die Stadt Köln verdient volle Anerkennung für die von ihr getroffenen Maßnahmen. Wenn wir nicht aufreißend auf die unteren Klassen wirken wollen, dürfen wir nicht sagen, daß wir nicht helfen können.

Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg hob den Kern der Ausführungen von Abides hervor. Gerade den Experimenten einzelner Städte, über die Abides etwas despektierlich sprach, sei es zu danken, daß eine gewisse Klärung herbeigeführt worden ist. Als er die Thesen las, habe er die Empfindung gehabt, daß damit nur zu leicht der Verdacht geweckt werden könne, die deutschen Städte wälzen die Verantwortung auf das Reich ab und kommen leider zu einer negativen Stellung. Dieser Eindruck aber wurde berichtigt durch die sehr entschiedenen Erklärungen, die Oberbürgermeister Abides an den Schluß seines Referats gestellt hat und die eine reichsgesetzliche Regelung empfehlen. Redner betonte schließlich nachdrücklich die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation des paritätischen Arbeitsnachweises. Oberbürgermeister Deutler-Dresden beantragte, die Leitsätze als Eingabe bei Bundesrat und Reichstag einzureichen. Stadtverordneter Dupont (Berlin) sprach vom sozialdemokratischen Standpunkt aus seine Befriedigung über das Referat Walltrafs aus, aber angesichts der Thesen müsse er sagen, zwei Seelen wohnen in Eurer Brust. Seine Freunde würden dafür sorgen, daß die Arbeitslosenversicherung weiter behandelt und zur Durchführung gebracht wird. Redakteur Düwell (Berlin): Es wäre für das deutsche Volk beschämend, wenn es ablehnen sollte, diese Frage zu lösen. Wenn das Reich nicht an die Lösung herantritt, sei der Deutsche Städtebund hierzu verpflichtet. Stadtrat Fischbeck: Es ist ein Verdienst der Tagung, daß hier ausgesprochen wird, es sei Sache der Reichsregierung, die Arbeitslosenversicherungsfrage zu lösen.

Gesellschaft für Soziale Reform. Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform (Geschäftsstelle: W. 80, Rollendorffstr. 29/30) veröffentlicht ihr Winterprogramm. Am Montag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts eine Mitgliederversammlung statt, in der die Herren Otto Göke, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, und R. Fürstenberg, Vorsitzender des Deutschen Bankbeamten-Vereins, über die Ersatzklassenfrage in der Angeestelltenversicherung sprechen. — Im Laufe des Winters 1911/12 sollen dann die Mitgliederversammlungen monatlich regelmäßig an jedem 2. Montag im Monate stattfinden. Die nächsten 5 Vorträge werden die sozialpolitischen Aufgaben des Zweckverbandes behandeln, und zwar sind in Aussicht genommen für den 18. November: Behördliche Maßnahmen der Wohnungspolitik; 11. Dezember: Die Kommunalverbände als Bodeninteressenten; 8. Januar: Wald- und Wiesengürtel für Groß-Berlin; 12. Februar: Sozialpolitische Forderungen des Verkehrs; 11. März: Sozialpolitische Möglichkeiten für den Zweckverband. Als weitere Themen sollen behandelt werden: Vergleich der englischen und deutschen Kranken- und Invalidenversicherung; Arbeitslosenversicherung; Reform der Arbeitsbedingungen des Krankenpflegepersonals.

Vom Bulletin des Internationalen Arbeitsamts Band X (1911) ist Heft Nr. 6 (Sena, Gustav Fischer) erschienen. Aus dem Gebiete des Internationalen Arbeiterschutzes bringt es einen die Einwanderung betreffenden Auszug aus dem amerikanisch-japanischen Handelsvertrag sowie Verträge Belgiens und Großbritanniens mit Frankreich über Unfallentschädigung. Den Allgemeinen Arbeiterschutz berühren Verordnungen von Belgien und Transvaal über Arbeitsverwaltung, ein Gesetz Transvaals über Einigung und Schiedspruch, Gesetze über den Zehnstundentag der Frauen in Österreich und Portugal. Die Gewerbehygiene ist durch Milzbrand-Vorchriften von Preußen und Sachsen vertreten

sowie durch eine belgische Verordnung über gewerbliche Hilfe. Den beruflichen Arbeiterschutz betreffen Bestimmungen über den Bergbau, die Deutschland (Kalibergbau) und Belgien (Allgemeines Berggesetz) erlassen haben, sowie eine Verordnung in Preußen über Metallbeizereien. Von Belgien wird das Organisationsgesetz für die gewerblichen Schiedsgerichte vom 15. Mai 1910 mitgeteilt.

Allgemeine Sozialpolitik.

Die sozialpolitische Ausbeute des sozialdemokratischen Parteitags,

der vom 10. bis 16. September in Jena abgehalten wurde, war heuer, soweit sozialpolitische Forderungen im engeren Sinne in Betracht kommen, besonders geringfügig. Das Interesse an den wichtigen allgemeinen Fragen der inneren und der äußeren Politik drängte alles andere in den Hintergrund. So machte denn auch die einzige spezifisch sozialpolitische Rede, die Molkenbuhr über die Reichsversicherungsordnung hielt, auf den Parteitag wenig Eindruck. Freilich war es ja auch für Molkenbuhr schwer, etwas wesentlich Neues über dieses in den letzten Jahren bis zur Ermüdung erörterte Gesetzeswerk zu sagen. Nach einer geschichtlichen Einleitung kritisierte Molkenbuhr das Zustandekommen des Gesetzes und die Haltung der bürgerlichen Parteien dabei, stellte den Verbesserungen die Summe der Verschlechterungen und Unzulänglichkeiten gegenüber und bemängelte besonders scharf die einschränkenden Übergangsbestimmungen des Einführungsgesetzes. Den üblichen Einwänden, daß die deutsche Industrie eine weitergehende Mehrbelastung durch höhere Versicherungsleistungen nicht tragen könne, stellte er einige interessante ziffernmäßige Berechnungen entgegen. Molkenbuhrs Rede klang dahin aus, daß die Sozialversicherungsfrage Deutschlands durch die Reichsversicherungsordnung noch keineswegs endgültig gelöst sei, sondern daß im Gegenteil die gegenwärtige Reichsversicherungsordnung für den kritischen Kenner ein uner schöpliches Agitationsarsenal darstelle, mit dessen Waffen die reaktionäre Sozialpolitik wirksam zu brandmarken und zu bekämpfen sei. Die Aussprache über Molkenbuhrs Vortrag ergab die Annahme einer von der sozialdemokratischen Frauenkonferenz vorbereiteten und beantragten Resolution über den Mutter- und Säuglingschutz, dessen Vernachlässigung in der Reichsversicherungsordnung von Luise Zieg hart gegeteilt wurde. Die in ihrem Antrag vertretenen Forderungen lauten:

1. Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle lohnarbeitenden Frauen, sowie auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 6000 M. nicht übersteigt.
2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung auf die Dauer von 8 Wochen.
3. Freie obligatorische Gewährung der Gebärmutterdienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
4. Obligatorische Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung für 8 Wochen.
5. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung ist den Arbeiterinnen in der Höhe des versicherten Lohnes, den übrigen Frauen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohns für weibliche Arbeiter zu gewähren.
6. Obligatorische Gewährung eines Stillgeldes für die Dauer von 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes für alle versicherten Mütter, die ihr Kind stillen.
7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und volles Selbstverwaltungsrecht der Versicherten.

Auf gewerkschaftspolitisches Gebiet wies unter den übrigen Parteitagssverhandlungen die Debatte über die Maifeier und der Exkurs in Debels Marokkorede über den politischen Massenstreik zur Verhinderung eines Krieges. Der Nürnberger Parteitagssbeschuß, der von allen Genossen, die am 1. Mai arbeiten oder den 1. Mai ohne Lohn einbuße feiern, die Ablieferung eines durchschnittlichen Tagesverdienstes fordert, hat in der Praxis erhebliche Unzuträglichkeiten und Unzufriedenheit erzeugt, weil sich der Tagesverdienst bei vielen Genossen nicht kontrollieren läßt. Eine Gruppe des Parteitags forderte eine Verschärfung des Nürnberger Gebots durch Androhung des Parteiauschlusses für die Maifeierversweigerer, eine andere Gruppe wollte die Maifeier verhältnismäßig nach dem Jahresverdienstbetrage (1 M. auf 1000 M. Einkommen) abtufen, eine dritte Gruppe die ganze Maifeier abschaffen, weil sie nur Ärger und Zant bringe und von großen Gewerkschaftsgruppen wegen der Scherereien, die sie schaffe, ganz abgelehnt werde. Der Parteitag entschied, daß die Maifeier auf die Tagesordnung des nächsten Internationalen Sozialistenkongresses zu setzen sei.

Hier wie bei allen anderen Fragen des Parteitags — so namentlich auch bei der Besprechung des Geheimzirkulars an die Parteipresse wegen der Kritik des Tarifgerichts im Berliner Zeitungsdruckgewerbe — wurde ostentativ die „vollkommene Harmonie“, die

„Einigkeit“ zwischen Partei und Gewerkschaften immer wieder betont.

Mehr Interesse als die ermüdenden Höflichkeit über die Mai-feierlichkeit wecken Debels temperamentvolle Ausführungen über den Massenstreik bei Ausbruch eines Krieges oder vielmehr über dessen Unmöglichkeit. Wenn 5 oder gar 6 Millionen Männer zu den Waffen einberufen seien, meinte Debel, so bedeute das eine Revolution in unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Millionen von Arbeitern würden weggerufen von ihren Familien, die nichts mehr zu brocken und zu heizen hätten. Hundert-tausende von kleinen Gewerbetreibenden könnten ihren Bankrott anfangen. Der Ausfuhrhandel würde unterbrochen. Arbeitslosigkeit und Verbienslosigkeit an allen Ecken. Die Preise der Lebens-mittel erreichten eine unerschwingliche Höhe. Da frügen die Massen nicht nach Massenstreik. Da schreien sie nach Arbeit und Brot, die mit Ausnahme der Industriellen und Gewerbe, die direkt am Kriege interessiert sind, niemand ihnen bieten könne. Wer würde die Familien der Arbeitslosen unterstützen? Die Rassen der Gewerkschaften würden in drei Tagen bankrott; sie könnten die Unterstützungen nicht leisten; auch die Gemeinden nicht, auch der Staat und das Reich nicht, weil Heer und Flotte sie täglich 45 Millionen Mark koste. Debels düstere Schilderungen machten auf den Parteitag sichtbar tiefen Eindruck.

Aus den übrigen Verhandlungen, wo vereinzelt sozialpolitische Töne angeschlagen wurden, seien die Resolution gegen die Teuerung und die Erörterungen über die Jugendagitation erwähnt. Der Parteitag „protestiert aufs entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Aufsichtsbehörden und Justiz“, er warnt vor den „heuchlerischen“ Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit 1 Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich-preussischen Jugendpflege, er fordert alle Genossen und Genossinnen zur Werbearbeit für die freie proletarische Jugendbewegung und ihre Zeitschrift „Die Arbeiterjugend“ auf und wünscht, daß die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ planmäßige Agitation durch Versammlungen, Flugchriften, Schaffung von Werbe- und Belehrungsmittel aller Art, durch Entsendung von Wanderrednern und Anstellung eines Sekretärs einsetze. Bei der Aussprache hatte Heinrich Schulz von der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ die systematische Errichtung von Jugendbezirksausschüssen im ganzen Deutschen Reich angeregt. Dr. Liebknecht hatte betont, daß man der jugendlichen Abenteuerlust auch in der proletarischen Jugendbewegung Rechnung tragen müsse, zwar nicht durch Kriegsspiele, aber durch Spiele wie „Sozialdemokraten und Gendarmen“. Stengele-Hamburg hatte die Schaulichkeiten mancher im offiziellen Vorwärtsverlag erscheinenden „Kulturbilder“ als eine der Mid-Carter-Literatur ebenbürtige Sammlung von Schinderhüpfchen gebührend kritisiert, deren Bilder oft nur geeignet seien, das Auge eines Menschen von niedrigem Geschmack und niedrigen Instinkten anzuziehen.

Dem Parteitag war, wie üblich, eine besondere — heuer die sechste — sozialdemokratische Frauenkonferenz vorausgegangen. Die leitende Genossin Fiebig konnte mit Stolz einen glänzenden Organisationserfolg feststellen: beim Zutritt zum Reichsvereinsgebäude 29 000, heute 108 000 weibliche Parteimitglieder. Der Geschäftsbericht des Frauenbureaus behandelte bei dem Kapitel „Agitation“ besonders die Mängel der Reichsversicherungsordnung und des Reichsvereinsgesetzes, ferner die Wirkungen des sozialdemokratischen Frauentags vom 19. März 1911 und verbreitete sich dann eingehend über die Kinderschutzkommissionen, die gemäß Beschluß der Bremer Frauenkonferenz errichtet sind, um die Erwerbsarbeit der Kinder zu kontrollieren, gegen sie einzuschreiten und Berichtsstoff hierüber zu sammeln. Die Kinderschutzkommissionen suchen in Fühlung mit den Genossinnen, die in der Armenverwaltung, den Waisenkommisionen oder sonst in der Stadtverwaltung tätig sind, zu arbeiten und die Gewerbeaufsicht und Gewerbepolizei nötigenfalls zu unterstützen. Weitergehende Ziele der Kinderschutzkommissionen sind, den Kinderschutz bis zu einem Verbot jeglicher Erwerbsarbeit von Kindern vor dem vollendeten 14. Lebensjahre auszudehnen und an Stelle der Erwerbsarbeit der Kinder die Arbeitsschule zu setzen. Neben der Kontrolle des gesetzlichen Kinderschutzes sollen sich die Kommissionsmitglieder anlegen sein lassen, die Kinder der Genossen und sich zu sammeln und ins Freie zu Spiel und Erholung zu führen. Aus vielen Städten wurde über gute Erfolge der noch recht jungen Kinderschutzkommission berichtet. Schließlich wurde folgender Antrag der Stuttgarter Genossinnen angenommen:

Die 6. Frauenkonferenz fordert aufs neue: das gesetzliche Verbot jeder Erwerbstätigkeit schul- und vorerschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Heimarbeit, im Boten- und Befindebedienst.

Sie fordert ferner die Parteigenossen in Stadt und Land auf, in der Befestigung der Kindererwerbsarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Kinder von jeder Erwerbsarbeit fernhalten und vor allem auch beim Austragen der Parteipresse jeder Verwendung von Kindern unter 14 Jahren unmissverständlich entgegenstehen.

In der Erkenntnis, daß, so schädlich auch die Erwerbsarbeit durch ihre Einseitigkeit, ihre Tendenz zur Überanstrengung, ihre sittlichen Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder ist, doch der Handarbeit als solcher ein hoher erzieherischer Wert innewohnt, fordert die Frauenkonferenz unsere Vertreter in Landtagen und Kommunen auf, überall mit aller Energie auf Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichts in den Schulen hinzuwirken.

Die „Beschwerdekommissionen“, die zur Durchführung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen von 50 Orten Deutschlands von den sozialdemokratischen Frauenorganisationen meist gemeinsam mit den Gewerkschaftskartellen errichtet sind, empfiehlt Genossin Hanna besonders dringlicher Förderung, weil in Industriebetrieben mit Frauenarbeit noch gar zu viel wider die Schutzgesetze gesündigt werde. Die Arbeiterinnen bekämen nicht die Rechtskenntnisse, das Geschick und den Mut, um ihre Interessen genügend selbst zu verteidigen; auch sei die Gefahr der Mißregelung für die einzelne Arbeiterin, die sich beschwere, zu groß. Hier hätten die Beschwerdekommissionen eine wirklich brennende Aufgabe zu erfüllen.

Über die Frauen und die Gemeindepolitik sprach zum Schluß der Konferenz Frau Weyl-Berlin. Seit 15 Jahren biete sich den Frauen in Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden ein weites Tätigkeitsfeld, z. B. in der Kranken-, Schwangeren- und Säuglingsfürsorge. Ferner mühten sich die Frauen um die Kinderhorte, um die Schulartzfrage, die Schulpflicht und die Wohnungsfrage kümmern. 1909 waren 11 900 Frauen in der Gemeinde-Wohlfahrtspflege neben 33 800 Männern beschäftigt; aber nur in 53 Gemeinden in oberen Verwaltungsbehörden. Also sei noch viel Feld zu erobern und zu beackern. Eine Resolution bewegt sich in diesem Sinne und stipuliert in der Forderung des allgemeinen gleichen Gemeindegewaltrechts auch für die Frauen.

Aus den Verhandlungen des Vereins „Arbeiterpresse“, dessen 12. Generalversammlung gleichzeitig mit dem Parteitag von etwa 200 Mitgliedern abgehalten wurde, ist der Beschluß zu vermerken, daß in den Anstellungsbedingungen und -verträgen des Vereins für die erste Gruppe (Redakteure und Berichterstatter) das Mindestgehalt von 1800 auf 2200 M. jährlich herauszusetzen und als obere Grenze nicht mehr 3600, sondern 4200 M. einzustellen sei. Die Gehaltssteigerungen sollen sich in Jahresstufen von 120 M. vollziehen. Zur Ferienordnung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß nach fünfjähriger Angestellten-tätigkeit in der Arbeiterbewegung drei Wochen Ferien gewährt werden sollen. Zur Durchführung dieser Reformen soll der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ mit den zuständigen Stellen in Verbindung treten.

Soziale Zustände.

Britische und deutsche Arbeitslöhne.

Von Arbeitersekretär Anton Erkelenz-Berlin.

Über die Löhne der britischen Arbeiter im Gegensatz zu deutschen Löhnen bestehen bei uns noch recht unzutreffende Vorstellungen. Vor dreißig und vierzig Jahren war freilich der Unterschied zwischen britischen und deutschen Löhnen erheblich. Und der deutsche Arbeiter durfte mit Recht träumen von einem Arbeiterparadies jenseits des Kanals. Seitdem aber sind die deutschen Löhne stärker gestiegen als die britischen. Ja, seit 1900 haben die britischen Löhne einen Rückgang erfahren, während die deutschen gestiegen sind. Das verhinderte aber nicht, daß von Leuten, die gern in alten Gedankengängen leben, vor kurzem noch Statistiken aufgemacht wurden, die die Höhe der britischen Löhne ungehörig hervorhoben.

Es ist recht schwierig, Lohnstatistiken aus Großbritannien und Deutschland einander gegenüber zu stellen. Die deutsche Lohnstatistik liegt noch sehr im Argen, während in England sowohl die Gewerksvereine als die Regierungsbehörden auf Lohnnachweisungen einen großen Wert legen. Die Sache ist drüber auch leichter, da das erheblich weiter ausgebildete Tarifvertragswesen für den größeren Teil der Städte „Standardlöhne“ kennt, die einen guten Überblick über den Stunden-, Tages- oder Wochenverdienst eines Arbeiters von durchschnittlicher Geschicklichkeit in den einzelnen Ge-

werbezweigen geben. Darüber hinaus veranstaltet das Board of Trade öfter umfassende Untersuchungen über Rektordienst der Arbeiter in den einzelnen Branchen. Daß auch die Verhältnisse in denselben Industriezweigen hüben und drüben oft verschieden sind, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Die nachfolgenden Zusammenstellungen haben deshalb mehr die Absicht, den allgemeinen Stand der britischen Löhne gegenüber den deutschen aufzuzeigen. Es kann nicht in Frage kommen, die Dinge bis in die Einzelheiten der Gewerbe darzustellen. Da die Eisenbahnerbewegung jüngst im Vordergrund stand, mögen die Verdienste dieser Arbeitergruppe in England und Wales im Vergleiche zu Preußen die Gegenüberstellung eröffnen.

Die Eisenbahnen in England sind im Privatbesitz. Die Arbeiter und Angestellten empfangen keine Jahresgehälter, sondern nur Wochenlöhne, die eine bestimmte Arbeitszeit voraussetzen. Diese schwankt meist zwischen 54 und 60 Stunden in der Woche. Es kommen als direkt im Betrieb beschäftigt 320 000 Eisenbahner in Betracht gegen etwa 280 000 Eisenbahnbeamte in Deutschland. Die amtliche Statistik gibt für 1909 einen Durchschnittswochenlohn von 25,80 *M* in England und Wales an. Was die nachfolgenden Vergleiche betrifft, so sei noch erwähnt, daß die preussischen Zahlen sich teils nach dem Etatsvoranschlag für 1911, teils nach den tatsächlich gezahlten Löhnen für 1909 ergeben, während die Löhne für England und Wales nach einer von dem Eisenbahnergewerkverein (Amalgamated Society of Railway Servants) 1907 aufgenommenen Statistik angegeben sind. Es verdienen in der Woche:

	England und Wales <i>M</i>	Preußen <i>M</i>
Lokomotivführer	39,48	39,67
Zugführer	26,24	33,38
Wagenmeister, Unterassistent	27,16	32,86
Lokomotivheizer	24,50	25,13
Wagenwärter, Weichensteller	24,16	24,88
Brückenwärter, Stationskassierer	17,66	28,88
Schaffner	22,00	28,48
Bahnwärter	—	22,97
Silfskräfte im Lokomotivdienst	14,64	17,94
Betriebsarbeiter	18,64	19,56
Bahnunterhaltungsarbeiter	24,80	16,00

Bei diesen Vergleichen wolle man beachten, daß die englischen Eisenbahnangestellten fast niemals Pensionsansprüche haben, es sei denn, sie hätten sich solche durch eigene Beiträge erworben. Demgegenüber haben sie für Überzeitarbeit meist besondere Lohnansprüche, die der im Gehalt stehende deutsche Eisenbahnbeamte nicht hat. Materialersparnisprämien sind weder für England noch für Preußen miteingerechnet. Die im festen Beamtenverhältnis stehenden preussischen Eisenbahnangestellten erhalten außerdem noch Wohnungsgelder.

Möbelstischler. Da in Deutschland eine allgemeine Tendenz besteht, die Löhne nach der Einwohnerzahl der Stadt etwas abzustufen, mögen für die folgenden Gewerbe die Löhne in Städten mit annähernd gleicher Einwohnerzahl verglichen werden.

Großbritannien				Deutschland			
Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Ein- sten- lohn %	Arbeitszeit die Woche	Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Ein- sten- lohn %	Arbeitszeit die Woche
London	7500000	84	50-52 1/2	Berlin	8000000	53	51
Manchester	—	—	—	Leipzig	587000	57	52
mit Salford	900000	76	48-58	Breslau	511000	48	53
Birmingham	564000	68	54	München	595000	52	58
Glasgow	900000	60-68	51	Hamburg	982000	58	52
Liverpool	760000	80	47-54	Düsseldorf	357000	58	54
Bristol	378000	56-64	51	Magdeburg	279000	49 1/2	53
Bradford	293000	62	54	Hannover	302000	52	54
Newcastle	281000	76	50	Halle	180000	48	55
Bolton	188000	71	53-54	Bremen	246000	?	53
Leicester	244000	68-72	53 1/2	Lübeck	98000	54-60	55
Gallifay	111000	64-68	53	Görlitz	86000	42	58 1/2
Swansea	98000	64	54	Hagen	89000	56-60	56
Huddersfield	94000	60	54				

Die englischen Löhne sind den Berichten des Board of Trade, die deutschen den neueren Tarifverträgen entnommen. Für Zimmerer und Pauschreiner, die in England meist zusammen organisiert sind, sind, laut den Jahresberichten der in Betracht kommenden Gewer-

vereine, die Arbeitszeiten für die Woche im Sommer um 2—3, im Winter oft um 8—10 Stunden geringer. Die Löhne sind um 2—6—8 % höher, während, soweit die Tarifverträge erkennen lassen, bei uns die Unterschiede der Löhne zwischen Möbel- und Bautischlern nicht erheblich sind. Ein erheblicher Unterschied muß noch beachtet werden. Die englischen Löhne sind Standardlöhne, während es sich bei den deutschen Löhnen um Mindestlöhne handelt. Es dürften also die tatsächlichen deutschen Löhne höher sein.

Maurer. Die Zahlen für Deutschland sind entnommen der Statistik des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und fußen auf den im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträgen. Die englischen Zahlen stammen aus der amtlichen Statistik zum 1. Januar 1911.

Großbritannien				Deutschland			
Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Lohn für Maurer die Stunde	Arbeitszeit die Woche im Sommer	Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Lohn für Maurer die Stunde	Arbeitszeit die Woche im Sommer
Dundee	170000	76	44-48 50-55	Danzig	170847	58	42
Edinburgh	148000	80	52 54 1/2	Posen	156696	56	—
Leeds	490000	76	52 49 1/2	Breslau	511891	58	48 9 1/2
Leicester	244000	72	52 53	Stettin	286145	58	— 9 1/2
Bradford	298000	72	48 49 1/2	Magdeburg	280000	56-59	43-47 9 1/2
Gallifay	111000	72	48 49 1/2	Erfurt	111000	58	48
Aberdeen	182000	64	36-44 51	Halle	180000	60	50
Burnley	106000	76	48 49 1/2	Saarbrücken	105000	55	41
Bristol	378000	72	48 58	Kürnberg	882000	62	49 9 1/2
Scheffeld	470000	76	44-48 49 1/2	Dresden	546000	64	58
Manchester	685000	80	48 54 1/2	Leipzig	587000	70	54
Nottingham	268000	72-76	52 51 1/2	Chemnitz	287000	55-56	46
Plymouth	124000	64	40 53	Plauen	121000	58	42
Bradford	298000	72	48 49 1/2	Stuttgart	285000	59-61	43-47
Southampton	124000	64	40 58	Karlsruhe	184000	58	42
Glasgow	900000	76	?	Hamburg	982000	85	— 9
Bolton	188000	80	?	Strasbourg	178000	56	48

Schiffsticker.

Großbritannien				Deutschland			
Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Lohn für die Woche	Arbeitszeit die Woche	Name der Stadt	Ein- wohner- zahl	Lohn für die Woche	Arbeitszeit die Woche
London	7500000	—	—	Berlin	8000000	31,25	58 1/2
Manchester	685000	43,48	48	Leipzig	587000	30,00	—
Birmingham	564000	45,00	48	Breslau	511000	28,75	—
Glasgow	900000	47,48	45	Hamburg	982000	31,25	—
Bolton	188000	35,00	52	Halle	180000	27,50	—
Bristol	378000	40,00	51	Düsseldorf	357000	28,75	—
Newcastle	281000	42,00	50	Hannover	302000	28,75	—
Leeds	490000	46,00	48	Dresden	546000	29,37	—
Middlesborough	106000	35,00	52	Mülheim	—	—	—
Bradford	298000	42,00	50	Stuhr	112000	27,50	—
Cardiff	195000	42,00	50	Stuttgart	285000	29,37	—
Swansea	98000	32,43	52 1/2	Kiel	211000	30,00	—
Nottingham	268000	39,00	50	Rugsburg	102000	27,50	—
Edinburgh	144000	34,00	51 1/2	Chemnitz	287000	28,13	—
Leicester	244000	40,00	48	Karlsruhe	184000	28,75	—
				Stettin	286145	28,13	—

Zu dieser Gegenüberstellung ist zu bemerken, daß ebenso wie bei den Maurern die britischen Löhne Standardlöhne darstellen, also für bessere Arbeiter mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit gelten, während die deutschen Löhne die Mindestlöhne des Tarifs für Schriftsticker über 24 Jahre sind. Die wirklichen Löhne werden in Deutschland höher sein. Die britischen Löhne von 40 *M* die Woche und mehr beziehen sich auf Seher in den Druckereien der Morgenblätter, die unter 40 *M* auf Seher bei Abendblättern. Die deutschen Löhne in den Druckereien der Morgenblätter haben zu den obigen Löhnen gemäß § 6 des Tarifvertrags besondere Zuschläge zu verlangen. Eine genauere Statistik darüber ist mir nicht zugänglich.

Malergesellen. Für dieselben Städte, wie in der vorigen Zusammenstellung sind die Löhne und Arbeitszeiten für Malergesellen folgendermaßen tariflich festgelegt.

Großbritannien			Deutschland		
Name der Stadt	Lohn die Stunde	Arbeitszeit die Woche	Name der Stadt	Lohn die Stunde	Arbeitszeit die Woche
London . . .	68—72	50	Berlin . . .	70	54
Manchester . .	72	52	Leipzig . . .	62	54
Birmingham .	68	56 1/2	Breslau . . .	47	60
Glasgow . . .	72	51	Hamburg . . .	69	54
Bolton . . .	72	51 1/2	Halle . . .	53	57
Bristol . . .	68	58	Düsseldorf . .	56	54
Newcastle . .	68	50	Hannover . . .	55	54
Leeds . . .	64	50	Dresden . . .	60	57
Widderborough .	64	52—53	Mülheim, Ruhr .	?	?
Bradford . . .	64	52	Stuttgart . . .	55	56 1/2
Cardiff . . .	64	54	Riel . . .	62	54
Swansea . . .	64	54	Mugsburg . . .	44	57
Nottingham . .	68	54	Chemnitz . . .	52	57
Oldham . . .	68	54	Karlsruhe . . .	50	57
Leicester . . .	64	56 1/2	Stettin . . .	52	57

Auch hier sind die britischen Löhne Standardlöhne, was annähernd dem deutschen Begriffe „Durchschnittslohn“ entspricht, während die deutschen Löhne tariflich festgelegt sind für Malergehilfen über 20 Jahre und zwar als Mindestlöhne. Noch mehr als die andern läßt diese Tabelle erkennen, daß die britischen Löhne gleichmäßiger sind in allen Landesteilen als die deutschen.

Waren in den bisher genannten Gewerben auch für Deutschland Lohnnachweisungen vorhanden, die verhältnismäßig gute Anhaltspunkte für den Vergleich mit Großbritannien gestatteten, so ist das für die nachfolgenden Gewerbe weniger der Fall.

Die Textilindustrie gehört zu den Gewerben, in denen Großbritannien auch heute noch der amerikanischen und deutschen Konkurrenz weit überlegen ist. Die englischen Textildistrikte in Lancashire machen gegenüber den deutschen Textilgebieten auch äußerlich den Eindruck der Wohlhabenheit. Der Durchschnittsverdienst eines britischen Baumwollspinners beträgt

bei Garnen unter Nr. 40 . . .	38,48 M die Woche
„ „ über Nr. 40 bis 80 . . .	42,00 „ „
„ „ „ Nr. 80 . . .	46,00 „ „

Weber verdienen durchschnittlich 24,88 M die Woche. In den einzelnen Landesteilen sind die Löhne verschieden. Im Oldham-Distrikt verdient der Spinner nach obiger Einteilung zwischen 41,64 bis 42,88 M. In Bolton zwischen 44,16 bis 47,48 M. In Stockport zwischen 37,40 bis 49,32 M. Der Durchschnittsverdienst für Frauen in der britischen Baumwollindustrie ist 18,64 M und schwankt zwischen 15,08 bis 25,24 M.

Die deutschen Löhne sind demgegenüber erheblich niedriger. Bei diesem Urteil ist man ja zumeist angewiesen auf die Lohnzahlen der Unfallberufsgenossenschaften. Die Verdienste betragen:

	im Jahr	in der Woche
Leinenindustrie-Berufsgenossenschaft . .	818,00	15,73
Norddeutsche Textil- . .	829,63	15,95
Süddeutsche . .	768,83	14,78
Schlesische . .	614,91	11,83
Eisab-Votfr. . .	777,44	14,95
Rhein-Wesf. . .	912,13	17,95
Sächsisch . .	762,68	14,66

Der deutsche Textilarbeiterverband hat eine der besten Lohnstatistiken von denen, die mir in den Gewerksvereinen und Gewerkschaften Deutschlands bekannt sind, wenn schon die Ergebnisse auch noch nicht unbedingt zuverlässig sind. Aus ihr mögen entnommen werden ein paar Ziffern über die Löhne in Chemnitz und Grimmitzschau. Es verdienten im zweiten Vierteljahr 1910 in der Woche:

Chemnitz: Spinner männlich 21,38 M, Weber männlich 26,38 M
weiblich 12,78 „ weiblich 12,88 „
Grimmitzschau: Spinner männlich 17,30 „ Weber männlich 22,14 „
weiblich 11,31 „ weiblich 11,92 „

Diese Zahlen bestätigen zunächst die bekannte Tatsache, daß in Großbritannien der Spinner, in Deutschland der Weber höhere Löhne hat. Sie beweisen ferner, daß die Löhne des britischen Spinners doppelt und mehr als doppelt so hoch sind als die seines deutschen Kollegen, während der deutsche Weber dem britischen allmählich näher kommt. Auch die Verdienste der Frauen bräuen sich den unseren noch sehr weit voraus. Vergleicht man die Durchschnittslohndifferenzen der deutschen Berufsgenossenschaften mit den britischen Durchschnittslöhnen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollbranche, so steht der Dritte um rund 40 v. H. höher.

rinnen der Baumwollbranche, so steht der Dritte um rund 40 v. H. höher.

Vom Maschinenbau und der Metallindustrie Deutschlands fehlen Lohnziffern, die auf eine gewisse Allgemeingültigkeit Anspruch haben, fast völlig. Bei einer Statistik für Formier, die der Metallarbeiterverband 1902 aufnahm, wurden für folgende Städte bei Allorarbeit nachstehende Wochen durchschnittslöhne festgestellt:

	Berlin	Leipzig	Hamburg
Sandformer . . .	81,56 M	28,75 M	81,54 M
Lehmformer . . .	88,84 „	—	85,55 „
Stahlformer . . .	82,21 „	89,83 „	—

Heute dürften die Löhne etwas höher sein. Der Stand der Löhne für die drei größten Städte Großbritanniens zum 1. Januar 1911 ist folgender:

London . . .	Lehmformer 48 M	Sandformer 41 M
Manchester . . .	41,00 M	—
Glasgow . . .	86,75 „	—

Den Seeschiffswerften Deutschlands wurden bei den neueren Bewegungen Forderungen vorgelegt auf Festsetzung von Mindestlöhnen für neu eingestellte Arbeiter. Mangels einer genaueren Lohnstatistik mögen diese Einstellungslohn einen ungefähren Anhalt abgeben für die Verhältnisse der deutschen Schiffbauer gegenüber den britischen Schiffbauarbeitern, wobei man beachten muß, daß die wirklichen Verdienste der Werftarbeiter zum Teil erheblich höher sein werden als diese „Einstellungslohn“. Es wurden als Stundelöhne gefordert für:

	Duisburg-Essen	Schiffbau-Elbing
Rieter-Helfer . . .	88 M	80 M
Schmiede im Schiffbau . . .	40 „	85 „
Werkzeugschlosser . . .	42 „	88 „
Kesselschmiede . . .	86 „	85 „
Schlosser im Schiffbau . . .	86 „	88 „
Drehler . . .	88 „	?

Demgegenüber beträgt der Standard-Stundenlohn am Clyde in Glasgow nach den übereinstimmenden Angaben des Board of Trade und des Gewerksvereins der Schiffbauer 67 bis 71 M, am Tyne in Newcastle 69 bis 75 M. Es dürfte also unter Berücksichtigung aller Umstände Tatsache sein, was mir der Unternahmerverbandssekretär der Schiffbauindustriellen sagte, daß im deutschen Schiffbau die Löhne um 20 bis 25 v. H. niedriger sind als in England.

* * *

Damit mag die Darstellung abgebrochen sein, da das deutsche Material weitere Vergleiche kaum zuläßt. Man darf aus dem Gesagten schlussfolgern, daß die britischen Eisenbahner schlechteren Verdienst haben als die preussischen. Im Buchdruckgewerbe kommen die tatsächlichen deutschen Löhne den britischen nahe. Ähnliches gilt für das Malergewerbe, soweit die deutschen Großstädte in Frage stehen. Die Tischler Deutschlands stehen noch etwas unter den britischen Fachgenossen, aber nur wenig. Der britische Maurer steht durchschnittlich 10 bis 15 v. H. höher als der deutsche, jedoch hat Hamburg den britischen Bricklayer bereits überholt. Der Former und — wenn man auch mangels genügender Unterlage das nicht zahlenmäßig beweisen kann — der Maschinenbauer in den deutschen Großstädten steht im allgemeinen mit dem englischen Maschinenbauer fast gleich und dürfte ihn, soweit Berlin in Frage steht, nicht selten übertreffen. Auch der Ruhr-Bergarbeiter ist nicht allzu weit mehr vom britischen Miner entfernt. Der britische Schiffbauer hat dagegen noch einen weiten Vorsprung vor dem deutschen Werftarbeiter. Ebenso ist sicher, daß auch der britische Fächtenarbeiter weitaus besser steht als der deutsche. Und der britische Textilarbeiter ist dem deutschen Spinner und Weber noch so weit voraus, daß es diesem zunächst als unmöglich erscheinen wird, den Vorsprung einzuholen. Gewiß kann man über diese Schlussergebnisse da und dort noch streiten. Aber daß der britische Arbeiter ganz allgemein besser entlohnt wird, ist für die Zukunft ein Märchen. Nur ist seine Arbeitszeit erheblich kürzer. Und — was nicht unwichtig ist: die britischen Löhne sind gleichmäßiger in Stadt und Land, während bei uns der Unterschied zwischen den Großstädten und den Kleinstädten noch recht erheblich ist.

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Bereinigungen zwischen dem Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Regulator“, das Fachblatt des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Maschinenbauer, (Nr. 37) und „Der deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, (Nr. 37) den Wortlaut einer taktischen Verständigung zwischen diesen beiden Metallarbeiterverbänden. Ersterer zählte am Ende des Jahres 1910: 33 963 Mitglieder, letzterer am Ende desselben Jahres 40 587. Ihnen steht auf freigewerkschaftlicher Seite der Metallarbeiterverband mit 464 016 Mitgliedern (Ende 1910) gegenüber. Anlaß und Ursache zu dem Abkommen der beiden Verbände legen die genannten Blätter in einer kurzen Einleitung, die dem Text der Vereinbarungen vorausgeschickt ist, dar. Es geht daraus hervor, daß dieses Abkommen sich als eine Sondervereinbarung der genannten Verbände auf der breiteren Basis allgemeiner Vereinbarungen aufbaut, die zwischen den Gesamtgruppen der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Gewerksvereine oder doch ihren Zentralleitungen bereits einige Zeit vorher getroffen worden sind. Es heißt in der gleichzeitig die Gründe darstellenden Veröffentlichung:

„Seit einer Reihe von Jahren haben sich hervorragende Sozialpolitiker bemüht, die scharfe Kampfesstellung zwischen beiden Organisationsrichtungen zu mildern und ein besseres Verhältnis zwischen den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen und den christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. Mehrere Verhandlungen der beteiligten Faktoren zeigten das Ergebnis, daß jede Organisation ihre absolute Selbstständigkeit zu wahren habe, in taktischen Fragen aber, bei Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen usw. gemeinsame Richtlinien festzulegen seien.“

Nachgehend war der Gedanke, daß trotz aller Gegensätze zwischen beiden Organisationsrichtungen in grundsätzlicher und organisatorischer Beziehung auch noch viele gemeinsame Berührungspunkte sozialer, volkswirtschaftlicher und nationaler Art vorhanden seien. Vor allem die terroristischen Monopolbestrebungen sozialdemokratischer Verbände auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, deren Ausschaltungsbestrebungen bei Abschließung von Tarifen und Verhandlungen bei Lohnkämpfen machen eine gemeinsame Abwehr im Interesse der Mitglieder beider Organisationen erforderlich. Nach mehreren Verhandlungen konnten von den Hauptvorständen beider Verbände auf einer Konferenz in Hannover Abmachungen getroffen werden, welche wir hiermit unseren Kollegen zur Kenntnis bringen. Dieselben haben folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Vereinbarungen, welche die Zentralleitungen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften getroffen haben, werden zwischen dem Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter und dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands nachfolgende Sonderbestimmungen vereinbart:

1. Im Interesse der Metallarbeiterschaft sollen bei Streiks und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen; insbesondere bei der einzuschlagenden Taktik, bei Beginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.

2. In Orten und Bezirken, wo die Mitgliederzahlen der beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Festlegung der Taktik diejenige Organisation das Bestimmungsrecht haben, welche die größte Mitgliederzahl aufweist und demgemäß die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch soll auf die Minderheit gebührend Rücksicht genommen werden.

3. Keiner der beiden Verbände soll dem anderen Teil bei Streiks oder Aussperrungen Schwierigkeiten bereiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Bewegungen, welche größere Dimensionen anzunehmen geeignet sind, sollen sich vorher außer den Bezirksinsinzen die Hauptleitungen beider Verbände verständigen.

4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig erfolgen, und es haben die Hauptvorstände von Fall zu Fall Höhe und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzusetzen.

5. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegnerischer Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.

6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen usw. betreibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten.

Angriffe persönlicher oder sachlich verletzender Art sollen sowohl in der mündlichen Agitation wie in den Verbandsorganen, Flugblättern usw. zwischen beiden Verbänden vermieden werden. Ebenso sind Auseinandersetzungen über grundsätzliche oder taktische Fragen mit parlamentarischem Zatte zu führen.

7. Bei Streitfällen mit anderen Organisationen soll entweder wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundliche Hilfeleistung geübt werden.

8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen wahrt jede Organisation ihre absolute Selbstständigkeit, es werden die grundsätzlichen und organisatorischen Verschiedenheiten der Organisationen in keiner Weise berührt. Eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.

9. Jede Organisation kann von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten. Jedoch hat die zurücktretende drei Monate vorher dem anderen Teile dieses schriftlich unter Darlegung der Gründe zur Kenntnis zu bringen.

10. Etwaige Differenzen über Nichterhaltung der getroffenen Vereinbarungen sollen durch die Hauptvorstände der beiden Verbände geprüft und für deren Befriedigung Sorge getragen werden.

Vorstehende Vereinbarungen treten mit dem 15. September 1911 in Kraft.

Hannover, den 30. August 1911.

Für den Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter:
B. Gleichauf. G. Hartmann. A. Strubelt.

Für den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands:
Fr. Wieber. Hirtfelder. Klotz.

Jeder Freund einer starken und besonnenen Gewerkschaftsbewegung wird diese Verständigung zweier der bedeutendsten Gewerkschaftsorganisationen außerhalb des freigewerkschaftlichen Lagers willkommen heißen, da unnützen Reibungen und Eifersüchteleien, die manchmal versplitternd und schwächend auf die gewerkschaftliche Aktionskraft der nicht-sozialdemokratischen Metallarbeiter wirkten, dadurch ein Ende gesetzt werden soll. Es kann nur im Interesse der sich emporringenden Arbeiterkraft liegen, wenn dieses Beispiel der taktischen Verständigung zwischen praktisch gleichstrebenden Organisationen auch in anderen Industrien Nachahmung findet. Je stärker sich die Arbeitgeber zusammenschließen und in Kartellverträgen Rückversicherungen schaffen, um so dringlicher ist auch für die Arbeiterschaft Einmütigkeit und Geschlossenheit im Handeln da, wo alle Arbeiter im Grunde das Gleiche wollen. Die grundsätzlichen Überzeugungen und letzten Ideale der einzelnen Gruppen, die in den verschiedenen Lagern oft verschieden lauten, werden durch solche taktischen Abkommen nicht geschädigt, ja nicht einmal berührt. Die in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse jüngst verbreitete Mär, als hätten die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften irgendwelche Vereinbarungen über allgemeine prinzipielle Fragen oder wohl gar ein politisches Abkommen für die kommenden Reichstagswahlen abgeschlossen, entbehrt, wie die Fachblätter der beiden Metallarbeiterverbände scharf betonen, jeglicher Unterlage. Vielmehr deuten diese Sinn und Bedeutung des Abkommens übereinstimmend so:

„Die getroffenen Vereinbarungen können, wenn von beiden Seiten, Mitgliedern wie Organisationsfunktionären, loyal gehalten, sehr zur wirksamen Interessenvertretung der Metallarbeiter beitragen. Auch hierbei kommt es nicht bloß auf den Wortlaut der Bestimmungen, sondern auf den Geist, in welchem dieselben beachtet und durchgeführt werden, an. In der Agitation und Gewinnung neuer Mitglieder sind keine Organisationsschranken gezogen, sondern die größte Freiheit vorbehalten, auch sollen keine grundsätzlichen Anschauungen verwischt werden. Aber auf Grund der Vereinbarungen können die Mitglieder beider Organisationen dem Terrorismus in den Werkstätten und Arbeitsplätzen gemeinsam und wirkungsvoller entgegentreten, als es bisher der Fall war.“

Es ist jetzt die Möglichkeit gegeben, daß bei kommenden Fällen die christlichen und Hirsch-Dunderschen Kollegen zusammenhalten und so in der Lage sind, ihre Rechte zu verteidigen und sich Geltung zu verschaffen.“

Unseres Wissens beziehen sich die Vereinbarungen zwischen dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und dem Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine auf drei Punkte: 1. Verständigung über Lohnbewegungen, 2. Verständigung über Wahlen für Arbeitervertretungen im Bereiche der sozialpolitischen Gesetzgebung, 3. Verständigung über Beschäftigung von Kongressen.

Eine Verschmelzung von Arbeiterverbänden der Tabakindustrie (Sp. 786) ist nun endgültig auf der Außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Zigarrenfortierier und Ristenfleber Deutschlands (Dresden, 4.—6. September 1911) beschlossen worden. Der letztere Verband tritt in den Deutschen Tabakarbeiterverband ein. Der Zigarrenfortiererverband zählte 1910 3090, der Tabakarbeiterverband 32 645 Mitglieder. Die Schwierigkeiten einer Verschmelzung lagen ausschließlich in dem sehr verschiedenartigen Unterstützungswesen beider Verbände, welches wiederum auf den Unterschied in Qualifiziertheit und Bezahlung der Arbeit der in den

beiden Verbänden Organisierten zurückzuführen war. Der Tabakarbeiterverband ist den Sortierern nun weit entgegengekommen, indem er das ganze durch die bisherigen Mehrleistungen der Sortierer entstandene Vermögen auf 6 Jahre hinaus den bisher im Sortiererverbande Organisierten zugute kommen und dann erst den völligen Vermögensübergang eintreten läßt. Der Verschmelzungsbeschuß wurde fast einstimmig gefaßt. Andere Gegenstände standen nicht auf der Tagesordnung der Generalversammlung.

21. **Verbandsstag des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten** (Berlin, 14. bis 16. September 1911). 149 Delegierte mit 889 Stimmen vertreten 89 538 Verbandsmitglieder; das Verbandsvermögen beträgt 2 150 000 M. Der Geschäftsbericht erwähnt, daß eine Erhebung bei den Mitgliedern keine Reigung für die Errichtung einer Krankenkasse durch den Verband ergeben habe wegen der zu hohen Beiträge; es sei aber gelungen, die Patria-Bank zur Übernahme der Versicherung zu bewegen; da indessen mit deren Bedingungen die Bezirksvereine durchweg unzufrieden seien, wird der Erwartung Ausdruck gegeben, die Postverwaltung möge sich durch Errichtung der Kasse den Dank der Postbeamten erwerben. Von den Vorträgen der Tagung ist der des Generalsekretärs Hubrich über die sozialen Fürsorgeeinrichtungen des Verbandes, ihren gegenwärtigen Stand und ihre künftigen Aufgaben zu erwähnen. Der zweite Tag galt Kommissionsitzungen. Am dritten Tage gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der von der am 10. März 1911 im Reichstag geforderten Denkschrift über die Neuorganisation des Personalwesens verlangt wird, daß sie, nachdem der Wirkungsbereich der Unterbeamten bereits erweitert und die höhere Postbeamtenlaufbahn neu geregelt sei, nun auch die Wünsche der mittleren Postbeamten erfüllen möge.

6. **Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands** (20. bis 22. August 1911 in München). Mitgliederzahl im Juli 1911: 5328 gegen 5107 Ende 1910. Verbandsvermögen: 69 000 M. Die Verhandlungen betrafen fast ausschließlich organisatorische Fragen; bemerkenswert ist der Beschluß, eine Militärunterstützung einzuführen.

Streiks und Aussperrungen.

Der **Abschluß der Arbeitskämpfe in der sächsischen Metallindustrie** ist gesichert. Nach zweimaligem Abbruch haben die seit Ende August in Leipzig schwebenden Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern in der sogen. freigewählten Kommission also glücklich doch noch zu einem Erfolge geführt. Allzu groß waren die eigentlichen Streitpunkte nicht gewesen, nur der kurzfristige Widerspruch der Metallindustriellen gegen das direkte Verhandeln mit den Organisationen und die Einmischung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen mit grundsätzlichen Rundgebungen haben den schnellen Abschluß der Verständigung, nach der die Metallindustrie in der gegenwärtigen Konjunktur und angesichts der Erschöpfung ihrer Streikentschädigungskassen im Vorjahre dringend verlangte, hinausgeschoben. Es war kein erhebendes Schauspiel, daß bei einem nüchternen Feilschgeschäft um wenige Pfennige nicht bloß einmal, sondern mehrere Male mit „60% Aussperrungen“, ja mit Generalaussperrung der Metallarbeiter durch ganz Deutschland gedroht wurde, ohne daß zuletzt noch jemand recht an den Ernst dieser Drohungen glauben konnte. Immerhin ist der kleine Streik der 450 Leipziger Gelbmetallarbeiter, der Anfang Juli ausbrach, doch durch diese Taktik der Arbeitgeberorganisation zu einer schwer beunruhigenden Kampffaktion aufgebaut worden und hat der sächsischen Metallindustrie infolge der Schreckschüsse der Teilaussperrungen zeitweilig 15 000–20 000 Arbeitskräfte entzogen. Das hätte wohl zum größten Teile vermieden und der ganze Zwist weniger kostspielig erledigt werden können. Alles das beeinträchtigt etwas die Genugtuung, daß das Verhandlungsprinzip auch in diesem Falle, trotz der ungünstigen Einfädelung des Verständigungsgeschäfts, doch letzten Endes zu einem friedlichen Siege geführt hat. Die nach dem Abbruch der Besprechungen am 7. September in der letzten Woche schriftlich weiter gesponnenen Verhandlungen haben (laut „Vorwärts“ vom 17. September) endgültig folgende Zugeständnisse und Vereinbarungen gezeitigt, die hinsichtlich der Giehereiarbeiterlöhne etwas von den bereits acht Tage zuvor festgelegten abweichen:

56stündige Arbeitszeit (Sonntags 8½, an den übrigen Tagen 9½ Stunden.) Bezahlung der Überzeitarbeit bis zu 2 Stunden über die regelmäßige Arbeitszeit mit 25 v. H., der darüber hinausgehenden Überzeitarbeit als Nachtarbeit mit 50 v. H. Zuschlag des Stundenlohnes für Lohn- und Akkordarbeiter. Möglichste Verkürzung der Arbeitszeit unter Vermeidung von Arbeiterentlassungen bei Eintritt schlechten Geschäftsganges.

Erhöhung der Stundenlöhne für Giehereiarbeiter in 4 Abstufungen von 6–8 M je nach der Lohnhöhe (das frühere Angebot lautete bei 5 Abstufungen 5–1 M die Stunde). — Vereinbarung von den

Leistungen entsprechenden Stundenlöhnen für Akkordarbeiter und Regelung und Berechnung der Akkordpreise nach dem Grundsatz, daß dem Arbeiter ein seinen Lohn übersteigender Verdienst bleibt. — Bezahlung des Wartens auf Arbeit im Lohn. — Freitags Lohnzahlung. — Gegenwärtig bestehende bessere Verhältnisse werden durch die Vereinbarung nicht berührt. — Die übrigen Bestimmungen betreffen innere Betriebsverhältnisse, Lieferung bestimmter Werkzeuge, Hebevorrichtungen, Schuß- und sanitäre Einrichtungen.

Auch die aus Sympathie für die Gießer streikenden Dreher und sonstigen Gelbmetallarbeiter sollen diese Zugeständnisse im allgemeinen genießen, nur ihr Lohn soll, abgesehen von einem Ausgleichspennig für die Arbeitszeitverkürzung unverändert bleiben. Trotz Unzufriedenheit der betroffenen Gruppe hat am 16. September eine von 600 Gelbmetallarbeitern besuchte Versammlung die Vorschläge der Arbeitgeber mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit ist der Kampf in der Leipziger Metallindustrie als beendet anzusehen. In Dresden und Chemnitz ist, wie berichtet, die Aussperrung bereits seit dem 13. September aufgehoben. Auch in Thüringen kommt die Arbeit wieder in Gang.

Der Streik der Berliner Elektromonteur (Sp. 1512) hat mit einer Niederlage der Arbeiter geendet, die am 18. September bedingungslos die Arbeit wieder aufnahmen, nachdem mit den meisten Firmen schon vorher eine Einigung herbeigeführt war und es sich schließlich nur noch um 4 kleinere Betriebe handelte.

Das **Ende der Aussperrung christlicher Tabakarbeiter am Rhein** (Sp. 1476) ist am 16. September durch Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der christlichen Tabakarbeiter herbeigeführt worden. Zu der geplanten Aussperrung der christlichen Tabakarbeiter ganz Westdeutschlands ist es also nicht gekommen. Die Bedingungen, unter denen am 18. September die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte, sind für die Arbeiter günstig.

Ein **Generalstreik in Bilbao** (Spanien), der sich vor allem auf die Bergwerke und Hütten erstreckt, aber auch industrielle Betriebe einschließlich Zeitungsdruckereien und alle Verkehrsmittel erfaßt hat, hat zu schweren Unruhen geführt; es wurden große Truppenmassen gegen die Arbeiter geschickt, und die Regierung will mit den ungewöhnlichsten Mitteln vorgehen, zu denen zunächst Belagerungszustand und strengste Zensur zählen. In Bilbao selbst droht Brotmangel; die Provinz wurde zum Teil in den Streik hineingezogen; ein Minenstreik in Asturien hat zur völligen Lahmlegung der Minen geführt. In Malaga ist es beim Streik der Trambahnen zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Die Arbeitskämpfe in Malaga und Asturien konnten indessen verhältnismäßig rasch beigelegt werden. Auch in Sevilla und San Sebastian besteht Reigung zum Generalstreik. Der tiefere Grund der von Bilbao ausgehenden Kämpfe liegt in der Intransigenz der Arbeitgeber, die sich die Zerstörung der Gewerkschaften zum Ziel gesetzt haben. Auch während des Kampfes zeigten sie kein Entgegenkommen, sondern beschloßen angesichts der großen Unruhen noch, die Streikenden zu entlassen und alle Errungenschaften früherer Streiks für hinfällig zu erklären. Natürlich wird die Erbitterung der Arbeiter durch einen solchen Beschluß in solcher Stunde nur vermehrt. Das scheint aber gerade die Absicht zu sein; man will die Regierung, mit deren Duldsamkeit man lange Zeit nicht zufrieden war und die im ersten Anfang des Streiks den Arbeitgebern zur Nachgiebigkeit geraten hatte in ihrem jetzigen scharfen Vorgehen bestärken, indem man den „revolutionären“ Charakter der Bewegung stark betont und ihm durch willkürliche Wehrung der Erbitterung erforderlichenfalls noch etwas nachhilft. Die derzeitige Nachgiebigkeit der Regierung den Unternehmern gegenüber ist wohl aus der politischen Situation zu erklären, in der sie sich nicht so mächtige Feinde hinzugewinnen will. Die Bevölkerung scheint indessen allgemein an die revolutionäre Natur des Streiks nicht zu glauben und hält deren immer wiederholte Betonung für eine unwahre Lanzierung der Interessenten. — Neuerdings hat die Streikbewegung auch Saragossa und Valencia ergriffen und droht vorerst mit dem Ausbruch eines Maurerstreiks auch nach Madrid überzuspringen. Kleineren Umfang haben Streiks in Suelva, Cadix, Gijón, Coruña, Ferrol und Vitoria.

Arbeiterschutz.

Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910.

Die Berichte bedeuten leider gegenüber den Vorjahren eine wesentliche Verschlechterung. Bereits seit einer Reihe von Jahren war in Sachsen eingeführt, daß nicht mehr die Aufsichtsbeamten selbst unmittelbar die Berichte erstatteten, sondern die fünf Kreishauptmann-

schaften die einlaufenden Berichte zusammenfassten und rebihierten. Das sollte die Überfichtlichkeit erhöhen, die aber auch jetzt noch durch die Zerteilung und durch die inzwischen eingeschobenen, statt am Schlusse zusammengefassten, Tabellen durchaus nicht erzielt ist. Aber die Bearbeitung durch die Kreishauptmannschaft raubt den sächsischen Berichten jede Spur von Anschaulichkeit, sie flehen durch sachliche Dürre und Trockenheit der Darstellung in unangenehmer Weise von den Berichten anderer Bundesstaaten ab. Die einzigen, denen eine persönliche Berichterstattung oblag, waren die weiblichen Beamten, und dem Berichte jeder Kreishauptmannschaft waren Sonderberichte der betreffenden Beamtin über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes angefügt. Diese Sonderberichte bildeten wahre Oasen in der Dürre des übrigen Bandes, und man fand dort eine Fülle guter Beobachtungen über Kinderschutz, Heimarbeit, Arbeiterinnenschutz. Jetzt aber sind auch diese Sonderberichte gestrichen worden, und die ganz vereinzelt mitgeteilten Bemerkungen aus dem besonderen Tätigkeitsbericht der Beamtinnen sind in die allgemeine trodene Zusammenfassung durch die Kreishauptmannschaften aufgenommen.

Der sächsische Gewerbeaufsicht waren im Berichtsjahr unterstellt 28 929 Betriebe mit insgesamt 735 925 Arbeitern. Davon gelangten zur Revision 26 619 Betriebe (74,7 v. H.) mit 657 866 Arbeitern (89,5 v. H.). Aus den Berichten geht fast übereinstimmend hervor, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit Fortschritte macht, namentlich hat die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen auf acht Stunden an den Vorabenden der Sonn- und Festtage dazu geführt, daß auch die Arbeiter der gemischten Betriebe diese Verfürzung der Arbeitszeit erlangt haben. Manche Unternehmer schließen unter Beschränkung der Mittagspause bereits in den frühen Nachmittagsstunden, vereinzelt wird auch bereits der Sonnabendnachmittag völlig freigegeben. Die Einführung der Neuordnung der Arbeiterinnenschutzgesetze mit dem 1. Januar 1910 hat sich im allgemeinen glatt vollzogen, nur in der Konfektions- und Schuhbranche sind Schwierigkeiten entstanden. Ebenso macht die Kontrolle über die Durchführung des § 137a betr. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause Schwierigkeiten, weil die Arbeiterinnen häufig mit den Arbeitgebern gemeinsame Sache machen, um das Verbot zu umgehen. Nur in Dresden findet die Vorschrift Beachtung, und die Neuordnung wird auch von den Arbeiterinnen als Besserung gegen früher empfunden. Eine beachtenswerte Beobachtung über den auch für den Arbeitgeber höchst zweifelhaften Wert der Nachtarbeit wird aus dem Bezirke Zwickau mitgeteilt. In den Gardinenfabriken besteht vielfach die Tag- und Nachtschicht. In neuerer Zeit zeigt sich nun das Bestreben, die beiden Zwölfstunden Schichten durch zwei Achtstundenschichten zu ersetzen, so daß die Betriebe von nachts 11 Uhr bis früh 6 Uhr ruhen. Hierdurch erfolgt zwar ein Ausfall in der Produktion, dafür aber eine Hebung der Qualität der Ware. Es kam früher vor, daß Weber während der Arbeit einschließen und die inzwischen ohne Aufsicht laufende Maschine völlig unbrauchbare Ware herstellte, also dem Arbeitgeber direkter Materialschaden zugefügt wurde.

Über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes wird allgemein zusammenfassend berichtet, daß den Beamtinnen, die mit der Kontrolle betraut sind, in den beteiligten Kreisen mehr Verständnis entgegengebracht werde als früher. Aus dem Bezirke Döbeln und benachbarten Städten, wo seit Jahren der Arbeit der Kinder in der Zigaretten-Heimindustrie besondere Beachtung geschenkt wurde, läßt sich seit 1904 ein starker, stetiger Rückgang der Kinderarbeit zahlenmäßig feststellen.

Das Wirtschaftsjahr 1910 stand in Sachsen im Zeichen der Hochkonjunktur. Die Arbeiterschaft hatte dadurch regelmäßig Beschäftigung, und es wurden auch Lohnerhöhungen erzielt. Trotzdem kann von einer Erhöhung der Lebenshaltung nicht gesprochen werden, da steigende Wohnungsmieten sowie Teuerung der Lebensmittel die Vorteile wieder aufhoben.

Eine Reihe kleinerer und größerer Streiks und Aussperrungen wurde durchgeschlagen, die meist ganzen oder teilweisen Erfolg für die Arbeiterschaft brachten. Am meisten in das Wirtschaftsleben einschneidend waren die umfangreichen Arbeitseinstellungen in 469 Betrieben der Schiffenstückerie. In einem Aufsichtsbereich wurden durch diesen Ausstand fast alle Betriebe der Kartonnagenindustrie in Mitleidenchaft gezogen.

Auch die Bauarbeiteraussperrung wird in den Berichten aus allen Kreishauptmannschaften erwähnt. Einschneidende Folgen für das Wirtschaftsleben hatte sie im Baugewerbe der ersten Hälfte des Jahres durch Störung im Baugewerbe die Steinbrüche

und Steinschleifereien ohne Beschäftigung waren. Es mußten daher Arbeiter entlassen werden, die zum Teil abwanderten. Als nach Beendigung der Aussperrung Aufträge in größerer Zahl eingingen, trat Arbeitermangel ein, der nach Ansicht der Gewerbeinspektoren sehr gut hätte von den abgewanderten Arbeitern gedeckt werden können.

In dem Kapitel über die Berufskrankheiten wird hauptsächlich auf die Gefahren der Bleivergiftung hingewiesen, die allerdings in erheblichem Maße nach wie vor besteht, namentlich für Lackierer und Schriftsetzer. Es wird darüber geklagt, daß Arbeiter die Vorschriften zum Schutze gegen Bleivergiftungen oft nicht beachten. Einige der Bleigefahr ausgesetzte Arbeiter wurden von den kontrollierenden Beamten betroffen, als sie mit ungewaschenen Händen ihr Frühstück verzehrten. Auf Vorhalt hin erklärten sie, das tue ihnen nichts. Doch wird in dem Bericht aus der Kreishauptmannschaft Dresden mit Recht auch darauf hingewiesen, daß die Unterschätzung der Bleigefahr durch die Arbeiter mit darauf zurückzuführen sei, daß die Betriebsinhaber es unterlassen, ihre Arbeiter auf die Bleigefahr und deren Verhütung aufmerksam zu machen. Die Aufsichtsbeamtin des Dresdner Bezirkes teilt noch mit, daß die Bearbeitung stark bleihaltiger Gegenstände auch in Heimbetrieben zu beobachten gewesen sei. Sie bemerkt dazu:

„Die für Fabriken vorgeschriebenen Maßnahmen zur Verhütung von Bleivergiftungen erscheinen in den Heimbetrieben undurchführbar. Ein Verbot dieser Heimarbeit wäre um so wünschenswerter, als in einzelnen Fällen auch größere Kinder mit dem Bemalen solcher Gegenstände beschäftigt werden.“

Was für rückständige Ansichten über das Arbeitsrecht teilweise noch bestehen, zeigen einige Mitteilungen aus Arbeitsordnungen. Wegen der neuen Vorschriften der Gewerbeordnung mußte darauf geachtet werden, ob die Arbeitsordnungen auch den neuen Bestimmungen entsprechend geändert wurden. Hierbei wurden recht merkwürdige Bestimmungen entdeckt.

So sollten nach der Arbeitsordnung einer Eiskofabrik jeder neu eintretenden Arbeiterin vom Lohne 15 M. in Wochenraten abgezogen werden und dem Arbeitgeber zufallen, wenn die Arbeiterin vor Ablauf von zwei Jahren den Betrieb verließ. Also eine Art Kautionsstellung und Konkurrenzklause! — Die Arbeitsordnung einer andern Firma enthielt die Bestimmung, daß die Arbeiter bei Betriebsstörungen keinen Lohn für die beschäftigungslose Zeit zu beanspruchen hätten, aber verpflichtet wären, die 14 tägige Kündigungsfrist einzuhalten. Eine andere Arbeitsordnung räumte nur dem Arbeitgeber das Recht ein, bei längere Zeit andauernden, durch höhere Gewalt verursachten Betriebsstörungen das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen. Also Aufhebung einer Grundregel, der gleichmäßigen Kündigungsfristen. Beide Arbeitsordnungen mußten dahin abgeändert werden, daß auch den Arbeitern in den bezeichneten Fällen das Recht zustehe, die Arbeit ohne Aufkündigung und vor Ablauf der vertragsmäßigen Kündigungsfrist zu verlassen.

Auch in zahlreichen anderen Fällen mußten Änderungen der Arbeitsordnungen bewirkt werden, um sie mit den geltenden Gesetzen in Einklang zu bringen.

Verbot der Frauen-Nachtarbeit in Belgien. Durch Gesetz vom 10. August 1911 hat jetzt auch Belgien das internationale Übereinkommen betr. Verbot der Frauen-Nachtarbeit ausgeführt. Das Gesetz gilt für alle Betriebe, die in der Regel mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, und hier für weibliche Arbeiter jeder Altersstufe. Es schreibt eine ununterbrochene Mindestruhezeit von 11 Stunden vor, in der die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens inbegriffen sein muß. Bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt kann die Verwaltungsbehörde Ausnahmen bewilligen; für Saisonindustrien sowie für Industrien, die mit leicht verderblichen Stoffen arbeiten, können durch königliches Dekret Ausnahmen gemacht werden. In den Saisonindustrien darf für 60 Tage im Jahre die Mindestruhezeit auf 10 Stunden verkürzt werden. Ehe ein solches Dekret erlassen wird, sind der oberste Arbeitsrat, die Medizinalbehörde, die örtlichen Organisationen der Industrie und der Arbeit um ihr Gutachten zu befragen. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1912 in Kraft treten, doch sind weitgehende Übergangsbestimmungen vorgeesehen. Für die Arbeiterinnen über 21 Jahre kann bis 1915 die Mindestruhezeit auf 10 Stunden verkürzt werden; für die erwachsenen Arbeiterinnen in der Woll-Kämmerei und -Spinnerei treten die Bestimmungen sogar erst mit dem 1. Januar 1920 in Kraft.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Die Bewegung der ausländischen Arbeiter in Deutschland während des Monats August. Von der Deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle-Berlin wird uns geschrieben:

War der Zuzug der ausländischen Arbeiter nach Deutschland schon im Monat Juli gering, so trug der Monat August im großen und ganzen sogar den Charakter der Rückwanderung. Besonders traf dies für die Arbeiter in der Landwirtschaft zu. Die anhaltende Dürre der letzten Monate brachte es mit sich, daß die Pflanzfrüchte in den meisten Gegenden Deutschlands etwa drei Wochen früher beendet war als in normalen Jahren. Erntearbeiten bis zum Beginn der Pflanzfrüchte waren in den landwirtschaftlichen Betrieben wenig vorhanden, und die Aussichten für die Kartoffel- und Rübenenernte sind ungünstig. Alles dieses veranlaßte die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in die Notlage, einen großen Teil ihrer ausländischen Leute vorzeitig zu entlassen. Nur wenige von diesen Entlassenen fanden gleich wieder an anderer Stelle Beschäftigung; die meisten fehlten schon jetzt in ihre Heimat zurück. Die Übersee-Auswanderung aus den Herkunftsländern der auswärtigen Arbeiter hielt an. Wenn sie sich auch gegenüber den Vormonaten verringert hat, so war sie doch noch immer so stark, daß der Arbeitsmarkt von ihr nicht unberührt blieb.

Bei den Wanderarbeitern aus Rußland kann von einem Zuzuge überhaupt keine Rede sein. Auf der ganzen ostpreussischen Grenzstrecke herrschte tiefe Stille. Die Nachfrage ruhte ebenso wie das Angebot. Zwar wurde hier und dort nach Kartoffelgräbern gefragt, aber bei den schlechten Aussichten der Kartoffelernte war die Nachfrage nur vereinzelt. Etwas lebhafter war es an der westpreussischen Grenze. Stellenweise zeigte sich hier ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften, dem aber nur eine geringe Nachfrage gegenüberstand. Die wegen der Dürre vorzeitig entlassenen Arbeiter gingen zum größten Teil über die Grenze zurück, um ihre eigene Kartoffelernte zu erledigen und dann noch einmal zur Pflanzfrüchte nach Deutschland zu kommen. Aufzufallen machte sich an dieser Grenzstrecke ein Abzug von Arbeitern nach den Grubenbezirken Frankreichs bemerkbar; eine zahlenmäßige Feststellung dieser Abwanderung war nicht zu erreichen. Auf der polnischen und schlesischen Grenzstrecke beobachtete man ebenfalls eine starke Rückwanderung der Arbeiter in die Heimat. Der sich an einigen Stellen zeigende Zuzug nach Deutschland war so gering, daß von einem solchen eigentlich nicht gesprochen werden kann.

Die Zuwanderung aus Galizien nach Deutschland hörte nicht nur fast ganz auf, sondern es machte sich sogar eine so frühzeitige Rückwanderung der landwirtschaftlichen Arbeiter bemerkbar, wie sie kaum in dem trockenen Jahr 1904 zu beobachten war. Dagegen hatte die Industrie, besonders der oberschlesischen Gruben und des sächsischen Braunkohlensreviers, lebhafteste Nachfrage nach Arbeitern. Die Deckung dieses Bedarfs war aber sehr schwierig, weil die galizischen Arbeiter im Sommer nur ungenügend Grubenarbeit unter Tage annehmen. Die Zuckerrübenfabriken werden deshalb ein großes Angebot haben, um so mehr, als die Galizier die Arbeiten in diesen Betrieben bevorzugen. Aus Ungarn machte sich ein nur ganz geringes Angebot bemerkbar, dem aber auch nur eine ebenso geringe Nachfrage gegenüberstand. Vor Mitte September wird in dieser Beziehung wohl kaum eine Änderung eintreten.

Die Zuwanderung der Italiener war sehr schwach. Wegen der in Italien bestehenden Choleraepidemie stellte die schweizerische Regierung der Durchwanderung große Schwierigkeiten entgegen. Beispielsweise passierten die Hauptübergangsstation Chiasso im August nur etwa 1700 Auswanderer. Von diesen zogen viele mit Weib und Kind nach Deutschland in feste Stellen, um auch über Winter dort zu bleiben. Der größte Teil ging aber nach Amerika und nach Frankreich. Viel stärker als die Zuwanderung war aber die Rückwanderung, da die Weinernte in Italien die Arbeiter in die Heimat rief. In Chiasso allein wurden etwa 2000 Mann gezählt.

Holländische Arbeiter holen sich ziemlich zahlreich an. Durch die Dürre kommt die Grummeternte in Holland in Wegfall, und die dort überschüssigen Kräfte kamen in Scharen nach Deutschland, wo sie aber nur wenig Nachfrage vorfanden. Auch industrielle Arbeiter, besonders Erd- und Fabrikarbeiter, suchten Beschäftigung, ohne ausreichend Aufnahme zu finden, während Grubenarbeiter unter Tage sehr gesucht, aber nur in kleiner Zahl gefunden wurden.

Aus Dänemark kamen nur wenige Arbeiter über die Grenze. Es zeigte sich hier weder ein bemerkbares Angebot noch eine erwähnenswerte Nachfrage.

Die staatliche Unterstützung der Arbeitsnachweisverbände in Preußen soll nach einer Verfügung des Handelsministers derart geregelt werden, daß der staatliche Beitrag unter der Bedingung gewährt wird, daß die betreffende Provinz, deren Provinzialverband eine Unterstützung beansprucht, den gleichen Zuschuß gewährt. Als Höchstsumme der Beihilfe sind 4000 M. festgesetzt worden. Sollte es den Provinzialverbänden nicht möglich sein, eine öffentliche Arbeitsnachweistätigkeit auf reeller Grundlage durchzuführen,

so will die Regierung selbst organisatorisch tätig werden, um dem Arbeitermangel auf dem Lande und in den kleinen Gemeinden zu steuern.

Die „Auslagen“ der gewerbmäßigen Stellenvermittler. § 5 Abs. 3 des Stellenvermittlergesetzes bestimmt, daß neben den — polizeilich festgesetzten — Gebühren Vergütungen anderer Art nicht erhoben werden dürfen und daß die Erstattung harter Auslagen nur insoweit gefordert werden darf, als sie auf Verlangen und nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber verwendet und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind. Es wird viel in den Zeitungen darüber geklagt, daß diese Bestimmungen dadurch umgangen werden, daß sich die Stellenvermittler in irgend einer Form Extravergütungen versprechen lassen. Über die Unzulässigkeit derartiger Verabredungen liegt jetzt ein bemerkenswertes Urteil des Kammergerichts vor. Eine Stellenvermittlerin hatte sich von einer Kundin, die ein Dienstmädchen haben wollte, die schriftliche Erklärung geben lassen, daß sie außer der Gebühr freiwillig 3 M. zahlen wolle für „Annoncen beim Mieten des Mädchens“. In dem Urteil wird ausgeführt: aus der oben wiedergegebenen Gesetzesbestimmung gehe hervor, daß es sich um ein Verlangen der Dienstbotensuchenden Person und um eine Vereinbarung mit dieser Person handeln müsse, welche den vorliegenden Einzelfall betreffe, und daß vereinbart werden müsse, was und wo z. B. inseriert werden solle. Und der letzte Teil des Absatzes sei nicht anders zu verstehen, als dahin, daß der Stellenvermittler verpflichtet sei, nachzuweisen in Hinblick auf den gegebenen Einzelfall, daß und in welcher Weise er dem Gesetz genügt habe und daß die und die Auslagen erwachsen seien für Besorgung gerade dieses Mädchens. Im vorliegenden Falle weder eine solche dem Gesetz genügende Vereinbarung vorgelegen, noch sei ein Nachweis geführt worden, wie das Gesetz ihn verlange.

Volks-erziehung.

Freiwillige Volksbildungsarbeit in Deutschland.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung beging ihre diesmalige Tagung vom 9. bis 11. September in Dresden mit besonderer Feierlichkeit, da es zugleich ein Rückblick war auf ihr 40 jähriges Bestehen. Die Gesellschaft ist aus den großen Ereignissen der Jahre 1870/71 entstanden. Sie hat in der Zeit ihres Bestehens u. a. für lokale Bildungsarbeit 742 435,60 M., für Volksbibliotheken und Verbreitung guter Bücher 1 743 935,65 M., für öffentliche Vorträge 428 559,07 M., für Lichtbilder, Projektions- und Demonstrationsapparate 128 671,73 M., für ihre Zeitschrift 257 487,44 M. ausgegeben; sie stellt mit Einschluß der Ridert-Stiftung, mit einem Vermögen von 845 000 M., einer Einnahme und Ausgabe von etwa einer halben Million, einem Mitgliederbestande von 13 148 (darunter 7520 Körperchaften), einem großen Büchervorrat und einer umfangreichen Sammlung von Apparaten, Lichtbildern, kinematographischen Einrichtungen usw. eine umfassende Organisation zur Förderung der Volksbildung dar.

Die Hauptarbeit der Gesellschaft liegt nach dem für 1910 erstatteten Geschäftsbericht in der Gründung und Erweiterung von Volks-, Vereins- und Schulbibliotheken. Ein besonders wertvoller Zweig dieser Bibliothekseinrichtungen sind die Wanderbibliotheken, welche die stärkste Verbreitung guter Literatur durch den Austausch der Bücherschätze ermöglichen. Gegenwärtig kursieren in den Wanderbibliotheken der Gesellschaft über 220 000 Bücher, die bei der Beschaffung einen Ladenpreis von 600 000 M. hatten. Andere wichtige Zweige des Bibliotheks- und Ausleihwesens sind die Soldaten- und Wachstubenbibliotheken, sowie die Lichtbilder-Verleihanstalten. Auch dem Vortragswesen widmete die Hauptgesellschaft sowie ihre örtlichen Vereine Aufmerksamkeit. Das im Jahre 1907 von der Schiller-Theater-Gesellschaft und der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ins Leben gerufene Märktische Wandertheater, das seit dem 25. April 1908 als gemeinnützige Aktiengesellschaft selbständig weitergeführt wird, mußte im Winter 1910/11 ein zweites Ensemble bilden und auf die Reise senden; es hat im letzten Spieljahr an 82 Orten 303 Vorstellungen gegeben.

Der diesmaligen Tagung wohnten zahlreiche offizielle Vertreter von staatlichen und städtischen Behörden sowie von wissenschaftlichen und gemeinnützigen Korporationen bei. Nachdem die zahlreichen Begrüßungsansprachen erledigt waren, drehten sich die Beratungen hauptsächlich um Fragen der Zusammenfassung der freiwilligen Volksbildungsbestrebungen. Bürgermeister Dr. Weinreich (Niedorf) sprach über die Aufgaben der Gemeinden hierbei. Die Gemeinde habe das Erziehungswesen nicht nur in

Volkschule und Fortbildungsschule, sondern auch weiter für die Erwachsenen zu pflegen. Die Tätigkeit der Gemeinde auf diesem Gebiete könne eine lediglich unterstützende bleiben in allen den Orten, in denen eine umfassende Tätigkeit der Bildungsvereine stattfindet. Wo dies nicht in hinreichendem Maße der Fall ist, wie z. B. in den großen Industriezentren, müsse sie selbst die Bildungspflege nach einem geordneten Plane und unter regelmäßiger Bereitstellung städtischer Mittel in die Hand nehmen.

Professor Dr. Eugen Wolff (Kiel) und Generalsekretär J. Zewes (Berlin) hielten Vorträge über die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der freiwilligen Volksbildungsbestrebungen, wodurch der Zersplitterung vorgebeugt und die Leistungsfähigkeit erhöht werden kann. Ein Zusammenschluß ermögliche nicht nur die Gewinnung neuer Bildungsmittel, sondern mehr noch die Übernahme neuer, dringender Aufgaben der deutschen Volksbildung, wie sie namentlich die Jugendpflege, die staatsbürgerliche Erziehung, der Kampf gegen Schmutz und Schund, die Heimatpflege, die Organisation der Vortragsvermittlung, die Ausdehnung der Volkshochschulkurse u. a. m. darstellen. Wie ein solcher Zusammenschluß mit Erfolg bereits praktisch durchgeführt sei, wurde aus den Provinzen Posen und Oberschlesien, ferner aus örtlichen Erfahrungen in Kiel, Landsberg a. W., Leipzig, Dresden u. a. berichtet. Die nächste auf der Tagesordnung stehende Vortragsgruppe umfaßte das Thema: Die Zusammenfassung einzelner Einrichtungen und Veranstellungen der freiwilligen Volksbildungsarbeit. Hierbei wurde von verschiedenen Rednern das gemeinsame Vorgehen zur Veranstellung musikalischer Aufführungen, Vorträge, Unterrichtskurse geschildert; auch bei Wanderbibliotheken und dem Ausleihen von Apparaten für Wander-Kinematographen-Theater sei der Kosten wegen eine Zusammenfassung der Kräfte notwendig.

8-Uhr-Abendschluß der Fortbildungsschule in Preußen. Amtlich wird geschrieben: In der Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens sieht die königliche Staatsregierung eine besonders wichtige Aufgabe im Interesse der gedeihlichen Entwicklung des heimischen Handwerks. Zu diesem Zwecke erstrebt der preussische Handelsminister eine Ordnung des Fortbildungsschulunterrichts, durch die eine volle Erreichung der unterrichtlichen Tätigkeit gesichert werden kann. Es wird deshalb erhebliches Gewicht darauf gelegt, daß sich der Unterricht an den Fortbildungsschulen nicht über 8 Uhr abends ausdehnt. Um dieser Forderung Nachdruck zu geben, wird die Bewilligung von Staatszuschüssen von der Festsetzung der Unterrichtszeit nach Maßgabe der ministeriellen Anordnungen abhängig gemacht.

Volksgeundheit.

Der 3. internationale Kongreß für Säuglingschutz

sand vom 11. bis 15. Sept. in Berlin im Reichstagsgebäude statt. Das Protokollat über den Kongreß hatte die Kaiserin übernommen. Zur Vorbereitung war ein Ehrenausschuß sowie ein großer Organisationsausschuß gebildet worden, dem eine Reihe führender Persönlichkeiten aus dem Gebiete der Wissenschaft, Wohlfahrtspflege, des industriellen Lebens sowie Vertreter staatlicher und städtischer Behörden angehörten. In ähnlicher Weise setzte sich auch der Kongreß selbst zusammen, zu dem sich gegen 900 Teilnehmer eingeschrieben hatten. Darunter waren etwa 30 deutsche und 50 ausländische staatliche Körperschaften offiziell vertreten.

Die Verhandlungen wurden in den allgemeinen Kongreßsitzungen sowie in Beratungen verschiedener Abteilungen geführt. Die Begrüßungsrede hielt im Beisein der Kaiserin der preussische Minister des Innern v. Dallwitz. Er wies auf die für Deutschland bestehenden hohen Ziffern der Säuglingssterblichkeit hin, die erst in den allerletzten Jahren, dank dem von allen Seiten aufgenommenen Kampfe gegen dies Übel, einen Rückgang erfahren. Die hohe Säuglingssterblichkeit hänge teilweise mit der industriellen Entwicklung zusammen. Der Zudrang nach den Großstädten, die Anhäufung zahlreicher Menschenmassen in neu sich bildenden Industriezentren, die Art ihrer Unterbringung und Beschäftigung und die Veranziehung auch des weiblichen Elements zur Fabrik- und Bureauarbeit habe mancherlei Unzuträglichkeiten und Mißstände im Gefolge gehabt, denen durch die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung nicht rechtzeitig vorgebeugt worden sei. (Wenn der offizielle Vertreter der Regierung hier mit Recht alle diese Schwierigkeiten betont und zugelegt, daß Gesetzgebung und Verwaltung nicht genügend Vorkehrungen getroffen haben, so ist um so unbegreiflicher, daß die maßgebenden Faktoren sich nicht bemühen, dies in Zukunft zu

bessern. Bei der Reichsversicherungsordnung war Gelegenheit geboten, einen großen Schritt vorwärts zu tun, aber da hieß es nur zu oft „Unannehmbar“, sobald es sich um irgend eine Forderung zum Ausbau des Mutterchutzes handelte. Die Redaktion.)

Dieser offiziellen Begrüßung folgten weitere Begrüßungsansprachen von Seiten der Vertreter des Kaiserlichen Gesundheitsamts, der Stadt Berlin, der Kongreßleitung sowie einer Reihe auswärtiger Delegierter. Die Allgemeinsitzungen brachten drei auf hoher Stufe stehende wissenschaftliche Vorträge von Geh. Rat Prof. Dr. Heubner-Berlin, von Direktor im französischen Ministerium des Innern Turquans sowie von Ministerialrat von Ruffy-Budapest. Prof. Dr. Heubner sprach über: Physiologie und Pathologie des Säuglingsalters im Universitäts- und Unterricht. Er vertrat hierbei die Forderung, daß bei der Bekämpfung der großen Kindersterblichkeit der ärztliche Beruf an der Spitze marschieren müsse. Die Voraussetzung dafür sei aber eine gründliche Unterweisung in der Säuglingskunde, die nur auf dem Wege des Universitätsunterrichts gegeben werden könne. Dieser Unterricht könne jedoch mit Erfolg nur dann geleistet werden, wenn ihm Lehrkräfte, Kliniken und Laboratorien zur Verfügung stehen. Als Ergebnis einer vom Vortragenden veranstalteten Umfrage bei Universitätslehrern der ganzen Welt kann festgestellt werden, daß zurzeit die weitaus meisten Nationen noch nicht in genügender Weise für dieses Unterrichtsfach Sorge tragen. Einige kleinere Länder zeichnen sich in dieser Beziehung vorteilhaft aus, eine Reihe von Großstaaten sind völlig rückständig. Etwa die Hälfte steht auf einer mittleren Linie, die aber den notwendigen Forderungen noch nicht genügen kann.

Der Vortrag Turquans war ein geschichtlicher Überblick über die Säuglings- und Kinderfürsorge in alten Zeiten bis zur Neuzeit. Bei der Darstellung der neuzeitlichen Einrichtungen ging er hauptsächlich auf die in Frankreich getroffenen Einrichtungen ein, deren Ursprung teilweise noch bis auf die von der Nationalversammlung verkündeten Grundsätze sowie auf die Wirksamkeit von St. Vincent de Paul zurückzuführen ist.

Ministerialrat v. Ruffy-Budapest hielt dann einen Vortrag über staatlichen Säuglingschutz. Er wandte sich zunächst gegen die modernen Mütter der besitzenden Klassen, die das Selbststillsen ihrer Kinder ablehnen. Er vertrat den Standpunkt, daß der Säuglingschutz erschöpfend nicht von der freien Hilfsbereitschaft und auch nicht von den Gemeinden gelöst werden könne, sondern er sei ein sozialpolitisches Bedürfnis, welches von dem Staat gelöst werden muß. Die ungarische Gesetzgebung habe das erkannt und den Grundsatz festgelegt, daß jedes verlassene Kind ein Recht auf staatliche Versorgung habe. Außer den nötigen direkten staatlichen Einrichtungen zur Erhaltung und Pflege verlassener Kinder und zur Unterstützung armer Mütter müsse der staatliche Säuglingschutz aber auch indirekt gefördert werden durch besseren Privat- und strafrechtlichen Schutz des unehelichen Kindes den Vätern gegenüber, die sich der Unterhaltspflicht entziehen.

Neben diesen Vorträgen in den Vollversammlungen wurden die Kongreßarbeiten und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in fünf Ausschüssen vollzogen: 1. für Unterricht und Belehrung, 2. für praktische Durchführung der Fürsorge, 3. für Gesetzgebung und Verwaltungsmassnahmen, 3a. für Vormundschafswesen, 4. für Statistik. Aus diesen Abteilungsitzungen, in welchen die verschiedensten Seiten der Säuglingsfürsorge behandelt wurden (Belehrung der Bevölkerung über Säuglingspflege, Milchversorgung, Generalvormundschaft, Rechtsverfolgung der Ansprüche unehelicher Kinder im Ausland, staatliche und freiwillige Mutterchaftsversicherung u. a. m.) heben wir hervor, daß in der Abteilung 2 auch die aktuelle Frage behandelt wurde. Die Kinder gehen an heißen Tagen nicht nur durch Darmstörungen zugrunde, sondern auch an Krämpfen, d. h. an Erstickungen, die auch beim Hitzschlag des Erwachsenen vorkommen. Prof. Siegert-Köln wies hierbei in der Diskussion auf die ungesunde Einwirkung der heißen Wohnungen hin. Es gäbe bestimmte Säuglingssterbehäuser. In Köln seien es 25 bis 30 derartige Häuser, in Berlin-Mixdorf sei es ebenso. In diesen Häusern waren in diesem Sommer 6 Wochen hindurch mehr als 30° C. Tagesdurchschnitt. Manche Ärzte haben in diesem Sommer zu dem Mittel greifen müssen, die Säuglinge stundenweise in die Keller bringen zu lassen. — Auch das permanente Bureau der Internationalen Union für Säuglingschutz hielt eine Sonder-sitzung ab, die sich in der Hauptsache mit der Wahl des nächsten Kongreßortes beschäftigte; es wurde beschloffen, den 4. Kongreß 1915 im Haag abzuhalten. Der übernächste Kongreß soll in London stattfinden.

8. Tagung des deutschen Medizinalbeamten-Vereins. (Dresden, 12. September.) Der Verein setzt sich zusammen aus beamteten Ärzten des Reichs und Deutsch-Osterreichs und zählt gegenwärtig 1640 Mitglieder; Vorsitzender ist Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund-Winden i. B. Medizinalrat Dr. Gentel-München sprach über „Die Stellung des beamteten Arztes zur Wohlfahrtspflege“. Er betonte, der Amtsarzt sei der praktische Hygieniker im Hauptamt. Sein Beruf nötige ihn zur Beobachtung und Überwachung aller sanitären und hygienischen Verhältnisse von Amts wegen. Die Wohlfahrtspflege der Großstadt könne nicht eng umgrenzt, staatliche und private Wohlfahrtspflege nicht räumlich getrennt werden. Die Erfolge der freiwilligen Wohlfahrtspflege hätten oft die besten Erfolge geschaffen. Wegen der Begründung von Wohlfahrtsämtern sei man im deutschen Süden zurückhaltend; man glaube dort, sie seien für großstädtische Verhältnisse nicht zweckmäßig. Der Redner warf die Frage auf, ob nicht eine Angliederung der Wohlfahrtsämter an bestehende Ortsgesundheitskommissionen wünschenswert sei. Die gleichen Amtspersonen könnten sich dann der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege annehmen. Als zweiter Redner zu demselben Thema sprach Geh. Medizinalrat Dr. Fietz-Halle. Er hob hervor, auf dem Lande müsse die Wohlfahrtspflege gänzlich anders sein als in der Großstadt. Besonders schwierig gestalte sich die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten; der Kampf gegen die Zuerufhilfe habe bisher auf dem Lande nur sehr bescheidene Erfolge erzielt, trotzdem besonders in Baden und in den preussischen Kreisen Hamm, Essen usw. schon musterhafte Einrichtungen auch auf dem Lande in das Leben gerufen seien. Noch weniger Fortschritte habe die Säuglingsfürsorge gemacht. Der Redner wies darauf hin, wie wichtig in dieser Beziehung die Tätigkeit einer guten Hebamme auf dem Lande sei, die die Mütter zum Selbststillen anhalte, denn eine Verminderung der Säuglingssterblichkeit sei nur durch das Selbststillen zu erwarten. Über „Reichsversicherungsordnung und beamteter Arzt“ sprach Bezirksarzt Dr. Grassl-Lindau. Da der beamtete Arzt der Natur seiner Stellung nach meistens der unabhängigste Arzt zu sein pflege, so werde ihn das Versicherungsamt wohl meistens als Begutachter im Spruchverfahren heranziehen. Das setze voraus, daß er sich auf die neue Aufgabe genügend vorbereite durch das Studium der gesetzlichen Vorschriften und richterlichen Entscheidungen und besonders auch der medizinischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Eine besondere Entschließung wurde nicht gefaßt.

Das Heilverfahren bei Unfallverletzten. Das Reichsversicherungsamt hatte bereits früher mit Vertrauensärzten und Vertretern der Berufsgenossenschaften Verhandlungen gepflogen, wie bei schweren Verletzungen von sämtlichen Berufsgenossenschaften einheitlich das Heilverfahren möglichst gleich von ihren „Fachärzten und Fachheilanstalten“ übernommen werden können, da oft die erste Hilfeleistung über das Schicksal des Verletzten und den Grad der späteren Arbeitsfähigkeit entscheidet. Man hatte in Leisfägen eine Reihe von schweren Verletzungen der großen Knochen, Gelenke, der Wirbelsäule, sowie innerer Organe, auch Augenverletzungen, wenn sie auch nur geringfügiger Art sind, aufgeführt, bei denen das Eingreifen der Berufsgenossenschaft sofort, und eine Reihe geringfügiger Verletzungen, bei denen die möglichst baldige Behandlung durch den „Facharzt“ der Berufsgenossenschaft für wünschenswert erklärt wurde. Am 12. Juni hat nun, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, im Reichsversicherungsamt auf Einladung des Präsidenten Kaufmann ein Besprechung stattgefunden, an der mehrere Räte des Reichsversicherungsamts, einige Vertrauensärzte bzw. Leiter von Heilanstalten der Berufsgenossenschaften, vier Arbeitervertreter und als Vertreter der allgemeinen Ärzteschaft der Vorsitzende der Berliner Ärztekammer Geheimrat Stöber und Dr. D. Runter teilnahmen. Präsident Kaufmann gab in seiner einleitenden Übersicht dem bringenden Wunsch des Reichsversicherungsamts Ausdruck, durch diese Leisfägen in erster Reihe das Interesse der Verletzten wahrzunehmen und zugleich eine überflüssige Schädigung der erstbehandelnden Kassenärzte zu vermeiden, und erwartete von den Berufsgenossenschaften den nötigen Takt gegenüber den Ärzten. In diesem Sinne gestaltete sich dann auch zum größten Teil die eingehende Beratung über die Leisfägen. Außer den Vertretern der Ärztekammer traten besonders Prof. Dr. Silbebrandt und Medizinalrat Dr. Valler-Mainz auf Grund eines reichen Tatsachenmaterials mit Entschiedenheit dafür ein, daß den Kassenärzten, so lange es irgendwie ohne Schädigung der Verletzten geht, die Behandlung der Unfallverletzten überlassen bleibe. Es wurde auch von ärztlicher Seite auf die fachliche Tüchtigkeit und die ausgezeichneten Privatkliniken hingewiesen, die heute von einer großen Reihe auch an der Universität tätiger Chirurgen geleitet werden und für Unfallverletzte zweckentsprechend eingerichtet sind. Die Beratung hatte zur Folge, daß die vorliegenden Leisfägen sowohl entsprechend den Wünschen der Ärztevertreter als auch denen des Präsidenten abgeändert wurden. Ein Ausschuß soll die Angelegenheit weiter verfolgen und weitere Kreise heranziehen.

Ein Reichsmilchgesetz wurde auf dem 8. Verbandstag der deutschen Milchhändlervereine (Hannover, August 1911) gefordert. Der Verband sprach sein Bedauern aus, daß seine jahrelangen Bemühungen um eine reichsgesetzliche Regelung des Milchverkehrs und besonders die Bemühung, eine Beseitigung der heutigen Mängel durch ein einheitliches Reichsgesetz herbeizuführen, bis jetzt vergeblich gewesen seien, zumal die Kontrolle an der Produktionsstätte noch nicht zur Einführung gelangt sei. Der Verband erklärt ferner, daß finanzielle und technische Bedenken gegen Einführung dieser Kontrolle im Gegensatz zu der Anschauung des Landwirtschaftsministers nicht vorhanden seien, daß aber auch, wenn bei Einführung dieser Kontrolle beträchtliche Kosten in Frage kämen, diese für eine Kontrolle nur angemessen wären. „Durchdrungen von der Überzeugung, daß die Güte der städtischen Milchversorgung gebieterisch fordert, die gesundheitliche Beschaffung der Milch durch staatliche Stallkontrolle zu gewährleisten, und daß die Gerechtigkeit verlangt, den Produzenten die gleiche Verantwortlichkeit aufzuerlegen, welche jetzt die Milchhändler allein tragen, beschließt der Verband, sein erwähntes Ziel so lange weiter zu verfolgen, bis seine Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Der Verbandstag ersucht die Reichsregierung, bei den bevorstehenden Verhandlungen über das neue Nahrungsmittelgesetz rechtzeitig Vertreter des Verbandes beizuziehen.“

Die Ridelsträße ist eine flechtenartige, mit Juden einhergehende Hautkrankheit bei Arbeitern, die gewerbmäßig mit Ridel zu tun haben. Sie kündigt sich durch Jucken und Brennen an den Händen an, äußert sich darauf als knötchenförmiger Ausschlag an Händen und Armen, die sich zuweilen über Brust und Gesicht ausdehnt. Über die Entstehungsurachen herrschen noch geteilte Meinungen. Während manche Ärzte die in den galvanischen Bädern enthaltenen Säuren und Laugen als Erreger der Krankheit ansehen, schreiben andere sie der Einwirkung und fortgesetzten Verührung mit Ridel-salzen zu. In den Vernidlungsabteilungen der Fahrradfabriken im Regierungsbezirk Potsdam wurden sechs, in anderen Fabriken drei solcher leichten Erkrankungen festgestellt. Sie machten eine Unterbrechung der Arbeit nicht nötig. Die Empfänglichkeit für die Krankheit ist bei den einzelnen Personen sehr verschieden, bei manchen wiederholt sich die Erkrankung mehrfach. In den Fahrradfabriken hat man sie ausschließlich bei den Arbeiterinnen festgestellt, die das Reinigen der zu vernidenden Gegenstände mit Hilfe von Kaltrasten zu besorgen haben. Tatsächlich scheint das schwefelsaure Ridelorgybul der Erreger der Ridelsträße zu sein. Das wird durch die Angabe vieler in galvanischen Anstalten beschäftigten Arbeiter bestätigt, daß die Erkrankung sich verliere, sobald die davon befallenen Arbeiter an anderen z. B. an Kupfer, Messing und sonstigen Bädern arbeiten. Die Ermittlungen einer Gewerbeinspektion in einer Anzahl galvanischer Anstalten, in welchen überhaupt kein Ridelatz verwendet wird, ergaben weiter, daß dort kein Hautausschlag nach Art der Ridelsträße bekannt geworden ist. Zur Bekämpfung und Verhütung der Ridelsträße werden empfohlen die Herstellung von Badeeinrichtungen in den Fabriken, die Anbringung von Wascheinrichtungen in dem Arbeitsraume nebst Gewährung von Seife und Handtuch, die Beschaffung von waschbaren Arbeitskleidern, die außerhalb des Arbeitsraumes anzulegen und möglichst zu waschen sind, Einrichtung eines gut gelüfteten, heizbaren Aufenthaltsraumes, Verbot des Verzehrns von Speisen im Arbeitsraum und Verbot des Aufenthaltes in diesem während der Pausen; Belehrung der Arbeiter über die Gefährlichkeit beim Hantieren dieser Substanzen und häufige Reinigung der Hände. Die letztgenannte Maßnahme ist unbestritten die wirksamste zur Bekämpfung dieser Gewerbekrankheit. —r.

Die erste Ärztin in den österreichischen Tabakfabriken hat Mitte Juli in Wien ihre Tätigkeit begonnen und ordiniert abwechselnd je einen Tag in Wien-Diätling und in Wien-Rennweg.

Wohnungswesen.

Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter in Bayern. Gegenüber den Klagen, daß die Landesкултурrentenanstalt mehr Mittel für den städtischen Kleinwohnungsbau als für das landwirtschaftliche Kleinwohnungswesen bewillige, sagt eine neuere Entschließung des Ministeriums des Innern, daß die Gewährung von Landesкултурrenten-Darlehen zur Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter grundsätzlich im Gesetz längst vorgegeben sei; die ungünstigen Verhältnisse, unter denen die Landwirtschaft infolge des Mangels an landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeitern leidet, hätten derlei Maßnahmen unabweislich gefordert. Freilich sei zur Sicherung des Staates im Gesetz bestimmt worden, daß die Darlehen nur an Gemeinden gewährt werden und 90 v. H. der Kosten für Grunderwerb und Bauausführung nicht übersteigen dürfen, wenn

die Gemeinde die von der Landeskulturrentenanstalt empfangenen Mittel rechtsfähigen gemeinnützigen Vereinigungen oder einzelnen landwirtschaftlichen Grundbesitzern zur Ansiedelung von landwirtschaftlichen Arbeitern als Darlehen gibt. Aber an diesen Bedingungen hätte die ländliche Arbeiteransiedelung doch nicht gut scheitern können. Trotzdem besteht die Tatsache, daß, während Darlehen zu Kleinwohnungen für die minderbemittelte städtische Bevölkerung von der Landeskulturrentenkommission in ziemlich umfangreicher Weise verlangt worden sind, bisher Gesuche um Darlehen für die Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter überhaupt noch nicht eingekommen sind. Die Maßregel ist zwar von der Staatsregierung schon bei der Einbringung des Gesetzesentwurfes nur als ein Versuch bezeichnet worden, dessen Erfolg erst abgewartet werden müsse, und es war vorzusehen, daß Gemeinden und Grundbesitzer nur zögernd an die neue Aufgabe herantreten würden. Doch war nicht zu erwarten, daß nicht einmal der Versuch gemacht werden würde, von der eröffneten Möglichkeit einer billigen Kapitalbeschaffung für die Anlage von Kleinansiedelungen für landwirtschaftliche Arbeiter Gebrauch zu machen.

Den Grund sucht die Rundgebung des Ministeriums des Innern darin, daß die gesetzlichen Vorschriften zu wenig bekannt geworden und daß die Beteiligten sich über die einzuschlagenden Wege nicht klar sind.

Deshalb macht das Ministerium die beteiligten Kreise auf das Gesetz neuerdings aufmerksam und fordert die Behörden auf, ihnen bei Abfassung der Gesuche und bei Durchführung von Ansiedelungen mit Rat und Tat beizustehen.

Innsbesondere sollten die Gemeinden und Grundbesitzer versuchen, im Anschluß an Güterzertrümmerungen einen Teil der zu veräußernden Grundstücke zur Anlage von Kleinansiedelungen für landwirtschaftliche Arbeiter zu verwenden. Besonders könnten die Darlehenskastenvereine, wenn sie Anwesen zur Zertrümmerung auf Grund des Güterzertrümmerungsgesetzes erworben haben und nun als landwirtschaftliche Grundbesitzer im Sinne des Landeskulturrentengesetzes gelten, Darlehen zur Errichtung von Siedelungen für landwirtschaftliche Arbeiter durch Vermittelung der Gemeinden erhalten.

Die für die Ansiedelung landwirtschaftlicher Arbeiter bestimmten Wohnungen dürfen nicht mehr als 3 Zimmer nebst Küche und Zubehör umfassen. Als Zubehör sollen Haus- und Auzgarten, ferner Acker und Wiesenland bis zu 2 ha, endlich Stall und Scheune gelten.

Das Enteignungsgesetz der Stadt Newyork ist vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M., wie aus seinem achten Geschäftsbericht für 1910 hervorgeht, verdeutscht, und seine wichtigsten Punkte sind in der „Zeitschrift für Wohnungswesen“ (Jahrg. IX Nr. 6) veröffentlicht worden. Das Gesetz, das im Gegensatz zu unserem Recht der Stadt Newyork die Möglichkeit gibt, dem Bedarf vorausseilend, Straßen auf Vorrat anzulegen, befaßt im wesentlichen folgendes:

Die Verwaltung der Stadt Newyork hat das Recht, zu beschließen, wann und wo Straßen und Plätze angelegt werden sollen, und kann erforderlichenfalls das hierzu benötigte Gelände im Enteignungsverfahren in ihren Besitz bringen. Das Gesetz kennt ein gewöhnliches und ein beschleunigtes Verfahren. Letzteres wird eingeschlagen, wenn die städtischen Behörden es als im Interesse der Allgemeinheit liegend erachten, bestimmtes Grundeigentum zwecks Straßenanlage in ihren Besitz zu bringen. Das Gelände geht dann, wenn es unbebaut ist, vom Tage der Ernennung der Enteignungskommission, wenn es bebaut ist, 6 Monate später, vorbehaltlich der nachträglichen Feststellung der Entschädigung, in den Besitz der Stadt über.

Natürgemäß sucht die Stadt nur dann Ernennung von Kommissionen nach, wenn keine Einigung mit den Eigentümern des zu enteignenden Geländes zu erzielen ist; da aber gegen eine freihändige Veräußerung den Nachbarn, die ihre Interessen bedroht glauben, Einspruch zusteht, so muß, wenn dieser Fall eintritt, die Ernennung der Kommission stattfinden und das Enteignungsverfahren eingeleitet werden.

Alle Miet- und Pachtverträge, welche auf enteignetem Land laften, werden in dem Augenblick hinfällig, wo die Stadt Besitz ergreift.

Alle Zahlungen für Grundeigentum, das zwecks Straßenanlage enteignet wurde, werden aus dem Straßenherstellungsfonds oder, wenn dieser nicht ausreicht, durch Ausgabe von Schuldverschreibungen bestritten. Die ausgezahlten Beträge werden dann auf die Besitzer derjenigen Grundstücke umgelegt, welche durch die Straßenanlage einen Wertzuwachs erfahren. Die Zuschüsse, die von den einzelnen Eigentümern zu leisten sind, tragen den Charakter einer Grundschuld und sind im Zwangsversteigerungsverfahren zwei Monate nach Feststellung befristet. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners kann die Stadt nach drei Jahren das Grundstück im Substitutionsverfahren an den Meistbietenden versteigern lassen.

Für die Erhebung der Straßenherstellungskosten einschließlich Entwurf und Bewässerung gelten die gleichen Bestimmungen, wie für die Erhebung der Zuschüsse zu den Kosten des für Straßenanlagen enteigneten Landes.

Der Bericht des „Sozialen Museums“ fügt hierzu erläuternd hinzu:

Der Vorzug des Newyorker Gesetzes vor unserer einschlägigen Gesetzgebung liegt nach dem Gesagten in der Bestimmung, daß die Kosten der Straßenanlage sowie die der Straßenherstellung innerhalb kurzer Zeit von den Anliegern zurückerstattet werden müssen. Die Störfkraft dieser Verordnung äußert sich darin, daß die Stadt durch keine Bedenken finanzieller Art davon zurückgehalten wird, neue Straßen anzulegen, während es auf der anderen Seite wegen der hohen Kosten im eigenen Interesse der Grundbesitzer liegt, ihr Land so rasch als möglich der Bebauung zuzuführen.

Gewerbegerichte. Kaufmannsgerichte. Einigungsämter.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910. Nach der Statistik im „Reichsarbeitsblatt“, Augustheft 1911, bestanden am Schlusse des Jahres 1910 im Deutschen Reiche 472 (im Vorjahre 452) auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes errichtete Gewerbegerichte; außerdem 423 (422) Innungsschiedsgerichte und 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und Waldeck besaßen noch immer kein Gewerbegericht. Die Gesamtzahl der bei sämtlichen Gewerbegerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten betrug 114 887 (109 180), von denen 3128 (3187) aus dem Vorjahre stammten, jedoch erst im Berichtsjahre erledigt wurden. Von diesen Streitigkeiten waren Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber 106 725 (102 518), Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeiter 7857 (6249), während 365 (868) Klagen von Arbeitern gegen Arbeitgeber desselben Arbeitgebers waren. Von den anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden beendet durch Vergleich 48 480 gegenüber 45 658 im Jahre 1909, davon 997 aus dem Vorjahre stammende Sachen, durch Verzicht im Sinne des § 806 ZPO. 3263 (2546), durch Anerkenntnis 1588 (1883), durch Veräumnisurteil 11 728 (10 984), durch andere Endurteile 17 767 (17 050), davon 778 aus dem Vorjahre stammend. Bei den Veräumnisurteilen fehlt noch immer — wir weisen schon seit mehreren Jahren vergeblich hierauf hin — die sehr wünschenswerte Angabe, wieviel von ihnen gegen den Kläger — auf Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — ergangen sind. Von den nach kontradiktorischer Verhandlung durch Endurteil beendeteten Sachen dauerten weniger als 1 Woche 5792 (5147), 1 Woche bis (auschl.) 2 Wochen 5282 (5469), 2 Wochen bis (auschl.) 1 Monat 4562 (4438), 1 Monat bis (auschl.) 3 Monate 1887 (1751) und 3 Monate und mehr 244 (245). Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 50 718 (47 853) Fällen bis 20 M. einschließlich, in 33 420 (32 662) Fällen 20 bis 50 M., in 17 885 (16 452) Fällen zwischen 50 und 100 M. und in 8769 (8613) Fällen überstieg der Wert des Streitgegenstandes die Berufungssumme. In 800 (602) Fällen wurde Berufung eingelegt.

Als Einigungsamt fungierten die Gewerbegerichte in insgesamt 376 Fällen gegenüber 293 im Vorjahre, 321 im Jahre 1908, 339 im Jahre 1907, 498 im Jahre 1906 und 850 im Jahre 1905, und zwar auf Anrufung von beiden Teilen in 230 (154; 181; 180; 258; 165), auf Anrufung nur seitens der Arbeitgeber in 28 (9; 6; 9; 6; 10) und auf Anrufung nur seitens der Arbeitnehmer in 118 (180; 184; 150; 234; 175) Fällen. In 174 Fällen (1909: 121; 1908: 151; 1907: 185; 1906: 195; 1905: 128; 1904: 80; 1903: 54) kam eine Vereinbarung zustande, in 48 (in den drei Vorjahren 29; 85; 51) ein Schiedsspruch, dem sich in 85 (20; 26; 40) Fällen beide Teile, in 4 (7; 6; 7) nur die Arbeitgeber und in 5 (1; 8; 2) nur die Arbeitnehmer unterwarfen, während in 4 (1; 8; 8) Fällen sich beide Teile dem Schiedsspruch nicht unterwarfen. In 88 (52; 76) Fällen trat das Gewerbegericht als Einigungsamt zusammen, ohne daß jedoch eine Vereinbarung oder ein Schiedsspruch erzielt werden konnte. Die Bergewerbegerichte — solche existieren nur in Preußen und Bayern — wurden viermal (je einmal in den Oberbergamtsbezirken Breslau und Dortmund und zweimal in Bayern) angerufen und zwar dreimal nur von den Arbeitnehmern, viermal (in Bayern) von beiden Teilen. Während über die Erfolge in Preußen hier die Angaben fehlen, kam in Bayern einmal ein Schiedsspruch zustande, dem sich nur die Arbeitnehmer unterwarfen, während in dem anderen Falle weder eine Vereinbarung noch ein Schiedsspruch zustande kam. Die von den Gewerbegerichten abgegebenen Gutachten beliefen sich auf 25 (20), Anträge gemäß § 75 GGG. wurden 10 (16) von ihnen gestellt.

Die Zahl der Kaufmannsgerichte betrug am Schlusse des Jahres 1910 271 (267), von denen 280 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert sind. Mecklenburg-Strelitz, die beiden Schwarzburgischen, die beiden Lippschen Fürstentümer und Waldeck haben keine Kaufmannsgerichte. Bei den vorhandenen Kaufmannsgerichten waren insgesamt anhängig 23 887 (23 145) Klagen, von denen 1298 (1026) aus dem Vorjahre stammten. Von diesen waren 1677 (1489) von Kaufleuten gegen ihre Handlungsgehilfen und Lehrlinge und 22 210 (21 656) von Gehilfen und Lehrlingen gegen ihre Prinzipale erhoben worden.

Es wurden erledigt durch Vergleich 9855 (9627), durch Verzicht im Sinne des § 306 ZPO. 259 (272), durch Anerkenntnis 24 (209), durch Zurücknahme der Klage 8982 (8811), während 1907 (1813) Verfallsurteile und 8964 (4002) andere Endurteile erlassen wurden. 2268 (2110) Sachen wurden auf andere Art erledigt und 1488 (1301) Sachen blieben unerledigt. Von den nach kontraktatorischer Verhandlung durch Endurteil beendeten Sachen dauerten 590 (675) weniger als 1 Woche, 1057 (1073) 1 Woche bis (ausschließlich) 2 Wochen, 1819 (1809) 2 Wochen bis (ausschließlich) 1 Monat, 838 (801) 1 Monat bis (ausschließlich) 3 Monate und 160 (144) 3 Monate und mehr. Die schon früher ausgesprochene Beobachtung, daß die Dauer des Verfahrens im allgemeinen länger ist als bei den gewerbegerichtlichen Klagen, tritt auch bei der Statistik für 1910 in die Erscheinung.

Die weitaus größte Zahl der Klagen, nämlich 15 061 (14 852), betraf wie in den früheren Jahren Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse, in 5107 (4572) Fällen handelte es sich um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Vertragspflichten oder um geschuldigte oder unrichtige Eintragungen in Zeugnisse, Krankenlistenbücher oder Quittungsstärken der Invalidenversicherung, in 2780 (2986) Fällen um Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses oder um Ausständigung oder Inhalt des Zeugnisses, in 607 (587) Fällen um Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren usw., in 28 (25) Fällen um die Berechnung und Anrechnung der von den Gehilfen oder Lehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder. 304 (222) mal wurden Ansprüche aus der Konkurrenzklause geltend gemacht. In 1754 (1681) Fällen betrug der Wert des Streitgegenstandes bis 20 M einschließlich, in 8096 (2978) Fällen 20 bis 50 M, in 4471 (4428) Fällen 50 bis 100 M, in 8297 (8255) Fällen 100 bis 300 M, in 4614 (4487) Fällen wurde die Berufungssumme (300 M) überschritten, während in 1655 (1871) Fällen der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt worden ist. In 458 (102) Fällen wurde gegen das Urteil Berufung eingelegt. Als Eintragungsamt wurde das Kaufmannsgericht 4 mal von beiden Seiten, in 1 Falle nur von den Lehrlingen oder Gehilfen angerufen; in allen 5 Fällen kam eine Vereinbarung zustande. Die Zahl der von den Kaufmannsgerichten gemäß § 18 RGO. abgegebenen Gutachten betrug 147 (35), die Zahl der gestellten Anträge 46 (51).

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

Die Reichsversicherungsordnung und ihr parlamentarischer Werdegang. Dargestellt von einem Mitgliede der Zentrumsparlei. Gr. 8° (107). M.-Glabbad 1911. Volksvereins-Verlag. Preis einzeln 60 M. 10 Exemplare zusammen 5 M.

Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Vorteile gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung, die die Zentrumsparlei im Reichstage zu derselben eingenommen hat.

Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlungen im letzten Vierteljahrhundert. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 bearbeitet von Dr. Georg Neuhaus, Direktor des statistischen Amtes zu Königsberg i. Pr. I. Band: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes. gr. 8° (XVI und 280.) Mit 108 Tabellen. Preis gebunden M. 4,50, bei Vorausbestellung von Band II, der im Herbst 1911 erscheinen wird und Landwirtschaft und Gewerbe behandelt, nur M. 4.—. M.-Glabbad 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Eins der wichtigsten Mittel, um sich ein klares Bild über die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Deutschland zu machen, bilden die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen aus den Jahren 1882, 1895 und 1907. Dennoch aber ist die Kenntnis der Ergebnisse dieser Zählungen nicht so allgemein verbreitet, wie es zu wünschen wäre, da das umfangreiche Quellenmaterial begreiflicher Weise nur einem kleinen Kreise zugänglich ist. Eine Popularisierung dieser Ergebnisse, wie sie der Volksverein für das katholische Deutschland in obigem Werke unternimmt, ist daher eine sehr begrüßenswerte Gabe.

Das vorliegende Werk versucht, die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907 durch deren zweckentsprechende Bearbeitung möglichst weiten Kreisen des deutschen Volkes nahe zu bringen. Da 1907 seit der ersten Zählung ein Vierteljahrhundert verstrichen war und in diesem Zeitraum der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft begonnen und seinen fast steten Fortgang genommen hat, so sind auch die Ergebnisse der früheren zwei Erhebungen soweit als möglich berücksichtigt worden. Die Bearbeitung ist ferner gegliedert nach Bundesstaaten sowie mit besonderer Berücksichtigung der Großstadt-Entwicklung, die besonders kennzeichnend für die letzten 25 Jahre ist. Der vorliegende I. Band, der die berufliche und soziale Gliederung behandelt, gibt außer über die eigentlichen Berufsfragen auch Auskunft über die mannigfachen Unterfragen, wie z. B. Beruf und Religion, Zahl der Witwen und Waisen, Herkunft nach Stadt und Land, Beschäftigkeit, Wohnwan-

derungen und Fernwanderung und ähnliches mehr. Die zahlreichen nach den verschiedensten Gesichtspunkten hin übersichtlich geordneten Tabellen nebst Erläuterungen machen das Buch zu einem sehr nützlichen Nachschlagewerk.

Anleitung zum Betrieb einer Rekrutenvorschule. Von H. Meller, Oberleutnant der Landwehr a. D. (Heft 15 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (51) Preis 40 M. M.-Glabbad 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Inhalt: Vorwort. Einrichtung. A. Theoretische Unterweisung: I. Wehrpflicht; II. Die Waffengattungen, Verwendung und Bewaffnung; III. Die Uniformen der verschiedenen Gattungen; IV. Armeeinteilung; V. Die Vorgesetzten; VI. Einteilung der Vorgesetzten; VII. Rangabzeichen; VIII. Ehrenbezeichnungen; IX. Der Fahnenstab; X. Allgemeine Pflichten des Soldaten; XI. Soziales; XII. Kurze Übersicht der preussisch-deutschen Geschichte. B. Praktischer Teil: I. Schießen; II. Turnen; III. Gefang. C. Schlusswort. Anhang: Gebiete.

Das Polizeiwesen in Preußen. (Heft 17 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (48) Preis 40 M. M.-Glabbad 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

In übersichtlicher Anordnung werden nach geschichtlicher Entwicklung des Begriffs Polizei ihre Arten und Wirkungsweisen, ihre Organisation und innere Einrichtung klargelegt, worauf zum Polizeirecht übergeleitet wird, das als Polizeiverordnung, Polizeiverfassung und Polizeigesetzgebung im Alltagsleben bekanntlich eine große Rolle spielt. Der Anhang bringt wertvolles Gesetzmateriale und zwei Musterbeispiele von Polizeiverordnungen. Ein Sachregister erleichtert schnelles Zurechtfinden in dem Werkchen.

Fürsorge für die Abwanderer vom Lande. Zweite Auflage (4. bis 6. Tausend) Soziale Tagesfragen 81. Heft. Herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 8° (48) Preis 60 M. M.-Glabbad 1911. Volksvereins-Verlag G. m. b. H.

Inhalt: 1. Kapitel: Umfang der Abwanderung. 2. Kapitel: Notstände und soziale Schäden. 3. Kapitel: Mittel der Fürsorge. 4. Kapitel: Schutz der abwandernden weiblichen Jugend.

Die Broschüre enthält ein reiches statistisches Material zur Abwandererfrage und schildert die verschiedenartigen Mittel der Fürsorge in der Heimatgemeinde sowohl wie am neuen Wohnort.

Die Frauennarbeit in den Kontoren einer Großstadt. Eine Studie über die Leipziger Kontoristinnen. Von Dr. Ida Rißler. Mit einem Anhang über die Berufsvereine der Handlungsgehilfen. III. Ergänzungsheft zum Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Berl. J. C. S. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. Abonnementspreis 8 M., Einzelpreis 4 M.

Die Arbeit stützt sich auf einwandfreies, wissenschaftliches Material sowie auf ausgedehnte eigene Beobachtung und Materialsammlung. Nach einem Überblick über die historische Entwicklung werden in strenger Sachlichkeit, durch die man aber doch das persönliche Interesse an der behandelten Berufsschicht hindurchführt, die Arbeitszeit, der Urlaub, die Arbeitsräume, die Gehaltsverhältnisse u. a. besprochen. Von besonderem Interesse sind die Darlegungen über das Gebundensein der Kontoristinnen an die Familie, die an die Töchter verhältnismäßig viel höhere Ansprüche stellt als an die Söhne, als wäre die fast unbegrenzte Opferwilligkeit der ersteren eine Selbstverständlichkeit. Was der Broschüre einen besonderen Reiz gibt, ist neben der Gediegenheit in der Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse die Feinheit der psychologischen Beobachtungen. — Das Werk ist weit über den Kreis der behandelten Schicht hinaus von großem Interesse. Die angehängte Behandlung der verschiedenen Berufsvereine ist ausführlich und objektiv gehalten.

Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Ausgabe 1910 nebst Kinderbeschützgesetz und Gesetz, betreffend Beschlagnahme des Arbeitslohnes. 160 S. 1,2 M. L. Schwarz & Co., Berlin.

Statistique du Commerce Spécial de la Belgique en 1908 et 1909. Examiné au point de vue de l'origine et du degré d'achèvement des produits échangés. Bruxelles 1911. Herausgegeben vom Ministère de l'Industrie et du travail. Direction de l'Industrie. 226 S.

The good Samaritan and the good Citizen. Address by Henry W. Farnam as president of the Connecticut conference of Charities and Correction; April 24, 1911.

Die Arbeiterversicherung in den Ländern der Heiligen Ungarischen Krone. Herausgegeben anlässlich der internationalen hygienischen Ausstellung in Dresden vom kgl. ung. Staatl. Arbeiterversicherungsamt. Im Auftrage des Amtes zusammengestellt von Dr. Franz von Herzog, Ministerial-Sektionsrat-Nachfolger. Budapest 1911.

Zumiefern unsere Arbeiterversicherung ihren Zweck nicht erfüllt und wie selbst der einfache Arbeiter wohlhabend wird. Von A. Burgdorff, kgl. Zollinspektor in Altona (Elbe). 1. bis 6. Tausend. 1911. Selbstverlag.

Ortschaftsverzeichnis des Herzogtums Braunschweig auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Herausgegeben vom Herzogl. Statistischen Amte, Braunschweig, Buchdruckerei Julius Krampe, 1911.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungsan. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreizehnpaltene Pettzeile.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Wirtschaftsstudien aus Südamerika speziell über Chile.

Von **Dr. Rudolf Dunker.**

Preis: 5 Mark, gebunden 6 Mark 20 Pfennig.

Inhalt. Einleitung. Das überseeische Geschäft und seine Risiken. — Erster Teil. Die Republik Chile. — I. Lage, Umfang, Bewohner, Geschichte und Verfassung. — II. Staatsfinanzen. — Geldverfassung. — Budgets. — III. Privatwirtschaft. 1. Bodenprodukte. 2. Industrie. 3. Handel und Verkehr. — IV. Kritische Schilderung der Ereignisse und Zustände im chilenischen Wirtschaftsleben seit Ende 1904. 1. Papieremissionen und Boom-Jahre 1905—1907. 2. Chilenische Banken und deren Verwicklung mit Staatsinteressen. 3. Staatsverschwendungen, Gründungsieber, Überimport und Valuta-Entwertung. Die daraus entspringende Krisis in der Staats- und Privatwirtschaft. — Verschuldung an das Ausland und Verwendung der letztjährigen Anleiheerlöse. — Die ständigen Bauprojekte der Regierung. — Kurse der Staatsanleihen und die finanzielle Kraft von Chile. — Die Stellungnahme der Regierung, des Kongresses und sonstiger Interessenten zur „Situacion Economica“. — Der chilenische Wechselkurs und seine Aussichten. — Zweiter Teil. Kurzer geschichtlicher Abriss der Papiergeldwirtschaft in den übrigen südamerikanischen Republiken. — Argentinien. Brasilien. Peru. Bolivien. Uruguay. Paraguay. Columbien. Ecuador und Venezuela. — Schlusskapitel. Valuta, Kredit und Kapital.

Unternehmertum oder Gemeindebetriebe?

Von **Emil Schiff.**

Mit zwei Schaubilder-Tafeln und einem Schaubild im Text.

Preis: 2 Mark 50 Pfg.

Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn.

Von **Dr. Ivan Jolger,**

Privatdozenten der k. k. Wiener Universität.

Preis: 9 Mark.

Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Entstehungsgeschichte der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867. — II. Der ungarische Gesetzentwurf XII vom Jahre 1867. — III. Das österreichische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. — IV. Gegenüberstellung der Bestimmungen des österreichischen und des ungarischen Ausgleichsgesetzes. 1. Einleitung. 2. Ausgangspunkt. Grundideen und Gesichtspunkte. 3. Kosten des Hofhaltes. 4. Die auswärtigen Angelegenheiten. 5. Das Kriegswesen. 6. Das Finanzwesen. 7. Die Duote. 8. Die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. A. Grundvoraussetzungen. B. Das gemeinsame Ministerium. C. Die Delegationen. a) Rechtsgrund- und Zweckbestimmung. b) Zusammenfassung. Wahlen. Verlust der Mitgliedschaft. Eintritt von Ersatzmännern. c) Wahlperioden und Funktionsdauer. d) Unzulässigkeit von Instruktionen. e) Immunität der Delegierten. f) Jährliche Einberufung. Versammlungsort. g) Präsidium. Schriftführer. Geschäftsordnung. h) Beratung und Beschlussfassung. Öffentlichkeit der Sitzungen. i) Verkehr der beiden Delegationen. k) Gemeinsame Abstimmung. l) Wirkungsbereich und Verfahren. Interpellationsrecht. Kostenvoranschlag. Rechnungslegung. Genehmigung und Vollzug der Beschlüsse. Initiativrecht. m) Auflage des gemeinsamen Ministeriums. n) Schluss der Session. o) Auflösung des Reichsrates oder des Reichstages. — 9. Partiiert gemeinsame Angelegenheiten. a) Rechtsnatur. b) Staatsschulden. c) Zoll- und Handelsverhältnisse. Indirekte Steuern. Verwendung der Einnahmen. Münzwesen und Geldfuß. Eisenbahnen. d) Vorbehalt des selbständigen Verfügungsrechtes. 10. Schlussbestimmungen.

Der Versicherungsbote.

Gemeinverständliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung.

Herausgeber: Geh. Reg.-Rat Düttmann. * Schriftleiter: Landesverf.-Assessor Seelmann.

Verlag von **Ad. Rittmann, Oldenburg i. Gr.**

Preis, durch die Post: 1 M. halbjährlich.

Sonderausgaben für Rheinland-Westfalen, Bayern usw. halbjährlich 1,20 M.

Beim Bezuge von 5 Exemplaren Ermäßigung. — Probenummern portofrei.

1—3 Exemplare werden am einfachsten durch die Post,

4 und mehr Exemplare direkt vom Verlage — Bestellung mittels Postanweisung — bezogen.

Die Halbmonatschrift will durch rein sachliche, vollständig gehaltene Aufsätze aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung dessen Kenntnis in weiteste Volkskreise verbreiten. Nachdem die Reichsversicherungsordnung Gesetz geworden ist, brachte der Versicherungsbote eine Darstellung des neuen Rechts, die die Unterschiede zwischen dem neuen und dem geltenden Recht besonders hervorhebt. Aufsätze über die Neuordnung der Krankentafeln usw. werden folgen. Der laufende Jahrgang wird daher dauernd ein wertvolles Nachschlagewerk sein.

Viele Krankentafeln, Versicherungsanstalten usw. beziehen das Blatt für die amtlich oder ehrenamtlich tätigen Personen. Für die Beamten und alle Beteiligten ist die zuverlässige Auskunftserteilung im Briefkasten besonders wertvoll.

Die technische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Mühlengewerbes im 19. Jahrhundert.

(Mit Berücksichtigung der früheren Entwicklung und unter Fortführung bis auf die neueste Zeit.)

Von **Gerhard Luther.**

(Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Band XXIV. Heft 4.) Preis: 4 Mark.

Inhalt: A. Allgemeines. — B. Das Wesen der Mühle. I. Teil. 1. Kap. Geschichte der Mühlentechnik bis 1800. — 2. Kap. Die Mühlentechnik und die Mahlverfahren von 1800 bis 1900. — 3. Kap. Die Mühle in ihrer heutigen Form. — II. Teil. 4. Kap. Die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Mühlengewerbes bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. — 5. Kap. Die wirtschaftliche Entwicklung des Mühlengewerbes im 19. Jahrhundert. A. Von 1800 bis 1830. B. Von 1830 bis 1875. 6. Kap. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert (Fortsetzung). C. Von 1875 bis 1908. I. Die deutsche Zollschutzgesetzgebung für Getreide und Mühlenfabrikate. II. Die Eisenbahntarife. III. Die wirtschaftliche Lage des Mühlengewerbes in der genannten Periode. IV. Die deutsche Mehlerzeugung und Konsumtion der letzten zehn Jahre und die Produktionsverteilung auf die drei Mühlenklassen. — 7. Kap. Die Zukunftsaussichten der einzelnen Klassen. I. Zahlenmäßige Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung. II. Die Vorschläge zur Verbesserung der Lage des Mühlengewerbes, besonders der Klein- und Mittelmühle. — Anhang. Die Arbeiterinteressen.

Verantwortlich für die Anzeigen: Robert Müller, Leipzig. — Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. — Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Postbuchdrucker, Berlin W. 8, Mauerstr. 48. 44

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Ursachen

der

ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit.

Von **Alice Salomon.**

(Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen. 122. Heft.)

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Inhalt: Einleitung. — Die Ursachen der Lohnunterschiede in der Industrie. — Feststellung der Lohnunterschiede in der Landwirtschaft und ihre Ursachen. — Feststellung der Gehaltsunterschiede im Handelsgewerbe. — Feststellung der Gehaltsunterschiede bei Postbeamten. — Feststellung der Gehaltsunterschiede im Lehrerstand. — Schluss.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Die Erstattung

von öffentlichen Unterstufungen

durch die Unterstufungen und durch ihre Angehörigen.

Von **Stadttrat Rosenstock-Königsberg i. Pr.**

(Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. 93. Heft.) Preis: 2 Mark.

Inhalt: Die Rechtsquellen. — Die Erstattung der Unterstufung durch den Unterstufen. 1. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. 2. Privatrechtlicher Erstattungsanspruch. a) Die Unterstufung als Vorstufe. — b) Anspruch in Unterstufung an E. G. z. B. G. B. Art. 103. c) Preussisches Recht. d) Der Erstattungsanspruch nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. — Erstattungsanspruch an den Nachlass. — Die Erstattung der Unterstufung durch die Angehörigen des Unterstufen. — Zusammenfassung mehrerer Armenverbände. — Statuten-Kollision. 1. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufen. 2. Kollision zwischen dem Rechte des Armenverbandes und dem des Unterstufungsbefugten. — Schlussbetrachtungen. Anhang.

Soziale Praxis

und

Archiv für Volkswohlfahrt.

Erscheint an jedem Donnerstag.

Herausgeber:

Preis vierteljährlich 8 Mark.

Redaktion: Berlin W 30, Mollendammstr. 29/30
Fernsprecher: VI. 14 224.

Prof. Dr. E. Franke.

Verlag von Duncker & Humblot,
Leipzig.

Inhalt.

Eine Reichsstelle für Arbeits-tarifverträge. Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin	1617
Arbeitskammern. Von Lio. Reinhard Mumm, Berlin	1622
Allgemeine Sozialpolitik	1623
Der Dorentwurf zum deutschen Reichsstrafgesetzbuch und die Armenpflege.	
Soziale Zustände	1624
Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Rechtsanwaltsangestellten.	
Eitel statt Lohn.	
Die Arbeitszeit in Eisenhütten und Walzwerken Österreichs.	
Rechtspflege	1626
Das Verhältnis des § 153 StGB. zum allgemeinen Strafrecht.	
Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 137a StGB.	
Die Zulässigkeit einer Feststellungs-klage beim Kaufmannsgericht.	
Kommunale Sozialpolitik	1627
Städtische Einrichtungen zur Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen.	
Kommunale Handwerksförderung.	
Mietszuschüsse für städtische Arbeiter in Dresden.	
Tariffverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter	1629
Plan eines Reichsbeiratsamts für Arbeitsfreiwilligen in England.	
Rönlische Ehrung der Vermittler in britischen Arbeitskämpfen.	
Die Holzarbeiterbewegung.	
Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten	1630
Der moderne französische Syn-dikalismus. Von Dr. Ant. Aft, Jena.	
Die daterländischen Arbeitervereine.	

Streiks und Aussperrungen	1633
Die Bewegungen in der Metall-Industrie.	
Arbeiterbewegungen im deutschen Lithographen- und Steinbrudgerwerbe.	
Ein Düsseldorf-Fuhrleute-streik.	
Eisenbahnerstreik in Irland.	
Die Streiklage in Spanien.	
Arbeiterfragen	1635
Die elsass-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.	
Eine württembergische Ausstellung für Unfallverhütung im Baugewerbe.	
Aus der Tätigkeit der englischen Gewerksämter.	
Arbeiterversicherung. Spezialien 1637	
Die 2. Internationale Konferenz für Sozialversicherung. (Dresden, 15. und 16. September).	
Die Arbeitszentrale für Privatbeamten-Versicherung.	
Arbeitsmarkt. Arbeitsnachweis 1640	
Der deutsche Arbeitsmarkt im August.	
Die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der privaten Arbeitsbeschaffung.	
Volksgeundheit	1641
Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege.	
Die Milzbrandkrankungen in gewerblichen Betrieben.	
Neue Vorschriften für Anlage von Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten.	
Wohnungswesen	1643
Die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit.	
Literarische Mitteilungen	1646

Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit voller Quellenangabe.

Eine Reichsstelle für Arbeitstarifverträge.

Von Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann, Berlin.

Im März 1911 hat der Reichstag auf Antrag des verdienten Volksfreundes Generaldirektor Dr. Pieper über eine Zentrumsresolution beraten, die zur Förderung des Arbeitstarifvertragswesens in Deutschland eine amtliche Zentralstelle fordert. Besonders auch zur Vorbereitung einer künftigen gesetzgeberischen Regelung des Tarifvertragsproblems, so betonte der Antragsteller, sei eine derartige

Stätte notwendig. Der Spezialist der nationalliberalen Partei für Tarifvertragsfragen, Justizrat Dr. Zund, ließ dieser Anregung Piepers in einer größeren Rede (147. Sitzung, 14. März 1911) wirksamste Unterstützung und fügte dem Pieper'schen Programm noch eine Reihe beachtlicher Vorschläge für die Gestaltung und die Tätigkeitsweise einer derartigen amtlichen Tarifvertragszentrale bei. Trotz der guten Begründung, welche die beiden angesehenen Sozialpolitiker für die Resolution beibrachten, verhielt sich der Staatssekretär Dr. Delbrück damals ziemlich kühl ablehnend; er verwies auf das Bestehen der statistischen Sammelstelle für Tarifverträge im Kaiserlichen Statistischen Amte und gab mittelbar zu verstehen, daß die geforderte Zentrale womöglich zu einer Überstürzung der gesetzgeberischen Regelung des Tarifvertrags beitragen könne; davor aber sei zu warnen.

Diese Aufnahme des Planes einer Tarifvertragszentrale bei der verantwortlichen amtlichen Stelle ist wohl nur durch eine mißverständliche Auffassung der Absichten seiner Urheber zu erklären, denn es geht aus dem Stenogramm der Reden von Pieper und Zund hervor, daß sie durchaus keine Gesetzesfabrik für Tarifvertragsangelegenheiten schaffen wollen, sondern vielmehr eine Art Beratungs- und Erziehungsstelle für tarifvertragliche Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die besonders solange, als die Tarifvertragsbewegung noch nicht abgeklärt und zur gesetzlichen Regelung reif genug ist, die öffentliche Pflege der Tarifvertragsinteressen übernehmen solle. Der Gedanke einer Tarifvertragszentrale in diesem Sinne erscheint so gesund und fruchtbar, daß er nicht an einer erstmaligen mißverständlichen Ablehnung scheitern kann. Deshalb ist es nützlich, ihm die öffentliche Aufmerksamkeit wieder zuzulenken und über die Zweckmäßigkeit und die Fruchtbarkeit dieses Planes eine gründlichere Aussprache zu beginnen.

Für diejenigen, die nicht bloß die äußerlichen Daten der deutschen Tarifvertragsbewegung seit ihrer amtlichen Entdeckung im Jahre 1903 kennt, sondern in ihre Entwicklungsgeschichte seit einigen Menschenaltern in den verschiedenen Kulturstaaten der alten und neuen Welt sich vertieft hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß wir in Deutschland erst in den Kinderjahren des Tarifvertragswesens stehen und daß die ausschlaggebende Entfaltung des Prinzips der paritätisch-kollektiven Arbeitsregelung noch vor uns liegt. Es bestehen mancherlei Anzeichen dafür, daß das kommende Menschenalter in den deutschen Großindustrien Tarifvertragsorganisationen großen Stils als ein ebenbürtiges und notwendiges Gegenstück zur Preis-, Produktions- und Absatzkartellierung der Unternehmer schaffen wird. Es handelt sich also je länger je weniger beim Tarifvertragswesen um eine private Angelegenheit der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, sondern vorwiegend um nichts mehr und nichts weniger als um eine genossenschaftlich sich anbahnende öffentlich-rechtliche Organisation der Arbeit, die sich neben die bestehende gesetzliche Ordnung des Arbeitsvertrags, des Einzelarbeitsverhältnisses und des Zusammenarbeitens im Betriebe (Titel VII StGB.) schieben wird. Daß der Staat, das Reich sich mit diesen vorbringenden autonomen Gewalten wohl oder übel bald befassen muß, liegt auf der Hand. Eine weitsichtige Regierung läte gut, sich rechtzeitig und wirksamer für eine derartige organisatorische Entwicklung zu rüsten, als es gegenüber den Unternehmerkartellen geschehen ist.

Auf diesem Hintergrunde stellt sich die beantragte Reichsstelle für Tarifverträge als eine nützliche Hülfsgestaltung dar, die vorbeugen soll, daß dem Staat die Tarifvertragsorganisationen über

den Kopf wachsen, wie es mit einzelnen Produktions- und Kapitalkartellen bereits der Fall ist. Der bedeutsamste Zweck der Zentralstelle würde also die Vorbereitung auf solche Zukunftsaufgaben sein. Doch fordern auch genügend Gegenwartsaufgaben bereits heute die Einrichtung einer Tarifvertragszentrale von Amtswegen.

Wir haben in Deutschland eine statistische Sammelstelle für Tarifverträge in der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes. Diese Sammelstelle beschränkt sich aber ausschließlich auf die Aufbereitung des Berichtsstoffs und die Veröffentlichung des ziffernmäßig Fashbaren in den Tarifverträgen. Der verstorbene Regierungsrat Dr. Leo hatte allerdings bei den ersten amtlichen Tarifvertragsveröffentlichungen (Beiträge zur Arbeiterstatistik Bd. 3, 4, 5 und 8) den Versuch gemacht, diese Materialbearbeitung zu verbreitern und eine Art amtlichen Handbuches über die Entwicklungstendenzen und -tendenzen sowie über die technischen und die Rechtsprobleme des Tarifvertragswesens zu schaffen. Dieser Versuch aber, der wohl auch über die amtlichen Kompetenzen der Abteilung hinaus gegangen ist, ist nach Leos Tode nicht wiederholt worden. Wir haben seither nur noch die statistischen Ziffernzusammenstellungen. Sachliche Hindernisse stehen eben einer sozialökonomisch-rechtlichen Behandlung im Stile Leos im Wege. Eine Einzelperson an amtlicher Stelle kann ohne sachmännischen Beirat aus den Kreisen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter, der nationalökonomischen und juristischen Spezialisten nicht gut ein derartig im Flusse befindliches Problem wie das Tarifvertragswesen maßgeblich behandeln und in amtlichen Werken autoritativ darüber dozieren. Wohl aber könnte und sollte eine aus Sachbeamten und lebenskundigen Beiräten entsprechend zusammengelegte Zentralstelle für Tarifverträge diese in Leos Veröffentlichungen verlorene Aufgabe wieder aufnehmen, nämlich neben der statistischen Beobachtung auch die Tarifvertragsbewegung kritisch zu verfolgen und Erfahrungsregeln daraus abzuleiten. Während diese Ergebnisse zum Besten der gesamten an Tarifverträgen irgend interessierten Berufe regelmäßig veröffentlicht würden, müßte daneben bei wichtigen Sonderfragen durch gelegentliche geeignete Diskussionen und erweiterte kontradiktorische Verhandlungen eine Klärung der Ansichten und Standpunkte der Interessenten angestrebt werden. Bisher müssen das einzelne Zeitschriften und private Stellen (z. B. das Bureau für Sozialpolitik, Archiv und Verbandstag der Gewerbevereine, Juristentag) mit unzulänglichen privaten Mitteln tun, indem sie Auskünfte und Gutachten über technische Verfassungsfragen und Rechtsfragen der Tarifverträge u. s. w. erlassen und allgemeine Diskussionen organisieren. Angesichts der Grenzen dieser privaten Arbeitsstellen, die meist nur eklektische Erfahrung, Material- und Rechtskenntnis besitzen, und angesichts des Zustandes der tariflichen Rechtspflege, die sehr zerstreut und in grundsätzlichen Fragen zersplittert und widerspruchsvoll ist, ist das vielfach erwünschte und immer notwendiger werdende Auskunfts- und Gutachtenswesen über Tarifvertragsfragen, falls sich nicht Mäzene für eine gemeinnützige wissenschaftliche Stiftung finden, nur noch amtlich in dem erforderlichen Stile zu organisieren.

Eine einheitliche Sammlung und kritische Sichtung des Rechtssprechungsmaterials der Schlichtungskommissionen, der Tarifschlichtungsgerichte, der gewerbegerichtlichen und kommunalen Einigungsämter u. s. w. sowie ihrer aus der Erfahrung und aus billigen Ermessen rechtsschöpfenden Beschlüsse, der kritischen Rundgebungen für und wider gewisse Tarifvertragsfragen, -gewohnheiten und -mängel, eine solche Sammlung des Materials über das lebendige Wesen und die innere Fortbildung der Tarifverträge wäre also eine praktisch außerordentlich fruchtbare Gegenwartsaufgabe einer amtlichen Zentralstelle für Tarifverträge. Ununterbrochen aus dem Strome der Tarifentwicklung schöpfend, wäre sie in der Lage, nicht bloß auf Einzelfragen fakultative Auskünfte zu erteilen, sondern auch aus dem Gesamtfluß die sich bildenden einheitlichen Formen und Normen und Rechtsanschauungen herauszuarbeiten und damit der Vereinheitlichung der tarifvertraglichen Rechtspflege und Schlichtungspraxis zu dienen sowie zugleich die Fundamente für das künftige Tarifvertragsrecht — sowohl nach der öffentlich-rechtlichen wie nach der privatrechtlichen Seite hin — zu schaffen.

Die Zentralstelle für Tarifverträge würde aber neben diesen drei genannten Funktionen: 1. einer Sammelstelle für Tarifvertragsmaterial, 2. einer Auskunftsstelle für praktische und juristische Tarifvertragsfragen und 3. einer Kristallisationsstelle für das sich entwickelnde Gewohnheitsrecht der Tarifverträge — ganz von selbst sehr rasch eine vierte wichtige Funktion entfalten, nämlich die: das Tarifvertragswesen auch neuschöpferisch zu fördern in den bisher noch dem Tarifvertrag fernstehenden Gewerben sowie in solchen Tarifgewerben, die sich in einer Vertragskrise befinden. Wieviel nützliche Dienste hat bereits das einfache Tarifvertragsmuster ge-

leistet, das die Gesellschaft für Soziale Reform vor drei Jahren aufgestellt hat und fortbauend an die Interessenten verschickt! Wie anders aber würde die Wirkung sein, wenn eine amtliche Zentralstelle derartige Muster für verschiedene Gewerbe veröffentlichte und den Parteien, die vor Tarifverhandlungen stehen, unverbindlich zustellte! Die eine Partei würde es aufgreifen und der anderen widerstrebend allmählich suggerieren. Oder man würde sich sogar an die Zentralstelle um Entsendung eines persönlichen Beraters wenden, der den Parteien als eine Art unparteiischen Vermittlers zur Verständigung und zum Tarifvertragsabschluß verhelfen könnte. Ja, auch Gewerbe mit allerer Tarifvertragspraxis würden sich gewiß gern der Dienste der Zentralstelle bedienen, um bei Neubearbeitung eines ablaufenden Tarifvertrags die Fehler des alten zu vermeiden und einen technisch und juristisch einwandfreien Vertrag zustande zu bringen. Die sachliche Autorität des amtlichen Beraters würde dazu beitragen, daß so brenzliche Fragen wie Mindest- oder Normmallohn, Garantie der Mindestleistung, Arbeitsnachweisbenutzung, Organisationszwang, Zulässigkeit von Sympathiestreik oder -ausperrung, Entlassungsordnung bei Arbeitslosigkeit u. s. w. zwischen den Parteien friedlich, anstatt durch Machtpoten geregelt werden könnten.

Die Zentralstelle für Tarifverträge würde durch die Mithilfe beim Abschluß oder der Erneuerung von Tarifverträgen oder bei der Verständigung über Auslegungs- und Ergänzungsstreitigkeiten im Tarifvertragsbereich sich bei geschicktem Verhalten sicherlich sehr bald das öffentliche Vertrauen der Gewerbegruppen derart erwerben, daß diese bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten es als Vermittler anzurufen sich gewöhnen würden. Würde obendrein der Zentralstelle die Befugnis verliehen, bei drohenden Kollektivstreitigkeiten, wo eine tarifvertragliche Regelung als friedensstiftendes Moment in Frage kommen könnte, ihre guten Dienste als Beirat oder Vermittler anzubieten und zugleich durch eventuelle amtliche Untersuchung der Arbeits-, Produktions- und Absatzbedingungen des streikenden Gewerbes die Grundlagen für eine tarifvertragliche Verständigung zu klären (nach Analogie der britischen inquirers, der französischen enquêteurs, der amerikanischen special agents des Bureau of Labor), so würde die Zentralstelle auch in den noch nicht dem Tarifvertrag erschlossenen Industrien erfolgreiche Pionierarbeit für die friedliche paritätische kollektive Arbeitsregelung leisten können.

Auf diesem Wege würde die Zentralstelle für Tarifverträge allmählich auch die Funktionen entfalten, die man gegenwärtig unter dem Schlagwort „Reichseinigungsamt“ einer neu zu gründenden amtlichen Stelle zu übertragen bestrebt ist. Vielleicht würde ein Tarifvertragsamt der geschilderten Art mit laufender Tätigkeit auf dem Gebiete der paritätischen Arbeitsregelung, die eine ständige innige Fühlung mit den Entwicklungen des Arbeitsvertragsproblems in den verschiedenen Industrien verbürgt, noch besser wirken können, als ein bloß gelegentlich für den Fall eines Streikes, bei drohenden oder ausgebrochenen Arbeitskämpfen in Aktion tretendes Reichseinigungsamt. Gerade das Studium der Kampfklofen, „trodenen“ Tarifbewegungen, die die Tarifkämpfe an Zahl und Umfang weit überragen und für die stille Bervollkommnung der paritätischen Arbeitsregelung sehr wichtig sind, vermöchte für die Erkenntnis und die praktische Pflege des Tarifvertragswesens der amtlichen Stelle reichere Erfahrungen und sicherere Lehren zu vermitteln, als ein bloß gelegentliches Eingreifen bei Kampfsensationen, wo letzten Endes nicht sachliche Gesichtspunkte, sondern diplomatisch-taktische Kniffe und Machtmomente den Ausschlag geben.

Mögen sich einzelne Industrien zunächst auch an der Einmischung eines „Tarifvertragsamts“ mehr als an dem eines „Reichseinigungsamts“ stoßen, so scheint doch der Weg über die Tarifvertragszentrale sicherer zu einer Amtsstelle zu führen, die alles das leistet, was wir von dem erstrebten „Reichseinigungsamt“ erwarten. Daß wir eine solche Stelle aber möglichst bald brauchen, das zeigen die Schwierigkeiten, welche große nationale Tarifbewegungen, die über den Bezirk eines gewerbegerichtlichen Einigungsamts hinausgreifen, bezüglich der Vermittlerpersönlichkeiten und auch der Kosten des Einigungsamts mit sich bringen. Eine allenthalben zuständige, finanziell ausreichend dotierte Reichstarifvertragsstelle würde diese rein äußerlichen, aber praktisch sehr fühlbaren Schwierigkeiten mit einem Schlage beheben.

Schließlich wäre noch auf eine weitere Funktion des Reichsbeirats oder der Reichsstelle für Arbeitsverträge zu verweisen: sie müßte als amtliche Hinterlegungsstelle für alle Tarifverträge gelten. Den Tarifverträgen würde durch die feierliche amtliche Hinterlegung und die amtliche Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“, in den örtlichen Amtsblättern und in fortlaufenden „Mitteilungen

der Reichsstelle" eine ganz andere moralische Bedeutung und Beachtung verschafft werden als bisher, und die Entwicklung der Tarifvertragsnormen zu ortsüblichen Arbeitsregeln, zu Maßstäben dessen, was als anständig und als „angemessene Bezahlung“ (im Sinne von §§ 138, 612 und 315/6 BGB.) anzusehen ist, würde durch diese öffentliche Dokumentierung gefördert werden. Die von einzelnen Gesetzgebungsentwürfen des Auslandes bereits angestrebte Erhebung derjenigen Tarifvertragsbestimmungen, die von $\frac{2}{3}$ der Gewerbeangehörigen eines Orts ausdrücklich anerkannt sind, zu rechtlich maßgebendem Ortsgebrauch — eine Maßnahme, die auch in Deutschland als dispositive Übung sich einzubürgern beginnt — würde durch die öffentliche Hinterlegung und Bekanntmachung seitens der Reichsstelle die nötigen formalen Voraussetzungen und Kautelen von vornherein erhalten. Welche weiteren Aufgaben einer solchen Reichsstelle für Tarifverträge im Laufe der Entwicklung zuwachsen würden, läßt sich vorläufig nicht übersehen.¹⁾ Jedenfalls ist schon im Vorstehenden hinreichend dargetan, daß sie bereits jetzt genug nützliche und geradezu notwendige Arbeit zu leisten hätte.

Die Organisation einer solchen Reichsstelle für Tarifverträge wird natürlich ganz von der Art und dem Umfange der Aufgaben, die man ihr zuweisen will oder die sie sich selber im Laufe der Entwicklung setzt, abhängig sein. Immerhin wird man bei der Einrichtung der Reichsstelle wohl unter allen Umständen gewisse Gesichtspunkte im Auge halten müssen. Um unnütze Konkurrenzschwierigkeiten zu vermeiden, sollte sie in Verbindung mit der bisherigen statistischen Sammelstelle für Tarifverträge aufgebaut werden, etwa mit einem Abteilungsdirektor (wie bei der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes) an der Spitze und einigen teils wissenschaftlich, teils in der Tarifvertragspraxis besonders geschulten Fachbeamten an seiner Seite. Die von mancher Seite gewünschte Gelegenheit, Arbeiterführer als Regierungsbeamte zu verantwortlicher Verwaltungsarbeit im öffentlichen Dienste anzustellen, wie es in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten längst geschieht, wäre hier in geradezu idealer Weise gegeben! Neben den Arbeitersekretären müßten natürlich auch Arbeitgebersekretäre mit wirklicher Tariffachkunde berufen werden. Ausreichendes Hilfspersonal wäre für die Schreibarbeit bereitzustellen. Die Regierungsräte der Reichsstelle müßten neben der Aufsichts- und Beratsamtsfunktion im Amte zugleich die sozialwirtschaftliche Untersuchung von kritisch gelagerten Tarifvertragsgewerben draußen im Lande besorgen oder leiten und als Helfer bei Tarifvertragsabschlüssen an Ort und Stelle zur Verfügung stehen. Die Auswahl des Direktors müßte mit besonderer Umsicht erfolgen, da seine Persönlichkeit der Reichsstelle recht eigentlich das Gepräge für die Zukunft geben würde. Neben diesen ständigen Beamten müßte ein von Regierungen und Reichstag berufener und vor allem von den Berufsverbänden der Arbeitgeber und Arbeiter beschickter Beirat von sachkundigen Vertretern aus Tarifgewerben, aus Wissenschaft und Politik stehen, der an grundtätigen Beratungen der Reichsstelle über neue technische, rechtliche und sozialpolitische Tarifvertragsprobleme, über notwendige Veröffentlichungen zur Klärung dieser oder jener Streitfragen, Fehler und Mißverständnisse usw. teilzunehmen und auch wohl bei der Schlichtung besonders großer, schwieriger Tarifvertragsbewegungen und Kämpfe sowie der Bestellung von Unparteiischen, Vermittlern und Schiedsrichtern in solchen Fällen mitwirken hätte. Vor allem aber hätte der Beirat dafür zu sorgen, daß die Reichsstelle dauernd in Fühlung mit der Praxis bleibt und sich nicht zu einem bloßen wissenschaftlich-literarischen Altenarchiv entwickelt. Neben den bisherigen weiter auszubauenden statistischen Veröffentlichungen über die Tarifverträge Deutschlands müßte die

Reichsstelle auch fortlaufende „Mitteilungen“ herausgeben, die sämtliche Tarifverträge amtlich zur Kenntnis bringen, und daneben bemerkenswerte Vorgänge aus der Technik und der Rechtsprechung der Tarifverträge des In- und Auslandes zu allgemeiner Belehrung der Interessenten darstellen sowie besonders wichtige Auskünfte, die die Reichsstelle erteilt hat, veröffentlichen usw. Ein zusammenfassendes Jahrbuch sollte nicht fehlen.

Alles das könnte, wie angedeutet, zur Not auch eine private Hauptstelle für Tarifverträge leisten. Die Autorität einer amtlichen Stelle müßte die Privatstelle durch besonders tüchtige Leistungen und Auswahl der Persönlichkeiten zu ersetzen suchen. Aber für eine derartige Privatorganisation, die eine Kombination etwa des Pariser „Musée Social“ und der amerikanischen Civic Federation darstellen würde, ist ja in Deutschland kein Boden da. Auch fehlte der Zwang zur Einlieferung des Materials und die energische pflichtmäßige Unterstützung ihrer Tätigkeit durch die amtlichen Behörden der einzelnen Bezirke und Städte, wenn eine private Zentrale das den Großindustriellen noch unsympathische und den unteren Amtsstellen in seiner Bedeutung unbekannte Tarifvertragswesen unter seine pflegerische Obhut nehmen wollte. Deshalb muß das Reich von Gesetzes wegen aus Staatsmitteln diese notwendige Tarifvertragsstelle schaffen.

Arbeitskammern.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In ihrem Vorbericht über die kommende Reichstagsession behauptet eine Zeitungskorrespondenz, die Regierung verzichte auf die Durcharbeitung der Arbeitskammervorlage. Ist diese Korrespondenz auch nicht offiziös, so ist es doch nach vielerlei Anzeichen möglich, daß die Regierung ihre Vorlage als gescheitert ansieht.

Zwei Punkte nur sind es, in denen Reichsregierung und Reichstagsmehrheit auseinander gehen. Sind die Gegensätze hier wirklich unüberwindlich? Meines Erachtens läßt sich ein Ausweg finden. Leichter als man annehmen könnte, wird der Ausweg in Sachen der Staatsarbeiter sein. Die Regierung hält, wohl auf Veranlassung Preußens, es für unmöglich, die Staatsarbeiter den Arbeitskammern zu unterstellen. Hier halte ich, nach dem Vorgehen der christlich-nationalen Staatsarbeiterverbände, ein Nachgeben der Reichstagsmehrheit für wahrscheinlich. Diese wird lebensfähige Arbeitskammern auch dann beschließen, wenn sie bis auf weiteres für die Staatsarbeiter nicht erreichbar sind. Der Gewinn der Arbeitskammern ist so hoch anzuschlagen, daß sie auch dann durchgeführt werden sollten, wenn sie nicht alle umfassen, auf die man sie ausgedehnt wünscht. Ein glattes Nachgeben der Reichstagsmehrheit ist in diesem Punkte zu erwarten, damit das Gesetz nicht scheitert.

Schlimmer steht es mit dem andern Punkt, der Wahlfähigkeit der Organisationsvertreter. Bekanntlich stehen das organisierte Handwerk und die organisierte Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß Organisationsvertreter als wahlfähig anzuerkennen sind, während die großen Unternehmerverbände, insbesondere der Zentralverband deutscher Industrieller, die Wahlfähigkeit der Organisationsvertreter entschieden bekämpfen. Ein Ausgleich wurde bisher verschiedentlich erstrebt, aber nicht gefunden.

Kunmehr schlägt der christlich-soziale Parteitag in Wiesbaden einen neuen Ausweg vor: Man gebe den Organisationsvertretern die Stellung von Rechtsbeiständen. Sie mögen, wie es die Rechtsanwälte vor Gericht tun, die Sache ihrer Klienten vertreten, auch in jedem Stadium der Sache ihnen zur Seite stehen, aber sie gehören nicht zur Kammer und haben in ihr kein Stimmrecht. Dieser Ausweg genügt den Interessen der Arbeiterverbände und Handwerksorganisationen, daß sie nämlich jeder Zeit und in jedem Stadium der Verhandlungen die Erfahrungen und Kenntnisse ihrer Organisationsvertreter sich zu nütze machen können, und sie entspricht dem Wunsch der Regierung, daß in die Kammer lediglich Arbeiter und Arbeitgeber, d. h. wirtschaftliche Beteiligte gewählt werden. Es würde dadurch also eine neue Grundlage geschaffen, auf die beide Teile sich einigen könnten, und es ist erwünscht, daß sich die öffentliche Meinung zu diesem Vorschlage äußern möge. Der Vorschlag gibt den beteiligten Parteien — unter Berücksichtigung auch von Minderheiten, z. B. christlich-nationalen Arbeitervertretern, — das Recht, sich einen Arbeitersekretär oder sonst irgend eine Persönlichkeit als Advokaten zu nehmen, dessen Stellung parallel der eines Parteibeistandes vor Gericht ist.

¹⁾ So z. B. wäre die Reichsstelle für Tarifverträge, wie Justizrat Dr. Lunz im Reichstage auch schon betont hatte, sicherlich dazu berufen, auf die bei verschiedenen Einzelratsberatungen (Marine-, Militär-, Polizeiverwaltung usw.) gestellten Anträge, die Lieferungsaufträge nur an Firmen mit tarifvertraglich geordneten Arbeitsverhältnissen zu vergeben, einmal eine verbindliche sachliche Antwort zu entwerfen, nachdem bisher sämtliche Vertreter der einzelnen Ressorts erklärt haben, die Frage könne nicht von einer einzelnen Betriebsverwaltung allein, sondern nur durch einheitliches Vorgehen sämtlicher in Betracht kommenden Reichsbehörden gelöst werden; es versteht sich also heute eine Behörde immer hinter der anderen. Die sachkundige Reichstatarifvertragsstelle aber würde in der Lage sein, die Durchführbarkeit jener Antragsforderungen zu prüfen und sogar auch, ähnlich wie in Großbritannien das Board of Trade für die Government Labour Contracts, eine Liste derjenigen Firmen aufzustellen und dauernd zu überwachen, die für amtliche Lieferungen in Frage kommen und die gestellten tariflichen Arbeitsbedingungen einwandfrei erfüllen.

Diesen Weg zu beschreiten, empfiehlt sich besonders aus dem Grunde, weil anderenfalls zu befürchten ist, daß die Arbeitskammervorlage auf lange hinaus völlig verschwindet. Man weiß ja aus der Vorlage auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, daß einmal gescheiterte sozialpolitische Vorlagen nicht leicht vom Bundesrat zum zweiten Mal eingebracht werden, und Einbringung als Initiativantrag ist für den, der die Technik der Gesetzgebung kennt, ebenfalls recht wenig aussichtsreich. Somit kann, wenn der Reichstag auseinander geht, ohne die Arbeitskammervorlage beschlossen zu haben, diese als auf lange hinaus gescheitert gelten.

Ein Scheitern aber ist um so weniger erwünscht, als feste Verpflichtungen zweier Kaiser vorliegen. In der Kaiserlichen Botschaft von 1881 und noch bestimmter in den kaiserlichen Erlassen von 1890 sind Arbeitskammern zur Pflege des sozialen Friedens verheißt. Sie sind auch sachlich aufs entschiedenste zu wünschen. Noch heute hat der große Arbeiterstand keine Möglichkeit, seine Wünsche anders als auf dem Wege der Agitation zur Kenntnis der entscheidenden Stellen zu bringen. Wen wollte es verwundern, wenn infolgedessen die Arbeiterbewegung einen einseitig agitatorischen Zug angenommen hat? Eine Mitschuld zum mindesten tragen die Kreise, die eine ruhige Erörterung von Arbeiterwünschen auf geeignetem Wege bisher verhindert haben. Möchte die Gelegenheit, langjährige Versäumnisse zu bessern und einen wichtigen Schritt zur gesellschaftlichen Organisation des Arbeiterstandes zu tun, nicht ungenutzt bleiben!

Berlin.

Reinhard Mumm.

Allgemeine Sozialpolitik.

Der Vorentwurf zum deutschen Reichsstrafgesetzbuch und die Armenpflege bildete das Thema der 31. Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit (Dresden, 20. und 21. September), der an Stelle des verstorbenen Stadtrats Münsterberg nunmehr von Justizrat Muland-Colmar i. G. geleitet wird. Von sechs Referenten sind Vorberichte erstattet worden, die als 95. Festschrift der Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit (Leipzig, Duncker & Humblot) erscheinen sind. Das erste Spezialthema lautete: „Trunksucht und die Armenpflege“, worüber Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Alshrott-Berlin referierte und im Namen des Ausschusses eine Anzahl grundsätzlicher Forderungen vorlegte, die nach lebhafter Debatte, in der es sich hauptsächlich um die Zweckmäßigkeit des Wirtshausverbots handelte, in folgender Fassung angenommen wurden:

1. Wenn eine strafbare Handlung in selbstverschuldeter Trunksucht begangen ist, so sind in den für die Anwendung der bedingten Strafausschließung geeigneten Fällen dem Täter für sein Verhalten während der Probezeit bestimmte Weisungen zu geben. Insbesondere kann ihm die Verpflichtung zur Enthaltensamkeit auferlegt werden und eine Schulaufsicht eingeleitet werden. 2. Bei der gesetzlichen Regelung des Wirtshausverbots ist vorzusehen, daß die Verhängung des Verbots durch das Gericht in öffentlichen Blättern bekannt gegeben wird und in geeigneten Fällen die Anordnung einer Schulaufsicht für zulässig erklärt wird. 3. Die Anordnung der Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt ist bei Trunksüchtigen und Gewohnheitstrinkern, die eine strafbare Handlung begangen haben, unabhängig von Strafart und Strafmaß zuzulassen unter der alleinigen Voraussetzung, daß die Unterbringung notwendig ist, um den Verurteilten wieder zu einem gesetzmäßigen und geordneten Leben zu bringen. 4. Bei jeder Einweisung in eine Trinkerheilanstalt ist den Verurteilten ein Fürsorger zu bestellen. Die Schulaufsicht hat bei der Wiederentlassung einzutreten, und es ist Recht und Pflicht des Fürsorgers gerichtlich festzulegen. Für die Durchführung der Schulaufsicht sind öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. 5. Über Einrichtung und Benutzung von öffentlichen und privaten Trinkerheilanstalten sind besondere gesetzliche Vorschriften zuzulassen. 6. Selbstverschuldete Trunksucht, durch welche Personen oder die öffentliche Ordnung gefährdet werden, ist unter Strafe zu stellen.

Das zweite Spezialthema betraf „Die Behandlung der Landstreicher, Bettler und Arbeitslosen“, Referenten waren hier Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig und Landesrat Dr. Drechsler-Hannover. Die zu dieser Frage angenommenen Leitsätze haben folgenden Wortlaut:

1. Betteln, Landstreichen und Arbeitslossein sind nicht als Übertretungen, sondern als Vergehen zu behandeln. Als Höchststrafe sind 6 Monate Gefängnis anzubringen. 2. Das Verleiten oder Auslocken jugendlicher Personen bis zu 16 (nicht 14) Jahren zum Betteln ist dem Betteln gleichzustellen. 3. Das Nichtabhalten untergeordneter Hausgenossen vom Betteln ist nicht dem Betteln gleichzustellen, sondern unter die Strafvorschrift des § 306 Nr. 2 des Vorentwurfs zu bringen. 4. Die sichernde Maßnahme des Arbeitshauses ist nur bei bestimmten, mit dem Betteln- und Landstreichertum zusammenhängenden strafbaren Handlungen zulässig, die auf Arbeitslossein oder Niederlichkeit beruhen. Die

Maßnahme ist jedoch auszuschließen, wenn auf Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten erkannt ist. 4a. In den Fällen des § 306 Nr. 1 bis 3 und 5 ist der Richter verpflichtet, auf Unterbringung im Arbeitshaus zu erkennen, wenn der Verurteilte wegen einer dieser Straftaten bereits verurteilt und seit der Verbüßung noch kein Jahr verfloßen ist. 4b. Ein Verurteilter, der infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht in der Lage ist, sich in der Freiheit den notwendigen Unterhalt zu erwerben, ist nicht dem Arbeitshause, sondern der Landespolizeibehörde zu überweisen. Diese erhält dadurch das Recht und die Pflicht, den Überwiesenen bis zu seiner etwaigen Wiederherstellung in einer Anstalt zu verpflegen. 5. Die neben der Unterbringung im Arbeitshause verwirkte Gefängnisstrafe ist stets im Urteile festzusetzen. Sie kann im Arbeitshause vollstreckt werden. 6. Die Mindestdauer der Unterbringung im Arbeitshause beträgt sechs Monate, die Höchstdauer fünf Jahre. Nach Ablauf von sechs Monaten kann der Verurteilte vorläufig entlassen werden, wenn anzunehmen ist, daß er sich an ein gesetzmäßiges und arbeitsames Leben gewöhnt hat. Über die vorläufige Entlassung entscheidet die Landespolizeibehörde oder eine Strafvollzugskommission. 7. Der aus dem Arbeitshause vorläufig Entlassene ist unter Schulaufsicht zu stellen. Ebenso ist auch ohne Verweisung ans Arbeitshaus die Stellung unter Schulaufsicht zulässig. 8. Über die Behandlung im Arbeitshause sind einheitliche Vollzugsvorschriften zu erlassen.

An letzter Stelle wurde „Die Veräumung der Unterhaltspflicht“ auf Grund eines Referates von Amtsgerichtsrat Dr. Friedberg-Weissensee behandelt. Auch hierzu wurde eine Anzahl von Leitsätzen beschlossen, nämlich:

1. Die Veräumung der Unterhaltspflicht ist als Verletzung der Familienpflicht, also nicht nur bei Gewährung einer Armenunterstützung zu bestrafen. 2. Straffbar ist auch derjenige, der sich durch Trunksucht außer Stande setzt, der Unterhaltspflicht zu genügen oder seinen eigenen Unterhalt (einschließlich etwaiger Auskosten) ohne Inanspruchnahme öffentlicher Armenmittel zu bestreiten. Ferner ist zu bestrafen, wer es böswillig unterläßt, einen ihm im Wege der öffentlichen Armenfürsorge oder bei Durchführung der Fürsorgeerziehung auferlegten Unterhaltsbeitrag zu entrichten oder eine gewährte Leistung zu ersehen. 3. Die Straftat ist nicht als Übertretung, sondern als Vergehen zu behandeln und in der Regel mit Gefängnis zu bestrafen. 4. Ist die Tat auf Arbeitslossein zurückzuführen, so ist bei Rückfall Überweisung in ein Arbeitshaus zulässig. 5. In besonders leichten Fällen kann von Strafe abgesehen werden; insbesondere dann dies geschehen, wenn der Unterhaltsberechtigte durch sein eigenes stilles Verschulden bedürftig geworden ist.

Als Schlussergebnis erklärte die Versammlung vom Standpunkte der Armenpflege aus einstimmig den Vorentwurf als eine geeignete Grundlage für ein neues deutsches Strafrecht. Gleichzeitig wurde jedoch beschlossen, angesichts der wesentlich erhöhten Anforderungen, die nicht nur an das Verantwortlichkeitsgefühl des Richters, sondern auch an seine Menschenkenntnis sowie an sein soziales und pädagogisches Verständnis gestellt werden, erneut auf die bereits den deutschen Regierungen vorgelegten Vorschläge hinzuweisen, die eine Ergänzung und Vertiefung der juristischen Vorbildung durch erweiterte Einführung in Theorie und Praxis der Armenpflege und sozialen Fürsorge bezwecken.

Soziale Zustände.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Rechtsanwaltsangeestellten wird in einer im Auftrage des Verbandes der Bureauangestellten von H. Lehmann bearbeiteten Broschüre (Berlin 1911, Verlag des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands) dargestellt. Die Statistik ist ohne Mithilfe der übrigen Berufsvereine der Bureauangestellten, die vor der Ausfüllung der Fragebogen sogar gewarnt haben sollen, aufgenommen worden und umfaßt nach Angabe des Verfassers etwa 25 v. H. der sämtlichen Angestellten, während die in Angriff genommene amtliche Statistik nur etwa 20 v. H. der Angestellten umfassen werde. Als Stichtag galt der 1. Juni 1910. Erfast wurden von der Statistik 7321 (6234 männliche, 1087 weibliche) Angestellte. Da unter den männlichen Angestellten 1054 verheiratet waren mit 2223 Kindern, wird die Zahl der Ehefrauen der sämtlichen Angestellten auf rund 4000, die ihrer Kinder auf rund 9000 geschätzt, so daß die hier sozial interessierte Bevölkerungszahl mit rund 43000 angenommen wird. Die wichtigsten Zahlen der Statistik sind folgende:

2649 Lehrlingen stehen 1087 weibliche und 1858 männliche Gehilfen sowie 1727 Bureauvorsteher gegenüber. 2385 Angestellte stehen im Alter bis 17 Jahren, 8475 im Alter bis zu 20 Jahren, 2499 sind älter. Die Gesamtzahl der Jugendlichen beträgt etwa 40 v. H. der Angestellten. 15,7 v. H. der Angestellten sind älter als 30 Jahre. Ein Gehalt bis zu 50 M. bezogen 47,8 v. H., bis zu 100 M. 25,1 v. H., über 150 M. beziehen nur 11,8 v. H. In der gegenwärtigen Stellung waren weniger als 1 Jahr 48 v. H. der männlichen und 48,7 v. H. der weiblichen Angestellten. 7,7 v. H. der männlichen und 8 v. H. der

weiblichen Angestellten waren länger als 10 Jahre in der letzten Stellung. Fast die Hälfte der Angestellten war noch nicht 1 Jahr bei demselben Prinzipal beschäftigt. Im Berufsstand waren weniger als 1 Jahr 24,7 v. H. der männlichen und 88,9 v. H. der weiblichen Angestellten. Bei 41,9 v. H. der Angestellten ist die Kündigungsfrist kürzer als 1 Monat. Acht Stunden arbeiten 86 v. H., neun Stunden 43 v. H. Sonntagsarbeit wird noch von 15,5 v. H. der Angestellten verlangt. Der Sonnabend-Frühschluß besteht für 55,2 v. H. der Angestellten. Für 8,7 v. H. ist der offizielle Bureauschluß an Wochentagen nach 7 Uhr abends gelegen. Bezahlung für Überstunden erhalten 88,2 v. H. Weihnachtsgroßzahlung wird an 94,7 v. H. der Angestellten gezahlt. Nur 4 v. H. der Angestellten erhalten das Gehalt während einer Krankheit weitergezahlt. Über die Bureauhygiene liegen zahlreiche Klagen vor. Vor allem sind die Räume vielfach zu klein. Über die soziale Herkunft sagt die Statistik, daß 44 v. H. der männlichen und 27,6 v. H. der weiblichen Angestellten aus Arbeiterfamilien stammen. Die übrigen sind aus den Kreisen des Mittelstandes hervorgegangen. 76,7 v. H. der männlichen und 70,9 v. H. der weiblichen Angestellten haben Volksschulbildung genossen.

Titel statt Lohn. Unter dieser Überschrift erzählt die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ eine herzige Geschichte. Ein technischer Betriebsarbeiter einer Aktiengesellschaft, Monteur seines Zeichens, war um eine kleine Lohnaufbesserung eingekommen. Darauf erhielt er folgende schriftliche Antwort:

„Herrn Monteur R. R. Auf Ihren Brief vom . . . erwidern wir Ihnen, daß wir bei den gedrückten Preisen Ihren Stundenlohn nicht erhöhen können. Um Sie aber in anderer Weise zu entschädigen, ernennen wir Sie hiermit zu unserm Ingenieur und können Sie sich fortan außerhalb unseres Betriebs stets so bezeichnen. Wenn Sie fortfahren, unsere Interessen bestens wahrzunehmen, stellen wir Ihnen in Aussicht, Sie nach einiger Zeit zum Oberingenieur zu ernennen. Aber wir rechnen darauf, daß Sie diese unsere Bereitwilligkeit als vollgültigen Ersatz für jede Lohnerhöhung ansehen, die wir Ihnen nach Lage des Geschäfts nicht gewähren können usw.“

Ob der Monteur den Idealismus seiner Firma, die lieber Ehren statt Geld gibt, gebührend zu würdigen gewußt hat, ist leider nicht bekannt geworden. Für die noble Aktiengesellschaft aber ergibt sich aus dieser schönen Politik die freundliche Folge, daß sie fortan ihren Kunden statt des Monteurs R. R. den Ingenieur R. R. mit den entsprechend höheren Gebührenfäßen auf die Montagerechnung setzen darf. Jede gute Tat ist eben ihres Lohnes wert. Freilich wird der Berufsstand der Ingenieure mit dieser Eitelkeit des Titelverkaufs wohl nicht ganz einverstanden sein.

Die Arbeitszeit in Eisenhütten und Walzwerken Österreichs behandelt ein vom Arbeitsstatistischen Amt im österreichischen Handelsministerium herausgegebener Bericht (Verlag von Alfred Hölder, Wien, 1911, 93 S. Preis 3 Kr.), der die Ergebnisse einer vom Handelsministerium auf Anregung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angeordneten und von den Gewerbeinspektoren in der Zeit vom 14. Juni bis 14. August 1909 durchgeführten Erhebung mitteilt. Im ganzen wurden 34 Werke mit insgesamt 47920 Arbeitern untersucht, etwa 3/4 der Gesamtindustrie. Von den 11 284 in kontinuierlichen Betriebsabteilungen beschäftigten Arbeitern arbeiteten 2359 am Sonntag fort, 1489 hatten weniger, 1205 mehr als 24 Stunden, 6231 rund 24 Stunden Sonntagsruhe. Zwölfstündenschiicht hatten 10 403 = 92 v. H. aller in kontinuierlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Achtschichtenschiicht 857 (meist in Feinblechwalzwerken), Sechsstündenschiicht 24. „Durch die Achtschichtenschiicht — heißt es in dem Berichte — wird nicht nur die tägliche Arbeitszeit im Interesse der Gesundheit der Arbeiter wesentlich verkürzt, sondern auch die Sonntagsruhe verlängert.“ Feste Pausen hatten von den 10 403 in 12-Stündenschiicht Arbeitenden nur 1739, 8664 Arbeiter dagegen waren in Betrieben ohne feste Pausen tätig, und zwar hatte hiervon die gute Hälfte weniger als eine Stunde Pause. Die effektive Arbeitszeit ergibt sich aus der Differenz zwischen Schichtdauer und Pausen. Sie wird in der Denkschrift wie folgt berechnet:

- a) Gruppe ohne feste Pausen (8664 Arbeiter)
mehr als 11 Stunden für 4788 Arbeiter = 55 v. H.
" " 10 " " 6644 " = 74 v. H.
- b) Gruppe mit festen Pausen (1739 Arbeiter)
mehr als 11 Stunden 0
" " 10 " für 1478 Arbeiter = 84 v. H.

c) In den Betriebsabteilungen mit 8-Stündenschiicht sind nur kurze Eispausen üblich, die Hauptmahlzeiten werden außerhalb der Schichtdauer eingenommen.

Die Denkschrift enthält außerdem wertvolle Darstellungen der Verhältnisse, des technischen Prozesses, der Altersverhältnisse der Arbeiter, der Unfälle und Erkrankungen, der Wohnungszustände usw. Beigegeben sind zahlreiche Abbildungen. In dem Er-

hebungsformular war die Frage nach Überzeitarbeit (Überstunden, Überstunden) mit dem Vermerk versehen: „Nach Unlichkeit auszufüllen.“ Die Folge dieser Klausel ist, daß der Bericht kein Wort von Überstunden enthält. Jugendliche Hilfsarbeiter zwischen 14 und 16 Jahren wurden 209 gezählt, sie machen, gleich den Erwachsenen, sowohl Tag- als Nachtschicht. Vorkahrungen gegen die Hitze sind nur selten getroffen. Die Unterkunftsräume werden im allgemeinen als „nur notdürftig, oft schlecht belichtet und sehr beschränkt“ bezeichnet. Die Erkrankungsverhältnisse in den Hüttenwerken sind weit ungünstiger als in der verwandten Metallindustrie und als im Durchschnitt aller übrigen Industrien: während im letzteren Falle 8,5 Krankheitstage jährlich auf einen Versicherten kommen und in der Metallindustrie 9,3, fallen in den Hüttenwerken 19,3 Krankheitstage jährlich auf einen Versicherten. Und hier wieder ist das Erkrankungsprozent der eigentlichen Hüttenarbeiter in den kontinuierlichen Betrieben weit höher als das der Werkstättenarbeiter, nicht selten mehr als doppelt so hoch, es steigt bis zu 25,4 Krankheitstagen jährlich für einen Versicherten. Dabei ist 1/3 familiärer Erkrankungen der Hüttenarbeiter auf Unfälle zurückzuführen. — Die Denkschrift beweist klar, daß — ebenso wie in Deutschland — auch in Österreich die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie dringend einer Reform bedürfen.

Rechtspflege.

Das Verhältnis des § 153 O. D. zum allgemeinen Strafrecht. Wie wir XIX Sp. 955 bereits mitgeteilt hatten, ist das Reichsgericht durch Urteil vom 14. April 1910 von seiner früheren Auffassung, daß zwischen dem § 153 O. D. und den zugleich in Frage kommenden Vorschriften des Strafgesetzbuchs Idealkonkurrenz vorliege, abgegangen und nimmt an, daß zwischen diesen gesetzlichen Bestimmungen Gesetzeskonkurrenz vorliegt. Auch das Kammergericht, das bisher ebenfalls der entgegengesetzten Auffassung huldigte, hat sich, wie XX Sp. 1120 schon hervorgehoben wurde, der vom Reichsgericht neuerdings vertretenen Auffassung angeschlossen. Das betreffende Urteil des I. Straffenats vom 1. Mai 1911 wird jetzt von der „Deutschen Juristen-Zeitung“ (Nr. 18) im Wortlaut mitgeteilt:

Die Annahme der Gesetzeskonkurrenz ergibt sich aus dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Die Worte des § 153, „sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt“, bedeuten nicht den Eintritt einer höheren Strafe im Einzelfalle; sonst hätte das Gericht die kaum durchführbare Prüfung, welche Strafe nach dem einen und welche Strafe nach dem andern Gesetz angemessen sei, vorzunehmen und bei Verschiedenheit des Ergebnisses die strengere Strafe aus dem betreffenden Gesetz, bei Gleichheit der Strafe aber diese aus beiden Gesetzen zu erkennen. Der zitierte Satz will nichts anderes besagen, als was in vielen anderen Gesetzen mit den Worten ausgedrückt ist, „sofern nicht in anderen Gesetzen eine schwerere Strafe verwirkt ist, festgesetzt ist oder angedroht ist“. Einschränkungsfähige Zusätze dieses Inhalts finden sich in vielen reichsgesetzlichen Vorschriften. In allen diesen Fällen hat schon bisher die Rechtsprechung auf dem Standpunkte gestanden, der nun auch bezüglich des § 153 O. D. als zutreffend anerkannt wird. Diese Auffassung hat zur Folge, daß eine Idealkonkurrenz zwischen dem Vergehen gegen § 153 O. D. und den allgemeinen Strafgesetzen, deren Tatbestand zugleich damit betroffen wird, nicht stattfinden kann.

Die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter gemäß § 137a O. D. Wir hatten Sp. 1436 ein Urteil des Landgerichts Blauen mitgeteilt, durch das ein Fabrikant, der seinen Arbeiterinnen Arbeit für ihre Angehörigen mitgegeben hatte, freigesprochen worden war, weil sich die Worte im Gesetzestext „für Rechnung Dritter“ ausschließlich auf Arbeitgeber bezögen. Unter näherer Begründung hatten wir damals zu diesem Urteil ausgeführt, daß der Wortlaut des § 137a O. D. allerdings nicht ganz klar sei, daß die ganze Bestimmung aber überhaupt nur einen Zweck habe, wenn die Überweisung von Arbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter auch dann verboten ist, wenn andere Arbeiter diese Arbeiten verrichten sollen. Der Vorwärts teilt nun einen Fall mit, wonach vom Landgericht Blauen die Direktorin einer Stickerei in Blauen, die 10 Arbeiterinnen auf den Namen von Hausgenossen, der Wirtinnen der Arbeiterinnen usw. Heimarbeit mitgegeben hatte, wegen Vergehens gegen § 137a O. D. verurteilt worden sei, während der Inhaber der Firma, gegen den gleichzeitig Anklage erhoben war, freigesprochen wurde. Das Landgericht hatte hierbei zugunsten des Fabrikanten angenommen, daß die in seinem Betriebe beschäftigten jugendlichen Arbeiterinnen nicht selbst die ihnen von der Direktorin übergebene Heimarbeit auszuführen beabsichtigten, sondern vielmehr als Beauftragte dritter

Persone fungierten.¹⁾ Gegen die Freisprechung des Fabrikanten legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein, das unter Übernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse auf Verwerfung der Revision erkannte:

Das Gesetz lasse Maschen auf, die es ermöglichten, dasselbe zu umgehen. Wenn auch der Gesetzgeber die Absicht gehabt habe, jede Hausarbeit zu entziehen, so könne es dennoch nicht verhindert werden, daß Arbeit nach Hause geschafft werde. Das könne auch nicht ganz verboten werden. Zugunsten des Fabrikanten müsse auch das Oberlandesgericht annehmen, daß jene jugendlichen Arbeiterinnen, welchen Heimarbeit übergeben worden sei, lediglich als Vollinnen ihrer Angehörigen, ihrer Wirtinnen usw. fungiert und die ihnen mitgegebene Heimarbeit nicht selbst, also nicht auf Rechnung Dritter, des Arbeitgebers, ausgeführt hätten. Das könne nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht verboten werden.

Wir halten auch diesem Urteile gegenüber unsere Ausführungen in Sp. 1436 voll aufrecht. Der Paragraph, der eine ausgesprochene Schutzbestimmung im Interesse des zehn- bzw. achtfündigen Maximalarbeitsdays ist, vernichtet seinen Zweck, wenn nicht jede Mitgabe von Heimarbeit an die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unmöglich gemacht wird.

Die Zulässigkeit einer Feststellungsfrage beim Kaufmannsgericht zur Entscheidung der Frage, ob für einen Prinzipal ein „wichtiger Grund“ vorliegt, einen Angestellten ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zu entlassen, ist, wie die Zeitschrift „Der Kaufmannsgericht“ mitteilt, vom Kaufmannsgericht in Mainz anerkannt worden. Bekanntlich sind nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs beim Vorliegen eines wichtigen Grundes sowohl die Prinzipale wie die Angestellten berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist sofort zu lösen, die Frage, ob im einzelnen Falle auch wirklich ein wichtiger Grund im Sinne des Gesetzes vorliegt, unterliegt jedoch der Nachprüfung durch das Kaufmannsgericht. Durch die Feststellungsfrage vorm Kaufmannsgericht ist mithin die Möglichkeit gegeben, späteren Ansprüchen wegen ungerechtfertigter Vertragsauflösung zu begegnen. Ebenso wie der Prinzipal hat natürlich auch der Angestellte, der Grund zu sofortiger Lösung des Dienstverhältnisses zu haben glaubt, das Recht, eine entsprechende Feststellungsfrage zu erheben.

Kommunale Sozialpolitik.

Städtische Einrichtungen zur Beschäftigung beschränkt erwerbsfähiger Personen sind nach einer Rundfrage der Zentralstelle des Deutschen Städtetages (Mitteilungen der Zentralstelle III Nr. 7 1911) bisher nur sehr vereinzelt getroffen worden; dagegen finden mehrfach solche Personen in den städtischen Betrieben (insbesondere Garten- und Promenadenverwaltung) Beschäftigung, und der städtische Arbeitsnachweis ist um ihre Unterbringung bemüht.

Eine besondere Arbeitsstätte für beschränkt Arbeitsfähige besteht in Rülheim-Ruhr. Sie ist allmählich aus der früheren Banderarbeitsstätte herausgewachsen. Als Arbeitszweige sind u. a. eingeführt: Herstellung von Bürsten und Besen, Feueranzündern, Sägemehl, Holzzerkleinern, Stuhlreparaturen, Sackfäden, Außenarbeit, Schreibstubenarbeit, zu denen neuerdings noch ein landwirtschaftlicher Betrieb hinzugekommen ist. Besonders gute Erfahrungen sind mit der Übernahme von Außenarbeit gemacht worden, die bisher von sogenannten Gelegenheitsarbeitern (Gedenstehern) geleistet wurde und eine Einnahme von 30 000 M. im laufenden Jahre erzielen dürfte. Der Verdienst schwankt mit der Leistungsfähigkeit: Idioten und Epileptiker verdienen 2 M. am Tag, eine weitere Schicht 2,25 und 2,50 M., der Höchstverdienst beträgt 3,50 M., in vereinzelt Fällen auch mehr. Gelöhnt wird wöchentlich; in besonderen Fällen wird täglich Vorzuschuß bezahlt. Lungenleidende bekommen vormittags und nachmittags je 1/4 l warme Milch unentgeltlich, die übrigen Arbeiter warmen Kaffee. Für 1911 ist der Umsatz auf 106 000 M. rund veranschlagt, das Lager-Konto auf rund 42 000 M., das gesamte Materialien-Konto auf rund 85 500 M.

In Krefeld besteht eine für Rechnung der Armenverwaltung eingerichtete, vom Polizeinspektor geleitete Arbeitsstelle. Den dort beschäftigten Personen wird die die Armenunterstützung übersteigende Einnahme als Lohn zugesichert. Die Arbeitsstelle dient gleichzeitig auch dazu, arbeitslosen, die Armenverwaltung um Unterstützung angehenden Personen — sofern es sich um vereinzelt Fälle handelt — Arbeit anweisen zu können. Im Jahre 1910 waren 160 Personen beschäftigt (59 Invalide und 111 beschränkt Arbeitsfähige und Gesunde).

In Göttingen werden beschränkt Erwerbsfähige im Armenarbeitshaufe gegen Entgelt mit Kleinkleinern von Holz mitbeschäftigt und verdienen täglich bis zu 1,50 M.

¹⁾ Ob es sich etwa im vorliegenden Falle um dasselbe Urteil handelt wie das oben erwähnte, vermögen wir nicht festzustellen.

Karlsruhe beschäftigt beschränkt Erwerbsfähige (meist 4 Personen) bei einer von der Stadt eingerichteten sogenannten Broden-sammlung täglich etwa 8 Stunden für 80 M. die Stunde.

Im übrigen handelt es sich um Einstellung in den städtischen Betrieben und um Tätigkeit des Arbeitsamts oder sonstige Bemühungen um Unterbringung (Armenverwaltung). So wird in Breslau geeignetenfalls Beschäftigung bei der städtischen Promenadenverwaltung, außerdem bei Vereinseinrichtungen gewährt. In Charlottenburg werden seit dem Sommer 1909 versuchsweise minderernverbsfähige Personen bei der Straßenreinigung auf Promenaden und Bürgersteigen (nicht auf Fahrdämmen) mit Papier sammeln, Saubefegen und Unkraut-siechen und bei der Parkverwaltung mit Wächterdiensten und sonstigen leichten Arbeiten an Stelle der Arbeitsfrauen beschäftigt. Der Mindest-lohn dieser Personen beträgt für den Arbeitstag für Männer 2,00 M. und für Frauen 1,50 M. Der Höchstlohn darf 8 M. für den Arbeitstag nicht überschreiten. Die Einrichtung hat sich im allgemeinen bewährt, weitere Versuche werden beabsichtigt.

Darmstadt beschäftigt bei der städtischen Güterverwaltung und der Stadtgärtnerei sogenannte Halbinvaliden, die den beiden Ämtern von der Armenverwaltung zugewiesen werden. Sie erhalten als Arbeitslohn 3 M. für den Tag. Auf diesen Betrag kommen die aus den Mitteln des Reichs oder anderer staatlicher oder kommunaler Verbände sowie auf Grund der Reichsgesetze über die Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung zustehenden Bezüge, insoweit sie für den Arbeitstag — den Monat zu 26 Tagen gerechnet — den Betrag von 20 M. nicht überschreiten, in Anrechnung. Der Mindestlohn soll jedoch nicht unter 2,50 M. für den Tag betragen. Die Entlohnung geschieht in gleicher Weise wie die der übrigen städtischen Arbeiter. Die Löhne werden im Laufe des Jahres auf die den beiden Ämtern zur Verfügung gestellten Unterhaltungskredite verrechnet, während am Jahresfluße die durch Verwendung minderwertiger Arbeitskräfte entstehenden Mehrkosten an Tagelöhnen berechnet, an den Unterhaltungskrediten abgeschrieben und als Armenpflegekosten verrechnet werden. Letztere Ausgabe betrug im Jahre 1909 16 648 M.

In Rixdorf werden, soweit angängig, beschränkt Erwerbsfähige bei der Gartenverwaltung als Wächter beschäftigt (Tageslohn 8 M.).

In Witten findet, soweit es sich einrichten läßt, Beschäftigung, insbesondere bei drohendem Anheimgang an die Armenpflege, bei der Straßenreinigung statt, zum Teil auch in den Parkanlagen. Die Kosten belaufen sich jährlich auf etwa 8000 M., während die eigentliche Arbeitsleistung mit etwa 5000 M. bezahlt wäre.

In Offenbach sind besondere Bestimmungen im Anschluß an diejenigen über die Beschäftigung Arbeitsloser im Entwurfe erlassen. Danach gelten zunächst im allgemeinen die Bestimmungen über die Einstellung von Arbeitslosen schließlich. Findet ein Erwerbsbeschränkter infolge der Ursache seiner Erwerbsbeschränkung anderweit keine Arbeit, so kann derselbe bei der Behörde oder einer ähnlichen Kolonne eingestellt werden. Der Verwaltung bleibt jedoch überlassen, um noch nicht einberufene und sich etwa neumeldende Erwerbsbeschränkte berücksichtigen zu können, eine entsprechende Anzahl der Eingestellten vorübergehend zu entlassen und einen 4wöchentlichen Wechsel einzurichten.

In Königsberg i. Pr. hat das städtische Arbeitsamt etwa 60 Arbeitgeber auf diesen Zweig der städtischen Arbeitsvermittlung besonders aufmerksam gemacht. In den städtischen Gartenanlagen werden zunächst solche Leute beschäftigt, die Invaliden- oder Unfallrente beziehen, aber noch kräftig genug sind, die vorfindenden Arbeiten auszuführen. Ferner werden in der Stadtgärtnerei solche Leute angenommen, die von der Lungenfürsorgestelle und der Alkoholimohlsfahrtsstelle zur Einstellung empfohlen werden, also aus der Heilanstalt als gesund oder gebessert Entlassene.

In Stralsburg werden nur erwerbsbeschränkte Lungenkranke untergebracht.

In Bielefeld ist, soweit der städtische Arbeitsnachweis versagt, die Armenverwaltung bemüht, die sich Meldenden durch persönliche Vermittlung in einem gewerblichen Betriebe oder auf dem Lande unterzubringen. Es wurde dabei insbesondere auch bei den großen Werken viel Entgegenkommen gefunden. In den meisten Fällen läßt sich eine Beschäftigung mit gutem Verdienst in einem gewerblichen Betriebe schon dadurch erreichen, daß die Armenverwaltung ihre Zustimmung zur Befreiung des Betreffenden von der Krankenversicherungspflicht erteilt und damit bei den allerdings nicht seltenen Erkrankungen die Kosten ohne Erstattungsanspruch übernimmt. Solchen teilweise erwerbsfähigen Personen, denen keine Arbeitsstellen bei Unternehmern vermittelt werden können, wird, soweit tunlich, im städtischen Bau- oder Forstwesen eine ihren Kräften entsprechende Arbeit angewiesen und es wird ihnen ein angemessener Lohn gezahlt.

In Göttingen werden lediglich solche Personen, die früher in städtischen Betrieben gearbeitet haben, in der Parkverwaltung (Invalidentolonne) eingestellt.

Kommunale Handwerksförderung. Wir haben Sp. 1503 mitgeteilt, daß der 12. Deutsche Handwerks- und Gewerbesamstag zu dieser Frage einstimmig eine größere Anzahl von Vorschlägen angenommen hat, deren wesentlichste wir bereits kurz genannt hatten. Da die Vorschläge geeignet erscheinen, den Gemeinden auf dem Gebiete der Handwerksförderung die richtigen Bahnen zu weisen, führen wir sie hier vollständig auf

1. Errichtung von Handwerker- oder Gewerbeauschüssen zur Beratung und Begutachtung von Anträgen und Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung des Handwerks. 2. Förderung der Einrichtungen für die Berufswahl. Mitwirkung der Volkshilfe bei der Lehrstellenvermittlung, wobei Schüler und Eltern auf die Vorteile der Erlernung eines Handwerks hinzuweisen sind. 3. Hebung der Bildung der Handwerker durch Errichtung und Unterstützung von Fortbildungs- und Fachschulen. Kleinere Gemeinden können sich gegebenenfalls zu einem Fortbildungsschulverbände vereinigen oder wenigstens Fortbildungskurse einrichten. 4. Beteiligung der Gemeinde gemeinsam mit der Fortbildungsstelle und den Vertretungen des Handwerks an der Jugendfürsorge. 5. Unterstützung der von den Vertretungen des Handwerks eingerichteten Kurse usw. (Buchführung, Kostenberechnung) durch Beihilfen oder durch kostenfreie Hergabe von Unterrichtsräumen. Die Gemeinden sollen auch die Gesellen und Meister zum Besuch der sogenannten großen Meisterkurse anregen und sie erforderlichenfalls durch Stipendien unterstützen. 6. Geschmacksbildung der Handwerker und Verebelung der Handwerksarbeit durch Schaffung guter Vorbilder (Museen) oder durch die Unterstützung gelegentlicher Ausstellungen. 7. Anspornen der Handwerker zur Gesellen- und Meisterprüfung, besonders bei der Anmeldung zur Begründung eines Gewerbebetriebs. 8. Unterstützung bei der Errichtung von Innungen, Genossenschaften oder anderen Vereinigungen zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung des Handwerks. 9. Regelung des Verdienungswezens, namentlich Erlass einer Verdienungsordnung. Vor deren Erlass ist der zuständigen Vertretung des Handwerks Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Leistungsfähige Organisationen des Handwerks (Innungen und Genossenschaften) sind zur Übernahme von Arbeiten und Lieferungen mit heranzuziehen. 10. Unterlassung von Regiebetrieben. Den Beamten ist der sogenannte heimliche Warenhandel und die dienstliche Beteiligung an Konsumvereinen zu verbieten. 11. Abgabe der Betriebskraft (Gas, Elektrizität) an die Handwerker zu günstigen Bedingungen. 12. Verhinderung der Monopolstellung großer Werke bei der Begründung von Überlandzentralen.

Mietszuschüsse für städtische Arbeiter in Dresden werden vom 1. Oktober 1911 an gewährt werden und zwar sämtlichen bei der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeitern. Diese Mietszuschüsse sind abgestuft nach der Zahl der Kinder, für die der Arbeiter als Familienvater zu sorgen hat (52 bis 208 M. jährlich). Sie sind deshalb gleichzeitig als Teuerungszulagen gedacht, da von einer Verteuerung der Lebensmittel naturgemäß kinderreiche Familien härter betroffen werden als ledige Leute oder kinderarme Familien. (Auch in anderen Gemeinden werden Teuerungszulagen gewährt.)

Carifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Plan eines Reichseinigungsamts für Arbeitsfreitigkeiten in England.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands in der englischen Spinnerei, Sir Chas. Macara, Handelskammerpräsident in Manchester, in meisteilen Kreisen bekannt als ebenso kundiger Geschäftsmann wie einsichtiger Sozialpolitiker, hat, wie schon Sp. 1528 kurz erwähnt, den Plan eines Reichseinigungsamts für Arbeitsfreitigkeiten entworfen und in einer Denkschrift dem Handelsministerium vorgelegt. Die Grundzüge des Projekts sind nach den „Daily News“ vom 21. September folgende:

Der Imperial court oder board soll aus 10 führenden Arbeitgebern und ebensoviel Gewerkschaftsleitern bestehen, den Vorsitz soll Sir G. R. Asquith, der durch seine erfolgreiche Vermittlerstätigkeit ausgezeichnete hohe Beamte des Handelsministeriums (vergl. Sp. 1630) führen. Die Mitglieder dieses Amtes sollen den großen Industrien entnommen werden: Textilindustrie, Baugewerbe, Maschinen- und Schiffbau, Schifffahrt und Transportgewerbe, Bergbau, Schuhfabrikation, Lebergewerbe sollen darin durch Arbeitgeber und Gewerkschafter vertreten sein, die jeweils für 12 Monate gewählt werden. Diese Frist ist geeignet, in der Personenbesetzung des Amtes stets die der Bewegung in der Industrie entsprechende Änderung vorzunehmen. Für die Textilindustrie sind Sir Chas. Macara für die Arbeitgeber und der Gewerkschaftsführer Wm. Mullin, Vorsitzender des letzten Gewerkschaftskongresses, als Vertreter auszuwählen.

Es ist nicht beabsichtigt, daß das Amt bei Arbeitsfreitigkeiten sofort eingreift. Erst dann, wenn die beteiligten Parteien sich selbst nicht verständigen können, beginnt die Tätigkeit des Amtes, das Vertreter der in Streit geratenen Arbeitgeber und Arbeiter zu einer Zusammenkunft einlabet und hier unter Vorsitz von Sir G. R. Asquith Vorschläge für eine Einigung vorlegt. Diese Vorschläge sollen keine zwingende Kraft haben, aber der Einfluß, das Ansehen und das Gewicht des neuen Amtes würde sicher nicht ohne starke Wirkung bleiben.

Zugunsten eines solchen Reichseinigungsamts für Arbeitsfreitigkeiten, wie es Sir Chas. Macara vorschwebt, haben sich schon 1400 führende Firmen der großen Industrien ausgesprochen, darunter Sir Hugh Bell, Sir Edward Holden, Sir W. B. Harlley, Sir John Brunner, sowie die Bürgermeister von 46 Städten. Auch auf der Arbeiterseite findet der Plan großen Anklang: Gewerkschaftsführer und Abgeordnete wie Ramsay MacDonald, Arthur Henderson, J. E. Sutton, G. R. Barnes, John Lodge, Walter Hudson, W. E. Wilson, Thomas Burt, J. R. Clynes, Thomas Ashton, James Billington, W. Mullin, R. W. Bowermann haben ihre Unterstützung zugesagt. Das Handelsministerium ist ohnedies seit einiger Zeit mit Vorarbeiten für den Ausbau des Einigungswezens beschäftigt und wird jedenfalls den Plan Macaras in ernste Erwägung ziehen. Der Premierminister hat sich in der Sache dahin geäußert, daß die Regierung jedem zweckmäßigen und gut unterstützten Plan, der auf Verhütung oder Abkürzung von Arbeitskämpfen abziele, die ernsteste Aufmerksamkeit widmen werde.

Königliche Ehrung der Vermittler in britischen Arbeitskämpfen. Wie wir jüngst (Sp. 1529) mitteilten, hat der König von Norwegen die erfolgreichen Leiter der Einigungsverhandlungen in dem letzten großen Arbeitskämpfe durch ein eigenhändiges Dankschreiben und die Verleihung der goldenen Verdienstmedaille ausgezeichnet. Auch England weiß die Tätigkeit der sozialen Friedensstifter hochzuschätzen. Der seit Jahren als erfolgreicher Vermittler bewährte Vorsteher der Arbeitsstatistischen Abteilung im Handelsministerium, G. R. Asquith, ist zum Dank für seine letzten unermüdblichen und erfolgreichen Dienste bei der Beilegung des Seelente-, Transportarbeiter- und Eisenbahnerstreiks vom König kürzlich in persönlicher Audienz mit der Ritterchaftswürde (Knight Commander des Bathordens) bekleidet worden. Als „strike settler“ hat Asquith, ein Fünfzigjähriger, der als Anwalt in großen politischen Prozessen sich vordem schon einen Namen gemacht hatte und seit 1909 das Amt des Comptroller-General of Patents sowie den Vorsitz im Gutachterausschuß für die Fragen des „anständigen Lohnes“ führte, in nahezu 100 Fällen gewirkt.

In den letzten Festen der „Labour Gazette“ ist neben einer kurzen amtlichen Schilderung des Verlaufs der großen Transportarbeiterbewegungen zu Wasser und zu Lande der Vorlaut der von den einzelnen Gruppen abgeschlossenen Friedensvereinbarungen mitgeteilt.

Die Holzarbeiterbewegung (Sp. 1029) hat in einigen Orten zu Tarifverträgen geführt. Der lange Kampf in Forst i. L. ist durch dreijährigen Vertrag mit Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung beendet worden. Das gleiche sowie 88 1/3 v. H. Überstunden, 50 v. H. Nachtarbeits- und 100 v. H. Sonntagsarbeitszuschlag wurde im Münchener Gladbacher Schreinerergewerbe erreicht; dort wurde auch eine Schlichtungskommission begründet. Neu ist der Abschluß eines Tarifs in Bad Deynhausen. Der Vertrag gilt 8 1/2 Jahre und gewährt u. a. vom 1. Oktober 1911 ab 9 1/2 stündige Arbeitszeit, die im Laufe der Vertragsdauer weiter verkürzt wird, sowie wesentliche Erhöhungen der Stunden- und Akkordlöhne und Zuschläge für Überstunden (20 v. H.) und Nacht- und Sonntagsarbeit (40 v. H.). — In Hamburg dauert die Aussperrung noch an (28. Woche).

Organisationen der Arbeiter, Gehilfen, Angestellten und Beamten.

Der moderne französische Syndikalismus.

Auf Anregung des Professors der Staatswissenschaften, des Herrn Geheimen Hofrats Dr. F. Pierstorff in Jena, unternahm der Unterzeichnete im Sommer 1910 eine Arbeit über den französischen Syndikalismus, die jetzt als 3. Heft des IX. Bandes der „Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena“ erschienen ist (Verlag G. Fischer in Jena). Interessant war die Bearbeitung der Materie, da diese eigenartige Erscheinung in Deutschland durchweg nur unzulänglich bekannt ist. Aktuell wurde das Thema durch den im Oktober 1910 ausbrechenden Generalstreik der Eisenbahner an der Nordbahn, der einen Vorläufer in dem Streik des gesamten Postpersonals im Jahre 1909 hatte und Nachfolger fand in den bekannten Wingerrevolten wegen des neuen Champagnergesetzes. Noch in jüngster Zeit weisen sodann die Sabotageversuche bei Chartres, St. Denis, St. Quentin usw. nachdrücklich auf die genannte Bewegung hin, deren Triebfeder eben der Syndikalismus bildet.

Ihren Ausgangspunkt nahm die syndikalistische Arbeiterbewegung im Jahre 1884, als durch das Vereinsgesetz Waldeck-

Rouffeaux den Syndikaten gesetzliche Existenz verliehen wurde, wenngleich sie auch schon vordem sich unausgesetzt unter der Flagge von Unterstützungsvereinen betätigt hatten. Mit der Gründung des Verbandes der Arbeitsbörsen zu St. Etienne 1892 setzt dann die eigentliche syndikalistische Bewegung in Frankreich ein, die ihre ganze Tätigkeit von dem politischen auf das ökonomische Gebiet verlegt.

Die Abhandlung führt einleitend in großen Zügen ein Bild von der Entwicklung der sozialen Bewegung Frankreichs vor Augen, gibt dann in einem allgemeinen Teile die Literatur über den Syndikalismus, eine Wort- und Sachklärung des Ausdrucks, die geschichtliche Entwicklung der syndikalistischen Bewegung, legt die Organisation der Syndikate dar und weist schließlich auf die Hauptvertreter der beiden Richtungen im Syndikalismus hin.

Im einzelnen sei darüber kurz folgendes bemerkt. Das Wort „Syndikat“ bezeichnet in Frankreich ganz allgemein das Arbeiter-syndikat, entspricht also ungefähr dem deutschen Ausdruck Gewerkschaft, Gewerksverein oder Arbeiterverein. Seine Mitglieder, die Syndikalisten, leben der Überzeugung, daß nur von ihrer eigenen Willens- und Tatkraft Besserung und endgültige Hilfe für die sozialen Verhältnisse in der Arbeiterwelt zu erhoffen ist. Das Syndikat ist ihnen eine Institution zunächst für den tagtäglichen Kampf gegen das Unternehmertum, zur Erlangung von stückweisen Erfolgen und zum Durchsetzen der gestellten Forderungen. Vor allem aber soll durch diesen Zusammenschluß allmählich die vollständige Enteignung des Kapitalismus und dann die neue Reorganisation herbeigeführt werden, welche die Sozialisten von ihrer Besitzergreifung der politischen Macht erwarten. Aus diesem Grunde soll das neue Wort Syndikalismus, diese „Quintessenz der verschiedenen sozialen Doktrinen“, zum Ausdruck bringen, daß das Proletariat seine Befreiung einzig und allein von der unmittelbaren Tätigkeit der Gewerkschaften und in keiner Weise von politischer Betätigung zu erhoffen habe. Nach syndikalistischer Auffassung erscheint das Syndikat, die korporative Gruppe, in der jeglichen und künftigen Rolle als die organische Zelle der Gesellschaft; gegenwärtig ist es dem Syndikalisten das Organ für den Kampf, zum Durchsetzen der Forderungen, in der Zukunft wird es die Grundlage sein, auf die sich die „normale“ Gesellschaft erheben wird, aus welcher Ausbeutung und Unterdrückung ausgeremert sind, — freie Arbeit in freier Gesellschaft, nämlich in dem als Endziel angestrebten Gruppenkommunismus.

Ganz einfach baut sich der geschaffene syndikale Organismus auf. Die Basis bilden die einzelnen Syndikate, die zweite Stufe die Verbände und Arbeitsbörsen, die Spitze ist die C. G. T., La Confédération Générale du Travail. Jede Staffel besitzt volle Autonomie; mit andern Worten herrscht in der syndikalistischen Organisation „syndikale Autonomie, korporativer Föderalismus, allgemeine Konföderation“. Von den bestehenden 5500 Syndikaten sollen etwa 3500 mit 350 000 zählenden, im ganzen aber über 500 000 Mitgliedern Anhänger der C. G. T. sein.

Als „Vater des Syndikalismus“ wird der 1901 im jugendlichen Alter von kaum 30 Jahren zu Paris verstorbene Fernand Pelloutier angesprochen. Zu den gegenwärtigen Hauptvertretern sind zu rechnen: Lagardelle, Pouget, Griffuelhes, Verilh, Delesalle, ferner Thomas, Riel und Réuser. Die erstgenannten vertreten die revolutionäre, die letzten die reformistische Richtung im Syndikalismus.

Der Schilderung dieser beiden syndikalistischen Auffassungen nach den Äußerungen ihrer Hauptvertreter, wie sie hauptsächlich in den Fachorganen der beiden Richtungen, dem revolutionären „Mouvement Socialiste“ und der reformistischen „Revue Syndicaliste“, sich kundgeben, ist der besondere Teil der Abhandlung gewidmet. Zunächst wird der revolutionäre Syndikalismus einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Seine „Philosophie“, die sich auf den bedeutenden modernen Philosophen Bergson stützen wollte, — ein Unterfangen, das von Bergson selbst gründlich abgewiesen wurde, — kann man mit den Worten syndikalistischer Schriftsteller „eine Philosophie der Arbeiteraktion, eine Arbeiterphilosophie oder eine Philosophie des Streiks“ nennen. Die Hauptgrundsätze sind: Kritik des kapitalistischen Regimes und Feststellung des tatsächlichen Klassenkampfes, Kritik des Staates und Verwerfung des Patriotismus, des Statismus und Militarismus, endlich ausschließliche Betonung des Wertes der eigenen Aktion. In Leisungen sind dieselben ausführlich dargelegt und kurz einer anschließenden Kritik unterzogen. Vornehmlich ist die action directe und ihre Mittel, wie Streik, Sabotage, Boykott, Label, und ihr Endzweck, der allgemeine Generalstreik als Schlußkatastrophe, geschildert.

„Selbst handeln“ ist die Parole des revolutionären Syndikalismus, der demzufolge jede politische und parlamentarische Tätigkeit verwirft. Mit dem „Prinzip der kühnen Minderheiten“, die im gegebenen Augenblick alles mit sich fortreißen sollen, und unter Ausnutzung der Mythentheorie hofft man, endlich im letzten Stoße den Kapitalismus, als Hauptursache aller sozialen Mißstände, zertümmern und eine neue Welt nach syndikalistischen Grundsätzen errichten zu können. Die Verwirklichung dieser Ideen vom ertäumten Zukunftsstaat ist in der Arbeit als Utopie bezeichnet.

Während nun für den revolutionären Syndikalismus der eigentliche Generalstreik mit der folgenden Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung das einzige Ziel bilde und alles andere, wie die Herbeiführung augenblicklicher Besserungen, nur als Mittel zu diesem einen großen Ziele betrachtet wird, richtet die reformistische Richtung ihre Tätigkeit zunächst auf Abstellung der vorhandenen Mißstände, auf Erringen von Teilerfolgen, um so schrittweise zum gleichen Endziele zu gelangen. Sie geht also, dem hastig, unauffällig und sich überstürzend vorwärtsdrängenden revolutionären Syndikalismus gegenüber, mehr ruhig und besonnen vor, arbeitet bedächtig, aber zielbewußt weiter in der festen Überzeugung und sicheren Berechnung, daß mit jedem gewonnenen Vorteil aus dem Fundamente des Kapitalismus ein Stück herausgebrochen sei, so daß er schließlich in sich zusammenstürzen müsse.

Der reformistische Standpunkt kommt dem der deutschen Gewerkschaften und der englischen Trade-unions näher. Es wird Gewicht auf mitgliederkräftige Syndikate gelegt, für Streikkassen und Unterstützungseinrichtungen nach Kräften gesorgt, der Antipatriotismus und Antimilitarismus aus den Syndikaten gewiesen und auf internationalen Zusammenschluß hingearbeitet, auch Unterhandlung und Verständigung mit dem Unternehmer vor einem drohenden Streik versucht, um nicht unüberlegt eine Gefahr heraufzubeschwören; sogar Wahlbeteiligung, besonders bei kommunalen Wahlen, wird im eigensten Interesse empfohlen — alles im Gegensatz zum revolutionären Syndikalismus. Infolge dieser Meinungsverschiedenheiten sind beide Richtungen schon des öftern scharf aufeinandergeplatzt, zuweilen mit einer Heftigkeit, die dem gemeinsamen Interesse und der Förderung der Arbeiterwohlfahrt nur von Nachteil sein mußte.

Nach dem Zahlenverhältnis, soweit dies zu ermitteln ist, dürften beide Richtungen vielleicht gleich stark an Mitgliedern sein, wenn auch die revolutionäre Seite mehr Syndikate aufzählen kann, die aber hauptsächlich Neugründungen und nicht besonders stark an Mitgliedern sind. Bei einem einigermaßen friedlichen Zusammengehen und gegenseitigen Verstehen würde die geschilderte Bewegung, die zweifellos einen bedeutenden sozialen Faktor darstellt und nicht mehr einfach auszuschalten ist, zum glücklichsten Ausgleich zwischen dem zu temperamentvoll drauflosstürmenden revolutionären und dem ruhig überlegenden und nur besonnen vorwärtsschreitenden reformistischen Syndikalismus gelangen und dadurch zur Lösung der sozialen Frage ihr Teil beitragen.

Jena.

Dr. Ant. Aht.

Die vaterländischen Arbeitervereine. Der Hauptausschuß des Bundes vaterländischer Arbeitervereine und der Nationale Arbeiterbund für das Königreich Sachsen, das jüngste Mitglied im Bunde, haben Anfang September in Dresden einen Vereinstag, begrüßt von zahlreichen behördlichen Vertretern, von Arbeitgebern, vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie usw., abgehalten. Der Schriftleiter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (!), Freiherr v. Reismuth-Hamburg, hielt den Hauptvortrag der Tagung: Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Er legte die Notwendigkeit des Privateigentums, des Spartriebs und der Kapitalbildung dar; rechtfertigte auch den Luxus wegen seiner das Wirtschaftsleben befruchtenden Wirkungen, verdamnte die „Gleichmacherei“ der „sozialpolitischen Utopisten“, die den Fortschritt der Menschheit unterbinde, und pries die Verdienste des freien Unternehmertums sowie die produktiven Eigenschaften des Privateigentums. Wenn dem Mehrwert der Leistungen der Arbeiter und vor allem der oft dürftig entlohnerten Geistesarbeiter die Leistungsvergütung nicht entspräche, so komme das der nationalen Gesamtheit und vor allem den Nachkommen zu Gute. Die freie Entfaltung der Kräfte und Leistungen dürfe durch die soziale Gesetzgebung nicht gehemmt werden; nur soweit durch ein Leistungsmaximum nicht wenigstens ein Existenzminimum erreichbar sei, sei die Sozialpolitik berechtigt. Indem das Kapital die Möglichkeiten gegenwärtiger und künftiger Arbeitsproduktion sicherstellt, zeige es seine innige Interessengemeinschaft mit der Arbeit. (Wie gewöhnlich, vermischte auch dieser Vortrag bei dem Worte „Kapital“ an einzelnen Stellen die grundverschiedenen Begriffe „Sozialkapital“ und „Privateigentum“.) Der Vortrag des Redakteurs Gneuß (Krimmichau) über die Aufgaben und Ziele der vaterländischen Arbeitervereine betont den raschen Aufschwung: 1907 begannen sie im Reich, 1909 in Sachsen, heute zählen sie hier schon 10 000 Mitglieder. Ihr Hauptzweck sei

Kampf gegen die Sozialdemokratie mit bürgerlicher Unterstützung. In den vertraulichen Sitzungen beriet der Hauptausschuß über die Forderung, über die gesetzliche Verschärfung des Arbeitswilligensgesetzes, über die Marokkofrage (Annahme einer alldutschen Entschiedenheit) und über das Heimarbeitergesetz, das die Heimarbeiter auch der Reichsversicherungsordnung unterstellen müsse.

Entgegen den bestimten Nachrichten, daß bei der letzten Metallarbeiterausperrung in Sachsen auch die Mitglieder des nationalen Arbeiterbundes von den Metallindustriellen nicht verschont werden sollten, falls es zu größeren Aussperrungen kommen würde, behaupten die Mitteilungen des Hauptausschusses das Gegenteil: Der Verband der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden habe ausdrücklich beschlossen, die Mitglieder der zum Hauptausschuß gehörigen nationalen Arbeitervereine von der Aussperrung auszunehmen.

Streiks und Aussperrungen.

Die Bewegungen in der Metallindustrie. Die Metallarbeiterkämpfe in Thüringen sind im Erlöschen, nachdem in Eisenach, Gotha und vereinzelt in Erfurt Ausschüsse der Arbeiterschaft auf entgegenkommende Erklärungen der Ortsgruppen des Metallindustriellenverbandes, die die Aussperrung bei einheitlicher Arbeitsaufnahme aufzuheben anboten, mit diesen Ortsgruppen in Verhandlungen getreten sind. Die zentralen Verhandlungen hat der Thüringer Metallindustriellenverband fallen lassen, weil einzelne Mitgliedsfirmen infolge der Langwierigkeit dieser Verhandlungen inzwischen auf eigene Faust mit den Arbeitern zu paktieren begannen und so die Stellung der Arbeitgeber zu zersplittern drohte. Die Arbeit ist am 16. September an den genannten drei Orten zum überwiegenden Teile wieder aufgenommen worden. In Saalfeld, Gera, Friedrichsroda und Jüttershausen schweben die Verhandlungen noch. In Gotha haben die einzelnen Firmen sich durch verschiedene Zugeständnisse bereits endgültig mit den Arbeitern verständigt. Die Einigung im Leipziger Metallgewerbe vollzieht sich nach der allgemeinen Verständigung zwischen den Verbänden in den einzelnen Betrieben ziemlich glatt. Am 20. September fanden in fast sämtlichen Betrieben der Großindustrie Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit zwischen den Arbeiterausschüssen oder besonders gewählten Kommissionen und den Firmeneinhabern oder den Betriebsleitern statt. In den meisten Betrieben sind die Vereinbarungen bereits abgeschlossen. — Von den sonstigen kleineren Bewegungen in der Metall- und Maschinenbauindustrie ist zu berichten, daß der Streik der Elektromonture in Hannover mit „annehmbaren“ Zugeständnissen für die Arbeiter beendet ist, aber in Köln nach vergeblichen Einigungsversuchen des Gewerbegerichts weiter geht. Er währt schon 7 Wochen. In Breslau ist der Streik der Feilenhauer nach 18 wöchiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden: Maschinen, die die bisher von den Feilenhauern geleistete Arbeit übernahmen, haben die Ausständigen geschlagen. Dagegen haben die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, des Schmiedeverbandes und des Hirsch-Dunderfischen Maschinenbauverbandes in Frankfurt a. M. eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden und entsprechende Lohnaufbesserungen (Einstellungslöhne, Überstundenzuschläge usw.) ohne Streik von den organisierten Arbeitgebern zu erringen vermocht, — für das östliche Brandenburg ein beachtenswerter Vorgang. In der Bielefelder Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie haben der deutsche und der christliche Metallarbeiterverband, der Holzarbeiterverband, der Schmiede- und der Sattlerverband eine gemeinsame Bewegung von etwa 8000 Arbeitern zur Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. — In der Gürtler- und Metallwarenindustrie in Offenbach sind 1800 frei und christlich organisierte Metallarbeiter, nachdem der Tarifvertrag von 1906 im Juli 1911 infolge Kündigung durch die Arbeiter abgelaufen war, in eine Lohnbewegung eingetreten. — In Solingen streiken die im Metallarbeiterverbände organisierten Taschensiedermeisterarbeiter noch, während die im Konfurreierenden Solinger Industriearbeiterverband organisierten Kameraden mit dem Fabrikantenverein einen neuen Lohnvertrag für den 1. Oktober vereinbart haben. — Zahlreiche kleinere Einzelstreiks in deutschen Metall- und Maschinenbaubetrieben sind in der zweiten Septemberhälfte zu Ende gegangen.

Arbeiterbewegung im deutschen Lithographen- und Steindruckgewerbe sind allenthalben im Gange, in Leipzig, Zeitz, Stuttgart, Frankfurt a. M., Schwabach und Nürnberg-Fürth. Anfang September hatten die Lithographen und Steinbrucker in allen Leipziger Betrieben ihre Kündigung mit 14 tägiger Frist eingereicht; ihnen folgten am 15. September die Hilfsarbeiter mit 8 tägiger

Kündigung. Die Firmen, die in dieser Kollektivkündigung einen Bruch der Vereinbarungen von 1906 erblickten, haben in einer Sitzung des „Schutzverbandes deutscher Steinbruckermeister“ Stellung zu der Bewegung genommen und Verhandlungen mit dem Senefelder-Bunde, also von Zentrale zu Zentrale, in Berlin eingeleitet, obgleich die Gehilfen die Verhandlungen auf Leipzig beschränkt wissen wollten. Die Bewegungen in den übrigen Städten sind nur nachträgliche Reflexbewegungen. Obgleich die Schutzverbandsleitung in den Fragen der Arbeitszeit bis zu 53 Stunden wöchentlich und des Leipziger Mindestlohnes bis zu 22 M. Zugeständnisse machten, scheiterten die Verhandlungen doch, da die Gehilfen auf der 52-Stundenwoche und 23 M. Mindestlohn bestanden. Bisher betrug der Leipziger Mindestlohn 19,50 M. In Leipzig und Umgebung kommen 2500 Arbeiter für den bevorstehenden Ausstand in Betracht. In Nürnberg-Fürth hatten 1200 Arbeiter beschlossen, am 23. September zu kündigen. In Frankfurt a. M. haben neben den Lithographen und Steinbruckern die Hilfsarbeiter und die große Masse der Hilfsarbeiterinnen eingehend gegliederte Forderungen eingereicht.

Ein Düsseldorf-Fuhrleute-streik, der durch schwere Zusammenstöße zwischen den anständigen Streikenden und den von Hamburg gelieferten 30 berufsmäßigen Streikbrechern einiges Aufsehen hervorgerufen hat, ist durch Entgegenkommen der zahlreichen kleinen Arbeitgeber gegen die Forderungen der Streikenden am 28. September nach zehntägiger Dauer beendet worden. Die Wiederaufnahme erfolgte nach dem Abschluß der Hamburger ohne weiteres. In 115 Betrieben sind Mindestwöchentlöhne von 28 M. für Einspannerfuhrleute und von 29 M. für Zweifpannerfuhrleute bewilligt worden. Für die Möbelverlader sind besondere Vereinbarungen getroffen, ebenso für die Güterverlader an Bahnhöfen.

Eisenbahnerstreik in Irland. Trotz des jüngst abgeschlossenen Waffenstillstandes zwischen den zu vier Fünfteln allerdings unorganisierten Eisenbahnern und den Verwaltungen tauchten seit Mitte September in der britischen Zeitungspressen immer wieder beunruhigende Nachrichten auf: Railway Unrest! Es scheint schmerz zu halten, die von dem allgemeinen Streikheer der unorganisierten Arbeitermassen angeführten Eisenbahner, die sich durch die angebliche Nichtinnehaltung der alten Arbeits- und Friedensverträge oder doch deren Auslegung beeinträchtigt fühlen, zu beruhigen, selbst da, wo die Organisation schon etwas fester eingewurzelt ist. Während aber die beunruhigenden Nachrichten sich überwiegend auf das westliche England bezogen, kam am 16. September plötzlich die überraschende Kunde vom offenen Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks in Irland, das von den Arbeitskämpfen vor 1 1/2 Monaten nicht ergriffen worden war. Der äußere Anlaß, keineswegs wohl aber die eigentliche Ursache dieses irischen Streiks war die Weigerung zunächst zweier Arbeiter der Great Southern and Western Railway, Bauholz von einer Firma zu verladen, die in Kampf mit ihren Arbeitern liegt. Die Entlassung dieser Güterbodenarbeiter wegen Verweigerung von „Streitarbeit“ benutzte die Eisenbahner- und Transportarbeiterunion zu einem Streikvorstoß, obgleich die Bahngesellschaft erklärte, daß sie einfach gesetzlich verpflichtet wäre, die Beförderungsaufträge für Güter ohne Unterscheidung der Absender auszuführen und naturgemäß auch gar nicht in der Lage sei, sich um die Produktionsbedingungen der Absender zu kümmern. Der Exekutivausschuß des Eisenbahnerverbandes in Dublin mißte sich mit einer an die Gesellschaft gerichteten Aufforderung, dringend für eine Verständigung Sorge zu tragen, ein, die Bahnverwaltung erwiderte, daß nicht die Arbeiter, sondern nur sie unter allen Umständen über die Verladung der Güter zu entscheiden habe. Ein Sympathiestreik, der rasch über das ganze Reich der Great Southern und die Nachbarlinien flatterte, war die Folge. Die ersten Störungen des Eisenbahnverkehrs waren sehr empfindlich, da der ganze Anschlußverkehr zu Schiff über den irischen Kanal nach England auch in Mitleidenchaft gezogen wurde und die Zufuhr der frischen Lebensmittel, die England in großen Mengen aus Irland bezieht, ins Stocken kam. Bei der ungezügelten Gemütsart und Auflust der Iren kam es auch zu bedrohlichen Kündigungen und Zusammenstößen mit den Erzarbeitern, die sich die mit den englischen Gesellschaften in enger Fühlung stehenden irischen Bahnverwaltungen rasch zu beschaffen wußten, und zu Truppenzusammenziehungen. Vermittlungsangebote der irischen Behörden in Dublin, das zuerst ziemlich hart vom Streik getroffen war, und vom Handelsministerium fanden keinen Beifall, und der Exekutivausschuß der irischen Eisenbahner erklärte schließlich am 21. September den „Generalstreik“. Aber bis auf einzelne Strecken der Great Southern und auf die Wodade von Queenstown, das vom Verkehr mit Dublin und London ganz abgeschnitten wurde, vollzog sich der Bahnbetrieb im all-

gemeinen ungestört weiter. Nur wenige Eisenbahner hatten dem ersten Generallstreik-Ausruf bisher Folge geleistet, doch ist die Entwicklung der Verhältnisse in den nächsten Tagen unberechenbar. Wenn die Solidarität bei den streikenden Bahnern so weiter wächst wie bisher, wo sogar schon die Kinder in der Schule von den Kindern der Streikbrecher abgedrängt, ist es nicht ausgeschlossen, daß mit einem Schlage die Streikbewegung auf allen Linien aufblüht, doch ist es nicht wahrscheinlich, da die irischen Eisenbahner sich allein zu schwach fühlen und erst auf eine Sympathiebewegung in England warten, ehe sie zum wirklichen Generallstreik praktisch übergehen. Die letzten Nachrichten deuten sogar auf ein rasches Abbröckeln des Streiks. Die Regierung von Dublin setzt ihre Bemühungen um einen Vergleich eifrig fort. Der Bizekönig von Irland, Lord Aberdeen, hat seinen Urlaub in Schottland abgebrochen und ist nach Dublin zurückgekehrt. Die Vorgänge auf den irischen Eisenbahnen werden nicht ohne Rückwirkung auf den Verlauf und Ausgang des königlichen Untersuchungsausschusses bleiben, der augenblicklich in London über die Eisenbahnerfragen Vernehmungen der Bahndirektoren, der Eisenbahnarbeiter und der Gewerkschaftsführer veranstaltet und auch über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Rechte innerhalb des Eisenbahnbetriebes sich gütlich äußern soll.

Die Streiklage in Spanien (S. 1601) hat sich wesentlich verändert: der Regierung ist die Verhinderung eines wirklichen Generallstreiks geglückt, und, außer in Bilbao, dem Ausgangspunkte der Bewegung, ist die Bewegung überall in starkem Abflauen begriffen, ja meist schon beendet. In Saragossa und den Dörfern bei Valencia ist der Streik schon seit dem 20. September beendet, in Sevilla ist sein Ende bald zu erwarten. In Coruna und Ferrol besteht noch ein allgemeiner Streik; in Coruna sind jedoch, ebenso wie jetzt in Bilbao, die öffentlichen Betriebe gesichert. Die Teilstreiks haben nur in Belmez erheblichen Umfang behalten. In Madrid hat ein Streik in mehreren Zeitungsdruckereien stattgefunden; außerdem streikten Bäcker und Maurer. Der Direktor des Streikkomitees ist verhaftet worden. Mit der rein wirtschaftlichen Streikbewegung scheinen sich politisch-revolutionäre, insbesondere anarchistische Strömungen zwar mitunter vermischt zu haben, doch spricht der völlig glatte Vollzug der Einberufung von 2800 entlassenen Soldaten des dritten Jahrgangs wie auch die rasche Beendigung der Bewegung sehr gegen die übertriebenen Gerüchte, nach denen die ganze Streikbewegung nur ein Teil beginnender Revolution sein sollte. Eher ist anzunehmen, daß die Bilbaoner Vorgänge noch in einem Zusammenhang mit der großen vorjährigen Bergarbeiterbewegung stehen (S. 16), die von der Erbitterung gegen die ausländischen Kapitalisten getragen war.

Arbeiterschutz.

Die elsass-lothringische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910.

Der Gewerbeaufsicht waren im Berichtsjahre 8213 Betriebe mit einer Gesamtarbeiterschaft von 203 322 unterstellt. Zur Revision gelangten 3445 (= 41,9 v. H.) Betriebe mit 136 179 (66,9 v. H.) Arbeitern. Die drei Einzelberichte für Unter-Elsas, Ober-Elsas und Lothringen enthalten eine Fülle wertvoller Beobachtungen über die verschiedensten Seiten des Arbeitsverhältnisses sowie der wirtschaftlichen Lage.

Die Arbeitszeit hat im allgemeinen Kürzungen erfahren. Sehr wertvoll sind die Beobachtungen des lothringischen Beamten über diesen Punkt, der darauf hinweist, daß die kürzere Arbeitszeit nicht nur aus sozialen Gründen wünschenswert sei, sondern auch meist den Interessen des Unternehmers entspreche, da bei zweckmäßiger Organisation und zeitgemäßen maschinellen Einrichtungen der besser ausgeruhte Arbeiter ein Höchstmaß an Arbeiten erreichen kann. An einem Einzelfall ist das besonders untersucht worden.

In einer Fabrik mit viel Tag- und Nachtbetrieb wurden an Stelle der früheren zwei Arbeitsschichten von zwölfstündiger Dauer drei achtstündige Schichten je Tag eingeführt, während die Arbeitszeit der reinen Tagarbeiter von 10 1/2 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt wurde. Die Arbeiterzahl mußte zunächst erhöht werden, um die gleiche Produktionsmenge zu erzielen, konnte aber später, als die Einarbeitung nach der neuen Methode erfolgt war, um ebensoviel vermindert werden, um zu einer gleichen Produktionsmenge zu gelangen. Trotz Lohnerhöhungen für den einzelnen war das zu zahlende Lohnquantum im ganzen genommen für die gleiche Produktionsmenge nicht höher als früher. Dazu ergab sich ein großer materieller Vorteil. Die Wechselschichten alle Wochen, die früher 24 Stunden betragen hatten, betrugen jetzt 12 Stunden. Auch die in den Wechselschichten hergestellten Waren blieben von guter Beschaffenheit, während die früher in der zweiten Hälfte der 24 stündigen

Wechselschicht hergestellten Waren stets minderwertig, oft völlig unbrauchbar waren. Alles in allem wurde infolge der verkürzten Arbeitszeit eine erhöhte Arbeitsleistung von durchschnittlich 25,8 v. H. berechnet, wovon 8 v. H. auf die maschinellen Verbesserungen und 17,8 v. H. auf die individuelle Mehrleistung der Arbeiter entfielen.

Auch daß gute Arbeitsräume nicht nur im gesundheitlichen Interesse des Arbeitnehmers liegen, sondern zugleich für den Arbeitgeber von Vorteil sind, wird allmählich eingesehen: „Die Arbeitgeber kommen immer mehr zu der Überzeugung, daß der Einfluß guter Arbeitsräume einen wesentlichen Anteil an der Art und der Menge geleisteter Arbeit trägt.“

Die Arbeitsordnungen mußten aus Anlaß des Inkrustirelens der neuen Vorschriften der Gewerbeordnung nachgeprüft werden, und hierbei hatten die Beamten in vielen Fällen Gelegenheit, ungeschickliche Bestimmungen zu beanstanden und unnötige Härten fernzuhalten. Den Ratschlägen der Beamten ist in den meisten Fällen und in den meisten Punkten entsprochen worden, nur der Versuch, auch für die Arbeiter einen Schutz, wie ihn § 616 BGB. bietet (betr. Weiterzahlung des Lohnes bei kurzen militärischen Dienstleistungen oder anderen kurzen Unterbrechungen), durch die Arbeitsordnungen herbeizuführen, stieß auf Widerstand. Nur eine als besonders vortrefflich hervorgehobene Arbeitsordnung einer Lothringer Brauerei sieht für solche Fälle Urlaub ohne Lohnabzug vor. Dieselbe Brauerei zahlt Arbeitern, die über 1 Jahr im Betriebe tätig sind, in Krankheitsfällen von mehr als 3 Tagen die Differenz zwischen Lohnhöhe und dem gesetzlichen Krankengeld für die ersten zwei Wochen.

Der Durchführung des Kinderschutzgesetzes wurde eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, doch sind die Schwierigkeiten bei der Kontrolle sehr groß, weil namentlich die Eltern die Kontrolle als „ungehörige Einmischung“ empfinden oder auch ein Ermittlungsverfahren in Steuerachen darin sehen und befürchten. In Industriegegenden, wo durch die Fabrikbetriebe genügend Beschäftigung und ausreichende Löhne geboten werden, bürgert sich die Heimarbeit schwerer ein. Nach Ansicht des Gewerbeaufsichtsbeamten sollte dies auch in keiner Weise gefördert werden; in solchen Gegenden wäre eine gute hauswirtschaftliche Ausbildung der Frauen und Mädchen von weit größerem Vorteil und Nutzen, als der geringe Nebenverdienst durch die Heimarbeit.

Besondere Schwierigkeiten für die Kontrolle machen auch stets die Gast- und Schankwirtschaften, Bäckereien und Schlächtereien. Hier ist namentlich schwer festzustellen, ob die gesetzlich zulässige Arbeitszeit eingehalten wird. Bei den Bäckereien und Schlächtereien wurde besonders auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume geachtet. Wenn auch die seit 2 Jahren betriebenen Bemühungen um Verbesserung der Arbeitsräume schon Erfolge aufweisen, so sind in dem Berichte doch auch Schilderungen einzelner Betriebe enthalten, die allen Regeln der Hygiene und Sauberkeit geradezu Hohn sprechen. Auch auf die Mißstände des Kost- und Wohnwesens fallen einige bezeichnende Streiflichter.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren insofern günstig, als regelmäßige Arbeit vorhanden war, jedoch erfuhren die Löhne keine oder nur unwesentliche Erhöhungen. Bei der Steigerung aller Lebensmittelpreise und der Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände ist daher die Lebenshaltung der Arbeiterkassen erschwert. Einzelne Werke bezogen Lebensmittel im großen, um sie ihren Arbeitern und Angestellten zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Gründung von Konsumvereinen hat dagegen keine Fortschritte gemacht, weil die Konsumvereine auf Barzahlung halten; die Arbeiter sind durch die Händler derartig an das Wareneinkaufen auf Borg gewöhnt, daß sie es als beleidigend empfinden, wenn ihnen kein Kredit eingeräumt wird. Ein Hüttenwerk hat als Ausweg seine Verkaufsräume an eine neugegründete Gesellschaft m. b. H. vermietet, die wie die Händler Kreditbücher ausstellt, auf welche monatliche Zahlungen geleistet werden. Aber wie in einem Konsumverein werden einmal im Jahre Dividenden an die Arbeiter ausgezahlt. — Die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in den Werken hat gute Fortschritte gemacht. — Besonders rühmend wird wieder der Tätigkeit des Sozialbeamten der Rombacher Hütte gedacht. Auch das Gewerbegericht Metz hat sich schon mehrfach lobend über diese Einrichtung des Hüttenwerks ausgesprochen, da die Zahl der gewerblichen Zwistigkeiten in diesem Werke sich sehr vermindert hat und die noch vorkommenden Streiffragen vorher von dem Beamten genau untersucht worden sind.

Eine württembergische Ausstellung für Unfallverhütung im Baugewerbe ist von der Bauarbeiter-Schutzkommission in Stuttgart auf Beschluß einer früheren allgemeinen Bauarbeiterversammlung

mit Unterstützung der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel im Landesgewerbemuseum in Stuttgart dauernd errichtet worden. Die Ausstellung umfaßt fünf Modellbauten, an welchen die verschiedenartigsten Gerüstkonstruktionen für Hochbau, Fassadenarbeiten, Tiefbau, sowie eine Baubude mit Unterfunks-, Sanitäts- und Geschirrraum und eine Abortanlage vorgeführt werden. Sie veranschaulicht in übersichtlicher Weise die praktische Durchführung der von den Bauarbeitern geforderten Schutzmaßnahmen, wie auch die sittlich-gesundheitlichen Forderungen derselben und ist daher in hohem Maße geeignet, zu einer weiteren Förderung des Bauarbeiterschutzes in Württemberg beizutragen.

Aus der Tätigkeit der englischen Gewerksämter. Das englische Gewerksamt für die Schachtelindustrie, über dessen ersten Lohnregelungsentscheid wir in der Soz. Pr. Jahrg. XX Sp. 871 berichteten, hat den damaligen Spruch noch etwas abgeändert. Die neueren Entscheidungen werden in der Labour Gazette vom September 1911 mitgeteilt. Danach wird für alle weiblichen Arbeiter in Heimarbeit, kleineren Werkstätten und Fabriken durchweg ein Mindeststundenlohn von 3 d (1 d = $8\frac{1}{2}$ Pf) aufgestellt. Für weibliche Lehrlinge sind Mindest-Wochenlöhne aufgestellt, und zwar von 4 sh im ersten Halbjahr der Beschäftigung, 5 sh im zweiten Halbjahr, und so fort steigend bis zu einem Wochenlohn von $10\frac{1}{2}$ sh im sechsten Halbjahr. Der Wochenlohn gilt für eine Woche von 52 Arbeitsstunden. Bei kürzerer oder längerer Arbeitsdauer tritt je nachdem eine Verfürzung oder Erhöhung des Lohnes ein. Einwendungen gegen diese Bestimmungen können innerhalb von 3 Monaten an das Gewerksamt eingereicht werden.

Das irische Gewerksamt für die Schachtelindustrie ist jetzt auch gebildet worden, es besteht aus je vier Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hat jedoch noch keine Entscheidung gefällt.

Das englische Gewerksamt für die Spitzenindustrie, das bereits vor einigen Monaten seine ersten Entscheidungen veröffentlicht hat (Soz. Pr. Jahrg. XX Sp. 586), teilte im August dem Handelsministerium nun als endgültigen Entscheid mit, daß es für die Spitzenindustrie einen Mindeststundenlohn von $2\frac{3}{4}$ d festgesetzt hat, ferner abgestufte Sätze für Lehrlinge, sowie für besondere Artikel und Arbeitsprozesse auch einen Tarif über die Mindest-Stüdlöhne.

Arbeiterversicherung. Sparkassen.

Die 2. Internationale Konferenz für Sozialversicherung

(Dresden, 15. und 16. September)

brachte zu Beginn ihrer Tagung eine bemerkenswerte Ansprache des Ehrenpräsidenten der Konferenz Grafen v. Posadowsky, in der er davon ausging, daß ihm auf einem sozialpolitischen Kongreß vor einigen Jahren, auf dem er für eine kraftvolle Fortführung unserer sozialpolitischen Arbeiten eingetreten, aus der Mitte der Versammlung erwidert worden sei, die Forderung der Stunde sei vielmehr, die Selbsthilfe zu wecken, denn ein kräftiges Volk müsse sich auf die Selbsthilfe stützen und dürfe nicht immer nur auf die Staatshilfe vertrauen. Unser wirtschaftliches Leben habe aber eine derartige Entwicklung genommen, daß die Verhältnisse mit einer Wucht auf dem einzelnen Individuum lasten, daß dieses nicht immer imstande sei, sich selbst zu helfen. Dann fuhr Graf Posadowsky fort:

Hier tritt die Grenzschiede ein, wo die starke Hand des Staates eingreifen muß, um Übelstände zu beseitigen, gegen die der einzelne machtlos ist und geschützt werden muß durch sozialpolitische Maßnahmen. Es liegt in der Menschennatur, daß jeder seine äußere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der sittliche gehoben wird. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinen, da entstehen Klassenkämpfe und Klassengegensätze. Wie die einzelnen Klassen, so suchen auch ganze Nationen durch den Kampf ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir nennen das Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Diese wirtschaftlichen Kämpfe haben aber auch Schäden zur Folge. Kein Staat, keine Gemeinde kann eine gesunde Sozialpolitik treiben, die nicht auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage beruht und sich auf wirtschaftlich aufsteigender Linie befindet. Wir müssen suchen, die drei Faktoren unseres Wirtschaftslebens: Kapital, Unternehmerlust und Arbeitskraft durch die Gesetzgebung auszugleichen und eine gesunde Diagonale zu finden. Wenn unser Verein bestrebt ist, die sozialpolitischen Gesetze auf internationaler Grundlage zu regeln und den einen Faktor unseres Wirtschaftslebens: die Belastung der Produktionskosten durch soziale Versicherung in möglichst gerechter Weise zu verteilen und in den einzelnen Ländern

parallel zu gestalten, so wird der Wettbewerb gleichmäßig gestaltet und es wird gewissermaßen fair play für alle Nationen geschaffen. Wirtschaftliche Kämpfe werden nicht aufhören, so lange nicht das Wirtschaftsleben eines Volkes hinter einer chinesischen Mauer erstickt. Darum kann sich auch die Sozialpolitik niemals erschöpfen. Wir hoffen, daß mit der Fortführung einer ehrlichen Sozialpolitik die Gegensätze einigermaßen gemildert werden und Zuständen angenähert werden, in denen die wirtschaftlichen Kämpfe nicht eine neue wirtschaftliche Schädigung zur Folge haben. Hoffen wir, daß wir durch unsere Arbeit diesem Ziele näher kommen.

Die eigentlichen Verhandlungen brachten an erster Stelle ein Referat des Senatsvorsitzenden im Reichsversicherungsamt Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Hartmann über „Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen, Gewerbekrankheiten und Volkskrankheiten“, in dem er darlegte, daß ein großer Teil der Unfälle und Berufskrankheiten zu verhüten sei, die Durchführung von Arbeiterschutzmaßnahmen sei deshalb ein Gebot der Menschlichkeit. Unter den vom Referenten geforderten Maßnahmen zur Erzielung weiterer Erfolge sind zu nennen: ausreichende Überwachung durch sachverständige Beamte, Ausgestaltung der Arbeiterschutztechnik, so daß die Sicherung gegen Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter unmittelbar durch den Bau und durch die Verwendungsweise der Betriebseinrichtungen erzielt wird, nicht durch nachträglich angebrachte Vorkehrungen, Mitwirkung der Arbeiter und stärkere Heranziehung der Betriebsbeamten zur Mitwirkung bei den Arbeiterschutzmaßnahmen. In der Diskussion gaben der Vorsitzende des Zentralverbandes der Deutschen Krankenkassen Fräulein Dresden und der Vorsitzende der Zentrale für das deutsche Krankenwesen Simanowski-Berlin ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß bei Erlass und Ausführung der Unfallverhütungsvorschriften die Arbeiter viel zu wenig zugezogen würden, worauf ihnen vom Freiherrn Staatsminister v. Möller erwidert wurde, daß es schwierig sei, geeignete Arbeiter zu finden, die ein so umfassendes Wissen besäßen, daß sie mit Erfolg mitarbeiten könnten. Auch der Berufsgenossenschaftsdirektor Meesmann-Mainz betonte, daß für die berufsgenossenschaftlichen Arbeiten ein umfassendes Wissen notwendig sei, hier reiche das einfache praktische Wissen des Arbeiters nicht aus. Er müsse jedoch feststellen, daß dort, wo ein Zusammenarbeiten stattgefunden habe, sich niemals politische Richtungen seitens der Arbeitnehmer geltend gemacht hätten. Immer habe sich das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern harmonisch gestaltet. Das Zusammenarbeiten sei namentlich dadurch bewirkt worden, daß die theoretisch geschulten Aufsichtsbeamten sich bei den durch die praktischen Kenntnisse sich auszeichnenden Arbeitern erkundigten und umgekehrt.

Über die „Grundsätze des Heilverfahrens, namentlich auch bei Betriebsunfällen, Gewerbekrankheiten und Volkskrankheiten“ sprach der Vorsitzende im Reichsversicherungsamt Geh. Regierungsrat Dr. Klein. Er betonte: Die wichtigste Aufgabe der Sozialversicherung sei die Verhütung von Gesundheitschäden bei den Versicherten, die Entschädigung komme erst in zweiter Reihe in Betracht. Deshalb sei auf das Heilverfahren der größte Wert zu legen; hier müßten der Erkrankte, der Arzt und der Versicherungsträger gleichmäßig zum Erfolge mitwirken. Unter den Mitteln, den Heilerfolg zu sichern, komme insbesondere die Arbeit als Kurmittel in Betracht. Zu der Streitfrage, ob die Arbeit, die von dem Patienten geleistet wird, bezahlt werden soll oder nicht, sprach sich in der Diskussion Simanowski, der Vorsitzende der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, entschieden gegen die Bezahlung dieser Arbeit aus.

Der letzte Verhandlungsgegenstand betraf die „Verbindung staatlicher Zwangsversicherung und freier Privatversicherung nach den bisherigen praktischen Ergebnissen unter Möglichkeit weiterer Fortentwicklung zur wechselseitigen Ergänzung und Vervollkommenheit“. Den Bericht erstattete der Vorsitzende der hanseatischen Landesversicherungsanstalt Geh. Regierungsrat Bielefeld-Lübeck. Bei der großen grundsätzlichen Bedeutung, die diese Frage für die Weiterentwicklung des ganzen Versicherungswesens hat, geben wir die zu diesem Thema vom Referenten aufgestellten Vorfälle vollständig wieder. Sie lauten:

1. Die Zwangsversicherung hat die Aufgabe, die Grundfragen der sozialen Versicherung zu schaffen. Sie muß alles das umfassen, was zur Sicherstellung einer geordneten Lebensführung für die Richtbegehenden, regelmäßig nicht mehr als den notwendigen Lebensunterhalt durch Lohnarbeit verdienenden Volksklassen erforderlich ist, nämlich Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung sowie vorbeugenden Schutz gegen vorzeitige Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit oder Unfall. 2. Jede weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Volkskreise ist durch Ausbau der „frei-

willigen" Versicherung anzustreben, und zwar sowohl für Zwangsversicherte als für den der Zwangsversicherung nicht bedürftigen Mittelstand. 3. Bei diesem Ausbau ist Wert darauf zu legen, daß dem einzelnen in bezug auf Art (Kapital- oder Rentenversicherung) und Höhe der Versicherung sowie der Beitragsentrichtung möglichst Bewegungsfreiheit gelassen wird. 4. Soweit dies mit Rücksicht auf bestehende gesetzliche Einrichtungen angängig, ist bei Zwangsversicherten die über die Zwangsversicherung hinausgehende freiwillige Versicherung unter Mitbenutzung jener Einrichtungen durchzuführen. Jede Erzwürmung der freiwilligen Versicherung aus versicherungstechnischen, lediglich der Zwangsversicherung dienenden Erwägungen ist dabei zu vermeiden. 5. Den Vorzug verdient eine freiwillige Versicherung, die das Sparprinzip mit dem Versicherungsprinzip dergestalt verbindet, daß dem Versicherten die Wahl bleibt, das eine oder das andere oder beide zugleich seinen Interessen dienlich zu machen. 6. Spar- und Versicherungsbetrieb sind bei der freiwilligen Versicherung durch direkte oder indirekte, tunlichst gesetzlich zu ordnende Unterstützungsmassnahmen des Staates, der Gemeinden, der Arbeitgeber und gemeinnütziger Vereine zu fördern. 7. Für die freiwillige Versicherung der der Zwangsversicherung nicht unterliegenden Personen (Mittelstand) sind die Einrichtungen der Privatversicherung nutzbar zu machen. Auf dem gleichen Wege kann auch die freiwillige Zusatzversicherung der Zwangsversicherten erfolgen. 8. Die Privatversicherung ist deshalb, soweit es noch nicht geschehen, dahin auszubauen, daß sie in der Art und Höhe ihrer Leistung hinter der Zwangsversicherung nicht nur nicht zurückbleibt, sondern sie auf einzelnen Gebieten möglichst noch übertrifft. Insbesondere kommen hierfür in Betracht: Kapital- und Rentenversicherung, Umwandlungs- und Rückzahlungsversicherungen, Gewinnbeteiligungen, Kreditvermittlung auf Grund der Versicherung (Personal- und Hypothekendarlehen), Massnahmen zur Verhütung des Verlustes von Versicherungsansprüchen, zur Verhütung des vorzeitigen Eintritts der Erwerbsunfähigkeit (vorbeugende Heilbehandlung), gemeinnütziger Wohnungsbau für die Versicherten mit Hilfe der verfügbaren Versicherungskapitalien. 9. Auf den vorbezeichneten Wegen ist eine den Lebensbedürfnissen der unteren und mittleren Volksschichten Rechnung tragende Volksversicherung anzustreben. Insbesondere bedarf es da, wo bis jetzt lediglich die Rentenversicherung gesetzlich geregelt ist, des Ausbaues der Lebensversicherung als Volksversicherung durch Privat- oder öffentliche Versicherung und umgekehrt.

Der Direktor im Kaiserlichen Statistischen Amt Dr. Zacher stimmte im wesentlichen diesen Ausführungen zu. Im einzelnen verlangte er, daß die Gesetzgebung folgende Hauptforderungen im Auge behalten müsse: freie Wahl im Versicherungsziel durch den Versicherten, freie Wahl der Versicherungsform, staatliche Beihilfe für die sehr schlecht Bemittelten, Verbindung des Sparprinzips mit dem Versicherungsprinzip in der vom Referenten dargelegten Weise. Auch solle man den Versicherten die Möglichkeit offen lassen, während fortlaufender Versicherung über einen Teil ihres Eingezahlten zu verfügen. Bemerkenswert erscheint, daß der Generaldirektor der bayerischen Versicherungsbank Regierungsdirektor v. Rapp es begrüßte, daß der internationale Kongreß endlich einmal Stellung zu der Frage nehme, wo die staatliche Zwangsversicherung Halt zu machen habe. Den allgemeinen Vorschlägen über die Ausgestaltung der freiwilligen Versicherung könne er sich vom Standpunkte der Privatversicherungsgesellschaften nur anschließen. Er könne nur wünschen, daß die heutige Behandlung der Frage dahin führen werde, daß die freiwillige Versicherung als Anschluß an die staatliche Versicherung immer mehr blühe.

Die Arbeitszentrale für die Privatbeamten-Versicherung (vergl. Sp. 974 und 1340) hat in ihrer Vollversammlung am 18. September in Dresden die Berichte der beiden von ihr eingesetzten Kommissionen entgegengenommen. Nach diesen ist es möglich, sowohl auf dem Wege des Ausbaues der Invalidenversicherung wie dem der Übertragung der Angestelltenversicherung auf eine Gemeinschaft von Lebensversicherungsgesellschaften eine brauchbare Angestelltenversicherung zu schaffen. Die eingehenden Untersuchungen der versicherungsmathematischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Berichtersteller hätten wegen der Übertragung der Privatbeamten-Versicherung auf eine Vereinigung von Lebensversicherungsgesellschaften festgestellt, daß in diesem Falle bei den Leistungen der Angestellten, wie der Regierungsentwurf sie vorsieht, nicht nur die Leistungen des Entwurfs sich erzielen lassen, sondern daß die Angestellten eine Wartzeit von nur fünf Jahren und die Möglichkeit haben, unter einer Reihe von Versicherungsarten auszuwählen. Hinsichtlich des Ausbaues der Invalidenversicherung habe sich durch versicherungsmathematische Prüfung ergeben, daß die Belastung der Volkswirtschaft durch die Sonderklasse um 100 Millionen von der Regierung zu gering geschätzt sei, die versicherungstechnischen Einwände gegen den Ausbau hätten sich als nicht haltbar erwiesen und die Belastung des Reichs durch den Auslaß bewege sich infolge der Wahl eines eigenartigen und ganz neuen Beitrags-

systems sowie der allmählichen Verringerung des Reichszufusses in den höhern Gehaltsklassen in den engsten Grenzen. Die Arbeitszentrale beschloß, diese für die Gesamtheit der Angestellten wie ihrer Arbeitgeber überaus wichtigen Untersuchungen der Regierung nach dem von ihr geäußerten Wunsch unverzüglich zugänglich zu machen.

Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis.

Der deutsche Arbeitsmarkt im August. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ (Nr. 9) feststellt, die Lage des Arbeitsmarkts im August zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich die Abschwächung fortgesetzt; auch der Geschäftsgang der ober- und niedersteirischen Steinkohlenwerke ließ viel zu wünschenswert übrig. In der Textilindustrie klagen die meisten Baumwollspinnereien und Tuchfabriken über einen unverändert sehr schlechten Geschäftsgang. Infolge des niedrigen Wasserstandes mußte der Schiffsverkehr auf der Elbe und dem Riedar ganz eingestellt werden; auf dem Rhein war der Verkehr recht lebhaft. Gut beschäftigt war der Maschinenbau, die elektrische und die chemische Industrie. Das Baugewerbe hatte zumeist flott zu tun. Vom Kalifondit wird der Geschäftsgang als gut bezeichnet.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad, nachdem er im Juli nachgelassen hatte, im August wieder zugenommen. Es ergab sich am 1. September 1911 gegenüber dem 1. August eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig Krankgemeldeten, von zusammen 18 962 (4650 männlichen, 9312 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen derselbe geblieben, nämlich, wenn der Stand vom 1. Januar gleich 100 gesetzt wird, 108; beim weiblichen Geschlecht ist er von 100 auf 101 gestiegen.

Über die Arbeitslosigkeit im August berichten 49 Fachverbände mit 1989 819 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,1 v. H. arbeitslos; Ende August 1910 betrug die Arbeitslosenquote 1,7 v. H., Ende Juli d. J. 1,1 v. H. Es ist also sowohl gegenüber dem Vorjahre wie dem Vormonat eine Verschlechterung zu verzeichnen.

Die Arbeitsnachweisziffern würden auf eine kleine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat, dagegen auf eine Besserung gegenüber dem gleichen Monate des Vorjahrs, wenigstens beim männlichen Personal, schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im August 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 142 Arbeitsgesuche gegen 154 im gleichen Monate des Vorjahrs und 141 im Vormonat. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 90, 87 bezw. 89.

Die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der privaten Arbeitsbeschaffung bespricht Stadtrat Dr. Fleck-Frankfurt a. M. in Nr. 7 des „Arbeitsmarkt“ in sehr bemerkenswerter Weise. Der brandenburgische Provinziallandtag hatte seinerzeit beschlossen:

„es für notwendig zu erklären, daß der Staat die öffentliche Arbeitsvermittlung selbst organisiert, da freiwillige Verbände zur reellen Durchführung dieser dem Staate obliegenden Aufgaben nicht in der Lage sind; und den Landesdirektor zu ersuchen, auf der nächsten Landesdirektorenkonferenz eine gemeinsame Aktion der Provinzen bei der Staatsregierung in dieser Richtung anzuregen“.

Anknüpfend an diesen Beschluß, der sich mit einem Antrag des Wiesbadener Kommunalparlaments deckt, kommt Fleck zu dem Schlusse, es bedürfe eines Gesetzes, das staatliche Mittel und die staatliche Autorität in zweifelsfreier Weise zur Verfügung stellt, wenn die öffentliche Arbeitsvermittlung — nicht den Kampf mit den Arbeiterbeschaffungsanstalten aufnehmen solle, was man ruhig der natürlichen Entwicklung überlassen könne — sondern wenn sie ihre eigentliche besondere Aufgabe: die Organisation des Arbeitsnachweises im Interesse des Ausgleichs zwischen Stadt und Land und im Interesse der Kleinbetriebe, der Einzelhaushaltung und der in Kleinstädten, auf dem Lande und auf der Landstraße zerstreuten, ortsnahen Arbeiter lösen wolle. Aber es bedürfe, wenigstens in Preußen, vielleicht überhaupt keines neuen Gesetzes. Denn das bereits bestehende „Wanderarbeitsstättenengesetz“ vom 20. Juni 1907 leiste vielleicht alles Erforderliche, wenn es von den Provinzen, — die mit zwei Drittel Mehrheit seine Einführung beschließen können — in richtiger Weise angewandt werde.

Fleck zeigt nun in längeren Ausführungen, auf welche Weise dies möglich ist — es handelt sich in erster Linie um Vereinbarungen mit den Provinzen zur Unterstützung der mit den Arbeitsstätten organisch verbundenen Arbeitsnachweise — und fährt dann fort:

Das Wanderarbeitsstättengesetz will also nicht einen besonderen Arbeitsnachweis für die Wandernden einrichten, sondern es gibt die Möglichkeit, daß der Arbeitsnachweis für Wandernde mit dem allgemeinen Arbeitsnachweis in Verbindung gebracht werde, und knüpft sogar u. E., wenn es richtig verstanden wird, die Gewährung staatlicher Unterstützung an die Bedingung, daß dies geschehe, also an die Bedingung der einheitlichen Organisation der Arbeitsvermittlung. Ist diese Auffassung richtig, so ist bereits jetzt die Möglichkeit gegeben, dem in dem Brandenburger Provinziallandtag und in dem Wiesbadener Kommunalalltag gleichmäßig hervorgetretenen Wunsch nach öffentlicher Organisation der Arbeitsnachweisvermittlung zu genügen, und zwar im Wege der provincialen Selbstverwaltung, gewissermaßen in naturgemäßer Fortführung der Schritte, die in früheren Jahren in unseren Großstädten gemacht worden sind.

Zugleich würde durch die in Preußen auf Grund des Wanderarbeitsstättengesetzes ermöglichte, in den süddeutschen Staaten durch das freiwillige Zusammenwirken der staatlichen und städtischen Verwaltungen bis zu einem gewissen Grad verwirklichte Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung für Ortsansässige und für Wandernde auch das Verhältnis zwischen dieser interlokalen öffentlichen Arbeitsvermittlung und den gleichfalls interlokalen, aber für die besonderen Zwecke der Arbeitgeber tätigen Arbeiterbeschaffungsanstalten klar gestellt. Die Leistungen der letzteren mögen technisch vollkommener und sozialpolitisch gefährlicher sein, als diejenigen der öffentlichen Vermittlung; die Bestrebungen zur technischen Reform des öffentlichen Nachweises und zur sozialpolitischen der Arbeiterbeschaffungsanstalten sind daher gleich notwendig und gleichberechtigt. Aber das Arbeitsgebiet beider ist zurzeit völlig verschieden; und für absehbare Zeit ist auf dem ungeheuren Feld der Organisation des Arbeitsmarktes Raum genug für beide. Die Gewerkschaften, die in neuerer Zeit mit Erfolg daran mitgearbeitet haben, die von der Sozialdemokratie Jahre hindurch gehinderte interlokale Organisation der Arbeitsvermittlung weiter zu fördern, werden die natürlichen Bundesgenossen der Träger der Arbeitsvermittlung sein, wo sozialpolitische Schäden der Arbeiterbeschaffungsanstalten hervortreten. Und nach Beseitigung dieser sozialpolitischen Schäden (die geheimen Werkzeugen zur Verhütung der Anstellung mißliebiger Arbeiter; das Fehlen paritätisch zusammengesetzter, der Öffentlichkeit verantwortlicher Organe zur Prüfung von Beschwerden usw.) wäre ein Zusammenarbeiten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der privaten Arbeiterbeschaffung jedenfalls nicht ausgeschlossen.

Volksgesundheitspflege.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege

hielt Mitte September seine 36. Jahresversammlung in Dresden ab. Nach Begrüßungen seitens des Staates, der Stadt und der Ärztkammer erstattete Prof. Dr. Pröbbling-Köln den Rechenschaftsbericht, wonach der Verein 1593 Mitglieder zählt und ein Vermögen von 27 197 M. besitzt. Als erster Redner behandelte Landesbaurat a. D. C. Rehorst, Beigeordneter der Stadt Köln: „die Ergebnisse der Städtebauausstellungen im Jahre 1910 für die öffentliche Gesundheitspflege“. Er kam hierbei zu einer Kritik der bisher meist üblichen Baupläne und Grundrissentwürfe der Häuser und vertrat im Gegensatz dazu die Forderung, daß die Städte möglichst große Flächen der sie umgebenden Waldbestände in ihren Besitz bringen müßten, weil nur dann die Möglichkeit ihrer Erhaltung sichergestellt werden kann. Es sei nicht nur die Schaffung von „Wald- und Wiesengürteln“ um die Städte zu erstreben, sondern bei Aufstellung der Bauungspläne sei insbesondere deren Verbindung mit dem Stadtkern durch Anlage radialer Parkstreifen vorzusehen. Besonderer Wert ist auf die Anlage von ausreichenden Spielplätzen in verschiedenen Stadtgebieten zu legen.

Das zweite Referat erstattete Prof. Dr. Lenz-Berlin über die Bekämpfung der Infektionskrankheiten auf Grund neuerer wissenschaftlicher Forschungen, wodurch die Übertragungsmöglichkeiten und Bekämpfungswege geklärt worden sind. Das wichtigste Moment im Kampfe gegen die Infektionskrankheiten sei die Ermittlung möglichst aller Infektionsquellen durch strenge Durchführung der Meldepflicht und gründliche bakteriologische Untersuchung aller als Infektionsquellen in Betracht kommenden Individuen. Auf Isolierung als Infektionsquelle verdächtiger Personen sei hinzustreben, der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, der Hebung des Reinlichkeitssinns der Bevölkerung sei größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die lebhafteste Diskussion, die sich an diesen Vortrag knüpfte, beschäftigte sich in erster Linie mit den Keimträgern, d. h. mit solchen Personen, die nach Überstehen einer Krankheit noch für lange Zeit, oft für viele Jahre noch virulente Keime beherbergen und ausscheiden und so eine ständige Gefahr für ihre Umgebung bilden. Ganz besonders sind Erkrankungen an Typhus und Diphtherie oft auf solche gesunde Keimträger zurückzuführen. Ein sicheres Mittel, diese virulenten Keime in solchen Keimträgern abzutöten, sei noch

nicht gefunden. Im Anschluß an den Vortrag wurde eine Entschließung angenommen, daß die Versammlung in der Schutzpockenimpfung eine der reichhaltigsten Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege erblickt; diese Entschließung bedeutet eine offizielle Stellungnahme gegenüber den Impfgegnern.

Als letztes stand das Thema zur Verhandlung: Die Bedeutung der Zahnpflege in den Schulen. Referent war Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Kirchner-Berlin, der die Wichtigkeit dieser Frage darlegte. Es sei vom Standpunkte der öffentlichen Gesundheitspflege der größte Wert darauf zu legen, daß die gesamte Bevölkerung frühzeitig über die Bedeutung der Zahnpflege unterrichtet und zur Beobachtung einer vernünftigen Zahnpflege erzogen wird. Da der Zahnwechsel und die Entwicklung der Zahnkaries in das schulpflichtige Alter fallen, so sei während dieser Zeit eine regelmäßige zahnärztliche Überwachung der Kinder unerlässlich, damit ein vorzeitiger Verlust ihrer Zähne tunlichst verhütet wird. Auch an diesen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Besprechung, die sich zunächst mit der Frage beschäftigte, ob die Gemeinde die Kosten der Zahnpflege in den Schulen tragen müsse. Die Aufgaben der Städte auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege seien so groß und die Kosten so bedeutend, daß eine gewisse Zurückhaltung wohl geboten erscheine. Von andern Rednern wurde darauf hingewiesen, daß durch die Mitwirkung der Krankenkassen die Kosten wesentlich vermindert werden könnten. Für die Beschaffung der notwendigen Gelder sei besonders das sog. Duisburger System empfehlenswert, bei dem die Familien durch einen Beitrag von 50 P bis 1 M. auf die zahnärztliche Behandlung der Kinder abonnieren könnten.

Die Milzbrandkrankungen in gewerblichen Betrieben haben sich in den letzten Jahren erheblich vermehrt, so daß der Bundesrat am 28. September 1909 die Anzeigepflicht für diese gemeingefährliche Krankheit vorgeschrieben hat: nicht nur alle Erkrankungs- und Todesfälle, sondern auch alle Verdachtsfälle von Milzbrand müssen schleunigst der zuständigen Polizeibehörde angezeigt werden. Das Ergebnis dieser am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Bestimmung wird in den „Mitteilungen des Instituts für Gewerbehygiene zu Frankfurt a. M.“ (Nr. 9) von Geh. Regierungsrat Dr. Leymann-Berlin besprochen. Im ganzen finde nach den eingegangenen Anzeigen 1910 im Deutschen Reich 287 Milzbrandfälle unter Menschen vorgekommen, davon 9 bei Kindern unter 14 Jahren. Von den erkrankten Personen waren 287 männlichen und 30 weiblichen Geschlechts. Den Milzbrandkrankungen erliegen sind im ganzen 39 erwachsene Personen, darunter 6 weiblichen Geschlechts und 1 Kind. In 142 Fällen, entsprechend 49,5 v. H., war die Erkrankung zurückzuführen auf die Berührung mit milzbrandkranken, lebenden oder toten Tieren oder deren Fleisch, in 135 Fällen, entsprechend 47 v. H., auf den Handel und Verkehr mit Stoffen tierischer Herkunft oder auf die gewerbliche Verarbeitung solcher Stoffe und in einem Falle auf Arbeiten mit Milzbrandkeimen, während in 9 Fällen die Infektionsquelle unbekannt blieb. Von den Erkrankungen entfielen 121 Fälle, darunter 12 tödlich, auf landwirtschaftliche Betriebe, 92 Fälle, darunter 16 tödlich, auf Gerbereien, 11 mit einem Todesfall auf Knochenspinnereien. Was die Milzbrandansteckung in Gerbereien betrifft, so ist der Kampf dagegen nachdrücklich durch ein Zusammenwirken der Gewerbeaufsicht und der Lederberufsgenossenschaft auf Grund von besonderen Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen worden. Hinsichtlich der Knochenspinnereien, Fäul- und Bürstenmachereien kommt vielleicht eine Ergänzung der Schutzverordnung des Bundesrats vom 22. Oktober 1902 in Frage insofern als künftig nicht nur wie jetzt das vom Ausland eingeführte Material, sondern auch das inländische der gründlichen Desinfektion unterworfen wird.

Neue Vorschriften für Anlage von Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Entbindungsanstalten und Säuglingsheimen werden in einem gemeinsamen Erlaß der drei preussischen Minister des Innern, der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe den Oberpräsidenten zur Weitergabe an die Regierungspräsidenten und Bezirksausschüsse mitgeteilt (Erlaß vom 8. Juli 1911, mitgeteilt im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung vom 18. September 1911). Die Vorschriften sind fast durchweg sanitärer oder bautechnischer Art und betreffen die Lage der Anstalten, die Anlage der Zimmer, Treppen und Korridore, die Luftanforderungen pro Bett eines Kranken, die Einrichtung der Operationsräume, Isoliereinrichtungen bei ansteckenden Krankheiten und ähnliches mehr. Der Erlaß wünscht, daß den Orts-

polizeibehörden erneut in Erinnerung gebracht wird, daß sie die Genehmigung zum Neubau, Umbau oder Erweiterungen von Anstalten nicht eher geben, als bis alle Vorschriften des Erlasses erfüllt sind und sie die Zustimmung des Regierungspräsidenten dazu erlangt haben.

Wohnungswesen.

Die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit.

Von den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Sterblichkeitsziffern herabzumindern, sind zwei Bewegungen in den letzten Jahren besonders hervorgetreten, bei denen sich auch sichtbare Erfolge zahlenmäßig nachweisen lassen: die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sowie der Kampf gegen die Tuberkulose. Aber so sehr man auch alles würdigen mag, was in der Säuglingsfürsorge durch die Gemeinden oder freie Vereinstätigkeit geschieht, so sehr im Kampfe gegen die Tuberkulose neben Gemeinden und Vereinen namentlich die Einrichtungen der Arbeiterversicherung unschätzbare Dienste leisten, so kann man sich doch oft des Eindrucks nicht erwehren, als würde hier eine Sisyphusarbeit geleistet. Ein ungeheurer Aufwand von Kraft und Geld wird verbraucht, um eine Herabminderung der Sterblichkeitsziffern zu erzielen, während das Wohnungselend immer weiter seine Opfer fordert.

Der enge Zusammenhang zwischen Wohnungsfrage und Säuglingssterblichkeit sowie zwischen Wohnungsfrage und Tuberkulose kann wohl als allgemein anerkannt gelten, nur hält mit der Theorie die Praxis nicht gleichen Schritt. Manche Gemeinden machen kostspielige Aufwendungen auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge, unterlassen aber jegliche Reform auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Und wenn all die Vereine, die auf irgend eine Weise an der Bekämpfung der Tuberkulose oder Säuglingssterblichkeit arbeiten und deren leitende Stellen zum Teil den einflussreichsten Kreisen angehören, gleichzeitig auch für eine gründliche Wohnungsreform eintreten, so wäre man sicher in dieser Frage schon weiter. Die engen Zusammenhänge zwischen der Wohnungsfrage und den hohen Sterblichkeitsziffern für Säuglinge und Tuberkulose sind schon auf manchen Tagungen¹⁾ und durch wertvolle literarische Arbeiten behandelt worden, aber es muß immer und immer wieder auf diese Wunde unseres wirtschaftlichen und gesundheitlichen Lebens hingewiesen werden.

Auch die letzte Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer im Juni d. J. in Dresden brachte einen Vortrag von Dr. Ferdinand Siegert, Direktor mehrerer Kinderkliniken in Köln a. Rh., über „Säuglingsfürsorge und Wohnungsfrage“.²⁾ Der Redner stützt sich darin — außer auf eigene Beobachtungen — namentlich auf die Untersuchungen von Dresdener Ärzten Dr. Weinert und Dr. Rietschel, dem Chefarzt des Dresdener Säuglingsheims. Die hohe Sterblichkeit der künstlich ernährten Säuglinge im Sommer hängt, nach vielen Forschern, nicht nur mit dem zersetzenden Einfluß der Hitze auf die Milch zusammen, sondern allein schon die hohe Zimmertemperatur in überfüllten, nicht zu durchlüftenden Wohnungen ist verderblich für das Leben junger Kinder; das wird u. a. dadurch bewiesen, daß die Kinder in den Dachgeschossen im Sommer mehr gefährdet sind als die Kinder in Kellerwohnungen. Der „Sozial-Korrespondenz“ vom 1. August 1911 entnehmen wir folgende beachtenswerte Mitteilung:

„Sehr wertvolle Nachweise für den Zusammenhang der Wohnungsfrage mit der Säuglingssterblichkeit hat man in letzterer Zeit durch die sachverständige Kontrolle des Ziehkindewesens gewonnen. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder übersteigt im allgemeinen die der ehelichen um mehr als das Doppelte. Aber wo die Ziehkinderkontrolle in den letzten Jahren scharfe Bestimmungen über die Wohnung der Ziehmütter getroffen und durchgeführt hat, ist die Sterblichkeit der unehelichen in der heißen Jahreszeit nicht nur gewaltig gesunken, sondern noch unter die Zahl der ehelichen herabgegangen. Die unehelichen Kinder waren nur an Ziehmütter mit gefunden Wohnungen gegeben, die ehelichen unterstanden keiner Wohnungskontrolle; ihr Aufenthalt waren oft die elendsten Löhler, „Wohnungen“ genannt, und das wurde ihnen in den heißen Monaten verhängnisvoll.“

Welche Bedeutung der Säuglingsfürsorge beigelegt wird, zeigt auch der neueste Bericht der Medizinalabteilung des preussischen Kultusministeriums über „Das Gesundheitswesen des Preussischen

Staat im Jahre 1909“.³⁾ Hier ist zum erstenmal in diesem Jahr ein neuer Abschnitt „Kinderhygiene“ eingefügt worden, der ausführlicher, als es früher bei dem Absatz „Säuglingssterblichkeit“ geschah, die Maßnahmen der Kleinkinderfürsorge behandelt. Auch die preussischen Kreisärzte hatten für das Jahr 1909 eine neue Dienstweisung bekommen, nicht nur wie früher dem Haltekinderwesen, sondern der Kleinkinderfürsorge im allgemeinen Aufmerksamkeit zu schenken. Sie sollten auch bei den Haltekindern die Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu erforschen suchen, namentlich daraufhin, ob die Zieheltern ein Verschulden trifft, und den Gemeinden gegenüber auf die Einführung der Generalvormundschaft sowie auf die Anstellung von Aufsichtsdamen hinwirken. Den Berichten der Kreisärzte entsprechend bringt nun der neue Band über das Gesundheitswesen in Preußen eine Fülle von Mitteilungen über Beobachtungen zur Säuglingssterblichkeit, Einrichtungen zur Versorgung mit guter Milch, Mutterberatungsstellen, Krippen und Asyle für Säuglinge, Regelung des Haltekinderwesens u. a. m.

Im Durchschnitt starben in Preußen im Jahre 1909 19,1 v. H. der lebendgeborenen Kinder unter einem Jahr, gegen 20,6 v. H. im Vorjahr. Es finden sich ferner Angaben über die Säuglingssterblichkeit in den Großstädten in den Jahren 1909, 1908, 1907. Hier sind zwar recht hohe Zahlen vorhanden (z. B. für 1909 in Breslau 26,9; Erfurt 21,4; Berlin 18,1), aber durchweg zeigt sich in den Jahren 1907 bis 1909 in allen Großstädten eine Herabminderung der Säuglingssterblichkeit.

Freilich zeigt das Jahr 1911 wieder ein starkes Hochschwellen der Zahlen, da ja bei der enormen Hitze die Säuglinge in den engen Großstadtwohnungen am meisten gefährdet waren; 1909 und 1910 waren dagegen sehr kühle Sommer. Die Deputation für Wohlfahrtspflege der Stadt Schöneberg veröffentlicht soeben einen lesenswerten Bericht über alle Einrichtungen zur Jugendfürsorge in Schöneberg. Als Anhang sind dort bereits die neuesten statistischen Angaben über die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Großstädten im Juli und August 1911 beigefügt. Hier zeigen sich wahrhaft erschütternde Zahlen. Vergleichsweise werden die Sterbeziffern in der heißesten Zeit zwischen dem 23. Juli bis 26. August d. J. mit den Sterbeziffern der Monate Juli-August 1910 gegenüber gestellt. Anbei einige Beispiele:

Die höchste Ziffer weist Leipzig auf, wo während der Hitze 88,5 vom Hundert Kinder im 1. Lebensjahr starben, gegen 21,5 im Sommer 1910. Dann folgen Duisburg (81,5 gegen 27,1), Hamburg (80,7 gegen 27,1), Chemnitz (78,5 gegen 24,5), Aachen (74,0 gegen 15,0), Köln (73,2 gegen 21,5), Halle (71,2 gegen 26,7), Stettin (68,2 gegen 39,2), Krefeld (61,2 gegen 18,2) und so fort. Schöneberg selbst zeigt eine Sterbeziffer von 25,0 gegenüber 12,5 im Vorjahr. Berlin weist 33,5 auf gegen 19,5 im Sommer 1910. Die niedrigsten Zahlen finden sich in Darmen (20,5 gegen 9,2), Wiesbaden (19,5 gegen 7,5), Kiel (17,5 gegen 19,0), Bilmersdorf (16,5 gegen 9,7).

Auch über die Tuberkulosesterblichkeit bringt der angeführte Bericht über das Gesundheitswesen in Preußen zahlreiche wertvolle Mitteilungen. Die Zahlen der Sterblichkeit an Tuberkulose zeigen von Jahr zu Jahr eine fast stetige Abnahme. Sie betrug im Jahre 1890 28,35 auf 10 000 Lebende und sank im Laufe der Jahre bis 1909 auf 15,59 auf 10 000. Aber absolut genommen übersteigt die Gesamtzahl der im Berichtsjahr an Tuberkulose Verstorbenen (60 871) die Zahl der an Typhus, Ruhr oder anderen Infektionskrankheiten aller Art Verstorbenen bei weitem. Aus einer Tabelle, welche die Sterbefälle an Tuberkulose nach dem Lebensalter geordnet verzeichnet, ergibt sich, daß am meisten das früheste Kindesalter gefährdet ist. Im ersten Lebensjahre starben 23,65 auf 10 000 Lebende derselben Altersklasse, im zweiten Lebensjahre 16,27, während der Durchschnitt für alle Altersklassen, wie oben schon gesagt, 15,59 auf 10 000 beträgt. Wie sehr die Tuberkulose mit dem Wohnungselend zusammenhängt, ergibt sich aus den Einzelmitteilungen der Kreisärzte, die mehrfach auf die unhygienischen und überfüllten Wohnungen als Ursache hinweisen. Die höchste Sterblichkeitsziffer (21,42 auf 10 000 Lebende) an Tuberkulose, also weit über dem Staatsdurchschnitt, zeigt sich im Stadtkreis Berlin, wo das großstädtische Wohnungselend sehr trüb zutage tritt.

Einen Einblick in das Berliner Wohnungselend gibt auch wieder die seit Jahren rühmlichst bekannte Erhebung der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker für das Jahr 1910.⁴⁾

¹⁾ U. a. auf der 2. Konferenz des Vereins für Säuglingsfürsorge in Düsseldorf im Jahre 1909. Ferner auf der 14. Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose im Mai 1910 in Berlin.

²⁾ Erschienen im Jahrbuch der Bodenreform vom 31. Juli 1911.

³⁾ Berlin 1911. Verlagsbuchhandlung von Richard Schock, Wilhelmstr. Nr. 10.

⁴⁾ Bearbeitet von Albert Rohn Berlin 1911. Verlag der Ortskrankenkasse, Klosterstr. 71/72.

Wir gehen diesmal nicht auf alle Einzelheiten der Erhebung ein, sondern teilen nur einiges mit, was sich auf die Tuberkulose bezieht. Die Kontrolluren haben bei ihren Besuchen sich zugleich um die Erkrankungen in der Familie des tuberkulösen Familienmitgliedes bekümmert. Bei 18,94 v. H. der männlichen und bei 28,27 v. H. der weiblichen Patienten war Tuberkulose auch bei andern Familienmitgliedern vorhanden. Es heißt darüber in dem Bericht:

„Von den meisten der ermittelten Vorerkrankungen sind die Eltern unserer Kranken, dann die Geschwister betroffen, seltener Ehegatten und Kinder. Es tritt hier mit schrecklicher Deutlichkeit wieder die Wirkung des engen Zusammenlebens in der Proletarierfamilie zutage. Daß dabei die Kinder mit nur geringen Zahlen erscheinen, hat seinen Grund darin, daß dieselben wohl durch die Krankheit gefährdet werden, die Krankheit aber bei ihnen erst zum Ausbruch kommt, wenn erhebliche körperliche Anforderungen an ihren Organismus gestellt werden.“

Auch die Sterblichkeitsziffern bei den Familienangehörigen sind außerordentlich hoch, über 75 vom Hundert. Wie groß die Ansteckungsgefahr ist, zeigt sich auch aus folgender Zahl: Seit Beginn der Wohnungserhebungen durch die Krankenkassen haben die kontrollierenden Beamten 2426 Lungentranke in Berlin ermittelt, welche kein Bett zur alleinigen Verfügung hatten.

Daß aber nicht nur in der Großstadt, sondern auch in der Kleinstadt und auf dem Lande der enge Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Wohnungselend besteht, zeigt der Jahresbericht der Kreiswohnungsinpektoren Dr. Marie Kröhne für die Landgemeinden des Kreises Worms für 1910.⁵⁾ Der umfassende Bericht (80 Seiten) ist ein außerordentlich beachtenswertes Dokument und ein guter Wegweiser dafür, wie legensreich die Wohnungsaufsicht ausgestaltet werden kann, um über den engen Rahmen der eigentlichen Inspektionsstätigkeit hinaus zu einem Mittelpunkt sozialer Hilfsstätigkeit zu werden. Die Beamtin verdient die größte Anerkennung für die Art und Weise ihres Wirkens. Sie schreibt dazu:

„Es erwies sich mehr und mehr als Bedürfnis, auf dem Wege einheitlicher Fürsorge für alle Erscheinungen der Hilfsbedürftigkeit im Familienleben, wie sie sich aus der Art des Wohnens ergeben, den Umständen im Wohnungswesen mittelbar beizukommen. So wurde die Wohnungspflege, auf die von Anfang an der Hauptnachdruck bei der Tätigkeit der Kreiswohnungsinpektoren gelegt worden war, so weit wie möglich gefaßt, und damit der nun allgemeiner ausgeübten Säuglings-, Jugend-, Tuberkulose- und Krankenfürsorge fand die Kreiswohnungsinpektoren Zugang in Häuser, wohin sie auf Grund der Wohnungsgesetze allein nicht kommen würde.“

Diesen Grundsätzen entsprechend arbeitet die Beamtin Hand in Hand mit der Heißigen Zentrale für Mutter- und Säuglingsfürsorge, mit dem Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und andern auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt wirkenden Vereinen. Bei dieser Auffassung ihres Wirkens tritt an sehr vielen Stellen des vorliegenden Berichts der enge Zusammenhang zwischen Wohnungselend, Säuglings- und Tuberkulose-Sterblichkeit klar hervor. So schreibt sie an einer Stelle von der „Tuberkulose-Verseuchung einiger unserer Landgemeinden“.

Aber wie sollen tuberkulöse Unbemittelte oder die Säuglinge der heillosen Kreise in gesündere Wohnverhältnisse kommen, solange fast überall eine solche Teuerung gerade der Kleinwohnungen besteht? Das Statistische Amt der Stadt Schöneberg hatte im 3. Jahrg. Heft 2 seiner Vierteljahrsberichte eine Untersuchung veröffentlicht über das Verhältnis von Miete und Einkommen (vergl. Soz. Pr. Jahrg. XX Sp. 219) und hatte auch durch alle neueren Untersuchungen in verschiedenen Städten das sog. „Schwabesche Gesetz“ bestätigt gefunden: Je niedriger das Einkommen, desto höher ist verhältnismäßig die Miete. Im folgenden 3. Heft des 3. Jahrganges der Vierteljahrsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg wird das Verhältnis von Wohnungsgroße zur Miete untersucht, soweit dahin gehende Untersuchungen verschiedener Städte vorlagen. In der Stadt Schöneberg selbst hatte die städtische Fürsorgestelle für Tuberkulose eine umfassende Untersuchung der Wohnungen ihrer Pfinglinge, die sich u. a. auch auf den Mietpreis erstreckte, vorgenommen. Der Zweck der Untersuchung war, zu berechnen, wie teuer sich 1 Kubikmeter Raum in den Wohnungen der verschiedenen Größenklassen stellt. Wenn sich auch bei der Verschiedenartigkeit aller Verhältnisse in den verschiedenen Städten keine Vergleiche von Stadt zu Stadt ziehen lassen, so wurde doch für jede Stadt gesondert festgestellt, daß 1 Kubikmeter Raum in den allergeringsten Wohnungen weitaus teurer bezahlt werden muß als in den größeren Wohnungen. Für Schöneberg speziell heißt es:

⁵⁾ Buchdruckerei Eugen Kraatzbühler, Worms 1911.

„Ein Mietpreis von 8,50 M für 1 cbm, wie er in nicht wenigen Wohnungen der Armen gezahlt wird, findet sich für keine einzige der mit modernem Komfort ausgestatteten Wohnungen der Wohlhabenden. — Trotz mancher Abweichungen im einzelnen ergibt sich auch für Schöneberg: Je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete!“

All diesen großen, schweren Mißständen gegenüber ist das, was an Wohnungsreformen geboten wird, unzureichend, namentlich hält die Gesetzgebung nicht mit den Bedürfnissen Schritt. In all diese Fragen gibt der fünfte Jahrgang des Jahrbuchs der Wohnungsreform⁶⁾ einen guten Einblick. Das sehr empfehlenswerte Werk erscheint diesmal in bedeutend größerem Umfang als in den Vorjahren, es umfaßt einen größeren Zeitraum (drei Jahre) und hat außerdem dadurch gewonnen, daß die Bearbeitung nicht in einer Hand liegt, sondern neben dem vom heftischen Landeswohnungsinpektor Greßchel erstatteten allgemeinen Überblick über Wohnungswesen und Wohnungsreform in den Jahren 1908 bis 1910 auch noch Sonderberichte bringt über den Wohnungsmarkt in diesem Zeitraum (Eine kritische Studie von Dr. R. Seutemann, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Hannover), über die eigenartigen Anliebsprobleme von Groß-Berlin (von Dr. R. v. Mangoldt), über „den Zug vom Lande“, beurteilt nach südwestdeutschen Verhältnissen (von Fr. R. Freudenberg). In diesem Jahrbuch kann von viel eifriger Einzelarbeit von Vereinen (Vaugenossenschaften, Gartenstadtgründungen und ähnlichen mehr) und auch von Seiten einzelner Gemeindeverwaltungen berichtet werden. Aber die parlamentarische gesetzgeberische Arbeit zur Wohnungsfrage im Reich und im größten Bundesstaat Preußen ist nicht über das Stadium von Eingaben und Entschlüssen hinausgekommen. Von einem planmäßigen Vorgehen auf dem Gebiete der Stadterweiterung und der Erschließung neuen Baugrundes ist vollends keine Rede. Ja, die bestehenden Gesetze und baupolizeilichen Vorschriften bilden manchmal eher eine Hemmung als eine Förderung für Reformen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Ehe aber hier nicht grundlegend der Wandel geschaffen ist, wird viele andere Arbeit für das Volkswohl immer nur Stückwerk bleiben können, denn die Wohnungsfrage erscheint wie der Eckstein sozialer Reform, und gerade auch bei den jetzt stark protegierten Bewegungen zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit und zum Kampfe gegen die Tuberkulose muß sich die Vernachlässigung der Wohnungsreform schlimm fühlbar machen.

Literarische Mitteilungen.

(Alle zur Besprechung bestimmten Schriften sind an die Redaktion, nicht an den Verlag zu senden.)

- Eine städtische Wohnungskommission und ihr Arbeitsgebiet. Von Dr. Greven. Köln 1911. Kölner Verlags-Anstalt. 37 S.
- Verhandlungen des zweiten deutschen Jugendgerichtstages Herausgegeben von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge Leipzig und Berlin 1911. B. G. Teubner. Fr. 4 M.
- Die Wert- und Preistheorie mit Berücksichtigung ihrer dogmengeschichtlichen Entwicklung. Von Dr. Bernhard Rost. Leipzig 1911. Dunder & Humblot. Fr. 5,50 M.
- Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften. Von Dr. Georg von Mayr. Tübingen 1910. F. Laupp. 182 S.
- Die soziale Hygiene des Jugendalters. Von Dr. Wilh. Hanauer. Berlin 1911. Richard Schaeß. Fr. 6 M.
- Beiträge zur Wohnungsreform. Unter besonderer Berücksichtigung des Kleinwohnungsbaues. Von Adalbert Rehm. Jena 1911. Gustav Fischer. Fr. 6 M.
- Die Besteuerung nach dem Überfluß (nach der Ersparnismöglichkeit). Von G. Weissenborn. Leipzig 1911. Dunder & Humblot. Fr. 1,50 M.
- Die Baugelbbeschaffung für städtische Wohnhausbauten in Dresden und Rügen. Von Dr. Hans Kruschwitz. Leipzig 1911. Dunder & Humblot. Fr. 2 M.
- Zur Geschichte der Vermögenssteuern. Von Dr. Bruno Noll. Leipzig 1911. Dunder & Humblot. Fr. 3,50 M.
- Bodenfrage und Bodenpolitik in ihrer Bedeutung für das Wohnungswesen und die Hygiene der Städte. Von Prof. Dr. W. Gemünd. Berlin 1911. Julius Springer. Fr. 8 M.

⁶⁾ Jahrbuch der Wohnungsreform 1908/1910. 5. Jahrgang. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Wohnungsreform. Göttingen 1911. Vandenhoeck und Rupprecht. Preis 2 M.

Die Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ erscheint an jedem Donnerstag und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter (Postzeitungs-Nr. 7137) zu beziehen. Der Preis für das Vierteljahr ist M. 3,00. Jede Nummer kostet 30 Pf. Der Anzeigenpreis ist 60 Pf. für die dreigespaltene Beilage.

Verband staatlicher Handwerker und Arbeiter

sucht

Generalsekretär (Syndikus).

Reflektiert wird auf repräsentable, rednerische gewandte Persönlichkeit, die Erfahrung auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Rechtskunde besitzt. Gehalt nach Übereinkunft. Offerten mit Zeugnisabschriften werden unter Nordwestbüro an Duncker & Humblot, Leipzig, erbeten.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig:

Kürzlich sind erschienen:

Der finnländische Verfassungskampf: Der Stolypinsche Gesetzentwurf.

Zwei Teile. Preis: 4 Mark 80 Pfg.

I.

Die vorbereitenden Verhandlungen.

Nach offiziellen Urkunden herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 1 Mark 80 Pfg.

II.

Die Antwort des finnländisch. Landtags.

Übersetzt und herausgegeben von

Wilhelm Habermann.

Preis: 3 Mark 20 Pfg.

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Soeben sind erschienen:

Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München.

Die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Familie,
ihr Berufsleben und ihre persönlichen Verhältnisse.

Nach statistischen Erhebungen dargestellt an der Lage von
270 Fabrikarbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren.

Von **Dr. Rosa Kempf.**

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 135. Band. Zweiter Teil.)

Preis: 6 M.

Aus dem Inhaltsverzeichnis: Vorwort. I. Stand, Beruf und Erwerb der Eltern, der Großväter und der jungen Arbeiterinnen selbst. — A. Abstammung der Mädchen, Stand, Beruf und Erwerb von Vater und Mutter oder ihrer Vertreter. — B. Zahl, Alter, Berufssituation und Verdienst der Geschwister. — C. Berufs- und Erwerbsverhältnisse der 270 jungen Arbeiterinnen. — II. Wohnungsverhältnisse. 1. Allgemeine Bemerkungen. 2. Geräumigkeit des Wohnens. 3. Das Hausgeräte der Familien. — III. Das Familieneinkommen und die dadurch bedingte Lebenshaltung. A. Gesamteinkommen der Familie. B. Lebenshaltung der Gesamtfamilie und der in der Familie lebenden Mädchen im besonderen. — IV. Die Lage der alleinlebenden Mädchen. — V. Der Arbeitslohn als bestimmender Faktor im Leben der Mädchen; einzelne Gründe für seinen Tiefstand. — VI. Eintages vom Gedankenleben der Mädchen. — Schluß. — Tabellenanhang. — Literaturverzeichnis.

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft

in der

Automobilindustrie und einer Wiener Maschinenfabrik.

Mit Beiträgen von

Dr. Fritz Schumann und Dr. Richard Sorer.

(Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 135. Band. Erster Teil.)

Preis: 6 M.

Aus dem Inhalt: Vorwort. 1. Das Direktionsmaterial. 2. Die Fragebogen. I. Die Fabrik. 1. Die Geschichte der Daimler-Motoren-Gesellschaft. 2. Die Krisis des Jahres 1907 und die Entwicklung bis 1911. 3. Die Eigenarten der Automobilindustrie. 4. Die Gebäude der Daimler-Motoren-Gesellschaft. 5. Die Maschinen der Automobilindustrie. 6. Die Wohlfahrts-Einrichtungen. 7. Die Organisation der Arbeitsvermittlung. 8. Die Einteilung der Arbeiterschaft. 9. Die Entlohnungsmethoden. — II. Die Arbeiter. A. Innerhalb der Fabrik. 1. Einleitung. 2. Die Auslese der Arbeiter. 3. Die geographische Herkunft der Arbeiter. 4. Der Gesamthabitus des württembergischen Arbeiters. 5. Die soziale und berufliche Herkunft der Arbeiter. 6. Konfession, Militärtauglichkeit und Verdiensthöhe. 7. Die Arbeitsdauer und die Mahlzeiten. 8. Die Einwirkung der Arbeit. 9. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Urlaub. 10. Die Stellung der Arbeiter zur Frage der Entlohnung. — B. Außerhalb der Fabrik. 1. Die Wohnung der Arbeiter. 2. Die Familienverhältnisse der Arbeiter. 3. Das Führen eines Haushaltsbuches. 4. Erholungen und Vergnügungen der Arbeiter. 5. Äußerungen der Arbeiter über: 6. Arbeitsstellungen. — Zusammenfassung. Anhang.

Früher erschienen:

Moral u. Technik bei der Veranlagung der preussischen Einkommensteuer.

Von

Dr. Franz Meißel,

Oberfinanzrat der k. k. Finanz-Prokuratur in Prag.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Einleitung. (Steuergerechtigkeit, Einkommensteuer, Steuermoral und Steuertechnik.) — II. Steuermoral? (Ergebnisse der Beanstandung.) — III. Der Fiskalismus und die legale Steuerentlastung. (Die Ergebnisse des Rechtsmittelfahrens.) — IV. Die rechtswidrige Entlastung und das strafbare Unrecht. (Die Ergebnisse des Strafverfahrens.) — V. Die Stellungen und die Stärke der Parteien. — VI. Rückblick.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert.

Gustav Schmoller

zur 70. Wiederkehr seines Geburtstages,
24. Juni 1908,

in Verehrung dargebracht.

Zwei Bände. Geheftet 25 M., geb. in zwei
Leinenbänden 30 M.

Ausführliche Prospekte stehen portofrei zur
Verfügung.

Das deutsche Wechseldiskontgeschäft.

Mit besonderer Berücksichtigung
des Berliner Geldmarktes.

Von **W. Prion.**

Preis: 7 Mark.

Inhalt: Das Privatdiskontgeschäft an der Börse. I. Die Geldgeber im Privatdiskontgeschäft. — II. Das Material im Privatdiskontgeschäft. — III. Die Organisation des Privatdiskontgeschäfts. — IV. Der Privatdiskontsatz und sein Verhältnis zu den übrigen Zinssätzen des Geldmarktes. — Das Diskontgeschäft der Zentralbank und der Großbanken. V. Das Diskontgeschäft der Reichsbank. — VI. Das Diskontgeschäft der Königl. Seehandlung (Preuß. Staatsbank). — VII. Das Diskontgeschäft der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussenkasse). — VIII. Das Diskontgeschäft der privaten Großbanken. — Das sonstige Diskontgeschäft des Landes. — IX. Das Diskontgeschäft der Provinzbanken. — X. Das Diskontgeschäft der Privatbanken. — XI. Genossenschaftliche Diskontstellen. — XII. Das Diskontgeschäft der Sparkassen. — XIII. Der Wechsel im Wuchereredit. — Schlußbetrachtung.

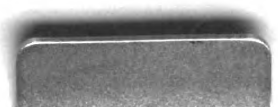
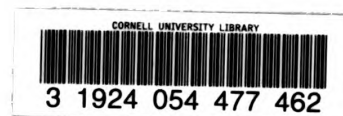
Das Abonnement auf das I. Quartal 1912 (Oktober bis Dezember 1911) bitten wir bei den Postämtern **umgehend** zu erneuern, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt.

Reklamationen einzelner Nummern sind sofort, jedenfalls vor Erscheinen der folgenden Nummern, bei der betreffenden Postanstalt anzubringen.

Leipzig, Dresdnerstrasse 17.

Duncker & Humblot. (Verlag der Sozialen Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt.)

**NON-CIRCULATING
MATERIAL**



**NON-CIRCULATING
MATERIAL**

